

Links und Lebendig

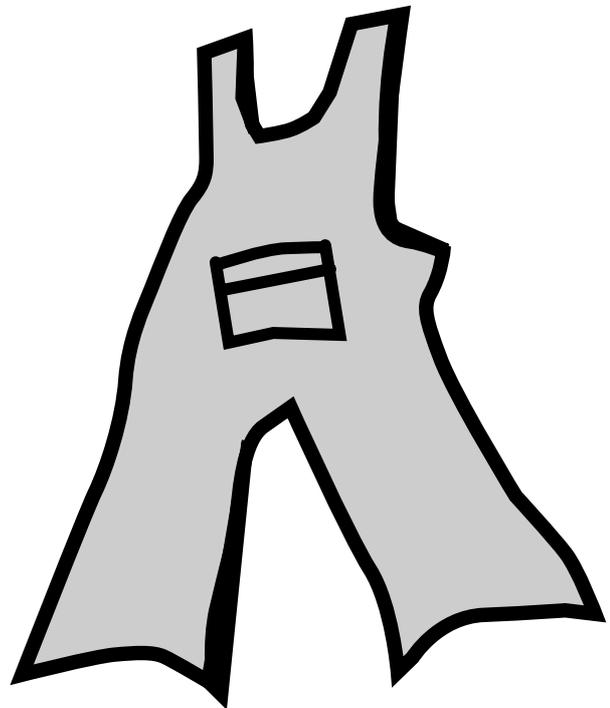


Beschlüsse

Juso Bundeskongreß

Essen

***27. - 29. März
1998***



Redaktion:

Matthias Jaryssek, Felicitas Menz

VISdP:

Michael Rüter,
Juso-Bundesverband, Ollenhauerstr. 1, 53113 Bonn

Mit Macht umfairteilen

Inhaltsverzeichnis

Mit Macht unfairteilen - Kampagnenplattform	Seite 3
Arbeit für alle - Zukunftsorientierte Beschäftigungspolitik	Seite 22
Gewerbsmäßige Leiharbeit abschaffen	Seite 57
Eine Bildungsoffensive für das 21. Jahrhundert	Seite 58
Für eine neue Offensive in der Hochschulpolitik !	Seite 64
Kurdistan	Seite 69
Stoppt das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI)	Seite 70
Keine zwangsweise Rückführung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge	Seite 74
Medienpolitischer Antrag - »Mitgestalten statt Blockieren«	Seite 74
Einfach kriminell	Seite 92
Unsere Zukunft der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik	Seite 104
Initiativantrag HRG	Seite 110
Für einen Politikwechsel in der Bundesrepublik und in Europa!	Seite 111
Resolution zur Westsahara	Seite 112
Frankie hat Euch lieb!	Seite 113
Für den Ausstieg aus der Atomenergie - Gegen Castortransporte	Seite 113

Mit Macht umfairteilen

Kampagnenplattform der Jusos 1998

Mit der Bundestagswahl am 27. September bietet sich die Chance, die Regierung Kohl endlich abzulösen. Dafür werden wir einen engagierten Wahlkampf führen. 16 Jahre konservativ-liberale Regierung haben diesem Land eine Rekordarbeitslosigkeit beschert, viele Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und gleichzeitig den Reichtum weniger gemehrt.

Es ist an der Zeit für eine andere Politik. Wir wollen nicht nur den Austausch von Köpfen. Wir wollen einen gesellschaftlichen Aufbruch, der mit der gescheiterten neoliberalen Politik bricht, der Kreativität statt Angst hervorbringt und den Weg für Auswege aus der Krise freimacht.

Unser Ziel ist es insbesondere die junge Generation wieder für linke Politik zu gewinnen, in der Schule, an den Universitäten und in den Betrieben. Wir werden im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften in Politik, Kultur und Gesellschaft für den Politikwechsel kämpfen.

Im Zentrum unserer Wahlkampagne **„Mit Macht umfairteilen“** stehen vier Zielsetzungen für die wir die Menschen gewinnen wollen:

- Vollbeschäftigung,
- soziale Sicherheit,
- ökologische Modernisierung,
- mehr Demokratie in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Die Jusos befinden sich zur Zeit in einer problematischen Situation bezüglich ihrer Positionierung gegenüber der SPD im Wahlkampf. Die Vorgänge um die Nominierung des Kanzlerkandidaten über eine quasi-Volksabstimmung in Niedersachsen haben demokratische Gepflogenheiten in der SPD ausgehebelt. Die Programmatik des Kandidaten ist für viele bei den Jusos problematisch. Dennoch ist dieses Dilemma nicht neu. Die Devise muß weiterhin lauten, daß wir einen eigenständigen inhaltlichen Wahl-

kampf für die Sozialdemokratie machen. Unsere Forderungen wären an jeden Kanzlerkandidaten dieselben. Wir werden deshalb auch an Gerhard Schröder die Forderung nach einem Politikwechsel aufrecht erhalten.

Eine Reihe junger GenossInnen kandidieren für den Bundestag. Es ist dringend erforderlich mit ihnen in Kontakt zu bleiben, auch wenn sie den Sprung ins Parlament nicht schaffen sollten. Dazu wird der Juso-Bundesvorstand dringend aufgefordert, eine inhaltlich und organisatorische Plattform zu entwickeln, die beschreibt, wie die KandidatInnen an die Jusos gebunden werden können.

Stärker als dies von der SPD geplant ist, werden wir die Themen 'Arbeit und Umverteilung' und das Starten einer neuen 'Bildungsoffensive' in den Hintergrund stellen. Dominierend muß in unserem Wahlkampf die Programmatik für den politischen Wechsel und nicht die Person Gerhard Schröder sein.

Das bürgerliche Lager wird sich mit allen Mitteln gegen den Machtverlust wehren. Deshalb kann für den Wahlkampf 1998 nur eine selbstbewußte und konfliktfreudige Strategie in Frage kommen. Wer jetzt den fatalen kompromißlerischen Kurs gegenüber der Kohl-Regierung nicht beendet, gefährdet den Wahlsieg!

I. Der kurze Traum immerwährender Prosperität ist zu Ende!

Seit Ende der 70er Jahre haben sich ökonomische und soziale Krisensymptome verfestigt, die heute kaum noch aus dem Alltag wegzudenken sind. Nicht zuletzt geringe Wachstumsraten, die unter dem Produktivitätszuwachs blieben, haben zu struktureller Massenarbeitslosigkeit geführt. Selbst in Phasen günstigen Konjunkturverlaufs stagniert die Zahl der Arbeitslosen bestenfalls. Auch durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Zunahme gering entlohnter Tätigkeiten mit niedriger Produktivität (wie in den USA und Großbritannien) entstehen viele prekäre Arbeitsverhältnisse, die für den Lebensunterhalt kaum ausreichen. Die zunehmenden sozialen Verwerfungen gehen einher mit der weiter fortschreitenden Zerstörung natürlicher Ressourcen.

Dies alles nur als "normale" Krisenerscheinung kapitalistischer Entwicklung zu deuten, greift zu kurz. Es muß vielmehr davon ausgegangen werden, daß wir es mit dem endgültigen und unwiederbringlichen Ende der Nachkriegsprosperität zu tun haben. Die Wachstumseinbrüche und die Finanzkrise des Sozialstaats sind Ausdruck einer strukturellen Regulierungskrise, einer Krise der gesellschaftlichen Gesamtsteuerung. Ihr Ausgangspunkt waren Strukturbrüche Mitte der 70er Jahre, die zum Umbruch der gesamten gesellschaftlichen Betriebsweise geführt haben.

Die Nachkriegsentwicklung in den entwickelten kapitalistischen Staaten war das Ergebnis einer historisch beispiellosen Konstellation; das Produkt einer Konvergenz von sozialen Reformen, nachhaltigem Wachstum unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und allgemeiner Wohlfahrtssteigerung. Die Grundlage hierfür bestand vor allem aus zwei Elementen. Zum einen bildete sich auf der Basis einer aktiven Lohnpolitik (Absicherung der Lohneinkommen und Vermeidung von Lohnkonkurrenz) ein komplexes und vielfältig ineinandergreifendes Instrumentarium wohlfahrtstaatlicher Politik heraus. Dazu gehörten tarifliche und betriebliche Arrangements ebenso wie staatliche Sozialversicherungen, Transferleistungen und zunehmend auch ein Bildungssystem, das großen Teilen der Bevölkerung neue Partizipationsmöglichkeiten eröffnete. Diese gesellschaftliche Gesamtsteuerung ermöglichte eine stetige Ausweitung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und schuf den Nährboden für eine rasante Entwicklung der Produktivkräfte.

Zum anderen gelang es darauf aufbauend dem modernen industriell-marktwirtschaftlichen Sektor, den bis dahin noch immer starken traditionellen Sektor (z.B. die Landwirtschaft) zu erschließen und zu absorbieren. Damit vollzog sich eine anhaltende "innere Landnahme" des Kapitalismus, die einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung über mehrere Konjunkturzyklen hinweg erlaubte.

Mit dieser Entwicklung gingen umfassende Veränderungen in der Lebensweise und in der Klassenlandschaft einher. So veränderte

sich die Klassenstruktur durch die Herausbildung neuer sozialer Milieus und die Entwicklung neuer Ansprüche an individuelle Lebensgestaltung, ohne daß dadurch der grundsätzliche Charakter der Klassengesellschaft in Frage gestellt wurde. Die traditionellen gesellschaftlichen Organisationsformen und Sozialisationsinstanzen haben jedoch zunehmend ihre gesellschaftliche Bindungskraft eingebüßt.

Die Wachstumskonstellation der Nachkriegsära ist an ihre Grenzen gestoßen. Daran ändern auch einzelne zyklische Aufschwünge nichts. Sie können es allenfalls noch schaffen, die Arbeitsplatzverluste des vorhergehenden Abschwungs zu kompensieren. Die ökonomische Grundkonstellation ist nicht mehr in der Lage, die produktiven Ressourcen dauerhaft auf halbwegs befriedigende Weise zu nutzen. Dadurch treten zunehmend Brüche in der Entwicklung zu Tage. Ausdruck dessen sind etwa die Aufblähung der internationalen Finanzmärkte oder die Herausbildung unterschiedlicher Kapitalverwertungsstrategien. Während besonders internationale Großkonzerne auf eine Verschärfung der Ausbeutungsbedingungen und die Etablierung einer Kultur des "shareholder value" setzen, haben Unternehmen mit starker Orientierung auf die Binnenmärkte teilweise ein Interesse an der Aufrechterhaltung und Rekonstruktion betrieblicher Arrangements.

Zudem verschärft sich der Druck auf eine Politik der Verschwendung natürlicher Ressourcen. Die Konferenzen von Rio und Kioto waren wie der zweite Golfkrieg Ausdruck höchst unterschiedlicher Strategien kapitalistischer Staaten im Umgang mit den natürlichen Grundlagen. So versuchen besonders die USA, der schwächelnden Konjunktur durch einen exzessiven und höchst ineffizienten Energieverbrauch auf die Sprünge zu helfen.

Die Aufkündigung des wohlfahrtstaatlicher Klassenkompromisses war eine Antwort auf die Strukturkrise Ende der 70er Jahre, die Strategie der Globalisierung die andere. Die Globalisierung ist also keinesfalls nur eine Ursache ökonomischer Krisenerscheinungen, sondern eher eine Folge dieser. Sie stellt eine Verhaltensmaxime für Unternehmen angesichts stagnierender Binnenmärkte

dar. Die Grenzen dieser "äußeren Landnahme" zeigen sich nicht zuletzt durch die jüngsten Börsencrashes in Südostasien. Insgesamt deutet nichts darauf hin, daß die Impulse aus Schwellenländern (wie China) und Osteuropa ausreichen, um einen neuen Wachstumsschub in den kapitalistischen Zentren auszulösen. Gleiches gilt für neuere Versuche "innerer Landnahme", etwa durch die Kommerzialisierung von Freizeitangeboten oder die Privatisierung bisheriger Staatsunternehmen (z. B. der Telekom).

Je länger die Stagnation andauert, desto größer wird der Handlungsdruck auf die Politik, eine neue Prosperitätsphase herbeizuführen. Dies gilt in der Bundesrepublik insbesondere aufgrund der desaströsen Situation in Ostdeutschland. Gegenwärtige politische Konzepte beschränken sich jedoch im wesentlichen darauf, Bedingungen zu restaurieren, die in der Vergangenheit (vermeintlich oder tatsächlich) mit Prosperität assoziiert wurden.

II. Das neoliberale Desaster

Der Neoliberalismus stellt keine konsistente Strategie zur Überwindung dieser Strukturkrise dar. Seinen Aufstieg hat er in erster Linie der Schwäche der Linken zu verdanken, die ihm das Feld überlassen hat - und nicht seinen überzeugenden ökonomischen Resultaten. Denn die Wachstumsimpulse aufgrund neoliberaler Deregulierungspolitik ("Thatcherismus" und "Reaganomics") haben sich schnell erschöpft und ein Bündel neuer Probleme hinterlassen. Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Armut und fortschreitende Umweltzerstörung sind die logischen Ergebnisse dieser Politik.

Der neoliberale Diskurs hat sich tief in das Alltagsbewußtsein der Bevölkerung eingegraben. Zur ideologischen Absicherung einer auf die vermeintliche Verbesserung der Angebotsbedingungen orientierten Politik wird auf die Rhetorik der Standortdebatte zurückgegriffen. Nur Länder, die in der Lage seien, internationale Finanzströme und Investitionen anzuziehen, hätten im globalen Überlebenskampf eine Chance. Dafür müßten Hemmnisse wie hohe Löhne oder soziale und ökologische Standards beseitigt werden. Damit wird eine beispiellose gesellschaftliche Umverteilungspolitik legitimiert.

Beschäftigte werden gegeneinander ausgespielt, ein Klima der Angst wird geschürt. Zur Durchsetzung neoliberaler Hegemonie hat vor allem beigetragen, daß gesellschaftliche Entwicklungen geschickt aufgegriffen und mit eigenen Vorstellungen verbunden wurden. Exemplarisch stehen dafür die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Einschränkung staatlicher Handlungsfähigkeit.

So wird die in der Nachkriegsprosperität dominante Form der Lohnarbeit immer mehr zurückgedrängt. Dies hat zum einen ökonomische Gründe. Die großen arbeitsteiligerhierarchy aufgebauten Wirtschaftseinheiten, die in den 50er und 60er Jahren als die Prototypen industrieller Entwicklung galten, sind immer weniger in der Lage, die notwendigen technologischen Entwicklungen zu bewerkstelligen. Sie werden durch neue Formen der Arbeitsorganisation ergänzt und teilweise abgelöst. Daß dies auf die traditionelle Form des Lohnverhältnisses Auswirkungen haben muß, ist zwangsläufig. Zum anderen gibt es jedoch auch darüber hinausgehende Veränderungen der Klassenlandschaft, die Druck auf die bisherige Form der Lohnarbeit ausüben. Angeführt seien hier nur die Infragestellung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als eine Basis traditioneller Lohnarbeit oder die Veränderung von Lebensentwürfen im Zuge erweiterter Bildungschancen und veränderter Ansprüche an Erwerbsarbeit. Die aus diesen Entwicklungen resultierende Erosion des Normalarbeitsverhältnisses hat weitreichende Auswirkungen sowohl auf die sozialen Sicherungssysteme als auch auf die bisherigen Formen gesellschaftlicher Arrangements (Beispiel Flächentarifvertrag).

Neoliberale Politik hat dies aufgegriffen und unter dem Credo „individueller Freiheit“ und „Selbstentfaltung“ für eine konsequente Deregulierungspolitik genutzt. Die umfassende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat jedoch in erster Linie die Position der Beschäftigten gegenüber der Kapitaleseite verschlechtert, die Einkommenssituation verschärft und die Spaltung des Arbeitsmarktes vertieft. Industriellen Kernbelegschaften und hochqualifizierten Beschäftigten in neuen Dienstleistungsbereichen steht eine ständig größer werdende Gruppe von Beschäftigten mit schlechtbezahlten, sozial ungeschützten und wenig produktiven Tätig-

keiten gegenüber. Ein großer Teil dieser prekären Beschäftigungsverhältnisse wird Frauen als vermeintlich beste Antwort auf ihre Lebenssituation zugewiesen. Die biographischen Risiken für die Einzelnen haben sich verschärft, ein Klima der Angst geschürt und nicht zuletzt auch gefügig gemacht. Statt neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen hat diese Politik zu einer Rekordarbeitslosigkeit geführt und damit die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten massiv beschnitten.

Daneben hat sich auch das Staatsverständnis gewandelt. Überbürokratisierte Behörden sind nicht in der Lage, ihre Steuerungsfunktion effizient wahrzunehmen. Neoliberale Politik hat diese Krise aufgegriffen, die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates eingeschränkt und einen Großangriff auf staatliche Strukturen gestartet. Im Zentrum dieses Angriffs steht die wohlfahrtstaatliche Funktion des Staates. Der bürgerliche Staat, der historisch als Repressionsinstrument zur Aufrechterhaltung der öffentlichen- und Wirtschaftsordnung etabliert worden ist und später - als zivilisatorische Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung - um seine wohlfahrtstaatliche Komponente ergänzt wurde, soll wieder auf seine ursprüngliche Funktion zurückgestutzt werden. Dem Abbau wohlfahrtstaatlicher Instrumente steht in allen entwickelten kapitalistischen Staaten der Ausbau polizeistaatlicher Strukturen gegenüber. In der Bundesrepublik sind die Debatten um "innere Sicherheit", den "großen Lauschangriff" und die Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge Ausdruck dessen.

III. Die Sozialdemokratie und die fortschrittlichen Kräfte

Die Regulationskrise des Kapitalismus und die Veränderungen der Klassenlandschaft haben selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Formierung sozialer Kräfte und den Zustand der politischen Linken. Allgemein betrachtet, befindet sich die Linke seit der konservativen Wende Anfang der 80er Jahre in der Defensive. Obwohl der Neoliberalismus offenkundig ökonomisch gescheitert ist, ist es bislang zu keiner Renaissance linker Politik gekommen. Selbst dort, wo es Linksparteien gelungen ist, in Regierungsverantwortung zu bleiben oder die Macht zu

erringen, wurden Interpretationen und Politikansätze des Neoliberalismus übernommen. In der Bundesrepublik strahlt der quasi-religiöse Glaube an die Heilungskräfte des Marktes bis weit in SPD, Grüne und Gewerkschaften hinein; linke Positionen werden hingegen marginalisiert. Diese hegemoniale Defensive ist vor allem auf drei Faktoren zurückzuführen. Erstens sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse politisch gewollt deutlich zugunsten der Kapitalseite verschoben worden. Die (globale!) Deregulierungspolitik, die staatlich organisierte Umverteilung v.a. zugunsten der sich herausbildenden Klasse der Geldvermögensbesitzer und das Anschwellen der industriellen Reservearmee haben die Kampfkraft der organisierten ArbeitnehmerInnenenschaft und die Durchsetzungsfähigkeit sozialer Bewegungen erheblich geschwächt. Zweitens, fehlt der Linken ein Alternativprojekt, das sowohl eine kohärente Antwort auf die Regulationskrise darstellt, als auch milieuübergreifende Ausstrahlung auf weite Teile der Gesellschaft hat. Es bedarf der Durchsetzung einer anderen Logik, die sich als „roter Faden“ sowohl durch die politischen Konzepte zieht als auch im Alltagsverstand der Menschen verankert ist und damit in der Lage ist, den vorherrschenden Diskurs zu dekonstruieren. Ohne einen solchen umfassenden Politikentwurf, erscheinen strukturelle Veränderungen des Kapitalismus als unabwendbarer Sachzwang. Drittens hat die Linke noch nicht gelernt, Politik in einer individualisierten und pluralisierten Gesellschaft, die zudem in hohem Maße von kommerzialisierten Massenmedien beeinflusst wird, zu inszenieren.

Dennoch haben die gesellschaftlichen Probleme und historischen Entwicklungen die Suche nach Antworten verstärkt. Aktuell lassen sich in den Debatten und Formierungen der Linken vier Ansätze von Interpretationen und Lösungen aus der ökonomischen Krise ausmachen:

Der „Defensivansatz“ plädiert für eine Beibehaltung der sozialen Sicherungssysteme und die erkämpften Errungenschaften des fordistischen Wohlfahrtstaates. Die wirtschaftliche Krise wird im wesentlichen auf die fehlende Binnennachfrage zurückgeführt; folglich wird in der Erhöhung der Kaufkraft der Hebel für ein Comeback von Wachs-

tum und Beschäftigung gesehen. Gesellschaftliche Modernisierungen und ökologische Herausforderungen bleiben zumeist ebenso unberücksichtigt wie qualitative Veränderungen des postfordistischen Kapitalismus.

Der „Innovationsansatz,“ läßt sich im Kern auf die Standortdebatte und die Flexibilisierungslogik ein. Im Gegensatz zum Neoliberalismus soll der internationale Standortwettbewerb aber nicht auf der Kosten- sondern der Innovationsseite gewonnen werden. Neue Prosperität soll daher durch eine Stärkung der unternehmerischen Innovationskräfte, die Entdeckung neuer Märkte und aggressive Exportorientierung entstehen. Die Instrumente liegen in aktiver Industriepolitik, Angebotsorientierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte (externe Landnahme in Hochtechnologiemärkten, innere Landnahme im Bereich der Billigdienstleistungen).

Der „Fluchtansatz,“ ist im Gegensatz zu den beiden erstgenannten ausdrücklich anti-produktivistisch. Angesichts bestehender globaler ökologischer Gefahren, der Kommerzialisierung von „lebensweltlichen,“ Bereichen und der bestehenden Geschlechterungleichheiten wird eine Abkehr von der dem Männlichkeitsideal entsprechenden Zentralität der Erwerbsarbeit gefordert. Statt dessen soll eine neue Ethik von Produktion und Konsum und eine Orientierung auf lokale Netze, Selbsthilfe etc. durchgesetzt werden. Wesentliche Widersprüche des Kapitalismus bleiben bei diesem illusionär-naiven Ansatz jedoch ausgeblendet.

Der „Re-Regulierungsansatz,“ versucht die veränderten internationalen Kapitalverwertungsstrategien in eine neue Regulierungslogik einzubetten und im nationalstaatlichen Rahmen ökologisch verträgliches Wachstum durch Wirtschafts- und Strukturpolitik einerseits und Verteilungspolitik andererseits zu schaffen. Der Sozialstaat soll angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht ab- sondern umgebaut werden.

Diese vier Ansätze lassen sich in der Linken nicht „lupenrein,“ sondern zumeist in Mischformen identifizieren. Die Grenzen zwischen ihnen laufen damit quer zu den bisherigen

Grenzen von politischen Organisationen und Zusammenhängen. Am ehesten entspricht der vierte Ansatz einer linkssozialistischen Antwort auf die Regulationskrise des Kapitalismus. Zwar sind in entsprechenden wissenschaftlichen und politischen Kontexten die kurzfristig nötigen Lösungsansätze (wie z.B. alternative steuerpolitische Vorstellungen) entwickelt. Allerdings haben sie derzeit noch nicht die Tragweite eines grundlegenden Alternativprojektes, geschweige denn die eines sozialistischen Transformationskonzepts.

Die gesellschaftspolitische Leitlinie der SPD beschränkt sich auf eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Die sozialdemokratische Botschaft des Zweiklangs von „Innovation und Gerechtigkeit“ will einen neuen Konsens zwischen Arbeit und Kapital finden. Die Kernpunkte dieser Strategie lauten:

- Soziale Konsensbildung und „Aktivierung des Humankapitals“, d.h. die Verlagerung des Standortwettbewerbs weg von der brutalen Kostensenkungsstrategie zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und TransferempfängerInnen hin zur Einbindung und Höherqualifizierung des Arbeitskörpers. Neue Prosperität soll daher durch eine Stärkung der unternehmerischen Innovationskräfte, die Entdeckung neuer Märkte und der Fortführung der aggressiven Exportorientierung entstehen.
- Angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik sollen pragmatisch kombiniert werden. Die sozialdemokratische Angebotspolitik setzt auf eine Senkung der Lohnnebenkosten, die Modernisierung des öffentlichen Sektors und die Förderung reinvestierter Gewinne. Auf der Nachfrageseite sollen eine „beschäftigungsorientierte“, d.h. verteilungsneutral am Produktivitätspfad angelehnte, Lohnpolitik, eine steuerliche Entlastung der Masseneinkommen und - soweit keine erhöhte Kreditaufnahme damit verbunden ist - öffentliche Investitionen in Gang gesetzt werden.

Dieser Innovationsansatz läßt sich im Kern auf die Standortdebatte und die Flexibilisierungslogik ein. Er markiert den Konsens der SPD-Führungsspitze für eine sozialdemokra-

tische Modernisierungsstrategie. Der zentrale Fehler liegt in der Akzeptanz von breiten Niedriglohnsektoren. Durch staatliche Subventionen soll einfache, wenig produktive Arbeit im Dienstleistungsbereich billiger gemacht werden. Diese Weichenstellung ist ökonomisch unvernünftig und gesellschaftspolitisch fatal:

- In einer hochentwickelten Volkswirtschaft mit breiten Exportsegmenten ist es sinnvoll, den ökonomischen Strukturwandel vor allem durch eine langfristig angelegte Hochproduktivitäts-Strategie zu bewältigen, die ein höheres Lohnniveau und größeren Wohlstand nach sich zieht. Wie das Beispiel USA zeigt, sind ausgedehnte Niedriglohnsektoren ein entscheidendes Hemmnis für die Produktivitätsentwicklung.
- Es entsteht ein verschärfter Druck auf das allgemeine, tariflich abgesicherte Lohnniveau in Richtung der festgelegten Subventionszone. Im Endeffekt wird eine größere Zahl von Menschen gezwungen sein, ihre Arbeitskraft zu einem niedrigerem Lohn anzubieten und einzusetzen. Da das Niveau der Sozialleistungen bei Arbeitslosigkeit eine untere Barriere gegen Niedrigstlöhne und Statusverluste markiert und damit stabilisierend auf das Lohngefüge einwirkt, setzt eine Niedriglohnstrategie über kurz oder lang eine Absenkung der Sozialleistungen voraus. Andernfalls läßt sich die Akzeptanz einer solchen Maßnahme nicht dauerhaft sichern.

Es ist aus sozialdemokratischer Perspektive grotesk, die Beschäftigungspolitik im hochproduktiven Kapitalismus des ausgehenden 20. Jahrhunderts über Niedriglöhne inszenieren zu wollen. Die gesteigerte Produktivität ist eine ökonomisch ideale Grundlage für attraktive Lohn- und Freizeitbudgets. Doch hier liegt das zentrale sozialdemokratische Defizit: die gerechte Verteilung der Ergebnisse höherer Produktivität setzt den politischen Willen zur Korrektur der marktvermittelten Einkommenspolarisierung voraus.

Trotzdem lassen sich in der wirtschaftspolitischen Debatte der SPD auch Fortschritte identifizieren:

- Zumindest die auf empirischem Alphabetismus basierenden Thesen der „Standortdebatte“ werden nun zurückgewiesen. Die Argumentationsfähigkeit der SPD gegenüber dem „metaphysischen Neoliberalismus“ hat sich verbessert.
- Die fatale Konsensstrategie der SPD wurde zumindest in wirtschafts- und sozialpolitischen Feldern eingedämmt. Insbesondere die Debatte um die gescheiterte Steuerreform der bürgerlichen Koalition eröffnet im Wahljahr 1998 Spielräume für linke Argumentationen, die der Auszehrung der politisch-moralischen Substanz der SPD entgegenwirken und somit die Formulierung glaubwürdiger Alternativen zur bürgerlichen Koalition erleichtern.

Die SPD bleibt mit ihrem nostalgischen Plädoyer für die Rückkehr zur „sozialen Marktwirtschaft“ die Antwort auf die sozialen, kulturellen und ökonomischen Veränderungsprozesse an der Schwelle zum 21. Jahrhundert weitgehend schuldig. Weil die SPD diese Aufgabe bisher ignoriert, kann sie von neoliberaler Seite leicht als antiquierte und strukturkonservative Kraft der „Bewahrung“ denunziert werden.

Wir wollen mit unserer Politik deutlich machen, daß die Entwicklung einer sozial geordneten Individualität und die Durchsetzung autonom gestalteter Lebensräume an kollektive Voraussetzungen gebunden ist. Die sozialstaatliche Zivilisierung des Kapitalismus in den Metropolen war die herausragende gesellschaftliche Innovation dieses Jahrhunderts. Wir setzen uns dafür ein, daß sich die SPD der zentralen Fragestellung zuwendet, wie in Zukunft Solidarität, mitbestimmte Arbeit und größere individuelle Entfaltungsspielräume für alle verankert werden können. Die Linke muß sich als Protagonistin der sozio-ökonomischen Erneuerung der Gesellschaft ausweisen um die barbarischen Tendenzen der neoliberalen Entwicklungslogik erfolgreich bekämpfen zu können. Wir vertreten eine Politik der Re-Regulierung, die versucht die veränderten internationalen Kapitalverwertungsstrategien in eine neue Regulierungslogik einzubetten und im nationalstaatlichen Rahmen ökologisch verträgliches Wachstum durch Wirtschafts- und Strukturpolitik einerseits und Verteilungs-

litik andererseits zu schaffen. Der Sozialstaat soll angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen nicht ab- sondern umgebaut werden.

Damit stellt sich die Frage nach den TrägerInnen einer politischen Wende. Die Hegemonie des Neoliberalismus bedeutet nicht, daß er das Denken und Handeln weiter Teile der Gesellschaft widerspruchsfrei dominiert. Vielmehr ist der Alltagsverstand geprägt durch ein widersprüchliches Ensemble unterschiedlicher Erfahrungen und Interpretationsmuster. Die sozialen Proteste der jüngsten Zeit haben bewiesen, daß eine breite Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der neoliberalen Politik existiert, diese aber nicht in alternativen Vorstellungen kanalisiert wird.

Die Proteste der abhängig Beschäftigten der letzten zwei Jahre waren ein wichtiger Beitrag zur Reaktivierung eines kollektiven ArbeitnehmerInnenbewußtsein. So wurden die Proteste der Bergarbeiter (bei denen die Frage nach der Verantwortung relativ leicht zu beantworten war) von breiten Sympathien nicht nur im Ruhrgebiet getragen. Mit den Aktionen und Demonstrationen gegen das „Programm für Wachstum und Beschäftigung“ gelang eine in dieser Form nicht zu erwartende Massenmobilisierung der Beschäftigten. Allerdings lag die Schwäche dieser Aktivitäten darin, daß sie lediglich Abwehrkämpfe waren. Was fehlte, war die nach vorne gerichtete Option.

Seit vielen Jahren waren in jüngster Zeit wieder breite Aktivitäten der SchülerInnen und Studierenden für eine andere Bildungspolitik zu verzeichnen. Ohne die „Studentenproteste“ zu einer per se linken Bewegung zu stilisieren, bestanden sie zumindest in einer kollektiven Ablehnung der Ergebnisse neoliberaler Politik und der Privatisierung der Bildung. Selbst wenn es um die individuelle Absicherung von eigenen Karriereplanungen ging, so ist doch die Logik von Reichumsverteilung und -verwendung angegriffen worden. Viele Jugendliche haben zum ersten Mal die Erfahrung von kollektiven Engagement gemacht und über gesellschaftliche Zusammenhänge kritisch reflektiert. Was sich aus dieser Bewegung entwickeln wird ist offen. Die Politisierung der Studierenden ermög-

licht jedoch eine Stärkung linker Zusammenhänge an den Hochschulen.

Ebenso bestehen auf lokaler Ebene viele Bündnisse und Aktionen sogar bis ins bürgerliche Lager hinein, die gegen die Einschränkung sozialer Dienstleistungen kämpfen. Auch diese Aktivitäten verdeutlichen: Dann, wenn eigene Lebensbereiche betroffen sind, wird die Logik des Sozialabbau infrage gestellt.

Dies bedeutet: eine gesellschaftliche Basis für linke Reformpolitik ist durchaus vorhanden. Jedoch fehlen Kristallisationspunkte für nach vorne gerichtete Politik.

Positive Auswirkungen auf die Formierung der Linken in der Bundesrepublik und anderen Teilen Europas können auch die Entwicklungen in Frankreich haben. Dort ist es gelungen, soziale Basisproteste v.a. der ArbeitnehmerInnen, Formierungen kritischer Intellektueller gegen den Neoliberalismus und die machtpolitische Verankerung im Staat durch die neue Koalitionsregierung - im positiven Sinne Spannungsreich - zu verbinden. Allerdings zeigt das Beispiel Großbritannien, daß in der europäischen Sozialdemokratie auch andere Logiken vorherrschen. Die Regierung Blair setzt auf eine sozial abgemilderte Fortsetzung der neoliberalen Standortpolitik.

In der SPD (und ähnlich auch bei den Grünen) konkurrieren die „französische“ und die „britische“ Logik miteinander. Vieles spricht dafür, daß sich eine stabile „traditionslose Parteidrechte“ herausbildet, die auf absehbare Zeit eine entscheidende machtpolitische Rolle spielen wird. Die traditionslose Parteidrechte vertritt den o.g. „Innovationsansatz“, d.h. sie setzt auf die Entfaltung der Marktkräfte und beantwortet die Globalisierung mit verstärkter Exportorientierung. Die politischen Eckpunkte lauten: Ausweitung von Forschung und Bildung, Industriepolitik in High-Tech Branchen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Kombi-Lohn) und Stärkung der Eigenverantwortung gegenüber dem angeblich allumfassenden Sozialstaat. Ideologisch geht es vor allem darum, Teile der Gesellschaft in das Konzept der „innovativen Standortgemeinschaft“ einzubinden. Die innenpolitischen Probleme sollen mit der Ausweitung von Repressionen beantwortet

werden. Außenpolitisch herrscht im wesentlichen Gleichgültigkeit bzw. wird auf die politische Absicherung von Exportüberschüssen orientiert. Machtpolitisch wird die „traditionslose Parteirechte“ vor allem von SPD-geführten Landesregierungen getragen. Dort wird die Verflechtung mit Teilen des Monopolkapitals (z.B. Energiewirtschaft, Medienwirtschaft) von den exponierten Vertretern positiv als „Industrienähe“ verkauft. Sie ist jedoch ein entscheidendes Hindernis bei der Durchsetzung nötiger Reformen (Demokratisierung und Entflechtung des Mediensektors, solarer Umbau).

Die „Reformkräfte im weitesten Sinne“ sind in der SPD z.T. widersprüchlich und kaum formiert. Zwar existieren eine Reihe von Kräften, die für eine stärkere wirtschaftspolitische Verantwortung des Staates, Erhalt des Sozialstaats, Gleichstellung der Frauen, ökologischen Umbau etc. eintreten und damit z.T. auch weitreichende Reformen wollen. Die Spannweite reicht von Resten der sozialistischen Linken über ökoliberale Positionen bis hin zum rechtskeynesianischen ArbeitnehmerInnenflügel. Aber weder die tragenden Personen noch die Konzepte sind miteinander vernetzt, sondern stehen unverbunden nebeneinander. Es besteht weder ein Konsens in der Krisenanalyse, noch ein gemeinsames Alternativgerüst. Unbeantwortet ist in der „linken Mitte“ der SPD vor allem die Rolle des (National-)Staates und die Verteilungsfrage. Eine sozialdemokratische Linke die strategisch handlungsfähig und breit in der Partei verankert ist, existiert derzeit nicht.

Eine moralische Kritik am tendenziellen Einlassen auf die Logik des Neoliberalismus ist jedoch ebenso wenig erfolgversprechend wie der Rückzug auf die „Fachpolitik“. Vielmehr ist eine mittelfristige Etappenbestimmung zur strategischen Stärkung linker Politik in Partei und Gesellschaft erforderlich. Ein positiver Ausgang der Bundestagswahl wird zu keinem konsequenten Bruch mit dem Neoliberalismus führen. Auch ist äußerst fraglich, ob mit den bislang mehrheitsfähigen Konzepten eine neue Prosperitätskonstellation auf den Weg gebracht wird. Allerdings wird es wahrscheinlich keinen weiteren Sozialabbau und damit eine Atempause für Reformkräfte (v.a. Gewerkschaften) geben. Damit wird die Basis für weiter-

gehende Reformen geschaffen. Ob diese realisiert werden, wird jedoch davon abhängen, inwieweit es gelingt, gesellschaftlichen Druck auf eine Reformregierung zu organisieren.

Nicht zuletzt durch die Initiierung eines alternativen 100-Tage-Programms und eines Kongresses „Politikwechsel jetzt!“ gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften nach der Bundestagswahl wollen wir unseren Beitrag dazu leisten.

Wir müssen mithelfen die Linke wieder zu einer wahrnehmbaren politischen Kraft zu formieren. Entscheidende Herausforderungen für diesen Rekonstruktionsprozeß sind:

Wir brauchen linke Kristallisationspunkte für die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre. Erforderlich ist die Verständigung auf Schlüsselprojekte und Kernforderungen gegen das neoliberale Projekt. Der Arbeitsmarkt, die Zukunft der Bildung und eine neue Basistechnologie für den Energiesektor sind unsere Stichworte für diesen Prozeß.

Zentral ist dafür die verstärkte Bündnisarbeit mit den Gewerkschaften. Nur mit ihnen gemeinsam kann es gelingen, Druck auszuüben, wie es nicht zuletzt die Debatte um die Umlagefinanzierung zeigte. Sie in der Wiederherstellung ihrer Kampfkraft zu unterstützen und ihre Kompetenzen in Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu nutzen, um gegen neoliberale Vorstellungen vorzugehen, bleibt die vordringlichste Aufgabe der Jusos.

Weiterhin müssen fortschrittliche Gruppen aus der Frauen- und Umweltbewegung in ein linkes Bündnis einbezogen werden. Auch wenn sich die Zusammenarbeit in vielen Fällen wohl nur punktuell gestaltet, ist sie voranzutreiben, um den Anschluß an diese Gruppen zu wahren, ihre Interessen in die Politik zu tragen und andererseits unseren Anspruch eines breiten linken Bündnisses zu wahren.

Einen konkreten Anknüpfungspunkt für unsere weitere Bündnisarbeit ist der Prozeß um die Erfurter Erklärung, in dem wir uns sowohl regional als auch bundesweit engagieren werden. Ein erster Schritt ist die Bewerbung und Teilnahme an der bundesweiten Demo am 20.Juni in Berlin."

- Darüber hinaus bedarf es intensiver Vernetzungen der Linken quer zu fachlichen sowie Partei- und Organisationsgrenzen. Wir Jusos wollen vor allem die Kooperation mit anderen linken Jugendzusammenhängen suchen und uns auf gemeinsame politische Projekte und öffentlichkeitswirksame Kampagnen verständigen. Dies erfordert auch verstärkte Aktivitäten von Jusos und die Rekonstruktion von linken Zusammenhängen an Schulen und Hochschulen.
- Wir halten eine europäische Koordination der Linken inhaltlich und organisatorisch für überfällig und wollen sie mit vorantreiben.

Um überhaupt realistische Aussichten auf eine parlamentarische Durchsetzung von linker Politik zu haben, fordern wir nach der Bundestagswahl eine Rot-grüne Koalition. Der Koalition mit bürgerlichen Parteien erteilen wir eine klare Absage. Der antikommunistischen Hetze aus dem bürgerlichen Lager werden wir offensiv begegnen. Diese Bestrebungen zielen auf eine Diffamierung der politischen Linken insgesamt. Wir setzen uns für einen konstruktiven Dialog der politischen Linkskräfte ein.

IV. Für ein gesellschaftliches Modernisierungsprojekt der Linken

Die Aufgabe sozialistischer Politik ist es, ein gesellschaftliches Modernisierungsprojekt von links zu entwickeln und damit Antworten auf die anhaltende Strukturkrise, die Veränderung von Arbeitsverhältnissen und die Verschwendung von Ressourcen zu formulieren. Im Zentrum muß dabei die demokratische Regulierungsperspektive stehen. Der Anspruch, angesichts gescheiterter neoliberaler Konzepte ein "Comeback der Politik" durchzusetzen und Kompetenzen zur Lösung der drängenden Zukunftsfragen zu mobilisieren, kann nur dann realisiert werden, wenn einzelne Vorstellungen weiterentwickelt und zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden. Dafür sollen hier Handlungsfelder benannt werden.

1. Gesellschaftliche Gesamtsteuerung

Die anhaltende Strukturkrise und der Zerfall bisheriger Regulierungsmuster offenbaren einen zunehmenden gesellschaftlichen Steuerungsbedarf. Eine auf die Flankierung privatwirtschaftlicher Investitionsentscheidungen orientierende Politik, die sich zudem zum Spielball internationaler Finanzströme macht, wird dem jedoch nicht gerecht. Sie kann kaum die notwendigen Impulse für eine neue Prosperität liefern. Statt dessen ist eine demokratische Wirtschaftsreform notwendig, die gesellschaftliche Interessen und Kompetenzen in die ökonomischen Prozesse einbezieht.

Vorhandene Instrumente staatlicher und tariflicher Politik müssen mit neuen Elementen gesellschaftlicher Selbstverwaltung auf unterschiedlichen Regulationsebenen zu einer modernen demokratischen Konzeption der Wirtschaftslenkung verbunden werden. Im Kern geht es um die "demokratische Kontrolle der Akkumulation", die systematische Einflußnahme auf die Investitions- und Vermögensstruktur sowie auf betriebliche Entscheidungen und sektorale Verschiebungen, um ökologisch-soziale Entwicklungsperspektiven durchzusetzen. Erforderlich ist eine "Politisierung der Ökonomie", eine bewußte Vergesellschaftung wirtschaftlicher Austauschbeziehungen und insofern auch der Ausbau sozialistischer Elemente, während der kapitalistische Charakter der Ökonomie zurückgedrängt wird.

Bei der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse kommt dem Staat nach wie vor die Schlüsselrolle zu. Es geht um eine Pionierrolle, die vor allem mit öffentlicher Entwicklungsplanung und Investitionspolitik sowie mit der Pilotfunktion öffentlicher Unternehmen zu tun hat. Eine "Politik ausgewählter Wachstumsfelder", die Entscheidungen über die künftige Entwicklungsrichtung technologischer Innovationen an gesellschaftlichen Bedarfsfeldern ausrichtet, schafft vielfach erst die Möglichkeiten, sozial-ökologisch sinnvolle Produkte und Dienstleistungen durchzusetzen und marktfähig zu machen. Daneben kommt dem Staat eine entscheidende Rolle bei der Vermögensverteilung und bei der Sicherung gesellschaftlicher Partizipationschancen für die einzelnen zu. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, müs-

sen staatliche Institutionen demokratisiert und der öffentliche Dienst reformiert werden.

Eine moderne wirtschaftspolitische Konzeption muß dem zunehmend spekulativen Charakter von Finanzmärkten und Investmentfonds entgegenwirken. Ein Instrument dazu sind gesellschaftlich verwaltete Investitionsfonds, durch die Gewinnbestandteile der Unternehmen - eingebunden in regionale und sektorale Modernisierungsprozesse - in private Investitionstätigkeit umgelenkt werden. Dadurch kann Kapital für häufig schwer zu finanzierende Investitionen in sinnvollen zukunftsfähigen Bereichen oder auch für Unternehmenssanierungen bereitgestellt werden. Daneben kann eine internationale Devisenumsatzsteuer (Tobin-Tax) ein sinnvolles Mittel zur teilweisen Abschöpfung international vagabundierenden Kapitals und zu seiner Nutzung für Realinvestitionen sein.

Besonders im Zuge regionaler Strukturpolitik sind in den letzten Jahren zukunftsweisende Ansätze einer Infrastruktur- und Branchenmodernisierung entwickelt worden. Dabei geht es um eine Verknüpfung von Wirtschaftsförderung, Technologiepolitik, Infrastrukturmaßnahmen sowie Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik zu regionalwirtschaftlichen Entwicklungsstrategien. Die Sicherung und Herausbildung regionaler Wertschöpfungsketten und "industrieller Cluster" erschließt binnenwirtschaftliche Potentiale, verknüpft einzelne wirtschaftliche Akteure und eröffnet neue Perspektiven für eine beschäftigungsorientierte Regionalpolitik. Insbesondere in Regionen, in denen vom Strukturwandel bedrohte Industriezweige nach wie vor strukturbestimmend sind, und in Ostdeutschland sind intelligente regionalwirtschaftliche Konzepte gefragt.

Ein zentrales Instrument moderner Regionalwirtschaft könnten Wirtschafts- und Sozialräte bilden, die sich aus VertreterInnen der Unternehmen, der Beschäftigten und gesellschaftlicher Interessengruppen zusammensetzen. Sie müßten Einfluß auf Entscheidungen der regionalen Strukturpolitik gewinnen und daher auch Beteiligungs- und Kontrollrechte gegenüber den regionalen Sparkassen und regionalisierten Investitionsfonds erhalten. Damit könnten innovationsorien-

tierte Produkte und Dienstleistungen, kooperative Verbände von kleinen und mittleren Betrieben sowie regionale Modernisierungsprozesse insgesamt zur Sache der Gewerkschaften und der Linken werden.

Durch eine Reform von Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung muß der Einfluß der Beschäftigten auf unternehmerische Entscheidungen gestärkt werden. Zusätzlich ist eine Reform des Aktienrechts und eine demokratische Konzernverfassung notwendig, die dem gesellschaftlichen Charakter von Großunternehmen Rechnung trägt. Ein guter Anknüpfungspunkt dafür ist das VW-Gesetz.

Viele wirtschaftspolitische Instrumente lassen sich heute nur noch als europäische Projekte denken. Eine demokratische Wirtschaftsreform muß deshalb in eine europäische Gesamtkonzeption eingebunden sein. Es geht darum, eigene Vorstellungen für ein europäisches Akkumulationsmodell zu entwickeln, entsprechende Steuerungsinstrumente auf EU-Ebene zu installieren und ein neues Verhältnis zu Osteuropa und zur "Dritten Welt" zu entwickeln. Dies setzt voraus, daß das ökonomische Potential der Bundesrepublik in die Waagschale geworfen wird und Deutschland nicht als "Opfer", sondern richtig als "Täter" aggressiver Exportpolitik eingeschätzt wird. Eine neue europäische Wirtschaftspolitik muß den Stabilitätswahn der Währungsunion überwinden und die Beschäftigungsfrage ins Zentrum rücken. Wichtige Instrumente dafür sind eine europäische Wirtschaftsregierung und ein Ausbau der EU-Strukturfonds. Gemeinsame Politiken im EU-Rahmen sind darüber hinaus etwa in der Sozialpolitik oder in der Gleichstellungspolitik zu entwickeln.

Die klassische Außen- und Sicherheitspolitik hat einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Handlungsspielräume werden eingeschränkt und von ökonomischen Prämissen bestimmt.

Wir definieren deshalb 'internationale Politik' als entscheidendes Aufgabenfeld zukünftiger Außenpolitik. Ein solcher integrierter Ansatz kombiniert die klassische Außen- und Sicherheitspolitik mit (außen)wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aktivitäten. Internationale Politik der SPD muß deutlich machen, daß die Integra-

tion der Weltwirtschaft zwar ein unaufhalt-samer Prozeß ist, die Ausgestaltung dieses Prozesses aber dem Primat der Politik unter-liegen muß.

Ein erster wichtiger Punkt zur Durchsetzung dieses Primats der Politik ist die Reregulie-rung der globalen Finanz- und Handelsmärkte. Die Krisenanfälligkeit dieser Märkte und ihre erheblichen, rein spekulativ bedingten Schwankungen haben in den letzten Jahren hunderttausende an Arbeitsplätzen zerstört und die ökonomische Entwicklung beein-trächtigt. Wir wollen daher eine Devisenum-satzsteuer nach den Vorschlägen des Nobel-preisträgers Tobin einführen, die jeden Wäh-rungsumtausch mit einem Prozent der Wechselsumme belastet und damit langfris-tigen Währungsaustausch begünstigt. Ein ähnli-ches Modell wollen wir für kurzfristige Akti-en- und Rentenmarktspekulationen einfüh-ren.

Militärische Lösungen für diese Probleme gibt es nicht. Militäreinsätze, egal in welcher Form, können nur die herrschenden Interes-sen absichern und somit die Konfliktursa-chen festschreiben, wenn niemand den Ver-such unternimmt, die Ursachen für ethnisch-nationale Eruptionen und militärische Kon-flikte zu beseitigen. Die militärische Inter-vention ist nichts als eine Form der Stellver-treterpolitik, die davon ablenken soll, daß die Politik in der Entstehungsphase des Kon-fliktes versagt hat und jetzt nicht in der Lage und bereit ist, zivile Modelle der Konfliktlö-sung zu entwickeln. Letztlich sollen die Sol-daten politisches Handeln ersetzen. Daher muß sozialdemokratische Sicherheitspolitik am Konzept des zivilen Peace-Keepings fest-halten.

2. Arbeit und Sozialstaat

Das Ziel der Vollbeschäftigung muß wieder ins Zentrum der politischen Auseinandersetzungen gerückt werden. Die immer weiter wachsende Arbeitslosigkeit ist die Hauptur-sache für die steigende soziale Armut. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verschlech-tert sich aber nicht nur die materielle Situa-tion erheblich. Vielmehr werden die Kompe-tenzen und beruflichen Qualifikationen der von Arbeitslosigkeit betroffenen entwertet. Mit der Erwerbsarbeit in Beziehung stehen-

de Sinnzusammenhänge gehen verloren. Immer mehr Menschen werden so in das gesellschaftliche Abseits gedrängt. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit werden schließlich die gesellschaftlichen Kräftever-hältnisse entscheidend zugunsten der Kapi-talseite verschoben. Sie schwächt die Kampfposition der Gewerkschaften, aber auch die Durchsetzung notwendiger gesell-schaftlicher Reformen wie die Einführung einer nachhaltigen Produktionsweise oder die Modernisierung des Sozialstaats.

Es kann jedoch nicht ausreichen, einfach nur "irgendwelche" Arbeitsplätze zu schaffen. Die neoliberale Lohnkostensenkungsstrate-gie kann die individuellen materiellen Pro-bleme der Arbeitslosigkeit nicht lösen und ist auch gesamtwirtschaftlich verfehlt. So wird es bei weiteren Realeinkommenverlusten in produktiven Sektoren und bei einer Auswei-tung prekärer Beschäftigungsverhältnisse vor allem im Dienstleistungssektor weder zu einer wirksamen Bekämpfung der Armut kommen, noch zur Beseitigung der verteilungsbedingten chronischen Schwäche der Binnennachfrage. Es muß demnach um die Schaffung von Arbeitsplätzen gehen, die dem wirtschaftlich-technischen und sozialen Entwicklungsniveau der Gesellschaft ent-sprechen. Dies muß auch eine gleichberech-tigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen des Arbeitsmarktes und eine Aufhebung ihrer Reservearmee-Funktion umfassen. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht als Quelle billiger Arbeitskräfte für den sozialen und ökologischen Dienst lehnen wir ab. Wir brauchen qualifiziertes Personal und keine Zwangsarbeiter!

a) Neugestaltung von Arbeitsverhältnissen

In den letzten Jahren ist das traditionelle Normalarbeitsverhältnis immer stärker unter Druck geraten. Diese Entwicklung fußt einer-seits auf Veränderungen in der Organisation der Produktion und in ihrer flexiblen Anpas-sung an Marktprozesse sowie auf der sektoralen Verschiebung in Richtung neuer Dienstleistungstätigkeiten. Andererseits streben dominante Kapitalfraktionen, insbe-sondere in exportorientierten Branchen, eine drastische Verbilligung der Ware Arbeit an. Viele Unternehmen versuchen deshalb in dramatischem Ausmaß, arbeitsrechtliche Bestimmungen zu unterlaufen und Arbeit-

nehmerInnen in die Scheinselbständigkeit, in befristete Arbeitsverhältnisse oder in 620-Mark-Jobs zu zwingen. Von Henkel und Co. wird mittlerweile offen zum Tarifbruch oder zur Flucht aus der Tarifbindung aufgefordert. Neoliberale Politik versteht sich derweil als Erfüllungsgehilfe für die Demontage des Normalarbeitsverhältnisses, etwa durch die Kürzungen bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall oder die Ausweitung der Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge. In der Konsequenz kommt es dadurch zu einer Spaltung des Lohn- und Einkommensgefüges in dramatischem Ausmaß. Diese Strategie führt aber nicht zuletzt zu einer weiteren Schwächung der Nachfrageseite und verstärkt damit die Massenarbeitslosigkeit.

Eine neue Regulierung von Arbeitsverhältnissen setzt zunächst eine Wiederherstellung gesetzlicher Schutzvorschriften voraus (Entgeltfortzahlung, erweiterter Kündigungsschutz, Schlechtwettergeld...). Darüber hinaus wird die betriebliche Durchsetzung von Flächentarifverträgen und eine Gestaltung von Arbeitsverhältnissen, die die Interessen der Beschäftigten zur Geltung bringt, in Zukunft nur möglich sein, wenn die betriebliche Mitbestimmung erheblich ausgeweitet wird. In den letzten Jahren sind die Gestaltungsinstrumente der Betriebsräte (nicht zuletzt Verweigerung von Überstunden) in großem Umfang ausgehebelt worden. Deshalb ist die schrittweise Entwicklung neuer Modelle betrieblicher Demokratie und einer neuen Konzern- und Unternehmensverfassung eines der wichtigsten Projekte für die Linke. Ein solches Projekt muß sich deutlich von Versuchen abgrenzen, Beschäftigten über eine "Beteiligung am Produktivvermögen" Lohnbestandteile vorzuenthalten, ihnen einen Teil des unternehmerischen Risikos aufzubürden und sie gleichzeitig weiterhin von wichtigen Unternehmensentscheidungen auszuschließen.

Zukunftsweisende Strategien betrieblicher Organisation setzen auf die Mobilisierung der Kompetenzen und kreativen Potentiale der Beschäftigten. Dabei können die gestiegenen Partizipationsansprüche der ArbeitnehmerInnen aufgegriffen werden. Das System der hierarchisch organisierten "direkten Kontrolle" muß durch eines der "verantwortlichen Autonomie" der Beschäftigten und

der modernen "Produzentendemokratie" ersetzt werden. Dies setzt vor allem einen Ausbau der Weiterbildung und einen entsprechenden Rechtsanspruch aller Beschäftigtengruppen voraus.

Dem gesamtwirtschaftlich stagnierenden bis sinkenden Arbeitsvolumen muß durch eine radikale Verkürzung der Arbeitszeiten Rechnung getragen werden. Kürzere Arbeitszeiten für alle sind zudem die Voraussetzung, um die längst überkommene geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufzuknacken, Frauen einen gleichberechtigten Zugang in das Erwerbsleben und zu beruflichem Aufstieg zu verschaffen und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatem für Mann und Frau gleichermaßen zu ermöglichen. Den Gewerkschaften muß bei ihren Bemühungen um eine kollektive Arbeitszeitverkürzung Unterstützung von staatlicher Seite zukommen - beispielsweise durch eine Vorreiterrolle für Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich im öffentlichen Dienst, eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes zur Begrenzung von Überstunden durch eine Verbindung von Weiterbildung und Arbeitszeitverkürzung, und in Ausnahmefällen auch durch eine finanzielle Flankierung aus öffentlichen Mitteln. In diesem Zusammenhang werden wir Jusos uns auch weiterhin mit Modellen öffentlicher Flankierung auseinandersetzen. Kürzere Arbeitszeiten machen auch neue Arbeitszeitmodelle und deren Anpassung an individuelle Ansprüche möglich. Um tatsächlich mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten und nicht nur eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten im Unternehmensinteresse (Arbeit auf Abruf, Verlängerung der Maschinenlaufzeiten usw.) zu ermöglichen, ist die Entwicklung neuer Arbeitszeitmodelle mit einer deutlichen Stärkung betrieblicher Mitbestimmung zu verbinden.

Eine weitere Anforderung an linke Politik ist die Entwicklung des öffentlichen Beschäftigungssektors. Neoliberale Politik versucht, immer mehr Menschen zur Arbeit im Niedriglohnsektor zu zwingen. Insbesondere personenbezogene Dienstleistungen (z.B. Haushaltshilfen) sollen so in erheblichem Maße ausgeweitet werden. Konzepte für einen Niedriglohnsektor werden bis in die Sozialdemokratie hinein verfolgt (Kombilohn). Richtig ist, daß ein Bedarf an neuen und

bezahlbaren Dienstleistungen besteht, der gegenwärtig nicht marktvermittelt befriedigt werden kann. Statt aber mit dem Ausbau eines Niedriglohnssektors solche Dienstleistungen privat zu organisieren und ihre Nutzung damit nur wenigen Gutverdienenden zu ermöglichen, sollte der öffentliche Beschäftigungssektor ausgebaut werden. Auf diese Weise kann vor allem das Angebot sozialer Dienstleistungen erheblich ausgeweitet werden, zudem entstehen neue regulär bezahlte und sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse.

b) Sozialstaat modernisieren

Vordringlichste Aufgabe linker Sozialstaatspolitik ist die Modernisierung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme unter Beibehaltung des effizienten und leistungsfähigen Umlageverfahrens. Zur Sicherung der Finanzierungsbasis müssen neue Personengruppen, insbesondere Besserverdienende, in die Versicherungssysteme einbezogen werden. Der paritätische Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen sollte perspektivisch auf der Basis der Bruttowertschöpfung berechnet werden, um personalintensive Betriebe zu entlasten. Die gesetzlichen Leistungen etwa in der Krankenversicherung müssen wieder ausgebaut und die schlechende Privatisierung sozialer Risiken muß rückgängig gemacht werden.

In der Rentenversicherung soll es zu einer Ausweitung der Mindestreserve kommen. Dies soll durch die schrittweise Steuerfinanzierung ausgewählter versicherungsfremder Leistungen (z.B. SED_Unrechtsbereinigungsgesetz, Kriegsfolgeleistungen) gegenfinanziert werden. Die ausgeweitete Mindestreserve soll zur Abfederung der demographischen Entwicklung herangezogen werden. Neben der eigenständigen Alterssicherung der Frauen muß eine steuerfinanzierte Mindestrente eingeführt werden, die als mächtigstes Instrument gegen die Altersarmut, insbesondere von Frauen, wirken wird.

Die Sozialversicherungen müssen mit neuen sozialstaatlichen Instrumenten flankiert werden. Im Zentrum steht dabei die Entwicklung einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die Lücken im Sozialsystem schließt,

damit Armutsrisiken auffängt und die Kommunen von den Sozialhilfelasten befreit. Insbesondere muß es im BSHG zu einem sofortigen Stop des dort vorgesehenen Arbeitszwangs für SozialhilfeempfängerInnen kommen. Dadurch werden die Leistungen der Sozialversicherungen automatisch dem sozialen und kulturellen Existenzminimum angepaßt, den Betroffenen wird ein demütigendes "Spießbrutenlaufen" durch verschiedene Behörden erspart.

Wichtiges Ziel moderner Sozialpolitik ist die Eingliederung von Arbeitslosen in das Erwerbsleben zu regulären Arbeitsbedingungen. Dies erfordert eine deutliche Ausweitung der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik und den Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors. Insbesondere ist der Kreis der Anspruchsberechtigten auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auszuweiten. Hier sind vor allem von Arbeitslosigkeit gefährdete Beschäftigte und ArbeitnehmerInnen in befristeten Arbeitsverhältnissen zu nennen. Entscheidend ist hier, den Zugang zu Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu verbessern. Welche enorme Bedeutung aktive Arbeitsmarktpolitik gerade in Ostdeutschland hat, wird nicht nur aus der Tatsache ersichtlich, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland in den letzten Jahren zu einem erheblichen Teil auf die Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik zurückgeht. In weiten Teilen Ostdeutschlands sind soziale Betriebe und Arbeitsmarktprojekte heute der wichtigste Arbeitgeber.

Die Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen und des öffentlichen Beschäftigungssektors ist nicht nur ein wichtiger Hebel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie ist für viele Menschen auch Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ermöglicht nicht zuletzt den meisten Frauen erst eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben. Neben der Umverteilung privat organisierter Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern ist vor allem die Vergesellschaftung und Professionalisierung von Reproduktionstätigkeiten (wie Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege...) zentrale Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter und für die Absicherung eigenständiger Lebensführung. Wir wollen bessere öffentliche Dienstleistungen, um Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu

ermöglichen. Dies umfaßt die Versorgung von Kindern aller Altersstufen, der Ausbau von Altenpflegeeinrichtungen und qualitative Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Notwendig ist auch ein verbindlich zu teilender Elternurlaub (mit entsprechenden Regelungen für Alleinerziehende) mit finanzieller Absicherung.

c) Politische Handlungsspielräume erweitern

Die Bundesregierung kann ihr Versprechen einer Konsolidierung der Staatsfinanzen immer weniger einlösen. Vor allem das Tempo der zunehmenden Staatsverschuldung gibt Anlaß zur Besorgnis. Die SPD muß daher eine Reihe von Maßnahmen ergreifen um die Verschuldungsquote mittelfristig zurückzuführen und gleichzeitig Wachstums- und Beschäftigungsimpulse nicht fiskalpolitisch zu strangulieren.

- Die staatliche Investitionsquote liegt auf einem historischen Tiefstand. Der Bedarf an öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Umweltschutz, Altlastensanierung und modernen Verkehrssystemen verlangt eine Anhebung der Investitionsquote auf ein Niveau der 60er Jahre. Die SPD muß zusammen mit den anderen europäischen Regierungen die Infrastrukturprojekte des Europäischen Weißbuches von Jaques Delors aufgreifen und den Ausbau transeuropäischer Netze in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation vorantreiben. Anknüpfend an dem Vorschlag eines Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm des WSI müssen wir eine Versteigerung der staatlichen Investitionen auf hohem Niveau erreichen, um Kapazitätseffekte in der Wirtschaft zu initiieren.
- Eine sozialdemokratische Steuerreform muß zu einer realen Entlastung der unteren und mittleren Einkommenschichten führen. Eine Senkung des Spitzensteuersatzes kommt in diesem Zusammenhang nicht in Frage. Es muß zu einer deutlich höheren Belastung hoher Einkommensbezieher und Vermögensbesitzer kommen, die durch einen Abbau von Steuer-senkungsmöglichkeiten und einem Ausbau der öffentlichen Finanzverwaltung zu realisieren ist.

3. Politik ausgewählter Wachstumsfelder

Innovationspolitik darf sich nicht auf eine staatliche Sekundantenrolle für Großkonzerne im Kampf um Märkte und Millionen beschränken. Die künftige technologische Entwicklungsrichtung muß vielmehr demokratischer Kontrolle unterworfen werden, aktive staatliche Innovationspolitik muß Wachstumsfelder definieren und Investitionen in diese Entwicklungskorridore lenken. Eine solche Politik muß langfristig angelegt werden. Es soll sich nicht um eine kurzfristige rein antizyklische Krisenpolitik handeln. Vielmehr soll im Rahmen einer Investitions-offensive der Einstieg in eine ökologische Reform der Wirtschaft geschafft werden.

Zur Überwindung der geringen Investitions- und Innovationstätigkeit vieler Unternehmen sind nicht ein "Abbau staatlicher Überreglementierung" oder eine Senkung ökologischer Standards notwendig, wie Stamm-tischökonomien uns weismachen wollen. Vielmehr müssen neue strategische Entwicklungsfelder eröffnet werden - auch solche, deren Erschließung bisher trotz großen gesellschaftlichen Bedarfs kurzfristig nur geringe Gewinne verspricht. Deshalb kommt einem öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) und öffentlich verwalteten Investitionsfonds zentrale Bedeutung zu. Daneben ist eine Diskriminierung nicht reinvestierter Unternehmensgewinne sinnvoll.

Als Bestandteile einer ökologischen Wirtschaftsreform müssen Energie-, Umwelt-, Verkehrs- und Informationstechnologien den Schwerpunkt einer Innovationsoffensive darstellen. Diese Technologien könnten die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten bestimmen und zu einem entscheidenden Motor eines nachhaltigen Wachstums werden.

Ein zentrales Aufgabenfeld ist der solare Umbau des Energiesektors. Das bedeutet kurzfristig den Ausstieg aus der Atomenergie und mittelfristig, den fossilen Energiemix durch einen regenerativen zu ersetzen. Es gilt das Blockiererkartell der Energiemonopole zu brechen und statt dessen eine dezentrale Energieversorgung mit den entsprechenden Forschungs-, Produktions- und Dienstleistungsstrukturen durchzusetzen. In diesem Zusammenhang bietet die Entwicklung und breite Durchsetzung einer Niedrig-

energiebauweise Perspektiven für die kriselnde Bauindustrie. In Kombination mit Wohnungsbau- und Stadtsanierungsprogrammen könnte so eine vielversprechende Branchenpolitik entwickelt werden.

Im Verkehrssektor stellt der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eine zentrale Aufgabe dar. Hier wurden durch die Finanzknappheit der Kommunen zahlreiche Investitionsvorhaben zurückgestellt. Der zunehmende Güterverkehr mit seinen ökologischen Folgen durch den hohen Lkw-Anteil stellt eine Herausforderung für zukunftsweisende Güterverkehrskonzepte dar, die einerseits auf dem Ausbau des schienengebundenen Güterverkehrs und andererseits auf einer neuen Kombination der verschiedenen Verkehrsträger basieren.

Regionaler Schwerpunkt der Innovationsoffensive ist Ostdeutschland. Hier besteht der größte Nachholbedarf an Infrastrukturinvestitionen und am (Wieder-)Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten. Nachdem die erste Transformationsphase in Ostdeutschland beendet ist, gibt es keine Anzeichen für eine aus sich heraus entstehende zweite private Investitionswelle. Investitionen, Produktionsindex und Bruttowertschöpfung befinden sich seit 1994 auf Talfahrt, das DIW spricht in diesem Zusammenhang vom "Ende der Aufholjagd". Eine Angleichung der Wirtschaftsleistung Ostdeutschlands an westdeutsches Niveau ist auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Dies bedeutet, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland auf Jahrzehnte hin von öffentlichen Zukunftsinvestitionen und von einer öffentlichen Flankierung von Privatinvestitionen abhängig sein wird. Diese Instrumente müssen eng mit einer regionalisierten Strukturpolitik verknüpft werden.

4. Bildungsoffensive

Die von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragene Bildungsreform der 60er und 70er Jahre ist auf halbem Wege steckengeblieben. Zwar gelang es, das Bildungssystem quantitativ auszubauen, zu demokratisieren und eine breitere Partizipation bislang benachteiligter Teile der Gesellschaft zu organisieren. Dennoch ist das zentrale Ziel der Sozialdemokratie - die Durchsetzung von Demokratie und Chancengleich-

heit - noch lange nicht eingelöst. Im Gegenteil: unter dem Druck knapper Kassen und neoliberaler Politik werden Ungleichheiten wieder verschärft. Hinzu kommen ökonomische und gesellschaftliche Umbrüche, die neue Herausforderungen für das Bildungssystem darstellen.

Seit einiger Zeit erlebt die Bildungsdebatte in der Bundesrepublik eine Renaissance. Was sich jedoch hinter dem Schlagwort vom "Megathema Bildung" verbirgt, ist im wesentlichen ein Ableger der Standortdebatte. Zum einen werden verstärkte Investitionen in sogenanntes "Humankapital" gefordert, um die Innovationsfähigkeit des Standortes zu steigern. Eine hohe Qualifikation der ArbeitnehmerInnen wird als Grundvoraussetzung zur Entwicklung bzw. Durchsetzung von Produkt- und Prozeßinnovationen im internationalen Wettbewerb gesehen. Zum anderen wird die neoliberale Privatisierungs- und Flexibilisierungslogik auf das Bildungssystem übertragen. Vielen "Bildungsreformern" geht es weder um Chancengleichheit und Emanzipation, noch um konservative ideologische Vorstellungen von Elitenbildung. Vielmehr wollen sie die Zurückdrängung öffentlicher Verantwortung in sozialer, politischer, finanzieller und pädagogischer Hinsicht zugunsten von "mehr Markt und Eigenverantwortung".

Die Linke muß sich der aktuellen Diskussion stellen und eigene Vorstellungen von der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft und des Bildungssystems entwickeln. Zentrale Bedeutung hat die Verbindung von Modernität und Chancengleichheit. Weder darf das Bildungssystem auf die Funktion reduziert werden, die (potentiellen) ArbeitnehmerInnen mit Qualifikationen gemäß der vorherrschenden kapitalistischen Verwertungslogik auszustatten, noch kann negiert werden, daß zwischen Bildung und Produktivkraftentwicklung ein enger Zusammenhang besteht. Um veränderte Anforderungen in der Arbeitswelt mitzugestalten und nicht nur passiv hinzunehmen, ist eine Umorientierung auch des öffentlichen Bildungssystems erforderlich.

Erstens gilt es, jedem und jeder Einzelnen den Prozeß der individuellen Aneignung von Bildung gemäß persönlicher Neigungen und Fähigkeiten zu ermöglichen und abzusi-

chern. Zweitens hat das Bildungssystem zur Emanzipation und Aufklärung über technische, ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge beizutragen. Drittens gilt es schließlich, die Menschen auf eine veränderte Arbeitswelt vorzubereiten.

Für viele ist die Behauptung von der angeblichen Unbestimmtheit der zukünftigen Entwicklung der Hebel zur Durchsetzung von Deregulierungen und zum Abbau von Standards. Zwar befindet sich die Bildungsdebatte noch in einer frühen Phase, in der es uns nicht möglich ist, detaillierte Konzepte vorzulegen. Dennoch ist für uns - im Gegensatz zum "alles ist möglich" - die Verständigung auf Grundsätze von großer Bedeutung:

a) Die politisch gewollte oder geduldete Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheiten (auch) durch das Bildungssystem ist und bleibt antidemokratisch. Für uns ist die Schaffung von Chancengleichheit unabhängig von sozialer Herkunft, ethnischer Herkunft oder Geschlecht nach wie vor zentral und mit Vorstellungen von einem selektiven Bildungssystem nicht vereinbar.

b) Die öffentliche Verantwortung für das Bildungssystem muß gestärkt werden. Dies erfordert eine Ausweitung der staatlichen Bildungsausgaben. Im Bereich der allgemeinen Bildung erteilen wir der Verwischung der Unterschiede zwischen öffentlichem und privatem Bildungssystem eine klare Absage.

c) Öffentliche Verantwortung steht keineswegs im Gegensatz zu dezentralen und demokratischen Entscheidungen, sofern Rahmensetzungen vorgenommen werden und die Gleichheit der Lebensbedingungen gewahrt bleibt. Wir streben eine umfassende Demokratisierung und eine Erweiterung der Entscheidungskompetenzen von Bildungseinrichtungen an.

d) Die Modernisierung des Bildungssystems muß Schritt halten mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Neue technische Standards, veränderte Formen der Erwerbsarbeit, der sozialen Beziehungen und der Kommunikation dürfen am Bildungssystem nicht vorbeigehen.

e) Das Bildungssystem muß seinen Beitrag zur Überwindung überkommener Geschlechterrollen leisten. Dafür müssen u.a. spezielle

Bildungsangebote unter teilweiser Aufhebung der Koedukation entwickelt werden.

f) Eine neue Bildungsreform wird sich dem Bildungswesen als Gesamtsystem widmen müssen. Die Herausforderungen sind über Teilreformen innerhalb der einzelnen Säulen des Bildungssystems nicht zu lösen.

g) Zukünftige Erwerbsbiographien werden von Brüchen und Umorientierungen geprägt sein. Das individuelle Qualifikationsniveau und der Zugang zu Bildungsmaßnahmen wird damit immer wichtiger. Vor allem wird es darauf ankommen, den Prozeß des "lebenslangen Lernens" so zu organisieren, daß er den Interessen der Erwerbstätigen entspricht. Dies setzt u.a. eine große Durchlässigkeit zwischen einzelnen Bildungsgängen voraus.

Im Bereich der schulischen Bildung muß die Überwindung des gegliederten Schulsystems verbunden werden mit einer grundlegenden "inneren Reform", d.h. einer Reform der Lernformen und Lerninhalte. Die Trennung von Theorie und Praxis gilt es in beiden Sekundarstufen zu überwinden. Solange es nicht gelingt, länderübergreifende Ansätze der strukturellen Integration zu entwickeln, können lokale und regionale Integrationsmodelle erste Schritte darstellen.

Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist zunächst die Bereitstellung eines auswahl-fähigen Angebotes an Ausbildungsplätzen zu sichern. Dies wird nur durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung, bei der nicht oder zu wenig ausbildende Betriebe zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze herangezogen werden, und durch eine Quotierung der Ausbildungsplätze für Frauen zu realisieren sein. Eine Reform muß allerdings auch Formen und Inhalte der Erstausbildung neu organisieren. Erforderlich ist eine Neuzuschneidung der Ausbildungsordnungen: wir wollen eine Konzentration auf Kernberufe mit späterer (und das Erwerbsleben begleitender) Spezialisierung. Die Berufsschulen sollten mittelfristig in einer reformierten Sekundarstufe II aufgehen. Die Streichung des 2. Berufsschultages schafft keine neuen Ausbildungsplätze, sondern dient nur den Gewinninteressen der Unternehmer.

In den Hochschulen ist zunächst eine Ausweitung der Kapazitäten erforderlich. Die Ausstattung der Hochschulen muß dem gesellschaftlichen Bedarf an Studienplätzen und Studienrichtungen angepaßt werden. Erforderlich ist eine Öffnung der Hochschulen und eine Demokratisierung für alle am Hochschulleben Beteiligten. Eine strukturelle Reform sollte die Trennung zwischen Fachhochschulen und Universitäten zugunsten von Theorie und Praxis vereinigenden Studiengängen aufheben. Der Hochschulzugang (etwa für AbsolventInnen einer Berufsausbildung) muß vereinfacht werden, Studiengebühren darf es nicht geben.

Die berufliche Weiterbildung wird für alle an Bedeutung zunehmen. Um flexiblen Anforderungen der Betriebe und den Ansprüchen der Beschäftigten gleichermaßen gerecht zu werden, sind Standardisierungen, Zertifizierungen und modulare Systeme erforderlich. Zum einen wird es immer wichtiger, die regionale Weiterbildungslandschaft politisch zu regulieren und neue Formen der Kooperation zu schaffen. Zum anderen ist der individuelle Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen abzusichern. Erforderlich sind hier neue tarif- und arbeitsmarktpolitische Strategien.

Schließlich müssen Bildungsbiographien auch materiell abgesichert werden. Erforderlich ist die Gewährleistung einer sozialen Grundsicherung für SchülerInnen und Studierende. Mittelfristig setzen wir uns für ein neues Modell einer elternunabhängigen Ausbildungsförderung ein.

V. Unsere Anforderungen an die ersten 100 Tage einer rot-grünen Bundesregierung: Zehn-Punkte-Programm

1. Qualifizierte Arbeit für Frauen und Männer

Rot-Grün muß das Thema Vollbeschäftigung wieder auf die Tagesordnung setzen. Eine mit der Tarifpolitik abgestimmte Initiative zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden wäre ein wichtiger Beitrag dazu. Arbeitszeitpolitik kann zudem dazu beitragen, die Interessen weiblicher Beschäftigter

nach anderen Arbeitszeiten und nach einer Umverteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern aufzugreifen. Eine neue Bundesregierung muß dafür sorgen, daß Beschäftigte nicht zu Tagelöhnern ohne Rechte und soziale Absicherung werden. Der Ausbau betrieblicher Mitbestimmung im Rahmen einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist dafür ein erster Schritt, ebenso die Abschaffung sozialversicherungsfreier Tätigkeiten sowie die Wiederherstellung des Kündigungsschutzes und der vollen gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Ein neues Arbeitsmarkt- und Strukturförderungsgesetz ist ein weiterer Baustein für eine aktive Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.

2. Den Sozialstaat erneuern

Qualifizierte und abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse sind zugleich die Basis für einen modernen und leistungsfähigen Sozialstaat. Rot-Grün muß Leistungseinschränkungen bei den gesetzlichen Sozialversicherungen zurücknehmen und die Finanzierungsbasis der Sozialsysteme sichern. Ein wichtiges Instrument ist die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Selbständige, Besserverdienende und Beamte. Außerdem wollen wir die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen durch die Festlegung einer einheitlichen Kappungsgrenze für alle Sozialversicherungssparten, d.h. jede als Erwerbseinkommen erzielte Mark fällt bis zu einer bestimmten Obergrenze (mittelfristig zu harmonisieren auf Höhe Rentenversicherung) voll unter die gesetzliche Versicherungspflicht. Damit ist gewährleistet, daß sich SpitzenverdienerInnen, FreiberuflerInnen und Selbständige nicht wie beim bisherigen Modell der Beitragsbemessungsgrenzen aus den solidarischen Sozialversicherungen stehlen können.

Im nächsten Schritt müssen neue Instrumente für einen modernen Sozialstaat entwickelt werden. Dies schließt eine bedarfsorientierte Mindestsicherung und eine Weiterentwicklung aktueller BAFÖG-Modelle zu einer elternunabhängigen Ausbildungsförderung ein. Als erster Schritt wird das BAFÖG entsprechend dem „Drei-Körbe-Modell“ reformiert, wobei die Auszahlung des Sockelbetrages nicht an die Erbringung von sogenannten Leistungsnachweisen gekoppelt wird.

3. Steuerreform 2000 - den Fortschritt finanzieren

Ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Regierungspolitik ist die Steuerreform 2000. Der Marsch aus dem Lohnsteuerstaat, die Finanzierung sozial-ökologischer Reformpolitik und die Wiedergewinnung finanzpolitischen Handlungsspielraums stehen im Zentrum dieses Projekts. Um die geplante Absenkung des Steuertarifs finanzieren zu können, ist eine umfangreiche Streichung bisheriger Steuervergünstigungen notwendig. Wir werden die vom nordrhein-westfälischen Finanzminister Schleußer vorgelegte Liste zur Objektivierung der Gewinnermittlung lückenlos umgesetzt. Darüber hinaus kann auch auf einzelne Vereinfachungsvorschläge der Bareis-Kommission vom November 1994 zurückgegriffen werden. Die effiziente Erfassung der Besteuerungsgrundlagen bei einer gleichzeitigen Intensivierung der betrieblichen Außenprüfung eröffnet relevante Potentiale von Mehreinnahmen. Für eine doppelte Entlastung der Spitzeneinkünfte über die Senkung von Eingang- und Spitzensteuersatz existiert derzeit kein finanzpolitischer Spielraum. Selbst durch eine maßvolle Anhebung bzw. Revitalisierung der Erbschafts- und Vermögensteuer ist nach Angaben des DIW ein zusätzliches Steueraufkommen von mehr als 40 Mrd. DM zu realisieren. Vor dem Hintergrund dieses Einnahmepotentials von Vermögensteuer und Erbschaft- und Schenkungsteuer wäre auch die angespannte Diskussion um die vertikale Finanzstruktur (Bund, Länder und Kommunen) zwischen den Gebietskörperschaften wesentlich leichter zu konsensualisieren.

4. Zukunftsinvestitionen

Ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm in ausgewählten Wachstumsfeldern stellt einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel und zur Förderung zukunftsfähiger Produktion und Dienstleistungen dar. Statt wie bisher Milliardenbeträge in den Transrapid, den Eurofighter oder die Kernenergie zu pumpen, kann Rot-Grün endlich sinnvolle Schwerpunkte setzen. Dazu zählen der solare Umbau der Energieversorgung, der Ausbau umweltfreundlicher Verkehrssysteme und die Stadtsanierung. Bedeutung hat ein Zukunftsinvestitionsprogramm insbesondere in Bezug auf Ostdeutschland. Hier sind öffentliche Investitionen zu konzentrieren, da

ein Beschäftigungsaufbau ohne eine Ausweitung öffentlicher Investitionen über Jahre hinweg mehr als unwahrscheinlich ist.

5. Ausstieg aus der Atomenergie und solare Energiewende

Rot-Grün kann die Atomkraftwerke endlich vom Netz und den Castor von der Schiene nehmen. Eine neue Bundesregierung hat die Chance, den Ausstieg aus der Atomenergie und den Übergang zu einer intelligenten und effizienten Energieversorgung endlich zu realisieren. Dazu ist ein konkretes Ausstiegsszenario und ein Konzept für den „solaren Umbau“ der Energiewirtschaft notwendig. Erste Schritte für eine solare Energiewende sind ein „100.000 Dächer-Programm“ und die kostendeckende Vergütung der Stromeinspeisung durch regenerative Energien.

6. Umlagefinanzierung

Rot-Grün kann der Berufsausbildung wieder auf die Beine helfen. Eine neue Mehrheit im Bundestag hat endlich die Chance, ausbildungsfaule Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung sollen Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, zusätzliche Ausbildungsplätze finanzieren. Damit alle Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung haben.

7. Den Hochschulen Perspektive geben

Die Hochschulen dürfen nicht zum Spielball von Kapitalinteressen werden. Rot-Grün muß ein Bund-Länder-Programm zum Ausbau der Hochschulen auflegen - weil die Hochschulfinanzierung öffentliche Aufgabe ist. Eine neue Bundesregierung kann ein Hochschulrahmengesetz (HRG) auf den Weg bringen, daß die Hochschulen demokratisiert, ihre Unabhängigkeit stärkt und Studiengebühren verbietet.

8. Wirtschafts- und Sozialunion Europa

Rot-Grün kann dazu beitragen, Europa zum Vorbild zu machen. Zum Vorbild für internationale Kooperation und Regulierung. Eine neue Bundesregierung muß darauf drängen, die Fehler bei der Konstruktion der Währungsunion zu reparieren und die Europäische Union zur Wirtschafts- und Sozialunion auszubauen. Erste Schritte sind Initiativen für eine europäische Wirtschaftsregierung und eine gemeinsame Beschäftigungspolitik. Wir werden mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft ab 1.1.1999 eine

schnellstmögliche Harmonisierung der direkten Steuern auf zwei Gebieten forcieren: Unternehmensbesteuerung und Besteuerung der Kapitaleinkünfte. Das von der EU-Kommission auf der ECOFIN-Tagung im März 1996 vorgelegte Diskussionspapier und der im Herbst 1996 veröffentlichte Bericht über die Entwicklung der Steuersysteme in der Europäischen Union sind geeignete Ansatzpunkte um die nationalen Besteuerungsgrundlagen der EU-Mitglieder vor unlauterem und in der Konsequenz ruinösem steuerlichem Wettbewerb zu schützen. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird aufgefordert, eine Demokratisierung der europäischen Strukturen voranzutreiben. Desweiteren soll das EP endlich alle Kompetenzen eines demokratisch legitimierten Gremiums erhalten und in seinen Rechten zur Ausbildung einer demokratischen europäischen Politik massiv gestärkt werden.

9. Friedensmacht Europa

Europa muß eine zivile Großmacht sein, die der Militarisierung internationaler Beziehungen trotzt und das Feld der Politik nicht für internationale Söldnerheere räumt. Rot-Grün kann dazu beitragen, der Militarisierung eine Absage zu erteilen und politische Konfliktbereinigung in den internationalen Organisationen zu stärken. Erste Schritte dazu sind der Verzicht auf Auslandseinsätze der Bundeswehr und ein Waffenexportverbot. Die NATO ist als Verteidigungs- und Interessenbündnis ungeeignet den Kern einer Friedensordnung zu bilden. In der heutigen Lage trägt sie vielmehr dazu bei, Rußland zu isolieren und das im Rahmen des KSE-Vertrags vereinbarte Gleichgewicht zu stören. Die NATO muß deshalb langfristig überwunden werden.

10. Eine Wende in der Innenpolitik

Statt Kriminalitätshysterie, Bespitzelung, Rassismus, Abschottung und Angst ist eine neue Innenpolitik gefragt. Eine neue Bundesregierung muß „mehr Demokratie wagen“. Dazu gehören eine Rücknahme restriktiver Polizeigesetze und „Null Chance für Null Toleranz“. Dazu gehören auch Initiativen für eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zugunsten der immigrierten Bevölkerung und für die Wiederherstellung des Asylrechts.

Anforderungen an den Bundesverband

Die Planung und Umsetzung des Wahlkampfes muß über den 27. September hinaus tragfähig sein. Eine entscheidende strategische Komponente hierbei ist unser zukünftiger Einfluß in der Partei. Hierfür müssen auch im Rahmen des Wahlkampfes inhaltliche wie personelle Grundlagen gelegt werden.

Dafür ist es unumgänglich, inhaltliche Kompetenzen zurückzugewinnen. Gerade wenn wir einen inhaltlichen Wahlkampf führen wollen, ist Fach- und Detailwissen und die Kenntnis von Argumentationslinien notwendig. Der Juso-Bundesverband muß hierfür zusätzlich zu den "normalen" Wahlkampfmaterialien den Untergliederungen in den zentralen inhaltlichen Wahlkampfpunkten kurzgefaßte Argumentationslinien zur Verfügung stellen.

Weiterhin ist darauf zu achten, daß die Jusos trotz ihrer umfassenden Herangehensweise ihren Vertretungsanspruch für die Jugendlichen in der Partei erhalten können. In diesem Zusammenhang ist es vonnöten, so weit wie irgend möglich die jungen BundestagskandidatInnen in eine Verbandsstrategie einzubinden, auch um langfristige Zugangs- und Einflußmöglichkeiten zu erhalten.

Um schließlich die Bündnisfähigkeit der Jusos im Rahmen einer neuen Doppelstrategie und die Reorganisation einer schlagkräftigen Parteilinken voranzutreiben organisiert der Juso-Bundesverband die Erstellung eines alternativen 100-Tage-Programms, das folgenden Anforderungen gerecht wird:

Eine inhaltliche Verständigung der innerparteilichen Linken an den zentralen Konfliktlinien. Diese liegen in den Bereichen:

- Arbeit für alle - Wirtschaft demokratisieren
- Sozialstaat modernisieren - Reichtum umverteilen
- Globalisierung gestalten - internationale Regulierung
- Bildungsoffensive
- Solarer Umbau der Industriegesellschaft
- Liberale BürgerInnenengesellschaft

Voraussetzung einer gesellschaftlichen Vernetzung von progressiven Kräften ist die

innerverbandliche Einigung über die zentralen Bereichen. Dafür ist es notwendig, den Erstellungsprozeß für alle Teile des Verbandes offen und transparent zu gestalten.

Arbeit für alle -

Zukunftsorientierte Beschäftigungspolitik

I. Ökonomische Krise und Entwicklung der Arbeitsgesellschaft

1. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt
2. Die Spaltung der Arbeitsgesellschaft
3. Ansprüche junger Frauen an Erwerbsarbeit
4. Das Scheitern der neoliberalen Logik
5. Internationalisierung der Ökonomie
6. Keine Gefährdung des "Standorts BRD"!
7. Ursachen der Beschäftigungskrise und Regulationskrise des Kapitalismus
8. Verfehlte Strategie der SPD
9. Eine neue Regulierungslogik ist erforderlich

II. Eckpunkte einer zukunftsorientierten Vollbeschäftigungspolitik

1. Internationale Regulierung
2. Innovation und Verteilung - sozial-ökologische Wachstumspolitik
 - 2.1 Reichtum nutzen und umverteilen
 - 2.2 Zukunftsorientierte Investitionspolitik
 - 2.3 Öffentlicher Beschäftigungssektor
 - 2.4 Regionalisierte Strukturpolitik
3. Arbeitspolitik
 - 3.1 Arbeitszeitoffensive
 - 3.2 Aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
 - 3.3 Qualifizierungspolitik

Das zentrale gegenwärtige Ziel der Jusos lautet: wir müssen die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen. Wir glauben nicht an das Ende der Arbeit, sondern halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Qualifizierte und existenzsichernde Arbeit ist ein sinnstiftendes Element im Leben, auf das sowohl Männer als auch Frauen ein Recht haben. Dies wird jedoch nicht durch Teil-Reformen zu erreichen sein. Unser Verständnis von Vollbeschäftigung erfordert ein neues Konzept von ökonomischer und gesellschaftlicher Regulierung.

Gleichzeitig ist das Ziel jungsozialistischer Politik die Aufhebung der kapitalistischen Reproduktionsweise und der patriarchalischen Geschlechterordnung. Lange Zeit wurde letzteres Ziel als nachrangig angesehen. Mittlerweile hat sich aber die Auffassung durchgesetzt, daß Frauenpolitik integraler Bestandteil aller Politikfelder und die Gleichstellung von Mann und Frau nicht ein zweitrangiges Vorhaben ist. Unsere Aufgabe ist es deshalb, Politikentwürfe zu formulieren und ausstrahlungsfähig zu machen, die sowohl die herrschenden Produktions- als auch die Geschlechterverhältnisse überwinden.

Den bürgerlichen Ansätzen vom Neoliberalismus bis zum Kommunitarismus werden wir das Leitbild einer aufgeklärten, gleichberechtigten Teilhabe-Gesellschaft entgegensetzen. Überwunden werden müssen dabei endlich Sichtweisen, die "Demokratie" und "Emanzipation" immer noch als Freiheit "vom" Staat definieren wollen, zugunsten eines positiven Freiheitsverständnisses, das Bürokratisierung überwindet, aber auf der Erkenntnis beruht, daß nur der wirtschaftlich Starke sich einen schwachen Staat leisten kann. Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und an gesellschaftlichen Prozessen, die Ermöglichung von Massendemokratie durch soziale Sicherheit - dies sind notwendige Bestandteile fortschrittlicher Politik.

I. Ökonomische Krise und Entwicklung der Arbeitsgesellschaft

1. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren hat die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik stets einen neuen historischen Höchststand erreicht. Die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit weist derzeit über viereinhalb Millionen arbeitslose Menschen aus. Während im Westen jeder zehnte über keine Job verfügt, ist es in Ostdeutschland mittlerweile jeder fünfte.

Rechnet man auch die in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befindlichen und die sogenannte "stille Reserve", also solche Arbeitssuchende, die sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern arbeitslos melden, hinzu, so beläuft sich das Arbeitsplatzdefizit auf rund 8 Mio. fehlende Arbeitsplätze. Zudem nimmt die *Langzeitarbeitslosigkeit* zu: mittlerweile ist über ein Drittel der Arbeitslosen über ein

Jahr ohne Arbeit. Damit hat die Bundesrepublik im europäischen Vergleich die rasanteste Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Dennoch ist die Arbeitsmarktkrise ein europäisches Problem. In der Europäischen Union sind derzeit offiziell 19 Millionen Menschen arbeitslos. Jugendliche und Frauen sind hiervon besonders schwer betroffen. Ein Fünftel der Jugendlichen haben keinen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz. Die Arbeitslosigkeit von Frauen lag bei 12,5%, die von Männern bei 9,5%. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen lag bei ca. 49%. An der Spitze der Frauenarbeitslosigkeit liegt Spanien mit 29,5%, die geringste Frauenarbeitslosigkeit hat Luxemburg mit 4,7%.

Besonders prekär ist in der BRD die Situation von *Frauen* auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt waren 1995 11,0 % aller Männer arbeitslos, demgegenüber waren 12,4 % aller Frauen arbeitslos. Dabei dürfte hier die wirkliche Zahl von arbeitslosen Frauen deutlich höher liegen (stille Reserve). Die Massenarbeitslosigkeit trägt erheblich dazu bei, daß die Gleichberechtigung vom Frauen auf dem Arbeitsmarkt in weite Ferne rückt. 1995 waren zwar 81 % aller Männer erwerbstätig, aber nur 62,6 % der Frauen (Ost: 73,9 % und West: 59,9 %). Es scheint sich also die Vermutung zu bestätigen, daß Frauen gerade in Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit durch Ausgrenzung und tradierte Rollenzuweisungen vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Das Risiko arbeitslos zu werden oder zu bleiben, steigt bei Frauen, wenn andere Merkmale hinzukommen. Das Verbleibrisiko, d.h. die Chance längere Zeit in der Arbeitslosigkeit zu verbleiben, ist für Frauen eminent höher als für Männer. Dazu kommt, daß sie weniger an Wiederbeschäftigungsmöglichkeiten partizipieren. Frauen sind zudem nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit deutlich länger arbeitslos als Männer. Die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes wird also nicht wie behauptet aufgehoben, sondern verstärkt!

Besonders häufig sind auch *Jugendliche* von Arbeitslosigkeit betroffen; jeder neunte Arbeitslose ist unter 25 Jahren. 500.000 Jugendliche sind registriert arbeitslos. Problematisch ist vor allem die Situation bei Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz su-

chen. Die Tendenz zum Ausbildungsplatzabbau steigt, solange keine politischen Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Demgegenüber steht eine wachsende Anzahl von Jugendlichen, die in den nächsten Jahren Ausbildungsplätze nachfragen werden. Allein 1997 fehlten statistisch 150.000 Ausbildungsplätze bundesweit. Gemessen an einem auswahlfähigen Angebot ist hier von etwa 250.000 fehlenden Ausbildungsplätzen auszugehen.

Massenarbeitslosigkeit bedeutet aber nicht nur die Addition von mehreren Millionen Einzelschicksalen. Arbeitslosigkeit ist gleichzeitig *volkswirtschaftliche Verschwendung* von vorhandenen Potentialen. So kann für 1997 von fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in Höhe von rund 180 Mrd. DM ausgegangen werden. Allein der Renten- und Krankenversicherung entstehen Aufwendungen von 24,5 Mrd DM per anno. Noch 1991 beliefen sich die gesamten Ausgaben und Mindereinnahmen "erst" auf einen Betrag von 68,5 Mrd DM. Es sind die explodierenden Kosten der Massenarbeitslosigkeit, die sich immer mehr zu einer manifesten Bedrohung für die bewährten Solidarsysteme der gesetzlichen Sozialversicherung entwickeln. Die modischen Thesen vom "Ende der Arbeitsgesellschaft" bedeuten daher nicht nur eine offene Kapitulation vor der Massenarbeitslosigkeit, sondern gefährden zudem die Fundamente des in Jahrzehnten erkämpften Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Die Sozialkassen können erst wieder gesunden, die Staatsfinanzen konsolidiert werden, wenn es gelingt, einen nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung zu initiieren.

Die in nahezu allen entwickelten Industrieländern ansteigenden Erwerbsquoten (vor allem von Frauen) dementieren zudem alle Hypothesen vom angeblich unausweichlichen Ende der Erwerbsgesellschaft. Im Gegenteil: die Lebensentwürfe der Menschen zentrieren sich immer stärker um die Erwerbsarbeit. Die Individuen investieren immer mehr in ihre eigene Aus- und Weiterbildung. Nicht alleine, um dem wachsenden Konkurrenzdruck standhalten zu können, sondern vor allem auch, weil die Ansprüche an Kreativität, Kooperation, Kommunikation und den Inhalt der späteren beruflichen Tätigkeit zunehmen. Die gewachsenen Bedürfnisse, sich eine materiell abgesicherte, ei-

genständige Lebensperspektive zu erarbeiten und gleichzeitig eine inhaltlich anspruchsvolle Tätigkeit mit guten Aufstiegs- und Entwicklungschancen auszuüben, dokumentieren die steigende Bedeutung der Erwerbsarbeit in den individuellen Lebensplanungen. Es ist eine zentrale Aufgabe sozialistischer Gesellschaftspolitik, diese Ansprüche und Bedürfnisse durchzusetzen und ihre weitere Entfaltung und Entwicklung zu fördern. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist daher konsequent am Vollbeschäftigungsziel sowie an der Demokratisierung und Humanisierung der Erwerbsarbeit auszurichten.

2. Die Spaltung der Arbeitsgesellschaft

Eine politische Auseinandersetzung mit der Zukunft der Arbeitsgesellschaft muß neben der quantitativen Situation auch die qualitative Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in den Blick nehmen. Die Internationalisierung der Ökonomie und damit verbundene Veränderungen der Kapitalverwertungsstrategien, die fortschreitende Produktivkraftentwicklung und Durchsetzung der „mikroelektronischen Revolution“, die Umbrüche in der Arbeits- und Betriebsorganisation, die Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten sowie die durch Massenarbeitslosigkeit mitverursachte Schwächung der ArbeitnehmerInnenseite haben erhebliche Auswirkungen auf die Strukturierung der Beschäftigten zur Folge gehabt. Im Vergleich zur relativ „sortierten“ Situation vor wenigen Jahrzehnten haben wir es derzeit mit einer zunehmenden Differenzierung des gesellschaftlichen „Gesamtarbeiters“ und einer Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses in Teilbereichen des Arbeitsmarktes zu tun. Zwar entspricht ein Festhalten an der 38-Stunden-Woche mit an fünf Tagen gleichen Arbeitszeiten und oft ein Leben lang gültigem Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber nicht mehr den differenzierter gewordenen Ansprüchen der Beschäftigten an Arbeit und Leben. Zudem hat das bislang gültige Muster der Erwerbsarbeit auch zur Aufrechterhaltung der patriarchalischen Arbeitsteilung und zur Ausgrenzung der Frauen aus der Erwerbsarbeit beigetragen. Allerdings haben die aktuellen Entwicklungen nur sehr wenig mit einer qualitativen Aufwertung der Arbeitsverhältnisse zu tun.

In jüngster Zeit wurde in der Diskussion um die „postfordistische“ Arbeitswelt der Zu-

kunft die Chance einer Stärkung des „Faktors Mensch“, d.h. die Möglichkeit einer arbeitsorganisatorischen Verbindung von Qualitäts- und Produktivitätsteigerung auf der einen und einer Stärkung der individuellen Kompetenzen, der Humanisierung und Qualifizierung der Arbeit auf der anderen Seite gesehen. Vor allem durch Gruppenarbeit, Aufgabenintegration etc. sollte die tayloristische (d.h. in kleine Schritte zergliederte) Betriebsweise überwunden und durch *neue Formen der Arbeitsorganisation* ersetzt werden. Prognostiziert wurde die Herausbildung eines neuen qualifizierten ArbeitnehmerInnentypus. Zwar hält diese Entwicklung noch an und in vielen industriellen Betrieben und Dienstleistungsbereichen findet tatsächlich eine Aufwertung menschlicher Arbeit statt; allerdings ist dies nur in einer Minderheit der Betriebe Realität. Vielmehr vollziehen sich mittlerweile wieder gegenläufige Tendenzen. Unter dem Druck der Shareholder-value-Politik des Managements, das angesichts der Konkurrenzverhältnisse um Anlagekapital auf kurzfristige Gewinnsteigerungen setzt, werden mittel- und langfristige Unternehmensplanungen aufgegeben oder nicht ausreichend rentable Unternehmensbereiche abgestoßen. Neben der Durchsetzung einer neotayloristischen Arbeitsorganisation, die Elemente von Gruppenarbeit mit dem Fließband vereint, werden vor allem Ansätze des Arbeitsschutzes zurückgenommen, die Arbeitszeiten entsprechend den Bedürfnissen der Unternehmen flexibilisiert und z.T. sogar verlängert und damit die Arbeit verdichtet. An Bedeutung gewinnt die Logik des hire-and-fire, die den Stand der Beschäftigung an saisonale oder konjunkturelle Schwankungen anzupassen versucht.

Hinzu kommt die zunehmende *Durchlöcherung der kollektivvertraglichen Regulierungen in Form von Flächentarifverträgen*. Damit werden Sicherheitsstandards der Beschäftigten abgebaut und zur Dispositionsmasse der Unternehmen. Die Verbetrieblichung oder sogar Individualisierung der Auseinandersetzungen darf aber nicht mit einer Demokratisierung der Arbeitswelt verwechselt werden. Vielmehr geht es darum, ArbeitnehmerInnen unterschiedlicher Standorte und Unternehmen gegeneinander auszuspielen und auf die angeblichen „gemeinsamen Interessen“ zu verpflichten. Während die Führungskräfte und Kernbelegschaften über

neue Formen der Entlohnung und Partizipation in den betrieblichen Konsens eingebunden werden, verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen für die Randbelegschaften.

An die Stelle bisheriger abgesicherter Arbeitsverhältnisse treten immer mehr Formen der *atypischen Beschäftigung*. Hierzu gehören vor allem die Teilzeitarbeit, die geringfügige Beschäftigung, die befristete Beschäftigung, die Leiharbeit, die Scheinselbständigkeit sowie die Heim- und Telearbeit.

Einer dieser Trends ist die *Zunahme des Umschlages in der Arbeitslosigkeit*, das heißt die Zu- und Abgänge von Arbeitslosen. 1996 meldeten sich beispielsweise insgesamt rund 7,1 Millionen Menschen arbeitslos (West: 5 Mio. / Ost: 2,1 Mio.). Das bedeutet für die neuen Länder die Erhöhung um 16,5 % in nur einem Jahr. Im Westen erhöhte sich diese Zahl seit 1992 um 1 Mio. Dabei sind die allermeisten dieser Personen zuvor erwerbstätig gewesen. Dieser statistische Trend spricht dafür, daß die Unternehmen zumindest zum Teil mittlerweile dazu übergegangen sind, Beschäftigungsverhältnisse kurzfristig zu schaffen und wieder abzubauen. Dabei sind die Wirkungen des durch die Bundesregierung im Sommer 1996 gelockerten Kündigungsschutzes noch gar nicht abzusehen. Abgesicherte, langfristige Beschäftigungsverhältnisse gelten für immer weniger ArbeitnehmerInnen. Es ist davon auszugehen, daß insbesondere Beschäftigte in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, unteren Lohngruppen und mit geringer Qualifikation zu denen gehören, die häufigen Arbeitsplatzwechseln unterliegen.

Die Anzahl der sogenannten *geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse* ist in den letzten Jahren auf bundesweit über 4 Mio. angestiegen. Hinzu kommt eine größere Gruppe von *Scheinselbständigen*, so daß insgesamt derzeit etwa 10% aller Arbeitsplätze in Deutschland sozialversicherungsfrei sind. Damit geht eine Unterfinanzierung sozialer Sicherungssysteme und mangelnde soziale Absicherung der Betroffenen einher und es ist zu befürchten, daß mit der Zunahme von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich auch solche Beschäftigungsformen zunehmen werden. Das bedeutet zugleich, daß das Normalarbeitsverhältnis mit sicheren Arbeitszeiten und Gehältern, sozialer Absicherung und Kündi-

gungsschutz, weitgehend ausgehöhlt wird. Das bedeutet aber eben auch, daß die Zunahme von Nicht-Normalarbeitsverhältnissen eine Verminderung der Qualität der Erwerbsarbeit bei sinkendem Einkommen und Lebensstandard der so Beschäftigten beinhaltet. Ein Indiz dafür, daß der Lebensstandard einiger Gruppen bereits drastisch abgenommen hat, könnte die Zunahme der Zweitjobs sein.

Hinzu kommt ein steigender Anteil der *befristeten Arbeitsvermittlungen*. Insgesamt waren 1996 1,2 Mio. vermittelte Arbeitsplätze befristet, wobei die Vermittlungen unter 7 Tagen nicht berücksichtigt sind. Es zeigt sich hier auch, daß insbesondere in den neuen Ländern, wo etwa ein Drittel aller Vermittlungen auf den ABM-Bereich entfielen, aber auch in Krisenregionen der alten Länder die Vermittlung in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) großes Gewicht haben. Die ständigen Kürzungen der Bundesregierung in diesem Bereich haben zum Teil verheerende Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation.

Einige der nicht dem bisherigen Normalarbeitsverhältnis entsprechenden Formen atypischer Beschäftigung dürfen weder pauschal abgelehnt werden, noch ist es erst recht angemessen, sie per se als begründenswerte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu begreifen. Sicherlich kann es gewandelten Ansprüchen der Beschäftigten entsprechen, für eine bestimmte Lebensphase lediglich eine Teilzeitstelle anzustreben oder als „freie MitarbeiterIn“ für mehrere Auftraggeber arbeiten zu wollen. Im wesentlichen führt diese Entwicklung jedoch zu einer Verlagerung von Risiken auf die Beschäftigten und einer Prekarisierung der Arbeit. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der anschwellenden Reservearmee bleibt den ArbeitnehmerInnen keine andere Möglichkeit, als derartige Formen der prekären Beschäftigung zu wählen. Die Folge sind vollkommen zerstückelte Erwerbsbiographien mit mehreren gleichzeitigen Mini-Jobs, (zumindest phasenweise) unzureichendem Einkommen, einer Entwertung der Qualifikationen, geringen oder gar keinen Ansprüchen an die Sozialversicherungen etc. Eine besonders problematische Entwicklung in diesem Zusammenhang ist die Zunahme von illegaler Beschäftigung. Damit werden nicht

nur geltende tarifliche Standards unterlaufen, sondern auch soziale Ressentiments (vor allem gegenüber ausländischen Beschäftigten) geschürt.

Die wachsende Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt zementiert zudem den Geschlechtergegensatz. Die Benachteiligung von Frauen erfolgt dabei auf drei Ebenen: *Erstens* sind immer noch hauptsächlich Frauen für die Erfüllung der Reproduktionsarbeit verantwortlich. Die Erfüllung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erkaufen sich Frauen mit Teilzeitarbeit und dementsprechend mangelhafter sozialer Absicherung. Frauen müssen somit nach wie vor individuell gesellschaftliche Aufgaben wie die Erziehung von Kindern und die Pflege von Alten und Kranken lösen. *Zweitens* existiert eine geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes (Frauen und Männer sind jeweils in bestimmten Arbeitsfeldern unterrepräsentiert. *Drittens* sind Frauennarbeitsplätze in der Regel die schlechter bezahlten und mit weniger Aufstiegsmöglichkeiten verbunden. (z.B. Krankenpflege). Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist die Basis des Patriarchats und Grundlage des jetzigen Wirtschaftssystems. Sie schreibt die ökonomische Ungleichheit zwischen den Geschlechtern fest.

Insgesamt vollzieht sich eine zunehmende *Spaltung der Arbeitsgesellschaft*. Auf der einen Seite haben wir es sowohl im Produktions- als auch im Dienstleistungsbereich mit einem qualifizierten, gutbezahlten und auf die betrieblichen Interessen verpflichteten Kern zu tun. Auf der anderen Seite wächst der Bereich der Beschäftigten, die als Randbelegschaft zunehmend unsichere Arbeitsbedingungen hinzunehmen haben oder auf schlechtbezahlte und geringqualifizierte Dienstleistungsjobs angewiesen sind.

Um so unverständlicher ist es, wenn Teile der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die Lösung der Beschäftigungskrise in einer Ausweitung des Niedriglohnsektors sehen. Mit Hilfe von Instrumenten wie „Kombi-Lohn“ oder der „negativen Einkommenssteuer“ sollen neue Jobs im Billiglohn-Bereich geschaffen werden. Der „Anreiz“ für die Beschäftigten soll zum einen darin bestehen, daß sie ergänzend zum Lohn staatliche Transferleistungen erhalten und zum

anderen SozialhilfeempfängerInnen unter Androhung von Leistungskürzungen zur Aufnahme einer solchen Arbeit gezwungen werden sollen. Die individuellen Folgen wären ein „Festsetzen“ in diesem Teil des Arbeitsmarktes, da Qualifikationen entwertet werden, eine dauerhafte Entlohnung am Rande des Existenzminimums und geringe Ansprüche an die Sozialversicherungen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen wären in erster Linie eine Deregulierung und Absenkung des Tarifgefüges, die Belastung der öffentlichen Haushalte mit Mehrausgaben und Mindereinnahmen (und damit als Konsequenz Leistungskürzungen) sowie eine staatlich subventionierte Dienstbotengesellschaft.

Die skizzierten Entwicklungen haben entsprechende Auswirkungen auf die Klassenlandschaft. Auf der einen Seite verliert der Typus des klassischen Unternehmers tendenziell an Bedeutung. Stattdessen hat sich eine *Kapitalfraktion der Geldvermögensbesitzer* herausgebildet, die den „sozialen Konsens“ längst aufgekündigt hat und die weder Interesse an volkswirtschaftlicher Stabilität noch an langfristigen Unternehmensstrategien hat. Sie interessiert nur der kurzfristige Profit und die beste Anlagemöglichkeit für das Kapital. Sie sind damit die wahren Gewinner der Globalisierung der Finanzmärkte. Die Folge ist eine *Anonymisierung der Ausbeutung*: zwar führt diese Kapitalfraktion den „Klassenkampf von oben“ mit aller Vehemenz; allerdings sind die handelnden Akteure weder für die Beschäftigten noch die Arbeitslosen sichtbar oder mit Namen verbunden. Interessengeleitete ökonomische und politische Entscheidungen wirken so als nicht abwendbarer Sachzwang. Auf der anderen Seite führt die Differenzierung und Spaltung der Arbeitsgesellschaft zu einer Entsolidarisierung der Beschäftigten und Mobilisierungs- und Bündelungsschwierigkeiten für die Gewerkschaften. Vor allem die prekär Beschäftigten scheinen nur bedingt ansprechbar zu sein, viele haben sich mit ihrem „Schicksal“ abgefunden, setzen auf individuelles „durchs Leben schlagen“ und haben sich von der Politik abgewendet. Die abgesicherten Beschäftigten lassen sich nicht mit Verzichts- und Solidaritätsappellen gewinnen, sondern nur indem ihre qualitativen Ansprüche aufgegriffen und vertreten werden.

3. Ansprüche junger Frauen an Erwerbsarbeit

Die Stellung der Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich erweitert. Es ist den Frauen gelungen, überholte Rollenmuster teilweise zu überwinden und die männliche Dominanz in der Sphäre der Erwerbsarbeit zurückzudrängen.

Mit zunehmenden Bildungsmöglichkeiten für Mädchen wachsen auch ihre Ansprüche an eine qualifizierte Ausbildung und Erwerbsarbeit.

Aber (wie viele Männer auch) wollen sie beides: Beruf und Familie bzw. Selbstverwirklichung im Privatleben. Dabei werden sie bereits in der eigenen Sozialisation mit Widersprüchen konfrontiert. In der Familie ist die traditionelle Rollenverteilung - auch wenn die Mutter berufstätig ist - bis heute ungebrochen. Während für männliche Jugendliche die doppelte Orientierung auf Beruf und Familie offensichtlich widerspruchsfrei zu denken und zu verwirklichen ist, werden weibliche Jugendliche gezwungen, sich auf Verzicht und/oder Doppelbelastung einzulassen. Ideale wie Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit sind in der Festlegung auf nur einen der beiden Lebensbereiche wenig bis gar nicht zu realisieren. Individualisierungsprozesse bieten jungen Frauen die Möglichkeit, die eigene Biographie aktiv zu gestalten. Die Pluralisierung von Werten und Normen scheint größere individuelle Freiräume für die Einzelne bereitzuhalten. Gleichzeitig übersieht eine Betrachtung der individuellen Lebenslage die nach wie vor vorherrschenden strukturellen Zwänge. Die Vereinbarkeitsleistung erscheint als von jedem Frau individuell zu lösendes Problem.

Die Organisationsstruktur von Erwerbsarbeit orientiert sich an männlichen Normalarbeitnehmern. Die Regelung von Arbeitszeiten, Aufstiegschancen und Rentenansprüchen wird weiblicher Lebensrealität nicht gerecht. Die Arbeitsbedingungen stehen nicht in adäquatem Verhältnis zu den Anforderungen, die an Frauen gestellt werden. Erwerbsarbeit wird nach wie vor in „Anderthalb-Personen-Berufen“ organisiert. Diese sind an Arbeitenden orientiert, die von häuslichen Verpflichtungen entlastet sind und mit ihren

psychischen und physischen Kräften dem Arbeitgeber zur Verfügung stehen.

Hinzu kommt, daß auch bei der Berufswahl existierende Rollenmuster fortbestehen. Über die Hälfte aller Mädchen entscheidet sich für 10 von 380 Ausbildungsberufen. Dabei wurden die Top Ten in den alten Bundesländern seit 20 Jahren von der Einzelhandelskauffrau, der Arzthelferin und der Friseurin angeführt.

Ein Umbau des Arbeitsmarktes ist erforderlich, um Frauen gleichberechtigt mit ihren Lebensplanungen daran teilnehmen zu lassen. Politik sollte daher darauf abzielen, ausreichend Beschäftigung für alle - Frauen und Männer - zu schaffen, d.h. das Ziel der Vollbeschäftigung zu verfolgen. Zum anderen muß sich aber auch die Struktur von Erwerbsarbeit verändern, wenn die angestrebte Vereinbarkeit mit anderen Tätigkeiten, wie Freizeitbeschäftigungen, Beziehungspflege, Hausarbeit, kurz: mit der umfassenden persönlichen Reproduktion Realität werden soll.

4. Das Scheitern der neoliberalen Logik

Die seit eineinhalb Jahrzehnten regierenden Konservativen versuchen der Massenarbeitslosigkeit mit einer im Kern neoliberalen Politik entgegenzutreten. Diese basiert vor allem auf folgenden Eckpunkten:

- Senkung des Lohnniveaus
- Spreizung des Entgeltniveaus zuungunsten unterer Einkommensgruppen
- Abbau der wirtschaftspolitischen Steuerung des Staates, Reduzierung der Staatsquote und Abbau des Sozialstaates
- Privatisierung sozialer Risiken und Vermarktlichung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche
- Stärkung der Gewinneinkommen und der Vermögen
- Schwächung der gewerkschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit bzw. Individualisierung von Auseinandersetzungen

Die Massenarbeitslosigkeit wird in erster Linie auf einen (im internationalen Vergleich) angeblich zu hohen Preis der Arbeitskraft in bestimmten Beschäftigungsbereichen und auf zu hohe soziale und politische Standards zurückgeführt. Starke Einkom-

mensgruppen und Unternehmen sollen entlastet und somit zu Investitionen angeregt werden. Der nach neoliberalen Sichtweise überbordende und überregulierende Staat türme zu viele bürokratische Hindernisse für die Unternehmen auf, beraube gar die Menschen ihrer Mündigkeit, da er scheinbar alles für sie erledige.

Seine ideologische Wirkung entfaltet der Neoliberalismus daher zum einen in Form der Standortdebatte, die den politischen Diskurs in der Bundesrepublik beherrscht. Jede politische Forderung oder Äußerung wird danach beurteilt, ob sie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Anbieter schadet oder nutzt. Zum anderen basiert der Neoliberalismus auf der Behauptung, daß staatliche Wirtschaftspolitik und Sozialstaat Eigeninitiative und Selbständigkeit verhindern würden. Damit erzielt er durchaus hegemoniale Wirkungen bis in progressiv orientierte gesellschaftliche Milieus hinein.

Die Folgen neoliberaler Politik:

Schwächung der Gewerkschaften
Die Bundesregierung hat nie ein Hehl daraus gemacht, auf welcher Seite sie in den Verteilungauseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit steht. Stets führte sie einen unternehmensfreundlichen Kurs, forderte und fordert die Gewerkschaften zu Lohnzurückhaltung auf. Darüber hinaus schwächte die Bundesregierung die Position der Gewerkschaften, indem sie etwa über eine Änderung des § 116 AFG die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften erheblich verschlechtert hat oder durch eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes die Widerstandskraft der abhängig Beschäftigten zu untergraben versuchte. Als besonders erschwerend für die Gewerkschaften erweist sich die durch die Regierung verursachte anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse (etwa 620/ 520-DM-Jobs). Die hohe Arbeitslosigkeit wirkt als Instrument zur Disziplinierung der Lohnabhängigen, der sinkende Organisationsgrad der Beschäftigten und damit verbunden fallende Beiträge unterminieren die Stärke der Gewerkschaften. Die Regierung Kohl nutzte die Gunst der Stunde, und in dem Maße, in dem Unternehmen, Vermögende und Reiche entlastet

wurden, erfuhren Beschäftigten – unter dem Deckmantel der "Beschäftigungssicherung" – die abhängig und die EmpfängerInnen von Transferleistungen erhebliche Einschnitte.

Schlechtere Position der Lohnabhängigen in den Verteilungskämpfen

Die lohnabhängig Beschäftigten mußten in den letzten 15 Jahren erhebliche Einschnitte hinnehmen. Die strukturbereinigte Lohnquote ist im Zeitraum 1982 bis 1994 bezogen auf die Alt-BRD von 72,5% auf 65,5% gesunken. Der Wert für Gesamtdeutschland von 69,2% im ersten Halbjahr 1997 liegt unter dem Wert von 1975. Von 1979 bis 1995 ist die reale Nettolohnsumme nur um 8% gestiegen, wohingegen die realen Nettogewinne um satte 89% gestiegen sind.

Sinkende Besteuerung der Unternehmensgewinne

Die Steuerbelastung deutscher Unternehmen wurde vom Antritt der Kohl-Regierung an bis heute enorm gesenkt. Die durchschnittliche Steuerbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist im Zeitraum 1983 bis 1997 von 17,2% auf 7,1% gesunken. Die durchschnittliche Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften fiel im Zeitraum 1983 bis 1995 von 26,4% auf 16,9%.

Sinkende Anteile der Kapitalsteuern am gesamten Steueraufkommen

Die Bundesregierung hat in ihrer Amtszeit die Unternehmen sukzessive aus ihrer Verantwortung bei der Finanzierung staatlicher Aufgaben entlassen. Betrug der westdeutsche Anteil der Gewinnsteuern am gesamten Steueraufkommen im Jahre 1980 noch 24,0%, so ist dieser Wert in Gesamtdeutschland im Jahre 1996 auf 14,6% gefallen.

Steigende Anteile der Massensteuern am gesamten Steueraufkommen

Von 1980 bis 1996 ist der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen von 30,6% auf 32,9% gestiegen. Berücksichtigt man, daß die Umsatzsteuer und die Mineralölsteuer zum überwiegenden Teil von den abhängig Beschäftigten aufgebracht werden, so ist der Anteil der sogenannten "Massensteuern" am gesamten Steueraufkommen im Zeitraum von 1980 bis 1996 von 62% auf 72,9% gestiegen.

Niedrige Sozialleistungsquote

Die Bundesregierung hat in der Alt-BRD im Zeitraum 1982 bis 1990 durch Kürzungen von Sozialleistungen die Sozialleistungsquote, also den Anteil sämtlicher Sozialausgaben am BIP, von 29,8% auf 26,9% gesenkt. Das Ansteigen auf 30,8% im Jahre 1995, bezogen auf Gesamtdeutschland, ist vereinigungsbedingt zu erklären und der dadurch zunehmenden Arbeitslosigkeit geschuldet. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß selbst die durch die Vereinigung erhöhte Sozialleistungsquote sich noch unter dem Niveau von 1975 befindet.

Seit 1982 sind mehr als 150 Einschnitte in das soziale Netz durch die Konservativen erfolgt. Die Einkommen der BezieherInnen von Transferleistungen sind beständig gekürzt worden und halten schon lange nicht mehr Schritt mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Von einem Aufblähen des Sozialstaates kann (schon gar nicht in bezug den die/den einzelne/n EmpfängerIn) angesichts der aufgewandten Mittel nicht ernsthaft die Rede sein. Vielmehr sind in erheblichem Ausmaß Leistungen gekürzt oder gestrichen worden. Auch im wichtigen Bereich der aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik haben die Konservativen angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt dringend erforderliche Maßnahmen reduziert. Zuletzt wurden durch das Arbeitsförderungsreformgesetz (AFRG) Leistungen abgebaut und die Zugangsmöglichkeiten verschärft.

Insgesamt betrachtet hat die neoliberale Angebotsstrategie der Politik und der Unternehmen die ökonomischen und sozialen Krisensymptome nicht behoben, sondern verstärkt. Das Ergebnis dieser 15 Jahre währenden Politik sind steigende Arbeitslosigkeit, anhaltende Ausgrenzung der Frauen aus dem Erwerbsleben, steigende Staatsdefizite, Abbau des Sozialstaates und sinkende Kaufkraft. Die Arbeitslosigkeit ist damit kein Schicksal, sondern politisch produziert: durch eine ökonomisch unsinnige Angebotsstrategie und konsequent durchgeführte Umverteilungspolitik der konservativen Bundesregierung.

5. Internationalisierung der Ökonomie

Der Standortdebatte liegt die These von der Globalisierung der Wirtschaft zugrunde. Die

Zunahme von globalen Konkurrenzverhältnissen führe zu einer vollständig neuen Situation für Wirtschaft und Politik. Daher seien bisherige Politikmuster nicht mehr möglich. Vorrangige Aufgabe der Politik sei nun die Aufrechterhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Es stellt sich daher die zentrale Frage, was sich tatsächlich (und aus welchem Grunde) im internationalen Kapitalismus verändert hat. Im wesentlichen lassen sich drei Bereiche qualitativer Veränderungen ausmachen:

Die Bedeutung von Welthandel und Direktinvestitionen

Die Ausweitung der Handelsbeziehungen und der Direktinvestitionen (Auf- und Ausbau von Betrieben oder Unternehmensbeteiligungen im Ausland) in anderen Ländern werden häufig als Indikator für einen Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen herangezogen. Tatsächlich sind die internationalen Handelsströme relativ - gemessen an der Bedeutung des internationalen Handels für die Produktion - erst seit 1970 und das Ausmaß der Direktinvestitionen erst seit 1990 auf einem ähnlichen Niveau wie in den Vorkriegsjahre des ersten Weltkrieges.

Absolut ist es gleichwohl zu einer beträchtlichen Steigerung des weltweiten Handelsvolumens gekommen. Darüber hinaus sind in den vergangenen fünf Jahrzehnten enorme Anstrengungen unternommen worden, den Handel zu liberalisieren. So sind offiziell von 1947 bis 1990 die Zollquoten von 40,7% auf 4,5% gesenkt worden. Bei der Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) sind erneut umfangreiche Handelsliberalisierungsmaßnahmen beschlossen worden. Obwohl Industrienationen immer den "Wohlstand durch Freihandel" proklamiert haben und darüber hinaus Entwicklungsländern Handelsbarrieren aufgezwungen haben, deren Kosten höher eingeschätzt werden als die Entwicklungshilfekosten der Industrieländern, schauen auch diese banges Blickes auf die Wettbewerbssituation. Daher werden dann auch in der in Singapur beschlossenen WTO-Deklaration zu den "Core Labour Standards" niedrige Arbeitskosten, und schlechte Arbeitsbedingungen als komparative Kostenvorteile legitimiert. Auch um im eigenen Land die Argumentation zugunsten niedrigerer Löhne zu unterstützen - den "Sachzwang Weltmarkt" im Blick.

Spätestens seit den achtziger Jahren verstärkt sich der Trend, daß Auslandsinvestitionen schneller als das weltweite Wirtschaftswachstum ansteigen. Im Zeitraum 1985 bis 1990 stiegen die grenzüberschreitenden Investitionsströme mit Wachstumsraten über 30%. Zu Beginn der neunziger Jahre hat sich allerdings eine Verschiebung der regionalen Verteilung der internationalen Direktinvestitionen ergeben. Während in den achtziger Jahren vornehmlich japanische Unternehmen in den USA investierten, ist die Bedeutung des japanischen Engagements ebenso zurückgegangen wie die Bedeutung der USA als Zielland. Die vereinigten Staaten haben sich in der Folge eher selbst im Ausland engagiert.

Mittlerweile kann im internationalen Maßstab von einer sogenannten "Triadisierung" gesprochen werden. Denn die Industriegebiete Nordamerika, Europa und Japan ("Triade") machen alleine 86% der Direktinvestitionen unter sich aus. Statt einer Globalisierung (weltweit!) ist also eine weitgehende Abkopplung ganzer Kontinente oder Regionen wie Afrika und Teilen von Südamerika zu beobachten. Ein globales Ausmaß besitzt allerdings die Expansion der Direktinvestitionen im Dienstleistungsbereich, insbesondere im Banken- und Dienstleistungssektor. Dessen zunehmende internationale Verflechtung ist ein Indikator für die weltweite Bedeutung des Versicherungs- und Finanzsektors.

Die Bedeutung transnationaler Konzerne

Transnationale Konzerne heben diese Entwicklungen auf eine neue Stufe. Sie tragen hauptsächlich die Verantwortung für einen neuen Grad der internationalen Arbeitsteilung: Die Beschaffung von Rohstoffen, die Produktion der verschiedenen Güter und der Absatz der fertigen Produkte erfolgt nicht mehr in ein und demselben Land. Es sind daran eine ganze Reihe verschiedener Länder beteiligt. Dabei ist der Hauptgrund für das internationale Engagement der TNK auch nicht die durch niedrigere Lohnkosten entstehenden Kostenvorteile (zu belegen durch eine Abnahme der Handelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern), sondern vielmehr die Erschließung neuer Absatzmärkte durch die Nähe zum ausländischen Kunden.

Globalisierung ist die heutige Form der internationalen Produktion, in der ein zunehmender Teil der Wertschöpfung durch ein System eng verflochtener Netzwerke getätigt und verteilt wird. Dieser Prozeß erstreckt sich zunehmend aber auch auf die gesamte Wertschöpfungskette. Innovations-, Know-how- und Personaltransfer, Investitions-, Produktions- und Beschaffungsstrategien werden weltweit abgewickelt. Die dominanten Akteure dieses Prozesses sind die TNK. Im Gegensatz zu früheren Phasen der Internationalisierung von Produktionsprozessen, in denen vorwiegend Endfertigungsstätten in Schwellen- oder Entwicklungsländern errichtet wurden, hat die transnationale Strategie, die sich die Internationalisierung der gesamten Wertschöpfungskette zu Aufgabe macht ganz neue Organisationsformen. Die Produkte verlieren ihren nationalen Marktbezug, internationale Märkte werden mit Weltprodukten beliefert, in denen sich Wissen, Komponenten und Arbeitsleistungen zusammenfinden, die unter gänzlich unterschiedlichen Bedingungen erbracht wurden.

Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen von 1993, 2.135 Mrd. US-Dollar, entspricht in etwa ihrer Produktionskapazität. Damit kontrollieren sie rund ein Drittel der weltweiten Industrieproduktion. Die stärksten Industriebranchen sind die Chemische Industrie, die Lebensmittel- und Elektroindustrie. Dies ist insofern von Bedeutung, als daß der größte Teil des internationalen Handels ein brancheninterner Handel ist. Statt des klassischen Tauschs Tuch gegen Wein, japanisches Auto gegen deutsches Auto. Dies zieht eine stärkere Wettbewerbskonkurrenz nach sich und hat damit in der Folge von Rationalisierung und Verschlangung Arbeitsplatzverluste zu Folge.

Die Internationalisierung der Kapital- und Finanzmärkte

Die Kapital- und Finanzmärkte haben in den letzten drei Jahrzehnten eine immer stärkere Bedeutung erlangt. Dies ist zum einen bedingt durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien, mit denen es erst möglich geworden ist, die Transaktionen auf den weltumspannenden Finanzmärkten in kurzen Zeitspannen zu tätigen. Zum anderen ist die Ausweitung von Finanzgeschäften ein Reaktion auf die wirtschaftlichen Struktur-

Krisen in den kapitalistischen Metropolen. In jedem Fall sind sie nicht vom Himmel gefallen, sondern politisch gewollt gewesen. Durch den Zusammenbruch der Währungsordnung Bretton-Woods, also der Aufgabe von fixen Wechselkursen ist es zu einer Deregulierung auf den globalisierten Finanzmärkten gekommen. Die Wechselkurse sind nunmehr dem freien Spiel der Marktkräfte ausgesetzt, werden also durch Angebot und Nachfrage und über den Nutzungspreis für Geld bestimmt.

Freie Wechselkurse bedingen eine stärkere Währungskonkurrenz. Nach dem Beispiel der Bundesrepublik Deutschland kann es dazu kommen, daß aufgrund einer restriktiven Geldpolitik die Zinsen in die Höhe getrieben werden. Dies hatte eine steigende Nachfrage der DM als Anlageobjekt und eine Verteuerung der DM-Währung zur Folge. Exportprodukte wurden teurer, der Absatz schwieriger. Schwankende Wechselkurse machen es zudem exportierenden Unternehmen schwieriger, die Ausfuhrpreise vorauszusagen. Das birgt enorme Risiken für die finanziellen Planungen und senkt die Investitionsneigung.

Unter anderem, um diesen Währungsrisiken vorzubeugen, werden die sogenannten Finanzderivate eingesetzt. Für das Tagesgeschäft von Unternehmen sind diese nützlich und mittlerweile unentbehrlich. Problematisch ist daher - vor allem für ökonomisch schwächere Länder - allerdings die Entwicklung, die der Einsatz von Finanzinnovationen im Bereich der Währungs- oder Devisenspekulation genommen hat. Angesichts der hohen Renditeerwartungen bei spekulativen Finanzgeschäften haben diese Geschäfte zugunsten von realen Investitionen erheblich zugenommen. Nach Schätzungen dient nur 1% der täglichen globalen Finanztransaktionen von über 1,2 Bio. \$ der Abwicklung des Welthandels.

Neben der Gefahr, die solche Spekulationen für die realwirtschaftliche Entwicklung innerhalb des unmittelbar betroffenen Landes birgt, entstehen aber auch international gesehen Gefahren. Die Wirkung der Spekulationen läßt sich im weltumspannenden Netz des Finanzsystems längst nicht mehr auf ein Land begrenzen.

Sowohl im Bereich der Realökonomie als auch vor allem auf dem Gebiet des Finanzsektors sind demnach starke Globalisierungstendenzen vorhanden, die nationale Ökonomien destabilisieren und gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten gerichtet sind. Es ergeben sich damit erhebliche neue Herausforderungen für eine gestalterische Wirtschaftspolitik.

6. Keine Gefährdung des "Standorts BRD"!

Es kann nicht bestritten werden, daß - unter der Bedingung einer exportorientierten Wachstumsstrategie und angesichts der veränderten Konkurrenzverhältnisse - einige Branchen der exportorientierten Massenproduktion unter kostenmäßigem Druck geraten sind. Dennoch ist anzuzweifeln, daß der „Wirtschaftsstandort Deutschland“ als solcher gefährdet ist.

z.B. Lohnstückkosten

Trotz der erheblichen bereits erfolgten primären und sekundären Umverteilung zugunsten der Unternehmen wird eine weitere Entlastung gefordert, um die internationale Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten. Eine Untersuchung des bürgerlichen Ifo-Instituts im Auftrage der Bundesregierung (!) hat jedoch ergeben, daß die realen Lohnstückkosten in der BRD im Jahre 1995 niedriger als in Japan, den USA, Frankreich und Großbritannien waren. In fast allen Jahren seit Beginn der Ära Kohl blieben die Lohnzuwächse unter der Steigerung der Produktivität. Offensichtlich ist also, daß selbst unter einer rein wettbewerbsbezogenen Betrachtung die bundesdeutschen Löhne und Gehälter aufgrund der hohen Produktivität gerechtfertigt sind. Ähnliches gilt für die Abgabenbelastung bundesdeutscher Unternehmen durch Steuern und Sozialabgaben. Setzt man die Abgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), so liegt die BRD mit einer Abgabenquote von 39,2% (1994) im Mittelfeld eines innereuropäischen Vergleichs. Länder wie die Niederlande, Frankreich oder Luxemburg weisen allesamt höhere Abgabenquoten auf.

Von allgemeiner mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit kann selbst dann keine Rede sein, wenn die Betrachtung auf die Kosten beschränkt bleibt. Der Absatz von Produkten im Ausland ist aber nicht nur eine Frage der Kosten und der Preise. Vor allem

hinsichtlich des Investitionsgüterbereichs gilt, daß bundesdeutsche Produkte sich auch bei höheren Preisen absetzen lassen. Dieser relativ preisunelastische Export von Investitionsgütern liegt darin begründet, daß qualitativ hochwertige bundesdeutsche Investitionsgüter beim importierenden Käufer Kostensenkungen über Prozeßinnovationen bewirken. Darüber hinaus muß beachtet werden, daß die Höhe der Exporte immer auch von der ausländischen Konjunktur abhängt. Gerade ein Exportland wie die BRD muß an ausreichender kaufkräftiger Nachfrage im Ausland interessiert sein, um Produkte absetzen zu können.

z.B. Direktinvestitionen

Die Tatsache, daß die deutschen Direktinvestitionen im internationalen Vergleich um ein Vielfaches größer sind als die ausländischer Unternehmen im Inland wird von konservativer Seite als Wettbewerbsschwäche der deutschen Wirtschaft ausgelegt und in der Lohnkostendiskussion instrumentalisiert. Auf der einen Seite muß kalkuliert werden, daß sich ein Engagement von ausländischen Unternehmen in Deutschland nur dann zu lohnen verspricht, wenn sie sich ausreichende Marktchancen erwarten. Werden die deutschen Unternehmen jedoch als so stark angesehen, daß keine Absatzpotentiale zu erwarten sind, dann unterläßt ein Unternehmen aus finanziellem Kalkül dieses Engagement. Auf der anderen Seite haben auch Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in erster Linie strategischen Charakter. Statt der Errichtung einer kostengünstigeren Produktionsstätte im Ausland stehen Marktnähe, Absatz- und Beschaffungsüberlegungen im Vordergrund.

z.B. Exportweltmeister Deutschland

Eine sozialistische Wirtschaftspolitik kann nicht auf aggressive Exportorientierung und dauerhafte Leistungsbilanzüberschüsse setzen. Dennoch demonstrieren die aktuellen Zahlen, daß der Standort alles andere als international nicht konkurrenzfähig ist. Im Jahr 1997 war die bundesdeutsche Ökonomie wiederum die zweitgrößte Exportnation. Pro Kopf ist Deutschland „Exportweltmeister“. Die hohen Außenhandelsüberschüsse der BRD sprechen für eine ausgezeichnete Wettbewerbsfähigkeit. Der Außenhandelsüberschuß im Jahre 1996 betrug 100 Mrd. DM, und die Handelsbilanz der BRD im Jahre 1996

ist mit allen wichtigen Handelspartnern außer Japan positiv gewesen. Dies schließt im übrigen auch die Länder Osteuropas und die südostasiatischen Tigerstaaten ein.

Da jedoch in der BRD bei aggressiver Exportorientierung der Überschuß der Leistungsbilanz den Nettokapitalexport tendenziell übersteigt, wird die DM aufgewertet und die Waren im Ausland verteuert. Um die Verteuerung der exportierten Waren zu verhindern, werden weitere Lohnsenkungen der abhängig Beschäftigten vorangetrieben. Die einseitige Exportfixierung der BRD ist ein riesiges Problem: international, weil Arbeitslosigkeit exportiert wird; national, weil - verstärkt durch den hohen Außenwert der DM - Lohnsenkungen und Steuerentlastungen der Unternehmen im Inland derart begründet werden. Knapp 70% der bundesdeutschen Produktion werden jedoch noch immer im Inland abgesetzt, so daß die Lohnsenkungen aufgrund ausbleibender Kaufkraft und die Unternehmenssteuersenkungen wegen der Schwächung der öffentlichen Haushalte äußerst negative Auswirkungen zeitigen. Dem durch Kohls Regierung maßgeblich mit in Gang gesetzten internationalen Abwertungswettbewerb aller Länder bei Löhnen und Unternehmensabgaben zur Stärkung der jeweiligen Exporte muß ein Ende bereitet werden.

7. Ursachen der Beschäftigungskrise und Regulationskrise des Kapitalismus

Die sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit ist vornehmlich auf eine überzyklische Wachstums- und Investitionsschwäche sowie der wachsenden Bedeutung spekulativer Gewinnverwendung gegenüber den arbeitsplatzschaffenden Realinvestitionen zurückzuführen. Die anhaltende Schwachbrüstigkeit der Investitionstätigkeit kommt in einer sinkenden Investitionsquote (Anteil der Investitionen am Sozialprodukt) zum Ausdruck. Lag diese in den 60er Jahren noch bei einem Wert von ca 25 Prozent und in den 70er Jahren noch bei über 22 Prozent, so stürzte sie in den 80er Jahren auf nur mehr 20 Prozent ab.

Entgegen der weitverbreiteten Annahme, in den 70er Jahren hätten keynesianische Ausgabenprogramme eine besonders gravierende Art von ökonomischer Schwindsucht her-

vorgebracht (Inflation plus wirtschaftliche Stagnation), ist festzuhalten: die Wirtschaft wuchs in den SPD-regierten 70er Jahren immerhin noch mit einer jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate von 3,1 Prozent, während die Wachstumsrate in den wirtschaftsliberal geprägten 80er Jahren auf einen Wert von 1,7 Prozent zurückfiel. Auch die Produktivitätsentwicklung wurde in den 80er Jahren zurückgeworfen. Wuchs die Stundenproduktivität im Zeitraum von 1970 bis 1979 noch um 4,1 Prozent pro Jahr, so reduzierte sie sich im Zeitraum von 1980 bis 1990 auf nur mehr 2,1 Prozent.

Die neoliberale Rezeptur von fortgesetzter Deregulierung, Lohndisziplinierung und monetaristischer Geld- und Finanzpolitik hat die Wachstums- und Investitionsdynamik systematisch blockiert. Infolge dieser Politik ist die Beschäftigung in den letzten Jahren sogar absolut zurückgegangen (zwischen 1991 und 1996 um insgesamt mehr als zwei Millionen Erwerbstätige). Dabei hat die Rentabilität des privaten Unternehmenssektors in den 90er Jahren wieder ein Niveau wie in Vollbeschäftigungszeiten erreicht. Die durchschnittliche Kapitalrendite ist kräftig angestiegen. Sie erreichte mit 11,7 Prozent im Jahr 1995 den höchsten Wert seit 1971. Die Liquidität der Unternehmen hat sich infolge explodierender Nettogewinne glänzend entwickelt. Die angebotsseitigen Rahmenbedingungen für einen Investitionsaufschwung sind seit Jahren gegeben. Es fehlt nicht an überschüssigem Kapital. Die Angebotstheorie ist damit faktisch widerlegt: sie kann nicht ansatzweise erklären, wieso den sprunghaft angestiegenen Renditen kein Investitionsboom folgte. Starke Gewinnsteigerungen korrelieren schon lange nicht mehr mit ansteigender Investitionstätigkeit.

Die beschäftigungsrelevanten Erweiterungsinvestitionen sind vor allem von der Erwartung eines längerfristig gesicherten Absatzes und damit von einer langfristig steigenden Nachfrage abhängig, die auch über die kurze Frist hinaus eine hohe Kapazitätsauslastung garantiert. Doch die marktradikale, angebotsfixierte Politik der bürgerlichen Regierung sowie die veränderten Kräfteverhältnisse auf den Arbeitsmärkten haben eine strukturelle Nachfrageschwäche verursacht: durch Lohnerhöhungen unterhalb des Produktivitätszuwachses, durch massive Kür-

zungen bei den Sozialeinkommen sowie durch eine restriktive Geld- und Finanzpolitik. Der private Verbrauch als wichtigste Nachfragekomponente muß unter diesen Bedingungen zwangsläufig stagnieren. Nachdem auch die öffentlichen Investitionen stark rückläufig sind - der Staat also als Nachfrager mehr und mehr ausfällt - bleiben die bestehenden Kapazitäten chronisch unterausgelastet. Dies ist die Situation der klassischen keynesianischen Nachfragerlücke: private Erweiterungsinvestitionen würden unter den gegebenen Bedingungen lediglich den Aufbau weiterer Überkapazitäten bedeuten. Die vorhandene Liquidität des Unternehmenssektors wird daher nicht sachinvestiv verwendet, sondern fließt verstärkt in die Geldkapitalanlage ab, dient dem Kapitalexport oder dem Ausbau der Marktposition durch den Kauf anderer Unternehmen. Das Wachstumspotential bleibt unausgeschöpft, weil die geänderte Verwendungsstruktur der unternehmenseigenen Finanzierungsmittel nur einen sehr geringen Anteil von Erweiterungsinvestitionen einschließt.

Die Beschäftigungskrise, die Spaltung der Arbeitsgesellschaft sowie die vorherrschenden politischen und ökonomischen Entwicklungen können jedoch nicht verstanden werden, ohne sich mit der strukturellen Krise des Kapitalismus seit Mitte der 70er Jahre auseinanderzusetzen. In der Nachkriegs-Ära des Fordismus ist es gelungen, erhebliche Produktivitätssteigerungen und Lohnerhöhungen zu vereinen. Das Ergebnis war die Parallelität von industrieller Massenproduktion und Massenkonsum, die Verallgemeinerung von Lohnarbeit und der Ausbau des Sozialstaates. Mit der Ausschöpfung der im industriellen Sektor durch die tayloristisch-fordistische Produktionsweise möglichen Steigerungen der Produktivität gerieten die Löhne und der Sozialstaat unter Druck. Die durch die „innere Landnahme“ des Kapitalismus, d.h. die Erschließung der Reproduktion durch kapitalistische Formen von Produktion und Konsum möglichen Wachstumspotentiale erlahmten. Infolgedessen wurde der „fordistische Klassenkompromiß“ von der Kapitaleseite aufgekündigt. In den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern setzen sich neoliberale Politikmuster durch, die eine Abwärtsspirale aus steigenden Gewinneinkommen auf der einen und

Arbeitslosigkeit, stagnierenden Masseneinkommen, Staatsdefiziten und Sozialabbau auf der anderen Seite in Gang setzten. Die Binnenmarktorientierung wurde ersetzt durch eine z.T. aggressive Exportorientierung, die Überakkumulation von Kapital (in Verbindung mit technologischen Entwicklungen und politischen Deregulierungen) hatte die Ausweitung von globalen Finanzmärkten zur Folge. Bisher ist es in keinem entwickelten kapitalistischen Land gelungen, eine neue Wachstumsphase zu schaffen, die mit der Nachkriegssituation vergleichbar wäre.

8. Verfehlte Strategie der SPD

Während konservative Kräfte weiterhin auf einen neoliberalen Ansatz setzen und damit die beschriebenen Tendenzen verschärfen, forcieren Teile der Sozialdemokratie eine Standortlogik, die auf Innovationskonkurrenz anstelle von Kostenkonkurrenz setzt. Durch den Ausbau von Forschung und Entwicklung, Bildung und die aktive industriepolitische Förderung von Hochtechnologiebereichen soll den nationalen Unternehmen ein Spitzenplatz in der Standortkonkurrenz eingeräumt werden. Diese Strategie greift allerdings zu kurz, da sie die gesellschaftlichen Kräfte- und Verhältnisse im wesentlichen nicht antasten will.

Die Programmatik der SPD ist vom Kompromiß der SPD-Spitze Schröder-Lafontaine geprägt. Auf der einen Seite die Einsicht die Massenarbeitslosigkeit mit den Parametern der Makroökonomik insbesondere mit Aktivierung der Nachfrageseite abtragen zu können. Auf der anderen Seite die mikroökonomische, beschränkte unternehmerische Kalkül gehorchende neoklassische Angebotspolitik. Die SPD setzt sich so in der Beschäftigungspolitik einer Selbstblockade aus. Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit bleiben mit diesem Instrumentarium in weiter Ferne. Neben der Entschlossenheit für diese Ziele einzutreten fehlt darüber hinaus eine Strategie diese im derzeitigen sozio-ökonomischen Wandel durchzusetzen. Eine Zielbestimmung für Wirtschaftswachstum und gesellschaftlich-technische Neuerungen fehlt. Sinnstiftende Botschaften kommen so nicht bei den Menschen an.

In ihrem Maßnahmenkatalog setzt sich die SPD für eine Stärkung der Angebotsbedingungen ein:

- Der staatliche Sektor der Volkswirtschaft soll „lean“, d.h. mager werden. Gesamtgesellschaftliche Gestaltung soll weiterhin zurückgedrängt werden. Private Verfügungsmacht der Kapital- und Vermögensbesitzer soll ausgeweitet, individuelle Ohnmacht und Risiko breiter Bevölkerungsschichten damit ausgeweitet werden. Der Öffentliche Sektor soll somit an Einfluß und Beschäftigungszahl abnehmen. Der Anteil der (Schein-)Selbständigen soll ausgebaut werden.
- „Innovationsförderung“ soll im Konkurrenzkampf mit anderen Volkswirtschaften zu mehr Verteilungsspielraum führen. Bildung muß sich in diesem Zusammenhang zu einem „Instrument der Standortsicherung“ verstümmeln lassen. Das Innovationsthema ist so zentral angelegt, daß ursprüngliche Hauptthemen sozialdemokratischer Politik- Wohlstandspartizipation der gesamten Gesellschaft- eine undankbare Nebenrolle spielt.
- Der Glaube an die Einfachheit der Neoklassik hält weiterhin an: Schuld an Arbeitslosigkeit sei angeblich ein zu hohes Niveau an Arbeitskosten. Wo das Lohnniveau noch nicht niedrig genug ist, soll die staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen Abhilfe schaffen.

Das Plädoyer für einen weiteren Rückzug der öffentlichen Hand ist ökonomisch und gesellschaftspolitisch fatal. Eine Perspektive auf eine öffentliche Investitionsoffensive wird damit zerstört. Die Internationalisierungstendenzen der privater Konzerne werden dadurch weiter angeheizt, der Zugriff der Politik auf Problemlösungsstrategien schwindet weiter. Das kategorische Beklagen einer hohen Staatsquote ist nichts als Polemik. Zum einen ist sie Ausdruck der Massenarbeitslosigkeit (steigende Transferzahlungen), zum anderen macht die Staatsquote im eigentlichen Sinn nur rund 20% aus. Die restlichen rund 30% sind lediglich umverteilte Gelder.

Bürgergeld und Kombi-Lohn - Instrumente des Sozialabbaus

Nach Auffassung der Konservativen müssen sowohl das angeblich zu hohe Leistungsni-

veau bei Sozialhilfebedürftigkeit und längerer Arbeitslosigkeit, als auch die Löhne in den unteren Lohngruppen deutlich zurückgeschraubt werden. Für die Leistungsberechtigten entstehe erst dadurch ein entsprechender Anreiz zur Arbeitsaufnahme, für die Arbeitgeber ein Anreiz zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigung im unteren Lohnsegment. Nach dieser Lesart läßt es sich zum einen mit den überhöhten Leistungen für die Sozial- und Arbeitslosenhilfe letztlich besser und bequemer leben als mit dem Verdienst aus einer regulären Beschäftigung. Zum anderen müßten nur die Löhne niedrig genug sein, um zusätzliche Beschäftigung zu induzieren.

Hinter dieser Betrachtungsweise steht letztlich die neoliberale Beschäftigungstheorie, die in der Existenz von Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung eine zentrale Ursache für die Fortdauer der Massenarbeitslosigkeit sieht. Es fehle der materielle Druck, ohne Verzögerungen einen neuen Arbeitsplatz zu suchen und das Anspruchsniveau so zu senken, daß der "Faktor Arbeit" für die Arbeitgeber entscheidend billiger würde. Erst die Etablierung eines Niedriglohnssektors unterhalb der bisherigen Mindesttarife sowie die Verstärkung des administrativen und finanziellen Drucks, Arbeit unter allen Bedingungen annehmen zu müssen, könne die Arbeitslosigkeit substantiell verringern.

Tatsächlich gibt es in der OECD zwischen dem Anteil niedrigentlohnter Beschäftigter und der Arbeitslosenquote oder dem Beschäftigungsniveau keinen signifikanten Zusammenhang. Eine Absenkung der unteren Lohngruppen führt also keineswegs zu einer Ausweitung der Beschäftigung oder einer Reduktion der Arbeitslosigkeit, vielmehr ist am dem in diesem Zusammenhang stets angeführten Beispiel der USA festzustellen, daß es auch zu einer Reduzierung des Arbeitsangebots mit unerwünschten gesellschaftlichen Folgen kommen kann: dem Verfall der unteren Einkommen steht in den letzten 15 Jahren ein Anstieg der Kriminalität gegenüber. Etwa 7% der männlichen US-Erwerbsbevölkerung sitzt im Gefängnis, ist bedingt haftentlassen oder auf Bewährung frei. Die Kosten der Kriminalität betragen 1993 4% des BIP, die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik machten gerademal 0,55% des BIP aus. Diese Zahlen veranlaßten den ehemaligen US-Arbeitsminister Robert Reich

zu der bekannten Aussage: "Unsere Arbeitslosen sitzen im Gefängnis." Wie Recht er mit dieser Aussage hatte, zeigt ein Vergleich zwischen den USA und einigen europäischen Ländern. Zählt man zu den registrierten Langzeitarbeitslosen in den jeweiligen Ländern, die Gefängnisinsassen hinzu, ergibt sich für alle untersuchten Staaten ein etwa gleich hoher Wert.

Für eine strukturelle Verletzung des Lohnabstandsgebots gibt es keine seriösen Anhaltspunkte. Das 1981 in das BSHG aufgenommene Lohnabstandsgebot ist Ausdruck des Widerspruchs zwischen Bedarfsorientierung einerseits und den über den Markt bestimmten "Leistungseinkommen" andererseits. Wer aber die Bedarfsorientierung als Prinzip des untersten sozialen Netzes ernst nimmt, der kann nicht gleichzeitig für ein wie auch immer geartetes Lohnabstandsgebot plädieren.

Ein vom Bundesfamilienministerium 1992 in Auftrag gegebenes Gutachten stellte fest, daß sich bei der Gegenüberstellung von Sozialhilfebedarf und verfügbarem Arbeitseinkommen für die alten Bundesländer je nach Haushaltstyp und den zum Vergleich herangezogenen Lohn- und Gehaltsgruppen Abstände zwischen 1482 DM und 360 DM monatlich ergaben. Mit steigender Haushaltsgröße verringert sich der Abstand. Die Ursachen hierfür liegen aber eindeutig nicht in einem zu hohen Regelsatzniveau; verantwortlich sind vielmehr ein verteilungspolitisch desolater Kinderlastenausgleich sowie die viel zu geringen Wohngeldleistungen für Erwerbstätige im unteren Einkommensbereich bzw. der Mangel an preisgünstigem Wohnraum. Da das Kindergeld nicht den notwendigen Lebensbedarf eines Kindes abdeckt, muß bei unteren Einkommensgruppen die Sozialhilfe ersatzweise die Funktion des Kinderlastenausgleichs übernehmen.

Von einer Wahlfreiheit für TransferempfängerInnen kann außerdem überhaupt nicht die Rede sein. SozialhilfeempfängerInnen müssen grundsätzlich jede ihnen angebotene Arbeit annehmen. Das BSHG kennt anders als das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) keinen beruflichen und finanziellen Statusschutz (§ 18 BSHG). Bei einer Ablehnung zumutbarer Arbeit kann der Eckregelsatz um 25% gekürzt werden. Bei mehrmaliger Ablehnung zumutbarer Arbeit kann die Unterstützung sogar ganz entzogen werden. Mit

der unterstellten Wahlmöglichkeit ist gleichzeitig immer die Vorstellung von massenhaften Sozialhilfemißbrauch verbunden. Aber selbst nach Angaben der Bundesregierung entsprechen die Belastungen infolge der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialhilfe nur etwa 6 Prozent der Summe, die durch Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug entsteht. Die öffentliche Problematisierung des Mißbrauchs von Leistungen nach dem BSHG steht damit in keinem Verhältnis zum angerichteten finanziellen Schaden.

Wenn die Annahme richtig wären, daß Arbeitslose ihre Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme von der Höhe der Transferleistungen abhängig machen, müßte es einen positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der Transferleistungen und der Dauer der Arbeitslosigkeit geben. Genau das Gegenteil ist aber der Fall: Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist bei BezieherInnen relativ hoher Einkünfte (Arbeitslosebgeld) deutlich kürzer als bei BezieherInnen der niedrigeren Arbeitslosenhilfe oder gar SozialhilfeempfängerInnen. Ein geringer Abstand von Transferleistung und Netto-Arbeitseinkommen müßte demnach zu einer häufigen Inanspruchnahme von HLU führen. Auch hier ist das Gegenteil der Fall.

Während die Debatte um das Verhältnis von materieller staatlicher Mindestsicherung und Erwerbseinkommen in den letzten Jahren vor allem von dem Begriff des Lohnabstandsgebots geprägt war, und damit das sozio-kulturelle Existenzminimum permanent nach unten definiert wurde, finden derzeit Vorschläge immer stärkere Beachtung, die den Arbeitsanreiz für TransferempfängerInnen nicht über eine weitere Deckelung der Sozialhilfe erhöhen wollen, sondern über eine Reduzierung des auf die Sozialhilfe anzurechnenden Erwerbseinkommens. Dabei wird zum einen davon ausgegangen, daß es sich für SozialhilfeempfängerInnen nicht lohnen würde, niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen, da sie mit den empfangenen staatlichen Transfers und eventueller Schwarzarbeit ein höheres Nettoeinkommen realisieren könnten, als mit der Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Zum anderen würde zusätzliches reguläres Arbeitseinkommen durch die Regelungen des Bundessozialhilfegesetz praktisch sofort auf

die Sozialhilfe angerechnet mit der Wirkung, daß die HilfeempfängerInnen ihr Nettoeinkommen mit der Aufnahme regulärer Arbeit praktisch nicht verbessern könnten. Zu lösen sei dieses Problem fehlender finanzieller Arbeitsanreize durch eine Reform der Sozialhilfe, nach der ein größerer Betrag als bisher anrechnungsfrei bleiben soll.

Dabei wird stets unterschlagen, daß zur Einführung eines Bürgergelds, einer negativen Einkommensteuer oder zur verminderten Anrechnung des Arbeitseinkommens auf die Transferleistungen enorme finanzielle Mittel aufgewandt werden müssen. Erst im Juni 1996 hat eine Experten-Kommission des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) ein Bürgergeld oder eine negative Einkommenssteuer mit dem Hinweis auf die Kostenbelastung abgelehnt. Dazu das mit einem Gutachten zum Thema Finanzierung beauftragte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): "Alles in allem können von den oben ermittelten Bruttokosten in den einzelnen Varianten - 98,5 Mrd. DM bis 300 Mrd. DM somit schätzungsweise 30 Mrd. DM als Einsparungen abgesetzt werden; die Nettokosten der hier untersuchten Bürgergeldvarianten liegen also - je nach Variante - in einer Spannbreite von 68,5 Mrd. DM bis 270 Mrd. DM. ... Eine 'mittlere Variante' würde bei 200 Mrd. DM liegen; nur eine Spezifikation mit geringen Anreizwirkungen (die nicht höher wären als im Status quo) würde mit 90 Mrd. DM Steuerausfällen fiskalisch vorstellbar sein." Die Berechnungen des DIW bestätigten damit noch einmal seine Simulationen von 1994.

Für die hohen Kosten der verschiedenen Bürgergeldmodelle sind nicht nur steigende Hilfeleistungen pro TransferempfängerIn verantwortlich, sondern vor allem der Anstieg der Fallzahlen. Denn mit einer Reduzierung des anzurechnenden Einkommens steigt die Zahl der Anspruchsberechtigten sprunghaft an. Die enormen Kosten der verschiedenen Modelle machen deutlich, daß die Integration von Einkommensteuersystem und Sozialleistungen, auf die alle diskutierten Modelle letztlich hinauslaufen nur mit einer drastischen Reduzierung der bisherigen Sozialtransfers möglich wäre. Dies ist von den Arbeitgebern auch ausdrücklich so formuliert, ihnen geht es um die deutliche Rückführung des bisher geltenden sozio-kulturellen Existenzminimums zur Ausbebe-

lung der Mindestlohnfunktion der Sozialhilfe und der Etablierung eines breiten Niedriglohnsektors.

In der öffentlichen Diskussion ist es ungeachtet dessen mittlerweile zu einem Wettlauf um die niedrigsten Anrechnungssätze gekommen. Dem Vorstoß der Arbeitgeber einen Kombi-Lohn einzuführen und damit je nach Einkommenshöhe 10 - 30 % des zusätzlichen Einkommens anrechnungsfrei zu lassen begegnete die SPD mit ihrem Vorschlag im Leitantrag zum Bundesparteitag in Hannover 50% des Einkommens für SozialhilfeempfängerInnen anrechnungsfrei zu lassen. Die Autoren des SPD-Vorschlags müssen sich vorwerfen lassen, nicht genau gerechnet zu haben oder weit über das Ziel hinausgeschossen zu sein. Nach dem Wortlaut des Leitantrags erhielte selbst eine fünfköpfige Familie mit 8.8000 DM Bruttoentgelt noch ein paar Mark aufstockende Sozialhilfe. Über sämtliche Mehrpersonenhaushalte hinweg stiege der Kreis der Anspruchsberechtigten in Bruttoeinkommensregionen, die weit jenseits des für 1997 erwarteten durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts von 4.484 DM monatlich lägen. Damit wären der Flexibilisierung von Löhnen nach unten - selbst im Verhältnis zum Arbeitgebervorschlag - Tür und Tor geöffnet. Die Tarifverhandlungen würden zur Farce: der Druck auf die Gewerkschaften, möglichst viele Tarifsegmente auf der Lohnskala nach unten zu verschieben, wäre enorm. Tarifverträge würden systematisch zu „Verträgen zulasten eines Dritten,“ - in diesem Falle des Staates. Die Kosten könnten nur mit einer drastischen Absenkung des derzeit schon ohnehin zu geringen sozio-kulturellen Existenzminimums aufgefangen werden. Die bisherige Mindestlohnfunktion wäre ausgehebelt, der Erwerbszwang dementsprechend verstärkt und der Weg frei in neue Niedriglohnbereiche. Das Ziel der Arbeitgeberfunktionäre wie dem DIHT-Präsidenten Stihl wäre fast erreicht: „Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken, ohne daß die Sozialpolitiker aller Couleur aufschreien. Deshalb halte ich den Weg für sinnvoll, über den Kombilohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen. ... Aber ganz klar: er ist keine marktwirtschaftliche Lösung, sondern eine Krücke, um die Probleme schrittweise anzupacken, für uns eine Art

trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen.“

Begründet werden die Forderungen nach einer Etablierung eines breiten Niedriglohnsektors dann meist mit der Behauptung, daß es speziell im Dienstleistungsbereich einen hohen latenten Bedarf an niedrigproduktiver Arbeit gebe. Ein Angebot von früher üblichen Dienstleistungen - vom Hausmädchen bis zum Kofferträger - würde von vielen Bürgern vermißt. Die Nachfrage könne sich nur deswegen nicht entwickeln, weil die Leistungen zu teuer seien. Entsprechend subventioniert würden sie wieder ihren Markt finden. Eine derartige Aussage ist teils trivial. Mit hinreichenden Subventionen abgestützt, läßt sich alles verkaufen, was nur irgendwie nützlich ist. Teils ist sie irreführend; denn eine Subventionierung macht die Leistungen nur einzelwirtschaftlich billiger. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird die Leistung in der Regel teurer.

9. Eine neue Regulierungslogik ist erforderlich

Die Industriegesellschaft steht inmitten einer tiefgreifenden Umbruchsituation, die gekennzeichnet ist durch

- konstant hohe Massenarbeitslosigkeit und Spaltung der Arbeitsgesellschaft
- Polarisierung der Vermögensverhältnisse und damit einhergehend sozialstrukturelle Verwerfungen,
- Zunehmende Internationalisierung ökonomischer Prozesse,
- Einführung neuer Arbeitsverfahrens- und Organisationsformen.

Eine Strategie für mehr Beschäftigung muß versuchen, diese Herausforderungen aufzunehmen und mit einer linken Alternative zu verbinden. Es geht eben nicht um eine isolierte beschäftigungspolitische Strategie, sondern um eine Integration der notwendigen Politiken unter dem Dach eines sozialistischen Reformprojektes.

Im Kern eines solchen Projektes steht die Entwicklung neuer Regulierungsansätze auf allen Ebenen. Denn es ist nicht so, daß es bestimmte ökonomische Wahrheiten gäbe, die nicht beeinflussbar seien und lediglich akzeptiert werden müßten. Will man durch-

greifende Verbesserungen erreichen, so muß man die bestehende neoliberale Logik, die für mehr Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeiten steht, aufknacken. Die Politik muß sich ihren Gestaltungsspielraum zurückerobern. Dabei ist auch das Staatsverständnis zu klären. Wirtschaftspolitisches Handeln ist von den Konservativen systematisch diskreditiert worden. Die Linke muß dem eine Debatte über eine demokratisch legitimierte Steuerung und Regulierung entgegensetzen. Der Staat hat Verantwortung für Vollbeschäftigung, Chancengleichheit und ökologisches Umsteuern wahrzunehmen. Er ist der institutionelle Kristallisationspunkt für ein politisches Reformprojekt.

Staatliches Handeln darf zukünftig aber nicht nur als nationalstaatliches Handeln gedacht werden. Weder die These von der Handlungsunfähigkeit des Nationalstaates, noch die von der Irrelevanz anderer Regulations Ebenen ist richtig. Erforderlich ist eine Mehrebenenregulation, die regionales, nationales und internationales Handeln miteinander verzahnt.

Eine zukunftsorientierte Beschäftigungspolitik sollte sich unserer Ansicht nach auf drei Säulen gründen:

1) Aufgrund zunehmender internationaler Verflechtungen wird es für die Politik immer wichtiger, diesen Gestaltungsspielraum zu erschließen. Es ist notwendig, die bestehenden internationalen Institutionen für eine abgestimmte Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik zu nutzen und neue zu gewinnen. Zunächst sind Maßnahmen erforderlich, um die Menge des international „vagabundierenden“ Kapitals zu regulieren und abzuschöpfen. Kurzfristig ist eine europäisch abgestimmte Beschäftigungspolitik zu entwickeln. Wenn bisher auf EU-Ebene Wirtschaftspolitik koordiniert worden ist, dann nur im Rahmen einer „Negativ-Koordination“, die zum Ziel hatte, diese staatlichen Alleingänge zu stoppen und diese Staaten wieder zu einer neoliberalen Politik zu zwingen. Hieraus ist zu folgern, dass der wirtschaftspolitische Kurswechsel nicht nur der Koordination bedarf, sondern vor allem zuerst der Überwindung des vorherrschenden neoliberalen Dogmatismus. Solange es in der EU einen Konsens für die kapitalinteressenorientierte menschenfeind-

liche neoliberale Politik gibt, ist die Koordination eher als Bedrohung denn als zielunterstützend anzusehen.

2) Durch ökologisch sinnvolle Investitionen und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen in ausgewählten, beschäftigungsintensiven und vom Markt ungenügend abgedeckten Bereichen, soll der gesellschaftliche Bedarf mit der Herstellung von Vollbeschäftigung verbunden werden. Der finanzielle Bedarf ist über staatliche Umverteilung herzustellen. Damit verbinden wir auch die Vorstellung von mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

3) Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft wird neue und differenzierte Formen der Erwerbsarbeit hervorbringen. Um die weitere Polarisierung der Beschäftigungsverhältnisse zu verhindern wird eine stärkere Regulierung von Arbeitsverhältnissen erforderlich sein, die aber andererseits die von Beschäftigten geforderte Flexibilität ermöglichen. In Form eines integriertes Verständnisses von „Arbeitspolitik“ müssen die Herstellung von Vollbeschäftigung, die Gleichstellung der Frauen und die qualitative Absicherung von Arbeitsverhältnissen zusammengedacht werden.

II. Eckpunkte einer zukunftsorientierten Vollbeschäftigungspolitik

1. Internationale Regulierung

Aufgrund der wieder deutlich zunehmenden ökonomischen Verflechtungen zwischen den entwickelten Regionen (Triade) muß eine zeitgemäße Vollbeschäftigungspolitik auch die internationalen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Ihr langfristiges Ziel muß dabei darin liegen, sowohl zu einer abgestimmten Wirtschafts- und Finanzpolitik der entwickelten Ökonomien des Nordens zu kommen als auch den unterentwickelt gehaltenen Ländern Entwicklungsspielräume zu verschaffen. Auf die Standortkonkurrenz der Nationalstaaten muß mit neuen Formen internationaler Zusammenarbeit geantwortet werden, da die Standortkonkurrenz der Staaten nur zu einem „realwirtschaftlichen Abwertungswettlauf“ (Oskar Lafontaine) führt, den niemand gewinnen kann. Gegen den neoliberalen Trend zur Deregulierung müs-

sen neue Regulierungsschritte auf nationaler und internationaler Ebene unternommen werden, um insbesondere die zerstörerische Hegemonie der internationalen Finanzmärkte zurückzudrängen und politische Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen. Dies ist auch mit Blick auf die eigenständigen Entwicklungschancen der Ökonomien des Südens notwendig da es nur mit ihnen zu einer Repolitisierung der wirtschaftlichen Austauschverhältnisse kommen kann, die sich über das Konkurrenzverhältnis am Markt nicht einstellen wird. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören:

- die Stabilisierung der Wechselkurse und der Zinssätze. Insbesondere die Wechselkurse der führenden Währungen müssen in ihren Relationen stabilisiert werden (Stichwort: 'Monetäres Völkerrecht')
- die Einführung einer *Devisenverkehrssteuer (Tobin-Tax)* wäre hierzu ein geeigneter Einstieg. Allein durch die Besteuerung von Devisentransfers in Höhe von 1% würde der absolut überwiegende Teil der heute stattfindenden spekulativen Investitionen wirtschaftlich uninteressant, da es sich hierbei in der Regel um äußerst kurzfristige Anlagen handelt und die Zinsdifferenzen bei weitem nicht ausreicht um die so entstehenden Kosten abzudecken. Eine Investition die z.B. für einen Monat (was ein vergleichsweise langfristiger Anlagezeitraum für den Kapitalmarkt ist) festgelegt würde müßte eine um 12% höhere Rendite erbringen als eine längerfristige / realwirtschaftliche Anlage. Im Gegensatz dazu würde diese Besteuerung (auch grenzüberschreitende) langfristige Investitionen kaum relevant verteuern. Um die Tauglichkeit dieses Modells exemplarisch vorzuführen und einen Einstieg in die notwendige Reregulierung der internationalen Finanzmärkte zu schaffen wäre auch eine isolierte Einführung der Tobin-Tax in der Europäischen Union wünschenswert.
- Steuerharmonisierung auf europäischer Ebene für Steuern auf Kapital und Unternehmensgewinne, Festlegung von Mindeststeuersätzen gegen den Steuersenkungswettlauf, Beseitigung von Steuer-oasen.
- Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards für den Welthandel. Es muß gewährleistet werden, daß sie nicht

als nicht-tarifäre Handelshemmnisse mißbraucht werden (Protektionismus).

- Verteuerung von Verkehrsleistungen, z.B. durch Internalisierung der externen Kosten des Verkehrs im Rahmen einer ökologischen Steuerreform; Erhöhung der natürlichen Raumwiderstände, Entschleunigung wirtschaftlicher Prozesse.
- Stärkung der europäischen Gewerkschaftszusammenarbeit; Schaffung von Eurobetriebsräten.
- Stärkung der Binnennachfrage in den einzelnen Staaten durch Entlastung der Lohneinkommen und Einführung eines garantierten Mindesteinkommens statt einseitige Exportorientierung.
- Neuverhandlung und demokratische Steuerung der WTO.

Die genannten Maßnahmen beziehen sich in erster Linie auf den Staat als Adressat und Akteur. Sie befinden sich daher in dem Dilemma, daß gerade diejenige Instanz gefordert wird, deren Steuerkapazität durch den neoliberal forcierten Tiradenwettbewerb beständig abgetragen wird. Die Krise des Fordismus, auf die das Kapital mit der Globalisierung antwortet, ist auch eine Krise des Nationalstaats und seiner Fähigkeit zur keynesianischen Globalsteuerung. Die Durchsetzung internationaler Regulierungsmechanismen - z.B. im Rahmen des EU - ist zwar nicht ausgeschlossen, in jedem Fall aber erst das Ergebnis eines langfristigen und widerspruchsvollen Prozesses. Außerdem ist die staatliche Regulierung wirtschaftlicher Prozesse stets das Ergebnis sozialer Kämpfe, die Zugeständnisse der Kapitaleigner erzwingen.

Eine besondere Bedeutung kommt den Parteien der SI und der SPE zu. Dazu ist die Schaffung einer europäischen sozialistischen Linken notwendig.

Die staatliche kann daher nicht die einzige Handlungsebene sein, auf die sich eine linke Strategie im Zeitalter der Globalisierung bezieht. Vielmehr müssen auch gesellschaftliche Kräfte gegen die Durchkapitalisierung und marktförmige Zurichtung aller Lebensbereiche mobilisiert werden. Ziel muß es dabei sein, konkrete Reproduktionsbereiche aus der globalisierten Konkurrenzökonomie herauszulösen und in die Verfügungsgewalt lokaler und regionaler Akteure zurückzugeben. Regi-

onale Wirtschaftsstrukturen müssen gestärkt werden. Leitbild sollte die Mobilisierung lokaler Ressourcen für lokale Bedürfnisse - und nicht für den Weltmarkt - sein. Auch die Entwicklung eines gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektors ("3. Sektor zwischen Staat und Markt") kann der Weltmarktfixierung entgegengesetzt werden. Dieser Sektor ist nicht auf das Kriterium der Rentabilität fixiert sondern soll Arbeit für reale gesellschaftliche Bedürfnisfelder mobilisieren, die weder vom Markt noch vom Staat abgedeckt werden. Außerdem muß der Bereich selbstbestimmter, autonomer Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit ausgeweitet und mit Momenten sozialer und materieller Reproduktion verknüpft werden. Die emanzipatorische Besetzung der durch Arbeitszeitverkürzung gewonnenen freien Zeit ist zentral für den Kampf gegen die vollständige Durchkapitalisierung der Lebenswelt und gegen die entlang der Erwerbsarbeit verlaufenden Ausgrenzungsprozesse. Der Standort-logik ist also auch dadurch Widerstand entgegenzusetzen, daß der Zurichtung des Alltags und der Lebensräume nach den Kriterien globaler Konkurrenz die Menschen ihre Bedürfnisse entgegenstellen und sich die notwendigen Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben aneignen. Mit der verstärkten Organisation gesellschaftlicher Gegenmacht und dem damit einhergehenden Hegemonieverlust des Neoliberalismus eröffnet sich von Frankreich ausgehend die Chance der sozialstaatlichen Neuorientierung der EU. Ihre spezifische Tradition eines stärker Sozialstaatlich-orientierten Wirtschaftsmodells und die bereits ohnehin sehr hohe wirtschaftliche Integration des europäischen Wirtschaftsraumes befähigen sie in besonderem Maße hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und ihr Gewicht auf der internationalen Ebene einzusetzen.

Mit der anstehenden Einführung der „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ (EWWU) entscheidet sich auch in diesem Bereich die künftige Rolle der europäischen Staaten. Die bisher vorherrschende einseitig stabilitätsorientierte Politik, die insbesondere von der Bundesregierung vertreten wird droht die Chancen dieses Modells weitgehend zu verspielen.

Um eine beschäftigungspolitisch sinnvolle europäische Integration durchzusetzen wird es darauf ankommen eine Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialunion zu schaffen.

Eckpunkte europäischer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik:

Währungsunion

In der Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion stehen sich im wesentlichen zwei Konzepte gegenüber. Während insbesondere die Regierung Kohl eine einseitige Stabilitätsorientierung vertritt wird von den fortschrittlichen Kräften in der EU ein beschäftigungsorientiertes Modell der EWWU vertreten. In diesem Modell werden insbesondere die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages stärker darauf hin betrachtet in wie weit sie geeignet sind eine Politik gegen die vorherrschende Massenarbeitslosigkeit zu unterstützen. Insbesondere die im Stabilitätspakt von Dublin vereinbarten Sanktionen bei Überziehung der Verschuldungsgrenzen stehen dabei einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (die zumindest zu Teilen auch kreditfinanziert sein kann) im Wege. Hier wird man zu politisch sinnvollen Interpretationen dieser Kriterien kommen müssen. Der Stabilitätspakt ist daher außer Kraft zu setzen.

Europäische Zentralbank

Beschäftigungspolitik in Europa muß begleitet werden von einer Europäischen Zentralbank, die sich nicht ausschließlich an der Einhaltung der Geldwertstabilität orientiert, sondern eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik der EU und der Mitgliedsstaaten mit geldpolitischen Maßnahmen, wie der Ausweitung der Geldmenge und weiteren Zinssenkungen unterstützt. Jedoch wird die Europäische Zentralbank (EZB) dies nicht leisten, da sie in ihrer vorgesehenen Konzeption noch unabhängiger von gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen und politischer Einflußnahme ist als die Deutsche Bundesbank. Da aber auch die Bundesregierung durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 dazu verpflichtet ist, sich an den klassischen Zielen der Wirtschaftspolitik - Geldwertstabilität (als ein Ziel, nicht das einzige), hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und angemessenes Wachstum - zu orientieren, fordern wir die Erweiterung des Zielkataloges der EZB um diese Vorgaben. Bei den seit Mitte 1997 veränderten Kräfteverhältnissen in der EU und insbesondere nach einer gewonnenen Bundestagswahl besteht auch die reale Chance, diese umzusetzen. Dafür muß

eine enge geld- und währungspolitische Abstimmung der EZB mit den Entscheidungsgremien der EU gewährleistet werden. Rein intergouvernementale Entscheidungsstrukturen in der Währungsunion sind für uns dabei nicht akzeptabel. Sie tragen zu der Entdemokratisierung der EU bei, indem sie Entscheidungen von den nationalen Parlamenten auf die Regierungen verlagern und so insgesamt eine parlamentarische Kontrolle erschweren. Wir fordern daher hier wie in allen anderen Fragen Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments, um eine parlamentarische Kontrolle sicherzustellen. So müssen die Mitglieder des EZB-Direktoriums vom Europäischen Parlament für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt werden.

Wirtschaftsregierung

Zur Schaffung eines institutionellen Rahmens der Koordination europäischer Beschäftigungspolitik wäre dem Vorschlag der französischen Regierung zu folgen und eine Wirtschaftsregierung zu bilden, die sowohl die wirtschaftspolitischen Ziele der Union als auch die entsprechende geldpolitische Unterstützung zusammenfaßt.

Erhöhung der Eigenmittel

Die Erhöhung der Eigenmittel der EU (momentan liegen diese bei 1,2% der jährlichen Bruttosozialprodukte der Mitgliedstaaten) ist durch die Zahlung von Ausgleichsgeldern möglich, die dann anfallen, wenn durch den Handel zwischen den Mitgliedsländern der EU Exportüberschüsse produziert werden, die zuungunsten von Arbeitsplätzen in den importierenden Ländern gehen. Die Einzahlungsquote sollte von den Exportüberschüssen abhängig sein.

Investitionspolitik

Ansätze für eine europäische Investitionspolitik sind bislang wenig vorhanden. Der wohl bekannteste und von allen hochgelobte Vorschlag im Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" von 1993 ist die Idee der Transeuropäischen Netze (TENs). Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und zur vollständigen Umsetzung des europäischen Binnenmarktes sollen hiernach große Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation gefördert werden. Der notwendige Betrag zur Finanzie-

rung dieser Projekte, der durch öffentliche und private Investoren aufgebracht werden soll, wird für die vorrangigen Projekte, die bis 1999 realisiert sein sollen, auf 67 Mrd. ECU veranschlagt. So vielbeachtet diese Idee sein mag - es ergeben sich daraus mehrere Problem: Zunächst kann es für uns unter ökologischen Gesichtspunkten nicht wünschenswert sein, den Ausbau von Straßen- und Luftverkehrsnetzen zu fördern. Dem setzen wir die Forderungen entgegen, die Mittel europäischer Investitionspolitik für diese Infrastrukturprojekte nicht allein unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten einzusetzen. Diese sind z.B. zu einer Regionalisierung der Energiepolitik, d.h. solarer Umbau insbesondere in den Mittelmeerregionen und beschäftigungsintensiven Investitionsprogrammen in genannten Bereichen zu nutzen. Die europäische Investitionspolitik muß, um Beschäftigung zu fördern, mit der EU Strukturpolitik Hand in Hand gehen. Dies bedeutet nicht nur, die bereits jetzt weitgehend gegebene Investition in Zielregionen der Strukturpolitik, sondern die Verzahnung beispielsweise durch Kofinanzierung von Programmen der Strukturpolitik durch die EIB.

Mindeststandards

Des weiteren müssen Maßnahmen gegen einen ruinösen Wettbewerb zwischen den EU-Staaten ergriffen werden. Soziale Standards müssen in einem dynamischen Prozeß harmonisiert werden, der die verschiedenen Traditionen sozialer Sicherungssysteme berücksichtigt und den Verlust sozialer Standards vermeidet. Die Steuersysteme müssen ebenfalls harmonisiert werden, indem zumindest eine Mindeststeuer auf gewerbliche Aktivitäten und Vermögensgewinne festgesetzt wird, um einen Steuersenkungswettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten zu vermeiden. Bei diesen Mindeststeuersätzen muß gewährleistet sein, daß Realinvestitionen gegenüber reinen Finanzspekulationen begünstigt werden, da nur erstere eine positive Beschäftigungswirkung haben können.

Europäische Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

Die Struktur- und Regionalpolitik der EU muß unter Maßgabe der Erhöhung der Beschäftigungswirksamkeit umgestaltet werden. Strukturwandel in Richtung zukunftsorientierter Wirtschaftssektoren muß nicht

nur unter Gesichtspunkten des Wettbewerbs, sondern vorrangig mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze gefördert werden. Dabei muß auch eine Benachteiligung der Frauen in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarktes aktiv beseitigt werden. abgebaut werden.

Innerhalb der Struktur- und Regionalpolitik der EU bedarf es klarer politischer Zielvorgaben, die nicht auf nationaler Besitzstandswahrung, sondern auf der Grundlage objektiver wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Kriterien beruhen. Die Kriterien und Vergabeverfahren müssen vom Europäischen Parlament in enger Abstimmung mit den „Sozialpartnern“, VertreterInnen von Arbeitslosen und anderen wichtigen sozialen Institutionen beschlossen werden, um auf diese Weise wenigstens etwas von der Sichtweise nationaler Regierungen zu abstrahieren. Das Vergabeverfahren muß frei von nationaler Lobbypolitik einzelner Regionen und Mitgliedstaaten sein, sondern vielmehr einen Kern des gesamteuropäischen Denkens darstellen. Die auf diesem Wege gemachten politischen Vorgaben müssen in Form konkreter Projekte, die den Zielvorgaben Folge leisten und gleichzeitig die lokalen Akteure weit stärker als bisher einbeziehen, realisiert werden. Dabei darf die Bereitstellung von Mitteln der Strukturpolitik nicht allein von der Kofinanzierung durch die Empfängerregion abhängig sein. Denn dies führt zur Zeit dazu, daß bestimmte Regionen nicht in der Lage sind, Mittel der Strukturpolitik abzurufen, weil sie eine entsprechende Kofinanzierung nicht leisten können, reichere Regionen dagegen die ihnen bewilligten Mittel voll einsetzen können. In Fällen, in denen die Empfängerregionen die Kofinanzierung nicht aufbringen können, muß ihnen diese erlassen werden oder es müssen zinslose oder zinsgünstige Kredite der Europäischen Investitionsbank zur Kofinanzierung bereitgestellt werden.

Europäisierung der Industriellen Beziehungen

Im Zuge einer Ausdehnung von grenzüberschreitenden Unternehmensaktivitäten müssen auch die Handlungsmöglichkeiten für die Betriebsräte und die Gewerkschaften erweitert werden. Insbesondere die Erfahrungen mit den Euro-Betriebsräten zeigen, daß hier erhebliche Spielräume für intelligente an die Unternehmensstruktur angepaßte Lösungen

erarbeitet werden. Nicht zuletzt deshalb wird es darauf ankommen, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vernünftige Modelle für die ArbeitnehmerInnenvertretung auf der europäischen Ebene zu entwickeln.

2. Innovation und Verteilung - sozial-ökologische Wachstumspolitik

2.1 Reichtum nutzen und umverteilen

Die Bundesrepublik leidet sicherlich nicht unter Kapitalmangel. Allein von 1990-1996 stieg das Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte von 3 auf 5 Billionen DM! Allerdings wird das akkumulierte - und zunehmend bei wenigen konzentrierte - Vermögen nicht immer im gesamtgesellschaftlichen Interesse genutzt. In den letzten Jahren hat die Steuer- und Finanzpolitik dazu beigetragen, daß die Umverteilung zugunsten der Unternehmen und Vermögenden fortgesetzt und damit die Masseneinkommen geschwächt wurden. So ist von 1980 - 1996 der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen von 30,6% auf 32,9% angestiegen, während der Gewinnsteueranteil von 24,9% auf 14,6% sank.

Erstens brauchen wir Lohnerhöhungen in den kommenden Tarifaueinandersetzen. Eine Steigerung der Massenkaukraft ist dringend notwendig. Jeder weitere Rückgang der Realeinkommen der breiteren Schichten ist schädlich, da Nachfrage und Investitionen reduziert würden. Alle weiteren Schritte in Richtung Lohn- und Gehaltsverzicht, Kürzungen von Sozialleistungen, Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuererhöhungen für die unteren und mittleren Einkommensschichten sind volkswirtschaftlich betrachtet krisenverschärfend und daher inakzeptabel. Insofern ist die Parole vom "Ende der Bescheidenheit" (Zwickel) nötig und sinnvoll. Wir Jusos unterstützen die Gewerkschaften in ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung vor allem der unteren und mittleren Lohngruppen.

Zweitens ist eine *andere staatliche Verteilungspolitik* erforderlich. Wir brauchen eine neue Verständigung darüber, wie Reichtum verteilt und verwendet wird. Die von der Bundesregierung geplanten Vorstellungen zur Steuerreform tragen nicht dazu bei. Er-

forderlich ist eine Rückverteilung von oben nach unten. Ohne einen konsequenten Eingriff in die Verteilungsverhältnisse wird es weder soziale Gerechtigkeit noch ökonomische Prosperität geben können.

Dabei ist klar: Steuerpolitik allein ist keine Lösung. Sie kann nur bessere Rahmenbedingungen für das politische Handeln ermöglichen. Zudem kann Steuerpolitik nicht alles korrigieren, was auf der Ebene der Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital versäumt wird. Angesichts der Gewinnentwicklung in wichtigen Branchen halten wir eine deutliche Anhebung der Einkommen und damit ein „Ende der Bescheidenheit“ in den nächsten Tarifrunden für erforderlich.

Eine Reform der Steuer- und Abgabepolitik muß auf mehreren Säulen basieren:

1) Einkommensgerechtigkeit schaffen

Um der sozial und ökonomisch falschen Verteilung entgegenzutreten, muß bei der Lohn- und Einkommensteuer der Eingangssteuersatz reduziert (18%) und das steuerfreie Existenzminimum auf zunächst 15.000 DM erhöht werden.

- Das Ehegattensplitting als einseitige konservative Förderung nur ehelicher Lebensgemeinschaften soll abgeschafft werden. Das Kindergeld soll deutlich erhöht und bedarfsorientiert gezahlt werden.
- Der Spitzensteuersatz von 53% ist bei allen Einkommensarten beizubehalten bzw. wieder einzuführen.
- Die private Vermögenssteuer muß wieder eingeführt (2%) werden.
- Der Solidarzuschlag soll umgewandelt werden in einen (vorübergehenden) Lastenausgleich für besonders große Vermögen
- Je höher das Einkommen, desto größer sind in der Regel die Möglichkeiten, Steuern zu sparen. Daher müssen möglichst alle Steuerschlupflöcher beseitigt und die Bemessungsgrundlage erweitert werden. Wir setzen uns für eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung durch eine Ausweitung von Betriebsprüfungen ein.
- Eine weitere Mehrwertsteuererhöhung trifft vor allem die EmpfängerInnen von Transferleistungen und kleinen Einkommen. Sie wird daher von uns abgelehnt.

2) Reform der Abgabepolitik

Eingeführt wird eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte zur Finanzierung der Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit. Die Beitragsbemessungsgrenzen der Sozialversicherungen werden angehoben. Selbständige werden in die Sozialversicherungspflicht einbezogen. Deshalb bleibt es notwendig, die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme durch eine Wertschöpfungsabgabe entsprechend dem SPD-Modell vom Bundesparteitag in Münster zu ergänzen.

- Wir setzen uns ein für eine Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung (620 DM Jobs) ein. Sie soll lediglich bei Aushilftätigkeiten von SchülerInnen und Studierenden zulässig sein, solange keine ausreichende Absicherung über das BAföG oder weitergehende Modelle der Ausbildungsförderung besteht. Ggf. sind Modelle zur alternativen Sozialversicherung von Teilzeitbeschäftigten zu entwickeln.

3) Neue Unternehmensbesteuerung

Um eine gleichmäßige und ökonomisch sinnvolle Besteuerung der unternehmerischen Einkünfte zu erreichen, werden die um die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erweiterten Gewinneinkünfte aus der Einkommenssteuer ausgelagert. Die Besteuerung aller unternehmerischen Einkünfte erfolgt - analog zur jetzigen Körperschaftsteuer - in einer rechtsformunabhängigen Betriebssteuer. Der Gewinn wird in der Betriebssteuer mit einem einheitlich linear ansteigenden Steuersatz - deutlich unter dem Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer - belastet. Ausschüttungen bzw. Entnahmen aus dem Betrieb werden bei der privaten Einkommenssteuer erfaßt. Die gezahlte Betriebssteuer wird bei der privaten Einkommenssteuer angerechnet. Somit unterliegen nur noch die dem Unternehmen entzogenen Gewinne der progressiven Besteuerung der privaten Einkommenssteuer. Zudem ist eine Reform der Abschreibungs- und Bewertungsregeln (Objektivierung der Gewinnermittlung) erforderlich. Die Betriebssteuer wird als Quellensteuer abgeführt, um Komplikationen in Fragen des Bankgeheimnisses zu vermeiden und Gleichbehandlung für ArbeitnehmerInnen durchzusetzen.

4) Ökologische Komponente

Die Reform der Steuern und Abgaben sollte als Chance ergriffen werden, auch eine ökologische Komponente einzufügen. Die Beschäftigungswirksamkeit einer ökologischen Steuerreform ist mehrfach bewiesen worden. Wir wollen eine ökologische Steuerreform, die an den Primärenergieträgern ansetzt, die Atomenergie miteinbezieht und deren Steuerersatz sukzessive erhöht wird. Die Einnahmen sind sowohl für einen sozialen Ausgleich als auch für die Ausweitung ökologischer Zukunftsinvestitionen zu verwenden. Die ökologische Wirkung von marktwirtschaftlichen Instrumenten wird von uns in jeder Hinsicht skeptisch beurteilt. Der Preismechanismus allein bewirkt keine Verhaltensveränderungen, zumal die Preissteuerung durch den Monopolisierungsgrad eingeschränkt ist. Ökologische Komponenten des Steuersystems können ordnungspolitische Maßnahmen nicht ersetzen und haben den Grundsatz der Sozialverträglichkeit strikt einzuhalten.

5) Wer erbt, leistet nichts - Finanzpolitischer Beitrag zur „Generationengerechtigkeit“

Aktuell wollen die Konservativen und Liberalen den angeblichen Verteilungskonflikt „Jung gegen Alt“ schüren. Ziel ist es, vor allem privilegierte Jugendliche gegen den Sozialstaat zu mobilisieren und für eine Privatisierung sozialer Risiken zu gewinnen. Anstatt die Renten zu kürzen, plädieren wir für eine Umverteilung zwischen den Generationen, die auch eine Umverteilung zwischen „reich und arm“ bedeutet. Wer erbt, leistet zunächst einmal nichts, profitiert aber vom Reichtum der vorhergehenden Generation. Damit werden gesellschaftliche Ungleichheiten reproduziert. Daher wollen wir die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer deutlich erhöhen. Wir wollen eine Reduzierung der Freibeträge bzw. des Bewertungsabschlages für Betriebsvermögen und eine schrittweise Erhöhung der Steuersätze. Normales Gebrauchsvermögen (wie das Einfamilienhaus) ist jedoch nach wie vor von der Steuer zu befreien.

2.2 Zukunftsorientierte Investitionspolitik

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageschwäche in der BRD und in Europa muß die Finanzpolitik sehr viel offensiver werden. Sie sollte nicht nur bereit sein, die konjunkturbedingten Mindereinnahmen und

Mehrbelastungen des Staates über eine höhere Neuverschuldung aufzufangen. Sie muß darüber hinaus eine kreditfinanzierte Mehrnachfrage durch den Staat entfalten und im privaten Sektor durch finanzpolitische Maßnahmen initiieren.

Notwendig ist vor allem eine Umkehr der staatlichen Investitionspolitik. Schon seit mehreren Jahren werden die konjunktur- und wachstumspolitisch besonders bedeutsamen Investitionsausgaben gekürzt. Im Rahmen einer offensiven Investitionspolitik, die die staatliche und gesamtwirtschaftliche Investitionsquote etwa auf das Niveau der sechziger Jahre zurückführen muß, soll gleichzeitig der Einstieg in eine ökologische Reform der Ökonomie und eine industriepolitische Weichenstellung begünstigt werden.

Steigerungen der Gewinne und Investitionsappelle führen nicht automatisch zur Ausweitung privater Investitionen. Zur Ankurbelung der konjunkturellen Entwicklung, zur Erhöhung der Investitionsquote, zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Erschließung neuer Wachstumsfelder halten wir daher eine Ausweitung und Bündelung öffentlicher Investitionen für erforderlich. Dabei darf es sich nicht um rein konsumptive Ausgaben handeln, sondern die Investitionen müssen gleichzeitig einen aktiven industriepolitischen Beitrag zur Stärkung und Umbau der bisherigen Branchenstrukturen leisten.

Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) in Höhe von durchschnittlich mindestens 40 Mrd. DM pro Jahr. Der finanzielle Bedarf eines so angelegten Zukunftsinvestitionsprogramms beläuft sich nach Berechnungen der Memorandum-Gruppe auf sogar rund 120 Mrd. DM jährlich bei einer notwendigen Laufzeit von 5 Jahren. Hierbei sollten jährlich 40 Mrd. speziell für Ostdeutschland aufgewandt werden. Die Überprüfung der Notwendigkeit dieser Größenordnung ist uns ohne wissenschaftliche Unterstützung derzeit natürlich nicht möglich. Die Frage der genauen Größenordnung ist aber u.E. nur in zweiter Linie relevant. Es muß lediglich klar sein, daß ein solches ZIP eine längere Laufzeit und eine ausreichende Finanzmittelausstattung benötigt.

Dieses Programm soll für zusätzliche öffentliche Infrastrukturausgaben u.a. in folgenden Bereichen verausgabt werden:

- Umbau des Energiesektors
- Umbau des Verkehrssektors
- Sozialer Wohnungsbau
- Ausbau des Bildungswesens
- Ausbau des Gesundheitswesens
- Ausbau der Kommunikationsnetze
- Stadtentwicklung und Stadtsanierung

Ein in solcher Art verstandenes ZIP ist also mit strategischen Zielen verbunden. Es reicht damit ebenso über gängige Konjunkturprogramme wie auch über regionale spezifische Krisenprogramme deutlich hinaus. Der Anspruch eines ZIP ist umfassender, indem es einen Beitrag dazu leistet - regional abgestuft und gesellschaftlich, demokratisch legitimiert - die Art und Weise der Produktion ökologisch und sozial neu zu gestalten. Dies schließt mit ein, daß die Entscheidungsgewalt über Investitionen aus der alleinigen unternehmerischen Verfügung genommen wird.

Ziel dieses Konzeptes ist nicht in erster Linie die kurzfristige Impulssetzung in Zeiten konjunktureller Schwäche, sondern die die dauerhafte Aufstockung der unzureichenden privaten Investitionstätigkeit durch die investiven Anstrengungen der Gebietskörperschaften. Damit wird nicht nur direkt zusätzliche Beschäftigung geschaffen, sondern über die induzierten Produktivitätseffekte, die Modernisierung der Infrastruktur und die Förderung von Invention und Innovation in gleichermaßen zukunftssträchtigen wie gesellschaftlichen wünschenswerten Feldern die wirtschaftlichen Entwicklungschancen und die ökologischen Anforderungen miteinander in Einklang gebracht werden.

Ein solches Programm bedeutet eine erhebliche Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und wird daher kumulative inflatorische Effekte auslösen können. Die Wirtschaftsgeschichte der BRD lehrt, daß solche inflatorischen Entwicklungen immer auf den harten und zuweilen drastisch übertriebenen Widerstand der geld- und zinspolitischen Widerstand der Deutschen Bundesbank gestoßen sind. Eine restriktive Geldpolitik der Bundesbank würde die positiven Wachstums- und Beschäftigungseffekte des

ZIP zumindest teilweise konterkarieren. Daher ist eine Vereinbarung des Staates mit den Tarifparteien und der Bundesbank Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung des ZIP. Dabei müssen die Gebietskörperschaften darauf verzichten, die zu erwartenden Selbstfinanzierungseffekte durch konsumtive Ausgabenerhöhung oder opportunistische Einnahmereduzierungen zu verspielen.

Der wesentliche Einwand gegen das ZIP ist zweifellos die Kassenlage der öffentlichen Haushalte und die ohnehin schon hohe Abgabenbelastung. Dennoch bleibt gerade jetzt festzuhalten, daß eine expansive Finanzpolitik für die Gesamtwirtschaft weniger riskant ist als ein Sparkurs. Eine Beschäftigungs- und Investitionsoffensive kann sich nicht nur selbst finanzieren, sondern kann sogar zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Dies hat die Erfahrung mit dem von der sozialdemokratischen Bundesregierung in den siebziger Jahren initiierten Zukunftsinvestitionsprogramm gezeigt. Schon kurz nach dem Start des ZIP im Frühjahr 1977 konnte festgestellt werden, daß die Einnahmeansätze der öffentlichen Haushalte übertroffen wurden. Ziel muß es sein, die Ausgabe- und Einnahmeströme des ZIP so zu gestalten, daß es auf den verschiedenen fiskalischen und parafiskalischen Ebenen zu einer weitgehenden Kongruenz zwischen Belastungen und Rückflüssen kommt. Es müssen alle Gebietskörperschaften entsprechend ihrer Beteiligung am Steueraufkommen zur Finanzierung des ZIP herangezogen werden. Gleiches gilt auch für die Sozialversicherungsträger, die entsprechend ihrer Entlastungen einen Beitrag zu leisten haben.

Im Sinne einer nötigen Mehrebenenregulierung ist folgendes anzustreben:

- Wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb der Europäischen Union schmälern die Beschäftigungswirkung eines solchen Programms in der Bundesrepublik, machen sie aber keineswegs zunichte. Sofern möglich, sollte sich das ZIP daher in Infrastrukturprogramme der EU (wie im Weißbuch vorgeschlagen) einfügen.
- Die Entscheidung über Investitionsvorhaben im Rahmen des ZIP soll auch regional erfolgen. Hierbei sind die in Regionalen Entwicklungskonzepten definierten Ziel-

setzungen zu berücksichtigen. Vor allem Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sind hierbei zu unterstützen. Für Ostdeutschland ist mindestens ein Viertel des ZIP zu reservieren.

Zur Ausgestaltung des ZIP sind zwei Abstufungen denkbar, die sich nicht ausschließen, sondern ergänzen.

1) Konjunkturstabilisierungsfonds und zinslose Kredite

Für eine adäquate gesamtwirtschaftliche Nachfragepolitik stellt sich die Aufgabe eines koordinierten Verhaltens der verschiedenen staatlichen Institutionen. Dem zutreffenden Argument, viele Gebietskörperschaften seien nicht zu einer kreditfinanzierten expansiven Nachfragepolitik in der Lage, da ihre haushaltsmäßigen Belastungen durch die Zinszahlungen bereits relativ hoch sind und sie daher um so mehr von einer Trittbrettfahrerposition profitiert, muß mit einem neuen Instrument der föderalen Finanzverfassung begegnet werden. Durch eine zentrale Instanz, etwa einen Konjunkturstabilisierungsfonds, werden die konjunkturpolitisch erforderlichen Kredite aufgenommen. Von diesem Fonds können die einzelnen Gebietskörperschaften zinslose Darlehen erhalten, soweit sie damit zusätzliche Investitionsausgaben im Vergleich zur Vorperiode finanzieren. Die Zinsen, die der Fonds zu zahlen hat, werden als prozentual gleicher Abzug von allen Steuereinnahmen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen aufgebracht. Auf diese Weise müssen alle Gebietskörperschaften zur Finanzierung der Zinsen beitragen - unabhängig davon, ob sie auf Kredite des Fonds zurückgegriffen haben. Somit ist ein Anreiz gegeben, die zinslosen Kredite in Anspruch zu nehmen. Da solche Kredite nur in Zeiten konjunktureller Schwäche abgerufen werden können, werden die Gebietskörperschaften nur einmalige Ausgaben, insbesondere Investitionsausgaben, damit finanzieren, so daß sich keine langfristige Erhöhung ihrer laufenden Ausgaben ergibt.

2) Rückeroberung staatlicher Gestaltungsspielräume und Finanzierung von Beschäftigungspolitik

Der Staat erfüllt in der bürgerlichen Gesellschaft mehrere Funktionen. Seine grund-

gende Rolle besteht in der prinzipiellen Aufrechterhaltung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Dies bedeutet keineswegs die unterschiedslose Wahrnehmung unternehmerischer Interessen, sondern vielmehr oft das Gegenteil: Die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens als *conditio sine qua non* einer expandierenden Tauschwirtschaft verlangt staatliche Maßnahmen zur Behebung wirtschaftlich bedingter Mängel. Diese Aufgabe hat er im Rahmen eines politischen Vermittlungsprozesses zu leisten. Zu den konfliktträchtigsten Problemen zählt dabei die Beschaffung der finanziellen Ressourcen, um Politik überhaupt betreiben zu können.

Die steuerliche Belastung unternehmerischer Profite ist in der Bundesrepublik weitgehend der Propagandeformel "Gewinne von heute sind Investitionen von morgen und Arbeitsplätze von übermorgen" zum Opfer gefallen. Die beständige Abwälzung auf die Lohnsteuer und indirekte Steuerformen wirkt wegen der Nachfragedämpfung krisenverschärfend; größere Einnahmen sind im Zuge wachsender Massenarbeitslosigkeit damit ohnehin nicht zu erzielen.

Staatliche Kreditvergabe zu Investitionszwecken

Das Bankensystem der Bundesrepublik besitzt trotz aller Liberalisierungen nach wie vor sowohl öffentlich-rechtliche Geschäftsbanken, die auf gesamtgesellschaftliche Aufgaben verpflichtet werden können, als auch staatliche Banken. Dieses kann für den Umstand genutzt werden, daß die staatliche Vergabe zinsgünstiger Kredite nicht inflationistisch wirkt, wenn mit diesen Krediten Güter und Dienstleistungen für den Warenverkehr (und nicht konsumtive Aufwendungen für z.B. Infrastruktur) geschaffen werden.

Zur Verpflichtung öffentlich-rechtlicher Banken bedarf es der gesetzgeberischen Initiative. Die dezentrale Struktur der Sparkassen beispielsweise kann genutzt werden, um je nach regionalen und kommunalen Erfordernissen zu prüfen, ob die Berechtigung zur Inanspruchnahme zinsverbilligter Kredite vorliegt.

Ein Beispiel für eine staatliche Bank, deren Möglichkeiten ungenutzt brach liegen, ist

die 'Kreditanstalt für Wiederaufbau' (KfW). Diese Bank stellt insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Kredite unterhalb des geschäftsüblichen Zinssatzes zur Verfügung. Auch die 'Deutsche Ausgleichsbank' (DtA), die u.a. das Meister-BaföG und das verzinste Studierenden-BaföG bereitstellt, wirkt in dieser Weise. Prinzipiell besteht die Möglichkeit, die Mittel von KfW und DtA quantitativ aufzustocken und die Vergabe an qualitative Kriterien - z.B. die Investition in politisch ausgewählten Bereichen - zu binden. Auf diese Weise könnte das unternehmerische Risiko dahingehend gesenkt werden, daß die investierten Finanzmittel weder mit den üblichen Zinsen der Geschäftsbanken, noch mit der Ausschüttung von Renditen an Aktionäre belastet sind. In anderen Worten: Sie sind nicht an kurzfristige Interessen gebunden.

Diese Finanzierungsmöglichkeit muß mit der Ausweitung der alternativen Mischformen von Unternehmen verbunden werden. Die öffentlich zumeist vorgetragene Alternative von "beschäftigungsabbauender Privatisierung" oder "ineffizienter Verstaatlichung" ist nur eine scheinbare: Kein Privatunternehmen kann ohne begleitende staatliche Strukturplanung existieren, und die innerbetriebliche Wahrnehmung öffentlicher Interessen widerspricht der konkurrenzfähigen Produktion keineswegs. Ersteres bedarf keiner Beispiele, bei letzterem sei an die vielen erfolgreichen kommunalen Beschäftigungsgesellschaften erinnert. Der Formenreichtum des "Public Private Partnership" ist noch nicht ausgelotet und vordringliche Aufgabe einer progressiven sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik.

2.3 Öffentlicher Beschäftigungssektor

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist zunehmend dadurch gekennzeichnet, daß Arbeiten, die von der Gesellschaft für nützlich erachtet werden, vom Markt nicht angeboten werden. Diese unbefriedigten Bedürfnisse zeichnen sich meist durch eine hohe Personalintensität und Kundenorientierung aus. Das Modell für einen Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) versucht, diese Ausgangssituation mit einer Initiative für mehr Beschäftigung zu verbinden. Die öffentliche Hand erhält die Aufgabe, die Erschließung solcher Arbeiten zu fördern bzw.

zu koordinieren oder selbst zu betreiben. Damit wird der kollektive Bedarf mit der Arbeitsnachfrage in Einklang gebracht. Beispielhaft für solche Beschäftigungsfelder sollen hier die Bereiche Forschung und Entwicklung, Bildung, Umweltschutz, soziale Dienste, Stadterneuerung und Ver- und Entsorgung genannt werden. Er ist kein Ersatz oder eine Umetikettierung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sondern ergänzt das Instrumentarium arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Die daraus entstandenen Gesellschaften sollen der paritätischen Mitbestimmung unterliegen.

Kollektiv nutzbare Dienstleistungen

Zu den gegenwärtig unsachlichsten Diskussionen zählt die über die "Dienstleistungsgesellschaft". Es wird ignoriert, daß bei Dienstleistungen unterschieden werden muß zwischen solchen, die als Begleiterscheinung des Güterabsatzes zur Minderung der Profitmasse beitragen, weil Finanzmittel verbraucht werden, ohne einen tatsächlich vorhandenen Bedarf zu stillen, und solchen, die die Form des 'kollektiven Konsums' annehmen. Ein Beispiel für diese Unterscheidungsnotwendigkeit bietet die Werbebranche: Einen tatsächlichen Zweck erfüllt sie, soweit sie beratend wirkt und Informationen weitergibt, die zur Inanspruchnahme und Erwerb von Waren genutzt werden. Lediglich zum Verbrauch vorhandener Ressourcen dient sie, wenn mittels Werbung Bedürfnisse erst geweckt werden müssen, um das zwanzigste gleichartige Waschmittel oder den 400 PS-PkW an den Mann oder an die Frau zu bringen.

Die Überdimensionierung von konsumfördernder privater Werbung hat ihren Gegenpart im Bereich gesellschaftlicher Dienstleistungen: Die neoliberale Ideologie hat erfolgreich vermittelt, daß die Inanspruchnahme öffentlicher Gesundheitsversorgung, öffentlicher Bildungseinrichtungen und die Schaffung von Einrichtungen tatsächlicher Beratung den wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft schade. Hintergrund ist, daß hierzu Geld öffentlich gelenkt und eingesetzt werden muß, daß damit den Kasinospielen der Marktwirtschaft entzogen wird. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, auch in dieser Diskussion einen Kurswechsel einzuleiten, der mit einer grundsätzlichen Modernisierung solcher Einrichtungen einhergeht.

Dies hat nicht allein beschäftigungspolitische Gründe. Eine Gesellschaft, in der Individualismus mehr sein soll als zusammengeballte Egoisten, muß neben der sozialen Absicherung auch die Räume und Medien zur Kommunikation bereitstellen. In diesem Zusammenhang befürworten wir Gedankengänge zur Begründung von "Zentren des Wissens". Darunter sind öffentlich zugängliche Einrichtungen zu verstehen, in denen der Bevölkerung die Kommunikationstechnologien und Informationen zur Verfügung gestellt werden. Die Vorstellung einer "High-Tech-Stadtbücherei" mit integrierter Volkshochschule kommt dieser Idee durchaus nahe. Wenn in diesem Zusammenhang die Universitäten und Hochschulen aus ihrem abgeschotteten Dasein erlöst, ihren elitären Charakter verlieren, mit dem realen Leben konfrontiert und mit Funktionen öffentlicher Dienstleistung versehen werden sollten, kann dies nur als zweifacher Fortschritt begriffen werden. Eine Differenzierung zwischen informativen und (weiter-)bildenden Bestandteilen auf der einen, und unterhaltenden, kommerziell ausgerichteten Angeboten auf der anderen Seite macht auch hier die Möglichkeiten von öffentlich-rechtlich gebundenen, aber privater Initiative nicht verschlossenen Institutionen deutlich. Die Ausbildung von "Public Private Partnership" in Bereichen wie diesen hat den enormen Vorteil, das der Verschwendung von gesamtgesellschaftlich produziertem Wohlstand für private Gewinnerzielungsstrategien eine Grenze gesetzt wird: Die rein private, profitorientierte Unternehmung wird zum einen für inhaltliche Qualität keine Bürgschaft leisten wollen (siehe das bestehende Internet-Angebot), ist andererseits zur Errichtung von "Zentren des Wissens" wegen der vorzuschießenden Infrastruktur nicht in der Lage. Die öffentliche Gestaltung hingegen darf nicht in Bevormundung im Umgang mit den Medien führen (learning-by-doing war bisher kein sozialdemokratisches Grundprinzip), ist zur Begleitung aber unerlässlich, und die politische Gestaltung wird in der "Public Private Partnership" nicht nur Vorleister für Infrastruktur, sondern Profiteur durch demokratische Öffnung und Beeinflussung einer Entwicklung, die nicht aufgehalten werden kann und darf.

Die Rückeroberung und Umgestaltung des öffentlichen Dienstleistungssektors wird am Beispiel der "Zentren des Wissens" sehr prägnant. Sie muß allerdings auch viele andere Bereiche erfassen.

Enormer Handlungsbedarf besteht beispielsweise im Gesundheitssystem, das keiner politischen Gestaltung mehr unterworfen ist. So werden Milliarden-Subventionen in die Entwicklung und Produktion von medizinischem Gerät und von wirkungsgleichen Medikamenten gesteckt, ohne das überhaupt die Möglichkeit zur politischen Überprüfung der Ergebnisse bestünde. Gleichzeitig fehlen finanzielle Ressourcen zur gerechten Bezahlung und ausreichenden Beschäftigung von Pflegepersonal. Es geht uns dabei nicht um die Verteufelung von langfristiger wissenschaftlicher Forschung, sondern um Kosten-Nutzen-Analyse und eine Effizienzkontrolle, die im allgemeinen nur von staatlichen Einrichtungen vehement eingefordert wird.

Auch die Bereiche der Bildung / Ausbildung und der Verwaltungsdienste gehören in diese Diskussion: Nahezu unbegrenzte Beschäftigungspotentiale ergeben sich aus der Tatsache, daß der Markt nicht das produziert, wonach ein Bedürfnis herrscht, sondern dasjenige, womit Profite zu erzielen sind. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse sind jedoch wesentlich breiter gefächert und werden insbesondere in einer Demokratie, deren Zusammenhalt nicht allein auf Konsum basiert, die Verwendung von gesamtgesellschaftlich produzierten Mehrwert für gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zunehmend erfordern.

Eine grundlegende Diskussion über die Bereiche einer öffentlich notwendigen Dienstleistungsstruktur ist die Voraussetzung, um die Möglichkeiten für den sinnvollen Einsatz privater Initiative und öffentlicher Gelder auszuloten. Die verlogene Widersprüchlichkeit der konservativ-liberalen Bundesregierung kann in diesen Bereichen plastisch vorgeführt und zur Einleitung eines politischen Kurswechsels genutzt werden.

Die Sicherung der Geldwertstabilität bleibt von zentraler Bedeutung, sie darf jedoch nicht ohne jegliche Rücksicht auf das Wachstums- und Beschäftigungspolitik verfolgt werden. Vielmehr müssen die beschäftigungspolitischen Friktionen einer zu stren-

gen Geldpolitik im Form hoher Realzinsen stets mitbedacht werden. In der gegenwärtigen Phase ausgesprochen geringer Inflation bei ausufernder Massenarbeitslosigkeit muß nunmehr das Beschäftigungsziel in den Vordergrund treten.

Eine besondere Bedeutung erhält dabei der kommunale bzw. regionale Bereich. Von hier aus können die konkreten Bedürfnisse eingeschätzt und die regionale Infrastruktur dementsprechend ausgebaut werden. Ziel ist es, dabei an regionale Potentiale und Entwicklungsperspektiven anzuknüpfen, neue Güter und Dienstleistungen in den genannten Beschäftigungsbereichen anzubieten und der Dienstleistungsgesellschaft eine neue Qualität zu geben. Dabei muß der Staat nicht automatisch alle Produkte selbst anbieten, sondern kann sich auch auf die Bereitstellung einer sozial und ökologisch orientierten Infrastruktur konzentrieren.

Konkret sollen in diesem Beschäftigungssegment dauerhafte Arbeitsplätze unter staatlicher Verantwortung und der Verantwortung der MitarbeiterInnen geschaffen werden, die sich in jedem Fall nach tariflichen Maßstäben richten. Organisatorisch könnten diese Arbeitsplätze analog zu den Strukturen des öffentlichen Dienstes, innerhalb gemeinnütziger Organisationen oder in "public-private-partnership" entstehen. Die öffentliche Hand tritt in diesem Fall als Nachfrage nach solchen Dienstleistungen und Mittler zwischen Anbietern und Verbrauchern auf. Anbieter könnten dann die verschiedensten Formen gemeinnütziger Organisationen oder Gesellschaften sein. Diese sollten durch gezielte Förderung in die Lage versetzt werden, die nachgefragten Dienstleistungen den qualitativen Maßgaben entsprechend bereitzustellen. Sie hielten zudem eine Reihe von Bedingungen bei der Produktion ein, wie Ausbildung, Qualifizierung und Frauenförderpläne etc. Kommunale Gesellschaften und Eigenbetriebe sind eine weitere Möglichkeit, um Arbeitsplätze in diesem Bereich bereitzustellen. Grundsätzlich schwingt dabei aber immer auch das Ziel mit, die derzeit unübersichtliche und ineffektive Trägerstruktur neu zu ordnen und effizienter zu gestalten. Es muß sichergestellt werden, daß Betriebe, die bisher ähnliche Dienstleistungen angeboten haben, nicht

benachteiligt bzw. nicht in den Konkurs getrieben werden.

Zielgruppen sind insbesondere solche Personengruppen, die trotz Maßnahmen nach ASFG nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Für bestimmte Steuerungstätigkeiten würde der ÖBS aber auch für andere Zielgruppen geöffnet. Um den gesellschaftlichen Bedarf möglichst zielgenau zu treffen, wären Beteiligungsmöglichkeiten im regionalen Rahmen zu schaffen.

Der ÖBS wird - wenn er den ersten Arbeitsmarkt in großem Maße entlasten soll - sicherlich einen großen öffentlichen Finanzierungsumfang erfordern. Wir betrachten dies als eine erforderliche Ent-Privatisierung der Verfügung über einen Teil des gesellschaftlichen Wirtschaftsproduktes. Er ist damit ein wesentlicher Beitrag zur Vergesellschaftung der „Dienstleistungsökonomie“. Der Staat gibt die Dienstleistungen zu einem politisch definierten Preis an die Verbraucher weiter, d.h. er kauft sie zu einem höheren Preis bei den Anbietern an, als er sie an die Verbraucher weitergibt. Er definiert die Art und den Umfang des Angebotes, die regionale Versorgungsdichte und den Preis.

Zur Finanzierung des ÖBS sollte eine zentraler „Fonds für gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgaben“ eingerichtet werden, der zunächst steuerfinanziert wird und sich mittelfristig soweit wie möglich selbst tragen soll. Die Vergabe der Mittel erfolgt gemäß der regionalen Arbeitsmarktlage. Die Entscheidung über zu unterstützende Projekte soll kommunal bzw. regional erfolgen.

2.4 Regionalisierte Strukturpolitik

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Tendenz der Regionalisierung schlägt sich inzwischen in vielen Politikbereichen nieder. Dabei ist ein Paradigmenwechsel zu beobachten, der regionale Industrie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik längst nicht mehr als Ergänzung zu national- oder bundesstaatlichen Maßnahmen sondern als eigenständiges Gestaltungsfeld begreift.

Vor dem Hintergrund der globalen Produktion wird eine zunehmende Dezentralisierung prognostiziert, also eine stärkere Gewichtung der Region als Regulierungsebene der

industriellen Beziehungen. Die Region wird aus materiellen und wirtschaftlichen Gründen zu einer relevanten politischen Bezugsgröße. Die Regionen, die als politische Instanz bisher kaum Bedeutung hatten, geraten durch die gegenwärtige Entwicklung in eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche und soziale Zukunft. Die Zukunft der Region hängt nicht mehr allein von einer zentral gesteuerten Wirtschaftspolitik ab, sondern von den spezifischen infrastrukturellen, sozialen und ökologischen Voraussetzungen des Wirtschaftens in der Region

In der Weiterentwicklung der Ansätze, die innerregionale Verflechtungen herausstreichen sind Clustertheorien entstanden, die eine Betrachtung und Analyse der Unternehmen in ihrer Eingebundenheit in die Wertschöpfungskette ermöglichen. Die Gleichzeitigkeit von Spezialisierung und funktionaler Differenzierung in Verbindung mit einer komplementären, öffentlichen Infrastruktur sind wirtschaftsstrukturell als Produktionscluster definiert. Diese Cluster bilden die Basis für vielfältige zwischenbetriebliche Kooperationsmöglichkeiten. Alle erfolgreichen Regionen weisen Produktionscluster auf, die sich hinsichtlich ihrer Differenzierung und Verflechtung erheblich unterscheiden. Hieraus kann abgeleitet werden, dass ein spezifisches Muster von Spezialisierungen und funktionaler Differenzierung als räumlich innovativer Kern einer Produktionskette anzusehen ist: Dieses Muster bildet eine strukturelle Grundlage für umfangreiche zwischenbetriebliche Kontakte und daraus resultierende Impulse.

Produktionscluster prägen über den direkten ökonomischen Zusammenhang im Zeitverlauf nicht nur die arbeitsteiligen Beziehungen zwischen den Betrieben, sondern ebenso die sozialen und industriellen Beziehungen und damit auch die Politik und die staatlichen Institutionen. Konkret macht es dies sehr schwierig erfolgreiche regionale Ansätze zu verallgemeinern. Vielmehr ist jeweils politisches Gestalten vor dem Hintergrund der regionalen, wirtschaftlichen und institutionellen Ausprägung erforderlich. Soziale Innovation heißt für regionale Beschäftigungspolitik deshalb zuerst einmal Vernetzung der beteiligten regionalen Akteure mit dem Ziel der Vereinbarung regionaler Arran-

gements der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Die Regionalisierte Strukturpolitik bildet im Rahmen einer abgestimmten Mehrebenenregulation die Möglichkeit, den sozialen und ökologischen Umbau vor Ort, angepaßt an die jeweiligen lokalen und regionalen Gegebenheiten, mit Projekten zu unterfüttern. Ausgehend davon, daß sich die Wirtschaft ungleichmäßig im Raum verteilt, haben Regionen unterschiedliche Ansprüche an wie auch Ausstattungen mit beispielsweise Infrastrukturen oder Qualifikationen einerseits. Andererseits haben sie auch eigene Kompetenzen, Institutionen und Zusammenhänge entwickelt. Diese gilt es zu nutzen, um im breiten gesellschaftlichen Dialog aus den vorhandenen Stärken, Potentialen und Ideen im Rahmen der gesamtgesellschaftlich zu bestimmenden Innovationskorridore zukunftsfähige, d.h. ökologisch nachhaltige und gesellschaftlich sinnvolle regionalwirtschaftliche Felder zu bestimmen und voranzubringen. Ein Anknüpfen am örtlichen Bestand trägt dabei zusätzlich dazu bei, daß Qualifikationen, Kompetenzen und Infrastrukturen nicht entwertet werden, sondern bewußt für die Entwicklung neuer Kompetenzen genutzt werden. Hierbei darf es nicht nur um exportfähige Produkte gehen, sondern auch um die Stärkung der inneren Wirtschaftskreisläufe und den sozialen Zusammenhalt (lokale Ökonomien).

Hierfür ist es notwendig, die Instrumente der Strukturpolitik neu zu sortieren und besser aufeinander abzustimmen.

- Eine umfassende Kompetenzförderung soll das Nebeneinander von Technologie-, Qualifizierungs-, Eigenkapital- und anderen Förderungen aufheben. Kompetenz bezieht sich dabei sowohl auf die Technologie, wie auch auf die qualifizierte Arbeitskraft und intelligent eingesetztes Kapital. Sie existiert nicht nur in den Köpfen des Managements, sondern vor allem denen der Belegschaften.
- Eine integrierte Arbeits- und Gewerbeförderung, die Kleingewerbe- und Handwerksförderung mit öffentlicher Beschäftigungsförderung unter Einbeziehung des öffentlichen Beschaffungs- und Auftragswesens (Regio-ZIP und ÖBS) und der örtli-

chen Finanzwirtschaft verbindet und so auch eine wesentliche Säule im Kampf gegen graue Arbeitsmärkte darstellt.

- Eine Strukturpolitik, die nicht, wie immer noch überwiegend der Fall, lediglich als öffentliche Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung betrieben wird und sich häufig genug auf die Förderung harter Infrastrukturprojekte beschränkt, sondern vor allem in Form von Gemeinschaftsinitiativen der Sozialparteien und Unternehmen betrieben wird.

Wesentliche Entscheidungen für die Zukunft einer Region sollten unserer Ansicht nach in noch zu schaffenden Gremien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik getroffen werden. Diese sollten paritätisch aus Politik, Gewerkschaften, Unternehmen und sonstigen Verbänden und Organisationen (z.B. im Umweltschutzbereich) besetzt werden. Diese Gremien, beispielsweise als *Wirtschafts- und Sozialrat*, sollten mit weitreichenden Beratungs- und Informationsrechten ausgestattet werden. Sie sind regelmäßig vor entsprechenden Investitionsentscheidungen in den Parlamenten gehört werden. So sollen Investitionen und Projekte auf eine breitere gesellschaftliche Basis gestellt werden und damit deren Akzeptanz und Mitwirkung gesteigert werden.

Eine regionalisierte Strukturpolitik verzichtet in keiner Weise auf den Nationalstaat als industriepolitischen Akteur, sondern es bedarf insbesondere einer aktiven nationalstaatlichen Einflußnahme auf das Wirtschaftsgeschehen, wobei Industriepolitik so begriffen werden muß, daß sie auch jene Politiken miteinschließt, die - obwohl in anderer Absicht beschlossen - ebenfalls auf den Strukturwandel Einfluß nehmen (bspw. Steuergesetzgebung, DIN-Normen oder die Umweltgesetzgebung). Verstärkt wird es in Zukunft auch Aufgabe des Nationalstaates sein, das Ziel der Herstellung gleichwertiger Innovations-, Produktions- und Lebensbedingungen in allen Teilräumen der BRD zu verfolgen.

Regionale Strukturpolitik eröffnet auch aus frauenpolitischer Perspektive neue Möglichkeiten. Eine frauenorientierte regionale Strukturpolitik versucht, die in einer Region vorhandenen Potentiale zu nutzen und weiter auszubauen. Dies beinhaltet eine fort-

währende Qualifizierung der Arbeitskräfte sowie eine Bestandspflege der bereits angesiedelten Unternehmen. Sie muß die gesamte Infrastruktur in der Region fördern und nicht nur die wirtschaftsnahe. So ist es z.B. für die Erwerbstätigkeit von Frauen weniger relevant, daß Fördermittel für den Bau eines Flughafens ausgegeben werden, als daß der ÖPNV oder soziale Einrichtungen so weit ausgebaut sind, daß Frauen überhaupt erwerbstätig sein können. Hierzu gehören Projekte wie ein frauenfreundlicher Wohnungsbau, Sicherheit und Ausbau des ÖPNV und der generelle Ausbau sozialer Dienstleistungen, v.a. der Kinderbetreuung. Bei der Vergabe von Fördermitteln muß die Erhöhung der Frauenerwerbsquote als Ziel berücksichtigt werden.

Mögliche konkrete Instrumente einer Verbindung von regionalisierter Struktur- und Arbeitsmarktpolitik können sein:

- Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen: Überbetriebliche Verbände sollten sich an Klein- und Mittelbetriebe richten, die keine Möglichkeit haben, Frauen im und nach dem Erziehungsurlaub Maßnahmen wie Großunternehmen anzubieten (z.B. Bildungsmaßnahmen während der Erziehungszeit). An dieser Stelle setzen Verbundmodelle an, in dem sich Betriebe aktiv in die Frauen- und Familienförderung einbringen sollen. Die Organisation dieser Verbundmodelle läge bei einer regionalen Koordinierungsstelle zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen. Diese Koordinierungsstellen verfolgen das Ziel, die berufliche Integration von Frauen nach der Familienphase ins Erwerbsleben u.a. durch Beratungs- und Vermittlungsangebote zu fördern. Gleichzeitig sollen sie in Zusammenarbeit mit den Betrieben in der jeweiligen Region Wege aufzeigen, familienfreundliche Arbeitsbedingungen durchzusetzen, was auch den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zum Erziehungsurlaub einschließt. Die Koordinierungsstelle müßte hier beratend auftreten, um überholte Rollenverständnisse aufzubrechen und für partnerschaftliche Erziehungsmodelle zu werben. Mittelfristig müßte dann das Angebot solcher Koordinierungsstellen auch auf Männer ausgeweitet werden.

- Regionalisierte Qualifizierungspolitik und Qualifizierungsnetzwerke: Eine regionalisierte Qualifizierungspolitik hat drei Zielsetzungen zu verfolgen: die Kompetenzförderung und Schaffung von Innovationsallianzen, die Weiterentwicklung der regionalen Weiterbildungslandschaft und die Verbindung der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit regionalwirtschaftlichen Zielvorstellungen. Eine mögliche Umsetzung können regionale Qualifizierungsnetzwerke sein, die z.B. von Weiterbildungseinrichtungen, Kommunen und den Tarifparteien getragen werden. Sie können vorhandene Potentiale bündeln und zur Deckung manifester und latenter Qualifizierungsbedarfe beitragen. Im Mittelpunkt von Förderprogrammen sollten Maßnahmen zur Sicherung und Erhöhung der Beschäftigung stehen. Unternehmen einer Region hätten damit die Möglichkeit ihre Werk tätigen weiterzubilden und qualifizieren zu lassen - ein bei KMU's oft vernachlässigter Ansatz der Beschäftigungssicherung.
- Regionale Beschäftigungsgesellschaften: Getragen von den beteiligten Kommunen können regionale Beschäftigungsgesellschaften - beispielsweise als gemeinnützige GmbH - gegründet werden, die neben Beratungs-, Vernetzungs- und Verbundfunktionen selbst die Zuständigkeit für Qualifizierung und Beschäftigung übernehmen. Dafür gibt es in verschiedene Regionen bereits Beispiele (REGE - Gemeinnützige regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH in Bielefeld, "zukunft im zentrum" - regionale Service-Gesellschaft in Berlin; GOAB - Gemeinnützige Offenbacher Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH). Der Vorteil dieser Beschäftigungsgesellschaften gegenüber privaten Arbeitsplatzvermittlern liegt auf der Hand. Erstens läßt sich eine langfristige Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen an Betriebe aufbauen, die gegenseitige Interessen berücksichtigt und auftretende Problemlagen aus der Vermittlung schnell lösen kann. Private Arbeitsvermittler sind dazu - entsprechend ihrer Verträge - nicht in der Lage, weil sie kurzfristig orientiert auf Vermittlungen angewiesen sind und nach "Kopfgeldern" bezahlt werden. In der

Folge wird das Vertrauensverhältnis zwischen Betrieben und Arbeitsvermittlern meist nachhaltig gestört. Zweitens sind regionale Beschäftigungsgesellschaften in der Lage, öffentliche Maßnahmen zu vernetzen und daraus entstehende Synergieeffekte zu nutzen. Neben einer solchen Funktion einer Arbeitsbiographie begleitenden Wiedereinstiegsunterstützung, können auch bestehende z.T. oben genannte Instrumentarien problemlos integriert werden.

3. Arbeitspolitik

3.1 Arbeitszeitoffensive

Wir setzen uns für eine kollektive Verkürzung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit auf zunächst 32 Stunden ein. Perspektivisch streben wir eine noch weitergehende Arbeitszeitverkürzung an. Die konkrete tarifpolitische Ausgestaltung wird sicherlich von Branche zu Branche unterschiedlich sein, ebenso wird es hinsichtlich der Lage und Verteilung der Arbeitszeit bei den Beschäftigten keine einheitlichen Präferenzen geben. Für uns bleibt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit jedoch die wichtigste Ziel- und Orientierungsmarke.

Flexibilisierung allein schafft noch keine Arbeit

In jüngster Zeit sind Arbeitszeitverkürzungen immer mit Zugeständnissen an eine Flexibilisierung von Dauer, Lage und Verteilung der Arbeitszeit verbunden gewesen. Das Interesse der Unternehmer an einer Arbeitszeitflexibilisierung bezieht sich auf die Ausweitung der Betriebszeiten, der Anpassung der Arbeitszeit an konjunkturelle und jahreszeitliche Schwankungen der Kapazitätsauslastung sowie die Verbilligung der Arbeit (z.B. Abbau von Überstundenzuschlägen durch Wegdefinition). Ein Einlassen auf diese Logik hätte Leistungsverdichtung und ggf. Lohn einbußen für die ArbeitnehmerInnen zur Folge. Die erwarteten Beschäftigungseffekte beziehen sich auf die Hoffnung, daß die Absatzerwartungen durch die hervorgerufenen Produktivitätssteigerungen steigen. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Beschäftigung stagnieren bzw. sogar sinken wird, wenn durch optimalere Kapazitätsauslastung Arbeitskräfte überflüssig werden.

Sicherlich kann angesichts gewandelter Ansprüche der Beschäftigten an die individuelle Gestaltung der Arbeitszeit nicht am Konzept der standardisierten Tages- und Wochenarbeitszeit festgehalten werden. Jedoch ist fraglich, ob die Destandardisierung der Arbeitszeit per se mit der von den Beschäftigten gewünschten Zeitsouveränität übereinstimmt. So wird beispielsweise die Einbeziehung des Samstags als regulären Arbeitstag von der überwiegenden Zahl der ArbeitnehmerInnen abgelehnt. Die Flexibilisierung muß daher von den Beschäftigten bzw. ihren Interessenvertretungen mitbestimmt werden können.

Arbeitszeitkonten

Als favorisiertes Arbeitszeitmodell setzt sich zunehmend das "Arbeitszeitkonto" durch. Gerade ArbeitgebervertreterInnen fordern einen immer länger ausgedehnten Ausgleichszeitraum. Die unternehmerische Flexibilität, den Personaleinsatz an die Auftragsschwankungen anpassen zu können ("atmende Fabrik"), steigt. Die Vereinbarung von Zeitkonten kann zwar im Einzelfall im Rahmen beschäftigungssichernder Tarifabschlüsse verhindern, daß betriebsbedingte Kündigungen (und nur diese!) ausgesprochen werden. Allerdings drohen umgekehrt die Beschäftigungseffekte von Arbeitszeitverkürzungen verloren zu gehen, da bei verbesserter Auftragslage zunächst die Zeitkonten aufgefüllt werden. Die Einrichtung von Zeitkonten muß daher an folgende Bedingungen geknüpft werden. Die Ausgestaltung von Zeitkonten muß so erfolgen, daß neben der Beschäftigungssicherung die vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen nicht unterlaufen werden können. Hierzu muß ab einem bestimmten Zeitguthaben ein obligatorischer Ausgleich in Freizeit sichergestellt sein. Der tarifvertragliche Rahmen muß gewährleisten, daß die gewerkschaftlichen Arbeitszeitpositionen einer täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeit eingehalten bleiben. Zeitkonten dürfen nicht zu einer Ausweitung der Wochenendarbeit instrumentalisiert werden. Bei der Festlegung der Obergrenze für das Zeitguthaben müssen beschäftigungspolitische Überlegungen im Vordergrund stehen. Dabei gilt die Regel: je weniger Mehrarbeitsstunden überhaupt angesammelt werden dürfen, desto höher der Beschäftigungseffekt von Arbeitszeitverkür-

zungen und verbesserter Auftragslage. Zeitkonten dürfen nicht zur Ausweitung der unternehmerischen Dispositions- und Weisungsbefugnis führen. Sind sie strikt als Mittel der Zeitsouveränität der Beschäftigten auszugestalten. Nach Ankündigung der ArbeitnehmerIn für eine Entnahme eines vorhandenen Überschusses aus dem Zeitkonto muß dies durch den Arbeitgeber stattgegeben werden. Individuelle Zeitsouveränität ist nur zu gewährleisten, wenn erstens Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen kollektiv geregelt sind, um individuelle Entscheidungsspielräume rechtlich abzusichern, und zweitens allen arbeitenden Menschen gleichermaßen das Recht offensteht, über die Dauer, Lage und Verteilung ihrer Arbeitszeit bestimmen zu können. Das setzt die Beteiligung der ArbeiterInnen und Angestellten an der Gestaltung der betrieblichen Zeitstrukturen und damit die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen voraus.

Kollektive Verkürzung der Arbeitszeit

Die aktuellen tarifpolitischen Entwicklungen zeigen, dass die Gewerkschaften allein nicht in der Lage sein werden, die kollektive Verkürzung der Arbeitszeit als zentrales Projekt in Angriff zu nehmen. Denn angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse wären Arbeitszeitverkürzungen in größeren Schritten nur mit entsprechenden Lohninbußen durchzusetzen. Dies ist angesichts der negativen Einkommensentwicklung weder zumutbar noch volkswirtschaftlich zu verantworten. Kleinere Verkürzungsschritte würden andererseits in starkem Maße durch Rationalisierungen und Leistungsverdichtungen kompensiert werden und damit den größten Teil ihrer Wirkung einbüßen.

Erforderlich ist deshalb eine Verzahnung von tariflicher und staatlicher Politik. Die Rahmenbedingungen und Anreize zur Durchsetzung von tariflichen und betrieblichen Arbeitszeitverkürzungen müssen deutlich besser werden. Die französische Debatte ist dafür ein guter Anknüpfungspunkt, auch wenn die Instrumente nicht ohne weiteres auf die Bundesrepublik zu übertragen sind. Nach dem Prinzip "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" ist eine befristete öffentliche Flankierung tariflicher Arbeitszeitverkürzung aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit möglich und sinnvoll. Dabei müssen jedoch Mitnahmeeffekte durch Unternehmen

so weit wie möglich ausgeschlossen werden. Vor allem wollen über eine Neubemessung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung eine Umverteilung von arbeitsintensiven hin zu kapital- und gewinnintensiven Unternehmen vornehmen.

Eckpunkte einer Arbeitszeitoffensive sind:

Stärkung gewerkschaftlicher Interessenvertretung

Die Spielräume für gewerkschaftliches und betriebliches Handeln der Beschäftigten müssen deutlich erweitert werden. Dafür sind einerseits die gesetzlichen Beschneidungen durch die Konservativen rückgängig zu machen (§116 AFG, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung, Schlechtwettergeld). Darüber hinaus müssen im Betriebsverfassungsgesetz neue Instrumente betrieblichen Demokratie verankert werden, die eine Mitbestimmung der betrieblichen Interessenvertretung bezüglich Lage und Verteilung von Arbeitszeiten sicherstellen.

Kultur für Arbeitszeitverkürzungen schaffen und Modelle entwickeln

Die Politik muss eine Kultur für Arbeitszeitverkürzung schaffen. Neben politischen Kampagnen gehört hierzu vor allem die Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes bei der Realisierung von Arbeitszeitverkürzungen und Neueinstellungen. Neue Arbeitszeitmodelle im Rahmen von Verwaltungs- und Organisationsreform müssen, u.a. die Übernahme aller Auszubildenden sicherstellen. Daneben hat der Staat bei der Umverteilung der Reproduktionsarbeit eine Schlüsselfunktion. Denn wir wollen die Reproduktionsarbeit nicht nur zwischen den Geschlechtern umverteilen, sondern auch eine Professionalisierung von Pflege- und Erziehungstätigkeiten in öffentlicher Verantwortung durchsetzen.

Arbeitszeitgesetz

Erforderlich ist eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes. Überstunden sollen komplett in Freizeit abgegolten werden. Auf diesem Wege könnten allein bis zu einer halben Million neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Ferner soll festgeschrieben werden, dass die wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden nicht überschreiten darf. Diese Wochenhöchstgrenze soll schrittweise reduziert werden.

Die beiden folgenden Eckpunkte stellen eine Bezuschussung von Unternehmen dar, die beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzungen realisieren. Wir halten ein solches Vorgehen nur dann für sinnvoll, wenn derartige öffentliche Flankierungen nicht zu einer „heimlichen“ Umverteilung innerhalb der Beschäftigten führen. Wir streben daher zur Finanzierung einen Umverteilungsmechanismus auf der Kapitalseite an.

Weiterbildungsbonus

Wir setzen uns für einen Weiterbildungsbonus für alle Beschäftigten ein. Bei betrieblichen und tariflichen Vereinbarungen von Arbeitszeit- und Qualifizierungsmodellen, die über bisherige Weiterbildungsregelungen hinausgehen, werden diese Modelle aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit teilfinanziert. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Weiterbildungsphase mit Neueinstellungen verknüpft und ohne Einkommensverluste organisiert werden. Es müssen Beschäftigte aller Hierarchieebenen bei den Vereinbarungen berücksichtigt werden. Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten, mindestens aber zur Hälfte, berücksichtigt werden. Diese öffentliche Teilfinanzierung von Weiterbildung verbindet, Arbeitszeitkürzung mit der Steigerung der Innovationsfähigkeit der Beschäftigten und bietet selbst in kleineren Unternehmen die Möglichkeit, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitszeitverkürzungen unmittelbar in einen Beschäftigungszuwachs umzusetzen. Das WSI schätzt das zusätzliche Arbeitsplatzpotential, sollten alle Beschäftigten im Schnitt fünf Tage im Jahr an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, auf bis zu 750.000 Arbeitsplätze. Dabei ersetzt der Weiterbildungsbonus den Bildungsurlaub nicht, sondern ergänzt ihn, da der Bildungsurlaub auch bisher nicht ausschließlich Weiterbildungszwecken dient. Zudem muss zukünftig die Frage der Weiterbildung nicht individuell, sondern betrieblich oder tarifvertraglich geregelt werden, da die Weiterbildung sinnvoll organisiert oder geplant werden muss.

Öffentliche Teilfinanzierung von Arbeitszeitverkürzung

Unter der Voraussetzung, daß tarifliche Vereinbarungen über kollektive Arbeitszeitverkürzungen in größerem Umfang und bei vollem Lohnausgleich zustande kommen, sind

öffentliche Zuschüsse denkbar. Um Mitnahmeeffekte zu vermeiden, müssen diese jedoch zeitlich befristet sein und beschränkt werden. Branchen, bei denen Arbeitszeitverkürzungen und Lohnsteigerungen erhebliche Übergangsprobleme schaffen würden. In diesem Fall können zeitlich befristete Lohnkostensubventionen gewährt werden, sofern die Arbeitszeitverkürzung tatsächlich mit Neueinstellungen verbunden wird. Dies kann aber nicht die Regel sein. Zur konkreten Umsetzung befinden sich gegenwärtig mehrere Modelle in der gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Diskussion. Die Realisierung eines solchen Modells muss im Konsens mit den Gewerkschaften erfolgen.

3.2 Aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Eine mehr als problematische Tendenz stellt die wachsende Langzeitarbeitslosigkeit dar. In Westdeutschland waren 1996 32,7 % der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Arbeit. In Ostdeutschland lag dieser Anteil zur selben Zeit noch bei 27 %. Bestimmte Gruppen haben immer weniger Chancen, sich selbstständig aus der Arbeitslosigkeit zu lösen. Hierzu gehören Jugendliche, insbesondere diejenigen ohne Ausbildung, und Frauen, die zunehmend unter Druck geraten, sich unter dem Druck steigender Arbeitslosigkeit auf ihre traditionelle Rolle zurückzuziehen. Das zentrale Instrument für diese Problemlagen, das Arbeitsförderungsgesetz (AFG / SGB III), ist völlig unzureichend, da es in ökonomischen Hochzeiten konstruiert wurde, nicht an die neuen Entwicklungen am Arbeitsmarkt angepaßt wurde und durch zahlreiche Kürzungsmaßnahmen der konservativen Bundesregierung so weit zusammengestrichen wurde, daß kaum noch Raum für eine aktive Arbeitsmarktpolitik vor allem im präventiven Bereich bleibt. So wurden die vorgelagerten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung so weit gekürzt, daß Arbeitslose auf ergänzende oder vollständige Leistungen aus der Sozialhilfe angewiesen sind. Abgesehen von der finanziellen Belastung der zuständigen Gebietskörperschaft wird damit die Verantwortlichkeit für Langzeitarbeitslosigkeit weg von der zuständigen Behörde, der Bundesanstalt für Arbeit (BA), hin zu den Kommunen verlagert. Trotz finanzieller Anspannung hat sich hier in den letzten Jahren ein differenziertes Instrumentarium

entwickelt, das unterschiedlich genutzt wird. Dennoch bleiben die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt von den Leistungen der Arbeitsmarktpolitik ausgeschlossen.

Ein politischer Ansatz zur Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit muß die differenzierte Ausgangslage der Zielgruppen berücksichtigen. Hinzu kommt, daß der Begriff der Arbeitsmarktpolitik sich nicht nur auf den nachsorgenden Bereich beziehen, sondern sich zunehmend auch der Verhinderung von Arbeitslosigkeit widmen muß. Erstes Ziel aller Maßnahmen bleibt dabei unabdingbar die Wiedereingliederung in ein tariflich abgesichertes Beschäftigungsverhältnis. Unserer Ansicht nach ist dazu eine dreiteilige Strategie erforderlich:

1) Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung

In der Mehrzahl der Fälle von Sozialhilfebezug ist das Warten auf oder nicht ausreichende Leistungen aus den vorgelagerten Sicherungssystemen ausschlaggebend für den Bezug. Notwendig ist hier also eine institutionelle Existenzsicherung innerhalb der Sozialversicherungen. Dies bedeutet, daß die Leistungen aus den Sozialversicherungen automatisch aus Steuermitteln auf ein kulturelles Existenzminimum aufgestockt werden. So wird auch die Doppelzuständigkeit von Behörden verhindert. Arbeitslose behalten so in jedem Fall Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten.

2) Präventive Maßnahmen für Beschäftigte

Wie oben beschrieben, erhöht sich der Anteil derer, die aufgrund bestimmter Merkmalskonstellationen latent von Arbeitslosigkeit betroffen sein könnten. Dies läßt sich an den erhöhten Zahlen des Umschlages in der Arbeitslosigkeit ablesen. Eine herausragende Bedeutung für die Absicherung der Stellung solcher Beschäftigten nimmt sicher die Qualifikation ein. Schon jetzt kann man sagen, daß je besser die Qualifikation, desto besser die Absicherung vor Arbeitslosigkeit ist. Daher sind hier insbesondere Maßnahmen im Bereich Weiterbildung gefragt. Ein Ansatz hierfür könnten die schon erwähnten Arbeitszeitverkürzungen mit Weiterqualifizierungszeiten sein.

3) Aktive Fördermaßnahmen für Arbeitslose

Eine effektive Arbeitsmarktpolitik muß auf die Problemlagen in genau so differenzierter Form eingehen, wie sich die Ausgangslage unter den Arbeitslosen darstellt. Dazu gehört insbesondere das Eingehen auf die Lebenslage der Betroffenen. So müssen Fördermaßnahmen für Alleinerziehende anderen organisatorischen Maßstäben genügen als solche für Jugendliche ohne familiäre Bindung. Zudem kommt es immer auch darauf an, daß Arbeitsförderungsmaßnahmen einen ausreichenden Qualifizierungsanteil haben. Denn es geht nicht in erster Linie um Arbeitsbeschaffung, sondern um das Ziel der Reintegration in tariflich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Möglicherweise sind auch für bestimmte Zielgruppen mehrere aufeinander aufbauende Maßnahmen zu entwickeln, beispielsweise wenn Qualifikation und Motivation aufgrund längerer Arbeitslosigkeit erheblich verfallen sind. Voraussetzung für solche Maßnahmen sind entsprechende Informationen über die Zielgruppe. Erforderlich ist daher eine differenzierte Berichterstattung und die Errichtung von Beratungs- und Koordinationsstellen. Diese sollten in Zukunft allein bei der BA angesiedelt sein. Vor allem ist eine stärkere Verzahnung der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit der regionalen Strukturpolitik anzustreben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Entwurf für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) vorgelegt, der zumindest die Strategien 2 und 3 zusammenführt. Dieser Gesetzentwurf regelt eine veränderte Finanzierungsgrundlage für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, indem er alle Erwerbstätigen in die Beitragspflicht einbezieht, Beiträge von Ländern und Gebietskörperschaften sowie Arbeitgebern einbezieht und den regelgebundenen Bundeszuschuß beibehält. Darüber hinaus verbessert er die Möglichkeiten für nachsorgende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie vor allem für präventive Maßnahmen. Der Entwurf bietet eine gute Diskussionsgrundlage, der hier nicht in allen Details dargestellt werden soll. Dennoch gilt es einige Defizite aufzuarbeiten. Insbesondere die Absicherung von Frauen als arbeitsmarktpolitischer Zielgruppe muß noch nachgebessert werden. Frauen in geringfügigen und kurzzeitigen Beschäftigungsverhältnissen sollen zukünftig unter den Schutz des ASFG gestellt werden, solan-

ge diese noch nicht der Vergangenheit angehören. Dabei geht es eben darum, daß die Frauen, die den größten Anteil an diesen Maßnahmen bilden, Zugang zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erhalten. Schließlich sollten auch Erziehungs- und Pflegezeiten vollständig angerechnet werden, statt wie im Gesetzentwurf vorgesehen zu 75 %. Auch für die Zielgruppe arbeitsloser Jugendlicher sind entsprechende Maßnahmenvorkehrungen im Gesetzentwurf zu treffen. Dabei sollte die berufliche Erstausbildung eine herausragende Stellung einnehmen.

3.3 Qualifizierungspolitik

In den Betrieben zeichnet sich seit geraumer Zeit ein tiefgreifender Wandel ab, der die Grundlagen der Arbeitswelt massiven Veränderungen unterwirft. Beschäftigte müssen in immer kürzeren Abständen mit neuem Wissen und neuen Methoden mithalten können oder beständig mit der Gefahr leben, aus dem Erwerbsprozeß dauerhaft ausgeschlossen zu werden. In den Betrieben hat es eine Zeit lang so ausgesehen, daß ausgelöst durch die Debatte um lean production eine umfassende Umstellung der Produktion auf mitarbeiterorientierte Konzepte erfolgt, die zwar höhere Anforderungen an die Qualifikation des Einzelnen stellen, andererseits aber auch mehr Möglichkeiten bieten, daß sich die Beschäftigten kreativ in das Betriebsgeschehen einbringen können. Diese Vermutung wird derzeit durch den Rückzug der Unternehmen auf eher traditionelle Produktionsstrukturen widerlegt. Es bleibt abzuwarten, welcher Trend sich letztendlich durchsetzen wird. Eine Rückkehr zum alten tayloristischen Produktionsmodell erscheint jedoch eher unrealistisch.

Die ständige Aktualisierung vorhandener Kompetenzen wird für die Beschäftigten oft zu einem zentralen Anliegen. Soll die Floskel vom "Lebenslangen Lernen" jedoch nicht eine solche bleiben, müssen entsprechende flankierende Maßnahmen bereitgestellt werden. Vor allem muß einer Spaltung der Arbeitsgesellschaft durch garantierte regelmäßige Weiterbildung für alle Beschäftigten entgegengetreten werden. Die Debatte um Weiterbildung muß offensiv angegangen werden und in Verbindung zur Reform des Dualen Systems und der allgemeinbildenden

Bildungseinrichtungen gestellt werden. Insbesondere im regionalen Rahmen sollten auf die Bedürfnisse der Akteure abgestellte Maßnahmen konzipiert werden.

Besonders aufgeprägt sind derzeit die Krisentendenzen im dualen System der Berufsausbildung. Allein 1997 fehlten etwa 250.000 Ausbildungsplätze bundesweit mit regional sehr unterschiedlichen Ausprägungen. Hinzu kommt, daß die derzeitige Ausbildung kaum noch in der Lage ist, den Anforderungen, die sich aus den oben skizzierten Herausforderungen ergeben, zu entsprechen. Nicht zuletzt deshalb erhöht sich der Anteil der Jugendlichen, die in einer beruflichen Ausbildung keine Perspektive mehr sehen, beständig.

Für eine grundlegende Reform des Dualen Systems müßte eine Erneuerung des bisherigen Berufsprinzips stattfinden. Im Mittelpunkt der beruflichen Erstausbildung stünde der Erwerb von beruflicher Handlungskompetenz als Verbindung von Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz. Dazu sollen breite Berufsfelder geschaffen werden, von denen aus später eine berufliche Weiterentwicklung und Spezialisierung erfolgen kann. Gemeint ist damit jedoch keineswegs die von Arbeitgeberseite geforderte Einführung von zeitlich und inhaltlich verkürzten Schmalspurausbildungsgängen.

Die bisherige künstliche Trennung von allgemeinbildenden und berufsbildenden Inhalten muß überwunden werden. Die beste Lösung dazu bietet derzeit die Verbindung von allgemeinbildender und berufsfachlicher Qualifizierung in der Sekundarstufe II.

Darüber hinaus ist die Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung in der Form des SPD-Parteitagbeschlusses von Köln aus dem November 1996 unumgänglich, um die Bereitstellung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zu gewährleisten. Freiwillige Regelungen, wie der nachweislich erfolglose Ausbildungskonsens NRW, können dafür kein Ersatz sein und sind daher nicht von einer gesetzlichen Regelung auszunehmen.

Die vierte Säule des Bildungssystems ist noch in nicht ausreichender Weise ausgebildet. Weiterbildung wird aber, wie schon o-

ben beschrieben, in naher Zukunft eine herausragende Bedeutung einnehmen. So sind entsprechende Modelle zu entwickeln, in denen der lebenslange Erwerb von Qualifikationen gesichert wird. Dazu gehören Blockarbeitsmodelle ebenso wie der schon mehrfach erwähnte Weiterqualifizierungsbonus bei Arbeitszeitverkürzungen. Dazu ist die derzeit unübersichtliche Trägerstruktur zu ordnen und damit effizienter zu gestalten. Überlegenswert ist auch die Einführung bundes- oder zumindest landeseinheitlicher Qualifikationsstandards für bestimmte Weiterbildungsordnungen. Zudem ist Weiterbildung auch immer im regionalen Zusammenhang zu sehen. Daher sind jeweils auf die Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten abgestimmte regionale Weiterbildungsangebote zu entwickeln und staatlich zu fördern.

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Gewerbsmäßige Leiharbeit abschaffen

und bis dahin eine Ausweitung von Leiharbeit verhindern und die Rechte der betroffenen ArbeitnehmerInnen stärken.

1. Die Jusos des Landesverbandes Bayern lehnen kommerzielle Leiharbeit ab. Ein eventuell bestehender Bedarf daran soll allenfalls durch gemeinnützige Unternehmen gedeckt werden. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, dahingehend tätig zu werden.

Da kommerzielle Leiharbeit nur auf unternehmerische Gewinne ausgerichtet ist, wird der Anreiz genommen, in normalen Betrieben Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Eine Leiharbeitskraft ersetzt oftmals mehrere Dauerarbeitsplätze, da LeiharbeiterInnen aus verschiedenen Betrieben nur noch zur Abdeckung betrieblicher Spitzen genutzt werden. Dieser sozial unverträgliche Zustand muß beseitigt werden. Der Verleih von ArbeitnehmerInnen darf nur noch ein Mittel sein, um Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Als Beispiel sei das Modell START in Nordrhein-Westfalen genannt. kommerzielle Leiharbeitsunternehmen schaffen keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Sie wandeln vielmehr normale Arbeitsplätze in ungesicherte Leiharbeitsplätze mit

schlechteren Bedingungen für die ArbeitnehmerInnen um.

2. Wir wenden uns entschieden gegen die erfolgte und wie z.B. vom Bundesverband der Zeitarbeit sowie vom Wirtschaftsrat der CDU geforderte Ausweitung der Möglichkeiten der Leiharbeit durch das erneut geänderte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG).

Die Zeitarbeitsunternehmen sehen jedoch ihre Wachstumsmöglichkeiten auch weiterhin durch das aufgeweichte AÜG eingeschränkt. Befristete Zeitarbeitsverträge, Kettenzeitarbeitsverträge, dauerhafte Entleihung an ein Unternehmen und die Ausdehnung der Zeitarbeit auf das Bauhauptgewerbe soll die Branche noch lukrativer machen. Da diese Restriktionen bereits teilweise abgeschafft wurden, besteht die Gefahr, daß die Betroffenen zu modernen SaisonarbeiterInnen werden, die bei Bedarf für wenig Geld angeheuert, evtl. weiterbeschäftigt oder auch sofort wieder entlassen werden können. Die ArbeitnehmerInnen stehen immer mehr ohne jede Absicherung da. Das Beschäftigungsrisiko der Arbeitgeber wird dadurch immer mehr auf Kosten der Allgemeinheit zugunsten der Profitmaximierung der Unternehmen verringert.

3. Die Bezahlung der leiharbeitnehmerInnen muß der Entlohnung der dauerhaft im Betrieb Beschäftigten angeglichen werden. Die augenblickliche Bezahlung liegt bis zu 45 % unter den tariflichen Bestimmungen der jeweiligen Branche.

Das tarifliche Lohnsystem wird durch die Zeitarbeit untergraben, denn die ArbeitnehmerInnen verdienen meist weit unter dem Tariflohn der entsprechenden Branche. Der Entleiher erhält einen qualifizierten Arbeitnehmer, der in der Hoffnung der Übernahme in ein reguläres Arbeitsverhältnis hohe Anstrengungen erbringt und dem Entleiherbetrieb nur wenig mehr kostet, oft sogar weniger, als ein regulär beschäftigter Facharbeiter. Das Verleihunternehmen behält ca. die Hälfte der Leihkosten für sich. so wurde bzw. wird eine Gruppe von BilliglohnarbeiterInnen geschaffen, während die ArbeitgeberInnen sich ihrer sozialen Verantwortung entledigen.

4. Wir fordern die Gewerkschaften im DGB auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, die Beschäftigten bei Leiharbeitsunternehmen zu organisieren. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, auch für LeiharbeiterInnen tarifvertragliche Rechte zu begründen. Maßstab könnte die Einsatzbranche sein.

Die Beschäftigung über Zeitarbeitsfirmen hat mit 170.000 ArbeitnehmerInnen einen Umfang erreicht, der nicht zu vernachlässigen ist. Das Phänomen der Leiharbeit kann unter den augenblicklichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wohl nicht in absehbarer Zeit beseitigt werden. Deshalb ist es notwendig, die dort beschäftigten ArbeitnehmerInnen zu organisieren und für diese tarifvertragliche Rechte durchzusetzen. Größere Rechte von leiharbeitnehmerInnen sichern auch Regelarbeitsverhältnisse, da die Attraktivität zum Einsatz von LeiharbeiterInnen aus unternehmerischer Sicht sinken würde.

Eine Bildungsoffensive für das 21. Jahrhundert

I. Neue Herausforderungen für das Bildungswesen

1. Bildung ist ein gesellschaftliches Gut, das erhebliche Auswirkungen auf die individuellen Lebenschancen hat. Das Handeln des Staates muß darauf abzielen, jedem die gleichen Voraussetzungen zu bieten, sich nach individuellen Bedürfnissen über die Aneignung von Bildung zu entfalten. Gleichzeitig wird die Gesellschaft von morgen wie niemals zuvor durch Bildung und daraus resultierende individuelle Gestaltungsmacht geprägt sein. Gesellschaftliche Beteiligung und ökonomisch bedingte Arbeit wird in der Gesellschaft von morgen immer stärker auf kommunikativen und individuellen Kompetenzen basieren. Waren am Fließband noch alle Menschen ersetzbar, nimmt der Mensch in der Erwerbswelt von morgen eine entscheidene kommunizierende, koordinierende und steuernde Funktion ein. Andererseits ent-

wickeln sich aufgrund staatlicher Deregulierung und fehlender Struktur- und Beschäftigungspolitik im Bereich der „persönlichen und einfachen Dienstleistungen“ Beschäftigungsverhältnisse, die zu Billigtarifen, ohne soziale Sicherung und gesellschaftliche Anerkennung den Kauf der menschlichen Arbeitskraft für Tätigkeiten aller Art erlauben. Sie sind Ausdruck einer Politik, die sich von den Prinzipien der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen verabschiedet hat.

Entgegen weitverbreiteter neoliberaler Sachzwangslogik im Bezug auf ökonomische Entwicklungen und gesellschaftliche Segmentierungsprozesse wollen wir eine Wechselwirkung zwischen dem aufzeigen, was eine Gesellschaft an umfassender und gerechter Bildung anbietet und dem, was sich strukturell und gesellschaftlich verändern kann. Bildung kann kein Korrektiv für gesellschaftliche und ökonomische Fehlentwicklungen darstellen. Sie muß jedoch dort, wo soziale Strukturen versagen versuchen, verstärkt ausgleichend, betreuend und erzieherisch zu wirken. Sie ist Grundlage für einen individuellen, gesellschaftlichen und ökonomischen Gestaltungsanspruch.

2.

Bildungspolitik kann weder verkürzt als Instrument der Standortverbesserung im Sinne verstärkter Innovationstätigkeiten gesehen, noch kann sie ohne Berücksichtigung veränderter Erwerbsbilder betrieben werden. Eine neue Bildungspolitik ist vielmehr im Rahmen einer neuen Regulierungslogik zu betrachten, die unter dem Prinzip der Chancengleichheit auf eine veränderte Klassenlandschaft reagiert und ökologisch und sozial verantwortbar die Voraussetzungen für einen ökonomischen Strukturwandel legt.

In diesem Sinne muß Bildung zwei wesentliche Aufgaben erfüllen:

- Sie muß jedem einzelnen Fähigkeiten vermitteln, um sich in einem rasant voranschreitenden gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsprozeß selbstbestimmt zurechtfinden zu können: Wir brauchen Bildung als Voraussetzung zur Selbstentfaltung!
- Sie muß Qualifikationen vermitteln, mit denen die Gesellschaft die kritische Weiter-

entwicklung der Produktivkräfte vorantreiben und Lösungen für ökonomische, soziale und ökologische Probleme entwickeln kann: Wir brauchen Bildung für einen zielgerichteten ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Unser Bildungswesen in seiner aktuellen Verfassung kann beiden Herausforderungen nicht im geringsten gerecht werden:

- Die bestehende nach unterschiedlichen Bildungsgängen differenzierte Bildungsstruktur führt zu einer ungerechten Bildungsverteilung. Das Bildungssystem enthält nach wie vor Selektionsschranken, die auf die soziale Herkunft, das Geschlecht, die Nationalität oder die Religion zurückzuführen sind. Der vielen verwehrt Zugang zu und Umgang mit neuen Medien etwa würde angesichts der zunehmenden Bedeutung neuer Kommunikationsformen diese Benachteiligungen im Bildungswesen, die ohnehin vorhanden sind, noch verschärfen.
- Die Art des Lernens, die in unseren Bildungseinrichtungen praktiziert wird, ist veraltet und wird weder den Ansprüchen der Lernenden noch den gewandelten ökonomischen Anforderungen gerecht. Sie liefert keine Impulse zur Erschließung neuer, verantwortbarer Wachstumsfelder.
- Trotz gestiegener Anforderungen wird immer weniger Geld in Bildung investiert. Diese Misere betrifft sowohl die Investitionen in die Bildungseinrichtungen als auch in die individuelle Ausbildungsförderung der Lernenden.

Um dieser Misere -dem Widerspruch zwischen den notwendigen Zielen und der aktuellen Situation- zu begegnen, brauchen wir eine großangelegte Bildungsoffensive, die auf der Basis einer grundsätzlich anderen politischen Logik eine Neuorientierung in der Bildungspolitik herbeiführen muß.

- Das grundlegende Prinzip dieser Bildungsoffensive muß das Prinzip Integration sein. Nur integrierte Bildungsgänge können beides leisten: Die Vermittlung der notwendigen Qualifikationen -wenn wir die Investitionen in Bildung erhöhen und die Art des Lernens revolutionieren- und gleichzeitig die chancengleiche Vermittlung dieser Qualifikationen. Ein sogenanntes differenziertes Bildungswesen macht die Qualifikationen für

die Arbeitswelt von morgen nur einem ausgesuchten Teil der Lernenden zugänglich und baut für einige unüberwindliche Barrieren auf. Jeder Lernende muß die Chance haben, sich die Qualifikationen anzueignen, mit denen er die Türen zu einem selbstbestimmten Zugang in das Erwerbsleben und in gesellschaftliche Betätigung öffnen kann.

- Die abnehmende Halbwertszeit von Wissen und die wachsende Bedeutung von methodischen und sozialen Kompetenzen erfordert eine Neue Art des Lernens zur Vermittlung der notwendigen neuen Qualifikationen. Erforderlich ist eine Integration allgemeiner und beruflicher Bildungsgänge, methodisches Lernen und eine Ausdehnung des schulischen Angebotes über den Vermittlungsprozeß von Wissen hinaus.
- Lernen und Weiterbildung läßt sich nicht mehr auf ein oder zwei Lebensabschnitte beschränken. Es müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, daß jedem ein lebenslanges Lernen ermöglicht wird. Möglichkeiten individueller Weiterentwicklung, arbeitnehmerInnenspezifischer Weiterbildung und betriebspezifischer Umstrukturierung mit entsprechenden Weiterqualifizierung müssen geschaffen und abgesichert werden. Hierzu ist eine Zertifizierung entsprechender Maßnahmen ebenso notwendig wie die finanzielle Absicherung von Weiterbildungsmaßnahmen und die Verankerung von Weiterbildungsmaßnahmen am Arbeitsplatz.
- Wir brauchen für eine inhaltliche auch eine finanzielle Bildungsoffensive. Die bedarfsgerechte Finanzierung von Bildungseinrichtungen und individueller Ausbildungsförderung muß im Rahmen eines Umverteilungsprojektes und im Sinne eines gerechten Lastenausgleiches von der gesamten Gesellschaft finanziert werden.

II. 20 Thesen zur Umsetzung einer Bildungsoffensive

A. Neue Qualifikationen

1. Schlüsselqualifikationen erwerben

Der Erwerb einiger elementarer Schlüsselqualifikationen muß im Zentrum eines reformierten Bildungswesens stehen. Die beschriebene Veränderung der Qualifikationsanforderungen macht den Erwerb von Kompetenzen wie Eigenständigkeit, Kritisch-sozialer Kompetenz, Problemlösungskompe-

tenz, Kreativität, vernetztem Denken, Umgang mit Medien, Einheit von Hand- und Kopfarbeit und anderer Schlüsselqualifikationen notwendig. Nur so können die Lernenden eine selbstbestimmte Rolle im Erwerbsleben einnehmen.

2. Schlüsselqualifikationen und Emanzipation

Schlüsselqualifikationen dürfen jedoch nicht der Unterwerfung unter ökonomische Zwänge dienen. Ihre Vermittlung im Bildungswesen darf nicht den Interessen der Betriebe untergeordnet sein.

Für die Linke bietet sich jedoch die Chance, ein neues Zweckbündnis mit den fortschrittlichen Teilen des Kapitals herzustellen, wenn sie sich der Notwendigkeit einer chancengleichen Vermittlung von Schlüsselqualifikationen bewußt sind. In weiten Teilen der bildungspolitischen Diskussion kommt es nicht mehr auf die Herstellung von Chancengleichheit an Schulen und Hochschulen an. Trotz sinnvoller pädagogischer und didaktischer Vorstellungen wird in weiten Bereichen weiterhin auf ein elitäres Bildungsmodell gesetzt.

In jedem Fall muß sich die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen an dem Anspruch messen lassen, die individuelle Selbstentfaltung jedes Lernenden zu ermöglichen: Schlüsselqualifikationen müssen -im wahren Sinne dieses Wortes- für jeden Lernenden die notwendigen Schlüssel bereitstellen, mit denen er sich immer wieder eigenständig diejenigen Qualifikationen aneignen kann, die es ihm ermöglichen, sich in einer rasant verändernden Welt emanzipiert und selbst gestaltend zurechtzufinden.

3. Neue Formen des Lernens praktizieren

Eine wesentliche Voraussetzung zur Vermittlung dieser Schlüsselqualifikationen ist die Revolutionierung der Art des Lernens in unserem Bildungssystem. Frontalunterricht, Massenvorlesungen, Lernen im 45- bzw. 90-Minuten-Takt, Lernen aufgeteilt nach Fächergrenzen -die die Realität nicht kennt, massiver Leistungsdruck...: Das ist eine Art des Lernens, die weder den Bedürfnissen des Individuums noch den veränderten ökonomischen Anforderungen entspricht. Wir brauchen eine Neue Art des Lernens: Statt reinem Faktenwissen müssen Methoden vermittelt werden, es muß fächerübergreifend und in Projekten gelernt werden, Hand-

und Kopfarbeit muß für alle Lernenden zu einer Einheit werden, Lernen muß praxisorientiert, ohne Notendruck und ohne übergestülpte Zeitintervalle stattfinden. Deswegen brauchen wir die Ersetzung der Noten durch individuelle Lernprozeßberichte sowie die projektorientierte Gestaltung des Lernens.

4. Andere Lerninhalte

Nicht nur die Art des Lernens, sondern auch die Lerninhalte bedürfen einer umfassenden Reformierung. Die Erziehung zu sozialer Verantwortung, die Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen und das interkulturelle Lernen und Leben müssen gegenüber der Vermittlung rein fachspezifischer Inhalte einen größeren Stellenwert erhalten. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muß integraler Bestandteil aller Bildungsinhalte sein.

Für ein zusammenwachsendes Europa wird die Beherrschung von Fremdsprachen ebenfalls als Schlüsselqualifikation zu werten sein. Unter anderem brauchen wir daher die Einführung der ersten Fremdsprache bereits in der Grundschule. Des weiteren muß die Schule auch und gerade MigrantInnen die Möglichkeit der Festigung der Muttersprache bieten.

Die methodische Heranführung an neue Medien soll bereits in der Grundschule beginnen.

Voraussetzung für eine Umsetzung neuer Lerninhalte ist eine verpflichtende und kontinuierliche Weiterbildung des lehrenden Personals.

5. Ein Haus des Lernens und Lebens bauen

Die Lernorte unseres Bildungswesens müssen sich zu Lern- und Lebensorten weiterentwickeln. Statt Wissensfabriken müssen die Bildungseinrichtungen des 21. Jahrhunderts zu Häusern des Lernens und Lebens werden. Über das rein kognitive Wissen hinaus müssen deshalb auch alle anderen Bereiche der menschlichen Entwicklung Berücksichtigung finden und gefördert werden. Die Bildungsreformen der Siebziger Jahre sind steckengeblieben, weil sie ebendiese Komponente nicht berücksichtigt haben. Deshalb ist die Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen zu Lebensräumen entscheidend für die Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit. Die Bildungseinrichtungen als Häuser des Lernens und Lebens müssen Ganztageseinrichtungen sein, in de-

nen die Lernenden alle ihre Interessen aus verschiedenen Lebensbereichen verwirklichen können: Lernen, soziale Kontakte, Kultur, Sport, Spiel etc. Dabei ist die Demokratisierung der Lernprozesse und sonstigen Entscheidungen Voraussetzung für ein Haus des Lernens und Lebens.

6. Schlüsselqualifikationen und Bildungsverteilung

An der chancengleichen und allen zugänglichen Vermittlung der zentralen Schlüsselqualifikationen entscheidet sich ganz wesentlich die Frage der zukünftigen gesellschaftlichen Chancengleichheit. Die besondere Bedeutung von Schlüsselqualifikationen hat zur Folge, daß nur diejenigen, die sie sich aneignen können, überhaupt in der Lage sein werden, den gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein. Deshalb muß sichergestellt sein, daß das Erlernen der notwendigen Schlüsselqualifikationen nicht das Privileg einer ohnehin schon bevorteilten Elite wird, sondern daß jeder den Zugang zu diesen Qualifikationen erhält. Es muß daher darauf ankommen, daß neben Schulprogrammen, Profilbildung und alternativem Unterricht erstens die soziale und finanzielle Differenzierung der Schulen aufzubrechen und zweitens weiter für die Überwindung des ständischen dreigliedrigen Schulsystems zu kämpfen.

B. Bildungsgänge integrieren und lebenslang lernen

7. Bedeutung von Integration und Integrationsfelder

Eine chancengleiche und gerechte Vermittlung von Schlüsselqualifikationen erfordert deshalb integrierte Bildungsgänge. Nur integrierte Bildungsgänge können einerseits die individuelle Förderung des Lernenden nach seinen spezifischen Interessen und Neigungen gewährleisten und andererseits erreichen, daß jeder Lernende in den Genuß dieser Förderung kommt. Das sogenannte differenzierte Bildungswesen bedingt sowohl eine sozial unausgewogene Bildungs- auslese als auch eine strukturelle Verzettelung und fehlende Verzahnung der verschiedenen Bildungsgänge.

In diesem Sinne bedeutet Integration die Zusammenfassung von Bildungsgängen zu

einer organisatorischen und pädagogischen Einheit, in deren Rahmen

- eine differenziertere, an den jeweiligen Fähigkeiten des Individuums orientierte Förderung
- ein gemeinsames Lernen und Leben unterschiedlicher sozialer und kultureller Gruppen
- und eine echte Verknüpfung von Hand- und Kopfarbeit
- eine effizientere Planung und Organisationsentwicklung

ermöglicht wird. Daraus ergeben sich als wesentliche Integrationsfelder sowohl die strukturelle Integration mehrerer Bildungsgänge zu einem differenziert gestaltbaren Bildungsgang als auch die interne Integration verschiedener Gruppen bzw. Interessen innerhalb dieses Bildungsgangs.

9. Strukturelle Integration als Leitbild

Um die genannten Ansprüche erfüllen zu können, bedarf es einer strukturellen Integration sowohl in der Sekundarstufe I, in der Oberstufe, als auch in der Hochschule. In der Sekundarstufe I ist die sinnvollste Form der Integration die Integrierte Gesamtschule. Zur Sekundarstufe II werden im Bereich der Gewerkschaften, der SPD und der Länder unterschiedliche Ansätze zur Errichtung integrativer Schulmodelle diskutiert, die der Zusammenführung bedürfen. Im Hochschulbereich ist es die Gesamthochschule, die eine rein wissenschaftliche Universität und eine verschulte Fachhochschule sinnvoll zusammenführt.

10. Neue Wege zur Integration

Die flächendeckende Einführung integrierter Gesamtschulen per landesweiter Verordnung wäre zwar wünschenswert, ist politisch jedoch momentan nicht durchsetzbar. Da integrative Schulmodelle aber nur dann wirklich langfristig sinnvoll sind, wenn alle sozialen Schichten an ihnen teilnehmen, erwarten wir von der Sozialdemokratie ein koordiniertes Konzept zu ihrer schrittweisen Einführung. Integrierte Bildungsgänge können sich im Rahmen regionaler Bildungsstrukturplanung entwickeln; sie können aus einzelnen Schulen, insbesondere Gymnasien, hervorgehen, die durch eine heterogener werdende SchülerInnenenschaft gezwungen sind, den Charakter ihres Bildungsganges zu verändern; Oberstufenzentren, die integrativ organisiert sind, können entstehen, um das

Angebot einer Bildungsregion zusammenzuführen, auszuweiten und effizienter zu machen. Die durch Errichtung integrativer Bildungssysteme freigesetzten Mittel sollen direkt in die Bildungsstätten reinvestiert werden. Die übergeordnete Politik muß allerdings dazu beitragen, daß die Rahmenbedingungen für die Errichtung integrierter Bildungsgänge verbessert werden, und sie muß inhaltliche Konzepte zur Gestaltung integrierter Bildungsgänge weiterentwickeln. Die sechsjährige Grundschule ist einzuführen. Sie stellt einen wichtigen Schritt in Richtung Integration und neue Pädagogik dar. Außerdem muß die Koppelung der SEK I und SEK II aufgehoben werden.

11. Benachteiligungen abbauen - interne Integration

Über eine rein strukturelle Integration von Bildungsgängen hinaus müssen innerhalb der jeweiligen Bildungsgänge auch interne Integrationsprozesse stattfinden. Integrierte Bildungsgänge sind nur dann sinnvoll, wenn in ihnen eine wirksame Integration verschiedener Gruppen unterschiedlicher sozialer Herkunft, unterschiedlicher Kultur und Religion stattfindet.

Ein integriertes Bildungswesen muß auch dazu beitragen, bestehende Benachteiligungen abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Dazu gehört die wirksame Integration Behinderter ins Regelschulsystem. Eine der größten Herausforderungen an Schulen und Hochschulen besteht in der Integration ausländischer SchülerInnen und Studierender. Sprache und Herkunft dürfen in absehbarer Zeit keinen Hinderungsgrund für erhöhte Bildungsbeteiligung mehr darstellen.

12. Die Balance von Integration und Trennung finden

Ein Prinzip jedoch muß im Rahmen aller Integrationsbemühungen berücksichtigt werden: Eine wirksame Integration, sowohl die strukturelle als auch die interne Integration, braucht als Gegengewicht Rückzugsräume und verschiedene Formen der internen Trennung zur Aufhebung bestehender Benachteiligungen wie z.B. durch die Teilweise Aufhebung der Koedukation und spezielle Kurse zur Förderung von AusländerInnen, bzw. Differenzierung. Erst diese Differenzierung, die an verschiedenen Faktoren entlang vorgenommen werden kann (besondere Nei-

gungen, Geschlecht, Herkunft etc.), ermöglicht eine echte Integration und die individuelle Entfaltung jedes einzelnen statt eines Gleichmachens unterschiedlicher Individuen: In integrierten Bildungsgängen muß die richtige Balance zwischen Integration und Trennung gefunden werden.

13. Gleiche Chancen für Frauen verwirklichen

Der immer noch uneingelöste Anspruch von Frauen auf Gleichberechtigung im Bildungswesen muß im Rahmen einer neuen Bildungsoffensive endlich eingelöst werden. Zwar hat sich die Bildungsbeteiligung von jungen Frauen durch die Bildungsreformen der Siebziger Jahre spürbar verbessert; Frauen sind jedoch sowohl unter den Lernenden, aber insbesondere auch unter den Lehrenden, immer noch massiv benachteiligt.

In der Schule werden Mädchen und junge Frauen v.a. aus den naturwissenschaftlichen Fächern in sog. frauentypische Fächer gedrängt. Ebenso gibt es Berufe, die fast ausschließlich von Frauen gelernt werden bzw. Berufe, in denen Frauen fast gar nicht vertreten sind.

Deshalb bedarf es einer massiven Frauenförderung in allen Bereichen des Bildungswesens. Innerhalb der ProfessorInnenschaft an Hochschulen etwa muß der eminent geringe Frauenanteil von etwa 8% auf mindestens 50% Anteil an der ProfessorInnenschaft erhöht werden. Voraussetzung hierfür ist die Aufhebung der Habilitation.

14. Lebenslanges Lernen als Leitbild

Der Begriff des lebenslangen Lernens ist zum Schlagwort geworden. Nicht immer ist damit jedoch die qualitative Weiterentwicklung gemeint. Vielmehr geht es in vielen Debatten hintergründig um schlichte Flexibilisierung und kaschierte Anpassung an Sachzwänge des Arbeitsmarktes. Um qualitative Wachstumsfelder zu erschließen und soziale, technische und ökologische Neuerungen in die Erwerbsarbeit zu integrieren muß zertifizierte Weiterbildung fester Bestandteil jeder Erwerbslaufbahn werden.

15. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung ermöglichen

Wir brauchen die Errichtung eines Weiterbildungssektors, der individuellen Ansprüchen und ökonomische Bedarfsweldern gerecht werden kann. Hierzu schlagen wir die Errich-

tung von regionalen Weiterbildungszentren vor. Sie sollen ArbeitnehmerInnen und Betriebe über Weiterbildungsmöglichkeiten beraten, Maßnahmen zertifizieren und regionale Bedarfsanalysen erstellen. Gleichzeitig sollen sie Weiterbildungsanbieter beraten und zur Schaffung eines bedarfsdeckenden Weiterbildungsangebots beitragen.

Das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz muß ausgebaut werden. Individuelle Weiterbildung muß rechtlich und finanziell abgesichert werden. Vollzeit-Weiterbildungsangebote müssen durch gesetzlichen Arbeitsplatzert halt ermöglicht werden, im Gegenzug ist über eine staatliche Mitfinanzierung von Ausgleichsstellen nachzudenken.

C. Bildung finanzieren

16. Die Finanzmisere

Geld für Bildung fehlt an allen Ecken und Enden. Sei es zur Finanzierung der beruflichen Bildung, der allgemeinbildenden Schulen oder der Hochschulen. Es fehlt an Personal, Raum und Ausstattung. Hinzu kommt die systematische Kürzung des Bafögs. Diese Entwicklung ist nicht verwunderlich: Obwohl seit 1990 die Schülerzahlen wieder drastisch steigen und immer mehr SchulabgängerInnen die Universitäten besuchen, stagnieren die Bildungsausgaben auf einem Stand von Mitte der 80er Jahre. Zusätzlich verschärft wird die Situation durch eine dringend erforderliche Modernisierungswelle im Bereich Lehrmaterial und technische Ausstattung. Eine allgemeingültige Lösung zur Finanzierung der Bildung gibt es nicht, vielmehr muß in allen Bildungssegmenten auf spezifische Anforderungen reagiert werden:

17. In Bildung investieren

An einer deutlichen Erhöhung der steuerfinanzierten Bildungsausgaben führt kein Weg vorbei. Das Geld, welches sich der Staat und insbesondere die Länder verschaffen müssen, soll aus dem Portemonnaie derer kommen, die genug Geld haben! Ein Symbol hierfür ist die Besteuerung größerer Erbschaften. Solange die Finanzausstattung von Schulen und Hochschulen nicht spürbar verbessert wird, ist eine Qualitätsverbesserung nicht möglich. Investiert werden muß in die Erhöhung des lehrenden Personals an Schulen und Hochschulen, in die räumliche und

materielle Ausstattung. Die Einführung von Studiengebühren oder Schulgeld jeglicher Art kommt zur Finanzierung derartiger Aufgaben nicht in Frage, da es keine Lösung des Problems, sondern eine Kapitulation vor dem Problem darstellen würde. Bildung würde wieder zum Privileg für Kinder reicher Eltern, der gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Schaden wäre nicht zu beziffern.

18. Organisation und Verwaltung demokratisieren und effizienter gestalten

Einhergehend mit einem erhöhtem steuerfinanzierten Investitionsvolumen muß eine innere Organisations- und Verwaltungsreform an Schulen und Hochschulen durchgeführt werden.

Hierzu ist eine Demokratisierung und eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Bildungsstätten sicherzustellen. Schulen und Hochschulen brauchen das Recht der Budgetierung und der längerfristigen Finanzplanung. Die Entscheidungskompetenz in allen organisatorischen und finanziellen Fragen muß an den einzelnen Schulen und Hochschulen auf der Basis demokratischer Entscheidungsprozesse zusammengeführt werden.

Die Budgetierung von Schulen und Hochschulen darf nicht zu einer weiteren sozialen und finanziellen Differenzierung zwischen Schulen führen. Hiergegen sind unterschiedene Maßnahmen zu ergreifen.

Desweiteren darf die Budgetierung weder zu einem Sponsoring von Seiten interessierter Unternehmen führen (hierzu sind strenge Auflagen zu machen), noch zur Deckelung.

19. Qualität von Schule und Hochschule verbessern

Qualitätssicherung und die Orientierung des hochschulinternen Mitteleinsatzes auf spürbare Qualitätsverbesserung muß Priorität erhalten. Regelmäßige LehrerInnenfortbildung muß Pflicht werden. Die Verbeamtung von LehrerInnen und ProfessorInnen ist abzuschaffen. Der Pflichtstundenanteil von ProfessorInnen ist deutlich zu erhöhen, Nebentätigkeiten von ProfessorInnen müssen den Universitäten spürbar finanziell zu Gute kommen.

20. Für eine solidarische Ausbildungsfinanzierung

Zur Finanzierung eines ausreichenden Ausbildungsangebotes muß von nicht ausbildenden Unternehmen eine Ausbildungsplatzabgabe eingeholt werden. Betriebe, die in Berufen mit geringem Frauenanteil besonders Frauen ausbilden, sollen durch Bonuszahlungen aus dem Ausbildungsfond belohnt werden. Außerdem ist von Seiten des Staates die Gründung von Ausbildungsverbänden anzustoßen und zu fördern.

21. Für eine elternunabhängige Ausbildungsförderung

Alle Jugendlichen brauchen eine elternunabhängige Ausbildungsförderung. Darauf aufbauend ist ein bedarfsorientiertes Sockelmodell denkbar. Den Einstieg hierzu bildet das Drei-Körbe-Modell, in dem mittelfristig der elternunabhängige Betrag bedarfsdeckend ausgebaut werden soll.

Für eine neue Offensive in der Hochschulpolitik I

Nach jahrelanger Vernachlässigung durch die konservative Bundesregierung geriet die Bildungspolitik und insbesondere die Hochschulpolitik im Zuge der „Standortdebatte“ wieder in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses. In hohem Maße dazu beigetragen haben auch die Demonstrationen und Proteste von mehr als hunderttausend Studierenden an der Mehrzahl der Hochschulen in Deutschland – daß die Ziele der Studierenden sich in keinem Punkt mit denen der gegenwärtigen Bundesregierung decken, wurde in der Öffentlichkeit allerdings kaum zur Kenntnis genommen.

Politik in Deutschland ist in den letzten Jahren einem Paradigmenwechsel unterlegen. Nicht der Streit um Alternativen zur Lösung der drängendsten Probleme steht im Vordergrund der Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, vielmehr werden nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche zunehmend unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet. Daran krankt auch die gesamte Debatte um die dringend notwendigen Reformen im Hochschulwesen. Sie ist im Kern falsch angelegt. Eine intellektuell redliche Debatte über die zur Sicherung nicht nur der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes

notwendigen Inhalte und Formen von Bildung findet nicht statt. Stattdessen werden in einem ersten Schritt die Bildungsinstitutionen „reformiert“, ohne hinreichend bestimmt zu haben wozu.

Es geht, auch in SPD-regierten Bundesländern, lediglich um eine den Staat weniger fordernde Finanzierung der Hochschulen. Die wahren Probleme und deren Ursachen werden systematisch ausgeblendet.

Die momentane Situation ist nicht nur für die Studierenden untragbar, sondern auch für die Lehrenden: Der Ausbau der Hochschulen hat damit dem - angesichts des gesteigerten Bedarfs an AkademikerInnen wünschenswerten - Anstieg der StudentInnenzahlen in keiner Weise Schritt gehalten. 1996 drängten sich bundesweit etwa 1,8 Mio. Studierende auf ca. 900.000 Studienplätze. Die schlechte finanzielle Ausstattung der Hochschulen zeigt sich nicht nur im rapiden Stellenabbau und der immer miserableren Bestückung vieler Bibliotheken sondern beispielsweise auch in der Schließung ganzer Institute. Der Anteil des Bildungsetats am Bruttosozialprodukt ist in Deutschland vergleichsweise sehr niedrig und er sinkt weiter: 1982 wurden noch pro Kopf real 233 DM für Bildung ausgegeben, heute sind es nur noch 150 DM. Der Anteil der Studierenden aus sozial schwächeren Familien ist immer noch sehr niedrig: 1994 haben nur 15,1% aller ArbeiterInnenkinder ein Studium aufgenommen, aber 64,8% aller Beamtenkinder, 47,7% der Kinder von Selbständigen und 37,3% der Kinder von Angestellten. Es existiert eine soziale Auslese beim Zugang zu höherer Bildung, diese Feststellung wurde ja hinsichtlich des dreigliedrigen Schulsystems bereits getroffen.

Ein zentraler Aspekt ist in diesem Zusammenhang die Demontage des BAföG: 1972 wurden nahezu 45% aller Studierenden mit staatlichen Mitteln gefördert, heute sind es nur noch 15%.

Die JungsozialistInnen in der SPD bezweifeln, daß eine Reform des deutschen Hochschulsystems, die sich an Markt- und Wettbewerbserfordernissen orientiert, zum Erfolg führen wird. Die zunehmende Betrachtung nahezu aller Lebensbereiche unter ökonomischen Gesichtspunkten führt zu einer Funktionalisierung der persönlichen Lebensplanung junger Menschen in unserer Gesell-

schaft und zu einem Verlust individueller Gestaltungsmöglichkeiten.

Die derzeit diskutierten Veränderungen im Bereich des Hochschulsektors bestätigen uns in unserer Befürchtung, daß die anstehende Hochschulreform lediglich dem Ziel folgt, den „Hochschulbetrieb“ wirtschaftlich zu organisieren, durchzurationalisieren und zu mehr wirtschaftlicher Effizienz zu gelangen. Lernen und Forschen werden nur noch unter dem Blickpunkt der wirtschaftlichen Verwendbarkeit betrachtet.

Für uns JungsozialistInnen muß in einer demokratischen Gesellschaftsordnung jedoch die Garantie weitestgehend freier und selbstbestimmter Entfaltung der Persönlichkeit des Individuums im Mittelpunkt stehen. Dabei hat Bildung ein Bewußtsein von zentralen Problemen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu vermitteln, das der Erforschung der Ursachen globaler Probleme und der Erarbeitung von Lösungsstrategien dienen soll.

Die Hochschulen müssen in diesem Sinne insbesondere Kritikfähigkeit, Verantwortungsbewußtsein und Fachkenntnisse für Aufgaben in allen gesellschaftlichen Bereichen vermitteln. Diese Aspekte können sich dabei nicht nur auf eine konkret ins Auge gefaßte berufspraktische Tätigkeit beziehen, sondern müssen im Sinne des Konzepts vom „lebenslangen Lernen“ weiter gefaßt werden. Zudem ist eine breite akademische Bildung in diesem weiteren Sinne unverzichtbar für eine wirksame demokratische Kontrolle von Wissenschaft.

Die JungsozialistInnen sehen die Notwendigkeit, Bildung und Ausbildung zuvörderst als Vorgang individueller und gesellschaftlicher Emanzipation zu betrachten – und nicht ausschließlich als ökonomischen Standortfaktor.

Hochschulrahmengesetz (HRG)

Der sog. Kompromiß zwischen Bundesregierung und SPD wird von uns entschieden abgelehnt. Zwischenzeitlich schienen die Proteste der Studierenden Wirkung zu zeigen. In mehreren Runden haben die SPD-BildungspolitikerInnen eine Ablehnung des HRG signalisiert, gerade weil das HRG kein

Verbot von Studiengebühren vorsieht. Wir haben diese Argumentation immer für verkürzt gehalten, weil das HRG den Anforderungen an Forschung und Lehre im 21. Jahrhundert nicht gerecht wird. In der Konsequenz konnte das Votum der SPD aber nur begrüßt werden. Die neueren Entwicklungen lassen allerdings den Eindruck entstehen, daß die SPD die Studierenden nur hinhalten wollte und die Proteste für die eigene Sache mißbraucht. Die Proteste von einigen Profs lassen die SPD umfallen. Damit unterstreicht die SPD wenig eindrucksvoll, daß sie zu einer Reformpolitik noch nicht in der Lage ist. Das angestrebte Moratorium zu den Studiengebühren kommt faktisch einer Einführung der Studiengebühren in wenigen Jahren gleich. Wir lehnen deshalb das Moratorium ab.

Die zentralen Anforderungen an die HRG-Novelle wurden nicht erfüllt. Hier sind nicht nur die direkten Studiengebühren zu nennen, sondern vielmehr der freie Hochschulzugang. Insbesondere die Möglichkeit zur Einführung von hochschulbezogenen Zulassungsprüfungen werden abgelehnt.

Die vorrangige Orientierung des HRG auf eine kostenwirksame Studienzeitverkürzung durch straffere Studienorganisation mit obligatorischer Regelstudienzeit und Zwangsberatung ist unbrauchbar für eine notwendige Hochschulreform.

Die angestrebte Zweiteilung der Hochschule in einen Bachelor- und einen Masterstudienzugang wird in unter den gegebenen Voraussetzungen ebenfalls abgelehnt. Auch dieses Instrument ist dazu geeignet Elitebildung voranzutreiben, da das Bundesausbildungsförderungsgesetz grundsätzlich die Förderung nur für ein Hochschulstudium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluß vorsieht. Die inhaltliche Zweiteilung des Studiums, die immer mit einer Internationalisierung der Studienabschlüsse begründet wird, ist zweifelhaft. Weder Zweck noch Inhalt einer solchen Ausbildungsstruktur ist definiert worden. Auf die richtige Frage nach der inhaltlichen Ausgestaltung des Studiums, insbesondere das Spannungsfeld von wissenschaftlicher und praktischer Ausbildung, wird erneut eine neue Struktur entwickelt ohne die inhaltliche Frage damit zu beantworten. Wir fordern statt dessen eine stärkere Interdisziplinarität der Studiengänge.

Vor diesem Hintergrund fordern die JungsozialistInnen eine neue Offensive sozialdemokratischer Hochschulpolitik, die anknüpft an die Prinzipien der Hochschulpolitik der Kabinette Brandt sowie an das Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989, mit dem Ziel, diese Grundsätze auch unter den geänderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen der 90er Jahre gewährleisten zu können:

1. Wir wollen die erreichte Öffnung der Hochschule auch in Zukunft gewährleisten und weiter ausbauen.
- Das Interesse von SchulabgängerInnen an einem Hochschulstudium ist in der Vergangenheit gestiegen und wird weiter ansteigen. Wir brauchen künftig nicht weniger, sondern mehr qualifiziert ausgebildete und umfassend gebildete Menschen. Daher lehnen wir neue Ausleseinstrumentarien, wie sie derzeit von der Bundesregierung und den Länderregierungen forciert werden, ab. Eine stärkere Regulierung von Bildungsbiographien durch zusätzliche Eingangsprüfungen und hochschuleigene Auswahlverfahren benachteiligen insbesondere Frauen sowie Menschen aus „bildungsfernen“ Schichten.
- Die Erwerbsbiographien wandeln sich. Allgemeine, berufliche und wissenschaftliche Bildung ergänzen sich mittlerweile in starkem Maße und werden immer weniger als getrennte Segmente verstanden. Daher muß der Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ausgebaut und flexibler gestaltet werden. Darüber hinaus müssen beim Hochschulzugang ohne Abitur Familienphasen oder Qualifikationen, die durch unbezahlte oder ehrenamtliche Arbeit auch im Privatsektor erworben wurden, anerkannt werden.
- Im Interesse der Studierenden und der vom Staat zu gewährleistenden Chancengleichheit lehnen wir weitere Zugangshürden in Form von Studiengebühren, Einschreibe- oder Rückmeldegebühren, sowie Gebühren für sogenannte „Langzeitstudierende“ entschieden ab. Wir fordern daher, die Gebührenfreiheit des Studiums in einer bundesgesetzlichen Regelung festzuschreiben. Dazu zählt für uns auch die Gebührenfreiheit für Aufbau- und Zweitstudiengänge, um dem Anspruch des „lebenslangen Lernens“ in der

künftig von stärkeren Brüchen in den individuellen Erwerbsbiographien gekennzeichneten (Arbeits-)Gesellschaft gerecht werden zu können.

- Wenn das Konzept vom „lebenslangen Lernen“ ernst genommen wird, muß auch die individuelle Ausbildungsförderung umstrukturiert werden. Das BAföG in seiner heutigen Form wird dem Anspruch, Chancengerechtigkeit herzustellen und auch „bildungsfernen“ Schichten den Hochschulzugang zu ermöglichen, schon lange nicht mehr gerecht. Deshalb muß es grundlegend reformiert werden. Die JungsozialistInnen setzen sich ein für eine elternunabhängige, bedarfsdeckende und solidarisch finanzierte Ausbildungsförderung. Deshalb unterstützen sie die Bestrebungen, die bislang an die Eltern fließenden Mittel aus dem Familienleistungsausgleich in Form eines „Ausbildungsgeldes“ an alle Studierenden direkt auszuzahlen. Darauf aufbauend soll ein möglichst großer Teil der Studierenden eine zusätzliche Unterstützung erhalten, die die Differenz zu den realen Lebenshaltungskosten ausgleicht. Diesen Forderungen kommt das vom Deutschen Studentenwerk (DSW) erarbeitete „Drei-Körbe-Modell“ in wesentlichen Punkten nahe.
- Eine Akademikersteuer, wie sie z.B. das BAFF-Modell der Grünen darstellt, lehnen wir ab.

2. Wir wollen eine wirkliche Reform der Studienstrukturen

Die im Zusammenhang mit der Reform des Hochschulrahmengesetzes (HRG) geführte Diskussion um die künftige Ausgestaltung der Studienstrukturen war vor allem geprägt von dem Bemühen, die Studienzzeit zu verkürzen. Der Erreichung dieses Ziels sollten vor allem administrative Maßnahmen dienen. Eine wirkliche Reform der Studienstrukturen darf sich unserer Auffassung nach nicht nur an formalen und administrativen Kriterien ausrichten:

- Vielmehr muß die Reform der Studienstruktur an eine inhaltliche Strukturreform gebunden sein. Sie muß zudem der Lebenswirklichkeit der Studierenden Rechnung tragen. Studium, Beruf und Familie werden heute in vielfältiger Weise miteinander verknüpft. Diese Modelle

sind gesellschaftlich gewünscht und dürfen nicht bestraft werden.

- Wir wollen eine Reform der Studienstrukturen, die für die Studierenden nicht weitere Einschränkungen und Regulierung, sondern mehr Freiheit bedeutet. Der Freiheit von Lehre und Forschung muß die Freiheit der Lernenden entsprechen. Die Arbeits- und Kommunikationsformen zwischen Studierenden und Lehrenden müssen daher so gestaltet werden, daß sie selbständiges Denken und verantwortungsvolles Handeln aller Hochschulangehörigen fördern.
- Wir setzen uns weiterhin dafür ein, daß Wissenschaftlichkeit und Praxisrelevanz unverzichtbare Bestandteile aller Studienphasen bleiben. Eine willkürliche Zweiteilung führt zu weiterer Selektion und zunehmender Verschulung und Entwissenschaftlichung des Studiums. Daher wenden wir uns gegen die Aufspaltung der universitären Ausbildung in ein gestuftes System von Abschlüssen mit deutlicher Berufsorientierung innerhalb klar definierter Studienzeiten und – darauf aufbauend – die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Wir treten einer Trennung von Natur- und Geisteswissenschaften sowie anwendungs- und theorieorientierter Naturwissenschaften entgegen und fordern eine Hinwendung zum universitären und interdisziplinären Ansatz. Die Ausgliederung anwendungsorientierter Naturwissenschaften und technischer Studiengänge aus dem universitären Raum in isolierte „Innovationssparks“ u.ä. behindert den Austausch zwischen den einzelnen Disziplinen und wirkt daher am Ende selbst innovationsfeindlich und hindert - durch den Anwendungs- und Rechtfertigungsdruck - die Freiheit von Forschung und Lehre.
- Wir lehnen die vielfach geforderte Marktorientierung der Studienstrukturen und -inhalte ab. Aufbau und Inhalte müssen vielmehr problemorientiert ausgestaltet werden.
- Wenig sinnvoll ist auch die Trennung von Praxis und Theorie, die unser Bildungssystem durchzieht. Wir fordern deshalb die Einführung der integrierten Gesamthochschule, in der die „theoretische,“ Seite der Universitäten und die „praktische,“ der Fachhochschulen zusammengeführt wird.

- Studiengänge müssen künftig in stärkerem Maße in Form von Studienbausteinen und Modulen angeboten werden, da sie den Studierenden eine größere Gestaltungsfreiheit des Studiums ermöglichen. Dabei ist jedoch auf die gegenseitige Kompatibilität und die Durchlässigkeit der Studieneinheiten zu achten. Zudem müssen mehr Mittel bereitgestellt werden, um Austauschprogramme auszubauen und mehr StudentInnen Studierenerfahrungen zu ermöglichen. Ausländischen Studierenden, die an deutschen Hochschulen studieren wollen, darf das AusländerInnengesetz keine Hindernisse in den Weg stellen.

3. Wir wollen die Hochschulen demokratisieren.

Die Hochschulen haben sich in der Vergangenheit zu wirklichen Reformen von innen heraus nicht durchringen können. Nahezu jeder Anstoß zu einer umfassenden Reform der Hochschule scheitert an der strukturellen ProfessorInnen-Mehrheit in den verschiedenen Hochschulgremien. Eine wirkliche Demokratisierung der Hochschulen muß deshalb einen Beitrag zur Aufbrechung der verkrusteten Gremienstrukturen leisten. Wir wollen, daß dabei in einem ersten Schritt die Möglichkeiten des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 bis an ihre Grenzen ausgeschöpft werden.

- Dazu ist es notwendig, die Mehrheit der ProfessorInnen auf die unbedingt notwendigen Gremien und Entscheidungsgegenstände zu beschränken. Das sogenannte Berliner Modell der Kreuzwahl stellt für uns einen ersten Schritt auf dem Weg zu mehr Mitbestimmung der Studierenden dar. Nach wie vor bleibt es jedoch das Ziel der JungsozialistInnen, daß alle Mitglieder der Hochschulen gleichberechtigt an den Aufgaben und Entscheidungen mitwirken.
- Wir fordern die freie, gleiche und unmittelbare Wahl der Hochschulleitung durch gleiche Gewichtung der Stimmen aller Hochschulangehörigen.
- Eine Stärkung der Hochschulleitung ist nur dann zu verfolgen, wenn einerseits mehr Entscheidungskompetenzen von

den Bildungsbürokratien zur Hochschule verlagert werden, und andererseits eine Stärkung der Hochschulgremien unter Einschluß aller Hochschulgruppen, insbesondere der Studierenden, zur Kontrolle der Hochschulleitung erfolgt.

- Unerläßliches Ziel der Demokratisierung des Hochschulbereichs ist für uns die verbindliche Einrichtung verfaßter Studierendenschaften an den Hochschulen aller Bundesländer. Dazu zählen obligatorische Mitgliedschaft, Finanz- und Satzungshoheit, sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung. In diesem Sinne müssen die verfaßten Studierendenschaften mit einem „allgemeinpolitischen Mandat“ ausgestattet werden. Ebenso fordern wir die Wiederanerkennung der Mitarbeit in den studentischen Gremien.
- Chancengleichheit schaffen heißt auch, bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Frauen werden an den Hochschulen immer noch massiv benachteiligt, was sich unter anderem an der verschwindend geringen Zahl von Frauen in universitären Führungspositionen festmachen läßt. Wir fordern daher:
 - Quotenregelungen bei der Besetzung von Professuren
 - Vetorecht der Frauenbeauftragten
 - Einrichtung weiterer Lehrstühle für Frauenforschung und vermehrte Beachtung von Frauenforschung in der Lehre
 - Verlängerung der Regelstudienzeit für Studierende um die Zeiten der Schwangerschaft und der Kindererziehung
 - Gender Studies und andere frauenspezifische Studienschwerpunkte
 - die Verbesserung der rechtlichen Lage ausländischer Studierender, gesicherten Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis und den Abbau bürokratischer Hindernisse für ein Studium in Deutschland. Dazu fordern die Jusos auch die Abschaffung der derzeit üblichen Deutschprüfung für ausländische Studierende.

Die Öffnung der Hochschulen zur Gesellschaft ist für uns unerläßlich. Der Wissenschaftsbetrieb muß in einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs einbezogen sein. Die Gegenstände und ethischen Grundlagen von Lehre und Forschung sind in der erforderlichen Transparenz und im ständigen Aus-

tausch mit den gesellschaftlichen Gruppen außerhalb der Hochschule zu erarbeiten. Als Forum für diesen Austausch sind Kuratorien denkbar, die sich aus VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Interessengruppen wie Gewerkschaften, Frauenvertreterinnen, Umwelt- und Wirtschaftsverbände, ParlamentarierInnen und VertreterInnen der Hochschulen selbst zusammensetzen. Beratung der Hochschulen beispielsweise in Bezug auf Strukturentscheidungen und Prioritätensetzung in Forschung und Lehre sollte die Aufgabe dieses Kuratoriums sein, ein Mitbestimmungsrecht bei Mittelzuweisungen ist abzulehnen. Gesellschaftliche Beiräte auf dezentraler Ebene könnten ebenfalls zur Vermittlung zwischen Hochschule und den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen beitragen.

Die demokratische Legitimierung der VertreterInnen gesellschaftlicher Interessengruppen in den Kuratorien sollen durch Bestätigung in den Landtagen gewährleistet werden.

- Ein wesentlicher Aspekt der Demokratisierung der Hochschulen ist die Reform der völlig verkrusteten Personalstruktur. An die Stelle starrer Hierarchien und kaum planbarer Karrieren muß die projektorientierte und möglichst gleichberechtigte Zusammenarbeit aller MitarbeiterInnen treten. In einem ersten Schritt ist es deshalb erforderlich
 - die Habilitation, die Differenzierung der Professuren (C2 - C4) sowie den BeamtenInnenstatus abzuschaffen,
 - einen einheitlichen Tarifvertrag für alle an den Hochschulen Beschäftigten auszuhandeln,

4. Wir wollen, daß die Finanzierung von Bildungsausgaben weiterhin öffentliche Aufgabe bleibt

Bildung muß weiterhin öffentlich finanziert werden. Entgegen den Vorstellungen bis weit in die Sozialdemokratie hinein, daß heute private Bildungsfinanzierung zumindest anteilig notwendig sei - mensch vergleiche die Debatten um Studiengebühren - steht für uns außer Frage, daß weiterhin öffentliche Haushalte- und nur öffentliche Haushalte - Bildung finanzieren müssen. Bildung ist und bleibt ein Menschenrecht und Grundvoraussetzung für Chancengleich-

heit. Durch privat finanzierte Bildung werden ungleiche Chancen je nach Geldbeutel geschaffen. Daher darf es keinen weiteren Ausbau auch nur anteiliger privater Finanzierung oder Gebühren irgendwelcher Art geben. Dies gilt auch für das Sponsoring öffentlicher Einrichtungen, mit dem der Einfluß privater Akteure ausgebaut würde. Darüber hinaus dürfen entgegen der derzeitigen Debatte, keine öffentlichen Gelder in den Ausbau oder den Unterhalt privater Schulen oder Hochschulen fließen. Notwendig wäre vielmehr eine Debatte, ob insbesondere private Hochschulen nicht wieder rückgebaut und langfristig geschlossen werden sollten.

Die Finanzierung von Bildung ist dementsprechend aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu leisten.

Detailliertere Ausführungen zu diesem Punkt hat der Juso-Bundeskongreß 1997 in Berlin mit "Umsteuern statt Entsteuern" beschlossen.

Diese dann höheren Gesamteinnahmen müssen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu verteilt werden. In den vergangenen Jahren hat sich der Bund zunehmend aus seiner Verantwortung für die Bildung (z.B. den Hochschulausbau) zurückgezogen und die Kosten den Ländern, aber auch den Kommunen überlassen. Hier muß der Bund wieder in seine Verantwortung eintreten. Vor allem die Länder müssen der Bildung wieder Priorität in ihrer Ausgabenpolitik einräumen und diesen Bereich besonders fördern.

Eine umfassende Hochschulreform ist drängender denn je. Sie kann jedoch nicht von oben verordnet, sondern nur in einem offenen Diskurs aller gesellschaftlicher Kräfte entwickelt werden.

Wir JungsozialistInnen sind dazu bereit.

Kurdistan

Ich schäme mich meines zum bloßen Wirtschaftsstandort verkommenen Landes, dessen Regierung todbringenden Handel zuläßt und zudem den verfolgten Kurden das Recht auf Asyl verweigert

Günter Grass
RESOLUTION

In der Türkei wird das kurdische Volk systematisch und unter Einsatz von Waffengewalt unterdrückt. Ebenso werden tausende KurdInnen in ihrer UNO-Schutzzone im Nordirak von türkischen Soldaten überfallen. Hunderte Bombeneinsätze der türkischen Luftwaffe wurden in diesem Zusammenhang durchgeführt. Die türkische sogenannte Kurdenpolitik hat also längst Züge eines Vernichtungsfeldzuges angenommen.

Die Landung von ca. 2.600 KurdInnen in Süditalien seit Juli 1997 ist ein deutlicher Ausdruck der politischen Verfolgung des kurdischen Volkes in der Türkei. Die Flüchtlinge haben unter unmenschlichen Bedingungen und gegen Zahlung hoher Gelder an die Schlepperbanden den Exodus auf sich genommen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Reaktion des italienischen Regierungschefs Romano Prodi, der äußerte, Italien empfangen die kurdischen Flüchtlinge mit offenen Armen. Die schnelle Einrichtung von Caritas-Heimen und die bevorzugte Behandlung kurdischer Asylanträge spricht dafür, daß die italienische Regierung die Menschenrechte der KurdInnen respektiert.

Die Reaktionen deutscher Politiker von Innenminister Manfred Kanther über den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber bis zum niedersächsischen SPD-Innenminister Gerhard Glogowski dagegen zeugen von ihrer menschenverachtenden Haltung gegenüber der Situation der KurdInnen in der Türkei und selbstgefälliger Arroganz gegenüber der italienischen Regierung. Sie fügen sich ein in eine unverantwortliche Meinungskampagne, die den Resonanzboden für die rigorose Abschottungspolitik der Bundesregierung schafft.

Die deutsche Bundesregierung fördert die türkische Marinerrüstung und unterstützt durch umfangreiche Waffenexporte - nicht zuletzt aus NVA-Beständen - den Krieg der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk. In Deutschland werden KurdInnen durch Verbote ihrer Organisationen und kulturellen Aktivitäten kriminalisiert.

Wir Jusos fordern:

- keine weitere Militärhilfe an die Türkei!
Die offizielle türkische Kurdenpolitik ist eine Verhöhnung der Menschenrechte.
- den unbefristeten Abschiebestopp für KurdInnen und eine Ächtung der menschenrechtsverletzenden Politik der tür-

kischen Regierung durch die Bundesrepublik.

- kurdischen Flüchtlingen, die in Italien gelandet sind unter Verwandte in Deutschland haben, die Möglichkeit einzuräumen, im Rahmen humanitärer Familienzusammenführung nach Deutschland zu kommen.
- die Aufhebung des Verbotes der kurdischen Kulturvereine.
- die Aufhebung des Verbotes der PKK

Stoppt das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI)

Kein internationales Sozial- und Umweltdumping - auch nicht durch die Hintertür

Seit mindestens zwei Jahrzehnten wird versucht, die gesellschaftlichen Regulationsmöglichkeiten ökonomischer Prozesse auf nationalstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene abzubauen und gleichzeitig auf der weltgesellschaftlichen Ebene erneut regulierende Institutionen zu verhindern. Erst dadurch, daß die geographische Reichweite der staatlichen Regulationsmöglichkeiten der geographischen Reichweite des Marktes immer weiter hinterherhinkt, können transnationale Konzerne (TNKs) die Nationalstaaten hinsichtlich der Kapitalverwertungsbedingungen, den sogenannten Standortbedingungen, gegeneinander ausspielen. Den Unternehmen wird somit ein Drohpotential und Druckmittel gegenüber den Gewerkschaften an die Hand gegeben, beispielsweise durch Ankündigung von Produktionsverlagerungen, die das Kräfteverhältnis zwischen den Tarifpartnern deutlich zugunsten der Kapitalseite verschoben hat.

Nun soll der Freihandelsorganisation WTO und dem IWF mit dem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) eine dritte Säule kapitalistischer Ordnung an die Seite gestellt werden, das "GATT für Investitionen".

Das MAI soll in Windeseile von allen 29 OECD-Staaten ratifiziert werden, fast unbemerkt an der politischen Öffentlichkeit vorbei. Seit 1995 wird in Geheimverhandlungen

über eine "Deklaration weltweiter Konzernherrschaft" verhandelt. Der Abkommen hat zum Ziel, die Regulation- und Steuerungsfähigkeit von staatlichen Strukturen unwiderruflich zu zerstören und gleichzeitig den Faktor Kapital, verkörpert durch die TNK, in die Lage zu versetzen, die abhängig Beschäftigten und die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen.

Schon einmal gab es einen Anlauf für ein solches Abkommen: In der Uruguay-Welthandelsrunde (1986-1993) preschten vor allem US-Konzerne vor, das Thema 'Investitionsschutz' auf die Tagesordnung zu setzen. Dies scheiterte am Widerstand vieler Entwicklungsländer. Nach dem Scheitern wird nun versucht, im Rahmen des Clubs der Industrieländer das 'GATT für Investitionen' vertraglich zu verankern. Die Entwicklungsländer werden über kurz oder lang gezwungen sein, dem Vertragswerk beizutreten. Sonst droht die totale Marginalisierung.

Die Wirkungsweise des MAI

1. Der **Investitionsbegriff** ist im MAI-Rahmenvertrag weit gefaßt. Die Bundesregierung konstatiert: Als 'Investition' gilt jede Art von Vermögenswert, welcher, unmittelbar oder mittelbar, im Eigentum oder unter Kontrolle eines Investors steht. Diese breit angelegte Definition umfaßt u. a. Unternehmen, Anteilsrechte, Darlehen, Schuldverschreibungen, vertragliche Ansprüche, Ansprüche auf Geld, geistige Eigentumsrechte, Konzessionen sowie alle anderen Formen von Eigentum". Damit werden in Zukunft selbst das hochmobile Spekulationskapital rechtlich geschützt. Damit nicht genug: "Das MAI erfaßt sowohl direkte als auch indirekte Investitionen, d. h. Investitionen, welche von einer Tochtergesellschaft im Ausland getätigt werden.
2. Die **Enteignungsbestimmungen** des MAI-Vertrages zielen in die gleiche Richtung und sind unter Umständen dramatisch wirkungsvoll. Ein warnendes Beispiel: Die Chemie-Firma Ethyl (USA) beruft sich auf die im Vergleich zum MAI wesentlich milderen Bedingungen des nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA), um sich von der kanadischen Regierung 251 Millionen Dollar zu fordern. Ot-

tawa hat nämlich im April 1997 einen Treibstoffzusatz namens MMT verboten, ein umweltschädliches Neurotoxin, welches überdies die Katalysatoren von Kraftfahrzeugen schädigt. Ethyl als alleiniger Hersteller strengte daraufhin einen Prozeß gegen die kanadische Regierung an. Das Chemie-Unternehmen macht geltend, ein Verbot von MMZ käme einer Enteignung des Gesellschaftsvermögens gleich. Ergebnis: Die Angelegenheit wird vor einem Gericht ausgetragen. Gewinnt Ethyl, muß der kanadische Staat aus dem Steueraufkommen 251 Millionen Dollar an dieses Privatunternehmen entrichten. Damit wären in Zukunft ökologische und soziale Initiativen von Regierungen in Frage gestellt. Darüber hinaus schreibt die Bundesregierung: "Das MAI enthält Vorschriften zum Schutz bei Enteignungen, bei Kriegs- und Bürgerkriegsschäden sowie gegen Kapitaltransferbeschränkungen." Es existiert eine Klausel über den "Schutz vor Unruhen". Demnach sind Regierungen gegenüber TNKs für "Unruhen der Bevölkerung" verantwortlich. Dies gilt insbesondere für "Revolutionen, Notstände oder vergleichbare Ereignisse." Dieser Passus zielt auf die sogenannten Entwicklungsländer, die dem MAI-Vertrag mittelfristig beitreten müssen. Einige Regierungen könnten in Zukunft - unter Berufung auf das MAI - eine Beschneidung der gesellschaftspolitischen Freiheiten der eigenen Bevölkerung verordnen. Zivilgesellschaftliche Freiheiten können wieder über Bord geworfen werden. Entwicklungsdiktaturen sind angesagt.- 3. Im MAI-Vertragswerk gilt im Rahmen internationale Abkommen erstmalig der sogenannte **Top-down-Ansatz** und die **Stand-Still-Klausel**. Demnach gilt das MAI automatisch für alle Bereiche einer Volkswirtschaft. Ausnahmen für einzelne Sektoren können nur vor Unterzeichnung des Vertrages geltend gemacht werden. Demnach dürfte kein Staat Gesetze mehr erlassen, die als Investitionsrestriktionen im Sinne des MAI interpretiert werden dürften! Das **Roll-back-Prinzip** wird mittelfristig alle noch geltenden Ausnahmeregelungen eliminieren. Das Endziel ist die totale Liberalisierung weltweit.

4. Das Postulat der **Nichtdiskriminierung** ist das Nervenzentrum des gesamten Investitionsabkommens. Bislang sind für viele OECD-Länder Auflagen und Beschränkungen für ausländische Firmen zum Schutz der einheimischen Beschäftigung ein selbstverständliches Instrument ihrer Wirtschaftspolitik. In Japan und den USA beispielsweise dürfen fremde Banken nicht ohne weiteres Filialen eröffnen. Die EU verbietet ausländischen Investoren Mehrheitsbeteiligungen an Fluggesellschaften. Auch die Übernahme von Fischerrei-Firmen wegen derer Fangquoten verstößt gegen EU-Regeln. Frankreich schließt zum kulturellen Schutz Hollywood-Konzerne von seiner nationalen Filmförderung aus. Für Entwicklungsländer dienen Investitionsauflagen in der Regel der nationalen Entwicklung sowie dem sozialen und ökologischen Schutz. Etliche Regierungen aus der Dritten Welt verbieten ausländischen Firmen das Holzschlagen in ihren Wäldern oder generell umweltschädigende Investitionen. Andere wiederum schreiben die Verwendung einheimischer Vorprodukte oder Höchstgrenzen für Firmenbeteiligungen und Gewinntransfers vor. Das alles fiel unter das Verdikt des MAI sofern es nicht als offizielle Ausnahme im Anhang aufgelistet wird. Das Nichtdiskriminierungs-Prinzip schreibt nämlich zwingend vor, daß im Sinne der Inländerbehandlung ausländische Investoren einheimischen gleichzustellen sind und daß Vergünstigungen, die einem ausländischen Unternehmen gewährt werden, gemäß des Meistbegünstigungsprinzips den Investoren aller MAI-Vertragsstaaten gleichermaßen gewährt werden müssen. Auch würden Kapitalverkehrskontrollen- und beschänkungen künftig untersagt. Das Ergebnis und die Wirkung sind klar: Die vollständige Liberalisierung der Finanz- und Warenmärkte! Der Staat kann weder regulierend eingreifen noch die einheimische Bevölkerung schützen. Eher das Gegenteil ist der Fall: Eine positive Diskriminierung ausländischer Unternehmen bspw. durch Subventionen und damit die Besserstellung gegenüber der einheimischen Wirtschaft, bleibt weiterhin erlaubt.
5. Zur Durchsetzung der weitreichenden Investoren- und Unternehmerrechte bedarf es eines **Streitschlichtungsverfahrens** mit Exekutivcharakter ähnlich wie im Rahmen der Welthandelsorganisationen. Aber anders als bei der WTO, die ein Staaten-Staaten-Verfahren bei Vertragsverletzung vorsieht, sollen beim MAI Unternehmen das Recht eingeräumt bekommen, Staaten zu verklagen, ähnlich wie bei der Firma Ethyl, die die kanadische Regierung vor den Kadi zitieren konnte. In der Praxis werden Unternehmen einige Staaten aufgrund von vorgeblichen oder tatsächlichen Diskriminierungen und Enteignungen finanziell in Bedrängnis bringen können. Das Streitschlichtungsverfahren stärkt die Rechtsstellung der TNKs gegenüber den Staaten und kann in Kombination mit schwammigen Definitionen von de-facto-Diskriminierung und indirekter Enteignung die politische Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen nachhaltig untergraben. Die Rechte der Investoren werden im Rahmen des Streitschlichtungsverfahrens rechtsverbindlich verankert. Die Rechte der Beschäftigten, der Gewerkschaften und der Umweltschutz fungieren als abhängige Variable. Sie werden der Logik der Marktgesetze zwangsläufig nach unten angepaßt. Die Bundesregierung formuliert dies im Bericht an den Wirtschaftsausschuß freundlicher: "**Umwelt- und Sozialbelange** werden werden in der Präambel angesprochen und es wird auf die einschlägigen Verpflichtungen aus der Rio-Erklärung und IAO-Übereinkommen (Internationale Arbeitsorganisation) verwiesen. Des weiteren werden die - rechtlich nicht verbindlichen - OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen in den Anhang des Übereinkommens aufgenommen." Die Rio-Erklärung sowie das IAO-Abkommen sind aber unverbindliche Erklärungen, es existiert auch kein Streitschlichtungsverfahren. Überdies hat die USA die zentralen IAO-Konventionen nicht einmal ratifiziert. Dieser Mechanismus wird das Umwelt- und Sozialniveau unweigerlich absenken!
6. **Ausnahmen** vom Vertrag zum Schutz einzelner Wirtschaftssektoren sind nur

gelten nur für den Bereich der nationalen Sicherheit (Rüstungsindustrie) und zur "Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung". Frankreich und Kanada fordern überdies Schutz der kulturellen Identität und des Kultur- und Medienbereichs. Die EU besteht auf einen besonderen Schutz der europäischen Integrationspolitik mit Hilfe der REIO-Klausel (Regional Economic Integration Organisation Clause). Das Bundeswirtschaftsministerium erklärt dazu: "Die Europäische Gemeinschaft fordert eine sog. REIO-Klausel, welche es der Gemeinschaft erlaubt, mit ihrer internen Investitionsliberalisierung voranzuschreiten, ohne deren Vorteile zwingend über die MAI-Meistbegünstigungsklausel an Drittstaaten weitergeben zu müssen." Unter die 'Drittstaaten' fallen in Zukunft insbesondere die Entwicklungsländer. Sie können im Rahmen der MAI-Verhandlungen selbst keine Schutzregelungen für die eigene Entwicklung vertraglich vereinbaren, sind aber gleichzeitig von dem Abbau des internen europäischen Protektionismus ausgeschlossen. Die Kontroversen und die unterschiedlichen Interessen um die Ausnahmeregelungen vor allem zwischen den EU und den USA können die Verabschiebung des MAI auf Ende 1998 verschieben. Das US-amerikanische Helms-Burton-Gesetz, daß anderen Ländern unter Sanktionsandrohung verbietet in Kuba zu investieren, scheint das Damokles-Schwert der derzeitigen Verhandlungen zu sein. Der Bericht der Bundesregierung läßt die Problematik erahnen: "Als Reaktion auf die extraterritoriale US-Sanktionsgebung gegenüber Kuba, Libyen und dem Iran ('Helms-Burton/d'Amato'-Gesetzgebung) erhoben die übrigen Verhandlungsteilnehmer die Forderung nach einem Verbot derartiger Maßnahmen im MAI. Die USA fordern ihrerseits ein rechtlich verbindliches Verbot des Erwerbs von Vermögen, das völkerrechtswidrig enteignet wurde (Kuba!). Bislang ist ein Verhandlungslösung nicht erkennbar. Sie dürfte jedoch eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluß sein."

- **Vorübergehende Ausnahmen:** In den Verhandlungen wird darüber diskutiert,

ob Staaten mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten das Recht der Investoren auf freien Kapitalverkehr (z. B. Gewinntransfer) einschränken dürfen. Deutschland ist grundsätzlich dagegen, weil der IWF durch Strukturanpassungsprogramme die Zahlungsbilanzbonität wieder herstellen können. Die schrumpfenden Staatshaushalte bekommt die Bevölkerung, nicht die Konzerne, durch IWF-Kürzung der Subventionen für Bildung, Gesundheit und Ernährung wiederum zu spüren.

- **Länderspezifische Ausnahmen und Vorbehalte:** Der Kampf um länderspezifische Schutzvorbehalte scheint ausgeföhrt. Die Liste der Ausnahmen umfaßt mittlerweile über 600 Punkte. Diese werden nicht automatisch akzeptiert, sondern müssen im Konsens genehmigt werden, d. h. die Verhandlungsmacht der jeweiligen Staaten ist entscheidend. Die Ausnahmeliste wurde bislang als Geheimsache behandelt. Wichtige Informationen sind aber dennoch durchgesickert. Bekannt ist, daß die Ausnahmen praktisch alle Wirtschaftssektoren betreffen, so beispielsweise den Transport- und Energiesektor, die Versicherungs- und Finanzwirtschaft, den Tourismus, die Medienbranche und die Landwirtschaft. Die Bundesregierung wurde im Januar von dem Wirtschaftsausschuß des Bundestages aufgefordert zu den von Deutschland angemeldeten Ausnahmen von MAI-Verpflichtungen Stellung zu nehmen.

Seit 1995 laufen die MAI-Verhandlungen und soll Ende April in Paris vertraglich verabschiedet werden. Aufgrund vieler Dissense zwischen der EU und den USA ist aber mit einem entgeltigen Vertragsabschluß nicht vor Ende dieses Jahres zu rechnen.

Seit wenigen Monaten hat sich eine breite Koalition aus Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisation (WEED, Germanwatch etc.), dem Weltkirchenrat und dem Europaparlament formiert. Das EP hat Ende Februar 1998 mit einer überwältigenden Mehrheit "die Parlamente und die Regierungen aufgefordert, das MAI in seiner derzeitigen Fassung nicht zu akzeptieren."

Die Jusos fordern einen **sofortigen Stopp und einen Austieg aus den MAI-Verhandlungen**. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen des MAI wären bei Inkrafttreten verheerend. Darüber hinaus wird der Parteivorstand sowie die SPD-Bundestagsfraktion nachdrücklich aufgefordert, sich inhaltlich gegen das MAI zu positionieren. Der Antrag wird an den SPD-Parteitag überwiesen.

Die Jusos fordern darüber hinaus Verhandlungen über ein internationales Abkommen für Strukturplanung und öffentliche Investitionslenkung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Dabei sind folgende Mindeststandards zu beachten:

- Grundsätzlicher Vorrang der Investorenpflichten vor den Investorenrechten, insbesondere im Rahmen von Arbeits-, Gesundheits-, Sicherheits-, Menschenrechts- und Umweltstandards.
- Ablehnung des Streitschlichtungsverfahrens, das Investoren Klagerecht gegenüber Staaten zubilligt, ohne daß Regierungen, Gewerkschaften und BürgerInnen ebenbürtige Rechte gegenüber den Transnationalen Konzernen erhalten.
- Ablehnung indirekter Enteignungsregeln, die (wie Präzedenzfälle im Kontext des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA zeigen) zur Folge haben könnten, daß Staaten, die höhere Umwelt-, Arbeits-, Gesundheits- oder Sicherheitsstandards setzen, schadenersatzpflichtig gemacht werden könnten.
- Höhere Transparenz der Verhandlungen, Veröffentlichung sämtlicher Vertragstexte und Verschiebung des Abschlußtermins, um ausreichend Zeit für öffentliche Diskussionen zu lassen.
- Erweiterung der aktiv am Verhandlungsprozeß Beteiligten über das Außen-, Wirtschafts- und Finanzressort hinaus, z. B. ein breites Spektrum von Regierungsbehörden, Ministerien und Parlamentsausschüssen.
- Harmonisierung der Arbeits-, Gesundheits-, Sozial- und Umweltstandards in Ausrichtung auf den jeweiligen Entwicklungsstandard der Volkswirtschaft (Balkenmodell).
- Wettbewerbsrechtliche Maßnahmen zur Beschränkung der Marktmacht von

Transnationalen Konzernen, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.

- Bindung der Investitionsentscheidung an die Vorgaben der politischen Entscheidungsträger, z. B. in Fragen von Beschäftigungswirksamkeit, Gleichstellung und Nachhaltigkeit.

Keine zwangswise Rückführung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge

Die meisten bosnischen Flüchtlinge mit Kindern haben im Juli eine Abreiseaufforderung mit einer Frist von drei Monaten erhalten. Wir begrüßen die Regelung, daß in Ausnahmefällen bei Alten, Kranken und Familien mit kleinen Kindern den Winter über auf eine Abschiebung verzichtet werden kann. Wir fordern alle Landesregierungen auf, auf eine zwangswise Rückführung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge zu verzichten und notfalls §54 Ausländergesetz anzuwenden, d. h. von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, auch im Alleingang auf Landesebene einen Abschiebestopp zu erlassen. Gleichzeitig müssen weitere Anstrengungen von der Bundesregierung unternommen werden, die Lebenssituation der Menschen in Bosnien nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus fordern wir auch einen bundesweiten Abschiebestopp für alle Flüchtlinge aus dem Kosovo. Die Bundesrepublik ist gefordert, für eine politische Lösung des Kosovo-Konfliktes aktiv zu werden.

Medienpolitischer Antrag

»Mitgestalten statt Blockieren«

Ausgangssituation

Die Diskussion um den Wandel zur »Informationsgesellschaft« ist seit der G7-Konferenz im Februar 1995 zu einem zentralen politischen Thema geworden. In der Diskussion dominieren die wirtschaftspolitischen Aspekte

heute eindeutig die medien- und gesellschaftspolitischen. In Zeiten wirtschaftlicher Probleme werden an die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien (I&K-Technologien) höchste Erwartungen für die Lösung nationaler Probleme geknüpft. Die derzeitige Bundesregierung setzt hier gezielt auf den Wettbewerb der beteiligten Unternehmen bei gleichzeitig forcierter Deregulierungspolitik im Telekommunikations- und Mediensektor.

Die Themen „Informationsgesellschaft“ und „Multimedia“ haben international und national zahlreiche Aktivitäten ausgelöst und werden auf vielen Ebenen von Gremien begleitet. Die Europäische Union, der Bundestag, die Bundesregierung und Landesregierungen verabschieden bereits operative Programme.

Noch gibt es allerdings weder allgemein anerkannte Definitionen noch konsensfähige Analysen in diesem Bereich. Alle Diskussionspartner sind sich jedoch darin einig, daß sich die Gesellschaft derzeit in einem Prozeß der erheblichen Veränderung befindet. Mitbewirkt wird dieser durch die dramatischen Leistungssteigerungen in den Informations- und Kommunikationstechnologien und ihren Auswirkungen auf Wirtschaft, Beschäftigungszahlen und Arbeitsformen.

Neue Technologien, insbesondere aus der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) prägen zunehmend unsere Gesellschaft, die Arbeitswelt und die privaten Beziehungen. Es handelt sich dabei um einen Vorgang, der in seinen Auswirkungen mit der industriellen Revolution zu vergleichen ist, die binnen weniger Jahrzehnte das gesellschaftliche Leben total veränderte. Jetzt kommt ein solcher Einschnitt wieder vor. Er wird schneller durchschlagen als die Industrialisierung und er wird tiefer in unseren Alltag eingreifen. Wir stehen am Beginn eines "Informationszeitalters", in dem sich Daten- und Kapitalströme in immer kürzerer Zeit um den Erdball bewegen, und in der sich multinationale Konzerne der demokratischen Kontrolle in immer stärkeren Maße entziehen.

In der Debatte um die Informationsgesellschaft läuft man schnell Gefahr, gesellschaftliche und technische Entwicklungen voreilig als nachteilig einzuschätzen, ohne vorher auch ihre Chancen und Möglichkeiten zumindest thematisiert zu haben. So sind in vielen politisch "linken" Beiträgen bereits

heute die Begriffe Multimedia und Informationsgesellschaft generell negativ besetzt. In diesem Zusammenhang ist dann häufig von einer "entfesselten" Technik oder dem "entfesselten" technischen Fortschritt die Rede. Dieser Position gegenüber steht die neokonservative Auffassung, daß es sich bei der Gestaltung der Informationsgesellschaft allein oder primär um eine Wirtschaftsfrage handelt: Thematisiert werden dann vor allem Fragen nach dem Wirtschaftsstandort Deutschland und nach den Bedingungen und Anforderungen für das Entstehen und Gestalten von Telearbeit. Die Frage nach den gesamtgesellschaftlichen Chancen und Risiken werden dagegen von vornherein ausgeblendet und allein auf die Kräfte des Marktes vertraut.

So erscheint aus unserer Sicht die von der Bundesregierung angestoßene "Initiative Informationsgesellschaft Deutschland" auch völlig unzureichend, denn sie klammert breite gesellschaftliche Kreise aus und stellt kein Konzept vor, wie ein breitangelegter gesellschaftlicher Diskussionsprozess angestoßen werden könnte. Statt dessen gibt sie (Schein-) Antworten, wo Fragen angebracht wären, formuliert zweifelhafte Ziele und läßt innovatives, den neuen Problemlagen gerecht werdendes, politisches Handeln vermissen.

Auch die ausschließliche Rede von "Chancen, Innovationen und Herausforderungen" und das Ignorieren der Probleme, Risiken und Gefahren sind auf Dauer gesehen gefährlich. Denn anstatt neue Technologien und Kommunikationsformen danach zu befragen, welche neuen Möglichkeiten sie für die Bewältigung akuter Existenzprobleme der Gesellschaft eröffnen könnten oder andererseits, welche neuen Probleme sie selbst schaffen, wird im Grunde nur ein Faktor ernsthaft diskutiert: die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft am Standort Deutschland.

Die gegenwärtige Debatte um Telekommunikation und neue Medien wird nahezu ausschließlich von Umsatz- und Gewinnerwartung dominiert

Vor dem Hintergrund des Multimedia-Booms ist die Aufgabe sozialdemokratischer Medien- und Telekommunikationspolitik, Deregulierungskonzepten und Sozialabbau entgegenzutreten. Das bedeutet, die technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen mitzugestalten und zu 'globalen' Politikkon-

zeptenzu finden, die die verschiedenen Regulationsebenen umfassen. Die Globalisierung der Arbeitsmärkte wird durch die Vernetzungsmöglichkeiten der neuen Medien verstärkt und kann nur dann als Chance begriffen werden, wenn die gesellschaftliche Nutzung im Vordergrund steht. Im Rahmen eines politischen Gesamtkonzepts müssen wir dafür sorgen, daß die Gestaltung der Informationsgesellschaft unter sozialen, ökologischen, kulturellen und ethischen Gesichtspunkten erfolgt. Wir bekräftigen die Forderung aus dem Berliner Grundsatzprogramm von 1989, die Wettbewerbsgesetze zu verschärfen. Wer dagegen auf die Selbstlenkung des Marktes setzt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Demokratie in der Informationsgesellschaft

Die aktive Teilhabe aller BürgerInnen an öffentlichen Belangen ist ein Leitbild der SPD für die Informationsgesellschaft und Verfassungsauftrag zugleich. Ob ein Mehr an Informationen, das z.B. durch neue Medien und private Rundfunkanbieter zur Verfügung steht, auch ein Mehr an Nutzen für alle bedeutet, wird nicht über den Markt geregelt, sondern durch gestaltende Politik. Eine der wichtigsten Aufgaben vorausschauender Politik besteht darin, in den nächsten Jahren eine Informationsinfrastruktur zu schaffen, die offen ist für den Zugang aller BürgerInnen, aller Meinungen und Chancengleichheit verwirklicht.

Freie Meinungsäußerung und Zugang zu Medien und Information ist auch aus historischer Perspektiven eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg der ArbeiterInnenbewegung.

Medienkonzentration

Immer stärker zeichnet sich das Streben internationaler Konzerne nach Dominanz und Vorherrschaft auf dem Telekommunikations- und Informationsmarkt ab. Immer öfter werden hierzu strategische Allianzen zwischen Unternehmen der unterschiedlichsten Branchen geschlossen, alle mit dem Ziel, eine möglichst günstige Ausgangsposition für den internationalen Wettbewerb zu erreichen und Märkte zu dominieren. Telekommunikationsriesen verbünden sich mit Softwaregiganten, Zeitschriftenverlage mit Fernsehsendern, Hardwareunternehmen mit Konzernen aus der Unterhaltungs- und Spie-

lebranche und diese wieder mit Kaufhauskonzernen. Diese weltweit operierenden Oligopole sind bereits dabei, den Markt unter sich aufzuteilen und vor allem in Deutschland (für die Zeit nach dem Fall des Telekommunikationsmonopols 1998) neue marktbeherrschende Strukturen zu schaffen. Um eine Einschränkung der Informationsfreiheit zu verhindern, gilt es, die zunehmende Konzentration in der Medienwirtschaft zu verhindern. **Deshalb fordern wir** die politisch Verantwortlichen auf, folgendes zu gewährleisten:

- Größtmögliche Meinungs- und Informationsfreiheit des/der Einzelnen durch größtmögliche Meinungsvielfalt auf dem Medienmarkt
- Erhalt, Sicherung und Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
- Dezentralisierung des Medienmarktes zur Verteilung von Medienmacht
- Marktöffnung auch für kleine Anbieter bei verstärkter Förderung freier (gemeinnütziger) Träger (ohne Gewinnerzielungsabsicht)

Situation im Rundfunk Ausgangslage

In der Bundesrepublik existiert ein duales Rundfunksystem, das durch ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privaten Rundfunk gekennzeichnet ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat die Aufgabe der Grundversorgung. Die Gewährleistung der Grundversorgung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist die Voraussetzung für die Zulassung von privatem Rundfunk.

Grundversorgung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die Grundversorgung umfaßt nicht nur die Versorgung der ganzen Bevölkerung mit Rundfunkprogrammen, sie beinhaltet auch die umfassende Darstellung und Vermittlung der vielfältigen Meinungen und Positionen in den Bereichen Information, Bildung und Unterhaltung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht in der Pflicht, eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen und zu repräsentieren.

Dabei muß das Programmangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks inhaltlich fundiert und differenziert sein, um das Informationsbedürfnis aller befriedigen zu können. Kulturell umfaßt der Grundversorgungsauftrag auch die Bereitstellung solcher

Angebote, die aufgrund der wirtschaftlichen "Sachzwänge" im Privatfunk brachliegen. Das Gebot der umfassenden gesellschaftlichen Repräsentanz erfordert aber keine "Lückenfüllerprogramme" zum Ausgleich von Schwächen des Privatfunks. Gefragt ist sowohl die Befriedigung kultureller Bedürfnisse von Minderheiten als auch die Bereitstellung massenattraktiver Programme. Nur ein Programm "durch alle für alle" kann die gesellschaftliche Funktion einer für alle zugänglichen und maßgeblichen Medienöffentlichkeit erfüllen. Dagegen ist bei der von konservativ-liberaler Seite geforderten Beschränkung der öffentlich-rechtlichen Anstalten auf ein Mindestangebot ein Verlust der für die Funktion von öffentlichen Medien erforderlichen Akzeptanz und Teilnahme zu erwarten. Für wünschenswert halten wir dagegen eine Stärkung des Konzeptes demokratischer Medien durch eine stärkere Öffnung der Programme für Beiträge aus der Gesellschaft.

Da freie Meinungsäußerung ohne Medienöffentlichkeit gesellschaftlich nicht stattfindet, muß der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Garant von Demokratie- und Sozialstaatsprinzip im Bereich gesellschaftlicher Kommunikation unbedingt Vorrang vor unternehmerischen Interessen haben.

Die Entwicklung der technischen Übertragung von Programmen sowie die Kommerzialisierung des Programmempfangs sind in Ihren Auswirkungen noch nicht absehbar. In jedem Fall bedeutet Grundversorgungsauftrag, daß die gesellschaftliche Relevanz des öffentlichen Rundfunks auch bei gewandelten Bedingungen zu sichern ist. Inhaltlich muß der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich auf gewandelte Bedürfnisse einstellen können. Zur Erfüllung des insoweit offenen Programmauftrages sind neue Übertragungswege sowie mit neuer Technik einhergehende Programmmöglichkeiten - wie etwa Video-on-Demand, Digitales Fernsehen/Digitaler Rundfunk oder interaktive Programme zu ~~Netz~~ Grundversorgungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten legitimiert auch die Finanzierung aus Gebühren. Mit immerhin 9 Milliarden Gesamtaufkommen sind die Rundfunkgebühren die Hauptfinanzierungsquelle der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die Einnahmen aus Werbung unterliegen einer strikten Reglementierung. So dürfen sie nur zwischen 17.00 Uhr und 20.00

Uhr Werbung schalten. Das Verhältnis der Einnahmen aus Gebühren und Werbung soll im Idealfall bei der ARD 80% (Gebühren) zu 20% (Werbung) und beim ZDF 60% (Gebühren) und 40% (Werbung) sein. Bei der Werbung sind die Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Anstalten drastisch zurückgegangen. Bei der ARD von 884,3 Mio. (1986) auf 444,8 Mio. (1993); beim ZDF von 576 Mio. (1986) auf 370,4 Mio. (1993). Auch wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch auf umfangreiche Gebühren zurückgreifen kann, fehlen die Werbemillionen für das Programm und die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Privatfunk und dessen Kontrolle

Im Gegensatz dazu können sich private Rundfunkveranstalter auf eine Teilversorgung der Bevölkerung beschränken. Alles, was sich kommerziell vermarkten läßt, wird von den Privaten betrieben. Unter diesen Voraussetzungen würde ein rein privates Rundfunksystem "Versorgungslücken" hinterlassen. Diese können sowohl im Programm (z.B. Bildung und Kultur) als auch in der technischen Verbreitung (keine Übertragung in dünn besiedelten Gebieten) entstehen.

Der private Rundfunk ist in den letzten Jahren so stark geworden, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk immer mehr verdrängt. Gleichzeitig hat sich de facto ein Doppelmonopol gebildet: Auf der einen Seite die Kirch-Gruppe mit SAT 1, Kabel 1, DSF und PRO 7; auf der anderen Seite Bertelsmann / CLT mit RTL, RTL 2 und Super RTL sowie indirekt auch VOX. Längst ist die Zeit des Doppelmonopols in eine Stufe der Kapitalverflechtungen getreten. Kirch und Bertelsmann sind mittlerweile miteinander in bestimmten Bereichen derart miteinander verwoben, daß von einer Konkurrenz der beiden kaum mehr gesprochen werden kann, dies gilt insbesondere im Bereich des digitalen Fernsehens.

Ein Teil dieser Konzentrationsprozesse eignet sich auf multinationaler oder europäischer Ebene. Das heißt, die rein länderbezogenen Antikonzentrationbestimmungen haben versagt. Zum einen haben die privaten Sender die Landesmedienanstalten, die den Privatfunk kontrollieren sollen, gegeneinander ausspielen können, zum anderen hat die Marktdynamik kaum Platz für klein- und mittelständische Programmanbieter gelassen. Hier müssen auf den verschiedenen Regula-

tionsebenen, insbesondere auf europäischer Ebene Gegenmaßnahmen ergriffen und eine Re-Regulierung der Wirtschaft vorangetrieben werden. Die Verbindung von Unternehmen aus mehreren Ländern Europas bedarf einer demokratischen Kontrolle, wofür die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen auf europäischer Ebene zu schaffen sind.

Diese Entwicklung beinhaltet die Gefahr der Machtkonzentration im Medienbereich bei einigen wenigen Anbietern. Das in letzter Zeit diskutierte Marktanteilsmodell ist nicht praktikabel und deshalb abzulehnen.

Freie Radios

In vielen Städten und Gemeinden haben sich darüber hinaus auch Freie Radios und andere freie Medienprojekte gebildet, die durch ihre nichtkommerzielle Ausrichtung, lokalen Bezug und durch die Beteiligung von Minderheiten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit leisten. Derartige Projekte müssen unterstützt und gefördert werden. Sie dürfen nicht denselben Bestimmungen unterliegen wie der kommerzielle Privatfunk.

Unsere Forderungen

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fordern wir:

- Eine regelmäßige Erhöhung der Rundfunkgebühr durch ein inflationsorientiertes Indexierungsverfahren. Sollte der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine höhere Gebührenerhöhung brauchen, wird diese Gebühr nach den bisherigen Verfahren ermittelt.
- Eine Beteiligung an den Möglichkeiten der neuen Technologien, wobei weiterhin der freie Zugang zum Programm möglich sein muß.
- Bei Bedarf die Einführung einer dritten sozialverträglichen Rundfunkgebühr (neben der Radio- und Fernsehgebühr) für die neuen Medien.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll ganz auf Werbung verzichten. Zum Ausgleich erhalten die öffentlich-rechtlichen 20% der Bruttowerbeeinnahmen der privaten Sender.
- **Für den Privatfunk fordern wir:**
- Neben den Landesmedienanstalten, die weiterhin für lokale und regionale Programme zuständig sind, soll eine bun-

desweite föderative Medienanstalt der Länder zur Lizenzierung und Beaufsichtigung bundesweiter Programmanbieter geschaffen werden.

- Alle Medienanstalten sollen sich über Lizenzgebühren der Privaten und nicht mehr aus der allgemeinen Rundfunkgebühr finanzieren.
- Für Verstöße gegen Lizenzbestimmungen sind wirksame Sanktionsmöglichkeiten zu schaffen.
- Jeder Gesellschafter darf sich nur noch an einem einzigen Sender beteiligen. Weiterhin gilt, daß ein Teilhaber maximal 49% der Anteile an einem Sender halten darf.
- Treuhändermodelle sollen verboten werden.
- Es muß der Versuch unternommen werden, z.B. zwischen den Betreibern von Informationsnetzen und Programm- und Informationsanbietern strikt zu trennen. Dies wäre ein Weg, unerwünschte Vertikalmonopole zu verhindern.
- Keine Trennung von juristischen und natürlichen Personen bei Beteiligung an Sendern.
- Offenlegung aller Beteiligungsverhältnisse.
- Verbot von lokalen Monopolen.
- Verbot von Beteiligungen der Programmzulieferer an Sendern.
- ein
- Werbung muß im Programm jedoch weiterhin deutlich als Werbung gekennzeichnet werden. Schleichwerbung bleibt untersagt. Dafür müssen die Privaten jedoch 20 % ihrer Bruttowerbeeinnahmen an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abführen.

Für die freien Radios fordern wir:

- Die gesetzlichen Grundlagen für die Zulassung Freier Radios ist in allen Landesmediengesetzen zu schaffen. Durch Zuschüsse der Landesmedienanstalten und staatlicher Einrichtungen ist eine finanzielle Absicherung zu gewährleisten. Mit Hilfe entsprechender Schulungsangebote sind die häufig ehrenamtlichen Betreiber zu qualifizieren. Freie Radios sind von den Lizenzgebühren zu befreien.
- Grundsätzlich sind auch andere Projekte nichtkommerzieller Radio- und Fernsehsender zu unterstützen.

Neue Medien

Der chancengleiche Zugriff auf Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten in den neuen Medien erfordert eine materielle Grundausstattung (Geräte, standardisierte Verbindungen, etc.) der BürgerInnen, um zum Beispiel auch auf digitale Dienste zugreifen zu können. Schon die Anschaffungskosten für universaldiensttaugliche Hardware werden nicht von jedem/jeder getragen werden können. Hinzu kommen noch die Kosten für Verbindungszeiten und Zugangsberechtigungen. Haushalte von BezieherInnen niedriger Einkommen sind zur Zeit nicht in der Lage, dieses zu finanzieren. Hier gilt es, durch eine sozial verantwortliche Politik gegenzusteuern.

Für die Zukunft muß die flächendeckende und bezahlbare Versorgung der gesamten Bevölkerung mit moderner Telekommunikationstechnik gesichert werden. Dazu bedarf es u.a. eines leistungsfähigen Universaldienstes. Damit keine Ausgrenzung verschiedener Bevölkerungsgruppen erfolgt, müssen die Informationsangebote finanziell und organisatorisch niederschwellig zugänglich sein.

Neben der Versorgung von Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung sollten öffentliche Zugangsstellen z.B. in Bibliotheken und Bürgerhäusern eingerichtet werden. Dazu gehört auch die Bereitstellung solcher Angebote, die über den sich entwickelnden kommerziellen Informationsmarkt nicht refinanziert werden können, aber von großer gesellschaftlicher Bedeutung sind (Archive, Dokumentationen, Verzeichnisse etc.). Besondere Bedeutung kommt dabei den Bibliotheken zu. Zusammen mit den Bildungseinrichtungen muß es zu ihrer Aufgabe gehören, die "informationelle Kontinuität" in der Gesellschaft zu gewährleisten.

Um einen neuen öffentlichen Raum zu schaffen, in dem alle Informationen frei zur Verfügung stehen, die für die aktive demokratische Teilhabe der BürgerInnen wichtig sind, muß sich das Recht auf Grundversorgung mit Informationen zu einem "Grundrecht auf Information" wandeln, das sich auf die ganze Palette der informationellen Grundversorgung in der Gesellschaft von morgen erstreckt.

Eine demokratische Gesellschaft ist auf ein Mediensystem angewiesen, das Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gewährleistet.

Informationen sind hierbei die Voraussetzung für eine umfassende und kritische Meinungsbildung in der Bevölkerung. Als Informationsquelle für den BürgerInnen tragen die Medien entscheidend zur Bildung der öffentlichen Meinung bei.

Um die kulturelle und publizistische Vielfalt und die Unabhängigkeit der Medien vom Staat und mächtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen zu sichern, setzen wir uns für eine wirksame Konzentrationskontrolle auch im Bereich der neuen Medien ein. Zur Klärung der Besitzverhältnisse bei Medienunternehmen sind weitreichende Transparenzregelungen notwendig.

Es ist zu überprüfen in wieweit der Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Internets zu einer breiteren Beteiligung an diesen Medien führen kann. Öffentliche Unternehmen im Bereich Neue Medien und Kommunikation könnten eine privatwirtschaftliche Monopol- oder Oligopolbildung verhindern.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß es hierbei als Teil seines verfassungsrechtlich garantierten Grundversorgungsauftrages ansehen, interaktive Dienste, die sich an die Allgemeinheit wenden und der Meinungsbildung dienen, ohne zusätzliches Entgelt anzubieten. Alle im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags produzierten Angebote müssen über alle geeigneten elektronischen Medien zugänglich gemacht werden. Der Rundfunkbegriff muß entsprechend der technischen Entwicklungen so gefaßt werden, daß auch interaktive Dienste, die sich an die Allgemeinheit richten und zur Meinungsbildung beitragen, von ihm miteingefaßt werden.

Digitales Fernsehen

Das digitale Fernsehen verspricht eine ungeahnte Vielzahl neuer Kanäle, völlig neue Formen der Programmvermarktung und die Verwandlung des Fernsehschwerers in ein Multimedia-Terminal. Dies ist dadurch möglich, da Inhalte in komprimierter Form übermittelt werden und dadurch nicht mehr ein Sender eine Frequenz belegt, wie bei der analogen Technik.

Verschiedene Inhalte können sich einen Kanal teilen, wobei ein einziges Sendesignal gleichzeitig Teletextdaten, Computersoftware, Telefongespräche und eben Fernsehsignale enthalten kann.

Programminhalte werden in einem sog. Multiplexverfahren in eine digitale Sendeform gebracht. Durch die effizientere Frequenznutzung kommt es zu einem immensen Programmspektrum, welches durch ein gesteigertes Orientierungsbedürfnis mit einem elektronischem Programmführer, dem sog. Navigationssystem, bewältigt werden soll. Empfangen kann das Angebot jedoch nur, wer vom Anbieter hierzu berechtigt ist. Digitales Pay-TV arbeitet deshalb mit einer besonderen Verschlüsselungstechnik (Conditional-Access).

Probleme ergeben sich daraus wie folgend:

1. Der Multiplexbetreiber entscheidet darüber, welche Programminhalte er in eine digitale Sendeform transformiert und dadurch für das digitale Fernsehen überhaupt erst nutzbar macht.
2. Der Anbieter des Navigationssystems bestimmt, welche dieser Programmangebote er in seinen Navigator aufnimmt.
3. Der Inhaber des Conditional-Access steuert welches Pay-TV-Programm der Zuschauer entschlüsseln und sehen kann.

Dadurch ergibt sich ein erhebliches Gefährdungspotential, denn aufgrund von den besonderen Entscheidungskompetenzen die die Betreiber des digitalen Fernsehens haben, können der publizistische sowie der ökonomische Wettbewerb nachhaltig beeinflusst werden. Ziel aller Regelungsversuche im Bereich des digitalen Fernsehens muß es deshalb sein, diese Problematik durch die rechtliche Gewährleistung eines offenen Zugangs zu diesen Techniken zu überwinden. Nur wenn einer Vielzahl von Anbietern diese Schlüsselpositionen offenstehen, kann den Geboten der Meinungsvielfalt und des chancengleichen Wettbewerbs Folge geleistet werden.

Bei der Konzentrationskontrolle ist ebenfalls das Marktanteilsmodell abzulehnen. Vorbild kann der britische Regelungsansatz sein, der ein Punktverteilungssystem vorsieht. Jedem digitalen Einzelangebot werden nach bestimmten Kriterien Punkte zugewiesen. Kontrolliert wird dann anhand einer Punktobergrenze pro Unternehmen. Darüber hinaus

dürfen sich max. drei Multiplexe in einem einzigen Unternehmen befinden.

Kommunale Informationsangebote

Wie in Deutschland war auch in den USA das Netzmonopol mit dem Recht verbunden, öffentliche Wege für dieses Netz kostenlos zu nutzen. Dieses Privileg konnte unter Wettbewerbsbedingungen selbstverständlich nicht automatisch auf alle Netzbetreiber ausgedehnt werden. In den USA gab es daher eine breite Debatte darüber, zu welchen Bedingungen Kommunen dieses Wegerecht vergeben sollen. In Deutschland ist diese Debatte dagegen praktisch ausgeblieben; wohl auch aus Unkenntnis der betroffenen Gemeinden über die rechtlichen Möglichkeiten.

Hier könnten zum einen finanzielle Entgelte beansprucht werden und / oder zusätzliche Sachleistungen (z.B. kostenlose Anschlüsse und Netzzugänge für öffentliche Einrichtungen) eingefordert werden. Es bleibt die Aufgabe der Kommunalverwaltungen, darauf zu achten, daß alle Bürgerinnen und Bürger von der Vergabe der Nutzungsrechte profitieren. Bis jetzt sieht allerdings das Telekommunikationsgesetz nur eine unentgeltliche Nutzung der Wegerechte für alle lizenzierten Netzbetreiber vor.

Aus unserer Sicht muß hier eine Nachbesserung erfolgen, um zu verhindern, daß den Kommunen weitere (finanzielle) Belastungen durch diese Nutzung entstehen und um sie an den Profiten der Netzbetreiber zu beteiligen. Außerdem fordern wir eine umfassende Information der Kommunen über ihre Rechte und Möglichkeiten im Rahmen der Entmonopolisierung des Medien- und Telekommunikationsmarktes.

Eine wichtige Informationsquelle von allgemeinem Interesse ist die öffentliche Verwaltung. Viele Informationen, z.B. aus dem Umwelt-, Energie- oder Sozialbereich sind auch heute noch nur über Behörden zugänglich. Der Weg ins Informationszeitalter darf nach unserer Vorstellung auch in Deutschland nicht vor der Verwaltung haltmachen. Moderne Multimedia-Systeme könnten darüber hinaus helfen, Informationen verständlicher darzustellen. Dadurch würden z.B. heute schon bestehende gesetzliche BürgerInnen-Beteiligungsrechte, etwa bei der Stadtplanung und bei Bauvorhaben, für die Betroffenen effektiver nutzbar und bereits vorhandene Informationen, etwa im Umweltbereich,

leichter zugänglich. Den Verwaltungen müssen hier die für die Aufbereitung von Informationen erforderlichen Mittel zugewiesen werden.

Anforderungen an eine europäische Medienpolitik

Durch die Deregulierung der 80er Jahre im Mediensektor und der Definition von Medien als Dienstleistungen wurde der Medienbereich auf europäischer Ebene nur noch als Wirtschaftsfaktor betrachtet. In den letzten Jahren wurden dabei Richtlinien, die sich vorwiegend mit Marktliberalisierung befassen, verabschiedet. Rahmenbedingungen für eine europäische Regulierung wurden also bereits geschaffen.

Dies drückt sich durch die Verlagerung der medienpolitischen Kompetenz vom europäischen Parlament auf die europäische Kommission aus.

Demgegenüber setzen wir uns für Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt ein und wollen daher die politische und kulturelle Dimension von Medienpolitik europaweit stärken. Deshalb soll die Medienpolitik in die politische Verantwortung des europäischen Parlament zurückgeführt werden. Ziel einer europäischen Medienpolitik muß es sein, zur Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit beizutragen. Diese kann einen wichtigen Beitrag leisten, um dem Demokratiedefizit in der Europäischen Union entgegenzuwirken. Dabei ist eine gesamteuropäische Medienpolitik zu entwickeln, damit europäische Öffentlichkeit nicht an den Grenzen der Europäischen Union endet.

Unsere Forderung lauten deshalb:

- Übertragung der Richtlinienkompetenz in medienpolitischen Fragen auf das Europäische Parlament
- Europaweite Sicherstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Bestandsgarantie). Dabei muß der freie Zugang zu allen öffentlich-rechtlichen Medien bedingungslos gewährleistet werden (kein Pay-TV)
- Einrichtung einer Medienfusionskontrollverordnung auf europäischer Ebene, die den medienspezifischen Besonderheiten gerecht wird (Sicherung der Meinungsvielfalt)
- Einrichtung eines Fonds für multinationale europäische Medienprojekte, die die

Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit fördert

- Eine gesamteuropäische Medienpolitik, die auch Medienstrukturen außerhalb der europäischen Union berücksichtigt

Frauen in der Informationsgesellschaft Neue Medien / Internet

Das Internet wird ein immer wichtigeres Kommunikations- und Informationsmittel. Theoretisch ist gerade innerhalb des Internets das Potential für Gleichberechtigung gegeben. In der Praxis ist das Internet männlich dominiert und wird von den Bedürfnissen und Umgangsformen der Männer bestimmt. Zum einen deshalb, weil Frauen im Internet zur Zeit (noch) unterrepräsentiert sind, zum anderen werden in der Praxis die Werte der realen Welt unreflektiert auf die virtuelle übertragen. Die Macht ist somit im „Cyber-Space„ noch ungleicher verteilt. Ohne eine entsprechende Gegensteuerung hat dies zur Folge, daß Frauen auch weiter dieser Informationsquelle fernbleiben und so selbst zu Informationsaußenseiterinnen werden. Dieser Frauenausschluß könnte die Feststellung bekräftigen, daß „Armut weiblich„ ist, hier dann die „Informationsarmut„. Wissen ist Macht und gerade deshalb müssen alle Möglichkeiten dafür geschaffen werden, daß Frauen an diesem neuen Medium partizipieren und vor allem es mitgestalten können. Dazu gehören z.B. kostengünstige Zugangsmöglichkeiten, frauenorientierte Einstiegskurse und Frauen-Verbände im Netz.

Gerade auch für Mädchen sollte das Umgehen mit dem Internet zur Selbstverständlichkeit werden, um es dann kritisch und konstruktiv nutzen zu können.

Arbeitswelt

Bei neuen Dienstleistungen im Bereich der Medien- und Kommunikationswirtschaft besteht eine besonders große Gefahr der Zunahme von ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen (620 DM-Jobs) und Scheinselbständigkeit. Dieses trifft aus Erfahrung besonders Arbeitnehmerinnen. Deshalb sind hier konzentrierte Initiativen gemeinsam mit den Bündnispartnern - wie z.B. Gewerkschaften - notwendig, um zu verhindern, daß die Medien- und Kommunikationsbranche ein neuer Niedrig-Lohn-Sektor mit Hire-and-fire-Mentalität wird.

Nur so kann es eine Chance für Frauen (und auch für Männer) geben, gleichberechtigt und mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie am Arbeitsmarkt zu partizipieren.

Qualifikation

Schon heute haben bereits mehr Frauen einen computergestützten Arbeitsplatz als Männer. Sie verfügen bereits über eine breite Basis an technischen und fachlichen Qualifikationen im Bereich der neuen Technologien, trotzdem spiegelt sich auch hier die klassische gesellschaftliche Hierarchie wieder: Frauen findet man vor allem in den unteren und mittleren Hierarchieebenen.

Der Arbeitsplatz der Zukunft verlangt Mehrfachqualifikationen: fachliche und technische Fähigkeiten sowie soziale Kompetenz. Dies muß gefördert und der Grundstein dazu schon in der Schule gelegt werden. Mädchen haben einen anderen Technikzugang als Jungen und dem muß Schule gerecht werden. Getrennte Unterrichtsangebote, zielgerichtete Aus- und Fortbildung von LehrerInnen, um diesen unterschiedlichen Zugängen gerecht zu werden und um eine Abstimmung mit den neuen Berufsbildern zu ermöglichen, sind Elemente für die zukunftsorientierte Qualifikation von Mädchen. Als Grundlage hierfür ist die entsprechende materielle und personelle Ausstattung in allen Bildungseinrichtungen zu verbessern.

Chancen

Die unbestrittenen Nachteile, die die sich entwickelnde Informations- und Dienstleistungsgesellschaft für Frauen bringen kann, können nur dadurch verhindert werden, indem Frauen sich in diesen Prozeß aktiv einmischen.

Technikfeindlichkeit wird uns nicht weiterbringen; im Gegenteil: wir sind als JungsozialistInnen gefordert, den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß so zu begleiten, daß gleichberechtigte Chancen für alle ermöglicht werden und die Gefahr der Entstehung einer geschlechtergeprägten Informationselite gebannt wird.

Bildung in der Informationsgesellschaft

Bildung ist das zentrale Zukunftsthema unserer Gesellschaft. Gerade angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit müssen die Bereiche Bildung, Aus- und Fortbildung, Wissenschaft und Forschung an der Spitze

der vor uns geforderten Reformen stehen. Kreativität, Wissen und die Qualifikation der Menschen werden zu entscheidenden Faktoren in der Arbeitswelt.

Bildung - insbesondere universitäre - die auf Tätigkeiten in Informationsberufen orientiert ist, ist daher auch ein Instrument, die immer noch vorherrschende Dominanz von Männern in den Informationsberufen zu brechen und Frauen die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Studiengänge sind - sowohl beim Lehrpersonal wie bei den Studierenden - entsprechend zu quotieren und mit Frauenförderplänen auszustatten.

Alle Bildungseinrichtungen sind von den neuen Entwicklungen unmittelbar betroffen. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken eröffnen Wissensangebote, die vielfältiger und aktueller sind als die herkömmlichen Bildungsangebote. Um diese Möglichkeiten auszuschöpfen, sind außerordentlich hohe Investitionen erforderlich. Eine gute und umfassende allgemeine Bildung wird besonders in der Informationsgesellschaft von grundlegender Bedeutung sein. Spezialwissen aber wird schneller veralten. Es entsteht ein Bedarf an kontinuierlicher Weiterbildung, an "lebenslangem Lernen". Phasen der Erwerbstätigkeit werden sich mit Phasen der Bildung und der Qualifikation abwechseln.

Medienkompetenz

Im Mittelpunkt der erforderlichen Bildungs- und Qualifikationsoffensive steht die Medienkompetenz, d.h. der kompetente und kritische, kreative und verantwortungsvolle Umgang mit neuen Medien und elektronischen Informationen. So wie wir lesen, schreiben, Textinterpretation usw. in der Schule lernen, so muß auch der Umgang mit den audiovisuellen und interaktiven Medien gelernt werden. Medienkompetenz meint aber nicht nur den bewußten Gebrauch, sondern auch das Wissen über Hintergründe, Strukturen, Gestaltungsformen und mögliche Wirkungen der Medien. Medienpädagogik muß Fähigkeiten zur sinnvollen Nutzung und kreativen Gestaltung vermitteln als Voraussetzung dafür, daß mündige Bürgerinnen und Bürger durch einen verantwortlichen Mediengebrauch Qualitätsmaßstäbe beeinflussen und damit zur selbstbestimmten Gestaltung der Mediumwelt beitragen. Diese Kompetenz wird entscheidend dafür sein, daß die Informationsgesellschaft der

Zukunft eine demokratische und soziale Gesellschaft sein wird. Gerade SozialistInnen müssen dafür sorgen, daß in diesem Bereich Spielräume für die Selbstbestimmung und Teilhabe des/der Einzelnen mit den Grundsätzen von Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit verbunden werden. Bei der Versorgung der Schulen mit PCs hinkt Deutschland z.B. den USA deutlich hinterher. Hierzulande werden selbst grundlegende Computerkenntnisse heute weniger in der Schule als zu Hause, d.h. in privaten Haushalten, erworben. Diese neue Form der Privatisierung von Ausbildungskosten führt zu einem neuen Bildungsgefälle. Es besteht die Gefahr einer Zwei-Klassen-Informationsgesellschaft.

Wir JungsozialistInnen werden alles in unseren Kräften stehende tun, um eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, in der einer vorwiegend männliche Informationselite, die kompetent und interaktiv alle neuen Medien nutzt, eine große Bevölkerungsgruppe gegenübersteht, die sich wegen qualifikatorischer oder finanzieller Barrieren auf passive und klassische Mediennutzung, vor allem den Konsum von Unterhaltungsprogrammen beschränkt.

Wenn das öffentliche Bildungssystem, wenn Schulen und Hochschulen ihrer Aufgabe auch künftig gerecht werden sollen, müssen ihre Einrichtungen mit der nötigen technischen Infrastruktur ausgestattet und in die Strukturen globaler Kommunikation eingebunden werden. Noch wichtiger aber ist es, den Lehrenden an allen Bildungseinrichtungen die entsprechenden fachlichen, didaktischen und medienpädagogischen Fähigkeiten zu vermitteln. Der verantwortungsvolle Umgang mit Medien ist in allen Bildungseinrichtungen vom Vorschulalter an zu integrieren. Projekte, die den kreativen Gebrauch von Medien mit Kindern und Jugendlichen trainieren sind zu fördern.

Medienkompetenz darf sich nicht im Erwerb technischer Kenntnisse erschöpfen. Medienkompetenz bedeutet auch

- die Fähigkeit zum Medien- und Wissensmanagement, zum zielgerichteten Umgang mit Informationen, um die Daten- und Informationsflut in den Griff zu bekommen;
- die Fähigkeit zur Kommunikation, zur Kooperation und zur Teamarbeit;

- die Fähigkeit, die Medienerlebnisse emotional und sozial verträglich verarbeiten zu können und die durch die neuen Technologien veränderten kommunikativen und sozialen Risiken (z.B. Gefahren der Vereinzelung) zu bewältigen;
- die Fähigkeit, mit den Medien kreativ umzugehen (d.h. Medienpädagogik muß die Fähigkeit zur sinnvollen und schöpferischen Gestaltung vermitteln);
- die Fähigkeit, Funktionen und Bedeutung der Medien in der Gesellschaft kritisch zu reflektieren und im Hinblick auf gesellschaftliche Folgen und demokratische Erfordernisse zu beurteilen. Das umfaßt auch das Wissen über Hintergründe, Strukturen, Gestaltungsformen und mögliche Wirkungen der Medien. Wir müssen lernen, den Wahrheitsgehalt von Informationen zu hinterfragen, insbesondere denjenigen bildlicher Eindrücke, denen wir bislang häufig einen Abbildcharakter der Realität unterstellen;
- schließlich die Fähigkeit, die Medien als Mittel der Artikulation und Durchsetzung politischer und kultureller Interessen zu verstehen und selbst oder als Mitglied einer Gemeinschaft zu nutzen.

Wir fordern eine Medienkompetenzoffensive, d.h.

- ein umfassendes Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramm für die Lehrenden an Universitäten, Hochschulen, Volkshochschulen, allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, Vorschuleinrichtungen sowie an Ausbildungseinrichtungen in den Betrieben;
- Medienkunde, d.h. der Umgang mit elektronischen Diensten wie Internet, Online-Dienste und andere Multimedia-Angebote als integraler Bestandteil des Unterrichts in allen Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten an bis zur Erwachsenenbildung;
- das Ausschöpfen aller Potentiale von computergestütztem Lernen und Lehren (Telelearning, Teleteaching); Fernkurse, berufliche Fortbildungsprogramme oder Universitätsvorlesungen könnten über das Internet einer größeren Anzahl von Menschen zugänglich gemacht werden, als dies mittels traditioneller Bildungsmedien möglich ist. Diese sollen eine

sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Bildungsangebot darstellen.

- die Förderung von Projekten, die die bestehenden geschlechts- und generationspezifischen Unterschiede in der Nutzung und Akzeptanz der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu überwinden helfen, und die Förderung von nutzerInnenfreundlicher Hard- und Software. Frauenbezogene Angebote müssen entsprechende Freiräume enthalten und Frauen müssen bei der Neueinrichtung vonernetzungsstrukturen beteiligt sein.
- In Informationsnetzen sind ausreichende Kapazitäten für Non-Profit-Kommunikation von Verbänden, Gewerkschaften und politischen Organisationen zu reservieren.

Auch MedienanbieterInnen- und veranstalterInnen selbst sind aufgefordert, ihre NutzerInnen zum kompetenten Umgang mit den Medien zu befähigen und sich an medienpädagogischen Projekten angemessen zu beteiligen. Die Förderung von Medienkompetenz ist ein Auftrag an alle gesellschaftlichen Kräfte. Bei der berufsbezogenen Weiterbildung dürfen Arbeitgeber nicht aus ihrer Pflicht entlassen werden, für eine entsprechende moderne Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten zu sorgen.

Im Bereich der im Zusammenhang mit neuen Medien entstehenden Berufen ist es notwendig, eine geregelte Ausbildung zu gewährleisten; dazu müssen bestehende Berufsbilder angepaßt und neue Berufsbilder geschaffen werden. Die Definition neuer Berufsbilder muß damit verknüpft sein, zu gewährleisten, daß 50% aller Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze von Frauen besetzt werden. Ebenso sind die Aufstiegsmöglichkeiten derart zu regeln, daß Frauen durch Frauenförderpläne hinreichend gefördert werden. Die Berufsausbildung in Bereich der neuen Medien verbindlich Schulungen zum Gesundheitsschutz beinhalten.

Lebenslanges Lernen

Die abnehmende Halbwertszeit von Wissen und die wachsende Bedeutung von methodischen und sozialen Kompetenzen erfordert eine neue Art des Lernens zur Vermittlung der notwendigen neuen Qualifikationen. Erforderlich ist eine Integration allgemeiner und beruflicher Bildungsgänge, methodisches Lernen und eine Ausdehnung des

schulischen Angebotes über den Vermittlungsprozeß von Wissen hinaus.

Lernen und Weiterbildung läßt sich nicht mehr auf ein oder zwei Lebensabschnitte beschränken. Es müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, daß jedem ein lebenslanges Lernen ermöglicht wird. Möglichkeiten individueller Weiterentwicklung, arbeitnehmerInnenspezifischer Weiterbildung und betriebsspezifischer Qualifizierung müssen geschaffen und abgesichert werden. Hierzu ist eine Zertifizierung entsprechender Maßnahmen ebenso notwendig wie die finanzielle Absicherung von Weiterbildungsmaßnahmen und die Verankerung von Weiterbildungsmaßnahmen am Arbeitsplatz.

Arbeit in der Informationsgesellschaft

Grundlagen

In der von der abhängigen Erwerbsarbeit dominierten und am männlichen Lebensentwurf orientierten Arbeitswelt ist Arbeit bis heute durch die folgenden Prinzipien organisiert:

- Vollbeschäftigungsprinzip (d.h., innerhalb einer grob definierten Altersphase sollten alle BürgerInnen die Möglichkeit haben erwerbstätig zu sein),
- Kontinuitätsprinzip (d.h., ein zeitweiser Ausstieg aus der Erwerbsarbeit ist nur in Ausnahmefällen und zeitlich begrenzt - z.B. Erziehungsurlaub - vorgesehen),
- Prinzip sozialer Einbindung (d.h., abhängige Erwerbsarbeit ist ein Ort sozialer Integration und Kommunikation) und
- Segmentierungsprinzip (d.h., Statuszuordnungen und Qualifikationen wirken in der Erwerbsarbeit als Selektionskriterien).

Gerade diese vertrauten Organisationsprinzipien lösen sich derzeit auf. Neue Entwürfe und Zwänge der Arbeitsorganisation befinden sich zwar derzeit erst in der »Testphase«. Durch veränderte Wirtschaftsstrukturen werden jedoch alternative Beschäftigungsmuster zunehmend normalisiert. Es werden völlig neue Dienstleistungsangebote und Berufsbilder entstehen, Unternehmensstandort und -struktur können einfach verändert oder aufgelöst werden, die Grundlagen herkömmlicher betrieblicher und gewerkschaftlicher Organisation von Beschäftigten lösen sich auf, Monopolisierung im Medienbereich ist zu

Medienbereich ist zu erwarten, Arbeitsverhältnisse mit »virtuellen« Unternehmen sind denkbar. Gerade in diesem Zusammenhang werden Bildung und Qualifikation die Schlüsselthemen, von denen unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft abhängt.

Beschäftigungsentwicklung

Die Thematisierung der Auswirkungen dieser Entwicklungen auf Erwerbsarbeit im Besonderen und Arbeitswelt im Allgemeinen erfolgt derzeit vorwiegend auf Einzelaspekte beschränkt (z.B. Telearbeit) oder mit sehr langfristiger Perspektive (Arbeitsmarktprognosen) - und damit zwangsläufig spekulativ.

Allgemeine Arbeitsmarktprognosen

So liegen beispielsweise sehr unterschiedliche Prognosen über die Wirkungen der neuen I&K-Technologien auf den Arbeitsmarkt vor: Nach einer Studie von Arthur D. Little von 1994 soll es in der BRD bis zum Jahr 2000 rund eine Million neue Arbeitsplätze in der "Multimediawirtschaft" geben. Die Bundesregierung spricht von 5 bis 10 Millionen Arbeitsplätzen im gleichen Zeitraum für Europa und einem Potential von 1,5 Mio. Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik bis 2010. Alle diese Zahlen weisen jedoch erhebliche Unsicherheiten auf und werden oft einzig zur Durchsetzung wirtschaftlicher und politischer Interessen mißbraucht. Deshalb sind belastbare Analysen, realistische Perspektiven, und differenzierte Konzepte gefragt. Zuerst muß deshalb deutlich unterschieden werden zwischen den strukturellen und qualitativen Auswirkungen der I&K-Technologien auf andere Wirtschaftsbereiche (Rationalisierung, Globalisierung, neue Organisations- und Arbeitsformen, Tätigkeitsprofile, Arbeitsbedingungen) und den quantitativen Beschäftigungseffekten im Bereich Medien und Telekommunikation selbst.

Strukturelle und qualitative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Der große Einfluß der neuen Technologien auf Struktur und Qualität von Arbeitsplätzen läßt sich aus einer Abschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit ermitteln: Nach einer Studie des IAB läßt sich für die Bundesrepublik Deutschland feststellen, daß bereits 1985 41 Prozent und 1995 51 Prozent der Erwerbstätigen in "Informationsberufen" - d.h. Berufe, in den Informationstätigkeiten den Schwerpunkt der Arbeit darstellen - ar-

beiteten. Die Schätzung des IAB, daß bis 2010 ca. 55 Prozent aller Beschäftigten "Informationsarbeiter" sind, ist auch die Grundlage für die verschiedenen Prognosen, die Millionen neuer Arbeitsplätze für Europa verheißen. Die in diesem Zusammenhang prognostizierten "neuen" Arbeitsplätze sind jedoch tatsächlich zu einem großen Anteil räumlich und organisatorisch verlagerte "alte" Tätigkeiten und damit per Saldo keine neuen Arbeitsplätze.

Quantitative Auswirkungen im Bereich Medien / Kommunikation

Unbestritten sind positive Arbeitsmarkteffekte im Bereich Medien und Kommunikation selbst: Gerade hier liegen aber die Schätzungen sehr weit auseinander; orientiert an unterschiedlichen Entwicklungsszenarien für die Verbreitung der neuen Technologien, für die Verabschiedung von rechtlichen Rahmenbedingungen und die Umsetzung von politischen Strategien ergeben sich unterschiedliche Prognosen für die makroökonomischen Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung.

Rationalisierung

Welche Rationalisierungspotentiale es durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken gibt, ist eine Frage, die in der öffentlichen Diskussion eher ausgeklammert wird.

Rationalisierung allgemein heißt, daß menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird. Dies ist nicht generell negativ zu bewerten, da dadurch der Mensch auch von anspruchlosen, monotonen oder gesundheitsgefährdenden Arbeiten befreit werden kann. Gleichzeitig birgt es aber auch die Gefahr, daß Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Rationalisierungspotentiale bei den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien liegen vor allem in der Überwindung der räumlichen und zeitlichen Distanz. Arbeitsplätze sind dadurch weniger an bestimmte Produktionsstandorte gebunden, sondern praktisch frei transferier- und verlagerbar. Die Kosten für Koordinations- und Informationsaufwendung zur Herstellung von Produkten, die sogenannten Transaktionskosten, nehmen mit steigender Arbeitsteilung zu. Der Anteil der Transaktionskosten am Bruttosozialprodukt hat sich von 25% 1870 auf 55% 1970 mehr als verdoppelt. Heute dürfte dieser Anteil weit höher liegen,

so wird heute mehr als die Hälfte des Volkseinkommens für die Koordinierung arbeitsteiliger Abläufe aufgewandt.

Durch diese Rationalisierungspotentiale können arbeitsteilige Abläufe schneller und über große Entfernungen hinweg effizient koordiniert und dadurch flexibler gestaltet werden. So tritt die systematische Rationalisierung in den Vordergrund vor der betriebswirtschaftlichen Strategie. Ziel ist die Steigerung der Flexibilität und Produktivität unter Einbeziehung der notwendigen Koordinierungsaufgaben.

Ein heute schon aktuelles Beispiel ist die Softwareindustrie: BMW, Siemens und andere deutsche Großkonzerne lassen bereits einen Großteil ihrer Softwareprojekte in Indien programmieren und per Datenleitung an die verschiedenen Konzernstandorte weltweit verteilen. Auch im Bankensektor vernichten "Online- und Telebanking" und die zunehmende Automatisierung der Geschäftsabläufe Tausende von Arbeitsplätzen. Verschiedene Schätzungen gehen von einem Wegfall von rund 1/7 der Arbeitsplätze allein in diesem Sektor aus.

Diese Entwicklung hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigten. Die Belegschaften werden auf eine Kernbelegschaft reduziert, während eine sogenannte Randbelegschaft in Spitzenzeiten einsatzbereit ist. Aufgrund von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen steht diese Randbelegschaft weitgehend außerhalb der traditionellen sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Diese Randbelegschaften sind vorwiegend Frauen, denen wieder nur die Rolle der "industriellen Reserve" zugeschrieben wird. Gleichzeitig versuchen die Unternehmen möglichst viele Aufgaben auszulagern, also andere Unternehmen oder FreiberuflerInnen damit zu beauftragen.

Neue Arbeitsformen

Die Entwicklung hin zu Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft bringt auch einen Strukturbruch in der Arbeitswelt mit sich. Zum einen wird - auch durch die Einführung neuer Berufsbilder - Qualifikation immer wichtiger werden. Dabei geht es vor allem um „fachliche Mobilität“, also die Möglichkeit, sich möglichst schnell in neue Aufgaben einzuarbeiten. Damit kommt es zu einer „Entberuflichung“ der Arbeitswelt. In Zukunft wird es nur eine Minderheit sein, die einen Beruf erlernt und diesen ihr ganzes

Leben lang ausübt. Vielmehr führen befristete Verträge, Teilzeitarbeit und Heimarbeit zu ständig neuen Berufssituationen und Tätigkeiten.

So können allerdings ganze Generationen oder Bevölkerungsgruppen, die aufgrund von Alter, sozialer oder kultureller Herkunft von wichtigen Bildungseinrichtungen ausgeschlossen sind (Universitäten, Fachhochschulen, Gymnasien) für immer aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden. Besonders Frauen werden die Verliererinnen einer entfesselten Marktdynamik sein und in übrigebleibende "Bad-Jobs" abgedrängt werden, die nicht ausreichen, um die eigene Existenz auf Dauer zu sichern.

Der größte Strukturbruch wird aber in der Teleheimarbeit zu sehen sein. Eine Entwicklung ist dabei der Trend zur Auslagerung betrieblicher Tätigkeiten in den privaten Bereich, d.h. der Trend zur Telearbeit innerhalb der häuslichen Individualsphäre der ArbeitnehmerInnen. Während früher "Heimarbeit" allenfalls bei niedrigqualifizierten manuellen Tätigkeiten (oder bei hochbezahlten Managern) ein wirtschaftlich *wahrnehmbares* Maß erreichte, so wird diese heute durch moderne Kommunikationstechnik auch für viele Unternehmen im Handel- und Dienstleistungsbereich immer interessanter. Diese ermöglicht auch Bevölkerungsgruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt, die bisher aus verschiedenen Gründen benachteiligt waren. Gleichzeitig ist diese Entwicklung aber auch mit Gefahren verbunden. Durch Teleheimarbeit und Scheinselbstständigkeit findet eine soziale Entkoppelung, eine Individualisierung des Arbeitnehmers/der Arbeitnehmerin statt, wodurch die kollektiven Schutzorganisationen (Gewerkschaften, Betriebsräte) geschwächt werden. So entfallen auch wichtige soziale Netzelemente wie Tarifverträge Krankenversicherung, Ansprüche bei Schwangerschaft oder der Kündigungsschutz. Eine alternierende Form der Telearbeit, wie sie in Tarifverträgen von DPG und IG Medien ausgehandelt wurden, scheint ein sinnvoller Ansatz zu sein, um von den ArbeitnehmerInnen gewünschte Formen der Teleheimarbeit abzusichern und eine Betriebsbindung aufrecht zu erhalten. Erwerbsarbeit in der Informationsgesellschaft wird zu einem großen Teil selbständige Arbeit sein. Bis zum Jahr 2010 wird sich der Anteil der Selbständigen voraussichtlich verdoppeln. Neue Selbständige, die mit in-

novativen Produkten und Ideen Arbeitsplätze schaffen, sind auch im Bereich der Informationstechnologien willkommen. Wir brauchen gerade dort einen breiten Mittelstand als Gegengewicht zu der Marktmacht der großen Medienkonzerne. Dazu gehört aber auch die volle soziale Absicherung der Beschäftigten und FreiberuflerInnen im Bereich der neuen Informationstechnologien.

Neue Selbständigkeit meint aber nicht die bloße Umwidmung klassischer Arbeitnehmertätigkeiten in weitgehend ungeschützte (schein-)selbständige Arbeitsverhältnisse. Diese verursachen bei den Sozialversicherungen jährliche Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe. Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere Forderung nach einer Sozialversicherungspflicht für jede Stunde geleisteter Arbeit für ArbeitnehmerInnen genauso wie für Selbständige. Entscheidend für eine selbständige Tätigkeit ist wie und nicht wo gearbeitet wird.

Weisungsgebundene Arbeit, auch Telearbeit, insbesondere in Abhängigkeit von einem Auftraggeber kann insofern nicht als selbständige Arbeit angesehen werden, auch nicht, wenn sie zu Hause durchgeführt wird. Vielmehr gehört dieser Bereich zu dem ausufernden Feld der Scheinselbständigkeit, das wir entschieden bekämpfen werden. Zu einer konsequenten Bekämpfung schein-selbständiger Beschäftigungsformen gehört auch die Neudefinition des Arbeitnehmer- und Unternehmensbegriffs, damit die Schutzwirkung des Arbeitsrechts nicht unterlaufen werden kann.

Die bereits vorhandenen Richtlinien und arbeitsmedizinischen Anforderungen an betriebliche Computerarbeitsplätze sind uneingeschränkt auch auf ausgelagerte Teleheimarbeitsplätze anzuwenden. Ergonomische Standards sind auf Kosten des Arbeitgebers zu gewährleisten. Die Feststellung, ob ergonomische Mindeststandards eingehalten werden, muß durch neutrale Gutachter erfolgen. Häusliche Arbeitsplätze sind qualifiziert zu besetzen; es ist sicherzustellen, daß Telearbeit nicht zu "Kinderarbeit" wird. Ein umfassendes Zugangsrecht des Arbeitgebers zum häuslichen Arbeitsplatz lehnen wir ab.

Der allmähliche Wandel vom klassischen Arbeitgeber-/ArbeitnehmerInnenverhältnis zu einer Auftraggeber-/ AuftragnehmerInnenbeziehung und die absehbaren, immer wiederkehrenden Unterbrechungen der Er-

werbsbiographien - etwa durch Weiterbildungsphasen - sind sozial abzusichern.

Zu einer konsequenten Bekämpfung schein-selbständiger Beschäftigungsformen gehört auch die Neudefinition des Arbeitnehmer- und Unternehmensbegriffs, damit die Schutzwirkung des Arbeitsrechts nicht unterlaufen werden kann.

National wie europaweit muß der Unternehmensbegriff auf alle Glieder der Wertschöpfungskette ausgedehnt werden, wenn diese begründbare Abhängigkeiten aufweisen. Hieraus ergeben sich die entsprechenden Konsequenzen für die Gültigkeit von Tarifverträgen und den Ausbau gewerkschaftlicher Vertretungsmacht. Die Beschäftigten in dieser Kette gelten damit als ArbeitnehmerInnen und genießen entsprechende Schutz- und Versicherungsrechte.

Auch wenn es für die neuen Formen der Selbständigkeit noch kein umfassendes (Ver-) Sicherungsmodell gibt, gilt es der neo-liberalen Diskussion, die Scheinselbständigkeit und „bad jobs„ schlicht als 'Freiheit' verkauft, mit dem konsequenten Anspruch kollektiver Absicherung von Lebensrisiken entgegenzutreten.

Eine zentrale Forderung der Jusos bleibt auch vor diesem Hintergrund die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundversicherung.

Mitbestimmung und Arbeitsrecht

Die Einführung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Betrieb kann verstärkt die zunehmende unternehmerische Tätigkeit eigentlich anhängig Beschäftigter zur Umgehung von ArbeitnehmerInnenrechten führen. Besonders im Rahmen der Arbeitsverhältnisse werden personenbezogene Daten aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen der ArbeitnehmerInnen erhoben und gespeichert. Diese Daten verwendet der Arbeitgeber nicht nur für eigene Zwecke. Aus dem Arbeitsverhältnis ergeben sich auch Auskunfts-, Bescheinigungs- und Meldepflichten, die der Arbeitgeber gegenüber öffentlichen Stellen zu erfüllen hat. Durch die Möglichkeit, im Arbeitsverhältnis anfallende personenbezogene Daten miteinander zu verknüpfen und sie - losgelöst vom Erhebungszweck - für andere Verwendungen zu nutzen, entstehen Gefahren für das Per-

sönlichkeitsrecht der ArbeitnehmerInnen. Mit der Intensität der Datenverarbeitung, insbesondere durch Personalinformationssysteme und digitale Telekommunikationsanlagen, nehmen die Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten des Arbeitgebers zu.

Die Notwendigkeit zur gesetzlichen Regelung besteht unabhängig davon, ob ArbeitnehmerInnendaten in automatisierten Dateien, in Akten oder in sonstigen Unterlagen verarbeitet werden. Der erhöhten Gefährdung durch die automatische Datenverarbeitung ist durch spezifische Schutzvorschriften Rechnung zu tragen.

Angesichts der besonderen Abhängigkeit der ArbeitnehmerInnen im Arbeitsverhältnis und während der Phase einer Bewerbung um einen Arbeitsplatz ist durch Gesetz zu untersagen, daß Rechte, die den ArbeitnehmerInnen nach einschlägigen Datenschutzvorschriften zustehen, durch Rechtsgeschäft, Tarifvertrag und Dienst- oder Betriebsvereinbarung ausgeschlossen werden. Außerdem ist durch Gesetz festzulegen, daß eine Einwilligung der ArbeitnehmerInnen oder Bewerbers nur dann als Grundlage einer Datenerhebung, -verarbeitung oder -nutzung in Frage kommt, wenn die Freiwilligkeit der Einwilligung sichergestellt ist, also die Einwilligung ohne Furcht vor Nachteilen verweigert werden kann. Deshalb dürfen allein aufgrund einer Einwilligung z. B. keine Gesundheitszeugnisse, Ergebnisse von Genomanalysen u. ä. angefordert werden, wenn sie den Rahmen des Fragerechts des Arbeitgebers überschreiten.

Der Gefahr der Umgehung von ArbeitnehmerInnenschutzrechten muß durch veränderte Bestimmungen in den entsprechenden Gesetzen entgegengewirkt werden. **Deshalb fordern wir:**

- Bei allen Phasen der Umwandlung von konventionellen Arbeitsplätzen in Teleheimarbeitsplätze (beginnt bei der Entscheidung über die Auslagerung) sind dem betrieblichen ArbeitnehmerInnenvertretungen - über die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen hinaus - weitreichende Mitbestimmungsrechte einzuräumen.
- Die Bildung betriebs- bzw. unternehmensübergreifender Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen muß ver-

stärkt ermöglicht werden. Den Zusammenschlüssen vieler einzelner Unternehmensteile, die nur nach außen geschlossen auftreten - sogenannte „Virtuelle Betriebe,“ - muß eine funktionierende überbetriebliche wirksame ArbeitnehmerInnenvertretung entgegengesetzt werden, die die Fortdauer von arbeits-, sozial und tarifpolitischen Schutzbestimmungen garantieren kann. Entsprechend müssen Möglichkeiten gefunden werden, diese international festzuschreiben.

- Die Rechte der Gewerkschaften sind auszubauen. Die Forderung, innerbetriebliche Demokratie zu stärken, die von verschiedenen Gewerkschaften eingefordert wird, wird von uns unterstützt.
- Die Arbeitszeitsouveränität muß erweitert und nicht durch neue Zeit- und Raumarrangements reduziert werden.
- Bereichsspezifische und präzise gesetzliche Bestimmungen zum ArbeitnehmerInnendatenschutz sind zu verabschieden. Obwohl Arbeitsrechtler und Datenschutzexperten diese bereits seit Jahren anmahnen, stehen gesetzliche Regelungen über den allgemeinen ArbeitnehmerInnendatenschutz immer noch aus. Der Arbeitgeber darf Daten, die er aufgrund gesetzlicher Vorgaben für andere Stellen (z. B. Sozialversicherungsträger) erheben muß, nur für diesen Zweck verwenden. Eine Datenauswertung und -verknüpfung, die zur Herstellung eines umfassenden Persönlichkeitsprofils der ArbeitnehmerInnen führen kann, ist zu untersagen. Beurteilungen und Personalauswahlentscheidungen dürfen nicht allein auf Informationen gestützt werden, die unmittelbar durch automatisierte Verarbeitungsvorgänge gewonnen werden. Den ArbeitnehmerInnen sind umfassende Auskunfts- und Einsichtsrechte in die Unterlagen einzuräumen, die sein Arbeitsverhältnis betreffen. Diese Rechte müssen sich auch auf Herkunft, Verarbeitungszwecke und Empfänger der Daten sowie die Art und Weise ihrer Auswertung erstrecken. Dem Personal-/Betriebsrat muß ein Mitbestimmungsrecht bei der Einführung, Anwendung und der wesentlichen Änderung von automatisierten Dateien mit personenbezogenen Daten der ArbeitnehmerInnen für Zwecke der Personalverwaltung zustehen. Das gilt auch bei sonstigen technischen Einrichtungen,

mit denen das Verhalten und die Leistung der Beschäftigten überwacht werden kann. Die bisher schon vorhandenen Mitbestimmungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz halten wir hier für unzureichend. Gesetzlich festzulegen ist, welche Daten der ArbeitnehmerInnenvertretung für ihre Aufgabenerfüllung zugänglich sein müssen und wie der Datenschutz bei der Verarbeitung von ArbeitnehmerInnenendaten im Bereich der ArbeitnehmerInnenvertretung gewährleistet wird. Regellungsbedürftig ist auch das Verhältnis zwischen dem Personal-/Betriebsrat und den behördlichen Datenschutzbeauftragten. Die Befugnis des Personal-/Betriebsrats, sich unmittelbar an die Datenschutzkontrollinstanzen zu wenden, ist gesetzlich zu garantieren.

- ArbeitnehmerInnenendaten dürfen nur dann ins Ausland übermittelt werden, wenn dort ein dem deutschen Recht vergleichbarer Datenschutzstandard gewährleistet ist und wenn der Betroffene nach den oben genannten Grundsätzen hierzu gesondert eingewilligt hat. Die Datenerhebung muß grundsätzlich bei den ArbeitnehmerInnen selbst erfolgen.
- Arbeitgeber dürfen Daten der ArbeitnehmerInnen - auch durch Befragen des Arbeitnehmers oder Bewerbers - nur erheben, verarbeiten oder nutzen, soweit dies zur Eingehung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung des Arbeitsverhältnisses zwingend erforderlich und gesetzlich vorgesehen ist. Dabei ist der Grundsatz der Zweckbindung zu beachten. Auch ist zwischen der Bewerbungs- und Berufsphase zu unterscheiden.

Neue Berufsbilder

Die politische Diskussion um die Gestaltung der Informationsgesellschaft bezieht sich hauptsächlich auf die Probleme technischer Machbarkeit und wirtschaftlichen Profits. Die Ausgestaltung und Umsetzung innerhalb der Berufsbilder wird meist außer acht gelassen. Wir wissen, daß der Einsatz digitaler Medien in der öffentlichen wie privaten Kommunikation immer wichtiger und selbstverständlicher wird.

Technologiesprünge kennzeichnen alle Berufsbilder und Menschen müssen dafür qualifiziert werden, das „Schlagwort“, Multimedia ist in aller Munde. Berufsbilder müssen sich dieser Entwicklung anpassen, ArbeitnehmerInnen qualifiziert werden und die

Schaffung von neuen Erstausbildungen ist notwendig.

Situation in der Erstausbildung

Durch Initiative der Gewerkschaften ist es gelungen, für das Ausbildungsjahr 1997 fünf neue Berufsbilder für die I&K-Technologien ins Leben zu rufen. Für diese Berufe - wie z.B. I&K-SystemelektronikerIn und I&K-Systemkaufmann/frau - konnten gemeinsame Kernqualifikationen festgelegt werden, die somit auch überprüfbar sind. Berufsbildvorschläge häufen sich und die Reformierung des dualen Ausbildungssystem ist hier gefordert, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir brauchen bundeseinheitliche Regelungen zur Gestaltung der neuen Berufe, vor allem der Ausbildungsrichtlinien. Die gleichberechtigte Förderung von jungen Frauen und Quotierung von Ausbildungsplätzen muß dabei berücksichtigt werden.

Außerdem müssen die bestehenden Ausbildungsberufe dahingehend modifiziert, daß sie den Ansprüchen der I&K-Technologien entsprechen.

Der Hoffnung auf Schaffung neuer Ausbildungsplätze gerade durch den Multimedia-Boom konnte nicht Rechnung getragen werden; gerade in diesem Bereich sind massiv Stellen abgebaut worden. Die Forderung der Jusos »Wer nicht ausbildet, wird umgelegt« bleibt deshalb auch weiterhin zentral.

Fort- und Weiterbildung

Der Multimedia-Boom hat einen Run auf Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose von Weiterbildungseinrichtungen, Computerschulen etc. ausgelöst. Durch die ungenaue Begriffsbestimmung von Multimedia und den nicht vorhandenen Richtlinien für diese Maßnahmen, werden gerade arbeitslose AkademikerInnen inflationär zu Multimedia-AlleskönnerInnen ausgebildet, die sie in Wirklichkeit nicht sind. Qualitätsstandards in der Multimediabranche sind nicht geklärt und müssen unserer Meinung nach unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Es gibt eine Inflation von neuen Multimedia-Berufen, gleichzeitig steigt die Zahl der „freien,“ und ungesicherten Arbeitsplätze.

Wir brauchen hier eine Regulierung, die u.a. von den Gewerkschaften kritisch begleitet werden sollte und der Entwicklung der I&K-Technologien gerecht wird.

Datenschutz

Kryptografie

Seitens der Bundesregierung und einzelner Koalitionsabgeordneter wird immer wieder gefordert, Verschlüsselungen gesetzlich zu regeln. Als Argument wird angeführt, daß nur so die organisierte Kriminalität wirksam bekämpft werden könne. Könne jeder nach eigenen Gutdünken seine Nachrichten schützen, werde damit das Abhörrecht des Staates ad absurdum geführt.

Hierzu ist zunächst festzustellen: Kriminelle zeichnen sich in der Regel dadurch aus, daß sie sich nicht an Gesetze halten. Ein Kryptographie-Kontrollgesetz wäre darüber hinaus in der Praxis nur sehr schwer zu kontrollieren. Denn der Sinn von Kryptografie ist es ja gerade, daß nur Berechtigte die Nachrichten lesen können. Daher läßt sich die Verwendung von "verbotener" Kryptographie nur durch das probeweise Entschlüsseln aller Nachrichten nachweisen - solch eine "Rasterfahndung" ist mit gutem Grund für den Brief- und Telefon-Verkehr verboten.

Daher muß es jedem möglich sein, sein persönliches Kryptographie-Verfahren sowie seinen Schlüssel selbst zu wählen. Denn in staatlich vorgeschriebenen Verfahren lassen sich sehr leicht "Hintertürchen" einbauen, die es auch nichtstaatlichen Stellen erleichtern würden, private und persönliche Daten offenzulegen. Durch die geplante Vernetzung staatlicher Stellen über Internet u.a. ist es darüber hinaus zwingend erforderlich, auch diesen Verkehr mit absolut sicheren Verfahren zu schützen. Datenschutz darf nicht an der Telefondose aufhören.

Aus diesem Grund ist eine wirksame Kryptographie, die allen BürgerInnen gleichermaßen zur Verfügung steht, dringend geboten.

E-Geld

Im Internet soll in Zukunft via "elektronischem Geld" bezahlt werden können. Statt dem bisher verwendeten Verfahren, die Kreditkartennummer ungesichert durch das Netz zu schicken, bietet dies erhebliche Vorteile. Man könnte es damit vergleichen, daß nicht mehr die Scheckkarte, sondern nur noch eine einzelne Münze durch das Netz

wandert. Geht diese verloren, ist das übrige Geld noch vorhanden.

Allerdings ergeben sich bei einigen der vorgestellten Verfahren auch einige Probleme für Datenschutz, Anonymität und Verbraucherschutz. Um mit elektronischem Geld ein sicheres Verfahren, das in seiner Handhabbarkeit realem Geld in nichts nachsteht, zu etablieren, sind für elektronisches Geld folgende Mindestforderungen aufzustellen:

- Unabhängigkeit: Die Sicherheit digitalen Geldes ist nicht von irgendeinem *physikalischen Ort* abhängig. Es kann sicher über Computernetze transferiert werden.
- Sicherheit: Digitales Geld kann nicht kopiert werden, um es mehrfach auszugeben. Es ist nicht möglich, unbefugt "Münzen zu prägen".
- Privatsphäre: Die Privatsphäre des Benutzers ist geschützt; niemand kann die Geschäfte eines Benutzers nachvollziehen, um damit z.B. ein Benutzerprofil zu erstellen.
- Offline-Bezahlung: Bezahlt ein Benutzer mit digitalem Geld, wird das Protokoll zwischen Geschäftsinhaber und Benutzer offline durchgeführt. Das heißt, daß der Laden nicht an einen Zentralrechner angeschlossen sein muß, um die Bezahlung entgegenzunehmen.
- Transferierbarkeit: Digitales Geld kann zu anderen Benutzern übertragen werden.
- Teilbarkeit: Eine Einheit digitalen Geldes kann in kleinere Geldeinheiten über geringere Beträge aufgespalten werden.

Elektronisches Geld darf nicht dazu führen, einen "gläsernen Menschen" zu schaffen. Daher ist es nötig, hier besondere Sorgfalt walten zu lassen.

Zensurproblematik

Die Verbreitung von gewaltverherrlichenden, sexistischen und politisch-extremistischen Angeboten ist durch staatliche Verbotsmechanismen in der Realität kaum aufzuhalten. Vielmehr muß auf freiwillige Formen der Selbstkontrolle bei den Anbietern gesetzt werden, um so fragwürdiges Material aus dem Angebot fern zu halten. Sollten von NutzerInnen Gesetzesverstöße begangen werden, so dürfen dafür nicht die Provider *strafbar gemacht* werden, sondern ausschließlich die entsprechenden NutzerInnen.

Eine Zensur im Internet, wie seitens vieler Konservativer vorgeschlagen, erachten wir

als ungeeignet. Aufgabe der Politik ist es *vielmehr*, wirksame internationale Vereinbarungen über weltweit gültige ethische und demokratische Standards für die Datennetze zu formulieren. Ein automatisches Filtern öffentlicher Meinungsäußerungen nach inhaltlichen Kriterien oder ein Verbot vertraulicher Kommunikation kommen für uns nicht in Frage.

Zensur jedoch löst diese Problematik keineswegs. Es stellt sich in diesem Zusammenhang nicht nur die Frage nach den technischen Möglichkeiten einer Kontrolle. Ein technischer Wettlauf wird hierbei nie zu gewinnen sein. Eine nationale Lösung ist hierbei auch nicht mehr realisierbar. Über Internet kann zu jedem angeschlossenen Rechner auf der Erde eine Verbindung hergestellt und Daten übertragen werden. Jegliche Zensurbestrebungen der Konservativen haben offensichtlich die internationale Dimension der Vernetzung noch nicht wahrgenommen. Maßnahmen wie Zensur oder eine generelle Überwachung elektronischer Kommunikation dürfen dabei für einen demokratischen Staat grundsätzlich keine Handlungsoptionen sein. Dies wäre das Ende demokratischer und nichtkommerzieller Kommunikationsstrukturen in den Netzen.

In konservativ dominierten Gesellschaften können Texte und Äußerungen ggf. unter Zensur fallen. Dies gilt insbesondere für Themenkreise wie Sexualaufklärung, Informationen zur Geburtenkontrolle, § 218 und Abtreibung, Angebote schwuler und lesbischer Informationen. Für Frauen in nichtdemokratischen Gesellschaften kann es daher auch wichtig werden, Barrieren von Regierungsseite zu durchbrechen, um einen Online-Zugang zu erhalten. Bestrebungen in dieser Richtung werden wir unterstützen.

Perspektiven

Die tatsächliche Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft hängt auf jeden Fall unmittelbar von den Vorgaben aus der Politik ab. Der Vorschlag der G-7 Partnerländer, die ihr „gemeinsames Zukunftsbild von der Globalen Informationsgesellschaft,“ verwirklichen wollen, beruht auf acht Grundprinzipien:

- Förderung eines dynamischen Wettbewerbs
- Förderung von Privatinvestitionen

- Festlegung eines anpassungsfähigen ordnungsrechtlichen Rahmens
- Sicherstellung eines offenen Netzzugangs bei gleichzeitiger
- Sicherung eines universellen Dienstangebots und -zugangs
- Förderung der Chancengleichheit aller BürgerInnen
- Förderung der Programmvielfalt einschließlich der kulturellen und sprachlichen Vielfalt
- Anerkennung der Notwendigkeit einer weltweiten Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer

Bezeichnenderweise sind hier Maßnahmen zur sozialverträglichen Arbeitsgestaltung, zur Förderung der Beschäftigung und zur Neuordnung von Bildung und Qualifizierung nicht ausdrücklich integriert.

Deshalb muß es einen eigenen Entwurf der Jusos geben, der die Entwicklung unserer Gesellschaft unter dem Einfluß der I&K-Technologien beschreibt. Hierbei sind Diskussionen um technische Fragen, sind Pro- und Contra-Glaubenskriege zum Thema Computer, Internet und Multimedia der falsche Weg.

Vielmehr muß eine Perspektive erarbeitet werden, wie die Gesellschaft, in der wir morgen leben und arbeiten, aussehen soll. Einen intragesellschaftlichen Konsens zu finden, auf welche Weise wir den Weg dorthin realisieren können, wird eine schwere politische Aufgabe für die nächsten Jahre sein. Folgende Themenblöcke müssen in diesem Zusammenhang bearbeitet werden:

- **Zukunft des Sozialstaates** (quantitative Beschäftigungseffekte, Scheinselbstständigkeit, Heimarbeit),
- **Veränderung der Beschäftigungsorganisation** (z.B. Telearbeit, Arbeitszeitgestaltung, Teilzeitarbeit, ArbeitnehmerInnenüberlassung),
- **Neuordnung des Arbeitsrechts** (Neudefinition z.B. des Unternehmensbegriffs und des ArbeitnehmerInnenbegriffs),
- **Zukunft der Qualifikationen, der beruflichen Strukturen und des Ausbildungswesens** (Anforderungen an Aus-, Fort- und Weiterbildung, neue Berufsbilder)

- **Bedeutung für die Klassenformierung** (Milieubildung, betriebliche und gewerkschaftliche Organisation von Beschäftigten)
- **Globalisierung der Produktionsprozesse** (globale Verteilung von Arbeit, "Virtuelle Organisation", internationaler Wettbewerb),
- **Ökonomische Vermachtung und Monopolisierung** (Rolle von Großkonzernen in der Medienwirtschaft)
- **Ökonomisierung der Lebenswelt.**

Als Jusos fordern wir hierzu deutlich, daß die Entwicklungen im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ein integraler Bestandteil der Diskussion um einen ökologisch-sozialen Umbau und die Bildungsoffensive sein müssen. Wir wollen neue Formen der Erwerbsarbeit nicht als ein sich selbst gestaltendes Element der wirtschaftlichen Entwicklung akzeptieren, sondern an der Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine progressive Vision qualitativ neuer Beschäftigung mitwirken.

Gerade die Informations- und Kommunikationstechnologien weisen alle Merkmale einer offenen Technologie auf, also einer Technologie, deren Entwicklungsrichtung wesentlich von den gesellschaftlichen Präferenzen und politischen Rahmenbedingungen bestimmt wird. Also darf sich die Aufgabe des Staates hier nicht nur darauf beschränken, die Angebotsbedingungen für die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen zu verbessern. Vielmehr müssen Rahmenbedingungen gestaltet werden, die die Chancen der Menschen auf eine selbstbestimmte, befriedigende Lebensperspektive in der sich wandelnden Gesellschaft verbessern. Dazu bedarf es einer öffentlichen Debatte über die gesellschaftliche Perspektive einer dezentralisierten, internationalisierten Gesellschaft, und einer Politik, die durch eine Bildungsoffensive, gezielte Förderungen, zielgerichtete Restriktionen und gesetzliche Maßnahmen die Rahmenbedingungen zur Gestaltung des ökologisch-sozialen Umbaus zu setzen weiß.

An dieser Stelle wird deutlich, daß eine Einordnung der Diskussion von Beschäftigungsperspektiven durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien

in die allgemeine Debatte um die Zukunft der Arbeit erfolgen muß. Eine Bearbeitung der beschäftigungspolitischen Fragen im Medienbereich sollte deshalb in enger Verzahnung mit der Juso-Bundeskommision WiSo erfolgen.

Einfach kriminell

Die herrschende Politik im Schulterschuß mit der neuen Rechten

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Situation

I. Rassismus: Begriff, Ursachen und Politik im Zusammenhang von Kultur und Ideologie

1.1. Die Ideologie des Rassismus

In den öffentlichen Debatten werden zumeist die Begriffe „Ausländerfeindlichkeit“ oder „Fremdenfeindlichkeit“ verwandt, wenn es um die gedankliche oder tatkräftige Ablehnung von „AusländerInnen“ durch „InländerInnen“ geht, selten nur wird von „Rassismus“ gesprochen. Wir wollen jedoch den Begriff des „Rassismus“ verwenden, nicht, weil er den Charakter des schärferen moralischen und politischen Vorwurfs vermittelt, sondern, weil er im Gegensatz zu den anderen Begriffen die klare historische und analytische Kategorie ist, weil er etwas aussagt über die Zusammenhänge und Ursachen von Ablehnung und Haß gegenüber Fremden. Rassismus ist kein neues Phänomen, auch keines, das erst mit den modernen kapitalistischen Gesellschaften Einzug gehalten hat. Rassismus ist aus allen historischen Gesellschaftsformen bekannt, allerdings mit je spezifischen Ausprägungen, aber ähnlichen Funktionen für die Stabilisierung bestehender Gesellschaftsordnungen.

Rassismus ist eine rein ideologische Konstruktion, eine Ideologie: es gibt keine „Rassen“. Es gibt keine nachweisbaren Zusammenhänge zwischen körperlichen oder kulturellen Merkmalen von Menschen und ihren Grundeigenschaften oder Möglichkeiten. Das Annehmen von „Rassen“ ist ideologisch motiviert und kulturell verwurzelt, es erfüllt

wichtige Funktionen für die Sicherung bestehender Herrschaftsstrukturen:

- Rassismus „naturalisiert“ gesellschaftliche, soziale Merkmale und Zustände, d.h. es läßt soziale Ungleichheiten, Ausgrenzungen und Klassenwidersprüche als naturgegeben erscheinen, nicht als gesellschaftlich bedingt. Diese Wirkungsweise ist ähnlich der anderen ideologischen Formen, wie religiöser Fanatismus oder Sexismus. Über diese „Naturalisierung“ werden soziale Ungleichheit und Unterdrückung politisch und kulturell legitimiert, von den Betroffenen selbst oft als „Schicksal“ verinnerlicht.
- Über diese „Naturalisierung“ werden gesellschaftliche Ausschließungspraxen legitimiert, d.h. es werden ganze soziale Gruppen von der Reichumsverteilung in materieller oder kultureller Hinsicht ausgeschlossen, mit dem Verweis auf deren „natürliche“ Minderwertigkeit, „natürliche“ Stellung an bestimmten, unteren Positionen der Gesellschaft. Dabei wird Rassismus historisch nicht nur von den Herrschenden praktiziert, sondern auch von anderen, dadurch in der Reichumsverteilung begünstigten Gruppen, als Legitimation der eigenen Privilegierung verinnerlicht.
In den kapitalistischen Gesellschaften ist Rassismus in dieser Hinsicht historisch, ähnlich wie der Sexismus, ein grundlegendes Strukturelement der ökonomischen und gesellschaftlichen Reproduktion. Die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise und der Reichumsverteilung wäre ohne solche Ausschließungspraxen nicht möglich gewesen, und auch heute kommt er im weltweiten Maßstab ohne sie, also ohne die faktische Ausschließung ganzer Erdteile von der Reichumsverteilung, nicht aus.
- Über „Rassen-Merkmale“ definierte Gruppen können als vermeintliche Verursacher von ökonomischen und gesellschaftlichen Krisen benannt werden und fungieren so als Sündenböcke, indem sie von den realen Ursachen der Krise ablenken und den gesellschaftlichen Unmut auf sich ziehen.
Gerade die Verbindung von tatsächlicher Diskriminierung und Ausschließung mit

ideologischer Legitimierung (der rassistische „Diskurs“) macht die Wirksamkeit aus, begünstigt die Verwurzelung im kulturellen Prozeß und die Verinnerlichung in der Sozialisation der einzelnen Menschen.

1.2. Psycho-soziale Grundlagen des Rassismus

Rassismus als Ideologie, als „ideologische Vergesellschaftung von oben“ ist jedoch nur deshalb wirksam, weil er an tatsächlichen, nicht ideologischen Grundbedürfnissen von Menschen und tatsächlichen Bedingungen für die „Konstruktion von Gesellschaft“ anknüpfen kann. Menschen bilden im Prozeß ihrer „Vergesellschaftung“, also ihrer sozialen und kulturellen Einbindung in gesellschaftliche Strukturen eine Identität aus, also eine Bestimmung des eigenen Selbst, ein „Selbstbewußtsein“. Ein Grundmerkmal dabei ist die Bildung von „Differenzen“, die Differenzierung in „Eigenes“ und „Fremdes“.

Die Bestimmung des „Eigenen“, der eigenen Identität, kommt ohne eine Bestimmung und Abgrenzung des „Fremden“ nicht aus, wobei jedoch diese Unterscheidung eine Ablehnung oder eine Angst vor diesem „Fremden“ nicht natürgemäß beinhaltet. Die (zumeist untergründige, nicht bewußte) Angst vor „dem Fremden“ und die resultierende Ablehnung und Abwehr entsteht erst dann, wenn die eigene Identitätsbildung gefährdet erscheint, die eigene Identität (das „Selbstbewußtsein“) in Frage gestellt ist.

In modereren kapitalistischen Gesellschaften ist aufgrund der Entfremdung in der Arbeit, der nicht selbstbestimmten Verfügung über die eigenen Fähigkeiten und Qualifikationen, eine Identitätsbildung über die Entfaltung der eigenen schöpferischen Fähigkeiten, über das „Eigene“ mehr oder weniger eingeschränkt. Ersatzidentifikationspunkte werden notwendig, „Eigenes“ muß anderwertig konstruiert und gegen „Fremdes“ abgegrenzt werden. Hier haben nationalistische, rassistische oder autoritäre Ideologien und kulturelle Verhaltensmuster ihren Ansatzpunkt. „Nation“, „Rasse“, Glaubensgemeinschaft oder auch „Männlichkeit/Weiblichkeit“ bieten Elemente für Er-

satzidentitäten, bieten Möglichkeiten der eigenen Vergesellschaftung.

Dabei sind solche ideologischen Vergesellschaftungsmuster in vielfacher Verstrickung in sozialen Strukturen und kulturellen Traditionen moderner Gesellschaften verwurzelt. Rassistische und nationalistische Ideologien haben ihren fruchtbaren Nährboden v.a. auch in autoritären, bürgerlichen Familienstrukturen, Erziehungssystemen oder der Realität betrieblicher Konkurrenz um Arbeitsplätze und Aufstiegsmöglichkeiten im autoritärhierarchischen System.

Von daher ist „Rassismus“ also nicht nur ein „Problem“ der Herrschenden oder gesellschaftlichen Randgruppen, sondern auch in der Kultur der ArbeiterInnenbewegung der kapitalistischen Metropolen historisch verwurzelt. Eigene Verinnerlichung rassistischer Deutungsmuster in ArbeiterInnenkultur und ArbeiterInnenbewegung einerseits und deren politische Bewußtmachung und Bekämpfung z.B. durch Gewerkschaften oder die SPD andererseits, stehen also in einem widersprüchlichen, dialektischen Verhältnis zueinander.

1.3. Klassischer Rassismus und „Neo-Rassismus“

Der klassische Rassismus nahm v.a. körperliche, scheinbar „biologische“ Merkmale von Menschen, aber auch soziale Strukturen und Lebensweisen von Völkern zum Ausgangspunkt der Konstruktion von „Rassen“, und legitimierte Unterdrückung und Ausschließungspraxen über die „Höherwertigkeit“ und „Überlegenheit“ der eigenen „Rasse“ und Kultur bzw. der Minderwertigkeit der anderen. Im Zuge der politischen Aufklärung ist diese Form von Rassismus jedoch zunehmend weniger geeignet, ihre ideologische Bindewirkung zu entfalten. Seit geraumer Zeit ist daher die Verbreitung eines modernisierten, neuen Rassismus zu beobachten, der in den Thinktanks der neuen Rechten (v.a. in Frankreich) entwickelt wurde, aber bereits weit in konservative und z.T. sozialdemokratische Kreise hinein wirksam geworden ist.

Dieser „Neo-Rassismus“ basiert nicht mehr (in erster Linie) auf körperlichen Merkmalen, sondern nimmt kulturelle Unterschiede zum

Ausgangspunkt. Zum Teil wird ganz auf die Konstatierung einer eigenen Überlegenheit verzichtet und stattdessen „lediglich“ darauf verwiesen, daß die Kultur eines Volkes notwendig sei für dessen Identität bzw. der Identität von Nationen, weshalb kulturelle und soziale Vermischungen diese Identitäten (z.B. des deutschen Volkes) gefährden würden.

Dabei wird ganz bewußt Bezug genommen auf die beschriebenen psycho-sozialen Grundlagen von Vergesellschaftung und die „Notwendigkeit“ von konstruierten Identifikationsmustern wie „Nation“, „nationale Kultur“ wird als naturgesetzlich bezeichnet, also naturalisiert. Ursprünglich aufklärerische, linke Begriffe wie „kulturelle Identität“, „Kulturnation“, „kulturelle Selbstbestimmung“ werden aufgegriffen, umgedeutet und in den neo-rassistischen Diskurs integriert.

1.4. Identitätsbildung und Rassismus heute

Die Identitätsbildung und Vergesellschaftung von Menschen findet in den modernen kapitalistischen Industriegesellschaften unter veränderten sozialen und kulturellen Bedingungen statt. Der Trend der Individualisierung ist dadurch gekennzeichnet, daß alte, große soziale Zusammenhänge, die früher bestimmende Bedeutung für die Vergesellschaftung der Menschen hatten, sich auflösen oder an Bedeutung verlieren, die Menschen aus ihren strukturellen Zwängen, aber auch ihren Sicherheiten und Orientierungshilfen freigesetzt werden (Familie, religiöse oder politische Milieus, Institutionen wie Kirche, Vereine, Betrieb und Gewerkschaft).

Alte Werte- und Normensysteme verlieren an Bedeutung, werden „entzaubert“, durch neue Werte und Orientierungen ersetzt. Kennzeichen dieser Neubildung von sozialen Systemen, kulturellen Milieus und Wertorientierungen ist, daß sie wesentlich stärker differenzieren und wesentlich dynamischer, also kurzlebiger und veränderbarer sind. Bei der Identitätsbildung müssen die Menschen von daher eine höhere Leistung erbringen: Die Auswahlmöglichkeiten und Freiheiten, aber auch die Entscheidungszwänge und -risiken sind gewaltig gestiegen, die soziale

Hilfestellung und Vorprägung bei diesem Orientierungsprozeß ist gesunken.

Findet dieser individualisierte Vergesellschaftungsprozeß unter den Bedingungen sozialer und ökonomischer Krisen statt, also unter erhöhtem Konkurrenzdruck und Versagens-Risiko, scheint die eigene Identität oft unsicher und gefährdet. Deshalb haben gerade in solchen Situationen ideologische „Identifikationshilfen“ wie Rasse, Nation, Gruppenbildungen über (Sub-)Kultur und Gewalt gute Anknüpfungsmöglichkeiten.

Hinzu kommt wiederum die ausschließende Wirkung rassistischer Ideologie: In (unbewußter) Wahrnehmung, daß der hiesige soziale Wohlstand durch die Verarmung von großen Menschenmassen in anderen Ländern und Kontinenten (auf dem er letztlich beruht) gefährdet werden könnte, wird (neo-)rassistische Ideologie zur Abwehr gegenüber fremden Eindringlingen auf die „Wohlstandsinsel“. Rassismus ist also nicht nur „Opfer-Reaktion“, sondern auch chauvinistisches Mittel der eigenen Besitzstandswahrung.

1.5 Rassismus und Ethnizismus als Konstrukt in Verteilungskämpfen

Diese Form der Besitzstandswahrung und des Einsatzes rassistischer Konstrukte als Mittel zur Sicherung eigener Macht- und Verteilungsansprüche ist den letzten Jahren weltweit immer stärker zu Tage getreten. Mit zunehmender Abkopplung ganzer Regionen und Kontinente von der ökonomischen Entwicklung der hochentwickelten Staaten werden in den abgekoppelten Staaten die Verteilungsspielräume minimal. Gleichzeitig existieren dort in der Regel kleine Eliten, die ihre Besitzstände um so brutaler verteidigen müssen. So ist es nicht verwunderlich, daß heute quasi alle kriegerischen Konflikte bürgerkriegsähnlich sind und vordergründig von ethnischen und rassistischen Motiven dominiert werden.

In solchen Konflikten werden mit dem Verfall der politischen Integrität des staatlichen Apparates und seines Gewaltmonopols zugleich rassistische Identitäten konstruiert und Abgrenzungen gegen das andere vorgenommen. Mittels dieser Gruppendifinitionen sollen dann Verteilungsungleichheiten rechtfertigt und gewaltsam verteidigt werden.

Qua Ausgrenzung ethnisch definierter Gruppen in der Gesellschaft soll der reduzierte gesellschaftliche Reichtum weiterhin verteilt werden können. Die in der Regel den Konfliktschürenden Eliten sind vor dem Hintergrund eines solchen Konfliktes dann in der Lage, die Disparitäten zwischen sozialen Schichten und Klassen zu verdecken und so die eigene Rolle von den gesellschaftlichen Konflikten zu abstrahieren.

Umgekehrt wird das ethnizistische Konstrukt aber auch zur Identifikation im Verteilungskampf von unten zunehmend genutzt. Da mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und der Rechtswende der europäischen Sozialdemokratie zwei wichtige Bündnispartner der Befreiungsbewegungen verloren gegangen sind und somit auch keine hegemonialen Kräfte mehr existieren, die in der Lage wären sozialistische Modelle zu stiften, die Identifikationspotentiale für solche sozialen Bewegungen schaffen, werden auch Verteilungskämpfe von unten mehr und mehr von ethnischen Mustern dominiert.

Rassismus in globalem Maßstab zu bekämpfen, heißt daher auch neue Modelle einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung zu erarbeiten und in gemeinsamen Kämpfen sozialer Bewegungen in den hochentwickelten Staaten und den von der ökonomischen Entwicklung abgekoppelten Regionen als Alternative zum rassistischen Konstrukt zu postulieren.

II. Wie weit rechts steht der gesellschaftliche Konsens?

2. 1.

Die soziale Spaltung wird von der Bundesregierung in rasendem Tempo vorangetrieben. Gleichzeitig wird der Bevölkerung ein Sündenbock präsentiert: Natürlich sind wieder die AusländerInnen schuld an der Misere. Erschreckend ist, in welchem Maße diese Strategie greift: Bei einer Umfrage in den neuen Bundesländern erklärten 86% der Befragten, nicht die Methode des Anschlusses sei ihrer Ansicht nach die Ursache der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in der Ex-DDR, sondern die AusländerInnen! Aber auch in Westdeutschland sieht das Ergebnis relevanter Befragungen zu diesem Thema nicht wesentlich anders aus. (vgl. Heitmeyer-Studie zu Rechtsextremismus bei Jugendlichen, Sinus-Studie u.a.)

Mit einer beispiellosen Kriminalitätskampagne wird diese rassistische Grundstimmung weiter geschürt. Einen Höhepunkt bildete die Hetze gegen KurdInnen in der BRD, von denen Horrorbilder menschenverachtender gewaltbereiter TerroristInnen gezeichnet wurden, bis die Stimmung reif war für massenhafte Vereinsverbote. Die Schreckgespenster von "Russenmafia" und "Organisierter (Banden)-Kriminalität" wurden als nächstes an die Wand gemalt. Einen Höhepunkt bildete der Wahlkampf in Hamburg, in dem gerade auch die SPD das rassistische Bild insbesondere schwarzer Dealer in den Mittelpunkt stellte, um sodann sogar die DVU mit ihren Law-and-Order-Parolen rechts zu überholen. Daß eine solche Politik kaum einen anderen Erfolg hat, als rechten und rechtsextremen Gruppen Auftrieb zu geben, indem rassistische Vorurteile gesellschaftsfähig gemacht werden, hat der Ausgang der Hamburg-Wahlen nur zu deutlich gezeigt.

Mit solchen Kampagnen ist es ein leichtes für die Bundesregierung (in trauter Gemeinsamkeit auch mit den SPD-Landesregierungen), einen massiven Ausbau des staatlichen Repressionsinstrumentariums und einen weiteren Abbau demokratischer Rechte durchzusetzen. Das reicht vom Ausbau und der technischen Aufrüstung des Polizeiapparates und v.a. des Grenzschutzes über den Lauschangriff und die damit verbundene Einschränkung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung bis zu Einschränkungen des Demonstrationsrechts und des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Die nächsten Projekte sind bereits in der Vorbereitung: Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dem Lauschangriff der Spähangriff folgen wird. Und die Enquete-Kommission "Sekten" des Bundestags, die von Mitgliedern und SympathisantInnen rechter Sekten dominiert wird, bereitet Vorschläge zur Einschränkung von Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit vor.

Mit der Europol-Konvention wurde auf europäischer Ebene - weitgehend unbeachtet - eine polizeiliche Einsatztruppe mit weitgehenden Befugnissen und beinahe diplomatischer Immunität geschaffen. Eine parlamentarische Kontrolle, Datenschutz oder ähnliche demokratische Mätzchen stehen hier nicht einmal mehr zur Debatte.

Mit dieser Aufrüstung im Inneren einher geht die Absicherung der Großmachtansprüche

der BRD nach außen. Mittlerweile ist aus der "harmlosen" Debatte um Blauhelmeinsätze die offene Durchführung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr ohne Zustimmung des Parlaments - dafür aber mit dem Segen der sozialdemokratischen Führungsspitze geworden (Albanien). Was als Salamtaktik angefangen hat, wird nun in Riesenschritten durchgesetzt. Dabei geht der Umbau der Bundeswehr mit flexibel weltweit einsetzbaren Krisenspezialkommandos (KSK) und Krisenreaktionskräften (KRR) Hand in Hand mit dem Ausbau der WEU. Die Rolle der Bundesrepublik als Weltmacht (mit europäischer Rückendeckung zumindest aus dem "Kerneuropa") ist inzwischen etabliert.

Relevante Kräfte, die diese Entwicklung in Frage stellen (geschweige denn bekämpfen), sind derzeit nicht in Sicht. Die SPD-Bundestagsfraktion - bis auf einzelne fortschrittliche Rudimente - reagiert auf jeden Vorstoß der Regierung mit freundlicher Zustimmung. Die Friedensbewegung ist zersplittert und geschwächt, nachdem Teile, die sich früher dazu gezählt hatten, dem Druck der Herrschenden nachgegeben und sich inzwischen selbst zu Bellizisten bzw. Großmachtpolitikern gemausert haben. So heißt z.B. für Joschka Fischer "aus der Geschichte lernen" mittlerweile, sich an Kampfansätzen zu beteiligen und die neue Rolle und "Verantwortung des deutschen Volkes" wahrzunehmen (Rede anlässlich der Gedenkveranstaltung am 9.11.97 in der KZ-Gedenkstätte Dachau).

In dieser Situation kommt den wenigen verbliebenen fortschrittlichen Kräften eine gesteigerte Verantwortung zu.

2.2. Ursachen für die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Die letzten drei Jahrzehnte der gesellschaftlichen Entwicklung sind geprägt von einer umfassenden Modernisierung der ökonomischen Basis und der sozialen sowie kulturellen Formen der Lebensverhältnisse. Die Spielräume der individuellen Möglichkeiten (Bildung/Ausbildung, Jugend als eigenständige Lebensphase, e tc.) reichen ehute weit über die traditionellen Möglichkeiten hinaus. Sie sind aber gleichzeitig enger mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung (z.B. von sozialstaatlichen Transfers) verbunden. Dieser gesellschaftliche Modernisie-

rungsprodukt hat zur Auflösung traditioneller Beziehungsstrukturen geführt. Er war Produkt sowohl der allgemeinen Massenproduktion, der die ArbeiterInnen als KonsumentInnen benötigte, als auch der sozialen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung selbst.

Den neu geschaffenen Möglichkeiten steht dabei der Verlust von sozialer und ökonomischer Sicherheit und kulturellem Eingebundensein gegenüber. Zwar wurden also persönliche Abhängigkeiten gelockert, die direkte Abhängigkeit von gesellschaftlichen Strukturen aber erweitert. Gesellschaftliche Krisen werden subjektiviert und die umfassende Vergesellschaftung der individuellen Reproduktion zwingt zur Entwicklung eines ichzentrierten Bewußtseins. Diese Verschiebung beinhaltet eine zunehmende Entfremdung von gewohnten gesellschaftlichen/individuellen Praxen, die zu Identitätskrisen und -verlusten führen kann.

Vor allem sogenannte ModernisierungsverliererInnen waren deshalb bislang besonders anfällig für rassistische und rechtsextreme Politikmodell, weil sie das Aufgehobensein in einer geschlossenen Gruppe zu finden glaubten. Heute verändert sich dies mehr und mehr. Es ist nicht mehr allein die Gruppe der sozialen AbsteigerInnen oder der Ewiggestrigen, die für ausländerInnenfeindliche und rassistische Parolen und Politik 'anfällig' ist. Neuerer Untersuchungen haben erkennen lassen, daß auch Jugendliche aus gehobenen Familienverhältnissen mit höheren Bildungsabschlüssen und weniger krisengefährdeten Zukunftsperspektiven 'rechts' und ausländerfeindlich werden. Es wird dabei die Vermutung geäußert, daß es sich nicht mehr vornehmlich um eine 'autoritätsfixierte Recht', sondern eine 'narzißtische' handelt, die ihre extreme 'Ich-Bezogenheit' in faschistischen/rassistischen Formen, die für sie durchaus 'modische' Züge annimmt und nicht dauerhaft zu sein braucht, ausdrückt.

Diese Entwicklung ist Ausdruck eines sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Konkurrenzkampfes, die sich in die gesellschaftliche Struktur und Bewußtseinsentwicklung einschreibt. Gleichzeitig kann diese Selbstverortung im rechten Spektrum als Abwehrmechanismus der 'Wohlstandsinsel' Westeuropa (diese 'Phänomene sind näm-

lich keine spezifisch 'deutschen, sondern lassen sich in fast allen westeuropäischen Ländern feststellen) gegenüber den verelendeten Massen in Osteuropa und der sogenannten Dritten Welt interpretiert werden.

Da zudem der 'gesellschaftliche Konsens' über die Ablehnung rassistischen und faschistischen Gedankenguts - sofern er jemals bestanden hat - durch die Politik der vergangenen Jahre endgültig aufgebrochen zu sein scheint, droht gerade bei Jugendlichen eine stärkere und möglicherweise auch dauerhaftere Zuwendung zu rassistischer und faschistischer Politik.

2.3 Neoliberalismus und 'modernisierter' Rechtsextremismus

Neue Aspekte in der Analyse

Der Begriff 'Rechtsextremismus' ist in Öffentlichkeit und Medien vor allem verbunden mit Ausländerhaß, antisemitischen Hetzparolen und schlagenden Jugendlichen. Auch in der politischen Diskussion beschränkt sich die Analyse des Neofaschismus meist auf die Erscheinungsformen, denn ein umfassendes wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept war lange Zeit weder bei der DVU noch bei den Republikanern auszumachen. Deren 'Konzepte' beschränkten sich im wesentlichen auf traditionell faschistische Inhalte und Ziele. Die legitime Konsequenz war eine ~~Beingerechtigkeit als Faschismus~~ ^{Beingerechtigkeit als Faschismus} handelt es sich allerdings um eine inzwischen von den Republikanern „als nicht mehr zeitgemäß“ zurückgewiesene Ausrichtung. Nach parteiinternen Flügelkämpfen und dem Führungswechsel von Schönhuber zu Schlierer hat die Partei einen Prozeß eingeschlagen, den sie als „Modernisierung“ bezeichnet und dessen Vernachlässigung bei der Analyse des Neofaschismus eine Gefahr darstellt, der entgegengetreten werden muß.

Ganz im Gegensatz zur vorherrschenden Annahme besitzen die rechtsradikalen Parteien in Deutschland inzwischen eine detaillierte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption. Mit dem Ziel, die politische Isolation aufzubrechen letztlich „bündnisfähig“ zu werden, vollziehen die rechtsextremen Parteien, insbesondere die Republikaner, eine Anpassung an den Neoliberalismus. Als Vorbild dient hierbei vor allem die österreichische FPÖ.

Die Aneignung einer rigiden neoliberalistischen Ideologie als Parteidoktrin ist allerdings mehr als ein Mittel, um die extreme Rechte wieder "gesellschaftsfähig" zu machen. Es handelt sich bei diesem Schritt um eine in vielen Aspekten logische Synthese von neofaschistischen und neoliberalen Elementen.

Bei genauer Analyse sind zwar nicht nur Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ideologien erkennbar, aber es wird deutlich, daß neoliberale Konzepte sich schlüssig in das faschistische Gesellschaftsbild integrieren lassen.

2.4. Das Politische Konzept der extremen Rechten

Mit der "Modemisierung" des Rechtsradikalismus bestätigt sich die These, daß wer vom Kapitalismus spricht, vom Faschismus nicht schweigen kann. Die "modemisierten" Republikaner setzen auf einen entfesselten Kapitalismus, also auf das individuelle Profitstreben, dessen Freiheit ausgebaut und garantiert werden sollte. Arbeitslosigkeit wird als Folge von "Leistungsverweigerung" oder platt als "Pech am Markt" dargestellt, der Sozialstaat als freiheitseinschränkend und leistungshemmend denunziert. Die Rechtsextremen polemisieren gegen staatliche Regulation und fordern z.B. eine "Beseitigung der verkrusteten Tarifautonomie" (Schlierer). Der Staat hat nach Vorstellung der Republikaner nur Rahmenbedingungen für die "freie Entfaltung" des Marktes zu schaffen. Nach Beseitigung der dafür angeblich hinderlichen Strukturen (in Bezug auf gewerkschaftliche Handlungsspielräume, Zumutbarkeitskriterien, etc.) sollen staatliche Eingriffe sich auf einen verstärkten Polizei- und Justizapparat konzentrieren. In diesen Zielsetzungen ist die eindeutig neoliberale Ausrichtung der rechtsradikalen Wirtschaftspolitik deutlich erkennbar- die Deckungsgleichheit mit Aussagen und Zielen der etablierten konservativen und liberalen Parteien ist nicht zu übersehen.

Hinzu kommt allerdings in den rechtsradikalen Konzepten ein sozusagen neu aufbereiteter Rassismus. Dieser ist nicht mehr im nationalsozialistischen Sinne biologisch determiniert, sondern zum Zweck breiter Akzeptanz umgedeutet worden. Dieser

kulturell und wirtschaftlich begründete Rassismus fußt auf der kruden ökonomischen „Evolutionstheorie“ der Rechtsextremen. Danach stehen die Volkswirtschaften Europas und der Welt in einem ständigen Kampf, aus dem nur "der Stärkere" lebend hervorgeht. Dies schließt nicht nur jegliche internationale Solidarität aus, sondern ist die rechtsradikale Variante des konservativ-liberalen Standort- und Hartwährungsnationalismus. Traditionell faschistische Motive tauchen hier verändert auf. In diesem Zusammenhang findet sich das Argument des "Fitmachens" für die Globalisierung als Rechtfertigung für die völlige Demontage des Sozialstaats auch in den rechtsextremen Parteiprogrammen. Im Interesse dieser Wettbewerbsfähigkeit werden zudem alle ImmigrantInnen als "leistungshemmend" diskreditiert. Der beschriebene Zivilisationsrassismus wirkt nach Vorstellungen der Republikaner identitätsstiftend. Die Zugehörigkeit zu einer mächtigen Wirtschaftsnation, die "Freiheit" im neoliberalen Sinn und eine "innere Sicherheit" werde daneben als Ersatz für soziale Sicherung und die daraus für den großen Teil der Menschen resultierende wirkliche Freiheit angeboten.

Gesellschaftspolitisch propagieren die Rechtsextremen ähnlich wie die Konservativen ein festes "moralisches Korsett" aus Traditionen wie Kirche, Nation und Familie. Die Familie und das private Umfeld sind denn auch (im Interesse des rigiden Markttotalitarismus) der einzige Sektor für Begriffe wie Ethik und Solidarität. Letzteres wird nicht länger im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit gedeutet, sondern ersetzt durch die Postulierung eines diffusen Gemeinns. Um die neoliberale "Freiheit" nicht zu beschneiden, wird Ethik zur Privatsache erklärt. Anders als Konservative und Liberale gehen die Rechtsradikalen in ihren Vorstellungen von der "Befreiung von den Fesseln der Bürokratie und Politik" bis zur Einschränkung parlamentarischer Kompetenzen auf Kosten der Menschenrechte. Demnach sollen politische, ökonomische und soziale Prozesse immer weniger von Parteien und sozialen Bewegungen, sondern von den "spontanen Kräften des Marktes" katalysiert werden. Mit ihren antidemokratischen und antiaufklärerischen

Ideen befinden sich die rechtsextremen Parteien folglich nach wie vor in der faschistischen Tradition, die den Parlamentarismus und die Linke zurückdrängen will. Das eigentliche Ziel der extremen Rechten, nämlich die Rücknahme aller politischen, sozialen und ökonomischen Reformen bleibt also auch nach der sog. "Modernisierung" bestehen.

Die rechtsradikalen Parteien haben erkannt, daß der Neoliberalismus mit zentralen faschistischen Ideen wie Auslese, kulturellem Rassismus, Leistungsethos, Demokratiefindlichkeit und Autoritarismus vereinbar ist. In diesen faschistischen Elementen liegt zwar der Unterschied zwischen Konservativ - Liberalen und Rechtsradikalen. Die Folgen beider Ausrichtungen neoliberalen Denkens sind einander allerdings in ihrer praktischen Ausführung weitgehend gleich. In letzter Konsequenz ist auch der von konservativ-neoliberaler Seite vertretene Neoliberalismus allein eine totalitäre, keine freiheitliche Ideologie. Seine offensichtliche Vereinbarkeit mit einzelnen faschistischen Zielsetzungen ist zusätzlich zu seinen konkreten Auswirkungen ein weiterer Grund, ihn entschlossen zu bekämpfen.

2.4. Asyl? In Italien vielleicht, aber doch nicht in der BRD!

Mit dem sogenannten Asylkompromiß" wurde in der BRD das Grundrecht auf Asyl fast vollständig abgeschafft. Kaum noch Flüchtlinge sind in der Lage, die Barriere der "sicheren Drittstaaten" zu überwinden, aus denen in der Regel längst eine "Abschiebekette" bis ins Herkunftsland hergestellt wurde.

Die Ankunft von kurdischen Bootsflüchtlingen in Italien hat Bundesinnenminister Kanther veranlaßt, eine neue Debatte um die Wirksamkeit des Schengener Abkommens loszutreten. Dabei hat sich u.a. auch der niedersächsische Innenminister Gerhard Gogowski (SPD) mit dem Vorschlag, das Schengener Abkommen zeitweise auszusetzen, aus dem Fenster gehängt. Mit imperialem Großmachtanspruch will nun Kanther die Grenzen der BRD in Italien verteidigen. Bezeichnend ist, daß Fluchtgründe bei dieser Auseinandersetzung überhaupt keine

Rolle mehr spielen, sondern nur noch über die beste Möglichkeit der Grenzsicherung gegen die "Schlepperbanden" diskutiert wird. Ein österreichischer Regierungsbeamte brachte die vorherrschende Meinung auf den Punkt, als er formulierte, daß mit zwei Schüssen vor den Bug solcher Schiffe das "Zuwandererproblem" doch wohl zu lösen sei (Spiegel 3/12.1.97). Der Ausbau der "Festung Europa" wird im Eiltempo vorangetrieben, und es steht zu befürchten, daß schon bald deutsche Truppen an den Grenzen dieser Festung patrouillieren.

Aber auch dieser Zustand reicht der Bundesregierung noch nicht aus.

Die Gerichte leisten bei der weiteren Aushöhlung der Reste des Asylrechts tatkräftigen Beistand:

- wer von Folter oder individueller Gefahr für Leib und Leben bedroht ist, wird in ein "Opfer allgemeiner Gefahren" umgedeutet - damit liegt kein Asylgrund vor
- nur staatliche Verfolgung wird - im offenen Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention - als politische Verfolgung gewertet. Weder die Verfolgung durch Clans in Somalia noch durch die Taliban in Afghanistan wird damit als politische Verfolgung anerkannt (so z.B. im BVerwG-Urteil vom 4.11.1997). Mit einer ähnlichen Begründung hat Baden-Württemberg einen Abschiebestop für algerische Flüchtlinge abgelehnt: "Die fundamentalistischen Gewalttaten richten sich nicht speziell gegen zurückkehrende oder abgeschobene Flüchtlinge, sondern gegen die Gesamtbevölkerung" (Innenminister Thomas Schäuble CDU)
- Vergewaltigung wurde in solchen Urteilen als "bloße Belästigung" gewertet (Aufruf "Verfolgte Frauen schützen", Deutscher Frauenrat und PRO ASYL). Gleiches gilt auch für die Verfolgung Schwuler und Lesben, die vielen - auch sogenannten sicheren Drittstaaten - immer noch Realität ist und in der BRD zu meist nicht als Fluchtgrund anerkannt wird.
- immer wieder wird argumentiert, daß Folter, Arbeitsverbot für Frauen o.ä. kulturelle Normalität in dem jeweiligen Land und damit nicht als politische Verfolgung zu werten sei, denn: "es könne nicht Aufgabe der bundesdeutschen Asylbehörden sein die religiösen Gebräuche und Ge-

pflogenheiten anderer Länder zu kritisieren", zit. nach: Aufruf "Verfolgte Frauen schützen", Deutscher Frauenrat und PRO ASYL

- Wer zwei Staatsangehörigkeiten hat (so z.B. Muslime aus der serbischen Republik Srpska), kann ohne weiteres in eines der beiden Länder abgeschoben werden - gleichgültig, was für eine Lebenssituation ihn/sie dort erwartet. Eine Prüfung der Gesamtsituation des Landes findet nicht statt.

Dabei ist der Eifer der Behörden mittlerweile so groß, daß auch offen rechtswidrig vorgegangen wird. So sind inzwischen mehrere Fällen von Abschiebungen während des laufenden Asylverfahrens bekanntgeworden (Presseerklärung von PRO ASYL vom 8.10.97)

Bayern ist bei dieser Entwicklung natürlich an vorderster Front dabei.

Aber auch bei der Verschärfung der Situation der Flüchtlinge in der BRD spielt Bayern eine unrühmliche Rolle. Aus diesem Bundesland kam der Vorschlag, Hilfe zum Lebensunterhalt künftig in Naturalien zu gewähren, und in Bayern wird diese Regelung des AsylBLG konsequent umgesetzt. Dabei mangelt es nicht an weiteren Schikanen: Moslemischen AsylbewerberInnen wird z.B. Schweinefleisch zugeteilt, Lebensmittel mit längst abgelaufenem Verfallsdatum werden ausgegeben (siehe z.B. Fränkischer Tag 1/8/97 "Sauerei mit Tiefkühl-Hähnchen") etc. Damit schafft man natürlich die Basis für illegale Nahrungsbeschaffung, so daß wieder hausgemachter Zündstoff für die Hetze gegen "die kriminellen AusländerInnen" entsteht. Maßnahmen wie Stromsperrungen, Waschverbote, Zwangsumverlegungen oder Brieföffnungen stehen ebenfalls auf der Tagesordnung (Infodienst Bayerischer Flüchtlingsrat 54/55).

Rassismus pur ist die Tatsache, daß nach dem AsylBLG Verhütungsmittel nicht bezahlt werden, Schwangerschaftsabbrüche hingen schon.

Seit 30.5.1997 wird zudem für alle nach dem Stichtag 15.5.1997 eingereisten AsylantragstellerInnen und geduldeten AusländerInnen auf Anweisung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung an die Arbeitsämter der Arbeitserlaubnisantrag grundsätzlich und ohne Einzelfallprüfung abgelehnt. Damit wurde durch die Hintertür ein unbefristetes

Arbeitsverbot für alle neuen AntragstellerInnen ausgesprochen. Blüm programmiert damit Verelendung und stärkt rassistische Positionen. (Presseerklärung von PRO ASYL vom 18.6.97)

"Mit den am gleichen Tag wie der große Lauschangriff vom Bundesrat beschlossenen Sozialhilfekürzungen für AusländerInnen wird diese Situation noch einmal drastisch verschärft."

Wenig bekannt ist auch, daß in Bayern eine HIV-Infektion einen Grund für eine Aufenthaltsbeendigung darstellen kann. Wegen des großen öffentlichen Protest konnte Peter Gauweiler 1987 zwar seinen "Maßnahmenkatalog", mit dem HIV-Infizierte und an AIDS Erkrankte isoliert, ausgespäht und kriminalisiert werden sollten, nicht durchsetzen ("Maßnahmenkatalog zur Verhütung und Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS", in: "AIDS; Vollzug des Seuchenrechts, des Ausländerrechts und des Polizeirechts", Bekanntmachungen des Bay. Staatsministeriums des Inneren vom 19.5.87 Nr. IE/IA/IC-5280-8.2/7/87). Dem Maßnahmenkatalog beigefügt waren jedoch Vollzugshinweise an die Kreisverwaltungsreferate, nach denen gegenüber AusländerInnen verfahren wird, um ihren Aufenthaltsstatus so schnell wie möglich zu beenden. "Die Infizierung eines oder einer ausländischen Staatsangehörigen stellt insoweit einen ausländerrechtlich entscheidungserheblichen Umstand dar, als hierdurch Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet werden können ..." (Kreisverwaltungsreferent der Stadt München, Dr. Uhl, am 17.11.97 in seiner Antwort auf eine Anfrage von Grünen/ Rosa Liste) So wie es in Köln im April 1995 bereits gynäkologische Zwangsuntersuchungen an Roma-Frauen gab (ZAK-Bericht), wird von bayerischen Kreisverwaltungsreferaten die Zwangsuntersuchung von Flüchtlingen angeordnet.

Mit der Debatte um die Abschiebung straffällig gewordener AusländerInnen hat Innenminister Kanther eine Kriminalisierungskampagne losgetreten, die fatal an Kampagne Rühes vor 5 Jahren erinnert, mit der die SPD weichgeklopft wurde, bis sie dem "Asylkompromiß" zustimmte. Nun wird die Hetze ausgedehnt auf Illegalisierte, Schlepper und das Kirchenasyl. Offensichtlich sollen Ge-

genbewegungen wie die zunehmende Zahl von Kirchenasylen oder die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" in den Anfängen kriminalisiert und erstickt werden, da die Herrschenden befürchten, daß sie ähnlich der Bewegung zur Legalisierung der "Sans Papiers" in Frankreich breitere gesellschaftliche Unterstützung finden könnte.

Jede - freiwillige oder unfreiwillige - Unterstützung von AusländerInnen wird kriminalisiert. So wird beispielsweise in Zittau, an der Grenze zu Polen und der Tschechischen Republik Taxifahrern der Prozeß gemacht, die im Verdacht stehen, AusländerInnen über die Grenze befördert zu haben. Ein Taxifahrer wurde bereits zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung wegen "Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt" verurteilt (konkret 12/97).

Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen wollen aber auch die Ausgabe von Besucher-Visa an AusländerInnen einschränken - sofern nicht reiche GastgeberInnen vorhanden sind. Nur diese drei Bundesländer wenden den vom Bundesinnenminister empfohlenen "Gäste-Erlaß" an, nachdem beim Gastgeber (der gem §84 Ausländergesetz für Unterhalt, Wohnung und eventuelle Krankheitskosten der Gäste sorgen muß) eine genaue Prüfung der Wohnverhältnisse (Mietvertrag) und eine "Bonitätsprüfung" durchgeführt werden sollen (nach Kanthers Rechenbeispiel müssen Alleinstehende ein Einkommen von 2.400,-DM netto, Alleinerziehende mit Kind 2.900,-DM netto und eine 4-köpfige Familie 3.500,-DM netto nachweisen, um für einen Gast bürgen zu können).

Die Abschiebung in die Herkunftsländer wird ohne jede Rücksicht darauf durchgeführt, ob Familien auseinandergerissen werden. Ist ein einzelnes Familienmitglied als AsylbewerberIn anerkannt, wird dann eben der Rest der Familie abgeschoben - mittlerweile auch Kleinkinder ohne Begleitung. Handelt es sich um Ehen zwischen Menschen mit unterschiedlicher Staatsbürgerschaft, werden sie eben einfach in verschiedene Länder abgeschoben.

Die Abschiebehaft, in die immer mehr Menschen bereits direkt nach ihrer Ankunft in der BRD verbracht werden, ist gekennzeichnet von miserablen Haftbedingungen, ungewisser Dauer der Haft (oft bei völliger Unkenntnis des Haftgrundes!), Schikanen des Perso-

nals und der Angst vor der Abschiebung und der Auslieferung an Folter und Mord. Selten dringen Informationen über den verzweifelten Widerstand z.B. mit Hungerstreiks, über Isolationszellen und Suizide an die Öffentlichkeit. Um dieser Haft und der Abschiebung zu entgehen, tauchen immer mehr Flüchtlinge in die Illegalität ab bzw. werden in diese Situation gezwungen, indem z.B. die Ausreisefrist nicht verlängert wird. Ohne legalen Status werden diese Menschen behandelt wie Vogelfreie im Mittelalter: kein Dach über dem Kopf, kein Recht auf medizinische Versorgung oder ausländerrechtliche Beratung.

Dagegen wendet sich die Kampagne "Kein Mensch ist illegal", die mittlerweile auch in Bayern versucht, die Versorgung dieser Menschen mit dem Nötigsten sicherzustellen. So wurden ÄrztInnen und ZahnärztInnen gewonnen, die ohne Ansehen der Person Behandlungen durchführen. Außerdem soll die rechtliche Beratung sichergestellt werden. Dazu baut der Bayerische Flüchtlingsrat ein Kontaktnetz ehrenamtlicher HelferInnen auf.

III. Anforderungen an antifaschistische und antirassistische Politik

3.1. Kritik an trügerischen Konzepten einer „multikulturellen Gesellschaft“

In den letzten Jahren ist von verschiedenen Seiten des politischen Spektrums versucht worden, unter dem Begriff „Multikulturelle Gesellschaft“ eine positive Vision für das friedliche, tolerante Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und unterschiedlicher Kulturkreise in Deutschland zu formulieren, wobei sich die Konzepte im einzelnen (zwischen Geißlerschen und linken) stark unterscheiden. Dieser Ansatz ist grundsätzlich richtig und wird von uns unterstützt. Die öffentliche Debatte um multikulturelle Gesellschaft wird allerdings von zwei problematischen Tendenzen beherrscht.

1. wird das Ziel multikulturelle Gesellschaft zumeist losgelöst von anderen zentralen Politikfeldern, wie etwa der Arbeits- und Sozialpolitik diskutiert, was den gesellschaftlichen Zusammenhang der Ursachen von Diskriminierung und Rassismus außer acht läßt. Ein Leitbild „Multikultu-

relle Gesellschaft macht jedoch nur Sinn als Bestandteil eines Gesamtkonzeptes demokratischer Gesellschaftsreform, da es sonst unweigerlich scheitern oder zu einem Projekt multikultureller Eliten verkommen würde.

2. liegt den vorherrschenden Vorstellungen einer multikulturellen Gesellschaft ein problematischer, konservativer Begriff von „Kultur“ zu Grunde. Kultur wird wiederum (v.a. im populären, öffentlichen Verständnis) als statische, einheitliche Eigenschaft einer jeweiligen Volksgruppe oder Nation begriffen und den Angehörigen dieser Volksgruppen pauschal zugewiesen.

In der Tendenz wird Kultur so „naturalisiert“ und den Interessen und dem Handeln der Menschen enthoben. Unbeabsichtigt wird dieses Bild zum Anknüpfungspunkt moderner rassistischer Ideologien, deren Konzept eines kulturell motivierten „Neo-Rassismus“ versucht, nationalistische Identität und fremdenfeindliche Abgrenzung über die Konstruktion von „Volkskulturen“ bzw. „Kulturnationen“ herzustellen und damit weit in bürgerliche und z.T. sozialdemokratische Kreise hineinreicht.

Wir verstehen Kultur als Gesamtheit der menschlichen Lebensäußerungen und damit auch als Abbild, Ausdrucksmittel und Auseinandersetzungsebene gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen und Kämpfe. Eine umfassende „deutsche Kultur“ ist nicht mehr als ein Konstrukt, um Klassenverhältnisse und patriarchalische Unterdrückung als naturgegeben zu legitimieren. Ebensov wenig gibt es eine von gesellschaftlichen Widersprüchen freie „islamische“ oder „japanische“ Kultur.

Als Ausdruck und Ausdrucksmittel gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist Kultur fortwährender Veränderung unterworfen. Sie ist aber immer auch ein verbindendes, Identitäten vermittelndes Element in sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen, das durch die gegenseitige Aneignung und Durchdringung kultureller Sphären (z.B. bürgerliche und ArbeiterInnen-Kultur) auch eine universale, vereinheitlichende Dimension gewinnen kann.

Davon ausgehend kann die populäre Forderung der „aufgeklärten“ Multikult-AnhängerInnen nach bloßer gegenseitiger Akzeptanz und Toleranz zwischen „den Kulturen“ letztlich auch eine kontraproduktive Wirkung haben. Es muß um ein kritisches „Verstehen“ gehen, von dem ausgehend in einem gemeinsam gleichberechtigten Prozeß verbindende, emanzipatorisch-progressive Elemente in verschiedenen Kulturen erkannt und aufgenommen, aber auch konservativ-reaktionäre Elemente - v.a. patriarchalische- kulturübergreifend benannt und gemeinsam zurückgedrängt werden.

Eine im progressiven Sinne multikulturelle Gesellschaft entsteht also nur im demokratischen Prozeß der Durchdringung, Veränderung und Aufhebung tradierter kultureller Werte- und Normen-Systeme, mit dem Ziel einer universalen kulturellen Freiheit, die jedem einzelnen die volle Aneignung kultureller Ausdrucksformen und Entfaltung einer individuellen Kultur ermöglicht, sowie auf der Grundlage sozialer Bedingungen, die allen eine gesicherte und würdige Existenz garantieren.

Der Begriff „Multikulturelle Gesellschaft“ wird von uns aus den genannten Gründen keinesfalls verworfen, sondern nur entsprechend problematisiert und kritisch verwandt.

III.2. Antirassistische Gesellschaftspolitik und „Multikulturelle Gesellschaft“

Ziel unserer antirassistischen und antifaschistischen Politik ist die Beseitigung jedweder materiell und kulturell-ideologischen Diskriminierung von Menschen, ob aus sozialen, sexistischen oder rassistisch-nationalistischen Gründen, als Voraussetzung einer demokratischen, solidarischen und multikulturellen Gesellschaft. Antirassistische oder multikulturelle Politik ist daher kein losgelöstes, eigenständiges Politikfeld, sondern Bestandteil einer umfassenden demokratisch-emanzipatorischen Reformpolitik, einer demokratischen Modernisierung.

Der Abbau von Rassismus und anderen autoritär-reaktionären Deutungsmustern und Vergesellschaftungsformen gelingt wirksam nur über den umfassenden Abbau von Diskriminierungen, Ausgrenzungen, individualistisch-entsolidarisierenden Konkurrenz-

kampfes und ökonomischer sowie kultureller Entfremdungsformen. Verbindendes Ziel im spezifisch-antirassistischen Sinn ist die Schaffung von Voraussetzungen zur Bildung positiver, aus dem eigenen Handeln und der eigenen „Selbstverwirklichung“ gespeister Identitäten.

Solche Voraussetzungen sind:

- Schaffung sozialer Sicherheit, ausreichende Versorgung mit Arbeitsplätzen und Wohnraum, soziale Grundsicherung für alle, Sozialpolitik nicht als „Reparaturbetrieb“ sondern als Absicherung biographischer Selbstbestimmung;
- nicht nur quantitative Versorgung mit Arbeitsplätzen und Wohnraum, sondern Schaffung qualitativ anspruchsvoller Möglichkeiten des Arbeitens, Wohnens und Lebens (hierzu gehört auch humaner Wohnungsbau und Stadtentwicklung);
- Demokratisierung und Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen im Lebensalltag und in der Arbeit, Schaffung positiver (Selbst-)identifikationsmöglichkeiten durch Erfahrung eigenen gestaltenden Handelns;
- konsequente Politik gegen Frauendiskriminierung und für die Gleichstellung der Geschlechter;
- demokratische und antirassistische Erziehung und öffentliche Aufklärung;
- Schaffung eines gesetzlichen Diskriminierungsverbotes, Anwendung entsprechender repressiver und Sanktionsmittel gegen die UrheberInnen von Diskriminierung und rassistischer Hetze;
- Einrichtung von öffentlichen Stellen (Ämtern) für Flüchtlinge und EinwanderInnen sowie zur Unterstützung von („multikulturellen“) Verständigungsbemühungen;
- Abschaffung jeglicher Sondergesetze für „AusländerInnen“. Kriterium für die Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte (einschließlich umfassendes Wahlrecht) muß er (dauerhafte) Wohn- und Lebensort sein, nicht die Geburt oder Abstammung („Blutsrecht“).

Antirassistische Politik ist damit in der Konsequenz auch antikapitalistische Politik, da sie die Frage nach der selbstbestimmten Verfügung über und Verwirklichung in der eigenen Arbeit als notwendiges Element positiver, aufgeklärter Identitätsbildung, nach Überwindung jeglicher Formen mensch-

licher Entfremdung, unabweisbar beinhaltet.

Eine wirkungsvolle Politik der SPD gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus muß deshalb von den skizzierten sozialen Grundinteressen aller Menschen (quantitativ und qualitativ!) ausgehen und Ausgrenzungen konsequent bekämpfen. Tut sie das nicht, trägt sie bei zur Erhaltung und Reproduktion autoritärer, rassistischer und sexistischer Deutungsmuster.

IVForderungen

Die grundlegende Forderung nach offenen Grenzen und einem Bleiberecht für alle bleibt natürlich bestehen. Aber es genügt natürlich nicht, sich auf dieser derzeit utopischen Forderung auszuruhen, sondern es müssen konkrete Zwischenschritte zur Verbesserung der unerträglichen Situation durchgesetzt werden.

Deshalb fordern wir mittelfristig:

- Anerkennung von geschlechtsspezifischer Verfolgung und Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung als Asylgrund
- Asyl - entsprechend der Europäischen Menschenrechtskonvention - nicht nur bei staatlicher Verfolgung
- Zulassung der Doppelten Staatsbürgerschaft
- Staatsbürgerschaft nach dem Wohnsitz/ Geburtsort - Abschaffung des rassistischen Abstammungs-Staatsbürgerschaftsrechts
- Wahlrecht für AusländerInnen

Einiges kann aber auch sofort umgesetzt werden:

- Arbeitserlaubnis für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge
- bessere Unterbringung/ Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes
- Sozialhilfe als Geldzahlung, nicht in Naturalien
- sofortiger Abschiebestop
- Abschaffung der Abschiebehaft
- Abschaffung der rassistischen Sondergesetze für AusländerInnen
- Aufhebung des PKK- und Vereinsverbots

Es bleibt dabei: keine weitere Einschränkungen der Grundrechte und Wiederherstellung

von Asylrecht, Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und Zurücknahme der Einschränkungen des Demonstrationsrechts und des Rechts auf freie Meinungsäußerung!

Was tun?

Antifaschistische Arbeit ist ohne BündnispartnerInnen nicht möglich. An vielen Orten sind jedoch die Kräfte, die sich noch mit dem Thema auseinandersetzen, heillos zerstritten. Hier kommt den Jusos vor Ort eine wichtige Aufgabe zu: Zum einen muß natürlich die ganz normale Mitarbeit in vorhandenen Bündnisstrukturen geleistet werden, soweit dies möglich ist, darüber hinaus ist es jedoch notwendig, SPD und DGB dazu zu bringen, daß sie selbst aktiv werden und so den Kern für ein antifaschistisches Bündnis bilden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß breitere Bündnisse zustande kommen.

Unsere Zukunft der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik

A. Einwanderung und Asyl

A. I Wiederherstellung des individuellen Rechts auf Asyl

Die Vorstellung einer gesetzlichen Regelung von Einwanderung beruht auf der Annahme, daß es eine große Anzahl von Menschen gibt, die freiwillig in die BRD einwandern möchten.

Eine Regelung, die diese Art der Zuwanderung regeln könnte kann nur dann human und weltoffen sein, wenn nachweislich festgestellt werden könnte, ob es sich bei einer Person um eine freiwillig zuwandernde oder um einen Flüchtling im weitesten Sinne handelt.

Das ist in der BRD aufgrund des geänderten Asylrechts aber nicht möglich.

Ein Einwanderungsgesetz, welches die Ankommenden erfassen soll, müßte neben der Personengruppe auch eine Personenzahl regeln dürfen.

Das heißt, daß unter Einbeziehung bestimmter Kriterien eine gewisse Anzahl von Menschen keine Einwanderungserlaubnis in die BRD erhalten würde.

Durch die fehlende Prüfungsgrundlage und in Anbetracht des rudimentären Asylrechts könnte dies dazu führen, daß Menschen zwar einerseits nicht durch das Asylrecht, aber immerhin durch die Einwanderungsregelung Zugang in die BRD erhalten, andererseits könnte - was wahrscheinlicher ist - Menschen die Einreise verweigert werden, die die Anforderungen des Einwanderungsgesetzes nicht erfüllen, aber Flüchtlinge sind.

Insofern kann jeder Diskussion um eine geregelte Einwanderung nur eine gründliche Revision des 1993 geänderten Asylrecht vorgehen:

Das im Grundgesetz geänderte Asylrecht, Art. 16a GG, wird in einfachgesetzlicher Regelung im Asylverfahrensgesetz und im Ausländergesetz konkretisiert. Allein die Streichung einzelner einfachgesetzlicher Regelungen kann die Anwendung des Grundgesetzartikels in seinen Kernbereichen (Drittstaatenregelung, Herkunftsstaatenregelung) verhindern. Für den politischen Umgang mit dem Grundgesetzartikel ist es wichtig zu wissen, daß der neue Art. 16a politische Verfolgung nicht ausschließt. Es wird die Schutzbedürftigkeit negiert. Das ist insofern von Bedeutung, als damit das neue Asylrecht in allen Fällen anwendbar ist, in welchen es aus politischen Gründen geboten erscheint Asyl zu erteilen.

Langfristig fordern wir die Wiederherstellung des alten Asylrechts, dem individuell einklagbaren Recht auf Asyl, unter Einbeziehung der Fluchtgründe der Verfolgung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder des Verlustes der Lebensgrundlage aus ökologischen Gründen.

Wir fordern:

1. Die Drittstaatenregelung in § 18 Abs. 2, § 26a, § 34a AsylVfG und Anlage I AsylVfG sind auszusetzen.

Begründung: Die sogenannten sicheren Drittstaaten werden per Grundgesetz als 'sicher' erklärt. Die praktischen Erfahrungen und Berichte zeigen aber, daß die Drittstaaten in überwiegender Zahl weder ein verfas-

sungsrechtlich festgeschriebenes Asylrecht, noch ein verwaltungsgerichtlich verbindliches Prüfungsverfahren praktizieren. Außerdem ist die Drittstaatenregelung eine EU Regelung, die mittlerweile das Völkerrecht dahingehend geprägt hat, daß die grundsätzliche Verneinung der Schutzbedürftigkeit zum Prinzip erhoben werden konnte.

Das heißt, auch die Drittstaaten erkennen wiederum andere Staaten als Drittstaaten an und schieben insofern Flüchtlinge aus dem Geltungsbereich der Europäischen Menschenrechtskonvention. Außerdem ist z.B. über Österreich auch Ungarn Teil des Drittstaaten bzw. Viertstaatenprinzips geworden, obwohl es die GFK nur regional ratifiziert hat.

2. Die Anhörung (§ 25) hat wie folgt stattzufinden:

- a) Der Flüchtling darf frühestens am 7. Tag nach der förmlichen Antragstellung angehört werden (bei traumatisierten Flüchtlingen später).
- b) Ihm/Ihr ist vor der Anhörung Gelegenheit zu geben, die Verfahrensberatung in Anspruch zu nehmen. Es ist zusätzlich bei der Antragstellung ein Merkblatt in der gewünschten Sprache auszuhändigen, auf dem detailliert auf die Notwendigkeit eines umfassenden und substantiierten Vortrages bei der Anhörung hingewiesen wird.
- c) Dem Asylbewerber/der Asylbewerberin ist Gelegenheit zu schriftlicher Antragsbegründung zu geben, die bei der Anhörung zu verwerten ist.
- d) Der Flüchtling hat das Recht zu entscheiden, ob die Anhörung nur durch Männer oder nur durch Frauen durchgeführt werden soll.
- e) Die Anhörung muß auf die Aufklärung der anerkennungsgünstigen Umstände abzielen.

Begründung: Derzeit findet die Anhörung am Tage der Antragstellung, spätestens jedoch am 4. Tage statt. Diese Praxis ist unserer Meinung nach den meisten Flüchtlingen nicht zumutbar, da sie oftmals erschöpft vom schlaflosen Reisen und orientierungslos in einer völlig neuen Umgebung sind. Die obigen Forderungen stellen elementare Rahmenbedingungen dar und sollen gewährleisten, den Flüchtling auch tatsächlich als einen Menschen zu sehen, dessen Leidens-

druck so groß war, daß er/sie aus seinem/ihrem Heimatland flüchtete. Ein schutzbedürftiger Mensch in einer extremen Streßsituation, der auf unsere Hilfe angewiesen ist. Nichts anderes hat das UNHCR (Flüchtlingskommission der UN) im Abkommen von 1951 und Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge als Empfehlungen ausgesprochen.

3. Wir fordern das Recht auf eine Verfahrens- und Rechtsberatung. Im Asylverfahrensgesetz ist festzuschreiben, daß jedem/jeder AntragstellerIn Gelegenheit zu geben ist, von der Möglichkeit einer Verfahrens- und Rechtsberatung durch unabhängige, nicht-staatliche Stellen noch vor der Anhörung Gebrauch zu machen. Deren Tätigkeit ist durch eine Änderung des Rechtsberatungsgesetzes abzusichern und in angemessenem Umfang zu finanzieren.

Begründung: Aufgrund sehr kurzer Fristen und anderer Umstände kann in den meisten Fällen eine anwaltliche Beratung/Vertretung nicht (mehr) geleistet werden. Wenn sich Deutschland immer noch als Rechtsstaat verstehen will, so muß dem Flüchtling zumindest eine rechtlich und finanziell abgesicherte Beratung ermöglicht werden. JedeR eines Verbrechens Angeklagte hat das Recht auf einen Rechtsanwalt - warum nicht auch der Flüchtling?

4. Die Effektivität des Rechtsschutzes für Flüchtlinge muß erheblich gesteigert werden. **Deshalb fordern wir** für Klagen und für Anträge auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes eine Rechtsmittelfrist von einem Monat. Die Ausreisefrist hat in jedem Fall mindestens einen Monat zu betragen und darf nicht mit der Rechtsmittelfrist zusammenzufallen. Die gesetzte Ausreisefrist darf erst mit Ablauf der Rechtsmittelfrist beginnen.

Begründung: Derzeit läßt die Wochenfrist (!) für Klage und Stoppantrag nach Ablehnung keinen effektiven Rechtsschutz zu. Die Frist ist für eineN gewissenhaft arbeitendeN Rechtsanwalt/Rechtsanwältin viel zu kurz. Im Verwaltungsrecht betragen die Rechtsmittelfristen auch einen Monat. Deswegen sollte auch hier für uns gelten: keine diskriminierende Sonderbehandlung für Flüchtlinge!

5. Der § 29a AsylVfG und Anlage II AsylVfG sind zu streichen (Herkunftsstaatenregelung)

Begründung: Die Praxis zeigt, daß in den als 'sicher' eingestuften Herkunftsstaaten politische Verfolgung stattfindet. Außerdem ist das Prinzip der sicheren Herkunftsstaaten nur dann effektiv, wenn Staaten benannt werden, deren Anerkennungsquote in der BRD unter 1% liegt aber nicht gegen Null tendiert. Im Zusammenhang mit der Verfolgung im Herkunftsstaat muß der Flüchtling aber eine gesetzlich aufgestellte Regelvermutung widerlegen. Der Auffassung, wie das zu geschehen hat, sind enge Grenzen gesetzt. Die Folter fällt z.B. nicht unter die Tatsachen, die die Regelvermutung entkräften.

6. Die Flughafenregelung (§ 18a AsylVfG) ist ersatzlos zu streichen.

Begründung: Die gesamte Situation, insbesondere der Internierungsstreß der AsylbewerberInnen, widerspricht unseres Erachtens gegen das Gebot der Menschenwürde. Desweiteren sind die hier dem BGS, dem Bundesamt, dem Flüchtling, dem Anwalt/Anwältin und den ,Richtern/Richterinnen gesetzten Fristen viel zu kurz.

7. Es darf kein Kontakt zu den jeweiligen Heimatbehörden des Flüchtlings zwecks Paßausstellung aufgenommen werden, ehe das Asylverfahren zu einem rechtskräftigen Abschluß gekommen ist (§ 43b AsylVfG).
Begründung: Derzeit fordert der § 43b des AsylVfG die Paßbeschaffung zum frühestmöglichen Zeitpunkt, also noch während des Asylverfahrens. Damit werden die Flüchtlinge und insbesondere deren im Heimatland verbliebenen Angehörigen und Freunde in nicht zu verantwortender Weise gefährdet.

8. Sämtliche über das Verwaltungszustellungs-gesetz hinausgehenden Sonderregelungen betreffs Zustellungs-vorschriften (§ 10 AsylVfG) für AsylantragstellerInnen sind zu streichen.

Begründung: Diese Zustellungs-vorschriften sind extrem restriktiv. Einseitig werden eventuelle Mängel bei der Zustellung dem Flüchtling - und nicht etwa dem Verwaltungsapparat oder der Post - aufgebürdet. Unter dem fadenscheinigen Vorwand der Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung ist mit

diesem Paragraphen ein weiterer Fallstrick gewoben. Nicht wenige Asylsuchende stolpern so über eine fremdverschuldete (!) Fristversäumnis und "landen" letztlich in der Illegalität.

9. Die Institution des Bundesbeauftragten ist durch die Streichung des § 6 AsylVfG abzuschaffen.

Begründung: Der Bundesbeauftragte klagt obstruktiv gegen anerkennende Entscheidungen und hat sich über viele Jahre hinweg als institutionalisiertes Verfahrenshemmnis erwiesen.

10. Der gesetzliche Zwang zur dauerhaften Unterbringung in Sammellagern (§ 53 AsylVfG) ist sofort zu beenden.

Begründung: Diese Form der Unterbringung verstößt in eklatanter Weise gegen die Menschenwürde. Zudem ist sie teurer als eine dezentrale Unterbringung. Außerdem bieten Sammellager, diese Inkarnation von Ausgrenzung und Stigmatisierung, eine "ideale" Angriffsfläche für rassistische und ausländergefeindliche Biedermänner, die dann leicht zu Brandstiftern werden.

II. Ausländergesetzgebung

II.1. Wir fordern die Aussetzung der Abschiebung, wenn dem Flüchtling im Herkunftsland eine Gefahr für Leib und Leben droht, bzw. der Verdacht (von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen) besteht. Bei der Feststellung von Abschiebungshindernissen ist eine Aufenthaltsbefugnis zu erteilen. Nach drei Monaten Duldung soll dem Flüchtling ebenfalls eine Aufenthaltsbefugnis erteilt werden.

Begründung: Die menschenverachtende und menschenrechtsverletzende Abschiebepaxis der BRD muß mit dieser Forderung zumindestens entschärft werden. Wenn z.B. zahlreiche KurdInnen in die Türkei abgeschoben werden, mit der Begründung, die dortigen Behörden hätten zugesichert, daß den Betreffenden nichts geschähe, dann ist das eine unerhörte Rücksichtslosigkeit gegenüber Menschenleben. Es gibt zahllose Berichte von verschiedensten Menschenrechtsorganisationen die bestätigen, daß sich RückkehrerInnen in große Gefahr begeben. Viele "verschwinden" einfach nach

Ankunft am Flughafen oder werden inhaftiert und gefoltert.

II.2. Einzelnen Bundesländern muß das Recht zugestanden werden, Abschiebestopps in eigener Kompetenz zu erlassen (§ 54 AuslG). Die Bundesländer müssen in Zukunft mit einfacher Mehrheit über bundesweite Abschiebestopps entscheiden.

Begründung: Abschiebestoppregelungen bedürfen, wenn die Dauer der Regelung 6 Monate überschreitet, des Einvernehmens mit dem Bundesinnenministerium. Der Bundesinnenminister vertritt die Auffassung, daß er wegen der Wahrung der Bundeseinheitlichkeit sein Einvernehmen nur dann geben kann, wenn alle oder fast alle Bundesländer der Regelung zustimmen. Die Praxis hat gezeigt, daß Abschiebestopps in der Regel nicht zustande kommen, wenn auch nur ein Bundesland dagegen ist. Das Prinzip des Föderalismus wird dadurch ins Gegenteil verkehrt.

II.3. Wir lehnen die Inhaftierung lediglich zur Sicherung vorgesehener Abschiebung (Abschiebungshaft, § 57 AuslG) grundsätzlich ab.

Begründung: Die Abschiebehaft verstößt gegen elementare Menschenrechte. Sie bedeutet für die Inhaftierten psychische Folter. Die Haft empfinden sie als ungerecht, denn sie haben ja keine Straftat begangen. Die empfundene Sinnlosigkeit der Haft, ihre unbestimmte Dauer und die Angst davor, vor einer Abschiebung in ein gefährliches Herkunftsland oder ein unbekanntes Drittland zu stehen, macht die Gefangenen seelisch schwer zu schaffen. Langeweile, Angst, Depressionen, Ungeduld und Verzweiflung, Aggressionen, Nervenzusammenbrüche und Selbstmordversuche sind die Realität in deutschen Abschiebeknästen. 16 Menschen haben sich seit der faktischen Abschaffung des Asylrechtes 1993 in den Knästen schon das Leben genommen. Außerdem verstößt die Abschiebehaft in einigen Punkten gegen die Verfassung. Grundrechte dürfen nur aufgrund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Es gibt das Strafvollzugsgesetz für den Bereich der Strafjustiz.

Für die Abschiebungshaft gibt es jedoch nach wie vor keine gesetzliche Regelung. Desweiteren ist die Höchstdauer der Abschiebungshaft von 18 Monaten nicht mehr verhältnismäßig. Bei normaler Straffälligkeit

kann Untersuchungshaft vorgenommen werden, wenn eine Strafe ohne Bewährung droht. Eine halbjährige Untersuchungshaft (z.B.) ist nur dann gerechtfertigt, wenn eine erhebliche Freiheitsstrafe ohne Bewährung zu erwarten ist. Wenn also die Abschiebungshaft ein halbes Jahr (oft schon der Regelfall) und mehr dauert, ist dies eine unzulässige Nebenstrafe, die sich nicht aus ihrem Zweck, den/die AusländerIn außer Landes zu bringen, rechtfertigen läßt.

II.4. Es muß ein eigener Rechtsstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge verwirklicht werden. Das Provisorium des vorübergehenden Schutzes (§ 32a AuslG) sollte auf maximal zwei Jahre begrenzt werden. Bei Fortbestehen der Schutzbedürftigkeit muß dann ein gesicherter Aufenthaltsstatus gewährt werden. Bürgerkriegsflüchtlinge müssen das Recht auf Familienzusammenführung haben.

Begründung: Die temporäre Schutzgewährung mit dem Mittel kurzfristiger und halbjährlich zu verlängernder Duldung macht den Betroffenen eine Lebensplanung unmöglich und schließt sie von vielen sozialen Rechten aus. Ständig ist die quälende Angst existent, daß beim nächsten Mal willkürlicherweise keine Duldung mehr ausgestellt wird. Die Beschlüsse des Exekutivkomitees des UNHCR, die mit Zustimmung der BRD gefaßt wurden, sind endlich in innerstaatliches Recht umzusetzen. Ein eigener Rechtsstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge ist bei vielen anderen europäischen Staaten schon längst gang und gäbe.

III. Asylbewerberleistungsgesetz

Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ersatzlos abzuschaffen. Das Bundessozialhilfegesetz und andere Vorschriften sind so zu ändern, daß keine Sonderbehandlung von Flüchtlingen erfolgt.

Begründung: Es verstößt gegen elementare Menschenrechte. Eine um 20% gekürzte Sozialhilfe, Umstellung auf Sachleistungen, neue Anspruchseinschränkungen (am 6. 2. im Bundesrat gebilligt), die für ca. 250.000 Flüchtlinge die Streichung jeglicher Hilfe bedeutet; das Asylbewerberleistungsgesetz ist vielleicht das schrecklichste Diskriminierungsinstrument. Skrupellose Kapitalisten, wie Hellmuth Penz von der SORAT GmbH,

nutzen das von den Herrschenden konstruierte Elend aus, um sich hemmungslos zu bereichern. Seit 1. 6. 1997 dürfen ca. 2300 Flüchtlinge in zwei (!) SORAT Magazinen per Kontenblattsystem "einkaufen". Minderwertige Ware zu Wucherpreisen ist die Folge. Auch bei der Flüchtlingsunterbringung verdient sich die SORAT GmbH eine "goldene Nase": beispielsweise wird eine vierköpfige Flüchtlingsfamilie, die mit einer 800 DM teuren Mietwohnung zufrieden wäre, von den (beständig ums Geld jammernden) Stadtvätern und -müttern für den drei- bis fünffachen Betrag in ein einziges Heimzimmer gezwungen. Ökonomische Gesichtspunkte spielen bei der Berliner- und der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik offenbar keine große Rolle. Es geht - wie bei vielen einzelnen Paragraphen in den in diesem Antrag thematisierten Gesetzen - um die Durchsetzung einer Politik der Abschreckung, Ausgrenzung und Stigmatisierung. In Deutschland herrscht Apartheid. Laßt uns dagegen kämpfen.

A. II Einwanderung in die BRD

Flüchtlinge sind keine freiwilligen Einwanderer. Die Geschichte der Wanderungsbewegungen auf der Welt zeigt, daß überhaupt nur der kleinste Teil der Menschen als freiwillige Einwanderer zu bezeichnen ist. Die Motivation von Einwanderung ist Flucht vor Verfolgung oder Lebensumständen, die die eigene Existenz bedrohen. Klassische Einwanderungsländer haben in ihrer Geschichte Flüchtlinge als Einwanderer behandelt. Auch die Flüchtlinge, die aus Deutschland vor dem Faschismus geflohen sind, sind entweder als Einwanderer aufgenommen worden oder als illegale Flüchtlinge in unvorstellbare Not geraten. Diese Erfahrungen haben dazu geführt, daß die BRD als einziger Staat der Welt ein verfassungsrechtlich verankertes, individuell einklagbares Recht auf Asyl geschaffen hatte.

Wir sind insofern zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen eine Einwanderungsregelung, als damit die Gefahr bestehen könnte, daß Flüchtlingen die Einwanderung in die BRD aufgrund bestimmter Quoten, Qualifikation oder sonstiger Hürden verweigert wird. Obwohl dies immer mit einem Prüfungsverfahren verbunden sein wird, halten wir an dem Recht auf Asyl fest. Die Anzahl der

Flüchtlinge auf der Welt ist ein Maßstab für ihren Zustand. Flüchtlinge sind keine freiwilligen Einwanderer.

Es gibt eine bestimmte Gruppe von Menschen, die in die BRD einwandern möchte, die keine Flüchtlinge sind oder dies im weitesten Sinne sind.

Für diese bietet die BRD kaum eine gesetzliche Möglichkeit sich legal in der BRD aufzuhalten oder gar einzureisen. Für diese Personengruppe bedarf es bestimmter Maßnahmen und gesetzlicher Regelungen, um ihnen den Zuzug in die BRD zu ermöglichen

Deshalb fordern wir:

- die Durchsetzung der auf dem Bundesparteitag der SPD in Mannheim beschlossenen Einsetzung einer Enquete Kommission des Deutschen Bundestages zur Feststellung der Personengruppen der Einwanderungswilligen in die BRD

- eine vereinfachte, zeitgemäße und realitätsbezogene Änderung des Aufenthalts- und Einreiserechtes zugunsten eines Einwanderungsrechtes

Unser Ziel ist die Zuwanderung in die BRD einerseits und das Recht auf Asyl andererseits.

Ein Einwanderungsrecht, welches die Einwanderung in die BRD insofern regelt, als eine Beschränkung wegen der beruflichen Qualifikation, der Personenzahl oder sonstiger Eigenschaften erhoben wird, ist inhuman.

Einwanderung ist gesetzlich zu regeln, aber nicht zu beschränken.

Einwanderung erfordert gesetzlich zu verankernde Integrationsmaßnahmen, die unabhängig davon ergriffen werden müssen, wie die ökonomische Situation einer Person ist. Generell sind Integrationsmaßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen, dem Arbeitsmarkt, der Wohnungspolitik und der Aus- und Weiterbildung nur sinnvoll, wenn sie gemeinsam, freiwillig und unter Achtung der Menschenwürde angeboten werden. Dabei ist Integration als beidseitiger Prozess, nicht als Anpassungsmaßnahme zu verstehen.

B. Bürger/innenrechte

In der Bundesrepublik leben ca. 7 Millionen Menschen ohne deutschen Paß. Die größte Zahl von ihnen lebt seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik - mittlerweile in der dritten Generation. Für alle, die hier in der BRD ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben gilt: Sie leben in der BRD, arbeiten, zahlen Steuern - aber wählen dürfen sie nicht. Rechtlich unterliegen sie den Ausführungen des Ausländergesetzes.

Wir fordern:

- a) Die Einführung des ius soli
- b) Mehrstaatlichkeit soll beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zulässig sein.
- c) Nach 3 Jahren rechtmäßigem Aufenthalt (unabhängig vom Status) in der BRD besteht ein Rechtsanspruch auf die Staatsangehörigkeit.
- d) Nachweise über Sprachkenntnisse entfallen.
- e) Der Nachweis über die selbständige Bestreitung des Lebensunterhalts entfällt.

Um eine rechtliche und politische Integration voranzubringen, muß die volle Partizipation auch ohne die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglicht werden.

Deshalb fordern wir:

Die Erteilung der Bürger/innenrechte nach 5 Jahren Aufenthalt/Lebensmittelpunkt in der BRD auf Antrag.

Dafür ist eine Grundgesetzänderung notwendig, die den Begriff 'Volk' neu definiert.

Langfristig können wir uns eine Veränderung im Bereich der Staatsangehörigkeit auf europäischer Ebene vorstellen.

Europäische Bürger/innenrechte können auch an Menschen außereuropäischer Staatsangehörigkeit vergeben werden.

Zukünftiges Staatsangehörigkeitsrecht

Wir fordern die Abschaffung der nationalen Staatsangehörigkeit. Sie soll vollständig durch die Europäische Unionsbürgerschaft abgelöst werden. Zusätzlich ist ein Europäisches Niederlassungsrecht zu schaffen.

Für die Europäische Unionsbürgerschaft gilt das ius soli (automatische Erteilung der Staatsangehörigkeit mit Geburt in der EU), Mehrstaatigkeit ist zulässig. Sie wird nach einem Jahr Niederlassung auf Antrag erteilt und ist mit dem allgemeinen Wahlrecht verbunden.

Das Niederlassungsrecht wird auf Antrag erteilt sofern die Person einen festen Wohnsitz in der EU nachweisen kann und sich mehr als 9 Monate im Jahr dort aufhält. Nach zwei Jahren Niederlassungsrecht besteht das kommunale Wahlrecht. Das Ausländergesetz soll abgeschafft werden.

Für die Menschen mit ausländischem Paß, die die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen wollen muß die Einbürgerung erleichtert werden, vor allem in Bezug auf Aufenthaltsdauer und bürokratischen Aufwand, der unter den heutigen Bedingungen einen abschreckenden Charakter haben soll.

Die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft muß generell gegeben sein.

Denjenigen AusländerInnen, für die eine zusätzliche Staatsangehörigkeit nicht in Frage kommt, müssen die vollen BürgerInnenrechte unabhängig von Aufenthaltsstatus und Staatsangehörigkeit zustehen.

Für die ArbeitnehmerInnen unter den AusländerInnen existieren weitere existentielle Formen der Diskriminierung. Abhängig vom Aufenthaltsstatus müssen die meisten hier lebenden Nichtdeutschen alle zwei Jahre eine weitere Arbeitserlaubnis beantragen, ohne welche sie nur illegal arbeiten können. Verschärft wurde diese Situation durch den Erlass der Arbeitserlaubnisverordnung (AE-VO) vor zwei Jahren, die vor Bewilligung einer Arbeitserlaubnis den Arbeitsämtern zwingend vorschreibt vier Wochen lang nach einem Deutschen zu suchen, der die angestrebte Anstellung akzeptiert. Infolgedessen können AusländerInnen nur noch die Arbeiten verrichten, für die sich in diesem Zeitraum kein 'Bevorrechtigter' gefunden hat. Aufgrund der Tatsache, daß eine Arbeitserlaubnis im Regelfall nur auf zwei Jahre befristet erteilt wird, sie also immer wieder beantragt und bewilligt werden muß, kommt es zu grotesken Situationen. So muß jede langfristige Beschäftigung alle zwei Jahre für mindestens vier Wochen unterbrochen wer-

den, in der das Arbeitsamt nach `Bevorrechtigten` sucht, auch wenn der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung des Nichtdeutschen ausdrücklich wünscht.

Die AEVO sowie die entsprechenden Paragraphen im Arbeitsförderungsgesetz ist vollständig abzuschaffen.

Die für eine Erwerbsarbeit von Ausländern erforderliche Arbeitserlaubnis ist vollständig abzuschaffen.

In allen anderen Lebensbereichen werden hier lebende AusländerInnen mit massiven Formen institutioneller Diskriminierung konfrontiert. So wird z.B. bei der Erhebung und Speicherung von Daten mit zweierlei Maß gemessen. Das deutsche Grundgesetz und die derzeitigen Datenschutzgesetze schreiben vor, daß der Staat Informationen über den Bürger oder die Bürgerin im Grundsatz bei diesen selbst erheben muß und Behörden untereinander nur in eng begrenzten Ausnahmefällen Informationen austauschen dürfen. Nicht so bei den AusländerInnen. Für die ausländischen MitbürgerInnen gibt es das Ausländerzentralregister, in dem jede verfügbare Information über jeden und jede Ausländer und Ausländerin gespeichert wird. Jeder Kontakt mit einer Behörde und die dabei gewonnen Erkenntnisse und Informationen werden an das Ausländerzentralregister weitergegeben und dort gespeichert. Jede Behörde darf nicht nur Informationen über AusländerInnen beantragen, sondern kann online die Dateien einsehen. Das bedeutet zwar nicht das jederzeit alle Informationen abrufbar sind, die Möglichkeit einen Zugriff auf alle Daten zu haben ist an einen sehr geringen Begründungsaufwand geknüpft. Zugriff haben im übrigen nicht nur deutsche Behörden, sondern über den BND oder MAD haben auch Geheimdienste anderer Länder Zugriff.

Beispielsweise, wenn ein kurdischer Flüchtling seinen Asylantrag mit staatlicher Verfolgung in der Türkei begründet, so wird dieses abgespeichert. Wird der Antrag abgelehnt und er abgeschoben, so verfügt unter Umständen die Türkei bereits bei seiner Ankunft über die Begründung seines Asylantrags. Dieses kann ausreichen um ihn bei seiner Ankunft in der Türkei in ein Gefängnis zu stecken, da er sich bei seinem Asylantrag

eines Verbrechens nach türkischem Recht selbst beschuldigt haben könnte.

Das Ausländerzentralregister ist abzuschaffen und alle Daten von Ausländern nach dem deutschen Datenschutzgesetzen zu behandeln.

Die Komplexität der Diskriminierung von AusländerInnen erfordert eine professionelle und institutionalisierte Herangehensweise.

Zur Entwicklung effektiver Bekämpfungsstrategien wie z.B. einem Antidiskriminierungsgesetz ist deshalb die regionale und überregionale Einrichtung von Antidiskriminierungsbüros notwendig. Ihre Aufgaben liegen in der Dokumentation von Diskriminierungsfällen, in der Aufklärung und in der Erarbeitung von Gegenmaßnahmen. Diese Institution muß sowohl in engem Kontakt mit den Behörden stehen um auch in den Verwaltungsstrukturen und -abläufen angelegte Diskriminierung zu analysieren als sie auch Anlaufstelle für die von Diskriminierung betroffenen AusländerInnen sein muß.

Initiativantrag HRG

Der Juso-Bundeskongreß fordert die SPD auf, im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat eindeutig gegen jede Form von Studiengebühren zu stimmen.

Die in der Diskussion befindliche Regelung, einen zeitlich befristeten Verzicht auf Studiengebühren (Moratorium) ins Hochschulrahmengesetz (HRG) aufzunehmen, lehnt der Juso-Bundeskongreß entschieden ab.

Ein solches Moratorium würde den Konflikt um die Einführung von Studiengebühren nicht grundsätzlich lösen, sondern lediglich vertagen.

Ohne eine Festschreibung des generellen Studiengebührenverzichts im HRG darf es eine Zustimmung der SPD zum HRG-Entwurf nicht geben.

Für einen Politikwechsel in der Bundesrepublik und in Europa!

Erklärung der Jusos zum Wahlprogramm-entwurf der SPD

Auf dem Bundesparteitag am 17. April in Leipzig wird die SPD ihr Programm für die Bundestagswahl beschließen. Mit diesem Programm beschreibt sie, welche Politik sie im Falle einer Regierungsübernahme machen will.

Unsere Position ist klar: die zentralen Aufgaben für eine SPD-geführte Bundesregierung werden die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit und die Wiedererlangung wirtschaftspolitischer Gestaltungsfähigkeit sein. Ein grundlegender Politikwechsel in der Bundesrepublik ist erforderlich, um eine neue „sozialdemokratische Ära“ in Europa einzuleiten.

Diesen Zielsetzungen wird der vorliegende Wahlprogramm-entwurf nicht gerecht. Sicherlich enthält er viele richtige Einzelforderungen, die auch wir Jusos unterstützen. Dennoch sind wir der Auffassung, daß das Programm keine schlüssige Antwort auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme darstellt. Während wesentliche Widersprüche des Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts ausgeblendet bleiben, schält sich eine Grundlogik heraus, die in erster Linie auf eine Verbesserung der Angebotsbedingungen für Unternehmen, aggressive Exportorientierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Betonung der Eigenverantwortung gegenüber kollektiver Absicherung setzt. Diese Logik lehnen wir ab. Ohne einen radikalen Eingriff in die Verteilungsverhältnisse sowie eine aktiv gestaltende Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind Arbeitslosigkeit, soziale Spaltung, ökologische Krise und Staatsverschuldung nicht zu lösen.

Wir stellen daher fest: nach 16 Jahren Oppositionsarbeit ist es der SPD nicht gelungen, ein ausstrahlungsfähiges Alternativkonzept zum Neoliberalismus zu entwickeln. Es wird daher Aufgabe der gesellschaftlichen und sozialdemokratischen Linken sein, den erforderlichen Druck auf eine SPD-geführte Bundesregierung auszuüben. Wir Jusos werden gemeinsam mit BündnispartnerInnen ein

„Alternatives 100-Tage-Programm“ in mögliche rot-grüne Koalitionsverhandlungen einbringen.

Im Hinblick auf den Parteitag in Leipzig sehen wir Jusos vor allem an folgenden Punkten des Wahlprogrammes erheblichen Änderungsbedarf:

1. Zur Ausweitung von Wachstum und Beschäftigung in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen halten wir ein **öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm** erforderlich.

2. Die **Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit** muß als zentrales Projekt definiert und durch politische Maßnahmen - wie z.B. die Änderung des Arbeitszeitgesetzes - flankiert werden.

3. Sozialdemokratische Steuerpolitik muß **Reichtum umverteilen und die Massenkaukraft stärken** - hierzu können nicht investierte Gewinne und hohe Vermögen stärker herangezogen werden. Wir streben die Einführung einer Betriebssteuer und eines Lastenausgleichs auf hohe Vermögen an.

4. Wir lehnen die geplante Einführung eines „Kombi-Lohns“ und die damit verbundene Schaffung eines Billiglohns-sektors strikt ab. Stattdessen plädieren wir für die Finanzierung von tariflich gesicherten und gemeinwohlorientierten Arbeitsplätzen im Rahmen eines **öffentlichen Beschäftigungssektors**.

5. Die weitere Teilprivatisierung der Rentenversicherung lehnen wir ab. Wir wollen eine **Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung** durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Erweiterung des Versicherungskreises.

6. Wir setzen uns für die **Verdopplung der Zukunftsinvestitionen für Bildung, Wissenschaft und Forschung** ein. Die Hochschulen müssen dem tatsächlichen Bedarf entsprechend ausgebaut werden.

7. Wir fordern die Einführung der **doppelten StaatsbürgerInnen-schaft**, die Aufhebung der Diskriminierung von Flüchtlingen durch das Asylbewerberleistungsgesetz und vor der Einführung einer Einwanderungsgesetzgebung die Einrichtung einer Enquete-

Kommission unter Beteiligung von Flüchtlings- und Menschenrechtsgruppen.

8. Die internationale Regulierung von Kapitalströmen und Eindämmung von Währungsspekulationen muß zunächst auf europäischer Ebene durch die **Durchsetzung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Tax)** eingeleitet werden.

Resolution zur

Westsahara

In Anbetracht des mittlerweile vorliegenden Friedensplans für die ehemalige Spanisch-Westsahara - in die Wege geleitet durch die Resolutionen 658 und 691 des UNO-Sicherheitsrates zur Schaffung der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara (MINURSO) und der Resolution 1113 - ebenfalls beschlossen vom UN-Sicherheitsrat, die das Mandat der MINURSO verlängert - und

in Anbetracht der zwischen dem Königreich Marokko und Vertretern der Frente Polisario für das sahrauische Volk während der Konferenz im September 1997 in Houston (USA) unter der Leitung des UN-Sonderbeauftragten für die Westsahara, Herrn James Baker erzielten Vereinbarungen, die eine einzigartige Gelegenheit darstellen, diesen seit Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konflikt zu beenden und zur erfolgreichen Durchführung eines Referendums über die Selbstbestimmung des sahrauischen Volkes auf dem Gebiet der ehemaligen Spanisch-Westsahara führen könnten, erklärt der Bundeskongreß der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD seine anhaltende uneingeschränkte Unterstützung des Rechtes des sahrauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und begrüßt die Vereinbarungen zwischen dem Königreich Marokko und der Frente Polisario als Vertreter des sahrauischen Volkes zur Durchführung eines Referendums über die Selbstbestimmung der Sahrauis auf dem Gebiet der ehemaligen Spanisch-Westsahara und entsendet solidarisch zu gegebener Zeit

qualifizierte Personen zur Beobachtung über deren Einhaltung

Wir verurteilen die wiederholt dokumentierten Versuche seitens der marokkanischen Regierung, marokkanische Staatsangehörige auf die Listen der für das Referendum Abstimmungsberechtigten setzen zu lassen.

Wir verurteilen Versuche seitens der marokkanischen Regierung, das Referendum zu benutzen, um daraus eine Abstimmung zur nachträglichen Legitimierung der illegalen militärischen Besetzung der ehemaligen Spanisch-Westsahara zu machen.

Wir fordern die Vereinten Nationen auf, nur die Personen zur Abstimmung zuzulassen, deren Anspruch auf den Vereinbarungen der Konfliktparteien auf der Konferenz von Houston (USA) im September 1997 beruht.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft und deren Organisationen auf, gegebenenfalls den notwendigen Druck auf die marokkanische Regierung auszuüben, falls diese die von ihr eingegangenen Vereinbarungen und Verpflichtungen in Bezug auf das Referendum verletzt und darüberhinaus allen Versuchen, die das Abkommen von Houston sowie die Beschlüsse der Vereinten Nationen in Frage stellen, entschieden entgegenzutreten.

Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Umsetzung des UNO-Friedensplans und das Referendum in der ehemaligen Spanisch-Westsahara zu unterstützen.

Frankie hat Euch liebt

Kein Diktat in der Schule, auch nicht über Caesar.

Wir fordern eine Autogrammstunde mit Frank Schauff, mindestens eine Stunde Sonntag in der Mittagspause.

Der Gen. Schauff soll seine Poster signieren, um den Sozialismus in WW und MR voranzubringen.

Für den Ausstieg aus der Atomenergie - Gegen Castortransporte

Vor einer Woche ist der bislang größte deutsche Atomtransport ins „Zwischenlager“ im westfälischen Ahaus gerollt. Trotz des auch in Ahaus vorhandenen großen Protests war auch dieser aufgrund eines massiven Polizeieinsatzes durchgesetzte unsinnige Castor-Transport nicht zu verhindern. Der Transport wurde nicht nur gegen die Mehrheit der Bevölkerung sondern auch mit massivem Polizeieinsatz verbunden mit gravierenden Einschränkungen von demokratischen Grundrechten durchgesetzt.

Wir verurteilen in diesem Zusammenhang insbesondere die weiträumigen Demonstrationsverbote sowie das Verbot fast aller u.a. auch des von uns Jusos in Absprache mit Anti-Atom-Initiativen angemeldeten Camps rund um Ahaus und die unverhältnismäßigen und brutalen Polizeieinsätze insbesondere Berliner Einsatztruppen, die dazu führten, daß sich selbst NRW-Innenminister Kniola davon distanzieren mußte. Auch Jusos waren Opfer dieser Übergriffe.

Das Konzept der Atomlobby und von Bundesatomministerin Merkel ist nicht aufgegangen. Der Widerstand im Münsterland ist mindestens genau so groß wie der Widerstand im Wendland. Doch der Widerstand vor Ort ist nur ein Mittel.

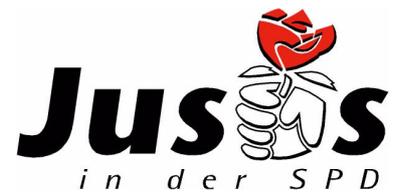
Unsere politische Forderung ist und bleibt:

- sortiger Stopp aller Castor-Transporte
- Verbleib des Atommülls an den AKW-Standorten bis zum beschlossenen Atomausstieg

Wir fordern von einer rot-grünen Bundesregierung den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Wir verlangen von einer rot-grünen Regierung die Aufstellung eines Nationalen Entsorgungsplans. Neue Versuche eines sogenannten „Entsorgungskonsenses“ mit der Atomlobby lehnen wir ab. Eine rot-grüne Regierung muß schleunigst Schritte in Richtung solarer Umbau einleiten, so z.B. durch ein 100.000-Dächer-Programm und die Einführung der kostendeckenden Vergütung für die Stromeinspeisung durch regenerative Energien.

Der nächste große Castor-Transport ist bereits für Ende des Jahres, zur Abwechslung mal wieder nach Gorleben, durch den niedersächsischen Landesinnenminister Glogowski angekündigt. Eine rot-grüne Bundesregierung muß einen solchen Transport unterbinden. Sollte der Transport, aus welchen Gründen auch immer, dennoch stattfinden, zeichnet sich schon jetzt ab, daß der Widerstand gegen diese verfehlte Energiepolitik eher noch zunimmt. Wir Jusos sind auf einen solchen Transport vorbereitet und werden uns als Gesamtverband in diesen Widerstand für den Solaren Umbau und gegen die Atomenergie massiv einbringen.

Nixda - Stopp aller Atomtransporte!



Standort: links!

**Beschlüsse
Juso-Bundeskongress**

Leipzig

07.-09. Mai 1999

Inhaltsverzeichnis

<u>Den Verband von links erneuern Bundesarbeitsprogramm Jusos 1999-2001</u>	Seite 3
<u>Solidarität statt Spaltung Plattform der Jusos zur Wahl des europäischen Parlaments</u>	Seite 22
<u>Ausbildung</u>	Seite 48
<u>Studienstrukturreform: für ein selbstbestimmtes und fächerübergreifendes Studium</u>	Seite 50
<u>Personalstruktur an den Hochschulen reformieren</u>	Seite 54
<u>Den Politikwechsel realisieren - Zur Bilanz rot-grüner Regierungspolitik</u>	Seite 63
<u>Frieden für den Balkan</u>	Seite 62
<u>Resolution zur Friedensmanifestation am 8. Mai 1999 in Berlin</u>	Seite 68

Den Verband von links erneuern

Bundesarbeitsprogramm Jusos 1999 - 2001

1. Einleitung

Die letzten Jahre haben gezeigt: die Jusos sind dann eine politisch ernstzunehmende Kraft, wenn sie erstens an einem Strang ziehen und sich auf gemeinsame und konkrete Projekte verständigen. Zweitens müssen innerparteiliche Auseinandersetzungen eng verbunden werden, mit der Entfaltung von gesellschaftlicher Diskussion und gesellschaftlichem Druck. Daran wollen wir weiter arbeiten. Zentral für die Arbeit der Jusos muß die Auseinandersetzung um die Zukunft von Ökonomie und Erwerbsarbeit sein. Wir haben nun die Regierung, die Regierung braucht Druck von links - und wir Jusos müssen gemeinsam für eine Erneuerung von links kämpfen.

2. Wo wir heute stehen

2.1 Herausforderungen nach der Wahl

Mit der Abwahl Helmut Kohls und dem erstmaligen Zustandekommen einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene wurde durch die Bundestagswahl 1998 ein wichtiger erster, aber nicht hinreichender Schritt zur Überwindung des konservativ-liberalen Projekts geleistet.

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist weder historischer Zufall, noch alleinige Folge professioneller Wahlkampfstrategie. Es reiht sich ein in die Wahlerfolge sozialdemokratischer Parteien in anderen Zentren des nordwestlichen Kapitalismus. Ihnen liegt das offensichtliche Versagen der konservativ-liberalen Regierungen zugrunde, die wesentlichen ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemlagen zu regulieren und mit einem gesellschaftlichen Konsens zu verbinden. Das einigende Band war insofern die mehrheitliche Ablehnung der konservativ-liberalen Politik und nicht die Unterstützung eines neuen Modells. Daher darf das historische Rekordergebnis für die Linksparteien nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß durch die bloße Umkehrung der parlamentarischen Mehrheiten ein politischer Richtungswechsel zu erwarten ist.

Die gegenwärtige Politik verdeutlicht die Widersprüche, in die die Bundesregierung eingebunden ist. Bisher ist es nur in wenigen zentralen Fragen gelungen, einer klaren politischen Linie zu folgen und einen "Politikwechsel" herbeizuführen. Den nötigen Korrekturen der Kohl-Politik (u.a. bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, des Kündigungsschutzes, der Rentenkürzungen), dem Vorschaltgesetz zur Steuerreform (u.a. Erhöhung Kindergeld, Senkung Eingangsteuersatz), oder dem 100.000 Dächer-Solarprogramm stehen erhebliche Pannen und politische Slalomfahrten in anderen Fragen gegenüber. Dies kann nicht allein auf die Binnenkonflikte und Alleingänge auf beiden Seiten innerhalb des Regierungslagers zurückgeführt werden:

Die rot-grüne Regierung ist erstens gefangen zwischen ihren Wahlversprechen auf der einen Seite und dem Bestreben, alle Fragen im "gesellschaftlichen Konsens" zu lösen auf der anderen Seite. Vor allem den Lobbyisten der Wirtschaft ist es in mehreren Fällen gelungen (Gegenfinanzierung Steuerreform, Atomausstieg), die Pläne der Bundesregierung zu korrigieren. Entsprechender Druck von links ist zur Zeit kaum erkennbar.

Zweitens wird deutlich, daß es zur Zeit nicht gelingt, die heterogene WählerInnenschaft von Rot-Grün politisch zusammenzuführen. Der Mobilisierungserfolg der CDU bei der hessischen Landtagswahl durch ihre ausländerfeindliche Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft ist letztlich nur durch eine erhebliche Mobilisierungsschwäche der SPD zu erklären. Der Regierung fehlt ein politisches Projekt, daß in der Lage wäre, breite gesellschaftliche Akzeptanz für eine fortschrittliche Politik herzustellen. Gegenwärtig ist selbst von einem "Dritten Weg", wie ihn Schröder, Hombach und andere fordern, wenig zu sehen. Die Realpolitik stellt daher eher einen politischen Suchprozeß über den zukünftigen Pfad sozialdemokratischer Politik dar.

2.2 Neue Soziale Bewegungen

Der Charakter sozialer Bewegungen hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die neuen kulturellen Ausdrucksformen jugendlichen Protests finden zumeist keinen Anklang in den traditionellen Bewegungen, werden von diesen nicht verstanden und dementsprechend als entpolitisiert dargestellt.

Dabei hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß Jugendliche sehr wohl zum Protest und zum Widerstand fähig und bereit sind. Dieser Protest war oftmals nicht mit durchdachten politischen Konzepten verbunden, sondern vielmehr eine spontane Reaktion auf erkannte Mißstände. Aber er war zumindest Ausdruck eines wachen Bewußtseins für diese Mißstände und eines Bedürfnisses nach kollektiver Verarbeitung dieser Situationen.

Jusos sind in den vergangenen Jahren immer nur Anhängsel solcher Bewegungen gewesen. Zumeist waren sie nur unzureichend auf solche Eventualitäten vorbereitet, schlecht informiert über die Situation, wenig professionell im Umgang mit anderen politischen Kräften oder schlicht zu überheblich im Umgang mit solchen „anpolitisierten„ Menschen. Die Bewegungen haben entsprechend reagiert. Jusos sind punktuell ein beliebter Bündnispartner gewesen. Ein umworbener Partner waren sie hingegen selten.

Bewegungen und Jusos haben sich immer dann verstanden und in die Hände gearbeitet, wenn Jusos als ein Türöffner zur Diskussion und Veränderung in der SPD verstanden wurden. Die rot-grüne Bundesregierung hat spätestens mit ihrer Zustimmung zum NATO-Krieg ihre Unschuld in den Augen der Linken verloren. Noch führt die Tatsache, daß ehemalige Teile der Friedensbewegung selbst den Krieg führen, zu einer großen Lethargie in diesen Bewegungen. Doch mehr und mehr erwachen die AktivistInnen dieser Bewegungen und positionieren sich gegen diese Regierungspolitik. Ob dieser Umstand insgesamt zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte über eine neue Reformpolitik genutzt werden kann, oder ob dies in der vollständigen Frustration der Linken endet, läßt sich heute nicht vorhersagen. Doch dieses Scheitern einer linken Stimmung muß keineswegs vorprogrammiert sein. Wenn es gelingt, Stimmungen einen politischen Ausdruck zu verleihen. Wenn es gelingt, einen Aufbruch von links nicht mit einem Protestmarsch der Zehntausenden zu verwechseln, sondern ihm vielmehr andere Wege zu bahnen. Dann kann sehr wohl eine punktuelle Eingriffsfähigkeit der Linken wieder aufgebaut werden.

2.3 Die SPD

In zahlreichen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien tobt seit einigen Jahren ein heftiger Streit zwischen traditionsbewußten politischen Kräften und den sogenannten - oder besser: selbsternannten – „Modernisierern„. Dieser Gruppe rechnen sich Personen wie Felipe Gonzalez, Tony Blair und Gerhard Schröder zu. Oftmals wurden sie (auch von uns Jusos) als Neoliberale in der Sozialdemokratie entlarvt und gleichzeitig der medialen Inszenierung leerer Inhalte bezichtigt. Doch mehr und mehr verdichtet sich auch in der Bundesrepublik der Eindruck, daß hinter diesem Modernisierungskurs weit mehr steckt, als zunächst vermutet. In der SPD hat sich eine klare Linie herausgebildet, der neben dem Kanzler auch Clement und andere Führungspersonen angehören. Ihrer Politik liegt eine einfache und auf den ersten Blick auch nachvollziehbare politische Analyse zugrunde. Die unter dem Stichwort „Globalisierung„ festgestellte Macht einiger Transnationaler Konzerne und der Kapitalmärkte hat die Nationalstaaten und auch die regionalen Wirtschaftszusammenschlüsse zunehmend gegeneinander ausgespielt. Standortkonkurrenz wurde zum Inbegriff einer Wirtschaftspolitik, die nur noch den wenigen international agierenden Unternehmen möglichst günstige Marktbedingungen einzuräumen versucht. Nicht zu unrecht bemerkten deutsche Politiker, daß gerade die deutsche Wirtschaft mit ihrer hohen Abhängigkeit vom Export hier besonders abhängig ist. Günstige Marktbedingungen heißt insbesondere auch den Angleich der

Sozialsysteme auf unterem Niveau. Hier nun versuchen „Modernisierer“, einen neuen Weg auszuloten, in dem sie zwar der Logik dieses Prinzips zustimmen, aber dennoch versuchen, eine sozialere Politik zu etablieren. So soll ein Mindestbestand an sozialen Garantien gesichert werden, aber im Gegenzug soll der Staat die Chance haben, die von solchen Garantien abhängigen Menschen in stärkerem Maße zu Arbeiten heranzuziehen, die aufgrund der Sparpolitik nicht mehr finanzierbar sind. Wer diese Arbeiten ablehnt, wird aus der „Solidargemeinschaft“, verstoßen und verliert seine sozialen Garantien. Darauf aufbauend greifen die „Modernisierer“, zu einer zweiten Maßnahme, die auf der Annahme beruht, daß im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung Hochlohnländer nur in solchen Sektoren konkurrenzlos agieren können, in denen sie ihre technologische voll zur Geltung bringen können. Daher erhoffen sie sich von einer beschleunigten FuE bzw. EuE einen arbeitsplatzwirksamen Innovationsschub. Der Umstand, daß es sich hierbei meist um Rationalisierungstechnologien handelt wird hartnäckig ignoriert Ausgangspunkt dieser Analyse ist also daß die Globalisierung ein Sachzwang sei. Die Tatsache, daß diese selbst die politische Auswirkung der neoliberalen Politik ist und daß sehr wohl Alternativen existieren, die wesentliche Probleme lösen können, wird verneint. Die Auseinandersetzung zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium hat dies bereits in den ersten hundert Tagen dieser Regierung sehr eindrucksvoll bewiesen. So ist es nur konsequent, daß nun nach dem Rücktritt des Bundesfinanzministers jetzt auch die Staatssekretäre Flassbeck und Noé ausgetauscht werden. Standen doch gerade sie für die Politik der europäischen und internationalen Koordination.

Daß auch die Politik der „Modernisierer“, in hohem Maße von den internationalen Rahmenbedingungen abhängt und eine Koordination der Politik der Standortstaaten erfordert, obwohl diese Politik zugleich eine Absage an alle internationalistischen Bestrebungen ist, wird deutlich in den Bemühungen eine neue center-center-left-Institution ins Leben zu rufen. Diese Kampfansage Tony Blairs gegen die SI soll daher auch die für diese Art der multilateral koordinierten Politik wichtigen US-Demokraten ins Boot holen.

Diesem „Modernisierer“-Block steht eine Gruppe von Sozialdemokraten gegenüber, die in der politischen Tagesauseinandersetzung sich meist nur unwesentlich von dieser Modernisierungspolitik abgrenzen können. Sie verbinden eine völlig andere Analyse und eine immer offenkundiger hilflose Strategie so miteinander, daß nur schwerlich eine eigene politische Bewegung entstehen kann.

Diese meist internationalistisch denkenden SozialdemokratInnen haben sehr genau die neoliberale Politik der beiden letzten Dekaden als Ursache für die heute zu beobachtenden Probleme ausgemacht. Mit Hilfe der Stärkung staatlicher Interventionsfähigkeiten und der (Re-)Installation internationaler Regulierungsregime sollen daher die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um Problemlösungen wieder im nationalstaatlichen Rahmen bzw. auf EU-Ebene anstreben zu können. Soweit grenz(t)en sich also Sozialdemokraten wie Jospin oder Lafontaine grundlegend von einem Modernisierungskurs ab und bieten Anknüpfungspunkte für eine linke Politik.

Dennoch stehen sie keineswegs für linke Politik. Ihr zumeist traditionell geprägtes Staatsverständnis und ihr weitgehend keynesianistisches Weltbild können auf viele gesellschaftliche Entwicklungen nur mit Unverständnis und Law-and-order-Politik reagieren. Eine Gesellschaft, in der Individualismus für viele Menschen zu einem eigenen Wert geworden ist, muß zwangsläufig soziale Deklassierung zur Erosion dieser Gesellschaft in der Mitte und an den politischen Rändern führen. Die Folgeerscheinungen beider Entwicklungen lassen sich nicht mehr mit politischen Mitteln der 70er Jahre bewältigen. Wer dies doch versucht, trifft sich an vielen Punkten (z. B. Migrationspolitik, Sozialstaatsverständnis, Law-and-order-Politik) mit „Modernisierern“, ohne diesen allerdings eine konzeptionell geschlossene Politik entgegenstellen zu können.

Wie wenig sie von den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verstanden haben, hat sich auch in der katastrophalen Inszenierung der Finanz- und Geldpolitik sowie der Hilflosigkeit im Umgang mit dem völkerrechtlich nicht vertretbaren Angriffskrieg der NATO in Jugoslawien gezeigt.

2.4 Die Linke in der SPD

Die sozialdemokratische Linke in der SPD, organisiert im Frankfurter Kreis, hat sich längst in die Beobachterposition zurückgezogen. Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen. Der wichtigste ist die Konzeptlosigkeit der eigenen Politik. Linke Politik in der SPD ist die Aneinanderreihung von einzelner Politikfeldern geworden.

Ein weiterer Grund für den Gang in die politische Bedeutungslosigkeit des Frankfurter Kreises liegt im fehlenden Verständnis politischer Prozesse. So werden immer noch „Erfolge“, des Frankfurter Kreises errungen, die außer ihm keiner als solche wahrnimmt.

Parteitagestrategien, die in den Hinterzimmer stattfinden und nicht die mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, und politische Diskussionen, die nicht medial aufbereitet werden, sind überflüssige Kraftanstrengungen. Längst müssen politische Prozesse als eine Einheit von politischen Konzepten und ihres kommunikativen Transfers in eine breite Öffentlichkeit verstanden werden. Politik, die nicht kommuniziert wird, findet in der Gesellschaft schlicht nicht statt. Ein politisches Konzept, das nach seiner Ausarbeitung „bloß noch gut verkauft“, werden muß, wird immer weit größere Akzeptanzprobleme haben als ein von den Zielgruppen her ganzheitlich gedachtes Politikmodell dies hat.

Drittens ist es vielen Handelnden nicht gelungen, die in ihren Jusos-Zeiten aufgebauten Gräben und Konfliktmechanismen zu überwinden. So entstand ein Zusammenschluß von Einzelkämpfern, der Gemeinsamkeiten beschwor, die letztlich nur dazu dienen, das jeweils eigene politische Steckpferd ins Zentrum der „linken“, Politik zu rücken - teilweise auch mit dem Ziel der eigenen Karriereabsicherung.

Jusos müssen sich daher heute ins Zentrum dieser Parteilinken stellen und aktiv Beiträge leisten für eine alternative Politik dieses Zusammenhangs. Mehr noch wir müssen zeigen, daß wir in der Lage sind, persönliche Rivalitäten zurückzustellen, um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen. In diesem Sinne wollen ein Angebot entwickeln für Jusos, die den Verband in Richtung SPD, Gewerkschaften oder soziale Bewegungen verlassen, gemeinsam mit uns politische Eingriffe zu gestalten und eine Entkopplung von linken Zusammenhängen zu vermeiden.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die Jusos als einzige politisch handlungsfähige Kraft der sozialdemokratischen Linken verblieben sind. Weder verfügt die Parteilinke über gefestigte Strukturen, noch hat sie ein über Einzelforderungen hinausgehendes Programm vorzuweisen. Dann, wenn innerparteiliche Opposition organisiert wurde, waren die Jusos oft der entscheidende Motor.

Die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre werden maßgeblich darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Politik der Sozialdemokratie entwickeln bzw. welcher Modernisierungspfad beschritten wird. Ob es der „traditionslosen sozialdemokratischen Rechten“ um Schröder, Hombach, Clement und andere gelingt, ihre Vorstellungen von einem Dritten Weg zu realisieren, hängt somit auch von der Stärke oder Schwäche der sozialdemokratischen Linken ab. Es muß die Aufgabe der Jusos sein, an der Spitze einer Modernisierung sozialdemokratischer Politik von links zu stehen.

Dabei ist es unser Anspruch, sowohl eine linke Alternative durchzusetzen als auch die Partei für politische Diskussionen zu öffnen, vorhandene Spielräume zu nutzen und konsequent auszubauen. Der „Durchmarsch“ der „traditionslosen sozialdemokratischen Rechten“ findet auch vor dem Hintergrund einer entpolitisierten Partei statt, deren Diskussions- und Streitkultur einen historischen Tiefpunkt erreicht hat.

Die Aufgaben für eine „Neue Parteilinke“ bestehen darin, erstens klare Auseinandersetzungslinien zum Schröder-Kurs zu definieren und ein realpolitisches Reformprojekt zu entwickeln. Im Kern eines solchen Projektes muß die Frage zukünftigen Wirtschaftens und Arbeitens stehen. Erforderlich ist daher eine enge bündnispolitische Anbindung an die Gewerkschaftslinken. Mit der Idee einer „Zukunftswerkstatt“ des Frankfurter Kreises und einer Professionalisierung der Arbeit wurden bereits wertvolle Überlegungen in diese Richtung angestellt.

Die Parteilinke darf sich zweitens nicht in den Abgeordnetenbüros oder Kungelecken auf Parteitag verstecken, sondern muß öffentlich agieren. Wir orientieren uns am Vorbild der „campaign groups“ der Labour-Linken um Ken Livingston.

Linke Positionen dürfen sich nicht an Strukturen festmachen, sondern müssen auf der Grundlage einer inhaltlichen Plattform aufbauen. Im Zentrum werden daher Jusos, die linken Teile der jungen Abgeordneten, einige weitere MdBs und Parteifunktionäre sowie Personen aus dem wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Umfeld stehen müssen.

2.5 Schlüsselfrage Arbeit

Die Schlüsselfrage für die SPD wird sein, ob es der Bundesregierung gelingt, die Massenarbeitslosigkeit zu reduzieren und die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Verschärft wird die Lage durch die weltwirtschaftlichen Krisenentwicklungen und den im wesentlichen durch reduzierte Exporte zu erwartenden Wachstumsrückgang. Abgesehen von den ersten Maßnahmen im Rahmen der Steuerreform will die Bundesregierung alle Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Fragen im "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" behandeln. Sicherlich stellt dieser Versuch, den Korporatismus auf Bundesebene wiederzubeleben und damit auch gewerkschaftliche Anliegen in die Regierungspolitik "einzubauen" einen Fortschritt gegenüber einer Politik dar, die ArbeitnehmerInneninteressen zunehmend ignorant gegenüberstand. Aber es ist eben nur die Arena, in der Auseinandersetzungen ausgetragen werden, aber keineswegs eine Lösung an sich. Vielmehr wird es unter gegenwärtigen Vorzeichen zu einem "Standortpakt" kommen, der eher ein Hindernis für konsequente Reformen darstellt. Im "Bündnis der Modernisierer aller gesellschaftlichen Gruppen" (Schröder) wird eine konsequente Beschäftigungspolitik, die letztlich auf einem gravierenden Eingriff in die bestehenden Verteilungsverhältnisse basieren muß, ausgeschlossen sein. Daher bleiben nur noch eine innovationsorientierte Angebotspolitik, die ausgehandelte Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und eine sozialstaatlich abgesicherte Niedriglohnstrategie: Vor allem letzteres ist der konkrete Versuch einen neuen - nach oben verschobenen - Klassenkompromiß zu schmieden: die "Neue Mitte" wird fit für den Standort gemacht und soll sich billige Dienstleistungsarbeit kaufen können.

Auch das vielgelobte "Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" geht in diese Richtung. Nichts spricht gegen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifikationen junger Menschen. Aber das Programm geht am eigentlichem Problem, den fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, vollkommen vorbei. Neben den sinnvollen arbeitsmarktpolitischen Funktionen verfolgt es daher das Ziel, der Bevölkerung Aktivität vorzutäuschen, um notwendige Regulierungen (wie die Umlagefinanzierung) zu verhindern. Und wenn die Krise anhält, sind die Jugendlichen schuld: dem vermeintlichen Zuckerbrot folgt dann die Peitsche. Unsere Kritik an der Bundesregierung reduziert sich folglich nicht darauf, daß Performance nicht stimmt oder die Ökosteuer-Sätze zu gering sind. Zwar ist uns klar, daß ein "Politikwechsel" nicht in 100 oder 200 Tagen realisiert werden kann, sondern einem mittelfristigen Pfad folgen muß. Aber dies ist der Punkt: die Politik der Bundesregierung ist eine unzureichende und z.T. falsche Antwort auf die ökonomischen und politischen

Umbrüche der vergangenen Jahrzehnte und wird den gegenwärtigen Problemlagen nicht gerecht.

2.6 Vorherrschaft des Neoliberalismus: Brüchig, aber längst nicht überwunden

Die Politik des Neoliberalismus hat die genannten Widersprüche zwar nicht allein zu verantworten, aber sie verschärft. Mit der Zunahme der ökonomischen Krisenerscheinungen und der sozialen Spaltungen hat aber gleichzeitig die Akzeptanz für die neoliberale Politik abgenommen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß die Vorherrschaft des Glaubens an die freien Kräfte des Marktes überwunden ist. Im Gegenteil: die SPD ist von vielen gerade wegen ihres Versprechens, die Logik des nationalen Wettbewerbsstaates in Form einer "sozialeren" Alternative zum Neoliberalismus umzusetzen, gewählt worden.

Dabei ist auch nicht zu bestreiten, daß die neoliberale Hegemonie ihre Spuren in der jungen Generation hinterlassen hat. Gerade unter den "ModernisierungsgewinnerInnen" hat sich ein stabiler neoliberaler Kern gebildet, der auf aggressive Ellenbogenorientierung setzt. Jedoch verbinden sich im Alltagsverstand eines Großteils der jungen Generation neoliberale Elemente durchaus widersprüchlich mit progressiven Deutungen und Ansprüchen. Die individuellen Durchsetzungsstrategien (Selbstbehauptung statt Selbstverwirklichung) stellen eine Reaktion auf die blockierten Chancen und eine Anpassung an die Erfordernisse des flexiblen Kapitalismus dar. Progressive Ansprüche an soziale Gerechtigkeit, Demokratie, etc. existieren nach wie vor, nur fehlen die politischen Entwürfe und Zugänge, die in der Lage wären, diese zu bündeln und zu politisieren. Gesellschaftskritik äußert sich gegenwärtig vielfach anders als in Theorieentwürfen und Großdemos: der abstrakte Kampf um Ideale ist einem konkreten Kampf um die Gestaltung des kulturellen, politischen und sozialen Lebensumfeld gewichen.

3. Erneuerung des Verbandes

3.1 Nur gemeinsam werden wir stark sein

Für die Jusos muß es in einer Situation, in der um den zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungspfad gerungen wird, darum gehen, sich so weit wie möglich in die Auseinandersetzungen einzuschreiben. Weder eine Anpassung an den Mainstream noch eine passive Überwinterungsstrategie wären der richtige Weg.

Diese Herausforderung formulieren wir trotz einer nicht unproblematischen Ausgangslage für die Jusos. Sie haben ihren Charakter als "Massenverband" längst verloren. Jusos können ihre Stärke und Legitimation immer weniger aus der Zahl der aktiven Mitglieder schöpfen. Die Ursachen für diese Entwicklung werden seit Jahren breit diskutiert und liegen nur zum geringen Teil in der Eigenverantwortung des Verbandes. Vor allem junge Menschen (für junge Frauen gilt dies noch mehr als für junge Männer) sind immer weniger bereit, sich langfristig an politische Organisationen zu binden. Intern besteht das Problem, daß Unsicherheiten über die Krisenursachen und die zukünftige Rolle des Verbandes dazu führen, daß "unproduktive Formen der Selbsterhaltung" in Form von Scheinkonflikten, Machtspielchen gegenüber der "produktiven politischen Arbeit" an Bedeutung zunehmen. War dies in Zeiten der Opposition noch ein nachvollziehbarer Politikstil, so grenzt er heute an Luxus. Wir Jusos stehen heute vor dem Zwang zum einheitlichen gemeinsamen Handeln. Nur als einheitlicher Verband sind wir in der Lage, politisch uns noch Geltung innerhalb der Sozialdemokratie zu verschaffen. Und damit sind wir auch nur als einheitlicher Verband in der Lage, eine nennenswerte Rolle in der außerparlamentarischen Opposition zu spielen.

Erfolgs- und Einflußlosigkeit der Jusos können mittelfristig unsere Doppelstrategie in Frage stellen.

Unsere Kritik bezieht sich aber nicht nur auf die verschwendeten Ressourcen: derartige Politikstile dienen männlichen Funktionsträgern gleichzeitig auch zur Absicherung vermeintlicher Macht gegenüber den Ansprüchen junger Frauen an politische Arbeit. Erschwerend kommt hinzu, daß die Feminisierung des Verbandes sowohl organisationspolitisch als auch inhaltlich nicht selten unverhohlen von strebsamen jungen Männern aufgegeben wird. Auch in der Partei gab es bereits einzelne Versuche, an die Stelle der demokratisch legitimierte Jugendorganisation eine regierungstreue und apparatgesteuerte SPD-Meßdientruppe zu setzen.

Wir formulieren daher den ernsthaften Anspruch, den Juso-Verband - aufbauend auf den Erfolgen der Vergangenheit - zu erneuern, ohne wesentliche Grundsätze unseres politischen Selbstverständnisses aufzugeben:

3.2 Jusos als sozialistischer und feministischer Richtungsverband

Die Jusos verstehen sich als sozialistischer und feministischer Richtungsverband. Dies hat allerdings nur Bestand, wenn es gelingt, diese inhaltliche und strategische Selbstpositionierung der Jusos programmatisch wieder konsistenter zu füllen. Tagespolitische Auseinandersetzungen, wie z.B. für die Umlagefinanzierung, sind eine wesentliche und v.a. identitätsbildende Aufgabe für uns Jusos. Diese müssen diese jedoch in Zukunft stärker eingebettet sein in eine alternative Logik von politischer Regulierung und gesellschaftlichem Zusammenleben.

Dies bedeutet: "Sozialismus" und „Feminismus,, müssen für uns wieder lebendige Visionen werden. In unserem Verständnis als „SozialistInnen,, paaren sich die Einsicht, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im krassen Widerspruch zu den Potentialen entwickelter Ökonomien zur Wohlstandsmaximierung stehen mit unseren sozialen, demokratischen und ökologischen Grundsatzauffassungen bzw. Wertvorstellungen. Als „FeministInnen,, vertreten wir die Auffassung, daß es neben der auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Ausbeutungsverhältnisse ein eigenständiges patriarchales Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis zwischen den Geschlechtern gibt, das es zu überwinden gilt. Die Arbeit der Jusos muß darauf orientiert sein, Kapitalismus und Patriarchat schrittweise zurückzudrängen.

Dies erfordert die Konzentration auf wesentliche „sozialistische Umbaufelder,, in den wir unsere Vorstellungen von

- einer alternativen demokratischen Regulierung von Produktivkraftentwicklung und wirtschaftlichem Wachstum,
- einer Arbeitsgesellschaft für Frauen und Männer, die differenzierte Lebensentwürfe ermöglicht,
- einer neuen internationalen Solidarität jenseits von Standortwettkampf und Abkopplung ganzer Weltregionen,
- einer Modernisierung und Demokratisierung des Staatsverständnisses,

in kurz- und mittelfristigen Forderungen konkretisieren und in die gesellschaftliche Diskussion fließen lassen. Es geht darum, die Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften alltagsnah zu politisieren. Wir wollen den Sozialismus als Programm "ökonomisch-gesellschaftlicher Demokratie" wieder ausstrahlungsfähig machen. Dies gelingt nicht abstrakt, sondern nur anhand konkreter politischer Vorstellungen, die erstens dazu beitragen, die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben und zweitens als Symbol für eine alternative antikapitalistische Logik stehen.

3.3 Jusos als Teil einer „Neuen Linken,,

Die Linke in der Bundesrepublik ist gegenwärtig fragmentiert. Sie agiert in ihren jeweiligen Nischen oder ordnet sich den Zwängen der jeweiligen Parteien und Organisationen unter. Der objektiven Erfordernis Druck von links auf die neue Regierung auszuüben, steht der Mangel an gemeinsamen Projekten und geeigneten Formen der Verständigung gegenüber.

Ausgehend von dieser Einschätzung formulieren wir den Anspruch, vorhandene gesellschaftliche Reformpotentiale zu vernetzen. Dies hat keinen Selbstzweck, sondern soll eine programmatische Weiterentwicklung und eine bessere öffentliche Intervention ermöglichen. Jusos müssen sich stärker als organisierender Kern zur Zusammenführung von außerparteilichen Kräften und Kompetenzen im Rahmen einer „Neuen Linken,, begreifen. Die "Neue Linke" bezeichnet dabei keine neue Organisation, sondern die Notwendigkeit, zu einer Verständigung zu kommen, die über fachliche und organisatorische Grenzen sowie über die bisherigen Strömungen der Linken hinausgeht. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang für uns der enge Kontakt zu den progressiven Teilen der Gewerkschaften.

Es ist auch eine Herausforderung für die Jusos, Schnittstelle zwischen Generationenentwicklung, linken Netzwerken und Sozialdemokratie zu sein. Es geht darum, ausgehend von Ansprüchen und Kompetenzen der Jugendlichen, kritische Potentiale zu bündeln, eine Verständigung auf konkrete Reformalternativen vorzunehmen und öffentlich zu machen.

Bislang bezog sich die Arbeitsweise des Verbandes überwiegend darauf, daß der Verband als solcher Kampagnen zu relevanten politischen Fragen durchführt (z.B. Umlagefinanzierung) und damit gezielt in öffentliche Auseinandersetzungen eingreift. Dies bleibt richtig und notwendig. Es muß aber verzahnt und abgestimmt werden, mit anderen Teilen der innerparteilichen und außerparteilichen Linken, wie dies im Falle der Ausbildungsdiskussion um die Umlagefinanzierung größtenteils geglückt ist.

4. Arbeitsschwerpunkte der Jusos

4.1 Projekt „Arbeit und Ausbildung für die Zukunft,,

Die kapitalistische Organisation der Arbeit beinhaltet eine Reihe von Problemen und Widersprüchen. Neben den bisherigen Normalarbeitsverhältnissen entwickeln sich neue flexible Erwerbsverhältnisse mit hohen Qualifikationsanforderungen ebenso, wie Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik fordristischer Prägung kann diese Entwicklungen nicht mehr auffangen. Weder entsprechen sie den gewandelten Ansprüchen vieler abhängig Beschäftigter, noch können sie adäquate Antworten auf die Veränderung des Arbeitsmarktes geben. Die klassische Arbeitsmarktpolitik ist immer noch eher ein Instrument der Krisenverwaltung, als eine Steuerung des Arbeitsmarktes unter veränderten Bedingungen.

Vor allem in der jungen Generation, läßt sich ein Anspruch auf eine gleichzeitige Realisierung von qualifizierter Erwerbsbiographie und Privatleben feststellen. Diesem erfahrbaren Widerspruch zur kapitalistischen und patriarchalen Organisation von Erwerbsarbeit, wollen wir mit einer Formulierung eines erneuerten Sozialstaatsverständnisses begegnen. Dabei gilt es einer Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken und den gewandelten Ansprüchen von Erwerbstätigen Rechnung zu tragen. Insofern gilt es Produktion und Reproduktion zusammen zu denken, um Partizipation für Männer und Frauen sowohl auf dem Erwerbsarbeitsmarkt, in der Reproduktion als auch bei grundlegenden gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Eine linke Strategie muß am Vollbeschäftigungsziel festhalten und die veränderten Ansprüche innerhalb der Erwerbsarbeit aufgreifen. Exemplarisch wollen wir dies an drei Punkten tun:

- Die Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bleibt für uns unverzichtbare Voraussetzung für die vollständige Integration von Frauen in das Erwerbsleben und einer gerechten Verteilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit zwischen Frauen und Männern.
- Die Frage, ob angesichts der ökonomischen Umbrüche die gewachsenen Ansprüche der jungen Generation an Leben und Arbeiten eine Chance haben, entscheidet sich nicht zuletzt an der Frage der Ausgestaltung des Sozialstaates. Wir brauchen die Diskussion über eine Sozialversicherung im Sinne einer Arbeitsversicherung, die ihre Aufgabe nicht mehr ausschließlich in der Abfederung von Existenzrisiken und Entschärfen sozialer Konflikte sieht, sondern als weitere Aufgabe die soziale Absicherung einer grundsätzlichen Neuorganisation von Erwerbsarbeit mit flexiblen Erwerbsbiographien, Ausbildungszeiten und Phasen der Nicht-Erwerbsarbeit versteht.
- Neoliberale Strategen instrumentalisieren zunehmend die betriebliche Mitbestimmungsregelung unter dem Dogma der Standortsicherung zur Durchsetzung profitsteigernder Produktionsstrategien. Dem setzen wir von links die Auffassung entgegen, daß betriebliche Mitbestimmung die Funktion hat zum einen den veränderten Ansprüchen der Menschen an Qualität und Quantität der Arbeit durchzusetzen und zum anderen neue Räume für eine Demokratisierung der Gesellschaft eröffnen muß.

4.2 Projekt „Neuer Internationalismus „

Internationale Politik ist unter dem Vorzeichen unserer internationalistischen Grundüberzeugung immer auch Friedenspolitik.

Diesem Aspekt kommt vor dem Hintergrund der auch von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in der Tradition der abgewählten Bundesregierung weitergeführten zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik eine zentrale Rolle in unserer politischen Arbeit zu.

Die rot-grüne Bundesregierung betreibt offensichtlich die weitere Militarisierung der Außenpolitik noch ungenierter als dies die abgewählte Bundesregierung schon tat. Der unilaterale Krieg der NATO und damit auch der Bundesrepublik Deutschland gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und hat einen Präzedenzfall für eine weitere Aushöhlung des Völkerrechts zugunsten des Rechts des Stärkeren geschaffen.

Die Normalisierung der "Option" der militärischen "Lösung" von Konflikten läßt zugleich die Suche nach Alternativen in den Hintergrund treten.

Hier müssen wir Jusos eingreifen!

Die rot-grüne Bundesregierung ist mit zahlreichen Wahlversprechen gewählt worden, die es jetzt einzufordern gilt. Die Grundsatzfrage nach der Abschaffung der Wehrpflicht ist in die (Wehrstruktur-)Kommission "Zukunft der Bundeswehr" vertagt worden. Es wird auch darum gehen, diese Kommission kritisch zu begleiten und deren Mitglieder laufend zu informieren. Solange die Kommission arbeitet, wird die Wehrpflicht weiter bestehen. In der Zwischenzeit kommt es darauf an, daß die schlimmsten Ungerechtigkeiten beseitigt werden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben dazu in den letzten Legislaturperioden zahlreiche Änderungen zur Durchführung der Wehrpflicht gefordert. Wir werden auch diese Forderungen aufgreifen und Partei und Regierung damit konfrontieren.

Mit der zivilen Konfliktbearbeitung ist neben der alten Forderungen nach Abschaffung der Mittel zur Kriegsführung und der langfristigen Beseitigung aller Kriegsursachen die Entwicklung eines Instrumentariums zum nicht-militärischen Umgang mit Konflikten in und zwischen Staaten getreten. Wenn auch einzelne Elemente des Gesamtkonzeptes "Zivile Konfliktbearbeitung" nicht neu sind, befindet sich die Friedensbewegung hier noch in einem Diskussionsprozeß, sowohl darüber, welche Elemente zu diesem Konzept gehören, wie auch darüber, welche Strategie mit dem Eintreten für ein solches Konzept verfolgt wird. Das groteske Fehlverhalten von Politik zeigt sich nun darin, daß sich zivile Konfliktbearbeitung als ein geeignetes Mittel des Umgangs mit Konflikten erwiesen hat, aber dennoch eine systematische Förderung unter Einsatz der notwendigen Mittel nicht betrieben wird.

In der Weltpolitik besteht eine enorme Asymmetrie zwischen den Bemühungen um die Herstellung von regionalen und globalen Friedensordnungen und den Vorbereitungen für die Führung von Kriegen. Eine Umverteilung der Mittel ist deshalb dringend geboten. Dabei wird mit den Ideologien der "humanitären Intervention" und des Militärs als "letztem Mittel" zu kämpfen sein. Da sich Militär jedoch als immer teurer und dysfunktionaler erweisen wird, bestehen gute Chancen, daß der zivilen Konfliktbearbeitung schrittweise eine größere Bedeutung zuwächst.

Hierzu bedarf es aber auch konzeptioneller Antworten auf Probleme, vor denen die Linke oftmals ebenso hilflos stand wie die NATO heute. Wie lassen sich Menschenrechte und Demokratie international sichern? Welche Eingriffe in die Souveränität eines Staates sind erlaubt, welche sind geboten? Was umfaßt das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Konkreten? Wie kann eine Friedenssicherung in Konfliktregionen real aussehen? Worin besteht die Sonderrolle der deutschen Außenpolitik oder ist diese gar nicht wünschenswert? Wie kann demgegenüber eine GASP innerhalb der EU aussehen? Welche Initiativen kann die EU starten, um sich ihrer Rolle als Zivilmacht zu vergegenwärtigen? Wie müssen dann die Abstimmungsmechanismen innerhalb der EU-Ministerrat, der Kommission, dem EP und zwischen diesen Beteiligten aussehen? Kann eine solche GASP ohne eine gemeinsame Verteidigungspolitik installiert werden?

Dabei darf nicht vergessen werden, daß gerade jetzt das Thema auch weitergehende Aspekte hat. Die alte linke Utopie steht jetzt zur Verwirklichung an. Europa ist mehr denn je ein linkes Projekt. Nationalstaatliche Lösungen für die zentralen politischen Probleme sind weder wünschenswert noch realisierbar. Wer ihnen nachläuft, verschwindet in der Bedeutungslosigkeit.

Eines unserer zentralen politischen Ziele ist es, das Europa von unten zu gestalten:

- Europa ist das Projekt einer tiefgreifenden europäischen Friedensbewahrung durch Zurückdrängen der Nationalstaaten und einer aktiven globalen Friedenspolitik für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.
- Europa ist das Projekt einer gerechten Verteilung zwischen den reichen und armen Regionen Europas und einer aktiven und grundsätzlichen Umgestaltung der globalen Verhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
- Europa ist das Projekt der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Kontinents und der ökologischen Verantwortung der Industriestaaten für das Überleben unseres Planeten.
- Europa ist das Projekt einer sich nicht abschottenden multikulturellen Gesellschaft, in der nationalstaatliche Beschränkungen überwunden werden und sich die Impulse einer demokratischen Zukunftsgesellschaft entwickeln.

Die Europäische Union muß sich nach Osten und Süden hin öffnen und gleichzeitig diesen ökonomisch unterentwickelten Regionen einen besonderen ökonomischen Außenschutz zugestehen. Sowohl Osteuropa als auch die Mittelmeerränder/Nahost-Region müssen Ziele

aktiver EU-Politik mit dem Anspruch einer demokratischen, sozialen und friedlichen Stabilisierung sein. Die EU sollte sich für vertraglich geregelte regionale Zusammenschlüsse, beginnend bei einer Zollunion, einsetzen und mit diesen eng zusammenarbeiten.

Eine Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten kann dann erfolgen, wenn deren nationale Ökonomien keinen besonderen Schutz gegenüber dem EU-Binnenmarkt bedürfen.

Will die Union ihrer gewachsenen Verantwortung in der Welt und insbesondere bei der Gestaltung einer gesamteuropäischen Ordnung gerecht werden, so ist die Vertiefung und Verfestigung des europäischen Integrationsprozesses eine notwendige Voraussetzung für die Erweiterung. Die vielfältigen Probleme und Aufgaben, denen sich alle Staaten in Europa gegenübersehen und die allein mit nationalstaatlichen Mitteln nicht zu bewältigen sind, setzen eine Union voraus, die durch Stabilität und Handlungsfähigkeit, vor allem aber durch demokratische Strukturen gekennzeichnet ist.

Die vielfältigen EU-Handelsschranken gegenüber der "Dritten Welt" sind abzubauen. Dies ist ein wirkungsvolles Element einer neuen friedlichen Entwicklungshilfepolitik, die Europa aus globaler Verantwortung entwickeln und die auf - soziale Rechte umfassende - Menschenrechtsprinzipien aufbauen muß.

4.3 Projekt „Demokratischer Staat und Teilhabe“

Mit dem Ende der Ära des Neoliberalismus in Europa finden in den ideologischen Lagern Neusortierungsprozesse statt. Dies ist besonders für die Frage des (Sozial-)Staatsverständnis von Bedeutung. Im konservativ-bürgerlichen Lager steht die Renaissance eines autoritär-ständischen Staatsverständnisses zur Debatte. Wirtschaftliche Deregulierung wird verbunden mit der Überhöhung der nationalen Frage und innenpolitischer Repression. Das 16 Jahre dauernde Rollback der konservativ-neoliberalen Regierung hat im Bereich der Gesellschaftspolitik einen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Rechte und Möglichkeiten der meisten Mitglieder unserer Gesellschaft sind, z. B. durch Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, Beschneidung sozialer Rechte und die Zerstörung solidarischer Sicherungssysteme, stark beschnitten worden. Hohe Arbeitslosigkeit, die Aushöhlung der Krankenversicherungssysteme und der erschwerte Zugang zu Bildungsmöglichkeiten sind sichtbare Kennzeichen der anti-emanzipatorischen Politik der Konservativen. Grundrechte — und dies schließt für uns auch ein Grundrecht auf nichtentfremdete Arbeit und ein Leben in einer intakten Umwelt ein — müssen wieder ein Primat von Gesellschaftspolitik werden.

Im rot-grünen Spektrum gewinnen kommunitaristische Vorstellungen an Bedeutung, die soziale Risiken zunehmend in die Gesellschaft zurück geben wollen. Beide Richtungen verkörpern nach unserer Auffassung eher eine rückwärtsgewandte anti-moderne Position. Diesen Tendenzen muß eine progressive Vorstellung von Staat und Gesellschaft entgegengestellt werden. Hier sind wir Jusos gefragt, wichtige Beiträge einzubringen. Dafür müssen wir dringend programmatische Lücken schließen, vor allem was politisch handhabbare Instrumente angeht.

Diese verknüpft vor allem drei Bereiche:

1. Sozialstaat

Der von den Konservativen auf den Aspekt der „sozialen Sicherheit“, verkürzte Sozialstaatsbegriff muß neu gefüllt werden. Ein modernes Verständnis, welches auf die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder ausgerichtet ist, muß die individuelle Entfaltung und gesellschaftliche Solidarität miteinander verbinden.

Denn es geht in einer neuen Sozialpolitik nicht bloß um die Erhöhung monetärer Leistungsstandards. Eine moderne Sozialpolitik sollte vielmehr die maximale individuelle Entfaltung sowie den Ausbau gesellschaftlicher Selbstorganisation ermöglichen.

Eine Reform der Sozialpolitik und ein neues Sozialstaatsverständnis müssen weiterhin zwei große Herausforderungen unserer Zeit beantworten: Die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft und die Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheit. Dies um so mehr, als Arbeit nicht nur Einkommen sichert, sondern immer auch soziale Identität stiftet. Zu einer modernen Sozialstaatskonzeption gehört neben den sozialen Sicherungsinstrumenten daher erstens eine aktive Beschäftigungspolitik (siehe Feld Arbeiten und Leben der Zukunft) und zweitens die Stärkung der Ebene der Zivilgesellschaft.

2. Rechtsstaat

Neben den Feldern des Asyl- und AusländerInnenrechts und den damit neu zu definierenden StaatsbürgerInnenrechten im Rahmen eines neuen Europa, wird es im Bereich der Innen- und Rechtspolitik darum gehen, der konservativen Logik der Repression nach Innen und Abschottung nach Außen eine linke Alternative entgegenzusetzen und die Kontinuität einer Politik der „Inneren Sicherheit“, zu brechen. Dies bedeutet klassische innenpolitische Themen wie die Kriminalpolitik in Verbindung mit einer Analyse ihrer Ursachen zu setzen, statt den Rechtsstaat in einen Überwachungsstaat zu verwandeln. Dabei ist vom Grundsatz der Prävention auszugehen, wobei der erste Schritt dieser Prävention eine vernünftige Sozialpolitik ist.

Ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, eine humane und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik und eine umfassende Bildungsreform sind Punkte, in denen Jusos in der öffentlichen Diskussion gefordert sein werden. Das Scheitern der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts hat gezeigt, daß wir gute Politikinhalt nicht nur formulieren und beschließen, sondern sie auch vermitteln müssen. Wenn wir eine offene, tolerante Gesellschaft wollen, müssen wir in der Öffentlichkeit dafür werben und uns auch mit Vorbehalten der Menschen gegen unsere Vorstellungen von einer multikulturellen Gesellschaft auseinandersetzen.

3. Demokratie

Mit der Verengung des Sozialstaatsbegriffes auf die Aspekte Helfen, Schützen, gerecht verteilen, wird der Staat aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung entlassen. Vernachlässigt wird der Zusammenhang zwischen der Gesellschaft und der Stabilität von Demokratie. Herauszuarbeiten ist deshalb der Zusammenhang zwischen sozialer Absicherung, Chancengleichheit und der Möglichkeit an einer Gesellschaft demokratisch zu partizipieren. Es ist deshalb ein neues Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmodell zu entwickeln und so weitergehend eine Politik einzuleiten, die auf eine Ausweitung der vollen demokratischen Gleichstellung abzielt.

Deutlich wird also, daß den politischen Auseinandersetzungen nur mit einer Demokratie- und (Sozial-) Staatskonzeption zu begegnen ist, die sich auf Chancengleichheit und den Ausbau von Handlungsmöglichkeiten richtet. Dieses ist das Leitbild der Teilhabegesellschaft.

4.4 Projekt „Demokratisch und nachhaltig Wirtschaften“

Sowohl das Problem der Massenarbeitslosigkeit als auch der nötige ökologische Strukturwandel können nicht als isolierte Probleme betrachtet werden, sondern hängen eng mit der zukünftigen ökonomischen Entwicklung zusammen. Beide Probleme stehen für uns oben auf der Tagesordnung - und damit die Fragestellung, wie eine politische Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung zukünftig aussehen soll. Sozialistische Wirtschaftspolitik darf sich nicht darauf beschränken, die finanz- und geldpolitischen Rahmenbedingungen zu thematisieren, sondern muß die "Produktion" politisieren.

Ein modernes linkes Konzept muß daher an den Brüchen der ökonomischen Entwicklung ansetzen und eine Antwort auf die Frage formulieren, wie in Zukunft Wachstum und Wertschöpfung sozial und ökologisch sinnvoll zu organisieren sind. Auch wenn wir von einer Transformation der kapitalistischen Ökonomie auf absehbare Zeit weit entfernt sind, ist es erforderlich, vergesellschaftende, d.h. wirtschaftsdemokratische Elemente in die vorherrschenden Produktionsverhältnisse einzubauen. Dies erfordert Konzepte, die deutlich über (öko-)keynesianische Einzelforderungen (Investitionsprogramme, Steuerpolitik) hinausgehen. Dabei geht es sicherlich um ein Mehr an staatlicher Rahmensetzung und

Regulierung, vor allem aber um mehr dezentrale und gesellschaftliche Gestaltung. Erforderlich ist ein Modus zur demokratischen Verständigung über Produktivkraftentwicklung und ausgewählte Wachstumsfelder, zur Integration von Export- und Binnenwirtschaft, zur Verzahnung von Makropolitik und regionalisierter Strukturentwicklung und zur Stärkung und schrittweisem Ausbau gesellschaftlicher Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln.

Kurz- und mittelfristig wollen wir uns auf folgende Initiativen konzentrieren:

- ◆ Wir wollen eine nicht nur moralisch, sondern ökonomisch begründete Kritik an der Logik des Shareholder-Kapitalismus verbinden mit der Forderung nach einer anderen Verteilungslogik in der Bundesrepublik.
- ◆ Zur Schaffung von Beschäftigung und zur regionalen Strukturentwicklung setzen wir uns für die Ausweitung eines gemeinwohlorientierten Sektors ein, der dauerhafte, qualifizierte und tariflich entlohnte Arbeit im Bereichen gesellschaftlichen Bedarfs herstellt.

Ein wichtiger Aspekt wird dabei auch auf der Entwicklung linker Umverteilungskonzepte liegen. Denn die finanzpolitischen Altlasten der Regierung Kohl sind eine der gewaltigsten Herausforderungen für die rot-grüne Koalition. Die angebotsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik von CDU/CSU und FDP beruhte auf den Grundsätzen massiver Steuergeschenke für Großunternehmen und Vermögensmillionäre, dem verheerenden Prinzip von Rückgabe vor Entschädigung als zentralem Investitionshemmnis bei der Ausgestaltung der deutschen Einheit und der tatenlosen Hinnahme der Kosten durch die Massenarbeitslosigkeit. Nach 16 Jahren bürgerlicher Politik lautet die Bilanz: Aus sozialen Gerechtigkeitslücken sind ökonomische Effizienzlücken geworden.

Vor diesem Hintergrund sind die Anforderungen an eine wirtschaftlich erfolgreiche und sozial gerechte Steuerpolitik leicht zu formulieren: Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Steuerentlastungen zur Stärkung der privaten Nachfrage, europäische Harmonisierung zur Beendigung von Steuerdumping und –Hinterziehung sowie eine größere Akzeptanz des Steuersystems in der Bevölkerung.

Insofern weist die in drei Stufen konzipierte Steuerreform der Regierung Schröder in die richtige Richtung: Steuersenkungen durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Absenkung des Eingangsteuersatzes, Anhebung des Kindergeldes, Begrenzung des Ehegattensplittings, Abbau von Steuerprivilegien – insbesondere bei den im internationalen Vergleich zu phantasiereichen Gewinngestaltungsmöglichkeiten des deutschen Handels- bzw. Steuerrechts – und die seriöse Finanzierbarkeit sind die unbestrittenen Aktivposten des Politikwechsels. Allerdings wäre es naiv die bisherige Bilanz der rot-grünen Regierung zu beschönigen. Vielmehr gilt es, sich den politischen Herausforderungen in aller Konsequenz zu stellen.

Wir wollen uns für die Finanzierung von Zukunftsprojekten im Bildungs- und Ausbildungsbereich durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer engagieren.

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) besteht bei einer **verfassungskonformen Ausgestaltung der Vermögensteuer** und einer reformierten Erbschaft- und Schenkungsteuer ein **Einnahmepotential von insgesamt ca. 47 Mrd. DM für die Bundesländer!**

Damit können wir auch neue BündnispartnerInnen an den Hochschulen, innerhalb der SPD – insbesondere auf Ebene der Landespolitik- und im christlichen Bereich (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung) finden. Anknüpfungspunkt ist die bis heute nicht erfolgte Einsetzung einer Expertenkommission zur Neufassung der Vermögenbesteuerung im Koalitionsvertrag.

4.5 Den Verband reformieren und professionalisieren

Wir Jusos müssen eine Generation Jugendlicher und junger Menschen weiter für die politische Auseinandersetzung interessieren und für den Kampf um die eigene Zukunft mobilisieren.

Jusos haben die Aufgabe, die veränderte Konstruktion politischer Parteien zu verstehen und für Linke handhabbar zu machen. Wenn die medial geprägte Realität nicht länger als Bedrohung, sondern als Herausforderung für einen linken Richtungsverband verstanden wird, können wir auch die erforderlichen Konzepte gegen das Aushebeln der Partei im politischen Willensbildungsprozeß entwickeln.

Das betrifft zu allererst uns selbst:

Der Juso-Verband ist kein Massenverband mehr, weil Massenorganisationen sich überlebt haben. Er ist keine Massenorganisation mehr, weil Interessen sich ausdifferenzieren und Meinungen medial ausgetauscht werden. Er ist aber auch kein Massenverband mehr, weil er in weiten Teilen nicht im Austausch mit der kulturellen Alltagswelt Jugendlicher steht oder aber aktive GenossInnen selbst ihren Alltag und den Juso-Alltag einer strikten Trennung unterziehen.

Vielmehr führt dies zu einem ganz anderen Phänomen. Jusos stellen eine Freizeitgemeinschaft da, der anzugehören, gerade auch gegen Massenkultur abgrenzt. Verbandsumbau und das Aufbrechen der verkrusteten Strukturen wurde so für viele zu einer individuellen Bedrohung der eigenen Lebensverhältnisse.

Jusos brauchen einen neuen Aufbruch. Verbandsreform muß heißen, die eigenen Strukturen existentiell in Frage zu stellen.

Eine klare Trennung der Aufgabenzuweisungen politischer Arbeit und Schulung muß erfolgen. Professionelle Arbeit meint ergebnisorientierte Debatten über inhaltliche Konzepte. Professionelle Arbeit heißt aber vor allem auch, Politik als einen Prozeß aus Konzeption und Kommunikation zu verstehen. Wer sich nur die Frage stellt, wie Politik am Besten verkauft oder inszeniert wird, hat schon verloren. Und Politik, die nicht öffentlich kommuniziert wird, findet nicht statt.

5. Was das konkret heißt

Der Juso-Bundesverband wird an den zentralen tagesaktuellen Fragen die Interventionsfähigkeit des Verbandes stärken und mit eigenen Initiativen in Öffentlichkeit und Partei agieren. Gerade in bezug auf die konkrete Auseinandersetzung mit der Regierung Schröder ist ein gemeinsames Agieren des Verbandes unabdingbar.

Dabei geht es nicht nur um Kritik an aktuellen Gesetzentwürfen der Koalition, sondern auch um eigene Anliegen, wie z.B. die Umlagefinanzierung, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform des Arbeitszeitgesetzes, die Verbesserung der Ausbildungsförderung oder die Bekämpfung von Währungsspekulation. Wir müssen an diesen Fragen (ähnlich wie bei der Umlagefinanzierung) auch in die Partei hinein kampagnenfähig werden. Konkret heißt dies:

- Die Inszenierung des innerparteilichen Vorgehens muß in enger Abstimmung mit dem Juso-Bundesausschuß erfolgen.
- Zu aktuellen Themen der Regierungspolitik wird der Bundesverband einen *Newsletter* mit inhaltlichen Hintergrundinformationen, Musteranträgen etc. erstellen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes muß über die klassische Pressearbeit hinaus erweitert werden. Insbesondere in großstädtischen Räumen hängt die Wahrnehmbarkeit der Jusos von der Fähigkeit ab, linke Politik auch symbolisch zu kommunizieren. Phantasievolle Aktionen gewinnen an Bedeutung. In der neuen Hauptstadt Berlin werden wir daher eine „Aktionsgruppe“ einrichten, die zu aktuellen Anlässen öffentlich agieren kann und Jusopolitik in der Stadt durch „ungewöhnliche Maßnahmen“ konkret erlebbar plaziert.
- Neben der Reaktion auf die Bundespolitik sind *eigene tagespolitische Initiativen* des Verbandes in Partei und Öffentlichkeit erforderlich. Der Bundesverband wird gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden konzeptionelle Vorarbeit leisten.

- Wir müssen die Bundesparteitage (zunächst den Berliner Parteitag im Dezember '99) rechtzeitig vorbereiten, eine gemeinsame politische Grundlage entwickeln und unseren Anliegen in den Gliederungen mit ausreichendem Vorlauf "inszenieren".
- Wir richten einen Arbeitskreis Politische Kommunikation ein, der sich unter anderem mit politischer Arbeit und Kommunikation im Medienzeitalter auseinandersetzt. Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit wird die Beschäftigung mit den Auswirkungen der Neuen Medien auf die Arbeitswelt und die Gestaltung der neuen Arbeitsmärkte. Die geleisteten Vorarbeiten der Arbeitskreises Medien und Kommunikation werden aufgegriffen und weiterentwickelt.

Bundesvorstand und Bundesbüro müssen wir zum handelnden Zentrum des Verbandes werden. Der Bundesverband ist mehr die Summe vieler zerstrittener Bezirke und Landesverbände. Dies zu gewährleisten, erfordert schnelle Kommunikation und eine sachorientierte Zuarbeit für den Bundesvorstand. Daher wird die Bundesgeschäftsführung in Abstimmung mit der Orga-Kommission und dem Arbeitskreis Medien bis zur Sommerpause einen detaillierten Plan vorlegen, wie mittels veränderter elektronischer Kommunikationswege ein permanenter Dialog (z.B. email-Service) mit den Gliederungen und ein beständiger Austausch zwischen den Buvo-Mitgliedern (z.B. virtuelle Vorstandssitzungen) ermöglicht und ein umfassender Professionalisierungsprozeß (z.B. durch Qualitätsmanagement und Servicedienste) eingeleitet werden kann. Die Bundesvorstandsmitglieder haben v.a. zwei wesentliche Aufgaben: Zum einen begleiten und organisieren sie den inhaltlichen Zuarbeitsprozeß aus den Projekten etc. Zum anderen sichern sie die Einbindung der Bezirke und Landesverbände über die Bundesausschuß-Sitzungen hinaus.

Der Bundesvorstand muß zukünftig stärker zu aktuellen und tagespolitischen Themen Stellung nehmen. Politische Orientierung muß eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und argumentative Unterstützung der Juso-Gliederungen beinhalten.

Der Bundesausschuß ist das höchste beschlußfassende Gremium zwischen den Bundeskongressen. Der Bundesvorstand akzeptiert diese Beschlüsse für sich als bindend. Bundesausschuß und Bundesvorstand werden für den Bundeskongress 2000 ein Modell erarbeiten, das die satzungrechtliche Umsetzung gewährleistet und dabei auch die Größe der Landesverbände berücksichtigt.

Baustein Ost

Seit über 9 Jahren gibt es wieder Jusos in Ostdeutschland. Dank steigender Mitgliederzahlen findet eine zunehmende gesellschaftliche und politische Verankerung von Jusos in Kommunalvertretungen, Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Plattformen gegen Rechts u.v.m. im Osten statt. Das darf jedoch nicht darüber wegtäuschen, daß noch erhebliche strukturelle Defizite existieren, deren Überwindung die innerverbandliche Solidarität auch in Zukunft erfordert. Erschwerend kommt hinzu, daß die starke Präsenz der PDS in der Tat eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz in der tagtäglichen Arbeit der Ostjusos darstellt. Der Bundesvorstand soll sich für die Fortsetzung der alten Delegiertenregelung (300 plus 50) über den Zeitraum von zwei Jahren einsetzen.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, mit den ostdeutschen Landesverbänden bis zum September 1999 ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, welches zum Ziel hat, die Jusos in den neuen Ländern nachhaltig zu stärken. Dieses Konzept soll dem Juso-Bundesausschuß zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein Bestandteil soll die Durchführung von Zukunftswerkstätten zu den Themen „Öffentlicher Beschäftigungssektor“, „Rechtsradikalismus“, „Drogenliberalisierung“ und „Zukunft der Bildung“ sein. Sollten sich

die Ost-Landesverbände konsensual auf die Einrichtung eines Ostgipfels verständigen, wird der Bundesverband dies unterstützen.

Die inhaltliche Arbeit der Jusos findet im wesentlichen in den Projektgruppen statt. Um die Arbeit dieser Projektgruppen auf eine legitimierte Basis zu stellen, setzen sich diese aus jeweils einem/r VertreterIn der Bezirke zusammen und erzielen mit dem Bundesvorstand nach ihrer ersten Sitzung Einvernehmen über einen Arbeitsplan auf der Grundlage des Bundesarbeitsprogrammes ab.

Jede Projektgruppe kann in Abstimmung mit dem Bundesvorstand (zeitlich und personell begrenzte) Arbeitskreise einrichten. Diese Arbeitskreise werden nach fachlichen Gesichtspunkten (auch mit Nicht-Jusos) besetzt und haben keinen beschlußfassenden Charakter. Die Projektgruppen tagen gemeinsam. Jede Projektgruppe wählt eine Koordination.

5.1 Projektgruppe „Arbeit und Ausbildung für die Zukunft,,

Neben der Arbeit am Projekt muß sich die PG auch weiteren Punkten widmen. Hierzu wird die Projektgruppe einen weiteren Arbeitskreis einrichten:

Auch das Bildungs- und Ausbildungswesen muß sich dem Wandel von Arbeitstechniken und Produktionsweisen stellen, verändern sich doch damit auch Branchen- und Berufsbilder. Dabei dürfen die Bildungs- und Ausbildungssysteme dem Druck nach schnell seitens der Unternehmen verwertbare Qualifikationen nicht nachgeben. Konzepte einer modularen Ausbildung mit einer breiten beruflichen Grundbildung und einer darauf aufbauenden spezialisierten Fachbildung ermöglichen eine Betonung von Allgemeinbildung und Schlüsselqualifikation, verbunden mit schneller aktualisierbaren, aktuell abgefragten Qualifikationen und Wissen. Hierzu gehört auch die Realisierung neuer Konzepte des lebenslangen Lernens.

Von der Qualifikation und Anzahl her ausreichende Bildungs- und Ausbildungsangebote, auch zusätzliche, die spezieller auf Bildungsbedürfnisse derjenigen ausgerichtet sind, die bislang ohne formalen Bildungs- oder Ausbildungsabschluß kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, sind notwendige Forderungen sowohl einer aktiven Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik als auch Anspruch des Rechts auf Bildung. Bildung und Ausbildung sind Voraussetzungen für Emanzipation und Partizipation in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Die gegenseitige Anerkennung dieser Leistungen ist die Voraussetzung für ein offenes Europa auch der BürgerInnen. Bildungspolitik muß daher immer Teil einer Europapolitik sein.

Dieses kann nur in gleichberechtigter Zusammenarbeit von Juso-Bundesverband, BSK und Juso-Hochschulgruppen durchgeführt werden. Einzelne Beschlußlagen zur Schulpolitik stehen zusammenhanglos neben der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen, die neben der Interessenvertretung der Studierenden die Funktion des Fachverbandes für Hochschulpolitik für die Jusos wahrnehmen. Daher sollen nun in einem integrierten Projekt Juso-Bundesverband, die BSK und die autonomen Juso-Hochschulgruppen gleichberechtigt eine neue Bildungsoffensive entwickeln.

AK Zukunft der Arbeit

5.2 Projektgruppe „Neuer Internationalismus,,

Neben der Arbeit an dem beschriebenen Projekt muß sich die PG weiteren Aspekten der internationalen Politik widmen. Die Grundsatzfrage zur Entwicklung einer zivilen Außenpolitik ist die, ob es gelingt alternative Entwicklungslogiken zwischen den industrialisierten Staaten, aber auch zwischen Nord und Süd zu installieren. Entsprechende Facharbeitskreise werden eingerichtet.

Die PG kontrolliert zudem die Arbeit der *Internat-Runde*, deren Aufgabe die Koordination der internationalen Arbeit und der bilateralen Kontakte der Jusos ist. Der Internat-Runde gehören die internationalen VertreterInnen der Jusos und der Juso-HSG, die zuständigen Buvo-Mitglieder, der Internat-Sekretär der Jusos sowie von der PG benannte VertreterInnen an. Diese sind der Projektgruppe und dem Buvo rechenschaftspflichtig.

Internationale Politik kann eine Schnittstelle für viele unserer Projekte sein, wenn sie sich nicht auf diplomatischem Parkett bewegt, sondern den Versuch darstellt, gemeinsam mit anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendverbänden eine Sichtweise der gesellschaftlichen Realitäten zu erarbeiten und politische Antworten darauf zu definieren. Daher werden wir 1999 den IUSY-Kongreß in Hamburg ausrichten. Dieser Kongreß soll aber nicht nur eine einmalige Stippvisite internationaler Gäste und Delegierter sein, sondern auch einen Anlaß zur Intensivierung unserer internationalen Arbeit auch auf regionaler und lokaler Ebene sein.

Wir wollen, daß zumindest einige der internationalen TeilnehmerInnen am IUSY-Kongreß im Vorfeld des Kongresses im Rahmen eines Trainee-Programms an politischen Diskussionen in den Bezirken und Landesverbänden aktiv teilnehmen können.

Im Jahr 2000 findet in Schweden das nächste IUSY-Festival statt. Die Jusos werden sich bei der inhaltlichen Gestaltung des Festivals einbringen und unsere Erfahrungen bei der Organisation der Festivals in Bonn zur Verfügung stellen. Ziel ist es, möglichst vielen GenossInnen die Teilnahme zu ermöglichen und mit einer großen Delegation in Malmö präsent zu sein.

Ein jährlicher Juso-Europa-Gipfel in Brüssel muß organisiert werden, um die europapolitischen Kompetenzen zu bündeln und die Diskussion voranzubringen. Dabei sollten wir vermehrt die Kompetenzen unserer Europaparlamentsfraktion nutzen.

AK Europa

Für die Entwicklung einer modernen sozialistischen Strategie müssen wir uns mit den internationalen Regulierungsebenen befassen, um Politiken etwa für die Nord-Süd-Beziehungen, den Ausbau von Beschäftigung oder die Regulierung der Finanzmärkte entwerfen zu können. Es sind mindestens vier Ebenen zu unterscheiden: Die globale, die Ebene der Weltregionen (mit der EU als institutionalisierten Sonderfall, die nationale sowie die subnationale Ebene der Region. Dies müssen wir berücksichtigen und adäquate politische Handlungsmöglichkeiten entwerfen. Im Mittelpunkt steht dabei zum einen die Stärkung europäischer Ansätze der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und zum anderen die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Notwendigkeit an Bedeutung, ein Modell linker Subsidiarität zu entwickeln.

Es geht aber nicht nur um die Entwicklung eines ökonomischen Regulierungsrahmens für die Weltwirtschaft, sondern auch um die Stärkung "zivilgesellschaftlicher" Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten. Unter dem Stichwort "good governance" finden heute Konditionierungen etwa von Entwicklungshilfe statt, die von den betroffenen Staaten allgemein akzeptiert werden. Wir wollen eine Stärkung der "zivilen Gesellschaft" und die Teilhabe der Bevölkerung an grundsätzlichen politischen und ökonomischen Entscheidungen gewährleisten, ohne das "Demokratieprinzip" als latentes Erpressungspotential zur Durchsetzung von Handels- oder geopolitischen Zielen zu instrumentalisieren.

Gerade jetzt muß das Thema Europa in den Mittelpunkt unserer Diskussionen rücken. Die alte linke Utopie steht jetzt zur Verwirklichung an. Europa ist mehr denn je ein linkes Projekt. Nationalstaatliche Lösungen für die zentralen politischen Probleme sind weder wünschenswert noch realisierbar. Wer ihnen nachläuft, verschwindet in der Bedeutungslosigkeit.

Eines unserer zentralen politischen Ziele ist es, das Europa von unten zu gestalten.

- Europa ist das Projekt einer tiefgreifenden europäischen Friedensbewahrung durch Zurückdrängen der Nationalstaaten und einer aktiven globalen Friedenspolitik für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.

- Europa ist das Projekt einer gerechten Verteilung zwischen den reichen und armen Regionen Europas und einer aktiven und grundsätzlichen Umgestaltung der globalen Verhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
- Europa ist das Projekt der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Kontinents und der ökologischen Verantwortung der Industriestaaten für das Überleben unseres Planeten.
- Europa ist das Projekt einer sich nicht abschottenden multikulturellen Gesellschaft, in der nationalstaatlichen Beschränkungen überwunden werden und sich die Impulse einer demokratischen Zukunftsgesellschaft entwickeln.

Ein jährlicher Juso-Europa-Gipfel in Brüssel muß organisiert werden, um die europapolitischen Kompetenzen zu bündeln und die Diskussion voranzubringen. Dabei sollten wir vermehrt die Kompetenzen unserer Europaparlamentsfraktion nutzen. Der/Die ECOSY- und die EC-VertreterInnen der Jusos sind der Kommission Europa gegenüber persönlich berichtspflichtig. Sie müssen an den Sitzungen teilnehmen.

AK Nord-Süd

Die Frage der Gestaltung von Nord-Süd-Beziehungen macht nach wie vor den Kern internationaler Solidarität aus. Mit der Diskussion um die Zukunft der Lomé-Verträge haben wir einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der EU-Entwicklungszusammenarbeit geleistet. Hier wollen wir im nächsten Jahr mit einem Fortsetzungsprojekt ansetzen. Die mehrheitlich von entwicklungspolitischen NGO's und den Kirchen getragene Entschuldungskampagne für das Jahr 2000 ("Erlaßjahr") bietet einen guten Anlaß, das Versagen des neoliberalen Modells zu illustrieren und eine internationale Regulierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte einzufordern. Gemeinsam mit der IUSY-werden wir den "day of action" nutzen, um dieses Thema weltweit auf die Agenda zu setzen.

AK Alternative Wehrstrukturreform

War 1994 der Blauhelmbeschluß der SPD noch Anlaß zu erbitterten Auseinandersetzungen in Partei und Öffentlichkeit, so erfolgt die Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik heute ohne ernsthaften Widerstand der Öffentlichkeit und der Parteilinken. Der von der NATO und auch zunehmend von der EU vorangetriebenen Marginalisierung der OSZE und der UNO müssen wir mit einem Konzept zur zivilien Konfliktlösung entschieden entgegentreten. Allerdings haben wir zur Kenntnis zu nehmen, daß sich nicht nur die Ausgangslage für eine antimilitaristische Politik in der SPD dramatisch verschlechtert hat, sondern auch unsere Bündnispartner außerhalb der Partei an Boden verlieren. Die anstehende Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr wollen wir nutzen, um eine grundsätzliche Auseinandersetzung um die europäische Sicherheitspolitik zu führen und uns zur Wehrstrukturdebatte im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Kräften und WissenschaftlerInnen zu Wort melden.

5.3 Projektgruppe „Demokratischer Staat und Teilhabe,,

Die PG setzt die zuvor beschriebenen Aufgaben um. Der traditionsreiche AK Drogenpolitik wird der PG zurarbeiten.

AK Drogenpolitik

Mit dem Regierungswechsel im September 1998 zeichnete sich auch eine Wende in der Drogenpolitik ab. Die Verlagerung dieses Themenbereichs vom Bundesministerium des

Innenen in das Bundesministerium für Gesundheit ist ein wichtiger Schritt, um eine Abkehr von der repressiven Linie zu erreichen.

Um das Ziel einer akzeptanzorientierten Drogenpolitik umzusetzen ist jedoch eine äußerst kritische Begleitung der Regierungs- und Fraktionsarbeit notwendig, auch Widerstände in den unterschiedlichsten Gliederungen der Partei sind zu überwinden. Gleichzeitig muß eine gesellschaftliche Stimmung geschaffen werden, die eine Umorientierung in diesen Fragen möglich macht.

Unsere drogenpolitischen Forderungen werden wir deshalb weiterhin offensiv vertreten. Dazu werden wir die Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern in Initiativen, Wissenschaft und Parteien fortsetzen und intensivieren.

Basis dafür ist der Arbeitskreis Drogenpolitik, der durch seine Arbeit in den letzten Jahren die Diskussion in der SPD angestoßen hat.

Die Jusos werden weiterhin offensiv mit Publikationen und Veranstaltungen auf die Notwendigkeit einer radikalen Wende in der Drogenpolitik hinwirken. Auf einem drogenpolitischen Kongreß soll die Debatte über die Situation nach dem Regierungswechsel erörtert werden und zusammen mit den Bündnispartnern ein Anforderungsprofil an die politische Arbeit der Verantwortlichen erstellt werden.

Eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen, insbesondere im EU-Rahmen ist notwendig um die Europäisierung der Drogenpolitik kritisch zu begleiten und die Grundlage für eine gesamteuropäische akzeptanzorientierte Politik zu schaffen

AK Antifaschismus

Projekt: Neue Strategien für die Antifaschismus-Arbeit der Jusos - Gesellschaftliche Mehrheiten zurückgewinnen

Die Auseinandersetzung um die doppelte Staatsangehörigkeit, die Debatte um die Walser-Rede, der Streit um die Wehrmachtsausstellung haben deutlich gemacht, daß trotz des Machtwechsels in Bonn rechte Ideologie und Terminologie in diesem Land in erschreckendem Maße gesellschaftlich mehrheitsfähig geworden sind. Dies ist eine Entwicklung, die sich seit Jahren, der die SPD völlig konzeptionslos gegenübersteht und sie zum Teil durch Zugeständnisse in zentralen Politikfeldern mitverschuldet hat. Nun ist die Partei selbst Opfer dieser Entwicklung geworden, weil ihr bei zentralen Reformprojekten ein eiskalter Wind ins Gesicht weht.

Umso wichtiger ist es, daß die Jusos dieser Entwicklung mit einem Strategieansatz begegnen, der über einen reflexartigen Antifaschismus oder Lichterketten-Mentalität hinausgeht. Hierzu bedarf es einer grundlegenden Analyse gesellschaftlicher Erscheinungsformen des Neofaschismus bzw. der „Neuen Rechten“ und ihrer Ursachen:

Auf Grundlage einer solchen Analyse sind Konsequenzen für die Antifaschismus-Arbeit der Jusos abzuleiten. Antifaschismus bedeutet für uns nicht nur Kampf gegen Ideologien der Ungleichheit, gegen rassistische und biologische Konzeption und gegen antidemokratische, antiparlamentarische und antiliberalen Auffassungen. Antifaschismus bedeutet im Umkehrschluß selbstverständlich auch, daß wir uns für eine demokratisch-pluralistische Gesellschaft einsetzen, in der ein friedlicher interkultureller Austausch von Individuen verschiedenster Herkunft möglich ist, in der jedoch - gerade durch diesen Austausch unterstützt - auch die Emanzipation aller Menschen von kapitalistischen, rassistischen und sexistischen Unterdrückungsverhältnissen angestrebt wird. Ziel muß die (Rück)gewinnung kultureller Hegemonie für ein antifaschistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis sein, hierfür reichen parlamentarische Mehrheiten alleine offensichtlich nicht aus.

Schlüsselprojekte sind dabei:

- Der Bruch mit dem „Terror der Ökonomie“, d.h. der zunehmenden Ökonomisierung der Politik und der Unterordnung von Menschen unter kapitalistische Profitinteressen.
- Die Schaffung von Freiräumen für eine selbstbestimmte, nicht von den Interessen der Freizeitindustrie definierten Jugendkultur
- Die offensive Auseinandersetzung mit allen Formen revisionistischer Geschichtsinterpretation
- Das Engagement für eine demokratische Bürgergesellschaft, die sich aller polizeistaatlicher Tendenzen erwehrt, dies beinhaltet die entschiedene Ablehnung einer repressiven Sicherheitspolitik wie einer Kriminalisierung antifaschistischer Gruppen, z.B. durch den §129a.
- Die Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit den Massenmedien durch eine moderne Medienpädagogik und die Schaffung medialer Gegenmacht.
- Das Zurückdrängen des nationalen Diskurses in der Migrations- und Integrationspolitik.

Um diese Schlüsselprojekte voranzubringen, bedarf es einer Bündelung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb des Juso-Verbandes:

- Vielfach ist der Meinungsbildungsprozeß innerhalb des Verbandes durch die Darstellung der meist konservativ gefärbten Massenmedien geprägt. Ein Beispiel hierfür ist die zum Teil unkritische Rezeption des Totalitarismusbegriffs. Die Bildungsarbeit der Jusos muß daher Grundlagen für eine veränderte Form der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus schaffen: Information und Aufklärung über Strukturen, Ideologien und Ursachen von Neofaschismus, Faschismustheorien, Geschichtsinterpretation müssen einer breiten Mehrheit in veränderter Form zugänglich gemacht werden. Hierzu muß der Bundesverband in Form eines ReferentInnenpools und entsprechenden Bildungsmaterialien Hilfestellung leisten. Der erste nötige Schritt ist die Neuauflage des „Handbuch Rechtsextremismus“. Grundlage ist die Konzeption der Bundeskommission „Multikulturelle Gesellschaft (Entwurf 12.02.-14.02.).
- Jusos müssen für fortschrittliche Jugendszenen wieder glaubwürdig und erfahrbar werden. Hierzu reicht es nicht aus, Flyer im Viva-Stil zu produzieren und in Wahlkämpfen Techno-Parties zu organisieren. Vielmehr müssen Jusos als InteressenvertreterInnen von Jugendszenen fungieren, wenn es z.B. um die Schaffung von Jugendzentren, Schaffung von Proberäumen, Förderung von alternativen Plattenlabels und anderen Projekten im Bereich der Jugendkultur geht. Der Kontakt zu politischen Alternativen innerhalb von Jugendszenen(z.B. Grufties gegen Rechts“) muss intensiviert werden. Dagegen lehnen wir das Konzept der akzeptierenden Sozialarbeit mit Rechten wegen der nachgewiesenen stabilisierenden Wirkung auf rechte Strukturen ab.
- Jusos müssen inhaltliche Defizite in der SPD, was Fragen des Antifaschismus betrifft, gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften in der SPD offen thematisieren und möglichst korrigieren (z.B. Einwanderungspolitik, Kriminalisierung antifaschistischer Gruppierungen).
- Wir müssen gemeinsam mit BündnispartnerInnen (AGS, VVN-Bda) zeitgemäße Formen der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus entwickeln.
- Jusos sollen darauf hinwirken, daß Bündnisse gegen Rechts oder ähnliche gruppenübergreifende antifaschistische Zusammenhänge, die es in vielen Städten gibt, langfristige Arbeitseinsätze entwickeln, die über reflexiven Antifaschismus hinausgehen. Ferner soll es innerhalb solcher Bündnisse möglichst keine Ausgrenzung geben.
- Eine Aufgabe für lokale Bündnisse könnte die Herstellung von Synergieeffekten zwischen alternativen, bzw. antifaschistischen Medien sein, um mediale Gegenmacht zu schaffen. Hierzu könnten gerade auch die vielfältigen Publikationen der Jusos einen Beitrag leisten.

- Für Gliederungen, die mit starken bzw. militanten rechten Strukturen vor Ort konfrontiert sind, müssen Konzepte zur Krisenintervention entwickelt werden, um rechtsextremen Gruppen ihre Vormachtstellung streitig zu machen.

5.4 Projektgruppe "Demokratisch nachhaltig Wirtschaften,,

Auch hier sind zuvor die Aufgaben umrissen worden. Mit drei Facharbeitskreisen soll hier Zuarbeit geleistet werden.

AK Öko-Sozialer Umbau

Erster Schwerpunkt der Jusos im Bereich des ökologischen Umbaus - nachhaltige Entwicklung - muß die konsequente Weiterentwicklung der von der Bundesregierung nur ansatzweise begonnenen ökologischen Besteuerung sein. Die Ökosteuer-Reform ist nur ein Reförmchen, sie ist weder, was den ökologischen Lenkungseffekt noch was den durch Senkung der Lohnzusatzkosten intendierten Beschäftigungseffekt betrifft, ausreichend. Eine wirksame Ökosteuer müßte mindestens eine vollständige Ausweitung auf alle Primärenergieträger und auch die energieintensiven Betriebe sowie eine deutlichere Erhöhung der Energiepreise beinhalten. In der Diskussion um das Gesetz zur Einführung in eine ökologische Steuerreform wurde deren Sinn leider auf eine Senkung der Lohnnebenkosten reduziert. Richtig ist es, die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen umweltschädigender Strukturen in Produktion und Konsum nicht länger auf die Arbeitenden abzuwälzen. Neue Arbeitsplätze in großer Zahl werden aber insbesondere durch neue, ökologisch orientierte Produkte, die Entwicklung ressourcenschonender Technologie und veränderte Konsumstrukturen entstehen. Neben der Rückerstattung der Ökosteuer in Form von erhöhten Sozialtransfers oder geringeren Beiträgen zu den Sozialversicherungen muß daher ein Schwerpunkt auf der Förderung dieses ökosozialen Umbaus liegen.

Hier wird die Projektgruppe sich zum Ziel setzen, ein fortschrittliches, fundiertes und realitätstaugliches Konzept vorzulegen.

Unsere Solarkampagne hat einen deutlichen Widerhall in der Sozialdemokratie gefunden. Das 100 000-Dächer Programm war Bestandteil des Wahlprogramms der SPD und ist nun Bestandteil des Regierungsprogrammes der neuen Koalition geworden. Doch dabei darf es nicht bleiben. Der Solare Umbau muß sich in allen Bereichen der Regierungspolitik manifestieren. Dabei spannt sich der Bogen von der Arbeitspolitik über die Bildungspolitik bis zur Struktur- und Wirtschaftspolitik. Damit ist eine weitere zentrale Aufgabe der Projektgruppe beschrieben: Die Erstellung eines zukunftsweisenden Konzeptes zur Gestaltung des Übergangs in das Solarzeitalter als zentrale Zukunftsinnovation für das nächste Jahrtausend.

Regenerativen Energien gehören die Zukunft. Sie sind in Verbindung mit größerer Energieeffizienz die einzige Alternative zu Atomkraft und fossilen Energieträgern. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung sie vom Modellprojekt zur Marktreife weiterzuentwickeln. Dies muß durch eine kostendeckende Einspeisevergütung, die Forcierung von Contracting, Least-Cost Planing und durch eine Konzentration der Forschungsförderung geschehen. Es geht hier auch um die gezielte Ansiedlung von innovativen, kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dies sind Bereiche, in denen durch neue, ökologisch orientierte Strukturen neue Arbeitsplätze entstehen und so die Grundlage für den ökosozialen Umbau geschaffen wird.

Weitestgehend unbemerkt- auch von unserem Verband - haben Teile der SPD bei der Durchsetzung der Gentechnologie in Deutschland gemeinsame Sache mit den konservativ-neoliberalen gemacht. Fast 90% aller BürgerInnen lehnen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Die von der abgewählten Bundesregierung maßgeblich mitgestaltete und

von führenden SozialdemokratInnen durchgewunkene Novel-Food-Verordnung der EU sieht jedoch nur eine Kennzeichnung von weniger als 10% der auf den Markt gebrachten gentechnisch veränderten Lebensmittel vor. Wir haben nun die einmalige Chance, dieses Feld als Jugendverband der führenden Regierungspartei nachhaltig zu besetzen. Wir werden dabei wie bei der Solarkampagne deutlich machen, wie eine nachhaltige und zukunftsfähige Modernisierung der Industriegesellschaft aussieht. Wir sehen Technik nicht als Gefahr, sondern als Chance. Dafür ist eine rationale Auseinandersetzung notwendig, die zugleich ethische und ökologische Fragestellungen ausreichend berücksichtigt. Hierzu gehört aber auch eine gesellschaftliche Beherrschbarkeit und dies heißt auch Rückholbarkeit von Techniken und ihren Folgen. Dies ist bei der Gentechnologie nicht gegeben. Wir dürfen uns gerade in diesem Feld der Zustimmung einer überragenden Mehrheit der Bevölkerung sicher sein. Wir schätzen die Bedeutung der regenerativen Energien übrigens höher ein, als die der Gen- und Biotechnologie. Hier eröffnet sich für uns auch die Möglichkeit einer realitätsorientierten Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen.

Nachhaltige Entwicklung heißt schließlich im Sinne der Agenda 21 auch die Entwicklung von dezentralen und demokratischen Entscheidungsmodellen, wie Öko-Audit, Planungsforen, etc. Hier können wir Jusos auch Vorbild sein, indem wir Umweltverbände, Initiativen aber auch Gewerkschaftsjugendorganisationen in unsere programmatische Arbeit vor Ort und auf Bundesebene einbeziehen.

Zur Erarbeitung der oben angeführten Aufgabenstellungen führt die Projektgruppe mehrere Fachforen durch.

AK Sozialstaat und Teilhabe

Die beteiligungsorientierte Reform der sozialen Sicherungssysteme wird eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Wir Jusos werden auch auf diesem Gebiet eine programmatische Weiterentwicklung anstoßen müssen. In den vergangenen Jahren ist uns dies nur unzureichend gelungen. Ein „Weiter so“, wie in den letzten 16 Jahren kann keine ernstzunehmende Position von Jusos sein. Wir werden als junge Generation bei der Gestaltung der sozialen Sicherung in die Verantwortung genommen werden. Die sich wandelnde Arbeitsgesellschaft stellt hierbei eine weitere Herausforderung dar. Der AK hat daher eine Querschnittsfunktion zum Projekt „Demokratischer Staat und Teilhabe“.

AK Steuerreform

Die steuer- und finanzpolitische Diskussion wird auch in den nächsten Jahren heftig geführt werden. Immer neue BFH- und BverfG-Entscheidungen – z.B. Familienbesteuerung, Tarifbegrenzung des Grenzsteuersatzes auf 47% bei den gewerblichen Einkünften - offenbaren auch nachträglich das ganze Elend der steuerpolitischen Verfassungswidrigkeiten der bürgerlichen Vorgängerregierung.

Die immensen Kosten der Massenarbeitslosigkeit von inzwischen ca. 170 Mrd. DM jährlich, die dadurch angespannte Lage der öffentlichen Haushalte und die Stabilitätskriterien der europäischen WWU setzen insbesondere die fiskalischen Probleme ganz oben auf die Tagesordnung.

Deshalb werden wir die tagespolitische Auseinandersetzung und die Konturen einer nationalen und europäischen Finanz- und Steuerpolitik für Arbeit und Umwelt in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

5.5 Bundeskommissionen

Ihre kontinuierliche und meist recht gute Arbeit sollen die Bundesfrauenkommissionen und die BundesschülerInnenkommission fortsetzen. Sie genießen einen teilautonomen Status und stimmen als solche ihre Arbeitsplanung mit dem Bundesvorstand lediglich ab.

5.6 Bildungs- und Qualifizierungsoffensive

Die Orga-Kommission, Bundesvorstand und Bundesausschuß werden gemeinsam eine *Schulungsteam* einsetzen, das die Aufgabe hat, eine innerverbandliche Bildungs- und Qualifizierungsoffensive zu planen und anzuleiten. Da die Kommissionen und PG sich auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren sollen und keinen Schulungscharakter haben werden, muß dem zweifelsohne vorhandenen Qualifizierungsbedarf des Verbandes anderweitig Rechnung getragen werden.

Im ersten Schritt erarbeitet das Schulungsteam gemeinsam mit den Projektgruppen und dem Bundesvorstand bis Ende 1999 einen Bildungsplan des Juso-Bundesverbandes. Dieser richtet sich an den mittleren Funktionärskörper und wird unter Anleitung des Schulungsteams sowie inhaltlicher Begleitung der Projektgruppen durchgeführt. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken und Landesverbänden.

Wenn sich dieser Bildungsplan bewährt hat, kann sich das Schulungsteam in enger Abstimmung mit den Bezirken und Landesverbänden der Ausarbeitung von Seminarkonzepten auch für NeueinsteigerInnen und für die regionale politische Arbeit widmen.

5.7 Schlüsselprojekt "Öffentlicher Beschäftigungssektor in der Region"

Der Ausbau eines gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektors stellt ein Projekt dar, daß sowohl die Frage der gesellschaftlichen Einflußnahme auf Verteilungsverhältnisse und Wirtschaftsstruktur, der Neuverteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit als auch die Stärkung gesellschaftlicher Selbstorganisation thematisiert. Es steht daher auch symbolisch für unsere Vorstellung von Sozialismus als Programm "ökonomisch-gesellschaftlicher Demokratie". Wir werden daher gemeinsam mit BündnispartnerInnen und ExpertInnen ein Konzept erarbeiten, wie der Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors in der Region zu gewährleisten ist. Damit soll ein Bindeglied geschaffen werden zwischen der politischen Auseinandersetzung auf Bundesebene (um eine andere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und gegen eine Niedriglohnstrategie) und der konkreten Arbeit von Jusos in der Region.

5.8 Sozialistische Zukunftsdiskussion

Eines der strukturellen Probleme des Juso-Verbandes ist die zunehmende Differenzierung von Motivationen und Sozialisationen, die zu einem Engagement bei den Jusos führen. Da trifft der frisch in die Partei eingetretene Schröder-Fan auf den Jungbetriebsrat von der IG Metall, die nur miteinander gemeinsam haben, daß sie beide wiederum mit dem Juso, der aus der Anti-Castor-Bewegung kommt, nicht so richtig was anfangen können.

Zugegeben, die klassische Juso-Sozialisation hat es noch nie gegeben, aber heute kommt erschwerend hinzu, daß unterschiedliche Einflüsse, auch der der konservativen Massenmedien auf die Meinungsbildung von Jugendlichen, also auch von Jusos, und der Wunsch des Parteiestablishments nach einem braven Parteiclub zunehmen. Dies stellt den Verband vor eine Herausforderung: Kann es gelingen, wieder ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln, das für die unterschiedlichsten Teile des Verbandes Vision und Motivation darstellt?

Es muß gelingen, denn ein Verband, der seine Mitglieder nicht für ein gemeinsames Projekt begeistern kann, wird angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen kapitulieren müssen. Es ist daher Aufgabe des Juso-Bundesverbandes, im Verband eine „Sozialistische Zukunftsdiskussion“ einzuleiten. Dabei muß es einerseits um die nötige programmatische Weiterentwicklung des Verbandes bzw. einen „sozialistischen Grundkonsens“ gehen. Andererseits darf die Debatte nicht nur auf ExpertInnenzirkel beschränkt bleiben, sondern der

Bundesverband muß auch eine Unterstützung für eine breite Diskussion an der Basis des Verbandes leisten:

Der Juso-Bundesverband wird daher ein „sozialistisches Zukunftsprogramm“ erarbeiten, das allen Gliederungen zur Verfügung gestellt wird. Im Rahmen dieser Diskussionsplattform soll der Bezug zwischen konkreten Alltagserfahrungen und der Begrenztheit prokapitalistischer Lösungsansätze aufgezeigt werden. Die Juso-Bezirke und Landesverbände sollten daher bis zum Bundeskongress 2000, auf dem eine Zwischenauswertung stattfinden wird, mit inhaltlicher und organisatorischer Vorbereitung durch den Juso-Bundesverband Zukunftswerkstätten zu den entscheidenden Fragestellungen sozialistischer Politik durchführen. Im günstigsten Fall sind ähnliche Veranstaltungen auf UB- bzw. AG-Ebene dem vorausgegangen. Der Bundesverband wird diesen Prozeß durch umfassende Bildungsangebote der Grundlagenarbeit auf Bundes- und Bezirksebene begleiten.

Darüber hinaus wird der Bundesverband seine eigene programmatische Arbeit in den zuständigen Projekten auf die Debatte ausrichten und seine Positionsbildung in Fachgesprächen mit progressiven WissenschaftlerInnen, politischen ExpertInnen und BündnispartnerInnen weiterentwickeln.

Das anzustrebende mittelfristige Ziel ist die Entwicklung eines politischen Orientierungsrahmens gemeinsam mit politischen und wissenschaftlichen BündnispartnerInnen u.a. im Rahmen eines einzurichtenden „Forum Moderner Sozialismus“. Zudem werden wir Kontakte zu anderen linken Kräften im Rahmen eines Informations- und Diskussionsnetzwerkes ausbauen.

Solidarität statt Spaltung-

Plattform der Jusos zur Wahl des Europäischen Parlaments

Einleitung

Mit der am 13. Juni stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament, verbindet sich für die Jusos die Herausforderung ihre Positionen zur weiteren Integration der Europäischen Union vorzulegen und insbesondere unter jungen Menschen zu verbreiten.

Der Schwerpunkt wird dabei auf den Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu legen sein, da hier die unmittelbarsten Verknüpfungen zur alltäglich erfahrenen Situation der Menschen liegen und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit unser vordringliches politisches Ziel darstellt. Darüber hinaus stellen sich die strategischen Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Lagern an kaum einer Stelle so deutlich dar, wie an den Fragen der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der Bestimmung gemeinsamer Herangehensweisen auf der europäischen Ebene. Die weitere Umgehensweise mit dem Euro und der Europäischen Zentralbank sind hierbei Felder in denen Schlüsselauseinandersetzungen zu erwarten sind (und bereits stattfinden) die die Entwicklungslogik Europas für die nächsten Jahre bestimmen werden.

Europa im Umbruch

Die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse der Währungen von elf Mitgliedstaaten der europäischen Währungsunion am 1.1.1999 dürfte widersprüchliche Gefühle ausgelöst haben. Zum offiziellen Start des Jahrhundertprojektes konnte sich die vermeintlich "kränkelnde Frühgeburt EURO" gegenüber dem übermächtigen Dollar behaupten und sofort wurden Stimmen laut, die eine vorzeitige Einführung des Einheitsgeldes forderten. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Krisenszenarien, mit denen sich Skeptiker anlässlich des EU-Gipfels im Mai des vergangenen Jahres noch gegenseitig überboten hatten. Die Emotionalität, mit der zum Teil über Europa bzw. die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) gesprochen wird, zeigt deutlich, daß vielen eben dieses Jahrhundertprojekt noch seltsam fremd ist. Dies liegt zum einen an der Unübersichtlichkeit des institutionellen Rahmens, dessen Veränderung sicher eine der Hauptvoraussetzungen für die Entwicklung der EWWU im linken Sinne überhaupt ist - wie sich jüngst unter anderem am Beispiel der Europäischen Kommission zeigt. Zum anderen muß sich die Politik, die auf europäischer Ebene gemacht wird, aber eben auch an dem Beitrag messen lassen, den sie zur Bewältigung vordringlicher Probleme der europäischen Bevölkerung leistet - um so mehr, weil gerade die Arbeitslosigkeit in Europa durch europäische Politik augenscheinlich nicht wirksam bekämpft wird.

Europa 2000

Die alte Linke Utopie steht jetzt zur Verwirklichung an. Europa ist nicht mehr denn je ein linkes Projekt. Nationalstaatliche Lösungen für die zentralen politischen Probleme sind weder wünschenswert noch realisierbar. Wer ihnen nachläuft, verschwindet in der Bedeutungslosigkeit.

Eines unserer zentralen politischen Ziele ist es, das Europa von unten zu gestalten.

· Europa ist das Projekt einer tiefgreifenden europäischen Friedensbewahrung durch Zurückdrängen der Nationalstaaten und einer aktiven globalen Friedenspolitik für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.

- Europa ist das Projekt einer gerechten Verteilung zwischen den reichen und armen Regionen Europas und einer aktiven und grundsätzlichen Umgestaltung des globalen Verhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
- Europa ist das Projekt der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Kontinents und der ökologischen Verantwortung der Industriestaaten für das Überleben unseres Planeten.
- Europa ist das Projekt einer sich nicht abschottenden multikulturellen Gesellschaft, in der nationalstaatliche Beschränkungen überwunden werden und sich die Impulse einer demokratischen Zukunftsgesellschaft entwickeln.

Sowohl die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament (EP) als auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 läßt Europa als Themenfeld und als Politikebene stärker in die Wahrnehmung der Medien, der Öffentlichkeit und der Bevölkerung rücken. Diese Situation, daß ein Teil der Bevölkerung, insbesondere jugendliche ErstwählerInnen diesem Thema stärkere Beachtung zuwenden, ist von uns als willkommener Anlaß zu nutzen um eigene politische Vorstellungen von und über Europa bekanntzumachen und für diese zu werben. Dazu gehört auch die eigene Partei und der eigene Verband, die das Thema Europa bislang eher auf sachverständige ExpertInnen ausgelagert haben. Gerade jetzt kommt es jedoch darauf an, die Wahrnehmung der EU als politische Handlungsebene zu stärken und über die dahinter stehenden politischen Möglichkeiten zu diskutieren.

Sowohl der Ausgang der Wahl, also die Zusammensetzung des EP, als auch die deutsche Ratspräsidentschaft haben konkrete Auswirkungen auf die EU-Politik und Einfluß auf die Entwicklung der EU. Wir wollen daher im Wahlkampf unseren Teil dazu leisten, daß im EP eine Mehrheit für eine linke Politik zustandekommt. Außerdem sollte dadurch, das Europa als zunehmend wichtige Ebene Bedeutung für die Bevölkerung gewinnt, eine höhere Wahlbeteiligung zu erzielen sein.

Im Folgenden wollen wir aufzeigen, wie wir uns Politik auf der europäischen Ebene vorstellen, in welchen Feldern wir zentrale Eingriffsmöglichkeiten sehen und welche Projekte wir vorschlagen.

1. Analyse

1.1. Sozioökonomische Kerndaten

Der neuerliche europäische Integrationsschub seit Beginn der 80er Jahre steht in einem engen Zusammenhang mit der Strukturkrise des Kapitalismus, in der wir uns seit den 70er Jahren befinden. Wesentliche Restrukturierungsprozesse des Kapitals, die auf diese Krise folgten (Kapitalkonzentration und -zentralisation, aggressive Internationalisierung) wurden - das darf nicht unterschätzt werden - durch politische Integrationsprojekte, wie vor allem auch die Herstellung des europäischen Binnenmarktes, massiv begünstigt und beschleunigt.

Diese politischen wie wirtschaftlichen Strukturveränderungen haben relevanten Einfluß auf die politische Steuerungsfähigkeit von Nationalstaaten. So wurden einerseits durch die Integrations Schritte auf politischer Ebene Handlungs- und Regulationsmöglichkeiten auf die europäische Ebene verlagert, die zum Beispiel nationalen Gesetzen zuwiderlaufen. Andererseits stehen zunehmend europäisierten Konzernen nur nationalstaatlich organisierte Steuer- und Sozialsysteme, sowie bestenfalls nationalstaatlich organisierte industriellen Beziehungen gegenüber, welche den Ansprüchen einer europäisierten wirtschaftlichen Tätigkeit nicht mehr nachkommen können.

Die Schwächung der politischen Steuerungsmöglichkeiten zugunsten der weitgehenden "Anarchie des Marktes" sind unserer Meinung nach Teil des neoliberalen Politikprojektes. Dies zeigt sich an der Tatsache, daß den europäischen Nationalstaaten in vielen sensiblen Politikbereichen durch reale wirtschaftliche und auch politische Prozesse Handlungsmacht faktisch entzogen wurde. Im Gegenzug ist jedoch auf die Etablierung von Regulierungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene bewußt verzichtet worden. Letztendlich gelang es auch dadurch, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nachhaltig zugunsten der Kapitalseite zu verschieben. Der scheinbar naturgesetzliche Verlust von Regulierungsfähigkeit zusammen mit der sich weiter verschärfenden Massenarbeitslosigkeit diente

fortan gar als Legitimation für Deregulierungen und Sozialabbau auf nationalstaatlicher Ebene. Auf diese Weise wurde auch das Druckpotential aufgebaut, mit dessen Hilfe die Gewerkschaften zu Tarifabschlüssen unterhalb des Produktivitätsfortschritts gedrängt wurden. Bei einer Fortsetzung des bisherigen europapolitischen Kurses steht zu befürchten, daß sich der Druck auf die Gewerkschaften eher noch erhöhen wird. Nach dem Wegfall der Wechselkurse ist die weitere Fortsetzung des Lohn- und Sozialdumpings eine wirksame Möglichkeit, Konkurrenzvorteile im innereuropäischen Wettbewerb zu erlangen.

Insbesondere in den Ländern mit geringerer Produktivität kann dies als letzte Möglichkeit verbleiben, da ihnen die bisherige Chance Produktivitätsunterschiede durch Währungsabwertungen vorübergehend aufzufangen mit der Euro-Einführung entzogen ist.

In den letzten fast 20 Jahren neoliberaler Politik wurde die EG/EU sowohl auf der europäischen Ebene wie auch in den Mitgliedsländern nicht nur konsequent für den neoliberalen Umbau der Gesellschaft genutzt. Faktisch sind die Grundprinzipien neoliberaler Politik durch politische Maßnahmen und Projekte auch dauerhaft festgeschrieben worden. Als Beispiel hierfür dienen die im Maastrichter Vertrag festgesetzten (fiskalischen) Konvergenzkriterien, die diejenigen Mitgliedstaaten erfüllen mußten, die an der Währungsunion teilnehmen wollten. In dieser Phase des Konjunkturzyklus zwangen diese die betreffenden Staaten damit zu einer prozyklischen Haushaltspolitik (geringe Inflationsraten, Hochzinspolitik, Sparmaßnahmen etc.) und sorgten auf diese Weise für eine weitere Zunahme der Massenarbeitslosigkeit in Europa, anstatt Spielräume für eine wirksame Beschäftigungspolitik zu schaffen. Mit dem Stabilitätspakt wurden also bestimmte politische Ziele auch für die Zeit nach der Einführung des Euro festgeschrieben. Staaten, die ihre Haushaltspolitik nicht an diesen neoliberalen Prinzipien orientieren, können sogar - allerdings auf Beschluß des Ministerrats - mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden.

Ebenso haben neoliberale Grundsätze Eingang bei der Zielsetzung für wichtige Institutionen gefunden: das markanteste Beispiel hierfür ist die Europäischen Zentralbank (EZB). Obwohl die EZB nach dem Vorbild der Bundesbank geschaffen wurde, ergeben sich wesentliche Unterschiede: Im Bundesbankgesetz ist festgeschrieben, daß die Zentralbank unabhängig von Politik und Regierung ist und die Ziele Preiswertstabilität und Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu verfolgen hat. Im Gegensatz dazu wurde bei der EZB eine Gewichtung vorgenommen: Nur wenn das vorrangige Ziel der Preiswertstabilität nicht gefährdet ist, soll sie die allgemeine Wirtschaftspolitik unterstützen. Damit ist eine Situation vorstellbar, in der sich die Mitgliedstaaten der EU auf politischer Ebene einigen und versuchen - z.B. durch Programme zur Stärkung der Nachfrage - die wirtschaftliche Konjunktur anzuregen. Da die EZB nicht verpflichtet ist die wirtschaftspolitischen Linien der Mitgliedsstaaten zu unterstützen, könnte sie einer derartigen Politik durch eigene Maßnahmen zur Stabilisierung oder Senkung der Inflationsrate etc. entgegenwirken.

Auch das Verbot von Notenbankkrediten behindert eine antizyklische Wirtschaftspolitik, mit der der Staat in Krisenzeiten - beispielsweise durch Kredite - Maßnahmen unterstützt, die zur Steigerung der Nachfrage dienen und damit die Konjunktur ankurbeln. In einer besseren wirtschaftlichen Situation würden die aufgenommenen Kredite dann zurückgezahlt. Für die Durchführung derartiger kreditfinanzierter Ausgabenprogramme bietet die jetzige Gestaltung der EZB jedoch kaum Spielraum. Damit sind die Staaten bzw. die EU selbst auf die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt angewiesen, was die Zinslast drastisch ansteigen läßt. Die alte Kritik an der Konstruktion der deutschen Bundesbank im Hinblick auf die kaum gegebene demokratische Kontrolle, trifft auf die EZB daher noch einmal in viel stärkerem Maße zu.

Positive Regulierungen wurden nur dort etabliert, wo dies im Sinne einer neoliberalen Wirtschaftspolitik angebracht erschien. Ein gutes Beispiel dafür stellt die europäische Wettbewerbspolitik dar. Besonders zwei Elemente der Beschäftigungsförderung, die nicht mit einer Politik für mehr Beschäftigung vereinbar sind, sind in diesem Zusammenhang zu nennen: Die Behandlung staatlicher Monopole und die Beihilfenkontrolle. Im Rahmen der neoliberalen Ideologie sollen staatliche Beihilfen für die Wirtschaft möglichst vermieden werden. Dieses Prinzip behindert sektorale (auf Branchen bezogene), aber auch regionale Strukturpolitik massiv. Im Rahmen der Diskussion über die Agenda 2000 stehen auch die Beihilfen der Nationalstaaten wieder auf der Tagesordnung. Angestrebt wird eine stärkere Übereinstimmung zwischen den Regionen, die

Zuwendungen aus Mitteln der EU-Strukturpolitik bekommen, und den nationalen Förderregionen. Die Zielsetzung, nationale Subventionswettläufe zu unterbinden, ist zwar sehr sinnvoll. Starre Regelungen, wie in diesem Fall angedacht, können der Sache aber eher schaden, als nützen. Eine neue Regulierungslogik, die insgesamt von Konkurrenzwettläufen wegführt, wäre das adäquatere Mittel.

Welche beschäftigungspolitischen Effekte der kommissionsseitige Kampf gegen staatliche Monopole hat, ist schwer einzuschätzen. Neben negativen Effekten auf die Umwelt sind auch negative Effekte auf die Beschäftigungssituation nicht auszuschließen. Die Behandlung staatlicher Monopole ist aber zumindest auch ein weiteres gutes Beispiel, wie mit Hilfe des europäischen Integrationsprozesses die Neustrukturierung des Kapitals in Folge der Fordismuskrisis gefördert wurde.

Neben diesen negativen Rahmensetzungen für eine Beschäftigungspolitik auf nationalstaatlicher Ebene fällt die fast vollständige beschäftigungspolitische Untätigkeit der europäischen Ebene selbst auf. Lediglich der EU-Sozialfonds, mit dem klassische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden, sowie die Strukturpolitik, die neben den Vorrang beabsichtigten angebotsseitigen Effekten auch Arbeitsplätze mit sich bringt, sind zaghafte Ansätze einer gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Versuche, vor allem seitens der französischen Linksregierung, der Beschäftigungspolitik in der EU einen höheren Stellenwert einzuräumen, sind bisher immer - vor allem auf Betreiben der ehemaligen deutschen Bundesregierung - gescheitert. Die beschäftigungspolitischen Beschlüsse von Amsterdam und Luxemburg beinhalten größtenteils unverbindliche Erklärungen. Beispielhaft soll auf ein Highlight des Luxemburger Beschäftigungsgipfels verwiesen werden: Es wurde beschlossen, allen arbeitslosen Jugendlichen, die noch keine eigenen Sozialversicherungsansprüche erworben haben, nach 6 Monaten eine Wiedereingliederungsmaßnahme anzubieten. Dazu zählen u.a. auch Beratungsgespräche. Ansonsten betonten die Mitgliedstaaten ein weiteres Mal, wie wichtig ihnen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei und verzichteten in diesem Zusammenhang auch nicht darauf, erneut zu betonen, wie wichtig doch Projekte wie Binnenmarkt und EWWU in diesem Zusammenhang seien.

Mit der Formulierung der Ziele für die deutsche Ratspräsidentschaft hat die Regierung Schröder zumindest noch einmal verdeutlicht, daß Europa auch im Bereich der Beschäftigungspolitik eine zentrale Rolle einnehmen muß. Die Ausgangsbedingungen für die Etablierung einer neuen Regulierungslogik auf europäischer Ebene haben sich durch Veränderungen in der politischen Landschaft zumindest formal verbessert: In fast allen europäischen Ländern sind SozialistInnen an der Regierung oder zumindest daran beteiligt. Vieles wird nur davon abhängen, wie sich die rot-grüne Bundesregierung europapolitisch positionieren wird. Den europapolitischen Politikwechsel in Richtung auf den sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, wird es von alleine sicherlich nicht geben. Für Jusos wird es daher - nicht nur mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf - nötig sein, eine beschäftigungspolitische Gesamtstrategie zu erarbeiten, die auf die beschriebenen, und nicht mehr ohne weiteres rückgängig zu machenden Strukturveränderungen Rücksicht nimmt, um so sinnvoll in die stattfindende europapolitische Positionierung der Partei eingreifen zu können. Konzepte, die ausschließlich auf der nationalstaatlichen Ebene ansetzen, werden daher den Realitäten nicht mehr gerecht. Gleichzeitig steht eine Straffung der vielen politischen Hierarchien und Handlungsebenen etwa durch die Schaffung eines europäischen Bundesstaates mittelfristig nicht an, obgleich dies unser politisches Ziel ist. Dafür sind nicht nur die Interessen der handelnden Akteure viel zu widersprüchlich. Schon alleine die höchst unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten lassen eine vollständige Europäisierung mittelfristig unrealistisch erscheinen. Die Nationalstaaten werden also erst einmal die wichtigste Regulationsebene bleiben.

1.2. Europas Akzeptanzprobleme

Das Hauptproblem im Bereich der europäischen Politik liegt in der geringen Verankerung europapolitischer Themen in der Bevölkerung. Hierbei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Zum einen führt die geringe Entscheidungskompetenz des Europäischen Parlamentes (EP) dazu, dass die BürgerInnen diese Gremium nicht als eines wahrnehmen, in dem relevante Themen verhandelt und

entschieden werden. Darüber hinaus führt die Größe der zu betreuenden "Wahlkreise" für den einzelnen Abgeordneten zu einer relativen "Bürgerferne". Als drittes kommt erschwerend hinzu das der Bundestag üblicherweise keine Entscheidungskompetenz dazu hat, die Entscheidungen der Bundesregierung innerhalb des europäischen Rates zu kontrollieren. Dies führt in der Konsequenz dazu, daß die Ebene, die als die zentrale politische Ebene von den BürgerInnen wahrgenommen wird (der Bundestag), selten über europapolitische Fragen diskutiert . In der Auseinandersetzung um die Einführung des Euro in der BRD hat eine öffentlich geführte Debatte, die auch von den Parteien mitgestaltet wurde, dazu geführt, daß der direkte Zusammenhang zwischen der Lebenssituation der Menschen und anstehenden politischen Entscheidungen unmittelbar erkennbar wurde. Die direkte Verknüpfung des Themas Euro mit dem bestehenden Problem der Massenarbeitslosigkeit war hierbei noch einmal zusätzlich hilfreich.

Für die weitere Arbeit in diesem Bereich ergibt sich für uns hieraus die Notwendigkeit einer Reform der Institutionen, die diese für die Menschen durchschaubarer macht. Darüber hinaus wäre auch eine Konzentration auf die ökonomisch unmittelbar relevanten Themenfelder wünschenswert. Dafür müssen wir uns auf die Politikfelder konzentrieren, die durch ihren unmittelbaren Zusammenhang mit der Lebenssituation (Beschäftigung) der Menschen und der uns in diesen Bereichen zugesprochenen Kompetenz geeignet sind Ausgangspunkt für ein sozialistisches Gesamtkonzept zu sein. Die Politikfelder Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind somit notwendige Ausgangspunkte für eine insgesamte sozialistische Hegemoniefähigkeit.

1.3 Politische Rahmenbedingungen

Durch die Wahlen die in den letzten 20 Monaten in Ländern der EU stattgefunden haben, schienen sich die Kräfteverhältnisse im europäischen Rat erheblich verschoben zu haben. Die Auswirkungen auf die vereinbarten Politiken sind allerdings bisher nur in Einzelfällen zu erkennen. Dies ist neben der unveränderten Rolle der Europäischen Kommission und des Parlaments im wesentlichen auf die unzureichende Abstimmung der sozialistisch / sozialdemokratischen Akteure auf der europäischen Ebene zurückzuführen. So ist z.B. ein gemeinsames Verständnis der EWWU und ihrer möglichen Nutzung für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit unter den europäischen SozialistInnen immer noch in weiter Ferne. Aufgrund der unzureichenden Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ergibt sich auch auf diesem Weg keine kontinuierliche oder auch nur auf strategische Hauptziele ausgerichtete Zusammenarbeit der verschiedenen sozialistischen / sozialdemokratischen Fraktionen und ihrer Abgeordneten. Darüber hinaus käme es für die Zukunft innerhalb der SPE darauf an zu einer (zumindest für die Schlüsselfelder europäischer Politiken) gemeinsamen Analyse der Hauptprobleme zu kommen und eine gemeinsame Strategie für die sozialdemokratischen Akteure auf den verschiedenen Ebenen zu entwickeln.

Eine so erarbeitete sozialistische Politik wäre darüber hinaus auch in der Lage an Hand weniger bestimmender Elemente (Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung, Demokratisierung, Angleichung der Lebensverhältnisse, ökologisch sozialer Umbau) wesentlich hegemoniefähiger in der Bevölkerung zu werden und zu einer stärkeren Polarisierung zwischen den verschiedenen ideologischen Ansätzen in der Europapolitik beizutragen. Insbesondere letzteres könnte auch ein Verständnis für die Schlüsselauseinandersetzungen innerhalb der EU fördern.

2. Anforderungen und Handlungsfelder

2.1 Wirtschafts und Beschäftigungspolitik

Die Herausforderungen und Erwartungen, die sich mit dem Wandel in der politischen Landkarte Europas ergeben sind groß: Ziel ist mehr denn je, die Abkehr von der neoliberalen Politik zu vollziehen und damit den Weg für ein europäisches Sozialstaatsmodell frei zu machen. Eine richtungsweisende und abgestimmte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa ist dabei unabdingbar. Dies zumal mit dem 1.1.1999 und der Einführung des EURO der Binnenmarkt weitgehend vollendet ist und somit neue Rahmenbedingungen für wirtschaftspolitisches Handeln

geschaffen worden sind. Eine linke Europapolitik der muß sich daran messen lassen, wie sie sich den folgenden Themen stellt:

2.1.1. Wirtschaftspolitische Grundsätze und Koordinierung

Erste Voraussetzung für eine europäische Integration ist eine neue "Wertorientierung der Wirtschaftspolitik": Weg von der europäischen Wachstums- und Standortpolitik hin zu einer sozialen, beschäftigungsorientierten und ökologischen Politik im Rahmen eines so zu definierenden europäischen Staatenmodells. Dies bedeutet in erster Linie also gemeinsames Agieren gegen den gemeinsamen Feind: die Arbeitslosigkeit.

Wir unterstützen daher den Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Jospin nach einer "europäischen Wirtschaftsregierung".

Darin fordert er die Entwicklung gemeinsamer politischer Leitziele und die Abstimmung der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitiken. Die Abstimmung der Wirtschaftspolitiken hätte eine Koordinierung und effiziente Verzahnung vieler politischer Ebenen - der europäischen, der nationalstaatlichen aber auch regionalen Ebenen - auf bestimmte vorher festgelegte Ziele zur Voraussetzung (Mehrebenenregulation). Keineswegs wäre also in einem Europa nach diesem Modell nationalstaatliche und regionale politische Regulierung verzichtbar oder würde einfach "nach oben delegiert".

2.1.2. Beschäftigungsfördernde Politik - Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit

Das faktische Scheitern des Luxemburger Beschäftigungsgipfels und das damit verbundene Scheitern einer europäisch koordinierten wirksamen Beschäftigungspolitik zeigt deutlich, daß das Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht das handlungsleitende Motiv für eine europäische (Integrations-) Politik ist, denn in der Vergangenheit waren die Leitziele der Integration vor allem an wirtschaftspolitischen Belangen orientiert, zunehmend auch angereichert mit Verteidigungs- und außenpolitischen Belangen.

Arbeit in Europa

Rund 20 Millionen Menschen sind europaweit ohne Erwerbsarbeit; das führt nicht nur zur sozialen Konflikten und persönlichen Leid, sondern hat auch Budgetdefizite der einzelnen Staaten zur Folge, die eine sinnvolle Politik in vielen Bereichen stark erschweren.

Die Beschlüsse von Amsterdam und Luxemburg ermöglichen es der Europäischen Union zwar nun endlich, eine koordinierende Funktion in der Arbeitsmarktpolitik wahrzunehmen, doch müssen diesem ersten Schritt unbedingt weitere Schritte folgen. In Zeiten der Globalisierung kann ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit nur auf internationaler - und das heißt zunächst: auf europäischer Ebene erreicht werden.

Die Europäische Zentralbank muß eng mit den demokratischen Institutionen und den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern der Union zusammenarbeiten.

Priorität europäischer Wirtschaftspolitik muß die Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit werden.

Ziel muß ein radikaler ökologischer Umbau unseres Wirtschaftssystem sein, um der globalen Verantwortung Europas gerecht zu werden. Die Aufnahme des Sozialkapitels in den EU-Vertrag war ein wichtiger Schritt. Die vereinbarten europäischen Kompetenzen in der Sozialpolitik sind konsequent anzuwenden. Die EU muß zu einer Sozialunion ausgebaut werden, bei der die Arbeitsbeziehungen und die sozialen Sicherungssysteme auf höchstmöglichen Niveau zu vereinheitlichen sind. Priorität muß dabei die Gleichstellung von Frau und Mann haben.

2.1.2.1 Das Ziel Vollbeschäftigung neu angehen

Eine neue Beschäftigungspolitik für Europa hat sich trotz oder gerade wegen der Massenarbeitslosigkeit am den Ziel der Vollbeschäftigung orientieren. Vollbeschäftigung muss allerdings einer neuen Definition unterzogen werden und sich nicht an dem männlichen Normalarbeitsverhältnis orientieren. Vollbeschäftigung neu zu bestimmen beinhaltet, dass jede arbeitswillige Person Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit haben muss, in der er/sie seine/ihre

produktiven Fähigkeiten entwickeln kann, dass die Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt wird, und dass Arbeitsplätze geschaffen werden, die ökonomisch sinnvoll und ökologisch verträglich sind.

Es ist zwar ein Erfolg, die Frauenerwerbsquote in den letzten Jahren gesteigert zu haben, gleichzeitig jedoch ist die Arbeitslosigkeit von Frauen in Europa besonders stark angestiegen und liegt im Durchschnitt über der der Männer. Zudem ist das tatsächliche Ausmaß der Frauenerwerbslosigkeit in den allen Mitgliedsstaaten der EU noch höher, da amtliche Statistiken nur die registrierten Arbeitslosen erfassen, überdurchschnittlich viele Frauen aber in Anbetracht der Arbeitsmarktlage bereits resigniert haben und so in der Statistik gar nicht erst auftauchen, sondern als "stille Reserve" auf die nächste Phase der Überakkumulation warten.

Der weiter fortlaufende Strukturwandel und durch die EWU beschleunigte Anpassungsprozess wird ein übriges dazu beitragen, dass Frauen aus dem Erwerbsleben gedrängt werden, denn sie sind es, die zuerst entlassen werden, obwohl sie im Schnitt eine höhere Qualifikation haben. Und dies liegt nicht nur daran, dass sie wegen ihres Geschlechts diskriminiert werden, sondern auch daran, dass der Arbeitsmarkt sich immer stärker aufspaltet.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert wird Europas Gesellschaft durch Klasse und Geschlecht genau festgelegt. Frauen sind daher meist in doppelter Art benachteiligt, nämlich sowohl durch Klasse als auch durch Geschlecht. Eine linke Beschäftigungspolitik muss sich - insbesondere vor diesem Hintergrund - nicht nur an der Zahl der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze messen lassen, sondern auch, inwiefern es gelingt Frauen in gesicherte und qualitativ hochwertige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Die im Vergleich zu der männlichen Erwerbslosigkeitsquote höhere Frauenarbeitslosigkeit muss viel drastischer als bisher bekämpft werden.

Das Prinzip der gleichen Vergütung für die gleiche Arbeitsleistung ist längst noch nicht hergestellt trotz einer entsprechenden EU-Richtlinie und trotz der Verankerung in den Römischen Verträgen. Zudem sind Frauen in ganz Europa sehr stark in den Sektor der prekären Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt worden. Von Ausnahmen abgesehen, erfolgte die Ausweitung der Frauenbeschäftigung im niedrigen Dienstleistungsbereich und dies obwohl Frauen durchschnittlich höher und besser qualifiziert sind als Männer.

Als zentrales Problem stellt sich erwerbstätigen Frauen nach wie vor die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine gleichberechtigte Aufteilung der Reproduktionsarbeit bzw. deren Vergesellschaftung ist in der gesamten EU in weiter Ferne, so dass als individuelle Lösungsstrategie der Ausweg der Teilzeitbeschäftigung gewählt wird, gleichwohl damit eine Reihe von Nachteilen für die Beschäftigten verbunden sind, wie der Verzicht auf eigenständige Existenzsicherung, Verzicht auf Aufstiegschancen, Erhöhung der Arbeitsintensität und Verlust sozialer Sicherung, was sich spätestens in Form von Altersarmut äußert. Ein nicht unwesentlicher Teil der in Teilzeit beschäftigten Frauen würde einen Vollzeitarbeitsplatz bevorzugen; dem stehen aber fehlende Angebote auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie die unvergesellschaftete Reproduktionsarbeit entgegen.

Der durch Teilzeit bedingte geringerer Verdienst von Frauen verstärkt die Vermögensungleichheiten zwischen Männern und Frauen, zuungunsten der Frauen weiter.

Die Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben hängt von einer gesamtsozialstaatlichen Einbettung ab. Eine Reihe von arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen sind notwendig, um Arbeitszeiten europaweit frauenorientiert zu regeln, die Durchsetzung des Lohnleichheitsgebots durchzusetzen und ein Sozialstaatsmodell zu etablieren, welches die Interessen von Frauen aufgreift. Ein Mindestangebot an sozialen Dienstleistungen muss europaweit abrufbar sein, um einen ersten Beitrag zur Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit zu leisten. Hierzu gehört ein hohes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie es in Skandinavien und Italien gegeben ist. Wichtig ist eine Regelung, die beide Erziehungsberechtigten dazu verpflichtet, je die Hälfte des Erziehungsurlaubs zu nehmen. Geschieht das durch eine(n) Erziehungsberechtigte(n) nicht, verfällt seine Hälfte Erziehungsurlaub ersatzlos. Alleinerziehende behalten ihr volles Anrecht auf Erziehungsurlaub. Wichtig ist daneben die finanzielle Absicherung dessen.

Die Öffnung des Arbeitsmarkt im Zuge des Binnenmarktes bzw. der Ausweitung des Binnenmarktes durch die EU-Erweiterung betrifft Frauen stärker negativ als positiv. Denn eingebunden in die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist die Möglichkeit der Mobilität und grenzenlosen Flexibilität für Frauen nur eine Schimäre. Die mangelnde Absicherung von Frauen in den europäischen Sozialstaatsmodellen erschwert eine entsprechende Mobilität ungemein.

Um gerade auch für Frauen gesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, sind vor allem die ökonomischen Rahmenbedingungen zu verändern. Eine 50%ige Frauenquote muss bei allen Entscheidungen Berücksichtigung finden.

2.1.3. Ansatzpunkte für eine europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik aus unserer Sicht

Zur ernstgemeinten Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist allerdings eine in weiten Teilen auf das beschäftigungspolitische Ziel ausgerichtete europäische Politik vonnöten, die die verschiedensten Politikbereiche betrifft. Dabei kann es nicht darum gehen, sämtliche Kompetenzen und Instrumente einer nationalen beschäftigungspolitischen Strategie komplett auf die europäische Ebene zu verlagern. Faktisch muß damit einerseits einer auf mehreren Ebenen (Kommune, Region, Land, Nationalstaat, Europa) angesiedelten und mit unterschiedlicher Macht- und Entscheidungsfülle ausgestatteten und im Nachkriegseuropa betriebenen Politik Rechnung getragen werden. Andererseits muß jedoch vor allem das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie geändert werden: Die neoliberale Politik hat ökonomischen Belangen und Interessen eine große Dominanz zugestanden und damit politische Maßnahmen zum Abbau des Sozialstaates und arbeitsrechtliche Schritte durch emotionalisierte Debatten um Globalisierung etc. gerechtfertigt. Diese Dominanz des Ökonomischen muß zugunsten einer Wiedergewinnung eines politischen Steuerungswillens und damit verbundenen Entscheidungsmacht aufgegeben werden.

a) Wirtschaftspolitische Koordinierung, Geld- und Zinspolitik auf europäisch

Erste Ansätze einer wirtschaftspolitischen Koordinierung müßten die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zum vordringlichsten Ziel der gemeinschaftlichen Politik machen. Wichtig wäre dabei einerseits die Festlegung von quantifizierbaren und dadurch kontrollierbaren Zielvorgaben, was auch die Möglichkeit von Sanktionen bei Verstoß beinhalten müßte. Andererseits stehen gerade die im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien dem Ziel der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit entgegen, weil sich die damit verfolgte Geldpolitik ausschließlich am Ziel der Geldwertstabilität orientiert. Dies betrifft notwendigerweise auch die bisherige neoliberale Fiskalpolitik. Notwendigerweise muß es hier zu einem Paradigmenwechsel kommen, der grundsätzlich Spielräume für eine an wirtschaftlichen Phasen und Bedarfen (antizyklische) ausgerichtete Politik beinhaltet. Schritte in die richtige Richtung müssen daher eine Revision des Stabilitätspakts im Sinne einer um die beschäftigungspolitischen Ziele erweiterten Währungsunion und eine Neuausrichtung der Zielvorgaben der EZB zum Ziel haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Vorteile, die eine abgestimmte Politik für die Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte beitragen könnte. Die Auswirkungen von Währungsspielereien und die fahrlässige Nichtbeachtung gefährlicher Tendenzen in der EU selbst (1992 waren Großbritannien und Italien davon betroffen und mußten aus dem europäischen Wechselkursystem austreten), am Beispiel Asien und Brasilien haben in den letzten Jahren gezeigt, welche Auswirkungen diese finanzwirtschaftlichen Krise auf realwirtschaftliche Prozesse haben können. So könnte auf europäischer Ebene eine Steuer auf spekulative Kapitalbewegungen und -einkünfte (Tobin-Tax) eingeführt und notfalls durch Kapitalverkehrskontrollen (falls die anderen relevanten Weltregionen sich nicht anschließen sollten) ergänzt werden.

Nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems in den asiatischen Tigerstaaten ist wieder einmal deutlich geworden, dass hochflexible und liberalisierte Kapitalmärkte schwere wirtschaftliche und politische Gefahren bergen.. Griff bei dem Zusammenbruch der Tigerstaaten der IWF mit der Vergabe von Krediten ein, so konnte der Zusammenbruch des südostasiatischen Wirtschaftsraums nicht verhindert werden. Dieser Dominoeffekt schwächte auch merklich die Märkte in Rußland, Japan und den USA. Die Verwundbarkeit der internationalen Finanzsysteme wurde hierbei wieder einmal mehr als deutlich. Bislang sind die Folgewirkungen auf die europäische Wirtschaft mäßig geblieben, aber das wird sich ändern, denn die Gefahr einer ernsthafteren Ansteckung ist noch nicht vorbei.

Während eine Reorganisation des internationalen Finanzsystems, und damit einhergehend eine strategische und demokratische Neukonzeption des IWF, ein langfristiges Ziel darstellen, muss nach Instrumenten gesucht werden, welche die EU kurzfristig gegen drohende finanzielle Erschütterungen

schützen können. Diese müssen über einen protektionistischen Ansatz hinaus als Schritte in Richtung auf eine engere globale Koordinierung und die Errichtung eines neuen weltweiten Finanzsystems konzipiert werden.

Allerdings bleibt festzuhalten: Fundamentalen Währungsspekulationen kann mit einer notwendigerweise niedrigen Transaktionsgebühr aber nicht angemessen begegnet werden. Wenn spekulative Kapitalflüsse von dritten Ländern oder Kapitalfluß in dritte Länder für das Funktionieren der EWWU gefährlich werden, kann die EU effektive Maßnahmen ergreifen. Dies schließt auch administrative Beschränkungen für Kapitalimporte oder -exporte ein, allerdings nur für sechs Monate (die aber wiederholt werden können). Es gilt, der Finanzwelt seitens der EU eindeutig klar zu machen, dass sie entschlossen ist, strikte Kapitalverkehrskontrollen zu verhängen, wann immer dies notwendig werden sollte.

Es ist eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungspolitik zu konzipieren, die über die Grenzen der Teilnehmerstaaten der EWU und der EU hinaus geht. Die derzeitige kreditpolitische Bevorteilung der osteuropäischen EU-Anreinerstaaten seitens des IWF bietet keine Perspektive für eine gleichberechtigte gesamteuropäische Entwicklung. Auch mit der Ost-Erweiterung der EU und der Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten werden in Ost-Europa neue Grenzen gezogen. Dies muss so stark wie möglich verhindert werden

b) Steuerharmonisierung

Ein wichtiger Eckpfeiler ist weiterhin eine koordinierte und im europäischen Rahmen harmonisierte Steuerpolitik. Derartige Überlegungen wie z.B. Maßnahmen zur Angleichung der Umsatz- und Verbrauchssteuern oder der Unternehmensbesteuerung sind schon lange in der Diskussion. (Wir sind uns einig darüber, daß der Faktor Arbeit gleichmäßig belastet werden soll). Am weitesten sind die Fortschritte bei den Umsatzsteuern: wie zum Beispiel die Abschaffung kleinerer Verbrauchssteuern. Bedeutsamer wäre allerdings noch der Beitrag den europäische Steuern auf Kapitaleinkünfte und in der Unternehmensbesteuerung dazu leisten könnten, den Standortwettbewerb zwischen den verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten einzudämmen. In diesem Zusammenhang muß trotz einiger zu erwartender Schwierigkeiten auch eine Angleichung der Standards - nicht der Institutionen und Besonderheiten - der nationalen Sozialsysteme angestrebt werden. Auch dies bedingte eine Einigung auf ein "europäisches Sozialstaatsmodell".

c) Strukturpolitik

Die europäischen Strukturfonds sind der bedeutendste Politikbereich und politisches Instrumentarium der EU-Kommission und das bestimmende Element der Regional- und Strukturpolitik der EU. Seit der inhaltlichen Neubestimmung und finanziellen Aufstockung der Strukturfonds 1988 beruht die europäische Strukturpolitik auf 4 wesentlichen Prinzipien: Konzentration auf vorrangige Ziele, partnerschaftliche Umsetzung auf verschiedenen staatlichen Gliederungsebenen, Kofinanzierung der Maßnahmen (die Mittel werden nur als zusätzliche Mittel zu nationalen und regionalen Beiträgen gewährt) sowie Einbettung der geförderten Projekte in umfassende Entwicklungspläne. Die Finanzierung und Umsetzung europäischer Strukturpolitik erfolgt über vier Strukturfonds, also den zum größten Teil über Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dann die europäischen Sozialfonds (ESF) sowie die Agrar- und Fischereifonds (EAGFL, FIAF). Diese Fonds vereinigen zusammen bisher ca. 152 Mrd. Euro auf sich. Sie Strukturfonds haben zur Aufgabe, die Lebensbedingungen der europäischen Bevölkerung anzugleichen und zu verbessern. Hinzukommen die sogenannten Gemeinschaftsinitiativen, die zur Lösung spezieller Probleme aufgelegt worden sind (z.B. ADAPT, KONVER etc.). In Deutschland haben die europäischen Strukturfonds mittlerweile hinsichtlich der Förderkulisse (geförderte Gebiete) und der Mittelumfanga ein größeres Gewicht erlangt, als das nationale System zur Regionalförderung ("Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" GRW) und sind damit aus der deutschen Regional- und Arbeitsmarktpolitik nicht mehr wegzudenken.

Die Erfolge vieler Maßnahmen sollen nicht bestritten werden, gleichwohl: die regionalen Disparitäten zwischen den verschiedenen europäischen Regionen sind nach wie vor sehr groß, der Abstand zwischen den ärmsten und den bestgestellten Regionen hat sich weiter vergrößert und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich verschärft. Dies hat auch Mängel im System der Strukturpolitik aufgezeigt: Die Gemeinschaftsinitiativen, die ursprünglich als flexibles Mittel gedacht waren, erhöhen die Verwaltungsaufgaben drastisch und die vorgegebenen Ausgabenziele wurden oft bei weitem nicht erreicht, weil viele Regionen nicht in der Lage waren, auch nur geringe Eigenanteile aufzubringen. Neben diesen offensichtlichen Mängeln sieht auch die Agenda 2000 (die auch für die Osterweiterung der EU steht) eine Reform der Strukturfonds vor. Dabei soll das finanzielle Volumen der Fonds auf 0,46 % des europäischen Bruttosozialprodukts beschränkt bleiben. Gleichzeitig soll das bisherige System der regionalen Förderung umgebaut werden, daß nicht mehr wie bisher 51,6% der europäischen Bevölkerung in Förderregionen leben. Dies liegt an der Reduzierung der bisherigen Ziele.

Die Entscheidung über die Vergabe von Mitteln muß von der staatlichen auf die regionale Ebene umgelegt werden. Die Möglichkeit des Einziehens von Mitteln muss dabei an Kriterien gebunden sein. Dabei ist es notwendig nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale (z.B. Frauenanteil im Berufsleben/Umweltsituation) und kulturelle (Bildung/Theater/Kino) Indikatoren zu berücksichtigen. Der vieldiskutierte Ansatz des mainstreaming ist unbedingt zu stärken. Mainstreaming muss als innovative Handlungsmaxime begriffen werden, die bei allen Entscheidungen die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zum (Neben-)Ziel hat.

Der Einsatz der Mittel darf sich ebenfalls nicht nur auf die Bereiche Infrastruktur, Energie, Industrie und andere "Produktivfaktoren" beschränken, sondern muß sich verstärkt auch der Förderung der sozialen Bindungen widmen.

Voraussetzung für eine funktionierende Strukturpolitik ist eine höchstmögliche Transparenz der Entscheidungs- und Förderungsstrukturen.

Ein richtiger Schritt in die richtige Richtung war es, mit den Europäischen Strukturfonds den Problemen bestimmter Bevölkerungsgruppen und insbesondere denjenigen Frauen im Hinblick auf Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Konkrete Maßnahmen beziehen sich auf die Gruppe der Berufsrückkehrerinnen und auf eine Erweiterung des Berufsspektrums von Frauen. Bei der Neudefinition der Ziele der Strukturpolitik ist einer angemessenen Frauenförderung Rechnung zu tragen. Anforderungen von Frauen an strukturpolitische Maßnahmen müssen in den Kriterienkatalog einfließen.

Gelder aus den Struktur- und Regionalfonds müssen gezielt an Frauenprojekte und Unternehmen vergeben werden, welche mit Quotierungsregelungen und Frauenförderplänen Frauen auf allen Hierarchieebenen fördern. Es braucht außerdem einen weitaus höherem Mitteleinsatz in der Strukturpolitik, um die Integration von Frauen in den Erwerbssektor hierüber voranzubringen.

Durch den Abbau der Förderkulisse werden den Mitgliedsstaaten und den dortigen Regionen Spielräume für regionale und arbeitsmarktpolitische Aktivitäten genommen. Diese Maßnahmen erachten wir als schädlich. Es wäre im Gegensatz dazu dringend geboten, die Mittel aufzustocken. Unbestritten ist jedoch eine Straffung des Systems und ein zielgenauer Einsatz der Mittel sinnvoll. Dabei müßte es stärker als bisher gelingen zu einem Gleichgewicht aus zentralen und dezentralen Steuerungssystem überzugehen. Zentral an der Frage einer europaweit abgestimmten Beschäftigungs- und auch branchenbezogenen bzw. clusterorientierten Politik, in deren Dienst die europäischen Strukturfonds stärker als bisher gestellt werden sollten und dezentral in Fragen der Finanzierung und regionalen Spielräume (z.B. bei der Subventions- und Beihilfenkontrolle), ohne freilich, daß damit nationalen Egoismen wie derzeit zu beobachten Tür und Tor geöffnet werden dürfte.

d) Gewerkschaftliche Handlungsmacht und industrielle Beziehungen

Während sich auf der einen Seite die Gewinne der Unternehmen in den letzten Jahren vervielfachten und die Gewinnsteuern gesenkt wurden, mußten die Beschäftigten, Betriebsräte und Gewerkschaften auf der anderen Seite als Ausfluß der neoliberalen Doktrin mit Reallohnsenkungen und anderen Einschnitten (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.) kämpfen. Dies führte zu einer starken

Schwächung der Kaufkraft und damit der Binnennachfrage in Deutschland. Neben den quantitativen Veränderungen sind aber gerade auch qualitative Veränderungen von erheblicher Bedeutung für die Beschäftigten: Die Ausbreitung des Konzernwesens, bei dem deutsche Unternehmen entweder von großen europäischen Konzernen aufgekauft werden oder dies umgekehrt selbst tun -mithin die gesamte Europäisierung der wirtschaftlichen Strukturen, sind zu einem großen Problem für die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Betrieben aber auch für die Gewerkschaften geworden. Hier ist einerseits die Ausweitung der Rechte (rechtlich gesicherte Mitbestimmungsmöglichkeiten etc.) der europäischen Betriebsräte (EBR) von Nöten sowie abgestimmte gewerkschaftspolitische Strategien auf europäischer Ebene.

e) Bündnisse für Arbeit

Ein wichtiger aber sehr problematischer Bereich in der Diskussion um eine Weiterentwicklung der europäischen Beschäftigungspolitik ist die Schaffung von sogenannten "Sozialen Pakten" (oder auch Sozial-, Beschäftigungs- und Wettbewerbspakte) sowohl in den einzelnen Mitgliedstaaten als auch auf europäischer Ebene. Problematisch deshalb, weil die nationalstaatlich organisierten und handelnden Gewerkschaften in Europa in ein massives Konkurrenzverhältnis gesetzt werden.

Kernpunkt dieser "sozialen Pakte" ist die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften. Für diese bedeutet das Eingehen eines solchen Paktes in erster Linie die Verpflichtung zu "moderaten", zurückhaltenden Lohn- und Tarifabschlüssen.

In der Formulierung der Europäischen Kommission werden die Sozialpakete konsequenterweise somit auch als "Vereinbarung der Sozialpartner, die zum Ziel haben, den Reallohnzuwachs auf einen Wert unterhalb des Produktivitätszuwachses abzusenken oder den Reallohnzuwachs im Vergleich mit Lohnsteigerungen der wichtigsten Handelspartner zu mäßigen" beschrieben.

Obwohl der Einstieg in eine "wettbewerbsorientierte" Lohn- und Tarifpolitik bereits in den 80er Jahren erfolgte - beispielhaft kann hier das Zugestehen von Öffnungsklauseln u.ä. angeführt werden (hier darf allerdings nicht vergessen werden, daß die Kräfteverhältnisse in den 80er/90er Jahren die Gewerkschaften massiv unter Druck setzten) - , wird nun eine solche Politik der Gewerkschaften durch die Schaffung ebendieser Pakte zum offiziellen Programm. Instrumente hierfür sind Lohnleitlinien oder auch allgemeine Bestimmungen zur Lohnzurückhaltung.

Ein weiteres Instrument zur Durchsetzung "moderater" Lohnabschlüsse ist auch die in einigen Staaten praktizierte Festlegung von sogenannten Lohnnormen, in denen explizit die Lohnentwicklung der Konkurrenzländer als Bezugsgröße genommen wird. Beispiel hierfür gibt es inzwischen innerhalb der Europäischen Union genug. Was noch viel schlimmer ist, ist dass diese Norm und damit auch die Logik, die dahinter steht, mittlerweile auch von weiten Teilen der europäischen Gewerkschaften akzeptiert wird.

In diesen bereits einigen Ländern abgeschlossenen Sozialpakten jedoch den Versuch zu sehen, die Konzertierung der 70er Jahre wiederzubeleben, muss jedoch verneint werden. Während in den 70er Jahren versucht wurde, die Gewerkschaften und deren Lohn- und Tarifpolitik in die makroökonomische Steuerung mit einzubinden, geht es bei den derzeitigen Sozialpakten lediglich um eine angebotsseitige Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen - in erster Linie durch eine moderate Lohnpolitik.

Dafür, dass aber auch eine andere Politik möglich ist, gibt es inzwischen auch Beispiele.

Zu nennen ist hier das Gutachten des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen der österreichischen Sozialparteien. In diesem Gutachten, Gegenstand sind mögliche wirtschaftspolitische Handlungsspielräume angesichts der EWWU, wird zum einen auf die Möglichkeiten einer produktivitätsorientierten Lohn- und Tarifpolitik hingewiesen, zum anderen aber auch auf die Bedeutung einer solchen Politik für die zukünftige (wirtschaftliche) Entwicklung. Zu nennen sind aber auch Äußerungen aus Deutschland, z.B. von Heiner Flassbeck, über die Notwendigkeit einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik und über das Ende der Bescheidenheit.

Insbesondere von der IG Metall wurde die Umverteilungskomponente in die tarifpolitischen Auseinandersetzungen gelegt. Wir begrüßen dies und fordern Initiativen und Aktionen, die eine stärkere Koordinierung der europäischen Tarifpolitik darstellen.

Eine der wichtigsten weiterzuentwickelnden Initiativen ist die in der "Erklärung von Doorn" festgeschriebene Kooperation der belgischen, luxemburgischen, deutschen und niederländischen Gewerkschaften. In dieser Erklärung sind erstmals konkrete Orientierungspunkte für eine transnational zu koordinierende Tarifpolitik aufgeführt: Ziel der Gewerkschaften ist es hiernach, ein tarifliches "ABSCHLUSSVOLUMEN" zu erreichen, das der Summe aus Preisentwicklung und Steigerung der Arbeitsproduktivität entspricht. Zum einen wird damit die Stärkung der Massenkaukraft angestrebt, zum anderen sollen auch Initiativen zur Beschäftigungssicherung Bestandteil der tariflichen Abschlüsse sein.

Sinn und Zweck dieser lohn- und tarifpolitischen Formel ist es, für die Gewerkschaften eine klare aber länderbezogene Richtgröße für die lohnpolitische Orientierung zu geben, die das Ziel verfolgt, "eine von den Arbeitgebern gewollte Unterbietungskonkurrenz bei den tariflichen Einkommen zwischen den betroffenen Ländern zu verhindern".

2.2 Demokratisierung

Der zunehmenden politischen Bedeutung der europäischen Ebene für die BürgerInnen in den Mitgliedsländern der EU steht eine äußerst rudimentär ausgeprägte Legitimation der handelnden Organe gegenüber. Mag die prinzipielle Ferne der Europäischen Ebene für die BürgerInnen noch geographisch erklärbar sein, so ist die fehlende Kommunikation der Entscheider mit den Betroffenen in Anbetracht heutiger medialer Kommunikationsmöglichkeiten nicht akzeptierbar. Durch die fehlende Verständigung und Diskussion im Vorfeld fehlt es nicht nur oftmals an Akzeptanz des jeweiligen Handelns, es fehlt letztlich auch die Legitimation. Besonders deutlich wird dies an der Frage des Gesetzgebers: Die Rahmenverträge der EU als Grundlage (nicht Verfassung, die EU ist kein Staat) der europäischen Politik wie z.B. der "Vertrag über die Europäische Union" werden zwar von den Mitgliedsstaaten jeweils nach einer Volksabstimmung oder einer Abstimmung in den nationalen Parlamenten ratifiziert. Die konkrete Umsetzung der europäischen Leitlinien erfolgt jedoch in den Rechtsakten (Verordnungen oder Richtlinien genannt), die unmittelbar oder mittelbar Gesetzeskraft erlangen und somit geltendes Recht werden. Diese sind nur zum Teil ein Produkt aus der Zusammenarbeit der beiden mit Gesetzgebungskompetenzen ("Mitentscheidungsrecht in der Gesetzgebung", d.h. beide Gremien dürfen keine Gesetzesentwürfe vorlegen und haben kein Initiativrecht! Dieses obliegt der Kommission.) ausgestatteten Gremien: dem Rat und dem zumindest von der europäischen Bevölkerung noch gewählten Parlament. Dies führte schon häufiger zu Verordnungen und Richtlinien, die sehr weit weg von den Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas lagen. Positiv ist daher, daß dem europäischen Parlament seit 1986 immer neue Rechte zuerkannt werden. So ist erst im Vertrag von Amsterdam das Mitentscheidungsverfahren in der Gesetzgebung auf weitere Bereiche ausgedehnt worden. Dies bedeutet, daß ohne die Zustimmung des Parlamentes keine Verordnungen oder Richtlinien mehr erlassen werden können. Jede Zunahme der Entscheidungskompetenzen des Europaparlaments - auch die durch den Maastrichter Vertrag erreichten - ging einher mit einer Verkomplizierung der Rechtsetzungsverfahren. Spätestens mit der Schaffung des neuen Mitentscheidungsverfahrens und der Einrichtung des Vermittlungsausschusses ist die EU-Rechtsetzung vollends undurchschaubar für die interessierte Öffentlichkeit geworden. Die Eingriffsmöglichkeiten für EuropaparlamentarierInnen, nationale Ministerien, die Brüsseler Verwaltung und Lobbyisten sind weiter gestiegen, öffentliche Kontrolle ist unmöglich geworden, zumal die Medien keine Versuche unternehmen, auch nur einzelne Entscheidungen transparent zu machen.

Allerdings ist eine zügige Erweiterung der Kompetenzen des einzigen durch die Bevölkerung legitimierten Gremiums weiterhin geboten, um die demokratische Transparenz der europäischen Politik zu vergrößern.

Dies führt unwillkürlich zu einer Vormachtstellung der großen Mitgliedsstaaten, die beständig auf ihre Finanzierungsleistungen weisen und unverhohlen damit drohen, diese oder jene Maßnahme nicht mitzufinanzieren. Für eine echte demokratische Kontrolle bedarf es aber einer öffentlichen Diskussion und Entscheidungen und nicht der geheimen Absprachen der Regierungschefs der größten

Mitgliedsstaaten. Diese Öffentlichkeit und Legitimation der Entscheidungen kann aber kein Rat von Mitgliedern nationaler Exekutiven, sondern nur ein unter gleichen Bedingungen direkt gewähltes Parlament, das von der Bevölkerung den dezidierten Auftrag erhalten hat, die europäische Ebene zu gestalten, bieten.

Eine weitere Legitimation erhalten Beschlüsse der europäischen Ebene, wenn sichergestellt ist, daß parlamentarisch Mehrheiten, nicht zu Lasten einzelner Mitgliedsstaaten der Union gehen. Diese Wahrung nationaler und regionaler Interessen in der EU muß aber nicht zwangsläufig von den nationalen Regierungen wahrgenommen werden. In der Kontrolle der Europäischen Ebene sehen wir in Zukunft eine wichtige Funktion der nationalen Parlamente. Die nationalen Parlamente sind es, die von der Bevölkerung zur Wahrung der nationalen Interessen gewählt wurden. Auch im Interesse der Fortentwicklung der europäischen Integration, muß eine Kontrolle der Europäischen Ebene auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten gewährleistet werden. Das dies gelingen kann, ist Alltagserfahrung des dänischen Parlaments, das jegliche Mitwirkung der dänischen Regierung im Ministerrat durch eigenständige Beschlußfassung bestätigen muß. Solange das EP nicht mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet ist und solange noch der Rat ein viel zu großes Mitentscheidungsrecht hat, muss auch für alle anderen Länder die parlamentarische Zustimmung der Beschlüsse des Rates obligatorisch werden.

Ist die Legitimation der Europäischen Gesetzgebung gewährleistet, muß dem EP eine umfassende Kompetenz für die Rechtssetzung zufallen. Bereits heute scheinen im Parlament mehr Integrationspotentiale zu bestehen, als im Ministerrat, wie es in der Frage der Erweiterung deutlich wird. Neben der schon bestehenden Kompetenz des Parlamentes zur Ernennung und Demission der Kommission (von der erst kürzlich nicht Gebrauch gemacht wurde) wäre zu überlegen, ob dieses Recht auch für einzelne Kommissarinnen und Kommissare gelten sollte. Denn durch diese Rückkopplung könnte die Kommission als solche und Einzelpersonen wiederum die Legitimation erfahren, wie sie eine Regierung durch die Wahl durch das legitimierte Parlament erhält.

2.2.1. Europäischer Föderalismus und „Europa der Regionen.“

Zwei Grundgedanken bestimmen die Überlegungen und Forderungen der JungsozialistInnen in Bezug auf die Verwirklichung eines Europa der Regionen.

Zu einem geht es um klare Kompetenzverteilungen innerhalb der Union und ihrer Mitgliedstaaten. Diese Kompetenzverteilung muß den Stellenwert der europäischen Regionen im besonderen berücksichtigen. Was auf regionaler und kommunaler Ebene im Interesse der Menschen sinnvoll geregelt und entschieden werden kann, muß auch künftig in diesem Wirkungskreis verbleiben. Das System kommunaler Selbstverwaltung und der Föderalismus haben sich weitgehend bewährt. Die positiven Erfahrungen dieser Strukturen sollen beim weiteren Aufbau Europas genutzt werden.

Zum zweiten geht es bei der Stärkung der Regionen in Europa um die Aufrechterhaltung eines regionalen Bewußtseins der Menschen in den Regionen. Die Identifikation mit den Regionen im Rahmen einer europäischen Identität ist ein wichtiger Faktor zur Überwindung nationalstaatlicher Bindungen. Regionale Strukturen können darüber hinaus überschaubare Politik- und Verwaltungssysteme gewährleisten, die Ansprüche an Transparenz und Partizipation in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen umsetzbar machen.

2.3 Osterweiterung/ Reform der Institutionen

Die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) und um Zypern ist für die Europäische Union ein Unterfangen von historischer Bedeutung und Herausforderung, zugleich auch eine Chance für Europa, für seine Sicherheit, seine Wirtschaft, seine Kultur und seinen Platz in der Welt. Die Ausdehnung des Modells der friedlichen und gewollten Integration freier Nationen auf den gesamten europäischen Kontinent garantiert Stabilität. Es gilt über 100 Millionen neue BürgerInnen in der Union und deren Handel und Wirtschaft zu integrieren.

Gleichzeitig stellen allein die Zahl der Beitrittskandidaten und das damit verbundene große wirtschaftliche und soziale Gefälle die Europäische Union vor nie dagewesene institutionelle, politische und ökonomische Herausforderungen. Die EU-Bevölkerung wächst möglicherweise um

mehr als ein Viertel auf nahezu 500 Millionen an, das Gesamt-BIP jedoch nur um knapp 5 %. Der Integrationsprozeß stellt diese Länder vor enorme Anstrengungen, die ihre Leistungs- und Leistungsfähigkeit auf die Probe stellen werden. In Anbetracht unserer Erfahrungen mit den Anstrengungen zur Einhaltung der sog. Maastrichtkriterien zur Einführung des Euro muß es gelten; unseren Partnerorganisationen (innerhalb von Ecosy und ESY) in den Beitrittsländern sowie den Sozialdemokratischen / Sozialistischen Parteien zu vermitteln welche Probleme mit dem Beitritt verbunden sein können. Ggf. sollten wir darüber hinaus diejenigen Kräfte in den Beitrittsländer unterstützen, die eine realistische Einschätzung der Erfordernisse und Möglichkeiten der jeweiligen Gesellschaften vertreten. Der ökonomische Anpassungsdruck innerhalb der Union wird zu nachhaltigen sozialen Verwerfungen in den jeweiligen Volkswirtschaften führen.

Eine Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten kann dann erfolgen, wenn deren nationale Ökonomien keinen besonderen Schutz gegenüber dem EU-Binnenmarkt bedürfen.

Will die Union ihrer gewachsenen Verantwortung in der Welt und insbesondere bei der Gestaltung einer gesamteuropäischen Ordnung gerecht werden, so ist die Vertiefung und Verfestigung des europäischen Integrationsprozesses eine notwendige Voraussetzung für die Erweiterung. Die vielfältigen Problem und Aufgaben, denen sich alle Staaten in Europa gegenübersehen und die allein mit nationalstaatlichen Mitteln nicht zu bewältigen sind, setzen eine Union voraus, die durch Stabilität und Handlungsfähigkeit, vor allem aber durch demokratische Strukturen gekennzeichnet ist.

· Eine Erweiterung der EU kann nur unter einer Fortsetzung des Prozesses der Vertiefung der Union und einer Demokratisierung stattfinden.

Die vielfältigen EU-Handelsschranken gegenüber der "Dritten Welt" sind abzubauen. Dies ist ein wirkungsvolles Element einer neuen friedlichen Entwicklungshilfepolitik, die Europa aus globaler Verantwortung entwickeln und die auf - soziale Rechte umfassende - Menschenrechtsprinzipien aufbauen muß.

Die Europäische Union selbst muß sich jedoch ebenso auf den Beitritt weiterer Mitgliedsstaaten vorbereiten: Hier gilt es die eigenen Strukturen und Institutionen zu reformieren. Dies betrifft sowohl die Einführung demokratischer Entscheidungsmechanismen wie auch die Modernisierung der zentralen Politiken der Gemeinschaft. Insbesondere die gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturförderung bedürfen einer grundlegenden Neuordnung. Vor dem Hintergrund der bestehenden Volkswirtschaften der Beitrittskandidaten mit einem deutlich stärkerem Agrarsektor stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit der Agrarpolitik deutlicher als je zuvor. Zugleich muß die Akzeptanz der gesamten Finanzierung der EU gesteigert werden. Sonderwege, wie sie Großbritannien für sich in Anspruch nimmt oder das ständige Lamentieren sogenannter Nettozahler stellen auf Dauer die Idee der europäischen Integration in Frage. Dies erfordert, die Finanzen der Union mittelfristig neu zu ordnen und sicherzustellen.

Um die Integration in Europa, nach der Wirtschafts- und Währungsunion und vor der Osterweiterung weiter zu forcieren, stellt sich die Frage nach weiteren Schritten auf diesem Weg.

Der einzig logische nächste Schritt, der die Integration abrundet, kann nur die Erstellung einer "Europäischen Grundrechtscharta" sein. Diese Charta hat u.a. die Aufgabe, die Legitimität und die Identität der Europäischen Gemeinschaft, auch hinsichtlich der Demokratisierung, zu verfestigen. Deshalb fordern wir die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung, die unter Berücksichtigung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen und auch der nationalen Parlamente, erstellt werden soll. Die Rechte der Bürger der EU werden dadurch gestärkt und die Handlungsfähigkeit, zum Beispiel des Europäischen Parlaments, deutlich erhöht. Letztendlich soll die EU einen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" darstellen. Besondere Berücksichtigung finden hier, auch alle schon zuvor thematisierten Aspekte der EU.

2.4. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union wurde bereits 1994 bei den Beratungen fuer den Vertrag von Maastricht ausführlich thematisiert; bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs 1996 nahm die Debatte über die Ausgestaltung der GASP einen noch breiteren Raum ein. Dabei wurden zunächst Ziele formuliert, ohne jedoch schon genauer die Rahmenbedingungen zu erörtern, unter denen diese umgesetzt werden sollten. Dies hatte seinen Grund zunächst darin, dass die einzelnen Nationalstaaten bislang oftmals widerstreitende außenpolitische

Interessen verfolgt hatten und insgesamt ihre Souveränität im Bereich der Außenpolitik nur ungerne aufgeben wollten.

Dennoch einigte man sich darauf, die gemeinsamen Werte, grundlegenden Interessen und die Unabhängigkeit der Union wahren zu wollen sowie die Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten stärken zu wollen. Umfassen sollte die GASP sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der EU betreffen könnten, und auf längere Sicht war auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik geplant. Dabei sollte die WEU, die als integraler Bestandteil der EU betrachtet wurde, die Aufgabe haben, die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge hätten, auszuarbeiten. Die Einbindung in Bündnisse wie die NATO und daraus erwachsende Verpflichtungen sollten ausdrücklich beachtet werden. Vordergründig wurde die GASP als Sicherheitsbündnis betrachtet, das einen Beitrag dazu leisten sollte, das bestehende Geflecht und Überlappungen außenpolitischer Beziehungen abzubauen und die Möglichkeit zu eröffnen, künftig koordinierter und einheitlicher nach aussen hin aufzutreten. Die GASP sollte ihren Platz innerhalb der funktionalen Arbeitsteilung der EU haben und gleichzeitig dazu beitragen, die politische Union weiter voranzutreiben.

Nichtsdestotrotz mangelte es noch an ausdrücklicheren Festlegungen, welches denn genau die sicherheitspolitischen Interessen seien, die mit der GASP zukünftig verfolgt werden sollten.

Ungeachtet der Unklarheit in diesem Bereich hat jedoch vor allem die starke Einbindung der WEU dazu beigetragen, dass die Ausrichtung der GASP eine eindeutige Tendenz widerspiegelte. Bereits 1992 hatte sich die WEU ihrerseits Vorstellungen gemacht, dass sie grundsätzlich das ganze Spektrum völkerrechtlich zulässiger Einsätze durchzuführen gewillt sei, sei es innerhalb oder außerhalb ihres Vertragsgebietes und so die Möglichkeit eröffnet, dass die GASP unter der Hilfenahme der WEU durchaus auch außerhalb europäischer Grenzen einsatzfähig würde. Auch strukturell wurde diese Zielsetzung unterfüttert durch den Aufbau der Combined Joint Task Forces, Forces answerable to WEU (FAWEU), also von der WEU zur Verfügung stehender Truppen, d.h. aller nationaler Armeen der Mitgliedstaaten, und durch verschiedene bi- oder multinationale Einheiten. Die enge Verzahnung zwischen GASP und WEU, die lange Zeit umstritten war, hat inzwischen die Form angenommen, dass über das Verständnis der GASP als elementarer Pfeiler der EU auch die WEU als ausdrücklich integraler Bestandteil verstanden wird. Vor diesem Hintergrund und einer allgemeinen Militarisierung der Außenpolitik einiger europäischer Staaten ist auch die Forderung nach der Stärkung der OSZE immer mehr ins Hintertreffen geraten. War noch 1996 davon ausgegangen worden, dass die OSZE zahlreiche Aufgaben besser repräsentieren könne - vor allem Konfliktprävention durch die ausdrückliche Möglichkeit, auch wirtschaftlich eingreifen zu können, steht die Forderung zwar noch auf dem Papier, scheint aber durch zwischenzeitliche Entwicklungen und die einseitige Forcierung der WEU überholt. Die WEU als Militärbündnis drückt dabei nicht nur die Renaissance militaristischen Denkens in Europa aus, sondern wird auch über das Verständnis als europäischer Arm der NATO in einen eindeutig militaristischen Kontext gerückt. Demgegenüber setzen wir nach wie vor auf die Aufwertung der OSZE, so wie sie auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist. Dazu ist nicht nur die organisatorische Verstärkung nötig; klar müssen auch in der öffentlichen Diskussion die Vorteile dieser Institution benannt werden. Eine gleichberechtigte Teilnahme aller europäischen Staaten gehört ebenso dazu wie das Setzen auf wirtschaftliche Zusammenarbeit als die Möglichkeit, das Ausbrechen von Konflikten zu vermeiden. Eine den Interessen der osteuropäischen Volkswirtschaften gerecht werdende Lösung kann und muss im konsensualen Entscheidungsprozess der OSZE erzielt werden. Auch lässt sich eine Neue Friedensordnung nicht einfach. Voraussetzung für eine Friedensordnung ist die Beseitigung oder aber zumindest die Minderung der gegenwärtig bestehenden Konfliktursachen. Die ökonomischen Verteilungsungerechtigkeiten, die ökologischen Bedrohungslagen und die sozialen Ungerechtigkeiten, die weltweit herrschen, müssen in den Mittelpunkt unseres Interesses rücken. Militäreinsätze, egal in welcher Form, können nur die herrschenden Interessen absichern und somit die Konfliktursachen festschreiben, wenn niemand den Versuch unternimmt, die Ursachen für ethnisch-nationale Eruptionen und militärische Konflikte zu beseitigen. Soldaten können bestenfalls die gewaltverursachenden Herrschaftsverhältnisse beseitigen (und selbst dies gelingt ihnen meist nicht). Sie können nie den Frieden herstellen und die tiefer liegenden Konfliktursachen lösen. Ferner bedarf eine sozialverträgliche Wirtschaftspolitik und eine zivile Friedensordnung der Kongruenz von Handelsmärkten, ökonomisch und politisch regulierten Regionen. In diesem Sinne muss die Transformation der MOE-Staaten sozial verträglich gestaltet werden.

2.5

Lomé

Insbesondere in den Vereinten Nationen sollten die Staaten der EU zu einer abgestimmten Politik finden, die auch in der Besetzung eines Sitzes im Sicherheitsrat ihren Ausdruck finden könnte. Dazu gehört auch die Entwicklungsarbeit der EU zu reformieren und auszubauen. Deren Kernstück ist das Lomé-Abkommen, das dringend verlängert werden muß. Darin darf nicht der Gedanke regionaler Freihandelszonen in den Vordergrund gerückt werden, sondern die Abkommen müssen dezentrale Kooperation, Verbesserung der Situation der Frauen, Mitbestimmung und Menschenrechte sowie Entschuldung ermöglichen.

In Zusammenhang mit einer europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik muss auch in internationaler Zusammenarbeit eine gemeinsame Nord-Süd Strategie entwickelt werden. Durch die EWWU wurde die EU finanzpolitisch zu einem "global player. In der Rolle des Trendsetters muss die EU darauf hinwirken, dass die internationale Schuldenpolitik nicht nur im Interesse der Gläubigerstaaten geführt wird. Die hochverschuldeten Entwicklungsländer müssen ihre wirtschaftspolitische Selbstbestimmung wiedererlangen und der Bevormundung durch die Lobbyisten der Großunternehmen der Industriestaaten entzogen werden.

Das Lomé-Abkommen ist bei weitem das wichtigste regionale Abkommen; gegenwärtig wird noch das vierte Lomé-Abkommen in die Praxis umgesetzt. Für die 70 Staaten Afrikas, der Karibik und im Pazifik (sogenannte AKP-Staaten) in wurden von 1990 bis 1995 Zuschüsse und Darlehen in Höhe von insgesamt 12 Mrd. ECU bereitgestellt. Von 1995-2000 werden Mittel in Höhe von 14,6 Mrd. ECU zur Verfügung stehen. Die Laufzeit dieses Abkommens endet im Jahr 2000.

Die EU ist ein wichtiger Markt für die Entwicklungsländer, für den mehr als 21 % ihrer Gesamtexporte bestimmt sind. Die EU bietet den 70 Staaten in Afrika, dem karibischen Raum und dem Pazifischen Ozean freien Marktzugang für ihre Erzeugnisse und gewährt auch den Ländern des Mittelmeerraums eine ähnliche Präferenzbehandlung, von der einige ihrer Agrarerzeugnisse ausgenommen sind.

Wir müssen die jetzt anstehenden Neuverhandlungen über das Loméabkommen nutzen, um eine Trendwende in der Entwicklungshilfepolitik zu vollziehen, weg von der Kosmetik der Entwicklungshilfeprojekte und Katastrophenhilfen hin zu struktur- und handelspolitischen Maßnahmen.

Im Rahmen des Loméabkommens sind Anpassungshilfen einzurichten, die in den AKP-Vertragsstaaten dazu beitragen, die Produktpalette, die Produktionsverfahren und -technologien, die Qualitäts- und Gesundheitsnormen und die administrative Kontrollmöglichkeiten zu erwerben oder zu entwickeln. Neben einer finanziellen Aufstockung und Reorganisation der Preisstabilisierungsmechanismen (SYSMIN/STABEX) und der Strukturanpassungsbeihilfen, die die Kahlschlagspolitik des IWF abmildern helfen, sind eigenständige strukturpolitische Maßnahmen in das Vertragswerk einzubetten.

Mit einer Reform des Loméabkommens muss verbunden sein, die Produktpalette qualitativ auszuweiten und stärker an Qualität auszurichten. Statt eines gnadenlosen Preiswettkampfs müssen Entwicklungspotenziale geschaffen werden für einen echten Qualitätswettbewerb.

Mit dem Aufbau und der Förderung von Solartechnologien und anderen Nutzungsmöglichkeiten für regenerative Energieformen im Loméabkommen ließen sich deutliche Zeichen für einen Abtritt produktiver Ressourcen gen Süden setzen. Zudem entbindet gerade der Umbau des Energiesektors die Länder des Südens vom Zwang, sich Rohstoffe teuer auf dem Weltmarkt zu erkaufen und damit in die Schuldenfalle (tiefer) zu rutschen.

Eine Reform des Loméabkommens muss auch mit einer inneren Reform der EU verbunden sein. Statt weiterhin ein multilaterales Abkommen abzuschließen, könnte das Loméabkommen ein gesamteuropäische Entwicklungsabkommen werden, über dessen Ausgestaltung nicht mehr der Ministerrat, sondern das Parlament im Rahmen der Haushaltsordnung entscheidet.

Die Einführung einer gemeinsamen Währung stellt auch die Loméverhandlungen in ein neues Licht. Die an den französischen Francs gekoppelten Währungen der sogenannten CFA-Zone sind nun eng an den EURO gekoppelt. Die Verhandlungen um ein neues Lomé müssen auch vor dem Hintergrund der Reregulierung der Finanzmärkte geführt werden und eine befriedigende Regelung für die CFA-Staaten mit sich bringen.

2.6.

Bildungspolitik

Da die Einigung Europas von der Unterstützung der folgenden Generation abhängig ist, stellt die Verankerung der Idee Europas in der jeweils jungen, heranwachsenden Generation im und durch den kulturellen und Bildungsbereich auch eine langfristige Strategie der Annäherung und Einigung Europas dar. Dem Grundsatz der Freizügigkeit folgte zudem die Erkenntnis, daß eine gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen Voraussetzung und notwendige "Mobilitätsbeihilfe" für eine real nutzbare Freizügigkeit sein muß.

An konkreten, unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung, insbesondere der Jugendlichen "Kultur und Reisen" wird so angesetzt. Durch Zuschüsse für diverse Auslandsaufenthalte in der Ausbildung oder im Rahmen des "Europäischen Freiwilligendienstes" sowie binationale und multinationale Kultur- und Jugendprojekte, soll die Erfahrung von Europa jenseits von Bürokratie ermöglicht und kulturelle Verankerung der europäischen Einigung erzeugt werden. Durch die Programme "Jugend für Europa" und die im Bildungsbereich bestehenden und überarbeiteten Programme "Sokrates" (inkl. des früheren "Erasmus") und "Leonardo" für die berufliche Bildung ist die organisatorische Grundlage für die notwendige und gewünschte Vernetzung und für den internationalen Austausch gegeben. Die Vergabepaxis dieser Förderprogramme läuft klassenpolitisch jedoch auf eine fragwürdige Förderung von Bessergestellten hinaus: Durch die breite Streuung zeigen sich die Fördergelder individuell als nur sehr kleiner Zuschuß zu den Kosten eines Auslandsaufenthalts, so daß dies nur zu einer Bezuschussung derjenigen führt, die oder deren Eltern es sich sowieso leisten können und leisten würden. Finanziell Schlechtergestellte erreicht also weder der Anreiz des Fördergeldes zu einer Auslandsqualifikation, noch würden sie ausreichend, d.h. bedarfsdeckend gefördert. Daher fordern wir die Aufstockung der Mittel und eine kumulierte Auszahlung dieser.

Europa kann nur erfolgreich sein, wenn es in Bildung investiert, nicht aber dadurch, daß es Löhne senkt und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Es muß ein Europa des Wissens geschaffen werden, das auf lebenslanges lernen aufbaut.

Dabei verstehen wir Bildung keinesfalls als Erziehung zur nahtlosen/widerspruchsfreien Eingliederung in den kapitalistischen Produktionsprozeß, sondern vielmehr als Befähigung zum unabhängigen reflektieren Handeln als soziales Individuum. Dies ist jedoch nicht durch zentralistische Verwaltungsakte, sondern eher durch eine förderale Politik vor Ort einzulösen. Es bleibt festzuhalten, daß die Unterschiede in den Bildungssystemen der Mitgliedsstaaten der EU weiter teilweise riesengroß sind. Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen ist bis heute nur ein Lippenbekenntnis geblieben. So ist es zum Beispiel kaum möglich, ein Studium in einem Land zu beginnen und es in einem anderen Mitgliedsstaat nahtlos fortzusetzen. Ähnliches gilt für den Bereich der beruflichen Ausbildung oder die Arbeitsplatzsuche mit einer abgeschlossenen Ausbildung. Ein qualifizierter Abschluß verspricht noch lange nicht eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche innerhalb der EU. Die Ungleichheiten in den Bildungssystemen fördert Ungerechtigkeit und behindert den europäischen Einigungsprozeß. Daher ist eine verstärkte Koordinierung der einzelnen Bildungsgänge dringend erforderlich. Bisher ist Bildung -von wenigen Ausnahmeregelungen abgesehen- eine Angelegenheit der Nationalstaaten. Ein mit stärkeren Kompetenzen ausgestattetes Europäisches Parlament kann hier Abhilfe schaffen.

Mobilität innerhalb Europas wird immer wichtiger und sollte nach Ansicht vieler schon heute ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung sein. Doch die dabei bestehenden Hürden ermöglichen nur wenigen entsprechende Möglichkeiten.

Daher sind bestimmte Anforderungen an Bildungspolitik in Europa zu richten:

- Gleichen und freien sowie finanziell unabhängigen Zugang zu Bildung. Die Chancengleichheit darf nicht nur auf dem Papier bestehen, es ist zu gewährleisten, daß auch die materiellen Grundlagen für individuelle Bildungs- und Weiterbildungsbedürfnisse gesichert sind.
- Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Lebenslagen
- Ausbildungschance für jugendliche Arbeitslose
- Weiterbildungsmöglichkeiten im Ausland (insbesondere das Erlernen von Fremdsprachen) sowie grenzüberschreitender Ausbildungsgänge. Einhergehend mit dem vermehrten Angebot des Erlernens von Fremdsprachen muß das Hinterfragen der eigenen kulturellen Identität und damit die Toleranz gegenüber Fremden gefördert werden.
- Ausweitung der vorhandenen europäischen Austausch- und Bildungsprogramme und Schaffung weiterer Möglichkeiten, um größtmögliche Partizipationsmöglichkeiten zu gewährleisten.

- Eine Vergleichbarkeit sowie Anerkennung von (Teil-) Abschlüssen jeglicher Art in Europa. Eine Freizügigkeit ist nur dann möglich, wenn eine gegenseitige Anerkennung von sogenannten „Abschlüssen“ gegeben ist - und zwar ohne Zwangsangleichung von Inhalt und Umfang der Ausbildung. Wenn nicht die auf allen Ebenen des Bildungssystems bestehenden Ausgrenzungen beseitigt werden, bleiben die Grenzen Europas bestehen.

Durch die europäischen Forschungsrahmenprogramme wird wie auch in den bisherigen Programmen weitestgehend Großforschung betrieben und unterstützt. Forschungsförderung kann sich aber nicht in der punktuellen Förderung einzelner Großprojekte erschöpfen, sondern muß die Vielfalt auch nicht-großtechnikdominierter Wissensbereiche unterstützen.

2.7 Europa ist weiblich - für die Feminisierung der EU

2.7.1 Analyse

2.7.1.1 Bildungssituation

In den letzten zehn Jahren hat sich die Bildungssituation von Mädchen und Frauen in Europa derjenigen von Männern weitgehend angeglichen. Unterschiede bestehen aber weiter in regionaler Hinsicht sowie in der fachlichen Schwerpunktsetzung von männlichen und weiblichen Jugendlichen. In der Sekundarstufe II (Oberstufe und Berufsbildung) besteht überwiegend ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Im EU-Durchschnitt stieg zwischen 84 und 94 der Frauenanteil von 96 auf 101 je 100 Männer. In sieben Mitgliedstaaten übersteigt die Anzahl der Frauen die der Männer, am höchsten ist der Anteil in Finnland und Schweden (114 bzw. 111 zu 100), die Schlußlichter bilden Deutschland und Österreich mit 84 Frauen auf 100 Männer.

Frauen sind EU-weit im allgemeinbildenden Bereich überrepräsentiert (114 Frauen auf 100 Männer), während in der beruflichen Bildung die Männer dominieren (93 zu 100). An den Hochschulen stieg der Frauenanteil zwischen 84 und 94 noch deutlicher von 85 auf 99 je 100 Männer. Den höchsten Anteil haben die Frauen in Portugal, Schweden und Frankreich. Schlußlicht ist auch hier wieder Deutschland mit 73 zu 100. Einige traditionelle Leitbilder sind aber auch hier weiterhin gültig, wie ein Blick auf die Fachrichtungen zeigt. Die Frauen tendieren eher zu Fachrichtungen wie Geistes- und Kulturwissenschaften sowie Medizin (einschließlich Pflegeberufe), während Männer zu Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik tendieren. Weiterhin ist interessant, wie sich die Kluft zwischen dem Sekundärbereich und der Hochschule darstellt. Dies gibt gewisse Aufschlüsse über Zugangsschwellen zur Hochschule. Besonders ausgeprägt ist diese Kluft in Großbritannien (15 auf 100 Differenz), Finnland und Deutschland (je 12 auf 100 Differenz) sowie Irland, Spanien und Griechenland. In allen anderen Ländern ist der Frauenanteil an den Hochschulen höher als in der Oberstufe. (Quelle: Eurostat: "Bildung in der Europäischen Union – Daten und Kennzahlen 1996")

2.7.1.2 Arbeitsmarkt

In der EU sind 150 Mio. Menschen erwerbstätig, davon sind 41,9% Frauen. Ein Drittel der erwerbstätigen Frauen arbeitet jedoch in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Das entspricht 4/5 aller Teilzeitarbeitsverhältnisse. 1/5 der Teilzeitarbeitenden wäre bereit, eine Vollzeitstelle anzunehmen, davon sind 72,8% Frauen. Am höchsten ist die Quote der teilzeitarbeitenden Frauen in den Niederlanden mit 67,6%, gefolgt von Großbritannien mit 44,8%. Die Arbeitslosigkeit betrug Juli '98 in der EU 10,8%. 48,8% der Arbeitssuchenden sind Frauen, das entspricht einer Arbeitslosenquote unter Frauen von 12,0%. Bei Frauen unter 25 Jahren beträgt die Arbeitslosigkeit sogar 21,9%. Unter Langzeitarbeitssuchenden betrug die Frauenquote 50,5%. Es kann unterstellt werden, daß der Anteil noch wesentlich höher wäre, würden Frauen sich in gleichem Maße arbeitssuchend melden wie die Männer. Von denen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeitssuchend gemeldet sind, ist der Frauenanteil 64,5%. Unter den Selbständigen machen Frauen nicht mehr als 1/5 aus, aber fast 2/3 der mithelfenden Familienangehörigen. Im Dienstleistungsbereich sind 80,1% Frauen beschäftigt.

1/3 der Frauen in der EU sind Hausfrauen. Die Zahlen differieren zwischen den Mitgliedstaaten erheblich, die Spanne reicht von 60% in Spanien bis 4% in Dänemark, Deutschland liegt mit 31% im

Mittelfeld. Es zeigt sich, daß Frauen mit geringer Bildung, höherem Alter und höherer Kinderzahl am ehesten zu Hausfrauen werden. Bei Absolventinnen der Sekundarstufe I beträgt der Hausfrauenanteil 45%, bei Hochschulabsolventinnen nur 13%. 42% der Hausfrauen haben ihren Beruf wegen ihrer Kinder aufgegeben. In Deutschland sind es über 50%. Weitere Gründe sind Arbeitslosigkeit (18%) und Gesundheit (8%).

In allen Mitgliedstaaten der EU wird Frauen immer noch geringerer Lohn ausgezahlt als Männern. Die Lohndiskriminierung ist nicht nur in den Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägt, sondern unterscheidet sich auch nach Tätigkeit. Schweden hat dabei die ausgeglichene Lohnstruktur.

2.7.2 Bestehende Förderprogramme der EU

2.7.2.1. Programm für Chancengleichheit

Kriterien: Zusätzlicher Nutzen auf der Ebene der EU; Förderung der in dem jeweiligen Bereich besten Praktiken; Beitrag zur Verwirklichung der Programmziele; Transnationaler Austausch; übertragbare Ergebnisse; Durchführung durch öffentliche oder private Organisationen mit den entsprechenden Qualifikationen klare Ziele in einem realistischen Zeitraum; objektive und regelmäßige Evaluation; maximale finanzielle Unterstützung von 60%, politische Maßnahmen 100%.

2.7.2.2 Employ NOW

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung wurde das Programm "Employ-NOW" aufgelegt, dessen Ziel es ist, die Arbeitslosigkeit von Frauen zu verringern und die berufliche Situation, die Qualifikationen sowie die Karriereperspektiven von Frauen zu verbessern. Die GI Beschäftigung gliedert sich in 4 Teilprogramme für Jugendliche, Problemgruppen, Frauen und Behinderte. Sie ist zunächst für den Zeitraum 94-98 aufgelegt, der Mittelansatz beträgt 2,035 Mrd. Euro. Auf NOW entfallen davon 596 Mio. Euro. Förderungsfähig sind Maßnahmen, die folgenden Kriterien genügen: Transnationalität, Innovation, Bottom-Up-Ansatz, Verstärkung bestehender Gemeinschaftspolitik und -programme.

Gefördert werden: Arbeitssuchende Frauen, die sich selbständig machen wollen; von der Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen in den neuen Bundesländern; Frauen, die nach einer Familienphase wieder in den Beruf zurückkehren wollen und Frauen, die auf leitende Funktionen in einem Betrieb vorbereitet werden sollen.

2.7.2.3. Mainstreaming

Neben den bereits seit längerem existierenden Programmen zur Förderung und Qualifizierung von Frauen gibt es seit 1996 auch eine neue Strategie, durch die geschlechterspezifische Aspekte bei allen Initiativen der Kommission Berücksichtigung finden sollen, das sog. „mainstreaming“.

„Gender mainstreaming“ oder kurz nur: „mainstreaming“ meint die systematische Einbeziehung der jeweiligen, der Prioritäten und der Bedürfnisse von Frauen und Männern in alle Politikfelder. Mit Blick auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sollen sämtliche allgemeinen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie auch bei der Durchführung, Begleitung und Bewertung der betreffenden Maßnahmen deren Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden.

Diese integrale Berücksichtigung des Frauenaspektes stößt jedoch nicht zuletzt bei Frauenpolitikerinnen und Feministinnen aus NGOs auf Kritik: zum einen wird auf der theoretischen Ebene argumentiert, diese Integration verhindere das explizite Sichtbarmachen von geschlechtsspezifischer Benachteiligung und die Benachteiligung sei derart gravierend, daß ihr nicht abgeholfen werden könnte, indem die Problematik „ein bißchen“ integriert und thematisiert werde.

Zum zweiten scheint dieser neue Ansatz tatsächlich auch praktisch negative Auswirkungen zu haben: da ja jetzt in Programmen der geschlechtsspezifische Aspekt berücksichtigt werde, sei eine Neu- oder Wiederauflage von Programmen zur Frauenförderung nicht mehr nötig. Abgesehen davon, daß der mainstreaming-Ansatz nicht mit dem notwendigen Nachdruck betrieben wird, hatte das tatsächlich Mittelkürzungen zur Folge. Sinnvoll scheint eine Kombination von Integration des Frauenaspektes

und gleichzeitiger expliziter Frauenförderung außerhalb der allgemeinen Programme, d.h. unter Beibehaltung bisheriger Frauenprogramme.

2.7.3. Für eine progressive, europäische Gleichstellungspolitik

2.7.3.1. Demokratisierung der Institutionen

Voraussetzung für eine sinnvolle Frauen- und Gleichstellungspolitik in Europa ist die Beseitigung des Demokratiedefizits der EU. Erster Schritt muß die Ausweitung der legislativen Kompetenzen des Europaparlaments sein sowie die Ausweitung der Kontrollbefugnisse gegenüber dem Ministerrat. Solange diese Kriterien nicht erfüllt sind, muß die bestehende Organisationsform der EU für Gleichstellungspolitik besser nutzbar gemacht werden. Dazu ist es notwendig, das bisher im Ministerrat praktizierte Einstimmigkeitsprinzip bei der Beschlußfassung zu beseitigen. Damit eine effektive Koordinierung und Durchsetzung von Fraueninteressen in der patriarchalen Organisation EU möglich wird, muß es einen Frauenministerinnenrat geben. Ein weiterer Schritt, um den Aufgaben im Bereich Gleichstellungspolitik gerecht zu werden, ist die Einrichtung einer eigenen Generaldirektion für Frauen und Gleichstellung. Diese ist mit umfassenden Kompetenzen, Einflußmöglichkeiten und Etat auszustatten. Zusätzlich ist in jeder Generaldirektion ein Büro für Chancengleichheit anzusiedeln. Hiermit kann dem Anspruch von Gleichstellungspolitik als integralem Bestandteil aller übrigen Politikfelder Rechnung getragen werden.

Das Demokratiedefizit der EU muß schrittweise beseitigt werden. Gerade Frauen fordern, weg vom Europa der Großkonzerne, hin zu einem sozialen und demokratischen Europa. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen ausgeweitet werden.

Die 50% Frauenquote muß als Instrument für eine angemessene Beteiligung von Frauen bei den europäischen FunktionsträgerInnen eingeführt werden.

2.7.3.2. Umgestaltung der Erwerbsarbeit

Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene bekämpfen, erfolgreiche Frauenpolitik mit europäischen Mitteln betreiben? Die Realität sieht anders aus.

Die bisherige neoliberale EU-Politik hat durch einseitige Stabilitätsorientierung und daraus resultierenden Sparzwängen das Entstehen der Massenerwerbslosigkeit begünstigt, trotz frauenpolitischer Maßnahmen sind die Geschlechterverhältnisse in Europa nicht ausgeglichener geworden.

Um die Lebenschancen von Frauen und Männern zu verbessern, ist die Gleichstellung im Erwerbsleben unabdingbare Voraussetzung. Frauen muß der gleiche Zugang zu Bildung und Weiterbildung geöffnet werden. Sie dürfen beim Einstieg in den Beruf nicht benachteiligt werden. Das Recht auf Arbeit gilt uneingeschränkt auch für Frauen. Es muß in der EU selbstverständlich sein, daß Frauen existenzsichernder Erwerbsarbeit jenseits des Status der Zuverdienerin nachgehen. Dies bedeutet, daß Frauen einen Anspruch auf einen Vollzeit Arbeitsplatz haben, sie dürfen nicht in Teilzeit- und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden. Die gesellschaftlichen Zwänge, die zur Festschreibung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und zur Mehrfachbelastung von Frauen führen, müssen überwunden werden.

Um Frauen die teilhabe an den Chancen des Binnenmarktes und der EWWU zu ermöglichen, ist umfassende staatliche Regulierung nötig. Da Frauen die Hauptbetroffenen eventueller negativer Auswirkungen der europäischen Integration wären, müssen staatliche Maßnahmen zur Behebung dieser Folgen an der Situation von Frauen ansetzen. Gesetzliche Frauenförderpläne und Quotenregelungen sind auf allen staatlichen Ebenen, auch auf EU-Ebene zu verankern. In den Strukturfonds sind gesonderte Titel für Frauen auszuweisen und zu reservieren. Diese müssen aufgestockt und ihre Verteilung besser koordiniert werden als bisher geschehen.

Entgegen den Vorstellungen der neoliberalen Mehrheit in den europäischen Entscheidungsgremien dürfen Arbeitsschutzbestimmungen nicht nach unten harmonisiert werden. Statt dessen ist ein europaweiter Ausbau von Mitbestimmungsrechten, ArbeitnehmerInnenschutzrechten und speziell von Schutzrechten für Frauen zu erkämpfen.

Mit Hilfe der Strukturpolitik der europäischen Union und damit auch der Strukturfonds wird ein aktiver Beitrag zur Chancengleichheit geleistet. Es bedarf jedoch weitaus höherer Investitionen zur

erheblichen Verbesserung der Verfügbarkeit unterstützender Strukturen, mit dem Ziel, Frauen eine aktivere berufliche Rolle zu ermöglichen und Ihnen nicht zuletzt den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt im Anschluß an eine Unterbrechung Ihrer beruflichen Laufbahn zu ermöglichen. Im Rahmen strukturpolitischer Maßnahmen und der Anspruchskriterien für alle Programme sollten die speziellen Bedürfnisse von Frauen hinsichtlich der Verwirklichung quantitativer und qualitativer Ziele und Bemühungen zur Erweiterung der beruflichen Auswahlmöglichkeiten von Frauen berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Neufassung des Ziel-2-Gebietes sollte es zusätzliche Kriterien in einigen der Kategorien für von Ziel-2 abgedeckten Gebieten außer der allgemeinen Arbeitslosenrate geben, zum Beispiel das BIP, Armut, Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit von Frauen, das Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die Beschäftigungsrate.

Für Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung sind längere Referenzzeiträume erforderlich, um strukturelle Probleme zu reflektieren.

Bei Neufassung des Ziel-3-Gebietes ist ein breiter Ansatz zu wählen, der Förderungsmöglichkeiten für Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, sozialer Eingliederung, Chancengleichheit, Bildung und Weiterbildung sowie Anpassung an den sozio-ökonomischen Wandel zuläßt. Außerdem sollte das neugefasste Ziel-3 Gebiet horizontal und damit auch auf Gebiete angewandt werden, die bereits durch das Ziel-2 abgedeckt sind.

2.7.3.3. Umgestaltung der Nichterwerbsarbeit

Alle oben genannten Maßnahmen zur Integration von Frauen ins Berufsleben werden wirkungslos bleiben, wenn nicht gleichzeitig eine Umgestaltung im sozialstaatlichen Bereich miteinbezogen wird. Ein für lohnabhängig beschäftigte freundliches Europa muß einen einheitlichen Sozialraum schaffen. Im Vergleich der Mitgliedstaaten zeigt sich, daß ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen Ausgestaltung der sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und Frauenerwerbsquote. Konsequente Integrationspolitik in Europa muß die nationalstaatlichen Differenzen im sozialen Bereich überwinden, um auch Frauen Mobilitätschancen zu eröffnen.

Eine vordringliche Aufgabe, die keinen Aufschub duldet, ist der flächendeckende quantitative und qualitative Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen. Frauen sind nicht biologisch zum Pflegen, Helfen und Erziehen bestimmt. Daher ist es notwendig, alle Sozialeinrichtungen sowohl finanziell als auch mit qualifiziertem Personal auszustatten. Wir fordern eine 50%ige Männerquote in allen Kindergärten, Alten- und Pflegeheimen. Die Öffnungszeiten müssen den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern angepaßt sein. Die dazu notwendige EU-Richtlinie ist unverzüglich zu verabschieden.

2.8 Ökologisch handeln in Europa

Umweltverschmutzung macht vor keiner Grenze halt. Daher muß die Schaffung einer gesunden Umwelt einer der wichtigsten Prioritäten der Europäischen Union sein. Die gemeinschaftlichen Standards müssen angehoben werden und die nachhaltige Entwicklung muß zu einem Grundprinzip sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik der Europäischen Union gemacht werden.

Dennoch wird in Europa nach wie vor Raubbau an der Natur betrieben. Der verantwortungslose Verbrauch natürlicher Ressourcen wie Wasser, Luft und fossiler Brennstoffe geht weiter; die Böden werden mit einseitig an Produktionssteigerungen ausgerichteter Landwirtschaft dauerhaft zerstört, während gleichzeitig Milliarden an Subventionen für Agrarprodukte gezahlt werden. Hier muß endlich ein Umdenken stattfinden. Natur und Umwelt müssen in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger Europas endlich wieder den Wert erhalten, der ihnen tatsächlich zukommt.

- Weg von der Atomkraft und hin zu regenerativen Energien. Es müssen verstärkt Fördermittel eine Energieversorgung, die einen gesunden und sicheren Lebensraum für künftige Generationen sichert, sind bereitzustellen.

- Geeignete Lenkungsmaßnahmen für den Verbrauch natürlicher Ressourcen müssen dazu führen, daß europaweit eine Umorientierung in den Produktionsprozessen erreicht wird.

- Festschreibung des Verursacherprinzips. Die Verursacher von Schäden müssen auch für die Beseitigung verantwortlich gemacht werden.

2.9. Schleift die Asylfestung Europa!

Die Diskussion über die Asylpraxis in Deutschland und in Europa nach dem Asylkompromiß hat momentan in der politischen Öffentlichkeit kaum Konjunktur. Allenfalls für Einzelfälle läßt sich noch gesellschaftliche Bereitschaft dazu mobilisieren, sich mit den Auswirkungen der gängigen Asylverfahrensmethoden auseinanderzusetzen.

Mit ihrer Unterschriftenaktion gegen die von der rot-grünen Bundesregierung geplante Reform des antiquierten deutschen Staatsbürgerschaftsrechts haben die Ewiggestrigen von CSU und CDU zudem das gesellschaftliche Klima dermaßen vergiftet, so daß eine rationale Auseinandersetzung mit asyl- und migrationspolitischen Fragestellungen nicht möglich erscheint.

Trotzdem halten wir es für eminent wichtig, die Auseinandersetzung um das Grundrecht auf Asyl auf der politischen Tagesordnung zu halten. Denn nahezu unbemerkt und meist ohne großen Protest wurden im nationalen wie auch im europäischen Rahmen Maßnahmen eingeleitet, die - meist von der Sozialdemokratie mitgetragen - die Rechte von Asylsuchenden weiter ausgehöhlt haben. Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit entwickelt sich die Europäische Union zu einer Festung, an deren Toren unerwünschte Asylsuchende im Extremfall mit militärischen Mitteln abgefangen werden. Hier muß es unsere Aufgabe sein, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und weiter für ein volles Grundrecht auf Asyl zu kämpfen.

Bereits seit längerem ist in nahezu allen europäischen Staaten die Tendenz ersichtlich, sich an die harte Gangart der deutschen Asylpraxis anzugleichen. Meist geschieht dies nicht ohne entsprechenden Druck von deutschen Hardlinern, wie z.B. dem ehemaligen Innenminister Kanther, der vor nicht allzu langer Zeit von Italien eine härtere Gangart gegen "illegale" Flüchtlinge aus dem Kosovo erpressen wollte. Spanien begann bereits Mitte der 80er-Jahre, Flüchtlinge aus afrikanischen und lateinamerikanischen Verfolgerstaaten zurückzuweisen und Ende der 80er-Jahre tat Griechenland dasselbe mit den zuvor geduldeten kurdischen Flüchtlingen aus der Türkei und aus dem Irak.

Schweden, die Niederlande, Österreich und teilweise Frankreich, Länder in denen sich eigentlich eine liberale Flüchtlingspraxis durchgesetzt hatte, schieben heute ebenso rücksichtslos ab wie Deutschland. Die Verschärfungen der Asylpraxis in diesen Ländern führte unmittelbar zu Anpassungsreaktionen bei den übrigen Ländern der Europäischen Union. Auch die Beitrittsaspiranten (u.a. Polen und Tschechien) sahen sich genötigt, unter westlichem Druck rigorose Abwehrmaßnahmen an ihren Außengrenzen zu installieren und eine restriktive Flüchtlingspolitik zu betreiben.

Besonders der deutsche "Asylkompromiß" trug wesentlich zu einem erneuten europäischen Reigen in der Beschneidung des Grundrechts auf Asyl bei. In den Niederlanden wurde als Reaktion bereits im selben Sommer 1993 laut über eine Klausel nachgedacht, mit der Asylbewerber aus angeblich sicheren Ländern vom Verfahren ferngehalten werden können.

Die Masse der europäischen Länder betreibt eine Flüchtlingspolitik, die einzig und allein darauf abzielt, Flüchtlingen den Zugang zur Europäischen Union zu erschweren oder unmöglich zu machen. Bis in die Gegenwart beabsichtigten alle Strategiepapiere, Arbeitsgruppen, Fachtagungen und Vereinbarungen, die zwischen den europäischen Ländern im Bereich der Flüchtlingspolitik initiiert wurden, den schnellstmöglichen und effektiven Ausbau Europas zur Asylfestung. Österreich hat hierzu bereits detaillierte Vorschläge vorgelegt.

Anstatt anzuerkennen, daß gerade ein Wohlstandsgebiet wie die Europäische Union zu einer liberalen und an den realen Lebenssituationen der Flüchtlinge orientierten Asylpolitik verpflichtet ist, verabschiedet sich Europa langsam aber stetig von den Grundsätzen, die sich u.a. in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergeschlagen haben.

Statt über weitere Maßnahmen zur "Abwehr" von Flüchtlingen und die grenzübergreifende Bekämpfung von angeblich die innere Sicherheit der EU gefährdende Schlepperbanden zu diskutieren, sollte die rot-grüne Bundesregierung die verbliebene Zeit ihrer Ratspräsidentschaft nutzen, um mit Nachdruck für eine Kehrtwende in der europäischen Flüchtlingspolitik zu kämpfen. Glaubwürdig kann sie dies nur tun, wenn sie diese Kehrtwende gleichzeitig im nationalen Rahmen vollzieht.

Im europäischen Rahmen muß sich die Bundesregierung für eine verbindliche Umsetzung von gemeinsamen Mindeststandards im Asylrecht einsetzen. Diese Mindeststandards müssen sich orientieren an der Europäischen Menschenrechtskonvention und an der Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte. Sie dürfen nicht mehr dem Zweck einer Abschottung Europas dienen. Die Behandlung von Asylsuchenden als Menschen zweiter Klasse hat in einem sich auf die Werte der Aufklärung berufenden Europa keinen Platz mehr.

Für unverzichtbar erachten wir dabei auch auf europäischer Ebene die verpflichtende Anerkennung aller unterschiedlichen Verfolgungstypen.

Ein geregeltes, rechtsstaatliches Verfahren zur Anerkennung mit Berufungsmöglichkeiten ist in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sicherzustellen. Hierzu gehört die umfassende Beratung der Asylsuchenden durch Rechtsbeistände und die Möglichkeit zur Bestreitung des Asylverfahrens in der Muttersprache. Schnellverfahren lehnen wir grundsätzlich ab.

Für straffällig gewordene Asylsuchende oder Ausländer darf es keine Sonderstrafen (z.B. Ausweisung) in Europa geben. Die Abschiebehaft als "Strafe ohne Vergehen" darf ebenso in Europa nicht länger geduldet werden.

Eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden ist sicherzustellen. Dazu muß eine europaweite Gewährleistung der sozialen Absicherung von Asylsuchenden und die Erlaubnis, zur Finanzierung des eigenen Lebensunterhaltes einer Erwerbsarbeit nachzugehen, gehören. Die Freizügigkeitsregeln des europäischen Binnenmarktes sind auch auf AsylbewerberInnen anzuwenden.

3. Handlungsperspektiven

Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden bisher in der Bevölkerung eher unter der Rubrik "Ferner liefen..." wahrgenommen. Die traditionell geringe Wahlbeteiligung und der vergleichsweise große Stimmenanteil für rechtsradikale Parteien sind ein deutliches Indiz dafür. Auch in der SPD wurde die Europawahl eher als notwendiges Zusatzübel wahrgenommen, das man zwar nicht vollständig ignorieren kann, wofür aber nur geringe personelle und finanzielle Ressourcen aufgebracht werden.

Der Wahlkampf der Partei wird der Bedeutung von Europa und europäischer Politik insofern kaum gerecht werden können. Die Planungen der Euro-Kampa belegen diese Befürchtungen.

Auch wenn von dem von der deutschen Ratspräsidentschaft angestrebten europäischen Beschäftigungspakt inhaltlich nicht allzuviel zu erwarten sein dürfte, wird es die Aufgabe der Jusos sein, zusammen mit BündnispartnerInnen (vor allem aus dem gewerkschaftlichen Bereich), den notwendigen Kurswechsel für eine europäische Politik einzufordern, die sich aktiv an der Schaffung von Arbeitsplätzen beteiligt und die entsprechenden Rahmenbedingungen für nationalstaatliche Beschäftigungspolitik schafft. Die Chancen, in den nächsten Wochen inhaltliche Pflöcke in der Bevölkerung und vor allem bei den Jugendlichen einzuschlagen, sind gut. Wir haben die entsprechende Aufmerksamkeit in der Bevölkerung, wir haben die richtigen Konzepte und wir haben im Bundestagswahlkampf gezeigt, daß wir in der Lage sind, unsere Positionen kreativ und damit wirkungsvoll an die Zielgruppe zu bringen.

Dabei wird die Beschäftigungspolitik den inhaltlichen Schwerpunkt unserer Kampagne bilden. Darüber hinaus werden wir uns aber auch mit den inhaltlichen "Dauerbrennern" auseinandersetzen müssen, die bei jeder Europawahl (und eigentlich auch dazwischen) von Bedeutung sind: Die mangelnde Transparenz europäischer Strukturen und -Politik, aber auch die ausstehenden Fortschritte im Hinblick auf eine Demokratisierung der EU, letztendlich also das Thema "Politische Union". Insgesamt ergeben sich damit also zwei inhaltliche Bausteine für unseren Juso-Wahlkampf, zwischen denen sich nur auf den ersten Blick schwerlich ein Bogen spannen läßt. Natürlich werden Entscheidungen in Bezug auf eine europäische Beschäftigungspolitik zwischen den Regierungen und in der Kommission getroffen und nicht im Europäischen Parlament. Damit stellt sich aber automatisch die Frage, ob das auch in aller Zukunft so bleiben soll bzw. kann.

Europa wird vielerorts als eine undurchschaubare Ebene wahrgenommen, die geprägt ist von Bürokratenschwungel und Korruption. Die jüngsten Enthüllungen über die Kommission haben diesen Eindruck sicherlich verstärkt.

Auf diese Gemütslage werden wir selbstverständlich Rücksicht nehmen müssen, nicht ohne dabei allerdings auf unsere Vorstellungen für eine Weiterentwicklung der europäischen Integration zu sprechen zu kommen.

Damit sind die beiden Bausteine unserer europapolitischen Kampagne bereits umrissen:

3.1 "Wir sind Europa"

Hier geht es darum, erstens Aufklärungsarbeit über die Funktionsweise und Aufgabenteilung der europäischen Institutionen zu leisten. Zweitens gilt es mitzuhelfen, eine positive Grundstimmung für Europa zu erzeugen. Dabei sollten lokale Projekte (natürlich sinnvolle) herausgehoben werden, die z.B. aus Mitteln der europäischen Struktur- oder Sozialfonds gefördert werden etc. Drittens werden wir uns in diesem Baustein mit der Frage der Demokratisierung der europäischen Strukturen auseinandersetzen.

3.2 Solidarität statt Spaltung: Beschäftigung für Europa

Dies wird der zentrale inhaltliche Baustein unseres Projektes sein. Aufgrund der hegemonialen Situation und der Möglichkeiten der Bündnisarbeit sollte vor allem auf den wirtschaftspolitische Koordinierung und die Vereinbarung europäischer Mindeststandards in den Bereichen Steuerpolitik (vor allem Unternehmens- und Zinsertragssteuer), sozialer und ökologischer Mindeststandards und Grundanforderungen an die Organisation der industriellen Beziehungen auf Ebene der Mitgliedsstaaten und in der EU orientiert werden.

Der Euro wird in dem bevorstehenden Wahlkampf keine große Rolle mehr spielen. Er ist inzwischen Realität und eine Grundsatzdiskussion über Sinne und Stabilität der neuen Währung daher überflüssig. Auch die öffentliche Meinung zum Euro hat sich in der letzten Zeit zum Besseren gewandelt oder doch zumindest deutlich beruhigt. Leider ist aber gerade in diesem Bereich die konservative Hegemonie noch weitgehend intakt. Bestrebungen, mit ökonomisch unbedarften Menschen eine Zielveränderung der Zentralbank oder eine Aufkündigung des Stabilitätspakts etc. zu diskutieren, werden auch heute noch zu panischen Reaktionen bei den meisten Angesprochenen führen. Um den Boden für eine neue Regulierungslogik (nicht nur) auf europäischer Ebene zu legen, erscheinen die oben bereits erwähnten Themenfelder sinnvoller. Gerade die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen, bei der auf europäischer Ebene einiges im Argen liegt, bietet sich für eine bündnispolitische Orientierung an.

Zu Erwarten ist ein verstärktes Auftreten von Faschoparteien im EP-Wahlkampf. Sie setzen einerseits auf die - im Vergleich zu Bundestagswahlen - geringere Hemmschwelle ihrer potentiellen SympathisantInnen rechtsradikale Parteien zu wählen. Zum Zweiten können sie mit vergleichbar wenig Aufwand einen hoher Betrag an Wahlkampfkostenerstattung erzielen. Im Gegensatz zum emotionalisierenden Wahlkampf der Faschos müssen wir auf die objektiven Chancen und positiven Perspektivangebote hinweisen, die in der Schaffung von Arbeitsplätzen besteht. So besteht die Möglichkeit die subjektiven Ängste, die von Rechtsradikalen geschürt werden, durch Appell an eine rationalere Ebene zu überwinden.

3.3 SPE

Jusos und SPD müssen europapolitische Grundsätze im eigenen Bereich umsetzen.

Jusos und SPD müssen ihren Beitrag zu einer Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse leisten. Dazu sind Entscheidungskompetenzen an und die abzutreten. ECOSY und die SPE müssen durch die uneingeschränkte Anwendung des Prinzips der Mehrheitsentscheidung und die Verabschiedung vom Dogma der gleichberechtigten nationalstaatlichen Repräsentanz demokratisiert werden.

Die Europaparlamentswahlen müssen mit Hilfe einheitlicher europäischer Parteiprogrammatik, die nationale Wahlprogramme ersetzt, und die Heraushebung europäischer SpitzenkandidatInnen europäisiert werden. Dies hat schon vor der Schaffung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts, das lange überfällig ist, zu geschehen.

SPE und ECOSY

Die Europäische Union bedarf einer europäischen Parteienlandschaft. Noch kann die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) nicht als integrierte europäische Partei bezeichnet werden. Denn Rechte an diese Ebene hat bislang noch keine nationale Partei in irgendeiner Frage abgetreten.

Die SPE hinkt der Integration Europas sogar hinterher, statt an ihrer Spitze zu stehen. Das Mehrheitsprinzip muß in allen Gremien massiv ausgeweitet und faktisch angewendet werden, damit die SPE aufschließen kann. Auch müssen demokratische und geheime Wahlen mit der gelegentlichen Möglichkeit der Auswahl auch auf SPE-Ebene selbstverständlich werden.

Die SPE hat - im Zusammenspiel mit den nationalen Parteien - die enorm wichtige Aufgabe, für eine an EU-Entscheidungen interessierte Öffentlichkeit - innerhalb und außerhalb der Parteien - zu sorgen und diese mit Informationen auszustatten und Diskussionen nach Brüssel weiterzutragen. Bislang versagen die nationalen Parteien der SPE die Erfüllung dieser Aufgabe.

Die SPD muß die Arbeit der SPE und der SPE-Fraktion weit häufiger zum Bestandteil ihrer Diskussionen machen. Notwendig ist auch eine demokratische und transparente Entscheidung über Kongressdelegierte und Vorschläge für die SPE-Gremien im Parteitag und dem Parteivorstand. Auch für die SPD in den Bezirken und Unterbezirken hat eine Auseinandersetzung mit der europäischen Ebene zum Regelfall zu werden. Die SPD ist aufgefordert, einen Schwerpunkt in der Europapolitik zu setzen und beispielhaft zu erarbeiten, wie eine europäisierte Parteiarbeit aussehen könnte.

Die Europäischen JungsozialistInnen (Ecosy) sind ein Stück weiter als die SPE, aber auch hier darf die Entwicklung nicht stehen bleiben. Auch bei den Jusos muß an vielen Orten erst noch die Tatsache vermittelt werden, daß es eine EU-Ebene der Jusos gibt. Als Querschnittsthema muß europäische Innenpolitik innerhalb des Juso-Bundesverbandes noch einen deutlich herausgehobeneren Stellenwert erlangen.

Mehrheitsentscheidungen gibt es bei Ecosy bereits heute mit schöner Regelmäßigkeit. Dies muß so bleiben. Die Zusammensetzung des Ecosy-Kongresses, auf dem bislang jede Nation die gleiche Stimmenzahl hat, muß demokratisiert werden. Insgesamt muß Ecosy so ausgestattet werden, daß die nationale Ebene nicht mehr das alleinige Ziel ihrer Aktivitäten ist. Eine Verbreiterung der Ecosy-Aktivitäten in Richtung der Regionen wäre eine erhebliche Stärkung der europäischen Zusammenarbeit von Jusos.

3.4 Die Gipfeltreffen im Juni in Köln

Am 3./4. Juni - eine Woche vor der EP-Wahl - findet in Köln der EU-Gipfel mit dem Schwerpunkt Beschäftigungspolitik statt. Dieser Gipfel würde die Möglichkeit bieten, die oben beschriebenen notwendigen Schritte hin zu einer europäischen Beschäftigungspolitik anzustoßen.

Der am 17./18. Juni ebenfalls in Köln stattfindende Weltwirtschaftsgipfel würde zudem die Möglichkeit eröffnen, die notwendige internationale Koordinierung - insbesondere in der Frage der Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte - durch ein koordiniertes Vorgehen der dort vertretenen EU-Mitgliedsstaaten einen deutlichen Schritt voranzubringen.

Die NATO-Bombardierungen in Jugoslawien, der Rücktritt von Finanzminister Lafontaine und die dagegen, daß die EU-Regierungschefs auf dem Kölner Gipfel Schritte hin zu einer koordinierten europäischen Beschäftigungspolitik überhaupt diskutieren. Von einer kohärenten, mit der herrschenden Angebotsfixierung brechenden europäischen Beschäftigungspolitik ganz zu schweigen. Für uns Jusos wird es dennoch darum gehen deutlich zu machen, daß eine europäische Beschäftigungspolitik mehr ist als nur "100.000 Jobs für Junge" und eine Koordinierung mehr bedeutet als der Informationsaustausch über medienwirksame nationale Einzelprojekte.

Gerade wir Jusos werden diese Gipfeltreffen nutzen, unsere Vorstellungen für eine kurz- bis mittelfristig realisierbare Beschäftigungspolitik der Öffentlichkeit zu präsentieren. Unsere Aufgabe ist es, zusammen mit BündnispartnerInnen, den notwendigen Kurswechsel für eine europäische Politik einzufordern, die sich aktiv an der Schaffung von Arbeitsplätzen beteiligt und die entsprechenden Rahmenbedingungen für nationalstaatliche Beschäftigungspolitik schafft. Dementsprechend werden wir uns an den Veranstaltungen der "Alternativen Gipfeltreffen" beteiligen und schon im Vorfeld den Schwerpunkt "Beschäftigungspolitik" unseres Europawahlkampfes zu verankern.

Ausbildung

Erklärtes Ziel der Bundesregierung war und ist es, allen Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. In seiner Regierungserklärung formulierte Gerhard Schröder: "Wir wollen und werden erreichen, daß alle Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz bekommen. Das ist ihre Erwartung an Politik und die werden wir erfüllen".

Der vorliegende Entwurf des Berufsbildungsberichtes macht aber deutlich, daß es das Bildungsministerium in Rüttgers-Tradition vorzieht, dieses Lehrstellenversprechen durch Zahlentrickserei statt durch Politik einzulösen.

Die Behauptung der Bildungsministerin Edelgard Bulmahn, 1999 wäre mit nur 690.000 Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz zu rechnen, ist illusorisch. Bereits 1998 bewarben sich 800.000 Jugendliche um einen Ausbildungsplatz. Dieses Jahr muß sogar tendentiell mit mehr als mit weniger BewerberInnen gerechnet werden.

Keine Antwort findet sich im Berufsbildungsbericht auf die Frage, wie das durch das Verfassungsgerichts festgelegt Recht auf eine "Berufswahlentscheidung" sichergestellt werden soll. Demnach müßten 12,5% mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden als BewerberInnen gemeldet sind.

Hinzu kommt, daß bei der Schätzung der nachgefragten Ausbildungsplätze völlig unberücksichtigt bleibt, daß diejenigen Jugendlichen, die in schulischen Warteschleifen, in Arbeit, oder in Sonderprogrammen untergekommen sind, keineswegs als "erledigt" zu betrachten sind, sondern sich weiterhin um einen Ausbildungsplatz bemühen werden. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) handelte es sich 1998 hierbei um mindestens 70.000 Jugendliche, die korrekterweise zu den 36.000 nicht vermittelten Bewerberinnen hätten hinzugerechnet werden müssen.

Im Koalitionsvertrag erklärt die rot-grüne Bundesregierung, daß sie "im Lichte der Ergebnisse des Bündnisses für Arbeit ihre Festlegung über mögliche politische und gesetzgeberische Maßnahmen hinsichtlich der Sicherung einer qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen" treffen möchte.

In diesem Jahr gelingt es scheinbar auch einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung nicht, Betriebe in Form von Appellen dazu zu bewegen, die notwendige Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Offensichtlich erreicht auch das Bündnis für Arbeit keine Verbesserung für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Nach wie vor bedarf es einer gesetzlichen Regelung, um sicherzustellen, daß im kommenden Ausbildungsjahr nicht noch einmal eine große Zahl von Jugendlichen ohne einen Ausbildungsplatz auskommen muß. Bodo Hombach hat in seinem Buch "Aufbruch" die Umlagefinanzierung als einen Rückfall in tausendfach gescheiterten Dirigismus bezeichnet. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist der Konsens, der sein Scheitern tausendfach unter Beweis gestellt hat. Selbst massiv eingesetzte öffentliche Mittel konnten auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Pleite nicht verhindern. Nirgends, wo versucht wurde, die Ausbildungsplatzlücke durch einen Konsens mit den Unternehmen zu schließen, ist es gelungen, allen Jugendlichen auch nur rein rechnerisch die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben.

Wir fordern die SPD-Fraktion auf, den in der vorherigen Legislaturperiode von der damaligen Koalition abgelehnten Gesetzentwurf zur beruflichen Bildung erneut in den Bundestag einzubringen.

Mit der Sicherstellung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes ist es aber nicht getan.

Es gilt darüber hinaus:

- die Ausbildungsstandards nach aktuellen, technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen kontinuierlich zu überprüfen und weiterzuentwickeln sowie sicherzustellen, daß diese Standards nicht zuungunsten der Auszubildenden unterminiert werden.

- die soziale Diskriminierung bestimmter Gruppen (z.B. Mädchen, junge AusländerInnen) in bestimmten Branchen durch eine quotierte Ausbildungsplatzvergabe zu durchbrechen
- die regionalen Unterschiede im Ausbildungsplatzangebot, sowie im Ausbildungsniveau durch gezielte Förderung zu beseitigen
- durch die gezielte Förderung zukunftssträchtiger Ausbildungsberufe das Risiko der Übernahme an der zweiten Schwelle der Ausbildung zu senken
- dem schleichenden Ausstieg aus der betrieblichen Ausbildung durch die zunehmende staatlich Finanzierung von Ausbildung Einhalt zu gebieten.

Studienstrukturreform: Für ein selbstbestimmtes und fächerübergreifendes Studium

Angesichts sich radikal verändernder Berufsbilder, zunehmender Technisierung vieler Lebensbereiche und sich immer weiter vermehrenden Wissens einerseits und einer katastrophalen Unterfinanzierung der Hochschulen andererseits, kann das gegenwärtige Bildungs- und Ausbildungssystem den von verschiedensten Positionen aus gestellten Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Die Diskussion um eine grundlegende Reform der Studienstrukturen ist daher unumgänglich.

Von herrschender Seite wird im Sinne eines scheinbar unausweichlichen Standortwettbewerbs von den Bildungseinrichtungen verlangt, nach den Anforderungen des Marktes verwertbare Arbeitskräfte auszubilden. Eine neue Studienstruktur darf sich aber nicht primär an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren. Ausgehend von einem emanzipativen Bildungsbegriff muß vielmehr die Forderung nach selbstbestimmtem Lernen und die Entwicklung von Kritikfähigkeit im Vordergrund stehen. Nur so kann umfassende Bildung maßgeblich zu gesellschaftlicher Partizipation beitragen. Insofern kann das Studium in Zukunft nicht mehr auf dem alleinigen Erwerb von Faktenwissen in streng getrennten Fachrichtungen beruhen.

Leitlinien für eine Reform der Studienstruktur müssen daher sein:

- **Interdisziplinarität**

Sinnvollerweise müssen die einzelnen Fächer und Studiengänge auch in Zukunft voneinander abgrenzbar sein – allein schon, um den Studierenden ein Minimum an Orientierung zu bieten und nicht einem umreflektierten "universellen Dilettantismus" Vorschub zu leisten. Da jedoch zur Lösung komplexer Probleme mehr als nur das Wissen aus einer Disziplin vonnöten ist, muß das Studium künftig stärker interdisziplinär ausgerichtet werden. Die Grenzen zwischen den einzelnen Fächern müssen angesichts der Entwicklungen in Forschung und Lehre neu definiert und durchlässiger gestaltet werden. Dabei sind ökologische, feministische und soziale Fragestellungen zu berücksichtigen.

- **Projektorientierung**

Ein wesentlicher Grundzug des gegenwärtigen Wissenschaftssystems liegt in der oft willkürlichen Aufspaltung zu lösender Probleme – entweder zwischen "Theorie" und "Praxis" oder entlang der Grenze zwischen den einzelnen Spezialdisziplinen. Diese Aufspaltung ist nicht nur ineffizient. Sie führt auch dazu, daß wesentliche Aspekte des Studiums (z. B. Forschungsfolgenabschätzung, Wissenschaftskritik und -ethik) kaum integrierbar sind. Sinnvoll sind Arbeitsformen, die ein gleichberechtigtes Miteinander ermöglichen und weniger auf reine Wissensvermittlung als Problemlösung abzielen – und so Theorie und Praxis integrieren. In einem stärker an der Arbeit in Projekten orientierten Studium können komplexe Lösungswege exemplarisch erprobt und auf andere Probleme übertragen werden.

- **Aufhebung der Grenzen zwischen den verschiedenen Hochschulformen.**

Die Projektorientierung macht es sinnvoll, daß die Lernenden sehr unterschiedlich qualifiziert sind. So sollten eher in Bezug auf die Anwendungsorientierung qualifizierte Lernende mit solchen zusammenarbeiten, die den Schwerpunkt ihres Studiums auf theoretische Fragestellungen legen. In gleicher Weise können Studierende unterschiedlicher Disziplinen von dem je unterschiedlichen Fachwissen profitieren. Insofern läuft die Projektorientierung auf das Konzept einer modifizierten Gesamthochschule hinaus. In einer solchen Bildungseinrichtung wird den Prinzipien der Chancengleichheit und des selbstbestimmten Lernens Rechnung getragen. Solange dies nicht zu realisieren ist, muß der Übergang zwischen Hochschulformen offen gestaltet werden.

- **Lebensbegleitendes Lernen.**

Die Weiterbildung muß als dritte Säule neben Lehre und Forschung in die Hochschulen eingeführt und ausgebaut werden. Nur so kann den Veränderungen in den Erwerbsbiographien auf der einen und der Expansion des Wissens (bei gleichzeitiger Tendenz zur immer schnelleren Revision dieses Wissens) Rechnung getragen werden. Den Hochschulen als Stätten des Gewinns und der Vermittlung neuer Erkenntnisse kommt eine herausgehobene Bedeutung zu. Sie müssen zu Orten des gesellschaftlichen Diskurses werden, die allen Interessierten offenstehen. Das Konzept des „lebensbegleitenden Lernens“ dient deshalb nicht ökonomischen Verwertungsinteressen sondern dem gesellschaftlichen Wohlstand und fördert die Selbstbestimmung jedesR Lernenden.

- **Modularisierung des Studiums.**

Das System der starren Studienabschlüsse muß durch das einer konsequenten Modularisierung abgelöst werden. In Zukunft haben die Hochschulen ihre Studienangebote zu differenzieren: Sie müssen ihre Studieninhalte neu ausrichten und funktionalere Fächergrenzen schaffen. Auch in Bezug auf die Studiendauer muß flexibel auf die Bedürfnisse der Studierenden eingegangen werden. Sie müssen wählen können, wie lange sie studieren wollen, wann sie ihr Studium unterbrechen und zu welchem Zeitpunkt sie es wieder aufnehmen wollen. Dabei ist die Fixierung auf den Studienabschluß aufzuheben.

- **Wahlfreiheit in allen Phasen des Studiums.**

Jeder Studiengang muß zum selbständigen Lernen und Lösen von Problemen qualifizieren. Dies ist nur gewährleistet, wenn die Studierenden in jeder Studienphase ihren individuellen Neigungen folgen können. Nichtsdestotrotz werden die Studierenden auch in Zukunft durch die Studienordnungen an gewisse Vorgaben gebunden sein. Die Hochschulen haben aber sicherzustellen, daß sie dabei aus einem breiten Angebot mit differenzierten Lehrinhalten und -formen auswählen können.

- **Schlüsselqualifikationen.**

Die Hochschulen müssen in allen Phasen des Studiums Veranstaltungen zu solchen Bereichen anbieten, die sich nicht einzelnen Disziplinen oder Studiengängen zuordnen lassen und deshalb bislang sträflich vernachlässigt wurden (Fremdsprachen, Kritikfähigkeit, vernetztes Denken, Selbständigkeit, Selbstreflexion, usw.).

- **Soziale Sicherung**

Die derzeitige Studiensituation der Studierenden ist geprägt durch die unzureichende soziale Sicherung. Der verstärkte Wunsch zur Berücksichtigung von Teilzeitstudierenden ist durch die weitgehende Berufstätigkeit der Studierenden bedingt, die sich so ihre soziale Sicherung erarbeiten müssen. Nur eine grundlegende Reform der studentischen Ausbildungsförderung kann hier Abhilfe

schaffen. Das Drei-Körbe-Modell des DSW ist hierbei ein erster Schritt. Unbeschadet dessen muß das Bedürfnis nach einem Teilzeitstudium, das etwa Alleinerziehende äußern, befriedigt werden.

- **Studienberatung.**

Da den Studierenden in einem auf diese Weise reformierten Hochschulsystem ein hohes Maß an Eigenverantwortung abverlangt wird, müssen sie seitens der Hochschulen in allen Studienphasen intensiv beraten und betreut werden. Die Beratungsangebote müssen dabei insbesondere darauf ausgerichtet sein, die Studierenden in die Lage zu versetzen, nach Abwägung aller Alternativen eigenverantwortlich über den Verlauf ihres Studiums entscheiden zu können.

Unser Modell der Modularisierung der Studiengänge:

Die JungsozialistInnen sprechen sich für eine Zerlegung des bisherigen, überwiegend in relativ große Blöcke von Veranstaltungen gegliederten Studiums in kleinere Einheiten, sprich Module. Wir verstehen unter einem Modul ein zusammenhängendes Lehrgebiet. Studierende absolvieren einem solchen Themengebiet thematisch zugeordnete Veranstaltungen, die sich auch über mehrere Semester erstrecken können. Damit wird den Studierenden eine bessere und konzentriertere Prüfungsvorbereitung ermöglicht.

Dabei kann davon ausgegangen werden, daß jedes Modul über klar definierte Anforderungen verfügt, indem das zu dessen erfolgreichen Bewältigung erforderliche fachliche und methodische Vorwissen eingefordert wird. Außerdem kann nach Absolvieren eines Moduls von einem Studierenden erwartet werden, daß er die hierin vertieften Lernziele in Form von Fach- und Methodenkenntnissen sowie Schlüsselqualifikationen eingeübt und verstanden hat. Zusammenhänge zu anderen Modulen sind dabei ebenfalls zu vermitteln. Die Voraussetzung für eine sinnvolle Studienplanung ist, daß alle Anforderungen zum Erwerb eines Moduls klar formuliert und nachvollziehbar sind. Darin ist auch die Positionierung des Moduls in bestehende Abschlüsse aufzuführen.

Module können dabei grundlagenbezogen bzw. anwendungsorientiert vergeben werden. In den Modulen sollen beide Kategorien sinnvoll integriert werden. An anderen Bildungseinrichtungen oder auch im Ausland erworbene Leistungen können in das Modulsystem eingebracht werden. Gleiches gilt für Berufsausbildungen, umfangreiche Fortbildungsveranstaltungen und Anerkennungen von Berufserfahrungen, welche als weitere Qualifikations-Bausteine angerechnet werden.

Zur Bewertung erworbener Module befürworten die JungsozialistInnen ein Modell, welches sowohl als Akkumulationssystem als auch als Transfersystem geeignet ist. Damit wird sowohl dem Konzept der studienbegleitenden Prüfungen als auch der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen im In- und Ausland Rechnung getragen. Hierbei ist zu überprüfen, inwieweit die Richtlinien des ECTS auf das vorgestellte Studienmodell anwendbar sind, da es das bisher am weitesten fortgeschrittene Modell zur Herstellung internationaler Vergleichbarkeit von Studienleistungen ist.

1. Die Orientierungsphase:

Ziele dieser Phase sind, daß sich Studierende grundlegendes Orientierungs- und Methodenwissen aneignen sowie die Eröffnung von zentralen Fragestellungen und Dimensionen des Faches. Unter Orientierungs- und Methodenwissen verstehen wir das Kennenlernen von allgemeinen wissenschaftlichen Methoden sowie den Erwerb von fächerübergreifenden Grundlagen (Basiswissen) und sozial-kommunikativen Fähigkeiten. Diese Phase soll in der Regel bis zu zwei Semestern dauern und dient den Studierenden bei der Feststellung, in welche Richtungen sie ihr Studium fortsetzen wollen. Leistungsnachweise werden in dieser Zeit nicht eingefordert.

2. Grundlagenvermittlung

In dieser Studienphase steht die Vermittlung von auf die jeweilige Disziplin bezogenem Grundlagenwissen mit ersten (verpflichtenden) interdisziplinären Ausblicken im Vordergrund. Die Studierenden sollen in diesen drei bis vier Semestern dazu befähigt werden, in den folgenden Vertiefungsmodulen selbständig zu lernen und zu forschen. Dafür brauchen sie weniger Spezial- als Methodenwissen, welches allerdings nicht vom Inhalt abgekoppelt werden darf. Außerdem müssen sie befähigt werden, sich das für die Vertiefungsmodule notwendige Wissen eigenständig anzueignen.

3. Vertiefungsmodule

In der letzten Studienphase werden die engen Fächergrenzen endgültig zugunsten eines modularisierten Studiums aufgehoben. Dabei werden die bisherigen Disziplinen in Module aufgeteilt, die in sich wiederum interdisziplinär angelegt sind und in verschiedenen Typen von Lehrveranstaltungen (z.B. Seminar, Tutorium, Exkursion) behandelt werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf interdisziplinäre Verknüpfungen, Projektarbeit und selbstorganisiertes Lernen (teamorientiert) gelegt.

Ein Studienabschluß setzt sowohl das erfolgreiche Absolvieren aller drei Phasen als auch eine hinreichend große Breite und Anzahl an Modulen voraus. Wir halten dabei die Einführung neuer Abschlußgrade, wie sie momentan in der Diskussion stehen, für wenig hilfreich, da sie zu den von der Politik vertretenen Inhalten zur Verschulung und Reglementierung beitragen würde. Dies würde einer selbstverantwortlichen Studienplanung einerseits und der qualifizierten Besetzung der Tutorien andererseits abträglich sein. Ohne Erfüllung dieser Kriterien ist die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen abzulehnen. Darüber hinaus sind sie gesellschaftlich kaum anerkannt und international vergebenen Abschlüssen nicht gleichwertig. Vielmehr weist jedes Modul bereits erworbene Qualifikationen nach.

Desweiteren bergen diese neuen Abschlußgrade die Gefahr einer Aufsplitterung des Studiums in berufsqualifizierendem Massenstudium (Bachelor) und wissenschaftlichem Aufbaustudium für wenige, die es sich leisten können (Master). Dies lehnen wir ab.

Um die Fortbildung von bereits im Berufsleben stehenden Menschen hinsichtlich neuer, aktuell geprägter Anforderungen zu ermöglichen, ist es notwendig, daß sich die Hochschulen für eine allgemeine Weiterbildung öffnen. Hierzu schlagen wir die Einrichtung einer separaten Weiterbildungsphase vor, die ermöglicht, daß mittels wissenschaftlicher Arbeiten und Kurse Module erworben werden können, die aktuelle Fragestellungen behandeln und neue Herangehensweisen thematisieren. Hier wird jedes einzelne Modul zertifiziert, stellt jedoch keinen eigenen Abschluß dar. Es ist aber möglich, durch eine geeignete Kombination angesammelter Module einen Abschluß zu erwerben, da einmal im Laufe des Lebens angesammelte Module ihre Gültigkeit behalten.

Die Personalstruktur an den Hochschulen reformieren!

Die Reform des Personal- und Dienstrechts der an den Hochschulen beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist eine wesentliche Aufgabe der "Zweiten Bildungsreform". Der anstehende Generationenwechsel an den Hochschulen muß als Chance begriffen werden, die historisch überholten, inflexiblen und ungerechten Beschäftigungsverhältnisse grundlegend zu reformieren. Gleichzeitig müssen Studieninhalte und -organisation, sowie die Struktur der Hochschulen als Ganzes, den an sie gestellten Anforderungen angepaßt und die Finanzaufwendungen für die Hochschulen und die Ausbildungsförderung erheblich aufgestockt werden. Sinnvollerweise sollten die Details einer neuen Personalstruktur nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben, sondern zwischen den Tarifparteien ausgehandelt werden.

I. Leitlinien für die angestrebte Reform der Personalstruktur

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten fordern die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Studierenden und den VertreterInnen der Hochschulen schnellstmöglich ein Modell zu entwickeln, das sich an folgenden Leitlinien orientieren soll:

- **Der Abflachung der Hierarchien zwischen den wissenschaftlich Beschäftigten.**

In kaum einem anderen Bereich sind die Beschäftigungsverhältnisse so hierarchisch geprägt wie an den Hochschulen: Der 'wissenschaftliche Nachwuchs' arbeitet in unmittelbarer Abhängigkeit (sowohl in bezug auf die Prüfung/Habilitation als auch in arbeitsrechtlicher Hinsicht) von einer Professorin/einem Professor. Die Strukturen sind dabei in höchstem Maße undurchlässig und zwingen zu Loyalitäten, die dem Ideal der 'freien Wissenschaft' zuwiderlaufen. An die Stelle dieser Hierarchien muß ein Modell treten, das den Erfordernissen der arbeitsteiligen Teamarbeit gerecht wird – perspektivisch sollte die Aufhebung des Status der ProfessorInnen und die Schaffung eines 'einheitlichen Lehrkörpers' angestrebt werden. Mit der zunehmenden Enthierarchisierung der Beschäftigungsverhältnisse an der Hochschule muß auch die persönliche Abhängigkeit der 'studentischen Hilfskräfte' gegenüber den DozentInnen abgebaut werden. Außerdem müssen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden erheblich verbessert werden. Dies betrifft zum einen die Gremienarbeit, zum anderen die Verbesserung der Lehre durch Evaluationspraktiken, die die Studierenden aktiv einbeziehen und nicht nur in einer Konsumentenrolle verbleiben lassen.

- **Der Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren**

Es ist nicht hinzunehmen, daß WissenschaftlerInnen durchschnittlich erst im Alter von 41 Jahren auf eine Professur berufen werden und sich so lange über Zeitverträge (oft auf ½ oder 1/3-Stellen) oder Stipendien finanzieren müssen. Das ist nur unsozial, sondern versperrt gerade Frauen den Weg. Deshalb müssen das völlig überflüssige Initiationsritual der Habilitation abgeschafft, die übrigen Qualifikationszeiten erheblich verkürzt und im Mittelbau abgesehen von den Professuren auf Probe nur solche Stellen befristet werden, auf denen Qualifikationen erworben werden.

- **Der Förderung von Wissenschaftlerinnen.**

Die patriarchalen Strukturen an den Hochschulen haben zu einer nicht hinnehmbaren Benachteiligung von Frauen geführt. Obwohl in den letzten 20 Jahren der Anteil von Frauen bei den StudienanfängerInnen kontinuierlich gestiegen ist, sind Wissenschaftlerinnen in der Hochschule noch immer unterrepräsentiert. Ziel einer umfassenden Reform der Personalstruktur muß es daher sein, den Anteil der Frauen bei wissenschaftlichen Stellen zu erhöhen. Bis zu einer gleichberechtigten Repräsentation im Bereich der Wissenschaft sind auf allen Qualifikationsstufen gezielte Angebote für Frauen bereitzustellen.

- **Der Einheit von Forschung und Lehre.**

Die Qualifikation von Hochschullehrerinnen und -lehrern bezieht sich gegenwärtig ausschließlich auf die Forschung. In Zukunft müssen pädagogische und didaktische Fähigkeiten in allen Qualifikationsphasen stärker berücksichtigt und über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen vertieft werden. Grundsätzlich sollten alle an den Hochschulen beschäftigten WissenschaftlerInnen sowohl in der Forschung wie in der Lehre tätig sein. Dies schließt jedoch nicht aus, daß je nach Neigung und Arbeitsteilung an den Fachbereichen für überschaubare Zeitabschnitte Schwerpunkte gesetzt werden können.

- **Der Berücksichtigung neuer Aufgabenfelder.**

- Für zahlreiche Aufgaben an den Hochschulen gibt es gegenwärtig kein ausreichend qualifiziertes Personal: Studienberatung, Projektmanagement, Drittmittel-Einwerbung usw. werden 'nebenbei' erledigt oder auf den 'Mittelbau' abgewälzt. In vielen Fällen wäre es sinnvoll, entsprechende, demokratisch kontrollierte und vorwiegend unbefristete Funktionsstellen einzurichten.

- **Der Schaffung von Leistungsanreizen.**

Die Bezahlung an den Hochschulen erfolgt heute im wesentlichen nach Dienstalter und nicht nach Leistung. Dieses Prinzip hat sich nicht bewährt. Zukünftig müssen leistungsbezogene Einkommenskomponenten eine größere Rolle spielen. Die Bezahlung soll dann aus einer Grundvergütung und zeitlich befristeten Zulagen – je nach Belastung, übernommenen Aufgaben und erbrachter Leistung – bestehen. Damit entfällt auch die Unterscheidung in C2-, C3- und C4-Professuren, für die es keinerlei sachliche Begründung gibt.

- **Der Öffnung des ProfessorInnen-Amtes.**

Die Trennung in 'Theorie' und 'Praxis' ist in vielen Fällen eine willkürliche. Deshalb müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß an den Universitäten – wie schon an den Fach- und künstlerischen Hochschulen – auch 'QuereinsteigerInnen' und solche WissenschaftlerInnen, die keine 'klassische' akademische Karriere hinter sich haben oder aus dem Ausland kommen, öfter auf Professuren berufen werden. Dabei sind die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit auszuweiten.

- **Der Regelung der 'Nebenverdienste'.**

In zahlreichen Disziplinen sind die Verdienstmöglichkeiten aus 'Nebentätigkeiten' erheblich höher als die vom Staat gewährte Vergütung. Davon profitieren ausschließlich die ProfessorInnen – deren MitarbeiterInnen, sowie die Hochschulen selbst, gehen leer aus. Im Rahmen der Reform der Personalstruktur ist dafür zu sorgen, daß diese Einkünfte offen gelegt, gerecht verteilt und insbesondere die Leistungen der Hochschulen angemessen honoriert werden.

II. Unser Vorschlag für eine neue Personalstruktur

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bringen folgendes Modell für eine neue Personalstruktur an den Hochschulen in die Debatte ein, das ohne größere Probleme unter Wahrung des Bestandsschutzes für die gegenwärtig Beschäftigten sofort umsetzbar ist:

1. Bis zur Promotion

Der Zugang zum Promotionsverfahren soll auch künftig über einen Hochschulabschluß führen. Allerdings soll das gesamte Promotionsverfahren – im Falle eines Vollzeit-Promotionsverfahrens – nach spätestens drei Jahren abgeschlossen sein. Erfolgt die Promotion auf einer Qualifikationsstelle, so ist sicherzustellen, daß ein fester Arbeitszeitanteil für die Promotion zur Verfügung steht. Der Anstellungszeitraum ist so zu bemessen, daß ein Abschluß der Promotion bis zum Ende der Anstellungsdauer auch tatsächlich realistisch ist. Sind diese Rahmenbedingungen gegeben, ist gegen eine Befristung einer Promotionsstelle nichts einzuwenden. Zur Doktorandenausbildung sind vermehrt Graduiertenkollegs mit ausreichend dotierten Stipendien einzurichten.

2. Nach der Promotion

Für eine weitere Anstellung im wissenschaftlichen Bereich soll die Promotion die Regelvoraussetzung bleiben. Es ergeben sich dann zwei Möglichkeiten. Wer die Promotion abgeschlossen hat oder entsprechende Berufserfahrung mitbringt, kann sich auf eine der wenigen Funktionsstellen im wissenschaftlichen Bereich (z. B. für Aufgaben im Wissenschaftsmanagement oder zur Betreuung von Großgeräten und Sammlungen) bewerben.

Diejenigen WissenschaftlerInnen, die nach der Promotion auf eine Professur berufen werden wollen, müssen sich weiter qualifizieren. Denn auch in Zukunft wird die Professur – grundgesetzlich geschützt – ein ausgesprochen privilegiertes Arbeitsverhältnis darstellen, das vielfältige Qualifikationen erfordert, die über die Promotion nicht abgedeckt werden können. Es ist daher dringend notwendig, daß die Professur-AnwärterInnen frühzeitig eigene Projekte in Forschung und Lehre durchführen und möglichst eigenverantwortlich leiten. Ein adäquater Praxisbezug muß daher sichergestellt werden. Dabei wird es auch in Zukunft eine Form von Aufsicht und Betreuung geben müssen. Der didaktischen Ausbildung der HochschullehrerInnen soll in dieser Assistenzphase besondere Aufmerksamkeit zukommen. An den Hochschulen werden daher Strukturen zur didaktischen Ausbildung aller Hochschulangehörigen eingerichtet.

Wer fünf Jahre auf einer Qualifizierungsstelle tätig war oder Vergleichbares nachweisen kann, soll sich auf Professuren bewerben können. Die Professur-AnwärterInnen sollen längstens sechs Jahre auf Qualifizierungsstellen beschäftigt werden. Im Anschluß ergeben sich vier Möglichkeiten:

- Sie werden erstmals auf eine Professur berufen,
- sie wechseln auf eine unbefristete Funktionsstelle,
- sie akquirieren selbständig Mittel für weitere Forschungsvorhaben oder
- sie verlassen die Hochschule.

3. Professuren

Die Neuberufenen werden zunächst für zwei Jahre auf Probe angestellt. Während dieser Probezeit soll u. a. geprüft werden, ob die jungen ProfessorInnen über hinlängliche pädagogische Fähigkeiten verfügen. Ist dies der Fall, so soll das Dienstverhältnis nach Ablauf der zwei Jahre regelmäßig und ohne große Hürden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übergehen.

In jedem Fall sind die jungen ProfessorInnen vom ersten Tage an mit ihren älteren KollegInnen gleichberechtigt. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten, die sich aus einem dann einheitlichen ProfessorInnenamt ergeben. Die Differenzierung in C2, C3 und C4 entfällt ebenso wie die bisherige

Diskriminierung von ProfessorInnen an den Fachhochschulen gegenüber ihren KollegInnen an den Universitäten. Für ProfessorInnen ist ein einheitliches Grundgehalt vorzusehen, das je nach Belastung, erbrachter Leistungen in Forschung und Lehre sowie durch besonderes Engagement in den Bereichen Studienberatung, Gremienarbeit und besonderer Angebote in der Lehre zeitlich befristet durch Zulagen aufgestockt werden kann. Zu deren Bemessung sollten auch die Evaluationsergebnisse der Lehre herangezogen werden.

ProfessorInnen bleiben grundsätzlich verpflichtet, regelmäßig an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Neben der fachlichen ist auch die didaktische Weiterbildung Pflicht.

Den Politikwechsel realisieren-

Zur Bilanz rot-grüner Regierungspolitik

Der rot-grüne Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1998 hat die Chance für einen grundlegenden Politikwechsel in Europa verbessert. Wie in vielen anderen Ländern wurde auch der Regierungswechsel in Deutschland mit Hoffnungen auf eine Politik der Beschäftigungsorientierung, der Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte, der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und einer ökologisch zukunftsfähigen Perspektive verbunden. Aber von einem gesellschaftlichen Aufbruch und einer neuen Ära der Reformpolitik kann keine Rede sein. Stattdessen ist Deutschland heute tief in einen völkerrechtswidrigen und sinnlosen Krieg verstrickt.

Insbesondere mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines ist das Ende des Spagats zwischen den unterschiedlichen Politikansätzen innerhalb der SPD offenkundig geworden. Das Begriffspaar „Innovation und Gerechtigkeit“ hat seine Funktion als sinnstiftende Klammer während des Wahlkampfes zwar erfolgreich erfüllt, es steht jedoch offenkundig weder für ein konsistentes politisches Projekt noch für ein tragfähiges Reformbündnis. Der Widerspruch zwischen einer Konzeption des nationalen Wettbewerbsstaates auf der einen und der Perspektive einer international kooperativen Wirtschafts- und Finanzpolitik andererseits ist nun offen ausgebrochen.

So bleibt die rot-grüne Bundesregierung die Umsetzung ihres Versprechens, einen Politikwechsel herbeizuführen, schuldig. Wichtigen Korrekturen der Kohl-Politik (u.a. die Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder des bisherigen Kündigungsschutzes) stehen zahlreiche Pannen und politische Slalomfahrten gegenüber. Deutlich wurde die eklatante Schwäche der Regierung nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik und die Doppelte Staatsbürgerschaft. Der Mobilisierungserfolg der CDU bei den hessischen Landtagswahlen als Folge der ausländerfeindlichen Kampagne gegen das neue Staatsbürgerschaftsrecht resultierte gleichzeitig aus einer erheblichen Bindungsschwäche der SPD. Hier wurde einmal mehr deutlich, dass es gegenwärtig nicht gelingt, das heterogene WählerInnenpotential von Rot-Grün zusammenzuführen und zu mobilisieren.

1. Das Bündnis für Arbeit, 630-DM-Jobs und Scheinselbständigkeit

Das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ ist der deutlichste Versuch, gesellschaftliche Konflikte zu moderieren und eine neue Kultur des Korporatismus zu etablieren. Die SPD darf aber nicht nur Interessen moderieren, sie muß auch arbeitnehmerorientierte Positionen formulieren, vertreten und in Politik umsetzen. Insbesondere muß mit dem populären Vorurteil, Lohnzurückhaltung würde den Unternehmen gestatten, aus dem Fonds der eingesparten Lohnkosten neue Arbeitsplätze zu finanzieren, aufgeräumt werden.

Anders als der harte Neoliberalismus angelsächsischer oder amerikanischer Provenienz zielt die Bündnisstrategie der rot-grünen Koalition auf die Einbindung und Unterordnung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Gefragt ist stattdessen eine Verständigung über wirtschafts- und beschäftigungspolitische Spielräume und der Kampf für die Renaissance einer makroökonomischen statt betriebswirtschaftlichen Logik des Politischen.

Soll eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erreicht werden, ohne den Konsens mit den Unternehmensverbänden zu verlassen, dann bleiben der Bundesregierung wichtige Instrumente für eine beschäftigungsorientierte Politik versperrt. Sie macht sich stattdessen abhängig von einer Blockadepolitik der Unternehmensverbände. Somit reduzieren Teile der SPD die eigenen Vorschläge auf drei wesentliche Elemente:

- eine angebotsorientierte Innovationsförderung als „aktive Standortpolitik“,
- eine ausgehandelte Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und

- die Etablierung eines breiten Niedriglohnsektors.

Diese Politik kann jedoch nichts entscheidendes dazu beitragen, neue qualifizierte Arbeitsplätze zu erschließen und die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme zu sichern. Stattdessen würde insbesondere die Durchsetzung eines staatlich flankierten Niedriglohnsektors die Spaltung des Arbeitsmarktes verschärfen und die Sozialsysteme auf Dauer aushöhlen.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die künftige Rolle von Billiglohnarbeit und ungeschützten Arbeitsverhältnissen muß auch die gegenwärtige Diskussion um die Neuregelung der 630-DM-Jobs und um die Einschränkung der Scheinselbständigkeit betrachtet werden. Hier wird deutlich, daß selbst zaghafte und halbherzige Versuche der Reduzierung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse nicht ohne heftigen Widerstand vieler Arbeitgeber durchsetzbar sind. Gerade der Versuch des Bundeskanzleramts, eine möglichst „harmlose“ und komplizierte Regelung durchzusetzen, hat in Verbindung mit einer desolaten Informationspolitik dazu beigetragen, die Sozialdemokratie in dieser Frage in die Defensive zu drängen.

Eine beschäftigungsorientierten Politik müßte sich im wesentlichen auf folgende Pfeiler stützen:

- die Ausweitung öffentlicher Investitions- und Strukturpolitik insbesondere auch auf europäischer Ebene zur Durchsetzung neuer Produkte und Produktionsverfahren.

- die Etablierung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, durch den neue personenbezogene Dienstleistungen zu regulären und tariflichen Standards da die private Nachfrage in diesem Bereich nicht in ausreichendem Maße zahlungsfähig ist. Der „Dritte Sektor“ liegt an der Schnittstelle zwischen einer modernen Dienstleistungspolitik und einer neuen Qualität der Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere für Ostdeutschland Perspektiven eröffnen kann, die über kurzfristige Maßnahmen hinausgehen.

- eine Steuerpolitik, die zur Stärkung der Binnennachfrage beiträgt und die zur Ausweitung privater und öffentlicher Investitionen beiträgt.

- neue Initiativen zur Vereinbarung von Arbeitszeitverkürzungen, ohne die eine deutliche Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit nicht denkbar ist.

2. Steuerreform

Die finanzpolitischen Altlasten der Regierung Kohl sind eine der gewaltigsten Herausforderungen für die rot-grüne Koalition. Die angebotsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik von CDU/CSU und FDP beruhte auf den Grundsätzen massiver Steuergeschenke für Großunternehmen und Vermögensmillionäre, dem verheerenden Prinzip von Rückgabe vor Entschädigung als zentralem Investitionshemmnis bei der Ausgestaltung der deutschen Einheit und der tatenlosen Hinnahme von nun jährlich rund 175 Mrd. DM Kosten durch die Massenarbeitslosigkeit. Nach 16 Jahren bürgerlicher Politik lautet die Bilanz: Aus sozialen Gerechtigkeitslücken wurden ökonomische Effizienzlücken.

Deshalb fordern die Jusos in der SPD die Bundesregierung auf, folgende Punkte im Rahmen der Unternehmenssteuerreform und der Neuordnung der Familienbesteuerung umzusetzen:

- Das Ehegattensplitting sowie die Kinderfreibeträge werden abgeschafft, um eine weitere deutliche Erhöhung des Kindergeldes finanzieren zu können.

- Die Besteuerung aller unternehmerischen Einkünfte erfolgt in einer rechtsformunabhängigen Betriebsteuer. Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung werden künftig als Gewinneinkunftsart behandelt, um die Aufdeckung stiller Reserven zu ermöglichen. Für die Einkünfte aus Kapitalvermögen wird eine Freigrenze statt des bisherigen Freibetrags konzipiert, um die Entlastung von Vermögensmillionären zu vermeiden und die vollständige Steuerfreiheit von durchschnittlichen Zinserträgen finanzieren zu können.

- Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) besteht bei einer verfassungskonformen Ausgestaltung der Vermögensteuer und einer reformierten Erbschaft- und Schenkungsteuer ein Einnahmepotential von insgesamt ca. 47 Mrd. DM. Die Neukonzeption dieser Ländersteuern muss zügig angegangen werden, insbesondere um den Bundesländern finanziellen Spielraum für Zukunftsinvestitionen im Bildungsbereich zu erschließen.

- Notwendig sind EU-weite Mindeststandards bei der Kapitalbesteuerung und die Stabilisierung der Gewinnsteuern, um die Globalisierung politisch zu gestalten: Durch ein abgestimmtes Vorgehen zur

Formulierung und Kontrolle von Regelungen bei konzerninternen Verrechnungspreisen, der Verhinderung lediglich steuerpolitisch motivierter Errichtung von Finanzierungsholdings und ein striktes Verbot steuerlicher Diskriminierung nach in- und ausländischen Investoren erreicht werden.

3. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Mit dem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (Programm für 100.000 Jugendliche) hat die Bundesregierung ein aufwendiges Projekt auf den Weg gebracht. Die Ausweitung öffentlicher Maßnahmen zur Integration jugendlicher Arbeitsloser und insbesondere benachteiligter Gruppen ist dabei ein eindeutiger Fortschritt im Vergleich zur Politik der alten Bundesregierung. Es muß jedoch auch festgestellt werden, daß die anspruchsvollen Ziele dieses Programms nur zu einem sehr kleinen Teil erreicht werden konnten. So sind kurzfristige Maßnahmen zur Qualifizierung von Jugendlichen kein Ersatz für eine Politik, die zum einen die Arbeitgeber in die Pflicht nimmt, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen, und die Jugendlichen zum anderen dauerhafte Beschäftigungsperspektiven bietet.

Eine wirksame Bekämpfung der Ausbildungskrise und der Jugendarbeitslosigkeit erfordert deshalb:

- eine gesetzliche Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung, durch die Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze herangezogen werden
- eine Verstärkung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche: wir schlagen deshalb ein auf mehrere Jahre angelegtes Programm „Jugend und Arbeit“ mit Schwerpunkt Ostdeutschland vor, in dessen Rahmen Modellprojekte zur Etablierung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ermöglicht werden

4. Europa

Die deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Union wurde bisher nicht genutzt, um neue Akzente für eine gemeinsame beschäftigungsorientierte Politik und für die Durchsetzung sozialer Standards zu setzen. Statt dessen wurde durch die unsinnige Debatte um die deutschen Beitragszahlungen für die EU viel politisches Porzellan zerschlagen, durch die rechtspopulistische und europafeindliche Kräfte gestärkt werden können. Dem gilt es eine Politik für Vollbeschäftigung und für einen europäischen Sozialstaat entgegen zu stellen, hierfür muß die Europawahl am 13. Juni entsprechend genutzt werden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Aufgabe, sich für eine neue europäische Politik einzusetzen. Dies beinhaltet im wesentlichen

- eine europäische Strategie für Vollbeschäftigung in Europa, hierzu soll auf dem Kölner EU-Gipfel ein verbindliches Stufenprogramm beschlossen werden,
- eine Reform des europäischen Struktur- und Regionalfonds zur Stärkung von Frauen im Erwerbssektor,
- eine politische Kontrolle der EZB sowie eine Erweiterung der EZB-Zielvorgaben um Beschäftigungspolitik,
- eine harmonisierte Steuer- und Abgabenpolitik für Kapitaleinkommen und in der Unternehmensbesteuerung
- Stärkung der Kompetenzen der europäischen Betriebsräte sowie eine Garantie der Mitbestimmungsmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen beim Europäischen Gesellschaftsrechts,
- eine verstärkte internationale Kooperation zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, z.B. durch eine europäische Steuer auf spekulative Kapitalbewegungen,
- eine Demokratisierung der Europäischen Union durch eigenständige Beschlußfassungen der nationalen Parlamente über Ministerratsinitiativen sowie die Stärkung des Europäischen Parlaments.

5. Internationale Politik

Die Bundesregierung hat sich im Zuge des Kosovo-Krieges zum Anhängsel einer Politik gemacht, die auf die Durchsetzung einer „neuen Weltordnung“ orientiert ist. Dabei geht es im wesentlichen um den Anspruch der USA und der westlichen Industriestaaten, die eigenen Interessen und die Interessen multinationaler Konzerne weltweit gegenüber jedem Staat durchsetzen zu können - notfalls mit

militärischer Macht. Dabei wird versucht, der NATO die Rolle des international legitimierten Ordnungshüters zuzuweisen und sowohl die UN als auch Staaten wie Rußland und China dabei zu umgehen. Die Alternative zu einer solchen Politik der Eskalation internationaler Konflikte kann nur eine neue und stabile Friedensordnung sein, die auf einen Interessenausgleich zwischen den Regionen der Welt ausgerichtet ist und die unterentwickelten Regionen Zukunftsperspektiven eröffnet.

Wir erwarten von der Europäischen Union deshalb eine Politik,

- die sich für eine neue Partnerschaft und für den Interessenausgleich mit den Ländern Osteuropas und des Südens einsetzt, dies muß insbesondere neue wirtschaftliche Kooperationsformen nach dem Beispiel des Lomé-Abkommens umfassen
- die sich für eine Stärkung und Belebung internationaler Organisationen wie der UNO und der OSZE einsetzt, um Konflikte frühzeitig und unter Achtung des Völkerrechts zu lösen,
- die eine europäisch koordinierte Flüchtlings- und Asylpolitik auf Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonventionen gegen eine „Festung Europa“ stellt.

Frieden für den Balkan

Ausgangslage

Seit vier Wochen führt die NATO einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Zu keinem Zeitpunkt war die nachgeschobene Begründung für den Beginn der Bombardierungen - eine Vermeidung der humanitären Katastrophe - wirklich glaubhaft. Der Auslöser der NATO-Angriffe war die Weigerung der Unterzeichnung des Vertrages von Rambouillet, nicht etwa die erst nach dem Beginn der Bombardierungen verstärkten Vertreibungen der Kosovo-Albaner. Erst mit Anschwellen der Flüchtlingsströme hat die NATO deren Vermeidung zum Kriegsziel erklärt. Die NATO-Staaten haben nicht einmal die einfachsten logistischen Maßnahmen getroffen, um dem zu erwartenden Flüchtlingsstrom und der humanitären Katastrophe angemessen begegnen zu können.

Für alle die, die die NATO-Angriffe im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Menschenrechte im Kosovo wähten, muß die Bilanz der Bombardierungen ernüchternd sein. Das menschliche Elend im Kosovo wie in Rest-Jugoslawien hat sich multipliziert. Abertausende von Menschen wurden aus dem Kosovo vertrieben und werden jetzt durch die völlig unzureichenden Hilfsmaßnahmen nur notdürftig versorgt. Die noch im Kosovo verbliebenen Flüchtlinge sind dort der Willkür und der Brutalität ausgesetzt, die von den serbischen Sicherheitskräften sowie von Paramilitärs und Verbrecherbanden auf beiden Seiten ausgeht. Mit jedem Kriegstag wird ein geordnetes und zivilisiertes Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen nach dem Krieg unwahrscheinlicher. Die NATO-Bombardierungen haben im Kosovo das Gegenteil von dem erreicht, was angeblich ihr Kriegsziel war. In Restjugoslawien zerstören die NATO-Angriffe die Infrastruktur und damit die Lebensgrundlage der Menschen. Die Bombardierungen haben das Land bereits heute in seiner Entwicklung um Jahre zurückgeworfen und so den Anschluß an Europa erschwert. Während die politische Führung in Deutschland "Marshall-Pläne" entwirft, bombt sie Jugoslawien in den Morgenthau. Die eigentliche Zahl der Opfer unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung wird die Öffentlichkeit wie im Golfkrieg erst nach dem Krieg mitgeteilt bekommen. Doch schon heute ist klar, daß die NATO eben keine "chirurgischen Eingriffe" vornimmt, sondern daß es dort - wie im Krieg üblich - auch um die Vernichtung von Menschen geht, auch wenn sie in der Sprache der NATO zum "Kollateralschaden" verkommen.

Die jugoslawischen Nachbarstaaten sowie die dem Milosevic Kurs kritisch gegenüberstehende jugoslawische Teilrepublik Montenegro wurden destabilisiert. Albanien nimmt bereits jetzt faktisch den Status eines NATO-Protektorates ein.

Die zunehmende Zahl albanischer Flüchtlinge, die aus dem Kosovo stammen und zumeist hochgradig radikalisiert sind, wirken destabilisierend auf die gesamte Region. In Albanien werden nationalistische und großalbanische Kräfte um den gestürzten Autokraten Berisha gestärkt, der sich offen der Exekutive in Tirana entzieht. In Mazedonien hatten die Albaner bislang die Rolle einer starken Minderheit. Die hohe Zahl der Flüchtlinge bedroht das labile Gleichgewicht in dem einzigen Staat, der sich aus allen Jugoslawienkriegen erfolgreich herausgehalten hatte. Es ist ein Skandal, daß die NATO-Staaten die ohnehin schwache mazedonische Regierung nicht stärker unterstützen.

Auch für die ungarische Minderheit in der Vojvodina hat sich die Gefahr einer Eskalation erhöht. Budapest befürchtet, daß Milosevic die ungarische Minderheit quasi als Geisel gegen die NATO-Staaten nehmen könnte.

Auf serbischer Seite ist eine Konsolidierung der Machtposition Milosevics zu verzeichnen. Die demokratische Opposition ist ausgeschaltet und die Bevölkerung scharft sich um den Präsidenten. Im Kosovo hat Milosevic durch die Vertreibung der albanisch stämmigen Bevölkerungsmehrheit Fakten geschaffen. Innerhalb der albanischen Kosovaren hat sich die UCK als einzige relevante politische Kraft durchgesetzt. Die Vertreter der LDK haben die politische Initiative verloren und sehen sich neben dem serbischen Terror nun auch den Verrats Vorwürfen aus dem eigenen Lager konfrontiert. Die radikalen Positionen auf beiden Seiten wurden gestärkt. Eine politische Lösung scheint unwahrscheinlicher denn je. Die andauernde Zerstörung jugoslawischer Infrastruktur hat das Land bereits heute um Jahre in seiner Entwicklung zurückgeworfen und so den Anschluß an Europa erschwert. Fast scheint es, als wolle die NATO in BRJ einen Morgenthau Plan umsetzen.

Außenpolitisch haben die NATO-Staaten die Partnerschaft für den Frieden mit Rußland aufs Spiel gesetzt und die OSZE und die UN marginalisiert.

Hintergründe

Abgesehen von den nationalen Mythen beider Seiten sind die Konflikte im Kosovo spätestens seit den siebziger Jahren virulent. Albaner und Serben stehen dort u.a. aufgrund einer sich verschärfenden sozialen Lage in Gegensatz zueinander. Dies verbunden mit einem schnellen Wachstum der albanischen Bevölkerung einerseits und dem mangelnden politischen Willen andererseits, den sozioökonomischen Problemen entgegenzuwirken, führten bereits in den achtziger Jahren zu bewaffneten Auseinandersetzungen und letztlich zur Aufhebung des Autonomiestatuts durch die Regierung Milosevic im Jahre 1989 und als Reaktion darauf zum Aufbau von parallelen staatlichen Strukturen durch die albanische Bevölkerung im Kosovo.

Seit der Aufhebung des Autonomiestatuts des Kosovos steht die Zukunft der Region wieder auf der europäischen Tagesordnung. Die Warnungen von NRO's und Friedensbewegung vor einem neuen Krieg auf dem Balkan, übrigens auch von dem Jugoslawienbeauftragten der Bundesregierung Koschnik, wurden in den Wind geschlagen. Der gewaltfreie Widerstand im Kosovo, angeführt durch den demokratisch legitimierten politischen Führer der Kosovo Demokratie Liga (LDK) Rugova, wurde allein gelassen und verpuffte. Das Treffen des U.S. gesandten Hoolbroke mit Vertretern der UCK im Juni 98 wertete die UCK endgültig zum politischen Akteur auf. Der Widerstand radikalisierte sich und griff zunehmend auf Gewaltmittel zurück.

Der Konflikt, der seit fast zehn Jahren gewalttätig auf dem Balkan ausgetragen wird, ist auch durch die Politik von Teilen des Westens und insbesondere der früheren Bundesregierung immer wieder angeheizt worden. Die unterschiedlichen Interessen innerhalb der EU machten eine gemeinsame Politik gegenüber dem Zerfallsprozeß Jugoslawiens praktisch unmöglich. In diesem Zusammenhang spielte die deutsche Politik eine verhängnisvolle Rolle. Die Anerkennungspraxis der alten Bundesregierung im Jahre 1991, die dabei auch von Außenpolitikern der SPD unterstützt wurde, war letztendlich Auslöser des Bosnienkrieges. Mit der Etablierung und Hochrüstung Kroatiens als eigenständigen Staat und militärischen Faktor und der Schaffung eines künstlichen Bosnien-Herzegovina war der Krieg zwischen Serbien und Kroatien praktisch vorprogrammiert. Es wäre fahrlässig und ahistorisch, die Schuld für die Eskalation oder für die Verbrechen einseitig zu personalisieren, wie dies im Zusammenhang mit dem Konflikt im Kosovo versucht wird. Erst die gesellschaftspolitischen wie historischen Bedingungen bieten die Grundlage für das Agieren verbrecherischer Regime. Daß sich der serbische Präsident auf eine weitgehende Unterstützung seiner Landsleute verlassen kann, liegt eben nicht nur am entwickelten Unterdrückungsregime.

An der Verantwortung der serbischen Führung für die Vertreibung, Unterdrückung, Terror und Mord kann es keinen Zweifel geben. Diese Verbrechen sind keine inner-serbische Angelegenheit und müssen für die Täter zu Konsequenzen führen. Um ihre Macht zu sichern,

hat die serbische Regierung das Land in immer neue politische und militärische Konflikte manövriert und sich dabei zunehmend auf extremistische und terroristische Kräfte gestützt und Demokratiebestrebungen unterdrückt.

An der jetzigen Eskalation ist der Westen jedoch nicht ganz unbeteiligt. Die Anerkennungspolitik gegenüber den Teilrepubliken Jugoslawiens und die einseitige Positionierung zugunsten Kroatiens und Sloweniens führte bei den Kosovo-Albanern sowie bei einigen politischen Gruppierungen in Albanien selbst zu der Annahme, die staatliche Einheit aller Albaner stehe vor der Vollendung. Die Isolation Serbiens und jegliche fehlende Perspektive zu einer langfristigen Stabilisierung des Balkan unter Einbeziehung des wichtigsten Staates der Region war ausgesprochen kurzfristig. Diese Politik führte letztlich zu einer Stabilisierung des Milosevic-Regimes und der Verschärfung der innenpolitischen Situation zugunsten von nationalistischen (Draskovic) und faschistischen (Seselj) Gruppierungen in Serbien. Die Lage der Opposition wurde damit drastisch verschlechtert, da das Regime mit sozialer Zustimmung ausgestattet immer repressiver wurde.

In Kenntnis der angespannten Lage, wurde das Kosovo-Problem auf Druck Milosevics von den Dayton-Verhandlungen ausgeklammert.

Als im letzten Jahr die Krise erneut zu eskalieren drohte, entschied sich die NATO, aus einer Mischung von Fehlinterpretation des Bosnienkrieges und dem Interesse einer glaubwürdigen Darstellung der neuen NATO-Strategie, zu der verhängnisvollen Strategie, sich selbst mit der Durchsetzung einer Friedenslösung im Kosovo zu beauftragen. Die von der Kontaktgruppe in Rambouillet eingeleiteten Konsultationen waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da der Westen nicht bereit war, die Implementierung durch die NATO aufzugeben. Eine Verhandlungsführung des Oktroi - entweder Einmarsch von NATO-Truppen oder Krieg - kann nicht beanspruchen, alles Mögliche getan zu haben, um einen Krieg zu vermeiden. So wurde der militärische Teil determiniert. Die NATO und insbesondere die USA hatten letztlich kein wirkliches Interesse an einer UN-Lösung im Kosovo und auch kein Interesse an einer überhaupt funktionierenden und handlungsfähigen UN mit entsprechenden Konsequenzen. Es ist das Ziel der NATO, diese als von der UN unabhängige Interventionsallianz aufzubauen. Die häufig vorgetragene Kritik an der UNO ist heuchlerisch, da die USA selbst nicht an einer Abschaffung des Vetorechts interessiert sind, UN-Resolutionen häufig ignorieren oder selbst blockieren.

Der Westen hat seine eigenen Kriterien zur Anerkennung ehemaliger jugoslawischer Republiken (der Kosovo war nie eine Bundesrepublik, hätte daher nicht mit Anerkennung durch die EU rechnen können) außer Kraft gesetzt, indem er den endgültigen Status des Kosovos offengehalten hat, anstatt die territoriale Integrität der BRJ zu garantieren und sich auf die Durchsetzung einer umfassenden Autonomieregelung zu konzentrieren. Die Folge war nicht nur eine Identifizierung der NATO zumindest mit den mittelfristigen Zielen der UCK, sondern auch die Opposition Rußlands, das zurecht in der möglichen Sezession des Kosovo einen Präzedenzfall geschaffen sah. So ist die Haltung Rußlands auch nicht, wie in den Medien gerne behauptet aus Gründen einer diffusen "slawischen Bruderschaft" heraus zu betrachten, sondern gerade in Hinblick auf ähnlich gelagerte Konflikte innerhalb der Russischen Föderation, aus handfesten sicherheitspolitischen Interessen definiert.

Schwächung der UNO, OSZE

Die Verhandlungstaktik des Westens ergibt nur dann einen gewissen Sinn, wenn das Interesse der NATO, ihrer neuen strategischen Orientierung zum Durchbruch zu verhelfen, berücksichtigt wird. Die auf dem Jubiläumsgipfel der NATO verabschiedete Strategie sieht eine weltweit operierende, die politischen, ökonomischen und militärischen Interessen der Mitgliedsstaaten des Bündnisses wahrnehmende Allianz vor, die sich nicht mehr durch die Vereinten Nationen binden lassen möchte. Der Geltungsbereich der NATO wurde durch die

systematische Neuinterpretation des NATO- Vertrages erweitert. Die Schwächung der VN, wie sie bereits im letzten Bosnienkrieg exekutiert wurde, ist in diesem Zusammenhang zu bewerten.

Darüber hinaus gelingt es den Amerikanern ein weiteres Mal, ihre Unverzichtbarkeit für die NATO zu demonstrieren, und das in einem Konflikt, der vor den Haustüren der EU liegt. Das Fehlen einer kohärenten gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik (GASP) der EU erleichtert eine solche Politik und zementiert den Führungsanspruch der USA.

Hintergrund für diese Entwicklung ist einerseits die innenpolitische Situation in den USA sowie der seit dem Ende des Kalten Krieges schwelende Konflikt zwischen Europäern und US-Amerikanern um die Frage der strategischen Orientierung der NATO und die Rolle der USA in Europa. Zugespielt kann festgestellt werden, daß die NATO in Jugoslawien um ihr Überleben kämpft. Die meisten europäischen Mitgliedsstaaten der NATO sind an einer Reduktion der Einflußnahme der USA in Europa interessiert. (Deswegen kommen auch Alfred Dregger oder Helmut Schmidt dazu, die Bombenangriffe der NATO in Frage zu stellen.) Im Rahmen der Triadisierung und der anzunehmenden wachsenden Konflikte zwischen den Triadenteilen ist eine Präsenz der USA im Einflußgebiet der EU nicht mehr gewollt. Dies machte sich auf verschiedenen Konferenzen der NATO um die Frage der Verstärkung des "Europäischen Pfeilers" bemerkbar. Hier spielt auch die Forderung der US-Regierung eine Rolle, die ein höheres finanzielles Engagement der europäischen NATO-Staaten nach der eigenen geplanten drastischen Aufstockung des Verteidigungshaushaltes fordert.

Der zweite Diskussionsstrang ist der inneramerikanische Konflikt um die grundsätzliche außenpolitische Orientierung. Die maßgeblichen politischen Kräfte in den USA sind sich weitgehend darüber einig, daß die UNO als Regulationsmechanismus für internationale relevante Konflikte nicht mehr gebraucht wird. Die Unterwerfung unter das Regelwerk der UNO war insbesondere im amerikanischen Kongreß stets umstritten und mußte von den Trägern amerikanischer Außenpolitik immer wieder in innenpolitischen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Nach dem Sieg in der Systemkonkurrenz wird nun die geopolitische Rendite offen eingefordert. Das Recht der Stärke soll an die Stelle entwickelten Völkerrechts treten. Im Kosovo wird nun parallel zur Neuorientierung der NATO ein Präjudiz für das neue Interventionsverständnis der NATO geschaffen und die Glaubwürdigkeit der neuen NATO-Doktrin für alle Welt unter Beweis gestellt: Die NATO führt in Serbien vor, daß sie noch handlungsfähig und damit für die USA als Einflußinstrument wie für die Europäer als Instrument zur Regulation von Konflikten in ihrem Einflußbereich zu gebrauchen ist.

Die Clinton-Administration ist darauf aus, die NATO als einen solchen Mechanismus unter der Einbeziehung der wichtigsten kapitalistischen Staaten zu erhalten, während auch innerhalb der USA die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Beteiligung an der NATO und der Präsenz in Europa bei gleichzeitiger Unwilligkeit der europäischen Verbündeten diskutiert wird.

Rußland

Die Konsequenzen des Konfliktes im Kosovo und des Angriffes der NATO auf die europäische Politik sind langfristig noch nicht abzusehen. Von hervorgehobener Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die innenpolitischen Verhältnisse in Rußland, die sich gerade nachhaltig verändern, selbst unter der Bedingung, daß die russische Regierung nun wieder verstärkt in die Beilegung des Konfliktes einbezogen wird. Die mißglückte Transformation unter neoliberalen Vorzeichen, die falsche Strategie des Westens und die Kräfteverhältnisse in Rußland selbst unter den Bedingungen einer sich beständig verschlechternden ökonomischen Situation, begünstigen einen antiwestlichen, antisemitischen, nationalistischen und aggressiv-

expansionistischen Diskurs, der zwar in keinem Verhältnis zu den Handlungsspielräumen der russischen Politik stehen, aber zu einer politischen Radikalisierung beitragen. Diese kann sich in den nächsten Wahlen im Herbst 1999 und Frühjahr 2000 unmittelbar auswirken und mit der Stärkung des nationalistischen Flügels sowohl intern zu einem autoritären Regime führen als auch extern die Konfrontation mit den westlichen Staaten verschärfen. Die Politik der NATO gegenüber Serbien dient hier als Begründung für weite Teile der politischen Landschaft in Rußland, die Rhetorik wieder zu verschärfen und die Gesprächsbereitschaft bezüglich der Sicherung des Friedens in Europa auf ein Minimum zu reduzieren.

Legitimationsdruck

Die offensichtliche Erfolglosigkeit des NATO Luftkrieges zeigt erste Konsequenzen. Die Suche nach den Einsatz Rechtfertigenden Beweisen für serbische Greuelataten nimmt groteske Züge an. So spricht der Verteidigungsminister von Konzentrationslagern, ohne dafür Beweise vorlegen zu können. Den durch den offensichtlichen Bruch von Völkerrecht und Grundgesetz enorm hohen Rechtfertigungsdruck wissen der Bundesverteidigungsminister und der Bundesaußenminister inzwischen nur noch durch Vergleiche mit dem Hitlerfaschismus zu begegnen. Ein blutig ausgetragener Bürgerkrieg und systematische Vertreibungen sind schlimm genug. Aber sie rechtfertigen nicht die Rede vom Völkermord oder gar die unsäglichen Vergleiche mit der Niederwerfung Nazi-Deutschlands. Diese brachiale Rhetorik dient letztlich nur dazu, das Unrecht der NATO-Angriffe gegen jedwede Kritik zu immunisieren, und trägt zu einer Verharmlosung der deutschen Verbrechen während des Hitlerfaschismus bei.

Aber nicht nur die Sprache, auch die ursprüngliche Zielsetzung hat sich mit Dauer des Einsatzes gewandelt. Nicht mehr die humanitäre Frage steht im Vordergrund, sondern die Niederlage Milosevic. Damit nimmt die NATO eine gefährliche Neudefinition der Ziele vor, bei der nicht mehr das Schicksal der Menschen im Kosovo im Mittelpunkt steht, sondern die militärische Niederlage Serbiens postuliert wird. Die beteiligten Politiker werden zu Opfern ihres eigenen Dilettantismus und verfallen fast zwangsläufig der von ihnen selbst in Gang gesetzten militärischen Logik, an deren Ende möglicherweise der Einsatz von Bodentruppen und die Ausweitung des Krieges stehen wird. Dies wiederum würde zu einer Entwicklung führen, die nicht nur eine demokratische Perspektive für Jugoslawien auf unbestimmte Zeit verbauen, sondern auch ungezählte Tote fordern würde.

Demokratisierung Serbiens

Eine dauerhafte Friedenslösung für den Balkan wird es nur dann geben können, wenn die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, insbesondere die Republik Serbien, einen nachhaltigen Demokratisierungsprozeß erleben. Nur wenn der freie Zugang zu Informationen und die freie Meinungsbildung möglich sind, nur wenn demokratische oppositionelle Gruppen die Chance auf die Machtübernahme haben, werden sich genügend unabhängige und zivilgesellschaftliche Institutionen und Gruppen im Lande bilden können. Der NATO-Angriff gegen Jugoslawien ist auch eine existentielle Bedrohung der demokratischen Opposition in Serbien. Es müssen dringend Konzepte für eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation auf dem Balkan und v.a. Serbiens entwickelt werden, da bekanntlich eine Demokratisierung unter wirtschaftlichen Krisenbedingungen schwierig durchzusetzen ist.

Neue Balkanpolitik der EU

Die EU spielt eine Schlüsselrolle für eine friedliche Zukunftsperspektive auf dem Balkan. Wenn die EU dieser Verantwortung gerecht werden will, muß sie die Grundzüge ihrer Balkanpolitik revidieren. Die fatale Anerkennungspolitik der Regierung Kohl/Genscher hat den Zerfallsprozeß des ehemaligen Jugoslawischen Bundes befördert und die sich verschärfenden Konflikte, über die drei Kriege in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina stets als separate Phänomene betrachtet. Die Förderung nationalstaatlicher Konzeptionen (General Naumann: "Wir mußten nation-building" betreiben) hat auf dem

Balkan wie ein Sprengsatz gewirkt. Dieser Effekt wurde noch verschärft, nachdem der Westen im Friedensabkommen von Dayton die Ergebnisse der "ethnischen Säuberungen" der beteiligten Konfliktparteien legitimiert hatte und so der Eindruck entstand, Grenzen entlang vorgeblicher ethnischer Merkmale mit Gewalt Ändern zu können.

Die EU steht vor der Aufgabe, ihr destruktives Wirken in eine aktive Friedensrolle zu verwandeln. Dafür muß die EU die Notwendigkeit einer politischen Lösung für den gesamten Balkan zur Grundlage ihrer Politik machen. Es geht darum für die Staaten der Region verbindliche Garantien für Minderheiten, politische Partizipation, Wahrung der Menschenrechte, sowie zivile Konfliktlösungsmechanismen festzuschreiben. Die Gemeinschaft muß bei ihren Bemühungen ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht einbringen und den Konfliktparteien eine konkret wirtschaftliche Perspektive mittelfristig innerhalb der EU bieten. Um destabilisierende Tendenzen in Zukunft auszuschließen, kann diese Perspektive nur für die gesamte Region gelten. Die Degradierung eines Landes nach der U.S. Theorie der "Schurken-Staaten", muß ausgeschlossen werden, um Konfliktherde in der Zukunft auszuschließen. Die EU muß darüber hinaus einen Marshall-Plan für das Kriesengebiet entwerfen. Die Initiativen der Bundesregierung zur Intensivierung und Koordinierung der humanitären Hilfe und der Hilfe zum Wiederaufbau sind zu begrüßen. Sie sollten in ein europäisches Programm münden, welches langfristige Aufbauprogramme entwickeln sollte. Dabei kommt es entscheidend darauf an, systematisch die politischen Gruppierungen aufzuwerten, die sich für eine demokratische Zukunft einsetzen. Hierfür ist eine Balkan- Friedenskonferenz einzuberufen.

SPD

Aus der erstmaligen Kriegsbeteiligung einer SPD-geführten Bundesregierung ist für die Partei unversehens eine Existenzfrage entstanden, die sich zum einen inhaltlich um die Substanz sozialdemokratischer Programmatik und ihrer Halbwertszeit dreht, zum zweiten zu einer inhaltlichen Überlebensfrage für die Linke geworden ist, wobei hier aus primär strategischen Gründen toleriert wird, daß sog. Linke sich der militärischen Logik gebeugt haben und wo zum dritten, auch dies ist einmalig und neu, gezielt Linke als verantwortungslos und "vaterlandslose Gesellen" und bei kritischer Haltung zur Außenpolitik der Bundesregierung als Milosevic-Befürworter diffamiert werden. Im Zuge all dessen wird auch die Transformation der SPD von der programmatisch orientierten Mitgliederpartei, in der demokratische Entscheidungsfindung möglich ist, zur autoritär strukturierten Regierungslegitimation betrieben und die Meinungsfreiheit zur Disposition gestellt. Gleichzeitig werden über den aktuellen Krieg hinausgehende Zukunftsfragen wie die Ausgestaltung der "neuen NATO" ohne demokratische Debatte und nach Gusto der politischen Eliten entschieden und der Weg für eine Sicherheitspolitik bereitet, die auch perspektivisch militärisch begleiteten Imperialismus um geopolitischer und ökonomischer Interessen willen legitimiert. Rationale, auf internationalen ökonomischen Ausgleich bedachte Konzepte bleibt uns die Regierung weiterhin schuldig.

Mit der Behauptung, nur durch die Kriegsbeteiligung stelle sich Deutschland, stelle sich die SPD der "Verantwortung", machte die Parteiführung auf dem Bundesparteitag - unausgesprochen, aber für alle deutlich greifbar - auch einen anderen Bezug auf: permanent wurde und permanent wird suggeriert, diejenigen PazifistInnen und AntimilitaristInnen, die der militärischen Logik, auch öffentlich, widersprechen, seien verantwortungslos und ignorant gegenüber den Geschehnissen in Jugoslawien und würden die dort stattfindenden Verbrechen tolerieren und in Kauf nehmen. Gerade aber weil wir die Verantwortung annehmen und besonders aufgrund der Geschichte unseres Landes, weil wir Internationalismus begriffen haben, aber nicht mit Imperialismus verwechselt sehen möchten, stellen wir fest: Militäreinsätze, egal in welcher Form, können nur die herrschenden Interessen absichern und somit die Konfliktursachen festschreiben, wenn niemand den Versuch unternimmt, die

Ursachen für ethnisch-nationale Eruptionen und militärische Konflikte zu beseitigen. Soldaten können bestenfalls die gewaltverursachenden Herrschaftsverhältnisse beseitigen (und selbst dies gelingt ihnen meist nicht). Sie können nie den Frieden herstellen und die tiefer liegenden Konfliktursachen lösen.

Friedensbewegung

Die Friedensbewegung steht vor der wahrscheinlich schwierigsten Herausforderung ihrer Geschichte, denn einige Teile führen entweder diesen Krieg an zentraler Stelle mit, andere haben resigniert oder vertreten radikalpazifistische Positionen, ohne schlüssige Alternativen zu formulieren oder artikulieren berechnete Schuldzuweisungen. Die Friedensbewegung ist daher leider bisher nicht in der Lage gewesen, effektiv in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einzugreifen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß sich - aus den unterschiedlichsten Beweggründen - die politischen Fronten an der Frage des Kriegseinsatzes der Bundeswehr neu ausrichten. Neben prominenten konservativen Sozialdemokraten wie Henning Voscherau und Helmut Schmidt, sind es vor allem "Bedenkenträger" aus dem bürgerlichen Lager, die diesen Einsatz ablehnen. Wer eine gesellschaftliche Mehrheit gegen den Balkankrieg, und damit eine neue Handlungsgrundlage für eine Friedensbewegung legen will, muß diese Leute einbinden. Daher sollten wir die Frage nach der ursprünglichen Motivation der NATO in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stellen, nämlich die humanitäre Katastrophe zu verhindern. Die Bundesregierung muß sich aber vorwerfen lassen, gerade den humanitären Aspekt des gesamten Unternehmens geradezu fahrlässig vernachlässigt zu haben. Die NATO hat keinerlei Vorkehrungen getroffen, um die zu erwartenden Flüchtlinge zu versorgen. Ein vielfach vorgebrachtes Argument des Bundesverteidigungsministers, die Vertreibung der Albaner sei lange vor den NATO-Bombardements von Milosevic geplant gewesen, läßt dieses Versäumnis geradezu unverantwortlich erscheinen. Nach sechs Wochen NATO-Krieg gegen Jugoslawien muß die politische Führung des Bündnisses zur Kenntnis nehmen, daß ihr angebliches Ziel - die Vermeidung einer humanitären Katastrophe - nicht erreicht worden ist und sich der Bruch völkerrechtlicher Normen spätestens jetzt nicht mehr rechtfertigen läßt

Zukunftsdebatte

Der Konflikt im Kosovo und die NATO Luftschläge haben in der Bundesrepublik eine heftige Debatte um die zukünftige europäische Sicherheitspolitik entfesselt. "Europäer" wie Helmut Schmidt plädieren für eine selbstbewußtere Rolle der WEU und fordern eine eigenständige Verteidigungspolitik, die den europäischen Interessen gerecht wird. "Atlantiker" wie Tony Blair setzen weiterhin auf die angebliche Interessenidentität mit den USA.

Wir Jusos stehen in den nächsten Monaten vor der Aufgabe, unsere Position offensiv zu vertreten und auf die Diskussion Einfluß zu gewinnen, ohne dabei in die Logik militärischer Planungen zu verfallen. Die von BMV eingesetzte Wehrstrukturkommission wird hierfür ein Anlaß sein. Auch die zukünftige Rolle der VN muß von uns thematisiert werden. Des weiteren steht die Linke vor dem Problem, sich langfristig und intensiver als bisher mit dem Problem des Nationalismus sowie Gegenstrategien zu befassen. Die BKI wird diese Prozesse in Gang setzen und bis zum Buko 2000 zwei Anträge einbringen.

Forderungen

1. Die Bombardierungen der NATO müssen eingestellt werden und wir fordern den Rückzug aller deutschen Soldaten aus Mazedonien und den Abbruch der deutschen Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien.
2. Es muß - unter Einbeziehung des Sicherheitsrates, im Zweifelsfalle durch Beschluß einer außerordentlichen Generalversammlung - ein Mandat für eine robust bewaffnete UNO - Friedenstruppe geben, die eine Pufferzone zur Ermöglichung der Rückkehr der Albaner notfalls mit Waffengewalt errichten können muß.

3. An diesen UN-Truppen sowie an den vorbereitenden und begleitenden Schritten muß die russische Regierung voll beteiligt werden. Die Truppe darf sich nur aus UN-Mitgliedern rekrutieren, die nicht an den Bombardierungen auf Jugoslawien beteiligt sind.
4. Soldaten für die UN-Mission können aufgrund der historischen Situation nicht von der Bundeswehr gestellt werden.
5. Alle EU-Staaten müssen sich zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichten.
6. Es muß schnellstmöglich eine Konzeption zur Regulierung der existierenden und drohenden Konflikte auf dem Balkan entwickelt werden. Hierzu ist eine internationale Konferenz unter Ägide der OSZE einzuberufen.
7. Zu diesem Zweck müssen entsprechende Finanzmittel zur Entwicklung des Balkan bereitgestellt werden.
8. Die serbische Regierung muß die Autonomie für den Kosovo wiederherstellen und die Zwangsmaßnahmen gegen die Opposition zurücknehmen.
9. Die UÇK und die serbischen paramilitärischen Einheiten sind zu entwaffnen.
10. Um eine dauerhafte friedliche Lösung im Kosovo zu erreichen, halten wir es für unabdingbar, daß alle demokratischen und sich für eine friedliche Lösung einsetzenden Gruppierungen beider Konfliktparteien in den Friedensprozeß miteingebunden werden. Ohne die Bevölkerung Jugoslawiens kann kein stabiler Frieden zustandekommen.

Resolution zur Friedensmanifestation am 8. Mai 1999 in Berlin

Der Juso-Bundeskongress entsendet an die Freundinnen und Freunde in Berlin solidarische Grüße:

„Wir möchten unserer tiefen Verbundenheit mit den Zielen und den Forderungen der Friedensbewegung und den Menschen, die sich nach Berlin aufgemacht haben ausdrücken.

Es ist von zentraler Bedeutung gerade am 8. Mai sich nicht von der Propaganda der Kriegsmaschinerie und ihrer politischen Sachwalter entmündigen zu lassen, sondern ein klares Bekenntnis gegen den Krieg und für den Frieden in Europa zu setzen.

Als linke Kraft innerhalb der Sozialdemokratie bleiben wir den Zielen und Hoffnungen eines friedlichen Miteinanders der Völker und der Internationalen Solidarität verbunden und werden unseren Beitrag dazu leisten, eine Militarisierung der Politik und der Gesellschaft nicht zuzulassen.

Aus diesem Grunde hat unser an diesem Wochenende in Leipzig tagende Bundeskongress den Krieg gegen die BR Jugoslawien und das Schicksal der Kosovaren zu seinem Schwerpunktthema gemacht.

An diesem historischen Datum wären wir gern an Eurer Seite, wie wir es auch als Mitaufrufer des breiten Friedensbündnisses zum Ausdruck gebracht haben, wollen aber mit unserer Arbeit an diesem Wochenende ein Signal in die Sozialdemokratie und hier vorallem an die friedliebenden Teile unserer Partei setzen."

Folgende Forderungen haben wir dazu beschlossen:

1. Die Bombardierungen der NATO müssen eingestellt werden.
2. Es muß unter Einbeziehung -des Sicherheitsrates, im Zweifelsfalle durch Beschluß einer außerordentlichen Generalversammlung - ein Mandat für eine robust bewaffnete UNO - Friedenstruppe geben, die eine Pufferzone zur Ermöglichung der Rückkehr der Albaner notfalls mit Waffengewalt errichten können muß.
3. An diesen UN- Truppen sowie an den vorbereitenden und begleitenden Schritten muß die russische Regierung voll beteiligt werden. Die Truppe darf sich nur aus UN- Mitgliedern rekrutieren, die nicht an den Bombardierungen auf Jugoslawien beteiligt sind.
4. Soldaten für die UN- Mission können aufgrund der historischen Situation nicht von der Bundeswehr gestellt werden.
5. Alle EU-Staaten müssen sich zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichten.
6. Es muß schnellstmöglich eine Konzeption zur Regulierung der existierenden und drohenden Konflikte auf dem Balkan entwickelt werden. Hierzu ist eine internationale Konferenz unter Ägide der OSZE einzuberufen.
8. Zu diesem Zweck müssen entsprechende Finanzmittel zur Entwicklung des Balkan bereitgestellt werden.
7. Die serbische Regierung muß die Autonomie für den Kosovo wiederherstellen und die Zwangsmaßnahmen gegen die Opposition zurücknehmen.
8. Die UÇK ist zu entwaffnen.



Neue Zeiten denken

Beschlüsse
Juso-Bundeskongress

Berlin
02. - 04. Juni 2000

Inhaltsverzeichnis

Neue Zeiten denken	3
Anstoß für eine Erneuerung, Demokratisierung und Öffnung der SPD	19
Rot-Grüne Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen jetzt konstruktiv zu einem Ende bringen	34
Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten	36
Kritik und Perspektiven des "Bündnis für Arbeit"	53
Solidarität mit der Gewerkschaft ÖTV	60
Die Zukunft der Rente solidarisch sichern!	61
Bildungsfinanzierung statt Populismus	65
Chance ergreifen – Wehrpflicht abschaffen	71
IUSY-Festival	78

Neue Zeiten denken

Manifest für die Politik junger SozialistInnen in der SPD

1. Die Sozialdemokratie auf der Suche nach der verlorenen Jugend?

Bei der Bundestagswahl 1998 hat auch die Mehrheit der jungen Generation grosse Hoffnungen in die neue Bundesregierung gesetzt und zum Regierungswechsel beigetragen. Im ersten Regierungsjahr hat die SPD jedoch erhebliche Einbußen bei JungwählerInnen hinnehmen müssen. Lag die Zustimmung bei der Bundestagswahl noch bei rund 35% (bei allen anderen Altersgruppen war sie höher), so sank sie bei der Europawahl auf 23%. Gerade die jüngste WählerInnengruppe geht auf kritische Distanz zur SPD. Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein lag die SPD im Bereich der 18-24jährigen - trotz CDU-Affäre - nur 2 Prozentpunkte vor der Union und 11 Prozentpunkte unter dem Ergebnis der nächsthöheren Altersgruppe der 25-34jährigen.

Aber auch die Mitgliederentwicklung der SPD gibt Anlaß zum Nachdenken: von den gut 85.000 Mitgliedern im Juso-Alter sind über die Hälfte älter als 30 Jahre. Unter 25 Jahren sind nur knapp 3% aller organisierten SozialdemokratInnen.

Einfache Antworten auf diese Entwicklungen sind kaum möglich. Vielmehr überlagern sich langfristige Trends und ein offensichtlicher Vertrauensverlust der SPD aufgrund der Politik des ersten Regierungsjahres. Diese Entwicklung verbietet für alle Verantwortlichen ein bloßes "weiter so". Unseres Erachtens ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen junger Generation und Sozialdemokratie auf zwei Ebenen zu erörtern.

Zum einen geht es darum, über die politische Praxis der SPD Vertrauen zurückzugewinnen. Für die gesunkene Zustimmung zur SPD trägt die Politik der Bundesregierung die maßgebliche Verantwortung. Zum einen wurden eindeutige Wahlversprechen zur Verbesserung der materiellen Situation vieler Jugendlicher - wie die ausreichende regionale Versorgung mit Ausbildungsplätzen oder die Strukturreform der Ausbildungsförderung - nicht eingelöst. Zum anderen haben die autoritäre Rhetorik ("Zu unserer Politik gibt es keine Alternative") und der allenfalls fragmentarische Kurswechsel dazu beigetragen, dass der SPD nicht mehr die Rolle einer politischen Alternativkraft zugeschrieben wird. Die Regierungsverantwortung muß als Chance verstanden werden, Jugend wieder von der Gestaltungskraft demokratisch legitimierter Politik zu überzeugen. Der durch die Skandale der Jahreswende 1999/2000 vertieften Legitimationskrise der "politischen Klasse" muß durch eine Politik entgegengewirkt werden, die die Interessen der jungen Generation ernst nimmt und vertritt.

Zum anderen geht es um die Mobilisierung der jungen Generation für eine weiterreichende linke Reformperspektive. Diese kann nicht allein durch Regierungshandeln oder gar zentralgesteuerte Kampagnen aus dem Willy-Brandt-Haus hergestellt werden. Die wesentlichen Impulse müssen aus der jungen Generation selber kommen. Hier stellen sich die Fragen nach dem Kern eines neuen Projektes und den zukünftigen politischen Organisationsformen. Eines ist aber klar: das langfristige Schicksal der Sozialdemokratie ist eng verbunden mit der Herausforderung, in der jungen Generation eine mate-

rielle und politische Spaltung in GewinnerInnen und VerliererInnen der gesellschaftlichen Umbruchentwicklung zu verhindern. Wir brauchen neue Solidarität in neuen Zeiten.

2. Jugend 2000

Die öffentliche Debatte über das Selbstverständnis der jeweils jungen Generation ist ausschnitthaft. Sie beschränkt sich zumeist auf spektakuläre kulturelle Ausdrucksformen oder Problemphänomene wie Drogenkonsum und Gewalt. Auch die gegenwärtige Selbst-Inszenierung einer "Generation Berlin" oder "Generation Golf" bleibt auf die Befindlichkeiten einer postmodernen, akademischen Jung-Elite reduziert. Eine differenzierte Analyse der Interessen- und Problemlagen der jungen Generation findet so gut wie gar nicht statt.

Dass es "die Jugend" nicht gibt, ist eine Binsenweisheit. Zu unterschiedlich sind soziale Lagen oder auch regionale und kulturelle Identitäten. Was die junge Generation heute eint ist, dass sie - mit deutlich unterschiedlichen Startchancen - ihr Leben in einer Phase der ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüche bewältigen muß.

Die Jugend im Jahr 2000 findet einen gegenüber den ersten Nachkriegsjahrzehnten deutlich veränderten Kapitalismus vor. Der wirtschaftliche Strukturwandel in Richtung Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, die Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses, die informationstechnologische Revolution, die "innere Landnahme" von Freizeitwelten durch kommerzielle Angebote prägen die junge Generation und bringen neue Chancen, aber auch neue Formen der Unsicherheit und - unter den Vorzeichen einer wirtschaftsliberalen Politik - auch soziale Spaltungen hervor.

Wesentlicher Kern des neuen Vergesellschaftungsmodus ist der Formwandel der Ware Arbeitskraft. Die zukünftige Arbeitsgesellschaft wird u.a. geprägt durch die massenhafte Verbreiterung der neuen Informationstechnologien. Neue Wertschöpfungsstrukturen und Arbeitsrealitäten werden von der jungen Generation unmittelbar aufgebaut und gestaltet. Wer heute einen Beruf erlernt und in das Erwerbsleben einsteigt, kann sich immer weniger sicher sein, diesen das ganze Leben lang auszuüben. Vielfach wechseln sich unterschiedliche Formen von Erwerbsarbeit ab. Die Anforderungen an Eigenverantwortlichkeit, an zeitliche und räumliche Flexibilität und kontinuierliche Weiterentwicklung der beruflichen Kompetenzen steigen. Zentral wird die Fähigkeit zur Selbstorganisation. Zwar gilt dies längst nicht für alle jungen Erwerbstätigen. Dennoch wird der Umbruch als historisch neue Situation wahrgenommen, die sich tendenziell verallgemeinert. Hinzu kommt: diese neuen Formen der Erwerbsarbeit werden subjektiv nicht ausschließlich als Problem, sondern auch als Steigerung der individuellen Flexibilitätsspielräume, Herauslösung aus tradierten Zwängen und damit als qualitativ neue Stufe der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit angesehen. Die in den flexiblen Kapitalismus hineinwachsende Generation ist sich dessen bewußt, dass es auch unter Rot-Grün kein Zurück in das angeblich "goldene Zeitalter" der fordistisch geprägten Nachkriegsgesellschaft geben kann.

Aber auch Alltagsrealität und Lebensweisen sind im Umbruch. Traditionelle soziale Milieus lösen sich auf und zunehmend weniger können die Biographien der Eltern Sicherheit und Orientierung für die eigene Lebensplanung bieten. Durch die informationstechnologische Revolution entstehen neue Formen der Informationsbeschaffung, der Kommunikation und auch der politischen Artikulation. Viele

Jugendliche haben durch PC und Internet subjektiv eine größere Veränderung oder sogar Bereicherung ihres Lebens erfahren, als durch irgendein Gesetz oder eine politische Massenbewegung.

Selbstverständlich sind die Chancen, den eigenen Lebensentwurf zu realisieren, ungleich verteilt. In den 60ern und 70ern hieß es: "Unsere Kinder sollen es einmal besser haben." Wohlfahrtsstaat und Bildungsreform haben den sozialen Raum geöffnet und den Kindern der alten Aufbaugeneration neue Aufstiegschancen ermöglicht. Während in den 80ern noch die Chance für progressive Politik gesehen wurde, an den Resultaten der Bildungsreform, der Individualisierung und der Pluralisierung der Lebensstile anzuknüpfen, hat im gleichen Zeitraum die konservative Politik zu einer Schließung des sozialen Raums, d.h. zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und einer Blockierung gesellschaftlicher Aufstiegschancen geführt. Die Notwendigkeit zur Selbstorganisation verschärft bestehende Chancenungleichheiten. Bildungssystem und Sozialstaat haben diese Entwicklung jedoch noch nicht nachvollzogen. Wer beim beschleunigten Tempo nicht mithalten kann oder will, droht in prekäre Randbereiche der Arbeitsgesellschaft abgedrängt oder ganz abgekoppelt werden.

Jugendliche sind früh konfrontiert mit der Konkurrenz um Bildungszugänge, Arbeitsplätze und individuelle Zukunftschancen. Wer heute 16 Jahre alt ist, kennt keine andere Situation, als dass der monatliche Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt der Arbeit mindestens einen Pegelstand von zwei Millionen angibt. Nach wie vor stehen in vielen Regionen nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Armut wird zu einem wachsenden Problem, das gerade Kinder und Jugendliche betrifft und die persönlichen Entwicklungschancen entscheidend prägt. Je mehr Freizeitaktivitäten kommerzialisiert werden, desto stärker werden vor dem Hintergrund von relativer Armut soziale und Spaltungen vertieft. Auch die Nutzung der modernen Informationstechnologien ("Generation @") bleibt überwiegend Jugendlichen mit ausreichender materieller Absicherung vorbehalten. Auf diese Ungleichheiten hat die Politik bislang keine ausreichenden Antworten gefunden. Während ein Teil der jungen Generation in der Lage ist, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, wird ein anderer Teil zunehmend sozial und kulturell marginalisiert.

Aus dieser sozialen Spaltung der jungen Generation droht auch eine politische Spaltung zu werden. Gerade benachteiligte Jugendlichen fühlen sich (zu Recht) von der Politik im Stich gelassen. Sie wenden sich von den Parteien ab, gehen überwiegend nicht zu Wahlen und vergeben somit ihre Möglichkeit, die Politik in ihrem Interesse zu beeinflussen. Die historische Verantwortung, dieser politischen Spaltung entgegenzutreten liegt vor allem bei der Sozialdemokratie.

Ein wesentlicher Irrglaube liegt u.E. in der Annahme, die junge Generation habe sich mit den herrschenden Verhältnissen abgefunden. Aus der Tatsache, dass linke Gesellschaftsentwürfe heute kritischer hinterfragt werden als in den 70ern, darf nicht der simple Schluß gezogen werden, dass die junge Generation nach rechts gerückt ist. Selbstverständlich haben 16 Jahre neokonservative Politik und die Ideologie des "Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied" ihre Wirkung hinterlassen. Weite Teile der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik sind in diese Richtung geprägt worden. Eine kritische Gegenöffentlichkeit findet kaum noch statt. Gleichzeitig verbergen sich ökonomische und politische Interessen angesichts der geopolitischen Veränderungen und der Konzentration wirtschaftlicher Macht durch neue Akteure z.B. auf den Finanzmärkten hinter einem Schleier der Anonymisierung.

Dennoch gibt es gerade in den modernen Milieus der jungen Generation erhebliche "Fortschrittspotenziale". Steigende Qualifikationsanforderungen in der Erwerbsarbeit, die Herauslösung aus tradierten sozialen Zwängen, der zunehmende Wunsch junger Frauen nach einer qualifizierten Erwerbsbiographie stehen in Widerspruch zu einer neoliberalen und autoritären Politik. Die steigenden Ansprüche an Partizipation, Individualität und die Entfaltung von Kompetenzen können nur im Rahmen einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik realisiert werden. Ebenso ist der Anspruch auf soziale Gerechtigkeit stark ausgeprägt.

Was gegenwärtig jedoch fehlt, ist politischer Druck der jungen Generation auf die Regierung. Die bestehenden Widersprüche werden im sozialen Umfeld diskutiert, aber sie finden kein gesellschaftliches Echo. Dennoch gelingt es immer wieder, zumindest punktuelle Aktivitäten zu entfalten. Die großen Mobilisierungsaktionen der Gewerkschaftsjugend mit vielen Tausend Jugendlichen haben den Konflikt zwischen Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit auf der einen und steigenden Gewinnen auf der anderen Seite in Zentrum gerückt. Die Studierendenproteste in Deutschland vor wenigen Jahren haben den Widerspruch zwischen neuen beruflichen Anforderungen und mangelnder Ressourcenausstattung und Modernisierung des Bildungssystems thematisiert. Die überwiegend von Jugendlichen getragenen Demonstrationen in den USA im Rahmen der WTO-Konferenz waren keine Proteste gegen "die Globalisierung", sondern gegen ihre unsozialen Auswirkungen vor allem für benachteiligte Weltregionen.

Der Linken ist es bislang jedoch nur unzureichend gelungen, diese Potenziale zu nutzen. Die Themen, Rituale und kulturellen Ausdrucksformen der Linken in Deutschland stehen vielfach in Widerspruch zu den Erfahrungen und Lebensweisen der jungen Generation. Eine neue Linke muß die neuen Widersprüche des flexiblen Kapitalismus thematisieren und politische Alternativen entwickeln.

3. Zur Debatte um Generationen(un)gerechtigkeit

Eine große Koalition zwischen Jung-PolitikerInnen nahezu aller Parteien, jungen MedienmacherInnen und der privaten Versicherungswirtschaft thematisiert seit mehreren Jahren die Frage der Generationengerechtigkeit. Die Grundthese lautet, dass die ältere Generation angesichts der demografischen Entwicklung und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf Kosten der jüngeren leben und daher Einschnitte v.a. in das System der sozialen Sicherung erforderlich seien. Vor allem entlang der Rentenfrage soll der bislang gültige Konsens des "Generationenvertrages" zugunsten einer stärkeren Individualisierung und Privatisierung der Alterssicherung aufgekündigt werden.

Auch die rot-grüne Bundesregierung griff auf die Thematisierung der "Generationengerechtigkeit" zurück, um ihr Sparpaket mit einem höheren Sinn zu versehen. Zwei Begriffe tauchen zunehmend wie siamesische Zwillinge auf: "Generationengerechtigkeit" und "Nachhaltigkeit". Beide weisen auf den Grundsatz hin, dass keine Generation auf Kosten der nächsten leben dürfe. Was für den Bereich der Ökologie einigen Sinn macht - so lassen sich verbrauchte natürliche Ressourcen, wenn überhaupt, nur in weitaus längeren Zeiträumen reproduzieren - taugt als Analogie jedoch nicht für die Ökonomie. Die Wirtschaft ist kein Feuchtbioptop.

Entscheidend für die materielle Lage aller Generationen ist das erreichte Niveau des Volkseinkommens. Entscheidend für die materielle Lage der privaten Haushalte - ob jung oder alt - ist die Verteilung dieses Volkseinkommens. Das gegenwärtige Niveau der Reichtumsproduktion basiert auf dem von ehemals und aktuell erwerbstätigen Generationen aufgebauten Realkapitalstock, dem Wissen, der öffentlichen Infrastruktur etc. Der Lebensstandard der Jüngeren ergibt sich demnach aus den Vorleistungen der älteren Generationen. Gegenstand des Generationenvertrages ist es, dass die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Generation auf Basis des jeweils erreichten Wohlstandsniveaus teilhaben kann. Finanziert wird die Alterssicherung aus dem jeweiligen Volkseinkommen der laufenden Periode.

Selbstverständlich wirkt sich die demographische Entwicklung bzw. die Alterung der Gesellschaft auf die Sozialversicherungssysteme aus. Lag der Anteil der über 60jährigen noch 1980 bei 19%, so wird er bis zum Jahr 2030 auf ca. 35% steigen. Dennoch ist auch im Jahr 2030 nicht die entscheidende Frage, wie groß der Anteil an RentnerInnen ist, sondern: Reicht der zu verteilende Kuchen, um allen Generationen einen größeren Wohlstand zu ermöglichen? Zudem ist die demographische Entwicklung kein Naturgesetz. Eine Politik, die mehr Einwanderung ermöglicht und die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert könnte zur Verjüngung der Gesellschaft beitragen.

Auch in der Debatte um die Haushaltspolitik ist das Generationenargument problematisch. Unzweifelhaft belastet eine wachsende Zins-Steuer-Quote kommende Generationen von SteuerzahlerInnen. Allerdings belastet eine Senkung der Staatsquote, die Rücknahme von Investitionen und Sozialausgaben mitnichten nur die ältere Generation. Oft ist das Gegenteil der Fall: die Rücknahme von investiven Ausgaben des Staates in Infrastruktur wirkt sich negativ auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung aus und belastet somit die jüngere Generation. Gerade im Bildungssystem bleiben erforderliche Investitionen und Einstellung von mehr Personal aus - auch dies geht v.a. auf Kosten der Jungen. Auch haben keineswegs nur ältere Erwerbslose unter einer Reduzierung der Sozialleistungen zu leiden. Zudem wird so getan, als würde eine steigende Staatsverschuldung Geld vernichten. Öffentlichen Schulden muß jedoch zwangsläufig privater Reichtum gegenüberstehen. Dieser ist jedoch höchst ungleich verteilt und reproduziert über den Generationenwechsel soziale Ungerechtigkeiten. Mittlerweile werden im Jahr über 400 Mrd. DM vererbt, d.h. von einer Generation an die nächste weitergegeben. Dass jedoch jede/r zweite nichts erbt und nach wie vor erhebliche Ungerechtigkeiten im Hinblick auf die soziale Herkunft existieren, gehört auch zur Realität der Generationengerechtigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ohne Zweifel eine Gerechtigkeitslücke. Diese ist aber eine interpersonelle und keine intergenerationelle. Mit anderen Worten: der Konflikt zwischen arm und reich, d.h. die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die hohe Massenarbeitslosigkeit sind die eigentlichen Probleme. Die stärkere Einbeziehung von Kapitaleinkommen in die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung und die Finanzierung der Sozialversicherungen wäre ein Beitrag auch zur Herstellung von Generationengerechtigkeit.

Insofern verschleiert die Debatte um Generationengerechtigkeit die eigentliche Probleme mehr, als sie gelöst werden. Es ist bezeichnend dass die wenigsten, die sich als Interessenverteter der jungen Generation profilieren, sich darum kümmern, welche aktuellen Chancen die jüngere Generation hat. Im Mittelpunkt müßten dann Kinder- und Jugendarmut, der Lehrstellenmangel, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, der schlechte Zustand der Bildungseinrichtungen, die rückständige Modernisierung der

beruflichen Ausbildung, die geringe Ausbildungsförderung, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Unmöglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Karriere, kurzum: die unzureichenden Chancen der Realisierung individueller Lebensentwürfe stehen.

Die Debatte um Generationengerechtigkeit trägt vor allem dazu bei, die junge Generation zu spalten. Während privilegierte Jugendliche gegen den Sozialstaat mobilisiert werden, bleiben benachteiligte Jugendliche sich selber überlassen. Wenn die Linke sich auf diese Debatte einläßt, tappt sie in die Falle der Wirtschaftsliberalen, deren strategisches Kalkül in der Zerschlagung des Sozialstaats über den Generationenwechsel liegt.

4. Unsere Alternative: Sozialismus der nächsten Generation

Der Kampf um die Köpfe und damit auch die Zukunftsfähigkeit der Linken entscheidet sich über den Generationenwechsel entlang der Sozialstaatsfrage gerade in den modernen ArbeitnehmerInnenmilieus. Entweder es gelingt, die neuen Arbeits- und Lebensrealitäten zum Ausgangspunkt für ein modernes linkes Gesellschaftsprojekt zu machen, oder die individuelle Flucht aus dem Wohlfahrtsstaat wird zunehmen. Die strategische Herausforderung für die Zukunft linker Politik besteht darin, der sich entlang der Sozialstaatsfrage vollziehenden Spaltung der jungen Generation gemeinsame Anknüpfungspunkte für eine solidarische und emanzipatorische Politik entgegenzustellen. Ein von der jungen Generation zu tragendes Emanzipationsprojekt müßte die erfahrbaren Widersprüche zwischen Ansprüchen auf der einen und die blockierten Realisierungschancen auf der anderen Seite thematisieren. Im Zentrum einer solchen Erneuerung muß der Anspruch auf individuelle Emanzipation und Partizipation stehen.

Strategisch geht es in diesem Zusammenhang für uns Jusos um zwei miteinander zu verzahnende Zielsetzungen:

Erstens geht es darum, der sozialen Spaltung der jungen Generation entgegenzutreten. Es gilt, die Interessen der "ModernisierungsverliererInnen" konsequent zu vertreten und eine Verbesserung ihrer Zukunftschancen zu erkämpfen. Nur dann, wenn ihre materielle Absicherung ausreichend ist und sie eine gestaltbare berufliche Zukunft haben, werden die meisten von ihnen überhaupt wieder eine positive Bezugnahme auf Politik vornehmen.

Zweitens müssen wir die strategische Herausforderung angehen, in der jungen Generation einen "Fortschrittsblock" zu organisieren. Wir müssen daran arbeiten, die fortschrittlichen Potenziale in der gesellschaftlichen (!) Mitte, d.h. vor allem die modernen ArbeitnehmerInnenmilieus für linke Politik der Zukunft zu gewinnen. Ihre Interessen und Ansprüche aufzugreifen, heißt nicht, die benachteiligten Teile der Gesellschaft zu ignorieren. Im Gegenteil: nur ein breites gesellschaftliches Bündnis ist in der Lage, die fortschrittliche Politik durchzusetzen. Auch der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit war nur als historisches Bündnis zwischen ArbeiterInnen und gesellschaftlichen Mittelschichten denkbar.

Wir setzen auf eine Politik für Zukunftschancen der jungen Generation und nicht auf einen Generationenkonflikt "alt gegen jung". Dabei ist uns klar: ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist eine Politik für Zukunftschancen illusionär.

Die Auseinandersetzung um den politischen Generationenwechsel ist eine zentrale Machtfrage. Daher ist es auch Aufgabe der Jusos, an der Stärkung einer jungen Linken in Politik, Wissenschaft, Medien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Bereichen zu arbeiten, d.h. jetzt die Basis für die hegemonialen Kämpfe der Zukunft zu legen und Schlüsselpositionen zu besetzen.

Wir Jusos können und dürfen nicht nur eine Kopie der vorangegangenen Generationen der Linken sein. Vor allem ist es ein kein Zukunftsmodell, die alten Strömungskämpfe der sozialistischen Linken permanent auf immer niedrigerem Niveau zu reproduzieren und in ritualisierten Binnenaussinandersetzungen Kräfte zu verlieren. Nur dann, wenn es uns gelingt, mit fortschrittlichen Potenzialen in der eigenen Generation in einer "organischen" Verbindung zu stehen, werden wir auch gesellschaftlichen Einfluß haben.

Wir müssen sozialistische Politik im Jahr 2000 neu definieren. Dabei geht es mitnichten darum, alle bisherigen theoretischen Ansätze und Forderungen über Bord zu werfen. Sie müssen aber im Hinblick auf die neuen Realitäten des Kapitalismus kritisch überprüft und ggf. weiterentwickelt werden. Dies erfordert zum einen Intensivierung der theoretischen und programmatischen Anstrengungen. Zum anderen müssen wir uns öffnen und unsere eigene Generation in die Debatte einbeziehen. Wir wollen eine Diskussion darüber führen, wie wir als junge Generation eigentlich in Zukunft arbeiten, leben und wirtschaften wollen. Wir werden diese Diskussion auf folgenden Leitbildern aufbauen:

1. Das eigene Leben gestalten: Ein gesellschaftliches Freiheitsverständnis, das sich nicht auf 24-Stunden-Banking und Privatversicherung reduziert, erkennt plurale und wechselnde Lebensformen an. Das Leitbild der "selbstbestimmten Lebensführung" steht für die Einlösung der in die Individualisierungstendenzen gesetzten Hoffnungen - und zwar für beide Geschlechter. Hierzu muß der Tatsache Rechnung getragen werden, dass bisherige Erwerbsbiographien, Lebensweisen und Familienstrukturen diesem Anspruch Grenzen setzen. Es geht vor allem um die Ausweitung der Vielfalt an verlässlichen Wahlmöglichkeiten, sein eigenes Leben zu organisieren. Hierzu gehört zunächst eine ausreichende finanzielle Absicherung.

2. Neues Arbeiten - Kompetenzen für die Zukunft: Der Ohnmacht der jungen Generation gegenüber der Standortlogik muß durch die Stärkung des Selbstbewußtseins als ProduzentInnen begegnet werden. Zu thematisieren ist der Widerspruch zwischen den formalen Rechten von StaatsbürgerInnen und den mangelhaften Rechten als ArbeitnehmerInnen. Es geht einerseits um die Ermöglichung von einklagbaren sozialen Ansprüchen auf verkürzte Arbeitszeiten, temporäre Heimarbeit, Weiterbildung usw. Andererseits geht es um die Stärkung und die Mobilisierung der beruflichen Kompetenzen für die schrittweisen sozialen und ökologischen Umbau der Produktions- und Lebensweise durch die Ausweitung von Mitbestimmungsrechten bezüglich der Arbeitsorganisation, der Produktion etc.

3. Neues Wirtschaften: Wir wollen keine Welt, in der die einen von Aktiengewinnen leben und die anderen mit Billiglöhnen abgespeist werden. Die Menschen in den Fabriken, Werkstätten, Büros oder Bildungseinrichtungen arbeiten und erzeugen Werte. Auch das Erziehen von Kindern oder die Pflege von Menschen ist eine Leistung und schafft mehr Wohlstand. In einer gerechten Gesellschaft wird Arbeit und Leistung mehr belohnt, als das Zocken im globalen Casino-Kapitalismus. Die neuen Formen der Verfügung über Aktienkapital erfordern neue Regeln und eine Stärkung der demokratischen

Gestaltung von Wirtschaft. Erforderlich sind mehr Entscheidungsmöglichkeiten darüber, was und wie produziert wird. Unser Verständnis von Innovationsförderung richtet sich danach, welche Produkte und Dienstleistungen Sinn machen und ökologisch verträglich sind. Erforderlich ist ein ökologischer Strukturwandel, der regionale Wirtschaftskreisläufe und eine nachhaltige Entwicklung stärkt. Wir wollen den Gegensatz zwischen staatlicher Bürokratie und profitorientierter Marktwirtschaft überwinden. "Neues Wirtschaften" heißt: wirtschaftliche Initiativen auf lokaler Ebene zu stärken, die auf gesellschaftliche Bedürfnisse ausgerichtet sind.

4 . Bildung für die Zukunft: Ein neuer Anlauf der Bildungsreform muß zunächst das Prinzip der Chancengleichheit realisieren. Neben einer ausreichenden Absicherung gehört die Überwindung anachronistischer selektiver Bildungsstrukturen zu der wesentlichen Herausforderung. Eine Bildungsreform muß auch der Tatsache Rechnung tragen, dass sich die Arbeitsgesellschaft gravierend geändert hat und die Bildungsphase bereits als Gleitflug in die Erwerbsarbeit verstanden wird. Die Bildungslaufbahn muß früher mit der Erwerbsperspektive verzahnt werden und emanzipatorisches Bewußtsein im Produktionsprozeß stärken. Bildung der Zukunft muß die Förderung von Selbstständigkeit, Eigeninitiative und Solidarität mit einander verbinden. Neue Formen wie das Arbeiten an Projekten und Teamwork oder auch die Ausstattung mit moderner Technologie wollen wir nicht der zufälligen Initiative überlassen, sondern muß Bestandteil eines modernen Bildungssystems werden.

5. Aktivdemokratie und Teilhabe: Wir wollen keine Zuschauer- und Nachplapperdemokratie. Eine Gesellschaft, die kritiklos übernimmt, was so genannte Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien erzählen, basiert nicht auf einer lebendigen Demokratie. Demokratie lebt davon, vorherrschende Strukturen und Argumentation in Frage zu stellen und die eigenen Interessen anzumelden. Wir setzen auf eine Aktiv-Demokratie. Jeder Ort, an dem Menschen zusammenkommen, leben und arbeiten soll auch ein Ort der politischen Willensbildung sein. Demokratie darf nicht auf den bloßen Wahlakt alle paar Jahre reduziert bleiben, sondern muß gesellschaftliches Prinzip sein. Gerade neue Kommunikationsmedien wie das Internet ermöglichen neue Formen der Demokratie. Erforderlich ist daher ein gleichberechtigter Zugang zu den neuen Medien. Erforderlich ist eine Staatsreform, die mit weniger Bürokratie auskommt, aber mehr Transparenz und Teilhabe ermöglicht.

6. Unser Europa: Wir begreifen den weiteren Prozeß der europäischen Einigung als Projekt der politischen Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung. Nur durch die Überwindung von Unterbietungskonkurrenzen und Steuerdumping kann die Grundlage für einen europäischen Wohlfahrtsstaat des 21. Jahrhunderts geschaffen werden. Die EU muß zudem Vorreiter einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik und der Schaffung von Entwicklungsperspektiven für andere Weltregionen sein.

Im Rahmen des vom Juso-Bundesvorstand beschlossenen "Zukunftsprogramms 2000" wollen wir diese Leitbilder mit politisch interessierten Jugendlichen offen diskutieren und unsere Positionen weiterentwickeln. Wir begreifen das "Zukunftsprogramm 2000" bewußt als Diskussionsplattform und nicht als der Weisheit letzter Schluß.

5. Unsere Kampagne: Neue Zeiten denken

Mit der im Frühjahr 2000 gestarteten Zukunftskampagne der Jusos tragen wir diesen Überlegungen Rechnung. Wollen wir nicht nur für einzelne Positionen werben, sondern tatsächlich einen Beitrag zur Formierung der jungen Generation leisten, müssen wir die Kampagne offen gestalten und als Kommunikationsplattform auf Basis bestimmter Leitorientierungen begreifen. Unter dem Motto "Neue Zeiten Denken" werden wir ein diskursiven Prozeß über die Zukunftsansprüche unserer Generation anstoßen. Es geht um die Frage, wie wir uns Zukunft arbeiten, wirtschaften und leben wollen.

Im Rahmen der Kampagne formulieren wir folgende Ziele:

- Öffnung unserer Zukunftsdiskussion von links. Wir wollen ausgehend von der Leitfrage "Wir wollen wir in Zukunft arbeiten, leben und wirtschaften?" einen Dialog mit unserer eigenen Generation über die eigenen Ansprüche und die Erwartungen an Politik führen. Die Ergebnisse wollen wir in die anstehende Programmdebatte der SPD einfließen lassen.
- Entwicklung neuer Arbeitsformen. Wir wollen neue Ansätze des politischen Arbeitens jenseits von Sitzungen im SPD-Büro und Satzungsdebatten entwickeln. Es geht darum, interne Strukturen zu straffen und viel stärker dort agieren, wo Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Lebenssituation mit den Widersprüchen unserer Gesellschaft konfrontiert sind.
- Neue Netzwerke aufbauen. Wir wollen in unserem eigenen Lebensumfeld ergänzend zur klassischen Bündnisarbeit Kontakte zu interessanten Personen und Gruppen aufbauen und festigen.
- Generationenformierung. Vor allem geht es uns darum, unsere eigene Generation für linke Politik zu gewinnen und zu mobilisieren. Dabei sollten wir nicht immer den Eindruck vermitteln, dass wir alles besser wissen. Wir müssen uns als Plattform verstehen, die Impulse gibt und Impulse aufnimmt.

Wir werden auf drei Ebenen Diskussionen "von unten" anstoßen:

- ZukunftsEntwürfe. Unser Ideenwettbewerb für Studierende junge WissenschaftlerInnen soll einen Beitrag zur Einbindung junger wissenschaftlicher Kompetenz in die Zukunftsdiskussion leisten.
- Wir machen uns Arbeit. In regionale Innovationsnetzwerken zur zukünftigen Gestaltung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt wollen wir Kräfte für eine Reform der Arbeitsmarktpolitik bündeln.
- Es geht um Dich. In lokalen Ideenwerkstätten in Schulen und Betrieben wollen wir Ansprüche an die Arbeit der Zukunft aufgreifen.

Selbstverständlich kann mit der Kampagne der Jusos nur ein erster Beitrag zur Weiterentwicklung des Verbandes geleistet werden. Vielfach kann es aber - ob auf lokaler oder Bundesebene - gelingen, entscheidende Anstöße zu geben, die neue Ideen und neue Solidaritäten erzeugen. Damit wäre der erste Schritt getan.

Dies werden wir dann natürlich auch in die Programmdebatte der SPD einspeisen.

Die Programmdebatte kann eine Chance sein, den Durchmarsch zu Modernisierer zu stoppen. Wir werden unser Modell der Teilhabegesellschaft gegen ihre elitären Debatten um dritten Weg und neue Mitte setzen und da sich Qualität durchsetzt sehen wir gute Chancen unsere Konzepte zu verankern. Dies wird uns allerdings nur gelingen, wenn wir es schaffen eine Programmdebatte nicht in kleinen Zirkeln zu führen, sondern eine breit angelegte, möglichst regionale Diskussion zu führen. Jusos müssen sich in solche Diskussionen einmischen und sie dort anstoßen, wo sie bisher nicht geführt wird.

Die Jusos aus sich selbst heraus erneuern, die Kampagne umsetzen und sich in die Programmdebatte einmischen und unser Gesellschaftsmodell dort verankern sind die Aufgaben dieses Jahres. Wenn wir sie umsetzen, werden wir nicht nur neue Zeiten denken, wir werden auch an ihnen teilhaben!

Strategiedebatte

Wir Jusos haben die Notwendigkeit einer grundlegenden Strukturdebatte erkannt. 1971 haben die Jusos mit der Doppelstrategie die Grundlage für ihre Entwicklung als schlagkräftiger sozialistischer und feministischer Richtungsverband gelegt. Im Jahr 2000 ist es erforderlich, diese Diskussion neu zu führen, um die beschriebenen veränderten Rahmenbedingungen in unsere politische Strategie zu integrieren. Wir werden diese Diskussion solidarisch und konstruktiv führen. Das Ziel muss sein, im kommenden Jahr eine neue strategische Grundlage für einen erneuerten sozialistisch-feministischen Richtungsverband zu beschließen.

Dem Bundeskongress in Berlin lagen zwei unterschiedliche Ansätze für die künftige Ausgestaltung unseres Verbandes vor. Beide stellen Beiträge für diese Diskussion dar, ohne alle offenen Fragen beantworten zu können. Als solche sind sie zu Beginn der bevorstehenden Diskussion für alle Jusos zu publizieren.

Der Bundesvorstand ist gefordert, auf seiner ersten Sitzung nach diesem Bundeskongress einen gemeinsamen Ablaufplan für diese Strategiedebatte vorzulegen.

Weiterer Diskussionsprozeß:

Sonderausgabe update oder argumente

Im Rahmen einer Sonderausgabe des update oder der argumente soll der Diskussionsstand nach dem Bundeskongress 2000 dokumentiert und unter Einbeziehung aller vorgetragenen Positionen aufgearbeitet werden.

Problemanalyse

Wesentliche Voraussetzung für die weitere Strategieentwicklung und die Klärung der Handlungsfähigkeit ist es, einen objektiven Überblick über Themenschwerpunkte, Probleme und Strukturen des gesamten Verbandes zu bekommen. Der Bundesverband wird hierzu unter Beteiligung der Bezirke eine Problemanalyse vornehmen, die alle Ebenen, Regionen und teilautonomen Bereiche einbezieht.

Regionalkonferenzen:

Um die Strategiedebatte von unten zu führen und eine breite Problemanalyse zu ermöglichen, werden wir Vorbereitungskonferenzen in den Regionen abhalten. Die Ergebnisse werden zur Jahreswende im Bundesausschuß vorgestellt und diskutiert.

Strategie- / Zukunftskongress

Fortführung der Strategiedebatte; Feststellung eines Zwischenergebnisses; Präsentation der Ergebnisse aus der Zukunftskampagne; Prämierung Ideenwettbewerb „Zukunftsentwürfe“

Bundeskongress 2001

30 Jahre nach Hannover - Strategiedebatte für das 21. Jahrhundert
Abschluss durch Beschlussfassung über eine Strategieplattform

A6 neu (Stimmungsbild)

Jusos im 21. Jahrhundert: Zwischen Arbeiterliedern und World Wide Web - Captain Future oder Junge Garde des Proletariats?

Der Massenverband der 70er ist passé. Diese Feststellung ist sicherlich keine Sensation und auch das Horrorszenario, daß die Jusos aus demografischen Gründen in nächster Zeit 50 Prozent ihrer Mitglieder verlieren werden, war schon seit geraumer Zeit absehbar; hatte nicht eben gerade diese Entwicklung dazu geführt, daß Jusos neue Elemente der Jugendsprache wie Kampagnenorientierung und als deren Ausfluß die „Juso-Mitgliedschaft“, in ihr Repertoire aufnahmen? Die Frage ist, wieso es uns dennoch in den letzten Jahren nicht gelungen ist, den Verband auf personell hohem Niveau zu stabilisieren.

Ein wesentlicher Grund liegt darin - und auch dies ist keine neue Erkenntnis -, daß sich die wenigsten Jugendlichen bewußt für einen „Juso-Beitritt“, entscheiden, sondern daß die Entscheidung im wesentlichen von der Performance der SPD und ihrer Glaubwürdigkeit abhängt. Und der zweite Versuch von Münte, Machnig und Co., sich der Zielgruppe Jugend zuzuwenden, wird wiederum kläglich scheitern, wenn damit nicht der Vertrauensverlust Jugendlicher in die Politik wettgemacht werden kann. Hier hat die SPD in den letzten Jahren Potenzial verspielt. Noch 1999 assoziierten 51% der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren „Zukunft“, mit der SPD, dagegen nur 26% mit der CDU. Noch deutlicher ist der Unterschied beim Thema Gerechtigkeit (53% zu 24%) und gerade beim Thema Jugend hatte die SPD einen deutlichen Vorsprung (44% zu 16%) (vgl. Generation Bravo: Schröder rules! Grüne verlieren den Anschluß!, München, Juni 1999).

Relativ kurz nach der Bundestagswahl war festzustellen, dass die mehrheitlich sozialdemokratische Bundesregierung nicht nur "nicht alles anders", sondern auch nicht vieles besser machen wollte. Die anfängliche Euphorie, gerade bei den aktiven Jusos, zerschlug sich schnell - wurden doch die von uns gesetzten zentralen Themen wie Doppelte Staatsbürgerschaft, Atomausstieg und Umlage schnell vom Tisch gewischt. Dass Jusos bei ihrem Eintritt für den Politikwechsel vergessen, bzw. außer Acht gelassen hatten, dass Jugendliche, die unter 16 Jahren konservativer Politik aufgewachsen waren, einen Wechsel an der Spitze der Bundesrepublik zwar generell gut fanden, jedoch keine konkreten Vorstellungen hatten und haben, wie dieser Politikwechsel aussehen soll und vor allem, an welcher Stelle der "Reformstau" nun zuerst beseitigt werden sollte, stellt sich als Problem dar. Eine fehlende politische und gesellschaftliche Alternative der SPD in Zeiten der Opposition und eine sozialdemokratische Regierungspolitik, die anstelle Politik zu gestalten, sich ritualisiert alternativlos und Sachzwängen untergeordnet präsentiert, tragen und trugen dazu bei, dies zu verfestigen.

Die Reaktion darauf ist deutlich: Jugendliche verbinden inzwischen mit dem „Begriff Politik die Landschaft von Parteien, Gremien, parlamentarischen Ritualen, politisch-administrativen Apparaten, der sie [nur noch] wenig Vertrauen entgegenbringen.“ Genau hier müssen Jusos ansetzen, denn „ent-

scheidend ist [...], den Jugendlichen Ressourcen und Unterstützung zu bieten, ihre Zukunft zu meistern,, (Hauptergebnisse der 13. Shell-Jugendstudie).

Jusos - Staatsjugend aber nicht staatstragend

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen und vor der Herausforderung, die Kernaufgaben für den Verband der "Generation @" zu definieren und zu meistern, muß noch einmal selbstkritisch festgehalten werden, daß die Jusos - und da stehen wir der Partei in nichts nach - zwar auf den Sieg vorbereitet waren, aber nicht auf das Regieren. Eine Diskussion darüber, welche Aufgaben Jusos als Regierungsjugend zu erfüllen haben und wie sie damit umgehen, hat bis heute nicht stattgefunden.

Konnten Jusos sich in 16 Jahren Oppositionszeit in innerverbandlichen Grabenkämpfen ergehen, die sicherlich für außenstehende den Eindruck der Volksfront von Judäa gegen die jüdische Volksfront vermittelten, hatte bis zum Regierungswechsel niemand die durchaus guten Konzepte auf ihre Vermittelbarkeit überprüft bzw. haben Jusos verlernt, ihre Forderungen "runterzubrechen". Dies heißt aber nicht, daß unsere Konzepte nicht an den Lebensrealitäten Jugendlicher ansetzen würden, die Frage ist vielmehr, ob wir im medialen Zeitalter der Informationsflut noch in der Lage sind, Jugendlichen in zwei Sätzen zu erklären, was wir eigentlich wollen. Zum letzten mal gelang uns dies wohl an der Frage der Umlagefinanzierung, denn mit dem Slogan "Wer nicht ausbildet, muß zahlen" konnte nicht nur eine praktische Idee, sondern gleichzeitig auch eine Ideologie vermittelt werden, die zunächst uns selbst und dann auch andere begeisterte.

Damit soll nicht bestritten werden, daß wir an vielen Stellen inhaltlich erheblichen Nachholbedarf haben, so z.B. bei der Frage, wie wir unter dem Leitbild der Teilhabe mit den veränderten Ansprüchen der Menschen an Erwerbsarbeit umgehen, welche Konzepte von Wirtschaftsdemokratie wir der Ausweitung von "mitbestimmungsfreien Zonen" entgegensetzen und vor allem, wie ein emanzipatorisches Bildungskonzept in der Informationsgesellschaft jenseits von Elite-Denken und ökonomischer Verwertbarkeit aussehen soll.

Unseres Erachtens geht es für uns Jusos nun nicht darum, "Mut zum schlanken Verband" zu haben, sondern uns in der Funktion als Regierungsjugend auf unsere Stärken und Kernkompetenzen zu besinnen, diese auszubauen und sinnvoll zu nutzen.

Dazu gehört zum einen, daß wir auf die Erwartungen, die andere (Jugend)Verbände an uns haben und die uns durchaus als Andockstelle und politisch relevanten Akteur betrachten, gerecht werden müssen; hier sind in den letzten Monaten vielfach Chancen vertan worden (z.B. bei der Schily-Frage, Atomausstieg, Doppelte Staatsbürgerschaft, Bafög-Reform, etc.). Das heißt, daß wir an zentralen Themenfeldern öffentlich Akzente setzen müssen, die auch den Rahmen der kritischen Solidarität mit der Regierung sprengen, sich dabei aber nicht in Verbalradikalismus erschöpfen dürfen. Nur so kann es gelingen, Signale zu setzen, die eben andere kritische gesellschaftliche Akteure zum "Aufspringen" ermutigen; wir sollten unser Licht hier nicht unter den Scheffel stellen.

Zum anderen geht es darum, daß sich Jusos auch weiterhin im klassischen Dreiklang "Jugendverband - Parteijugend - sozialistischer und feministischer Richtungsverband" positionieren und diese "Einzigartigkeit im politischen Raum" offensiv vertreten müssen, denn gerade dieser Anspruch ist es, der uns von links-radikalen Sektierern und Ewig-Gestrigen unterscheidet.

Innerhalb der Partei finden sich Jusos in einer Doppelfunktion wieder. Einerseits als Verteidiger klassischer Mitgliederstrukturen und der Rechte der einzelnen Mitglieder gegenüber einer zunehmend

autoritär agierenden Parteiführung, die Parteistrukturen vornehmlich nur noch als Transmissionsriemen des Regierungshandelns begreift. Auf der anderen Seite müssen Jusos als Ideengeber agieren, die immer wieder linkssozialistische Vorstellungen in die Partei einspeisen. Eingetreten werden muss in einem Kompetenzwettbewerb, der die Parteibasis quasi als Schiedsrichter begreift, wenn Jusos SPD-Regierungen offen herausfordern, welches die zukunftsfähigsten, zielgerichtetsten Problemlösungen sind.

Dabei sind Jusos Teil einer, aber nicht ausschließlich Parteilinke. Das heißt, dass Jusos ihre Rolle in der Parteilinken behalten werden, aber sich über linkssozialdemokratische Forderungen hinaus positionieren müssen. Jusos müssen in der Partei die Rolle des inhaltlichen Linksaußen wieder wahrnehmen, ohne sich durch inhaltlich nicht haltbaren Radikalismus ihrer Glaubwürdigkeit zu berauben. Sie müssen das linke Feld eröffnen um den linken Kräften in der Partei wieder mehr Spielraum zu ermöglichen. Es gilt den schmalen Grad zu begehen, der Jusos als linkssozialistischen und feministischen Richtungsverband positioniert und ein ernst zu nehmenden politischem Diskussionspartner bleiben lässt.

Zielgruppe - das eine tun ohne das andere zu lassen

Wie in vielen Papieren schon festgestellt, wird es uns nicht ohne gesellschaftlichen Druck gelingen unsere Forderungen durchzusetzen. Daher werden wir zu einer neuen, verbesserten Form der Bündnisarbeit kommen und uns auch neuen Bündnispartnern zuwenden. Dies ist nicht der einfachste, aber der einzig mögliche Weg.

In der aktuellen Diskussion dreht es sich nun darum, ob wir nun die Peergroups, den erfolgreichen Broker der neuen Mitte ansprechen wollen, oder bei unserem eher klassischen Klientel verbleiben sollten.

Unseres Erachtens ist es sinnvoll, das eine zu tun ohne das andere zu lassen. Natürlich müssen wir die Peergroups, die Trendsetter und Meinungsmacher unserer Generation für uns gewinnen. Ihnen streben ja nicht nur die Teile der Jugendlichen nach, die wir in der neuen Mitte verorten würden, sondern auch die gesellschaftlichen Verlierer sehen in ihnen Vorbilder, die Erfolg haben und denen sie es nachtun wollen.

Das bedeutet aber nicht, dem teilweise in diesem Verband noch sehr ausgeprägten Elitedenken zu erliegen, sondern eine Strategie zu entwickeln, die sowohl den modernen, erfolgreichen und materiell abgesicherten Jugendlichen anspricht, als auch den Bogen zu den sozial schlechter gestellten, bis hin zu den Marginalisierten zu schlagen. Sicher ist dieser letztere Pfad im Moment nicht der ausstrahlungsfähigste, aber sollten wir ihn in unserer Politik nicht mitdenken und mitbehandeln verlieren wir unsere Legitimation und geben Land verloren, das wir nutzen können und auf dem große Potentiale brach liegen.

Trotz aller Schwierigkeiten, die sich bei der Mobilisierung von Marginalisierten ergeben, existiert die Chance, deren kollektiven Widerstand zu organisieren, sofern ihnen Unterstützung durch die Verbände, Vereine, politischen Träger und Bürgerrechtsbewegungen zuteil wird. Viel häufiger als früher werden Proteste sozial marginalisierter Gruppen und ihrer Verbündeten im öffentlichen Raum laut. Neue Akteure haben – neben den klassischen, wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen – die sozialpolitische Arena betreten. Ihre basis- und projektorganisierte Praxis, ihre organisatorische Orientierung an vernetzten Strukturen und ihre Bereitschaft zu Protest und zivilem Ungehorsam rücken sie in die Nähe dessen, was wir von den neuen sozialen Bewegungen kennen.

Mit Altwater ist zu einer Strategie der Regionalisierung plus Demokratisierung plus Aktivierung zivilgesellschaftlicher Akteure in einem umfassenden sozialen Diskurs zu raten, was nur heißen kann, möglichst viele Betroffene einzubinden. Arbeitslose und Arme müssen als politische Subjekte ernstgenommen und durch Selbstorganisation auch hierzulande zu einer sozialen Bewegung werden, wie sie z.B. die Arbeitsloseninitiativen in Frankreich bereits herausgebildet haben.

Gerade weil der Individualisierungsprozess persönliche Schuldzuschreibungen an die Betroffenen begünstigt und strukturelle Zusammenhänge verdunkelt, muss eine übergreifende Sichtweise gefordert und gefördert werden. Sozial- und politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle verdienen angesichts um sich greifender Theoriefeindlichkeit und "Politikverdrossenheit" mehr Beachtung. Mehr als drei Jahrzehnte nach der legendären Studentenrevolte wird es Zeit für einen neuen Aufbruch, für eine zweite Reformoffensive, die Gesellschaft auch jenseits parlamentarischer Willensbildungsprozesse betreibt, das Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes einzulösen versucht und weder vor herrschenden Autoritäten noch bestehenden Machtverhältnissen viel Respekt zeigt.

Durch die Rückkehr der "sozialen Frage" auf die politische Agenda wird die Konfliktorientierung in der sozialen und politischen Bildungsarbeit wieder aktuell, wobei sich diese neuen Spaltungstendenzen, Zielgruppen und gesellschaftlichen Polarisierungsmustern zuwenden muss, da sie quer zu den gewohnten "Klassenfronten" liegen.

Diese Bildungsarbeit werden Jusos nicht leisten können. Jusos werden auch nicht - so wünschenswert dies auch wäre - der organisierende Kern dieser neuen zivilgesellschaftlichen Akteure werden. Jusos müssen allerdings eben diese Potentiale nutzen um Druck entfalten zu können.

Das bedeutet, dass wir die Zusammenarbeit - vor allem auf kommunaler Ebene - mit z.B. Arbeitsloseninitiativen suchen müssen. Mit den real Betroffenen Politik zu machen kann unsere Forderungen und Konzepte besser legitimieren, als die wissenschaftlichste Abhandlung über Globalisierung und Wirtschaftsdemokratie.

Eine adäquate Form der Zusammenarbeit mit diesen Vereinen und Zusammenschlüssen zu finden, wird eine zentrale Form der neuen Bündnisarbeit der Jusos und eine Aufgabe des kommenden Jahres sein.

Der Verband im Wandel - Evolution statt Zerstörung

Wie bereits festgehalten, war das Bild von Jusos lange Zeit geprägt vom verbalen Schlagabtausch, der mehr den innerverbandlichen Ritualen und Schlagworten galt, als wirklichen inhaltlichen Auseinandersetzungen.

Dies scheint der Verband allerdings in großen Teilen überwinden zu wollen.

Jusos befinden sich im Wandel, der Verband befindet sich im Fluss, was weniger an inhaltlichen Positionen, als denn in der Organisation und der Verbandskultur erkannt werden kann. Auch ist die Zeit der Jusos als "LeistungsverweigererInnen" vorbei, denn die "geistig-moralische Wende" hat auch bei uns - und verstärkt noch bei den Frauen - bewirkt, dass persönliche Prioritäten anders gesetzt werden. Auch bei uns gibt es kaum noch jemanden, der/ die bis zum bitteren Ende, also dem Erreichen der Bioklippe, aktiv ist. Kaum noch jemand beendet sein Studium kurz vor oder nach 35, wie dies über viele Jahre üblich war. Gerade dies ist ein Grund dafür, dass der heranwachsenden "Juso-Generation" an Effektivität des politischen Handelns gelegen ist und dass sie mit ritualisierten Grabenkämpfen nichts mehr bzw. nur noch wenig anfangen kann.

Immer deutlicher wird, dass die Zeit der ideologischen Strömungen vorbei ist. An ihre Stelle treten regionale und inhaltlich arbeitende Bündnisse, die den Zweck haben die - auch im Verband - immer knapper werdende Ressourcen zu bündeln und effektiv zu nutzen.

Der Bundesverband muss an dieser Stelle als Clearingstelle agieren, und versuchen die verschiedenen inhaltlichen Positionen abzugleichen und einen gemeinsamen Kompromiss zu entwickeln.

Dies bedeutet nicht weniger inhaltliches Profil oder ein Abweichen von sozialistischen Positionen, sondern es ist die Erkenntnis, dass nur ein geeinter Juso-Verband ausstrahlungsfähig auf Jugendliche wirkt und Druck in die Partei entwickeln kann.

Sich auf gemeinsame Positionen zu einigen und die strittigen Punkte zu diskutieren und dann - gibt es keinen Kompromiss - abzustimmen ist die zwar selbstverständlich klingende, aber in unserem Verband nicht immer selbstverständliche gewesene Arbeitsweise, die sich in der letzten Zeit herausgebildet hat.

Ein so entstandenes Ergebnis als Gesamtverband zu vertreten ist dann die demokratische Konsequenz aus diesem Vorgehen.

Die Bezirke - und auch in stärkerem Maße die Unterbezirke - sind in der Pflicht mit inhaltlichen Konzepten in die Vorlage zu gehen. Der Bundesvorstand darf nicht der Vortänzer des Verbandes werden, genauso wenig, wie er die alleinige Hoheit über die inhaltliche Positionierung der Jusos bestimmen darf. Gerade da die Zeit der Showkämpfe vorbei ist, muß nicht nur die Zusammenführung der verschiedenen inhaltlichen Konzepte und die Auseinandersetzung darüber wieder in die dafür demokratisch legitimierte Gremien zurückgeführt werden. Diese Gremien müssen auch wieder in die Lage versetzt werden inhaltlich entwickeln zu können.

Für die Bundesebene gilt dies in besonderer Weise für den Bundesausschuss. Dieses Gremium der Bezirke muss in Zukunft viel stärker betont und nicht nur als Clearingstelle, sondern auch als inhaltlich entwickelnde Struktur genutzt werden.

Daneben ist der Bundesverband viel stärker als früher in der Pflicht politischer Dienstleister für seine Untergliederungen zu sein. Mit den Argumentationsleitfäden im neuen Update ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden.

Die Aufgabe des Bundesverbandes und auch seines Vorstandes ist nicht in erster Linie Papiere zu entwickeln, die in wissenschaftlichen Zeitungen veröffentlicht werden könnten (so begrüßenswert dies auch ist), sondern konkrete inhaltliche Fragestellungen zu beantworten und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die für die Arbeit der Untergliederungen vor Ort genutzt werden können.

Daneben gibt es die immer wieder gern geführte Debatte um neue Strukturen bei den Jusos. Fraglich bleibt aber, was an die Stelle des "traditionellen" Verbandes tritt, wie sich Jusos in Zukunft organisieren werden und welchen Typus von Verbandsfunktionär wir wollen.

Jugendliche, die bei Jusos Politik machen, wollen möglichst wenig von Vorständen und Vorsitzenden geführt werden. Daher müssen klare Werte im Sinne von Leitplanken vorgegeben werden, die aber möglichst weiten Spielraum für flexible Lösungen und eigenverantwortliches Handeln lassen.

Eine solche Verbandsführung setzt ein Menschenbild voraus, das die FunktionärInnen grundsätzlich als engagiert und leistungsbereit auffasst. Die Vorsitzende und Vorstände verstehen sich nicht mehr als Macher vor der Basis, sondern als Coach hinter ihnen.

Sachliche Führung genügt nicht mehr. Soziale Kompetenz sowie Entwickeln und Fördern der Aktiven werden zur zentralen Aufgabe der Führung.

In turbulenten Zeiten ist eine starre Hierarchie von oben nach unten oft zu langsam. Es sind also Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Funktionäre anregen, Neues auszuprobieren. Zu oft werden Nachwuchsleuten die Flügel gestutzt. Später ist man dann erstaunt, dass sie nicht mehr fliegen können.

Es geht um einen Abbau von Strukturen und Hierarchien, um eine bessere Vernetzung und Kommunikation im Verband, bei gleichzeitiger möglicher Teilhabe aller am politischen Prozess. Dafür wird es kein statisches Modell geben können, sondern die Gliederungen werden die für sie passende Struktur selbst entwickeln müssen.

Daneben wird es eine zentrale Frage sein, wie wir fachliches Know-how jenseits von Mitgliedschaften in den Verband einbinden können.

Wenn Jusos so spannend und ausstrahlungsfähig sind, dass es sich für Außenstehende wieder lohnt ihre fachliche Kompetenz einzubringen, so muss man dafür die geeigneten Möglichkeiten schaffen. Dies bedeutet eine Art Beraterumfeld aufzubauen, die für Jusos bei verschiedene Fragen zur Verfügung stehen.

Allerdings gilt auch hierbei, Jusos sind ein Mit-mach-Verband und werden niemanden verwehren sich inhaltlich in die Arbeit einzubringen, entscheiden werden aber weiterhin die dafür gewählten Gremien und nicht Fachexpertenrunden.

Der Bundesverband wird die Bezirke und Unterbezirke (gerade in strukturschwachen Gebieten) bei einer Debatte um neue, effizientere Strukturen und bei dem Aufbau eines Beraterumfeldes unterstützen, ihnen beratend zur Seite stehen und Modellprojekte fördern. Fordern und fördern ist auch hier der Schlüssel.

Jedenfalls müssen die Jusos Raum bieten für Heterogenität, nicht für elitäre Konformität. Eben zwischen "Arbeiterliedern", also traditionalistischen Elementen, die einen zentralen Bestandteil unserer Identität ausmachen und weder aufgegeben werden können noch sollen, und World Wide Web.

Neue Zeiten denken

Die Debatte um die Zukunft des Verbandes muss möglichst breit geführt werden. Die Rollen und Aufgaben der einzelnen Gliederungen und ihre Struktur werden zum Teil nach den genannten Anforderungen neu definiert werden müssen. Dies muss in unseren Augen in einem evolutionären Prozess geschehen: Funktionierende Strukturen werden erhalten, andere neu entwickelt.

Es muss allerdings deutlicher werden, wer was leisten muß und in welcher Form man die verschiedenen Ansätze zusammenführt und weiterentwickelt.

Einen solchen Prozess anzustoßen soll dieses Papier leisten, die Diskussion wird dann im Verband geführt werden müssen und sollte in den offiziellen Gremien des Bundesverbandes ihren Widerhall und Konsequenzen finden

Anstoß für eine Erneuerung, Demokratisierung und Öffnung der SPD

Spätestens die Landtagswahl im sozialdemokratischen "Stammland" NRW hat strategische Schwächen der SPD offengelegt. Selbst in einer Situation, in der die CDU durch die Nachwirkungen der Spendenaffäre demoralisiert und demotiviert am Boden lag, in der durch die konsequente Medieninszenierung der Wirtschaftsaufschwung die wirtschaftspolitischen Schlagzeilen beherrschte und mit Wolfgang Clement ein sozialdemokratischer Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten antrat, der seinen Herausforderer im persönlichen Vergleich um Längen schlug, ist es nicht gelungen, den Stimmanteil der SPD zu halten oder gar die Zustimmung bei den WählerInnen an Rhein und Ruhr zu stabilisieren. Im Gegenteil die Sozialdemokratie droht selbst hier ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit zu verspielen.

Wir werten dies als ernstes Signal, bestätigt sich doch die Tendenz der vergangenen – noch dramatischer ausgefallenen – Wahlergebnisse auf Länder- und Kommunalebene. Der SPD ist es bisher nicht gelungen, ein ausstrahlungsfähiges Zukunftsprojekt, das die Gestaltung des ökonomischen Strukturwandels mit mehr sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit verknüpft, zu entwickeln. Gleichzeitig ist die SPD als Partei meilenweit von einer Kampagnen- und Diskursfähigkeit entfernt.

Sicherlich resultiert dies vielerorts aus der völligen Entkopplung der Organisation von ihrem zivilgesellschaftlichen Umfeld, tragen personelle Auszehrung, Personalquerelen und Ritualisierung dazu bei, die Funktionsweise und das Bild der SPD als ernstzunehmender politischer Akteur nachhaltig in Frage zu stellen. Diese Aufstellung der Partei vor Ort, inzwischen jedoch auch bis in Bezirke und Landesverbände hinein, steht jedoch ebenso als Konsequenz der organisationspolitischen Strategie und Agieren der Parteiführung der vergangenen 10 Jahre: Die Zurückdrängung innerparteilicher Demokratie, von Räumen der Mitbestimmung und Einbringungsmöglichkeiten ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Vor dem Hintergrund dieser drei Befunde, der bisher nicht gelungenen Formulierung eines ausstrahlungsfähigen politischen Projekts und Diskurses, der zunehmenden gesellschaftlichen Entkopplung der Organisation und einer durch die Parteispitze verordneten und exerzierten Strategie der Entdemokratisierung und Verschlankung, gilt es die Ursachen differenziert zu betrachten, Wirkzusammenhänge zu verdeutlichen. Eine konsequente Neubestimmung muss die bestehenden Strukturen jedoch radikaler in Frage stellen und vor allem Programm- und Strukturfragen zusammendenken.

1. Schwächen der SPD bei den vergangenen Landtagswahlen:

Auch wenn die Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen für die SPD weit undramatischer ausfielen als beispielsweise in den ostdeutschen Bundesländern und bei der Kommunalwahl in NRW, so zeigen sich doch die gleichen Schwächen. Wir sehen drei Trends verstetigt:

Die SPD hat eine Mobilisierungsschwäche

In NRW hat die SPD gegenüber 1995 über 620.000 WählerInnen verloren. Die 43,3% NichtwählerInnen gehören zum großen Teil zur "sozialdemokratischen Klientel". Es ist zwar grundsätzlich eine stärkere Mobilität der WählerInnen und ein Abbröckeln von Stammwählerschaften und Traditionsmilieus zu erkennen, jedoch gelingt es der SPD immer weniger die vorhandenen Potenziale auszuschöpfen.

Das durch den sozio-ökonomischen Wandel sicherlich kleiner werdende Klientel der traditionellen Arbeitnehmerschaft ist in seiner strategischen Bedeutung für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie mithin nicht zu unterschätzen. Die SPD gibt sich gerade in den Ballungsräumen einer Illusion hin, wenn sie ernsthaft annimmt, als sozialliberales Schrumpfmotiv Mehrheiten sichern und wieder erlangen zu können.

Deshalb ist die Wahlabstinentz gerade (aber nicht nur) in diesen Bereichen für die Sozialdemokratie ein strategisches Problem.

Die SPD hat eine Schwäche bei JungwählerInnen

Bei der Landtagswahl Schleswig-Holstein lag der Anteil der JungwählerInnen 10 Prozentpunkte, bei der Landtagswahl in NRW 9 Prozentpunkte unterhalb des Gesamtergebnisses. Wir verlieren junge Erwachsene vor allem an das "Lager der NichtwählerInnen", zum Teil aber auch an die bürgerlichen Parteien.

Einfache Antworten auf diese Entwicklung sind kaum möglich. Vielmehr überlagern sich längerfristige Trends und ein offensichtlicher Vertrauensverlust der SPD aufgrund der Politik des ersten Regierungsjahres. Zum einen wurden eindeutige Wahlversprechen zu Verbesserung der materiellen Situation vieler Jugendlicher - Verbesserung der regionalen Versorgung mit Ausbildungsplätzen und der Ausbildungsförderung bspw. - nicht eingelöst. Zum anderen haben die autoritäre Rhetorik - es gibt keine Alternative - und der allenfalls fragmentarische Kurswechsel dazu beigetragen, dass der SPD nicht mehr die Rolle einer Alternativkraft, die von der Gestaltungskraft demokratisch legitimer Politik überzeugt ist und überzeugt, zugetraut wird.

Hier entwickelt sich am deutlichsten die auch in anderen Wählergruppen anzutreffende Mischung aus Resignation, individuellen Lösungsstrategien und Zynismus gegenüber dem Gestaltungswillen und der Gestaltungskraft von Politik. So unterschiedlich die materielle Stellung und Selbstpositionierung in dem prinzipiell für die Sozialdemokratie erreichbaren Teil der jungen Generation ist, ihnen ist eine hohe Erwartung an eine neue Bundesregierung gemein - sie finden sich jedoch in ihrer Erwartung, teils in ihrer Befürchtung bestätigt, dass Politik keine Veränderungen oder gar Verbesserungen bewirken kann. Gerade der jungen Generation fehlt der politische Entwurf. Sie sieht ihre Interessen von der SPD nicht vertreten. Dies wird besonders deutlich an der Frage der sozialen Sicherung, insbesondere der Rente.

Die SPD hat eine Diskurs- und Kampagnenschwäche

Die politische Agenda und die auf Bundes- und Länderebene diskutierten und entschiedenen Themen werden von der aktiven Mitgliedschaft vor Ort nur bedingt nachvollzogen. Lokale Themensetzungen und Aktionsformen sind zunehmend beliebig und nicht mehr eingebunden in übergreifende Zukunftsdiskurse. Die Vorstellung einer auch nur ansatzweise an einer gemeinsamen Reformperspektive arbeitenden Sozialdemokratie ist eine reine Wunschvorstellung. Dies macht sich in Wahlkämpfen besonders bemerkbar.

2. Das Mobilisierungsproblem ist ein Erneuerungsproblem: die Ursachen

Der erklärende Verweis auf die Partei-Affären der letzten Monate ist sicher nicht falsch. Aber er verstellt den Blick auf tieferliegende Ursachen. Das Mobilisierungsproblem, das die Sozialdemokratie daran hindert, gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich zu versammeln, ist ein Erneuerungsproblem. Wir verstehen „Erneuerung“ nicht als Bilderstürmerei, sondern als klare Benennung von Defiziten in Programmatik, der strategischen Aufstellung und der Parteiorganisation mit dem Ziel einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad für die SPD als Partei zu beschreiben. Im Kern ist die mangelnde Mobilisierung auf ein zentrales Problem zurückzuführen. Die SPD verfügt zwar über hohe Kompetenzwerte und inszeniert hochprofessionell Personen an ihrer Spitze. Sie ist aber nicht Trägerin eines Zukunftsdiskurses, der in der Lage ist, breite WählerInnenschichten zusammenzuführen, wie dies z.B. bei der Bundestagswahl 1972 bei einer Wahlbeteiligung von 91,1%, einem Stimmergebnis von 45,8% für die SPD und 153.426 (davon rund 100.000 unter 35 Jahren) neuen Mitgliedern im Wahljahr gelang. Im Einzelnen stellen wir folgende Ursachen fest:

Eine Politik der Demobilisierung sozialdemokratischer Wähler

Die SPD hat sich in Zeiten ökonomischer und gesellschaftlicher Umbrüche noch nicht positioniert. Ihr fehlt das ausstrahlungsfähige, originär sozialdemokratische Integrations- und Modernisierungsprojekt über Einzelmaßnahmen hinaus. Es gibt zwar einen zudem sehr eng an neoliberale Argumentationen angelehnten sozialdemokratischen Krisendiskurs, ein Zukunftsdiskurs, der breite gesellschaftliche Gruppen in ihren Ansprüchen und Interessen mitnimmt und Leitbilder ihrer politischen Gestaltbarkeit und Durchsetzung entwickelt, fehlt jedoch vollständig. Maßnahmen wie Haushaltskonsolidierung oder Unternehmensteuersenkung eignen sich jedoch - und zwar unabhängig von der Frage, wie man wirtschaftspolitisch zu ihnen steht - nicht zur Mobilisierung von Mitgliedschaft und/oder WählerInnen.

Das zentrale Problem einer auf Mobilisierung setzenden sozialdemokratischen Strategie ist mithin, dass die Krisendiskurse "Sachzwang Standortsicherung" und eng mit ihm verbunden „Sachzwang Sparhaushalt" zwar von einem großen Teil der sozialdemokratischen WählerInnen akzeptiert werden, aber mangels positiver Gestaltungsoptionen das Gegenteil von Mobilisierung eintritt: Resignation und Abkopplung bei einem Teil potenzieller WählerInnen, Zynismus und bei einem anderen Teil. Das Vertrauen in die politische Gestaltbarkeit der Zukunft tendiert insbesondere bei denjenigen, die materiell darauf angewiesen sind und denjenigen die hohe Ansprüche an Mitbestimmung und Mitverantwortung setzen, gegen Null.

Politische und kommunikative Strategie: Fehlanzeige!

Es fehlt eine politische und kommunikative Strategie, um große Teile einer differenzierter gewordenen Gesellschaft für ein sozialdemokratisches Projekt zu gewinnen. Der SPD scheint nicht so recht klar zu sein, wer sie wählt und warum eigentlich. Teilweise fällt sie auf ihre eigenen Wahlslogans herein.

Lässt man sich an dieser Stelle auf die Begrifflichkeit der „Neuen Mitte“ ein, so scheint eine extreme Fehlinterpretation vorzuliegen, um wen es sich dabei handelt: Man verwechselt die real existierende gesellschaftliche Mitte offensichtlich mit der Schickeria der Stehtischempfänge in Berlin und verstellt sich so den Blick auf die wahren Lebenslagen und Interessen dieser Gruppe. Ein darf aufgebautes Mobilisierungskonzept beleidigt zwangsläufig eher den Verstand als das es die Herzen gewinnt.

Die Frage der politischen Blockbildung beantwortet sich nicht nur in der Bezugnahme auf aufgeklärte Mittelschichten, sondern auch inwieweit es gelingt, die vom ökonomischen Strukturwandel in ihren Arbeits- und Lebensverhältnissen betroffenen Gruppen mitzunehmen. Über ihre Interessen und Lebenslagen existieren in vielen Köpfen eher Karikaturen als fundierte Analysen.

Entmachtet und hohl: Die Parteistruktur

Die klassischen Parteistrukturen sind kaum noch der Ort, an dem Zukunftsentwürfe diskutiert und Meinungen gemacht werden. Längst sind andere Orte wie Experten-ThinkTanks, Verwaltungen und Medien aber auch einzelne fachliche Initiativen oder neue über moderne Informationstechnologien gestützte Formen an ihre Stelle getreten. Selbst Parteitage vollziehen nur noch nach, was in der "Staats-SPD", also der Regierung, den Verwaltungen und z.T. auch den Fraktionen entwickelt wird.

Es handelt sich dabei nicht nur um eine zwangsläufige, durch das Unvermögen einzelner Organisationsstrukturen vor Ort bestimmte Entwicklung, sondern auch um das gewollte oder ungewollte Ergebnis eines politischen Prozesses, den wie als „Entdemokratisierung von oben“ bezeichnen wollen.

Zweifelsohne stand die SPD am Beginn der 90er Jahre vor dem Problem als nur lose verkoppelte Anarchie mit einer „Riege schmucker Ministerpräsidenten“ keine Wahlen auf Bundesebene gewinnen zu können, und selbstverständlich erfordern eine veränderte Medienlandschaft und neue Formen der politischen Kommunikation eine entsprechende Erneuerung der Partei, jedoch können wir gerade diese in den Bemühungen seit Beginn der 90er nicht erkennen. Eine zunehmend autoritärer agierende Parteiführung, die Auslagerung fast aller politischer Entwicklungs- und Entscheidungskompetenzen und eine hochprofessionelle politische Kommunikation sind nur unzureichende Hilfskonstruktionen für die ungeklärte Frage der Zukunft der politischen Parteien als solche. Auch hier darf man sich nicht auf seine eigenen Kampagnen über die Zukunftsfähigkeit solcher Modelle täuschen lassen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht bestreiten, dass eine Professionalisierung des Apparats und eine Inszenierung von Personen und Themen notwendige Bestandteile einer Erneuerungsstrategie sind, wir bestreiten jedoch, dass sie eine hinreichende Aufstellung für die Sozialdemokratie gewährleisten, die eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit ermöglicht. Ebenso steht die genannte Strategie in der Gefahr zu Lasten von Demokratie, Beteiligung und Diskurs zu gehen. Genau dies gilt es zu vermeiden, das Gegenteil ist erforderlich: die Rückkehr der Politik in die Parteiorganisation.

Hieraus folgt auch das Fehlen einer ebenenübergreifenden politischen Agenda: Ohne klares sozialdemokratisches Projekt und ohne Diskurs darüber, ist das Handeln der jeweiligen Parteiebenen weitgehend beliebig und „orientierungslos“ und trägt somit dazu bei, dass immer stärker vermeintliche regionale oder lokale „Sachzwänge“ die Ausprägung einer sozialdemokratischen Standortpolitik auf kommunal- und landespolitischer Ebene befördern. Im Ergebnis führt dies u.U. dazu, dass sich die sozialdemokratischen Politiken der einzelnen Ebenen konterkarrieren.

1990 ist die SPD zum wiederholten Male gestartet sich organisationspolitisch zu erneuern. Trotz zahlreicher Kommissionen und Projektgruppen zum Thema Parteireform stagniert die strukturelle Modernisierung. Einige Gliederungen sind kulturell in den 60er Jahren stehen geblieben. Sozialdemokratische Lieblingsbegriffe wie "lebendiger Ortsverein" oder "Mitglieder- und Programmpartei" werden zwar als Monstranz hochgehalten, aber in zu vielen Fällen nicht praktisch umgesetzt. Parteiwelten schotten sich zunehmend vor der realen Welt ab, beschäftigen sich mit sich selber, verwalten die politische Arbeit, üben sich in Pöstchenschiebereien und werden nach außen kommunikationsunfähig.

Die Arbeits- und Lebensrealitäten und damit auch die Ansprüche der Gesellschaft an politische Partizipation haben sich gewandelt und stehen zunehmend im Widerspruch zu den Parteistrukturen. Die Organisationsformen schließen ganze Bevölkerungsgruppen aus der parteipolitischen Arbeit aus. Die Alters- und Sozialstruktur der aktiven SPD-Mitgliedschaft sowie der KandidatInnen für Mandate hält mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht Schritt. Vor allem ArbeitnehmerInnen in modernen Dienstleistungsberufen finden sich kaum in der SPD. Auch sind Frauen in der SPD nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.

Werden diese Probleme nicht konsequent angegangen, werden Mitgliedschaft und WählerInnenbasis der SPD zunehmend prekär. Durch mit hohem Aufwand inszenierte Spitzenpersonen und günstige konjunkturelle Entwicklungen kann dies auch nur kurzfristig und einhergehend mit einer erheblichen Schwächung demokratischer Entscheidungsprozesse aufgefangen werden. Es drohen weitere Entpolitisierungen und die Stärkung rechtspopulistischer Kräfte. Die Etablierung einer Partei links von der SPD kann auch in Westdeutschland nicht auf Dauer ausgeschlossen werden.

3. Demokratisierung der Gesellschaft

Soziale Demokratie

Eine konservative und marktfundamentale Angebotspolitik versteht den Umbruch zur Informationsgesellschaft als Übergang von der vorgeblich "arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft" zur "unternehmerischen Wissensgesellschaft". Also gestaltet sie ihn als Prozess, in dem "arbeitnehmerzentrierte" - das heißt sozialstaatliche - Strukturen und Standards zerstört werden, um die Logik der reinen Marktwirtschaft freizusetzen, welche die Wege in die neue unternehmerische Gesellschaft allein - also vorgeblich unpolitisch - regulieren soll. Ein Grossteil der Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft wird mittlerweile durch die so marktvermittelte Technik selbst "kommuniziert". Deren schnelle Verbreitung setzt gegenwärtig einfach Fakten, ohne dass es hierzu eine ausreichende politische Diskussion um Ziele und Leitvorstellungen gäbe.

Demgegenüber stehen gesellschaftliche Reformprojekte, welche die neue Wirklichkeit "Informationsgesellschaft" mit Zielen wie demokratischen Teilhabe, soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Chancenerweiterung, humane Arbeit, Selbständigkeit und Selbstbestimmung, Schutz, Integration und Nachhaltigkeit verknüpfen. Sie setzen auf gesellschaftliche Initiative und Politik. Die Umrisse eines solchen Projekts einer sozialen, demokratischen und ökologisch aussichtsreichen Informationsgesellschaft sind erst in Ansätzen sichtbar. Doch es gibt schon heute zahlreiche Beispiele auf den verschiedensten Ebenen, die zeigen, dass ein anderer politischer Weg gegangen werden kann und die Perspektive eines wirklichen politischen Wechsels realistisch ist.

Mit guten Gründen steht in unserer Verfassung im Art. 20, 1: "Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat." Über den Sozialstaat hat sich die deutsche Bevölkerung mit den Prinzipien einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung versöhnt. Der Sozialstaat ist so etwas wie die geheime Geschäftsgrundlage der Demokratie. Nachweislich ist wirtschaftliche Produktivität dort am höchsten, wo nicht Billiglöhne gezahlt werden, sondern das Lohnniveau hoch ist. Menschen, die nicht alltäglich Existenznot leiden, arbeiten mehr und besser, beteiligen sich intensiver, wenn es um die gemeinschaftlichen Angelegenheiten geht. Wo Not und Elend wachsen, wachsen dagegen Kriminalität und Vandalismus und damit auch die Interaktionskosten der Ökonomie.

Die Parole "Mehr Demokratie wagen!" muss daher heute ergänzt werden durch die Forderung: "Mehr soziale Demokratie wagen!" Ohne ausgleichende Gerechtigkeit kann keine Demokratie stabil bleiben, geraten auf Dauer auch Zivilität und Wohlstand in Gefahr. Die wachsende Zahl derer, die sich nicht mehr an den Wahlen beteiligen, weil sie ihre Interessen von Parteien und Politikern nicht mehr wahrgenommen sehen, ist ein Alarmzeichen. Dies lässt sich auch in der Shell-Jugendstudie nachlesen.

Die europäischen Sozialstaatstraditionen sind geboren aus dem Gedanken, dass politische Demokratie und die Beseitigung von Not und grober Ungerechtigkeit nur gemeinsam ein stabiles Fundament einer zivilen Gesellschaftsordnung bilden können. Das ist bei allen Unterschieden im Detail in allen Ländern Europas ähnlich. In einer reichen Gesellschaft wie der unsrigen ist das Geld für den zukunfts-festen Aus- und Umbau des Sozialstaats durchaus vorhanden. Die Sozialdemokratie muss nur den Mut haben, nicht nur die kleinen Leute immer mehr zu belasten, sondern auch den Reichen und den Krisengewinnlern ihren Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben abzufordern. Es wäre fatal, die amerikanischen Verhältnisse nachzuahmen. Gerade die sozialdemokratischen Parteien können eine solche Entwicklung nicht zulassen.

Dies gilt besonders für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Massenarbeitslosigkeit ist eine politische Gefahr. Sie gibt populistischen, ausländerfeindlichen und rechtsextremen Strömungen Auftrieb, soll die Gewerkschaften disziplinieren und untergräbt die politische Demokratie. Die hohe Effizienz moderner Informations- und Kommunikationstechniken ermöglicht die Produktion von immer mehr Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Beschäftigten. Zugangsrechte zum Erwerb von Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Teilhabe am Erwerbsleben entscheiden mit ihrer gesellschaftlichen Rolle über den Bestand und die Weiterentwicklung demokratischer und sozialer Gesellschaftsstrukturen. Wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen sind deshalb dringend erforderlich.

Wer heute das Ende der Klassen und des Klassenkampfes verkündet, übersieht dass die Polarisierung von Arm und Reich, von Modernisierungsgewinnern und -verlierern die Gesellschaft immer tiefer spaltet. Dagegen muss sich die deutsche Sozialdemokratie zusammen mit den Gewerkschaften zur Wehr setzen. Nur wenn die Kluft zwischen Arm und Reich verringert und der Zusammenhalt der Gesellschaft gestärkt wird, können Demokratie und Freiheit gedeihen.

Demokratisierung aller Lebensbereiche

Wir Jusos setzen uns nach wie vor für die Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. Dabei denken wir vor allem an folgende Bereiche:

- Mitbestimmung in der Wirtschaft (ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung, Erweiterung der Rechte und des Schutzes von Kleinaktionären)
- kommunale Partizipation (z.B. Planungszellen, Volksentscheide, Open Space)
- Demokratie in den Bildungsinstitutionen (SchülerInnenvertretung, studentische Selbstverwaltung und Hochschuldemokratie)
- Regulation internationaler Märkte und Demokratisierung internationaler Institutionen
- wirksame Kontrolle von Medienmacht (Entkommerzialisierung der Medien, Zerschlagung von Medien-Monopolen)
- Allgemeiner Zugang (materiell und intellektuell) zu den sog. Neuen Medien

Neue Medien als "Demokratieprojekt" müssen die realen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an der politischen Willensbildung einer zukünftigen Informationsgesellschaft nachhaltig ausweiten und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse dezentralisieren und durchsichtig machen: solange die Gefährlichkeit von Atomtransporten jahrelang verheimlicht werden kann, ist die Rede von der "Informationsgesellschaft" blanker Hohn. Notwendig ist daher nicht nur der Schutz der verfassungsmäßig garantierten Rechte, sondern deren Weiterentwicklung, sind Techniken zur Unterstützung der informationellen Selbstbestimmung, statt deren Aushöhlung. Die Informationsgesellschaft konzentriert Macht neu - diese neue Macht der neuen Wirklichkeit muss kritisch beobachtet und kontrolliert werden.

4. Leitbilder der sozialdemokratischen Partei

Es geht demnach um mehr, als um die vom Generalsekretär und der Bundesgeschäftsführung geforderte Reform und „Professionalisierung“ der Parteistrukturen - ergänzt um eine zeitgemäße Internetdarstellung. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Bestimmung des Verhältnisses von Partei und Gesellschaft. Erforderlich ist die Stärkung einer Aktivdemokratie gegenüber der vorherrschenden Zuschauer- und Nachplapperdemokratie. Wir setzen dabei auf zwei grundsätzliche Leitbilder:

SPD als Diskurspartei

Der Mythos der klassischen Mitgliederpartei und das Schielen auf die bloßen Mitgliederzahlen verstellen den Blick auf die dahinter liegenden Probleme und Anforderungen. Zum einen setzen wir auf eine Aktivdemokratie auch innerhalb der Partei, in der Ansprüche und Interessen von Mitgliedern nicht in den Mühlen von Ritualen und Cliquen zermahlen werden; dies schließt eine Verbreiterung der aktiven Mitgliederbasis mit ein.

Entscheidend muss genauso sein, dass wir auf allen Ebenen in der Lage sind, politische Diskurse zu führen und Meinungsführerschaft in weiten Teilen der Gesellschaft (wieder) zu erlangen. Die Partei muss vor allem vor Ort wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückkehren. Das Prinzip Diskurspartei lässt sich aber nicht einfach verordnen, es funktioniert daher nur bei einer selbstbewussten und engagierten Mitgliedschaft, die in ihrer Ansprache und Einbeziehung ernst genommen wird und mit umfassenden demokratischen Mitwirkungsrechten und -möglichkeiten ausgestattet ist. Diese gilt es auf allen Ebenen zu stärken. Insofern kann eine nachhaltig angelegte Kampagnenfähigkeit der Sozialdemokra-

tie nicht nur das Ergebnis einer Diskussion in einem kleinen, abgeschotteten Führungszirkel sein, das in einem zweiten Schritt nur unzureichend – als bloße „Marschrichtung“ – in die Partei gefunkt wird.

Beim Aufbau eines in die Gesellschaft ausstrahlungsfähigen politischen Diskurses ist die Verankerung an den Orten, an denen Meinungen gemacht werden, von zentraler Bedeutung. Von daher kommt - neben der Diskursorientierung in der Partei - dem Aufbau einer Netzwerk-Architektur, die sowohl die kommunikativen Eliten der Gesellschaft als auch die Meinungsbildner in den Netzen des Alltags erschließt, eine zentrale Bedeutung zu.

SPD als moderne ArbeitnehmerInnenpartei

Der programmatische Kern der Sozialdemokratie muss die Reform der Arbeitsgesellschaft sein. Sie muss eine positive Vorstellung vom Arbeiten, Leben und Wirtschaften in den nächsten 10-20 Jahren entwickeln und die Menschen damit mobilisieren. Sie muss dabei den Bogen schlagen über die Interessen vieler differenzierter Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. „Modern“ verstehen wir an dieser Stelle nicht als Abgrenzung von traditionellen ArbeitnehmerInnenmilieus, sondern genau diese gilt es mitzunehmen in die Ökonomie der Zukunft. Eine moderne ArbeitnehmerInnenpartei lebt ebenso von der Vermittlung sozialer Kompetenz wie von der Vermittlung der wirtschaftlichen. Sie wird daran gemessen, inwieweit es ihr gelingt den ökonomischen Strukturwandel für die und mit den ArbeitnehmerInnen zu gestalten.

Sie muss sich jedoch als zweite, organisationspolitische Konsequenz auch auf die Arbeitsbedingungen der Menschen im 21. Jahrhundert einstellen und ihre eigenen Strukturen entsprechend verändern.

5. Demokratisch für mehr Soziale Demokratie kämpfen

Demokratie ist kein statischer Zustand, sondern ein Prozess! Dies gilt sowohl für ihre inneren Abläufe als auch für ihre äußeren Strukturen. Letztere müssen auf der Höhe der Zeit sein, also mit den Lebensverhältnissen der Menschen korrespondieren. Wie demokratisch ist/wäre z.B. eine Partei, die durch regelmäßige Sitzungen tagsüber an Wochentagen Werktätige faktische aus den demokratischen Willensbildungsprozessen ausgrenzt? Demokratisch kann sich folgerichtig nur eine Organisation nennen, die in ihren Partizipationsstrukturen auf der Höhe der Zeit ist. Dies gilt für alle Organisationen, auch für Parteien und (erste recht) für ihre Jugendverbände.

Demokratie braucht demokratische Parteien

Der Bundestagswahlkampf der SPD war professionell ausgerichtet auf ein verändertes Wahrnehmungsverhalten. Nachrichten im Halbminuten-Takt und Zuspitzung auf Events und Personen in den Medien sind Ursachen dafür. Politische Kommunikation muss sich auf diese Umstände einstellen. Gleichzeitig müssen Parteien weiterhin das Zentrum politischer Willensbildung bleiben. Die SPD muss auch diesem Umstand wieder verstärkt gerecht werden. Sie muss dafür den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen und ihn gleichzeitig zu den Mitglieder nicht verlieren. Mit den traditio-

nellen Formen und auch vereinzelt neuen Ideen der Kommunikation ist dies nicht zu erreichen. Es müssen neue Angebote geschaffen werden, um politische Debatten zu führen. Die bestehenden Organisationsformen allein reichen dazu nicht aus - sie lassen Parteimitglieder, die aus verschiedensten Gründen nicht in die bestehenden Organisationsstrukturen eingebunden sind, außen vor.

Dabei konstatieren wir ein "Demokratieproblem von Unten". Die post-fordistische Änderungen in der Arbeitswelt (Stichworte: Flexibilisierung, Mobilität, Virtualität, "neue" Selbständigkeit) erfordern eine Veränderung der Partizipationsstrukturen. Da es dabei nur um eine Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten bei der politischen Programm- und Willensbildung geht, sprechen wir von einer weiteren Demokratisierung der Partei. Langweilige, formale, oft nur an Macht- und Personalfragen hängende Ortsvereine schrecken viele Mitglieder vor der aktiven Mitarbeit und Noch-Nicht-Mitglieder vor dem Eintritt in die SPD ab. Wer der Terminplanung des jeweiligen Ortsvereins nicht gerecht werden kann, z.B. weil er/sie um 18 Uhr wochentags und auch Samstags noch bei der Arbeit ist, oder an Wochenenden auf Grund von ehrenamtlichen Aktivitäten in anderen Organisationen, ja sogar in der eigenen Partei (z.B. dem Jugendverband der Partei, den Jusos) an Aktivitäten des Ortsvereins nur sporadisch teilnehmen kann, hat schnell verloren und wird aus den Cliquesstrukturen des Ortsvereins ausgegrenzt. Natürlich gibt es Gegenbeispiele, aber wir konstatieren, dass das Ortsvereins-System für die Partei z.Zt. ein flächendeckendes organisationspolitisches Problem darstellt, welches gleichzeitig - da es um die Chance der Partizipation geht - auch ein riesiges Demokratieproblem ist!

In ihren Arbeitsformen und mit den Stadtteilprinzip stellen die meisten Ortsvereine ein rückwärtsgerichtetes Angebot dar, welches meilenweit an den Lebensrealitäten großer Teile der Bevölkerung und damit auch der Mitgliedschaft vorbeigeht. Die Folge ist ein Teufelskreis: Die personell (und meist auch generationell und in Bezug auf Berufssparten) ausgedünnten Ortsvereine werden von wenigen GenossInnen "geschmissen", es entwickelt sich eine Closed-Shop-Mentalität und es kommt zur Bildung einer hermetischen Gruppe. "Neulinge" geraten dann an eine vordemokratische, häufig auch patriarchale Cliquesstruktur. Oder der Ortsverein ist bereits derartig personell ausgedünnt, dass er nur noch formal oder gar nicht besteht. Dies bedeutet dann aber, dass es keine AnsprechpartnerInnen, keine Betreuung, keine Einführung in die Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten der Partei gibt.

Wenn aber die Mitarbeit in einem Ortsverein die Voraussetzung für die Partizipation an den Meinungsbildungsprozessen auf den anderen Ebenen der Partei ist, so zieht sich das geschilderte Problem durch alle Ebenen der Partei.

Zugleich konstatieren wir auch ein "Demokratieproblem von Oben"! Die Aufrufe zur "Geschlossenheit", die in zugespitzten Wahlkampfzeiten, wie in Jahr 1998 durchaus Sinn machten, stellen zunehmend die Basis einer funktionierenden parteiinternen Demokratie, die öffentliche Debatte, in Frage. Wohin das führt, ist als abschreckendes Beispiel bei den "Christlich"- "Demokratischen" Parteien zu besichtigen! Wir sehen ein, dass der Bundeskanzler und auch die sozialdemokratischen MinisterpräsidentInnen am liebsten den "permanenten Wahlkampf" und damit die permanente Abwesenheit von Widerspruch ausrufen würden.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeiten und Bedingungen der modernen medialen Vermittlung: es darf nicht dazu kommen, dass Parteitage zu einer reinen medialen Inszenierung verkommen. Auf Parteitagungen muss Raum für Debatten sein! Das heißt auch, dass die "Parteitagsregie" eines kleinen

feinen Planungsstabs die demokratischen Rechte der Delegierten auf keinen Fall beschneiden darf. Mit der Herstellung von Zeitdruck durch Verkürzung der Parteitage und endlose Referate und Fensterreden ist dieser Weg in die Entdemokratisierung aber bereits schon beschritten. Auch der Aufbau von Interaktionsbarrieren durch das konsequente Fehlen von Saalmikrofonen ist ein Schritt auf diesem gefährlichen Weg. Das Beispiel der Saalmikrophone zeigt zudem anschaulich, mit welchen einfachen Mitteln Partizipationsmöglichkeiten gegeben - oder auch genommen werden können. Wir brauchen sicherlich auch den Einsatz "neuer Medien" für die parteiinterne Demokratisierung, aber wir können viel auch mit einfachen Mitteln bewirken. Für diese Erkenntnis werden wir uns durch "Generalchats" und Mitgliederbefragungen zur KanzlerInkandidatInnen-Kür nicht den Blick vernebeln lassen!

Die Partei ist, was ihre Flächenstrukturen angeht, marode und nur noch bedingt kampagnenfähig. Dadurch entsteht auch ein massives Demokratieproblem. Dem wird nur bedingt durch die dringend notwendige Neuordnung der Ortsvereinsarbeit im engeren Sinne Abhilfe geschaffen. Gleichwohl ist es sinnvoll Regelungen zu schaffen, die

- 1.) bei Ortsvereinen unterhalb einer bestimmten Mitgliederzahl eine zwangsweise Vereinigung mit einem Nachbarortsverein vorsehen.
- 2.) Bei Ortsvereinswahlen die jährliche Wahl zwingend vorschreiben.
- 3.) Eine längerfristige Offenlegung aller Ortsvereinstermine, z.B. gegenüber dem Unterbezirk und im Internet vorschreiben.

Für das Überleben der Partei als Mitglieder- und Massenpartei wird es in Zukunft immer wichtiger, Menschen auch auf anderen Wegen an sich zu binden, als durch die Mitarbeit in einem Ortsverein. Wir machen dafür folgende Vorschläge:

- 1.) Mitglieder, für die aus beruflichen, ehrenamtlichen oder anderen Gründen eine Mitarbeit in einem Ortsverein nahezu unmöglich ist, sollten die Chance erhalten, in anderen Strukturen an den politischen Willensbildungsprozessen in der Partei teilzuhaben.
- 2.) Hierfür muss das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften der Partei aufgabenkritisch hinterfragt werden. Dabei stellt sich v.a. die Frage, ob die neuen Strukturen, ähnlich den Arbeitsgemeinschaften, in vollständiger Deckungsgleichheit mit den Parteistrukturen vom Unterbezirk bis zum Bundesvorstand, sozusagen als "kleine Partei in der Partei", angelegt werden müssen.

Demokratie braucht kreative Jugendverbände - Parteien erst recht!

Nicht erst die aktuelle Shell-Studie hat auf die aktuellen Probleme von Jugendlichen mit "der Politik" hingewiesen. Es ist seit Jahren kein Geheimnis mehr, dass die Jusos - wie andere politische Jugendverbände auch - immer weniger Mitglieder organisieren. Die Gründe dafür liegen freilich nicht allein an den aktiven Jusos. Auch wenn die Probleme mit unattraktiver Strukturen und ideologischer, gleichwohl inhaltsleerer Debatten bei den Jusos nicht vollständig zu leugnen sind, darf nicht vergessen werden, dass die Jusos nur übersetzen, was in der Mutterpartei Realität ist. Und: Kein Ortsverein besitzt mehr Ausstrahlung auf junge Menschen als die Juso-AG. Dennoch ist es notwendig, dass auch wir Jusos unsere Arbeitsweisen kritisch prüfen und infrage stellen. War es aus Sicht von "ParteistrategInnen" lange genug einzige Aufgabe der Jusos, Jugendliche für die politische Arbeit in der SPD zu rekrutieren, so wird von ParteistrategInnen heute der Jugendverband in seinem Bestand und nicht der

deutlich erkennbare gesellschaftliche Wandel als Ursache dafür ausgemacht, dass diese Aufgabe nicht mehr zu erfüllen ist.

Dabei ist es doch in erster Linie die Partei, der junge Menschen nicht beitreten wollen. Einige Gründe hierfür sind oben angeführt, andere sind in den Shell-Jugendstudien nachzulesen. Hinzu kommt, dass die SPD ihren Jugendverband über Jahrzehnte stiefmütterlich behandelt hat. Die im Licht der Öffentlichen Aufmerksamkeit stehenden Parteioberen haben sich lange Zeit strikt verweigert, auf die thematischen, programmatischen, strategischen oder personellen Vorschläge ihres Jugendverbandes in irgendeiner Form einzugehen. Die Jusos wurden bis in die Mitte der 90er Jahre von ihrer eigenen Partei schlichtweg totgeschwiegen. Da darf man sich dann auch nicht über mangelnden Zulauf wundern. Wer will schon bei einer Organisation mitarbeiten, die in der dazugehörenden Partei offensichtlich keinen Einfluss und kaum Partizipationsmöglichkeiten bei der politischen Willensbildung in dieser Partei hat?!

Die Konsequenz aus dem mangelnden Zulauf bei den Jusos kann also nicht sein, die Jusos in ihrer schwierigen Situation noch mehr zu schwächen und zielstrebigen und karrierebewussten, dabei visionlosen und formbaren JungpolitikerInnen durch GENERALstabsmäßige Schulungsprogramme an den demokratisch legitimierten Strukturen vorbei zu fördern. Vielmehr gilt es nun für die SPD und ihren Jugendverband, gemeinsam organisationspolitische Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Dabei sollte folgendes nicht aus den Augen verloren werden, dass die Jusos mehrere Aufgaben für die Partei erfüllen:

- Erstens binden die Jusos junge Menschen an die Partei, die für eine Mitarbeit auf Ortsvereinsebene oder in anderen verknöcherten Parteistrukturen nicht zu gewinnen sind!
- Zweitens stellen die Jusos für die Partei ein großes kreatives Potential dar, das als solches gefördert und genutzt werden sollte! Dabei stellt sich die Frage nach den Förderung- und Nutzungswegen letztendlich auch als Partizipationsfrage.
- Drittens können die Jusos wichtige und zentrale Aufgaben bei der Qualifikation von jungen Mitgliedern und möglicherweise späteren Funktionsträgern übernehmen.
- Viertens müssen die Jusos jugendpolitisches Ohr und jugendpolitischer Mund der Partei sein.

6. Eckpunkte zur weiteren Diskussion

Generalsekretär Franz Müntefering hat mit seinem Anstoß „Demokratie braucht Partei“ eine Debatte (wieder) entfacht, die die Partei vielerorts unvorbereitet trifft. Es kommt in den kommenden Monaten darauf an, diese Debatte in einem geordneten Prozess weiterzuführen. Vor allem gilt es Strukturveränderungen nicht von oben zu verordnen oder auf kaltem Wege an den Aktiven vorbei zu exerzieren, sondern die Partei als TrägerIn einer umfassenden Erneuerung zu gewinnen.

Es reicht bei weitem nicht aus, Öffnung und Demokratisierung der Partei, Diskursfähigkeit und Professionalisierung mit ein paar Medien-Events inszenieren zu wollen. Aus unserer Sicht müssen im Prozess der Debatte die Funktionen von Parteiführung und Fraktionen sowie der Mitgliedschaft hinterfragt und neu definiert werden. Es muss die Frage nach potentiellen Akteuren und geeigneten Kommunikationsstrategien thematisiert und neue Orte der politischen Diskussion erschlossen werden. Hierfür ist

die Bereitschaft zur Selbstkritik ebenso notwendig wie die Einbindung möglichst aller Kompetenzen und Interessen.

Die Jusos in der SPD werden sich gegen alle Versuche stellen, eine Erneuerung für eine forcierte Strategie der „Entdemokratisierung von oben“ zu vereinnahmen. Dies aus dem Grund, dass die Folge, politische wie personelle Auszehrung sowie Verselbstständigung kleiner Machtzirkel bis hin zu kriminellen Fraternalisierung gerade aktuell bei der CDU zu besichtigen sind. Die Sozialdemokratie darf im Interesse ihrer eigenen Zukunftsfähigkeit nicht zur Kaderpartei des institutionalisierten Machterhalts werden. Sie muss vielmehr den Balanceakt zwischen der Solidarität zu ihren herausgehobenen politischen VertreterInnen und parteiinternem Widerspruch in offener Debatte schaffen. Widerspruch ist ein Grundprinzip der Demokratie, ohne Räume für Widerspruch und offene Diskurs verliere besonders die Sozialdemokratie an Zukunftsfähigkeit, Glaubwürdigkeit und so letztlich die Mehrheitsfähigkeit.

Wir Jusos werden diesen Prozess nicht nur begleiten und unseren Sachverstand „in Sachen Jugend“ einbringen, sondern auch unsere Erfahrungen aus den Bereichen der Organisationspolitik und der Diskursorientierung einbringen. Insofern sehen wir in den Ansätzen unserer aktuellen Kampagne „Neue Zeiten denken“ durchaus Referenzbeispiele dafür, wie das Vorhaben eines Zukunftsdiskurses angegangen werden kann.

Eckpunkte eines Diskurses über die notwendige Erneuerung sind für uns:

Programmdebatte von unten

Die vom Bundesparteitag beschlossene Programmdebatte bietet die Chance, Programmentwicklung, innerparteiliche Demokratie und gesellschaftlichen Diskurs wieder produktiv zusammenzuführen. Die Programmdebatte darf nicht auf inszenierte Veranstaltungen und interne Kommissionssitzungen beschränkt bleiben. Sie muss auf Basis klar definierter Leitfragen für ein sozialdemokratisches Modernisierungsprojekt der Zukunft dezentralisiert und mit größtmöglicher Öffnung geführt werden.

Die Mitgliedschaft in der SPD ist vielfältiger, als ihre Funktionäre und Mandatsträger es gelegentlich zum Ausdruck bringen. Nach wie vor finden sich erhebliche Potenziale (WissenschaftlerInnen, GewerkschaftlerInnen, KünstlerInnen, aber auch kritische UnternehmerInnen), die jedoch selten Zugang zur offiziellen Willensbildung der SPD haben.

Mittelfristige Strategieentwicklung

Im Hinblick auf die Erlangung von Meinungsführerschaft und Bündnisfähigkeit bei bestimmten Zielgruppen (Jugendliche, ArbeitnehmerInnen, etc.) muss die Programmdebatte mit einer konsequenten Strategieentwicklung verzahnt werden. Hier liegt eine wesentliche Zukunftsaufgabe für die SPD in Zusammenarbeit mit beratendem Sachverstand von außen (Interessenvertretung, Wissenschaft, Medien, Kommunikation etc.). Wir müssen neue Formen der Zielgruppenansprache (Interessenvertretung, Wettbewerbe, Ideenwerkstätten, Projektarbeit etc.) entwickeln und ausbauen.

Überwindung des Strukturkonservatismus und Professionalisierung

Die Partei der Zukunft muss - will sie gesellschaftliche Verankerung stärken - vielfältiger, flexibler und netzwerkartiger organisiert sein. Das immer noch dominierende Territorialprinzip muss durch neue

Zugänge ergänzt werden. Dies erfordert die Stärkung zielgruppenorientierter, fachlicher und projekt-förmiger Strukturen mit entsprechenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten. Hierzu gehören auch neue Formen der elektronischen Kommunikation.

Eine Professionalisierung von Strukturen und Kommunikationsformen (v.a. Internet) ist erforderlich. Zudem brauchen wir eine Kompetenz-Offensive zur Vermittlung "politischer Kulturtechniken". Diese darf sich aber nicht nur auf die Hauptamtlichen reduzieren, sondern muss - auch um Chancengleichheit herzustellen - die ehrenamtlich Aktiven einbeziehen.

Öffnung

Ohne die Einbeziehung externer Kompetenz und interessierter BürgerInnen kommt in Zukunft keine Partei mehr aus. Auf allen Ebenen müssen die Beteiligungsmöglichkeiten für interessierte Nicht-Mitglieder ausgebaut und gestärkt werden. Dabei müssen stärker als bisher punktuelle Andockpunkte eröffnet werden - ohne dass sich interessierte BürgerInnen von einem Vereinnahmungsanspruch bedroht fühlen.

Dies als Prozess der Demokratisierung und Öffnung und nicht einer elitären Cliquenbildung zu begreifen und zu gestalten ist eine Herausforderung. Foren, Projektstrukturen u.ä. bieten die Chance wichtige Impulse für den sozialdemokratischen Diskurs zu geben und somit demokratiebelebend zu wirken. Notwendig ist eine größtmögliche Öffnung und Transparenz dieser Strukturen, die Einbeziehung kritischer Kräfte und die demokratische Organisation nach innen. Insbesondere sind solche Strukturen kein Freibrief für die Auslagerung von Entscheidungsprozessen in Ministerialbürokratien, Thinktanks und Medienzirkel.

Stärkung direkter Demokratie

Demokratie ist mehr als der Akt des Abstimmens und erfordert den kritischen Diskurs. Dennoch liegen in plebiszitären Ansätzen auch Chancen für eine Reaktivierung innerparteilicher Diskussion. Sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft müssen direktdemokratische Möglichkeiten gestärkt werden. In der SPD muss die unrealistische 10%-Hürde für ein Mitgliederbegehren gesenkt werden. Volksentscheide halten wir auf allen Ebenen für sinnvoll. Hiervon ausgenommen bleiben sollen Änderungen der Verfassung und der Steuergesetzgebung. Die technische Umsetzung ist mit dem Ziel einer größtmöglichen Beteiligung und Information zu prüfen.

Die Stärkung von innerparteilichen Formen direkter Demokratie muss aber an dem grundlegenden Prinzip der innerparteilichen Chancengleichheit ausgerichtet sein. Deshalb lehnen wir den Vorschlag der Durchführung von „Vorwahlen“ nach US-amerikanischem Vorbild bei Kandidaturen ab. Schon die heute gängigen Personalauswahlmechanismen begünstigen die BewerberInnen, die in eine ausgeprägte informelle Netzwerkstruktur eingebunden sind („Seilschaften“, „Cliques“, „connections“). Die Einführung eines Vorwahl-Prinzips würde nicht nur die Bedeutung dieser informellen Netzwerkstrukturen zur Absicherung des Machtanspruchs weiter erhöhen, sondern - Vorwahlen bedeuten auch „Vorwahl-Wahlkampf“ - von den BewerberInnen eine finanzielle Absicherung ihrer „Kampagne“ abverlangen. Wir wollen aber, dass Kompetenz und Qualität der BewerberInnen den Ausschlag für die Personalauswahl bilden und nicht neben die schon bestehende Hürde der „guten connections“ künftig auch noch die „Zugangsbarriere Geldbeutel“ tritt.

Verhältnis von Medieninszenierung und Demokratie neu justieren

Eine Professionalisierung, Inszenierung und Personalisierung (gerade in Wahlkämpfen) ist auch aus unserer Sicht notwendig, um Botschaften zuzuspitzen und die Interpretation der eigenen Politik nicht anderen zu überlassen. Sie müssen sich jedoch authentisch einpassen in eine ernstgemeinte und beteiligungsorientierte Diskussions- und Kommunikationsstrategie. Eine selbstbewußter und kompetenter gewordene Gesellschaft verlangt auch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Parteien. Autoritäre Inszenierung von oben führt sehr bald in die Sackgasse.

PolitikerIn für eine begrenzte Lebensphase und Generationenaufbau

Eine kontinuierliche Personalentwicklung ist wichtig für politische Kontinuität. Auf der anderen Seite sind lebenslange PolitikerInnen- und Hauptamtlichenbiographien gerade für viele Jüngere kein erstrebenswertes Ziel mehr. Ein stärkerer personeller Austausch zwischen Politik, Wissenschaft, sozialen Bewegungen, Wirtschaft und Kultur/Medien ist wünschenswert. Die Ermöglichung von Quereinstiegen kann nur der Anfang einer Entwicklung sein, die das Prinzip "PolitikerIn für eine begrenzte Lebensphase" zulässt. Im besonderen gilt es, die innerparteilichen Ressourcen zu nutzen. Amtszeitbegrenzungen, das Verbot von Doppelmandaten aber auch neue Formen der Auswahl von MandatsträgerInnen können Maßnahmen sein, um aus ritualhaften, binnenzentrierten „Nominierungs- und Wahlhandlungen“ wieder demokratisch höher legitimierte und politisch ausstrahlungsfähige Aufstellungen zu machen.

Die SPD hinkt beim Aufbau der nächsten Generation in entscheidenden politischen Verantwortungen anderen Parteien hinterher. Zwar war das Bestreben einer Verjüngung der Bundestagsfraktion durchaus erfolgreich. Was aber fehlt, ist der Generationenaufbau in der Breite. Insbesondere kann darf sich eine Verjüngung nicht auf die nominelle Senkung des Durchschnittsalters von Vorständen und Fraktionen beschränken. 30 unter 40 in der Bundestagsfraktion ist zwar die Bedingung, nicht aber die Umsetzung des Aufbaus einer neuen Generation eingriffsfähiger SozialdemokratInnen. Erforderlich ist eine systematische Nachwuchsförderung und Personalplanung. Neben der Verpflichtung aller jüngeren FunktionsträgerInnen auf die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen sowie der Entwicklung von TutorInnenmodellen, Kontaktbörsen etc. gehört hierzu auch die gezielte Einbindung von jüngeren QuereinsteigerInnen.

7. Reform des Parteiengesetzes

Der offenkundige Vertrauensverlust der Parteien bzw. der "politischen Klasse" kann nicht allein durch veränderte Gesetze aufgelöst werden. Dennoch ist eine Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen unter anderem hinsichtlich der Spendenpraxis erforderlich. Zielsetzung hierbei muss es sein, eine vollständige Transparenz des Spendenzuflusses an Parteien zu erzielen. Als Maßnahmen schlagen wir vor:

Demokratie gibt es nicht umsonst!

Nicht nur der grundgesetzliche Auftrag an die Parteien legitimiert ihre Arbeit. Ein Willensbildungsprozess, der möglichst viele Menschen teilhaben lässt und demokratisch legitimiert ist, kann ohne Parteien nicht organisiert werden. Das bedeutet aber auch, dass diese demokratischen Prozesse finanziert werden müssen. Zu dem System der öffentlichen Finanzierung gibt es keine Alternative. Dies bedarf aber der Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger, die durch den Schwarzgeld-Skandal der CDU mehr als bislang ins Wanken geraten ist.

Deshalb ist eine größtmögliche Transparenz gerade finanzieller - und der damit im Zusammenhang stehenden - Vorgänge von immanenter Bedeutung. Wir fordern die SPD auf, ein Gesetz vorzulegen, dass ihre Abgeordneten und Regierungsmitglieder im Bundestag und in den Landtagen dazu verpflichtet, ihre Einkommensverhältnisse offenzulegen. Dazu zählen neben den Diäten die Einkünfte aus Honoraren, Beratungsverträgen, Aufsichtsgremien oder Vorstandstätigkeiten.

Solange ein derartiges Gesetz nicht existiert, fordern wir die Abgeordneten und Regierungsmitglieder aller Parteien in den Landtagen und dem Bundestag auf, ihre Einkommensverhältnisse freiwillig offenzulegen. Die Grenze der nach Parteiengesetz zu veröffentlichenden Spenden ist drastisch zu reduzieren, Verstöße gegen Vorschriften des Parteiengesetzes, insbesondere hinsichtlich der Angaben in Rechenschaftsberichten, sind strafrechtlich zu ahnden. Bei Versorgungsempfängern können außerdem die Bezüge gekürzt werden, die ihnen als ehemalige Minister, Staatssekretäre, kommunale Wahlbeamten und Abgeordnete zustehen. Vorsätzliche Vergehen von MandatsträgerInnen müssen zu Amtsenthebung und Verlust von Bezügen führen. Sämtliche Inlandskonten müssen angemeldet werden, Auslandskonten sind zu verbieten, auch wenn sie auf den Namen eines Dritten laufen. Neben dem Präsidenten des Bundestages kontrolliert zusätzlich der Bundesrechnungshof, dem die Parteien Einsicht in die Konten zu verschaffen haben. Der Bundesrechnungshof fertigt an Hand des Rechenschaftsberichts und der Konten Gutachten an. Ab einem Betrag von DM 3000 müssen Name und Adresse des Spenders im Rechenschaftsbericht aufgeführt werden.

Um übermäßige Machtkonzentration zu verhindern, muss die Amtszeit von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten auf eine unmittelbare Wiederwahl beschränkt werden.

=

Rot-Grüne Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen jetzt konstruktiv zu einem Ende bringen

Rot-Grüne Koalitionsverhandlungen in Nordrhein-Westfalen jetzt konstruktiv zu einem Ende bringen

Der Juso-Bundeskongreß fordert die nordrhein-westfälische Verhandlungskommission auf, die Koalitionsverhandlungen mit den nordrhein-westfälischen Grünen nun fair und zielorientiert einem Ergebnis zuzuführen. Das Zustandekommen einer Rot-Grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen ist auch von hoher bundespolitischer Bedeutung, da die Bundesregierung ein starkes Pendant im Bundesrat braucht. Die bisherigen Verhandlungsergebnisse zeigen, dass es gegenwärtig zwischen SPD und Grünen keine unlösbaren Gegensätze gibt. Der politische Spielraum für einen Koalitionsvertrag, der beiden Koalitionsparteien eine Zustimmung ermöglicht, ist eindeutig vorhanden. Gerade im wichtigen Bereich der Verkehrs- und Energiepolitik liegen SPD und Grüne nah beieinander. Der Ausstieg aus der Atomenergie und die massive Förderung regenerativer Energieträger sind Grundlagen beider Parteien. In der Verkehrspolitik gilt es in dem Transitland NRW die Verkehrsströme auf die Schiene zu verlagern und den Nahverkehr auszubauen. Das Möllemansche Konzept eines unreflektierten Ausbaus des Autobahnnetzes ist mit sozialdemokratischen Konzepten in der Verkehrspolitik unvereinbar.

Ein Rot-Gelbes Bündnis in NRW wäre Wahlbetrug. Die grundlegend unterschiedlichen Vorstellungen beider Parteien sind im Wahlkampf klar gegeneinander gestellt worden. Der einstimmige Beschluß von SPD-Landesvorstand und Fraktion zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit den Grünen ist daher alternativlos. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im neuen Landtag ist reformerische Politik nur mit einer Rot-Grünen Koalition möglich.

Die Frontstellung, die in der ersten Verhandlungswoche zwischen den Verhandlungspartnern aufgebaut worden ist schadet dem Ansehen von Rot-Grün insgesamt. Bereits gewonnenes Vertrauen der Menschen wird durch eine solche Art der Verhandlungsführung nachträglich wieder in Frage gestellt.

Wir erwarten daher zum Abschluß der Verhandlungen ein klares Signal für eine soziale und ökologische Politik in Nordrhein-Westfalen. Von einer Neuauflage der Rot-Grünen Koalition in NRW erwarten wir insbesondere:

- die klare Absage zu Studiengebühren
- konsequente Schritte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- erhöhten Druck auf die Wirtschaft zur Beseitigung des nach wie vor vorhandenen Mangels an Ausbildungsplätzen
- Schritte zur weiteren Gestaltung eines emanzipativen Schullebens und klare Absagen an ein Zentralabitur .
- Weitere Schritte zur Förderung regenerativer Energien

- Ein abgestimmtes Mobilitätskonzept für Nordrhein-Westfalen, das Anreize zur Verlagerung des Individual- und Lastverkehrs auf die Schiene schafft.

=

Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten

Eckpunkte zur Förderung der lokalen Ökonomie und zum Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors

1. Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Das Problem anhaltender Massenarbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik seit rund 25 Jahren ungelöst. Nach wie vor sind rund vier Millionen Menschen registriert arbeitslos - davon rund ein Drittel seit über einem Jahr. Faktisch fehlen mindestens acht Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. In Westdeutschland steigt der Sockel der Arbeitslosigkeit seit den 70ern mit jedem konjunkturellen Abschwung. In Ostdeutschland ist die Massenarbeitslosigkeit im Zuge des Vereinigungsprozesses schockartig entstanden. Für die Gesellschaft bedeutet dies einen Wohlstandsverlust: Schätzungen zufolge könnte die volkswirtschaftliche Wertschöpfung bei Vollbeschäftigung rund 500 Mrd. DM größer sein.

Die Politiken mehrerer Regierungen haben im Kern auf zwei Wege gesetzt. Erstens die nachfrage- und/oder angebotspolitische Wiederbelebung der wirtschaftlichen Dynamik der Nachkriegszeit und zweitens den Ausbau von arbeitsmarktpolitischen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. Flankiert wurde dies drittens durch v.a. gewerkschaftliche Arbeitszeitverkürzungspolitik. Die bislang gewählten Strategien haben jedoch das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht aufheben können.

Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit wird vielfach als Beweis für das "Ende der Arbeitsgesellschaft" angesehen. Diese These ist aus mehreren Gründen nicht haltbar. Erstens ist nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch erwerbstätig. Zweitens nimmt der individuelle Anspruch auf qualifizierte Erwerbsarbeit eher zu als ab. Die geringe deutsche Frauenerwerbsquote von 63% (Männer: 80%) zeigt zudem einen erheblichen Nachholbedarf in bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter. Drittens geht der Gesellschaft nicht die Arbeit aus. Viele wichtige gesellschaftliche Aufgaben bleiben unerledigt, weil sie unter den gegebenen Bedingungen nicht finanziert werden können.

Wir haben es nicht mit einer Krise der Arbeitsgesellschaft zu tun, sondern mit einer ökonomischen Strukturkrise, die aus sich selbst heraus nicht dazu in der Lage ist, die volkswirtschaftlichen Ressourcen für den Aufbau neuer Beschäftigung zu nutzen. Eine Politik, die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen will, muß daher tiefer in die ökonomischen Prozesse eingreifen, als sie es in den letzten 25 Jahren getan hat.

2. Wirtschaftsdualismus - Ökonomische und gesellschaftliche Spaltung

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit findet nach wie vor zwischen zwei Richtungen statt. Während die eine Seite den Fehler in unzureichenden Angebotsbedingungen (zu hohe Steuern und Lohnkosten, unzureichende Flexibilität der Arbeitsmärkte, gesetzliche Überregulierungen etc.) sieht, thematisiert die andere Seite die Gerechtigkeitsfrage sowie volkswirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge und plädiert für eine Ausweitung der Binnennachfrage.

Zweifellos ist die Umkehrung der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse und die Ausweitung der Binnennachfrage eine Schlüsselfrage für die weitere ökonomische und soziale Entwicklung. Eine nachfrageorientierte Politik auf der makroökonomischen Ebene muß allerdings das strukturelle Problem integrieren, dass wir es mit einer gespaltenen ökonomischen Entwicklung zu tun haben, die in der Tendenz auf eine Entkoppelung der Akkumulationsdynamik des Exportsektors vom Binnensektor hinausläuft. Während nach wie vor hohe Exportgewinne erzielt werden und die deutsche Industrie in vielen Branchen eine bedeutsame Rolle auf dem Weltmarkt spielt, leidet der Binnensektor (z.B. Handwerk, Einzelhandel) unter einer stagnierenden Nachfrage und darunter, dass ihm die Rationalisierungserfolge der hochproduktiven Sektoren vermittelt über die anwachsende Arbeitslosigkeit und entsprechend steigende Lohnnebenkosten aufgehalst werden.

Daraus erwachsen jene dualistischen Wirtschaftsstrukturen, in denen auf der einen Seite hoch produktive global agierende Konzerne im internationalen Fusionsfieber liegen, exzellente Geschäftsergebnisse und eine gute Börsenperformance erzielen. Auf der anderen Seite stehen aber Einzelhandelsunternehmen, soziale Dienstleister, Handwerksbetriebe, Bauunternehmen etc., die durch die Austrocknung der Binnenwirtschaft Umsatzeinbußen, Unternehmenspleiten und Entlassungen zu verzeichnen haben. Während im Zuge der neoliberalen Offensive - die vorwiegend auf hochtechnologische, angebotspolitisch flankierte Exportoffensiven, Geldwertstabilität und die Drosselung der Binnennachfrage gesetzt hat - die privaten Geldvermögen explodieren, bleiben erhebliche Innovations- und Wachstumspotenziale in der Binnenwirtschaft unerschlossen bzw. verlagerten sich in die Schattenwirtschaft, die mittlerweile 15 Prozent des BIP ausmacht. Besonders dramatisch sind die Konsequenzen in wirtschaftlichen Krisenregionen: veraltete Wirtschaftsstrukturen, Massenarbeitslosigkeit, soziale Probleme und unzureichende Binnenkaufkraft treffen hier zusammen.

Die spezifische fordistische Konstellation, die über die "innere Landnahme" eine Ausweitung von Massenproduktion, Massenkonsum, die Verallgemeinerung der Lohnarbeit vor allem für Männer und den Ausbau des Sozialstaates ein fruchtbares Wechselverhältnis von Export- und Binnenwirtschaft gewährleisten konnte, wurde ersetzt durch eine verstärkte "äußere Landnahme" auf der einen und eine Austrocknung der Binnenwirtschaft auf der anderen Seite. Gleichwohl gibt es selbstverständlich kein Zurück in die fordistische Ära. Nach wie vor hat der industrielle Sektor eine zentrale Stellung in der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Aber er ist aufgrund der Scherentwicklung von Produktivität und Wachstum eben nicht mehr in der Lage, den Großteil der Menschen zu beschäftigen. Alle wesentlichen Prognosen gehen davon aus, dass auch in Zukunft die Steigerung der Arbeitsproduktivität überhalb der Wachstumsraten liegen wird. Auch bei distributiven und finanziellen Dienstleistungen (Banken, Einzelhandel, etc.) sind die vorhandenen Rationalisierungspotentiale noch nicht ausgeschöpft. Auf der anderen Seite existieren erhebliche Bedarfe an zu erledigender Arbeit in den Bereichen, in denen wegen der spezifischen Form der Arbeit (z.B. uno-actu-Prinzip) in der Regel so gut wie keine Möglichkeit der Produktivitätssteigerung gegeben ist: nämlich bei den personenbezogenen Dienstleistungen, von den sozialen Diensten über die Bildung und Kultur bis hin zum öffentlichen Verkehrswesen, aber auch beim Handwerk und handwerksähnlichen Serviceleistungen (Reparatur u.a.).

Erforderlich ist daher ein gesamtwirtschaftlicher Transfermechanismus, der die Produktivitätsgewinne des Exportsektors zum Aufbau von qualifizierter Beschäftigung im Binnensektor nutzt. Eine Reformpolitik, die Beschäftigung und volkswirtschaftliche stabile Proportionen schaffen will, muss die Austauschverhältnisse zwischen den hochproduktiven Weltmarktindustrien und den personal- und dienstleistungsintensiven regionalwirtschaftlichen Sektoren ins Zentrum rücken. Die Rationalisierungen in Industrie und Dienstleistungen stellen für sich genommen kein Problem, sondern die Basis für gesell-

schaftliche Wohlstandssteigerungen dar. Daher geht es nicht um eine Entgegensetzung von Export- und Binnenwirtschaft. Vielmehr sind hochproduktive industrielle Kerne mit entsprechenden Dienstleistungen die Voraussetzung für die volkswirtschaftliche Finanzierbarkeit alter und neuer binnenwirtschaftlicher Wirtschaftskreisläufe. Eine ganz wesentliche Aufgabe fortschrittlicher Beschäftigungspolitik wird zukünftig darin bestehen müssen, Ressourcen für wirtschaftliche Initiative "von unten" bereitzustellen und damit den Sektor zwischen Markt und Staat auszuweiten. Gefragt sind daher andere Instrumente. Konkret stellt sich die Herausforderung, neben der interpersonellen Umverteilung eine "intersektorale" Umverteilung vorzunehmen und damit gezielt bestehende und neue Wirtschaftsstrukturen zu fördern.

3. Wunderheiler Niedriglohn?

Angesichts der Produktivitätsentwicklung im industriellen Sektor und den bevorstehenden Automatisierungen im Dienstleistungsbereich (z.B. Banken) sind die größten Beschäftigungspotenziale im Bereich der sozialen und personenbezogenen Dienste zu sehen. Der mögliche Entwicklungsschub ist jedoch unter den gegebenen Bedingungen einer dualistischen Wirtschaftsstruktur blockiert.

Die Antwort sehen nicht nur Neoliberale, sondern auch Teile der Sozialdemokratie im Ausbau eines Niedriglohnssektors. Die Entwicklungsblockade niedrigproduktiver Dienstleistungen soll durch eine Spreizung der Lohnentwicklung aufgelöst werden. Die Annahme lautet: je billiger Putzfrauen und Tüteneinpacker sind, desto eher sind obere und mittlere Einkommensgruppen dazu bereit, einen Teil ihrer Kaufkraft in dieses neue Dienstleistungssegment fließen zu lassen. Da die in der USA vielfach festgestellten sozialen Spaltungen in Westeuropa nicht akzeptiert werden, aber gleichzeitig die Ausweitung des kostenintensiven öffentlichen Dienstes (z.B. nach dem schwedischen Modell) als nicht finanzierbar gilt, setzt der "sozialdemokratische dritte Weg" im Gegensatz zu neoliberalen Modellen auf die Subventionierung von Billiglöhnen. Diese stehen oft in Verbindung mit Repressionen, eine derartige Arbeit unter Androhung von Leistungskürzungen auch anzunehmen.

Im Rahmen des "Bündnis für Arbeit" wurde ein gestaffelter Zuschuß zu den Sozialversicherungsbeiträgen bei Niedriglöhnen vorgeschlagen. Dieses Modell birgt eine Menge Risiken wie Mitnahmeeffekte und Mißbrauch. So werden auch bereits bestehende Arbeitsverhältnisse in unteren Einkommensgruppen pauschal subventioniert, ohne dass es dafür eine Notwendigkeit gibt. Zudem ist zu befürchten, dass derartige Ansätze negative Auswirkungen auf das Tarifgefüge haben. Aber auch die Beschäftigungswirkung muß bezweifelt werden: nach Berechnungen des IAB stehen den hohen Kosten von 15-24 Mrd. DM vergleichsweise geringe Arbeitsplatzeffekte (160.000) gegenüber.

Für die Gesamtgesellschaft sind derartige Ansätze wohlstandsmindernd, da sie die vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen nicht optimal nutzen. Im industriellen Sektor würde die Stärkung von Leichtlohngruppen mit dem Ziel, Kapital durch Arbeit zu ersetzen, auf Kosten von Produktivität und Innovation gehen. Dies würde aber die "Standortqualität" nachhaltig verschlechtern. Im Dienstleistungssektor ist der Niedriglohn-Ansatz verbunden mit der Zielsetzung, einfache Dienste für Geringqualifizierte auszubauen. Hier stellt sich die Frage, ob der Staat mit Hilfe von Steuergeldern eine "Dienstbotenkultur" und somit die dauerhafte Spaltung der Arbeitsgesellschaft politisch fördern sollte. Die Entmoralisierung einer "working poor" schwächt wiederum die volkswirtschaftliche Innovationsfähigkeit.

Auch der Verweis auf die angeblichen Beschäftigungswunder in anderen Ländern (USA) läßt die sozialen Folgekosten von Niedriglohnansätzen außer acht. Im internationalen Vergleich läßt sich kein

systematischer Zusammenhang zwischen einem hohen Anteil von Niedrigeinkommen und einer hohen Beschäftigungsquote nachweisen.

Zweifellos steht die Beschäftigungspolitik erstens vor der Herausforderung neue Potenziale im Dienstleistungsbereich zu erschließen und zweitens Beschäftigungsperspektiven für Geringqualifizierte zu schaffen. Die entscheidende Frage ist nicht, ob neue Beschäftigungsfelder öffentlich subventioniert werden, sondern in welcher Form. Anstatt pauschal an den einzelnen Subjekten anzusetzen, setzen wir auf eine Projektförderung in Feldern des gesellschaftlichen Bedarfs.

4. Welche Dienstleistungsgesellschaft wollen wir?

Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind bei sektoraler Betrachtung knapp 60% der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt. Betrachtet man die Tätigkeiten, liegt der Anteil an Dienstleistungstätigen bereits bei knapp drei Vierteln aller Beschäftigten. Alle vorliegenden Prognosen gehen davon aus, dass die Dienstleistungstätigkeiten relativ zu produzierenden Tätigkeiten weiter zunehmen werden. Damit ist aber noch nicht entschieden, welche Qualität die Arbeitsplätze haben. Wir wollen ein positives Leitbild einer zukünftigen Dienstleistungsgesellschaft entwickeln. Dies steht für uns nicht gegen industrielle Entwicklung. Im Gegenteil: der wachsende Sektor der produktionsnahen Dienstleistungen tritt nicht an die Stelle industrieller Produktion, sondern ergänzt sie. Unser Leitbild einer qualitativen Dienstleistungsentwicklung strebt den Ausbau von qualifizierten Arbeitsplätzen an. Im Hinblick auf lokale Ökonomie und öffentlich geförderte Beschäftigung sind vor allem zwei Aspekte hervorzuheben.

Erstens erfordert der gesellschaftliche Wandel ein größeres Angebot an bezahlbaren sozialen und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Der Funktionswandel der Familie, die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen, die demographische Entwicklung und der Trend zur Pluralisierung von Lebensstilen führen zu wachsenden Bedarfen auf der Nachfrageseite. Der Ausweitung des Angebots sind allerdings unter Marktbedingungen Grenzen gesetzt.

Zweitens muß eine Antwort auf die Globalisierung (wenn auch zweifellos nicht einzige) darin bestehen, wieder regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Ausgangspunkt ist dabei der Ansatz, eine höhere Ressourcenproduktivität durch eine Verlängerung der Nutzungsdauer und eine Erhöhung der Nutzungsintensität von Gütern zu erzielen. Eine derartige Produktions- und Konsumptionsweise soll nicht durch das massenhafte Kaufen und Wegwerfen von Massenprodukten geprägt sein, sondern durch den Erwerb von Nutzen. Der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeiten soll sich somit von der Produktion hin zum Produktmanagement verschieben. Vom Produktdesign, über die Reparatur bis hin zu Beratung und Verleih entstehen Dienstleistungssegmente um industrielle und handwerkliche Produkte herum. Eine derartige "nutzungsbezogene Dienstleistungswirtschaft" ist wegen der erforderlichen Kundennähe notwendigerweise dezentralisiert und regionalisiert.

5. Erforderlich ist ein policy mix für mehr Beschäftigung

Die Ausweitung von qualifizierter Dienstleistungsarbeit und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist nicht mit halbherzigen Mini-Reformen und wirtschaftsliberalen Experimenten von gestern zu haben. Erforderlich ist ein langfristig und strategisch ausgerichteter policy mix, der verschiedene Strategien miteinander verbindet. Erstens eine wachstumsfreundliche und nachfrageorientierte Geld-, Finanz-, und Tarifpolitik. Zweitens die Ausweitung differenzierter Formen von Arbeitszeitverkürzungen. Drittens eine Innovationsstrategie, die Strukturpolitik, öffentliche Investitionen und Qualifizierung im

Hinblick auf ausgewählte Wachstumsfelder bündelt. Viertens muß die aktive Arbeitsmarktpolitik reformiert werden und der Tatsache strukturell verfestigter Arbeitslosigkeit Rechnung tragen. All diese Ansätze müssen auch auf europäischer Ebene verzahnt und umgesetzt werden.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses policy mix ist der Aufbau eines dauerhaften Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung (ÖBS).

6. Zwischen Staat und Markt: Grundüberlegungen für ein "Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten"

Der Markt ist für sich genommen blind für soziale und ökologische Ziele. Aus diesem Grund gibt es wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge (Soziales, Bildung, Infrastruktur etc.), die dem Markt zumindest teilweise entzogen sind. Für die Linke ist dies aber nicht nur eine Hilfskonstruktion für den versagenden Markt, sondern kann öffentliche Kontrolle über gesellschaftlich relevante Felder sicherstellen und hat für die EmpfängerInnen und Beschäftigten positive Aspekte. Staatliche Leistungen müssen sich aber auf den Weg machen, vielfach geäußerte Vorwürfen – sie seien zu unflexibel, bürokratisch und gegenüber spezifischen lokalen Bedürfnislagen zu wenig aufgeschlossen – auszuräumen.

Grundsätzlich sind als Zielstellungen die Orientierung am Bedarf, der Zuschnitt von Leistung und Entgelt auf bedürftige oder benachteiligte Gruppen, die Ausweitung der Erwerbsquoten von Frauen und Langzeitarbeitslosen, sowie MigrantInnen und Behinderten anzustreben.

In welcher Form öffentlich geförderte Beschäftigung zu organisieren ist, lässt sich pauschal nicht beurteilen. Alle Modelle zwischen Markt und Staat sind konsequent darauf zu prüfen, inwieweit sie die positiven Aspekte gewährleisten können.

Drei Modelle bieten sich derzeit an:

Der öffentliche Dienst

Positiv am öffentlichen Dienst ist besonders die dauerhafte Garantie, dass die Bedarfe befriedigt werden können. Allerdings fehlt in zuweilen die örtliche Nähe zu den Betroffenen. Während in Ballungszentren viele Anknüpfungspunkte für gesellschaftlich wertvolle Arbeit vorhanden sein können, die ausgebaut und professionalisiert werden können, würden in ländlichen Gebieten viele gesellschaftliche Bedarfe ungedeckt bleiben, wenn nicht der öffentliche Dienst sie anbieten oder zumindest anstoßen würde. Weiterhin gilt es bei der Ausgestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung darauf zu achten, wie die dauerhafte und kompetente Ausführung gewährleistet werden kann. Es besteht die Gefahr, dass der Ansatz der Selbstorganisation zu Lobbyismus für Initiativen und Vereine werden kann und mit einer konkreten Planung auf regionaler Ebene nur schwer zu vereinbaren ist. Zudem müssen im öffentlichen Dienst andere Kriterien als das der Rechtssicherheit der Auskünfte Einzug erhalten, um eine Orientierung auf den Nutzer von Dienstleistungen, Auskünfte und Ansprüchen erreichen zu können. Zudem müssen einzelne Bestandteile der Organisation des öffentlichen Dienstes (wie z.B. steile Hierarchien) überprüft werden. Außerdem bietet der öffentliche Dienst die Möglichkeit die tariflichen Rechte der Beschäftigten durch eine geeignete Interessenvertretung mittels Betriebsräten und Gewerkschaften sicherzustellen.

Soziale Betriebe

Soziale Betriebe sind vorrangig zur Hilfe von Existenzgründungen zu verstehen. Die Kombination von Existenzgründungshilfe und sozialen Komponenten (die Bezuschussung der Einstellung Langzeitarbeitsloser) wollen wir verstetigen, jedoch müssen Modelle gefunden werden, die Mitnahmeeffekte privater Unternehmer ausschließen. Es sind außerdem Modelle zu finden, wie öffentliche Betriebe oder gemeinnützige Betriebe besonders gefördert werden können, um die Selbstorganisation der Betroffenen vorantreiben zu können.

Neues Arbeiten - Neues Wirtschaften

Unter der Überschrift "Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten" beschreiben wir insofern ein mehr Prinzip, als ein konkretes beschäftigungspolitisches Instrument. Wir wollen den Ansatz eines ökonomischen Sektors zwischen Staat und Markt sowohl zur Steigerung der Beschäftigung als auch zur Durchsetzung wirtschaftlicher Demokratie Schritt für Schritt stärken und ausbauen. Folgende Grundüberlegungen stehen für uns im Vordergrund:

- Alternativmodell, nicht Rückzug in die Nische: Wir wollen neue gesellschaftliche Formen des Arbeitens und Wirtschaftens etablieren. Unsere Überlegungen sind damit auch als Alternativmodell zur privaten und profitorientierten Wirtschaft anzusehen. Sie dürfen aber nicht als grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus mißverstanden werden. Eine linke Strategie muß auch immer die Demokratisierung des privaten Sektors (v.a. der Banken und der Großkonzerne) anstreben und darf sich nicht in die Nische eines öffentlich geförderten Sektors zurückziehen.
- Orientierung an gesellschaftlichen Bedarfen: Der ÖBS ist nicht nur ein Programm zum Aufbau neuer Beschäftigung, sondern ein Beitrag zur gesellschaftlichen Wertschöpfung und Wohlstandssteigerung. Es sollen vor allem solche Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, die über den Markt nicht bereitgestellt werden, weil sie nicht profitabel sind. Insofern geht es darum, den Gebrauchswert und nicht den Tauschwert der im ÖBS geleisteten Arbeit zu maximieren. Die Bedarfsermittlung kann nicht bürokratisch von oben vorgenommen werden, sondern muß von den jeweiligen lokalen Problemlagen ausgehen und soll demokratisch organisiert werden.
- Tariflich entlohnte und qualifizierte Beschäftigung für Frauen und Männer fördern: Der ÖBS soll neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose schaffen. Diese Arbeit soll tariflich entlohnt werden und den Qualifikationen der Arbeitslosen entsprechen. Vor allem bei Geringqualifizierten soll die Beschäftigungsförderung verzahnt werden mit berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen. Zudem sind Frauen zu mindestens 50% an den geförderten Maßnahmen zu beteiligen. In eigenen Tarifverträgen für den ÖBS sollen neue Modelle der Arbeitsorganisation (z.B. Wahlteilzeit mit Rückkehrrecht) verankert werden.
- Strukturbezogenheit der Förderung: Soweit wie möglich soll die Förderung des ÖBS darauf ausgerichtet sein, die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken bzw. die vorhandenen Potenziale weiterzuentwickeln. Die im Rahmen des ÖBS geförderten Projekte sollen sich daher in Regionale Entwicklungskonzepte einfügen.
- Neues Regulationsmodell zwischen Staat und Markt: Sowohl in bezug auf die demokratische Ermittlung von Bedarfen als auch die Finanzierung ist der ÖBS Teil eines neuen Regulationsmo-

dells zwischen Staat und Markt. Der Staat definiert die Rahmenbedingungen und stellt einen Teil der finanziellen Ressourcen zur Verfügung. Die Bedarfsermittlung erfolgt in einem gesellschaftlichen Diskussionsprozeß unter Einbeziehung lokaler und regionaler Akteure. Die Finanzierung erfolgt mischfinanziert aus öffentlichen Zuschüssen und erwirtschafteten Eigenmitteln.

- Förderung von Selbstorganisation und Stärkung der "zivilgesellschaftlichen" Strukturen: Eigeninitiative von unten entspricht durchaus unserem sozialistischem Leitbild von Selbstorganisation. Sie erfordert jedoch eine materielle Basis. Im Rahmen des ÖBS sollen die vielfältigen Formen der Selbstorganisation von unten auf eine professionelle und sichere Grundlage gestellt werden. Wir wollen vorhandene Kreativität fördern und unterstützen. Sowohl Einzelpersonen als auch gesellschaftliche Gruppen sollen Ideen für zu unterstützende Projekte in den Diskussionsprozeß einbringen und bei entsprechender Akzeptanz umsetzen können.

- Professionalisierung der Reproduktionsarbeit: Der ÖBS soll zudem einen Beitrag dazu leisten, bislang überwiegend von Frauen im privaten Haushalt erledigte Reproduktionsarbeiten zu professionalisieren und im Rahmen von Erwerbsarbeit regulär zu entlohnen bzw. sozialstaatlich abzusichern. Es geht uns aber weiterhin darum, die -sozialstaatliche abgesicherte-Reproduktionsarbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufzuteilen und ausreichend zeitliche Freiräume zu schaffen.

- Keine Verschiebung von öffentlichen Aufgaben: Unsere Überlegungen in Richtung ÖBS sollen nicht als heimliches Deregulierungs- und Privatisierungsprogramm missverstanden werden. Privatisierungen und Stellenabbau des öffentlichen Dienstes sind zu bekämpfen; vielmehr gilt es für eine Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes zu streiten. Wir stehen weiterhin dafür ein, wichtige Schlüsselbereiche des öffentlichen Lebens im öffentlichen Dienst zu organisieren, da Zuverlässigkeit, soziale Preise und abgesicherte Beschäftigung im öffentlichen Dienst gewährleistet werden kann. Es ist sinnvoll, für eine Demokratisierung der Gesellschaft durch Überführung privater Unternehmen in öffentliche Verfügung und Eigentum und durch Ausbau eines Sozialstaats zu kämpfen. Angesichts dessen würde es einen gewaltigen Rückschritt bedeuten, Bereiche der öffentlichen Hand, wo politische Gestaltung und Regulierung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit eher möglich ist, nun durch Privatisierung zu entdemokratisieren, denn im privaten Bereich ist gesellschaftlicher Einfluss viel schwerer möglich. Die Linke muss den wundersamen Verheißungen, die als Folge von Privatisierungen sowohl von konservativer wie auch von alternativ-libertärer Seite beschworen werden, konsequent entgegentreten und sie widerlegen. Im Gegenteil: Privatisierung ist mit desaströsen Folgen für die BürgerInnen, die Beschäftigten und die politische Handlungsfähigkeit von Kommunen und Länder verbunden. Auch bei zusätzlichen Aufgaben soll immer geprüft werden, ob der öffentliche Dienst nicht eine geeignete Form der Dienstleistungen anbieten kann. Es macht keinen Sinn, Aufgabenbereiche, die originär dem öffentlichen Dienst zuzuordnen sind, vom öffentlichen Dienst aus- und in den ÖBS einzulagern. Diese Aufgabenbereiche sollten dem öffentlichen Dienst vorbehalten sein. Öffentliche Strukturen stehen jedoch vor der Herausforderung, transparenter, bürgerInnennäher und effizienter zu werden.

7. Reform der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Arbeitsversicherung und ÖBS

Die aktive Arbeitsmarktpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Re-Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Trotz zahlreicher Leistungsbeschränkungen wurde ein differenziertes Instrumentarium entwickelt, um die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu verhindern bzw. Qualifizierungen und öffentlich geförderte Beschäftigung anstelle von passiver Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Dennoch bleibt die

aktive Arbeitsmarktpolitik nach wie vor der Logik verhaftet, dass sie lediglich eine flankierende beschäftigungspolitische Funktion zur sozialen Abfederung konjunktureller Arbeitslosigkeit und qualifikatorischen Anpassung des Arbeitsangebots hat. Die Ausrichtung der Arbeitslosenversicherung am individuellen Risikofall wird den Herausforderungen struktureller Arbeitslosigkeit längst nicht mehr gerecht. Daher ist ein Paradigmenwechsel überfällig.

Die für 2001 geplante Reform des SGB III muß den Grundsatz "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" konsequent umsetzen. Wir wollen die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umwandeln. Diese soll präventiv agieren und den Beschäftigten die Anspruchnahme von Leistungen (Qualifizierung, Sabbaticals etc.) ermöglichen. Wichtig ist vor allem eine flankierende Funktion bei der Realisierung von Arbeitszeitverkürzungen und Unterstützung von Neueinstellungen im Rahmen von neuen Arbeitszeitmodellen, Job-Rotation-Modellen etc.

Spätestens nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit sollen alle Arbeitslosen (und damit nicht nur bisherige LeistungsempfängerInnen) Anspruch auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Sofern keine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt möglich ist, muß ihnen eine entsprechende qualifikationsgemäße Beschäftigung im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor angeboten werden. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) soll auf Basis der bisherigen ABM und SAM als neuer Ansatz in die aktive Arbeitsmarktpolitik integriert werden. Er soll gegenüber ABM oder SAM eine dauerhafte und projektorientierte Förderung ermöglichen und eng mit der regionalen Strukturpolitik verzahnt werden. Die Finanzierung kann nicht nur den BeitragszahlerInnen obliegen. Erforderlich ist ein regelgebundener Bundeszuschuß aus Steuermitteln sowie eine Beteiligung von Beamten und Selbstständigen an den Kosten aktiver Arbeitsmarktpolitik. Beamte und Selbstständige sollen zur Finanzierung der Aufgaben eine Arbeitsmarktabgabe leisten.

8. Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

Die bisherige Strukturpolitik von EU, Bund und Ländern (z.B. die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur) richtet sich vor allem auf den Sektor der Exportwirtschaft. Systematisch vernachlässigt werden die binnenwirtschaftlichen Potenziale bzw. die lokale Ökonomie. Daher plädieren wir für den Aufbau einer "zweiten Säule" der Strukturpolitik, die regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und somit auch einen Beitrag zur Ökologisierung der Produktionsweise leistet. Auf Basis einer Regionalanalyse, die die vorhandenen regionalwirtschaftlichen Potentiale und Entwicklungsmöglichkeiten feststellt, sollen Leitbilder für die weitere Entwicklung definiert werden. Bei der Definition dieser Leitbilder geht es vor allem um drei Aspekte. Erstens sollten die Produktlinien identifiziert werden, an denen entlang regionale bzw. lokale Wirtschaftscluster (spezifische, sich positiv verstärkende Branchenkonzentrationen in einer Region) bereits bestehen oder entstehen können. Zweitens müßte ein regionales Stoffstrommanagement, d.h. das Bestreben, innerregionale Energie- und Wertstoffkreisläufe zu organisieren, elementarer Bestandteil solcher Leitbilder sein. Drittens sollten die Lücken in der regionalwirtschaftlichen (lokalen) Versorgungslage identifiziert und entsprechende Handlungs- sowie Förderbedarfe abgeleitet werden. Auf Basis dieser Leitbilder müssen neue Formen der Kooperation und Finanzierung zwischen Staat, privaten Unternehmen und einem neuen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gefunden werden. Eine solche Verzahnung läßt sich in nachfrageorientierten Investitionsprogrammen wie beispielsweise dem Delors-White-Paper der EU-Kommission von 1993 integrieren und wird Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt auch nur in Begleitung solcher großangelegter Investitionsprogrammen entfalten.

Zum Teil wird dies auch bereits gegenwärtig als Integration von Arbeits- und Gewerbeförderung umgesetzt. Integrierte Projekte der Arbeits- und Gewerbeförderung unternehmen den Versuch, die Ziele aktiver Arbeitsmarktpolitik und die lokale Strukturförderung miteinander zu verzahnen und somit Synergieeffekte zu erzielen. Dem neben "Primärziel" der Re-Integration von Arbeitslosen steht das "Sekundärziel" der Bereitstellung bestimmter Güter und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung der endogenen Potenziale der regionalen Wirtschaftsstruktur. Typische Felder für integrierte Projekte sind die Infrastruktur, die Aufbereitung von Brachflächen, die Renaturierung, die Denkmalpflege oder die Stadterneuerung. Finanziert werden die Projekte über zwei Quellen. Die erste Quelle sind kombinierte Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik aus unterschiedlichen Fördertöpfen der EU, der Arbeitsverwaltung, der Länder und der Kommunen. Die zweite Quelle stellen die Einnahmen aus produktiver Tätigkeit dar. Hierbei treten zwei Problemfelder auf. Zum einen müssen die unterschiedlichen Fördermaßnahmen hinsichtlich Zweckbindung, Laufzeiten und Förderbestimmungen koordiniert werden. Zum anderen gilt es, die Kooperation aller beteiligten Akteure (Auftraggeber, Mittelgeber, Träger, beteiligte Unternehmen) sicherzustellen. Da eine entsprechende Struktur zur Lösung dieser Problemfelder in der Regel nicht zur Verfügung steht, bilden sich unter hohem Aufwand projektbezogene Strukturen heraus. Hier ist eine Bündelung und Transparenzsteigerung des umfangreichen Förderdschungels von EU, Bund, Ländern und Kommunen im Rahmen einer auf die regionale Binnenwirtschaft bezogenen "zweiten Säule" der Strukturpolitik erforderlich.

9. Doppelstrategie für "Neues Arbeiten - Neues Wirtschaften"

Aus den bisherigen Überlegungen leiten wir eine Doppelstrategie für "Neues Wirtschaften - Neues Arbeiten" ab. Der erste Ansatz richtet sich auf die Förderung der lokalen Ökonomie und setzt auf die Verzahnung von gezielter Nachfragesteuerung und einer integrierten Arbeits- und Gewerbeförderung. Der zweite Ansatz stellt den ÖBS im engeren Sinne dar. Er zielt auf den Ausbau von explizit gemeinwohlorientierten und öffentlich geförderten Projekten im Non-Profit-Sektor ab.

1. Politik der lokalen Ökonomie

Unter "lokaler Ökonomie" verstehen wir wirtschaftliche Aktivitäten, die Güter und Dienstleistungen für einen räumlich begrenzten Markt herstellen und im Prozeß der Leistungserstellung auf räumliche Nähe angewiesen sind. Hierzu gehören Teile des Einzelhandels, des Handwerks, der Gastronomie etc.

Die ökonomische Spaltung zwischen Export- und Binnenwirtschaft verschärft auch die wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den Regionen. Gerade in Problemstadtteilen in Regionen des industriellen Strukturwandels vollziehen sich kleinräumige Polarisierungsprozesse und Wechselwirkungen aus ökonomischen Niedergang sozialer Spaltung und städtebaulichen Problemlagen.

Erforderlich ist eine Bündelung strukturpolitischer, beschäftigungspolitischer und sozialpolitischer Maßnahmen auf der lokalen Ebene. Positive Bezugspunkte sind die von der EU geförderten "lokalen Initiativen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung", die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN oder das neue Bund-Länder-Programm "Die soziale Stadt". Eine Politik der lokalen Ökonomie kann aber nicht nur darauf setzen, kostenintensive Förderprogramme umzusetzen. Wichtig ist erstens ein dauerhafter neuer Finanzierungsmodus für die Binnenwirtschaft (intersektorale Umverteilung) und

zweitens neue Regulationsmechanismen und Kooperationsformen zwischen der lokalen Privatwirtschaft und öffentlichen Institutionen.

Zum einen setzen wir auf eine Integration von Arbeits- und Gewerbeförderung. Die aktive Arbeitsmarktpolitik kann und soll einen Beitrag zur Stärkung der lokalen wirtschaftlichen Basis leisten und gleichzeitig Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integrieren. Die Nutzung der folgenden Instrumente soll nicht pauschal, sondern auf Basis regionalwirtschaftlicher Leitbilder erfolgen:

- Öffentlicher Dienst: Der öffentliche Dienst muss seinen originären Aufgaben gerecht werden können. Deshalb müssen die Kommunen durch eine finanzielle Besserstellung in die Lage versetzt werden ihre Aufgaben effizient und transparent aufnehmen und erfüllen zu können. Der direkte Dialog mit den Betroffenen ist Voraussetzung einer zielgenauen Erledigung der Aufgaben.
- Existenzgründungsförderung / Soziale (Wirtschafts-)Betriebe: Ergänzend zum Überbrückungsgeld nach SGB III für arbeitslose Existenzgründer haben die meisten Bundesländer eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur finanziellen und qualifikatorischen Unterstützung von Existenzgründungen im Angebot. Den konsistentesten Ansatz stellen die von einigen Bundesländern ermöglichten "Sozialen (Wirtschafts-)Betriebe" dar. Im wesentlichen basiert der Förderansatz auf der Überlegung, den Aufbau neuer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) mit einer Integration arbeitsmarktpolitischer Problemgruppen zu verzahnen. Gewährt werden für maximal fünf Jahre degressive Zuschüsse zu den Arbeitsplatz- und Investitionskosten unter der Voraussetzung, dass ein bestimmter Anteil (70%) der eingestellten Arbeitslosen definierte Merkmale (v.a. Langzeitarbeitslosigkeit) erfüllt. Bedingung für die Förderung ist eine betriebswirtschaftliche Prüfung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und ein regelmäßiges Controlling. Wir wollen diesen Ansatz in die Förderpolitik des Bundes integrieren und verstetigen.
- Lokale Kooperationsnetze: Zum Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und um die Konkurrenzfähigkeit der Lokalwirtschaft gegenüber großen Dienstleistungskonzernen zu stärken sind neue Formen der Kooperation erforderlich. Diese müssen finanziert und professionell organisiert werden.
- Entwicklungszentren: Entwicklungszentren arbeiten vor allem an der Entwicklung von Produkt- und Prozeßinnovationen mit ökologischer Zielsetzung und verbinden dies mit der Qualifizierung von Arbeitslosen. Zielsetzung ist - neben der Re-Integration von Arbeitslosen - Ideen für die regionalen Unternehmen zu entwickeln bzw. auch erfolgversprechende Existenzgründungen zu ermöglichen. Sinnvoll ist daher die inhaltliche Ausrichtung von Entwicklungszentren auf die regionale Wirtschaftsstruktur bzw. die gezielte Unterstützung bestehender Cluster. Derartige Entwicklungszentren bieten sich zudem als Promotor zum Aufbau regionaler Kooperationsnetzwerke an.
- Öffentliche Arbeitskräftepools: Das Konzept der Arbeitskräftepools oder -agenturen verbindet das Konzept des Zeitarbeitunternehmens mit der gezielten Unterstützung von Existenzgründungen und Kleinunternehmen. Gerade junge Unternehmen haben in der Gründungsphase einen flexiblen Personalbedarf. Angesichts der hohen Kosten von Neueinstellungen werden gerade bei unsicherer wirtschaftlicher Perspektive vorhandene Bedarfe nicht gedeckt. Zudem sind die Möglichkeiten für Kleinunternehmen, Beschäftigte in Weiterbildungsmaßnahmen zu entsenden bzw. Modelle der Arbeitszeitverkürzung zu realisieren durch die fehlenden Dispositionsmöglichkeiten oftmals blockiert. Öffentliche Arbeitskräftepools beschäftigen ehemals Arbeitslose zu tariflichen Bedingungen und vermitteln diese an Existenzgründer und Kleinunternehmen. In Zeiten der Nicht-Beschäftigung in Unternehmen finden Qualifizierungsmaßnahmen statt.

- Lokale Investitionsfonds: Auf kommunaler Ebene stehen mit den öffentlichen Sparkassen Kreditinstitute zur Verfügung, die auf Basis regionalwirtschaftlicher Leitbilder stärker als bisher für strukturpolitische Zwecke genutzt werden müssen. Eine Möglichkeit bestünde in der Bereitstellung von "lokalen Investitionsfonds", die aus den Töpfen der Strukturförderung und den Sparkassen gefüllt werden den Betrieben der lokalen Ökonomie Investitionszuschüsse bzw. zinsvergünstigte Darlehen ermöglichen.

Umgestaltung der Arbeitnehmersozialversicherungsbeiträge auf Wertschöpfungsbasis: Die gezielte Entlastung des arbeitsintensiven Gewerbes und eine höhere Belastung der rationalisierenden Branchen und Unternehmen ist möglich durch eine Umgestaltung der Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung. Denkbar wäre etwa eine, die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge ergänzende Wertschöpfungsabgabe durch Arbeitgeberbeiträge. Dadurch findet zwischen den Unternehmen eine "intersektorale Umverteilung" zugunsten des arbeitsintensiven Gewerbes statt.

Problematisch ist hier allerdings, dass auch unproduktive Bereiche gefördert werden, ohne eine vorherige Prüfung des gesellschaftlichen Bedarfs vorzunehmen. Andererseits kann eine solche zusätzliche Abgabe gerade in Bereichen mit hoher Scheinselbstständigkeit sinnvoll sein. Generell sind aber Maßnahmen, die die Förderung unproduktiver Bereiche an deren gesellschaftlicher Sinnhaftigkeit knüpfen zu bevorzugen.

- Umstellung der Sozialversicherungsbeiträge auf Wertschöpfungsbasis: Die gezielte Entlastung des arbeitsintensiven Gewerbes und eine höhere Belastung der rationalisierenden Branchen und Unternehmen ist möglich durch eine Umstellung der Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung. Wir plädieren dafür, diese nicht mehr auf Basis der betrieblichen Lohn- und Gehaltssumme, sondern auf Basis der betrieblichen Wertschöpfung zu berechnen. Während die Gesamtbelastung für die Wirtschaft konstant bleibt, findet zwischen den Unternehmen eine "intersektorale Umverteilung" zugunsten des arbeitsintensiven Gewerbes statt. Alternativ wäre auch eine die Arbeitgeberbeiträge ergänzende Wertschöpfungsabgabe denkbar.

- Dienstleistungsbonus: Eine Verbilligung lokaler Dienste gegenüber Industrieprodukten wäre zielgenauer und verteilungspolitisch gerechter mit der Ausgabe von Dienstleistungsboni möglich. Jeder BürgerIn soll nach bedarfsorientierten Kriterien einen Dienstleistungsbonus erhalten, der die Inanspruchnahme von bestimmten Diensten kostenlos bzw. ermäßigt ermöglicht. Diese Boni können als "Währung für die lokale Ökonomie" - im Gegensatz zum bereits existierenden Modell der Dienstleistungsgutscheine - nur bei professionellen Dienstleistern (Handwerksbetriebe, Dienstleistungsagenturen), die sich an tarifliche Entlohnungskriterien sowie soziale Standards (Frauenförderung, Ausbildungsbereitschaft) halten, eingelöst werden.

2. Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) / Sozialwirtschaft

Der entscheidende Unterschied zum ersten Ansatz der Förderung der lokalen Ökonomie besteht darin, dass die im Rahmen des ÖBS Projekte gefördert werden, die ausschließlich im Non-Profit-Bereich anzusiedeln sind. Zwar sollen sie über die Möglichkeit verfügen, eigene Mittel zu erwirtschaften und diese eigenständig zu re-investieren. Die private Aneignung von Profit darf hier aber nicht möglich sein. Ebenso soll aus Gründen der politischen und rechtlichen Durchsetzbarkeit keine Verdrängung privatwirtschaftlicher Aktivitäten stattfinden. Der ÖBS soll jedoch einen Beitrag dazu leisten, schattenwirtschaftliche Tätigkeiten in reguläre Erwerbsarbeit zu überführen.

Die Entscheidung über zu fördernde Projekte soll in einem gesellschaftlichen und dezentralen Prozeß vorgenommen werden. Die geförderten Projekte müssen sich angesichts knapper Mittel einem Wettbewerb um Ideen und Effizienzstandards aussetzen. Da es sich um gesellschaftliche Aufgaben und Mittel handelt, verbietet es sich, ineffiziente Strukturen oder "Privatprojekte" zu fördern. Alle Projekte müssen einem regelmäßigen Controlling unterliegen und nachweisen, dass sie Aufgaben im gesellschaftlichen Interesse erledigen. Die Projekte sollen regelmäßig (z.B. alle 5 Jahre) öffentlich ausgeschrieben werden. Dies bedeutet, dass zwar einerseits bestimmte Aufgaben dauerhaft gefördert werden können, aber andererseits damit nicht zwingend bestimmte Träger.

Die Finanzierung der ÖBS-Projekte soll auf Basis von Wirtschaftlichkeitsberechnungen erfolgen. So benötigen Projekte, denen keine unmittelbare Marktnachfrage gegenübersteht mehr Mittel als Projekte, die Dienstleistungen am Markt anbieten. Die Finanzierung besteht aus zwei Komponenten: Zum einen ein Sach- und Regiekostenzuschuß, der sich nach der wirtschaftlichen Tätigkeit richtet, zum anderen die Personalkostenzuschüsse. Fördervoraussetzung ist die Einhaltung bestimmter Kriterien bzgl. der Einstellung von Langzeitarbeitslosen, Frauen etc.

Als Träger der ÖBS-Projekte kommen öffentliche und private Unternehmen, gemeinnützige Organisationen sowie andere juristische Personen des privaten Rechts infrage.

Als Nachfrager sollen private Haushalte, Vereine und Verbände sowie die öffentliche Hand auftreten können. Private Unternehmen sollen von der Inanspruchnahme der von ÖBS-Projekte geleisteten Dienste ausgeschlossen werden, um unerwünschte verteilungspolitische Effekte zu vermeiden.

Felder des gesellschaftlichen Bedarfs

Die im SGB III für die Strukturanpassungsmaßnahmen definierten Tätigkeitsfelder sind erweitert worden (Erhaltung und Verbesserung der Umwelt / Verbesserung des Angebots bei den sozialen Diensten und in der Jugendhilfe / Erhöhung des Angebots im Breitensport und in der freien Kulturarbeit / Vorbereitung und Durchführung der Denkmalpflege / der städtebaulichen Erneuerung und des städtebaulichen Denkmalschutzes / Verbesserung des Wohnumfeldes und Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur einschließlich der touristischen Infrastruktur). Dennoch unterliegen die zu fördernden Bereiche immer noch erheblichen Einschränkungen. Als Tätigkeitsfelder für den ÖBS kommen prinzipiell alle Bereiche in Frage, die sich an gesellschaftlichen Bedarfen orientieren und die über den Markt nicht profitabel bzw. nur für höhere Haushaltseinkommen zu finanzieren sind. Die wesentlichen Felder sind unseres Erachtens:

- Haushaltsbezogene Dienste
- Soziale Infrastruktur
- Kultur und Medien
- Selbstorganisation und Vereinswesen
- Umweltschutz

10. Strukturaufbau unseres Modells

Unser Modell verfolgt den Ansatz einer dezentralen Steuerung. Zwar sollen auf Bundesebene die wichtigsten Rahmenbedingungen definiert und die finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden. Die wesentlichen Entscheidungsprozesse wollen wir jedoch auf der Ebene der Region bzw. in den Stadtquartieren der Großstädte ansiedeln. Unter Region verstehen wir eine Gebietseinheit unterhalb der Landesebene und überhalb der kommunalen Ebene (z.B. Kammerbezirke, Arbeitsamtbezirke).

Fonds "Neue Arbeit"

Als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern soll ein spezieller Fonds bei der Bundesanstalt für Arbeit eingerichtet werden. Dieser Fonds "Neue Arbeit" soll die Mittel zur Finanzierung des ÖBS bündeln. Die Mittel werden bedarfsorientiert auf Basis bestimmter Kennziffern (Strukturprobleme, Arbeitslosigkeit etc.) an die Regionen weitergegeben.

Regionale Entwicklungskonzepte

Voraussetzung für die Vergabe von Mitteln ist die Erarbeitung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes. Dieses soll Leitprojekte für die wirtschaftsstrukturelle Perspektive beinhalten. Ebenso sollen Förderbedarfe im Rahmen des ÖBS dargestellt werden. Die Entwicklungskonzepte sollen im regionalen Konsens entwickelt werden. Grundlage für die Ermittlung der Förderbedarfe sollen Analysen über die wirtschaftsstrukturelle und arbeitsmarktpolitische Ausgangslage sowie empirische Untersuchungen über die regionalen Nachfrage nach zusätzlichen Dienstleistungen sein.

Regionale Entwicklungsfonds

Die Mittel aus dem Fonds "Neue Arbeit" sollen in regionale Entwicklungsfonds fließen, die zur Finanzierung der o.g. Aufgaben verwendet werden. Die Länder und Kommunen können und sollen diese Fonds mit eigenen Mittel ergänzen. Damit sollte zudem eine Bündelung der für binnenbezogene Strukturförderung und die strukturbezogene Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehenden Mittel und eine weitgehende Regionalisierung der Entscheidungsverfahren einhergehen. Zu unterscheiden wäre hier im wesentlichen zwischen zwei Förderungsansätzen. Zum einen degressive und einmalige Förderungen im Rahmen einer "Politik der lokalen Ökonomie" (Anschubförderungen für Marktanalysen, Existenzgründungen, die Einrichtung von Kooperationsnetzwerken, etc). Zum anderen eine dauerhafte Strukturförderung für neue Beschäftigungsfelder im Rahmen des ÖBS.

Regionalkonferenzen

Die Regionalkonferenzen sind die relevante Entscheidungsstruktur über die Leitbilder und Förderbedarfe. In diesen Regionalkonferenzen sollten vier "Bänke" vertreten sein:

- Kommunale Akteure und Arbeitsamt, Parteien
- Gewerkschaften
- Unternehmerverbände und Kammern
- Kirchen, Wohlfahrtsverbände und weitere Organisationen
-

Regionale Entwicklungsagentur

Ohne die Einrichtung einer intermediären Organisation ist die Umsetzung solcher Leitbilder und die Bündelung lokaler Initiativen kaum denkbar. Auch die Professionalisierung und die Absicherung der Akzeptanz in der Region erfordern die Schaffung einer regionalen Agentur, bei der die Fäden zusammenlaufen. Eine Regionale Entwicklungsagentur hätte im wesentlichen folgende Aufgaben:

- Durchführung von Regionalanalysen und Entwicklung von Handlungsempfehlungen
- Entwicklung von branchenbezogenen Leitbildern, z.B. Entwicklung von kommunalen Gesamtkonzepten zur städtischen Handelsentwicklung

- Projektentwicklung, -vergabe und -controlling im Rahmen des ÖBS
- Durchführung und Moderation von öffentlichen Beteiligungen zur lokalen Bedarfsermittlung (z.B. Stadtteilkonferenzen)
- Gezielte Wirtschaftsförderung zur Schließung von Lücken in regionalen Wertschöpfungsketten
- Aufbau von Kooperationsnetzwerken der lokalen Ökonomie z.B. im Handwerk und die Erschließung von Aufträgen für Großunternehmen
- Förderung von neuen und alternativen Unternehmensformen
- Beratungen für Existenzgründer: Machbarkeitsstudien und Entwicklung von Förderstrategien

Stadtteilbüros / Stadtteilkonferenzen

In großstädtischen Ballungsräumen bzw. besonderen Problemstadtteilen können lokale "Ableger" der Regionalen Entwicklungsagentur in Form von Stadtteil- oder Quartierbüros an Anlaufstelle errichtet werden. Ebenso können im Stadtteil Konferenzen oder Räte zur Bedarfsermittlung von unten eingerichtet werden.

11. Finanzierung

Um den ÖBS und eine Fortentwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung zu realisieren brauchen wir ein gesellschaftliches Bündnis, da ihm ideologische Vorbehalte vor allem im konservativ-liberalen Lager und auf Seiten der Unternehmerverbände entgegenstehen. Eine dauerhafte und stabile Förderung auf breiter Basis wird einen erheblichen Eingriff in die bestehenden Verteilungsverhältnisse erfordern. Dieser ist nicht ohne Konflikte mit den genannten Kräften zu haben. Daher ist die Realisierung des ÖBS auf einen schrittweise zu erzeugenden gesellschaftlichen Konsens angewiesen. Um diesen herzustellen, muß der wertschöpfende, wohlstandsmaximierende Charakter hervorgehoben werden.

Vielfach bestehen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitiken Ansätze öffentlich geförderter Beschäftigung, die es zu nutzen gilt. Ebenso bietet das Arbeitsförderungsrecht im SGB III wichtige Instrumente, die im Rahmen von Regionalen Konzepten für mehr Arbeit die Finanzierung schon heute sicherstellen können.

Wichtige Finanzquellen sind im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen:

- die im SGB III enthaltenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Arbeitsverwaltung (ABM, SAM, freie Förderung nach § 10 SGB III)
- Sonderprogramme der Arbeitsverwaltung, insbesondere JUMP
- die EU-kofinanzierten Arbeitsmarktprogramme der Bundesländer und
- die kommunale Arbeitsmarktpolitik, insbesondere "Hilfen zur Arbeit" nach dem BSHG
-
- Diese werden in einigen, vom Strukturwandel besonders betroffenen Gebieten ergänzt durch finanzstarke Strukturförderprogramme:
-
- das Operationelle Land-EU-Ziel2/Ziel1-Programme und
- die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur",

- die ihre fördertechnische Zusammenfassung in "Regionalen Wirtschaftsförderprogrammen" der Länder finden.

Bündelung der Programme für Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftsförderung

Allein durch die strategische Bündelung der vorhandenen Fördermittel und Programme der verschiedenen Ebenen können Synergien und Effizienzsteigerungen erzielt werden.

Budgetausgleichspolitik

Durch die Arbeitslosigkeit entstehen gesellschaftliche Kosten (Ausgaben und Mindereinnahmen) von bis zu 180 Mrd. DM im Jahr. Jeder Arbeitslose "kostet" die öffentlichen Haushalte rund 40.000 DM. Allein diese Summe könnte für eine produktive Arbeitsförderung zur Verfügung stehen. Die Refinanzierungsquote für AB-Maßnahmen liegt z.B. bei ca. 90%, wobei der gesellschaftliche Nutzen durch Arbeitsförderprojekte noch nicht eingerechnet ist. Beim Ansatz der Sozialen Wirtschaftsbetriebe zeigt sich im Schnitt sogar eine Entlastung der öffentlichen Haushalte; jeder eingestellte Arbeitslose erwirtschaftet mehr als die Zuschüsse kosten. Das Grundproblem ist darin zu sehen, dass von einer produktiven Arbeitsförderung nicht alle öffentlichen Haushalte gleichermaßen profitieren. Während die Lasten vor allem von der Bundesanstalt für Arbeit zu tragen sind, profitieren Bund, Länder und Kommunen von den höheren Steuereinnahmen. Erforderlich ist daher ein Mechanismus, der alle öffentlichen Haushalte in gleicher Weise be- und entlastet.

Perspektivisch ist anzustreben, dass die im privaten Sektor erwirtschafteten Gewinne zur Finanzierung des ÖBS im Sinne einer intersektoralen Umverteilung umgelenkt werden. Als Einnahmequellen für den aufzubauenden Fonds stehen z.B. die Einnahmen aus einer verstärkten Besteuerung von Kapitalgewinnen und Privatvermögen zur Verfügung. Darüber hinaus können finanzielle Ressourcen aus dem allgemeinen Steuerhaushalt, durch sozial gerechte Steuererhöhungen gewonnen werden. Sinnvolle öffentliche Beschäftigung wird nicht zum Nullpreis zu haben sein. Mit diesen, hier erbrachten Leistungen steht der Gesellschaft allerdings auch ein entsprechendes Bündel von Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Dessen „Schattenpreis" macht die Obergrenze fest, bis zu der die Finanzierungslücke der öffentlichen Beschäftigung ökonomisch Sinn macht und auch dauerhaft gesellschaftlich akzeptiert wird.

Eigenmittel

Auch für die Projekte im ÖBS sollte die Erwirtschaftung von Eigenmitteln eine wichtige Finanzierungsquelle sein. Je transparenter und effizienter das System aus Förderung und Eigenmittelerwirtschaftung aufgebaut ist, desto eher wird die gesellschaftliche Zustimmung erlangt werden können.

12. Etappen

Erforderlich ist daher eine Etappenbestimmung, die den ÖBS schrittweise aufbaut und stärkt. Daher ist es auch wichtiger, positive Referenzen zu schaffen und Lernprozesse zu initiieren, als bereits zum jetzigen Zeitpunkt die zukünftige Struktur bis in Detail konzipieren.

Etappe 1: Nutzung der vorhandenen Instrumente

Eine erste Etappe kann bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Basis bestehender Instrumente eingeleitet werden. Vielfach bestehen sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene gute (wenn auch unzureichende) Ansätze öffentlich geförderter Beschäftigung, die zwar noch keinen eigenständigen "Sektor" ausmachen, aber dennoch zu nutzen sind. Ebenso bietet das Arbeitsförderungsrecht im SGB III Anknüpfungspunkte. Diese gilt es auszubauen und in Bezug zu einer öffentlichen Diskussion über Förderbedarfe zu setzen. Wichtige Ansätze sind:

- Kommunale (Sozialhilfe-)Mittel, die für die Arbeitsförderung eingesetzt werden.
- Das SGB III bietet mit den ABM, den Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) und vor allem der freien Förderung nach §10 SGB III Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung.
- Auf Landesebene stehen u.a. Programme für Soziale Wirtschaftsbetriebe oder Arbeitsförderbetriebe zur Verfügung. Teilweise werden auch bereits "Vorstufen" eines ÖBS wie die Gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte (GAP) in Mecklenburg-Vorpommern realisiert.
- Ergänzend kommen Programme für Stadtteilentwicklung und lokale Beschäftigungsprojekte hinzu. Zu nennen sind das Bund-Länder-Programm "Die soziale Stadt" sowie die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN

Etappe 2: Ergänzung des Sofortprogramms gegen Jugendarbeitslosigkeit um eine zweite Säule

Das von der Bundesregierung umgesetzte Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) hat zum Ziel, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ohne Zweifel tragen die geförderten Qualifizierungsmaßnahmen, Ausbildungsplätze und sonstigen Maßnahmen dazu bei, bislang arbeitslosen Jugendlichen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. An dem strukturellen Problem fehlender Dauerarbeitsplätze für Jugendliche ändert das Programm jedoch nichts. Die Folgen sind: Addition von Warteschleifen, Frustration und Verdrängung des Arbeitsmarktproblems auf andere Jugendliche. Nach wie vor sind rund 450.000 Jugendliche arbeitslos, davon gut 130.000 in den neuen Bundesländern.

Eine zweite Etappe des Einstiegs setzt am vorrangigen Problem der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an. Gerade in Ostdeutschland wird ohne eine Ausweitung der öffentlich geförderten Beschäftigung keine schnelle Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu machen sein.

Die französische Regierung hat im Jahr 1997 ein Programm "emploi jeune" gestartet, das mit einem Mittelaufwand von 2,2 Mrd. Euro 350.000 neue Arbeitsplätze für Jugendliche unter 26 Jahren schaffen soll. Für fünf Jahre werden Jobs in Feldern des gesellschaftlichen Bedarfs mit 80% des SMIC (französischer Mindestlohn) gefördert. Die Arbeitgeber (Staat, gemeinnützige Organisationen u.a.) müssen mindestens den Mindestlohn zahlen und sollen begleitende Qualifizierungen durchführen. Auch wenn dieses Programm in vielerlei Hinsicht kritisch zu beurteilen ist (Befristung, Entlohnung, unzureichende

Qualifizierung, Qualität der Arbeit), stellt doch das Grundprinzip eine positive Referenz für eine Ergänzung des deutschen Programms dar. Ein erfolgreiches und gesellschaftlich akzeptiertes Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit wäre eine wichtige Voraussetzung für die Übertragung des ÖBS-Gedankens auf die Gesamtwirtschaft bzw. -gesellschaft.

Etappe 3: Reform des SGB III

Im Zuge der geplanten Reform der Arbeitsförderung gilt es, den ÖBS-Gedanken in ein neues SGB III einzubauen. Vor allem die Instrumente der ABM, der SAM und der freien Förderung sollten in der ÖBS-Projektförderung zusammenfließen. Erforderlich ist zudem die Durchsetzung eines neuen Finanzierungsmodus und die Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

Etappe 4: Aufbau eines ÖBS

Die Realisierung eines eigenständigen öffentlich geförderten Beschäftigungssektors wird erst nach diesen "Vorprojekten" denkbar sein. Wichtiger als die konkrete Architektur dieses neuen Systems ist die Durchsetzung eines Finanzierungskonsenses.

Kritik und Perspektiven des "Bündnis für Arbeit"

In seiner Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Lage vom 12. 5. 2000 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt:

"Wir haben alle Chancen ... am Ende dieser Legislaturperiode weniger als 3,5 Millionen Arbeitslose zu haben. Ich halte das für den zentralen Erfolg der deutschen Politik."

Der von den Wirtschaftsinstituten prognostizierte leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in erster Linie auf die Wachstumsentwicklung von je 2,8% in 2000 und 2001 aber nicht auf im Kontext der Bündnisrunden geplante oder bereits realisierte beschäftigungspolitische Maßnahmen zurückzuführen. Somit hat die Bundesregierung implizit eingestanden, dass vom "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" in dieser Legislaturperiode keine grundlegenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit mehr erwartet werden. Wir Jusos sind der Auffassung, dass die in der Regierungserklärung vorgegebene Zielmarke von 3,5 Mio. unzureichend ist. Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest und es auch mittelfristig für erreichbar. Erforderlich ist daher eine Neubestimmung der Aufgaben des Bündnis für Arbeit.

1. Zwischenbilanz des "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" – Neuer Konsens für alte Politik ?

Zur Begründung des Bündnis für Arbeit wird in der öffentlichen Diskussion meist auf andere Beispiele neo-korporatistischer Arrangements zwischen Kapital, Arbeit und Staat zurückgegriffen. Diese Vergleiche taugen aber nur bedingt. Die "konzertierte Aktion" ab 1967 wurde unter den Bedingungen von Prosperität und Vollbeschäftigung eingerichtet. Sie zielte nicht primär auf die Schaffung neuer Arbeit. Die zahlreichen internationalen Modelle (wie das niederländische Abkommen von Wassenaar aus dem Jahre 1982) sind ebenfalls nur bedingt übertragbar, da sie in hohem Maße auf Lohnzurückhaltung aufgrund der Stabilitätspolitik im Rahmen der Europäischen Währungsunion oder zur Steigerung internationaler Konkurrenzfähigkeit gesetzt haben. Solche Strategien können jedoch auf die großen Exportländer nicht übertragen werden. Und die Zwickel-Initiative im Jahre 1995, war der Versuch eines Deals "Lohnzurückhaltung gegen Beschäftigungsaufbau und Verzicht auf Sozialabbau" - allerdings unter den Bedingungen konservativ-liberaler Wirtschaftspolitik.

Zweifellos erfordern die Internationalisierung der Wirtschaft, die neue Rolle der Finanzmärkte, die veränderte Branchenzusammensetzung entwickelter Volkswirtschaften, die Umbrüche in der Betriebsweise und die Herausbildung neuer Formen der (Erwerbs-)Arbeit eine Weiterentwicklung der Regulationsweise. Eine makroökonomische Strategie muß eng verzahnt werden mit dezentralen und beteiligungsorientierten Steuerungsansätzen. Weder ein neues Regulationsmodell, noch der ihn tragende Konsens können jedoch technokratisch entwickelt oder gar von oben verordnet werden. Beide können nur mittelfristig in einem widersprüchlichen und von sozialen Kämpfen begleiteten Prozeß entstehen (wie der fordistische Wohlfahrtsstaat auch!). Eine intelligente Form der Kooperation zwi-

schen Staat, Arbeit und Kapital bzw. eine abgestimmte Verzahnung zwischen staatlicher und tariflicher Politik ist erforderlich und bietet sogar Spielräume für die Stärkung wirtschaftlicher Demokratie. In bestimmten Sachfragen ist eine Kooperation schon deswegen erforderlich, um beschäftigungspolitische Strategien der einen Seite nicht durch Maßnahmen der anderen Seite zu konterkarieren. Genau solche Ansätze werden bislang aber kaum entwickelt.

Beschäftigung wurde in den bisherigen Erklärungen der Bündnisrunden in erster Linie als abgeleitete Größe von Wachstum und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Ebenso ist die Senkung der Lohn(neben-)kosten ein allgemein akzeptierter Grundsatz der bisherigen Vereinbarungen. Mit moderner Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hat dies wenig zu tun - eher gleicht dies einem Rückfall in die naive Wachstumseuphorie der 60er Jahre. Zweifellos ist die Förderung von nachhaltigem Wachstum ein wesentlicher Ansatz zur Steigerung der Beschäftigung. Es existiert jedoch kein Konzept, wie Wachstum in einen neuen Typ von Vollbeschäftigung übersetzt werden kann, der als wesentlichen Bestandteil die Gleichstellung der Geschlechter beinhaltet. Schon die personelle (v.a. männliche) Zusammensetzung der Spitzengespräche spiegelt die Verhältnisse der industriekapitalistischen Vergangenheit der Nachkriegszeit wider.

Suggeriert wird zudem eine nationale Interessenidentität im Zeichen des Wirtschaftsstandorts; gesellschaftliche Interessengegensätze werden verschleiert und einem Konsensdruck untergeordnet. Faktisch aber gehen die Appelle zum "Maßhalten" fast ausschließlich in Richtung von Gewerkschaften und LeistungsempfängerInnen. Über die ideologische Wirkung müßten sich medienerfahrene PolitikerInnen im klaren sein. Diesem medial inszenierten Konsensdruck unterliegen auch die demokratisch legitimierten Strukturen - z.B. der Deutsche Bundestag - sowie zivilgesellschaftliche Kräfte. Die Bundesregierung hat bislang auf maßgebliche eigene Beiträge verzichtet. Diese Reduzierung auf die Moderatorenrolle im Interesse des Standortes überfordert systematisch die Möglichkeiten der Tarifpolitik, der eine Großlast der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit übertragen wird. Dafür ist sie aber nicht zuständig.

Konkrete Ergebnisse bislang

Die bislang erzielten Ergebnisse demonstrieren, dass auf dem eingeschlagenen Pfad kein Durchbruch zu erwarten ist:

- In der Frage der Lohnpolitik herrscht nach wie vor Unklarheit, welche Funktion das Bündnis hat. Die bestehenden Widersprüche wurden nicht ausgetragen, sondern in den verabschiedeten Dokumenten kaschiert. Nach wie gibt es die Bestrebungen der Arbeitgeberseite, hinsichtlich von Lohnleitlinien unterhalb des Verteilungsspielraums, der Spreizung von Einkommen und der Deregulierung von Flächentarifverträge zu konkreten Vereinbarungen zu kommen. Vereinbart wurde die Diskussion eines "volkswirtschaftlichen Datenkranzes", der Angaben über Inflation, Wachstum, Produktion, Löhne aber auch über Gewinnentwicklung und -verwendung beinhalten soll. Faktisch wirkt das Bündnis disziplinierend auf die Möglichkeit der Gewerkschaften, die vorhandenen verteilungspolitischen Spielräume auszuschöpfen.

- In der Ausbildungsfrage wird der Konsens von allen Seiten gefeiert - jedoch ohne erkennbaren Grund. Im Jahr 1999 sollte der demographisch bedingte Zusatzbedarf an betrieblichen Ausbildungsplätzen gedeckt und darüber hinaus mindestens 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Tatsächlich ist der Zuwachs von rund 18.500 zusätzlichen Ausbildungsverträgen gegenüber 1998 vor allem auf die ca. 28.000 Maßnahmen im Rahmen des JUMP-Programms zurückzuführen. Laut Berufsbildungsbericht 2000 stehen 654.454 Ausbildungsplätzen 660.380 BewerberInnen gegenüber. In 52 Arbeitsamtbezirken ist kein ausreichendes - geschweige denn auswählfähiges - Angebot vorhanden. Positive und überwiegend begrüßenswerte Ergebnisse hat die Arbeitsgruppe "Aus- und Weiterbildung" jedoch in Fragen der qualitativen Weiterentwicklung der beruflichen Bildung vorgelegt.
- Bei der Diskussion um Arbeitsumverteilung zeigt sich anhand der "Rente mit 60", wie blockiert die Interessenlagen sind. Der Vorschlag der IG-Metall sollte einen zeitlich schnell wirkenden Nachweis für die Effektivität von Modellen der Arbeitsumverteilung bringen. Der rentenabschlagsfreie Ausstieg von ArbeitnehmerInnen ab dem 60. Lebensjahr sollte von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen im Rahmen eines Tariffonds finanziert werden - unter der Voraussetzung, dass eine Neueinstellung erfolgt. Die Bereitschaft zur Ko-Finanzierung durch einsparte Mittel der Bundesanstalt für Arbeit – wie in regionalen Projekten erfolgreich erprobt - hätte dieses Modell vielleicht zum Erfolg bringen, zumindest aber die Arbeitgeber unter Druck setzen können. Diese Bereitschaft war aber auf Seiten der Bundesregierung nicht vorhanden.
- Ein wesentlicher Kern der bisherigen Überlegungen ist die Schaffung eines Niedriglohnssektors. Im Rahmen des Bündnis für Arbeit soll ein Ansatz entwickelt werden, der entgegen des US-Modells der Lohnspreizung auf einer sozialpolitischen Flankierung (Kombi-Lohn) in Verbindung mit Arbeitsverpflichtung (workfare) basiert. Nachdem erste Modelle öffentlich "verbrannt" wurden, wird nun auf vier auch von den Gewerkschaften akzeptierte regionale Modellprojekte nach dem "Saar-Modell" und dem "Mainzer-Modell" gesetzt.

Solange der Korridor für die Politik im Bündnis derart eng gesteckt bleibt wird die nachhaltige Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nicht gelingen. Ebenso bleiben die Herausforderungen der gesellschaftlichen Regulation eines neuen "postfordistischen" Produktions- und Innovationsmodells unerledigt.

Zahlreiche regionale Bündnisse zeigen, wie weit die Logiken der "Standortpakete" auseinandergehen. Faktischen Erpressungsbündnissen (Arbeitsplatzsicherheit gegen Lohnverzicht oder Arbeitszeitverlängerung) stehen Aushandlungsmodelle wie die 4-Tage-Woche bei VW, Branchenbündnisse zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder oder auch mit Mitteln der BA geförderte Ansätze des Überstundenabbaus in Verbindung mit Neueinstellungen gegenüber. Es gilt, die positiven Ansätze herauszuarbeiten und auf die Bundesebene zu übertragen.

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Linken und der Jusos ist es, diesen Prozeß kritisch zu begleiten und zur Stärkung demokratischer und sozialer Ansätze beizutragen. Sie haben im enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen dafür Sorge zu tragen, dass der Diskussionsprozeß nicht nur hinter verschlossenen Türen geführt wird.

2. Unsere Anforderungen an die Fortsetzung des Bündnis für Arbeit

Allgemeine Grundsätze

- Der Staat darf das Bündnis nicht nur moderieren, sondern muß eigene Leitlinien für mehr Beschäftigung einbringen. Die Regierung spielt die Autorität der einzigen von der gesamten Bevölkerung demokratisch legitimierten Kraft zuwenig aus. Auch müssen einzelne Elemente ggf. außerhalb des Bündniskonsenses entgegen der Blockade der Arbeitgeber und partiell auch die sozialpartnerschaftliche und männlich dominierte Modell-Deutschland-Romantik der Gewerkschaftsrechten durchgesetzt werden. Zudem kommt es darauf an, jedes der einzelnen Elemente als "Deal" zwischen Staat, Kapital und Arbeit zu inszenieren. Die Arbeitgeberseite und ihre neoliberale Hardlinerposition müssen kommunikativ in die Defensive gedrängt werden.
- Das Bündnis für Arbeit muß in geeigneter Form für weitere gesellschaftliche Gruppen geöffnet werden. In erster Linie müssen die Anliegen von erwerbstätigen und erwerbslosen Frauen eine stärkere personelle und inhaltliche Berücksichtigung finden. Die Regierung muß auf Basis der Leitlinien einen öffentlichen Diskurs über Zukunftsvorstellungen anstoßen. Nur so kann auch der mediale Gegendruck neutralisiert werden.
- Die Tarifautonomie darf nicht infrage gestellt werden. Die wesentlichen makroökonomischen (und verteilungspolitischen) Weichenstellungen können zwar im Rahmen der Auseinandersetzung über den "volkswirtschaftlichen Datenkranz" besprochen werden. Die Entscheidungen liegen aber bei den Tarifparteien und dem Deutschen Bundestag. Möglich wären jedoch gesetzliche Mindestlöhne und Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für Tarifverträge, um alle ArbeitnehmerInnen in die Tarifpolitik einzubeziehen. Klar ist jedoch, dass kein Bündnis für Arbeit eine beschäftigungsorientierte finanz- und geldpolitische Steuerung ersetzen, sondern nur ergänzen kann.
- Das Bündnis für Arbeit auf nationaler Ebene muß verzahnt werden mit einer europäischen Strategie und regionalen Bündnissen: Erstens geht es um eine Weiterentwicklung des makroökonomischen Dialogs in der EU unter Einbeziehung der EZB, mit dem Ziel die einseitige Stabilitätsorientierung zu überwinden und gegenseitiges Lohn- und Steuerdumping zu beenden. Zweitens sind regionale Innovationsbündnisse erforderlich.
- Erforderlich ist Strategie der selektiven Einbindung der Wirtschaft. Während der Finanzsektor und Teile der Exportwirtschaft nur bedingt in ein beschäftigungsorientiertes Konsensmodell eingebunden werden können, sind auf Branchenebene und vor allem mit dem binnenorientierten Sektor und mit ExistenzgründerInnen durchaus Wachstums- und Innovationspakete denkbar. Hier muß eine Neukonzeption der Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik und eine Offensive zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ansetzen.
- Wir sind skeptisch gegenüber Erfolgsaussichten von Konsens- und Selbstverpflichtungsmodellen mit der Wirtschaft. In der Ökologie- und der Ausbildungsfrage sind diese stets gescheitert. Sie können allerdings auch nur dann funktionieren, wenn mit gesetzlichen Lösungen erstens gedroht wird und diese zweitens im Falle des Scheiterns auch angewendet werden.

5-Punkte-Plan für das Bündnis für Arbeit

Wir schlagen als Anforderungskatalog für das Bündnis für Arbeit 5 zentrale Handlungsfelder vor. Vor allem in den ersten drei Feldern müssen verbindliche Festlegung hinsichtlich der Gleichstellung der Frauen getroffen werden.

1. Ausbildung quantitativ und qualitativ sichern

Gegenwärtig werden die Regionalkonferenzen im Rahmen des Ausbildungskonsens ausgewertet. Sollte sich (wie zu erwarten) herausstellen, dass ein regional auswahlfähiges Angebot nicht erreicht wurde, erinnern wir an den Koalitionsvertrag und den Beschluß des 1999er SPD-Bundesparteitages, die für diesen Fall "politische und gesetzgeberische Maßnahmen hinsichtlich der Sicherung einer qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen" vorsehen. Im Klartext: der Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zur Einführung der Ausbildungsumlage muß eingebracht werden. Auch die Verbesserung der Qualität der Ausbildung im Dualen System, die Weiterentwicklung der Berufsbilder und die Stärkung der Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems sind Maßnahmen, die angegangen werden müssen.

2. Neue Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsversicherung

Ohne eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit ist weder die Gleichstellung der Geschlechter, noch das Vollbeschäftigungsziel zu erreichen. Erforderlich ist eine Verzahnung von Tarifpolitik und staatlicher Flankierung zur Durchsetzung differenzierter Formen der Arbeitszeitverkürzung vom Überstundenabbau, über die Wochenarbeitszeitverkürzung bis hin zu Sabbaticals und Job-Rotation-Modellen. Staatliche Flankierung heißt, den Grundsatz "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren" umzusetzen. Der staatliche Beitrag könnte unter anderem darin liegen, Anreize zur individuellen, betrieblichen und tariflichen Vereinbarung von Arbeitszeitverkürzungen zu schaffen, sofern verbindliche Neueinstellungen erfolgen. Hier setzen wir Jusos mit unserer Forderung an, die Arbeitslosenversicherung im Zuge der geplanten Reform des Sozialgesetzbuches (SGB) III in eine "Arbeitsversicherung" umzuwandeln. Diese hätte u.a. die Aufgabe Arbeitsangebot und -nachfrage über eine Steuerung von Arbeitszeiten auszubalancieren. Für Kleinunternehmen und ExistenzgründerInnen müssen eine flexible Personalpolitik und die Möglichkeit kürzerer Arbeitszeiten arbeitsmarktpolitisch abgesichert werden. Hier setzen die Überlegungen hinsichtlich der Schaffung von öffentlichen oder überbetrieblichen "Arbeitskraft-agenturen" an.

· Als konkreten Ansatz in Richtung "Arbeitsversicherung" fordern wir die bundesweite Einrichtung eines Job-Rotation-Programms in Anlehnung an die erfolgreiche dänische Arbeitsmarktpolitik. Beschäftigte erhalten die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Weiterbildungsurlaub, Erziehungsphasen oder Sabbaticals und erhalten einen (Teil-)Lohn während dieser Phase. Im Gegenzug werden u.a. mit Mitteln der BA finanziert Arbeitslose befristet auf den freiwerdenden Stellen eingesetzt. Dieser "Deal" erhöht das gesellschaftliche Qualifikationsniveau, schafft Möglichkeiten zur Verbindung von

Erwerbsarbeit und Privatleben für beide Geschlechter und ermöglicht die Re-Integration von Arbeitlosen.

3. Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik - Öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen

Die Überlegungen hinsichtlich des Aufbaus eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors können im Rahmen des Bündnis für Arbeit (vor allem auf der regionalen Ebene) mit strukturpolitischen Konzeption zur Stärkung der lokalen Ökonomie und der ortsnahen Produktion von Gütern und Dienstleistungen verzahnt werden. Als erste Schritte schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Ergänzung der Kombilohn-Modellprojekte: Wir halten die Einrichtung der subjektfinanzierten Niedriglohnmodelle gerade angesichts der massiven fachlichen Kritik für falsch. Um die Vorteile des Ansatzes öffentlich geförderter Beschäftigung deutlich zu machen, fordern wir die Ergänzung der bestehenden Projekte um projektfinanzierte Modelle.

- Ergänzung des JUMP-Programms: Eine wirksame Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist gerade in Ostdeutschland nicht ohne eine Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung denkbar. Das JUMP-Programm setzt überwiegend auf Qualifizierung und kann daher das strukturelle Problem nicht lösen. Daher fordern wir eine zweite Säule des Sofortprogramms, die die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für Jugendliche im öffentlich geförderten Sektor vorsieht. Eine zweite Säule des Sofortprogramms könnte 100.000 dauerhafte und tariflich entlohnte Jobs für Jugendliche im öffentlich geförderten Sektor schaffen (davon 50% in Ostdeutschland). Als Träger für solche Jobs kommen sowohl öffentliche, private als auch gemeinnützige Einrichtungen infrage. Es kommt aber darauf an im öffentlichen Dienst eine Lohnpolitik durchzusetzen die dem Bedarf der abhängig Beschäftigten entgegen kommt und die Nachfrage stärkt. Die Bedarfe an zusätzlicher Arbeit sollten im regionalen Konsens definiert werden und privatwirtschaftliche Aktivitäten nicht verdrängen. Ein Beispiel hierfür ist das Programm der französischen Regierung. Dieses sieht sogar vor, je 350.000 Arbeitsplätze für Jugendliche im privaten und im öffentlichen Sektor zu schaffen.

4. Programmieretes Wachstum: Innovations- und Branchenallianzen

Weder entspricht es einer politikfähigen Strategie, veränderte weltwirtschaftliche Wettbewerbskonstellationen und Konkurrenzen zu ignorieren, noch können die gegenwärtigen Ansätze der "Beggar-my-neighbour"-Standortpolitik akzeptiert werden. Erforderlich ist eine industrie- und dienstleistungspolitische Strategie des "programmierten Wachstums". Das Bündnis für Arbeit kann einen Beitrag dazu leisten, auf Basis bestehender Wirtschaftsstrukturen neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder zu identifizieren und auszubauen. Darin liegt die Chance, mehr gesellschaftliche bzw. wirtschaftsdemokratische Einflußnahme auf strukturelevante Weichenstellungen zu gewinnen. Auf Bundesebene wären im Rahmen eines finanziell dauerhaft abgesicherten Zukunftsinvestitionsprogramms die FuE-Aktivitäten, Förderprogramme, Infrastrukturinvestitionen sowie die Bereitstellung weiterer kollektiver Güter in Leitprojekten zu bündeln. Ebenso könnten konkrete Initiativen zur Entfaltung von Pilotnachfrage (Vorbild 100.000-Dächer Solarprogramm) angestoßen werden. Auf regionaler Ebene wären Brancheninitiativen bzw. Kooperationsplattformen für die Unternehmen der Regionalwirtschaft unter Beteiligung der Gewerkschaften einzurichten.

5. Gesellschaftlich verwaltete Strukturfonds

Private Investmentfonds und institutionelle Anleger werden zunehmend zum Dreh- und Angelpunkt des entwickelten Kapitalismus. Unter anderen Vorzeichen könnten diese Sammelstellen für Kapital aus ArbeitnehmerInnen-Hand jedoch auch ein wichtiger strukturpolitischer Akteur werden. Die Beteiligung wachsender Teile der lohnabhängig Beschäftigten am Aktienbesitz muß als "wirtschaftsdemokratisches Potenzial" genutzt werden. Eine Lösung könnte in gesellschaftlich verwalteten aber professionell geführten Investitions-Fonds und die Zertifizierung von Unternehmen die soziale und ökologische Standards einhalten bestehen.

Das Bündnis für Arbeit ist mit einem hohen Vertrauensvorsprung gestartet. Mittlerweile wächst die Skepsis, ob mit diesem Instrument das Ziel der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erreicht werden kann. Sollte es nicht dazu kommen, dass die Bundesregierung im obigen Sinne zum Erfolg beiträgt, sehen wir in der Fortführung des "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" keinen Sinn mehr.

=

Solidarität mit der Gewerkschaft ÖTV

Der Bundesverband der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD erklärt sich solidarisch mit den in der ÖTV organisierten ArbeitnehmerInnen. Wir begrüßen die Entscheidung der Tarifkommission, den Schlichterspruch nicht anzunehmen. Wenn die Bundesregierung es sich leisten kann, die Veräußerungsgewinne der Banken und Unternehmen steuerfrei zu stellen, müssen auch ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die öffentliche beschäftigten ArbeitnehmerInnen angemessen zu entlohnen und die Ostgehälter an die des Westens anzugleichen.

Die Zukunft der Rente solidarisch sichern!

Kaum jemand hält die Rente noch für sicher: Zu dieser Verunsicherung hat auch die Einführung eines „demographischen Faktors“ durch die Kohl-Regierung beigetragen. Damit verbunden war eine geplante Absenkung des Standardrentsniveaus von 70% auf 64% des durchschnittlichen Nettoentgeltes. Die SPD ist gegen diese Pläne 1998 Sturm gelaufen. Auch Kanzler Schröder hat sie als „unanständig“ bezeichnet. Kurz nach dem Regierungswechsel wurde dieser „demographische Faktor“ durch die rot-grüne Bundesregierung ausgesetzt. Zunächst sah es so aus, als wollte die SPD unter Arbeitsminister Riester eine fortschrittliche Rentenreform durchführen. Spätestens mit dem Koalitions-Papier „Deutschland erneuern- Rentenreform 2000“ vom 30. Mai 2000 hat sich die Koalition von einer vernünftigen und arbeitnehmerfreundlichen Rentenpolitik verabschiedet.

Demographische Entwicklung

Behauptet wird immer wieder gern, dass die Rente nicht mehr finanzierbar sei, weil die demographische Entwicklung zu einer massiven Überalterung führen würde. Wahr daran ist nur, dass sich der Altersaufbau der Gesellschaft bis 2030 stark verändern wird. So wird sich der Alterslastquotient (Zahl der Personen ab 60 Jahren an je 100 der 20- bis 60-jährigen) nach Schätzungen von 35 (Mitte der 90er Jahre) auf 66,84 bis 72, 57 (2030) etwa verdoppeln, um danach geringfügig abzusinken.

Entscheidend für die Diskussion um die Finanzierbarkeit bzw. Nichtfinanzierbarkeit des Rentenversicherungssystems ist aber nicht der Altersaufbau, sondern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Aus dem Altersaufbau einer Gesellschaft Schlussfolgerungen über die Renten ziehen zu wollen wäre ähnlich sinnvoll wie folgende Argumentation: Weil heute in Deutschland nur noch knapp 3% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig sind und im 19. Jahrhundert noch etwas 50% der Erwerbstätigen es waren, müssten alle Menschen heute eigentlich verhungert sein.

Ausstieg aus einer gerechten Rentenfinanzierung

Laut Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums könnte das bisherige Rentenniveau im Jahre 2030 mit einem Gesamtbeitragssatz von 26% gehalten werden. Die Bundesregierung will nun aber seit 30. Mai 2000 den Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) für das Jahr 2030 bei 22% stabilisieren. Hierzu wird das gesetzliche Rentenniveau entsprechend abgesenkt und dürfte im Jahr 2030 nur noch knapp über 60% des durchschnittlichen Nettolohnes liegen (heute 70%).

Das Absinken des Lebensstandards soll den nach den Vorstellungen des Arbeitsministers Riester durch Einführung eines kapitalgedeckten Teils in der Rentenversicherung verhindert werden. Ab dem Jahr 2001 sollen die anhängig beschäftigten 0,5% ihres Bruttolohns in einen Kapitalfond einzahlen. Dieser Beitrag solle bis zum Jahr 2008 um jährlich 0,5% ansteigen und dann schließlich 4% des Bruttolohns betragen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Aufkündigung der paritätischen Rentenversicherung durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung: Im Jahr 2008 hätten nach den neusten Plänen der Koalition sowohl Unternehmer als auch abhängig Beschäftigte einen gesetzlichen Rentenbeitragssatz von etwa 10% zu zahlen. Da aber bereits die Leistungen der GRV im Umfang von rund 2 Beitragspunkten über Verbrauchssteuern gedeckt werden und damit vor allem von

den abhängig Beschäftigten und ab 2008 auch noch 4% des Bruttolohns in den Kapitalfond fließen sollen, beträgt die reale Belastung der abhängig Beschäftigten im Jahr 2008 nicht - wie bei Unternehmen- 10, sondern etwa 16% des Bruttolohns. Die paritätische Finanzierung der Rente wäre endgültig aufgekündigt. Beschäftigte/r und Unternehmen würden sich die Belastungen nicht mehr zu annähernd je 50% teilen, sondern die nur noch gut 40%. Und was am absurdesten ist: Die SPD verspricht den abhängig Beschäftigten eine Reduzierung ihrer Belastung durch Beiträge zu den Sozialversicherungen und hält daher einen Gesamtbeitragssatz für die GRV von etwas 26% im Jahr 2030 offiziell für untragbar. Sie führt allerdings selbst eine Rentenreform durch, bei der diese 26% bereits im Jahr 2008 erreicht werden (abhängig Beschäftigte 16%; Unternehmer 10%) und die Belastung für die abhängig Beschäftigten um 3% des Bruttolohns höher liegt als wenn überhaupt keine Rentenreform durchgeführt oder die der CDU unverändert übernommen worden wäre!!! Und es ist auch keine Verbesserung der Situation, dass die Bundesregierung bei Arbeitern und Angestellten mit einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 35.000 (ledig) bzw. 70.00 (verheiratet) DM und Lohnersatzleistungsbeziehern einen Zuschuss von 50% zu den Einzahlungen in den Kapitalfonds leisten will. Denn dieser Zuschuss wird aus Steuern und damit in erster Linie von den abhängig Beschäftigten selbst finanziert.

Kapitaldeckung gefährdet wirtschaftliche Stabilität

Die Einführung kapitalgedeckter Rentenbestandteile ist nicht nur sozial ungerecht, sondern ökonomisch in höchsten Maße unsinnig:

- Das Investmentsfonds für die kapitalgedeckte Rente werben, ist verständlich: Das ist schließlich ihr Geschäft. Aber spätestens seit den Finanzkrisen Ende der 90er Jahre (Mexiko, Brasilien, Russland, Asien) ist klar, dass die Finanzmärkte die wirtschaftliche Stabilität gefährden. Allein in Asien verloren über 20Mio. Menschen über Nacht ihren Arbeitsplatz. Wer daher Finanzspekulationen weiter ankurbeln will, gefährdet letztlich nicht nur seinen, sondern auch seine eigene Rente: Investmentfonds können sich auch verspekulieren.
- Als Argument für kapitalgedeckte Renten wird immer wieder eine größere Rendite angeführt. Vergessen wird aber dabei das einfachste marktwirtschaftliche Gesetz, nämlich dass der Preis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Je mehr Menschen sich für eine Kapitaldeckung entscheiden, desto größer ist das Angebot an Geld auf den Finanzmärkten und desto mehr sinkt folglich die Rendite.
- In seinem Wochenbericht 46/99 hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nachgewiesen, dass das ursprüngliche Modell der kapitalgedeckten Rente von Arbeitsminister Riester mit deutlichen Einkommens- und Wachstumseinbußen verbunden ist: denn die kapitalgedeckte Rente bedeutet vermehrtes Sparen, also weniger Konsum, und das kostet nach Berechnungen des DIW innerhalb von 5 Jahren ganze 250.000 Arbeitsplätze. Da nun letztlich nicht mehr als nur 2,5% des Bruttolohns in einen Kapitalrentenfond fließen sollen, sondern sogar 4% wird der Negativeffekt dieser Reform auf dem Arbeitsmarkt noch größer ausfallen. Die Bundesregierung verringert daher nicht die Kostenbelastung durch die Rente, sondern verlagert sie aus der Rentenkasse auf den Arbeitsmarkt.
- Die kapitalgedeckte Rente erreicht das Gegenteil von dem, was mit ihr angeblich beabsichtigt wird - nämlich eine Entlastung der abhängig Beschäftigten. Denn die derzeit abhängig Beschäftigten müssen, wenn sie ihren Lebensstandard halten wollen, fortan zweimal bezahlen: Einmal, um die jetzigen Renten und dann noch, um den eigenen Kapitalstock zu finanzieren. Nicht ohne Grund fällt daher die Rentenbelastung bei den Riester-Plänen am höchsten aus.

Das Umlageverfahren ist zukunftsfähig

Im Mai 1997 erschien der Abschlussbericht der Alterssicherungskommission der SPD, die von Präsidium und Parteivorstand der SPD im Sommer 1996 eingesetzt worden war. Beteiligt waren z.B.: Rudolf Dreßler, Christine Bergmann, Ortwin Runde, Ursula Engelen-Kefer sowie Wissenschaftler und Vertreter der Rentenversicherungsträger.

Dieser Abschlußbericht unter dem Titel „Strukturreform statt Leistungskürzungen“ unterscheidet sich wohlthuend von der öffentlichen Debatte über die angebliche „Nichtfinanzierbarkeit“ der Renten in der Zukunft. Grundlagen dieses Berichtes sind folgende Einschätzungen:

NK=„Das System der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich... in seinen Grundzügen bewährt.“

OK=„Die langfristigen Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung werden vielfach überdramatisiert. Aus dem gegenwärtigen Liquiditätsproblem kann weder im negativen noch im positiven Sinne auf die dauerhafte Tragfähigkeit des Systems geschlossen werden. In der öffentlichen Diskussion werden jedoch die aktuellen Probleme und Verteilungskonflikte des Jahres 1997 auf die Langfristperspektive projiziert und damit teilweise verzerrt.“

PK=„Es gibt keine Begründung für einen grundsätzlichen Systemwechsel in der Altersversicherung und für die Abkehr von den Grundsätzen der Rentenreform 1992. Vielmehr ist das System der gesetzlichen Rentenversicherung nach Auffassung der Kommission mit seinen heutigen Grundprinzipien (Lohn- und Beitragsbezogenheit, Umlageverfahren, Nettolohndynamik, Verbindung von Äquivalenzprinzip und sozialem Ausgleich) dauerhaft finanzierter.“

OK=„Die Finanzierungsprobleme der Alterssicherung können nachhaltig nicht durch Leistungskürzungen oder Beitragserhöhungen gelöst werden, sondern in erste Linie durch eine langfristig angelegte Strategie zur Erhöhung der Beschäftigung und zur Vergrößerung der Zahl der Beitragszahler.“

Dieser Einschätzung sowie den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Sicherung der Rente der Alterssicherungskommission der SPD können wir nur zustimmen. Sie schlägt eine Reihe von fortschrittlichen Reformen vor - z.B.:

- Eine Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an arbeitsmarktbedingten Erwerbsunfähigkeitsrenten.
- Die Erstattung von Sonderleistungen (z.B. rentenrechtliche SED-Entschädigungen) durch den Bund.
- Die Erstattung der Kosten der arbeitsunfallbedingten Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten und für diejenigen BU/EU-Renten, die auf Berufskrankheiten zurückgehen durch die Unfallversicherung
- Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit bzw. der Arbeitgeber an den Kosten der Vorruhestandsregelung

Diese Maßnahmen ergeben bei zusätzlicher Verbesserung der Alterssicherung der Frau, dem Erhalt des Rentenniveaus bei 70% und der schrittweisen Erhöhung des Bundeszuschusses eine Stabilisierung des Beitragssatzes zur GRV bei 22,9% im Jahr 2030. Wir haben damit ein zukunftstaugliches, arbeitnehmerfreundliches Projekt, das darüber hinaus vom Parteivorstand der SPD beschlossen wurde. Es ist nicht nachvollziehbar, warum dieses Projekt von der Bundesregierung nicht umgesetzt wird. Mit ihm könnte die Belastung durch die Rentenversicherung für die anhängig Beschäftigten im Jahr

2030 bei 11,5% des Bruttolohnes stabilisiert werden und müsste nicht - wie bei den Riester-Plänen - letztlich auf 17% steigen.

Die Gesamtbelastung bleibt konstant

Verschwiegen wird in der Rentendebatte immer wieder, dass der Belastung der Rentenkasse durch das Älterwerden der Gesellschaft deutliche Entlastungen gegenüber stehen: Nach Prognosen des Bundesarbeitsministeriums wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung bis 2030 von 6,5% auf 2% absinken. Allein hierdurch wird der Anstieg des Beitragssatzes zur GRV zu 70% aufgefangen. Werden die anderen Versicherungssysteme mit einbezogen, steigt die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer/in und Unternehmen bis zum Jahr 2030 um je 1,5 %. Würde man die Vorschläge der Alterssicherungskommission der SPD umsetzen, die auch wir hier vertreten haben, könnte genau diese Mehrbelastung durch Absenken des Gesamtbeitragssatzes zur GRV von 26% auf 22,9% vollständig (!) aufgefangen werden: während die heutige Gesamtbelastung durch Sozialversicherungsbeiträge im Westen 41% und im Osten 41,4 % beträgt, die beide je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden, würde die Gesamtbelastung nach unserem Vorschlag auch im Jahr 2030 41,3% in Ost und West betragen. Daher kann weder von einer Krise des Sozialstaates noch von einer Krise der Rentenversicherung die Rede sein. Offenbar ist es daher ein Problem, dass über den Sozialstaat kaum in seiner Gesamtheit gesprochen wird: Wer die Rente isoliert diskutiert, kommt daher zu einer Mehrbelastung. Wer aber alle Sozialversicherungssysteme in den Blick nimmt, wird feststellen, dass sich im Grunde so gut wie nichts verändert. Der Sozialstaats-hysterie könnte daher vielleicht ein Ende gesetzt werden, wenn die vielen verschiedenen Beitragssätze zu einem Gesamtsozialversicherungsbeitrag zusammen gefaßt würden, der zentral erhoben und nach einem ständig zu überprüfenden Verteilungsschlüssel an die Versicherungsträger überwiesen wird. So würden endlich die unsinnigen Debatten über die angebliche Unfinanzierbarkeit von Renten und Sozialstaat aufhören.

Als einen zweiten wesentlichen Baustein einer grundlegenden Reform des Sozialstaates sehen wir die Ergänzung des beitragsbezogenen Abgabensystems durch eine Bruttowertschöpfungsabgabe an. Die Abgabe ins Sozialsystem soll also nicht mehr nur von der Anzahl der Beschäftigten und der Höhe ihrer Löhne abhängig sein, sondern auch an die Wertschöpfung und Gewinnentwicklung der Unternehmen angekoppelt werden. Dies hätte zwei Effekte: Erstens würden Unternehmen, die kaum Beschäftigte haben und daher wenig in die Sozialkassen einzahlen, aber große Gewinne erwirtschaften (z.B. Softwareunternehmen), endlich auch einen gerechten Beitrag zur Stabilisierung des Sozialstaates leisten. Zweitens könnte so verhindert werden, dass der Sozialstaat auf Grund sinkender Gewinnsteuerbelastung fast nur noch von den abhängig Beschäftigten finanziert wird: Würden Unternehmen und Vermögensbesitzer heute den gleichen Anteil zum Steueraufkommen beitragen wie 1980, würden jährlich 114 Milliarden DM mehr in die Staatskassen fließen.

=

Bildungsfinanzierung statt Populismus

1. Analyse

1.1. Warten auf die Chancengleichheit

Die derzeitige Situation an den Bildungsinstitutionen ist das Ergebnis einer konstruierten Unterfinanzierung. Sie ist die Konsequenz einer politischen Konzeption, die darauf abzielt, Bildung nach Gruppen, Klassen und Milieus zu segregieren, um über Hochschulen weiter einzig arbeitsmarktpolitische Bedürfnisse abzusichern. Die in den 70er Jahren unter sozialliberaler Koalitionsmehrheit angestoßene Bildungsreform war nur zu einem kleinen Teil zur sozialen Öffnung angelegt. Faktisch haben von diesen Maßnahmen nur einige Milieus profitiert: vor allem das mittlere und gehobene Bürgertum waren Nutznießer der Bildungsexpansion. Diese nur partiellen und schnell erlahmenden Reformbemühungen wurden in den 1980er Jahren durch die neoliberale, restriktive Sparpolitik, deren Inhalt nicht zuletzt die Aushöhlung vorangegangener Teildemokratisierung der Hochschulstrukturen und die Verkürzung auf einen biologistischen Elitebegriff war, wieder umgekehrt.

Bezeichnenderweise wurde neben der Strategie des strukturellen Überlastens der Bildungsinstitutionen denn auch keine Debatte um Möglichkeiten der Finanzierung geführt, sondern einzig ein Abblocken mit dem Verweis auf Belastungen etwa durch die deutsche Einheit, schließlich aber auf die negativen Folgen für den "Standort", außerdem aber - in Gestalt der rechtskonservativen Reden von Roman Herzog - eine Elitedebatte um Befähigung zum Studium entfacht. Dabei negierten die stamm-tischähnlich geführten Diskussionen alle wissenschaftlichen Erkenntnisse um die gesellschaftliche Konstruktion von Fähigkeiten und Begabungen, Neigungen und Vorlieben. Die Argumentation zieht sich viel mehr auf biologistische Aspekte, oder präjudizierende Faulheits- beziehungsweise Unlustsbeschuldigungen an die Adresse der Studierenden zurück.

Strukturelle Schwächen der Hochschulen wurden und werden so zunehmend zu Leistungsdefiziten von Studierenden umdefiniert.

Bildungspolitisch hatte das den Effekt, hier nicht ein breit angelegtes und demokratisch konstruiertes Ideal von Bildung umsetzungsrelevant zeichnen zu müssen, sondern unter Rücksichtnahme auf Stammtische wie Großkonzerne kann die Unterfinanzierung der Institutionen, verengte Zugänge oder die Eigenverantwortungslogik etabliert werden. Die Diskussionen im Bereich der individuellen Bildungsfinanzierung (BAFöG und Studiengebühren) wird den Anforderungen einer modernen, zukunftsorientierten Gesellschaft nicht gerecht.

1.2. Eine Bundesausbildungsförderung, die keine mehr ist

Als ein Baustein dieser Entwicklung ergeben sich Diskussionen um die individuelle Bildungsfinanzierung und zudem die Verschärfungen des Bundesausbildungsförderungs-Gesetz (BAFöG), welche Rot-Grün nur teilweise zurückgenommen hat.

Mit künstlichem Erzeugen von Erwartungsdruck, Unterfinanzierung, Leistungsüberprüfung und der Begrenzung von selbstgestalteten Spielräumen wird eine ungeheure Last auf den Schultern der Studierenden abgewälzt. Ziel des Studierens ist es kaum mehr, wissenschaftliche Kompetenzen, oder gar

Erfahrungen in einer Art ‚demokratischer Gegenwart‘ zu sammeln und emanzipative Kritik in die Gesellschaft zu formulieren, Ziel ist die einzig die rasche Berufsausbildung. Das Überlastproblem an den Hochschulen, Studiengebühren und die sukzessive Kürzung von materieller Unterstützung der SchülerInnen und StudentInnen sollen die unterschiedlichen Bedingungen mit denen junge Erwachsene heute ins Studium starten, verschärfen. Im besonderen Masse betrifft dies die Schichten in der mittleren und unteren Einkommensklasse, die ein Studium ihrer Kinder nur schwer bis gar nicht bezahlen können und knapp aus dem BAföG-Raster herausfallen. Dieser Druck wird nun noch einmal durch Studiengebühren potentiell werden, so dass bestimmte Milieus beinahe grundsätzlich von höherer Bildung ausgeschlossen sein werden. So entwickelt sich die BAföG-Politik der letzten Jahre bereits in diese Richtung:

- Die Quote der nach dem BAföG geförderten Studierenden hat 1998 erneut einen historischen Tiefpunkt erreicht: Nur noch 12,6 % aller Studentinnen und Studenten erhalten überhaupt noch Leistungen nach dem BAföG. Der durchschnittliche Förderbetrag (jener Minderheit von Studierenden, die überhaupt noch eine Förderung erhalten) lag 1998 bei nur 637 DM in den alten Bundesländern und bei beschämenden 549 DM in den neuen Bundesländern. Auch die Quote der »dem Grunde nach BAföG-berechtigten Studierenden« liegt mit nur noch 21,2 % nur wenig über der Quote in Bezug auf alle Studierende. Sogar die absolute Zahl der BAföG-geförderten Studierenden sank 1998 weiter von zuletzt 237.000 (1997) auf mittlerweile nur noch 225.000.
- BAföG-Leistungen stellen mit durchschnittlich 10 % der den Studierenden monatlich zur Verfügung stehenden Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts neben Zuwendungen von Eltern (49 %) und eigenen Verdiensten (28 %) nur noch eine Randgröße dar. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks studieren heute nur noch 8 von 100 Kindern aus einkommensschwachen Familien, während es bei einkommensstarken Familien 72 von 100 sind.
- Der finanzielle Gesamtaufwand für BAföG von Studierenden betrug 1998 nur noch 1,653 Milliarden DM, von denen der Bund 1,074 Milliarden DM zu tragen hatte - fast nur noch die Hälfte des Betrages, den er 1992 aufwandte (3,083 Milliarden DM, davon Bund 1,975 Milliarden DM). Dem stand 1998 ein Darlehensrückfluss in Höhe von mittlerweile 1,112 Milliarden DM gegenüber.

1.3. Die Farce um rotgrüne Politik: Studiengebühren

Tatsächlich hat sich mit dem Regierungswechsel kein Politikwechsel etwa im Sinne der Wahlversprechen der SPD ereignet. Die SPD betrachtet Bildungspolitik als eines der Instrumentarien, die sie komplementär zur Unterstützung der Marktfunktionen verwenden will. Das bedeutet in der Konsequenz auch hier die instrumentelle Subsumtion von Bildung und deren Administration unter ökonomietheoretische Ansätze. Nach dem Beschluss der KultusministerInnen-Konferenz (KMK) vom Frühsommer dieses Jahres ist mit der Legitimation der Erhebung von Studiengebühren über die Länderebene, nach Überschreiten willkürlich festgesetzter Regelstudienzeiten, ein Ende eineinhalbjährigen Lavierens in Sicht. Neben der verschärften Exklusivität des Studiums bleiben jedoch die Befürworter von Studiengebühren den Beweis schuldig, dass die finanzielle Ausstattung der Hochschulen ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit überhaupt möglich macht. Der Staat zieht sich so aus der Verantwortung, Bildung für alle BürgerInnen bereitzustellen. Darüber hinaus bereitet der Vorschlag der KMK die allgemeine Einführung von Studiengebühren vor.

De facto gibt es bereits jetzt kein gebührenbefreites Studium, nach der Einführung von Rückmelde-, Verwaltungs- und Prüfungsgebühren (indirekte Kosten einmal nicht betrachtet). Die Studierenden

können damit zusätzlich durch die Länder zur Kasse gebeten werden. Die Bundesregierung, allen voran die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, hat so die Möglichkeit leichtfertig verspielt, bei klaren Mehrheitsverhältnissen ein Verbot von Studiengebühren im HRG festzuschreiben. Darüberhinaus ist die Resistenz innerhalb der SPD zu grossen Teilen einer Einstellung gewichen, die einer populistischen Auswertung und damit der Zustimmung zu Studiengebühren befürwortet.

Die Einführung von Studiengebühren ist zudem auf Landes- wie Bundesebene eine Erklärung der eigenen Handlungsunfähigkeit, den gesellschaftlich steigenden Bedarf an Bildung und Qualifizierung in einer Vermittlung von Emanzipation des Einzelnen, neuer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu konzipieren und für einen weitreichenden Chancenausgleich durchzusetzen.

2. Forderungen

2.1. Grundsätzliche Ablehnung von Studiengebühren

1. Die JungsozialistInnen fordern nach wie vor die Durchsetzung eines grundlegenden Verbotes von Studiengebühren mittels Hochschulrahmengesetzes (HRG). Dies betrifft genauso sämtliche Nachmelde-, Rückmelde-, Prüfungs-, und Verwaltungsgebühren.

2. Ein Verfahren über Studienzeitenkonten eine begrenzte Freistellung von Studiengebühren zu erwirken lehnen wir ebenfalls ab. Eine Rationierung von Bildungsveranstaltungen läuft nicht nur dem Bildungsanspruch zuwider, sondern bietet zudem keinen adäquaten Lösungsansatz für die überlasteten Bildungsinstitutionen. Die Behauptung, Bildungsgutscheine seien sozial verträglicher weisen wir als falsch zurück: "Sozial verträglicher" wäre einzig, die finanzielle und strukturelle Benachteiligung ab- und nicht aufzubauen.

3. Zugleich müssen für die existenten indirekten Studiengebühren (etwa: Material und Geräteanschaffung in naturwissenschaftlichen Fächern etc.) Lösungen gefunden werden. Die Jusos fordern eine Behebung auch dieser Missstände. So könnten die indirekten Studiengebühren etwa über Steuerguthaben in einem ersten Schritt kompensiert werden, mittelfristig muss aber hierfür die Mittelzuweisung an die Hochschulen drastisch erhöht werden. Das Studium darf nicht weiter eine finanzielle Belastung für Studierende sein!

2.2. Für eine konsequente Reform des Bundesausbildungsförderungs-Gesetzes

Eine spürbare Verbesserung der sozialen Lage der StudentInnen bzw. SchülerInnen kann am besten durch eine strukturelle Erneuerung der bestehenden Ausbildungsförderung erreicht werden. Ziel der strukturellen Erneuerung ist die Gewährleistung einer sozial gerechten, bedarfsdeckenden sowie eltern- und partnerInnenunabhängigen Ausbildungsförderung. Ausbildungsförderung hat dem Individualrecht auf Bildung Rechnung zu tragen, dass die Bundesrepublik Deutschland im Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 20. März 1952 (BGBl. II 1956 S. 1880) anerkannt hat. Die Reform der Ausbildungsförderung muss dazu beitragen, Chancengleichheit im Bildungssystem durchzusetzen und in Zukunft mehr jungen Menschen eine Hochschulbildung zu ermöglichen. Der Zugang zu Hochschulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen darf nicht von der sozialen Lage und finanziellen Leistungsfähigkeit der SchülerInnen und Studierenden bzw. ihrer Eltern abhängen. Das gilt ebenso für auszubildende, behinderte Menschen, deren

behinderungsspezifischer Nachteilsausgleich dem individuellen Bedarf angepasst und, soweit diese Notwendigkeit vorliegt, mittels Ausbildungsassistenz zusätzlich unterstützt werden muss.

Die Höhe der Ausbildungsförderung muss eine Konzentration der Auszubildenden auf ihre Ausbildung sicherstellen, ohne dass diese auf andere Finanzierungsquellen zurückgreifen müssen; die Länge der Ausbildungsförderung muss den tatsächlichen durchschnittlichen Ausbildungszeiträumen entsprechen. Studierende sind erwachsene Menschen und haben an den Hochschulen selbständige wissenschaftliche Leistungen zu erbringen: Sie haben auch einen Anspruch auf finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern. Die Reform der Ausbildungsförderung hat davon auszugehen, dass Bildung ein öffentliches Gut darstellt und einen elementaren Faktor für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft darstellt. Ihre Finanzierung als gesellschaftliche Aufgabe ist daher grundsätzlich Verpflichtung des Staates. Eine kostenneutrale Reform der Ausbildungsförderung wird bald an ihre Grenzen stoßen. Um eine sozialstaatlich orientierte Reform der Ausbildungsförderung zu ermöglichen, ist daher der Anteil der Bildungsausgaben am Bundeshaushalt deutlich zu erhöhen.

Dazu bedarf es schnell einer profunden strukturellen Erneuerung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, die eben diese sozial gerechte bedarfsdeckende sowie eltern- und partnerInnenunabhängige Ausbildungsförderung sicherstellt. Die strukturelle Erneuerung sollte sich an folgenden Punkten orientieren:

1. Alle Studierende erhalten eine am Durchschnittsbedarf orientierte Ausbildungsförderung. Nach Angaben des Deutschen Studentenwerks handelt es sich dabei bei StudentInnen um ca. 1.280 DM monatlich (Angaben für 1997). Diese Förderung soll aus den zwei im folgenden benannten "Körben" finanziert werden.

(Korb A)

Entsprechend den Vorschlägen maßgeblicher bildungspolitischer Akteure vom Deutschen Studentenwerk über die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bis hin zum freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften wird an die Studierenden bzw. SchülerInnen ein einheitlicher Sockelbetrag elternunabhängig ausgezahlt. Der Sockelbetrag deckt in der Höhe die, aus der steuerlichen Berücksichtigung von Unterhaltsaufwendungen, resultierenden Entlastungen der Eltern ab. Kindergeld und entsprechende Freibeträge können demzufolge entfallen. Die Überführung der ausbildungsbedingten Transfers an die Eltern in eine Sockelförderung für die Studierenden erkennt zum einen an, dass es sich bei den Studierenden um erwachsene Menschen handelt, zum anderen würde es die Bevorzugung von Eltern mit höheren Einkommen bei der Bemessung der steuerlichen Freibeträge beenden. Um den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an eine gesetzliche Neuregelung des Familienlastenausgleichs Rechnung zu tragen, ist der Sockelbetrag auf mindestens 500 DM zu bemessen. Dabei ist auszuschließen, dass die zu einem Sockelbetrag zusammengeführten Leistungen anders als die bisher den Eltern zustehenden Transfers unter Leistungsvorbehalte gestellt werden. Das so gestaltete BAFöG wird als Zuschuss gewährt.

(Korb B)

Ein Aufstockungsbetrag bis zur Höhe des gegenwärtigen Durchschnittsbedarfs von derzeit ca. 1.280 DM bei finanziell schlechter gestellten Studierenden soll als staatlicher Zuschuss ohne Rückzahlungspflicht gewährt werden. Grundsätzlich finanziert der Staat sich durch ein adäquates Steuersystem, übergangsweise kann jedoch der BAFöG-Satz auch vom Jugend- und Sozialamt (bei vorhergehender Ausstattung dieser Ämter) ausgezahlt und bei den Eltern eingezogen werden. SchülerInnen wird ein Aufstockungsbetrag bis zur Höhe des gesondert zu berechnenden durchschnittlichen Bedarfs von SchülerInnen in jedem Fall als Zuschuss gewährt.

2. Um ein erneutes Entfernen der Förderbeträge von den tatsächlichen Lebenshaltungskosten zu vermeiden, sind Vorschriften für eine automatische jährliche Dynamisierung der Förderbeträge in das Bundesausbildungsförderungsgesetz aufzunehmen.
3. Studierende bzw. SchülerInnen aus den alten und den neuen Bundesländern sind auch im Hinblick auf den zugrunde gelegten Durchschnittsbedarf und die Förderbeträge vollständig gleichzustellen.
4. In kaum einem Studiengang ist es möglich, innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. Bei vielen Fachrichtungen liegen die durchschnittlichen Studienzeiten bis zu vier Semester über der Bafög-Förderungshöchstdauer. Verschärft wurde die Situation durch die 1996 eingeführte Verzinsung der Studienabschlußförderung. Eine Angleichung der Förderungshöchstdauer an die durchschnittlichen Studienzeiten ist deshalb unabdingbar.
5. Die Ausbildungsförderung von SchülerInnen an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 10 bzw. ab 16 Jahren, Berufsfachschulen sowie Fach- und Fachoberschulklassen ist grundsätzlich wiederherzustellen, auch dann, wenn die SchülerInnen bei den Eltern wohnen oder nicht notwendig auswärtig untergebracht sind.
6. Die Ausbildungsförderung von Studierenden bzw. SchülerInnen mit Kindern ist spürbar zu verbessern. Insbesondere ist die Zahlung eines Familienzuschlages für die betreuenden Personen vorzusehen, was im Pflegegesetz entsprechend zu regeln wäre. Ein derartiger Anspruch ist auch für die Betreuung von Kindern im Alter von über fünf Jahren vorzusehen. Analoge Regelungen sind für die Pflege von Menschen mit Behinderung, chronisch Kranken und Alten zu treffen.
7. Die Ausbildungsförderung von Menschen mit Behinderung hat deren ständige Begleitung und Unterstützung (Ausbildungsassistenz) durch einen kostendeckenden Zuschlag zu gewährleisten. Wie GebärdendolmetscherInnen für Gehörlose und VorleseassistentInnen für Blinde, sind AusbildungsassistentInnen generell als eine Form des Ausgleichs objektiv bestehender Nachteile zu betrachten, die Voraussetzungen für die angestrebte Chancengleichheit gewährleisten. Die objektiv bestehenden Nachteile von Studierenden bzw. SchülerInnen mit Behinderung sind darüber hinaus durch eine Verlängerung der Förderungsdauer um einen angemessenen Zeitraum auszugleichen.
8. Durch einen vollständigen Verzicht auf Höchstaltersgrenzen für die Gewährung von Ausbildungsförderung sind Fördermöglichkeiten auch über das 30. Lebensjahr hinaus zu eröffnen. Damit wird der Heterogenität der Lebensverhältnisse von StudentInnen bzw. SchülerInnen Rechnung getragen und Frauen und Männern die Chance eröffnet, auch nach einer Familienphase oder nach Berufstätigkeit ein Studium bzw. eine Ausbildung zu beginnen. Gleichzeitig muss der verpflichtende Einstieg in Förderungsleistungen vom ersten Semester an abgeschafft werden. Dies muss von den SchülerInnen und Studierenden frei gewählt werden können.
9. Die Ausbildungsförderung muss grundsätzlich auch in der Bundesrepublik Deutschland lebenden AusländerInnen, die weder Staatsangehörige eines EU-Mitgliedsstaates noch anerkannte AsylbewerberInnen bzw. Flüchtlinge sind, noch ein deutsches Elternteil haben, offen stehen.
10. Die bestehenden Restriktionen für die Förderung eines Studiums bzw. einer Ausbildung im Ausland sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union sind aufzuheben.
11. Die Möglichkeiten einer Ausbildungsförderung nach einem Fachrichtungswechsel oder einem Studienabbruch sind zu verbessern.
12. Die Möglichkeiten der Förderung von Aufbau-, Ergänzungs- und Weiterbildungsstudiengängen sind auszuweiten.
13. Master- bzw. Magister-Studiengänge, die sich an einen absolvierten Bachelor- Studiengang anschließen, sind uneingeschränkt zu fördern, auch dann wenn ein Fachrichtungswechsel erfolgt. Auf

besondere Voraussetzungen für die Förderung eines Master- bzw. Magisterstudiengangs ist zu verzichten.

14. Es ist sicherzustellen, dass bei der förderungsrechtlichen Einstufung von Ausbildungen, Ausbildungsgänge in den neuen Ländern oder Ausbildungsgänge mit hohen Frauenanteilen nicht strukturell benachteiligt werden.

15. Ausserdem muss der unter Ziffer 2 genannte Sockelbetrag unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung auch Auszubildenden, für die das Bundesausbildungsförderungsgesetz keine Geltung besitzt, gewährt werden.

=

Chance ergreifen – Wehrpflicht abschaffen

Der nachfolgende Beschluß wird umgehend den Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion zugeleitet, damit diese ihn vor der Sitzung der Fraktion am kommenden Montag zur Kenntnis nehmen können.

Einleitung

Wir Jusos haben sind Teil der Friedensbewegung. Unser Engagement versteht sich vor einem dezidiert anti-militaristischen Hintergrund. Für uns bieten Armeen keine Grundlage für die Schaffung eines nachhaltigen Friedens. Nicht Armeen haben Frieden hergestellt, sondern die Politik.

Gleichberechtigte Kooperationen zwischen Staaten, Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den internationalen Beziehungen, soziale Sicherheit innerhalb der einzelnen Staaten sowie wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Märkten und ihren wichtigsten Akteuren sind die zentralen Säulen einer internationalen Friedenspolitik. Die Entstehung neuer politischer und wirtschaftlicher Akteure auf supranationaler Ebene, wie der EU, sind daher unwiderrufliche Eckpfeiler einer nachhaltigen Friedenspolitik. Sicherlich darf Friedenspolitik sich nicht darauf beschränken, diese abstrakten politischen Ziele zu verfolgen und damit die Verantwortung an andere zu delegieren. Vielmehr gibt es auch spezifische Instrumente, derer sich eine derartige Politik bemächtigen muss. Da keine Beziehung frei von Konflikten ist, müssen Methoden der Konflikterkennung, -prävention und -bewältigung geschaffen werden, die dem Primat der Politik unterliegen und nicht von militärischem Denken geprägt sind.

Eine solche nachhaltige Friedenspolitik erfordert nachgerade die Zurückdrängung aller militärischen Strukturen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland (und auch anderswo). Aus diesem Grund haben Jusos immer die Initiative „Bundesrepublik ohne Armee,“ unterstützt. Wir halten dies weiter für richtig. Das Zusammenwachsen in Europa lässt die Existenz nationaler Armeen als Anachronismus erscheinen. Eine arbeitsteilige und stark abgerüstete europäische Verteidigungsstruktur erscheint hier wünschenswert. Die Probleme auf dem Weg dorthin dürfen jedoch nicht unterschätzt werden (z.B. Parlamentarische Kontrolle, Demokratische Einbettung, Schaffung einer einheitlichen Philosophie und Struktur, Aufbau einer eigenen Aufklärungsfähigkeit).

Unabhängig von dieser sehr grundsätzlichen Diskussion über europäische Verteidigungsstrukturen, die Schaffung einer Friedenszone in Europa und dann in der ganzen Welt und die Überwindung des Militärs zumindest in Europa stehen wir heute vor sehr konkreten politischen Auseinandersetzungen. Die Diskussion um den vorgelegten Bericht der Zukunftskommission, die der Bundesminister der Verteidigung einberufen hat, zeigt Chancen und Risiken der Diskussion in den kommenden Monaten auf. Wir Jusos halten diese Diskussion dringend erforderlich, denn mit der bevorstehenden Strukturreform der Bundeswehr legen wir eine wesentliche Grundlage für die deutsche Sicherheitspolitik der nächsten Jahrzehnte. Wir wehren uns daher entschieden gegen den Versuch der Bundesregierung, die Debatte zu beenden, bevor sie eigentlich begonnen hat. Es kann und darf keine vorschnelle Entscheidung gegeben werden. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion. Ein wesentlicher Beitrag zu dieser Diskussion muss die vom letzten Bundesparteitag beschlossene kritische Auswertung des völkerrechtswidrigen Kosovo - Krieges sein.

In den letzten Jahren waren die Friedensbewegung und die Jusos nur noch Zuschauer einer immer rasanteren Entwicklung. Die Bundeswehr konnte sich scheinbar „normalisieren,“ Auslandsein-

satz für Auslandseinsatz entfernte man sich in der Bundesrepublik von dem noch Anfang der 90er Jahre vorhandenen gesellschaftlichen Konsens. Als letztes konnte die Bundeswehr im Rahmen eines völkerrechtswidrigen NATO-Krieges offen eingesetzt werden. Erst die Tatsache, dass hier die vorgeblichen Kriegsziele (Ende der Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen, friedliche Stabilisierung der Region) nicht annähernd erreicht werden konnten, hat zu einer Denkzäsur geführt.

Gerade vor dem Hintergrund des Kosovo-Krieges erweist sich die Kritik der Jusos und anderer Linker am Einsatz immer robusterer Blauhelme als richtig. Das einschwenken von vielen ehemaligen Pazifistinnen auf Kriegseinsätze der Bundeswehr wurde auch über die „Einstiegsdroge“ Blauhelme vermittelt.

Daraus müssen wir lernen. Unsere aktuelle Beschlusslage ist nach wie vor gut und sinnvoll. Die Beschlüsse von Herne (1993) und Hannover (1996) geben wichtige Zielmarken unserer Politik vor. Was wir – auch und gerade als Jugendorganisation der Regierungspartei – leisten müssen, ist die Entwicklung konkreter politischer Konzepte, die als Beiträge zur aktuellen Debatte verstanden werden und diese beeinflussen können.

Leitsätze einer europäischen Friedensordnung

Wir Jusos benötigen in den kommenden Monaten eine Diskussion über die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung und einer europäischen Verteidigungsstruktur. Der hier vorliegende Antrag soll erste Eckpunkte benennen, kann aber letztlich nur ein Anstoß zur Diskussion sein. Die Zukunftskommission hat ganz richtig erkannt, dass die Frage der Zukunft der Bundeswehr im wesentlichen keine Frage der Finanzierung oder der Arbeitsmarktpolitik sein kann, sondern das in erster Linie die Frage zu beantworten ist, welche Rolle die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren einnehmen soll und welche militärische Struktur dann Sinn macht.

Wir teilen dennoch die Schlussfolgerungen der Zukunftskommission, sich für eine Aufstockung der Interventionskräfte einzusetzen, in keiner Weise.

Europa wächst immer weiter zusammen, dennoch ist Europa immer noch kein Kontinent ohne Kriege und Konflikte. Ob auf dem Kaukasus oder dem Balkan, ob in Nord-Irland, dem Baskenland oder auf Korsika, ob in Rußland oder Weißrußland – Krieg, Bürgerkrieg und Menschenrechtsverletzung sind auch hier noch Alltag. Zugleich bemerken wir, dass die Form der Konflikte sich innerhalb wie außerhalb Europas stark verändert. Zwischenstaatliche Kriege werden seltener, Bürgerkriege, marodierende Banden, ethnisch angeheizte Konflikte bestimmen die Tagesordnung des Kriegs zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dabei darf nicht übersehen werden, dass viele dieser Konflikte auch ökonomische Ursachen haben.

Klassische Verteidigungsstrukturen und Armeen sind schon lange nicht mehr in der Lage solcher Konflikte oder Kriege Herr zu werden. Ein mit krimineller Energie geführter Bandenkrieg hat keine Frontverläufe. Es lässt sich nur schwer zwischen Mitläufern und Warlords unterscheiden. Befehlsstrukturen sind zudem oftmals nur rudimentär vorhanden.

Wer eine staatlich oder auch supra-nationale Ordnung durchsetzen will, braucht also andere als militärische oder polizeiliche Mittel. Letztlich müssen Instrumente entwickelt werden, denen es gelingt, möglichst schnell stark vernetzte zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen. Sind sie doch ein Kernelement einer nachhaltigen Friedensstruktur.

Entwicklungsrichtungen der Bundeswehr

Wir müssen jedoch zur Kenntnis nehmen, dass derartige Instrumente und Strukturen nur rudimentär entwickelt sind und Armeen immer noch ein wesentlicher Eckpfeiler des allgemeinen Sicherheitsverständnisses und –empfindens sind. Dies erfordert, dass wir auch künftige Entwicklungslinien der Armeen in Europa und insbesondere der Bundeswehr aufzeigen.

Wir bleiben dabei der Auffassung, dass der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen offener kriegerischer Konflikte – auch mit der Legitimierung der Vereinten Nationen – ein politisch nicht hinnehmbarer Akt ist. Wir sehen aber auch die Tatsache, dass die Bundeswehr auch künftig im Rahmen friedenssichernder und friedenserhaltender Maßnahmen gebraucht und eingesetzt werden wird.

Wir halten daher eine Entwicklung der Bundeswehr für sinnvoll, die sicherstellt, dass ihr Einsatz nur in einem klar definierten Rahmen stattfinden kann:

- im quasi auszuschließenden Fall der Verteidigung
- im Rahmen eines Stand-by-Force-Konzeptes des Generalsekretärs der Vereinten Nationen
- im Rahmen von UN-Einsätzen zur Friedenssicherung und –erhaltung, denen vorab alle Konfliktparteien zugestimmt haben.
- und zur Unterstützung humanitärer Hilfseinsätze, sofern nicht andere zivile Kräfte dies effektiver und besser können. Das Ziel muss aber sein, diese zivilen Kräfte künftig weiter zu stärken.

Wie eine Bundeswehr vor diesem Hintergrund zu strukturieren ist und welche Aufgaben besser andere (zivile) Stand-by-Forces übernehmen können, wird ein wesentlicher Eckpunkt unserer Diskussion der nächsten Monate sein müssen.

Eine europäische, arbeitsteilig agierende Verteidigungsstruktur kann aufgrund der angesprochenen Probleme zwar nur ein mittelfristiges Ziel sein. Erste Schritte sind jedoch sehr schnell möglich. So kann eine erste Arbeitsteilung zwischen den Armeen vorgenommen werden, die einerseits die Handlungsfähigkeit einer einzelnen Armee erheblich einschränkt, aber insgesamt die europäische Handlungsfähigkeit uneingeschränkt lässt. Die Reduktion der WEU-Armeen um mindestens 50% und die entsprechende Konzentration der nationalen Investitionsentscheidungen auf die jeweilige Aufgabe lassen erhebliche Kosteneinsparungen und eine massive Abrüstung zu.

Zudem halten wir die Kooperation zwischen den Armeen, gerade über alte Bündnisgrenzen hinweg, für einen sinnvollen Beitrag zur Weiterentwicklung gesamteuropäischer Strukturen. Dies sollte in Form multinationaler Korps fortgeführt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf folgende Planungen umzusetzen:

- kurzfristig: Abschaffung der Wehrpflicht
- mittelfristig: Etablierung einer freiwilligen Armee in der Stärke von 240.000 Soldaten. Mit der primären und einzigen Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung.
- langfristig: Ausstieg aus der Militarisierung. Schaffung eines friedlichen Europas und die endgültige Abschaffung der Bundeswehr.

Die aktuelle Debatte

Mittlerweile liegen vier verschiedene Konzepte zur Zukunft der Bundeswehr vor:

- Zwischenbericht der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg (IFSH)
- Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ vom 23. Mai 2000
- Bericht des Generalinspektors a.D. Kirchhoff
- Reformvorschlag des Bundesministers der Verteidigung vom 31. Mai 2000

Wir stellen fest, dass nur das erste Modell wirklich eine neue Perspektive für europäische Sicherheitspolitik bietet. Das Maß der Abrüstung und der strikt gesamteuropäische Kontext dieses Vorschlages erscheinen uns eine vernünftige Grundlage für weitere Überlegungen.

Die Überlegungen der sogenannten Weizsäcker - Kommission, denen der Bundesverteidigungsminister nun offenkundig entgegenkommen will, auch wenn er eine Gesamtstärke von 275.000 Mann (255.000 Mann in Einsatzbereitschaft plus 20.000 Mann in Ausbildung) anstrebt, gehen von einer wesentlichen Grundthese aus, die wir für falsch und gefährlich halten: Die Bundeswehr müsse in der Lage sein dauerhaft (d. h. über mehrere Jahre hinweg) in zwei Krisenherden gleichzeitig mit einer Präsenzstärke von 5.000 Mann zu intervenieren. Dieser These folgend verlangt die Weizsäcker-Kommission die Aufstockung der KRK fast auf das Dreifache von 60.000 Mann auf 140.000 Mann. Weder Umfang der Interventionskräfte, noch deren dauerhafte Stationierung noch der angesprochene Kontext (in den auch der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg fällt) erscheinen uns akzeptable Vorgaben für die künftige Sicherheitspolitik. Hier wird nichts anderes als eine kriegsfähige Interventionsarmee geschaffen, die deutsche Interessen (nicht einmal europäische Interessen) zumindest in Europa und allen angrenzenden Regionen absichern können soll. Dies wird sehr deutlich, wenn das Verteidigungsministerium von der Rolle der Exportmacht Deutschland und der Sicherung ihrer Interessen redet.

Wir sehen die Gefahr, dass in der laufenden Debatte um Sollstärken der Bundeswehr diese eigentliche Kernfrage untergeht. Nicht die Frage, ob 285.000 oder 240.000 Soldaten sein soll. Eine intervenionsfähige Armee kann und darf nie das politische Ziel der deutschen Sozialdemokratie als Teil einer internationalistischen Bewegung sein.

Abschaffung der Wehrpflicht

Historisch ist die Wehrpflicht nie eine Forderung der Arbeiterbewegung gewesen. Vielmehr war es immer das Ziel der Linken kasernierte, stehende Heere zu verhindern. Erst Mitte der 60er Jahre hat sich die SPD mit diesem System der Wehrpflichtarmee arrangiert. Wehrpflicht war und ist bis heute kein Argument gegen die Gefahr einer gesellschaftlichen Entkopplung der Armee („Staat im Staate,“) und hat historisch auch noch nie einen Krieg verhindert. Im Gegenteil: Jeder Krieg setzt die geistige Mobilisierung der Bevölkerung voraus. Gelingt eine solche geistige Mobilisierung, so ist die Mobilmachung einer Wehrpflichtarmee auch kein besonderes politisches Problem mehr. Der Kosovo-Krieg hat dies eindrucksvoll belegt.

Wir Jusos sprechen uns daher für die Abschaffung der Wehrpflicht aus. Nur wenn eine einwandfreie Prüfung der verfassungsrechtlichen Lage ergeben sollte, dass die Abschaffung der Wehrpflicht einer Grundgesetzänderung bedarf, halten wir hilfsweise die Aussetzung der Wehrpflicht für eine sinnvolle

Alternative. Für die Abschaffung der Wehrpflicht sprechen unseres Erachtens eine Vielzahl an Argumenten.

1. Die Wehrpflicht ist ein Hindernis auf dem Weg zur erforderlichen Abrüstung in Europa. Europa ist auch über 10 Jahre nach dem Fall der Mauer eine extrem hochgerüstete Region. Die Größe der nationalen Armeen lässt nicht vermuten, dass wir uns in einer Phase der europäischen Kooperation und Zusammenarbeit befinden. Weiterreichende Abrüstungsvereinbarungen sind daher dringend erforderlich. Wir gehen davon aus, dass eine Sollstärke der Bundeswehr von 150.000 Soldaten eine verantwortungsvolle Zielvorgabe für Verteidigungspolitik der kommenden Jahre ist. Damit ist aber die untere Größenordnung der Wehrpflichtigenarmee bei weitem unterschritten.

2. Bereits seit vielen Jahren ist Wehrgerechtigkeit kaum noch gegeben. Bei einer weiteren Reduktion der Sollstärke ist sie endgültig in Frage gestellt. Der von der Weizsäcker-Kommission vorgeschlagene Auswahl-Wehrdienst per Losentscheid ist nur ein verfassungsrechtlich bedenklicher Ausweg. Da Wehrgerechtigkeit eine wesentliche Voraussetzung der Wehrpflicht ist, darf es keine Wehrpflicht ohne Wehrgerechtigkeit geben.

3. Der Wehrdienst ist ein Pflichtdienst. Wie halten die Aufrechterhaltung eines solchen Pflichtdienstes für einen tiefgreifenden Eingriff in die Lebensplanung und die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden jungen Mannes. Wichtige Grundrechte wie das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, das Koalitions- und Versammlungsrecht sowie das Streikrecht werden durch das Soldatenrecht eingeschränkt. Ein solcher Eingriff muss mit einem existentiellen Anliegen des Staates begründet werden. Kurz: wo keine Landesverteidigung, da auch keine Wehrpflicht. Wer in der heutigen Situation die Wehrpflicht befürwortet, hat kein Argument mehr gegen die Einführung einer Dienstpflicht für alle.

4. Die Tatsache, dass der zivile Ersatzdienst zum wichtigsten Argument für die Wehrpflicht geworden ist, halten wir für eine unglaubliche Fehlentwicklung. Richtig ist, dass die Aussetzung der Wehrpflicht einen großen Bedarf an Planstellen in wesentlichen Bereichen des Sozialstaats schaffen wird. Zahlreiche Studien belegen aber, dass diese Form der Konversion und damit die Abschaffung des Zivildienstes kostenneutral, evtl. sogar kostensparend möglich ist. Die begrenzte Einsatzfähigkeit der ZDL, ihre mangelnde Motivation und das fehlende Know-how bei ZDL wetzt ihrer Effektivität erhebliche Grenzen. Daher lassen sich ZDLer in der Regel im Verhältnis 1:2 durch sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte ersetzen.

Durch die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umstrukturierung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee können laut Schnell - Studie jährlich 7 Mrd. DM im Bundeshaushalt eingespart bzw. umgewidmet werden. Zusammen mit einem Teil dieses Betrages können die Mittel, die der Bund bisher jährlich zur Finanzierung von Zivildienststellen verwendet (ca. 2,5 Milliarden Mark), verdoppelt werden, und in den Fond „Neue Arbeit“ fließen, der die Mittel zur Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) bündeln soll. Die Konversion des Zivildienst in Arbeitsplätze des ÖBS wäre somit zugleich ein Beitrag, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und Menschen Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen, die ihnen eine Existenzsicherung aus eigener Kraft ermöglicht.

Für die Übergangszeit bis zum Ende des Zivildienstes darf dieser die Dauer des Wehrdienstes nicht mehr überschreiten. In ihre Arbeit muß die Kommission auch die Frage einbeziehen, wie künftig Jugendliche, die sich für ein freiwilliges ökologisches oder soziales Jahr entscheiden, finanziell sowie arbeits- und tarifrechtlich besser und klarer abzusichern sind. Planung hinsichtlich der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht lehnen wir dagegen strikt ab.

5. Wer das gesellschaftliche Verantwortungsbewußtsein stärken und das soziale En-gagement junger Menschen fördern will, der muss andere Formen der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen, der muss soziale Dienste finanziell und image - mäßig aufwerten und der darf FSJler nicht als Billiglöhner ausnutzen. Der Erhalt eines staatlichen Pflichtdienstes ist in jedem Fall aber der falsche Weg. Wir lehnen daher auch die Einführung einer Dienstpflicht für alle als mögliche Alternative zum heutigen Zivildienst strikt ab. Die Vorstellung, Lohnkosten durch Dienstpflichten zu umgehen, ist mit sozialdemokratischen Positionen unvereinbar. Außerdem würden dann auch Frauen herangezogen, wo durch ein immenser Überhang an dienstpflichtigen Personen die Folge wäre. Zudem hat unsere Verfassung mit dem Arbeitszwangverbot in Art. 12 eine bewußte Abkehr von nationalsozialistischen Vorstellungen der selbstverständlichen Indiennahme der Arbeitskraft des einzelnen für den Staat vollzogen. Wir halten an der Aussage fest: Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, läßt sich nicht erzwingen. Denn soziales Engagement kann nur freiwillig und selbstbestimmt geleistet werden

6. Wir fordern daher von der Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, eine Kommission zur Zukunft der sozialen Dienste in Deutschland einzurichten. Diese Kommission sollte unter der gemeinsamen Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Arbeit stehen.

Wohlfahrts- und Naturschutzverbände, die Interessenvertretung der Kriegsdienstverweigerer, das Gesundheits- und Arbeitsministerium, die Kommunen, Kranken- und Pflegekassen und die Bundesanstalt für Arbeit müssen in die Arbeit mit einbezogen werden

7. Aus diesem Grunde halten wir auch die Wehrpflicht nicht mehr für zwangsläufig erforderlich. Sie war in der Anfangsphase der Bundeswehr ein wichtiger Beitrag zur Integration der Armee in die Gesellschaft. Heute jedoch gibt es andere tragende Faktoren. Mit unserem Modell eine Freiwilligen-Armee mit kürzer dienenden Soldaten auf Zeit (SaZ) lässt sich einer Abkopplung der Armee von der Gesellschaft zusätzlich entgegenstellen, denn die Soldaten müssen nach einer begrenzten Zeit ins berufliche Leben zurückkehren. Dieses Konzept ermöglicht der Bundeswehr auch die Integration unterschiedliche gebildeter Bevölkerungsgruppen, sofern sie eine laufende Weiterbildung garantiert, so dass ein nahtloser Eintritt ins zivile Berufsleben möglich ist.

8. In Zeiten knapper Finanzlage und staatlicher Verschuldung muss auch die Bundeswehr ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten. Die Festschreibung des Etats des Einzelplans 17 und Vorschläge diesen gar auszuweiten, können wir daher nicht nachvollziehen. Die erforderlichen Investitionsplanungen machen dann aber Einsparungen in der Größe der Bundeswehr erforderlich. Der Verteidigungshaushalt muss unseres Erachtens nach einen überproportionalen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

9. Angesichts der Bestrebungen, die Bundeswehr weltweit einzusetzen, erhoffen sich viele von der Wehrpflicht eine einsatzhemmende Wirkung. Die eigenen Söhne, so heißt es, würden nicht leichtfertig in Auslandseinsätze geschickt. Hier wird jedoch eine gefährliche Illusion geschaffen. Die für Auslandseinsätze vorgesehenen sog. Krisenreaktionskräfte (KRK) bestehen bereits zu 80% aus Berufs- und Zeitsoldaten. Die restlichen 20% setzen sich auch nicht aus regulären Wehrpflichtigen zusammen, sondern aus freiwillig längerdienenden Wehrpflichtigen, die extra bezahlt werden. Normale Wehrpflichtige werden also gar nicht an Auslandseinsätzen beteiligt. Folglich können sie auch keine besondere gesellschaftliche Betroffenheit schaffen. Entscheidend ist vielmehr die Durchsetzung des Primats der Politik. Die Sozialdemokraten haben in Karlsruhe erstritten, daß die Bundeswehr nur aufgrund eines Parlamentsbeschlusses international eingesetzt werden darf. Die Frage, an welchen Einsätzen sich die Bundeswehr in Zukunft beteiligen soll, muß politisch entschieden werden und

darf nicht auf die Wehrpflichtigen abgeschoben werden, die an internationalen Einsätzen gar nicht teilnehmen.

Wir sehen mittelfristig eine stark verkleinerte Bundeswehr als unser Ziel hin zur Überwindung nationaler Armeen. Als Alternative zur Wehrpflicht schlagen wir eine Freiwilligenarmee vor. Damit ist keine reine Berufsarmee gemeint, da der Schwerpunkt bei Zeitsoldaten mit kürzeren Verpflichtungszeiten liegen soll, die nach ihrer Zeit beim Militär wieder in das zivile Berufsleben zurückkehren. Durch entsprechende Einstellungstests, die auch in anderen Bereichen üblich sind, kann gewährleistet werden, daß keine Freiwilligen angenommen werden, die eine besondere Affinität zu militärisch-autoritären Denk- und Verhaltensweisen haben. Eine Freiwilligenarmee ist auch keinesfalls teurer als eine Armee mit Wehrpflichtigen. Volkswirtschaftlich gesehen ist die Wehrpflichtarmee die teuerste und ineffizienteste Lösung, da sie dem zivilen Sektor jährlich Zehntausende junge Männer entzieht und der Einsatzwert eines Freiwilligen zwei- bis fünfmal so hoch ist wie der eines Wehrpflichtigen. Eine weitere Verkürzung des Wehrdienstes auf vier bis sechs Monate, mit der ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild angesteuert wird, ist keine Lösung. Es ist nicht ersichtlich, für welche Aufgaben eine solche Kurzausbildung qualifizieren sollte, zumal das Territorium der Bundesrepublik nicht mehr bedroht ist.

IUSY-Festival

1996 trafen sich 6000 junge Sozialistinnen und Sozialisten in Bonn zum Festival der International Union of Socialist Youth (IUSY).

Wir Jusos waren damals Gastgeber des größten sozialistischen Jugendtreffens der Welt und haben ein erfolgreiches Festival erlebt.

Seitdem hat sich viel getan. Unter dem beschönigenden Begriff der „Liberalisierung des Welthandels“ erleben wir einen Siegeszug des internationalen Kapitalismus. Die Börsen in New York und Frankfurt stürmen von einem Allzeithoch zum nächsten und unkontrollierte Finanzspekulationen treiben ganze Volkswirtschaften an den Rande des Ruins, während sich bei den „Shareholdern“ immer mehr Reichtümer anhäufen.

Auf der anderen Seite werden Teile der Welt von der wirtschaftlichen Entwicklung gänzlich abgekoppelt. Dies trifft insbesondere für Afrika südlich der Sahara, aber auch für Teile Lateinamerikas und Asiens zu. Gleichzeitig erleben wir Destabilisierungen und Auflösungen der staatlichen Institutionen, wie im Sudan oder Sierre Leone.

Als Sozialistinnen und Sozialisten beschränken wir unsere Politik nicht auf die Situation in Deutschland und Europa. Wir müssen unserer Verantwortung für die Entwicklung des Südens nachkommen. Stichworte sind dabei u. a. die Lösung der Schuldenkrise, die demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und die grundlegende Reform der Welthandelsorganisation.

Ein Möglichkeit zur Diskussion dieser Themen bietet die IUSY. Sie ist der Zusammenschluß der sozialistischen Jugendverbände der Welt und stellt damit den Rahmen unserer internationalen Politik dar. In den letzten Jahren ist die IUSY stark gewachsen und hat neue Mitglieder vor allem in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, aber auch in Asien und Afrika gewonnen. Sie ist damit zu einer wirklichen internationalen Kraft geworden.

Diese Kraft wird sich auch vom 26. - 30. Juli in Malmö zeigen: dort werden 5000 Genossinnen und Genossen aus den Mitgliedsorganisationen der IUSY zusammenkommen. Sie werden eine Woche lang die „Kraft der Solidarität“ leben und zu den Themen „Zukunft der Arbeit“, „Gleichheit“ und „Solidarität“ arbeiten - und natürlich miteinander feiern.

Das Festival ist auch gelebte Solidarität - jede/r Teilnehmende aus Europa ermöglicht einer Genossin oder einem Genossen aus dem Süden die Teilnahme in Malmö.

Aus diesem Grunde wollen wir mit möglichst vielen Jusos nach Schweden fahren - CELEBRATE THE POWER OF SOLIDARITY.

=

=



Recht auf Zukunftschancen

***Beschlüsse
Juso-Bundeskongress***

***Köln
15. - 17. Juni 2001***

Inhaltsverzeichnis

<u>Recht auf Zukunftschancen</u>	1
<u>Studiengebührenverbot JETZT ins HRG</u>	12
<u>Strategiedebatte - Plattform Jusos</u>	13
<u>Bundesarbeitsprogramm</u>	29
<u>Integration und Einwanderung</u>	39
<u>Einwanderung statt Ausgrenzung - out of(f) limits!</u>	42
<u>Perspektiven für eine abgehängte Region - Menschen u. Strukturen in Ostdeutschland stärken-</u>	50
<u>Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen</u>	55
<u>Mitbestimmung und Wahlrecht für alle Azubis</u>	58
<u>Keine Beschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit</u>	58
<u>Die Lenkungswirkung der Ökosteuern erhöhen</u>	59
<u>Standard behindertengerechter Einrichtungen</u>	59
<u>Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie</u>	60
<u>Her mit der Haftpflicht für AKW's</u>	64
<u>Situation der Bahn in Deutschland</u>	65
<u>Gesundheit für alle</u>	66
<u>Brustkrebsvorsorge</u>	70

<u>Neue Internationalität - Grundsatzpapier</u>	70
<u>Aufklärung des Kosovo-Konflikts</u>	81
<u>Für eine zivile und demokratische Zukunft auf dem Balkan</u>	82
<u>Raketenabwehr verhindern - nukleare Abrüstung vorantreiben</u>	82
<u>Entwicklungshilfe stärken - auch im Bundeshaushalt!</u>	83
<u>Let's save Hasankeyf! - Nein zur Hermes-Bürgschaft für den Iliusu-Staudamm</u>	83
<u>Unruhen bei EU-Gipfel</u>	84
<u>Stopp des Verkaufs des ehemaligen KZ Schloss Lichtenburg in Prettin</u>	84
<u>Prostitution voll legalisieren</u>	84
<u>Mehr Rechte für Mitarbeitende</u>	85
<u>Freiwillige Selbstverpflichtung zur harten Quote</u>	86
<u>Pro 15:30</u>	86
<u>Linke Mehrheiten für Berlin</u>	87

Recht auf Zukunftschancen

Die SPD veranstaltet gegenwärtig auf allen Ebenen eine Jugendinitiative, die zum einen die Aufgabe hat, die sozialdemokratische Politik im Interesse von Jugendlichen weiter zu entwickeln. Zum anderen will die Jugendinitiative zur Modernisierung der Parteiarbeit einen großen Teil beitragen.

Wir Jusos haben uns - von der AG vor Ort bis zum Bundesverband - intensiv an der Jugendinitiative beteiligt, und wir werden dies auch weiterhin tun. Wir haben neue Aktionsformen entwickelt und Vorschläge für eine sozialdemokratische Bildungs- und Jugendpolitik der Zukunft formuliert.

Ein Beitrag des Juso-Bundesverbandes im Rahmen der Jugendinitiative war die „Projektgruppe Zukunftschancen“. Die Projektgruppe hat sich in ihrer Arbeit vor allem auf die Themenfelder

- Arbeit - Leben - Sozialstaat
- Bildung in der Informationsgesellschaft
- Berufsorientierung und Jugendarbeitslosigkeit

konzentriert. Zu allen drei Themenfeldern wurden Hearings mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen durchgeführt.

Der vorliegende Antrag enthält die im Rahmen der Arbeit der Projektgruppe „Zukunftschancen“ des Juso-Bundesverbandes vorgenommenen Einschätzungen und vordringlichen Reformprojekte für die nächsten Jahre.

I. Jugend im „flexiblen Kapitalismus“

Die prägende Erfahrung unserer Generation ist die „passive Revolution“, das Ende des guten alten „Modell Deutschland“. Es ist die Dynamik des Kapitalismus selbst, die alte Strukturen und Gewissheiten auflöst. Nicht alles ist neu, manches vermeintlich Neue ist Ausdruck von schnell wieder erledigten Modewellen und gelegentlich auch von absichtlicher ideologischer Verschleierung der Realität.

Dennoch wissen wir, dass neue Zeiten angebrochen sind, dass der Kapitalismus sein Gesicht verändert hat und dass es keinen Weg zurück in alte Zeiten geben kann. Ob wir es new economy, Informationsgesellschaft, Postfordismus, Zweite Moderne oder sonstwie nennen: Jugendliche und junge Erwachsene wachsen heute in einen Kapitalismus hinein, in dem viele Gewissheiten der "stabilen Vergangenheit" nicht mehr gelten.

Damit ist Politik aber nicht in Sachzwängen gefangen. Im Gegenteil: Politik muss diesen Neuen Zeiten eine Richtung verleihen. Die Herausforderung besteht mittelfristig darin, unter den veränderten Bedingungen eines flexiblen Kapitalismus neue Formen politischer Gestaltung und die Erneuerung des Wohlfahrtsstaates durchzusetzen. Wir wollen erstens gleiche Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen v.a. in den Bereichen Arbeit, Bildung und soziale Dienstleistungen ermöglichen. Wir wollen zweitens den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt befördern und in den Dienst der Gesellschaft bzw. eines ökologisch verträglichen Wachstums stellen.

Wir sind Zeugen und Akteure einer informationstechnischen Revolution. Damit verbunden ist der Übergang zu einer Produktions- und Konsumptionsweise, in der die Bedeutung und Verarbeitung von Informationen bzw. Wissen eine gegenüber der Industriegesellschaft neue Qualität erlangen. Moderne Informations- und Kommunikationstechniken dringen in alle gesellschaftlichen Bereiche. Sie verändern die Formen des wirtschaftlichen Austausches und bestehende Wertschöpfungsbeziehungen. Sie haben erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Freizeitgestaltung. Nicht zuletzt verändern sie auch die Formen der Kommunikation und der politischen Willensbildung. Diese Revolution hat einen erheblichen Produktivitätsschub und eine Beschleunigung von Innovationen zur Folge. Die Verfügung über Wissen gewinnt gegenüber dem Besitz von Kapital, Rohstoffen oder Boden an Bedeutung. An die Stelle der „alten“ Schlüsselindustrien der Nachkriegszeit treten neue Wachstumsbereiche wie die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Biotechnologie oder auch regenerative Energietechniken. Sie bilden die Basis für steigende Produktivität und einen Ausbau von neuen Dienstleistungen - von Informationsdiensten bis hin zu sozialen und ökologischen Diensten.

Strukturwandel der Arbeit

Im Zuge dieser Entwicklung erleben wir einen Strukturwandel der Erwerbsarbeit, der oft als „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ umschrieben wird. In der Tat nimmt der Anteil unbefristeter, abhängiger Vollzeitbeschäftigungen mit geregelter Arbeitszeit zugunsten atypischer Beschäftigungsformen ab. Neben der von der liberal-konservativen Politik betriebenen Deregulierung des Arbeitsmarktes ist diese Entwicklung in hohem Maße auf den steigenden Erwerbswunsch von Frauen und die deutliche Zunahme von Teilzeitarbeit zurückzuführen. Allerdings ist die Aussagekraft einer bloßen Betrachtung des "Normalarbeitsverhältnisses" begrenzt, da die eigentliche Dynamik der qualitativen Veränderung von Arbeit kaum erfasst werden kann. So werden maßgebliche Formen der Flexibilisierung bzw. Entgrenzung der Erwerbsarbeit ausblendet. Hierzu gehören v.a.:

- die Flexibilisierung von Arbeitszeiten,
- die räumliche Flexibilisierung (Zunahme von (Tele-)Heimarbeit o.ä.),
- die berufsfachliche Flexibilisierung durch neue Produktionskonzepte (Gruppenarbeit o.ä.),
- die Flexibilisierung von Entlohnungsformen (Gewinnbeteiligung o.ä.),
- die Zunahme von Übergängen zwischen unterschiedlichen Formen der Erwerbs- und der Nichterwerbsarbeit.

Diese Flexibilisierungstendenzen hängen eng zusammen mit der Auflösung des großindustriell geprägten Produktionsmodells der Nachkriegsjahrzehnte. Die wachsende Bedeutung von Kundennähe und projektförmigem Arbeiten führen zu einer Zunahme des Typus vom „Intrapreneur“, d.h. des lohnabhängig beschäftigten aber gleichzeitig in hohem Maße eigenverantwortlich und selbstorganisiert tätigen Arbeitnehmers. Diese Tendenz vollzieht sich auf der oberen und mittleren Unternehmensebene, aber sickert in wachsendem Maße nach unten durch.

Der Wandel hin zur flexiblen Arbeitsgesellschaft vollzieht sich beschleunigt über den Generationenwechsel. Die junge Generation ist konfrontiert mit flexiblen Formen der Erwerbsarbeit, aber sie prägt diese auch mit. Während 8% aller Erwerbstätigen in befristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen arbeiten, liegt der Anteil bei den 20-35jährigen Erwerbstätigen bei über 13%. Bei den Teilzeit-Beschäftigungsverhältnissen zeigt sich ein leicht höherer Anteil bei den jungen männlichen Erwerbstätigen und ein - lebenslagebedingter - deutlich geringerer Anteil bei den jungen Frauen gegenüber allen weiblichen Erwerbstätigen.

Der Anteil der Selbständigen an den jungen Erwerbstätigen steigt. Gerade die „neue Selbständigkeit“ ist eine Entwicklung, die von der jüngeren Generation getragen wird. 41,4% der Einpersonen-Selbständigen sind unter 40 Jahren. Betrachtet man nur die Wirtschaftsbereiche der unternehmensbezogenen und privaten Dienstleistungen, so liegt der Anteil der unter 40jährigen sogar bei 51%. Die Motive für die Wahl selbständiger Erwerbsformen sind vielfältig und basieren nicht immer auf Freiwilligkeit. Jedoch sind das Bedürfnis nach Unabhängigkeit, räumlicher und zeitlicher Flexibilität, selbstbestimmten Arbeiten, mehr Eigenverantwortung, freier Zeiteinteilung, einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit sowie die Hoffnung auf bessere Verdienstmöglichkeiten entscheidende Beweggründe dafür, dass immer mehr junge Erwerbstätige ihr "eigener Chef" sein wollen.

II. Eine doppelt gespaltene Generation

Die junge Generation ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion. An Etikettierungen der „Generation @“ herrscht kein Mangel. Zweifellos prägt die passive Revolution des „flexiblen Kapitalismus“ unsere Generation. Unsere Generation ist es auch, die neue Antworten auf die Herausforderungen der Neuen Zeiten finden muss. Dabei sehen wir den Neuen Zeiten mit Optimismus entgegen. Sie beinhalten eine Menge Potenziale für technische Innovationen, mehr qualifizierte Arbeit, die Gleichstellung der Geschlechter und selbstbestimmte Lebensführung. Die Voraussetzung für die Fortsetzung einer sozialen und demokratischen Politik ist gesellschaftlicher Zusammenhalt. Diesen sehen wir jedoch gerade mit Blick auf die junge Generation gefährdet. Sie ist doppelt gespalten:

Soziokulturelle Spaltungen zeichnen sich zwischen den VertreterInnen des kulturellen Leittypus der „Neuen Selbständigen“, und „ArbeitskraftunternehmerInnen“ und VerliererInnen der Modernisierungsentwicklung ab. So kommt es zu der Situation, dass viele junge Menschen diesem Leittypus „nacheifern“, gleichzeitig jedoch von den Begebenheiten eines flexiblen Kapitalismus dahingehend „eingeholt“, werden, dass sich der Wunsch nach den Vorteilen flexibler, selbstbestimmter und autonomer Lebensführung mit den staatlichen Institutionen auf der einen Seite und den Realitäten in den der neuen Arbeitswelt auf der anderen Seite bricht. Neue Armutslinien zeichnen sich bei denjenigen Jugendlichen ab, wo neben materieller Armut auch das kulturelle Kapital verknappt ist, so dass die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit selbstbestimmter Lebensführung auseinanderklafft. Es entstehen neue Widersprüche zwischen den Erwerbstätigen, die in der Lage sind, die Anforderungen des flexiblen Kapitalismus zu bewältigen, und solchen, die dazu nicht willens oder in der Lage sind. Somit birgt umfassende Flexibilisierung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit für die heute in die Erwerbsarbeit drängende Generation neben Risiken auch Chancen einer selbstbestimmten Lebensführung: Erstens beinhaltet die Anforderung, sich selbst um die eigene „Beschäftigungsfähigkeit“ bemühen zu müssen, den Verlust von Sicherheiten und führt zu neuen Belastungen. Das Prinzip, lebenslang lernen zu müssen und häufiger als früher Jobwechsel hinzunehmen, ist vor allem dann eine hohe Belastung, wenn jeder Erwerbstätige auf sich allein gestellt ist. Zweitens hat der zunehmend ganzheitliche Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft eine Auflösung der bisherigen Grenzen zwischen „Arbeit“ und „Leben“ zur Folge. Zum einen dringt die Arbeit auch in die Sphäre der „Freizeit“ ein: Die Zeit außerhalb der Erwerbsarbeit wird (durch Heimarbeit, Weiterbildung, Aufbau von sozialen Kontakten etc.) genutzt, um die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu reproduzieren. Zum anderen führen die zeitlichen und räumlichen Flexibilisierungserfordernisse zu neuen Belastungen für das Privat- und Familienleben.

Nach wie vor kommen viele Jugendliche und junge Erwachsene früh mit Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in Berührung. Viele Jugendliche, erfahren die Realität im flexiblen Kapitalismus in erster Linie als Bedrohung. Der kürzlich erschienene Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat erneut deutlich werden lassen, dass sich der Unterschied zwischen Reichen und Armen in der Bundesrepublik in den letzten Jahren noch weiter verstärkt hat. Insbesondere für junge Menschen ist diese Schließung des Sozialen Raums eine große Gefahr, da sich die Auswirkungen von Armut in die zukünftige Lebensphasen einschreiben und sich damit Armutsrisiken reproduzieren.

Insgesamt bezogen Ende 1998 1,1 Millionen Jugendliche unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Das entspricht einem Anteil in ihrer Bevölkerungsgruppe von 6,8 %. Im Vergleich zu einer Sozialhilfequote in Gesamtdeutschland von 3,5 % ist die Quote unter jungen Menschen damit fast doppelt so hoch. Diese Kinderarmut ist ein drängendes Problem. Benachteiligungen bei Erwerbs- und Einkommenschancen führen zu gesellschaftlicher Marginalisierung. Oftmals ist sie Resultat einer Vererbung von Armut über Generationen hinweg. Die Armut bei alleinerziehenden jungen Müttern und deren Kindern weist auf erhebliche Defizite in der Familienpolitik und der sozialen Infrastruktur hin.

Die Einkommensmobilität hat in den letzten zehn Jahren stagniert und war in den neuen Ländern sogar rückläufig. Vererbung von sozialer Ungleichheit führt sich also weiter fort. Jugendliche, die von dieser Situation betroffen sind, sind nur zu einem geringen Teil auf die Anforderungen des derzeitigen Bildungssystems und des Arbeitsmarktes vorbereitet. Hier muss im Rahmen von Eingliederungshilfen teilweise praktisch „bei null“, was die Förderung der „Beschäftigungsfähigkeit“, betrifft, begonnen werden.

Im Bildungssystem bestimmen Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen. So haben die noch Ende 2000 unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber (14.000) zu 50% einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss vorzuweisen. 12% der 20-29jährigen bleiben sogar ohne jede abgeschlossene Berufsausbildung, was zur Folge hat, dass sowohl ihr Einkommen äußerst niedrig ausfällt bzw. die Vermittlung in den Arbeitsmarkt hinein mit großen Schwierigkeiten behaftet ist.

Auf der anderen Seite nimmt der gesellschaftliche Reichtum weiter zu. Der Reichtum wird in Deutschland immer ungleicher verteilt. So besitzen ein Zehntel der westdeutschen Haushalte 42 % des gesamten Privatvermögens während 50 % der Bundesbürger lediglich mit 4,5 % des Privatvermögens auskommen muss. Pro Jahr werden 400 Mrd. DM von einer Generation an die nächste weitergeben. Auch über diesen massiven Transfer von „leistungslosem Vermögen“, vererben sich ungleiche Chancen in hohem Maße.

Teil der sozialen und kulturellen Spaltung ist auch die so genannte „digital divide“, - die digitale Spaltung der Gesellschaft. Die informationstechnische Revolution ist Teil der Lebensrealität unserer Generation. Die Ausstattung mit PC und Internetzugang spiegelt die „klassischen“, Spaltungslinien zwischen arm und reich, Mann und Frau, hohes und geringes Bildungsniveau, Stadt und Land - aber auch alt und jung wieder.

Der Einfluss unterschiedlicher Bildungsniveaus auf PC und Internet-Nutzung ist markant: Während rund zwei Fünftel der Personen über 16 Jahre mit Fachhochschulreife bzw. Abitur einen PC wenigstens einmal in der Woche nutzen, sinkt der Anteil bei Personen mit Realschulabschluss auf 23 % und bei Personen mit Hauptschulabschluss sogar auf nur 10 %. Dies äußert sich nicht nur bei der Nutzung im Beruf sondern insbesondere in der Freizeit. Offensichtlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Einkommen und Bildungsniveau sowie der Nutzung von PC und Internet.

Alte geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich dort, wo die zahlenmäßige PC und Internet-Nutzung qualitativ untersucht wird. Berufe, in denen informationstechnische Grundlagen bearbeitet werden (also die Berufe der Computertechniker und Informatiker) werden von Männern dominiert, während Frauen eher in den verwaltenden Berufen im Büro tätig sind. Diese qualitative Differenzierung scheint sich derzeit eher zu verstärken denn abzubauen.

Regionale Spaltungen erleben wir gegenwärtig insbesondere zwischen den Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland. Ihre unterschiedlichen Erfahrungshorizonte sind Ausdruck einer unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Regionen. So sind die Unternehmen der Informationstechnik fast ausschließlich im Westen anzutreffen. Es ist dazu gekommen, dass eine gesellschaftliche – wenn auch regional stark differenzierte - Spaltung entstanden ist, die den Jugendlichen im Osten Zukunftschancen vorenthält. Die Perspektive einer Ausbildung oder Beschäftigung, die ihren Anforderungen an Erwerbsarbeit entspricht, existiert für viele nicht. Diese regionale Differenzierung ist dadurch gekennzeichnet, dass in einigen wenigen Regionen ansatzweise prosperierende Zentren entstehen, während in weiten Teilen Ostdeutschlands die Verarmung der Regionen zu einer Benachteiligungsspirale für die Bevölkerung wird.

Dadurch dass viele Jugendliche im Osten Deutschlands keine Perspektive auf einen Arbeitsplatz erhalten, sind sie zu umfangreicher Mobilität gezwungen. Insbesondere die jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen nehmen Umzüge und weite Pendlersituationen in Kauf, um eine Erwerbchance zu bekommen. Das führt mittlerweile dazu, dass in einigen Teilen der Regionen eine zunehmende Dequalifizierung und Überalterung der Bevölkerung festzustellen ist, die zu einem Innovations- und Wachstumshemmnis für die regionale Wirtschaftslandschaft wird.

In den Krisenregionen steigt der Anteil der Jugendlichen, die sich in Qualifizierungsmaßnahmen befinden. Der Anteil der Jugendlichen, die über einen betrieblichen Arbeitsplatz verfügen, sinkt jedoch weiter. So ist in weiten Teilen Ostdeutschlands die Jugendarbeitslosigkeit mit 166.000 Jugendlichen unter 25 ohne Arbeitsplatz anhaltend hoch. Gleichzeitig suchen nach wie vor 120.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Auch die Qualität der angebotenen Plätze ist weitenteils ungenügend. Darüber hinaus werden aufgrund der mangelnden IUK-Unternehmen in Osten kaum sogenannte „zukunftsweisende“, Berufsausbildungen angeboten. Diese Missslage führt dazu, dass Jugendliche weiterhin in eher weniger prosperierenden Berufszweigen (z.B. Bauwirtschaft) ausgebildet werden, so dass bereits in der Ausbildung die Gefahr vor Arbeitslosigkeit reell wird. Stete Phasen von Erwerbslosigkeit in Verbindung mit unzureichender Berufsausbildung führt zur Dequalifizierung von Jugendlichen.

Hier muss eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik offen sein für die Ansprüche Jugendlicher an individuelle Lebensläufe und Erwerbswünsche. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in den IT-Unternehmen im Westen und das brachliegende Potential der jungen Generation im Osten Deutschlands sind ein „Innovationsbündnis“, zu integrieren. Grundlage dafür ist eine qualitativ hochwertige Ausbildung junger Menschen in neuen Berufen. Somit wird ermöglicht, dass das demografiebedingte Nachfragewachstum an Arbeitskräften, welches in Zukunft immer eklatanter wird, durch engagierte junge Fachkräfte aus den östlichen Regionen kompensiert werden kann. Die Einbindung der jungen Generation in Ostdeutschland wird damit nicht nur zu einer arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeit sondern auch zu einer Frage der politischen Hegemonie.

In der BRD stehen, im Gegensatz zur Meinung des Mainstreams, Zukunftschancen per se nicht jedem offen, was sich im Zugang zum Arbeitsmarkt manifestiert. Es liegt vor allem nicht an der individuellen Motivation, weshalb die Debatte über die Faulheit von Arbeitslosen ins Leere laufen muss, sondern an den Strukturen dieser Gesellschaft, welche überwunden werden müssen. So sank die Anzahl der Arbeitsplätze von 1991 auf 1996 um über 2 Millionen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Unternehmensgewinnen weniger stark gestiegen, so sank die strukturbereinigte Bruttolohnquote seit 1983 kontinuierlich. Damit sind die Lohnabhängigen in den letzten 15 Jahren nicht angemessen am gesellschaftlich produzierten Vermögen beteiligt worden, dieses kam ausschließlich dem Kapital zugute. Unterstützt wurde dieser Trend dadurch, dass der Anteil der Massensteuern (Lohnsteuer, Mineralölsteuer, usw.) am Steueraufkommen von 37,5 % (1960) auf 72,9 % (1996) anstieg, während der Anteil an Gewinnsteuern im selben Zeitraum von 34,7 % auf 14,6 % sank. Dies entspricht einer Vermögensumverteilung von unten nach oben. Dadurch sank das reale Nettoeinkommen der lohnabhängig Beschäftigten. Dies bedeutet eine ungleiche Verteilung von Zukunftschancen auf Grund der materiellen Voraussetzungen.

Natürlich nimmt das individuelle Bildungsniveau als Zugangsqualifikation zum Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle ein, aber auch die Qualifizierung unterliegt ausgrenzenden Zugangsvoraussetzungen. Noch immer ist der Anteil von Kindern von ArbeitnehmerInnen an den deutschen Hochschulen prozentual gesehen sehr gering. Immer noch haben in der BRD Frauen und Männer nicht die gleichen Zukunftschancen. Altersarmut ist immer noch weiblich, so lagen die Hälfte aller an Frauen gezahlten Arbeitsrenten 1996 unter 900 Mark. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von männlichen Angestellten im produzierenden Gewerbe lag laut dem statistischen Bundesamt bei 7.142 DM der von weiblichen Angestellten nur bei 5.028 DM.

Zukunftschancen - Sozialer Fortschritt in Neuen Zeiten

Wir wollen, dass sozialdemokratische Politik von allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Begriff der „Zukunftschancen“, in Verbindung gebracht wird. Dabei geht es erstens um die ganz konkrete Vertretung der Interessen von Jugendlichen und einer Stärkung ihrer Chancen. Die einzelnen politischen Maßnahmen müssen sich aber zweitens auch einfügen eine neue sinnstiftende Philosophie sozialdemokratischer Politik. Es ist die Verbindung von Individualität und Modernität auf der einen und Sicherheit und Gerechtigkeit auf der anderen Seite, die wir als „Sozialdemokratie der nächsten Generation,“ herstellen müssen. Das politische Projekt der Zukunft wird sich um die Frage drehen müssen, wie Demokratie, Lebensqualität und soziale Integration in einem veränderten Kapitalismus durchgesetzt werden können.

Den Kulturkampf zwischen den Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und dem Anspruch, ein schönes Leben zu führen und eine Familie zu haben, macht jeder mit sich selber aus. Der Konflikt geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch jeden von uns. Wir erreichen eine neue Stufe der Individualisierung, die jeden zum „Manager seiner eigenen Biografie“ macht. Die wenigsten aber sind aufgrund der strukturellen Ungleichheiten in der Lage, dies individuell zu meistern. Unsere Sozialpolitik ist nach wie vor Ausdruck der Industriegesellschaft, der ungebrochenen Erwerbsbiografie und des männlichen Familienernährermodells. Auch lernen wir immer noch zu sehr für die Fabriken, Werkstätten und Büros der industriegesellschaftlichen Epoche. Eine Sozial- und Bildungspolitik der Zukunft muss stärker individuelle Lebenslagen berücksichtigen, Chancengleichheit ermöglichen und den nachhaltigen sozialen Umbau der Gesellschaft unterstützen.

Unser Leitbild: Selbstbestimmte Flexibilität

Unser Leitbild ist die selbstbestimmte Flexibilität. Selbstbestimmte Flexibilität bedeutet eine Abkehr vom männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis der Nachkriegszeit und ermöglicht eine lebensphasenabhängige Ausgestaltung der Erwerbsarbeit. Das neue Teilzeitgesetz der Bundesregierung ist ein vernünftiger Schritt in diese Richtung; jedoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Vereinbarkeit von neuen Formen der Arbeit und Privatleben für beide Geschlechter zu ermöglichen. Je nach Lebenslage müssen selbstgewählte Formen der Arbeit möglich sein. So könnten sich für Paare die Leitbilder 2 Dreivierteljobs oder 2 Vollzeitstellen mit variablen Auszeiten durchsetzen.

Dies erfordert jedoch neben einer Neuausrichtung der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Tarifpolitik auch einen Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Abkehr von den konservierenden steuerrechtlichen Regelungen, die das überholte Modell der „male-breadwinner-family,“ konservieren:

- Erforderlich ist der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, v.a. auch für Kinder unter 3 Jahren.
- Wir streben eine flächendeckende Durchsetzung der Ganztagschule an.
- Die Durchlässigkeit im Bildungssystem ist sowohl für die Aus- wie auch für die Weiterbildung deutlich zu verbessern.
- Die Steuervorteile des Ehegattensplitting müssen umgewandelt werden in die Förderung von Phasen der Kindererziehung.

Erforderlich ist ein erneuertes Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, in erster Linie monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen. Eine neue Arbeitsmarktpolitik muss den präventiven Charakter stärken und wesentliches Element einer zukünftigen Regulation der Arbeitsgesellschaft sein.

IV. Unsere Leitprojekte einer Politik für Zukunftschancen

1. Jugend, Arbeit und Berufsorientierung

Nach wie vor stellt die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen eine große Herausforderung für die Politik dar. Während die Jugendarbeitslosigkeit im Westen im letzten Jahr um 3% gesunken ist, ist sie im Osten sogar um 4% gestiegen. Insgesamt sind 450.000 Jugendliche ohne Job, davon 167.000 in Ostdeutschland.

Mit dem JUMP-Programm der Bundesregierung wurde ein über die bereits bestehenden Maßnahmen des SGB III und vielfältige Programme der Länder hinaus gehender Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geschaffen. In den Jahren 1999 und 2000 wurden rund 270.000 Jugendliche gefördert. Allerdings ist es nur gelungen, ein Fünftel der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Charakter von JUMP ist es, gleiche Chancen durch Ausbesserung von Qualifikationsdefiziten zu schaffen, nicht neue Arbeitsplätze. Das Programm setzt nur an bestehenden Arbeitsmarktstrukturen an und versucht darauf aufzubauen.

Mit zahlreichen Maßnahmen zur Schaffung von (zu großen Teilen öffentlich finanzierten) Ausbildungsmaßnahmen hat sich das Problem zunehmend auf die so genannte „Zweite Schwelle,“ verschoben. Zwar ist noch einiges zu tun, um das Ziel zu erreichen - vor allem in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands -, allen Jugendlichen ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu garantieren. Dennoch ist das größere Problem: wir haben zu wenig Arbeitsplätze für Jugendliche.

Regional auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen

Nach den Informationen des aktuellen Berufsbildungsberichts 2001 haben im letzten Jahr 97% der Ausbildungsplatzsuchenden in den alten Ländern und 94% in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhalten. Damit ist

das selbst gesteckte Ziel des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, alle Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen, nicht erreicht worden. Wenn man berücksichtigt, dass viele Jugendliche die Suche nach einem Ausbildungsplatz aufgeben, dürften die Werte noch geringer sein. Von einem regional auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen (d.h. die Zahl an Ausbildungsplätzen in der Region übersteigt die Zahl der BewerberInnen um 12,5%) sind wir weit entfernt.

Vor allem in weiten Teilen Ostdeutschlands sowie strukturschwachen bzw. vom Strukturwandel betroffenen Regionen im Westen haben wir eine erhebliche Lücke zwischen der Nachfrage und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Diese Lücke wird nach wie vor durch ein hohes Maß an öffentlich ko-geförderten Maßnahmen gefüllt. Mit anderen Worten: zunehmend finanziert der Staat die Aufgaben der Wirtschaft.

Die wichtigste Politik für mehr Ausbildungsplätze ist der Aufbau von zukunftsfähigen Wirtschaftsstrukturen. Die Wirtschaftspolitik des Bundes muss in Zukunft stärker als bisher auf die Probleme aber auch Kompetenzen der Regionen konzentriert werden.

Nur 56% aller Betriebe sind ausbildungsberechtigt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben oft nicht die Möglichkeiten auszubilden. Hier sind Instrumente wie Ausbildungsverbünde der richtige Weg, um sie in die Lage zu versetzen, Ausbildungsplätze anzubieten. Eine andere Möglichkeit ist die Einrichtung von Ausbildungsbetrieben im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung.

Aber auch von den anderen 44% bilden nur die Hälfte aller Betriebe aus. Gleichzeitig brauchen wir daher ein Instrument, das den Anreiz für Unternehmen erhöht, Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Wir Jusos halten daher an unserer Forderung nach einer Ausbildungumlage für alle Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten, fest. Das Geld soll in einen Ausbildungsfonds fließen, aus dem Unternehmen, die über Bedarf ausbilden, Ausbildungsverbünde etc. gefördert werden.

JUMP PLUS- Fortführung und Ergänzung des Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit

Desweiteren setzen wir uns dafür ein, dass das JUMP-Programm auch über das Jahr 2003 hinaus fortgesetzt und verstetigt wird. Mittelfristig sollen die guten Ansätze des JUMP-Programms in ein reformiertes SGB III integriert werden. In der Neuauflage sollen die Mittel für Maßnahmen in den ostdeutschen Ländern nochmals aufgestockt werden. Demnach soll die Hälfte der Finanzmittel von JUMP in die neuen Bundesländer gehen.

Allerdings fordern wir gegenüber der bisherigen Ausgestaltung des JUMP eine entscheidende Erweiterung. Im Rahmen eines JUMP PLUS ist ein neuer Ansatz für Regionen mit strukturell verfestigter (Jugend-)Arbeitslosigkeit erforderlich.

Auf Basis der positiven Erfahrungen der französischen Regierung mit ihrem Jugend-Programm zur Schaffung neuer Arbeit im Dienstleistungsbereich, sollen Jugendlichen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit dauerhafte Arbeitsplätze angeboten werden. Wir halten eine zweite Säule des Sofortprogramms für erforderlich, die die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen für Jugendliche in Beschäftigungsfeldern des gesellschaftlichen Bedarfs (Soziales, Kultur, Umweltschutz etc.) vorsieht. Als Träger für solche Jobs kommen sowohl öffentliche, private als auch gemeinnützige Einrichtungen in Frage. Die Bedarfe an zusätzlicher Arbeit sollten im regionalen Konsens definiert werden und ihnen eine „erwerbsähnliche Lebenssituation“, zu ermöglichen. Die Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche sollen in die Beschäftigung bei der Agentur integriert und mit Betriebspraktika o.ä. verzahnt werden. Ziel ist es, Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

In Ostdeutschland könnte dieses neue Element eines JUMP PLUS verknüpft werden mit dem geforderten kommunalen Infrastrukturprogramm (KIP).

Ein weiterer Bestandteil von JUMP PLUS sollte der Aufbau von lokalen Agenturen „Jugend in Arbeit“, in öffentlicher Trägerschaft sein. Sofern Jugendliche nicht in eine reguläre Beschäftigung vermittelt werden können, sind sie voll sozialversicherungspflichtig bei der Agentur beschäftigt. Dabei geht es darum, frustrierende Maßnahmenkarrieren zu verhindern und ihnen eine „erwerbsähnliche Lebenssituation“, zu ermöglichen. Die Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche sollen in die Beschäftigung bei der Agentur integriert und mit Betriebspraktika o.ä. verzahnt werden. Ziel ist es, Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Integrierte Lebenslaufberatung

Die Notwendigkeit für Jugendliche, bereits während der Schulzeit eine individuelle Strategie zur Entfaltung der eigenen Stärken und der Organisation der späteren Berufsbiografie zu entwickeln, nimmt erheblich zu. Immer weniger taugt die Biografie der Eltern als Wegweiser für das eigene Leben. Während in bürgerlichen Milieus die Fähigkeit, sich flexibel auf neue Anforderungen einstellen zu können, eingeübt wird, gilt dies für andere Teile der Gesellschaft nicht. Nach wie vor spiegeln die Berufswahlwünsche von jungen Frauen (v.a. Friseurin) und jungen Männern (v.a. KFZ-Mechaniker) nicht die Vielfalt der modernen Arbeitswelt wieder.

Die Schulen sind auf diese neue Anforderungen nicht vorbereitet. Sie sind nicht hinreichend in der Lage, Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten. Ein erhebliches Problem ist die Trennung von Schule, Berufsberatung, Jugendhilfe und der Arbeitsmarktpolitik. Die unterschiedlichen Institutionen sind unzureichend miteinander vernetzt. Es muss uns gelingen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihren Orientierungsphasen eine individuelle Beratung und Coaching aufbauend auf ihren Potenzialen zu organisieren.

Unser Prinzip lautet: wir wollen, dass Jugendliche ab der 8. Schulklasse den Anspruch auf eine „integrierte Lebenslaufberatung“, haben. Bei der „integrierten Lebenslaufberatung“, geht es erstens um eine regelmäßige Bewertung der individuellen Stärken und Schwächen. Zweitens sollen Jugendliche auf dieser Grundlage eine Beratung über die möglichen Berufsperspektiven in der Region sowie die vorhandenen öffentlichen Fördermöglichkeiten erhalten. Drittens soll die „integrierte Lebenslaufberatung“, eine Grundlage zur eigenverantwortlichen Gestaltung der eigenen Erwerbsbiografie darstellen. Im Zuge der „integrierten Lebenslaufberatung“, soll Jugendlichen nichts verordnet werden. Die Etappen einer Berufsbiografie sollen im engen Dialog zwischen Jugendlichen und BeraterInnen regelmäßig weiterentwickelt werden. Ein besonderer Schwerpunkt ist auf die Berufsberatung für junge Frauen zu legen. Es gilt, sie zu ermutigen, auch Ausbildungen über die klassischen „Frauenberufe“, hinaus

in Anspruch zu nehmen. Die Beratung soll Jugendlichen auch den Wechsel von Ausbildungen ermöglichen. Ausprobieren und Neuentscheidungen sind wichtige Elemente der Jugendphase - diese gilt es zu stärken.

- Alle Schulformen müssen sich stärker für die Arbeitswelt öffnen. Dabei geht es nicht um „Training for the job“, sondern auch darum, sich mit Wirtschaft und Arbeit kritisch auseinanderzusetzen zu können. Wir wollen projektorientierte Unterrichtsformen ausbauen und mit Unternehmenspraktika etc. verzahnen. Sie müssen die wesentliche Anlaufstelle für SchülerInnen in Fragen der Berufs- und Lebenslaufberatung „aus einer Hand“ sein. Die Schulen sind weiterhin als öffentlich gesteuerte Bildungsinstitutionen anzusehen, die einem weitgehenden Einfluss der Wirtschaft entzogen bleiben müssen.
- Jugendliche brauchen mehr Beratung und Coaching beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf. Zur besseren Integration von Jugendlichen in die Erwerbsarbeit sollte die Logik von Programmen wie „Jugend in Arbeit“, in NRW auch Eingang in die Arbeitsmarktpolitik des Bundes finden.
- Das Prinzip der individuellen Eingliederungspläne muss im Rahmen des Umbaus der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung Bestandteil einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik werden.
- Die „Lebensfahrpläne“, sollen auch nach der Ausbildung weiter entwickelt und mit Ansprüchen der ArbeitnehmerInnen auf Qualifizierung verzahnt werden. Dazu sind geeignete Fort- und Weiterbildungsangebote zu schaffen, die für alle Interessierten zugänglich sind. Die Erstellung und Umsetzung der Pläne darf nicht vom gefüllten Geldbeutel abhängen.
- Nach wie vor bleibt das Hauptziel der schulischen Erstausbildung jedoch die Vermittlung grundlegender Kulturtechniken sowie einer humanistischen Grundbildung. Um das auch in Zukunft zu gewährleisten, kann ein allgemeines „Kerncurriculum“, eine bessere Vergleichbarkeit der Lerninhalte und so auch mehr Chancengleichheit bringen.
- Eine bessere Ausstattung der Schulen und eine Demokratisierung der Schullandschaft ist notwendig: Schule muss zum Ort werden, an dem kritisches Denken und demokratisches Handeln gefördert wird.

Förderung von Mobilität

Eine Politik, die Zukunftschancen von Jugendlichen stärkt, kann nicht allein von deren Mobilität abhängen. Auch wenn der vereinzelt Suchen nach Auszubildenden in einigen Regionen ein erheblicher Ausbildungsplatzmangel in anderen Regionen gegenübersteht, darf daraus nicht die Situation entstehen, dies durch gesteigerte Mobilität von Jugendlichen ausgleichen zu wollen.

Anstatt die ohnehin stark ausgeprägte Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten finanziell zu unterstützen, muss die gezielte Förderung und die damit verbundene Schaffung von Ausbildungsplätzen in diesen Regionen im Vordergrund stehen, um eine dauerhafte Verbesserung zu erreichen. Wir sind für eine möglichst wohnortnahe Ausbildung, um der Abwanderungstendenz entgegenzuwirken und sowohl den Auszubildenden als auch der gesamten Region eine positivere Zukunftsperspektive zu bieten.

Eine kontinuierliche Förderung ganzer Regionen könnte besonders eine Perspektive für Ostdeutschland, aber auch für viele andere strukturell benachteiligte Regionen darstellen.

Wesentliche Forderungen in diesem Zusammenhang sind:

- Das Lohngefälle zwischen Ost und West entzieht dem Osten wertvolles Potenzial und muss daher so schnell wie möglich abgebaut werden.
- Mobilitätshilfen sollen nur in individuellen Ausnahmefällen als Lösung des Ausbildungsplatzproblems in Anspruch genommen werden.
- Die betroffenen Regionen müssen für Auszubildende und junge Arbeitnehmer attraktiv gestaltet werden, um einen Anreiz zu schaffen, dort ein Ausbildungsverhältnis einzugehen, bzw. sich dort beruflich niederzulassen.

2. Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit als Kernziele einer neuen Bildungsreform

Die aktuelle bildungspolitische Diskussion ist dadurch gekennzeichnet, dass es nicht hinreichend gelingt, das Spannungsverhältnis von Qualifizierung und Bildung, von Beschäftigungsfähigkeit und Emanzipation in konkreten Projekten produktiv aufzulösen. Aus unserer Sicht soll das Bildungssystem nicht nur für die Verwertung von Arbeitskraft im Wirtschaftsprozess qualifizieren. Es geht um die Herausbildung von emanzipierten und selbstbewussten Persönlichkeiten. Allerdings ist der Anspruch, die Kompetenzen für die Arbeitswelt von morgen zu erlernen bei Jugendlichen weit verbreitet. Nur wenn das öffentliche Bildungssystem mit dem technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozess Schritt hält, kann es auch Einfluss auf die Gestaltung dieses Prozesses nehmen.

Die Notwendigkeit der Aneignung so genannter „Schlüsselkompetenzen“ ist seit vielen Jahren ebenso Gegenstand der berufsbildungspolitischen Diskussion, wie die Betonung der Notwendigkeit eines „lebensbegleitenden Lernens“ und die daraus resultierenden Reformbedarfe der Qualifizierungspolitik. Die an alle Beschäftigtengruppen gestellten erweiterten Anforderungen an fachliche aber auch überfachliche Qualifikationen erfordern eine Reorganisation des Verhältnisses von Erfahrungs- und Wissensqualifikation sowie von sozialer Qualifikation und Fachqualifikation, eine Neufassung des Verhältnisses von betrieblicher Erstausbildung und Weiterbildung und den Aufbau einer vorausschauenden potenzialorientierten Qualifizierungspolitik sowie die Verbindung von verstärkt externer Rekrutierung und ausgedehnter Einarbeitung.

Unzureichend berücksichtigt bleiben jedoch vielfach die sich aus neuen Formen der Arbeitskraftnutzung und veränderten Formen einer reflexiver werdenden Lebensführung ergebenden Anforderungen an die Erwerbstätigen. Je flexibler Arbeitsformen sind, desto größer werden die Anforderungen an inhaltliche, räumliche und zeitliche Selbstorganisation. Gerade in den dynamischen und innovativen Wirtschaftsbereichen hängt der Erfolg auf dem (Arbeits-)Markt in hohem Maße vom Einsatz des persönlichen sozialen und kulturellen Kapitals ab. Neben Know-How, bekommt das Know-Who wachsende Bedeutung. Erforderlich wird eine „Netzkompetenz“ in dreifacher Hinsicht: es geht um den Umgang mit elektronischen Netzen, das Agieren in sozialen Netzen und das ver-

netzte Denken. Die Veränderungen der Arbeitswelten erfordert von der Bildung die Vermittlung neuer Kompetenzen:

- **Selbständigkeit und Engagement:** Durch die zunehmende Autonomie am Arbeitsplatz und im Arbeitsprozess wird es immer wichtiger, eigenständig Prozesse zu organisieren und Inhalte bzw. Basiswissen kritisch bewerten und kreativ auf die vorliegende Arbeitssituation anwenden zu können. Dazu muss Bildung die Analyse- und Reflexionsfähigkeit fördern.
- **Reduktion komplexer Sachverhalte:** Die Komplexität der Tätigkeiten wird sich durch vernetztere Formen der Arbeit und Erweiterung der Handlungskompetenz vergrößern. Damit besteht auch die individuelle Anforderung, komplexe Sachverhalte auf für das jeweilige Arbeitsprojekt sinnvolle Art zu reduzieren.
- **Team- und Projektarbeit:** Allgemein lässt sich eine Zunahme von Team- und Projektarbeit feststellen. Damit ist es nicht Aufgabe der Bildung ein Meer an Individualisten zu erzeugen, sondern Zusammenarbeit und vernetztes Arbeiten zu fördern. In integrativen Projekten können Inhalte gemeinsam bearbeitet werden.
- **Präsentationsfähigkeit:** Die eigene Vorstellung, „das sich Verkaufen können“, und die Präsentation von Erarbeitetem erlangen eine große Bedeutung. Hier sind schon früh Trainingsprogramme zu entwickeln, die Offenheit und Artikulationskompetenz fördern.
- **Infoability:** Neue Informationstechnologien ermöglichen den Zugang zu immer mehr Informationen. In Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, aus der Fülle von Informationen die wichtigsten herauszufiltern und in ihrem Gehalt zu bewerten. Der reflexive Umgang mit Information ist ausschlaggebend dafür, in welchem Maße flexibel auf Problemlagen reagiert werden kann.
- **Eduquality:** Der Weiterbildungsbedarf wird in Zukunft immer größer werden. Deshalb ist es besonders wichtig, schon früh die Fähigkeit zu individueller Weiterqualifizierung zu lehren. Jungen Menschen muss ein dynamischer Bauplan zur Verfügung gestellt werden, wie sie in Zukunft sinnvoll und effektiv den anfallenden Qualifizierungsbedarf decken und sich neue Tätigkeitsfelder erschließen können.
- **Kritische und demokratische Kompetenz:** Die zunehmende Deregulierung, die enger werdenden sozialen Räume erfordern eine verstärkte Förderung des kritischen und solidarischen Handelns. Demokratisches Engagement an der Hochschule muss als Teil beruflicher Qualifizierung festgeschrieben werden. Nur wo solches Engagement als Qualifikation und Emanzipation erkenntlich wird, kann auch einer „Politikverdrossenheit“, entgegengewirkt werden.

Reform der beruflichen Bildung

Wir halten grundsätzlich am Dualen System der Berufsausbildung fest. Wir wollen es stärken, indem wir benachteiligte Jugendliche in das System integrieren und es gleichzeitig auch für qualifizierte Jugendliche attraktiver machen. Das Duale System ermöglicht die Verbindung von Theorie und Praxis und garantiert den Erwerbstätigen eine überbetriebliche Verwertbarkeit ihrer Qualifikationen. Allerdings muss die Erneuerung und Modernisierung der Ausbildungsordnungen in Zukunft dynamischer ausgestaltet werden. Die Ausbilder und die Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden, diesen Neuordnungsprozess auch nachvollziehen zu können.

Am Beispiel der seit 1997 existierenden IT-Berufe zeigt sich, dass das Duale System auch für die „neue Arbeitswelt“ geeignet ist. Zunehmend liegen die neuen Berufe jedoch quer zu den bisherigen Berufsbildern. Zukünftige Neuordnungsprozesse werden dem Rechnung tragen müssen. Wir halten die Schaffung neuer Berufe gerade in den modernen Dienstleistungsbereichen für erforderlich. Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, die gegenwärtige Vielfalt der Berufe des Dualen Systems auf deutlich weniger Kernberufe zu reduzieren und im Rahmen von dreijährigen Ausbildungsgängen Spezialisierungen zuzulassen. Auch muss der Wahlbereich gestärkt werden.

In der Berufsschule soll Fächerunterricht zugunsten eines Projektunterrichts so weit wie möglich aufgelöst werden. Der Projektunterricht soll nicht nur den Geschäftsprozess nachbilden, er soll v.a. auch die erwähnten Schlüsselqualifikationen in den Ausbildungsprozess integrieren und solidarische Zusammenarbeit vermitteln. Für die Berufsschulen ist ein deutlicher Investitionsschub zur besseren materiellen Ausstattung erforderlich. In dem Maße wie Berufsbilder die bisherigen Grenzen verschwimmen lassen, stellt sich auch die Frage, ob die Einteilung in kaufmännische, technische etc. Schulen noch zukunftsfähig ist. Perspektivisch sind integrierte Berufsschulen erforderlich. Die Sekundarstufe II gilt es mittelfristig in Form eines doppelqualifizierenden Ausbildungsgangs weiter zu entwickeln. Ebenso soll Absolventen einer Ausbildung im Dualen System der Zugang zu den Hochschulen ermöglicht werden, um Bildungssackgassen zu vermeiden.

Regionale Bildungslandschaften

Der Mangel in der Ausstattung des Bildungssystems und die Unfähigkeit der Institutionen, flexibel auf den zunehmenden Qualifizierungsbedarf zu reagieren, führt immer mehr dazu, dass private Unternehmen versuchen, den Bildungsmarkt zu erobern. Beschäftigten bleibt daher oftmals nicht mehr die Möglichkeit, auf kostenlose Fortbildungsmaßnahmen zurückzugreifen, so dass sie vor die Wahl gestellt sind, entweder viel Geld in ihre Qualifizierung zu stecken oder aber ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verlieren und damit Nachteile auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen.

Notwendig ist es daher, durch sinnvolle Lernortkooperationen mit Unternehmen und Bildungseinrichtungen vor Ort, für die Beschäftigten Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen, die den individuellen Qualifizierungsbedarf mit den regionalen Anforderungen des Arbeitsmarktes verknüpfen. Das unmittelbare Lernen im Betrieb in Kooperation mit weitergehenden Qualifikationen durch öffentliche Bildungsinstitutionen ist das Leitbild für regionale Bildungslandschaften.

Wir streben eine bessere regionale Verzahnung der unterschiedlichen Bildungseinrichtungen an. Die starre Trennung zwischen unterschiedlichen Schulformen kann durch regionale Kooperationsformen aufgelöst werden. Die Berufsschulen sollten sich zu regionalen Qualifizierungszentren weiterentwickeln. Die Weiterbildungsträger gilt es stärker zu vernetzen. Die Hochschulen sollten sich für die Weiterbildung öffnen. Jede Region soll einen „Qualifizierungsrat“, einrichten und regelmäßig sogenannte Qualifizierungsberichte vorlegen. Die regionale Quali-

fizierungspolitik soll auf Basis eines integrierten „Innovationsmanagements“ enger mit der regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden.

Die Hochschulen haben dabei die Aufgabe, ein weitreichendes Angebot öffentlich finanzierter Weiterbildung, das der Chancengleichheit verpflichtet ist, bereitzustellen. Wichtig ist uns, dass die Weiterbildung nicht vordringlich als neue Finanzierungsquelle für die Hochschulen verstanden wird, sondern als inhaltliche Erneuerung. Dazu muss der Trend, Studienangebote in der grundständigen Lehre auszudünnen, um sie dann kostenpflichtig im Weiterbildungsbereich weiterzuführen, aufgehalten werden.

Projektfinanzierung als erster Schritt zu einer qualitativen Hochschulreform

Am Beispiel des Hochschulzugangs zeigt sich sehr deutlich, dass Zukunftschancen ungleich verteilt sind. Noch immer sind Kinder aus ärmeren, sogenannten bildungsfernen Schichten an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Während 72 % aller Kinder aus hoher sozialer Herkunft ein Hochschulstudium aufnehmen, sind es nur 8 % aller Kinder aus einer niedrigen Herkunftsschicht. Dabei sind ärmere Kinder natürlich keineswegs dümmer. Ihnen fehlen bestimmte Voraussetzungen, in dem Maße an weiterführender Bildung teilzunehmen, wie es Kinder aus besser verdienenden Haushalten können. Jedoch ist aus vielerlei Gründen eine Ausweitung des Hochschulzugangs geboten und der Bedarf an mehr Studierenden wird von unterschiedlichsten Seiten immer wieder gefordert. Dies eröffnet gesellschaftliche und individuelle Zukunftschancen. Die Hochschulen sollen ein Ort sein, an dem in gesellschaftlicher Verantwortung und für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft geforscht wird. Dies ist angesichts drängender Zukunftsprobleme dringend geboten, die wissenschaftliche Lösungsansätze erfordern (Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft etc.).

Extensiver Wettbewerb sowie Managementstrukturen an den Hochschulen sichern die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen und ihrer Aufgaben nur unzureichend; sie führen eher zu Verdrängung, Sparzwängen oder Selektion.

Um Chancengleichheit beim Zugang zu den Hochschulen herzustellen:

- Muss der Hochschulzugang ausgebaut werden. Daher sind Numeri Clausi sowie sonstige Zugangsbeschränkungen abzubauen. Das Abitur muss nicht die einzige Zugangsvoraussetzung sein. Eine Berufsausbildung mit mehrjähriger Berufserfahrung kann denselben Zweck erfüllen.
- Ist von der Erhebung von Studiengebühren abzusehen. Sie sind unsozial. Die bisherigen Erfahrungen mit Studiengebühren haben gezeigt, dass ihre Einführung zu einem Rückgang der Studierendenzahlen führt, also genau das Gegenteil von dem bewirkt, was gesellschaftlich notwendig ist.

Die Diskussion um die Reform der Hochschulfinanzierung wird gegenwärtig unter dem Vorzeichen der „nachgelagerten Outputmessung“ diskutiert. Die Schiefelage dieser Perspektive erweist sich nicht nur in den Messungsproblemen qualitativer Bildungseffekte. Sie zwingt Einrichtungen mit schlechteren Ausgangsvoraussetzungen auf eine Abwärtsspirale, die Innovationspotenziale lähmt.

Die Perspektive für eine zukunftsorientierte Finanzierung, die tatsächlich Innovationspotenziale der Hochschulen freilegt heißt: Projektfinanzierung. Gemeint ist damit vor allem die Verteilung von Mitteln innerhalb der Universität. Dabei können Lehrende (und ggf. auch andere) sich mit Projektskizzen für Veranstaltungen etwa auf Fachbereichsebene um Mittel bewerben. Ein Teil der dem Fachbereich zugewiesenen Mittel kann vor Ort auf vielversprechende Projekte verteilt werden. Zweierlei muss dabei berücksichtigt werden. Zum einen darf eine solche Projektfinanzierung nur als Ergänzung zu einer ausreichenden Basisausstattung verstanden werden. Andernfalls bewirkt sie ähnliche Effekte wie die Outputfinanzierung. Zum andern steht eine ernstgemeinte Projektfinanzierung im Widerspruch zu den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen an Hochschulen. Wo Professoren weiterhin allein über alles entscheiden dürfen, wird Innovation nur sehr eingeschränkt Einzug halten, womit ein Hauptziel dieser Neuorientierung verbaut wäre. Zudem fordert die Projektorientierung des Studiums eine teilweise Abkehr vom Bild des einsamen Gelehrten. Ein Projekt zu leiten, fordert von einem Hochschullehrer, dass er sich als Moderator eines Prozesses versteht. Diese Ausrichtung muss bereits im Entscheidungsprozess greifen. Über die Rahmenvorgaben können Steuerungseffekte im Sinne übergeordneter Ziele der gesamten Hochschule erreicht werden. So wären etwa Projekte, die Forschung und Lehre in produktiver Weise verknüpfen, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern, die Einbindung der Hochschule in ihre Region berücksichtigen oder besonders interdisziplinär angelegt sind, bevorzugt zu fördern.

Innerhalb eines unterfinanzierten Hochschulsystems ist natürlich die Wirksamkeit der neuen Projektorientierung begrenzt. Sie ersetzt also keinesfalls, dass die gesellschaftliche Wichtigkeit von Bildung auch ihre Entsprechung in der öffentlichen Verantwortung findet.

Studierende, die die Mitarbeit an Projekten gelernt hatten, konnten ebenso die Qualifikationen erwerben, die neuen Beschäftigungsanforderungen entsprechen, als auch im Bildungsfreiraum ihr Kritikpotential außerhalb direkter Verwertung entwickeln.

Daher kann die Projektfinanzierung aber auch nur der Weg zum Ziel einer qualitativen Studienreform sein. Es bleibt also unabdingbar, dass die Inhalte des Studiums und sein Aufbau zusammen neu überdacht werden müssen.

Demokratisierung - jetzt

Wir Jusos halten an der Forderung fest, die Hochschulen zu demokratisieren:

- Die legislativen Gremien (Senat, Fachbereichsrat etc.) müssen gegenüber den Exekutivorganen (DekanInnen, RektorInnen/PräsidentInnen) entgegen dem gegenwärtigen Trend gestärkt werden. Eine Professionalisierung der GremienvertreterInnen (Qualifizierungsmaßnahmen, Aufwandsentschädigungen) muss vorangetrieben werden. Projektfinanzierung kann nur dort sinnvoll sein, wo Entscheidungen nicht einzelnen FunktionsträgerInnen überlassen werden.
- Das HRG muss in der geplanten Novelle verpflichtend eine verfasste Studierendenschaft flächendeckend festschreiben.

- Wir fordern die Einführung regionaler Arbeits- und Bildungsräte, die Projekte zwischen Arbeitswelt und Bildungssystem fördern. Diese Räte setzen sich aus gesellschaftlichen, politischen VertreterInnen und VertreterInnen der Statusgruppen an den Hochschulen zusammen. Ziel der Einrichtung ist es, soziale und nachhaltige Projekte in der Region öffentlich zu initialisieren.

Fortsetzung der Reform der Ausbildungsförderung

Wir begrüßen die Reform des BAföG, die zu einer deutlichen Erweiterung des Kreises der Geförderten führen wird: Die Anrechnung des Kindergeldes entfällt, die Freibeträge wurden angehoben, der Höchstsatz wurde auf 1.140 DM erhöht und gilt für Ost und West. Zudem wurde die Gesamtdarlehensbelastung auf maximal 20.000 DM begrenzt.

Allerdings hat die SPD vor der Bundestagswahl das Versprechen einer Strukturreform der Ausbildungsförderung formuliert. Grundlage war das sogenannte Drei-Körbe-Modell, das allen Studierenden eine elternunabhängige Ausbildungsförderung auf Basis der Transferleistungen des Familienlastenausgleichs (v.a. Kindergeld) garantieren sollte. Auch wenn dieses Modell gegenüber der bedarfsorientierten Grundsicherung große Schwächen aufweist, wäre die Einführung ein Fortschritt für die Studierenden gewesen. Daher bleibt der Streit für eine frühere finanzielle Unabhängigkeit von Jugendlichen ein zentraler Auseinandersetzungspunkt mit der Regierung.

Aufbau eines „Fonds für Zukunftschancen,“

In der Bundesrepublik ist die Ausweitung der Bildungsinvestitionen auf allen Ebenen erforderlich, um Innovation und Chancengleichheit gleichermaßen zu realisieren. Allerdings wird diese Ausweitung sich nicht um die Frage der Finanzierung drücken können.

Nach wie vor ist die Erbschaftssteuer in Deutschland unverschämt gering. Nach Schätzungen werden pro Jahr 400 Mrd. DM vererbt und verschenkt. Die Einnahmen für die Länder betragen aber gerade einmal 5,8 Mrd. DM in 2000 und 5,5 Mrd. in diesem Jahr. Damit liegen sie unterhalb der Einnahmen aus Branntwein- und Kaffeesteuer, die dem Fiskus zusammengenommen 6,3 Mrd. DM einbringen. Beim Kaffee mit Schuss kassiert der Staat demnach mehr ab, als bei der Weitergabe von Reichtum.

Über Erbschaften werden Chancen verteilt. Die Bundesregierung hat bislang jeden Mut vermissen lassen, hohe Vermögensübertragungen oberhalb des Gebrauchsvermögens stärker zu besteuern. Unser Vorschlag lautet weiterhin: jede zehnte vererbte Mark soll in einen „Fonds für Zukunftschancen,“ fließen. Damit könnte Deutschland das modernste Bildungssystem der Welt aufbauen und gleichzeitig dem Ziel der Herstellung von Chancengleichheit einen großen Schritt näherkommen.

Internationalisierung der Bildung

Das Beherrschen von anderen Sprachen aber vor allem auch das „Sich-in-andere-Ländern-bewegen-können,“ ist bereits heute eine wichtige Kompetenz. Wir wollen, dass Englisch oder eine andere Fremdsprache, wie es bereits in mehreren Bundesländern praktiziert wird, bereits ab der Grundschule Einzug in den Unterricht und den Status einer „zweiten Muttersprache,“ erhält. Englischer Unterricht ist in allen Schulformen erforderlich. Gerade auch Kinder von MigrantInnen, für die schon Deutsch die „zweite Muttersprache,“ ist, müssen stärker in Sprachen gefördert werden.

Auslandsaufenthalte von deutschen SchülerInnen und Studierenden sind immer noch ein Privileg. Wir wollen, dass mittelfristig alle deutschen SchülerInnen und Studierenden die Möglichkeit auf einen hinreichend geförderten Aufenthalt in Schulen und Hochschulen anderer Länder erhalten.

Wir Jusos unterstützen die Idee der Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere die vorgelegten Konzepte zur Schaffung gestufter Studiengänge nach angelsächsischem Vorbild, reichen dazu bei Weitem nicht aus. Vielmehr bedarf es geeigneter Regelungen auf europäischer Ebene, die eine gegenseitige Anerkennung der erbrachten Studienleistungen verbindlich regeln und gleichzeitig einfach und transparent zu handhaben sind. Mittelfristig ist nicht nur eine europäische, sondern eine internationale Regelung zu finden, die den genannten Bedingungen gerecht wird.

Die unterschiedlichen Studiensysteme sehen weltweit für die Vielfalt und Unabhängigkeit der Wissenschaft. Der Wissenschaftstransfer war und ist trotz unterschiedlicher Systeme möglich. Deshalb ist eine qualitative Vergleichbarkeit nach Wettbewerbsprinzipien unnötig und sollte nicht angestrebt werden.

Internationalität setzt immer Gerechtigkeit voraus. Dies bedeutet, dass die Rahmenbedingungen für ausländische Studierende in Deutschland und deutsche Studierende im Ausland deutlich verbessert werden müssen. Durch internationale Kooperationen sind die Organisation und Finanzierung von Informationsangeboten, Sprachkursen und den Auslandsaufhalten selbst zu fördern. Ein Auslandsstudium darf keine Frage sozialer Herkunft sein.

3. Access - Zugänge in die Informationsgesellschaft

Der Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien wird in Zukunft eine Schlüsselkompetenz sein. Ebenso wird der Zugang bzw. die Nutzungsmöglichkeit dieser Technologien eine Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben sein. Es gilt also, der drohenden „digital divide,“, der Spaltung der Gesellschaft in Internet-User und Internet-Looser entgegenzuwirken.

Mit der weiteren Bedeutungszunahme von Internet und digitaler Technik bedeutet eine Ausgrenzung vom Netz auch eine mangelnde Teilhabe an wichtigen Informationen und den Ausschluss von der Möglichkeit diese schnell und problemlos zu beschaffen. Beschaffung von politischer Information hängt schon heute ganz entscheidend davon ab, wie es verstanden wird, mit dem Netz und deren Flut an Seiten umzugehen. Die Entwicklung kritischer Medienkompetenz ist wichtiger denn je. Wer Informationen erzeugt und wer was in die Netze einspeist, kann zu einem politischen Machtfaktor werden. Auch der *realistische* Umgang mit elementaren Hilfsmitteln wie Suchmaschinen ist eine Vermittlungsaufgabe, die Bildungsinstitutionen zu leisten haben.

Öffentliche Zentren des Wissens

Die Nutzung von Internet und Computern wird in öffentlichen Räumen meist von privaten Internet-Cafés - oft nicht kostengünstig - zur Verfügung gestellt. Öffentliche Institutionen haben es lange verschlafen, wirklich offene Zugänge zu „virtuellen Welten,“ zu ermöglichen. Erst langsam erhalten Computer und Internet Einzug in die öf-

fentlichen Bibliotheken und Jugendzentren. Nicht nur hier sind Kommunen auch aus Sicht der kommunalen Arbeitsmarktpolitik gefragt, den Interessen junger Menschen nach der Nutzung neuer Medien nachzukommen und - wie es die EU-Kommission vorgeschlagen hat - „öffentliche Zentren des Wissens„ anzubieten. In ihnen soll neben der Technik auch qualitative Beratung zur Verfügung gestellt werden. Geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Umgang mit neuen Medien ist dabei zu berücksichtigen. Hier ist das durch das Bundesfamilienministerium geförderte Programm „Netgeneration„ ein erster Schritt zu einer qualitativen Auseinandersetzung der Jugendarbeit mit den neuen Medien.

Zugänge in den Schulen durch Public-Private-Partnership organisieren

Zugänge zu Internet und Computer zu organisieren, bedeutet ökonomische Innovationsfähigkeit mit Gleichberechtigung zu verknüpfen und gesellschaftlich abzusichern. Angesichts der strukturellen Haushaltsdefizite insbesondere der Kommunen und der Länder erscheint es daher sinnvoll, einen Transfermechanismus zwischen gesellschaftlichen und privaten Interessen herzustellen. Im Rahmen Public-Private-Partnership könnten öffentliche Träger von Schulen und Jugendeinrichtungen Verträge mit Unternehmen schließen, die sich verpflichten, öffentliche Räume mit Hardware, Software auf dem aktuellen Entwicklungsstand auszustatten und den Zugang zum Netz zu ermöglichen. Damit werden Unternehmen einen qualifizierten Werbeeffekt erreichen, während gleichzeitig öffentliche Einrichtungen an neuester Entwicklung und Dienstleistung teilhaben. Der Staat kann unter den günstigsten Anbietern auswählen und die Unternehmen dazu anhalten, technische Neuigkeiten unverzüglich in öffentlichen Räumen zu installieren.

Sponsoring darf nicht den Grundbedarf der Schulen decken oder in Verbindung mit Bedingungen stehen, welche die Unabhängigkeit der Lehre in der Schule beschränken oder die SchülerInnen in ihrer persönlichen Freiheit eingrenzen. Der Sponsor darf kein Stimmrecht in den Gremien der Schule haben. Um große soziale Ungleichheiten zu vermeiden, fordern die Jusos einen Ausgleichfonds zwischen den Schulen, der beim jeweiligen Bundesland angesiedelt sein soll.

Die Schulen sollen 10% des Gegenwertes ihrer Sponsoringeinnahmen an einen landesweiten Ausgleichfonds abführen. In diese Fonds können Unternehmer Gewinne einzahlen, um damit einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Bildungsregion zu leisten. Über die Zuweisung der Mittel an die Schulen entscheidet dann ausschließlich der Schulträger, um so einen Ausgleich zwischen verschiedenen Stadtteilen bzw. Schulformen sicherstellen zu können.

Bildung und Internet

Internet in der Bildung ist jedoch nicht nur eine Frage der technischen Ausstattung und des Netzzugangs. Daher gehen öffentlichkeitswirksame Initiativen wie „Schulen ans Netz„ nicht weit genug. Es ist kein unmittelbarer qualitativer Unterschied, ob die Schulaufgaben am Computer oder herkömmlich auf Papier bearbeitet werden. Auch der Besuch im Informatikraum einmal monatlich macht noch nicht eine Informatisierung der Bildung aus. Vielmehr sind Medienkompetenzen in den Unterricht einzubeziehen. Das bedeutet, den klassischen Erzieher- und Frontalunterricht zu einem projektorientierten, diskursiven und experimentellen Unterricht umzubauen, der von Lehrenden mehr Moderation verlangt und den Lernenden größere Eigenständigkeit und Steuerungskompetenz einräumt. Die Initiative „BeNet„ der Bundesregierung ist hier ein erster Schritt zur Erweiterung netzbasierter Lernangebote. Neben einer medienpädagogischen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist eine größere Vernetzung von Lerninhalten und eine Integration von praktischen Elementen in den allgemeinbildenden Unterricht vonnöten, da erst so eine wirklich anschauliche Vermittlung der Lerninhalte ermöglicht wird. Bei aller Notwendigkeit der Schulung in und mit neuen Medien muss jedoch auch der mit der allgemeinen Änderung der Mediengewohnheiten in unserer Gesellschaft einher gehenden Konzentrationsschwäche vieler Jugendlicher entgegenge wirkt werden.

4. Arbeitsversicherung

Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine „Arbeitsversicherung“ umzuwandeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall (drohende) Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z. B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die sie während der Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können.

Nicht nur die Ansprüche der Wirtschaft an die Beschäftigten sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, sondern auch die Ansprüche der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz bzw. an ihre ArbeitgeberInnen. Dabei geht es beiden Parteien darum, die Qualifikation besonders im Bereich der Neuen Medien auf aktuellem Stand zu halten – aus verschiedenen Gesichtspunkten: Während der/die ArbeitgeberIn die Verbesserung der Marktposition im Auge hat, muss der/die Beschäftigte um die Sicherheit seines/ihrer Arbeitsplatzes fürchten. Dies führt dazu, dass Qualifizierung mehr und mehr zur reinen Privatsache der Beschäftigten wird, bzw. dass bei überbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen zwar die Interessen der Wirtschaft im Blick sind, sich jedoch die ArbeitgeberInnen aus der Finanzierung zurückziehen.

Mit der Arbeitsversicherung als Ergänzung zur Arbeitslosenversicherung wollen wir dieser Tendenz entgegenwirken. Dadurch dass Unternehmen für alle ihre Angestellten einzahlen und sich auch Behörden und Selbständige an der Finanzierung beteiligen, wird die Qualifizierung einen neuen Schub erhalten und die Innovationsmöglichkeiten erheblich steigern.

Folgende *Prinzipien* sollen für die Arbeitsversicherung gelten:

- Die Arbeitsmarktpolitik bekommt den expliziten Auftrag, am Erreichen des *Vollbeschäftigungsziels* mitzuwirken. Sie versteht sich nicht als Ersatz für eine makroökonomische und nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik, sondern als deren Ergänzung; demnach müsste ähnlich wie 1967 auch ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für den flexiblen Kapitalismus entwickelt werden.

- Ebenso zentral ist das Ziel der *Gleichstellung der Geschlechter*. Um dieses zu realisieren, kann nicht die männliche Erwerbsbiografie auf die Frauen übertragen werden, sondern es müssen die Ansprüche junger Frauen und Männer an eine Vereinbarkeit von Beziehung/Familie und Beruf umgesetzt werden.
- Der Grundsatz des *Vorrangs aktiver vor passiven Leistungen* und damit der *Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit* wird konsequent umgesetzt. Die Vielzahl von einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll im Ansatz der Arbeitsversicherung systematisiert, verstetigt und gebündelt werden. Erforderlich sind die Förderketten, die die Beschäftigungsfähigkeit des/der Einzelnen stärken. Im Rahmen von Eingliederungsplänen ist vor allem der Aspekt des Coaching zu stärken.
- Erwerbstätige können auch ohne akute Bedrohung durch Arbeitslosigkeit Leistungen aus der Arbeitsversicherung in Anspruch nehmen. Die Arbeitsversicherung erhält somit eine *lebensbegleitende, aktivierende Funktion*. Vor allem sollen für Beschäftigte *Optionen* geschaffen werden. Für Arbeitslose gibt es einen *Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Integration auf Basis eines individuellen Förderplans* spätestens ab 3 Monaten Arbeitslosigkeit.
- Die Arbeitsversicherung wird zur *Erwerbstätigenversicherung* ausgestaltet, d.h. auch BeamtInnen und Selbstständige werden mit einbezogen. Damit wird nicht nur dem Solidaritätsgedanken Rechnung getragen, sondern auch die biografische Kontinuität sozialer Sicherung gewährleistet.
- Damit diese Maßnahmen gezielt, effektiv und möglichst nah am Problem umgesetzt werden können, fordern wir die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesanstalt für Arbeit stellt hierfür die Mittel bereit. Die Förderprogramme werden in Kooperation zwischen den regionalen Arbeitsämtern, den Kommunen und den Wirtschaftsförderungsgesellschaften erarbeitet.

• **Steuerung des Arbeitsangebots und öffentliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen**

Ohne eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeiten werden gegenwärtig weder die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, noch die gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter zu realisieren sein. Arbeitslosigkeit ist in diesem Zusammenhang ein Indikator falsch verteilten gesellschaftlichen Reichtums. Eine arbeitsmarktpolitische „Angebotssteuerung“ muss daher in enger Verzahnung mit der Tarifpolitik einen aktiven Beitrag dazu leisten, das auf dem Markt vorhandene Angebot an Arbeit mit der bestehenden Nachfrage abzugleichen.

Aus arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Gründen macht es Sinn, Anreize für freiwillige Formen von Teilzeit sowie den übergangsweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben (Erziehungsphasen, Sabbaticals, Weiterbildung) zu schaffen. Gerade für die zeitlich und räumlich flexibel Erwerbstätigen können längere „Auszeiten“ die sinnvollere Option sein, als die schematische Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Damit wird dem Anspruch, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitszeitsouveränität und Angebotssteuerung strategisch zu verzahnen aber noch nicht Rechnung getragen. Erforderlich sind:

- Erstens: differenzierte Formen der Wochen-, Jahres-, und Lebensarbeitszeitverkürzung, die vor allem Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten ermöglichen.
- Zweitens: die intelligente Kombination („Deals“) von gesetzlichen Maßnahmen, tariflicher Politik, betrieblichen Vereinbarungen und einer arbeitsmarktpolitischen Förderung von Arbeitszeitverkürzungen durch Rechtsansprüche und gezielte Anreize.

Auf Basis der Erfahrungen mit den beispielsweise in Frankreich erprobten Modellen ließe sich überlegen, wie individuelle, betriebliche und tarifliche Arbeitszeitverkürzungen in Verbindung mit Neueinstellungen mit Hilfe von Mitteln der BA finanziell so flankiert werden können, dass Lohneinbußen für die ArbeitnehmerInnen ausbleiben.

Ein Schritt in diese Richtung sind Modelle der *Job Rotation*, bei denen es zu einem „Deal“ zwischen Beschäftigten, Unternehmen, Arbeitslosen und dem Staat kommt. Während die Beschäftigten (überwiegend) auf Kosten ihres Betriebes längere Weiterbildungsphasen in Anspruch nehmen können, finanziert der Staat die befristete Einstellung von Arbeitslosen auf dem frei werdenden Platz. *Job Rotation* ist damit nicht nur ein Modell der Arbeitsumverteilung, sondern auch der Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen und somit auch Gegenstand des nächsten Regelungskreises. Weniger das konkrete Modell, als vielmehr die *Job Rotation* zugrundeliegende Logik bildet den Kern der Arbeitsversicherung.

Auch bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, ist über die öffentliche Unterstützung nachzudenken. So könnte das Erziehungsgeld in ein Teil-Arbeitslosengeld umgewandelt werden.

Employability und Lebensbegleitendes Lernen

Arbeitsmarktpolitik wird in Zukunft auch gleichzeitig Innovationsförderung sein müssen - und zwar in zweierlei Hinsicht: für die Volkswirtschaft und die Beschäftigten. An der Debatte um den bereits akuten Fachkräftebedarf in der IT-Branche wird deutlich, dass die Mismatch-Arbeitslosigkeit zunimmt, d.h. den einerseits hohen Arbeitslosenzahlen gleichzeitig viele unbesetzte Stellen gegenüber stehen. Daher ist zu diskutieren, ob sich wandelnde Anforderungen an die Qualifikationen der Beschäftigten im Rahmen einer umfassenden Innovationsstrategie nicht einen neuen Anspruch an öffentlich ko-geförderte Weiterbildung begründen. Berufliche Weiterbildung muss gerade deswegen im Rahmen einer aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik auch von nicht von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten in Anspruch genommen werden können.

Alle Erwerbstätigen erhalten - ebenso wie Erwerbslose im Rahmen von individuellen Förderplänen - einen Anspruch auf Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Jeder Erwerbstätige enthält ein individuelles Qualifikationskonto, über das er verfügen kann.

Die Arbeitsversicherung setzt hier einen Rahmen, der durch tarifliche und betriebliche Vereinbarungen ausgestaltet werden kann. Anzustreben ist, dass die Weiterbildung im Rahmen von Job Rotation mit Neueinstellungen verzahnt wird.

Zu einer Politik, die die Employability von Beschäftigten stärkt, muss aber noch mehr gehören. Ebenso wichtig ist eine Weiterentwicklung der *Berufsberatung*, z.B. durch ein Anrecht aller Beschäftigten, professionelle Unterstüt-

zung zur Entwicklung individueller Strategien und Förderpläne für die eigene Erwerbsbiografie in Anspruch nehmen zu können.

Ebenso gehört zur Employability auch eine stärkere *Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Existenzgründungsförderung* bzw. den Anforderungen der „Neuen Selbständigkeit“. Zwar können arbeitslose Existenzgründer ein Überbrückungsgeld für sechs Monate erhalten. Damit bleiben aber viele Bedarfe gerade der kleinen Selbständigen im Hinblick auf Beratung, Qualifizierung, Personalbedarf in der Gründungsphase u.a. unberücksichtigt
Verzahnung von Beschäftigungs- und Strukturförderung

Die bislang skizzierten Maßnahmen können gerade in strukturschwachen Regionen keinen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten. Auch die Professionalisierung der bislang überwiegend von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit erfordert neue gesellschaftliche Organisationsformen. Soll eine Spaltung des Arbeitsmarktes durch die Verlagerung bestimmter Dienstleistungstätigkeiten in einen Billiglohnssektor vermieden werden, sind dauerhafte öffentliche Ko-Finanzierungsformen unabdingbar. Vor allem in im Strukturwandel befindlichen Regionen im Westen sowie in weiten Teilen Ostdeutschlands gibt es mittelfristig zur öffentlich geförderten Beschäftigung keine Alternative.

Strukturpolitische Maßnahmen in reiner Verantwortung den einzelnen Kommunen zu überlassen, wird nicht zum Erfolg führen. Regionen können sich nicht entwickeln, da die Kommunen sich gegenseitig blockieren und als Konkurrenten verstehen. Eine sozialverträgliche Strukturpolitik zielt auf eine gerechte Verteilung von Arbeit und Erwerbschancen ab. Diese Verteilung ist heute ungleich: zwischen den Menschen in den verschiedenen Regionen in Deutschland sowie zwischen Frauen und Männern. Zum Ausgleich der ungleichen regionalen Verteilung von Arbeit und Erwerbschancen ist der Mitteleinsatz in den strukturschwachen und vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen in Deutschland zu konzentrieren. Dies wird auch zukünftig nicht ohne eine Umverteilung von Mitteln gehen.

Eine auf die spezifischen Bedürfnisse der Regionen zugeschnittene Strukturpolitik ist nur unter Einbindung der regionalen Akteure möglich. Vor Ort sind die notwendigen Informationen vorhanden, die zur detaillierten Ausgestaltung dieses Politikfeldes nötig sind. Dies entspricht dem Bedürfnis nach mehr Mitsprache und Mitgestaltung der regionalen Akteure.

Die Regionalisierung der Strukturpolitik dient die Schaffung einer regionalen Ebene vor, in deren Rahmen benachbarte Kommunen kooperieren können. Diese neue Ebene ist allerdings keine neue Verwaltungsebene, sondern nur ein Forum für die regionale Abstimmung und Zusammenarbeit von benachbarten Kommunen. An dem formal-rechtlichen Aufbau und Ablauf des politisch-administrativen Systems ändert sich durch die Etablierung von „Regionen“, und „Regionalkonferenzen“, zunächst einmal überhaupt nichts. Dieser Zusammenschluss ergänzt die herkömmlichen Verfahrenswege politischer Entscheidungsfindung, er ersetzt sie aber nicht.

Das Hauptanliegen einer regionalisierten Strukturpolitik ist die Mobilisierung der strukturpolitisch relevanten Kräfte und Potenziale in den Regionen. Durch die Dezentralisierung der staatlichen Strukturpolitik sollen zwei Ziele erreicht werden. Auf der einen Seite soll durch die Einbeziehung der lokalen Akteure die regionale Selbstverantwortung gestärkt werden. Auf der anderen Seite sollen die Potenziale innerhalb der Regionen genutzt werden. Diese Konzept ist kein Ersetzen des traditionellen Top-down-Modells durch eine reine Bottom-up-Strategie. Angestrebt wird vielmehr ein Zusammenwirken zwischen staatlichen und kommunalen Ebenen, da jede regional-spezifisch ausgeformte Politik in den allgemeinen Rahmen der Landes-, Bundes- und EU-Politiken eingepasst werden muss. Nicht durch die einfache Delegation nach unten, sondern nur durch gleichberechtigte Kooperation und gleichgerichtetes Zusammenwirken können Synergieeffekte entstehen. Dabei muss deutlich sein, dass die Regionen ohne ausreichende finanzielle Hilfe des Bundes diese Aufgaben nicht bewältigen können.

Zudem besteht die Herausforderung, arbeitsmarktpolitische Risikogruppen wie Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der sogenannte Zweite Arbeitsmarkt war immer als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt konzipiert. Längst hat sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit ein chaotischer öffentlich geförderter Beschäftigungssektor herausgebildet. Das SGB III sieht v.a. *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* und *Strukturanpassungsmaßnahmen* vor. Zum Teil werden auch die Mittel für *Sozialplanmaßnahmen* im Rahmen von *Beschäftigungsgesellschaften* oder die *Freie Förderung* von den Arbeitsämtern für solche Zwecke genutzt. Weitere Ansätze von EU, Ländern und Kommunen sehen beispielsweise die Förderung von Dienstleistungspools, Sozialen (Wirtschafts-)Betrieben bzw. Arbeitsförderbetrieben oder „Arbeit statt Sozialhilfe“ vor. Was jedoch fehlt, ist die Bereitschaft, den chaotischen Zweiten Arbeitsmarkt im Rahmen eines *öffentlich geförderten Beschäftigungssektors* auf eine neue Grundlage zu stellen, in den sich der bunte Mix an regionalen Projekten einfügen kann.

Gleichwohl kann es nicht darum gehen, irgendwelche Beschäftigung zu fördern, sondern es gilt, Beschäftigungs- und Strukturförderung miteinander zu verzahnen und die Mittel im Rahmen einer auf die regionale Binnenwirtschaft bezogenen „zweiten Säule der Strukturpolitik“ so produktiv wie möglich zu nutzen.

V. Zukunftschancen - der Kern der Juso-Politik der nächsten Jahre

Wir Jusos werden unsere Forderung für bessere Zukunftschancen für die junge Generation ins Zentrum unsere Arbeit stellen.

Wir werden im Rahmen der SPD-Jugendinitiative auf allen Ebenen der SPD die Diskussion über Jugend, Arbeit und Bildung einfordern und unsere Positionen einbringen.

Wir werden unsere Positionen auf dem kommenden Bundesparteitag in die Debatte einbringen.

Wir wollen für unsere Positionen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2002 werben.

Schließlich werden wir unsere Anliegen auch im Rahmen der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD vertreten.

Studiengebührenverbot JETZT ins HRG

Der Juso-Bundeskongress fordert die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, das Studiengebührenverbot sowie die bundesweite Absicherung der Verfassten Studierendenschaft mit den weitest möglichen Kompetenzen in der Frage des Allgemeinpolitischen Mandates in die Neuordnung des HRG mit aufzunehmen.

Begründung:

Die Neuregelung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) steht kurz bevor. Derzeit sieht es jedoch so aus, als wolle die Bundesregierung nur die Dienstrechtsreform darin umsetzen.

Doch damit würde die Bundesregierung allen bisherigen Verlautbarungen Widersprechen.

Denn im Koalitionsvertrag von 1998 heißt es: *“Wir werden das Hochschulrahmengesetz im Einvernehmen mit dem Bundesrat weiterentwickeln und dabei die Erhebung von Studiengebühren ausschließen sowie die verfasste Studierendenschaft absichern”*

Und noch am 22. Januar 2001 erklärte das SPD-Präsidium seine Ablehnung zu Studiengebühren:

“Das Präsidium bekräftigt die Haltung der Bundesregierung, die Erhebung von Studiengebühren bis zum ersten berufsqualifizierendem Abschluss und für ein Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, auszuschließen. Es bedauert, dass die B-Länder den Abschluss eines Staatsvertrages zur Gewährleistung der Gebührenfreiheit entsprechend des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 25. Mai 2000 abgelehnt haben. Das Präsidium fordert die Bundesregierung auf, bis zum Ende des Jahres eine entsprechende HRG-Novelle vorzulegen”

Auch die zuständige Ministerin Edelgard Buhmann versprach immer wieder das Studiengebührenverbot in einer HRG-Novelle zu regeln.

Da zwei HRG-Novellierungen innerhalb eines Jahres wohl mehr als nur unwahrscheinlich seien dürften, ist dies die letzte Chance vor der nächsten Bundestagswahl – also vor 2003 – das Studiengebührenverbot und das Allgemeinpolitische Mandat (PM) im HRG zu verankern.

Nachdem die SPD geführte Bundesregierung schon – durch das Veto des Bundeskanzlers – den Koalitionsvertrag schon beim Thema BAFöG-Reform gebrochen hat, sind Studiengebührenverbot und PM die einzigen übriggebliebenen Punkte der Koalitionsvereinbarung in der die Bundesregierung ihr Wort gegenüber den Studierenden halten kann.

Es geht hier also nicht nur um irgend ein Wahlversprechen.

Es geht hier auch nicht nur um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit oder der Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Es geht hier auch und vor allem um die Glaubwürdigkeit der SPD – weit über die Grenzen der Hochschulpolitik hinaus.

Strategiedebatte - Plattform Jusos

0. Strategiedebatte warum?

Wir Jusos führen eine Debatte über unsere weitere strategische Ausrichtung. Nach 30 Jahren ist das notwendig geworden:

Seit 1998 ist die SPD Regierungspartei. Die Jusos sind auf Bundesebene nicht mehr Jugendverband einer Opposition. Wir konnten uns noch nicht daran gewöhnen, dass damit eine neu Form des Einflusses auf tatsächliches politisches Handeln in Deutschland - nicht nur auf die SPD - möglich wurde. Wir haben noch nicht gelernt, wie wir inhaltliche Impulse wirkungsvoll setzen müssen und in welchen Bereichen das erfolgreich sein kann. Trotz einzelner Eingriffspunkte, die Jusos nutzen konnten, haben wir das Prinzip noch nicht ausreichend in unsere Arbeit einbezogen. In vielen Bundesländern und Kommunen war diese Situation uns Jusos bislang jedoch nicht unbekannt. Dortige Erfahrungen und Erfolge wollen wir verstärkt in die Arbeit der Bundes-Jusos einbringen.

Immer weniger - besonders junge - Menschen wollen sich in den traditionellen Großorganisationen engagieren. Also auch nicht in der SPD. Sie haben andere Zugänge für politisches Engagement. Die hat ihr Nachwuchsproblem erkannt. Deshalb stellt sie die Anforderung an Jusos diesen politischen Nachwuchs zu rekrutieren, traut es ihnen aber zeitgleich nicht zu. Uns stellt sich also die Frage, ob wir uns der Herausforderung stellen oder ob wir diese Aufgabe der Mutterpartei überlassen, die mit vielen eigenen Versuchen der Jugendansprache bislang entweder gescheitert ist oder - möglicherweise gezielt - ein weniger kritisches bis eher unpolitisches Potential erreichen konnte. Dabei erschwert das gesellschaftliche Klima, in dem eine zugespitzte gesellschaftliche Debatte über die Zukunftsfragen kaum mehr stattfindet, die Arbeit eines linken Jugendverbands.

Auch wir Jusos werden immer weniger. Die Art, in der wir arbeiten, entspricht viel zu häufig nicht dem Lebensgefühl unserer Generation — auch nicht unserem eigenen. Wir müssen unsere Arbeit und unsere Arbeitsformen nicht nur verändern. Wir wollen das auch! Denn wie wir uns seit 30 Jahren organisieren, lässt moderne Ansprüche und Lebensgefühl an zu vielen Stellen außer Acht. Schließlich haben wir erkannt, dass wir neue Ideen brauchen, um mehr als bisher zielgerichtet, ergebnisorientiert Politik umzusetzen. Was wir vieler Orts bereits begonnen haben, müssen wir fortsetzen: Uns selbst und unsere Arbeitsformen immer wieder hinterfragen, überprüfen und an die Gegebenheit der Zeit anpassen.

Nicht mehr parteifromme Jugendorganisation sondern kritischer und linker Richtungsverband wollten die Jusos 1969 sein. Sie wurden zum Teil der revoltierenden Jugend. Von diesem Zeitpunkt an begann die Orientierung der SozialistInnen - an den vielen Theorien und Ansätzen der Arbeiterbewegung und solchen, die sich ihr zugehörig fühlten, auf der ganzen Welt. Ihre ideologischen Auseinandersetzungen spiegelten sich auch bei den Ju-

so wieder. Zentral waren Fragen nach der Rolle des Staates, der Bewertung des politischen Systems der DDR, dem Einfluss des Kapitals auf politische Entscheidungen der Bundesrepublik, dem richtigen Sozialismus und dem Weg dorthin. Die Debatten, die Mitte der 70er Jahre den Höhepunkt der Abstraktion überschritten, zwischen den ProtagonistInnen der Flügel setzten sich fort, auch wenn die strittigen Themen sich wandelten. Im Ende kennt heute kaum jemand mehr die theoretischen Grundlagen, auf denen der Streit aus den 70ern beruhte.

Hierin liegt das Signal gegenüber der Partei, nämlich dass Jusos in der Lage wie auch Willens sind, als handlungsfähige Kraft, angefangen bei der lokalen bis hinauf zur Ebene des Bundes, die Politik der SPD verantwortungsvoll mit zu gestalten. Bei allen internen Kontroversen vereint Jusos der Anspruch, mehr zu sein als nur Nachwuchsrekrutierung ohne politisches Ziel, was verstärkt in der letzten Zeit von der lokalen Ebene bis hin zu obersten Parteiführung durchzusetzen versucht wird.

Eigenständige politische Mitgestaltung bedeutet eine ernste Verantwortung, und wie Jusos ihr gerecht werden können, ist Inhalt dieses Papiers. Grundwerte, Leitlinien politischen Handelns und strategische Elemente lassen sich dabei nicht immer eindeutig von inhaltlicher Positionierung und organisatorischer Aufgabenbeschreibung trennen. Dies ist letztendlich eine Frage des Blickwinkels, vor allem aber eine Aufgabe der Umsetzung.

1. Realitäten eines gewandelten Kapitalismus

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Herausforderung einen gegenüber den ersten Nachkriegsjahrzehnten deutlich veränderten Kapitalismus zu analysieren. Der wirtschaftliche Strukturwandel in Richtung Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, die Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses, die informationstechnologische Revolution, die "innere Landnahme" von Freizeitwelten durch kommerzielle Angebote prägen die junge Generation und bringen neue Chancen, aber auch neue Formen der Unsicherheit und - unter den Vorzeichen einer wirtschaftsliberalen Politik - auch soziale Spaltungen hervor.

Massive Ungleichverteilung zwischen Arm und Reich und krisenhafte Erscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit bestätigen dies anschaulich; unter dem Schlagwort "Globalisierung" wird die Reorganisation der ökonomische Prozesse von Produktion und Reproduktion nach wie vor benutzt, um Flexibilisierung und Deregulierung von Erwerbsarbeit zu begründen. Immer deutlicher werden die negativen Auswirkungen:

- Beschäftigung ist, von Konjunkturphasen abgesehen, in den meisten Ländern über die Zyklen hinweg rückläufig, auch wenn an einzelnen Standorten durch Steigerung der Konkurrenzfähigkeit neue Arbeitsplätze entstanden, die allerdings potenziell durch gesteigerte Produktivität wieder geschluckt werden können.
- Die aggressiven Bemühungen der Unternehmer und Aktiener nach Profitsteigerungen haben auch zu einer verschärften Konkurrenzsituation unter den Beschäftigten geführt, und setzen sie unter besonderem Kosten- und Leistungsdruck. Das "Normalarbeitsverhältnis", das in jahrzehntelangen sozialen Auseinandersetzungen etabliert worden ist, wird angesichts des Globalisierungsdrucks zum Objekt unternehmerischer Flexibilisierungsstrategien.
- Aufgrund des Verlustes an Zeitsouveränität und der nach wie vor bestehenden Rollenzuweisung haben Frauen erheblich größere Probleme, sich beruflich zu etablieren.
- Hoffnungen, gerade die ‚new economy‘ könne sich als Jobmaschine der Zukunft erweisen, sind übertrieben. Kernbereich und wesentlicher Wachstumsfaktor bleibt nach wie vor der Bereich der ‚old economy‘.
- Die Lebenserfahrungen von jungen Frauen sind heute anders geprägt als die ihrer Müttergeneration. Einerseits konnten in den letzten dreißig Jahren viele Zugänge für Frauen erkämpft werden. Andererseits haben sich nach 16 Jahren Kohl, in denen der Wertewandel die Gesellschaft nachhaltig veränderte, auch die Selbstdefinition und der Lebensanspruch von Frauen gewandelt.

Die Veränderungen des modernen Kapitalismus gestalten sich differenziert und widersprüchlich. Die Veränderung der Produktions- und Betriebsstruktur, der Wandel der Beschäftigungsstruktur, der Arbeitsbeziehungen, der Qualifikationsanforderungen und der steigende Druck auf die sozialen Sicherungssysteme stellen – in nur wenigen Stichworten – das Szenario dar, vor dem Politikentwürfe, die die Zukunft der Erwerbsarbeit als einen zentralen Punkt beinhalten, bestehen müssen. Diese Umbruchsituation und die daraus resultierenden alten wie neuen Spaltungen lassen sich als prägende Generationenerfahrung festhalten.

1.1 Wirtschaft im Kapitalismus

Wir erleben derzeit einen gewaltigen Innovationsschub und zugleich einen gigantischen Strukturwandel in der Wirtschaft. In der sogenannten ‚new economy‘ ist es am deutlichsten, wie schnell sich die technische und organisatorische Basis verändert.

1.1.1 Veränderungen an der ökonomischen Basis

Insbesondere ist eine Veränderung der Wertschöpfungsbeziehungen festzustellen, die im wesentlichen auf die informationstechnische Revolution zurückzuführen ist: Eine verstärkte Konkurrenz auf den Gütermärkten und eine forcierte weltweite Arbeitsteilung, neue Beziehungen zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Kunden, eine neue Qualität bei der Ausbeutung des Produktionsfaktors Wissen und der inneren Landnahme des Kapitalismus, markieren diese Strukturveränderungen. Die Etablierung einer neuen, auf den ersten Blick „flexibleren“, Betriebsweise, der als strukturgebendes Merkmal eine vertikale Desintegration von Produktionsabläufen unterstellt werden kann, obwohl diese zum großen Teil nicht die Wertschöpfungsketten ändern, bewirkt andererseits eine räumliche Agglomeration von Unternehmenskomplexen. Die Strategie der Kostendegression wird kurz umschrieben „von innen nach aussen verlagert“. Eine Verlagerung der Bedeutung von Standortfaktoren in Richtung eines Raum-, Sektors- und Strukturfaktors ist demnach zu beobachten und nicht eine völlige Ausblendung der alten Faktoren. Im Gegensatz zur These der Globalisierung erhält der Raum eine Kategorie der Chancenzuteilung von Entwicklungspfaden.

Diese Veränderungen der Wirtschaftswelt finden auf der Basis der bestehenden Bedingungen des Kapitalismus statt. Viele der Änderungen, die heute im Arbeitsleben stattfinden, haben ihren Ursprung so nicht in neuen Tech-

nologien, sondern sind auf die Massenarbeitslosigkeit und damit das größere Konkurrenzverhalten der abhängigen Klasse untereinander zurückzuführen.

Der Weg zu Flexibilisierung, on-time-delivery und -production konnte zwar erst mit der informationstechnologischen Durchdringung der Arbeits- und Produktionsprozesse erfolgreich beschritten werden. Doch Online-banking, Schnellere Kommunikationsmöglichkeiten, computergesteuerte Fertigung, Just-In Systeme, Selbstauskunft über Suchmaschinen und Homepages von Firmen haben rapide Produktivitätssteigerungen zur Folge und kosten so massiv Arbeitsplätze. Die new economy wird ihren Rückschlag, den wir gegenwärtig erleben, natürlich überleben. Unklar ist aber, welchen Anteil sie an der Gesamtwirtschaft haben wird sowie, inwieweit sie den weiteren Gang der Wirtschaft mit prägen wird. Es scheint aber klar zu sein, dass sie keinesfalls in der Lage sein wird, die durch Effizienzsteigerungen verlorenen Arbeitsplätze auch nur annähernd zu ersetzen.

Die ökonomische Entwicklung verläuft dabei sektoral und räumlich gespalten: Auf der einen Seite geht im Bereich der Exportindustrie im Zeichen internationalisierter Märkte, beschleunigter Innovationszyklen und steigender Kapitalintensität ein Konzentrationsprozess vorstatten; zunehmender Druck hinsichtlich zu erbringender Profitraten und auf weitere Liberalisierungen sind die Folge. Auf der anderen Seite geraten durch die unzureichende Wachstumsdynamik und die Aufbürdung der rationalisierungsbedingten steigenden Lohnnebenkosten binnenwirtschaftlich orientierte Unternehmen unter Druck. Regionale Unterschiede drohen sich hierbei zu verstärken: Boomtowns wie etwa München und Köln stehen Regionen wie etwa das nördliche Ruhrgebiet und weite Teile Ostdeutschlands gegenüber, die von der ökonomischen Entwicklung abgekoppelt zu werden drohen.

Ein letzter Punkt liegt in der neuen Qualität der Konkurrenz von Realwirtschaft und Finanzmärkten, die sich im wesentlichen durch eine Entkopplung der monetären von der realwirtschaftlichen Entwicklung beschreiben lässt – überzogene kurzfristige Profiterwartungen durchkreuzen hier längerfristige Unternehmensstrategien statt sie zu befördern.

1.1.2 Internationale Dimensionen

Durch einen tiefgreifenden Wandel in der Außen- und Sicherheitspolitik wurden Handlungsspielräume eingeschränkt und zunehmend mehr von ökonomischen Prämissen bestimmt. Zwar zählte 1999 das Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung weltweit 134 Konflikte zwischen Staaten, Organisationen und organisierten Gruppen, von denen immerhin 100 gewaltlos ausgetragen wurden und „nur“ 34 mit Gewalt, d.h. die überwiegende Mehrzahl aller Krisen wird diplomatisch beigelegt. Der politische Wille, wie und ob der Konfliktaustrag geregelt werden soll, scheint dabei offensichtlich die größte Bedeutung zu haben.

Dennoch hat die klassische Außen- und Sicherheitspolitik einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Handlungsspielräume werden eingeschränkt und von ökonomischen Prämissen bestimmt. Wenn auf diese Entwicklung nicht mit einem umfassenden Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik reagiert wird, wird sich das Primat der Ökonomie weitgehend durchsetzen können.

Die Krisenanfälligkeit der globalen Finanz- und Handelsmärkte und ihre erheblichen, rein spekulativ bedingten Schwankungen haben in den letzten Jahren hunderttausende an Arbeitsplätzen zerstört und die ökonomische Entwicklung beeinträchtigt. Die einerseits immer höhere Integration der Ökonomien der Industriestaaten hat andererseits zur Folge, dass zahlreiche Entwicklungsländer nicht nur keinen Anteil daran haben, sondern dass vielmehr eine regelrechte Desintegration ganzer Weltregionen statt findet. Es sind insbesondere diese Regionen, in denen Entstaatlichung und Anarchisierung gesellschaftlicher Prozesse zum Alltag gehören. Diese Entwicklung gipfelt zwangsläufig in Bürgerkriegen, Migration und Hungerkatastrophen.

Durch die Neue Nato-Doktrin, die den Blick ablenkt auf sog. "Schurkenstaaten" und die ökonomischen und ökologischen Konfliktursachen negiert, wurde ein außenpolitischer Paradigmenwechsel eingeleitet wurde und mit überraschender Deutlichkeit Interessenlagen des militärisch-industriellen Komplexes definiert wurden, die es nötig machen, Instrumente zum bewaffneten Eingreifen zur Verfügung zu stellen. Dadurch wurde die Sichtweise des Krieges als Mittel der Politik wieder hegemoniefähig gemacht. Ein sicherheitspolitischer Grundkonsens, der Gewaltverhütung und Prävention als Priorität von Sicherheitspolitik anerkennt, scheint in weite Ferne gerückt und ist durch die Verlagerung der Entscheidungsebenen zudem mehr denn je demokratischer Kontrolle entrückt.

In der Diskussion um die Globalisierung der Finanzmärkte und Warenströme darf nicht ebenso vergessen werden, dass eben diese Warenströme auf der Ausnutzung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen basieren. Alle diese natürlichen Ressourcen sind in ihrer Menge, gleichgültig wie groß diese ist, begrenzt, ihre Nutzung damit endlich. Als natürliche Ressourcen gelten dabei nicht nur direkt gehandelte Güter wie fossile Energieträger, Erze und Mineralien. In ihrer Menge begrenzt sind auch solche Ressourcen, die vor allem in ihrem lokalen bzw. regionalen Vorhandensein von Bedeutung sind, wie verfügbares, sauberes Trinkwasser oder nutzbares Kulturland, oder die nicht oder nur in Ansätzen ökonomisiert sind, wie die Aufnahmekapazität der Biosphäre für CO² oder die globale Artenvielfalt.

Alle diese natürlichen Ressourcen sind existenziell für das Überleben jetziger und zukünftiger Generationen. Ihre Umwandlung in materielle Güter oder einen Kapitalstock bildet dabei keinen adäquaten Ersatz für ihren Verbrauch: Weder können „wertlose“ technologische Fehlallokationen ausgeschlossen noch kann ihre endgültige Zerstörung mit dem Einsatz von Kapital ausgeglichen werden. Ihr Erhalt bzw. der schonende Umgang mit ihnen ist somit eine Aufgabe, der sich die Politik im nationalen wie im internationalen Maßstab gleichermaßen stellen muss.

Ebenfalls verletzt ist die intergenerative Verteilungsgerechtigkeit, daher die Verteilung der Ressourcennutzung unter den heute lebenden Menschen. Weltweit verbraucht ein Viertel der Menschen drei Viertel der fossilen Energieträger. Die wirtschaftliche Ausbeutung der globalen Artenvielfalt erfolgt überwiegend durch die industrialisierten Länder, welche sich ihre technische Umsetzung patentrechtlich zum Schaden der Herkunftsländer schützen lassen. Und der Besitz nutzbaren Landes liegt in vielen Ländern des Südens in den Händen einer kleinen Minderheit. In ihren Folgen sind alle Umweltwirkungen nicht auf die ökologische Dimension beschränkt, sondern besitzen in hohem Maße soziale und ökonomische Wirkungen. Dies betrifft insbesondere die Gesellschaften der

nichtindustrialisierten Länder des Südens, die von einer lokalen Wirtschaftsweise bei Handwerk und Landwirtschaft geprägt sind. Der Verlust der ökologischen Lebensgrundlage geht einher mit der Zerstörung der ökonomischen und der sozialen Basis.

Die Globalisierung der Wirtschaft hat über Ausbeutung natürlicher Ressourcen hinaus weitere negative Umwelteffekte. So zwingt der weltweite Wettbewerb immer weitere Regionen in einen gegenseitigen Konkurrenzdruck, welcher nicht selten zum Abbau von Sozial- und Umweltstandards führt. Und an der Ausbeutung der Ressourcen nichtindustrialisierter Länder profitieren ferner vor allem transnational operierende Konzerne, welche an einer schonenden Ressourcennutzung keine wirtschaftlichen Interessen haben.

Aufgrund des globalen Charakters der ökologischen Dimension reichen nationale Maßnahmen nicht länger aus, den drohenden ökologischen Kollaps zu verhindern. Die Konferenz von Rio 1992 hat einen entscheidenden Anstoß für eine Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit gegeben, in der die ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsziele gekoppelt werden mit Instrumenten der Beteiligung der Betroffenen sowie der internationalen Zusammenarbeit. Trotz weiterer Konferenzen und einiger Abkommen droht das Ziel der Nachhaltigkeit verloren zu gehen. Verbindliche Ziele und vor allem Instrumente der Durchsetzung müssen im Rahmen eines weltweiten Umweltregimes (global governance) etabliert werden, dass die Fortentwicklung der Welt im Sinne der Nachhaltigkeit als Aufgabe hat.

1.2 Strukturwandel der Arbeit

Bereits seit Mitte der 80er Jahre wird der Strukturwandel der Erwerbsarbeit als „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ umschrieben. Der Anteil unbefristeter abhängiger Vollzeitbeschäftigungen mit geregelter Arbeitszeit nimmt zugunsten von atypischen Beschäftigungsformen ab. Hintergrund dieser Entwicklung sind neben dem beschriebenen wirtschaftlichen Strukturwandel und dem politisch gewollten Abbau von arbeitsrechtlichen Absicherungen vor allem veränderte Bedürfnisse der Beschäftigten an neue Formen der Arbeit.

Während auf der einen Seite qualifizierte Jobs relativ zunehmen, verfestigt sich auf der anderen Seite ein Segment niedrigqualifizierter Billiglohnarbeit. Zugleich begegnen wir dem Phänomen der Entgrenzung der Erwerbsarbeit. Wer heute einen Beruf erlernt und in das Erwerbsleben einsteigt, kann sich immer weniger sicher sein, diesen das ganze Leben lang auszuüben. Vielfach wechseln sich unterschiedliche Formen von Erwerbsarbeit ab. Die Anforderungen an Eigenverantwortlichkeit, an zeitliche und räumliche Flexibilität und kontinuierliche Weiterentwicklung der beruflichen Kompetenzen steigen. Ein Element wird die Fähigkeit zur Selbstorganisation sein. Dies gilt jedoch längst nicht für alle jungen Erwerbstätigen.

Die Tragweite der Entwicklung wird in verschiedenen Teilen der Linken unterschiedlich beurteilt. Auf der einen Seite wird im Ergebnis die Herausbildung einer neuen Grundform der Ware Arbeitskraft analysiert: Durch eine verstärkte Eigensteuerung der Beschäftigten werde versucht, bislang ungenutzte Potenziale an Eigenverantwortung und Innovationsfähigkeit etc. für betriebliche Zwecke zu aktivieren. Diese Tendenz gehe einher mit der Zunahme neuer Formen der Selbstständigkeit. Auf der anderen Seite wird diese Entwicklung als dem Kapitalismus systemimmanenter Strukturwandel analysiert, bei dem zwar durch Deregulierung die Zeitsouveränität und veränderte materielle Beteiligungsformen das äußere Erscheinungsbild der Ware Arbeitskraft verändert wird, das klassische Abhängigkeitsverhältnis bestehen bleibt, z.B. im Hinblick auf die letztendliche Entscheidungsbefugnis. Unabhängig von dieser unterschiedlichen Beurteilung können zwei Auswirkungen konsensual festgehalten werden:

- der zunehmend zeitlich unbegrenzte Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft
- die immer stärker zweckrationierte Gestaltung der eigenen Lebensführung

Damit deutet sich eine höchst widersprüchliche und polarisierende Entwicklung an, die Chancen zu mehr Autonomie und Souveränität für einen Teil der Erwerbstätigen, aber auch neue Formen der Ausbeutung beinhaltet. Ein Indiz für letzteres ist die massive Zunahme von Überstunden, die andeutet, dass die Zeitsouveränität der ArbeitnehmerInnen als eine der wesentlichen Errungenschaften neben Umverteilung von Produktivitätsgewinnen in akuter Gefahr ist.

Das medial vermittelte Bild des "Young Professionals", der mit Aktienkapital am Unternehmen beteiligt ist und sich nicht für Tarifverträge interessiert, in Projektarbeit vollkommen selbstverantwortlich aufgeht und in harmonischem Einklang mit der Unternehmensleitung agiert, bleibt ein Minderheitenphänomen, wenn die Mehrheit der jungen Männer wie Frauen im gegenwärtigen Schulsystem weder Zugang zur entsprechenden Qualifikation findet noch dem Lebenswandel, den das Leitbild suggeriert, entsprechen kann oder will. Dennoch wird der Umbruch als grundlegend neue Situation wahrgenommen und tendenziell verallgemeinert. Hinzu kommt: diese neuen Formen der Erwerbsarbeit werden subjektiv nicht ausschließlich als Problem, sondern auch als Steigerung der individuellen Flexibilitätsspielräume, Herauslösung aus tradierten Zwängen und damit als qualitativ neue Stufe der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit angesehen.

Da das Normalarbeitsverhältnis nicht nur rein erwerbsbezogene Merkmale in sich vereint, sondern vielmehr eine gesellschaftliche Norm darstellt, an der sich wesentliche Elemente des Wohlfahrtsstaates orientieren, stehen mit seiner Aufweichung auch wesentliche Elemente der arbeits- und sozialpolitischen Absicherung massiv unter Druck.

Die Chancen, den eigenen Lebensentwurf zu realisieren, bleiben ungleich verteilt. Wohlfahrtsstaat und Bildungsreform haben in den 70er Jahren den sozialen Raum geöffnet und den Kindern der alten Aufbaugeneration neue Aufstiegschancen ermöglicht. Während in den 80ern noch die Chance für progressive Politik gesehen wurde, an den Resultaten der Bildungsreform, der Individualisierung und der Pluralisierung der Lebensstile anzuknüpfen, hat im gleichen Zeitraum die konservative Politik zu einer Schließung des sozialen Raums, d.h. zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und einer Blockierung gesellschaftlicher Aufstiegschancen geführt. Die Notwendigkeit zur Selbstorganisation verschärft bestehende Chancenungleichheiten. Bildungssystem und Sozialstaat haben diese Entwicklung noch nicht nachvollzogen. Wer beim beschleunigten Tempo nicht mithalten kann oder will, droht in prekäre Randbereiche der Arbeitsgesellschaft abgedrängt oder ganz abgekoppelt werden.

Entsolidarisierung, Individualisierung und der Verweis auf Eigeninitiative sind nur einige Stichworte, die auch die neue Bewusstseinslage von Frauen prägten. In der Konsequenz haben viele junge Frauen heute das subjektive Gefühl, nicht mehr benachteiligt zu sein, und die Selbstwahrnehmung, dass ihnen dieselben Lebenschancen offen stehen wie jungen Männern. Auf den ersten Blick mag dieser Eindruck auch richtig sein. Mädchen und junge Frauen sind qualifizierter und erreichen die höheren Bildungsabschlüsse als junge Männer. Doch gelingt es nicht, dieses „kulturelle Kapital“ auch in verbesserte Berufs- und Karrierechancen umzusetzen. Früher oder später stößt die Mehrheit von ihnen an die objektiv vorhandene „gläserne Wand“. Trotz geschlechtsspezifischer Berufswahl sind sie dabei weniger in Ausbildung und in der Berufseinstiegsphase benachteiligt als vielmehr bei späterer Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten und im reproduktiven Bereich, v.a. durch die „Kinderfalle“ – Männer gleich welchen Alters zeigen sich heute wieder erstaunlich resistent gegen Forderungen, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

1.3 Zivilgesellschaft / Politische Repräsentation

Weite Teile des politischen Systems sind in eine Legitimationskrise geraten. Grund dafür ist die weitgehend ungelöste Frage, was dem "Modell Deutschland" aus institutionalisierten Sozialpartnerschaft und den bisherigen Formen der Stellvertreterdemokratie in Parteien und Parlamenten angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen nachfolgen soll. Die wesentlichen Ansätze, z.B. das Bündnis für Arbeit und Standorticherung, bleiben defizitär und widersprüchlich. Insbesondere hat sich die Rolle der Parteien geändert: Sie sind kaum noch der Ort, an dem Zukunftsentwürfe entwickelt und debattiert werden. An ihre Stelle ist unterstützt durch die Macht der Massenmedien und die politische Selektion wissenschaftlicher Netzwerke eine neue Form von Politikentwicklung getreten, die in kleinen und kleinsten Zirkeln stattfindet.

Wer heutzutage noch meint, dass Globalisierung einzig und allein bedeutet, dass Waren- und Handelsströme über den ganzen Erdenball verlaufen, tatenlos zugeschaut werden muss, verkennt ebenso die maßgeblichen wirtschaftlichen Einflüsse der Industrieländer wie auch die moralische Verantwortung der in diesen Ländern lebenden Menschen für die Zukunft des gesamten Erdenballes und der auf ihm lebenden Menschheit. Dabei wird zwar ständig auf eine Bürgergesellschaft verwiesen, jedoch nirgends der Nachweis geführt, dass eine solche allein auf Freiwilligkeit gegründete Gesellschaftsform die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auch nur annähernd besser zu meistern vermag, als eine demokratisch legitimierte Gesellschaftsform.

So sind Thesen von der Allmacht des globalisierten Marktes und der generellen Ineffizienz des Staates und seiner sozialen Sicherungssysteme tief in den Köpfen nicht nur konservativer Parteigänger verankert. Vergleichbares gilt für den angeblichen Widerspruch zwischen Wohlstand, Lebensqualität und Arbeitsplätzen einerseits und einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft andererseits. Solche Denkweisen bilden den fruchtbaren Boden für politische Agitation und ermöglichen ihren Erfolg bei der Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen, die meist gegen ein bestimmtes Vorhaben zielt.

Die Orte politischer Mitarbeit von Menschen sind vielfältig und reichen weit über das parlamentarische System und die Mitarbeit in Parteien hinaus. Von der Sozialdemokratie hart erkämpft ist die politische Mitarbeit in der Wirtschaft, daher das Engagement im Betriebsrat und den Gewerkschaften. Von den "klassischen" sozialen Bewegungen in den 70er Jahren ging durch das aktive Eintreten der Bürger für ihre Belange eine Demokratisierung der Gesellschaft aus, welche den staatsautoritären Mief der 50er und 60er Jahren überwand und welche die im Vergleich zu den 60er Jahren offene Gesellschaft der Gegenwart geschaffen hat. Aktiv aufgegriffen wurden diese Impulse durch die sozialdemokratischen Regierungen in den 70er Jahren, für die die Demokratisierung, d. h. zusätzliche Freiheiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, wie auch verstärkter ökonomischer Teilhabe an dem erarbeiteten Bruttosozialprodukt, wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Politik bildete.

Diese wurde durch eine ökonomisch neoliberale und politisch reaktionäre Wende als überflüssig gebrandmarkt. Auch Teile der SPD müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dieser Verhöhnung von "Aufklärung" an heim gefallen zu sein.

Die Debatte um die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung und die Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten sind nur zwei Beispiele. Und auch die von den Konservativen angestrebte Debatte um die Rolle 68er in der damaligen Politik ist in dieser Richtung interpretierbar. Ohne Gegenwehr durch die Menschen selbst drohen die bereits errungenen Rechte der demokratischen Mitarbeit wieder verloren zu gehen. Das gleiche gilt für die Erfolge bei der Ökologisierung von Gesellschaft und Wirtschaft sowie bei der sozialen Absicherung. Aufgabe.

2. Eine linke Neuformierung ist notwendig

Für junge Sozialistinnen und Sozialisten kann und darf es nicht darauf ankommen, nur kurzfristige Zustimmung gegenüber der SPD bei Wahlen zu organisieren. Die Herausforderung liegt vielmehr darin, weite Teile der jungen Generation langfristig für einen Fortschrittsblock zu gewinnen. Eine progressiv ausgerichtete Formierung der jungen Generation muss notwendigerweise um Identifikation zu stiften über eine pragmatische Regierungspolitik hinausweisen. Notwendig ist ein produktives Spannungsverhältnis zwischen junger Generation und der regierenden Linken.

2.1 Aufstellung Linke, SPD, Jusos

Eine linke Neuformierung findet statt auf der Basis der real existierenden Aufstellung der Linken, für junge SozialistInnen insbesondere der SPD und der Jusos, statt.

2.1.1 Entwicklung der Linken

Aus der Tatsache, dass linke Gesellschaftsentwürfe heute kritischer hinterfragt werden als in den 70ern, darf nicht der simple Schluss gezogen werden, die Gesellschaft sei nach rechts gerückt. Selbstverständlich haben sechzehn Jahre neokonservative Politik und die Ideologie des „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ ihre

Wirkung hinterlassen. Weite Teile der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik sind in diese Richtung geprägt worden. Eine kritische Gegenöffentlichkeit findet kaum noch statt. Gleichzeitig verbergen sich ökonomische und politische Interessen angesichts der geopolitischen Veränderungen und der Konzentration wirtschaftlicher Macht durch neue Akteure- z.B. auf den Finanzmärkten- hinter einem Schleier der Anonymisierung.

Dennoch gibt es gerade in den modernen Milieus erhebliche "Fortschrittpotenziale". Steigende Qualifikationsanforderungen in der Erwerbsarbeit, die Herauslösung aus tradierten sozialen Zwängen, der zunehmende Wunsch junger Frauen nach einer qualifizierten Erwerbsbiographie stehen in Widerspruch zu einer neoliberalen und autoritären Politik. Die steigenden Ansprüche an Partizipation, Individualität und die Entfaltung von Kompetenzen können nur im Rahmen einer demokratisierenden Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik realisiert werden. Ebenso ist der Anspruch auf soziale Gerechtigkeit stark ausgeprägt.

Was gegenwärtig jedoch fehlt, ist politischer Druck auf die Regierung. Die bestehenden Widersprüche werden im sozialen Umfeld diskutiert, aber sie finden kein gesellschaftliches Echo. Dennoch gelingt es immer wieder, zumindest punktuelle Aktivitäten zu entfalten. Die großen Mobilisierungsaktionen der Gewerkschaftsjugend mit vielen Tausend Jugendlichen haben den Konflikt zwischen Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit auf der einen und steigenden Gewinnen auf der anderen Seite ins Zentrum gerückt. Die Studierendenproteste in Deutschland vor wenigen Jahren haben den Widerspruch zwischen neuen beruflichen Anforderungen und mangelnder personeller und materieller Ausstattung und Modernisierung des Bildungssystems thematisiert. Die überwiegend von Jugendlichen getragenen Demonstrationen in den USA im Rahmen der WTO-Konferenz waren keine Proteste gegen „die Globalisierung“, sondern gegen ihre unsozialen Auswirkungen vor allem auf benachteiligte Weltregionen.

Der Linken ist es bislang jedoch nur unzureichend gelungen, diese Potenziale zu nutzen. Die Themen, Rituale und kulturellen Ausdrucksformen der Linken in Deutschland stehen vielfach in Widerspruch zu den Erfahrungen und Lebensweisen. Die Linke muss die neuen Widersprüche des flexiblen Kapitalismus thematisieren und politische Alternativen entwickeln.

2.1.2 Entwicklung der Sozialdemokratie

Auf die beschriebenen Realitäten des gewandelten Kapitalismus hat ein Teil der Sozialdemokratie mit dem Versuch reagiert, Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus zu verbinden - fernab von dem Projekt einer demokratisch-sozialistischen Alternative zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus liegt. Diese Neupositionierung hat ausgehend von Debatten im angelsächsischen Raum mit dem Projekt des sogenannten "Dritten Weges" die in der SPD bislang bedeutsamen Strömungen teils aufgesogen, teils in die Defensive gedrängt:

Innovation – „Angebotspolitik von links“

Die neue Angebotspolitik von links steht für eine grundsätzliche Bejahung des internationalen Standortwettbewerbs. Diese paart sich jedoch mit der Einsicht, dass dieser Wettkampf nicht in erster Linie auf der Kostenseite „gewonnen“ werden kann. Stattdessen sollen die strukturellen Vorteile der europäischen Volkswirtschaften genutzt und ausgebaut sowie die „unternehmerischen Kräfte“ entfaltet werden. Die Funktion des Staates liegt in der Bereitstellung von Ressourcen (Qualifizierung, Risikokapital, Technologietransfer etc.) für privatkapitalistische Initiativen. Er muss aber auch die notwendige Infrastruktur wie unterschiedliche Mobilitätsmöglichkeiten (Verkehrsmittel und -wege), sachgerecht und interessenausgleichend geplante Flächennutzung, ökologisch verantwortbare Ver- und Entsorgung, breites Bildungsangebot, Freizeit-, Kultur-, Erholungseinrichtungen vorhalten, die ein ökologisch und sozial vertretbares Wirtschaften ermöglichen und die Lebensqualität der Menschen verbessert – nicht zuletzt auch im Standortwettbewerb um qualifizierte ArbeitnehmerInnen.

Soziale Gerechtigkeit – Der „aktivierende Staat“

Nicht mehr die Errichtung einer "von Klassenschranken befreiten Gesellschaft" (Berliner Grundsatzprogramm) wird als Aufgabe der Gesellschaftspolitik angesehen, sondern die Aktivierung des Einzelnen zur gesellschaftlichen Selbstpositionierung. An die Stelle eines Sozialstaates, der sich als Ausgleich kapitalistischer Verteilungsverhältnisse versteht, tritt eine Politik, die den Einzelnen notfalls auch durch finanziellen Druck zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit „befähigen“ besser jedoch "bewegen" will. Sinnbild hierfür ist die Trampolinfunktion des Sozialstaates, die die angeblich vorhandene „sozialen Hängematte“ ersetze. Dieses autoritäre Sozialstaatsverständnis verkennt die wahren Probleme, wie sie auch im aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung zum Ausdruck kommen, und ist somit blind für die Funktion einer umfassenden Absicherung und Förderung von Emanzipation und persönlicher Entfaltung durch den Sozialstaat. Individuell ist mit dem „aktivierenden Staat“ die Politik der zweiten Chance verbunden. Die Nachformung von klassen- und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Kapitalismus bleibt ausgeblendet.

„Inszenierter Korporatismus“

Ein neues Gesellschaftsprojekt realisiert sich nicht durch das Handeln eines zentralen Akteurs, auch nicht einer Bundesregierung, sondern ist das Ergebnis von ökonomischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Der „inszenierte Korporatismus“ – "Bündnis für Arbeit", "Ausbildungskonsens NW" etc. – steht zum einen für Einbettung sozialer Kämpfe unter Ausschluss der benachteiligten Teile der Gesellschaft. Zum anderen bezieht sich der Begriff auf die öffentlich inszenierte Zusammenführung der „pragmatischen“ Kräfte und damit auf die verbundenen symbolischen Politikformen.

Die SPD entwickelt sich mit rasanter Geschwindigkeit von der Programmpartei zum Kanzlerwahlverein. Beschlüsse von Bundesparteitagen haben auf die Politik von Regierung und Fraktion faktisch keinen Einfluss mehr. Stattdessen wird der Bundesparteitag der SPD zum nachträglichen Bestätigungsorgan bereits getroffener Regierungsentscheidungen. In den Kernbereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik wagt die Partei keinen Widerspruch, zumal entsprechende Anträge geschickt zur Vertrauensabstimmung über den Kanzler hochstilisiert werden. Wenn die SPD Zukunft ernsthaft willentlich gestalten will, müssen die Menschen sowohl über den Bauch als auch über der Kopf von einem Ziel überzeugt werden. Dazu bedarf es anderer Formen als die einer reinen Schaufensterdemokratie, in der viel geredet und letztendlich über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden wird. Wir verstehen die Menschen statt als passive "Empfänger" politischen Handelns, als aktive Mitgestalter, die

sehr wohl ihre eigene individuelle Wahrnehmung von gesellschaftlichen Problemen besitzen und zu deren Lösungen sie beitragen wollen - wenn man sie entsprechend einbindet. Das Gegenbild hierzu spiegelt sich in einer Weltanschauung wider, die nach dem Motto agiert: "Politik muss etwas durchsetzen, und wenn es sein muss, auch gegen den Willen der Menschen. Schließlich geschieht dies zu ihrem eigenen Nutzen." Eine solche Denkweise ist sowohl in konservativen als auch sogenannten linken Ideologien vorhanden, welche die Festlegung des allgemeinen Nutzens einer kleiner Machelite übertragen. Der Nutzen gehört in einer Demokratie jedoch von den Menschen selbst definiert.

Bei dem ebenfalls zur Philosophie des Dritten Weges gehörenden Begriff der "Neuen Mitte" handelt es sich nicht nur um eine Werbefigur eines vergangenen Wahlkampfes, sondern um den Versuch, ein quer zu den gesellschaftlichen Klassen liegendes Bündnis zwischen „aufgeklärten" Kapitalfraktionen, industriellen Kernbelegschaften und modernen Milieus der abhängig Beschäftigten zu formieren. Es handelt sich also um eine typische "Integrationsideologie", deren Wesensmerkmal es ist, Interessengegensätze zu überbrücken oder zumindest zu beschönigen. Die Basis ist also alles andere als homogen: Selbst innerhalb der „Neuen Mitte" verlaufen Konfliktlinien, die nicht ohne weiteres dauerhaft kaschiert werden können.

Auch deshalb bietet die gegenwärtige politische Situation neue Spielräume für die gesamte Linke. Zum einen müssen nicht mehr alle Kräfte auf den Abwehrkampf gegen konservativ-liberale Politik konzentriert werden. Zum anderen werden sich Widersprüche zwischen den hohen Erwartungshaltungen und der realen Politik der Bundesregierung auftun. Damit entsteht neuer Raum für Kreativität, Bewegung und Druck.

2.1.3 Entwicklung der Jusos

2.2 An den Erfahrungen der eigenen Generation ansetzen

Nicht erst seit gestern ist klar: „Die Jugend“ als homogene Lebenslage existiert nicht. Individualisierungsmöglichkeiten, die sich vor allem durch das Projekt der Chancengleichheit unter der Regierung von Willy Brandt ergeben haben, führten zu einer Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse. Dennoch sind auch heute noch Lebensperspektiven und individuelle Entwicklungschancen für die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen herkunfts- und einkommensabhängig bzw. geschlechtsspezifisch bestimmt.

Jugendliche sind früh konfrontiert mit der Konkurrenz um Bildungszugänge, Arbeitsplätze und individuelle Zukunftschancen. Wer heute 16 Jahre alt ist, kennt keine andere Situation, als dass der monatliche Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit mindestens einen Pegelstand von zwei Millionen Arbeitslosen angibt. Nach wie vor stehen in vielen Regionen nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Armut wird zu einem wachsenden Problem, das gerade Kinder und Jugendliche betrifft und die persönlichen Entwicklungschancen entscheidend prägt. Je mehr Freizeitaktivitäten kommerzialisiert werden, desto stärker werden vor dem Hintergrund von relativer Armut Spaltungen vertieft. Auch die Nutzung der modernen Informationstechnologien („Generation @“) bleibt überwiegend Jugendlichen mit ausreichender materieller Absicherung vorbehalten. Auf diese Ungleichheiten hat die Politik bislang keine ausreichenden Antworten gefunden. Während ein Teil der jungen Generation in die Lage versetzt wird, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, wird ein anderer Teil zunehmend sozial und kulturell marginalisiert.

2.2.1 Spaltungstendenzen der jungen Generation

Eine große Koalition zwischen Jung-PolitikerInnen nahezu aller Parteien, jungen MedienmacherInnen und der privaten Versicherungswirtschaft thematisiert seit mehreren Jahren die Frage der Generationengerechtigkeit. Die Grundthese lautet, dass die ältere Generation angesichts der demografischen Entwicklung und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf Kosten der jüngeren lebe und daher Einschnitte v.a. in das System der sozialen Sicherung erforderlich seien. Vor allem entlang der Rentenfrage soll der bislang gültige Konsens des „Generationenvertrages" zugunsten einer stärkeren Individualisierung und Privatisierung der Alterssicherung aufgekündigt werden.

Stichwort Rente:

Entscheidend für die materielle Lage aller Generationen ist das erreichte Niveau des Volkseinkommens, für die materielle Lage der privaten Haushalte - ob jung oder alt - die Verteilung dieses Volkseinkommens. Das gegenwärtige Niveau der Reichtumsproduktion basiert auf dem von ehemals und aktuell erwerbstätigen Generationen aufgebauten Realkapitalstock, dem Wissen, der öffentlichen Infrastruktur etc. Der Lebensstandard der Jüngeren ergibt sich demnach aus den Vorleistungen der älteren Generationen. Gegenstand des Generationenvertrages ist es, dass die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Generation auf Basis des jeweils erreichten Wohlstandsniveaus teilhaben kann. Finanziert wird die Alterssicherung aus dem jeweiligen Volkseinkommen der laufenden Periode.

Selbstverständlich wirkt sich die demografische Entwicklung bzw. die Alterung der Gesellschaft auf die Sozialversicherungssysteme aus. Lag der Anteil der über 60jährigen noch 1980 bei 19%, so wird er bis zum Jahr 2030 auf ca. 35% steigen. Dennoch ist auch im Jahr 2030 nicht die entscheidende Frage, wie groß der Anteil an RentnerInnen ist, sondern: Reicht der zu verteilende Kuchen, um allen Generationen einen größeren Wohlstand zu ermöglichen? Zudem ist die demographische Entwicklung kein Naturgesetz. Eine Politik, die mehr Einwanderung ermöglicht und die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert könnte zur Verjüngung der Gesellschaft beitragen.

Stichwort Haushaltssanierung:

Auch in der Debatte um die Haushaltspolitik ist das Generationenargument problematisch. Unzweifelhaft belastet eine wachsende Zins-Steuer-Quote kommende Generationen von SteuerzahlerInnen. Allerdings belastet eine Senkung der Staatsquote, die Rücknahme von Investitionen und Sozialausgaben mitnichten nur die ältere Generation. Oft ist das Gegenteil der Fall: die Rücknahme von investiven Ausgaben des Staates in Infrastruktur wirkt sich negativ auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung aus und belastet somit die jüngere Generation.

Gerade im Bildungssystem bleiben erforderliche Investitionen und Einstellung von mehr Personal aus - auch dies geht v.a. auf Kosten der Jungen. Auch haben keineswegs nur ältere Erwerbslose unter einer Reduzierung der Sozialleistungen zu leiden. Zudem wird so getan, als würde eine steigende Staatsverschuldung Geld vernichten. Öffentlichen Schulden steht jedoch zwangsläufig privater Reichtum gegenüber. Dieser ist jedoch höchst ungleich verteilt und reproduziert über den Generationenwechsel soziale Ungerechtigkeiten. Mittlerweile werden im Jahr über 400 Mrd. DM vererbt, d.h. von einer Generation an die nächste weitergegeben. Dass jedoch jede/r zweite nichts erbt und nach wie vor erhebliche Ungerechtigkeiten im Hinblick auf die soziale Herkunft existieren, gehört auch zur Realität der Generationengerechtigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ohne Zweifel eine Gerechtigkeitslücke. Diese ist aber eine interpersonelle und keine intergenerationelle. Mit anderen Worten: Der Konflikt zwischen arm und reich, d.h., die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die hohe Massenarbeitslosigkeit sind die eigentlichen Probleme. Die stärkere Einbeziehung von Kapitaleinkommen in die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung und die Finanzierung der Sozialversicherungen wäre ein Beitrag auch zur Herstellung von Generationengerechtigkeit. Insofern verschleiert die Debatte um Generationengerechtigkeit die eigentlichen Probleme mehr, als sie gelöst werden. Jugendliche und junge Erwachsenen geraten indes immer zunehmend unter Druck: In diesem Alter entscheidet sich der zukünftige berufliche (und Lebens-)Weg und wer es hier versäumt, sich den immens gestiegenen und sich ständig verändernden Leistungsanforderungen anzupassen oder schlicht und ergreifend nicht Schritt halten kann, gerät in die Gefahr, für den Rest seines/ ihres Lebens dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt „stigmatisiert“ zu sein. So ist es kaum verwunderlich, dass diese „Generation“ eher von der Sorge geprägt ist, Chancen auf einen Arbeits- und Ausbildungsplatz zu bekommen, als von der Sorge, ob die Rente im Alter gesichert ist. Mit diesen Ängsten werden sie weitgehend alleine gelassen, denn nach wie vor ist die Regierung nicht in der Lage – trotz (oder vielleicht gerade auch wegen) des Bündnis für Arbeit – für ein ausgeglichenes Verhältnis auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu sorgen. Hat die Bundesregierung zwar an diese „erste Schwelle“ das Jugendsofortprogramm als „Auffangnetz“ gesetzt, ist immer noch nicht gesichert, dass dieses dann einen realistischen Übergang in ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis sicherstellt. Auch nach den Maßnahmen – also an der zweiten Schelle - werden immerhin noch ca. 30% in die Arbeitslosigkeit entlassen; nach 6 Monaten liegt dieser Prozentsatz noch bei 24%. Mit Generationengerechtigkeit – in positiver Diktion – hat dies nichts mehr gemeinsam. Generationengerechtigkeit heißt für uns, die Ursachen zu bekämpfen und nicht nur die Symptome.

Es ist bezeichnend, dass die wenigsten, die sich als Interessenvertreter der jungen Generation profilieren, sich darum kümmern, welche *aktuellen Chancen* die jüngere Generation hat. Im Mittelpunkt müssten dann Kinder- und Jugendarmut, der Lehrstellenmangel, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, der schlechte Zustand der Bildungseinrichtungen, die rückständige Modernisierung der beruflichen Ausbildung, die geringe Ausbildungsförderung, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Unmöglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Karriere, kurzum: die unzureichenden Chancen der Realisierung individueller Lebensentwürfe stehen.

Die junge Generation hat nicht nur Anspruch auf die Sicherung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Die Bedrohung der ökologischen Existenzgrundlagen, die Leben zukünftig zunehmend bestimmen wird, bleibt in der politischen Auseinandersetzung ein Randthema. Besonders das Umsteuern bei der Energieerzeugung und dem Ausstoß des atmosphärenscheidigenden Treibhausgases CO₂ steht aus. Im Rahmen des „Energiekonsenses“ wurden die Ansprüche der mächtigen Atomwirtschaft fast ausnahmslos berücksichtigt, statt den notwendigen sofortigen Ausstieg aus der gefährlichen Nukleartechnologie politisch durchzusetzen und damit gleichzeitig Entwicklungspotenziale für die Nutzung alternativer, nachhaltiger Energiequellen frei zu setzen. Maßnahmen zum Reduzieren des Ausstoßes von CO₂ werden, obwohl die Einhaltung internationaler Verpflichtungen zu scheitern droht, auf gesetzliches Nachvollziehen von ohnehin durch Unternehmen umgesetzte Modernisierung von Anlagen nach Stand des technischen Fortschritts beschränkt. Die Öko-Steuer wurde wissend so angelegt, dass ein ökologischer Steuerungseffekt nicht eintreten kann; stattdessen erfolgt durch sie allein die Umfinanzierung der Rentenkosten von einer paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und abhängig Beschäftigte auf eine Finanzierung allein durch den Verbraucher. Diese Politik, die offenbar schlicht darauf vertraut, dass die düsteren Prognosen von WissenschaftlerInnen über eine erwartete Klimakatastrophe sich nicht bewahrheiten, setzt unverantwortlich auf angebliche Selbstregulierung des Markts, scheut aber vor allem die Auseinandersetzungen mit den Interessen des Kapitals zu Lasten der jungen und künftigen Generationen.

Es geht um Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft – auch zwischen den Generationen. Die aktuelle Debatte um Generationengerechtigkeit trägt vor allem dazu bei, die junge Generation zu spalten. Während privilegierte Jugendliche gegen den Sozialstaat mobilisiert werden, bleiben benachteiligte Jugendliche sich selber überlassen. Wenn die Linke sich auf diese Debatte einlässt, tappt sie in die Falle der Wirtschaftsliberalen, deren strategisches Kalkül in der Zerschlagung des Sozialstaats über den Generationenwechsel liegt.

2.2.2 Widersprüche unserer Zeit

Die strategische Herausforderung liegt nun darin, der sich entlang der Sozialstaatsfrage vollziehenden Spaltung der jungen Generation gemeinsame Anknüpfungspunkte für eine solidarische und emanzipatorische Politik entgegenzustellen. Dies wird nicht durch die Orientierung an postmodernen Eliten aber auch nicht durch Hoffnungen auf eine Protestbewegung benachteiligter Jugendlicher zu bewerkstelligen sein - nicht durch das gegeneinander Auspielen von neuen und alten Arbeits- und Lebensrealitäten, sondern im Gegenteil durch die Identifizierung gemeinsamer Anknüpfungspunkte. Solche liegen in alltäglich erfahrbaren Widersprüchen:

Gespaltene materielle Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum vs. das Leitbild der Konsumgesellschaft

Durch Medien und Werbung, aber auch durch wirtschaftliche und politische AkteurInnen wird eine im Leitbild der Konsumgesellschaft aufgehende, glückliche Jugend präsentiert. Hippe Jugendliche haben nach dieser Projektion einfach Spaß am Leben und müssen sich um die Widrigkeiten des Alltages nicht kümmern. Tatsächlich sind viele Jugendszenen in hohem Maße kommerzialisiert und definieren sich nicht zuletzt über ihre Konsummuster.

Die gesellschaftliche Realität wirkt ernüchternd: Von den knapp drei Millionen SozialhilfeempfängerInnen, die 1998 gezählt wurden, waren 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche. Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die nicht am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum partizipieren können steigt beständig. Nicht individuelles Unvermögen oder Unwilligkeit der Einzelnen ist die beherrschende Ursache, sondern die objektive Verwehrung von Qualifizierung - Ausbildungsplatzmangel -, von Leistungserbringung - Arbeitslosigkeit - oder gerechter Entlohnung - Billigjobs.

Die Reaktionsmuster auf diesen Widerspruch sind höchst differenziert und reichen von einer unkritischen Anpassung über notwendige Arrangements bis hin zu völliger Resignation und persönlicher wie gesellschaftlicher Abschottung einzelner und ganzer gesellschaftlicher Gruppen. Letzteres kann auch der Nährboden für zunehmende Gettoisierung wie für zunehmenden Chauvinismus und Rassismus sein. Gefragt sind Ansätze, die den Widerspruch zwischen der allgegenwärtigen Konsumgesellschaft und der gespaltenen materiellen Teilhabe daran aufgreifen, politisieren und mit gemeinsamen Ansprüchen der jungen Generation verbinden. Auch der größte Teil der modernen Mittelschichten lebt zwar in zumeist guten materiellen Verhältnissen, ihr Wohlstand ist dabei jedoch ein „prekärer“, alltägliche Schicksalsschläge wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle oder Scheidungen kann sie in erhebliche finanzielle Bedrängnis bringen. Ein solides Sozialsystem, dass Lebensentwürfe in ihrer Unterschiedlichkeit fördert und Lebensrisiken solidarisch absichert und gehört zu ihrem gemeinsamen Kerninteresse.

Bereitschaft zu Innovation und die strukturellen Blockaden

Bei der Mehrheit der jungen Männer wie Frauen ist heute eine Zunahme qualitativer Ansprüche an die Erwerbsarbeit festzustellen: Sinnhaftigkeit der Arbeit, Selbstständigkeit und eine interessante Tätigkeit zu haben steht weit oben auf der Rangskala. Eine kompetenter und selbstbewusster agierende junge Generation von ArbeitnehmerInnen verbindet diese Ansprüche mit weiterreichenden persönlichen Entwicklungsansprüchen. Berufliche und persönliche Entwicklung werden verstärkt als Einheit erfasst und ihre Umsetzung über Weiterqualifizierung verfolgt.

Im Gegensatz hierzu stehen gesellschaftlich und betrieblich geboten Möglichkeiten solche Ansprüche zu realisieren. Trotz der so oft proklamierten Notwendigkeiten Lebenslangen Lernens, der lebens- und arbeitsweltlichen Öffnung der Bildungsinstitutionen oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Männern wie Frauen, bilden weiter strukturelle Blockaden den wesentlichen Hinderungsgrund einer Verwirklichung von Qualifikations- und Innovationsbereitschaft sowie des Anspruchs auf eigene berufliche und persönliche Entwicklungschancen. Im Gegenteil: Durch die Unfähigkeit der Politik, Bildungszugänge, die durch die neoliberale Politik der Kohlregierung eingeschränkt wurden, wieder zu erweitern und durch den Unwillen, mit aktiver Beschäftigungspolitik die Schaffung von qualifizierten und existenzsichernden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu ermöglichen, nimmt die Gefahr einer weiteren Spaltung der Gesellschaft zu.

Qualifizierte Eigeninitiative: Für optimalen Profit oder gesellschaftlichen Fortschritt?

Während Arbeit in der Vergangenheit meist mit einem klar hierarchischen System von Vorgaben und Anweisungen verbunden war, sind heute gerade junge Arbeitnehmer, die sich erst noch in ihrer Position "bewähren" müssen, weniger an einen im Detail vorgeschriebenen Arbeitsprozeß als vielmehr an die eigenständige Maximierung des Outputs gebunden. Diese selbsttätige Optimierung der eigenen Ausbeutung erfordert eine ganz spezifische Qualifikation. Einerseits ist dafür ein sehr weitgehendes Nachvollziehen der jeweiligen Ausbeutungsmechanismen erforderlich. Denn wer selbständig den Profit maximieren soll, den andere aus der eigenen Arbeit ziehen, ohne dass ein Vorgesetzter ihr oder ihm im Detail vorschreibt, wie dies zu geschehen hat, muss reproduzieren können, wie dieser Profit zustande kommt. Andererseits ist die Einsicht in diese Ausbeutungsmechanismen auch die notwendige Voraussetzung dafür, die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren und für eine Veränderung zu wirken. Eine solche Qualifikation ist also auch potentiell subversiv und kann die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Frage stellen. Das für eine solche Haltung notwendige Selbstvertrauen in die individuellen Fähigkeiten ist in der Ambivalenz der gegenwärtig hegemonialen Individualisierungsideologie durchaus mit angelegt.

Reiche Arbeit – Armes Leben

Junge, hochmotivierte und leistungsorientierte ArbeitnehmerInnen und Führungskräfte stehen häufig in der Situation, die betriebliche Anforderungen, ihr Eigeninteresse an professioneller Leistungsentfaltung, aber auch ihre sowohl privaten als auch gesellschaftlich vermittelten Ansprüche zunehmend schwerer miteinander verbinden zu können. So tritt die Selbstverwirklichung im Beruf gerade für junge Frauen - zunehmend aber auch für junge Männer - in Konflikt mit der Frage nach einer lebenswerten Zukunft.

Ausgangspunkt ist das zu Verfügung stehende individuelle Zeitbudget, im Rahmen dessen es zu einem scharfen Wettbewerb der unterschiedlichen Ansprüche kommt. Die zunehmende Entgrenzung der Arbeit und die bewusste oder unbewusste Akzeptanz einer Vermengung beider Sphären, die immer auch die Gefahr einer Verengung der Lebensführung birgt, vermögen diesen Widerspruch nicht aufzulösen sondern verschärfen ihn. Zentral ist die Frage, ob dieser nun einfach auszuhalten ist oder Ansatzpunkte für eine Überwindung gefunden werden können.

3. Grundwerte und Leitbilder jungsozialistischer Politik

3.1 Grundwerte

Die Sozialdemokratie war es, die in Deutschland, im Zeitraum vom 19. über das 20. in das 21. Jahrhundert als einzige Partei an Demokratie und Werten wie Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz, Frieden und Freiheit festgehalten hat. Diese Werte und damit Vorstellungen vom friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben von Menschen haben immer wieder Visionen und Utopien hervorgebracht, die als Leitmotive für das aktuelle Handeln gedient haben.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten.

Diese ursprünglich aus der französischen Revolution stammenden Grundwerte wurden historisch immer wieder

unterschiedlich interpretiert. So wird unter Freiheit heute vielfach nur die Abwesenheit von staatlichem Eingreifen und nicht mehr die Freiheit zur eigenen Entfaltung für alle verstanden. Und auch der Begriff der Gerechtigkeit, der von der Arbeiterbewegung an die Stelle der Gleichheit gesetzt wurde, meint in der aktuellen Diskussion oftmals nur gleiche Ausgangschancen, die verspielt sind, wenn sie nicht individuell erfolgreich genutzt wurden. Wir aber verstehen diese Grundwerte folgendermaßen:

3.1.1 Freiheit

Es ist Bestimmung des Menschen, frei zu sein.

Er ist prinzipiell fähig und berufen, die natürliche und gesellschaftlichen Gesetze, die seine Existenz bestimmen, zu erkennen und dadurch in Richtung eines selbst bestimmten Daseins fortzuschreiten. Die Garantie individueller Freiheitsrechte ist für uns eine *conditio sine qua non* jeder politischen Idee. Sozialismus verstehen wir als emanzipatorische, kritische Grundhaltung. Wir betrachten Sozialismus als ständige Aufgabe nicht als unmittelbar erreichbaren Zielzustand.

Freiheit ist nur in der solidarischen Gemeinschaft mit anderen möglich. Dabei setzt die Freiheit aller stets die Freiheit eines jeden einzelnen voraus. Es kann keine freiheitliche Gesellschaft sein, in der sich selbst zu entfalten das Risiko mit sich bringt, existentiell zu scheitern, in der also stets die Gefahr besteht, dass der einzelne seine Freiheit verliert. Zu überwindende Einschränkungen der selbstbestimmten Entfaltung liegen daher nicht in eingeforderter Solidarität, sondern in ihrer mangelnden Ausgestaltung in Form sozialer Sicherheit. Solange Arbeit Existenzbedingung ist, schränkt die Arbeitslosigkeit in ihrer bestehenden Form in höchstem Maße die Freiheit ein. Insbesondere zwingt die damit verbundene Existenznot viele Menschen, für Jahre unter Bedingungen zu arbeiten, die ihren eigenen Interessen entgegenstehen. Tatsächliche Freiheit schließt auch ein frei entscheiden zu können, auf welche Art und Weise die eigene Arbeitskraft zur Herstellung von Produkten genutzt wird und wie diese anschließenden verteilt werden. Freiheit erfordert darüber hinaus die demokratische Mitbestimmung aller an der Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

3.1.2 Gleichheit und Gerechtigkeit

Gleichheit ist für uns die gleiche Teilhabe an gesellschaftlicher Entwicklung.

Das beinhaltet einerseits eine sozial gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und andererseits die gleiche Möglichkeit, auf die politische und ökonomische Gestaltung der Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Obwohl Deutschland seiner Herrschaftsform nach eine Demokratie ist, sind die Möglichkeiten zur tatsächlichen Partizipation an demokratischen Prozessen ungleich verteilt. Soziale Gleichheit nivelliert nicht die Unterschiedlichkeit der Individuen, sondern beteiligt alle und damit jedeN einzelneN gleich an einer demokratischen Entscheidungsfindung. Wenn gesellschaftliche Machtverhältnisse oder andere Umstände dieser Beteiligung bisher entgegenstehen, so ist das weder natur- noch gottgegeben, sondern Ergebnis sozialer Prozesse, die veränderbar sind und verändert werden müssen. Um eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen, ist es beispielsweise nötig, den durch patriarchale Strukturen ermöglichten Selbstverwirklichungsmöglichkeiten von Männern im Bedarfsfall ein Konzept von gezielter Frauenförderung entgegenzusetzen. Entscheidend ist im übrigen, dass eine wirklich gleiche Teilhabe aller ein weitgehend gleiches Niveau der Qualifikation einer/s jeden voraussetzt. Dieses zu erreichen ist ein zentrales Ziel.

Das Ziel von Gleichheit und Gerechtigkeit umfasst den gleichen und fortdauernden Zugang zu Chancen – gleiche Chancen bei Bildung, bei gesellschaftlicher Teilhabe, bei der individuellen Lebensgestaltung. Der Versuch, unter dem Begriff der Chancengerechtigkeit Lebenschancen zu limitieren, widerspricht Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft, in der es darum geht, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen und systemimmanente nicht hinzunehmen.

Es ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit künftigen Generationen gegenüber die natürlichen Lebensgrundlagen so zu erhalten, dass auch ihnen ein Leben in dieser Umwelt möglich ist.

3.1.3 Solidarität

Solidarität ist für uns das gemeinschaftliche Handeln im Bewusstsein der gemeinsamen Interessen.

In der Tradition der Arbeiterbewegung, aber auch in Hinblick auf neuere soziale Bewegungen, sehen wir darin eine notwendige Bedingung für den Kampf um die Verbesserung der Verhältnisse, beispielsweise im Arbeitskampf, in der Ausgestaltung des modernen Sozialstaates oder bei der Gestaltung eines humanen Zusammenlebens weltweit. Solidarität richtet sich gegen die Ellenbogengesellschaft. Die Freiheit des Einzelnen ist nur in einer solidarischen Gemeinschaft möglich – existentieller Wettbewerb unter den Menschen beschränkt die freie Entfaltung der/s Einzelnen. Daher muss das Konkurrenzprinzip, soweit es die Menschen aus der Solidarität herauslöst, zurückgedrängt werden. Den Kapitalismus als Gesellschaftsform der Entsolidarisierung wollen wir überwinden.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn. Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.

3.2. Leitbilder

3.2.1. Rolle der Jusos

Jusos - sozialistisch, feministisch und internationalistisch

Wir Jusos wollen uns mit der Gesellschaft wie sie heute ist nicht abfinden. Deshalb haben sich die Jusos schon mit der Linkswende 1969 von ihrer vorherigen Funktion als reiner Nachwuchsverband der SPD gelöst. Wir bleiben auch weiterhin linker Richtungsverband in der SPD. Dabei haben wir einen anderen Blick auf diese Funktion als die Jusos noch vor zehn Jahren. Das bedeutet für das Selbstverständnis von Jusos heute:

- Wir sind Sozialistinnen und Sozialisten. Wir halten fest an den Grundwerten von Freiheit, Solidarität und Gleichheit und Gerechtigkeit. Diese Grundwerte können wir in der aktuellen kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur begrenzt durchsetzen. Als sozialistischer Richtungsverband treten wir einerseits mit dem Ziel der Gleichheit oder gleichem Zugang zu Chancen an, andererseits, weil versucht wird, durch politischen Kampf Verteilungsgerechtigkeit herzustellen und jedenfalls systemimmanente Ungleichheit nicht hinzunehmen. Deshalb wollen wir unsere Gesellschaft verändern. Es ist die Verpflichtung, alle Ziele ausschließlich mit demokratischen Mitteln zu erstreben und einen demokratischen Umgang selbstverständlich auch nach ihrem Erreichen zu achten. Und es dient zur Betonung der Ablehnung jener Systeme in Vergangenheit und Gegenwart, welche das Ziel des Sozialismus durch undemokratische Strukturen diskreditierten. Jusos treten ein für die gesellschaftliche Emanzipation der Einzelnen, demokratische Beteiligung von Betroffenen in allen Lebensbereichen, gerechte Verteilung des Reichtums. Das bedeutet für uns Fortschritt.
- Frauen sind in unserer Gesellschaft weiterhin strukturell benachteiligt. Auch wenn viele - besonders junge Frauen - diese Benachteiligung für ihre persönliche Situation nicht mehr wahrnehmen, ist die Gleichstellung von Frauen insgesamt noch weit entfernt. Diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern aufzuheben ist für Jusos zentrale Aufgabe, die alle Politikfelder umfasst. Dies gilt in ganz besonderem Maße für unseren eigenen Verband und den Umgang miteinander. Wir wollen deshalb auch ein feministischer Verband sein für die Formulierung des Feminismusbegriffs wird es nicht nur darauf ankommen, eine eigene feministische Position zu formulieren, sondern darauf, mit der Vorstellung einer emanzipatorischen, freien, solidarischen und gleichen Gesellschaft für beide Geschlechter Bindekraft für den ganzen Verband zu schaffen. Drei zentrale Forderungen der Frauenbewegung müssen dabei berücksichtigt werden: die Politisierung der von der Gesellschaft der Privatheit zugeordneten Räume, der Anspruch von Frauen auf Selbstvertretung durch Frauen sowie die Veränderung des patriarchalen Herrschaftssystems und damit auch männlicher Herrschaftsmuster.
Besonders wichtig wird dabei der Stellenwert von Erwerbsarbeit sein, weil über das Ausüben von Erwerbsarbeit beide Geschlechter ihre Lebensentwürfe mit selbsterwirtschaftetem Einkommen absichern können. Gleichzeitig ist Gleichberechtigung nur dann möglich, wenn auch die Reproduktionsarbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird.
Feministisches Handeln versteht sich als gesamtgesellschaftlich notwendiger Prozess, die geschlechtsspezifische Ausgrenzung von Frauen zu überwinden. Hierzu sind einseitige wirkende Maßnahmen zur Überwindung bestehender Ungleichheiten erforderlich, wenngleich das letztendliche Ziel in der Umsetzung verbesserter Freiheitsrechte für alle Menschen, Frauen wie Männern, besteht.
- Der Internationalismus war schon immer ein Anliegen sozialistischer Bewegungen. Er fußt auf der Erkenntnis, dass nicht nur die Menschen in einem Land, sondern auf der ganzen Welt gleich sind. Hieraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die wohlhabenden Industriegesellschaften des Nordens gegenüber den kaum-industrialisierten Gesellschaften des Südens, welcher nationalistische Egoismen entgegenstehen. Zugleich folgert hieraus das Eintreten für alle Menschen in unserer Gesellschaft, gleichgültig ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion, und die Abwehr rassistischer oder faschistischer Bestrebungen. In diesem Sinne muss auch eine andere Sichtweise, die Krieg als Mittel der Politik hegemoniefähig machen will, ersetzt werden, durch einen Grundkonsens, der Gewaltverhütung und Prävention als Priorität anerkennt.
- Das Eintreten für eine ökologisch verantwortlich handelnde Gesellschaft folgt aus dem Wissen um die Endlichkeit natürlicher Ressourcen sowie aus der Einsicht, dass ihre Zerstörung nur Wenigen Nutzen bringt, jedoch allen Menschen schadet, sowohl in gegenwärtigen wie zukünftigen Generationen. Ökologisches Handeln ist untrennbar mit sozialem und ökonomischem Handeln verbunden. Zu dritt formen diese Bereiche die drei Säulen der Nachhaltigkeit, welche es im konkreten Handeln mit demokratischen und internationalistischen Handlungsweisen zu verwirklichen gilt.

Jusos haben gelernt, dass es bei SozialistInnen einen Begründungspluralismus gibt; bei Jusos finden sich MarxistInnen ebenso wie ethische und christliche SozialistInnen wieder. Daraus resultieren natürlich unterschiedliche Politikansätze und Arbeitsformen, die gegenseitig zu akzeptieren wir bereit sein wollen.

Nach Lage der Dinge kann es gegenwärtig nicht um die Diskussion einer abstrakten Systemalternative, sondern vor allem um die Bündelung von kapitalismuskritischen Potenzialen entlang von realpolitischen Fragen sowie den Ausbau von Chancen und Rechten unter den gegebenen Bedingungen gehen. Die aktuelle strategische Aufgabe lautet, sich in die Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus einzuschreiben. Jusos wollen ihre Ressourcen deshalb in Zukunft gezielter entlang ihrer politischen Schwerpunktsetzung einsetzen. Ohne zu jeder Zeit jede Frage beantworten zu müssen, wollen wir uns einmischen für eine fortschrittliche Politik. Wir werden uns auf unsere Stärken besinnen und gezielt Impulse setzen und wollen damit Positionen in der SPD durchsetzen. Jusos nämlich haben die Chance mit einer gewissen Entfernung von politischem Tagesgeschäft und vor allem von politischer Verantwortung neue Ideen zu formulieren und zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Zukünftige Politik der Jusos muss es sein, einerseits offensiv um bisherige Mainstream-Positionen der Sozialdemokratie (Sozialstaat, Umverteilung, Bildung, Reregulierung der Marktkräfte), die immer noch gesellschaftlich mehrheitsfähig sind, zu kämpfen und dabei partielle Bündnisse mit verschiedenen Strömungen innerhalb und außerhalb der SPD eingehen, andererseits auch Gegenöffentlichkeit für bestimmte Themenfelder (Grundrechte, Außenpolitik usw.) zu schaffen, um Mehrheiten zu erringen, und aktiver Teil einer erkennbaren, kämpferischen und orientierenden Linken innerhalb der SPD zu sein.

Daraus ergeben sich für uns Jusos folgende Anknüpfungspunkte:

- Selbstbestimmte Lebensführung

Das Leitbild der „selbstbestimmten Lebensführung“ steht für die Einlösung der in die Individualisierungstenden-

zen gesetzten Hoffnungen – und zwar für beide Geschlechter. Plurale und wechselnde Lebensformen werden anerkannt. Dabei geht es vor allem um die Vielfalt an verlässlichen Wahlmöglichkeiten, sein eigenes Leben selbst zu organisieren. Die Chancen für Jugendliche müssen in allen Bereichen der Lebensplanung ausgeweitet und abgesichert werden. Das bedeutet in letzter Konsequenz eine Neuordnung von Arbeitsgesellschaft, Sozialstaat und Zivilgesellschaft.

- Solidarische Gesellschaft

Gerade in einer Zeit, in der die gesellschaftliche Reichtumsentwicklung immer weiter auseinanderklafft, so dass weite Teile der Gesellschaft von materiellem Wohlstand bzw. auch nur der Teilhabe am Erwerbsleben ausgeschlossen sind, bewerten wir die Schaffung gesellschaftlich sinnvoller Werte und die Arbeit im gesellschaftlichen Interesse positiv und beziehen sie in unsere Strategien zur Überwindung des kapitalistischen Systems mit ein. Ein Gegenmodell zum Prinzip des Shareholder-Value wird sich aber nur durch in einer Auseinandersetzung um die Köpfe unter der Fragestellung „In welcher Welt wollen wir eigentlich leben?“ unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten entwickeln und durchsetzen können.

- Kompetenzgewinn für den Umbau

Unsere Politik soll die Widersprüche zwischen den Rechten als StaatsbürgerInnen und denen als ArbeitnehmerInnen aufdecken. In Folge dessen müssen wir dazu kommen, einklagbare soziale Ansprüche zu schaffen, die auf die veränderten Anforderungen an die Arbeits- und Lebensgestaltung junger Menschen, wie Arbeitszeitverkürzung, Weiterbildungsphasen etc., reagieren. Ebenso geht es um die Kompetenzbildung für die Fortsetzung eines stringenter sozialen und ökologischen Umbaus der Produktions- und Lebensweisen mit Hilfe des Ausbaus von Mitbestimmungsrechten. Eine Bildungsreform muss nicht nur den veränderten Realitäten des Erwerbslebens Rechnung tragen, sondern auch eine frühere Verzahnung von Bildungsphase und Einstieg in die Erwerbsarbeit sicher stellen, ohne dabei den notwendigen Freiraum zur Kritikfähigkeit innerhalb des Bildungssystems aufzugeben. Eine Schnittstelle für eine „solidarische Ökonomie“ könnte auch eine eigene Konzeption von Innovations- und Existenzgründungshilfen für diejenigen sein, die Kreativität und gesellschaftliche Solidarität als „SozialunternehmerInnen“ in nicht-marktgängigen Dienstleistungen oder Sparten mit dem Wunsch nach Selbstverwirklichung und dem Umsetzen eigener Ideen verbinden wollen.

- Sozialstaat à la carte

Eine der größten Aufgaben wird die Neuformulierung eines Sozialstaatskonsenses am Generationenumbruch sein, der eine neue Solidarität zwischen den so genannten ModernisierungsgewinnerInnen und –verliererInnen organisiert. Kern dieses Konsenses muss die Einsicht eines gemeinsamen und damit gesamtgesellschaftlichen Nutzens des Sozialstaates sein. Dies kann aber nur ein lebensbegleitendes Sozialstaatskonzept mit frei wählbaren Leistungen gewährleisten, die weiterhin solidarisch finanziert werden, aber sich eben nicht nur auf materielle Transferleistungen erstrecken, sondern verbreitert werden hinzu einem Recht auf Zukunftschancen durch aktive Förderung und Absicherung.

- Aktiver Staat

Die Rolle des Staates als aktiver, auf das Gesamtwohl aller Menschen bedachter Akteur umfasst als Themenkomplexe eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Fortentwicklung staatlicher Sozialsicherungssysteme und die Entfaltung demokratischer Mitgestaltung. Staatliches Handeln kann dabei die Marktkräfte nicht ersetzen, ist jedoch aufgrund der „Blindheit“ des Marktes gegenüber den Rechten des Einzelnen unbedingt erforderlich. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten, der nicht eingreift oder lediglich moderiert.

- Ökologische Nachhaltigkeit

Die ökologische, soziale und ökonomische Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Nachhaltigkeit wird im zweiten Politikfeld verfolgt. Nachhaltigkeit verlangt dabei vom Grundsatz her, alle drei Aspekte gleichwertig und gekoppelt miteinander zu verwirklichen. Seine besondere Triebkraft erfährt das Politikfeld jedoch durch die ökologische Ausrichtung, welche u.a. zielt auf eine Einschränkung des Verbrauchs fossiler Energieträger, den Ausschluss gefährlicher Stoffe und Verfahrenstechniken sowie dauerhafter Sicherung nicht- bzw. schwer wieder herstellbarer Umweltressourcen.

- Demokratische Zivilgesellschaft

Die Weiterentwicklung demokratischer Teilnahmeverfahren, zivilgesellschaftlicher wie institutioneller auf lokaler, nationaler wie auf internationaler Ebene ist Gegenstand des dritten Politikfeldes. Auch wenn das demokratische Element selbstverständlicher Teil der beiden anderen ist, bleibt die Einbindung möglichst aller Menschen in die Politik ein zentrales, weil grundlegendes Ziel. Neue Methoden im Kleinen (bspw. Konsensus-Konferenzen) finden ihr Pendant im globalen Maßstab in der Einbeziehung von Nichtregierungs-Organisationen bei Entscheidungen.

Jusos in der SPD

Ohne die Sozialdemokratie besteht kaum eine Möglichkeit Mehrheiten für eine fortschrittliche Position in Deutschland zu erkämpfen. Jusos engagieren sich in der SPD, um so fortschrittlichen Konzepten zum Durchbruch zu verhelfen. Es gibt so gesehen für junge SozialistInnen keine Alternative zu einem Engagement in der SPD.

- Wegen einer sehr häufig unterschiedlichen Bewertung gesellschaftlicher Zustände und daraus resultierender Erfordernisse, aber auch aufgrund von Lebenssituation und Alter stimmen Jusos mit SPD-Politik und -Programmatik nicht immer an allen Punkten überein. Das bedeutet, dass Jusos dann aktiv werden müssen, wenn die Chance besteht, dass damit auch etwas bewegt werden kann - in Partei oder Öffentlichkeit. Wir dürfen uns nicht länger beim Schreiben von Erklärungen verschleißen, die niemand liest. Zukünftige Politik der Jusos muss es sein, einerseits offensiv um bisherige Mainstream-Positionen der Sozialdemokratie (Sozialstaat, Umverteilung, Bildung, Reregulierung der Marktkräfte), die immer noch gesellschaftlich mehrheitsfähig sind, zu kämpfen und dabei partielle Bündnisse mit verschiedenen Strömungen innerhalb und außerhalb der SPD eingehen, andererseits auch Gegenöffentlichkeit für bestimmte Themenfelder (Grundrechte,

Außenpolitik usw.) zu schaffen, um Mehrheiten zu erringen, und aktiver Teil einer erkennbaren, kämpferischen und orientierenden Linken innerhalb der SPD zu sein.

- Jusos als Organisation sind nicht in Parlamenten und Regierungen vertreten. Das eröffnet viele Chancen für die inhaltliche Debatte. Auch Jusos wollen seriöse Konzepte vorlegen; sie stehen jedoch nicht unter dem direkten Einfluss politischer und rechtlicher Zwänge. Damit können sie auch zunächst unabhängig von der konkreten Umsetzung Zielvorstellungen entwickeln, die häufig schon deswegen in der Mutterpartei nicht entstehen, weil die Verantwortlichen kontinuierlich die Schere im Kopf tragen. Dabei geht es nicht um Luftschlösser, sondern um solche Utopien; die in konkretes politisches Handeln umzusetzen sind. Diese Utopien einer anderen Gesellschaft wollen wir in Gesellschaft und SPD verankern.

Jusos sind die nächste Generation. Heutige Politik setzt die Rahmenbedingungen für unser Leben von morgen und das nachfolgender Generationen. Deshalb beanspruchen wir für uns Mitsprache bei den Entscheidungen, die häufig gar nicht mehr die betreffen, von denen sie gefällt werden; das gilt ganz besonders für den Erhalt unserer ökologischen Existenzgrundlagen (z. B. CO₂-Ausstoß, Atom-"Ausstieg") oder langfristige gesellschaftliche Systemfragen (z. B. Staatsverschuldung, Rente). Das bedeutet, dass wir zu Recht von der SPD verlangen können, dass sie unsere Anliegen ernsthaft aufgreift und Jusos ausdrücklich vor dem Hintergrund einer profilierten inhaltlichen Positionierung bei der Besetzung von Funktionen und Mandaten auf allen Ebenen berücksichtigt.

- Jusos haben den Anspruch zentraler Träger der politischen Qualifizierung zu sein. Hier werden nicht nur politische Grundbegriffe, methodische Techniken und der unvermeidliche formale Umgang in der Gremienarbeit gelernt. Das politische Engagement bei Jusos bietet viel mehr. Eben weil sie für sich Politikentwicklung über den Tag hinaus beanspruchen, qualifiziert die politische Arbeit bei Jusos dazu Konzepte denken und formulieren zu können, frei vom Druck der politischen Verantwortung experimentieren und die vermeintliche Alternativlosigkeit von Lösungen im Sinne der Sachzwanglogik infrage zu stellen.
- Die vielfältigen Bemühungen der SPD zur Nachwuchsrekrutierung sind notwendig. Jusos unterstützen diese auf allen Ebenen. Die Ansätze für Jugendliche sich politisch zu engagieren sind sehr unterschiedlich, ebenso Ziele und Formen ihres Engagements. Deshalb benötigen wir möglichst vielfältige Angebote in der SPD aktiv zu werden. Letztlich geht es jedoch um Politik. Nicht zuletzt, weil Jusos am ehesten geeignet sind den politischen Nachwuchs in der und für die SPD zu qualifizieren, wollen wir uns dieser Aufgabe stellen und uns auch dafür neu aufstellen. Die SPD ist noch dramatischer überaltert als die Gesamtbevölkerung. Ohne neue, junge Aktive wird die Partei ihre Arbeit auf bereits absehbare Zeit nicht mehr aufrecht erhalten können; schon heute gibt es Gliederungen, die ernsthafte Probleme haben, die Vorschlagslisten für öffentliche Wahlen sinnvoll zu besetzen. Der Mangel an Personal führt zwangsläufig dazu, dass es keine Möglichkeit der Auswahl mehr gibt. Die Politik der SPD darf aber nicht beliebig werden, also darf es die Personalauswahl auch nicht.

3.2.2 Jusos als politischer Akteur

Politik für wen?

Jusos haben die Ausdifferenzierung der Lebensentwürfe von Jugendlichen, ihre veränderte Selbstpositionierung und ihre vielfältiger gewordenen Milieus früh richtig eingeschätzt. Nun geht es darum, Jugendliche auch ernst zu nehmen in ihren entwickelten Ansprüchen, in ihren Lebensentwürfen und Forderungen. Nicht politische Belieblichkeit oder belehrende Agitation, sondern nur ehrliche Dialogbereitschaft bietet für Jusos eine Chance, wieder eine Verankerung in der jüngeren Generation zu finden. Jusos sind nicht per se die VertreterInnen der jungen Generation, erst recht repräsentieren sie diese nicht. Aber wir sind Teil der jungen Generation - in ihrer ganzen Breite - und bilden sie damit zumindest genauso ab wie die SPD die Gesellschaft widerspiegelt. Damit formulieren Jusos ihre politischen Ansprüche auch im Interesse dieser Generation, ohne dabei zu beanspruchen, dass diese auch immer dem individuellen Interesse aller Einzelnen entspricht.

Doch Jusos sind nicht allein der Generationsverband. Deshalb wollen wir nicht einseitig und egoistisch die Interessen der jugendlichen Generation durchsetzen. Vielmehr geht es uns um eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Wir wollen einen Interessenausgleich zwischen Alt und Jung, genauso wie zwischen den Geschlechtern. Wir wollen aber auch eine Umverteilung zugunsten derer, die in unserer Gesellschaft marginalisiert sind.

Worauf wir setzen.

Wie wir Jusos unsere Vorstellungen durchsetzen wollen, ist bislang oft heftig umstritten gewesen. Einig waren wir uns immer an dem Begriff der Doppelstrategie festhalten zu wollen; allerdings musste dieses weiterentwickelt werden. Im Kern sind sich Jusos darüber einig, dass zwei Eingriffspunkte zu wählen sind: das Wirken in der SPD und die Verankerung ihrer inhaltlichen Positionen in der Gesellschaft. Der gesellschaftliche Bedarf für politische Selbstorganisation wächst geradezu in dem Maße, in dem sich (Regierungs-) Politik von gesellschaftlichen Realitäten abkoppelt. Die Chance zu nutzen, das Vakuum der gesellschaftlichen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten als Juso-Verband auszufüllen, gelangt schon deshalb nicht, weil die Problematik der Entkopplung von Politik und gesellschaftlicher Realität ja gerade damit zusammenhängt, dass es nicht etwa keine Probleme für die junge Generation gäbe, sondern dass Lösungsstrategien einfach nicht mehr mit Politik oder solidarischen Durchsetzungsstrategien verbunden werden.

Verschiedenartige Herangehensweisen haben sich in den vergangenen Jahren entwickelt, um die sich intensiver Streit rankte. Heute kann es nicht mehr darum gehen, den vermeintlich richtigen Weg durchzusetzen. Vielmehr müssen wir die positiven Ansätze und Chancen all dieser Optionen nutzen und weiterentwickeln, müssen sie passgenau auf eine konkrete Zielsetzung hin anwenden. Dass es dabei aus jeweils unterschiedlichen Sichtweisen und Funktionszuweisungen an die verschiedenen Ebenen überall andere Schwerpunktsetzungen geben wird, ist unvermeidbar und deshalb zu respektieren.

- Ein Handlungsansatz orientiert darauf, als linker Teil der SPD fortschrittliche Politik in die Gremien der Partei zu tragen. Durch die Mitarbeit von Jusos auf allen Ebenen soll erreicht werden, dass ihre Diskussionen und

Positionen aufgenommen und letztlich auch durchgesetzt werden. Dafür ist die Zusammenarbeit mit einer reformierten Parteilinken erforderlich.

- Dabei sind Jusos als Teil der Linken in Deutschland insgesamt zu betrachten. Die Vorstellung besteht, dass eine linke Politik allein durch Debatten in der SPD nicht nachhaltig durchsetzbar sein werden. Deshalb sollen linke Politikkonzepte mit BündnispartnerInnen diskutiert, formuliert und breit in die Gesellschaft hinein getragen werden.
- Insgesamt wollen Jusos neben ihrer Tätigkeit in der SPD gesellschaftliche Entwicklungen befördern. Das soll zweierlei bewirken: Zum einen sind sich Jusos bewusst, dass eine konsequente linke Reformpolitik nur dann durchsetzbar sein wird, wenn sie von der Menschen auch getragen wird. Der steigende Opportunismus der Regierungspartei SPD macht diesen Teil der Doppelstrategie unverzichtbar. Das bedeutet für Jusos offensiv in der Gesellschaft für ein sozialistisches Gesellschaftsmodell zu werben.

Es bleibt entscheidend die gegenseitigen Wechselwirkungen der verschiedenen Handlungsfelder aufeinander zu berücksichtigen und entsprechend zu nutzen.

Verband 21: Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeit

Die neuen Arbeits- und Lebensrealitäten und damit auch die veränderten Ansprüche der Menschen an politische Beteiligung gilt es aufzunehmen und Konsequenzen für die politische Arbeit der Jusos zu ziehen. Der Verband darf den Jugendlichen nicht nur das Gefühl geben, dass sie sich politisch einmischen können, sondern muss auf allen Ebenen real Möglichkeiten hierzu schaffen. Er steht vor der Herausforderung von einem überholten rein repräsentativen Organisationsmodell in ein beteiligungs- und mitmachorientiertes Modell umzubauen. Politische Mitwirkung darf dabei nicht vor den Toren der Gremien halt machen, sondern muss im Gegenteil weit aus unserer eigenen Generation heraus möglich sein, so wie Jusos weit in die Gesellschaft hinein wirken müssen.

Linke Bündnisse können dabei immer weniger als Addition von Organisationen gedacht werden. An die Stelle der Bündnisarbeit im herkömmlichen Sinne muss die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Eingriffsmöglichkeiten bzw. von konkreten Akteuren in den Bereichen Arbeit, Wissenschaft und Medien/Kultur treten. Erforderlich sind gesellschaftliche Räume, in denen Kommunikation und Interaktion stattfinden kann. Sicherlich entsteht politischer Druck nicht einfach durch irgendwelche Vernetzungen, sondern durch politische Initiative. Die Aufgabe derartiger Netzwerke bestünde aber darin, als Anknüpfungspunkte für soziale Bewegungen zu dienen und politische Alternativen in den Köpfen zu verankern, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Der Gedanke, die ‚Netze des Alltags‘ stärker für die Formulierung und Vermittlung von sozialdemokratischer Politik zu nutzen, aber auch wissenschaftlichen und kulturellen Sachverstand stärker in den politischen Diskurs einzubinden, ist nicht neu, jedoch auf dem Hintergrund veränderter individuelle Ansprüche an politische Mitwirkung neu mit konkreten Angeboten zu füllen. Die Mobilisierung parteiinternen Sachverstandes durch thematische Arbeitsstrukturen kann auch als Angebot über die Grenzen der Partei hinaus ausgebaut werden.

Popularisierung und Inszenierung von Reformprojekten

Politik wird inszeniert - gestern wie heute. Der Verband muss dazu kommen, sich auf die Grundlinien einer gemeinsamen Kommunikation und Inszenierung nach außen zu verständigen. Sicherlich gehört hierzu auch eine lebensweltlich orientierte Programmatik, da auch mediale Inszenierung eng gebunden an gesellschaftliche Formierungen bleibt.

Linke Politik kann und darf sich so nicht auf akademische Arbeit, Gremienauseinandersetzung und konkrete Interessenvertretung beschränken. Erforderlich ist auf der einen Seite das gezielte Eingreifen in öffentliche Diskurse. Inszenierungen können demokratisch-diskursiv und autoritär-manipulativ angelegt sein. Erforderlich sind Zuspitzungen, Symbole und positiv Referenzbeispiele, die eng mit der politischen Programmatik in Verbindung stehen und enge Anknüpfungspunkte zum Alltagsverständnis der Menschen besitzen. Daher gilt es, die progressiven Elemente im Alltagsverständnis und in den Anspruchskonzepten unserer Generation zu identifizieren und gezielt anzurufen.

3.3 Wir wollen Politik anders machen

Ziel der vor uns liegenden Jahre muss es sein, auf der Basis dieser Leitbilder die Jusos als einen modernen und eingriffsfähigen Jugendverband sozialistischer Prägung zu erneuern. Er muss wieder Plattform werden für diejenigen, die ihre Ansprüche an ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von der sozialen Herkunft politisch durchsetzen wollen und unter solidarischer Gestaltung der Zukunft mehr verstehen als das Managen der Deutschland AG.

Wir wollen eine Zusammenarbeit zwischen Bundesverband und Gliederungen erreichen, die in einer neuen Ernsthaftigkeit bei der gemeinsamen Annahme der Herausforderungen unserer Zeit und der Entwicklung von Lösungsstrategien besteht. Aus dem Wettlauf, wer eingebrachte Konzepte am wirksamsten verhindert, muss ein Wettbewerb um die besten Zukunftsentwürfe für unsere Politik und unsere Verbandsarbeit werden.

One organisation – one future

Wir brauchen politische Schwerpunktsetzung, Konzentration auf die wesentlichen Fragen und Kampagnen auf der einen Seite genauso wie eine Vielfalt an thematischen Angeboten auf der anderen Seite.

- Kampagnen sind dort sinnvoll, wo politische Fragen den gesamten Verband betreffen, wo überall Jusos sich engagieren um Gesellschaft zu mobilisieren. Das sind Fragen, die unsere gemeinsamen Grundsätze betreffen. Beispielhaft dafür waren der Protest gegen die NATO-Nachrüstung in den 80ern, der Kampf für den Erhalt des Asylrechts oder für die Einführung der Umlagefinanzierung in den 90ern, der Einsatz gegen die Atomenergie in den 70ern und ganz aktuell gegen die Castor-Transporte.

- Ansonsten zeichnen sich Jusos dadurch aus, dass sie an der ganzen Breite politischer Themen arbeiten. Das ist gut so und gehört dazu, wenn wir sozialistischer Richtungsverband sein wollen. Das bedeutet nämlich auch alle gesellschaftlichen Themen aufzugreifen.
- Der Bundesverband indes kann und muss das allumfassende Themenspektrum nicht allein repräsentieren. Seine Aufgabe wird es zunehmend sein die zentralen politischen Auseinandersetzungen in Deutschland herauszugreifen. Er soll sich auf das beschränken, was realistisch auch seriös zu leisten ist und wo konkrete Eingriffspunkte für Jusos erkennbar sind — zumindest wo eine öffentliche Wahrnehmung zu erreichen ist.
- Die inhaltliche Kompetenz der Jusos darüber hinaus muss besser genutzt werden. Dazu Bedarf es einer stärkeren Vernetzung der Gliederungen — vertikal und horizontal. Dort wo inhaltliche Ressourcen vorhanden sind, muss die Bereitschaft bestehen diese anderen zur Verfügung zu stellen. Und es muss die Bereitschaft geben Ergebnisse anderer zu verwenden; das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Zu Themen, die vom Juso-Bundesvorstand nicht besonders behandelt werden, kann dieser künftig Bezirke, die mit entsprechenden Fragen befasst sind, mit der Vorbereitung von Positionsfindungen für den Juso-Bundesverband beauftragen.

Demokratie im demokratisch-sozialistischen Jugendverband

Als SozialistInnen wollen wir Jusos ein demokratischer Verband sein. Demokratie bedeutet mehr als ein formal-demokratischer Aufbau und Delegation, Wahlen und Abstimmungen allein nach dem Mehrheitsprinzip. Die Voraussetzungen dafür bestehen bei uns Jusos. Wir müssen uns jedoch von Verhaltensweisen der Vergangenheit trennen:

- Entscheidungen werden durch die demokratisch legitimierten Gremien der JungsozialistInnen gefällt. Wo neben Bundeskongress, Bundesvorstand und Bundesausschuss andere Arbeitsformen eingesetzt werden, müssen diese demokratisch legitimiert sein und die Breite der Jusos repräsentieren. Voraussetzung dafür ist ein gleicher Informationsstand.
- Politische Strömungen in einem politischen Verband sind nicht verwerflich. Menschen mit ähnlicher Orientierung können ihre Konzepte miteinander diskutieren; das gilt gerade in dem pluralistischen Verband Jusos. Dies ist für uns kein Instrument zur gegenseitigen Ab- und Ausgrenzung.
- Wo Entscheidungen für Jusos vorbereitet werden sollen, darf das jedoch nicht in der Hand zufällig zusammengesetzter Runden liegen. Diese Funktion können nur die demokratisch legitimierten Ebenen — also im Bundesverband die Bezirke — durchaus auch in Zusammenarbeit wahrnehmen.
- Gleichzeitig muss jedoch klar sein, dass nicht alle Aufgaben von den satzungsgemäßen Gremien oder den bekannten, aus allen Bezirken paritätisch besetzten Kommissionen erledigt werden können. Wir brauchen in Zukunft eine stärkere Vernetzung von Aktiven in den verschiedenen Bereichen (Kommunalpolitik, ArbeitnehmerInnen usw.), die ansonsten nicht in der Juso-Hierarchie Funktionen wahrnehmen. Wir brauchen zu konkreten Themen spontane, zielgerichtete Projektgruppen zu konkreten Fragestellungen, in die fachkundige GenossInnen unabhängig von Amt und Herkunft einbezogen werden. Es bleibt sicherzustellen, dass solche Organisationsformen nicht den demokratischen Willensbildungsprozessen bei Jusos entgegenstehen sondern ergänzend einbezogen werden können.
- Im Bundesverband darf keine Situation entstehen, in der sich einzelne Bezirke oder ganze Verbandsteile vom Bundesverband abkoppeln werden. Dies erfordert, mit Konflikten und dem Austausch von Ressourcen auf der Grundlage demokratischer Prinzipien umzugehen.

Neue Arbeitsformen

In den vergangenen Jahren haben Jusos an vielen Stellen begonnen ihre Arbeitsformen zu modernisieren. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, müssen wir diesen Prozess der Veränderungen fortsetzen und forcieren. Ausgangspunkt bei einer Erneuerung der Verbandsarbeit sind für uns die Stärken der Jusos. Hierzu zählen zuerst die vielen ehrenamtlichen Mitglieder, die viel Zeit und Energie investieren, um die Jusos voranzubringen. Dieses Engagement unserer Aktiven ist unbezahlbar. Politische Meinung wird — auch im Medienzeitalter — stark im persönliche Umfeld geprägt. Wer heute den Kampf um Köpfe allein über die Medien führen will, denkt zu kurz. Wir brauchen so eine Konzentration auf die Verbandsentwicklung, also die Stärkung der Verbandsorganisation durch Mitgliederwerbung, eine mittelfristige Nachwuchsförderung und eine Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise. Wir Jusos brauchen neue Ideen politische Arbeit zu organisieren. Viele Formen haben wir schon erfunden oder entdeckt, die Jusos interessanter, spannender und attraktiver machen. Das reicht noch nicht aus. Deshalb müssen wir weiter daran arbeiten, wie wir uns am besten aufstellen.

- **Feminisierung des Verbandes**

Das Schlagwort von der Feminisierung des Verbandes bzw. das Etikett des feministischen Richtungsverbandes muss mit Leben gefüllt werden. Zu viele personelle Ressourcen bleiben ungenutzt, wenn interessierte Frauen jeden Juso-Alters immer wieder auf ein gesellschaftlich, aber auch innerverbandlich tradiertes Rollenbild zurückverwiesen werden und ihr Engagement nach kurzer Zeit wieder einschlafen lassen, anstatt sich konstruktiv einbringen zu können. Zwei Komponenten sind dabei von zentraler Bedeutung: zum einen müssen mehr Frauen zur Mitarbeit bei den Jusos gewonnen, spezielle Angebote an Frauen gemacht und Frauen an allen Entscheidungen, Gremien und Strukturen gleichberechtigt beteiligt werden, zum anderen muss der Geschlechteraspekt Teil aller politischen Anliegen der Jusos und Frauenpolitik Bestandteil aller Gliederungen sein.

- **Politische Orientierung**

Jusos wollen ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband sein. Dazu gehört, dass sie politische Orientierung geben. Es reicht jedoch nicht aus die Gesellschaft, in der wir Leben, zu erklären und zu bewerten. Dass über die Ausrichtung unseres Verbands heute unterschiedliche Meinungen be-

stehen, hat viel mit mangelnder Vermittlung zu tun. Es reicht nicht aus beim Streit über Gesellschaftsanalysen allein die großen Linien festzulegen. Politische Entwürfe müssen ihre Tauglichkeit und Ausstrahlungskraft in der tagespolitischen Realität nachweisen. Jusos müssen für die Zukunftsthemen in unserer Gesellschaft und in unserer Generation stehen, sie politisch besetzen und hier die politische Auseinandersetzung suchen.

- **Den schnelleren Generationenwechsel bewältigen**

Diese Aufgabe stellt sich nicht zuletzt neu, weil die Wechsel der Juso-Generationen und immer schnelleres Tempo angenommen haben. Während vor zehn Jahren „Karrieren“, über mittlere Zeiträume verliefen, wird jungen GenossInnen heute deutlich früher Verantwortung in Funktionen übertragen. Die Zeit politisches Handwerkszeug zu lernen und in inhaltliche Diskussionslinien hineinzuwachsen gibt es nicht mehr in dem Maße, die Weitergabe von Wissen der Älteren an die Jüngeren hat so nachgelassen. Der politischen Bildung kommt deshalb künftig ein höherer Stellenwert zu. Diese muss sowohl thematische wie methodische Aspekte umfassen, damit inhaltliche Fundierung und Professionalität verbessert werden können.

- **Bildungsarbeit stärken**

Bildungsarbeit war schon bisher ein wichtiges Handlungsfeld vieler Gliederungen. Jusos insgesamt bieten ein sehr breites, anspruchsvolles und qualitativ hochwertiges Bildungsprogramm an. Angesichts der gestiegenen Anforderungen sollten sich Jusos aber nicht mehr leisten, dass sie an vielen Stellen nebeneinander geleistet wird. Auch dort müssen wir voneinander profitieren können. Daher können wir Bildungsangebote poolen, sie öffnen über die jeweiligen Gliederungen hinaus und damit auch Jusos außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs die Teilnahme ermöglichen. Ebenso wie Bildungskonzeptionen und Seminarplanungen zur Nutzung anderer zur Verfügung zu stellen kann das Bildungspooling besonders — nicht ausschließlich — die kleinen, struktur- und finanzschwachen Bezirke unterstützen.

- **Konzentration und Qualität**

Jusos müssen sich von dem Gedanken verabschieden sie seien immer für alles zuständig. Individuelle Ansprüche an ein zu leistendes Arbeitspensum und zurückgehende Aktivenzahlen erfordern, dass der Arbeitsumfang reduziert wird. Das darf nicht zu Lasten der Qualität gehen. Dabei ist es entscheidender ein gutes inhaltliches Projekt durchzuführen statt eine Reihe halbherziger Aktionen, welche die Aktiven belasten und keine Folgen haben. Die Prioritäten ergeben sich aus unseren strategischen Ansätzen und auch aus dem persönlichen Interesse der Aktiven. Aufwand und Ergebnis müssen ernsthaft gegeneinander abgewogen werden; nur durch einen bewussten Umgang mit den vorhandenen Kapazitäten und durch mehr Effizienz wird der Schritt zu Beliebigkeit, die unseren Anforderungen eben nicht entspricht, zu umgehen sein. Wir müssen lernen den Mut zu haben zwischen Pflicht und Kür zu unterscheiden — zwischen dem, was machbar ist, und dem, was wünschenswert ist, aber nur bei ausreichenden Ressourcen realisiert werden kann.

- **Mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen**

Projektorientiert arbeiten heißt auch offener Arbeiten. Die Unterteilung in Gremien und Ebenen ist in einem großen und demokratischen Verband unumgänglich. Wer aber einfach nur Politik machen möchte, kann mit diesen Bürokratien wenig anfangen. Wer sich scheut in diese Mühle hineinzugeraten bleibt bestenfalls in seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld. Deshalb müssen Arbeitsweisen geöffnet werden. Dort wo interessante und sinnvolle Projekte laufen, müssen alle, die daran Interesse haben oder über thematische Kompetenz verfügen, mitwirken dürfen. Wir brauchen stärkere Beteiligungsmöglichkeiten, eine höhere Durchlässigkeit und einen größeren Austausch zwischen den Ebenen. Für den Juso-Bundesverband bedeutet dies konkret, dass er die Unterbezirke stärker in seine Arbeit einbezieht und für sie auf seiner Ebene Betätigungsmöglichkeiten einräumt — auch um Vermittlung und Bindungskraft zu verstärken.

- **Niedrigschwellige politische Angebote schaffen**

Beteiligung muss auch in enger eingegrenzten Bereichen möglich sein. Deshalb ist ein erweitertes niedrigschwelliges, politisches Angebot notwendig. Dort, wo junge Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld ganz konkret ihre Erfahrungen einbringen und etwas bewegen wollen, sind dezentrale Netzwerke ein erfolgversprechender Ansatz, wie Juso-SchülerInnengruppen und Juso-Hochschulgruppen schon in der Vergangenheit gezeigt haben. Solche Formen gilt es auszubauen u. a. durch Bildung eines ArbeitnehmerInnennetzwerks. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Ergänzung und Professionalisierung der bestehenden Strukturen. Netzwerke in demokratische Strukturen einbinden. Die Jusos müssen sich über die Funktion und Ziele von Netzwerken kritisch verständigen. Sinnvoll sind sie nur in demokratisch legitimer Form und mit klar definierter Einbindung in die bestehenden Gremien. Ihre Arbeitsweise organisieren Netzwerke selbst, ihre Ziele müssen überprüfbar bleiben: Autonome Arbeitsweise ja, Abkopplung nein!

- **Jusos als Ideenwerkstatt**

Jusos müssen sich auch in ihren Arbeitsformen als Ideenwerkstatt begreifen. Was gut funktioniert, muss bleiben. Was zu verbessern ist, wird angegangen. Jede Einheit wird zum Experimentiermodell für andere. Wir wollen uns am best practice orientieren, es als Chance und nicht als Gefahr begreifen.

Bundesarbeitsprogramm 2001-2003

1 Von der Strategieplattform zum Bundesarbeitsprogramm

In der Strategieplattform haben wir versucht zu skizzieren, wie sich Jusos in neuen Zeiten aufstellen, um erfolgreich Politik machen zu können. Dies stellt die Grundlage unseres politischen Handelns dar. Das Bundesarbeitsprogramm knüpft nun genau an diesem Punkt an.

Für uns Jusos geht es in den nächsten zwei Jahren darum, jenseits von technokratischen Strukturdiskussionen die Arbeit von jungen SozialistInnen in Strategie und Praxis im beschriebenen Rahmen ganz konkret zu erneuern. Ziel darf nicht die Anpassung an einen vermeintlich durch die Schröder Regierung getroffenen Zeitgeist sein, sondern das Anknüpfen an fortschrittlichen Potentialen, um so einen Beitrag zu einer eigenständigen Entwicklung eines linker ausstrahlungsfähiger Politikentwürfe und der Organisation junger SozialistInnen innerhalb und außerhalb der Jusos zu leisten.

Die vereinbarte Strategie gewinnt in der praktischen Arbeit Gestalt. Die Voraussetzung für eine ernsthafte Umsetzung der Strategie ist die Verständigung auf eine gemeinsame strategisch-organisatorische Arbeitsplattform, auf der sich Bundesverband und Bezirke treffen. Wir Jusos begreifen in diesem Sinne das vorliegende Arbeitsprogramm als gemeinsame Grundlage der Arbeit von Bundesverband und Bezirken. Es stellt die Basis und den Rahmen unserer weiteren Aktivitäten dar.

2 Herausforderungen / Agenda der kommenden Jahre

Politische Lage und Aufstellung von rot-grün

Nach 2 1/2 Jahren rot-grüner Bundesregierung fällt eine Bilanz des Regierungshandelns ambivalent aus. Nach Kosovo-Krieg und Haushaltskonsolidierung 1999 waren die Renten- und die Steuerreform in den letzten Monaten die bestimmenden Themen.

I. Die *Steuerreform* - eines der großen angekündigten Reformprojekte von Rot-Grün - lässt eine klare Linie nicht erkennen. Neben größeren und richtigen Entlastungen im unteren Einkommensbereich durch die Senkung des Eingangssteuersatzes und die Erhöhung des Freibetrages wurde auch der Spitzensteuersatz deutlich gesenkt. Die Reform der Dividendenbesteuerung weg vom Vollanrechnungs- hin zum Halbeinkünfteverfahren benachteiligt Kleinaktionäre massiv. Volkswirtschaftlich hat die Reform zwar zu einer kurzfristigen Belebung der Binnenkonjunktur beigetragen, mittel- bis langfristige Auswirkungen auf die Inlandsnachfrage werden allerdings marginal bleiben, da weiterhin auf eine gezielte steuerliche Umverteilung verzichtet wird.

II. Einem Zick-Zack-Kurs kam die Auseinandersetzung um die *Rentenreform* gleich. Beinahe im Zwei-Wochen-Takt musste aufgrund öffentlichen und parteiinternen Drucks das ursprüngliche Reformmodell zum Teil grundlegend revidiert werden. Die Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzversorgung und die indirekte Aufkündigung der paritätischen Finanzierung sind Punkte, die noch vor der gewonnen Bundestagswahl für die Sozialdemokratie undenkbar gewesen wären. Entsprechend groß war auch der Widerstand in der Partei. Die beiden größten Bezirke Westliches Westfalen und Bayern sowie Hessen-Süd und Mecklenburg Vorpommern legten Alternativentwürfe vor. Trotzdem war die Regierung nur bereit, marginale Korrekturen an ihrem Modell vorzunehmen. Das Ergebnis ist eine Rentenreform, die insbesondere in der Aufkündigung der paritätischen Finanzierung der kapitalgedeckten Säule den Grundstein zu einem späteren Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Rente gelegt hat. Auch die (versprochene) soziale Grundsicherung im Alter, die diesen Namen auch verdient, ist zwischen politischem Unwillen, Sparlogik und Formelkompromissen auf der Strecke geblieben. Für den Rest der Legislaturperiode hat sich die Regierung noch einiges vorgenommen: Wende in der Agrarpolitik nach der BSE-Krise, gesetzliche Regelung der Einwanderung, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes oder die Gesundheitsreform sind nur einige der Themen, die auf der Agenda stehen werden. Alle Themen böten die Chancen für eine fortschrittliche Politik. Besonders die Auseinandersetzung um die betriebliche Mitbestimmung kann von uns genutzt werden, um wieder grundlegende Fragen nach der Demokratisierung unserer Wirtschaft breit zu thematisieren. Diese Chance kann aber nur wahrgenommen, wenn die Debatte innerhalb und außerhalb der Partei mit Nachdruck geführt und entsprechend Druck auf die Regierung ausgeübt wird. Denn eines ist in 2 1/2 Jahren rot-grüner Regierungspolitik mehr als deutlich geworden: Jeder noch so kleine Schritt in die richtige Richtung muss hart erkämpft werden.

Hieran setzt der Beitrag der Jusos für den Wahlkampf an: Es kann uns bereits in der Vorbereitung des Wahlkampfes - u.a. mit dem Parteitag 2001 - gelingen, öffentlich darstellbare Wegmarken für eine fortschrittliche Reformpolitik aufzubauen. Aus dieser Chance heraus können die Jusos ihren Beitrag zum Wahlkampf entwickeln und der eigenen Generation politische Gestaltungsangebote liefern. Für die Jusos wird der Bundestagswahlkampf aber auch ein entscheidender Testlauf für die Erneuerung des Verbandes: Eine breite Ansprache und Wirksamkeit in die junge Generation, die zielgerichtete Durchsetzung zeitgemäßer Kommunikationsangebote und eine intensive Aktiven- und Mitgliederwerbung sind die Arbeitsaufgaben für den Wahlkampf.

Reform der politischen Beteiligung in der SPD

Die sich verändernde Gesellschaft bringt auch Anforderungen nach sich verändernden Formen der politischen Beteiligung mit sich. Rund um den Arbeitstitel "Partei 21" hat der SPD-Parteivorstand in den letzten Jahren einige Elemente ausprobiert. Dabei sind zwei grundlegende Tendenzen zu unterscheiden:

I. Bestrebungen über - zum Teil neue - Formen der Bildungsarbeit vor allem methodische Kenntnisse und Erfahrungen im ehren- wie im hauptamtlichen Bereich auszubauen und somit die "Effizienz" der politischen Arbeit mit einem schrumpfenden Personalpool zu erhöhen und

II. Die Herausbildung von Netzwerken in der politischen Arbeit, deren Aufgabenprofile sich zumindest zum Teil mit der Arbeit in bestehenden Strukturen überschneiden.

Die skizzierten Ansätze zur Reform der politischen Beteiligung bieten dabei Chancen und Risiken für eine stärkere Beteiligung der jungen Generation und für mehr Einfluss auf die Ausgestaltung der Sozialdemokratie von morgen. Den Jusos kommt dabei die Aufgabe zu, sie einerseits als Instrumente zur Durchsetzung einer fortschrittlichen Politik zu nutzen. Andererseits müssen die Jusos neue Formen der Beteiligung mit einer demokratisch legitimierten politischen Willensbildung verbinden: Neue "Formen" sind kein Selbstzweck - sie sind Instrumente eines politischen Prozesses und bedürfen der demokratischen Kontrolle durch die gewählten Gremien von Jusos und SPD.

3 Arbeitsplan 01-03

Wir wollen uns klare Schwerpunkte und einen klaren Fahrplan für die vor uns liegende Zeit geben. Wir fassen deshalb die genannten Überlegungen in einen konkreten gemeinsamen Arbeitsplan für die Amtszeit des zu wählenden Bundesvorstands zusammen. Er beschreibt konkret die Aufgaben und Projekte der vor uns liegenden zwei Jahre.

Die Jahre 2001 und 2002 sind für die Jusos die Zeit,

- I. in der wir konkret *Chancenprojekte vor allem für die Jugend* angehen wollen. Die Handlungsfelder Bildung, Arbeit und Integration bilden dabei den inhaltlichen Rahmen. Wir fassen diesen Schwerpunkt unter dem Motto *Recht auf Zukunftschancen* zusammen.
- II. in der wir im *Bundestagswahlkampf 2002* mit einer eigenständiger Wahlkampagne der Jusos für Umsetzungsperspektiven unserer Chancenprojekte und damit gleichzeitig für die Fortsetzung der rot-grünen Regierungskoalition werben werden. Unter dem Titel *Perspektive 2002* gilt es eine gemeinsame Wahlkampagne zu entwerfen.
- III. in der wir die *Programmdebatte der SPD* durch eigene Beiträge bereichern und massiv verbreitern wollen. Eine *Programmdebatte von unten* ist notwendig, um die Breite der Partei zu beteiligen und mitzunehmen.
- IV. in der wir weitere Schritte hin zur *Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise* gehen werden. Es kann für uns dabei keine Erneuerung ohne Öffnung und Demokratisierung unserer Strukturen geben.
- V. in der wir so unseren Anspruch ein wesentlicher Teil der *Sozialdemokratie der nächsten Generation* zu sein untermauern werden.

I *Chancenprojekte: Das Recht auf Zukunftschancen*

Wir wollen, das sozialdemokratische Politik mit dem Begriff "Zukunftschancen" in Verbindung gebracht wird. Dabei geht es uns *einerseits* um die ganz konkrete Vertretung der Interessen von Jugendlichen und eine Stärkung ihrer Chancen, *andererseits* immer auch um eine parteiische Vertretung der Interessen aller lohnabhängig Beschäftigten. Wir vertreten aber auch die Interessen derer, die in unserer Gesellschaft marginalisiert sind. Letztlich geht es um eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Die einzelnen Maßnahmen müssen sich einfügen in eine neue sinnstiftende Philosophie fortschrittlicher Politik. Das Projekt der Zukunft wird sich um die Frage drehen müssen, wie Demokratie, Lebensqualität und sozial Integration in einem veränderten Kapitalismus durchsetzen lassen.

Die SPD diskutiert "Chancen" und "Sicherheit im Wandel"

Die SPD-Parteiführung bereitet den Bundesparteitag 2001 grundlegender und intensiver vor, als wir es bislang gewohnt waren: Bereits in den vergangenen Wochen wurden die Leittrträge für den Parteitag Ende November in die innerparteiliche aber auch öffentliche Diskussion eingespeist. Die Taktik ist klar: Je mehr Diskussionsbedarf im zeitlichen Vorlauf "befriedigt" wird, desto geschlossener und klarer kann der Parteitag zum Jahresende die Leittrträge beschließen und somit die wesentliche programmatische Basis für den Bundestagswahlkampf legen. Diese Vorgehensweise und die im Prinzip offenen Diskussionsangebote bieten den Jusos Chancen, sich öffentlich und innerparteilich in die zentralen Debatten einzuschreiben.

Der Konflikt zwischen Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und dem Anspruch, ein schönes Leben zu führen, geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch jeden von uns. Wir erreichen eine neue Stufe der Individualisierung, die jeden zum "Manager seiner eigenen Biographie" macht. Die wenigsten sind aber in der Lage, dies individuell zu meistern. Eine Sozial- und Bildungspolitik der Zukunft muss stärker diese Lebenslagen berücksichtigen, Chancengleichheit realisieren und eine reale Beschäftigungsperspektive der/des Einzelnen sicherstellen.

Erforderlich ist ein *fortschrittliches* Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, in erster Linie monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen. Eine *fortschrittliche* Bildungspolitik muss Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit als Kernziele sicherstellen. Eine *fortschrittliche* Arbeitsmarktpolitik muss den präventiven Charakter stärken und wesentliches Element einer zukünftigen Regulation der Arbeitsgesellschaft sein. Eine *fortschrittliche* Einwanderungspolitik muss Zukunftschancen vor allem durch ein breit angelegtes Integrationskonzept ermöglichen.

Wir wollen so das Recht auf Zukunftschancen zu einem praktischen Leitbild einer erneuerten sozialdemokratischen Politik machen, deswegen stellen wir es in das Zentrum unserer Arbeit. Wir werden auch im Rahmen der SPD-Jugendinitiative auf allen Ebenen Initiativen und Aktionen starten, die diesen Anspruch gerecht werden.

I.1. Recht auf Bildungschancen: Grundlage für Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit

Die Situation Jugendlicher und junger Erwachsener ist maßgeblich dadurch geprägt, dass dieser Lebensabschnitt gesellschaftlich als Ausbildungsphase betrachtet wird. Insofern ist es für einen politischen Jugendverband, der an den Lebensrealitäten junger Menschen ansetzen will, selbstverständlich, sich intensiv mit dem Thema Bildung zu befassen.

Darüber hinaus erhält das Thema Bildung aktuell immer höhere Bedeutung. "Arbeitskraft" ist immer weniger tatsächlich mit dem Einsatz von "Kraft" verbunden. Entsprechend sieht das heutige Leitbild eines Arbeitnehmers

diesen immer stärker als quasi-selbständigen Kleinstunternehmer, dessen Kapital seine Qualifikation und seine Arbeitskraft sind. Dieser ist weniger an einen im Detail vorgeschriebenen Arbeitsprozess als vielmehr an die eigenständige Maximierung des Outputs gebunden. Bei der Implementierung dieses Leitbildes kommt der Kommerzialisierung des Bildungsbereiches eine Schlüsselrolle zu. Denn die selbsttätige Optimierung der eigenen Ausbeutung erfordert eine ganz spezifische Qualifikation. Andererseits ist die Einsicht in diese Ausbeutungsmechanismen auch die notwendige Voraussetzung dafür, die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren und für eine Veränderung zu wirken. Eine solche Qualifikation ist also auch potentiell subversiv und kann die Grundlage für fortschrittliches politisches Eingreifen sein.

Dem gegenüber orientieren Jusos auf eine solidarische Bildungsreform, die Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit in den Mittelpunkt der Debatte rückt. Insofern kann es bei Bildungschancen nicht um Optionen gehen, die man entweder erfolgreich nutzt oder verspielt hat. Vielmehr ist sicherzustellen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sich ständig und immer wieder neu zu qualifizieren. Diese für eine emanzipative Gesellschaftsentwicklung notwendige Voraussetzung ist heute leichter durchsetzbar, da die traditionelle Vorstellung von einer befristeten Ausbildung, die dann Grundlage für eine lebenslange Berufstätigkeit ist, auch unter der Perspektive kapitalistischer Profitmaximierung nicht mehr zweckmäßig ist. Das heißt aber selbstverständlich nicht, dass im aktuellen Umbau der Bildungslandschaft emanzipative Elemente ganz von allein wirksam werden. Im Gegenteil: dies wird Gegenstand härtester Auseinandersetzungen sein.

Wir wollen eine grundlegende Reform des Bildungssystems mit dem Ziel der Stärkung der Demokratie. SchülerInnen und Studierende müssen mehr Mitentscheidungsrechte erhalten. Wir werden die SPD auffordern, hierfür erforderliche Gesetzesänderungen z. B. beim Hochschulrahmengesetz vorzunehmen.

Da die Reform des Bildungssektors im wesentlichen dezentral umgesetzt wird, ist es für unsere konkrete Arbeit in diesem Bereich ganz besonders entscheidend, eine gute Verankerung in den Bezirken zu erreichen. Hierzu ist gemeinsam mit den Juso-SchülerInnen und den Hochschulgruppen ein Prozess einzuleiten, in dem einerseits die regionalen Erfahrungen gesammelt werden und andererseits eine Konzeption von Bildung und Qualifikation als Teil emanzipativer Gesellschaftsentwicklung entwickelt und in konkrete Reformschritte heruntergebrochen wird. Auf dieser Grundlage werden wir einerseits in die Partei hinein agieren, um der bildungspolitischen Debatte hier wieder eine fortschrittliche Perspektive zu geben. Wesentlicher Eingriffspunkt ist hier der Bundesparteitag im November 2001. Andererseits werden wir uns koordiniert zu den wesentlichen Reformvorhaben der nächsten Zeit auf Bundes- und Länderebene positionieren und eigene Vorschläge, die über die tagespolitische Debatte hinausweisen, einbringen.

1.2. Zukunft der Arbeit: Neue Chancen durch eine Arbeitsversicherung und Beschäftigungspolitik

Der Strukturwandel der Arbeit erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine "Arbeitsversicherung" umzuwandeln. Sie soll nicht erst Leistungen erbringen, wenn der Risikofall Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z.B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit und Qualifizierung, die sie während ihrer Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können. Wenn das bisherige Normalarbeitszeitverhältnis immer weniger Gültigkeit besitzt, lösen sich auch damit verbundene Sicherheitsstandards auf. Erforderlich ist daher eine Konzeption der Flexibilisierungen, die im Interesse der Erwerbstätigen sind, zulässt, aber auch neue Sicherheiten bietet. Vor allem geht es dabei um die Realisierung einer Brückenfunktion an Arbeitsmarkt-Übergängen.

Mit der Aufnahme des von den Jusos geforderten Ansatzes der "Arbeitsversicherung" als Weiterentwicklung der bisherigen Arbeitslosenversicherung in den vom SPD-Parteivorstand vorgelegten Leitantrag "Sicherheit im Wandel" ist ein neues, alternatives Steuerungsmodell der Arbeitsmarktpolitik auf die politische Tagesordnung gedrungen. Notwendig ist es nun, dieses alternative (und damit auch weitgehend unbekannt) Konzept über die innerparteiliche Diskussion hinaus in eine öffentliche Debatte zu bringen und somit grundsätzlich Türen für die Diskussion alternativer Ansätze und Entwürfe aufzustoßen.

Weiterhin ist es Ziel von Jusos im Rahmen der Debatte um die Zukunft der Arbeit, die Ausbildungs- und Berufseinstiegschancen Jugendlicher und junger Erwachsener zu verbessern. Hierzu gehören insbesondere

- die Fortführung des JUMP Programms über das Jahr 2003 hinaus und seine Fortentwicklung in Richtung eines "JUMP-PLUS", das gesonderte Förderung von Regionen mit struktureller Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in Ostdeutschland, gewährleistet.
- die grundlegende Reform des Berufsbildungssystems durch eine Ausbildungsumlage. Insbesondere für strukturschwache Regionen ist die Ausbildungsumlage nach wie vor zur Sicherung eines auswahlfähigen Angebotes an Ausbildungsplätzen ein notwendiges Instrument.

Die Verbesserung von Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit macht nur dann Sinn, wenn auch gleichzeitig qualifizierte, existenzsichernde und vor allem ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden. Massenarbeitslosigkeit hat ihre Ursache nicht in mangelnder Aus- oder Weiterbildung der lohnabhängig Beschäftigten, sondern darin, dass der Strukturwandel oftmals nur unzureichend durch politische Regulierung abgefedert worden ist. Erforderlich ist erstens eine Steuer- und Finanzpolitik, die gerecht ist, die Massenkaufkraft stärkt und Kapital in arbeitsplatzschaffende und ökologisch verträgliche Wachstumsfelder lenkt. Wir plädieren zudem für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS), der wirtschaftliche Eigeninitiative von unten und eine Stärkung gemeinwohlorientierter Dienstleistungen ermöglicht. Zum dritten wollen wir die Möglichkeiten für eine regionalisierte Strukturpolitik ausbauen.

1.3 Demokratie in Partei und Gesellschaft

Dieses zentrale Projekt soll die Ansprüche der Jusos an Demokratie und Teilhabe innerhalb ihres Verbandes und der Partei aufgreifen und hierzu Konzepte entwickeln.

Des weiteren geht es darum unsere Vorstellungen für mehr Demokratie in der Gesellschaft zu formulieren. Dabei werden wir uns mit Konzepten von mehr direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen auf der Bundesebene sowie Verfassungsänderungen zur Einführung von mehr Demokratie durch Volksabstimmungen und Volksbegehren beschäftigen.

Die Projektgruppe wird beauftragt hierzu einen Kongress vorzubereiten.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht als günstige Gelegenheit verstanden wird, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückziehen kann! Genauso wenig kann es einen Ersatz für Erwerbsarbeit darstellen.

I.4. Integration als Kern einer modernen Einwanderungspolitik

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Einwanderung in die Bundesrepublik gesetzlich zu regeln und auf vernünftige Beine zu stellen. Die Jusos werden sich in diese Debatte einmischen. Es gilt, die eigene Positionen auch wahrnehmbar in der öffentlichen Auseinandersetzung zu platzieren. Dabei kommt es auch darauf an, konservativer Stimmungsmache gegen AusländerInnen und einem Frontalangriff auf die Überreste des Grundrechts auf Asyl das Wasser abzugraben. Besondere Beachtung wird dabei auch der speziellen Situation von weiblichen Flüchtlingen und MigrantInnen zukommen.

Aufgabe der Jusos in dieser Debatte ist es aber nicht, nur rechtzeitig den "besseren, weil humaneren Gesetzentwurf" vorzulegen, sondern durch Informationen aufklärerisch tätig zu sein, um aufzuzeigen, dass zahlreiche der gebetsmühlenartig in der öffentlichen Debatte wiederholten "Argumente" falsch, verdreht oder unvollständig sind und die Notwendigkeit eines quotenbewehrten Einwanderungsgesetzes sich daraus nicht zwangsläufig ableiten lässt, sondern vor allem Anstrengungen zur Wiederherstellung des Asylrechts und zur Integration der hier lebenden oder zuziehenden Einwanderer und Einwanderinnen nötig sind. Insofern kann es gerade mit diesem Thema gelingen, verschiedene Interessenschwerpunkte des Verbandes zu bündeln und zusammenzubringen.

I.5. Umsetzung und Verbandsmobilisierung

Ziel ist es eine breite Verständigung des Verbandes auf drei bis vier zentrale Reformansätze erfolgen, die im Rahmen einer gemeinsamen Philosophie intensiv im Verband und darüber hinaus kommuniziert werden. Die abgeleiteten Forderungen sollten in der zweiten Jahreshälfte von den Jusos u.a. in die Diskussion der regionalen Parteigliederungen zur Vorbereitung des Parteitages eingebracht werden - mit der Zielsetzung einer positiven Positionierung der SPD-Landesverbände & -Bezirke. Als Handreichungen hierfür werden dem Verband "Arbeitshilfen" zur Verfügung gestellt, die die inhaltliche Positionierung, Hinweise zur strategischen Verankerung im Verband, Aktions- und Veranstaltungstipps sowie sonstigen Support enthalten. Praktischerweise sollten diese "Arbeitshilfen" über die Internetseiten der Jusos zu beziehen sein. Zudem sollten entsprechende Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit (zum Verteilen) entwickelt und produziert werden. Zielsetzung des skizzierten Vorgehens ist es, dass sich die Jusos an einigen wenigen Reformansätzen profilieren und durch eine intensive Bearbeitung und öffentliche Darstellung nachweisbare Erfolge erzielen. Ein solcher Prozess wäre nicht nur eine Chance für die Stärkung der eigenen Verbandsidentität, sondern auch ein öffentlich darstellbarer Kompetenzbeleg und die erste Konturierung inhaltlicher Profilierungsfelder für den Juso-Bundestagswahlkampf.

II Bundestagswahl 2002 – Perspektive 2002

II.1 Bundestagswahlen 2002

Zurzeit ist noch weitgehend unklar, wie die "Aufstellung" von CDU/CSU für die Bundestagswahl ausfallen wird. Nicht nur wegen der illegalen Finanzierungspraktiken und dem nicht wiederlegten Korruptionsvorwurf gegen den langjährigen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Union eine nicht aufgearbeitete "Erblast" mit sich zu tragen. Vor allem aber der systematische Klau von Zukunftschancen für die junge Generation in den 16 Jahren Kohlscher Regentschaft, der Abbau von Chancengleichheit, die untätige Hinnahme von Jugendarbeitslosigkeit etc. sind Markenzeichen des konservativen Projekts der 1980er und 90er Jahre, mit dem auch die sog. "neue CDU" bis in die letzte Faser verwoben ist. Aufgrund der desolaten Situation der CDU ist in der Union zudem eine weitere Verschiebung des Kräfteverhältnisses hin zur rechtskonservativen CSU zu befürchten, der im Wahlkampf mit der klaren Ansage "Stoppt Stoiber" zu begegnen ist, *insbesondere da von dieser Seite eine Kanzlerkandidatur zu befürchten ist*. Die FDP hingegen ist mit ihrem Frontmann Guido W. dabei, sich einen jugendlichen Touch zu verpassen und will die Modernisierungselite der jungen Generation vereinnahmen. Sie setzt mit ihrem neo-liberalen Modernisierungsansatz dabei klar auf die soziale Spaltung unserer Generation. Ihrem "Ellenbogen-Ansatz" müssen Zukunftschancen für die gesamte Generation entgegengestellt werden, bei denen der Aspekt der Chancengleichheit der zentrale Ansatzpunkt ist.

Nach dem Erfolg der Bundestagswahl-Kampagne 1998 wird von der SPD-Parteiführung auch für den kommenden Wahlkampf wieder eine umfassende, professionelle, zentral gesteuerte Kampagne angestrebt. Eine solche Kampagne muss aber verknüpft werden mit klaren Regeln der innerparteilichen Willensbildung und einer intendierten Beteiligungsorientierung für die Sozialdemokratie vor Ort. Nach den auch 1998 nur mäßigen Wahlerfolgen im JungwählerInnenbereich wird die SPD im kommenden Bundestagswahlkampf deutlich Akzente einer Jugendarbeit verankern. Hier kommt es wesentlich darauf an, nicht nur mit populären Veranstaltungen u.ä. jugendlich aufzutreten. Vielmehr müssen jugendgerechte Formen der Zielgruppenansprache verbunden werden mit einem politischen Angebot, das auf den sozialen Zusammenhalt der jungen Generation ausgerichtet ist und fortschrittliche Antworten auf die Fragen der zukünftigen Ausgestaltung des Lebens, Lernens und Arbeitens liefert.

II.2 Strategieentwicklung/Plattform

Eine Wahlkampfkonzeption, die allein darauf aufbaut, von der Bundesebene her eine Kampagne zu planen und mittels der Bereitstellung entsprechender Materialien dem Verband zur Umsetzung vorzulegen, wird wenig ausstrahlen. Notwendig ist es - mit beträchtlichem zeitlichen Vorlauf - beginnend bereits in 2001 - eine Wahlkampfstrategie zu entwickeln und ein entsprechendes Team aufzubauen. Dies meint dreierlei:

- Nur wenn es gelingt, weitgehend zusammen im Verband eine Wahlkampfstrategie zu entwickeln und hierin die unterschiedlichen Kompetenzen der regionalen Gliederungen zu integrieren und auf eine überschaubare Zahl konkreter Reformprojekte zu verdichten, wird es gelingen, einen gemeinsamen Juso-Wahlkampf mit einem erkennbaren Profil zu entwickeln.

- Hierzu gehört der Aufbau einer Gruppe mit VertreterInnen der Bundes- wie der Landes- und Bezirksebene, das als dezentrale "Juso-Kampa" die Entwicklung einer Wahlkampfstrategie begleitet und konkrete Beiträge zur Ausgestaltung und Koordination liefert.
- Möglichst frühzeitig muss eine Einbindung der lokalen/regionalen Umsetzungsebene des Juso-Wahlkampfes.

II.3 Perspektive 2002 - Junge in den Bundestag

Eine wichtige Kernaufgabe ist die Rekrutierung von politischem Nachwuchs, die personale Verankerung in der jungen Generation und damit auch die Heranführung von jungen WählerInnen an die Sozialdemokratie. Hierfür bieten "Juso-Kandidaturen" für den Bundestag sicherlich einen positiven Bezugspunkt. Vom Juso-Bundesverband sollten frühzeitig - d.h. relativ umgehend - Hilfestellungen in Bezug auf die Vorbereitung und Durchsetzung von Kandidaturen erarbeitet, ein gemeinsames "Label" angeboten und eine koordinierende Rolle übernommen werden.

Zwar sind auch die Jüngeren in der SPD sich nicht immer einig. Produktiven Streit sehen wir jedoch als Chance und Bereicherung. Viele sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Politische Verantwortung heißt für uns aber auch, für Ideen zu stehen und nicht nur für Posten. Wenn wir nicht als Einzelkämpfer auftreten wollen, muss auch eine gemeinsame Basis definiert werden. Gerade in Phasen des Umbruchs kann es dabei keine fertigen Antworten geben. Wir wollen den offenen Diskurs. Aber im "Kampf um die Köpfe" scheuen wir uns nicht, politische Gegner zu benennen. Wir bekämpfen alle Spielarten des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus und werden alles in unserer Kraft stehende unternehmen, um Jugendliche und junge Erwachsene nicht in den braunen Sog geraten zu lassen. Aber wir stellen uns auch gegen den von angeblichen Liberalen gepredigten "Anarchismus für Reiche". Wer die Ideologie des ungezügelten Marktes und der soziale Ungleichheit predigt, verachtet die Interessen der allermeisten Menschen und gefährdet die Grundlagen der Demokratie.

Darum: Jung sein allein ist kein Qualitätsmerkmal. Wir wollen junge SozialistInnen unterstützen! Diese Unterstützung kann aber nicht am Wahltag beendet sein. Gerade nach dem Einzug in den Bundestag müssen wir Jusos stärker als 1998 versuchen, die Verbindung zu den MdBs zu halten und ihnen Angebote zur Kooperation machen, um die inhaltliche Anbindung zu gewährleisten, andererseits auch, um ihnen "den Rücken zu stärken".

III Programmdebatte von unten

Programmdebatte nur oben

Die SPD hat im letzten Jahr beschlossen, ihr Grundsatzprogramm zu erneuern. Bisher ist die Debatte eher schleppend angelaufen und eine Diskussion außerhalb der Programmkommission der Partei findet kaum statt. Dies entspricht der Anlage Programmdebatte von Seite der Parteiführung. Zwar ist grundsätzlich der Ansatz zu begrüßen, dass die Debatte als gesellschaftlicher Dialog organisiert sein soll, vieles deutet jedoch darauf hin, dass medientaugliche Positionsverkündungen statt ein Dialog und Diskurs im Vordergrund stehen.

Nach den aktuellen Planungen der Partei wird es auf dem Parteitag einen Zwischenbericht insbesondere zur Gesellschaftsanalyse geben, dann wird für die Bundestagswahl unterbrochen und danach wird die Debatte dann mit einem neuen Programm abgeschlossen.

Für die Debatte zum Grundsatzprogramm wurde der Partei kein fester Zeitrahmen gegeben, zum Parteitag 2001 soll jedoch ein Analyseteil vorliegen, der eine "Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen vor dem Hintergrund der sozialdemokratischen Grundwerte" vorlegen soll. Diese Zielsetzung umfasst mehr als eine reine Beschreibung der Veränderungen seit Verabschiedung des Berliner Programms, denn eine solche Beschreibung wird auch Themen und Richtung der weiteren Diskussion vorgeben. Unser Ziel muss es sein, die Positionen und Erfahrungen der Jusos und der jungen Generation in diese Diskussion einzubringen.

Die Debatte über das neue Grundsatzprogramm sollte:

- an Themen orientiert geführt werden
- in die politische Arbeit der Gliederungen eingebunden sein
- auch zur Ansprache Interessierter genutzt werden

Dies alles spricht dafür, Beiträge zur Programmdebatte als Gegenüberstellung der bestehenden SPD-Programmatik (Berliner Programm) mit einer "Bestandsaufnahme" zu organisieren, d.h. unter der Fragestellungen: Mit welchen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik haben wir zu tun? Wo liegen die politischen Aufgaben und Probleme bzw. welche erwachsen daraus? Ausgangspunkt für die Programmdebatte bleibt für die Jusos in der SPD damit das Berliner Programm der SPD

Darüber soll der Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen gesucht werden, bevorzugt mit denjenigen, von denen künftig (wieder) Unterstützung bei Wahlen erwartet wird. Von besonderer Bedeutung ist es dabei - nicht nur wegen der o.a. zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl - Bestandsaufnahmen, Analysen und Lösungskompetenz vor Ort einzubeziehen und damit die Verbindung zwischen Theorie und Praxis herzustellen. Veranstaltungen sollten möglichst dezentral organisiert werden, wobei die Wahl der Veranstaltungsform und die Themenstellung den organisierenden Gliederungen überlassen bleiben. Damit ist auch sichergestellt, dass die jeweils gewählten Themenschwerpunkte einen Bezug zur Arbeit des Verbands vor Ort haben und mit bereits vorhandenen Planungen und Aktivitäten verzahnt werden können.

Umsetzung

Die Programmdebatte auf Bundesebene wird in einer Programmkommission zusammengeführt. Ziel ist es, hier die laufende Information aus der Programmkommission der SPD zu gewährleisten, die inhaltlichen Debattenstränge zu bündeln sie mit den Bezirken und Landesverbänden zu koordinieren sowie sinnvolle politische Eingriffspunkte zu definieren. Dies setzt auch Impulse von außen voraus.

Um eine breite Programmdebatte von unten zu initiieren, bedarf es konkreter Arbeitshilfen von Seiten der Bundesebene. Diese sollen in Form von Veranstaltungsvorschläge bzw. -muster ReferentInnenlisten etc. zu einem Arbeitspaket Programmdebatte zusammengefasst werden, das laufend ergänzt werden kann. In diesem Rahmen ist auch die Weitergabe und Verteilung der Arbeits- und Ergebnisprotokolle der Bundesprogrammkommission

und der Grundwertekommission sowie der Zugriff auf aktuelle Diskussionsergebnisse zu organisieren, auch und gerade durch Nutzung der Neuen Medien.

Die Programmkommission legt bis zum Herbst Bundesvorstand und Bundesausschuss ein Zwischenergebnis der bisher geleisteten Arbeit vor. Auf dessen Grundlage entscheidet der Bundesvorstand rechtzeitig vor dem Bundesparteitag, in welcher Form die Jusos eine begründete Stellungnahme zur Bestandsaufnahme auf dem Bundesparteitag einbringen.

IV Organisationsvoraussetzungen schaffen

IV.1 Gemeinsame Verbandsführung umsetzen

Gemeinsamer Arbeitsplan

Über die auf dem Bundeskongress sicher mehrfach postulierte Bereitschaft aller, an einer kollektiven Verbandsführung mitzuarbeiten hinaus, müssen hierzu auch im Zusammenspiel von Bundesverband und den Juso-Bezirken und -Landesverbänden verbindliche Verfahren und Instrumente vereinbart werden.

Nur so wird es gelingen, trotz aller - begrüßenswerten! - Pluralität der Jusos eine Verständigung auf einige ausgewählte zentrale Reform- und Arbeitsfelder zu erreichen. Strategisches Minimalziel für die nächsten Monate ist es, an den zu Anfang genannten konkreten Reformprojekten den Verband weitestgehend kollektiv aufzustellen, inhaltlich zu positionieren und öffentlich wie der Partei gegenüber eingriffsfähig zu machen - und damit ein entscheidendes Fundament für den Juso-Bundestagswahlkampf zu legen.

Bundesausschuss

In einem pluralistischen Bundesverband, in dem die Bezirke und Landesverbände das inhaltliche Rückgrat bilden, nimmt der Bundesausschuss als ihre Vertretung eine herausgehobene Rolle ein. Diese Rolle beinhaltet neben den Rechten auch die Verantwortung zu Teilhabe und zum Einbringen.

Die Bedeutung des Bundesausschusses muss erhöht werden. Er muss zum zentralen Koordinationsgremium zwischen den Bezirken und zwischen Bezirken und Bundesvorstand werden. Der Bundesausschuss ist der Ort an dem die inhaltliche Verknüpfung der Inputs der Bezirke stattfindet.

Der Bundesausschuss muss sich stärker als bisher als Arbeitsgremium verstehen, dessen Ergebnisse für die Gliederungen hilfreich sind.

Um gegenüber dem Bundesvorstand eine deutlich eigenständigere Rolle einzunehmen, wählt der Bundesausschuss selbständig ein eigenes Präsidium, das aus mindestens drei Mitgliedern des Bundesausschusses besteht.

Dieses lädt mindestens sechsmal im Jahr das Gremium ein, leitet die Sitzungen, legt die Tagesordnung fest und kann jederzeit vom Bundesvorstand Rechenschaft verlangen. Die Mitglieder des Bundesvorstandes sind verpflichtet, an den Sitzungen des Bundesausschusses teilzunehmen.

In der kommenden Amtszeit streben wir für den Bundesausschuss eine Richtlinienänderung in Abstimmung mit den Bezirken und Landesverbänden an, die den Bundesausschuss zum höchsten beschlussfassenden Gremium zwischen den Bundeskongressen macht. Des weiteren ist Ziel der Richtlinienänderung mehr Transparenz zu schaffen.

Der Bundesausschuss soll darüber hinaus das Agieren der Jusos auf Bundesparteitagen vorbereiten, um die Jusos dort wieder zu einer ernstzunehmenden, geschlossenen Kraft werden zu lassen.

Der Bundesausschuss muss die Arbeit der langfristigen Schwerpunktprojektgruppen, der Kommissionen und der kurzfristigen Arbeitsgruppen koordinieren und mit den Bezirken abstimmen.

Die Arbeitsgruppen, Kommissionen und die Projektgruppen sind vom Bundesausschuss einzurichten. Sie werden in Abstimmung mit dem Bundesvorstand geleitet.

Im Eilfall kann der Bundesvorstand vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesausschusses Arbeitsgruppen einsetzen

IV.2 Unterstützung ostdeutscher Landesverbände

Ostdeutscher Diskurs

Die Debatten zur Zukunft Ostdeutschlands werden wir Jusos stark begleiten. Die aktuell diskutierten ökonomischen Perspektiven und damit verbunden arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftspolitisch auf den Weg zu bringende Instrumente entscheiden auch über die - gerade in der Arbeitsmarktpolitik - künftigen sozialdemokratischen Grundrichtungen in diesen Politikfeldern. Die Stimmung und der Mut unter den Politikern ist weitestgehend erdrückend. Die "ausprobierten" Instrumente (wie ABM, SAM und Ansätze des ÖBS) drohen über Bord geworfen zu werden aufgrund der ausgebliebenen Wirkungsentfaltung. Wenn Jusos sich in diesen Debatten zurückhalten, können Ansätze unserer politischen Forderungen erst gar keine Verankerung finden. Es kann uns gelingen aus dem "Experimentierfeld" Ostdeutschland eine Vorbildfunktion für künftige arbeitsmarktpolitische Instrumente zu gestalten.

Projekte/ Ostgipfel

Es ist gelungen die Zusammenarbeit der ostdeutschen Landesverbände wieder zu verdichten. Durch die Anstöße über den Baustein Ost sind die ostdeutschen Landesverbände zu einem lebendigen Netzwerk zusammengekommen. Die dort entwickelten Projekte und Positionen sind an vielen Punkten formuliert und werden nun sowohl in den Bundesverband als auch in die Partei und die Regionen vor Ort getragen. Der Ostgipfel wird auch in Zukunft seine Arbeit fortsetzen. Bei dieser Koordinierung werden wir die ostdeutschen Landesverbände weiterhin unterstützen. Mit der zurückliegenden Ostkonferenz sind erste Zeichen gesetzt worden. Wir werden die Zusammenarbeit mit dem Forum Ostdeutschland weiter ausbauen und ähnliche Veranstaltungen zur Verankerung unserer entwickelten Vorstellungen organisieren.

Für Demokratie Courage - das in Sachsen in Kooperation mit dem DGB, den Falken und anderen Kooperationspartnern sehr erfolgreich durchgeführte Schulprojekt wird in den kommenden Monaten auf weitere Bundesländer ausgeweitet. In Thüringen sind die Jusos bereits dabei, in den anderen Ländern wird daran gearbeitet. Dieses

Projekt und das Netzwerk werden wir Jusos unterstützen. Die anderen Bundesverbände des DGB und auch der Falken sind dabei, wir werden dem folgen und bei der Verankerung dieses Projektes in ganz Ostdeutschland unterstützend tätig sein.

Serviceleistungen

In den zurückliegenden Monaten ist die Zusammenarbeit zwischen Bundesbüro und ostdeutschen Landesverbänden gut vorangeschritten. Diese Zusammenarbeit werden wir fortsetzen - das Bundesbüro ist mit seinem Umzug nach Berlin in die Mitte unserer Landesverbände gerückt. Die in der Vergangenheit gesammelten guten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Ostkonferenz und vor allem der Osterschule müssen wir nutzen für ähnliche Projekte in den kommenden zwei Jahren. Die Qualifizierung und Vernetzung unserer Funktionäre werden weiter ausgebaut und dies wird der Bundesverband weiterhin fördern. *Wir werden weiterhin* Basismaterialien anbieten, die *wie die* der Kampagne "Neue Zeiten denken" viel Freiraum für die flexible Gestaltung vor Ort *bieten* und diese Angebote innerhalb der Materialpalette werden wir weiter ausbauen (Eindruckleporellos, Eindruckplakate etc.).

IV.3 Arbeitsebene Bund – Arbeitsgruppen und Kommissionen

Flexible Arbeitsgruppen

Die Arbeitsformen auf Bundesebene bedürfen einer Erneuerung: konkrete Projektarbeit zu ausgewählten Themen, zeitlich begrenzt und mit einer konkreten Ergebnisorientierung bietet die Chance Kompetenzen zusammenzuführen und zielgerecht für die Entwicklung konkreter Positionierungen zu nutzen. Der Bundesvorstand und Bundesausschuss werden in ganz verschiedenen Formen die inhaltliche Arbeit bedarfsgerecht organisieren. Dies kann in zeitlich genau begrenzten Projekten, ExpertInnenrunden usw. passieren.

Bundesweite und Regionale Events

Bundesweite Veranstaltungen wollen wir zu Events der Diskussion junger Sozialistinnen und Sozialisten innerhalb und außerhalb der Jusos machen. Dies setzt eine langfristige und ernsthafte politische wie organisatorische Vorbereitung sowie die Verankerung im Verband voraus. Daneben werden vermehrt regionale Veranstaltungen angeboten, die in Kooperation mit den Bezirken veranstaltet werden. So kann ebenfalls eine größere Beteiligung der Mitgliedschaft und von außen gewährleistet werden.

Kommissionen

Auf dieser Grundlage werden folgende Kommissionen für notwendig erachtet:

- *Bundesfrauenkommission*

Die autonome Frauenstruktur auf Bundesebene wird beibehalten. Besondere Herausforderung für die Bundesfrauenkommission wird es sein, im Bewusstsein der Doppelbelastung politisch aktiver Frauen in Frauenstrukturen und "normalen" Gremien mehr Frauen zur Mitarbeit auf Bundesebene zu gewinnen und sich weiter zu öffnen. Inhaltlich wird sich die BFK einerseits mit der programmatischen Weiterentwicklung eines Feminismusbegriffs, andererseits mit der Abarbeitung aktueller Tagespolitik wie bspw. dem Gleichstellungsgesetz oder der Bedeutung des Ehrenamts beschäftigen müssen. In der SPD wird es für die BFK darauf ankommen, die Federführung zur Verankerung der harten Quote und der Sanktionierungsmöglichkeiten für den Juso-Verband im Organisationsstatut der SPD auf dem nächsten BPT zu übernehmen. Verstärkt wird der Bundesverband Kontakt halten zu anderen frauenpolitischen Organisationen und Zusammenhängen um Gegenmacht an konkreten politischen Vorhaben zu organisieren.

Eine Schulungsoffensive muss sowohl unsere Konzepte einer zukünftigen Gesellschaft, wie auch unsere frauenpolitischen Forderungen im Verband verankern und für Frauenpolitik, die gesellschaftliche Situation von Frauen und geschlechtsspezifische Diskriminierungen sensibilisieren. Darüber hinaus wird es eine besondere Herausforderung sein, Geschlechteraspekte bei allen politischen Vorhaben mitzudenken.

Außerdem müssen Konzepte entwickelt werden, wie die Zielgruppenansprache der SchülerInnen und Studierenden Frauen in besonderem Maße berücksichtigt. Der Bundesverband wird eine Mitgliederwerbekampagne entwickeln, die in besonderer Weise Frauen anspricht. Zur Unterstützung der Untergliederungen entwickelt der Bundesverband zusätzlich spezielle Kampagnenangeboten, erstellt frauenspezifische Themenflugblätter und bietet Hilfestellungen an.

Im Rahmen einer programmatischen Neubestimmung des Anspruchs der Jusos als feministischer und sozialistischer Richtungsverband wird es für die Frauen besonders darauf ankommen, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern als zentralen Aspekt einer zukünftigen Gesellschaft zu verankern. Es geht dabei nicht um einen künstlichen Bruch mit der alten Frauenbewegung, sondern um die Weiterentwicklung feministischer Positionen als unabdingbaren Bestandteil der Programmatik des Verbandes.

- *BundeschülerInnenkommission*

Im nächsten Jahr werden wir einen Prozess zur Neuausrichtung der Arbeit der BSK beginnen. Hintergrund für diesen Prozess müssen die aktuellen Veränderungen im Bildungssystem und die bisher gemachten Erfahrungen auf allen Ebenen der SchülerInnenarbeit sein.

Ziel dieses Prozesses soll zum einen die Konzentration auf die Unterstützung der Basisarbeit sein, z. B. in Form von Werbematerial, Handbüchern und der personellen Unterstützung vor allem schwächerer Verbandsteile.

Zum anderen werden unsere inhaltliche Arbeit auf wenige Schwerpunktthemen begrenzen. Die Ergebnisse unserer Arbeit sollen verstärkt in die Arbeit des Bundesverbandes einfließen.

Der BundeschülerInnenkongress 2002 wird wieder die zentrale Veranstaltung sein, um Schülerinnen und Schüler anzusprechen. Die erfolgreichen Ansätze des letzten Kongresses sollen weiterentwickelt und optimiert werden.

- *Bundekommission "Wirtschaft und Soziales"*

Die Projektgruppe "Demokratisches und nachhaltiges Wirtschaften" beschäftigt sich mit der Frage, wie die Wirtschaft auf die Ziele der Vollbeschäftigung und der ökologischen Nachhaltigkeit ausgerichtet werden kann.

Ein wichtiger Aspekt ist unseres Erachtens der der Demokratisierung. Es kann nicht sein, dass wir zwar für den Straßenverkehr allgemein akzeptierte Regeln haben, aber nicht für den Verkehr von Gütern und Finanzen. Der Markt ist als Instrument nicht verzichtbar, aber er braucht klare Regeln und muss ergänzt werden um demokratische Entscheidungsmechanismen - vom Arbeitsplatz bis hin zur ganzen Volkswirtschaft. Der "Demokratie-Gedanke" zieht sich durch unser Arbeitsprogramm, das wir gegenwärtig abarbeiten. bedeutet "demokratisches Wirtschaften" auch die Weiterentwicklung der betrieblichen Demokratie: mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Beschäftigten am Arbeitsplatz, im Betrieb und auf überbetrieblicher Ebene.

Last but not least wollen wir ein Alternativmodell zum Shareholder-Value-Kapitalismus entwickeln. Wir wollen keinem/keiner KleinanlegerIn den Spekulationspaß verderben, aber wir brauchen soziale und demokratische Regeln. Vor allem muss der wachsenden Macht von "Kapitalsammelstellen" entgegengetreten werden.

Die Projektgruppe hat bereits ein umfangreiches Papier zum Themenbereich "Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor und lokale Ökonomie" sowie eine Projektskizze für den regionalen Umgang mit dem Thema entwickelt. Da bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seit der Bundestagswahl 1998 zwar Fortschritte erzielt wurden, diese jedoch noch nicht zu einer Überwindung der Massenarbeitslosigkeit geführt haben, wird die Beschäftigung mit der Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin auf der Tagesordnung stehen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Erwerbssituation und die Erwerbsbiografien von Frauen gelegt werden. Ziel wird es sein, Wege aufzuzeigen, wie insbesondere die Erwerbssituation von Frauen nachhaltig verbessert werden kann.

- *Bundeskommision Internationales*

- I. Internationale Arbeit ausbauen

Die internationale Tätigkeit der Jusos ist trotz eingeschränkter Personalressourcen nach außen stabil. Unsere Relevanz und programmatischen Ideen konnten durch kontinuierliche Diskussionen und Bündnisarbeit aufgebaut werden. Kaum ein Verband in IUSY und ECOSY hat stringenter zur Positionsentwicklung in verschiedensten Bereichen mitgearbeitet.

Die inhaltliche Erarbeitungskompetenz konnte zur kurzfristigen Potenzialausschöpfung unserer Aktiven auf die PGI übertragen werden (beispielsweise zu den Themen Lomé, Internationale Finanzmärkte). Auch wird nach dem neuesten Generationenwechsel dies bezüglich einer Debatte über die Weltwirtschaftsordnung (z.B. WTO) versucht. Eine breit angelegte Kompetenzerlangung ist jedoch privatisiert worden und somit vom individuellen Fleiß bzw. von der Möglichkeit in den einzelnen Arbeitszusammenhängen der Bezirke abhängig.

Seminarangebote zu Handreichungen der Bundesebene an die Bezirke sind somit unerlässlich geworden. Zudem sollten Zuständigkeiten für den Kontakt mit befreundeten oder anderen Organisationen (beispielsweise WEED, AK Nord-Süd der Partei, regionale Entwicklungspolitik-Netzwerke) festgelegt und die verantwortliche Durchsicht von Publikationen und die Teilnahme an Tagungen verbindlich zugeteilt werden. Dazu gehört auch eine zu erarbeitende Strategie, wie die Erkenntnisse und Positionen tradiert werden können, damit nicht jede/r neue FunktionsträgerIn des Verbandes auf internationaler Ebene sich jede Kompetenz von neuem selbst mühsam und zeitraubend für den gleichen Kenntnisstand neu erarbeiten muss. Es gilt, auch über Generationen im Verband hinweg, eine Kontinuität internationalen Organisationen zu erreichen.

Kernpunkt allerdings ist die Lenkung von Verbandskapazitäten auf die internationale Arbeit. Die Ausdünnung des internationalen Engagements der Bezirke und Untergliederungen ist Folge der Herabsetzung solcher Themen von der allgemeinen Agenda. Durch die Spektralverschiebung der Politik geraten internationale Themen zusehends in inhaltliche Konkurrenz zu anderen; umgekehrt werden die Internationalen zu Exoten im eigenen Verband.

Dies wird sich durch den steigenden Fokus auf Europa in den nächsten Jahren deutlich ändern. Es muss gelingen, sowohl inhaltliche Kompetenzen bezüglich der drängenden Probleme und Themen (wie EU-Osterweiterung, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) aufzubauen als auch diese Erkenntnisgewinne aus der politischen Praxis für die Untergliederungen greifbar zu machen.

- II. Schwerpunkte des Angebots: Zentralität der Vermittlungsziele

Folgende Themenbereiche werden den Schwerpunkt des Angebots darstellen:

Osteuropa: In Form einer Konferenz, die sich mit dem Prozess der EU-Osterweiterung beschäftigt, wollen wir Diskussion über Transformationsstrategien führen, um die Vermittlung wirtschaftspolitischer Kompetenzen und auch kapitalismuskritische Inhalte zu vermitteln. Kontakte zu osteuropäischen Partnerorganisationen sollen auch an untere Ebenen vermittelt und Erfahrungen der Bezirke (bsp. Weißrussland, Zypern etc.) berücksichtigt werden.

Balkan: Es gilt Sinn, Unsinn und Mechanismen kriegerischer Auseinandersetzungen aufzudecken, sowie Präventions- und Versöhnungsarbeit zu organisieren, auch mit anderen deutschen Jugendverbänden zusammen, und Kontakte mit ihnen in der Region aufzubauen.

Kuba: In Anlehnung an die traditionelle Solidarität mit Kuba wird ein neues analoges Projekt aufgelegt mit der Zielsetzung, der kubanischen Bevölkerung konkret materiell zu helfen und generelle Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses und der Weltwirtschaftsordnung deutlich zu machen.

Regulierung internationaler Finanzmärkte: Die Durchsetzung des Prinzips des Freihandels, einseitige zyklische Stützung der Konjunktur, eine Geldpolitik, die nur auf vermeintliche Inflationsbekämpfung ausgerichtet ist und die Zulassung ungebremsster Finanzspekulationen sind Eckpfeiler einer konsequent betriebenen Deregulierungspolitik, die primär an Kapitalverwertungsinteressen orientiert ist. Die werden wir weiterhin offen ansprechen und unsere Konzepte und Ideen entgegensetzen.

Internationale Gleichstellungspolitik: Die unterschiedlichen Entwicklungszustände der verschiedenen Regionen der Welt in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht lassen zwar keine einheitliche Herangehensweise zu, wenn es gilt, die Geschlechterverhältnisse zu analysieren, die Wirkungen der Globalisierung sind jedoch weltweit zu spüren. Um so mehr erstaunt es, wie blind sich die Globalisierungsdebatte gegenüber den Auswir-

kungen der Globalisierung auf die Lebenssituation von Frauen erweist. Sie ignoriert, dass auch die "neu" Durchkapitalisierung nicht auf unbezahlte Reproduktionsarbeit verzichten kann, die eine wesentliche Basis der kapitalistischen Produktionsweise bildet. Ein geschlechtsspezifischer Blick auf die Globalisierungsdynamik zeigt daher notwendige neue Handlungspotenziale der nationalen und internationalen Politik auf. Wir Jusos wollen diese Fragestellung diskutieren und Lösungsvorschläge entwickeln.

III. Internationale Arbeit absichern

Die Struktur der internationalen Arbeit, die de facto in Form einer Kommission funktioniert hat, war erfolgreich und soll auch in den nächsten Jahren beibehalten werden. Eine andere Organisation der internationalen Arbeit stellt keine erfolgversprechende Alternative dar.

Eine Differenzierung der internationalen Arbeit in weitere Arbeitsfelder und -strukturen wird von der Internationalen Kommission nach Bedarf und Aktualität in Absprache mit dem Bundesvorstand eingerichtet.

In der kommenden Wahlperiode wird es neben den beiden Strukturen - d.h. Arbeitskreis Nord-Süd und Europa sowie der Regionalgruppe Nahost ebenfalls eine Struktur geben, die sich angesichts der abzusehenden Entwicklungen mit Fragen von Krieg und Frieden (GASP, NMD) auseinander setzen wird.

Zur Absicherung einer professionellen Arbeit gehört ebenfalls eine ausreichende Ausstattung mit Finanzmitteln, um die deutsche Öffentlichkeit zu informieren. Die geplanten Handreichungen, Publikationen (Juso-Handbuch für Internationale, Leitfaden für Delegationen) und die Durchführung von öffentlichen Fachveranstaltungen, die nach Möglichkeit jährlich stattfinden sollen, müssen abgesichert werden.

- *Programmkommission (siehe oben)*
- *AK Antifa*

Wie kann mensch den Rechtsradikalismus, der in einigen Regionen Deutschlands bereits den Charakter einer vorherrschenden Jugendkultur angenommen hat, wirkungsvoll bekämpfen?

Wie kann mensch die rassistischen und antisemitischen Denkmuster, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, dekonstruieren und emanzipatorisches Gedankengut dagegensetzen?

Dem AK geht es darum, zum einen die antifaschistischen Interventionsfelder und die daraus abzuleitenden Handlungsmöglichkeiten der Jusos in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ausführlicher und detaillierter zu definieren und dem gesamten Verband zur Diskussion zu stellen, zum anderen sich selbst Arbeitsprojekte zu geben, die diese Handlungsmöglichkeiten am effektivsten gewährleisten können.

Zu diesem Zweck wird der AK Antifaschismus folgende Projekte in Angriff nehmen. Der AK:

- erstellt ein Aktionshandbuch unter dem Titel "Antifa heißt Schulterchluss mit den Opfern" mit grundsätzlichen Erörterungen zum Thema Antifaschismus und konkret zu den Themenfeldern Immigration/Antirassismus/Antidiskriminierung/, (kommunale) Geschichtspolitik und Entschädigung, gemeinsam gegen Naziaktivitäten, der Delegitimierung von Antifaschismus entgegenwirken.

- erarbeitet einen Grundlagenantrag zu strukturellem Rassismus (also rassistische Verhaltens-, Deutungs- und Denkmuster in der Gesellschaft).

- Nimmt zu letztgenanntem Zweck Kontakt zu den Partnerverbänden in "klassischen" Einwanderungsländern (z.B.: Australien, Kanada, Niederlande, Großbritannien) auf und befragt diese zu ihren Erfahrungen, Strukturen, Projekten und Positionen.

- Erstellt einen ReferentInnenpool zu den verschiedenen antifaschistischen Themenbereichen und stellt für Untergliederungen (auf Wunsch) die nötigen Kontakte her.

- Stellt einen Austausch über die Aktivitäten und die unterschiedlichen antifaschistischen Handlungsansätze der Untergliederungen und Projekte her.

- Bereist auf Anfrage und gemäß den personellen Möglichkeiten Untergliederungen und tauscht sich mit diesen über Handlungsmöglichkeiten aus.

Ausblick:

- Der AK bemüht sich längerfristig, Modellbeispiele für antirassistische und antifaschistische Handlungsmöglichkeiten im Bereich Betriebe und Verwaltungen zu sammeln, zu diskutieren und Handlungsmöglichkeiten für den Verband und die Gliederungen auszuloten. Zu diesem Zweck wollen wir mit antifaschistischen/antirassistischen Initiativen und Gruppen innerhalb der Gewerkschaften in Kontakt treten.

Die Bundeskommission werden jeweils selbstständig ein Arbeitsprogramm entwickeln und dem Bundesvorstand und Bundesausschuss zur Kenntnis vorlegen.

- *Umwelt/Verkehr und Infrastruktur*

Aufgabe des Arbeitskreises ist es ein schlüssiges Konzept zur Reform der Bahn und der Förderung des Personenverkehrs zu entwickeln sowie sich mit der grundsätzlichen Linie einer jungsozialistischen Verkehrspolitik zu beschäftigen. Daneben sollen Konzepte für eine neue Energiepolitik, die Umsetzung von Klimaschutzziele und eine Neuausrichtung der Abfallpolitik behandelt werden.

- *Kommunale Gesellschaftspolitik*

Der Juso-Bundesvorstand richtet unter Einbeziehung der Bezirke und Landesverbände einen kommunalpolitischen Kongress aus.

- *Interne Kommunikation/Publikationsstruktur*

Die Weitergabe und Verbreitung von Informationen ist einer der zentralen Punkte in der Juso-Arbeit. Was sich zunächst unbedeutend anhört, wird jedoch unterschätzt. Viele Juso-Mitglieder verlieren den Kontakt zu höheren Ebenen, da sie nicht wissen, was abgeht bzw. welche Themen wie diskutiert werden. Zudem ist die Weitergabe von Argumenten und Informationen wichtig, da sie hilft Jusos auch vor Ort bei ihrer Argumentation und Diskussion zu unterstützen. Wir werden prüfen, in wie fern die Ideen unseres Generalsekretärs das Intranet auszubauen auch für uns nutzbar zu machen ist. Unsere interne Kommunikation muss schneller und effektiver werden. Wir werden unsere Publikationen weiterhin verbessern und vor allem unseren Internetauftritt ausbauen. Durch die Neustrukturierung der Seiten in den letzten zwei Jahren wurde dafür ein gutes Fundament gelegt. Wir werden in

den nächsten zwei Jahren daran arbeiten die Seiten deutlich interaktiver zu gestalten und das Medium Internet für uns noch effektiver zu nutzen.

Update

Das Update soll layouttechnisch überarbeitet werden und für Beiträge der Bezirke, Landesverbände und Unterbezirke geöffnet werden. Es soll noch mehr informatorischen Charakter haben und offen für einen politischen Diskurs im Verband sein. Hierzu sind auch Pro und Contra Rubriken einzurichten. Die Verantwortung für das Update liegt beim gesamten Bundesvorstand. Er kann eine Redaktion einsetzen.

Argumente

Die Professionalisierung der Argumente-Hefte soll weitergeführt werden. Sie sind noch stärker zur Theoriezeitschrift der Jusos auszubauen. Dabei muss aber beachtet werden, dass diese Zeitschrift vor allem auch offen für alle Meinungen und Politikkonzepte im Verband sein muss. Sie muss auch unterschiedliche Meinungen der Jusos widerspiegeln, wie dieses z. B. bei der Strategiedebatte geschehen ist.

V Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise

Ausgangspunkt bei einer Erneuerung der Verbandsarbeit sind für uns die Stärken der Jusos. Hierzu zählen zuerst die vielen ehrenamtlichen Mitglieder, die viel Zeit und Energie investieren, um die Jusos voranzubringen. Dieses Engagement unserer Aktiven ist unbezahlbar. Politische Meinung wird – auch im Medienzeitalter – stark im persönliche Umfeld geprägt. Wer heute den Kampf um Köpfe allein über die Medien führen will, denkt zu kurz. Er blendet reale Machtinteressen ebenso aus, wie er das wechselseitige Verhältnis von tatsächlicher Bewegung in der Gesellschaft und Kommunikation darüber übersieht. Externe Politikberatung und Werbeagenturen können und müssen ergänzend herangezogen werden. Ein Allheilmittel sind sie jedoch nicht.

Wir brauchen auch die Stärkung der Verbandsorganisation durch Mitgliederwerbung, eine mittelfristige Nachwuchsförderung und eine Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise. Dazu gehört auch die Feminisierung des Verbandes, die zunehmend mehr ins Hintertreffen geraten ist.

Organisationsuntersuchung auswerten

Für die wohl unumstritten als notwendig erachtete Erneuerung der Jusos ist es nicht nur hilfreich, sondern grundlegend notwendig, einen möglichst umfangreichen und authentischen Überblick über die gegenwärtige Arbeit der Jusos zu gewinnen. Der Juso-Bundesverband führt daher in diesen Wochen eine bundesweite Potenzialanalyse durch, in der alle Juso-Unterbezirke bzw. -Kreisverbände sowie die Hochschulgruppen zu ihrer politischen Praxis, den Verfahren, Methoden und Instrumenten der politischen Arbeit sowie ihren Anforderungen an die Zukunft der Jusos befragt werden. Diese Organisationsuntersuchung liefert einen wichtigen Beitrag dazu, die Potenziale in der realen Juso-Arbeit aufzuspüren und Handlungsanforderungen zu entwickeln. Die Untersuchung bietet daher die Chance, nicht nur über die Erneuerung des Verbandes zu reden und auf vermeintliche Anforderungen der "Verbandsbasis" hinzuweisen, sondern diese konkret abzufragen, im Bundesvorstand und ggf. mit den betroffenen Landes- und Bezirksvorständen auszuwerten und in der politischen Praxis zu verankern und einzulösen.

Feminisierung des Verbandes

Das Schlagwort von der Feminisierung des Verbandes bzw. das Etikett des feministischen Richtungsverbandes muss mit Leben gefüllt werden. Zu viele personelle Ressourcen bleiben ungenutzt, wenn interessierte Frauen jeden Juso-Alters immer wieder auf ein gesellschaftlich, aber auch innerverbandlich tradiertes Rollenbild zurückverwiesen werden und ihr Engagement nach kurzer Zeit wieder einschlafen lassen, anstatt sich konstruktiv einbringen zu können. Zwei Komponenten sind dabei von zentraler Bedeutung: zum einen müssen mehr Frauen zur Mitarbeit bei den Jusos gewonnen, spezielle Angebote an Frauen gemacht und Frauen an allen Entscheidungen, Gremien und Strukturen gleichberechtigt beteiligt werden, zum anderen muss der Geschlechteraspekt Teil aller politischen Anliegen der Jusos und Frauenpolitik Bestandteil aller Gliederungen sein.

V.1 Ausbau direkte Kommunikation & Mediensupport

Ausbau der Internet-Plattform

Die wichtigste Grundlage hierzu ist der Ausbau der Internet-Plattform der Jusos zur Informations- und Serviceadresse der Jusos. Bereits in den letzten Wochen und Monaten haben wir die Seiten www.jusos.de weiterentwickelt und ihren Aktualitätsgrad sowie die Dienstleistungsfunktion erhöht. Dies hatte auch Auswirkungen auf die "Nachfrage" unserer IT-gestützten Medien: Die derzeitigen AbonnentInnen-Zahlen beim Juso-Newsletter (rund 820 - im Herbst 2000 sind wir mit rund 100 an den Start gegangen!) und beim Juso-Presseservice zeigen die hohe Akzeptanz und Verbreitung IT-gestützter Kommunikation im Verband. Über die Potenzialanalyse erhalten wir zudem einen Überblick über die Nutzung bzw. Verbreitung von Internet-Angeboten im Juso-Verband, die entsprechend auszuwerten und in die notwendige Weiterentwicklung der Kommunikationsplattform www.jusos.de zu integrieren sind.

Einbindung der regionalen Ebene und Aufbau eines "Aktionsletters"

Stärker auszubauen ist in diesem Zusammenhang die Darstellung der Arbeit auf der lokalen bzw. regionalen Ebene über das Portal www.jusos.de. Bisherige Angebote, wie z.B. die Rubrik "JusosRegional" im Newsletter wurden nur kaum nachgefragt; insofern sind weitere bzw. andere Angebote der Kommunikation "von unten nach oben" im Netz zu etablieren.

Als weiterer, zusätzlicher Baustein der IT-gestützten Kommunikation unter www.jusos.de ist der Aufbau einer "Aktionsbörse" anzustreben. Hier soll v.a. eine Darstellung von Aktionen und Projekten aus dem Verband ("best practices") erfolgen - z.B. auch mit Rückgriff auf die Juso-Projekte, die sich für den Innovationsfond der SPD bewerben. Neben der Darstellung von Projektideen etc. soll hier ein "Aktionsletter"-Verteiler aufgebaut werden, der eine Grundlage für die Verbreitung und Umsetzung aktionsorientierter Arbeitsansätze im Juso-Bundestagswahlkampf 2002 bildet.

V.2 Netzwerke / Mitmachplattformen

Frauennetzwerke

Neben der inhaltlichen Verankerung einer feministischen Debatte im Verband und der Entwicklung emanzipatorischer Leitbilder kommt dem forcierten Aufbau von Frauennetzwerk-Strukturen im leider immer noch männlich geprägten Juso-Verband eine zentrale Rolle zu: Wir erleben zurzeit real, wie die Jusos frauenpolitische Kompetenzen verlieren und feministische Ansätze (und Arbeitsweisen) immer stärker zur Disposition stehen. Daher müssen u.a. durch die Vernetzung von Frauen feministische Inputs auf die Tagesordnung des Verbandes gelangen. Über die Netzwerk-Struktur soll nicht nur ein Erfahrungsaustausch organisiert werden, sondern auch gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit von jungen Frauen (Mentoringprogramme etc.) eingeleitet werden. Dessen ungeachtet bleiben autonome Frauenstrukturen wie Arbeitskreise oder –kommissionen für alle Ebenen weiterhin unverzichtbar.

Kompetenznetzwerke

Der Juso-Bundesverband hat mit der Konferenz "Sozialdemokratie der nächsten Generation" Ende 2000 auf der Bundesebene Netzwerke eingeführt, die sich langsam mit Leben füllen. Diese Netzwerke können ebenfalls dazu beitragen, die reale politische Rolle der Jusos auf der Bundesebene sowie in den Ländern und Kommunen politisch zu stärken. Ausgangspunkt für die Weiterführung dieser Netzwerke ist aber die Schaffung von inhaltlichen Plattformen, die konkreter und nachvollziehbarer als bisher die beschlossenen Positionen der Jusos transportieren. Dabei ist insbesondere der Ausbau des kommunalpolitischen Netzwerkes zu forcieren, um einem vielfach geäußerten Bedürfnis im Verband nachzukommen.

Der Ausbau dieser Netzwerke darf nicht an den Verbandsgrenzen enden, sondern muss gerade auch Beteiligungs- und Einflussangebote in weiten Teile der eigenen Generation aufbauen. Hierzu gehören entsprechende Angebote in die Bereiche Hochschule/Wissenschaft, Schule aber z.B. auch in die Kulturarbeit. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Ergänzung und Professionalisierung der bestehenden Strukturen.

V.3 Jugendagentur

Ein weiterer Ansatzpunkt beim Aufbau von Alltagsnetzen ist der Aufbau von Jugend-/Politikagenturen, bei denen Jugendliche selbstbestimmte Projekte entwickeln und unter Hilfestellung/Koordination von Jusos bzw. SPD realisieren. Diese niedrigschwelligen Angebote politischen Engagements können aber wichtige Zugangswege für eine Verankerung in den "fortschrittlichen" Bereich der Jugend aufbauen und eine Vernetzung der Jusos mit unterschiedlichen Projekten und den darin engagierten Jugendlichen zur Folge haben.

V.4 Innovationsfonds als Chance nutzen

Daran anknüpfend ist auch der von der SPD aufgelegte Innovationsfonds - der auf die Initiative der Jusos zurückzuführen ist - von Interesse: Über diesen Fonds können modellhafte Projekte wie Zukunftswerkstätten zur Ansprache und Aktivierung von Jugendlichen eine Ko-Finanzierung erhalten. Vielfältige von Jusos eingereichte Projektvorschläge könnten hier nicht nur das Potenzial an Kreativität und Engagement im Verband herausstreichen - sondern (insb. in Regionen, in denen die Jusos über nur sehr begrenzte Mittel verfügen, in Ostdeutschland) einen realen Anschlag für die Arbeit bringen. Notwendig und für die Jusos interessant wäre es, innovative Projekte und die darin arbeitenden Personen zu vernetzen und einen für den Verband nutzbaren Erfahrungsaustausch zu organisieren.

V.5 Bildungsarbeit

In weiten Teilen des Juso-Verbands steht zurzeit eine Neubestimmung der Bildungsarbeit an. Dabei werden verschiedene Wege und Ansätze diskutiert, über die es einen Erfahrungsaustausch zu organisieren gilt. Für die weitere Entwicklung des Verbandes - auch in seiner Rolle als "Nachwuchsorganisation" - kommt es darauf an, hohe, professionelle Standards in der Bildungsarbeit zu etablieren. Hierzu kann auch die Einbeziehung von externen Anbietern gehören. Von Seiten des Juso-Bundesverbandes wird den Bezirken und Landesverbänden angeboten, in diesem Sinn gemeinsam Qualitätsstandards für die Bildungsarbeit zu entwickeln. Ebenso werden von der Bundesebene den Gliederungen Informationen über die (auch für Jusos nutzbaren) Angebote in der Bildungsarbeit der Partei und ihres Umfeldes zur Verfügung gestellt.

Unabhängig davon wird der Bundesverband verstärkt auch eigene Bildungsangebote konzipieren, sei es, dass der Bildungsaspekt in der Arbeit der Bundeskommissionen verstärkt wird, sei es durch eine FunktionärInnen-Sommerschule im Sommer 2002.

Integration und Einwanderung

Mit der Vorabveröffentlichung des Berichts der "Süssmuth-Kommission" liegen in der Debatte um die künftige Einwanderungspolitik nun umfassende Vorschläge zur Zukunft der Einwanderungspolitik auf dem Tisch. Auch wenn es als positives Zeichen zu werten ist, dass das Faktum eines "Einwanderungsland Deutschland" von keiner demokratischen Partei mehr bestritten wird, fallen im Zuge eines "Wettbewerbs um Fachkräfte" zurzeit viele wichtige Aspekte einer fortschrittlichen Einwanderungs- und Gesellschaftspolitik unter den Tisch.

Das von der CDU beschlossene Einwanderungskonzept steht für eine zynische Logik: Während qualifizierte Fachkräfte als Ausgleich für eine 16 Jahre lang verfehlt Bildungs- und Wissenschaftspolitik angeworben wer-

den, sollen die Bedingungen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge verschärft werden. Auf Basis des CDU-Konzepts ist für uns ein überparteilicher Konsens nicht vorstellbar.

Wir Jusos plädieren für eine offene Einwanderungspolitik. Nicht wiederholt werden dürfen die Fehler der Einwanderungspolitik der 50er und 60er Jahre. Die Einwanderung von Menschen wird dauerhaft sein. Wer das Gegenteil behauptet belügt die Menschen in diesem Land und verhindert die Integration der Einwanderer.

Unsere Grundsätze:

- Wir halten eine Ausweitung der Einwanderungsmöglichkeiten in die Bundesrepublik für erforderlich.
- Oberste Priorität hat für uns Aufnahme von Menschen aus politischen und humanitären Gründen. Ihnen sind Perspektiven auf einen dauerhaften Verbleib in der Bundesrepublik einzuräumen.
- Wir setzen auf eine "doppelte Integration". Das heißt: zum einen müssen alle bereits in Deutschland lebenden Menschen kulturell und sozial (d.h. auch in den Arbeitsmarkt) integriert werden. Zum anderen gilt es, die Reform der Einwanderungsmöglichkeiten mit einer neuen Integrationspolitik zu verzahnen.

Einwanderungspolitik darf kein Ersatz für Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik sein.

Es zeichnet sich ein breiter Konsens für eine verstärkte Einwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ab. Dies begrüßen wir. Einwanderung kann nicht nur auf den ökonomischen Interessen Deutschlands basieren. Sie kann auch nicht die Ausbildungsverpflichtung der deutschen Wirtschaft ersetzen. Wir weisen darauf hin, dass noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, das bestehende Arbeitskräftepotenzial zu nutzen. Wir fordern:

- Eine verstärkte Bildungs- und Qualifizierungspolitik sowie Mobilitätsförderung, um den "Mismatch" zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen.
- Die Förderung von Frauenerwerbstätigkeit, mit dem Ziel, die Frauenerwerbsquote deutlich zu erhöhen.
- Eine Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Arbeitsbedingungen, um Frühverrentungen vorzubeugen.
- Eine Aufwertung der Arbeit (z.B. durch Professionalisierung und bessere Entlohnung) in so genannten "einfachen" Dienstleistungen, mit dem Ziel, sie für erwerbslose bereits in Deutschland wohnende Menschen attraktiver zu machen.

Integrationspolitik verstärken

Die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland und die Akzeptanz der Einwanderung in der Gesellschaft wird wesentlich von der Integration der Einwanderer und der schon hier lebenden ausländischen BürgerInnen abhängen. Dies gestaltet sich schwierig in einer Gesellschaft die immer weniger in der Lage ist die bereits hier lebenden Menschen – „Einheimische,“ und „MigrantInnen,“ – in die Gesellschaft zu integrieren. Auch die bereits in der dritten Generation in Deutschland lebenden AusländerInnen sind nach wie vor im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt.

Eine Integrationspolitik darf nicht als Politik der Anpassung verstanden werden. Sie muss die familiäre Situation der Einwanderer und ihre Kultur zum Ausgangspunkt für Maßnahmen machen. Eine zukunftsorientierte Integrationspolitik hat die dauerhafte gesellschaftliche, soziale und berufliche Eingliederung sowie die faktische Gleichstellung zum Ziel. Einwanderer sollten spätestens zum Zeitpunkt der Einreise wissen, welche Maßnahmen ihnen angeboten werden.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist die Entwicklung individueller Eingliederungsziele und Programme, die die Voraussetzungen, Kompetenzen und Qualifikationen der Einwanderer berücksichtigen. Dazu ist ein integriertes Konzept von einzelnen Integrationsmaßnahmen erforderlich. Die politische Bildung ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Angebote der politischen Bildung sollten sich dabei nicht nur an die Einwandernden richten, sondern zum Abbau von Unkenntnissen und Vorurteilen auch an die einheimische Bevölkerung.

Wir fordern: Alle Menschen, die befristet oder dauerhaft in die Bundesrepublik einwandern, erhalten einen rechtlichen Anspruch auf Integrationsmaßnahmen. Vor allem Bund und Länder sind in der Verpflichtung, die hierfür erforderlichen Lasten zu tragen. Sanktionsmaßnahmen gegen MigrantInnen, die diese Angebote nicht in Anspruch nehmen, halten wir für nicht zweckmäßig. Die von der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung vorgeschlagenen "Integrationsverträge" hingegen können ein sinnvolles Instrument sein.

Eine persönliche und kompetente Integrationsberatung muss obligatorisch angeboten werden. Die Beratungsstellen sollen neben der Aufstellung von Programmen auch eine sozialpädagogische Begleitung für die Dauer der Maßnahmen sicherstellen.

Eine ausreichende Sprachkenntnis ist für eine erfolgreiche Integration unerlässlich. Deshalb müssen ausreichend Angebote zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist ein modularer Aufbau sinnvoll, da er insbesondere die Möglichkeit eröffnet, Angebote bei einem Wohnortwechsel dauerhaft wahrzunehmen. Die Anreize, derartige Angebote wahrzunehmen müssen erhöht werden.

Allerdings bedeutet Integration mehr als nur den Erwerb der deutschen Sprache und Kenntnisse über die Rechtsordnung. Als "Querschnittsaufgabe" muss eine erfolgreiche Integrationspolitik auch in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, einschließlich der Elternarbeit und den Stadtteilen stattfinden.

Besonders in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil ist eine erhöhte Integrationsleistung schon in der Schule zu erbringen. Das bedeutet: Schulen müssen als entscheidende Integrationsinstanz verstanden auch entsprechend als solche ausgestattet werden. Dazu gehört eine bessepersonelle Ausstattung von Einrichtungen mit hohem Ausländeranteil und die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen bei den LehrerInnen. Diese müssen so-

wohl im Rahmen der LehrerInnenausbildung als auch bei der Fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden. Die Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen hat eine besondere Bedeutung für den schulischen Erfolg. Auf diese Notwendigkeit müssen die Schulen entsprechend ausgerichtet werden. Dazu gehört ein, die individuellen Voraussetzungen berücksichtigender Deutschunterricht. Die Bedeutung der Herkunftssprache wird sowohl für das Erlernen der deutschen Sprache, als auch für den Erwerb sozialer und interkultureller Kompetenzen häufig unterschätzt. Ausbildungsdefizite insbesondere bei Mädchen müssen überwunden und die entsprechende Teilhabe an Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gefördert werden.

Zu dieser Integration gehört auch die Integration in den Arbeitsmarkt. Nur wenn für alle hier lebende Menschen auch eine hinreichende Zahl von Arbeitsplätzen sichergestellt werden kann, wird Integration möglich sein und kann die Angst vor Lohndumping bekämpft werden.

Positive Erfolge bei der geschlechtsübergreifenden Vermittlung ausländischer Arbeitsloser wie bei dem nordrhein-westfälischen Programm „Jugend in Arbeit“, sollten bundesweit Nachahmung finden.

Integrationsmaßnahmen müssen auch im direkten Lebensumfeld in den Stadtteilen greifen. Ghettoisierung ganzer Bevölkerungsgruppen hat in der Vergangenheit allzu oft zur sozialen Ausgrenzung geführt. Um vor diesem Hintergrund wohnungspolitische Fortschritte erzielen zu können, ist im Rahmen der für die Stadtentwicklung vorgesehenen BürgerInnenbeteiligung eine stärkere Einbeziehung der zugewanderten Menschen unverzichtbar. Dies gilt auch kulturpolitisch, da insbesondere bei eingewanderten Frauen das unmittelbare soziale Umfeld eine bedeutende Rolle spielt.

Ein freier Zugang zum Wohnungsmarkt für Einwanderer ist zwingend notwendig. Die Einbeziehung von Einwanderern in die Förderung von Wohneigentum ist anzustreben.

Die verstärkte Unterstützung von Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Schulen und Begegnungsstätten in Stadtteilen mit überdurchschnittlichem Anteil von Einwanderern ist unabdingbar.

Ebenso sind die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen ohne deutschen Paß zu stärken. Wir unterstützen den Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion NRW, eine Bundesratsinitiative für das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen in die Wege zu leiten.

Die unterschiedlichen Formen der Gewährung von Aufenthaltsmöglichkeiten in der Bundesrepublik sind bürokratisch und für die Menschen nicht durchschaubar. Die Überlegungen der Süßmuth-Kommission hinsichtlich einer Straffung und Vereinfachung der bestehenden Regelungen begrüßen wir. Grundsätzlich streben wir an, dass nur noch zwei Grundformen bestehen: der befristete und der unbefristete Aufenthalt. Letzter ist die Voraussetzung für die (freiwillige) Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft. Wir halten an unserer Forderung fest, auch die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Hierzu ist auch der Abbau finanzieller Hürden bei der Einbürgerung notwendig. In einem überparteilichen humanitären Akt müssen alle sich illegal in der Bundesrepublik aufhaltenden Personen die Möglichkeit zur legalen Erlangung der Aufenthaltsberechtigung mit einer Straffreiheitsgarantie für die Kontaktpersonen (Lehrer, Ärzte, Anwälte etc.) nach italienischem und französischem Vorbild erhalten. Da es keine zuverlässigen Schätzungen über die Anzahl der Betroffenen existieren und von einer halben Lösung des Problems abzuraten ist, darf es hierbei keine numerische Begrenzung geben – auch das lehrt das französische Vorbild.

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik nicht vermischen – Asylrecht stärken

Es gibt eine Reihe von unterschiedlichen Gründen und entsprechenden Rechtsgrundlagen für die Aufnahme von Menschen in die Bundesrepublik. Wir begrüßen die Feststellung der Süßmuth-Kommission der Eigenständigkeit des Asyl- und Flüchtlingsrechts. Die Aufnahme von Flüchtlingen steht in keinem sachlichem Zusammenhang mit der ökonomisch motivierten Einwanderung in die Bundesrepublik. Bei einer zukünftigen Regelung dürfen diese nicht vermischt werden. Wir unterstützen die Süßmuth-Kommission darin, dass die Festlegung von Höchstgrenzen für die Flüchtlingseinwanderung kein geeignetes Steuerungsinstrument darstellt. Ebenso ist eine Vermischung mit anderen Formen der Einwanderung abzulehnen. Oberste Priorität hat für uns die Aufnahme von Menschen aus politischen und humanitären Gründen. Hier kann es aus rechtlichen und moralischen Gründen keine Obergrenze geben. Wir bestehen auf dem Grundrecht auf Asyl. Die repressive Anerkennungspraxis und die tatsächliche Schutzquote von Flüchtlingen klaffen weit auseinander. Wir fordern, dass nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgründe anerkannt werden. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Zudem fordern wir die Abschaffung des Flughafenverfahrens, des Asylbewerberleistungsgesetzes und im Zuge der europäischen Regelung der Asylpolitik die Abschaffung (und bis zu einer endgültigen Regelung die Aussetzung) der Drittstaatenregelung. Zusätzlich muss die Bundesregierung auch an der Bekämpfung von Fluchtursachen mitwirken, bzw. ihnen präventiv entgegenwirken. Ebenso kann es für andere, rechtlich gesicherte Formen von Einwanderung keine Obergrenze geben. Die rechtlichen Grundlagen für den Familiennachzug müssen modernisiert werden. So sind z.B. homosexuelle Lebensgemeinschaften einzubeziehen.

"Arbeitsmarktorientierte Einwanderung"

Die Bundesrepublik Deutschland braucht Einwanderung. Diese ökonomische Notwendigkeit bezieht sich dabei nicht nur – wie vielfach argumentiert – auf die Finanzierung des Sozialversicherungssystems. Eine Stabilisierung des Arbeitskräftepotentials ist eine Grundvoraussetzung für die Beibehaltung und den Ausbau der wirtschaftlichen Produktivität. Auch wenn Prognosen mit Blick etwa auf die immer noch mangelhafte Frauenerwerbsquote mit Vorsicht zu genießen sind, ist (laut UN Szenario) mittelfristig eine Bruttoeinwanderung von 400.000 bis 500.000 Personen jährlich notwendig. Vor diesem Hintergrund ist die vom Bundesinnenminister vertretene Quote von 20.000 sehr gering. Der Einwanderungsbedarf der Bundesrepublik erstreckt sich nicht nur auf hochqualifi-

zierte Fachkräfte im IT-Bereich. Die Greencard-Regelung ist daher auch kein geeignetes Mittel. Sie geht zudem wie die Quotendiskussion davon aus, dass Deutschland Dämme gegen ein zuviel an Einwanderung aufbauen muss und beschränkt die Aufenthaltsdauer für IT-Experten auf fünf Jahre. Die Realität – und das zeigen die ersten Erfahrungen mit der Greencard – dürfte aber eher sein, dass die Bundesrepublik Mühe haben wird, eine hinreichende Zahl von Einwanderern anzuziehen. Es besteht Anwerbungsdruck und kein Einwanderungsdruck!

Der mittel- bis langfristig hohe Bedarf an Einwanderung spricht gegen die Restriktion der Einwanderung auf die tagesaktuellen Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft. Neben der gezielten Anwerbung von Fachkräften muss daher auch der Zuzug von Menschen möglich sein, die diese Anforderungen (noch) nicht erfüllen. Eine strikte Bewertung der potentiellen Einwanderer nach deren ökonomischer Verwertbarkeit anhand eines Punktesystems lehnen wir daher ab. Jeder Einwanderungswillige soll - unabhängig von seinem Status - einen Antrag auf Einwanderung stellen können. Allen nicht-deutschen Personen, die seit mehr als einem Jahr legal sich in der Bundesrepublik aufhalten, ist unabhängig von der Art ihres Aufenthaltsstatus unter Benennung einer Frist die Möglichkeit anzubieten, sich um den Status eines Einwanderers zu bewerben. Diese Möglichkeit ist insbesondere auf Schüler/innen, Studierende und Auszubildende anzuwenden, da es unsinnig ist, im Ausland Arbeitskräfte anzuwerben und bereits hier befindliche Nicht-Deutsche mit der Ausweisung zu bedrohen.

Ausgleichszahlungen bei Fachkräfteanwerbung

Die Anwerbung von Fachkräften aus anderen Ländern kann dazu führen, dass diesen wertvolles "Humankapital" entzogen wird und deutsche Unternehmen nötige Qualifizierungsmaßnahmen nur unzureichend vornehmen. Daher fordern wir, dass jeder Arbeitgeber (ob Unternehmen oder Sportverein), der qualifizierte Fachkräfte aus nicht EU-Staaten (alternativ: Länder mit einem Pro-Kopf-BIP unterhalb einer zu definierenden Grenze) anwirbt, eine Zahlung an einen Fonds zu leisten hat. Aus diesem Fonds sollen zum einen Ausgleichszahlungen an das entsendende Land geleistet werden. Zum anderen soll dieser Fonds ein Teil der Finanzierung der Integrationsmaßnahmen übernehmen.

Neue Integrations- und Einwanderungspolitik

Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Dieser Tatsache muss in Zukunft auch die gesetzliche Grundlage für Einwanderung in die Bundesrepublik Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung nach der Sommerpause einen Entwurf für ein "Einwanderungs- und Integrationsgesetz" in den Deutschen Bundestag einbringt. Die viele Ausnahmetatbestände sollen durch eine klare und nachvollziehbare Regelung ersetzt werden. Darüber hinaus sollte ein neues Einwanderungs- und Integrationsgesetz dazu genutzt werden, das aus dem vorletzten Jahrhundert stammende Polizei- und Ordnungsrecht zu reformieren und den ausländerrechtlichen Dschungel neu und verständlich zu regeln.

Wir unterstützen die Vorschläge der Süßmuth-Kommission hinsichtlich der Einrichtung eines Einwanderungsrates, der Zusammenführung der Regelungen auf Basis eines Einwanderungs- und Integrationsgesetzes und der Schaffung eines Bundesamtes für Einwanderung und Integration. Der Einwanderungsrat soll alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen einschließlich von Menschenrechtsorganisationen und Vertretern von MigrantInnen in Deutschland beinhalten. Er unterliegt der politischen Kontrolle des Deutschen Bundestages. Ihm obliegt die wichtige Aufgabe, den gesellschaftlichen Konsens für eine liberale Einwanderungspolitik zu sichern und zu stärken.

Einwanderung statt Ausgrenzung - out of(f) limits!

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1. Einleitung

In der aktuellen Debatte um ein Einwanderungsgesetz vermischen die konservativen Parteien die Themen Einwanderung und Asyl in unzulässiger Weise.

CDU und CSU fordern ein Einwanderungsgesetz bei gleichzeitiger Abschaffung des Asylrechts. Asyl sei nur als politisch bestimmter Gnadenakt für "Gäste" vorstellbar, das deutsche Asylrecht als einklagbares Individualrecht sei ein historisches Unikum, das im europäischen Harmonisierungsprozess abgeschafft werden müsse, lautet vielfach die Argumentation.

Mit diesem Vorstoß wird gleichzeitig der gesamte Einwanderungsdiskurs auf den Punkt gebracht: Die Reste einer ausschließlich humanitär-menschenrechtlichen Position zugunsten verfolgter Menschen soll beseitigt werden. Nur noch wirtschaftlich nützliche AusländerInnen sollen nach Deutschland einreisen dürfen.

Seinen Ausdruck könnte dies in einem Einwanderungsgesetz mit engen, nur am Bedarf der Wirtschaft orientierten Zuwanderungsquoten finden.

Weite Teile der SPD und der Grünen haben inzwischen – weitgehend unkritisch – eine entsprechende Sichtweise übernommen, wenn sie auch im überwiegenden Maß an den symbolischen Überresten eines Grundrechts auf Asyl nicht rütteln wollen.

Zugleich erklärt der Bundeskanzler, die Einwanderungsfrage über eine Ausweitung der Greencard-Regelung lösen zu wollen. Diese Lösung wäre ausschließlich an den Profitinteressen der Wirtschaft orientiert. Eine dauerhafte Integration, eine gleichberechtigte Teilhabe dieser „neuen„ GastarbeiterInnen ist nicht gewünscht. Ein bequemer Weg für die Wirtschaft, sich aus ihrer Verantwortung für die Qualifizierung und Ausbildung zu stehlen.

Die Union plant, Asyl und Zuwanderung zum Wahlkampfthema zu machen. Seit Anfang der 80er Jahre führt sie vorurteilsbeladene Kampagnen gegen ausländische MitbürgerInnen. Konservative Politiker schrecken auch nicht davor zurück, den Wortschatz der Rechtsradikalen in ihre Kampagnen zu übernehmen. Aus rein wahltaktischem Kalkül bedienen sie den Stammtisch-Rassismus und gießen Wasser auf die Mühlen rechtsradikaler Schläger. Aufgabe der Jusos in dieser Debatte ist es nicht, nur rechtzeitig den „besseren, weil humaneren Gesetzentwurf, vorzulegen, sondern durch Informationen aufklärerisch tätig zu sein, um aufzuzeigen, dass zahlreiche der gebetsmühlenartig in der öffentlichen Debatte wiederholten „Argumente, falsch, verdreht oder unvollständig sind und die Notwendigkeit eines quotenbewehrten Einwanderungsgesetzes sich daraus nicht zwangsläufig ableiten lässt, sondern vor allem Anstrengungen zur Wiederherstellung des Asylrechts und zur Integration der hier lebenden oder zuziehenden EinwandererInnen nötig sind. Dabei muss für uns Jusos eines selbstverständlich sein: JedR, der/die seinen/ihren Lebensmittelpunkt in der BRD hat, ist Teil dieser Gesellschaft! Die Jusos stehen für ein weltoffenes Europa.

2. Weltflüchtlingsbewegung – „Die Angst vor dem Süden,“

Mehr als 150 Millionen Menschen leben nach aktuellen Angaben der Internationalen Organisation für Wanderungsbewegung (IOM) in anderen Ländern als ihrem Heimatland, weltweit sind Millionen von Menschen vor Kriegen, Bürgerkriegen und Umweltkatastrophen auf der Flucht. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bezifferte ihre Zahl Anfang 2000 auf mehr als 22 Millionen Menschen.

Dabei ist die "Dritte Welt" in Europa ein migratorischer Angstgegner erster Ordnung, obwohl die Süd-Nord-Migration nach Europa in den 1990er Jahren um weniger als 2 Prozent, die Ost-West-Migration hingegen um mehr als 20 Prozent anstieg.

Bei den Angstvorstellungen über Verlauf und Zukunft der Süd-Nord-Migration stehen auf der einen Seite Mene-telk vom afrikanischen "Marsch" auf Europa, außerdem dominieren auf der anderen Seite Vorstellungen von einer Art sukzessiven Infiltration, bei der Asylsuchende (Mittel- und Nordeuropa) und irregulär Beschäftigte (Südeuropa) als Pioniermigranten Zuwanderungspfade für Familiennachzüge und irreguläre bzw. illegale Kettenwanderungen eröffnen würden.

Der mit Abstand größte Teil der schätzungsweise 120 bis 150 Millionen Menschen umfassenden weltweiten Wanderungsbewegungen aber verlief am Ende des 20. Jahrhunderts nach wie vor innerhalb der "Dritten Welt", zu rund einem Drittel allein in Afrika und tangierte das verängstigte Europa nur zu zirka 5 Prozent.

Außerdem muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass viele Staaten des Südens sehr große und z.T. übermenschliche Leistungen erbringen, wenn es darum geht, Flüchtlinge aus anderen Staaten, mit denen ethnische, religiöse oder historische Verflechtungen bestehen, aufzunehmen, zu versorgen und auch zu integrieren. Die Geschichte der Süd-Nord-Wanderung nach Europa ist, so betrachtet, im Grunde weniger eine Geschichte von Wanderungsbewegungen als eine Geschichte der Angst davor und der Abwehr dagegen.

Ursachen für Migration

An erster Stelle steht auf der südlichen Halbkugel die Schere zwischen starkem Bevölkerungswachstum und stagnierendem oder sogar schrumpfendem Erwerbsangebot. Verarmende Landbevölkerungen suchen ihr durch vorwiegend regionale Landflucht zu entkommen. Das verschärft die Krise in überlasteten städtischen Zuwanderungsräumen mit mangelnder Infrastruktur.

Hinzu trat in vielen Ausgangsregionen die mobilisierende Kraft von klimatisch bedingter und menschlicher Umweltzerstörung.

Die weltweite Ungleichheit nimmt zu: 1996 lebten nach dem Human Development Report von UNDP 1,6 Milliarden Menschen schlechter als 15 Jahre zuvor, lag das Pro-Kopf-Einkommen in 70 Ländern der "Dritten Welt" niedriger als zwei Jahrzehnte zuvor.

Zugleich reduzierte das Ende der Systemkonkurrenz die Bereitschaft zu "Entwicklungshilfe" im weitesten Sinne, die im Kalten Krieg nicht nur humanitär, sondern auch machtpolitisch motiviert war.

Vor diesem komplexen Hintergrund und im Zusammenwirken damit ging der Weltbevölkerungsbericht der UNFPA von 1993 davon aus, dass die Suche nach besseren Einkommenschancen immer deutlicher durch Überlebensmigrationen auf der Suche nach Arbeit und Einkommen überlagert wird.

Zudem bewirken von global vernetzten Medien transportierte Bilder des vergleichsweise reichen Nordens und Westens bewirken im Süden und Osten nicht nur Konsum-, sondern auch Migrationsanreize.

Mobilisierend wirken in den Ausgangsräumen weiter Spannungen, die teils aus indigenen Entwicklungen, teils aus kolonialen bzw. postkolonialen Belastungen resultieren, sowie Konflikte, die zu Abwanderung, Flucht oder Vertreibung von Minderheiten führen können und ihre Ursache meist in Verteilungskämpfen haben, zu meist aber religiös oder ethnisch verbrämt werden. Auch durch die europäische Kolonialherrschaft implantierte Krisenpotenziale spielen nach wie vor eine Rolle.

3. Europa

3a. die EU

Europa hat bislang am wenigsten für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen und am meisten für die Bekämpfung von Flüchtlingen getan, die in Europa hätten Zuflucht finden können. Den zahlreichen Initiativen, Appelle, Absichtserklärungen und Beschlüsse für die Bekämpfung von Fluchtursachen, von der nationalen über die europäische Ebene bis zu den UN, folgten keine Taten. Einerseits sind Beteiligungs- und Finanzierungsfragen nicht geklärt, andererseits stehen massive ökonomische Interessen, wie zB der Rüstungsindustrie dem entgegen.

Eine notwendige europäischen Einigung auf humanitäre Mindeststandards zur Aufnahme von Flüchtlingen fehlt immer noch. Unter der österreichischen Präsidentschaft wurde ein Papier von EU-Kommissar Padraig Flynn vorgelegt, das die tendenziell ausgrenzende Haltung einiger europäischer Regierungen als verbindlich für alle

Mitgliedsstaaten festlegen will und somit noch ausgrenzender machen will.

Dabei wurde vom Europäischen Flüchtlingsrat ECRE zunächst als positiv festgestellt, dass angeregt wurde, über eine langfristige Strategie zu beraten. Doch das Strategiepapier geht von einer Reihe von Grundannahmen über die Art von Flüchtlingsbewegungen in den 90er Jahren aus, welche ECRE so nicht teilen kann. Da das Papier kaum Quellen nennt, sei es äußerst, schwierig mit konkreten Zahlen zu antworten. Dabei drehe sich aber die Diskussion gerade um diese Grundanalyse.

Das Papier verwechsle die Ursachen von Fluchtbewegungen mit denen von Wanderungsbewegungen. So wird zum Beispiel in Abs. 15 und 53 die Verringerung von "Migrationsdruck" mit Krisenverhinderung in Verbindung gebracht, jedoch nicht unterschieden zwischen der Krise in Albanien, die weitestgehend wirtschaftlicher Natur war, und den Krisen in Kurdistan und Kosovo, die durch die systematische Verletzung von bürgerlichen und politischen Rechten verursacht wurden.

Dies bedeutet, dass die politischen Konsequenzen entsprechend gezogen werden; Migration soll durch wirtschaftliche Anreize für die Herkunftsländer ausgeglichen werden, anstatt dass politischer oder wirtschaftlicher Druck zur Beseitigung von Menschenrechtsverletzungen ausgeübt wird. Im Gegenteil ergeben sich in den letzten Jahren jedoch zunehmend mehr staatlich gebilligte Kooperationen mit Ländern, die autoritär oder undemokratisch regiert werden, z.B. mit der VR China.

Flüchtlinge, die aufgrund dieser innenpolitischen Situationen fliehen, oder die vor nichtstaatlicher Verfolgung fliehen, fallen unter die Genfer Flüchtlingskonvention. Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass der Schutz seitens des Staates fehlt, und nicht wer die Verfolgung ausübt. Allerdings wird dieser völkerrechtliche Konsens innerhalb der Europäischen Union nicht von allen Ländern der EU anerkannt, nach wie vor lehnen Deutschland, Frankreich und Österreich diesen ausdrücklich ab.

Insgesamt scheint das Papier außerdem von der Annahme auszugehen, dass mehr und bessere Grenzabsperungen der einzige Ausweg sind, damit das Unkontrollierbare schließlich doch kontrolliert werden kann. Die Einschätzung des Papiers, illegale Einwanderung und Schlepperei als wachsende Probleme der 90er Jahre zu bezeichnen, ist sicherlich richtig, doch hat ECRE nochmals darauf hingewiesen, dass dies ein Problem ist, zu dem auch die Politik der EU beigetragen hat. Jahrelang haben NRO davor gewarnt, dass Menschen in die Illegalität und oft lebensgefährliche Fluchtwege gedrängt werden, wenn alle legalen Zugangsmöglichkeiten versperrt sind.

3b. Deutschland im europäischen Vergleich- Asyl

Die Abschottung gegen Flüchtlinge war, zahlenmäßig betrachtet, auch bisher schon sehr erfolgreich: Die Organisation Pro Asyl meint, dass die Zahlen der Asyl-Antragsteller "in einem bedenklichen Ausmaß zurückgegangen" seien. Insbesondere Deutschland komme seiner Verpflichtung zur Aufnahme bedürftiger Menschen nicht ausreichend nach. Ausschlaggebend dafür sei einerseits, dass die EU insgesamt immer erfolgreicher den Zugang zum Asylverfahren beschneide.

Nach der jüngsten Übersicht des UNHCR, die für alle EU-Staaten Zahlen bis Ende Oktober aufführt, stellten bis dahin 285 927 Menschen dort einen Antrag. Das lässt erwarten, dass die Zahl der Asylbewerber in der EU für 2000 niedriger ausfällt als für das Vorjahr, als 345 173 Antragsteller registriert worden waren.

Die Zahl der neuen Asylbewerber in Deutschland ging im gesamten Jahr 2000 auf 78.800 zurück - das ist der niedrigste Stand seit 13 Jahren. Damit sank auch der Anteil der Bundesrepublik an der Aufnahme von Flüchtlingen in der EU, berechnet anhand der Einwohnerzahl der BRD.

Im Jahr 2000 stellten 20,2 Prozent der Asylbewerber in der Union ihr Ersuchen in Deutschland. Die Quote hatte im vorangegangenen Jahr noch bei 26,9 Prozent und 1998 sogar noch bei 33,1 Prozent gelegen. In die Bundesrepublik kamen damit ungefähr so viele Asylbewerber wie nach Großbritannien, wo 22,2 Prozent der Flüchtlinge anlandeten. Diese beiden Länder nehmen in absoluten Zahlen die meisten Asylbewerber auf. Wenn jedoch die unterschiedliche Einwohnerzahl der EU-Länder berücksichtigt wird, sieht die Statistik ganz anders aus. Setzt man die Zahl der Asylbewerber zur Gesamtbevölkerung ins Verhältnis, dann stehen Belgien und Irland ganz vorn. Die Niederlande folgen auf Platz drei. Alle diese Länder haben 2000 einen größeren Anteil der Flüchtlinge in der EU aufgenommen als im Vorjahr. Großbritannien liegt in dieser Auswertung unter den 15 EU-Staaten auf Rang sieben, Deutschland auf Rang neun und damit in der unteren Hälfte.

Die CSU geht in ihrem aktuellen Papier zum europäischen Asylrecht noch davon aus, "dass neben Deutschland neuerdings auch auf Großbritannien ein überdurchschnittlicher Anteil der Asylbewerber in der EU entfällt" und macht dafür die Verfahren verantwortlich. Ihre „Das-Boot-ist-voll,-These operieren ist sachlich falsch und verlogen.

4. Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland

4a. Schwierige Datenlage

Ausgehend von der Realität, dass seit den 1960ern die Anzahl der Zu- und Fortzüge jeweils bei mindestens 200.000 pro Jahr und die Gesamtzahl der Wanderungsbewegungen selten unter 1.000.000 gelegen hat, ist in den letzten Jahren mehrfach die Diskussion um Einwanderung entbrannt und immer häufiger die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung erhoben worden. Dabei wurden die wenigen existierenden Daten je nach Interessenlage der Akteure instrumentalisiert.

Aufgrund der fehlenden gesetzlichen Grundlage ist die quantitative Erfassung der Migrationsbewegungen der Bundesrepublik und die qualitative Bewertung schwierig, denn die einzige Grundlage für die Bewertung der Wanderungsbewegungen sind die An- und Abmeldungen bei den kommunalen Einwohnermeldeämtern. Genauere Aussagen über die Beweggründe und die Dauer von Zu- und Fortzügen können nicht getroffen werden.

Aufgrund dieses Umstandes bleibt es weiterhin bei der Richtigkeit der Forderung nach gesetzlichen Grundlagen für die Erfassung von Einwanderung und Auswanderung.

4b. Viele Zuzüge, ebenso viele Fortzüge

Insgesamt ist die Anzahl der Zu- und Fortzüge in der Bundesrepublik seit jeher sehr hoch. Im Verlauf der 1990er Jahre setzte eine grundlegende Veränderung der Wanderungsbewegungen ein: Die Anzahl der Zuzüge sank massiv ab, die Anzahl der Fortzüge nahm massiv zu, das Zuwanderungssaldo sank dementsprechend von über 600.000 auf unter 50.000 ab.

Um die weitere Diskussion auf einer richtigen Grundlage basieren zu lassen, muss registriert werden, dass ein signifikanter Anstieg der Fortzüge von Nicht-Deutschen außerhalb der EU im Jahr 1992 einsetzte, dem Jahr des Höhepunkts der sogenannten "Asyldebatte", in der den ausgrenzenden Argumenten zur Ablehnung von Flüchtlingen im speziellen und Fremden im allgemeinen dann terroristische Anschläge durch den braunen Mob folgten. Der spürbare Einschnitt der Anzahl der Zuzüge erfolgte dann 1993 und 1994, also nach der faktischen Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl mit Wirkung zum 1. Juli 1993 durch die Benennung sogenannter "sicherer Herkunfts- und Drittstaaten".

Das gesellschaftliche Klima und die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Nicht-Deutschen Menschen führte zur Abwanderung, die juristische Veränderung der Grundbedingungen verhinderte dann auch die Zuzüge - oder besser: Zuzugsversuche.

Viele Fortzüge ergaben sich jedoch auch aus der Tatsache, dass viele ausländische MitbürgerInnen – die „Gastarbeiter“ – das Rentenalter erreicht hatten und in ihr Ausgangsland zurückkehrten. Dieser Trend wird vermutlich noch mehrere Jahre anhalten und bei Verschärfung des sozialen Klimas möglicherweise noch zunehmen. Die Anzahl derjenigen, die die Grenzen der Bundesrepublik von außen kommend überschreiten, ist seit jeher hoch.

Gleichzeitig deutet die steigende Zahl der Fortzüge aber auch an, dass sich im Saldo mehr Menschen dafür entscheiden, das Land dauerhaft zu verlassen, und dass die Bundesrepublik ein Auswanderungsland wird.

Dieser Umstand macht im wesentlichen zwei Dinge deutlich:

Wie bereits die Asyldebatte der 1980er und 1990er Jahre erfolgt die Debatte über "Begrenzung des Zuzugs" und "Auswahlkriterien" nicht auf der Grundlage einer tatsächlichen Problemlage, sondern aus ideologischen, wahltaktischen Gründen: Ziel ist die Durchsetzung eines nationalistischen und kapitalistischen Deutungsmusters, dass die Menschen nach ethnischer Zugehörigkeit und nach verwertbarer Leistungsbereitschaft klassifiziert.

Die längerfristige gesellschaftliche Entwicklungstendenz erfordert eine gegenteilige Entwicklung: Die Staatsbevölkerung der Bundesrepublik altert. Längere Lebenszeit und längere Lebensarbeitszeit werden nicht einmal ansatzweise im Stande sein, die gegenwärtigen (geschweige denn höhere) Produktivitätsbedingungen aufrecht zu erhalten. Von der UN vorgelegte Szenarien deuten an, dass zukünftig jährlich der Zuzug von ca 485.000 Menschen per Saldo notwendig sein wird, um das gegenwärtige Arbeitskräftepotential zu erhalten.

Einen Fehler begeht indes, wer allein die produktiv anwendbare Qualifikation zur prioritären Zugangsvoraussetzung in die Bundesrepublik macht. Eine langfristig tragfähige Lösung muss sich zwar immer auch auf die demographische Entwicklung stützen. Doch auch auf diesem Gebiet existieren zahlreiche Milchmädchenrechnungen: Nicht allein der gegenwärtige Altersaufbau mit Addition und Subtraktion von Geburts- und Sterberate bringt hier ein aussagekräftiges Ergebnis hervor. Unter Berücksichtigung der Produktionsverhältnisse sind gesellschaftliche Entwicklungen wie beispielsweise das Erwerbsverhalten von Frauen von großer Bedeutung: In der Bundesrepublik ist die Frauenerwerbstätigkeit auf einem international niedrigen Niveau; eine Angleichung ist wünschenswert und wahrscheinlich, so dass eine geringere Staatsbevölkerung nicht zu einem in gleicher Rate absinkenden Erwerbspersonenpotenzial führt.

Für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation heißt dies jedenfalls, dass die Schaffung von Integrationsmechanismen (und Integration bedeutet "Eingliederung" und nicht "Gleichmacherei") mitbestimmend ist für das Ausmaß von Akzeptanz von Unterschieden in der Bevölkerung.

4c. Einwanderung aus Osteuropa

Die Einführung der Freizügigkeit für alle zehn Beitrittskandidaten wird eine anfängliche Zunahme der ausländischen Bevölkerung aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern um knapp 220 000 Personen p. a. in Deutschland und um 335 000 Personen p. a. in allen Mitgliedstaaten der gegenwärtigen EU bewirken. Diese Zahl wird innerhalb einer Dekade auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus sinken. Rund 30 Jahre nach Einführung der Freizügigkeit wird ein Gleichgewicht, bei dem sich die Ein- und Rückwanderungen ausgleichen, mit 2,5 Millionen Einwohnern aus den Kandidatenländern in Deutschland und 3,9 Millionen Einwohnern in der gesamten EU erreicht. Dies entspricht einem Anteil von 3,5 % an der deutschen Bevölkerung und einem Anteil von 1,1 % an der Bevölkerung der gegenwärtigen EU-Mitglieder.

Befürchtungen, dass die EU nach Einführung der Freizügigkeit mit Migranten 'überschwemmt' werden könnte, sind nach diesen aktuellen Berechnungen des DIW unbegründet. Die Osterweiterung wird allerdings langfristig eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung und der Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in Deutschland und der EU bewirken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bislang erst ein kleiner Teil der Bevölkerung aus diesen Ländern in die heutige EU ausgewandert ist und das Einkommensgefälle auch mittelfristig hoch bleiben wird. Die Zuwanderung wird sich jedoch über einen langen Zeitraum verteilen. Dabei werden die Migrationszahlen stark mit dem Konjunkturzyklus schwanken.]

5. Asylrecht

5a. die Situation

Mit dem sogenannten Asylkompromiss" wurde in der BRD das Grundrecht auf Asyl fast vollständig abgeschafft. Kaum noch Flüchtlinge sind in der Lage, die Barriere der "sicheren Drittstaaten" zu überwinden, aus denen vielfach längst eine "Abschiebekette" bis ins Herkunftsland hergestellt wurde.

Die Rechtssprechung leistet bei der weiteren Aushöhlung der Reste des Asylrechts tatkräftigen Beistand:

- wer von Folter oder individueller Gefahr für Leib und Leben bedroht ist, wird in ein "Opfer allgemeiner Gefahren" umgedeutet - damit liegt kein Asylgrund vor

- nur individuell nachgewiesene staatliche Verfolgung wird - im offenen Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention - als politische Verfolgung gewertet.
- Vergewaltigung wurde in solchen Urteilen als "bloße Belästigung" gewertet
- immer wieder wird argumentiert, dass Folter, Arbeitsverbot für Frauen o.ä. kulturelle Normalität in dem jeweiligen Land und damit nicht als politische Verfolgung zu werten sei.
- Wer zwei Staatsangehörigkeiten hat (so z.B. Muslime aus der serbischen Republik Srpska), kann ohne weiteres in eines der beiden Länder abgeschoben werden - gleichgültig, was für eine Lebenssituation ihn/sie dort erwartet. Eine Prüfung der Gesamtsituation des Landes findet nicht statt bzw. es werden großzügig angebliebene „innerstaatliche Fluchtalternativen„ benannt.

Dabei ist der Eifer der Behörden mittlerweile so groß, dass auch offen rechtswidrig vorgegangen wird. So sind inzwischen mehrere Fällen von Abschiebungen während des laufenden Asylverfahrens bekannt geworden (Presseerklärung von PRO ASYL vom 8.10.97). Das Bundesland Bayern ist bei dieser Entwicklung natürlich an vorderster Front dabei.

Aber auch bei der Verschärfung der Situation von Flüchtlingen in der BRD spielt Bayern eine unrühmliche Rolle. Aus diesem Bundesland kam der Vorschlag, Hilfe zum Lebensunterhalt künftig in Naturalien zu gewähren, und in Bayern wird diese Regelung des AsylBLG konsequent umgesetzt. Dabei mangelt es nicht an weiteren Schikanen:

- Die Abschiebung in die Herkunftsländer wird zudem ohne jede Rücksicht darauf durchgeführt, ob Familien auseinandergerissen werden. Ist ein einzelnes Familienmitglied als AsylbewerberIn anerkannt, wird dann eben der Rest der Familie abgeschoben - mittlerweile auch Kleinkinder ohne Begleitung. Handelt es sich um Ehen zwischen Menschen mit unterschiedlicher Staatsbürgerschaft, werden sie eben einfach in verschiedene Länder abgeschoben.
- Die Abschiebehaft, in die immer mehr Menschen bereits direkt nach ihrer Ankunft in der BRD verbracht werden, ist gekennzeichnet von miserablen Haftbedingungen, ungewisser Dauer der Haft (oft bei völliger Unkenntnis des Haftgrundes!), Schikanen des Personals und der Angst vor der Abschiebung und der Auslieferung an Folter und Mord.

5b. die Zahlen

In den vergangenen fünf Jahren kamen 578 000 Asylantragsteller nach Deutschland. Im gleichen Zeitraum wurde rund 280 000 Personen, also nahezu der Hälfte, aus zwingenden rechtlichen Gründen und wegen objektiver Abschiebehindernisse Schutz gewährt.

Wer von „Wirtschaftsflüchtlingen„ oder „massenhaftem Asylmissbrauch„ spricht, lügt aus politischem Kalkül.

Das Missverhältnis - nur drei Prozent Anerkennungsquote, aber Schutzgewährung für rund 50 Prozent - hat mehrere Gründe:

Zusätzlich zu denen, denen Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes gewährt wird, erkennt das Asylbundesamt rund neun Prozent weitere Flüchtlinge nach internationalen Abkommen wie der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention an. So erhöht sich die amtliche Quote auf mehr als zehn Prozent. Doch auch diese Zahl ist durch einen statistischen Kunstgriff niedrig gerechnet. Das Bundesamt nimmt als Berechnungsgrundlage für seine Anerkennungsquote nämlich die Gesamtzahl aller Asylanträge; und dazu gehören auch die Gesuche, die aus rein formalen Gründen abgelehnt werden oder sich durch die Ausreise des Flüchtlings erledigt haben.

Diese "formalen Ablehnungen" betreffen immerhin rund 25 Prozent aller gestellten Anträge. Dort, wo die Prüfer tatsächlich inhaltlich über politische Verfolgung entschieden, stieg mittlerweile die Anerkennungsquote auf etwa 15 bis 22 Prozent.

Zählt man die Fälle hinzu, in den sich Asylbewerber erst vor Gericht die Anerkennung erstritten, klettert die Quote um im Durchschnitt sieben weitere Prozentpunkte und nähert sich nach den Angaben der 25- bis 30-Prozent-Marke.

Addiert man dazu noch die Flüchtlinge, die nach abgelehntem Asylanträgen aus humanitären Gründen in Deutschland geduldet oder aus von ihnen nicht vertretbaren Gründen nicht abgeschoben werden können, dann lesen sich die politisch gehandelten Zahlen über den vermeintlichen Asylmissbrauch ganz anders: Rund 50 Prozent der Flüchtlinge in der Bundesrepublik gelten - streng nach Recht und Gesetz - als schutzwürdig.

6. Die bisherige Debatte um ein Einwanderungsgesetz

Ende Februar 2000 verkündete Bundeskanzler Schröder auf der Computer-Fachmesse CeBIT die Greencard für 30.000 nicht-deutsche Software-SpezialistInnen.

Inzwischen gibt es bereits diese "Anwerbestoppausnahmereverordnung", die in ihrer Ausgestaltung durchaus umstritten war. Insgesamt soll die Öffnung des 1973 verkündeten prinzipiellen Anwerbestopps auf drei Jahre begrenzt sein.

Ein Teil der Reaktionen auf die Schröder-Initiative war vorhersehbar, etwa der rassistische "Kinder statt Inder"-Ausfall von Jürgen Rüttgers, CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen.

Die Gewerkschaften lehnen die Öffnung des Arbeitsmarktes für Nicht-Deutsche weitgehend ab. Die ver.di-Gewerkschaften und die IG Metall befürchten Lohndumping und eine "Schmutzkonkurrenz" nicht-deutscher Billig-ArbeiterInnen. Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vorsitzende, und IG Metall-Chef Klaus Zwickel verweisen auf die von den Unternehmen selbst verschuldete Ausbildungsmisere, von der die Greencard ablenken solle. 32.000 erwerbslose EDV-ExpertInnen und 54.000 erwerbslose Ingenieure seien ein Potenzial, "das die Wirtschaft nutzen müsse", so Zwickel.

Diese Argumente sind teilweise berechtigt: Sie laufen aber Gefahr als bloßes reaktionäres Abwehrgargument missbraucht zu werden: Der deutsche Arbeitsmarkt soll Deutschen oder zumindest bereits hier lebenden Menschen vorbehalten bleiben. Hier wird völlig die ökonomische Notwendigkeit von Einwanderung, sowie internationaler Verflechtungen der Wirtschaft ignoriert.

Die Angst vieler ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping ist verständlich. Allerdings besteht die Hauptursache von Lohndumping in der illegalen Beschäftigung und nicht in der Einwanderung. Viele ImmigrantInnen haben zur Zeit keine Chance, in Deutschland offiziell einzuwandern und werden somit in die Illegalität abgedrängt. Sie können sich nicht gegen Billiglöhne wehren, ohne ihre Existenz in Deutschland zu gefährden. Die beste Vorgehensweise im Kampf gegen Lohndumping ist immer noch, seine Ursachen zu beseitigen. Dazu gehört vor allem auch der unsichere rechtliche Status vieler Menschen, die in Deutschland arbeiten.

Dem Lohndumpingargument im Zusammenhang mit Einwanderung könnten die Gewerkschaften auch mit einem offensiven Kampf um Verteilungsgerechtigkeit begegnen, der gemeinsam, mit und für alle geführt wird – egal woher sie kommen und egal, wie lange sie bereits hier sind.

Mit dem Greencard-Erweiterungsvorstoß des Bundeskanzlers wird auch die Einführung eines Einwanderungsgesetzes erneut diskutiert.

Dabei geht es primär um die Versorgung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes mit neuer Arbeitskraft, tatsächlich um die Profitmaximierung der Unternehmen durch geringere Lohnzahlungen und weniger Ausbildungsinvestitionen.

Inzwischen sind zudem offenbar alle kritischen Stimmen, die noch Anfang der 90er Jahre etwa bei den Grünen ein Einwanderungsgesetz zu einem hochumstrittenen Projekt gemacht hatten, völlig verschwunden. In der Debatte der politischen Linken in den letzten 10 Jahren mutierte das Einwanderungsgesetz von einem hochbedenklichen Regulierungsinstrument zu einem neuen politischen Kassenschlager. Die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft werden von allen Seiten anerkannt und mit keinem Wort kritisch hinterfragt. Von den Unternehmerverbänden bis zu den Grünen wollen alle ein Einwanderungsgesetz als Steuerungsinstrument für den Arbeitsmarkt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, wie beherzt die Grünen dieses Kosten-Nutzen-Kalkül zu übernehmen bereit sind. Ein Einwanderungsgesetz müsse her, damit auch wirklich "die fähigsten Köpfe" kommen, so etwa die Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir und Matthias Berninger. Özdemir, immerhin innenpolitischer Sprecher seiner Partei, will eine "moderne Einwanderungspolitik", und dazu "gehört auch, dass ein Staat sich in den Bereichen öffnet, wo Bedarf ist".

Vor zehn Jahren haben die Grünen auf Grund solcher Argumentationen ein quotenbewehrtes Einwanderungsgesetz eben als Zuwanderungsbegrenzungsgesetz abgelehnt. Und auch in ihrem Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz aus der letzten Legislaturperiode geht es vordringlich darum, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen, die vor geschlechtsspezifischer Verfolgung, vor Armut oder vor ökologischen Katastrophen fliehen, einen sicheren Zugang ohne das Nadelöhr des Asylverfahrens zu ermöglichen.

7. Forderungen

7a. die SPD

Die SPD betont im Koalitionsvertrag zwar, zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu stehen, Ziel der gemeinschaftsrechtlichen Regelung müsse aber eine ausgewogene Verantwortungs- und Lastenverteilung sein.

Anerkannt wird, dass bislang ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozess stattgefunden habe auf die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden Zuwanderer gesetzt werden müsse, die sich zu den deutschen Verfassungswerten bekennen. Integration könne indes nur gelingen, wenn die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft beachtet werden. Deshalb will die SPD eine wirksame gesetzliche Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Diese müsse die Arbeitsmarktlage, die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigen.

Ansonsten müsse im Zentrum der Integrationspolitik die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts stehen, wobei der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig sein sollte. Dies ist bereits umgesetzt.

Hier wird wie bei den Grünen ausdrücklich betont, dass Flüchtlinge und Zuwanderer unterschiedliche Personengruppen seien - wer politisch verfolgt sei, habe Anspruch auf Schutz.

7b. die Jusos

Als Ergebnis einer juristischen Betrachtung der aktuellen Rechtslage kann festgehalten werden, dass die Einwanderungsmöglichkeiten aufgrund der deutschen Gesetzgebung und ihrer völkerrechtlichen Bindungen einer Quotierung kaum zugänglich sind und dass dort, wo es das Gesetz erlaubt, das Maximum an zulässiger Einwanderung weitgehend festgelegt ist.

Da nicht anzunehmen ist, dass die Bundesrepublik Deutschland aus ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen aussteigt, müsste in der Folge zwischen der Einwanderung aus humanitären Gründen und der wirtschaftlich motivierten Einwanderung, die noch gesetzlich zu regeln wäre, deutlich getrennt werden.

Flüchtlingsbewegung weltweit reduzieren

Entwicklungsländer, die Anstrengungen zur Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen leisten, müssen mit zusätzlichen Hilfsprogrammen der zu stärkenden UNHCR und der AKP-Lomé-Staaten Mittel zur Bewältigung dieser Aufgaben zufließen.

Einwanderungsgesetz

Die aktuellen Reaktionen auf die von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgelöste Greencard-Diskussion zeigen zwar die Notwendigkeit für ein solches Gesetz. Es ist auch notwendig, um den Druck auf das Asylgrundrecht abzubauen, damit es vor weiteren politisch motivierten Dezimierungen bewahrt wird. Ein Einwanderungsgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland wird also kommen. Deshalb lehnen wir eine quotenbewehrte Einwanderung grundsätzlich ab.

Die SPD hat jetzt noch die Chance, sich an die Spitze der Entwicklung zu setzen, dies kann aber nicht in der Form geschehen, dass eine ausgrenzende Haltung – auf Basis falscher Zahlen und Grundannahmen - Ausgangspunkt für weitere Überlegungen wird.

Ziel muss es sein, mit diesem Gesetz zunächst einen Beitrag zur Lösung der sozialen, ökonomischen und politischen Problemen dadurch zu leisten, dass weit über die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinaus Einwanderung und anschließende Einbürgerung ermöglicht wird.

Durch die Schaffung einer rechtlich abgesicherten Einwanderungsmöglichkeit werden sich die Zuzugszahlen zwar kurzfristig nach oben bewegen, dies wird sich aber selbst bei wirtschaftlich motivierten Zuzügen erst einmal in Grenzen halten, wie die bisherigen Erfahrungen und Daten gezeigt haben.

Das Grundrecht auf Asyl soll unangetastet bleiben bzw. wieder ausgebaut werden.

Mit der Debatte um ein Einwanderungsgesetz hat diese Diskussion fast nichts zu tun.

Bei Asyl geht es darum, politisch Verfolgten Schutz zu gewähren. Bei einem Einwanderungsgesetz geht es darum, die Lebenssituation der darüber hinaus Einwandernden zu regeln.

Um gesellschaftlichen Ressentiments und sozialen Ängsten zu begegnen, ist eine gesellschaftliche Debatte nötig, die von den MeinungsträgerInnen in einem aufklärerischen Sinne mitgestaltet wird.

Zudem sind verstärkte Bemühungen zur Integration der bereits hier Lebenden oder neu Einwandernden nötig.

„Integration

Die Notwendigkeit einer Integration von Einwandernden wird von niemandem angezweifelt. Sie darf dabei nicht mit einer Anpassung an eine angeblich in Deutschland bestehende „Leitkultur“ verwechselt werden. Integration ist immer ein gegenseitiger Prozess, der nicht nur von AusländerInnen sondern auch von InländerInnen aufgegriffen werden muss. Sie dient dem gegenseitigen Verständnis und der Toleranz gegenüber dem „Fremden“.

Wir fordern folgende Maßnahmen zur Förderung der Integration:

1. Sprachkurse

Wir sehen die Vermittlung von Sprachkenntnissen als eine zentrale Voraussetzung von Integration an. Die Sprachkurse sollen sich dabei an den Bedürfnissen der ImmigrantInnen orientieren und vor allem Kenntnisse vermitteln, die im täglichen Leben benötigt werden. Allen Einwandernden muss die Möglichkeit gegeben werden, Unterricht in Deutsch zu bekommen.

Sprachkurse müssen flächendeckend angeboten werden, so dass wirklich alle ImmigrantInnen Kurse besuchen können. Insbesondere weibliche Familienangehörige, die aus patriarchalischen Familienstrukturen stammen, haben aber oft nicht die Möglichkeit, an Sprachkursen teilzunehmen. Sie können sich mit unserem Vorschlag aus ihrer Abhängigkeit lösen und ihre Existenz auf die eigenen Beine stellen. Eine ausreichende Sprachkenntnis ist für eine erfolgreiche Integration unerlässlich. Ein modularer Aufbau der Sprachkursangebote ist sinnvoll, da er insbesondere die Möglichkeit eröffnet, Angebote bei einem Wohnortwechsel wahrzunehmen. Die Rolle der Frauen als Multiplikatorinnen wird oftmals weit unterschätzt. Deshalb sollten insbesondere für eingewanderte und nachgeholte Frauen spezielle Sprachkurse angeboten werden. Auch Kinder lernen eine Sprache nicht immer von selbst, ihnen sollen kindgerechte Deutschkurse angeboten werden.

Die Vermittlung von Sprachkenntnissen können mit Hilfe von bestehenden Vereinen und Organisationen durchgeführt werden. Sollte das Angebot dazu nicht ausreichen, ist von staatlicher Seite qualifizierte Abhilfe zu schaffen.

2. Integration in Schulen

Integration von Kindern und Jugendlichen muss eine offizielle Aufgabe der Schulen werden. Viele LehrerInnen sind mit multikulturellen Klassen überfordert, für sie sollen Fortbildungen durchgeführt werden. Die Klassenstärken sind den Erfordernissen entsprechend anzupassen.

Die Schullaufbahn ist in unserem jetzigen System prägend für das restliche berufliche und gesellschaftliche Leben. Kinder von ImmigrantInnen werden dabei systematisch benachteiligt. Sie besuchen nur selten höhere Schulen und sind deshalb auch auf dem Arbeitsmarkt im Nachteil. Die Gründe für den mangelnden Besuch von höheren Schulen haben ähnliche Ursachen wie bei Kindern aus sozial schwächeren Schichten. Erschwerend dazu kommen oft noch schlechtere Deutschkenntnisse.

Diese Benachteiligungen sollen langfristig über eine Änderung des bestehenden Schulsystems gemildert werden. Das jetzige System basiert auf sozialer Auslese und Konkurrenzdenken. Wir plädieren für die Einführung der Gesamtschule. Kurzfristig müssen Hausaufgabenbetreuungen und Förderunterricht in Deutsch durchgeführt werden. Auf schlechtere Sprachkenntnisse muss auch gerade bei der Notenvergabe Rücksicht genommen werden. In den Fächern, in denen es auf genaue Deutschkenntnisse ankommt, dürfen an Kinder von EinwanderInnen nicht von Anfang an die gleichen Anforderungen gestellt werden. Erst muss sichergestellt sein, dass sie die gleichen Chancen haben, die schulischen Anforderungen zu erfüllen. Die Schaffung dieser Basis ist Aufgabe der Kultusministerien.

Desweiteren müssen die Unterrichtsinhalte überarbeitet werden, damit diese die Lebenswirklichkeit und kulturelle Vielfalt aller Kinder unserer Gesellschaft widerspiegelt und Stereotypisierungen und Rassismen überwindet. Wenn das Bildungssystem die Menschen mit einem Migrationshintergrund nicht erreicht, ist es kein originäres Problem der Leute, sondern ein Problem des Systems.

Die Integration der Kinder von EinwanderInnen in den Klassenverband soll von den LehrerInnen aktiv gefördert werden. Dazu gibt es verschiedene pädagogische Konzepte. Diese Maßnahmen kommen auch inländischen Kindern und Jugendlichen zugute.

Insgesamt benötigen wir gerade für die zweite und dritte Generation der hier lebenden MigrantInnen dringend eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive.

3. Integration in der Erwerbsarbeit

ImmigrantInnen werden auch im Arbeitsleben systematisch benachteiligt. Sie bekommen häufig weniger Lohn für die gleiche Arbeit und haben oft nur Zugang zu schlecht bezahlten Berufen. Damit sich EinwanderInnen gegen diese Diskriminierungen wehren können, fordern wir die Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes.

Außerdem müssen Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, eine positivere Bewertung erfahren und leichter anerkannt werden. Ist eine vollkommene Anerkennung aus sachlichen Erwägungen ausnahmsweise nicht möglich, sind Studien- oder Ausbildungsverkürzungen im erlernten Beruf in erheblichem Umfang zu ermöglichen. Die erforderliche Nachqualifikation ist staatlich zu fördern.

4. Politische Integration

Wir fordern die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts in kommunalen Parlamenten auch für Nicht-EU-BürgerInnen. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahme müssen gewählte Ausländervertretungen in den kommunalen Parlamenten Rede- und Antragsrecht bekommen.

Öffentliche Verwaltungsaufgaben müssen in Zukunft auch stärker von MigrantInnen erledigt werden können. Sie müssen stärker in den Öffentlichen Dienst miteinbezogen werden. Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die mit AusländerInnen arbeiten, sollten umfassend geschult werden, damit sie ein Verständnis für hier lebende MigrantInnen entwickeln können.

Die pädagogische Forschung muss in den Stand gesetzt werden, Methoden zum Erlernen bzw. Vermitteln nicht-rassistischen Verhaltens zu entwickeln. Generell muss der Bildungssektor seinen Beitrag als Vorreiter durch entsprechende Forschung und durch Anwendung der entwickelten Methoden leisten.

Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationshintergrund, die zum Ziel haben, die Interessenvertretung ihrer Mitglieder bezogen auf die gesellschaftlichen und politischen Institutionen der BRD zu verbessern, sind gezielt zu fördern.

Alle Formulare bei Behörden und Ämtern sind mehrsprachig (in den gängigsten "Migrationssprachen") zu verfassen. Ggf. haben auch öffentliche Beschriftungen mehrsprachig zu erfolgen.

5. Medien

Berichterstattungen in den Medien können dazu führen, dass Vorurteile gegen Nicht-Deutsche geschürt werden oder in denen Nicht-Deutsche sogar kriminalisiert werden. Sie schaffen Ablehnung in den Köpfen der Menschen und wirken einer Integration von Nicht-Deutschen diametral entgegen. Eine sensiblere Verarbeitung von Themen, die sich mit Migration und Integration auseinandersetzen, ist erforderlich. Eine Kontrolle bzw. eine eventuelle strafrechtliche Verfolgung in diesem Bereich kann auf der Grundlage eines Antidiskriminierungsgesetzes gewährleistet werden, das sich aber nicht nur auf Medien begrenzen darf.

Die Integration von ImmigrantInnen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen ernst genommen werden muss. Sie ist für die Zukunft unserer Gesellschaft von größter Bedeutung. Aus diesem Grund sollte die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Bund und Länder für die oben aufgeführten Maßnahmen selbstverständlich sein."

Asylrecht wiederherstellen

Die Beschlüsse des Berliner Parteitags der SPD sind unverzüglich umzusetzen.

Langfristig fordern wir die Wiederherstellung von Art. 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz. Durch den neuen Artikel 16a Grundgesetz wurde der individuelle Asylrechtsanspruch durch die Einführung des Konzepts »sicherer Drittstaaten« weitgehend abgeschafft. Bis zu dieser Änderung fordern wir aber, das einige einfachgesetzlichen Regelungen abgeändert bzw. gestrichen werden:

1. Rückkehr zu den internationalen Standards im Flüchtlingsrecht

- Die Drittstaatenregelung ist auszusetzen.
Die sogenannten sicheren Drittstaaten werden per Grundgesetz als sicher erklärt. Die praktische Erfahrung zeigt aber, dass diese Staaten in überwiegender Zahl weder ein verfassungsrechtlich festgeschriebenes Asylrecht, noch ein verbindliches Prüfungsverfahren praktizieren. Darüber hinaus erkennen die „sicheren“, Drittstaaten wiederum andere Staaten als Drittstaaten an, und schieben insofern Flüchtlinge aus dem Geltungsbereich der Europäischen Menschenrechtskonvention.
- Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention ist als verbindlich zu akzeptieren. § 53 AuslG ist dementsprechend zu ändern. Abschiebungsschutz muss auch dann gewährt werden, wenn keine staatliche Gewalt existiert.

- Familienasyl im Sinne von § 26 AsylVfG wird auch denjenigen Ehegattinnen, Ehegatten und Kindern gewährt, die über einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist sind. Der Familiennachzug für Konventionsflüchtlinge wird ermöglicht.
- Eine Verfolgung aus geschlechtsspezifischen Gründen muss im Asylverfahren berücksichtigt werden. Eine entsprechende Klarstellung muss in § 51 AuslG erfolgen.
- 2. Das sogenannte Flughafungsverfahren ist ersatzlos zu streichen.
- 3. Ein effektiver Rechtsschutz im gerichtlichen Verfahren muss wieder hergestellt werden. Im Eilverfahren muss ein Antrag auf Zulassung der Beschwerde eingeführt werden.
- 4. Die Abschiebungshaft ist abzuschaffen. Es ist völlig ausreichend, Abzuschiebende kurzfristig und vorübergehend festzuhalten, wenn die Abschiebung anders nicht gesichert werden kann.
- 5. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ersatzlos abzuschaffen. Das Bundessozialhilfegesetz und andere Vorschriften sind so zu ändern, dass keine Sonderbehandlungen von Flüchtlingen erfolgt. Es verstößt gegen elementare Menschenrechte. Eine um 20% gekürzte Sozialhilfe, Umstellung auf Sachleistungen, etc. ist wohl eines der härtesten Diskriminierungsinstrumente.
- 6. Das Amt des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten ist abzuschaffen. Der Bundesbeauftragte klagt obstruktiv gegen anerkennende Entscheidungen und hat sich in vielen Jahren als institutionalisiertes Verfahrenshemmnis erwiesen.
- 7. Die Residenzpflicht für Flüchtlinge ist aufzuheben. Durch die, seit 1982 bestehende, Residenzpflicht ist es Flüchtlingen verboten, sich in der BRD frei zu bewegen. Sie dürfen den ihnen als Wohnort zugewiesenen Landkreis nicht verlassen. Die zur Einhaltung dieser Residenzpflicht stattfindenden, auf rassistischen Kategorien basierenden, Polizeikontrollen fügen den Flüchtlingen physisches und psychisches Leid zu (dies ist in zahlreichen Fällen dokumentiert). Die Residenzpflicht, die es - einmalig in der Welt - nur in der BRD gibt, schränkt verschiedene Grund- und Menschenrechte (Bewegungsfreiheit, Meinungs- und Redefreiheit, Recht auf Vereinigung), in eklatant widriger Art und Weise ein. Der gesetzliche Zwang zur dauerhaften Unterbringung in Sammellagern ist sofort zu beenden. Dies verstößt gegen die Menschenwürde. Außerdem bieten sie die ideale Angriffsfläche für rassistische und ausländerfeindliche Biedermänner, die dann leicht zu Brandstiftern werden.

Insbesondere Frauen würden von einer Ausweitung der bisherigen Regelung profitieren. Schätzungen zufolge sind etwa 80% der Flüchtlinge (die Prozentangaben schwanken zwischen 70-90%) Frauen und Kinder, etwa 50-60% Kinder und 20-30% Frauen. Allerdings führt ihre Flucht meistens nicht über ihr Herkunftsland hinaus. Obwohl die Mehrheit der Flüchtlinge Frauen sind, erreichen sie weit seltener eines der westlichen Aufnahmelande, als männlichen Flüchtlinge. Lediglich 1% der weiblichen Flüchtlinge gelingt eine Flucht nach Europa. Die geringe Präsenz von weiblichen Flüchtlingen hat verschiedene Ursachen. Insbesondere die geringen finanziellen Mittel über die diese Frauen verfügen, die Tatsache, dass sie Kinder versorgen und ihre meist geringere Bildung machen eine Flucht in weiter entfernte Gebiete fast unmöglich. Eine legale Einwanderungsmöglichkeit würde diesen Frauen eine Möglichkeit bieten, überhaupt in ein westliches Land zu gelangen.

Die Jusos fordern außerdem die Bundesregierung auf, sich einer europaweiten Lösung der Asylpolitik nicht länger in den Weg zu stellen und im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses und der Vertragsänderung bei der folgenden Regierungskonferenz auf ihr Vetorecht bei Asylfragen zu verzichten.

Asylfragen sollten in Europa der Mehrheitsentscheidung im Rat und der Mitentscheidung im Europäischen Parlament unterliegen. Ausgangspunkt für die Initiative muss die volle Wiederherstellung des Asylgrundrechts sein.

Perspektiven für eine abgehängte Region

- Menschen und Strukturen in Ostdeutschland stärken -

Seit der Wende 1989/90 ist im Osten der Republik viel geschehen. Wer heute einen Blick in die neuen Länder riskiert, der wird sie gegenüber alten Bildern verändert finden. Dabei gibt es genauso positive wie negative Erscheinungen.

1,3 Billionen Mark haben Bund, westdeutsche Länder, die Sozialversicherungssysteme, die Europäische Union und die Bürger Ost und West gemeinsam seit 1991 für den Aufbau Ost bezahlt. Die finanziellen Transfers in die neuen Bundesländer haben zwar einige Erfolge gebracht, aber eben nicht zur erhofften Angleichung der Lebensverhältnisse geführt.

Bis 1999 stieg das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin von 1991 mit 43 Prozent des Niveaus der westdeutschen Länder auf 71 Prozent im Jahr 1999 an. Dabei ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass das BIP in den neuen Ländern wieder langsamer ansteigt als in den alten Ländern und die Schere damit wieder weiter auseinander klafft.

Die Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern liegen bei 80 Prozent der westdeutschen, die Renten aus der staatlichen Rentenversicherung bei 110 des westdeutschen Wertes.

Die Industriedichte in Ostdeutschland ist zu gering, in Ostdeutschland kommen auf 1000 Einwohner 41 Industriebeschäftigte, in Westdeutschland mehr als doppelt so viele. Viele Unternehmen sind in den letzten Jahren in Konkurs gegangen. Die Folge ist eine Arbeitslosigkeit, die im Osten noch immer durchschnittlich 18 Prozent beträgt, in einigen Regionen deutlich über 25 Prozent liegt. Das ist höher als die Arbeitslosenquote in Portugal, welches das Schlusslicht in Europa bildet und steht in einem massiven Widerspruch zur Quote von 8 Prozent in den alten Ländern, die besser darstehen als die meisten anderen europäischen Länder. Die Folge davon ist auch eine Abwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern, die wieder deutlich über 200.000 pro Jahr liegt und damit beinahe wieder das Niveau der Anfangsjahre erreicht hat.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Angleichung ins Stocken geraten. Seitdem verharrt die ostdeutsche Arbeitsproduktivität bei rund zwei Dritteln der westdeutschen. Die Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern hat in den Jahren 1991 bis 1999 um insgesamt 84 Prozent zugenommen. Der weitaus größte Teil dieses Zuwachses, nämlich 64 Prozent, entfiel auf den Zeitraum bis zum Jahre 1995. Aus diesem Grunde muss bedenklich stimmen, dass die Investitionsdynamik seit Mitte der Neunzigerjahre merklich nachgelassen hat.

1996 lief das Fördergebietsgesetz aus, 1997 trat ein neues Gesetz in Kraft, das wesentlich weniger finanzielle Mittel bereitstellte und keine Ausnahmeregelungen für Abschreibungen in Ostdeutschland vorsah. In Sachen Wohnungsbau und Bürobauten war dieser Schritt überfällig, weil seit Jahren die Überkapazitäten subventioniert wurden, die heute zu massivem Anpassungsdruck in der ostdeutschen Bauwirtschaft führen. Ob aber die Reduktion der Förderung bei den gewerblichen Anlageinvestitionen, für Maschinen und Einrichtungen richtig war, ist außerordentlich fraglich, wie man an der vom Sachverständigenrat konstatierten nachlassenden Investitionsdynamik ablesen kann.

Von einem Aufholprozess kann zumindest seit 1996 keine Rede sein. Denn: Seither blieb nach der amtlichen Ermittlung des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder" das reale Wachstum der neuen Länder alle Jahre wieder deutlich hinter dem westdeutschen Wert zurück

Die Gründe dafür sind:

1. Die Kapitalausstattung, die Kapitalintensität der ostdeutschen Wirtschaft erreicht allenfalls 75 Prozent des westdeutschen Wertes. Die Ausstattung mit Sachkapital ist eine wesentliche Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit; für Vorprodukte und Zulieferteile in der vernetzten Weltwirtschaft garantiert nur die jüngste Maschinengeneration die marktübliche Qualität. Und nur im Investitionsprozess entstehen zusätzliche Arbeitsplätze.
2. Die Lohnkosten je Stunde im verarbeitenden Gewerbe liegen in Ostdeutschland bei 72 Prozent des westdeutschen Wertes. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität der neuen Länder aber nur bei 59 Prozent des Westwertes.
3. Durch eine restriktive Investitionspolitik von Bund und ostdeutschen Ländern wird die von den großen empirischen Forschungsinstituten ermittelte Infrastrukturlücke Ostdeutschlands in Höhe von 300 Milliarden D-Mark viel zu zögerlich abgebaut.

Es wird deutlich wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind 10 Jahre nach der Vereinigung noch immer vorhanden. Überholen ohne einzuholen - das war das erzeugte Bild, das die Anfangsmonate nach der Wende kennzeichnete. Das Bild der baldigen blühenden Landschaften war nicht hilfreich, für die bevorstehenden Anstrengungen, die die gesamte Republik zu bewältigen hatte und hat.

Die Region Ostdeutschland ist durch das Thierse-Papier wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzungen gerückt. Nun heißt es gemeinsam Antworten auf die Herausforderungen in Ostdeutschland zu finden.

Ein Jahrzehnt nach dem Beitritt ist die Anfangseuphorie ins Realistische bis Resignierende verkehrt. Wenn die angestoßene Debatte einen Zweck erfüllen muss, dann den des Wachrüttelns aller Beteiligten. Den Aufbau Ost zur Chefsache zu erklären reicht nicht aus - mit den Menschen gemeinsam muss ein ernsthafter, ehrlicher Diskurs über Entwicklungspotenziale und -chancen geführt und umgesetzt werden.

1. Kulturelle Unterschiede

Die Zerstörung der ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Reproduktionsbedingungen des Großbürgertums, des kleinbürgerlichen Mittelstandsmilieus und des bürgerlich-humanistischen Milieus durch die Politik in der SBZ und der DDR zum einen und die Privilegierung der Angehörigen aus dem Arbeitermilieu beim Zugang zu höherer Bildung zum anderen führten zu einer Homogenisierung der Bevölkerung Ostdeutschlands in Richtung kleinbürgerlicher-proletarischer Milieus. Die Medien, Kunst und Kultur, Wissenschaft, Bildungssystem und auch die Betriebe wurden durch permanente Verbreitung der staatsideologischen Deutungsmuster ausdrücklich auf den Marxismus-Leninismus als weltanschauliches Grundkonzept ausgerichtet und verpflichtet. Die Egalisierung der Lebensverhältnisse wie auch die Angleichung der Normalitätsvorstellungen und politischen Werte der DDR-Bürger bildet ab Mitte der sechziger tatsächlich eine Milieulandschaft heraus, die im Vergleich zur westdeutschen, eher proletarisch, egalitär und links war. Selbst die 68er Bewegung fand im Ostdeutschen Raum nicht die Beachtung und ihre Auswirkungen wie in anderen europäischen Staaten. In Befragungen des Statistischen Bundesamtes blieb der Osten eine weniger individualisierte, egalisierte arbeitlerliche Gesellschaft. Dieser

Trend hält bis heute an, in Befragungen des Statistischen Bundesamtes rechnen sich noch 61% der Ostdeutschen der Unter- und Arbeiterschicht zu. Diese „kulturelle Andersartigkeit“, reflektieren wir nicht nur, nein wir bestehen auch darauf anders zu sein. Diesem Selbstvergewisserungsbedarf trägt niemand offiziell Rechnung, er spiegelt sich heute wieder in Form von Ostalgie oder dem glorifizieren scheinbar „ostdeutscher Mentalitätspolitik“, wie Wolfgang Thierse oder Regine Hildebrandt.

Jeder zweite Ostdeutsche befürwortet eine stärkere Kontrolle der Wirtschaft durch die Politik. Im „freien Spiel der Kräfte“, sehen sie mehr als die Westdeutschen die Gefahr, dass Gesellschaft zu einem Freiraum für die Stärkeren und Verantwortungsloseren wird und ihre Funktion als Lebensraum verliert - und das sie die Leidtragenden dieser Entwicklung sind.

Dieser Eindruck ist - bei Betrachtung der zurückliegenden Jahre - nachvollziehbar. Der Aufbau selbsttragender Wirtschaftsstrukturen ist für Ostdeutschland nicht gelungen. Nach den anfänglichen Fehlentscheidungen – viele industrielle Kerne der DDR wurden nicht etwa saniert, sondern zerschlagen oder verscherbelt – gilt es nun neue Perspektiven zu erschließen.

Dabei gilt es das ostdeutsche Selbstbewusstsein weiterzuentwickeln und in die Politik der Sozialdemokratie einzubetten. Für die Entwicklung der ostdeutschen Region ist weder ein "vollbeten" des Glases noch plakative Schuldzuweisungen (kein Recht auf Faulheit) hilfreich. Wollen wir die Wähler im Osten langfristig für die Lösungen der Sozialdemokratie gewinnen, muss es uns gelingen ostdeutsche Interessen ernsthaft zu vertreten, dieses setzt auch ein Verständnis für die Andersartigkeit voraus.

2. Verbundnetzwerke

Das in Ostdeutschland nur jedes vierte Unternehmen ausbildet, ist auch durch die Betriebsgröße beeinflusst. Bei 87 % der Betriebe handelt es sich um Kleinbetriebe, wovon viele über keine Ausbildungsberechtigung verfügen. Als problematisch erwies sich die schwache Ertragslage der Unternehmen in den neuen Bundesländern. So schlossen nur 60 % der Betriebe neue Ausbildungsverträge ab. Auch wenn man berücksichtigt, dass gerade kleinere Unternehmen nicht jährlich einen Lehrling einstellen, wirkte sich hier die Schwäche der Baukonjunktur besonders aus, wurde doch 1996 noch jeder fünfte Lehrling im Baugewerbe ausgebildet. Erfreulich gestaltet sich die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe, wo 21 % der Auszubildenden beschäftigt sind.

Das eine erfolgreich abgeschlossene Lehre noch keine Garantie für eine Übernahme in ein Arbeitsverhältnis ist, wird deutlich bei genauer Betrachtung der Fakten. So wurde nur jeder zweite Lehrling im Anschluss an eine erfolgreiche Lehre eingestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass überbetriebliche Bildungseinrichtungen fast keine Jugendlichen weiter beschäftigen. Bei betrieblicher Ausbildung beträgt die Anzahl der Übernommenen 60 %. Auch muss beachtet werden, dass 15 % der Jugendlichen über eine andere Lebensplanung verfügten und beispielsweise ein Studium aufnahmen.

Die Bereitstellung von ausreichend Ausbildungsplätzen kann von dieser Unternehmenszusammenstellung nur mit ungeheurem Aufwand erfüllt werden. Viele kleine Betriebe haben keine Ausbildungsbefähigung oder sind finanziell nicht in der Lage diese Investitionen in die Zukunft ihrer Betriebe zu tätigen. So ist der Staat in der Vergangenheit immer wieder als Ausbilder eingesprungen und hat mit erheblichem Subventionsaufgebot versucht den Jugendlichen eine Perspektive zu finanzieren. Ein Appell an die Wirtschaft wird hier nicht ausreichen. Auf die Umlagefinanzierung werden wir nicht verzichten können. Sie muss endlich kommen. Künftig sollten noch verstärkter kleine und mittelständische Unternehmen in die Duale Ausbildung über Verbundnetzwerke einbezogen werden. Nicht in der zunehmenden staatlichen Finanzierung oder im Weggang der Jugendlichen liegt die künftige Antwort, sondern in der Nutzung vorzufindender Strukturen und einem realistischen weiterentwickeln derer. Der Aufbau Ost ist nicht mit einem Nachbau West zu leisten.

Ein wichtiger Schritt für die Perspektivschaffung des ostdeutschen Ausbildungsmarktes ist das Zusammenfassen einzelner Ausbildungsordnungen zu Berufsgruppen in der die Nutzung von Verbundnetzwerken über modulare Ausbildungsgänge noch effektiver ist.

3. Schule und Arbeit

Unsere Schulabgänger bewerben sich noch immer auf nur 10 bis 20 geschlechtsspezifische Ausbildungsberufe. Die breite Auswahl an gerade seit 1996 neu bereitgestellten oder modifizierten Ausbildungsordnungen liegt ihnen nicht vor. Schulen und Beratungszentren versagen an dieser Stelle. Zurecht fordert unsere Generation an dieser Stelle eine Orientierungshilfe, die schon frühzeitig vorhandene Potenziale herausfiltert und mit der Kombination richtiger Qualifizierungen sich voll entfalten kann. Die Orientierung durch das Elternhaus fällt angesichts des ausdifferenzierten „Marktes der Möglichkeiten“, weitestgehend weg. Hinzu kommt in Ostdeutschland, dass unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil haben. So haben die meisten Betriebe kein Image über groß angelegte Werbekampagnen aufbauen können, wie z.B. Daimler Chrysler, und werden ohne Hilfe von Schule und Arbeitsamt die angebotenen Lehrstellen auf dem Markt schwerer anbieten können.

Aber gerade das Aufbrechen des stockenden Informationsflusses zwischen Schülern und Betrieben ist notwendig, will ich den Jugendlichen aufzeigen, dass ihre Zukunftsvorstellungen auch regionale Umsetzungsmöglichkeiten haben. In der Reformierung der Unterrichtsfächer Arbeitslehre muss dieses Vorhaben Verankerung finden. Weiterhin sollte hier eine kritische Auseinandersetzung mit Wirtschaftsabläufen und Arbeitsprozessen und praktische Erprobungen eigener Zukunftsvorstellungen ermöglicht werden. Diese sollten aber nicht nur reine Beschäftigung im Rahmen des Unterrichtsfaches sein, sondern müssen aufbauend auf der Entwicklung eines sogenannten "Lebensfahrplanes" für den einzelnen gewählt werden.

4. Jump-Programm

Wir begrüßen das Vorhaben das Jugendsofortprogramm bis 2003 auszuweiten. Geplante Veränderungen zu den Vorgängerauflagen berücksichtigen die besondere Situation Ostdeutschlands. So sind die Vergabe von 50% der Mittel für die neuen Bundesländer und die vorgesehene Bevorzugung betrieblicher Ausbildungsplätze in der Mittelvergabe richtige Schritte. Wollen wir den Jugendlichen noch mehr Perspektive verschaffen, ist ein Aspekt noch unbedingt zu berücksichtigen.

Das Jugendsofortprogramm (JuSoPro) sieht bisher vor, definierten Benachteiligtengruppen persönliche Qualifizierungsdefizite durch verschiedene Maßnahmen auszugleichen um somit eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Beim Betrachten der Maßnahmenteilnehmer Ost fällt allerdings auf, dass vom Abiturienten bis zum Hauptschüler alles dabei ist und somit von einem Programm für Benachteiligte nicht mehr gesprochen werden kann. Die Vermittlung in den Arbeitsmarkt bleibt nach durchlaufen der Maßnahmen auch weit hinter den Erwartungen zurück. Eben weil die Qualifizierungsdefizite nicht das eigentliche Problem darstellen, sondern die fehlenden Arbeitsmarktstrukturen für die spätere Integration. Daher fordern wir Jusos den Ausbau des Jump-Programms bei dem für die Ostdeutschen Bundesländer ein Aufbau von 100.000 Arbeitsplätzen in öffentlichen Bereichen im Rahmen des Programms organisieren. Diese dürfen natürlich nicht zu einer Verdrängung bereits bestehender Betriebe führen, sondern sollten in bisher unterentwickelten aber notwendigen Bereichen des öffentlichen Lebens angesiedelt sein.

Die Bereitstellung von 100 Millionen DM für sogenannte Mobilitätshilfen im Rahmen des Jump-Programmes kritisieren wir aufgrund der ausgestrahlten politischen Botschaft. Die politische Herausforderung besteht in der Gestaltung eines lebenswerten Umfeldes und nicht in der Verschickung junger Menschen quer durch unser Land. Mobilität ist wichtig in unserer heutigen Gesellschaft und gehört zu den Kompetenzen, die für die Bewältigung des Lebens unumgänglich ist. Aber dies staatlich zu finanzieren und im Nachgang vielleicht gar noch die Rückkehr mit finanziellen Anreizen zu versehen, stärkt den Weg, Menschen an der Verwertungslogik des Marktes auszurichten und stellt individuelle Orientierungshilfen und Potenziale in den Hintergrund.

Wir Ostlandesverbände sind dagegen Fachkräfte, welche auch in Ostdeutschland dringend benötigt werden, Anreize zu geben, aus schlecht entwickelten Regionen in die industriellen Kernregionen zu ziehen. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland kann nur gelingen, wenn gerade leistungsfähige junge Menschen, mit ihrer Tatkraft und Motivation den Aufschwung in Ostdeutschland nachhaltig stützen. Gerade die negative psychologische Wirkung von Mobilitätshilfen darf nicht unterschätzt werden. Jugendlichen aus den neuen Bundesländern wird durch die Bundesregierung suggeriert, das der Aufbau Ost nicht den Stellenwert besitzt, welcher notwendig wäre, um auch als junger Mensch seine Perspektive in den fünf neuen Bundesländern zu suchen.

Daher wird der Artikel 11a des Jugendsofortprogrammes wie folgt geändert:

§ 2 Förderfähiger Personenkreis

Jugendliche können gefördert werden, wenn sie seit mindestens einem Jahr arbeitslos gemeldet sind und auf Grund ihrer Qualifikation in absehbarer Zeit in der Nähe des Wohnortes kein Arbeitsplatz zur Verfügung stehen wird. Gefördert werden können auch Jugendliche, die zu Beginn des Ausbildungsjahres noch über keinen Ausbildungsplatz verfügen.

5. Perspektiven für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland

Die gewünschte Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland kann nur mit einer drastischen Senkung der Arbeitslosenquote auf bzw. unter das Niveau der westdeutschen Bundesländer einher gehen. Um dieses Ziel zu erreichen sind verschiedene Maßnahmen in unterschiedlichen Zeiträumen erforderlich. Man muss daher kurzfristig andere Mittel ergreifen, als in der mittel- und langfristigen Perspektive.

Der hohen Sockelarbeitslosigkeit ist kurzfristig nur zu begegnen, indem der Staat sich im Non-Profit Bereich massiv engagiert. Wir Jusos sind für ein staatliches Dienstleistungsmodell, fernab des von Neoliberalen geprägten Dienstbegriffes, wonach einfache Arbeiten zu unwürdigen Löhnen verrichtet werden müssen. Wir sprechen uns für die Erhaltung und den punktuellen Ausbau von Leistungen aus der Sozialversicherung bzw. von staatlicher Stellen aus, um eine „moderne Dienstboten-Gesellschaft“, schon im Ansatz zu verhindern. Wir sind für ein Dienstleistungsmodell mit sozialer Ausstrahlung, welches gerade für Ältere, eine echte Alternative zur Arbeitslosigkeit darstellt. Dieses Modellprojekt muss aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, wobei keine Projekte finanziert werden dürfen, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten.

Gleichzeitig sollten ältere Arbeitslose, deren Chance auf Einbindung in den ersten Arbeitsmarkt ungeheuer gering ist, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einer Dauer von drei bis fünf Jahren versorgt werden. Ein über 55-Jähriger wird auch nach der dritten Umschulung nicht zum IT-Fachmann. Er kann aber sehr wohl noch etwas leisten und wir sollten ihn nicht allein lassen.

Der von Arbeitsminister Riester nach dänischen Vorbild geplanten Jobrotation stehen wir positiv gegenüber. Dabei kann sich ein Arbeitnehmer für eine bestimmte Zeit zur Weiterbildung von der Arbeit freistellen lassen. Sie ist ein wichtiger Schritt, um während der erforderlichen Weiterbildung von Arbeitnehmern, Arbeitslosen eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben. Ein Teil des Lohnes sollte dabei von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen werden.

Wir Jusos halten die Vorstellung von Wirtschaftsverbänden und konservativen Politikern für falsch, wonach Arbeitslose eine Arbeitsstelle auch dann annehmen müssen, wenn diese nicht ihrem Qualifizierungsniveau entspricht. Auch eine Entlohnung unter Tarif sollte nur ausnahmsweise zur Rettung eines Betriebes möglich sein, da Lohndumping auch die wenig besser gestellten Unternehmen der Branche in Zahlungsschwierigkeiten bringt, wie im Baugewerbe hinlänglich beobachtet werden kann.

Die Forderung nach einem Niedriglohnsektor, sowie nach einer größeren Spreizung der Löhne ist absurd. Gerade in den neuen Bundesländern verfügen wir mittlerweile seit einem Jahrzehnt über einen Niedriglohnbereich, welcher nur minimale Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat (Ansiedlung von Callcentern). Als deutlich problematischer stellte sich hingegen die von Unternehmen vorgenommene Verlagerung unproduktiver Arbeitsschritte in die neuen Bundesländer heraus, wodurch ein schneller Verringerung des Produktivitätsrückstandes Ostdeutschlands verhindert wurde. Daher wollen wir perspektivisch die Angleichung der ostdeutschen Löhne an Westniveau. Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen auf, die Löhne der ostdeutschen Beamten, sowie die der Angestellten des Bundes, der Länder und Kommunen in einer angemessenen Zeitspanne anzupassen.

Eine staatliche Akzeptanz von Lohndumping wie durch die derzeitige Vergabep Praxis lehnen wir ab. Wir fordern daher die Landesregierungen auf, ein Vergabegesetz wie beispielsweise das Sachsen-Anhaltinische zu verabschieden. Durch dieses Gesetz sollte die Tariffreue als festgeschriebene Anforderung an sich bewerbende Unternehmen gestellt werden.

Langfristig sollte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich günstiger gestalten, da weniger Schulabgänger auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt drängen. Um langfristig das Produktivitätsniveau der alten Bundesländer zu erreichen, ist der weitere Ausbau der Universitäten und Forschungszentren, sowie eine Verknüpfung dieser mit Betrieben am Standort erforderlich. Darüber hinaus sollten sich die ostdeutschen Regionen auf die Förderung von wachstumsstarken Zukunftstechnologien konzentrieren, da hier die Marktanteile noch nicht aufgeteilt sind. Wir müssen eigene Profile für unsere Regionen entwickeln, ein Vergleich mit westdeutschen Regionen hat in der Vergangenheit überwiegend zur Nachahmung geführt nicht aber zur kritischen Analyse welche Richtung die Entwicklung Ost einschlagen wird. Die desolate Nutzung der GreenCards in Ostdeutschland zeigt, dass in diesem Bereich noch viel Anstrengungen zu unternehmen sind. Wissenschaftliche Standorte bilden sich in Ansätzen heraus, müssen aber dringend gefördert werden und eine Verankerung in der Wirtschaft finden, so dass Ostdeutschland als Standort für Zukunftstechnologien und Wissenstransfer Perspektiven eigener Entwicklungsdynamik aufbaut.

6. Kommunales Infrastruktur Programm

Bei der Frage nach mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und der Abwanderung vor allem junger Menschen aus Ostdeutschland kommen wir immer wieder am gleichen Punkt an. Was fehlt sind die Unternehmen, die Arbeitsplätze bereit stellen können, und das lebenswerte Umfeld, in dem Unternehmen sich ansiedeln und Menschen gerne leben, weil sie kulturelle und soziale Angebote haben.

Für Ostdeutschland ist die Lösung des Problems eine aktive Arbeitsmarktpolitik sein, die durch gezielte Investitionen eine Infrastruktur schafft, in der sich neue Unternehmen ansiedeln wollen und bestehende Aufträge erhalten und dadurch Arbeitsplätze schafft und sichert. Diese Investitionen sind nur von Seiten der Kommunen leistbar, denn nur sie können ohne enorm bürokratischen Aufwand entscheiden, welche Projekte in ihrer Umgebung vorrangig gefördert werden sollen. Allerdings sind die meisten Kommunen in Ostdeutschland durch die Aufholjagd der vergangenen Jahre finanziell stark geschwächt und haben kaum noch Spielräume für freiwillige Leistungen.

Gerade die von Arbeitslosigkeit betroffenen Kommunen haben nicht die finanziellen Voraussetzungen, aus eigener Kraft die negative Spirale aufzubrechen, die sich aus kaum wachsender Wirtschaftskraft, abnehmender Beschäftigung, zunehmender Arbeitslosigkeit und abnehmender steuerlicher Ertragskraft ergibt. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche lagen die Einnahmen der ostdeutschen Gemeinden je Einwohner aus Steuern 1998 bei 552 DM, während der Vergleichswert in Westdeutschland mit 1.404 DM nahezu dreimal so hoch ausfiel. Auch wenn die ostdeutschen Kommunen durch laufende Zuweisungen fast gleich hohe Einnahmen haben, lässt sich damit der noch zu bewerkstellende Aufholprozess in Bezug auf Infrastruktur nicht bewältigen.

Ziel muss es sein, dass die Kommunen auf regionaler Ebene durch die Vergabe zusätzlicher Aufträge und die Finanzierung zusätzlicher Projekte sowohl ihre Infrastruktur im wirtschaftlichen und sozialen Bereich verbessern als auch unmittelbar zusätzliche Arbeitsplätze für Zielgruppen der Arbeitsförderung schaffen können. Beispielhaft seien genannt Investitionen in Stadt- und Dorferneuerung, öffentliche Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendbetreuung, Wohnumfeldverbesserung, touristische Infrastruktur, soziale und kulturelle Infrastruktur, Wegebau, Denkmalerhalt und -sanierung, Ver- und Entsorgungsstruktur, Verbesserung der ökologischen Situation.

Wir fordern deshalb:

Eine neue Säule in der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Ostdeutschland, in der den Kommunen im Rahmen eines "Kommunalen Infrastruktur-Programms" über 5 Jahre staatliche Hilfen in Höhe von 2 Milliarden Deutsche Mark von Seiten der Bundesregierung für infrastrukturelle Maßnahmen direkt zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollte der Bund zu 80 Prozent, das Land zu 10 Prozent und die Kommunen ebenfalls zu 10 Prozent kofinanzieren.

Die Mittel des Bundes, vermehrt um den Beitrag der Länder, werden den kommunalen Haushalten in Form von Globalzuweisungen mit der Zweckbindung, nur im Rahmen des Kommunalen Infrastruktur-Programms einsetzbar zu sein, zur Verfügung gestellt. Die Planung der im Rahmen des Programms erfolgt durch die kommunale Ebene in Abstimmung mit den örtlichen Arbeitsämtern.

Vorrangig sollte Langzeitarbeitslosigkeit abgebaut werden. Von besonderem Interesse ist dabei die Verknüpfung mit Strukturanpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer, die über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren gewährt werden können."

7. Solidarpakt II

Wolfgang Thierse hat in seinen fünf Thesen festgestellt, der Osten habe noch einen investiven Nachholbedarf, der sich auf etwa 300 Milliarden belaufe. Zusammen mit den Arbeitslosenzahlen, dem Bruttoinlandsprodukt und dem Wirtschaftswachstum wird klar, dass der Osten noch einige Jahre auf die Hilfe angewiesen sein wird. Kein Realist konnte erwarten, dass die Aufholjagd nach zehn Jahren abgeschlossen sein wird, auch wenn das von Seiten der Kohl-Regierung nur zu gern versprochen wurde.

Deshalb gilt es heute, einen Solidarpakt zwei zu beschließen, der auf mindestens unverändertem Niveau für weitere zehn Jahre fortgeschrieben wird.

Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

I. Demokratisierung ist sozialdemokratische Reformpolitik

Die Demokratisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist das grundlegende Ziel sozialdemokratischer Reformpolitik: „In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen. Ökologisch und sozial verantwortbares Handeln lässt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.“ (SPD-Grundsatzprogramm) Wirtschaftsdemokratie ist kein Gegenkonzept zur Marktwirtschaft. Sie hebt vielmehr die Errungenschaften der Marktwirtschaft in sich auf und versucht ihre Nachteile aufzulösen. Wirtschaftsdemokratie, bedeutet die gemeinwohlorientierte Steuerung von marktwirtschaftlichen Systemelementen durch

die volkswirtschaftliche Rahmenplanung und Investitionslenkung,

- planvolle Arbeitsmarktpolitik, die durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor und die gesetzliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich Arbeitsplätze schafft,
- demokratische Kontrolle unternehmerischer Macht, besonders der multinationalen Konzerne,
- Mitbestimmung der Beschäftigten auf den Entscheidungsebenen des Betriebs und des Unternehmens.

Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) kann also nur ein Teil umfassender Reformen für mehr Mitbestimmung und demokratische Kontrolle unternehmerischer Macht sein.

II. Die Reform des BetrVG

Das Betriebsverfassungsgesetz ist in seiner derzeitigen Fassung seit 1972 nahezu unverändert gültig. In dieser Zeit hat sich die Arbeitswelt nachhaltig verändert. Zu nennen sind hier beispielsweise Outsourcing und Lean-Management.

Diese dramatische Veränderungen der betriebliche Wirklichkeit sind auch der konservativ-liberalen Regierung nicht verborgen geblieben. Sie hat die dringend erforderliche Modernisierung der Betriebsverfassung konsequent unterlassen und sogar weiter torpediert: Mit dem sog. Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 hat sie die Rechte der Betriebsräte bei Sozialpläne verschlechtert. Mit den Sprecherausschüssen für leitende Angestellte und dem sog. Minderheitenschutz wurde 1988 eine geschlossene Interessenvertretung der Beschäftigten erschwert und 1996 wurde die Änderung des § 113 BetrVG eine Regelung geschaffen, die es den Unternehmen erleichtern soll, Betriebsänderungen in noch kürzerer Zeit gegen den Willen der Betriebsräte durchzuführen, Arbeitnehmer noch schneller zu entlassen.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Novellierung des BetrVG zeigt sich die SPD-geführte Bundesregierung bereit, notwendige Reformschritte einzuleiten. Der vorgelegte Gesetzentwurf darf auf keinen Fall weiter aufgeweicht werden. Er trägt bereits Kompromisscharakter, schöpft in weiten Teilen die gesetzlichen Möglichkeiten zur Ausweitung der Rechte von Betriebsräten nicht aus und muss an entscheidenden Stellen noch nachgebessert werden. Die Veränderungen, die am Referentenentwurf vorgenommen wurden, sind nicht nachvollziehbar.

Der Gesetzentwurf für die Novellierung des BetrVG

- nimmt einen ersten Schritt zur erforderlichen Neufassung des Betriebsbegriffes vor: ein einheitlicher Betrieb wird nicht mehr nur bei räumlicher Nähe, sondern auch bei organisatorischer Verbundenheit angenommen. Künftig können auf der Grundlage von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen Sparten-, Filial- und unternehmenseinheitliche Betriebsräte gebildet werden. Die mögliche Einrichtung eines Betriebsrates durch eine Betriebsvereinbarung als „Auffanglösung“, ist allerdings abzulehnen, da so eine Durchbrechung des Tarifvorrangs möglich wird. Es ist nicht nachvollziehbar, dass der positive Ansatz des Referentenentwurfs, die Bildung eines Konzernbetriebsrates und eines Konzernwirtschaftsausschusses verpflichtend vorzusehen, im

jetzigen Gesetzentwurf gestrichen wurde. Die Einrichtung eines Konzernbetriebsrats ist jetzt von einer Vorabstimmung der Gesamtbetriebsräte abhängig, die Einrichtung eines Konzernwirtschaftsausschusses gar nicht mehr vorgesehen. Es fehlt weiterhin das Recht auf einen Konzernbetriebsrat, wenn die Konzernspitze im Ausland sitzt. Positiv ist, dass dem Betriebsrat bei Aufspaltung eines Betriebes ein Übergangsmandat bis zur Wahl eines Betriebsrats im neuen Betrieb eingeräumt wird.

- geht erste Schritte zu einer Neufassung des Arbeitnehmerbegriffs, indem auch Tele- und LeiharbeiterInnen das aktive Wahlrecht im Entleihbetrieb enthalten. In den Arbeitnehmerbegriff müssten aber auch Werksvertragsarbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Personen aufgenommen werden.
- erleichtert das Wahlverfahren für Betriebsräte, da in Kleinbetrieben von 5-50 Arbeitnehmern die Wahl eines Betriebsrates im Rahmen einer Betriebsversammlung ermöglicht wird. Diese Erleichterungen sind besonders hervorzuheben, da die Arbeitgeber die bisher geltenden langen Fristen in Zusammenhang mit den Wahlhandlungen häufig missbrauchten. Beispielsweise wurden KandidatInnen fristlos gekündigt, um die Wahl eines Betriebsrats zu verhindern. Leider wurde aber dem absurden Argument der Arbeitgeber in diesem Bereich teilweise nachgegeben, nachdem bei der Wahl auf einer Betriebsversammlung das demokratische Wahlverfahren gefährdet wäre. Der Gesetzentwurf sieht jetzt den Zeitraum von einer Woche zwischen der Wahl des Wahlvorstandes und der Betriebsratswahl vor.
- sieht in Betrieben ab 101 ArbeitnehmerInnen eine Erhöhung der Betriebsratsgröße vor. Die Möglichkeiten der Freistellung werden gegeben dem geltenden Recht ausgebaut und auch Teilfreistellungen für die Betriebsratsarbeit ermöglicht. Leider konnten die Arbeitgeber über Wirtschaftsminister Müller auch hier einige Verschlechterungen erreichen. Positiv am Gesetzentwurf ist, dass die Ausstattung der Betriebsräte mit Informations- und Kommunikationstechnik verbessert werden soll.
- bietet Möglichkeiten, die Chancenungleichheit zwischen Männern und Frauen zu überwinden. Frauen müssen nach dem Gesetzentwurf entsprechend ihrem Anteil an den ArbeitnehmerInnen eines Betriebes im Betriebsrat vertreten sein. Außerdem sind ein Abbau der Benachteiligung teilzeitbeschäftigter Frauen sowie Initiativ- und Beratungsrechte des Betriebsrates für Frauenfördermaßnahmen vorgesehen. Damit der Betriebsrat aber gegenüber dem Arbeitgeber eine ernst zu nehmende Verhandlungsposition hat, muss ihm hier ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.
- ermöglicht dem Betriebsrat Mitbestimmungsmöglichkeiten über die Grundsätze bei der Durchführung von Gruppenarbeit. Damit ist allerdings nicht die Mitentscheidung über die Einführung und Beendigung von Arbeitsgruppen gemeint. Im Sinne wirklicher Mitbestimmung müssen die Rechte des Betriebsrates hier noch ausgeweitet werden. Im Sinne einer Stärkung der Individualrechte der ArbeitnehmerInnen ist die Möglichkeit des Betriebsrats, Beteiligungsrechte an einzelne Arbeitsgruppen durchaus sinnvoll. Abzulehnen ist am Gesetzentwurf aber der Absatz, der diesen Gruppen auch das Rechts auf Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber einräumt. Hierdurch würde der Betriebsrat weitgehend seine Schutzfunktion in Angelegenheiten verlieren, wo sie der einzelne Arbeitnehmer dringend braucht.
- dem Betriebsrat entschieden zu wenig wirkliche Mitbestimmungsrechte zur Beschäftigungssicherung ein: zwar muss der Arbeitgeber die Vorschläge des Betriebsrats beraten, Durchsetzungsmöglichkeiten werden dem Betriebsrat aber nicht eingeräumt. Außerdem sind die Aufnahme der Förderung und Sicherung der Beschäftigung sowie die Ausführungen des Gesetzentwurfs zu Maßnahmen der Beschäftigungssicherung, die der Betriebsrat vorschlagen kann, äußerst problematisch. Es bleibt zu befürchten, dass der Betriebsrat durch diese Formulierungen in betrieblichen „Bündnissen für Arbeit“, zu noch mehr Zugeständnissen zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen als bisher gezwungen wird.
- räumt dem Betriebsrat Mitbestimmungsrechte bei der Einführung von betrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen ein. Leider wurden aber rechtliche Möglichkeiten beim Verstoß des Arbeitgebers gegen die Vorschriften des BetrVG in diesem Bereich nicht aufgenommen.
- bringt auch für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) durch Vereinfachung des Wahlverfahrens und durch die Absenkung der ArbeitnehmerInnenzahl zur Bestimmung der Größe und mehr Mitspracherechte der JAV eindeutige Verbesserungen. Positiv ist ebenfalls zu bewerten, dass Frauen in der JAV künftig ihrem Anteil im Betrieb entsprechend vertreten sein müssen. Allerdings sind auch Nachbesserungen des Gesetzentwurfs notwendig: JAVen müssen auch in Betrieben gebildet werden können, in denen es keinen Betriebsrat gibt. In den ArbeitnehmerInnenbegriff müssen auch die Jugendlichen gefasst werden, die in einer außer- oder überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausgebildet werden. Dadurch wird auch dort die Wahl einer JAV möglich.
- führt die Pflicht des Betriebsrates ein, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu bekämpfen. Allerdings wäre eine Ausweitung der ArbeitnehmerInnenrechte notwendig, wie ein Leistungsverweigerungsrecht beispielsweise für Drucker oder Briefzusteller, wenn ihnen vom Arbeitgeber die Produktion oder Verteilung rassistischer und fremdenfeindlicher Schriften zugemutet wird.
- führt Beteiligungsrechte des Betriebsrates im betrieblichen Umweltschutz ein, die allerdings keine Mitbestimmungsrechte darstellen. Hier wäre eine eindeutige Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im Arbeits- Gesundheits- und Umweltschutzes notwendig.

So werden kleine Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern nach wie vor nicht ausreichend berücksichtigt. Unternehmen dieser Größe müssen auch nach der Reform keine Sozialpläne bei betrieblichen Änderungen, die Entlassungen nach sich ziehen, erstellen. Weiterhin wird es auch keine Mitwirkung bei personellen Einzelmaßnahmen in Unternehmen dieser Größe geben. Bei der ersten Gründung eines Betriebsrates gibt es nach wie vor keine rechtliche Absicherung für die drei Mitarbeiter, die zur ersten Betriebsversammlung einladen. Auch können bislang keine Betriebsratsmitglieder bei weniger als 200 Beschäftigten zumindest teilweise freigestellt werden. So geraten nicht freigestellte Betriebsräte allzu häufig in die kaum lösbare Zwickmühle zwischen Berufs- und Betriebsratspflichten.

- Wir fordern die breite Einführung bzw. Erhaltung von Betriebsrenten. Diese sollen bei kleinen mittelständischen Unternehmen durch genossenschaftliche organisierte Tariffonds gewährleistet werden
- Wir fordern, alle Steuerfreibeträge auf direkte Prämienförderung umzustellen und so alle Formen der Vermögensbildung gleichzustellen
- Das Depotstimmrecht der Banken muss abgeschafft werden
- Die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person muss auf maximal vier begrenzt werden. Das Amt des Vorsitzenden des Vorsitzenden zählt doppelt.
- Wir unterstützen die Einführung von Betriebsräten auf EU-Ebene

Forderungen für mehr Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen

Die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert bei der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetz folgende Reformen festzuschreiben:

- (1) Ein einheitlicher Betrieb muss nicht nur bei räumlicher Nähe, sondern auch bei organisatorischer Verbundenheit angenommen werden. Der Gemeinschaftsbetrieb muss ausgebaut werden, so dass ArbeitnehmerInnen auch mehrerer Arbeitgeber einem einheitlichen Betrieb angehören und somit einen einheitlichen Betriebsrat wählen können.
- (2) Die Voraussetzungen des Arbeitnehmerbegriffs sollen nicht nur bei persönlicher, sondern auch bei wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Auftraggeber/Arbeitgeber erfüllt sein. Damit fallen auch Scheinselbstständige und arbeitnehmerähnliche Personen unter den Geltungsbereich des BetrVG.
- (3) Statt bisher ab fünf regelmäßig Beschäftigte soll künftig bereits ab drei Beschäftigten die Einführung eines Betriebsrates ermöglicht werden.
- (4) Statt ab 300 Beschäftigten soll künftig bereits ab 200 Beschäftigten ein Betriebsratsmitglied freigestellt werden. Unter 200 Beschäftigung soll eine Teilfreistellung erfolgen.
- (5) Aus der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" im Betrieb soll "gleichberechtigte Zusammenarbeit" werden.
- (6) Das Gruppenprinzip, das heißt die Trennung von Arbeitern und Angestellten, ist längst überholt und gehört aufgehoben
- (7) Der Betriebsrat und die in ihm vertretenen Gewerkschaften sollen künftig in allen Belangen eines Betriebs (soziale, personelle und wirtschaftliche Entscheidungen) ein zumindest gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht erhalten. Im Streitfall entscheidet eine Einigungsstelle. Die Zahl der mitbestimmungspflichtigen Fälle wird erheblich ausgeweitet.
- (8) Dem Betriebsrat soll künftig ein hohes Maß an Initiativrechten zugewilligt werden: die Unternehmensführung ist verpflichtet, dazu Stellung zu beziehen.
- (9) Der Betriebsrat erhält die Möglichkeit, bei allen Gesprächen zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten teilzunehmen. Ausnahme bleibt das "Vier-Augen-Gespräch".
- (10) Kündigungen, denen der Betriebsrat aus sozialen Gründen widerspricht, bleiben nicht wie bisher bis zu einer gerichtlichen Klärung bestehen, vielmehr gilt die Kündigung bis zur gerichtlichen Klärung als unwirksam.
- (11) Der Kündigungsschutz von 3 Monaten für die ersten 3 einladenden ArbeitnehmerInnen zur Errichtung eines Betriebsrats muss auf 6 Monate erhöht werden. Außerdem muss dieser Kündigungsschutz auf alle ArbeitnehmerInnen des Betriebes ab der Einladung der 1. Betriebsversammlung bis zur Wahl des Betriebsrats ausgeweitet werden. Außer es liegt ein „wichtiger Grund“ vor.
- (12) Die vorgeschriebene Wahlvorschriften sollen entbürokratisiert und somit erheblich vereinfacht werden. Die Wahlzeiten müssen verkürzt werden.
- (13) Die Gleichstellung der Geschlechter im Betriebsrat konnte in den vergangenen Jahren nicht durchgesetzt werden. Die entsprechende Sollvorschrift ist daher durch eine Mussregelung zu ersetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass eine Betriebswahl nicht am Fehlen der erforderlichen Kandidatinnen scheitert.
- (14) In Betrieben mit mehr als 30 Beschäftigten, in denen es keine Betriebsräte gibt, muss der Arbeitgeber verpflichtet werden für eine Bildung eines Betriebsrat zu sorgen. Das heißt der Arbeitgeber steht im Rahmen seiner Fürsorgepflicht in der Verantwortung eine Betriebsversammlung einzuberufen. Bei dieser Betriebsversammlung wird ein Wahlausschuss bestimmt, der für die weitere Betriebsratsbildung die Wahlberechtigung und KandidatInnenlage klärt. Der Betriebsrat ist selbstverständlich vom Arbeitgeber unabhängig. Der Arbeitgeber ist lediglich für die Einberufung der ersten Betriebsversammlung verantwortlich, bei der die ArbeitnehmerInnen, wie in anderen Betrieben auch, alles weitere bezüglich des Betriebsrats selbst übernehmen. Es muss eine Strafe folgen, wenn der Arbeitgeber es zulässt, dass es in seinem Betrieb keinen Betriebsrat gibt.

Forderungen für mehr Rechte von Jugend- und Ausbildungsvertretungen

Die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert bei der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetz folgende Reformen festzuschreiben:

- (1) Statt bisher ab fünf regelmäßig Beschäftigte soll künftig bereits ab drei Jugendliche oder Auszubildende im Betrieb die Einführung einer Jugend- Ausbildungsvertretungen (JAVen) ermöglicht werden.
- (2) JAVen können auch gewählt werden, wenn im Betrieb kein Betriebsrat vorhanden ist. JAVen müssen darüber hinaus selbstständig arbeiten können.
- (3) Änderung des ArbeitnehmerInnenbegriffes. ArbeitnehmerInnen sollen auch diejenigen sein, deren Ausbildung in einer außer- oder überbetrieblichen Ausbildungsstätte erfolgt.

- (4) JAVen sollen das Recht haben, zu allen Besprechungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber hinzugezogen zu werden, wenn die Belange der Jugendlichen oder Auszubildenden betroffen sind. Deshalb soll der Zusatz "zu allen Besprechungen" in § 68 BetrVG eingefügt werden.
- (5) Konkretisierung und Klarstellung, dass JAVen ein uneingeschränktes Recht auf Sitzungen haben. Deshalb soll die Formulierung "nach Verständigung mit dem Betriebsrat" in § 65 BetrVG durch den Begriff "nach Unterrichtung des Betriebsrats" ersetzt werden.
- (6) Das Recht auf mind. eine JAV-Versammlung pro Kalendervierteljahr.
- (7) Die Beantragung der Übernahme Auszubildender in das Arbeitsverhältnis soll explizit als Aufgabe der JAV wahrgenommen werden.
- (8) Das Recht auf Begehung der Arbeits- und Ausbildungsplätze.
- (9) Das Recht auf Einrichtung von Sprechstunden für alle JAVen.
- (10) Männer und Frauen sollen entsprechend ihren zahlenmäßigen Verhältnis in der JAV vertreten sein. Infolgedessen soll die Verbindlichkeit zum Geschlechterverhältnis im BetrVG erhöht werden. Deshalb: Ersetzung der in § 62 (3) geregelten Sollvorschrift durch eine Mussvorschrift.
- (11) Die Vertretung in JAVen muss unabhängig vom Alter der Auszubildenden sein. Das heißt auch Auszubildende, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, werden von den JAVen vertreten und können sich als JAV wählen lassen. Die bisherige Beschränkung auf 25 gehört aufgehoben, Auszubildende sollten eine gemeinsame Vertretung haben.

III. Aufgaben für Jusos und SPD

Bezogen auf die Arbeitsmöglichkeiten des Betriebsrates und der JAVen hebt sich der Gesetzentwurf positiv vom bisherigen Gesetz ab. Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen wir Druck ausüben, dass die problematischen Stellen im Gesetzentwurf nachgebessert werden und keine weiteren Zugeständnisse an die Arbeitgeber gemacht werden. Wir unterstützen die Regierungslinie, dass die Reform des BetrVG im „Bündnis für Arbeit, nicht thematisiert werden soll.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen wir aber auch deutlich machen, dass der Gesetzentwurf den Betriebsräten zu wenige wirkliche Mitbestimmungsrechte einräumt. In diesem Sinne unterstützen wir den Gesetzentwurf des DGB zur Novellierung des BetrVG. Wir müssen aber auch hervorheben, dass Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie bei weitem mehr bedeuten, als eine Reform der Betriebsverfassung. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie bleiben die Mittel zur Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Mitbestimmung und Wahlrecht für alle Azubis!

Der Juso-Bundeskongress unterstützt die Forderung der DGB-Jugend, den am 22. Juni im Bundestag zum Beschluss stehenden Entwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in folgenden Punkten zu ergänzen: Offensichtlich ist keine Ergänzung des Arbeitnehmerbegriffs (§ 5 Abs. 1 BetrVG) vorgesehen, obwohl dies dringend nötig wäre. Nach derzeitiger Rechtslage fallen zahlreiche Beschäftigte nicht unter den Schutz des BetrVG. Somit steht u. a. vielen Auszubildenden auch kein Wahlrecht zur betrieblichen Interessenvertretung zu.

Es ist nicht hinnehmbar, dass im Rahmen staatlich geförderter Programme und Maßnahmen bundesweit der nicht gerade kleinen Gruppe von über 200.000 Auszubildenden in außer- und überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen der betriebsverfassungsrechtliche Arbeitnehmerstatus und somit demokratische Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte verweigert werden. Sie haben keine Chance, eine JAV zu wählen, um ihre Interessen zu vertreten. Faktisch sind sie aber ebenso abhängig beschäftigt, wie andere ArbeitnehmerInnen auch, egal ob sie in den Betrieb eingegliedert sind oder nicht.

Der Juso-Bundeskongress fordert die SPD-Fraktion im Bundestag auf, sämtliche Auszubildende ohne wenn und aber bei der anstehenden Reform in den Schutzbereich der Betriebsverfassung mit einzubeziehen und entsprechend den § 5 Abs. 1 des BetrVG im Gesetzesentwurf der Bundesregierung bis zur geplanten Verabschiedung am 22. Juni 2001 im Bundestag zu ergänzen.

Alle anderen Lösungen entsprechen nicht den Gleichheitsgrundsätzen von Recht und Billigkeit. Die beabsichtigte Lösung über das Berufsbildungsgesetz würde durch die Schaffung von Parallelgremien die Ungleichbehandlung von betrieblichen und Außerbetrieblichen Auszubildenden verschärfen. Eine gewählte Interessenvertretung mit abgesicherten Rechten im BetrVG hilft beiden Seiten und ist der bessere Weg.

Keine Beschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit!

Mit der anstehenden Osterweiterung wird sich eine qualitative Veränderung der EU ergeben. Die Institutionen der EU sind auf eine solche Erweiterung weitestgehend nicht vorbereitet. Der Gipfel von Nizza hat die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Akteure demonstriert. Neben der Notwendigkeit von Anpassungen des Abstimmungs- und Koordinierungsprozesses der EU zeigt sich aber immer deutlicher, dass die bisherige wirtschaftspolitische Ausrichtung der Gemeinschaft, d.h. die einseitige Angebotsorientierung, geändert werden muss. Zum

Abbau der hohen Divergenz der sozio-ökonomischen Verhältnisse in der erweiterten EU, ist eine stärker interventionistisch orientierte Politik notwendig.

Trotz erheblicher Gefälle des Wohlstandsniveaus in den einzelnen Regionen stellt die Europäische Union bis dato einen Klub der hochentwickelten Industrieländer dar. In den potentiellen Beitrittsländern wird dagegen lediglich eine Wirtschaftsleistung von etwa 40 % des durchschnittlichen EU-pro-Kopf-Bruttosozialproduktes erzielt.

Der Schutz der Beitrittsländer vor der einseitigen Wettbewerbsorientierung der Union, eine aktive Industriepolitik und die Ausweitung der sozialen Infrastruktur stellen Grundbedingungen für die nachhaltige Entwicklung der Beitrittsländer dar. Dies kann nicht allein mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden. Eine erfolgversprechende Strategie muss eine größere handelspolitische Freiheit der Mittel- und Osteuropäischen Staaten für einen selektiven Protektionismus und zur Absicherung einer offensiveren Export- und Wechselkurspolitik beinhalten.

Die Mittel aus dem PHARE – Programm, die zur Unterstützung der Beitrittsvorbereitungen eingesetzt werden, sollten in diesem Sinne verwendet werden.

Durch des weitgehenden Wegfalls von Zöllen und quantitativen Handelsbarrieren ist der Handel von Gütern jene Dimension der wirtschaftlichen Integration, die neben dem Kapitalmarkt bereits am weitesten fortgeschritten ist. Die EU exportiert vor allem kapital- und humankapitalintensive Güter und importiert arbeitsintensive Güter. Dies führte bereits 1998 zu einem Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 25 Mrd. US \$ von der EU gegenüber den Mittel- und Osteuropäischen Staaten, welcher sich nach dem Beitritt noch vergrößern wird. Dadurch werden also Arbeitsplätze in der EU gesichert und geschaffen, speziell in Ländern mit einem höheren Anteil am Ostmitteleuropahandel, z.B. in Deutschland. Die Wohlfahrtsgewinne in Deutschland werden letztlich über den zu erwartenden Kosten liegen, dies gilt im übrigen auch für die Beitrittsländer.

Hingegen ist die (zeitlich befristete) Einschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für die neuen UnionsbürgerInnen nicht hinzunehmen. Freizügigkeit stellt als eine der vier Grundfreiheiten der EU ein elementares Recht der UnionsbürgerInnen dar. Auch zeigt die Erfahrung der Beitrittsländer Spanien und Portugal, dass mit der befürchteten Wanderungswelle nicht zu rechnen ist. Ebenso beweist die geringe Binnenwanderungen innerhalb der Mittel- und Osteuropäischen Staaten zwischen strukturschwachen und prosperierenden Regionen (z.B. zwischen der Ostslowakei und Bratislava), dass die geschürten Ängste überzogen sind. Nach seriösen Schätzungen wird der Zuzug aus den Beitrittsländern in die EU etwa 300 000 Personen pro Jahr betragen (Schlüsseldokument der EU).

Den Versuch gerade der Bundesregierung, hier in einer Übergangsfrist nur „benötigten“ ArbeitnehmerInnen aus den Beitrittsländern den Zuzug zu ermöglichen, lehnen wir wegen des für die nachhaltige Entwicklung der Beitrittsländer schädlichen Brain-Drain-Effektes energisch ab.

Auch für die Wirtschaftsbereiche, in denen durch die Konkurrenz von Mitbewerbern aus den Beitrittsländern eine Verschlechterung der Lohnsituation der hiesigen abhängig Beschäftigten befürchtet wird, insbesondere dem Bausektor, ist eine Beschränkung der Freizügigkeit der falsche Weg. Stattdessen müssen die tariflichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere auch die EU-Entsenderichtlinie, stärker überwacht werden

Den Vorschlägen, in welchen mit der Dienstleistungsfreiheit eine weitere Grundfreiheit der EU eingeschränkt werden soll, erteilen wir eine entschiedene Absage.

Ebenso sind die Befürchtungen der Bevölkerung in den MOE-Ländern übertrieben, die sich auf eine „Landnahme“, durch die vermögendere Westeuropäer beziehen.

In einigen Bereichen sind die Anforderungen des gemeinschaftlichen Regelwerkes Acquis Communautaire mit erheblichen Kosten verbunden oder kurzfristig nicht zu erreichen. Hier können Übergangsfristen für die Beitrittsländer eine Lösung bieten.

Die Lenkungswirkung der Öko-Steuer erhöhen!

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, um den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr von der Ökosteuer zu befreien.

Um zusätzliche Attraktivität zu erreichen, fordern wir die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf den ermäßigten Steuersatz für den öffentlichen Personennahverkehr.

Begründung:

Eine derartige Maßnahme würde die Konkurrenzfähigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel im Vergleich zum Auto erhöhen. Die ökologische Lenkungswirkung der Steuern würde folglich verbessert.

Standard behindertengerechter Einrichtungen

Der Ausbau von behindertengerechte Einrichtungen muss vorangetrieben werden. Es muss sichergestellt sein, dass sich körperlich oder auch geistig beeinträchtigte Mitmenschen in der Bundesrepublik genauso selbstverständlich zurechtfinden, wie ein jeder andere. Öffentliche Einrichtungen müssen behindertengerecht gestaltet werden.

Behörden, Verbrauchermärkte, Warenhäuser, gastronomische Betriebe und öffentliche Münzfernsprecher aber auch städtebauliche Maßnahmen müssen einen einheitlichen Standard erhalten, so dass sich Behinderte in jeder Stadt zu Recht finden können.

Der abgesenkte Bordstein an Ampeln und Fußgängerüberwegen muss für den Behinderten genauso selbstver-

ständig sein wie auch das Reisen im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr. Weitergehend muss umfassendes Kartenmaterial erstellt werden, dass sanitäre Einrichtungen, Fernsprecher und andere öffentlich zugängliche Orte dem Behinderten als "behindertengerecht" kennzeichnet.

Begründung:

Durch die indirekte Ausgrenzung dieser Gruppe ist der grundgesetzliche Anspruch (GG § 3,3) der Allgemeinen Gleichheit nicht gewährleistet. Behinderte werden durch das bisherige Verhalten aus der Gesellschaft ausgrenzt und vom Straßenbild verbannt.

Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie

Warum Atomstrom? Immer wieder wird uns erzählt, dass die sogenannte zivile Nutzung der Atomkraft in der BRD notwendig ist, um Energiekrisen zu vermeiden. Tatsache ist, dass - unter Berücksichtigung der system- und betriebsbedingt nicht einsetzbaren Kraftwerke - nach plötzlicher Abschaltung aller AKW's immer noch eine Reserve von 10.600 MW (ca. 15% der verfügbaren Leistung) gegeben ist. Das Märchen von der Notwendigkeit der AKW's, zur Sicherung unseres derzeitigen Lebensstandards ist somit als solches entlarvt.

In Wirklichkeit ist diese zentralisierte Form der Energiegewinnung vor allen Dingen relevant für die Erhaltung gesellschaftlicher Machtstrukturen. Zum einen macht sie ohne die totale Ausbeutung unserer Ressourcen an fossilen Brennstoffen unser Wirtschaftssystem der industriellen Komplexe möglich, zum anderen ist sie militärisch relevant. Der Anteil an waffenfähigem Plutonium, der aus den Kernbrennstäben gewonnen werden kann ist immens. Außerdem bedeutet Energie Macht. Die Fähigkeit Energie zuzuteilen oder zu entziehen ist in einem zentralisierten Energiesystem deutlich einfacher.

Folglich ist allen demokratischen Ansprüchen nach die logische Konsequenz aus diesem systemimmanenten Problem der Umbau zu einem dezentralisierten und auf regenerativen Quellen aufbauenden Energiesektor. Hierfür gilt: Je schneller wir den effizienten Atomausstieg durchführen, um so eher wird der Weg für einen effektiven Strukturwandel der Energiewirtschaft frei gemacht.

Eine weitere Tatsache ist auch, dass sich die Neubaukosten für ein wirtschaftlich und ökologisch zeitgemäßes Kraftwerk auf ca. 800 DM je installiertes Kilowatt belaufen würden. Der völlige Ersatz der zehn jüngsten AKW's durch solche Kraftwerke würde sich auf einen Höchstbetrag von ca. 11,2 Milliarden DM belaufen. Dies ist nur ein Bruchteil dessen, was in der Vergangenheit und zur Zeit auch noch in die Forschung der Atomenergie gesteckt wurde.

Schade das sich regenerative Energien nicht zur militärischen Nutzung eignen.

Der Konsens ist Nonsens!

In der BRD sind derzeit 19 Atomanlagen am Netz. Erbaut zum Teil auch gegen gesellschaftlichen Widerstand. Am 27. September 1998 waren viele Menschen davon überzeugt, dass diese Wahl die Wahl für einen grundlegenden Wechsel gewesen wäre. Zu diesem grundlegenden Wechsel hätte auch ein Abschied vom alten System der Energiegewinnung gehört. Die energiepolitischen Vereinbarungen des Koalitionsvertrages der rot-grünen Bundesregierung ließen dies auch als realistisch erscheinen, aber man hatte die Rechnung ohne die Atomindustrie gemacht.

Vielleicht waren Verhandlungen nach Sachlage mit den Energiekonzernen sogar notwendig. Aber das Ergebnis dieser Verhandlungen hätte der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie sein müssen. Dieser Konsens zeigt in Wahrheit nur einmal wieder die gesellschaftliche Machtverteilung bzw. das Ausmaß des Einflusses der Wirtschaft in diesem Zusammenhang. So kommt es, dass sich die Energiewirtschaft mit dem Ergebnis der Gespräche wirklich sehen lassen kann. Mit „Restlaufzeiten“, von mehreren Jahrzehnten ist die Wahrscheinlichkeit, dass der technische KO der AKW's dem „erzwungenen“, (eigentlich ja eher ausgehandelten) Ausstieg zuvorkommt, sehr groß geworden. Dies ist keine annehmbare Lösung!

Eine weitere Fehlentscheidung hat es zum Thema Wiederaufarbeitung (WA) gegeben, denn es ist höchst unsinnig die WA noch bis 2005 zuzulassen, wenn die BRD aus der Nutzung der Atomenergie aussteigen will. Im Gegenteil ist das sofortige Ende der WA unumgänglich und grundsätzliche Forderung. Die WA ist ein gefährlicher und teurer Prozess, der noch dazu kaum technischen Wert hat. (Jedenfalls nicht für eine zivile Nutzung!)

Das Wackerteln der Menschheit

In Tschernobyl ereignete sich 1986 das schwerste Unglück in der Geschichte der Atom-Strom-Produktion, als ein Reaktor zu heiß wurde und explodierte. Dabei kamen viele Menschen in der Ukraine und in Weißrussland ums Leben, andere sind immer noch krank von der Strahlung, der sie damals ausgesetzt waren. Eine lange Serie von technischen Pannen führte zu starkem internationalem Druck, aufgrund dessen, die russische Regierung sich bereit erklärte, das Atomkraftwerk Tschernobyl am 15. Dezember komplett vom Netz zu nehmen.

Sicherheitslücke Atom-U-Boot

Ein anderes Ereignis erschütterte die Welt als das Atom-U-Bootes Kursk aus nicht vollständig geklärten Gründen sank und 118 Seeleute sowie einiges an radioaktivem Material mit auf den Grund der See nahm. Auch hieran wird die Gefahr eines atomaren Unfalls deutlich. An Bord der Kursk befanden sich zwei Druckwasserreaktoren mit jeweils 190 Megawatt thermischer Leistung. Das entspricht mehr als einem Drittel der Leistung des kleinsten Deutschen Kernkraftwerkes Obrigheim (mit einer Leistung von 1.000 Megawatt).

Langfristig kann diese Radioaktivität nicht zurückgehalten werden. Schließlich rostet das Boot schneller, als das nukleare Material zerfällt. Die Brisanz dieser Problematik wird offensichtlich, wenn man bedenkt, dass es sich bei der Barentsee und der Karasee ohnehin bereits um sehr belastete Gebiete handelt. 17 Reaktoren, sieben samt Brennelementen, hat das russische Militär hier versenkt. In den Militärhäfen, wie Murmansk, rotten weitere atomarbetriebene U-Boote vor sich hin. Für die Entsorgung fehlt schlicht das Geld. Ebenso dümpeln dort Schiffe, die mit radioaktivem Müll vollgeladen wurden, und ein großes Sicherheitsrisiko darstellen. All diese „Atommülldeponien“, zusammengenommen stellen eine nicht unerhebliche Gefahr dar, zumal es kaum Kontrollen gibt.

Wichtig für das Ausmaß der Verstrahlung ist auch, wann die Brennelemente in den Reaktor geladen wurden. Je länger sich die Brennelemente im Reaktor befinden, desto mehr Uran ist bereits in Spaltungsprodukte, wie z.B. Plutonium umgewandelt worden. Dies hat einen Einfluss auf die Halbwertszeiten und somit auf die Dauer bis zur vollständigen Neutralisierung der Strahlung.

Das Spaltprodukt Plutonium kommt in der Natur so gut wie gar nicht vor. Im Reaktor entsteht es, wenn Uran 238 ein freies Neutron aufnimmt. Spuren dieses Elementes finden sich heute allerdings fast überall auf diesem Erdball, das Erbe von über 400 überirdisch gezündeten Atomtests, von Wiederaufarbeitung, Atommüllversenkung im Meer, Reaktorunglücken und Unfällen von Atombetriebenen oder bestückten Schiffen und U-Booten.

Seine gefährliche Wirkung für Mensch und Tier entfaltet es dann, wenn es eingeatmet oder verschluckt wird, da es als Alpha-Strahler die Hautoberfläche nicht durchdringt. Die Aufnahme kann hierbei durch Nahrung, Wasser oder Luft erfolgen. Das Gift entfaltet seine tödliche Wirkung im Gewebe, wo es größere Schäden anrichtet, als z.B. die uns allen aus der Medizin bekannten Röntgenstrahlen. Es lagert sich in Organen (z.B. Lunge und Leber) und den Knochen an und kann dort Krebs auslösen. Durch Verstrahlung des blutbildenden Knochenmarks, kann es auch die Ursache für Leukämie sein.

Problematisch ist das es seine tödliche Strahlung nur sehr langsam verringert: Das Plutonium (^{239}Pu), das z.B. im Reaktor aus Uran (^{238}U) entsteht, hat eine Halbwertszeit von 24.110 Jahren, d.h. nach dieser langen Zeit ist erst die Hälfte der Radioaktivität zerfallen. Es dauert nach menschlichem Ermessen eine Ewigkeit, bis die Aktivität vollständig abgeklungen ist je nach Menge Hunderttausende oder Millionen Jahre.

Das Damokles-Schwert

Die Möglichkeit eines schweren Kernschmelzunfalls bleibt eine ständige Bedrohung solange auch nur ein einziges AKW in Betrieb ist. Moderne Technik kann zwar die Risiken minimieren, aber nie vollständig ausmerzen.

Konkret muss im Falle eines Super-Gaus in einem Druckwasser-Reaktor mit 15.000 Direkt-Strahlentoten gerechnet werden. Hinzu kommen ca. 1 Million zusätzlicher Strahlenkrebstoter sowie vielfältige Gesundheits- und Erbschäden bei Millionen von Menschen. Und dies ist nur eine optimistische Schätzung. Zu den nicht exakt kalkulierbaren Schäden unter der Bevölkerung kämen dann noch materielle Schäden in der Höhe von rund 10 Billionen Mark.

Atomreaktoren auf Schiffen oder U-Booten bedeuten eine noch größere Gefahr als es die Reaktoren auf Land ohnehin schon bieten. Fahrzeuge können kollidieren, sie haben, da es sich fast ausschließlich um militärische Fahrzeuge handelt auch explosive Waffen an Bord. Beispielsweise kann durch ein Feuer die Elektrik, die zur Kontrolle der Reaktoren nötig ist beschädigt werden. Im Zusammenhang mit der kompakteren Bauweise, und den damit verbundenen viel stärkeren Kräften, die im Inneren des Reaktors wirken (verglichen mit einem landbetriebenen Atomreaktor), ist dies eine durchaus ernstzunehmende Gefahr.

Bei der Diskussion über die Restlaufzeiten darf daher das Hauptziel, der generelle Ausstieg aus der Kernenergie, nicht in Vergessenheit geraten.

Gefahr raus, Sonne rein

Der totale Ausstieg aus der Atomenergie lässt sich nur mit einem intensiven Einstieg in die Solarenergie realisieren. Hierbei ist Solarenergie im weitesten Sinne zu sehen. Die durch Sonnenstrahlung auf die Erde gebrachte Energie kann sowohl direkt (Photovoltaik und Solarthermie) als auch indirekt (Wind, Wasser, Biomasse) für die Erzeugung von Strom und Wärme genutzt werden.

Das 100.000 Dächerprogramm der Bundesregierung bietet hierzu einen guten Anfang, doch muss auch schon heute über ein weltweites Solarenergiekonzept nachgedacht werden. Ein regional begrenzter Ausstieg setzt zwar die richtigen Zeichen und Maßstäbe, wiegt uns aber in trügerischer Sicherheit, da Radioaktivität nicht vor Nationalgrenzen halt macht.

Ein weiterer guter Schritt in diese Richtung ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das am 1. April 2000 in Kraft getreten ist. Es setzt Mindestpreise für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien fest, abhängig von Kraftwerkleistung, Energieform und Standort der Anlage. Ziel ist die Ermöglichung kostendeckender Energieproduktion. (Absolut gerechtfertigt wenn man bedenkt, dass die Preise konventionell gewonnener Energie nicht die tatsächlichen Kosten der Produktion widerspiegeln, sondern durch direkte und indirekte Subventionen des Staates niedriger sind.)

Dieses steht in Übereinstimmung mit EU Direktiven und Grundsatzserklärungen zu dieser Thematik und ist auch im Zusammenhang mit den Klimavereinbarungen von Kyoto zur Reduktion von Treibhausgasen und für die Reduktion der CO₂-Emission von großer Bedeutung.

Dies bestätigt auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 13.03.2001, in welchem es die Rechtmäßigkeit dieses Gesetzes im Sinne der EU-Gesetzgebung bestätigte und die Klage von Energieproduzenten abwies.

Die deutsche Umsetzung zählt im europäischen Vergleich zu den Erfolgreichsten und hat schon jetzt zu bemerkenswerten Entwicklungen, z.B. in der betroffenen Windenergie-technik geführt. Dies wiederum hat positiven Effekt auf angebundene Industriezweige, wie z.B. metallverarbeitende Industrie, Elektrotechnik, Maschinen- und Anlagenbau sowie weniger offensichtliche Bereiche wie die Bauindustrie.

Obwohl dies bereits gute Grundbedingungen (für eine positive Entwicklung) sind, können wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Unser vordringlichstes Ziel muss es sein, Forschung und Entwicklung der Solarenergie weiter voran zu treiben. Um so zu einer 100%igen Energieerzeugung aus „Solarenergien“, in dezentralen Energieerzeugungszentren zu gelangen.

Mögliche Mittel hierzu können die regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Spezifikationen des EEG und/oder staatliche Forschungsförderung sein. Darüber hinaus müssen Subventionen (direkt oder indirekt) für konventionelle Energieproduktion eingestellt und die so eingesparten Gelder für einen sozialverträglichen Umbau der Energiegewinnungsstrukturen in den betroffenen Regionen eingesetzt werden. Auf lange Sicht ist dieser Wandel unabdingbar, da die Ressourcen an klassischen Energieträgern begrenzt sind und die Kernenergie wenig effizient aber dafür sehr risikolastig ist

Das Generationenproblem oder Die Endlagerproblematik am Beispiel Morsleben

50 Jahre nach Beginn des Atomzeitalters gibt es noch keine zufriedenstellende Lösung für den Umgang mit dem produzierten Atommüll. Die Risikotechnik, in die bereits Milliarden von DM geflossen sind, hat neben Millardengräbern wie Wackersdorf, Kalkar und Tschernobyl auch viele Transnukleare Skandale zu verantworten, und droht in ihrem strahlenden Müll zu ersticken. Und trotzdem produzieren wir lustig vor uns hin.

Rund 13.000 Kubikmeter Atommüll produzieren deutsche Atomanlagen jedes Jahr. Die hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente aus den Atomkraftwerken werden zur Wiederaufarbeitung ins Ausland verschoben. Aber seit einigen Jahren, kriegen wir das zehnfache Volumen unseres eigenen Mülls zurückgeschickt.

Statt den Hahn für immer zuzudrehen, wird ungeachtet des Atommüllberges weiterer Atomstrom (und damit auch atomarer Schrott) produziert. In der Panik vor den Folgen des selbst geschaffenen Dilemmas sind Atomindustrie und Bundesregierung nicht sehr wählerisch, was die Sicherheit der Lagerstätte betrifft.

1990 gab es durch die Wiedervereinigung sozusagen einen warmen Regen für die ganze Branche, den Schacht Bartensleben, ein ehemaliges Salzbergwerk bei Morsleben, das auch umgehend zu einem geeigneten Endlager erklärt wurde. Hier lagern seit 1986 unter unvorstellbaren Bedingungen ungefähr 14.000 Kubikmeter DDR-Atommüll. Flüssige Abfälle wurden eingesprüht, feste Abfälle offen abgekippt. Das Magdeburger Verwaltungsgericht verfügte 1991 zunächst einen Einlagerungsstopp, den das Bundesverwaltungsgericht im Jahr darauf kassierte: gegen die befristete Nutzung sei nichts einzuwenden. Der deutsche Einigungsvertrag von 1990 garantierte nämlich für die Altanlagen der ehem. DDR zehn Jahre lang „Bestandschutz“, – sie konnten bis zum Jahr 2000 ohne strenge westdeutsche Umweltauflagen weiterbetrieben werden. Durch diese verquere Logik gab es kein Genehmigungsverfahren, wie es das Atomgesetz vorschreibt.

Nach heutigem Stand der Technik, ist eine Prognose nur für 10.000 Jahre möglich, allein die Halbwertszeiten, wie z.B. von Plutonium, sind allerdings wesentlich größer. Effektiv müssen radioaktive Abfälle aus Atomanlagen und abgebrannten Brennelemente, wenn ihre zerstörerische Wirkung auf menschliches Leben und die übrige Natur ausgeschlossen sein sollen, mindestens 10 Millionen Jahren sicher und hermetisch abgeschlossen gelagert werden. Wir suchen also einen Ort, der ein mehrfaches von dem, was wir heute errechnen können an Stabilität bietet. Diese Forderung an sich hört sich schon so lächerlich an, das eigentlich über die Endlagerproblematik nicht weiter geredet werden braucht. Ein garantiert sicheres Endlager ist weltweit nicht in Sicht.

Doch am Beispiel Morsleben sieht man, wie in der Realität mit so etwas umgegangen wird!

Das Geschäft mit dem technischen Notstand im Ost-Block

Seit dem Unfall in Tschernobyl melden offizielle Stellen immer häufiger Unfälle in den 31 russischen Atomanlagen (1992 z.B. 204 Unfälle; 1993 im Januar 5 Unfälle innerhalb einer Woche).

Durch diese Meldungen allarmiert, setzten westliche Politiker das Thema aus Angst vor einem erneuten Super-Gau immer wieder auf die Tagesordnung. Das Ergebnis sind Förder- und Soforthilfeprogramme, die in ihrem Umfang zu gering sind, die bestehenden Kraftwerke wirklich nach europäischen Standart sicher zu machen. Sie reichen gerade dazu aus, die schlimmsten Notstände zu beseitigen.

Westliche Firmen, haben diese Marktlücke erkannt, zumal ihre Auslastung durch Aufträge den Stand von 1950 weit unterschritten hat. Sie bieten den Staaten des ehemaligen Ost-Blocks alles vom Schlüsselfertigen Atomkraftwerk bis zu Aufrüstungsserien für ihre bestehenden Atommeiler an. Doch gute Technik ist teuer! So das diese Angebote aufgrund von Finanzknappheit viel zu oft nicht angenommen werden können.

Doch die Wirtschaft hat noch weiter Joker in der Tasche. In Deutschland gehen nach der Wiedervereinigung viele Reaktoren der ehemaligen DDR vom Netz, weil sie den neuen Sicherheitsstandards nicht genügen. Diese Technik wir demontiert, und in Länder des ehem. Ost-Blocks zur Aufrüstung der dort bestehenden Kraftwerke exportiert.

Im Herbst 1991 z.B. wurden Ersatzteile im Wert von 19 Millionen DM aus den stillgelegten Atommeilern in Greifswald zur Nachrüstung der baugleichen Reaktoren ins bulgarische Kosloduj gebracht. Für sechs Millionen DM lieferte Siemens Leckage-Überwachungssysteme, die zwar ein Leck melden, aber nicht verhindern können. Die in Kosloduj aus Sicherheitsgründen abgeschalteten alten Blöcke 1 und 2 konnten dank dieser deutschen Hilfe wieder geflickt werden; Reaktorblock 1 ging 1993 wieder ans Netz.

Am Beispiel von Tschernobyl wurde es uns exemplarisch vor Augen geführt, das ein effektiver atomarer Ausstieg nur international (nicht national) möglich ist. Allerdings kann ein vollständiger Umbau der Energiegewinnungsstrukturen in Deutschland als erfolgreiches Modellprojekt der restlichen Welt zeigen, dass ein Verzicht auf die gefährvolle Atomenergie möglich ist.

Wiederaufarbeitung (WA)

Mit dem ungefährlich klingenden Begriff „Wiederaufarbeitung“, bezeichnet man die chemische Abtrennung von Uran und (waffenfähigen) Plutonium aus sogenannten „abgebrannten“, Brennelementen nach deren Einsatz im

Reaktor. Der Anteil an spaltfähigem Uran ist in diesen auf Grund der geringen Effizienz der Kernenergietechnik immer noch relativ hoch.

Die Technik hierfür wurde in den USA gegen Ende des zweiten Weltkrieges im Rahmen eines hochgeheimen Militärischen Projektes namens „Manhattan Project“, entwickelt, um den vermeintlich ebenfalls an der Atombombe arbeitenden Nazis zuvorzukommen. Das Resultat ist bekannt: Zwei japanische Städte wurden damals in Schutt und Asche gelegt. Das Ende des Krieges war der Anfang des Atom-Zeitalters und in den sechziger Jahren wurde dann auch damit begonnen, die sehr komplizierte und aufwendige „Wiederaufarbeitungstechnologie“, für zivile Zwecke zu erproben.

Gern versuchen Betreiber von Wiederaufarbeitungsanlagen, das Bild vom geschlossenen Brennstoffkreislauf in die Öffentlichkeit zu tragen. Teilweise wird sogar das Bild vermittelt, es handele sich um eine Art von Recycling, dieses entspricht jedoch nicht der Realität, das Verfahren macht nämlich aus Atommüll noch mehr Atommüll. Bei jeder Stufe der Aufarbeitung entstehen feste, flüssige oder gasförmige radioaktive Abfälle. Alleine das Aufkommen an festem Atommüll ist 20 bis 160 mal höher als ohne Aufarbeitung. Die gasförmigen Abfälle entweichen über den Kamin in die Atmosphäre, die radioaktiven Abwässer werden nach mehr oder weniger effektiver Reinigung und Verdünnung über die sogenannten Vorfluter in Flüsse oder das Meer geleitet, die festen Abfälle werden, je nachdem, ob es sich um schwer, mittel oder leicht radioaktiven Müll handelt entweder auf Deponien gelagert, oder in Fässern auf dem Gelände deponiert.

Eine Vorreiterrolle bei der planmäßigen Umweltverschmutzung spielt die britische Anlage Sellafield. Das an der Westküste gelegene Werk wird von der BNFL (British Nuclear Fuels Ltd.) betrieben. Zwischen 500 und 1000 Kilogramm des hochgiftigen Plutoniums hat die BNFL, neben anderen giftigen Substanzen, bis heute „in einem kontrollierten Experiment,“, so wurde es in den 50er Jahren genannt, in die irische See geleitet. Insgesamt 7 Millionen Liter radioaktiver Flüssigkeit täglich. Trotz weit über 100 Störfällen mit ungeplanten Ableitungen, Bränden, Explosionen und der Verseuchung von Mitarbeitern hält die britische Regierung der BNFL die Treue und missbraucht Meeresumwelt und Menschen an der Irischen See auch weiterhin als Versuchstiere. Schon lange ist erwiesen, das in der Grafschaft Cumbria, das Leukämierisiko bei Kindern bis zum 10fachen über dem Landesdurchschnitt liegt.

Im französischen La Hague sieht es nicht besser aus. Die radioaktiven Substanzen, die in La Hague in den Ärmelkanal geleitet werden, sind bis nach Skandinavien nachweisbar. Nur versucht die französische Regierung die Risiken und Schäden eher zu vertuschen, so ist eine Studie über das Leukämierisiko bei Kindern eher geheime Verschlussache, wenn es diese überhaupt gibt.

Die Abfallbehandlung funktioniert bisher weder in La Hague noch in Sellafield wie geplant. Die Anfang der neunziger Jahre fertiggestellte Verglasungsanlage (dort sollte der hochaktive Müll, in sogenannten Glaskokillen eingeschmolzen werden) wurde schon im September 1991 für ein halbes Jahr aufgrund von Sicherheitsmängeln geschlossen. Auf dem Gelände von La Hague lagern große Mengen von Altlasten, über deren Zusammensetzung keine Informationen vorliegen, die man aber nach heutigem Stand der Technik auch nicht analysieren kann. Die in La Hague praktizierten Verfahren, zur Behandlung von schwach und mittelaktivem Atommüll entsprechen noch nicht einmal den Verpackungsbestimmungen für das Endlager Schacht Konrad,.

Nur knapp unter 2 Tonnen wiederaufgearbeitetes Uran (WAU) sind bisher zu neuen Brennstoffen verarbeitet worden, denn das aus der Wiederaufarbeitung gewonnene Material ist stark verunreinigt und fällt in die Kategorie „Atommüll,“. Bleibt noch das Plutonium, ein ganzes Prozent der Wiederaufgearbeiteten Substanzen. Es soll in den skandalumwitterten Hanauer Siemens-Betrieben zu sogenannten Mischoxid-Brennelementen verarbeitet werden, zu einem Preis, der pro Brennelement nach neusten Schätzungen 13mal höher ist, als der Preis für Brennstoff aus Natururan. Aber nicht nur der Preis spricht gegen Mischoxid-Brennelemente: Es ist zunächst gefährlicher in der Verarbeitung und danach wegen der starken Neutronenstrahlung und Wärmeentwicklung auch schwieriger zu transportieren und zu lagern.

Die Behauptung der Atomindustrie, Plutoniumbrennstoffe lassen sich wiederaufarbeiten, bleibt wie oben ausgeführt, bis zum heutigen Tage unbewiesen.

Aktive Wiederaufarbeitung bedeutet also aktive Umweltzerstörung. Die oben genannten Punkte zeigen nur exemplarisch auf, welche unzumutbaren Gefahren mit der Wiederaufarbeitung einhergehen. Es darf also, da es sich um eine globale Zerstörung handelt keine Wiederaufarbeitung weltweit geben.

Hieraus folgt, dass der tatsächliche Zweck der WA das Verschieben von Atommüll aus den AKW's über die WAA's in La Hague und Sellafield in die sogenannten deutschen Zwischenlager Gorleben, Ahaus und Greifswald. So kann nämlich verhindert werden, dass AKW's wegen fehlender Lagermöglichkeiten für abgebrannte Brennelemente vom Netz gehen müssen. Auch vom Bau dezentraler Zwischenlager an den AKW's kann somit abgesehen werden.

Nach dem Castor ist vor dem Castor – Vor dem Castor ist nach dem Castor

Im Jahre 1997 wurde vom Bundesumweltministerium unter der damaligen Leitung von Dr. Angela Merkel ein Transportstopp für Castoren verhängt. Dies war auf das Entweichen von Radioaktivität zurückzuführen. Im März 2001 ist der erste Castor nach vier Jahren von La Hague ins „Zwischenlager,“ Gorleben gerollt. Da die den Transport direkt begleitenden PolizistInnen noch immer nach sechs Stunden die Jahreshöchstdosis an Strahlung abbekommen, ist davon auszugehen, dass dieses Problem noch immer nicht gelöst wurde. Allein dies ist Grund genug die Transporte sofort wieder zu stoppen.

Der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel hat nach der Durchsetzung des Transportes im Wendland im Interview von Gefahren für die Demokratie gesprochen in Zusammenhang mit dem riesigen Polizeiaufgebot und der daraus resultierenden Radikalisierung, insbesondere der Jugend. Im Wendland hat schon Monate vor dem Transport der Belagerungszustand geherrscht. Wohngebiete sind nachts kontrolliert und ausgeleuchtet worden. Die Polizei ist mit militaristischer Rüstung vorgefahren. Wohngebiete sind in 30 000 PolizistInnen im Wendland bedeuten den Ausstieg aus der Normalität. Der Transport ist vom Staat mit Hilfe der Polizei durchge-

setzt worden, obwohl ein starker gesellschaftlicher Widerstand vorhanden war. Dieser Einsatz der polizeilichen Gewalt gegen die Bevölkerung ist die wahre Gefahr. Dieser Castor ist nicht aus La Hague nach Deutschland gerollt, weil die BRD so ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkam, wie Regierungsmitglieder immer wieder behaupteten. Diese „nationale Verantwortung„ ist nicht vorhanden. Der Atommüll gehört den BetreiberInnen der AKWs. Es ist ihre Verantwortung! Und damit sind es auch ihre Kosten. Es ist nicht einzusehen, dass das Land Niedersachsen die Kosten für die Durchsetzung der Transporte zu Lasten der Bildungs- und Sozialpolitik trägt. Dieser Transport war ein Türöffner für die nun schon erfolgten weiteren Transporte aus deutschen AKW's (wie z.B. Phillipsburg und Neckar-Westheim) nach La Hague und Sellafeld. Die WAA in La Hague hätte keinen weiteren Müll mehr angenommen, wenn die ersten Castoren nicht abgeholt worden wären. Erst nach Ende der Nutzung der Kernenergie in der BRD fällt auch der Bundesregierung eine Verantwortung für diese Transporte zu!

Wir widerstehen - Widerstand lebt!

„Noch haben wir keinen Atomstaat. Noch ist der Kampf gegen die Atomkraftwerke in keiner Art und Weise beendet. Dieser Kampf hat in Wirklichkeit gerade erst begonnen. Das Ziel und die Kampfnormen weiter zu klären ist darum von großer Bedeutung.“ Das schrieb Rudi Dutschke im Mai 1977. Mittlerweile haben wir einen Atomstaat. Dennoch geht der Kampf gegen die Atomkraftwerke weiter. Das Ziel ist eindeutig, die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen – am besten international. Wie oben aber schon ausgeführt sind AKWs nur ein Symptom des Systems in dem wir leben. Wir dürfen nicht den Fehler anderer antiatom Gruppen machen und a) uns nur auf den Kampf gegen die Kernkraft konzentrieren und b) geschweige denn aus den Augen zu verlieren, dass es um das ganze System des Kapitalismus geht, dem wir widerstehen.

Rudi Dutschke hat es Kampfnormen genannt. Größte Teile der Presse haben es sich im Laufe der Jahre einfacher gemacht. Es wird zwischen guten „friedlichen„ und bösen „gewalttätigen„ DemonstrantInnen unterschieden. Dabei wird das was „ziviler Ungehorsam„ bedeutet immer mehr kriminalisiert, das Recht auf Widerstand gilt unter rot-grün nur noch sehr eingeschränkt. Es gilt für uns „zivilen Ungehorsam„ wieder mit Leben zu füllen. Es gibt keine guten und bösen DemonstrantInnen, es gibt nur sehr viele verschiedene Formen des Widerstandes. Die Grenzen des Widerstandes sind individuell zu formulieren, die klare Grenze ist die menschliche Würde und das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Der Juso-Bundesverband ist Teil des Anti-Atom Widerstandes. Der Widerstand ist bunt und vielfältig, wir rufen weiterhin zur Beteiligung an Demonstrationen auf. Im Rahmen unserer Netzwerkstrategie begreifen wir uns auch an dieser Stelle der politischen Arbeit als Schnittstelle zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften. Der Bundesverband nutzt diese Position zur vielfältigen Unterstützung des Widerstandes.

Atomausstieg jetzt richtig !

- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf die bereits im Koalitionsvertrag festgelegten Maßnahmen zum Atomausstieg nun auch umzusetzen.
- Dies bedeutet (u.a.) endlich den immer noch im Gesetz verankerten Förderzweck für die Kernenergie dort herauszustreichen und stattdessen ein Gesetz zum Ausstieg zu verabschieden.
- Darüber hinaus muss die Gesetzgebung dahingehend geändert werden, dass die Atomindustrie - wie jeder andere Konzern und jeder Haushalt dieser Republik auch - für die Entsorgung und den Transport des von ihr produzierten Müll aufkommen muss.
- Weiterhin fordern wir, die sofortige Wiederherstellung der bürgerlichen Grundrechte (Demonstrationsrecht und Versammlungsfreiheit) auch bei Castortransporten nach Gorleben.
- Die Polizei soll zuallererst die Bürgerrechte der Bürger schützen und nicht die Profitakkumulation von Konzernen bzw. Trusts sichern.

Her mit der Haftpflicht für AKW's!

Der Juso-Bundeskongress fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-geführte Bundesregierung auf, initiativ zu werden, damit unverzüglich als Risikovorsorge für den Betrieb von Atomkraftwerken eine Betriebshaftpflichtversicherung mit ausreichender finanzieller Deckung für alle Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden vorgeschrieben wird.

Begründung:

Zur Zeit verlangt der Gesetzgeber für den Fall einer Katastrophe in einem deutschen Atomkraftwerk lediglich eine Schadensdeckung bis zu 1 Milliarde DM. Dieser Betrag deckt jedoch weniger als 0,1 % der möglichen Sach- und Vermögensschäden ab. Die Betreiber sind also gegen einen Großschaden vollkommen unterversichert. Das volle Risiko eines Atomunfalls tragen die Bürgerinnen und Bürger, nicht die Betreiber des Atomkraftwerks. Während für das Auto und für jeden Betrieb mögliche Sach- und Personenschäden durch eine Haftpflichtversicherung voll abgedeckt werden müssen, ist es der Atomlobby bisher gelungen sich jeder gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen.

In gewisser Weise handelt es sich bei dieser Nichtversicherungsspflicht um eine staatliche Subvention. Die Behauptung, dass Atomstrom im Vergleich zu alternativen Energiequellen günstiger ist, würde bei einem Wegfall dieser Subventionen entkräftet. Durch die Atomhaftpflicht würde man Chancengleichheit zwischen Atomenergie und alternativer Energie schaffen und somit die wirtschaftliche Attraktivität von alternativen Formen der Energiegewinnung steigern

Dieser Umstand muss endlich geändert werden: Gerade eine Bundesregierung, die den Ausstieg aus der Kernenergie langfristig plant, muss die Rahmenbedingungen für die kurz- und mittelfristige Nutzung nicht im Interesse der Atomlobby, sondern nur im Interesse der Menschen ausgestalten

Situation der Bahn in Deutschland

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1.

Die Bahnreform ist mit einer ganzen Reihe von Erwartungen durch den Gesetzgeber und die Bevölkerung verbunden worden. Sie sollte die Voraussetzungen schaffen, dass die finanzielle Situation der chronisch verschuldeten Bundesbahn nicht auch auf eine privatisierte Bahn AG übergeht, die Verkehrsleistung im Personen und Güterbereich erhöht werden und es zu einer Qualitätsverbesserung im Angebot kommt.

Eine Bilanz der derzeitigen Erfahrungen mit der Reform fällt gemessen an diesen Vorgaben ausgesprochen ernüchternd aus. Die wirtschaftliche Situation der Bahn ist erneut, nur wenige Jahre nach der großen Reform, ausgesprochen prekär. Die Beförderungszahlen stagnieren sowohl bei Güter wie auch beim Personenfernverkehr. Einzige Ausnahme ist der Nahverkehr, also gerade der Bereich, den die Bahn durch die Regionalisierung aus ihrer direkten Verantwortung verloren hat.

Auch die Verbesserung des Qualitätsniveaus der Bahn ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Außer dem ICE, der schon von der alten Bundesbahn eingeführt wurde, hat die Bahn keine nennenswerten neuen Produkte mit einer Qualitätssteigerung eingeführt. Schlimmer noch, der bei seiner Einführung hoch gelobte Interregio stagniert und wird als Produkt nicht weiterentwickelt. Sein Wagenpark besteht bis heute aus lediglich modernisierten alten D-Zugwagen die bereits bei ihrer Überarbeitung ein beträchtliches Alter aufwiesen.

Alle Bemühungen, einen kostendeckenden Schienenverkehr in Deutschland und seine Funktion als Verkehrsträger bei der Daseinsvorsorge zu erreichen müssen letztlich scheitern, wenn die grundlegende Ursache des Problems nicht beseitigt wird. Das ist die Ungleichbehandlung der Schiene auf der Kostenseite. Solange Speditionunternehmen nicht die tatsächlichen Kosten für den Erhalt des Autobahnnetzes kalkulieren müssen, das Flugbenzin nicht besteuert und die Kanäle nicht über einen Kostendeckungsgrad von 20% hinaus kommen, gibt es keine Basis für einen kostendeckenden Schienenverkehr.

Bahnreform nachbessern

Es erscheint notwendig die Bahnreform dort auf den Prüfstand zu stellen, wo ihre Ziele nicht erreicht wurden. Das heißt, es muss nach den Ursachen gesucht werden, die dazu geführt haben, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Eine erste wichtige Erkenntnis scheint zu sein, dass das Netz der DB in einem solch schlechten Zustand ist, das die Bahn mit dessen Unterhaltung und Ausbau überfordert ist. Die Bundesregierung hat deshalb Maßnahmen, wie das Zukunftsinvestitionsprogramm, ergriffen um die sich zeigende Investitionslücke zu schließen und eine Entwicklung im Netz zu ermöglichen. Langfristig muss eine Lösung gefunden werden, die die Bahn im Verhältnis zu ihrem Schienennetz gleichstellt zum Kostenverhältnis zwischen Individualverkehr und Straße. Dazu sollte eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft gegründet werden, die für die Erweiterung des bestehenden Netzes zuständig ist und durch den Bund, bzw. die Länder, Städte und Gemeinden finanziert wird. So ist eine Erweiterung und Verbesserung der Bahninfrastruktur in Deutschland sichergestellt, die mehr Verkehr auf die Schiene bringen wird. Die aus dem Bahnkonzern auszugliedernde DB-Netz, die als eigenständige AG im Bundesbesitz geführt werden sollte, soll das Bestandsnetz durch die Einnahmen aus der Trassenbenutzung in Stand halten und auf dem jeweiligen technisch neuesten Stand halten. Zeitweise sind auch Zuschüsse des Bundes und der Länder zur Sanierung von alten Strecken notwendig. Die Geschäftspolitik der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft und der DB-Netz muss sich dabei an den Erfordernissen der Daseinsvorsorge orientieren. Das Eisenbahnbundesamt sollte zukünftig für die Gewährung eines diskriminierungsfreien Zugangs zum Netz zuständig sein. Die Trassenpreise müssen dabei so festgelegt werden, dass die DB-Netz die ihr übertragenen Aufgaben auch finanzieren kann.

Bei allen strukturellen Veränderungen darf es jedoch nie zu einem Widerspruch zwischen der Maßgabe des kostendeckenden Betriebes und der der Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen kommen. In solchen Fällen sind Möglichkeiten für Mischkalkulationen zu entwickeln.

Darüber hinaus, sind aber weitere Maßnahmen erforderlich, um die Wettbewerbsnachteile der Bahn gegenüber anderen Verkehrsträgern zu verringern. Neben der Verteuerung der Kosten für die Transportleistung auf der Straße (Stichwort Schwerverkehrsabgabe), muss auch über weitere Kostenreduzierung für die Bahn nachgedacht werden. Ein geeignetes Mittel dazu könnte die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes bei der Bahn sein. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen sollten durch eine Fortsetzung der Ökosteuer über 2003 hinaus finanziert werden. Eine Ausnahmeregelung bei der Ökosteuer ist dagegen eher kritisch zu sehen, da sie nicht dazu führen würde auch bei der Bahn energiesparend zu arbeiten.

2. Produktangebote unterhalb des ICE müssen verbessert werden

Aber die öffentliche Hand ist nicht nur auf der fiskalischen Seite gefordert. Der Bund als derzeit noch alleiniger Besitzer der DB AG muss dafür sorgen, dass sein Unternehmen durch eine gute Produkt- und Preispoli-

tik erfolgreich Kunden halten und vor allem zurückgewinnen kann. Dabei ist die Neuordnung der Produktpalette der DB unterhalb des ICE-Niveaus unbedingt erforderlich. Der Interregio darf als qualifiziertes Produkt nicht länger verkümmern. Pläne ihn unter dem neuen Namen InterregioExpress zu modernisieren müssen schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden.

Dabei muss das Qualitätsloch das sich inzwischen zwischen modernen Regionalverkehrszügen und dem alten IR auftut überwunden werden. Eine klare Trennung zwischen Regionalverkehren in Form des Regionalexpress und dem neuen IRE als interregionalem Verkehrsmittel ist flächendeckend erforderlich. Der neue InterregioExpress der durch die Länder bestellt werden soll, bietet die Chance den Bedürfnissen nach touristischen Angeboten (das war und ist schon wegen der Möglichkeit der Fahrradmitnahme und der verhältnismäßig häufigen Haltepunkte ein Rückgrat des bisherigen IR) nachzukommen und vor allem den für eine Fahrgaststeigerung unverzichtbaren Zubringerverkehr zu den Fernverkehrszügen des EC/IC/ICE Netzes zu gewährleisten. Er muss jedoch wie sein Vorgänger auch eine eigene durchlaufende Funktion besitzen, um im Fernverkehr die Leistung des Interregio zu erreichen. Es muss aber auch erwogen werden, vergleichbare Produkte durch neu am Markt auftretende Eisenbahngesellschaften erbringen zu lassen. Da es sich aber beim InterregioExpress wie bisher um einen Fernverkehrszug handelt, kann eine finanzielle Beteiligung der Länder nur durch eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel erfolgen.

3. Die Chancen und Risiken der Regionalisierung von Nebenstrecken

Das gerade der Nahverkehr in den letzten Jahren hohe Zuwachsraten zu verzeichnen hatte zeigt, dass dieser Bereich große Entwicklungschancen hat. Nicht verschwiegen werden darf dabei aber, dass der ÖPNV auch stark von der Unterstützung durch die Öffentliche Hand abhängig ist. Insofern bieten die Bestrebungen der DB zur Regionalisierung ihres Nebenbahnenennetzes Chancen und Risiken zugleich. Es hat sich gezeigt, dass dort wo regionale Gesellschaften das Management übernommen haben, sie viel besser auf Kundenwünsche eingehen konnten und sich zusammen mit einer Modernisierung des Schienennetzes und des Fahrzeugparks Angebote realisieren ließen, die sehr attraktiv sind und überproportional viele Kunden hinzu gewinnen konnten.

Das die große DB AG sich gerade damit unendlich schwer getan hat, war für alle in den letzten Jahrzehnten erlebbar. Ihr gelang es nicht durch neue Konzepte Nebenbahnen zu erhalten. Statt dessen wurden diese reihenweise stillgelegt. Das dies inzwischen zum Teil äußerst erfolgreich reaktiviert werden konnte, lag nicht zuletzt daran, dass neue Besitzer an den Start getreten sind, die sehr erfolgreiche Betriebskonzepte vorgelegt hatten.

Möglich sind solche Erfolge andererseits aber auch nur dann, wenn die Länder, Landkreise und Gemeinden sich an den Kosten für den Betrieb beteiligten. Insofern muss bei allen Bestrebungen die Dichte des Angebots in der Fläche durch eine Regionalisierung zu verbessern, darauf geachtet werden, dass es auch wirklich zu einer Qualitätsverbesserung kommt. Gerade die DB AG hat sich dabei in den letzten Jahren kaum um eine Verbesserung ihres Angebots bemüht. Die Länder oder die Verkehrsverbünde können und müssen aber genau dieses im Interesse der Kunden verlangen und erreichen. Das bedeutet, einerseits das sich auch die Bahn AG oder andere private Eisenbahngesellschaften finanziell engagieren müssen. Dies gilt insbesondere bei der Sanierung des Fahrweges und dem verwendeten Wagenmaterial. Schließlich profitiert insbesondere die DB AG auch von einem funktionsfähigen Zubringernetz zum Fernverkehr. Andererseits ist bei der Ausschreibung der Strecken darauf zu achten, dass die Gesellschaft, die den Zuschlag erhält, auch wirklich kundenorientiert arbeitet und ein Qualitätsniveau garantiert. Gerade hier hat die DB in den letzten Jahren vieler Orten versagt.

Gefragt ist also eine Regionalisierung, bei der die neuen Betreibergesellschaften entweder der DB oder anderer Gesellschaften, faire Zugangsmöglichkeiten zu den Netzen haben (was an der bisherigen Preispolitik der DB-Netz oftmals gescheitert ist) und ihr Angebot mit modernen Fahrzeugen an den Kundenwünschen orientieren. Insbesondere die Länder bzw. die Verbünde sind dabei gefragt durch eine geschickte Ausschreibepolitik ein gutes Mobilitätsangebot mit der DB oder auch anderen neuen Anbietern zu entwickeln.

Weiterhin halten wir es für unverzichtbar, dass auch in Regionalzügen dauerhaft Zugbegleiter eingesetzt werden. Dies dient sowohl dem Sicherheitsempfinden der Fahrgäste und deren Servicebedürfnissen, als auch zum Erhalt der Arbeitsplätze bei der Bahn.

Gesundheit für ALLE

1 Einleitung

Nach der von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Rentenreform steht eine weitere Reform der sozialen Sicherungssysteme in absehbarer Zukunft zur Diskussion: die Gesundheitsreform. Um aktiv an der Gestaltung der Reform mitzuwirken, ist es wichtig, sich frühzeitig in den Diskussionsprozess einzubringen. Deswegen präsentieren wir Jusos mit diesem Antrag jetzt schon unsere gesundheitspolitischen Überzeugungen. Dieser Antrag kann zum jetzigen Stand der Diskussion natürlich noch nicht alle Aspekte berücksichtigen. Es sollen vielmehr nur einige Eckpunkte festgesetzt werden. Sobald ein Entwurf zur Gesundheitsreform vom Gesundheitsministerium herausgegeben wird, werden wir in weiteren Anträgen hierzu genauer Stellung nehmen.

Reformbedarf besteht in der Gesundheitspolitik zweifelsohne, da aufgrund des demographischen Wandels zukünftig mehr Personen Anspruch auf gesundheitliche Leistungen haben, die bedingt durch den technischen Fortschritt immer kapitalintensiver und teurer werden. Außerdem wurden in der Vergangenheit Ausgaben anderer Bereiche der Sozialversicherung und des Staates auf die Krankenversicherung verlagert.

Für uns Jusos im Bezirk Mittelrhein ist es wichtig, dass dieser Wandel von der gesamten Solidargemeinschaft getragen wird! Nicht Wirtschaftlichkeit, sondern das Wohl der PatientInnen muss das primäre Ziel einer Gesundheitsreform sein. Gesundheit darf nicht zu einem Privileg eines bessergestellten Teils der Bevölkerung werden.

2 Zur finanziellen Lage der Gesundheitsversorgung in der BRD

Als Märchen innerhalb der gesundheitspolitischen Diskussion erweist sich die Behauptung einer Kostenexplosion in den vergangenen Jahren. Bezieht man die gesundheitlichen Leistungen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung der BRD (BIP), hat sich dieses Verhältnis (Gesundheitsquote) von 1980 bis 1996 in den alten Bundesländern nur marginal verändert, nämlich von 13,1% auf 14,3%. Die Ausgabenentwicklung verläuft also parallel zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit!

Anders stellt sich aber das Bild dar, wenn man bei der Interpretation des Quotienten aus Gesundheitsausgaben und BIP die Entwicklung der Grundlohnsumme berücksichtigt. So ist das BIP von 1990 bis 1998 um 38% gestiegen, der Grundlohnzuwachs betrug aber nur 29%.

Dementsprechend sind die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgrund irgendeiner Kostenexplosion gestiegen, sondern weil die Versicherungsbasis durch reale Einkommensverluste der ArbeitnehmerInnen verkleinert worden ist.

Die Umverteilung von unten nach oben in den 90er Jahren ist daher mit schuld an den gestiegenen Beitragssätzen!

3 Grundlagen einer sozial gerechten Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik ist kein neutraler Raum, sondern passt sich in ihrer konkreten Ausgestaltung immer einem bestimmten gesellschaftspolitischen Leitbild an.

Wir Jusos vertreten das Leitbild einer sozial gerechten Gesellschaft. Wir fordern, dass auch die Gesundheitspolitik diesem Anspruch genügt. Folgende Aspekte sind für uns hierbei von besonderer Wichtigkeit und auf jeden Fall zu berücksichtigen:

- JedeR hat das Recht auf eine optimale Gesundheitsversorgung.
- Vollbeschäftigung ist eines der wichtigsten Ziele. Denn eines der größten Probleme der Sozialversicherungssysteme der BRD ist die Massenarbeitslosigkeit, da so die Zahl der BeitragszahlerInnen verkleinert wird und die Ausgaben steigen. Folglich müssen endlich neue Wege in der Wirtschaftspolitik gegangen werden.
- Um den Kreis der Beitragszahler zu vergrößern und dem Prinzip der Solidargemeinschaft gerecht zu werden, müssen möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen in die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einbezogen werden.
- Der Finanztransfer zwischen den chronisch unterfinanzierten Ostkassen und den gut finanzierten Westkassen muss beibehalten werden.
- Eine erzwungene kapitalgedeckte Eigenvorsorge gleicht einer Umverteilung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und entlastet die Arbeitgeberseite überproportional. Sie bedeutet überdies eine Individualisierung des Gesundheitsrisikos. Deswegen lehnen wir Jusos eine kapitalgedeckte Eigenvorsorge entschieden ab.
- PatientInnenzuzahlungen sind erstens unsozial und verbessern zweitens die Effizienz des Gesundheitswesens in keiner Weise. Aus diesem Grund müssen die Zuzahlungen weiter zurückgeführt und mittelfristig ganz abgebaut werden.
- Auf der Ausgabenseite der GKV müssen Wirtschaftlichkeitsreserven konsequent ausgeschöpft werden.
- Die Stärkung von PatientInnenrechten, etwa durch die Stärkung von Selbsthilfegruppen und die Verbesserung der Rechtsstellung bei Schadensersatzprozessen, ist ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel.
- Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem: Qualifizierte Ausbildung, Arbeitsplatzsicherheit und Einhaltung von Arbeitsstandards der im Gesundheitswesen Beschäftigten sind für uns Jusos von hoher Bedeutung.

4 Gesundheitspolitische Reformen in einzelnen Leistungsbereichen

Eine sozialer Gerechtigkeit verpflichtete Gesundheitsreform muss auch Veränderungen in einzelnen Leistungsbereichen beinhalten. Folgende Aspekte sind uns Jusos besonders wichtig:

Prävention

Wie bereits in der Zahnmedizin erprobt, müssen Vorsorgekonzepte stärker als bislang in das Gesundheitswesen mit einbezogen und verbessert werden. Dies sei anhand folgender Beispiele verdeutlicht:

- Regelmäßige Augendruckmessungen zur Vorbeugung des grünen Stars: Jährliche Kosten von lediglich ca. 30 DM erweisen sich als erheblich günstiger als kostenintensive Operationen und Nachsorgungen.
- Mamographie-Screening: Screening gemäß den europäischen Richtlinien kann die Brustkrebssterblichkeit um 30% reduzieren. Tumore werden durch das Screening in einem früheren Stadium erkannt. Ein frühes Entfernen eines kleinen Tumors ist humaner und kostengünstiger als ein Abnehmen der Brust und eine Nachbehandlung der Metastasen.

Die neuen Vorsorgekonzepte sollen wie auch in der Zahnmedizin von den Krankenversicherungsträgern kostenmäßig getragen werden.

Transparenzpflichten gegenüber den PatientInnen

Grundsätzlich ist jeder Patient als mündig anzusehen. Daher fordern wir Jusos weitreichende Transparenzpflichten im Gesundheitswesen.

So ist den PatientInnen beispielsweise eine allgemein verständlich geschriebene Kopie der Abrechnungen der Ärzte bei den Krankenversicherungsträgern zuzusenden, vor Behandlungsbeginn alle Therapiemöglichkeiten gemäß der Therapierichtlinien und mögliche Leistungserbringer zu nennen.

Leistungserbringer, also Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen, sind gehalten, Informationen über tatsächliche Qualität ihrer Leistungen frei und leicht zugänglich zur Verfügung zu stellen.

Rehabilitation

Medizinische Rehabilitation wird derzeit praktisch nur stationär betrieben. Wir fordern zusätzlich die nachsorgende medizinische Rehabilitation durch ambulante, ortsnah arbeitende Rehabilitationsdienste. Die Abstimmung zwischen Krankenhaus und ambulanten Versorgungsangeboten muss verbessert werden.

Eine erfolgreiche Rehabilitation rechnet sich bereits, wenn der/die Versicherte aufgrund dieser Maßnahme vier Monate länger im Erwerbsleben bleiben kann.

Koordinierte Versorgung

Die Vernetzung der vorhandenen Versorgungsangebote muss Ziel der zukünftigen Gesundheitsversorgung sein. Anzustreben ist dabei eine koordinierte PatientInnenbetreuung, bei der die behandelnden Ärzte zur Kooperation verpflichtet werden, um gegeneinanderstehende Maßnahmen oder Doppelmaßnahmen zu vermeiden. Rehabilitation und Selbsthilfegruppen müssen in diese Vernetzung eingebunden werden.

Stärkung von Selbsthilfegruppen

Wir Jusos fordern die Stärkung von Selbsthilfegruppen, denn in Selbsthilfegruppen kann die professionelle Versorgung um Elemente gegenseitiger emotioneller und sozialer Unterstützung ergänzt werden.

Es darf jedoch nicht zu einer Verlagerung von Erwerbsarbeit in den ehrenamtlichen Bereich kommen.

Pflege zu Hause

Insbesondere Kinder, aber auch andere PatientInnengruppen haben in ihrer gewohnten Umgebung bessere Heilungschancen. Daher ist die ärztliche Versorgung durch Hausbesuche stärker als bisher als Alternative zum stationären Klinikaufenthalt zu beachten.

Dabei muss klar sein, dass hier zum einen ein Bereich wäre, in dem über den ÖBS neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, zum anderen Regularien geschaffen werden können, zum anderen Regularien geschaffen werden müssen, die verhindern, dass diese Arbeit nur von Frauen geleistet wird. Selbstverständlich muss schlussendlich dasjenige System angewendet werden, das die größten Heilungschancen aufzeigt.

Positivliste

Eine Positivliste an Medikamenten muss einerseits wirkstoffbezogen sein, um einen Rest-Preiswettbewerb zu sichern und so zum Abbau von Monopolpositionen beizutragen. Andererseits darf sie aber auch kein Freifahrtsschein für Über- und Fehlverordnung sein.

Die Wirksamkeitsprüfung im Zuge der Arzneimittelzulassung muss auch eine Kosten-Nutzenkomponente beinhalten. Grundsätzlich sind, bei gleicher Wirkung, preiswertere Mittel vorzuziehen. Um aber die langen und teuren Entwicklungszeiten von neuen Medikamenten bis zur Marktreife zu berücksichtigen, ist eine deutliche Verlängerung des Patentschutzes für die Firmen gesetzlich zu regeln, die Forschung leisten.

5 Finanzielle Reformen der Gesundheitspolitik

Grundsätzliches

Die Frage, wie ein Gesundheitsversorgungssystem auszugestaltet ist, lässt sich nicht einfach durch die Auswahl bestimmter Instrumente beantworten. Vielmehr bestimmen letztlich gesellschaftspolitische Zielvorstellungen und Leitbilder darüber,

- welche volkswirtschaftlichen Gruppen in welchem Ausmaß das Gesundheitsversorgungssystem finanzieren;
- welche Leistungen in welchem Umfang angeboten werden;
- inwiefern das Prinzip der Gleichheit und Solidarität im Gesundheitsbereich Anwendung findet.

Wir Jusos fordern, dass bei den gesundheitspolitischen Leistungen das Prinzip der Gleichheit, bei der Finanzierung das paritätische Proportionalitätsprinzip gelten muss. Gleichheit bedeutet: Der gesamten Bevölkerung muss unabhängig vom individuellen Einkommen ein hochwertiges Versorgungsniveau angeboten werden, das entsprechend der sozial-ökonomischen Entwicklung weiter auszubauen ist. Parität heißt: Unternehmen müssen sich mindestens im gleichen Maße wie die arbeitenden Menschen an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen. Proportionalität bedeutet: Für Unternehmen wie auch für Arbeitnehmer muss gelten, dass die Beiträge entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit wenigstens proportional ansteigen.

Daraus folgt, dass wir Zuzahlungsregelungen, die einer schleichenden Privatisierung des Gesundheitssystem gleich kommen, genauso ablehnen wie einseitige Beitragssatzsenkungsprogramme für Unternehmen und medizinisch nicht zu vertretende Leistungsausgrenzungen. Wir fordern daher die Rücknahme der in der Vergangenheit durchgesetzten Zuzahlungsregelungen, Entlastungen für Unternehmen und Leistungseinschnitte und werden eine solche Politik auch zukünftig bekämpfen.

Darüber hinaus sprechen wir uns für eine grundlegende Reform der finanziellen Grundlagen des Gesundheitssystems aus, die insbesondere zwei Aspekte zu beachten hat: die Erhöhung der Steuerungskompetenz durch Globalbudgetierung und die Sicherung der finanziellen Grundlagen durch Beitragsreform und Erweiterung der Bemessungsbasis sowie Erweiterung des Risikostrukturausgleichs.

Erhöhung der Steuerungskompetenz durch Globalbudgetierung

Grundsätzlich muss gelten, dass hinsichtlich des anzustrebenden Versorgungsgrades und der medizinischen Qualität gesundheitspolitische Ziele das Ausgabenniveau bestimmen sollten. Insofern halten wir ein dogmatisches Festhalten an einem konstanten Beitragssatz für unsinnig. Gesundheit ist eben keine finanzielle Verhandlungsmasse, und deswegen müssen Beitragssatzsteigerungen immer eine mögliche Alternative sein. Hierfür ist

vor allem eine Abkehr vom Irrglauben notwendig, dass eine Steigerung von Lohnnebenkosten zwingend Arbeitsplätze vernichten würde.

Unstrittig ist aber auch die Notwendigkeit, zu verhindern, dass die Ärzteschaft und andere Gesundheitseinrichtungen unter dem Deckmantel der Gesundheitsversorgung ihre eigenen Profitansprüche bedienen, indem sie Maßnahmen verordnen, die zwar teuer, aber keineswegs medizinisch notwendig sind. Insofern schlagen wir Jusos vor, die Ausgabenentwicklung einer Überprüfung im Rahmen einer qualitativ begründeten globalen Budgetierung zu unterziehen.

Bislang herrscht eine sektorale Budgetierung vor. Das heißt, dass die Ausgabenentwicklung jedes einzelnen Sektors – ambulante und stationäre Versorgung sowie Arzneimittelversorgung – einer getrennten Kontrolle unterliegt. Die derzeit existierende Abschottung des ambulanten vom stationären Sektor wie auch zwischen professionellem und nicht-professionellem System produziert aber tendenziell Unwirtschaftlichkeiten. Ein Beispiel sind medizinisch nicht indizierte Mehrfachuntersuchungen, die gleichzeitig die PatientInnen durch unkoordiniertes Vorgehen der einzelnen Teilsysteme belasten. Die Qualität der Versorgung wird durch das fehlende "Miteinander" ebenso verschlechtert wie die Wirtschaftlichkeit. Insofern wäre eine Verzahnung der Versorgungsbereiche eine sinnvolle Verbesserung des Gesundheitssystems.

Zudem besteht ein Problem darin, dass Umschichtungen innerhalb des Gesundheitssystems bei sektoraler Budgetierung erschwert werden. Dies möge folgendes Beispiel illustrieren: Steigt etwa der Arzneimittelbedarf bei gleichzeitigem Rückgang der Krankenhauseinweisungen, so würde das sektorale Budget für Arzneimittel vielleicht erhöht, aber eine Verminderung des sektoralen Budgets der Krankenhäuser wäre unwahrscheinlich. Im Rahmen eines globalen Budgets bestünde hingegen die Möglichkeit, bei Aufrechterhaltung der gesamten Ausgaben Mittel von den Krankenhäusern hin zu den Arzneimitteln umzuschichten.

Wir Jusos weisen also ausdrücklich darauf hin, dass der eigentliche Zweck einer Globalbudgetierung darin liegen muss, veränderte Kooperations- und Integrationsformen mit einer besser gesteuerten Bedarfsüberprüfung innerhalb des Gesundheitssystems zu verbinden. Globalbudgets sind daher zu ergänzen um qualitative Instrumente wie Gesundheitsberichterstattung, Einbindung von Selbsthilfepotentialen, Gesundheitsförderung, Früherkennung, Rehabilitation etc. Und sie sind zu erweitern um eine bessere Abstimmung zwischen den TrägerInnen des Gesundheitswesens, also zwischen Kassen, ÄrztInnen, Aufsichten und PatientInnen, sowie um regionale Gesundheitskonferenzen.

Mit anderen Worten: Sparen an sich ist eine unsinnige Forderung. Im Gegenteil: Wo nötig, sollen und müssen die Ausgaben sogar deutlich steigen. Innerhalb des Gesundheitssystems gilt es aber, Wirtschaftlichkeitspotentiale deutlich auszuschöpfen.

Hierbei gilt es jedoch auch zu beachten, dass Arbeitsintensivierung sowie Stellenabbau im Gesundheitswesen von uns Jusos entschieden abgelehnt werden. Der Personalbedarf im Gesundheitssystem ist vielmehr noch nicht ausgeschöpft. Unnötige Leistungen sind zu streichen, nicht Arbeitsplätze! Arbeitsstellen sind zu erweitern!

Steigerung der Einnahmenseite durch Beitragsreform

Ein einnahmeseitiges Problem der GKV besteht darin, dass hier nur eine verringerte Beitragsbemessungsgrenze existiert, die sich auf nur 75% der Grenze der GRV beläuft. Diese niedrigere Grenze ist nicht nur problematisch, weil sie Personen bereits ab einem verhältnismäßig niedrigen Einkommen nur mit unterproportional hohen Beiträgen belastet, sondern auch, weil Personen mit einem Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze sich privat versichern können. Es gilt also: Beitragsbemessungsgrenze = Versicherungspflichtgrenze.

Wir fordern zum einen, dass diese $\frac{3}{4}$ -Regelung aufgehoben und die volle Beitragsbemessungsgrenze der GRV zum Maßstab erhoben wird. Zum anderen plädieren wir dafür, diese dann gemeinsame Beitragsbemessungsgrenze von GRV und GKV deutlich zu erhöhen. Die Versicherungspflichtgrenze muss hierbei im selben Ausmaß wie die Beitragsbemessungsgrenze steigen.

Diese Maßnahmen sind gerecht und zugleich mit einem positiven Finanzierungseffekt verbunden, da mit Ausnahme des Krankengeldes alle Leistungen der GKV einkommensunabhängig sind und die höheren EinkommensbezieherInnen, die nun in die Pflichtversicherung der GKV fallen und für hohe Beiträge sorgen, Leistungen allenfalls durchschnittlich in Anspruch nehmen. Höheren Einnahmen stehen damit nicht im selben Ausmaß höhere Ausgaben gegenüber.

Grundsätzlich plädieren wir dafür, mittelfristig die Beitragsbemessungsgrenze und gleichzeitig hiermit auch die Versicherungspflichtgrenze abzuschaffen. Wir setzen uns auf lange Sicht dafür ein, die Zerteilung in öffentliche und private Kassen aufzuheben, indem die privaten Kassen in öffentliche Einrichtungen überführt werden.

Erweiterung der Bemessungsbasis

Grundlage der Beitragsbemessung sind bislang nur Löhne, Gehälter und Renten. Wir fordern eine Erweiterung der Bemessungsbasis um Einkünfte aus Mieten, Pacht und Kapitalanlagen. Zudem sollen auch Beamte und Freiberufler in die GKV einzahlen.

So wird dem Prinzip der Orientierung an der individuellen Leistungsfähigkeit stärker Rechnung getragen und gleichzeitig die Finanzierungsseite der GKV gestärkt.

Erweiterung des Risikostrukturausgleichs

Wir Jusos finden den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Kassen problematisch. Eine Verbesserung der Leistungen wird hierdurch nicht erzielt, sehr wohl aber die inakzeptable Risikoselektion in einerseits Kassen mit häufig kranken, eher finanzschwachen BeitragszahlerInnen – vor allem den AOKen – und andererseits Kassen mit selten kranken, eher finanzstarken BeitragszahlerInnen. Hieran wird deutlich, dass ein solidarisches Krankenversicherungssystem mit Marktprinzipien nur schlecht vereinbar ist.

Im Grundsatz sprechen wir uns daher für flächendeckende Einheitskassen aus. Solange dies nicht realisierbar ist, schlagen wir Jusos zur Behebung der Finanznöte der benachteiligten Kassen vor, dass der sogenannte Risikostrukturausgleich, wodurch Mittel von den starken zu den schwachen Kassen umgeschichtet werden, quantita-

tiv erweitert wird, obwohl uns klar ist, dass die ungerechten Risikostrukturen zwischen den Kassen hierdurch eher noch verfestigt werden.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Grundsätzlich gilt, dass das Hauptproblem auf der Einnahmeseite der GKV in der Massenarbeitslosigkeit besteht. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist daher auch aus sozialpolitischer Sicht eine Aufgabe, die anzugehen politische Priorität sein muss. Wir Jusos weisen darauf hin, dass gerade der Gesundheitssektor einen erheblichen Beitrag zur öffentlichen Beschäftigung leistet.

Um so nachdrücklicher fordern wir, die Beschäftigung im Gesundheitssektor nicht ab-, sondern im Gegenteil auszubauen. Beschäftigungsabbau konterkariert nicht nur über Lohn- und folglich Beitragsrückgang die Bemühungen um Verbesserungen der Finanzlage der öffentlichen Kassen, sondern ist auch aus qualitativer gesundheitspolitischer Sicht ein inakzeptabler Schritt, weil er die Gesundheitsversorgung verschlechtert.

Der Juso-Bundeskongress beauftragt den Bundesvorstand, sich ausführlich mit der Gesundheitsreform zu beschäftigen. Über den beschlossenen Antrag hinaus muss er eine fundierte Analyse leisten, Leitbilder für die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit entwickeln und konkrete Reformmöglichkeiten aufzeigen.

Brustkrebsvorsorge

Der Juso-Bundeskongress fordert von der Bundesregierung:

- Die sofortige flächendeckende Einführung des qualitätsgesicherten Brustkrebs-Screenings (Reihenuntersuchung) nach den europäischen Leitlinien per Gesetz
- Die sofortige Umsetzung des Krebsregistergesetzes und flächendeckenden Aufbau von (Brust)Krebsregistern nach internationalen IARC-Standard
- Die sofortige Beschränkung der jetzt durchgeführten Mammographien, da sie nicht den europäischen Standards zur Brustkrebsfrüherkennung entsprechen.

Begründung:

In Deutschland sterben täglich 52 Frauen an Brustkrebs. Mindestens 10 davon könnten gerettet werden, wenn wir eine qualitätsgesicherte Brustkrebsbekämpfung nach europäischen Leitlinien praktizieren würden. In 12 europäischen Ländern ist dieses Screeningprogramm schon eingeführt worden. Z.B. wurde die Brustkrebssterblichkeit in Schweden um 63% gesenkt.

Mit diesem Früherkennungsprogramm könnten 400-500 Mio. DM pro Jahr gespart werden.

Durch eine Umsetzung des Krebsregistergesetzes könnten die behandelnden Ärzte besser kontrolliert werden. In Essen wurden z.B. mehreren Hundert Frauen die Brust abgenommen, ohne dass tatsächlich ein Tumor vorhanden war. Dies hätte verhindert werden können, wenn wir Krebsregister nach internationalen IARC-Standard hätten und damit die Ärzte von einer unabhängigen Instanz kontrolliert würden.

Wir liegen in der Brustkrebsbekämpfung weit hinter dem europäischen Standard. Eine effektive Brustkrebsvorsorge nach europäischen Richtlinien rechnet sich für den Staat und könnte 10 Menschenleben pro Tag retten. Dies muss Grund genug sein diese europäischen Richtlinien sofort umzusetzen.

Neue Internationale Solidarität

Grundsatzpapier des Juso-Bundesverbandes

Die Welt des beginnenden 21. Jahrhunderts ist eine voller Umbrüche und Widersprüche. Die wenigsten Strukturen und Zusammenhänge auf politischer und ökonomischer Ebene ähneln denen der Welt von vor zehn oder gar fünfzehn Jahren. Eine Atempause ist in dieser Entwicklung ist nicht absehbar.

Unter dem Eindruck dieser Umbrüche ist linke Politik vor die Herausforderung gestellt, neue Instrumente zu erfinden, um eine Welt zu schaffen, in der es keine Unterdrückung des Menschen durch den Mensch mehr gibt. Dies muss die Linke unter Bedingungen zu leisten versuchen, unter denen wichtige Teile ihrer eigenen Organisationsformen fortgefallen sind. Die Linke hat in ihrer Geschichte als einheitliches, historisch handelndes Subjekt nie existiert, dennoch hat es in den verschiedenen organisatorischen Ausprägungen der Nachkriegszeit das Verständnis gegeben, dass linke Parteien, Gewerkschaften und später entstehende Neue Soziale Bewegungen des Nordens mit Befreiungsbewegungen des Südens dieselbe Zielsetzung der Emanzipation des Menschen teilen, auch wenn sie unterschiedliche strategische Instrumente einsetzten. Die Befreiungsbewegungen, die die Nachkriegszeit entscheidend prägten, sind untergegangen. Der Wegfall des verfehlten, sowjetisch geprägten Staatssozialismus brachte die Linke überall in die Defensive. Aufgrund dieser historischen Entwicklung muss die Linke der Metropolen wieder der stärker agierende Teil der globalen Bewegung werden, da sie ihre politischen Ziele nicht mehr auf die Akteure des Südens projizieren und damit ihre eigene Verantwortung auf diese abschieben kann.

In vielen Teilen der Welt wurde als Reaktion auf die nicht gestaltbar erscheinende Globalisierung das Bild eines emanzipierten Menschen durch das Bild einer überlegenen Ethnie ersetzt. Die Antwort der weltweit agierenden, in der NATO vereinten Mächte war das militärische Eingreifen in verschiedenen Konfliktherden. Dieses Eingrei-

fen führte zwar in den meisten Fällen zur militärischen Beendigung von Kriegshandlungen, trug aber wie im Irak oder in Serbien/Kosovo nicht dazu bei, die unterliegenden Probleme zu lösen.

In ökonomischer und sozialer Hinsicht wurden in den letzten Jahren weder die sich immer weiter öffnende Schere der Entwicklung in Nord und Süd mit praktischer Politik bekämpft noch gibt es entscheidende theoretische Grundlagen für eine Entwicklungskonzeption in den Ländern des Südens. Die ursprünglich sehr erfolgreichen Volkswirtschaften des (süd)ostasiatischen Raumes wurden durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch von 1997 - vielleicht abgesehen von China - in ihrem Entwicklungsweg in Frage gestellt. Ähnlich weist die Entwicklung der früheren sowjetischen Republiken und ihrer Nachbarstaaten in Europa und Asien nicht in eine positive Richtung. Ehemals entwickelte Gebiete wurden wieder auf überwinden geglaubte Subsistenzwirtschaft zurückgeworfen. Diese sozioökonomische Entwicklung fördert weiterhin die Destabilisierung dieses Raumes und setzt der globalen Misere eine weitere Komponente hinzu.

In den Metropolen hat die neoliberale Transformation der 80er und 90er Jahre die Gewerkschaften stark unter Druck gebracht und der Sozialdemokratie eine ideologische Neuorientierung aufgezwungen, die konstruierten Sachzwängen gerecht zu werden versucht. Dadurch wurden die sozialen Entwicklungslinien nicht korrigiert, die sich seit den siebziger Jahren auch hier abzeichneten, die daraus resultierenden Einkommensunterschiede wurde nicht verringert, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht noch am Anfang und hat nicht zu einer grundlegenden Trendwende in der Reichtumsverteilung geführt. Die durch Globalisierung - aufgrund von Veränderungen in der industriellen Basis, Deregulierung und der Explosion der Finanzmärkte - prophezeite Verallgemeinerung des Wohlstandes hat nicht stattgefunden und sie kann auch nur ansatzweise stattfinden, wenn die Linke wieder zu einer Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene bereit sein wird. Dass hier aufgrund der historischen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte die Nationalstaaten als einzige Handlungsebene an Kompetenzen verloren und sich gleichzeitig internationale Institutionen und Regime mit neuen Kompetenzen entwickelt haben, muss zur Entwicklung einer internationalen Strategie führen.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Lage der Linken weiterhin von einer defensiven Position geprägt ist. Dies ist einerseits den objektiven Verhältnissen geschuldet, andererseits jedoch erscheint die Linke subjektiv noch nicht dazu in der Lage zu sein, neue Konzepte einer vorwärtsweisenden Politik auszuarbeiten. Das Wiederentstehen sozialer Bewegungen in den Ländern des Südens wie des Nordens, die sich mit progressiven Zielsetzungen gegen die fortschreitende Deregulierung wenden, lässt auf eine Besserung der Situation hoffen. Insofern kann dieser Antrag nur ein Zwischenstand bei dem Bemühen sein, die gegenwärtigen internationalen Zusammenhänge zu skizzieren und Teilantworten auf die aktuellen Herausforderungen zu geben. Analyse: Ursachen des heutigen Nord-Süd-Verhältnisses

Veränderung der politischen Landkarte

Mittlerweile hat sich bei den meisten die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion, egal wie sie bewertet wurde, auch das politische Kräfteverhältnis in den einzelnen Staaten des Westens zuungunsten der Linken veränderte. Zehn Jahre später zeigt sich die wachsende Machtdifferenz zwischen den beiden ehemaligen Supermächten im Ausgang der ehemaligen Stellvertreterauseinandersetzungen und der Desintegration ganzer Räume. Verteilungskämpfe werden z.T. durch Privatisierungsvorgänge im unklaren Gemenge von Politik und Wirtschaft entschieden (symbiotischer Klientilismus) und die Renten von den Gewinnern der ersten Stunde abgeschöpft, die weitere Maßnahmen von demokratischen Reformen bremsen. Allein am Beispiel Russlands waren das über 622,5 Mrd. \$. Die Verteilungskämpfe spiegeln sich in der Peripherie häufig als Auseinandersetzungen „Politisierter Ethnizität“ wieder.

Europa hat durch die Herausforderung der Integrationsbemühungen eine verstärkte Phase der „Binnenorientierung“ ihrer Politik erfahren. Dieser Prozess ist noch nicht zu einem Ende gelangt. Die ökonomische Integration Osteuropas in den westeuropäischen und den Weltmarkt und die Kosten der Aufbauleistungen wurden zum Großteil von den europäischen Staaten übernommen, eingebettet im politischen Prozess zur EU.

Das Thema der Einen-Welt-Politik ist real in den Hintergrund gedrängt worden, erste zaghafte Versuche eines europäisch-afrikanischen Dialoges, die Verhandlungen zu Lomé-V, die Berichterstattung über die Verhandlungen der WTO lassen u.a. das Thema für Tage punktuell, aber eben nicht konzeptionell auf die politische Agenda erscheinen.

Entwicklungstheorien

Das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den politischen Systemen hat auch den „Entwicklungstheoriestreit“, unabhängig objektiver Kriterien, weitestgehend entschieden. Dass beide, Dependenz- und Modernisierungstheorie, in ihren angewandten Strategien zumeist gescheitert waren, wurde in den Hintergrund gedrängt. Die radikale Form der Weltmarktintegration, die Idee des „trickle-down“ ausgehend von Wachstumspolen, bestimmt stärker denn je die Politik des IWF und in abgeschwächter Form auch der Weltbank. Richtige Erkenntnisse und Lösungswege anderer Strategien, die sich in einzelnen Wegen nationaler Wirtschaftspolitiken äussern könnte, werden durch die rigide Kapitalvergabe (good governance) v.a. des IWF unmöglich gemacht.

Die „Grundbedürfnisbefriedigung“ als Strategie des sozialdemokratisch-geführten Ministeriums ist ein erster Schritt den Least Developed Countries (LLDC's) zu helfen. Das Ziel von „Entwicklung“, das Schaffen von Chancen in strukturellen Problemlagen von unterschiedlichsten Ausgangsniveau mit ganz unterschiedlichen Ursachen, wird so jedoch nicht erreicht.

Gesellschaftsgestaltung, Demokratisierung, Abkehr von Willkür, Umverteilung als Grundlagen eines sozialistischen und sozialdemokratischen Gesellschaftsbildes sind nicht Zugaben der Zivilisationsentwicklung, sondern werden erst erreicht, wenn Entwicklung für eine Gesellschaft ermöglicht wird.

Auch wenn durchaus Kritik an einzelnen Punkten durch die neue Bundesregierung geübt und die politische Auseinandersetzung mit den USA gesucht wird (Bsp: Weltbankchef und IWF-Chef), wird die gesamte Tragweite der fast durchgesetzten kapitalistischen Weltwirtschaftsstruktur nicht erkannt. Dann wird es „Entwicklungspolitik“ nicht mehr geben, sondern nur noch „Marktstrategien“. Die „Eine-Welt“ wird eine weitere Generation verlieren (die 80er und 90er nennt man in der entwicklungspolitischen Debatte „die verlorenen Jahrzehnte“). Eine Chance auf Entwicklung wird es für viele Völker aber erst geben, wenn die strukturellen Bedingungen des Weltmarktes, die Funktionsgesetze des Marktes für sie ausser Kraft gesetzt sind.

„Globalisierung“ als Strukturbeschreibung der kapitalistischen Weltwirtschaft?

Schon häufiger haben wir erkannt, dass die These des Globalismus, die Versprechungen der Globalisierung, *verstanden als Ideologie des gleichberechtigten Marktzugangs*, nicht zutrifft. Auch in den 90er Jahren hat es eine verstärkte Tendenz zur regionalen Blockbildung in der Weltwirtschaft gegeben. Über ¾ des Welthandels findet in oder zwischen den drei grossen kapitalistischen Zentren (NAFTA, EU, ASEAN) statt. Über 88% des weltweiten BIP werden zudem immer noch nationalstaatlich produziert und konsumiert.

Auch in der verstärkten Tendenz der „Dienstleistungsökonomie“, der „Kommunikations-“, „Wissens-“ oder „Technologiegesellschaft“ und auch nicht die Tendenz zur „Flexibilisierung“ des Produktionsbereiches (wenn das denn überhaupt bewiesen werden kann), hat eine räumliche Diffusion von ökonomischem Entwicklungspotenzial vereinfacht - im Gegenteil. Die Tendenz zur Agglomeration wird deutlich verstärkt. Dadurch wird die Weltarbeitsteilung weiter manifestiert.

Weiterhin hat sich die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie deutlich gezeigt. Ausgehend von fast vollständig deregulierten Finanzmärkten breiteten sich Währungskrisen aus, die sich schliesslich in Form von Kapitalmangel zu Krisen der Realökonomie kontinentalen Ausmaßes verstärkten.

Die Krisenhaftigkeit des internationalen kapitalisierten Systems hat sich insgesamt aber nicht in einer Hinterfragung des Systems als solchen niedergeschlagen. Vielmehr wird (auch von Spekulanten wie bspw. Soros) nach stärkeren Regulationsformen gerufen, um das kapitalistische System als ganzes zu stabilisieren, ohne jedoch nach weiteren Alternativen zu fragen.

Geografie des Kapitalismus

Die Einteilung der Länder in die „3 Welten“ ist mit dem Zusammenbruch der SU hinfällig geworden. Die ehemalige 2. Welt in Europa teilt sich, nach Übernahme fester Aufgaben der kontinentalen und Weltarbeitsteilung, auf. Einige Länder werden den Anschluss, besser Transformation, an die 1. Welt mit Mühen und sozialer Polarisierung zumindest ökonomisch bewältigen. Ein anderer Teil von Ländern, wie Regionen wird weiteren Rückschritt erleben und in die sog. 3. Welt abrutschen (weite Teile Russlands, Teile des Balkan, Schwarzes Meer).

Die Durchsetzung neoliberaler Transformations- und Entwicklungsstrategien zur Bewältigung der Kompatibilität für die westeuropäische Ökonomie hat also Gewinner und Verlierer produziert. Eine Erhebung zur Allgemeingültigkeit verkehrt sich somit ins Absurde.

Während es in den letzten zehn Jahren auch im Süden Südamerikas durchaus positive Entwicklungen zu verzeichnen gibt (Argentinien, Chile, Ostküste Brasiliens), sind weitere Teile stärker abgehangen worden (Ecuador, Bolivien).

Eine ähnliche divergente Entwicklung lässt sich für den asiatischen Kontinent feststellen. Auf dem afrikanischen Kontinent sind nur einzelne Länder aufgrund ihrer geostrategischen Position und Verantwortung für den Gesamtkontinent unterstützt worden, größte Teile Afrikas sind vom Weltmarkt abgekoppelt.

Einzig China, das einen anderen Weg der Transformation (Gradualismus) einschlug, hat eine deutlich rasante positive ökonomische Entwicklung genommen. Die gewonnenen Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Transformationsvorgängen sollten auch die Kriterien der sozialen Verwerfungen berücksichtigen und in die politischen Prozesse einfließen. *(Satz gestrichen)*

Die Rolle und Funktion von Institutionen im kapitalistischen Weltgefüge

Institutionen erlangen nach einem Aufbrechen von politischen Konstellationen eine zunehmende Bedeutung, da sich die herausbildenden dominanten ideologischen (rationale Simplifizierung) Deutungsmuster in ihnen als verrechtlichte Ergebnisse widerspiegeln. Auch bei der Durchsetzung der neoliberalen Interpretation von Internationalisierung (=Globalisierung) ist dies deutlich der Fall.

Die Durchsetzung des Prinzips des Freihandels, einseitige zyklische Stützung der Konjunktur, eine Geldpolitik, die nur auf vermeintliche Inflationsbekämpfung ausgerichtet ist, sind nur einige Eckpfeiler einer solchen Strategie.

Die Institutionalisierung einer solchen Politik in internationalen Organisationen und Verträgen (u.a.: WTO, IWF, Weltbank, MAI) bedeutet eine rechtliche Festlegung aller Nationalstaaten auf eine Grundlogik dieses wirtschaftlich-pseudowissenschaftlichen „neoliberalen“ Paradigmas. Eine andere demokratische Entscheidung zur Gestaltung der Zukunft ist keine „Entscheidungsalternative“ mehr, sondern wird zum Bruch internationalen Rechts.

Politik, d.h. das Denken und Möglichmachen von Alternativen (was sonst ist Freiheit) wird gegenüber der Ökonomie weiter geschwächt. Die Entmachtung der Nationalstaaten verfestigt sich als demokratische Partizipationsmöglichkeit im Ruf nach einer internationalen Kooperation von Politiken. Statt Wirtschaftsdemokratie auf globaler Ebene (d.h. in UNO-Strukturen oder regionalen Ablegern!!), werden Wirtschaftsstrukturen durch Souveränitätsabgabe der Nationalstaaten in den einzelnen Politikfeldern gestärkt.

Dieser Mechanismus bedeutet jedoch keineswegs, dass sich das Ringen um einen möglichen politischen Erfolg in diesen Institutionen nicht lohnt; ganz im Gegenteil. Um eine Pluralisierung von Entwicklungswegen zu ermöglichen, ist ein Kampf in diesen Institutionen unerlässlich. Weder naiv noch enthusiastisch gilt es aber, schnelle

oder herausragende Veränderungen zu erwarten oder zu versprechen. Maßgebliche und ideologiebildende Institutionen sind aus ihrer Gründungs- und damit Grundlogik nur ganz allmählich umzubauen. Die Erkenntnis der Rolle von Institutionen unterscheidet uns doch grade maßgeblich von anderen Teilen der politischen Linken. Wir teilen damit die fundamentale Kritik und ihr revolutionäres Potential am Wirkungsmechanismus des Weltwirtschafts- und -institutionengefüges, ohne damit das Ringen um jeden Millimeter in diesen Institutionen kampflos preiszugeben.

Grundlegendes erstes Ziel muss demnach ein Aufbrechen der Manifestierung einer einzelnen Strategie sein, vor allem wenn ihr Ergebnis für die Chancen einer Entwicklung für viele Regionen des Planeten verheerend sind. Damit sind Institutionen, die vom Inhalt her diese Politik mitdurchsetzen und durch Verrechtlichung für sakrosankt erklären, als Belege des zivilisatorischen Fortschritts abzulehnen. Es geht um die Pluralisierung von Wirtschafts- und somit von Entwicklungspolitiken.

Besondere Politikfelder der Neuen Internationalen Solidarität

Internationale Gleichstellungspolitik

Unterschiedliche Entwicklungszustände

Die unterschiedlichen Entwicklungszustände der verschiedenen Regionen der Welt in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht lassen zwar keine einheitliche Herangehensweise zu, wenn es gilt, die Geschlechterverhältnisse zu analysieren, die Wirkungen der Globalisierung sind jedoch weltweit zu spüren. Um so mehr erstaunt es, wie blind sich die Globalisierungsdebatte gegenüber den Auswirkungen der Globalisierung auf die Lebenssituation von Frauen erweist. Sie ignoriert, dass auch die "neue" Durchkapitalisierung nicht auf unbezahlte Reproduktionsarbeit verzichten kann, die eine wesentliche Basis der kapitalistischen Funktionsweise bildet. Ein geschlechtsspezifischer Blick auf die Globalisierungsdynamik zeigt daher notwendige neue Handlungspotentiale der nationalen und internationalen Politik auf.

"Feminisierung der Armut"

Fünf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking von 1995 kamen im Juni 2000 mehr als 10.000 VertreterInnen von Regierungen und NGOs auf der Nachfolgekonferenz in New York zu dem Ergebnis, dass die zwischenzeitlich erreichten Erfolge gering sind und sich die Lage der Frauen weltweit sogar verschlechtert hat. Sie stellten eine deutliche "Feminisierung der Armut" fest: Es sind zu mehr als 2/3 Frauen, die unter Armut, mangelnder Gesundheitsversorgung und vorenthaltener Bildung leiden. Zudem haben Frauen ein geringeres Einkommen, schlechtere soziale Absicherung und einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Aufstiegsmöglichkeiten bleiben ihnen oftmals verwehrt, sie sind häufiger und länger als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Beim Zugang zu neuen Technologien sind Frauen, denen in vielen Ländern meist nicht einmal eine elementare Schulbildung zugestanden wird, benachteiligt. Dabei sind sie in vielen Bereichen des Südens die alleinigen Familienernährerinnen. In die politischen Entscheidungsprozesse sind sie nirgendwo, nicht einmal in Industrieländern und auch nicht auf kommunaler Ebene, entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung einbezogen. Weltweit ist nur jeder 8. Parlamentarier eine Frau. Auch der Zugang zu Verhütungsmitteln bleibt Frauen oft verwehrt; jährlich werden 90 Millionen Frauen ungewollt schwanger.

Auch Eingriffe in die sexuelle Selbstbestimmung der Frau sind weltweit an der Tagesordnung. Ob in Form von Beschneidung, Vergewaltigung oder Zwangsprostitution, ist sexuelle Gewalt ein universales Problem im Norden wie im Süden.

Transformationsprozesse der Globalisierung

Die allgemeine Benachteiligung von Frauen wird durch die Globalisierung noch verstärkt, da die soziopolitischen Veränderungen auf dem Rücken der sozial Schwachen und der durch Lohnarbeit und zusätzliche unbezahlte Reproduktionsarbeit doppelt belasteten Frauen ausgetragen werden. Ihren konkreten Niederschlag finden die Transformationsprozesse der Globalisierung in der Stabilitätspolitik des Nordens und den Strukturanpassungsprogrammen des Südens, in deren Folge Staatsausgaben reduziert werden und vor allem eine expansive Exportorientierung zuungunsten von Binnennachfrage und Massenkonsum betrieben wird.

Die aus der globalisierten Wirtschaft resultierende Flexibilisierung der Raum- und Zeitstrukturen sowie die Senkung der Lohnnebenkosten verbessern zwar die Arbeitsmarktchancen von Frauen. Ihre Doppelbelastung wird dadurch jedoch fortgesetzt und durch den Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung sogar verstärkt, da zunehmend mehr Einzelbereiche, darunter auch die Reproduktionsarbeit, in den individuellen Verantwortungsbereich zurückverwiesen werden.

Durch den Rückzug des Staates aus seiner Regulierungsverantwortung und zunehmende Privatisierung fehlt es jedoch an Eingriffsmöglichkeiten, um die Benachteiligung von Frauen zu beenden und das menschenrechtliche Grundprinzip der Gleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern durch spezielle Frauenfördermaßnahmen zu verwirklichen. Die Wirtschaft hingegen, die ihre Selbstverpflichtungen nicht einhält, wird sich nicht freiwillig um ein Konzept zur Umstrukturierung der Geschlechterverhältnisse bemühen. Hier bedient Mann sich nach wie vor kapitalistischer Ausbeutungsmethoden und setzt auf das rekonstruierte Geschlechterverhältnis.

Die Veränderung der Grenzziehung zwischen privaten, öffentlich-sozialen und ökonomischen Räumen führt somit nicht zu neuen Geschlechtsidentitäten und Geschlechterverhältnissen; vielmehr werden bestehende Disparitäten im Geschlechterverhältnis verstetigt und verschärft.

Wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel

Wohlfahrtsstaatliche und linke Politik allein werden die Situation von Frauen nicht automatisch ändern. Doch ohne sozialstaatliche Maßnahmen, Frauenförderung, eine humane Arbeitszeitpolitik und einen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel werden durch Standortdebatte und Strukturanpassung weltweit Frauen noch mehr marginalisiert und entrechtet werden.

Es gilt daher, wieder die Definitionsmacht bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge zu erlangen und den Einfluss der organisierten und professionellen Interessenvertretungen zu stärken. Nur so können Marktverhältnisse demokratischer gestaltet, den Abbau des Sozialstaates verhindert und patriarchal dominierte Geschlechterverhältnisse abgeschafft werden. Es muss der Primat der Politik zurückgewonnen werden, statt auf die Selbstregulierung des Marktes zu hoffen.

Aktive Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen

Grundvoraussetzung bei der Erarbeitung neuer Forderungen und ihrer Umsetzung muss die aktive Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen in nichtstaatlichen, staatlichen und internationalen Organisationen sein. Dabei darf man sich nicht allein auf Gender Mainstreaming im Sinne einer Einbeziehung der Situation von Frauen in jede politische Analyse und jedes Projekt verlassen, da hier noch verlässliche Anwendungskriterien fehlen. Auf spezifische Frauenförderprogramme kann daher auch weiterhin nicht verzichtet werden. Dazu zählt auch eine Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit über die Ursachen geschlechtsspezifischer Diskriminierungen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung.

Es gilt, eine frauenorientierte Neue Weltordnung zu etablieren - das Patriarchat ist universal und international. Dazu müssen Fraueninteressen in allen Politikfeldern, z.B. Handelspolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden, indem die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aktiv einbezogen werden und in ihrer Verhandlungskompetenz gestärkt werden. Rechtliche Diskriminierungen von Frauen müssen beendet werden und Frauen eine eigenständige ökonomische Existenz ermöglicht werden - weltweit.

Themenbereich Europa

Europäische Politik, insbesondere die der Europäischen Union, hat in den letzten Jahre an Komplexität zugenommen. In immer mehr politischen Feldern findet eine einheitliche europäische Politik statt oder werden zumindest die nationalen Politiken eng koordiniert. Die hierzu notwendige Fachkompetenz kann nicht allein im Rahmen der internationalen Politik gewährleistet werden. Diese Erkenntnis ist nicht neu, doch bleibt weiterhin der Eindruck, dass Fragen der europäischen Ebene gerne auf den Bereich Internationales abgewälzt werden. In Abgrenzung zu tradierten Ansätzen seien daher folgend nur die Positionierung zu groben Entwicklungstendenzen Europas, möglichst fernab der tages- und fachpolitischen Diskussion, dargelegt.

Osterweiterung der Union

Trotz erheblicher Gefälle des Wohlstandsniveaus in den einzelnen Regionen stellt die Europäische Union bis dato einen Klub der hochentwickelten Industrieländer dar. Mit der anstehenden Osterweiterung wird sich eine qualitative Veränderung der EU ergeben. Die Institutionen der EU sind auf eine solche Erweiterung weitestgehend nicht vorbereitet. Der Gipfel von Nizza hat die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Akteure demonstriert. Neben den notwendigen Anpassungen des Abstimmungs- und Koordinierungsprozesses der EU zeigt sich aber immer deutlicher, dass die bisherige politische Ausrichtung, d.h. die einseitige Angebotsorientierung, geändert werden muss. Soll die hohe Divergenz der sozio-ökonomischen Verhältnisse in der erweiterten EU mittelfristig abgebaut werden, werden wieder stärker interventionistisch orientierte Ansätze greifen. Dazu gehört auch der Schutz der Beitrittsländer vor der blinden Wettbewerbsorientierung der Union. Industriepolitik und die Ausweitung der sozialen Infrastruktur stellt eine Grundbedingung für die nachhaltige Entwicklung der Wettbewerbsländer dar. Dies kann nicht allein mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden.

Hingegen ist die (zeitlich befristete) Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für die neuen Unionsbürger nicht hinzunehmen. Freizügigkeit stellt ein elementares Recht der Unionsbürger dar. Auch zeigt die Erfahrung der Beitrittsländer Spanien und Portugal, dass mit der befürchteten Wanderungswelle nicht zu rechnen ist. Den Versuch gerade der Bundesregierung, hier in einer Übergangsfrist nur „benötigten“, ArbeitnehmerInnen aus den Beitrittsländern den Zugang zu ermöglichen, lehnen wir energisch ab. In den Wirtschaftsbereichen, in denen durch die Konkurrenz von Mitbewerbern aus den Beitrittsländern eine Verschlechterung der Lohnsituation der hiesigen abhängig Beschäftigten befürchtet wird, insbesondere dem Bausektor, ist muss eher durch eine strengere Überwachung der tariflichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen angesagt erfolgen. Eine als die Beschränkung der Freizügigkeit ist der falsche Weg.

Die Euro-Zone

Seit der Einführung des Euro zum 1.1.1999 hat sich nach einer kurzen Stabilitätsphase der Wechselkurs zum US-\$ drastisch verschlechtert. Diese Entwicklung scheint zunächst den Euro-Skeptikern recht zu geben. Aber auch wenn der Euro und der mit der Währungsunion verbundene Stabilitätspakt sicherlich nicht als linkes Projekt eingestuft werden kann, so ist das momentane Geschrei der Euro-Sklerose unbegründet. Die Kursentwicklung des Euro gegenüber dem US-\$ hält sich im Rahmen der Schwankungen, die beispielsweise die DM gegenüber dem US-\$ historisch erfahren hat. Wesentliche fundamentale Gründe für die Stärke des US-\$ sind in der konjunkturellen Lage der US-Wirtschaft und in der Kursentwicklung auf den internationalen Finanzmärkten zu sehen, die gerade im Nachgang der Finanzkrisen eine hohe Nachfrage nach US-Wertpapieren (und damit nach US-\$) gezeigt hat.

Tendenzen der Europäischen Zentralbank (EZB), zur Vermeidung angeblicher Gefahren einer importierten Inflation mittels Zinserhöhungen entgegenzutreten, sind angesichts der Folgen auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung abzulehnen. Angesichts einer sich abschwächenden konjunkturellen Entwicklung ist die einseitige Orientierung auf die Inflationsvermeidung makroökonomisch unsinnig. Hier zeigt sich die Fehlkonstruktion der EZB, die analog zur Deutschen Bundesbank keinerlei Kontrolle durch die politisch legitimierten Institutionen unterliegt. Dabei drohen in Euroland weitaus größere Gefahren durch eine engstirnige Geldpolitik als in der Bundesrepublik. So schlägt beispielsweise eine unterschiedliche Produktivitätsentwicklung in den Mitgliedsländern der Union, die zuvor durch Ab- bzw. Aufwertungen der Währungen ausgeglichen werden konnten, direkt auf die reale Ökonomie über. Dies kann nur durch entsprechende fiskalpolitische Maßnahmen korrigiert werden. Zur Koordination dieser Maßnahmen mit der Geldpolitik fordern wir daher eine *economic government* und eine Kontrolle der EZB durch das Europäische Parlament.

Die EU und die internationale Finanzmärkte

Die spekulative Vertiefung der Euro-Entwicklung zeigt die Notwendigkeit einer koordinierten Politik gegen Währungsspekulation. Es ist grotesk, einerseits eine restriktive Politik auf den Binnenwert des Euro zu verfolgen, andererseits aber den Außenwert alleine den labilen Märkten zu überlassen. Die Möglichkeit einer solchen Koordinierung zwischen den Leitwährungen der Triade, US-\$, Euro und Yen ist mit der Einführung des Euro wesentlich gestiegen. Diese Koordinierung kann allerdings nicht allein auf der Ebene der Notenbanken geschehen, sondern Bedarf einer politisch gewollten Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Ein erster Schritt dazu ist die Einführung der Tobin-tax auf Devisentransaktionen und die Verwendung dieser Einnahmen als Stabilisierungsfonds im Fall von Finanzkrisen. Weiter bedarf es einer Änderung der Politik des IWF und der Weltbank. Die auf Liberalisierung und Deregulierung setzende Politik hat wesentlich zum Ausmaß der asiatischen Finanzkrise beigetragen. Die Mitgliedsstaaten der EU stehen hier als bedeutende Anteilseigner der Bretton-Woods Organisationen in einer besonderen Verantwortung.

Europa im Zeichen der „New Economy,„

Seit einiger Zeit werden auch auf der europäischen Ebene die Folgen der sog. „New Economy,„ diskutiert. Auch wenn es für den Begriff, wie etwa auch die EZB feststellt, keine klare Definition gibt, so ist damit grob gesprochen die durch die informationstechnologischen Prozeßinnovationen ausgelösten Veränderungen betrieblicher Austauschprozesse und betrieblicher Organisation insgesamt gemeint. Dies wird zweifelsohne in den kommenden Jahren zu einer Schwächung ökonomischer Strukturen auf der nationalen Ebene und einer Stärkung der europäischen Ebene führen.

Starke Zweifel sind allerdings hinsichtlich der von offizieller Seite geäußerten Euphorie hinsichtlich der Wachstums- und Beschäftigungseffekte der sogenannten iester „New Economy,„ zu äußern. Der Blick auf die Wachstums- und Produktivitätsentwicklung in den USA der jüngsten Zeit verschließt den Blick darauf, dass die USA in der Ausgangsposition wesentlich schlechter dastanden als die EU.

Der Nettoeffekt der Jobentwicklung ist weiterhin unklar. Neuen Arbeitsplätzen in den informationstechnologischen Bereichen stehen massive Arbeitsplatzreduzierungen in anderen Sektoren entgegen. Insofern es zu einer weiteren Europäisierung der Wirtschaftsbeziehungen kommt, ist insbesondere mit Arbeitsplatzverlusten durch *economies of scale* zu rechnen. Zudem wird es zu wesentlichen strukturellen Veränderungen hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen an die ArbeitnehmerInnen kommen, die durch entsprechende Maßnahmen auch auf europäischer Ebene zu begleiten sind.

Inwieweit es durch die Strukturänderungen zu einer tendenziellen Schwächung der ArbeitnehmerInnenrechte kommt, hängt auch von der Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften auf der EU-Ebene ab. Zwar gibt es auf nationalstaatlicher Ebene erste Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation in der New Economy, auf der EU-Ebene besteht hier allerdings, wie auch in den klassischen Sektoren, erheblicher Nachholbedarf. Neben der eigenständigen Organisation der Gewerkschaften bedarf es hier einer stärkeren Berücksichtigung der Gewerkschaftsinteressen bei den Institutionen der EU.

Grundrechtcharta

Europapolitik muss eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sein. Sie müssen im Mittelpunkt aller Integrationsbemühungen stehen. Die Grundrechtcharta der Europäischen Union, die auf dem Gipfel von Nizza proklamiert wurde, ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt nach vorn. Sie ist vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Vorstellungen und Traditionen als ein wichtiger Beitrag zur Vereinheitlichung des Grundrechtsschutzes und zur Identitätsstiftung der Europäischen Union zu sehen.

Wir setzen uns dafür ein,

dass die Grundrechtcharta in die Europäischen Verträge aufgenommen und rechtsverbindlich wird. Die feierliche Proklamation in Nizza darf nicht schon alles gewesen sein,

dass nach der Aufnahme der Charta in die Verträge allen Bürgerinnen und Bürgern in der EU die Möglichkeit der individuellen Beschwerde vor dem EuGH eröffnet wird, wenn sie ihre Rechte durch Organe der Europäischen Union bedroht sehen,

dass die Ausarbeitung der Grundrechtcharta zugleich den Grundstein für eine europäische Verfassung legt, an deren Spitze die Grundrechtcharta stehen sollte.

Institutionen der Europäischen Union

Die Institutionen der Europäischen Union bedürfen einer Reform mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung. Entscheidungen müssen transparenter und gegenüber den demokratisch legitimierten Organen (insbesondere dem Europäischen Parlament) stärker rechenschaftspflichtig werden. Im Wechselspiel zwischen notwendiger oder auch nur politisch gewollter Zentralisierung und der konservativen Spielart der Subsidiarität, die darunter häufig nur die Durchsetzung nationaler Interessen verstand, ist ein kaum zu durchschauender Wirrwarr von Zuständigkeiten entstanden. Die bisherigen Reformbemühungen (Nizza) sind zurecht negativ kommentiert worden.

„Wir fordern daher:

dass durch eine klare Aufgabenzuweisung die politische Verantwortung der europäischen Ebene und der Mitgliedsstaaten in nachvollziehbarer Weise abgegrenzt wird. Das Recht, der EU neue Kompetenzen zu übertragen, muss bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist und bleibt eine Frage der innerstaatlichen Politik;

dass die Transparenz der Entscheidungswege auf europäischer Ebene durch Ausbau der Kommission zu einer starken europäischen Exekutive, durch die weitere Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments mittels Ausweitung der Mitentscheidung und volle Budgethoheit sowie durch den Ausbau des Rates zu einer europäischen Staatenkammer gestärkt werden.“

Politikfelder

Wie bereits erwähnt tangiert die Europäische Union nahezu alle Politikfelder. Als besonders hervorsteckende Aufgaben für die kommenden Jahre sind hervorzuheben:

- Eine europäische Steuerpolitik, die den Wettbewerb nach unten verhindert und gleichzeitig Raum für nationale Besonderheiten wieder öffnet.
- Eine europäische Sozialpolitik, die die Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung von Mindeststandards und eine dem Entwicklungsstand des jeweiligen Mitgliedstaates gerecht werdende Versorgung der BürgerInnen mit sozialen Rechten und Dienstleistungen. Dazu gehört eine europäische Politik der öffentlichen Daseinsfürsorge als Schutz vor der allmächtigen Doktrin des Binnenmarktes.
- Eine europäische Außenpolitik jenseits der Militarisierung. Während stets die vermeintliche Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik betont wird (und militärische Intervention ohne Verantwortung vor der Öffentlichkeit gemeint ist) werden andere Möglichkeiten einer einheitlichen europäischen Politik, etwa in den Internationalen Organisationen oder der Gestaltung der Beziehungen zu den Ländern des Südens, kaum diskutiert.

Migration

Asyl

Europa hat bislang mehr für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen und deutlich mehr für die Bekämpfung von Flüchtlingen getan, die in Europa hätten Zuflucht finden können. Den zahlreichen Initiativen, Appelle, Absichtserklärungen und Beschlüsse für die Bekämpfung von Fluchtursachen, von der nationalen über die europäische Ebene bis zu den UN, folgten keine Taten. Einerseits sind Beteiligungs- und Finanzierungsfragen nicht geklärt, andererseits stehen dem massive ökonomische Interessen entgegen.

Zwar haben sich im Oktober 1999 die Staats- und Regierungschefs über die Vergemeinschaftung der Asyl- und Migrationspolitik in der EU verständigt, aus ihren Grundannahmen werden aber entsprechend falsche politische Konsequenzen gezogen: Migration soll durch wirtschaftliche Anreize für die Herkunftsländer ausgeglichen werden, anstatt dass politischer oder wirtschaftlicher Druck zur Beseitigung von Menschenrechtsverletzungen ausgeübt wird.

Im Gegenteil ergeben sich in den letzten Jahren jedoch zunehmend mehr staatlich gebilligte Kooperationen mit Ländern, die autoritär oder undemokratisch regiert werden, zB mit der VR China. Flüchtlinge, die aufgrund dieser innenpolitischen Situationen fliehen, oder die vor nichtstaatlicher Verfolgung fliehen, fallen unter die Genfer Flüchtlingskonvention. Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass der Schutz seitens des Staates fehlt, und nicht, wer die Verfolgung ausübt. Allerdings wird dieser völkerrechtliche Konsens innerhalb der Europäischen Union nicht von allen Ländern der EU - so Deutschland, Frankreich und Österreich - anerkannt.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass bessere Grenzabspernungen der einzige Ausweg sind, damit das Unkontrollierbare schließlich doch kontrolliert werden kann. Die Einschätzung der EU-Verantwortlichen, illegale Einwanderung und Schlepperei als wachsende Probleme der 90er Jahre zu bezeichnen, doch dies ist ein Problem, zu dem auch die Politik der EU beigetragen hat. Jahrelang haben NRO davor gewarnt, dass Menschen in die Illegalität und oft lebensgefährliche Fluchtwege gedrängt werden, wenn alle legalen Zugangsmöglichkeiten versperrt sind.

Forderungen:

1. Das uneingeschränkte Asylrecht muss in der Grundrechtscharta verankert werden.
2. Bei der Umsetzung der Zielsetzungen, die sich aus dem Amsterdamer Vertrag ergeben, und die in Tampere ergänzt wurden, sind Mindestanforderungen zu realisieren, die einen effektiven Flüchtlingsschutz gewährleisten.
3. Die Wiedereinführung des Grundrechts auf Asyl und die Rechtsschutzgarantie sind die beste Gewähr, dass die BRD ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen gerecht wird.
4. Dringender Handlungsbedarf besteht für die BRD bezüglich der restriktiven Auslegung der GFK und der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Die bestehende Schutzlücke ist zu schließen und damit die Rückkehr zu internationalen Schutzstandards einzuleiten.
5. Wir fordern außerdem die Bundesregierung auf, sich einer europaweiten Lösung der Asylpolitik nicht länger in den Weg zu stellen und im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses und der Vertragsänderung bei der folgenden Regierungskonferenz auf ihr Vetorecht bei Asylfragen zu verzichten.

Asylfragen sollten in Europa der Mehrheitsentscheidung im Rat und der Mitentscheidung im Europäischen Parlament unterliegen. Ausgangspunkt für die Initiative muss die volle Wiederherstellung des Asylgrundrechts sein.

Einwanderung aus Osteuropa

Die Einführung der Freizügigkeit für alle zehn Beitrittskandidaten wird eine anfängliche Zunahme der ausländischen Bevölkerung aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern um knapp 220 000 Personen p. a. in Deutschland und um 335 000 Personen p. a. in allen Mitgliedstaaten der gegenwärtigen EU bewirken. Diese Zahl wird innerhalb einer Dekade auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus sinken. Rund 30 Jahre nach Einführung der Freizügigkeit wird ein Gleichgewicht, bei dem sich die Ein- und Rückwanderungen ausgleichen, mit 2,5 Millionen Einwohnern aus den Kandidatenländern in Deutschland und 3,9 Millionen Einwohnern in der gesamten EU erreicht. Dies entspricht einem Anteil von 3,5 % an der deutschen Bevölkerung und einem Anteil von 1,1 % an der Bevölkerung der gegenwärtigen EU-Mitglieder.

Befürchtungen, dass die EU nach Einführung der Freizügigkeit mit Migranten 'überschwemmt' werden könnte, sind unbegründet. Die Osterweiterung wird allerdings langfristig eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung und der Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in Deutschland und der EU bewirken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Einkommensgefälle auch mittelfristig hoch bleiben wird. Die Zuwanderung wird sich jedoch über einen langen Zeitraum verteilen.

Wir lehnen die Einführung von Übergangsfristen ab, wie sie von den Parteien und vom DGB in die öffentliche Debatte eingebracht wurden. Die Frist von 5 bis 7 Jahren ist willkürlich und kann die angeblich angestrebte Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes nicht erreichen. Nur aktive Beschäftigungspolitik in Europa und wirtschaftliche Unterstützung für die Herkunftsländer können hier im Sinne aller ArbeitnehmerInnen gegensteuern.

Frauen in Europa - die anhaltende Geschlechterungleichheit

Auch wenn zwischen 1994 und 1999 eine leichte Verringerung der Geschlechterungleichheit zu verzeichnen war und zwischen 1998 und 1999 die weibliche Beschäftigungsquote in der EU von 51,2% auf 52,6% anstieg – verglichen mit einem schwächeren Anstieg für Männer von 70,8 auf 71,6% – so ist doch das Tempo dieser Veränderung zu langsam. Der Abstand betrug 1999 immer noch 19 Prozentpunkte in bezug auf alle Formen der Beschäftigung, doch aufgrund der Überrepräsentation von Frauen bei der Teilzeitarbeit erreichte der Abstand 25,6% in Vollzeitäquivalenten.

Wenn man Aspekte wie Ausbildung und Elternschaft einbezieht, wird das Bild noch klarer: Während Frauen und Männer mit einem höheren Ausbildungsgrad eine ähnliche Beschäftigungsquote aufweisen (jeweils 73% bzw. 79%), liegt die Beschäftigungsquote der Frauen mit einem niedrigeren Abschluss bei der Hälfte gemessen an der männlichen Quote (jeweils 27% bzw. 50%). Der Abstand zwischen den Geschlechtern nimmt substantiell zu, wenn Kinder zum Haushalt dazugehören.

Die Lohnunterschiede variieren entsprechend. Die Lohnraten einer Umfrage von 1995 über die Einkommensstruktur zeigen, dass quer durch die EU Frauen im Durchschnitt 73% der männlichen Brutto-Stundenlöhne und 75% verdienen, wenn nur Vollzeitbeschäftigte berücksichtigt wurden.

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind erheblich, doch haben politische Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit in einer Reihe von Mitgliedstaaten zu einer Verringerung des Geschlechterabstandes beigetragen.

Auch wenn in Europa anerkannt wird, dass die Stellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt besondere Aufmerksamkeit verlangt und dass die Integration von Frauen durch entsprechende aktive Maßnahmen gefördert werden muss, verbleibt die Umsetzung, wie bei den meisten sozialen Fragen größtenteils in den Händen der Mitgliedstaaten.

Insbesondere deswegen ist die Effizienz und die Reichweite des Gender-Mainstreaming schwer zu beurteilen, da dieser Prozess erst vor kurzem begonnen hat und sich über alle Mitgliedstaaten erstreckt. Trotzdem gibt es einige Punkte, die einer Bemerkung wert sind:

Auch wenn das Mainstreaming-Konzept immer mehr von den Europäischen Regierungen akzeptiert und verstanden wird, gibt es doch immer noch große Unterschiede, wie Gender-Mainstreaming interpretiert und umgesetzt wird. Nach wie vor scheint also eine duale Strategie, einerseits die Belange von Frauen integriert zu behandeln, andererseits nach wie vor spezifische Frauenförderungsprogramme weiterzubetreiben, erfolgversprechender. Hinzukommen müssten ohnehin klare Kriterien, wie Gender Mainstreaming auf Programme und politische Konzepte angewendet werden soll. Ohne vergleichbare Kriterien und ohne eine regelmässige Evaluation der mit dem neuen, allerorten propagierten Prinzip erreichten Veränderungen kann sich sonst die GMS als Todesfalle für bereits erreichte frauenpolitische Massnahmen und Förderungsprogramme erweisen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich für eine europaweite Umsetzung der Quotierung für Privatwirtschaft und für den Öffentlichen Dienst einzusetzen, wie sie das EuGH-Urteil sie ausdrücklich zulässt (generelle Regelung in Verbindung mit Einzelfallprüfung).

Friedenspolitik

Durch einen tiefgreifenden Wandel in der Außen- und Sicherheitspolitik wurden Handlungsspielräume eingeschränkt und zunehmend mehr von ökonomischen Prämissen bestimmt. Zwar zählte 1999 das Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung weltweit 134 Konflikte zwischen Staaten, Organisationen und organisierten Gruppen, von denen immerhin 100 gewaltlos ausgetragen wurden und „nur“ 34 mit Gewalt, d.h. die überwiegende Mehrzahl aller Krisen wird diplomatisch beigelegt. Der politische Wille, wie und ob der Konfliktaustrag geregelt werden soll, scheint dabei offensichtlich die grösste Bedeutung zu haben. Dennoch ist offenkundig, dass durch die Neue Nato-Doktrin, die den Blick ablenkt auf sog. "Schurkenstaaten" und die ökonomischen und ökologischen Konfliktursachen negiert, ein aussenpolitischer Paradigmenwechsel eingeleitet wurde und mit überraschender Deutlichkeit Interessenlagen des militärisch-industriellen Komplexes definiert wurden, die es nötig machen, Instrumente zum bewaffneten Eingreifen zur Verfügung zu stellen. Dadurch wurde Krieg als Mittel der Politik scheinbar wieder hegemoniefähig gemacht. Ein sicherheitspolitischer Grundkonsens, der Gewaltverhütung und Prävention als Priorität von Sicherheitspolitik anerkennt, scheint in weite Ferne gerückt und ist durch die Verlagerung der Entscheidungsebenen zudem mehr denn je demokratischer Kontrolle entrückt.

Zehn Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation, neun Jahre nach dem Zweiten Golfkrieg wird die überwiegende Anzahl der Kriege und Konflikte jedoch nicht zwischen zwei oder mehreren Staaten ausgetragen. Die meisten gewaltsamen Auseinandersetzungen finden innerhalb von Staaten statt. Dieser Befund trifft v.a. auf Staaten der Peripherie zu. In großen Teilen Afrikas, in Mittelasien und nicht zuletzt auf dem Balkan haben solche Kriege in den letzten Jahren stattgefunden.

Unterhalb der Kriegsschwelle finden sich aber auch vielfältige Formen sozialer Gewaltanwendung zwischen Gruppen. Diese laufen entlang ethnischer, religiöser, regionaler oder/und anderer Abgrenzungs- und Ausschlusskriterien. Auch diese Formen von Gewaltanwendung haben nicht nur viele - stille - Opfer zur Folge, sondern führen zur Aufrüstung privater Sicherheitsdienste und Söldnerfirmen, die weiter zur Eskalation beitragen.

Ursachen von Konflikten und Kriegen

Häufige Ursachen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten sind mittlerweile soziale und ökonomische Desintegrationsprozesse, die mit der Auflösung gewohnter Lebensverhältnisse, Lebensweisen und Deutungsmuster und damit mit der Zerstörung bislang wirksamer Konfliktregelungsmechanismen einhergehen. Insbesondere bei Staaten, die nur als territoriale und völkerrechtliche Hülle existieren, sind Auseinandersetzungen in der Regel mit gewaltsamen Konflikten verbunden und Anarchisierung gesellschaftlicher Strukturen.

Als Antwort auf den Verlust sozialer und politischer Bindung suchen die davon Betroffenen zunehmend Zuflucht in religiös-fundamentalistischen oder autoritär-nationalistischen Bewegungen, die bekannte Deutungsmuster und Lebensweisen gegen soziale, politische und kulturelle Veränderungen instrumentalisieren. Progressive Befreiungsbewegungen als Reaktion auf Wandlungsprozesse sind dagegen in den letzten Jahren immer seltener geworden. Eine Folge von Kriegen sind natürlich Fluchtbewegungen aus den betroffenen Ländern und Regionen.

Viele dieser Kriege werden unter dem Deckmantel von Religion oder ethnischen Konflikten geführt. Im Mittelpunkt stehen aber meist andere Interessen. Dabei sind die Auslöser von Bürgerkriegen häufig nur vordergründig in den Staaten selbst zu suchen. Zweifellos sind viele gewaltsame Konflikte auf die durch die Kolonialmächte verursachten Eingriffe in Landaufteilung, Gesellschaft und Versorgung / Produktion zurückzuführen.

Die Verteilung von Reichtum und Ressourcen, Land und politischer Macht kann zwar als Hauptauslöser festgestellt werden, wird aber noch von den Interessenlagen der Industriestaaten forciert. Diese zeigt sich vor allem durch die mittels Entwicklungshilfe aufgerüstete Militärpräsenz und setzt sich in außenpolitischen Maßnahmen handelspolitischer und diplomatischer Art fort.

Zudem ist die Rolle von IWF und Weltbank problematisch. Unterstützung durch diese Institutionen sind an "stabilitätsorientierte" Vergabekriterien gebunden. D.h., der Staatshaushalt muss ausgeglichen, die Inflation niedrig und der Wechselkurs "realistisch angepasst" werden. Diese Vorschläge bedeuten in aller Regel den Abbau von Grundnahrungsmittelsubventionen, Kahlschlag im zumeist sowieso schlecht ausgebauten sozialen Netz (Bildungs-, Gesundheitswesen, Beratungen, etc.) und massiver Personalabbau im öffentlichen Sektor. Insgesamt haben diese Maßnahmen vernichtende Wirkung auf das soziale Gefüge. Weitere Massenverelendung ist die Folge. In manchen Fällen zerbricht das staatliche Gefüge dabei und rivalisierende Bürgerkriegsparteien treten an die Stelle desselben.

Des Weiteren existiert weiterhin die klassische Form der Kriegsursachen, da eine parallel zur Abkopplung ganzer Regionen vom Weltmarkt stattfindende Verstärkung von Konflikten um den Zugang zu Rohstoffquellen zu beobachten ist. Dabei handelt es sich vorwiegend um strategische Rohstoffe im Energiesektor. Dies erklärt zum einen die Vehemenz, mit der um Öllagerstätten gestritten wird, zum anderen die Bemühungen der Industriestaaten, ungehinderten Zugriff auf die Lagerstätten zu haben. Solch ein Krieg wird seit einem Jahrzehnt im Golf geführt. Die neue NATO-Doktrin, die im Zuge der Auseinandersetzungen mit Serbien 1999 verabschiedet wurde, fixiert die Aufgabe des einzigen wesentlichen militärischen Zusammenschlusses, den freien Zugang zu Rohstoffquellen zu sichern.

In diesem Zusammenhang kommt dem kriegerischen Konflikt mit Serbien um die Politik Miloševics im Kosovo besondere Bedeutung zu. Hier hat die NATO mehrere Zielsetzungen erreicht. Erstens hat sie gegenüber ihren eigenen Mitgliedern wie dem Rest der Welt Handlungsfähigkeit demonstriert. Zweitens hat sie die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten an diesem relativ einfach zu vermittelnden Fall auf weitere kriegerische Auseinandersetzungen vorbereitet, die im Analogieschluss in Zukunft geführt werden können. Drittens wurde gleichzeitig die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen wie auch der EU demonstriert. Zu guter Letzt hat die NATO über diese Intervention einen strategischen Stützpunkt in der Region gewinnen können. Dass die Probleme dabei letztlich nicht gelöst wurden, lässt sich an den UÇK-Aktivitäten gegen die im Kosovo lebenden Serben und den bewaffneten Auseinandersetzungen an der mazedonischen Grenze ablesen.

Zivile Konfliktbearbeitung

Im Kern hängen Einmischung oder Nicht-Einmischung des Westens von dessen Interessen ab bzw. von den Ergebnissen der politischen Aushandlungsprozessen, in denen er seine Interessen definiert. Fakt ist, dass die Industrieländer in vielen Konflikt- und Kriegsregionen mitmischen. Hierbei ist die widersprüchliche Entwicklung zu beobachten, dass einerseits immer mehr Konzepte zur zivilen Konfliktberatung entwickelt und gefordert werden, andererseits jedoch die Eingriffsoptionen in der Tendenz militärischen Charakter tragen. Politisch ist jedenfalls darauf hin zu wirken, dass die zivile Konfliktbeilegung als höchste Priorität weiterzuentwickeln und in den Einsatz- und Haushaltsplänen vorrangig zu behandeln ist. Gleichzeitig gilt es jedoch festzuhalten, dass kapitalistische Gesellschaften immer wieder Gewalt generieren werden und somit eine völlige Abkehr von militärischen Mitteln abwegig ist.

Dennoch gilt es, Militärbündnisse zu überwinden und neue, regionale Friedens- und Sicherheitsstrukturen analog der OSZE zu etablieren. Im Zentrum stehen dabei die Selbstbestimmung der Menschen, nicht der Ethnien, sowie ein umfassender Gewaltverzicht nach innen und außen. Diese regionalen Strukturen müssen auch handlungsfähige Institutionen mit den eindeutigen Ziel der Konfliktvermeidung vor allem durch ein funktionsfähiges Frühwarnsystem ausbilden. Neue Staaten können auch nur dann anerkannt werden, wenn die Minderheitenrechte sichergestellt, eine Übereinkunft über Grenzverläufe mit Nachbarstaaten getroffen und eine angemessene Kriegsnachsorge gewährleistet ist. Die Anerkennung neuer Staaten stellt aber im Grundsatz ein Problem dar und

ist nur im absoluten Ausnahmefall zu akzeptieren, da zivile Konfliktlösung auch hier Vorrang haben sollte und dementsprechend innerstaatliche Lösungen gefunden werden müssen. Die Erfahrung der Auflösung der Sowjetunion und insbesondere Jugoslawiens zeigt, dass die Auflösung von ethnisch heterogenen staatlichen Gebilden letztlich nicht zur Lösung von ethnischen Konflikten beitragen und zu einer Verschärfung von ökonomischen und sozialen Problemen beiträgt.

Möglichkeiten ziviler Friedenspolitik

Als im März 1999 die NATO ihren völkerrechtswidrigen Angriff gegen Jugoslawien startete, stellte dieser Moment entgültig alle bisherigen sicherheitspolitischen Normalitäten auf den Kopf. Nur zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes konnten deutsche Soldaten unter Anweisung einer rot-grünen Bundesregierung in einen Angriffskrieg ziehen.

Parallel zum Krieg verabschiedete die NATO im April 1999 in Washington ihre neue Doktrin, nach der sie Kampfeinsätze auch ohne Mandat der Vereinten Nationen durchführen will. Auch diese Arroganz gegenüber dem Völkerrecht und das aggressive Durchsetzen der kapitalistischen Interessen stellen eine neue Qualität dar. Von einer friedlichen Weltordnung, wie sie Anfang der 90er Jahre viele erhofften, sind wir weiter entfernt denn je. Die USA formulieren immer offensiver ihren Hegemonieanspruch und die Europäische Union verstärkt ihre Bemühungen, international als handelnder Akteur aufzutreten.

Aufgaben und Instrumente der UNO

Diese meinen es nicht mehr nötig zu haben, den Konsens mit Russland und China zu suchen und setzen auf die NATO als Hauptakteur. Unterstrichen wurde dies durch die neue NATO-Doktrin. Für uns Jusos sind die Vereinten Nationen nach wie vor der Akteur, der von seiner Struktur und seinen Aufgaben her geeignet ist, weltweit Frieden voranzubringen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht auch in der UNO Reformbedarf sehen. Vor allem ist dies im Fall des UN-Sicherheitsrates der Fall.

Der Schwerpunkt der UNO liegt laut Charta im Bereich der Friedensschaffung und Friedenssicherung. Allzu oft hat die UNO in den vergangenen Jahren ihre Rolle als neutrale Vermittlerin in Konflikten aufgegeben und ließ sich nach den Interessen des Westens/der USA instrumentalisieren.

Diese Instrumentalisierung hat den Vereinten Nationen stark geschadet. Es muss Ziel sein, auf eine Politik zu setzen, die es schafft, sich nicht von den Interessen der Großmächte leiten zu lassen. Wir setzen daher v.a. auf das Konzept des zivilen Peace-Keepings.

Ein weiteres Instrument sind die wirtschaftlichen und politischen Sanktionen. Auch wenn Sanktionen in der letzten Zeit an einigen Stellen in Kritik geraten sind, halten wir daran fest, dass wir gezielte Sanktionen, die auf die Abstrafung der Machteliten setzen und die Zivilbevölkerung nicht treffen, ein geeignetes Instrument sind um auf Staaten und Regionen einzuwirken.

Drittstaaten, die auf Grund ihrer Handelsbeziehungen zu einem sanktionierten Land wirtschaftliche Nachteile zu befürchten haben, müssen Hilfe über einen bei der UNO einzurichtenden Sanktionsfond bekommen.

Es erscheint aus der Aufgabenbestimmung der UNO vordringlich, Instrumente und Mittel zu entwickeln, um in Konflikten präventiv zu wirken und dabei Neutralität bewahren, um ihren Erhalt sicherzustellen.

Strukturelle Reform des Sicherheitsrates

Das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) führt dazu, dass Prozesse und sinnvolle Initiativen der Vereinten Nationen durch das Machtdenken eines einzelnen Staates blockiert werden können. Das uneingeschränkte Vetorecht verhindert in unseren Augen einen notwendigen Demokratisierungsprozess. Stattdessen ist es notwendig, einen Katalog aufzustellen, der Mehrheitsentscheidungen und Vetomöglichkeiten nur im Ausnahmefall festlegt. Parallel hierzu ist es nicht mehr verständlich, warum es eine Aufteilung in ständige und nicht-ständige Mitglieder im Sicherheitsrat gibt. Alle Mitglieder des Rates sollten von der UN-Vollversammlung gewählt werden.

Der UN-Sicherheitsrat spiegelt heute nicht mehr die weltpolitischen Realitäten wieder. Die starke Europazentrierung ist nicht mehr zeitgemäß, da weitere Akteure auf die internationale Ebene getreten sind. Die Dominanz der Länder des Westens sollte gebrochen werden. Der Süden hingegen muss eine stärkere Rolle einnehmen. Der Sicherheitsrat soll daher bei einer Erhöhung der Mitglieder des Südens erweitert werden.

Den Vorschlag, Japan und Deutschland als neue ständige Mitglieder in den Rat aufzunehmen, lehnen wir daher ab. Wir schlagen vor, die Sitze Frankreichs und Großbritanniens in Sitze der Europäischen Union umzuwandeln. Dies führt zusätzlich dazu, dass die Europäische Union eine spürbarere gemeinsame Außenpolitik bekommt. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, sich für europäische Sitze im Sicherheitsrat einzusetzen

Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Vor dem Hintergrund divergierender Strategien im Jugoslawien-Krieg wurde die sicherheitspolitische Abhängigkeit der Europäischen Union von den USA abermals deutlich. Der Jugoslawien-Krieg diente als Katalysator für die ESVP. Den europäischen Eliten wurde während des Krieges erneut klar, dass sie sich der militärischen Macht der USA innerhalb der NATO unterzuordnen haben. In den Bereichen der Krisenbewältigung (Logistik, Ausrüstung, Aufklärung, Kommunikation und Durchführung von Einsätzen) war die EU auf die amerikanischen Mittel angewiesen. Durch die Beschlüsse der EU-Gipfel von Köln und Helsinki hat die Europäische Union deutlich gemacht, in welche Richtung sich ihre Sicherheitspolitik entwickeln soll: Die Europäische Union militarisiert sich und will ihre (wirtschaftlichen) Interessen zukünftig als weltpolitischer Akteur durchsetzen können. Die Ziele,

die sich die Staats- und Regierungschefs gesetzt haben, sind der Aufbau von Streitkräften im Umfang von 50.-60.000 Mann, die innerhalb von 60 Tagen einsatzfähig sein sollen und dann mindestens ein Jahr lang Einsätze im Format der Petersberger Aufgaben durchzuführen.

Wir treten für ein weltoffenes und entmilitarisiertes Europa ein, welches seine Stärke nicht in militärischem Eingreifen sieht. Wir unterstützen den Gedanken, dass Europa eine gemeinsame Außenpolitik gestaltet und international als handelnder Akteur auftritt. Eine Politik, die Außen- und Sicherheitspolitik unter einem militärischen Paradigma definiert lehnen wir jedoch ab.

Es ist notwendig, Lehren aus dem Jugoslawien-Krieg zu ziehen und gezielt politische, diplomatische und wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen und weiterzuentwickeln, die es der Europäischen Union ermöglichen, Konflikte früh wahrzunehmen und präventiv auf diese einzuwirken. Die Sicherheits- und Außenpolitik muss sich immer nach den Grundsätzen der UN-Charta definieren und so zu einer Stärkung der Vereinten Nationen führen. Mit dem Stabilitätspakt, so kritikwürdig er in seiner Form auch ist, hat die Union gezeigt, dass sie über zivile Mittel verfügt.

Transatlantische Beziehungen im Wandel

Die europäischen Regierungen beabsichtigen mit dem Projekt der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (EVSP) Eigenständigkeit gegenüber den USA aufzubauen. Innerhalb der EU sind zwei Strategien zum Umgang mit den USA festzustellen: Ein Teil der politisch Verantwortlichen strebt an, durch eine gestärkte EVSP das europäische Gewicht innerhalb der NATO zu erhöhen, ein anderer geht soweit, dass sie sich militärisch von den USA lösen und als eigenständiger Akteur auftreten wollen. Eine größere Eigenständigkeit der Europäer wird von unserer Seite aus begrüßt, dabei stellt die Loslösung von der US-Hegemonie innerhalb der NATO eine attraktive Option dar, die allerdings nicht durch eine massive Aufrüstung der EU erreicht werden darf. Abrüstung und der Einsatz ziviler Mittel müssen Priorität der EU bleiben.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Ein Vorteil der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist, dass sie als gesamteuropäische Organisation unter Einbeziehung der USA und Russlands alle wichtigen Akteure für einen Stabilisierungs- und Friedensprozess in Europa vereint. Ihre Aufgabe ist es, in Konfliktregionen zivile Strukturen aufzubauen, Wahlen zu organisieren und freie Medien zu fördern. In den letzten Jahren wurden zivile Instrumente geschaffen, die eine erfolgreiche Arbeit der Langzeitmissionen der OSZE ermöglichen (u.a. seit 1992 Hohe Kommissariat für Nationalen Minderheiten). Neben einer besseren Aufklärung über die Arbeit der OSZE ist sicherzustellen, dass sie von den jeweiligen Mitgliedsländern als das primäre Instrument zur Sicherung des Friedens in Europa zu nutzen ist. Hierzu gehört dann eine Verstärkung der Arbeit der OSZE in Bereichen, in denen Konflikte bereits im Ansatz eingedämmt oder gelöst werden können sowie eine generelle Ausweitung der Kompetenzen der OSZE und damit verbunden eine bessere finanzielle Ausstattung derselben.

Auf dem Weg zu einem Neuen Internationalismus

Für die Sozialdemokratie ist Internationalismus ein integraler Bestandteil ihrer Politik. Internationalismus wiederum ist mehr als ein abstrakter und appellatorischer Politikansatz. Internationalismus ist vielmehr die integrale Berücksichtigung internationaler Fragen in allen praktisch und theoretisch bearbeiteten Politikfeldern. In dieser Hinsicht waren die Parteien der Sozialistischen Internationale den Bürgerlichen Parteien schon immer weit voraus: Während letztere noch dabei sind, sich mühsam von ihren nationalstaatlich zentrierten Politikansätzen zu lösen und die „Globalisierung„ noch immer als einen politisch nicht gestaltbaren Prozess betrachten und ideologisch verklären, hat die Sozialistische Internationale schon immer „Wirtschaft„ auch und besonders als globale Aufgabe verstanden.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir Jusos Internationalismus als eine praktische politische Aufgabe. Dies hat zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Ausprägungen hervorgebracht. Seit Ende der 80er Jahre spielt die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Jugendverbänden in den Jugendorganisationen von SI und SPE eine immer größere Rolle. Zunehmend wird auch der Blick über den Tellerrand der sozialdemokratischen „Familie„ immer wichtiger, so z.B. in der Zusammenarbeit mit NGOs.

In dieser Entwicklung liegt auch der strategische Ansatz für einen Neuen Internationalismus begründet. Die Zukunftsaufgabe der Jusos im Bereich der Internationalen Arbeit ist bidirektional: Auf der einen Seite muss die programmatische, vor allem aber die praktische Verschränkung der internationalen Arbeit des Verbandes mit der übrigen Politik der Jusos wesentlich enger verschränkt werden. Auf der anderen Seite sollte, aufbauend auf unserer eingespielten Präsenz in internationalen Jugendorganisationen, die Zusammenarbeit mit NGOs deutlich verstärkt werden.

Dabei ist das praktische politische Ziel aller unserer Aktivitäten die Durchsetzung einer sozialen und demokratischen Weltinnenpolitik gegen die derzeitige Vorherrschaft der Neoliberalen Ideologie.

Ein Neuer Internationalismus als Arbeitsansatz innerhalb der Jusos und ihrer sozialistischen Partnerorganisationen

Viele Juso-Gliederungen pflegen langjährige Kontakte zu und einen intensiven Austausch mit Partnerorganisationen innerhalb und außerhalb Europas. Diese positive Entwicklung muss unterstützt und ihre Ausweitung gefördert werden.

Gleichzeitig müssen die verschiedenen Kontakte aber auch besser untereinander koordiniert werden. Dies gilt natürlich auch für die VertreterInnen der Jusos in internationalen Organisationen und in entsprechenden Gremien der Partei.

Nur einer starken Internationalen Kommission kann diese schwierige Aufgabe gelingen – und dies auch nur, wenn die aktiven Bezirke/ Landesverbände und die aktiven Personen mit erhöhter Verbindlichkeit dort zusammenarbeiten und sich gegenseitig informieren.

Ein Neuer Internationalismus als Arbeitsansatz der Doppelstrategie

Wir Jusos wollen – auch als Bestandteil einer Neuorientierung unserer Doppelstrategie – verstärkt die Diskussion und die Zusammenarbeit mit internationalen NGOs suchen. Wir machen dabei keinen Hehl aus unseren Absichten: Wir wollen innerhalb der breiten Palette der NGOs besonders jene stärken, die unseren besonders gegenüber neoliberaler Ideologie kritischen Ansatz teilen. Wir wollen damit gleichzeitig den gesellschaftlichen Druck gegen diese Ideologie und ihre AnhängerInnen und ApologetInnen – auch innerhalb der Sozialdemokratie – erhöhen.

Jusos bleiben der internationalen Solidarität verpflichtet. Das bedeutet, dass wir unsere Arbeit an der Frage von Umverteilung und Gerechtigkeit im globalen Maßstab ausrichten. Wir setzen uns in konkreten Fällen für den Kampf unserer GenossInnen in den Ländern des Südens ein und nutzen unseren Einfluß in Deutschland, um Organisationen wie z.B. die Front Polisario in der Westsahara, zu unterstützen. Internationale Solidarität bedeutet für uns auch, dass sich Jusos weiterhin organisatorisch, politisch und finanziell an Organisationen und Initiativen beteiligen, die ein internationales Forum für unserer Positionen schaffen. Das wichtigste Instrument, als weltumspannende solidarisch finanzierte Organisationen, ist für uns die IUSY.

Unsere Arbeit ist heute jedoch weniger durch Solidaritätsarbeit im klassischen Sinne geprägt. Die Erfahrungen aus vielen gemeinsamen Projekten und Initiativen in Lateinamerika und anderen Regionen ist, dass an die Jusos vielfach der Wunsch von politischer und organisatorischer Beratung herangetragen wird. In unserer Arbeit geht es also nicht zuletzt auch darum, in enger Kooperation mit der FES, IUSY und ECOSY, politischen Sachverstand, Erfahrungen und Austauschmöglichkeit bereitzustellen.

Gerade in einem sich erweiternden Europa wird es in Zukunft immer mehr darum gehen, auf Ebene der Jugendverbände eine gemeinsame Politik in verschiedenen Bereichen zu formulieren. Dazu bedarf es einer professionellen Zusammenarbeit der „Fachpolitiker“, insbesondere im Rahmen der ECOSY. Die Grundlage für eine vernünftige Infrastruktur muss in den kommenden Jahr gelegt werden und der Verband über die Aktivitäten unserer Schwesterorganisationen unterrichtet werden. Dazu brauchen wir einen europäisch funktionierenden Jugendverband.

Neben der Professionalisierung der Arbeit steht natürlich auch die Frage der Durchsetzung von Verbandspositionen auf der Tagesordnung. Wir vertreten den Anspruch, als eine der politisch, organisatorisch und finanziell am stärksten engagierte Mitgliedsverbände in IUSY und ECOSY auch politisch gestalterisch tätig zu werden. Dabei steht für uns im Vordergrund linke Politik in diesen beiden Organisationen zu diskutieren und durchzusetzen.

Zu guter letzt soll die deutsche Öffentlichkeit von der internationalen Arbeit der Jusos besser informiert werden. Hierzu gehört die verstärkte Publikation unserer Positionen sowie die Durchführung von öffentlichen Fachveranstaltungen, die nach Möglichkeit jährlich stattfinden sollen.

Ein neuer Internationalismus von links!

Neben der Arbeit in den internationalen Jugendorganisationen und in den NGO's wird die Verankerung des Internationalismus im Programm der SPD und der SI von zentraler Bedeutung sein.

Während auch sozialdemokratische Regierungschefs klammheimlich internationale Zusammenarbeit über das Austauschen und Übernahmen von Politikkonzepten praktizieren und Internationalismus nicht mehr als Aufgabe der Arbeiterbewegung, sondern als die Zusammenarbeit souveräner Nationalstaaten definiert, hat die Linke derzeit keine Konzept, wie Internationalismus von links besetzt werden kann.

Da die Nationalstaaten bislang die zentralen Akteure auf einer Weltregionalen Ebene sind, muss verstärkt versucht werden, die nationalen Politiken im Sinne des Internationalismus zu beeinflussen.

Aufklärung des Kosovo Konfliktes

Die im Frühling 1999 durchgeführten Luftangriffe der NATO im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt haben zu einem intensiven Diskussionsbedürfnis in der Sozialdemokratie und in anderen Teilen der Linken geführt.

Aufgrund der komplexen politischen Lage wurde die Diskussion weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Dennoch haben die Jusos auf dem Berliner Bundeskongress einen Beschluss gefasst, in der SPD einen solche Diskussionsprozess einzuleiten. Dieser wurde auf einer Sitzung der Internationalen Kommission begonnen. Auf dem kommenden SPD-Parteitag im November 2001 wird Bericht hierzu erstattet werden.

Der Juso-Bundeskongress fordert:

1. Im Rahmen des Berichtes muss geklärt werden, ob im Vorfeld der Angriffe alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgenutzt wurden. In diesem Zusammenhang ist auch der Verhandlungsprozess von Rambouillet nochmals kritisch zu überprüfen.
2. Der Bericht muss die Frage nach der völkerrechtlichen Berechtigung des Angriffs behandeln und beantworten.
3. Der Bericht muss die Frage nach den Schäden und Opfern des Angriffs beantworten.
4. Der Bericht muss die Frage nach der Wirksamkeit der Angriffe - gemessen an den Zielsetzungen - beantworten.

5. Der Bericht muss eine Antwort auf die Frage geben, wie die Perspektiven aussehen und wie auf dem Balkan - insbesondere nach den Vorgängen in Makedonien - eine friedliche und stabile Entwicklung eingeleitet werden kann.

Der Bericht und eine anschließende offene Debatte müssen auf dem Parteitag an prominenter Stelle und vor den Vorstandswahlen stattfinden.

Für eine zivile und demokratische Zukunft auf dem Balkan

Die sich wieder verschärfende Situation in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens zeigt, dass eine zivile und demokratische Zukunft auf dem Balkan noch sehr gefährdet ist. Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, folgende unabdingbare Grundsätze für einen Frieden im ehemaligen Jugoslawien in ihre Balkanpolitik festzuschreiben und gemeinsam mit der UNO und anderen regionalen Organisationen zu verwirklichen:

- Im Kosovo muss ein friedliches Zusammenleben aller Volksgruppen gewährleistet werden. Die Eindämmung gewaltsamer ethnischer Konflikte ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Stabilität in Gesamteuropa. Dazu gehört die Möglichkeit einer sicheren Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Heimat.
- Die Verankerung von Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten muss ein Ziel wertegeleiteter Außenpolitik darstellen. Wir stimmen mit den demokratischen Kräften in Serbien und Montenegro überein, dass Wahlen Mindeststandards in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllen müssen. Verwaltungsaufgaben dürfen aus diesem Grund nur an überzeugte Demokraten übertragen werden. Ein größeres Problem bei der Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft stellen bisher die lokalen Eliten dar. In einigen Gebieten nehmen diese sogar den Ruin ihres Landes oder ihrer Region in Kauf und schaden damit ihrem eigenen Volk. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die demokratischen Kräfte in Serbien, nichtstaatliche Organisationen sowie die unabhängigen Medien zu unterstützen.
- Deshalb fordern wir die internationale Staatengemeinschaft und die Bundesregierung auf, konsequent Kriegsverbrecher festzunehmen und nach Den Haag auszuliefern. Außerdem fordern wir die Staatengemeinschaft auf, langfristig in der Region Präsenz zu zeigen. Dabei muss die militärische Präsenz kontinuierlich verringert und die Instrumente des nicht-militärischen Krisenmanagements im Gegenzug verstärkt integriert werden. Nur so können die Flüchtlinge sicher zurückkehren, werden mafiose Strukturen und Vetternwirtschaft zwischen Kriegsgewinnern aufgelöst und hat Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit eine echte Chance verwirklicht zu werden. Diese Maßnahmen sind zusätzlich Voraussetzung, damit die Länder des ehemaligen Jugoslawiens interessanter und attraktiver für Investitionen werden. Langfristige Präsenz ist auch deshalb notwendig, weil ansonsten Separatisten Vorschub geleistet wird, wie das aktuelle Beispiel um den kroatischen „Phantomstaat“, Kroatische Republik „Herceg-Bosna“, zeigt.

Internationale Solidarität leben!

Wir Jusos setzen uns dafür ein, den Austausch zwischen den Volksgruppen auf dem Balkan zu verbessern und die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gruppen in den einzelnen Regionen zu fördern. Dazu gehören folgende konkrete Maßnahmen:

Von der SPD erwarten wir, dass:

- Städtepartnerschaften reaktiviert und/oder neu ins Leben gerufen werden,
- der Aufbau einer echten Zivilgesellschaft durch die Förderung sozialdemokratischer Parteien verwirklicht werden kann,
- jede politische Kraft, die auf einen Kurs der regionalen Zusammenarbeit einschlägt, honoriert werden muss.

Aufbauend auf die Erfahrungen einer Informationsreise der Jusos Baden-Württemberg nach Kroatien und Bosnien halten wir folgende Maßnahmen für nötig und fordern deren Umsetzung:

- Förderung eines Studentenaustauschs
- Transfer von Wissen und Know-how
- regelmäßige Kontakte der Jusos zu den Partnerorganisationen, Aufbau von regionalen Partnerschaften
- Aufbau eines Netzwerks junger Entscheidungsträger aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Der Juso-Bundesverband setzt das Thema „Balkan-Kontakte“, als Schwerpunkt in den kommenden Jahren im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Vor allem gegenüber den Partnerorganisationen gilt es von Seiten des Bundesverbands Vertrauen und Verlässlichkeit zurückzugewinnen. Wir fordern eine Abkehr von der einseitigen Debatte über die Aufarbeitung des Kosovo-Konflikts hin zu aktivierender Unterstützung für junge Sozialdemokraten im ehemaligen Jugoslawien. Auch hier müssen Jusos „neue Zeiten denken“ und vorausblickend arbeiten, um internationales Vertrauen zu gewinnen. Es ist Zeit!

Raketenabwehr verhindern - nukleare Abrüstung vorantreiben

Der Juso-Bundeskongress fordert die deutsche Bundesregierung auf, gemeinsam mit anderen europäischen Staaten innerhalb und außerhalb der NATO daraufhin zu wirken, dass es nicht zur Realisierung der US-amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem (NMD) kommt.

Statt dessen ist eine weitere deutliche Abrüstung der weltweit stationierten Nuklearwaffen anzustreben. Im Rahmen der START III Verhandlungen sollten Reduzierungen erreicht werden, die es in Zukunft auch den kleineren Nuklearwaffenstaaten erlauben, auf Augenhöhe über eine Verkleinerung ihrer Arsenale zu verhandeln. Darüber hinaus müssen endlich die Verhandlungen über einen Produktionsstopp für spaltbares Material vorangetrieben werden.

Nachdem gegen Ende der Ost-West-Konfrontation wesentliche Einschnitte in die Nukleararsenale der USA und der UdSSR gelungen waren, bahnt sich inzwischen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung eine neuen Konfrontation an. Ein wesentliches Hindernis für Fortschritte in der nuklearen Abrüstung ist die geplante NMD.

Diese Pläne sind nicht wirklich neu. In den achtziger Jahren dominierte Ronald Reagans SDI-Programm die sicherheitspolitische Diskussion. Seitdem investierten die USA Milliarden in die Erforschung und Entwicklung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen – bislang mit zweifelhaftem Erfolg. Das NMD-System ist darüber hinaus nicht mit dem ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missile Treaty) von 1972 vereinbar, in dem sich die USA und die UdSSR verpflichtet haben, auf ein landesweites Raketenabwehrsystem zu verzichten.

Durch NMD wird nicht nur die Rüstungsspirale neu angetrieben, es werden auch Unsummen an Geldern vernichtet, die dringend für die Lösung globaler Probleme, wie z.B. Klimaschutz, benötigt werden. An einem solchen Programm darf sich die Bundesregierung nicht beteiligen.

Entwicklungshilfe stärken - auch im Bundeshaushalt!

Die aktuellen Haushaltsberatungen haben es gezeigt: Die Entwicklungspolitik und -hilfe muss auch bei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gegen Angriffe kurzfristig denkender Sparkommissare verteidigt werden. Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind internationale Solidarität und Zusammenarbeit keine leerer Worthülsen aus einer längst vergangenen Epoche. Gerade im Zeitalter der Globalisierung muss eine reiche Industrienation wie Deutschland ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden.

Wir unterstützen daher ausdrücklich Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul bei ihren Bestrebungen, die von Finanzminister Hans Eichel vorgeschlagene Streichung in Höhe von 400 Millionen Mark im Entwicklungshilfeetat abzuwehren. Auch der jetzt gefundene Kompromiss, der eine Absenkung des Etats um 200 Millionen Mark vorsieht, wird von uns Jusos abgelehnt. Statt dessen erfordert das auch von Deutschland mit vereinbarte Ziel, für die Entwicklungshilfe 0,7 % des Bruttosozialproduktes zur Verfügung zu stellen, eine deutliche Aufstockung des entsprechenden Haushaltes. An diesem Ziel halten wir fest. Schon die deutsche Beteiligung am AIDS-Bekämpfungsprogramm und dem internationalen Programm zur Bekämpfung der weltweiten Armut erfordert zumindest eine Beibehaltung des bisherigen Haushaltsansatzes. Auch im Wege der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes darf es nicht zu einer Kürzung der Zukunftsausgabe „Entwicklungshilfe“ kommen.

Die Etatauseinandersetzungen zeigen die Notwendigkeit der von Heidemarie Wieczorek-Zeul eingeforderten grundsätzlichen Debatte um die globale Verantwortung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern. Dabei kann es nicht um Almosen für die ärmeren Länder und Hilfe bei Hunger- oder Naturkatastrophen gehen. Grundlage einer verantwortlichen und nachhaltigen Entwicklungspolitik muss vor allem eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sein. Gerade Europa mit seinem hohen Subventionen für den Agrarsektor bei gleichzeitiger Abschottung dieses Bereiches gegen Importe aus Entwicklungsländern spielt hier bislang eine verheerende Rolle. Die nach zähem Ringen nun endlich verabschiedete „Everything But Arms“-Initiative für den Marktzugang der am wenigsten entwickelten Länder ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Von der rot-grünen Bundesregierung und der SPD-Fraktion erwarten wir, dass sie die Koalitionsvereinbarung und das Regierungsprogramm ernst nehmen und sich ihrer Verantwortung für die Länder des Südens stellen.

Finanzielle Einsparmöglichkeiten sehen wir Jusos beispielsweise bei der Ablehnung der Absicherung von Hermes-Bürgschaften für sozial und ökologisch unverträgliche Großprojekte wie den Ilisu-Staudamm in der Türkei. Als Entwicklungshilfe getarnte Fördermaßnahmen für deutsche Unternehmen, wie etwa für den U-Bahn- oder Transrapid-Export, haben im Entwicklungshilfehaushalt nichts zu suchen.

Let's save Hasankeyf!

Nein zur Hermes-Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm

Die Jusos fordern die SPD-Bundesregierung und die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, der Vergabe einer Hermesbürgschaft für den Ilisu-Staudamm nicht zuzustimmen. Der Bundesregierung liegt ein bisher positiv behandelte Antrag auf die Gewährung einer Hermes-Kreditbürgschaft in Höhe von 150 Millionen DM vor, den die Ravensburger Firma Sulzer für den Bau erhalten soll.

Die Jungsozialisten lehnen den Bau dieses strategischen Megaprojekts ab und möchten sich an der internationalen Kampagne „Let's save Hasankeyf“, beteiligen. Wir treten damit für den Erhalt der historischen Stadt Hasankeyf und gegen die Vertreibung ihrer Menschen ein.

Nachdem sich nun auch das britischen Unterhauses gegen eine Unterstützung des Ilisu-Staudamms ausgesprochen hat, könnte ein Wegfall der deutschen Hermesbürgschaft das verheerende Staudammprojekt zum Scheitern bringen. Generell erwarten wir von der deutschen Außenpolitik, Menschenrechten und Friedenspolitik endlich Vorrang gegenüber Wirtschaftsinteressen und der Rücksichtnahme auf Bündnispartner einzuräumen. Die Jusos fordern insbesondere, dass Hermesbürgschaften nur mit verbindlichen Umwelt- und Sozial- und entwicklungsverträglichen Kriterien vergeben werden.

Unruhen bei EU-Gipfel

Bei den antikapitalistischen Protesten anlässlich des EU-Gipfels in Göteborg wurden gestern frei Demonstranten von der Polizei angeschossen. Der Schusswaffengebrauch gegen Demonstranten stellt für uns einen der schlimmsten Auswüchse staatlicher Gewalt dar. Wir verurteilen diese Qualität der Repression und erklären uns mit den vor Ort Protestierenden solidarisch.

Wir fordern die deutsche Delegation auf, das Verhalten der schwedischen Polizei zu verurteilen und dementsprechend auf die schwedische Regierung einzuwirken.

Stopp des Verkaufs des ehemaligen KZ Schloss Lichtenburg in Prettin

1. Der Juso-Bundeskongress unterstützt die Opferverbände in ihrer Forderung an den Bund, unverzüglich den geplanten Verkauf des ehemaligen KZ Schloss Lichtenburg in Prettin (Landkreis Wittenberg/Sachsen-Anhalt) zu stoppen.
2. Der Juso-Bundeskongress fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, mit der Bundesregierung mit dem Ziel in Verhandlungen zu treten, den Gesamtkomplex Schloss Lichtenburg als Mahn- und Gedenkstätte zu erhalten und diesbezüglich darauf hinzuwirken, dass dies eine Gedenkstätte ist, die überregionalen und internationalen Charakter besitzt.
In diesem Zusammenhang sind in Zusammenarbeit von Bund, Land Sachsen-Anhalt und Landkreis Wittenberg unterschiedliche Nutzungskonzepte zu prüfen.
3. Der Juso-Bundeskongress appelliert an die Bundesregierung, für eine Umgestaltung des Gesamtkomplexes umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.
4. Der Juso-Bundeskongress unterstützt die Landesregierung von Sachsen-Anhalt bei ihren Bemühungen, die Gedenkstätte zu erhalten und neu zu gestalten.

Begründung

Das KZ Schloss Lichtenburg in Prettin war eines der ersten Konzentrationslager in Deutschland. Viele bekannte politische Persönlichkeiten wurden dort inhaftiert. Das Naziregime benutzte Schloss Lichtenburg als eines der ersten Frauen-KZ.

Außerdem ist es eines der Konzentrationslager gewesen, in dem Homosexuelle und Bibelforscher interniert waren. Aus diesem Grund besitzt dieses KZ überregionalen und internationalen Charakter. Der Erhalt des Gesamtkomplexes als Mahn- und Gedenkstätte ist dringend erforderlich. Ein ehemaliges KZ darf nicht ohne weiteres kommerziell vermarktet werden. Der Bund sollte in Zusammenarbeit mit Land und Landkreis prüfen, inwiefern das Schloss Lichtenburg beispielsweise zu einer internationalen Jugendbegegnungsstätte unter Einbeziehung des Gedenkstättencharakters entwickelt werden kann.

Prostitution voll legalisieren!

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetzesentwurf vorzulegen, der folgende Grundforderungen erfüllt:

Prostitution wird als Beruf anerkannt.

Alle Bestimmungen, die männliche und weibliche Prostituierte in ihrer Berufsausübung behindern sollen aufgehoben werden. Der Gesetzesentwurf soll die Klarstellung enthalten, dass das Verdikt der Sittenwidrigkeit für sexuelle Dienstleistungen nicht zutrifft. Darüber hinaus sollen alle strafrechtlichen Sondervorschriften gestrichen werden, die die berufliche Ausübung von Prostitution diskriminieren. Aufgehoben werden sollen auch die Sperrgebietsverordnung für Prostitution.

Begründung:

Seit 1. Oktober 2000 gilt in den Niederlanden ein neues Gesetz über die Prostitution. Seit diesem Tag ist dort Prostitution nicht mehr illegal und wird wie jedes andere Gewerbe behandelt. "Prostituierte" ist nun ein gesetzlich geschützter Beruf. In Deutschland steht eine entsprechende gesetzliche Regelung noch immer aus.

Männliche und weibliche Prostituierte können sich über Kundschaft nicht beklagen. Mehr als eine Million Männer - und auch einige Frauen - nehmen täglich ihre Dienste in Anspruch. Unter ihnen Banker, Bauarbeiter oder auch Politiker. Alleinstehende Männer gehen genauso zu Prostituierten wie verheiratete Familienväter. Sie setzen jährlich in diesem Bereich die beachtliche Summe von etwa 12,5 Milliarden DM um. Dies entspricht dem Umsatz von Konzernen wie AEG oder Tchibo.

Die Halblegalität und ihre Folgen

Prostitution ist in Deutschland zwar nicht verboten, aber als Beruf nicht anerkannt. Das ist Teil der herrschenden Doppelmoral, die Prostituierte heimlich begehrt, aber öffentlich verschmäht. Das Prostitutionsgewerbe gilt nach wie vor als sittenwidrig.

Das führt dazu, dass männliche und weibliche Prostituierte zwar Steuern auf ihre Arbeit zahlen dürfen, aber ihren Lohn von den Freiern nicht einklagen können. Freier können Prostituierte um das vereinbarte Entgelt prellen,

ohne sich strafbar zu machen. Ein normales Angestelltenverhältnis ist männlichen und weiblichen Prostituierten genauso versagt wie der Zugang zur Kranken- oder Arbeitslosenversicherung. Die „Förderung der Prostitution“ und „Zuhälterei“ sind strafbar. Was vorgeblich die Frauen vor Ausbeutung schützen soll, bewirkt genau das Gegenteil. Bordellbetreiber machen sich zum Beispiel strafbar, wenn sie für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Da reicht es schon, wenn im Zimmer ein Waschbecken ist oder Kondome bereit liegen. Zusammen mit der Sperrgebietsverordnung, die es den Gemeinden gestattet, Prostitution auf bestimmte Gebiete zu begrenzen, werden männliche und weibliche Prostituierte regelrecht in die Hände von Zuhältern und abzockenden Hausbesitzern gedrängt. So sind Tagesmieten von 200 bis 350 Mark für wenige Quadratmeter bei dreißigtägiger Zahlungsverpflichtung im Monat keine Seltenheit.

Nichts als leere Versprechen

In der vergangenen Legislaturperiode herrschte unter SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch Einigkeit darüber, dass die diskriminierenden Regelungen für Prostituierte abzuschaffen sind. Entsprechend hoffnungsvoll las sich denn auch das Versprechen von Rot-Grün im Koalitionsvertrag, eine gesetzliche Regelung schaffen zu wollen, die die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten verbessert. Bis heute sind den vielfachen Ankündigungen jedoch keine Taten gefolgt. Dabei warten nicht nur die männlichen und weiblichen Prostituierten, sondern auch die Gerichte dringend auf die angekündigten gesetzlichen Änderungen. Anhängige Verfahren wurden einstweilen ausgesetzt. Bei der Justiz will man jedoch nicht ewig warten. Sollte die Regierung nicht bald handeln so müsste die Gerichte entscheiden – und zwar nach bisheriger Gesetzeslage. Die Urteile würden dann zu Gunsten der Prostituierten ausfallen.

Huren wollen Taten sehen

Die Prostituierten und ihre Selbsthilfeorganisationen sind verständlicherweise sauer. Ihre Erwartungen an den Regierungswchsel wurden bisher bitter enttäuscht. Dementsprechend groß war denn auch der Frust auf die Politik, als im Juni letzten Jahres das internationale Kult-Hur-Festival in Berlin stattfand. In den letzten Jahren hatte die Hurenbewegung bezüglich der Gesetzesvorlage auf SPD und Grüne gesetzt. Diesen Erwartungen muss man nun gerecht werden.

Druck von links

Mit der Forderung nach einem Gesetzentwurf fordern wir die Aufhebung aller Bestimmungen, die männliche und weibliche Prostituierte in ihrer Berufsausübung behindern. Der Gesetzentwurf muss die Klarstellung enthalten, dass das Verdikt der Sittenwidrigkeit für sexuelle Dienstleistungen nicht zutrifft. Damit wären die zwischen Prostituierten und Freiern geschlossenen Verträge genauso rechtswirksam wie die über die Erbringung anderer Dienstleistungen.

Darüber hinaus müssen alle strafrechtlichen Sondervorschriften gestrichen werden, die die berufliche Ausübung von Prostitution diskriminieren. Aufgehoben werden muss auch die Sperrgebietsverordnung und für Prostitution.

Mehr Rechte für Mitarbeitende

Mit der Einführung der Mitarbeiterklärung ist ein wichtiger Schritt zur Öffnung unserer Organisation beschlossen worden. Seit dem ist die Mitgliedschaft bei den Jungsozialisten auch ohne Parteimitgliedschaft möglich. Wir haben seit Existenz dieser Arbeitsmöglichkeit viele junge Menschen über diese gewinnen können und ihnen auch den Weg in die Partei erleichtert. Das Ende der MAE's als Modellprojekt und damit verbunden die dauerhafte Einrichtung dieser Mitarbeit war richtig und wichtig.

Die vollständige Verankerung und Berücksichtigung in unserem Verband haben die Mitarbeitenden allerdings noch nicht gefunden. So wird bspw. die Delegiertenberechnung für den Bundeskongress auf Grundlage der SPD-Mitglieder unter 35 Jahren ermittelt, die sogenannten "Nur-Jusos" sind demnach nicht existent in den Landesverbänden. Weiterhin ist das Ausstellen einer Mitgliedskarte für die Verdeutlichung der Verbundenheit zur Organisation sinnvoll. Natürlich können wir dies nicht ohne Beseitigung bürokratischer Hürden aus dem Weg räumen.

Wir fordern daher die Berücksichtigung und Erfassung aller Mitarbeitenden. Dazu müssen diese in das Mitgliederverwaltungssystem vollständig aufgenommen werden. Das ist seit Einführung der MAVIS 1997 über die Kategorie "SPD-Mitglieder mit Teilrechten" möglich. Darüber hinaus müssen die erfassten Daten bei der Erfassung und Berechnung von Mitgliedszahlen und Delegationen miteinbezogen werden. Um das weitere Ziel - langfristig Jugendliche über die Mitarbeit bei den Jusos an die Partei heranzuführen, schlagen wir vor die Mitarbeiterklärung als projektbezogene Mitarbeit auf einen Zeitraum von 3 Jahren zu beschränken. Nach Ablauf der Frist hat der Unterschreibende die Möglichkeit erneut ein Arbeitsverhältnis bei den Jusos einzugehen oder aber doch in die SPD einzutreten.

Wir fordern, die Richtlinien und Statute dahingehend zu ändern.

Freiwillige Selbstverpflichtung zur harten Quote

Die Jusos haben sich die Förderung von Frauen in den letzten Jahren in besonderer Weise zur Aufgabe gemacht und damit gute Erfahrungen gesammelt. Die harte Quote, von der SPD als Modellversuch genehmigt, war dabei eines unter vielen Instrumenten, und hat dazu geführt, dass Frauen im Verband anteilmäßig an Positionen beteiligt wurden. Die Quote ist aber noch lange nicht überflüssig: würde sie heute abgeschafft, würden morgen die Vorstände und Delegationen männlich dominiert sein. Deshalb halten wir an der Quote als legitimes Mittel zur Schaffung von Gleichberechtigung im Verband fest.

Angesichts des Frauenanteils in der SPD, aber auch bei den Jusos, sehen wir es als unsere Pflicht an, Frauen in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen, nicht nur, wenn es um eine gerechte Verteilung von Mandaten und Funktionen geht, sondern auch um ihnen das politische Rüstzeug zu geben, um in der Politik zu bestehen.

Deshalb verpflichten wir als Jusos uns mit dieser Resolution, die harte Frauenquote von 40 Prozent für alle Funktionen und Mandate einzuhalten:

- Wir werden in unsere Delegationen und Vorstände einen Anteil von 40 Prozent Frauen wählen
- Sollten nicht genügend Frauen kandidieren, werden wir die ihnen zustehenden Plätze und Funktionen unbesetzt lassen.
- Freiwillig verzichten danach überzählig gewählte Männer auf ihr Mandat. Dies gilt auch für den Bundesvorstand.
- Sollten Delegationen unquotiert an Konferenzen teilnehmen, so verzichten die Delegationen auf soviel Mandate, wie nötig sind, um die Quote zu erfüllen.

Uns Jusos ist die harte Frauenquote wichtig und wir fordern die SPD auf, auf dem BPT in Nürnberg die harte Quotierung für die JungsozialistInnen als Regel einzuführen.

Die Quote ist aber kein Selbstzweck und kann nur erfolgreich sein, wenn sie mit anderen Maßnahmen zu einem Maßnahmenbündel zusammengefasst wird und es gelingt, die Gleichberechtigung als ständige Aufgabe in den Köpfen unserer Aktiven zu verankern. Weitere Maßnahmen des Juso-Bundesverbandes werden ein Mentoring-Programm, Bildungs- und Serviceangebote (nicht nur) für Frauen sowie die Verfolgung des gender-Ansatzes für alle politischen Vorhaben des Juso-Bundesverbandes sein.

Pro 15:30

Solange es organisierten Fußball gibt, stand er immer im Spannungsfeld zwischen dem Spaß am Sport und dem Kommerz. Die Schaffung des Profifußballs und die Einbindung in die Werbestrategien des Kapitals, die immer mit der Notwendigkeit der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Fußballs begründet wurde, hat schon frühzeitig vom Fußball besitzergreifen. Trotzdem konnte sich der Fußball immer einen großen Freiraum gerade als ein integraler Bestandteil der Jugendbewegung erhalten.

Seit Bestehen privater Fernsehsender ist das Gleichgewicht zwischen gesellschaftlich relevanter Bewegung und einer hemmungslosen Kommerzialisierung endgültig zusammengebrochen. Finanzmogule wie Rupert Murdoch und Leo Kirch haben den Fußball als gigantische Geldmaschine entdeckt: Die Diskussionen über die Übertragungsrechte der Fußballweltmeisterschaften 2002 und 2006, und auch die Diskussion über die Zersplitterung des Bundesligaspielplanes zeigen, dass es nur noch darum geht, Fußball als eine lukrative Finanzquelle mediengerecht zu präsentieren. Der Fan, der bisher die eigentliche Stütze des Fußballs war, spielt auch im Kalkül der Vereine eine immer untergeordnete Rolle. Gerade die, die dem Fußball zu dieser gesellschaftlich bedeutenden Position verholfen haben, spielen in den Augen des Managements als ökonomischer Faktor nur noch eine unbedeutende Rolle. Das dabei die Zukunft des Fußballs in Frage gestellt wird, dass kurzfristige finanzielle Gewinne Vorrang vor langfristigen Perspektiven haben, wird übersehen. Schon jetzt zeigt sich, dass die ständige Präsenz des Fußballs in den Medien zu einer sinkenden Akzeptanz bei den Zuschauern führt.

Der organisierte Protest der Fußballfans ist der Versuch, diesen Tendenzen im bezahlten Fußball entgegenzutreten. Wir unterstützen daher den Forderungskatalog der Initiative „Pro 15:30“ zur Spielgestaltung in den Bundesligen:

1. Bundesliga

Abschaffung der Sonntags-Spiele

Abschaffung des Sonntags als regulärer Spieltag / Belegung des Sonntags ausschließlich als Ausweichtermin im Sinne der am UEFA-Cup teilnehmenden Mannschaften und dies nur unmittelbar auf entsprechende UEFA-Pokalspiele folgenden Wochenenden.

Abschaffung des Samstagabend-Spiels

Bekanntgabe der Spieltermine

Die Ansetzung der Spieltage und genaue Terminierung der Begegnungen ist einmalig je Hin- bzw. Rückrunde verbindlich festzulegen.

Ausgewogenheit der Zuteilung

Es ist darauf zu achten, dass eine ausgewogene Verteilung der Spieltermine auf alle Mannschaften vorgenommen wird. Bisher waren einige Vereine auf den Samstagvormittag „abonniert“, während andere regelmäßig Freitags oder Sonntags spielten.

2. Bundesliga

Abschaffung der Montagsspiele

Weiteres

Die Ansetzung der Spieltage und Terminierung der Begegnungen ist einmalig für die Hin- bzw. Rückrunde verbindlich festzulegen. Die Ansetzung und Festlegung kann an die 1. Bundesliga gekoppelt sein, darf aber unter keinen Umständen von TV-Sendern diktiert werden, wie z.B. während dieser Saison der Fall, als die Termine der 1. Bundesliga seit Wochen für die gesamte Saison feststanden, das Fernsehen jedoch die Terminierung der 2. Liga hinauszögerte.

1. und 2. Bundesliga

Bei der Terminierung der Spieltage soll ein Vertreter aus den Reihen der Fanbeauftragten der Lizenzvereine in beratender Funktion hinzugezogen werden, um bei der Ansetzung der Spiele im Rahmen der Möglichkeiten stärker die Interessen der Fans zu berücksichtigen. Zudem sollten der Modus der Spielterminierung und die Begründung für die Ansetzungen öffentlich gemacht werden. Grundsätzlich sollte darauf geachtet werden, dass Abend- und Sonntagstermine nicht mit Spielen belegt werden, die eine Anreise von mehr als 200 bis 300 Kilometer erfordern

Fernsehübertragungen

Der bekannt gewordene Plan, die Erstverwertung der Fußball-Bundesliga auf die Zeit nach 20.00 Uhr am Samstagabend zu verlegen, ist ein erneuter Schlag gegen den Fußballsport. Die Verbannung der Übertragungen in die Abendstunden leistet dem Fußball einen Bärendienst. Nur um dem weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden, höchst defizitären Kirch Pay-TV den Steigbügel zu halten, wird nun auch der Fernsehzuschauer weiter gegängelt. Die Vereins- und Verbandsfunktionäre sollten sich auch hier ihrer Verantwortung bewusst werden. Ein zu erwartender Popularitätsverlust schadet letztendlich ihren Vereinen. Am Ende werden nicht die Fans die Gewinner dieser Neuregelung sein und triumphieren können, sondern Leo Kirch.

Linke Mehrheiten für Berlin!

Der Juso-Bundeskongress nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass die Berliner SPD das Trauerspiel der großen Koalition und den untragbaren Zustand für die Stadt beendet hat. Der Filz der Berliner CDU, der in der Stadt ein finanzielles Desaster ungeahnten Ausmaßes verursachte, hat jeglichen Führungsanspruch verloren.

Nur eine linke Mehrheit der Stadt ist imstande, diesen untragbaren Zustand zu ändern.

Deshalb unterstützt der Juso-Bundeskongress die Initiative der SPD Berlin mit ihrem Spitzenkandidaten Klaus Wowereit, zusammen mit Bündnis 90/Grüne und der PDS eine Neuwahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 23. September 2001 herbeizuführen.

Dies ist ein Neuanfang zur Stärkung des Vertrauens der BürgerInnen in die Demokratie und für eine ausgewogene, sozial gerechte Politik in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, da diese oberste Priorität genießen. Der Juso-Bundeskongress fordert gemeinsam mit den Jusos Berlin auch nach den Neuwahlen eine linke Gestaltungsmehrheit in der Stadt, auch unter Einbeziehung der PDS.



***Mehr als eine Wahl:
Mehr Leben***

***02: Viel zu tun.
Viel zu verlieren***

***Beschlüsse
Juso-Bundeskongress***

***Potsdam
12. – 14. April 2002***

Inhaltsverzeichnis

<u>Recht auf Zukunftschancen/ Mehr als eine Wahl: Mehr Leben</u>	3
<u>Viel zu tun: Für eine Qualifizierung- und Beschäftigungsoffensive</u>	22
<u>Bildung im flexiblen Kapitalismus - Bildungspolitik für Zukunftschancen</u>	46
<u>Für ein gebührenfreies Studium</u>	72
<u>Die Jugend in Ostdeutschland halten!</u>	75
<u>Für eine solidarische Reform im Gesundheitswesen</u>	79
<u>Kommunalpolitik von Links</u>	109
<u>Kommunale Finanzpolitik: Hier ist mehr drin!</u>	121
<u>Anforderung an ein fortschrittliches Aufenthaltsgesetz</u>	126
<u>Resolution zur Situation in Nahost</u>	128
<u>Uneingeschränkt Nein – Intervention im Irak verhindern!</u>	130
<u>Spekulationssteuer jetzt!</u>	133
<u>Die Chance für ein demokratisch verfasstes, soziales und bürgernahes Europa</u>	136
<u>Chance ergreifen – Wehrpflicht abschaffen</u>	140
<u>Einwanderung zulassen – Integration gestalten – Asylrecht ausweiten!</u>	143
<u>Härtefallklausel muss in neue Zuwanderungsgesetz</u>	146
<u>Nachhaltige Energieversorgung</u>	147
<u>Keine Käfighaltung von Menschen</u>	149

Recht auf Zukunftschancen

Mehr als eine Wahl: Mehr Leben! –

02: Viel zu tun. Viel zu verlieren.

1. Einleitung

Deutschland steht am 22. September vor einer grundlegenden Entscheidung: Soll mit der SPD eine gesellschaftliche Reformperspektive erhalten bleiben, oder reiht sich Deutschland mit Edmund Stoiber und den alten Kämpfern der Ära-Kohl in die Reihe der europäischen Rechtsregierungen ein. Auch wenn das Personal das alte ist, die Union ist mit dem Kandidaten Stoiber nach rechts gerückt. Innerhalb der europäischen Konservativen hat der Bayer Bündnisse mit den europäischen Rechtspopulisten hoffähig gemacht. Seine Freunde Jörg Haider in Österreich und der Medienmogul Silvio Berlusconi in Italien haben mit dieser Bündnispolitik die Mitte-Links Regierungen in ihren Ländern ebenso ablösen können, wie die Rechte in Dänemark und Norwegen. Die in diesen Ländern betriebene Politik ist Warnung genug vor dem, was eine Regierung Stoiber nicht nur im europäischen Kontext, sondern für die Lebensbedingungen in unserem Land bedeutet. Stoibers politisches Emporkommen, seine notorischen Äußerungen – etwa das Bejammern von sogenannter „Durchmischung und Durchrassung“ der Gesellschaft – nicht zuletzt seine Freunde vom rechten Rand lassen für die, die sehen wollen kaum Zweifel am Charakter seiner Kandidatur. Parteien die gegen Ausländer hetzen und auf Kosten von Minderheiten Politik machen, haben den Konservativen in Europa die Tür zur Macht geöffnet. Der 22. September wird auch darüber entscheiden, ob Deutschland in Zukunft diesen Weg gehen wird. Die rassistische Unterschriftenkampagne der C-Parteien gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft und die Koalition mit der Schill-Partei in Hamburg weisen den Weg.

Am 22. September steht gerade für die jungen Menschen in unserem Land viel auf dem Spiel. Wollen wir eine aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und eine gerechtere Politik, oder sollen Ausgrenzung und Umverteilung den Alltag bestimmen? Die junge Generation erwartet von der Sozialdemokratie eine reale Alternative zum herrschenden Politikmanagement und die Formulierung eines sozialdemokratischen Projekts, das Identität und Zielrichtung verleiht. Die SPD ist in den kommenden Jahren gefragt, dieses Projekt mit Inhalten zu füllen. Dazu bedarf es eines neuen Aufbruchs: Notwendig ist ein erneuertes sozialdemokratisches Reformprojekt, das die Idee der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt moderner Regierungsarbeit übersetzt.

Wir erwarten von der Sozialdemokratie, dass sie eine politische Alternative zu Rechtspopulismus und Ausgrenzung, zu Neoliberalismus und Laissez-faire aufzeigt.

Die Erfahrungen etwa aus Österreich zeigen, dass die Entscheidung nicht nur zwischen zwei Kandidaten fällt. Abbau von demokratischen Beteiligungsrechten, massive soziale Kürzungen, die Einführung von Studiengebühren und eine häufig offen antisemitische und ausländerfeindliche Politik bestimmen den Alltag der Regierung Haider/Schüssel.

Am 22. September geht auch darum, die europäischen Rechte zu stoppen, indem wir in Deutschland Stoiber stoppen!

2. Bilanz rot-grüner Regierungspolitik

Bei der Bundestagswahl 1998 hat die SPD einen historischen Sieg errungen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat die Sozialdemokratie ein so hervorragendes Ergebnis erzielt wie 1998. Dafür gab es zwei wesentliche Ursachen: Zum einen herrschte in der Bevölkerung eine Kohl-muss-weg-Stimmung. Zum anderen gelang es der SPD, mit dem Slogan "Innovation und Gerechtigkeit" personifiziert durch Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine ein breites Wählerspektrum für die SPD zu begeistern. Bestimmendes Thema in den letzten Wochen des Wahlkampfes war die "Gerechtigkeitslücke", die die Politik der alten Regierung hinterließ.

Der Wahlsieg war verbunden mit dem politischen Auftrag, einen Politikwechsel in Deutschland einzuleiten. Auch wenn Gerhard Schröder mit Blick auf die zum Wechsel bereiten WählerInnen der Unionsparteien versprochen hatte, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen, kann es keinen Zweifel daran geben, dass die Mehrheit der Bevölkerung Schluss machen wollte mit 16 Jahren Sozialabbau und konservativem Mief.

Der Zweiklang von „Innovation und Gerechtigkeit“ sollte diesen Aufbruch verkörpern und unterschiedliche Interessengruppen zusammenführen.

Die Reformvorhaben, die der Koalitionsvertrag vorsah, reichten von der großen Steuerreform, über das Lebenspartnerschaftsgesetz und dem Atomausstieg bis zu dem Versprechen, die größten sozialen Untaten der Kohl- Regierung zu korrigieren.

Nach einem furiosen Start, bei dem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wiederhergestellt und die Verschlechterung beim Kündigungsschutz und dem Schlechtwettergeld rückgängig gemacht wurden, geriet der Kurs der Regierung ins schleudern.

Das Vorhaben, mit der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft eine grundlegende Reform des anachronistischen deutschen Staatsverständnisses zu reformieren, blieb auf halbem Weg stecken. Unter dem Druck der rassistischen Unterschriftenkampagne der Union ruderte die Regierung zurück, statt offensiv für eine fortschrittliche Erneuerung des Staatsbürgerschaftsrechts zu werben. Insbesondere die Auseinandersetzung um das Einwanderungsgesetz verdeutlichte nochmals, dass die Regierung zu frühzeitig einknickte, anstatt selbstbewusst notwendige gesellschaftliche Reformen voranzubringen.

Ähnliches wiederholte sich bei anderen Vorhaben, die sich die Koalition vorgenommen hatte: Exemplarisch werden die Angriffe gegen die Politik von rot-grün beim gescheiterten

Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft deutlich. Dabei die Attacken der konservativen und neoliberalen Opposition durch zwei Aspekte erleichtert. Hier sehen wir auch die entscheidende Achillesferse rot-grüner Regierungspolitik.

1. Die Sozialdemokratie hat es versäumt, ihre notwendigen Programmpunkte zu einem gesellschaftlichen Projekt zu verdichten und eine Vision für die Zukunft zu entwickeln. Der Aktivismus der Regierung ließ kein konsistentes Reformprojekt erkennen. Rot-Grün verstrickte sich in vielen Einzelmaßnahmen ohne ihrer WählerInnenschaft eine zielführende Perspektive zu vermitteln. Am Schluss bleibt: Ein grundlegender Politikwechsel ist ausgeblieben, obwohl viele durchaus sinnvolle Reformmaßnahmen durchgesetzt werden konnten. Die fehlende sozialdemokratische Modernisierungsidee führte zudem zu einer Kapitulation vor dem Bundesfinanzminister und seiner restriktiven Haushaltspolitik. Die Haushaltskonsolidierung ist das einzig wahrnehmbare große Projekt der rot-grünen Regierungspolitik - sie ist jedoch ohne jegliches Mobilisierungspotenzial für die eigene Klientel.

Darüber hinaus gab die Sozialdemokratie mit dem Schröder-Blair Papier symbolisch ihren aktiven Gestaltungsanspruch auf und vermittelte den Eindruck, den Kurs der sozialen Gerechtigkeit einer Politik der neoliberalen Modernisierung zu opfern. Dies hatte auch negative Folgen für das Regierungshandeln. Statt mittelfristig ein sozialdemokratisches Projekt zu entwickeln und gerade auch als Partei in Regierungsverantwortung als Impulsgeber für die Regierungspolitik wahrnehmbar zu sein, setzt sich in der SPD immer mehr das Denken in Sachzwängen unter Finanzierungsvorbehalten durch. Diskursfähigkeit und inhaltliche Ausstrahlungskraft sind auf der Strecke geblieben. Ergebnis ist eine in weiten Teilen demobilisierte und sinnentleerte Partei.

2. Auf der anderen Seite ist der für eine grundlegende Reformpolitik notwendige gesellschaftliche Druck in weiten Teilen ausgeblieben. Die gesellschaftliche Linke in und außerhalb der Sozialdemokratie hat auch nach 4 Jahren rot-grüner Regierungspolitik noch kein strategisches Verhältnis zur Bundesregierung gefunden. Ein Teil der alten Linken hat sich entweder in Zynismus oder gut bezahlten Opportunismus geflüchtet. Ein anderer Teil schwankt zwischen Resignation und Verratsvorwürfen. Eine neue Linke muss sich von diesen passiven Positionen verabschieden und sich in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit einer populären Kapitalismuskritik einschreiben, um wieder hegemoniefähig zu werden. Notwendig ist die Entwicklung einer nach vorne weisenden sozialistischen Politik bei der die verschiedenen Teil der gesellschaftlichen Linken unterschiedliche Rollen spielen müssen. Ansatzpunkte sind dafür in den neuen globalisierungskritischen Bewegung und den Zukunftsdiskussionen in den Gewerkschaften aber auch bei jungen kritischen Think Tanks an den Hochschulen gegeben. Uns Jusos kommt dabei die Aufgabe zu, die Vernetzung der kritischen gesellschaftlichen Kräfte im Wahlkampf und darüber hinaus zu organisieren und deren Zukunftskonzepte in die SPD zu tragen.

2.1. Haushaltskonsolidierung statt Politikwechsel

Zu einem bis heute nicht gekitteten Bruch mit weiten Teilen der Anhängerschaft hat die von der Regierung durchgesetzte Rentenreform geführt. Dass ausgerechnet eine sozialdemokratische Regierung den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Altersvorsorge durchgesetzt hat, führte vor allem bei der traditionellen Wählerschaft und den Gewerkschaften zu einer bis heute nicht überwundenen Vertrauenskrise. Die SPD hat dabei die Interpretationshoheit über Ansprüche der jungen Generation den Banken und Finanzträdern überlassen.

Die sozialdemokratische Finanzpolitik hat das Ziel der Haushaltskonsolidierung zum Fetisch erhoben und einer abstrakten Zielvorgabe jeglichen politischen Gestaltungswillen untergeordnet. Die durch nichts zu rechtfertigenden, geradezu unverschämten steuerliche Entlastungen für das Großkapital haben zu massiven Steuermindereinnahmen geführt, die nicht nur die Kommunen an den Rande des Bankrotts, sondern auch gleich die Begründung für das nächste Sparpaket mitgeliefert haben. Notwendige Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind ausgeblieben.

Das ursprüngliche Kernanliegen der neuen Regierung, über ein Bündnis für Arbeit für mehr Beschäftigung zu sorgen, trat gegenüber dem Konsolidierungsziel in den Hintergrund. Daran und an den Widerständen der Arbeitgeber zum Abbau der Überstunden ist das BFA vorerst gescheitert. Nichtsdestotrotz bleibt das Bündnis ein Einflussfaktor für eine offensive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit staatlicher Flankierung. Dazu bedarf es jedoch einer stärkeren staatlichen Rahmensetzung sowie einer sozialstaatliche Reformoffensive, die Flexibilität absichert, damit eine Umkehr in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik möglich wird.

Ein wichtiger Erfolg der letzten Jahre ist das JUMP Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit, von dem über 490.000 jungen Menschen wieder eine Perspektive erhalten haben. Der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ist ein zentraler Erfolg der Bundesregierung. Nun gilt es die Parteitagebeschlüsse zur Weiterentwicklung des JUMP Programms zu einem JUMP plus umzusetzen.

Trotz der im Bündnis für Arbeit verabredeten Schaffung von 60.000 Ausbildungsplätzen im IT-Sektor bis 2003 ist die Wirtschaft ihrer Verpflichtung nach ausreichend Ausbildungsplätzen nicht nachgekommen. Wir fordern die SPD auf, endlich die Ausbildungsplatzumlage von nichtausbildenden zu ausbildenden Betrieben einzuführen. Mit dem Job-Aktiv-Gesetz hat jedoch in vielen Bereichen ein notwendiger und von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachteter Systemwechsel stattgefunden.

Und auch mit der Reform des BetrVerfG und der damit zusammenhängende Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ist ein wichtiges Wahlversprechen eingelöst worden. Das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit und das 630-Mark-Gesetz haben zu mehr sozialversicherungspflichtigen Jobs geführt und mit dem Rechtsanspruch auf Teilzeit in Verbindung mit befristeten Arbeitsverträgen hat die Regierung die Rechte der ArbeitnehmerInnen gestärkt.

2.2. Gesellschaftspolitik unter anderen Vorzeichen

Durch die Kindergelderhöhung ist die finanzielle Situation von Familien verbessert worden. Die Einführung der Elternzeit war eine wichtige Besserung, die die Union jahrelang aus ideologischen Gründen verhindert hat.

In anderen Politikfeldern hat es darüber hinaus wichtige Fortschritte gegeben. Im gesellschaftspolitischen Bereich konnte rot-grün teilweise gegen erbitterten Widerstand der Oppositionsparteien Verbesserungen und lang überfällige Reformen durchsetzen. So das Lebenspartnerschaftsgesetz Verbesserung für die rechtliche Status von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften gebracht. Gleiches gilt für die überfällige Aufhebung der Sittenwidrigkeit der Prostitution.

Bei der Bildungspolitik ist die rot-grüne Koalition auf dem richtigen Weg. Zwar wurde die BaföG-Strukturreform noch nicht umgesetzt, aber durch die BaföG- Erhöhung haben Studierende mehr Geld in der Tasche und z.B. Auslandssemester werden wieder gefördert. Ein Abrücken von der Gebührenfreiheit des Studiums darf es nicht geben.

2.3. Militarisierung der Außenpolitik

Als schwerster Einschnitt in den dreieinhalb Jahren rot-grüner Reformpolitik muss die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung hervorgehoben werden. Hieß es noch im Koalitionsvertrag „deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“, führte gleich die erste Entscheidung der neuen Regierung zur Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien.

Die durch die Vorgängerregierung forcierte ethnische Separationspolitik auf dem Balkan wurde nicht nur fortgeführt, sondern durch Vergleiche mit den Verbrechen des Nationalsozialismus auch noch moralisch auf höchst fragwürdige Weise gerechtfertigt. Die Kritiker inner- und außerhalb der Partei wurden durch den vermeintlichen moralischen Rigorismus der Argumente der Fischers und Scharpings diskreditiert.

Nur mit dieser Legitimationsstrategie war es möglich, eine militärische Interventionen nicht gewöhnte Nachkriegsgesellschaft auf Kriegskurs zu bringen. Der deutsche Kriegseinsatz hat das Land verändert. Nicht nur dass deutsche Soldaten zum ersten mal aktiv in Kampfhandlungen verwickelt wurden, sie nahmen zudem noch an militärischen Operationen außerhalb des Bündnisbereiches teil. Dafür gab es keinerlei völkerrechtliche Berechtigung. Die sozialdemokratische Regierungspolitik hat sich damit in grundlegenden Fragen von Willy Brandts friedenspolitischen Grundsätzen verabschiedet.

Die tiefe Verunsicherung und der innerparteiliche Widerstand gegen die Militarisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik äußerte sich u.a bei der Abstimmung über die Beteiligung der Bundeswehr an der Mission in Mazedonien, besonders aber als die Bundesregierung nach dem 11. September im Parlament die Bereitstellung deutscher Soldaten für einen umfassenden Einsatz im „Kampf gegen den Terror“ beantragte. Nur durch das politisch fragwürdige Mittel der Vertrauensfrage konnte sich die Parteiführung in der Koalition, aber auch in der eigenen Partei durchsetzen.

Der Entwicklungszusammenarbeit kam im Zusammenhang mit der erfolgreichen Kölner Initiative zum Schuldenerlass und der Einführung des zivilen Friedensdienstes eine neue Bedeutung zu, die mit der Ankündigung der Bundesregierung den Etat auf 0,33 % des BIP zu erhöhen nun endlich in die richtige Richtung weist. Mit der Initiative zur Tobin-Steuer hat die Regierung ein wichtiges Zeichen zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte gesetzt. Wir Jungsozialisten standen und stehen auf der Seite der Kriegsgegner.

2.4. Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte

In der Innen- und Rechtspolitik hat die SPD u.a. mit dem Schlagwort der „Inneren Sicherheit“ eine schleichende Rechtswende vollzogen. Wir Jusos stehen für eine sozialdemokratische Innenpolitik, die die Herstellung einer weltoffenen und liberalen Gesellschaft und den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten zum Ziele hat. Vorläufiger Höhepunkt einer unseren Vorstellungen völlig entgegengesetzten Innenpolitik stellen die beiden „Otto-Kataloge“ dar, die nach dem 11.09. in beispielloser Geschwindigkeit durchgepeitscht wurden.

Die meisten Eckpunkte dieser „Kataloge“, wie die Ausweitung der Sicherheitsüberprüfungen, die Kompetenzerweiterungen des BKA etc., greifen stark in Grundrechte ein und führen zu einer massiven Rechtsverschiebung im Bereich der Rechts- und Innenpolitik. Keine dieser Maßnahmen schafft mehr Sicherheit für die BürgerInnen oder taugen gar für die Terrorismusbekämpfung. Wir Jusos werden die „Innere Sicherheits“-Diskurse und die konservativ-reaktionären Positionen à la Schily keinesfalls mittragen, stattdessen für emanzipatorische und demokratische Innenpolitik streiten – im und außerhalb des Wahlkampfes.

3. Die Sozialdemokratie und die junge Generation

Die Mehrheit der jungen Generation hat bei der Bundestagswahl 1998 zum Wahlsieg von Rot-Grün beigetragen. Gerade junge WählerInnen haben mit einem Regierungswechsel große Hoffnungen verbunden. Wahlversprechen zur Verbesserung der materiellen Situation vieler Jugendlicher und der Wunsch nach einem Politikwechsel, der soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt der Politik rückt, beeinflussten die Wahlentscheidung junger Menschen. Doch uneingelöste Wahlversprechen, das Ausbleiben eines Politikwechsels und nicht zuletzt diverse Spendenskandale haben Jugendliche auf kritische Distanz zur politischen Klasse insgesamt und der SPD im Besonderen gebracht. Sinkende Zustimmung unter JungwählerInnen und die bedenkliche Mitgliederentwicklung der SPD zeigen: Es geht nicht einfach „weiter so„! Die SPD muss das Vertrauen der jungen Generation zurückgewinnen. Das ist nur möglich, wenn sie ihre Politik an den Lebenswelten junger Menschen orientiert, ihre Ansprüche aufnimmt und in praktische Politik fließen lässt.

Jugend in neuen Zeiten

Prägend für die junge Generation heute ist, dass sie ihr Leben in einer Phase ökonomischer und gesellschaftlicher Umbrüche bewältigen muss. Der wirtschaftliche Strukturwandel in Richtung Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, die Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses, die informationstechnologische Revolution, die "innere Landnahme" von Freizeitwelten durch kommerzielle Angebote werden ebenso als Unsicherheit, wie als Chance für eine individuelle Lebensgestaltung wahrgenommen. Die junge Generation wird es sein, die vor dem

Erfahrungshintergrund des Zeitenwandels auch Trägerin der rasanten Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft ist. Sie selbst ist betroffen von den Umbrüchen am Arbeitsmarkt, aber auch Gestalter von Kommunikations- und Informationstechniken der Zukunft.

Ob eine zunehmende Eigenverantwortlichkeit als Chance oder Risiko begriffen wird, hängt vor allem von der individuellen Ausgangsposition ab, denn die Chancen den eigenen Lebensentwurf auch zu verwirklichen sind unterschiedlich verteilt. Die junge Generation droht gespalten zu werden in GewinnerInnen und VerliererInnen des Modernisierungsprozesses. Während der eine Teil, ausgestattet mit den entscheidenden materiellen und kulturellen Ressourcen, die Chance sieht, sich aus tradierten Zwängen zu befreien, alte Rollenbilder aufzubrechen und das eigene Erwerbsleben neu zu organisieren, wird der Flexibilitätsdruck für andere zur Bedrohung. Die Fähigkeit zur Selbstorganisation verschärft bestehende Ungleichheiten.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, dieser Spaltung der jungen Generation entgegenzuwirken und eine Politik zu betreiben, die allen jungen Menschen ein Recht auf Zukunftschancen gibt. Wir als junge Generation in der SPD sehen Möglichkeiten und Chancen in den neuen Zeiten, sind uns den Unsicherheiten aber bewusst. Wir wissen: Nur mit einem breiten, ernstgemeinten Beteiligungsangebot an die kritischen gesellschaftlichen Gruppen werden wir komplexen Fragekatalogen perspektivische Gesellschaftskataloge entgegensetzen können.

Modernität und Gerechtigkeit zusammen denken

Sozialdemokratische Politik muss von Jugendlichen in Verbindung mit dem Begriff Zukunftschancen gebracht werden. Dabei geht es darum, dass Jugendliche ihre Interessen konkret in sozialdemokratischer Politik wiederfinden, dass sich diese Politik aber auch einbettet in eine sinnstiftende Philosophie. Diese muss aus einer Verbindung zwischen Modernität und Individualität auf der einen Seite und Sicherheit und Gerechtigkeit auf der anderen Seite bestehen. Politik muss die individuellen Lebenslagen Jugendlicher berücksichtigen und ihnen die Möglichkeit geben, individuelle Lebenspläne im Rahmen einer solidarischen Absicherung zu realisieren. Die SPD muss den Generationenwechsel nutzen, den Zeitenwandel solidarisch gestalten; sie muss sich jetzt den neuen Herausforderungen in Ökonomie und Gesellschaft in einem Gesamtprojekt stellen. Alternativlosigkeit ist die opportunistische Rhetorik vergangener Denkmodelle.

Eine Generation gewinnen

Wir Jusos wollen die junge Generation nicht nur als WählerInnen für die SPD gewinnen. Wir wollen sie für eine linke Reformperspektive auch nach der Wahl mobilisieren. Für uns Jusos ist der Wahlkampf eine Phase, in der wir ganz besonders intensiv in den Dialog mit Jugendlichen eintreten. Aber auch darüber hinaus müssen Jusos und SPD jungen Menschen attraktive Angebote machen und ihnen die Möglichkeit bieten ihre Ansprüche zu formulieren und Politik aktiv mitzugestalten. Das ehrliche Angebot hierzu muss in unserem Wahlkampf erkennbar werden.

4. Unsere Politik für die nächste Wahlperiode

Politik in Neuen Zeiten muss neue Gewissheiten durch praktische Politik vermitteln und Orientierung bieten. Wir wollen unserer Generation solidarische Deutungsmuster jenseits des neoliberalen „Gegeneinander ausspielen“ anbieten und individuelle Lebensstile und

Erwerbsbiografien ermöglichen. Ziel ist es, durch neue sozialdemokratische Politik die Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zu überwinden.

Dazu ist es nötig,

- Chancengleichheit und gleiche Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen v.a. in den Bereichen Arbeit, Bildung und soziale Dienstleistungen zu ermöglichen,
- den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt befördern und ihn in den Dienst eines ökologisch verträglichen Wachstum stellen,
- Übergänge in und zwischen allen Lebenslagen zu organisieren,
- sowie den Sozialstaat nicht auszuhebeln, sondern auf eine neue solidarische, individuelle und flexible Grundlage zu stellen.

Wir Jusos wollen diese Herausforderungen in eine fortschrittliche Politik übersetzen und in die Partei tragen. Ein erneuertes sozialdemokratisches Projekt bedarf einer realen Perspektive in den zentralen Auseinandersetzungsfeldern. Dies werden in diesem Wahlkampf sein:

4.1. Beschäftigungsbrücken bauen – Lebenslagen absichern

Die Sozialdemokratie ist 1998 mit dem zentralen Ziel angetreten, die Arbeitslosigkeit abzubauen und eine fortschrittliche Erneuerung des Wohlfahrtsstaates einzuleiten. Diesem Anspruch muss die SPD in der kommenden Legislaturperiode endlich gerecht werden. Dazu muss sie die vielen verschiedenen richtigen Politikansätze in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu einem Gesamtmodell einer erneuerten sozialdemokratischen Beschäftigungspolitik formen.

Wir müssen sozialpolitische Reformen und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit innerhalb eines strukturellen Wandels zusammendenken. Gestaltung des Strukturwandels heißt nicht, soziale Sicherung abzubauen, sondern die Sicherungssysteme veränderten Realitäten anzupassen, um somit dauerhaft ihre Existenz und Akzeptanz zu sichern. Das gilt insbesondere für die Pläne der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Die Regierungspolitik für die kommenden vier Jahre muss eine deutliche sozialdemokratische Handschrift tragen. Wir Jusos wollen folgende Projekte in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes stellen:

JumP-Plus

Das erfolgreiche Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss neu aufgelegt, verstetigt und um eine strukturpolitische Komponente erweitert werden. Um strukturell verfestigte Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen zu können, fordern wir eine zweite Säule von JumP, die die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs vorsieht. In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sind dauerhafte Arbeitsplätze in (halb-) öffentlichen Bereichen einzurichten. So sollen frustrierende Maßnahmenkarrieren verhindert werden. Regionale Akteure sollen in konzertierten Aktionen strukturpolitische Bedarfe und Zielsetzungen definieren, in denen zusätzliche, nicht konkurrenzfähige Arbeitsplätze entstehen können.

Arbeitsversicherung

Wir wollen den Sozialstaat auf eine neue Grundlage stellen. Ziel ist es, ein flexibles, auf individuelle Lebenslagen zugeschnittenes und präventiv wirkendes Sozialversicherungssystem zu gestalten, das eine neue Legitimationsbasis für den Sozialstaat darstellen kann. Dafür wollen wir die Arbeitsmarktpolitik reformieren. Wir schlagen den Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine „Arbeitsversicherung“ vor. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall Erwerbslosigkeit eingetreten ist. Vielmehr erwerben die Erwerbstätigen mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche z.B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die sie während der Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können. Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen sollen als sinnvolle Erweiterung in die Reform der Arbeitslosenversicherung integriert werden. So werden nicht nur neue Sicherheiten geschaffen, sondern auch Übergänge zwischen Arbeits- und Lebensphasen organisiert. Die Arbeitsversicherung ist der Kern einer neuen Sozialpolitik, die den neuen Anforderungen der Arbeitsgesellschaft Rechnung trägt und aktiv auf Umbrüche in Arbeits- und Lebenslagen reagiert um neue Sicherheiten – Sicherheiten im Wandel – zu bieten. Die Gleichstellung der Geschlechter spielt dabei im Umbau des Sozialversicherungssystem eine zentrale Rolle.

Kommunales Investitionsprogramm

Die Politik der Haushaltskonsolidierung auf allen Ebenen hat die öffentliche Investitionsquote im europäischen Vergleich stark reduziert. Wichtige Nachfrageimpulse zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums sind dadurch ausgeblieben. Dies hat dem ökonomischen Aufschwung zur Mitte der Legislaturperiode nachhaltig geschadet. Darüber hinaus hat die Steuerreform zu Einnahmeausfällen bei der Gewerbe- und Körperschaftssteuer geführt. Dies hat viele Kommunen in finanzielle Notlagen manövriert und die schwache Binnennachfrage noch verstärkt.

Der gesamtdeutsche Investitionsbedarf ist in den letzten vier Jahren eher noch gewachsen. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen ist ein erheblicher Mangel an öffentlichen Investitionen festzustellen. Die SPD-geführte Bundesregierung muss daher nach der Wahl ein kommunales Investitionsprogramm auflegen, das in die Bereichen Bildung, Verkehr und Infrastruktur fließen soll. Angelehnt an den Vorschlägen des DGB sollte das Programm als Gemeinschaftsprojekt von Bund, Ländern und Kommunen angelegt werden. Seine Finanzierung kann durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sichergestellt werden. Mindestanforderung ist die Anhebung der deutschen Investitionsquote auf das europäische Niveau.

Gleichstellung der Geschlechter

Die geschlechtsspezifische Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor hoch. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist im internationalen Vergleich noch immer niedrig. Frauen in Deutschland haben schlechtere Karrierechancen und verdienen weiterhin in der Regel deutlich weniger als Männer, dabei ist die Benachteiligung im Osten geringer als im Westen und bei

Akademikerinnen und Meisterinnen größer als bei geringer qualifizierten Arbeitnehmerinnen. Gleichzeitig sind die Lebenslagen von jungen Frauen immer noch durch den Widerspruch von Familie, Beruf und Karriere gekennzeichnet. Sozialstaatliche Institutionen und die Strukturen des Arbeitsmarktes blockieren individuell wählbare Lebensentwürfe und Erwerbsbiografien junger Frauen.

Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Absicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss gewährleistet werden. Wir fordern dazu weiterhin ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Um die geschlechtsspezifischen Lohn- und Einkommensunterschiede mittelfristig zu überwinden, muss die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ins Zentrum sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik gerückt werden. Zudem muss die vorhandene gesellschaftliche Arbeit umverteilt werden. Dabei geht es nach wie vor darum, Arbeitszeit kollektiv zu verkürzen. Hier ist in erster Linie die Tarifpolitik und Praxis der Betriebs- und Personalräte gefordert, eine solche kollektive Verkürzung der Arbeitszeit und eine Begrenzung von Überstunden zu organisieren. Das Arbeitszeitgesetz könnte dabei unter Umständen eine flankierende Funktion einnehmen. Zugleich muss die derzeit - insbesondere von Frauen - geleistete Reproduktionsarbeit besser unter den Geschlechtern verteilt werden. Zeitsouveränität und flexible Selbstbestimmung von individuellen Lebensentwürfen ist unser Leitbild.

4.2. Bildung für alle!

Wesentlich werden die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen durch die Möglichkeit bestimmt, sich als eigenständige soziale Akteure zu bilden und auszuprobieren, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Nationalität, Geschlecht oder Religion. Dabei sollen die Bildungsinstitutionen Raum bieten, selbstbestimmte Flexibilität des und der Einzelnen solidarisch zu fördern und abzusichern. Bildung muss so gleichermaßen die Arbeitsfähigkeit der Menschen sicherstellen wie ihre Emanzipation fördern. Der zunehmenden Tendenz, individuelles oder institutionelles Wissen als handelsfähiges Kapital einzusetzen und die Zugänge zu limitieren, muss eine sozialistische und sozialdemokratische Bildungspolitik in einer nächsten Legislaturperiode entschieden entgegenwirken. Wir brauchen ein Bildungssystem, das sich als "Anwaltskanzlei" für die selbstbestimmten Lebensfahrpläne der Kinder und Jugendlichen versteht und zugleich als gesellschaftliches Korrektiv für die Weiterentwicklung der Gesellschaft funktioniert. Bildungspolitik muss vor allem zu sozialer, demokratischer und friedlicher Entwicklung beitragen und in diesem Rahmen die Einzelnen so zu qualifizieren, dass sie über die eigenen Lebensbedingungen im (beruflichen) Alltag in solidarischer Kooperation mit den Menschen möglichst selbstbestimmt bestimmen können. Dabei sind die Grenzen des Bildungssystems klar zu benennen: Bildung ist kein Ersatz für eine auf Gleichheit ausgerichtete Arbeitsmarkt-, Sozial-, Struktur- und Wirtschaftspolitik; sie kann und muss ergänzend wirken. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten deutlich gestärkt wird.

Schule - Alternative Konzepte ausweiten

Nicht erst die PISA-Studie hat deutlich gemacht, dass Deutschland über eines der selektivsten Bildungssysteme verfügt und dass gerade die skandinavischen Länder mit beteiligungsorientierten, auf Chancengleichheit und Förderung ausgelegten Schulmodellen weit bessere Ergebnisse erzielen. Auch die von dem Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgelegten Ergebnisse des Forum Bildung zeigen dies deutlich. Wir brauchen daher eine

Neuausrichtung unserer Schulpolitik. Fußt das bestehende System vor allem auf Selektion und Auslese, müssen endlich Förderung und Betreuung Maßstab für das Bildungssystem werden. Schule muss an die individuellen Lerngeschwindigkeiten angepasste Angebote für alle SchülerInnen entwickeln und sowohl methodisch wie auch als Lernziel, Differenz als Stärke erkennen und nutzen.

Wir brauchen eine flächendeckende Ganztagschule, die regionale Verbände und Kulturträger, andere Berufsgruppen (SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, MediatorInnen etc.) in die Arbeit einbezieht und in die öffentliche Verantwortung stellt. Die Schulen müssen die regionale Einbindung in die Kultur und Arbeitswelt sicherstellen. Regionale Bildungszentren sollen die Einbindung in die Region, um die außerschulische Förderung der SchülerInnen zu planen und umzusetzen. Wir brauchen bundesweit eine Demokratisierung der Schulstrukturen und eine Stärkung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen in kommunalen und regionalen Belangen.

Hochschule - Für eine zweite Bildungsreform

Den Hochschulen kommt eine gewachsene Bedeutung in unserer Gesellschaft zu: Wir werden in den nächsten Jahrzehnten nicht nur verstärkt AkademikerInnen brauchen, sondern auch die Forschung für einen sozialen und nachhaltigen Umbau stärken müssen. Diese Ziele können nur durch ein solidarisches, auf Chancengleichheit ausgerichtetes Bildungssystem verwirklicht werden, das die Spannung zwischen gesellschaftlicher Reproduktion und Emanzipation bewusst und demokratisch ausgestaltet. Insbesondere wird ein Erfolg einer zweiten Bildungsreform davon abhängen, ob es SozialdemokratInnen schaffen, eine auf nachhaltige und soziale Politik ausgerichtete Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt zu installieren. Eckpunkte einer zweiten Bildungsreform im Bereich der Hochschule sind:

Durchlässigkeit - Bildungsbarrieren sind gerade im Bereich der Hochschulen weiterhin vorhanden. Sowohl durch eine Studienreform als auch durch die soziale Absicherung von Studierenden ist die Durchlässigkeit zu stärken. Die Dienstrechtsreform ist so zu überarbeiten, dass sie eine gesicherte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gewährleistet. Die Einbindung von anderen Bildungsträgern und Berufspraktikern ist zu fördern.

Demokratisierung - die ständisch und marktförmig organisierten Entscheidungsstrukturen an den Hochschulen sind durch eine Demokratisierung auf allen Ebenen zu ersetzen, die auch die Einbindung in die Region beinhaltet. Eine Studienreform muss darauf ausgerichtet werden, das eigenständige wissenschaftliche Arbeiten und lernende Forschen für Studierende zu ermöglichen, Teilzeitstudien zu ermöglichen, Wahlfreiheit sowie Projekt- und Initiativformen zu stärken. Demokratische Bildung braucht demokratische Lern- und Lehrformen. Die demokratische Mitbestimmung aller am Bildungsprozess Beteiligten in Bezug auf Form und Inhalt der Bildung (und Wissenschaft an Hochschulen) ist notwendige Voraussetzung dafür, gesellschaftliche Partizipation überall zu verankern.

Basis- und Projektfinanzierung - Entgegen der im Hochschulrahmengesetz festgelegten Leistungsfinanzierung fordern wir Jusos eine ausreichende Basisfinanzierung, die durch eine Projektfinanzierung ergänzt wird. Die Projektfinanzierung soll prinzipiell allen Gruppen an der Hochschule offen stehen.

Absicherung des Studiums - Nur ein prinzipielles Verbot jeglicher Studien- und Verwaltungsgebühren kann im Bereich der Hochschule eine sozialdemokratische Reform ergänzen. Die BAFÖG-Strukturreform ist umgehend umzusetzen.

Weiterbildung - Lebensbegleitendes Lernen organisieren

Das bisher weitgehend unregulierte Feld der Weiterbildung vertieft im besonderen Maß die gesellschaftliche Ungleichheit und droht zunehmend zur lukrativen Einnahmequelle maroder Hochschulhaushalte zu verkommen. Die vom BMBF vorangetriebenen Pläne für eine "Stiftung Weiterbildung" werden den strukturellen Notwendigkeiten des „Weiterbildungsmarktes" nicht gerecht. Weiterbildung führt - lediglich marktförmig organisiert - zu "lebenslanglichem" Lernen, anstatt am individuellen Recht auf Zukunftschancen orientiert zu sein.

Wir brauchen deshalb eine breitangelegte Initiative für eine öffentliche Weiterbildung. Aufgabe ist es ein Bundesweiterbildungsgesetz umzusetzen, das bundesweite Standards für die Weiterbildung festlegt. Es muss sicherstellen, dass sich jedeR seinen Bedürfnissen entsprechend fort- und weiterbilden kann. Es muss der Einbindung der Tarifparteien in die demokratische Gestaltung der Weiterbildung einen Rahmen geben und den durch die Arbeitsversicherung geschaffenen Freiraum sinnvoll ausgestalten. Weiterbildung muss als öffentliche Aufgabe sinnvoll mit Arbeits- und Wirtschaftspolitik verbunden werden. Ihre Förderung und Kontrolle kann nur durch demokratisch legitimierte Gremien auf regionaler Ebene umgesetzt werden. Eine Stiftung ist hier der falsche Weg. Die Finanzierung von öffentlicher Weiterbildung ist nicht über die sich Weiterbildenden zu organisieren, sondern über öffentliche Mittel und über die Tarifparteien.

4.3. Her mit dem schönen Leben: Für eine neue Balance zwischen Arbeit und Leben

Arbeit und Beruf spielen im Leben der Menschen eine wichtige Rolle. Arbeit wird neben der Notwendigkeit, die materielle Grundlage für das Leben sicherzustellen, auch als Ort der Selbstverwirklichung gesehen. In dieser Einschätzung unterscheiden sich Frauen und Männer nur unwesentlich. Gleichzeitig besteht vielfach die Befürchtung, dass die Erwerbsarbeit das Privatleben mit Ansprüchen überfrachtet.

Die Vereinbarkeit von Familie/Partnerschaft und Beruf ist aus dem praktischen Leben vieler Menschen nicht mehr wegzudenken. Diese Fragestellung wird zunehmend als politische und tarifpolitische Anforderung begriffen, wenn es konkret um Arbeitszeiten, Kinderbetreuungseinrichtungen und die Sicherstellung des Familieneinkommens geht. Die Absicherung und Förderung einer neuen individuellen Balance zwischen Arbeit und Leben wird somit zu einer zentralen Herausforderung der kommenden Jahre.

Eine flexibilisierte Arbeitszeitpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die Ansprüche von Männern und Frauen an die individuelle Arbeitszeit verwirklichen zu helfen und souveräne Entscheidungsspielräume der ArbeitnehmerInnen zu vergrößern. Zeit muss auch wieder für das Privatleben kalkulierbar gemacht werden. Politik muss mit geeigneten Rahmensetzungen und Anreiz-Instrumenten ihrer großen Verantwortung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie/Partnerschaft und Beruf gerecht werden.

Familie ist, wo Kinder sind! Neben der grundsätzlichen Verbesserung der Balance zwischen Arbeit und Leben geht es vor allem darum, Lebensgemeinschaften mit Kindern, unabhängig von ihrem

sonstigen Status abzusichern und zu fördern. Kinder dürfen nicht zum Armutsrisiko werden. Insbesondere alleinerziehende Mütter und Väter bedürfen der besonderen Unterstützung durch Gesellschaft und Staat. Ab dem 12. Lebensjahr fordern wir eine eigenständige Absicherung von Kindern und Jugendlichen.

Die Vielfalt an gelebten Verantwortungs-, Solidar- und Einstehgemeinschaften hat zugenommen und geht weit über das Institut der Ehe hinaus. Ziel bleibt eine umfassende Absicherung und Förderung, die dieser Vielfalt gerecht wird. Partnerschaften sind unabhängig von ihrer geschlechtlichen Orientierung rechtlich gleichzustellen und zu fördern. Vorhandene Diskriminierungen gilt es weiter abzubauen.

Arbeitszeiten - verkürzt und flexibilisiert

Wir wollen Arbeitszeitregelungen, die weniger Arbeit und eine neue Zeitsouveränität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen sicherstellen. Insbesondere geht es um familienfreundliche Arbeitszeiten, die beiden Partnern die Möglichkeit gibt, an der Erziehungsarbeit teilzuhaben und die Reproduktionsarbeit real teilbar macht. Staatliche Vergünstigungen sind von einer obligatorischen Teilung der Elternarbeit abhängig zu machen. Die weitere voranschreitende Verdichtung der Lebensarbeitszeit in der Mitte des erwerbsfähigen Alters (30-50 Jahren) gilt es zu begrenzen: Die Arbeitsversicherung soll helfen hier Sabbaticals, Weiterbildungen und ähnliches zu gewährleisten.

Wir JUSOS schlagen vor, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten in Form von Kurzzeitkonten zu verbinden. Wir fordern das Recht der ArbeitnehmerInnen auf selbstbestimmte Flexibilität. Im Rahmen geeigneter Aushandlungsmechanismen zwischen ArbeitnehmerIn, Betriebsrat und Unternehmensführung ist die Bewirtschaftung dieser Konten individuell möglich. Dabei muss eine weitere Verdichtung von Arbeit ausgeschlossen werden.

Familien fördern heißt Kinder fördern

Der Familienleistungsausgleich muss gestärkt und für die Bedürfnisse der neuen Vielfalt an Lebensgemeinschaften mit Kindern geöffnet werden: Eine zeitgemäße Familienförderung setzt direkt am Vorhandensein von Kindern an, nicht am Familienstand der Eltern. Wir schlagen vor, das Ehegattensplitting durch ein Realsplitting abzulösen und ein einheitliches existenzsicherndes Kindergeld bis zum 12. Lebensjahr ohne die Wahlmöglichkeit der verteilungspolitisch kontraproduktiven Kinderfreibeträge einzuführen.

Die bisherige Regelung des Erziehungsgeldes schreibt die geschlechtsspezifische Rollenverteilung aufgrund der Einkommensverteilung fest. Die von uns favorisierte Ausgestaltung des Erziehungsgeldes als Lohnersatzleistung würde den Anreiz erhöhen, dass auch die in der Regel besser verdienende Väter Erziehungsurlaub nehmen.

Bedarfsorientierte Kinderbetreuung

Die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe beider Partner am Erwerbsleben ist eine bedarfsorientierte Kinderbetreuung von 0,5 bis 12 Jahren. Die Realität in Deutschland ist insbesondere in den süddeutschen Bundesländern ernüchternd. Notwendig ist eine drastische Ausweitung der Plätze vor allem im Krippen- und Hortbereich. Gleichzeitig müssen die

Öffnungszeiten und zusätzliche Betreuungsangebote so flexibilisiert werden, dass sie den neuen Anforderungen an Beruf und Leben gerecht werden.

Wir Jusos schlagen vor, zusätzlich zur Finanzierung auf der kommunalen Ebene (Länder/Kommunen/Elternbeiträge) einen Fonds „Ganztagsbetreuung“ aufzulegen, der auch wie der Familienhilfefonds CAF (Caisse d'Allocations Familiales) in Frankreich teilweise aus Arbeitgeberbeiträgen gespeist werden könnte. Den finanziellen Grundstock sollte die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Realsplitting sowie die Umwandlung von geplanten Erhöhungen des Kindergeldes in zusätzliche Mittel für den Fonds bilden. Langfristig ist eine Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung anzustreben.

4.4. Für eine solidarische Reform im Gesundheitswesen

Die Absicherung von Gesundheit und der patientenorientierte Umbau der Gesetzlichen Krankenversicherung wird eines der wichtigsten sozialpolitischen Reformmaßnahmen der SPD nach der Wahl sein. Die SPD sollte eine große Gesundheitsreform dazu nutzen, einen wichtigen Grundpfeiler des deutschen Wohlfahrtsstaates auf die Herausforderungen der Zukunft anzupassen und politisch zu gestalten. Sie hat die große Chance, nach der Bundestagswahl in diesem wichtigen Bereich ihre soziale Kompetenz zu beweisen und zu einer deutlichen Verbesserung von Selbstbestimmung und Lebensqualität beizutragen. Die Ansprüche insbesondere auch der jungen Generation an eine qualitative hochwertige gesundheitliche Versorgung in Verbindung mit professioneller Hilfe als Wegweiser durch die GKV können hier exemplarisch erfüllt werden.

Wir Jusos sehen die Sozialdemokratie gefordert, die Gesundheitsversicherung solidarisch zu gestalten und alle Milieus gleichermaßen an der gesundheitlichen Versorgung partizipieren zu lassen. Die Steigerung der Lebensqualität für alle statt der Konservierung von Klienteln lautet das Leitbild. Deshalb wollen wir die Krankenversicherung in eine *Gesundheitsversicherung*, die Gesundheit in allen gesellschaftlichen Bereichen fördert und Krankheit absichert, umbauen. Die Steuerungsprobleme in der GKV – hervorgerufen durch die Integration wettbewerblicher Instrumente sowie die Anbieterdominanz – ist zu Gunsten von mehr Qualität, Effizienz und öffentlicher Kontrolle zu durchbrechen. Unser Leitbild ist und bleibt eine integrierte Versorgungsstruktur.

4.5. Chance ergreifen- Wehrpflicht abschaffen!

Die Wehrpflicht hat in Deutschland ihre Legitimation verloren. Mit dem Wegfall des Systemgegensatzes und der neuen Struktur der Bundeswehr, erschließt sich immer weniger jungen Männer, warum sie ihre Lebenspläne für den Dienst an der Waffe hinten an Stellen sollen. Zudem kann von Wehrgerechtigkeit schon seit längerem nicht mehr gesprochen werden. Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen sind doppelt benachteiligt, weil sie fast immer eingezogen werden. Die SPD sollte die Chance ergreifen und einen Beitrag zu Abrüstung und gegen Zwangsdienste leisten. Für uns stellt daher die Abschaffung der Wehrpflicht nur einen ersten Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Bundeswehr dar. Sagen wir den Menschen was sie von der SPD zu erwarten haben, schaffen wir die Wehrpflicht ab!

5. Stoppt Stoiber für Rot-Grün!

Mit dem Kanzlerkandidaten Stoiber hat die Union deutlich gemacht, dass sie die Politik des Gegeneinander einer Politik des Miteinander vorzieht. Stoiber steht für ein Modell des Provinzialismus und der Technokratie. Weltoffenheit, Integrativität und solidarische Modernität, wie sie z.B. im Gesetz zur Lebenspartnerschaft zum Ausdruck kommen, sind für den Stammtisch-Bayern Fremdworte.

Das Lebensgefühl der jungen Generation erreicht Stoiber damit nicht. Er hat sich in seiner bayerischen Staatskanzlei soweit von den Menschen entfernt, dass er die tolerante Kultur, die Offenheit und die Suche nach Selbstbestimmung, in der die junge Generation aufwächst, nicht versteht. Diese setzt sich in vielen sozialen Netzwerken für ein gemeinsames Europa, einen Ausgleich zwischen den Völkern und eine offene Gesellschaft ein. Sie lebt mit und in den unterschiedlichsten Lebensentwürfen. So ist man heute!

Die junge Generation erwartet von der Politik die ernsthafte Diskussion und den Versuch, Antworten zu finden für die Gestaltung des Zeitenwandels und der internationalen Herausforderungen statt hohle Rhetorik. Die Auftritte des Bayern aber zeigen: Wer sich nur als Alleinunterhalter in der rauchigen Passauer Nibelungenhalle zu Hause fühlt, hat mit Modernität, Weltoffenheit und Fortschritt nichts zu tun – und schon gar nichts mit einer Mehrheit in Deutschland. Dies alles macht klar: Der Kanzlerkandidat der Union steht für ein Modell des Gestern, das mit der Lebensrealität junger Menschen nichts gemein hat.

Der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, sucht im Zusammenspiel mit dem rechten Rand der Union den Schulterschluss mit Haider, Berlusconi und Co. Das Ziel dieser Allianz ist klar: Die Union sieht in den Erfolgen ihrer „Schwesterparteien“ ein Rezept für die Bundestagswahl 2002. Die Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft wies den Weg.

Nach dem Scheitern der Sanktionspolitik gegenüber Österreich und der Wahlniederlage des Mitte-Links-Bündnisses l'Ulivo in Italien, haben rechtspopulistische Parteien und mit ihnen Politiker wie Jörg Haider und Silvio Berlusconi Schlüsselstellungen innerhalb der EU eingenommen. Nach jahrelanger Abgrenzung hat die Europäische Volkspartei EVP auf Initiative der spanischen PP und der deutschen CDU/CSU die Öffnung gegenüber den Rechtspopulisten betrieben, um für den Kampf gegen die Mitte/Links Dominanz innerhalb der EU ihre Mehrheitsfähigkeit nicht zu gefährden. Mit der Aufnahme der „Forza Italia“ in die EVP Fraktion wurde dieser Strategiewandel abgeschlossen. Die Solidarisierung insbesondere der deutschen "Christsozialen" und "Christdemokraten" mit der ÖVP in Österreich war Ausdruck dieser neuen Politik.

Inzwischen ist auch ein weiteres Tabu gebrochen: Trotz aller Bekundungen öffnet sich die Union mit ihrem Kandidaten Stoiber auch in Deutschland für rechtspopulistische Parteien, wie die Regierungsbildung in Hamburg gezeigt hat.

Die Union rückt damit auch programmatisch nach Rechts. Auch wenn aus wahltaktischen Gründen in der Gesellschafts- und Familienpolitik neue Töne zu hören waren, ist spätestens seit dem organisierten Eklat im Bundesrat klar: Wir werden uns auf einen Wahlkampf einzustellen haben, der auf Kosten von AusländerInnen und Minderheiten geführt wird. Mit der Bundestagswahl im September fällt auch die Entscheidung, ob es zu einem "Aufwärmen" konservativer Leitbilder kommt, die nicht nur an die 16-jährige Regierungszeit Helmut Kohls anknüpfen sondern sich auch an die "Restaurationsphase" der Bundesrepublik mit ihrem erkonservativen, einengenden "Muff" anlehnen.

Darüber hinaus stehen Haider, Berlusconi und Stoiber für eine Auszeit im europäischen Einigungsprozess. Ihre aggressive Politik gegenüber AusländerInnen und Minderheiten, der von ihnen betriebene Abbau von demokratischen Rechten und die gefährliche Bündelung von politischer und unternehmerischer Macht sind erst ein Vorgeschmack, für das was uns im Falle eines Wahlsieg des Bayern erwarten würde. Deshalb müssen wir Stoiber stoppen! Was auf Deutschland zukommt, wenn die Riege um den bayrischen Berlusconi-Spezi Stoiber in Deutschland an die Macht kommen sollte, lässt sich am Beispiel Italiens und Österreichs ablesen: Abbau von demokratischen Rechten, Kürzung sozialer Leistungen, restriktive Politik gegenüber Minderheiten und Hilfesuchenden. Kurzum: Umverteilung von unten nach oben plus Diskriminierung und Ausgrenzung.

Es geht aber nicht allein um eine erfolgreiche Wahlstrategie der Union und unsere Antwort darauf. Im Kern spiegelt diese Auseinandersetzung den zukünftigen Weg Europas wieder: Die europäische Antwort auf die Globalisierung, nämlich sozialstaatliche Absicherung der Lebensrisiken und eine politische Regulierung der Ökonomie, wird durch eine Politik der Unterwerfung unter die Marktideologie, verpackt in nationalistischen Populismus zur Disposition gestellt.

Das Unsicherheitsgefühl der jüngeren Generation nach dem 11. September fließt in das gesamte Unbehagen einer globalisierten Welt. Diese wird als neue Weltunordnung wahrgenommen. Gerade hier war der Gedanke, der sich im Wahlslogan "Innovation und Gerechtigkeit" wiederspiegelt hat, ein richtiges Aufgreifen der produktiven Bedürfnisse nicht nur der jüngeren. Für die SPD muss das heißen, offensiv ihr Konzept eines demokratischen Europas zu vertreten und mit unseren sozialdemokratischen und sozialistischen Schwesterparteien gemeinsam gegen den Rechtsruck zu agieren. Es heißt aber auch, endlich eine gemeinsame sozialistische Europa-Politik zu formulieren.

Dazu werden wir die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bewegungen, v.a. der attac-Bewegung suchen. Anknüpfungspunkt ist dabei der deutlich eingetretene Politikwechsel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Wir werden die Frage der Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und konkret die Forderung nach 0,7% des BIP's in solche Maßnahmen zu stecken, in unserem Wahlkampf mitaufgreifen.

Die aktive Rolle von solidarischer Entwicklungszusammenarbeit hat Jugendliche oft begeistert und den Zugang zu unserem Verband eröffnet. Ein Angebot praktischer internationaler Solidarität, als ein konkret zu bearbeitendes Projekt, sollte Bestandteil unserer Wahlkampfangebote sein.

Hier geht es auch, wie auf dem letzten Parteitag in Nürnberg inszeniert, um einen anderen Sicherheitsbegriff, der nicht nur militärisch definiert sein darf.

6. Jusos erwarten Reformen von rot-grün!

Die Bilanz nach 3 ½ Jahren rot-grün zeigt: Der Ausgang der Bundestagswahl hat zu keinem konsequenten Bruch mit dem Neoliberalismus geführt. In der Realität sind wir weit entfernt von jenem rot-grünen Projekt, dass in den achtziger und neunziger Jahren gleichermaßen Machtoption wie parteipolitischer Kristallisationspunkt vieler sozial-ökologischer Reformkräfte in der Bundesrepublik war. In der Sozialdemokratischen Partei wie bei den Grünen konkurrieren die Logik der Standortmodernisierer und der gestaltungsorientierten fortschrittlichen Kräfte miteinander. In der Regierungspolitik spiegelt sich insbesondere die Vormachtstellung der Standortmodernisierer wider: Steuerreform und Rentenreform sind nur zwei Beispiele für eine Strategie, die auf eine Umverteilung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen hinausläuft.

Eine moralisierende Kritik an der Neoliberalisierung sozialdemokratischer Regierungspolitik und der Entpolitisierung der Partei ist auf diesem Hintergrund ebenso wenig erfolgversprechend, wie der Rückzug auf die eine oder andere Fachpolitik. Vielmehr ist eine mittelfristige Etappenbestimmung zur strategischen Stärkung linker Politik in Partei und Gesellschaft erforderlich. Notwendig sind vor allem Kristallisationspunkte für die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Zeit: Hierzu gehört vor allem die Verständigung auf Schlüsselprojekte und Kernforderungen. Als Basis dafür muss eine Vernetzung der linken Kräfte in Politik und Gesellschaft sowie eine Europäisierung der Linken erfolgen, die vor allem auf den vielfältigen Kontakten der globalisierungskritischen Bewegung aufbaut. Für die Jusos bedeutet dies vor allem, an den gewachsenen Ansprüchen der eigenen Generation anzusetzen und sich einer gesellschaftlichen wie politischen Spaltung der jungen Generation in Modernisierungsgewinner und -verlierer entgegenzustellen.

Wie sich eine Formierung der Linken weiter vollziehen wird, ist ein offener Prozess, der aber auch in den beiden die Regierung tragenden Parteien sowie in den sie unterstützenden gesellschaftlichen Kräften entschieden wird. Das Streben nach realer Gestaltungsmacht der Linken in Deutschland muss immer damit verbunden sein, die Parteien der linken Mitte sowie die großen Gewerkschaften mit in eine solche Strategie einzubeziehen und auf ihre Integrations- und Durchsetzungskraft im parlamentarischen bzw. tarifpolitischen Raum zu bauen.

Demgegenüber steht der Block der bürgerlichen Kräfte, mit den Exponenten Stoiber und Westerwelle. Während Stoiber mit einer sozialdemokratisierten Rhetorik die gescheiterten wirtschaftspolitischen Konzepte der Kohl-Ära weiterverfolgt und dies mit einem provinziellen und reaktionären Gesellschaftsbild verbindet, versucht sich Westerwelle als liberaler Kämpfer für die Selbstbestimmung eines jeden Einzelnen. Beide bedienen so bestimmte Einstellungen und versuchen die junge Generation entlang der Modernisierungsfrage zu spalten: hier der mitfühlende Konservative, der die Bedrohung durch die Modernisierung, vor allem aber durch eine offene Gesellschaft, die sich in der angeblichen Bevorzugung von Minderheiten vor allem Mitbürgern ausländischer Herkunft zeigt, ernstnimmt, da der moderne Don Quichotte der gegen die Windmühlenräder der Bürokratie und der Bevormundung durch einen ausufernden und

ineffizienten Sozialstaat ankämpft. Beide vertreten keine Zukunftsvision für die junge Generation. Während Stoiber die junge Generation in ihrer Vielschichtigkeit und Weltoffenheit nicht zu verstehen vermag, blendet Westerwelle bewusst aus, dass eine reale Selbstbestimmung eines jeden einzelnen als Grundlage immer Chancengleichheit und eine solidarische Förderung und Absicherung beinhalten muss.

Es stellt sich angesichts dieser Ausgangslage die nüchterne Frage, in welcher politischen Konstellation die Jusos Chancen auf die Umsetzung ihrer hier formulierten Anforderungen an eine fortschrittliche Politik sehen und welche Voraussetzungen dafür erforderlich sind.

Um überhaupt realistische Aussichten auf eine parlamentarischen Durchsetzung von linker Politik zu haben, treten wir bei dieser Bundestagswahl für eine Fortsetzung der rot-grünen Koalition ein. Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien erteilen wir eine klare Absage. Sofern SPD und Bündnis 90/Die Grünen keine eigene Mehrheit erlangen können, wollen wir alle weiteren Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung jenseits des bürgerlichen Lagers nutzen.

Wir brauchen eine 2. Phase rot-grüner Regierungspolitik. Eine rot-grüne Bundesregierung muss sich nach dem 22. September verstärkt der Aufgabe zuwenden, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen, Zukunftschancen für junge Menschen in Deutschland zu schaffen, neue emanzipative Ansprüche an Arbeit und Leben zu fördern und abzusichern sowie weitere Schritte hin zu einer offeneren Gesellschaft zu einzuleiten. Junge SozialistInnen streiten deshalb für die Fortsetzung von rot-grün, nicht für ein „Weiter-So“ von rot-grün. Sie streiten gegen die Spaltungsideologien von Stoiber und Westerwelle, die nichts mit den Interessen der jungen Generation gemein haben.

7. Mehr als eine Wahl: Mehr Leben! Für Rot-Grün!

Wir Jusos fassen diese Überlegungen in eine eigenständige Kampagne zur Bundestagswahl zusammen. Wir wollen im Wahlkampf in der Mitte unserer eigenen Generation für die Unterstützung einer fortschrittlichen Politik werben. Die Koalition muss gestärkt aus dieser Wahl hervorgehen und Gerhard Schröder muss Kanzler bleiben.

7.1. Unsere Botschaften.

Dabei gilt es vor allem drei Botschaften zu transportieren:

- 1. Die Voraussetzung für eine Politik, die Jugendlichen Zukunftschancen bietet, ist die Fortsetzung von Rot-Grün. Weiter regieren heißt aber nicht einfach „weiter so,“. Wir erwarten in den nächsten Jahren mehr von einer rot-grünen Bundesregierung.**
- 2. Stoiber stellt für die junge Generation keine Alternative dar.**
- 3. Die Jusos sind die Generation mit Perspektive. Wir machen in der SPD Druck für eine fortschrittliche Politik. Wir stehen für eine Perspektive in der Sozialdemokratie. Aber in der Partei Druck machen allein reicht nicht aus. Wir brauchen den Reformdruck aus unserer Generation und der Gesellschaft.**

Mobilisieren statt Repräsentieren

Unser Ziel ist es nicht nur junge Wählerstimmen für die SPD zu gewinnen, wir wollen die junge Generation für ein linkes Reformprojekt mobilisieren. Dieses Projekt muss an ihren Ansprüchen und Lebensrealitäten ansetzen. Unser Wahlkampf will junge Menschen zum Mitmachen anregen, will sie dazu bewegen ihre Ansprüche an fortschrittliche Politik zu formulieren und mit uns gemeinsam dafür zu streiten. Wir machen im Wahlkampf keine Stellvertreterpolitik. Wir machen das ernsthafte Angebot Politik selbst mitzugestalten.

Jugendliche Ansprüche in die Mitte

Wir wollen jungen Menschen im Wahlkampf nicht die Welt erklären. Unser Wahlkampf setzt auf Dialogfähigkeit und Mitmachangebote. Nur so können wir bei Jugendlichen glaubwürdig für eine Politik werben, die die Ansprüche Jugendlicher in die Mitte stellt. Wir zeigen jungen Menschen, dass es bei dieser Wahl um sie und um ihre Zukunftschancen geht, nicht um abstrakte Politik.

Wahlkampf mit Lifestyle

Wer mit jungen Menschen ins Gespräch kommen will, muss ihre Sprache sprechen. Unser Wahlkampf wird sich deswegen jugendlicher Ausdrucksformen bedienen. Kreative Aktionen, kulturelle Angebote, jugendlicher Lifestyle und der Einsatz neuer Medien sollen auch symbolisch zugespitzt verdeutlichen, dass die Sozialdemokratie nicht nur Politik für ihre Eltern und Großeltern macht. Wir Jusos wollen damit auch deutlich machen, dass wir ein Teil der jungen Generation sind und nicht eine kleine abgekoppelte Elite.

7.2. Drei in Eins: Unsere Kampagne.

Die drei genannten Botschaften bilden die Grundlage unseres Wahlkampfes. Hierzu wählen wir drei konkrete Kampagnenansätze:

Der ThemenKampagne - Recht auf Zukunftschancen

Die Grundlage unserer ThemenKampagne haben wir gemeinsam unter dem „Recht auf Zukunftschancen“, formuliert und in dieser Plattform als konkrete Anforderungen und Initiativen zugespitzt. Dies gilt es nun im Dialog mit der jungen Generation im Wahlkampf zu platzieren. Innerhalb dieser Kampagne machen wir deutlich, was sich Jugendliche sich von den nächsten Jahren Rot-Grün erwarten. Wir zeigen: Jusos und SPD bieten der jungen Generation eine Perspektive.

Die AntiKampagne – Stoppt Stoiber

Bei dieser Wahl gibt es nicht nur viel zu gewinnen, es gibt auch viel zu verlieren. Wir brauchen eine Kampagne die deutlich macht, dass eine Regierung unter Stoiber für unsere Gesellschaft einen Rückschritt bedeutet. Wir müssen zeigen, dass Stoiber nicht für eine fortschrittliche, moderne, offene und solidarische Gesellschaft steht, sondern für Ausgrenzung und Ungerechtigkeit, für eine Beschneidung von demokratischen Rechten und für ein veraltetes Rollen- und Gesellschaftsbild, dass konträr zu den Lebensvorstellungen junger Menschen steht. Wo in Deutschland Stoiber auftaucht werden wir Jusos ihm das entgegenhalten.

Die Mobilisierungskampagne

Diese Kampagne richtet sich sowohl nach innen als auch nach außen. Zunächst gilt es den eigenen Verband und die SympathisantInnenenschaft für den Wahlkampf zu mobilisieren. Hierzu gehört der Aufbau, die Gründung und Unterstützung junger Aktionsteams für den Wahlkampf. Gemeinsam werden wir unsere eigenen Leute für den Wahlkampf motivieren und deutlich machen: Jusowahlkampf, das ist Politik mit Spaß. Events, Kultur, Vernetzung, Unterstützung und Angebote mit persönlichem Benefit sollen die Wahlkampfzeit hindurch dafür sorgen, dass unsere WahlkämpferInnen den Spaß an der Sache nicht verlieren und auch nach außen austrahlungsfähig bleiben. Für den Bundestagswahlkampf wird in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesbüro und dem Landesvorstand der Berliner Jusos ein Aktionsteam ´Hauptstadt` eingerichtet, das in Berlin schnell und medienwirksam agieren kann.

In einem zweiten Schritt wollen wir mit der Mobilisierungskampagne dann die Erst- und JungwählerInnen mobilisieren, zum Mitreden, zum Mitmachen, zum Wählen gehen.

Beschluss **A1** Antragsteller Bundesvorstand

Viel zu tun: Für eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive!

1. Arbeit im flexiblen Kapitalismus

Die flexibilisierte Nutzung der Arbeitskraft wird durch einen Formwandel des Kapitalismus vorangetrieben. Dieses geht einher mit einer veränderten Wirtschaftsstruktur in der die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien eine entscheidende Basis bilden.

Moderne Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik muss einem flexiblen Kapitalismus Rechnung tragen und ihre Mittel sowohl auf die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, als auch der Absicherung von Beschäftigungsfähigkeit ausrichten. Gleichfalls bedarf es der Schaffung einer modernisierten und informatisierten Infrastruktur.

Konjunktorentwicklung

Die rot-grüne Bundesregierung hat ihr Amt in der ersten Phase eines konjunkturellen Aufschwungs angetreten. Dieser setzte sich in der Folge fort, wurde durch die stürmische Entwicklung der Börsen verstärkt und führte im Jahre 2000 zu dem höchsten Wachstum des Bruttoinlandsproduktes seit dem Vereinigungsboom Anfang der 90er Jahre.

Von 1998 bis 2000 hat die Zahl der Erwerbstätigen um knapp eine Million zu und die Zahl der registrierten Arbeitslosen um rund 400.000 oder knapp 10 vH abgenommen. Die Bundesregierung

hat diese Entwicklung immer wieder als Erfolg betrachtet und zunächst auch hohe Zustimmungswerte damit erzielt.

Doch zeigt sich im Vergleich von Dezember 2000 mit Dezember 2001, dass allen voran bei Arbeitslosigkeit (von 37 auf 55 Prozent), Renten (von 39 auf 47 Prozent) und Gesundheitsreform, bei der höhere Zuzahlungen bei Medikamenten und Behandlungen befürchtet werden, die Zukunftserwartungen der Bevölkerung zunehmend pessimistisch sind.

Seit in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres das Wirtschaftswachstum jedoch wieder deutlich zurück geht und die Gefahr einer Rezession sich verschärft, nimmt infolgedessen die Zahl der Beschäftigten nicht mehr zu und die der Arbeitslosen seit Beginn des Jahres saisonbereinigt zu.

Hier handelt es sich um einen normalen zyklischen Abschwung, dessen Gesetzmäßigkeiten die Entwicklung kapitalistischer Ökonomien seit eh und je beherrschen.

Solange die Bundesregierung jedoch mit ihrer „Politik der ruhigen Hand“ diese negative Entwicklung hinnimmt, ohne mit geeigneten Mitteln der konjunkturellen Steuerung entgegenzuwirken, gibt es keinen Grund für die Annahme, dass sich diese Krise gleichsam von selbst auflöst.

Entsprechend wird die Arbeitslosigkeit am Ende der Regierungszeit fast genau so hoch sein wie an ihrem Anfang. Sowohl die zunächst verkündete Zielgröße von unter drei Millionen als auch das nach oben revidierte Ziel von 3,5 Millionen registrierten Arbeitslosen sind in diesem Jahr nicht mehr erreichbar, im Gegenteil ist ein Anstieg auf über 4 Millionen zu erwarten.

Die Vorschläge, mit denen die Arbeitgeberverbände und eine große Mehrheit der deutschen Wirtschaftswissenschaft sowie Teile der Politik der Arbeitslosigkeit begegnen wollen, sind nicht neu: Lohnsenkung – und zurückhaltung, Sozialabbau, Abschaffung des Flächentarifvertrages und vieles mehr. Es sind dieselben Instrumente, die seit Anfang der 80er Jahre immer wieder propagiert werden und mit denen ebenso lange eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage beschworen wird. Das primäre Ziel dieser Politik war dabei immer eine Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten.

Obwohl viele der obengenannten Vorschläge bereits umgesetzt wurden, verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in einer mittelfristigen Perspektive nicht. Die zweite Hälfte der 90er Jahre war vielmehr die wirtschaftlich schwächste Wachstumsphase in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das Wirtschaftswachstum betrug im Zeitraum von 1993 bis 2000 lediglich 1,8 % und die Arbeitslosigkeit lag in Westdeutschland am Ende des Jahrzehnts um fast eine Million über dem Niveau zu Beginn.

Wandel der Arbeitskraftnutzung

Der Strukturbruch der fordistischen Nutzung der Arbeitskraft vollzieht sich über weitreichende Flexibilisierungen. Es lässt sich in eine *interne*, d.h. auf die Form und Art der Arbeitskraft im Betrieb gerichtete, sowie eine *externe*, d.h. auf veränderte Lebensbiografien und expansive Arbeitskraftnutzung gerichtete, Flexibilisierung unterscheiden. Die industriell geprägte Arbeitskraft des Fordismus kommt dabei immer mehr in Bedrängnis. Das so genannte

Normalarbeitsverhältnis – eine stabile und soziale abgesicherte, abhängige Beschäftigung – wird von den Rändern her in Frage gestellt. Dies insbesondere durch die Zunahme von so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen (insbesondere Zeitarbeit, 325-€-Jobs etc.), mehr Teilzeitarbeit und den neuen Selbständigen. Die gesicherte Berufsbiografie in *einem* Unternehmen, mit *einer* Ausbildung ist selten geworden. Dennoch ist das Normalarbeitsverhältnis für die meisten ArbeitnehmerInnen immer noch die Realität.

Der Typ des „Intrapreneur“, Formen selbständiger Beschäftigung im Unternehmen, nimmt immer mehr Raum in der gesellschaftlichen Realität ein. Sie sind von einem hohen Maß an Selbstbestimmung und Entscheidungsbefugnissen gekennzeichnet. Die Beschäftigten sind dabei durch die Ausdehnung der Arbeitszeit gezwungen, ihre Lebensführung auf die Arbeit auszurichten. Diese flexiblen Formen der Beschäftigung fungieren dabei auch als ein gesellschaftliches Leitbild, an dem sich zahlreiche junge ArbeitnehmerInnen orientieren, wenngleich eine effektive soziale Absicherung fehlt.

Auf der anderen Seite erleben wir die Zunahme prekärer Erwerbsarbeit auch in der so genannten Neuen Ökonomie bzw. den neuen Dienstleistungen. Dies ist eine Folge einseitiger Managementstrategien. Die sozialen Sicherungssysteme wurden durch Deregulierungsmaßnahmen an dieser Stelle ausgehöhlt und sind nicht in der Lage neue Beschäftigungsformen hinreichend abzusichern. Auch das Bildungssystem ist unfähig, Chancengleichheit zu realisieren, welches zu einer weiteren Verschlimmerung der Situation führt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind durch die Anforderungen an mehrere Jobs, hohe Arbeitsplatzunsicherheit, fehlende Mitbestimmung am Arbeitsplatz sowie geringes Einkommen gekennzeichnet. Wir erleben dabei eine Zunahme des Typus des „freelancer“, der sich um pausenlos Aufträge, Arbeit und Projekte bemühen und dabei auch seine eigene Vermarktung „managen“ muss.

Institutionelle Barrieren im Arbeits- und Bildungssystem verfestigen nach wie gesellschaftliche Benachteiligungen und haben das Ziel sozialer Auslese. Junge Frauen erleben dabei zunehmend an den Übergängen, zwischen Schule/ Ausbildung, Studium/Beruf und Ausbildung/ Beruf oder Beruf/ Beruf bzw. Auszeiten/ Beruf, diese sozialen Ausgrenzungsmechanismen, die ihnen den Zugang zu einer selbstbestimmten und flexiblen Lebensführung versperren.

Wandel der Wirtschaftsstruktur im Netzwerkkapitalismus

Die Unternehmensstrukturen werden durch die informationstechnologische Revolution einem grundlegenden Wandel unterworfen. Dies hat umfangreiche Auswirkungen auf die Nutzung der Arbeitskraft. Vernetzung und Kooperationsbeziehungen innerhalb des Unternehmens und über die Unternehmensgrenzen hinweg fördern Beschleunigung und Innovationsfähigkeit und begründen gleichfalls neue Anforderungen an die Arbeitsorganisation und die Qualifikation der Beschäftigten. Gruppen- und Teamarbeit können dabei die Selbst- und Mitbestimmung im Produktionsprozess erhöhen. Gleichzeitig werden jedoch die Arbeitsbeziehungen zunehmend dem Marktdruck ausgesetzt. Die Konkurrenz um Gewinne und Verluste zwischen den einzelnen Unternehmensteilen nimmt zu. Dabei werden ganze Unternehmensteile „outgesourct“ und direkt am Markt positioniert.

Die Zunahme einer finanzgetriebenen Wirtschaftssteuerung ist kennzeichnend für den neuen Kapitalismus. Die unkontrollierte Ausdehnung der Finanzmärkte und die weltweite Vernetzung von Wirtschaftsbeziehungen erhöht den (Börsen-) Druck auf die Unternehmen nach ständig steigenden Gewinnen. Dies führt zu einem sich laufend beschleunigenden Zwang nach der Erhöhung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Die Unternehmen und deren Beschäftigte werden dabei dem Druck der hochgradig spekulativen Finanzmärkte ausgesetzt. Dies erhöht den Leistungsdruck auf die ArbeitnehmerInnen und verstärkt die soziale Konkurrenz. Eine neue internationale demokratische Wirtschaftsordnung muss als Kontrapunkt die Kontrolle und die Regulierung der Finanzmärkte im Mittelpunkt haben.

Die gesellschaftliche Herausforderung der Massenarbeitslosigkeit, aber auch diese veränderte Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsformen bedürfen eines umfassenden flexiblen und solidarischen Umbau von Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik. Die Sozialdemokratie muss diese Herausforderung in den kommenden Jahren annehmen.

1. Bilanz: Beschäftigungspolitik in Deutschland nach vier Jahren rot-grün

Die rot-grüne Bundesregierung hat nur zaghafte Strukturreformen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik durchgesetzt. Die zwischenzeitlich gute Konjunktur mit dem wirtschaftlichen Motor der USA hat fehlende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überdeckt. Die Übertragung des Funkens der daraufhin anspringenden Konjunktur in der (westdeutschen) Exportwirtschaft auf die Binnenkonjunktur wurde durch eine rigide Haushaltspolitik und daraus resultierender fehlender öffentlicher Investitions- und privater Konsumnachfrage verhindert. Struktureller Investitionsbedarf in den strukturschwachen Gebieten Westdeutschlands sowie in Ostdeutschland wurde vernachlässigt, so dass nicht nur regionale kleine und mittelständische Betriebe wirtschaftliche Probleme bekommen. Auch notwendige Investitionen in den Aufbau und die Unterstützung von Wirtschaftsclustern und –strukturen sind trotz dringendem Handlungsbedarf weitgehend ausgeblieben.

Wir haben in Deutschland sowohl ein Struktur- als auch ein Investitionsproblem. Der konjunkturelle Aufschwung wurde insbesondere von wenigen prosperierenden exportorientierten Zentren getragen, während der Regionalwirtschaft weitgehend die finanzielle Grundlage fehlte. Insbesondere die Kommunen waren aufgrund der aus der Steuerreform resultierenden Einnahmeausfällen in der Gewerbesteuer nicht mehr in der Lage wichtige Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen. Vielmehr wurde durch den Zwang zur Konsolidierung der Haushalte eine weitere Privatisierungswelle öffentlicher Unternehmen eingeleitet. Darüber hinaus wurden gerade in strukturschwachen Regionen Fördermittel entweder uneffizient in die Wirtschaftsstruktur investiert, oder Investitionen in den Strukturwandel blieben vollständig aus. Doch gerade die Gestaltung des Wandels durch die Identifizierung von regionalwirtschaftlichen Profilen sowie Möglichkeitsrahmen für zukünftige Cluster erfordern eine aktive und investive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. An dieser Schnittstelle muss die rot-grüne Bundesregierung entsprechende finanzielle aber vermehrt auch beratende Fördermöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Öffentliche Investitionen stellen letztlich eine Verknüpfung von Angebots- und Nachfragepolitik dar. Über die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, etwa in den Bereichen Verkehr,

Kommunikation oder Energie verbessern sich auch die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft nachhaltig. Vor allem langfristig wird die Ökonomie darauf vorbereitet, dass wichtige Ressourcen in den nächsten Jahrzehnten knapp werden.

Die 90er Jahre waren damit für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland ein verlorenes Jahrzehnt. Die erstmals seit Monaten auch saisonbereinigt gestiegene Arbeitslosigkeit ist im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 ein Warnschuss für die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

Rund 4,3 Millionen Arbeitslose beweisen, dass die letzten Monate nicht intensiv genug genutzt wurden, die Arbeitslosigkeit entscheidend zu bekämpfen. Die SPD-geführte Regierung sollte jetzt schnellstmöglich ihre Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit überdenken, um sich tatsächlich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen zu können. Dazu sind auch Maßnahmen der konjunkturellen Steuerung notwendig.

Die rot-grüne Bundesregierung hat durch ihr zentrales beschäftigungspolitisches Programm, dem Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, versucht, einen neuen Korporatismus in der Arbeitsmarktpolitik zu initiieren. Das BFA dient dabei der Bundesregierung als Symbol für einen Modernisierungspakt von Wirtschaft und Gesellschaft. Nach anfänglichen Verhandlungserfolgen (60.000 Ausbildungsplätze im IT-Sektor) ist jedoch das Bündnis heute entweder zu einem reinen Symbol oder zu einem Lohnmäßigungsbündnis geworden. Insbesondere das leere Versprechen des Abbaus von Überstunden durch die Arbeitgeber hat zu einem nachhaltigen Vertrauensverlust in die Steuerungsfähigkeit des BFA geführt. Zudem hat das Zurückziehen auf eine staatliche Moderatorrolle und damit einhergehende mangelnde Intervention und Anstöße für die Belebung der Bündnisverhandlungen die Positionen insgesamt festgefahren, so dass selbst Minimalkonsense nicht mehr möglich sind.

Zwischenzeitlich kann das BFA als gescheitert betrachtet werden. Nichtsdestotrotz bleibt das Bündnis zentraler Einflussfaktor für eine offensive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit staatlicher Flankierung. Dazu bedarf es jedoch einer stärkeren staatlichen Rahmensetzung sowie einer sozialstaatliche Reformoffensive, die Flexibilität absichert, damit eine Umkehr in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik möglich wird. Tarifverhandlungen sind aus dem Bündnis auszuklammern.

Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch nach vier Jahren rot-grün nicht entscheidend verbessert. Nach wie vor bestehen deutliche lohnpolitische und institutionelle Diskriminierungen insbesondere in den lebensphasenbegleitenden Übergängen. Das geplante Gleichstellungsgesetz ist auch durch die Intervention des Kanzleramtes zu einer freiwilligen Selbstverpflichtung degradiert worden. Obwohl deren Wirksamkeit noch ausgewertet werden muss, lässt sich erwarten, dass der Gleichstellungsverpflichtung nur unzureichend nachgekommen wird. Die Bundesregierung sollte den Evaluierungsfahrplan einhalten sowie eventuellen ausbleibenden Erfolgen durch staatliche Maßnahmen Rechnung tragen. *Es gelang jedoch nicht, Männer näher an ihre Erziehungsverantwortung heranzuführen, bestehende geschlechtsspezifische Rollenmuster werden manifestiert. Darüber hinaus ist Teilzeitarbeit immer auch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und deshalb meist nicht existenzsichernd.*

Mit dem neuen Mitbestimmungsgesetz wurde ein Schritt zu mehr Demokratie innerhalb der Unternehmen und Betriebe getan. Die Beschäftigten haben größere Möglichkeiten der Einflussnahme und der Interessenvertretung erhalten. Jedoch wurde versäumt, der stärkeren

Tendenz zu kleineren Betrieben durch eine deutlichere Senkung der Mindestbelegschaftszahl entgegenzuwirken. Bei Konzernen muss es endlich ein Mehr an verbindlicher Mitsprache geben, das gleiche gilt für den Bereich der Beschäftigungssicherung und der Tendenzschutz muss endlich abgeschafft werden. Vordringlich muss die paritätische Besetzung von Aufsichtsräten, wie sie nur im Montanbereich Realität ist, durchgesetzt werden. Zur gewerkschaftlichen Zukunftsaufgabe gehört es nun, die positiven Potenziale des neuen Mitbestimmungsrechtes aufzugreifen und in einer Betriebsräteoffensive die Bereich flexibler Arbeits- und Unternehmensformen als gewerkschaftliches Handlungsfeld zu erschließen. Die rot-grüne Regierung ist gefordert, dazu die notwendigen sozialrechtlichen und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen zu setzen.

Arbeitsmarkt und Jugendarbeitslosigkeit

In der Arbeitsmarktpolitik hat rot-grün endlich die Umkehr von einer passiven zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeleitet. Durch entsprechende Reformen im Sozialgesetzbuch III sind viele sinnvolle Einzelmaßnahmen der regionalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik möglich geworden. Gleichzeitig wurde der Grundsatz des „Förderns und Forderns“ festgeschrieben und somit Arbeitslose zusätzlichen Repressalien ausgesetzt. Diese gilt es nun zu bündeln und insbesondere in strukturschwachen Gebieten mit wirtschaftsstrukturellen Maßnahmen zu verknüpfen.

Mit dem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) hat rot-grün ihren arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gelegt. Durch JUMP haben bisher über 300.000 Jugendliche eine neue Beschäftigungsperspektive erhalten. Mit JUMP und dem JuSoPro ist es der Bundesregierung gelungen, viele junge Menschen in aktive Qualifizierungsmaßnahmen zu integrieren. Insbesondere benachteiligte Gruppen des Arbeitsmarktes konnten durch die Einzelmaßnahmen von JUMP angesprochen werden. In den strukturschwachen Regionen sind die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen von JUMP ohne Alternative. Gerade hier jedoch werden die Unzulänglichkeiten von Arbeitsmarktpolitik in strukturschwachen Räumen ohne ausreichende Arbeitsplätze bemerkbar. Dies führt häufig dazu, dass nicht vermittelbare Jugendliche in endlosen Maßnahmenschleifen verbleiben, ohne eine Perspektive auf eine feste Beschäftigung zu erhalten. Diese „Maßnahmenkarrieren“ verstärken den Frust und die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher. Die Forderung nach staatlichen Zwangsmaßnahmen ist dabei nur die Kapitulation vor der eigenen politischen Unfähigkeit. Viele Kommunen haben jedoch auch ihre Investitionen mit Hinweis auf das JUMP-Programm zurückgefahren. Es gilt daher das JUMP-Programm mit einer strukturpolitischen Säule zu ergänzen und zu einem JUMP Plus weiterzuentwickeln.

Trotz der im Bündnis für Arbeit verabredeten Schaffung von 60.000 Ausbildungsplätzen im IT-Sektor bis 2003 ist die Wirtschaft ihrer Verpflichtung nach ausreichend Ausbildungsplätzen nicht nachgekommen. Zusätzliche Ausbildungsplätze sind zumeist lediglich über die Ausweitung überbetrieblicher Ausbildung zustande gekommen. In Ostdeutschland hat die schlechte Wirtschaftsstruktur darüber hinaus dazu geführt, dass kleine und mittelständische Betriebe nicht in der Lage waren (bzw. gänzlich fehlten), Träger von ausreichend Ausbildungsplätzen zu sein. Wir Jusos fordern daher weiterhin die Ausbildungsplatzumlage von nichtausbildenden zu ausbildenden Betrieben. Das Job-Aktiv-Gesetz gründet auf der Theorie des Förderns und Forderns und verbindet damit positive Ansätze der Beschäftigungsförderung mit Repression. Dies lehnen wir ab.

Der Mismatch auf dem Ausbildungsmarkt hat zu einer Abwanderung aus den neuen Bundesländern geführt, der gerade in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Situation zu einem Fachkräftemangel kumulieren kann. Diese Abwanderung ist individuell nachvollziehbar. Es gilt aber vor diesem Hintergrund eine „doppelte Ausbildungsstrategie Ost“ einzuleiten: Auf der einen Seite notwendige öffentliche Investitionen in Ausbildung zu leisten, ohne die Unternehmen aus ihrer Verantwortung zu entlassen und gleichzeitig Rückkehroptionen für abgewanderte qualifizierte Jugendliche zu eröffnen.

Aufgrund der 4,3 Millionen Arbeitslosen hat die Bundesregierung als kurzfristige Maßnahme das sogenannte „Mainzer Modell“ zur Subventionierung von Niedriglöhnen bundesweit ausgedehnt. Sie erwartet sich davon ca. 30.000 Arbeitsplätze. Durch diesen Tropfen auf den heißen Stein hat rot-grün nach eher skeptischer Haltung gegenüber Kombilohnmodellen den Einstieg in den Niedriglohnsektor eingeläutet. Die Grünen haben mit ihren radikal-neoliberalen arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen daran einen nicht geringen Anteil gehabt. Dabei ist der arbeitsmarktpolitische Effekt hochgradig zweifelhaft. Nicht nur Mitnahmeeffekte und Kosten von Kombilohnmodellen sind hoch, sondern auch die Dauerhaftigkeit solcher Beschäftigungsmodelle labil. So hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz erst kürzlich die Förderhöchstdauer von zwei auf drei Jahre verlängert. Grundsätzlich sind qualifizierende Subventionsmittel, wie sie zum Beispiel bei Job-Rotation-Modellen zum Tragen kommen, nicht abzulehnen. Der Ausbau eines staatlich finanzierten Niedriglohnsektors führt jedoch zu einer weiteren Segmentierung des Arbeitsmarktes und einer größeren sozial unausgewogenen Lohnspreizung. Aus diesen und weiteren Gründen lehnen wir die Einführung eines Niedriglohnsektors in jeglicher Form ab.

3. Reformpolitik für rot-grün

3.1. Beschäftigungsbrücke Jugend

Eine sozial gerechte und moderne Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss die Menschen nach ihren Kräften und Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aktivieren, anstatt Menschen, die in soziale Notsituationen geraten sind, lediglich dauerhaft passiv zu alimentieren.

Das Ziel einer modernen Arbeitsmarktpolitik muss sein, dass subventionierte Beschäftigung auch vom Markt angenommen wird, d. h., dass es sich sowohl für Betriebe lohnt einzustellen, ohne auf Subvention zurückzugreifen als auch für Arbeitssuchende lohnt Arbeit anzunehmen. Die Beschäftigungspotentiale bei haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen wollen wir durch intelligente arbeitsmarktpolitische Instrumente freisetzen.

Unsere Vision einer modernen Arbeitsgesellschaft besteht darin, dass es keine Phasen von Arbeitslosigkeit mehr gibt, sondern nur noch Phasen des Neu- und Nachlernens. Dies verstehen wir unter einer Politik der zweiten Chance. Bildungspolitik wird zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts.

Wir Jusos schlagen zur schnellen Bekämpfung der ansteigenden (Jugend-) Arbeitslosigkeit eine Beschäftigungsbrücke Jugend vor. Damit sollen kurzfristig Maßnahmen der Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik verknüpft werden und neue Programme zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in Beschäftigung aufgelegt werden. Wir verstehen unseren Ansatz der Arbeitsmarktpolitik als

moderne Alternative zu einer rein auf Lohnkostenzuschüsse setzende Politik und als Gegensatz zu Niedriglohnmodellen.

Stattdessen halten wir es für richtig Modelle zu unterstützen, die Langzeitarbeitslosentransferempfängern gezielt Wege aus der Sozialhilfe eröffnen. Hierzu ist es unabdingbar die sogenannte „Sozialhilfefalle“ zu beseitigen und die extrem hohen Grenzbelastungen beim Wiedereinstieg in das Berufsleben abzusenken. Diese finanzielle Unterstützungen müssen durch begleitendes Coaching und Weiterbildung gewährleisten, dass Menschen dauerhaft von Sozialhilfe unabhängig werden und in der Jobleiter steigen.

Qualifizierungsoffensive jetzt!

In Deutschland besteht ein erheblicher Fachkräftemangel. Dieser drückt sich nicht nur symbolisch in der Green Card aus, sondern insbesondere im Mismatch auf dem Arbeitsmarkt. Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit stehen Regionen mit branchendifferenzierten Qualifikationsengpässen gegenüber. Gleichzeitig sind Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung der entscheidende Hebel zur Steigerung von Beschäftigungsfähigkeit. Die rot-grüne Bundesregierung ist daher gefordert eine Qualifizierungsoffensive einzuleiten, in der die Verzahnung von Qualifikation und Beschäftigung im Mittelpunkt von moderner Arbeitsmarkt steht. Zentraler Ansatzpunkt sind dabei Modelle des Job-Rotation, in der die Förderung beruflicher Weiterbildung mit der Qualifizierung und Ausbildung von Arbeitslosen verknüpft wird. Die regionale Ausrichtung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik sowie deren aktiver Charakter ist sicherzustellen.

JUMP Plus zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Wir Jusos haben mit der Forderung nach der Weiterentwicklung des JUMP-Programms die Bundesregierung aufgefordert, ihre Initiativen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auszuweiten. Der Bundesparteitag hat diese Forderung aufgegriffen und ein JUMP-Plus beschlossen. Diesen Parteitagebeschluss gilt es nun noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Die Weiterentwicklung und Verstärkung des JUMP-Programms zu einem JUMP Plus, sieht in strukturschwachen Gebieten die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs vor. Ziel ist eine stärkere Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik. In strukturschwachen Gebieten sollen qualifizierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfs und insbesondere in strukturpolitisch notwendigen Bereichen eingesetzt werden. Dazu sind in Ostdeutschland Qualifizierungs- und beschäftigungspolitische Maßnahme auf den zu erwartenden Fachkräftemangel ab ca. 2007 hin zu orientieren. 50% der Maßnahmen von JUMP Plus sollen in die neuen Bundesländer fließen. Junge Frauen sind überproportional zu fördern.

Die Dauer von Arbeits- oder Ausbildungslosigkeit ist entscheidend für die Eingliederungschancen in den Arbeitsmarkt. Grundsätzlich ist jedem Jugendlichen sofort nach ihrer Arbeitslosigkeitsmeldung ein Profiling und darauf aufbauend eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme anzubieten. Spätestens nach drei Monaten Arbeitslosigkeit muss der Jugendliche die Chance auf eine öffentlich geförderte Beschäftigung erhalten.

Als kurzfristige Maßnahmen zur Weiterentwicklung des JUMP-Programms und für eine integrierte Strategie zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit schlagen wir vor:

Reformbaustein A: Beschäftigungsbrücke Ostdeutschland

Über eine Beschäftigungsbrücke für ostdeutsche Jugendliche können im Rahmen einer flexiblen Jugendteilzeit neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für junge Ostdeutsche geschaffen werden. Der durch Mobilitätshilfen geförderte Wegzug von jungen, engagierten Fachkräften in den Westen kann verhindert werden. Dazu ist das Modell der Jugendteilzeit umzusetzen. Junge Menschen, die nach der Ausbildung für eine begrenzte Zeit nur eine Teilzeitbeschäftigung finden, erhalten von der BA eine Aufstockung ihres Arbeitsentgeltes als auch ihrer Beitragszahlung in die Sozialversicherung. Diese Lohnkostenzuschüsse sind streng zeitlich zu befristen. In Verknüpfung mit Altersteilzeitmodellen könnte so sinnvoll ein „qualifizierender Generationen- und Fachkräftewechsel“ eingeleitet werden, der auf zukünftige Arbeitsmarktperspektiven in Ostdeutschland vorbereitet. Vollarbeitsplätze sind Teilzeitarbeitsplätzen bei entsprechendem Bedarf vorzuziehen.

Reformbaustein B: Zukunftschancen-Verträge

Auf Basis der positiven Erfahrungen der französischen Regierung in ihrem Jugend-Programm zur Schaffung neuer Arbeit im Dienstleistungsbereich, sollen Jugendlichen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit dauerhafte Arbeitsplätze angeboten werden. Diese Idee ist für einen „Zukunftschancen-Vertrag“ der Bundesregierung mit der jungen Generation zu nutzen. Jugendlichen, die dauerhaft keine Perspektive auf einen regulären Arbeitsplatz haben, fördert die BA mit Unterstützung des Arbeitsministeriums und des ESF langfristige Arbeitsverträge in neuen Dienstleistungsbereichen. Dazu können Projekte sozialer und ökologischer, aber auch unternehmerischer und technischer Dienstleistungen gehören.

Mittelfristig wird ohne eine deutliche Ausweitung von öffentlich geförderter Beschäftigung der Arbeitslosigkeit nicht beizukommen sein. Ziel ist daher auch eine Überbrückung wirtschaftsstruktureller Probleme einiger Regionen unter Zuhilfenahme einer besseren Verzahnung von arbeitsmarktpolitischen Projekten.

Als Grundlage dieser Projekte sind verschiedene Felder zukunftsorientierter Dienstleistungsbereiche von den Expert/-innen der BA in Kooperation mit regionalen Akteuren zu identifizieren. Gleichzeitig ist die Beschäftigungsperspektive eines arbeitslosen Jugendlichen durch ein Profiling zu ermitteln. Dabei werden die persönlichen Risikofaktoren und die regionalen Faktoren des Arbeitsmarktes erhoben, um entsprechende Maßnahmen der Qualifizierung darauf auszurichten. Ziel ist es, Hilfestellungen dann punktgenau einzusetzen, wenn es im Einzelfall sinnvoll und notwendig ist, sowie um Integrationshemmnisse frühzeitig zu eliminieren und die Flexibilität und Offenheit der Verträge zum ersten Arbeitsmarkt sicherzustellen.

In die Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von zumindest 2 Jahren sollten zwei Säulen kombiniert werden. Die erste, von der öffentlichen Hand koordinierte Säule sieht umfangreiche Hilfestellung für junge Menschen vor: In Qualifikations-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erhalten Jugendliche eine zielgerichtete und punktgenaue Qualifizierung in neuen Dienstleistungsbereichen. Dabei ist ihr individuelles Qualifikationsprofil durch Aus- und Weiterbildungsmodulen zu erweitern und in einem Berufsbildungspass zu zertifizieren. In einer zweiten Säule werden die Unternehmen über eine Qualifizierungsoffensive in den Klein- und Mittelbetrieben am Zukunftschancen-Vertrag beteiligt. Dazu gehören zum Beispiel verschiedene Job-Rotation-Modelle, Praktika oder überbetriebliche Ausbildungen. Diese doppelte Säule des Zukunftschancen-Vertrags ist insbesondere gegen nicht zielgerichtete und perspektivlose Maßnahmenkarrieren gerichtet.

Dieses Modell wäre eine Form eines „Übergangsarbeitsmarkts“, der die Übergänge von Phasen der Nichterwerbsarbeit in Beschäftigung sozial und rechtlich absichert. Im besten Falle fungieren die Zukunftschancen-Verträge als flexible Arbeitskräftepools, in dem eine Unterbrechung des Vertrages zu Gunsten einer vorübergehenden regulären Beschäftigung zwischen dem Jugendlichen und dem Arbeitsamt vereinbart wird. Junge Frauen könnten von diesem Modell gesondert profitieren. Unter Arbeitskräftepools können verschiedene Modelle von Dienstleistungsagenturen, aber auch kommunale soziale Betriebe und Beschäftigungsgesellschaften subsumiert werden. Diese Arbeitskräftepools sollen zweierlei leisten, erstens eine (Nach-)Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt und zweitens eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Sie nehmen somit eine Brückenfunktion ein, die auch dadurch verstärkt werden kann, indem eine schrittweise Integration in ein Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes möglich ist.

Zur Begleitung des Zukunftschancen-Vertrags sind regionale und dezentrale Agenturen „Jugend in Arbeit (Ja!)“ zu gründen, die die Arbeitsvermittlung *örtlich* ausrichtet, aber auch die kommunalen Träger der Arbeitsmarktpolitik, die Gewerkschaften, die Betriebe, die Wohlfahrtsverbände und Jugendhilfe etc. in eine Kompetenzpartnerschaft für Jugendliche zusammenführt. Ziel ist eine zielgenaue Einsetzung der Finanzmittel und eine punktgenaue Förderung junger Menschen.

Die Zukunftschancen-Verträge werden über Mittel des Bundes, des europäischen Sozialfonds, regionaler Arbeitsmarktpolitik sowie unter Beteiligung der Unternehmen ko-finanziert. Sie sollen den Rahmen für eine Handlungs- und Förderstrategie einer prozessorientierten regionalen Arbeitsmarktpolitik bilden.

Reformbaustein C: Integrierte Lebenslaufberatung mit dem Job-Aktiv-Gesetz verbinden

Mit dem Job-Aktiv-Gesetz wird die Arbeitsvermittlung modernisiert und effizienter ausgerichtet. Wichtig für Jugendliche ist jedoch, bereits in einem frühen Stadium der Primärausbildung eine professionelle Beratung zur Entwicklung ihres Lebenslaufs und der Erwerbsperspektiven zu erhalten. Damit junge Erwachsene in ihren Orientierungsphasen eine individuelle Beratung und Coaching aufbauend auf ihren Potenzialen in Anspruch nehmen können, ist spätestens ab dem 8. Schuljahr eine integrierte Lebenslaufberatung zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es um eine regelmäßige Bewertung ihrer individuellen Stärken und Schwächen, die Darstellung möglicher Berufsperspektiven in ihrer Regionen (in Verbund mit eventuellen Fördermöglichkeiten) sowie einen qualifizierenden Beitrag zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Erwerbsbiografie. Frühes Coaching bedeutet frühe Sicherheit und Sensibilität für zukünftige

Qualifizierungsoptionen. Die neuen Arbeitsvermittler des Arbeitsamtes sind dafür zu nutzen. Diese fortlaufende Beratungen sind als Grundlage für die vorgesehenen Eingliederungspläne durch das Job-Aktiv-Gesetz zu nutzen.

Reformbaustein D: Lebensbegleitendes Lernen fördern

Die „Beschäftigungsfähigkeit“ Jugendlicher hängt entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, flexible und finanziell abgesicherte Qualifikationsmodule durch regionale Akteure der Weiterbildung sicherzustellen. Wir fordern daher eine Neustrukturierung des lebensbegleitenden Lernens. Ziel ist es, Erstausbildung, Studium und Weiterbildung in einem Gesamtkonzept des lebensbegleitenden Lernens zu integrieren. Dabei geht es sowohl um die Vernetzung der einzelnen Teilbereiche der beruflichen Bildung, als auch die Abstimmung einzelner Qualifikationsbausteine aufeinander. Wir verfolgen damit die Strategie der Steigerung der Attraktivität des dualen Systems in Verbindung mit dem lebensbegleitenden Lernen. Am Berufsprinzip halten wir ebenso fest, wie an einer ausreichenden, hinreichend qualifizierenden und qualitativ hochwertigen Erstausbildung.

Folgende Leitbilder sind miteinander zu verknüpfen:

- Lebensbegleitendes Lernen über die Berufs- und Erwerbsphasen hinweg sicherstellen
- Individuelle Qualifikationsprofile entwickeln und flexible Inanspruchnahme absichern
- Vernetzung und Lernortkooperationen von Unternehmen, Berufsschulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in regionalen Bildungslandschaften
- Zertifizierung von individuell erworbenen Qualifikationen und auch deren Teilbereichen
- Dualität von Praxis und Theorie

Lebensbegleitendes Lernen muss sowohl die Inanspruchnahme von Weiterbildungsmaßnahmen fördern, als auch individuelle Differenzierung der Qualifikationsziele ermöglichen. Demnach erhalten jedes Jahr Beschäftigte das Recht auf ein individuelles Zeittableau an Weiterbildungsmöglichkeiten, um ihr Qualifikationsprofil aufzubessern. Dabei geht es zum Beispiel um die Verknüpfung der Erstausbildung mit einer Erweiterung der Ausbildungsinhalte je nach dem jeweiligen Bedarf. Professionelle Beratung trägt zu einer sinnvollen Zusammenstellung von Qualifikationsmodulen bei. Die Beratung hilft auch bei der Suche nach Ziel und Richtung der Weiterbildung. In Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren wird zudem der regionale Fachkräftebedarf transparent gemacht.

Dadurch sollen sowohl eingeschlagene Berufswege optimiert und neuen Herausforderungen angepasst werden, als auch neue Karrierewege durch entsprechende Um- und Weiterbildungen eingeschlagen und aufgebaut werden. (Teil-) Qualifikationen werden dabei in einem Berufsbildungspass zertifiziert. Beschäftigte können integrierte Angebote von Beratung, Coaching und Qualifizierung in Anspruch nehmen. Maßnahmen der Qualifikation und des lebensbegleitenden Lernens sind in jedem Falle reinen Lohnkostenzuschüssen vorzuziehen.

Mit diesem Reformbaustein verfolgen wir eine Verknüpfung des Berufskonzepts mit der Erhaltung von (regionaler) Beschäftigungsfähigkeit durch sozialstaatlich abgesicherte und individuell wählbare Qualifikationsmodule. Flankierend dazu soll jede Region einen „Qualifizierungsrat“

einrichten und regelmäßig so genannte Qualifizierungsberichte vorlegen. Die regionale Qualifizierungspolitik soll dabei auf Basis eines integrierten "Innovationsmanagements" enger mit der regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden.

Reformbaustein E: Regionalisierung der Arbeitsvermittlung

Seit dem Bericht des Bundesrechnungshofes zu den Vermittlungsstatistiken ist die Praxis des Arbeitsamtes grundlegend in die Kritik geraten. Im internationalen Vergleich jedoch liegt die Vermittlungsquote von 20% im oberen Vergleich. Zugleich verkörpert und kontrolliert der Bundesrechnungshof lediglich die alten sowie unflexiblen Verwaltungsstrukturen. Trotzdem gibt es gerade in der Arbeitsvermittlung und der Praxis der Bundesanstalt für Arbeit dringenden Reformbedarf. Dieser richtet sich jedoch nicht allein an das Arbeitsamt, wie manche Apologeten der Privatisierung verkünden, sondern ist vielmehr eine Gesamtaufgabe von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Verwaltungspolitik. Zentral für die Vermittlungsfähigkeit der Arbeitsämter sind nicht nur ausreichend Arbeitsplätze und eine Strukturreform der Vermittlung sondern auch die Beschäftigungsfähigkeit. Notwendig ist daher eine Qualifizierungsoffensive für geringqualifizierte, älteren Beschäftigten und ausländischen Jugendlichen. Wir Jusos haben daher folgende Anforderungen an eine fortschrittliche Reform der Vermittlungsarbeit:

- Eine schnellstmögliche Anwendung des Job-Aktiv-Gesetz. Es bietet zahlreiche Möglichkeiten der zielgerichteten Beratung (Profiling) und der Verbesserung von Eingliederungshilfen zur Reduzierung der Dauer von Arbeitslosigkeit. Dazu sind auch zusätzlich die Potenziale von Beschäftigungsgesellschaften und Weiterbildungseinrichtungen einzubeziehen. Grundsätzlich sind die Wirkungen des Gesetzes abzuwarten, bevor vorschnell die Vermittlungstätigkeit der BA (teil-) privatisiert wird.
- Einen Fonds „Qualifizierte Weiterbildung“ mit mindestens 500 Mio € zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit. Dieser soll vom BMA regionalen Projekten unter der Maßgabe einer besseren Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik zur Verfügung gestellt werden.
- Eine Stärkung, Regionalisierung und bessere Verzahnung der Vermittlungsfunktion von Arbeitsämtern, Beschäftigungs- und Weiterbildungsgesellschaften, sozialen Betrieben und privater Arbeitsvermittlung. Dazu müssen unter staatlicher Regie Teile der Vermittlungstätigkeiten outgesourct und effiziente Managementstrukturen etabliert werden. Dazu sind vor Ort „Job Points“ zu gründen, in denen Arbeitslosen umfangreiche Dienstleistungen wie qualifizierter Beratung, Online- und Zeitungsrecherche sowie finanziellen Hilfestellungen zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig ist die Koordinierung unter den Vermittlern auch über finanzielle Anreize über die Vermittlungszahlen und Ergebnissteuerung zu optimieren. „Job Points“ nehmen auch gezielt Kontakt zu den kommunalen Betrieben auf, und suchen über gezielte Unternehmensberatungen nach Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese ortsnahe Verbindung hat auch für die Betriebe positive Effekte.
- Die Beschleunigung und präventive Veranlagung von Vermittlung. Regionale Transfergesellschaften bieten Ansprechpartner für Beschäftigte, die von Arbeitslosigkeit

z.B. durch Entlassungen bedroht sind. Damit können schon früh neue individuelle Beschäftigungsmöglichkeiten erörtert oder notwendige Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen eingeleitet werden. Ziel ist die schnelle Vermittlung in einen neuen Arbeitsplatz unter Mithilfe professioneller Job Manager. Unter Umständen können diese Transfergesellschaften auch zeitlich begrenzt, entlassene Beschäftigte vorübergehend in Qualifizierungsmaßnahmen übernehmen. Entlassungswillige bzw. -tätige Betriebe sind dafür an den Kosten zu beteiligen.

- Das Verbleiben der zentralen Vermittlungsaufgabe bei der BA. Eine vollständige Privatisierung der Arbeitsvermittlung wird aufgrund des damit verbundenen Fortfalls von wichtigen Steuerungsfunktionen in der regionalen Arbeitsmarktpolitik abgelehnt. Zwar ist die effizienzsteigernde Wirkung einer wie bisher begrenzten Konkurrenz zwischen privaten, halböffentlichen und öffentlichen Vermittlungsagenturen nicht zu verkennen, jedoch überwiegen bei einer völligen Deregulierung die negativen Effekte: Private Arbeitsvermittlungen fördern das „Rosinenpicken“ nach leicht zu vermittelnden Arbeitslosen, während bei den Arbeitsämtern die sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes verbleiben. Dies fördert die Diskreditierung der Vermittlungsfunktion der BA.

4. Neue Herausforderungen in der Beschäftigungspolitik

4.1. Frauen und Erwerbsarbeit: Gleichberechtigt (und nicht später)!

Zwar sind die Lebenserfahrungen von jungen Frauen heute in der Tat anders geprägt als die ihrer Müttergeneration. Einerseits konnten in den letzten dreißig Jahren viele Zugänge für Frauen erkämpft werden. Andererseits haben sich nach 16 Jahren Kohl, in denen der Wertewandel die Gesellschaft nachhaltig veränderte, auch die Selbstdefinition und der Lebensanspruch von Frauen gewandelt. Entsolidarisierung, Individualisierung und der Verweis auf Eigeninitiative sind nur einige Stichworte, die auch die neue Bewusstseinslage von Frauen prägten.

In der Konsequenz haben viele junge Frauen heute das Gefühl, nicht mehr benachteiligt zu sein, und die Wahrnehmung, dass ihnen dieselben Lebenschancen offen stehen wie jungen Männern.

Auf den ersten Blick mag dieser Eindruck auch richtig sein. Mädchen und junge Frauen sind qualifizierter und erreichen die höheren Bildungsabschlüsse als junge Männer. Doch gelingt es nicht, dieses „kulturelle Kapital“ auch in verbesserte Berufs- und Karrierechancen umzusetzen. Früher oder später stößt die Mehrheit von ihnen an die objektiv vorhandene „gläserne Wand“. Trotz geschlechtsspezifischer Berufswahl sind sie dabei weniger in Ausbildung und in der Berufseinstiegsphase benachteiligt als vielmehr bei späterer Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten und im reproduktiven Bereich, v.a. durch die „Kinderfalle“ – Männer gleich welchen Alters zeigen sich heute wieder erstaunlich resistent gegen Forderungen, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Wie stark die objektiv vorhandene Diskriminierung von Frauen heute noch ausgeprägt ist, zeigt sich an den Ergebnissen einer aktuellen Studie des Bundesfamilienministeriums.

Frauen in Deutschland haben schlechtere Karrierechancen und verdienen weiterhin in der Regel deutlich weniger als Männer, dabei sei die Benachteiligung im Osten geringer als im Westen und bei Akademikerinnen und Meisterinnen größer als bei geringer qualifizierten Arbeitnehmerinnen. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Gesamtdeutschland spürbar zugenommen. Zwar sinkt sie seit der Wiedervereinigung in den neuen Ländern, allerdings ausgehend von einem weit höherem Niveau als im Westen. In den alten Ländern stieg sie hingegen kontinuierlich an. Im vergangenen Jahr lag die Frauenerwerbsquote im Osten bei rund 72 Prozent, im Westen bei 62 Prozent. Auffallend ist der Trend zur Teilzeitarbeit bei den Arbeitnehmerinnen, denn obwohl die Zahl der erwerbstätigen Frauen heute größer ist als zu Beginn der neunziger Jahre, hat das von ihnen geleistete Arbeitsvolumen nicht zugenommen. Im Klartext bedeutet das: Unter den Frauen hat eine Umverteilung der Arbeit stattgefunden.

Auch wenn diese Studie im wesentlichen nur bestätigt, was ohnehin schon immer (wieder) vermutet wurde, nämlich dass die reale und materielle Gleichstellung von Frauen lange noch nicht erreicht ist, erfordern diese aktuelle Zahlen ein schlüssiges Handlungskonzept. Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur verstärkten Frauenförderung erscheint dabei nicht ausreichend.

Deswegen kommt insbesondere uns Jusos die Aufgabe zu, politischen Druck zu entwickeln, um durch kollektive Interessenpolitik – etwa durch die Forderung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft - die berufliche Gleichstellung von Frauen voranzutreiben – und zwar nicht nur für junge, sondern für alle Frauen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir Jusos daher auf die Bekämpfung der Frauenerwerbslosigkeit. Das größte Problem für viele Frauen ist es nach wie vor, Beruf und Familie zu vereinbaren. Aber auch Frauen, die (noch) keine Kinder haben, sehen sich mit Problemen konfrontiert, die ihre Ursache darin haben, dass sie Frauen sind.

Gerade für von Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt hat die Bundesregierung allerdings wenig getan: es liegt nicht in ihrem Interesse, dass sich Frauen aus der Stillen Reserve arbeitslos melden, weil sie dann in den Arbeitslosenstatistiken zu Buche schlagen.

Frauenerwerbstätigkeit erhöhen

Ob eine Gleichstellung der Geschlechter am Erwerbsmarkt gelingt, hängt maßgeblich davon ab, ob ausreichend qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. Es geht uns Jusos nicht darum, dass Frauen und Männer in einen verschärften Konkurrenzkampf um rare Arbeitsplätze eintreten, für den wir den Frauen nur eine bessere Ausgangssituation bieten wollen. Sondern es geht uns darum, beiden Geschlechtern die Chance auf eigenständige Existenzsicherung über Erwerbsarbeit zu geben.

Kollektive und flexible Arbeitszeitverkürzung!

Ein zentrales Instrument, um Arbeitsplätze zu schaffen, ist die Arbeitszeitverkürzung. Dabei geht es nach wie vor darum, Arbeitszeit kollektiv zu verkürzen. Hier ist die Tarifpolitik und Praxis der Betriebs- und Personalräte gefordert, eine solche kollektive Verkürzung der Arbeitszeit und eine Begrenzung von Überstunden zu organisieren. Das Arbeitszeitgesetz könnte dabei unter Umständen eine flankierende Funktion einnehmen. Eine geringere Regelwochenstundenarbeitszeit würde das Dilemma vieler Frauen lösen, die aufgrund sozialer Verpflichtungen nur Teilzeit arbeiten können, und ihnen ein ausreichendes Einkommen

sicherstellen. Flexible Arbeitszeitverkürzungen allein lösen das Problem vieler Frauen nicht, die ihre Tagesabläufe zum Teil an den Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, etc. ausrichten müssen. Eine kürzere Wochenarbeitszeit ist damit ein entscheidender Schritt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Flächendeckende kostenlose Kinderbetreuung für Kinder ab einem Jahr!

Allein die Schaffung von Arbeitsplätzen über Strukturmaßnahmen und Arbeitszeitverkürzungen garantieren noch nicht, dass Frauen in Lohn und Brot kommen. Vielmehr bedarf es der Schaffung von ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen, die lokal und kostenlos genutzt werden können. Nach wie vor ist Kinderbetreuung die entscheidende Frage für einen Großteil der Frauen, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können.

Gleichstellungsgesetz für der Privatwirtschaft!

Um Diskriminierungen jeglicher Art am Arbeitsplatz zu bekämpfen, muss die Bundesregierung ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft verabschieden. Dieses regelt gleichstellungspolitische Maßnahmen in den Betrieben und legt fest, dass und wie Frauenbeauftragte eingesetzt werden sollen, dass Frauenförderpläne erstellt werden müssen, und bietet die rechtliche Handhabe zur Sanktionierung von Diskriminierungen jeglicher Art.

Qualifizierungsmaßnahmen während und nach Kindererziehungszeiten!

Ein großes Problem für viele Frauen entsteht dann, wenn sie von Kindererziehungszeiten in den Beruf wechseln wollen. Oftmals sind sie mit ihrem Wissen nicht mehr auf dem neuesten Stand, oder im Nachteil gegenüber anderen Bewerbern, die langjährige Berufserfahrungen nachweisen können.

Daher müssen gesonderte Programme aufgelegt werden, um Frauen (und Männern) die Möglichkeit zu geben, sich während der Erziehungszeiten weiterzuqualifizieren, bzw. ihr Wissen aufzufrischen.

Für Frauen, die bislang keine Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung erworben haben, ist es von großer Bedeutung, dass sie trotzdem Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsämter haben. Bislang haben Anspruch auf Qualifizierungen und Umschulungen nur Menschen, die arbeitslos gemeldet und arbeitslosengeldberechtigt sind. Das wollen wir ändern!

Aufteilung der Erziehungszeiten

Frauen obliegt der größte Teil der Reproduktionsarbeit, sei es in der Kindererziehung oder in der Pflege Angehöriger. Da Frauen in vielen Partnerschaften noch immer die schlechter Verdienenden sind, müssen Anreize und gesetzliche Regelungen geschaffen werden, damit die traditionelle Arbeitsteilung, nach der Frauen den ganzen oder den größten Teil des Erziehungsurlaubs nehmen, überwunden wird und damit Männer sich zur Hälfte an den Erziehungszeiten beteiligen. Denkbar wäre es, einen Teil der Erziehungszeiten entfallen zu lassen, wenn Eltern sich diese nicht teilen. Für Alleinerziehende sind gesonderte Regelungen zu treffen.

Zeitsouveränität wieder herstellen!

Auch wenn durch die Medien der Eindruck erweckt wurde, das es in den vergangenen Jahren zu einer dramatischen Erosion des Normalarbeitsverhältnisses gekommen sei, belegen die ökonomischen Fakten, dass für die überwiegende Zahl der Beschäftigten dieses Normalarbeitsverhältnis nach wie vor gilt. Dennoch sind Deregulierung und Flexibilisierung nicht an ihnen vorbeigegangen. Unser Leitbild eines neuen Normalarbeitsverhältnis ist das eines sozialstaatlich abgesicherten und Zeitsouveränität herstellendes Beschäftigungsverhältnis. Dieses

soll sowohl eine individuelle Lebensführung ermöglichen als auch die zentrale Erwerbsarbeit sowie die Inanspruchnahme von Qualifikation und Weiterbildung für die Beschäftigten absichern.

Die kollektive Regelung der Arbeitszeit stellt neben der Forderung nach höheren Löhnen und Gehältern eine der wichtigsten Instrumentarien der Gewerkschaften dar, sich gegen die Ausweitung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu schützen. Kritik müssen wir an den Gewerkschaften dahingehend üben, dass diese zwar zurecht im Bündnis für Arbeit die Überstundensituation bemängeln, sie jedoch nicht immer ihren mittels der von ihnen gestellten Betriebsräte mittelbaren Einfluss auf die mitbestimmungspflichtigen Arbeitszeiten voll ausschöpfen. Um die Überforderung der abhängig Beschäftigten im Arbeitsprozess zu begrenzen, musste den Unternehmen die Möglichkeit genommen werden, die Arbeitskräfte zeitlich nahezu unbegrenzt auszunutzen. Um ArbeitnehmerInnen vor einem allzu schnellen Gesundheitsverschleiß zu schützen und ihnen ausreichend Zeit für Ruhe und Regeneration zu verschaffen, war eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit notwendig. Durch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit konnten sich eigenständige Lebensphasen wie Jugend und Alter herausbilden. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit bleibt aber auch Zeit zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse, für soziale, politische und kulturelle Tätigkeiten. Neben dem Humanisierungsaspekt und der Erfüllung von Lebensinteressen und -bedürfnissen verbessert die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur die individuelle Lebenslage der ArbeitnehmerInnen, sondern ist auch ein wesentliches Instrument, durch eine Umverteilung von Arbeit für eine Ausweitung von Beschäftigung zu sorgen und die Konkurrenz zwischen ArbeitnehmerInnen einzuschränken.

Um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufbrechen zu können, ist die Verkürzung der Arbeitszeit zentrale Voraussetzung. Das Ziel sollte dabei perspektivisch eine auf die Erwerbsbiografie insgesamt bezogene Wochenarbeitszeit von 30 Stunden sein. Voraussetzung dafür, dass die verkürzte Normalarbeitszeit die Garantiefunktion für das Einkommen übernimmt, ist der Lohnausgleich. Bei einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bliebe für die breite Mehrheit der Beschäftigten die angestrebte Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellen Leben unerreichbar. Aus dem Wunsch, mehr Raum für persönliche Bedürfnisse zu haben, entsteht bei Lohnneinbußen der Zwang zur subsistenzsichernden Eigenarbeit, zur Nebenerwerbstätigkeit oder zur Mehrarbeit.

4.2. Umbau der Arbeitslosenversicherung in die Arbeitsversicherung

Der Bundesparteitag der SPD hat das Prinzip der Arbeitsversicherung als Leitbild eines erneuerten sozialstaatlichen Konsenses beschlossen. In der nächsten Legislaturperiode müssen erste wichtige Schritte hin zu einer Arbeitsversicherung unternommen werden, damit die SPD ihrem Anspruch nach gesellschaftlicher Modernisierung nachkommen kann. Die geplante Reformierung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss dabei ein erster Schritt zu mehr präventiv wirkender Arbeitsmarktpolitik sein. Eine Niveauabsenkung von Arbeitslosen- und/ oder Sozialhilfe lehnen wir ab.

Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine "Arbeitsversicherung"

umzuwandeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall (drohende) Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z. B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die sie während der Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können.

Nicht nur die Ansprüche der Wirtschaft an die Beschäftigten sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, sondern auch die Ansprüche der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz bzw. an ihre ArbeitgeberInnen. Dabei geht es beiden Parteien darum, die Qualifikation besonders im Bereich der Neuen Medien auf aktuellem Stand zu halten – aus verschiedenen Gesichtspunkten: Während der/die ArbeitgeberIn die Verbesserung der Marktposition im Auge hat, muss der/die Beschäftigte um die Sicherheit seines/ihres Arbeitsplatzes fürchten. Dies führt dazu, dass Qualifizierung mehr und mehr zur reinen Privatsache der Beschäftigten wird, bzw. dass bei überbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen zwar die Interessen der Wirtschaft im Blick sind, sich jedoch die ArbeitgeberInnen aus der Finanzierung zurückziehen.

Mit der Arbeitsversicherung als Ergänzung zur Arbeitslosenversicherung wollen wir dieser Tendenz entgegenwirken. Dadurch dass Unternehmen für alle ihre Angestellten einzahlen und sich auch Behörden und Selbständige an der Finanzierung beteiligen, wird die Qualifizierung einen neuen Schub erhalten und die Innovationsmöglichkeiten erheblich steigern.

Folgende *Prinzipien* sollen für die Arbeitsversicherung gelten:

- Die Arbeitsmarktpolitik bekommt den expliziten Auftrag, am Erreichen des *Vollbeschäftigungsziels* mitzuwirken. Sie versteht sich nicht als Ersatz für eine makroökonomische und nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik, sondern als deren Ergänzung; demnach müsste ähnlich wie 1967 auch ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für den flexiblen Kapitalismus entwickelt werden.
- Ebenso zentral ist das Ziel der *Gleichstellung der Geschlechter*. Um dieses zu realisieren, kann nicht die männliche Erwerbsbiografie auf die Frauen übertragen werden, sondern es müssen die Ansprüche junger Frauen und Männer an eine Vereinbarkeit von Beziehung/Familie und Beruf umgesetzt werden.
- Der Grundsatz des *Vorrangs aktiver vor passiven Leistungen* und damit der *Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit* wird konsequent umgesetzt. Die Vielzahl von einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll im Ansatz der Arbeitsversicherung systematisiert, verstetigt und gebündelt werden. Erforderlich sind die Förderketten, die die Beschäftigungsfähigkeit des/der Einzelnen stärken. Im Rahmen von Eingliederungsplänen ist vor allem der Aspekt des Coaching zu stärken.
- Arbeitszeitkonten sollen über die Arbeitsversicherung abgesichert werden. Das Konto wird im Falle eines Betriebswechsels sofort ausbezahlt, um den neuen Arbeitgeber nicht zu belasten.
- Erwerbstätige können auch ohne akute Bedrohung durch Arbeitslosigkeit Leistungen aus der Arbeitsversicherung in Anspruch nehmen. Die Arbeitsversicherung erhält somit eine *lebensbegleitende, aktivierende Funktion*. Vor allem sollen für Beschäftigte *Optionen*

geschaffen werden. Für Arbeitslose gibt es einen *Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Integration auf Basis eines individuellen Förderplans* spätestens ab 3 Monaten Arbeitslosigkeit.

- Die Arbeitsversicherung wird zur *Erwerbstätigenversicherung* ausgestaltet, d.h. auch BeamtInnen und Selbständige werden mit einbezogen. Damit wird nicht nur dem Solidaritätsgedanken Rechnung getragen, sondern auch die biografische Kontinuität sozialer Sicherung gewährleistet.
- Damit diese Maßnahmen gezielt, effektiv und möglichst nah am Problem umgesetzt werden können, fordern wir die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesanstalt für Arbeit stellt hierfür die Mittel bereit. Die Förderprogramme werden in Kooperation zwischen den regionalen Arbeitsämtern, den Kommunen und den Wirtschaftsförderungsgesellschaften erarbeitet.

Steuerung des Arbeitsangebots und öffentliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen

Ohne eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeiten werden gegenwärtig weder die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, noch die gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter zu realisieren sein. Arbeitslosigkeit ist in diesem Zusammenhang ein Indikator falsch verteilten gesellschaftlichen Reichtums. Eine arbeitsmarktpolitische "Angebotssteuerung" muss daher in enger Verzahnung mit der Tarifpolitik einen aktiven Beitrag dazu leisten, das auf dem Markt vorhandene Angebot an Arbeit mit der bestehenden Nachfrage abzugleichen.

Aus arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Gründen macht es Sinn, Anreize für freiwillige Formen von Teilzeit sowie den übergangsweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben (Erziehungsphasen, Sabbaticals, Weiterbildung) zu schaffen. Gerade für die zeitlich und räumlich flexibel Erwerbstätigen können längere "Auszeiten" die sinnvollere Option sein, als die schematische Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Damit wird dem Anspruch, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitszeitsouveränität und Angebotssteuerung strategisch zu verzahnen aber noch nicht Rechnung getragen. Erforderlich sind:

- Erstens: differenzierte Formen der Wochen-, Jahres-, und Lebensarbeitszeitverkürzung, die vor allem Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten ermöglichen.
- Zweitens: die intelligente Kombination ("Deals") von gesetzlichen Maßnahmen, tariflicher Politik, betrieblichen Vereinbarungen und einer arbeitsmarktpolitischen Förderung von Arbeitszeitverkürzungen durch Rechtsansprüche und gezielte Anreize.
- Drittens: die Arbeitszeitverkürzung muss auch in Zukunft bei vollem Lohnausgleich erfolgen. Denn Erwerbsarbeit muss nach unserem Verständnis immer existenzsichernd erfolgen.

Auf Basis der Erfahrungen mit den beispielsweise in Frankreich erprobten Modellen ließe sich überlegen, wie individuelle, betriebliche und tarifliche Arbeitszeitverkürzungen in Verbindung mit Neueinstellungen mit Hilfe von Mitteln der BA finanziell so flankiert werden können, dass Lohnneinbußen für die ArbeitnehmerInnen ausbleiben.

Ein Schritt in diese Richtung sind Modelle der *Job Rotation*, bei denen es zu einem "Deal" zwischen Beschäftigten, Unternehmen, Arbeitslosen und dem Staat kommt. Während die Beschäftigten (überwiegend) auf Kosten ihres Betriebes längere Weiterbildungsphasen in Anspruch nehmen können, finanziert der Staat die befristete Einstellung von Arbeitslosen auf dem frei werdenden Platz. *Job Rotation* ist damit nicht nur ein Modell der Arbeitsumverteilung, sondern auch der Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen und somit auch Gegenstand des nächsten Regelungskreises. Weniger das konkrete Modell, als vielmehr die *Job Rotation* zugrundeliegende Logik bildet den Kern der Arbeitsversicherung.

Auch bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, ist über die öffentliche Unterstützung nachzudenken. So könnte das Erziehungsgeld in ein Teil-Arbeitslosengeld umgewandelt werden.

„Employability“ und Lebensbegleitendes Lernen

Arbeitsmarktpolitik wird in Zukunft auch gleichzeitig Innovationsförderung sein müssen - und zwar in zweierlei Hinsicht: für die Volkswirtschaft und die Beschäftigten. An der Debatte um den bereits akuten Fachkräftebedarf in der IT-Branche wird deutlich, dass die Mismatch-Arbeitslosigkeit zunimmt, d.h. den einerseits hohen Arbeitslosenzahlen gleichzeitig viele unbesetzte Stellen gegenüber stehen. Daher ist zu diskutieren, ob sich wandelnde Anforderungen an die Qualifikationen der Beschäftigten im Rahmen einer umfassenden Innovationsstrategie nicht einen neuen Anspruch an öffentlich ko-geförderte Weiterbildung begründen. Berufliche Weiterbildung muss gerade deswegen im Rahmen einer aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik auch von nicht von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten in Anspruch genommen werden können.

Alle Erwerbstätigen erhalten - ebenso wie Erwerbslose im Rahmen von individuellen Förderplänen - einen Anspruch auf Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Jeder Erwerbstätige enthält ein individuelles Qualifizierungskonto, über das er verfügen kann.

Die Arbeitsversicherung setzt hier einen Rahmen, der durch tarifliche und betriebliche Vereinbarungen ausgestaltet werden kann. Anzustreben ist, dass die Weiterbildung im Rahmen von Job Rotation mit Neueinstellungen verzahnt wird.

Zu einer Politik, die die Employability von Beschäftigten stärkt, muss aber noch mehr gehören. Ebenso wichtig ist eine Weiterentwicklung der *Berufsberatung*, z.B. durch ein Anrecht aller Beschäftigten, professionelle Unterstützung zur Entwicklung individueller Strategien und Förderpläne für die eigene Erwerbsbiografie in Anspruch nehmen zu können.

Ebenso gehört zur Employability auch eine stärkere *Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Existenzgründungsförderung* bzw. den Anforderungen der "Neuen Selbständigkeit". Zwar können arbeitslose Existenzgründer ein Überbrückungsgeld für sechs Monate erhalten. Damit bleiben aber viele Bedarfe gerade der kleinen Selbständigen im Hinblick auf Beratung, Qualifizierung, Personalbedarf in der Gründungsphase u.a. unberücksichtigt

Verzahnung von Beschäftigungs- und Strukturförderung

Die bislang skizzierten Maßnahmen können gerade in strukturschwachen Regionen keinen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten. Auch die Professionalisierung der bislang

überwiegend von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit erfordert neue gesellschaftliche Organisationsformen. Soll eine Spaltung des Arbeitsmarktes durch die Verlagerung bestimmter Dienstleistungstätigkeiten in einen Billiglohnsektor vermieden werden, sind dauerhafte öffentliche Ko-Finanzierungsformen unabdingbar. Vor allem in im Strukturwandel befindlichen Regionen im Westen sowie in weiten Teilen Ostdeutschlands gibt es mittelfristig zur öffentlich geförderten Beschäftigung keine Alternative.

Strukturpolitische Maßnahmen in reiner Verantwortung den einzelnen Kommunen zu überlassen, wird nicht zum Erfolg führen. Regionen können sich nicht entwickeln, da die Kommunen sich gegenseitig blockieren und als Konkurrenten verstehen. Eine sozialverträgliche Strukturpolitik zielt auf eine gerechte Verteilung von Arbeit und Erwerbschancen ab. Diese Verteilung ist heute ungleich: zwischen den Menschen in den verschiedenen Regionen in Deutschland sowie zwischen Frauen und Männern. Zum Ausgleich der ungleichen regionalen Verteilung von Arbeit und Erwerbschancen ist der Mitteleinsatz in den strukturschwachen und vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen in Deutschland zu konzentrieren. Dies wird auch zukünftig nicht ohne eine Umverteilung von Mitteln gehen.

Eine auf die spezifischen Bedürfnisse der Regionen zugeschnittene Strukturpolitik ist nur unter Einbindung der regionalen Akteure möglich. Vor Ort sind die notwendigen Informationen vorhanden, die zur detaillierten Ausgestaltung dieses Politikfeldes nötig sind. Dies entspricht dem Bedürfnis nach mehr Mitsprache und Mitgestaltung der regionalen Akteure.

Die Regionalisierung der Strukturpolitik dient die Schaffung einer regionalen Ebene vor, in deren Rahmen benachbarte Kommunen kooperieren können. Diese neue Ebene ist allerdings keine neue Verwaltungsebene, sondern nur ein Forum für die regionale Abstimmung und Zusammenarbeit von benachbarten Kommunen. An dem formal-rechtlichen Aufbau und Ablauf des politisch-administrativen Systems ändert sich durch die Etablierung von "Regionen" und "Regionalkonferenzen" zunächst einmal überhaupt nichts. Dieser Zusammenschluss ergänzt die herkömmlichen Verfahrenswege politischer Entscheidungsfindung, er ersetzt sie aber nicht.

Das Hauptanliegen einer regionalisierten Strukturpolitik ist die Mobilisierung der strukturpolitisch relevanten Kräfte und Potenziale in den Regionen. Durch die Dezentralisierung der staatlichen Strukturpolitik sollen zwei Ziele erreicht werden. Auf der einen Seite soll durch die Einbeziehung der lokalen Akteure die regionale Selbstverantwortung gestärkt werden. Auf der anderen Seite sollen die Potenziale innerhalb der Regionen genutzt werden. Diese Konzept ist kein Ersetzen des traditionellen Top-down-Modells durch eine reine Bottom-up-Strategie. Angestrebt wird vielmehr ein Zusammenwirken zwischen staatlichen und kommunalen Ebenen, da jede regionalspezifisch ausgeformte Politik in den allgemeinen Rahmen der Landes-, Bundes- und EU-Politiken eingepasst werden muss. Nicht durch die einfache Delegation nach unten, sondern nur durch gleichberechtigte Kooperation und gleichgerichtetes Zusammenwirken können Synergieeffekte entstehen. Dabei muss deutlich sein, dass die Regionen ohne ausreichende finanzielle Hilfe des Bundes diese Aufgaben nicht bewältigen können.

Die regionalisierte Strukturpolitik kann nur funktionieren, wenn die Konkurrenzsituation, bedingt durch die Finanzlage der Kommunen, beseitigt wird. Interkommunale bzw. regionale Zusammenarbeit ist letztendlich nur dann erfolgreich, wenn alle Akteure in diesem Regionalisierungsprozess Vorteile haben. Kommunales „Kirchturmsdenken“, verhindert eine konstruktive Nutzung der oben genannten endogenen Potentiale einer Region. Alle beteiligten

Kommunen sollen von Unternehmensansiedlungen gleich profitieren, sich bei der Schaffung bzw. Erhaltung von Infrastruktur (gerade in Verflechtungsräumen) beteiligen. Fördermittel von Bund und Länder sollten deshalb bevorzugt an Maßnahmen und Projekte mit regionalem bzw. interkommunalem Bezug vergeben werden.

Zudem besteht die Herausforderung, arbeitsmarktpolitische Risikogruppen wie Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der sogenannte Zweite Arbeitsmarkt war immer als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt konzipiert. Längst hat sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit ein chaotischer öffentlich geförderter Beschäftigungssektor herausgebildet. Das SGB III sieht v.a. *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* und *Strukturanpassungsmaßnahmen* vor. Zum Teil werden auch die Mittel für *Sozialplanmaßnahmen* im Rahmen von *Beschäftigungsgesellschaften* oder die *Freie Förderung* von den Arbeitsämtern für solche Zwecke genutzt. Weitere Ansätze von EU, Ländern und Kommunen sehen beispielsweise die Förderung von Dienstleistungspools, Sozialen (Wirtschafts-)Betrieben bzw. Arbeitsförderbetrieben oder "Arbeit statt Sozialhilfe" vor. Was jedoch fehlt, ist die Bereitschaft, den chaotischen Zweiten Arbeitsmarkt im Rahmen eines *öffentlich geförderten Beschäftigungssektors* auf eine neue Grundlage zu stellen, in den sich der bunte Mix an regionalen Projekten einfügen kann.

Der ÖBS soll mit Unterstützung des Bundes finanziert werden und einer regionalen Steuerung unterliegen. Ziel ist die Regionalisierung und bessere Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in Verbindung mit einer Qualifizierungskomponente. Der öffentliche geförderte Beschäftigungssektor ist ein neues Segment auf dem Arbeitsmarkt, das durch öffentliche Nachfrage und private Initiative geschaffen wird. Es sollen Beschäftigungsverhältnisse entstehen, die auf Dauer angelegt sind und nach Tariflohn bezahlt werden. Er soll die Arbeit bündeln und organisieren, die bisher ungetan bleibt, weil sie keinen Profit abwirft oder bislang von non-profit-organisationen wahrgenommen wurde.

Im Gegensatz zum bestehenden zweiten Arbeitsmarkt richten sich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des ÖBS nicht allein auf die individuelle Förderung Arbeitsloser, sondern auf die Entwicklung von Projekten mit sozialer, ökologischer und infrastruktureller Zielstellung. Die Arbeitsmarktpolitik bekommt damit eine gesamtgesellschaftliche Grundlage und leitet sich aus den Entwicklungserfordernissen einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik ab. Im Einzelnen geht es unter anderem um folgende Aufgabenbereiche:

- Verbesserung der sozialen Reproduktion und Prävention,
- Förderung von Projekten gesundheitlicher Prävention und Nachsorge,
- Erhöhung des allgemeinen Qualifikationsniveaus und des kulturellen Lebensstandards,
- Förderung freier Theater und anderer selbstorganisierter Kulturräume,
- Integration von AusländerInnen,
- Überwindung struktureller Benachteiligungen von Frauen und Mädchen,
- Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen,
- Ausweitung des Angebots nichtkommerzieller Freizeitmöglichkeiten wie Nachbarschaftshäuser, Altentreffs, Jugendclubs, Frauencafés,
- Förderung von Selbsthilfeinitiativen und nachbarschaftlicher Gemeinwesenarbeit,

- Projekte zur Steigerung der Aktivität des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs,
- Unterstützung von Projekten, die noch nicht marktfähige Produkte für soziale Dienste, pädagogische und kulturelle Aufgaben sowie für den Umweltschutz entwickeln,
- Renaturierungsprojekte,
- Beseitigung ökologischer Altlasten

Gleichwohl kann es nicht darum gehen, irgendwelche Beschäftigung zu fördern, sondern es gilt, Beschäftigungs- und Strukturförderung miteinander zu verzahnen und die Mittel im Rahmen einer auf die regionale Binnenwirtschaft bezogenen "zweiten Säule der Strukturpolitik" so produktiv wie möglich zu nutzen.

4.2. Konjunktur beleben – Infrastruktur stärken

Die Überwindung der Beschäftigungskrise setzt zunächst ein ausreichendes Wirtschaftswachstum voraus. Alle Instrumente der Wirtschaftspolitik – der Einkommens-, Finanz- und Geldpolitik – müssen deshalb im Sinne eines stabilen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums genutzt und aufeinander abgestimmt werden. Im Rahmen des makroökonomischen Dialoges können diese Politikfelder auf europäischer Ebene von den Hauptakteuren (Regierungen, Sozialpartner, Europäische Zentralbank und EU-Kommissionen) koordiniert werden.

Die aufgrund in sich stimmiger und schlüssiger Erkenntnisse über ökonomische Zusammenhänge erarbeiteten Szenarien zeigen, dass eine nachhaltige Besserung am Arbeitsmarkt dann am besten erreicht werden kann, wenn:

- eine ausgewogene Einkommenspolitik im Sinne einer Reallohnsicherung, die die Ertragskraft ebenso sichert wie die Kaufkraft der Arbeitnehmer verstetigt und damit Grundlage eines anhaltenden Wachstumspfad ist;
- mit einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen eine moderne Infrastruktur aufgebaut und damit die Voraussetzung für einen stabilen mittelfristigen Wachstumspfad geschaffen werden kann und zwar auf nationaler und europäischer Ebene;
- der Mitte der 90er Jahre unterbrochene Trend der Arbeitszeitverkürzungen wieder aufgenommen wird und schließlich
- die EZB – auch auf der Grundlage einer ausgewogenen Verteilungspolitik – den notwendigen geldpolitischen Flankenschutz für Wachstum und Beschäftigung bei hinreichend stabilen Preisen leistet.

Wichtigste Beschäftigungsimpulse können durch öffentlichen Investitionen, eine innovativen Arbeitszeitpolitik und bei geldpolitischem Flankenschutz der EZB erreicht werden, während eine ausgewogene Verteilungspolitik die Voraussetzung für eine Verstetigung des Wachstumspfad ohne Inflationsgefahr schafft.

Arbeitsumverteilung ist ein unverzichtbares Element der Beschäftigungspolitik.

Die im Rahmen des Bündnisses für Arbeit getroffenen Vereinbarungen über eine differenzierte und flexible Arbeitszeitpolitik sowie eine beschäftigungsorientierte Verteilung der Arbeit muss zügig umgesetzt werden.

Das gilt für den Abbau von Überstunden, für eine qualitative Verbesserung des Angebotes von Teilzeitarbeitsplätzen, für verbesserte Rahmenbedingungen für Altersteilzeit und für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Das gilt aber ebenso für weitere effektive

Verkürzungen der Wochen- und/oder Jahresarbeitszeit. Alle Formen von Arbeitszeitverkürzungen schließen eine intelligente Arbeitszeitgestaltung nicht aus.

Verbesserte Übergänge von der Erwerbslosigkeit in die Beschäftigung sowie Arbeitszeitoptionen in Verbindung mit Weiterbildung, Familienzeiten und Sabbaticals können dazu beitragen, Arbeitslosigkeit abzubauen, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit zu verbessern. Insgesamt müssen in der Arbeitszeitpolitik immer mehr flexible Spielräume geschaffen werden, auch durch Jahresarbeitszeiten und Arbeitszeitkonten.

Als wichtige Schritte auf dem Weg zu einem neuen Normalarbeitsverhältnis mit sehr viel kürzeren Arbeitszeiten für alle muss die zunehmende Erwerbsneigung der Frauen von Frauen intensiver als bisher unterstützt werden. Diese ermöglicht sinkende Pro-Kopf-Arbeitszeiten für den bisher Vollzeit arbeitenden „männlichen Familienernährer“. Für Frauen müssen zugleich aber verbesserte Einkommens- und Aufstiegsbedingungen geschaffen werden. Deswegen fordern wir umgehend ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

Neue Beschäftigung entsteht durch die Erschließung neuer Märkte. Die Wachstumsmärkte der Zukunft liegen vor allem:

- in der Entwicklung der IuK-Techniken und –Dienste, wo durch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen, Förderung innovativer Angebote und umfassende Beratung die Voraussetzungen für die Entwicklung und Verbreitung der neuen Schlüsseltechnologien optimiert werden müssen;
- im Umweltbereich, wo durch einen Mix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten und aus einer Verbesserung der Umweltstandards im Umweltrecht die sich bietenden Beschäftigungsfelder besser erschlossen werden müssen. Große Arbeitsplatzpotentiale bieten insbesondere der verstärkte Export von Umwelttechnologien, die Förderung regenerativer Energien und die energetische Sanierung des Gebäudebestandes;
- bei den personenbezogenen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Senioren, Pflege, Soziales, Freizeit, Hauswirtschaft u. a. Die durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und soziodemographische Veränderungen in diesen Bereichen entstandenen Nachfragepotentiale sind bislang nur unzureichend erschlossen.

Expansive Geldpolitik

Die Geldpolitik der Euro-Zentralbank wird dagegen den konjunkturellen Erfordernissen nicht gerecht. Sie ist im Vergleich zur amerikanischen oder britischen Zentralbank außerordentlich restriktiv. Die EZB hat die wachstumspolitischen Chancen nur unzureichend genutzt, die sich in den letzten Jahren infolge der zurückgehenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte und der moderaten Lohnsteigerungen eröffnet haben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt hierzu im Wochenbericht 26/2001 nüchtern fest: „Dass der Aufschwung zum Erliegen kam, ist zu einem erheblichen Teil der zu strikt angelegten Geldpolitik der EZB zuzurechnen.“ Obwohl sich schon seit Monaten die derzeitige Konjunkturdelle abzeichnete, hat die EZB alle Warnungen und Empfehlungen für eine konjunkturgerechte Zinspolitik in den Wind geschlagen und damit Beschäftigungschancen zunichte gemacht.

Die Sicherung der Geldwertstabilität ist von zentraler Bedeutung, sie darf jedoch nicht ohne jegliche Rücksicht auf die Wachstums- und Beschäftigungspolitik verfolgt werden. In Phasen mit einer niedrigen Kerninflation und stagnierendem Wachstum bzw. fortbestehender Massenarbeitslosigkeit muss das Beschäftigungsziel in den Vordergrund treten. Die Euro-

Zentralbank muss nunmehr die vorhandenen Spielräume für Zinssenkungen nutzen, um die Wachstumsimpulse zu stärken.

Um eine bessere Koordination zwischen der Beschäftigungs- und der Geldpolitik zu erreichen, muss ein Dialog zwischen den für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Institutionen – einschließlich der Euro-Zentralbank – eingeleitet und forciert werden. Zur Schaffung eines institutionellen Rahmens einer europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie ist entsprechend dem französischen Vorschlag eine Wirtschaftsregierung zu bilden, die die wirtschaftspolitischen Ziele der Union koordiniert und zusammenfasst. Eine deutsche Initiative zur Umsetzung des französischen Vorschlags ist geboten, um die politischen Handlungsspielräume in Rezessionszeiten spürbar auszuweiten.

Konjunkturgerechte Finanzpolitik

Eine konjunkturelle Arbeitslosigkeit, die nicht unverzüglich entschieden bekämpft wird, verfestigt sich und kann nur unter erheblichen finanziellen Aufwand im Rahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik wieder zurückgeführt werden. Der staatlichen Fiskalpolitik muss deshalb in Zeiten schwacher Wirtschaftstätigkeit oder in Rezessionszeiten die Option einer expansiven Ausgabenpolitik offen stehen, da andernfalls der demokratische Staat eine wichtige Möglichkeit der Konjunktursteuerung verliert.

Eine ständige Verpflichtung zu geringen Staatsausgaben ist ökonomisch kontraproduktiv, weil das Sparen unter Rezessionsbedingungen eindeutig krisenverschärfend wirkt. Eine Verminderung der Staatsnachfrage in der Krise bewirkt eine Verringerung von Einkommen, Konsum und Investitionen und führt somit über vermehrte Arbeitslosigkeit zu neuen Etatlöchern, gegen die dann erneut angespart werden muss („Schuldenparadox“). Ob eine Erhöhung oder eine Verminderung der staatlichen Kreditaufnahme geboten ist, muss also davon abhängig gemacht werden, welche Wachstums- und Beschäftigungseffekte mit ihr in der jeweiligen konjunkturellen Situation verbunden sind. Angesichts der erzielten Erfolge bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte existieren gegenwärtig selbst im Rahmen der Bestimmungen des Dubliner Stabilitätspakts Spielräume für eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik. Es ist daher nicht notwendig, konjunkturbedingte Mindereinnahmen durch Ausgabenkürzungen zu kompensieren: „Eine prozyklische Politik, der in der gegenwärtigen Abschwungphase weitere Ausgabenkürzungen entsprächen, wäre kontraproduktiv. Angesichts des Fehlens anderer weltwirtschaftlicher oder europäischer Auftriebskräfte wäre es falsch, die mit den Stabilitätsprogrammen vorgegebenen Defizitziele um jeden Preis erreichen zu wollen. Nur das Wirken der automatischen Stabilisatoren kann eine weitere Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abfedern“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 26/2001). Damit ist auch dem Konsolidierungsziel besser gedient, als wenn gegen die Konjunkturdelle „angespart“ würde.

Öffentliche Investitionen sind in der Vergangenheit zum bevorzugten Objekt von Sparpolitikern geworden. Der dadurch erzeugte Rückgang der staatlichen Investitionsquote von 5 vH am BIP in den 60er Jahren auf zuletzt 2 vH hat zu Versäumnissen gerade auch bei der ökologischen Infrastruktur geführt.

Dieser mit notwendiger Sparpolitik begründete Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für Forschung und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Infrastruktur etc. stellt nicht nur eine Belastung für die heutige Generation dar, er verschlechtert auch die Chancen für zukünftige Generationen, die sich heute nicht zu Wort melden können.

Diese Entwicklung ist dringend umzukehren. Deshalb muss darüber hinaus mit einem öffentlichen Investitionsprogramm ein starker Wachstumsimpuls ausgelöst werden.

Wir fordern ein öffentliches Investitionsprogramm für die Verbesserung der Infrastruktur, den ökologischen Umbau sowie den Ausbau von Bildung und Qualifizierung mit einem Finanzumfang von 75 Milliarden €, verteilt auf drei Jahre.

Zur Finanzierung der entstehenden Mehrausgaben wird es auch nötig sein, die Staatseinnahmen zu erhöhen. Deswegen fordern wir eine baldige Reform der Erbschaftsteuer zur Bildungsfinanzierung sowie die Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Die gigantischen Entlastungen im Bereich der Unternehmensteuern sind zurückzunehmen.

Andererseits muss angesichts der entwickelten wirtschaftlichen Krise das Primat der Haushaltskonsolidierung dynamisiert werden.

Beschluss **B1** Antragsteller Bundesvorstand

Bildung im flexiblen Kapitalismus - Bildungspolitik für Zukunftschancen

Wir befinden uns in einem tiefen Strukturwandel der Gesellschaft - alte Sicherheiten der Massenproduktion und des Massenkonsums gehen verloren, alte Karrieremuster entfallen. Das Bild scheinbar unbegrenzten Wachstums, stabiler Mehrwertraten und (finanzieller) Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat Risse bekommen, wie die Klassenstruktur mit ihren traditionellen Aushandlungsmodellen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zunehmend ins Leere zu laufen droht.

Zugleich kündigt sich eine neue Organisationsform der Produktion an. Sie wird durch den Ausbau neuer Leitbranchen (IT-, BioGen-Branche, Dienstleistungssektor etc.), vernetzte Produktionssysteme, zunehmende Informatisierung und Internationalisierung von Arbeits- und Produktionsprozessen, Verschiebung sektoraler Anteile und neuen Arbeitsverhältnissen geprägt. Das bedingt einen Wandel, der vor allem die junge Generation und damit auch die Bildungsinstitutionen und die staatliche Organisation betrifft. Gleichzeitig prägt das fordistische Arbeitsverhältnis die Arbeitsrealität vieler junger Menschen. So wurde entgegen des oben skizzierten Trends in der Produktion Gruppenarbeit systematisch zurückgefahren und durch traditionelle Fließbandarbeit mit hoher Taktzahl ersetzt. Aber auch auf feudale Arbeitsverhältnisse treffen Jugendliche heute noch, zumeist im Handwerk. Die neuen Leitbilder der Arbeit, wie das des „young professional“, werden dagegen nur für einige wenige Realität und sind außerdem kritisch zu betrachten.

Hatte der Staat in den 1970er Jahren noch das Ziel gehabt, eine Verteilung der Güter und Leistungen zu verteilen, und die Reproduktion der gesellschaftlichen Produktivkraft zu sichern und durch sozialpolitische Instrumente versucht, den sozialen Frieden für die Gemeinschaft zu erhalten, trafen in den 1980er und 1990er Jahren zunehmend der Verzicht auf staatliche

Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung und die Krise der fordistischen Produktion zusammen, die an ihre sozialen, ökonomischen und räumlichen Grenzen stieß. Massenproduktion und Massenkonsum, die die staatliche Umverteilungspolitik ermöglichten, wurde durch die fehlende Bereitschaft des Kapitals, sich an der sozialen Verantwortung zu beteiligen, in Frage gestellt. Wohlstandssteigerung war in diesem Zusammenhang mit dem Ausschluss ganzer Bevölkerungsschichten erkauft.

Wissensgesellschaft als Reaktion auf den in die Krise geratenen Fordismus

Gleichzeitig mit dem gesellschaftlichen Bruch hat sich der Begriff der Wissensgesellschaft festgesetzt. Er beruht auf der Annahme, dass die Bedeutung des individuellen und institutionellen Wissens zugenommen habe, sowohl als Produktivkraftsteigerung als auch direkt als Kapital.

Die behauptete „postindustrielle Gesellschaft“ führte allerdings vielfach auch dazu, die Befreiung von der Produktion und den Widersprüchen des Kapitalismus auszurufen. Das Gegenteil ist der Fall: Weder ist industrielle Produktion unnötig geworden, noch hat sich in den neuen Branchen eine größere Freiheit etabliert. Der Begriff „Wissensgesellschaft“ verweist so nicht nur auf eine gesteigerte Bedeutung in den Branchen der New Economy, sondern wurde auch dazu genutzt, die Qualifizierungsphase und die Verantwortung für die Bildung zu privatisieren und den Nutzen zu kapitalisieren, bei gleichzeitig steigendem Bedarf an qualifizierteren Arbeitskräften. Der Druck sich ändernder Qualifikationsanforderungen, die sich aus dem wirtschaftlichen Wandel ergeben, werden so an den und die EinzelneN weitergegeben: Die Erfahrung unserer Generation ist sowohl durch die monatliche Arbeitslosenstatistik wie durch die widersprechende Behauptung geprägt, dass individuelle Bildung die eigenen Lebenschancen absichern könne. Diesen Widerspruch gilt es durch einen übergreifenden Politikansatz zu überwinden.

Laut einer Studie des IAB werden im Jahr 2010 72 % aller Erwerbstätigen eine berufliche Erstausbildung und eine darauf aufbauende Fortbildung und 17-18% ein Hoch- oder Fachhochschulstudium benötigen. Der Bedarf an Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung beliefe sich dann auf nur noch 10%. Rechnet man gleichzeitig ein, dass - die PISA-Studie war diesbezüglich nur der letzte Nachweis - Deutschland eines der selektivsten Bildungssysteme im internationalen Vergleich hat, erhöht das soziale Risiko der und des EinzelneN. Diese Privatisierung von Bildungskosten und Risiken potenziert die soziale Ungleichheit in Deutschland besonders bei einem starken Konnex von Bildungs- und Erwerbssystem: „Gerade in einer Gesellschaft mit einer so engen Verbindung zwischen (Aus-)Bildungs- und Beschäftigungssystem erfolgt die Verteilung von Lebenschancen wesentlich durch das Nadelöhr der (überwiegend öffentlich vermittelten) Bildungschancen: Die misslingende Verknüpfung von Bildungs- und Erwerbssystem führt schnell zu tiefgreifenden Verlaufsschäden, deren Korrektur immer mit hohen individuellen und sozialen Kosten verbunden ist.“ (Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 199.) Die enge Verbindung kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass Vollbeschäftigung kein Problem besserer Bildung ist, wie der Begriff der auf Zugangsgerechtigkeit reduzierten Chancengleichheit nahe legt. In die gleiche Kerbe schlägt die Gleichsetzung von Bildungspolitik und Sozialpolitik. Immer öfter, wenn vom „Mega-Thema Bildung“ die Rede ist, wird eine solche Gleichsetzung vollzogen. Dabei wird der Umverteilungsbedarf auf den Bereich Bildung beschränkt, wie es auch der Armuts- und Reichtumsbericht tut. Vielmehr kann soziale Gerechtigkeit und Gleichheit nur über einen sozialistischen Politikansatz erreicht werden, der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik verbindet.

Aber mit der Veränderung der Arbeit im Übergang zum Postfordismus hat eine Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse stattgefunden und dauert an, auch durch die Erweiterung des Einflusses von neuen Medien und Technologien in der Arbeitswelt. Dies zeigt sich auch durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses; zwar sind Analysen, die von einer Erosion des Normalarbeitsverhältnisses ausgehen wie alle Analysen politisch motiviert, doch erkennen wir den doppelten Druck, der durch die veränderten Arbeitsbeziehungen auf das Bildungssystem ausgeübt wird: einerseits von denen, die gebildet werden wollen (wie auch von jenen, die die Ergebnisse verwerten wollen) und andererseits durch die immer stärkere Vermischung von Bildung und Arbeit auch über den Weiterbildungssektor hinaus. Wir Jusos halten am emanzipatorischen Charakter der Bildung fest. Bildung soll nicht nur die Qualifikationen fürs Berufsleben vermitteln, sondern auch die Möglichkeit zur persönlichen Entfaltung ermöglichen.

Gesellschaftliche Spaltung

Besonders betroffen von den gesellschaftlichen Brüchen ist die Generation der Jugendlichen, die sich zunehmend auf neue Arbeitsverhältnisse, Unsicherheiten in der Planung ihres Lebens betroffen sehen und die sich in drei Spaltungen der jungen Generation darstellt:

1. Individuelle Trennung zwischen Qualifizierung und Arbeit / sozialem Status

War es bis zu den 1970er Jahren die Regel, dass eine Karriere langfristig über den Ausbildungsweg vorbereitet werden konnte, ist heute eine hohe Qualifizierung zunehmend nur noch notwendige, aber nicht mehr hinreichende Bedingung, einen gesicherten und adäquaten Arbeitsplatz zu erhalten: So hat sich z.B. die Zahl von Facharbeitern in Hilfsarbeiterpositionen auf 20 %, bei FacharbeiterInnen auf 46% bis 1994 erhöht (Henninges 1996). Die für alle Jugendlichen neue Unsicherheit wird als direkter Druck an die Lernenden weitergegeben. Die materielle Absicherung der Lernenden und der institutionelle Abbau kann so über die ideologische Klammer des individuellen Wettbewerbs ausgetragen werden.

2. Soziale Spaltung

Eine differenzierende Bildungspolitik muss mehr Menschen Fachausbildungen wie die Hochschul- und Fachhochschulreife ermöglichen. Spitzenländer haben Abiturquoten von 79% und mehr je Jahrgang. Die Bundesrepublik liegt mit 34% auf dem 23. Platz von 26 Vergleichsländern der OECD.

Im Bildungssystem bestimmen Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern nachwievor den Zugang zu Bildung. Seit Anfang der 80er Jahre ist vor allem die soziale Absicherung für die junge Generation massiv ins Wanken geraten, mit den entsprechenden Auswirkungen für das Bildungssystem. Chancengleichheit ist durch diese Politik massiv zurückgedrängt worden, sodass heute in vier Gruppen in der Bundesrepublik noch erhebliche Bildungspotenziale unerschlossen geblieben sind:

- Bei den Fachangestellten und FacharbeiterInnen trennen immer noch durch kulturelle Schranken von den höheren Bildungsmilieus.
- In stadtfernen Regionen leben heute mehr als 50% der Bevölkerung, ihre dynamischen Potenziale sind groß, aber werden sehr ungleich gefördert.
- Die jungen Frauen haben zwar eine höherer Abiturquote als die jungen Männer, und heute sind eine Million mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt als 1970. Dass ihre Chancen im Erwerbsleben sind immer noch geringer sind, ist eine Quelle hoher Unzufriedenheit mit der Politik.

- Bei den jungen Zuwanderern liegt die Abiturquote bei wenig über 10%.

Ein strukturelles Problem der gesellschaftlichen Ungleichheiten liegt in der Unterfinanzierung der Bildung durch die öffentliche Hand. Der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Ausbildung am Bruttoinlandsprodukt liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Wenig verwunderlich ist es somit, dass der momentane Zustand, mit dem Jugendlichen in (Hoch-)Schulen und Betrieben konfrontiert werden, nicht immer den gesellschaftlichen Anforderungen entspricht. Der Vorschlag, diesen Missstand durch private Finanzierung der Bildung zu beheben, ist grundsätzlich abzulehnen. Eine Bildung, die abhängig vom Geldbeutel des Bürgers ist, führt zur sozialen Benachteiligung und Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, wissend und unwissend.

Weiterhin verschärfen sich die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft, betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche. Die Bildungsbeteiligung und mit ihr die Ergänzung von materiellem und kulturellem Kapital verschärft weiterhin die Ungleichheit von Lebenschancen. So ist in dem Zeitraum von 1986 bis 1996 im alten Bundesgebiet ein Hauptschulabschluss von 53% der Arbeiterkinder und Kinder Erwerbsloser, aber nur von 9,6% der Beamtenkinder gemacht worden. Umgekehrt haben nur rund 17% der Arbeiterkinder und Kinder Erwerbsloser das Abitur, aber 74,4% der Beamtenkinder. Ähnliches zeigt sich dann auch an der Herkunft der Studierenden: Laut der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes liegt der Anteil der Arbeiterkinder seit den 1970er Jahren nahezu konstant bei 13,7%. Gerade im Bereich der niedrigeren Qualifikationen wird die soziale Spaltung besonders deutlich: Mediale verbreitete „Ausbildungsplatz-Touren“ und weiterhin existente Jugendarbeitslosigkeit können nicht darüber hinweg täuschen, dass eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft und Appelle an das soziale Gewissen bei weitem nicht ausreichen. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde zwar von der rot-grünen Bundesregierung erkannt und durch das Programm JUMP bekämpft. Dennoch müssen zu einer langfristigen Problemlösung neue tiefgreifendere Reformen im Arbeits- und Sozialrecht und in der Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden (z.B. Arbeitsversicherung, Ausweitung des Öffentlichen Beschäftigungssektors, Ausbildungsplatzumlage etc.). Dies betrifft auch den im Bundesgebiet weitgehend unregulierten Weiterbildungssektor: Weiterbildung - zunehmend als individuelle Bringschuld des Arbeitnehmers, als beständig notwendige Wertsteigerung des „Humankapitals“ gesehen - muss in öffentlicher Verantwortung gerade benachteiligten Personengruppen individuelle Perspektiven eröffnen. An Weiterbildung sind bisher in der Hauptsache Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss beteiligt, unter anderem auch, weil Weiterbildung weitgehend privat (oder nach Gutdünken des Arbeitgebers) finanziert wird. Der Trend, Weiterbildungsmaßnahmen in Tarifverträgen festzuschreiben, ist zwar zu begrüßen, reicht aber nicht aus: Gerade diejenigen, die keinen Arbeitsplatz haben, müssen über die klassische Umschulungsmaßnahmen hinaus, die Möglichkeit haben an (Weiter-) Bildung zu partizipieren.

3. Sektorale Spaltung

Die Tertiärisierung und Professionalisierung des häuslichen Sektors einerseits und des modern-industriellen Sektors andererseits führt auch zu einer gestiegenen Bedeutung von Dienstleistungsberufen mit neuen Beschäftigungsmustern. Gleichzeitig bildet sich eine zumeist prekär beschäftigte, gering qualifizierte ArbeitnehmerInnenschicht heraus. Die tendenzielle Zweispaltung der Gesellschaft und ihre sanktionierende Wirkung auf die und den Einzelnen bildet sich direkt auf ein stark hierarchisches Bildungssystem ab.

Bildung im Wandel - Jugendkultur

Der prosperierende Fordismus wurde ergänzt durch eine streng hierarchische Jugendkultur, die an festen Lebensentwürfen und Karrieremustern orientiert wurde. Auch in der Bildung durchliefen die Jugendlichen einen festgefügtten Lebensplan, der sie für ihre ebenso festgelegte Position in der Gesellschaft in einem abgeriegelten kulturellem Raum vorbereitete. Die Einteilung von Schultypen, in denen es eine Durchlässigkeit kaum gab, war eine tayloristische Reproduktion von Arbeitskräften. Die Massenproduktion orientierte sich an einer Massenbildung, die zugleich eine kleine, abgeschlossene Elitebildung einfasste.

Im Zuge der 1970er Jahren, dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, förderte die Brandt-Regierung eine Öffnung der Bildungsinstitutionen, die auch eine autonome Jugendkultur begünstigte und förderte.

Die 1970er Jahre brachten aber auch den weiterhin für uns prägenden Chancengleichheitsbegriff, der zu einer prozessual verstandenen Gleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen weiterzuentwickeln ist. Auch wenn die aktuelle Diskussion immer stärker den formaljuristischen Ansatz in den Vordergrund drängen will, bleibt der egalitäre Ansatz für uns sinnstiftend und Ausgangspunkt für eine Reform des Bildungssystems. Nicht der Glaube an den Wettbewerb und die Leistungsbereitschaft des bzw. der Einzelnen kann für uns Ansatzpunkt sein, sondern ein Zusammendenken von Bildungschancen und Demokratisierung der Gesellschaft ist für uns Grundsatz eines Chancengleichheitskonzepts. Denn es ist nicht ausreichend, sich im Rahmen von Chancengleichheit auf Gleichheitseffekte zu beschränken, die ein möglichst reibungsloses Funktionieren im kapitalistischen System garantieren und auf den herrschenden Konkurrenz- und Hierarchiemechanismen aufbauen.

Die Prägung der Jugenderfahrungen der 1970er war durch das Freiheitsversprechen gekennzeichnet, durch Produktivitätssteigerung von den Zwängen des Kapitalismus loszukommen oder ihn zumindest politisch überwinden zu können. Dieses Freiheitsversprechen endete jedoch schon in dem Verschwinden der reformerischen Allianz von Politik, Verwaltung und Wirtschaft, die den Ausbau eines partizipativen und demokratischeren kulturellen Raums aufgaben. Die relative Unabhängigkeit von vorherigen Karriere- und Handlungsmustern im Zuge der 1960er und 1970er war nicht mehr durch staatliches Handeln abgesichert: Selbstentfaltung wurde so zunehmend zur blanken Selbstbehauptung, freiere Wahlmöglichkeiten zur sich potenzierenden Unsicherheit und Sozialelektion. Gleichzeitig wurde die Jugendkultur selbst zum lukrativen Markt der Freizeit- und Dienstleistungsindustrie.

Im besonderen Maße war die Stellung von Kindern und Jugendlichen durch den Widerspruch von traditioneller Familienvorstellung und Stärkung der Emanzipation bestimmt. Konservative Politik ging dabei davon aus, dass die traditionelle Familienvorstellung aufrechterhalten werden müsse, was einen partizipatorischen Reformprozess blockierte. Die konservative Familienpolitik hat auch bei partieller Verbesserung der Lage von Kinder und Jugendlichen in die Sackgasse geführt: Einerseits orientierte und orientiert sich diese Politik nur am (sicherlich notwendigen) Schutz von Kindern und Jugendlichen, nimmt sie aber nicht als gesellschaftliche Akteure wahr und ernst. Andererseits betont sie die Bedeutung familiärer Erziehung, vor allem als Argument, die öffentliche Verantwortung herabzusetzen, obwohl sie den sozialen und ökonomischen Druck erhöht hat.

Dennoch haben in den letzten 20 Jahren wesentliche Reformen zu einem neuen Verständnis von Kindheit geführt, die auch Kinder und Jugendlichen zunehmend als eigenständige soziale Akteure betrachten:

- Der Wechsel von elterlicher Gewalt zu elterlicher Sorge (1980)
- Einrichtung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (1988)

- Verabschiedung der UN-Konvention für die Rechte des Kindes (1989), die Schutz, Versorgung und Partizipation als Ziele von Politik festsetzte.
- Kinder- und Jugendhilfegesetz (1990)

Bildungspolitische Grundkontroverse

Die technische und wissenschaftliche Entwicklung und die zunehmende Komplexität internationaler Beziehungen erfordern in den hochentwickelten Staaten eine Masse hochqualifizierten und -spezialisierten Personals. Die politische Auseinandersetzung dreht sich daher nicht mehr um die Frage, ob großen Teilen der Bevölkerung höhere Bildungsmöglichkeiten eingeräumt werden sollen, sondern darum, mit welchem Ziel sich Qualifikation angeeignet werden kann und soll. Dabei stehen sich die folgenden beiden Grundansätze gegenüber:

Vorherrschend in der bildungspolitischen Diskussion ist die Forderung nach einer sozialen Öffnung bei gleichzeitiger Zurichtung der Bildungsinhalte auf Qualifikation für die Erfordernisse des Arbeitsmarktes. Das erfordert über den Erwerb von Grundqualifikationen hinaus, eigenständig Defizite zu erkennen, alle relevanten Faktoren zu analysieren, Handlungsoptionen abzuwägen und schließlich Entscheidungen zu fällen. Demgegenüber steht das Bildungsziel der Befähigung Aller zu mündigem Eingreifen in gesellschaftliche Entwicklung, zu verantwortlichem und kooperativem Handeln und darauf begründeter (berufs-)spezifischer Qualifikation. Um zu verhindern, daß sich die wirtschaftlich notwendige Qualifizierung der Einzelnen auch als kritische Betrachtung gesellschaftlicher Zusammenhänge – von der Produktion bis zur Kultur oder zur internationalen Politik – entfaltet, bemüht sich die Unternehmenslobby seit Jahren Konkurrenz und Erwerb von Qualifikation zu einer untrennbaren Einheit der Bildungspolitik zusammenschweißen. Zuckerbrot und Peitsche sollen motiviertes Lernen auf Basis der Einsicht in die Vernünftigkeit und Nützlichkeit des Erstrebtens ersetzen.

Der Beschluss zur Bildungspolitik des Nürnberger Parteitages der SPD (2001) zeigt, dass die Partei in dem Widerspruch steht, dieses Bildungsziel anstrebenswert zu finden, jedoch gleichzeitig den herrschenden Forderungen nach Verwertungsorientierung der Bildungspolitik für eine bessere Position in der ‚Standortkonkurrenz‘ nachzugeben. Bildungspolitik, die beitragen möchte zu sozialer, demokratischer und friedlicher weltweiter Entwicklung, muss aber gerade gegen die scheinbare Natürlichkeit von Standort- und Verwertungslogik, gegen Konkurrenzdenken und Entsolidarisierung erkämpft werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine sozialdemokratische Bildungspolitik, die nur auf sich selbst gestellt ist, gegen die Vorherrschaft der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen und der hieran orientierten Erwartungen und Verhaltensweisen der Menschen nicht ankommt. Keine Gesellschaft kann sich am Schopf des Bildungswesens aus dem Sumpf ihrer Probleme ziehen. Aber wir können uns ebensowenig damit abfinden, daß die inhumanen Züge der Gesellschaft sich in der Bildung einfach widerspiegeln und reproduzieren.

Anforderungen an das Bildungssystem

Aus den dargestellten Veränderungen ergeben sich zwei neue zentrale Anforderungen an das Bildungssystem und einen neuen ArbeitnehmerInnentypus: Die Vermittlung bzw. das Erlernen der entscheidenden Schlüsselqualifikationen, die das Individuum in die Lage versetzen können, den Qualifikationsanforderungen einer sich verändernden Gesellschaft zu entsprechen und die

Anforderung, lebensbegleitend zu lernen und auf den grundlegenden Fähigkeiten aufbauend immer wieder neue Fähigkeiten und Qualifikationen zu erwerben. Daraus ergibt sich auch unmittelbar der Anspruch an das, was den vielbenutzten Begriff der Schlüsselqualifikationen überhaupt ausmachen soll. Unter Schlüsselqualifikationen verstehen wir alle grundlegenden und methodischen Fähigkeiten, die es den Menschen ermöglichen, sich jeweils die Kenntnisse zu erschließen, die für die aktuelle betriebliche Qualifikation und ihre individuelle Entfaltung notwendig sind.

Wegen der zentralen Stellung, die dem Erwerb von Schlüsselqualifikationen für die berufliche Perspektive zukommt, stellt sich die Frage nach der gerechten Bildungsverteilung, die Frage von Chancengleichheit, noch dringender als schon bisher. Wir Jusos erneuern den Anspruch, dass alle das gleiche Recht haben, auf die zentralen Anforderungen einer veränderten Erwerbsarbeit vorbereitet zu werden. Das schließt auch die gleichberechtigte Vermittlung der entscheidenden Schlüsselqualifikationen mit ein. Insbesondere müssen hierzu die Bildungspläne um einen Methodencurriculum ergänzt werden.

Im Mittelpunkt eines demokratischen Bildungswesens steht immer der Anspruch auf Selbstbestimmung: Jeder Mensch muss die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Nationalität oder Religion seine „Schlüssel“ anzueignen, mit denen die Türen zu einem selbstbestimmten Zugang in das Erwerbsleben und zu gesellschaftlicher Bestätigung geöffnet werden. Dieses Verständnis von „Schlüsselqualifikationen“ unterscheidet sich deutlich von dem rein an der ökonomischen Verwertbarkeit orientierten Begriff der Wirtschaft. Die Fähigkeiten, im Team arbeiten zu können, kritikfähig und im Rahmen bestimmter Vorgaben kreativ und flexibel zu sein, stellen an sich noch keinen emanzipatorischen Wert dar. Sie erhalten ihn erst dann, wenn sie dem Individuum erlauben, sich und seine Rolle im Wohnumfeld, in der Gesellschaft und in der beruflichen Tätigkeit zu erfassen, individuelle Ansprüche zu formulieren und umzusetzen. In diesem Sinne sollen die im Bildungswesen vermittelten Qualifikationen die Menschen in die Lage versetzen, zentrale Zukunftsaufgaben in Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie bearbeiten und Lösungen entwickeln zu können.

Sozialistische Bildungspolitik - Was wir wollen

Wir kämpfen für ein Bildungswesen das allen, unabhängig von ihrer Nationalität und sozialen Herkunft, ihrer Religion und ihrem Geschlecht umfassende Bildung ermöglicht und die Entfaltung des Individuums in den Mittelpunkt des Lernprozesses stellt. Dafür ist die solidarische Kooperation aller Menschen notwendig, um durch Arbeit, Bildung und Kultur die Welt sich anzueignen und die Lebenswirklichkeit zu gestalten. Diese Anforderungen hängen eng mit den Grundwerten zusammen, an denen sich die Arbeiterbewegung in ihrer historischen Entwicklung stets orientiert hat: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Diese Grundwerte sind keine normativen Setzungen, sondern Ergebnisse historischer Erfahrung und Ausdruck der sozialen und politischen Interessen von Menschen, die immer noch um ihre gesellschaftliche Emanzipation ringen müssen. Den Grundwerten entspricht ein Menschenbild, in dem der einzelne in seiner Möglichkeit zu Humanität und Freiheit, zu Mitbestimmung und demokratischer Verantwortung und zur Entfaltung seiner Persönlichkeit begriffen wird.

Dafür ist es auch gerade die Aufgabe der Jusos, im Bundestagswahlkampf gesellschaftlich und auch innerparteilich wirklich sozialdemokratische Bildungspolitik durchsetzungsfähig zu machen:

- Stärkung integrativer Bildungsansätze und Öffnung des Bildungswesens zur Überwindung der sozialen Differenzierung
- Bildung als Befähigung zu kritischer Gesellschaftsbetrachtung, Grundlage für eigenständiges Eingreifen in demokratische Auseinandersetzungen, solidarisches Handeln und gewaltfreie Konfliktlösung
- Beruflich-praktische Bildung muss gewährleistet und als Bestandteil allgemeingemeinschaftlich relevanter Qualifikation des Einzelnen verstanden werden.

Das Eintreten für diese Bildungsziele ist somit ein zentraler Bestandteil im Kampf für eine soziale und verantwortungsbewusste Gesellschaft:

Emanzipation und Qualifikation zusammendenken

Wir wollen, ein Bildungssystem, das individuelle Lebenschancen für alle Kinder und Jugendlichen offen hält und entwickelt. Dazu reicht es nicht aus, vorgefertigte Lebensentwürfe an den Mann oder die Frau zu bringen. Aufgabe ist es, mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam ihre Lebensfahrpläne und damit das Recht auf Zukunftschancen individuell zu entwickeln und im Laufe des Bildungsprozesses weiterzuentwickeln. Nur so kann auf die kurzfristige Veränderungsdynamik des Arbeitsmarktes reagiert werden und individuelle Bildungsbiographien als Antwort ernst gemeint sein. In einem solchen Bildungskonzept ist Bildung als berufliche Grundqualifikation zu verstehen, die dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit als Ziel hat, ohne durch eine zu enge berufsspezifische Einbindung in eine arbeitsteilige Nische zu führen. Die traditionelle Schulform mit ihrer festen Rollenverteilung des „allwissenden“ Lehrers und des „lernenden“ Schülers ist diesbezüglich der falsche Weg. Die Erfolge der skandinavischen Schulen beruht unter anderem auf einem solidarischen Bildungssystem, das Förderung über Selektion stellt und bewusst andere Personen (wie PsychologInnen, MediatorInnen, Vereine, kulturelle Träger etc.) in den Bildungsprozess einbindet.

Partizipation stärken

Weiterhin ist ein konservatives Bild vom lediglich schutzbedürftigen Kind verbreitet. Entscheidend aber ist, Kinder und Jugendliche als soziale Akteure wahrzunehmen und sie an der Gestaltung ihres Lebensraumes zu beteiligen. Bildungsinstitutionen, die SchülerInnen oder Studierende als Kunden betrachten sollen, drängen Kinder und Jugendliche aus einer aktiven Gestaltung und machen sie lediglich zu Konsumenten. Damit wird auch das Bild des einseitigen Wissensflusses bestärkt, dass in ein Konzept des lebensbegleitenden Lernens nicht einzupassen ist. Solange aber der Wissensfluss als eine Einbahnstraße konzipiert ist, und SchülerInnen und Studierende nur Wissen konsumieren sollen, wird das vorhandene Wissen lediglich reproduziert, der Erkenntnisgewinn für die Gesellschaft aber wird nicht vergrößert. Partizipation zu fordern heißt, neue selbstbestimmte Lehr- und Lernkonzepte (Projektunterricht, Einbindung in die regionale Kulturarbeit, Regionale Bildungszentren etc.), neue Mitentscheidungsmodelle an Schulen und Kommunen umzusetzen, und es bedeutet auch, dass alle vorhandenen Erfahrungen ernst genommen und genutzt werden, um die bestmöglichen Lösungen zu erzielen. Dieses Ziel muss mit einer kooperativ erarbeiteten Reform der Inhalte verknüpft werden, die aktuelle und existentielle Fragestellungen in den Mittelpunkt stellt. Damit können die Bedingungen für individuelle Selbstverwirklichung und Mitbestimmung in gesellschaftlichen Angelegenheiten verbessert werden. Erst das ermöglicht es, Wissen zu erzeugen, das wohlorganisiert, flexibel nutzbar und reflexiv zugängliche Kenntnis von Gegenstand und Umfeld der Wissensgebiete erzeugt und Problemlösungen entwirft und überprüft.

Autonomie und Mitbestimmung

Der Diskurs um die Autonomie der Bildungseinrichtungen ist in den letzten 10 Jahren verkommen zu einer Diskussion um die zu erfüllenden Sparquoten. Wir Jusos halten aber an der Grundidee fest, die einen Abschied von der Kameralistik zu Gunsten von mehr Spielräumen im Bereich der eigenen Ausgabengestaltung und der Mitbestimmung zum Beispiel in Form einer demokratisch gesteuerten Basis- und Projektfinanzierung bedeutet. Eine solche Autonomie ermöglicht es allen, in den Bildungseinrichtungen die Weiterentwicklung voranzubringen und auf die regionalen Begebenheiten besser reagieren zu können. Wir wehren uns aber gleichzeitig, gegen die Auslegung von Autonomie, die als Synonym für Wettbewerb verstanden werden muss und die (Hoch-)Schulen in Konkurrenz zueinander um Gelder von Wirtschaft oder Stiftungen stellen und die Bildungseinrichtungen zu Märkte tragen will. Wir glauben auch hier nicht an die ordnende Hand des Marktes oder daran, dass sich Unterschiede der Bildungseinrichtungen anhand von Standortvorteilen, Sponsorenmacht oder Attraktivität im Werbemarkt entwickeln sollen, sondern anhand von didaktisch-inhaltlichen Ausrichtungen und in Zusammenarbeit mit dem regionalen Umfeld. Wir lehnen daher eine Autonomie ab, die nur die Chancen sehen will und Risiken individualisiert und langfristig zu einer Bildungslandschaft führt, die sich durch einige wenige besonders gute – weil besonders gut ausgestattete – Bildungseinrichtungen mit einem deutlichen Abstand zum schlechter gestellten Rest, auszeichnet.

Selbstbestimmte Flexibilität stärken

Die soziale Absicherung wird nach wie vor an das Elternhaus gekoppelt, das widerspricht unserem Verständnis von Emanzipation. In den Vordergrund treten muss deutlich stärker die bzw. der Jugendliche als AnsprechpartnerIn der Politik. In Bezug auf die Förderung von Bildungs- und Zukunftschancen muss also auch die soziale Absicherung unabhängig gestaltet werden. Um allen jungen Menschen unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern eine Selbstbestimmte Entwicklung unabhängig vom elterlichen Willen und frei von finanziellem Druck zu ermöglichen, fordern wir die Einführung einer elternunabhängigen Ausbildungsförderung für SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden. Alles andere verfestigt die Strukturen, die Zukunftschancen an das Elternhaus anbindet. Das bedeutet aber auch, dass sich die Förderung von Bildung und Bildungsphasen an den Jugendlichen selbst orientieren muss und nicht an einer einheitlichen Bildungsbiographie. Weiterhin müssen viele Studierende jobben, um sich ihr Studium zu finanzieren, zunehmend kommt es auch zu einer Vermischung von Arbeit und Bildung, die auch als Einstieg in die Erwerbsarbeit von Studierenden selbst gewählt wird. Daher ist es aber nicht nur Aufgabe der Bildungspolitik, die Biographien individuell finanziell abzusichern, es ist vielmehr notwendig, auch institutionell die Rahmenbedingungen zu schaffen, die flexible Erwerbs- und Bildungsbiographien kombinierbar macht – auch nebeneinander.

Kopf- und Handarbeit verbinden

Das deutsche Schulsystem ist wesentlich auf eine Förderung analytischer Fähigkeiten beschränkt. Die Forderung nach mehr Unterricht in Kernfächern wird diese Verengung stärken. Dem entgegen wollen wir eine Schule, die möglichst breit Fähigkeiten, Zugänge offen hält, Kopf- und Handarbeit verbindet und Einblicke in die Arbeitswelt und die öffentliche Kultur vor Ort vermittelt.

Für soziale Integration

Wir wollen eine bessere soziale Absicherung von SchülerInnen, Auszubildenden und Studierenden, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Denn das gesellschaftliche Interesse an gut (aus-)gebildeten Menschen wächst mit der Komplexität der Problemstellungen und das individuelle Interesse an Bildung wächst, da Bildung immer stärker über Zukunftschancen entscheidet. Das deutsche Bildungssystem ist aber nach wie vor hierarchisch und selektiv. Bildungschancen und damit Zukunftschancen werden dadurch der sozialen, geschlechtlichen oder regionalen Herkunft

entsprechend ungleich verteilt; Menschen aus bildungsfernen Schichten werden benachteiligt. Dies korrespondiert mit einer Politik sozialer Deregulierung, die gesellschaftliche Beschränkungen zu persönlichen Beschränktheiten umdefiniert. Wir Jusos fordern dem ein Bildungssystem und eine darauf abgestimmte Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik entgegenzusetzen, die offen und durchlässig ist und die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten aller fördert. Die größte Selektion unseres Bildungssystems findet nach wie vor in der Schule statt! Je früher Bildungslaufbahnen im vertikal gegliederten Schulsystem festgelegt werden, desto stärker werden bestehende Ungleichverteilungen tradiert und fortgeschrieben. Daher ist das Aufbrechen und Überwinden dieser tayloristischen Produktion von Arbeitskräften und des damit verbundenen möglichst geschlossenen Bildungsweges, der zu einer gewissenhaften Vorbereitung auf die zu spielende Rolle führt, unser Ziel. Wir Jusos stehen daher weiterhin zu einem integrierten Gesamtschulsystem, denn nur durch die Integrationsleistung können alle entsprechend ihren individuellen Lerngeschwindigkeiten und Interessen geförderte werden und Zukunftschancen gerecht verteilt werden. Die Stärke besteht neben dem Aufbrechen von festen Bildungswegen und dem Abbau von Selektionsmechanismen in dem Konzept des Lernens in heterogenen Gruppen und etabliert damit eine Pädagogik der Heterogenität und der Differenz, die Unterschiede erkennt und für den gemeinsamen Erkenntnisgewinn nutzbar machen kann. Eine solche Schule für alle richtet sich dann auch ihr Profil am regionalen Umfeld aus und ist dort aktiver Teil. Sie kooperiert mit dem Umfeld und bietet ihre Infrastruktur allen an, sie steht damit mitten im Leben. Eine solche Schule kann jedoch ihre Stärken nur ausspielen, wenn Fehler der Vergangenheit unterbleiben und sie nicht als vierte bzw. fünfte Schulform neben dem heutigen System etabliert wird, sondern dieses ersetzt. Die integrierte Gesamtschule soll alleinige Regelschule werden.

Neue Arten des Lernens

Das Bildungssystem ist nicht in der Lage, eine Art des Lernens zu praktizieren und Qualifikationen zu vermitteln, die den Ansprüchen des Individuums an Selbstentfaltung und Emanzipation sowie den ökonomischen Anforderungen genügen. Im Sinne einer emanzipatorischen und auf konsequente Demokratisierung durch Mitbestimmung zielenden Politik sind die neuen Arten des Lernens im wesentlichen von den jeweiligen Beteiligten der Bildungsinstitutionen selbst zu entwickeln. Der weitreichende gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandlungsprozess hat bisher noch nicht zu einer umfassenden Reform der pädagogischen Vorgaben und der Art des Lernens geführt. Nach wie vor wird der Lernprozess nicht von Inhalten, sondern von festen zeitlichen und formalen Koordinaten bestimmt: Die Lehr- und Studienordnungen schreiben einen abzuhakenden Lernbereich vor, die zeitliche Gestaltung ist von 45-Minuten-Takten, Klausur- und Prüfungsterminen geprägt und der Lernprozess rein auf die Bildungsstätten konzentriert. Die Anwendung einer vorgegebenen Form mit der richtigen Lösung wird höher eingeordnet, als die Entwicklung neuer und kreativer Lösungswege. Diese Art des Lernens führt zu einer Verstümmelung sozialer und kreativer Kompetenzen. Die fachliche Trennung verhindert übergreifendes Erkennen und Analysieren. Menschen nehmen ökologische und soziale Veränderungen nicht als Biologie, Philosophie oder Mathematik wahr, sondern sie versuchen, Zusammenhänge herzustellen und zu erklären. Durch die zunehmend Komplexität und Interdependenz von sozialen, ökologischen, ökonomischen oder technischen Problemstellungen, ist ein Denken und Lernen in künstlich abgegrenzten Unterrichtsfächern überholt und kontraproduktiv.

Die in Schule und Hochschule gängigen Lernformen sind hochgradig demotivierend. SchülerInnen, Auszubildende und Studierende verlieren durch die nahezu ausschließliche Anwendung von passiven und rezeptiven Lehrformen im Unterricht, in Vorlesungen und Seminaren ihre kreativen und gestaltenden Kompetenzen. Es fehlen Interdisziplinarität, Verbindung von Theorie und Praxis, reale Handlungs- und Projektorientierung.

Deshalb ist unser Bildungswesen nicht in der Lage, die zentralen Schlüsselqualifikationen, die sowohl unter emanzipativen wie auch unter ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten notwendig sind, zu vermitteln. Soziale Kompetenz, Teamfähigkeit und Transferkompetenz kommen in allen Bereichen wegen einer überholten Didaktik und überkommener Fächergrenzen viel zu kurz. Dabei ist eine Art des Lernens, die ihren Schwerpunkt auf die Vermittlung von Methodenwissen legt und die kreativen Potenziale der Lernenden sowie ihre Ansprüche an einen umfassenden problemorientierten Lernprozess in den Vordergrund stellt, nicht nur stärker an den Bedürfnissen der Lernenden orientiert, sondern auch qualitativ und quantitativ leistungsfähiger. Im Vordergrund müssen deshalb die Vermittlung von Methodenwissen, ein wirklicher Diskurs zwischen Lehrenden und Lernenden und das Offenhalten aller möglichen Lösungswege stehen. Weder in Schule noch in der Hochschule oder in der beruflichen Bildung darf weiter die Wissensvermittlung an sich im Mittelpunkt stehen, sondern muss vielmehr das Lernen selbst den Schwerpunkt bilden. Aber auch bei den Lernformen muss ein einseitiger Wissensfluss vermieden werden und die vorhandenen Erfahrungen produktiv in den gemeinsamen Lernprozess integriert werden. So wird langsam aber stetig gemeinsam am „Haus des Lernens“ gebaut.

Integration statt Isolation

Über die soziale Auslese hinaus, an der auch die Bildungsreformen der 1970er Jahre nichts Wesentliches geändert haben, befördern die äußere Struktur und die internen Gegebenheiten des Bildungswesens vielfältige Arten von Benachteiligungen. Besonders getroffen von fehlenden Rückzugsräumen und mangelnder Förderung innerhalb des Systems sind Gruppen, die aufgrund körperlicher und geistiger Behinderungen, einer anderen Sprache oder Kultur nicht den eindimensional ausgerichteten Lernvoraussetzungen des Regelschulsystems entsprechen. Besondere Förderung bei verstärkter Integration ist besonders für Behinderte und ausländische Jugendliche notwendig, da sich die derzeit stattfindende Selektion in Sonderschulen (Behinderte) und Hauptschulen (viele ausländische Jugendliche) in Form von gesellschaftlichen Ausgrenzung aufgrund unattraktiver Bildungsabschlüsse fortsetzt.

Um spezifische Benachteiligungen ausländischer Jugendlicher in bestehenden Bildungsgängen ausgleichen zu können, sind spezielle Förderungs- und Beratungsangebote notwendig, die möglichst im Rahmen innerer Differenzierung innerhalb der jeweiligen Lerngruppe, aber auch durch zusätzliche Angebote sichergestellt werden sollen.

Die Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten muss zentrales Element von Bildung in allen Bildungsbereichen werden. Bildung muss Offenheit und Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen fördern. Andere Kulturen und Sprachen sind als Bereicherung und Chance für ausländische und deutsche Kinder zu verstehen. Sprachliche Barrieren lassen sich auch durch Sprachunterricht in einer Sprache, die viele Kinder in der Klasse als Muttersprache sprechen, abbauen. Warum sollten Kinder in der Grundschule Englisch oder Französisch lernen, wenn Türkisch oder Griechisch viel näher sind, da es die Muttersprache eines Teils der Klasse ist? Ein solcher Fremdsprachenunterricht als Zusatzangebot fördert zudem die Integration Ausländischer

Kinder. Denn hier können sie zusammen mit dem/der LehrerIn den anderen helfen. Das deutsche Bildungssystem hat aber auch sicherzustellen, dass alle Migrantinnen und Migranten ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben können.

Das Bildungswesen erfüllt den Auftrag der Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten noch immer nicht hinreichend. Dabei wirken sich auch die frühen Entscheidungen über die Schullaufbahn aufgrund des gegliederten Schulsystems negativ aus. Der unzureichende Zugang zu Bildung birgt große Risiken für die Personen mit Migrationshintergrund, und durch die stetig wachsende Zahl von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, auch für die gesamte Gesellschaft.

Personen mit Migrationshintergrund haben einen wesentlich schlechteren Zugang zu Bildung und größere Schwierigkeiten beim Erwerb von Bildung. Insgesamt stammen etwa 15 % der in Deutschland lebenden Personen im Alter unter 30 Jahren aus Migrantenfamilien. Verlässliche Daten liegen nur für Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit vor: 19,5 % verließen 1998 die allgemeinbildenden Schulen, ohne zumindest den Hauptschulabschluss zu erreichen (Deutsche: 8,1 %). Nur 8,7 % der jungen Ausländerinnen und Ausländer erreichen das Abitur. Die Sonderschulquoten von jungen Jugoslawen, Italienern, Portugiesen und Türken liegen zwei bis dreimal über der von gleichaltrigen Deutschen. 39,6 % der ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren haben keinen Berufsabschluss (Deutsche: 10,5 %; Sonderauswertung des Mikrozensus 1998). Die Bildungssituation der Aussiedlerinnen und Aussiedler, für die als deutsche Staatsbürger keine eigenen Daten vorliegen, dürfte ähnlich schlecht sein. Migrantinnen und Migranten sind in der Weiterbildung sehr stark unterrepräsentiert.

Aber der Bereich der Integration eröffnet nicht nur der Gesellschaft, sondern auch dem Bildungssystem neue Chancen. Es ist Aufgabe von Bildungspolitik und der Bildungseinrichtungen, Einwanderungspolitik zu begleiten und Integration zu ermöglichen. Daher wird auch auf die Bildungseinrichtungen die Aufgabe zukommen, hier beratend und tätig zu werden und Probleme frühzeitig zu erkennen und Lösungsansätze zu entwickeln.

Lernen im vorschulischen Bereich

Schon vor der Einschulung ist eine viel stärkere Förderung sprachlicher Kompetenz dringend geboten, denn häufig mangelt es deutschen Kindern, genauso wie Kindern aus MigrantInnenfamilien, dramatisch an dieser grundlegenden Qualifikation. Wegen der veränderten lebensweltlichen Realitäten ist der Staat auch hier in der Pflicht. Zur Kompensation des Wegfalls von Erziehungszeiten durch die stärkere Beteiligung von Frauen an Erwerbsarbeit und den Trend zur Ein-Elternteil-Familie müssen endlich ausreichende Betreuungsangebote geschaffen werden, die den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden.

Weichen für Bildungs- und damit für Zukunftschancen werden bereits früh gestellt. Insbesondere die Motivation und die Fähigkeit zu kontinuierlichem und selbstgesteuertem Lernen sind früh zu wecken, zumal sie durch die kindliche Neugierde und das Interesse neues kennenzulernen und zu erfahren auf fruchtbaren Boden fallen. Neben dem wichtigen Lernen in der Familie sind die Möglichkeiten der Kindertageseinrichtungen zur Unterstützung früher Bildungsprozesse deutlich besser zu nutzen. Die Bedingungen für individuelle Förderung in der Grundschule müssen erheblich verbessert werden, damit alle Kinder ihre Fähigkeiten, ihre Interessen und ihre personale und soziale Identität entwickeln können. Einen Reformanstoß kann das Pre-School-Modell in Schweden geben.

Im europäischen Vergleich wird in Deutschland von den Möglichkeiten zur Förderung von Bildung in den Kindertageseinrichtungen noch kein ausreichender Gebrauch gemacht. Für die Neubestimmung und Verwirklichung des Bildungsauftrags des Kindergartens sowie die Steigerung der Qualität sind externe Unterstützungsstrukturen für die fachliche Anleitung, Beratung und Fortbildung des pädagogischen Personals erforderlich. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss verbessert und aufgewertet werden, damit das Fachpersonal besser darauf vorbereitet wird, die frühen Bildungsprozesse von Kindern zu erkennen und zu fördern. Die Forschungskapazitäten der Frühpädagogik sind auszubauen. Angesichts der Bedeutung der Förderung früher Bildungsprozesse sollte der Besuch einer Kindertageseinrichtung gebührenfrei sein.

Eine gezielte individuelle Förderung in den ersten Grundschuljahren, insbesondere bei der Vermittlung der Grundlagen in Lesen, Schreiben, Rechnen und beim Erwerb der deutschen Sprache ist eine wirksame und präventive Bildungsarbeit, die ergänzt werden muss durch eine ganzheitliche und spielerische Förderung und sich individuell an den Interessen und Bedürfnissen der Kinder als gesellschaftlichen Akteuren orientiert. Sie beugt späterem Schulversagen vor, ist Grundlage für die Ausbildung von Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit und zugleich Voraussetzung für das rechtzeitige Erkennen und Fördern von Begabungen. Unzureichende Förderung in der Grundschule kann später nur noch beschränkt durch schulische oder außerschulische Maßnahmen nachgeholt werden, da sie von den Einzelnen sehr viel schwerer zu bewältigen sind und sie der Gesellschaft bzw. der einzelnen Familie ungleich höhere Kosten auferlegen.

Interesse und Lernbereitschaft von Kindern müssen in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule noch besser gefördert werden. Das setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern voraus. Die Bedeutung eines solchen Umdenkens zeigt sich beispielhaft bei der Vermittlung fachübergreifender Kompetenzen:

- Das große Interesse von Kindern an naturwissenschaftlichen und technischen Fragen muss in Kindertageseinrichtungen und in der Grundschule besser genutzt und gefördert werden. Mädchen und Jungen sind dabei gleichermaßen zu unterstützen.
- Kinder lernen Fremdsprachen besonders leicht. Sie sollten bereits im Kindergarten Fremdsprachen kennen lernen und möglichst früh in der Grundschule einen altersgemäßen Fremdsprachenunterricht erhalten.
- Musisch-ästhetische Erziehung fördert den Erwerb von personalen und sozialen Kompetenzen und hat positive Auswirkungen auf das Lernen. Voraussetzung ist allerdings auch hier eine Fachdidaktik, die Kreativität des Individuums zu entdecken und zu entwickeln hilft.
- Medienkompetenz bekommt einen immer größeren Stellenwert und bereits in frühen Jahren haben Kinder bereits Zugänge zum Computer. Daher muss bereits im frühen Alter der Umgang mit dem Computer als Lern- und Arbeitshilfe geübt werden. Ziel muss dabei sein, über einen vernünftigen Umgang mit dem Computer Berührungsängste und ungleiche Voraussetzungen abzubauen. Computer- und Medienunterricht muss schwerpunktmäßig interdisziplinär unterrichtet werden. Deswegen muss es verpflichtende Weiterbildungen für Lehrer/innen aus allen Fachbereichen geben.

Zur frühen Förderung von Bildungsprozessen gehört auch der intensive Dialog zwischen Kindergarten oder Schule und Eltern. So können beispielsweise Eltern und Erzieherinnen gemeinsam am besten die Themen und Fragen entdecken, die das Kind gerade beschäftigen.

Die Bedeutung der frühen individuellen Förderung erfordert auch eine Überprüfung der Prioritäten bei den Investitionen. Im internationalen Vergleich investiert Deutschland erheblich weniger in die entscheidenden ersten Bildungsjahre als vergleichbare Staaten wie z.B. Österreich, die skandinavischen Staaten, Schweiz und USA.

Die neue Grundschule

Die Grundschule zeichnet sich durch ein stark ausgebildetes didaktisches und strukturelles Profil aus. In ihr wird die Basis für die späteren Entwicklungsmöglichkeiten gelegt und zwar in dem entwicklungspsychologisch bedeutenden Alter zwischen Kindheit und Vorpupertät. Hieraus ergeben sich konkrete Anforderungen, der die Grundschule sich stellen muss:

Die Heterogenität der SchülerInnen verlangt von der Grundschule die Fähigkeit, Gemeinsamkeit entstehen zu lassen, weshalb dem Integrationsgedanken oberste Priorität zukommen muss. Gleichzeitig muss sie die Unterschiede der SchülerInnen produktiv aufnehmen, die Individualität schützen und die Persönlichkeit fördern. Die einzelnen SchülerInnen werden so gestaltendes Subjekt des Schullebens, die sozialen Beziehungen zur bestimmenden Formation. Die Integration und ebenso die Differenzierung müssen entscheidend erweitert und auf alle schulischen Bereiche ausgedehnt werden. Die Integration von gesellschaftlichen Klassen, Traditionen, Kulturen, Normen und Lebensentwürfen muss ebenso vollzogen werden, wie die Integration von Theorie und Praxis, Verstand und Gefühl, Selbstbewusstsein und Selbstreflexion. Um das zu gewährleisten bedarf es einer konsequenten Durchsetzung und Erweiterung der begonnen Reformen in der Primarstufe.

Integrative Pädagogik begreift alle SchülerInnen als Persönlichkeit und versucht, diese durch individuumsbezogene Hilfe und Angebote zu fördern. Das Lernen in der Grundschule muss zielfähig vollzogen werden, es darf weder einen Ausschluss des Einzelnen aus der Gemeinschaft noch eine Überforderung durch die Gemeinschaft geben. Um diesen an den Grundschulen praktizierten Ansatz zu untermauern, fordern wir folgende grundschulspezifische didaktische und methodische Weiterentwicklungen:

- Die an den Grundschulen praktizierte Tagesplan-, Wochenplan-, und Freiarbeit muss ausgebaut werden, um Selbständigkeit und individuelles Lernen zu fördern
- Der 45-Min-Takt muss aufgehoben werden, da er dem tages- und fächerübergreifenden Unterricht, sowie der Projektarbeit entgegensteht
- Die/Der LehrerInnen hat nicht mehr die Aufgabe, blosses Wissen zu vermitteln, sondern die SchülerInnen in ihrem Lernprozess zu begleiten und beraten. Denn Lernen heißt jetzt auch, es selbst zu tun.
- Bereits in der Grundschule müssen intensive Praxisphasen den theoretischen Unterricht begleiten
- Die Förderung von Kindern aus MigrantInnenfamilien und Kindern aus bildungsfernen Schichten muss weiter verbessert werden
- Von Beginn an müssen die SchülerInnen den kritischen Umgang mit neuen Medien erlernen. Computer können das Leben und Lernen in der Grundschule erleichtern, wenn ein sinnvoller Umgang mit ihnen vermittelt wird
- Lernbereichübergreifende Aufgabenfelder wie Medien- und Umwelterziehung müssen curricular verankert werden
- Die in manchen Grundschulen bereits vollzogene Integration Behinderter muss auf alle Grundschulen ausgeweitet werden.

Als integrierte Schulform und reformpädagogische Instanz ist die Grundschule nicht den starren Leistungskriterien der weiterführenden Schulformen unterworfen, vielmehr steht der individuelle Lernprozess im Vordergrund. Tempo und Intensität werden von den SchülerInnen bestimmt. An einer Schule, in der Freiarbeit und Wochenpläne den Unterricht bestimmen und das Kind als gestaltenden Menschen gesehen wird, hat die Nichtversetzung, als autoritärer Eingriff in den Entwicklungsprozess des Kindes keinen Platz. Daher sollte - einhergehend mit der notenfremen Grundschule – das Sitzenbleiben auch nach dem zweiten Grundschuljahr nicht möglich sein.

In der Grundschule sollten individuelle Betreuung und Förderung elementare Bestandteile des Unterrichts sein. Dazu gehören auch Mittags- und Nachmittagsangebote wie Hausaufgabenbetreuung und die Schulung von Sozialkompetenzen durch Sport- und Musikangebote. Schon in den ersten Schuljahren sollten den SchülerInnen grundlegende Arbeitstechniken vermittelt werden, die über die reine Wissensaneignung hinausgehen.

Die neue Grundschule muss aber auch mit Blick auf die Eltern einen verlässlichen zeitlichen Betreuungsrahmen absichern. Eine solche Betreuung kann auch zielgerichtet zum Ausgleich von bestehenden Defiziten genutzt werden oder schon beim gemeinsamen Frühstück ansetzen. Hierzu ist eine Zusammenlegung von Grundschule und Kinderhorten sinnvoll, da sie die Lerngruppen verstetigt und die Bezugspersonen während des Betreuungszeitraums vereinheitlicht. Eine solche Zusammenführung unterstützt auch die Zusammenarbeit von ErzieherInnen und LehrerInnen und ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von Problemen und Interessen.

Die Sekundarstufe – Eine für alle

Wir halten an der Forderung der Sekundarstufe I als integrierte Gesamtschule und einzige Regelschule fest. Die integrierte Gesamtschule als einzige Regelschule zeichnet sich sowohl durch eine externe Integration, die sich aus ihrer Rolle innerhalb des gesamten Bildungssystem ergibt, als auch durch eine interne Integration aus. Die IGS lässt den nach der Grundschule stattfindenden Selektionsschritt - der als elementarster Auslesevorgang innerhalb unseres Bildungssystem gesellschaftliche Ungleichheiten stets aufs neue reproduziert und eine soziale Trennlinie darstellt - wegfallen und schafft dadurch eine grundsätzlich auf Chancengleichheit basierende Schulstruktur. Nach der gemeinsamen Grundschulzeit werden alle SchülerInnen auch weiterhin auf eine gemeinsame Schule gehen. Die IGS bietet ihnen aber auch verstärkt die Möglichkeit ihren individuellen Neigungen zu folgen und ihren Entwicklungsprozess zunehmend selbst zu gestalten. Die IGS schafft eine Synthese zwischen Individualität und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten auf der einen und gemeinschaftlichem Zusammenleben und sozialem Handeln auf der anderen Seite. Diese interne Integration umfasst alle schulischen Lern-, Lebens-, und Organisationsbereiche. Daraus ergeben sich folgende pädagogische Grundsätze:

- Selbstverantwortliches und eigenständiges Leben und Lernen/ Individualisierung des Lernens
- Förderung der individuellen Neigungen und Fähigkeiten
- Möglichkeit zur eigenen Entfaltung und das Recht auf Rückzug
- Erziehung zu sozialem Handeln und Demokratiefähigkeit
- Vermittlung von Schlüsselqualifikationen
- Geschlechtsspezifische und gleichberechtigte Erziehung
- Integration von Hand- und Kopfarbeit
- Erkennen von Differenz als Kreativitätspotential und als Chance

Auf Grund der Heterogenität der SchülerInnenenschaft ist es z.T. notwendig, strukturelle und zeitlich befristete Differenzierungen vorzunehmen. Nur so kann eine erfolgreiche und realistische Integration erreicht werden. Diese Differenzierung zielt nicht darauf ab, neue Kategorisierungen zu schaffen, sondern eine optimale individuelle Förderung zu garantieren. Die „Binnendifferenzierung“ ist eine wichtige Maßnahme zur Förderung der SchülerInnen. Innerhalb der Lerngruppen arbeiten die SchülerInnen in Kleingruppen mit unterschiedlichen Aufgabenstellung und Schwierigkeitsgraden. Solche Kleingruppen arbeiten auch über einen längeren Zeitraum fächerübergreifend zusammen.

Die Schulzeit einer neuen Schule ist für uns nicht durch Schuljahre bestimmt, sondern durch die Lernzeit, die die SchülerInnen erhalten. Die aktuelle Diskussion ist aber auch von falschem Pioniergeist geprägt, der allen alles erlaubt, damit unterschiedliche Modelle getestet werden können. Ein nebenher von unerschiedlichen Schulzeiten, verstärkt aber die schon bestehende Tendenz des Bildungssystem zur frühzeitigen Selektion und verhindert eine Durchlässigkeit. Eine Vereinheitlichung des Systems ist daher anzustreben, denn nur dadurch ist ein auf Durchlässigkeit und Chancengleichheit basierendes Bildungssystem zu erreichen. Wir sprechen uns vorerst für die Beibehaltung der 13jährigen Schulzeit aus. Eine Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre halten wir erst nach einer erfolgreichen Reform der Schulstrukturen und Lehrplänen für diskussionswürdig.

Mitbestimmung in der Schule

Schule betrifft in erster Linie SchülerInnen. In einer demokratischen Gesellschaft kann es daher nicht angehen, dass diese kaum demokratische und durchsetzungsfähige Möglichkeiten haben, ihre Interessen zu vertreten. Es ist dringend geboten die Mitbestimmungsmöglichkeiten zu verstärken.

Schule als Lebensraum

Neben der pädagogischen Überlegung, dass Schule nicht nur Lernanstalt, sondern vor allem auch Lebensraum sein soll, in dem effektives Lernen erst möglich wird, macht es der Funktionswandel, den die Institution „Schule“ durchgemacht hat, erforderlich, sich von der alten Idee der „Wissensfabrik“ zu verabschieden. Hinzu kommt, dass eine innerschulische Integration und Segregation Raum und Zeit braucht. Daher muss eine integrative Schule als „Lebensraum“ auch eine Ganztagschule sein. Wir Jusos treten ein für eine pädagogische Ganztagschule.

In Ganztagschulen sehen wir eine wichtige Voraussetzung für Schulreform insgesamt. Vor allem durch die Kooperation von SchulpädagogInnen und SozialpädagogInnen können neue pädagogische Konzepte und veränderte Bedingungen für den Schulalltag geschaffen werden.

Ganztätige Öffnung bedeutet nicht die Ausdehnung des Vormittagsunterrichtes auf den Nachmittag. Gute Ganztagschulen sind Lern- und Lebensorte, die den starren Vormittagsunterricht im 45-Minuten-Takt überwinden, Lernprozesse rhythmisieren, außerschulische Lernorte und Freizeitaktivitäten einbeziehen, alternative Lernformen wie Projektlernen und altersgemischte Lern- und Freizeitgruppen ermöglichen, selbstständige und eigenverantwortliche Lernprozesse fördern, zusätzliche Interessensgebiete erschließen sowie Stütz- und Fördermaßnahmen einbeziehen. Folgende Kriterien zeichnen die Ganztagschule aus:

- Der Schulalltag wird schülerInnenorientiert strukturiert. Reformierte Unterrichtskonzepte (Projektunterricht, fächerübergreifender Unterricht, Praxisphasen) werden sehr viel übersichtlicher und stressfreier verwirklicht
- Die Schule wird nach außen geöffnet und kooperiert mit außerschulischen Einrichtungen. Verschiedenste Elemente des kulturellen, politischen und sozialen Leben im regionalen Umfeld der Schule werden in die Schule integriert und bereichern diese.

- Die Differenzierung, kulturelle Selbstfindung und individuelle Förderung wird durch ein umfangreiches Nachmittagsangebot ermöglicht (muttersprachlicher Ergänzungsunterricht, Hausaufgabenhilfe, Neigungskurse, Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften und Workshops, Begegnungszeiten, Versammlungen usw.). Dabei muss auch eine gemeinsame pädagogische Plattform mit Kooperationspartnern (Trägern der freien Jugendhilfe, Sportvereine, sonstige Kultur- und Bildungseinrichtungen) für Nachmittagsangebote sichergestellt und das Lehr- und Förderungsangebot für die SchülerInnen kostenfrei integriert werden.
- SchülerInnen aus sozial schwachen Familien bekommen die Möglichkeit am gemeinschaftlichen außerschulischen Freizeitangebot zu partizipieren.
- SchülerInnen aus Problemstrukturen wird ein Rückzugs, Erholungs- und Selbstentfaltungsraum geboten.

Durch das Gestalten eines solchen Lebensraumes erlernen die SchülerInnen abseits vom unterrichtlichen Geschehen Erfahrungen und Techniken des sozialen Zusammenlebens, wodurch das pädagogische IGS-Konzept entscheidend verstärkt wird. Dies könnten durch die Einrichtung von „Freizeitbüros“ koordiniert werden, in denen qualifizierte PädagogInnen auch Beratung und Betreuung anbieten

Berufliche Bildung

Im Ausbildungssystem sind die Differenzen zwischen betrieblichen Anforderungen und den bestehenden Ausbildungsordnungen immer größer. In den Betrieben entstehen im Zuge des betrieblichen Strukturwandels neu formulierte Qualifikationsanforderungen. Eine qualitative Reform der Berufsbildung wird somit zur Existenzfrage des Dualen Systems.

Neben der Vermittlung der Grundkompetenzen sollen die beruflichen Bildungseinrichtungen die Methodenkompetenz und die inhaltliche Qualifikation in den gewählten Bereichen des Berufs immer weiter fördern. Zwar muss der Schwerpunkt in der Berufsausbildung in der Vermittlung der für den gewählten Beruf notwendigen Arbeitstechniken liegen, dabei darf allerdings die Fähigkeit der Menschen, sich selbst immer wieder neue Bereiche zu erschließen, nicht zu kurz kommen. Diese Vermittlung grundlegender Arbeitstechniken darf jedoch nicht auf ein „Training on the job“ hinauslaufen, sondern muss auch die kritische Reflexion der eigenen Situation und der eigenen Arbeitsprozesse befördern und ein Hinterfragen ermöglichen. In diesem Sinne ist Berufliche Bildung als Grundbildung zu verstehen, nicht als Spezialisierung.

Wir brauchen noch mehr gut qualifizierte Fachkräfte, die in der Lage sind, sich in der Fülle des zunehmenden Wissens zu orientieren, ständig weiter zu lernen und Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Das erfordert insbesondere die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen sowie eine Steigerung der Zahl der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen.

Handlungskompetenz setzt in gleichem Maße solides Fachwissen und fachübergreifende Kompetenzen zur Anwendung dieses Wissens voraus. Fachübergreifende Kompetenzen umfassen insbesondere Methodenkompetenzen, Motivation und Befähigung zu kontinuierlichem Lernen, Sprach- und Medienbeherrschung, mathematisch-naturwissenschaftliche Grundkompetenzen sowie soziale Kompetenzen.

Mit ständiger Zunahme von anspruchsvollen Dienstleistungen, breiter Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien sowie steigenden Anforderungen an individuelle Verantwortung und Innovationsfähigkeit gewinnen mittlere und höhere Qualifikationen ständig

an Gewicht, während Beschäftigungsmöglichkeiten für Un- und Angelernte weiter drastisch abnehmen.

Um diesen Anforderungen besser gerecht zu werden, ist es notwendig, die Bildungsbeteiligung zu verbessern. Frühen Weichenstellungen durch das gegliederte Schulsystem ist durch integrative Systeme und in viel stärkerem Maße als bisher durch flexible Übergänge zwischen den Schulformen zu begegnen. Eine stärkere Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulen stärkt die Attraktivität des dualen Systems. Durch die Verbesserung des Zugangs zu Fachhochschulen und Universitäten für junge Menschen mit dualer Ausbildung werden gleichzeitig auch wichtige praktische Erfahrungen an die Hochschulen herangetragen.

Berufsqualifizierende Abschlüsse werden in Deutschland in hohem Umfang in der dualen Berufsausbildung erworben, auch solche, die im Ausland häufig von Hochschuleinrichtungen vergeben werden. Das ist mit ein Grund dafür, dass die Zugangsquote zu den Hochschulen mit 28 % in Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt von 40 % liegt. Angesichts dieser traditionellen Arbeitsteilung ist es erforderlich, Hochschulausbildung stärker mit betrieblicher und schulischer Berufsausbildung zu verzahnen, z. B. durch duale Studiengänge und berufsintegrierende Studiengänge. Übergänge in den Hochschulbereich sind durch Anrechnung von Leistungen, die außerhalb der Hochschulen erbracht worden sind, zu erleichtern.

Nach wie vor stellt die Jugendarbeitslosigkeit ein großes Problem dar. Während die Jugendarbeitslosigkeit im Westen im letzten Jahr um 3% gesunken ist, ist sie im Osten sogar um 4% gestiegen. Insgesamt sind 450.000 Jugendliche ohne Job, davon 167.000 in Ostdeutschland.

Im letzten Jahr 2000 haben 97% der Ausbildungsplatzsuchenden in den alten Ländern und 94% in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhalten. Besonders benachteiligt, Jugendliche aus Hauptschulen oder ohne Schulabschluss. Ende 2000 haben die noch unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber (14.000) zu 50% einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss vorzuweisen. Damit ist das selbst gesteckte Ziel des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, alle Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen, nicht erreicht worden. Wenn man berücksichtigt, dass viele Jugendliche die Suche nach einem Ausbildungsplatz aufgeben, dürften die Werte noch geringer sein. Von einem regional auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen (d.h. die Zahl an Ausbildungsplätzen in der Region übersteigt die Zahl der BewerberInnen um 12,5%) sind wir weit entfernt.

Vor allem in weiten Teilen Ostdeutschlands sowie strukturschwachen bzw. vom Strukturwandel betroffenen Regionen im Westen haben wir eine erhebliche Lücke zwischen der Nachfrage und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Mit dem JUMP-Programm der Bundesregierung wurde ein über bereits bestehenden Maßnahmen hinaus gehender Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geschaffen. In den Jahren 1999 und 2000 wurden rund 270.000 Jugendliche gefördert. Allerdings ist es nur gelungen, ein Fünftel der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Charakter von JumP ist es, gleiche Chancen durch Ausbesserung von Qualifikationsdefiziten zu schaffen, nicht neue Arbeitsplätze. Das Programm setzt nur an bestehenden Arbeitsmarktstrukturen an und versucht darauf aufzubauen.

Mit zahlreichen Maßnahmen zur Schaffung von (zu großen Teilen öffentlich finanzierten) Ausbildungsmaßnahmen hat sich das Problem zunehmend auf die so genannte „Zweite Schwelle“ verschoben. Es ist noch einiges zu tun, um allen Jugendlichen ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen und eine Berufsperspektive zu garantieren. Insgesamt gilt, dass von ausbildungsberechtigten 44% aller Betriebe nur die Hälfte ausgebildet. Diese Lücke wird nach wie vor durch ein hohes Maß an öffentlich geförderten Maßnahmen gefüllt. Mit anderen Worten: zunehmend finanziert der Staat die Aufgaben der Wirtschaft.

Das Duale System ermöglicht die Verbindung von Theorie und Praxis und garantiert den Erwerbstätigen eine überbetriebliche Verwertbarkeit ihrer Qualifikationen. Am Beispiel der IT-Berufe zeigt sich, dass das Duale System auch für die „neue Arbeitswelt“ geeignet ist, jedoch die neuen Berufe oftmals quer zu den bisherigen Berufsbildern liegen. Zukünftige Neuordnungsprozesse werden dem Rechnung tragen müssen. In den modernen Dienstleistungsbereichen wird die Schaffung neuer Berufe erforderlich bleiben.

Jugendliche sollen in die Lage versetzt werden, Arbeits- und Geschäftsprozesse zu durchschauen, zu begleiten und zu gestalten. Dazu brauchen sie Team- und Kommunikationsfähigkeit und sollten mindestens eine Fremdsprache beherrschen. Hier kann das Duale System einen guten Beitrag leisten, es muss jedoch eine inhaltliche und personelle Verzahnung der allgemeinbildenden Schulen und der Berufsschule bzw. der außerbetrieblichen Werkstätten stattfinden.

Die Jusos fordern

- ein solidarisches Bildungssystem, in dem über eine gesetzliche Umlagefinanzierung (wer nicht ausbildet, muss zahlen) bundesweit eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätze sichergestellt wird. Hierbei gilt: Unternehmen, die überdurchschnittlich und gut ausbilden, müssen belohnt, während solche, die sich der Verantwortung in der Ausbildungsfrage entbinden, künftig zur Kasse gebeten
- dass das JUMP-Programm auch über das Jahr 2003 hinaus fortgesetzt und verstetigt wird. Mittelfristig sollen die guten Ansätze des JUMP-Programms in ein reformiertes SGB III integriert werden.
- dass die Berufsbildenden Schulen für das neue Jahrtausend fit gemacht werden. Zukunftweisende Technologien müssen Einzug halten und das Lehrpersonal muss gut und ausreichend aus- und fortgebildet werden. Personalentwicklung darf dabei kein Fremdwort mehr sein.
- **Verbesserungen bei der Erstellung einer Ausbildungsordnung**

Das Monopol der Sozialpartner soll beibehalten werden. Die unten aufgeführten Vorschläge sind als Ergänzung gedacht. Sie sollen es möglich machen, schneller auf Veränderungen bei den Anforderungen in den einzelnen Berufen reagieren zu können.

(a) Schaffung eines ständigen Sekretariats beim BWM (Bundeswirtschaftsministerium)

- Das Sekretariat nimmt Anregungen von JAV (Jugend- und Auszubildendenvertretung), Betriebsräten und AusbilderInnen entgegen, die zu Verbesserungen im System beitragen.
- Das Sekretariat nimmt auch Vorschläge für Änderungen oder Neuregelungen bei Ausbildungsordnungen und Berufschulrahmenlehrpläne an.

(b) Einrichtung einer ständigen Kommission für Berufliche Bildung beim BMW

- Sie tagt mindestens ein Mal im Monat und behandelt die Eingaben aus dem Sekretariat, die mit der „Bewertung“ an die einreichende Stelle beantwortet und an die zuständigen Stellen zur Ausarbeitung weitergeleitet wird.
- Die Kommission besteht aus den Sozialpartnern. Die Besetzung erfolgt paritätisch.

(c) Ständige Konferenz für Berufliche Bildung auf Bundesebene (angesiedelt beim BWM)

- Sie tagt mindestens ein Mal im Jahr und ist antragsberechtigt zum BIB. Sie verbessert die Kommunikation.

- Die Konferenz besteht aus den Sozialpartnern und erfolgt in der Besetzung paritätisch.

Hochschule der Zukunft

Eine qualitative Studienreform bedeutet eine fast revolutionäre Veränderung des Systems Hochschule und eine Abkehr vom aktuellen Mainstream der Ausrichtung von Bildungseinrichtungen an Markt und Wettbewerb. Wir beziehen uns bei den Forderungen in diesem Teil positiv auf die Vorschläge, die das HRG-Bündnis für eine qualitative Studienreform entwickelt hat und die wir weiterhin als Ausgangspunkt für unsere Forderungen ansehen. Das Bündnis hat wichtige Vorarbeiten geleistet, auf die sich auch in unseren Positionen entsprechend wiederfinden.

Wissenschaftliche Fachdisziplinen und die Nachfrage des Arbeitsmarktes unterliegen einer immer kurzfristigeren Veränderungsdynamik, auf die Studierende mit individualisierten Qualifizierungswegen und -profilen reagieren, die von traditionellen Bildungsbiographien zunehmend abweichen. Gerade vor diesem Hintergrund muss Hochschulbildung im Sinne einer breiten beruflichen Grundqualifizierung verstanden werden, die zu dauerhafter Berufsfähigkeit, nicht aber zu enger berufsspezifischer Einbindung in einer arbeitsteilig definierten Nische führt. Studienreform soll ihrerseits aus wissenschaftlicher Problemlösungskompetenz Anstöße zur Entwicklung neuer Berufsbezüge und -möglichkeiten in bestehenden und erweiterbaren Beschäftigungsbereichen geben. Dem stehen Versuche entgegen, Studiengänge nach den Kriterien „berufsbefähigend“ und „wissenschaftsorientiert“ hierarchisch zu differenzieren. Diese Unterscheidung ist weitgehend ideologisch. Theorie und Praxis sind lediglich verschiedene Aspekte eines einheitlichen gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensprozesses, der gerade in Bildungsphasen als ganzheitlicher rekonstruiert werden muss. Gerade vor diesem Hintergrund muss Hochschulbildung auch im Sinne einer allgemeinen Qualifikation verstanden werden, die ermöglicht mit wissenschaftlicher Methodik die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gesellschaft zu verändern und ein wesentlicher Schritt der Emanzipation ist.

Wissenschaftlichkeit, Theorie- und Praxisbezug sind daher unabtrennbare Bestandteile aller Studiengänge und -abschnitte. In diesem Sinne ist Studium wissenschaftliche Berufsausbildung. Eine solche Funktion kann es nur mit einem gesamtgesellschaftlichen Projekt ökologisch-sozialen Umbaus haben. Dieser Zusammenhang - und dieses Spannungsverhältnis - zu einem politischen Reformprojekt muss in der unmittelbaren hochschulbezogenen Studienreformdiskussion sichtbar sein. Ohne diesen Bezug werden modische Begriffshülsen, mit denen Bildungsreform aktuell begründet wird, zu rein technischen Leerformeln, die ihrerseits die Entpolitisierung einer „Hochschulreform“, die diesen Namen nicht verdient, befördern.

Studienreform bedeutet eine Reform des Systems – Die Forderungen des HRG-Bündnisses von 1998 endlich umsetzen

Eine Reform des Studiums als wissenschaftliche Berufsausbildung im genannten Sinne erfordert die eines durchlässigen, horizontal differenzierten Bildungssystems mit unterschiedlich gewichteten Theorie- und Praxisanteilen, mit der Erleichterung des Wechsels von Arbeits- und Bildungsphasen im Kontext einer gesamtgesellschaftlichen Umverteilung von Arbeit. Auf diese Weise wird nicht nur die Hochschullandschaft verändert, sondern die gesamte berufliche Aus- und Weiterbildung. Eine strikte institutionelle und selektive Trennung zwischen Fachhochschulen, Universitäten und anderen Organisationsformen ist perspektivisch überflüssig. Der Ausbau

interdisziplinärer Studienangebote einschließlich der Verankerung ökologischer, feministischer und sozialer Fragestellungen in der Lehre ist notwendig. Schwerpunktmäßig müssen Lehr- und Forschungsprojekte zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften gefördert werden.

Interdisziplinäre Orientierung in diesem Sinne ist integraler Bestandteil von Studienreform. Dabei handelt es sich folglich nicht um einen akademischen Denkstil, sondern um eine Notwendigkeit, die aus dem gesellschaftlichen Problemlösungsbezug wissenschaftlicher Qualifikationsprozesse erwächst. Angesichts der Komplexität und Interdependenz von sozialen, ökologischen, ökonomischen und Fragestellungen ist ein Denken in abgegrenzten Fächern zunehmend in Frage gestellt. Diesen Anforderungen werden die heutigen Hochschulstrukturen nicht gerecht. Die universitären Studiengänge sind überwiegend noch den historisch überlieferten Wissenschaftsdisziplinen angegliedert. Die Fachhochschulstruktur folgt eher der technischen Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses. Die gegenseitige Abgrenzung beider Hochschultypen und die zunehmende vertikale Differenzierung von Studiengängen nach Pseudokriterien wie „praxisorientiert“ versus „theoriebezogen“ verschärft diese Integrationsdefizite des Hochschulsystems, die zugleich Defizite seiner gesellschaftlichen Problemlösungskompetenz sind.

Internationalisierung richtig machen

Seit einiger Zeit wird die Auseinandersetzung um eine „Internationalisierung“ der Hochschulen geführt. Mittels Anpassung an das angelsächsische Bildungssystem, privatisierter Kurzzeitstudiengänge, englischsprachiger Veranstaltungen sowie durch aggressives Hochschulmarketing soll in erster Linie die zahlungskräftige ‚ausländische Elite‘ angeworben werden. Entgegen einer dieser Entwicklung zur ‚Kaderschmiede‘ für internationale Führungskräfte fordern wir Jusos die notwendige humanistische Zielbestimmung von Wissenschaft und internationaler Kooperation für sozialen Fortschritt und zivile Gesellschaftsentwicklung.

Ausgehend von den Grundsätzen Weltoffenheit, Toleranz und Universalität von Wissenschaft verstehen wir Internationalisierung als Möglichkeit zu wissenschaftlichem Austausch und internationaler Zusammenarbeit. Dies ist angesichts der ständig wachsenden globalen Problemen wie Unterentwicklung, Krieg, Elend und Flucht immer notwendiger, um eine weltweite solidarische Entwicklung zu realisieren.

Entsprechend müssen sich die Studienangebote ändern: Fremdsprachliche Studiengänge oder Lehranteile, Sprachkurse, Tutorienprogramme, Praktika im Ausland, Auslandssemester sollten von den Hochschulen angeboten bzw. gefördert werden. Förderung von internationaler Mobilität setzt schließlich Regelungen für die Studienfinanzierung voraus. Die derzeitigen BAföG-Bestimmungen sind unzureichend. Hier muss eine weitere Novelle des BAföG ansetzen. Außerdem sollten zusätzliche Stipendienprogramme für Auslandsaufenthalte aufgelegt werden.

In einem solchen Konzept können die Hochschulen auch die gesellschaftlichen Herausforderungen aufgreifen und lösen helfen, die z.B. durch über 7 Millionen MigrantInnen in Zukunft aufgeworfen werden und eine bildungspolitische Begleitung erfordern.

Modularisierung als Mittel zur Reform

Die stärkere Modularisierung gleichwertiger Studienangebote in Anlehnung an ein Baukastensystem ermöglicht die Integration problemorientierter und damit interdisziplinärer Studieninhalte in bestehende Studiengänge und erlaubt Studierenden eine selbstbestimmtere Gestaltung ihres Studiums.

Eine gesellschaftlich effektive Studienreform muss sich aus der Problemwahrnehmung eines technisch reduzierten Praxisverständnisses ebenso lösen wie aus der Unterordnung der

Studienfächer unter wissenschaftliche Einzeldisziplinen. Es wird zunehmend erforderlich sein, Studienziele um komplexe Berufs- und Tätigkeitsfelder herum zu definieren. Der Erwerb eines Abschlusszertifikats würde sich dann aus konsekutiven Studienabschnitten ergeben, die auf exemplarische Problemfelder ausgerichtet sind. Die Kombination verschiedener didaktischer Formen (Vorlesung, Gruppen- und Projektarbeit, Tutorien, Kolleg, Selbststudium) ist in freier Vereinbarung zwischen Studierenden und Lehrenden dem jeweiligen Problemlösungsziel des Studienabschnitts zugeordnet. Für die Erreichung der jeweiligen Studienziele wird eine Mindeststudienzeit festgelegt. Die zu ihrer Erreichung notwendige Addition von Studienabschnitten sollte frei kombinierbar, d.h. nicht mehr an die Verpflichtung eines Vollzeit-Präsenzstudiums gebunden sein: zwischenzeitliche Berufstätigkeit oder Familienarbeit wären so möglich.

Die Studienstruktur ist folglich nach und nach so zu verändern, dass sich das Studium aus Modulen zusammensetzt. So hätte zum Beispiel ein koordiniertes Studieneinstiegsmodul orientierende Funktion hinsichtlich der Studieninhalte, der Funktionsweise der Hochschule und der Formen von Interessenwahrnehmung an der Schnittstelle von Hochschulpolitik und Studienorganisation. Hier werden grundlegende Arbeitsweisen und Orientierungsfähigkeit an der Hochschule erlernt, die es den Studierenden ermöglicht, weitgehend eigenverantwortlich zu studieren.

Module sind in diesem Verständnis in sich abgeschlossene, problemorientierte Studienelemente, die in einem vorgegebenen Rahmen obligatorischer Studienanteile konsekutiv, kombiniert oder einzeln studiert werden können. Die Hochschulen haben auf Grundlage einer modularisierten Studienstruktur unter bestimmten Rahmenvorgaben eigenständige Studienprofile zu entwickeln und die Durchlässigkeit zwischen den Studiengängen der verschiedenen Hochschularten zu erhöhen. Langfristig wird damit die formale Trennung nach verschiedenen Hochschularten überwunden. Hierbei muss überprüft werden, ob die formelle Unterscheidung zwischen grundständigen Studiengängen und Aufbau-, Zusatz- und Ergänzungsangeboten noch sinnvoll ist. Die Abschlussprüfung wird durch eine studienbegleitende Zertifizierung der Module ersetzt. Ein akademischer Grad wird verliehen, wenn eine in der Prüfungsordnung festgelegte Anzahl von Modulen mit definierten Anforderungen erfolgreich studiert worden ist. Im Zusammenhang mit der Modularisierung des Studiums können daher die Regelstudienzeiten abgeschafft werden. Durch diese offene und durchlässige Gliederung des Studiums werden für Studierende mehrere Zugangs- und Abgangsmöglichkeiten geschaffen, was unter den Erkenntnissen der aktuellen Situation auch dringend erforderlich ist. Ursache dafür ist vor allem die stärkere Vermischung von Arbeit und Bildung, die sowohl den Bedürfnissen der Studierenden entspricht, Arbeit und Bildung parallel zu verwirklichen, wie auch die fortschreitende Deregulierung der Arbeit, die ArbeiterInnen immer stärker dazu zwingt Qualifizierungsanforderungen eigenständig zu erkennen und individuelle Bildungsbiographien zu entwickeln. Das Prinzip eines in sich geschlossenen Studiengangs, in dem es nur an der Schnittstelle Grund- und Hauptstudium Zugangs- und Abgangsmöglichkeiten gibt, die zudem oft restriktiv gehandhabt werden und eine selektive Funktion erfüllen, widerspricht somit den aktuellen gesellschaftlichen Anforderungen.

Beratung als Teil einer Studienreform

Eine stärkere Modularisierung und horizontale Differenzierung von Studienangeboten erfordert eine institutionelle Stärkung der Studienberatung ebenso wie ein neues Verständnis derselben. Statt sich in bloßer Rechtsberatung oder technischer Informationsweitergabe zu erschöpfen, müssen Einrichtungen der Studienberatung Kooperationspartner einer ständigen Studienreform sein. Studienberatung ist als professionelle wissenschaftliche Berufsausübung gleichwertig mit anderen entsprechenden Tätigkeiten an der Hochschule und bedarf einer adäquaten Absicherung

in Form von Funktionsstellen. Gleichzeitig müssen alle Statusgruppen der Hochschule in die Studienberatungspraxis ebenso einbezogen werden wie die jeweiligen Gleichstellungseinrichtungen.

Studienberatung ist mit einer gesellschaftlichen Problematik in der Spannweite zwischen studentischen Eingangsqualifikationen, Studienreform und Arbeitsmarktentwicklung konfrontiert. Daher wäre perspektivisch zu überlegen, ob Studienberatungseinrichtungen zu umfassenderen gesellschaftlichen Transferstellen zwischen Schule, Hochschule und Praxis weiterentwickelt werden könnten, um Reformimpulse in all die genannten Richtungen zu entwickeln. Diese Aufgabe könnten Regionale Bildungszentren übernehmen, die Möglichkeiten lebensbegleitenden Lernens koordinieren.

Keine künstliche Elitenbildung mit „bachelor“ und „master“

Mit der Begründung, dass deutsche Hochschulen für ausländische Studierende nicht attraktiv genug seien, wird gegenwärtig die Einführung gestufter Studienabschlüsse nach angelsächsischem Vorbild von „bachelor“ und „master“ vorbereitet. Dabei ist zwischen den verschiedenen hochschulpolitischen Akteuren noch völlig ungeklärt, ob es sich dabei um ein durchlässiges Konsekutivmodell oder um ein Selektionsmodell, um komplementäre Angebote oder um die zukünftige Studienstruktur handeln soll, welche das traditionelle deutsche Zertifizierungssystem entwertet und perspektivisch ersetzt. Folglich drängt sich der Verdacht auf, dass vor allem bei der Wissenschaftsadministration die Zielsetzung einer formalen Verkürzung - und damit Verbilligung - des Massenstudiums nach dem Motto „bachelor für viele“ und „master für wenige“ im Vordergrund steht. Es ist definitiv keine Hochschulreform, wenn lediglich neue Etiketten erfunden oder obligatorische Bestandteile aus traditionellen Studiengängen einfach gestrichen werden, um das so Kondensat dann „bachelor“ zu taufen.

Dabei spricht grundsätzlich ebensowenig gegen eine stärkere Pluralisierung kombinierbarer Studienabschlüsse wie gegen eine verbesserte internationale Transparenz des deutschen Studiensystems. Ein solcher Reformprozess muss jedoch auf eine völlig andere gesellschaftliche und bildungspolitische Grundlage gestellt werden als es der gegenwärtig dominierenden technokratischen Differenzierungspolitik entspricht.

Die Einführung neuer Studienstrukturen und -abschlüsse muss stattdessen von einer inhaltlich und didaktisch ausgewiesenen Studienreform in Richtung der Modularisierung begleitet werden. Eine hierarchische Zweiteilung des Studiums ist dabei entschieden abzulehnen. Es geht um die Kompatibilität, gegenseitige Durchlässigkeit und Kombinierbarkeit fachlich transparenter Studienabschnitte (die Frage nach den Etiketten ist dem inhaltlichen Studienreformprozess nachgeordnet; aus Gründen internationaler Wiedererkennungseffekte kann es sich durchaus um „bachelor“ und „master“ handeln). Die juristische Anerkennung neuer Abschlüsse schließlich setzt kalkulierbare Berufsangebote und -chancen ebenso voraus wie eine entsprechende Reform des öffentlichen Dienstrechtes. Dabei dürfen aber auch überkommene Differenzierungen zwischen Mastern unterschiedlicher Wertigkeiten festgehalten werden. Wer glaubt, dass internationale Vergleichbarkeit und nationale Differenz – anhand von Hochschultypen - kombinierbar sind, hat nicht verstanden, was Ziel vergleichbarer und (inter-)national anerkannter Abschlüsse ist. Somit zeigt sich aber auch, dass die aktuelle Diskussion um „bachelor“ und „master“ nicht mit dem Ziel einer qualitativen Studienreform oder einer internationalen Anerkennung geführt wird, sondern die weitere Differenzierung im Vordergrund steht. Ein solches Ziel passt jedoch nicht in eine moderne Hochschule und auf einer solchen Grundlage sind gestufte Abschlüsse deutlich abzulehnen.

Notwendige Steigerung der Bildungsbeteiligung

Das gesellschaftliche Interesse an einem Hochschulstudium ist gestiegen und wird weiter steigen. Gesellschaft und Wirtschaft benötigen künftig nicht weniger, sondern mehr hochqualifiziert ausgebildete Menschen. Das deutsche Bildungssystem ist aber nach wie vor hierarchisch und selektiv. Den Hochschulzugang weiter einzuschränken oder künstlich zu kanalisieren, ist der falsche Weg. Eine offensive Bildungspolitik muss deshalb durch Maßnahmen der Integration und Gleichstellung allgemeiner, beruflicher und wissenschaftlicher Bildung ergänzt werden. Der Hochschulzugang für Berufstätige muss deutlich ausgebaut und gefördert werden. Neben der generellen Anerkennung der Meisterprüfung als allgemeine Hochschulreife soll jegliche Berufsausbildung auch das Studium in einem dieser Ausbildungskomplementären Wissenschaftsbereich ermöglichen. Bei der Anrechnung berufspraktischer Erfahrungen als Hochschulzugangsberechtigung müssen ergänzend zum traditionellen Erwerbsektor auch Tätigkeiten in sozialen und kulturellen Praxisfeldern, darüber hinaus beim Hochschulzugang ohne Abitur Familienarbeit oder Qualifikationen, die durch unbezahlte oder ehrenamtliche Arbeit erworben wurden, anerkannt werden.

Finanzielle Zugangshemmnisse und Sanktionen in Form von Studiengebühren, Prüfungsgebühren, Bildungsgutscheinen oder -konten, Gebühren für höhere Semester oder Einschreibe- und Rückmeldekosten sind abzulehnen. Möglichst viele Studierwillige sollen die von ihnen favorisierten Studienangebote wahrnehmen können. Weitere Hürden in Form einer spezifischen "Studierfähigkeitsfeststellung" zusätzlich zur Hochschulzugangsberechtigung oder eine hochschulinterne Auswahl von Studierenden auf Basis von Prüfungen oder Auswahlgesprächen sind abzulehnen.

Auch wenn oftmals das Leid der Massenuniversität beklagt wird, bleibt die Forderung nach einem möglichst breiten, freien und offenen Hochschulzugang erhalten. Deshalb fordern wir den Ausbau der Hochschulen und die Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen. Denn das Schreckgespenst der Massenuniversität kann nur daher aufrechterhalten werden, weil durch eine gezielte Unterfinanzierung der Universitäten die Situation zugespitzt wurde. Die Kritik, die entsprechend an der Massenuniversität geübt wird, gilt der Öffnung der Universität für die Masse und die Ansatzpunkte dafür wurden durch die Unterfinanzierung bewusst geschaffen.

Lebensbegleitendes Lernen

Die Weiterbildung hat inzwischen zum größten Bildungsbereich entwickelt, dennoch gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem allseits betonten Bedeutungszuwachs und der Realität in der Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildung ist nach wie vor weit davon entfernt, ein gleichberechtigter vierter Teil des Bildungswesens zu sein. Ein entscheidendes Versäumnis der letzten 20 Jahre liegt darin, dass die öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung nicht ausgebaut wurde. Das gegenwärtige Weiterbildungssystem und seine Ausgestaltung begünstigen ohnehin privilegierte Bildungsschichten und erschweren jenen Gruppen der Bevölkerung den Zugang, deren Benachteiligungen im Bildungssystem ausgeglichen werden müssten.

Erwachsenenbildung als lebensbegleitendes Lernen ist "kulturelles Kapital" für den Einzelnen. Dies gilt mehr denn je vor dem Hintergrund des rapiden politischen, sozialen und technischen Wandels. Erwachsenenbildung trägt zur Sicherung der Demokratie bei, allerdings ist bei Angeboten zur politischer Bildung ein rückläufiges Angebot und Interesse festzustellen.

In keinem anderen Bildungsbereich ist der Professionalisierungsgrad so gering und die Situation des Personals so dereguliert und schlecht wie in der Weiterbildung. Der weit überwiegende Teil des Lehrbetriebs wird von auf Honorarbasis tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. Fehlende Fortbildungsmöglichkeiten, Fristverträge, niedrige und stagnierende Honorare, fehlende

soziale Absicherung, also insgesamt prekäre Arbeitsverhältnisse führen tendenziell zu Qualitätsverlusten in der Erwachsenenbildung.

Der 2. Bildungsweg ist ein Kernbereich für Durchlässigkeit und mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung. Die Förderung, besonders der Kurse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, ist sozial- und bildungspolitisch geboten. Aber hier sind auch die tarifpolitischen und sozialrechtlichen Bedingungen für das Lehrpersonal besonders schlecht. Das Entgeltniveau für das Lehrpersonal stagniert, wegen der Mittelkürzungen des Landes, schon seit Jahren. Dies führt inzwischen dazu, dass zunehmend Lehrkräfte in den Schulbereich abwandern, der mittlerweile wieder Lehrpersonal nachfragt.

Der Diskurs um das lebensbegleitende Lernen – in Anlehnung an das von der OECD entworfene Konzept – wird in der aktuellen Diskussion auf ein lebenslänglichen Arbeits-Update-Service reduziert. Für uns Jusos stehen aber weiterhin die emanzipatorischen und allgemeinbildenden Elemente im Fordergrund und nicht die punktuelle Auffüllung von betrieblich notwendigem Wissen. Wir stellen uns damit auch gegen ein Konzept, dass lebensbegleitendes Lernen nur noch als Weiterbildung im Arbeitsmarktsinn definiert und in dem jedeR auch die Verantwortung für die eigene Verwertbarkeit übernimmt.

Ein demokratisches, sozial offenes und durchlässiges Bildungssystem muss lebensbegleitendes Lernen ermöglichen. Ein solches Konzept ist Bestandteil des Rechtes auf Bildung, das heißt: auf die lebenslange Teilhabe an der Entwicklung von Wissenschaft und Kultur. Zugleich richtet es sich gegen die Reduzierung gesellschaftlicher Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen auf eine einmal erworbene Berufsrolle. Es handelt sich also um eine Politik individueller und gesellschaftlicher Emanzipation. Lebensbegleitendes Lernen kann daher nicht bedeuten, Bildungsangebote lediglich formal zu verkürzen und in dosierten Portionen auf die gesamte Lebensspanne umzuverteilen, wie es einem gängigen neoliberalen Verständnis von "Modularisierung" und „Lebensbegleitendem Lernen“ entspricht. Eine Bildungsreform, die lebensbegleitendes Lernen ermöglicht, darf folglich erst recht nicht auf eine finanzielle und strukturelle Abwertung des staatlichen Bildungssystems zu Gunsten eines privaten Weiterbildungsmarktes hinauslaufen. Die Qualifizierung zum lebensbegleitenden Lernen steht in direkter Relation zum Niveau der Erstausbildung. Die entscheidende persönliche und gesellschaftliche Schlüsselqualifikation ist folglich die Befähigung zur selbständigen Urteilsbildung. Die Chance, eine solche Befähigung zu erwerben, kann nicht länger Resultat der Selektion innerhalb eines hierarchischen Bildungssystems sein, sondern muss grundsätzlich allen Menschen offen stehen.

Die bislang als getrennte Politikfelder betrachteten Sektoren der Bildung - Schule, Hochschule, berufliche Bildung und Weiterbildung - sind als zusammengehörige Bestandteile eines kontinuierlichen Bildungsprozesses innerhalb eines einheitlichen und integrierten Bildungssystems zu gestalten. Dafür muss eine curriculare und organisatorische Verzahnung von Erstausbildung und Weiterbildung stattfinden.

Reformen in spezifischen Bildungseinrichtungen müssen immer auch im Hinblick auf ihre Anschluss- und Integrationsfähigkeit innerhalb des Gesamtsystems bewertet werden. Ziel ist es dabei auch, die Weiterbildung als dritte Säule neben der Lehre und der Forschung an den Universitäten zu etablieren und gleichzeitig eine Verzahnung der drei Säulen zu gewährleisten.

Die Finanzierung der Weiterbildung muss den Spagat zwischen kostenloser Nutzung durch die ArbeitnehmerInnen (auch in Phasen der Nicht-Erwerbsarbeit), finanzieller Beteiligung der ArbeitgeberInnen, sowie der Erstattung der Kosten für die TrägerInnen bewältigen. Daher ist ein Umbau des Sozialversicherungsnetzes notwendig, der die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung überführt und dadurch die Möglichkeit schafft, flexible Erwerbsbiographien, Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit sowie Weiterbildung abzusichern.

Zu diesem Zweck muss als erster Schritt, durch Gewerkschaften und Politik die gesetzliche und tarifvertragliche Absicherung von Weiterbildungszeiten als Teil des Erwerbslebens durchgesetzt werden. Das Ansparen von Lebensarbeits- und Bildungszeitkonten im Rahmen einer Strategie allgemeiner Arbeitszeitverkürzung stärkt die Kontinuität selbstbestimmter individueller Bildungsbiographien. Bildungskapazitäten, die heute oft genug als „Beschäftigungsphasen zur Überbrückung von Arbeitslosigkeit“ dienen, können im Rahmen einer verzahnten Bildungs- und Beschäftigungspolitik produktiver eingesetzt werden. Weiterbildung muss dem Anspruch auf lebensbegleitendes Lernen gerecht werden. Sie muss also sowohl die Möglichkeit eröffnen, Schulabschlüsse auf dem zweiten Bildungsweg zu erreichen, sich beruflich weiterzubilden, als auch politische, kulturelle, ökologische, sprachliche Angebote bereithalten.

Um Felder und Angebote regionaler Qualifizierung zu koordinieren und zu verbessern fordern wir die Einrichtung von Regionalen Bildungszentren (RBZ), die paritätisch in öffentlicher und privater Trägerschaft geführt werden sollen. Die Aufgabe regionaler Qualifizierung muss die interessenorientierte Koordination der bestehenden Bildungswege und die Optimierung des auf viele Schultern verteilten Weiterbildungssektors zum Ziel haben. Die RBZ unterstehen den regionalen Bildungsräten, die sich aus gesellschaftlichen VertreterInnen zusammensetzen und Ausrichtung und Bedarf von Weiterbildungsangeboten erkennen und umsetzen kann.

Die Weiterbildungslandschaft in Deutschland ist sehr vielseitig, teilweise jedoch auch noch sehr unkoordiniert gestaltet. Die fehlende (regionale) Zuspitzung vieler AnbieterInnen führt im privaten und öffentlichen Bereich zu einem ungesunden Verdrängungswettbewerb statt zu Spezialisierung. Die Aufgaben eines RBZ sind daher im Weiterbildungssektor tiefergehender anzusiedeln als im strukturierten Bereich der beruflichen Erstausbildung. Aber auch an den Schulen sind die Aufgaben des RBZ deutlich zu machen. An den Schulen wird das RBZ zum regionalen Modell, dass unter Einbindung von PädagogInnen, PsychologInnen, MediatorInnen, etc. Schule und Freizeitgestaltung, aber auch Schule und Weiterbildung, verbinden kann. Zu den Aufgaben eines solchen Zentrums muss somit gehören:

- Informieren und moderieren

Das RBZ muss Qualifikationsanforderungen und Angebote zusammenführen und zuspitzen. AnbieterInnen können objektiv beraten werden, in welchen Bereichen das Angebot modulierter, exklusiver oder kooperativer gestaltet werden kann, AbnehmerInnen müssen sich über ein spezifisches Weiterbildungsprogramm informieren können. Die Tätigkeit des RBZ muss im Bereich der Angebotsweitergabe die Interessen der Betriebe und der ArbeitnehmerInnen kennen und konkrete Weiterbildungsvorschläge machen können.

- Qualitätssicherung

Das RBZ muss die auf Bundesebene noch nicht ausreichend erfolgte Regelung für eine einheitliche Zertifizierung von Weiterbildungsmaßnahmen durch eine ausgeprägte Qualitätskontrolle kompensieren. Die Verlässlichkeit der durch das RBZ angebotenen Maßnahmen erhöht die Bereitschaft der AbnehmerInnen, an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

- Individuelle und ökonomische Ansätze zusammenführen

Die Großzahl der Betriebe orientiert ihre Weiterbildungsmaßnahmen auf die Heranführung der Mitarbeiter an die alte oder neue Unternehmens- und Produktionsstruktur. Zwar nimmt die eigenständige Anforderungsfeststellung von MitarbeiterInnen und die nachhaltige Weiterbildung der MitarbeiterInnen im Sinne einer individuellen Aneignung neuer Qualifikationen zu, jedoch überwiegt immer noch ein sehr traditioneller Weiterbildungsbegriff. Aufgabe des RBZ muss es sein, den AbnehmerInnen ein Gesamtpaket zur Verfügung zu stellen, in dem die individuelle Weiterbildung der MitarbeiterInnen und die aktuelle

Weiterentwicklung im Sinne des unternehmerischen Strukturwandels berücksichtigt wird. Dieser Prozess muss vor allem als präventiver verstanden werden.

Eine solche Bildungspolitik stellt einen Paradigmenwechsel in der Diskussion dar und führt zur Abkehr von frühzeitig festgelegten, möglichst starren Bildungsbahnen. Sie trägt die Erkenntnis in sich, dass ein Ausbrechen aus den anscheinend geordneten Bildungsbahnen nicht ein Scheitern ist, sondern sich auf der Erkenntnis aufbaut, dass für den eigenen Bildungsfortschritt andere Erfahrungen notwendig sind, als die die das derzeitige Bildungssystem organisieren kann. Aufgabe einer Bildungspolitik muss es dann aber sein, das nebenher von Arbeit und Bildung zu ermöglichen und durch die staatlich organisierten Bildungswege die Grundlagen dafür zu schaffen. Sie muss aber auch die Tür offen halten, dass ein Ausbrechen aus dem System nicht den Ausschluss bedeutet.

Bildung muss sich daher wieder zuerst an den Bedürfnissen der zu Bildenden orientieren und nicht an den kurzfristigen Interessen der Wirtschaft. Bildung muss die Schlüsselqualifikationen vermitteln, die Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit ermöglichen und die den Menschen in die Lage versetzen, den eigenen Bildungsweg bestimmen zu können. In diesem Spannungsverhältnis gilt es daher auch die Aufgaben und Strukturen von Bildungspolitik zu bestimmen.

Beschluss **Ä50 zu B8** AntragstellerInnen: LV RLP/BZ Hannover

Für ein gebührenfreies Studium

Studienreform statt Gebührendiskussion!

Wir lehnen Studiengebühren jeglicher Form ab!

Die SPD hat die Chance vertan, bereits zu Beginn der Legislaturperiode ein generelles Verbot von Studiengebühren gesetzlich abzusichern und treibt nun die Einführung von Langzeitgebühren und Studienkonten voran. Nachdem sich in den letzten zwanzig Jahren die Studierendenzahl bei gleichbleibender (bzw. real zurückgehender) Personal- und Sachausstattung der Hochschulen verdoppelt hat, nimmt damit auch die Bundesregierung die Position ein, dass Studierende für die

Dauer und Erfolg ihres Studiums im Wesentlichen "selbst verantwortlich" - und "Strafgebühren" bei Überschreiten einer gesetzten Frist folglich notwendig – seien.

Dabei wird außer Acht gelassen, dass Studiengebühren und –konten soziale Ungleichheiten fortschreiben. In einer Gesellschaft, in der Bildung immer entscheidender für die Zukunftschancen der Menschen wie der Gesellschaft wird, weisen Gebühren und restriktive Maßnahmen zur Beschränkung des Wissenserwerbs den falschen Weg; im Gegenteil, unser Bildungssystem muss durchlässiger werden, um soziale Barrieren konsequent abzubauen.

Die öffentliche Behandlung der Thematik unter dem Etikett "Bummel-" und "Langzeitstudenten" kommt einer zielgerichteten Irreführung gleich. Es geht nicht um ein moralisch negativ bewertbares Verhalten einer Minderheit. Eine überwiegende Mehrheit der Studierenden aller Fächer ist nicht in der Lage, die gesetzlichen Regelstudienzeiten einzuhalten. Selbst offizielle Statistiken weisen in dem Zusammenhang auf Ursachen wie vor allem immer ausgedehntere Erwerbstätigkeit während des Studiums, sowie Ausstattungs- und Organisationsmängel der Hochschulen hin. Die ideologische Konstruktion des "Langzeitstudenten" als hochschulpolitischer Allzweckwaffe entspricht daher klassischer Sündenbockpolitik, indem sie von der politischen Verantwortung für das institutionelle Reformdefizit der Hochschulen ablenkt. Damit wird auch die überfällige Hochschulreform in eine völlig falsche Richtung gelenkt.

Studienkonten sind Studiengebühren

Das Studienkontenmodell der rheinland-pfälzischen und nordrhein-westfälischen Landesregierungen sind nur eine Hintertür zur Einführung von generellen Studiengebühren. Mit dem Ausdruck „Konto“ wird suggeriert, dass es sich um ein Guthaben handelt und schreibt die Idee des „Bildungsguthabens“ der FDP fort, die es zusammen mit der CDU/CSU und anderen konservativen Gruppierungen geschafft haben, diese Idee in die gesellschaftliche Diskussion hinein zu tragen.

Fakt ist allerdings:

Durch die Einführung von Studienkonten wird in Wirklichkeit die Freiheit des/der einzelnen Studierenden eingeschränkt und Bildungsbiographien standardisiert, denn nach dem Zöllner/Behler-Modell:

- Ist ein Studienfachwechsel nach dem 3. Semester nur unter deren Anrechnung auf das folgende Studium möglich
- Ist ein Erststudium nur bis zum maximal Doppelten der Regelstudienzeit gebührenfrei – völlig unabhängig davon, wie viele SWS man belegt hat
- Ist ein Zweit-/Aufbaustudium grundsätzlich gebührenpflichtig. Nur diejenigen, die ihr Erststudium in der normalen Regelstudienzeit absolviert haben können die restlichen SWS ihres „Kontos“ verbrauchen. Hierbei ist die soziale Situation der Studierenden nicht berücksichtigt. Die Leidtragenden sind junge (werdende) Mütter und Väter, Behinderte, sozial Schwache, ehrenamtlich Engagierte, die nicht in der Lage sind, innerhalb der Regelstudienzeit zu studieren.
- Das Studiengebührenmodell verfehlt sein Ziel, da nicht kontrolliert werden kann, wer welche Veranstaltungen besucht, ohne einen unverhältnismäßigen Aufwand hervorzurufen.
- Es führt dazu, dass die Studierenden, aus Angst, ihr Konto zu überziehen ein Schmalspurstudium absolvieren und bestraft diejenigen, die viel für ihr Studium tun.

Daher darf dieses Modell keine Vorreiterrolle für andere Bundesländer, wie z.B. Schleswig-Holstein, sein.

Studiengebühren werden nicht dadurch besser, dass man sie als Studienkonten bezeichnet. Denn auf Grund der oben genannten Punkte sind sie nichts anderes als „verschleierte“ Studiengebühren. Der Versuch Studienkonten als Schutz vor Studiengebühren zu präsentieren ist unreal. Es gibt keinen Schutz vor Studiengebühren außer den freien (gebührenfreien) Zugang zur Hochschulbildung für alle, abgesichert durch das HRG!

Statt immer neue Modelle zu entwickeln, um die Studierenden in die finanzielle Pflicht zu nehmen, muss im Gegenteil alles unternommen werden, Bildungsbeteiligung zu erhöhen.

Außerdem ist das Studienkontenmodell der Einstieg in eine marktwirtschaftliche Regulierung des Weiterbildungsmarktes, die den Anforderungen einer öffentlich finanzierten Weiterbildung, nicht gerecht. Wir brauchen keine Studienkonten, wir brauchen ein Bundes-Weiterbildungsgesetz, das demokratisch, nachhaltig und sozial an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist.

Die Folge von Langzeitstudiengebühren und Studienkonten: Abbruch statt Abschluss!

Eines der Ziele, welche die BefürworterInnen mit der Einführung der Langzeitgebühren oder der Studienkonten verfolgen, ist die Reduzierung der Anzahl der Langzeitstudierenden. In Baden-Württemberg war dies ebenfalls die Zielrichtung, und es wurde auch erreicht: Die Zahl sank um 40 Prozent. Doch welchen Nutzen hat dies gebracht? Die Zahl der Studienabschlüsse ist nicht nennenswert angestiegen.

Abbruch statt Abschluss: Dies ist die reale und messbare Wirkung der Langzeitgebühren. Tausende Menschen mussten auf Grund der Gebühren ihr Studium abbrechen und die Hochschule ohne Abschluss verlassen. Was aus ihnen geworden ist, hat niemand untersucht. Die wahrscheinlichste Annahme ist, dass die Betroffenen sich nun mit einer abgebrochenen Ausbildung auf den Arbeitsmarkt begeben haben.

Angesichts der Tatsache, dass es in Deutschland an Akademikerinnen und Akademikern mangelt (vgl. die jüngste OECD-Studie), führen Strafmaßnahmen wie die Langzeitgebühren in die vollkommen falsche Richtung. Das Beispiel Baden-Württemberg zeigt deutlich, dass auch Härtefallregelungen keine Abhilfe schaffen. Erst nach lang anhaltendem politischem Druck führte die dortige Landesregierung eine Regelung ein, nach der chronische Krankheit oder Behinderung eine zeitweise Befreiung von der Gebührenpflicht ermöglichen. Finanzielle Notlagen und der Wunsch einer Verbindung von Arbeit und Bildung, Hauptgründe für längere Studienzeiten, werden hingegen nicht berücksichtigt. Gäbe es den Verhältnissen angemessene Härtefallregelungen, blieben jedoch kaum noch real gebührenpflichtige Studierende übrig, so dass sich die Langzeitgebühren selbst ad absurdum führen würden.

Weitaus sinnvoller wäre es, die Betroffenen schlicht und einfach zu Ende studieren zu lassen. Doch dies ist scheinbar weder in Baden-Württemberg noch in Niedersachsen politisch gewollt. Langzeitstudierende seien hiernach eine Belastung für die Hochschulen, wenn sie noch ein Studium zu Ende bringen wollen. Dann müssten sie Bibliotheken nutzen, müssten den Laborplatz nutzen, dann wollten sie vielleicht auch noch eine Diplomarbeit machen etc.

In der Tat belastet jedes Examen die Ressourcen der Hochschulen. Würde man dieser Logik allerdings weiter folgen, ginge es unseren Unis und Fachhochschulen am besten, wenn niemand mehr eine Prüfung ablegen würde. Diese Logik führt ins bildungspolitische Nirwana.

Anstatt also die Verantwortung für die Situation an den Hochschulen auf die Studierenden abzuwälzen, die nicht nur unter zum Teil katastrophalen Bedingungen studieren, sollen sie jetzt auch noch für die zu lange aufgeschobenen Reformen bestraft werden. Dass es ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung ist, die den Weg für einen Einstieg in Studiengebühren ebnet und ein ehemals zum Schutz der Studierenden gedachtes Element wie die Regelstudienzeit nun gegen sie wendet, zeigt die Fortsetzung liberal-konservativer Bildungspolitik. Anstatt die Verantwortung auf andere abzuwälzen, muss die Bundesregierung ernst machen mit einer qualitativen Studienreform, die flexibel und lebensbegleitend Zu- und Abgänge zu Bildung ermöglicht und der immer stärker voranschreitenden Vermischung von Arbeits- und Bildungsphasen Rechnung trägt. Diese Reform muss auch ein Weiterbildungsgesetz beinhalten, dass

Wenn etwa an die Stelle einer inhaltlich ausgewiesenen Studienreform die Reglementierung des persönlichen Studienverhaltens durch Sanktionsdrohungen finanzieller oder sonstiger Art tritt, bestätigt dies die von den Jusos immer vertretene Position, dass Studiengebühren nicht allein aus sozialpolitischen, sondern auch aus elementaren bildungs- und wissenschaftspolitischen Gründen abzulehnen sind.

Gute Bildung kostet Geld, eine selektive Bildung kostet uns die solidarische Zukunft.

Beschluss **B6** Antragsteller: LV Sachsen

Die Jugend in Ostdeutschland halten!

Junge Menschen brauchen eine Perspektive

Das Gesicht der ostdeutschen Länder wird sich in den nächsten zehn Jahren radikal verändern. Die ostdeutschen Länder werden in den nächsten 15 Jahren aufgrund der demographischen Entwicklung aber vor allem durch die verstärkte Abwanderung junger Menschen Einwohner verlieren. Dadurch überaltert die Gesellschaft in Ostdeutschland.

Während Anfang der 90er Jahre die Abwanderung durch eine starke Einwanderung gerade von Aussiedlern ausgeglichen wurde, müssen wir nun mit einem deutlich negativen Wanderungssaldo rechnen. Und es sind vor allem die jungen, flexiblen Menschen, die unsere Länder verlassen.

Im Jahr 2015 wird der Anteil der unter 18- und der über 65-Jährigen Menschen in den neuen Bundesländern, also der aufgrund ihres Alters zu versorgenden Bevölkerungsteile, größer sein als Personenkreis im arbeitsfähigen Alter. Das Erwerbsfähigspotential ist dann dramatisch überaltert.

Durch diese Entwicklung wird sich gemessen am Nettoeinkommen die Kaufkraft um 10 Prozent verringern. Schon allein dieses Beispiel zeigt, dass die Konsequenzen sehr weitreichend und umfassend sein werden.

Auf die unterschiedlichen Regionen Ostdeutschland wird sich dies verschieden auswirken. So wird man in den ländlichen Regionen und Landkreisen mit den Konsequenzen der Überalterung unserer Gesellschaft und der Abwanderung gerade junger Menschen stärker konfrontiert werden als in den größeren Städten.

Die Herausforderung für die Politik heißt deshalb, politische Antworten zu finden, wie wir einerseits mittel- bis langfristig dieser demographischen Entwicklung entgegensteuern können und andererseits dieses Land so attraktiv gestalten, dass junge Menschen ihre Perspektiven auch hier finden können. Dieser Herausforderung werden sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Ostdeutschland stellen.

Zu den Konzepten für die Entwicklung einer gesunden Altersstruktur gehören einerseits ein auf die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten abgestimmtes Einwanderungskonzept und andererseits eine umfassende und solide Familienpolitik. Wir fordern eine Politik, in der Familie und Beruf miteinander vereinbar sind, in der Männer gleichanteilig an Haushalt und Erziehung beteiligt sind und die eine kinderfreundliche Gesellschaft fördert.

Wir brauchen für unsere Jugend eine Perspektive. Sie sollen in unseren Ländern eine gute Bildung und Ausbildung erhalten, einen sicheren Job finden und in einem hochwertigen sozialen und kulturellen Umfeld leben können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen deshalb eine umfassende Schulreform, die

- *den Bildungs- und Erziehungsauftrag verändern,*
- *die Lehrerausbildung reformieren und*
- *die Ausstattung der Schulen massiv verbessern will.*

Schule muss auf die Zukunft vorbereiten. Dabei geht es vermehrt auch um eine Persönlichkeitsbildung. Doch soziale Kompetenzen können nicht vermittelt sondern müssen ausgebildet werden. Kindern und Jugendlichen muss neben einem fundierten Grundwissen und anwendbaren Grundfertigkeiten vor allem beigebracht werden, wie sie das Lernen lernen. Sie müssen befähigt werden, sich selber zu organisieren.

Wir wollen Ganztagschulen, in der eine Versorgung und Betreuung bis 18.00 Uhr gewährleistet ist.

Um dieses zu erreichen, brauchen wir eine Veränderung des Selbstverständnisses, das Lehrer von ihrer eigenen Rolle haben. Keine Veränderung in der Schule kann ohne die Lehrerinnen und Lehrer oder gegen sie gemacht werden. Das heißt für uns, dass sie dazu motiviert werden müssen, sich auf den neuen Weg einzulassen und sich mit ihrem Potential einzubringen. Wir brauchen aber vor allem neue und junge Lehrer, die eher in der Lage sind, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Deshalb fordern wir die Reform der Lehrerausbildung. Lehramtsstudierende müssen durch ihre Ausbildung dazu befähigt werden, den oben genannten Zielen gerecht zu werden.

Unsere Schulen brauchen eine ordentliche Ausstattung. Dazu gehören der innere und der äußere Zustand unserer Schulgebäude. Wir fordern von der Bundesregierung ein Kommunales Investitionsprogramm mit dem Schwerpunkt Sanierung oder Neubau von Schulgebäuden in Ostdeutschland. Die Verantwortung liegt aber trotzdem noch bei den Kommunen und Landkreisen als Schulträger. Dieser Pflicht müssen sie sich stellen.

Äußere Lernbedingungen sind mit für die Lernqualität entscheidend. Viele Schulen haben inzwischen Computerkabinette eingerichtet. Auch wenn diese oft einen sehr veralteten technischen Stand besitzen, ist dies ein wichtiger Schritt für ein Lernen im Medienzeitalter. Wir fordern darüber hinaus, dass jede Schul über einen Zugang zum Internet verfügen muss. Dafür müssen die technischen und finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Wir wollen ein wohnortnahes Schulnetz. Trotz der sinkenden Schüler/innenzahlen müssen die Wege für die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen innerhalb von 20 Minuten zu Fuß oder mit dem Schulbus zu bewältigen sein. Dabei dürfen die Schülerinnen und Schüler, die auf den Schulbus angewiesen sind, nicht länger als 30 Minuten warten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die berufliche Ausbildung im Dualen System stärker verankern, um

- *jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren*
- *die Ausbildung qualitativ zu verbessern.*

Der Staat muss die Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder Jugendliche einen ordentlichen und anerkannten Ausbildungsplatz in unseren Ländern erhält. Er kann steuernd eingreifen und Betriebe zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze stimulieren. Wir favorisieren als Steuerungselement dabei, die von der SPD beschlossene solidarische Finanzierung der Ausbildung. Wir Jusos fordern zur Finanzierung dieser Maßnahmen, dass eine Ausbildungskasse eingerichtet wird.

Die Ausbildung muss sich qualitativ verbessern, um wettbewerbsfähig zu sein. Dies kann zum Beispiel durch Ausbildungsverbünde erzielt werden, bei denen Betriebe über Ländergrenzen hinweg, Auszubildende in ihren Einrichtungen ausbilden und damit vorhandene Strukturprobleme minimieren.

Zur Qualitätsverbesserung gehört auch ein stärkerer Praxisbezug der Ausbildung. Wir brauchen deshalb eine stärkere Vernetzung zwischen Berufsschulen und Betrieben, um Ausbildungsinhalte und Module besser abzustimmen.

Wir wollen eine modulare Ausbildung. Diese umfasst eine stufenweise Qualifizierung, beginnend mit allgemeinen Grundlagen zum Tätigkeitsgebiet, der anschließenden Vermittlungen von spezifischen Fragen zum Berufsfeld und der abschließenden Ausbildung im entsprechenden Beruf. Diese modulare Ausbildung ermöglicht einen stärkeren Praxisbezug und kann sich direkt mit betrieblichen Spezifika beschäftigen.

Wir brauchen neue Berufsbilder und eine Modernisierung der konventionellen Berufe. Dazu müssen die Kammern flexibler und schneller auf ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und neue Berufsbilder anbieten und zulassen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen die *Hochschulen als den innovativen Standortfaktor mit dem wir*

- *die Vernetzung Universität, Wirtschaft und Region herstellen,*
- *das Studium internationalisieren,*
- *die Hochschule als gesellschaftliche Institution verankern und*
- *die Hochschule als Zukunftsinvestition verstehen wollen.*

Hochschulen und Universitäten sind zentrale Bestandteile eines intakten ökonomischen, kulturellen und sozialen Umfelds. Für die wirtschaftliche und demographische Entwicklung sind sie ein wichtiger ‚Standortfaktor‘, den Kommunen stärker nutzen müssen.

Eingebunden in ein enges Netz von Forschungsinstituten und Unternehmen geben Hochschulen der regionalen Wirtschaft wichtige Impulse und garantieren einen fruchtbaren Wissens- und Personaltransfer. Gerade in strukturschwachen Regionen wie den ostdeutschen Bundesländern sind solche öffentlich geförderten Netzwerke von besonderer Bedeutung.

Hochschulen dienen dem Ansehen einer Region. Sie fördern den Austausch mit anderen Städten und Ländern, bringen viele Menschen in die Region und eröffnen jungen Menschen Kontakte in die ganze Welt. Das internationale Umfeld der Hochschulen dient unseren Städten und bereichert das Leben in ihnen.

Hochschulen befördern den Wissensaustausch mit anderen Staaten. Um diesen weiter zu intensivieren, ist es notwendig, die Bedingungen des internationalen Austauschs durch internationale Angleichungen zu erleichtern. Übertragbare Studienabläufe und – abschlüsse, die Einführung internationaler Studienabschlüsse, die Einführung englisch- und mehrsprachiger Studiengänge sind Methoden, die den internationalen Austausch fördern. Die Neugliederung der Hochschulen nach 1990 ergibt hierbei einen strukturellen Vorteil, der es ermöglicht, dass unsere Hochschulen eine Vorreiterrolle im Umbau einnehmen können.

Hochschulen sind ein Ort des Wissens und der Bildung. Durch ihre geistige Produktivität befördern sie das kulturelle und geistige Leben unserer Region. Ihr kritisches Potential durchdringt im Austausch unsere Gesellschaft. Im Dialog mit den Hochschulen können wir gesellschaftliche Probleme reflektieren und besser verstehen. Ein solcher Dialog ist ein wesentlicher Beitrag für die Gerechtigkeit und Stabilität unseres demokratischen Gemeinwesens. Um diesen Dialog fruchtbar zu gestalten, dürfen Hochschulen nicht zu „Elfenbeintürmen“ werden, sondern müssen in engem Austausch mit ihrer Umgebung stehen. Davon profitieren Region und Hochschulen gleichermaßen. Beide Seiten müssen bemüht sein, diesen Austausch durch stetige Bemühungen so stark und reichhaltig wie möglich zu gestalten.

Hochschulbildung ist ein teures vor allem aber wertvolles Gut. Sie bildet eine Grundlage für individuelle und gesellschaftliche Zukunftsperspektiven. Gerade deshalb muss jede/r die Chance auf ein Hochschulstudium erhalten. Die staatliche Unterstützung für Studierwillige, die sich selbst kein Studium leisten können ist deshalb ein integraler Bestandteil eines gerechten Hochschulsystems. Die BAföG-Novelle der Bundesregierung war hier ein Schritt in die richtige Richtung. Das elternunabhängige BaföG ist weiterhin unsere Forderung

Wir Jusos wollen eine demokratische Kultur, in der sich die Menschen aktiv beteiligen können. Bei der ihre Ideen, Meinungen, Anregungen und Aktivitäten zählen. Beteiligung darf sich nicht auf ein „Anhören der Anliegen“ beschränken, sondern muss den Menschen die Gelegenheit geben, direkt das Ergebnis mitzugestalten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen vor allem eine Gesellschaft gestalten, in der sich Kinder und Jugendliche einbringen können. Sie sind mit ihren Vorstellungen und Ideen ein gleichwertiger mündiger Partner für uns. Gerade in der Kommunalpolitik sind vielfältige Möglichkeiten für Beteiligung gegeben. So können Kinder und Jugendliche in Planungszellen ihren sozialen Lebensraum aktiv mitgestalten, so können Jugendliche mit Zukunftswerkstätten motiviert werden, eigene Projekte umzusetzen. Möglichkeiten zur Beteiligung sind keine Frage des richtigen Modells sondern des politischen Willens.

Wir Jusos stellen uns den Herausforderungen, die uns durch eine demographische Entwicklung und eine dramatische Abwanderungswelle politische Antworten abverlangt, damit junge Menschen JETZT eine Perspektive in Ostdeutschland finden können.

Beschluss **C1** Antragsteller Bundesvorstand

Für eine solidarische Reform im Gesundheitswesen

I. Einleitung

Nach der von der rot-grünen Bundesregierung sozial unverträglich geregelten Rentenreform steht eine weitere Reform der sozialen Sicherungssysteme auf der politischen Agenda aller Parteien und zahlreichen Lobbyisten: die Reform des Gesundheitswesens. In den letzten Wochen und Monaten verging kaum ein Tag, an dem nicht über die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge berichtet wurde, und Experten Gutachten zur Umgestaltung des der öffentlichen Einschätzung nach reformbedürftigen Gesundheitssystems präsentierten. Die politische Rhetorik überschlägt sich dabei in diesen Wochen. „Zukunftsfähig“ solle das „kranke Gesundheitssystem“ werden und Weichen müssten gestellt werden.

Vielfach wird dabei vor dem Hintergrund einer angeblichen „Kostenexplosion“ versucht, im Interesse von für die Arbeitgeber niedrigen Lohnnebenkosten auch eine Privatisierung des Krankheitsrisikos einzuleiten. Diese Entwicklung vollzog sich seit Anfang der 90er Jahre, forciert durch die konservativ-liberale Regierung. Aber auch innerhalb der SPD häufen sich die Rufe nach einer Aufspaltung des Leistungskatalogs. So forderte kürzlich der rheinland-pfälzische Sozialminister – Florian Gerster – mehr „Eigenverantwortung“ für die Patienten und meinte damit, Grund- und Wahlleistungen sollten die Zukunft der GKV bestimmen.

Dabei werden oft gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ausgeblendet. Dem deutschen Gesundheitssystem gelingt es heute kaum mehr, prekäre Lebenslagen abzusichern und das individuelle Krankheitsrisiko der Angehörigen benachteiligter sozialer Milieus zu mindern. So ist die Morbidität (Krankheitsverteilung) in der unteren Statusgruppe (niedrige Bildung, niedriger beruflicher Status/ niedriges Einkommen) 2-3mal so groß wie in der oberen Statusgruppe. Auch die Lebenserwartung nimmt mit geringerem sozialen Status ab. Doch nicht nur die „gesundheitliche Ungleichheit“, sondern auch Unter-, Fehl- und Überversorgung in der GKV stellen Herausforderungen für eine moderne und solidarische Reform des Gesundheitswesens dar. Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen stellt dazu fest:

„Ein nachhaltiger Abbau von Über- und damit verbundener Fehlversorgung einschließlich einer angemessenen Ausbalancierung von Prävention, Kuration, Rehabilitation und Pflege erfordert eine längerfristige Umsteuerung des Systems durch eine mehrschrittige aber ziel- und gestaltungsorientierte und in ihren Zielen beständig angelegte Gesundheitspolitik. Sie verlangt eine grundlegende Veränderung von Strukturen und Anreizen, von Wissen und Werten. Sie verlangt veränderte Verantwortlichkeiten und Arbeitsstile der professionellen Akteure wie ihrer Institutionen. Strukturen und Grenzen innerhalb des Systems müssen sich an den Patienten, ihren Bedarfen und Bedürfnissen orientieren und nicht umgekehrt.“ (Band III 2001)

Wir Jusos wollen diesen Reformbedarf aufgreifen und in ein progressives Sozialstaatsverständnis übersetzen. Dabei geht es auch um Ansprüche der jungen Generation an ein flexibles, lebensphasenbegleitendes und gesundheitsförderndes System. Ein modernes Gesundheitssystem muss ohne ökonomische und soziale Diskriminierung auskommen. Die Absicherung des Krankheitsrisikos hat unabhängig vom individuellen Risiko und der finanziellen Leistungsfähigkeit zu geschehen.

Anhand der Ausgestaltung der GKV-Reform wird sich entscheiden, ob es der SPD zukünftig gelingt, eine solidarische Erneuerung des Wohlfahrtsstaates auf den Weg zu bringen. Hier ist die Sozialdemokratie in einem ihr ureigenen Politikfeld gefragt, den sensiblen Bereich der Gesundheit einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Regulierung zu unterziehen.

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit, Ziel eines jeden Gesundheitssystems muß es sein, allen Menschen ihr körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden zu sichern bzw. wiederherzustellen. Es muß in diesem Zusammenhang klar sein, daß Nicht-Gesundheit nicht verstanden werden darf als „Kostenfall“ oder als „Versicherungsfall“, der möglichst kostengünstig reguliert werden muß. Vielmehr muß ganz klar im Mittelpunkt stehen, daß es um Menschen geht, Menschen denen geholfen werden muß.

Eine gute Versorgung für Kranke und die Hilfe, gesund zu bleiben bzw. zu werden sind zentrale Punkte dessen, was man als „Lebensqualität“ bezeichnen möchte: ein hohes Maß an Versorgung, an Absicherung und die Gewißheit, im Falle von Erkrankung nicht hilflos zu sein ist ein wichtiger Punkt im Zusammenleben und für die eigene Sicherheit.

Hiermit wird auch klar, daß „Gesundheitspolitik“ nicht losgelöst betrachtet werden kann, sondern zusammen betrachtet werden muß mit Sozialpolitik in der gesamten Breite. Die Wohn- und Arbeitssituation tragen genauso zur „Gesundheit“ bei wie beispielsweise die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern oder der Zugang zu Bildung. Ein „integraler Politikansatz“ ist hier nötig, vielleicht deutlich nötiger als in allen anderen Politikfeldern

II.

Chancenprogramm Gesundheit und Solidarität: Die Gesundheitsversicherung

Die Jusos fordern zum Um- statt Abbau der GKV ein „Perspektivprogramm Gesundheit und Solidarität“, das drei Ziele miteinander verbindet: Den Zugang zum Gesundheitssystem optimiert und Ausgrenzungen abbaut, eine effektive Versorgung für alle sicherstellt sowie sich an einer solidarischen Finanzierung orientiert. Dazu sehen wir Reformbedarf anhand folgender Leitlinien:

- Die Anbieterdominanz und Monopolstellung der Leistungserbringer (Ärzte, Pharmaindustrie, Großgerätehersteller etc.) muss zu Gunsten von mehr Qualität, Effizienz und öffentlicher Kontrolle umgebaut werden.
- Die gegliederte Struktur des Gesundheitswesens ist in eine integrierte Versorgungsstruktur zu überführen.
- Das Solidarprinzip und die paritätische Finanzierung der GKV bleiben bestehen. Ungleichheiten im Gesundheitswesen sind abzubauen.
- Die Krankenversicherung wird zu einer Gesundheitsversicherung, die nicht Krankheit, sondern Gesundheit absichert, umgebaut. Prävention und Gesundheitsförderung sind eine zentrale gesellschaftliche Gesamtaufgabe.
- Gesundheit ist ein gesellschaftliches, kein ökonomisches Gut. Arbeitsplätze und Qualitätssicherung sind jedoch auch Teil der Gesundheitsversicherung.
- Das stark medizinisch und kurativ ausgerichtete Gesundheitswesen ist stärker rehabilitativ und an der Versorgung chronisch Kranker zu orientieren. Krankheit ist auch ein gesellschaftliches Konstrukt.

Perspektivprogramm Gesundheit und Solidarität – Baustein A: Steuerung

a. Monopole durchbrechen – Qualität und Beteiligung sichern

Die Anbieterdominanz der Leistungserbringer fördert die Kostensteigerung im Gesundheitssystem. Die Lobbystruktur von Ärzten und Pharmaindustrie ist eine Ursache von Ineffizienz und Qualitätsdefiziten. Dieser „Ständedünkel“ fördert die medikative Ausrichtung des Gesundheitswesens und verhindert seit Jahren notwendige Strukturreformen. Ein Umbau der Krankenversicherung in eine Gesundheitsversicherung muss im gesamtgesellschaftlichen Interesse auch gegen die Widerstände aus niedergelassenen Ärzten und Pharmaindustrie durchgesetzt werden. Die Kampagne des Hartmannbundes gegen die rot-grüne Gesundheitspolitik verdeutlicht, dass insbesondere für einen Großteil der niedergelassenen Ärzten Gesundheit kein gesellschaftliches Gut ist. Das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung (KVen) ist daher zu überdenken. Die weltweit einmalige Verknüpfung von Lobbyismus und staatlichem Sicherstellungsauftrag ist zu entzerren.

Wir halten jedoch die Übertragung des Sicherstellungsauftrages auf die Krankenkassen und die Aufhebung des Kontrahierungszwanges aus steuerpolitischen Gründen für problematisch. Die Gefahr besteht, dass bei einer zu starken Deregulierung der Vertragsbeziehungen ein Ausschlag in die falsche Richtung erfolgt und Wettbewerbsvorteile auf Kosten von Patienten erreicht werden. So ist zu befürchten, dass bei einem Sicherstellungsauftrag, der ausschließlich bei den Krankenkassen liegt, ärmere Kassen auch die „schlechteren“ Ärzte unter Vertrag nehmen können.

Dies umso mehr, als dass der Kassenwettbewerb zu einer weiteren finanziellen Differenzierung zwischen den Kassen führt. Am Prinzip der Universalität des Zugangs zu den Leistungserbringern sollte festgehalten werden. „Gate-Keeping“ ist nur als Instrument zur Verbesserung der Versorgung akzeptabel, nicht zur Rationierung.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollten durch einen Zusammenschluss aller Leistungserbringer im Gesundheitswesen ersetzt werden, um die bisherige kontraproduktive Konkurrenz der Sektoren durch differenziertere Strukturen zu ersetzen. Die Leistungserbringer benötigen aber weiterhin selbstverwaltete Körperschaften, in der sie ihre kollektiven Interessen gegenüber den Krankenkassen zur Geltung bringen können. Allerdings sollte dies demokratischer und differenzierter als bisher erfolgen können.

Zwischen Krankenkassen, Leistungserbringern, Ländern und Kommunen muss ein neues Gleichgewicht einer Steuerungspartnerschaft erreicht werden. Dies muss den nationalen Gesundheitszielen verpflichtet und für ihre sektorale und regionale Konkretisierung verantwortlich sein. Diese Steuerungspartnerschaft könnte sich in regionalen Gesundheitskonferenzen verwirklichen, die mit wissenschaftlichen Methoden und demokratisch transparent für die Planung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung verantwortlich sind.

Die Beteiligung der Patienten an den Entscheidungen und der Qualitätssicherung im Gesundheitssystem ist elementar für Transparenz und gesundheitliche Versorgung. Daher sind auch die Patienten an den regionalen Gesundheitskonferenzen hinreichend zu beteiligen. Darüber hinaus muss Transparenz durch mehr Informationsangebote der Leistungserbringer und der Krankenkassen erreicht werden. Produkte der Pharmaindustrie sind unter größere öffentliche Kontrolle (u.a. Positivliste für Arzneimittel) zu stellen. Über Verbraucherschutzverbände sind Informationen besser als heute zugänglich zu machen, insbesondere um ärztliche Entscheidungen im Gesundungsprozess und Wirksamkeiten nachvollziehbar zu machen. Spätestens nach der Bundestagswahl ist der von Sozialverbänden geforderte Beauftragte für Patientenschutz einzuführen. Die Qualifikation und der Fortbildungsstand der Leistungserbringer müssen den Patienten frei zugänglich sein, damit sie ihre Wahlfreiheit besser verfolgen können. Zur Kontrolle der Qualität und Quantität der erfahrenen Leistungen sowie zur Stärkung des angeschlagenen Vertrauens der Patienten, ist ihnen regelmäßig eine transparent und verständlich gestaltete Übersicht/Rechnung der für sie abgerechneten Leistungen zuzustellen. Des Weiteren ist die seit langem geforderte Positivliste zügig umzusetzen und verbindlich zu machen, um den Wildwuchs der Pharmakonzerne Einhalt zu gebieten und Behandlungsmethoden verlässlicher zu machen.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen muss so reformiert, revitalisiert und geöffnet werden, dass sie ein wichtiger Ort der regionalen Diskussion und Konkretisierung von Gesundheitszielen zwischen Versicherten-, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen wird. Langfristig ist eine „dritte Bank“ für Vertreterinnen und Vertreter von Patientenorganisationen zu erwägen. Jedenfalls haben die Gewerkschaften eine hohe Verantwortung, für eine Neubelebung der Selbstverwaltung die Initiative zu ergreifen.

b. Qualität sicherstellen

Seit geraumer Zeit wird über Maßnahmen der Qualitätssicherung in der Gesundheitsversorgung diskutiert und mitunter heftig gestritten. Trotz aller methodischer und medizinischer Probleme, auf die in diesem Zusammenhang oft verwiesen wird, sehen wir Maßnahmen, die zu einer Qualitätssicherung und/oder zu einer Standardisierung gesundheitlicher Leistungen führen als wichtige und notwendige Bestandteile einer Reform des Systems an.

Zu den hierfür nötigen Maßnahmen gehören insbesondere:

- Die Verabschiedung evidenzbasierter Behandlungsleitlinien
Diese sollen insbesondere für Krankheiten, bei denen Hinweise auf unzureichende, fehlerhafte oder übermäßige Versorgung bestehen und deren Beseitigung dem Gesundheitszustand und die Lebenserwartung der Bevölkerung nachhaltig positiv beeinflussen kann, Leitlinien für die ärztliche Behandlung vorgeben;
- Die Ausweitung sogenannter integrierter Versorgungskonzepte
Die starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung müssen aufgehoben werden. Dies führt zu einer Verminderung von Mehrfachdiagnosen, fehlende Therapiekordinierung usw. Dazu gehört aber auch die Installation und die Stärkung des Hausarztes / der Hausärztin als Lotse im Gesundheitsbereich.
- Den Erlass einer Liste mit den zu Lasten der GKV verordnungsfähigen Arzneimitteln
Diese als „Positivliste“ stark umstrittene Liste muß aber vor allem als Chance für die Aussortierung „zweifelhafter“ oder nachweislich unwirksamer Mittel genutzt werden.
- Die Erarbeitung von Qualitätsmanagementsystemen (QMS) für alle Beteiligten
Eine in weiten Teilen der Produktion übliche Einrichtung – die QMS – müssen auch im Gesundheitswesen Einzug halten. Hierdurch können nicht nur verbindliche Behandlungsrichtlinien geschaffen werden, sondern es kann insbesondere sichergestellt werden, daß Patienten von allen entsprechend zertifizierten Stellen gleiche Leistungen in gleicher Qualität zu gleichen Kosten erhalten.
- Die Trennung von verschiedenen Behandlungsstufen
Wenn alle Stufen der Behandlung – z B. bei Knieverletzungen die Diagnosestellung (Röntgen,...), die Therapie (Operation,...) und die Rehabilitation (Krankengymnastik,...) – aus einer Hand angeboten werden, resultiert daraus ein unüberschaubares wirtschaftliches Geflecht, bei dem die zunehmende Gefahr besteht, daß wirtschaftliche Interessen, die gegenseitig geweckt und befriedigt werden, einen Platz von den Interessen der Patienten einnehmen.
- Stärkung der Position der Hausärzte
Hausärzte können wie kein anderer den gesamten Gesundheitszustand und die Behandlung einer Patientin / eines Patienten überblicken und beurteilen. Dieser einmaligen Stellung von Hausärztinnen muß in jeglicher Hinsicht Rechnung getragen werden. Der von den Patienten frei wählbare Hausarzt ist als „Lotse“ zu seine Fachkollegen und Fachkolleginnen zu verstehen. Er entscheidet über Weiter- bzw. Ergänzungsbehandlung durch diese und erhält deren Befunde und Berichte unmittelbar. Bei einem Wechsel des Hausarztes sind diese Daten mit Einverständnis des Patienten an den neuen Hausarzt zu übergeben. Eine solche Stellung des Hausarztes verhindert unnötige und falsche Facharzt-Besuche und die damit verbundenen Kosten werden reduziert. Ein „Doktor-Hopping“, wie es seit der Einführung der Chipkarte entstanden ist

wird auf diese Weise weitgehend unterbunden. Eine Behandlung durch Fachärzte ist nur dann eine Kassenleistung, wenn eine Überweisung vom Hausarzt vorliegt. Ausnahmen von der Überweisungspflicht sind möglich, wenn dies medizinisch sinnvoll ist. So beispielsweise bei GynäkologInnen oder Augenärzten. Eine Einschränkung der freien Arztwahl findet durch die Möglichkeit des Wechsels des Hausarztes nicht statt. Ebenso bei den Fachärztinnen. Der Wechsel des Hausarztes ist dabei jedoch mit einem gewissen Aufwand verbunden, um zu verhindern, daß innerhalb kurzer Zeit mehrere Hausärzte zu haben.

Im deutschen Gesundheitswesen wird die Fortbildung und Qualifizierung hauptsächlich den großen Pharmaunternehmen überlassen. Dies hat massive Auswirkungen auf die Verschreibep Praxis sowie das Qualifikationsniveau der Ärzte. Interessengeleitete Seminare in Bezug auf die Bevorzugung von konzerneigenen Produkten belasten die GKV zusätzlich, ohne zur strukturellen Verbesserung des Systems und der Fortbildung von Ärzten beizutragen. An dieser Stelle sind die KVen und die Krankenkassen unter staatlicher Aufsicht und Förderung gefragt, jenseits privatwirtschaftlicher Einflussnahme professionelle, hochqualifizierende und spezialisierte Ausbildungsprogramme anzubieten. Niedergelassene Ärzte sind verpflichtet alle 3 Jahre eine entsprechende Fortbildung zu absolvieren. Bei Verstoß gegen diese Ausbildungspflicht droht der Entzug der Kassenlizenz. Häufigere Fortbildungen werden dagegen gefördert.

c. Reibungsverluste beseitigen - Versorgung integrieren

Die strikte Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung ist ein Ergebnis des KV-Monopols und behindert qualitativ eine hochwertige und ganzheitliche gesundheitliche Versorgung. Insbesondere chronisch Kranke leiden unter dem „Wirrarr“ von Verantwortlichkeiten und dem Hin und Her zwischen Krankenhäusern, niedergelassenen (Haus-) Ärzten und Spezialisten. Gleichzeitig fördert die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung die vom Sachverständigenrat konstatierte Über-, Unter- und Fehlversorgung.

Eine an der Absicherung von Gesundheit orientierte Versicherung muss im Krankheitsfalle die schnelle, vernetzte und professionelle Versorgung zum Ziel haben. Die Reibungsverluste an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sind daher zu Gunsten einer integrierten Versorgungsstruktur umzubauen. Die Beseitigung der Polikliniken des DDR-Systems war an dieser Stelle ein Bärenienst am deutschen Gesundheitssystem, der noch lange negative Auswirkungen auf die Versorgungsstruktur haben wird. Die Reste dieser Struktur sollten erhalten bleiben.

Die zarten Ansätze, über verschiedene Modellvorhaben vernetzte Versorgungsstrukturen (Praxisnetze) zu etablieren, sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie haben jedoch nicht ansatzweise das Grundproblem angehen können. Dies liegt insbesondere an der historisch gewachsenen „Trennungsstruktur“ zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und ihrer starken Verankerung in der GKV. Der Umbau zu einer integrierten Versorgung wird umfangreichere politische Maßnahmen erfordern. Modellprojekte alleine bieten zwar wichtige Erfahrungen, können jedoch die strukturellen Reformbedarfe nicht kompensieren.

Es geht daher vielmehr um eine Integration von gesundheitlicher Versorgung, Gesundheitsförderung, Prävention, Rehabilitation und Pflege. Die Trennung von ambulantem und stationärem Sektor muss schrittweise zugunsten von Netzwerken aufgegeben werden. In diesen

Netzwerken erhalten alle Bürgerinnen und Bürger eine qualitativ hochwertige und koordinierte Versorgung. Ziel muss es sein, dass das Netzwerk gemeinsam an der Gesundheit der gemeinsamen Patienten arbeitet. Koordinierte Versorgung als Ziel soll unnötige doppelte Untersuchungen verhindern und die ganzheitliche Behandlung der Patienten fördern. Innovationen und Qualitätsverbesserung dürfen nicht mehr an den Sektorengrenzen scheitern. Hierzu sollten die Krankenkassen das Recht erhalten, durch freie Vertragsgestaltung Anforderungen an Qualität und Vernetzung durchzusetzen. Kliniken sollten in diesem Rahmen ambulante Leistungen erbringen dürfen. Ärztinnen und Ärzte sollten Anreize bekommen, größere Einheiten zu bilden, in denen sowohl Wirtschaftlichkeit als auch Versorgungsqualität gefördert werden. Durch einen staatlich überwachten Sicherstellungsauftrag muss gewährleistet werden, dass im Rahmen dieser Strukturveränderungen die wohnortnahe und flächendeckende Versorgung gewährleistet bleibt. Öffentlich kontrollierte Qualitätssicherung bleibt im Interesse der Patienten oberstes Ziel.

Im Rahmen dessen gehören alle Maßnahmen, die vernetzte Strukturen und eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung behindern auf den Prüfstand. Als einen ersten Schritt muss das ambulante Behandlungsverbot von Ärzt/innen in Krankenhäusern abgeschafft werden. Darüber hinaus ist die Medikamentenversorgung durch Krankenhausapotheken umgehend zu ermöglichen. Staatliche Fördermittel sind zielgerichtet in den Aufbau von Versorgungsnetzwerken zu investieren. Über entsprechende Anreizstrukturen für niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser zur Kooperation und Vernetzung muss diskutiert werden.

Perspektivprogramm Gesundheit und Solidarität – Baustein B: Gesundheitsförderung

Gesundheit fördern – Lebensqualität sichern – Krankheit absichern

Das deutsche Gesundheitssystem hat eine entscheidende Schwäche: Es ist stark an einem individuellen Krankheitsbegriff als „menschlichem Defekt“ orientiert und blendet gesellschaftliche, insbesondere Zusammenhänge des Erwerbslebens als Ursache von Krankheit aus. Nicht von ungefähr resultiert der Mangel an psychologischen Betreuungsangeboten, aber auch z.B. die Nichtbeachtung von „Volkskrankheiten“ wie Depression aus diesem Umstand. Gleichzeitig hat diese gesundheitspolitische Orientierung Anteil an der stark medikativen und kurativen Ausrichtung der GKV. Es ist jedoch unbestritten, dass gerade Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation entscheidenden Einfluss auf die Morbidität der Bevölkerung bzw. eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und der Lebensqualität haben. Mittelfristig führen Präventions- und Gesundheitsförderprogramme auch zu einer starken finanziellen Entlastung der GKV, wie Erfahrungen z.B. aus Finnland belegen. Der Zeitfaktor spielt dabei eine entscheidende Rolle. Gerade auch deswegen muss eine fortschrittliche Gesundheitspolitik vorausschauend und langfristig angelegt sein.

Präventionspolitik spielt beim Umbau der Krankenversicherung in eine Gesundheitsversicherung eine *entscheidende* Rolle. In der Vergangenheit wurde Präventionspolitik jedoch mit Verhaltensprävention gleichgesetzt, die mit umfangreichen Kampagnen auf Gesundheitsaufklärung zielen. Diese erwiesen sich als eher wenig effektiv. Verhaltensprävention erzielt dann bessere Ergebnisse, wenn sie auf die Lebensweise und Lebenslage der Zielgruppen angepasst werden. Sinnvoll ist jedoch vielmehr, die Betonung von Verhältnisprävention, die auch

die „äußeren Umstände“ gesundheitlicher Risikofaktoren berücksichtigt. Oft ist eine Verknüpfung beider Mittel im Rahmen einer effektiven Primärprävention nötig. Die Krankenkassen sind hier gefragt, Präventionserfahrungen zügig umzusetzen und Qualitätssicherung zu normieren.

Wir plädieren für eine doppelschrittige Politik der Gesundheitsförderung. Sie zielt auf die Schaffung von individuellen und sozialen Voraussetzungen für mehr Selbstbestimmung in der Gestaltung des eigenen Lebensfahrplans. Es geht dabei um die Aktivierung gesundheitlichen Verhaltens in den sozialen Milieus und Lebenszusammenhängen. Dieser Ansatz ist sowohl auf das individuelle Gesundheitsverhalten, als auch die kollektive Absicherung von gesundheitlicher Lebensgestaltung ausgerichtet.

Zum Einen müssen die Erfahrungen, die mit Prävention und Gesundheitsförderung bislang gemacht wurden, dringend evaluiert und schnell auf die deutschen Verhältnisse angepasst werden. Dabei geht es insbesondere um neue Arbeitsrealitäten und –bedingungen, die umfangreiche Auswirkungen auf das Gesundheitswesen haben. Mangelnde flexible, sozialstaatliche Absicherung führt dazu, dass sich gesundheitliche Probleme in die Zukunft verlagern bzw. zu chronischen oder gar schwerwiegenden akuten Krankheiten kumulieren.

Wir fordern daher als einen Schritt zu einer integralen Gesundheitsförderungspolitik eine Verknüpfung aus Gesundheitsförderung und neuer Arbeit, die aus einem Mix aus neuen Arbeitsschutzstandards, qualitativer Tarifpolitik und arbeitsrechtlicher bzw. sozialstaatlicher Absicherung bestehen muss. So könnten zum Beispiel über die betriebliche Mitbestimmung Präventionskonzepte in die Betriebe getragen und umgesetzt werden. In einem *Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung* als gemeinsamer Einrichtung von BMG und BMA ist die Forschung über betriebliche Gesundheitsförderung zu bündeln sowie konkrete Maßnahmen und Konzepte zur gesundheitlichen Prävention und zur verbesserten Kooperation aller Akteure im Präventionshandeln zu entwickeln. Diese sind in einem jährlichen Bericht zu veröffentlichen. Damit ist zugleich die empirische Grauzone der betrieblichen Arbeitsrealität aus gesundheitspolitischer Sicht zu beheben.

Zum Anderen muss die Absicherung und gesundheitliche Förderung chronisch Kranker erheblich verbessert werden. Auch die Verbesserung der Betreuung sowie die reformierte Versorgung und Behandlung chronisch Kranker ist ein Ziel von Gesundheitsförderung. Ein Baustein ist die Einführung von Disease Management-Programmen (DMP). Bei dieser Therapieform werden alle Therapieschritte anhand entsprechender krankheitsbedingter Leitlinien fortlaufend aufeinander abgestimmt, um eine kooperative und koordinierte Betreuung der Patienten zu erreichen. Dies führt zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität der Patienten und ist ein Beitrag zur Vermeidung von unnötigen oder gar gesundheitsgefährdenden Fehlbehandlungen. |

Mittelfristig lassen sich durch diese doppelschrittige Gesundheitsförderungspolitik erhebliche Einsparpotenziale erschließen. Kurzfristig sind Präventionsprogramme und Maßnahmen der Gesundheitsförderung durch die Krankenkassen in den Risikostrukturausgleich mit einzubeziehen. Zu berücksichtigen ist dabei jeweils unbedingt die Risiko- und Empfängerstruktur der Kassen. Die öffentliche Hand muss für eine aktive Gesundheitsförderungspolitik (als Querschnittsaufgabe) die rechtlichen wie sozialstaatlichen Voraussetzungen schaffen. Bedarfe und Maßnahmen sollten in regionalen Gesundheitskonferenzen unter Beteiligung aller Akteure als Handlungsleitfäden definiert werden.

Die Jusos sprechen sich dafür aus, die zu koordinierenden präventiven und gesundheitsfördernden Aktivitäten durch eine „nationale Präventions-Kampagne“ (vergleichbar mit der Kampagne zur Aids-Prävention) zu bündeln. Die finanziellen und personellen Ressourcen, die im Gesundheitssystem für Prävention und Gesundheitsförderung zur Verfügung stehen, sind zu gering. Sie umfassen bisher lediglich ca. 4% der Gesamtausgaben. Dieser Anteil muss erhöht werden. Dies sollte durch eine interne Umverteilung der Mittel (von der „Kuration zur Prävention“) erfolgen.

Die Angebote zur Prävention sind dabei kostenlos von den Versicherungsträgern zu erbringen. Als Anreiz für die Inanspruchnahme von solchen Angeboten ist ein Präventionspaß denkbar: Versicherte, die nachweisen, an den ihnen angebotenen Präventionsmaßnahmen teilgenommen zu haben, ist eine Vergütung zu gewähren. Dies kann eine Aussetzung der ansonsten fälligen Zuzahlung zu Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sein.

Perspektivprogramm Gesundheit und Solidarität – Baustein C: Finanzierung

a. Solidarität stärken – Finanzierung erweitern

Das in der gesundheitspolitischen Diskussion oft gezeichnete Bild einer „Explosion der Kosten“ trifft in keiner Weise die Realität. Im Gegenteil, der Anteil der Ausgaben der GKV am Bruttoinlandsprodukt (die sogenannte „GKV-Quote“) ist in den letzten 20 Jahren in einer Größenordnung von etwa 6% recht konstant geblieben. Dies bedeutet jedoch nicht, daß das deutsche Gesundheitssystem nicht unter Strukturproblemen litte.

Zu den Strukturproblemen, die teilweise systemimmanent sind, gehören insbesondere

- Die Erosion der Einnahmehasis durch die tendenziell sinkende Lohnquote
Das „Kostenproblem“ im Gesundheitswesen ist stärker ein Einnahme-, als ein Ausgabeproblem. Eine bloße Ausweitung der Einnahmen auf alle abhängig Beschäftigten würde dies jedoch kaum lösen, vielmehr ist über eine Ausweitung der Beiträge auf alle Einkommensarten nachzudenken
- Erhebliche Mängel in der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung
Dies gilt – wie das letzte Gutachten des „Gesundheitswissenschaftlichen Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ gezeigt hat - z.B. bei Zuckerkrankheit, Brustkrebs, Herzerkrankungen und Rückenleiden und zahlreichen anderen mehr. In vielen Bereichen existieren Phänomene der Über-, Unter- und Fehlversorgung; teilweise sogar parallel nebeneinander. Hinzu kommt, dass die Gesundheitschancen der Menschen immer noch sozial ungleich verteilt sind.

Der demografische Wandel hat nur einen begrenzten Einfluss auf die Einnahmeentwicklung. Die Arbeitslosigkeit bewirkt schon heute ein mögliche demografisch bedingtes Ausbleiben von Sozialversicherungseinnahmen. Wir haben es also vielmehr mit einem politisch gestaltbaren Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsproblem zu tun. Zum Beispiel wäre über die Erhöhung der

Frauenerwerbsquote und eine geregelte Einwanderung ein entscheidender Beitrag zur langfristigen Stabilisierung der GKV-Einnahmen möglich.

Hinzu kommt das Problem, dass die Definition der Solidargemeinschaft, die in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, nicht mehr zeitgemäß ist. Bezieher von Einkommen, die oberhalb der Versicherungspflichtgrenze liegen, verfügen über die Möglichkeit, aus der Solidargemeinschaft auszusteigen und sich der privaten Krankenversicherung anzuschließen („Exit-Option“). Bleiben sie freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung, so zahlen sie lediglich von einem Teil ihres Einkommens (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) Versicherungsbeiträge.

Durch die Möglichkeit, daß sich gerade die finanziell leistungsfähigsten Mitglieder der Gesellschaft der Solidargemeinschaft entziehen können, wird aus der Gemeinschaft aller eine Gemeinschaft weniger, eine Gemeinschaft der Schwachen. Dazu kommt ein relativ einfacher Weg von der privaten in die gesetzliche Krankenversicherung zurück. In der Folge werden insbesondere teure Therapien von ehemals privat Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung aufgebürdet. Die Abschaffung der Befreiung von der Versicherungspflicht in der GKV und die Einrichtung der PKV als reine „Zusatzversicherung“ ist daher anzustreben.

Als entscheidendes Kriterium für ein gut oder schlecht funktionierendes Gesundheitssystem gelten in der politischen Auseinandersetzung die Höhe der Beitragssätze. Damit wird eine strikte und politisch weitgehend willkürliche ökonomische Marke zum Gradmesser der GKV verklärt. Auch für die rot-grüne Bundesregierung ist die Beitragssatzstabilität zentrales Leitmotiv ihrer Gesundheitspolitik. Stabile Beitragssätze bzw. geringe Lohnnebenkosten sollen die Unternehmen von Beiträgen zur Sozialversicherung entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichern.

Niedrige Beitragssätze als bestimmender Faktor für das verfügbare Finanzvolumen der GKV sagen jedoch nichts über den notwendigen Bedarf an gesundheitlicher Versorgung aus. Wer Beitragssatzstabilität als alles überdeckendes Prinzip fordert, manövriert die GKV in eine Beitragsfalle. Zudem sind die Lohnnebenkosten als Parameter für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unbrauchbar. Entscheiden sind dafür die Lohnstückkosten, in die auch die Produktivität mit einfließt. Und da steht Deutschland international gut da.

Trotzdem wird zur Entlastung der GKV auch innerhalb der SPD immer wieder eine Aufsplittung des Leistungskatalogs in sogenannte Grund- und Wahlleistungen gefordert. Schon heute sind jedoch nur „medizinisch notwendige Leistungen“ im Leistungskatalog der Krankenkassen enthalten. Mehr Eigenverantwortung im Sinne einer Verlagerung von Behandlungs- und Arzneimittelkosten auf die Patienten selbst, trifft in erster Linie diejenigen Versicherten, die bereits durch die Ungleichheit im Gesundheitswesen ohnehin diskriminiert sind und gefährdet die gesundheitliche Versorgung sozial benachteiligter Schichten. Die SPD muss sich daher Fragen lassen, ob sie im Namen der privaten Versicherungswirtschaft Grund- und Wahlleistungen einführen will, und damit Politik gegen die Interessen ihrer eigenen sozialen Wählermilieus machen will. Die Aufsplittung des Leistungskatalogs führt zu einer Zwei-Klassen-Medizin und verkürzt die Debatte um Reformbedarfe im Gesundheitswesen.

Die Kostensenkungsdebatte vermischt sich zunehmend mit einer Aushöhlung des Solidarprinzips in der GKV. Durch steigende Zuzahlungen oder des Einfrierens von Arbeitgeberanteilen werden die Patienten zusätzlich belastet. Damit wird die paritätische Finanzierung – ähnlich wie in der Pflegeversicherung – unterlaufen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Verantwortung für die Finanzierung der GKV zugeschrieben. Diese Entwicklung fördert die Ungleichheit im Gesundheitswesen. Es gilt daher, das Solidarprinzip auf eine neue Grundlage zu stellen und Finanzierungsgerechtigkeit herzustellen.

Als kurzfristige Maßnahme sind daher die Pflichtversicherungsgrenze und die Beitragsbemessungsgrenze der GKV schrittweise anzuheben, in einem ersten Schritt auf das Niveau der Rentenversicherung. Zweck einer Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze ist es, die finanzielle Basis der solidarischen Krankenversicherung auszuweiten. Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze der GKV ist sinnvoll, weil sie unter jener in der Rentenversicherung liegt. Diese unterschiedlichen Bemessungsgrenzen sind sachlich nicht zu rechtfertigen und daher auf dem Niveau der GRV zu harmonisieren. Um die Flucht von bislang freiwillig Versicherten der GKV mit einem Einkommen über der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze zu vermeiden, muss die Pflichtversicherungsgrenze wenigstens im selben Ausmaß wie die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden. Mittelfristig ist die Versicherungspflichtgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung ganz abzuschaffen.

Grundsätzlich muss aber auch die Finanzierungsbasis der Sozialversicherung insgesamt erweitert werden. Der Wandel der Erwerbsarbeit bringt neue Beschäftigungsverhältnisse hervor. So ist eine deutliche Zunahme selbständiger Beschäftigungsformen zu konstatieren. Diese sind auch in der Finanzierung der GKV zu berücksichtigen. Zum Beispiel sind von 36,6 Mio. Erwerbstätigen in der Bundesrepublik 3,6 Mill. Selbständige. Mehr als jeder zweite dieser Selbständigen jedoch beschäftigt keinen Arbeitnehmer und ist damit im weiteren Sinne als abhängiger Arbeits- und Auftragsnehmer anzusehen. Wir plädieren daher für einen Einbezug von Selbständigen in die GKV. Sinnvoll wäre zudem die Krankenversicherung auf Beamte auszuweiten und die tradierten beamtenrechtlichen Sondersysteme auslaufen zu lassen. Darüber hinaus ist angesichts neuer Arbeitsformen und anderen Einkommensformen neben dem klassischen Arbeitseinkommen über eine sozialversicherungsrechtliche Anrechnung von Einkommen aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung nachzudenken.

Um die paritätische Finanzierung in der GKV aufrechtzuerhalten, ist diese Anrechnung weiterer Einkunftsarten, die nur die ArbeitnehmerInnen betrifft, zu ergänzen um die Einführung einer zusätzlichen Kapitalabgabe der Unternehmen, deren Bemessungsgrundlage die Summe aus Jahresüberschuss und Abschreibung ist und die somit weitere Bestandteile der verteilten Wertschöpfung in die Finanzierung der GKV mit einbezieht.

Zur kurzfristigen angebotsinduzierter Ausgabenkontrolle gibt es zu Budgets kaum eine Alternative. Budgets alleine sind jedoch als gesundheitspolitisches Steuerungsinstrument untauglich und eine Kapitulation vor den politischen Steuerungsanforderungen. Daher sind sie an gesundheitspolitischen Zielvorstellungen zu orientieren. Je nach dem gesundheitspolitischen Bedarf der einzelnen Sektoren sind auch die Budgets flexibel auszurichten. Gleichzeitig wäre über eine Regionalisierung der Budgets nachzudenken. Diese könnten zum Teil in die gestalterische Hoheit von regionalen Gesundheitskonferenzen gelegt werden. Zu beachten ist jedoch eine

regionale Ausgewogenheit, so dass reichere Regionen sich nicht aus der Gesamtverantwortung für die Ausgabenkontrolle zurückziehen können.

Das Gesundheitssystem zeichnet sich durch eine geringe Produktivität und Personalintensivität aus. Damit resultieren aus der GKV nicht nur Ausgaben in die Gesundheit der Menschen, sondern auch Investitionen in Arbeitsplätze. Personenbezogene Dienstleistungen werden als Träger von Arbeitsplätzen zunehmend wichtiger und können ein Beitrag sowohl zur Reduzierung des Beschäftigungsproblems als auch zum sektoralen Wandel der Wirtschaftsstruktur leisten. Insbesondere auf kommunaler Ebene decken soziale Dienstleistungen wichtige gesellschaftliche Bedarfe. Kommunal- und Regionalpolitik ist ohne das Angebot flächendeckender moderner soziale Dienstleistungen nicht möglich. Flankierend dazu bedarf es jedoch einer Ausbildungs- und Qualifikationsoffensive, um Arbeitsplätze attraktiv zu machen, den Mismatch zwischen vorhandenen Arbeitsfeldern und Arbeitskräften zu beheben, als auch die Qualität von sozialen Dienstleistungen zu steigern. Insofern können Investitionen in das Gesundheitssystem Beschäftigung schaffen und einen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik leisten. Um dies leisten zu können, müssen Budgets allerdings mittelfristig angelegt sein und tendenziell leicht stärker steigen als das Bruttoinlandsprodukt selbst.

Die beitragsfinanzierte GKV hat sich bewährt. Als Ergänzung dazu plädieren wir für einen steuerlich finanzierten Bundeszuschuss, der die so genannten versicherungsfremden Leistungen, wie z.B. Leistungen der Mutterschaftshilfe oder der Finanzierung von Haushaltshilfen, deckt. Gleichfalls darf die GKV nicht weiter durch Übertragung von Kosten aus anderen Bereichen der Sozialversicherung zum Verschiebepark werden.

b. Effektiver und effizienter - Wirtschaftlichkeitsreserven erschließen

Internationale Vergleiche zeigen, das bundesdeutsche Gesundheitswesen nimmt bei der finanziellen Ausstattung gemessen an Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben auf der Grundlage von Kaufkraftparitäten und an der Relation zwischen nationalen Gesundheitsausgaben und Bruttoinlandsprodukt innerhalb der OECD mit den USA und der Schweiz die „Spitzenstellung“ ein. Outcome-Indikatoren wie absolute Lebenserwartung bzw. Wachstumsrate der Lebenserwartung oder die Versorgung chronischer Krankheiten, insbesondere Asthma, arterielle Hypertonie, Brustkrebs, Diabetes mellitus, Herzinsuffizienz, koronare Herzerkrankungen, Rückenleiden und Schlaganfall, offenbaren, unbeschadet aller inhaltlichen und methodischen Unvollkommenheiten und Unzulänglichkeiten internationaler Vergleiche von Gesundheitssystemen, in der Zielerreichung ist das deutsche Gesundheitswesen jedoch nur mittelmäßig.

Finanziell ausreichend ausgestattet bestehen die Probleme im Gesundheitswesen also in der Produktion- und Allokationseffizienz.

Die Diagnose lautet, es muss nicht immer mehr verordnet werden, wichtiger ist, endlich die richtige Therapie.

Auftrag an sozialdemokratischer Gesundheitspolitik muss es sein, die vorhandenen Mittel effektiver und vor allem effizienter einzusetzen, um vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven durch Rationalisierungen zu erschließen, einer schleichenden Rationierung entgegenzuwirken und damit die solidarische Gesundheitsversorgung zu verbessern, zu verbreitern und insgesamt zu stärken.

c. Kassenwettbewerb einschränken – RSA reformieren

Die Integration von Wettbewerbsinstrumenten in die GKV hat die Konkurrenzbeziehungen zwischen den Kassen erheblich verschärft. Die freie Kassenwahl eröffnete durchaus wichtige Rationalisierungspotenziale über den Abbau bürokratischer Hürden und härteren Honorarverhandlungen auf Seiten der Kassen.

Auf der anderen Seite jedoch förderte die freie Kassenwahl den Wettbewerb um „gute“ Risiken, also gesunde, junge, mobile und damit für die Kassen kostengünstige „Kunden“. Dies hat überaus negative Auswirkungen auf die Versorgung chronisch Kranker und sozial Schwacher. Als teure Versicherte fallen aus dem Interessenspektrum der Kassen heraus. Investitionen in Prävention und Gesundheitsförderung werden fälschlich als „versicherungsfremde Leistungen“ abgetan.

Die Einführung des Risikostrukturausgleichs (RSA) sollte einen Umverteilungsmechanismus zwischen den Kassen innerhalb der GKV etablieren. Damit sollten die unterschiedlichen finanziellen Risiken, die sich aus der Versicherungsklientel ergeben, vorübergehend aufgefangen werden. Kassen mit einer günstigen Versichertenstruktur (nach den Faktoren Einkommen, Alter, Geschlecht etc.) müssen einen Ausgleich zu Gunsten von Kassen mit schlechter Versichertenstruktur leisten. Ausgeblendet bleibt dabei jedoch der Faktor „Krankheit“, so dass der RSA nur unzureichend ein effektives Ausgleichsverfahren zwischen den Kassen darstellt und die Konkurrenz um „gute“ Risiken nicht im gesamtgesellschaftlichen Sinne verhindert.

Mit der Berücksichtigung des Merkmals „Krankheit“ in einem morbiditätsgebundenen RSA bis 2007 greifen schrittweise wichtige Maßnahmen zur Entlastung großer Kassen. Trotzdem bleiben sie im Vergleich zu den wenigen Erfolgen der freien Kassenwahl Stückwerk. Bestehende Ungleichheiten von Marktchancen der einzelnen Krankenkassen werden nicht vermindert. Es gilt daher, die Gesamtstruktur von RSA und freier Kassenwahl in einer neuen großen Gesundheitsreform zu überdenken.

Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen ohne eine zentrale Regulierungsinstanz fördert den Rückzug gesundheitlicher Versorgung aus der Fläche und die Konkurrenz um „profitable“ Patienten. Deshalb kommt dem Staat auch in Zukunft ein zentraler Regulierungsauftrag zu. Die Probleme um die freie Kassenwahl und den RSA haben gezeigt, dass die GKV einer relevanten staatlichen Aufsicht bedarf. Wir sehen den Bund gefordert, als gesellschaftlicher Motor, die zentralen Regulierungs- und Reformbedarfe der GKV zu steuern. Dabei sind die Kassen als Versicherungsunternehmen, ebenso wie die niedergelassenen Ärzte am Solidarprinzip zu orientieren. Das Gesundheitssystem ist zu wichtig, um zum deregulierten Feld individueller Wettbewerbsinteressen zu verkommen. Unser Leitbild ist die Reduzierung der Kassenkonkurrenz durch regionale Einheitskassen, um unsinnige Reibungsverluste abzubauen, und eine optimale, am Bedarf orientierte Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

III.

1. Entwicklungen in der GKV

a. Ungleichheit im Gesundheitswesen: Der Mix aus Über-, Unter- und Fehlversorgung

Im deutschen Gesundheitswesen werden Ressourcen nicht optimal eingesetzt. Gemessen am Bedarf der Bevölkerung kommt es zu Unter-, Über- und Fehlversorgung. Unterversorgung mit Gesundheitsleistungen trifft vor allem Menschen aus sozial schwächeren Schichten und chronisch Kranke. Grundsätzlich gilt: Je geringer die soziale Stellung (gemessen an Bildungsabschluss, Beruf und Einkommen), desto schlechter ist der Gesundheitszustand und desto geringer ist die Lebenserwartung. Wer heute in der Bundesrepublik dem unteren Fünftel der Bevölkerung angehört, hat eine um sieben Jahre niedrigere Lebenserwartung. Dies hat vielerlei Gründe:

- Sozial schwächere sind als erste von Rationierung betroffen, weil sie sich im Gesundheitssystem schlecht artikulieren und wehren können.
- Sie sind meist darauf angewiesen, dass ihnen nötige Leistungen – gerade präventiver Art – angeboten und nahegebracht werden, weil sie Probleme mit dem Zugang zum Gesundheitswesen und zu gesundheitsfördernden Lebensweisen haben.
- Sie leben in schlechteren Wohnungs- und Umweltbedingungen.
- Sie befinden sich in prekären Arbeitsverhältnissen.
- Ihre schlechte Einkommenssituation erlaubt wenig individuelle Gesundheitsvorsorge und private Prävention.

Die Qualität der medizinischen Versorgung für viele verbreitete chronische Krankheiten – etwa Diabetes, Rheuma, Rückenschmerzen und Bluthochdruck – ist in Deutschland unzureichend. Das Gesundheitssystem ist auf hohe Leistungen bei akuter Krankheit ausgerichtet, bietet aber nicht genügend Leistungen der Prävention und Rehabilitation, die das Leben mit chronischen Krankheiten und die Linderung ihrer Auswirkungen in den Mittelpunkt stellen. Das segmentierte System der gesundheitlichen Versorgung wirkt hier nicht nur kostentreibend, sondern verschlechtert auch die Leistungen. Für chronisch Kranke ist ein System unkoordinierter niedergelassener Ärzte einerseits und Kliniken andererseits unzureichend. Sie benötigen eine vernetzte Versorgungsstruktur.

Über- und Fehlversorgung gehen fließend ineinander über. Immer noch werden zahlreiche Leistungen im deutschen Gesundheitssystem in erster Linie erbracht, weil wirtschaftliche Interessen der Leistungserbringer oder der pharmazeutischen Industrie es nahe legen. Überflüssige Leistungen – gerade im Bereich von Medikamenten – werden schnell zu schädlichen Leistungen. Überflüssige Röntgenbilder schaden auch den Betroffenen. Die Strukturen des deutschen Gesundheitswesens fördern Über- und Fehlversorgung. Wenn nicht die Zahl betreuter Patienten oder der Erfolg, sondern die einzelne Leistung abgerechnet werden, ist Leistungsausweitung notwendig die Folge.

b. Finanzentwicklung in der GKV

Die Finanzierung des Gesundheitswesens zeigt Defizite sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite und eine Reform hat sich entsprechend auf beiden Seiten auszurichten. In Teilen der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte wird hingegen nur ein Ausgabenproblem

vermutet und von einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen und speziell in der GKV ausgegangen. Für die nächsten 30 bis 40 Jahre wird hier zudem durch den demografischen Wandel und durch den medizinisch-technischen Fortschritt eine Verschärfung der Kostenentwicklung prognostiziert. Abzulesen sei diese an sukzessiv steigenden GKV-Beiträgen, die von beiden Beitragszahlergruppen nicht mehr finanziert werden könnten.

Das falsche Bild der Kostenexplosion im Gesundheitswesen wirkt dadurch vordergründig plausibel, dass in den alten Bundesländern die GKV-Beiträge von 1980 bis heute von 11,38 Prozent auf über 14 Prozent angestiegen sind. Die GKV-Ausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt weisen jedoch in den letzten 20 Jahren mit ca. 6 Prozent einen konstanten Anteil auf. In den gestiegenen Beitragssätzen spiegelt sich demnach also *keine* Kostenexplosion wider, vielmehr drücken die Beitragssatzsteigerungen eine gesunkene Lohnquote aus.

Tatsächlich ist in der letzten Dekade die Lohnquote um 7 % auf 65,9 % des BIP gesunken. Automatisch hat sich damit die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage für die GKV-Beiträge verringert, so dass bei konstanten Ausgaben die Beitragssätze steigen müssen.

Anders ausgedrückt hat sich also die Aufteilung des Kuchens von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu Gunsten der letztgenannten verschoben. Ein neu auszuhandelnder Gleichschritt von gesamtwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und daran orientierter Lohnentwicklung ist also das beste Programm für eine Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung.

c. Von der korporatistischen zur wettbewerblichen Steuerung?

Spätestens seit dem Gesundheitsstrukturgesetz 1992 hat sich ein gesundheitspolitischer Kurswechsel vollzogen. Wurde in den 70er und 80er Jahren im Zuge der strukturellen Krise der Ökonomie noch versucht, Kostenproblemen der GKV über die zentralen Akteure der Leistungserbringer und die Krankenkassen zu begegnen, so wurde in den 90er Jahren verstärkt versucht, Wettbewerbsinstrumente in die GKV zu integrieren. Die Einführung der freien Kassenwahl in Verbindung mit dem Risikostrukturausgleich (RSA) hatte eine verschärfte Konkurrenz zwischen den Kassen zur Folge. Diese freie Kassenwahl eröffnete durchaus wichtige Rationalisierungspotenziale über den Abbau bürokratischer Hürden und härterer Vertragsverhandlungen auf Seiten der Kassen.

Auf der anderen Seite jedoch förderte die freie Kassenwahl den Wettbewerb um „gute“ Risiken, also gesunde, junge und damit für die Kassen kostengünstige „Kunden“. Dies hat negative Auswirkungen auf die Versorgung chronisch Kranker und sozial Schwacher. Als teure Versicherte fallen sie durch den Kassenwettbewerb ebenso wie Investitionen in Prävention und Gesundheitsförderung aus dem Interessenspektrum der Kassen heraus.

Die Einführung des Risikostrukturausgleichs hat einen Umverteilungsmechanismus zwischen den Kassen innerhalb der GKV etabliert. Damit sollten die unterschiedlichen finanziellen Risiken, die sich aus der Versichertenklientel ergeben, aufgefangen werden. So müssen Kassen mit einer günstigen Versichertenstruktur (nach den Faktoren Einkommen, Alter, Geschlecht) einen Ausgleich zu Gunsten von Kassen mit „schlechter“ Versichertenstruktur leisten. Ausgeblendet bleibt dabei

jedoch der Faktor „Krankheit“, so dass der RSA nur unzureichend ein effektives Ausgleichsverfahren zwischen den Kassen darstellt und die Konkurrenz um „gute“ Risiken nicht im gesamtgesellschaftlichen Sinne verhindert.

Gleichzeitig lässt sich jedoch feststellen, dass die Einführung wettbewerblicher Steuerungsinstrumente nicht den etablierten Korporatismus in der deutschen GKV beseitigen konnte. Nach wie vor sind die Akteure der Leistungserbringer und der Krankenkassen wichtige Steuerungsinstanzen. Dem Staat kommt dabei weiterhin ein zentraler Regulierungsauftrag zu. Die Probleme um die freie Kassenwahl und den RSA haben gezeigt, dass die GKV einer relevanten staatlichen Aufsicht bedarf. Wir Jusos sehen den Staat auch in Zukunft gefordert – als gesellschaftlicher Motor – die zentralen Regulierungs- und Reformbedarfe der GKV zu steuern. Dabei sind die Kassen, ebenso wie die niedergelassenen Ärzte am Solidarprinzip zu orientieren. Das Gesundheitssystem darf nicht zum deregulierten Feld individueller Wettbewerbsinteressen verkommen.

Das solidarische Gesundheitssystem ist ein wichtiger, ein zentraler Bestandteil unseres deutschen Sozialstaates. Aufgabe sozialdemokratischer solidarischer Gesundheitspolitik muss es sein, dies im Rahmen einer gestärkten und nach dem **Solidarprinzip** organisierten Gesetzlichen Krankenversicherung zu bewältigen. Dies bedeutet

- das Ziel einer Gesundheitsversorgung von maximaler Qualität
- die Beteiligung aller am Gesundheitssystem
- gleichen Zugang aller Versicherten bei gleichem Bedarf zu den Gesundheitsleistungen unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit und ohne Zugangsschranken (egalitäre Position),
- eine solidarische Finanzierung durch alle Beteiligten, paritätisch verteilt und entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit gestaffelte Beitragserhebung auf der Basis einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen

d. Rot-Grüne Gesundheitspolitik

Die rot-grüne Regierung hat die Politik der Kostensenkung fortgesetzt. Die Beitragssatzstabilität ist nach wie vor die maßgebliche Leitlinie sozialdemokratischer Gesundheitspolitik. Auch der SPD ist es damit nicht gelungen, einen Paradigmenwechsel hin zu einem integrativen und ganzheitlichen Reformansatz im Gesundheitswesen einzuleiten. Sie orientiert sich in der GKV weiterhin an einem Kriterium, das nicht gesundheitspolitisch motiviert ist. Dabei steckt sie in einem strukturellen Dilemma: Das Dogma der Senkung der Lohnnebenkosten gilt als unantastbar – zugleich soll jedoch der personalintensive Gesundheitssektor als Wachstumsbranche genutzt werden. Der Versuch rot-grüner Regierungspolitik, globale Ausgabenbegrenzungen mit Strukturreformen im Interesse von Wirtschaftlichkeit und Qualitätsverbesserung zu verbinden, hatte gegen die Widerstände der niedergelassenen Ärzte und der Pharmakonzern kaum Bestand. Auch nach dem Wechsel an der Spitze des Gesundheitsministeriums scheint sich die sozialdemokratische Gesundheitspolitik eher an Opportunität als an einem gesellschaftlichen Reformprojekt zu orientieren.

Trotz erheblicher Steuerungs- und Finanzierungsprobleme wird nach wie vor der freie Kassenwettbewerb, der 1992 zusammen mit der CDU eingeführt wurde, aufrecht erhalten. Als notwendige Kompensation wird versucht, die Finanzierungsprobleme insbesondere der

Ortskrankenkassen über eine Berücksichtigung der Morbidität im RSA (ab 2007) abzumildern. Trotzdem haben Orts- und Ersatzkrankenkassen (und hier vor allem die aus den neuen Ländern) gegenüber den Betriebskrankenkassen deutliche Nachteile in der Risikostruktur. Nicht die Effizienz der Versorgung ist die Folge des Wettbewerbes, sondern der Kampf um eine gesunde und tendenziell wohlhabende Versichertenstruktur.

Mit dem Gesundheitsstrukturreformgesetz 2000 wurde versucht die stationäre Versorgung in den Mittelpunkt der Kostendämpfungspolitik zu rücken. Über die Einführung diagnosebezogener Vergütungsformen (DRG ab 2003) sollen Einsparpotenziale erschlossen werden. Dies wird alsbald zu einer deutlichen Veränderung in der Krankenhauslandschaft führen, da insbesondere kommunale, öffentliche Krankenhäuser unter einen verstärkten Konkurrenzdruck profitorientierter Krankenhauskonzerne gesetzt werden. Dies kann mittelfristig zu einer Ausdünnung kommunaler sozialer Dienstleistungen führen. Über die Einführung der DRG hat die rot-grüne Bundesregierung einen Privatisierungsschub der Krankenhäuser eingeleitet, der zum Rückzug der stationären Versorgung aus der Fläche sowie zur Diskriminierung „unprofitabler“ Patienten führen kann. Gleichzeitig werden die strukturellen Probleme in der stationären Versorgung nicht angetastet. Es ist daher zu befürchten, dass die Steuerungsprobleme zwischen ambulanter und stationärer Versorgung über eine stärkere Privatisierung des Krankenhaussystems noch verstärkt werden. Der Bedarf an einer abgestimmten und regionalisierten Gesundheitspolitik wird vernachlässigt.

Die Positivliste für Arzneimittel ist trotz langjähriger Diskussionen nach wie vor nicht durchgesetzt worden. Hier gilt es, der Konzernlobby der Pharmaindustrie deutlich entgegenzutreten.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung waren die ersten zaghaften Ansätze zur Stärkung der Primärprävention und zur Gesundheitsförderung. Gleiches gilt für die Versuche, integrierte Versorgungssysteme in den Vordergrund sozialdemokratischer Gesundheitspolitik zu stellen. Diese produktiven Versuche einer erneuerten sozialdemokratischen Gesundheitspolitik müssen in den nächsten Regierungsjahren noch stärker zur Geltung kommen und als zentrale Bausteine in die Gesundheitsreform eingebaut werden.

2. Gesundheitsziele

Die gesundheitspolitische Diskussion und das gesundheitspolitische Handeln in Deutschland richten sich seit vielen Jahren primär und einseitig am Ziel gleichbleibender Krankenversicherungsbeiträge aus. Dabei gerät die Frage in den Hintergrund, welche Leistungen und Ziele vom Gesundheitssystem erwartet werden können und müssen. Eine wirkliche Gesundheitsreform muss mindestens gleichgewichtig mit Finanzierungs- und Kostenfragen Gesundheitsziele definieren, die politisch vorgegeben und erreicht werden sollen. Diese Ziele müssen auch hinreichend konkret in Ausrichtung und Instrumentarium sein. Ihre Umsetzung muss Gegenstand nationaler und international koordinierter Anstrengungen sein.

Zu diesen Gesundheitszielen für das kommende Jahrzehnt sollten gehören:

- Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit in der Bevölkerung und Steigerung der Lebensqualität

- Verbesserung der Versorgungsqualität bei chronischen Krankheiten, namentlich Diabetes, Rheuma, Rückenschmerzen und Bluthochdruck, Ausrichtung des Versorgungssystems auf Lebensqualität trotz Krankheit
- Verbesserung der Standards bei Früherkennung und Prävention, namentlich bei Krebs, Herz-Kreislauf- und Suchterkrankungen
- Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen als Standard in allen Bereichen des Wirtschaftslebens, namentlich gegen Rückenschmerzen durch ergonomisch fehlerhafte Arbeitsplätze, gegen Herz-Kreislauf- und psychische Beschwerden durch Stress sowie gegen Krebs durch giftige Stoffe am Arbeitsplatz
- Ausrichtung des Versorgungssystems auf die demographische Entwicklung durch Stärkung von Lebensqualität im Alter, Erforschung und Bekämpfung gerontopsychiatrischer Krankheiten, Verbesserung der Pflegequalität, Neudefinition des Verhältnisses von ambulanter und stationärer Hilfe für alte und kranke Menschen

Die Gesundheitspolitik zeigt deutlich – vielleicht deutlicher als andere Felder – die Notwendigkeit eines „integralen Politikansatzes“, in dem die politischen Strategien miteinander verzahnt werden. Nur auf diesem Wege kann sichergestellt werden, daß die Entwicklung der Gesellschaft – nicht nur die gesundheitliche Entwicklung der Bevölkerung – sich verbessert.

3. Reformbedarf im Gesundheitswesen

a) Ambulante und stationäre Versorgung – Neue Versorgungsformen

Die Trennung von ambulantem und stationärem Sektor muss schrittweise zugunsten von Netzwerken aufgegeben werden. In diesen Netzwerken erhalten alle Bürgerinnen und Bürger eine qualitativ hochwertige und koordinierte Versorgung. Innovationen und Qualitätsverbesserung dürfen nicht mehr an den Sektorengrenzen scheitern. Hierzu sollten die Krankenkassen das Recht erhalten, durch freie Vertragsgestaltung Anforderungen an Qualität und Vernetzung durchzusetzen. Kliniken sollten in diesem Rahmen ambulante Leistungen erbringen dürfen. Ärztinnen und Ärzte sollten Anreize bekommen, größere Einheiten zu bilden, in denen sowohl Wirtschaftlichkeit als auch Versorgungsqualität gefördert werden. Durch einen staatlich überwachten Sicherstellungsauftrag muss gewährleistet werden, dass im Rahmen dieser Strukturveränderungen die wohnortnahe und flächendeckende Versorgung gewährleistet bleibt.

b) Steuerungspartnerschaft/Selbstverwaltung

Die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen muss sowohl innerhalb der Krankenkassen und innerhalb der Zusammenschlüsse der Leistungserbringer demokratisiert und transparenter gemacht werden.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen muss so reformiert, revitalisiert und geöffnet werden, dass sie ein wichtiger Ort der regionalen Diskussion und Konkretisierung von Gesundheitszielen zwischen Versicherten-, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen wird. Zu erwägen ist eine „dritte Bank“ für Vertreterinnen und Vertreter von Patientenorganisationen. Jedenfalls haben die

Gewerkschaften eine hohe Verantwortung, für eine Neubelebung der Selbstverwaltung die Initiative zu ergreifen.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollten durch einen Zusammenschluss aller Leistungserbringer im Gesundheitswesen ersetzt werden, um die bisherige kontraproduktive Konkurrenz der Sektoren durch differenziertere Strukturen zu ersetzen. Die Leistungserbringer benötigen aber weiterhin eine selbstverwaltete Körperschaft, in der sie ihre kollektiven Interessen gegenüber den Krankenkassen zur Geltung bringen können. Allerdings sollte dies demokratischer und differenzierter als bisher erfolgen können.

Zwischen Krankenkassen, Leistungserbringern, Ländern und Kommunen muss ein neues Gleichgewicht einer Steuerungspartnerschaft erreicht werden. Dies muss den nationalen Gesundheitszielen verpflichtet und für ihre sektorale und regionale Konkretisierung verantwortlich sein. Diese Steuerungspartnerschaft könnte sich in regionalen Gesundheitsräten verwirklichen, die mit wissenschaftlichen Methoden und demokratisch transparent für die Planung einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung verantwortlich sind.

c) Selektion „guter“ Risiken

Abzulehnen sind alle Steuerungsmethoden, welche Anreize geben, die gesundheitliche Versorgung gerade „guter Risiken“ zu verbessern und die Versorgung „schlechter Risiken“ zu vernachlässigen. Dazu gehört der Kassenwettbewerb ohne adäquaten Risikostrukturausgleich. Auch ein Wettbewerb von Leistungserbringern bzw. Netzwerken nach amerikanischem Vorbild birgt die Gefahr, dass Personen mit hohen und teuren Gesundheitsrisiken der Zugang zu diesen Netzwerken durch formelle oder informelle Hürden verwehrt wird. Der Zugang zu neuen Versorgungsstrukturen sollte daher stets universell ausgestaltet werden. Die Pflicht zur Behandlung aller durch alle Leistungserbringer sollte ein Grundsatz auch der neuen Versorgungsstruktur sein.

d) Finanzierung der GKV

Da in der Politik verkürzt von der Kostenexplosionsthese ausgegangen wird und aufgrund des Dogmas der Beitragssatzstabilisierung mehr Mittel nicht ins Gesundheitssystem gelenkt werden sollen, setzt eine unmoderne Politik auf verstärkte finanzielle Eigenvorsorge des Individuums, ausschließlich auf Ausschöpfung der Wirtschaftlichkeitsreserven sowie auf eine Reduzierung des Leistungskatalogs (Grund- und Wahlleistungen).

Konzepte gegen die hohe Arbeitslosigkeit, die im OECD-Vergleich zu geringe (Frauen)Erwerbsquote, ein Ende der Bescheidenheit in der Tarifpolitik sowie ein allgemeiner Anstieg der Lohnquote bieten dem Volumen nach die erfolgversprechenden Ansätze für eine Verbesserung der Einnahmesituation für ein solidarische Finanzierung des Gesundheitssystem. Grundlegend für eine Reform aller Sozialversicherungssysteme ist daher ein deutlich verbessertes Ergebnis auf dem Arbeitsmarkt durch eine aktive Geld-, Fiskal- und Konjunkturpolitik.

Die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung muss schrittweise universalisiert werden. Insbesondere Selbstständige und Beamte sind einzubeziehen. Bei vielen kleineren Selbstständigen ist dies auch ein Gebot der sozialen Schutzbedürftigkeit.

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der GKV liegt mit 3.375 EURO deutlich unter der Beitragsbemessungsgrenze in der Gesetzlichen Rentenversicherung (4.500 EURO). Die unterschiedlichen Bemessungsgrenzen sind sachlich nicht zu rechtfertigen und daher auf dem Niveau der GRV zu harmonisieren. Gleichfalls kann eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze auf diesen Grenze dazu beitragen, die finanzielle Basis der solidarischen Krankenversicherung auszuweiten. Mittelfristig ist die Versicherungspflichtgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung ganz aufzugeben. Versteckte“ Beitragserhöhungen durch steigende Medikamentenzuzahlungen sind in jedem Fall zu vermeiden.

Forderungen hinsichtlich konstanter Beiträge für die Arbeitgeber („Einfrier-Modelle“), nach einem Aufbau eines arbeitnehmerfinanzierten Kapitalstocks oder die weitere Aufteilung des Leistungskatalogs in Basis- und Zusatzleistungen helfen nicht bei der Sicherstellung des Gesundheitssystems. Sie sind allein verteilungspolitisch motiviert und würden zu einer verstärkten Belastung der Arbeitnehmer bei unbegründeter Entlastung der Arbeitgeber führen.

Familienpolitisch motivierte Aufgaben der GKV wie die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern, die Mutterschaftshilfe, das Krankengeld bei Erkrankung von Kindern u.a. sind wichtige öffentliche Aufgaben, gleichzeitig ist ihre Finanzierung aus einer originär staatlicher Aufgabenstellung heraus zu erklären. Insofern erscheint ein erhöhter Bundeszuschuss für diese Leistungen vertretbar. Eine Finanzierung durch die Gemeinschaft ist daher anzustreben. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass diese Finanzierung zukünftig nicht zum steuerpolitischen Spielball wird sondern gesichert und gefestigt bleibt. Die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten und Lebenspartnern außerhalb von Kindererziehungszeiten ist abzuschaffen.

Die Gesundheitsversorgung ist in der Bundesrepublik oftmals ineffizient, die Wirtschaftlichkeitsreserven werden allein in der GKV auf über 20 Mrd. € geschätzt. Beispielsweise ist ein beträchtlicher Teil der diagnostischen und therapeutischen Verfahren ineffizient oder überflüssig. Notwendig ist daher die Entwicklung von Instrumenten wie geeignete Kosten-Wirksamkeits-Analysen, effizientere Organisationsstrukturen sowie Verfahren zur Qualitätssicherung.

Keine Zusatzbelastung der Patienten durch mehr „Selbstbeteiligung“

Eine gewisse Selbstbeteiligung halten wir aus psychologischen Gründen und im Hinblick auf die „Compliance“, also die Anwendung verordneter Maßnahmen, für wichtig, jedoch muß diese sozialverträglich gestaltet sein und darf nicht dazu führen, daß Teilen der Bevölkerung manche Leistungen nicht zur Verfügung stehen. Diese Regelung führt jedoch zu einer Umverteilung der Finanzierung des Gesundheitssystems. Eine Selbstbeteiligung, die über erwähnte Ziele hinausgeht, entlastet nur unverhältnismäßig die Arbeitgeber und belastet insbesondere Kranke, die auf die zuzahlungspflichtigen Gesundheitsgüter und Dienstleistungen angewiesen sind. Zuzahlungen dürfen nur dazu dienen, den erwünschten Effekt der Compliance-Steigerung zu erreichen und so zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung beitragen und dürfen eben nicht hoch sein, so daß Maßnahmen vorenthalten werden.

Beitragssatzprognosen sind labil

Die aufgestellten Prognosen hinsichtlich des zu erwartenden Beitragssatzes schwanken erheblich (zwischen 15 und 35%). Dies zeigt zweierlei:

- 1) Niemand kann seriös die Wirtschaftsentwicklung, den Gesundheitszustand der Bevölkerung und damit die Krankenkassenbeiträge für die nächsten 30 – 40 Jahre prognostizieren.
- 2) Die massive Streuung in den Prognosen beruhen auf unterschiedlichen ökonomischen Rahmendaten und die Beitragssatzentwicklung ist weder Sachzwang noch Naturereignis.

Von daher gilt es die grundlegenden wirtschaftlichen Rahmendaten positiv zu beeinflussen und Spielräume für eine aktive Politik der Gesundheitsfinanzierung zu nutzen.

Gesundheitskosten: sozialen Status statt Demografie beachten!

Die Tatsache, dass durch den medizinischen Fortschritt und durch eine reicher gewordene Gesellschaft die Lebenserwartung der Menschen steigt, ist ein zivilisatorischer Fortschritt und kein Kostenproblem. Selbst wenn eine steigende Lebenserwartung zu höheren Gesundheitsausgaben führen würde, sehen wir keine Alternative zur solidarischen Finanzierung einer älter werdenden Gesellschaft.

Allerdings ist auf zwei Tatsachen hinzuweisen, die den Zusammenhang von steigenden Gesundheitsausgaben und einer alternden Gesellschaft relativieren:

(1) Die Altersstruktur innerhalb der OECD-Länder unterscheidet sich. Dies müsste sich das in unterschiedlichen Ausgabeniveaus für das jeweilige Gesundheitswesen widerspiegeln. Länder mit einem hohen Anteil alter Menschen müssten durch hohe Gesundheitsausgaben gekennzeichnet werden. Tatsächlich ist aber kein direkter Zusammenhang erkennbar. In der Rangskala der Ausgabenanteile am BIP belegt die USA den ersten Platz, obwohl sie nur einen Platz im unteren Mittelfeld beim Altenanteil aufweisen.

(2) Der übergroße Teil der Aufwendungen für die medizinische Versorgung eines Menschen wird in der letzten Lebensphase bzw. dem letzten Lebensjahr aufgebracht. Da alle Menschen unabhängig vom Lebensalter einmal ein letztes Lebensjahr durchleben, erscheint eine vereinfachende Betrachtung der Alternden als zu oberflächlich. Darüber hinaus ist der soziale Status zu beachten und mit dem Gesundheitszustand in Verbindung zu bringen. Für höhere Statusgruppen zeigt sich eine höhere Lebenserwartung und das spätere Auftreten von chronischen Krankheiten (Verbesserung). Für niedrige Statusgruppen hingegen zeigt sich ein geringerer Anstieg der Lebenserwartung und früher beginnende chronische Belastungen (Verschlechterung).

Insofern erscheint die Verschlechterung des Gesundheitszustandes und die für Linderung und Heilung aufzuwendenden Kosten nicht so sehr vom Alterungsprozess als vielmehr durch die soziale Ungleichheit und unterschiedliche Ressourcenausstattung begründet zu sein. Soziale Ungleichheit wirkt kostentreibend, wie auch ein Vergleich der Gesundheitsausgaben der USA mit denen Skandinaviens belegt. Eine Gesundheitsreform muss daher weniger eine Antwort auf die

Alterung der Bevölkerung finden. Vielmehr ist die Verringerung der sozialen und damit auch gesundheitlichen Ungleichheit ins Zentrum zu rücken.

Ausblick: Finanzierung sichern, qualifizierte Beschäftigung schaffen

Angesichts neuer Arbeitsformen und anderen Einkommensformen neben dem klassischen Arbeitseinkommen plädieren wir für die Erhebung von Krankenkassenbeiträgen auf Einkommen aus Kapitalvermögen, selbständiger Arbeit, Vermietung und Verpachtung.

Anstelle der bisher negativ besetzten Kostenbetrachtung sollte der Gesundheitssektor vielmehr als konjunkturabhängiger sowie binnenmarktorientierter Beschäftigungsmotor und Impulsgeber für ein qualifiziertes Wirtschaftswachstum gesehen werden. Die Gesundheitswirtschaft ist im hohen Maße personalintensiv. In den letzten 30 Jahren hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Gesundheitswesen verdoppelt. Zusammen mit den verwandten Branchen kommt das Gesundheitswesen auf ca. 4,5 Mio. Erwerbstätige.

e) Neue Arbeitsrealitäten und die Auswirkungen auf die GKV

Betriebliche Reorganisation und der Wandel der Arbeitskraftnutzung ziehen umfangreiche Veränderung der Nutzung gesellschaftlicher Humanressourcen nach sich. Auf der einen Seite hat dies gesteigerte Anforderungen an die Beschäftigten im Rahmen ihres Arbeitsprozesses zur Folge. Auf der anderen Seite dehnen sich Arbeitszeiten immer mehr aus. Dies hat umfangreiche Rückwirkungen für die Lebensrealität der Menschen. Sie sind zunehmend darauf angewiesen, ihren Alltag auf die Anforderungen der Arbeitswelt auszurichten.

Die Diversifizierung der Beschäftigungsverhältnisse, verstärkt durch Outsourcing und Deregulierung, hat dabei zweierlei Auswirkungen auf die Beschäftigten selbst: Zum einen führen Arbeitsrealitäten in Call Centern, IBM-Boxen und Logistik mit der ständigen Erweiterung des „management by objectives“ zu häufigeren Stressphasen und der Nutzung der gesamten individuellen Arbeitskraft. In diesen teilweise re-taylorisierten Arbeitsformen sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschend, die sich negativ auf sozialpsychologische Sicherheiten auswirken. Eine weitere Folge sind geringe Einkommen – mit allen damit verbundenen Nachteilen. Zum anderen entstehen Arbeitsformen, in denen weitgehend arbeitspolitische Standards suspendiert sind. Der Widerspruch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geht dabei auf den Beschäftigten selbst über. Größere Eigenverantwortung bei der Ausgestaltung der Arbeit und ein hohes Maß an Zielorientierung führen gleichzeitig dazu, dass Leistungsdruck und Überforderung zunehmen. Hoher Leistungsdruck in Verbindung mit geringen Erholungsphasen ist mittlerweile zu einem bestimmenden Erfahrungshintergrund junger Menschen in der neuen Ökonomie geworden.

Nicht zuletzt gelingt es auch den Gewerkschaften seltener, humane Arbeitsbedingungen über tarifliche und betriebliche Kompetenzen zu gestalten. Diese neuen Arbeitsrealitäten und –bedingungen haben auch umfangreiche Auswirkungen auf das Gesundheitswesen. Mangelnde flexible, sozialstaatliche Absicherung führt dazu, dass sich gesundheitliche Probleme in die Zukunft verlagern bzw. zu chronischen oder gar schwerwiegenden akuten Krankheiten kumulieren. Damit belasten Leistungsdruck und fehlender Arbeitsschutz die GKV zusätzlich. An dieser Stelle sind langfristig erhebliche Einsparpotenziale für die GKV zu erwarten.

Wir Jusos fordern daher eine integrale Gesundheitsförderungspolitik, die in einer Verknüpfung aus Gesundheitsförderung und neuer Arbeit durch neue Arbeitsschutzstandards, qualitative Tarifpolitik und arbeitsrechtliche bzw. sozialstaatliche Absicherung bestehen muss:

- Die *Arbeitszeit* gilt es stärker an einer abgesicherten flexiblen Selbstbestimmung der Beschäftigten zu orientieren und zu reduzieren. Dies ist nicht nur beschäftigungspolitisch sinnvoll, sondern verhindert Überforderungen, lange Arbeitszeiten ohne Freizeitausgleich und damit gesundheitliche Belastungen.
- Die Produktion muss *im Interesse der Gesundheit der Beschäftigten* ausgestaltet werden. Das bedeutet, sowohl psychischen und physischen Überforderungen als auch gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen entgegenzuwirken. Dazu müssen u.a. ergonomische Mindeststandards festgelegt werden. Gleichzeitig ist gesundheitliche Aufklärung in die Ausbildungsverordnungen und die beruflichen Qualifikationsprofile aufzunehmen.
- Die *betriebliche Mitbestimmung* ist hinsichtlich der Prävention und Gesundheitsförderung der Beschäftigten weiterzuentwickeln. Dazu sind sowohl kollektive als auch individuelle Beteiligungsrechte auszubauen. Dazu ist die Qualität der Arbeit in den Mittelpunkt von betrieblichen Präventionskonzepten zu stellen.
- Betriebliche Leistungsanforderungen, die zunehmend in die unsichtbare Hand äußerer Randbedingungen verschoben werden, sind letztlich auch an gesundheitspolitischen Leitlinien auszurichten. Dazu gehören *sozialstaatliche Standards*, die es den Beschäftigten ermöglichen, Schutz vor Überforderungen und radikaler Leistungshetze bzw. –dichte in Anspruch zu nehmen. Dies könnten sowohl Formen von staatlich geförderten und unternehmerisch finanzierten Gutscheinen auf Weiterbildung, Sabbaticals oder Teilzeitarbeit sein, als auch der gesetzliche Anspruch auf Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung.
- In einem *Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung* als gemeinsamer Einrichtung von BMG, BMA und BMU ist die Forschung über betriebliche Gesundheitsförderung zu bündeln sowie konkrete Maßnahmen und Konzepte zur gesundheitlichen Prävention und zur verbesserten Kooperation aller Akteure im Präventionshandeln zu entwickeln. Diese sind in einem jährlichen Bericht zu veröffentlichen. Damit ist zugleich die empirische Grauzone der betrieblichen Arbeitsrealität aus gesundheitspolitischer Sicht zu beheben.
- Durch *verzahntere Beratungs- und Förderprogramme* sind psychische Belastungen zu bekämpfen und Erkrankungen besser zu behandeln. Die rein medikative Begegnung von psychischen Problemen wie z.B. Depressionen ist zu einer stärker betreuenden und beratenden Behandlung umzubauen.
- Die Initiative „Für eine neue Qualität der Arbeit“ gilt es unverzüglich voranzutreiben. Konkrete Handlungsanweisungen sind zu identifizieren.

f) Lebenswissenschaften

Die Fortschritte der genetischen Diagnostik und damit ein höherer Grad an Kenntnis von Gesundheitsrisiken gebieten es, den Grundsatz des universellen Zugangs zu Gesundheitsleistungen zu bekräftigen. Jeder Art von Krankenversicherung muss jede Art von individueller Risikoprüfung verboten werden.

Die Vergabe von öffentlichen Forschungsmitteln muss den nationalen und internationalen Gesundheitszielen untergeordnet werden. Das bedeutet, dass nicht Lifestyle-Medikamente oder selektive Diagnostik Forschungsschwerpunkte sein dürfen, sondern Maßnahmen, welche Lebensqualität trotz Krankheit erhöhen oder reale Chancen zu frühzeitiger Behandlung eröffnen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen pharmazeutischen Industrie muss sich über die Erreichung internationaler Gesundheitsziele definieren. Zu diesen gehören insbesondere die Bekämpfung von Malaria, Aids und Tuberkulose durch erschwingliche Präventions- und Behandlungsmethoden. Hierfür sind Forschungsmittel prioritär einzusetzen.

g) Krankenhaussektor

Die Krankenhauslandschaft ist durch zwei Entwicklungen derzeit im Umbruch: Die Einführung eines vollständiges Fallpauschalensystems (Diagnosis Related Groups) zum Jahr 2003 stellt die Krankenhäuser auf ein anderes Finanzierungssystem. Die Haushaltsmisere vieler Städten und Gemeinden führt zur einer Privatisierungswelle kommunaler Krankenhäuser an wenige bundesweit agierende private Krankenhausketten.

Durch beide Entwicklungen besteht die Gefahr, dass die bedarfsgerechte und ortsnahe Krankenhausversorgung durch die wirtschaftliche Zielsetzung des jeweiligen Krankenhauses überlagert wird. Überproportional viele Beschäftigte des Krankenhaussektor beklagen Arbeitsplatzunsicherheit und die oftmals verinnerlichte Spaltung zwischen medizinisch-pflegerischer Erfordernissen und die Ökonomisierung der Krankenhäuser als größte Problembereiche.

Die Beispiele mehren sich, dass

- einzelne Behandlungen verweigert oder verschoben werden, weil Budgets überschritten wurden
- Notfallpatienten in Krankenhäusern abgewiesen worden sind
- Sich die Verweildauer von Patienten an der Erlöserwartung orientiert
- medizinisch nicht notwendige Operationen durchgeführt werden, wenn dadurch Ertragsseite positiv beeinflusst wird

Insgesamt lässt sich dadurch zeigen, dass die ökonomische Selektion bei der Versorgung der Patienten im Krankenhaus zugenommen hat und dass durch die völlige Umstellung auf Fallpauschalen dieser Trend noch verstärkt wird.

Eine Budgetierung im Krankenhaus darf nicht starr sein. Vielmehr müssen der tatsächliche Behandlungsaufwand und die tatsächliche Patientenversorgung bei der Budgetberechnung berücksichtigt werden. Wir treten für das Primat der Patientenorientierung ein.

Wir plädieren für ein Moratorium bei der Einführung der Diagnosis Related Groups bis zum Jahr 2005, um medizinisch und ökonomisch unsinnige Kosten-Erlös-Entscheidungen vermeiden zu können.

Die Personalsituation befindet sich in einer gewaltigen Schieflage. Noch vor wenigen Jahren hatte die Ärzteschwemme die hemmungslose Ausbeutung der Arbeitskraft besonders der jungen AssistenzärztInnen in der Weiterbildung begünstigt. Da zur Erlangung der Kassenzulassung jedeR ÄrztIn eine Gebietsbezeichnung aufzuweisen hat, die in der Regel nur durch eine Tätigkeit als AssistenzärztIn im Krankenhaus zu erlangen ist, ist für Studienabgänger diese obligatorisch. Die Ärzteschwemme führte Ende der 90er Jahre dazu, dass manch JungärztInnen eine unbezahlte „Gastarztstelle“ annahmen, um die wertvolle Gebietsbezeichnung zu erlangen. Desweiteren bestimmten nur halb bezahlte Stellen, auf ein Jahr befristete Knebelverträge und massive Überstundenableistung das Leben der im Krankenhaus tätigen ÄrztInnen. Die drohende Arbeitslosigkeit und die schlechten Arbeitsbedingungen bewogen viele Jungmediziner dazu, in alternative Berufsfelder in der Wirtschaft (pharmazeutische Industrie, Unternehmensberatung, Fachjournalismus) sowie ins Ausland (besonders nach Skandinavien und in die Niederlande) auszuweichen.

Seit einigen Monaten ist der Bedarf an Ärzten bei gleichbleibender Anzahl von Studienabgängern besonders durch das altersbedingte Ausscheiden von älteren Fachärzten und eine damit verbundene Niederlassungswelle stark gestiegen. Besonders in ländlichen Gebieten sowie in den neuen Bundesländern ist es für viele Krankenhäuser ein großes Problem, für frei gewordene Stellen überhaupt Bewerber zu finden. Da sich an den Rahmenbedingungen in den Krankenhäusern nicht viel geändert hat, üben auch die alternativen Berufsfelder weiterhin eine große Anziehungskraft aus, eine Rückkehr der darin tätigen Mediziner ist ausgeschlossen, im Gegenteil, man muss davon ausgehen, dass bei Fortbestand der aktuellen Situation weiterhin viele Studienabgänger diese besser bezahlte und weitaus angenehmere Alternative dem klassischen Arztberuf vorziehen.

Der Arbeitsplatz Krankenhaus zeichnet sich heute durch viele Missstände aus:

Der größte Teil der ärztlichen Arbeitsleistung wird durch ÄrztInnen im Praktikum und in der Weiterbildung erbracht. Diese werden nur unzureichend in ihre Tätigkeiten eingewiesen und sind besonders in kleineren Kliniken völlig auf sich gestellt. Da auch nach dem Urteil des EuGH und mehrerer deutscher Arbeitsgerichte (Kiel, Gera,...) Arbeitgeber und Gesetzgeber weiter der Auffassung sind, dass Nachtdienste mit weniger als 50% Arbeitsanteil nicht als Arbeitszeit zu werten sind, bleiben 36 Stunden-Schichten weiterhin Usus und übermüdete ÄrztInnen die Regel. Aber auch in anderen Bereichen des Arbeitszeitgesetzes sind Übertretungen an der Tagesordnung und werden oft nicht dokumentiert und verfolgt. Überlange Arbeitszeiten und mangelnde Pausen schränken aber nicht nur den/die ÄrztIn in seiner Lebensqualität massiv ein, sondern sind vor allem eine stete Gefahr für die Patienten, denn übermüdete ÄrztInnen machen nachweislich viele Fehler. Den größeren Teil seiner tatsächlich abgeleisteten Arbeitszeit verbringt der/die ÄrztIn jedoch gar nicht am Patienten, sondern bei der Dokumentation und Abrechnung seiner Leistungen, für die dann das Krankenhaus bzw. bei Privatpatienten sein Chefarzt bezahlt werden. Dies und die chronische Unterbesetzung der Stationen nicht nur mit ärztlichem Personal führen nach Schätzungen pro Jahr zu etwa 50 Millionen von deutschen ÄrztInnen abgeleisteten unbezahlten Überstunden. Dies wird sich durch den erhöhten Dokumentationsaufwand bei Einführung der DRGs 2003 bis 2005 weiter steigern und die Tätigkeit im Krankenhaus noch mehr vom Patienten an den Schreibtisch verlagern.

Wir fordern daher:

- Die sofortige Anerkennung des EuGH-Urteils und entsprechende Formulierung des Arbeitszeitgesetzes sowie die Dokumentation der ärztlichen Arbeitsleistung und Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in den Krankenhäusern. Arbeitnehmerrechte sind auch in Krankenhäusern zu wahren!
- Die Beschränkung des ärztlichen Aufgabenbereiches auf ärztliche Tätigkeit, für die Abrechnung mit den Krankenkassen ist die Krankenhausverwaltung zuständig und der Arzt gar nicht qualifiziert.
- Die Abschaffung des hierarchischen Chefarztsystems zugunsten eines Teamsystems nach den Modellen unserer europäischen Nachbarn. Die somit verbesserte Zusammenarbeit der ÄrztInnen auch verschiedener Ausbildungsstufen wirkt sich nachweislich günstig auf die Behandlungsqualität aus und die damit mögliche Abschaffung der Privatliquidation verbessert die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser und eröffnet große Einsparmöglichkeiten ohne jeden Qualitätsverlust. Im Krankenhaus erbrachte Leistungen müssen auch diesem bezahlt werden.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss auch für ÄrztInnen möglich werden. Nur dadurch kann bei gleichbleibenden Ausbildungszahlen die Versorgung mit Krankenhausärzten gewährleistet werden.

Um die kommunale Krankenhausversorgung erhalten zu können, sprechen wir uns für ein durch den Bund finanziertes Sonderprogramm „Regionales Krankenhaus 2010“ aus. Hierdurch sollen Konzepte für regionale Gesundheitsnetzwerke entwickelt, die ausgebliebenen Modernisierungsinvestitionen getätigt und entsprechende versorgungsorientierte Krankenhausmanagementprogramme entwickelt werden.

h) Arzneimittelversorgung sicherstellen

Die Gewinne der deutschen Pharmaindustrie sind aufgrund des nach wie vor unbestritten boomenden Gesundheitsmarkts im internationalen Vergleich weiter ansteigend. Dies hat seine Ursache auch in der stark medikamentösen Ausrichtung des deutschen Gesundheitssystems bzw. im Verschreibeeifer der niedergelassenen Ärzte. Gleichzeitig ist der Medikamentenmarkt in der Preisgestaltung reguliert, was zu deutlichen Überbelastungen der GKV geführt hat und weiterhin führt. Die im Rahmen des sogenannten Arzneimittelsparpakets eingeführte veränderte Verschreibepflicht im Hinblick auf die Substanzverschreibung im Gegensatz zur Medikamentverschreibung führt dabei in die richtige Richtung. Diese Förderung von Generika entlastet die GKV merklich und fördert den Wettbewerb unter den Pharmakonzernen.

Im deutschen Gesundheitswesen wird die Fortbildung und Qualifizierung hauptsächlich den großen Pharmaunternehmen überlassen. Dies hat massive Auswirkungen auf die Verschreibep Praxis sowie das Qualifikationsniveau der Ärzte. Interessengeleitete Seminare in Bezug auf die Bevorzugung von konzerneigenen Produkten belasten die GKV zusätzlich, ohne zur strukturellen Verbesserung des Systems und der Fortbildung von Ärzten beizutragen. An dieser Stelle sind die KVen und die Krankenkassen unter staatlicher Aufsicht und Förderung gefragt, jenseits privatwirtschaftlicher Einflussnahme professionelle, hochqualifizierende und spezialisierte Ausbildungsprogramme anzubieten. Niedergelassene Ärzte sind verpflichtet alle 3 Jahre eine entsprechende Fortbildung zu absolvieren. Bei Verstoß gegen diese Ausbildungspflicht droht der Entzug der Kassenlizenz. Häufigere Fortbildungen werden dagegen gefördert.

Die geplante 5-prozentige Absenkung der Medikamentenkosten ist unverzüglich umzusetzen und in einen „Gesundheitsfond“ einzuzahlen. Sie entlastet die Krankenkassen zugunsten der gesundheitlichen Versorgung. Das unter dem Druck der Pharmaindustrie zustande gekommene Veto von Bundeskanzler Schröder ist sofort aufzuheben. Die Praxis des Freikaufens von staatlichen Regulierungsmaßnahmen durch die deutschen Pharmakonzerne schadet staatlich koordinierter Gesundheitspolitik. Gerhard Schröder hat dabei mit seinem Veto der Demokratie einen Bärendienst erwiesen.

Arzneimittel dienen in einem hohen Maße der Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger. Sie können bei richtigem Einsatz vor weiteren Erkrankungen schützen und können längere Krankenhausaufenthalte vermeiden helfen. Aus verschiedenen Gründen stehen gerade Arzneimittel oftmals im Mittelpunkt gesundheitspolitischer Diskussionen. Auch wir Jusos Bayern sehen hier Reformbedarf. Wichtige Punkte dabei sind insbesondere die Folgenden.

Positivliste / aut-idem

Der bundesdeutsche Arzneimittelmarkt ist mit weit über 50.000 verschiedenen Arzneimitteln einer der unüberschaubarsten. Die sogenannte „aut-idem-Regelung“, die die Verschreibung eines Arzneistoffes zum Regelfall zu machen und Auswahl des speziellen Arzneimittels den Apotheken überläßt unterstützen wir daher. Es bleibt so unverändert dabei, daß Diagnosestellung und Entscheidung über die Maßnahmen den Ärzten und die Arzneimittelversorgung den Apotheken vorbehalten bleibt. Dies ist auch angesichts der pharmakologischen Ausbildung der Ärzte sinnvoll. So ist auch für Ärzte eine Erleichterung, sich auf die Behandlung der Patienten zu konzentrieren und nicht auf die Auswahl bestimmter Hersteller von Arzneimitteln. Und natürlich wird auf diesem Wege auch für eine Demokratisierung im Arzneimittelmarkt gesorgt, denn es wird seltener werden, daß Pharmahersteller „bei Fortbildungen in Davos den Ärzten ihre Präparate in den Rezeptblock diktieren“. Die Auswahl des speziellen Arzneimittels muß sich dabei primär am Preis orientieren und – eine genügend große Auswahl, was jedoch bei allen zahlenmäßig häufig bis sehr häufig verordneten Wirkstoffen der Fall ist, vorausgesetzt – im unteren Preisdrittel sich befinden. Unbenommen darf jedoch die Möglichkeit der Ärzte bleiben, in bestimmten Fällen auf der Abgabe eines speziellen Präparates zu bestehen.

Diese Regelung schafft nicht nur Kostenvorteile, die durch die konsequente Abgabe von Arzneimitteln aus dem unteren Preisdrittel zu Lasten der GKV entsteht. Sie stärkt ferner die Verantwortung der Apotheken in der Arzneimittelversorgung. Durch Verringerung der Lagerkosten in den Apotheken werden auch bei diesen finanzielle Einbußen, die durch Abgabe niedrigpreisiger Arzneimittel entstehen kompensiert.

Neben der aut-idem-Regelung trägt auch eine seit langem geplante Positivliste zur Bereinigung des Arzneimittelmarktes bei. Die bereits heute gültige Negativliste ist hierzu nur ein ungenügendes Instrument. Es sind heute noch zahlreiche Arzneimittel am Markt, die bereits vor der Einführung des Arzneimittelgesetzes (AMG) produziert wurden und aufgrund zahlreicher Übergangsregelungen und massiver Lobbyarbeit der Pharmaindustrie bis heute noch ohne Prüfung angewendet werden. Dieses Verfahren der „Nachzulassung“ wurde bereits mehrfach von der EU gerügt, ein als verpflichtend geplanter Aufdruck auf die Verpackung dieser Arzneimittel, der auf diesen Status hinweist wurde im Sommer 2001 nach Klage einiger Pharmahersteller als nichtverpflichtende Maßnahme beurteilt. Auch werden Medikamente, deren Wirkung bis heute nicht als positiv bestätigt wurde zu Lasten der GKV verordnet und abgegeben.

Neben die Prüfung nach dem Arzneimittelgesetz hinsichtlich Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit muß eine pharmakologisch-pharmazeutische Prüfung treten, die die Vorteile

eines (neuen) Arzneimittels gegenüber den bereits am Markt vorhandenen und deren Wirkung hinsichtlich des angestrebten Einsatzes beurteilt. Die Wirkung soll grundsätzlich durch eine zweiarmige (bzw. der Vorteil durch eine dreiarmige) doppelblinde randomisierte Studie erfolgen. Diese Vorteile können sich beispielsweise im Bereich einer breiteren Wirkung bei Antibiotika, eines günstigeren Profils von Nebenwirkungen, einer besseren Bioverfügbarkeit, oder anderem ergeben. Nur wenn sowohl Vorteile gegenüber anderen Arzneimitteln als auch die tatsächliche Wirkung nachgewiesen sind, werden die Kosten dieser Arzneimittel von den gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen. Diese Prüfungen müssen sich auf alle Arzneimittel erstrecken. Eine Argumentation in der Art, daß sich manchen Arzneimitteln ein naturwissenschaftlicher Zugang zu deren Prüfung verschließt mag in einem religiösen Umfeld seine Berechtigung haben, nicht jedoch in einer aufgeklärten Gesellschaft.

Versandhandel

Das Bestellen von Arzneimitteln – z. Bsp. per Internet – mit anschließendem Versand scheint im ersten Moment deutliche Kostenvorteile zu bringen. Ähnliche Kostenvorteile können jedoch auch über die bereits erwähnte aut-idem-Regelung, also einen verstärkter Einsatz von Generika, realisiert werden. Auch muß über eine Veränderung der Preisstruktur bei Arzneimitteln nachgedacht werden. Ein Vorteil der Bestellung von Arzneimittel via Internet ist sicherlich die Anonymität des Bestellenden, der sich nicht subjektiv quälenden Fragen seitens des Apothekenpersonals ausgesetzt fühlt. Auch sinkt hierbei die Schwelle, Arzneimittel zu ordern und einzunehmen, da quasi „im Vorbeigehen“ Arzneimittel bestellt werden können.

Vorteile sehen wir in der Versorgung chronisch Kranker, die ihre regelmäßig benötigten Arzneimittel ohne großen Aufwand von ihrer Apotheke erhalten können. Aus Gründen der Arzneimittelsicherheit – der Fall von „Lipobay“ im vergangenen Jahr hat dies deutlich gezeigt – erachten wir es jedoch als nötiger denn je, daß die Informationen über eingenommene Arzneimittel gebündelt an einer Stelle vorliegen. Dies kann, wie die persönliche Erfahrung zeigt, in einer relativ kleinen und übersichtlichen Umgebung und durch persönlichen Kontakt besser geschehen als anonym im Großrechner. Eine Unterstützung durch entsprechende Software ist selbstverständlich erstrebenswert.

Jedoch lehnen wir einen grundsätzlichen Versand von Arzneimitteln ab. Wir erleben heute bereits im Bereich „gängiger“ Internet-Artikel wie z. Bsp. Bücher, CDs oder Computer, daß eine wirksame Kontrolle der Händler – nicht zuletzt aufgrund der Internationalität des Internets – nicht möglich ist. Im Gegensatz zu den eben genannten Produkten sind Arzneimittel jedoch eine besondere Ware, die nicht „konsumiert“ werden kann. Nach unserem humanitären Verständnis ist eine individuelle Beratung „face to face“ weitaus wertvoller als ein Telefongespräch oder ein E-Mail-Kontakt. Hierbei müssen allerdings auch die Aufgaben der Apotheken neu und deutlicher gefaßt werden, die Beratung und Aufklärung über die Anwendung von Arzneimitteln muß verstärkt gefordert werden, sich aber auch in der Honorierung deutlicher niederschlagen.

Auch droht bei einer Versorgung durch Versandhändler eine Monopolisierung des Arzneimittelmarktes. Bestrebungen in diese Richtung lassen sich bereits heute in den Ausrichtungen verschiedener Arzneimittel-Großhändler ausmachen. Eine marktbeherrschende Stellung von privatwirtschaftlichen Unternehmen in diesem sensiblen Bereich der Arzneimittelversorgung wollen und können wir Jusos nicht hinnehmen.

Daher befürworten wir eine begrenzte Lockerung des Versandhandelsverbotes von Arzneimitteln. Der Versand von Arzneimitteln durch Boten an chronische Kranke bringt Vorteile für alle Beteiligten am Gesundheitswesen, jedoch wird die nötige Arzneimittelsicherheit und die persönliche Verantwortung sichergestellt, wenn dies von der „Stamm-Apotheke“ aus geschieht.

Ebenso muß es ermöglicht werden, beispielsweise bettlägerigen Patienten die von ihnen benötigten Arzneimittel persönlich zu überbringen, jedoch soll dies ausschließlich durch pharmazeutisches Personal erfolgen.

Wir wehren uns ganz entschieden gegen Bestrebungen, hochpreisige Arzneimittel in den Versandhandel überzuleiten und den Apotheken den gesetzmäßigen Auftrag der „ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung“ (u.a. flächendeckend, jederzeit, Belieferung *aller* Verschreibungen, Mitarbeit bei der Überwachung, Herstellung von Individual-Rezepturen,...) zu überlassen ohne ihnen die wirtschaftliche Grundlage zu gewähren.

i) Ausbildung von Apothekern und Ärzten

Die Ausbildungssituation im medizinischen Bereich befindet sich in einer unzumutbaren Schiefelage und bedarf dringend einer umfassenden und gut durchdachten Reform.

Medizinstudium

Bislang gestaltet sich die ärztliche Ausbildung wie folgt: Nach erfolgter Zulassung zum Medizinstudium, die lediglich auf Basis von abstrakten Aussagen wie Abiturnote oder Wartezeit erfolgt und durch die (abzuschaffende) ZVS durchgeführt wird, durchläuft der Student zunächst ein umfangreiches, naturwissenschaftliches Vorstudium. Hierbei tragen einzelne Fächer durchaus zu einem umfassenden Verständnis des menschlichen Lebens bei und werden aber ohne jeglichen Bezug zur späteren Anwendung vermittelt, andere sind jedoch überbewertet und/oder vollkommen überflüssig und haben nach dem Bestehen der ärztlichen Vorprüfung keinerlei Relevanz mehr. Im Hauptstudium, welches sich in zwei klin. Abschnitte und ein praktisches Jahr unterteilt, steht wiederum die Beschreibung der einzelnen Krankheitsbilder im Vordergrund, eine praktische Ausbildung am Patienten erfolgt nur unzureichend und in viel zu großen Gruppen. Insgesamt steht im gesamten Studium das zusammenhanglose Auswendiglernen von einzelnen Fakten im Vordergrund, eine Anleitung zu differentialdiagnostischem Denken und praktische Anleitungen erfolgen nicht. Unterstützt wird dies noch von den zahlreichen Prüfungen im Multiple-Choice-Verfahren. Der besondere Reformstau bei der praktischen Ausbildung und die unzureichende Vorbereitung der Studenten auf die ärztliche Tätigkeit zeigt sich nicht zuletzt auch in dem seit nunmehr 20 Jahren bestehenden Provisorium AiP.

Die Bundesregierung erweist sich in der Reform der ärztlichen Ausbildung ebenso wie die Vorgängerregierung als zu feige und unfähig, eine notwendige umfassende Neuregelung des Medizinstudiums durchzuführen. Stattdessen wälzt sie mit der Reformstudiengangregelung das Problem auf die Universitäten ab und trägt mit ihrem zur Zeit in der Verabschiedung befindlichen, von der konservativen Vorgängerregierung kritiklos übernommenen Seehofer-„Reförmchen“ zur Verschlimmerung der Situation bei: Die ohne eine Anhörung von Studentenvertretern erfolgte Abschaffung des 1. und 2. Staatsexamens nach dem 6. und 10. Semester und damit erfolgte Schaffung eines „Hammerexamens“ nach dem PJ zwingt die Studenten zum Einlegen eines Lernsemesters, da es unmöglich ist, sich den gesamten relevanten Inhalt des Medizinstudiums während des PJ, welches tägliche Stationsdienste von 8 h beinhaltet, anzueignen. Damit wird statt der notwendigen Verkürzung des Medizinstudiums eine Verlängerung der Mindeststudienzeit von 12 auf 13 Semester erreicht, womit sich Deutschland weltweit an die Spitze katapultiert.

Wir fordern deshalb:

Den sofortigen Stopp der Seehofer-Reform und das Einsetzen einer Kommission aus Studenten, Universitäten und Ärzteschaft zur vollständigen Reform des Medizinstudiums.

Die Abschaffung der Trennung von Vorklinik und Klinik in der Ausbildung nach dem Modell der Reformstudiengänge z. B. in Berlin HU oder München TU.

Das Einsetzen eines Ausbildungskataloges für das PJ nach dem Muster der Medizinerverbände und die damit ermöglichte Abschaffung des AiP sowie eine Grundvergütung für in der Klinik tätige PJler, um die erbrachte Arbeitsleistung zu honorieren und weniger begüterten Studenten die Doppelbelastung von unbezahlter 40-Stunden-Woche und Nebenjob zu ersparen.

Reform der Zulassung zum Studium mit dem Schwerpunkt auf persönlicher Eignung für den angestrebten Beruf und damit auch Einbindung von geeigneten Personen aus den nichtärztlichen Heilberufen.

Möglichkeit der Spezialisierung schon während des Studiums durch Wahl von Haupt- und Nebenfächern nach Vorbild der Diplomstudiengänge.

Pharmaziestudium

Das Studium der Pharmazie erfährt zur Zeit eine Modernisierung: zum Wintersemester 2001/02 ist die neue Approbationsordnung in Kraft getreten, die dem medizinisch-pharmakologischen Fächerbereich breiteren Raum einräumt. Auch wurde der Anteil der Praktika zugunsten von Seminaren gekürzt. Insgesamt zeigt die neue Approbationsordnung eine stärkere Orientierung an der Anwendung und Wirkung von Arzneimitteln. Doch zeigen sich bereits jetzt Schwächen. Das Pharmaziestudium stellt den erfolgreichen Versuch dar, ein breit angelegtes naturwissenschaftliches Studium anzubieten. Es versagt jedoch dabei, für alle Berufsfelder der Pharmazie ausreichend zu qualifizieren. Für das Verständnis von Arzneimittelwirkungen ist ein breites chemisches, biologisches und technologisches Grundwissen in allen Berufsfeldern von Apothekerinnen und Apothekern vonnöten. Jedoch unterscheiden sich die Tätigkeiten von ApothekerInnen in öffentlichen Apotheken, Krankenhausapotheken, Wissenschaft und Industrie deutlich. Es ist daher nötig, nach einem gemeinsamen Grundstudium eine deutlichere Spezialisierung im Hauptstudium zu ermöglichen. Eine Auswahl von einigen Wahlfächern, die sich auf einen verschwindenden Prozentsatz der Gesamtstundenzahl beschränkt - wie es in der nun gültigen Approbationsordnung der Fall ist - kann hierbei nur ein erster Schritt sein. Das Studium der Pharmazie ist sowohl in seiner bisherigen Form als auch künftig ein naturwissenschaftliches Studium. Dies muß es auch bleiben, da sowohl für die Herstellung als auch für die Abgabe von Arzneimitteln ein umfassendes Verständnis über die Wirkung der verarbeiteten Wirk- und Hilfsstoffe und auch über deren Kontrolle erforderlich ist. Dazu kommt ein breites Wissen über die gesetzlichen Vorgaben zur Sicherung der Qualität und zum Schutz der Patienten und im Bereich der öffentlichen Apotheken die Kompetenz, den Patienten die nötigen Informationen verständlich zu vermitteln. Dem wird die jetzige Situation, in der das Studium nur mit mündlichen Prüfungen und ohne die Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit abgeschlossen wird, nicht gerecht. Eine Diplomarbeit, wie sie im Pharmaziestudium der DDR üblich war und an den ostdeutschen Universitäten heute möglich ist muß verbindlicher Bestandteil des Studiums werden.

4. Ausblick

Die SPD sollte eine große Gesundheitsreform dazu nutzen, einen wichtigen Grundpfeiler des deutschen Wohlfahrtsstaates auf die Herausforderungen der Neuen Zeiten anzupassen und politisch zu gestalten. Sie hat die große Chance, nach der Bundestagswahl in diesem wichtigen Bereich ihre soziale Kompetenz zu beweisen und zu einer deutlichen Verbesserung von Selbstbestimmung und Lebensqualität beizutragen. Die Ansprüche insbesondere auch der jungen Generation an eine qualitative hochwertige gesundheitliche Versorgung in Verbindung mit

professioneller Hilfe zur Koordination durch die Wirren der GKV können hier exemplarisch erfüllt werden.

Wir Jusos sehen die Sozialdemokratie gefordert, die Gesundheitsversicherung solidarische zu gestalten und alle Milieus gleichermaßen an der gesundheitlichen Versorgung partizipieren zu lassen. Die Steigerung der Lebensqualität für alle statt der Konservierung von Klientelen lautet das Leitbild. Wir Jusos wollen das Thema Gesundheit *als linkes Reformprojekt* in die gesellschaftliche Auseinandersetzung tragen. Es kommt daher in naher Zukunft daraufhin, den Verfechtern von Privatisierung der Gesundheit eine solidarische Vorstellungen einer fortschrittlichen und die Lebensqualität steigernden modernen Gesundheitsversicherung entgegenzusetzen. *Vor*, aber auch gerade *nach* der Wahl.

Beschluss **K1** Antragsteller Landesverband Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Kommunalpolitik für wen?

Kommunalpolitik von links – Ein grundsätzliches Plädoyer für die Repolitisierung kommunaler Politik.

Einführung

Im Kommunalpolitischen Programm der Jusos aus dem Jahr 1971 heißt es: „Es muss Ziel der Kommunalpolitik sein, vor allem die Nachteile der lohnabhängigen Bevölkerung und der benachteiligten Schichten gegenüber den einkommensstarken Bürgern zu beseitigen. (...) Die wichtigste Aufgabe der Jungsozialisten auf kommunaler Ebene muss daher sein, Voraussetzungen für eine Kommunalpolitik zu schaffen, die sich an den Zielen des Demokratischen Sozialismus orientieren.“

Dieser kommunalpolitische Antrag, der trotz aller Milieudifferenzierungen und sozialstruktureller Brüche den Anspruch erhebt, eine grundlegende Verortung linker Kommunalpolitik darzustellen, will bewusst auch als Widerspruch zum herrschenden und inzwischen alle staatliche Ebenen übergreifenden Mainstream neoliberalen Denkens verstanden werden.

„Die traditionellen politischen Koordinaten links und rechts gehören der Vergangenheit an. Es gibt nur noch eine richtige und falsche, eine gute und schlechte Politik, vor allem aber eine pragmatische Politik, verkörpert von personifizierten Machern und nicht von ideengeschichtlich verankerten Parteien“. Dies ist eine weitverbreitete Auffassung in Gesellschaft und Öffentlichkeit, besonders auch dann, wenn es sich um die „überschaubare“ lokale politische Ebene, also um die Kommune, handelt. In der Tat ist da durchaus was dran, betrachten wir etwa relativ kleine Gebietskörperschaften. Dort wird vieles eher ideologiefrei, rational, unspektakulär und im Konsens entschieden. Doch dreht sich Kommunalpolitik wirklich „nur“ um das richtige Straßenpflaster, den passenden Anstrich der Friedhofskapelle oder um den Kanaldeckel vom besten Design? Wenn es aber rechts und links als politische Verortung nicht mehr geben soll, heißt das dann auch, es gibt kein oben und unten mehr? Doch aus sozialdemokratischer Perspektive wohl kaum. Dies würde letztendlich bedeuten, dass gesellschaftliche Ungleichheiten der Vergangenheit angehören. Wir müssen uns aber eigentlich nur umschaun, denn in vielen Kommunen, insbesondere in urbanen Bereichen, treten systemimmanente gesellschaftliche Widersprüche offen zu Tage. Da hilft ein falsch verstandener Pragmatismus von Technokraten, ob mit oder ohne SPD – Parteibuch, nicht wirklich weiter.

Kontroversen um die richtige Lösung, die der / dem wahlverdrossenen WählerIn dokumentieren könnten, sie/er hat in seiner Stadt und in seinem Landkreis nicht nur die Wahl, sondern eben auch die Auswahl zwischen unterschiedlichen politischen Konzepten, beschränken sich meist auf Einzelfragen. Wenn die für das Profil von Parteien notwendige und an der Sache orientierte politische Auseinandersetzung sich lediglich auf Einzelfragen reduziert, so verwischen aber die Konturen, mit dem möglichen Ergebnis der Wahlenthaltung.

Dieser Trend hat sich für viele Bürgerinnen und Bürger verfestigt. Es scheint relativ egal zu sein, welche Partei oder Parteienkonstellation in der Kommune gewählt wird und „regiert“. Oftmals wird dieser Eindruck noch verstärkt, in dem diese Einschätzung über alle Parteigrenzen hinweg selbst von nicht wenigen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern geteilt wird und somit natürlich auch eine gewisse Bestätigung findet.

Es braucht sie aber dennoch, eine an politischen Grundsätzen abgeleitete „politische Kommunalpolitik“, bei allen notwendigen Übereinstimmungen im pragmatischen Handeln im Alltag. Es ist in den Augen von uns Jusos eine Illusion zu meinen, Kommunalpolitik sei völlig unparteiisch. Kommunalpolitik ist und bleibt Gesellschaftspolitik, eingebunden in unterschiedliche Interessen – und Klassenlagen.

Unser Antrag ist ein Plädoyer für eine Repolitisierung der Kommunalpolitik von links. Anspruch ist dabei sowohl die Herausarbeitung eines lokalen und inhaltlich begründeten Profils der SPD als auch die Formulierung von Anforderungen an einen grundsätzlichen und wertebewussten kommunalpolitischen Ansatz der Partei.

Gerade eine Partei wie die SPD, mit einer langen Tradition und fester gesellschaftspolitischer Verankerung, würde weiter an Profil verlieren, ließe sie sich darauf ein, einen wertebewussten politischen Gestaltungsanspruch zugunsten einer verinnerlichten, rein administrativen Sachzwanglogik aufzugeben.

Tendenzen in diese Richtung sind eindeutig erkennbar. Für Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gilt, diesen Entwicklungen eine Kommunalpolitik von links entgegenzustellen. Die Formen und Inhalte der Durchsetzung dieses Anspruchs bleiben vielfältig und können nicht pauschal formuliert werden. Das Leitbild des Gemeinwohls, in dem sich unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität vereinigen steht aber über allen lokalen Spezifika.

1. Die Rahmenbedingungen heutiger Kommunalpolitik

Wenn wir über Kommunalpolitik sprechen, so ist es sicher notwendig, die aktuellen politischen Rahmenbedingungen, die sie prägen, zu analysieren und darauf aus jungsozialistischer Perspektive und dem Blickwinkel der politischen Linken ein Augenmerk zu legen. Was kennzeichnet nun die Situation heutiger Kommunalpolitik?

Zunächst ist unübersehbar, dass die Kommunalpolitik in der gesamten Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren tiefgreifende Veränderungen erlebt hat. Dies wird deutlich an der allgemein schlechten Finanzausstattung der Kommunen, die den politischen Gestaltungsspielraum über die kommunalen Pflichtaufgaben hinaus dramatisch einengt, aber auch den Herausforderungen, die die Verwaltungsstrukturreform, die Neuorganisation der kommunalen Wirtschaft und die Europäisierung weiter Teile des die Kommunen betreffenden Rechts mit sich bringen. Als Folge der Politik der früheren konservativ-liberalen Koalition, der ungerechten Lastenverteilung nach der Vereinigung von BRD und DDR, aber auch aufgrund landespolitischer Entscheidungen, die weitere Kosten auf die kommunalen Gebietskörperschaften abwälzten, muss diese Entwicklung gesehen werden. Um laufende Ausgaben weiter gewährleisten zu können, wurden und werden, getreu dem neoliberalen Zeitgeist, weiterhin kommunales Tafelsilber, kommunale Betriebe, Beteiligungen und Liegenschaften verkauft und privatisiert. Dabei spielt es vielfach keine Rolle, ob vor Ort bürgerliche Parteien oder Sozialdemokraten in der politischen Verantwortung stehen. Der Abbau und die Zerschlagung der kommunalen Infrastruktur und Daseinsfürsorge erfährt häufig auch von Sozialdemokraten keinen Widerspruch. Man fügt sich den vermeintlichen finanzpolitischen Sachzwängen, statt darauf zu achten, dass bei der Privatisierung kommunaler Betriebe und Beteiligungen der regulierende Einfluss der öffentlichen Hand und der demokratisch gewählten Kommunalparlamente nicht vollständig verloren geht (Oftmals erleben wir dies im fast undurchschaubaren Dschungel und intransparenten Geflecht einer Vielzahl neu geschaffener kommunal- und privatrechtlicher Gesellschaften).

Dies gilt primär für den kommunalen Versorgungssektor, aber auch für die regionale Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik, die direkt die Lebensqualität der Menschen in Ortsgemeinde, Stadt und Region beeinflussen. Für die Menschen in der kommunalen Gebietskörperschaft ist und bleibt es daher von zentraler Bedeutung, ob wir Sozialdemokraten es schaffen, Angebote und Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbar und allgemein zugänglich zu gewährleisten.

Die beschriebenen finanzpolitischen Entwicklungen dürfen aus jungsozialistischer Sicht nicht als selbsterfüllende Prophezeiung hingenommen werden. Vielmehr geht es darum, auch auf der lokalen Ebene dem Primat der Politik zum Durchbruch zu verhelfen und die Finanzspielräume als Basis von politischer Gestaltung zurück zu erkämpfen. Wir plädieren für die Rückgewinnung demokratischer Steuerung von Verwaltung und städtischer Wirtschaftsbetriebe, die Stärkung der demokratischen Kontrolle in den Kommunen, ihre Ergänzung durch plebiszitäre Elemente und vor allem die Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung. Natürlich funktioniert dies nur im konstruktiven Zusammenwirken von Bund, Land und Kommune. Ein weiterer Aspekt in diesem Kontext ist sicher für die Linke die Frage der politischen Prioritätensetzung, was heißt, einerseits Einsparpotentiale zu nutzen und andererseits in sozial - ökologische Projekte zu investieren.

Unverzichtbar bleibt für uns Jusos die umfassende Reform des kommunalen Finanzausgleichs, mit dem Ziel der konjunkturpolitisch notwendigen Erhöhung der regionalen Investitionskraft und der Wiederherstellung der kommunalen Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit.

An dieser Stelle soll auch noch ein Wort bezüglich der sog. „neuen Steuerungsmodelle“ verloren werden, die bei allen Schwächen im Sinne der Zielgenauigkeit, der Effizienz, der Qualität und der Bürgernähe des Verwaltungshandelns unter bestimmten Voraussetzungen zu begrüßen ist. Diese sind nicht automatisch ideologisches Teufelszeug für die politische Linke, denn die Anforderungen an eine moderne und nicht obrigkeitsstaatlich verstandene Verwaltung haben sich geändert. Verwaltung wird vom Bürger heute nicht mehr vordergründig als autoritäre Behörde begriffen, sondern als bürgerfreundliches öffentliches Dienstleistungsunternehmen. Angelehnt an dieses Verständnis kommen die Wünsche der Beschäftigten nach mehr Mit- und Selbstbestimmung sowie Beteiligung. Dies ist gut so und leistet unverzichtbare Impulse für eine beschäftigten- und bürgerfreundliche Reform des Öffentlichen Sektors.

2. Anforderungen an kommunale MandatsträgerInnen

Die Wahrnehmung kommunalpolitischer Mandate ist nicht selten damit verbunden, dass viele MandatsträgerInnen von ihrer ehrenamtlichen Arbeit in den Räten oder Kreistagen aufgefressen werden. Das Exekutivorgan der Verwaltung wird zunehmend mächtiger. Vor diesem Hintergrund muss die Position ehrenamtlicher KommunalpolitikerInnen gestärkt werden. Das setzt u.a. angesichts zunehmender Komplexität kommunalpolitischer Themen eine weitere Qualifizierungs- und Schulungsarbeit voraus. Diese kommunalpolitische Bildungsarbeit ist auf zwei Ebenen zu konzipieren. Einerseits sind kommunalrechtliche Fragen der Kommunalverfassung, also das kommunalpolitische Handwerkszeug, zu vermitteln. Andererseits ist gleichrangig ein deutlicher Schwerpunkt auf die inhaltlich-programmatische Diskussion zu legen. Dem Erfahrungsaustausch junger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker kommt hierbei entscheidende Bedeutung zu. Der Juso Bundesvorstand wird daher einen Gesprächskreis "Junge Kommunalpolitik" und einen Newsletter für junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker einrichten.

Verhängnisvoll wäre, wenn sich ein rein technokratisches Selbstverständnis sozialdemokratischer Kommunalpolitik durchsetzen würde. Dem müssen Jusos und Parteilinke entschieden widersprechen.

Die angesprochene Bildungsarbeit kann dagegen einen Beitrag in Richtung sozialdemokratischer Profildgewinnung und der Entwicklung einer progressiven politischen Identität der Partei vor Ort leisten.

Bei der Formulierung von Anforderungen an heutige KommunalpolitikerInnen sind zwei weitere Aspekte von zentraler Bedeutung.

Da ist zum einen die Einsicht über den lokalen Tellerrand hinaus zu denken und bei örtlichen Entscheidungen globale Zusammenhänge (z.B. ökologische und klimapolitische Auswirkungen) einzubeziehen und mitzudenken.

Auch der europäische Kontext und das damit im Zusammenhang stehende Geflecht von Kompetenzen und europarechtlichen Zuständigkeiten disqualifizieren eine „lokale Kirchturmpolitik“ von selbst.

Der zweite ganz wichtige Punkt ist die praktisch gelebte Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern. Es braucht im Sinne des Überlebens der „kommunalen Demokratie“ den glaubwürdigen und kontinuierlichen Draht, den sozialen Kontakt zwischen den MandatsträgerInnen und BürgerInnen. Beide müssen sich auf „gleicher Augenhöhe“ begegnen.

3. Demokratie fängt in der Kommune an – Neue Organisations -zusammenhänge bürgerschaftlichen Engagements aufnehmen

In der Kommunalpolitik als dem Politikfeld, wo Menschen ganz konkrete Erfahrungen mit ihrer Umwelt machen, ist deren Einbeziehung von großer Bedeutung.

Das Ziel, die Bevölkerung aktiv ins politische Geschehen einzubeziehen, war und ist natürlich am besten zu verwirklichen auf der lokalen Ebene, dort also, wo die direkte Betroffenheit der BürgerInnen am größten, und die Durchschaubarkeit politischer Prozesse vergleichsweise eher möglich ist. Doch einen Automatismus gibt es da nicht. Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz und lokale Demokratisierungsprozesse müssen unterstützt werden. Exemplarisch sei auf die Lokale Agenda 21 verwiesen, wo außerhalb der üblichen und drögen Sitzungskultur in Kommunalparlamenten und Ausschüssen BürgerInnen projektorientiert ihre Ideen von einer nachhaltigen und sozial-ökologischen Politik einbringen können. Zu mehr Transparenz und gläserner Politik gehört für uns Jusos die weitgehende Öffentlichkeit von Rats – und Ausschusssitzungen. Dabei ist die Öffnung der Räte und Ausschüsse für Personen außerhalb der Partei voranzutreiben. Diese Öffnung und die Einbeziehung von Menschen außerhalb der Partei, so notwendig sie ist, darf im Sinne der Fundierung sozialdemokratischer Politik nicht beliebig verwirklicht werden. Wer für die Partei kandidiert, von der / dem muss verlangt werden, dass sie / er politische Bezüge zur Sozialdemokratie besitzt.

4. Das sozialdemokratische Profil setzt ein linkes politisches Bewusstsein und die Besetzung von fortschrittlichen Themen voraus

Die SPD ist bei nüchterner Analyse zwischenzeitlich in vielen Städten, Kreisen und Gemeinden als Sozialdemokratie nicht mehr erkennbar, obwohl sie von der Mandatsstärke her noch immer einiges an Gewicht in die Waagschale werfen könnte. Wir Jusos sehen darin eine dramatische Entwicklung.

Dies mag daran liegen, dass es insbesondere auf der kommunalen Ebene in Mode gekommen ist, nur noch selten parteiisch und interessenpolitisch motivierte, Kontroversen zu führen. Sichtbar wird meist ein politischer Einheitsbrei, was zweifellos den Konturen sozialdemokratischer Politik schadet. Doch mit Verwaltung Politik zu ersetzen, kann nicht im Sinne von Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sein. Im Gegenteil, die Voraussetzung für die Herausbildung eines klaren sozialdemokratischen Profils sind für uns Jusos ein linkes Bewusstsein und die Besetzung von fortschrittlichen Themen. Die SPD braucht auch in der Kommune eine Vorstellung davon, wie sie mit ihrer Politik gesellschaftsverändernd wirken kann. Die Frage „Kommunalpolitik für wen?“ ist eine Frage, die sich sozialdemokratische Parteigliederungen in Städten, Kreisen und Gemeinden ernsthaft stellen müssen.

In unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft gibt es auch gegenwärtig ungleiche Klassenlagen und verschiedene Interessen. Deutlich wird dies insbesondere beim Zugang zur Bildung oder aber bei der Verteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums.

Diesen Hintergrund muss sich die Sozialdemokratische Partei, die zuerst „Schutzmacht der kleinen Leute“ zu sein hat, auch vor Ort bewusst machen. Er muss ihr politisches Handeln leiten.

Prinzipiell hat sozialdemokratische Kommunalpolitik, abgeleitet an einem im Kern linken Grundverständnis eine fundamentale Analyse des Interessegeflechts und der ökonomischen Machtverhältnisse in der Kommune vorzunehmen. Die soziale, ökonomische und kulturelle Basis bildet dann das Grundgerüst für eine argumentativ und in sich begründete kommunale Politik der SPD.

Eine „opportunistische Klientelpolitik“, die im Gegensatz sozialdemokratischer Grundwerte steht und beispielsweise von interessierten Kreisen des Einzelhandels geforderte sog. „Gefahrenabwehrverordnungen“ gegen marginalisierte Gruppen wie Wohnsitzlose durchsetzt, muss auf den entschiedenen Widerspruch von Sozialdemokraten stoßen. Es kann nicht sein, dass eine Sozialdemokratische Partei, diese Form repressiver und ausgrenzender „Ordnungspolitik“ unterstützt.

5. Kommunalpolitische Positionen der SPD – Sozialdemokratische Akzente in der Kommune setzen

Nachfolgend sollen einige inhaltliche Bereiche skizziert, die aus sozialdemokratischer Perspektive dringend in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussion gehören. Die Partei und ihre Erkennbarkeit setzen auch in der Kommune ein klares inhaltliches Profil statt politischer Beliebigkeit voraus. Kommunalpolitik, zumal eine sozialdemokratische, darf nicht auf den Begriff der „Verwaltung“ reduziert werden. Sie braucht einen im wahrsten Sinne des Wortes roten Faden. Es handelt sich im Kern um die Frage, ob das politische Handeln als klassische kommunale Selbstverwaltung den politischen Gestaltungsanspruch auf Dauer in den Hintergrund drängen darf. Die Antwort ist ein eindeutiges **NEIN** ! Es geht eben um mehr, um eine Kommunalpolitik mit linker Identität.

Inhaltliche Handlungsfelder und strategische Optionen linker Kommunalpolitik hat der Verfasser nachfolgend aufgeführt:

⑨ Das Primat der Politik durchsetzen und die Rückgewinnung kommunalpolitischer Handlungsspielräume

Unverzichtbar ist die Zurückgewinnung kommunalpolitischer Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Dazu gehören u.a. nach dem Wegfall für die kommunalen Haushalte elementar wichtiger Steuereinnahmen, die Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation und eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs.

⑨ Eine bürgernahe Verwaltungsmodernisierung nicht auf Kosten der Beschäftigten in der Öffentlichen Verwaltung

Die bürgernahe Verwaltungsmodernisierung ist alternativlos und muss zu einem linken Projekt werden. Das setzt die konsequente Einbeziehung von Bürgern und Beschäftigten voraus, wobei das Primat der Politik über die starke Position der Verwaltung zu sichern ist. Oft war es in der Vergangenheit so, dass Konservative und Liberale diese Thema für sich besetzten und Strukturreformen in der Administration ausschließlich auf den Abbau von Personal reduzierten. Ein „Reformansatz“, der lediglich darauf abhebt, die Reduzierung von (Personal-) Kosten zum Ziel zu haben, wird scheitern. Stattdessen ist es notwendig, die Debatte um die Reform der öffentlichen Verwaltung in eine bürgernahe Richtung zu lenken, die den Schwerpunkt auf die Frage legt, was unter veränderten Rahmenbedingungen vom öffentlichen Dienst und der kommunalen Ebene künftig in optimierter Form zu leisten ist.

⑨ Eine Rückbesinnung auf die Doppelstrategie der Jusos

Der Partei ist die klassische und oftmals in Vergessenheit geratene Doppelstrategie der Jusos als strategisches Moment in Erinnerung zu rufen. Dabei geht es um die Schaffung und die

Unterstützung eines umfassenden Problembewusstseins bei der Bevölkerung und daraus resultierend um ihre Mobilisierung und Politisierung. Eine Zielvorstellung der Doppelstrategie, die politisch beide Ebenen betrachtet, die parlamentarische und gleichberechtigt die außerparlamentarische, muss sein, den Bürgern demokratische Eingriffsmöglichkeiten zu eröffnen und ihre Interessen und Forderungen gegenüber kommunal institutionalisierten Entscheidungsträgern zu artikulieren.

⑨ Eine alternative Logik zum kommunalen Privatisierungswahn entwickeln

Die Auslagerung bisheriger Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge an Private ist in der Regel sozialpolitisch fragwürdig und liegt konträr zu den Interessen der BürgerInnen und der Beschäftigten leider voll im Trend. Jungsozialistinnen und Jungsozialisten haben als Linke die Aufgabe, sich mit dieser Entwicklung sehr kritisch auseinandersetzen. Dort, wo die Privatisierung kommunaler Betriebe von den Neoliberalen mit Macht und durch Faktenschaffung betrieben wird, ist darauf zu achten, dass der kommunale Einfluss der öffentlichen Hand nicht vollständig verloren geht, insbesondere im Bereich des Versorgungssektors (z.B. Verkehr, Energie und Wasserversorgung) der auf die Lebensqualität und die soziale Infrastruktur in der Kommune nachhaltig einwirkt. Zugegeben ist das ist eine Defensivstrategie, mit der allenfalls eine politische Schadensbegrenzung möglich ist. Mehr erscheint derzeit, in einer Zeit in der sich die Linke noch meist auf Abwehrgefechte beschränken muss, nicht möglich.

In der Abschaffung öffentlicher Versorgungsstrukturen liegt kein Allheilmittel, stattdessen eher die reale Gefahr, dass aus demokratisch kontrollierten öffentlichen Monopolen mit der Zielvorgabe der Gewährleistung kommunaler Versorgungsinfrastrukturen intransparente private Monopole werden, die (aus ihrer Sicht legitim) eine hohe Rendite aus wirtschaftlicher Tätigkeit erwirtschaften wollen und vor diesem Hintergrund soziale und ökologische Belange in den Hintergrund treten lassen. Ziel jungsozialistischer Politik ist daher die Herausarbeitung einer alternativen Logik zum unhinterfragten kommunalen Privatisierungswahn. Im Gegenteil müsste die öffentliche Infrastruktur im Sinne der Daseinsvorsorge für die Bürger als zentrale Aufgabe der Kommune weiter erhalten werden.

Klar dürfte sein, dass Privatisierungen langfristig keinen Beitrag leisten, strukturelle Haushaltsdefizite zu reduzieren. Sie ermöglichen bestenfalls kurzfristige Effekte einer vermeintlichen kommunalen Haushaltskonsolidierung. Strukturell wird damit die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen nicht verbessert.

Ein ganz wichtiger Aspekt aus sozialdemokratischer Perspektive ist weiterhin die tarif- und arbeitsrechtliche Verschlechterung der Position der Beschäftigten in privatisierten und ehemals kommunalen Versorgungsbetrieben. Hier muss die Partei in den Debatten vor Ort klar Stellung im Interesse der ArbeitnehmerInnen beziehen und solidarisch mit den örtlichen Gewerkschaften (wird hauptsächlich Verdi sein) agieren.

In der Privatisierungsdebatte kommt auch dem Wohnungsmarkt eine zentrale Bedeutung zu. Sozialdemokratische Politik hat hier im Interesse der MieterInnen entschieden gegen Verkäufe von sozialgebundenem Wohnraum und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Stellung zu beziehen. Es gibt weiterhin große Teile der Bevölkerung, die aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage sind, sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung zu leisten.

Exemplarisch ausgewählte inhaltliche Schwerpunkte sozialdemokratischer Kommunalpolitik

⑨ Regionalisierung der Strukturpolitik

Im Sinne der ökonomischen und sozial-ökologischen Entwicklung und Planung von Regionen ist eine Regionalisierung der Strukturpolitik erforderlich. Entscheidungen, beispielsweise in Fragen der Konversion, die für eine Region von Bedeutung sind, müssen in stärkerem Maße als bisher in der konkreten Region getroffen werden können. Dies bedeutet eine schrittweise Abkehr von zentralistischen Vorgehensweisen und eine dezentrale Verlagerung der Planungsverantwortlichkeiten in die kommunale Gebietskörperschaft.

Die lokale Strukturpolitik muss alle daran beteiligten Akteure (Verwaltung, Gewerkschaften, Wirtschaft, Sparkassen und Umweltverbände) einbeziehen. Dabei darf kommunale Wirtschaftspolitik nicht zu einer bloßen Standortkonkurrenz in einer vorgeblichen interkommunalen Wettbewerbssituation führen. Eine sinnvolle regionalisierte Strukturförderungs politik setzt darauf, die bestehenden Stärken einer Region im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern und neue Beschäftigungspotenziale in diesen Bereichen zu erschließen. Ein wirtschaftspolitisches Leitbild muss die Grundlage einer kommunalen Wirtschaftspolitik sein. Eine bloße Konkurrenz nur um die billigsten Gewerbeflächen gehört nicht sinnvollen Elementen kommunaler Strukturpolitik.

▣ Kommunale Bildungspolitik

Sozialdemokratische Bildungspolitik hat insbesondere auch in der Kommune eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Dabei ist darauf zu achten, dass Bildungsangebote abgeleitet am sozialdemokratischen Anspruch der Chancengleichheit, für breite Schichten der Bevölkerung zugänglich sind. Neben der Steigerung der Investitionen in eine Verbesserung der Ausstattung örtlicher allgemeinbildender und berufsbildender Schulen, sind nicht zuletzt die Angebote der Volkshochschulen auf hohem Niveau und für die NutzerInnen kostengünstig zu sichern. Diese erfüllen eine ganz zentrale Funktion im Bereich der Erwachsenenbildung.

Eine regionale Schulpolitik, die sich sozialdemokratisch definiert, hat den Focus darauf zu legen, dass in der kommunalen Gebietskörperschaft ein vielfältiges Angebot an Schularten vorhanden ist. Dabei sind neben den Schultypen des aus jungsozialistischer Sicht kritisch zu hinterfragenden und reformbedürftigen gegliederten Schulsystems, gleichberechtigt integrierte Schultypen als schulformübergreifendes Bildungsangebot vorzuhalten. Eine Umsetzung dürfte vielfach angesichts des immer wieder in vielen Städten und Landkreisen zum Ausdruck kommenden starken Elternwillens möglich sein.

Im Einzelfall ist zur Sicherung von Hauptschulstandorten auch die Einrichtung von Regionalschulen (möglichst in integrierter Form) sinnvoll.

Das zentrale Projekt der rheinland-pfälzischen SPD, ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen zu schaffen, ist vor Ort aufzugreifen. Hier kann die SPD ihr bildungspolitisches, sozialpolitisches und gleichstellungspolitisches Profil schärfen, im Interesse von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Frauen und (noch zu wenigen) Männern, die durch diese Flankierung die Möglichkeit haben, Familie und Beruf miteinander zu verbinden.

Begrüßenswert sind auch alle Ansätze, den einzelnen Schulen mehr Selbständigkeit zu geben und den Kommunen im Sinne einer erweiterten Schulträgerschaft zusätzliche Möglichkeiten zu geben, an der Entwicklung regionaler pädagogischer Schwerpunkte mitzuwirken.

Nicht vergessen werden darf bei der Kommunalen Bildungspolitik die leider oft sehr stiefmütterlich behandelte Berufsbildende Schule. Deren qualitativ hochwertige Ausstattung im Sinne einer zukunftsfähigen Ausbildung von Jugendlichen ist unerlässlich und stellt einen

wichtigen Beitrag regionaler Wirtschaftsentwicklung dar. Eine hohe Priorität hat dabei für uns die Aufwertung beruflicher Bildung innerhalb der kommunalen Schulträgerschaft. Die Weiterentwicklung der Berufsschulen zu Berufskollegs mit dualen Abschlussmöglichkeiten ist dabei weiterzutreiben – Berufsausbildung und allgemeine Hochschulreife mit einem einzigen Abschluss schaffen zusätzliche Qualifizierung und sorgen für mehr Chancen am Arbeitsmarkt. Kommunale Bildungspolitik sollte außerdem mit anderen Politikfeldern eng vernetzt gedacht werden – so kann zum Beispiel auch die Bündelung berufsqualifizierender Ausbildungsgänge an den Berufskollegs neue Beschäftigungspotenziale im Bereich der kommunalen Wirtschaftspolitik erzielen.

▣ Jugend- und Kultur

Ein besonderes Anliegen sozialdemokratischer Politik hat die Förderung der pluralistischen Jugendkulturszene zu sein. Gerade die Jugendkultur benötigt Rahmenbedingungen, die ihre Kontinuität gewährleisten.

Die vorliegenden Modelle der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in sie betreffenden Planungsfragen sind im Sinne von mehr Mitbestimmung auszuweiten.

Jugendgemeinderäte, Jugendforen und Jugendparlamente müssen vom Status einer „demokratiepolitischen Alibiveranstaltung“ hin zu Gremien mit faktischer Gestaltungsmacht werden. Dazu ist es notwendig, die Einrichtung solcher Gremien in den Gemeindeordnungen aller Bundesländer zu verankern, wie es bereits in Baden-Württemberg der Fall ist. Allerdings sprechen wir uns für eine „... kann ... muss“- anstelle der „... kann ... kann“-Formulierung aus: Jede Stadt kann einen Jugendgemeinderat oder ein Jugendparlament einrichten. Dieser/ dieses muss mit dem Antrags- und Initiativrecht und einem eigenen Etat ausgestattet werden.

Vor Ort ist darüber nachzudenken, ob es möglich ist, zusammen mit den kommunal getragenen Sparkassen Jugendfonds einzurichten, mit deren Hilfe gezielt jugendpolitische Projekte Unterstützung finden.

Eine Jugendhilfeplanung mit besonderem Blick auf benachteiligte und sozial deklassierte Jugendliche ist von den Kommunen als qualitativer Standard zu garantieren.

Einsparungen in diesen Bereichen stoßen auf unseren entschiedenen Widerstand.

Darüber hinaus muss ein Themen bezogenes Rederecht der jugendlichen Interessenvertretungen zu den Sitzungen der kommunalen Vertretungen auch nach der Einwohnerfragestunde geschaffen werden.

Die kommunalen Teilhabemöglichkeiten müssen weiterhin durch die Absenkung des aktiven Wahlalters verbessert werden. Hierzu fordern wir den SPD-Bundesverband auf, in Anlehnung an die Parteitagebeschlüsse von Wiesbaden und Köln, viel stärker als bisher, Initiativen diesbezüglich zu entwickeln und um zu setzen.

⑨ Umwelt- und Verkehrspolitik

Die Umweltpolitik muss als eine klassische Querschnittsaufgabe gesehen werden und themenübergreifend und globale Dimensionen (z.B. im Zusammenhang mit klimapolitischen Fragen) mit berücksichtigend in die tägliche kommunalpolitische Arbeit Eingang finden. Dies setzt über die jetzt schon standardisierten Anhörungsverfahren eine institutionelle Verankerung in den Verwaltungsstrukturen, etwa in Form eines Umweltamtes mit Anhörungsrecht bei allen relevanten Planungsvorhaben, voraus.

Schwerpunkte kommunaler Umweltpolitik liegen für die SPD primär in Fragen der kommunalen, auf erneuerbaren Energieträgern beruhenden Energieversorgung auf der Grundlage einer

dezentral abgelegten Versorgungsstruktur und in der Verkehrspolitik. Insbesondere im letztgenannten Bereich müssen stärker als in der Vergangenheit die Alternativen zum motorisierten Individualverkehr gefördert werden. Fußgängern, Radfahrern und dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind grundsätzlich, jedoch vor allem in den städtischen Zentren und Ballungsgebieten, Vorrang einzuräumen.

Hier könnte auch die basisdemokratische Einbindung der Bevölkerung in verkehrspolitische Entscheidungen, etwa in Form von Fahrgastbeiräten hilfreich sein und eine sozial – ökologisch Änderung der verkehrspolitischen Weichenstellungen unterstützen.

⑨ **Regionalplanung / Stadtentwicklung und eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

Die rechtlichen Möglichkeiten in der lokalen Entwicklungsplanung, der Regional- und Stadtentwicklung sowie der Bodenpolitik sind verstärkt zu nutzen. Dabei geht es darum der profitorientierten Spekulation mit Bauland und den individuellen Sichtweisen von Grundstückseigentümern auf Kosten der Bauwilligen und der Öffentlichen Hand entgegen zu treten. Diese Erscheinungen stehen im Gegensatz einer gemeinwohlorientierten linken Politik in der Kommune. Sie verhindern vielfach eine nachhaltige und sozial-ökologische lokale Entwicklung. Insofern ist auch hier das Primat der Politik über mögliche Privatinteressen zu stellen, was im Einzelfall und nach einer bestimmten Planungszeit auch die erleichterte Veränderung von Eigentumsverhältnissen einschließen können muss.

⑨ **Sozialdemokratie als Lobby für marginalisierte und ausgegrenzte gesellschaftliche Gruppen**

Nicht nur abgeleitet aus ihrer Geschichte hat die SPD die Pflicht die schwierigen Klassenlagen von marginalisierten und gesellschaftlich ausgegrenzten Gruppen (z.B. SozialhilfeempfängerInnen, Langzeitarbeitslose, benachteiligte Familien und Jugendliche, Wohnungslose, Flüchtlinge, MigrantInnen, Aussiedler) auf die politische Agenda zu setzen und für diese Partei zu ergreifen. Notwendig sind verstärkte und gezielte Investitionen in Integrationsprojekte. Dazu gehören sowohl kostenlose Sprachkurse für zugewanderte Bevölkerungsgruppen als auch das bewährte Projekt Arbeit statt Sozialhilfe, was beides sinnvolle und kommunal umsetzbare integrationspolitische Ansätze sind. Deutlich könnte dies außerdem werden bei der Bekämpfung sog. Gefahrenabwehrverordnungen, mit denen versucht wird, beispielsweise Obdachlose aus Fußgängerzonen und Stadtzentren zu vertreiben und in Randgebiete zu drängen. Hier wäre es viel wichtiger, für diese Menschen niedrigschwellige Anlauf- und Beratungsstellen zu schaffen, wo sie im Bedarfsfall betreut und auch medizinisch versorgt werden können.

⑨ **Frauenförderung und Gleichstellungspolitik**

Frauenförderung und Gleichstellungspolitik sind angesichts eines weiterhin in weiten Bereichen (etwa in ländlich strukturierten Gegenden) vorhandenen tradierten und geschlechtsspezifischen Rollenverständnisses, bis auf die kommunale Ebene herunterzubrechen. Es ist in diesem Zusammenhang u.a. Aufgabe der Sozialdemokratie politisch aktiv darauf hinzuwirken, dass Frauenförderpläne in öffentlichen Verwaltungen aber auch im privatwirtschaftlichen Sektor weiterentwickelt und verbindlich als Anspruch geregelt werden. Da die gleichstellungspolitische Einflussnahme auf private Unternehmen eher schwierig ist, sind die rechtlichen Möglichkeiten, bei der Auftragsvergabe besonders Betriebe zu berücksichtigen, die sich durch fortschrittliche Frauenförderpläne auszeichnen, auszuweiten.

Die Position der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in der Verwaltung ist weiter zu stärken, ihre Ressourcenausstattung im Sinne fortgeschriebener kommunaler Gleichstellungspolitik deutlich zu verbessern.

Darüber hinaus ist eine Berücksichtigung spezifisch weiblicher Interessen und Bedürfnisse bei der Stadt- und Regionalplanung institutionell zu gewährleisten.

▣ Kultur für alle

Die SPD hat die Aufgabe, ihre Kulturpolitik in der Kommune so auszurichten, dass sie den Bedürfnissen weiter Teile der Bevölkerung gerecht wird und kommerziellen Interessen widersteht. Dabei muss der politische Anspruch sein, die örtlichen Angebote (z.B. Museen, Bibliotheken, Ausstellungs- und Konzerträume und Jugendkultur) möglichst in kommunaler Hand zu sichern, um den Zugang zu diesen zu sozialen Preisen bzw. weitgehend kostenfrei zu ermöglichen.

⑨ Mehr Transparenz, lokale Demokratie und bürgerschaftliche Kontrolle

Die Demokratisierung der Kommunalpolitik ist weiter gegen etablierte Widerstände voranzutreiben. Beiträge dazu sind u.a. :

- Eine deutliche Erleichterungen bei der Einleitung von Bürgerbegehren und die Absenkung des Zulassungsquorums ;
- Die Stärkung des Prozesses der Lokalen Agenda 21 und eine verbesserte Ausstattung der Koordinationsstellen ;
- Eine restriktive Regelung bei der Begründung für die vermeintliche Notwendigkeit nichtöffentlicher Sitzungen. Ausschuss- und Ratssitzungen haben grundsätzlich öffentlich zu sein ;
- Weitgehende Akteneinsichtsrechte für MandatsträgerInnen und BürgerInnen ;
- Mehr demokratische Kontrolle für öffentlich-private Mischgesellschaften im Versorgungsbereich ;
- Eine Abkehr von zentralistischen Verwaltungsstrukturen zugunsten dezentraler und stadtteilbezogener Anlaufstellen. In diesem Kontext ist auch der Erhalt von Orts- und Stadtteilbeiräten zu sehen, deren Entscheidungsrechte zu stärken sind.

6. Das Verhältnis von Partei und Fraktion

Grundsätzlich sind die eingespielten und den innerparteilichen Diskurs lähmenden Rollen von Partei und Fraktion kritisch zu hinterfragen. Klar und alternativlos dürfte die Notwendigkeit der Einleitung organisationspolitischer Veränderungen sein. Die politische Praxis zeigt leider häufig, dass Partei und Fraktion nicht ausreichend miteinander verzahnt, sind und losgelöst voneinander arbeiten. Die Partei darf nicht länger im Widerspruch zum Anspruch gelebter innerparteilicher Demokratie von Mandatsträgern der sozialdemokratischen Ratsfraktionen als störend begriffen werden. Im Gegenteil, mit einer Verstärkung der Kommunikation beider Ebenen, also einer Verquickung von Mandatsträgern und Partei, ihren Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften, Vorständen und der Parteibasis, muss es gelingen, den inhaltlichen und programmatischen Austausch produktiv zu forcieren. Eine weitgehende Trennung von Parteiamt und Ratsmandat steht nicht dazu im Widerspruch. Sie bleibt weiterhin bei aller notwendigen Zusammenführung von Diskussionssträngen im Interesse der innerparteilichen demokratischen Kontrolle, ein erstrebenswertes Ziel.

Es reicht nicht aus, die Partei lediglich nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn es darum geht, Wahlkämpfe auf kommunaler Ebene zu führen. Hier gibt es unbestrittene Defizite, deren Überwindung ein geändertes Verhältnis von Partei und Fraktion voraussetzen.

Strukturelle Verstopfungen liegen außerdem in der überproportionalen Vertretung von Hauptamtlichen in den Fraktionen, ein Aspekt, den Jusos immer kritisch betrachtet haben.

Bei Listenaufstellungen ist konsequent darauf zu achten, dass diese einen gesellschaftlichen Querschnitt repräsentieren. Auf den sozialdemokratischen Listen ist nach Geschlechtern zu quotieren, sind alle Altersgruppen einzubeziehen und ein breites berufliches Spektrum von BewerberInnen abzudecken. Auch Menschen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft sollen dokumentieren, dass die Partei wirklich gesellschaftlich verankert ist.

7. Fazit

Das bei Kommunalwahlen (in jüngster Zeit etwa bei den OB-Direktwahlen) deutlich werdende Desinteresse an lokaler Politik hat seine Ursachen und erfordert eine bürgernahe und demokratische Erneuerung der Kommunalpolitik. Wenn dies glaubwürdig gelingt, dann wächst durchaus die Chance, dass wieder mehr Menschen mitmachen und sich vor Ort einbringen.

Dies setzt allerdings zwingend voraus, dass es nicht nur eine Wahl zwischen unterschiedlichen Gruppierungen gibt, sondern auch eine Auswahl zwischen unterschiedlichen Konzepten.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur aus ihrer Tradition heraus den Auftrag, Prozesse, die das politische Bewusstsein insbesondere der benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen fördern, zu unterstützen. Sie muss natürlich auch als deren Interessenvertretung fungieren und damit vor Ort ein erkennbares sozialdemokratisches Profil demonstrieren.

Der Antragstext hat versucht deutlich zu machen, dass Kommunalpolitik nicht technokratisch verstanden werden darf. Sie muss sich im Kern politisch definieren und ganzheitlich angelegt sein.

Den beschriebenen Anforderungen an kommunale MandatsträgerInnen ist durch eine Intensivierung der Schulungsangebote Rechnung zu tragen, wobei hier darauf zu achten ist, dass neben der Vermittlung kommunalrechtlicher Fragen als Handwerkszeug der Kommunalpolitik die programmatische und inhaltliche Diskussion gleichberechtigt im Stellenwert sein muss.

In Zukunft sind verstärkte Anstrengungen dahingehend zu unternehmen, die mächtige Stellung der Administration und des Verwaltungsapparats zugunsten der Kommunalparlamente, der Ausschüsse, aber auch des bürgerschaftlichen Engagements in lokalen Initiativen, abzubauen.

Eine zentrale Voraussetzung für eine als diese erkennbare sozialdemokratische Kommunalpolitik liegt in SPD- MandatsträgerInnen, die sich den Grundsätzen der Sozialdemokratie bewusst sind. Nur dies schützt vor politischer Beliebigkeit.

Die exemplarisch beschriebenen potentiellen Handlungsfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik dokumentieren eine Vielfalt von Themen, die es sozialdemokratisch zu besetzen gilt. Die SPD muss die darin liegenden Chancen nutzen, denn, wenn sie (etwa als Ergebnis von Koalitionen mit bürgerlichen Parteien) in der Kommune nicht mehr erkennbar ist, wird dies mittel- und langfristig auf allen Ebenen zu einer Schwächung der Partei führen.

Es wird u.a. Aufgabe der Jusos sein, in der Partei eine wertebezogene kommunalpolitische Debatte anzustoßen, mit dem Ziel der Selbstvergewisserung und der Herausarbeitung einer sozialdemokratischen Identität.

„Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen“.

J.M. Keynes

Kommunale Finanzpolitik: Hier ist mehr drin!

Die bundespolitische Befassung mit Kommunalpolitik erlebt in diesen Tagen eine neue Renaissance. Nachdem die Debatte um die kommunale Gesellschaftspolitik in den 90er Jahren auch bei den Jusos fast eingeschlafen war, hat die Neuentdeckung der programmatischen und strategischen Potenziale kommunalpolitischen Engagements zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Stand und der Perspektive kommunaler Politik geführt. Dies ist folgerichtig, denn Entscheidungen auf kommunaler Ebene prägen ganz entscheidend die Lebensumstände der BürgerInnen. **Gleichzeitig stellen aber die jahrelange Entwicklung der kommunalen Finanzen genau diese Aufgabe der kommunalen Politik gründlich in Frage:** Statt einer Debatte um die Schaffung der attraktivsten Lebensumstände für die BürgerInnen in den Städten und Gemeinden und der Entwicklung von Zukunftschancen für alle Schichten der Bevölkerung sehen sich die Kommunen mehrheitlich den Sparkommissaren der zuständigen Behörden gegenüber. Ihre Haushalte sind strukturell trotz der Streichung fast aller freiwilligen Aufgaben am Ende und mit ihnen die kommunale Politik. Eine Schlüsselfrage für die Kommunalpolitik lautet deshalb, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen und damit die Gestaltungsfähigkeit kommunaler Politik wiederherzustellen.

In der Kommune treffen die unterschiedlichsten Entwicklungen aufeinander. Sie wird damit in Zeiten des Wandels oftmals zum Ort der Gegensätze. Strukturwandel und soziale Konflikte finden hier konkret statt, und auch wenn viele politische Entscheidungen in den Landeshauptstädten, Berlin oder Brüssel getroffen werden - in der Kommune finden sie ihre konkreten Auswirkungen. Umso wichtiger ist, dass in den Kommunen selbst ein Gestaltungsanspruch und die reale Möglichkeit zu gestalten vorhanden ist. Eine aktive Stadtentwicklung wird so zur Unterstützung von Entwicklungen, wo dies möglich ist, zur Abfederung und zum Korrektiv, wo dies notwendig und geboten ist. Spielraum für kommunale Politik muss geboten werden - zumindest soweit die Verfassung dies vorsieht. Er muss erkämpft werden, wo die Bedürfnisse der Bürgerschaft dies erfordern. Dabei scheuen junge SozialistInnen weder den Konflikt mit dem politischen Gegner, was die Verteilung der knappen kommunalen Finanzen angeht, noch den mit anderen Ebenen, wenn es um die Festigung und Erweiterung des kommunalen Finanzspielraums geht. **Wir streben mit unserer Initiative auch eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung an.** Mehr als anderswo besteht hier die Möglichkeit, neue offenere Beteiligungsformen anzuwenden. Jenseits einer platten Formaldebatte über Wahlrechtsänderungen geht es uns jedoch darum, die Alltagsdemokratie und den direkten Einfluss der Bürgerschaft auf die Stadtentwicklung zu stärken.

2. Raus aus der Sparfalle - aber schnell!

Die aktuelle Haushaltssituation der Kommunen zwingt diese **zu volkswirtschaftlich wie fiskalisch falschen Entscheidungen**, um ihre Zahlungsfähigkeit zu erhalten bzw. nominell ausgeglichene Haushalte zu präsentieren. Der mittelfristige Effekt ist aufgrund der Finanzstruktur der Kommunen selbst allerdings genau der gegenteilige: Während bei den freien Mitteln beispielsweise der Jugend- und Sozialförderung, bei der Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung sowie in der Bauunterhaltung von Schulen, Gebäuden und Verkehrsinfrastruktur fleißig gegen den finanziellen Kollaps angespart wird, jagen gerade diese Maßnahmen in nur wenigen Jahren die Pflichtausgaben bei der wirtschaftlichen Sozial- und Jugendhilfe hoch, machen umfassende Renovierungen an Schulen und Straßen notwendig und wirken sich wirtschaftlich kontraproduktiv aus.

Notwendig ist die schnelle **Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit** der Kommunen. Schon im Haushaltsjahr 2003 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2006 müssen kalkulierbare Effekte eine solche Absicht für die kommunalpolitische Haushaltsaufstellung untermauern.

Grundsätzlich dürfen keine weiteren Belastungen für die Kommunen auf der Ebene des Bundes oder der Länder beschlossen werden. Dies gilt insbesondere für den **steuer- und haushaltspolitischen Kurs der Bundesregierung**. Auch wenn grundsätzlich richtig ist, dass jede staatliche Ebene entsprechend ihrem Anteil am Gesamtsteueraufkommen an der Absenkung der Steuerquoten und der Sanierung der Staatsfinanzen zu beteiligen ist, ist diese Beteiligung auszusetzen. Es ist nicht einzusehen, warum die Bürger in den Kommunen den falschen Konsolidierungskurs des Bundesfinanzministers durch die Schließung von Kindergärten und die Baufälligkeit von Schulen bezahlen müssen. Die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage und die reformierten Regelungen im Unternehmenssteuerrecht, die zu einer massenhaften Legalisierung der Steuerverkürzung geführt haben, sind umgehend zurückzunehmen.

Das gängige Verfahren, den Kommunen von Bund und Ländern die Finanzierung von allgemein gewünschten Programmen und Projekten zu übertragen, muss ein Ende haben. An seine Stelle muss die konsequente Einhaltung des sogenannten **Konnexitätsprinzips**, also des Grundsatzes, dass, wer eine Leistung bestellt, auch für die Leistung zahlt, treten. Neue Gesetzesvorhaben auch im Bereich von Standards sind gezielt daraufhin zu überprüfen. Dies gilt insbesondere auch für Gesetzesvorhaben im Bereich der **sozialen Sicherungssysteme**, die direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Sozial- und Jugendhilfe haben. Die vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme sind so zu verbessern, dass die Sozialhilfe wieder auf ihre eigentliche, nachrangige Funktion, Verhinderung von Armut und Ausgrenzung sowie Hilfe für individuelle Notlagen, zurückgeführt werden kann. Die im Zusammenhang mit der Reform der kommunalen Finanzen immer wieder diskutierte Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bei Einschränkung der Leistungen an die Betroffenen lehnen wir ab. Die kommunalen Haushalte sind nicht durch eine Bekämpfung der Arbeitslosen und sozial Schwachen zu sanieren, sondern durch eine konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zwangsmaßnahmen jeglicher Art gegenüber den Betroffenen lehnen wir ab.

Darüber hinaus schlagen wir Jusos vor:

- die Auflage eines kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramms, das die Investitionskraft der Kommunen nachhaltig stärkt
- die Auflage eines Fonds „Ganztagsbetreuung“, der die heute notwendigen Investitionen und Betriebskosten trägt
- die Stärkung der Struktur- und Beschäftigungsförderung in den Regionen durch eine Aufstockung und Regionalisierung der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- die Öffnung der gemeinderechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen mit dem Ziel, eine gleichberechtigte Teilnahme am Marktgeschehen zu erreichen
- die kommunenfreundliche Auslegung der Regelungen zur Haushaltswirtschaft durch die zuständigen Innenminister der Länder

1.1. In die Zukunft investieren - das kommunale Zukunftsinvestitionsprogramm KIP

Die kommunalen Körperschaften vergeben in Deutschland rund 2/3 der Gesamtinvestitionen der öffentlichen Hände. Viele dieser Aufträge gehen aufgrund ihrer geringen Höhe im jeweiligen Einzelfall direkt an das örtliche Handwerk und den Mittelstand. Sie tragen damit nicht unbeträchtlich zum Gesamtvolumen der Aufträge, insbesondere in der Baubranche, bei. Eine Vernachlässigung des Infrastrukturbestands über einen längeren Zeitraum hinaus würde außerdem erhebliche negative Effekte für die Lebensqualität und die wirtschaftliche Attraktivität Deutschlands haben.

Wir Jusos fordern ein spezielles **Kommunales Zukunftsinvestitionsprogramm (KIP)**, das als Ergänzung des bestehenden Programms zum Stadtumbau Ost und zum von uns geforderten KIP-Ost zur Beseitigung des kommunalen Investitionsstaus und zur Schaffung von Beschäftigung etabliert werden kann. Den Aufbau von Überkapazitäten, insbesondere in der Bauindustrie und im Bauhandwerk, lehnen wir ab. Die Folgen, wie sie sich beispielsweise in Ostdeutschland zeigen, haben mit zeitlichem Verzug immer die ArbeitnehmerInnen zu tragen. Da es jedoch Ziel einer Gemeindefinanzreform sein soll, die Finanzkraft der Gemeinden insbesondere im Hinblick auf die hier notwendigen Investitionen zu stärken, sehen wir das KIP im Vorgriff und als Brücke zu diesem Zustand, der nicht von heute auf morgen umzusetzen sein wird. Bezugnehmend auf Schätzungen, die vom Deutschen Institut für Urbanistik formuliert worden sind, gehen wir von einem kommunalen Investitionsbedarf im laufenden Jahrzehnt von etwa 50 Mrd. EURO jährlich aus. Hiervon sind im Westen ca. 50 % im Osten ca. 20 % durch das Niveau der gegenwärtigen Investitionshaushalte gedeckt. Jedoch müssen eigene Anstrengungen im Bereich eines professionelleren Managements öffentlicher Infrastruktur sowie mögliche Umschichtungen von kommunalen Mitteln in Rechnung gestellt werden. Wir schlagen daher vor, zunächst in den nächsten 5 Jahren 3 Milliarden EURO p.a., davon je 1 Mrd. EURO in geeigneter Mischfinanzierung (10% Kommune, 10% Land, 80% Bund) für die neuen und je 2 Mrd. EURO bei einem Anteil von 20 % der Kommunen und 30 % der Länder in den alten Bundesländern, insbesondere in Gebieten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit und Bedürftigkeit, vorzusehen.

1.2. Das Recht auf Zukunftschancen kommunal umsetzen - der Fonds Ganztagsbetreuung

Die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern von 0,5-12 Jahren wird quer durch alle Bevölkerungsschichten als Hauptaufgabe einer fortschrittlichen Familienpolitik, die eine Absicherung und Förderung der Lebensentwürfe beider Partner und des Kindes zum Ziel hat, anerkannt. Im Gegensatz dazu steht vielerorts die kommunale Realität: während in vielen Flächenländern bis heute nicht mal der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (3-6) umgesetzt ist, gehören Krippen- und Hortplätze gerade in den westdeutschen Bundesländern zu den Exoten. Länder und Kommunen werden mit dieser Aufgabe bisher gänzlich allein gelassen. Dies soll sich nach den Vorstellungen des Bundeskanzlers jetzt ändern, doch wird vielfach auf Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung hingewiesen.

Wir Jusos schlagen vor, zusätzlich zur Finanzierung auf der kommunalen Ebene (Länder/Kommunen/Elternbeiträge) einen **Fonds „Ganztagsbetreuung“** aufzulegen, der auch wie der Familienhilfefonds CAF (Caisse d'Allocations Familiales) in Frankreich teilweise aus Arbeitgeberbeiträgen gespeist werden könnte. Den finanziellen Grundstock sollte die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Realsplitting sowie die Umwandlung von geplanten Erhöhungen des Kindergeldes in zusätzliche Mittel für den Fonds bilden.

1.3. Struktur- und Beschäftigungsförderung in der Region stärken

Die Schlüsselfrage auf dem Weg zu einer finanziellen Gesundung der öffentlichen Haushalte ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für die Kommunen hat ihre erfolgreiche Bekämpfung gleich einen doppelten Effekt: auf der einen Seite bedeutet dies eine Erholung für ihre Haupteinnahmequellen, auf der anderen Seite eine Absenkung in den Hauptausgabebereichen. Viele Kommunen, die in besonderer Weise vom wirtschaftlichen Strukturwandel und von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben aus eigener Kraft kaum noch die Möglichkeit, in die Aufgaben der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung zu investieren.

Hier setzt unsere Initiative an: im Konzept „**Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**“ gilt es, die Mittel so aufzustocken und zu regionalisieren, dass gerade die strukturschwachen Kommunen wieder die Möglichkeit haben, in ihre wirtschaftliche Zukunft zu investieren. Nach dem Vorbild der europäischen Strukturfonds ist jedoch nicht mit der Gießkanne, sondern bei besonderer Strukturwirksamkeit der entwickelten Projekte zu finanzieren.

1.4. Öffentliche Daseinsvorsorge leistungsfähig in den Wettbewerb führen

Öffentliche Daseinsvorsorge muss den flächendeckenden, gleichberechtigten und kostengünstigen Zugang zu lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen in ausreichender Qualität und Umfang gewährleisten, die Infrastruktur so ausstatten, dass die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gewährleistet ist und die Lebensgrundlagen für die künftige Generation sichern. Entscheidend ist, dass die demokratische Kontrolle bei diesen Aufgaben stets gesichert ist.

Der Sektor der Gemeinwirtschaft ist für junge SozialistInnen von strategischer Bedeutung. In ihm verbinden sich öffentlicher Auftrag mit privatwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen.

Er stellt insbesondere in den Bereichen Kreditwesen, Ver- und Entsorgung, Verkehr und Wohnungswirtschaft klassische Bedürfnisse der BürgerInnen sicher und trägt zur Förderung des Handwerks und des Mittelstands in der Region bei. Viele neue Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, finden ihre Grenze an den gemeinderechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Während sich z. B. die privaten Energiekonzerne mit einem breiten Dienstleistungsangebot am Markt neu aufstellen, ist dies z. B. den kommunalen Stadtwerke bisher größtenteils verwehrt. Diese Regelungen müssen zugunsten eines gleichberechtigten Wettbewerbs abgeschafft werden.

Jusos wenden sich gegen jede Privatisierung von öffentlichem Eigentum, sie ist immer verbunden mit dem Verlust demokratischer Kontrolle durch die gewählten VertreterInnen der BürgerInnen und einer Einschränkung der Rechte der ArbeitnehmerInnen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss allerdings die Kraft besitzen, sich innerhalb der bestehenden Strukturen von vielfach bürokratischen Behörden hin zu modernen Dienstleistern zu entwickeln.

2. Für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Die Jusos fordern eine grundsätzliche Reform der Struktur der kommunalen Finanzen. Dieses in der Regel unter dem Namen Gemeindefinanzreform diskutierte Projekt genießt angesichts der Auswirkungen der angespannten Haushaltslage in den Kommunen höchste Priorität. Die Art, in der vor allem Bundesfinanzminister Eichel selbst die beschlossene Einrichtung einer entsprechenden Kommission bislang verzögert, ist politisch skandalös und für die Kommunen katastrophal.

Eckpunkte einer solchen Gemeindefinanzreform sind:

- Notwendig ist eine Stabilisierung der kommunalen Einnahmen, insbesondere eine Beseitigung der einseitigen Konjunkturabhängigkeit, die in Verbindung mit den Sozialpflichtausgaben entsteht. Hier ist insbesondere über einen Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen zu diskutieren.
- Notwendig ist die weitere Stärkung der Finanzkraft strukturschwacher Kommunen durch entsprechende Bundes- und Landesprogramme, insbesondere hinsichtlich ihrer Investitionskraft.
- Notwendig ist der Ersatz der Sozialhilfe durch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die als staatliche Leistung das individuelle kulturell-soziale Minimum absichert.
- Notwendig ist die Klärung der Zuständigkeit für die Erfüllung von bereits bestehenden Aufgaben und ihrer Finanzierung. Dies gilt insbesondere für die mischfinanzierten Bereiche sowie für die Umsetzung sogenannter Begleitgesetze.
- Notwendig ist die Benennung und verfassungsrechtliche Absicherung klarer Kriterien für die Ausgestaltung der kommunalen Finanzausgleiche auf Landesebene. Hierbei sind insbesondere strukturelle Faktoren (Stadt-Land-Ausgleich, Arbeitslosigkeit, Integrationsbedarf) zu berücksichtigen.

Eine solche Gemeindefinanzreform kann nur unter einer breiten Einbeziehung der Kommunen und der kommunalen Spitzenverbände sachgerecht diskutiert werden. Wir Jusos sprechen uns daher für eine sofortige Einberufung der entsprechenden Kommission aus. Ziel einer Gemeindefinanzreform muss es auch sein, einen solchen Abstimmungsprozess zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verstetigen und für alle die Kommunen betreffenden Gesetze vorzusehen.

Beschluss **R1** Antragsteller Landesverband Brandenburg

Anforderungen an ein fortschrittliches Aufenthaltsgesetz

Das bisher geltende restriktive Ausländergesetz ist im Rahmen des neuen Zuwanderungsgesetzes in das Aufenthaltsgesetz aufgegangen. Allen Hoffnungen auf ein humaneres Ausländerrecht zum trotz verschlechtert sich jedoch insgesamt durch dieses neue Aufenthaltsgesetz die materiell-rechtliche Situation von Flüchtlingen. Darauf machen auch die Stellungnahmen von Flüchtlingsverbänden, Pro-Asyl und amnesty international aufmerksam.

Wir JungsozialistInnen treten für ein modernes, humanes Ausländerrecht ein, welches Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben in Deutschland ermöglicht.

Wir Jusos begrüßen den Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission, welcher die asylpolitische Kernfrage „Wer ist Flüchtling?“ eindeutig zugunsten der Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung beantwortet.

Daher fordern wir Jusos:

1. Asylrechtliche Schutzlücken sind zu beseitigen, wir fordern die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung sowie die Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention ohne Vorbehalt.
2. Nach drei Jahren ist die Niederlassungserlaubnis den AsylbewerberInnen endgültig zu erteilen, wenn bis zu diesem Zeitpunkt von seiten des Bundesamtes kein Widerrufsverfahren eingeleitet wurde und innerhalb einer überschaubaren Frist auch entschieden wurde. Ein Entscheidungsstopp des Bundesamtes bei bestimmten Ländern darf die endgültige Entscheidung der Niederlassungserlaubnis nicht vereiteln.
3. Einem Flüchtling, dessen Asylantrag unanfechtbar abgelehnt worden ist oder der diesen zurückgenommen hat, darf vor seiner Ausreise ein Aufenthaltstitel erteilt werden, wenn dies aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen geboten erscheint. Weitere Voraussetzungen lehnen wir ab.
4. Die Dauer der Abschiebehaft ist auf maximal 3 Monate zu begrenzen

5. Alle InhaberInnen einer Aufenthaltserlaubnis, egal aus welchem Grunde sie erteilt wurde, ist eine entsprechende Arbeitserlaubnis zu erteilen. § 284 SGB III ist entsprechend auch für InhaberInnen einer ausländerrechtlichen Bescheinigung zu erweitern, um ihnen die Chance zur Arbeitsaufnahme zu geben. Eine Klarstellung in § 284 SGB III durch Bezugnahme auf § 61 Abs. 2 AsylVfG ist erforderlich, um AsylbewerberInnen eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.
6. Das Sachleistungsprinzip muss endlich abgeschafft werden. InhaberInnen einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen sollen sofort Leistungen nach dem BSHG erhalten. InhaberInnen einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen sollten lediglich zeitlich beschränkt auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beschränkt sein.
7. Die sogenannte Residenzpflicht und die Einweisung in sogenannte Ausreiselager (Abschiebungsgefängnisse) sind ersatzlos zu streichen.
8. Der Kindernachzug ist für alle Gruppen gleichermaßen auf 18 Jahre heraufzusetzen. Insbesondere ist bei Zuzug zu einem in der Bundesrepublik lebenden Elternteil nicht darauf abzustellen, daß dieser Elternteil das alleinige Sorgerecht für das Kind hat
9. Aufgrund der Gleichstellung von homosexuellen Paaren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz hat auch eine Gleichstellung im Rahmen der Härtefallregelung des § 31 Abs. 2 zu erfolgen, so daß § 27 Abs. 2 um § 31 Abs. 2 AufenthG zu erweitern ist.
10. Der neue Regelausweisungsgrund "Verurteilung wegen Einschleusung von Ausländern" ist ersatzlos zu streichen. Insoweit sind die bereits bestehenden, aus dem alten Gesetz übernommenen Ausweisungsgründe, die sich an eine konkrete Verurteilung des Ausländers und damit an ein subjektiv strafrechtlich sanktioniertes Verhalten orientieren, ausreichend.
11. Alle Fälle der Ausweisung sollten unter dem Vorbehalt von Art. 8, 3, 14 EMRK stehen. Es ist nicht mehr hinzunehmen, daß ein neu zu schaffendes Ausländergesetz die auch für die Ausweisung geltenden Vorschriften der EMRK und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte nicht aufnimmt und umsetzt. Die in dem Gesetzentwurf enthaltenen tendenziellen Verschärfungen auch hinsichtlich gegenüber Minderjährigen und Jugendlichen berücksichtigen gerade nicht die Tendenzen in der Rechtsprechung des EGH gerade auch AusländerInnen der zweiten Generation bei Straffälligkeit praktisch in Ländern gleichzustellen. Jusos sprechen sich gegen Abschiebungen von Minderjährigen und Kindern aus.
12. Die Geltendmachung von selbstgeschaffenen Nachfluchtgründen (exilpolitische Tätigkeit) muß erhalten bleiben

13. Die durch regelmäßig wiederkehrende Innenministerkonferenz- Beschlüsse zur Altfallregelung praktizierte Lösung des Übergangs von Asyl ins Ausländerrecht ist durch eine gesetzliche Regelung zu ersetzen, welche auch die abgelehnten Altfälle umfasst.

Beschluss **R3** AntragstellerInnen: BKI über BV

Resolution des Juso-Bundeskongresses zur Situation in Nahost

1. Der Nahe Osten erlebt derzeit eine Gewalteskalation bislang kaum bekannten Ausmaßes. Seit nunmehr neunzehn Monaten versucht die israelische Regierung, den Aufstand des palästinensischen Volkes gegen die fortdauernde Besetzung mit immer brutaleren militärischeren Mitteln zu zerschlagen. Darüber hinaus dauert die völkerrechtswidrige Besatzungspolitik Israels an: Siedlungen werden ausgebaut, Land enteignet, Häusern und Olivenhaine werden zerstört und ein Netz von Siedlerstraßen auf palästinensischem Gebiet wird aufgebaut. Und auch die aktuelle Zuspitzung durch die Vorgänge des 11. September darf nicht zur Legitimation für bereits lange bestehende Konflikte herangezogen werden.

Die Verantwortung für die neuerliche Eskalation tragen indes beide Seiten. Die verfrühte Ausrufung der zweiten Intifada hat sicherlich auch zur Isolation und zur strategischen Enge der Regierung Barak geführt. Die Labour-Party wurde in die politische Defensive gedrängt und damit jeder politisch-friedlichen Möglichkeiten einer Lösung.

Vorläufiger Höhepunkt dieser Politik ist die Besetzung der West Bank und Gazas durch israelisches Militär. Die Angriffe und Belagerung des Sitzes der Palästinensischen Autonomiebehörde sowie die israelische Erklärung, der Palästinenser-Präsident Arafat sei ein Feind Israels haben nicht nur die Handlungsmöglichkeiten der palästinensischen Regierung fast vollständig blockiert, sondern auch eine politische Lösung des Konfliktes massiv erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Gleichzeitig erschüttern Attentate palästinensischer Selbstmörder die israelische Gesellschaft und bringen unschuldige Zivilisten ums Leben.

2. Wir JungsozialistInnen in der SPD sind seit vielen Jahren auf den unterschiedlichsten Ebenen bei der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien aktiv.

Das von uns Jusos unterstützte Projekt "Willy Brandt-Zentrum Jerusalem" versucht, im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes die Kommunikation und den Dialog zwischen den friedensbemühten Kräften auf beiden Seiten aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig stellt unsere internationale Dachorganisation, die International Union of Socialist Youth (IUSY), die einzige Organisation dar, in der sowohl die Fatah-Jugend aus Palästina als auch Young Labour Leadership und Meretz-Youth aus Israel Mitglied sind. Bewusst wurden eine Vizepräsidentin der Fatah-Jugend und ein Vizepräsidenten der Young Labour Leadership in das IUSY-Präsidium gewählt, um in diesem Rahmen einen hochrangigen Dialog zwischen den politischen Jugendorganisationen zu ermöglichen.

3. Bei der Analyse der sich in den letzten beiden Jahren verschärften Konfliktsituation darf nicht übersehen werden, dass eine der Grundkonstanten dieses Konfliktes das völlige

Machtungleichgewicht zwischen den Besatzern und den Besetzten gehört. Ohne politischen Druck auf die übermächtige, israelische Seite ist eine politische Lösung nicht möglich. Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass die Palästinenser im Zuge der Gründung des Staates Israel aus dem größeren Teil ihres Territoriums vertrieben wurden oder fliehen mussten.

Dies ist bis heute das Trauma der Palästinenser und fest in ihrem kollektiven Gedächtnis verankert. Die Ergebnisse dieser Vertreibung bestimmen noch immer das Leben der Palästinenser und sind von zentraler Bedeutung für ihre nationale Identität.

4. Für die Bevölkerung Israels stellen die von palästinensischen Selbstmordattentätern verübten Anschläge eine allgegenwärtige Bedrohung dar, die zu einem kollektiven Angst- und teilweise auch Rachegefühl führen. Daher verdienen diejenigen Maßnahmen unsere Unterstützung, die geeignet sind, diese im jüdischen Israel latent und allgegenwärtig vorhandene Angst abzubauen. Die aus den Reihen der arabischen Liga und den palästinensischen Milizen und Gruppen vertretene Forderung, die israelische Bevölkerung unter dem Schlagruf „Treibt die Juden zurück ins Meer“ aus ihrem Staatsgebiet zu vertreiben, sorgte und sorgt in Israel für berechtigte Ängste.

5. Die Grundlage für ein dauerhaftes friedliches Zusammenleben von Palästinensern und Israelis in zwei getrennten Staaten in sicheren und anerkannten Grenzen bedeutet zum einen Anerkennung Israels als eines Staates wie jeder andere auch in der Region. Und zum anderen bedeutet es Recht und Gerechtigkeit auch für die Palästinenser.

6. Ausgehend von diesen Überlegungen fordern wir Jusos die sofortige Beendigung der israelischen Militäroffensive und den Rückzug Israels aus dem 1967 besetzten palästinensischen Territorium und darüber hinaus die Aufhebung aller israelischen Sperrgürtel um die palästinensischen Städte. Gleichzeitig muss der Zugang der palästinensischen Bevölkerung zu Wasser, Strom und Lebensmitteln sowie zu Medikamenten ununterbrochen sichergestellt werden. Die in den besetzten Gebieten errichteten Siedlungen müssen geräumt werden.

Ein souveräner palästinensischer Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt muss anerkannt und unterstützt werden. Dazu bedarf es auch eines Abkommens über die Verwaltungskooperation in der Stadt und über den Personen- und Güterverkehr zwischen beiden Stadtteilen und beiden Staaten.

Eine einvernehmliche Regelung der Flüchtlingsfrage muss es den betroffenen Menschen ermöglichen, sich zwischen einer Integration in einen arabischen bzw. palästinensischen Staat und der Rückkehr nach Israel zu entscheiden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die entsprechenden Gesellschaften auch zur Integration dieser Menschen Willens und in der Lage sein müssen.

Zur Vermeidung absehbarer Konflikte bedarf es eines gleichberechtigten und fairen Abkommens zur Aufteilung und Kontrolle der Wasservorräte und eines Sicherheitsabkommens zur Verhinderung der Gewalt zwischen beiden Staaten.

7. Wir verurteilen die Anschläge palästinensischer Selbstmordattentäter gegen die israelische Bevölkerung. Die palästinensische Autonomiebehörde muss alles in ihrer Macht stehende tun, um derartige Terrorakte zu verhindern. Daher muss auch die Unterstützung und Ausbildung der hinter den Anschlägen stehenden Gruppen durch das arabische Ausland beendet werden.

8. Parallel zu einer Entwaffnung der palästinensischen Gruppen und Milizen fordern wir auch die Entwaffnung der israelischen Siedler und die Beendigung ihrer illegalen Annexionen in Palästina.

9. Wir Jusos sind überzeugt, dass ohne einen Dialog zwischen den Konfliktparteien keine nachhaltige Lösung der Situation erreicht werden kann. Ohne äußeren Druck und ohne internationale Einmischung ist ein solcher Dialog nicht möglich.

Dabei ist zu dem ursprünglich vereinbarten und letztlich unumkehrbaren Prinzip Land gegen Frieden zurückzukehren. Dies bietet Israel die erhoffte Normalisierung und Sicherheit in der Region und den Palästinensern das Ende der über 35jährigen Besatzung und die Gründung eines palästinensischen Staates. Beide Seiten werden aufgefordert, der Gewalt abzuschwören und auf der Grundlage der UN-Resolutionen und dem Prinzip „Land gegen Frieden“ zum Verhandlungstisch zurückzukehren.

10. Auch wenn eine auf der Grundlage eines Waffenstillstandes einvernehmlich von beiden Seiten unterstützte UNO-Mission für eine friedliche Lösung des Konfliktes notwendig sein sollte, kann eine Beteiligung daran nicht Aufgabe Deutschlands sein. Unsere Pflicht ist es vielmehr, zur sozialen und kulturellen Entwicklung der Region beizutragen. Neben der Entsendung einer UN-Mission fordern wir Jusos ein aktives politisches Engagement der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der Europäischen Union und der USA mit den Zielen des Abschlusses von Sicherheitsvereinbarungen sowie der Errichtung und Anerkennung eines palästinensischen Staates.

Daher begrüßen wir ausdrücklich den Sieben-Punkte-Plan der Bundesregierung. Auch die gemeinsame Initiative von UNO, USA, EU und Russland finden unsere volle Unterstützung. Den damit eingeleiteten Weg gilt es fortzusetzen.

11. Für die internationale Sozialdemokratie besteht eine besondere Verantwortung. Auch die parteipolitischen Kanäle müssen genutzt werden, um eine politische Lösung zu befördern. Auch wenn wir eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer israelischen Schwesterpartei aus grundsätzlichen Erwägungen in der Vergangenheit immer abgelehnt haben, bedarf es nunmehr klarer Worte. Daher fordern wir die Labour-Party auf, die Regierung Sharon zu verlassen.

12. Stillstand bedeutet, bestehendes Unrecht zu zementieren. Es kann nur eine Lösung geben, die die grundlegenden Interessen beider Völker berücksichtigt. Nur die Perspektive eines fairen und gerechten Ausgleichs wird zu einem Ende der Gewalt führen. Dafür müssen wir uns einsetzen!

Beschluss **R4** AntragstellerInnen: BKI über BV

Uneingeschränkt Nein – Intervention im Irak verhindern!

Über ein halbes Jahr nach den Terroranschlägen von New York und Washington befindet sich die Weltordnung immer noch in erheblicher Bewegung. Der Krieg den die „Allianz gegen den Terrorismus“ führt, hat zwar dafür gesorgt, dass die Infrastruktur des Terrornetzwerkes Al-Qaida geschwächt wurde. Es lässt sich aber weder von einem „Sieg gegen den Terrorismus“ sprechen noch sind die sozialen und ökonomischen Probleme, auf Grund derer Terrorismus entsteht, angegangen worden. Das amerikanische Vorgehen gegen den Terrorismus setzt ausschließlich auf

militärische Mittel. Mit der Skizzierung der „Achse des Bösen“ hat der amerikanische Präsident Bush diejenigen Ländern benannt, denen er vorwirft Terrorismus zu unterstützen und Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder zu entwickeln. Gleichzeitig hat er ein massives Vorgehen gegen sie angekündigt. Die USA haben ihre Hegemonialbestrebungen in einer neuen Weltordnung deutlich gemacht. Mit dem Nuclear Posture Review (NPR) haben sie durchblicken lassen, dass sie den Einsatz von Atomwaffen bei der Bekämpfung des Terrorismus nicht ausschließen.

Nächstes Ziel: Irak

Seit dem 11. September gibt es eine Vielzahl an amerikanischen Militärs und Politikern, die fordern, auch im Irak militärisch zu intervenieren und Saddam Hussein zu stürzen. Henry Kissinger hat festgestellt, „die Phase II muss beginnen, solange die Erinnerungen an die Attacke auf die USA noch lebendig sind.“ Es deutet sich also an, dass der Irak das nächste Angriffsziel der USA wird. Und das, obwohl die CIA bisher keinerlei Beweise dafür gefunden hat, dass der Irak in den letzten Jahren an irgendeiner terroristischen Aktion gegen die USA beteiligt war. Auch die Anthrax-Anschläge in den USA wurden vorschnell mit Saddam Hussein und seinem Regime in Verbindung gebracht. Mittlerweile geht man von amerikanischen Attentätern aus, Verbindungen in den Irak wurden nicht ermittelt. Seit dem zweiten Golfkrieg 1991 bombardieren die US-Amerikaner gemeinsam mit Großbritannien immer wieder den Irak. Nun scheint es, als ob mit den bevorstehenden Angriffen unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung alte „Probleme“ erledigen werden sollen. Was Bush senior nicht schaffte, nämlich Hussein zu stürzen, soll nun sein Sohn vollenden.

Viele Kritikpunkte an Saddam Hussein und seinem Regime sind berechtigt. Es muss zu Demokratisierungsprozessen im Irak kommen, die zu anderen gesellschaftlichen Verhältnissen führen. Durch Bomben sind diese jedoch nicht zu erreichen. Hinzu kommt die hohe Armutsrate, die zu Verelendung und hoher Kindersterblichkeit geführt hat und auch ein Produkt der UN-Sanktionspolitik ist. Hans von Sponeck, von 1998-2000 UN-Koordinator für den Irak, der aus Protest gegen die Sanktionspolitik zurückgetreten ist, spricht von „500.000 Kindern die zwischen 1990-99 wegen verschmutztem Wasser, fehlender Medikamente und Unterernährung gestorben sind.“ Die gesellschaftliche Elite um Hussein ist von diesen Sanktionen nicht betroffen. Mittlerweile trägt die Sanktionsfront deutliche Risse: Viele Länder haben wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen und streben auch normale Handlungsbeziehungen an.

Im Dezember 1999 wurde die UN-Resolution 1284 beschlossen, in der es heißt, der Irak könne mit einem Ende der Sanktionen rechnen, wenn er die Waffeninspektionen wieder zulasse. Die letzten Inspektoren wurden im Vorfeld eines amerikanisch-britischen Luftangriffes auf den Irak 1998 abgezogen und der Irak hat seitdem die Rückkehr verweigert mit der Begründung, die Aufgabe der Inspektoren sei erfüllt. Zudem wurden den Inspektoren vorgeworfen, für die USA zu spionieren. Saddam Hussein hat nun mehrere Male eine Rückkehr der Inspektoren angeboten, allerdings gefordert dass keine amerikanischen und britischen Mitglieder unter ihnen sind. Gleichzeitig hat er einen Zeitplan verlangt, wann und unter welchen Bedingungen die Sanktionen gegen den Irak aufgehoben werden. Würde es den USA um Rüstungskontrolle gehen, könnten sie diesem Vorschlag zustimmen. Sie scheinen allerdings eher die Konfrontation mit dem Irak zu provozieren. Der Besitz von Atomwaffen durch den Irak ist unwahrscheinlich, dies gilt auch für den Besitz anderer Massenvernichtungswaffen. Die militärische und rüstungstechnologische Infrastruktur, die beim zweiten Golfkrieg 1991 zerstört wurde, konnte bei weitem nicht wieder aufgebaut

werden. Um neue Rüstungen zu vermeiden bedarf es einer Rüstungskontrolle durch die Vereinten Nationen.

Amerikanische Interessen - Krieg für Öl

Betrachtet man die Verflechtungen zwischen Bushs Kriegskabinett und den amerikanischen Energie- und Mineralölkonzernen, so wird ein weiterer Grund für die bevorstehende Militärintervention deutlich: Das amerikanische Interesse, Zugang zu irakischen Rohölreserven zu haben. Vizepräsident Cheney war zuvor Vorstandschef des weltgrößten Materialzulieferers der Ölindustrie, Sicherheitsberaterin Rice saß im Aufsichtsrat des Chevron-Konzerns, Wirtschaftsminister Evans kommt ebenso wie der Energieminister aus der Erdölbranche. Und auch Bush hat als Texaner traditionell gute Kontakte in die Energiewirtschaft. Immerhin stammten ca. 80% der Spenden im US-Wahlkampf aus diesem Bereich. Es liegt nah, dass die USA mit ihrem Vorgehen eine Vorherrschaft am Golf anstreben und den verbesserten Zugriff auf Ölressourcen erlangen wollen. Der Irak hat ein hohes Erölvorkommen, das manchen Schätzungen zufolge als das weltweite Größte zu sehen ist. Eine amerikanische Militäraktion wäre deutlich von geostrategischen und ökonomischen Interessen geprägt. Anhand des Iraks würden die USA zudem ein Exempel statuieren, das anderen Staaten zeigt, was passiert, wenn sie sich den Interessen der USA zu stark entgegenstellen.

Die Folgen einer militärischen Intervention für die schon jetzt angespannte Situation im Nahen Osten wären verheerend. Selbst die regionalen Bündnispartner der USA, die Türkei und Saudi-Arabien, fühlen sich zwar von Saddam Hussein bedroht, befürchten jedoch eine Eskalation bei einem militärischen Eingriff. Religiöse und ethnische Konflikte könnten sich zuspitzen. Eine Militärintervention, für die US-Vizepräsident Dick Cheney auf seiner letzten Nahost-Reise werben wollte, wird daher von den meisten Staaten deutlich abgelehnt. Ebenso lehnt die innerirakische Opposition eine Militärintervention weitgehend ab.

Wir Jusos sind Teil der Friedensbewegung. Wir werden uns aktiv an Demonstrationen und Aktionen gegen einen Kriegseinsatz im Irak beteiligen. Gleichzeitig werden wir politischen Druck auf die Partei und die Bundesregierung ausüben, damit diese sich gegen den Krieg aussprechen. Wir fordern den sofortigen Abzug der Bundeswehr und ihrer ABC-Spürpanzer aus Kuwait. Jede Verwicklung der Bundeswehr in Kampfhandlungen muss verhindert werden.

Die Vereinten Nationen müssen gestärkt werden, damit diese ihren Vermittlungsbemühungen weiter nachgehen können. Gleichzeitig mit der Wiederaufnahme der Waffeninspektionen muss es zu einer Änderung der Sanktionspolitik gegenüber dem Irak kommen. Sanktionen, die nicht die Verantwortlichen, aber Millionen Unschuldiger treffen, sind nicht zu rechtfertigen.

Die Bundesregierung hat deutlich ihre Ablehnung gegen eine militärische Intervention im Irak zum Ausdruck gebracht. Wir Jusos begrüßen dies und fordern die Bundesregierung auf, sich offensiv gegen eine militärische Intervention der USA im Irak auszusprechen. Sie muss darauf drängen, dass die Europäische Union in dieser Frage mit einer Stimme spricht. Die Strategie der Europäer, den USA die „uneingeschränkte Solidarität“ zu erklären, um mitreden zu können, ist gescheitert. Die Grenzen der Bündnistreue sind erreicht – deutliche Worte sind angebracht.

Spekulationssteuer jetzt!

Die notwendige Kontrolle der Finanzmärkte

Geld regiert die Welt, heißt es seit langem. Doch nie traf dieser Spruch so ins Schwarze wie zur Zeit. In den letzten Jahren häuften sich die regionalen Devisenkrisen. Mexikokrise, Asienkrise, Russlandkrise. Und hinter all diesen Krisen steht vor allem ein Faktor: Die Tatsache, dass immer mehr Geld völlig unkontrolliert auf den Börsen gehandelt wird. Die Börsen der Welt setzen täglich 1500 Milliarden US-Dollar um. Gleichzeitig hat die Deutsche Bundesbank errechnet, daß pro Tag nur etwa 30 Milliarden US-Dollar notwendig sind, um alle Waren und Dienstleistungen zu bezahlen, die bezahlt werden müssen. Und von den verbleibenden 1470 Milliarden US-Dollar wechseln 80 Prozent alle sieben Tage wieder den Besitzer. Das sagt die Deutsche Bundesbank auch. Weltweit tobt sich also ein rasendes Spekulationskarrussell.

Die Gründe, Ursachen und die Folgen dieser Entwicklung sind von uns schon vor Jahren erkannt und diskutiert worden.

Die Wiedererlangung politischer und damit demokratischer Kontrolle über die Finanzmärkte ist möglich. Die Einführung einer Spekulationssteuer wäre ein wichtiger erster Schritt eine neue und gerechte Weltfinanzordnung zu erreichen. Eine solche Politik müßte auf vielen Säulen stehen:

1. Einführung einer Devisenumsatzsteuer für alle Transaktionen an den Börsen der Welt

Im Jahre 1978 schlug der Nobelpreisträger James Tobin eine Steuer von 0,5 Prozent auf alle Käufe und Verkäufe von Devisen an den Börsen der Welt vor. Damals wurde über den Vorschlag nicht groß nachgedacht. Inzwischen ist der Vorschlag aktueller denn je. Denn eine solche Steuer könnte zwei Probleme zugleich lösen:

- Die Steuer würde Sand ins Getriebe des extrem beschleunigten internationalen Finanzmarkt-Karussells streuen – und dieses Karussell etwas verlangsamen. Viele kurzfristigen Käufe und Verkäufe, die nur wegen geringer Gewinnspannen getätigt werden, finden dann einfach nicht statt. Die Umsätze sinken etwas, die Finanzmärkte werden beherrschbarer.
- Zum zweiten bringt die Börsenumsatzsteuer – je nach Berechnung – zwischen 50 und 100 Milliarden US-Dollar in die Kassen, zum Beispiel der Vereinten Nationen, die dann zur Bekämpfung der größten Armut verwendet werden könnten.

Das Argument, die Steuer sei technisch nicht realisierbar, ist vorgeschoben. Das computerisierte Börsenabrechnungssystem SWIFT erleichtert den Einzug der Börsenumsatzsteuer, denn es werden ohnehin Provisionen und anderen Abgaben abgerechnet. Außerdem sind die großen Finanzinstitutionen dazu übergegangen, jeden Tag ihre Umsätze zentral und bilanziert abzurechnen, so dass die Steuer am Ende des Tages relativ leicht errechnet und entrichtet werden könnte.

2. Sinnvolle Kapitalverkehrskontrollen

Durch jahrzehntelang ideologische geprägt Debatte über den freien Welthandel und über den freien Fluss des Geldes sind Kapitalverkehrskontrollen in Misskredit geraten. Zwischen ökonomisch etwa gleichstarken Handelspartnern wie zum Beispiel zwischen Deutschland und Frankreich, sind sie auch unnötig.

Andererseits haben die Asienkrise und die Russlandkrise gezeigt, dass davon vor allem Länder betroffen waren, die ihren Kapitalfluss völlig freigegeben haben. Dagegen waren – hochkapitalistische und teilweise erfolgreiche – Länder wie Chile von dieser Spekulationskrise weitaus weniger betroffen. Chile hatte nämlich ein geniales System von Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, das aus Deutschland entlehnt ist: die Bardepotpflicht. Alle, die Kapital nach Chile einführen, müssen einen bestimmten Prozentsatz des Kapitals zinslos bei der Zentralbank hinterlegen. Diesen Betrag erhalten sie zurück, wenn ihr erst nach Ablauf eines Jahres wieder ins Ausland floß. Dadurch werden spekulative Geldzuflüsse uninteressant – langfristige Investoren lassen sich davon jedoch nicht abschrecken. Das ist ein erfolgreiches Modell einer Kapitalverkehrskontrolle.

3. Eindämmung der Geldschöpfung durch Spekulation

Notwendig sind jedoch auch verbindliche Vereinbarungen über eine Kontrolle der Börsen und strengere Regelungen für Geldanlagen. Das Ziel muss es sein, vor allem die unkontrollierbare Geldschöpfung durch den Derivathandel einzudämmen – und zwar durch zwei Regelungen: Verbot des außerbörslichen Handels mit Derivaten und Verbot des Wertpapierhandels auf Kreditbasis. Dann wären die schlimmsten Spekulationsexzesse beseitigt. Allerdings müßten sich die wirtschaftlich wichtigsten Länder dabei auf klare Kontrollen verständigen.

4. Mithaftung der Kapitalanleger für Finanzkrisen

In Sonntagsreden fordern Vertreter der Wirtschaft oft Eigenverantwortung und die Durchsetzung des Verursacherprinzips. Hier sollte man auch die Finanzwirtschaft beim Wort nehmen. Denn bei weltweiten Finanzkrisen herrscht alles, nur kein Verursacherprinzip. Immer wieder begleichen der Internationale Währungsfonds oder die reichen Industrieländer die verlorenen Forderungen privater Investoren – und dies mit Steuergeldern. Dies sind klassische Fälle sozialisierter Verluste, während die Gewinne nicht nur privat sind, sondern auch immer weniger mit Steuern belastet werden.

Deshalb ist es wichtig, die internationale Finanzwirtschaft künftig an den finanziellen Folgen ihres Tuns zu beteiligen: indem sie zum Beispiel nicht alle Forderungen zurückerhalten oder indem sie Beträge in einen Sanierungsfonds einzahlen, so dass nicht alle Lasten dem Steuerzahler aufgehalst werden. Es ist deshalb gut, dass der Internationale Währungsfonds diese Forderung diskutiert und dass sie auch unter Regierungen Verbreitung findet.

5. Wir brauchen einen Schuldenerlaß mit klaren Bedingungen

Dabei geht es uns allerdings nicht darum, allen Ländern der Dritten Welt pauschal die Schulden zu erlassen. Statt dessen geht es um eine Politik, die den Weg von der Entschuldung zur Entwicklung beschreitet. Konkret geht es darum, bestimmten die Auslandsschulden unter bestimmten Bedingungen zu erlassen: Diese Bedingungen müssen dafür sorgen,

| daß die Regierungen dieser Länder einen Teil der Auslandsschulden zur sozialen Entwicklung in ihren Ländern zu Verfügung - das beste Instrument dafür sind sogenannte Gegenwertfonds.

| daß eine notwendige Sparpolitik mit sozialen Reformen verbunden wird: So muß durch eine progressive Besteuerung, durch die Einführung einer Luxussteuer oder durch Kürzungen im Militärhaushalt Sorge getragen werden, daß nicht die Armen die entscheidenden Sparbeiträge leisten, sondern die wohlhabenden Schichten ebenso wie der oft gewaltige militärisch-industrielle Komplex.

6. Zielzonen für Wechselkurse

Längerfristige Wechselkursbewegungen können stabilisiert werden, indem Zielzonen für die Wechselkurse vereinbart werden. Die Wechselkurse sollten in einer Bandbreite von +/- 5 Prozent um einen vereinbarten Mittelkurs schwanken können. Dieses Ziel kann durch eine entsprechende Ausrichtung der Geldpolitik in den betreffenden Ländern erreicht werden. Die

vereinbarten Mittelkurse müssen den wirtschaftlichen Eckdaten der Länder entsprechen. Das Europäische Währungssystem hat mit einem derartigen System erfolgreich gearbeitet. Wenigstens zwischen den Währungen der G7-Länder sollten Zielzonen vereinbart werden. Entwicklungs- und Transformationsländer müssen autonom entscheiden können, ob sie ihre Währung an eine andere anbinden wollen oder nicht. Hier darf kein Druck von Seiten des IWF bzw. der Industrieländer ausgeübt werden.

7. Investition statt Spekulation

Die Aufblähung des Geldmarkts ist ein Anzeichen dafür, daß sich alte Profitmechanismen erschöpft haben. Große Investitionsoffensiven lohnen sich hier nicht mehr – Investitionen im Osten und im Süden erscheinen vielfach nicht lohnend oder zu unsicher, wie in Südostasien. Abhilfe wird erst geschaffen, wenn die Industrieländer die Rahmenbedingungen für ein neues Industrie-Zeitalter einleiten.

8. Neutralisierung von „offshore-Zentren“ und Steuerparadiesen

Investmentfonds, Banken und Spekulanten verlegen ihren juristischen Sitz deswegen in „offshore-Zentren“, weil sie dort keine oder kaum Steuern zahlen müssen und sich der Aufsicht über ihre Finanztransaktionen völlig legal entziehen können. Bei diesen Freizonen handelt es sich jedoch in der Mehrzahl um von Industriestaaten abhängige Gebiete, die bewusst von dem jeweiligen "Mutterland" geschaffen und mit Sondergesetzen ausgestattet wurden. Die Existenz dieser Zentren wird aber dann gegen die Realisierung von den oben genannten Maßnahmen zur Reregulierung der Finanzmärkte ins Feld geführt. Dieses Vorgehen ist einerseits so durchschaubar, andererseits verhindern sie auf der sachlichen Ebene eben nicht – wie gezeigt wurde – , dass Europa für sich effektive Maßnahmen ergreifen kann.

Diese „offshore-Zentren“ sollten so schnell wie möglich entweder ganz abgeschafft oder dadurch neutralisiert werden, dass Finanzinstitute verpflichtet werden, keine Geschäfte einzugehen, die über diese Zonen laufen.

Begründung:

Das von der Bundesregierung beauftragte Frankfurter Institut unter der Leitung von Prof. P.B. Spahn hat deutlich gezeigt, dass die Realisierung der „Tobinsteuer“ für Deutschland und Europa auch als Motor einer globalen Ordnung möglich ist.

Die Bundesregierung hat auf der Vorkonferenz von Johannesburg in Monterrey in den Verhandlungen einen solchen Vorstoß versucht. Nach den Beschlüssen der Regierungen bzw. der Parlamente diverser Industrienationen ist die Zeit reif, auch für Deutschland.

weitere Begründung mündlich

Der europäische Verfassungskonvent: Die Chance für ein demokratisch verfasstes, soziales und bürgernahes Europa

Nizza, im Dezember 2000 : 15 europäische Staats- und Regierungschefs treffen sich mit dem Ziel, die allgemeine Handlungsfähigkeit der EU zu erhöhen. Statt dessen müssen 375 Millionen EU-BürgerInnen tatenlos zusehen, wie die europäische Idee auf dem Altar der nationalen Eitelkeiten geopfert wird und sie selber mit einer dürftigen „Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union“ auf die nächste Regierungskonferenz vertröstet werden. In Nizza zeigte sich, dass der elitäre Ansatz der 50-er Jahre kein „Europa der BürgerInnen“ entstehen ließ, sondern dass eine tiefe Kluft zwischen der Regierungsebene und den NormalbürgerInnen besteht.

Gerade deswegen sehen wir Jusos den Europäischen Konvent, der auf dem EU-Gipfel in Laeken beschlossen wurde, als Chance für einen neuen politischen Prozess hin zu einer demokratischeren, sozialeren und bürgernäheren EU an. Denn nach der Wirtschafts- und Währungsunion muss es auch endlich zu einer politischen und sozialen Union kommen. Der Konvent muss hier die Richtung vorgeben und Europa viele Schritte voranbringen.

Wir Jusos begrüßen, dass die Beitrittsstaaten aktiv am Europäischen Konvent teilnehmen können und nicht von der weiteren politischen Entwicklung der Europäischen Union ausgegrenzt werden.

Der Europäische Konvent, der sich am 28. Februar in Brüssel konstituierte, hat die Möglichkeit, unabhängig vom politischen Tagesgeschäft und nationaler Egoismen, auf die Fragen der Kompetenzen, der politischen Struktur und der Verfassung Antworten zu geben.

Wir Jusos fordern, dass während des Europäischen Konvents die Zivilgesellschaft mit einbezogen wird, um dem Anspruch nach mehr Transparenz gerecht zu werden. Des Weiteren sind die Verhandlungsstände zu veröffentlichen, damit diese in der europäischen Öffentlichkeit debattiert werden können.

Da wir Jusos uns als aktiver Teil der Zivilgesellschaft verstehen, werden wir uns an den parallel zum offiziellen Europäischen Konvent stattfindenden zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen mit einbringen, insbesondere an den von der ECOSY initiierten und mitveranstalteten Aktivitäten.

Angesichts der Tatsache, dass drei Konventsmitglieder deutsche Sozialdemokraten sind, fordern wir die SPD auf, einen parteiinternen und transparenten Diskurs über die Themen des Konvents anzuschließen und dabei alle Ebenen der SPD einzubinden.

Um eine europäische Sozialdemokratie zu schaffen und in Europa zu etablieren, kommt es vor allem auf eine schlagkräftige europäische sozialistische Partei (PES) an. Der Konvent bietet hierbei die Möglichkeit bei europapolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen und gemeinsame Positionen zu präsentieren. Hierbei ist vor allem eine gestärkte PES gefragt. Diese muss verhindern,

dass der Konvent für machtpolitische Ziele missbraucht wird. Die Chance, die Möglichkeiten diese Konvents für ein soziales Europa auszuschöpfen darf nicht wieder durch nationalstaatlichen oder parteipolitischen Interessen verspielt werden. Auch innerhalb der SPE-Fraktion muss die Arbeit der Konvent-Mitglieder vollen Respekt genießen und mit einer offenen und ehrlichen Diskussion begleitet.

I. Ein demokratisch verfasstes Europa:

Der Konvent hat es sich zum Ziel gemacht, Europa demokratischer, transparenter und bürgernäher zu gestalten. Das Ergebnis des Konvents muss daher eine demokratische und soziale europäische Verfassung sein. Eine solche Verfassung muss auf dem Prinzip der europäischen Solidarität aufbauen und aus den Grundelementen Grundrechtscharta, einer neuen Kompetenzordnung und einer Neuordnung der politischen Struktur der EU bestehen.

Europäische Grundrechte als Grundlage:

Grundlage einer zukünftigen Verfassung muss die in Nizza feierlich erklärte Grundrechtscharta bilden. Die Charta verdeutlicht den Wandel des Charakters der EU von der Wirtschaftsgemeinschaft zu einer politischen Union, deren Mitglieder grundlegende Wertvorstellungen teilen. Sie schafft Klarheit über die Grundrechte und -Pflichten und deren Reichweite und stärkt damit Vorhersehbarkeit, Rechtssicherheit und breite Anwendung dieser Grundrechte und -Pflichten, denn es ist sehr wohl ein Unterschied, ob Normen und Schranken der Grundrechte schriftlich verankert sind oder ob ihre Konkretisierung im Rahmen einer nur Fachleuten bekannten Rechtsprechung erfolgt. Daher müssen diese Rechte vor dem europäischen Gerichtshof einklagbar sein. Die Präambel dieser Verfassung muss deutlich machen, dass die EU auf den Prinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Solidarität beruht.

Kompetenzen:

Um Europas für die Bürger verständlich zu gestalten, muss es klar ersichtlich sein, welche Ebene für welche Aufgaben zuständig ist. Dabei muss zum einen entschieden werden, welche Politikfelder in die ausschließlich europäische Zuständigkeit fallen und über welche politischen Bereiche gemeinsam von der europäischen Ebene und der nationalen Ebene entschieden werden sollen.

Europa muss in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme auftreten. Nationaler Egoismus verhinderte bisher jedwedes gemeinsames Vorgehen. Nur ein europäischer Außenminister kann die Vielzahl europäischer Stimmen vereinigen und Europa eine neue internationale Rolle geben, beispielsweise bei der Umsetzung internationaler Verträge wie „Kyoto“ und des „International Criminal Court“, bei der Vermittlung in internationalen Krisen wie im Nahen Osten und bei der Umsetzung dringend notwendiger krisenvorbeugender Maßnahmen.

Um es der EU zu ermöglichen, ihren Aufgaben nachzukommen, muss dem Europäischen Parlament eine eigene Steuererhebungskompetenz verliehen werden. Dadurch würde die EU in die Lage versetzt, durch europäische Steuern die eigenen Ausgaben zu decken und die bisherigen, wenig verständlichen Abgaben an die EU könnten ersetzt werden. Zusammen mit einer Übertragung der vollen Budgethoheit auf das Zwei-Kammerparlament kann es so zu einem transparenterem und kontrollierbarerem Einsatz der EU-Mittel kommen.

Politische Struktur:

Das jetzige Dreieck aus Europäischer Kommission, Europäischem Parlament und Europäischem Rat sowie Ministerräten stellt keine demokratische Ordnung dar, sondern dient lediglich der Verteidigung von nationalen egoistischen Interessen.

Bei einer Neuordnung der politischen Strukturen muss das Prinzip der Gewaltenteilung angewandt werden.

Die exekutive Gewalt muss ausschließlich in der Hand einer europäischen Regierung liegen, welche aus der jetzigen europäischen Kommission hervorgehen sollte. Diese Regierung steht unter einem Europäischen Regierungspräsidenten, welcher vom Europäischen Parlament gewählt wird. Anstelle von national ausgewählten Kommissaren muss die Regierung in verschiedene qualifiziert besetzten Ministerien eingeteilt werden. Die Ausführung von Gesetzen, welche in der Kompetenz der Nationalstaaten liegt, bleibt nach wie vor von den jeweiligen nationalen Regierungen vorbehalten.

Die legislative Gewalt der Europäischen Union muss auf ein Zweikammerparlament übertragen werden. In der ersten Kammer, dem jetzigen Europäischen Parlament sind die Bürger der EU vertreten. In der zweiten Kammer werden die Interessen der Nationalstaaten vertreten. Anstelle der bisherigen Ministerräte und des Europäischen Rates wird es eine Nationenkammer geben, in der beispielsweise die Europaminister der Gliedstaaten die Interessen ihrer Nationen vertreten werden. Alle europäischen Entscheidungen dürfen ausschließlich vom Zweikammerparlament in einem „Mitbestimmungs/Gemeinsamen Bestimmungsprozess“ entschieden werden.

Die judikative Gewalt der Europäischen Union sollte im wesentlichen der Europäische Gerichtshof darstellen. Eine institutionelle Weiterentwicklung der Judikative muss mit der Verstärkung der europäischen Integration erfolgen.

II. Ein Soziales Europa:

Nach Jahren der erfolgreichen wirtschaftlichen Integration wird es Zeit, an dem eigentlichen Ziel europäischer Einigung zu arbeiten: dem sozialen und politischen Zusammenhalt der Völker Europas. Mit Rücksicht auf anhaltender Massenarbeitslosigkeit in den meisten europäischen Ländern, einem voranschreitenden Abbau von sozialen Sicherungssystemen und immer stärkerer Freizügigkeit der Europäischen BürgerInnen bedarf es eines gemeinsamen Ansatzes, basierend auf dem Prinzip einer europäischen Solidarität.

Die Sozialsysteme haben sich in der Geschichte sehr unterschiedlich entwickelt und prägen in einem gewissen Maße die politische und gesellschaftliche Kultur der einzelnen Staaten. Allerdings ist auch deutlich, dass die sozialen Systeme alle auf einer europäischen Tradition der sozialen Absicherung basieren. Um soziale Ausgrenzungen und Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Europa zu verhindern, müssen europaweite Standards des Rechts auf Arbeit, Wohnung, sozialer Sicherungssysteme, Gesundheitsversorgung, Bildung und Antidiskriminierung geschaffen werden. Ein europäischer Mindestlohn wäre ein erster Ansatz für einen gemeinsamen Standard, der auch auf andere Bereiche übertragen werden muss. Als Jusos unterstützen wir daher aktiv die Kampagne der ECOSY gegen soziale Ausgrenzung.

Dem Ziel europaweite Vollbeschäftigung zu schaffen ist man in den letzten Jahren nicht annähernd näher gekommen. Absichtserklärungen reichen nicht mehr aus, es muss zu einer

europäischen Beschäftigungspolitik kommen, welche durch entsprechende europäische Programme finanziert und umgesetzt wird. Um den ArbeitnehmerInnen in dieser Diskussion eine Stimme zu verleihen, müssen sowohl die Möglichkeiten von innerbetrieblicher Mitwirkung um tatsächliche Mitbestimmungsrechten verstärkt werden. Die Euro-Betriebsräte stellen dabei allenfalls einen Anfang dar. Daneben braucht es eine Stärkung der Rolle der Gewerkschaften auf europäischer Ebene.

III. Eine öffentliche Debatte durch den Konvent:

Die Erstellungen von neuen bunten Homepages alleine reicht nicht aus, um die BürgerInnen Europas in die Diskussion über die Zukunft Europas einzubinden. Es müssen vielfältige Möglichkeiten geschaffen werden, um die BürgerInnen zu informieren, damit diese in der Debatte partizipieren können.

Gerade im Rahmen des Konvents bietet sich die Möglichkeit eine breite europäische Öffentlichkeit für die Diskussion um die Zukunft Europas zu interessieren. Mögliche Formen einer offenen Debatte bieten dabei verschiedene Foren wie „Townhallmeetings“ und Internet-Plattformen. Verschiedenste Nicht-Regierungsorganisationen, welche sich bereits auf diesem Feld betätigen, sollten in diesen Prozess eingebunden werden. Der Konvent muss diese Vorschläge der Zivilgesellschaft aufnehmen. Die Debatte darf nicht nur zwischen Politikern und Wissenschaftlern in Deutschland und Frankreich stattfinden, sondern sollte allen EuropäerInnen offen stehen.

Wie sehr „Europa“ die BürgerInnen der einzelnen Staaten betrifft, zeigt sich nicht nur im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion u.a. mit der Einführung der gemeinsamen Währung in 11 Mitgliedstaaten der EU, sondern beispielsweise auch die sog. BSE-Krise, die die enge wirtschaftliche Verknüpfung der europäischen Staaten einerseits, die Untrennbarkeit von verschiedenen Politikbereichen - hier u.a. Wirtschaft, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Information – andererseits deutlich macht.

Alle Länder welche in Kürze der EU beitreten werden, sind genauso europäisch wie die jetzigen EU-Staaten und sollten in vollem Maße in die Diskussion einbezogen werden. Dies bedeutet, dass den Beitrittskandidaten im Konvent volles Stimmrecht zugebilligt wird und ihre Vorschläge ernst genommen werden müssen, anstatt sie diplomatisch „vom Tisch“ zu fegen.

Ausblick:

Europa steht vor sehr weitreichende Veränderungen, an deren Ende eine europäische Verfassung für die europäischen BürgerInnen stehen wird. Der in Laeken einberufene Konvent bietet die Möglichkeit diese Veränderungen in einem demokratischen Prozess zu diskutieren und die europäische Öffentlichkeit in diesen Prozess einbeziehen. Daher darf sich eine während der italienischen Präsidentschaft 2003 stattfindende Regierungskonferenz nicht die Ergebnisse des demokratischen Gremiums Konvents auf Druck der Berlusconi-Regierung blockieren.

Die Jusos fordern weiterhin, dass parallel zu den Europawahlen 2004 die BürgerInnen einer erweiterten Europäischen Union dem Ergebnis des Konvents in einem europaweiten Referendum zustimmen müssen. Nur auf diese Weise stehen die verantwortlichen PolitikerInnen unter dem Druck, eine bürgernahe und demokratischere Struktur zu schaffen und die BürgerInnen haben die Möglichkeit über ihre europäische Zukunft selber zu entscheiden.

Der Arbeitskreis Europa innerhalb der Bundeskommission Internationales wird aufgefordert, bis zum nächsten Bundeskongress die jungsozialistischen Positionen für ein demokratisch verfasste, soziale und bürgernahe Europäische Union zu entwickeln.

Beschluss **R8** AntragstellerInnen: BKI über BV

Chance ergreifen – Wehrpflicht abschaffen

Vorbemerkung

Das Bundesverfassungsgericht hat sich am 10. April zur Wehrpflicht geäußert, entschieden über sie hat es jedoch nicht. Das Gericht hat keine Grundsatzentscheidung über die Wehrpflicht getroffen und hat diese Entscheidung an die Politik zurückgegeben. Die Bundesregierung wird sich einer offenen Diskussion über die Wehrpflicht nicht verwehren können: Die klassischen Bedrohungsszenarien sind weggefallen, sicherheitspolitisch hat die Wehrpflicht ihre Legitimation verloren. Die Wehrgerechtigkeit besteht heute nur noch auf dem Papier und die Bundesregierung hält somit eine immer größer werdende Ungerechtigkeit aufrecht. Die Zahl derer, die sich gegen die Wehrpflicht aussprechen oder an ihr zweifeln, nimmt zu.

Wir Jusos grenzen uns von denjenigen ab, die die Wehrpflicht abschaffen wollen um eine effiziente und schlagkräftige Berufsarmee zu etablieren. Unsere Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht verbinden wir mit der Intention abzurüsten und Militär in der Gesellschaft zu reduzieren. Langfristiges Ziel bleibt für uns Jusos die Abschaffung der Armeen.

Die Wehrpflicht wird abgeschafft, daran zweifelt kaum jemand. Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht muss in das Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahlen 2002 aufgenommen werden.

Einleitung

Die veränderte weltpolitische Lage erfordert ein neues Verständnis von militärischen Herausforderungen. Immer deutlicher wird in den letzten Jahren, dass Militär keine Konflikte lösen, ja sie mitunter nicht einmal beruhigen kann. Sicherheit, Kampf gegen die Bedrohungen von Frieden und Gerechtigkeit sind Herausforderungen, deren Ursachen politisch gelöst werden müssen, während ihren Erscheinungsformen mit aller Härte begegnet wird.

Dies erfordert jedoch multilaterales Agieren sowie ein neues Verständnis von militärischen und polizeilichen Aufgaben. Armeen werden in den nächsten Jahren kleiner werden, dafür aber aus hochgradig flexiblen und gut ausgebildeten Einheiten bestehen. Die Zeit der großen stehenden Heere ist vorüber.

Klassische Verteidigungsstrukturen und Armeen sind schon lange nicht mehr in der Lage den neuartigen Konflikten oder Kriegen bzw. dem Terrorismus Herr zu werden. Ein mit krimineller Energie geführter Bandenkrieg hat keine Frontverläufe. Es lässt sich nur schwer zwischen

Mitläufern und Warlords unterscheiden. Befehlsstrukturen sind zudem oftmals nur rudimentär vorhanden.

Wer eine staatlich oder auch supra-nationale Ordnung durchsetzen will, braucht also auch andere als militärische oder polizeiliche Mittel. Letztlich müssen Instrumente entwickelt werden, denen es gelingt, möglichst schnell stark vernetzte zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen. Sind sie doch ein Kernelement einer nachhaltigen Friedensstruktur.

Darum muss die SPD in den kommenden Monaten nochmals aktiv in die Diskussion über die Entwicklung einer europäischen Friedensordnung und einer europäischen Verteidigungsstruktur eingreifen. Die Bundeswehrreform ist auch vor dem Hintergrund einer effizienten Ausgestaltung der neuen Herausforderungen zu diskutieren. Bereits die Zukunftskommission hat ganz richtig erkannt, dass die Frage der Zukunft der Bundeswehr im wesentlichen keine Frage der Finanzierung oder der Arbeitsmarktpolitik sein kann, sondern dass in erster Linie die Frage zu beantworten ist, welche Rolle die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren einnehmen soll und welche militärische Struktur dann Sinn macht.

Abschaffung der Wehrpflicht

Wir Jusos fordern die SPD auf, die Wehrpflicht abzuschaffen. Die Gründe hierfür sind vielfältig:

1. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist ein Beitrag zur weiteren Abrüstung in Europa. Europa ist auch über 12 Jahre nach dem Fall der Mauer eine extrem hochgerüstete Region. Die Größe der nationalen Armeen lässt nicht vermuten, dass wir uns in einer Phase der europäischen Kooperation und Zusammenarbeit befinden. Wir gehen davon aus, dass eine Sollstärke der Bundeswehr von 150.000 Soldaten eine verantwortungsvolle Zielvorgabe für Verteidigungspolitik der kommenden Jahre ist. Damit wäre aber die untere Größenordnung einer Wehrpflichtigenarmee bei weitem unterschritten.

2. Bereits seit vielen Jahren ist Wehrgerechtigkeit kaum noch gegeben. Bei der bevorstehenden Reduktion der Sollstärke ist sie endgültig in Frage gestellt. Der von der Weizsäcker-Kommission vorgeschlagene Auswahl-Wehrdienst per Losentscheid ist nur ein verfassungsrechtlich bedenklicher Ausweg. Da Wehrgerechtigkeit eine wesentliche Voraussetzung der Wehrpflicht ist, darf es keine Wehrpflicht ohne Wehrgerechtigkeit geben. Heutzutage wird nur noch ein Drittel der Männer eines Jahrgangs zur Wehrpflicht herangezogen, ein Drittel leistet gar keinen Dienst. Durch die Bundeswehrreform werden 2007 über 40% keinen Dienst mehr leisten, während zur Bundeswehr nur noch knapp 20% eines Jahrgangs müssen. Die Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht ist hier die gerechte und verfassungsrechtlich unbedenkliche Antwort darauf.

3. Die Tatsache, dass der zivile Ersatzdienst zum wichtigsten Argument für die Wehrpflicht geworden ist, halten wir für eine unglaubliche Fehlentwicklung. Richtig ist, dass die Aussetzung der Wehrpflicht einen großen Bedarf an Planstellen in wesentlichen Bereichen des Sozialstaats schaffen wird. Zahlreiche Studien belegen aber, dass diese Form der Konversion und damit die Abschaffung des Zivildienstes kostenneutral, evtl. sogar kostensparend möglich ist. Die begrenzte Einsatzfähigkeit der Zivildienstleistenden, ihre mangelnde Motivation und das fehlende Know-how setzt ihrer Effektivität erhebliche Grenzen. Daher lassen sich Zivildienstleistende in der Regel im Verhältnis 1:2 durch sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte ersetzen.

Durch die Abschaffung der Wehrpflicht und die Umstrukturierung der Bundeswehr in eine Freiwilligenarmee können jährlich 7 Mrd. DM im Bundeshaushalt eingespart bzw. umgewidmet werden. Zusammen mit einem Teil dieses Betrages können die Mittel, die der Bund bisher jährlich

zur Finanzierung von Zivildienststellen verwendet (ca. 2,5 Milliarden Mark), verdoppelt werden, und in den Fond „Neue Arbeit“ fließen, der die Mittel zur Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) bündeln soll. Die Konversion des Zivildienst in Arbeitsplätze des ÖBS wäre somit zugleich ein Beitrag, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und Menschen Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen, die ihnen eine Existenzsicherung aus eigener Kraft ermöglicht.

4. Wer das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein stärken und das soziale Engagement junger Menschen fördern will, der muss andere Formen der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen, der muss soziale Dienste finanziell und im gesellschaftlichen Ansehen aufwerten. Der Erhalt eines staatlichen Pflichtdienstes ist aber der falsche Weg. Wir lehnen daher auch die Einführung einer Dienstpflicht für alle als mögliche Alternative zum heutigen Zivildienst ab.

Die Vorstellung, Lohnkosten durch Dienstpflichten zu umgehen, ist mit sozialdemokratischen Positionen unvereinbar. Außerdem würden dann auch Frauen herangezogen, was einen immensen Überhang an dienstpflichtigen Personen zur Folge hätte. Zudem hat unsere Verfassung mit dem Arbeitszwangverbot in Art. 12 eine bewusste Abkehr von nationalsozialistischen Vorstellungen der selbstverständlichen Indienstnahme der Arbeitskraft des einzelnen für den Staat vollzogen. Wir halten an der Aussage fest: Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht erzwingen. Denn soziales Engagement kann nur freiwillig und selbstbestimmt geleistet werden.

5. Wir fordern daher die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, eine Kommission zur Zukunft der sozialen Dienste in Deutschland einzurichten. Diese Kommission sollte unter der gemeinsamen Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Arbeit stehen.

Wohlfahrts- und Naturschutzverbände, die Interessenvertretung der Kriegsdienstverweigerer, das Gesundheits- und Arbeitsministerium, die Kommunen, Kranken- und Pflegekassen und die Bundesanstalt für Arbeit müssen in die Arbeit mit einbezogen werden

6. Die Wehrpflicht war in der Anfangsphase der Bundeswehr ein wichtiger Beitrag zur Integration der Armee in die Gesellschaft. Heute jedoch gibt es andere tragende Faktoren. Der hohe Anteil der Soldaten auf Zeit (SaZ), die Einbindung als Parlamentsarmee, die Einrichtung eines Wehrbeauftragten, der Bürger in Uniform, die innere Führung usw. sind alles Bestandteile dieses wichtigen demokratischen Grundverständnisses der Bundeswehr und in der Bundeswehr. Dieses ermöglicht der Bundeswehr auch künftig die Integration unterschiedlich gebildeter Bevölkerungsgruppen. Aus diesem Grund halten wir die Wehrpflicht nicht mehr für zwangsläufig erforderlich.

7. In Zeiten knapper Finanzlage und staatlicher Verschuldung muss auch die Bundeswehr ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten. Die Festschreibung des Etats des Einzelplans 17 und Vorschläge diesen gar auszuweiten, können wir daher nicht nachvollziehen. Die erforderlichen Investitionsplanungen machen dann aber Einsparungen in der Größe der Bundeswehr erforderlich. Der Verteidigungshaushalt muss unseres Erachtens nach auch künftig stetig seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Einwanderung zulassen - Integration gestalten - Asylrecht ausweiten! ¹

I. Zur aktuellen Situation

Nach zweijährigen Verhandlungen hat der Bundesrat am 22. März 2002 das rot-grüne Zuwanderungsgesetz gebilligt.

Die Kernelemente des Gesetzes lauten:

- Zuzug von Arbeitskräften:

Einwanderung von Arbeitskräften soll nur dann erlaubt werden, wenn keine negativen Auswirkungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu befürchten sind.

Qualifizierte Ausländer erhalten zunächst eine befristete Aufenthaltsberechtigung. Das Gesetz sieht auch die Möglichkeit vor, mit einem Punktesystem ausländische Arbeitskräfte ins Land zu holen. Dieses sieht Kriterien wie Alter, Sprachkenntnisse und Berufsqualifikation vor.

- Zuzug von Selbständigen

Die Koalition ermöglicht mit ihrem Gesetz zwar auch den Zuzug von Selbständigen, hat aber hohe Hürden dafür aufgebaut. Nur überdurchschnittlich hohe Investitionen und Arbeitsplatzeffekte berechtigen zur eigenständigen wirtschaftlichen Niederlassung.

- Familiennachzug:

Das Nachzugsalter für ausländische Kinder wird auf zwölf Jahre abgesenkt werden. Das derzeit geltende Recht sieht eine Grenze von 16 Jahren vor. Im Gegenzug wird im Gesetz eine Ausnahmeregelung aufgenommen, die sich am "Kindeswohl" orientiert.

- Zuwanderungsbegrenzung:

Das Ziel der Zuwanderungsbegrenzung wurde im Zuge der Nachverhandlungen auf Druck der Union ausdrücklich in den Gesetzestext aufgenommen. "Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von AusländerInnen in die Bundesrepublik Deutschland."

- Humanitäre Aufnahme: Der Abschiebeschutz bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung soll erhalten bleiben - allerdings ist diese Interpretation strittig, da dies im Gesetzestext nicht ausdrücklich niedergelegt ist, sondern der Auslegung der Exekutive überlassen bleibt. Der Status der Duldung wird abgeschafft. Neu eingeführt wird eine allgemeine Härteklausele für Flüchtlinge.

- Integration: Das Gesetz sieht Integrationskurse für Einwanderer vor, in denen die deutsche Sprache, Geschichte, Kultur und die Grundlagen des Rechtssystems vermittelt werden.

¹ Diese Resolution basiert auf dem Beschluss des Bundeskongresses in Köln 2001 dar, ergänzt um aktuelle Entwicklungen.

Nachträglich wurden noch Regelungen in das Gesetz eingefügt, mit denen die Kosten der Integration begrenzt werden sollen. Einerseits können bei entsprechenden Vorkenntnissen die Kurse verkürzt werden, andererseits können die Zuwanderer selbst an den Kosten beteiligt werden.

II. Einwanderung statt Ausgrenzung!

Wir Jusos haben die Initiative, ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen, von Anfang an unterstützt und durch eigene Debatten und Vorschläge begleitet.

Wichtig sind und waren für uns vor allem folgende Aspekte:

1. Deutschland war schon immer und ist ein Einwanderungsland. ImmigrantInnen sind für uns selbstverständlich Teil der Gesellschaft haben sie zu jeder Zeit bereichert. Demografisch ist Einwanderung in großen Umfang dringend geboten und muss entsprechend rechtlich abgesichert werden.
2. Dazu bedarf es eines Einwanderungsgesetzes, dessen Ziel es ist, zunächst einen Beitrag zur Bewältigung der sozialen, ökonomischen und politischen Probleme dadurch zu leisten, dass weit über die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinaus Einwanderung und anschließende Einbürgerung - auch unter Hinzunahme der doppelten Staatsbürgerschaft - ermöglicht wird.
3. Wir wollen ein weltoffenes, großzügiges Einwanderungsrecht, dass sich insbesondere auch an humanitären Kriterien orientiert und geltendes internationales Recht einhält.
4. Ökonomische Probleme wie Massenarbeitslosigkeit sind durch offensive wirtschaftspolitische Steuerung und Regulierung zu lösen und nicht durch Diskriminierung und Ausgrenzung.

Wir bekräftigen hiermit unsere Anforderungen:

- Eine Einschränkung des Familiennachzuges wird von uns ausdrücklich abgelehnt. Ein stabiler persönlicher Hintergrund ist zentral für die Integration des/der Einzelnen. Unter welchen inhumanen Gesichtspunkten die Zuwanderungsbegrenzungsdebatte lief, wird an der Herabsenkung des Nachzugsalters deutlich, das nicht einmal und gerade nicht Kinder und Familien verschont.
- Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der nicht nur von AusländerInnen sondern auch von InländerInnen aufgegriffen werden muss. Diese Debatte auf finanzielle Aspekte zu verkürzen, ist unsachgemäß.
- Die systematische Benachteiligung von ImmigrantInnen in Schule, Ausbildung und Arbeitsleben ist zu bekämpfen. Wir fordern ein Antidiskriminierungsgesetz.
- Nach wie vor gibt es erhebliche Defizite bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Dem muss entgegen gewirkt werden.

- Das aktive und passive Wahlrecht für kommunalen Parlamenten muss auch für Nicht-EU-BürgerInnen gelten. Langfristig streben wir eine Reform des Wahlrechtes zu allen parlamentarischen Ebenen an, das sich am Lebensmittelpunkt orientiert.

- Die Einschränkung von Rechtsverfahren unter dem Vorwand terroristischer Bedrohung sowie eine fahndungstechnische Überprüfung von ausländischen MitbürgerInnen lehnen wir ab.

- Neben diesen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen muss perspektivisch das Grundrecht auf Asyl wieder ausgebaut werden, damit Deutschland seiner humanitären Verantwortung wieder gerecht werden kann.

Geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung müssen als Asylgründe explizit benannt werden; zudem ist es erforderlich, dass das Asylrecht auch europaweit in einem progressiven Sinn gestaltet wird. Die bisherige Blockadehaltung des Bundesinnenministers im Post-Nizza-Prozeß war nicht sachorientiert, sondern nach allgemeiner Auffassung lediglich borniert.

III. Handlungsauftrag für die Zukunft

Ursprünglich weiterreichende Diskussionsergebnisse der Süßmuth-Kommission wurden inzwischen zurückgenommen.

Absehbar ist, dass von Seiten der Union, insbesondere durch den ideologisch reaktionären Kanzlerkandidaten Stoiber, die Einwanderungsdebatte zum Wahlkampfthema hochstilisiert werden soll. Die CSU hat sich damit als einzige Partei von einem gesamtgesellschaftlichen Konsens einer integrativen Regelung der Einwanderung verabschiedet. Sie steht damit jenseits des offenen politischen Raums und hat sich damit von der Realität verabschiedet. Wer wie Stoiber mit Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit Wahlkampf machen will, darf unser Land nicht regieren!

Unübersehbar ist aber auch, dass in vorauseilendem Gehorsam von Seiten der sozialdemokratischen Verhandlungsführer und vor allem aus dem Bundesinnenministerium folgenschwere und inakzeptable Zugeständnisse gemacht wurden.

Die Strategie, der Union weitreichende Zugeständnisse zu machen, ohne die Konsensfindung abzuwarten, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Im Laufe der Debatte kam man den reaktionären Bestrebungen der Union immer weiter entgegen und konnte und kann letztendlich doch nicht verhindern, dass es weiteres "Theater", weitere Inszenierungen und weitere Versuche geben wird, das Thema Einwanderung wahlkampf-taktisch auszuschlachten und Ressentiments zu schüren. Diese Strategie hat einer offenen Zuwanderungspolitik nachhaltig geschadet. Wir Jusos haben darauf schon früh hingewiesen.

Viele Aspekte notwendigen humanitären Fortschritts blieben unberücksichtigt. Unter demografischen Gesichtspunkten dringend erforderliche Einwanderung ist nur unter stark erschwerten Bedingungen möglich.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechende Nachbesserungen am Zuwanderungsgesetz sofort und nachdrücklich auf den Weg zu bringen.

Härtefallklausel muss ins neue Zuwanderungsgesetz!

Der Gesetzentwurf zum Zuwanderungsgesetz gibt Personen, die bereits über mehr als 5 Jahre noch im laufenden oder nach bestandskräftigen Abschluß des Asylverfahrens geduldet in Deutschland gelebt haben, keine Perspektive. Der Übergang vom Status als Asylantragsteller oder ehemaliger Asylbewerber, die de facto bereits in Deutschland integriert sind, ist gesetzlich nicht geregelt und nicht vorgesehen. Dies kommt einer latenten Desozialisierung und Kriminalisierung gleich.

Daher fordern wir Jusos:

Die durch regelmäßig wiederkehrende Innenministerkonferenz- Beschlüsse zur Altfallregelung praktizierte Lösung des Übergangs von Asyl ins Ausländerrecht ist durch eine gesetzliche Regelung zu ersetzen.

Auf dieser gesetzlichen Grundlage arbeiten zukünftig die auf den Landesebenen anzusiedelnden Härtefallkommissionen.

Den Härtefallkommissionen sind erweiterte Entscheidungsspielräume zu schaffen. Eine ausländerrechtliche Härtefallregelung muss auch die Möglichkeit vorsehen, aus humanitären Gründen ein Bleiberecht zu gewährleisten, welche auch die bisher abgelehnten Altfälle umfasst.

Den Härtefällen sind ein rechtmäßiger Aufenthalt und eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

Begründung:

Das neue Zuwanderungsgesetz sieht lediglich eine „kann“ – Bestimmung bezüglich der Einrichtung von Härtefallkommissionen vor, die zudem auch noch sehr restriktiv gefasst ist. Diese Regelung wird daher zu Recht von Pro-Asyl und anderen Flüchtlingsorganisationen kritisiert.

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis'90/DIE GRÜNEN sieht zu den ausländerrechtlichen Härtefällen vor: *"Die bisherige Anwendung des Ausländergesetzes hat in einer geringen Zahl von Einzelfällen zu Ergebnissen geführt, die auch vom Gesetzgeber nicht gewollt waren. Wir werden künftig alle gesetzlichen und administrativen Möglichkeiten (§§ 32, 54, 30 Abs. 4 AuslG und die darauf bezogenen Verwaltungsvorschriften) nutzen, in solchen Fällen zu helfen. Sollte sich das geltende Recht als zu eng erweisen, werden wir eine Änderung des § 30 Abs. 2 AuslG ins Auge fassen."*

Schon 1995 hatte die SPD-Bundestagsfraktion eine Änderung von § 30 AuslG als notwendig erkannt und ausgeführt: *"Die sich derzeit allein anbietende Lösungsmöglichkeit der Ausreise und der anschließenden Wiedereinreise auf der Grundlage der §§ 30, 33 ist wenig überzeugend und in den meisten Fällen auch unverhältnismäßig. Eine Ergänzung der Vorschrift um die Möglichkeit, auch in den Fällen, in denen ein Ausländer sich lediglich geduldet im Bundesgebiet aufhält, gleichwohl aber humanitäre Gründe seinen weiteren Aufenthalt erfordern, ist daher notwendig."*

Bundespräsident Johannes Rau führte in seiner Berliner Rede am 12.05.2000 aus: „*Ich habe vorhin davon gesprochen, dass wir das Grundrecht auf Asyl, so wie es seit einigen Jahren neu gefasst worden ist, nicht zur Disposition stellen sollten. Allerdings führt das geltende Recht in vielen einzelnen Fällen immer wieder zu Entscheidungen, die auch viele von denen für falsch und unververtretbar halten, die im Grundsatz für eine restriktive Asylpraxis eintreten. Ich bekomme viele Briefe, in denen sich Abgeordnete und Unternehmer, Schulklassen und Kirchengemeinden und engagierte Bürger gegen die Abschiebung einzelner Flüchtlinge einsetzen. Ich kann das oft sehr gut verstehen.*“

Selbst die Einwanderungskommission der CDU fordert eine Härtefallregelung.

Auch wenn rechtliche Abschiebungshindernisse nicht existieren oder die Abschiebung nicht tatsächlich unmöglich ist, können persönliche Härtegründe vorliegen, die berücksichtigt werden sollen.

Die derzeitige Rechtslage erweist sich in vielen Fällen als zu eng. Diese Tatsache begünstigt Fälle von 'Kirchenasyl' und provoziert immer wieder Eingaben, Petitionen oder auch die Anrufung von Härtefallkommissionen. Da die Ausländerbehörden in vielen Fällen die Berechtigung des Anliegens sehen – selbst aber keine Lösungsmöglichkeit erkennen – kommen sie manchmal ihrer Verpflichtung zur raschen und unverzüglichen Abschiebung nicht nach, sondern verzögern die Entscheidung über diese Fälle. Dies führt zu einer weiteren Integration der betroffenen Personen und erschwert eine spätere Abschiebung.

Ein praktisches Bedürfnis zur Änderung der Regelungen ist zweifellos gegeben. Ohnedies ist der faktische Ausschluß einer allgemeinen Härtefallklausel zur Berücksichtigung humanitärer Gründe dem Ausländerrecht systemfremd: Das Ausländergesetz kennt an zahlreichen Stellen eine Härtefallregelung (vgl. z. B. §§ 9 III, 16 II, 19 II, AuslG).

Beschluss **R11** AntragstellerInnen: Landesverband NRW

Nachhaltige Energieversorgung

Der Juso-Bundeskongress fordert die Bundesregierung auf, innerhalb der Europäischen Union für eine Anschlussregelung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) einzutreten, die eine mittelfristige Planungs- und Leistungsfähigkeit des deutschen Steinkohlenbergbaus ermöglicht und erklärt seine Solidarität mit den Forderungen der IG BCE-Jugend.

Die Jusos stehen für eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung, wie sie der Europäische Rat von Göteborg bekräftigt hat. Die Energieversorgung soll langfristig weitestgehend auf regenerative Energieträger umgestellt werden. Dazu sind mehrere Zwischenschritte notwendig. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossene Sache. Eine nachhaltige Energieversorgung ist auf mittlere Sicht ohne fossile Energieträger allerdings nicht möglich. Der Einsatz von Steinkohle bei der Energiegewinnung ist bereits heute umweltschonender geworden. Dennoch sind hier weitere Effizienzreserven und Aspekte der Umweltverträglichkeit stärker zu berücksichtigen. Für die nahe Zukunft soll damit ein Mix aus Energieeinsparung, Effizienzsteigerung, Ausbau regenerativer Energien sowie der maximal umweltschonende Einsatz von fossilen Energieträgern entstehen.

Die Förderung von Steinkohle in den deutschen Steinkohlerevieren macht auch aus strukturpolitischer Sicht Sinn. Bereits heute liegt die Arbeitslosigkeit in diesen Regionen zwischen 17 und teils über 20 %. Ein weiterer Abbau würde Deindustrialisierung und soziale Polarisierung weiter verschärfen. Der Bergbau übernimmt in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand einen Teil der Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze in seinen Betrieben. Um den fördernden Bergbau herum haben sich vielfältige Betriebe entwickelt, die weit mehr Möglichkeiten als die Kohle als Brennstoff zu nutzen entwickelt haben, genauso wie arbeitssichere Abbau- und Fördertechnologien. Dabei kommt es nicht darauf an, die Subventionierung von Steinkohleförderung zu einem unendlichen Unternehmen zu machen, sondern mit staatlicher Unterstützung den Strukturwandel in sozialverträglicher und zukunftsweisender Form zu ermöglichen.

Wir fordern daher

- eine Anschlussregelung für den EGKS-Vertrag, welche die Umsetzung der Kohlevereinbarungen der Bundesregierung von 1997 garantiert, dem Bergbau Planungssicherheit bis 2015 ermöglicht sowie den Zugang zu heimischen Lagerstätten dauerhaft garantiert;
- die Forschung an und den umfassenden Einsatz von effizienzsteigernden Kraftwerkstechnologien und Energienutzung, sowie die Entwicklung des ersten CO₂-freien Kraftwerkes in Deutschland;
- die Betriebe im Steinkohlenbergbau dazu auf, ihre Ausbildungskapazitäten (ggf. mit regionalen Akteuren gemeinsam) in den nicht-bergbauspezifischen Berufen deutlich über dem Bedarf zu halten und weiterhin den sozial verträglichen Abbau der Beschäftigtenzahlen zu garantieren sowie konsequent den Umbau und die Weiterentwicklung hin zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen (d.h. den Strukturwandel im Unternehmen) zu ermöglichen.

Keine Käfighaltung von Menschen!

Die von der US-amerikanischen Regierung auf der US-Militärbasis „Guantanamo Bay“ auf Kuba internierten Menschen müssen den Menschenrechten entsprechende behandelt werden. Die Unterbringung in 1,8 mal 2,4 Meter großen Drahtkäfigen mit Wellblechdach unterschreitet elementare Mindeststandards für eine menschliche Behandlung. Ebenso ist das Vorenthalten von rechtlichem Beistand wie im Falle des gefangengenommenen US-Bürgers John Walker und die Ankündigung, Gespräche mit Anwälten mitzuhören ein nichttaktzweckmäßiges Ignorieren von zivilisierten Rechtstraditionen. Die Erfindung des völkerrechtlich nicht existenten Status von „unlawful combatants“ (unrechtmäßige Kämpfer) und das damit einhergehende Nichtanerkennen des völkerrechtlichen Status „prisoner of war (POW)“ (Kriegsgefangener) macht deutlich, daß sich die US-amerikanische Regierung in einer seltsamen Mischung aus Arroganz und Provinzialismus über jegliche internationale Konvention hinwegsetzen will und ihre Stellung als letzte verbliebene Supermacht gnadenlos ausnützen möchte. Der Verdacht, in dem „war against terrorism“ gehe es weniger um den Schutz der Zivilisation, sondern um die Verfestigung der Vormachtstellung der USA, gewinnt durch diese Behandlungen neue Nahrung.

Die in Afghanistan gefangenen und jetzt auf Kuba internierten Menschen unterliegen als Kriegsgefangene – dieser Status steht ihnen Einschätzung der Uno-Menschenrechtskommissarin, Mary Robinson, zu dem Schutz der Genfer Konvention von 1949, die nicht nur Afghanistan, sondern auch die USA ratifiziert haben.

Dadurch werden ihnen sowohl elementare Rechte als auch ein faires Verfahren garantiert. Dieses kann durchaus vor US-amerikanischen Gerichten stattfinden, es müssen jedoch die durch die Genfer Konvention garantierten und für eine zivilisierte Gesellschaft selbstverständlichen Grundsätze gewahrt bleiben. Für Streitigkeiten über den Status der Gefangenen ist im Übrigen ein internationales Tribunal zuständig.

Die beständige Weigerung der USA, sich internationalen Verträgen zu unterwerfen läßt die Frage nach dem Grad der Zivilisierung dieses Staates offen und macht aber gleichzeitig deutlich, daß friedliches und gerechtes Miteinander nur dann funktionieren kann, wenn sich alle an Regeln halten. Die Einhaltung eben dieser Regeln kann aber wiederum nur durch internationale Abkommen garantiert werden und nicht, wenn sich das eine oder andere Mitglied ohne nachzudenken darüber hinwegsetzt. Wenn dies ein wirtschaftlich und militärisch starkes Land ist, sind die Folgen natürlich gewaltig.

Geradezu zynisch ist angesichts der Haftbedingungen (die deutlich niedriger sind als die ‚gewöhnlicher‘ US-amerikanischer Gefangener) und der Transportbedingungen (Ruhigstellen durch Medikamente) die Aussage des US-amerikanischen Präsidenten Bush, er sei „sehr zufrieden mit der Behandlung der Gefangenen“. Wir fordern die Bundesregierung auf, die USA zur Anerkennung und zur Umsetzung internationaler Abkommen zu bewegen und sich entsprechend dieser zu verhalten. Der von den USA sogenannte „Kampf gegen den Terrorismus“ wird sonst zunehmend zu einem „Kampf gegen die zivilisierte Welt“. Übeltäter sind dann aber nicht die „Terroristen“ wie nach Auffassung von Bush, sondern die USA selbst.



*Die Agenda unserer
Generation:*

***Frieden.
Leben.
Solidarität.***

*Beschlüsse
Juso-Bundeskongress*

*Bremen
09. – 11. Mai 2003*

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Bundesarbeitsprogramm 2003-2005	3
2. Alice meets Ally – Oder: Die Hälfte ist immer noch die Hälfte	14
3. Berufsorientierung und sozialer Umbau als sozialistisches Reformkonzept	20
4. Für eine solidarische Gesundheitsreform	32
5. Für eine neue Solidarität im Gesundheitswesen Gesund füreinander eintreten	34
6. BeschäftigungsPOLITIK statt ArbeitsMARKT	41
7. Vollbeschäftigung ist machbar!	43
8. Global Action for Peace	56
9. Für eine Entlastung der BAB in Deutschland	60
10. Schiffssicherheit der Öltanker gewährleisten	61
11. Stoppt den Elbeausbau!	61
12. Einheitliche Kennzeichnungspflicht für Gentechnik in Lebensmitteln	61
13. Keine GEZ-Gebühren auf PCs mit Internetanschluss	62
14. Gegen die Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten	62
15. Recht auf Privatkopie	63
16. Frieden geht anders. Zur Diskussion um die Verteidigungspolitischen Richtlinien	63
17. Die Wehrpflicht soll abgeschafft werden – Jetzt dafür eintreten	65
18. Zukunft der Sozialdemokratie	65
19. Bush at War – Der Krieg im Irak: Beurteilung und Konsequenzen	72
20. 140 Jahre SPD	73
21. BafÖG-Regelung für Teilzeitstudierende	73
22. Richtlinienänderung	74
23. Volle Rechte für „Nichtmitglieder“	76
24. Backwaren gegen den Krieg	77
25. Ausbildungsplätze schaffen – Ursachen bekämpfen	77
26. Keine „Ausreisezentren“ – nicht in Fürth und nicht anderswo	77
27. Wir fordern ein generelles Verbot von Cross-Boarder-Leasing Geschäften	78
28. Kami in die Sesamstraße	79

Beschluss **A1** AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Bundesarbeitsprogramm 2003-2005

Präambel

Wir Jusos haben die letzten beiden Jahre genutzt, um viele Gräben zuzuschütten, die uns vorherige Juso-Generationen seit der Linkswende hinterlassen haben. Es ist uns in einem erfolgreichen Wahlkampf gelungen, gemeinsame Kompetenzen, Inhalte und Aktionen in zeitgemäßes, politisch entschlossenes Handeln umzusetzen. Dabei hat der gesamte Verband an einem Strang gezogen, ohne dabei seine inhaltliche Pluralität aufzugeben. Zusammen sind wir für die Zukunftschancen unserer Generation eingetreten. Wir Jusos bilden dabei einen sozialistischen, pluralen und modernen politischen Jugendverband.

Diese gute Basis wollen wir nutzen, um gemeinsam die Agenda der kommenden zwei Jahre zu gestalten. Wir wollen die Herausforderungen annehmen, die uns der flexible Kapitalismus stellt, und die Inhalte einer modernen Politik aus Selbstverantwortung und Emanzipation, Solidarität und Gerechtigkeit diskutieren. Die Grundlage dafür bietet dieses Arbeitsprogramm. Nehmen wir diese Herausforderung an: Zusammen sind wir stark!

Einleitung

Wir Jusos haben zwei ereignisreiche Jahre hinter uns. Wir haben viel getan, und wir haben viel zu tun. Das alles und noch viel mehr hat unsere Arbeit geprägt:

Kulturkampf gegen konservative Zeitenverdreher: Stoppt Stoiber!

Wir Jusos haben in einer erfolgreichen Bundestagswahlkampagne gezeigt, dass wir als moderner Verband in der Lage sind, in die eigene Generation hinein zu wirken. Wir haben eine Kampagne durchgeführt, die es den Jusos vor Ort möglich gemacht hat, gemeinsam für eine Fortsetzung des Reformkurses, den die erste rot-grüne Bundesregierung der deutschen Geschichte eingeleitet hat, zu kämpfen.

Bei aller Kritik, die wir junge Sozialistinnen und Sozialisten an der ersten Amtszeit von Schröder und Fischer anzubringen hatten, war für uns klar: Eine Rückkehr in die „Bimbos“-belastete neo-liberale Kohlära – angereichert durch einen konservativen Rigorismus bayerischen Prägung – konnte keine Alternative zur mitnehmenden und dadurch vielfach eher schleppenden rot-grünen Reformpolitik darstellen. Gerade in der jungen Generation stand eine Mehrheit, die die Modernisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft verteidigt wissen wollte – aber auch Perspektiven für ihre eigene Zukunft einforderte. Daher haben wir mit „JUMP-Plus“, einer modernen Familienpolitik und einem klaren Friedenskurs die Zukunftschancen der jungen Generation in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt.

Es hat sich gezeigt, dass Jusos und Sozialdemokratie insgesamt immer dann stark sind, wenn sie Alternativen zu konservativer Rückwärtsgewandtheit, neoliberalen Rechtspopulismus und gesellschaftlicher Spaltung aufzeigen. Die klare Ablehnung antisemitischer Feuerlegung durch das Projekt 18, ein geradliniger Friedenskurs und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit haben letztlich die SPD zur erneuten Mehrheit verholfen. Dies ist auch zu berücksichtigen, wenn es um eine neue sozialdemokratische Hegemoniefähigkeit geht: Die Grundlage einer fortschrittlichen Modernisierung ist gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Es wurde deutlich, dass die Mehrheit unserer Generation uns in dem Kurs für eine solidarische Alternative zur herrschenden Alternativlosigkeit unterstützt. Junge Menschen wollen keine Rückkehr in die Kulturwendezeit von Kohl, Stoiber und Koch. Sie wollen eine positive Vision von Erneuerung und Zusammenhalt, von Fortschritt und Solidarität. Wir Jusos wissen damit die Mehrheit unserer Generation an unserer Seite. Das macht Mut für kommende Aufgaben: Unsere Aufgabe ist es, die Anforderungen unserer Generation an eine solidarische Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft in politische Forderungen zu übersetzen und für ihre Erfüllung einzutreten. Wir junge Sozialistinnen und Sozialisten schließen aus der Bundestagswahlkampagne eine Quintessenz: Wir werden die Frage beantworten, wie wir zukünftig in Selbstbestimmung und Freiheit arbeiten, leben und wirtschaften wollen.

Durchsetzungsfähig in Partei und Bewegung: Transmissionsriemen zwischen junger Generation, Partei und Regierung

Wir Jusos haben die Verantwortung, die uns als „Regierungsjugend“ seit 1998 zuteil geworden ist, ernst genommen. Wir verstehen uns als fortschrittlicher Motor auf dem linken Flügel der SPD und bringen die Zukunftsfragen der jungen Generation auf die politische Agenda. Wir haben vor und nach dem Bundestagswahlkampf gezeigt, dass wir in der Lage sind, Alternativlogiken zum neoliberalen Mainstream zu formulieren. Mit der Weiterentwicklung des JUMP-Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu einem „JUMP-Plus“ und der Job-Garantie für junge Menschen unter 25 haben wir kapitalismusregulierende Deutungsmuster in konkrete Projekte übersetzt. Beide sind in der Programmatik der SPD und nicht zuletzt im Koalitionsvertrag von Rot-Grün verankert worden. Unsere Forderung nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie unsere Initiative für eine humane Einwanderungspolitik haben viel Zuspruch erhalten. Und mit dem überklaren Eintreten für eine friedliche Außenpolitik haben wir internationale Solidarität erlebbar gemacht sowie die deutliche Ablehnung des Irak-Krieges durch die Bundesregierung vorangetrieben.

Dies alles zeigt: Jusos sind in der Lage, Kritik an der Politik von rot-grün mit konkreten inhaltlichen Initiativen zu untermauern. Was der SPD indes fehlt, ist der Mut zur Tat. Weder JUMP-Plus noch die Job Garantie sind bis dato umgesetzt. Damit können und wollen wir uns nicht abfinden! Wir werden auch zukünftig gesellschaftlichen und innerparteilichen Druck für Veränderungen organisieren. Jetzt oder nie muss die soziale und wirtschaftliche Reformagenda angegangen werden. Wir haben dazu zahlreiche Vorschläge gemacht: Diese reichen von einem kommunalen Investitionsprogramm bis hin zum Umbau der Arbeitslosenversicherung in die Arbeitsversicherung.

Diese Politik wollen wir fortsetzen: Als junge Sozialistinnen und Sozialisten bekennen wir uns dabei weiterhin zur Doppelstrategie – wir bilden einen fortschrittlichen Transmissionsriemen zwischen Bewegung, Partei und Regierung. Zusammen mit jungen GewerkschafterInnen, kritischen WissenschaftlerInnen und Kulturschaffenden sowie Aktiven in der globalisierungskritischen Bewegung wollen wir für eine solidarische Antwort auf die gesellschaftlichen Veränderungen eintreten. Als konstruktiver Mittler innerhalb der demokratischen Linken werden wir auch zukünftig für eine „Kultur- und Gerechtigkeitsmehrheit“ (D. Oberndörfer) in Deutschland kämpfen.

Vorwärts, Rückwärts, Seitwärts: Die SPD auf der Suche nach Profil

Diese Erfolge sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SPD bisher nicht in der Lage war, den fundamentalen Herausforderungen der neuen Zeit eine fortschrittliche Richtung zu verleihen. Nach wie vor ist keine sozialstaatliche Antwort auf die Flexibilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gefunden. Ein (innerparteilicher) Diskurs darüber findet nicht – oder nur in unlegitimierten Foren – statt und wird zudem von der Parteispitze mehr unterdrückt als gefördert. Die SPD betreibt fortwährend eine Politik des „muddling through“, ohne klare Linie. Dieser fehlende rote Faden, macht es dem kleinen Koalitionspartner leicht, sich trotz altbackener Rezepte als „Reformmotor“ zu profilieren.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht entschieden reduziert. Die derzeitige ökonomische Krisenkonstellation zerstört Zukunftschancen und beraubt den Sozialstaat seiner Einnahmequelle. Notwendig ist eine aktive Beschäftigungspolitik als Mix aus kommunaler Investition, einer Arbeitszeitinitiative, einer Qualifizierungsoffensive sowie aus einem nationalen Aktionsplan zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit. Dazu ist es schnellstens notwendig, die ökonomisch unsinnigen Maastricht-Kriterien auf Basis einer europäischen Initiative auszusetzen. Statt diesen Schritt endlich zu wagen, wird am Dogma der Haushaltskonsolidierung festgehalten, und die wirtschaftliche Investitionsdynamik abgewürgt. Darüber hinaus muss die Europäische Zentralbank eine Wende zu einer auf Beschäftigungswachstum ausgerichteten Zinspolitik vollziehen und von der einseitigen Fixierung auf die Geldwertstabilität abrücken.

Die Arbeitgeber nutzen die gegenwärtige ökonomische Krise für einen Generalangriff auf den Sozialstaat. Deren Verbände haben sich spätestens im Wahlkampf als pure Stimmungsmacher geoutet. Auch in der SPD mehren sich allerdings die Stimmen, die unter dem Hinweis auf scheinbar zu hohe Lohnnebenkosten den historischen Sozialstaatskompromiss aus paritätischer Finanzierung aufkündigen wollen. Wer dies will, will die Kosten der sozialen Sicherung allein zu Lasten der Beschäftigten umverteilen. Vorreiter dieser Diskussion sind die Grünen, die sich offenbar ihrer solidarischen Wurzeln entledigt haben. Mit uns Jusos sind solche Rezepte von gestern nicht zu machen. Notwendig ist vielmehr eine gerechte Lastenverteilung zum Beispiel durch die rasche Erhöhung der Erbschaftssteuer zur Finanzierung des Bildungssystems.

Die Haltung, dass das erzielte Einkommen aus der Erwerbsarbeit nicht zur Finanzierung eines gesicherten Lebensstandards gerade für Familien mit Kindern ausreicht, wird mittlerweile in einem Großteil der Gesellschaft – und damit auch in SPD und Gewerkschaften – akzeptiert. In dieser Logik sind Menschen, die von ihrer Erwerbsarbeit nicht mehr ausreichend leben können, auf „alternative Einkommensarten“ – im günstigen Fall durch Kapitalerträge im ungünstigeren Fall durch additive Mini-Jobs oder Transferleistungen vom Sozialamt angewiesen. Diese Logik wollen wir durchbrechen. Wir Jusos wenden uns daher gegen den, seit zwei Jahrzehnten vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit anhaltenden Trend der Umverteilung, des gesellschaftlichen Einkommens von der ArbeitnehmerInnenseite zur Kapitalseite.

Erneut hat die Generationenendebatte neue Dynamik entfaltet. Ausgehend von demografischen Veränderungen wird die Grundlage des Sozialstaats in Frage gestellt, und die Gerechtigkeit unter den Generationen vermisst. Doch nicht alle, die sich auf Generationengerechtigkeit und Demografie berufen, haben wirklich gesellschaftliche Realitäten im Blick. Sie verschweigen, dass der Sozialstaat ein Einnahme-, kein Ausgabenproblem hat, sie verschweigen die gesellschaftliche Reichtumsverteilung und sie verschweigen Widersprüche und Konflikte innerhalb der eigenen Generation sowie in der Gesellschaft insgesamt. Zusammen mit der Grünen Jugend haben wir deutlich gemacht: **Wir Jusos beteiligen uns nicht an einer Generationenendebatte, die in Wahrheit die Spaltung der eigenen Generation entlang der Modernisierungsfrage im Blick hat. Uns Jusos geht es um Zukunftschancen für alle und ein solidarisches Generationenprojekt.**

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat mit seiner fulminant angekündigten Regierungserklärung am 14. März einen neuen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verkündet. Die Ausweitung von Investitionen auf der kommunalen Ebene und die mögliche Aussetzung des Maastricht-Kriteriums ist eine richtige Wendung zu einer Politik, die auf Nachfragesteuerung und Nachhaltigkeit angelegt ist. Die skandalöse Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat die Ausbildungsplatzumlage wieder auf die Tagesordnung gebracht. Das ist und bleibt der Erfolg von uns Jusos, die wir wiederholt diese Umlage gefordert haben. Wir wollen uns allerdings nicht ein zweites Mal hinhalten lassen: Wir wollen eine feste Frist zur Umsetzung der Umlage. Sollten bis zum Ausbildungsjahr 2004 nicht genügend Ausbildungsplätze von den Unternehmen angeboten werden, muss die Umlagefinanzierung umgesetzt werden.

Jeder müsse seinen Beitrag leisten, hatte Bundeskanzler Schröder vor dem Bundestag verkündet. Bei genauem Studium der vorgeschlagenen Maßnahmen wird schnell klar: Es muss keineswegs „jeder seinen Beitrag leisten“. Im Gegenteil: Sozialabbau wird zum Programm erklärt. Einseitigen Leistungseinschränkungen für Arbeitnehmer und Arbeitslose stehen keinerlei Gegenleistungen der Arbeitgeberseite entgegen. Die Unfähigkeit, tragfähige Antworten zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit vorzulegen und die Unwilligkeit, mindestens das Anwachsen der Arbeitslosigkeit durch konjunkturelle Steuerung zu verhindern zeigen, dass maßgebliche Regierungsmitglieder sich nicht nur weit von sozialdemokratischer Programmatik, sondern auch vom pragmatischen Krisenmanagement entfernt haben.

Wir lehnen insbesondere die Absenkung des zukünftigen Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau ab. Auch die Verkürzung der Arbeitslosengeldbezugsdauer (für das vorher ein Anspruch erworben worden ist) auf 12 Monate trifft nicht unsere Zustimmung. Wir setzen uns stattdessen für eine Diskussion um die Qualität und Zielrichtungen sozialstaatlicher Leistungen ein. Wer nur die Ausgabenseite des Sozialstaats im Blick hat, ohne den Sozialstaat im Hinblick auf Flexibilität und Sicherheit umzubauen, will diesen abbauen statt reformieren. Wir setzen uns dafür ein, dass ein neuer Sozialstaat präventiv wirkt, Übergänge absichert und die Regulierung neuer Erwerbsverhältnisse im Blick hat. Im Bereich der GKV unterstützen

wir die Maßnahmen von Ulla Schmidt zur strukturellen Erneuerung des Systems. Die vorgeschlagenen Einschränkungen im Leistungskatalog sind allerdings nicht dazu geeignet, die Qualität im Gesundheitswesen zu fördern. Wir stehen zur Ablehnung von Grund- und Wahlleistungen und fordern gleichfalls die Einbeziehung von allen Einkommensarten in die Finanzierung der Sozialsysteme.

Was nicht geht, ist eine Politik, die das Gewissen für die Beschäftigten bereit hält und die Politik für Unternehmen und Vermögende macht. Unser Fazit dieser Regierungserklärung lautet: Am Sozialstaat gerückt, vor Unternehmen geduckt.

Heute, nach über vier Jahren rot-grün müssen wir feststellen, dass die unter Helmut Kohl eingeleitete Zerschlagung des Sozialstaates nicht gestoppt worden ist. Im Gegenteil: Grundlegende Prinzipien wie die paritätisch-solidarische Finanzierungsgrundlage des deutschen Sozialstaatskompromisses werden von der Sozialdemokratie Stück für Stück aufgegeben. Von der Reform der Rentenversicherung, bis zum Kündigungsschutz werden die ArbeitnehmerInnen einseitig belastet, Leistungen und Rechte eingeschränkt. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik von Rot-Grün bietet keine ausreichende Perspektive. Sie verzichtet auf eine gerechte Umverteilung von gesellschaftlichen Reichtum zugunsten der Leistungsfähigkeit des Staates und unterwirft sich ohne Not dem monetaristischen Spardiktat aus Brüssel. Der Preis für diese Politik ist die andauernde Massenarbeitslosigkeit, der finanzielle Ruin von Ländern und Kommunen und eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Politik. Sozialdemokraten unterwerfen sich mehr und mehr dem herrschenden neoliberalen Diskurs. Der Verzicht auf eine soziale und demokratische Antwort auf die gegenwärtige Krise verschärft den Verlust an Glaubwürdigkeit unserer Politik, nicht nur bei den Wählerinnen und Wählern sondern zunehmend auch bei den eigenen Mitgliedern.

Die mit dem Wahlsieg von Rotgrün 1998 verbundenen Hoffnungen auf einen Politikwechsel sind bis heute nicht erfüllt worden

Wir fordern die SPD auf, sich endlich einem programmatischen Diskurs um die Zukunftsperspektiven sozialdemokratischer Politik zu öffnen. Das derzeitige Warten auf den Aufschwung 2005 oder 2006 gleicht einem wahltaktischem Glücksspiel. Die Programmdiskussion sollte dazu genutzt werden, der Regierungspolitik einen orientierenden Rahmen zu geben, der der gesellschaftlichen und ökonomischen Modernisierung eine solidarische Richtung verleiht. Dafür muss die Programmdebatte auf eine breite innerparteiliche Basis gestellt werden und darf keinesfalls bereits Anfang 2004 beendet werden. Eine von unten nach oben organisierte Programmdebatte ist ein Angebot an Parteimitglieder, die sich jenseits klassischer Gremienarbeit einbringen wollen und bietet gleichzeitig die Chance, eine zunehmend entpolitisierte Partei wieder zu beleben.

Eine politische Agenda von links

Die Sozialdemokratie ist in ein entscheidendes Jahr für die Zukunft des „Modells Deutschland“ eingetreten. Dabei geht es nicht nur um die Einzelbestandteile des Sozialstaats, sondern um die Reform gesellschaftlichen Zusammenhalts insgesamt. Nach den Wahlniederlagen in Hessen und Niedersachsen ist der Vertrauensvorschuss vom 22. September 2002 verspielt. Notwendig ist deshalb mehr denn je ein klarer Kurs für gesellschaftliche Reformen und soziale Gerechtigkeit. Dafür muss die SPD stehen: Die Konsensuche mit der Union im Bundesrat darf nicht zu einem „Abbau-Pakt“ sozialdemokratischer Politikinhalt verkommen.

- Dazu musste sie ihre klare Linie in der Irak-Politik gegen eine Opposition verteidigen, die sich offen für den Krieg aussprach und dabei auch vor einer historisch nur mit der Schmähekampagne gegen Willy Brandt vergleichbaren Diffamierung nicht zurückschreckte. In dieser außenpolitischen Frage konnte sich die SPD der breiten Unterstützung der Bevölkerung sicher sein, über 80% lehnten den Angriffskrieg gegen den Irak ab.
- Der Terroranschlag vom 11. September 2001 war ein historischer Einschnitt. Der Krieg in Afghanistan und die damit einhergehende weltweite Einschränkung von Freiheitsrechten, die Verschärfung von Repression unter dem Mantel des Krieges gegen den Terror waren unmittelbare Folgen. Die Sicherheitspakete der Bundesregierung und die Beteiligung am Afghanistan-Feldzug waren zentrale Punkte der innenpolitischen und innerparteilichen Auseinandersetzung, in der sich die Jusos klar positioniert haben: Für Freiheitsrechte im Inneren und gegen Militarisierung nach Außen.
- Innenpolitisch bleibt der Kurs weiter offen. Außer der partiellen Umsetzung des Hartz-Konzeptes gibt es keine erkennbare wirtschaftspolitische Linie der SPD. Die Verunsicherung durch die Infragestellung des Kündigungsschutzes, den Verzicht auf eine gerechte Vermögensbesteuerung und die mögliche Privatisierung von Gesundheitsrisiken hat die Wählerinnen und Wähler in Scharen zur Opposition, meist aber zu den Nichtwählern getrieben. Überlässt sich die Partei der neoliberalen Modernisierungslogik werden die Folgen existentiell sein.
- Die Zeiten, in denen die SPD per se für junge Menschen sprechen konnte, sind vorbei. Die SPD muss wieder das Vertrauen der jungen Generation durch eine klare Politik für Zukunftschancen zurückgewinnen. Wer allerdings mit Forderungen nach einem Arbeitszwang für Junge hausieren geht, bietet jungen Menschen keine Perspektive und entfernt sich zunehmend von der eigenen Jugend. Als Interessensvertretung der jungen Generation werden wir Jusos dies nicht zulassen. Die SPD muss die Ansprüche junger Menschen an politisches Reformhandeln wieder ernst nehmen und nicht „Insider“ gegen „Outsider“ ausspielen.
- Eine humane und an den Menschenrechten orientierte Einwanderungspolitik ist notwendiger denn je: Das lediglich als Kompromiss anzusehende Zuwanderungsgesetz muss schnell wieder in den Bundestag eingebracht werden. Weitere Zugeständnisse an die Rechten stoßen dabei auf unseren Widerstand. Mit den rechtspopulistischen und aus rassistischen Weltbildern gespeisten Vorstellungen der Union ist ein Konsens kaum möglich.
- Nach wie vor, wird mit der SPD kein wirkliches Reformprojekt verbunden : Nach dem sich sowohl sozial-ökologische Zielvorstellungen allein wie auch die in der zurückliegenden Legislaturperiode propagierte Konsolidierungspolitik als nicht mehrheitsbildend erwiesen haben, ist die SPD nun gefordert, ihren eigenen politischen Weg

einzuschlagen. Dabei sollte sie sich bei der Modernisierung des Modells Deutschland von einem sozialdemokratischen Reformregime leiten lassen. Wenn es nicht gelingt, bis 2006 die entscheidenden Weichenstellungen dafür zu stellen, verspielt sie ihren Kredit beim fortschrittlichen Gesellschaftsblock.

Der Juso-Verband vor neuen Herausforderungen

- Die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, dass sich die Jusos inmitten eines Generationenumbruchs befinden, den es in den kommenden Jahren zu gestalten gilt und an welchem wir unsere Arbeitsweise orientieren wollen. Viele neue junge Mitglieder bestimmen heute das Bild der Jusos. Unser Wahlkampf hat gezeigt, dass wir ein junger, funktionierender und moderner Verband sind.
- Unsere Potenzialanalyse aus dem Jahr 2001 bestätigt: Wir sind der einzige linke politische Jugendverband mit arbeitsfähigen Strukturen in ganz Deutschland. Dabei sind wir Jusos nicht nur in der Partei und den Gliederungen aktiv, sondern auch in vielen regionalen Zukunftsinitiativen. Mit einer zunehmenden Zahl von jungen Parlamentariern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene tragen wir aktiv zum sozialdemokratischen Generationenaufbau bei und übernehmen Verantwortung.
- Im Wahlkampf wurden viele neue Aktive gewonnen. Dieses Potenzial gilt es nun in einen zukunftsgerichteten Generationenaufbau zu überführen.
- Doch es bleiben auch Defizite: Die Qualifizierungs- und Bildungsarbeit bedarf dringend einer Professionalisierung und Vernetzung. Unser Leitbild ist dabei das der modularen Qualifizierung.
- Die Zielgruppenansprache bei der SPD im Allgemeinen und bei den Jusos im Besonderen bedarf einer Erneuerung. Nachdem mit dem Wahlkampf die historische Spaltung sozialdemokratischer Jugendansprachestrukturen beendet worden ist, muss dies auch Folgen für die Gesamtorganisation der Zielgruppenansprache haben. Wir wollen dabei einen Ansatz wählen, der an den Lebensläufen und Lebenslaufübergängen junger Frauen und Männer ansetzt.
- Jusos müssen, wollen sie Teil politischer Bewegungen und Bindeglied zwischen Bewegung und Partei sein, auf allen Ebenen wieder verstärkt in gesellschaftliche Netzwerke hinein wirken. Dazu müssen junge Linke in Politik, Kultur, Wissenschaft, junger Gewerkschaft und Bewegung wieder stärker mit dem Verband vernetzt und der Austausch innerhalb der jungen Linken von uns Jusos gefördert werden. Deshalb wollen wir die Vernetzung einer jungen sozialdemokratischen Linken 21 („Young DL 21“) neu in Angriff nehmen. Der Bundesverband wird beauftragt im Rahmen der organisatorischen Neuausrichtung des Verbandes einen Beitrag zur Vernetzung derjenigen Bezirks- und Landesverbände aber auch Unterbezirke zu leisten, welche vor Ort bereits aktiv Bündnisarbeit betreiben. Perspektivisch soll dazu eine Koordinationsgruppe auf Bundesebene ins Leben gerufen werden. Darüber hinaus ist eine kritische Bestandsaufnahme jungsozialistischer Bündnisarbeit notwendig.

Kurzum: Wir stellen uns mit diesem Arbeitsprogramm die Aufgabe, die Erneuerung jungsozialistischer Kampagnenfähigkeit als Grundlage für eine fortschrittlich-linken Politik der nächsten Generation einzuleiten.

Wir wissen, dass die Jusos nicht mehr der Massenverband der 1970er Jahre sind. Dies muss sich allerdings auch in der Organisationspraxis widerspiegeln. Wir Jusos sind mehr als nur ein politischer Verband. Wir sind heute gleichzeitig

Jugendverband, Beteiligungsverband und Richtungsverband.

Als **Jugendverband** wollen wir Jusos junge Menschen für eine sozialistische Politik gewinnen. Dabei übernehmen wir „klassische“ Aufgaben selbstbestimmter und organisierter Jugendverbandsarbeit. Wir verstehen uns aber insbesondere als Lobbyisten der jungen Generation und machen mit Projekten wie „JUMP-Plus“ konkrete Politikangebote. Mit umsetzungsorientierte Politikinhalt wollen wir dabei solidarische Alternativvorstellungen vermitteln.

Als **Beteiligungsverband** stehen wir mitten im Veränderungsprozess politischer Zielgruppenansprache. Die demografische Entwicklung bei den Jusos und der SPD insgesamt begründet neue Anforderungen an politisches Agieren. Wir richten offene Angebote an politisch interessierte Jugendliche, die in Aktions- und Projektformen mitarbeiten möchten. Bei uns beteiligen sich viele, die auch jenseits von langwieriger Gremienarbeit zeitlich befristete Kampagnen mitgestalten möchten. Dieses Potenzial ist eine große Chance. Gleichzeitig gilt es, die Neumitgliederwerbung und -betreuung zu verstärken. Unser Ziel ist die Öffnung der innerverbandlichen Strukturen des Bundesverbandes zu den regionalen Gliederungen. Unser Motto lautet: **Wegen Umbaus geöffnet!**

Als **Richtungsverband** stellen wir uns der Herausforderung, sozialistische und feministische Philosophien erlebbar zu machen, und die Widersprüche im flexiblen Kapitalismus zum Ausgangspunkt für eine andere Politik zu nutzen. Wir treten mit dem Ziel an, Chancengleichheit für alle und die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland, Europa und international herzustellen. Wir finden uns nicht ab, mit der systemimmanenten Ungleichverteilung von Zugängen, Chancen und Zukunftserwartungen. Wir bleiben dabei das, was wir sind: Die linke Kraft in der SPD, der solidarisch-kritische Reformmotor innerhalb der Sozialdemokratie.

Umbauprojekte für einen modernen Sozialismus

Wir Jusos stehen zu dem Recht auf individuelle Selbstbestimmung und freie Entfaltung. Es war in der Vergangenheit stets die Sozialdemokratie, die einen wesentlichen Anteil daran hatte, die Lebensbedingungen für breite Teile der Bevölkerung menschlich zu gestalten, indem sie politisch den Auf- und Ausbau des Sozialstaates durchsetzte.

Wir erkennen aber auch, dass sich die gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen gewandelt haben. Dies nehmen wir zum Ausgangspunkt für eine Erneuerung jungsozialistischer Programmatik. Im Gegensatz zum neoliberalen

Mainstream wollen wir aber nicht die „kalte Modernisierung“ durch den Abbau von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Wir wollen ein modernes Staatshandeln, in dem ausgehend von chancengleichen Rahmenbedingungen Selbstbestimmung und Freiheit in Arbeiten und Leben möglich wird. Unsere Leitbilder sind die der Guten Arbeit und des Schönen Lebens.

Wir finden uns nicht ab, mit konservativer Sozialabbau-Logik. Wir sehen vielmehr die Notwendigkeit, sozialstaatliches Handeln auf eine neue Grundlage zu stellen, bei der Prävention und Sicherheit im Vordergrund stehen, nicht alleingelassene Eigenverantwortung und Unsicherheit. Statt den Sozialabbau zu forcieren müssen Unternehmen und große Reichtümer wieder an den gesellschaftlichen Gesamtleistungen beteiligt werden. Die Umverteilung von Risiken auf die Beschäftigten und Chancen zu Gunsten der Arbeitgeber werden wir nicht mittragen.

Wir sind überzeugt, dass die Notwendigkeit, im Sinne der Menschen regulierend einzugreifen und für gleiche Lebensbedingungen zu sorgen, nach wie vor eine der zentralen Aufgaben des Staates ist. Deswegen wollen wir, dass Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarktpolitik, Bildung und Gesundheit an die Anforderungen der Menschen angepasst werden, nicht umgekehrt. Wir wollen Zukunftsinvestitionen statt einseitige Haushaltskonsolidierung. Nur so können die Weichen für ein neues sozialdemokratisches Zeitalter gestellt werden. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, diesen Zusammenhang in den nächsten beiden Jahren zu vermitteln und unsere Konzepte populär zu machen.

Kurzum: Wir Jusos wollen uns nicht mit den Argumenten neoliberaler Sachzwanglogik abfinden. Uns geht es um eine gesellschaftliche Regulierung des flexiblen Kapitalismus, eine soziale und demokratische Einbettung der Globalisierung sowie eine nachhaltige und ökologische Modernisierung. Als gesellschaftlicher Reformmotor wollen wir eine individuelle Lebensführung für Alle ermöglichen, die Gleichberechtigung weiblicher Wirklichkeit vorantreiben, und die Selbstbestimmung in Arbeit und Wirtschaft fördern. Unser Ziel ist ein solidarisches Generationenprojekt, das eine positive Vision guter Arbeit entwirft, einen selbstbestimmten und dienstleistenden Sozialstaat denkt sowie die nachhaltige Entwicklung der Ökonomie befördert. Unser Verständnis eines modernen Staates speist sich aus der Vorstellung, die Menschen in Leben und Arbeiten zu unterstützen, Risiken abzusichern und eine sozial gerechte Modernisierung zu ermöglichen. Fazit: Uns geht es um einen modernen Sozialismus. Unsere Umbauprojekte sollen die gesellschaftliche Regulierung des Kapitalismus erlebbar machen.

Form follows Function

Die Arbeitsstrukturen auf Bundesebene, gegliedert in den klassischen „Kommissionen“ erfüllen ihre Aufgabe als „Expertenkommissionen“ nur noch unzureichend. Wir brauchen deshalb eine Öffnung, wie sie zum Beispiel die Bundesfrauenkommission bereits erfolgreich praktiziert.

Die erfolgreichen Arbeitsansätze aus der Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes gilt es aufzunehmen. In Zusammenarbeit mit den Gliederungen konnten neue Ansätze von Juso-Arbeit entwickelt werden, die eine wichtige Grundlage für die Organisationsentwicklung bilden. Wir wollen die bestehenden Kooperationsstrukturen zwischen den Gliederungsebenen weiterentwickeln und verstärkt die Kommunikation zwischen dem Bundesverband und den vor Ort Aktiven in den Unterbezirken vorantreiben. Ziel muss es sein innerverbandliche ExpertInnen auszubilden, in ihrer Entwicklung zu unterstützen und ihre Einarbeitung die nötige Zeit zu geben. Wir Jusos müssen unsere interne Kompetenzen erhalten und fördern. Unser Anspruch ist es unsere Politik durch uns und unsere Fachleute zu machen.

Die Umbauprojekte sind der zentrale Ort, in dem die inhaltlichen Diskussionen des Bundesverbandes stattfinden, und an dem sich die Aktiven treffen und austauschen. Sie werden in die Bildungsarbeit integriert.

Auf zentralen Verbandswochenenden wird die inhaltliche und organisatorische Arbeit der Umbauprojekte umgesetzt.

Den Verbandswochenenden kommt dabei eine zentrale Bedeutung für die erfolgreiche Arbeit des gesamten Juso-Verbandes zu. Hier treffen sich interessierte Mitglieder in den Umbauprojekten zur Beratung. In den „Umbau-Teams“ muss die inhaltlich-programmatische Arbeit vorbereitet, sowie sicht- und verwertbare Ergebnisse für die Arbeit an der Basis produziert werden. Dafür können auf Wunsch der „Umbau-Teams“ sowohl interne als auch externe Kompetenzen eingeladen werden. Die „Umbau-Teams“ strukturieren sich eigenständig und sind in ihrer Arbeit zu ihren Projektthemen frei. Ziel ist es, möglichst viele Interessierte (Neu-)Mitglieder an die Arbeit heranzuführen. Die Arbeit soll für die Gestaltungsansprüche unserer Mitglieder offen sein, und die Grundlage einer neuen Arbeitsweise im Verband bilden.

Neben einer breiten Beteiligung der Gliederungen werden vorhandene Kompetenzen und Erfahrungen, als auch regionale Ressourcen in den Umbauprojekten gebündelt. Die Umbauprojekte bilden die Grundlage der programmatischen Arbeit auf Bundesebene. Sie bereiten die Positionsbildung des Verbandes vor.

In den „Umbau-Teams“ werden in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand Vorschläge erarbeitet, wie sich regionale Zukunftsiniciativen in die Gesamtphilosophie der Bundesverbandskampagne einfügen können. Dazu werden die Teams, neben den Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände, mit einem quotierten Schlüssel interessierten Mitgliedern geöffnet.

Die zweite Aufgabe besteht darin, einen konkreten Beitrag zur Schulungsarbeit zu leisten, Materialien für die Qualifizierungsarbeit zu erstellen und weitergehende Angebote (z.B. ReferentInnenpools, Seminarkonzeptionen, Diskursangebote) an die regionalen Gliederungen zu richten.

In Absprache mit dem Bundesvorstand erstellen die Umbauprojekte einen Arbeitsplan, der klare Ziel- und Zeitvereinbarungen trifft.

Wir Jusos machen keine Politik aus dem „hohlen Bauch heraus“. Gleichzeitig können wir in der Verbandsarbeit aber auch nicht mehr alles leisten was notwendig wäre. Deswegen setzen wir politische Schwerpunkte.

Wir haben konkrete Kriterien an die inhaltliche Gestaltung der Umbauprojekte. Diese sind:

- Die Umbauprojekte müssen in ihrem inhaltlichen Zuschnitt Bezug nehmen, auf die Agenda der Lebensrealität

junger Menschen. Sie sollen die Frage der jungen Generation als Interessenvertretung berücksichtigen und Anknüpfungspunkte dafür in der Agenda von Partei und politischer Öffentlichkeit thematisieren. Es geht um die Etablierung einer solidarischen Generationen-debatte.

- In den Umbauprojekten müssen Anknüpfungspunkte für eine erneuerte Doppelstrategie (Bündnis- und Parteistrategie) berücksichtigt sein, und ausgehend von einer Analyse kapitalistischer Entfesselung Regulierungserfordernisse diskutiert werden.
- Die Umbauprojekte müssen sich auf die Agenda sozialdemokratischer Regierungspolitik beziehen und Eingriffsstrategien entwerfen.
- Die Umbauprojekte bündeln die vorhandenen Kernkompetenzen des Verbandes und setzen sie gezielt ein. Die Erarbeitung von Handlungskorridoren für die Aktiven vor Ort steht dabei im Vordergrund.
- Die inhaltlich-programmatischen Schwerpunkte der Arbeit werden in drei Umbauprojekte gebündelt:



Die SPD wird in diesem Jahr 140 Jahre alt. Die Parteiführung wird dazu eine Reihe von Veranstaltungen durchführen und die Grundsatzprogramm-Diskussion mit einer neuen Arbeitsstruktur fortsetzen. Insbesondere der Programmdebatte kommt in der gegenwärtigen Situation nicht nur die Bedeutung einer programmatischen Grundsatzbestimmung zu, sondern auch der Einbindung und Orientierung einer zunehmend verunsicherten Partei. Wir werden uns als Jusos daran beteiligen und in den Umbauprojekten eigene Vorschläge entwickeln. Ein modernes sozialistisches Staatsverständnis steht dabei im Vordergrund.

Mit unseren drei Umbauprojekten schaffen wir ein organisatorisches Dach. Drei Arbeitsschwerpunkte werden im Rahmen der Verbandswochenenden immer wieder zusammengeführt. Dies gilt sowohl inhaltlich als auch organisatorisch. Inhaltlich werden durch „Fach-Hearings“ Querschnittsthemen gemeinsam diskutiert. Die unterschiedlichen Herangehens- und Sichtweisen aus der Perspektive der jeweiligen Aufgabenstellung sollen die Diskussion bewusst bereichern.

Neben der inhaltlichen Schwerpunktarbeit, leistet jedes Umbauprojekt aus seiner Perspektive einen eigenen Beitrag, um die Ansprüche der Sozialdemokratie der nächsten Generation an die inhaltliche, organisatorische aber auch personelle Entwicklung der SPD zu formulieren. Diese Ergebnisse werden im „Generationenbaustein“ und den Juso-Beiträgen zur Programmdebatte zusammengetragen.

Alle Umbauprojekte haben die Aufgabe...

- GenossInnen in ihrer Entwicklung zu den TrägerInnen der inhaltlichen Arbeit zu stützen und zu fördern. Wir Jusos brauchen für unsere Programmatische Arbeit kompetente GenossInnen, die diese gestalten.
- Entlang der Themenstellung ein Aktionsprogramm 2005 für den Verband und die Arbeit im jeweiligen Umbauprojekt zu erstellen, das auf einem Verbandstag mit den Unterbezirken diskutiert wird. Dies wird von den zuständigen Bundesvorstandsmitgliedern in Abstimmung mit dem gesamten Vorstand übernommen. Des Weiteren sollen die Umbauprojekte:
 - Einen Beitrag zur Programmdebatte leisten,
 - junge Frauen unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Instrumente erreichen und fördern,

- einen Beitrag zur Qualifizierung leisten,
- Output-orientiert arbeiten und darüber hinaus einen "Outcome" erzielen. Die Arbeit des Verbandes effizienter und notwendige Ergebnisse verbandsöffentlich und öffentlich zu machen.

a. Chancengleichheit: Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung und makroökonomischer Dialog

Die Chancengleichheit steht im Mittelpunkt dieses Umbauprojektes, das die zentralen Fragen von Umverteilung mit dem Erhalt, Um- und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und der Zukunft der Bildung verbinden soll. Dieses Umbauprojekt ist der zentrale Raum für die Diskussion um ein solidarisches Generationenprojekt. Ziel ist eine zweite Erneuerung des Sozialstaats entlang der Leitplanken Umverteilung, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir wollen die Rürup-Kommission kritisch begleiten und unsere eigenen Reformvorstellungen von einer gerechten Finanzierung des Sozialstaats und der Beteiligung großer Vermögen an gesellschaftlichen Leistungen in den Vordergrund rücken. Unser Leitbild ist dabei eine Politik der Zukunftschancen für die junge Generation.

Die Gesundheitspolitik ist sozialdemokratisches Kernthema. Wir wollen die Debatte um eine Gesundheitsversicherung weiterführen. Unser Ziel ist dabei nach wie vor die Stärkung des Solidargedankens und die Verbesserung der Qualität im Gesundheitssystem als Beitrag zur strukturellen Beseitigung von Über-, Unter- und Fehlversorgung.

PISA hat gezeigt, dass das deutsche Bildungssystem Chancenungleichheit verstärkt und gesellschaftlichen wie ökonomischen Anforderungen nicht gerecht wird. Im Umbauprojekt steht daher die Diskussion von Reformvorstellungen zur Durchsetzung von Chancengleichheit im Mittelpunkt. Dabei bleibt ein integratives, ganztägiges und modernes Bildungssystem für uns ohne Alternative. In diesem Umbauprojekt wollen wir die Fragen von Gerechtigkeit, Chancengleichheit und gesellschaftlicher Partizipation und Emanzipation im Bildungswesen erörtern. Mit der hohen Arbeitslosigkeit können wir uns nicht abfinden. Wir wollen eine nachhaltige und moderne Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik diskutieren. Dabei geht es uns um die Fragen von Arbeitszeit, Normalarbeitsverhältnis, Geschlechtergerechtigkeit und moderner Qualifizierungspolitik. Der Senkung von Sozialstandards, dem Druck auf Beschäftigte und Arbeitslose sowie Niedriglohnstrategien wollen wir die Alternative einer offensiven Beschäftigungspolitik entgegenstellen. Dabei wollen wir den Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung weiter diskutieren und Umsetzungsstrategien erarbeiten.

Den makroökonomischen Dialog der SPD wollen wir offensiv aufnehmen und durch eigene Beiträge kritisch begleiten. Dazu sollen konkrete Angebote an die innerparteiliche Diskussion erarbeitet werden. Die Abkehr vom Monetarismus und eine offensive kommunale Investitionspolitik gehören dabei zu unserem Grundverständnis. Wir werden diesen makroökonomischen Dialog nutzen, um unsere zentralen Forderungen zur Regulierung des flexiblen Kapitalismus in den Mittelpunkt zu stellen.

Mit dem Umbauprojekt Chancengleichheit wollen wir ein modernes Staatsverständnis durchsetzen, das Gerechtigkeit, Flexibilität und Solidarität mit einer Umverteilungskomponente verbindet. Der Debatte um eine nebulöse Generationengerechtigkeit werden wir eine solidarische Alternative entgegensetzen.

b. Berufsorientierung: Sozialstaat, (Aus-) Bildung, Qualifizierung für Alle

Wir wollen mit diesem Umbauprojekt die Anforderungen junger Menschen an selbstbestimmte Lebensführung und die Gestaltbarkeit beruflicher Orientierung ins Zentrum der Politik stellen.

Die Veränderungen in der Erwerbsbiographie werden dabei zum Ausgangspunkt für eine solidarische Reform der Bildungsinstitutionen, des Beschäftigungssystems und der sozialen Sicherungssysteme genommen. Wir wollen die Berufsorientierung junger Menschen und deren Stationen - ob in der Schule, beim Übergang von Schule in Beruf oder im Hochschulsystem - kritisch diskutieren. Dabei wollen wir die Ansprüche von Jugendlichen an ihre Lebenslaufgestaltung in den Mittelpunkt stellen und daraus Ableitungen für eine sozialistische Reformpolitik bilden. Innerhalb dieses Umbauprojektes reden wir nicht nur über diese Jugendlichen, sondern suchen auch den Dialog mit ihnen.

Die berufliche Orientierung ist derzeit von Brüchen, Unsicherheiten und mangelnden Zukunftschancen geprägt. Viele junge Menschen machen dabei schon früh Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit aber auch prekären Arbeitsverhältnissen. Wir wollen die Berufsorientierung kritisch analysieren und Reformvorschläge entwerfen, wie und ob die berufliche Orientierung einen Beitrag zu einem selbstbestimmten Normalarbeitsverhältnis leisten kann.

Soziale Sicherung spielt dabei eine große Rolle. Wir wollen anhand der Lebenslaufübergänge eine moderne Vorstellung von aktivem und solidarischen Staatshandeln etablieren und mit den Ansprüchen der eigenen Generation an individuelles Fortkommen verbinden. Im Gegensatz zum Umbauprojekt a, bei dem Chancengleichheit und Solidarität im Mittelpunkt stehen, geht es hierbei um die Ansatzpunkte für die Etablierung eines „populären“ sozialstaatlichen Verständnisses. Und zwar dadurch dass, die Individuen gutes staatliches Handeln erleben (z.B. über konkrete Hilfestellungen an den Lebenslaufübergängen).

Kurzum: Ziel des Umbauprojekts ist es, Vorstellungen fortschrittlicher Bildungspolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Beschäftigungspolitik entlang der Übergänge im Erwerbsleben bzw. der Bildungslaufbahn junger Menschen zu diskutieren. Daraus soll eine neue Vorstellung von unterstützendem staatlichen Handeln im Bereich der beruflichen Orientierung entwickelt werden. Dabei wollen wir eine Reformdiskussion anstoßen, die das Ziel hat, Berufsorientierung (jenseits von ökonomischer Verwertbarkeit) als Grundlage von Emanzipation, Selbstbestimmung und individueller Entfaltung zu verstehen. Im Bereich der Bildungspolitik geht es um eine qualitative Perspektive. Eine Perspektive, die die inhaltlichen Leitplanken von Bildungspolitik (z.B. Integrativität, Verknüpfung allgemeiner und beruflicher Bildung sowie Schlüsselkompetenzen) in den Mittelpunkt stellt. Es geht also um die Eckpunkte einer notwendigen „zweiten Bildungsreform“.

Wir Jusos knüpfen dabei an die Kampagne für JUMP-Plus an: Wir wollen Alternativlogiken guter Arbeit und selbstbestimmter Lebensführung in konkrete Reformbausteine übersetzen. Das Umbauprojekt formuliert dabei an der Schnittstelle zwi-

schen Bildung, Beruf und Lebensweise eigene Ansprüche an sozialstaatliche Absicherung und ihre Finanzierung.

c. Globalisierung, "Krieg und Frieden", Europa

Wie kein anderes Thema beschäftigt die Menschen seit dem 11. September die Frage nach Krieg und Frieden. Nach dem Krieg in Afghanistan herrscht nun Krieg im Irak. Die Auseinandersetzung über den Charakter des Regimes von Saddam Hussein und die Frage des Besitzes von Massenvernichtungswaffen verdeckt, dass es bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung um eine grundsätzlichere Weichenstellung der internationalen Politik geht.

Wollen wir eine unipolare, oder eine multipolare Welt? Welche Rolle spielen das Völkerrecht und die Vereinten Nationen in Zeiten der Entstaatlichung ganzer Weltregionen? Kann und soll die Europäische Union innerhalb des internationalen Systems eine eigenständige Sicherheitspolitik formulieren? Letztlich stellt sich die Frage nach Krieg als normalem Mittel der Politik. Harte Auseinandersetzungen innerhalb der SPD, etwa in der Frage des Krieges im Kosovo, liegen hinter uns. Das Umbauprojekt soll nach vorne blicken: Welche Konsequenzen hat die aktuelle Positionierung der Regierung in der Auseinandersetzung für die Formulierung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik? Dabei wollen wir das gesamte Spektrum beleuchten: Von der Neuformulierung der Verteidigungspolitischen Richtlinien, bis zum Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenhandelspolitik der Europäischen Union.

Die Diskussion um eine demokratische Gestaltung der Globalisierung ist eine der prägenden Auseinandersetzung der Gegenwart. Mit ihrer populären Kritik an der Globalisierung gelingt es Gruppen wie attac, junge Menschen für sich zu gewinnen, neue Aktionsformen umzusetzen und die globale Agenda zu beeinflussen. Jusos müssen diese Entwicklung weiter aufgreifen und eigene Projekte und Beiträge formulieren. Dabei könnten die Erfahrungen aus vielen Jahren internationaler Arbeit einfließen. Mit IUSY und ECOSY verfügen wir dabei über ein einmaliges internationales Netzwerk, dass wir weiter stärken wollen und dass mehr zu bieten hat, als viele "Einpunkt-Bewegungen".

Dabei ist wichtig zu verstehen, dass Globalisierungskritik und Friedenspolitik sich nicht trennen lassen, weder analytisch noch in der konkreten Ausgestaltung von Politik. Es war gerade die globalisierungskritische Bewegung, die klar gemacht hat, dass sich die Frage von ökonomischer Regulierung nicht von der Frage der globalen Sicherheitsarchitektur trennen lässt.

Das Völkerrecht und die Vereinten Nationen bilden die Grundlage unserer Sicherheitspolitik. Dabei wissen wir, dass auch das geltende Völkerrecht keine Garantie für die friedliche Lösung von Konflikten bietet. Die Vereinten Nationen sind ein Abbild der gegenwärtigen, auf den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges basierenden weltweiten Machtkonstellation. Aber sie sind die einzige legitimierte Institution, die für die Gültigkeit des internationalen Rechtes steht. Sozialdemokratische Politik muss sich daher für eine Stärkung der UN durch demokratische Reformen einsetzen.

Das Weltsozialforum von Porto Alegre und das Europäische Sozialforum in Florenz waren Meilensteine in der Formierung und Festigung der Bewegung. Der in Florenz beschlossene globale Aktionstag gegen den drohenden Irak-Krieg war mit weltweit mehr als elf Millionen Teilnehmern eine beeindruckende Demonstration der Stärke.

Aber es geht nicht nur um den Widerstand gegen die Militarisierung der Außenpolitik. Wir müssen die Europäische Union als Adressaten für unsere Forderung nach einer aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wiederentdecken! Vorschläge für eine europäische Beschäftigungspolitik liegen auf dem Tisch, wir wollen sie umsetzen!

Nicht zuletzt müssen wir die Ideologien der Ungleichheit, die in vielen europäischen Ländern auf dem Vormarsch sind, benennen analysieren und bekämpfen. Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind in Europa weit verbreitete Phänomene, die sich nicht nur in Form rechtspopulistischer Parteien zeigen. Dem gilt es praktisch und theoretisch entgegenzutreten und vorhandene Erfahrungen und Konzepte zu vernetzen und zu verbreiten.

Die Koordinierung und inhaltliche Arbeit im Umbauprojekt „Globalisierung, Krieg und Frieden“ gewährleistet die Bundeskommission Internationales in Abstimmung mit dem Bundesvorstand.

Mit diesen drei Umbauprojekten werden wir unsere Vorstellungen von einer modernen sozialistischen Strategie formulieren und uns in die Arbeit der Weiterentwicklung der Sozialdemokratie einbringen.

Organisation der Arbeit

Die Arbeit des Bundesverbandes war in den letzten zwei Jahren geprägt durch das Bemühen, inhaltliche Diskussionen mit einer politischen Umsetzungsperspektive zu verbinden. Dafür wurde das Bundesbüro zu einem Service- und Kompetenzzentrum für die Gliederungen ausgebaut. Voraussetzung für den Ansatz „Inhalt-Aktion“ war die verbesserte Kommunikation (und Kommunikationsbereitschaft) mit den Unterbezirken, die regionale Verankerung von Kampagnen und Aktivitäten des Bundesverbandes, sowie die Nutzung von regionalen Ressourcen und politischen Erfahrungen. Die Tatsache, dass die große Mehrheit der Projekte vom gesamten Verband getragen wurde, zeigt, dass dies der richtige Weg ist. Daran setzen wir u.a. bei der Organisation der Verbandswochenenden an.

Unsere Verbandswochenenden

Wir wollen den Ablauf unserer Verbandswochenenden neu gestalten. Angestrebt wird für den Beginn am Freitag Abend die anstehenden Themen und Diskussionen vorzubereiten und in die Arbeit einzusteigen. Dabei soll auch der „soziale Aspekt“ von Juso-Arbeit nicht zu kurz kommen.

Der Samstag ist der zentrale Ort für die Arbeit in den Projekte, wobei der Schwerpunkt auf der Output-Orientierung der Diskussion liegen sollte. Am Nachmittag und Abend werden schwerpunktmäßig gemeinsame, projektübergreifenden „Querschnitts-Hearings“ veranstaltet. Sie sind verbandsöffentlich. Bei den Hearings wird soweit möglich auf verbandsinterne Kompetenzen zurückgegriffen.

Der Samstag und Sonntag steht den Umbauprojekten zur Verfügung, etwa um die Diskussionen weiterzuführen, Ergebnis-

sicherung zu betreiben, aber auch um Zeit für Koordinierung des Projekts, Gremienarbeit etc. zu verwenden (z.B. BKI/Umbauprojekt Globalisierung, BA). Der genaue Ablauf der Verbandswochenenden und die Themen der Hearings werden anhand der von den Umbauprojekten erarbeiteten Aktionsprogramme gemeinsam mit dem Bundesvorstand festgelegt.

Der Bundesverband schreibt die Organisation und Durchführung der Verbandswochenenden aus. Gemeinsam mit einem ausführenden Unterbezirk wird das Wochenende durchgeführt. Dies bietet die Chance, den Mitgliedern vor Ort ein attraktives Angebot zu machen und die Arbeit besser zu verzahnen. Die Verbandswochenenden bekommen so ein größeres Gewicht.

Die Wochenenden finden verbandsöffentlich statt. Um die Einbindung der Aktiven vor Ort und weiterhin an den Hearings Interessierter zu ermöglichen, wird die bisherige Zusammensetzung dahingehend verändert, dass neben den von den Bezirken und Landesverbänden benannten Mitgliedern (1 VertreterIn pro Bezirk) weitere 20 hart quotierte Teilnahmeplätze finanziert ausgeschrieben werden. Die Finanzierung erfolgt weiterhin über den Bundesverband. Darüber hinaus sind die Verbandswochenenden für alle Jusos offen.

Bildungs- und Qualifizierungsoffensive

Jusos brauchen eine neue Bildungs- und Qualifizierungsoffensive. Um die vielen jungen Mitglieder, die in den letzten Jahren zu uns gestoßen sind dauerhaft in den Verband zu integrieren, brauchen wir eine verbesserte Form der Bildungsarbeit. Die gegenwärtigen Bildungsangebote der verschiedenen Ebenen sind dazu einerseits zu wenig koordiniert und aufeinander abgestimmt und andererseits heute nicht mehr ausreichend.

- Der Bundesverband wird eine Bestandsaufnahme und Evaluierung sowie einen Informationsaustausch über bereits existierenden Bildungsangeboten des Verbandes durchführen.
- Mit der Potenzialanalyse steht ein Instrument zur Verfügung, das es uns ermöglicht, Defizite und Bedarfe genauer herauszuarbeiten. Hauptaufgabe wird die Erarbeitung eines Bildungskonzeptes für die Jusos in den nächsten Jahren sein. Dabei geht es sowohl um die inhaltliche, als auch um die methodische Schulung von Mitgliedern und die spezifische Förderung von Frauen.
- Der Bundesverband wird in Kooperation mit einem Bildungswerk eine Verbandsschule einrichten.
- Der Bundesvorstand lädt die BildungsreferentInnen der einzelnen Bezirke ein, um mit ihnen ein Erfahrungsaustausch durchzuführen.
- Damit ist keine Zentralisierung der Bildungsarbeit gemeint. Die Landesverbände sind aus ihrer Verantwortung für die Bildungsarbeit nicht zu entlassen. Notwendig ist eine Vernetzung und Professionalisierung von Bildungsangeboten. Träger der Verbandsschule ist daher neben dem Bundesvorstand u.a. die Orgakommission, in der die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten für die regionalen Bildungsangebote versammelt sind.
- Um die Optimierung der Arbeit zu gewährleisten, wird eine zweite Potenzialanalyse vorbereitet und im Jahr 2004 ein „Perspektiv-Wettbewerb“ für Unterbezirke und Kreisverbände ausgerichtet.
- Eine weitere wichtige Aufgabe ist die gezielte Einbindung ehemaliger Verbandsgenerationen. Ehemalige Jusos in der Partei und im Berufsleben, aber auch uns nahestehende Wissenschaftler, haben wir bisher zuwenig oder gar nicht eingebunden. Ein solches Netzwerk soll eng an die Bildungsarbeit der Jusos angebunden werden.
- In diesem Zusammenhang muss uns gelingen, bei den Jusos verstärkt Raum für interne wie für externe ExpertInnen zu eröffnen. So wollen wir dauerhaft unsere politische Eingriffsfähigkeit sichern, die aus unserer Sicht nicht aus symbolischen Politikfragmenten bestehen darf, sondern umfassender und analytischer Problemlösungskompetenzen bedarf. Auch hier verschränken sich unsere Bildungsarbeit und die Politikentwicklung in den drei zentralen Umbauprojekten.
- Aktivenwerbung und Neumitgliederintegration spielen bei den Juso-Gliederungen vor Ort eine immer größere Rolle. Entscheidend ist die Selbstdarstellung des Verbandes und konkrete Mitmachangebote. Hierzu ist eine Unterstützung in Form von Materialien und Konzepten ähnlich der Vitalisierungsbausteine im Bundestagswahlkampf notwendig.

Gezielte Frauenförderung.

Der Frauenanteil in unserem Verband ist dramatisch niedrig – und er nimmt weiter ab. Mit diesem Zustand werden wir uns nicht abfinden. Um junge Frauen in unserem Verband besser in die Arbeit zu integrieren, bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung aller. Von den Unterbezirken bis hin zum Bundesverband. Das Problembewusstsein dafür ist nur unzureichend vorhanden.

Eine Evaluation von Juso-Frauenarbeit und anderen innovativen Frauenprojekten im Verband und die Zusammenführung der Erfahrungen ist notwendig. Die Potenzialanalyse zeigt: Wo Frauen Verantwortung übernehmen, läuft die Arbeit besser.

- Wir müssen junge Frauen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen, mit ihren eigenen Vorstellungen und Ansprüchen an die Arbeit und Politik ansprechen. Dabei wollen wir politisch an den Übergängen im Lebenslauf und der Erwerbsbiografie ansetzen. Und wir müssen dafür sorgen, dass sie ihre Vorstellungen von politischer Arbeit im Juso-Verband umsetzen können.
- Mit der Chefinnen-Konferenz haben wir einen ersten erfolgreichen Ansatz umgesetzt. Dies wollen wir fortsetzen. Eine neue Chefinnen-Konferenz muss mit speziellen Bildungsangeboten an Frauen verbunden werden.

- Die Durchführung eines Mentoring-Programms mit prominenten SPDlerinnen, Wissenschaftlerinnen u.a. soll als attraktives Einstiegsangebot für junge Frauen genutzt werden.
- Ein „Think-tank“ soll sich frauenspezifischen Fragestellungen des Verbandes aktiv auseinander setzen.
- Der Bundesverband wird seine Möglichkeiten Frauen zu fördern konsequent nutzen. Dazu gehört, dass er bei Angeboten der Bundesebene strikt auf die Einhaltung der Quotierung achten wird und der Förderung von Frauen Priorität einräumt, indem er etwa darauf achtet bei Veranstaltungen und Aktivitäten Gliederungen und Projekte mit hohem Frauenanteil besonders zu fördern. Dies gilt auch für die Seminare und Veranstaltungen im Rahmen der Verbandsschule. Um zu gewährleisten, dass auch Frauen und Männer mit Kindern als Delegierte oder Gäste an bundesweiten Kongressen teilnehmen können, wird das Angebot einer Kinderbetreuung wieder eingerichtet und publik gemacht.
- Alle Aktivitäten des Bundesverbandes müssen die aktive Einbindung und Förderung von Frauen und frauenspezifischen Ansätzen berücksichtigen. Dies bedeutet, dass die Strukturen innerhalb des Verbandes auch auf weibliches Politikverständnis hin ausgerichtet werden.
- In Zukunft wird neben dem autonomen Frauenforum, die Bundesgleichstellungskommission eingerichtet, in der Frauen und Männer gleichberechtigt über alle Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern in dieser Gesellschaft diskutieren und insbesondere die Entwürfe der Umbauprojekte auf ihre Tauglichkeit im Rahmen von Gender Mainstreaming untersuchen sollen.

Die Erneuerung der SchülerInnenarbeit

Der SchülerInnen-Arbeit kommt für den Juso-Verband eine zentrale politisch-strategische Bedeutung zu. Politische Sozialisation beginnt in der Schule. Über Präsenz an Schulen, in SVen auf Schul-, Landes- und Bundesebene konnten die Jusos in den letzten Jahrzehnten wichtige Impulse in der Schulpolitik setzen und neue MitstreiterInnen für unsere Organisation gewinnen. Obwohl ein großer Teil der heute bei den Jusos aktiven Mitglieder im SchülerInnenalter ist, ist die SchülerInnen-Arbeit auf Bundesebene sowie in vielen Gliederungen des Verbandes fast vollständig zum Erliegen gekommen. Überlassen wir nicht anderen das Feld!

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik

Nicht erst die Ergebnisse der PISA-Studie haben ein deutliches Defizit in der deutschen Bildungspolitik der Vergangenheit offenbart. Weitere Studien sind nachfolgend vorgelegt worden. Offenbart haben diese Studien, dass im Bereich der Bildungspolitik in Zukunft vieles getan werden muss, um das deutsche Schulsystem zukunftsfähiger zu gestalten. Hier sind auch nationale Anstrengungen notwendig. Dies impliziert auch eine Bildungsrahmenplanung seitens des Bundes, die verfassungsrechtlich zulässig ist.

Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, einen Neuaufbau der SchülerInnenarbeit zu organisieren.

Diese soll:

- die Ergebnisse der verschiedenen vorgelegten Studien zur Bildungslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland sowie
- die Ergebnisse von internationalen Vergleichsstudien und die
- bildungspolitischen Leitlinien der Bundesregierung sowie der Landesregierungen sichten und bewerten.

Die Landesverbände und Bezirke und der Juso-Bundesvorstand werden gebeten, bereits gewonnene Erkenntnisse schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen. In einem weiteren Arbeitsschritt sollen die Ergebnisse der Bewertungen dahingehend prüfen, inwieweit sich ein Reformbedarf im Rahmen der Bildungspolitik und deren einzelnen Thematiken darstellt.

Der Bundesvorstand wird deshalb beauftragt, einen Neuaufbau der Juso-SchülerInnenarbeit zu organisieren. Dazu werden die Bezirke und Landesverbände aufgefordert, ihnen bekannte Aktive aus dem SchülerInnenbereich zu melden. In Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand, bislang in der BSK aktiven GenossInnen und den Bezirken und Landesverbänden wird eine rund vierköpfige Koordinierungsgruppe mit der Zielsetzung des Aufbaus von Netzwerkstrukturen für die Arbeit von Juso-SchülerInnen eingerichtet. Zielsetzung ist die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens und ergebnisorientierter Arbeitsstrukturen für die vor Ort häufig isoliert agierenden Juso-SchülerInnen.

Folgende thematische Schwerpunkte können dabei in einem zu erarbeitenden Aktionsplans im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit stehen:

- Nationale Bildungsstandards
- Finanzierung von Bildung
- Schulautonomie / Demokratie in der Schule
- soziale Lage von SchülerInnen / Partizipationsansprüche

Dies geschieht in Abstimmung mit dem oben genannten Arbeitszusammenhang.

Kampagnenprüfstein Ost

In einem „Kampagnenprüfstein Ost“ werden alle zukünftigen Projekte und Kampagnen des Bundesverbandes auf ihre Wirkung hinsichtlich der Arbeit ostdeutscher GenossInnen überprüft. Dies geschieht in enger Abstimmung mit dem Bundesvorstand und seiner ostdeutschen Mitglieder sowie dem Ostgipfel. Dazu wird ein gemeinsamer Aktionsplan entworfen.

Ziel ist es, alle Aktivitäten des Bundesverbandes aus ostdeutscher Sicht zu prüfen und spezifische Problemlagen und Bedürfnisse herauszuarbeiten. Dies gilt insbesondere für die Aktionsprogramme der drei Umbauprojekte. Des Weiteren wird

der Bundesverband in Abstimmung mit dem Ostgipfel Angebote entwickeln, die die spezifischen Interessen und Problemlagen der ostdeutschen Landesverbände aufgreifen und die Möglichkeiten für entsprechende Veranstaltungen, wie z.B. eine Ostkonferenz, sicherstellen.

Darüber hinaus unterstützen und fördern wir auch die überregionale Zusammenarbeit zwischen Landesverbänden und Bezirken. Diese Art der Zusammenarbeit stärkt die inhaltliche Profilierung des Juso-Bundesverbandes und fördert den Austausch von Positionen nachhaltig.

Kommunalpolitische Initiativefähigkeit erlangen: Die Junior SGK

Kommunalpolitik spielt in der täglichen Arbeit von Jusos eine herausragende und wichtige Rolle. Gerade in den kommunalen Vertretungen sind Jusos verstärkt in öffentlicher Verantwortung. Hier haben sie einen erhöhten Gestaltungseinfluss auf die sozialdemokratische Politik vor Ort. Hier erlernen viele Jusos das politische Handwerkszeug für andere Aufgaben auf höheren Ebenen. Dieses Potenzial müssen wir in Zukunft besser für unsere tägliche Arbeit nutzen. Darüber hinaus müssen wir in Zukunft junge KommunalpolitikerInnen stärker miteinander vernetzen, um auch von der bundespolitischen Ebene ein Impulsgeber zu sein, da Kommunalpolitik immer auch bundespolitische Aspekte ist. Dies zeigt sich nicht erst seit der Debatte um eine Reform der Kommunal Finanzen, die maßgeblich auf bundespolitischer Ebene gestaltet wird. Folgende Arbeitsschritte wollen wir daher in den kommenden zwei Jahren auf den Weg bringen:

- Ausgehend von einer Evaluation der vorhandenen Arbeitsstrukturen in den Landesverbänden und Bezirken werden wir prioritär regionale Initiativen zur Gründung von JuniorSGK u.ä. unterstützen. Darüber hinaus wollen wir langfristig auf Initiative von und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken sowie in Kooperation mit der BundesSGK u.a. eine bundesweite JuniorSGK ins Leben rufen. Unser Ziel ist dabei eine bundesweite Vernetzung der kommunalpolitisch Aktiven und eine inhaltliche Profilierungs- und Bildungsarbeit für Jusos, die in diesem Themenbereich politisch aktiv sind. Bereits vorhandene Strukturen sind hierbei zu nutzen und zu unterstützen.

Hierbei gilt es auch, ggf. bestehende Angebote Dritter zu nutzen und mit der eigenen Bildungsarbeit zu verzahnen. Des Weiteren wollen wir verstärkt mit der Kommunalakademie zusammenarbeiten, die schon heute einen wichtigen Beitrag für die kommunalpolitische Profilierung leistet.

Der Bundesverband wird die Informationen zur einer Junior SGK bündeln und im Rahmen des permanenten Austausches zwischen allen Bezirks- und Landesverbänden online für alle Jusos zur Verfügung zu stellen.

Publikationen

Die Publikationen des Bundesverbandes werden professionalisiert und umgebaut:

- Die Reihe "Argumente" soll die Querverbindung zwischen Qualifikationsoffensive und den Projekten bilden. Als Bildungsangebote bieten sie inhaltliche Beiträge und Weiterentwicklungen zu den Schwerpunktthemen. Eine professionell arbeitende Redaktion mit breiter Verankerung im Verband wird angestrebt. Die Landes- und Bezirksverbände werden in das Redaktionsgeschehen integriert. Beiträge aus den Landes- und Bezirksverbänden sollen mehr als bisher sich in den Publikationen der Bundes Jusos wiederfinden.
- Das „update“ wird stärker auf die Ansprüche der Aktiven zugeschnitten. Dazu wird die Überarbeitung des „updates“ in den „Perspektiv-Wettbewerb“ integriert. Dort wird die Frage der Anforderungen an das „update“ mit den Unterbezirken thematisiert. Ein neues Layout wird angestrebt.
- Jusos.de ist die professionellste und aktuellste Homepage aller politischen Jugendverbände in Deutschland. Dies wollen wir bleiben. Dazu wird u.a. das „insite“ noch attraktiver und support-orientierter gestaltet und zu einem Mitgliedernetz mit hohem Gebrauchswert für die Juso-Arbeit vor Ort ausgebaut.
- Des Weiteren sind auch zu erstellende Materialien im Hinblick auf ihren praktischen Gebrauchswert für die Juso-Arbeit vor Ort – gerade unter finanziell und organisatorisch schwierigen Bedingungen insbesondere im Osten – zu entwickeln. Hier haben häufig einfache Materialien, die sich ggf. auch zum Eindruck eignen, Vorrang vor Materialien, die mit einem hohen Aufwand (und Preis) produziert werden.

Europa-Wahlkampf

Schon heute gibt es kaum eine politische Entscheidung, die nicht in Brüssel mitbeschlossen oder zumindest durch EU-Bestimmungen beeinflusst ist. Der Streit um den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt kann dafür ebenso als Beispiel dienen wie der Versuch neoliberaler Technokraten, die Daseinsfürsorge in Deutschland zu untergraben.

Neben der Kommission spielt, fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit, auch das Europäische Parlament eine immer wichtigere Rolle. Diese Entwicklung steht in keinem Verhältnis zu der Aufmerksamkeit, die unsere Partei dem Parlament und ihrer Gruppe von SPD- Abgeordneten widmet.

Der Bundesvorstand wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesausschuss einen eigenständigen Juso-Beitrag zur Europawahl im Sommer 2004 entwickeln. In der Umsetzung der Umbauprojekte werden alle europarelevanten Fragen als Querschnittsaufgabe mitbehandelt.

Darüber hinaus fordern wir die ECOSY auf, eine Kampagne schon vor dem Europawahlkampf 2004 durchzuführen, die die Bedeutung der Europawahlen in einer geeigneten Form darstellt. Hier können wir uns auch eine Zusammenarbeit mit anderen Partnerorganisationen vorstellen.

Zum Bundeskongress 2004 wird ein aktiver Beitrag zur Europawahl formuliert. Unsere Kernpunkte der Europapolitik sind neben der Beschäftigung mit dem Verfassungskonvent:

- Die Hinterfragung des neoliberalen Wirtschaftsmodells für Europa.
- Die kritische Thematisierung der europäischen Beschäftigungsstrategie.
- Die Integration statt Ausgrenzung in einer „Festung Europa“ zu befördern.

Wir wollen das Interesse an Europa stärken und vor allem junge Menschen für sozialdemokratische Europapolitik gewinnen. Dabei streben wir an, dem Europawahlkampf nicht nur inhaltliche sondern auch aktionsorientierte Impulse zu geben. So ist z.B. zu prüfen, inwieweit auch im Europawahlkampf junge Wahlkampf- und Aktionsteams gebildet werden können.

Im Vorfeld der Europawahlen wollen wir bereits existierende grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärkt durchführen. Auch neue Netzwerke mit Partnerorganisationen aus anderen europäischen Ländern wollen wir knüpfen.

Jusos 2010 – Zusammen sind wir stark!

Mit diesem Bundesarbeitsprogramm geben wir Jusos uns das Gerüst für eine neue Verbandskultur. Wir wollen gemeinsam mit modernen Aktionsformen für unsere solidarischen Inhalte streiten. Wir sind weiterhin der kritische Motor innerhalb der Sozialdemokratie. Wir werden unsere Vorstellungen einer solidarischen und fortschrittlichen Politik der nächsten Generation in Partei und Programm, in Regierung und Fraktion und nicht zuletzt in Gesellschaft und Bewegung einbringen. Dazu werden wir unser sozialistisches Politikverständnis weiter modernisieren. Und wir wollen die Zielgruppenansprache von Jusos und Partei neu aufstellen. Dies alles wird nur dann zum Erfolg führen, wenn es uns gelingt, dem Generationenaufbau innerhalb der Jusos eine fortschrittliche Richtung zu verleihen. **Wir schaffen das!**

Beschluss **A2** AntragstellerInnen: Bundesfrauenkommission über Bundesvorstand

Alice meets Ally. Oder: Die Hälfte ist immer noch die Hälfte!

Für eine ZUKUNFTSOFFENSIVE GLEICH_05(0%)

O. Vorwort

Das Selbstverständnis der Jusos als feministischer Richtungsverband wird immer noch gepflegt und – zumindest nach außen – kaum in Frage gestellt. Inhaltlich unterfüttert wird es allerdings kaum noch. Der Grund hierfür ist sicherlich nicht, dass die aktiven Frauen dazu nicht (mehr) in der Lage wären. Vielmehr haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und damit auch die Rahmenbedingungen für feministische Politik verändert. Waren für unsere Müttergeneration Benachteiligungen noch im alltäglichen Leben spürbar und zogen sich durch die gesamte Biografie, sind die Benachteiligungsmechanismen subtiler geworden und haben sich in der individuellen Biografie zumindest in der direkten Wahrnehmung nach hinten verschoben. Junge Frauen sind inzwischen genau so wenn nicht besser qualifiziert als ihre männlichen Altersgenossen und treffen in zunehmendem Maße erst auf reale Probleme, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf/ Karriere und Familie geht oder wenn gleich qualifizierten Männern bei Beförderungentscheidungen aufgrund fadenscheiniger Begründungen doch Vortritt gewährt wird.

Diese Entwicklung kommt bei den Jusos darin zum Ausdruck, dass junge Frauen sich zunehmend von der traditionellen Frauenbewegung Alice Schwarzer's nicht mehr angesprochen geschweige denn vertreten fühlen; vielmehr erfolgt eine Orientierung an jungen, erfolgreichen, gut aussehenden (magersüchtigen) Figuren, für die Ally McBeal nur ein Beispiel ist, die eine kollektive Vertretung ihrer Interessen nicht mehr unbedingt als Lösungsoption für ihre Probleme sehen, und die zurecht ihre Qualifikationen in den Vordergrund stellen. Dieser Wandel erfordert neue Ansatzpunkte, die nicht darauf abzielen, Frauen dieser Ansprüche zu berauben, sondern an ihrem gewandelten Selbstbewusstsein anzusetzen und in die Offensive zu gehen. Bisher fehlt es allerdings noch an einer Strategie, die die individuellen Ansprüche und Probleme zusammenführt und nicht mehr – wie in der Vergangenheit vielfach geschehen – als gegeneinanderstehende Richtungen diskutiert. Will sagen: Eine erneuerte feministische Strategie für die Jusos muss versuchen, mit neuen Methoden, die sich weiterentwickelnden Ziele zu erreichen. In erster Linie geht es darum, bei den jungen Frauen wieder Begeisterung für gleichstellungspolitische Diskussionen zu erzeugen und die Jusos insgesamt als Verband für Frauen attraktiver zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass ein solcher Aufbruch nur gelingen kann, wenn ALLE den allseits bekannten und beschworenen Einsichten nun auch Taten folgen lassen.

Dieser Antrag soll ein Startsignal für diesen Aufbruch sein: Wir wollen damit zeigen, dass Gleichberechtigung ein für Jusos zentrales Thema ist und bleibt. Wir wollen die Aufgaben für die nächsten zwei Jahre abstecken, konkrete Handlungsansätze aufzeigen und Aufschlag für eine innerverbandliche Diskussion liefern, die sich nicht auf das Pro und Contra zur Quote reduziert.

I. Gleich_98/02: Was hat Rot-Grün gebracht?

Die Attraktivität von Politik für Frauen ist abhängig davon, wie glaubwürdig ihre Ansprüche von den Regierenden vertreten werden. Rot-Grün I war angetreten, den Aufbruch in der Frauenpolitik zu schaffen, doch ist es – wie in vielen anderen Bereichen – nicht gelungen, diesen Aufbruch als Gesamtprojekt zu gestalten. Unzweifelhaft hat das Frauenministerium in den

vergangenen Jahren eine Reihe von Projekten auf den Weg gebracht, die, jedes für sich betrachtet, gute Ansätze beinhalten, da zumindest der Gleichstellungsgedanke im Vordergrund stand. Beispielhaft zu nennen sind hier zunächst das Gleichstellungsdurchsetzungsgesetz für den Bundesdienst, das Teilzeitgesetz (bei aller berechtigter Kritik), das Gewaltschutzgesetz, das in der Umsetzung von einigen Bundesländern blockiert wurde und wird, und die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung, deren Ziel es zumindest war, ein Mindestmaß an sozialer Sicherung zu gewährleisten. Dass diese Einzelmaßnahmen in der Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit erfahren haben, lässt sich vor allem auf die weitergehenden Konfliktlinien zwischen Wirtschaft und Regierung zurückführen, denn anstatt die Vorteile für Frauen in den Vordergrund zu stellen, wurden v.a. bei der geringfügigen Beschäftigung und beim Teilzeitgesetz die Kosten und damit die vermeintliche Gefahr für den Standort Deutschland heraufbeschworen. Besonders deutlich wurden und werden die Glaubwürdigkeitsdefizite aber in den Bereichen, die die Leitplanken für ein Gesamtprojekt klar gemacht hätten:

- Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Der 1. Bericht zur Einkommens- und Beschäftigungssituation von Frauen, der sicherlich als Fortschritt bezeichnet werden kann, stellt klar heraus, dass Frauen trotz besserer Qualifikation überproportional in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen vertreten sind, überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und dass sie quer durch alle Beschäftigungsschichten wesentlich weniger verdienen als Männer. Insbesondere die Gewerkschaften als Tarifparteien und die Betriebsräte haben die Pflicht, sich in diesem Bereich auch für die Interessen der Frauen einzusetzen. Bei der Lohnrelation Frauen/Männer schneidet Deutschland im europäischen Vergleich mit 76% vernichtend ab. Der Bericht stellt auch klar die wesentlichen Faktoren heraus, die für diese strukturellen Benachteiligungen verantwortlich sind, die jedoch obwohl es nun seit geraumer Zeit schwarz auf weiß vorliegt noch kaum zu Konsequenzen geführt haben.

So wird bislang die Abschaffung des Ehegattensplittings von den männlich dominierten gesellschaftlichen Interessengruppen erfolgreich blockiert und auch die im November 2001 auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossene Weichspülversion der Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Familienförderung wird nicht auf die Agenda gesetzt.

Notwendig wäre ebenfalls eine Diskussion über ein neues Normalarbeitsverhältnis, dass sich an den Ansprüchen von Frauen orientiert. Hierzu zählt insbesondere die Forderung nach einer generellen Verkürzung der Wochenarbeitszeit und eine breit angelegte Diskussion über den gesellschaftlichen Wert von Arbeit.

- Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Das größte Glaubwürdigkeitsdefizit besteht ohne Zweifel bei der Umsetzung der Gleichstellung in der Privatwirtschaft. Das Scheitern des Gesetzes zeigt das der Grundsatz „Gleiches Recht für gleiche Arbeit“ noch nicht im Zentrum der Politik der Bundesregierung angekommen ist. Hier sind auf Kosten von Frauen faule Kompromisse geschlossen worden. Die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Wirtschaftsverbänden zur Chancengleichheit kann ohne einen vernünftigen Sanktionsrahmen nur als zahnloser Tiger bezeichnet werden. In diesem Jahr steht die Evaluation der Vereinbarung an und es steht zu befürchten, dass diese sofern sie überhaupt noch stattfindet aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage untergehen und damit zu keinerlei Konsequenzen führen wird. Die Jusos setzen sich auch weiterhin für die Durchsetzung dieses Gesetzes ein. Gleichstellung darf nicht Privatsache sein.

- Ganztagschule und Betreuungsoffensive

Zum Ende der Legislatur und im Wahlkampf '02 ist die Bundesregierung dann mit dem Versprechen in die Öffentlichkeit gegangen, die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt

durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen abbauen zu wollen. Ganze 4 Mrd. sollen dafür in den kommenden Jahren zur Verfügung gestellt werden. Beginnend ab 2003 werden jährlich je eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt, um den Auf- und Ausbau der Ganztagsbetreuung zu fördern. Zusätzlich wird ab 2004 das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren vom Bund mit jährlich 1,5 Milliarden Euro unterstützt. Ganztagschule ist zwar kein feministisches Projekt, drückt aber aus, dass inzwischen anerkannt wird, dass es ökonomisch unsinnig ist, die beruflichen Qualifikationen von Frauen versanden zu lassen, nur weil ihnen keine entsprechenden Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kind/er angeboten werden. Nach wie vor sind Frauen diejenigen, die für die Familie zur Verantwortung gezogen werden - ihre Situation zu erleichtern ist überfällig. Eine aktuelle Studie bekräftigt den Zusammenhang von umfassender Kinderbetreuung und der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Allerdings steht zu befürchten, dass dies in puncto Gleichstellungspolitik für die nächsten Jahre alles war. Hinzu kommt, dass die Umsetzung der Ganztagschule eine Reihe weiterer Probleme induziert, die das eigentliche Ziel konterkarieren.

Insgesamt muss festgehalten werden, dass sich in der SPD ein frauenpolitischer Paradigmenwechsel vollzogen hat. Mit der Abkehr von der Gleichberechtigungspolitik hin zur Subsumierung von Frauen- unter Familienpolitik werden die gesellschaftlichen Benachteiligungen von Frauen jenseits der Betreuungsfrage negiert. Mit dieser Annäherung des sozialdemokratischen an das konservative Rollenbild wird es in Zukunft auch für Jusos schwieriger, feministische Positionen glaubhaft vertreten zu können und wir laufen Gefahr, gerade junge Frauen nachhaltig an den Koalitionspartner zu verlieren.

II. Gleich_01/03: Frauen bei den Jusos. Alles super?

Der Frauenanteil bei den Jusos ist dramatisch niedrig und sinkt weiter. Worauf dies im Detail zurückzuführen ist, muss sicherlich wissenschaftlich geklärt werden; fest steht jedoch, dass die beschriebene Glaubwürdigkeitslücke und auch die wenig frauenfreundlichen Strukturen einen nicht geringen Anteil daran haben. Wenn die Jusos als Verband zukunftsfähig sein wollen, müssen auch hier Lippenbekenntnissen konkrete Projekte folgen.

Die im Frühjahr 2001 durchgeführte Potentialanalyse hat den Handlungsbedarf mehr als deutlich gemacht: nur 15% der UB- und Kreisvorsitzenden waren Frauen; bei den Bezirks- und Landesvorsitzenden sieht der Anteil ähnlich gering aus und sinkt tendenziell. Demgegenüber sind die Untergliederungen mit weiblichem Vorsitz aktiver und in der Öffentlichkeit präsenter. Es zeigt sich gleichzeitig, dass Frauen trotz Quote nur beschränkten Zugriff auf Führungspositionen haben.

Die Unterrepräsentanz von Frauen spiegelt sich insbesondere in der Besetzung der Kommissionen wieder. In der BK Wirtschaft und Soziales waren bis auf die verantwortlichen Bundesvorstandsmitglieder keine Frauen anzutreffen. Das Kommissionsprinzip hat aber nicht erst in den vergangenen zwei Jahren zum systematischen Verdrängen von Frauen geführt. Bei einem Vertreter pro Bezirk/Landesverband ist es üblich, dass die Stellvertretung der Frau zufällt (sofern es sich um klassische Männerthemen handelt).

Dies trifft insbesondere auf die BKI zu. In der internationalen Frauenarbeit waren die Jusos in den letzten zwei Jahren über mehrere Genossinnen im Women's Network von ECOSY sowie in der Feminist Working Group der IUSY vertreten. Traditionell ist/sind die FWG-Vertreterinnen gehalten, ihren Arbeitsschwerpunkt in der Bundeskommission Internationales zu haben und die Verbindung zur Bundes-Frauenkommission zu halten. Idealerweise tagten die Kommissionen deswegen parallel, um sich besser austauschen zu können, allerdings hat sich dies in den letzten zwei Jahren verschoben, was zu einer zusätzlichen zeitlichen Belastung führte. In der BKI ist die Frauensituation nach wie vor schwierig. In den letzten Monaten waren Diskussionen über die angemessene Vertretung von Frauen in Delegationen nötig, die bei mindestens 50% liegen müsste. Da es in dieser Kommission aber keine Frauenförderung gibt, konnte dieses Ziel nicht immer erreicht werden. Aus diesem Grunde wird es in Zukunft im Rahmen der BKI-Treffen jeweils ein Frauenplenum geben, zur Integration der neuen Frauen und zur Abstimmung aller Frauen untereinander. Positiv ist, dass es durchwegs gelang, die Juso-Position auf europäischer und internationaler Ebene einzubringen und gelegentlich auch zu überzeugen. Vor allem im Bereich der inhaltlichen Arbeit und der Nachwuchsförderung liegt denn auch die Zukunft der internationalen Frauen-Arbeit der Jusos; wichtig wird auch die Vorbereitung und Teilnahme an den Frauen-Aktivitäten beim anstehenden IUSY-Festival.

Klar ist, dass die Quote alleine als Instrument nicht ausreicht, den Frauenanteil in Führungspositionen nachhaltig zu vergrößern. In der vergangenen Zeit wurde allerdings, anstatt sich über neue Instrumente Gedanken zu machen, die Diskussion um die Quote selbst zum Schutzschild für diese Ideenlosigkeit. Viele junge Frauen haben ein sehr distanzierendes bis ablehnendes Verhältnis zur Quote. Das liegt zum einen daran, dass sie sich nicht mehr benachteiligt fühlen oder es teilweise auch nicht sind. Benachteiligung merkt man heute nicht mehr bei Bildungsabschlüssen sondern wesentlich später, wenn es um Gehaltsforderungen, berufliches Fortkommen, oder um Führungspositionen bei den Jusos geht. Solange aber weder QuotengegnerInnen noch BefürworterInnen ein Instrument entwickelt haben, dass die gleiche Beteiligung von Frauen an unserer Politik zumindest grundsätzlich ermöglicht, solange bleibt die Quote ohne Alternative.

Die BFK hat im letzten Jahr unter dem Motto *Ich will Chefin werden...* versucht, an den Ansprüchen der jungen, selbstbewussten Genossinnen anzusetzen und damit den ersten Schritt zu einer echten Flankierung der Quote gemacht. Auf einer Konferenz diskutierten sie mit Frauen, die es geschafft haben, über Probleme auf dem Weg an die Spitze. Der Austausch über gemeinsame Erfahrungen und längst vergessen geglaubte Hürden verdeutlichte vielen, dass die Quote nach wie vor notwendig ist. Gleichzeitig wurde mit dieser Konferenz ein Prozess in Gang gesetzt, den es in den kommenden Jahren auszubauen und durch weitergehende Maßnahmen zu flankieren gilt.

III. Zukunftsoffensive Gleich_05(0%)

In den kommenden zwei Jahren muss es gelingen, sowohl eine politisch-inhaltliche als auch eine innerverbandlich-strukturelle zielgerichtete Diskussion über die Ansprüche von Frauen und die Zukunft von Frauenpolitik zu führen. Dabei ist zumindest die (regierungs)politische Agenda bereits vorgegeben: Aufarbeitung der Defizite der vergangenen Legislatur. Innerverbandlich muss die Instrumentendebatte endlich mehr als nur die Quote beinhalten.

a) Gleich_02/06: Anforderungen an Rot-Grün II

Zentrale Aufgabe wird es sein, den in den letzten vier Jahren schleichenden und durch die Ernennung Renate Schmidts zur Frauenministerin beschleunigten Bedeutungsverlust von Gleichstellungspolitik zu stoppen. Kritik wird bereits von einflussreichen Frauen laut, die sich Christine Bergmann zurückwünschen: So wurde Heide Pfarr, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung zitiert mit dem Satz: Christine Bergmann war die letzte Frauenministerin. Ab jetzt gibt es nur noch Familienministerinnen. Diesen Unmut gilt es aufzugreifen und entlang der folgenden Themenbereiche zu bündeln:

- Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft

Dass Gleichstellung nur dann funktioniert und der sog. *glass ceiling* zumindest teilweise durchbrochen werden kann, wenn dazu geeignete Gesetze vorhanden sind, zeigt die Erfahrung in vielen Ländern. In den USA überwachen staatliche Stellen die Umsetzung der Gleichstellungspläne in Unternehmen, in der Schweiz haben Frauenverbände ein Verbandsklagerecht, in Norwegen wurde gerade trotz des bereits vergleichsweise hohen Anteils von Frauen in Führungspositionen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft verabschiedet.

Deutschland behält dagegen seinen Status als Entwicklungsland beim Frauenanteil in Führungspositionen bei und hofft auf die Freiwilligkeit der Wirtschaft. Mag diese Freiwilligkeit in Zeiten guter Konjunktur durchaus gegeben sein, da ansonsten qualifizierte männliche Fachkräfte fehlen, so ist klar, dass in Zeiten konjunktureller Schwäche Gleichstellung keine Rolle spielt.

Deshalb halten wir an der Forderung nach einem effektiven Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft fest, das sich an den folgenden Leitlinien orientieren muss:

- Klare Vorgaben zur Förderung der Chancengleichheit durch effektive Zielvorgaben für die Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie verbindliche Gleichstellungspläne in Betrieben.
- Gleichstellungsbeauftragte mit effektiven Rechten und Kompetenzen, die Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen initiieren und kontrollieren.
- Bessere Rechte bei konkreten Benachteiligungen, wie z.B. ein diskriminierungsfreies Auswahlverfahren bei Einstellungen und Beförderungen.

- Wirksame Sanktionen durch ein Verbandsklagerecht für Frauenverbände und Gewerkschaften sowie Sanktionen bei Verstößen gegen vereinbarte Gleichstellungsziele.
- Die Bindung der öffentlichen Auftragsvergabe an Maßnahmen zur Chancengleichheit.
- Eine Gleichstellungskommission auf Bundesebene in Anlehnung an internationale Vorbilder.
- Effektive Regelungen zur Beseitigung von Lohndiskriminierung und zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.

Egal, ob die beschlossene Evaluation der Gleichstellungsvereinbarung vom Juli 2001 stattfindet oder nicht: unsere Aufgabe ist es, den offen und latent vorhandenen Unmut zu bündeln und Renate Schmidt in ihre frauenpolitische Verantwortung zu nehmen.

- Ganztagsschule und Betreuungsoffensive, die ihren Namen auch verdient

Auch wenn die Wahl im September 2002 nicht zuletzt aufgrund der angekündigten Betreuungsoffensive gewonnen wurde, muss unmissverständlich deutlich gemacht werden, wo die Defizite des Ansatzes liegen und es muss klargestellt werden, dass die frauenpolitische Dimension nur eine von vielen ist. Vielmehr muss argumentiert werden, dass es hier um ein gesellschaftliches Projekt geht, das genau so sozial-, bildungs- und beschäftigungspolitische Effekte haben wird.

Hinzuweisen ist dabei immer auf folgendes:

- Je ausgedehnter die Betreuungsfunktion von Schulen ist, desto mehr Integration und sozialer Ausgleich wird möglich. Bisher sind es aber vor allem Kinder aus einkommensschwachen und MigrantInnenfamilien, die aus unterschiedlichen Gründen - nicht zuletzt auch wegen dem noch sehr traditionellen Frauenbild - die vorhandenen Betreuungsangebote unterdurchschnittlich nutzen - es sei denn, sie wären verpflichtender Bestandteil des allgemeinen schulischen Alltags.
- Nach den ersten Auswertungen der PISA-Studie wird erwartet, dass ein umfassendes Ganztagschulskonzept mit alternativen Lernformen, pädagogisch aufbereiteten Methoden und einem ausgedehnteren Zeitrahmen für die Wissensvermittlung Abhilfe schaffen kann, damit der Nachwuchs in der Bundesrepublik den internationalen Vergleich nicht scheuen muss. Es ist eine staatliche Zukunftsaufgabe, offensichtliche Defizite im bildungspolitischen Bereich zu bekämpfen - dass es hier Lücken zu schließen gibt, beweist der Boom im Nachhilfesektor.

Inzwischen sind auch Vorschläge für die Umsetzung der Idee der Ganztagschule publik geworden. So erklärte die Bundesbildungsministerin, ihr Ziel sei, an jeder dritten Schule in Deutschland Ganztagsbetreuung zu realisieren. Weitergehende Diskussionsgrundlagen, wie denn die Ganztagschule der Zukunft aussehen soll, fehlen vorläufig noch, ebenso wie ein Konzept, wie die dramatisch ungleiche Betreuungssituation in den Bundesländern und das erhebliche Stadt-Land-Gefälle aufgebrochen werden soll. Faktoren, die geprüft und diskutiert werden müssen, sind das pädagogische und bildungspolitische Konzept, der Zeitrahmen, die Gruppen/Klassenstärken, die Frage von zusätzlichem Personal, Einbeziehung von Ehrenamtlichen und nicht zuletzt die Frage der Kostenbeteiligung von Eltern.

Dabei stehen durchaus auch in einigen sozialdemokratisch geführten Bundesländern die Konzepte in der Kritik, sei es, dass der Bedarf zu gering veranschlagt wurde, sei es, dass von Elternseite der Vorwurf erhoben wird, dass es sich lediglich um Nachmittagsbetreuung und nicht um Ganztagschule handle (z.B. in Schleswig-Holstein). In Rheinland-Pfalz soll die Teilnahme an der Nachmittagsbetreuung der Entscheidung der Eltern überlassen bleiben - demzufolge kann auch keine zusätzliche Wissensvermittlung stattfinden, da ja sonst diejenigen, die nicht teilnehmen, im Schulalltag benachteiligt wären.

Am besten, weil am progressivsten, sind interessanterweise die SPD-Konzepte noch dort, wo die Partei gerade nicht regiert und die Auf-Dauer-Schlauer-Kampagne nutzen will, um die unmodernen und selektiven Ansätze der Union zu entlarven, so zum Beispiel im Saarland oder in Bayern und Baden-Württemberg.

Mindestanforderungen, damit das Zukunftsprojekt Ganztagschule seinen Namen auch verdient, sind also:

- Ein schulisches wie ein pädagogisches Konzept, das zu einer bundeseinheitlichen Rahmengesetzgebung führt. Dabei muss im Zentrum stehen, dass es eben nicht nur um Betreuung oder Aufbewahrung der Kids geht, sondern auch um einen sinnvollen Nutzen der Zeit, z.B. um zusätzliche Wissensvermittlung, Nachhilfe, Projektarbeit und soziale Initiativen zu ermöglichen. Diese Qualität ist auch im Interesse der Eltern, die ihr/e Kind/er gut aufgehoben haben wollen.
- Ganztagsschulunterricht muss aus Sicht der Eltern zeitlich ausgedehnt sein, um tatsächlich Berufstätigkeit zu ermöglichen, bedarfsorientiert und möglichst flächendeckend sein. Es muss auch erreichbare Ganztagschulen im ländlichen Raum geben! Ideal wäre es -ähnlich wie bei der Kindergartenbetreuung, den Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz zu formulieren;
- Auch wenn es sinnvoll ist, die gewonnene Zeit für Nachhilfe oder zusätzliche Förderung zu nutzen, darf sich das Angebot nicht nur an einzelne SchülerInnen richten, die eben mehr Zeit brauchen. Wer Ganztagschule auf freiwilliger Basis und nicht verpflichtend für alle einführt, vergibt die ausgleichende und gleichstellende Funktion dieses Modells und manifestiert die Ausdifferenzierung. Bei berufstätigen Müttern verbleibe der Malus, ihre Kinder zur Aufbewahrung untergebracht zu haben, ohne dass für diese qualitativ etwas rauskommt.
- Ganztagschule muss sozialverträglich sein und das bedeutet - im Gegensatz zu den Modellen in den unionsregierten Ländern - kostenfrei und ohne Eigenbeteiligung der Eltern. Dies gilt auch für die dann notwendige Schulspeisung.
- da zu befürchten ist, dass es trotz eines verbesserten Ansatzes zu einer sozialen Selektion kommen wird und in der Schule eine Zwei-Klassen-Gesellschaft (nachmittags betreute Kinder und Kinder, die Mittags nach Hause gehen dürfen, ist es wichtig, in der Schule geschulte sozialpädagogische Fachkräfte als kompetente Ansprechpartner für die Probleme der SchülerInnen zur Verfügung zu stellen. Die Schule ist hier gefordert, Probleme aufzugreifen und sich mit den SchülerInnen auseinanderzusetzen.

der zu setzen. Die Aufgabe liegt zwar nach allgemeiner gesellschaftlicher Auffassung noch bei der Familie, kann aber von dieser nicht immer geleistet werden.

- Unklar ist gegenwärtig auch, wie die Verteilung der 4 Milliarden Euro auf die Bundesländer und Kommunen gerecht organisiert werden kann. Der Bedarf ist dort am größten, wo die Union in der Vergangenheit gemauert hat, während sozialdemokratisch regierte Bundesländer seit Jahrzehnten um die Finanzierung ihrer durchwegs umfassenderen Betreuungsprojekte kämpfen müssen. Soll die rückschrittliche Haltung belohnt werden?

Aufgabe der Jusos, im Bundesverband wie in den Bezirken, muss es also neben allem anderen auch sein, dafür zu sorgen, dass aus dieser frauen-, sozial- und bildungspolitischen Initiative kein Etikettenschwindel wird - das ist auf Dauer schlauer! und trotz aller Euphorie besteht noch Diskussions- und Klärungsbedarf.

Darüber hinaus bleibt davor zu warnen, sich auf monokausale Erklärungsansätze einzulassen. Die Geburtenrate in der Bundesrepublik geht nicht allein wegen der schlechten Betreuungssituation zurück, wie vielfach argumentiert, die Karrierechancen von Frauen sind nicht allein wegen der Kinderfrage begrenzt und auch ein ausgebautes und bedarfsdeckendes Ganztagschulsystem wird die Gleichstellung von Frauen nur einen Schritt voran bringen können, aber nicht allein bewerkstelligen können!

Aufgabe der Jusos und der SPD ist es über die beiden Einzelprojekte hinaus eine Vision von Erwerbsgesellschaft zu entwerfen, die die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen am Erwerbsleben ermöglicht und die strukturell bedingten Benachteiligungen beseitigt.

b) Jusos für Frauen 03_05

Die Jusos selbst müssen in den nächsten zwei Jahren nach Zugängen und Möglichkeiten suchen, wie die eigentliche Zielgruppe junge Frauen inhaltlich erreicht werden kann. Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden, sondern es gibt genügend Initiativen aus der Vergangenheit, deren Aktualität immer noch gegeben ist.

ZOFF Zukunftsoffensive für Frauen

Auch wenn Frauen inzwischen per saldo besser qualifiziert sind als Männer, so zeichnet sich hier ein höchst gespaltene Entwicklung ab. Auf der einen Seite machen Mädchen häufiger Abitur, auf der anderen Seite hat sich aber beim Berufswahlverhalten von Mädchen ohne Abitur kaum etwas verändert. So stehen Berufe wie Kauffrau im Einzelhandel, Friseurin und Verkäuferin immer noch in den Top Ten der meistgewählten Ausbildungsberufe. Was das für die berufliche Zukunft der jungen Frauen bedeutet, ist vorhersehbar. Das Bildungsministerium hat in den vergangenen Jahren eine Reihe von Projekten auf den Weg gebracht, die Frauen den Weg in technische und handwerkliche Berufe ebnen sollen. Jedoch stellt sich zunehmend die Frage, wie zukunftsfähig bestimmte Berufe noch sind. Hinzu kommt, dass vor allem ländliche Regionen von solchen Initiativen und Projekten abgekoppelt sind; gerade hier

Ausbildungsberuf	Anzahl der Bewerberinnen	Anteil an allen Bewerberinnen	Anteil an dem jeweil. Beruf
Kauffrau für Bürokommunikation	3.744	14,63%	72,00%
Arzthelferin	2.456	9,60%	99,70%
Kauffrau im Einzelhandel	2.279	8,91%	57,8%
Friseurin	1.735	6,78%	95,7%
Verkäuferin	1.152	4,50%	79,90%
Hotelfachfrau	783	3,06%	43,20%
Bankkauffrau	712	2,78%	58,70%
Verwaltungsangest. u. zugeh. Berufe	693	2,71%	78,00%
Floristin	506	1,98%	97,90%
Verkäuferin im Nahrungsm.handel	454	1,77%	97,60%
insgesamt	14.514	56,70%	63,29%

Hessen Ende Sept. 2000

wären solche Initiativen jedoch notwendig, da im ländlichen Raum die Bedeutung der Eltern bei der Berufswahl noch wesentlich stärker ausgeprägt ist und traditionellen Mustern folgt. Ähnliches gilt auch für die Studienwahl junger Frauen, bei der deutlich wird, dass techniknahe Berufe auf Frauen abschreckend wirken. Doch bei den Studienanfängerinnen hat es in den letzten Jahren auch positive Entwicklungen gegeben. Bei den Rechtswissenschaften und bei Betriebswirtschaftslehre haben junge Frauen inzwischen gleichgezogen. Dies jedoch sagt noch nichts über ihre späteren Berufs- und Karrierechancen aus.

Studienfach	Studienanfänger insgesamt Anzahl	Rang	davon Frauen			
			Männer Anzahl	Rang	Anzahl	Rang
Informatik	2116	1	1697	1	419	9
Betriebswirtschaftslehre	1812	2	1066	2	746	2
Germanistik	1573	3	353	7	1220	1
Rechtswissenschaft	1237	4	571	5	666	3
Sozialwesen	787	5	187	17	600	4
Biologie	764	6	264	12	500	6
Bauingenieurwesen	719	7	521	6	198	19
Maschinenbau	698	8	641	3	57	47
Erziehungswissenschaft	688	9	149	21	539	5
Architektur	677	10	343	8	334	10

Studienanfänger Wintersemester 1999/2000 in Hessen

Mit einer Kampagne ZOFF_04 Zukunftsoffensive für Frauen, die in das Umbauprojekt Berufsorientierung integriert ist, wollen wir an die ZOFF-Kampagne anknüpfen, die bereits Anfang der 90er innerverbandlich erfolgreich war.

- Quotenoffensive

Die Quotendiskussion ist in unserem Verband in den letzten Jahren ausführlich geführt worden, jedoch meist auf eher niedrigem Niveau. Die Argumente wurden ausgetauscht ohne, dass irgendeine Veränderung in der Verbandskultur stattgefunden hat oder dass für das Problem der Beteiligung von Frauen von den Quotengegnern andere Vorschläge gemacht worden wären. Fakt ist jedoch, dass wir die Quote brauchen, um eine gleichberechtigte politische Arbeit durchführen zu können.

Wir wissen, dass die Quote auch viele Nachteile hat und es uns auch lieber wäre, dass wir das Instrument nicht mehr benötigen, um eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in unserem Verband zu erhalten. Schaut man sich jedoch die Gremien an, in denen keine Quotierung gilt, so sind diese eindeutig von Männern dominiert bzw. ist manchmal leider gar keine Frau zu finden...

Anstatt uns zurückzuziehen, werden wir in Zukunft wieder in die Offensive gehen. Wir werden um die Quote kämpfen und die Diskussion gleichzeitig durch weitergehende Maßnahmen flankieren.

Von den Gegnern der Quote werden immer wieder die selben Argumente gegen die Quote ausgeführt:

Eine Frau wird immer als Quotenfrau wahrgenommen.

Klar gibt es Frauen, die nur aufgrund einer Quotierung auf einen bestimmten Posten gelangen, doch erstens sind diese Beispiele nur in sehr geringem Umfang zu finden und zweitens gibt es genügend Fälle in denen auch Männer aufgrund von Regionalproporz oder Strömungsdanken nicht aufgrund ihrer Qualifikationen einen bestimmten Posten besetzen.

Außerdem lässt sich die Wahrnehmung einer Frau als Quotenfrau folgendermaßen begründen:

1. Wir behaften Frauen schon im Vorfeld mit solchen Vorurteilen und geben der Frau keine Chance, sich durch ihre Arbeit zu bewähren. Hieran ist allerdings nicht die Quote schuld, sondern die Vorurteile die immer noch gut gepflegt werden.
2. Wenn Frauen für einen Posten gesucht werden (der Fall kann allerdings nur mit der Quote auftreten, ansonsten würden die Frauen gar nicht erst berücksichtigt), werden sie in ihrer Arbeit dann meist alleine gelassen und werden dann ganz selbstverständlich zur vorzeigenden „Quotenfrau“. Doch nicht die Quote hat hier versagt, sondern es fehlt an der gezielten Aufbauarbeit und Unterstützung von Frauen.

Die Quote ist ungerecht und diskriminiert Männern, da Frauen automatisch in Gremien gewählt werden.

Der Punkt ist in diesem Fall nicht, dass Männer mal außen vor bleiben und die Position nicht besetzen, dass zu wenige Frauen befähigt und gefördert werden, Posten zu besetzen und einflussreiche Positionen zu besetzen. Die Jusos stellen noch immer den Anspruch, für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zu stehen. Die Quote bietet hier die Möglichkeit im Verband selbst dieser Gleichberechtigung ein wenig näher zu kommen. Natürlich kann es vorkommen, dass aufgrund der Quote ein kompetenter Mann nicht in ein bestimmtes Gremium gewählt wird. Das ist in diesem Moment bedauerlich für das Gremium, doch es bestehenden genügend Möglichkeiten in solchen Fällen die Männer aktiv mit in die Arbeit einzubeziehen.

Wir bleiben dabei, dass wir die Quote benötigen, um eine einigermaßen gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an den Entscheidungsprozessen in unserem Verband zu ermöglichen. Solange Frauen in unquotierten Gremien unterrepräsentiert sind, nur einen Bruchteil der Vorsitzenden stellen, in unserem Verband in der Minderheit sind, vor Wahlen immer noch gesucht werden müssen, solange ist eine Quotierung unausweichlich.

- Coaching, Mentoring

Eine der wichtigsten flankierenden Maßnahmen, die in der näheren Vergangenheit vielfach diskutiert und bereits angewendet wurde, ist das Mentoring und Coaching jüngerer/ neuer Genossinnen. Das Prinzip ist klar: Ältere/ erfahrenere Genossinnen stehen als geschlechtsgemischtes Mentorenpaar zur Verfügung und beraten/ unterstützen ihre Mentees. Wir werden die vielfältigen bestehenden Mentoring-Programme sichten und ein eigenes Programm auflegen. Die Koordination erfolgt durch das Frauenforum. Um die Finanzierung sicherstellen zu können, wird die ASF mit eingebunden.

- Chefinnen für Einsteigerinnen

Die große positive Resonanz auf die Chefinnen-Konferenz im vergangenen Jahr zeigt, dass dieser Ansatz geeignet ist insbesondere neue Genossinnen einzubinden und sie jenseits ihres Alltags in den Unterbezirken und Kreisverbänden zur Diskussion und zum Austausch anzuregen. Dieser Ansatz muss fortgeführt werden und durch weitergehende Bildungsmaßnahmen flankiert werden. Denkbar sind hier vor allem Seminare zum politischen Management (in Kooperation mit der FES) und bei Bedarf inhaltliche Seminare zu gewünschten Themen.

- Frauenforum

Die Bundesfrauenkommission soll in ein offenes Forum für Frauen umgewandelt werden. Das Bezirksprinzip hat sich in der Vergangenheit als zunehmend ungeeignet erwiesen, wenn es darum ging, interessierte Frauen in die Arbeit einzubinden, v.a. aufgrund der Bezirksauflösungen. Daher soll das Frauenforum allen Frauen die Möglichkeit geben, sich inhaltlich einzubringen. Neben der Funktion als frauenpolitischer think tank soll das Forum aber auch Kontaktstelle für Genossinnen sein, die im Verband vor Ort in Verantwortung stehen, und bei Fragen und Problemen Hilfestellung leisten. Auf diese Art und Weise sollen die zum Teil unterschiedlichen frauenpolitischen Herangehensweisen zusammengeführt und produktiv nutzbar gemacht werden. Zur Unterstützung soll ein Diskussionsforum auf der Juso-Homepage eingerichtet werden.

- regelmäßige Potentialanalyse

Um die Entwicklung der Jusos (nicht nur bei den Frauen) besser beurteilen zu können und entsprechend rechtzeitig Maßnahmen ergreifen zu können, ist die jährliche Durchführung einer Potentialanalyse notwendig. Dabei muss der Fragebogen ergänzt werden um frauenspezifische Fragen, insbesondere deren thematische Interessen, Mobilitätsprobleme (im ländlichen Raum), etc.

- regelmäßige Evaluation von Veranstaltungen des Bundesverbands

Sämtliche Veranstaltungen, die der Bundesverband für die Bezirke und Unterbezirke durchführt, müssen im Vorfeld auf frauenspezifische Probleme geprüft werden. Insbesondere ist bei den Anmeldungen darauf zu achten, dass Bezirke und Unterbezirke quotiert anreisen. Auch wird die Teilnahme nach Geschlecht in Zukunft dokumentiert. Um das Prinzip „Gender Mainstreaming“ in der Verbandswirklichkeit zu verankern sollte Frauenpolitik nicht nur außerhalb der drei Umbauprojekte diskutiert werden sondern anhand der jeweiligen Themen, die in den Projekten behandelt werden.

Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

(Grundsatzprogramm der SPD)

Beschluss **B1** AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Berufsorientierung und sozialer Umbau als sozialistisches Reformkonzept

A. Analyse

„ Unsicher schlittern wir nun vorwärts. Unsicher und ängstlich, weil es nie eine wirkliche Interessenfindung gegeben hat, unsere Köpfe wurden hervorragend trainiert, nur, was von dem Gelernten uns selbst angeht, haben wir nie herausgefunden, zu beschäftigt waren wir mit der Jagd nach Noten.“¹

Diese Einschätzung einer Schulabgängerin ist symptomatisch für viele Jugendliche aus unserer Generation, die die Erfahrung gemacht haben, dass sie einer beruflich und privat ungewissen Zukunft entgegengehen, ohne durch Schule, Familie oder staatliche Institutionen ausreichend auf den Übergang in ein neues Leben vorbereitet worden zu sein. Die Notwendigkeit für Jugendliche, bereits während der Schulzeit eine individuelle Strategie zur Entfaltung der eigenen Stärken und zur Organisation der späteren Berufsbiografie zu entwickeln, nimmt erheblich zu. Immer weniger taugt die Biografie der Eltern als Wegweiser für das eigene Leben. Während in bürgerlichen Milieus die Fähigkeit, sich flexibel auf neue Anforderungen einstellen zu können, teilweise eingeübt wird, gilt dies für andere Teile der Gesellschaft nicht. Nach wie vor spiegeln die Berufswahlwünsche von jungen Frauen und jungen Männern nicht die Vielfalt der modernen Arbeitswelt wider.

Die Schulen sind auf diese neuen Anforderungen der Berufsorientierung nicht eingestellt. Sie sind nicht hinreichend in der Lage, Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten, auch weil Schule, Berufsberatung, Jugendhilfe und Arbeitsmarktpolitik nur unzureichend vernetzt sind. Es muss uns gelingen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihren Orientierungsphasen eine individuelle Beratung und ein Coaching, das auf ihren Potenzialen aufbaut, zu organisieren.

Auch die berufliche Weiterqualifizierung sei es in einem Studium oder einer Ausbildung wird dabei vielfach als ein Verteilungskampf um die beste Ausgangssituation und nicht als Teil einer umfassenden eigenständigen Orientierung wahrgenommen. Die Aussichten auf ein ökonomisch und sozial abgesichertes Leben sinken selbst für Jugendliche, deren Eltern eine gesicherte Existenz erreicht haben. Rekordzahlen fehlender Ausbildungsplätze und die weiter verstärkte Selektion für ein Studium verschärfen den Druck, dem Jugendliche ausgesetzt werden. Arbeitslosigkeit, soziale Exklusion und mangelnde Orientierungsphasen sind die wesentlichen Drohpotenziale, die weit bis in die Kinder- und Jugendphase hineinreichen und die ohnehin bestehenden gesellschaftlichen Spaltungen in eine Konkurrenzsituation innerhalb der jungen Generation transformieren.

1. Fünffache gesellschaftliche Spaltung

Die berufliche Orientierung geschieht vor dem Hintergrund unterschiedlicher gesellschaftlicher Reproduktionsmuster in Klassen und Milieus, die durch die fehlenden Möglichkeiten, sich selbstbestimmt beruflich zu orientieren, in ihrer Wirkung verstärkt werden. Berufsorientierung kann aber nur dann sinnvoll vermittelt werden, wenn sie in eine Analyse gesellschaftlicher Umbrüche eingebettet wird.

a) *Individuelle Trennung zwischen Qualifizierung und Arbeit / sozialem Status* War es bis zu den 1970er Jahren die Regel, dass eine Karriere langfristig über den Ausbildungsweg vorbereitet werden konnte, ist heute eine hohe Qualifizierung zunehmend zwar noch notwendig, aber nicht mehr hinreichende Bedingung, einen gesicherten und adäquaten Arbeitsplatz zu erhalten. Die neue Unsicherheit wird als direkter Druck an die Lernenden weitergegeben. Die unzureichende materielle

¹ Sabine Rutar, Nicht wissen, wo es langgeht, in: Die Zeit, 1.08.1986, S. 40, zitiert nach Günter Thoma, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen aber wie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 03.02.2003, S. 42.

Absicherung der Lernenden und der institutionelle Abbau sozialstaatlicher Leistungen kann so über die ideologische Klammer des individuellen Wettbewerbs als Konkurrenzkampf zwischen Personen ausgetragen werden. Gleichzeitig gerät vor allem das ArbeiterInnen- und FacharbeiterInnen-Milieu unter Druck, weil der von den Eltern noch bekannte Ausbildungsweg häufig nicht mehr eingeschlagen werden kann. Die Misere auf dem Ausbildungsplatzmarkt lässt diesen Jugendlichen zumeist lediglich die Chance, entweder über Kontakte an einen Ausbildungsplatz zu kommen, eine Maßnahmekarriere zu beginnen und damit häufig den Weg in prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzuschlagen oder sich durch das Abitur an einem weitergehenden Verdrängungswettbewerb mit ungewissem Ausgang zu beteiligen. Der Erhalt des sozialen Status wird an den Eltern orientiert so schwieriger.

b) Soziale Spaltung Weiterhin verschärfen sich die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft, von Armut betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche. Die unterschiedliche Bildungsbeteiligung und die ungleiche Verteilung von materiellem und kulturellem Kapital verschärfen weiterhin die Aufspaltung von Lebenschancen. So ist in dem Zeitraum von 1986 bis 1996 im alten Bundesgebiet ein Hauptschulabschluss von 53% der Arbeiterkinder und Kindern Erwerbsloser, aber nur von 9,6% der Beamtenkinder erworben worden. Umgekehrt haben nur rund 17% der Arbeiterkinder und Kinder Erwerbsloser das Abitur, aber 74,4% der Beamtenkinder. Ähnliches zeigt sich dann auch an der Herkunft der Studierenden: Laut der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes liegt der Anteil der Arbeiterkinder seit den 1970er Jahren nahezu konstant bei 13,7%. Gerade im Bereich der niedrigeren Qualifikationen wird die soziale Spaltung besonders deutlich: Medial verbreitete Ausbildungsplatz-Touren und bestehende öffentliche Ausbildungsmöglichkeiten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft und Appelle an das soziale Gewissen möglicher ArbeitgeberInnen bei weitem nicht ausreichen, um Zukunftschancen Jugendlicher zu sichern. Eine nachhaltige Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss durch tiefgreifende Reformen im Arbeits- und Sozialrecht durchgesetzt werden (z.B. Arbeitsversicherung, Ausweitung des Öffentlichen Beschäftigungssektors, wertschöpfungs- und regionalwirtschaftlich orientierte Ausbildungsplatzumlage etc.).

c) Ökonomische Spaltung Noch immer wird in Deutschland das Problem von Jugendarbeitslosigkeit nicht hinreichend zur Kenntnis genommen und in die Diskussion um eine nachhaltige und soziale Arbeitsmarktreform aufgenommen. Gerade in Deutschland ist die mit der Jugendarbeitslosigkeit verbundene Gefahr sozialer Ausgrenzung im Verhältnis zu anderen Staaten der Europäischen Union extrem hoch: Insbesondere sind nahezu 50% der langzeitarbeitslosen Jugendlichen (vgl. Kieselbach/Beelmann 2003) betroffen. Die internationale Studie YUSEDER geht dabei davon aus, dass sich mit zunehmender Arbeitslosigkeit sechs Dimensionen von sozialer Ausgrenzung ergeben: Die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt durch die geringe berufliche Qualifizierung, die ökonomische Ausgrenzung, die institutionelle Ausgrenzung, die Ausgrenzung durch soziale Isolierung sowie die kulturelle und die räumliche Ausgrenzung.

Die individuelle Komponente des Problems wird dabei als Exklusionsrisiko beschrieben, das sich an folgenden Faktoren festmachen lässt: niedriges Qualifikationsniveau, passives Verhalten auf dem Arbeitsmarkt, schwierige finanzielle Situation, mangelhafte oder nicht vorhandene institutionelle Hilfe und geringes Selbstwertgefühl (vgl. Kieselbach/Beelmann 2003, 34-36). Diese Risiken des Arbeitsmarktes werden als Forderung nach schulischem Erfolg und bereits vorhandener Berufsorientierung bereits in die Schulphase übertragen. Die institutionelle Lücke, die sich durch mangelnde betriebliche Erkundungen, fehlende berufliche und psychologische Beratung, die kaum vorhandene Vernetzung zwischen den gesellschaftlichen Akteuren und mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten ergibt, kann so nur durch das familiäre Umfeld kompensiert werden, was die Abhängigkeit von den Eltern zusätzlich erhöht.

Die Kommerzialisierung und Professionalisierung der Hauswirtschaft einerseits und die Verwissenschaftlichung des modern-industriellen Sektors andererseits führen auch zu einer gestiegenen Bedeutung von Dienstleistungsberufen mit neuen Beschäftigungsmustern, für die es in der Elterngeneration noch keine exemplarischen Lebensmuster und Beispiele gegeben hat. Die tendenzielle Spaltung der Gesellschaft in hochqualifizierte, flexibel reagierende Selbstmanager und höchstens prekär beschäftigte Niedrigqualifizierte bildet sich direkt auf ein stark hierarchisches Bildungs- und Sozialsystem ab. Dies wird durch Hartz noch verstärkt.

Die Krisenanfälligkeit kapitalistischer Produktion stellt dabei den Rahmen. Die Entwicklung wirtschaftlicher Produktivkräfte hat einen Stand erreicht, der auf die beruflichen Orientierungsmöglichkeiten Jugendlicher widersprüchlich wirkt. Einerseits führt sie zu erhöhten Anforderungen an die Ausbildung. Andererseits bleiben außerhalb dieses Bedarfs an Menschen, die diesen höheren Anforderungen gerecht werden können, große Wachstumspotenziale für den Arbeitsmarkt aus. Auch der staatliche Sektor, der in den 1970er Jahren zeitweise die erforderlichen Arbeitsplätze bereit stellte, kann die negativen Auswirkungen von Rationalisierungen im industriellen Sektor und fehlenden Ressourcen für gesellschaftliche Arbeitsbereiche (soziale und personenintensive Dienstleistungen, ökologische Dienstleistungen) nicht auffangen. Das negative Zusammenspiel der Sektoren erhöht nicht nur den Druck auf den Arbeitsmarkt, sondern verhindert auch eine soziale Einbettung beruflicher Qualifizierungsmöglichkeiten.

Nur wenn sowohl individuelle Ausgrenzungsrisiken abgebaut werden, können selbstbestimmte Berufsorientierung und soziale Absicherung erreicht werden. Dazu müssen die äußeren und inneren Faktoren der Berufsorientierung in den Blick genommen werden. Für äußere Faktoren bedeutet dies, nur über eine nachhaltige Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Verbesserungen herbeiführen zu können:

- Wir brauchen in Zukunft differenzierte Formen von Arbeitszeitverkürzungen und wechselnden Erwerbs- und Nichterwerbsphasen. Das heißt auch, berufsorientierende Phasen flexibler aufteilen zu können, ohne dass es als persönliches Risiko umgemünzt werden darf. Soziale Absicherung von flexiblen Arbeits- und Bildungsphasen ist für alle ArbeitnehmerInnen, also auch und gerade für Auszubildende, eine wichtige Voraussetzung für gesteigerte Lebensqualität. **Gleichzeitig wenden wir uns dagegen, dass Flexibilität zum Zwang wird.**

- Intersektorale Umverteilung Noch immer gibt es niedrigproduktive, aber gesellschaftlich sinnvolle Bereiche die vom freien Markt nicht abgedeckt werden. Diese Bereiche, nämlich die personenbezogenen Dienstleistungen, von den sozialen Diensten über Bildung und Kultur bis hin zum öffentlichen Verkehrswesen, aber auch bis hin zum Handwerk und hand-

werksähnlichen Serviceleistungen, bringen wesentliche Wachstumspotenziale für einen sozial regulierten Arbeitsmarkt mit sich. Eine sektorale Umverteilung lässt auch für die Zahl der Ausbildungsplätze positive Effekte erwarten. Die gegenwärtige Diskussion um die Mittelstandsförderung verdeckt damit die generelle Notwendigkeit, zwischen Exportsektor und Globalplayern einerseits und lokaler Ökonomie andererseits Kapital umzuverteilen. Ausbildungsberufe müssen sich diesen neu zu schaffenden Wachstumsbereichen und gesellschaftlich notwendigen Bereichen öffnen. Um diese Ausbildungsplätze zu schaffen, fordern wir die Einführung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors, da der freie Markt niedrigproduktive Tätigkeiten nicht als qualitativ hochwertige und zukunftsorientierte Arbeitsplätze bereitstellen wird.

Sparpolitik ist der falsche Weg. Wir brauchen eine wachstumsfreundliche und nachfrageorientierte Geld-, Finanz- und auch Tarifpolitik, die den Rahmen für ein qualitatives, nachhaltiges und soziales Wirtschaften bildet.

Wir brauchen eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Dazu zählt auch die Stärkung kommunaler Haushalte. Gerade klein- und mittelständische Betriebe stellen noch immer den Hauptteil der Ausbildungsplätze in der privaten Wirtschaft. Regionale Wirtschaftspolitik ist Politik für Ausbildungsplätze.

Wir brauchen eine Neuverteilung der Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherungssysteme auf Wertschöpfungsbasis. Insgesamt ist die Wertschöpfungsbasis von Unternehmen als Richtgröße für die Verteilung sozialer Kosten einzusetzen. Dies entlastet personenintensive gegenüber kapitalintensiven Wirtschaftsbereichen.

d) *Kulturelle Spaltung* Zunehmend hat sich im Zuge der 1980er Jahre eine Freizeit- und Kulturindustrie mit flächendeckendem Angebot entwickelt. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen wird die Stellung als Insider und Outsider über verfügbare finanzielle Mittel zugeteilt. Eine schlechte finanzielle Absicherung bedeutet so häufig auch soziale Isolation, die in Deutschland nicht durch einen starken Familienzusammenhalt abgefedert wird (vgl. YUSEDER-Studie).

e) *Die sozialstaatliche Spaltung* Ein weitgehend gleichmäßig absichernder Sozialstaat, der Massenkonsum und Massenproduktion verband und so den sozialen Frieden sicherstellte, droht durch die Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes zu einem Zweiklassensystem zu werden. Diese Flexibilisierungen ergeben sich vor allem in bestimmten Leitbranchen, greifen aber auch auf den industriellen Sektor in Teilen über. Notwendig wäre ein mehr an sozialer Sicherung. Es droht allerdings ein Sozialstaat, der durch Basis- und Zusatzleistungen, die je nach Geldbeutel erhältlich sind, Benachteiligte weitgehend von einer besseren Versorgung und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen abkoppelt. Diese Form von Flexibilisierung als Politik sozialer Entsolidarisierung lehnen wir ab.

Die sozialstaatliche Absicherung hat direkte Auswirkungen auf die Berufsorientierungsmöglichkeiten junger Menschen: Einerseits werden finanzieller Druck und soziale Einschnitte direkt an die Kinder weitergegeben (den Eltern auf der Tasche liegen), denn das Abschmelzen eines materiellen Polsters soweit überhaupt vorhanden bedeutet auch eine geringere Möglichkeit materieller Zuwendungen durch die Eltern. Andererseits überschneiden sich zunehmend die Orientierungsphase (mit finanziellen Unsicherheiten) und die Phase, in der bereits privat und über einen sicheren Arbeitsplatz die Grundlagen für die spätere soziale Absicherung gelegt werden müssen. Eine verlängerte Berufsorientierungsphase wird so zum sozialen Risiko für alle Jugendlichen. Jungsozialistische Politik muss diese Spaltungen ernst nehmen und in ein solidarisches Generationenprojekt überführen, das allen Jugendlichen selbst frühzeitig erlaubt, sich in einem neu zu gestalteten Arbeitsmarkt und Sozialstaat zu orientieren und einzubringen, ohne soziale Risiken zu privatisieren.

2. Jugendphase und Milieuorientierung

Die ökonomische Entwicklung hin zum flexiblen Kapitalismus bringt viele Unsicherheiten mit sich. Der Versuch, die bislang diffuse und kaum abgesicherte Multioptionalität als Chance für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg umzudeuten, führt vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichheiten in die Irre. Die Tendenz einer weiteren Spaltung zwischen Arm und Reich ist unübersehbar. Trotz des zunehmenden Aufweichens festgefügtter gesellschaftlicher Hierarchien bleibt die soziale Herkunft entscheidend für die soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung des Einzelnen. Die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus setzt den Rahmen, in dem die individuelle Ausprägung von Persönlichkeitsmerkmalen und Lebensstilen möglich wird. Die Ausdehnung dieses Rahmens, also die individuellen Möglichkeiten zu sozialem, ökonomischem und kulturellem Aufstieg auszubauen, hängt entscheidend vom Geldbeutel der Eltern ab. Dies gilt gerade auch für die Chancenstrukturen im Bildungsbereich. Zwar gibt es auch Ausnahmen, im Regelfall ist der vorgegebene Rahmen aber weitgehend stabil, weshalb die bestehenden gesellschaftlichen Spaltungen und Gegensätze nicht nur reproduziert, sondern unter den Bedingungen des flexiblen Kapitalismus weiter verschärft werden.

Jugend als Lebensabschnitt ist heute ausdifferenziert und anspruchsvoll. Ein genauer Blick auf junge Lebensläufe offenbart Dissonanzen, heterogene Übergangsprozesse, Konflikte, aber auch eine aufgewertete Jugendphase mit entsprechender kultureller Anziehungskraft. Jungen Menschen steht prinzipiell ein großes Portfolio an Entwicklungsperspektiven, Freizeitmöglichkeiten und Zukunftschancen offen, aus dem sie alltäglich mit einem notwendigerweise hohen Maß an Organisationskompetenz auswählen und die Mosaiksteinchen zu einem tragfähigen Lebensentwurf zusammenfügen müssen. Zugleich verlangen eine sich schnell wandelnde Umwelt, zunehmende Arbeitslosigkeit, widersprüchliche Zukunftsperspektiven und die damit einhergehenden Unsicherheiten von dem Individuum eine frühe Lebensorientierung auf die eigene Karriereplanung. An dieser eigenen Karriere wird die gesellschaftliche Spaltung in zwei Klassen besonders deutlich: Während in den aufstiegsorientierten und abgesicherten Milieus Gruppen von pragmatischen und optimistischen PlanerInnen existieren, orientieren sich die tendenziell abgehängten Milieus daran, ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe und Reproduktion abzusichern.

Untersuchungen wie die Shell Jugendstudie 2002 belegen eine relativ hohe Konstanz traditioneller Werte bei gleichzeitiger Orientierung an postmodernen Werten. Die Jugendlichen fügen scheinbar widersprüchliche Werte recht problemlos zu einem persönlichen Normengewebe zusammen. Traditionelle Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit oder Zuverlässigkeit und (post-) moderne Orientierungen wie zum Beispiel ein individualisiertes Lebensstilpuzzle sind bei derselben Person anzutreffen. Im Gegensatz zum häufig proklamierten Motto der Postmoderne, zum Anything goes, sind besonders zwei Wertebereiche für die jungen Menschen nach wie vor zentral: Familie und Beruf. Junge Menschen haben das Bedürfnis nach

sozialer Sicherheit, ein Bedürfnis, das sie vor allem durch stabile soziale Beziehungen, Freundschaften und Partnerschaften erfüllt sehen. Ähnliches gilt für die Arbeitswelt. Hier besteht ein starkes Bedürfnis nach ökonomischer Sicherheit durch Erwerbsarbeit, nach dauerhafter Beschäftigung, durchaus auch in wechselnden Tätigkeitsbereichen.

3. Bildungspfade, Wertorientierungen und ihre sozialen Voraussetzungen

In der jungen Generation haben keineswegs alle gleiche Bedürfnisse und Ziele, Werte und Lebensstile, wenn auch einige wichtige Gemeinsamkeiten bestehen. Das Gerede über die Generation Golf oder die Generation @ verwirrt deshalb mehr als es zum Erkenntnisgewinn beiträgt. Quer durch die junge Generation verlaufen weitgehend bekannte Konfliktlinien: So bestehen trotz der politischen Absichtserklärungen zu Gleichberechtigung, Förderung und Integration weiterhin gravierende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, Westdeutschen und Ostdeutschen, Jugendlichen deutscher und nicht-deutscher Herkunft, aber auch zwischen den Marktsektoren der (industriellen) Produktion und der Dienstleistungen. So ist die Fortschreibung geschlechtsspezifischer Berufswahl nicht zu übersehen. Gleiches gilt für die häufig immer noch unfreiwillige höhere Belastung von Frauen durch Familienarbeit. Gerade unter dem Aspekt des Angebots von Ausbildungsplätzen sind ostdeutsche Jugendliche in einer noch unbefriedigenderen Situation als westdeutsche junge Menschen. Ihre Lebenssituation ist weiterhin deutlich unsicherer, was auch an den ungleichen Löhnen für die gleiche Arbeit liegt. Junge Menschen nichtdeutscher Herkunft sind weit von gleichen Chancen entfernt. Sie müssen oft auf sich allein gestellt das Beste aus ihrer unbefriedigenden Situation machen, häufig ohne ausreichende Sprachkenntnisse und formale Schulbildung und somit mit einer weitaus schlechteren Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Den sich verändernden Rahmenbedingungen stehen Konstanten im Bereich der Bedürfnisse und Ziele junger Menschen entgegen. So streben immer noch zwei Drittel der Jugendlichen eine betriebliche Ausbildung an. Ein Wunsch, der zunehmend unerfüllt bleibt. Auch die Zielberufe selbst unterliegen kaum einer Veränderung. Immer noch liegen bei jungen Männern die Berufe des Kraftfahrzeugmechanikers und des Installateurs, bei den jungen Frauen die der Bürokauffrau und der Friseurin an der Spitze der Nachfrage. Dieser Trend ist seit Jahren konstant. Neue Berufsbilder in den Bereichen von neuen Medien und neuen Dienstleistungen werden kaum nachgefragt.

Das Übergangssystem von der Schule/Hochschule in den Beruf ist heute in höchstem Maße ausdifferenziert. Die Normalbiografie, der direkte Übergang von einer berufsqualifizierenden Ausbildung in die beständige berufliche Laufbahn, ist seltener geworden. Die berufliche Orientierung gleicht heute mehr denn je einem Patchwork, in dem junge Menschen permanente Anstrengungen zur Ausweitung und Verbesserung ihrer Erwerbs- und Lebensperspektive unternehmen (müssen). Diese schwierige Situation meistert die junge Generation mit einem Höchstmaß an Koordinationskompetenz in ihren individuellen Möglichkeiten allerdings stark abhängig von sozialer Herkunft und Milieu. Gerade an dieser zweiten Spaltungslinie ist deshalb eigenverantwortliches Handeln durch einen dienstleisterischen Sozialstaat zu flankieren, und die Anforderungen durch den Arbeitsmarkt sind demokratisch auszugestalten. Die Jugendphase ist eine Phase früher beruflicher Orientierung. Die mit hoher Arbeitslosigkeit gewandelten Arbeitsrealitäten und Unsicherheiten vermischen sich mit veränderten Ansprüchen an die Bildungslaufbahn. Veränderte Lebensläufe und gesteigerte Anforderungen der, aber auch an die Arbeitswelt korrespondieren damit unmittelbar. Das klassisch in berufliche und wissenschaftliche Ausbildung getrennte deutsche Berufsbildungssystem ist auf diese Herausforderungen nur unzureichend vorbereitet. So ist die Vorbereitung der Universitäten auf die berufliche Perspektive jenseits der Wissenschaft mangelhaft, während gleichzeitig die Aufstiegschancen aus einer beruflichen Ausbildung heraus nach wie vor gering sind. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems muss deshalb gesteigert werden.

Die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus wirkt bis hin zu beruflichen Fort- und Weiterbildungen, die nur unterdurchschnittlich von Angehörigen sozial schwacher Milieus genutzt werden. Für die Frage nach der beruflichen Orientierung ist die soziale Herkunft aus verschiedenen Gründen bedeutsam. So ist das Streben nach ausfüllenden, fordernden und selbstbestimmten Tätigkeiten bei Angehörigen sozial schwacher Milieus nur gering ausgeprägt. Überdurchschnittlich viele Jugendliche aus den betreffenden Milieus haben keinen Schul- oder Berufsbildungsabschluss, in krassem Gegensatz zu den Angehörigen der mit sozialem, ökonomischem und kulturellem Kapital gut ausgestatteten Milieus mit akademischen Abschlüssen.

4. Berufliche Orientierung als Chance

Die berufliche Orientierung junger Menschen ist eine entscheidende Übergangsphase im Lebenslauf, an der sich das Ob und das Wie späterer Zukunftschancen entscheiden. Die Schnittstelle zwischen Bildungssystem und Berufseinstieg ist es, die zunehmend höhere Anforderungen an die Gestaltungskompetenz und Bewältigungsleistung Jugendlicher stellt.

Der zentrale Ausgangspunkt für eine Modernisierung der beruflichen Orientierung muss die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sein. Im Februar 2003 waren mehr als 580.000 junge Menschen ohne Arbeit. Das ist ein Anstieg seit Ende 2002 um mehr als 100.000. Jugendarbeitslosigkeit hat dabei vor allem in den sozial schwachen Milieus zugenommen. Diese Zahlen belegen die unterschiedlichen Zukunftschancen in der jungen Generation. Sie belegen darüber hinaus, dass es insbesondere junge Menschen sind, die in konjunkturellen Krisenzeiten kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Gleiches gilt im Übrigen für Frauen. Obwohl aus dem deutschen Berufsbildungssystem im internationalen Vergleich strukturell weniger Jugendarbeitslosigkeit resultiert, ist jetzt eine skandalös hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen unter 25 erreicht. Auf dem Ausbildungsmarkt ziehen sich die Unternehmen weiterhin aus der Verantwortung für die betriebliche Ausbildung zurück. Derzeit fehlen ca. 140.000 Lehrstellen. Gleichzeitig steigt die Anzahl öffentlich geförderter Ausbildungsplätze als Kompensation unternehmerischen Versagens rapide an. Im Osten Deutschlands sind schon heute kaum noch betriebliche Ausbildungsplätze zu finden. Wenn es noch einen Beweis für die Notwendigkeit der Umlagefinanzierung bedurfte, dann ist dieser nun erbracht.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsplatznot haben direkte Auswirkungen auf die berufliche Orientierung junger Menschen. Diese spielt sich in zunehmend unsicheren Rahmenbedingungen ab. Damit wird der Druck auf den einzelnen Jugendlichen, frühzeitig die eigene Karriere zu planen immer größer. Dies geschieht ohne adäquate Unterstützungs- und Orientierungsleistungen. Schule und Lehrkräfte sind dazu häufig nicht in der Lage, Gleiches gilt für die Eltern, aber auch Berufsberatungen des Arbeitsamtes leisten nur einen geringen Beitrag. An der Hochschule werden Beratungsleistungen

gekürzt, während die ProfessorInnen ihrem Auftrag nach studentischer Beratung nicht nachkommen. Die hohe Zahl der Studienabbrecher korrespondiert mit dieser Situation unmittelbar.

Die Entwicklungstendenzen der Ökonomie sind dabei für jeden Einzelnen von uns undurchschaubar. Neben der wirtschaftlichen Krisensituation sind es insbesondere die gesellschaftlichen und ökonomischen Widersprüche unserer Zeit, die eine Orientierung auf ein bestimmtes Berufsbild, auf eine bestimmte Erwerbslaufbahn oder in ein bestimmtes Wirtschaftssegment immer weniger möglich machen. Der zunehmend rasanter stattfindende Wandel innerhalb der Branchen und der schnelle Wechsel von Anforderungen an Kompetenz und Qualifizierung verunmöglichen zunehmend nicht nur die Eingrenzung von Berufsbildern und -gängen, sondern auch die Entscheidung für und gegen einen bestimmten Ausbildungsgang. Insofern sind auch Gewerkschaften und Kammern gefragt, den neuen Anforderungen an die Bestimmungen von Berufsbildern und Ausbildungsgängen Rechnung zu tragen. Dabei sind insbesondere eine schnellere Etablierung dieser Ausbildungsgänge, eine Zertifizierung von Zwischenschritten sowie (basierend auf einer garantierten dreijährigen Ausbildungszeit) eine individuell wählbare modulare Weiterbildungs- und Spezialisierungsmöglichkeit notwendig. Dies ist in den Bereichen der neuen IT-Berufe schon gut gelungen.

Dabei ist eine schnellere Etablierung dieser Ausbildungsgänge notwendig. Allerdings kann man dieses Problem nicht nur durch das aus dem Boden stampfen von neuen Ausbildungsberufen lösen. Viel mehr muss der ständige Überarbeitungsprozess von Ausbildungsordnungen und Berufschulrahmenlehrpläne gestrafft werden. Wichtig ist vor allem das in der beruflichen Erstausbildung allgemeine aber grundlegende Qualifikationen und Fertigkeiten vermittelt werden. Sollte eine weitere Spezialisierung Unternehmens bedingt notwendig sein sollte diese erst nach der beruflichen Erstausbildung erfolgen.

Die regionale Strukturpolitik nimmt zunehmend regionale Bildungslandschaften als Beitrag zur Qualifizierung und Weiterbildung in den Blick. Eine Bildungspolitik in diesem Sinne soll einen Beitrag zum Strukturwandel in den Regionen leisten und dem Fachkräftemangel präventiv entgegenwirken. Die Berufsschule als Kern des dualen Ausbildungssystems spielt dabei eine große Rolle. Ihre Reform muss im Mittelpunkt einer zeitgemäßen Berufsbildungspolitik stehen. Die kommunale Unternehmenslandschaft ist in diesen Prozess einzubeziehen: Erhalt, Ausbau und Umbau des dualen Systems sind entscheidende Herausforderungen für die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

5. Chancenstrukturen beruflicher Orientierung

Jugendliche aus sozial schwachem Elternhaus haben immer weniger Chancen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Ihre Karriereaussichten werden ihnen schon im frühen Kindesalter verbaut. Dies gilt insbesondere für Migrantenkinder. Berufliche Orientierung wird deshalb für einen großen Teil der jungen Generation zum Lottospiel ohne qualifizierende Vorbereitung. Alleine diese Situation, die Pfadabhängigkeit sozialer Herkunft, raubt jungen Menschen Zukunftschancen, Sicherheiten und Erwerbsperspektiven.

Hinzu kommt, dass die individuelle Gestaltungskompetenz an den Lebenslaufübergängen zunehmend wichtiger wird. Das bedeutet, dass die Möglichkeit, Entscheidungen im Übergang zwischen Schule/Hochschule/Ausbildung und Beruf selbstbestimmt zu treffen bzw. die jeweils richtige/ vorausschauende Weiterbildung zu wählen zur entscheidenden Ressource für zukünftige Lebens- und Erwerbschancen werden. Dies geschieht in zunehmend unsicheren und individuellen Interessen entgegenstehenden Rahmenbedingungen.

Alltagsbewältigung, Gestaltungs- und Anpassungsleistungen werden zunehmend komplexer und differenzierter. Das Sichzurechtfinden im Alltag, die Orientierung in der Arbeit und die Integration in verschwommene gesellschaftliche Zusammenhänge geschieht dabei in einem höchst subjektivierten und individualisierten Maße: Das Gefühl, keine adäquate Interessensvertretung für den eigenen Lebenslauf mehr zu finden, wird bei jungen Menschen zur Quelle von verschiedenen Formen von Unsicherheiten. Das gilt für Selbstbewusste Macher wie für Robuste Materialisten gleichermaßen. (vgl. Shell-Jugendstudie 2002)

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Eigenverantwortung neu zu stellen. Bisher wird immer dann an die Eigenverantwortung appelliert, wenn es um den Abbau sozialstaatlicher Leistungen geht. Diese Debatte wird an entscheidender Stelle verkürzt: Es geht dabei nicht mehr um die Qualität sozialer Sicherung, sondern lediglich um die quantitative Finanzierung des Systems. Der Spieß müsste aber eigentlich umgedreht werden: Gerade die neuen Anforderungen an die eigene Lebensgestaltung müssen in einem fortschrittlichen Sozialsystem qualitativ aufgegriffen werden. Die Frage der Qualifizierung für die Herausforderungen, die uns neue Zeiten im Alltag, im Beruf und in der Gesellschaft stellen, muss in den politischen Raum zurückgeholt werden. Übrigens ist dies auch eine zentrale Frage, die sich mit der Gleichstellung der Geschlechter verbindet: Eine Erhöhung der Frauenerwerbsarbeit wird solange nur Stückwerk bleiben, wie nicht klar ist, welche Institutionen diese absichert, wie Reproduktionsarbeit zukünftig gesellschaftlich/sozialstaatlich organisiert wird und wie in den Bildungsinstitutionen von Anfang an ein zu einem Klima von gender mainstreaming und gender diversity beigetragen wird.

Wir erleben aber, dass die Lebenslaufübergänge und die berufliche Orientierung selbst sich zu einer neuen Spaltungsfrage entwickeln. An dieser Stelle entscheidet sich, ob sich soziale Spaltungen nivellieren oder vergrößern. Wer hier eigenverantwortlich allein gelassen wird, dem ist der Weg in eine gute Arbeit und ein schönes Leben im frühen Alter bereits verwehrt.

Diese Entwicklung korrespondiert jedoch auch mit neuen Ansprüchen an die Gestaltung des eigenen Lebenslaufs und an die selbstbestimmte und flexible Organisation der Erwerbsarbeit. Traditionelle Erwerbs- und Lebensläufe erringen immer weniger Attraktivität, wenngleich der Großteil unserer Generation sich nach wie vor noch in solchen Bahnen bewegt. Das ist eine pragmatische Reaktion auf die konservative Organisation unseres Erwerbssystems. Eine berufliche Orientierung, die nicht nur die Integration in das kapitalistische Erwerbssystem im Blick hat, sondern auf Emanzipation und Selbstbestimmung zielt, muss diese Anforderungen junger Menschen an eine gute Arbeit und das Recht dazu zum Ausgangspunkt für die Reform von Bildung, Arbeit und Sozialstaat machen. Dies gilt umso mehr, je schwieriger es wird, vorgezeichnete Lebens-

läufe zum Orientierungsrahmen eigener Selbstverwirklichung zu nehmen. Maria Thiele-Wittig stellt dazu treffend fest: Um fundierte Entscheidungen treffen zu können, brauchen die Menschen zweierlei: mehr Wissen und die Fähigkeit zur Orientierung in einer sich wandelnden Umwelt, um die Auswirkungen von Entscheidungen abschätzen zu können. (APUZ, 9/2003: 5)

Die bisherigen sozialen Sicherungssysteme sind auf diese Situation kaum zugeschnitten. Die mangelnden Unterstützungs- und Hilfeleistungen in Bezug auf die Lebenslauf- und Berufsorientierung sind Ausdruck eines strategischen Versagens des deutschen, konservativen Sozialstaats. Junge Menschen erfahren die Brüche und Blockaden im Lebenslauf, ohne dass eine adäquate Regulierungsinstanz ihnen die Möglichkeit gibt, Wünsche, Ansprüche und Vorstellungen an das eigene Leben, Arbeiten und Wirtschaften zu verwirklichen.

6. Politische Herausforderungen: Pakt für Zukunftschancen statt Abbau beruflicher Perspektiven

Die von Grünen und der FDP forcierte Generationenendebatte unter dem Deckmantel von demografischen Entwicklungen hat nicht die Zukunftschancen junger Menschen im Blick, sondern die Spaltung der jungen Generation zum Ziel. Die Privatisierung von Lebensrisiken, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Sozialversicherung, wird hier zwar im Namen, aber insbesondere auf Kosten der unserer Generation forciert. Unsere Vorstellungen eines solidarischen Generationenprojekts gehen in eine andere Richtung: Wir wollen die Zukunftschancen junger Menschen nicht zum Spielball der Kapitaleite verkommen lassen. Eine fortschrittliche Politik, die berufliche Orientierung neu möglich macht, bedeutet deshalb, einen Reformprozess einzuleiten, der die Themenblöcke Struktur-, Bildungs- und Sozialpolitik miteinander vermengt, ohne einer einseitigen Sachzwanglogik zu verfallen. Unsere Vorstellungen eines Projekts beruflicher Orientierung fußt daher auf der Idee, soziale Gerechtigkeit für alle Lebensläufe erlebbar zu machen.

Wir wenden uns gegen die von Clement und Co ausgegebene Parole des Drucks auf junge Menschen: Wer angesichts von weit über einer halben Million arbeitsloser Jugendlicher einer populistischen „Arbeitszwang“-Forderung das Wort redet und befindet sich verfassungsrechtlich gesehen auf dünnem Eis, hat jeglichen Gestaltungsanspruch und den Blick auf die Realität verloren. Uns Jusos geht es daher um eine Abkehr der Politik von Niedriglohn und Sozialabbau: Wir wollen die Ansprüche junger Menschen an eine zeitgemäße berufliche Orientierung wieder in den Mittelpunkt einer sozialistischen Zukunftsdiskussion stellen.

Die Anforderungen einer solidarischen Generation an die berufliche Orientierung sind daher:

- Die Orientierung der beruflichen Orientierung an den Wünschen und Bedürfnissen von Jugendlichen.
- Die Schaffung einer Einheitlichkeit des sozialen Lernens;
- Die Stärkung der Durchlässigkeit der Bildungssysteme;
- Flexible Reaktion und Mitgestaltung des Bildungssystems auf notwendige Kompetenzerwartungen der Informationsgesellschaft;
- Sozialstaatliche Absicherung von Übergängen und Schaffung adäquater Beratungsinstitutionen zur Lebens- und Berufsorientierung;
- Verzahnung und Zusammenführung allgemeiner und beruflicher Bildung;
- Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik als Beitrag zum Aufbau regionaler Bildungs- und Wirtschaftslandschaften;
- Öffnung des Bildungs- und insbesondere des Hochschulsystems für die berufliche Weiterbildung und modulare Weiterqualifizierung.

Die drei großen Säulen unseres solidarischen Generationenprojekts, in das sich die Berufsorientierung einpassen muss, sind ein moderner, aktiver und präventiver Sozialstaat, die Umverteilung von Arbeit und Kapital sowie ein neu zu fassendes Bildungsverständnis. Berufsorientierung bzw. diese zu ermöglichen ist eine Querschnittsaufgabe aller drei Säulen.

B. Reformen für eine bessere Berufsorientierung und Berufsbildung

1. Berufsorientierte und -orientierende Ausbildung Ist und Soll

Die berufsorientierende Ausbildung ist wesentlich ökonomisch organisiert. 15- und 16-Jährige, die eine Ausbildung machen wollen, stehen so zum ersten Mal dem Kapitalverhältnis unmittelbar gegenüber, das nicht primär auf die Ausbildung des und der Einzelnen beruht, sondern den Bedarf an qualifizierten ArbeitnehmerInnen abdecken soll. Für die Jugendlichen selbst bedeutet eine Ausbildung aber auch eine teilweise finanzielle Unabhängigkeit. Gerade bei Familien in den unteren Einkommensschichten spielt dieses frühe Geldverdienen und auf den eigenen Füßen stehen eine wesentliche Rolle.

Strukturell lässt sich dabei feststellen, dass diese nach dem Marktverfahren organisierte Ausbildung in der Krise steckt:

a) Unabhängig von den spezifischen Berufsausbildungen haben sich die Anforderungen an die Flexibilität und die Schlüsselqualifikationen der Auszubildenden wesentlich gesteigert. Heute entsprechen daher die in den jeweiligen Bildungsgängen vermittelten Qualifikationen nicht mehr den Anteilen allgemeiner und beruflicher Bildung, die der Produktions- und der Dienstleistungsbereich benötigt. So reicht für viele Ausbildungen der Hauptschulabschluss nicht mehr für die Aufnahme einer Lehre aus. Es ist im zunehmenden Maße üblich geworden, das Abitur oder zumindest die mittlere Reife vorauszusetzen. Diese Entwicklung befördert im Zusammenhang mit weitgehend undurchlässigen Schulformen eine soziale Spaltung in Hochqualifizierte und ModernisierungsverliererInnen. Die künstliche Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung hat zu Bildungsgängen mit unnötigen Verlängerungen und Selektionsschritten geführt, die weder den Ansprüchen der oder des Einzelnen noch denen seitens der Wirtschaft formulierten Anforderungen gerecht werden. Ein Beispiel dafür ist in vielen Fällen das staatlich organisierte Berufsgrundschuljahr, das für die Jugendlichen kaum Nutzen bringt. Jugendli-

che sind so in diesem Lebensumbruch vor allem einer strategischen Entscheidung ausgesetzt, die wenig funktional ist, noch sinnvoll unterstützt wird. Das hochgelobte Duale System verdeckt so die Notwendigkeit, eine weitgehend auf einen Beruf zugeschnittene Ausbildung so neu auszurichten, dass für die Jugendlichen ein Berufswechsel nach eigenen Vorstellungen möglich und wahrscheinlicher wird.

b) Zunehmend sind die Arbeitgeber nicht (mehr) bereit, die Ausbildung vorausschauend und in ausreichendem Maße sicherzustellen: Jährlich finden ca. 10% der Jugendlichen nicht den gewünschten Ausbildungsplatz. Vollständig abgegebene Ausbildungsplatzgarantien haben daran kaum etwas geändert.

c) Der freie Markt stellt hohe Anforderungen an die Jugendlichen, die mit der Lebensrealität in vielen Fällen nicht übereinstimmen. So ist die fehlende Mobilität ein wesentlicher Grund für unbesetzte Lehrstellen. Die fehlende Mobilität ist sicherlich einerseits in der ökonomischen Lage der Auszubildenden zu sehen: Der Lebensunterhalt ist vom Lehrgeld und auch von zu beantragenden Mitteln kaum zu bestreiten. Andererseits ist auch die Einbindung in das Lebensumfeld ein wesentlicher Grund für die fehlende Mobilität. Bestehende Forderungen, einen Ausbildungsplatz in einer weit entfernten Region anzunehmen, blenden Freundschaften und soziale Netzwerke bewusst aus.

d) Das zentrale Problem allerdings bleibt die Organisation einer Ausbildung über das Kapitalverhältnis selbst. Zwar gilt das Duale System im internationalen Vergleich als mustergültig. Diese Mustergültigkeit beruht aber in der Hauptsache auf der Verzahnung von beruflicher Praxis und Berufsschulbildung. Ein kapitalverhältnisstagesgesteuertes Verfahren hingegen ist in der heutigen Form nicht mehr geeignet, junge Menschen für zukünftige, noch zu schaffende Ausbildungsbereiche (zum Beispiel in den personenbezogenen und sozialen und ökologischen Dienstleistungsberufen) schon heute auszubilden. Gerade diese müssen aber Teil einer regionalwirtschaftlichen Förderung werden. Die Übernahme in den Betrieb ist heute nicht mehr sicher. Diesbezüglich lässt eine am ausdifferenzierten Produktionsprozess orientierte Ausbildung negative Folgen erwarten. Mit dem Abbau einfacher Tätigkeitsprofile durch technologische Neuerungen und Rationalisierungsprozesse im Rahmen relativer Mehrwertproduktion in den Betrieben werden auch die Ausbildungsplätze abgebaut.

Nimmt man diese Bruchlinien innerhalb der Ausbildung ernst, begründen sie umfassenden Reformbedarf. Wir wollen in der Kurzfristperspektive das duale System reformieren. Langfristig geht es allerdings um einen systematischen Umbau des Ausbildungssystems.

Kurzfristige Reformperspektive I: Sofortmaßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Berufsorientierung

580.000 Jugendliche ohne Arbeit bedeuten nicht nur fehlende Zukunftschancen im Erwerbsleben, sondern auch die Gefahr von Dequalifizierung und Fachkräftemangel. Wir Jusos fordern die rot-grüne Bundesregierung daher auf, umgehend ein Maßnahmenbündel Zukunftschancen für Junge aufzulegen. Ein solches Programm muss folgende Bausteine beinhalten:

Die sofortige Umsetzung der Weiterentwicklung des JUMP-Programms zu einem JUMP Plus mit 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in strukturschwachen Gebieten, wie es unter anderem im Koalitionsvertrag ohne Finanzierungsvorbehalt beschlossen worden ist.

Die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für Betriebe, die nicht ausbilden, zu Gunsten von Betrieben, die ausbilden sowie öffentlichen Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Gründung regionaler Transfergesellschaften zur Aufnahme, Qualifizierung und Orientierung ausbildungsplatzloser Jugendlicher. Nicht übernahmewillige Unternehmen sind an deren Kosten zu beteiligen.

Die Zusammenfassung der Berufsberatung in Arbeitsamt, Schulen, Hochschulen und Berufsschulen zu einer integrierten Lebenslaufberatung. Hier sollen junge Menschen auf gleicher Augenhöhe eine qualifizierte Beratung über Erwerbsperspektiven, Berufsorientierungen und (regionalen) Entwicklungschancen erhalten.

Die radikale Erhöhung der Erbschaftssteuer und eine Luxussteuer zur Finanzierung des Bildungs- und Qualifizierungssystems.

Kurz- und mittelfristige Reformperspektive II: Berufsorientierung in die Sekundarstufe I

Die heutzutage praktizierte Berufsberatung in den Schulen ist fast durchgängig unbrauchbar. Sie geschieht zu oft nur rudimentär bzw. allgemein und ist daher lediglich ein kleiner Anhaltspunkt für den/die einzelnen SchülerIn. In einem ersten Reformschritt sollte daher die Berufsorientierung durch Kooperationsmaßnahmen mit der Arbeitsverwaltung, Arbeitgebern, Gewerkschaften etc. wesentlich verstärkt werden. Dabei sollen die Jugendlichen Einblicke in die Arbeitswelt erhalten, und es soll frühen selektiven Entscheidungen, die später kaum revidierbar sind, entgegengewirkt werden. Das Berufsgrundschuljahr als unnötige Warteschleife für benachteiligte Jugendliche ist dafür kritisch auszuwerten und auf Dauer abzuschaffen. Die dort angesiedelte Förderung muss bereits in der Sekundarstufe I erfolgen. Die dazu am besten geeignete Schulform ist die integrierte Gesamtschule. Unsere Forderung, die integrierte Gesamtschule langfristig zur einzigen Regelschule für die Sekundarstufe I zu machen, ist und bleibt richtig.

Gleichzeitig wären für diesen berufsorientierenden Anteil der Sekundarstufe I die Arbeits- und Sozialämter einzubeziehen, sodass in Kooperation mit den LehrerInnen ein Fach Berufs- und Sozialstaatskunde unterrichtet wird. Dadurch sollen die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, sich über rechtliche Rahmenbedingungen, Förderungsmöglichkeiten und sozialstaatlichen Aufbau zu informieren. Dieses Modell kann nur eine Perspektive sein, Jugendlichen den Übergang in die berufliche Bildung und dem Umgang in den Sozialstaat zu organisieren, nicht aber die Probleme der kapitalorientierenden Verfahren abzustellen. Daher wird längerfristig eine grundlegende Reform notwendig sein.

Auch an Gymnasien muss in Zukunft eine individuelle Berufsberatung im zweiten Abschnitt der Sekundarstufe I erfolgen, bei der insbesondere auf mögliche Bildungswege an den Kollegschulen (soweit vorhanden) hingewiesen wird. Ein Drittel aller AbiturientInnen entscheidet sich nach der Sekundarstufe II für eine duale Berufsausbildung. Gerade diese Gruppe könnte durch einen Bildungsweg, der Ausbildung und Hochschulreife kombiniert, an Berufskollegs enorm viel Zeit sparen.

Kurz- und mittelfristige Reformperspektive III: Durchlässigkeit zum Studium stärken

Auch während einer Berufsausbildung müssen für Jugendliche durch spezielle Förderkurse und Orientierungseinheiten Möglichkeiten geschaffen werden, nach abgeschlossener Ausbildung ein Studium aufzunehmen. So könnten zum Beispiel nach einer abgeschlossenen Ausbildung besondere Brückenkurse, die auf die spezifischen Voraussetzungen der jungen Menschen abgestimmt sind, den Übergang zu einem Fachstudium vereinfachen. Es ist und bleibt nicht einsichtig, warum eine qualifizierte Ausbildung nicht für eine fachliche Weiterqualifikation befähigen soll, sondern weiterhin formale Bildungsgrade erworben werden müssen, die häufig an der Berufs- und Lebenssituation vorbei gehen.

Eine Erleichterung des Übergangs ändert aber nichts daran, dass mittelfristig eine Strukturreform der Sekundarstufe II notwendig ist. Einen sinnvollen Ansatz dazu bieten Kollegschulen, die eine Berufsausbildung und den Erwerb des Hochschulzugangs verbinden und damit den veränderten Anforderungen der SchülerInnen nach beruflicher Orientierung, gerade auch auf dem Weg zu einem Hochschulstudium, gerecht werden können. Dazu sind die Schulanteile der dualen Berufsausbildung neu zu konzipieren und in eine veränderte Sekundarstufe II zu integrieren. Die Alternativentscheidung zwischen Ausbildung und gymnasialer Oberstufe mit einer Festlegung auf einen bestimmten Lebensweg für viele Jugendliche wäre damit überwunden. Kollegschulen bieten so völlig neue Möglichkeiten beruflicher Orientierung, da sie eine selbstbestimmte Wahl ermöglichen, die auch leicht revidierbar ist. Diese Kollegschulen dürfen keine rein gymnasialen Ausbildungsgänge sein. Vielmehr muss - vergleichbar mit den österreichischen Berufsbildenden höheren Schulen (BHS) - der Zugang zu den Kollegschulen auch für HauptschülerInnen offen stehen.

Kurz- und mittelfristige Reformperspektive IV: Zukunftsfonds für Ausbildungsplätze schaffen

Kurzfristig schlagen wir die Einrichtung von regionalen Zukunftsfonds vor, in die Unternehmen einzahlen, wenn sie sich nicht materiell an der Ausbildung beteiligen. Diese zunächst freiwilligen Fonds sollen ergänzt werden durch eine Zielvereinbarung Zukunft, die verbesserte Berufsberatung in den Schulen und eine langfristige Ausbildungs- und Arbeitsplatzgarantie sicher stellt.

Kurz- und mittelfristige Reformperspektive V: Duale Ausbildung umbauen

Viele Arbeitgeber versuchen aus der kurzfristigen Nutzenperspektive heraus, die Struktur der Ausbildung zu zerschlagen: Statt dreijähriger Ausbildungen sollen kurze modular organisierte Anlernaktivitäten erlernt werden. Studien des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigen hingegen, dass es für solche Modul-Ausbildungen kaum einen Bedarf gibt. Darüber hinaus ist ökonomisch wie gesellschaftlich nicht ein weniger an Ausbildung, sondern ein mehr an Qualifizierung notwendig. Die Regel, wonach Höherqualifizierte auch ein mehr an Weiterbildungsbereitschaft und -bedarf erkennen lassen, stimmt nach wie vor. Deshalb halten wir grundsätzlich an einer dreijährigen (bei bestimmten Voraussetzungen auf zwei oder zweieinhalb Jahre verkürzbaren) qualifizierenden Ausbildung fest. Wir befürworten allerdings flexible Ausbildungsgänge, in denen aufbauend auf einer beruflichen Grundbildung die Weiterbildung durch flexibel organisierte Qualifizierungsmodule mit individuell wählbaren Vertiefungsschwerpunkten organisiert wird. Dies erhöht die Möglichkeit, sich auf ein Fachgebiet zu spezialisieren und kommt den sich schnell wandelnden Qualifizierungsstrukturen entgegen. Für sogenannte Schwervermittelbare müssen flexible Berufseinstiegs-möglichkeiten gefunden werden, die eine Rückkehr in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt möglich machen. Die Jusos fordern die Erarbeitung eines Sonderpapiers zur besseren

Integration von beruflich benachteiligten Gruppen in den ersten Arbeitsmarkt (

z.B. geringfügig Qualifizierte / ungelernte / körperlich bzw. geistig

Behinderte oder Menschen mit Migrationshintergrund).

Kurz- und mittelfristige Reformperspektive VI: Hartz hilft bei der Ausbildung nicht weiter

Die von der Hartz-Kommission vorgeschlagenen Ausbildungszeitwertpapiere (AZWP) stellen keine Alternative zum bewährten dualen Ausbildungssystem dar. Im Gegenteil: Wir sehen die Gefahr, dass mit den AZWP der Einstieg in die Privatisierung der Ausbildung vollzogen wird. Den Unternehmen darf kein Vorwand für den Rückzug aus der betrieblichen Ausbildung gegeben werden. Wir wollen auch weiterhin einen einheitlichen, hohen Standard in einer betriebsnahen Ausbildung festschreiben.

Die öffentlichen Gelder, die für die Einrichtung von AZWP vorgesehen sind, müssen sofort in die Finanzierung von JUMP Plus umgeleitet werden.

Den Vorschlag, sich individuelle Ausbildungsoptionen über den Erwerb von AZWP zu sichern, lehnen wir ab. Ausbildung muss allen Jugendlichen garantiert werden, nicht nur denjenigen, die vorher eingezahlt haben.

Die Förderung sog. Mini-Jobs und der Ich-AGen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zielt in ihrer Konsequenz auf die Etablierung eines Beschäftigungssektors, in dem kein existenzsicherndes Einkommen erzielbar sein wird. Wir Jusos lehnen den Gang in den Niedriglohnsektor ab. Statt der Manifestation von Geringqualifikationen und Niedriglöhnen muss eine auf langfristige Beschäftigungssicherung ausgerichtete Politik Weiterbildung und Qualifikationen sichern. Dies gilt umso mehr, wo abzusehen ist, dass spätestens 2010 aufgrund der demografischen Entwicklung ein massiver Fachkräftemangel zu erwarten ist. Und selbst wenn die Produktivkraftentwicklung einen Teil dieses Mangels kompensieren sollte, kann unsere Antwort nur sein: Vollbeschäftigung und gerechte Aufteilung gesellschaftlicher Arbeitszeit muss Ziel unserer Politik zu jedem Zeitpunkt sein. Eine existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle, jenseits einer working poor ist unser Ziel. Deshalb lehnen wir das Abschieben junger Menschen in den Niedriglohnsektor ab.

Kurz- und mittelfristige Reformperspektive VII: Qualität der Ausbildung

Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) war Teil des letzten Koalitionsvertrages von rot-grün, verwirklicht wurde dies nicht und im aktuellen Koalitionsvertrag findet es sich nicht wieder. Dabei gäbe es gerade in diesem Bereich wirklichen Reformbedarf, um die Qualität der Ausbildung zu stärken. Auch geht dieser Aspekt in der aktuellen Debatte um die

Ausbildungssituation unter, es herrscht die Meinung vor, Hauptsache überhaupt eine Ausbildung, wie diese dann aussieht fällt unter den Tisch.

Wir fordern deshalb, auch die Berufsschule und nicht nur der Ausbildungsort müssen unter das BBiG fallen, damit gleiche Ausbildungsbedingungen in ganz Deutschland möglich werden. Besonders bedarf es der Sicherstellung bundesweit geltender Mindeststandards für Berufsschul-Wochenstunden. Die Zusammenarbeit von Betrieb und Berufsschule muss über institutionalisierte Verzahnung deutlich verbessert werden.

Grundsätzlich muss die Attraktivität der Berufsschulen gesteigert werden, das bedeutet mehr Personal, kleinere Klassengrößen und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte. Nur so kann jede/r SchülerIn individuell gefördert werden.

Mittelfristig muss die vollständige Lernmittelfreiheit (z.B. Fachbücher, Fahrtkosten, Zeichengeräte und Werkzeuge) für alle BerufsschülerInnen unser Ziel sein, um eine soziale Ausgrenzung zu verhindern. Genauso wie eine Freistellung zwischen den schriftlichen Prüfungen erfolgen muss.

Es müssen Wege gefunden werden die Qualität der Ausbildung auch in den Betrieben, gerade ohne Interessensvertretung, zu stärken, hierbei ist auf eine stärkere Überprüfung wert zu legen.

Kurz- und mittelfristige Reformperspektive VIII: Demokratie in der außerbetrieblichen Ausbildung aufbauen und organisieren

Da die Mehrzahl der Unternehmen nicht genügend Lehrstellen zur Verfügung stellt, hat die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze (gerade im Osten) in den letzten Jahren stetig zugenommen.

Im Gegensatz zu ihren KollegInnen in betrieblichen Auszubildendenverhältnissen haben die Lernenden in diesen Einrichtungen keine eigene Interessensvertretung wie die Jugend- und Auszubildendenvertretung nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Aber gerade Jugendliche in Auszubildendenverhältnissen mit wenig Sicherheiten brauchen Möglichkeiten, die eigenen Interessen zu formulieren und durch eigene Organe zu vertreten.

Diese Gremien müssen realen Einfluss auf die Verhältnisse innerhalb der Lehrstätten nehmen können und somit ein Schritt zu selbstbestimmtem Lernen sein.

Langfristige Reformperspektive I: Wirtschaft umgestalten, Wirtschaftsdemokratie regional aufbauen

Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen für falsch verteilten gesellschaftlichen Reichtum, falsche Regulation und falsche Verteilung von Arbeit. Nur, wenn wir neue institutionelle Formen für neue gesellschaftliche Arbeit entwickeln, können wir eine nachhaltige und sozial verantwortliche Berufsbildung und nachgeordnet Angebote der Berufsorientierung schaffen, das heißt konkret:

- **Regionale Arbeits- und Bildungsräte schaffen:** Regionale Arbeits- und Bildungsräte sollen Akteure einer Region (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kommunalvertreter, Vertreter der Bildungsinstitutionen und Jugendvertreter) in ein Gremium zusammenführen. Die Arbeits- und Bildungsräte sollen ebenso regionale Rahmen- und Entwicklungspläne erarbeiten, wie den Ausgleich unterschiedlicher Interessen voranbringen. Sie bearbeiten die regionalen Ausbildungs- und Weiterbildungspläne, die als Grundlage für die Ausbildungsvereinbarungen zwischen Berufsschulen (Berufskollegs), regionalen Arbeitgebern und Räten dienen.

- **Regionale Arbeits- und Bildungsfonds:** Die Fonds sollen die Arbeit und Angebote der regionalen Räte finanzieren und beruhen auf einer wertschöpfungsorientierten Umlage in der Region. Die Ausbildungsplatzumlage wird in den Fonds langfristig integriert. Zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftsleistung der Regionen werden geeignete Instrumente eingeführt, die einen interregionalen Ausgleich zwischen den Fonds schaffen.

- **Regionale Ausbildungs- und Arbeitsbüros** sollen die laufende Arbeit der Räte unterstützen, das Angebot der Lebensfahrplanberatung für Jugendliche koordinieren und die Bedarfserhebung in der Region wissenschaftlich organisieren.

- **Die regionale Umverteilung** hin zu sozialen und ökologischen Dienstleistungen und Projekten soll durch ein weitreichendes Umlagemodell erfolgen. Ansätze für neue Formen der Arbeit und für einen öffentlichen Beschäftigungssektor sind kritisch auszuwerten und entsprechend auszugestalten.

Langfristige Reformperspektive II: Berufsausbildung und Sekundarstufe 2 integrieren

Berufsausbildung in die gesellschaftliche Verantwortung nehmen

Nimmt man das Problem ernst, dass es ein erhöhtes Maß an Organisationskompetenz bzw. guter Kontakte bedarf, den gewünschten Ausbildungsplatz zu finden, schlagen wir vor, langfristig die Sekundarstufe 2 und die Berufsausbildung in Berufskollegs zu integrieren. Dies setzt für uns die Einführung der Gesamtschule in der Sekundarstufe 1 voraus. Damit wäre eine optimale und durchgängige Beratung der SchülerInnen/ Auszubildenden und eine Vernetzung von allgemeiner und beruflicher Bildung erreichbar. Klar ist aber auch, dass dazu die bisherigen Berufskollegs attraktiver und binnendifferenziert neu ausgestaltet werden müssen. Die Vorteile der Berufskollegs sind dabei den SchülerInnen näher zu bringen. Eine Warteschleife, um sich erst danach in dem gewünschten Beruf ausbilden zu lassen, wäre damit verhindert. Gleichzeitig hätten SchülerInnen, die eine akademische Ausbildung anstreben den wesentlichen Vorteil, schon vor ihrem Studium eine Vernetzung von Theorie und Praxis in der Arbeitswelt erlebt zu haben und dies als Anspruch in ein Studium mitnehmen zu können. Wir schlagen dazu die Einrichtung von regionalen Ausbildungs- und Arbeitsbüros vor, deren Arbeit durch die Arbeits- und Bildungsräte kontrolliert und gesteuert werden. Auszubildende werden so nicht mehr individuell geschlossen, sondern zu ausgehandelten Standards durch den regionalen Arbeits- und Bildungsrat beschlossen und mit den regionalen Tarifpartnern vereinbart. Damit wäre eine gerechte Verteilung der Auszubildenden, der Umverteilungsmittel und die Ansprüche der Jugendlichen gewahrt und die inhaltliche Vernetzung sichergestellt.

Die Finanzierung der Ausbildungsbüros und der nicht über den Markt zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze erfolgt anteilig nach der Wertschöpfung der Betriebe in einer Region. Stellt ein Betrieb im Verhältnis zu seiner Wertschöpfung mehr Auszubildende als andere Betriebe ein, wird das entsprechend gutgeschrieben. Dadurch wäre sichergestellt, dass personenintensive Dienstleistungen und mittelständische Unternehmen, die noch immer wesentliche Anteile der Ausbildungsplätze anbieten, entlastet werden könnten. Diese Form der gesteuerten und arbeitsmarktregulierenden Umlagefinanzierung soll inhaltlich und strukturell die Ausbildung aus ihrer rein marktorientierten Form in eine öffentliche Verantwortung stellen. Individuelle Ausbildungsverträge würden durch regional ausgehandelte Ausbildungsplatzvereinbarungen zwischen Berufsschulen und Berufskollegs und regionalen Arbeits- und Bildungsräten vorbereitet, umrahmt und eingebunden. Ein solches Modell eines Mantelausbildungsvertrages kann die Möglichkeiten aller Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, stärken und bindet gleichzeitig die Ausbildung an regionale Entwicklungspläne. Unser Ziel ist es, dass für alle Auszubildenden die Flächentarifverträge gelten. Regionale Ausbildungsverträge führen zu noch unterschiedlicheren Standards und Entlohnung. Es darf nicht sein, dass Jugendliche z.B. im Osten schlechter gestellt werden, als z.B. in Oberbayern oder Baden-Württemberg.

Langfristige Reformperspektive III: Sozialstaatliche Absicherung

Die Jusos treten weiterhin für eine elternunabhängige Jugend- und Auszubildendenförderung (JAU) ein, die alle Leistungen des Familienlastenausgleichs und der Ausbildungsförderung zusammenfasst. Die JAU soll dabei das Problem beheben, dass Jugendliche ihre Wahl strategisch nach der finanziellen Absicherung durch die Eltern treffen müssen. Damit sollen die unterschiedlichen Zugänge zur Ausbildung abgemildert und auf Dauer für die Ausbildungsphase aufgehoben werden. Erst wenn Kinder und Jugendliche so eine eigenständige, flexible und nicht irreversible Entscheidung für eine Ausbildung treffen können, lässt sich das selektive Schul- und Ausbildungssystem bekämpfen und auf kooperatives Leben und Arbeiten beziehen. Allerdings halten wir daran fest, dass die berufliche Ausbildung auch finanziell von den Unternehmen getragen werden muss, hierbei können wir uns auch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts berufen.

2. Bildungsorientierte Ausbildung Analyse der Situation von Studierenden in Arbeit, Leben und Ausbildung

Studierende haben eine Sonderstellung in unserer Gesellschaft, sei es in einer eigenen Form gesellschaftlicher Absicherung und Arbeit, sei es durch einen weitgehend vom Produktionsprozess unabhängigen Ausbildungsform, sei es durch die Einrichtung in einem neuen, eigenständigen Leben. Jeder Ansatz, eine Hochschulreform zu begleiten, heißt, einen Übergang zwischen Lebens- und Arbeitsform der Schule und der des Erwerbslebens sozial und für die Einzelnen emanzipativ zu gestalten. Dazu gehört es, den Brüchen und Selektionsschritten in den Biografien durch neue Instrumente der Förderung entgegenzuwirken. Zwei Brüche geraten dabei in den Blick: Der Übergang zum Studium und dem vom Studium ins Erwerbsleben.

Brüche in der Biografie

Der erste Bruch ist vor allem durch zwei Faktoren geprägt: Soziale Absicherung des sozialen Umfeldwechsels und die neue Arbeitsform. Beide können sich als wesentliche Hürde erweisen. So wählen viele Studierende als Lebensmittelpunkt weiterhin das Elternhaus, auch weil ein Wohnortwechsel sozial kaum flankiert wird. Ein weitgehend in der CDU/FDP-Ära marginalisiertes BAFöG, das nur langsam wieder aufgebaut wird, stellt eine große Unsicherheit dar. Gleichzeitig stellt sich die Studieneingangsphase als Hürde heraus: Mangelnde Einführungen, vielfach zu wenig sich mit dem Studium weiterentwickelnde Beratung, mangelnde pädagogisch didaktische Orientierung erschweren unnötig den guten Start.

Grundlegender geht es bei diesen zwei Brüchen jedoch um ein überholtes in der Vergangenheit verhaftetes Lebensmuster. Neue Modelle für die Übergänge müssen die ökonomische und soziale Selektion auch im Hochschulbereich grundlegend angehen. Studierende sind formal aus dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen und werden an der Finanzierung der Sozialsysteme im Wesentlichen nicht beteiligt. Ihnen wird eine eingeschränkte Eigenverantwortung zugestanden, die finanziell durch die Unterstützung durch die Eltern oder ersatzweise des Staates abgesichert werden soll. Eine eigenständige Arbeitstätigkeit ist in diesem Modell nicht als Regelfall eingeplant und wirkt zudem auch innerhalb der Organisation des Studiums nach wie vor als Hemmschuh für die Entscheidungsfreiheit.

Die Bildungsexpansion der 1970er Jahre hat zu einer Öffnung für andere soziale Schichten (vor allem des Facharbeitermilieus) und zu einer Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Frauen geführt. Kaum Auswirkungen hatte die Öffnung der Hochschulen auf die Beteiligung von Arbeiterkindern, die nach wie vor stark unterrepräsentiert sind. In der Wirkung bedeutet es für die Einzelnen, dass sie vor allem dann ein Studium beginnen, wenn sie einen entsprechenden Milieuhintergrund haben, das ihnen den Übergang in die neue Lebenssituation (Wohnortwechsel und finanzielle Abhängigkeit) erleichtert. Die sozialdemokratische Doktrin der Chancengleichheit hat diese unterschiedliche Orientierung und Voraussetzung am Beginn des Studiums zunehmend vernachlässigt und sich auf ein Schlagwort verkürzt.

Im Zuge der 1980er und 90er sind Zugangserleichterungen deutlich eingeschränkt worden. Dies hat eine neue Form der Studierendenökonomie hervorgerufen: Der große Teil der Studierenden arbeitet heute, um den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren. Die Motivation für die Aufnahme einer Arbeit ist dabei unterschiedlich: von Berufserfahrung, Ausgleich von dem Studium und nicht zuletzt der finanziellen Absicherung des eigenen Lebens reichen die Begründungen. Die Erwerbstätigkeit Studierender bietet dabei für die / den Einzelnen Chancen wie Risiken. Risiken, weil eine Erwerbstätigkeit das Studium u.U. verlängert, weil das Studium nicht zuletzt aufgrund der Erwerbstätigkeit abgebrochen wird, oder weil studienferne Jobs ausgeübt werden. Chancen entstehen, weil über die Erwerbstätigkeit Fähigkeiten erlernt werden, die das Studium nicht vermitteln kann (wie soft skills, Teamfähigkeit, Organisationsfähigkeit etc.), der Bezug zur Praxis hergestellt wird, und weil gleichzeitig (in Abhängigkeit vom ausgeübten Job) Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern entstehen können. In den Universitätsstädten hat sich aus der mangelnden Absicherung der Studierenden über das BAFöG ein studentischer Niedriglohnsektor entwickelt. Die Arbeitsverhältnisse von Studierenden sind dabei durch eine verhältnismäßig hohe Qualifizierung bei niedrigen Löhnen gekennzeichnet. Die Sonderstellung im Sozialversicherungssystem führt dazu, dass die entsprechenden ArbeitgeberInnen wesentliche Einsparpotenziale haben. Das hat zu einem schleichenden Abbau von regulären Arbeitsplätzen geführt.

Die Studierenden selbst sind dabei doppelt benachteiligt: Die regionalen Arbeitsmärkte werden für qualifizierte und akademische Tätigkeiten nach dem Studium zugunsten billiger Beschäftigungsverhältnisse abgebaut. Zugleich nehmen die Studierenden eine schlechtere soziale Absicherung in Kauf, denn der weitgehende Ausschluss aus den Sozialversicherungssystemen bedeutet auch eine Minderung später zu erwartender Ansprüche.

Wer von der Hochschule abgeht, hat nicht notwendigerweise einen Abschluss in der Tasche: nur zwei Drittel der Studierenden verlassen die Hochschule mit einem Abschluss, immerhin ein Drittel ohne. Für beide Gruppen gilt es zunächst, den Übergang in einen anderen Lebensabschnitt zu gestalten, längerfristig soll die Abbrecherquote möglichst auf Null gefahren werden und die berufsorientierende Funktion des Studiums ebenso ernst genommen wird wie die Emanzipation durch Bildung.

Von den Studienabbrechern weisen BAFÖG-Empfänger die höchsten Quoten auf. Hier gilt es konkret anzusetzen, indem die Leistungssätze nach oben angepasst und Freibeträge erhöht werden. Mindestens ebenso wichtig ist es aber, Studierenden ein Kulanzsemester für den Leistungsnachweis ihrer Zwischenprüfungen einzuräumen, um BAFÖG-Empfängern mehr Spielraum in ihrer Studienorganisation zu geben.

Neben dem Übergang zum Studium gibt es auch noch den vom Studium in das Erwerbsleben. Auch dieser gestaltet sich zunehmend schwierig. Zunächst wird dabei weniger über den Übergang von der Hochschule in die Arbeitswelt diskutiert, als vielmehr das Bild des faulen Langzeitstudierenden vorgeschoben, den man durch eine entsprechende Strafandrohung zu einem zügigen Studium und verantwortungsvollen Umgang mit (künstlich knapp gehaltenen) öffentlichen Ressourcen bringen müsse. Dabei bleibt eine Gruppe Studierender völlig außer acht: ca. ein Drittel aller Studierender bricht die Hochschule ohne Abschluss ab, von ihnen geben 71% an, dass die Studienbedingungen Grund für ihren Studienabbruch waren. Was mit ihnen geschieht, wird äußerst selten diskutiert. Auch die Gründe für Langzeitstudierende sind vielfältig. Am häufigsten jedoch verzögert sich das Studium aufgrund eines (oder mehrerer) Studienfachwechsel, Studienortwechsel, finanzieller oder persönlicher Probleme, und der mangelnden Studierbarkeit des Studiums; an diesen Ursachen gilt es anzusetzen, statt über Langzeitgebühren (ob als Gebühren oder als Studienkonten) zu diskutieren! Wir beantworten diese Bestrebungen mit einer Doppelstrategie: Einerseits lehnen wir Studiengebühren offensiv ab. In den Bundesländern, in denen dieser Kampf allerdings vorerst verloren ist, müssen wir über alternative Reformvorschläge und Modelle der sozialen Selektion entgegenwirken. Ziel ist es, ein Klima zu schaffen, in dem Studiengebühren obsolet sind und ein freies Studium (wieder) möglich ist.

Politik muss hier im Übergang zur Arbeitswelt nicht nur neue Wege der Arbeitsmarktpolitik finden und Projekte anstoßen, die Übergänge in den regulären, ersten Arbeitsmarkt schaffen, sondern eine Umverteilung von Arbeit vorantreiben. Die Zeit bis zu einer ersten festen Anstellung ist auch weiterhin im internationalen Durchschnitt recht lang. Neben dem spezifischen Weg über ein lange Schulzeit und ein langes Studium dürfte das vor allem daran liegen, dass sich in einer Zeit hoher struktureller Arbeitslosigkeit, Rückgang staatlicher Investitionen und der beschriebenen Studierendenökonomie die Chancen auf einen qualifizierten Arbeitsplatz verschlechtert haben. Nur eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik kann dies ändern.

Reformperspektive I: Übergang von der Schule zum Studium besser gestalten

Häufig bringt der Studienbeginn eine unnötige Verunsicherung von Studierenden mit sich: Angefangen von mangelnder Beratungsmöglichkeiten, über überfüllte Erstsemesterveranstaltungen, bis hin zum Übergang in ungewohnte Arbeitsweisen.

Die in den 1970er Jahren geforderten allgemeinen Studieneinführungsphasen sind nach wie vor ein sinnvolles Modell, in das wissenschaftliche Arbeiten und die Studienorientierung einzuführen. Wichtig dabei ist, dass die Durchlässigkeit für Studierende ohne Abitur dadurch erhöht wird, dass sie an dieser Studieneingangsphase gleichberechtigt beteiligt werden können.

Tutorien, wie sie an vielen Fakultäten bereits üblich sind, sollen dabei den StudienanfängerInnen den Weg zum wissenschaftlichen Arbeiten und zur guten Organisation des Studiums weisen. Lehrende werden verpflichtet, mehr Sprechstunden anzubieten. Zusätzlich finden Studienberatungen zum Ende des ersten Semesters sowie nach der Zwischenprüfung/ dem Vordiplom bzw. der Halbzeit beim Bachelor-Studiengang statt, um die Studierenden zur Reflexion der eigenen Lage und ggf. einer Änderung derselben zu bringen. Studienberatungen sind aber zu jeder Zeit erhältlich und bei weitem nicht auf diese beiden Termine beschränkt; ein Beratungsbüro ist während des Studienbetriebs durchgehend besetzt. Wichtig ist bei den Beratungen, dass Studienort- oder fachwechsler nicht durch das Raster fallen, sondern ebenfalls erfasst werden.

Reformperspektive II: Arbeitsmarktpolitische Entzerrung Chancen und sozialstaatliche Absicherung anpassen

Anspruch an eine neue Organisation gesellschaftlicher Zugänge zur Hochschulbildung muss deswegen einerseits sein, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von Studierenden abzubauen, die nicht sozialversicherungspflichtig sind, um langfristig neue reguläre Arbeitsverhältnisse zu erhalten. Das ist vor allem eine Frage, wie auf Dauer politisch mit dem Niedriglohnsektor und sozialversicherungsbefreiten Jobs und mit dem Sonderstatus von Studierenden auf dem Arbeitsmarkt umgegangen wird. Das wird aber nur dann funktionieren, wenn gleichzeitig eine BAFÖG-Reform nach dem Drei-Körbe-Modell durchgeführt wird und die Beschäftigungsmöglichkeiten an den Universitäten drastisch zunehmen. Langfristig hingegen ist wie skandinavische Erfahrungen zeigen ein vollfinanziertes Studium sinnvoll. Das soll für Studierende nicht den Zugang zur Arbeit verhindern, sondern eine Konzentration auf das Studium eröffnen und andererseits Arbeitsbedingungen und Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Studierende und bereits diplomierte Arbeitssuchende angleichen. Studierende können damit weiterhin eine Arbeit aufnehmen, sie müssen sich allerdings dann in einer sinnvollen sozial gestaffelten Weise an den Sozialversicherungssystemen beteiligen. Die Arbeitgeber würden so an den sozialen Kosten des Studiums beteiligt, wenn sie Studierende beschäftigen.

Reformperspektive III: Lebensfahrplanberatung und MentorInnenprojekte

Das Studium ist eine Lebensphase, in der wesentliche Orientierungen entstehen und Weichen für das Leben gestellt werden. Beratung wird zumeist nur bezogen auf einzelne Veranstaltungen, nicht aber auf die Organisation und Planung des gesamten Studiums und den Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis bezogen angeboten. Die Zentralen Studienberatungen der Hochschulen können dieses Defizit nicht aufwiegen. Sehr viel sinnvoller wäre ein MentorInnenprojekt, das über die jeweiligen Hauptfächer der Studierenden organisiert wird und eine kontinuierliche Beratung und Förderung durch je eineN LehrendeN sicherstellt.

Reformperspektive IV: Übergänge zum Arbeitsmarkt organisieren

Das zweite Handlungsfeld betrifft die Anstrengungen an den Hochschulen, Übergänge von den Bildungsinstitutionen in die Arbeitswelt zu schaffen.

Bisher ist es in der Hauptsache Privatsache der Studierenden, sich über Praktika praktische Erfahrungen und auch Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern zu schaffen. Das ist im Allgemeinen nicht ohne erheblichen finanziellen und zeitlichen Aufwand zu schaffen: Praktika richten sich nicht nach den Studienzeiten, werden sehr unterschiedlich, zumeist schlecht oder gar nicht bezahlt. Das führt zu einer weiteren Privilegierung gut abgesicherter Studierender, die sich flexibel um ihre eigene Zukunft kümmern können. Auch die Festschreibung von Praktika in den Studienordnungen heben diese Ungleichheiten zwischen den Studierenden nicht auf: Nur in Einzelfällen organisieren Fachbereiche Praktikabörsen. Nur wenn neue Übergangsangebote in die Arbeitswelt geschaffen werden, können Studienzeiten gesenkt werden.

Übergangsgesellschaften

Die heutige Politik geht immer noch von einer Regelbiographie aus, in der das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen wird. Die Heterogenität und Komplexität heutiger Lebensentwürfe wird dabei kaum berücksichtigt, sondern werden im Gegenteil noch durch das Erheben von Langzeitgebühren sanktioniert.

Studienverläufe sind heutzutage in vielen Fällen nicht mehr linear, sondern durch unterschiedliche Lebensplanungen heterogen: Praktika, Studienfach- und Ortswechsel sowie Phasen des Teilzeitstudiums und der Erwerbsarbeit wechseln sich mit regulären Studienzeiten ab. Gerade zum Studienabschluss ist es aber meist noch einmal notwendig sich vollständig auf das Studium zu konzentrieren. Dies wirft häufig Probleme nicht nur finanzieller Art auf, die einen Abschluss verschieben oder verhindern. Hier muss eine ernst gemeinte Politik beruflicher Orientierung ansetzen und die Studierenden in die Lage versetzen, Berufs- und Lebensperspektiven zu entwickeln und diese im Laufe des Studiums auch wieder zu verändern.

Das berechtigte Interesse von Studierenden, sich bilden und entwickeln zu können, und das ebenso berechtigte Interesse der gesellschaftlichen Reproduktion müssen dazu gleichermaßen ernst genommen werden. Um den individuellen Ansprüchen und sozialen Bedingungen von Studierenden gerecht zu werden, schlagen wir Jusos die Gründung von staatlichen Übergangsgesellschaften an jedem Hochschulort vor. Alle Studierenden haben ab dem Ende der Regelstudienzeit eines Studiums die Möglichkeit freiwillig in die Übergangsgesellschaft einzutreten; keinE StudierendeR darf von dieser Möglichkeit ausgeschlossen werden. Der Eintritt wird mit der Anmeldung zur Studienabschlussphase verbunden, ohne dass alle Studienleistungen zur Aufnahme bereits erbracht sein müssten. Die BeraterInnen der Übergangsgesellschaften erstellen zusammen mit den Studierenden einen Abschlussplan, der ihren individuellen und sozialen Voraussetzungen Rechnung trägt und eine individuell gestaltete Studienabschluss- und Prüfungsphase festlegt, die zeitlich nicht generell beschränkt wird. Mit dem Eintritt in die Übergangsgesellschaft werden die Studierenden voll finanziert und umfassend psychologisch, sozial und fachlich beraten. Die Übergangsgesellschaften unterstützen die TeilnehmerInnen soweit gewünscht bei der Organisation mit PrüferInnen und Prüfungsämtern. Damit soll verhindert werden, dass PrüferInnen oder Prüfungsämter individuelle Zugangsbarrieren für Prüflinge schaffen, wie es häufig geschieht. Zudem bieten die Übergangsgesellschaften Berufsfeldorientierungen an, arbeiten mit den regionalen Arbeitsämtern und den regionalen Arbeits- und Ausbildungsbüros zusammen, sodass die beteiligten Studierenden eine Perspektive über das Studium hinaus gewinnen können.

Die Übergangsgesellschaften sollen vor allem Studierenden ein Angebot machen, die aus sozialen, studientechnischen oder persönlichen Gründen ihr Studium nicht in der durchschnittlichen Studienzeit ihres Faches abschließen konnten. Die Übergangsgesellschaften sind als ein Einstieg in ein vollfinanziertes Studium gedacht, wie es in anderen Ländern bereits praktiziert wird.

3. Bildung ein Leben lang! Zur Bedeutung von Weiterbildung

Weiterbildung spielt in einer Gesellschaft, die oft als Wissensgesellschaft bezeichnet wird, eine zunehmend größere Rolle. Deutschland landet mit einem Anteil von 36% der ArbeitnehmerInnen, die an einer Weiterbildung teilnehmen, im europäischen Vergleich nur auf dem 16. Platz. Der Bedeutung von Weiterbildung ist bislang zu wenig politische Aufmerksamkeit zugekommen, weswegen der Bereich der Weiterbildung ein weitgehend unregulierter ist. Dabei ist in weiten Teilen der Gesellschaft die Erkenntnis angekommen, dass moderne Biografien sich nicht mehr an der einen Lebensstellung bei dem einen Arbeitgeber orientieren, sondern häufige Wechsel zwischen Jobs, immer natürlich mit dem Risiko des Auf- oder Abstiegs, an der Tagesordnung sind. Auch betriebsintern wird flexibilisiert, und in beiden Fällen sind oft Weiterqualifizierungen notwendig.

Weiterbildung ist dabei aber nicht systematisiert, und ein freier Markt von Weiterbildungsanbietern wirbt im Wesentlichen um zwei Zielgruppen: zum einen um die der gut qualifizierten, männlichen Arbeitnehmer, deren Weiterbildung vom Unternehmen bezahlt wird, zum anderen um die der Arbeitslosen in der beruflichen Fort- und Weiterbildung, deren Weiterbildungen und Umschulungen aus den Beiträgen der Versicherten finanziert werden. Insbesondere ältere Beschäftigte, Frauen und gering Qualifizierte haben kaum Chancen, an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Weiterbildungsphasen als normales Element einer Biografie werden damit bislang kaum anerkannt, und erst langsam kommen Modelle von Sabbaticals oder Jobrotation auf, die Beschäftigten eine Verbindung von Arbeit und Weiterbildung ermöglichen.

Dabei ist Bildung ein Schlüssel zur Beschäftigung: Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen niedrigem Bildungsgrad und Arbeitslosigkeit; der größte Teil der Langzeitarbeitslosen hat keinen Berufs- oder Schulabschluss. Gerade für diese Gruppe findet *während* einer Beschäftigung so gut wie nie Weiterbildung statt. Werden sie arbeitslos, dann meist auf lange Zeit. Gestärkt werden muss daher die präventive Rolle von Weiterbildung, z.B. in Transfergesellschaften, um drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden, bzw. eine notwendige Höherqualifizierung vorzunehmen, die zu einem nahtlosen Jobwechsel führt.

Wir fordern daher ein Recht auf Weiterbildung, das auch an dieser Stelle des Berufssystems Chancengleichheit und Durchlässigkeit schafft. Von der Wissensgesellschaft zu reden und dabei die Tatsache zu ignorieren, dass Gesellschaft selbst vielen Menschen den Zugang zu eben jenem Wissen verbaut, zeugt von einer verblendeten Weltsicht. Politische Aufgabe ist es, Weiterbildung für alle Menschen zugänglich zu machen.

Die Regulierung der Weiterbildung umfasst dabei die Notwendigkeit, adäquate Angebote sowohl für Berufsgruppen als auch individuell maßgeschneidert anzubieten. Als neue Zielgruppe sind über 60-jährige anzusehen, die sich im Ruhestand neues Wissen aneignen wollen, sei es, um ein Ehrenamt besser ausfüllen zu können oder um des Wissens willen. Dazu ist eine diversifizierte, nicht jedoch eine unregulierte Weiterbildungslandschaft notwendig. Die Ausgabe von Weiterbildungsgutscheinen an Arbeitslose trägt zumindest im Bereich des arbeitsmarktpolitischen Instruments der beruflichen Fort- und Weiterbildung zu einer Marktberichtigung bei, während der Rest der Weiterbildungsangebote weiter unreguliert bleibt.

In der Vielfalt der Anbieter von Weiterbildung sind Hochschulen nur ein Träger unter vielen. Ihnen kommt allerdings insofern eine besondere Bedeutung zu, als dass sie als in öffentlicher Verantwortung stehende Akteure ein breites Spektrum an international wettbewerbsfähigen Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten und ihr Angebot sowohl auf den Ausgleich des regionalen Weiterbildungsmarktes als auch mit anderen öffentlichen Institutionen (Arbeitsamt etc.) abstimmen müssen.

Reformperspektive I: Arbeitsversicherung als Einstieg in eine öffentlich verantwortete Weiterbildung

Der gegenwärtig weitgehend unregulierte Weiterbildungsmarkt vertieft die soziale Ungleichheit. Hochqualifizierte nehmen statistisch sehr viel häufiger an Weiterbildungen teil. Je höher die erste Qualifikation, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass Weiterbildungsmaßnahmen von dem Arbeitgeber finanziell übernommen werden. Der Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung macht sozial abgesicherte Weiterbildungs(aus)zeiten möglich. Sie ist integraler Bestandteil, um eine lebensbegleitende Berufsorientierung für jedeN erreichbar zu machen.

Reformperspektive II: Weiterbildungsoffensive jetzt! Weiterbildung für alle!

Das Recht auf Weiterbildung muss in einem Weiterbildungsrahmengesetz zusammengefasst werden, das sich mit den beiden Aspekten der Weiterbildung, dem zur Kapitalverwertung und dem zur Selbstverwirklichung, befasst. In diesem WBRG wird ein Mindestrecht auf zwei Wochen Weiterbildungsurlaub pro Jahr für alle (auch Erwerbslose und in der Familienphase befindliche Menschen!) festgeschrieben. Dieser Urlaub kann auch angespart und am Stück in Anspruch genommen werden. Dabei gilt es das Problem zu lösen, wie Ansprüche bei einem Jobwechsel mitgenommen werden können, bzw. was im Fall einer Selbständigkeit geschieht.

Nur wenn sich die soziale Absicherung durch die Arbeitsversicherung und die Kostenübernahme für die Weiterbildung durch den regionalen Bildungsfonds ergänzen, kann es eine Weiterbildung des und der Einzelnen geben, die selbstbestimmt ist.

Beschluss **C1** AntragstellerInnen: Bundesvorstand und Landesverband Schleswig-Holstein

Für eine solidarische Gesundheitsreform!

Wie auch Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 herausstellte, ist das deutsche Gesundheitssystem im allgemeinen und das Krankenversicherungssystem im besonderen nach wie vor leistungsfähig.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind sowohl die Ausgaben für den gesamten Gesundheitssektor als auch die Aufwendungen für die Krankenkassen in den letzten 20 Jahren nahezu konstant geblieben. Der technische und medizinische Fortschritt eröffnet uns heute ein riesiges Feld möglicher Leistungen im Gesundheitssystem, die jedoch nicht alle eine Leistungssteigerung bedeuten. Daher gilt es eine solidarische Gesundheitsreform durchzuführen, die sich nicht ausschließlich den Fragen der Finanzierung und der Ausgaben widmet sondern das System zum Wohle der Patienten reformiert.

Wir unterstützen die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt bei ihren Initiativen zur Strukturreform im Gesundheitswesen. Wir glauben, dass diese notwendig sind. Das Motto 'Mehr Geld ins System ohne das System selber zu reformieren' erachten wir als falsch. Wir befürchten, dass die aktuell geplante Finanzierungsreform der GKV zwar im Namen aber auf dem Rücken junger Menschen ausgetragen wird. Die jetzt vorliegenden Vorschläge belasten insbesondere die nachwachsende Generation, junge Familien und sozial Schwache. Notwendig wäre aber vielmehr, die Ungleichheit im Gesundheitssystem aktiv anzugehen und die Bedingungen zugunsten eben jener zu verändern.

Der doppelte Konsensdruck (in der Kommission und im Bundesrat mit der CDU) darf nicht dazu führen, dass alle sozialdemokratischen Inhalte über Bord geworfen werden. Dazu ist ein Bekenntnis der SPD zur solidarischen Finanzierung, zu Strukturreformen und zu Präventionsmaßnahmen erforderlich. Entsprechende Leitplanken sind bereits jetzt einzuschlagen, um nicht wie beim Zuwanderungsgesetz in einen sozialen Abbau-Wettkampf mit der Union zu geraten.

Reformbedarf besteht insbesondere in der Struktur und Organisation des Gesundheitswesens. Oberstes Ziel muss daher die Beseitigung von Über-, Unter- und Fehlversorgung sein. Erst danach können Einnahme- und Ausgabenseite der GKV betrachtet und nachhaltig reformiert werden. Folgende Leitplanken schlagen wir für eine Reform vor:

- Die Anbieterdominanz und Monopolstellung der Leistungserbringer muss zu Gunsten von mehr Qualität, Effizienz und öffentlicher Kontrolle umgebaut werden.
- Die gegliederte Struktur des Gesundheitswesens ist in eine integrierte Versorgungsstruktur zu überführen.
- Das Solidarprinzip und die paritätische Finanzierung der GKV bleiben bestehen. Ungleichheiten im Gesundheitswesen sind abzubauen.
- Die Krankenversicherung wird zu einer Gesundheitsversicherung, die nicht Krankheit, sondern Gesundheit absichert, umgebaut.
- Gesundheit ist ein gesellschaftliches, kein ökonomisches Gut. Jeder hat ein Recht auf sie.
- Das stark medizinisch und kurativ ausgerichtete Gesundheitswesen ist stärker rehabilitativ und an der Versorgung chronisch Kranker zu orientieren.

Das Ansteigen der Beiträge zur Krankenversicherung resultiert daraus, dass die Beitragsseite durch Massenarbeitslosigkeit und durch eine unzureichende Beitragsbemessungs- als auch Versicherungspflichtgrenze unter Druck geraten sind. Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken. Wir plädieren für die Einbeziehung von Selbständigen und neuer Beschäftigten in die GKV. Die Krankenversicherung sollte auf Beamte ausgeweitet und die tradierten beamtenrechtlichen Sondersysteme sollten auslaufen. Darüber hinaus ist angesichts neuer Arbeits- und anderen Einkommensformen neben dem klassischen Arbeitseinkommen eine sozialversicherungsrechtliche Anrechnung von Einkommen aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sinnvoll. Eine deutlichere Anhebung der Versichertenpflichtgrenze ist überfällig. Langfristig streben wir eine Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze an.

Wir bekennen uns deutlich zur paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung. Den Arbeitgebern darf ein Rückzug aus der Solidargemeinschaft Gesundheitssystem nicht erlaubt werden. Kopfpauschalen lehnen grundsätzlich wir ab, denn sie orientieren sich nicht an der Leistungsfähigkeit des Versicherten.

Die Krankenversicherung muss die Risiken von Krankheit und körperlicher Beeinträchtigung umfassend absichern. Eine Aufteilung des Leistungskatalogs in Pflicht- und Wahlleistungen lehnen wir ebenso ab, wie die Forderung private Unfälle im Freizeit und im Sport künftig privat abzusichern. Dadurch würde die gesundheitspolitische Zielsetzung Sport und Bewegung als Beitrag zum Gesundheitsschutz zu fördern, unterlaufen und konterkariert werden. Wir wollen die Menschen ermutigen und auffordern, sich sportlich zu betätigen und sie hierfür nicht bestrafen.

Weitere Zuzahlungen für Zahnbehandlung und Zahnersatz würden nicht der Systematik des Leistungskatalogs entsprechen und wären insofern willkürlich. Die bestehenden Wirtschaftlichkeitsreserven sind auszunutzen. Die meisten Reibungsverluste haben ihre Ursache im Wirrwarr und Nebeneinander von Hausärzten, Fachärzten, Krankenhäusern und anderen Leistungsanbietern. Anstelle von Zuzahlungen für den Arztbesuch sollen Praxisnetze und integrierte Versorgungssysteme etabliert werden.

Eine Privatisierung des Krankengelds lehnen wir ab, da es die Kosten für Krankheit willkürlich auf den einzelnen verlagert. Insbesondere auf junge Familien käme eine besondere Belastung zu. Die Steuerfinanzierung von Sterbegeld und Mutterschaftsgeld sehen wir hingegen als sinnvoll an.

Die Ankündigungen der Regierungserklärung Schröders, die Anzahl der Krankenkassen und das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung einschränken zu wollen, erachten wir als richtige und notwendige Schritte hin zu einem Umbau der Kassenlandschaft zu regionalen Einheitskassen an und der Abschaffung des Monopols der KV.

Wir wollen die Krankenversicherung mittelfristig zu einer Gesundheitsversicherung umbauen, die viel stärker Prävention und Gesundheitsvorsorge in den Mittelpunkt stellt. Hierzu bekennen wir uns zu einem *Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung* in dem sowohl Forschung über betriebliche Gesundheitsförderung gebündelt wird sowie konkrete Maßnahmen und Konzepte zur gesundheitlichen Prävention zu entwickeln sind. Gleichzeitig unterstützen wir dringend die Forderung von Ulla Schmidt zur Einrichtung eines Zentrum für die Qualität in der Medizin. Neben den regulären Arbeitnehmerbeiträgen sollte auch das Modell einer „Wertschöpfungsabgabe“ eingeführt werden. Hierbei werden u. a. arbeitsintensive Betriebe gegenüber kapitalintensiven Betrieben bevorzugt. Wir unterstützen die Forderung nach einer Aufhebung des Apotheker-Monopols (z.B. durch Apothekenketten) und die Einrichtung des Versandhandels als wichtige Besserung insbesondere für die Versorgung chronisch Kranker. Die wohnortnahe Versorgung mit Medikamenten kann mit regulärischen Mitteln sichergestellt werden.

Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit! Wir fordern daher das EuGH-Urteil und entsprechende Formulierungen des Arbeitszeitgesetzes in Deutsches Recht umzusetzen. Auch sind die Dokumentation der ärztlichen Arbeitsleistung sowie die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in den Krankenhäusern zu wahren. Arbeitnehmerrechte dürfen in Krankenhäusern kein Tabu sein! Diese mit Füßen zu treten geht auch immer zu Lasten der Qualität ärztlicher Behandlung und infolgedessen der Patientensicherheit.

Abschaffung des AiP (Arzt/Ärztin im Praktikum) und der damit verbundenen Vergütung. Wir sagen NEIN zu der praktizierten, hemmungslosen Ausbeutung der Arbeitskraft besonders junger Ärztinnen und Ärzte in der Weiterbildung. Der größte

Teil der ärztlichen Arbeitsleistung wird durch Ärztinnen und Ärzte im Praktikum und in der Weiterbildung erbracht. Daher muss auch hier der Leitspruch gelten Ehrliches Geld für ehrliche Arbeit

Grundsätzlich sehen wir es als fortschrittlich an, wenn eine Gesellschaft Teile ihrer Wirtschaftskraft für Gesundheit und Vorsorge aufwendet. Wir bekennen uns zu den beschäftigungspolitischen Chancen und Potenzialen einer entwickelten Gesundheitswirtschaft. Im Gesundheitswesen sind schon heute viele qualifizierte Arbeitsplätze entstanden. Der Aufbau eines Gesundheitssektors in Regionen mit schwacher Wirtschaftskraft kann dazu genutzt werden, um hier eine Wirtschaft und Beschäftigung aufzubauen.

Beschluss **C3** AntragstellerInnen: Bezirk Hannover

Für eine neue Solidarität im Gesundheitswesen – Gesund füreinander einstehen

Der 2. Februar und seine gesundheitlichen Folgen

Nach den verheerenden Landtagswahlergebnissen in Hessen wie auch in Niedersachsen wächst innerhalb der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung der Drang, Entscheidungsfreudigkeit unter Beweis zu stellen.

In Anbetracht der momentanen Sachlage, welche von einer innerparteilichen Orientierungslosigkeit und dem vergeblichen Streben zur Neuen Mitte geprägt ist, wird in den kommenden Monaten versucht werden, in sozialdemokratisch ureigensten Politikfeldern neue soziale Maßstäbe zu setzen. Wie in der von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Rentenreform, ergibt sich in der nun zügig vorangetriebenen Gesundheitsreform ein zentrales Politikfeld zur Erprobung dieser Entschlusskraft.

Infolgedessen, steht wie selten zuvor das deutsche Gesundheitswesen und hier insbesondere die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) derzeit im Mittelpunkt nicht nur gesundheits- und sozialpolitischer, sondern auch allgemein wirtschaftspolitischer Diskussionen. Zahlreiche Stellungnahmen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sehen in Reformen des Gesundheitswesens und auf dem Arbeitsmarkt zentrale Indikatoren für die Reformfähigkeit der Politik und der Gesellschaft schlechthin. Dabei liegen die Meinungen über die Notwendigkeit und das Ausmaß sowie die konkreten Ansatzpunkte von Reformen im Gesundheitswesen und dabei speziell in der GKV immer noch beträchtlich auseinander.

Unter dem Deckmantel einer modern ausgerichteten Politik manifestiert sich der Glaube einer verstärkten finanziellen Eigenvorsorge des Individuums. Über kurz oder lang soll unter Ausschöpfung vorhandener Wirtschaftlichkeitsreserven eine systematische Reduktion des Leistungskatalogs in sog. Grund- und Wahlleistungen erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund vergeht kaum ein Tag, an dem sich nicht selbsternannte Gesundheitsexperten über eine vermeintlich vorhandene Kostenexplosion im Gesundheitssektor äußern. Folgewidrig und vor einer beunruhigenden Kulisse einer bestehenden Massenarbeitslosigkeit von nunmehr 4,7 Millionen wird im Interesse der Arbeitgeber zur Senkung der Lohnnebenkosten auch über einen Aufbau eines arbeitnehmerfinanzierten Kapitalstocks und der damit einschleichenden Privatisierung des Krankheitsrisikos nachgedacht.

Letztendlich sind viele der derzeit in der Öffentlichkeit vorgestellten Vorschläge zur Reform der GKV einer überwiegend isolierten Betrachtungsweise entsprungen. Häufig mangelt es (ihnen) an einer Zielorientierung, an theoretischer und empirischer Substanz und zuweilen auch an politischem Augenmaß. Um derartige Mängel in der Analyse eines so hochkomplexen Systems wie der GKV zu vermeiden und auch zu verhindern, dass sich Reformmaßnahmen -wie in der Vergangenheit häufig geschehen - in reinen Kostendämpfungsmaßnahmen erschöpfen, gilt es als Jusos sich in den kommenden politischen Entscheidungsprozessen aktiv mit einzubringen und gestalterisch mitzuwirken.

Suche nach der geeigneten Therapie

Die SPD und die Grünen hatten ihren Wahlsieg 1998 letztlich auch der Tatsache zu verdanken, dass viele Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auch nach 16 Jahren konservativ-liberaler Koalition ungelöst geblieben waren. Nicht alles anders, aber vieles besser machen zu wollen, war rot-grüner Anspruch auch und gerade in der Gesundheitspolitik.

Die konservativ-liberale Regierung hatte in den 1990er Jahren vor allem auf folgende Eckpunkte gesetzt:

1. Einführung der freien Kassenwahl

Hierbei verloren die Krankenkassen ihre bisherige Bestandsgarantie. Der Beitragssatz wurde nun zum entscheidenden Parameter im Wettbewerb um die Mitglieder. Dabei drohte bei jeder Anhebung der Verlust von Marktanteilen.

2. Einführung von Individualbudgets

Die Einführung von Ausgabenobergrenzen für die einzelnen Leistungsanbieter bei der Vergütung medizinischer Leistungen verlagerte das Morbiditätsrisiko stärker von der Krankenkasse (KK) auf niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser. Dies förderte bei letzteren die Menge der erbrachten Leistungen zu begrenzen.

3. Privatisierung von Krankenbehandlungskosten

Diese erfolgte in den Jahren 1996/97. Zu diesen zählte unter anderem eine kräftige Anhebung und Dynamisierung sämtlicher Zuzahlungen, neue Handlungsmöglichkeiten der KK zur Einführung von Selbstbehalten und Beitragsrückerstattungen sowie die im 1998-Wahlkampf stark thematisierte Ausgliederung des Zahnersatzes für alle damals unter 18-Jährigen aus der Erstattungspflicht der KK.

Insgesamt spielten staatliche Interventionen zur Verbesserung der Versorgungsqualität eine untergeordnete Rolle. Prävention und Gesundheitsförderung führten bis in die späten 1990er Jahren weiter ein Schattendasein.

Die rot-grüne Gesundheitspolitik weist im Verhältnis zur Politik der Vorgängerregierung sowohl Kontinuitätselemente als auch neue Akzente auf. Kontinuität existiert vor allem im Hinblick auf das Ziel der Ausgabenbegrenzung: auch für die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist die Beitragsstabilität in der GKV ein vordringliches Ziel. Kontinuität lässt sich auch im Hinblick auf zentrale Steuerungsinstrumente feststellen. So gelten auch für die freie Kassenwahl der Versicherten und der damit institutionalisierte Kassenwettbewerb als Instrument für die Gewährleistung einer kostengünstigen und qualitativ hochwertigen Versorgung. Auch die von der konservativ-liberalen Bundesregierung eingesetzte Verlagerung des Morbiditätsrisikos auf die Leistungserbringer wurde fortgesetzt. Bezeichnend dafür ist die Reform der Krankenhausvergütung (KH), welche eine durchgängige Vergütung nach Pauschalen vorsieht.

Neue Akzente gegenüber der konservativ-liberalen Gesundheitspolitik wurden vor allem mit der weitgehenden Rücknahme jener in der Spätphase der Kohl-Regierung eingeführten Maßnahmen zur Kostenprivatisierung gesetzt. Gleichzeitig griff man für die revidierten Privatisierungselemente auf die 1993 eingesetzten Budgets für den Übergangszeitraum bis zum Wirksamwerden von Strukturreformen zurück.

Zu betonen ist darüber hinaus die Wiederaufwertung der Primärprävention und Gesundheitsförderung als Aufgaben innerhalb der KK, die letzteren von der Vorgängerregierung 1996 weitgehend entzogen worden waren. Besonders die Bestimmung, dass diese Leistungen auch darauf zielen sollten, die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen zu vermindern, ist hervorzuheben.

Diese Maßnahmen sollten allesamt die Stabilität der Beitragssätze garantieren, stießen allerdings insbesondere im Falle des Arzneimittelbudgets bei den Ärzten auf heftige Proteste sowie verstärkte Patientenklagen über eine Rationierung von Leistungen. Der in der Kontinuität der konservativ-liberalen Bundesregierung übernommene Kassenwettbewerb führte zu einer Konzentration gesunder Versicherter bei einigen wenigen Kassen. Als Folge dessen kam es zu steigenden Beitragssatzunterschieden bei im Wesentlichen identischen Leistungsangeboten.

Auch erfüllten sich die Erwartungen durch die Implementierung von Strukturreformen zu kurzfristigen Einsparungen gelangen zu können nicht, und der ursprüngliche Plan zur Einführung einer Ausgabenobergrenze für die gesamten GKV-Ausgaben (Globalbudget), was gegenüber sektoralen Ausgabenobergrenzen eine größere Flexibilität des Leistungsgeschehens hätte ermöglichen sollen, war im Gesetzgebungsprozess zur GKV Gesundheitsreform 2000 am Widerstand der konservativ-liberal geführten Bundesländer gescheitert.

Die Anhäufung dieser Probleme führte dazu, dass in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nicht mehr gesundheitspolitische Gestaltung, sondern Schadensbegrenzung im Mittelpunkt stand. Dabei ging es der Bundesregierung vor allem darum, das Thema Gesundheitspolitik aus dem Wahlkampf '02 herauszuhalten.

Anfang 2001 erfolgte zunächst die Aufhebung des Arzneimittelbudgets mit der Folge, dass die meisten Kassen - in Anbetracht der stark ansteigenden Ausgaben - ihre Beitragssätze anheben mussten. Im selben Jahr erfolgte zudem die Reform des Finanzausgleichs zwischen den Kassen mit dem Ziel, die Morbidität der Versicherten stärker zu berücksichtigen und so die Anreize zur Risikoselektion zu vermindern.

Als letzte Maßnahme dieser Politik kann das zu Jahresbeginn in Kraft getretene Beitragssicherungsgesetz (auch Vorschaltgesetz zur Stabilisierung der Beiträge in der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung genannt), welches als Sofortprogramm vordringlich die Finanzgrundlage der GKV stärken und das Beitragsniveau stabilisieren soll, gesehen werden. Begründet wurden eine Anzahl von Maßnahmen, darunter auch die umstrittenen Nullrunden für das ärztliche Personal in Krankenhäusern für das laufende Jahr 2003 und die Untersagung, vom 07. November 2002 bis einschl. Dezember 2003 die KK-Beiträge zu erhöhen, mit dem weltwirtschaftlichen Abschwung, der auch in Deutschland Spuren in den öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen hinterlassen und zu größeren Einnahmeverlusten geführt hatte.

Nach 4 rot-grünen Regierungsjahren bleibt uns Jusos im Bezirk Hannover das ernüchternde Fazit, dass insgesamt keine Kehrtwende in der Gesundheitspolitik vollzogen worden ist. An ehrenwerten Vorsätzen hat es sicherlich nicht gemangelt, sehr wohl jedoch an geeigneten Implementierungsinstrumenten.

Interessant erscheint uns jedoch der markante Unterschied zwischen bisheriger rot-grüner und konservativ-liberaler Gesundheitspolitik. Dieser gründet sich in der Frage, ob der einheitliche und alles medizinisch Notwendige umfassende Leistungskatalog der GKV zur Disposition zu stellen ist. SPD und Grüne haben sich jedenfalls im Wahlkampf 2002 zu einer solidarisch finanzierten GKV bekannt.

Vor dem Hintergrund der Wahlniederlagen vom 02. Februar und der drängenden ungelösten Probleme auf dem sozialen Sektor bleibt abzuwarten, ob die in der vergangenen Legislaturperiode auch in sozialdemokratischen Reihen vernommenen Stimmen hinsichtlich einer Leistungsbegrenzung im Katalog der GKV erneut ertönen werden.

Kommissionen und Eckpunkte

Die Reformbedürftigkeit des Gesundheitswesens bündelt sich in dem Befund des Sachverständigenrats für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Dieser stellte in seinem Bericht im OECD-Länder-Vergleich fest, dass hierzulande mittelmäßige Ergebnisse bei hohen Ausgaben zu verzeichnen sind. Unbeschadet vorhandener Effizienz- und Effektivitätsmängel bietet das deutsche Gesundheitswesen auch aus internationaler Perspektive für alle Bürger einen weitgehenden Versicherungsschutz, ein umfangreiches Angebot an Gesundheitsleistungen und einen vergleichsweise hohen Versorgungsstandard.

Verglichen mit anderen sozialen Krankenversicherungen beinhaltet die GKV einen umfassenden Leistungskatalog mit einer guten Erreichbarkeit der Leistungen und konfrontiert die Patienten kaum mit Rationierungen, wie z.B. Warteschlangen oder Altersbeschränkungen für lebensnotwendige Operationen.

Gleichwohl gilt es sowohl unter Finanzierungs- als auch unter Qualitätsaspekten, das vorhandene Rationalisierungspotential auszuschöpfen.

Nach der gewonnenen Bundestagswahl 2002 hielt, als Ausdruck einer Politik der Macher für die Neue Mitte, die Kultur der Expertenkommissionen auch in der Gesundheitspolitik einzug. So berief die - nun auch für die Rentenreform zuständige - Sozialministerin Ulla Schmidt im November 2002 eine 26 Mitglieder umfassende Kommission (Kommission zur Reform der Sozialversicherungssysteme) unter der Leitung eines der meistgefragten Experten für Sozial- und Wirtschaftspolitik Bert Rürup ein.

Der Arbeitsauftrag der so genannten Rürup-Kommission ist es, bis Herbst 2003 Vorschläge zur Finanzierung von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung vorzulegen, die diese langfristig und nachhaltig zukunftsfest machen sollen. Dabei sollen die sozialstaatlichen Sicherungsziele und die Generationengerechtigkeit beachtet werden. Im Auftrag heißt es weiter:

Um Beschäftigungswirksame Impulse zu geben, sollen Wege dargestellt werden, wie die Lohnnebenkosten gesenkt werden können...[] Bevölkerungsalterung und grundlegende Veränderungen der Erwerbsbiographien sowie die Entwicklung der Einkommensverteilung konfrontieren Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung mit tief greifenden Problemen. Durch die am Arbeitsverhältnis ansetzende lohnzentrierte Finanzierung drohen diese Entwicklungen langfristig zu einer wachsenden Belastung des Faktors Arbeit zu werden. Das ist mit weit reichenden Konsequenzen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum verbunden.

Aus dem Arbeitsauftrag für die Kommission für den Sozialstaat steht ebenfalls das Bestreben im Vordergrund, die bestehenden Kosten - vor der drohenden Kulisse einer zunehmenden Massenarbeitslosigkeit - zu reduzieren.

Die Wahlniederlagen des 2. Februar und dem in der Öffentlichkeit geäußerten Vorwurf bis dato den Beweis rot-grüner Reformfähigkeit auf dem sozialen Sektor schuldig geblieben zu sein, scheint seitdem die Herbeiführung von Reformelementen beschleunigt zu haben. Infolgedessen ist die Abgabefrist von Herbst auf Mai 2003 vorverlegt worden. Auch die Konsensfähigkeit mit dem konservativ-liberal dominierten Bundesrat stellt nun eine wesentliche Maxime der rot-grünen Bundesregierung dar. Konfrontiert mit diesen Begleitumständen sieht sich die Kommission gefordert, den Beitragssatz der KK von heute 14,4 Prozent um zwei Prozentpunkte zu drücken, was eine Entlastung der Kassen um 20 Milliarden Euro bedeuten würde. Dieses erwägt man durch Einsparungen zu erreichen und verbleibt somit in der unheilvollen gesundheitspolitischen Tradition, die Ausgabenseite im Vordergrund zu stellen.

Geplant sind Maßnahmen, wie z.B. die Streichung des Krankengeldes, was bisher die Versicherten von ihrer KK erhielten, wenn die Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber in der Regel nach sechs Wochen auslief. Auch wird über eine Leistungsentbindung der KK für Freizeitunfälle nachgedacht. Auf diese Weise würden Versicherte verpflichtet werden, sich gegen Unfälle im Haushalt, Straßenverkehr und beim Sport privat zu versichern.

Beide Instrumentarien der Ausgabenreduktion würden zu einer Einsparung der GKV von ca. 18 Mrd. führen.

Zudem wird erwogen Patienten eine Form von Eintrittsgeld für den Arztbesuch abzuverlangen, allerdings seien hier Schutzklauseln für Einkommensschwache vorgesehen.

Bei den bisher in der Öffentlichkeit angekündigten Maßnahmen fällt es schwer, von einer langfristig ausgerichteten und vor allem durchgreifenden - Reform zu reden. Sie verfehlt unzweideutig den Anspruch sozialdemokratisch geprägter Politik mit Hilfe von Reformen der Versorgungsstrukturen und Vertragsbeziehungen Wirtschaftlichkeitspotentiale zu erschließen, die es gestatten sollen, das Leitbild der Beitragsstabilität und das Festhalten an einem einheitlichen, alles medizinisch Notwendige umfassenden GKV-Leistungskatalog miteinander zu verknüpfen.

Gezielt zur richtigen Diagnose

Erhebt man den Anspruch das Gesundheitswesen langfristig und nachhaltig zu reformieren, lohnt es sich fürs erste die momentane Finanzsituation der GKV näher zu analysieren. So meldete Anfang März das Gesundheitsministerium auch für das vergangene Jahr ein bislang noch größeres Defizit als die von der Sozialministerin Ulla Schmidt prognostizierten 2,5 Mrd. Euro.

Nach Angaben des Ministeriums betrug es im Jahr 2002 insgesamt 2,96 Mrd. Euro. Hauptgrund für das größere Defizit seien die ungebremst steigenden Arzneimittelausgaben, für die über 2 Mrd. Euro mehr als veranschlagt ausgegeben wurden. Einnahmen von 139,65 Mrd. Euro standen Ausgaben von 142,61 Mrd. Euro gegenüber. Kassen und Kassenärztliche Bundesvereinigung hatten sich Anfang 2002 darauf verständigt, die Arzneimittelausgaben um 4,6 Prozent zu senken. Tatsächlich wuchsen die Kosten aber um 4,8 Prozent.

Zweiter Grund für das Finanzloch ist dem Ministerium zufolge der niedrige Anstieg der Grundlöhne. Die beitragspflichtigen Einnahmen seien 2002 nur um 0,5 Prozent gestiegen. Dies schlug in der Finanzplanung der Kassen mit bis zu 700 Mio. Euro Fehlbetrag zu Buche.

Angesichts des seit dem 01.01.2003 in Kraft getretenen Beitragssicherungsgesetzes sind im laufenden Jahr mit Einsparungen in einer Größenordnung von 2,8 Mrd. Euro zu rechnen. Zudem hätten zum Jahreswechsel ein Drittel der Kassen ihre Beitragssätze erhöht, so dass der durchschnittliche Satz von 14,0 auf nunmehr 14,3 Prozent gestiegen sei. Hierdurch würden sich für das System Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. Euro ergeben.

In der gegenwärtigen Diskussion über das Gesundheitssystem steht die oben angesprochene gesundheitspolitische Tradition die Ausgabenseite mit dem Ziel der Kostensenkung im Vordergrund. Anders jedoch als viele Verfechter dieser Politik mit dem Fundament der plakativen Theorie einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen, kommen diverse Wirtschaftsinstitute

zum Ergebnis, dass nicht die Kosten explodieren, sondern vielmehr die Einnahmeseite das Problem und somit die *richtige Diagnose* ist.

Bei einer schmaler werdenden Bemessungsgrundlage sind die Beitragssätze in den vergangenen 30 Jahren in die Höhe geschraubt. Wenn man diese stabilisieren oder sogar senken will, muss folglich die Bemessungsgrundlage verbreitert werden.

So verdeutlicht zum Beispiel das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, dass die Gesundheitsausgaben nicht schneller gestiegen sind als die gesamtwirtschaftliche Leistung. So hat sich die Relation der Leistungsausgaben der GKV zum BIP von 5,7 Prozent im Jahre 1975 geringfügig auf 6 Prozent im Jahre 1998 erhöht; bei den Behandlungsausgaben ist sie von 4,7 Prozent auf gerade einmal 5,1 Prozent gestiegen. Demzufolge kann von einer Kostenexplosion im Gesundheitswesen keine Rede sein.

Trotz dieser relativen Konstanz ist aber der durchschnittliche Beitragssatz für die GKV seit 1970 kräftig angehoben worden: von 8,2 Prozent der beitragspflichtigen Einkommen im Jahre 1970 auf 13,6 Prozent im Jahre 1998. Diese Anhebung um 5,4 Beitragssatzpunkte entspricht einer prozentualen Steigerung von 66 Prozent (!). Werden allerdings die Gesundheitsausgaben der GKV nicht auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), sondern auf die Bruttolohn- und -gehaltsumme (BLG) bezogen, dann ergibt sich ein Anstieg der Relation von 12,1 Prozent (1975) auf 14,2 Prozent (1998); dies entspricht einer prozentualen Steigerung um 17 Prozent. Für die GKV liegt also der Grund für den Anstieg der Beitragssätze in der zunehmenden Spreizung von BIP und BLG. Die Bemessungsgrundlage für die Beiträge, die Bruttolöhne und -gehälter, hat offensichtlich nicht Schritt mit der Entwicklung des BIP gehalten. Dies zeigt die Veränderung der entsprechenden Relation (BLG/BIP), die im Zeitraum 1975 bis 1998 von 47,2 Prozent auf 42,3 Prozent gesunken ist.

Das DIW stellt des Weiteren fest, dass eine ähnliche Entwicklung der Gesundheitsausgaben auch für Gesamtdeutschland im Zeitraum 1992 bis 2000 zu erkennen ist. Hier pendelt die Relation der Gesundheitsausgaben der GKV zum BIP um 6 Prozent, während es bezogen auf die BLG auch hier einen leichten Anstieg - von 13,2 Prozent auf 14 Prozent - gab.

In Anbetracht dieser Tatsachen beruht der auffällige Anstieg der gesetzlichen Krankenversicherung vielmehr auf einem Zurückbleiben der gegenwärtigen Bemessungsgrundlage der Beiträge, nämlich der Bruttolohn- und -gehaltsumme, deren Anteil am BIP stetig gefallen ist. Es bleibt daher festzuhalten, dass für die plakative These von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen keine empirischen Belege aufzuzeigen sind.

Gesund füreinander eintreten

Angesichts dieser Diagnose und vor dem Hintergrund der bisherigen Therapieansätze gilt es für uns Jusos die nun aufkommende - und nach den dramatischen Wahlniederlagen des 2. Februar beschleunigte - gesundheitspolitische Diskussion über mögliche Lösungswege zur Gesundung des Systems aktiv aufzugreifen. Zweck dieser Anstrengung wird sein, die Sozialdemokratie auf ein progressives und auf Solidarität ausgerichtetes Sozialstaatsmodell auszurichten.

Den Apologeten plakativer, in der Öffentlichkeit vorgestellter Vorschläge zur Reform, welche in der Linie einer Tradition der stetigen Beschneidung des Leistungskataloges der GKV stehen, muss unsere vordringlichste Aufmerksamkeit gelten. Denn die Notwendigkeit diese Argumentation innerparteilich - wie auch in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung - theoretisch sowie empirisch entgegenzutreten besteht mehr denn je.

Die erdrückende Dominanz der insgesamt heraufziehenden Bestrebungen mit alten Konzepten der Kostenreduktion die zukünftigen Herausforderungen eines so hoch komplexen Systems wie das der GKV zu bewerkstelligen, ist Tag für Tag deutlicher zu verspüren. Dieses Ziel ist angesichts der Effizienzreserven, die im Gesundheitswesen versteckt sind, wichtig allerdings ist es nur mittel- und langfristig erreichbar.

Gerade jedoch vor der gegenwärtig gesetzten Vorgabe der Regierung, bis zum Sommer eine Einigung mit dem mehrheitlich konservativ-liberal besetzten Bundesrat zu erzielen und unter dem Damoklesschwert sinkender Umfrageergebnisse, ist die Bedrohung gewachsen, unter dem Deckmantel einer vermeintlich modern ausgerichteten Politik, rot-grüne Handlungs- und Entschlussfähigkeit auf dem sozialen Sektor zu Ungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erzielen. Unter Hinweis auf vermeintliche oder tatsächliche wirtschaftliche Sachzwänge (Senkung der Lohnnebenkosten zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit) könnte rasch Einigkeit darüber erzielt werden, die GKV-Ausgaben und hier steckt der Teufel im Detail: *den Arbeitgeberanteil an den GKV-Beiträgen* zu begrenzen.

Wir Jusos müssen uns diesbezüglich den progressiv ausgerichteten Reformwillen einer solidarischen, sozialstaatlichen Erneuerung zu Eigen machen und vielmehr die Hauptprobleme des Systems herausarbeiten, die da sind:

- Das Zurückbleiben der gegenwärtigen Bemessungsgrundlage der Beiträge, nämlich der Bruttolohn- und -gehaltsumme, deren Anteil am BIP stetig gefallen ist (abbrechende Einnahmeseite),
- Die Abschottung der Versorgungsbereiche, insbesondere von ambulantem und stationärem Sektor, die zu vielfältigen Brüchen im Behandlungsprozess führt (Fehl-, Über- und Unterversorgung),
- Eine unzureichend entwickelte Qualitätssicherung, die den Patienten vor der Anbieterdominanz der Leistungserbringer (Ärzte, Pharmaindustrie, Großgerätehersteller etc.) und des eklatanten Transparenzdefizits vereinsamen lassen,
- Die einseitig akutmedizinische Ausrichtung des Versorgungssystems, die dem Bedeutungszuwachs chronischer Erkrankungen nicht hinreichend Rechnung trägt, und
- Die Vernachlässigung von Prävention und Gesundheitsförderung.

Darüber hinaus wird unsere Herausforderung darin obliegen, für die im BuKo-Beschluss 2002 festgeschriebene Terminologie der Gesundheit einzustehen und diese auch innerparteilich noch stärker zu kommunizieren.

Hierbei wird wichtig sein, den getroffenen Gesundheitsbegriff, welcher den individuellen Lebensumständen Rechnung trägt und die bestehende Schieflage der gesundheitlichen Versorgung bestimmter sozialer Milieus berücksichtigt, zu betonen und in der Diskussion zur - wenn möglich - allgemeingültigen Maxime zu erklären.

Gesundheit, so muss für die Sozialdemokratie bindend gelten, ist mehr als eine im sozialversicherungsrechtlichen Sinne bedingte Arbeits- bzw. Erwerbsfähigkeit, auch kann und darf sie nicht eindimensional als ein Zustand völligen körperlichen, geistigen, seelischen Wohlbefindens angesehen werden. Der Terminus besitzt vielmehr eine soziale Komponente, die es zu unterstreichen und herauszuarbeiten gilt.

Vergegenwärtigt man sich dieser Definition von Gesundheit, fällt es nicht sonderlich schwer, diese auch als einen fundamentalen Bestandteil menschlicher Würde anzusehen. Eine Beschneidung des Zuganges zur Erlangung völliger Gesundheit sei es nur durch den Einbau finanzieller Hürden kommt einer schrittweisen Herabminderung ihrer selbst gleich.

In Abwehr dieser möglichen Konsequenz wird es vonnöten sein das Prinzip des brüderlich füreinander Einstehens - und zwar gerade in Fragen der Gesundheit - zu forcieren und die Basis dieses ureigensten sozialdemokratischen Grundwertes nicht nur zu erweitern, sondern gegen vermeintliche Modernisierer mit augenscheinlich verbrauchten Behandlungsmethoden zu verteidigen.

Für eine neue Solidarität im Gesundheitswesen

Die Gretchenfrage, welche sich uns Jusos gegenwärtig stellt ist, ob wir in der Position verharren wollen diesen Grundsatz - bei Beitragsstabilität den Erhalt des einheitlichen und alles medizinisch Notwendige umfassenden Leistungskatalog der GKV - nur zu verteidigen oder mehr denn je offensiv und gleichzeitig kraftvoll vermögen, für einen Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik einzutreten.

Lassen wir es zu, uns in dieser Diskussion unabsichtlich als vermeintlich ewige Nörgler und Traditionalisten einzuordnen oder sind wir gewillt uns engagiert für eine progressive solidarische Weiterentwicklung der GKV einzusetzen?!

Wir vertreten die Auffassung, dass wir bereit sind dem 1998 getroffenen Wahlleitspruch Innovation & Gerechtigkeit gerecht zu werden, in dem wir die offensichtlichen Tatsachen nicht verkennen, sondern auf dem festen Fundament einer empirisch und analytisch getroffenen Diagnose die richtige Therapie anzuwenden wissen.

In dieser Schlussfolgerung treten wir ein für einen Paradigmenwechsel hin zu einem integrativen und ganzheitlichen Reformansatz, für eine neue Solidarität im Gesundheitswesen, welche Grundsätze gesundheitspolitischen Handelns im Bewusstsein des von uns propagierten Gesundheitsbegriffs einschließt.

Für uns ist allgemeingültiger Fakt, dass die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland mit den Grundprinzipien Solidarität, Sachleistungsprinzip und gleichem Leistungsanspruch für alle weltweit nach wie vor als Vorbild gilt. Das deutsche Gesundheitssystem ist leistungsfähig. Aufgrund von verkrusteten Strukturen und Fehlentwicklungen erfolgt die Mittelverwendung jedoch nicht zielgenau. Wie der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen festgestellt hat, gibt es in Teilbereichen Fehl-, Unter- und Überversorgung. Gerade im Bereich der großen Volkskrankheiten, die die höchsten Kosten verursachen, sind mangelnde Effektivität und Qualität zu verzeichnen. Obwohl das deutsche Gesundheitssystem im internationalen Vergleich pro Kopf hohe Aufwendungen zu verzeichnen hat, ist die Qualität der medizinischen Versorgung im internationalen Vergleich verbesserungswürdig. Deshalb müssen insbesondere die historisch gewachsenen Strukturen der Leistungserbringung der gesetzlichen Krankenversicherung, die trotz aller Reformen der letzten Jahre im Wesentlichen unverändert geblieben sind, auf den Prüfstand.

Plädieren wir für eine neue Solidarität im Gesundheitswesen, so muss unser vorrangiges Ziel zur Modernisierung des Gesundheitssystems sein, die Interessen der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt einer qualitätsgesicherten effizienten medizinischen Versorgung zu stellen sowie deren Rechte auszuweiten. Durch Aufbrechen starrer, historisch gewachsener Strukturen und Weiterentwicklung einer solidarischen Wettbewerbsordnung werden Anreize auf allen Ebenen gesetzt, um Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen sowie die Qualität und Effizienz der medizinischen Versorgung deutlich zu verbessern.

Wesentliche Ansatzpunkte für die Modernisierung des Gesundheitssystems liegen in der Stärkung von Qualität, Wirtschaftlichkeit, solidarischem Wettbewerb und Transparenz. Durch Flexibilisierung und Erneuerung der Strukturen, Abbau von Überreglementierung und Intransparenz, Beseitigung von Schnittstellenproblemen und Erleichterung des fach- und sektorübergreifenden Zusammenwirkens aller Beteiligten sowie klare Zielvorgaben für das medizinische Versorgungsniveau wird sichergestellt, dass Patientinnen und Patienten künftig für ihre Beiträge eine zielgenaue Behandlung bekommen.

Die Qualität der medizinischen Versorgung wird nachdrücklich und dauerhaft gestärkt durch eine konsequente Ausrichtung der Medizin auf qualitätsorientierte Aspekte. Die Solidarität der Versichertengemeinschaft wird durch gezielte Anreize zu einem präventionsorientierten Lebensstil und Verhalten ausgebaut und verfestigt. Die Kompetenz der Patientinnen und Patienten zu eigenverantwortlichem Mitwirken und eigenverantwortlichen Entscheidungen wird durch eine Vergrößerung der Transparenz und mehr Information auf allen Ebenen der medizinischen Versorgung gestärkt.

Um diesen formulierten Lösungsgrundsätzen einer neuen Solidarität im Gesundheitswesen gerecht zu werden, schlagen wir folgendes Gesundheitsprogramm vor:

Für eine neue Solidarität im Gesundheitswesen Gesund füreinander einstehen

1. Neue Finanzierung für eine gesicherte Basis der GKV

- Dieses muss sowohl auf der Einnahmen-, als auch auf der Ausgabenseite der GKV erfolgen, denn der empirische Befund einer Wachstumsschwäche der Finanzierungsbasis schließt die Existenz von Wirtschaftlichkeitsreserven auf der Ausgabenseite nicht aus.

- Bei Beibehaltung des Grundsatzes den einheitlichen und alles medizinisch Notwendige umfassenden Leistungskatalog der GKV beizubehalten wir sagen entschieden NEIN zu der möglichen Einführung von sog. Grund- und Wahlleistungen. Solch eine Form der Aufspaltung des Leistungskatalogs führt unweigerlich zu einer Zwei-Klassen-Medizin und verkürzt die hochkomplexe Debatte um Reformbedarfe im Gesundheitswesen.
- Eine kurzfristige Erhöhung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze in der GKV auf das Niveau der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), d.h. auf z. Zt. (2003) monatlich 5.100 .
- Eine mittelfristig anzustrebende Abschaffung der Befreiung von der Versicherungspflicht in der GKV und die Einrichtung der Privaten Krankenversicherung (PKV) als mögliche Gesundheit $Plus$ -Versicherung.
- Die Beibehaltung des gesetzten Zieles einer paritätischen Finanzierung zwischen Arbeitgebern undnehmern. Die Verantwortung für den Umstand Krankheit trägt nicht nur der Arbeitnehmer allein. Daher NEIN zu einer Entwicklung hin im Sinne einer Senkung der Lohnnebenkosten - das Risiko Krankheit gänzlich zu Lasten der lohnabhängigen Bevölkerung privatisieren zu wollen.
- Bei grundsätzlicher Überlegung einen Einbezug von Selbständigen sowie Beamten in die GKV voranzutreiben. Antiquierte, beamtenrechtliche Sondersysteme gilt es auslaufen zu lassen.
- Anrechnung sämtlicher Einkommensformen, wie z.B. aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung.
- Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen aus der beitragsfinanzierten GKV. Es gilt die Verschleppbahnhöfe der GKV zu beseitigen, Leistungen wie zum Beispiel Mutterschaftshilfe, Empfängnisverhütung und Sterilität besitzen keinen Bezug zur Morbidität. Diese gilt es aus der GKV auszugliedern und wenn möglich über steuerfinanzierte Mittel zu tragen.
- Bei einer konsequenten Nutzung des Verursacherprinzips im Einklang mit der Forderung der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Wer von der Gesundheitsschädigung anderer profitiert, muss auch für die nachweisbaren finanziellen Folgen gerade stehen und nicht der Solidargemeinschaft aufbürden. Denkbar wären Sonderabgaben für Hersteller gesundheits-gefährdender Produkte (z.B. Alkohol und Tabak), die als solche eindeutig identifiziert und in ihrer Wirkung quantifizierbar sind.
- Angesichts der im internationalen Vergleich bei dem umfangreichen Leistungskatalog der GKV sehr niedrigen Selbstbeteiligung halten wir - ebenfalls aus psychologischen Gründen und im Hinblick auf die Bereitschaft eines Patienten zur aktiven Mitwirkung an therapeutischen Maßnahmen (Compliance) - auf der Grundlage von Härtefallregelungen und Überforderungsklauseln, eine moderate Erhöhung des Umfangs der Selbstbeteiligung für vertretbar. Ausgenommen davon sind chronisch Kranke Maßnahmen der Prävention und Vorsorgeuntersuchungen. Eine Eintrittsgebühr für Arztpraxen lehnen wir dabei entschieden ab.

2. Neue Strukturen gegen eine Über-, Fehl- und Unterversorgung

- Einführung einer Ausgabenobergrenze für die gesamten GKV-Ausgaben (Globalbudget), das gegenüber sektoralen Ausgabenobergrenzen (sektorale Budgets) eine größere Flexibilität des Leistungsgeschehens ermöglichen wird. Sektorale Budgets haben sich bisher vor allem deshalb als kontraproduktiv erwiesen, weil sie sich auf einzelne Leistungsarten wie ambulante Versorgung, stationäre Versorgung etc. bezogen. Dies verhindert, dass das Geld der Leistung folgen kann und die Leistungserbringer ein Interesse an einer sektorübergreifenden Kooperation entwickeln. Deutliche Fortschritte auf dem Weg zu einer Integration der Versorgungsstrukturen waren so bisher nicht möglich.
- Mittelfristig kritische Prüfung der bestehenden Struktur von Risikostrukturausgleich (RSA) und Kassenwahl. Die etablierten Wettbewerbsmechanismen schaffen für die Kassen eher den Anreiz, sich zunehmend am kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolg zu orientieren. Sie konzentrierten ihre Bemühungen auf das Umwerben günstiger Risiken , also vor allem gesunder, d.h. gut gebildeter und gut verdienender, Versicherter, weil sie auf diese Weise leichter Wettbewerbsvorteile erzielen konnten als etwa über die Optimierung von Versorgungsstrukturen.
- Teilöffnung der Krankenhäuser für ambulante Versorgung in unterversorgten Regionen sowie für hochspezialisierte Leistungen, so dass im Rahmen dieser Strukturveränderungen die wohnortnahe und flächendeckende Versorgung gewährleistet bleibt. Hierunter fällt auch die Aufhebung des ambulanten Behandlungsverbots von Ärztinnen und Ärzten in Krankenhäusern
- Errichtung von interdisziplinären HealthCareCenter für eine gute Versorgung aus einer Hand . Speziell für junge Ärztinnen und Ärzte böten solche zu errichtende Zentren gute Perspektiven
- Einführung einer GesundheitsCard, auf der unter Wahrung des Datenschutzes Überweisungen durch Ärzte, Behandlungen, Rezepte etc. gespeichert werden und somit zukünftig evtl. Doppeluntersuchungen vermieden werden können.
- Stärkung des Hausarztes / der Hausärztin als Lotse im Gesundheitsbereich. Eine solche Stellung des Hausarztes verhindert unnötige und falsche Facharzt-Besuche und die damit verbundenen Kosten werden reduziert. Ein Doktor-Hopping , wie seit der Einführung der Chipkarte zu beobachten ist, wird auf diese Weise weitgehend unterbunden. Daneben könnte die Einführung einer patientenorientierten Vergütung für die hausärztliche Versorgung einen Anreiz für eine qualitätsgesicherte Behandlung sein.

3. Neue Wege in Qualität, Transparenz und Demokratie

- Einführung einer neuen Partnerschaft, bei der das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigung (KVen) zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung zugunsten regionaler Gesundheitsnetzwerke abgelöst wird. In diesen Gremien werden Vertreter der Leistungserbringer, Länder und Kommunen, Krankenkassen sowie der Patienteninteressen bzw. Verbraucherverbände vertreten sein.
- Einführung von Disease Management Programmen (DMP). Bei dieser Therapieform werden alle Therapieschritte anhand entsprechender krankheitsbedingter Leitlinien fortlaufend aufeinander abgestimmt, um eine kooperative und koordinierte Betreuung der Patienten zu erreichen. Dies führt zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität der Patienten und ist ein Beitrag zur Vermeidung von unnötigen oder gar gesundheitsgefährdenden Fehlbehandlungen.
- Verpflichtung der Ärzte zur Fortbildung - nur wer sich regelmäßig fortbildet, darf GKV-Patienten behandeln. Bei Verstoß gegen diese Ausbildungspflicht droht der Entzug der Kassenlizenz. Häufigere Fortbildungen werden dagegen gefördert.
- Im Sinne einer Sicherung bzw. Erhöhung der Qualität der Ausbildung verschiedener medizinischer Berufe, erscheint es nötig der bisherigen Praxis, dass jede Bezirks-/Landesregierung andere ausbildungsspezifische Rahmenbedingungen als besonders relevant erachtet, durch Einführung bundeseinheitlicher Richtlinien zu begegnen.
- Gründung eines unabhängigen Zentrums für Medizinqualität - es soll eine Art Stiftung Warentest im Gesundheitswesen werden. Die Verantwortung der Selbstverwaltung für die Wirtschaftlichkeit bleibt unberührt. Aufgaben umfassen u.a.: Verbesserung der Patienteninformation, Entwicklung von Behandlungsleitlinien für die wichtigsten Volkskrankheiten, Einführung einer Kosten-Nutzen-Bewertung unter Einbezug von Richtpreisen (Positiv-Liste) von Arzneimitteln, d.h. weniger Scheininnovationen, die minimal besser aber maximal teurer sind.
- Schaffung der Funktion eines Patientenbeauftragten auf Bundesebene sowie der generellen Einführung von Patientenquittungen über die Kosten der erbrachten Leistungen. Es gilt - im Sinne einer größtmöglichen Transparenz - ärztliche Leistungen offen zu legen.
- Liberalisierung der Preisgestaltung bei Arzneimitteln (Novellierung der Arzneimittelpreisverordnung) sowie Aufhebung des Mehrbesitzverbots bei gleichzeitiger Gewährleistung wohnortnaher Versorgung (Liberalisierung des Apothekenrechts). Des Weiteren die Zulassung von Versandapotheken ermöglichen (e-Commerce - Liberalisierung der Vertriebswege).
- Publizitätspflicht der Vorstandsgehälter und Aufwandsentschädigungen der Kassen sowie der Kassenärztlichen Vereinigungen.

4. Neue Ausrichtung von der Kuration zur Prävention

- Einführung eines Präventionspasses für Patienten mit Bonussystem (z.B.: Befreiung von der ansonsten fälligen Zuzahlung zu Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln etc.)
- Dazu gehören für uns kostenlose Grundimpfungen.
- Zukünftig muss Gesundheitsförderung entsprechend den Prinzipien und Zielen der Ottawa-Charta der WHO zur Basis der gesundheitspolitischen Entscheidungsprozesse werden. Ziel moderner Heilkunst und Krankenpflege muss es sein die Autonomie des Menschen, also ihre Selbstbestimmung und eigenständige Lebensbewältigung trotz körperlicher, seelischer oder sozialer Handicaps, sicher zu stellen.
- Koordination und Stärkung der Präventions- und Gesundheitsförderprogramme durch die Schaffung eines Netzwerkes Prävention. Hier könnte die Forschung über betriebliche Gesundheitsförderung gebündelt sowie konkrete Maßnahmen und Konzepte zur gesundheitlichen Prävention und zur verbesserten Kooperation aller Akteure entwickelt werden.
- Einbeziehung von Präventionsprogrammen und Maßnahmen der Gesundheitsförderung durch die Krankenkassen in den Risikostrukturausgleich. Zu berücksichtigen ist dabei jeweils unbedingt die Risiko- und Empfängerstruktur der Kassen.

5. Neue Bedingungen für ein menschenwürdiges Arbeiten

- **Bereitschaftsdienst ist Arbeitszeit!** Wir fordern daher das EuGH-Urteil und entsprechende Formulierungen des Arbeitszeitgesetzes in Deutsches Recht umzusetzen. Auch sind die Dokumentation der ärztlichen Arbeitsleistung sowie die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in den Krankenhäusern zu wahren. Arbeitnehmerrechte dürfen in Krankenhäusern kein Tabu sein! Diese mit Füßen zu treten geht auch immer zu Lasten der Qualität ärztlicher Behandlung und infolgedessen der Patientensicherheit.
- Abschaffung des AiP (Arzt/Ärztin im Praktikum) und der damit verbundenen Vergütung. Wir sagen NEIN zu der praktizierten, hemmungslosen Ausbeutung der Arbeitskraft besonders junger Ärztinnen und Ärzte in der Weiterbildung. Der größte Teil der ärztlichen Arbeitsleistung wird durch Ärztinnen und Ärzte im Praktikum und in der Weiterbildung erbracht. Daher muss auch hier der Leitspruch gelten Ehrliches Geld für ehrliche Arbeit
- Die Beschränkung des ärztlichen Aufgabenbereiches auf ärztliche Tätigkeit, für die Abrechnung mit den Krankenkassen ist die Krankenhausverwaltung zuständig und der Arzt gar nicht qualifiziert.
- Mehr Demokratie und Teamfähigkeit wagen auch und gerade in Krankenhäusern! Daher gilt es -die hierarchisch gegliederten Chefarztsysteme zugunsten eines Teamsystems abzulösen. Eine folglich zu erwartende verbesserte Zusammenarbeit der Ärztinnen und Ärzte - auch verschiedener Ausbildungsstufen - wirkt sich nachweislich günstig auf die Behandlungsqualität aus und eröffnet große Einsparmöglichkeiten ohne jeden Qualitätsverlust.

Beschluss **C9** AntragstellerInnen: Landesverband Rheinland-Pfalz

BeschäftigungsPOLITIK statt - ArbeitsMARKT

Stagnation der Beschäftigungspolitik

Bei 4,8 Mio. registrierten Arbeitslosen und 6-7 Mio. tatsächlich fehlenden Arbeitsplätzen stellt sich die Frage nach der gerechten Aufteilung der vorhandenen Arbeit. Arbeitslosigkeit belastet nicht nur jede/n einzelne/n psychisch und physisch, sondern die gesamte Gesellschaft finanziell und strukturell. Insbesondere trifft das auf die Sozialversicherungssysteme zu. Sie tragen das Gros der finanziellen Lasten und gleichzeitig bricht ihnen die Finanzierungsbasis durch fehlende Beitragszahlenden weg.

Während von der Bundesregierung die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, fehlt es in der Linken insgesamt an einer realistischen, d.h. durchgerechneten und zeitnahen Vollbeschäftigungsprogramm, die die Instrumente präzise benennt und auch bereit wäre, für die politische Durchsetzung von Vollbeschäftigungspolitik zu mobilisieren und zu kämpfen. Während bis zum Regierungswechsel 1998 zumindest noch das Nachdenken über einzelne Instrumente möglich war, hat sich die SPD in der Regierungszeit völlig in das Politikvakuum neoliberalistischer Denkmodelle ergeben. Der Fokus der Diskussion ist durch die Hartz-Kommission und ihre Vorschläge verschoben worden. Beschäftigungspolitik ist weit mehr als Arbeitsmarktpolitik

Die Sackgasse, sich nun endgültig an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen zu müssen, und die Beschneidung des Politischen kann nur durch einen Befreiungsschlag in der Beschäftigungspolitik gesprengt werden. Es bedarf aber auch strategischer Ansätze und Momente, die in der Öffentlichkeit noch nicht völlig diskreditiert, verbraucht und insofern sexy sind. Auch wenn das nicht der Maßstab, sondern nur Hilfe bei der strategischen Durchsetzung bedeuten kann. Andererseits wird an dieser Frage auch das zukünftige Modell in Kontinentaleuropa entschieden (vereinfacht: Kalmarismus vs. Neo-Taylorismus). Die SPD steht in der Verantwortung wie selten zuvor.

Beschäftigungspolitik fand in Deutschland in den 80er/90er Jahren nur noch in den Tarifrunden statt, bzw. durch die langwierig und mit Streik durchgesetzte und letztlich mit der Lohntüte bezahlte Gewerkschaftspolitik der Arbeitszeitverkürzung (AZV). Und da sieht die aktuelle Lage deprimierend aus: Die bisherigen tariflich vereinbarten regelmäßigen jährlichen AZV sind mittlerweile zum Stillstand gekommen. Während die tarifliche Wochenarbeitszeit West von 1984 bis 1990 im Schnitt um 2 Stunden und 20 Minuten (von 40 auf 37,7) reduziert wurde, ging sie in den folgenden Jahren bis 1995 nur um weitere 20 Minuten auf 37,4 Stunden zurück. Seit dem sind wir jährlich zumindest mit Forderungen von Arbeitszeitverlängerung konfrontiert. Die Unterscheidung von Wochen- und Lebensarbeitszeit könnte sich hier zu einem zentralen, auch den Lebensansprüchen genügenden, Auseinandersetzungsfeld und Lösungsansatz entwickeln.

Für eine gemeinsame Strategie von staatlicher und tariflicher Politik - Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Ein Kerngedanke ist wichtig: Mittlerweile hat sich die Überzeugung recht weit verbreitet, dass es besser sei, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Ein wichtiger Schritt wäre weiterzugehen:

Arbeitszeitverkürzung muss statt Arbeitslosigkeit finanziert werden! Alle beschäftigungspolitisch angelegten Lohnsubventionierungsmodelle sind systematisch Finanzierung von Arbeit - ohne dass das Arbeitszeitinstrument genutzt würde. Sie teilen jedoch die erheblichen Mängel der Lohnsubvention (Mitnahmeeffekte, Lohndumping), ohne die Vorteile der AZV zu nutzen. Logisch wäre jedoch immerhin der Schritt von der Finanzierung der Arbeit zur Finanzierung der AZV nicht mehr groß. Die strittige Debatte um die kontroversen und z.T. wenig hilfreichen Vorschläge eines Bürgergeldes, einer Negativsteuer (Fritz Scharpf) oder eines garantierten (zweiten, staatlichen) Grundeinkommens oder eines erwerbsbezogenen zweiten Schecks, wie ihn André Gorz vorschlug, könnte einen entscheidenden Schritt weitergebracht bzw. aufgelöst werden, wenn man statt Lohn- oder Subventionsleistungen AZV-Subventionen diskutieren würde. Subventionsleistungen für AZV stellen gewissermaßen eine Kombination aus den Subventionsvorschlägen des einen Teils der Linken mit der Erwerbsorientierung des anderen Teiles dar. Sie könnten weit akzeptabler sein, da sie die Mängel der reinen Subventions- und Ersatzleistungsmodelle nicht aufweisen.

Beispiele existierender staatlich finanzierter Arbeitszeitverkürzungsmodelle

Ohne dass es als das bezeichnet wird, was es real ist, existiert bereits eine Vielfalt faktischer staatlicher Subventionierungen von Arbeitszeitverkürzungen. Zu nennen wären (mittlerweile gekürzt oder abgeschafft) Altersteilzeit, Frühverrentungen, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld. Auch Arbeitslosengeld und -hilfe, zum Teil Sozialhilfe sind in gewisser Weise zynische Förderung von AZV - nämlich auf Null mit Teillohnausgleich und ohne jede Beschäftigungswirkung.

Robien-Gesetz in Frankreich

Im August 1996 trat in Frankreich das nach seinem Schöpfer, dem liberalkonservativen (!) UDF-Abgeordneten Gilles de Robien benannte Gesetz de Robien in Kraft. In seiner offensiven Variante sieht das Gesetz eine Subventionierung von AZV bei der Schaffung neuer Stellen vor: Einem Unternehmen, das die Arbeitszeit um 10% senkt und für mindestens 2 Jahre 10% mehr Beschäftigte neu einstellt, wird vom Staat im Ausgleich für 7 Jahre ein Anteil der Sozialabgaben für die Beschäftigten erlassen. Im ersten Jahr beträgt die Entlastung 40% des Arbeitgeberanteils, danach 30%. Nach Schätzungen subventioniert der Staat dadurch jeden neuen Arbeitsplatz mit umgerechnet rund 23.700 DM (FAZ 29.10.96; Wirtschaftswoche 12/97), was verglichen mit den hiesigen Kosten allein für die Finanzierung eines einzelnen Arbeitslosen nicht dramatisch erscheint.

Viele Beobachter gehen in Frankreich von einer weitgehenden Selbstfinanzierung des Gesetzes aus, da das Aufkommen späterer Beitragszahler die Ausgaben für das Gesetz ausgleichen könnten.

Bis 1998 hatten über 200 Unternehmen in Frankreich das Gesetz angewendet - allerdings auch in einer defensiven Variante, wo über AZV und Subventionierung lediglich Entlassungen verhindert werden konnten. So geschehen z.B. bei dem Großunternehmen Moulinex, wo 750 Arbeitsplätze gerettet werden konnten. Mittlerweile gerät das Gesetz beim Unternehmerlager unter Beschuss, nicht etwa weil es wirkungslos wäre, sondern gerade wegen der Wirksamkeit. Die Unternehmer befürchten neben den langfristigen Kosten insbesondere, dass die Löhne zu sehr steigen könnten. Hony soit qui mal y pense. Erstaunlicherweise wurde dieses Gesetz in der Bundesrepublik bisher von keiner Seite beachtet und diskutiert. Das sollte sich dringend ändern.

Ansätze in der Bundesrepublik

Erstmalig kamen in der Bundesrepublik immerhin ähnliche Überlegungen wie beim Loi de Robien auf, als das spätere VW-Modell verhandelt wurde. Zahlungen der Bundesanstalt für

Arbeit sollten die Umsetzung erleichtern. Natürlich kam es nicht dazu und die Belegschaft musste die Solidarität in einer Firma selbst bezahlen.

Verteilung von Arbeit und Reichtum

- **Wir fordern eine konsequente Verkürzung der Wochenarbeitszeit.**

Darin sehen wir den einzig erfolversprechenden Weg, in kurzer Zeit Arbeitsplätze zu schaffen.

Nötig sind staatliche Beiträge zur Arbeitszeitverkürzung (AZV).

Eine gesellschaftspolitische Entlastung der Tarifpolitik ist gefordert, nicht nur um die Erfolgsbedingungen von tarifpolitischer Beschäftigungspolitik zu verbessern, sondern um den Schritt zu einer integralen Vollbeschäftigungspolitik zu vollziehen, die Wachstums- und Verteilungspolitik, Strukturwandel, Qualifikation und Bildung, Einrichtung öffentlicher Beschäftigung und AZV kombiniert.

Es geht strategisch um drei nur gleichzeitig funktionierende Aufgaben:

- Eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen
- AZV mit Lohnausgleich im Sinne einer Vermeidung von Nachfrageausfällen. An der Forderung nach vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensgruppen halten wir fest. (!) Die letzten Jahre hatten eine massive Umverteilung zuungunsten der ArbeitnehmerInnen zur Folge. Die strukturbereinigte Brutto-lohnquote sinkt auch, wenn auch mit Brüchen und verlangsamt, unter einer SPD-Regierung kontinuierlich. Noch immer ist die Diskrepanz zwischen dem Anstieg des Bruttoeinkommens aus Arbeit und denen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen unverhältnismäßig. Es gibt also keinen volkswirtschaftlichen und verteilungspolitischen Grund von der Forderung nach einem vollen Lohnausgleich Abstand zu nehmen, zumal einem Großteil der Beschäftigten Lohn einbußen nicht zuzumuten sind.
- den begrenzten Spielraum der Tarifpolitik auszuweiten im Hinblick auf den Verteilungsaspekt und das Kräfteverhältnis der Tarifparteien.

Zur Finanzierung dieses Lohnausgleichs sollten neue Finanzierungskonzepte angedacht werden, die gewährleisten, dass die Kosten für die Verteilung von Arbeit gesamtgesellschaftlich getragen werden. Eine Erweiterung des Verteilungsspielraums für radikale AZV ist nur durch das Ausschöpfen des Tarifkuchens einerseits und durch zusätzliche finanzielle Beteiligung von Gesellschaft und Staat zu erzielen. Der ehemalige französische Premier Rocard hat 1996 in einem Bericht des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung des Europa-Parlamentes als einer der ersten auf europäischer Ebene darauf verwiesen, dass es die bereits existierenden fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit sind, deren umgewidmetes Volumen den verteilungspolitischen neutralen Rahmen eines relevanten Mitteleinsatzes für Beschäftigung definiert. Die Frage ist allerdings, wie dieses Finanzvolumen mit staatlichen Instrumenten arbeitszeitpolitisch eingesetzt werden könnte.

- **Vorschlag für eine politische Arbeitszeitoffensive**

Grundsätze einer Staatsflankierung von Arbeitszeitverkürzung:

- Zumindest die Kosten von mittlerweile 100 Mrd. DM p.a. zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit sollen, soweit wie möglich in die Finanzierung von Arbeit bzw. Arbeitszeitverkürzung gesteckt werden.
- Die Arbeitszeitoffensive wird eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept (z.B. Arbeitszeitgesetz und Arbeitsförderungsgesetz, Qualifizierungsoffensive, öffentlich geförderter Beschäftigung).
- Prinzipiell werden die Arbeitszeitregelungen tarifvertraglich und betrieblich ausgestaltet. Die politischen Maßnahmen sollen allerdings die Verhandlungsbedingungen für die Gewerkschaften verbessern.
- Gefördert werden sollen vorwiegend kollektive Arbeitszeitverkürzungen in möglichst großen Schritten.
- Es müssen Anreize für die Beschäftigten geschaffen werden, die zumindest bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze Lohn einbußen verhindern.
- Die Anreize für die Unternehmen sollen darin liegen, dass die Sicherung bzw. Schaffung von Beschäftigten positiv sanktioniert wird.

- Vorschlag eines Maßnahmenpaketes staatlich flankierter Arbeitszeitverkürzung

1. Ein neues Arbeitszeitgesetz

Zu den Merkwürdigkeiten der deutschen Debatte gehört, dass anders als in Frankreich niemand über die einfachste Variante einer administrativen Flankierung von AZV nachzudenken scheint - ein neues Arbeitszeitgesetz. Das gültige von der Bundesregierung 1994 novellierte Arbeitszeitgesetz bietet den Rahmen für Arbeitszeitverlängerungen. Erlaubt wurde nicht nur die 48-Stundenwoche mit einer täglichen Arbeitszeit von 8-Stunden, sondern auch die 60-Stundenwoche mit einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden innerhalb eines halbjährlichen Ausgleichszeitraumes. Ein neues Arbeitszeitgesetz müsste demgegenüber eine mittelfristige Rahmenbedingung für AZV bieten. Ein neues ArbZG könnte 37-Stunden im Wochen-durchschnitt ab sofort festschreiben, die 35-Stundenwoche ab dem Jahr 2004 und die 30-Stundenwoche ab dem Jahr 2008 als Regelwochenarbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung. Dies würde durchaus verteilungspolitisch neutral erfolgen können.

2. Ein abgewandeltes deutsches Robien-Gesetz

Die finanzielle Unterstützung von tariflich bzw. betrieblich vereinbarter AZV ist in vielen Varianten denkbar.

Wir halten z.B. folgende Variante für schlüssig:

Wenn in einem Tarifvertrag oder einer Betriebsvereinbarung eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Reallohnausgleich festgelegt wird und sich ein Betrieb zu Neueinstellungen in Höhe von 50% der verkürzten Arbeitsvolumens verpflichtet übernimmt die öffentliche Hand die Hälfte der zusätzlich entstehenden Lohnkosten für ein Jahr, dabei muss der neue Arbeitsplatz für ein zusätzliches weiteres Jahr gewährleistet werden.

3. Vorreiterrolle im öffentlichen Dienst wahrnehmen

Glaubwürdig ist der Staat nur dann, wenn er Vorbild ist. Daher muss die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst verkürzt und mit der Erstellung neuer Beschäftigter verbunden werden. Hier haben die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen eine besondere Verantwortung.

4. Absicherung von Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit ist für uns allenfalls dann akzeptabel, wenn sie existenzsichernd und die betriebliche Gleichstellung von Teilzeit- und Vollzeit Arbeitsplätzen gesetzlich gewährleistet wird. Ziel einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung aus frauenpolitischer Sicht ist vor allem die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Teilung der Arbeit insgesamt. Dabei bietet AZV die Chance einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen an Erwerbsarbeit und Privatleben. Neben der zeitlichen Neuverteilung von Arbeit stellt für uns eine grundlegende Neubewertung der Arbeitsleistung, die sich nicht nur am momentanen Profit, sondern an der gesellschaftlichen Notwendigkeit von Arbeit orientiert, eine zentrale Forderung dar.

5. Abbau von Überstunden

Der Abbau von Überstunden muss darüber hinaus gesetzlich geregelt werden.

Die Höchstgrenze für Überstunden könnte z.B. bei 5 Stunden über der Wochenarbeitszeit liegen. Überstunden müssten - ggf. nach einem Übergangszeitraum - grundsätzlich durch Freizeit ausgeglichen werden.

- Das Prinzip der Subsidiarität wahren

Die Subventionierung von Arbeitszeitverkürzungen ist das effektivste Mittel Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das Maß an Subventionierung muss respektive mit der Möglichkeit zur Durchsetzung der Umverteilung zurückgehen.

Umverteilung wird dann möglich, wenn die Kampfkraft der ArbeiterInnenbewegung erstarbt und erst dann wird sich die Subventionierung von AZV als überflüssig erweisen.

Beschluss **C10** AntragstellerInnen: Landesverband Bayern

Vollbeschäftigung ist machbar!

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit von ca. 4 Mio. gemeldeten Arbeitslosen hat Kanzler Schröder es gerade noch geschafft, bei der Bundestagswahl erneut den Regierungsauftrag zu erhalten. Die Bundesregierung wird in diesem Jahr grundlegende Reformen des Arbeitsmarktes auf den Weg bringen. Mit der ersten Stufe der Harz-Reformen wurde damit bereits begonnen. Die SPD hat nur eine Chance, bei der nächsten Bundestagswahl gewählt zu werden, wenn es ihr diesmal gelingt, tatsächlich mehr Beschäftigung zu schaffen. Dazu ist eine Neuorientierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik weg von den neoklassischen Konzepten von Deregulierung und Sozialabbau hin zur Förderung der Nachfrage, der Sicherung von ArbeitnehmerInnenrechten als deren Voraussetzung und einer Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes notwendig.

Die Situation

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist anhaltend schlecht. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2002 bei 9,8%. Und dies, obwohl gleichzeitig die Zahl der Erwerbstätigen deutlich zurückging (Arbeitslose werden bei dieser Zahl mitgezählt). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist vor allem eine Folge des geringen Wirtschaftswachstums um 0,2% im letzten Jahr. Die-

ses ist wiederum vor allem auf einen Rückgang der Inlandsnachfrage um 1,3% zurückzuführen, während die Exporte um 2,9% anstiegen.

Für 2003 sind die Aussichten für den Arbeitsmarkt nicht besser als die Lage 2002. Das prognostizierte Wirtschaftswachstum zwischen 0,6% (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) und 1,0% (Bundesregierung) wird nicht ausreichen, um einen Rückgang der Arbeitslosigkeit auszulösen. Zwar rechnet die Regierung noch optimistisch mit unter 4 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt, die Wirtschaftsinstitute gehen aber von 4,2-4,3 Millionen aus. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist also auch im neuen Jahr nicht in Sicht.

Besonders angespannt ist die Lage im angeblichen Wirtschaftswunderland Bayern. Zwar liegt die Arbeitslosenquote mit 6,0% noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Während aber die Arbeitslosigkeit bundesweit 2002 um 5,4% stieg, betrug der Anstieg in Bayern 16,3%. Noch dramatischer ist die Entwicklung bei der Jugendarbeitslosigkeit (unter 25-jährige): Einem bundesweiten Anstieg um 12,0% (auf eine Quote von 9,7%) steht eine Zunahme in Bayern um 28,7% (auf 6,2%) gegenüber.

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Wer die Arbeitslosigkeit entscheidend senken will, muss wissen, was die tatsächlichen Ursachen der bestehenden Arbeitslosigkeit sind. Die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit in Europa sind in einem Zusammenspiel einer falschen makroökonomischen Politik und den Strukturen des Arbeitsmarktes zu finden.

Es hat sich in einer Reihe von Untersuchungen gezeigt, dass die Frage, wie eine Gesellschaft mit ihren Langzeitarbeitslosen umgeht, einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Arbeitslosigkeit hat. Langzeitarbeitslose sind jene, die länger als zwölf Monate keine Beschäftigung finden. Die Kurzzeitarbeitslosigkeit beträgt in den meisten Ländern 2-3% des Erwerbspersonenpotentials, so auch in Deutschland. Sie lässt sich kaum vermeiden und wird es in bestimmten Maße immer geben. Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland ist also zu erklären mit dem hohen Bestand an Langzeitarbeitslosen. Zu klären ist also, was die Ursachen von Langzeitarbeitslosigkeit sind und wie sie entsteht.

In der Bundesrepublik hat sich mit jeder Rezession der Sockel an Langzeitarbeitslosen erhöht. In der Rezession werden von Unternehmern Beschäftigte entlassen. Wenn diese nicht bald wieder einen Arbeitsplatz finden, wird ihre Qualifikation entwertet, so dass mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit ihre Chancen, wieder einen Job zu finden sinken. Sie werden zu Langzeitarbeitslosen, die nur unter großen Schwierigkeiten wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Menschen werden auch arbeitslos, da aufgrund des permanenten Strukturwandels in unserer Wirtschaft in bestimmten Bereichen immer wieder Arbeitsplätze wegfallen. In anderen entstehen hingegen neu Arbeitsplätze. Ein Teil der Arbeitslosigkeit ist damit zu erklären, dass die Struktur der Arbeitsnachfrage und die Struktur des Arbeitsangebotes nicht zusammen passen.

Mit dem Strukturwandel verbunden ist in allen Industrieländern in den vergangenen Jahrzehnten eine Verschiebung der Nachfrage nach Arbeitskräften weg von wenig qualifizierten hin zu höher qualifizierten Arbeitskräften. Wenn sich die Qualifikationsstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung nicht entsprechend anpasst, entsteht Arbeitslosigkeit. Ein großer Teil der Arbeitslosen in der Bundesrepublik sind daher gering qualifizierte. Qualifizierungsmaßnahmen sind daher der entscheidende Hebel, um Arbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen.

Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

1. Erwerbsneigung von Frauen

Die Erwerbsneigung von Frauen stieg in den letzten 10 Jahren in den alten Bundesländern von ca. 58% auf inzwischen knapp 62%, während sie in den neuen Bundesländern von ca. 77% auf 73% sank und sich somit dem Westniveau immer mehr annähert. Frauen machen in der Bundesrepublik somit ca. 43% der Erwerbstätigen aus, wobei sich davon 82% auf den Dienstleistungssektor konzentrieren. In den alten Bundesländern sind dabei 58% der Frauen Vollzeit beschäftigt, in den neuen Bundesländern bewegt sich dieser Anteil bei ungefähr 77%.

Festzustellen ist zudem eine leichte Steigerung des Anteils bei den ExistenzgründerInnen, die nicht zuletzt aufgrund von speziellen Förderprogrammen und Angeboten verzeichnet werden kann.

2. Einkommenssituation von Frauen

Seit den 70er Jahren hat sich die Einkommenssituation von Frauen im Vergleich zu Männern zwar erheblich verbessert, Frauen verdienen allerdings nach wie vor weniger als Männer. Dabei spielt vor allem die nach wie vor diskriminierende Bewertung von sog. Frauenarbeitsplätzen eine zentrale Rolle. Frauenarbeit wird häufig immer noch als leichter, unqualifizierter oder weniger anstrengend angesehen und trägt häufig das Stigma des Zuverdienstes. Obwohl Lohndiskriminierung inzwischen gesetzlich verboten ist, kam es bisher zu keiner wirklichen Angleichung, weshalb Männer durchschnittlich 163% gemessen am Lohn von Frauen verdienen. Besonders gravierend sind hierbei die Unterschiede im technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich, wo Frauen durchschnittlich nur 63% des Einkommens ihrer Kollegen verdienen. Ebenfalls auffällig ist die Tatsache, dass die Lohndiskriminierung v.a. im Niedriglohnbereich mit die prekärsten Ausprägungen annimmt.

Ein weiterer Grund für die häufig schlechte Einkommenssituation von Frauen ist zudem ihre Konzentration auf wenige Wirtschaftszweige mit oft geringen Verdienstmöglichkeiten. Dies beginnt bereits bei der Wahl des Ausbildungsberufes: Über 53% der weiblichen Auszubildenden konzentrieren sich auf 10 klassisch weiblich dominierte Ausbildungsberufe wie Bürokauffrau (8,4%), Einzelhandelskauffrau (7,5%), etc., die überwiegend im Dienstleistungssektor angesiedelt sind, bzw. überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dies ist ebenfalls ein Grund dafür, dass Frauen häufiger als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen und meist länger arbeitslos sind. Ihr derzeitiger Anteil beträgt dabei 47%, der dem 43%-Anteil an der Gesamtheit der Erwerbstätigen gegenübergestellt werden muss.

Ebenfalls gravierende Auswirkungen sowohl auf die Entlohnung als auch die Aufstiegschancen hat der hohe weibliche Anteil an Teilzeitarbeitenden. Ihr kommt dabei nach wie vor die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu, da dies aufgrund der besonders in Bayern äußerst mangelhaften Situation an Kinderbetreuungseinrichtungen immer noch schwierig ist. Häufig nehmen junge Frauen daher immer noch eine durchbrochene Erwerbsbiographie mit allen negativen Folgen wie beispielsweise Abschlüsse bei der Alterssicherung in Kauf, was weder Frauen noch Männern ein zukunftsfähiges Modell bietet.

3. Frauen und Karriere

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen ist nach wie vor verschwindend gering. Dies wird u.a. deutlich, wenn man sich den Frauenanteil unter den C4-Professuren (weniger als 6%) und sowohl im mittleren als auch oberen Management betrachtet. Haben sich im öffentlichen Dienst bereits bestimmte frauenfördernde Elemente positiv ausgewirkt, ist es zweifelhaft, ob eine freiwillige Selbstverpflichtung in der Privatwirtschaft zu ähnlichen Effekten führen wird. Positiv fallen an dieser Stelle zwar betriebsinterne gender- Konzepte auf, die sich allerdings nur marginal auswirken.

Festzustellen bleibt außerdem, dass sich die Zugangschancen von Frauen zu frauenuntypischen Berufsfeldern trotz intensiver Propagierung kaum geändert haben und Frauen sowohl bei der Einstellung, als auch später im Beruf dabei mit extrem sexistischen Vorurteilen zu kämpfen haben.

Sowohl Teilzeitarbeit, als auch die bereits angesprochene Fixierung auf ein relativ enges Spektrum an Berufen, führen besonders häufig bei Frauen zu nur langsamem Aufstieg. Auch die Tatsache, dass immer noch 98% der Erziehungsurlaubnehmenden Frauen sind, wirkt sich aufgrund der Abwesenheit aus dem Erwerbsleben negativ auf das berufliche Fortkommen aus.

Der daraus resultierende notwendige Ausbau gesellschaftlicher Alternativen lässt jedoch auf sich warten.

Sind die Sozialtransfers zu hoch?

Im Zusammenhang mit SozialhilfeempfängerInnen taucht häufig der agitierende Vorwurf auf, dass die doch einfach zu faul sind zu arbeiten, denn wer Arbeit wirklich sucht, der findet auch welche .

Hintergrund dieser Debatte ist die These von der Sozialversicherungsfalle : Demnach seien bei den bestehenden gesetzlichen Regelungen die Einkommensunterschiede besonders zwischen gering qualifizierten ArbeitnehmerInnen und SozialhilfeempfängerInnen/ BezieherInnen von Arbeitslosengeld oder Hilfe so gering, dass sich die Arbeitssuche für viele gar nicht erst lohne. Arbeitslosigkeit vertiefte sich unter solchen Bedingungen zur strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit mit fatalen Folgen, da der Wohlfahrtsstaat die Eigeninitiative der Betroffenen lähme. Diese Sicht der Dinge mündet nicht selten in der Forderung, dass der Staat die geringen Einkommensunterschiede durch Zuzahlungen aus öffentlichen Kassen vergrößern solle (z.B. Kombilöhne, die jedoch nach seriösen Berechnungen nicht finanzierbar sind), um die Erwerbstätigkeit gegenüber dem ausschließlichen Bezug von Sozialleistungen attraktiver zu machen, oder durch die Senkung des Sozialhilfeniveaus den Arbeitsanreiz vergrößern solle.

VertreterInnen dieser Theorie geizen nicht mit Rechenbeispielen, die das gewünschte Ergebnis liefern. Als Standardbeispiel wird meist eine fünfköpfige Familie herangezogen. Inwieweit lassen sich diese Musterlösungen in der tristen Realität der Sozialämter wiederfinden?

Zum Jahresende 2000 bezogen 2.694.000 Personen im Bundesgebiet laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, unter ihnen sind nur rund 800.000 Personen, die dem Arbeitsmarkt tatsächlich voll zur Verfügung standen. Die anderen sind Minderjährige, über 60-jährige oder aus verschiedenen Gründen Arbeitsunfähige. Das gerne herangezogene Beispiel der fünfköpfigen Familie macht nur weniger als 3% der SozialhilfeempfängerInnen aus.

Gleichzeitig erhielten jedoch auch 146.000 Personen trotz (Teilzeit)Beschäftigung ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Die feststellbaren Einkommensunterschiede zwischen Erwerbs-tätigen und Sozialhilfeempfängern fielen je nach Familienstand unterschiedlich hoch aus und lagen zwischen durchschnittlich 1401 DM bei Alleinstehenden in den alten Bundesländern und 321 DM für Alleinerziehenden mit zwei Kindern in den neuen Bundesländern². Alleinerziehende stellen einen Anteil von rund 12% der SozialhilfeempfängerInnen, häufig wegen mangelnder Betreuungsmöglichkeiten und den daraus resultierenden Schwierigkeiten, aber diese Gruppe strebt trotz unterdurchschnittlicher Einkommensvorteile relativ zügig wieder zurück ins Erwerbsleben.

Die Politik der Bundesregierung

Arbeitsmarktreformen

1 Hartz-Kommission

Mit viel Wirbel wurden im Sommer letzten Jahres die Ergebnisse der sog. Hartz-Kommission vorgestellt, die Vorschläge für eine umfassende Strukturreform am Arbeitsmarkt auf den Tisch gelegt hat. Die Vorschläge der Kommission, die mittlerweile teilweise vom Gesetzgeber bereits umgesetzt wurden, zielen vor allem darauf ab, Vermittlungsprozesse am Arbeitsmarkt zu beschleunigen und die Verweildauer in Arbeitslosigkeit deutlich zu verkürzen. Dieser Ansatz ist im Kern unterstützenswert, sofern sie nicht als Vorwand für Sozialkürzungen missbraucht werden. Strukturreformen am Arbeitsmarkt und insbesondere im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit (BA) sind in der Tat geboten. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die das Konzept angeblich anstrebt, kann aber schon deshalb nicht gelingen, weil das Hartz-Konzept auf einer falschen Analyse der Situation fußt und Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik außer acht lässt.

² Statistische Angaben gemäß: ISA 4/2001: Lohnt sich Arbeit für Sozialhilfeempfänger?

Die zentrale These des Hartz-Papier ist es, dass allein Vermittlungsdefizite, Verkrustungen des Arbeitsmarktes und faule Arbeitslose schuld an der hohen Arbeitslosigkeit sein. Dementsprechend fallen die Vorschläge aus. Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, die eigentlichen Instrumente zur Überwindung von Wirtschaftskrisen, spielen in dem Konzept keine Rolle.

Falsch ist die Diagnose, der Arbeitsmarkt sei verkrustet. Die Arbeitsmarktprobleme resultieren aus einer verfehlten bzw. nicht stattfindenden Konjunkturpolitik, nicht aus den Arbeitsmarktstrukturen. Hinter den mit der These von der Verkrustung begründeten Maßnahmen verbirgt sich eigentlich ein massiver Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten.

a) Hartz und die Frauen

Zwar wird dem Bericht vorangestellt, dass die Chancengleichheit von Männern und Frauen zu beachten ist. Die konservative Grundeinstellung der Kommissionsmehrheit findet sich in jedoch in vielen Aussagen des Berichts wieder. So gehören für Hartz zu den Profis der Nation, neben den ManagerInnen, MandatsträgerInnen und den Journalisten, auch die Geistlichen. Den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wird keine Verantwortung zugeordnet. Geradezu penetrant wird der Familienernährer in den Mittelpunkt gestellt. Auch die Familien-AG schreibt patriarchale Strukturen wieder fest. Frauen tauchen in diesem Konzept als diejenigen auf die ihrem Mann zuarbeiten.

b) Personal-Service-Agenturen

Das Herzstück der Reformvorschläge ist die Ausweitung der Leiharbeit über sog. Personal-Service-Agenturen (PSA). Arbeitslose sollen in Zukunft vom Arbeitsamt (Job Center) in Leiharbeitsinstitute (die PSA) vermittelt werden können. Diese Beschäftigungsbüros sollen entweder vom Staat oder privatrechtlich betrieben und den Arbeitsämtern angegliedert werden bzw. zu diesen in Kooperationsverhältnissen stehen. Der Gesetzgeber hat zwischenzeitlich die privatrechtliche Ausgestaltung favorisiert.

Geplant ist, dass jede/r Arbeitslose spätestens nach sechs Monaten von der PSA angestellt wird. Der einzelne Arbeitslose hat keinen Rechtsanspruch auf Übernahme in die PSA, sollte er/sie eine Übernahme in die PSA verweigern, droht ihm/ihr eine Kürzung der Arbeitslosenbezüge. Damit werden Arbeitslose zu Angestellten der PSA, entlasten die Arbeitslosenstatistik, und gleichzeitig wird ein neues staatliches Feld der Leiharbeit forciert.

Die Nettoentlohnung innerhalb der bis zu sechsmonatigen Probezeit soll der Höhe des Arbeitslosengeldes entsprechen. Danach soll die Entlohnung nach einem noch zu vereinbarenden PSA-Tarif erfolgen.

Das Konzept basiert auf der Annahme, dass zusätzliche Arbeitskräftenachfrage nur über eine weitere Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen zu schaffen ist. In der Hartzschen Theorie gibt es eine Vielzahl von Beschäftigungsmöglichkeiten, die jedoch nicht genutzt werden, da die Unternehmen wegen der zahlreichen Arbeitnehmerschutzrechte (Kündigungsschutz, Einschränkung von Befristungsmöglichkeiten, ...) Neueinstellungen scheuen würden. Die Lösung liegt nun nicht darin, in schnöder marktradikaler Art und Weise den offenen Angriff auf diese Schutzrechte auszurufen, sondern sie für die Unternehmen zu neutralisieren und die entsprechenden Kosten der Allgemeinheit, dem Staat und den BeitragszahlerInnen aufzubürden.

Konkret konstatieren Hartz & Co., dass Deutschland mehr LeiharbeiterInnen braucht, um den Arbeitskräftebedarf jederzeit an die Auftragslage (Just-In-Time-Prinzip) anpassen zu können. Dass es bei schnellerer Anpassung der Beschäftigung auf die Nachfrage auch zu deutlich heftigeren Konjunkturausschlägen kommen kann, findet in diesen Überlegungen keine Berücksichtigung.

Da sich Hartz der Tatsache, dass amerikanische Verhältnisse des hire and fire in Deutschland keine Begeisterungstürme auslösen, durchaus bewusst ist, soll der Staat dieses Konzept absichern. Im Klartext bedeutet dies eine Sozialisierung der Kosten unternehmerischer Flexibilität und damit eines Teils des unternehmerischen Risikos.

Zwar sind die LeiharbeiterInnen hier weitgehend rechtlich abgesichert, doch soziale Kosten haben sie dennoch zu tragen: Häufiger Arbeitsplatz- und Ortswechsel sollen den Alltag nun endgültig prägen. Auf die persönlichen Lebensplanungen und soziale Kontakte wird keine Rücksicht genommen. Lediglich die Institute der Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft bieten einen gewissen Schutz vor allzu großen Mobilitätsanforderungen, andere Lebensgemeinschaften werden diskriminiert.

Der ideologische Kern der PSA ist das Konzept des Förderns und Forderns. Wer Leistungen der Allgemeinheit in Anspruch nimmt, soll gefälligst auch zu eigenen Abstrichen bereit sein. Ausgeblendet wird, dass es sich nicht um Leistungen der Allgemeinheit handelt, sondern um Leistungen der Solidargemeinschaft, zu der auch der jetzt Arbeitslose seinen Beitrag in der Vergangenheit geleistet hat in der berechtigten Annahme, dass ihm diese Solidargemeinschaft im Falle der Arbeitslosigkeit auch tatsächlich zur Seite stehen wird. Der Zwang, sich bei der PSA beschäftigen zu lassen, stellt nichts anderes als einen weiteren Punkt der Gängelung und Entrechtlichung von Arbeitslosen dar.

Nach sechs Monaten, in denen die Angestellten auf Basis des Arbeitslosengeldes bezahlt werden sollen, soll für sie ein spezieller PSA-Tarif gelten. Das heißt, dass es in einem Unternehmen zukünftig staatlich gefordert zwei Klassen von ArbeitnehmerInnen geben wird. Die einen werden nach dem Tarif des Unternehmens (einschließlich aller außertariflichen Leistungen, Sonderzuwendungen und Mitbestimmungsrechte) bezahlt. Für die anderen bleibt der Tarif der PSA. Dies kommt einer Spaltung der Belegschaften gleich und schwächt die Verhandlungsposition der Gewerkschaften und die Tarifautonomie. Es ist zudem zu befürchten, dass es unter Inanspruchnahme von staatlichen Geldern zu einer verstärkten Substituierung von regulären Beschäftigungsverhältnissen durch LeiharbeiterInnen kommen wird. Leiharbeit ist aber auch grundsätzlich höchst kritisch zu sehen. Sie erschwert die Lebensplanung des Einzelnen erheblich. Wie soll diese stattfinden, wenn der Beschäftigungsort und Beschäftigungszeiten permanent in kurzen Abständen wechseln. Ziel muss es sein, Leiharbeit auf das absolut notwendige Maß zu beschränken und diese Leiharbeit staatlich zu organisieren ohne einen grauen Arbeitsmarkt zu schaffen, in dem der Staat selbst Arbeitskräfte billiger als LeiharbeiterInnen anbietet, als sie auf dem regulären Arbeitsmarkt einschließlich der Lohnrisiken kosten.

c) Neue Zumutbarkeit

Arbeitslose sollen sich sofort nach der Kündigung arbeitslos melden, um schneller vermittelt zu werden, im Idealfall noch vor Eintritt der Arbeitslosigkeit. Verpassen Arbeitsuchende allerdings diese Frist, so soll ihnen das Arbeitslosengeld später ausgezahlt werden, je nachdem wie lange sie über der Frist liegen. Im Gegenzug bekommen Unternehmen, wenn sie Entlassungen vermeiden einen Nachlass auf ihren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Wie hier vermieden werden kann, dass es Prämien für die furchtbarsten Drohungen mit Personalabbau gibt, ist noch unklar. Hier gilt auch wieder: Unternehmenskosten werden der Allgemeinheit und damit den abhängig Beschäftigten aufgebürdet. Der good will der Unternehmen wird teuer erkaufte.

Die frühere Meldung der bevorstehenden Arbeitslosigkeit ist plausibel und sinnvoll. Doch anstatt Arbeitslosen erneut mit repressiven Maßnahmen zu drohen, wäre es sinnvoller ArbeitnehmerInnen besser über ihre Rechte aufzuklären, so z.B. über die geplanten Möglichkeiten noch während der Arbeitszeit nach einem neuen Job suchen zu dürfen.

Auch erscheint es einfacher für alle Beteiligten, die Meldung beim Arbeitsamt den Unternehmen aufzubürden. Die ominöse Debatte über die angeblich eine Million nicht besetzter, offener Stellen macht zudem auch eine Verpflichtung der Unternehmen, diese Stellen an die Job Center zu melden, offenkundig erforderlich. Auch damit ließe sich der Vermittlungsprozess beschleunigen.

Die neuen Zumutbarkeitskriterien bieten Möglichkeiten, massive individuelle Kürzungen der Bezüge vorzunehmen. Mehr Mobilität wird verlangt. Größere Einkommens- und Einstufungsunterschiede sollen akzeptiert werden. So müssen Alleinstehende nach vier Monaten Arbeitslosigkeit einen Job im gesamten Bundesgebiet akzeptieren. Ausnahmen soll es lediglich für Ältere, Alleinerziehende und FamilienernährerInnen geben. Durch die geplante Umkehrung der Beweislast werden die Zumutbarkeitskriterien faktisch noch weiter verschärft. In Zukunft muss der Arbeitslose beweisen, dass die angebotene Arbeitsstelle nicht zumutbar ist. Bislang traf die umgekehrte Last die Arbeitsämter.

Die hinter diesen Forderungen stehende Vorstellung, dass Arbeitslose zur Arbeit angetrieben werden müssen, entbehrt jeglicher empirischer Grundlage. So bewarben sich 100.000 Arbeitslosen für das VW-Projekt 5000 x 5000, obwohl sie in diesem Projekt schlechter gestellt gewesen wären als der Rest der Belegschaft. Dass wir in einer Erwerbsgesellschaft leben, in der sich die Menschen zu einem großen Teil über ihre Arbeit definieren, wird vollkommen ausgeblendet. Erwerbstätigkeit bedeutet materielle Sicherheit, Anerkennung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

d) Ich-AG und Minijobs

Die Hartz-Kommission will desweiteren die Schwarzarbeit verringern, indem sie Arbeitslosen eine legale Möglichkeit des Zuerwerbs bietet. Kleine Aufgaben sollen sie übernehmen können, vor allem im Dienstleistungsbereich, z.B. als Haushaltshilfe. Die Verdiensthöchstgrenze soll bei 15.000 - 20.000 Euro liegen. Auf diese Tätigkeiten soll lediglich eine Pauschalsteuer in Höhe von 10 % fällig werden. Damit verbunden ist die Erwartung, dass solche Tätigkeit letztendlich in eine existenzsichernde volle Selbständigkeit führen.

Die Grenze des 325-Euro-Gesetzes soll ausgeweitet werden auf 400 (Minijobs) und die gesetzlichen Rahmenbedingungen in diesem Bereich sollen wieder dereguliert werden. Hier ist die rot-grüne Bundesregierung mittlerweile über die Vorschläge von Peter Hartz sogar hinausgegangen und hat weitgehend die Vorstellungen der Union übernommen. Mit den 400-Jobs wird ein Niedriglohnsektor geschaffen, in dem die ArbeitnehmerInnen über zentrale Rechte und Ansprüche (Kündigungsschutz, Sozialversicherungsleistungen) nicht verfügen.

Arbeitslose sollen endlich selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen und sich dann dem Markt ausliefern und dessen Risiken tragen. Diese Ideologie liegt nicht nur der Ausweitung von Minijobs, sondern auch dem Konzept der Ich-AG im Hartz-Konzept zu Grunde. Selbständigkeit für alle und damit die Etablierung von Kleinstunternehmen ist aber volkswirtschaftlich nicht nützlich und auch nicht für jede/n der richtige Weg.

Zu befürchten ist durch die Einführung der Ich-AG eine erneute Ausweitung der Scheinselbständigkeit, welche die Bundesregierung am Anfang der 14. Legislaturperiode noch (und das zu Recht) zu bekämpfen versuchte.

Nach drei Jahren soll die Ich-AG darüber hinaus aus der kollektiven Sozialversicherung ausgeschlossen werden. Dies stellt zum einen einen weiteren Schritt hinzu einer individualisierten Absicherung von Lebensrisiken über den Kapitalmarkt dar. Zum anderen wird dies für die Betroffenen oftmals in erheblichen Versicherungslücken enden, da gerade Kleinstunternehmen nicht das Geld für die privaten Versicherungen aufbringen können oder wollen. Und natürlich wird dadurch die kollektive Sozialversicherung geschwächt, da erneut Menschen aus dem System herausgenommen werden.

Das Ziel der Bekämpfung der Schwarzarbeit wird so nicht erreicht, da erstens die meisten SchwarzarbeiterInnen bereits einem Beschäftigungsverhältnis nachgehen und die Schwarzarbeit als Zuerwerb nutzen. Damit wird von der falschen Zielgruppe ausgegangen. Zweitens sind 10 % Pauschalbesteuerung eben immer noch mehr als 0 % im Falle der Schwarzarbeit.

e) Job-Floater

Das Volumen dieses Programms soll bei 10 Milliarden liegen und steuerfinanziert werden. Den Unternehmen sollen auf diesem Weg, für den Fall, dass sie Arbeitslose einstellen, zusätzliche Darlehensmöglichkeiten eröffnet werden. Darüber hinaus sind Infrastrukturmaßnahmen insbesondere im Osten vorgesehen. Hierzu soll der Solidarpakt II vorgezogen werden.

Die Vergabe von Darlehen führt zu enormen Mitnahmeeffekten und wird nicht die gewünschten Erfolge bringen. Investitionen in die Infrastruktur begrüßen wir grundsätzlich, dennoch sollte das Volumen erhöht werden, damit es in der gegenwärtigen konjunkturellen Lage auch tatsächlich beschäftigungswirksame Effekte mit sich bringt. Hartz fordert, in den nächsten Jahren (!) kreditfinanzierte Investitionsprogramme der Kommunen umzusetzen. Ein solches Investitionsprogramm, dass in der derzeitigen konjunkturellen Situation dringend notwendig ist, und insbesondere die Schulden daraus dürfen aber nicht den Kommunen aufgebürdet werden. Der Bund muss entweder selbst aktiv werden oder direkte, nicht rückzu-

zahlende Zuschüsse an die Kommunen weitergeben. Konjunkturpolitisch ist es nicht sinnvoll, in Zeiten eines Aufschwungs (der in 1-2 Jahren ja da sein kann) zusätzliche schuldenfinanzierte Ausgaben zu tätigen. Die Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen sollte in diesem Sinne konjunkturpolitisch modifiziert werden.

f) Zukunft der Ausbildung - AZWP

Durch die Schaffung eines Ausbildungszeit-Wertpapiers, soll das Recht auf Ausbildung käuflich werden. Zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze sollen regionale Stiftungen geschaffen werden. Die Finanzierung soll aus Spenden, Zuschüssen der BA, den Kostenanteilen der auszubildenden Betriebe, aus den Rückflüssen des eigens eingerichteten Paybacksystems und dem Erwerb des AZWPs erfolgen. Den EigentümerInnen des AZWPs wird über eine Anlage am Kapitalmarkt eine Ausbildungsfinanzierung und ein Ausbildungsplatz garantiert. Unternehmen sollen zusätzlich geschaffene Ausbildungsplätze zum großen Teil über die Stiftung finanzieren können.

Zwar wird am Anfang des entsprechenden Kapitels im Bericht erneut auf die Versprechungen der Wirtschaft im Bündnis für Arbeit, nämlich zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, verwiesen. Der Vorschlag des AZWPs zeugt allerdings davon, dass von einer Freiwilligkeit nicht mehr ausgegangen wird. Doch anstatt den daraus folgenden Schritt zu tun und eine Umlagefinanzierung der beruflichen Erstausbildung zu fordern (Stichwort: Wer nicht ausbildet, muss zahlen!), wird die Wirtschaft endgültig aus der (verfassungsgerichtlich festgestellten) Verantwortung entlassen und diese der Gesellschaft aufgebürdet. Denn aus vielen Beispielen aus der Vergangenheit, wie dem Fond zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen, wissen wir wie viel wir bei einer freiwilligen Abgabe von den Unternehmen zu erwarten haben. Deshalb werden die Auszubildenden oder ihre Familie in Zukunft selber ihre Ausbildungsplätze zu zahlen haben. Das Lehrgeld feiert fröhliche Umtriebe! Damit wird es zu einer Frage der Herkunft, ob man eine Ausbildung erhält oder nicht. Es kann nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein, Chancen von der Herkunft abhängig zu machen und die Wirtschaft aus einer ihr originären Aufgabe, nämlich auszubilden, zu entlassen.

Es spricht für die SPD-geführte Bundesregierung, dass sie dieses Produkt der Hartz-Kommission in der Schublade hat verschwinden lassen.

g) Ausstieg aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Eine in der öffentlichen Diskussion völlig außer Acht gelassene Sache bei den Hartz-Plänen ist der in ihnen enthaltene Rückzug der Bundesanstalt für Arbeit aus der Arbeitsförderung. Instrumente wie z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM) sollen in Zukunft aus Steuergeldern bezahlt werden. Es ist zwar theoretisch sinnvoll, diese Aufgaben nicht aus den Sozialversicherungsbeiträgen zu bezahlen, sondern aus Steuern, da sie gesamtgesellschaftliche Aufgaben darstellen. In der Praxis ist es aber so, dass der Rückzug der BA aus diesen Programmen bedeutet, dass weniger Geld dafür verwendet wird, da keine Steuermittel im Gegenzug dafür aufgebracht werden. Bei Qualifizierung und Fortbildung wird es ebenfalls starke Kürzungen geben, da solche Maßnahmen im Hartz-Konzept nur im Rahmen der PSAs und auch hier nur in verleihslosen Zeiten vorgesehen sind.

Die Instrumente der Arbeitsförderung wurden bereits in den vergangenen Jahren stark zuammengestrichen. Zwar wurden im Rahmen des in die richtige Richtung zielenden JOB-AQTIV-Gesetzes die Instrumente mit der Ermöglichung von Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen (BSI) noch erweitert, aber unter dem allgemeinen Spardruck ist die Zahl der ABM- und SAB-Beschäftigten von 293.253 in 1999 auf 182.226 in 2002 (12-Monatsdurchschnitt von Nov. 01 bis Okt. 02) zurückgegangen. Die Zahl der BSI-TeilnehmerInnen war dagegen mit bundesweit nicht einmal 1000 Beschäftigten in 2002 sehr gering. Diese Entwicklung wird aber im Haushalt 2003 der BA nun aber keineswegs korrigiert. Der steuerfinanzierte Bundeszuschuss zur BA soll nämlich dieses Jahr völlig entfallen. Dadurch ist mit weiteren erheblichen Streichungen für die Arbeitsförderung zu rechnen.

2 Die Rürup-Kommission: Runter mit den Lohnnebenkosten?

Mit der Einsetzung der Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme unter Leitung von Bert Rürup haben die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen sich endgültig das Dogma zu eigen gemacht, wonach angeblich zu hohe Lohnnebenkosten schuld an der Misere am deutschen Arbeitsmarkt seien. Der Faktor Arbeit in Deutschland sei in einer globalisierten Welt zu teuer geworden. Die Unternehmen würden deswegen nicht mehr einstellen. Die Kommission hat deshalb den Auftrag erhalten, Wege darzustellen, wie, um beschäftigungspolitische Impulse zu geben ... die Lohnnebenkosten gesenkt werden können.

Unterstellt wird von den Verfechtern dieser Grundposition der Neoliberalen ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Lohnkosten und dem Beschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft. Der Blick in die Wirklichkeit sollte sie jedoch eigentlich schnell eines besseren belehren.

Für die unternehmerische Kostenkalkulation ist die absolute Höhe der Lohnkosten pro Beschäftigten von untergeordneter Bedeutung. Sie lässt nämlich die Frage der Arbeitsproduktivität außen vor. Es leuchtet ein, dass es auf der Kostenseite für den Arbeitgeber keinen Unterschied macht, ob er für einen Arbeitnehmer das Doppelte an Lohnkosten aufzuwenden hat, wenn dieser Arbeitnehmer auch das Doppelte in der gegebenen Arbeitszeit produziert. Entscheidend für die Frage der unternehmerischen Kostenbelastung sind also nicht die absoluten Lohnkosten, sondern die sog. Lohnstückkosten, die Lohnkosten pro produzierter Gütereinheit.

Betrachtet man beispielsweise die Niederlande, so liegt der Schluss nahe, dass der von den Neoliberalen unterstellte Zusammenhang tatsächlich existiert. Die Lohnstückkosten sind von 1991 bis 1997 um knapp unter 7 % gesunken, die Beschäftigung ist im gleichen Zeitraum um über 7 % gestiegen. Fraglicher wird der behauptete Zusammenhang dann schon, wenn man den Blick in die USA, das Musterland des Neoliberalismus richtet. Auch dort ist die Beschäftigung im gleichen Zeitraum spürbar gewachsen (um 13 Prozent). Gleichzeitig betrug der Rückgang der Lohnstückkosten jedoch gerade einmal 3,1 Prozent. In Österreich war ein Rückgang der Lohnstückkosten um über 5 Prozent verbunden mit Nullwachstum bei der Beschäftigung. Und in Deutschland? Hier sind die Lohnstückkosten von 1991 bis 1997 um 8 Prozent gesunken. Die Beschäftigung

dagegen ist nicht gewachsen, wie es nach den Vorhersagen der Neoliberalen eigentlich der Fall sein müsste, sondern um 6,5 Prozent deutlich zurückgegangen. Der einfache Zusammenhang zwischen Lohnkosten und Beschäftigungsniveau ist also empirisch nicht haltbar. Die Höhe der Beschäftigung scheint wesentlich von anderen Faktoren bestimmt zu sein.

Das Lamento der Arbeitgeber, dem leider auch die SPD-geführte Bundesregierung aufgesessen ist, lässt sich also schnell als Verschleierung tatsächlicher Sachverhalte dekonstruieren. Die Lohnstückkosten haben in Deutschland seit den 80er-Jahren eine für die Unternehmen günstigere Entwicklung genommen als in nahezu allen anderen Industriestaaten. Insbesondere bleibt die Entwicklung der Lohnstückkosten deutlich hinter dem Anstieg der uns oft als Vorbild genannten angloamerikanischen Volkswirtschaften zurück. Die deutschen Unternehmen konnten also in den letzten 20 Jahren ihre Position auf den Weltmärkten kostenseitig kontinuierlich verbessern.

Was folgt daraus? Die angeblich zu hohe Belastung der Arbeitgeber durch Lohnnebenkosten ist bloße Fiktion. Und: Die Ursachen für die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland müssen wohl bei anderen Gründen gesucht werden.

3. Lockerung des Kündigungsschutzes

Im Zuge des Bundestagsbeschlusses zu den Hartz-Plänen wurde auch gleichzeitig der Kündigungsschutz für ältere ArbeitnehmerInnen ab 55 Jahren gelockert. Dies steht im Widerspruch zu den im Wahlkampf geäußerten Absichten.

Noch viel schlimmer sind die nun von Superminister Clement geäußerten Überlegungen zu einer Lockerung bzw. Aufhebung des Kündigungsschutzes in Betrieben mit weniger als zehn MitarbeiterInnen. Die Wiederherstellung des Kündigungsschutzes in kleinen Betrieben, der in den letzten Jahren der Kohl-Regierung gelockert wurde, war ein Versprechen, mit dem die SPD 1998 die Wahl gewonnen hatte. Dies darf nun nicht rückgängig gemacht werden.

Die These, dass mit einer Verschlechterung des Kündigungsschutzes Arbeitsplätze geschaffen werden können ist ähnlich absurd wie die Annahme, dass bei einer Aufweichung der Sicherheitsvorschriften im Luftverkehr das Fliegen sicherer wird. Eine Einstellung erfolgt dann, wenn die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber das mit mehr ArbeitnehmerInnen produzierte Mehr an Waren auch absetzen kann. Der Kündigungsschutz spielt dabei nur dann eine Rolle, wenn wegen einer kurzfristigen Auftragsspitze vorübergehend mehr ArbeitnehmerInnen benötigt werden. In solchen Fällen verfügt die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber aber bereits heute über eine Vielzahl von Instrumenten wie die gerade erst mit Hartz ausgebaute Leiharbeit oder befristete Arbeitsverträge. Daher hat eine Lockerung des Kündigungsschutz keine nennenswerten Effekt auf die Arbeitslosigkeit, ihm steht aber ein massiver Abbau an ArbeitnehmerInnenschutzrechten gegenüber. Es droht der Weg in eine Hire-and-Fire-Gesellschaft nach amerikanischem Muster. Mit dem sozialdemokratischen Recht einer Gesellschaft, in der der Mensch ohne die Angst leben kann, plötzlich auf der Straße zu sitzen, ist die nicht vereinbar. Daher lehnen die Jusos eine Lockerung des Kündigungsschutzes ab.

Bewertung der geld- und fiskalpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung

Die derzeit von der Sozialdemokratie betriebene Wirtschafts- und Finanzpolitik wird nicht hinreichend dem gerecht, was (sozialdemokratische) Wirtschaftswissenschaftler und Politiker einst unter dem Begriff der Konjunkturpolitik politiktheoretisch entwickelten und praktizierten.

Das Ziel, Wirtschaftswachstum generieren zu können, und konjunkturelle Glättungen herbeizuführen, also die (marktwirtschaftliche) Ökonomie zu beeinflussen und (global) zu steuern, was ja das Ziel der konjunkturpolitischen Theorie darstellt, wurde weitgehend aufgegeben, und das, obwohl die öffentliche Hand nach wie vor über die notwendigen Mittel verfügt.

Die Einbettung der Bundesrepublik in die Weltwirtschaft (in 2001 knapp 30% des BIP) so das Totschlagargument verhindernere Maßnahmen der Globalsteuerung, wie sie in der Großen Koalition von 1966 bis 1969 hauptsächlich Gegenstand der (antizyklischen) Wirtschafts- und Finanzpolitik waren. Doch nach wie vor wird der überwiegende Teil der Nachfrage vom Binnenkonsum, vom staatlichen Konsum und den privaten und öffentlichen Investitionen getragen, was durchaus beweist, dass die Politik auf wesentliche Determinanten der Konjunktur Einfluss hat.

Der Rauch des Export-Feuerwerks aus den Jahren 1998, 1999 und 2000 ist längst verzogen, die Schwächen der deutschen Volkswirtschaft traten im vergangenen Jahr in aller Deutlichkeit zu Tage, und seither fand bekanntlich keine nennenswerte Aufwärtsbewegung statt. So wird das durchschnittliche Realwachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2001-2003 deutlich unterhalb von 1% liegen.

Ein zu geringes Wirtschaftswachstum schadet nicht nur dem volkswirtschaftlichen Kapitalstock und zukünftigen Produktionspotentialen, sondern ist die größte Bedrohung für Beschäftigung und Wohlstand einer Gesellschaft.

Was tut und unterlässt die Bundesregierung konkret?

Die Bundesregierung erkennt die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und damit einhergehend deren monetaristische Ideologie an, und äußert sich deshalb nur mit größter Vorsicht zu geldpolitischen Fragen. Zwar werden Leitzinssenkungen, die Investitionen billiger machen und damit stimulieren sollen, begrüßt, aber nicht ausdrücklich gefordert.

Der einheitliche europäische Wirtschafts- und Währungsraum hat zur Folge, dass in Deutschland, das weiterhin durch monetäre Binnenstabilität glänzt, tendenziell das höchste Realzinsniveau aufweist. Hieraus ergeben sich geldpolitische Vorteile für die anderen Mitgliedsstaaten.

Der historische Tiefstand an Nominalzinsen (in Europa) darf und kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass von der derzeitigen Geldpolitik nur geringfügig expansive Impulse (für die deutsche Volkswirtschaft) ausgehen.

Zum einen wird ausgeklammert, dass Europa, Deutschland im Besonderen, unter einer gefährlich niedrigen Kerninflation rate leidet (und dies trotz Erhöhung indirekter Steuern!), was am Horizont die Agonie einer Deflationskrise aufsteigen lässt, zum anderen, dass sich Europa (Deutschland im Besonderen) noch immer nicht konjunkturell erholt hat, und kräftige Wachstumsimpulse noch nicht in Sicht sind.

Die kürzlich beschlossene Leitzinssenkung um 50 Basispunkte auf 2,75% stößt auf unsere Zustimmung, ist aber in der momentanen unsicheren konjunkturellen Situation noch immer unzureichend.

Die maßgeblich durch den Zins bestimmte Liquiditätspräferenz deutet noch immer zu wenig in Richtung Anlage- und Sachinvestitionen, die ein höheres BIP-Wachstum generierten.

Während die Geldpolitik fest in Händen einer rechtlich wie tatsächlich unabhängigen Zentralbank ist und damit für die sozialdemokratische Regierung schwer zugänglich und beeinflussbar ist, ist die Fiskalpolitik durch eine von der Politik selbst auferlegte Doktrin, den europäischen Stabilitätspakt, an Vorgaben gekettet, die sich makroökonomisch nicht logisch erklären.

Als Konsequenz dieser Vorgaben legte die Bundesregierung ihre Finanzpolitik von Anfang an restriktiv an. Dies hatte jedoch in den Aufschwungphasen während des Exportbooms keine allzu negativen Folgen für die Konjunktur, sondern erwies sich als stabilisierender Faktor für die Gesamtwirtschaft.

Die Entlastungen durch das Steuersenkungsgesetz und die Reform der Unternehmensbesteuerung, die erhebliche Mindererträge (das Lohnsteueraufkommen sank um 2,2%, das der Körperschaftssteuer und veranlagten Einkommenssteuer um 56,6%) einbrachten, begegnete die Bundesregierung einerseits mit Einsparungen im konsumtiven Bereich der Transferleistungen, andererseits, und das wiegt aus ökonomischer Sicht schwerer, mit einem Zurückfahren der öffentlichen Investitionen, die zuletzt lediglich 1,7% am Bruttoinlandsprodukt ausmachten. Während Steuersenkungen in einem durch die durchgeführten oder angekündigten Sozialkürzungen (Riester-Rente) ausgelösten Anstieg der Sparquote verpufften bzw. im Bereich der oberen Einkommen, wo die massivste Entlastung stattfand, offensichtlich in Dienstleistungsimporten verpufften und nicht verkonsumiert wurden, wirkten die Einsparungen und Investitionskürzungen unmittelbar auf das BIP-Wachstum.

Auch wenn der Ansatz der Öko-Steuer, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu verteuern, richtig ist, so war doch die Umsetzung der Steuer fatal. Sie folgt dem Dogma, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden müssen. Dem Konsum hat die Belastung von KonsumentInnen durch diese indirekte Steuer geschadet – die Unternehmen, hauptsächlich Verbraucher von Umwelt, sind dagegen weitgehend von der Öko-Steuer befreit. Die Einnahmen aus der Ökosteuern hätten den Konsumenten zurückgegeben oder aber in ein ökologisches Investitions- und Modernisierungsprogramm investiert werden müssen. Die Unternehmer hätten ebenfalls zur Besteuerung herangezogen werden müssen – hier sind die meisten Lenkungseffekte der Öko-Steuer zu erwarten.

Zu Beginn des Jahres 2003 steht die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung vor dem Scherbenhaufen einer gescheiterten Finanzpolitik, die sich unabhängig der ökonomischen Zyklen für planbar hielt. Die dogmatische Sparpolitik von Hans Eichel hat wegen ihrer negativen konjunkturellen Effekte die Staatsverschuldung ausgeweitet. Der Bundeshaushalt ist in der Verfassungswidrigkeit angelangt, und nur noch durch die empfindliche Störung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu erklären und rechtfertigbar.

Mit einem gesamtwirtschaftlichen Defizit von 3,7% in 2002 und einem ebenfalls jenseits der erlaubten Defizitgrenze von 3,0% in 2003, wird der Musterknabe Deutschland urplötzlich zum Negativbeispiel im finanzpolitischen Diskurs in Europa.

Anforderungen an eine Politik für mehr Beschäftigung

Qualifizierungsmaßnahmen

Um den Arbeitsmarkt funktionsfähiger zu machen wird von neoliberaler Seite gefordert, dass der Arbeitsmarkt dereguliert werden müsse, das Lohnniveau gesenkt werden müsse, die Lohnunterschiede zunehmen müssen und Schutzbestimmungen für ArbeitnehmerInnen eingeschränkt werden müssen. In angelsächsischen Ländern wurde eher dieser Weg gegangen. Der Preis für mehr Beschäftigung ist dort mehr Ungleichheit mit all ihren gesellschaftspolitisch negativen Folgen. Diesen Weg lehnen wir entschieden ab.

Um die Wirkungsweise des Arbeitsmarktes zu verbessern setzen wir vor allem auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose wieder in Beschäftigung bringen sollen.

Zur aktiven Arbeitsmarktpolitik zählen insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen. Sie ist erforderlich, um strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen und um Geringqualifizierte, die nur schwer eine Arbeit finden, produktiver zu machen. Geringqualifizierte können meist nur wenig-produktive Jobs annehmen. Dies heißt aber, dass sie nur ein entsprechend geringes Lohn-einkommen erzielen können. Will man diese Menschen wieder mit einem sozialpolitisch akzeptablen Lohn in Beschäftigung bringen, müssen die Voraussetzungen erfüllt werden, damit sie auch produktivere Jobs annehmen können. Mit verstärkten Qualifizierungsbemühungen haben diese Menschen eine bessere Chance einen Arbeitsplatz zu erhalten, von dem sie auch einen angemessenen Lebensstandard finanzieren können.

Ziel der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist, mit geeigneten Maßnahmen Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine Auswertung der international vorhandenen empirischen Analysen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zeigt, dass vor allem die Maßnahmen erfolgreich sind, welche Qualifizierungsmaßnahmen mit zeitweisen Lohnkostenzuschüssen verbinden. Als besonders effektiv zur Integration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt haben sich kurzfristig angelegte und betriebsnahe Qualifizierungsmaßnahmen erwiesen. Je besser die Maßnahmen auf das Ziel, den Arbeitslosen auf einen bestimmten Arbeitsplatz zu bringen zugeschnitten sind, desto erfolgreicher ist aktive Arbeitsmarktpolitik.

Anforderungen an die Ausgestaltung von Personal-Service-Agenturen

Die Jusos bleiben bei ihrer Ablehnung der Personal-Service-Agenturen; im Interesse der ArbeitnehmerInnen, die dort zukünftig beschäftigt sein werden, müssen wir aber nach der beschlossenen Einführung nun gemeinsam mit den Gewerkschaften um die für die ArbeitnehmerInnen bestmögliche Ausgestaltung kämpfen.

Es werden von Hartz verschiedene Rechtsformen, von externen Dienstleistern bis Untereinheiten im Job-Center angesprochen. Der Gesetzgeber hat sich dafür entschieden, einer privatrechtlichen Vertragsgestaltung mit externen Dienstleistern den Vorzug zu geben. Nur in Ausnahmen sollen die PSAs unmittelbar vom Job-Center betrieben werden. Die PSA erhalten Zuschüsse von den Job-Centern. Befürchtungen neoliberaler Kommentatoren, dass hier ein gigantischer öffentlich finanzierter Beschäftigungssektor entsteht, sind unbegründet und gehen an den aktuellen Diskussionen vorbei.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Beschäftigte nicht an ihren ehemaligen Arbeitgeber entliehen werden können. Der befürchtete unmittelbare Drehtüreffekt wird so verhindert. Nicht ausgeschlossen bleibt die schleichende Substituierung von einzelnen Beschäftigungsverhältnissen im Betrieb oder ganzen Fertigungsstraßen durch Leiharbeitsfirmen, wie sich dies bereits jetzt z.B. bei BMW beobachten lässt.

Da während der Probezeit nur ein Nettolohn in Höhe des Arbeitslosengeldes bezahlt wird, besteht für Arbeitslose wenig Motivation, diese Jobs anzunehmen. Erforderlich ist, dass auch während der Probezeit, wie sonst auch üblich, bereits tariflich entlohnt wird. Die Gewerkschaften konnten bereits durchsetzen, dass die Beschäftigten nach dem Tarif der Entleihfirma bezahlt werden. Bedenklich ist, dass den Tarifvertragspartnern offensichtlich die Möglichkeit eingeräumt wird, auch nach unten davon abzuweichen. Wir fordern, dass LeiharbeiterInnen verbindlich den regulären Beschäftigten im Entleihbetrieb gleichzustellen sind. Dies gilt für alle tariflichen, außertariflichen und freiwilligen Leistungen des Arbeitgebers und für die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten.

Völlig offen gelassen ist im Hartz-Papier, wie viele Menschen in einer PSA beschäftigt werden sollen. Es ist hilfreich, zunächst in kleinerem Maßstab Erfahrungen zu sammeln. Die Arbeit der PSA sollte möglichst konkret auf spezielle Problemgruppen am Arbeitsmarkt zugeschnitten sein.

Vorgesehen im Hartz-Konzept ist, dass die PSA auch genutzt wird, um Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen. Die PSA sollten so ausgestaltet werden, dass sie als Instrument einer erfolgreichen aktiven Arbeitsmarktpolitik dienen können. Erfahrungen in verschiedenen regionalen Initiativen in Deutschland, die Qualifizierung, Verleihung und Vermittlung kombinieren, können hierbei genutzt werden.

Damit Arbeitsmarkterfolge gewährleistet sind, sind folgende Anforderungen an die PSA zu stellen:

- Die PSA sollten sich von der gewerblichen Zeitarbeit unterscheiden, indem sie nicht gewinnorientierte sondern vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung betreiben.
- Gemeinnützige Initiativen als Organisationsform sind hier besonders zu unterstützen.
- In der verleihfreien Zeit sind Qualifizierungsmöglichkeiten (Coaching, Kurzqualifizierung) zu nutzen.
- Die Stellenaquirierung muss sich auch auf permanente Stellen konzentrieren.
- Es sollen auch stellenorientierte Qualifizierungsmaßnahmen stattfinden.
- Die Maßnahmen sollten eine begrenzte Laufzeit haben. Arbeitsuchende sollten nicht länger als ein Jahr in der PSA beschäftigt sein.
- Die Arbeitsämter sollen auch die Möglichkeit haben, befristete Lohnkostenzuschüsse für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes zu zahlen.
- Die Vermittlungsprämien sind auf die regionalen Gegebenheiten und die jeweiligen Zielgruppen auszurichten.

Arbeitszeitverkürzung

Die Reduzierung der Arbeitsnachfrage der Unternehmer wird oftmals mit der Einführung neuer Technologien und dem rasanten Produktionsfortschritt begründet, der menschliche Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt. Dieser Erklärungsansatz greift nur teilweise, denn die Hauptgründe für die momentane hohe Arbeitslosigkeit sind andernorts zu finden, zum Beispiel bei der Verteilungsproblematik der Arbeit. Ein Ende der Erwerbsarbeit und ein generelles Fehlen an Arbeit sind bei weitem nicht in Sicht.

Dies spiegelt sich auch bei der Einstellung der meisten ArbeitnehmerInnen wieder:

Mehr denn je ist der Mensch heutzutage auf seine Erwerbsarbeit fixiert. Der Bedeutungsverlust der traditionellen Familie und das Aufbrechen sozialer Strukturen lassen immer mehr Menschen Befriedigung und Sinnfindung in ihrer Arbeit suchen.

Auch das Normalarbeitsverhältnis, in dem die meisten ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, ist nach wie vor von einer 5 Tages-Woche mit 38 bis 41 Stunden geprägt. Dieses Normalarbeitsverhältnis garantiert ein existenzsicherndes Einkommen mit sozialer Absicherung und enthält Standards im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Alternative Arbeitsverhältnisse, die den ArbeitnehmerInnen mehr Flexibilität und Freiraum gewähren könnten, sind allerdings immer noch zum größten Teil auf die Bedürfnisse der Unternehmer ausgerichtet. So sind Menschen in Teilzeitarbeit oftmals einer fehlenden sozialen Absicherung und Unsicherheiten bei Einkommen und Arbeitsdauer ausgesetzt. Besonders betroffen sind hiervon Frauen, die den größten Teil der TeilzeitarbeiterInnen stellen. Doch auch viele ArbeitnehmerInnen, die nicht in Teilzeit arbeiten müssen, würden gerne weniger arbeiten und damit ihre Lebensqualität erhöhen.

Wir fordern deshalb eine Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit des Normalarbeitsverhältnisses ohne Einschnitte beim Einkommen, der sozialen Absicherung und der Arbeitsstandards. Damit würde der Arbeitsmarkt erheblich entlastet werden und die Lebensqualität und die persönliche Selbstbestimmung vieler ArbeitnehmerInnen steigen. Als unterstützende Maßnahme zur Arbeitszeitverkürzung fordern wir eine gesetzliche Einschränkung von Überstunden und eine Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Zur Gewährleistung der bisherigen Regelungen sind eine stärkere Überprüfung und härtere Sanktionen notwendig.

Den Strukturwandel gestalten

Es geht heute um einen Mix verschiedener Strategien und konkreten Maßnahmen der ökonomischen und gesellschaftlicher Regulation, die die Entwicklung eines neuen dynamischen Prosperitätszusammenhangs ermöglichen. Die aktuellen Umbrüche sind so tiefgreifend, dass gesellschaftlich Regulation die konkreten Wertschöpfungsprozesse mitgestalten muss, sich also mit der Frage auseinandersetzen muss, wer eigentlich was und produziert. Dies ist nur durch eine aktive Strukturpolitik möglich.

Der Anspruch, den Strukturwandel gestalten zu wollen, wirft zuerst die Frage auf, welche Richtung und welches Ziel man diesem Unternehmen geben will. Jenseits von Instrumentendiskussion geht es darum, Zukunftsfelder und die Kriterien der Auswahl derselben zu diskutieren sowie die Frage der Nutzung von gesellschaftlichen Potenzialen auf die Agenda zu setzen. In diesem Sinne streben wir keine Verhinderungsdebatte, sondern eine Chancendebatte an, die sich jedoch am Nutzwert und nicht am Tauschwert von Innovationen orientiert. Die Anwendung von I&K-Technologien und die Durchsetzung neuer Energie- und Verkehrstechnologien bilden dabei genauso die inhaltliche Agenda wie soziokulturelle Dienstleistungen.

Die zweite in diesem Zusammenhang spannende Frage ist die Form, wie in Zukunft die Gestaltung des Strukturwandels organisiert und demokratisch legitimiert wird. Wir haben in der Debatte um den Solaren Umbau hier wichtige Fragen aufgeworfen, wie gesellschaftlich akzeptierte, sozial und ökologisch zukunftsfähige Entwicklungspfade entwickelt und durchgesetzt werden können, aber auch die Front der Ablehnung zu spüren bekommen. Der Anspruch an ein demokratischeres Wirtschaften und die stärkere gesellschaftliche Gestaltung von Prozessen des Strukturwandels haben wir dabei nicht aufgegeben. Zu den veränderten Ansprüchen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Betrieb aber auch zunehmend selbstbewusster agierender Verbraucher gehört, dass sie mitentscheiden wollen, was wie produziert und wie es genutzt wird.

Eine innovative Wirtschafts- und Strukturpolitik muss vor allem vier konkrete Handlungsmodule aufgreifen:

1. Regionalwirtschaftliche Strukturförderung – Klassische kommunale und regionale (Infra-) Strukturförderung und An siedelungspolitik.
2. Netzwerke der lokalen Innovation – Organisatorische und institutionelle Begleitung regionaler Akteurskooperation aus Wissenschaft, Unternehmen usw.
3. Innovationsfonds – Aufbau eines Fonds zur finanziellen Förderung unternehmerischer Initiativen, sowie eine umfassende Managementbetreuung und Hilfestellung bei unternehmerischen Handlungen
4. Integrierte Arbeits- und Gewerbeförderung – Einerseits Aufbau einer regionalwirtschaftlich sinnvollen Beschäftigungs- und Gründungsdynamik, sowie andererseits Aufbau eines Beschäftigungssektors zu Deckung nicht marktfähiger gesellschaftlicher Bedarfe.

Öffentlicher Beschäftigungssektor

Wir fordern die Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch den Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors.

Hierbei sollen Dienste staatlich finanziert werden, die zur gesellschaftlichen Daseinsvorsorge dienen und vom Markt oder vom Staat noch nicht bereitgestellt wurden. Dies betrifft vor allem Arbeitsfelder in sozialen, ökologischen und kulturellen Bereichen.

Hierdurch werden neue Arbeitsplätze vor allem für geringqualifizierte Arbeitslose geschaffen. Durch den Berufseinstieg und zusätzliche staatliche Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen während der Beschäftigung erhöhen sich deren Chancen für einen Wiedereinstieg auf dem Arbeitsmarkt.

Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen:

Von konservativer Seite wird oft eine geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen gewünscht, da dadurch der Arbeitsmarkt entlastet werde. Derartige Vorstellungen über die Funktionsweise des Arbeitsmarktes gehen jedoch irre. In den Ländern, in welchen die Erwerbsbeteiligung von Frauen höher ist als in Deutschland, ist die Arbeitslosigkeit nicht höher, sondern meist sogar geringer. Wenn zusätzlich Personen auf den Arbeitsmarkt drängen (dies zeigt die internationale Erfahrung), entstehen auch neue Arbeitsplätze. Wir fordern Maßnahmen, welche die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen:

1. Beschluss eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft. Die derzeitige Selbstverpflichtung der Wirtschaft wird nicht die vorgegeben Ziele erfüllen können. Erst durch ein Gesetz, welches Unternehmen sanktioniert, die nichts zur Verbesserung ihres Frauenanteils tun, werden Erfolge möglich. Erforderlich sind zum Beispiel Zielquotierungen für Ausbildungsplätze und für Beförderungen. Es sind aber nicht nur Maßnahmen, die den Frauenanteil erhöhen, erforderlich. Es müssen auch generell die Arbeitsbedingungen von Frauen verbessert werden, wie etwa durch Maßnahmen gegen Sexismus am Arbeitsplatz.
2. Gleiches Geld für gleiche Arbeit . Es muss aufgeräumt werden mit der Versteckten Lohndiskriminierung von Frauen. Frauenberufe wie z.B. Arzthelferin dürfen nicht länger als Zuverdienstberufe gelten und entsprechen schlecht bezahlt werden. Es kann nicht sein das z.B. Arzthelferinnen ca. 9Stunden am Tag arbeiten dafür aber nur ca.1000 Gehalt im Monat bekommen. Zum Vergleich: Müllentsorgungsfachkräfte arbeiten ca. 8Stunden am Tag und bekommen ca.1500 im Monat.
3. Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir schließen uns dem Ganztagschulprojekt der SPD Bayern als ersten Schritt in Richtung auf Gesamtschulen an und fordern aber gleichzeitig eine Verbesserung des Betreuungsangebotes von Kleinkindern in Kindertagesstätten oder Kinderhorten. Die Verbesserung des Angebotes an Kinderbetreuungseinrichtungen hätte zur Folge, dass Eltern besser Kinder und Beruf miteinander verbinden könnten.

Es ist noch ein weiter Weg bis zur wirklichen Gleichberechtigung der Frauen in der Erwerbswelt. Gerade deswegen ist es notwendig, dass die derzeitige Regierungszeit einer SPD-geführten Bundesregierung für durchgreifende und richtungsweisende Reformen zur Gleichstellung der Geschlechter genutzt wird. Aber auch im noch-CSU regierten Bayern müssen wir die öffentliche Meinung für uns gewinnen, um so den notwendigen Reformdruck auf die CSU aufbauen zu können.

Förderung älterer ArbeitnehmerInnen

In Zeiten der Rezession leiden viele ArbeitnehmerInnen an einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder verlieren sogar ihren Arbeitsplatz. Dennoch muss festgestellt werden, dass der derzeitige Wandel auf dem Arbeitsmarkt vor allem älteren ArbeitnehmerInnen zu schaffen macht. In vielen Betrieben ist der Versuch, eine ganze Generation älterer MitarbeiterInnen auszurangieren, zu beobachten. Vor allem die Medienbranche, aber auch zunehmend Industrie- und Handwerksbetriebe liefern hierzu eine Reihe von Beispielen.

So ist mittlerweile jeder Fünfte der 60-65-Jährigen unfreiwillig arbeitslos. Die Chancen, aus der Arbeitslosigkeit zurück in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu finden, sinken akut mit der Zunahme des Alters. Die hohen überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen für ältere ArbeitnehmerInnen sind in Realität noch sehr viel höher als es die Arbeitslosen-Statistik ausweist, da ein Arbeitsloser/ eine Arbeitslose ab 56 Jahren nicht mehr verpflichtet ist, sich arbeitslos zu melden.

Die angespannte wirtschaftliche Situation, aber auch ein zu sehr an Trendskills wie jung, dynamisch, möglichst billig orientiertes Personalmanagement vieler Unternehmen setzen ältere ArbeitnehmerInnen enorm unter Druck:

Frühpensionierungen mit geringer Abfindung oder das schlichte Ausstellen langjährig erfahrener und loyaler MitarbeiterInnen sind zur Regel geworden. Und die Verbleibenden müssen mit dem Arbeitstempo 20-jähriger konkurrieren ohne jegliche Chance, sich mit ihren eigenen Vorzügen zu profilieren. Dabei gäbe es hier genügend:

Ältere und somit erfahrenere MitarbeiterInnen benötigen im Durchschnitt eine weitaus geringere Einlernzeit, um eigenständig Projekte übernehmen zu können.

Sie sind oft gegenüber ihrem Arbeitgeber loyaler und resistenter gegenüber Abwerbeversuchen anderer Unternehmer.

Ausgereifte Erfahrung und Fähigkeiten Älterer ermöglichen den meisten ein geringeres Konkurrenzdenken, somit steigen die Teamfähigkeit und der Wille zur Weitergabe des eigenen Wissens.

Oftmals ist auch eine bessere Risikoabschätzung und strategischeres Denken beobachtbar.

Wie bei jedem von uns, so ändert sich auch bei jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer mit dem Älterwerden die psychische und physische Leistungsfähigkeit, doch muss dies keineswegs zur Produktivitäts-Reduktion führen.

Besonders unverständlich erscheint der Trend, auf ältere MitarbeiterInnen zu verzichten, vor allem vor dem Hintergrund der demographischen Lage Deutschlands und der Probleme bei der Rentenversicherung.

Die Geburtenflaute der letzten beiden Jahrzehnte und die in ein paar Jahren bevorstehende Pensionierungswelle der geburtenstarken Jahrgänge 1945-50 (z.B. stark im Bildungsbereich tätig) zwingt Unternehmer eigentlich zum Umdenken. Verstärkt wird die Problematik durch die Unlust vieler Arbeitgeber, junge Leute auszubilden und Nachwuchskräfte zu fördern.

So wird die Veränderung der betrieblichen Altersstrukturen zunehmend zu einer Herausforderung für die Personalpolitik, deren Brisanz noch nicht erkannt wurde.

Wir Jusos müssen daher immer wieder an Politik und Unternehmen appellieren, die problematische Lage älterer ArbeitnehmerInnen ins Auge zu fassen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Das Altersteilzeitgesetz war ein erster Schritt in die richtige Richtung, doch wurde die Intention dieses Gesetzes oft in der Umsetzung als Blockmodell verkannt. So arbeiten viele ArbeitnehmerInnen die erste Hälfte der Zeit in Altersteilzeit ganz, um dann in der zweiten Hälfte vorzeitig in Ruhestand zu gehen, anstatt die tägliche Arbeitszeit gemäß ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit zu reduzieren.

1) Wir fordern, dass sich die Bundesregierung für verbesserte Bedingungen für ältere ArbeitnehmerInnen in den Betrieben einsetzt:

- Die Belange älterer ArbeitnehmerInnen müssen vor allem auch durch ihre Vertretung im Betriebsrat zur Sprache gemacht werden.
- Höhere Arbeitsstandards und Schutzbestimmungen im Bereich der Gesundheit für *alle* ArbeitnehmerInnen vermeiden den Leistungsabfall mit dem Alter.
- Für ältere ArbeitnehmerInnen müssen erhöhte Schutzmaßnahmen gelten, zum Beispiel im Bereich der Arbeitszeit (v.a. Schichtarbeit) oder der körperlichen Belastung.
- Unternehmer müssen angehalten werden, ArbeitnehmerInnen ständig weiterzuqualifizieren, damit diese nicht den Anschluss an neue Standards verlieren (v.a. im Bereich Technologisierung, Arbeit mit dem Computer)
- Eine Integration älterer ArbeitnehmerInnen in die Gruppenarbeit führt zu produktivem Wissensaustausch und zur besseren Verteilung der Lasten

Eine Arbeitsorganisation, die die natürliche Entwicklung älter werdender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt, ist mit organisatorischen oder personellen Veränderungen in der Lage, die Produktivität des betreffenden Mitarbeiters zu erhalten oder sogar zu steigern.

2) Des weiteren fordern wir, dass auch die Bundesregierung selbst Maßnahmen zum Schutz älterer ArbeitnehmerInnen ergreift, zum Beispiel indem sie vermehrt Weiterqualifizierungsmaßnahmen anbietet und die Eigeninitiative Älterer zum Lernen stärkt.

3) Wir fordern außerdem eine Aufklärungskampagne der Bundesregierung, die das Wissen und Verständnis der Arbeitgeber, Personal-Verantwortlichen, Gruppensprecher und Betriebsräte über die Problematik älterer ArbeitnehmerInnen sensibilisiert und auch die Vorzüge älterer ArbeitnehmerInnen in Erinnerung ruft.

Konjunkturpolitik

Zweifelsohne ist die Finanzpolitik das Instrumentarium dessen sich die Bundesregierung am ehesten und wirksamsten eigenständig bedienen kann, um konjunkturelle Impulse auszusenden. Erschwert wird der ökonomische Rahmen durch externe Faktoren wie die Kriegspolitik und Expansionsgelüste der US-Administration. Ein überbewerteter Euro, merklich steigende Ölpreise, Belastung des internationalen Handels sind vor diesem Hintergrund nicht unwahrscheinlich. Der konjunkturpolitische Spielraum ist dadurch und durch das Defizit-Kriterium des Maastricht-Vertrages äußerst begrenzt, doch eine Untätigkeit und ein bloßes Hinnehmen der Situation wäre wesentlich fataler, als den Streit mit Brüssel zu suchen.

Nichtsdestoweniger muss sie als Vertreterin der größten europäischen Volkswirtschaft die Europäische Zentralbank zu einer expansiveren und damit offensiveren Geldpolitik mahnen. Durch die kräftige Aufwertung des Euro im vergangenen Jahr (Anstieg um ca. 20% im Wert zum US-Dollar), und dem damit einhergehenden Kostendruck auf die europäischen und deutschen Exporteure ist vor allem vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage, welche den US-Dollar weiter unter Druck bringen dürfte, dringend Handlungsbedarf gegeben. Mit weiteren Leitzinssenkungen würden die Refinanzierungskonditionen für Investitionen (und damit die Kostenseite entlastet!) verbessert, eine kräftige Ausdehnung der Geldmenge würde positiv gesprochen ein overshooting des Euro in Bahnen halten können und wirtschaftspolitisch sinn- und maßvolle Inflation induzieren.

Die deutsche Wachstumskrise wurde durch den schwachen Außenwert des Euro lange Zeit kaschiert, eine ähnliche Gefahr bestünde nun, nachdem die Exporte wieder allmählich an Fahrt gewinnen, ebenfalls. Doch der starke Außenwert des Euro wird dies aller Voraussicht nach zunichte machen, was das Blickfeld frei macht für die wahre Problematik der deutschen Volkswirtschaft: Die Binnenkonjunktur.

Der Abbau von Steuervergünstigungen, wie ihn die Bundesregierung geplant hat, ist in der Idee durchaus sinnvoll. Die Befreiungen von Unternehmen von der Pflicht, Steuern zu zahlen, müssen zurückgenommen werden; auch können die Besitzer hoher Einkommen durch die Streichung von Vergünstigungen durchaus zur Finanzierung des Staates herangezogen werden.

Durch die dilettantische Umsetzung des Steuervergünstigungs-Abbaugesetzes und insbesondere durch die Aufnahme vieler Vergünstigungen gerade für die Mittelschicht in die Streichliste ist öffentlich aber der Eindruck entstanden, es stünden massive Steuererhöhungen bevor. Dadurch wirkte die Gesetzesvorlage als zusätzliche Konjunkturbremse.

In der jetzigen wirtschaftlich schlechten Situation ist es erforderlich, mit Investitionen die Konjunktur anzukurbeln. Daher muss ein umfassendes Zukunftsinvestitionsprogramm für den sozialökologischen Umbau aufgelegt werden. Schwerpunkte sollen die Modernisierung des Schienennetzes der Bahn, der Ausbau des ÖPNV, der Ausbau umweltfreundlicher Energieerzeugung, die ökologische Modernisierung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, der Bildungsbereich und die Verbesserung der Infrastruktur sein.

Finanziert werden soll das Investitionsprogramm über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Rücknahme der gigantischen Entlastungen im Bereich der Unternehmenssteuern, die nur zum finanziellen Kollaps der Kommunen, aber nicht zu einer Belebung der Konjunktur geführt haben. Auch die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität soll die Staatseinnahmen erhöhen, ebenso eine konsequente Besteuerung von Spekulationsgewinnen. Zur Finanzierung eines Investitionsprogramms ist es in der Rezession auch sinnvoll, die Neuverschuldung zu erhöhen.

Einhergehen muss dieses Investitionsprogramm mit einer Neuorientierung einer Gemeindefinanzreform, welche den Kommunen den nötigen Spielraum als öffentlicher Hauptinvestor gibt. Die Präferenz sollte hierbei bei einem Wertschöpfungsmodell liegen (z.B. Jarass-Modell), bei dem der Kapitaleinsatz am Standort die Bemessungsgrundlage darstellt. Angedacht werden sollte neben einer Hinzuziehung weiterer (Gewerbe-)Steuerpflichtiger, wie den freien Berufen, vor allem die Stärkung der Standortbezogenheit durch Abschaffung der gewerbesteuerlichen Organschaft, welche vor allem wettbewerbsverzerrend wirkt.

Da die Ursachen der Krise jedoch tiefer liegen, können alle Maßnahmen nur die Grundlage für eine neue sozialistische Politik legen, die nicht nur die Fehler der kapitalistischen Produktionsweise korrigiert, sondern sich ihr geschlossen entgegenstellt.

Konjunkturschwankungen sind nicht die Wiederkehr eines immer gleichen Zyklus. Die konjunkturelle Schwächeperiode legt lediglich die Scherenentwicklung von zu viel einsetzbarem Kapital und zu wenig nachfragekräftigen Einkommen offen, die in Überproduktion und nachfolgende Kapitalentwertung mündet und schließlich ihren Wendepunkt hinzu einem erneuten Aufschwung findet.

Konjunkturschwankungen sind jedoch unterlegt von einer sich linear fortsetzenden Konzentration von Kapital: Die Wettbewerbsmechanismen werden von mächtigen Unternehmen außer Kraft gesetzt, um sich zusätzliche Profite zu sichern. Die Übernahme der Konkurrenz in der Phase der Kapitalentwertung verhilft ihnen zu marktbeherrschenden Positionen.

Auch nimmt der Wert des unternehmerischen Anlagevermögens beständig zu. Die von der Konkurrenz zwingend bewirkte Nachahmung technischen Fortschritts erhöht die Produktivität, aber auch die Aufwendungen für das Anlagevermögen selbst. Zugleich geht sie mit einem sinkenden Arbeitskräftebedarf einher. Da allein die Arbeitskräfte durch die Differenz zwischen Lohn und produziertem Mehrwert für die Profitmasse der Unternehmen sorgen, bildet sich der Widerspruch des

Kapitalismus voll aus: Je produktiver und mächtiger ein Unternehmen produziert, desto weniger Arbeitskräfte benötigt es. Damit sinkt der verhältnismäßige Anteil des Profits an den Gesamtkosten der Produktion. Der tendenzielle Fall der Profitrate setzt ein und signalisiert den Unternehmen sinkende Gewinnspannen und veranlasst sie zur Produktionsdrosselung, das heißt zum Arbeitsplatzabbau.

Diese Entwicklung hat in allen hochindustrialisierten Ländern zur Wirtschaftskrise geführt. Sie ist gekennzeichnet als klassische Überproduktionskrise, hat ihre Ursache also nicht etwa in einem Mangel an Kapital, Mangel an Arbeitskräften oder gar dem Mangel an Innovation.

Jede Überproduktionskrise findet ihre eigene Ausdrucksform, in den wirtschaftlichen Folgen wie in der politischen Vermittlung der Krise und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Kräfteverschiebungen hin zu noch weniger ArbeitnehmerInnenrechten. Die vorgeblichen Schwierigkeiten der Bundesregierung bei der Vermittlung dieser Verschiebungen machen dies eindrucksvoll deutlich. Noch im Wahlkampf hatte man schließlich von „Sicherheit im Wandel“ gesprochen.

Die konkrete Form der Wirtschaftskrise, die hieraus resultiert, lässt sich an der Bundesrepublik geradezu exemplarisch darstellen: Die Arbeitslosigkeit wächst beständig an, da das Kapital in einem enormen Ungleichgewicht verteilt ist. Die relativ kleine Anzahl an Besitzern großer Vermögen und an Beziehern hoher Einkommen verwendet das Kapital nicht zur Produktion von Waren und Dienstleistungen. Dies geschieht nicht allein wegen fehlender Nachfrage, sondern vielfach auch wegen einer zu geringen Profitrate.

Die liberale-konservative Gegenstrategie einer Entlastung der Unternehmensgewinne endet in einem Kurzschluss, da sie die Nachfrage dramatisch kapt und das Absatzrisiko - und damit letztlich das Entwertungsrisiko des Kapitals - erhöht.

Das heißt auch: eine Politik der Nachfrageausweitung korrigiert die Fehler der neoliberalen Wirtschaftspolitik, stößt jedoch alsbald an die Schranke einer geringen Profitrate.

Die Verarmung des Staates, vor allem der Kommunen und Landkreise ist enorm. Die Beschaffung von Finanzmitteln um Politik betreiben zu können ist allerdings eines der konfliktrüchtesten Problemen. Dies auch, obwohl der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft auch die Rolle hat, prinzipiell die kapitalistische Produktionsweise aufrecht zu erhalten. Geld, Steuereinnahmen aus privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen dienen also im wesentlichen zur Systemerhaltung, auch wenn sie für soziale Maßnahmen verausgabt werden. Hier nimmt der Staat seine ausgleichende Aufgabe wahr, den sozialen Frieden zu gewährleisten, der wesentlich für die Funktion des kapitalistischen Staates und des Marktes ist.

Die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus wird auch hier deutlich: Der Konkurrenzdruck zwingt den Staat dazu, auch unter der Gegebenheit eines schwachen Wirtschaftswachstums auf der anderen Baustelle - der Gewährleistung von Profiten - wirksam zu werden. Dies geschieht vor allem durch den Umbau des Steuersystems weg von den Unternehmenssteuern, hin zu den Steuern auf ArbeitnehmerInneneinkünfte und den indirekten Steuern. Auch die Senkung der Beiträge zu den Sozialversicherungen, was prinzipiell Leistungssenkungen gleichkommt, ist ein Teil der Aufgabe, Profiteinteressen zu bedienen. Die nachweislich falsche Propagandaformel „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen, sind die Arbeitsplätze von übermorgen“, bei deren Richtigkeit längst Vollbeschäftigung herrschen müsste, drückt dies aus. Beides, die verfehlte Steuerpolitik wie die Leistungseinschränkungen in den Sozialversicherungssystemen wirken krisenverschärfend. Hier wird Nachfrage vernichtet. Die sozialen Sicherungssysteme sind der Nachfragemotor schlechthin: 4,7 Millionen Arbeitslose, 4 Millionen Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegewesen sowie die Millionen Rentner/innen würden jeden Euro, um den der Sozialstaat abgebaut würde, weniger für Konsum ausgeben.

Eine andere Möglichkeit, des Staates an Geld zu gelangen besteht in Kreditaufnahme. Anlagesuchendes Kapital hat in den wachstumsschwachen Zeiten gelernt, dass die Verzinsung von Staatsschulden ein einträgliches Geschäft für den Kreditgeber ist. Der staatliche Finanzbedarf stellt eine profitable Alternative zur risikoreichen Investition dar. Indem der Staat in finanzielle Abhängigkeit gerät, wird auch die politische Abhängigkeit verstärkt. Die große Gefahr in der vermehrten Kreditaufnahme besteht in der Neigung, Inflation zu befördern

Neben zusätzlichen Investitionen, die Vorrang in der Fiskalpolitik haben sollten, muss auch darüber nachgedacht werden, inwieweit die Steuerpolitik einen Beitrag zu einem kräftigeren privaten Konsum und mehr Beschäftigungsanreizen leisten kann.

In dem vergangenen Vierteljahrhundert ist die Finanzierung unseres Gemeinwesens immer stärker auf dem Faktor Arbeit aufgebaut worden. Die Lohnnebenkosten stiegen von 26,7% (1974) auf 35,0 % (1999), die Nettoquote² sank im gleichen Zeitraum von 73,2% auf 64,2%. In viel stärkerem Maße hat sich der Faktor Kapital seiner Verantwortung für unsere Gesellschaft entzogen. Heute tragen Einkommenssteuer und indirekte Steuern überwiegend zum Gesamtsteueraufkommen bei, Steuern auf Kapital und Eigentum mutierten vom Niveau her gesehen zu Bagatellsteuern.

Ein Großteil, nämlich über ein Drittel (1980 war es noch ein Viertel, 1970 ein Fünftel!) der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote, die innerhalb der letzten dreißig Jahre konstant zwischen 21,9% und 24,7% lag, wird unter anderem durch die Einkommenssteuer erbracht. Mit dem Steuersenkungsgesetz im Jahre 2000 wurden zahlreiche Änderungen an den Steuersätzen vorgenommen, die zum Beispiel Einkommensmillionären bis zu 110.000 D-Mark mehr jährlich im Geldbeutel beließ (in der Endstufe 2005).

Die Bedeutung der Steuersätze im Einkommenssteuerrecht werden jedoch oftmals überschätzt. Vor allem langfristig interessanter und entscheidender ist der Progressionsverlauf, der in der BRD eine unnatürliche Entwicklung³ nahm, die besonders den Staat erfreute. Deshalb muss hier der Anknüpfungspunkt für zukünftige Entlastungen bei der Einkommenssteuer gesehen werden. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer lehnen wir kategorisch ab. Indirekte Steuern führen grundsätzlich wegen der höheren Konsumquote der Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen zu einer überproportionalen Belastung dieser Bevölkerungsgruppen. Eine höhere Umsatzsteuer wäre kein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit, sondern genau das Gegenteil. Von der SPD geführten Bundesregierung erwarten wir, dass sie sich im Rahmen der europäischen Umsatzsteuererhöhung entschieden gegen eine Europarecht induzierte Anpassung der deutschen Umsatzsteuersätze nach

oben

einsetzen.

Doch fiskalische Impulse über eine Art *deficit spending* könnte nur dann konfliktfrei mit den europäischen Partnern, insbesondere mit der EU-Kommission, bleiben, wenn die Politik ihre Postulate von Maastricht, also den so genannten Stabilitäts- pakt zurücknimmt und sich grundlegender, unverbindlicher und allgemeiner auf das einigen könnte, was Europa dringen- der braucht als den ohnehin nach außen und innen höchst stabilen Euro und niedrige Kerninflationsraten: Wachstum und Beschäftigung. Dabei sollten die finanzpolitischen Vereinbarungen um das 3%-Defizit-Kriterium und die 60%- Staatsschuldenquote fallen gelassen werden. Stattdessen sollte festgehalten werden, dass langfristig ausgeglichene Haus- halte das Ziel sind und einen entscheidenden Beitrag für einen stabilen Euro darstellen.

Es ist zu hoffen, dass sich die EZB ihrer Verantwortung für die europäische Wirtschaft bewusst wird, und mit einer deutlich expansiveren Politik ihren Beitrag für mehr Investitionen leistet. Vor allem muss sie präventiv einer drohenden Deflation durch bewusste Geldmengenausweitung entgegenwirken.

Die Bundesregierung sollte positiv auf die Tarifparteien einwirken, damit diese Lohnabschlüsse abschließen, die über der Summe der Produktivitätssteigerung und der Inflationsrate liegen. Dies ist zu einer Stärkung der schwachen deutschen Binnennachfrage erforderlich. Die ökonomische Stagnation erschwert die Verhandlungsposition für Gewerkschaften und provoziert gerade zu makroökonomisch falsche Lohnabschlüsse.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sollte ihre Finanzpolitik nicht nur atmend, also unter Berücksichtigung der eingebauten automatischen Stabilisatoren, gestalten, sondern die Zeichen der Zeit erkannt haben und deutliche An- strengungen unternehmen, um die Investitionsquote auf ein wachstumsfreundliches Niveau zu schrauben. Hier liegt der entscheidende Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes überhaupt.

² Anteil an der Bruttolohn- und Gehaltssumme, BMA, Stat. Taschenbuch 2002

³ 1978 z.B. verlief die Progression der ESt von 16.020 DM bis 130.019 DM, heute von 14.093 DM bis 107.568 DM. Durch die (steigende) Einkommens- und Lohnentwicklung fand somit eine Kalte Progression statt, da gerade Einkommen in diesem Bereich (oftmals Einkommen von abhängig Beschäftigten) massiv zusätzlich belastet wurden.

Beschluss **D1 neu** AntragstellerInnen: Bundeskommission Internationales über Bundesvorstand

Global Action for Peace

"Frieden, Versöhnung und andere gemeinsame Werte entwickeln sich nicht automatisch. Entwicklung im weiteren Sinn, als ein anderes Wort für Frieden, kann uns in die Lage versetzen, Konflikte zu erkennen und mit ihnen in einer Weise umzuge- hen, dass ein Umschlag in militärische oder wirtschaftliche Kriege unwahrscheinlicher wird."

(Willy Brandt)

Nach monatelangen Versteckspielen hat nun die Koalition der Willigen unter der Führung der USA den Irak angegriffen. Die Kriegshandlungen der USA und ihrer Verbündeten sind durch keinen Beschluss des Sicherheitsrates gedeckt. Es handelt sich hier um einen Angriffskrieg, der die militärische Logik von Konfliktlösung zur Ursache hat. Frieden soll mit der gewaltsamen Beseitigung des Gegners erzwungen werden.

Der zweite Irak-Krieg steht damit in der Reihe mit den letzten Auseinandersetzungen, wie dem Angriffskrieg gegen Restju- goslawien oder dem Afghanistan-Krieg. Die Frage, ob Konflikte militärisch oder nicht-militärisch gelöst werden sollen, be- herrscht nach dem Ende der Blockkonfrontation zunehmend die außen- und sicherheitspolitische Auseinandersetzung. Krieg als „ultima ratio“, als letztes Mittel wird immer häufiger zu einem der ersten eingesetzten Mittel in Konfliktsituati- onen, in denen der Stärkere den Schwächeren schließlich angreift. Krieg wird somit wieder alltäglich. Krieg ist in manchen Teilen dieser Welt wieder Realität geworden.

Diese Entwicklung wird von uns JungsozialistInnen zurecht kritisiert. Wir stehen in der Tradition der Friedenspolitik Willy Brandts und verstehen Frieden nicht alleine als Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet für uns eine nicht-militärische, gewaltlose Bearbeitung und Vermittlung von Konflikten. „Friedenspolitik“ verstehen wir daher nicht als militärische Frie- densschaffung und –erzwingung, sondern in der Schaffung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Bedin- gungen und Strukturen, die eine verlässliche gewaltfreie Konfliktbearbeitung erst ermöglichen.

I. Frieden, Gewalt und Konflikte

Über zehn Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation wird die überwiegende Anzahl der Kriege und gewaltsamer Konflik- te nicht zwischen zwei oder mehreren Staaten ausgetragen. Die meisten gewaltsamen Auseinandersetzungen finden in- nerhalb von Staaten statt. Dieser Befund trifft v.a. auf Staaten der Peripherie zu. In großen Teilen Afrikas, in Mittelasien, in Lateinamerika und nicht zuletzt auf dem Balkan haben solche Kriege in den letzten Jahren stattgefunden.

Unterhalb der Kriegsschwelle finden sich aber auch vielfältige Formen sozialer Gewaltanwendung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Diese laufen entlang ethnischer, religiöser, regionaler und/oder anderer Abgrenzungs- und

Ausschlusskriterien. Auch diese Formen von Gewaltanwendung haben nicht nur viele – stille – Opfer zur Folge, sondern führen zur Aufrüstung privatisierter Gewalt, die weiter zur Eskalation beitragen.

1. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse

Die Überschreitung der Schwelle zur gewaltsamen Eskalation erfolgt in der Regel dann, wenn durch gesellschaftliche Desintegrationsprozesse bislang wirksame Konfliktregelungsmechanismen außer Kraft gesetzt werden. Der Auslöser für diese Desintegrationsprozesse ist sozialer Wandel, der sich in einer Transformation der ökonomischen, politischen, kulturellen und religiösen Werte- und Normsysteme auswirkt. Diese Transformation trifft selbstverständlich die materiellen Apparate von Gesellschaften, d.h. Institutionen und Organisationen menschlichen Zusammenlebens. Gemeint sind damit nicht nur politisches und Rechtssystem, sondern auch die Wirtschaftsordnung mitsamt der Produktionsweise, kulturelle identitätsstiftende Zusammenschlüsse u.v.a.m.

Diese gesellschaftlichen Desintegrationsprozesse setzen vorhandene Norm- und Regelsysteme unter Druck und eben teilweise außer Kraft. Sie lösen tradierte „Gewaltmonopole“ mit ihren sanktionsbewehrte Konfliktlösungsstrategien auf und schaffen damit erst die Voraussetzung für gewaltsam ausgetragene Konflikte, in denen das Recht des Stärkeren sich durchsetzen kann. Damit einher geht die Auflösung bisher gewohnter Lebensverhältnisse, Lebensweisen und Deutungsmustern. Als Antwort auf den Verlust sozialer und politischer Bindung und ökonomischer Sicherheit suchen die davon Betroffenen zunehmend Zuflucht in religiös-fundamentalistischen oder autoritär-nationalistischen Bewegungen, die bekannte Deutungsmuster und Lebensweisen gegen soziale, politische und kulturelle Veränderungen instrumentalisieren. Sogenannte ethnisierte oder an religiösen Kriterien festgemachte Kriege und Konflikte haben daher ihren Ursprung in der Veränderung der Tiefenstrukturen von Gesellschaften.

2. Rolle internationaler Institutionen

Ökonomisch und politisch schwache Staaten erfahren zudem Druck internationaler Institutionen. Die Politik der WTO, von Weltbank und IWF muss als krisenverschärfend und damit als potentieller Konfliktbeitrag eingestuft werden. Die stringente an neoliberalen Policy-Prinzipien orientierte Politik dieser Institutionen legt betroffene Länder auf die vorrangigen Ziele der Inflationsbekämpfung und der Schuldenrückzahlung fest. Die Durchsetzung des Prinzips des Freihandels und eine einseitig orientierte Wirtschaftspolitik unterminieren die Steuerungs- und Problemlösungskompetenzen dieser Länder. Die Armut breiter Bevölkerungsschichten, die geringen Wachstumsaussichten, die miserablen Bildungseinrichtungen und die Perspektivlosigkeit der Menschen in Entwicklungsregionen werden durch eine solche Politik nicht verbessert. Im Gegenteil: die Möglichkeiten, auf durch sozialen Wandel hervorgerufene Veränderungen angemessen reagieren zu können und bestehende gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten, werden durch die Vorgaben und Sanktionsmacht internationaler Institutionen entscheidend verringert, wenn nicht gar zunichte gemacht. Entwicklung, verstanden als demokratisch bestimmter gesellschaftlicher Wandel, wird damit verhindert und ins Gegenteil verkehrt.

3. Hegemoniale Ordnung der Weltpolitik

Innengesellschaftliche Konflikte und Regimekriege sind aber immer auch einzuordnen in die hegemoniale Struktur der internationalen Politik. Mit dem Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems können wir – besonders nach den derzeitigen Entwicklungen – von einer Hegemonie der Vereinigten Staaten ausgehen. Aufgrund ihrer ökonomischen, militärischen, technischen und kulturellen Ressourcen strukturieren die USA die Weltpolitik. Die Bemühungen aller US-Regierungen in den letzten Jahren war es, die Hegemonie der Vereinigten Staaten abzusichern und auszubauen – auch und gerade mit Einsatz von militärischen und paramilitärischen Mitteln. Der Interventionismus der USA und anderer (westlicher) Staaten hat seine Ursachen vorrangig in der Sicherung von Machtressourcen, ob dies nun der Zugang zu Rohstoffquellen, die Festigung symbolischer Ansprüche (internationales Prestige) oder geostrategische Überlegungen sind. Im Kern hängen Einmischung bzw. Nicht-Einmischung der USA und anderer Staaten von deren Interessen ab bzw. von den Ergebnissen politischer Aushandlungsprozesse zwischen diesen Staaten und innerhalb der Staaten. Fakt ist, dass die Industrieländer in vielen Konflikt- und Krisenregionen mitmischen und hierbei in der Regel die Form der Einmischung von ihren jeweiligen Interessen abhängig machen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist vor allem eine Schwächung multilateraler Institutionen wie der UNO oder der OSZE, die entweder als Legitimationsbeschaffer für Interventionen gebraucht werden oder die Kriegsnachsorge übernehmen dürfen.

II. Alternativen zur militärischen Logik – Global Action for Peace

Regimekriege und Interventionen im Rahmen der hegemonialen Weltordnung sind zwei Seiten einer Medaille. Hierbei ist die widersprüchliche Entwicklung zu beobachten, dass einerseits immer mehr Konzepte zur zivilen Konfliktbearbeitung entwickelt und gefordert werden, andererseits aber die Eingriffsoptionen in der Tendenz militärischen Charakter tragen. Unsere Aufgabe ist es darauf hinzuwirken, dass diese Widersprüche zwischen Reden und Handeln aufgelöst werden: Es gibt Alternativen zur militärischen Logik.

1. Eine neue Weltfriedensordnung

Unser Ziel liegt in der Schaffung einer stabilen, funktionsfähigen Weltfriedensordnung, die kooperative Sicherheit herstellt und soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung ermöglicht. Es gilt, Militärbündnisse zu überwinden und neue, regionale Friedens- und Sicherheitsstrukturen zu etablieren. Im Zentrum stehen dabei die Selbstbestimmung des Menschen, nicht der Ethnien, sowie ein umfassender Gewaltverzicht nach innen und außen. Der Kern dieser Weltfriedensordnung sind die Vereinten Nationen. Für uns ist die UNO nach wie vor die Institution, die von ihrer Struktur und ihren Aufgaben her geeignet und legitimiert ist, weltweit Frieden voranzubringen und Entwicklung zu fördern. Die Weltgemeinschaft muss jedoch lernen, Konflikte nicht-militärisch lösen zu wollen und einen Prozess einzuleiten, der über Reformen und Modernisierung Elemente innerstaatlicher Beziehungen in das internationale System einbaut. Der Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

2. Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung

■ Die Stärkung der Vereinten Nationen und der OSZE ist weiterhin notwendig, um sowohl den interventionsgeneigten Idealismus als auch das hegemoniale Krisenmanagement mit den USA im Zentrum zu überwinden. Vor allem die UNO muss der Kern kooperativer Sicherheit werden und ihre Instrumente zur Friedenserhaltung und Friedenssicherung weiterentwickeln und auf Konfliktprävention und zivile Konfliktbearbeitung hin auszubauen. Dazu bedarf es vor allem einer Reform der institutionellen Strukturen der Vereinten Nationen (v.a. des auf die Bipolarität ausgerichteten Sicherheitsrates).

■ Dieser Prozess ist in verlässliche Rahmenbedingungen einzubetten. Die UNO muss zu einer Zivilisierung der internationalen Beziehung beitragen können und die Herausbildung globaler Rechtsstaatlichkeit fördern. Insbesondere drei Felder haben dabei eine Schlüsselfunktion: 1) das Gewaltmonopol der UNO muss gestärkt und durchgesetzt werden. 2) Der Einsatz von Inspektoren der Vereinten Nationen hat sich bewährt und muss weiter ausgebaut werden. Die UNO muss bedingungslosen Zugang zu allen Orten weltweit erhalten an denen Massenvernichtungswaffen aufbewahrt werden. 3) Der Aufbau einer wirksamen internationalen Gerichtsbarkeit als Kernelement globaler Rechtsstaatlichkeit muss vorangetrieben werden und verbindlich für alle UN-Staaten werden. Hier besteht die Aufgabe der Europäischen Union, die Vereinigten Staaten zu bewegen, die Verbindlichkeit von Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs anzuerkennen und mit umzusetzen.

3. Reform der Vereinten Nationen

■ Die UNO muss alleinige Inhaberin des Gewaltmonopols werden.

■ Das Ansehen der UNO muss gestärkt werden. Es müssen institutionelle Maßnahmen ergriffen werden, um einer Instrumentalisierung der UNO durch die Großmächte vorzubeugen.

■ Die präventiven Maßnahmen des Kap. VI der Satzung der UNO (peacekeeping operations) müssen verbindlichen Charakter erhalten und inhaltlich stärker ausgeweitet und abgestuft werden. Wir setzen v. a. auf das Konzept des zivilen Peace-Keepings und fordern eine Weiterentwicklung der Sanktionsmaßnahmen, die auf die Abstrafung verantwortlicher Machtelemente setzt und die Zivilbevölkerung schützt.

■ Die Erfahrungen des jüngsten Irak-Krieges haben gezeigt, dass einer Stärkung der UNO und ihrer grundsätzlichen Reformen brauchen. Dazu gehört vor allem eine Diskussion der Struktur des UN-Sicherheitsrates und des Veto-Rechts.

■ Der UN-Sicherheitsrat spiegelt heute nicht mehr die weltpolitischen Realitäten wieder. Die starke Europazentrierung ist nicht mehr zeitgemäß, da weitere Akteure auf die internationale Ebene getreten sind.

4. Stärkung der OSZE

Die militärischen Ordnungsmodelle der Konfrontation sind keine Vision für die Zukunft. "Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen" (Berliner Grundsatzprogramm der SPD, S. 12).

Deshalb muss der erste Schritt die Demokratisierung der OSZE sein. Sie hat sich als Forum der Vertrauensbildung und Gewaltverhütung bewährt und kann der Kern einer neuen Friedensordnung werden. Die OSZE muss herausragender Teil einer europäischen Friedensordnung werden. Sie soll als Regionalorganisation ein verlängerter Arm der UNO darstellen. Aber auch die OSZE muss erneuert und handlungsfähiger gemacht werden:

■ Die Kompetenzen müssen weg von den nur selten tagenden Regierungschefs und Außenministern verlagert werden, hin zu dem Hohen Rat und dem dazugehörigen Ständigen Ausschuss. In diesem Rahmen soll der ständige Meinungsaustausch über die Sicherheit in Europa stattfinden. Hier muss permanente Diskussion und Kooperation gefordert und gefördert werden

■ Das bisher bescheidene Budget muss erhöht werden. Die OSZE muss auf wesentlich größere finanzielle Mittel zurückgreifen können, um die umfassenden Maßnahmen der Prävention oder Nachkriegsaufgaben finanzieren zu können.

■ Nach 25 Jahren muss ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den OSZE-Mitgliedstaaten abgeschlossen werden, der die OSZE in ihrem Rechtsstatus bindet und ihre Beschlüsse rechtsverbindlich macht.

■ Die Einführung einer verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit, die Konflikte zwischen Staaten regelt.

■ Stärkung der OSZE-Friedenskorps durch die Ausbildung von SpezialistInnen für Gewaltverhütung. Hier besteht hoher Kooperationsbedarf mit den Vereinten Nationen.

5. Zivile Friedensmacht Europa

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) ist noch ein sehr junges Projekt. Bisher sind die dafür vorgesehenen Strukturen und Ressourcen sehr begrenzt. Auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als militärischer Arm der GASP ist bisher mehr Wunschdenken als Realität.

Für uns ist klar: Die EU muss zivile Friedensmacht werden. Der Vorrang nicht-militärischer Außen- und Sicherheitspolitik hat sich mehr als 50 Jahre in Europa bewährt und sollte nicht nur als „Friedensmodell“ in Sonntagsreden abgefeiert werden. Vor dem Hintergrund der Lehren des Jugoslawien-Krieges ist es notwendig, gezielt politische, diplomatische und wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen und weiterzuentwickeln, die es der Europäischen Union gestatten, Konflikte früh wahrzunehmen und präventiv auf diese einzuwirken.

■ Die zivilen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der ESVP sind auszubauen und Ressourcen dafür bereit zu stellen. Elemente der Frühwarnung, des Monitoring, der vorbeugenden Konfliktbearbeitung und der akuten Konfliktprävention müssen besser in die Strukturen und Abläufe politischer Beratungs-, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebaut werden.

■ Wir lehnen ein weiteres Engagement für die schnelle Eingreiftruppe der EU ab. Sie bietet in ihrer Struktur und ihrem

institutionellen Rahmen weder eine Basis für eine gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik, noch fördert sie die Entwicklung einer zivilen Friedensmacht Europa. Die schnelle Eingreiftruppe befähigt Ad-Hoc-Bündnisse von einzelnen EU-Staaten, ihre geopolitischen Interessen militärisch durchzusetzen. Dies kann nicht Ziel des europäischen Einigungsprozesses sein

■ Die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments bei allen Fragen der ESVP, auch Krieg und Frieden, muss verbindlich verankert werden. Militärische Einsätze bedürfen einer Zweidrittel-Mehrheit des Europäischen Parlaments.

Es gilt letztlich zu verhindern, dass sich die EU zu einer global agierenden und intervenierenden Militärmacht entwickelt.

6. Abrüstung

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie von konventionellen Waffen muss unterbunden werden. Die derzeit andauernden gewaltsamen Konflikte speisen sich nicht zuletzt aus dem Rüstungsexport veralteter und auch neuerer Waffen aus den Arsenalen des Westens und der früheren Sowjetunion. Es geht daher um weitere Abrüstungsschritte und eine stärkere Kontrolle von Proliferation mit dem Ziel, die Weiterverbreitung von Waffen ganz zu unterbinden. Die entsprechenden Umsetzungsschritte von Abkommen wie SALT II und ähnlichen Verträgen müssen endlich getätigt, weitergeführt und international kontrolliert werden.

7. Krisenursachen bekämpfen – Entwicklung ermöglichen

Wer Kriege und Konflikte wirksam verhindern will, muss ihre sozio-ökonomischen Ursachen bekämpfen. Um zu verhindern, dass Transformationskonflikte in den Ländern des Trikont zu Bürgerkriegen eskalieren, muss es diesen Ländern ermöglicht werden, einen eigenständigen Weg ohne soziale Verwerfungen in das Industriezeitalter zu finden. Wer verhindern will, dass Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen sich zu Kriegen entwickeln, muss eine nachhaltige Wirtschaftsweise global durchsetzen.

Aktuelle Hauptpunkte unserer Forderungen sind:

- Stärkung der Armutsbekämpfung und die entsprechende Neuausrichtung der Strukturanpassungsprogramme des IWF
- Einführung eines internationalen Insolvenzrechts
- Keine Ausweitung des GATS
- Reregulierung der Internationalen Finanzmärkte und Einführung einer Devisentransaktionssteuer

III. Mythos Globalisierung - Schwächen der derzeitigen Entwicklung

Im Begriff der Globalisierung sollen sich die verschiedensten Veränderungstendenzen aggregieren. Nach der Darstellung der Ursachen struktureller Gewalt und der Auswirkungen und Möglichkeiten für eine Friedensordnung auf der Welt, müssen kurz die polit-ökonomischen Umstände erläutert werden.

Die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung(en) ist – trotz des 11. Septembers – ungebrochen. Seattle (WTO-Konferenz 1999), Genua (G8-Gipfel 2001) und Porto Allegre (Weltsozialforum 2001 + 2002) stehen als Symbole dieses Prozesses. Wurden zuletzt vor allem in der Nachrüstungsdebatte viele junge Menschen links politisiert, vermitteln heute die „Globalisierungskritiker“ ein neues Problembewusstsein und die damit verbundene Gesellschaftskritik. Die von uns Jusos schon seit der Standortdebatte Mitte der 1990er Jahre geübte Kritik an neoliberalen Politikentwürfen und ihren konkreten Auswüchsen findet hier BündnispartnerInnen.

Ideologie des Globalismus

Die These der Globalisierung, einen Zustand des Globalismus zu erreichen, was ja als Ergebnis eines Prozesses von Globalisierung verstanden werden müsste, soll gar nicht eintreffen. Weder wird sie erstrebt noch definiert. Es geht um den politischen Druck im Prozess, in der Veränderung der durch das Schreckgespenst von Globalisierung erreicht werden soll.

Im Ökonomischen zeigt sich dies recht deutlich. In Wahrheit gibt es eine Tendenz zur regionalen Blockbildung in der Weltwirtschaft. Sie ist ungebrochen und findet in den drei großen kapitalistischen Zentren (EU, NAFTA, ASEAN) ihren augenfälligen Ausdruck, die über 80% des Welthandelsvolumen auf sich vereinigen. Zudem werden über 88% des weltweiten BIP immer noch nationalstaatlich produziert und konsumiert. Durch den Einsatz von I & K – Technologien hat sich die räumliche Diffusion von ökonomischen Entwicklungspotenzial vereinfacht und trägt damit zur engeren Vernetzung und Vertiefung der ökonomischen Beziehungen der kapitalistischen Zentren bei. Die bestehende Weltarbeitsteilung wird dadurch weiter gefestigt.

Krisenhaftigkeit der ökonomischen Globalisierung

Tatsächlich haben sich vor allem die Beziehungen auf dem Finanzsektor globalisiert. Seit den 1960er Jahren geraten die internationalen Finanzmärkte in immer stärkere Bewegung. Umsätze und Anlagebeträge wachsen an börslichen und außerbörslichen Finanzmärkten mit weit höheren Raten als die Wirtschaft der beteiligten Volkswirtschaften. Seit den ersten Deregulierungen Anfang der 1960er Jahre wird versucht, einen immer perfekter funktionierenden Markt zu schaffen, auf dem es den Anlegern ermöglicht wird, in immer kürzerer Zeit und mit immer geringeren Transaktionskosten auf Marktveränderungen zu reagieren. Einher ging und geht diese Expansion der Weltkapitalmärkte mit einem Konzentrationsprozess von großen Finanzmassen auf wenige finanzstarke institutionelle Anleger – wie Banken und Pensionsfonds.

Wenn die Finanzmärkte nicht reguliert und koordiniert werden, kommt es zu Deregulierungswettbewerben zwischen verschiedenen Staaten. Die dadurch mittelbar hervorgerufenen Währungskrisen stellen eine beständige Quelle wirtschaftlicher Instabilität dar. Entgegen den neoliberalen Vorstellungen von der Effizienz freier Kurse und liberalisierter Finanzmärkte gelingt es nicht, die voneinander unabhängigen Spar- und Investitionsentscheidungen durch deregulierte und liberali-

sierte Märkte zu koordinieren. Diese Entwicklungen führen folglich zu weniger Planungssicherheit und damit zu einer Verlagerung wirtschaftlicher Prioritäten weg von Produktion und Beschäftigung und hin zur Sicherung von Vermögenserträgen und einseitiger Inflationsbekämpfung. Allerdings holen Währungskrisen die Realökonomie immer wieder ein, indem sie in Form von Kapitalmangel zu Krisen der Realökonomie kontinentalen Ausmaßes verstärken.

Geografie der neuen Weltordnung

Nach dem Zusammenbruch der SU hat sich der Planet ökonomisch und politisch neu formiert. Dieser Prozess ist heute noch nicht abgeschlossen. Augenfällig ist, dass die USA die einzig verbliebene Supermacht sind und aufgrund ihrer ökonomischen, militärischen und kulturellen Ressourcen in der Lage sind, Weltpolitik und Weltökonomie zu strukturieren (Hegemonie). Profiteure der neuen Weltordnung nach 1989/90 sind zudem die EU und Japan. Zu den Gewinnern der Durchsetzung neoliberaler Transformations- und Entwicklungsstrategien gehören – unter Berücksichtigung starker sozialer Polarisierung – vor allem osteuropäische und südostasiatische und südamerikanische Ökonomien.

Die Verlierer dieses Prozesses finden sich dagegen weitgehend in Gebieten, die in den letzten 10 Jahren gewaltsame Konflikte und Kriege aufzuweisen hatten. Dazu gehören der Balken, weite Teile der ehemaligen Sowjetunion, Mittelasien, Teile Südamerikas und Afrika, das zum Großteil vom Weltmarkt abgekoppelt ist. Die Kritik an der neoliberalen Globalisierung findet hier ihre bestechendsten Beispiele.

IV. Internationale Arbeit und IUSY-Festival

Für die Sozialdemokratie ist Internationalismus ein integraler Bestandteil ihrer Politik. Die internationale Dimension aller Politikfelder ist praktisch und theoretisch immer mitzudenken. Vor diesem Hintergrund verstehen wir Jusos Internationalismus als praktische politische Aufgabe. Seit Ende der 80er Jahre spielt die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Jugendverbänden in den Jugendorganisationen von SI und SPE eine immer größere Rolle. Zunehmend wird auch der Blick über den Tellerrand der sozialdemokratischen „Familie“, immer wichtiger, so z.B. in der Zusammenarbeit mit NGOs.

Die Zukunftsaufgabe der Jusos im Bereich der Internationalen Arbeit ist bidirektional: Auf der einen Seite muss die programmatische, vor allem aber die praktische Verknüpfung der internationalen Arbeit des Verbandes mit der übrigen Politik der Jusos gelingen. Auf der anderen Seite sollte, aufbauend auf unserer eingespielten Präsenz in internationalen Jugendorganisationen, die Zusammenarbeit mit NGOs deutlich verstärkt werden. Dabei ist das praktische politische Ziel aller unserer Aktivitäten die Durchsetzung einer sozialen und demokratischen Weltinnenpolitik gegen die derzeitige Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie.

Das IUSY-Festival 2003 ist für uns mehr als ein Camp. Es ist für uns eine Möglichkeit gemeinsame Lösungsstrategien zu diskutieren und diese mit anderen Politikfeldern zu verbinden. Die Begegnung, der Austausch und die gelebte Solidarität sind Anfänge gewesen für einen neuen Internationalismus der Linken: Die Schaffung einer Plattform für gemeinsame Identitäten und Politikansätze, für eine gemeinsame Politikformulierung.

Der Juso-Bundesverband nimmt die Arbeit und die bereits geleistete Vorarbeit der BKJ zur Präsentation der Jusos auf dem IUSY-Festival sehr ernst.

Der Juso-Bundesverband ruft seine Bezirke und Unterbezirke auf, sich inhaltlich und personell am IUSY-Festival zu beteiligen. Es ist der Höhepunkt der internationalen Arbeit im Jahre 2003. Dies muss im Verband, beim Bewerben des Festivals außerhalb und innerhalb der IUSY deutlich werden.

Auf nach Kammena Vourla!

Beschluss **E2** AntragstellerInnen: Kreisverband Calw und AG Nagold

Für eine Entlastung der BAB in Deutschland

Ein generelles Überholverbot für LKW über 7,5t auf Autobahnen, die weniger als drei Spuren in einer Richtung zur Verfügung haben.

Überholvorgänge von LKW auf Autobahnen beeinträchtigen den fließenden Verkehr erheblich. Ein Überholvorgang dauert nicht selten mehrere Km. Dies wird herbeigeführt durch die bereits bestehende Km/h-Begrenzung (80) die bauartbedingt eigentlich jedes KFZ leisten kann. Überholt wird demnach mit einem minimalen Geschwindigkeits-Überschuss.

Das zweite Problem, das durch die Überholvorgänge von LKW herbeigeführt wird ist die Unfallgefahr. Die plötzlichen Spurwechsel mit geringer Geschwindigkeit zwingen andere Verkehrsteilnehmer zu extremen Brems- und Ausweichmanövern, die häufig zu Unfällen und Rückstaus führen.

Beschluss **E3** AntragstellerInnen: Landesverband Schleswig-Holstein

Schiffssicherheit der Öltanker gewährleisten

Wir fordern ein sofortiges Verbot von einwandigen Öltankern in Europäischen Gewässern. Sollte es zu einer Meeresverschmutzung durch auslaufendes Öl oder andere Schmierstoffe kommen, so sind die Reedereien in vollem Umfang für alle Folgekosten zur Beseitigung der Schäden und den Verdienstausfall der örtlich geschädigten Betriebe (Fischerei, Tourismus,..) haftbar zu machen.

Die Erfahrung zeigt, dass es nicht reicht, auf den guten Willen der Reedereien und Ölfirmen zu setzen und zusätzlich als Alibireaktion auf Ölkatastrophen einige ohnehin zur Verschrottung vorgesehene Tanker aus dem Verkehr zu ziehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass aus Rücksicht auf Öllobbyisten die Artenvielfalt und Lebensqualität in Europa aufs Spiel gesetzt wird.

Beschluss **E5** AntragstellerInnen: Landesverband Sachsen-Anhalt

Stoppt den Elbeausbau

Zur Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag

Die Überschwemmungen von denen der Osten unserer Republik und insbesondere auch Sachsen Anhalt heimgesucht wurde, ist uns noch in allzu trauriger Erinnerung. Die Schäden dieser Naturkatastrophe haben vielerorts den mühsam erarbeiteten Aufbau von 12 und mehr Jahren einfach weggespült und tiefe Narben hinterlassen.

Die verheerende Hochwasserflut überschritt hundertjährige Erfahrungswerte in ihrem Ausmaß, die den Schutzmaßnahmen zugrunde lagen. Hier haben viele, zum Teil unwahrscheinliche Faktoren zusammengewirkt. Aber natürlich hat auch menschliches Einwirken auf die Natur diese Katastrophe befördert. Als erstes eine einsetzende Klimaveränderung bedingt durch die Freisetzung klimaschädlicher Gase. Jedoch sind auch vor unserer Haustür ökologisch verheerende Fehler gemacht worden. Dazu gehören die weitflächige Entwaldung und bauliche Versiegelung in den Einzugsgebieten der Elbe. Des weiteren wurde auch durch die Begradigung und die Kanalisierung von Flüssen und Bächen sowie die Begrenzung natürlicher Überflutungsgebiete, die Katastrophe in ihren Ausmaßen noch verschärft.

Wenn wir aus diesem Unglück überhaupt etwas positives ziehen können, dann die Erkenntnis das ein naturverträglicher Umgang mit unseren Gewässern zwingend notwendig ist. Daher sind alle Pläne zum Elbeausbau mit höchster Skepsis zu betrachten. Kanalisierung, Staustufen, aber auch gegenwärtig betriebenen verträglichen Ausbaumaßnahmen an der Elbe und ihren Zuflüssen sind der falsche Weg. Da auf diese Weise der natürliche Reichtum der Flusslandschaften zerstört und die Rückhaltefähigkeit vermindert wird. Vielmehr sind neue Ausgleichsräume für Flutereignisse zu schaffen und die Flüsse durch einen naturnahen Verlauf langsamer zu machen. Die zunehmende Zersiedelung der Landschaft ist ein zerstörender Eingriff in den natürlichen Wasserhaushalt. Für Neuansiedelungen sollten Altbrachen saniert und für Bauausführungen eine vernünftige Regenwassernutzung vorgeschrieben werden.

Die Kommunen, die für die Renaturierung ihrer kleinen Gewässer zuständig sind, haben daher eine große Verantwortung, aber sie müssen auch die materiellen Voraussetzungen dafür erhalten. Außerdem ist es zwingend notwendig die Deichausbaumaßnahmen, zum Schutz menschlichen Lebens, weiter voran zu treiben und beschädigte oder marode Deiche zu sanieren.

Diese Aufgaben dürfen nicht allein an den Kommunen hängen bleiben und es muss sowohl auf Landes wie auf Bundesebene alles menschenmögliche getan oder unterlassen werden, um einer neuerlichen Flut dieser Dimension entgegen zu wirken oder wenigstens die Schäden einzuschränken.

Beschluss **E6** AntragstellerInnen: Landesverband Schleswig-Holstein

Einheitliche Kennzeichnungspflicht für Gentechnik in Lebensmitteln

Die Jusos fordern eine einheitliche Kennzeichnungs-/ Deklarierungspflicht für alle gentechnisch veränderten Lebensmittel, einschließlich derer welche mit gentechnisch veränderten Zusatz- oder Inhaltsstoffen hergestellt wurden.

Beschluss **E7** AntragstellerInnen: Landesverband Schleswig-Holstein

Keine GEZ-Gebühren auf PCs mit Internetanschluss

Der Juso-Bundeskongress fordert die Landesregierungen auf, ab dem 01.01.2005 keine GEZ-Gebühren auf PCs mit Internetanschluss zu erheben und den Gesetzesentwurf zurückzunehmen.

Ab dem 1.1. 2005 wird automatisch von allen Haushalten die GEZ-Gebühr eingezogen. Haushalte, die keinen Fernseher und kein Radio besitzen, müssen demnach sich explizit von der GEZ befreien lassen. Der Spieß wird somit umgedreht. Musste sich doch jeder bisher bei der GEZ melden, wenn er einen Fernseher oder ähnliches besaß. Wer weder Radio und Fernseher besitzt, dafür aber einen Rechner mit Internet-Anschluss, der darf ab 2005 auch hierfür GEZ-Gebühren abdrücken. Darauf haben sich die Länder bereits weitgehend geeinigt.

Als vor rund zwei Jahren Flatrates auf den Markt kamen, erlebten auch die Internet-Radios einen Aufschwung. Doch momentan halten sich die Benutzer-Zahlen eher konstant. Aufwendig bleibt es dennoch, Internet-Radio zu hören: Rechner hochfahren, sich ins Internet einwählen, die Homepage des Senders aufrufen, das Abspielprogramm starten - ohne Flatrate ein teures Vergnügen. Und da neben der Telekom kaum Firmen mit DSL-Angeboten existieren, weil die Telekom historisch bedingt immer noch eine gewisse Monopolstellung besitzt, ist und bleibt DSL ein teures Vergnügen für den Endverbraucher, so dass er weiterhin auf das Modem oder den ISDN-Anschluss zurückgreift.

Somit verwundert es auch nicht, wenn die Zuhörerzahlen im Vergleich zum terrestrischen, Kabel- oder Sat-Empfang eher mau sind. Letztendlich ist das Anbieten von sogenannten Streams weiterhin ein netter Zuhörerservice, der nicht not tut.

Vielen Internet-Radios, die nur im Netz zu empfangen waren, drohte schon früh das Aus, weil die Produktions- und Streamingkosten (Standleitung, Server, jährliche Gema-Pauschale) hoch waren. Vor allem glaubten viele Anbieter, die Ausgaben über Bannerwerbung decken zu können.

Zwar vereinfacht sich über die neue Gebührenregelung ab 2005 das Zahlungsverfahren, da nur noch pro Haushalt und nicht pro Person abgerechnet wird, doch auf Firmen mit Rechner und Internetanschluss gilt dies nicht. Auf ihnen droht eine Kostenlawine zu rollen, da hier pro Rechner mit Terminal- bzw. Internet-Anschluss abgerechnet wird. Eine kurzfristige Reform nicht in Sicht. Wie dies für angeschlagene Software-Schmieden aussieht, können wir uns ausmalen.

Allerdings stellt sich hier die Frage, inwieweit der Zuschauer jemals einen Internetauftritt von ARD oder das Online-Radio Angebot des Bayrischen Rundfunks jemals gewollt hat. Die öffentlichen rechtlichen Sender sehen hierin einen Teil ihrer Aufgabe.

Viele Bürger können sich auch heute noch nicht den Klick ins Internet gönnen, da Internetzugänge zusätzlich zu den normalen Telefongebühren Kosten verursachen. So genannte Flatrates erfreuen sich zwar großer Beliebtheit, doch durch die Monopolstellung der Telekom im DSL-Bereich bleiben attraktive Preismodelle anderer Anbieter reine Utopie.

SchülerIn, Azubis und StudentInnen werden hier das nachsehen haben, denn eine Befreiung ist für sie so gut wie gar nicht möglich. Aber gerade für diese Gruppe hat sich das Internet als eine schnelle und vielfältige Informationsgruppe erwiesen.

Beschluss **E8** AntragstellerInnen: Landesverband Schleswig-Holstein

Gegen die Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Länderregierungen dazu auf, sich gegen eine Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten einzusetzen.

Wir kritisieren die im Bundesrat geplante Vorratspeicherung von Verbindungsdaten. Dies bedeutet erheblichen Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Bundesratsinitiative widerspricht grundlegenden datenschutzrechtlichen Prinzipien. Die bisherige Rechtslage würde damit auf den Kopf gestellt.

Datenschutzexperten attackieren das Vorhaben ebenfalls heftig. Bislang müssen Verbindungsdaten bei der Nutzung von Telefon oder Internet möglichst sofort gelöscht werden, wenn sie nicht mehr für die Abrechnung benötigt werden. Künftig soll die Bundesregierung nach Vorstellung des Bundesrats Mindestspeicherfristen von vielen Monaten für alle Telefon- und Internetverbindungsdaten einführen können; Ermittlungsbehörden hätten somit viel länger als bisher Zugriff darauf.

Völlig unbescholtene Menschen würden plötzlich behandelt wie potenzielle Verbrecher; es drohe der gläserne Bürger. Der beste Datenschutz ist immer noch, wenn möglichst wenig Daten gesammelt werden. Wenn aber erst einmal derartig viele Daten zusammengetragen würden, sei es kaum mehr möglich, diese wirksam vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Außerdem sind hohe Zusatzkosten bei den betroffenen Unternehmen zu befürchten, falls diese die erforderlichen Speicherkapazitäten und die Systeme aufbauen müssten, um derartige Datenmengen zu verwalten. Wenn wirklich künftig ein halbes

oder sogar ein ganzes Jahr jede Telefonverbindung und jeder Klick im Internet gespeichert werden sollen, dann braucht das Lagerhallen voller Datenspeicher.

Weiterhin kritisieren wir das darüber hinaus zu erwartende Missverhältnis von Aufwand und Nutzen. Schon die bisherigen Ermittlungsbefugnisse, etwa zur Überwachung der Telekommunikation, könnten - konsequent eingesetzt - eine hinreichende Sicherheit gewähren. Die wirklich großen Fische, um die es doch eigentlich geht, verfügen über ausreichende technische Expertise, um auch in Zukunft ihre Spuren zu verwischen. Wenn ausländische Mobilfunkanschlüsse, die nicht überwacht werden, genutzt oder im Internet Anonymisierungs- und Verschlüsselungstechniken eingesetzt werden, greife auch die Vorratsdatenspeicherung ins Leere.

Beschluss E9 AntragstellerInnen: Landesverband Schleswig-Holstein

Recht auf Privatkopie

Der Juso Bundesverband fordert eine Beibehaltung des Rechts auf Privatkopien.

Mit einer derzeit im Bundestag verhandelten Gesetzesnovelle hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, das Urheberrecht an die digitale Informationsgesellschaft anzupassen. Für die Nutzer stellt der kurz vor der Abstimmung stehende Entwurf aber einen Rückfall in die analoge Steinzeit dar. So wird sich der Verbraucher in Zukunft beispielsweise von einer geschützten Musik-CD keine Kopie mehr für Auto oder MP3-Player ziehen können. Die digitale Privatkopie soll abgeschafft werden. Im Internet sollen die heutigen Nutzungsfreiheiten für Bildung, Bibliotheken und die Allgemeinheit überhaupt nicht mehr gelten. Medienkonzerne erhalten stattdessen einen Freibrief ausgestellt: sie können mit Kopierschutz und anderen technischen Maßnahmen festlegen und kontrollieren, wie Information künftig genutzt wird.

Die informationelle Versorgung durch Bildung, Wissenschaft, Forschung, Bibliotheken und Presse darf durch Technologie und Verträge nicht gefährdet werden!

Schranken wie die Privatkopie dienen nicht, wie die Verwerter-Lobby suggeriert, dem Wunsch nach kostenloser Unterhaltung, sondern dem Recht auf Partizipation in der digitalen Wissensgesellschaft. Auch die Nutzung von Werken in Bibliotheken stützt sich auf das Privatkopierecht. Schranken dürfen nicht durch Lizenzverträge oder Technologie ausgehebelt werden.

Ziel müsste ein Wissensklima sein, das den Schwerpunkt auf gesellschaftlichen Reichtum statt auf privatwirtschaftliche Bereicherung legt. Wissen ist kein Artefakt, sondern eine Tätigkeit, etwas Lebendiges, das im Dialog aktualisiert und weitergedacht wird. Der dialogische Prozess der kollektiven Intelligenz sollte das vorrangige Gut sein, das es zu schützen gilt.

Beschluss F6 AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Frieden geht anders.

Zur Diskussion um die Verteidigungspolitischen Richtlinien

Die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden in der Welt hat in den letzten Monaten an erheblicher Dynamik gewonnen. In Folge der Anschläge des 11. September haben die USA mit ihrer National Security Strategy (NSS) ihre neue sicherheitspolitische Doktrin vorgelegt. Hierin untermauern sie ihren Anspruch als hegemoniale Supermacht die Weltordnung künftig nach ihren Interessen zu strukturieren. Ein Instrument dass sie hierfür einsetzen wollen sind die preemptive strikes, Präventivschläge gegen Staaten, die eine mögliche Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen könnten.

Mit dem drohenden Irak-Krieg soll ein Präzedenzfall für diese Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik geschaffen werden. Es geht nicht um die Menschenrechte der irakischen Bevölkerung und auch Demokratisierung ist mit militärischen Mitteln nicht zu erreichen. Geostrategische sowie ökonomische Interessen bestimmen die außenpolitische Ausrichtung der USA. Millionen von Menschen sind gegen diese Politik und gegen den drohenden Irak-Krieg auf die Straße gegangen und haben demonstriert: Sie sind aufgestanden für eine andere Politik. Das Verhalten der deutschen Bundesregierung wurde dabei weltweit gelobt.

Mitten in diese Auseinandersetzung um Krieg und Frieden platzt nun die erneute Diskussion um eine Bundeswehrreform und die Überarbeitung der Verteidigungspolitischen Richtlinien. In einem 11-Punkte Katalog hat Verteidigungsminister Struck die Kriterien vorgestellt, an denen sich die neu ausgearbeiteten Richtlinien zu orientieren haben.

Der Kurs den Struck anstrebt ist klar: Die Bundesrepublik ist nicht mehr wirklich bedroht, daher liegt die zukünftige Aufgabe der Armee im Ausland. Das was mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien 1992 begonnen wurde, die Bundeswehr immer mehr zu einer Interventionsarmee umzubauen, soll nun zumindest vorläufig abgeschlossen werden. Um eine möglichst effiziente Interventionsarmee zu schaffen wurden zudem eine ganze Reihe eher defensiver Rüstungsvorhaben verworfen und unter dem Motto Luft für weitere Investitionen sollen stattdessen offensive Geräte angeschafft werden, so wachsen die investiven Ausgaben im Haushalt 2003 gegenüber dem Haushalt 2002 um 800 Millionen Euro. Der Umbau findet nicht

nur finanziell, sondern auch strukturell statt. Die zunehmende Kooperation zwischen Heer, Marine und Luftwaffe soll einen Einsatz als „combined force“ möglich machen. Das Heer wird umgebaut, um eine flexible Truppeneinteilung möglich zu machen. Das Kommando Spezialkräfte soll auf 400 einsatzbereite Soldaten erhöht werden. Ziel ist die strukturelle Angriffsfähigkeit, so steht in der Pressemitteilung von Peter Struck „die ausschließlich für die Landesverteidigung vorgehaltenen Fähigkeiten werden in aktiven Strukturen nicht länger benötigt“.

Wenn Struck davon spricht, die Bundeswehr würde Deutschland auch am Hindukusch verteidigen, findet auch hier eine Umdefinition des Verteidigungsbegriffes statt, wie dies die USA spätestes mit der NSS getan haben. Es geht hier um die Durchsetzung von ökonomischen und geostrategischen Interessen. Auch in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 war schon die Rede davon, die Bundeswehr müsse künftig eine gerechte Welthandelsordnung sowie den ungehinderten und freien Zugang wichtigen Rohstoffen aufrechterhalten. Hier von Verteidigung zu sprechen wäre vermessen.

Wir Jusos fordern die Bundesregierung auf, die Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr und deren Aufgaben zu forcieren und in eine friedenspolitische Debatte einzuordnen. Die aktuelle Diskussion um Krieg und Frieden zeigen, dass wir einen sicherheitspolitischen Ansatz brauchen, in dem Militär nur einen kleinen Teil spielen darf. Welche Aufgaben die Bundeswehr hat und welche Struktur diesen Aufgaben folgt, kann erst entschieden werden, nachdem ein Ansatz für eine umfassende Sicherheitspolitik vorliegt. Diesem müssen sich die neuen sicherheitspolitischen Richtlinien der Bundeswehr unterordnen.

In diese Diskussion bringen wir folgende Forderungen ein:

1. Wir fordern die Bundesregierung auf, konsequent die im Wahlkampf eingenommene Haltung zur Ablehnung des Krieges gegen den Irak weiter zu vertreten. Schröder hat diese Linie als generelle Haltung bezeichnet. Diese Haltung muss nun durch glaubwürdige friedenspolitische Maßnahmen über die Ablehnung des Irak-Krieges hinaus wieder spiegeln.
2. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich deutlich und generell von der Option der preemptive strikes zu distanzieren und diese für die eigene sicherheitspolitische Ausrichtung auszuschließen.
3. Das Primat deutscher Außen- und Sicherheitspolitik muss dem Prinzip der nicht-militärischen Konfliktlösung folgen. Einer Aushöhlung dieses Primats deutscher Außen- und Sicherheitspolitik durch die Bundeswehrreform und die Verteidigungspolitischen Richtlinien werden die Jusos entschieden entgegentreten. Die Kosteneinsparungen bei der Bundeswehr begrüßen wir und schlagen vor, freiwerdende Mittel statt in neue Rüstungsvorhaben zur Förderung von ziviler Konfliktprävention zu verwenden.
4. Wir Jusos wenden uns entschieden gegen die Entwicklung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee, wie es die neuen politischen Richtlinien vorsehen. Einen solchen Charakter darf eine deutsche Armee nicht annehmen. Deswegen lehnen wir die Umdefinition des Auftrags der Landesverteidigung hin zur weltweiten Krisenbewältigung als neuen Auftrag für die Bundeswehr ab.
5. Bei jeder Verkleinerung und Umstrukturierung der Armee stellt sich die Frage nach der Wehrgerechtigkeit erneut. Eine wirkliche Reform der Bundeswehr kommt deswegen an der Abschaffung der Wehrpflicht nicht vorbei. Langfristig streben wir nach wie vor die Abschaffung der Bundeswehr an.
6. Wir fordern die Bundesregierung auf, eine ernsthafte sicherheitspolitische Diskussion in der Gesellschaft zu forcieren. Die Parteiführung muss eine solche Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie organisieren. Nur in einer solchen umfassenden Diskussion kann über die Zukunft der Bundeswehr geredet werden.
7. Der Parlamentsvorbehalt darf weder über internationale Verträge oder Einsätze des Kommandos Spezialkräfte ausgehebelt oder abgeschafft werden.

Grundsätze unseres sicherheitspolitischen Ansatzes leiten sich aus den Beschlüsse der Jusos ab:

Für uns bieten Armeen keine Grundlage für die Schaffung eines nachhaltigen Friedens. Nicht Armeen haben Frieden hergestellt, sondern die Politik.

Politik für Frieden bedeutet Politik für Entwicklungsmöglichkeiten. In der Debatte über die Ursachen des 11. September wurden und werden immer wieder die verhängnisvollen Zusammenhänge zwischen Armut, Perspektivlosigkeit, Elend und Gewalt für die Entstehung von Krieg und Terror hervorgehoben. Wer Terrorismus sinnvoll und langfristig bekämpfen und Kriege vermeiden will, muss die Weichen in eine gerechtere Weltordnung stellen. Wir begrüßen den Weg den Entwicklungsministerin Wierczorek-Zeul mit der globalen Strukturpolitik eingeschlagen hat und fordern eine Weiterentwicklung und einen Ausbau.

Der Nord-Süd-Dialog, einst von Willy Brandt initialisiert, muss verstärkt und aktiver wieder aufgenommen werden. Der Nord-Süd-Dialog muss die Sprachlosigkeit zwischen verschiedenen Kulturen, Ländern und Menschen aufbrechen, Kommunikationszweige aufbauen und zu gegenseitigem Verstehen und Verständigung beitragen.

Ein weitaus größeres Augenmerk als in den vergangenen Jahren muss auf den nicht-militärischen Bereich gelegt werden. Der Ruf nach einer zivilen Konfliktlösung im Irak und

im gesamten Nahen Osten ist richtig und es gilt nun, Instrumente und Mittel für Konfliktpräventionen und zivile Konfliktlösungen auszubauen und zu fördern. In der Wissenschaft wurden mittlerweile eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die politisch umgesetzt werden müssen. Deutschland hat in den letzten Jahren durch die Programme für den Zivilen Friedensdienst begonnen, Kompetenzen in diesem Bereich aufzubauen. Diese Programme müssen nun weiter ausgebaut werden.

Nach dem 11. September hat die Staatengemeinschaft eine neue Welle der Aufrüstung erlebt. Vertragswerke zur Abrüstung wurden dabei oftmals ignoriert, in Frage gestellt oder ihre Ratifizierung blockiert. Die USA, die von anderen Staaten Abrüstung und strikte Rüstungskontrolle fordern, haben dies oft genug selbst nicht eingehalten. Gerade Verträge über die

Non-Proliferation müssen eingehalten werden. Der Druck, diese Abkommen einzuhalten, zu stärken und völkerrechtlich zu implementieren, muss durch die Bundesregierung erhöht werden. Der Nichtverbreitungsvertrag, der vollständige Kernteststoppvertrag und die Abkommen über die das Verbot von B- und C-Waffen müssen ratifiziert und umgesetzt werden. Freiwerdende finanzielle Ressourcen müssen in nachhaltige Entwicklungskonzepte umgeschichtet werden.

Deutschland muss Motor des europäischen Einigungsprozesses sein und auf einen europäischen Weg drängen, der sich an friedenspolitischen Zielen ausrichtet. Ein wichtiges Feld in diesem Einigungsprozess ist die Herausbildung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Obwohl sich die Union auf dem richtigen Weg befindet, treten noch allzu oft erhebliche Defizite in der Koordinierung auf. Bei wichtigen Fragen, wie etwa dem Irak-Konflikt hat es die Europäische Union bisher nicht geschafft, mit einer Stimme sprechen und sein ganzes politisches Gewicht in die Diskussion einzubringen.

Wichtig ist dabei nicht der Aufbau einer Militärmacht Europa, wichtig ist die Herausbildung eines politischen Akteurs, der auf der internationalen Ebene glaubwürdig und nachdrücklich agiert. Eine handlungsfähige Union wird beim amerikanischen Partner wesentlich mehr Einfluss haben als einzelne Staaten, über die Perspektiven der OSZE als möglicher Garant für Stabilität und eine Friedensordnung in Europa muss diskutiert werden. Auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als gesamteuropäische Organisation unter Einbeziehung Russlands und der USA muss gestärkt und finanziell gefördert werden. Sie kann Garant für Stabilität und eine Friedensordnung in Europa sein und so auch Modell für andere Regionen werden.

Ab Anfang Januar 2003 wird Deutschland Mitglied des UN-Sicherheitsrates sein. In dieser Funktion sollte es noch verstärkter auf die Reformen der Vereinten Nationen drängen. Die Handlungsfähigkeit des UN-Systems kann vor allem durch die strukturelle Reform des UNSicherheitsrates erlangt werden. Allgemein muss die Besetzung des Rates so erneuert werden, dass zukünftig so genannte Entwicklungsländer stärker repräsentiert werden. Darüber hinaus sollen auch regionale Organisationen, wie die Europäische Union, die Möglichkeit bekommen, einen Sitz im Rat einzunehmen. Das Umbauprojekt „Globalisierung, „Krieg und Frieden“ und Europa“ wird beauftragt, bis zum Bundeskongress 2004 unter Einbeziehung des Verbandes eine umfassende Positionierung zu den Punkten:

- * Herausbildung der Europäischen Union als globaler Akteur (vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der ESVP)
 - * Reform der Vereinten Nationen
 - * Perspektiven der OSZE
- zu erarbeiten.

Beschluss **F7neu** AntragstellerInnen: Bezirk Hannover

Die Wehrpflicht soll abgeschafft werden – Jetzt dafür eintreten

Wir sprechen uns für die Abschaffung der Wehrpflicht aus. Wir sehen mittelfristig eine stark verkleinerte Bundeswehr als unser Ziel hin zur Überwindung nationaler Armeen. Als Alternative zur Wehrpflicht schlagen wir eine Freiwilligenarmee vor.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in der laufenden Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Die Einführung einer „allgemeinen Dienstpflicht“ als Ersatz für den entfallenen Zivildienst lehnen wir ab. Stattdessen ist im Bereich der sozialen Dienstleistungen ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen vollwertigen Arbeitsverhältnissen anzustreben.

Wir fordern den Bundesvorstand auf, einen entsprechenden Kampagnebeitrag zu entwickeln, um die Abschaffung der Wehrpflicht voranzutreiben.

An der unabdingbaren Diskussion um die Zukunft der sozialen Dienste in Deutschland müssen die Wohlfahrts- und Naturschutzverbände, die Interessenvertretung der Kriegsdienstverweigerer, die Kommunen, Kranken- und Pflegekassen und die Bundesanstalt für Arbeit intensiv beteiligt werden.

Beschluss **G4neu** AntragstellerInnen: Landesverband Nordrhein-Westfalen

Zukunft der Sozialdemokratie

Zukunft der Sozialdemokratie

Wir leben in einer Zeit des rasanten ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels. Wie für alle anderen Akteure kommt es auch für die Politik darauf an, ihr kurzfristiges Handeln und ihre mittelfristige Strategie darauf abzustimmen. Für SozialdemokratInnen gilt es die Prinzipien einer sozialdemokratischen Politik immer wieder auf dem Hintergrund dessen, wie sich Gesellschaft und Ökonomie aktuell darstellen, zu konkretisieren.

Gerhard Schröder hat nach der gewonnenen Bundestagswahl eine sozialdemokratische Epoche beschworen. Kurz danach versank die Regierungspolitik von rot-grün in kurzfristigen Stabilisierungsaktionen der Sozialversicherungssysteme, vielschichtigen Haushalts- und Steuerdebatten, einer Echternacher Springprozedur bei der Veröffentlichung und Rücknahme von Reformvorschlägen in nahezu allen politischen Bereichen und einer Unzahl von Reformkommissionen. Nach massiver Kritik kam der Schwenk von der konsensorientierten Kommissionendemokratie hin zu dem Versuch jenseits der InteressenvertreterInnen durch Kanzlerwort die kurzfristigen Handlungsbedarfe zu benennen und auch gleich die Lösungsvorschläge für Gesetz zu erklären. Die „Agenda 2010“ greift einige Reformnotwendigkeiten auf und versucht schnelle Antworten zu geben, die unverbunden nebeneinander und präsentiert als „Sparpaket“ als ein technokratisches Maßnahmenbündel mit vielen Zumutungen aber ohne Perspektive daherkommen.

Diese Beliebigkeit lässt nur einen Schluss zu: Der politischen Epoche fehlt das entscheidende: Das ausstrahlungsfähige sozialdemokratische Projekt, das als Richtschnur sozialdemokratischer Regierungspolitik fungiert und die Menschen für diese zu gewinnen vermag. Ihr fehlt gleichzeitig ein kurzfristiger zukunftsgerichteter Ansatz, der in den Maßnahmen und Strategien zur Überwindung der ökonomischen Krise jene Weichenstellungen vornimmt, die die Grundprinzipien eines umfassenden sozialdemokratischen Reformprojekts vorzeichnen statt die Logik konservativer und neoliberaler Konzepte scheinbar noch zu bestätigen.

1. Die Sozialdemokratie im 5. Jahr rot-grüner Regierungsverantwortung

Ist es im Bundestagswahlkampf 2002 noch gelungen – wenn auch knapp so doch ausreichend – den symbolischen Brückenschlag zwischen den erforderlichen Projekten einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung und einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zu inszenieren, brachen in der Regierungspraxis z.B. des Steuervergünstigungsabbaugesetzes und der „Agenda 2010“ die Widersprüche in voller Breite auf. Eine Folge waren die verheerenden Wahlniederlagen und der Einbruch der SPD in den Meinungsumfragen.

Wir wollen keineswegs die entscheidende Leistung der rot-grünen Regierungskoalition in den vergangenen Monaten ignorieren: Sie war es, die zusammen mit vielen anderen Staaten – allen voran Frankreich und Russland – eine Ablehnungsfront gegen den völkerrechtswidrigen Krieg im Irak geschmiedet hat. Diese klare Haltung gegen die wirtschaftliche und geopolitische Logik des präventiven Krieges – unbeschadet von Widersprüchlichkeiten im konkreten – war richtig und muss den Grundstein für das weitere friedenspolitische Engagement der Bundesregierung bilden; dies auch als Gegenmodell gegenüber der servilen Folgsamkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber der kriegsentschlossenen Bush-Administration.

Entscheidend für die Bewertung der Regierungspraxis ist es jedoch aus unserer Sicht vor allem, ob es gelingt, die Arbeitsgesellschaft sozial zu erneuern. Die Herstellung von Vollbeschäftigung ist ein wesentlicher (nicht der einzige) Hebel zur Bekämpfung sozialer Spaltung, zur Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands und zur Lösung der Finanzierungsproblem öffentlicher Kassen. Gerade deswegen sind wir der Auffassung, dass die in der Wirtschafts- Sozial und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung erkennbaren Logiken unzureichend, zum Teil auch falsch sind:

- Haushaltskonsolidierung, Steuerentlastung und Lohnnebenkostensenkung

Eichelsche Haushalts- und Clementsche Wirtschaftspolitik stellen die Fortsetzung der schon in den vergangenen vier Jahren erprobten Politik einer sozialdemokratisierten aber im Endeffekt einseitigen Angebotspolitik dar. Die Logik bei möglichst günstigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft bei gleichzeitigem Rückschnitt in den öffentlichen Haushalten, wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Wachstum zu induzieren und damit mittelfristig einen höheren Wachstumspfad zu erreichen muss angesichts der Daten des Wirtschaftswachstums, des Arbeitsmarkts und der öffentlichen Haushalte als gescheitert angesehen werden.

- Konjunktur- und Beschäftigungspolitische Verweigerung

Die Kehrseite dieser Politik ist eine weitgehende (z.T. aus Haushaltsgründen zwanghafte) Verweigerung gegenüber konjunktur- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen. So ist es zeitweise gelungen nicht nur eine vernünftige antizyklische Intervention abzulehnen, sondern durch eine restriktive Haushaltspolitik bei der BA selbst die selbstanlaufenden Stabilisatoren auszuschalten. Als Folge ist eine dramatische Schwäche der Binnennachfrage sowohl im investiven Bereich (kommunale Finanzkrise) wie auch bei der Massenkaufkraft (Löhne, Transfereinkommen etc.) zu konstatieren.

- Strukturpolitische Untätigkeit

Unstrittig ist, dass die aktuelle Krise neben den überlagernden konjunkturellen Einflüssen vor allem strukturelle Gründe, die in wesentlichen Umbrüchen an der ökonomischen Basis, in den Arbeitsbeziehungen und abgeleitet davon in der Finanzierung insbesondere der Sozialversicherungssysteme begründet liegen, hat. Die Bundesregierung war ausgenommen von kleineren Randbereichen (Energiewende, Öko-Steuer, Zuwanderung) nicht bereit in Form einer aktiv gestaltenden Strukturpolitik oder einer solidarischen Strukturreform der Finanzierung der Sozialkassen darauf zu reagieren.

Sozialdemokratisches Regierungshandeln scheint sich so geradezu naturwüchsig den Argumenten liberaler Politik zu beugen. Anstatt weiter eine moderne sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zu verfolgen und darauf eine Politik der sozialen Balance aufzubauen, werden die Risiken des Wandels einseitig auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgewälzt. Unternehmen und Wohlhabende in unserem Land werden dabei immer mehr aus ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Erneuerung Deutschlands entlassen. Im Kern muss uns Sozialdemokraten aber um eine Politik gehen, die auf einen Ausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern der Modernisierung zielt. Die einseitig auf Senkung der Lohnnebenkosten ausgerichtete Politik der rot-grünen Regierung allerdings läuft Gefahr, die Herausforderungen der neuen Zeit auf Kosten der Beschäftigten zu lösen.

Die SPD ist nun im fünften Jahr in der Regierungsverantwortung. Diese hat deutliche Spuren an der Aufstellung der Partei hinterlassen. So hat die stark an der Tagespolitik ausgerichtete Regierungspolitik und die damit verbundenen Richtungsentscheidungen eine große Verunsicherung in den klassisch sozialdemokratischen WählerInnenmilieus hinterlassen und

den traditionellen Parteiapparat lahmgelegt. Darüber hinaus gibt es derzeit keinen Diskursraum für sozialdemokratische Theorie- und Politikentwicklung. Übriggeblieben ist eine Partei im latenten Konflikt zwischen Regierungsfähigkeit und sozialdemokratischer Grundsatzkonzeption. Die SPD hat es bisher nicht vermocht, den Widerspruch zwischen notwendiger Geschlossenheit bzw. einheitlicher Kommunikationsstrategie und mittelfristiger Politikentwicklung in einer neuen Parteiorganisation aufzulösen.

Besonders dramatisch tritt dieser Befund rund um die Debatte um das Programm „Agenda 2010“ zutage. Während der Parteivorsitzende und Kanzler Gerhard Schröder sich auf die Geltungskraft seiner Richtlinienkompetenz, die er als Regierungschef zweifelsohne besitzt, auch in der Parteiorganisation beruft und keinerlei zielgerichtete Diskussionsbereitschaft zeigt, schwankt die Parteibasis zwischen Aufruhr, Resignation und moralisierenden Änderungsappellen. Viele FunktionärInnen gefallen sich derweil in Durchhalteparolen auf der einen und Rebellentum auf der anderen Seite. Das Verständnis, dass es darum geht gemeinsam einen konsistenten sozialdemokratischen Reformpfad zu entwickeln fehlt beiden. Die Parteiführung scheint in dieser Situation im Bund und in den Ländern weder willens noch in der Lage zu sein, die Plattform für einen vernünftigen Diskussionsprozess zu bieten, bei dem eine der Sache angemessene Meinungsbildung möglich wäre.

Solange Expertenkommissionen, die von der Bundesregierung eingesetzt werden, als politisches Instrument genutzt werden, entweder an der Partei und/oder dem Parlament vorbei Entscheidungen treffen zu können oder dem Zweck dienen, sich in einem Politikfeld lediglich Zeit zu verschaffen, lehnen wir Jusos solche Kommissionen strikt ab.

Es kann nicht sein, dass immer häufiger Entscheidungen und Diskussionen aus dem Parlament und der Partei in demokratisch nicht legitimierte Gremien verschoben werden. Nur wer die Auseinandersetzung mit seiner eigenen Basis fürchtet muss zu solchen Mitteln greifen.

Die Wählerinnen und Wähler haben im vergangenen Jahr den Regierungsauftrag für die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung erneuert. Dieser Vertrauensbeweis basiert auch auf der Erfahrung, dass diese Regierung in den ersten vier Jahren viele Probleme angepackt und gelöst hat.

Dennoch steht die SPD nur wenige Monate nach der knapp gewonnenen Bundestagswahl vor großen Problemen. Die verlorenen Landtags- und Kommunalwahlen und die schlechtesten demoskopischen Werte für die Partei haben zu einem Streit um die weitere Richtung des Reformkurses geführt. Dieser muss in einer zielgerichteten innerparteilichen Sachdiskussion ausgetragen werden. Wir begrüßen daher die Durchführung von Regionalkonferenzen und den Sonderparteitag am 1. Juni in Berlin.

Das laufende Mitgliederbegehren kann – wie die Parteitagsbeschlüsse zur Einberufung eines Sonderparteitags auch – für sich in Anspruch nehmen, diese Diskussion geöffnet und dazu beigetragen zu haben, dass die Diskussion innerhalb der Partei auch zu einer Entscheidung geführt wird; dies gegen den erklärten Willen der Parteiführung, die zwar unverbindlich diskutieren, dann aber doch die Abgeordneten allein entscheiden lassen wollte. Wir Jusos wenden uns entschieden gegen die innerparteiliche Diskreditierung dieses demokratischen, transparenten und in den Statuten der SPD verankerten Instruments sowie die Diffamierung der InitiatorInnen. Der Sonderparteitag am 1. Juni 2003 ist der Ort der Entscheidung. Hier gilt es die fortschrittlichen Kräfte zu sammeln und eine substanzielle Weiterentwicklung der Agenda 2010 zu erreichen.

Wir müssen aufhören mit der Mär, kurzfristige Reförmchen würden die großen Probleme Deutschlands lösen. Daher drängen wir im Interesse der nachwachsenden Generationen auf einen ehrlichen, umfassenden und zukunftsorientierten Systemwechsel.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten wissen, dass sich die Qualität des Sozialstaates nicht allein an der Höhe der Transferzahlungen bemisst, sondern an den Chancen, die er den Menschen eröffnet, vor allem denjenigen, die sich am wenigsten selbst helfen können.

Die deutsche Gesellschaft steht vor großen und tiefgreifenden Problemen und Herausforderungen, denn

- eine wirkliche Absenkung der strukturell bedingten Massenarbeitslosigkeit ist bisher nicht gelungen;
- die Gesellschaft wird älter; sie schrumpft in den kommenden Jahrzehnten spürbar;
- der von Sozialdemokraten erkämpfte Sozialstaat ist mittelfristig stark gefährdet.

Hieraus leiten wir zwei konkrete Handlungsleitlinien für sozialdemokratische Reformpolitik ab: Die Neuorganisation der Arbeitswelt und die Neugestaltung der Finanzierung des Sozialstaates. In diesen Bereichen müssen wir die notwendigen Strukturreformen angehen und umsetzen.

2. Leitlinien einer fortschrittlichen Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie hat ihre Politik in den vergangenen 140 Jahren stets auf die Ziele von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichtet. Dabei hat sie nie starr an überholten Zielvorstellungen festgehalten, sondern immer wieder von Neuem ihre Politik auf die Realitäten von Ökonomie, Gesellschaft und Kultur ausgerichtet. Die SPD hat gezeigt, dass sie unter veränderten Rahmenbedingungen Politik gestalten kann und will. Soziale Erneuerung als Symbiose aus Fortschritt und Solidarität auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten neu zu formulieren und umzusetzen ist der Kerngedanke sozialdemokratischer Politik. Dies müssen wir auch gegen Widerstände aus dem bürgerlichen Lager durchsetzen. Konservative und Liberale sind neoliberaler Sachzwanglogik verfallen und glauben an die Allheilkräfte des Marktes. Die Sozialdemokraten hingegen stehen für soziale Demokratie und nachhaltige Wirtschaftspolitik als Grundlage von Solidarität im 21. Jahrhundert.

Wir wissen, dass der Sozialstaat in seiner bisherigen Struktur reformbedürftig ist. Das wird über eine Politik der pauschalen Leistungskürzung, wie sie die Agenda 2010“ vorschlägt, nicht gelingen. Notwendig ist vielmehr eine Politik, die auf Basis eines nachhaltigen Wachstums die sozialen Sicherungssysteme fortschrittlich reformiert. Sicherheit im Wandel bedeutet

heute auch, Qualität und Zielrichtung sozialer Leistungen neu zu bestimmen. Der Sozialstaat muss auf einer aktiven, präventiven und neue Beschäftigungsformen absichernden Grundlage neu justiert werden. Die fundamentalen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft müssen dabei zum Ausgangspunkt eine Politik für Zukunftschancen genommen werden.

- **Wirtschaftspolitik im veränderten Kapitalismus**

Wir brauchen eine neue Wirtschafts- und Strukturpolitik, die eine aktive Steuerung der Konjunktur mit einer offensiven Strukturpolitik verknüpft. Dazu sind sowohl öffentliche Investitionen in größerem Maße als bisher notwendig als auch die Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik als Grundlage für eine funktionierende Industrie- und Dienstleistungswirtschaft. Das willkürliche Maastricht-Kriterium verhindert moderne Wirtschaftspolitik und beraubt den Staat seiner Handlungsfähigkeit zur konjunkturellen Belebung. Es gehört daher im Rahmen einer europäischen Lösung ausgesetzt.

Der Staat muss seine Fähigkeiten nutzen, das Verhältnis zwischen den Sektoren als auch das Verhältnis zwischen kleinen, mittleren und großen Unternehmen auf eine produktive Basis zu stellen, damit gesamtgesellschaftliches Wachstum auch im 21. Jahrhundert wirksam werden kann. Wir brauchen dafür mehr statt weniger konjunkturelle Impulse für die Binnenwirtschaft als zweite Säule neben der Exportwirtschaft. Hier kann eine moderne Nachfragepolitik als Beitrag dazu wirken, neben der florierenden Exportwirtschaft eine starke inländische Unternehmensstruktur zu schaffen.

Zur Rückgewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit im sich global ausdehnenden Kapitalismus muss eine partielle Reregulierung der internationalen Finanzmärkte in Angriff genommen werden.

Zusätzlich müssen alle Chancen zur Einführung einer Tobin-Tax genutzt werden.

- **Generationengerecht ist, was Zukunftschancen schafft**

Sozialdemokratische Politik muss wieder für Zukunftschancen stehen. Die Anforderungen der Informationsgesellschaft und -wirtschaft müssen dafür wieder in Einklang mit den Ansprüchen der Menschen an Sicherheit, Arbeiten und Leben gebracht werden. Das bedeutet nicht weniger, sondern mehr Sicherheit.

Die derzeitigen Reformen werden häufig mit dem Argument der Generationengerechtigkeit gemacht. Was wir allerdings erleben, ist eine Politik, die zwar im Namen, immer häufiger aber auch auf Kosten der jungen Generation gemacht wird. Wir wissen um die Herausforderungen des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf Ökonomie und Gesellschaft. Darauf allerdings mit weniger Staat und sozialer Sicherung zu reagieren, halten wir für falsch. Vielmehr muss dem demografische Wandel begegnet werden mit einer Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme, einer aktiven Familien- und Bildungspolitik und sozialstaatlichen Leistungen, die auf eine nachhaltige öffentliche Daseinsvorsorge ausgerichtet sind und die Potenziale der reichen Industrienation Deutschland zukunftsfähig entwickeln helfen.

Als Folge des Erwachsenwerdens einer fortschrittlichen "Neuen sozialen Mitte" kann der fortschrittliche Milieublock in Deutschland mittelfristig hegemoniebildend wirken. Ohne eine fortschrittliche Anrufung dieses Blocks durch die Sozialdemokratie, ohne die Thematisierung der entscheidenden Zukunftsfragen bleibt jedoch jede Mehrheitsfähigkeit der SPD als Partei in den Ansätzen stecken. Mehr denn je ist es nötig, dass die SPD die Widersprüche, die sich entlang der Modernisierung und Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ergeben, offensiv aufgreift und in sozialdemokratisches Regierungshandeln überführt.

Die französischen SozialistInnen haben die strategische Herausforderung für die Sozialdemokratie auf den Punkt gebracht: *„Die Sozialdemokraten müssen also gleichzeitig die Interessen und Bestrebungen der Ausgegrenzten, der unteren Schichten und der Mittelschichten berücksichtigen. Ungeachtet ihrer Unterschiede haben diese Gruppen gemeinsame Anliegen: die Entwicklung von Arbeit, den Rückgang der ungesicherten Arbeitsplätze, die Verbesserung des Bildungssystems, die Konsolidierung der sozialen Sicherung. Für die Ausgegrenzten und Unterschichten bilden die Mittelschichten das Modell einer gelungenen sozialen Integration. Die Sozialisten müssen also die Anliegen der Mittelschichten beachten. Doch sie dürfen nie aufgeben sich links zu verankern, indem sie daran arbeiten, ihnen unsere Werte zu vermitteln. Daraus folgt, dass es darum geht eine Mehrheit für eine Umverteilungspolitik zu schaffen, die als gerecht empfunden wird. Im Rahmen ihres politischen Projekts sind die Sozialdemokraten die Einzigen, die ein solches „neues Bündnis“ verkörpern und umsetzen können.“*

Unsere Vorstellung einer modernen Sozialdemokratie sucht die Auflösung dieses Widerspruchs in einer Modernisierung und Öffnung der SPD zu einer Ideenpartei 2010, die aus der Mitte der Bevölkerung heraus, sozialdemokratische Zukunftskonzeptionen entwirft.

3. Die Agenda 2010 als Zukunftsprogramm formulieren

Die Verbindung von Innovation und Gerechtigkeit ist Leitmotiv der sozialdemokratischen Regierungspolitik seit 1998. Unsere Regierungspolitik muss sich daran messen lassen, dass sie in der Lage ist, diesen Zielen gerade in schwierigen Zeiten gerecht zu werden. Die Agenda 2010 muss daher zu einem Zukunftsprogramm weiterentwickelt werden.

Kern einer zukunftsfähigen Strategie muss so eine fortschrittliche Wirtschafts- und Innovationspolitik zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen sein. Die aktuelle v.a. unter dem Eindruck schwindender Steuer- und Beitragseinnahmen geführte Rückschnittsdebatte reagiert dagegen nur auf ein Symptom. Die Umsetzung vieler Vorschläge wird die konjunkturelle Krise eher vertiefen, als aus ihr heraus helfen. Dabei ist angesichts veränderter Rahmenbedingungen auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme notwendig. Diese darf jedoch nicht darauf angelegt sein, die großen Lebensrisiken und ihre Absicherung zu privatisieren, sondern muss ihre kollektive Absicherung zukunftsfest machen.

Die konjunkturelle und strukturelle ökonomische Krise kann nur durch substanzielle ökonomische Entscheidungen und eine gemeinsame Kraftanstrengung überwunden werden. Offensichtliche Symbolpolitik und die Verweigerungshaltung der Eliten des Landes helfen dabei nicht weiter sondern behindern einen solchen Aufbruch. Die Lasten, die aktuell zu tragen sind, müssen solidarisch finanziert werden. Wir erwarten hierbei auch einen Beitrag der Vermögenden.

Die Sozialdemokratie muss einen Perspektivwechsel einleiten. Statt jeden Tag neue Zumutungen zu verkünden, muss die Orientierung darauf gerichtet werden, was wir gemeinsam für die Menschen erreichen wollen und welchen Zielen die anstehenden Reformen dienen. Die Agenda 2010 bietet den Rahmen, in dem die Politik der kommenden Monate diskutiert werden muss. Die Forderungen des Mitgliederbegehrens decken sich in vielen Punkten mit unserer Kritik an der Agenda 2010. Sie bedarf der Weiterentwicklung, Ergänzung und Korrektur an verschiedenen Punkten:

3.1. Für eine aktive Wirtschafts- und Innovationspolitik.

Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand. Wohlstand braucht Beschäftigung für alle und soziale Sicherheit. Die Sozialdemokratie tritt an, durch eine aktive Wirtschafts-, Innovations- und Arbeitszeitpolitik die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Notwendig bleibt weiterhin eine kluge Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik, die das Wachstum stärkt, die öffentlichen und privaten Investitionen unterstützt und den wirtschaftlichen Strukturwandel gestaltet.

- Die im Januar beschlossene Mittelstandsoffensive und die Vorschläge zur Öffnung der Regelungen der Handwerksordnung weisen in die richtige Richtung. Ergänzt werden müssen diese Ansätze durch eine aktive Struktur- und Innovationspolitik sowie die gezielte Förderung von zukunftsfähigen Branchen und Qualifikationen.
- Wir fordern eine konsequente Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Darin sehen wir den einzig erfolgversprechenden Weg, in kurzer Zeit Arbeitsplätze zu schaffen.

Nötig sind staatliche Beiträge zur Arbeitszeitverkürzung (AZV). Eine gesellschaftspolitische Entlastung der Tarifpolitik ist gefordert, nicht nur um die Erfolgsbedingungen von tarifpolitischer Beschäftigungspolitik zu verbessern, sondern um den Schritt zu einer integralen Vollbeschäftigungspolitik zu vollziehen, die Wachstums- und Verteilungspolitik, Strukturwandel, Qualifikation und Bildung, Einrichtung öffentlicher Beschäftigung und AZV kombiniert.

- Notwendig ist eine nachhaltige Stärkung der öffentlichen Investitionsnachfrage. Eine mutige Gemeindefinanzreform kann hier wichtige Impulse geben, wenn die Investitionskraft der Gemeinden dadurch nachhaltig gestärkt wird. Das NRW-Modell zur Ertüchtigung der Gewerbesteuer (gemeindliche Betriebssteuer) muss deshalb Grundlage der notwendigen Verhandlungen werden. Als konjunkturstützende Brücke für das Jahr 2003 ist kurzfristig ein kommunales Investitionshilfeprogramm in Form von direkten Hilfen in der Höhe von 15 Mrd. € aufzulegen.
- Bildung entscheidet über die Zukunft. Deswegen war es richtig, dass die Bundesregierung die Bildungsinvestitionen Jahr für Jahr erhöht hat. Sorgenkind bleibt die berufliche Ausbildung. Weit über 100.000 Jugendliche drohen in diesem Jahr unversorgt zu bleiben. Notwendig ist – sollte die Wirtschaft ihr Versprechen auch in diesem Jahr nicht einhalten – die Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung. Wir erwarten dann eine entsprechende Gesetzesinitiative noch im Jahr 2003.
- Zur Bekämpfung der wieder ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit ist das im Regierungsprogramm enthaltene Programm JUMPplus kurzfristig umzusetzen.
- Der ökologische Umbau unserer Gesellschaft bietet große Potenziale zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und ist ein wichtiger Beitrag zur viel zitierten „Generationengerechtigkeit“! Der ökologische Umbau muss wieder offensiv von der SPD angegangen werden.

3.2. Für eine sozialdemokratische Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Die sozialen Sicherungssysteme bedürfen grundlegender und weitreichender Reformen. Mit dem Wandel der Arbeitswelt und dem demographischen Wandel sind auch hier wichtige Grundlagen strukturell in Frage gestellt. Wichtige Parameter müssen neu justiert werden. Jedoch werden die Probleme des demographischen Wandels und des Wandels der Arbeitswelt durch eine Privatisierung sozialer Risiken nicht gelöst, sondern verschärft.

- Notwendig ist vor allem eine schrittweise Verbreiterung der Träger der Sozialversicherungen auf alle Einkommensarten und die Einführung einer Produktivitätskomponente in die entsprechenden Beitragsformeln, um die Sozialversicherungssysteme strukturell in einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind abzuschaffen.
- Die Lasten der Deutschen Einheit sind unverzüglich aus den Sozialversicherungen rauszunehmen und voll steuerzufinanzieren. Dabei sind auch Steuererhöhungen möglich. Der internationale Vergleich zeigt: Unsere Steuern sind extrem niedrig aber die Sozialabgaben zu hoch. Daher gilt gleiches auch für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit: Es ist definitiv ungerecht, wenn Arbeitgeber, die noch Menschen beschäftigen, die Arbeitslosigkeit finanzieren die von anderen Unternehmen durch Rationalisierungsprozesse verursacht worden ist.
- Die Reform der Krankenversicherung muss mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität und der Steigerung der Effizienz insgesamt reformiert werden. Hierbei kommt der gezielten Förderung von Prävention und Vorsorge eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus geht es um die Aktivierung der hohen Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen des Gesundheitssystems einschließlich der Preisgestaltung im Arzneimittel- und Hilfsmittelbereich. Hierbei kommt den Leistungserbringern und der Pharmaindustrie eine besondere Verantwortung zu. Das Krankengeld muss als gesetzliche Pflichtleistung im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung verbleiben und weiterhin paritätisch von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen finanziert werden. Stattdessen ist auch hier eine Herausnahme und Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen angezeigt. In einem ersten Schritt sind die privaten Krankenkassen in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Kassen mit einzubeziehen.
- Um die Altersarmut zu vermeiden wollen wir eine im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung organisierte, steuerfinanzierte bedarfsorientierte Grundsicherung einführen. Hierbei werden die eigenen Ansprüche durch die steuerfi-

nanzierten Zusatzleistungen aufgestockt. Die Grundsicherung muss die gleichberechtigte Teilhabe am soziokulturellen Leben sicherstellen.

- Die geplante Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für alle arbeitsfähigen Erwerbslosen ist ein wichtiger Schritt heraus aus dem unwürdigen Verschiebepark der vergangenen Jahre und hin zu Hilfen zur Arbeit aus einer Hand. Personen sind als "erwerbsfähig" einzustufen, wenn sie gemäß der Definition im SGB VI mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig sein können.
- Die Absenkung des sog. Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau lehnen wir ab. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss eine armutsfeste Absicherung der EmpfängerInnen der neuen Leistung auch wegen der notwendigen Pauschalierung einmaliger Hilfen deutlich oberhalb der Sozialhilfe gewährleistet sein, bei der keine ergänzende Sozialhilfe erforderlich ist und in der das im Arbeitsleben erarbeitete Vermögen, das der Alterssicherung dient, sowie der Besitzstand von Familienangehörigen geschont wird. Bei rentennahen Jahrgängen (ab 50 Jahren) entfällt die Bedürftigkeitsprüfung entsprechend den Regelungen bei der sozialen Grundsicherung. Die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur Rentenversicherung werden gemäß den Regelungen bei der sozialen Grundsicherung in voller Höhe steuerfinanziert übernommen.
- Mit der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird eine Abkehr von der über die Sozialversicherungssysteme finanzierten Frühverrentungspolitik propagiert. Diese darf aber nicht dazu führen, dass die dadurch entstehenden Probleme der Finanzierung der Frühverrentung auf die älteren Arbeitslosen abgewälzt werden. Gerade bei diesen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden. Dazu bedarf es nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes einer formlosen Verlängerung der Leistungen im bisherigen Umfang, wenn nicht konkret ein zumutbarer (nach heutiger Gesetzeslage/keine MiniJobs) Arbeitsplatz durch das Arbeitsamt angeboten werden kann.

Wir sprechen uns in Anlehnung an die schon im Hartz-Konzept unter dem Titel „Beschäftigungsversicherung“ für die Einführung einer Arbeitsversicherung aus, die durch die finanzielle Flankierung von Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung, öffentlicher Beschäftigung und Qualifizierung einen neuen strategischen Ansatz für eine präventive und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik bietet.

3.3. Für eine solidarische Finanzierung der Lasten.

Die aktuelle Situation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes spiegelt sich zwangsläufig in den öffentlichen Kassen aller Ebenen und aller Institutionen wieder. Diese Lasten müssen solidarisch geschultert werden. Es gilt das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache Schultern.

- Notwendig ist die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Beide Einnahmearten würden direkt den Bundesländern zugute kommen und können so wichtige Aufgaben im Bildungssektor und im Bereich der Ganztagsbetreuung finanzieren.
- Zu prüfen ist eine Spreizung des Mehrwertsteuersatzes, durch die handwerkliche und dienstleistungliche Tätigkeiten begünstigt, Luxusgüter im Gegenzug belastet würden. So sollte der ermäßigte Steuersatz nur in Grundbedarfen gewährt werden. Neben den Gütern des täglichen Bedarfs halten wir beispielsweise einen ermäßigten Steuersatz auf Handwerksdienstleistungen für sinnvoll. Auf der anderen Seite ist ein erhöhter Mehrwertsteuersatz auf Luxusgüter einzuführen.
- Die angedachte Zinsabgeltungssteuer ist nicht zielführend und muss deshalb aufgegeben werden. Statt der erwarteten Mehreinnahmen wird sie bei Bund, Ländern und Gemeinden zu dauerhaften Einnahmeausfällen in der Höhe von voraussichtlich 3 Milliarden Euro führen.
- Die Entlastung unterer und mittlerer Einkommensarten ist sinnvoll, um die Binnennachfrage zu steigern. Allerdings sollte von der Reduzierung des Spitzensteuersatzes Abstand genommen werden.

4. Für einen Orientierungsrahmen 2010

Die Sozialdemokratie diskutiert aktuell über die unmittelbar anstehenden Reformvorhaben der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode. Notwendig ist eine Orientierung weit darüber hinaus, die tatsächlich das Jahr 2010 als Fixpunkt für die Frage: Was wollen wir bis dahin erreicht haben? nimmt.

Die SPD hat 1999 mit einer Programmdebatte begonnen. Unter Vorsitz von Rudolf Scharping hat eine Programmkommission die Arbeit aufgenommen und in mehreren Hearings wesentliche Entwicklungstrends analysiert. Seit etwa über einem Jahr ruht die Arbeit aufgrund der Bundestagswahlen. Kennzeichen der Programmdiskussion war bisher, dass sich diese weitestgehend im abgeschlossenen Kreis der Kommission abgespielt hat und dass insbesondere die Auswirkungen auf die Regierungspolitik als eher gering angesehen werden müssen. Welches Projekt die Sozialdemokratie als führende Partei in der rot-grünen Regierungskoalition verfolgt bleibt bisher weitgehend unklar. Notwendig ist ein roter Faden, der die Strategie und Praxis sozialdemokratischer Reformpolitik in Regierungsverantwortung weit über das Jahr 2006 hinaus definiert und den Menschen einen Anhaltspunkt gibt, wohin die Sozialdemokratie Deutschland führen will.

Notwendig ist deshalb die Bestimmung einer durchgehenden politischen Philosophie und mittelfristig umsetzbarer politischer Projekte, die eine ausstrahlungsfähige Perspektive sozialdemokratischer Regierungspolitik im 21. Jahrhundert vermitteln. Staat wie bisher hier die abstrakte Programmdiskussion dort die pragmatische Regierungspolitik nebeneinander her zu betreiben, ist es notwendig beide Stränge strategisch zusammenzuführen unter der Fragestellung: ‚Wie wollen wir im 21. Jahrhundert Wirtschaften, Leben und Arbeiten?‘ Als Fixpunkt schlagen wir vor das Jahr 2010 zu wählen:

- 2010 haben wir in Deutschland einen qualitativen Sozialstaat, der präventiv wirkt, Übergänge absichert und individuelle Lebensführung möglich macht sowie den Ansprüchen des flexiblen Kapitalismus beiderseitig Rechnung trägt
- 2010 haben wir in Deutschland ein Bildungssystem, das Chancengleichheit garantiert, individuelles Fortkommen unterstützt und die Grundlage für lebensbegleitendes Lernen bzw. eine fortdauernde "Beschäftigungsfähigkeit" legt
- 2010 sind in Deutschland Erwerbsarbeit und Gesundheitspolitik so miteinander verschränkt, dass Solidarität, eigenständige Lebensführung und ökonomische Herausforderungen miteinander korrespondieren
- 2010 haben wir in Deutschland Arbeitsbereiche im sozialen und ökologischen Bereich partizipativ ausgestaltet und diese kooperativ in die regionale Wirtschaftsstruktur eingefügt.

Wir Jusos fordern deshalb:

- Einstellung der Programmdebatte und Auflösung der Programmkommission. Das Berliner Programm gilt.
- Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Partei unter Einbezug von Fraktion und Regierung unter Vorsitz des Generalsekretärs zur Entwurfs-Erarbeitung eines Orientierungsrahmens 2010 (OR 2010) bis Ende 2003.
- Organisation eines Dialogprozesses innerhalb und außerhalb der Partei mit dem Zielpunkt einer Verabschiedung und Vorstellung des OR 2010 zum Mitte der Legislatur im Herbst 2004.

Als Beitrag der Jusos zu einem mittelfristigen Orientierungsrahmen ist die Formulierung eines solidarischen Generationenprojekts notwendig, das der momentanen Spaltungsdebatte innerhalb der eigenen Generation und zwischen den Generationen unter dem Deckmantel der „Generationengerechtigkeit“ mit einem Alternativmodell begegnet. Im Mittelpunkt müssen dabei die Zukunftschancen der jungen Generation stehen.

5. Für eine offene und lebendige Partei

Eine sinnentleerte und kampagnenunfähige Partei wird mittelfristig nicht mehr in der Lage sein, gesellschaftliche Mehrheiten links der Mitte zu erzielen. Daran wird auch die modernste Wahlkampfkampagne nichts ändern können. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre - sei es mit dem "Netzwerk 2010" oder der Programmdebatte zeigen -, dass Politiksimulation vielleicht einige Vertreter/innen und Journalisten der Berliner Republik zufrieden stellen, mitnichten aber den Anforderungen einer erneuerten Sozialdemokratie gerecht werden. Deshalb brauchen wir eine Re-Integration der Politikentwicklungsfähigkeit, die auch gegen Widerstände im Regierungsapparat durchgesetzt werden müssen. Dazu können folgende Initiativen dienen:

- Es ist nicht einzusehen, warum die großen deutschen Industrieunternehmen eng mit Universitäten zur Ausbildung ihres Personals zusammenarbeiten, die Partei aber keine effektiven Netzwerke in die Universitätslandschaft aufbaut. Die SPD sollte ein Netzwerk aus und sozialdemokratischen gesinnten Hochschulabsolventen aufbauen, die konkrete Seminar- und Projektangebote an die Hochschulen bringen. Das gilt für die Fakultäten politischer, technischer und kultureller Intelligenz gleichermaßen.
- Expertenkommissionen, wie oben schon deutlich gemacht, lehnen wir Jusos ab. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, den Sachverstand der Ministerialbürokratie, der Bundestagsabgeordneten und der im Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbandsvertreter wieder zu nutzen und auf die Einberufung oben beschriebener Kommissionen zu verzichten.
- Der vom Parteivorstand in die Wege geleitete "Makroökonomische Dialog" sollte zusammen mit Sozialpartnern, NGOs und Wissenschaftlern der Beginn zur Versachlichung der Debatte genutzt werden. Die SPD sollte mittelfristig (jenseits des bisherigen Sachverständigenrats) die Gründung eines "Sozial- und Wirtschaftsrat" nach holländischem Vorbild zusammen mit der Zentralbank und den o.g. Gruppen einleiten.
- Eine Neuorganisation der Zielgruppenansprache der SPD ist notwendig. Die SPD muss mehr mit politikfeld- und lebenslagenspezifischen Politikangeboten arbeiten. Es wären daher Zielgruppenangebote zu entwickeln, die projektmäßige, zeitlich befristete und netzwerkförmige Zusammenarbeit erlauben. Dazu ist die innerparteiliche Nachwuchsrekrutierung und Personalentwicklung zu reformieren.
- Letztlich ist darüber nachzudenken, wie die derzeitige lethargische und sinnentleerte Partei wiederbelebt werden kann. Wir sind der Meinung, dass dies nur über die partielle (organisatorische) Trennung von operativem und strategischem Management gelingen kann. Dazu müsste die Diskussion zentraler Themenfelder aus dem klassischen Parteiapparat in parteiöffentliche themenspezifische Ideenkonferenzen ausgegliedert und diese erst anschließend phasenweise mit der Partei rückgekoppelt werden. Voraussetzung dafür sind vorbereitende Think Tanks aus Partei, Ökonomie und Wissenschaft.

Die SPD muss in der Breite die Fähigkeit zur politischen Debatte wiedererlangen. Der Partei müssen der notwendige Raum und die geeigneten Plattformen durch ihre Gliederungen für breite Diskussionen eröffnet werden. Es ist festzustellen, dass es sich bei dem bekannten Phänomen der „Entpolitisierung“ weniger um eine Abkehr von sozialdemokratischer Politik sondern um eine Resignation der Basis handelt. Sie braucht jedoch vor allem TrägerInnen, die bereit sind die Zukunftsdebatten auch von unten zu führen – kontinuierlich und zielorientiert. Die Auseinandersetzung mit der Agenda 2010 kann dann ein Ansatzpunkt hierzu sein, wenn sie nicht als reflexhafte Ablehnungsdebatte mit dem Pathos der letzten Schlacht geführt sondern als entscheidende Etappe auf dem Weg zu einer Repolitisierung der Partei verstanden wird.

Beschluss **12** AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Bush at War – Der Krieg im Irak: Beurteilung und Konsequenzen

1. Am 01. Mai 2003 hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, George Bush, das Ende der „Schlacht um den Irak“ verkündet. Gleichwohl kam diese Erklärung keinem offiziellen Kriegsende gleich, da die USA sonst als Besatzungsmacht völkerrechtlichen Verpflichtungen im Irak nachgehen müssten. Bush verkündete: „Unsere Mission geht weiter!“. Die Vereinigten Staaten sehen den Regimewechsel im Irak als weiteren Schritt beim Aufbau einer neuen Weltordnung, die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus geschieht. Die nächsten Ziele amerikanischer Machtpolitik sind schon genannt: Syrien und der Iran. Entweder sie unterwerfen sich den amerikanischen Spielregeln, oder sie werden in einen Kampf „Gut gegen Böse“ verwickelt. Dieser amerikanischen Politik müssen wir als Sozialistinnen und Sozialisten entgegentreten. Es ist unsere Aufgabe, für eine gerechte und friedliche Weltordnung zu kämpfen. Wir fordern, statt die Situation in der Region weiter zu verschärfen, einen Stabilisierungsprozess in der gesamten Nahost-Region zu ermöglichen.

2. Auch wenn die Kriegshandlungen eingestellt sind und das diktatorische Regime Saddam Husseins von amerikanischen und britischen Truppen gestürzt wurde, bleiben die Probleme im Irak ungelöst. Mit dem Wiederaufbau des Landes steht die Weltgemeinschaft vor einer schwierigen Aufgabe. Wichtige Infrastruktureinrichtungen wurden zerstört, die Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten ist katastrophal. Ebenso existieren keine vernünftigen Bildungsmöglichkeiten, die für einen Neuaufbau des Landes enorm wichtig wären. Die USA und ihre Verbündeten stehen hier als Mitverursacher dieser Schäden vor einer gewaltigen finanziellen Aufgabe. Wir fordern den Wiederaufbauprozess durch die Vereinten Nationen zu koordinieren. Sie sind die einzige legitimierte Kraft für diesen Prozess. Zudem fordern wir, die Verwaltung der Einnahmen aus irakischen Ölverkäufen vorübergehend unter dem Dach der Vereinten Nationen zu organisieren. Die Finanzierung der durch den Krieg verursachten Schäden hat die Kriegscoalition zu tragen. Wir haben nämlich kein Verständnis dafür, dass die irakische Bevölkerung die Kriegsschäden mit Hilfe ihrer eigenen Rohstoffvorkommen zu bezahlen hat.

3. Neben dem materiellen Aufbau des Landes besteht eine Herausforderung im Aufbau politischer Strukturen. Wir fordern, dass die irakische Bevölkerung über ihre eigene Zukunft selbst bestimmt. Die eingesetzte Militärverwaltung durch die USA und Großbritannien lehnen wir entschieden ab. Der irakischen Bevölkerung müssen Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden, auch die rechtliche und soziale Situation von Frauen im Irak muss deutlich verbessert werden. Der Aufbau von rechtsstaatlichen Strukturen ist dringend und unabdingbar für einen Aufbauprozess im Irak.

4. Einer der Gründe, den die USA zur Legitimation des Irak-Krieges angaben, war der angebliche Besitz von Massenvernichtungswaffen und die Gefahr der Proliferation durch den Irak. Um diese Behauptungen zu überprüfen, fordern wir eine Rückkehr der UN-Inspektoren in den Irak. Inspektionen durch die USA lehnen wir ab. Die Bush-Administration hat hier selbst gegen zahlreiche Verträge verstoßen und ist daher kein glaubwürdiger Akteur auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die USA verhindern zudem seit Jahren die Ächtung verschiedener Waffensysteme wie Personenminen oder Splitterbomben und setzen diese sogar aktiv ein.

5. Der Krieg gegen den Irak stellt eine politische Zäsur dar. Die US-Regierung hat nach den Attentaten des 11. September ihre sicherheitspolitische Ausrichtung geändert und die so genannten „*preemptive strikes*“ als Instrument ihrer Sicherheitsstrategie eingeführt. Nicht mehr die konkrete Bedrohung, sondern die Vermutung einer Bedrohung ist danach ausreichender Grund für eine militärische Intervention. Im Rahmen dieser völkerrechtswidrigen Strategie stellt der Irak-Krieg den Präzedenzfall dar. Obwohl keine Verbindung zu terroristischen Netzwerken wie Al Qa'ida belegt wurde, obwohl keine unmittelbare Bedrohung vom Irak ausging und obwohl im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden, wurde der Krieg gegen den Irak in den Kontext des Krieges gegen den Internationalen Terrorismus gestellt. Mit dieser Rhetorik wurden massive Bedrohungsängste in der amerikanischen Bevölkerung mobilisiert, um einen Krieg gegen den Irak zu legitimieren.

6. Die Gründe für den Krieg waren jedoch andere. Eine Reduzierung einzig auf die Öl-Frage ist fahrlässig und beachtet andere, gravierende Entwicklungen der US-Politik nicht. Neben geoökonomischen Gründen muss der Irak-Krieg daher auch hier im Rahmen der sicherheitspolitischen Strategie der Vereinten Nationen gesehen werden. Die USA wollen als Hegemon den machtpolitischen Aufstieg neuer Konkurrenz verhindern, hierfür ist es für sie geopolitisch wichtig, ihren Einfluss im Nahen Osten zu vergrößern. Mit Besorgnis ist die zunehmende Fundamentalisierung der amerikanischen Sicherheitspolitik durch den wachsenden Einfluss extremer religiöser Gruppen zu sehen. Die „Demokratisierungs“-Rhetorik und die schlichte Aufteilung der Welt in „Gut und Böse“ durch die Bush-Administration haben kreuzzugähnlichen Charakter.

7. Eine politische Zäsur stellt der Irak-Krieg auch insofern dar, als dass er eine endgültige Absage der USA an eine multilaterale Weltordnungspolitik ist. Die Vereinten Nationen werden nur noch dann ins Spiel gebracht, wenn sie der Interessensdurchsetzung der Vereinigten Staaten dienen. Im Rahmen der Vereinten Nationen hätten die USA nur eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrates akzeptiert, die einen Irak-Krieg legitimiert. Statt völkerrechtlicher Legitimierung und kooperativer Politikgestaltung verfolgen die USA das Konzept der „coalition of the willing“: Wer sich beteiligen will, ist eingeladen, mitzumachen. Die Spielregeln bestimmen jedoch die USA. Die NATO darf dabei nicht zum Erfüllungsgehilfen der USA werden. Statt des Konzepts der „coalition of the willing“ brauchen wir eine strukturelle Weiterentwicklung der Vereinten Nationen, um eine Dominanz der Wirtschaftsmächte zu brechen. Es wird daher darum gehen, dem unilateralen Ansatz der USA eine politische Stärkung der Vereinten Nationen und eine kooperative Weltordnungspolitik entgegenzusetzen.

8. Insofern begrüßen wir an dieser Stelle nochmals die Haltung der rot-grünen Bundesregierung in der Irak-Frage. Das deutliche Nein von Bundeskanzler Schröder hat wesentlich zum Aufbau einer Front der Kriegsgegner geführt. Gleichwohl wäre

die Position der Bundesregierung ohne den Druck aus der Bevölkerung nicht entstanden. Während die Opposition herumlauierte und versuchte, ihren blinden transatlantischen Gehorsam aus wahltaktischen Gründen zu verbergen, stand die deutliche Mehrheit der Bevölkerung hinter der Position der Bundesregierung und hat dies auf zahlreichen Demonstrationen gegen den Krieg auch zum Ausdruck gebracht. Richtig war es von uns Jusos, die Widersprüche der Politik der Bundesregierung immer wieder aufzuzeigen (u.a. Überflugrechte), ohne dabei unsere Unterstützung für den Gesamtkurs aufzugeben. Wir fordern die Regierung und die SPD auf, diesen friedenspolitischen Kurs beizubehalten. Nach den beiden Kriegen, die sie gegen Afghanistan und Jugoslawien aktiv mitgeführt hat, gehört mehr als ein „Nein“ im Irak-Krieg dazu, um Vertrauen dauerhaft zurück zu gewinnen.

9. Wir Jusos begrüßen, dass hunderttausende DemonstrantInnen, darunter viele junge Menschen, gegen den Irak-Krieg auf die Straße gegangen sind. Wir verstehen uns als Teil der Friedensbewegung und haben dort in den letzten Monaten eine wesentliche Rolle eingenommen. Unsere zukünftige Aufgabe ist es nun stärker denn je, friedenspolitische Themen aufzugreifen und mit der gesellschaftlichen Mobilisierung im Rücken, unsere Forderungen in die Partei einzubringen. Wir werden unsere Positionen weiterentwickeln. Gewaltfreie und zivile Konfliktprävention werden dabei der Schwerpunkt unserer politischen Debatte sein. Die Diskussionen um die Verteidigungspolitischen Richtlinien und den Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bieten hier Ansätze, eine Politik zu formulieren, die nicht der militärischen Logik folgt, sondern Konfliktprävention in den Vordergrund stellt und eingebettet ist in eine allgemeine Diskussion um Sicherheitsstrategien.

10. Die Europäische Union muss ein handlungsfähiger Akteur werden, der sich auf der internationalen Ebene glaubwürdig und nachdrücklich engagiert. Deutschland muss Motor des Europäischen Einigungsprozesses werden, indem die EU durch die Herausbildung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu einem politischen Akteur wird. Durch eine Stärkung der Europäischen Union können auch die Vereinten Nationen und das Völkerrecht gestärkt werden. Die Europäische Union muss darauf drängen, zivile Konfliktlösungsmechanismen zu stärken und Abrüstung und Rüstungskontrolle wieder auf die Agenda zu setzen. Innerhalb der GASP müssen sowohl der Nord-Süd-Dialog als auch eine gerechte Entwicklungspolitik abgesichert sein, die im Rahmen einer globalen Strukturpolitik für eine gerechte Weltordnung sorgen.

11. Wir Jusos bleiben dabei: Krieg darf kein Mittel zur Lösung von Konflikten sein. Das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen bleibt unsere wichtigste politische Richtschnur. Hierfür haben wir in den letzten Monaten intensiv gestritten. Wir werden weitere wichtige friedenspolitische Diskussionen in den nächsten Monaten zu führen haben.

Beschluss **13** AntragstellerInnen: Landesverband Berlin

140 Jahre SPD

Wir fordern den Bundesvorstand der SPD auf, zum offiziellen Festakt anlässlich des 140. Geburtstags der Partei alle ihre noch lebenden Bundesvorsitzenden in aller Form einzuladen - amtierende genauso wie ehemalige!

Beschluss **14** AntragstellerInnen: Landesverband Saar

BafÖG-Regelung für Teilzeitstudierende

Zur Aktualität: Der Studienausschuss sowie der Senat der Universität des Saarlandes haben vor kurzem der Einführung von Teilzeitstudiengängen an der Saar-Uni zugestimmt. Damit sind wichtige Hürden auf dem Weg zur Einführung des Teilzeitstudiums genommen.

Doch mit der Einführung des Teilzeitstudiums in einigen Bundesländern und der geplanten Einführung im Saarland stellt sich die Frage, wie Teilzeitstudentinnen und -studenten Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BafÖG) in Anspruch nehmen können. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist für dieses Problem noch keine Lösung gefunden worden, obwohl eine Regelung sowohl sinnvoll als auch umsetzbar ist.

In Teilzeit studieren neben Erwerbstätigen vor allem auch junge Mütter und Väter, chronisch Kranke und behinderte Menschen sowie Studierende, die pflegebedürftige Angehörige betreuen. Gerade die zuletzt genannten Zielgruppen befinden sich in einer schwierigen sozialen Situation und bedürfen daher einer staatlichen Unterstützung, zumal gerade junge Eltern mit der Kindeserziehung eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe übernommen haben.

Wie bei Vollzeitstudierenden sollte auch für Teilzeitstudierende mittels Freibeträgen eine bedarfs- und sozialgerechte Staffelung aufgestellt werden. Dabei sollten junge Mütter und Väter selbstverständlich einen höheren BafÖG-Satz erhalten als Erwerbstätige.

Wir fordern das Bundesministerium für Bildung & Forschung, sowie die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag auf, schnellstmöglich eine entsprechende Gesetzesänderung zu erarbeiten und umsetzen.

Beschluss **01** AntragstellerInnen: Bundesvorstand

Richtlinienänderung

Der Juso-Bundeskongress beschließt die nachfolgend dargestellte Änderung der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (geänderte Passagen sind unterstrichen) und empfiehlt sie dem SPD-Parteivorstand zur Annahme.

Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD

I. Grundsätze

1. Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen ist eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatuts der SPD.
2. Die Tätigkeit der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen ist Teil der Parteiarbeit. Organisatorische Grundlage sind die Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD.

II. Aufgaben

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen hat folgende Aufgaben:

- innerhalb der Jugend für den demokratischen Sozialismus zu wirken,
- die Arbeit der SPD auf allen Gebieten im Sinne des Berliner Programms zu unterstützen,
- politische Aufklärung besonders unter den Jungwählern /Jungwählerinnen zu betreiben,
- politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durchzuführen,

durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf nationaler und internationaler Ebene zur Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, Rassen und Kulturen beizutragen.

III. Gliederung und Aufbau

1. Der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen gehören die Mitglieder der SPD bis zur Vollendung des 35 Lebensjahres an. Werden Personen vor ihrem 35 Geburtstag in Funktionen der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gewählt, so können sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode ausüben. Ferner gehören der Arbeitsgemeinschaft Mitarbeitende an, die an dem Modellversuch zur Öffnung für Nichtmitglieder in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten teilnehmen.
2. Der Organisationsaufbau der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen entspricht dem der Partei. In Bundesländern mit mehreren Bezirken können Landesausschüsse der Landesverbände gebildet werden, sofern ein entsprechender Zusammenschluss der Partei besteht.
3. Grundeinheit ist die örtliche Arbeitsgemeinschaft. Die Arbeitsgemeinschaften können Arbeitskreise und Projektgruppen für besondere Aufgaben bilden.
4. Organe der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen auf Bundesebene sind: der Bundeskongress, der Bundesvorstand, der Bundesausschuss.
5. Bundeskongress

Der Bundeskongress ist das oberste Beschlussgremium der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Kontrolle der Arbeit des Bundesvorstandes und Bundesausschusses,
- Beschlussfassung über die gestellten Anträge,
- Wahl des Bundesvorstandes und des/der Bundessekretärs/Bundessekretärin.

Der Bundeskongress setzt sich aus 300 von den Bezirken gewählten Delegierten zusammen. Jeder Bezirk erhält 4 Grundmandate. Die übrigen Mandate werden entsprechend der Zahl der SPD-Mitglieder bis zum Alter von 35 Jahren auf die Bezirke verteilt.

Die Delegierten sind auf einer Bezirkskonferenz zu wählen. Die Mitglieder des Bundesausschusses und des Bundesvorstandes sowie der/die Bundessekretär/Bundessekretärin nehmen am Bundeskongress ohne Stimmrecht teil.

Der Bundeskongress findet jährlich statt. Er wird vom Bundesvorstand unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung und der auf die Bezirke entfallenden Delegierten spätestens vier Monate vorher einberufen.

Der Antragsschluss liegt sechs Wochen vor dem Kongress, die Unterlagen werden den Delegierten drei Wochen vor dem Kongress zugesandt.

Initiativanträge bedürfen jeweils zur Behandlung der Genehmigung des Bundeskongresses.

Auf Beschluss von Zweidrittel der Mitglieder des Bundesvorstandes oder der Mehrheit der Bezirke ist ein außerordentlicher Bundeskongress einzuberufen. In diesem Fall beträgt die Einberufungsfrist einen Monat.

Der Bundeskongress prüft die Legitimation der Teilnehmenden, wählt die Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend ist.

6. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand besteht aus:

- dem/der Bundesvorsitzenden

- acht Stellvertretern/Stellvertreterinnen.

Der Bundesvorstand führt die Beschlüsse des Bundeskongresses aus. Er erledigt die laufenden Geschäfte und vertritt die Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der Öffentlichkeit.

7. Bundesausschuss

Der Bundesausschuss ist das politisch beratende Gremium des Bundesvorstandes. Er ist vor Beschlüssen über grundlegende politische und organisatorische Entscheidungen zu hören. Der Bundesausschuss hat die Aufgabe, Grundsatzbeschlüsse des Bundeskongresses für die politische Arbeit zu konkretisieren und Handlungsmodelle zu erarbeiten. Der Bundesausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Der Bundesausschuss setzt sich jeweils aus einem/einer gewählten Vertreter/Vertreterin der Bezirke zusammen. Schriftliche Stimmabgabe ist nicht möglich.

Die Mitglieder des Bundesausschusses werden für mindestens ein Jahr gewählt. Die Bezirke bestimmen einen/eine ständige/n Stellvertreter/Vertreterin, der/die auch eingeladen wird.

Der Bundesausschuss wählt aus seiner Mitte für die Dauer von zwei Jahren ein dreiköpfiges Präsidium. Schriftliche Stimmabgabe ist nicht möglich.

Der Bundesausschuss tagt mindestens viermal im Jahr. Er wird vom Bundesausschuss-Präsidium im Benehmen mit dem Bundesvorstand unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung einberufen. Die Einladungsfrist beträgt zwei Wochen.

Auf Verlangen von mindestens sieben Bezirken oder des Bundesvorstandes kann er zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden. Auf dieser Sitzung sollte nur der Tagesordnungspunkt behandelt werden, der Anlass der Einberufung war.

7a. Erweiterter Bundesausschuss

Auf Verlangen von mindestens sieben Bezirken oder des Bundesvorstandes oder des Bundesausschusses kann ein erweiterter Bundesausschuss einberufen werden. Auf dieser Sitzung sollte nur der Tagesordnungspunkt behandelt werden, der Anlass der Einberufung war.

Der erweiterte Bundesausschuss ist ein politisch beratendes und beschlussfassendes Organ der Jusos zwischen den Bundeskongressen. Er trifft Beschlüsse über grundlegende politische Fragestellungen.

Für den erweiterten Bundesausschuss gilt die Geschäftsordnung des Bundesausschuss. Das Bundesausschuss-Präsidium leitet den erweiterten Bundesausschuss. Schriftliche Stimmabgabe ist nicht möglich.

Der erweiterte Bundesausschuss wird vom Bundesausschuss-Präsidium im Benehmen mit dem Bundesvorstand unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung einberufen. Die Einladungsfrist beträgt drei Wochen.

Der erweiterte Bundesausschuss setzt sich aus 60 Delegierten zusammen. Jeder Bezirk erhält ein Grundmandat. Die übrigen Mandate werden entsprechend der Zahl der SPD-Mitglieder bis zum Alter von 35 Jahren auf die Bezirke verteilt. Vom Bundesvorstand wird alle zwei Jahre eine aktualisierte Delegiertenberechnung vorgelegt.

Die Delegierten sind auf einer Bezirkskonferenz zu wählen. Die Mitglieder des Bundesausschusses und des Bundesvorstandes sowie der/die Bundessekretär/Bundessekretärin nehmen am erweiterten Bundesausschuss ohne Stimmrecht teil.

IV. Wahlen

Wahlen erfolgen nach den Vorschriften der Wahlordnung der SPD. Bei allen Wahlen ist im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit notwendig. Wird ein weiterer Wahlgang benötigt, entscheidet die einfache Mehrheit.

Beschlüsse werden mit Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst, soweit die Arbeitsrichtlinien nichts anderes bestimmen.

Mindestens 40% der Mitglieder eines Vorstandes oder der von einer Arbeitsgemeinschaft, einem Unterbezirk oder einem Bezirk zu wählenden Delegierten müssen Frauen sein. Bei der Feststellung der Zahl der mindestens zu wählenden Frauen ist aufzurunden, es sei denn, die Zahl der Frauen, die einem Vorstand oder einer Delegation angehören müssen, würden mehr als die Hälfte betragen.

V. Weitere Arbeitsrichtlinien

1. Die Arbeitsgemeinschaften aller Ebenen können sich eigene Richtlinien geben, die nicht im Gegensatz zu diesen Richtlinien stehen dürfen.

2. Die Unterbezirkskonferenzen der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen setzen sich zusammen entweder

als Vollversammlung aus dem in III.1. genannten und im Unterbezirk gemeldeten Personenkreis.

Oder aus Delegierten, die von den im Unterbezirk bestehenden Arbeitsgemeinschaften gewählt worden sind.

VI. Modellversuch

Im Rahmen eines Modellprojekts gelten bis zum 31.12.2005 für die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten folgende Regelungen:

Unterschreitet bei Wahlen für den Bundesvorstand oder für Delegationen zum Bundeskongress die Zahl der gewählten Kandidatinnen einen Anteil von 40 %, so verringert sich die Größe des Bundesvorstandes bzw. der Delegation so weit, dass die Zahl der weiblichen Mitglieder des Bundesvorstandes bzw. der Delegation einen Anteil von mindestens 40 % erreicht. Der Mann bzw. die Männer mit der niedrigsten Stimmzahl gehört bzw. gehören in diesem Fall dem Bundesvorstand bzw. der Delegation nicht an; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Für Delegationen zum Bundeskongress kann vorgesehen werden, dass verhinderte Mitglieder nur von Ersatzdelegierten des gleichen Geschlechts vertreten werden können.

Beschluss **02** AntragstellerInnen: Ostgipfel über Landesverband Brandenburg

Volle Rechte für Nichtmitglieder

Grundsätzliches:

Seit März 1994 ist die SPD offen für Nichtmitglieder. Mit dem Beschluss ist es jungen Menschen bis 35 Jahren möglich ohne Parteibuch bei den Jusos mitzuarbeiten. Innerhalb der Juso-Arbeitsgemeinschaft erhalten sie volle Mitgliedsrechte, im Rahmen der SPD-Arbeit sind ihre Rechte eingeschränkt. Diese sogenannten SPD-Mitglieder mit Teilrechten oder auch MAE's (abgeleitet von Mitarbeitserklärungen) sind aber nur auf den ersten geregelten Blick volle Juso-Mitglieder.

Noch immer ist die Verwaltung der MAE's unzureichend und lückenhaft. Kaum eine Gliederung hat den Überblick über die MAE-Mitgliedschaften. Die Praxis des Verschickens der aus-gefüllten Formblätter an Landes- und Bundesebene und das parallele Eintragen der MAE's in die Mitgliedsverwaltung der SPD hat sich nicht bewährt. Zum einen sind MAE's nicht in die MAVIS eingepflegt worden bzw. nicht gelöscht worden, wenn die Probemitgliedschaft beendet worden ist (ob durch Austritt oder Wechsel in die SPD-Mitgliedschaft). Daher schleppen wir einen riesigen Bürokratieschwanz mit uns.

Der Modellversuch ist beendet und zur gängigen Praxis erklärt worden. Das begrüßen wir außerordentlich. Ist uns doch gerade in den ostdeutschen Landesverbänden bewusst, welche positive Wirkung die Öffnung gebracht hat. Die Hürde in unserer Partei mitzuarbeiten ist für Jugendliche um vieles nach unten gesetzt worden. Diese zu nehmen, fällt jungen Menschen wesentlich leichter. Doch müssen wir eine Regelung für den bürokratischen Ablauf finden und auch müssen wir ihnen endlich die vollen Mitgliedsrechte gewähren.

Denn noch immer werden in vielen Landesverbänden und auch im Bundesverband die MAE's z.B. zur Delegiertenberechnung für Landeskonferenzen und Bundeskongress schlichtweg ignoriert. Der Schlüssel zur Berechnung zum BuKo berücksichtigt auch 9 Jahre seit Bestehen der Öffnungsklausel noch immer keine Juso-Mitglieder, lediglich die SPD-Mitglieder unter 35 Jahren sind Grundlage für die Mitgliedszahlen in den Untergliederungen. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar. Vor allem mit Rückblick auf die Etablierung der Mitarbeitsmöglichkeit ohne Parteibuch.

Gerade auch wir ostdeutschen Landesverbände haben einen enorm hohen Anteil von MAE-Mitgliedern. Das liegt sicher auch in der geringen Bereitschaft unter den Ostdeutschen, sich parteilich zu binden. Um die positiven Wirkungen der Öffnung in unsere Praxis voll einfließen zu lassen, schlagen wir daher folgende Änderungen vor:

1. Die Nichtmitgliedschaft wird auf zwei Jahre begrenzt.

Interessierte können nach wie vor bei den Jusos ohne Parteibuch mitarbeiten. Mit vollen Rechten ausgestattet können Sie zwei Jahre lang alle Arbeiten im Verband mitgestalten und für diese Verantwortung übernehmen. Nach Ablauf der zwei Jahre kann eine weitere Mitarbeitserklärung ausgefüllt werden oder der Parteieintritt folgen. Diese Verlängerung ist jederzeit bis zum 35. Lebensjahr möglich, muss jedoch erklärt werden. Wenn diese Verlängerung vom Mitarbeitenden nicht gegeben wird, fällt er/ sie aus der Mitgliedsverwaltung heraus.

2. Alle Mitarbeitenden in die MAVIS

Wir fordern die Gliederungen auf, alle Mitarbeitenden in die Mitgliedsverwaltung der SPD als SPD-Mitglieder mit Teilrechten einzutragen. Das Eintragen kann der Landesverband, Bundesverband oder UB-Geschäftsführer übernehmen. Wichtig ist das Hinzufügen der Organisationseinheit, in der der Mitarbeitende/ die Mitarbeitende tätig werden möchte.

3. Wirklich volle Mitgliedsrechte

Die Mitarbeitenden dürfen nicht weiter unberücksichtigt bleiben. Bei keiner Statistik dürfen die Juso-Mitglieder ohne Parteibuch fehlen, auch nicht bei der Berechnung des Delegiertenschlüssels zu Kongressen. Berücksichtigt werden können allerdings nur Mitarbeitende, die in die MAVIS eingepflegt wurden.

4. Keine neuen Hürden.

Die Nicht-Mitgliedschaft hat vor allem positive Effekte hervorgebracht, weil die SPD mit dieser Heranführung an die Parteiarbeit die Hürden zum Hineinschauen und Ausprobieren sehr niedrig angelegt hat. Bewusst ist dies geschehen. Jede weitere Idee neuer Hürden, wie einem Mitgliedsbeitrag sei er auch noch so gering lehnen wir ab. Dies würde den guten Ansatz zur Öffnung konterkarieren und auch keine bürokratische Erleichterung bei der vollen Einbindung in unseren Verband bedeuten.

Wir beauftragen den Bundesvorstand bis Ende 2003 die oben beschriebenen Eckpunkte juristisch prüfen zu lassen und einen satzungsändernden Antrag auf dem nächsten Bundeskongress vorzulegen.

Beschluss **R1** AntragstellerInnen: Bezirk Hannover

Backwaren gegen den Krieg

Wir fordern alle Backwaren produzierenden und verkaufenden Unternehmen auf, das Gebäck „Amerikaner“ in „Friedenskeks“ umzubenennen, um so ein Zeichen gegen den Krieg im Irak zu setzen.

Beschluss **R3** AntragstellerInnen: Landesverband Baden-Württemberg

Ausbildungsplätze schaffen – Ursachen bekämpfen

Mindestens 70.000 fehlende Ausbildungsplätze allein für das begonnene Ausbildungsjahr – so die aktuellen Prognosen am Arbeitsmarkt. Dieses massive Problem muss jetzt von der Politik und den Tarifparteien engagiert angegangen werden.

Wir als Jusos erteilen Forderungen eine Absage, die denen die Folgen der Lehrstellen-Misere aufbinden wollen, die keine angemessene Lehrstelle finden. Die Bundesregierung ist mit dem Versprechen angetreten, allen Jugendlichen eine Lehrstelle zu sichern, die eine benötigen.

Selbst bei der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer kürzeren Verweildauer an einem Arbeitsplatz ist die Entscheidung über die anzutretende Lehrstelle eine Entscheidung für den weiteren Berufsweg.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung und die Tarifparteien dazu auf, sicherzustellen dass jede und jeder Jugendliche eine adäquate Lehrstelle finden kann. Dabei ist alle Kraft darauf zu verwenden, dass endlich die vom Bundesverfassungsgericht festgestellten 12,5% Ausbildungsplatzüberschuss umgesetzt werden. Die freie Wahl des Berufs ist ein Grundrecht, das endlich von jedem/jeder in Anspruch genommen werden soll. Dabei ist bei einem Ausbleiben der freiwilligen Beteiligung der Wirtschaft die Ausbildungsumlage das einzige adäquate Mittel. Eine Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien nach dem Muster „lieber Metzger auf der Schwäbischen Alb als arbeitslos in Flensburg“ (Rainer Brüderle) ist allerdings klar der falsche Weg, die prekäre Lage am Ausbildungsmarkt zu entschärfen. Vielmehr muss mit allen Mitteln die Zahl der Ausbildungsplätze massiv erhöht werden, so dass ein Jugendlicher eine seinen Interessen entsprechende Ausbildungsstelle findet.

In den letzten Jahre haben Ausbildungssuchende zunehmend Flexibilität und Bereitschaft zu Kompromissen gezeigt. Diese Bringleistung der jungen Menschen darf nicht durch die Kürzung der Ausbildungsvergütung und der Androhung von Sozialhilfeentzug bei Nichtannahme von Ausbildungsplätzen weiter missbraucht werden.

Beschluss **S2** AntragstellerInnen: Landesverband Bayern

Keine Ausreisezentren nicht in Fürth und nicht anderswo

Wir sprechen uns deutlich gegen die Einrichtung bzw. Aufrechterhaltung von sogenannten Ausreisezentren bzw. vergleichbaren Einrichtungen aus, die darauf ausgerichtet sind ausreisepflichtige AusländerInnen durch die weitgehende Einschränkung der persönlichen Freiheit und die Ausübung erheblichen psychischen Drucks zur freiwilligen Ausreise zu zwingen.

Wir sehen in staatlichen Einrichtungen, die allein den Zweck haben durch unwürdige Behandlung Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit herbeizuführen einen Verstoß gegen den grundgesetzlich garantierten Schutz der Menschenwürde.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, insbesondere Abgeordnete und Regierungsmitglieder der SPD, auf alles in Ihrer Macht stehende zu tun um die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung von und die Einwei-

sung in Ausreisezentren zu beseitigen und bestehende Einrichtungen ersatzlos zu schließen. Der Entwurf der Bundesregierung für ein Zuwanderungsgesetz ist in diesem Punkt umgehend entsprechend abzuändern.

Beschluss **S5** AntragstellerInnen: Kreisverband Ulm und Böblingen

Generelles Verbot von Cross-Boarder-Leasing Geschäften

Wir fordern ein generelles Verbot von Cross-Boarder-Leasing Geschäften.

Stattdessen fordern wir eine umfassende Gemeindefinanzenreform

Die Jusos fordern eine grundsätzliche Reform der Struktur der kommunalen Finanzen. Dieses in der Regel unter dem Namen Gemeindefinanzenreform diskutierte Projekt genießt angesichts der Auswirkungen der angespannten Haushaltslage in den Kommunen höchste Priorität.

Die Eckpunkte einer solchen Gemeindefinanzenreform sind:

- Notwendig ist eine Stabilisierung der kommunalen Einnahmen, insbesondere eine Beseitigung der einseitigen Konjunkturabhängigkeit, die in Verbindung mit den Sozialpflichtausgaben entsteht. Ein wichtiger Schritt ist die Revitalisierung der Gewerbesteuer, insbesondere über die Einführung einer konjunkturunabhängigen Komponente, etwa eines Wertschöpfungsmodells, sowie über die Einbeziehung von Freiberuflern in die Gewerbesteuerpflicht. Über die Abschaffung der gewerbesteuerlichen Organschaften ist nachzudenken, wobei eine Kompensation für steuerschwache Kommunen erforderlich ist.
- Notwendig ist die weitere Stärkung der Finanzkraft strukturschwacher Kommunen durch entsprechende Bundes- und Landesprogramme, insbesondere hinsichtlich ihrer Investitionskraft.
- Notwendig ist der Ersatz der Sozialhilfe durch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die als staatliche Leistung das individuelle kulturell-soziale Minimum absichert. Eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei gleichzeitiger Niveauabsenkung lehnen wir ausdrücklich ab.
- Notwendig ist die Klärung der Zuständigkeit für die Erfüllung von bereits bestehenden Aufgaben und ihrer Finanzierung. Dies gilt insbesondere für die mischfinanzierten Bereiche sowie für die Umsetzung sogenannter Begleitgesetze.
- Notwendig ist die Benennung und verfassungsrechtliche Absicherung klarer Kriterien für die Ausgestaltung der kommunalen Finanzausgleiche auf Landesebene. Hierbei sind insbesondere strukturelle Faktoren (Stadt-Land-Ausgleich, Arbeitslosigkeit, Integrationsbedarf) zu berücksichtigen.

Ziel einer Gemeindefinanzenreform muss es auch sein, einen solchen Abstimmungsprozess zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verstetigen und für alle die Kommunen betreffenden Gesetze vorzusehen.

Die katastrophale Finanzsituation der Kommunen hat dazu geführt, dass Verwaltung und Räte auch ungewöhnliche und fragwürdige Wege gehen, um die kommunalen Kassen zu entlasten. Ein Beispiel dafür ist „Cross-Border-Leasing“, das auch von einigen sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen in seinen positiven Auswirkungen über- und in seinen Risiken unterschätzt wird.

Das Prinzip des Cross-Border-Leasings, auf Deutsch grenzüberschreitendes Verpachten läuft folgendermaßen: deutsche Kommunen verkaufen Schulen, Messehallen, Straßenbahnen, Kläranlagen oder Kanalnetze an Investoren aus den USA - und leasen sie dann in einem Parallelvertrag direkt wieder zurück. Diese Investoren sind Banken, Industrie und Versicherungsunternehmen. Durch eine Rückkaufoption hat sie das Recht, nach rund 30 Jahren den Vertrag zu beenden und ihre Liegenschaften zurückzuerwerben. Dabei entstehen in den USA Steuervorteile, von denen die deutschen Städte einen Anteil als Barwertvorteil erhalten. Und dieser Barwertvorteil so wie die vereinbarten Mietraten ist der Köder, dem viele Kommunen in ihrer Finanznot nicht widerstehen können. Es gilt US-Recht. So wird der US-Investor Eigentümer der Anlage, gleichzeitig bleibt die jeweilige Kommune auch Eigentümer. Diese paradoxe Situation wird im Vertragspapier folgendermaßen erklärt: Nach deutschem Recht bleibt die Kommune wirtschaftlicher und rechtlicher Eigentümer und der Investor erwirbt nach amerikanischem Recht das wirtschaftliche Eigentum. Diese Trennung ist aber juristisch nicht möglich und lediglich ein Trick. Nur als Eigentümer der Anlage hat der Investor die Möglichkeit in den USA die beschriebenen Steuervorteile geltend zu machen. Die Stadt verpflichtet sich, die Anlage im vereinbarten Volumen zu betreiben; wenn die Anlage ausfällt oder nicht ausgelastet wird, darf der Investor kündigen und Schadensersatz fordern.

Cross-Border-Leasing Geschäfte sind kein geeignetes Mittel, um kommunale Haushalte zu entlasten. Viele Städte haben diese undurchsichtige Geldquelle erschlossen. Städte wie Düsseldorf, Nürnberg, Mannheim und viele mehr sind daran interessiert die maroden Stadtkassen aufzubessern.

Cross-Border-Leasing Geschäfte bergen etliche Risiken.

Einen Vorgeschmack auf die mit Cross-Border-Leasing verbundenen Risiken hat die Stadt Aachen bekommen. Sie hat ein Jahr lang über einen Leasingvertrag für ihre Müllverbrennungsanlage verhandelt. Man hatte sich einen Barwertvorteil von 30 Millionen Mark erhofft. Ende 2001 scheiterten die Verhandlungen. Aber allein für die etwa einjährigen Verhandlungen soll Aachen an Banken, Anwaltskanzleien und weitere Berater 19 Millionen Mark bezahlen.

Am Beispiel der Stadt Wittemberg, welche ihr Klärsystem an einen amerikanischen Investor verkauften, zeigt sich ein weiteres Risiko auf. Sollte es nämlich zu einem Unglücksfall oder zu einem anderen Verlustfall kommen wird der Leasing-Vertrag beendet. In diesem Beispiel wäre die Stadt verpflichtet, die Rendite des Investors bis zum Tag der Vertragsbeendigung zu garantieren. Die Stadt Wittemberg müsste bei einem Unglücksfall damit rechnen, Forderungen von bis zu 42 Millionen Euro zu erbringen.

Sollte eine dieser Banken, welche am CBL-Geschäft beteiligt sind Insolvenz anmelden, kann es sein, dass die Stadt das Konkursrisiko der beteiligten Banken trägt. Im Falle der Stadt Köln müsste diese einen Betrag von 600 Millionen Euro Schadensersatz erbringen. Die Stadt, welche sich ja finanzielle Entlastung erhoffte wäre somit auf einen Schlag bankrott.

An dieser Stelle wird oft lapidar argumentiert, dass man dem Investor vertrauen könne und es nicht von großer Bedeutung wäre das riesige Vertragswerk zu lesen.

Entscheidungsträger, welche so argumentieren, handeln unverantwortlich. Die Methodik der Beschlussfassung ist mehr als bedenklich. Der Investor verlangt von der Kommune absolute Verschwiegenheit, damit ein Geschäftsabschluss überhaupt möglich wird. Außerdem werden konkrete Auflagen und Ausführungen den Ratsmitgliedern nicht bekannt gemacht, sondern bei einem Treuhänder hinterlegt. Die Tatsache, dass diese Verträge mehrere tausend Seiten stark und in englischer Sprache verfasst sind, macht das ganze Konstrukt nicht sonderlich transparent. Sollte es zu Streitfällen kommen würden diese der Stadt viel Geld kosten, da sie in den USA stattfänden und in englischer Sprache abgehalten würden.

Das Vertragsdurchführungsrisiko liegt immer auf der Seite der Kommune. Der US-Investor trägt dieses nicht. Diese Ungleichverteilung von Risiko sollte jeden hellhörig machen. Wenn es dazu kommen sollte, dass eine Stadt die oben beschriebenen Millionenforderungen zu zahlen hat, wird der Steuerzahler der Verlierer in diesem Geschäft sein. Im Augenblick ist es der amerikanische Steuerzahler, welcher jährliche Ausfälle des US-Haushalts von bis zu 10,2 Milliarden US-Dollar zu schultern hat.

So kann es zum Beispiel dazu kommen, dass in den USA eine Quellensteuer erhoben werden könnte, die dann von der Kommune zu erbringen ist. Sollte diese Quellensteuer eingeführt werden, so kann es sein, dass auf die Städte Millionenforderungen zukommen, da die Verträge sehr lange Laufzeiten besitzen.

Erstaunlich ist auch, dass die amerikanischen Behörden hellhörig geworden sind. Diese halten die Verträge nach geltenden Gesetzen für unzulässig. Ein Verbot dieser Geschäfte von amerikanischer Seite aus lässt aber noch auf sich warten.

Ein Grund mehr diese Scheingeschäfte, welche sowohl dem amerikanischen als auch dem deutschen Steuerzahler schaden, umgehend zu verbieten. Zudem halten wir Cross-Border-Leasing für eine besonders intransparente Form der Veräußerung, die in ihrer Wirkung der Privatisierung von öffentlichem Eigentum gleich kommt.

Dies ist immer verbunden mit dem Verlust demokratischer Kontrolle durch die gewählten VertreterInnen der BürgerInnen und einer Einschränkung der Rechte der ArbeitnehmerInnen und deswegen abzulehnen.

Der Ausverkauf von städtischem Eigentum muss gestoppt werden. Mit solch riskanten Steuertricks die Kassen aufzubessern, wird auf Dauer nicht funktionieren.

Beschluss **S8** AntragstellerInnen: Landesverband Sachsen-Anhalt

Kami in die Sesamstraße

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) wird aufgefordert, die Darstellung einer HIV-positiven Person in Form der Puppe Kami in die deutschen Folgen der Sesamstraße aufzunehmen.

Dazu wird eine bundesweite Unterschriftenkampagne der Jusos initiiert.

Gerecht weiter denken.



Beschlüsse Juso-Bundeskongress 2004

18. bis 20. Juni, Tonhalle München

Jus  **s**
i n d e r S P D

	Seite
Beschlüsse	
<i>Arbeitsgrundlagen / Kampagne</i>	
A 1 Gerecht weiter denken. Die Jusos auf dem Weg in die nächste Generation – Kampagnenplattform	5
A 3 Über die Notwendigkeit des Feminismus bei den Jusos	12
 <i>Arbeit, Bildung, Ausbildung, Weiterbildung</i>	
B 1 Sozialer Fortschritt durch die Absicherung sozialer Innovation!	16
B 15 Ja zur Tarifautonomie - Nein zur Erpressung von Betriebsräten!	22
B 16 Arbeitszeitverkürzung	23
B 17 Kündigungsschutz	24
 <i>Chancengleichheit, soziale Sicherung und gender equality</i>	
C 2 Sexuelle Identität als Diskriminierungsverbot	27
 <i>Europa</i>	
E 4 Soziales Europa? - Von Fort- und Rückschritten des Europäischen Verfassungskonvents	28
E 6 Im Sumpf - Rechtspopulismus in Europa	32
 <i>Frieden und Globalisierung</i>	
F 1 Anforderungen an die Friedensmacht Europa	42
F 4 Frieden schaffen! Resolution zur Situation in Nahost	49
F 12 Solidarisches Generationenprojekt international	51
F 13 Global Governance	55
F 15 La lotta globale	58
 <i>Gerechte Steuer- und Finanzpolitik</i>	
G 1 Gerecht weiter denken. Für eine solidarische Steuer- und Finanzpolitik	69
 <i>Verkehrspolitik, Verbraucherschutz, Gesundheitspolitik</i>	
H 1 Kein Saale-Seiten-Kanal in Sachsen-Anhalt	82

H 2	Bahn 2010 - Wie weiter?	83
H 3	Sicherheitskontrollen bei LKW und Kleintransportern	84
H 5	RFID-Technologie gesetzlich regeln	84
H 6	Kennzeichnung des Kaloriengehalts von Lebensmitteln	84
H 7	Kennzeichnung von Gentechnik	85
H 8	Alcopops	85
H10	Erstellung einer Positivliste	86
H11	Übernahme der Kosten für Antibabypillen	86

Organisationspolitik

O 1	Stärkung der Mitwirkungsrechte von Juso-Nichtmitgliedern	87
O 6	Vereinbarkeit von gleichzeitiger Mitgliedschaft bei den Jusos und in einer studentischen Korporation	88

Resolutionen

R 1	100 Jahre ArbeiterInnenJugendbewegung - Gerecht weiterdenken - wer, wenn nicht wir?	90
R 2	Happy Birthday! Zum 20. Jubiläum des Quotenbeschlusses bei den Jusos	92
R 3	Gerecht weiter denken! Resolution zur aktuellen Lage	94
R 4	Gerecht weiter denken: Einwanderung ...	97
R 5	Ein generationengerechtes europäisches Sozialmodell...	99
R 6	Auf zum letzten Gefecht	100
R 7	Die HWP erhalten	103
R 8	Für ein Ende des atomaren Verschiebebahnhoofs	104
R11	Ohne Ausbildung ist alles andere nichts	105

Initiativanträge

I 5	Endstation Ausgrenzung	106
I 8	Ostantrag	106

A

Arbeitsgrundlagen / Kampagne

A1 - Gerecht weiter denken. Die Jusos auf dem Weg in die nächste Generation – Kampagnenplattform

Einleitung

Wir Jusos sind auf dem Weg in eine neue Zeit. Mit dem zusammen erarbeiteten und verabschiedeten Bundesarbeitsprogramm 2003 haben wir einmütig bewiesen: Wir Jusos wollen die Herausforderungen gemeinsam angehen, die sich an einen linken Jugendverband heute und morgen stellen.

Mit dem Bundesarbeitsprogramm 2003 haben wir uns vorgenommen, den Verband so umzubauen, dass die Jusos auch zukünftig Lobbyisten für die Ansprüche junger Menschen in Leben, Lernen, Arbeiten und Wirtschaften sein können. Wir wollen unsere Strukturen so reformieren, dass sie dem Engagement von Jugendlichen, insbesondere aber von jungen Frauen mehr als bisher entgegenkommen. Die Zusammenarbeit und der Dialog mit den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften sollen gestärkt werden. Und nicht zuletzt wollen wir die Position der Jusos als kritischer Jugendverband auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie weiter festigen und einen sozialistischen Beitrag für die Sozialdemokratie der nächsten Generation leisten.

Die Aufgabe, die wir uns vorgenommen ist ein work-in-progress. Wir befinden uns mittendrin im Verbandsumbau:

- Mit den Umbauprojekten haben wir die inhaltliche Arbeit neu gestaltet und entwerfen solidarische Positionen für eine veränderte Gesellschaft und eine neue globale Ökonomie. Die Grundlage dafür bietet die solidarische Generationenendebatte, in der wir nicht Sozialabbau im Namen kommender Generationen, sondern die realen Ansprüche junger Menschen an Leben, Lernen und Arbeiten in den Mittelpunkt der Diskussion stellen.
- Mit der Professionalisierung der Bildungsarbeit haben wir begonnen, die künftigen FunktionärInnen des Verbandes für die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen aber auch die organisatorische Umsetzung unserer Arbeit vorzubereiten. Wir wollen alle Jusos dazu befähigen unsere kritischen Positionen innerhalb der Partei, in Bewegung und nicht zuletzt in der jungen Generation zu verankern. Ein Auftakt dazu wird mit der Juso-Sommerschule im August geschaffen.
- Politik lebt vom Mitmachen. Deshalb entwickeln wir neue Formen der Ansprache von Jugendlichen. Die Grundlage bleibt dabei unsere Philosophie der Verknüpfung von solidarischen Inhalten mit modernen Aktionsformen. Mit der „Supportagentur Bundesbüro“ setzen wir die bewährte Dienstleistung an die Aktiven – und die zukünftigen Aktive – des Verbandes fort.

Das Jahr 2004 ist gezeichnet von einem wahren Wahlmarathon. In Europa, in den Ländern und in vielen Kommunen kämpfen junge Sozialistinnen und Sozialisten für sozialdemokratische Gestaltungsmehrheiten. In den Wahlkämpfen werden wir Jusos deutlich machen, dass wir es sind, die für die Zukunftschancen junger Menschen stehen. Und wir werden deutlich machen, dass Konservative, Liberale aber auch viele Grüne keine fortschrittlichen Ideen für die Gesellschaft sozialstaatlicher Verfassung von morgen haben.

Dies alles sind die Herausforderungen diesen Jahres. Um die vielen Aktivitäten der Jusos und die Phase des Verbandsumbaus nicht nebenherlaufen zu lassen, haben wir uns entschlossen, mit der Kampagne **Gerecht weiter denken**. ein Dach über das vielfältige Engagement der Jusos zu bauen. Die Kampagne **Gerecht weiter denken**. ist die Grundlage unserer Politik: Vor Ort, im Land und auf der Bundesebene.

Mit dieser Kampagnenplattform wollen wir Jusos die Weichenstellungen, die mit **Gerecht weiter denken**. verbunden sind, untermauern. Unser Ziel ist es, die Inhalte der Kampagne in der eigenen Generation und ihrem Alltagsverständnis zu verankern. Wir stehen für eine solidarische Generation mit radikalreformerischen Ansprüchen an die Gestaltung von Gesellschaft, Ökonomie und Kultur. Wir wollen mit dieser Plattform die Grundlage dafür schaffen, dass Deutschland im Jahre 2010 ein sozialdemokratisches Land ist und bleibt.

II. Die Kampagne als Etappe für eine Politik in neuen Zeiten

Wir Jusos stehen vor zugespitzten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen:

Schließung sozialer Chancen und Krise des Sozialmodells

Das deutsche Sozialmodell, das jahrzehntelang Teilhabe gegen Leistung zusicherte, befindet sich seit den 90er Jahren durch ökonomische und gesellschaftliche Modernisierungsdynamiken verstärkt unter Druck. Massenarbeitslosigkeit, Globalisierung der Ökonomie und die Modernisierung der Lebensstile stellen neue Anforderungen an politische Regulierung. Durch die Arbeitnehmerschaft erkämpfte Rechte wie die gerechte Teilhabe am Wohlstand und Mitbestimmung werden seit den 90er Jahren zunehmend in Frage gestellt. Die Sozialstaatspfeiler Sozialversicherungsstaat, Tarifautonomie, Konsens zur Vollbeschäftigung verlieren durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und Massenarbeitslosigkeit an Boden. Gleichzeitig verliert das System der politischen Repräsentation an Legitimität in der Bevölkerung, da es die Krisen der ökonomischen Modernisierung nicht bewältigen kann und ihren veränderten Anforderungen an politische Partizipation nicht genügt.

Auf der Ebene der Alltagskultur ist die gesellschaftliche Pluralisierung jedoch nicht in die Auflösung aller bisherigen Lebenszusammenhänge gemündet, wie die These von der Individualisierung nahe legt. Die Sozialstruktur hat sich modernisiert und ausdifferenziert, aber es sind nach wie vor verschiedene soziale Milieus der Alltagskultur voneinander abgrenzbar. Soziale Schließungen, wie sie etwa in der Massenarbeitslosigkeit zum Ausdruck kommen, stellen Verhaltenszumutungen und Lernaufforderungen dar, auf die die Milieus je nach ihrem spezifischen Lebensstil, ihren materiellen und kulturellen Ressourcen und ihrer Alltagsethik unterschiedlich reagieren. Dass aus den sozialen Milieus gegenwärtig auch Proteste und Solidarisierungen hervorgehen, ist ein deutlicher Beleg für die aktive Verarbeitung neuer auch krisenhafter Lebenssituationen und spricht zudem gegen die Annahme einer egoistischen Vereinzelung des Menschen. Es geht bei den gegenwärtigen Protesten nicht allein um materielle, quantitativ messbare, sondern qualitativ soziale Standards, um die Lebensqualität, der Lebensweise als Ganzer. Der Unmut, der sich politisch äußert, beginnt in der Alltagserfahrung. Eine Mehrheit sieht heute das Gerechtigkeitsprinzip Leistung gegen Teilhabe, welches die Anerkennung der milieuspezifischen Strategien in der Arbeitnehmergesellschaft der 70er Jahre auf einen Nenner brachte, gefährdet. Viele empören sich, dass Lebensrisiken unkalkulierbar werden, dass Menschen nach Geschlecht, Alter oder ethnischer Gruppe benachteiligt sind oder Menschen, die zuverlässig gelernt und gearbeitet haben, keinen sicheren und dauerhaften Arbeitsplatz bekommen können und auf die Gnade anderer angewiesen sind, während sich andere unverhältnismäßige Vorteile verschaffen. Von den neuen sozialen Benachteiligungen sind wachsende Gruppen der gut ausgebildeten sozialen Mitte betroffen.

Theoretisch steht dahinter ein Konzept politischer Regulierung, das vorgibt, unideologisch, also „jenseits von links und rechts“ Prozesse gemäß dem Gemeinwohl zu moderieren und nach den besseren Sachargumenten eine moderne sozialdemokratische Politik für die Mitte zu vertreten. Es konkurriert und schwimmt oft mit einem konservativen oder neoliberalen Konzept der „Macher“. Dieses Modell sieht die Lösung der derzeitigen gesellschaftlichen Krise in einer Stärkung der Eliten, die per Anweisung nach unten die Gesellschaft reformieren wollen.

Union und FDP haben mit ihren Vorschlägen zu Kopfpauschalen und Steuerreform deutlich gemacht: Ihnen geht es nur noch um die Entfesselung der Marktkräfte nach thatcheristischem Vorbild. Sie haben sich von gesellschaftlicher Gestaltung vollständig verabschiedet und wollen dass die Wirtschaft über die Menschen regiert.

Als Rezept gegen Massenarbeitslosigkeit fordern besonders die Unternehmensverbände mehr Verdienste im Niedriglohnbereich. Solche Verdienste stellen jedoch bereits seit langem die Realität dar: Schon 1980 bis 1997 erhielten nach einer Studie des WSI acht bis neun Prozent aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Westdeutschland Armutsverdienste unter der Hälfte des Durchschnittseinkommens. Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil von Beschäftigten mit prekären Löhnen und Gehältern von unter Zweidrittel des Durchschnittseinkommens von 16 auf 20 Prozent zu. Über 60 Prozent dieser Kolleginnen und Kollegen mit Armuts- oder Prekärverdiensten besaßen eine anerkannte Berufsausbildung, zum Teil mit Abitur.

Unternehmensvertreter erpressen die Belegschaften durch Verlagerungsdrohungen und zerstören Zukunftschancen durch negative Ausbildungsbereitschaft, während einige sich gleichzeitig durch Steuerflucht der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um das deutsche Sozialmodell hat mit der Infragestellung des Flächentarifvertrages durch mehrere Spitzenverbände der Arbeitsgeber sowie CDU/CSU und FDP eine neue Qualität erreicht. Der Konflikt fand mit den betrieblichen Protestaktionen der Gewerkschaften Ende 2003 seinen vorläufigen Höhepunkt. Äußerungen wie die des BDI-Präsidenten Michael Rogowski, die Flächentarifverträge „verbrennen“ zu wollen, verdeutlichen, dass die institutionalisierten partnerschaftlichen Aushandlungssysteme und Konfliktregulierungen der Republik von einer starken Fraktion der Arbeitsgeberfunktionäre nicht mehr akzeptiert werden.

Politik der Perspektivlosigkeit

In seiner Rede zur Vorstellung der Agenda 2010 forderte der Kanzler im Jahr 2003 „Mut zur Veränderung“. Dieser Mut wird dem Arbeitslosen und ArbeitnehmerInnen mit einem Arbeitslosengeld II in Höhe der Sozialhilfe sowie

Lockerungen beim Kündigungsschutz deutlich abverlangt. Die Kriterien für die Annahme von Arbeit wurden im Vermittlungsverfahren von CDU/CSU und FDP nochmals verschärft, künftig gilt jede legale und nicht sittenwidrige Arbeit als zumutbar, soll der Anspruch auf Unterstützung nicht verloren gehen. Eine restriktive Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit führt zur einer sprunghaft angestiegenen Ablehnung von Anträgen auf Unterstützung, während sich die Vermittlung von Erwerbslosen nicht verbessert.

Die langfristigen Perspektiven für mehr Beschäftigung bleiben weiter im Dunkeln. Derzeit klammert sich die Bundesregierung an die Hoffnung, der kommende Aufschwung würde in diesem Jahr wirtschaftliche Stagnation und Arbeitslosigkeit beenden. Wirtschaftsminister Clement verkündet das „Durchschreiten der Talsohle“, obgleich alle Wirtschaftsinstitute ihre Wachstumsprognosen nach unten korrigieren und keinen spürbaren Rückgang der Arbeitslosenzahlen erwarten, die nach Bereinigung der Statistik auf einem Rekordniveau liegt. Mit ihrer Politik des Abbaus sozialer Rechte und der Senkung des Spitzensteuersatzes verabschiedete sich die Regierung Schröder von zentralen Aussagen aus dem SPD-Wahlprogramm, welches noch die stärkere Heranziehung großer Vermögen gefordert und sich zur Verantwortung gegenüber sozial Schwachen bekannt hatte. Von einer Vermögenssteuer oder einer Erhöhung der Erbschaftssteuer als einem Beitrag der sozial stärksten Bevölkerungsschicht ist keine Rede. Damit versagt die Regierung in ihrer Kernaufgabe, die Risiken des ökonomischen Wandels sozial abzufedern. Infolgedessen kam parallel zu den Austrittswellen und einer Serie von Wahlniederlagen zu einer massiven Entfremdung zwischen dem überwiegenden Teil der Gewerkschaften und SPD-geführter Regierung.

Bündnis 90/Die Grünen tragen die Grundausrichtung der Agenda 2010 inner halb der Bundesregierung mit, auch wenn einzelne profilierte Abgeordnete alternative Akzente in Richtung Vermögens- und Erbschaftssteuer bzw. durch Nein-Stimmen setzen. Die Teilerfolge linker Sozial- und Wirtschaftspolitik auf Parteitagungen oder im Bundestag sind jedoch der Grundhaltung einer Mehrheit des Führungspersonals gegenüberzustellen, das mit seinem Karriereaufstieg, z.T. aus den früheren alternativen Milieus, weitgehend den Blick für Fragen sozialer Ungleichheit verloren hat. Es konzentriert sich beispielsweise eher auf Fragen ökologischer Nachhaltigkeit.

Das negative Bild der Bundesregierung schlug sich jedoch bisher nicht in den Ergebnissen für die Partei bei den letzten Landtagswahlen nieder. Die s mag mit einem Zustrom unzufriedener Wechselwählern von der SPD, aber auch schlicht damit zusammenhängen, dass die am meisten kritisierten Ressorts wie Soziales, Wirtschaft und Finanzen nicht von Bündnis90/Die Grünen repräsentiert werden. Außen- und Umweltressort bieten dagegen derzeit für das eigene Wählerpotential insgesamt positive Identifikationsmöglichkeiten, z.B. beim Thema Irak bzw. Frieden oder bei Konflikten mit der Industrie um Umweltstandards.

Trotz aller Unterschiedlichkeiten müssen wir eine Diskussion über unsere Zusammenarbeit mit B'90/Die Grünen führen und das Feld der Gemeinsamkeiten, aber auch der Unterschiede, deutlicher abstecken.

Hohe Akzeptanz solidarischer Modelle und Engagement

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Maßnahmen der Agenda 2010 ab: Nach einer aktuellen Forsa-Umfrage halten 64 Prozent der Bürger die Politik der Agenda 2010 für falsch und sogar 76 Prozent für sozial ungerecht. 60 Prozent sagen, die Reformen hätten ihnen persönlich eher Nachteile gebracht, Vorteile registrieren dagegen nur 3 Prozent.

Doch auch im Grundsatz bricht sich das Politikkonzept der „Macher“ und „Modernisierer“ der „neuen Mitte“ deutlich an den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger, wie eine repräsentative Umfrage des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) im Jahr 2000 zeigt: 83 Prozent der wahlberechtigten deutschen Bevölkerung meinen, dass „heute noch Gewerkschaften“ gebraucht werden, zudem stimmen 72 Prozent „voll und ganz“ oder „eher“ der Aussage zu, „das Mitspracherecht der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz muss sehr viel größer werden“. Ebenfalls steht eine deutliche Mehrheit für eine starke soziale Sicherung. Eine knappe Mehrheit von 54 Prozent meint sogar, es gehe in der Gesellschaft eher „sozial ungerecht“ zu. Misserfolg wird nicht zwangsläufig individualisiert: Eine Mehrheit von 54 Prozent stimmt nicht mit der Aussage überein „Die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, sind selber schuld“. Für die Alters- und Krankenvorsorge sollte, so meinen 64 Prozent weiterhin der Staat und nicht der Bürger selbst verantwortlich sein. Allerdings kann daraus keine „Hängemattenmentalität“ interpretiert werden. 68 Prozent sind der Auffassung, das Einkommen sollte sich „stärker an Leistung“ orientieren. Auch eine Mehrheit sieht gerade dieses bejahte Leistungsprinzip gefährdet: 56 Prozent stimmen der Aussage nicht zu, „wenn jemand genügend leistet, braucht er sich keine Sorgen um seinen Arbeitsplatz zu machen“.

Die Daten offenbaren eine Alternative jenseits der alten Debatte um mehr Staat oder mehr Markt. Eine Mehrheit der Wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland spricht sich für mehr Partizipation in Wirtschaft und Politik aus und zeigt Bereitschaft zum Engagement. Ein Sozialmodell der Solidarität, vereint mit einem Politikmodell, das Engagement durch Abbau von Hierarchien und Demokratisierung der Entscheidungswege fördert, wäre mehrheitsfähig. Konzepten elitärer Modernisierung unter Vernachlässigung sozialer Schiefen fehlen dagegen die Verankerung in der Alltagskultur und damit die Unterstützung.

Legitimationsverlust der etablierten Politik

Die subjektive Erkenntnis bürokratischer Hemmnisse und Missachtung partizipatorischer Ansprüche durch die etablierte Politik führt besonders bei den sozialen Milieus der modernen Arbeitnehmermitte zur Abwendung .von

der großen Politik., die für das eigene Leben keine Rolle zu spielen scheint. Insbesondere bei Basismitgliedern oder der mittleren Führungsebene der Parteien, aber auch in traditionellen Wohlfahrtsorganisationen herrscht eine hohe Unzufriedenheit, die sich in zunehmender Abstinenz von politischen Debatten und allgemeiner Passivität äußert. Die Versuche der SPD-Führung, dieser Entwicklung durch Medienkampagnen zu begegnen, schlagen fehl, weil diesen die Verankerung in den Alltagskulturen fehlt. Sie ist so eher Zeichen für die Defizite demokratischer Steuerung, des Mangels an glaubwürdigen Konzepten für eine Erneuerung des Sozialstaates und der Bekämpfung des Hauptproblems Massenarbeitslosigkeit.

Insgesamt ist in den 90er Jahren immer deutlicher hervorgetreten, dass die alten bürokratischen oder autoritär-hierarchischen politischen Steuerungskonzepte die modernisierten sozialen Mentalitäten und Produktivkräfte nicht mehr zusammenhalten können. Die politischen und ökonomischen Eliten öffnen jedoch nicht die Entscheidungswege, sondern interpretieren die gestiegene Kompetenz und die Teilhabeansprüche der arbeitnehmerischen Mitte als Bedrohung ihrer Entscheidungsmacht und fordern vielerorts den Abbau sozialer Rechte.

Der Legitimationsverlust der Repräsentanten des politischen Systems schlägt besonders bei jungen Leuten durch. Lt. Shell Jugendstudie trauen 37% der Jugendlichen von 12 - 25 Jahren den Parteien nicht zu, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, weitere 19% geben auf diese Frage gar keine Antwort. Vertrauen genießen staatliche eher parteiunabhängige Institutionen, wie etwa Bundesverfassungsgericht, Justiz und Polizei oder Menschenrechts- oder Umweltschutzgruppen, während Parteien das geringste Vertrauen entgegengebracht wird. Dabei setzen sie sich überwiegend für ihre Interessen sowie für die sinnvolle Freizeitgestaltung, aber auch für soziale und ökologische Angelegenheiten ein. Individuelle Aktivitäten gehen oft mit Aktivitäten in selbst organisierten Gruppen und anderen Aktionsformen einher.

Diese Aktivitätsformen sind gerade bei initiativreichen und eigenständigen Jugendlichen verbreitet. Festzustellen ist aber: Jugendliche und junge Erwachsene sind im klassischen Kontext gesellschaftlicher Aktivität, also bei Gewerkschaften und Parteien weniger engagiert. Die politischen Institutionen binden die politische Jugend nicht mehr.

Dies alles zeigt: Wir stehen in den kommenden Monaten und Jahren vor einer Entscheidung. Vor der Entscheidung, ob es der Linken gelingt, solidarische Alternativen zum angelsächsisch-neoliberalen Modell in der Gesellschaft zu verankern. Es ist die Aufgabe junger Sozialistinnen und Sozialisten, einen neuen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat in einer globalisierten Welt mit allen seinen Implikationen im Bereich Steuerpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu denken. Unser Vorbild dafür sind einige Maßnahmen unserer skandinavischen Genossinnen und Genossen, denen es gelungen ist, Flexibilität und Sicherheit sinnvoll miteinander zu verzahnen.

III. Unsere Philosophie: Gerecht weiter denken.

Der Titel der Kampagne **Gerecht weiter denken.** ist für uns ein Handlungsauftrag. Soziale **Gerechtigkeit** ist und bleibt das wichtigste Ziel sozialdemokratischer Politik. Ihn gilt es gegen Marktradikale und Neoliberale zu verteidigen. Wir wissen dabei die Mehrheit der jungen Generation hinter uns. Unter veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen müssen wir Jusos uns aber auch immer wieder vergegenwärtigen, wie wir uns sozialen Fortschritt in Zukunft vorstellen.

Wir Jusos bleiben deshalb nicht stehen. Wie vor 35 Jahren zu Zeiten der Linkswende stellt sich auch für uns heute die Aufgabe, eine demokratische, sozialistische und feministische Gesellschaft zu denken. Das bedeutet auch, sich nicht mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden zu geben und Visionen über den Tag hinaus zu formulieren.

Wir Jusos wissen, dass angesichts der fundamentalen Veränderungen im flexiblen Kapitalismus wir unsere inhaltlichen Positionen überprüfen und auf die neue Zeit einstellen müssen. Das bedeutet nicht, diese Veränderungen als Legitimation für eine Politik des Sozialabbaus vorzuschieben. Sondern es bedeutet, Positionen für eine zeitgemäße sozialstaatliche Regulierung, für eine Demokratisierung der Weltwirtschaft sowie für eine gleichberechtigte Selbstbestimmung der Geschlechter auf der Höhe der Zeit zu entwickeln. Deshalb wollen wir **Gerecht weiter denken.**

Derzeit hat sich unter dem Schlagwort der „Generationengerechtigkeit“ eine Argumentation breit gemacht, die soziale Leistungen abbauen will und konjunkturabhängige Haushaltskonsolidierung herbeiredet. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels hat sich eine Rhetorik entfaltet, die Alten lebten auf Kosten der Jungen und würden letzteren die Zukunft verfrühstücken.

Wir Jusos sehen keinen „Generationenkonflikt“ und schon gar keinen „Generationenkampf“ am Horizont auftauchen. Wir wissen, dass alle sozialen Leistungen, die wir heute abschaffen oder privatisieren, zukünftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Daher ist die derzeitige Generationen-debatte eine Debatte im Namen, vor allem aber auf Kosten der jungen Generation.

Deshalb beteiligen wir uns auch nicht an dieser Form der neoliberalen Generationen-debatte. Wir wissen: Die Verteilungsgrenze verläuft nicht zwischen den Generationen, sondern zwischen oben und unten. Mehr als eine Million Kinder, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, 500.000 Menschen, die am 1.1.2005 aus der

Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe fallen und gleichzeitig stetig steigender Reichtum in der Hände weniger sprechen eine eindeutige Sprache.

Vor hundert ebenso wie vor 35 Jahren, sowie heute, morgen und immerfort bleibt klar: Unsere Politik ist die solidarische Reformalternative zu Marktradikalen, Konservativen und Neoliberalen. Wir Jusos stehen zu einem solidarischen Generationenvertrag. Klar ist aber auch, dass dieser vor dem Hintergrund des Generationenwechsels in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur neu definiert werden wird. Wir Jusos führen deshalb eine Generationendebatte nach dem Motto: Generationengerecht ist, was Zukunftschancen schafft. Eine generationengerechte Gesellschaft ist eine solche, die jungen Menschen als auch alten Menschen alle Chancen eröffnet, Fähigkeiten und Kompetenzen auf höchstem Niveau zu erwerben. Wir Jusos verbinden das Thema Generationengerechtigkeit nicht mit einer Abbau- sondern mit einer Fortschrittsperspektive. Im Interesse einer solidarischen Gesellschaft heute wie morgen: **Gerecht weiter denken**, bedeutet deshalb Konzepte für die Zukunftschancen und die Selbstbestimmung der heute jungen Generation zu formulieren. Aus diesen Konzepten leiten wir Reformstrategien für die radikale Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft ab.

IV. Etappen auf dem Weg in die nächste Generation

Die Kampagne **Gerecht weiter denken**. ist ein kommunikatives Dach auf dem Weg dorthin. Sie besteht aus elementaren Etappen und Aufgabenstellungen, die wir Jusos – ob im Bund, in den Ländern oder vor Ort – uns gemeinsam vornehmen.

1. Etappe: Wahlkämpfe

Die Kampagne **Gerecht weiter denken**. bietet ein kommunikatives Dach für die Wahlkampfauseinandersetzungen diesen Jahres. Alle Jusos sind aufgefordert die Elemente der Kampagne und ihre Botschaften in die Arbeit vor Ort einzubinden. Die Kampagne soll dabei eine permanente Kommunikation zwischen den Landesverbände, Bezirken, Unterbezirken und dem Bundesverband ermöglichen. Der Erfolg der Kampagne hängt entscheidend an der gemeinsamen Zusammenarbeit aller Ebenen des Verbandes – ob in Wahlkampf – oder Nichtwahlkampfzeiten.

2. Etappe: Kristallisierung der Kampagnenthemen (2. Hälfte 2004)

Dieses Jahr sind viele Kräfte durch Wahlkampfauseinandersetzungen gebunden. Politik bleibt deshalb aber nicht stehen. Wir brauchen neue strategische Positionierungen, die wir kampagnenmäßig nach außen und in Partei tragen können. Deshalb wollen wir die zweite Etappe dazu nutzen, die Kampagne auf einige thematische Forderungen zuzuspitzen. Zur besseren Mobilisierung wollen wir uns dabei auf einige wenige Schwerpunkte beschränken. Einer der Schwerpunkte muss die größer werdenden Einkommensunterschiede in Deutschland thematisieren. Die Verteilungswirkungen der einzelnen Reformen muss wieder in den Blickpunkt gerückt werden.

3. Etappe: Implementierung im Verband

Die Kampagnenthemen müssen breit im Verband verankert werden. Dafür sind zusätzliche Anstrengungen der Verbandskommunikation als Prozess der Gegenseitigkeit notwendig. Alle Ebenen sind aufgefordert, Module zu entwickeln, die die Umsetzung der Kampagnenthemen in moderne Aktionsformen und erneuerter Zielgruppenansprache ermöglichen.

4. Aufstellung des Verbandes für zugespitzte gesellschaftliche Auseinandersetzungen

Gerecht weiter denken. ist ein Beitrag zur Steigerung der Kampagnenfähigkeit des Verbandes. Wir wissen, dass wir in der kommenden Zeit vor der Entscheidung stehen: Gelingt es uns mit SPD und Bewegung jungsozialistische Programmatik in Regierungshandeln einfließen zu lassen, oder werden Konservative und Liberale für einen gesellschaftliche Roll Back in die Zeit des Steinzeitkapitalismus sorgen können? Wir Jusos werden für die erste Option kämpfen. Das heißt, dass alle Etappen der Kampagne dazu dienen müssen, den Verband für diese Auseinandersetzung fit zu machen. Unser Ziel ist klar: Ende 2005 wollen wir aufgestellt sein für das Jahr der Entscheidung 2006. Das heißt nicht, dass wir bis dahin die Hände in den Schoß legen. Vielmehr bedeutet dies, wir müssen bis dorthin zentrale jungsozialistische Programmatik in Partei, Bewegung und junger Generation verankert haben wie es uns zum Beispiel mit der Umlage oder Jump Plus beispielhaft gelungen ist. Dazu wird es nötig sein, die programmatische Lethargie in der SPD – aber auch der Linken insgesamt – zu überwinden. Ohne inhaltlich-strategische Konflikte wird dieser Prozess nicht zu gewinnen sein.

V. Verbandsumbau konkret – Alte Aufgaben, neue Herangehensweisen

Zur Kommunikation der Kampagne und zum gegenseitigen Austausch mit den Unterbezirken haben wir insgesamt fünf Regionalkonferenzen und einen zentralen Verbandstag in Berlin durchgeführt. Dieser intensive Dialog mit den Aktiven vor Ort ist nicht im leeren Raum verlaufen. Wir Jusos wollen die Anregungen des Verbandes aufnehmen.

Deshalb müssen wir die Aufgaben, die wir uns mit dem Bundesarbeitsprogramm 2003 und der Kampagne **Gerecht weiter denken**, vorgenommen haben, auf die Bedürfnisse der Aktiven neu ausrichten.

Die Gender-Debatte zurück in die Mitte des Verbandes!

Nach 35 Jahren sozialistisch-feministischer Wende können wir heute trotz aller Probleme feststellen: Bei den Jusos hat der Feminismus einen festen Platz. Nichtsdestoweniger sind in unserem Verbandsleben auch deutliche Rückschritte von einem einst hart errungenen feministischen Bewusstsein im Verband zu konstatieren. Nur ein breiter und grundlegender Diskurs über feministische Politik im Verband und in der Öffentlichkeit kann hier wieder für ein neues geschärftes feministisches Bewusstsein sorgen. Die Anforderungen, die sich aus dem Frauenarbeitsprogramm ergeben haben, zeigen nur langsam Erfolg. Die Beteiligung junger Frauen in den Juso-Strukturen ist nach wie vor unterdurchschnittlich. Das können und wollen wir Jusos nicht hinnehmen. Wir brauchen das Potenzial junger engagierter Frauen, gerade auch weil alle Jugendstudien zeigen, dass junge Frauen engagierter sind und sozialdemokratischer Programmatik offener gegenüberstehen.

Junge Frauen stärker in den Strukturen zu berücksichtigen ist kein Selbstgänger. Es stellen sich daraus Anforderungen an die Öffnung der Strukturen und Gremien selbst, an die inhaltlichen Debatten und die Debattenführung sowie nicht zuletzt auch an die Bereitschaft der männlichen Mitglieder, spezifische Verhaltensweisen abzuschaffen.

Wir nehmen uns daher im Rahmen der Kampagne ein „Gender-Aktionsprogramm“ (GAP) vor. Dies sieht vor:

- Feminismus heute ist Querschnittsaufgabe. Deshalb müssen sich alle Umbauprojekte mit geschlechtsspezifischen Zugängen zu den jeweiligen Themen beschäftigen. Allerdings ist Feminismus nicht nur Querschnittsaufgabe, sondern muss ebenso in eigenständigen Zusammenhängen diskutiert werden, in denen es u.a. auch um die Frage feministischer Strategien gehen kann.
- Feminismus und Gender-Themen gehören wieder in das Zentrum des Verbandes. Das gilt es strukturpolitisch zu symbolisieren. Wir wollen wieder vermehrt die geschlechtsspezifischen Herangehensweisen und Ansprüche an sozialstaatliche Regulierung diskutieren. Deshalb wird die Gleichstellungskommission in das Umbauprojekt Chancengleichheit integrieren. Damit wird sichergestellt, dass insbesondere in sozialstaatlichen Fragen geschlechterspezifische und feministische Sichtweisen in der Diskussion und der Ausarbeitung von Lösungsmöglichkeiten stärker zu berücksichtigen. Das Umbauprojekt soll diesen Ansatz gerade auf Feldern der Steuer- und Finanzpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Balance von Arbeit und Leben verfolgen.
- Die Bundesfrauenkommission wird in ihrer autonomen Form weiterbestehen.
- Wir müssen unsere Strukturen frauenfreundlich reformieren. Das ist eine der wichtigsten Gestaltungsaufgaben für die Zukunftsfähigkeit dieses Verbandes. Deshalb wird der Bundesvorstand beauftragt, eine Bestandsaufnahme der Chancen und Probleme des Engagements junger Frauen in den derzeitigen Strukturen vorzulegen. Erfahrungen der Bezirke und Landesverbände fließen über den Bundesausschuss ein.
- Evaluation ist gut – Lösungen sind besser. Darüber hinaus wird der Bundesvorstand, -ausschuss und die Umbauprojekte beauftragt, in enger Abstimmung mit dem Bundesvorstand bis zum Bundeskongress 2005 ein Ansprachekonzept „Beteiligung junger Frauen (BjF)“ vorzulegen. Dessen Ergebnisse werden wir auch in die AG Parteireform des SPD-Parteivorstandes einbringen.

Bildung und Innovation

Wir müssen wieder fit werden in der bildungspolitischen Debatte. Deshalb wird im Bundesvorstand eine „Arbeitsstelle Bildungspolitik“ eingerichtet. Unter Beteiligung der Aktiven des Verbandes werden dort die themenfeldspezifischen Debattenstränge gebündelt und zu einer konsistenten bildungspolitischen Agenda zusammengefasst. In einem zweiten Schritt wollen wir neue Anspracheformen für dieses Politikfeld erarbeiten. Dazu gehört auch wieder die Etablierung des Netzwerks SchülerInnen.

Den Ansatz der Arbeitsversicherung als Versicherung für Weiterbildung und soziale Innovationen wollen wir weiter verfolgen und innerhalb der Regierungsagenda verankern. Gleiches gilt für die im Rahmen des Umbauprojekts Berufsorientierung erarbeiteten Positionen zur Zukunft des dualen Systems.

Arbeiterjugendbewegung heute

Das Verhältnis der SPD zu den Gewerkschaften ist seit dem letzten Jahr mehr als angespannt. Als Teil von Sozialdemokratie und Arbeiterjugendbewegung betrachten wir diese Entwicklung mit großer Sorge. Die SPD ist keine Gewerkschaftspartei und der DGB ist keine Filiale der SPD. Aber für eine fortschrittliche Politik in Wirtschaft und Gesellschaft braucht die SPD die Gewerkschaften und brauchen die Gewerkschaften die SPD. Deshalb müssen wir das Verhältnis zwischen beiden wieder auf den Pfad eines konstruktiven und kritischen Dialogs führen. Gewerkschaften und SPD müssen gemeinsam beantworten, wie auf die Herausforderung der Globalisierung sozial gerecht zu antworten ist.

Das 100-jährige Bestehen der sozialistischen ArbeiterInnenjugend hat uns gezeigt, wie wichtig die Vernetzung der sozialistischen Jugendverbände ist.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten die Diskussionen mit den Gewerkschaftsjüngenden über gemeinsame Ansprüche an das Leben, Arbeiten und Wirtschaften intensiviert. Wir wollen den Dialog mit den Teilen der Arbeiterjugendbewegung und modernen Ausläufern intensivieren, gemeinsame Positionen entwickeln und die Interessenvertretung junger Menschen auf einer konzertierten Basis verbessern. Wir werden deshalb einen „Jugendgewerkschaftsrat“ gründen, in dem die Einzelgewerkschaftsjüngenden des DGB, die DGB-Jugend sowie die Spitze des Juso-Verbandes vertreten sind. Dazu ist auch die Stärkung des sogenannten Beethovenkreises, der aus VertreterInnen aller sozialistischen ArbeiterInnenjugendverbände besteht (wie Gewerkschaften, Falken, etc.), als politisches Gremium notwendig.

Eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsjüngenden allein auf der Ebene der Bundesvorstände reicht uns aber nicht aus. Deshalb streben wir die Bildung entsprechender „Jugendgewerkschaftsräte“ sowie andere Formen der Zusammenarbeit auch in den Bezirken und Unterbezirken an. Um einen intensiven Austausch und eine bessere Koordinierung entsprechender Aktivitäten zu erreichen, werden die Bezirke aufgefordert, Verantwortliche für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsjüngenden zu benennen. Eine Vernetzung dieser Verantwortlichen über eine bundesweite Mailingliste soll über das Umbauprojekt erfolgen.

Wir wollen die Bündnisorientierung der Jusos stärken. Deshalb werden wir Maßnahmen entwickeln, mit denen die Jusos Elemente „neuer Solidarität“ umsetzen können. Unser Ziel sind Jugendbündnisse auf allen Ebenen, mit denen für die Zukunftschancen junger Menschen mobilisiert und ein Beitrag zur Politisierung der Bewegungen geleistet wird. Beispielhaft dafür sind die Jugendbündnisse, die wir bereits in Bezug auf die Umlage und das Berufsbildungsgesetz gegründet haben.

Es geht dabei um die (Mit-)Initiierung politischer Diskussionsforen und politischer Aktionen verschiedenster kritischer Organisationen und die Findung gemeinsamer politischer Positionen, aus denen langfristig gemeinsame linke Projekte hervorgehen können. Ziel ist die Bündelung und Vernetzung von politischen Interessen, die zu oft als Partikularinteressen missverstanden wurden, in Wahrheit aber oft Ausdruck von gesellschaftlichen Konfliktlinien und verschiedener politischer Lager sind, in einer Neuen Solidarität. Die natürlichen politisch Verbündeten wie Gewerkschaftsjugend, GlobalisierungskritikerInnen, die Friedensbewegung und andere sollen dazu bewegt werden, eine gemeinsame politische Diskussionsplattform ins Leben zu rufen, eine soziale Plattform. Auf Grundlage dieser Plattform soll zusammen die zentrale Fragestellung: „Wie wollen wir morgen arbeiten, wirtschaften und leben?“ diskutiert werden. Ziel dabei ist es ein gemeinsames politisches Projekt zu formulieren, das sich mit den zentralen Fragen der Arbeitsformen und der Wirtschaft und Bildung von morgen befasst und die Etablierung von Gegenöffentlichkeiten zur herrschenden Meinung. Wir wollen gemeinsam Formen eines neuen Wirtschaftsystems denken, das allen gesellschaftlichen Gruppen weltweit die Teilhabe am Wohlstand ermöglicht, eine lebenswerte Umwelt gewährleistet und unternehmerische Entscheidungen demokratisiert.

Wir streben an, die BündnispartnerInnen in die programmatische wie praktische politische Arbeit einzubeziehen, um eine breitere inhaltliche Basis zu schaffen und relevante öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Der positive Effekt ist doppelter Art: Kritische Interessengruppen finden bei den Jusos Unterstützung für ihre Anliegen, Jusos wiederum können als Teil politischer Bewegungen innerparteilich selbstbewusster auftreten, da sie nicht nur ihre eigene Programmatik, sondern letztlich auch die verschiedener pressure-groups vertreten. Dadurch steigt das Potential des Juso-Verbandes, dessen politische Eingaben oft mit dem Hinweis abgetan wurden, diese vertreten nicht (mehr) die Interessen der Jugend. Der Übergang von Individualaktionen zu gemeinsamen Handeln bewirkt gleichzeitig neue politische Solidarisierungen.

Wir leben in einem flexiblen Kapitalismus mit globalem Ausmaß. Dieser verändert unser Zusammenleben vor Ort, und er verändert das Arbeiten und Wirtschaft über alle Generationen hinweg. Die neoliberale Globalisierung hat einen deregulierten, ja entfesselten finanzgetriebenen Kapitalismus entstehen lassen, der Armut und soziale Verwerfungen auf der ganzen Welt produziert. Abgehängte Regionen an der Peripherie ohne Aussicht auf eine Entwicklungsperspektive korrespondieren mit sozialen Spaltungen in den Kapitalen des Weltwirtschaftssystems. Dies stellt neue Anforderungen an die politische Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Global Governance, das globale Regieren zu schaffen, ist die zentrale Zukunftsaufgabe einer fortschrittlichen Politik. Deshalb wollen wir im Bündnis mit den weiteren Teilen Arbeiterjugendbewegung sowie der globalisierungskritischen Bewegung eine zeitgemäße Analyse der globalisierten Ökonomie entwickeln.

Generationenwechsel bei den Jusos

Wir erleben derzeit einen Generationenwechsel bei den Jusos. Die Attraktivität des Verbandes zeigt sich daran, dass wir im Vergleich mit dem Rest der Partei mehr Jusos werden. Dazu hat auch die Juso-Mitgliedschaft beigetragen.

Unsere Aktiven werden immer jünger. Schon die Potenzialanalyse hat gezeigt, dass unsere Aktiven im Schnitt zwischen 16 und 22 Jahren alt sind. Generationenwechsel bedeutet deshalb natürlich, dass diese neuen Jungsozialisten auch neue Ansprüche an das politische, organisatorische wie inhaltliche Arbeiten mitbringen. Dies ist ein Innovationspotenzial, das wir aufgreifen müssen. Deshalb werden wir in den kommenden Wochen und Monaten eine „Dialogoffensive neue Aktive (Dineu)“ in Kooperation mit den Unterbezirken starten.

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Spätestens seit der Durchsetzung der Agenda 2010 müssen wir aber feststellen, dass sich die Struktur der Juso-Interessierten verändert. Insbesondere finden weniger junge Frauen und links politisierte junge Menschen zu uns. Diesem Trend wollen wir durch eine gezielte Außendarstellung unseres Verbandes als Teil der linken Jugendbewegung entgegenwirken.

Die Tatsache des kontinuierlichen Mitgliederverlustes in SPD und im unseren Verband hat dazu geführt, dass weniger Leute mehr machen müssen, wenn man das Niveau und den Anspruch der Leistung beibehalten will.

Dazu stehen dem Juso-Verband zwei alternative Wege der Entwicklung zur Verfügung: Den Anspruch und die Leistungsfähigkeit an der kleiner und jünger werdenden Mitgliedschaft und FunktionärInnen auszurichten oder Ansprüche an die neue Mitgliedschaft zu formulieren und Orientierung in inhaltlichen Fragen zu leisten.

Trotz der Notwendigkeit zur Attraktivität des Verbandes flache Verbandshierarchien zu schaffen, um projektbezogenen Mitmachmöglichkeiten zu bieten, benötigt eine „Professionalisierung“ Freiräume für die inhaltliche Orientierung der Projekte.

Die Schwierigkeit die großen Aufgaben zu erfüllen (Identitätsbildung, ideologische Verortung, machtpolitisches innerparteiliches Eingreifen, Tagespolitik, Bildungsarbeit), die geringer werdenden Kapazitäten des Verbandes, verlustige Authentizität und Tradition führen zu einer weiteren Desorientierung. Die kurzfristige Antwort, fehlende Kapazitäten durch externe Zuleistungen auszugleichen, ist absolut notwendig und richtig. Langfristig wird es dazu führen, dass die eigenen Kapazitäten umso schneller verloren gehen, wenn sie nicht durch eine Strategie und ein Programm der innerverbandlichen Entwicklung aufgefangen werden.

Es ist es notwendig den eigenen Fachleuten und die Herausbildung Raum zu geben. Dies kann in einem modernen Verband nur durch eine „Institutionalisierung“ auf der Bundesebene erfolgen. Für die Herausbildung ist neben dem notwendigen Output auch Kontinuität unbedingt erforderlich.

Zu den bestehenden Umbauprojekten und dem beschlossenen Theorie-AK des letzten und noch gültigen Arbeitsprogramms, sollte themenspezifisch eine ZuarbeiterInnenstruktur etabliert werden. Diese innerverbandlichen gremien sind durch den Bundesvorstand einzusetzen und zu berufen. Bezirke und Umbauprojekte sollen eine erste Orientierung in der Personalauswahl darstellen.

Dieses neue Verbandsmodell richtet sich sowohl nach außen als auch nach innen. Die Identität des Verbandes wird Ziel und Ausgangspunkt aller politischen Handlungen.

Die Erkenntnis, dass Orientierung nur der leisten kann, der Mut zur eigenen Tradition hat und diese herausbildet, führt dazu, dass die Theoriearbeit der Ausgangspunkt der Identität darstellt. Die Herausbildung von Fachleuten UND die Erweiterung des Angebotes an einer veränderten Mitgliedschaft müssen gleichzeitig und gleichgewichtig erfüllt sind.

Nur professionelle Juso-Arbeit kann den weiteren Verlust der Politikfähigkeit verhindern. Nur so wird Authentizität und Glaubwürdigkeit geschaffen und letztlich der Verband „kampagnenfähig“ gemacht. Nur so können die Herausforderungen, die sich aus einer geringer werdenden Mitgliedschaft ergeben, bewältigt werden, ohne in die Gefahr von Abhängigkeiten oder politischer Beliebigkeit zu geraten, die sich aus der Beteiligung externer Fachkräfte ergeben.

Ein moderner politischer Jugendverband zeichnet sich durch abnehmenden Strukturkonservatismus aus. Um in die junge Generation hinein zu wirken, ist es von großer Bedeutung stärker aktionspolitische Elemente in unsere Verbandsarbeit zu integrieren. Dazu müssen wir uns von der Gremienfixiertheit lösen und mehr noch als in der Vergangenheit projektorientiert arbeiten. Die Erneuerung der Kampagnenfähigkeit der Jusos ist eines der zentralen Ziele der Kampagne **Gerecht weiter denken**.

Nichtsdestotrotz wird auch in der Zukunft gewährleistet, dass die Jusos in allen Bundesländern und Kreisen als starker Jugendverband vertreten sind.

VI. Politik konkret: Inhaltliche Aufgaben der kommenden Zeit: Solidarische Generationendebatte

Wollen wir unserem Anspruch gerecht werden, eine solidarische Generationendebatte zu führen, müssen wir die Debatten in den Umbauprojekten stärker bündeln und aufeinander beziehen. Dazu werden wir die Querschnittshearings nutzen. Gleichfalls müssen aber auch die Umbauprojekte ihre Agenden besser zuspitzen und abgleichen.

Wir haben in der inhaltlichen Analyse unserer Kampagne gezeigt: Die Existenz von Staatlichkeit, sei es in Form sozialer, politischer oder ökonomischer Regulierung, wird vor dem Hintergrund der Globalisierung zunehmend infrage gestellt, sie trifft aber auch an reale Grenzen. Als linker Jugendverband sind wir uns sicher: Ohne staatliche Gestaltung wird es soziale Gerechtigkeit und ökonomische Innovation nicht geben. Ziel der Kampagne ist es, Gerechtigkeit auf der Höhe der Zeit zu denken. Deshalb müssen wir unsere Anforderungen an einen modernen Staat und gesellschaftliche Regulierung auf globaler und vor allem europäischer Ebene formulieren. Deshalb wollen wir die Querschnittshearings um das hochaktuelle Themenfeld der „Governance“ herum gruppieren. Es geht uns dabei sowohl um die Steuerung gesellschaftlicher und ökonomischer Teilsysteme, vor allem aber um die Frage, wie wir

Regulierungsinstanzen über den nationalstaatlichen Rahmen hinweg denken können. Der Bundesvorstand wird einen abgestimmten Jahresplan für die Debatten in den Projekten und den Querschnittshearings vorlegen.

In der Programmdebatte hat die Parteiführung einen richtigen Kurswechsel vollzogen. Angesichts der hochgradig unsicheren, unbestimmten und ausdifferenzierten Entwicklung des Kapitalismus wäre es fahrlässig heute ein dauerhaftes neues Programm aufzulegen. Deshalb werden wir Jusos die Initiativen auf einen Orientierungsrahmen für sozialdemokratische Programmatik unterstützen. Wir Jusos entwickeln wir in den Umbauprojekten eigenständige programmatische Bausteine für einen demokratischen Sozialismus in neuen Zeiten.

VII. Ausblick

Die Kampagnenplattform komplettiert die Herausforderungen der kommenden Zeit. Wir Jusos nehmen uns viel vor. Klar ist, dass die Kampagne **Gerecht weiter denken** nur Erfolg haben werden, wenn die Gliederungen – Bezirke, Landesverbände, Unterbezirke und Kreisverbände – deren Elemente regional verlängern. Das heißt, die Bausteine der Kampagne mit regionalen Einschlägen und Ideen zu bereichern, den Verbandsumbau im Juso-Alltag zu verankern sowie die solidarische Generationenendebatte mit den Aktiven vor Ort zu führen. Doch nicht zuletzt kommt es darauf an, unsere inhaltlichen Positionen in der eigenen Generation zu verankern und offensiv für sozialen Fortschritt in neuen Zeiten zu kämpfen. Deshalb wollen wir Jusos **Gerecht weiter denken**.

A 3 - Über die Notwendigkeit des Feminismus bei den Jusos

1) Einleitung

In früheren Juso-Generationen wurde ein erbitterter Kampf dafür geführt, dass Feminismus als ein zentrales Anliegen der Jusos begriffen wird. Dieser Kampf wurde gewonnen. Die Einsicht in die Bedeutung feministischer Politik ist immer noch selbstverständlich. Sie wurde von der aktuellen Juso-Generation aber weder erkämpft noch inhaltlich diskutiert. Auch Selbstverständlichkeiten müssen aber intellektuell durchdrungen und begriffen werden.

Derzeit gewinnt man immer öfter den Eindruck, dass mit dem Postulat Feminismus etwas propagiert wird, was bei den Jusos nicht mehr inhaltlich verankert ist. Wenn etwas inhaltlich nicht mehr verankert ist, ist es nicht mehr weit zu dem Punkt, an dem es über Bord geworfen wird. Dieses gilt es zu verhindern. Feminismus ist und bleibt für uns ein zentrales Anliegen. Daraus folgt, dass die Diskussion darüber, was feministische Politik unter veränderten Bedingungen bedeutet, notwendig ist.

2) Der Begriff Feminismus

Feminismus bezeichnet wie der Begriff des Sozialismus nicht nur eine Lehre, sondern auch die Bewegung selbst. Feminismus ist eine Theorie, die alle Bereiche des Menschlichen betrifft und die Kritik am und den Kampf gegen das Patriarchat zum Gegenstand hat. Feminismus betreibt sowohl Analyse als auch den Versuch eines Gegenentwurfs zum Bestehenden. Ziel des Feminismus ist die Überwindung des Patriarchats.

Patriarchat bedeutet wörtlich vaterrechtliche Gesellschaft. Unter Patriarchat wird eine auf männlicher Abstammung und der väterlichen Machtstellung beruhende Gesellschaftsform verstanden. Damit einher geht ein bestimmtes System von Vorstellungen und Werten, nach denen Mann und Frau sich zu verhalten, zu leben haben. Daher hat es feministische Politik nicht nur mit den Machtinteressen der Männer zu tun, die vom Status quo profitieren, sondern ebenso mit historisch über Jahrhunderte gewachsenen Bildern über Geschlechterrollen.

3) Geschichte feministischer Politik bei den Jusos

Der Kampf, Feminismus als gleichberechtigtes Politikfeld bei den Jusos zu etablieren, währte lange. Dies hat zahlreiche Ursachen.

a) Haupt- und Nebenwiderspruch

Eine davon war - wie in der Arbeiterbewegung im Allgemeinen - die Betrachtung der Frauenfrage als Nebenwiderspruch zum Kapitalismus. Danach stelle der Kapitalismus den Hauptwiderspruch dar, zu dem es weitere Widersprüche z.B. die Frauenfrage gebe. Zuerst müsse für die Abschaffung des Kapitalismus gekämpft werden, denn dieses sei Voraussetzung, um die Befreiung der Frau durchzusetzen. Für die Praxis leitete sich daraus ab, dass über patriarchalische Machtverhältnisse gar nicht diskutiert und für deren Abschaffung gekämpft werden müsse, da sowieso erst der Kapitalismus abgeschafft werden müsse und alles andere von diesem zentralen Kampf ablenke.

Gegen diese Auffassung wurde mit verschiedenen anderen Konzeptionen gekämpft. So gab es einen Ansatz, der von einer „triple oppression“ ausging. Danach gebe es in dieser Gesellschaft, drei zentrale Widersprüche, die gleichrangig sowohl in Theorie als auch Praxis nebeneinander stünden bzw. untrennbar miteinander verwoben seien: Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus. Die sozialistische Frauenbewegung in den 80ern vertrat überwiegend den Ansatz, dass Patriarchat und Kapitalismus zwei Hauptwidersprüche seien, die miteinander eng verwoben und voneinander nicht zu trennen seien.

Innerhalb der Jusos hatte die Diskussion um Feminismus einen Höhepunkt mit der Verabschiedung der „53 Thesen – Projekt Moderner Sozialismus“ auf dem Bundeskongress 1989, auf dem die Gleichrangigkeit des Kampfes um die Abschaffung des Patriarchats und des Kapitalismus durch die Bezeichnung der Jusos als feministischer und sozialistischer Richtungsverband auch noch mal symbolisch verdeutlicht wurde. Dort bekannte man sich zu der Annahme, dass das Patriarchat alle Klassengesellschaften durchzieht, aber in den verschiedenen Gesellschaftsformationen eine andere Erscheinungsform aufweist.

An dieser Stelle soll es nicht um eine abschließende Bewertung der Diskussion um Haupt- und Nebenwiderspruch gehen. Aber genau die Position, dass Feminismus letztlich die Frage ist, die hinten angestellt gehört, ist bei den Jusos noch oft zu erleben. Inwieweit dies mit dem dargestellten theoretischen Verständnis zu erklären ist oder ob möglicherweise auch schon damals die theoretische Positionierung zur Legitimierung der eigenen Praxis erhalten musste, ist nicht zu beurteilen. Entscheidend ist, dass ohne Feminismus Emanzipation nicht erreicht werden wird. Nicht nur aus dem Grund, dass eine Politik, die diesen Widerspruch nicht denkt, die Hälfte der Menschheit einzubeziehen vergisst, sondern auch weil sie unter der Behauptung Herrschaft an sich abschaffen zu wollen, nicht alle Herrschaftsbeziehungen einbezieht.

b) Gleichheit und Differenz

Eine andere Fragestellung beschäftigte nicht zuletzt auch die Jusos, dies war die Frage von Gleichheit und Differenz. Auf der einen Seite stand die Position, die die Geschlechter als gleich betrachtete und die rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung der Frauen voranbringen wollte. Dagegen gab es die Ansicht, dass Frauen ihre Andersartigkeit betonen sollten und aufgewertet wissen wollten. Bei den Jusos setzte sich eine Position durch, die die Trennung der beiden Ansätze nicht nachvollzog. Wenn nur eines der beiden Elemente zählt, ist die Frau auf die eine Hälfte ihrer Möglichkeiten reduziert, denn entweder sie ist gleichberechtigt, wenn sie dem Männerideal nachhinkt und kann Bedürfnissen, die darin nicht vorkommen, nicht nachgehen oder sie ist zwar eine autonom lebende Frau, die zwar „weiblich“ ist, aber dafür keinen Zugriff auf die „Männersphären“ dieser Gesellschaft hat. Emanzipation als ganze Person zu erreichen, kann nur im widerspruchsvollen Mit- und Gegeneinander von Gleichheit und Differenz entwickelt werden.

Praktisch wirkte sich diese Diskussion bei den Jusos dahingehend aus, dass versucht wurde, auf der einen Seite Frauen in den Strukturen gleich vertreten zu haben (Gleichheitsansatz) und auf der anderen Seite Räume zu schaffen, in denen Frauen ihren Bedürfnissen entsprechend Politik machen konnten (Differenzansatz).

c) Die Quote

Noch in dem 1971 von Norbert Gansel herausgegebenen Buch „Überwindet den Kapitalismus oder was wollen die Jungsozialisten?“ tauchen weder eine einzige Frau als Autorin noch die Frauenfrage als Stichwort auf. In den 70er Jahren nehmen die Jusos erste Impulse aus der sich entwickelnden Frauenbewegung auf. Zum einen wählen sie zum ersten Mal mit Heidemarie Wiczorek-Zeul eine Frau als Bundesvorsitzende, zum anderen widmet die Juso-Linke (Hannoveraner Kreis) in den Herforder Thesen 6 von 200 Seiten der Frauenfrage. Dabei knüpft sie inhaltlich erstmalig an August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ an und konstatiert eine doppelte Unterdrückung der Frau im Kapitalismus.

Mit der wachsenden Bedeutung der Frauenbewegung als Teil der sozialen Bewegungen der 70er und vor allem 80er Jahre erlangten feministische Positionen zentrale Bedeutung, wie die Diskussion um den § 218 oder die Frauenquote. 1984 wurde der Grundsatzbeschluss über die Einführung einer Frauenquote gefällt. Damit waren die Jusos der Partei 4 Jahre voraus, die sich erst 1988 für eine Geschlechterquote entscheiden konnte. Dabei folgten die SPD mit dem 40 % - Ansatz dem Vorbild der norwegischen Sozialdemokratinnen. Ausschlaggebendes Argument für die Einführung der Quote war die beschämende Tatsache, dass 70 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts der Anteil von Frauen in der SPD-Fraktion kaum höher war als 1919. Die Quote führte zu einer rasch steigenden Zahl von Frauen in der Politik und in verantwortungsvollen Ämtern, so dass letztlich sogar die CDU eine abgeschwächte Frauenquote beschloss.

1997 sprachen sich die Jusos auf ihrem Bundeskongress für die sogenannte „harte“ Quote aus, was heißt, dass freie Frauenplätze nicht mehr mit Männern aufgefüllt werden können. Dies hat zur Folge, dass z.B. unquotierte Delegationen Mandate zurückgeben werden müssen.

Mittlerweile hat sich die „harte“ Quotierung auch in unseren internationalen Dachverbänden wie IUSY und ECOSY durchgesetzt.

Allerdings haben die Jusos die Verbandsrealitäten unserer schwedischen Partnerorganisation SSU noch längst nicht erreicht, bei denen geschlechterparitätische Vorstände und Delegationen zum Selbstverständnis gehören, ohne dass sie satzungstechnisch sanktioniert werden müssen.

4) Und heute

In den 90er Jahren gab es noch mal den Versuch, mit dem Ansatz des doppelten Lebensentwurfs den Bedürfnissen junger Frauen gerecht zu werden. Seit dem gab es bei den Jusos wenig Diskussion zu dem Thema. Aber auch weiterhin ist es so, dass Frauen in zahlreichen Gesellschaftsbereichen diskriminiert werden, es Phänomene wie Frauenhandel gibt, Sexismus und Gewalt gegen Frauen alltäglich sind u.s.w. Die konkreten Ausformungen des Patriarchats in der heutigen Gesellschaft ließen sich endlos fortsetzen. Doch so wie sich Gesellschaft ändert, ändern sich auch die Geschlechterverhältnisse. Für eine aktuelle feministische Politik ist es folglich unerlässlich, diese Veränderungen zu analysieren und die Konsequenzen für eine feministische Politik zu formulieren.

Zu fragen ist, wie ein Feminismus jenseits eines „Karriere-Feminismus“, der einzig die Überwindung von Hürden auf der Karriereleiter zum Gegenstand hat, in der heutigen Zeit aussehen kann. Hierbei ist insbesondere zu klären, wie die Tatsache, dass die meisten jungen Frauen mit Feminismus nichts anfangen können und Probleme, die ihnen als Frauen begegnen, als individuell verursachte wahrnehmen, zu bewerten ist. Es sollte verstärkt analysiert werden, welche Bilder und Diskurse durch die verschiedenen Bereiche populärer Alltagskultur (z.B. Texte/Image etc. von Bands; TV-Serien; Werbung; Zeitschriften; Filme etc.) transportiert werden. Eine weitere Frage ist, wie der Umstand, dass der materielle Druck steigt, auf die Geschlechterverhältnisse wirkt. Eine Diskussion über den Zusammenhang von Patriarchat und Rassismus, die in linken und feministischen Kreisen heiß diskutiert wird, aber bei den Jusos wenig Eingang gefunden hat, ist auch aufzunehmen.

5) Das Dilemma der Geschlechter in der Politik

Die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre sowie die Zuschreibung erstgenannter an Männer und zweitgenannter an Frauen zieht eine unterschiedliche Sozialisation der Geschlechter nach sich. Während es in der harten Berufswelt auf Durchsetzungsstärke, Machtinstinkt, Durchboxen etc. ankommt, zählen in der privaten Welt Verständnis, Sanftheit, Zuneigung. Um die harte Berufswelt ertragen zu können, bedarf es eines Äquivalents, das die Härte kompensiert – die private Sphäre, in der mit Liebe und Zuneigung die Blessuren der harten Berufswelt geheilt werden. Auch wenn die Welt nicht so einfach ist und es viele Durchbrechungen dieser Stereotype gibt, ist es letztlich auch weiterhin so, dass wir mit den Vorstellungen darüber, wie Frauen und Männer sein müssen, aufwachsen und diese uns in welcher Form auch immer prägen.

Wenn es also darum geht, Strukturen frauenfreundlicher zu machen, heißt das erstmal sich bewusst zu machen, dass Frauen **sozialisationsbedingt** überwiegend mehr Probleme mit den derzeitigen Strukturen haben.

Hierbei muss man sich den Widerspruch bewusst machen, dass man in dem Moment, in dem man diesen Umstand als Faktum annimmt und Strukturen weicher, freundlicher und hierarchiefreier machen möchte, man die andere Sozialisation von Frauen akzeptiert und in diesem Sinne sogar bestätigt (Frauen wollen sich nicht so böse anschreien, deswegen reden wir jetzt alle mal netter miteinander). Auf der anderen Seite muss man sich bewusst machen, dass wenn man den Ist-Zustand belässt, weil man meint, Frauen sind genauso wie Männer und für die braucht nichts geändert werden, vergisst, dass die Strukturen nicht neutral sind, sondern dieser Sphäre bestimmte Verhaltensweisen und Umgangsformen zugeschrieben worden sind. Aber keine Zuschreibung muss für ewig gelten. Nicht zuletzt können diese Verhaltensweisen und Umgangsformen auch von Männern als nachteilig empfunden werden.

Geht es darum, Strukturen für Frauen zu öffnen, hat man an zwei Fronten zu kämpfen:

1. Die Geschlechterrollen (Mann=hart, Frau=weich) sollen hinterfragt und verändert werden. Frauen sollen entgegen ihrer Sozialisation „Machtpolitik“ lernen, Männer sollen entgegen ihrer Sozialisation Menschlichkeit im Umgang miteinander, d.h. das Zeigen von Schwäche, Gefühlen etc. lernen.
2. Verfolgt man dieses Anliegen in den politischen Strukturen einer Partei, hat man es mit dem Umstand zu tun, dass die Strukturen mit den Charakteristika der männlich konnotierten Welt versehen sind. Ziel ist nicht, Frauen an diese Strukturen anzupassen, sondern letztlich in der Auseinandersetzung zwischen den Geschlechtern, Strukturen soweit zu verändern, dass sie nicht mehr mit Attributen „männlich“ oder „weiblich“ versehen werden können.

6) Die aktuelle Situation

Durch den Einfluss der Frauenbewegung der 70er und vor allem 80er Jahre formulierten die Jusos den Anspruch, ein feministischer Richtungsverband zu sein.

Doch nach und nach wurde die Selbsterklärung zum Alibi und das Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik verschwand mit dessen Umsetzung im Verband langsam aus unserem Gedächtnis.

a) BAP 2003 – ein Fortschritt?

Das auf dem Bundeskongress 2003 beschlossene Bundesarbeitsprogramm, stellte folgendes fest: „Der Frauenanteil in unserem Verband ist dramatisch niedrig – und er nimmt weiter ab. Mit diesem Zustand werden wir uns nicht abfinden“ Verschiedene Forderungen begleiteten diese Zustandsbeschreibung u.a. solle in Zukunft „neben dem autonomen Frauenforum, die Bundesgleichstellungskommission eingerichtet (werden), in der Frauen und Männer gleichberechtigt über alle Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern in dieser Gesellschaft diskutieren...“ sollten.

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Vor allem in Bezug auf die schon beschriebenen feministischen Theorien von Gleichheit und Differenz ist es besonders sinnvoll, den Jungsozialistinnen einen Raum wie eben diesen autonomen Frauenzusammenhang zu garantieren, in dem Frauen Erfahrungen austauschen, gesellschaftliche Entwicklungen analysieren, Forderungen entwerfen und gemeinsame Durchsetzungsstrategien vorbereiten können. Auf der anderen Seite aber ist diese Politik nicht allein den Frauen zu überlassen und diese gemeinsam in einer geschlechterübergreifenden Kommission zu diskutieren.

Leider wurde in den letzten Jahren weder in autonomen Frauenzusammenhängen noch in gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen dezidiert diskutiert.

Der Frauenzusammenhang sowie die Gleichstellungskommission bedarf daher der Umsetzung im Rahmen der Umbauteams, federführend sehen wir hierbei das Umbauprojekt Chancengleichheit.

b) Geschlechter- „Gerecht weiter denken“

In der Kampagne des Bundesverbandes „Gerecht weiter denken.“ werden feministische Fragestellungen eine eigenständige und angemessene Berücksichtigung finden. Ein feministischer Richtungsverband kann nur dann gerecht weiter denken, wenn er auch geschlechtergerecht weiter denkt.

c) Die Umgewichtung

Es wurde zuletzt im Jahr 2001 mit dem Kongress „Ich will Chefin werden“ eine erfolgreiche Tagung durchgeführt. Sie sollen aber in Zukunft mit einem speziellen bildungspolitischen Ansatz verfolgt werden.

d) Zusätzliche Mittel

Ein mögliches Mittel zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Verband, stellen Frauen- und Männerplena dar. Frauenplena schaffen Frauen die Möglichkeit, dass sie sich über ihre gemeinsame Ausgangslage im Verband verständigen und Durchsetzungsstrategien entwickeln. Andererseits ist es auch notwendig, dass Frauen ihre Interessen gebündelt nachher mit allen diskutieren, damit sie die Wertigkeit erlangen, die ihnen gerecht wird. Gleichstellung ist dabei keine Aufgabe, die nur den Frauen zufällt. Ebenso wichtig ist es, sich im Rahmen von Männerplenen sich der Aufgabe der Männer zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Verband bewusst zu werden.

Die Frauenplena werden bisher nur im *Umbauteam Globalisierung, Krieg und Frieden, Europa* durchgeführt und sind dort ein erfolgreiches Mittel, um die Teilhabe von Frauen an der Arbeit in der Kommission zu verbessern.

Möglich ist es, dass Frauen- und Männerplenen auch im Rahmen von Verbandswochenenden und Bundeskongressen allgemein oder themenspezifisch durchgeführt werden können.

B

Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

B1 - Sozialer Fortschritt durch die Absicherung sozialer Innovationen! - Anforderungen der jungen Generation an die Finanzierung und Organisation von Weiterbildung

Kapitalistische Gesellschaft im Wandel

Die heutigen Gesellschaften haben scheinbar unglaubliche Umbrüche innerhalb kürzester Zeitspannen erlebt. Nahezu allgegenwärtig sind die Schlagworte der „Wissensgesellschaft“ oder „Informationsgesellschaft“. Die „Wissens- oder Informationsgesellschaft“ ist dabei aber ein glitzerndes Modewort, das weder dem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel noch der Krisen- und Kräftekonstellation des gegenwärtigen Kapitalismus hinreichend gerecht werden kann. Herausgelöst aus einer kritischen Analyse werden so Begriffe wie „Wissens-“ oder auch „Informationsgesellschaft“ politisch als Heilsbringer eingesetzt. Weiterbildung nimmt in diesem Kontext eine zentrale Rolle ein als wesentlicher Bestandteil im Übergang hin zu einer neuen gesellschaftlichen Formation.

Der vielfach beschriebene gesellschaftliche Umbruch muss für eine jungsozialistische Position in der Weiterbildungspolitik näher analysiert werden:

1. Mit den 1970er Jahren hat eine Revolution des Produktionssystems eingesetzt. Mit den Informations- und Kommunikationstechnologien und vernetzten Produktionsformen haben sich sowohl ein eigenständiger Produktionszweig etabliert als auch die Produktionsweise geändert.
2. Die Ungleichheit und Fremdbestimmung im Kapitalismus hat durch die technische Revolution und ihre gesellschaftliche Einbettung nicht ab-, sondern zugenommen: Nach wie vor sind die Produktionsmittel (auch die geistigen Produktionsmittel) in den Händen weniger, nach wie vor geht die Schere zwischen Arm und Reich auseinander – weltweit, aber auch in einzelnen Gesellschaften. Der Kapitalismus und das Kapital sind weltumspannend und mobil, die Interessen der Beschäftigten und der Arbeitslosen hingegen werden mit Hinweis auf den Standortwettbewerb beschnitten. Ergänzt wird diese Ungleichheit zusätzlich durch den Ausschluss vieler Menschen aus den Netzwerken und Zugängen zur Gesellschaft. Bildungsinstitutionen wirken diesbezüglich als selektiver Filter.
3. Der technologische Wandel hat den typischen Arbeitsweisen der fordistischen Massenproduktion am Fließband neue flexiblere Arbeitsformen hinzugefügt. Wissensbasierte Produktion hat so an Stellenwert gewonnen, ohne dabei das Kapitalverhältnis als Ausbeutungsverhältnis anzutasten. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die neuen Arbeitsformen (z.B. Vertrauensarbeitszeit, Projektarbeit etc.) dem Kapital zusätzliche Druckmittel in die Hand gegeben hat. Zugleich bringen die unterschiedlichen Arbeitsformen und Lebensweisen die Gefahr mit sich, die Entsolidarisierung zwischen den ArbeitnehmerInnen weiter zu verstärken.
4. Die vernetzte und flexible Form, in der wirtschaftliche Prozesse organisiert werden, hat die Spaltungslinien in den Gesellschaften, aber auch zwischen den Ländern und Regionen noch erhöht. Aus den Netzwerken werden weltweit gesamte Regionen, Länder und (Teil-)Kontinente „abgeschaltet“ und von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt.
5. Der Boom der New Economy und auch der neuen IuK-Technologien hat die Rationalisierung ehemals arbeitsintensiver Wirtschaftsbereiche vorangetrieben, ohne selbst die Hoffnungen zu erfüllen, Arbeitsplätze im großen Umfang zu schaffen. Gleiches gilt für überzogene Erwartungen, die an einen Ausbau des Dienstleistungssektor gestellt wurden.
6. Diese Entwicklung hin zu einem Netzwerk-Kapitalismus droht die Gesellschaft weiter in Kapitalbesitzer, hoch qualifizierte, flexible Wissensarbeiterinnen und –arbeiter und schlecht abgesicherte, prekär Beschäftigte und Arbeitslose zu spalten. Hinter den Schlagworten der „Wissensgesellschaft“, der „Informationsgesellschaft“ etc. geht unter, dass in Wahrheit nur eine kleine Gruppe hoch qualifizierter

ArbeitnehmerInnen von der Entwicklung profitiert. Gleichzeitig steigt die Zahl derer, deren Arbeitsbedingungen und Erwerbschancen sich immer weiter verschlechtern, weil sie im „Qualifizierungswettlauf“ abgehängt werden.

7. Erhöhter Qualifizierungsbedarf innerhalb des Beschäftigungssystems sowie der demografische Wandel stellen neue Anforderungen an die Gestaltung der Arbeitswelt. Eine alternde Erwerbsgesellschaft wird viel mehr als bisher ihre Produktivitätspotenziale durch erhöhte Anstrengungen in Richtung der Weiterbildung erschließen müssen.
8. „Weiterbildung“ ist Teil dieser gesellschaftlichen Entwicklung. In ihrer aufgefächerten Form vom Volkshochschulkurs, über die universitäre Weiterbildung bis zur betrieblichen Weiterbildung reiht sie sich in die ökonomischen Prozesse ein. Die technologischen Neuerungen werden über Weiterbildung gesellschaftlich trag- und funktionsfähig gemacht. Insofern ist ohne Bildungsinstitutionen und Weiterbildung der technologische Wandel nicht zu denken. Investitionen in das „Humankapital“ sind insofern kein „Kampfwort“, sondern eine analytische Grundlage, Weiterbildung in ihren gesellschaftlichen Kontext des gegenwärtigen Kapitalismus zu stellen. Diese wirtschaftliche Funktion von Bildung und Weiterbildung kann man sicher nicht leugnen, aber sie kann nicht Ziel und Maßstab sozialistischer Politik sein. Sozialistische Politik muss zwar die gesellschaftlichen Formen der Weiterbildung in ihre Konzepte einbeziehen und sie nutzen, muss sie aber vor allem mit dem Ziel der Emanzipation und langfristigen Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse verändern. Weiterbildung muss nicht negiert werden, sondern bekämpft werden muss die gesellschaftliche Wirtschaftsform des Kapitalismus.

Neuer ArbeiterInnentypus – Flexible Wissensarbeiterin/Flexibler Wissensarbeiter als gesellschaftliches Leitbild

Die neue Form des Kapitalismus führt auch zu dem neuen ArbeiterInnentypus des Wissensarbeiters und der Wissensarbeiterin. Dieser Typus ist eine Mischung empirischer Beobachtungen einerseits und gesellschaftlicher Setzung andererseits; er wird als ideologischer Kitt eingesetzt und bildet den Rahmen, in dem sich die Weiterbildungspolitik bewegt. Das Konstrukt des „Wissensarbeiters“ umfasst allerdings nur den engen Ausschnitt der hochqualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, über deren Umfang sehr unterschiedliche Schätzungen im Umlauf sind:

Diese Entwicklung stellt völlig neue Anforderungen an die in diesem Wandel lebenden Menschen. Die Schlüsselkompetenz der Menschen in der Wissensgesellschaft wird die Fähigkeit sein, dauerhaft die Masse der verfügbaren Informationen zu sortieren, zu Wissen zu verarbeiten und dieses auch in scheinbar fremden Bereichen anzuwenden. Sie werden zum lebenslangen Lernen gezwungen sein, denn nur dadurch werden sie sich mit der technologisierten Welt arrangieren können. Weiterhin ist die Arbeit das zentrale Moment im Leben der Menschen. Sie definieren sich selbst und ihren Platz in der Gesellschaft immer noch sehr stark über ihre Stellung im Erwerbsleben. Durch das zunehmende Verschwinden von Erwerbsformen mit geringen Bildungsanforderungen besteht für die betroffenen Menschen ein weiter ansteigendes Arbeitslosigkeitsrisiko.

Der Wissensarbeiter nimmt in der Erwerbswelt von morgen eine entscheidende kommunizierende, koordinierende und steuernde Funktion ein. Er wird Wissen über spezialisierte Vorgänge besitzen, das ihm Gestaltungsmacht gibt. Diese Gestaltungsmacht zu erkennen und eine emanzipierte Rolle im Erwerbsleben einzunehmen, setzt Fähigkeiten voraus, die in der Regel außerhalb der Betriebsstruktur erlernt werden müssen. Das notwendige Umdenken muss schon bei der Zielgruppe von Bildungsangeboten beginnen, denn das gängige Bild von Frauen und Männern, die nach ihrer Ausbildung oder ihrem Studium bis zur Rente in ein und demselben Beruf arbeiten, stimmt schon lange nicht mehr. Nur langsam wird diese Tatsache allgemein anerkannt. Es ist von Patchwork-Biografien die Rede, von notwendiger Flexibilität und Mobilität. Die Verantwortung für die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit wird dabei allerdings in der Regel dem Individuum zugeschrieben. Diese neuen Erwerbsbiografie finden sich vor allem bei höher qualifizierten ArbeitnehmerInnen. Bei normal oder gering qualifizierten ArbeitnehmerInnen herrscht dennoch die klassische Erwerbsbiografie bis jetzt noch vor. Unter dem Label eines Zuwachses an Freiheit werden die Menschen zunehmend mit ihren beruflichen Sorgen und Problemen allein gelassen. Nach dem Motto, dass jeder seines Glückes Schmied sei, wollen sich die Unternehmen immer weiter aus der Verantwortung für ihre MitarbeiterInnen verabschieden. Das Prinzip des Heuerns und Feuerns ist so vorprogrammiert. Wenn die Qualifikation der Beschäftigten nicht mehr ausreicht, werden sich andere finden, die über die gewünschte Qualifikation verfügen. JedeR Beschäftigte ist also gezwungen, selbst eine Prognose über zukünftig benötigte Fertigkeiten zu wagen und sich entsprechend um die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsprogrammen zu kümmern und diese zunehmend auch privat zu finanzieren. Denn die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten gilt als Investition in das individuelle Humankapital, das man dann auf dem Arbeitsmarkt anbieten kann. Der Nutzen für Betriebe und die Gesellschaft wird kurzerhand ausgeblendet.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese individualisierte Sichtweise auf das Humankapital als Kehrseite die Ausschluss breiter Bevölkerungsschichten und das Abdrängen in eine Schattenwirtschaft mit eigenen Regeln bedeutet. Diese Kehrseite wird man nur durch Umverteilung gesellschaftlicher Arbeit, solidarische Reformen, gesellschaftlich flankierte Arbeitszeitverkürzungen, eine Ausweitung des öffentlichen Beschäftigungssektors und nicht zuletzt einer jeder und jedem zugänglichen, solidarisch finanzierten Weiterbildung verhindern können. Zusätzlich bedarf es einer Wirtschaftspolitik, die durch ein gleichmäßiges und langfristiges Wachstum die Rahmenbedingung wieder für mehr Beschäftigung schafft. Dazu muss die Nachfrage effektiv gestärkt werden.

Eine sichere Prognose über die zukünftig notwendigen Qualifikationen ist aber schon kurzfristig mit erheblichem Aufwand verbunden, lang- und mittelfristig nahezu unmöglich. So wird die eigene Zukunftsplanung zum Lotteriespiel, in dem wenige den Jackpot teilen können und die überwiegende Mehrheit leider verloren hat. Dies wird im Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie eine immer drängendere Herausforderung. Die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Veränderungsdynamik ist allerdings kein naturgesetzlich ablaufender Vorgang, sondern politisch gestaltbar und auch in ihren Konsequenzen umstritten. Dies färbt auch auf die Bildungsreformdebatte ab. So wäre es etwa falsch, von der Internationalisierung der Ökonomie umstandslos auf die Notwendigkeit lebenslangen Lernens zu folgern, was aber häufig geschieht. Die Begründung, dass mit dem Grad der Beschleunigung von technischen und Vermarktungsstrategien erworbenes Wissen im gleichen Tempo entwertet würde, trägt nicht. Erstens gibt es keinen logischen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Entwertung technologischer Arrangements auf Märkten und der Gültigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse und Befähigungen. Zweitens müssen gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen Bildung und Wissenschaft als marktkomplementäre gesellschaftliche Funktionen betrachtet werden. Ihr Gegenstand ist die Gesamtheit der sozialen Lebenswelt, einschließlich der perspektivischen gesellschaftlichen Zukunftsfragen. Hier kommt dem Staat als Gesetzgeber sowie als Finanzier und Anbieter von vielfältigen (Weiter-) Bildungsprogrammen eine besondere Verantwortung zu. Er muss aber auch die anderen Akteure, insbesondere die Unternehmen dazu zwingen, ihren Teil zur Sicherung gesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten für alle Menschen beizutragen.

Anforderungen an Weiterbildung – Sozialistische Strategie und soziale Innovation

Unser sozialistisches Verständnis von (Weiter) Bildung unterscheidet sich grundlegend von dem, das bisher umgesetzt wird. Weiterbildung hat für uns nicht allein den Zweck, die Arbeitskraft und ihre Verwertbarkeit zu erhalten oder auszubauen. Wichtiger ist für uns, dass Weiterbildung auch immer neue Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet. Deshalb ist es unser Ziel, dass alle ArbeitnehmerInnen jederzeit an Weiterbildungs-Maßnahmen teilnehmen können. Dann bietet Weiterbildung auch eine Möglichkeit, die Selektion im Bildungssystem zumindest ein Stück weit zu korrigieren. Im Einzelnen ergibt sich als Zielrichtung sozialistischer Weiterbildungspolitik:

Lebenslanges Lernen

Ein demokratisches, sozial offenes und durchlässiges Bildungssystem muss lebenslanges Lernen ermöglichen. Ein solches Konzept ist Bestandteil des Rechtes auf Bildung, das heißt: auf die lebenslange Teilhabe an der Entwicklung von Wissenschaft und Kultur. Zugleich richtet es sich gegen die Reduzierung gesellschaftlicher Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen auf eine einmal erworbene Berufsrolle. Es handelt sich also um eine Politik individueller und gesellschaftlicher Emanzipation. Lebenslanges Lernen kann daher nicht bedeuten, Bildungsangebote lediglich formal zu verkürzen und in dosierten Portionen auf die gesamte Lebensspanne umzuverteilen, wie es einem gängigen neoliberalen Verständnis von "Modularisierung" und "Lebenslangem Lernen" entspricht. Eine Bildungsreform, die lebenslanges Lernen ermöglicht, darf folglich erst recht nicht auf eine finanzielle und strukturelle Abwertung des staatlichen Bildungssystems zugunsten eines privaten Weiterbildungsmarktes hinauslaufen. Die entscheidende persönliche und gesellschaftliche Schlüsselqualifikation ist die Befähigung zur selbstständigen Urteilsbildung. Die Chance, eine solche Befähigung zu erwerben, kann nicht länger Resultat der Selektion innerhalb eines hierarchischen Bildungssystems sein, sondern muss grundsätzlich allen Menschen offen stehen.

Die Förderung von sozialem und kreativem Lernen, solidarischer Teamarbeit und individueller Prozessgestaltung muss Hauptmerkmal von Bildung werden. Dazu müssen Menschen neben einem umfangreichen Fachwissen, vor allem aber auch über Orientierungs- und Methodenwissen verfügen. Sie müssen in der Lage sein, sich in der sich immer weiter verändernden Welt zurechtzufinden, mit den erlernten Methoden ständig neue Bereiche zu erschließen. Die dauerhafte Sicherung dieser Fähigkeiten kann nur durch ein für alle offenes System lebenslangen Lernens erfolgen. Die Grundlage dafür muss aber schon in den Bildungsinstitutionen gelegt werden, wobei der berufliche Bildung und den Hochschulen dabei eine besondere Rolle zukommt. Deshalb muss es Ziel der Bildungspolitik sein, möglichst vielen Menschen nicht nur fachliche Qualifikationen zu vermitteln, sondern auch methodische Kompetenz, die Fähigkeit, Wissen kritisch zu bewerten und anzuwenden.

Bei unsicheren Perspektiven ist es die elementare Aufgabe des staatlichen Bildungssystems, die Fähigkeit zu vermitteln, Lernen wirklich lernen zu können. Nur mit diesem Rüstzeug können die Menschen die gewaltigen gesellschaftlichen und individuellen Herausforderungen bestehen. Die Verantwortung des Bildungssystems fängt deshalb nicht mehr in der Grundschule an und hört nicht mehr mit dem Berufsabschluss auf, sie beginnt vielmehr bereits im vorschulischen Bereich und ist mit der Rente noch lange nicht beendet. Der Staat ist in der Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen, ein Leben lang, unabhängig von ihrer sozialen oder ökonomischen Kapitalausstattung eine dauerhafte Möglichkeit zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe haben. Vor diesem Hintergrund erscheint die häufig anzutreffende Unterscheidung zwischen beruflicher Weiterbildung auf der einen und allgemeiner, politischer und kultureller Weiterbildung auf der anderen Seite als willkürlich und ideologisch. Dies gilt umso mehr als diese Unterscheidung in der Regel mit dem Versuch verbunden ist, die verschiedenen Formen von Weiterbildung gegeneinander auszuspielen und in „nützliche“ und „überflüssige“ Angebote zu unterscheiden. Richtiger ist ein umfassendes Verständnis vom lebenslangen Lernen, in dem die unterschiedlichen Angebotsformen gleichberechtigt nebeneinander stehen und die Menschen frei aus einem breiten Angebot auswählen können.

Zukünftige Qualifikationsanforderungen

Aus den dargestellten Veränderungen ergeben sich zwei neue zentrale Anforderungen an das Bildungssystem und einen neuen ArbeitnehmerInnentypus: Die Vermittlung bzw. das Erlernen der entscheidenden Schlüsselqualifikationen, die das Individuum in die Lage versetzen können, den veränderten Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt zu begegnen, und die Anforderung, darüber hinaus lebenslang zu lernen und auf den grundlegenden Fähigkeiten aufbauend immer wieder neue Fähigkeiten und Qualifikationen zu erwerben. Daraus ergibt sich auch unmittelbar der Anspruch an das, was den vielbenutzten Begriff der Schlüsselqualifikationen überhaupt ausmachen soll. Unter Schlüsselqualifikationen verstehen wir alle grundlegenden und methodischen Fähigkeiten, die es den Menschen ermöglichen, sich jeweils die Kenntnisse zu erschließen, die für eine dauerhafte Qualifizierung und ihre individuelle Entfaltung notwendig sind.

Im Mittelpunkt eines demokratischen Bildungswesens muss aber immer der Anspruch auf Selbstbestimmung stehen: Jeder Mensch muss die Möglichkeit erhalten, sich unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Nationalität oder Religion die „Schlüssel“ anzueignen, mit denen die Türen zu einem selbstbestimmten Zugang in das Erwerbsleben und zu gesellschaftlicher Betätigung geöffnet werden. Dieses Verständnis von „Schlüsselqualifikationen“ unterscheidet sich deutlich von dem rein an der ökonomischen Verwertbarkeit orientierten Begriff der Wirtschaft. Die Fähigkeiten, im Team arbeiten zu können, kritikfähig und im Rahmen bestimmter Vorgaben kreativ und flexibel zu sein, stellen an sich noch keinen emanzipatorischen Wert dar. Sie erhalten erst dann einen emanzipatorischen Charakter, wenn sie dem Einzelnen erlauben, individuelle Ansprüche in der Gesellschaft und im Beruf zu formulieren und umzusetzen. In diesem Sinne sollen die im Bildungswesen vermittelten Qualifikationen die Menschen in die Lage versetzen, aktiv zentrale Zukunftsaufgaben in Gesellschaft, Wirtschaft und Technologie gestalten zu können.

Unser Ziel: Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Menschen

Wir müssen die gesellschaftliche Funktion der Weiterbildung gestalten. Soziale Innovation und Weiterbildung bilden einen wesentlichen Bestandteil, unsere Gesellschaft zukunftsfähig und solidarisch zu machen. Der technologische und gesellschaftliche Wandel bietet auch Potenziale, die wir für eine emanzipatorische Politik nutzen wollen. Unter „sozialer Innovation“ verstehen wir dabei gesellschaftlich ausgehandelte Zukunftspfade eines alternativen Wirtschaftens und Lebens, das die wesentlichen Herausforderungen an ökologisches, soziales und demokratisches Wirtschaften ernst nimmt. Soziale Innovation ist gesellschaftliche Aufgabe und kann auch nur gesellschaftlich finanziert und getragen werden. Erfolge im Bereich erneuerbarer Energien haben gezeigt, dass eine Vernetzung von Bildung und ökologischer Wirtschaft auch neue Arbeitsfelder schaffen kann. Dazu werden wir einen verstärkten Wissenstransfer und Weiterbildung benötigen.

Weiterbildung ist für uns mehr als die Begleitung des wirtschaftlichen Wandels: Sie soll Freiraum für die Emanzipation aller Menschen bieten. Allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung müssen wir wesentlich ausbauen, stärken und auch für diejenigen zugänglich machen, die bisher von Weiterbildung ausgeschlossen werden. Dazu ist im Bereich der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung die Entwicklung einer neuen Finanzierungsgrundlage notwendig, die eine breite Beteiligung aller Menschen ermöglicht. Die Finanzierung auch dieser Formen von Weiterbildung muss auf eine breite, solidarische Basis gestellt werden. Dies erscheint auch deshalb gerechtfertigt, weil allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung einen wichtigen Beitrag zur Demokratieerziehung und zur sozialen und kulturellen Inklusion der Menschen in die Gesellschaft leisten können.

Den emanzipatorischen Anspruch müssen wir auch in der beruflichen Weiterbildung erkämpfen. Unsere Instrumente sollen in den Betrieben und gemeinsam mit den Gewerkschaften die Möglichkeiten geben, lebensbegleitendes Lernen vor Ort durchzusetzen. Die finanzielle Verantwortung für die notwendige gesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung und die Fortbildung sehen dabei wir allein bei den Arbeitgebern, da Fortbildung nur zur Requalifikation, also zum Erwerb der für die weitere Tätigkeit an dem selben Arbeitsplatz notwendigen Qualifikationen, nützlich ist. Weiterbildung hingegen dient zum Erwerb neuer Qualifikationen, auf deren Grundlage es den Beschäftigten möglich sein soll, andere Tätigkeiten auszuführen, die ihren individuellen Interessen stärker entgegenkommen. Dabei können die Interessen von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen genauso einbezogen werden wie die weiter gehenden gesellschaftlichen Interessen zu einem gerechteren Verhältnis zueinander gebracht werden müssen. Die Verantwortung für die berufliche Weiterbildung - nicht hingegen für die berufliche Fortbildung - wird so auf eine breite und solidarisch finanzierte Basis gestellt und aus dem „unmittelbaren Machtbereich“ der Kapitaleseite gelöst.

Anforderungen an die politische Regulierung von Weiterbildung

Garantierte Lernzeit

Weiterbildung braucht Zeit, die den im Erwerbsleben stehenden Menschen in ihrem Alltagsleben häufig nicht zur Verfügung steht. Es wird viel Zeit für die Erwerbsarbeit, aber auch für Reproduktionsarbeit durch Familienarbeit und Freizeitaktivitäten benötigt - oft in einem detaillierten Terminkalender straff durchgeplant. Weiterbildung genießt bei den meisten Menschen keine Priorität, da andere Zeitansprüche drängender und unmittelbarer sind. Im Interesse dauerhafter wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beteiligungsrechte ist es aber notwendig, dass allen

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Menschen Lernzeit für Weiterbildungsaktivitäten eingeräumt wird. Hier stehen zwar die Tarifparteien in einer besonderen Verantwortung, allerdings ist die verbindliche Regelung eines Mindestanspruchs an Lernzeit Aufgabe des Gesetzgebers.

Wir Jusos fordern die staatliche Garantie eines Mindestumfangs von einem Tag Weiterbildungsanspruch pro Monat Betriebszugehörigkeit, der durch Tarifverträge erweitert werden kann. Zentral ist eine Verwaltung der Lernzeitanprüche über Lernzeitkonten, die ausschließlich für die Verwaltung von Weiterbildungsansprüchen genutzt werden. Dabei ist eine institutionelle Trennung von anderen Arbeitszeitkonten zu gewährleisten, z.B. von Gleitzeit-, Überstunden- oder Jahresarbeitszeitkonten. Allen ArbeitnehmerInnen soll die Möglichkeit gegeben werden, Lernzeitanprüche über maximal 5 Jahre „anzusparen“. Durch einen sinnvollen Mix aus gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen muss die Beibehaltung der erworbenen Ansprüche bei einem ArbeitgeberInnenwechsel garantiert werden. Dies kann zum Beispiel in Form einer Rücklagenbildung durch die Unternehmen geschehen. Der Erwerb von Lernzeitanprüchen ist bei gleichbleibender tariflicher Arbeitszeit ein aktiver Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung, wenn er auch nur einen ersten Schritt auf dem Weg zur weitergehenden Arbeitszeitverkürzung sein kann. Wir Jusos erneuern deshalb unsere Langfristforderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich, um den von den ArbeitnehmerInnen produzierten Mehrwert gerechter zu verteilen.

Dabei dürfen Arbeitszeitregelungen nicht mit regelmäßig anfallenden Überstunden umgangen werden. 1,7 Milliarden Überstunden beweisen, dass eine gesetzliche Regelung auf diesem Gebiet unverzichtbar ist.

Die ArbeitnehmerInnen sollen in jedem Fall selbst entscheiden können, wie sie ihre erworbenen Lernzeitanprüche nutzen wollen. Dabei soll die gleichberechtigte Möglichkeit der Nutzung unterschiedlicher Formen von Weiterbildungsprogrammen bestehen, egal ob sie aus dem Bereich der beruflichen, der allgemeinen, politischen oder kulturellen Weiterbildung zuzuordnen sind. Ein Recht auf individuelle Weiterbildung muss garantiert werden, eine Einschränkung dieses Rechtes kann nur in engen Grenzen aus betrieblichen Gründen mit Zustimmung des Betriebs- oder Personalrates geschehen. Im Fall der Arbeitslosigkeit ist die Fortschreibung des Erwerbs des Mindestanspruchs durch die Bundesagentur für Arbeit sicher zu stellen. Erwerbslose müssen auch von den FallmanagerInnen in den lokalen Arbeitsagenturen aktiv gefördert und gezielt beraten werden. Dabei darf die grundsätzliche individuelle Wahlfreiheit aber in keiner Weise eingeschränkt werden.

Weiterbildung solidarisch finanzieren

Weiterbildung ist bisher weitgehend ein unregulierter Markt mit zunehmend privater Finanzierung. Der Umfang betrieblich finanzierter Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen hat abgenommen, der Anteil der privaten Haushalte hat zugenommen. So bestätigt sich, dass sich das Bewusstsein, in sein eigenes Humankapital investieren zu müssen, unter dem Druck des Marktes verstärkt hat. Mit anderen Worten: Die Finanzierung von Weiterbildung wird privatisiert, während sich die Unternehmen immer weiter aus ihrer Verantwortung zur Schaffung bildungspolitischer Angebote entziehen. In den weiterhin durch die Arbeitgeber finanzierten Weiterbildungsmaßnahmen dominiert die Teilnahme von männlichen Beschäftigten des gehobenen Einkommens- und Qualifizierungsniveaus im öffentlichen Dienst – alle anderen Beschäftigtengruppen werden von den notwendigen Requalifizierungsmöglichkeiten abgekoppelt. Die Teilnahme scheidet vor allem am Fehlen von Zeit und Geld. Die Schaffung von Lernzeitkonten ist deshalb ein aktiver Beitrag zur Förderung der Weiterbildungsbeteiligung breiter Bevölkerungsgruppen.

Eine solidarische Weiterbildungslandschaft benötigt aber auch eine solidarische Finanzierung. Diese kann durch kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen schrittweise realisiert werden:

1. Kurzfristige Maßnahmen

Kurzfristig schaffen Lernzeitkonten als erster Schritt zur Arbeitszeitverkürzung die benötigten Freiräume zur Beteiligung an Weiterbildungsprogrammen, indem die Beschäftigten sich in Phasen der Weiterqualifikation nicht um die Sicherung ihres Lebensunterhaltes sorgen müssen.

Weiter müssen die bildungspolitischen Anstrengungen in Bund, Ländern und Kommunen auf den Bereich der Weiterbildung ausgeweitet werden. Hier gilt es, die allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung als wesentlichen Bestandteil einer emanzipatorischen Persönlichkeitsentwicklung anzuerkennen und ihre große Bedeutung für eine demokratische Gesellschaft zu würdigen. Deshalb müssen die bereitgestellten öffentlichen Mittel in den nächsten Jahren stark ansteigen. Diese Forderung mit dem Hinweis auf die Misere der öffentlichen Haushalte zurückzuweisen, wäre nur ein weiteres Beispiel für die verfehlte kurzfristige Orientierung der aktuellen politischen Debatte, die den aussichtslosen Versuch, die wirtschaftliche Krise durch Ausgabenkürzungen zu konsolidieren, der Sicherung von Zukunftschancen vorzieht und so die Krise in Wahrheit verschärft.

2. Mittelfristige Maßnahmen

Wir Jusos setzen uns für die mittelfristige Schaffung eines Weiterbildungsfonds in Anlehnung an das französische Modell ein, die von den Arbeitgebern finanziert werden. Jedes Unternehmen soll dazu 1% der jährlichen Bruttolohnsumme einzahlen. Mit dem so geschaffenen Fonds, der auf der regionalen Ebene von zu gründenden Weiterbildungsausschüssen und Regionalen Bildungszentren in einem Regionalen Bildungsrat gemeinsam verwaltet wird, soll ein Instrument geschaffen werden, das die sektorale Umverteilung fördert und als Teil einer regionalisierten Strukturpolitik genutzt werden kann. Durch den Weiterbildungsfonds wird zukünftig ein Großteil

der individuellen beruflichen sowie der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung auf Antrag finanziert. Darüber hinaus soll ein Teil der Mittel die Möglichkeiten zum Angebot von Maßnahmen der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung verbessern. Eine Verrechnung unternehmensinterner, arbeitsplatzbezogener Fortbildungen mit den Beiträgen zum Weiterbildungsfonds ist für den Arbeitgeber nicht möglich.

3. Langfristige Maßnahmen

Langfristig sollen die Instrumente zur Stärkung der Weiterbildungsfinanzierung in eine zu entwickelnde Arbeitsversicherung übergehen. Die paritätisch finanzierte Arbeitsversicherung als Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitslosenversicherung bleibt eine wesentliche Voraussetzung für solidarisch finanzierte Arbeitszeitverkürzung und individuelle Weiterbildung. Die Arbeitsversicherung schafft perspektivisch ein sozialstaatliches Dach für die Organisation und Finanzierung von unterschiedlich motivierten individuellen Weiterbildungsbedürfnissen. Sie ist damit ein flexibel einsetzbares Mittel für die Beschäftigten, ihre Erwerbsbiografie selbstbestimmt auszugestalten. Die Arbeitsversicherung stellt einen entscheidenden Beitrag zur selbstbestimmten Flexibilität am Arbeitsmarkt und die Förderung von Weiterbildungsphasen dar. Emanzipation und Innovationsfähigkeit sind aber immer auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sind auch perspektivisch flankierende steuerliche Einnahmen zur Finanzierung der Arbeitsversicherung notwendig. Dafür wäre möglicherweise eine erhöhte Umsatzsteuer auf Luxusgüter zweckmäßig.

Regulierung und Qualitätssicherung von beruflicher Weiterbildung

Die Weiterbildung ist in Deutschland bisher marktförmig organisiert, wobei der Weiterbildungsmarkt in der Regel kaum reguliert ist. Die logische Folge sind eine extrem hohe Intransparenz für die NutzerInnen in Bezug auf die sehr unterschiedlichen Angebote, aber auch auf die Qualität der Weiterbildungsträger. Hier gilt es durch die Schaffung von Regulierungsinstitutionen Partizipationsmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen zu sichern, um so den Markt zu regulieren und die Qualität zu sichern. Deshalb schlagen wir Jusos die Gründung von Weiterbildungsausschüssen auf allen Ebenen der Selbstverwaltung der Bundesagentur für Arbeit vor, wobei der Region als problemnaher Regulierungsebene eine besondere Bedeutung zukommt.

Im Aufgabenbereich der lokalen oder regionalen Agenturen für Arbeit werden im Rahmen der aus ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und VertreterInnen der Politik zusammengesetzten Selbstverwaltungsorgane Weiterbildungsausschüsse eingerichtet, an denen auch ExpertInnen aus Weiterbildungspraxis und –forschung beteiligt sein sollen. Diese Ausschüsse haben die Aufgabe, die verfügbaren Weiterbildungsmittel zu verwalten, die Anträge der InteressentInnen an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen zu bearbeiten und ein regionales Weiterbildungskonzept für den jeweiligen Aufgabenbereich der Arbeitsagentur zu erarbeiten bzw. regelmäßig fortzuschreiben.

Auf der Ebene der Bundesländer sollen ebenfalls Weiterbildungsausschüsse eingerichtet werden, die die Koordination und Kooperation zwischen den Regionen fördern sowie Evaluationsmaßnahmen und Forschungsprojekte koordinieren. Die Weiterbildungsausschüsse auf Landesebene formulieren auch auf der Basis der regionalen Weiterbildungskonzepte gemeinsame Leitbilder und politische Ziele für das jeweilige Bundesland. Auf der Ebene der Bundesagentur wird ein Ausschuss mit entsprechenden Aufgaben unter Einbeziehung des Bundesinstituts für berufliche Bildung eingesetzt.

Die förderungsfähigen Weiterbildungsangebote müssen durch die regionalen Weiterbildungsausschüsse anerkannt werden. Dabei kommt den überregionalen Weiterbildungsausschüssen eine koordinierende Aufgabe zu. Die einzelnen Programmanbieter sind zu regelmäßigen Programmevaluationen verpflichtet, deren Ergebnisse veröffentlicht werden.

Regulierung und Qualitätssicherung von allgemeiner, politischer und kultureller Weiterbildung

Weiterbildung muss dem Anspruch auf individuelle Emanzipation im lebenslangen Lernen gerecht werden. Sie muss also sowohl die Möglichkeit eröffnen, Schulabschlüsse auf dem zweiten Bildungsweg zu erreichen, sich beruflich weiterzubilden, als auch politische, kulturelle, ökologische und sprachliche Angebote bereithalten. Um das nahezu unüberschaubare Angebot von Programmen der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung zu strukturieren, den Wettbewerb zu regulieren, Qualitätssicherung zu gewährleisten, aber auch um dauerhaft ein verlässliches Angebot in diesen gesellschaftlich wichtigen Bereichen zu sichern, fordern wir die Einrichtung von Regionalen Bildungszentren (RBZ) auf kommunaler Ebene. Diese sollen paritätisch in öffentlicher und privater Trägerschaft geführt werden. So können verlässliche Anlaufstellen geschaffen werden, in denen Information und Beratung fair und kompetent angeboten wird. Die Aufgabe regionaler Qualifizierung muss die interessenorientierte Koordination der bestehenden Bildungswege und die Optimierung des auf viele Schultern verteilten Weiterbildungssektors zum Ziel haben. Die Weiterbildungslandschaft in Deutschland ist sehr vielseitig, teilweise jedoch auch noch sehr unkoordiniert gestaltet. Die fehlende (regionale) Zuspitzung vieler AnbieterInnen führt im privaten und öffentlichen Bereich zu einem ungesunden Verdrängungswettbewerb statt zu Spezialisierung.

Das RBZ muss Qualifikationsanforderungen und Angebote zusammenführen und zuspitzen. AnbieterInnen können objektiv beraten werden, in welchen Bereichen das Angebot modulierter, exklusiver oder kooperativer gestaltet

werden kann. AbnehmerInnen müssen sich über ein spezifisches Weiterbildungsprogramm informieren können. Die Tätigkeit des RBZ muss im Bereich der Angebotsweitergabe die Interessen der Betriebe und der ArbeitnehmerInnen kennen und konkrete Weiterbildungsvorschläge machen können.

Das RBZ muss die auf Bundesebene noch nicht ausreichend erfolgte Regelung für eine einheitliche Qualitätskontrolle von Weiterbildungsmaßnahmen kompensieren. Dazu soll ein paritätisch von AnbieterInnen und NachfragerInnen von Weiterbildungsangeboten besetzter Lenkungsausschuss die einzelnen Programme als förderungswürdig anerkennen. Bei der Besetzung der Ausschüsse durch die kommunalen Parlamente sollen eine ausgewogene Berücksichtigung von öffentlichen und privaten Bildungsträgern sowie eine breite Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen gewährleistet sein. Der Ausschuss hat weiter die Aufgabe, die verfügbaren Weiterbildungsmittel zu verwalten, die Anträge der InteressentInnen an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen zu bearbeiten und ein regionales Weiterbildungskonzept für den Bereich der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung zu erarbeiten und regelmäßig fortzuschreiben. Langfristig sollen die Lenkungsausschüsse der RBZ mit den Weiterbildungsausschüssen der regionalen Arbeitsverwaltung in einzurichtenden Regionalen Bildungsräten aufgehen.

Zertifizierung von Weiterbildungsmaßnahmen

Die NutzerInnen von Weiterbildungsangeboten beklagen häufig, dass ihre Teilnahme an einer Maßnahme ohne ein Zertifikat, in der alltäglichen gesellschaftlichen und beruflichen Realität nicht zum gewünschten Ergebnis führt, da das Gelernte nicht anerkannt und somit nicht hinreichend gewürdigt wird. Deshalb fordern wir Jusos die Schaffung eines Anspruchs auf eine Zertifizierung von Weiterbildungsmaßnahmen durch eine ausführliche Beschreibung der Maßnahme. Langfristig ist zu prüfen, ob die Schaffung eines nationalen Referenzrahmens analog zum britischen „National Vocational Qualification-System“ sinnvoll sein kann.

B 15 - JA zur Tarifautonomie - NEIN zur Erpressung von Betriebsräten!

Die konservativ-liberale Opposition aus CDU/CSU und FDP bläst zum Angriff auf die Tarifautonomie. Sie möchte die Tarifautonomie einschränken und damit einen wesentlichen Eckpfeiler der sozialen Demokratie und des Tarifrechts der Bundesrepublik Deutschlands zur Disposition stellen.

Einzelvertragliche und individuelle betriebliche Regelungen sollen zu Lasten der Rechtsverbindlichkeit von Tarifverträgen erweitert und ausgebaut werden. Damit soll nach dem Willen von CDU/CSU und FDP der Weg für die Betriebe geebnet werden, um an den Gewerkschaften vorbei Löhne zu senken, Arbeitszeiten zu verlängern und faktisch Beschäftigungsbedingungen verschlechtern zu können. Die Landeskonferenz der rheinland-pfälzischen Jusos in Landau erwartet deshalb, dass die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den Angriffen der bürgerlichen Opposition gegen die Tarifautonomie aus sachlicher Notwendigkeit heraus, aber auch aus politischer Verbundenheit und Solidarität mit den Gewerkschaften, entschieden widersteht. Wir JungsozialistInnen fordern die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, die Tarifautonomie und damit den Schutz der Tarifverträge für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverändert zu erhalten. Für den Gesetzgeber besteht nicht der geringste Anlass, die Tarifautonomie einzuschränken und somit das soziale Klima in den Betrieben nachhaltig zu belasten.

Die Tarifvertragsparteien haben in den letzten zwei Jahrzehnten trotz aller Unkenrufe viel für die Beschäftigungssicherung in den Betrieben getan. Sie sind aufgefordert, auch in Zukunft einen entsprechenden Beitrag zu leisten und dabei sozialverträgliche Wege zu beschreiten, um die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Begründung:

Die Tarifautonomie stellt wie bereits ausgeführt eine wesentliche Grundlage der sozialen Demokratie dar. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben das grundgesetzliche Recht, unabhängig von staatlicher Bevormundung Arbeitsbedingungen als Mindestbedingungen rechtsverbindlich in Tarifverträgen zu regeln. Die Tarifbindung gilt grundsätzlich nur für die Mitglieder der Tarifvertragsparteien.

Die Tarifautonomie ist ein elementares Freiheitsrecht. Die von der Lohnarbeit abhängigen Beschäftigten gleichen dadurch ihre faktisch noch immer bestehende Unterlegenheit gegenüber der Kapitaleseite aus. Die Schutzfunktion der Tarifverträge setzt voraus, dass sie weder von Arbeitgebern noch von Betriebsräten, einzelnen Beschäftigten oder durch Belegschaftsabstimmungen abgeändert werden können. Tarifverträge in rund 300 Branchen sind Garant dafür, dass Deutschland weltweit zu den Ländern mit den wenigsten Arbeitskämpfen gehört, weit hinter den USA, England oder Dänemark. Die Tarifvertragsparteien haben ein differenziertes System von über 57.000 Tarifverträgen geschaffen, was durchaus belegt, welche Flexibilität und Ausdifferenzierung innerhalb eines gesetzten Rahmens möglich ist. Damit sind Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland unbestritten jahrzehntelang gut gefahren. Tarifverträge sichern einerseits ein Mindestniveau für die tarifgebundenen Unternehmen und Beschäftigten einer Branche. Sie eröffnen andererseits Gestaltungsspielräume für die Betriebe. Sie reichen von den Arbeitszeiten über

Entgeltregelungen bis zur Altersteilzeit und Betriebsrente.

In vielen Branchen gibt es Öffnungs- und Härtefallklauseln oder Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung in Krisensituationen, die den konkreten und individuellen betrieblichen Bedingungen Rechnung tragen. Die Tarifvertragsparteien haben damit den Weg für betriebliche Vereinbarungen geebnet. Sie sind heute weit verbreitet. Die Tarifvertragsparteien haben ihre Verantwortung für die Beschäftigung wahrgenommen und werden das auch in Zukunft tun.

Gesetzlich verordnete Öffnungsklauseln für betriebliche Abweichungen würden die Vielfalt der tariflichen Möglichkeiten einschränken, die Entwicklung branchenspezifischer Lösungen verhindern und in Branchen, in denen allgemeinverbindliche Tarifverträge zur Anwendung kommen, bisher bewährte Tarifstrukturen völlig aushebeln. Das geltende Recht schließt aus gutem Grund aus, dass Betriebsräte und Arbeitgeber über tariflich geregelte Arbeitsbedingungen individuell im Betrieb verhandeln können. Sonst würde der Erpressbarkeit von Betriebsräten Tür und Tor geöffnet und bei Löhnen und Arbeitsbedingungen ein Unterbietungswettbewerb der Betriebe eröffnet. Die Betriebsräte wollen, auch wenn interessierte Kreise dies gerne verbreiten, im Übrigen nicht in einen Interessengegensatz zu den Gewerkschaften gebracht werden.

Das tarifrechtliche Günstigkeitsprinzip schützt die tarifgebundenen Beschäftigten. Mit der Einbeziehung von Beschäftigungsrisiken stünde der zwingende Charakter der Tarifverträge zur Disposition des Arbeitgebers. Jede Unterschreitung des Tarifvertrages ließe sich als günstiger darstellen, wenn auf der anderen Seite mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht würde. Tarifliche Ansprüche der Beschäftigten dürfen nicht zum Gegenstand von Schein-Abstimmungen gemacht werden.

Die CDU/CSU und FDP wollen außerdem gesetzlich verordnete Lohnabschläge für Arbeitslose einführen. Das wäre ein verfassungswidriger Eingriff in die Regelungskompetenz der Tarifvertragsparteien und in die Rechtsstellung tarifgebundener Beschäftigter. Die Forderungen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP verfolgen das Ziel, Lohnsenkungen auf breiter Front in Gang zu setzen. Eine Politik, die auf Lohnsenkungen setzt, ist perspektivlos, schädigt die Massenkaufkraft und damit die Binnennachfrage. Sie führt somit nicht zu mehr Beschäftigung. Nur Tarifverträge verschaffen den Beschäftigten einen angemessenen Anteil am Wirtschaftswachstum. Sie sichern den sozialen Frieden und bieten den Unternehmen eine verlässliche Kalkulationsgrundlage. Dies setzen CDU/CSU und FDP in ihrer Verliebtheit in den marktradikalen Neoliberalismus leichtfertig aufs Spiel. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen können. Beschäftigte erster und zweiter Klasse, die das Ergebnis und die Konsequenz der von der politischen Rechten gewollten Zerschlagung der Tarifautonomie wären, darf es nicht geben.

Für uns Jusos hat die Tarifautonomie Zukunft. Sie bleibt im Sinne des sozialen Friedens und der notwendigen Verbindlichkeit gleicher tariflicher Standards und Regeln in den Betrieben und Unternehmen für uns unverzichtbar.

B 16 - Mehr ARBEIT - mehr ZEIT - zur VERKÜRZUNG bereit Deutschland zukunftsfähig erhalten - Arbeitszeitverlängerung verhindern

Der demografische Wandel konsequent gedacht

Der demografische Wandel hält als Argumentationsmuster im Gewande angeblicher Generationengerechtigkeit für Sozialabbau und tiefgreifende politökonomische Entdemokratisierung her. So ist der absehbare demografische Wandel ein Fakt, die heutigen politischen Konsequenzen jedoch, sind Interessenwahrnehmung und nicht die Lösung auf diese Herausforderung.

Das heutige Problem der Sozialversicherungen sind die hohe Arbeitslosigkeit, die geringe Lohnhöhe,... m.a.W. die Einnahmesituation ist das Übel, nicht eine etwaige „Kostenexplosion“. Dies zu behaupten ist wissenschaftlich unredlich und politisch durchschaubar.

Eine heutige Politik benennt noch nichtmal die Herausforderungen, die sich durch den demografischen Wandel ergeben. Die Bedarfe der Versorgung und der Kommunal- und Regionalplanung (Entwicklung der Kindergarten- und Schulplätze, Altenheime, barrierefreies Bauen, Schwimmbäder, Kuren, etc.) sind bei weitem noch nicht in die Realität des Politischen eingeflossen. Von den Herausforderungen, die als dominante Variable alle anderen bestimmt, das Ökonomische, ist man von einer Problembestimmung noch weit entfernt.

Der demografische Wandel bedeutet kurz- bis mittelfristig eine durchschnittliche „Alterung“ der Gesellschaft, doch mittel- bis langfristig eine Reduzierung der deutschen Gesamtbevölkerung um ca. 25%.

Die wirklich epochalen und in der Geschichte einmaligen Herausforderungen und grundsätzlichen Fragen sind also folgende: Wie kann eine schrumpfende Bevölkerung Wachstum generieren? Vorausgesetzt es bleibt dabei, dass Umverteilungs- und die Gerechtigkeitsproblematik zum Großteil durch das Wachstum aufgefangen wird? Oder wird man zu einer Gesellschaft, die soziale Unterschiede festschreibt? Oder wird man gar bereit sein, über die Verteilung der Substanz zu reden? Wie kann der ausfallende Konsum generell kompensiert werden? Usw. usf.

Auf viele der Fragen gibt es Antworten, die sich logisch ergeben: Die Vermögens- und Erbschaftsteuer erhalten aus sozialer und ökonomischer Sicht eine Notwendigkeit. Doch der Fokus des Antrages bezieht sich auf die Folgen der z.Z. hegemonialen Arbeitszeitargumentation.

Das Primat der Politik durchsetzen - Herausforderungen für die Linke

Die Zusammenhänge machen deutlich, dass nur über ein erhöhtes Maß an Produktivitätsfortschritten der Wohlstand erhalten werden kann. Denn sie sind notwendig, um in einer schrumpfenden Gesellschaft, das hohe Maß an Konsum, Bruttoinlandsprodukt, Erzeugung der Wertmasse, etc. aufrecht zu erhalten. Doch mit der heutigen Politik (Mini-Jobs, etc.) werden niedrigproduktive Bereiche besonders gefördert. Nachhaltig, im Sinne einer generationengerechten Politik, ist das nicht. Und selbst kurzfristig bedeutet es durch ein Absinken des Lohnniveaus eben keine Entlastung der Sozialkassen! Im Gegenteil schafft eine hohe Produktivität Spielräume für die Tarifpolitik, denn so wird der Tarifkuchen vergrößert, der ohne Kostensteigerung für die Arbeitgeber ausgeschöpft werden kann. Der generelle Zusammenhang von Lohnniveau und Produktivität ist den hegemonialen BetriebsökonomInnen ebenfalls abhanden gekommen. Um die Vorteile der Marktkräfte für die Gesellschaft zu nutzen, erzeugt ein hohes Lohnniveau den Druck auf eine Steigerung der Produktivität. So funktioniert der Mechanismus im Kapitalismus, nicht umgekehrt. So wird Innovation erzeugt, sie muss durch Rahmenbedingungen zur Profitmaximierung „erzwungen“ werden, sonst findet sie nicht statt. Der volkswirtschaftliche Nutzen (Gemeinwohl - ganz ökonomisch definiert) muss sich gegen betriebswirtschaftliche Rationalitäten (Wirtschafts- und Neoliberalismus) auf einer „ideologischen“ Basis durchsetzen. Das ist das, was die Linke mit der Durchsetzung des Primates der Politik meinte und MARX in der Dialektik des „tendenziellen Falls der Profitrate“ ausdrückte.

Wochenarbeitszeitverkürzung (AZV) als ökonomische Notwendigkeit und kurzfristige Produktivitätsexplosion

Nichts kann Produktivitätspotentiale stärker generieren, als eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Als Nebeneffekt einer verdichteten Arbeit bedeutet es im hohen Maße auch Beschäftigungssicherung und -aufbau. Dazu haben die Jusos letztes Jahr einen wegweisenden Antrag beschlossen, denn das progressive Potential einer AZV könnte die negativen Effekte konventioneller kurzfristiger Instrumente (z.B. Lohnzuschüsse und deren Mitnahmeeffekte, etc.) reduzieren und sie durch die Finanzierung von AZV wenden und verbinden. Eine Arbeitszeitverlängerung, wie sie z.Z. diskutiert und von den Ländern in ersten Schritten realisiert wird, bedeutet genau das Gegenteil zu tun: Die Notwendigkeit von Innovationen zu reduzieren, Produktivitätsrückschritte, höhere Arbeitslosigkeit und damit verbunden ein verstärkte Einnahmelücke bei den Sozialversicherung, etc. Man verschärft die Probleme, die man lösen möchte. Es ist müßig über Inkompetenz oder Absicht als Beweggrund zu fragen.

B 17 - „Gleicher Schutz für alle – Abschaffung der Schwellenwerte beim Kündigungsschutz“

Zur Situation

Für ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit bis zu 5 Beschäftigten gibt es zur Zeit keinen Kündigungsschutz. Das betrifft etwa 6,5 Millionen Erwerbstätige (einschließlich geringfügig Beschäftigter, für die entgegen weit verbreiteter Meinung keine Sonderregelungen gelten) in 1,5 Millionen Betrieben. Diese Zahl hätte sich auf über 8 Millionen ArbeitnehmerInnen in insgesamt 2 Millionen Unternehmen erhöht, wenn der Schwellenwert auf bis zu 10 ArbeitnehmerInnen erhöht worden wäre (Schätzungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes). Der Kündigungsschutz wurde durch die Gesetzesänderungen, die mit der Agenda 2010 einhergingen, aufgeweicht. Nach bisherigem Recht erhielten alle ArbeitnehmerInnen mit Überschreiten des Schwellenwertes von fünf Beschäftigten Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz (KSchG). Dies soll nach der vom Bundestag verabschiedeten Novelle des KSchG nunmehr nicht mehr gelten, wenn der Schwellenwert durch die Einstellung von ArbeitnehmerInnen mit befristetem Arbeitsvertrag überschritten wird. Eine ursprünglich in der „Agenda 2010“ geplante viel weiter gehende Aufweichung konnte durch Partei und Fraktion verhindert werden. Allerdings steht zu befürchten, dass Union und FDP im laufenden Vermittlungsverfahren versuchen werden, die Zustimmung zu einem Gesamtkompromiss von weiteren Zugeständnissen – und damit Verschlechterungen – im an sich nicht zustimmungspflichtigen Bereich des Kündigungsschutzes abhängig zu machen.

ArbeitnehmerInnen ohne Kündigungsschutz können ohne jede Begründung entlassen werden.
Gleichgültig:

Wie lange der/die ArbeitnehmerIn beschäftigt ist,
welchen Beitrag er/sie zum Erfolg des Unternehmens in den zurückliegenden Jahren beigetragen hat,
welche Unterhaltspflichten er/sie hat,
wie seine/ihre Chancen sind, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.
Damit sind aber auch gleichzeitig alle anderen Rechte aus dem Arbeitsvertrag, aus den Tarifverträgen oder auch dem Betriebsverfassungsgesetz in Frage gestellt. Denn nur derjenige macht seine Rechte geltend, der keine Angst vor dem Verlust seines Arbeitsplatzes haben muss.
Das Argument, das zu diesen Änderungen geführt hat, lautet: „Müssten KleinunternehmerInnen nicht das Inkrafttreten des Kündigungsschutzes fürchten, so würden sie neue Arbeitsplätze schaffen.“ Dies entspricht allerdings nicht ganz der Realität. Bereits 1996 versuchte sich die Regierung an der Änderung des Kündigungsschutzes. Die Arbeitsplatzbilanz war gleich Null.
Auch die empirischen Ergebnisse des Projekts „Regulierung des Arbeitsmarktes“ (REGAM) der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass dieses Argument nicht trifft. Zum Beispiel wurden im Rahmen dieser Untersuchung zur betrieblichen

Personalpolitik die Personalverantwortlichen der Betriebe gefragt, ob der gesetzliche Kündigungsschutz in ihren Betrieben gelten würde. Die deskriptiven Ergebnisse zeigen, dass rund zwei Drittel aller Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten die Relevanz des Kündigungsschutzes falsch einschätzten, indem sie diese Frage bejahten.

Bedeutung des Kündigungsschutzes

Kündigungsschutz bedeutet:

Schutz vor willkürlicher Kündigung.

Die Pflicht zur Begründung einer Kündigung durch den Arbeitgeber.

Die Pflicht des Arbeitgebers, im Kündigungsfall soziale Belange wie Lebensalter, Unterhaltsverpflichtungen, Schwerbehinderung oder Vermittelbarkeit zu berücksichtigen. Die Chance, bei ungerechtfertigter Kündigung weiterbeschäftigt zu werden, und sich dieses Recht nicht durch eine Abfindung abkaufen lassen zu müssen: Mithilfe des DGB-Rechtsschutzes ist in 15-20% der Kündigungsschutzverfahren eine Weiterbeschäftigung erreicht worden.

Die Möglichkeit des Arbeitnehmer, Rechte geltend machen zu können ohne Angst um den Arbeitsplatz haben zu müssen. Dazu gehört z.B. ordnungsgemäße Vergütung, Urlaubsgewährung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitsschutz, Beteiligung an Betriebsratswahlen usw..

„Die grundsätzliche Unterlegenheit von Arbeitnehmern aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit wird durch den Kündigungsschutz ausgeglichen.“ (BAG in „Der Betrieb“ 01, Seite 1677, BVerfG in „Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 98, Seite 469).

- Der Arbeitgeber trägt das Risiko, dem/der ArbeitnehmerIn nach einer ungerechtfertigten Kündigung den Lohn für die Zeit zahlen zu müssen, in der er/sie nicht beschäftigt wurde (sogenannter Annahmeverzugslohn).
- Arbeitsplatzerhalt hat absoluten Vorrang. Vor Ausspruch einer Kündigung müssen alle mildernden Mittel ausgeschöpft sein. Bei betriebsbedingter Kündigung aus wirtschaftlichen Gründen heißt das, Umsetzung, Kurzarbeit, Qualifizierungsmaßnahmen, Angebot anderer Konditionen kommen vor Kündigung. Bei verhaltensbedingter Kündigung müsste zuerst eine Abmahnung erfolgt sein.
- Kündigungsschutz bedeutet nicht:
- Kündigungen sind grundsätzlich ausgeschlossen.
- Bürokratische Hürden: Hat der Arbeitgeber die Kündigungsgründe sorgfältig geprüft, sind sie vom Arbeitnehmer kaum zu widerlegen.
- Lange Gerichtsverfahren: Nur 11% aller Arbeitgeberkündigungen (3% bei Betrachtung aller Beendigungen des Arbeitsverhältnisses, also auch Fristablauf, Aufhebungsvertrag und Arbeitnehmerkündigung) werden überhaupt durch Klagen angegriffen (Mobilitätserhebung Infratest/WSI Arbeitnehmerkündigungen). Davon enden die meisten mit Vergleichen. Selbst wenn die Verfahren durch Urteil entschieden werden, gibt es nur in einigen wenigen Fällen eine Fortsetzung in der zweiten oder gar dritten Instanz. Mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses entsteht ein Anspruch auf Abfindung. Entgegen einem weitverbreiteten Irrtum gibt es keinen Rechtsanspruch auf Abfindung. Sie wird vielmehr nur dann gezahlt, wenn die Kündigung eigentlich unwirksam ist und das Arbeitsverhältnis trotzdem beendet werden soll. Nur 9% der von Arbeitgeberkündigung betroffenen Arbeitnehmer erhalten eine Abfindung (Mobilitätserhebung Infratest/WSI 2001). Ohne Kündigungsschutz bestünde für einen Arbeitgeber überhaupt keine Veranlassung eine Abfindung zu zahlen. Die Initiative zur Beendigung eines Arbeitsverhältnisses gegen Zahlung einer Abfindung geht in der Regel von der Arbeitgeberseite aus, weil er ein Interesse daran hat, ohne Begründungszwang ein Arbeitsverhältnis zu beenden.

Deshalb fordern wir:

Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion auf, den beschrittenen Weg der Aufweichung des Kündigungsschutzes zu verlassen und die Änderungen wieder aufzuheben. Auf gar keinen Fall dürfen im Vermittlungsverfahren im Bereich des Kündigungsschutzes weitere Zugeständnisse an Union und FDP gemacht werden. Die Verknüpfung von zustimmungsfreien Teilen der Reformgesetze mit zustimmungspflichtigen ist ein weiterer eklatanter Fall parteipolitischer Instrumentalisierung des Bundesrates, die angeblich von allen Seiten abgelehnt wird.

Die Ausweitung des Kündigungsschutzes für alle ArbeitnehmerInnen in Deutschland. Dies heißt, die Abschaffung der Schwellenwerte, was gleichen Schutz für alle Beschäftigten bedeutet. Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten von 70% der Unternehmen nicht dem Kündigungsschutz unterliegen. Dies Zweiklassengesellschaft in der Arbeitswelt muss ein Ende haben.

Für die Kleinstunternehmen (bis fünf ArbeitnehmerInnen) muss eine neue Ausnahmeklausel, die einzig die schnellst mögliche Lösung des Arbeitsverhältnisses für den sachlich begründeten Fall der Gefahr der Existenz des Unternehmens vorsieht.

Stoiber, Merkel, Rogowski und deren Freunde sagen sich jetzt gilt es

Die Financial Times Deutschland, die wohl nicht im Verdacht steht unser Verkündungsorgan zu sein, stellt fest: „Seit im Herbst absehbar wurde, dass Deutschland 2003 wieder zum weltweit größten Exporteur werden würde, herrscht helle Aufregung – weniger aus Freude, als vielmehr aus tiefer Sorge mancher Ökonomen, dass nun der Leidensdruck im Land weichen könnte.“

Genau diese Stimmung, eben diesen Leidensdruck wollen die Konservativen nutzen um die Ungerechtigkeit der Verteilung weiter zu vergrößern. Unter dem Deckmantel der Arbeitszeitverlängerung will man niedrigere Löhne durchsetzen. Dabei wird von Wachstumschancen gesprochen, obwohl selbst den Vorreitern dieser Debatte klar ist, dass Mehrarbeit kein Wirtschaftswachstum bringt. Das Ziel dieser Forderung ist nur allzu durchsichtig.

Weiteres Lohndumping durch Arbeitszeitverlängerung – NICHT MIT UNS !

Moderate Lohnabschlüsse seit Jahren sind bereits reale Lohnsenkungen. Die Löhne und die Arbeitszeit sind nicht an die steigende Produktivität angepasst. Die Löhne müssten im gleichen Maße, wie die Produktivität und unabhängig vom Ausgleich des Kaufkraftverlustes, steigen. Dies ist zwar noch keine Umverteilung, aber ein deutlicher Fortschritt in diesem Zusammenhang und zudem noch ökonomisch sinnvoll.

Zugeständnisse bei der Arbeitszeit sind indiskutabel und alles andere als sozial gerecht. Dies muss auch den Herren Clement und Schily klar gemacht werden.

Statt längere brauchen wir kürzere Wochenarbeitszeiten. Wir fordern deshalb als ersten Schritt, die Wochenarbeitszeit gesetzlich auf maximal 40 Wochenstunden, bisher 60, zu begrenzen.

Weiterhin fordern wir AZV umzusetzen und die Beschlusslage der Jusos, siehe Antrag des letzten Bundeskongresses, hierfür als Vorlage zu nutzen.



Chancengleichheit und soziale Sicherung

C 2 - Verbot von Diskriminierung aufgrund sexueller Identität

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Wir fordern, das Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Identität in Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG des Grundgesetzes aufzunehmen.

Das Verbot von Diskriminierung aufgrund einer sexuellen Orientierung ist ein politisches Ziel und muss Bestandteil sozialdemokratischer Politik sein, daher fordern wir die Aufnahme der Thematik im kommenden Wahlprogramm und in der Programmkommission des Parteivorstandes.

Begründung:

Homosexualität bedeutet auch im 21. Jahrhundert noch Ausgrenzung. Die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber Lesben und Schwulen ist in Deutschland zu gering.

Beispielsweise verhalten sich viele Homosexuelle zurückhaltend hinsichtlich eines Outings am Arbeitsplatz, um eventuellen Benachteiligungen, die hin bis zum Mobbing führen können, vorzubeugen. Oder sie werden bei gemeinsamer Wohnungssuche im Gegensatz zu heterosexuellen Paaren schneller abgewiesen. 

Zwar wurde unter der rot-grünen Regierung mit Abschluss des Lebenspartnerschaftsgesetzes ein Fortschritt in Richtung der Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft geschafft, jedoch zeigten die Anträge verschiedener Bundesländer gegen dieses Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht, dass die Lebensformen Frau/Frau bzw. Mann/Mann noch lange keine Normalität darstellen dürfen.

Es zeigt sich, dass bis zur Gleichberechtigung und Gleichstellung von Lesben und Schwulen noch viele Schritte nötig sind. Dennoch finden seit einigen Jahren positive Veränderungen hin zu diesem Ziel statt, die einen gesellschaftlichen Wandel, vor allem in der jüngeren Generation in Richtung größerer Toleranz nach sich ziehen.

Das Grundgesetz muss sich diesem Wandel anpassen und ihn fördern.

Von unserer Verfassung muss Signalwirkung zu höherer Akzeptanz homosexuell Lebender und zur Beseitigung von Diskriminierung ausgehen. Ausgehend von einem konkreteren Gleichheitsgebot wäre der Weg zu weiteren einfachgesetzlichen Regelungen in Bereichen wie dem Privatrecht, in denen Grundrechte keine unmittelbare Wirkung entfalten, eröffnet.

Außerdem zeigt der Alltag von Homosexuellen, dass ein allgemeines Benachteiligungsgebot nicht genügt, um effektiven Schutz vor Diskriminierungen zu bieten. Eine Verfassungsänderung muss den Weg für konkrete einfachgesetzliche Regelungen schaffen. Das Grundgesetz muss deutlich machen, dass eine Diskriminierung aufgrund einer anderen sexuellen Identität unzulässig ist.

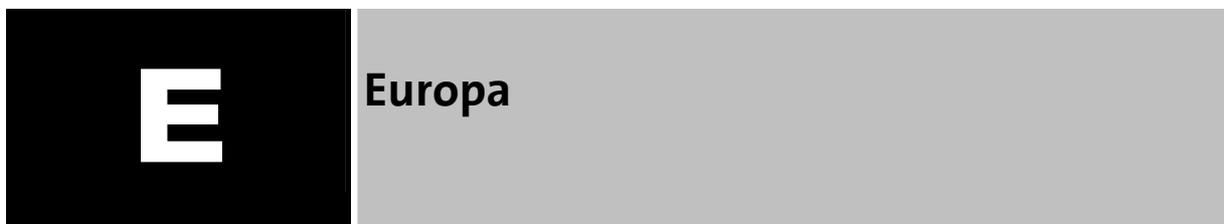
Wenn es heißt, der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG reiche aus, die Ungleichbehandlung von Lesben und Schwulen zu verhindern, dann wird jedoch übersehen, dass es konkrete Diskriminierungsverbote gibt. Art. 3 Abs. 3 GG beschreibt nämlich konkret Differenzierungsmerkmale, die eine Ungleichbehandlung ausdrücklich nicht rechtfertigen können. Niemand darf z.B. wegen seines Geschlechtes, seiner Rasse oder seines Glaubens benachteiligt oder bevorzugt werden. Gleiches muss für Homosexualität gelten.

Die bis jetzt stattfindende Torpedierung der Forderung nach Aufnahme der sexuellen Identität in das Grundgesetz ist vor diesen Hintergründen nicht verständlich.

Dass diese Forderung bereits verfassungsrechtlich umgesetzt ist, zeigt die Aufnahme des Diskriminierungsverbotes für sexuelle Identität, bzw. sexuelle Orientierung in den Verfassungen der Länder Berlin, Brandenburg und Thüringen.

Deshalb fordern wir eine explizite Normierung des Begriffes sexuelle Identität in Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG. Sexuelle Identität bedeutet dabei keinesfalls strafrechtlich relevantes Verhalten, das z.B. in die sexuelle Selbstbestimmung Dritter eingreift.

Jusos stehen für tolerante und fortschrittliche Gedanken, die jegliche Benachteiligung und Ausgrenzung von Menschen ausschließen und haben deshalb die Verantwortung, eingefahrene und überholte Denkmuster in den Köpfen aufzubrechen.



E 4 - Soziales Europa? – Von Fort- und Rückschritten des Europäischen Verfassungskonvents

„Die europäische Politik im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zielt darauf ab, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich der Einzelne in der Gesellschaft möglichst frei entfalten kann, und zwar so, dass die freie Entfaltung jedes Einzelnen letztlich die Voraussetzung für die freie Entfaltung aller bildet.“

[Aus dem Bericht der Arbeitsgruppe Soziales Europa, so ähnlich auch zu finden bei Texten von Karl Marx]

Unsere Politik vor Ort und in der SPD ist von dem Bewusstsein mitgetragen, dass die Zukunft des politischen Handelns in Europa liegt. Unser Ziel ist deshalb ein verfasstes, demokratisches und soziales Europa. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Menschen sich mit diesem Projekt identifizieren und Regierungen und Parteien das Werben für den europäischen Einigungsprozess zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Politik machen. Der Verfassungskonvent, der seit einigen Monaten seine Arbeit beendet hat, hatte sich eben dieses zum Ziel gesetzt, ganz im Gegensatz zur Regierungskonferenz. Diese ist kürzlich in den Kampf um Macht und Stimmenverteilung eingestiegen und droht dabei die teilweise durch den Konvent vorgeschlagenen Demokratisierungsmaßnahmen zu blockieren. Gerade vor dem Hintergrund der Erweiterung der EU um die zehn Staaten Süd-, Mittel und Osteuropas, durch die Europa endlich wieder zusammen wächst, ist eine demokratische und soziale Verfassung von Nöten um Jahrhunderte lange nationale Trennungen zu überwinden.

Während die Regierungskonferenz noch tagt, scheint es nun an der Zeit das Ergebnis des Europäischen Verfassungskonvents aus sozialistischer Sicht zu bewerten. Konnte der Konvent seiner Aufgabe, Europa demokratischer, transparenter und effizienter zu gestalten, gerecht werden? Und ist es gelungen von einem Europa, was vor allem auf die Etablierung einer freien Marktwirtschaft abzielte, zu einem sozialen Europa nach Vorbild der Europäischen Wohlfahrtsstaaten zu kommen?

1. Der Konvent – Einiges erreicht, aber noch nicht genug

Das Ergebnis des Konvents veranlasst uns Jusos keinesfalls zu lauten Beifallsbekundungen. Die vorgeschlagene Verfassung ist nach wie vor sehr kompliziert. Sie besteht aus zwei Präambeln, vier völlig verschiedene Teilbereichen, 465 Artikeln und etlichen Anhängen und Protokollen. Vor allem der dritte Teil - in dem die bisherigen Verträge größtenteils übernommen wurden - ist extrem kompliziert und widerspricht in vielerlei Hinsicht dem Rest der Verfassung. Die Beschlussfassung in der EU lässt nach wie vor Tür und Tor offen für Blockadeversuche der Mitgliedstaaten, da es nicht gelungen ist Mehrheitsentscheidungen und die Mitentscheidung des Europäischen Parlamentes auf alle Politikbereiche auszudehnen. Dem Europäische Rat - der im Verfassungsentwurf ohne direkte demokratische Legitimierung und Kontrollinstanzen auskommt - wird darüber hinaus eine starke Rolle zugesprochen, indem er den/die KandidatIn für den KommissionspräsidentIn vorschlägt und sich in die demokratische Struktur fast aller anderen EU-Organe einmischen kann. Entscheidend ist auch, dass Verfassungsänderungen (Änderungen sämtlicher 465 Artikel) von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen, bevor sie in Kraft treten. Solange dieses Veto zumindest bei kleineren Änderungen nicht abgeschafft wird, werden Verfassungsänderungen in Zukunft kaum möglich sein. Darüber hinaus kritisieren wir Jusos, dass der Verfassungsentwurf die Entwicklung der Union zu einer Militärmacht ermöglicht und befürwortet, anstatt die Grundlage für eine zivile Friedensmacht Europa zu schaffen.

Nichts desto Trotz erkennen wir an, dass durch den Konvent ein großer Fortschritt für eine demokratischere EU geleistet wurde. Obwohl die Verfassung nach wie vor lang und kompliziert ist, so stellt sie doch in vielerlei Hinsicht eine Vereinfachung gegenüber den bisherigen Verträgen dar. So wird die Rechtspersönlichkeit für die Union eingeführt, die drei Pfeiler werden abgeschafft, die Nomenklatur der Gesetzgebung wird vereinfacht (anstatt Direktiven und Richtlinien gibt es jetzt Europäische Gesetze und Europäische Rahmengesetze) und die Kompetenzen sind klarer geregelt. Auch wurde das Europäische Parlament - die einzige direkte Vertretung der Interessen der UnionsbürgerInnen - gestärkt, indem es in wesentlich mehr Politikbereichen wie früher, mit dem Ministerrat mitentscheiden darf. Auch die Effizienz der Union wurde verbessert, indem es zu einer wesentlichen Ausweitung der Mehrstimmigkeitsentscheidungen kam und dadurch blockierende Vetos von einzelnen Mitgliedstaaten in vielen Politikfeldern nicht mehr zulässig sind. Die Mitbestimmung wurde in Gesetzgebungsverfahren umbenannt, welches in der Regel auch die durch den Konvent vereinfachte qualifizierte Mehrheit vorsieht. Entscheidend ist auch, dass das Europäische Parlament im Prinzip volle Budgethoheit erhält. Die Verfassung sieht eine Stärkung der Parteien in Europa vor und trägt damit zu einer Politisierung der Union bei. In der Zukunft wird der/die PräsidentIn der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament gewählt. Dadurch werden die Parteien gezwungen, einheitliche SpitzenkandidatenInnen aufzustellen und sie mit einem politischen Programm auszustatten. Beides hat zur Folge, dass die UnionsbürgerInnen stärker am politischen Leben der Union partizipieren können als zuvor. Für eine in der Zukunft gestärkte Sozialdemokratie kann dies bedeuten, dass sie die Europäische Kommission mit ihren eigenen Führungspersönlichkeiten besetzen und sich so vom neoliberalen Kurs der bisherigen Kommission entfernen kann.

2. Der Konvent und das soziale Europa – Die richtigen Ziele aber die falsche Umsetzung

Auch die vom Konvent im Bereich der Sozialpolitik vorgeschlagenen Verfassungsartikel betrachten wir Jusos sehr differenziert. Zwar konnten durch die SozialdemokratInnen im Konvent wichtige und richtige Ziele im ersten Teil der Verfassung festgeschrieben werden, die Umsetzung dieser Ziele wird allerdings entweder nicht näher ausgeführt, oder durch anders lautende Regelungen im Teil Drei der Verfassung verhindert.

Zu begrüßen ist, dass die Grundrechtscharta als zweiter Teil der Verfassung aufgenommen wurde, vor allem da auf diesem Wege auch die sozialen Grundrechte in den Europäischen Verfassungsrang erhoben wurden. Da diese Rechte allerdings nicht in allen Fällen direkt durch die UnionsbürgerInnen einklagbar sind, ist bisher unklar, ob die sozialen Rechte tatsächlich von allen BürgerInnen der Union in Anspruch genommen werden können. Es bleibt zu hoffen, dass der Europäische Gerichtshof, wie er das bisher in vielen Fällen bereits getan hat, die Grundrechtscharta als Grundlage für Entscheidungen heranziehen wird und nationale Regelungen, die einen geringeren Schutz versprechen als die Charta, außer Kraft setzen wird.

Bisher fixierten die EU-Verträge die Europäische Union als offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb. Da stellt der Konventsentwurf mit der Aufnahme des Begriffs „soziale Marktwirtschaft“ und dem Ziel der Vollbeschäftigung in Artikel 2 des Verfassungsentwurfs eine qualitative Verbesserung dar. Es werden somit neue Möglichkeiten eröffnet, die EU, weg von einer freien Marktwirtschaft ohne sozialen Schutz, hin zu einer sozialen Union zu entwickeln, welche das Europäische Sozialstaatsmodell als Vorbild hat. Allerdings kritisieren wir aufs schärfste, dass auf Grund von Druck durch die Regierungschefs im Konvent, die „soziale Marktwirtschaft“ nur mit dem Zusatz „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ genannt wird. Im dritten Teil der Verfassung ist es nicht gelungen die alten Verträge zu revidieren: hier ist durchgängig von „freier Marktwirtschaft“, einem „freien Binnenmarkt“ und „hoher Wettbewerbsfähigkeit“ die Rede.

Einen weiteren Kritikpunkt sehen wir darin, dass in der Verfassung zwar erwähnt wird, dass sich die EU zu einer Gesellschaft fortentwickeln soll, die von Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz geprägt ist, die Konventsmitglieder allerdings nicht der Meinung waren, dass Gerechtigkeit und Solidarität zu den fundamentalen Werten der Union gehören. Neben Gerechtigkeit und Solidarität als Zielen, hätte im Sinne des Sozialstaats auch ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit festgeschrieben werden müssen.

Auch sieht der Verfassungsentwurf nicht vor, dass die SozialpartnerInnen eine direkte Mitsprache bei Europäischen Entscheidungen haben, gleichwohl er ihnen immerhin ein erweitertes Anhörungsrecht zubilligt. Wir sind allerdings der Meinung, dass die Europäischen SozialpartnerInnen - allen voran die Gewerkschaften - wahren Einfluss auf Entscheidungen der Europäischen Ebene erst dann entwickeln werden können, wenn sie in der Lage sind geschlossen zu agieren, beispielsweise einen Europaweiten Streik zu organisieren. Dazu gehört ebenfalls, dass die Stellung der Eurobetriebsräte gestärkt wird und im Rahmen einer Europäischen Betriebsverfassung den VertreterInnen der europäischen ArbeitnehmerInnen nicht nur Informations- sondern wirkliche Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden.

3. Europäische Beschäftigungspolitik

Die EU ist in erster Linie noch immer eine Wirtschafts- und Währungsunion, in der vorrangig neoliberale Projekte von Deregulierung und Privatisierung vollzogen werden. Europäische Beschäftigungspolitik gibt es leider nur in Ansätzen und sie reicht über eine Koordinierungsfunktion der EU-Kommission nicht wirklich hinaus. Das wird sich auch mit dem vorliegenden Konventsentwurf zunächst nicht ändern. Zwar wird Vollbeschäftigung im ersten Teil des Verfassungsentwurfs als Ziel genannt, im dritten Teil wird aber lediglich von einem „hohen Beschäftigungsniveau“ gesprochen. Mit dieser Verwässerung wollen wir uns nicht zufrieden geben und fordern ein klares Bekenntnis zur Vollbeschäftigung, mit all seinen Konsequenzen, die dieses Bekenntnis nach sich ziehen muss.

Die Debatte um die Sinnhaftigkeit der Kriterien des Wachstums- und Stabilitätspakts verdeutlicht die verheerenden Folgen der neoliberalen Doktrin der Europäischen Union. Regierungen, die aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik praktizieren wollen, müssen mit Sanktionen rechnen. Aber gerade diese Debatte bietet auch die Möglichkeit, der neoliberalen Logik Alternativen entgegenzusetzen. Das Verschuldungskriterium muss revidiert und z.B. durch das Kriterium Höhe der Arbeitslosigkeit oder Beschäftigungsquote ersetzt werden. Die Europäische Zentralbank muss nicht nur demokratisiert werden, sondern sowohl Vollbeschäftigung als auch qualitatives Wirtschaftswachstum als Ziele verfolgen. Es müssen auf EU-Ebene die Kompetenzen für eine Europäische Beschäftigungspolitik geschaffen werden, damit eine soziale Republik Europa möglich werden kann.

4. Europäisches Sozialstaatsmodell?

Ein europäisches Sozialstaatsmodell, wie wir es uns vorstellen, wurde mit den Arbeiten des Konvents nicht verwirklicht. Die Europäische Sozialpolitik steckt noch in den Kinderschuhen und verdient kaum ihren Namen. Es gab bei der Arbeit des Konvents allerdings eine ganze Reihe positiver Punkte die man als Erfolge bezeichnen könnte, die aber meist nicht umfassend und konsequent genug verfolgt wurden. So unterstützen wir Jusos uneingeschränkt die Festlegung auf eine „nachhaltige Entwicklung auf Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und sozialer Gerechtigkeit“, die im Zielkatalog der Union genannt wird. Dasselbe gilt für die Aufnahme des „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“, sowie die „Gleichstellung von Frauen und Männern“. Werden diese Grundsätze nachhaltig verfolgt, wird dies zur Herausbildung einer sozial gerechteren europäischen Gesellschaft führen, die in der Konsequenz auch eine starke Gesellschaft sein wird. Wir bezweifeln allerdings, dass dies die Grundsätze sind, welche in der Zukunft im Vordergrund der EU-Politik stehen werden und, dass weitergehende Regelungen, welche für die Umsetzung dieser Ziele notwendig sind, verabschiedet werden.

Im Verfassungsentwurf ist die Rede davon, dass sowohl der Binnenmarkt durch sein Wirken, als auch die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften in den Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die Entwicklung folgender Ziele vorangetrieben wird: „Förderungen der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, um dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen, einen angemessenen sozialen Schutz, den sozialen Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.“ Diese Aussage deutet allerdings viel zu sehr auf das falsche Vertrauen in eine automatische Funktion des Binnenmarktes hin. Wir sind keineswegs der Meinung, dass der Beitrag des Binnenmarktes soziale Gerechtigkeit herstellen kann. Nötig sind vielmehr Steuerungselemente, welche den positiven Beitrag des Marktes so unterstützen, dass er tatsächlich den erwähnten sozialen Schutz oder die Bekämpfung von Ausgrenzung bieten kann.

Aus Sicht der Jusos können sämtliche Versuche einer Europäischen Sozialpolitik erst dann erfolgreich sein, wenn sie zur Erhaltung und Stärkung des Europäischen Sozialmodells mit starker Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit und mit solidarisch umverteilenden sozialen Sicherungssystemen beitragen. Wir werden uns daher auch in der Zukunft der Herausforderung stellen, unsere Forderungen für europäische soziale Mindeststandards (z.B. einen europäischen Mindestlohn, der den einheitlich festgesetzten Prozentsatz des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreitet) und Sozialkorridore dem neoliberalen Mainstream der Deregulierung und Entrechtung entgegenzustellen.

5. Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge war lange Zeit kaum ein relevantes Thema, da der Grad der Verstaatlichung so hoch war, dass kein Bedarf zum weitergehenden Diskurs bestand. Mit der voranschreitenden Privatisierung auch in Bereichen von Diensten mit öffentlichem Interesse (z.B. Mobilität, Gesundheitsschutz, Versorgung mit lebenswichtigen Grundgütern wie Energie und Wasser oder Post- und Telekommunikationsdienste) rückte die umfassende Gewährleistung eben dieser Dienste immer mehr ins Blickfeld. Auch die Rolle der EU bei der Durchsetzung von öffentlicher Daseinsvorsorge nahm stets an Bedeutung zu, da der damit hauptsächlich verbundene Bereich, das Wettbewerbsrecht, bereits in der Hand der EU liegt.

Der Konvent hat auf die Diskussion dieses Bereichs fast komplett verzichtet. Es wurde lediglich darauf eingegangen, dass das Wettbewerbsrecht in den Bereichen nur eingeschränkt gelten sollte, wo es um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger der EU geht. Es wird damit die Möglichkeit eröffnet, über europäische Gesetze die Verwirklichung qualitativ hochwertiger Dienste von allgemeinem Interesse zu erlassen und so Daseinsvorsorge von europäischer Ebene aus gezielter zu koordinieren.

Wir Jusos akzeptieren, dass in bestimmten Teilbereichen zum Teil Dienste von öffentlichem Interesse angeboten werden, die ohne den Einfluss der EU überhaupt nicht existent wären. Die Transeuropäischen Netzwerke etwa haben das Ziel die Verbindung von „insularen, eingeschlossenen und am Rande gelegenen Gebieten“ mit den zentralen Gebieten der Union herzustellen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Ebenso die „Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit in der Union“, welche zu den Grundpfeilern öffentlicher Versorgung zählt.

Allerdings werden wir uns dagegen wehren, dass immer mehr Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen auf Grund von Druck der EU liberalisiert werden. Die Kompetenz der EU für Wettbewerbsrecht muss dort eingeschränkt werden, wo sie zur Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen führt, sowie bei der Bildung, dem öffentlichen Rundfunk, der Wasserversorgung und anderen Bereichen. Zusätzlich ist es aber notwendig noch einen Schritt weiter zu gehen und die Möglichkeit offen zu halten, in den Fällen, in denen die Versorgung mit grundlegenden

öffentlichen Gütern nicht mehr gewährleistet ist, den Schritt der Privatisierung umzukehren und die Verantwortung für das jeweilige Gut wieder in die Hände des Staates zu geben.

6. Ausblick

Angesichts der schwachen Vertretung von SozialdemokratInnen und SozialistInnen in der Regierungskonferenz hegen wir nicht die Hoffnung, dass der Vorschlag des Konvents für eine Verfassung aus sozialistischer Sicht noch verbessert werden kann. Vielmehr ist zu befürchten, dass einige der Fortschritte des Konventsergebnisses von neoliberalen Regierungen in der Regierungskonferenz noch rückgängig gemacht werden. Wir fordern daher die Regierungskonferenz auf, den Entwurf des Konvents nicht zu öffnen und nicht zu verändern, sondern die Verfassung so zu beschließen. Dies heißt allerdings nicht, dass wir das Ergebnis des Konvents als gut erachten. Vielmehr fordern wir alle SozialdemokratInnen und SozialistInnen auf, verstärkt Druck auszuüben, dass in einem bald folgenden zweiten Konvent ein entscheidender Durchbruch für ein soziales, solidarisches und gerechtes Europa erreicht werden kann.

Unsere Forderungen

Wir Jusos fordern nach eingehender Betrachtung der Konventsergebnisse:

- allen Unionsbürgern die Einklagbarkeit ihrer Grundrechte - insbesondere ihrer sozialen Grundrechte - zu garantieren;
- dass sich die EU mit allen Konsequenzen zum Ziel der Vollbeschäftigung durch eine sozialistische Arbeitsmarktpolitik bekennt und auf ihre Umsetzung hinarbeitet, wobei langfristig in der europäischen Gesetzgebung neue Arbeitsmodelle, z.B. soziale Arbeit (Kindererziehung, Ehrenamt etc.) Beachtung finden müssen;
- dass die EU sich zu einer Form des Wirtschaftens bekennt, die als Ziel nicht die Maximierung des Gewinnes der Unternehmen, sondern die freie Entfaltung eines jeden Einzelnen und den sozialen Schutz hat;
- in der Zukunft ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit festzuschreiben;
- den Europäischen SozialpartnerInnen ein echtes Mitspracherecht zu geben;
- die Europäischen SozialpartnerInnen auf, gemeinsam zu agieren und so für soziale Verbesserungen der UnionsbürgerInnen kämpfen zu können, beispielsweise durch Europaweite Streiks;
- die Eurobetriebsräte stärken und ihnen Mitbestimmungsrechte einräumenden Wachstums und Beschäftigungspakt zu reformieren und das Kriterium der Beschäftigungsquote zu berücksichtigen;
- demokratischen Einfluss auf die Europäische Zentralbank zu nehmen und Vollbeschäftigung durch eine sozialistische Finanzpolitik und qualitatives Wirtschaftswachstum zu ihren Zielen zu machen;
- eine europäische Kompetenz für Beschäftigungspolitik einzuführen;
- klare Regelungen zu beschließen und Gesetze zu erlassen, um tatsächlich zur sozialen Gerechtigkeit, zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und zur Gleichstellung von Mann und Frau auf europäischer Ebene beitragen zu können;
- Steuerungselemente für den freien Markt einzuführen, damit er sozialen Schutz und die Bekämpfung von Ausgrenzung bieten kann;
- Das Sozialstaatsmodell auch für die Europäische Ebene zum Vorbild zu nehmen;
- Europäische Mindeststandards und Sozialkorridore in der EU einzuführen;
- Nicht noch weitere Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen auf Grund von Druck der EU zu liberalisieren und stattdessen dort, wo die Versorgung mit grundlegenden öffentlichen Gütern nicht mehr gewährleistet ist, die Liberalisierung umzukehren;
- Die Kompetenz der EU im Wettbewerbsrecht dort einzuschränken, wo sie zur Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen beträgt.

E 6 - Im Sumpf – Rechtspopulismus in Europa

1. Moderner Rechtspopulismus – was ist das eigentlich?

Rechtsextremismus, Nationalismus, Rechter Rand, Populismus, Fremdenfeindlichkeit – Viele Begriffe versuchen, zu beschreiben, was sich gegen Ende des letzten Jahrhunderts im politischen Feld getan hat. Keiner jedoch hat in Europa für soviel Aufsehen aber auch Unklarheit gesorgt wie der Begriff „Rechtspopulismus“. Wir werden versuchen herauszuarbeiten, was sich hinter der Bezeichnung verbirgt und welche Herausforderung damit für die Sozialdemokratie verbunden ist.

1.1 Ideologie und Gedankenwelten

Der europäische Rechtspopulismus stellt seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts ein instabiles, aber doch dauerhaftes politisches Phänomen dar. Neben Regierungsbeteiligungen populistischer Parteien in Italien, Holland, Dänemark oder Österreich existieren auch nahezu in allen übrigen europäischen Staaten nennenswerte Gruppierungen. Viele sind auch bei Wahlen höchst erfolgreich, wie zum Beispiel in Italien, wo bei den Wahlen 2001 insgesamt drei Parteien des rechten Randes ins Parlament einzogen, die Lega Nord, die Alleanza Nazionale und Berlusconi's Forza Italia.

Als Prinzip des europäischen Rechtspopulismus erweist sich in der Praxis eine „schillernde Prinzipienlosigkeit“, eine einheitliche ideologische Einordnung der unterschiedlichen rechtspopulistischen Parteien ist nur schwer möglich. Populismus ist mehr als eine politische Strategie und Technik zu verstehen, denn als ein Bündel festgelegter Positionen. Dennoch können bei den populistischen Bewegungen Europas gewisse Gemeinsamkeiten festgestellt werden:

Populistische Parteien und Bewegungen erzielen ihre Erfolge mittlerweile in ganz Europa. Ob in West-, Mittel- und Osteuropa überall scheint der Rechtspopulismus auf dem Vormarsch zu sein. Während die Erscheinungsformen sich ähneln, sind die Ursachen für das Wachstum rechtspopulistischer Parteien höchst unterschiedlich. In den westeuropäischen Staaten ist der Rechtspopulismus in Regionen mit relativ großem Wohlstand entstanden. In Ost- und Mitteleuropa hingegen, liegen die Ursachen in den negativen sozialen Konsequenzen, die sich aus der Transformation ergeben haben. Der Rechtspopulismus in Ost- und Mitteleuropa wurzelt dort vor allem in den Problemen des Systemwandels, der zu radikalen Veränderungen im Wirtschafts- und Sozialsystem geführt hat. Frustration und Enttäuschung in der zunehmend verarmten Gesellschaft bilden dabei den Nährboden, auf dem der Rechtspopulismus fußt.

- Eine **strikte Zweiteilung** ist die Grundlage der populistischen Weltsicht. Ein imaginäres Kollektiv, die sogenannte „In-Group“, die als anständig und gut definiert wird, steht einem durchgängig negativ bewerteten „Anderen“ entgegen, der Out-group. Die auffälligsten Konstruktionen, mit denen moderne Rechtspopulisten arbeiten, ist die Gegenüberstellung von Volk/Elite, Inländer/Ausländer und brave Bürger/Schmarotzer. Besonders das anti-elitäre Element stellt eines der zentralen Ideologieelemente von rechtspopulistischen Bewegungen dar. Von Schill über Berlusconi, von Haider bis Schlierer: Alle setzen in ihrer Agitation auf den Reflex, den „Altparteien“ eins auszuwischen und sind damit bei Wahlen erstaunlich erfolgreich.
- Als Mittel im politischen Kampf werden gegen die „Anderen“ Schmähungen immer möglichst nah an der Grenze des Erlaubten im öffentlich Diskurs verwendet, teilweise werden die Grenzen bewusst überschritten, um den eigenen Spielraum auszudehnen. Aktuellstes Beispiel hierfür ist Berlusconi's „Ausfall“ gegenüber dem Sozialdemokraten Martin Schulz im Europäischen Parlament¹. Tabubrüche werden gezielt eingesetzt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die eigenen Positionen zu forcieren. Integraler Bestandteil der Abgrenzung von der Out-group sind auch angstbesetzte Kampagnen, mit denen eine möglichst hohe Emotionalisierung der Anhängerschaft erzielt wird.
- Populistische Parteien vertreten antiaufklärerische, antimodernistische Positionen. Sie verkünden kleine und übersichtliche gesellschaftliche Organisationsformen gegenüber großen unübersichtlichen Staatenbünden mit ethnisch gemischter Bevölkerung². Dieser Antimodernismus schließt die Ablehnung des Prozesses der Globalisierung mit ein.
- Moderner Rechtspopulismus stellt sich dar als eine Art „**Dritter Weg**“ zwischen traditionellem demokratischen Konservatismus und offen antidemokratischem Rechtsextremismus. So ist die Beziehung zu der traditionellen radikalen Rechten gespalten; wo beispielsweise Le Pen in Frankreich durchaus enge Verbindungen pflegt, wird die eigene Vergangenheit von der Alleanza Nazionale in Italien eher negiert. Gemeinsam ist jedoch eine gewisse Koketterie mit den Themenfeldern und den Begrifflichkeiten der alten rechtsextremistischen oder faschistischen Bewegungen.

¹Berlusconi unterstellte Schulz, der ihn gerade kritisiert hatte, die Mentalität eines KZ-Aufsehers und versuchte nachher, den Vorfall als harmlosen Witz auszugeben.

² Teile der rechtspopulistischen Bewegungen wie beispielsweise die FPÖ beziehen sich mittlerweile positiv auf die europäische Union allerdings meist im Zusammenhang mit Abgrenzung gegenüber anderen Volksgruppen

- Im Gegensatz zu Rechtsextremisten alter Schule, lehnen Rechtspopulisten die modernen Demokratien nicht ab, sie versuchen im Gegenteil gezielt **durch Wahlen an die Macht** zu gelangen. Dabei bedienen sie sich moderner Wahlkampf- und Propagandamethoden. Sie beherrschen die Spielregeln des Staates genau und wissen deshalb Tabubruch von juristisch bedenklicher Grenzüberschreitung wohl zu unterscheiden. Nicht nur bei der FPÖ³, sondern bei vielen anderen Rechtspopulisten findet sich mittlerweile die direkte Demokratie durch Volksbegehren, in ihren Programmen wieder. Die direkte Demokratie wird dabei der repräsentativen Demokratie als „wirkliche“ Form der Volksherrschaft vorgezogen.
- **Ein weiteres Grundprinzip des Rechtspopulismus besteht darin, Privilegien für die In-Group** erhalten zu wollen. Der Eigennutz des Individuums steht im Mittelpunkt des Interesses, weswegen auch vehement die Gefahr der persönlichen Bereicherung oder der Korruption bei rechtspopulistischen Parteien besteht. Aus dieser Tatsache resultiert häufig auch die momentane politische Instabilität solcher populistischer Bewegungen⁴.
- Einigkeit besteht bei den populistischen Parteien Europas also vor allem in der **Ablehnung der Zuwanderung und der Migration**, dem Kampf gegen bestehende Regierungen und sog. Altparteien, gegen festgefügte Regierungsarrangements und die Arroganz der Herrschenden.

Rechtspopulismus reagiert somit vor allem auf die Krise des Übergangs zur postindustriellen Gesellschaft als auch auf die Reaktion der Sozialdemokratien hierauf. Die grundsätzliche neoliberale Botschaft „Es muss sich was ändern, das Sozialsystem ist nicht mehr haltbar“ wird von der Bevölkerung zum großen Teil nicht mehr in Frage gestellt. Doch die Rechtspopulisten haben darauf eine nette Antwort gefunden: Sozialabbau ja- aber für die anderen. Der Sozialdemokratie ist es nicht gelungen diesen Veränderungen einen positiven Entwurf entgegenzustellen, der soziale Sicherheit für alle bedeutet.

1.2 Der Rechtspopulismus als Neoliberalismus des dummen Kerls?

Mit dem Angriff auf die politische Kultur der Sozialdemokratie und der teilweisen Ablehnung des Sozialstaats weist der Rechtspopulismus augenfällige Nähe zum Neoliberalismus auf.

- Beiden Gedankenschulen gemein ist eine grundlegende **Staatsfeindlichkeit**, die bei beiden angereichert wird mit einer Überhöhung der Begriffe Nation, Familie, Tradition und Religion. Beim Neoliberalismus muß man bei dieser Frage jedoch unterscheiden zwischen der reinen Philosophie und der Umsetzung in reale politische Programme. Dieser Unterschied hat seinen Ursprung darin, dass das politische Projekt Neoliberalismus erst durch Abschwächung des gesellschaftszersetzenden Charakters der reinen Version überhaupt wirksam werden konnte. Bestes Beispiel für die Kombination wirtschaftlicher Liberalismus/gesellschaftlich reaktionäre Politik war Maggie Thatchers Politik in den 80er Jahren in England, die auch versuchte, ihre entsolidarisierende Politik mit dem Deckmäntelchen des Nationalismus abzuschwächen.
- Allgemein gesprochen setzen beide Denkschulen auf die Kombination **wirtschaftlicher Liberalität mit politisch autoritären Methoden**. Moderner europäischer Rechtspopulismus setzt im Gegensatz zu den historischen Vorbildern nicht mehr auf korporative Modell der Gesellschaft und vertritt, zumindest offen, auch keinen wirtschaftlichen Protektionismus mehr. In weiten Teilen der Wirtschaftsprogramme rechtspopulistischer Bewegungen werden neoliberale Problemlösungsmodelle übernommen.
- Die Betonung liegt auf dem **Eigeninteresse** der eigenen Klientel, das unter allen Umständen vor dem Zugriff des Staates geschützt werden müsse. Rechtspopulisten und Neoliberale begreifen kollektive soziale Absicherung als „Angriff auf das Portemonnaie“ des Einzelnen und propagieren Steuersenkungen als Allheilmittel. Jegliche Umverteilung durch den Staat wird als Angriff auf den eigenen Geldbeutel verstanden und deshalb strikt abgelehnt.
- Sie stehen beide für eine Brutalisierung sozialer Beziehungen, da diese auf bloße Marktmechanismen reduziert werden. Das beherrschende Thema sind in dem Rahmen **Verteilungskämpfe** zwischen In-group und Out-group, Solidarität ist in diesem Weltbild ein Fremdwort.

Doch um das Phänomen des Rechtspopulismus exakt umreißen zu können, muß auch darauf hingewiesen werden, daß er sich auch in Teilbereichen von der Ideologie des Neoliberalismus unterscheidet.

- Der Neoliberalismus in seiner reinen Ausprägung findet sowohl den Prozeß der internationalen Globalisierung als auch Migrationsbewegungen in deren Gefolge grundsätzlich begrüßenswert. Migranten werden als die idealen Wirtschaftssubjekte betrachtet, da sie dem Wettbewerb sogar mit größerer Mobilität und unter Zurücklassung aller persönlichen Bindungen nachkommen.

³ die FPÖ inszenierte bereits mehrere Volksbegehren, darunter „Österreich zuerst!“ Anfang der 90er Jahre

⁴ Ein gutes Beispiel für das Scheitern an Bevorteilungen und Egozentrik hat die Schill-Partei in jüngster Zeit in Hamburg geliefert

- Dem Neoliberalismus läge es fern, die Eigeninteressen des Einzelnen Marktsubjektes protektionistisch zu verteidigen. Die Abschottung einzelner Länder oder Marktwirtschaften ist ein Gedanke, der den Grundlagen des Neoliberalismus widerspricht. Ebenso undenkbar ist die Begünstigung der In-Group zu Ungunsten anderer ohne die Grundlage eines Wettbewerbs.
- Unterschiede bestehen vor allem auch in der Klientel, die sich von den beiden Projekten angezogen fühlt. Der Neoliberalismus in reiner Ausprägung ist eigentlich außerhalb einer sehr vermögenden Klientel nicht ausstrahlungsfähig, wohingegen der Rechtspopulismus hauptsächlich Anhänger anzieht, die sich von den Auswirkungen des wirtschaftlichen Umbruchs bedroht oder verunsichert fühlen.

Somit stellt der Rechtspopulismus eine Öffnung des Neoliberalismus nach unten dar und damit eine neue Bedrohung für die Demokratie. Er erschließt eine aufgrund ihrer sozialen Kälte eigentlich nicht ausstrahlungsfähige Ideologie für breite Unterstützerschichten, indem eine Integration in eine imaginäre (Volks)Gemeinschaft vorgegaukelt wird. Somit werden selbst Wähler gewonnen, die bei einer neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft und Wirtschaft nur verlieren könnten.

2. Populismus – Eine europäische Krankheit?

Die populistischen Bewegungen Europas unterscheiden sich sowohl in ihrer Struktur als auch in ihrer Ideologie. Das Erscheinungsbild hängt weitgehend mit den Rahmenbedingungen im jeweiligen Land, der Tradition der entsprechenden Partei und nicht zuletzt dem Auftreten der Führungsfiguren ab.

Wir werden im Folgenden versuchen, die auffälligsten und stabilsten Phänomene im europäischen Rechtspopulismus in ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer politischen Methodik zu analysieren. Anders formuliert: Wie konnte es dazu kommen, daß Le Pen in Frankreich so stark wurde, daß die FPÖ in Österreich an einer Koalition beteiligt ist und warum regiert Silvio Berlusconi Italien wie ein selbsterhlicher Patriarch?

2.1 Frankreich – Der alte Mann und die Macht

Das Ergebnis der letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Mai 2002 schockierte nicht nur weite Teile der französischen Gesellschaft, sondern auch das Ausland.

Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender der rechtsextremen Front National, erreichte mit 16,9% die Stichwahl⁵ und ließ damit den Bewerber der Sozialistischen Partei (PS) Jospin hinter sich.

Trotz großen Demonstrationen in allen größeren Städten Frankreichs und einem breiten Wählerbündnis für den konservativen Kandidaten Chirac, erhielt Le Pen im 2. Wahlgang 5,5 Millionen Stimmen (17,8%). Damit konnte Le Pen nicht mehr als Randphänomen bezeichnet werden. Doch wer ist dieser Mann dem dieser spektakuläre „Sieg“ gelang? Und ist inzwischen die Gefahr Le Pen gebannt?

2.1.1 Le Pens Aufstieg

Die Karriere von Le Pen beginnt 1956 mit dem Einzug der „Poujadisten“ in das französische Parlament, unter den neuen Abgeordneten war auch Le Pen. Die Poujadisten verstanden sich als Interessensvertretung der Kleinhändler und Handwerker gegen das System. Ihr Programm bestand aus Antisemitismus, einer Gegnerschaft zur Entlassung der Kolonien in die Freiheit und populistischen Elementen wie der Aufforderung zum Steuerboykott.

Obwohl er nun Abgeordneter war, beteiligte sich Le Pen an den Kämpfen in Algerien. 1958 zieht er als Unabhängiger in das Parlament ein, nachdem ihm die „Poujadisten“ zu mild geworden sind. Beruflich hält er sich mit dem Vertrieb von Nazi-Musik über Wasser.

2.1.2 Der Front National

1972 gründete Le Pen den Front National (FN), als Protestpartei. Die Ziele des FN sind laut seinem Handbuch (Parteiprogramm): AusländerInnen sollen von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden, die französische Staatsbürgerschaft soll nach der Abstammung zugeteilt werden, die Zuwanderung soll gestoppt und in Frankreich lebende AusländerInnen Schritt für Schritt „zurückgeführt“ werden, alleinerziehenden Müttern soll für ihr männerfeindliches Verhalten die Sozialhilfe gestrichen werden und Abtreibung und homosexuelle Handlungen sollen verboten werden, Frankreich soll aus der EU austreten und das Plebiszit als wirkliche Demokratieform installiert werden.

Im Mittelpunkt der Politik des Front National steht immer der „gefährlich hohe Ausländeranteil“ den es zu bekämpfen gilt, damit Frankreich kein „algerisches Frankreich“ wird. Gleichzeitig hat der FN auch einen starken christlich fundamentalistischen Flügel, welcher die heile Familie mit allen Mitteln wieder errichten möchte. Obwohl sich der FN als Schutzherr der kleinen Leute aufspielt und hier auch die meisten Wähler hat⁶, ist das

⁵ In Frankreich wird der Präsident direkt vom Volk gewählt. Wenn im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten mehr als 50% auf sich vereinen kann, gibt es im zweiten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den zwei Bestplatzierten (Traditionell der/die Kandidatin der Konservativen und der Sozialisten).

⁶ Bei der Präsidentschaftswahl 2002 wählten 31% der Arbeiter den FN und nur 2% der Akademiker

Wirtschaftsprogramm rein neoliberal ausgerichtet (Lohnverhandlungen nur zwischen dem einzelnen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Einschränkung des Streikrecht, u.a.).

Das Image des FN ist das einer jugendlichen Protestpartei, bei der auf den ersten Blick Intellektuelle keinen Platz haben. Dennoch hat der FN immer wieder Intellektuelle (wie den Universitätsprofessor Bruno Gollnisch) eingebunden, um inhaltlich sprachfähig zu bleiben. Aber das öffentliche Erscheinungsbild des FN prägen die ständigen Tabubrüche, so bezeichnete Le Pen 1997 die Gaskammern der Nazis als „Detail der Geschichte des zweiten Weltkriegs“ oder verglich den israelischen Ministerpräsidenten mit Adolf Hitler. Die darauf folgenden Gerichtsverfahren empfindet Le Pen als Auszeichnung. Durch die ständigen Tabubrüche erhält Le Pen nicht nur eine Medienrelevanz, sondern er schafft auch den Boden für zukünftige Wahlerfolge, da er sein Gedankengut hegemoniefähig macht.

Aber auch körperliche Gewalt ist ein Teil der FN, 1958 verliert Le Pen bei einer Saalschlacht ein Auge, 1997 griff er im Wahlkampf die sozialistische Kandidatin Anette Pleuvast tötlich an⁷, die Foltervorwürfe gegen Le Pen im Algerienkrieg sind inzwischen gerichtlich bestätigt⁸. Er kann sich in dieser Frage der Unterstützung seiner Mitglieder sicher sein, sogar ihrer Bewunderung. Le Pen sei keiner dieser Bonzen Politiker die nur reden, er macht auch was. Diese Botschaft wissen auch viele Mitglieder des FN für sich zu nutzen, immer wieder sind sie in Gewaltakte gegenüber Ausländern verwickelt.

Der FN ist eine männlich dominierte Bewegung; dies lässt sich auch an den Wahlergebnissen ablesen. So wählten im Mai 2002 26% der Männer Le Pen, aber nur 11% der Frauen.

2.1.3 Le Pens Karriere

Seit 1984 kann der FN konstant über 10% bei den Wahlen erzielen und mit 140.000 Mitgliedern ist er eine der größten rechten Parteien überhaupt.

Doch in den 90er Jahren musste Le Pen einige Rückschläge einstecken. Seine Tochter Marie-Caroline schloss sich 1998 seinem parteiinternen Kritiker Megret an und wechselte zu dessen neuer Partei „Mouvement national“. 1999 werden Le Pen die Bürgerrechte auf Grund des Angriffs auf die sozialistische Abgeordnete entzogen und damit besaß er auch kein passives Wahlrecht mehr und bei den Europawahlen erzielt der FN mit 5,7% sein schlechtestes Ergebnis.

2001 erhält Le Pen seinen Sitz im Europäischen Parlament zurück.⁹ Und 2002 triumphiert er bei den Präsidentschaftswahlen, als er schon von der Öffentlichkeit abgeschrieben wurde.

Inzwischen hat seine jüngste Tochter Marine Le Pen den Parteivorsitz übernommen, die FN bleibt also in Händen der Familie Le Pen. Le Pen hat sich gegenüber seinen Gegnern in der Partei durchsetzen können.

Bei Regionalwahlen im März 2003 konnte der Front National ihr Ergebnis halten. Landesweit erhielt er 12,4%, in manchen Regionen sogar bis zu 21%, wie in Marseille. In 17 von 22 Regionen schaffte es der FN in die Stichwahl. Die aktuellen Themen „Kopftuchverbot“ und „Korruption“¹⁰ boten der FN viele Anknüpfungspunkte. Die Gefahr der Front National ist also noch lange nicht gebannt.

2.2 Italien –Das System Berlusconi – eine harmlose Bananenrepublik?

Viele Nachrichten aus Italien seit dem Regierungsantritt Berlusconis erinnern an Woody Allens Film „Bananas“ von 1971¹¹. Ein Ministerpräsident der Gesetze je nach Lage seiner Verfahren vor Gericht ändert und über Fernsehen ständig präsent ist, mag auf den ersten Blick lustig anmuten. Aber bei genauer Betrachtung bleibt wenig zum Lachen übrig.

2.2.1 Berlusconi – ein neuer Held für Italien?

Den Aufstieg zum Medienmogul in Italien verdankt Silvio Berlusconi hauptsächlich einem Mann: Bettino Craxi, „Sozialist“ und einer der prägnantesten Personen Italiens. Das 1991 beschlossene Gesetz zur Neuordnung des Medienmarkts, war auf Berlusconi zugeschnitten, es entstand auf Druck von Craxi. Berlusconi erhielt 25% der Sendefrequenzen für seine Privatsender, er durfte ab sofort Nachrichten in sein Programm aufnehmen und zusätzlich zu seinen Fernsehsendern auch noch Printmedien besitzen.

⁷ er würgte sie und warf sie zu Boden

⁸ eine strafrechtliche Verfolgung ist wegen dem erlassenen Amnestiegesetz nicht möglich

⁹ EuGH Urteil auf Grund von französischem Recht, kann einem Europ. Abgeordneten nicht das Mandat entzogen werden

¹⁰ der ehemalige Bürgermeister von Paris Juppé wurde wegen Korruption verurteilt

¹¹ In der Polit-Groteske "Bananas" spielt er den linkischen Produkttester Fielding Mellish, der durch unglaubliche Verwicklungen zum Diktator einer südamerikanischen Bananenrepublik aufsteigt. Nur um eine Frau zu beeindrucken schliesst sich Fielding den Rebellen der Republik San Marcos an, deren allwöchentliche Putschversuche im Sportprogramm übertragen werden. Doch dem Kommandanten der Untergrundarmee steigt der Sieg der Revolution bald zu Kopf, der dabei erheblichen Schaden nimmt.

Seinen Weg in die Politik fand Berlusconi aber erst mit dem Skandal um „mani pulite“. Das Attentat auf Falcone, dem bekanntesten Anti-Mafia Richter, löste Ermittlungen aus, in deren Zuge nahezu die gesamte politische Klasse verwickelt wurde. Bis 1994 gab es 6059 Angeklagte, Generalsekretäre aller Parteien mussten ihren Hut nehmen. Ganze Ämter und Kommunen waren nicht mehr handlungsfähig, da die Mehrheit der Funktionsträger in Untersuchungshaft saß. Die politischen Größen Italiens, Craxi, Andreotti, usw. saßen nun auf der Anklagebank, verwickelt in ein System aus Korruption, Bestechung und Kooperation mit der Mafia.

1994 verkündete Silvio Berlusconi dann, er werde sich opfern und in dieser schwierigen Situation in die Politik gehen. Er gründete seine Partei die „Forza Italia“ (Schlachtruf „Vorwärts Italien“ der italienischen Fußballnationalmannschaft) wie ein Tochterunternehmen seines Unternehmens. Die Partei ist Berlusconis Privatbesitz. Berlusconi ernannte sich selber zum Präsidenten ohne jegliche Wahl und bestimmte für die ersten 2 Jahre auch alle anderen Ämter. Viele führende Ämter besetzte er mit Managern seiner Firma, deren Loyalität er sich sicher sein konnte. Die Parteitage der Forza Italia (FI) nennen sich conventions und dienen zur Inszenierung des Vorsitzenden. Mitspracherechte besitzen Mitglieder nicht, auch nicht die Mitglieder der sogenannten Clubs, autonome Vereinigungen zur Unterstützung des Konzepts von Berlusconi. Die Struktur der Forza Italia ist strikt autoritär und komplett auf die Person Berlusconi ausgerichtet.

Berlusconi kann auf eine große Basisbewegung verzichten, sein Programm vertreibt er durch seinen Medienkonzern und ist damit präsenter als es Mitgliederparteien je sein könnten.

Für die Wahlen 1994 schafft Berlusconi das Kunststück sowohl ein Bündnis mit der Lega Nord (welche für die Auflösung des Einheitsstaats eintritt) als auch ein Bündnis mit der MSI (die für einen starken Zentralstaat kämpft) einzugehen. Die Klammer für dieses Bündnis sind wenig konkrete Aussagen als gemeinsame Basis (Schaffung von 1000 000 Arbeitsplätze, radikale Senkung von Steuern und einen Abbau der Bürokratie).

In der Abgeordnetenversammlung erhält das Bündnis mit 366 Sitzen eine große Mehrheit, im Senat verpasst sie diese knapp.

Die erste Regierung Berlusconis ist nur von kurzer Dauer und scheiterte an der Lega Nord, die Ende 1994 einen Misstrauensantrag der Opposition unterstützte. Dennoch versuchte Berlusconi schon in dieser Zeit seine spätere Politik umzusetzen. Der Versuch, per Dekret den Rechtsstaat zu sabotieren oder auch die Kürzungen bei der Rente, musste zwar zurückgezogen werden, zeigte aber wohin die Reise gehen sollte.

Bis 2001 waren verschiedene Koalitionen an der Macht. Dennoch unterschied sich die praktische Politik kaum. Das Olivenbaumbündnis (u.a. Sozialisten, Kommunisten und Grüne) unter Prodi setzte die Maastrichtpolitik fort, welche Dini (Schatzmeister unter Berlusconi) angefangen hat.

Besonders gescheitert ist allerdings der Schmusekurs der Linken gegenüber Berlusconi, so wurde beispielsweise versucht, in Referenden die Themen der Rechten für sich zu nutzen und so zu besetzen.

Bei den Wahlen 2001 errang das neue Bündnis „casa delle libertà“¹² sowohl im Senat als auch in der Abgeordnetenversammlung eine Mehrheit. Wobei inzwischen die Forza Italia FI (30%) das Bündnis dominiert und die Lega Nord nur noch 3,2% erreichte und damit auch nicht mehr die selbe Stellung einnehmen konnte wie 1994. Das Hauptwählerpotential der FI sind der Mittelstand im Norden und vor allem Frauen über 65, bei denen die Angst vor dem Kommunismus noch verfängt.

Berlusconi war in die Politik gegangen um etwas Neues zu schaffen, jenseits der korrupten Politiker und dennoch verkörpert kein anderer das Bild des korrupten Politikers alter Prägung so wie er. Die Ermittlungsakten gegen Berlusconi fassen inzwischen über 60.000 Seiten, es geht um Bestechung, Korruption, Bilanzfälschung und Zusammenarbeit mit der Mafia.

Doch Berlusconi hat es geschafft die Situation umzukehren, nicht er ist der Schuldige, sondern die Richter und der Rechtsstaat. Erst startete er eine Hetzkampagne gegen die Richter und bezeichnete sie als „Erfüllungsgehilfen der kommunistischen Mafia“ oder behauptete die Richter würden einen „Bürgerkrieg“ gegen die „demokratische und westliche Führung“ des Landes führen. Diese Hetzkampagne allerdings als Werk eines Mannes zu verstehen, greift zu kurz, er fand in vielen Kreisen große Unterstützung, gerade bei denjenigen deren Verfahren im Zuge der „mani pulite“ noch läuft.

Aber auch bei der Zerschlagung des Rechtsstaats, um sich selbst vor dem Gefängnis zu schützen, fand Berlusconi Unterstützung. So senkte er den Strafraumen und die Verjährungsfrist für Bilanzfälschung, während ein Verfahren gegen ihn lief. Er erschwerte Rechtshilfeersuchen anderer Staaten, als in Spanien gegen ihn ermittelt wurde. Und auf Antrag der Beschuldigten können Prozesse an andere Gerichte verlegt werden, mit dem Ziel das Verfahren so lange laufen zu lassen, bis die Verjährung einsetzt. Er berief den Starverteidiger der Mafia-Paten als Staatssekretär ins Innenministerium, ohne das dieser seine Arbeit aufgeben musste.

¹² Teilnehmer der Koalition:

FI (Forza Italia) 30% ,

AN (Alleanza Nazionale) 12%,

Lega Nord 3,9%,

CCD (Ex- Rechte der DC Christdemokraten), CDU (Ex-DC) PDC (Ex- Mitte der DC) zusammen 3,2%

Nuovo PSI („Sozialisten“) 1%

Durch diese und andere Maßnahmen ist in Italien Wirtschaftskriminalität in vielen Teilen entkriminalisiert worden und auch die Mafia profitierte massiv von diesen Gesetzen.

In der Wirtschaftspolitik dominiert eine klare neoliberale Zielsetzung, Abbau des Kündigungsschutzes, Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, und massive Kürzungen der Sozialsysteme stehen im Mittelpunkt.

Während seiner Regierungszeit vergrößerte Berlusconi seine Medienmacht noch weiter. Inzwischen hat er Einfluss auf 90% der Rundfunk- und Fernsehprogramme. Konsequenterweise schloss er die Opposition, nicht nur während der Wahlkampfes, von der Berichterstattung seiner Sender aus. Seine Medienmacht setzt er geschickt ein zum eigenen Machterhalt und zur Durchsetzung seiner Ideen.

So führte die Umstrukturierung der Staatlichen Sender des RAI zu einer Säuberung von „Linken“ und unbequemen Journalisten.

2.2.2 Seine Mitstreiter

Das System Berlusconi baut nicht nur auf der Person Berlusconi auf, sondern integriert sehr geschickt seine zwei großen Koalitionspartner, die das populistische Kleeblatt erweitern.

2.2.2.1 Umberto Bossi – der Anti-Politiker

Umberto Bossis Aufstieg beginnt Ende der 70er Jahre mit der Entstehung einer Autonomiebewegung im Norden Italiens. 1989 wird die Lega Nord, durch Zusammenschluss verschiedener Gruppen gegründet.

Die Hauptaussage der Lega Nord ist kurz zusammengefasst: „der fleißige Norden wird vom faulen Süden ausgebeutet“. Dementsprechend wird im Wahlkampf skandiert „Die Lombardei den Lombarden“ oder „verjagen wir die Südstaatler“.

Besonders erfolgreich ist die Lega Nord bei der Mittelschicht, welche von der Angst um den Abstieg umgetrieben wird und sich um ihr Geld betrogen sieht. Bossis vulgäres und rüpelhaftes Auftreten hat so gar nichts mit dem Sonnenkönig Berlusconi oder mit dem gebildeten Anzugträger Fini zu tun.

Wirkliche Erfolge bei den Wahlen kann die Lega Nord erst seit der „mani pulite“ verbuchen. Bossi nutzte die Chance, um das ihm verhasste System „Rom“ anzugreifen. Er agitierte gegen die Korruption und rief zum Steuerboykott auf. Gleichzeitig drohte er mit der Abspaltung des Nordens, als autonomen Bundesstaat Padania, falls keine Neuwahlen angesetzt werden.

Wenig später setzte die Regierung Neuwahlen fest und gegen Bossi erging Anzeige wegen Hochverrats und Steuerboykott.

1994 geht die Lega Nord gemeinsam mit Berlusconis FI in die Regierung. Nach dem Ende der Koalition radikalisiert sich die Lega Nord weiter. 1995 setzt Bossi ein quasi norditalienisches Parlament ein, welches die Beschlüsse aus Rom kontrollieren soll. Während den Protesttagen der Lega Nord 1996, rief er sogar die Unabhängigkeit Padaniens aus.

1998 werden die Forderungen der Lega Nord abgeschwächt. Nun tritt die Partei für einen starken Föderalismus ein und dafür dass die Steuern in der Gemeinde bleiben und nicht nach Rom gehen.

Die Lega Nord vertritt nicht nur einen rassistischen Regionalchauvinismus, sondern schlägt auch öfters antisemitische Töne an. So beschwerte sich Bossi über die „jüdischen Bankiers, die die Globalisierung der Märkte erdacht haben, um die ganze Welt ihren Geschäftsinteressen zu unterwerfen“.

Seit Anfang März liegt Umberto Bossi nach einem Herzinfarkt im Koma. Wie es mit der Lega Nord weitergeht falls der Parteivorsitzende nicht wieder zurück kommt, bleibt abzuwarten.

2.2.2.2 Gianfranco Fini – ein geläuterter Demokrat?

Gianfranco Fini ist das Ziehkind von Almirante dem Gründer der MSI (Bewegung soziales Italien), der Mussolini – Nachfolgepartei. Almirante war Propagandaminister unter Benito Mussolini. Schon früh fing Almirante mit dem „Umbau“ der Partei an, er forderte das Auftreten von den politischen Inhalten zu trennen und Mussolini im Herzen treu zu bleiben. So verschwanden die schwarzen Hemden (Zeichen der italienischen Faschisten) im Kleiderschrank und der MSI trat fort an in Anzügen auf. Doch was die Formulierung „Mussolini“ im Herzen treu zu bleiben bedeutet zeigte die Tatsache dass der MSI verwickelt war in den faschistischen Terror (69 bis Ende der 80er Jahre) und auch in das Bombenattentat von Bologna, das 85 Tote forderte.

1977 wurde Fini Leiter der Jugendorganisation der MSI und 1987 nach dem Tod von Almirante Vorsitzender der MSI. Nach 1992 fängt er mit dem Umbau der Partei an. Er legt sich ein neues Image zu und trennt sich von alten Freunden. 1993 unterliegt er Rutelli (Grüne) bei der Bürgermeisterwahl von Rom nur knapp mit 46,9%.

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Auf dem Parteitag von Foggia 1995 sollte die offizielle Wende von einer neofaschistischen Partei, hin zu einer demokratischen und modernen Partei der Rechten erfolgen. Aus dem MSI wird die Alleanza Nazionale (AN). Der Faschismus wird nun verurteilt, aber nicht durchgängig, sondern aufgeteilt in gute und schlechte Aspekte. Auch erfolgt keine Distanzierung von den Verbrechen Mussolinis. Dafür wird der Antisemitismus offiziell verurteilt, dennoch erfolgt daraus keine Konsequenz, noch nicht einmal eine Rüge des späteren Koalitionspartners Lega Nord. Auch neue Inhalte werden mit alter Ideologie vermischt. So verkündet Fini „Durch das „Aufgreifen der Ökologie“ habe die Partei „den großen Bogen vom der einstigen Wertschätzung der Heimat Erde zur aktuellen Besorgnis von Millionen von Menschen um den Verlust eben dieser Erde geschlagen.“

Das Programm der AN enthält zwei Hauptkomponenten zum einen eine neoliberale Wirtschaftspolitik (flexible Hausrarife, befristete Arbeitsverträge, u.a.) und zum anderen eine „neue“ Definition der Volksgemeinschaft (Gewerkschaften müssen der gesamten nationalen Gemeinschaft dienen oder vom Bürger wird erwartet „Gemeinsinn, Opfergeist und Identifikation mit dem Staat und Anerkennung der Autorität“). Und die Verankerung eines starken Mannes für Italien, soll durch eine Verfassungsänderung in Richtung eines autoritären Präsidialsystems (nahe zu alle Macht dem Präsidenten) erfolgen.

Eine Umfrage am Rande des Parteitags in Foggia ergab, das 80% der Mitglieder sich weiter dafür einsetzen dass Mussolini Pflichtlektüre bei den Schulungen des Parteien Nachwuchses bleibt. 85% sprachen sich dafür aus das Homosexuelle keinen Lehrberuf ausüben sollten. Und 70% sehen den Begriff Faschismus positiv besetzt. Die Wende ist in den Köpfen der Mitglieder noch nicht angekommen. Bis heute hält die Jugendorganisation der AN Ehrenwachen am Grab von Mussolini.

Während fast die gesamte Presse Italiens Fini als geläuterten Demokraten anerkennt, bemühte sich Alessandra Mussolini bis vor kurzem noch, den Mitgliedern der AN zu versichern „würde mein Großvater noch leben, er würde sofort der Alleanza Nazionale beitreten“.

2.3 Österreich- Nachrichten aus der Provinz

Der Rechtspopulismus in Europa wurde in den letzten Jahren vor allem mit dem Aufstieg eines Mannes zum Thema: Jörg Haider. Der Wahlerfolg der FPÖ bei den Nationalratswahlen 1999 und die darauffolgende Regierungsbeteiligung der FPÖ in einer schwarz-blauen Koalition schockierte die europäische Zivilgesellschaft und führte gar zu Boykottaufrufen. Was ist es aber nun, was die FPÖ und Jörg Haider zu solchen Prototypen des Phänomens Rechtspopulismus machte?

2.3.1 Der Kärntner – Die Person Jörg Haider

Jörg Haider stammt aus einer deutschnationalen Familie, sein Vater trat 1930 der SA und 1933 der „Österreichischen Legion“ bei. Er selber, 1950 in Bad Goisern in Oberösterreich geboren, war schon während seiner Schulzeit Mitglied der deutschnationalen Burschenschaft Albia. Später während seines Jurastudiums schloss er sich auch der schlagenden Verbindung Sylvania an¹³.

Der FPÖ Obmann Freidrich Peter war ein Freund der Familie Haider und förderte Jörg Haider von Anfang an an. Mit 18 war Jörg Haider Landesjugendführer der Freiheitlichen Jugend Oberösterreichs, mit 20 Bundesobmann des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ). 1977 wurde er Landessekretär der FPÖ Kärnten, 1983 Vorsitzender der FPÖ Kärnten und 1986 putscht er sich an die Spitze der FPÖ und wird Bundesvorsitzender.

Jörg Haider hat die Karriereleiter innerhalb der Rechten in Österreich schnell erklommen, dabei war ihm sein Talent als Redner immer von großem Nutzen. Aber auch privat ist er abgesichert, durch die Erbschaft seines Großonkels ist Jörg Haider der reichste Politiker Österreichs. Sein Großonkel vermachte ihm den fünftgrößten Waldbesitz Österreichs (Wert ca. 43 Mio.).

2.3.2 Die FPÖ – von der Liberalität zum Populismus

Die FPÖ ist eine schwer einzuordnende Erscheinung im politischen Spektrum. Sie gehört keiner Parteienfamilie an und auch keiner Fraktion im europäischen Parlament.

Die FPÖ wurde bereits im Jahr 1956 gegründet und hielt von Anfang an einen stabilen Block an Stimmen. Sie war ein heterogenes Sammelbecken von ehemaligen Nazis, Deutschnationalen, Soldaten und Protestwählern, mit deutschnational, liberalem Programm. Sie stellte neben den beiden dominierenden Großparteien SPÖ und ÖVP die dritte große politische Kraft, war allerdings bis in die 80er Jahre hinein immer von der Macht ausgeschlossen. Somit stellte sie die einzige oppositionelle Kraft der Zweiten Republik dar. Die Themenschwerpunkte der Partei stellten dementsprechend auch die Frage der Demokratie als auch die Regierungskorruption dar. Politisch war die FPÖ bis Mitte der 80er Jahre auf dem Weg von einer deutschnationalen Partei hin zu einer konventionell liberalen Kraft.

¹³ Diese Vita teilt er mit vielen seiner Wegbegleiter in der FPÖ, die lange als Partei der „schlagenden Verbindungen“ galt.

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Ins Wanken kam dieses Drei-Parteien-System erst Mitte der 80er Jahre mit dem Auftauchen der Grünen und später des Liberalen Forums im Parteienspektrum. 1986 war in Österreich das Jahr in dem Kurt Waldheim trotz seiner fragwürdigen Nazi-Vergangenheit zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Die politische Landschaft Österreichs kam damit in Bewegung, wie es im Rest Europas längst geschehen war.

Die FPÖ wurde 1986 von Norbert Steger geführt, der die FPÖ 1983 in eine „Kleine Koalition“ mit der SPÖ unter Bundeskanzler Fred Sinowatz geführt hatte. Diese zerbrach jedoch an der sog. Handschlagaffäre. Der österreichische SS-Major Reder wurde in Italien aus lebenslanger Haft wegen seiner Verbrechen in der Nazi-Zeit vorzeitig entlassen. Der FPÖ-Verteidigungsminister Frischenschlager sollte den Gefangenen überstellen lassen, ließ es sich aber nicht nehmen, ihn persönlich zu empfangen. Er schüttelte dem verurteilten NS-Verbrecher die Hand und erklärte, er freue sich, daß der letzte Kriegsteilnehmer Österreichs heimgekehrt sei. Daraufhin ging Empörung durch die ganze Republik.

In der FPÖ gab es nun zu dieser Affäre unterschiedliche Haltungen. Das Lager Stegers vertrat die Auffassung, die Aussage sei nicht zu tolerieren, wohingegen Jörg Haider das Verhalten Frischenschlagers verteidigte. Haider hatte zu diesem Zeitpunkt mächtig politischen Aufwind, da er ein ausgezeichnetes Wahlergebnis 1984 bei der Wahl in Kärnten erzielt hatte¹⁴. Auf dem FPÖ-Parteitag in Innsbruck 1986 führte diese Auseinandersetzung dazu, dass Haider Steger als Parteichef ablöste und somit der Haider-Putsch perfekt war. Franz Vranitzky, neuer Kanzler der Sozialdemokraten kündigte daraufhin die Koalition mit der FPÖ auf. Bei den darauffolgenden Wahlen 1986 konnte Haider dann auch den Stimmanteil der FPÖ kräftig steigern, von 4,8% (1983) auf 9,8¹⁵. Nach dieser Wahl wurde Österreich wieder von Großen Koalitionen regiert.

Jörg Haiders neuer Kurs für die FPÖ kann als Umgestaltung von einer Gesinnungspartei hin zu einer Maschinerie zur Stimmenmehrung gedeutet werden. Haider und seine geschneiegelte „Jungmännertruppe“ üben sich allzu oft in inhaltlicher Beliebigkeit¹⁶. Das Motto ist: Von allem etwas, für alle etwas.

Was sich Haider aber konkret inhaltlich für die Zukunft der FPÖ vorstellte, veröffentlichte er 1992 in seiner „Wiener Erklärung“. Die FPÖ wird demnach umgebaut in eine Partei die sich zur Öffnung Europas bekennt aber auch das Menschenrecht auf Heimat fordert, die sich zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft zählt, aber auch die Verdienste Österreichs in dieser betont. Er verpasst dem Programm klare neoliberale Züge, spricht von der Beseitigung des Parteienproporz, der Zurückdrängung des Gewerkschaftseinflusses und gar von der Abschaffung der Sozialpartnerschaft. Bürgerrechte werden populistisch ausgespielt gegen einen „bürokratischen Wohlfahrtsstaat“. Haider nennt diese Umgestaltung nun großspurig „Politik der Erneuerung“. Man könnte den Kurs Haiders auch als nationalistische Veranstaltung des Neoliberalismus bezeichnen, bei der freilich die Widersprüche dieser Positionierung unbeachtet bleiben.

Die FPÖ gibt vor, die Meinung der „schweigenden Mehrheit“ zu vertreten, die in der herrschenden Öffentlichkeit unterdrückt sei. Die kleinen Leute würden von den österreichischen Eliten nicht beachtet und nur die FPÖ vertrete deren Interessen nachhaltig. Ziel der Attacke ist insbesondere das althergebrachte österreichische Modell der Sozialpartnerschaft, d.h. des engen Systems der Zusammenarbeit der Repräsentanten der einzelnen Interessensgruppen mit den politischen Parteien, zur Regelung politischer Fragen.

Die Sozialpartnerschaft stellt ein in Europa wohl einzigartiges Konstrukt zur Kanalisierung von Interessenskonflikten dar, das im Laufe der Jahrzehnte auch immer mehr Einfluß auf das restliche gesellschaftliche Leben bekam.

Die SPÖ war traditionell eng verbunden mit der einen Hälfte des repräsentativen Spektrums, dem ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund), die ÖVP mit dem anderen Lager, nämlich den Wirtschaft- und Landwirtschaftsvertretern. Das Wählerspektrum der SPÖ war mehrheitlich bei den Arbeitern gelegen, den Bewohnern von Großstädten, insbesondere von Wien, und religiös Nicht-Aktiven. Die ÖVP wurde hauptsächlich gewählt von den Selbständigen, den Bauern, der Landbevölkerung und den Katholiken. Diese beiden Großblöcke wiederum hatten ihre jeweils spezifischen Lebensstile entwickelt und prägten mit diesem das gesellschaftliche Leben. Österreich war sozusagen zwischen den Roten und den Schwarzen aufgeteilt. Die politische Macht wurde in den Klüngeln der Interessensvertretern aufgeteilt und Außenstehenden der Zugang weitestgehend verwehrt.

Insbesondere in den langen Zeiten der Großen Koalition (von 1949-1966, wieder ab 1986 bis 1999) war diese Entwicklung offensichtlich und bot somit einer Bewegung wie der FPÖ genug Angriffsfläche. Die Politikwissenschaft hat hierfür den Begriff Proporzdemokratie gebildet, den die FPÖ dankbar in ihre Propaganda aufnahm..

Noch 1983 war die FPÖ eine Partei, die ihre Wählerschaft bevorzugt aus dem gehobenen Bürgertum rekrutierte, 1992 hingegen hatte sich die Mobilisierung bereits deutlich in andere Gesellschaftsschichten ausgedehnt, insbesondere auf die Arbeiter. Die Wählerschaft der FPÖ ist in Österreich die am heterogensten verteilte politische Kraft.

Geholfen hat der FPÖ bei der Ausdehnung ihres Wirkungskreises sicherlich die zu Beginn der 90er Jahre stattfindende Debatte über Zuwanderung, Flüchtlingspolitik und innere Sicherheit, die ihren Höhepunkt 1992 für

¹⁴ Man muß wissen, dass die FPÖ sich zu dieser Zeit aufgrund ihrer Koalitionsbeteiligung mit ihren Wahlergebnissen im freien Fall befand und gar um ihre parlamentarische Existenz bangen musste.

¹⁵ Dieser Anstieg setzte sich kontinuierlich fort, 1990 war die FPÖ schon bei 16,6 %, 1995 gar bei über 22%.

¹⁶ Wurde Anfang der 90er beispielsweise noch ein Schwerpunkt auf die christlichen Grundlagen der FPÖ gelegt, so trifft sich Jörg Haider kurz vor dem Irakkrieg mit Saddam Hussein und zeigte sein Verständnis für islamische Fundamentalisten.

die FPÖ in der Durchführung eines Volksbegehrens „Österreich zuerst“ hatte. Alle großen österreichischen Parteien¹⁷ machten mit bei der Angstkampagne gegen Ausländer und Überfremdung und verwendeten hierbei teilweise FPÖ-Vokabular. Diese Debatte hatte die Funktion eines Dammbrechens, sie machte rechtsextreme Positionen salonfähig und führte zu einem stark steigenden Stimmenanteil der FPÖ bei den Wahlen der späten 90er.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich die FPÖ unter Jörg Haider zur modernsten populistischen Kraft in Europa entwickelt hat. Gerade weil Haider den Dunstkreis des Rechtsextremismus alter Schule verlassen hat und sich positiv auf die Ideen des Neoliberalismus bezieht, erwächst er zur stabilen Bedrohung für fortschrittliche Ideen. Das Erscheinungsbild der FPÖ-Größen ist modern, ihre Ideen jedoch sind es nicht.

3. Solidarische Alternative – Die europäische Sozialdemokratie als Gegenmacht

Ein interessanter Aspekt im Zusammenhang mit dem europäischen Rechtspopulismus ist es, dass er oft im Zusammenhang mit den sog. „modernisierten“ Sozialdemokratien auftaucht. Die Sozialdemokratien in den Niederlanden und Schweden wurden für ihren Abbau der grundlegenden sozialen Sicherungssysteme abgestraft. Der Dritte Weg der Sozialdemokratie beinhaltet jede Menge neuer Grundsätze, die ihn deutlich von Sozialdemokratien traditioneller Prägung unterscheidet:

Eine Systemalternative zum Kapitalismus wird nicht einmal mehr im Rahmen der bestehenden Verfassung vertreten. Im Gegenteil: modernisierte Sozialdemokratien ersetzen diese sogar durch eine positive Bezugnahme auf die Marktkräfte im Kapitalismus.

Der Prozess der Globalisierung wird positiv bewertet, die Betonung liegt auf den Möglichkeiten wirtschaftlicher und kultureller Offenheit.

Der Verzicht auf einen großen politischen Entwurf, auf ein Leitbild, d.h. Politik wird als permanentes anpassungsfähiges Krisenmanagement verstanden. Verkleinerte Gestaltungsräume werden als gegeben hingenommen und nicht mehr vehement bekämpft.

Diese modernisierten Sozialdemokratien und ihre Reaktion auf die Umbruchprozesse der Globalisierung (Sozialabbau, Übernahme neoliberaler Denkmuster) öffnen somit ein Tor für die Propaganda der Rechtspopulisten.

Um den Vormarsch der Rechtspopulisten in Europa zu stoppen und insbesondere in Deutschland zu verhindern, dass eine dieser Bewegungen sich dauerhaft etablieren kann, muss die Sozialdemokratie ihren momentanen Kurs an folgenden Punkten verändern:

3.1 Sozialdemokratisches Profil statt neoliberales Stückwerk

Ein Angriffspunkt der Rechtspopulisten ist die Angleichung der großen Parteien. Werden im Zuge der „Modernisierung“ der Sozialdemokratien grundlegende, identitätsstiftende Positionen und Begriffe aufgegeben, muss es nicht verwundern, wenn Rechtspopulisten das entstandene Vakuum leicht füllen. Wähler, die zwischen den politischen Grundrichtungen keine entscheidenden Unterschiede mehr erkennen können, gehen entweder massenhaft in die Wahlenthaltung oder sie stimmen für Parteien, die sich als Protestparteien darstellen und die „Altparteien“ schmähen.

Der Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien geht oft einher mit Angriffen auf die sog. Altparteien und deren Filz. In Italien und Österreich nutzten die Rechtspopulisten Krisen der großen Koalition bzw. des Parteiensystems an sich, um sich als einzige „anständige“ Alternative zu präsentieren. Die Arroganz der Macht und das Ignorieren begründeter Sorgen der Bürger führt zu einer Abgehobenheit der politischen Klasse, die sich leicht instrumentalisieren lässt.

In einer Umfrage sagten im März 2004 nahezu dreiviertel aller Befragten, die Agenda 2010 von Kanzler Schröder würde nichts bringen, und ein ähnlich großer Prozentsatz der Menschen sieht für sich massive Nachteile durch deren Umsetzung. Dieses massive Unbehagen weiter Teile der Bevölkerung wird jedoch von den in Berlin Herrschenden ignoriert bzw. abgetan, nach dem Motto: „Die haben das nur noch nicht verstanden.“ Dieser fatale Kurs muss sofort beendet werden zugunsten einer Beschäftigung mit den realen Problemen der Menschen. Ein neuer Umgang mit der Schere zwischen Arm und Reich, die unterschiedliche Chancenverteilung je nach ökonomischem Status und eine gerechte Absicherung von in der Modernisierung neu entstehenden Lebensverhältnissen sind die Herausforderung, vor denen eine solidarische Gesellschaft steht. Neoliberales Stückwerk kann hierauf nicht die Antwort sein, sondern es braucht eine sozialdemokratischen Vision für ein solidarisches Miteinander in einem sozialen Europa.

3.2 Globalisierung humaner gestalten

Ein vereinigt sozialdemokratisches Europa muss vor dem Hintergrund der Bedrohung von Rechts die Globalisierung sozialer gestalten. Es muss aufgezeigt werden, welche Chancen und Möglichkeiten im Prozess der Öffnung stecken, jedoch muss insbesondere darauf geachtet werden, dass den Menschen in diesem Prozess des Wandels das Gefühl der Sicherheit nicht abhanden kommt. Hierzu ist die Ausarbeitung eines europäischen Sozialstaats genauso ins Auge zu fassen wie eine engere konjunkturpolitische Zusammenarbeit der europäischen Staaten, um dauerhaft Wohlstand zu sichern.

¹⁷ Nur die Grünen und die FPÖ Abspaltung Liberales Forum sprangen nicht auf den populistischen Zug.

3.3 Neoliberalismus zurückdrängen

Der Neoliberalismus mit seiner Ideologie des „Jeder ist seines Glückes Schmied“ steht dem Rechtspopulismus näher als die Sozialdemokratie. Deswegen muss diese Denkschule vehement und mit grundlegenden politischen Konzepten bekämpft werden, anstatt seinen Grundmaximen zu folgen und dies als Notwendigkeiten auszugeben. Die Kombination eines hegemonialen neoliberalen Deutungsmusters mit populistischen Bewegungen, stellt eine reale Gefahr für die Entwicklung des gesellschaftlichen Klimas dar. In den Ländern, in denen populistische Bewegungen aktiv sind, ist ein gesellschaftlicher Roll-Back hin zu autoritären Politikkonzepten zu beobachten. Im Bereich der Arbeitnehmerrechte, der Kriminalität, der Migration und Integration, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und bei den Bürgerrechten vertreten die Rechtspopulisten antimoderne Positionen und schleusen diese erfolgreich in den politischen Diskurs ein.

3.4 Handlungsfähigkeit des Staates zurückgewinnen – TINNA (there is not no alternative)

Die Strategie, unpopuläre Maßnahmen als Sachzwang durch die Globalisierung, Wettbewerb oder irgendwelche anderen Zwangsumstände auszugeben, muss aufgegeben werden. Sie leistet dem politischen Leben einen Bärendienst, indem sie die Gestaltungsfähigkeit von Politik negiert und damit letztlich unterhöhlt. Der Schluss, der nahegelegt wird, ist, dass Demokratie letzten Endes überflüssig wird, wenn nur Sachzwänge ausgeführt werden. Sozialdemokraten müssen sich hingegen klar darüber sein, dass die Globalisierung keine über uns hereingebrochene zwangsläufige Naturkatastrophe ist, sondern ein durch politische Entscheidungen regulierter und regulierbarer Prozess.

Sozialdemokratien müssen im vereinten Europa wieder den Ehrgeiz entwickeln, die Verhältnisse zu gestalten und sich nicht mit ihnen abzufinden. Indem die Politik vermeintliche Sachzwänge wieder in politische Optionen verwandelt und diese mit den sozialen Interessen der Mehrheiten – der Arbeitnehmer- verknüpft, kann dem Erfolg der Rechtspopulisten Einhalt geboten werden..

3.5 Integration statt Ausgrenzung

Bereits jetzt sagt ein nicht unerheblicher Anteil der Bevölkerung in einer repräsentativen Umfrage, sie trauten keiner politischen Gruppierung die Lösung der gegenwärtigen politischen Probleme zu¹⁸. Die überwältigenden Mehrheiten der Union in den Wahlumfragen rühren keineswegs von massiven Zuwächsen an Wählerstimmen für die Union, sondern vielmehr von dem Exodus im sozialdemokratischen Wählermilieu. Entsprechend verwundert es nicht, dass der Nichtwähleranteil mit jeder neuen Wahl neue Höchststände erreicht. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und die Tragfähigkeit neoliberaler Lösungsansätze ist grundlegend erschüttert und schafft damit auch in Deutschland den Nährboden, auf dem Populisten gedeihen können.

Diese Gruppierungen dürfen durch die Sozialdemokratien nicht verloren gegeben werden, sie müssen mit einem gerechten und solidarischen Politikentwurf eingebunden werden.

¹⁸ Vgl. hierzu Politbarometer Januar 2004, im Bezug auf die Gesundheitsreform

F

Frieden und Globalisierung

F 1 - Anforderungen an die Friedensmacht Europa

1. Krieg und Kapitalismus

Den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg zu analysieren, darzustellen und ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, haben gerade SozialdemokratInnen und JungsozialistInnen von jeher als eine ihrer Hauptaufgaben angesehen. Nach der Katastrophe des 1. Weltkrieges und nach dem Versagen der Sozialdemokratie durch ihre Zustimmung zu Kriegskrediten und Burgfrieden brachte die ArbeiterInnenbewegung die Lehre aus dem imperialistischen 1. Weltkrieg auf folgenden Nenner: „Nie wieder Krieg!“.

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 wurde der antimilitaristische Grundkonsens der Linken auf „Nie wieder darf von deutschen Boden ein Krieg ausgehen!“ erweitert. Dieser Konsens schlägt sich auch im Berliner Programm wieder, das zudem die Erfahrungen des Wettrüstens in der Zeit des kalten Krieges widerspiegelt: „Friedenspolitik muss die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen. Der politische Wille muss über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsinteressen herrschen und nicht umgekehrt. Frieden ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe. Auftrag (der Bundeswehr) ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit.“

Der Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus ergibt sich nicht nur aus der Summe der geführten Kriege. Vielmehr stellt er sich ebenfalls durch eine Militarisierung der Gesellschaft und ökonomisch durch das Wirken des militärisch-industriellen Komplexes (MIK) dar. Nach dem Ende der Blockkonfrontation ist die ökonomische Bedeutung des MIK sowohl in den USA als auch in der EU stark gesunken. Allerdings ist seit dem Amtsantritt von George W. Bush der US-amerikanische MIK der eigentliche Nutznießer der Regierungstätigkeit, vor allem seit den Ereignissen des 11. September 2001. Abzulesen ist die Entwicklung in der Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um 14 % allein im Jahr 2002. Diese Allianz zwischen aggressiver Außenpolitik und Profitinteressen findet ihren deutlichen Ausdruck in den engen personellen Verflechtungen zwischen der Bush-Administration und den Konzernen des MIK.

2. Terrorismus als neue Bedrohung?

2.1. Der neue internationale Terrorismus

Nach den Ereignissen des 11. September 2001 wird mit einem „neuen“ Begriff des internationalen Terrorismus operiert. Er sei eine „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“, so auch der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 1373 von 2001. Dieser Terrorismus rechtfertigt daher militärische Einsätze. Nur selten wird der Begriff des Terrorismus hinterfragt. Meistens wird der Begriff genutzt, um den Menschen Angst vor einer Gefahr zu machen, die sich bald auch gegen sie richten könnte.

Der Terminus „Internationaler Terrorismus“ wird aber vor allem gezielt angewandt, um nach innen BürgerInnenrechte abzubauen oder auch den Einsatz des Militärs im Inland zu ermöglichen. Letzteres verdeutlichen nicht nur die Forderungen der CDU/CSU, sondern auch die EU-Konventsdebatte um die Europäische Solidaritätsklausel.

Nach außen werden die Ängste der Menschen vor der Gefahr des „internationalen Terrorismus“ genutzt, um deren Zustimmung für eine weitere Militarisierung der Außenpolitik zu bekommen. Dabei gleicht die Rhetorik verblüffend der des „Kalten“ Krieges. Lediglich das Wort „Kommunismus“ wird heutzutage durch „internationaler Terrorismus“ ersetzt. Für uns Jusos muss allerdings klar sein, dass der „Krieg gegen den Terror“ niemals ein militärischer sein kann. Eine Bekämpfung des Symptoms schafft die Ursachen nicht aus der Welt.

2.2. Der Terrorismusbegriff

Der neue Terrorismus ist eine Weiterentwicklung des herkömmlichen nationalen und internen Terrorismus sowie des international operierenden Terrorismus der 1970er und 1980er Jahre. Häufig wird er auch als transnationaler Terrorismus bezeichnet. Dabei wird dieser transnationale Terrorismus mit dem islamistischen Netzwerk Al Qaida gleichgesetzt.

Der Terrorismus „alten“ Typs reagiert im Wesentlichen auf lokale oder regionale Probleme. Der transnationale Terrorismus wendet sich aber primär gegen die bestehende internationale Ordnung und gegen jene, die eine Vormachtsstellung in dieser Welt ausüben. Dabei setzt dieser Terrorismus als einigendes Band auf eine transnationale Ideologie, die es ermöglicht, Kämpfer mit unterschiedlichem nationalen, ethnischen, kulturellen oder sprachlichen Hintergrund zu einer handlungsfähigen (Glaubens-) Gemeinschaft zusammenzuschweißen. Neben der dezentralen Netzwerkstruktur unterscheidet sich der neue transnationale Terrorismus auch in der Zielsetzung seiner

Anschläge vom „alten“ Terrorismus. Denn es werden neben einer hohen Zahl an Todesopfern auch ökonomische, soziale und psychologische Folgen einkalkuliert.

2. 3. Ursachen des Terrorismus

Die Ursachen des Terrorismus sind kultureller, politischer und sozioökonomischer Natur. So hat die soziale Ungleichheit sowohl dem Norden und dem Süden als auch innerhalb der einzelnen Staaten durch die neoliberale Globalisierung weltweit zugenommen.

Durch den Kolonialismus entstandene Probleme in regionalen Krisenherden liefern politische Gründe, die als Ursachen des Terrorismus bezeichnet werden können. Hinzu kommt häufig eine intensive Parteinahme des Westens für bestimmte Konfliktparteien und deren Verknüpfung mit macht- und wirtschaftspolitischen Zielen, die zu einem verfestigten Feindbild beigetragen haben. Solche Krisenregionen begünstigen die Entstehung manifester, terroristischer Strukturen. Andererseits nutzen transnationale Terrorgruppen Bürgerkriegsregionen als Betätigungsfeld, als Unterschlupf und Transitraum. Daher müssen faire politische Lösungen für politische Konflikte (z.B. Nahost, Kaschmir, Kaukasus, Zentralasien, Indonesien) gefunden werden.

Unterstützend gegenüber dem Terrorismus wirken häufig auch schwache staatliche Strukturen. Terroristische Netzwerke siedeln sich nicht zuletzt in Staaten an, in denen die staatlichen Strukturen schwach oder in Auflösung befindlich sind, so dass Staaten ihr Gewaltmonopol nicht mehr oder nur in Ansätzen aufrecht erhalten können. Deshalb muss der Aufbau von politischen und administrativen Strukturen einer der Schwerpunkte internationaler Politik sein.

Klientelwirtschaft und Korruption gehören zu den wichtigsten Ursachen bei der Entstehung des Terrorismus. Politische Reformen, die breiteren Schichten Möglichkeiten zur politischen Partizipation eröffnen, müssen ermöglicht werden. Durch Stärkung des interkulturellen Austauschs gilt es, den Abbau von Feindbildern zu fördern. Gerade um dem in zahlreichen Ländern verbreiteten Eindruck entgegen zu wirken, (westliche) Anti-Terrorpolitik richte sich per se gegen den Islam, muss in ein entsprechendes Bildungs-, Medien- und Kulturprogramm investiert werden.

Dem Ansatz einer Sicherheitspolitik, die Frieden und Stabilität mit militärischen Mitteln erreichen will, stellen wir Jusos ein Modell von Stabilität durch Reregulierung entgegen, dass auf sozialer und ökonomischer Entwicklung, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit basiert.

3. Bewertung der aktuellen ESVP

Die EU hat seit 2003 mit der Bildung einer funktionsfähigen Interventionsarmee begonnen. Die Stärke dieser Armee beträgt 60000 Soldaten, sie ist innerhalb von 3 Monaten einsatzbereit und bis zu einem Zeitraum von einem Jahr weltweit eingesetzt werden. Das Ziel dieser Streitkräfte ist es, auch außerhalb der Nato handlungsfähig zu sein und militärische Eingriffe durchzuführen.

Anfang der 90er Jahre wäre die Entwicklung einer Europäischen Interventionsarmee undenkbar gewesen. Insbesondere in der deutschen Gesellschaft herrschte eine große Skepsis gegenüber militärischen Einsätzen außerhalb des Nato Gebietes. Dementsprechend legte die damalige Bundesregierung großen Wert auf eine Prozess der Vorbereitung der deutschen Gesellschaft auf Kriegseinsätze außerhalb des Nato Gebietes. Dieser Prozess der Militarisierung der Gesellschaft ist keineswegs abgeschlossen und hatte in dem Einsatz von Kriseninterventionskräften in Afghanistan seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Bevölkerung in Deutschland ist nun ähnlich der in anderen EU Ländern auf weltweite Kriegseinsätze der nationalen Armeen vorbereitet, so dass europäische Kriegseinsätze auf wenig Widerstand stoßen dürften, solange die Begründung solcher Einsätze den herrschenden gesellschaftlichen Maßstäben genügt.

Der Schritt der Verstärkung der militärischen Fähigkeiten Europas wurde im Verfassungskonvent aufgegriffen und weitergeführt. Die in der Präambel festgeschriebenen friedenspolitischen Ziele können uneingeschränkt unterstützt werden, jedoch darf dies in der praktisch politischen Tragweite nicht überschätzt werden. So trägt die EU zu Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung der Erde, Solidarität und gegenseitiger Achtung der Völker, freien und gerechten Handel, Beseitigung der Armut und Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere der Wahrung der Charta der Vereinten Nationen bei. Ein ausdrückliches Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, wie es das Völkerrecht festschreibt, fehlt. Die EU wird dafür zuständig erklärt, die Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, zu erarbeiten und zu verwirklichen. Dies schließt im Gegensatz zu den Helsinki-Beschlüssen eine mögliche EU-Militärunion (Verteidigung und Intervention) mit ein. Die folgenden Verpflichtungen enthalten jedoch keine Verbindlichkeiten, so dass im wesentlichen eine zwischenstaatliche und keine supranationale Zusammenarbeit folgen wird. Dies korrespondiert mit der getroffenen Festlegung der strategischen Interessen und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beim Europäischen Rat.

3.1. Pflicht zur Rüstung

Nach Art. 40 III sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Einseitige Abrüstungsmaßnahmen eines Mitgliedstaates oder einseitige Abrüstungsverträge mit einem Nicht-EU-Staat bedürfen der einstimmigen Zustimmung des Ministerrates, ansonsten wären sie verfassungswidrig.

3.2. Europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung

Etwa 90 % der gesamten Rüstungsproduktion wird in 6 EU-Ländern erzeugt. Während in den USA sich 4 Konzerne 80 % aller Rüstungsaufträge teilen, ist in der EU die Rüstungsindustrie aufgrund der nationalen Hintergründe noch differenzierter. Allerdings sind die zwei führenden Rüstungskonzerne EADS und BAe Systems (Nr. 3 und 5 in der Weltrangliste) über Jointventures, Allianzen und Kooperationsabkommen bereits eng mit den übrigen Rüstungsunternehmen verflochten. Diese sollen noch weiter konzentriert werden, im übrigen auch auf dem Gebiet der militärischen Raumfahrt. Die Debatten und leider auch einige der Ergebnisse des Europäischen

Verfassungskonvents zeigen auf, dass der Europäische MK seinen „Nachholbedarf“ im Vergleich zu den USA erkannt hat und auch durch entsprechende Anforderungen durchsetzt. Die Europäische Agentur für Rüstung und strategische Forschung ist daher als Instrument der nachholenden Aufrüstung zu werten.

3.3. Keine Friedensverpflichtung

Auf die Aufnahme einer Friedensverpflichtung sowie einer Verpflichtung der EU auf Einhaltung von Geist und Buchstaben der UN-Charta als auch auf eine Ächtung von Angriffs- und Präventivkriegen konnten sich die Mitglieder des Konvents nicht verständigen.

Es fehlt eine eindeutige Ein- und Unterordnung der EU unter die UNO, wie sie z.B. im Nato-Vertrag zu finden. Es wird eine neuen Entwicklungsphase eingeleitet, in der militärische Mittel mit zivilen Mittel gleichgestellt und damit weltweite militärische Einsätze ermöglicht werden. Die kollektive Selbstverteidigung, wie sie in Art. 51 der UN-Charta beschreiben ist, wird um einen neuen Verteidigungsbegriff ergänzt. So ist juristisch hinreichend deutlich die Verwendung des Europäischen Militärs bei Missionen außerhalb der Europäischen Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß den Grundsätzen der Charta zum Einsatz militärischer Mittel festgeschrieben. Da dieser Passus sich nicht auf den Selbstverteidigungsbegriff des Art. 51 der UN-Charta bezieht und ein Mandat des UN-Sicherheitsrates nicht vorausgesetzt wird, werden auch mit der UN-Charta unvereinbare Einsätze wie der Jugoslawien-, Afghanistan- und Irakeinsatz legitimiert.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Verfassungsentwurf zum einen das völkerrechtswidrige Vorgehen einzelner Mitgliedsstaaten auch auf europäischer Ebene fortschreibt, zum zweiten eine Militärunion schafft, die im wesentlichen dazu dient, einen sicherheitspolitischen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten führen zu können, und zum dritten die Kontrolle des Parlamentes völlig ausschaltet. Somit stellt der Verfassungsentwurf den bisherigen Höhepunkt der Militarisierung der Europäischen Union dar. Die Europäische Sicherheitsstrategie bleibt zwar, indem auf multinationale Institutionen wie z.B. die UNO Bezug genommen wird, hinter der Präventionsstrategie der USA zurück. Aber sie folgt jedoch in der Ausführung dem Bedrohungsszenario der USA und versucht das herkömmliche Konzept der Verteidigung durch eine im Ausland liegende erste Verteidigungslinie zu überwinden. Hierbei werden insbesondere Bedrohungen in Staaten an der Grenze der europäischen Union betont, sowie die Gefahren Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionalen Konflikten, das Scheitern von Staaten und die organisierte Kriminalität.

4. Demokratisierung der Europäischen Union

4.1. Status quo

Die ESVP leidet bisher unter einem enormen Demokratiedefizit und hat damit ein Legitimationsproblem. Die Außenpolitik und speziell die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gehört zu den sensibelsten Bereichen nationaler Souveränität. Gerade haben die nationalen Regierungen Schwierigkeiten, parlamentarische Kontroll- und Mitgestaltungsrechte zu akzeptieren. Da die ESVP als Teil der GASP zur zweiten Säule gehört, kann der Ministerrat, der die ESVP nach den Leitlinien des Rates ausgestaltet, sich weitgehend der Kontrolle und Mitgestaltung durch das EP entziehen, wenn auch in einigen Ländern weitgehende Kontrollbefugnisse von den nationalen Parlamenten ausgeübt werden. Das EP wird lediglich im Rahmen der GASP durch den Vorsitzenden des Rates und den Hohen Vertreter über Leitlinien und zentrale Punkte informiert. Auch die nationalen Parlamente, die teilweise erhebliche Einflussmöglichkeiten auf die nationale Verteidigungspolitik haben, sind formal nicht in die ESVP einbezogen.

4.2. Ergebnisse der Gruppe VIII

Der Schlussbericht der Gruppe VIII „Verteidigung“ des Konventes hat keinen substanziellen Beitrag zur Frage der parlamentarischen Kontrolle der ESVP geliefert. Die Gruppe betont zwar die Wichtigkeit „politischer Kontrolle“, problematisiert jedoch nicht einmal das Demokratiedefizit der ESVP. Die anschließende Skizzierung des Status Quo vermittelt den Eindruck, dass kein Handlungsbedarf bestünde.

4.3. Ergebnisse des Konventsentwurfs

Die weitgehende Auflösung der Säulenstruktur der EU durch den vorliegenden Verfassungsentwurf wird im Bereich der ESVP nicht nachvollzogen. Über die ESVP wird weiterhin intergouvernemental entschieden. Die parlamentarischen Kontroll- und Informationsrechte auszubauen, wurde weitgehend versäumt und somit die Schaffung von Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments verhindert. Weiterhin soll die ESVP durch rein mitgliedsstaatliche Beiträge am EU-Haushalt vorbeifinanziert werden, so kann das EP über seine Budgethoheit hier keinen Einfluss nehmen.

4.4. Perspektiven

Mittelfristig fordern wir Jusos die Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, weil nur so eine Reproduktion außenpolitischer Handlungsfähigkeit zu erreichen ist. Die Möglichkeiten einzelner Staaten, angemessen und effektiv auf internationale Herausforderungen zu reagieren, sind in den letzten Jahren geschwunden. Um mittelfristig eine kohärente gemeinsame Außenpolitik zu etablieren, die nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner einer Union mit 25 Staaten + X Mitgliedstaaten darstellt, ist die sukzessive Vergemeinschaftung der 2. Säule von Nöten. Notwendige Bedingung hierfür ist allerdings eine effektive, demokratische Kontrolle durch das EP

Das EP muss im Rahmen der ESVP neben Rat (dazu gehören Ministerrat und Außenminister) zu einem gleichberechtigten Akteur werden, durch den die letztendliche demokratische Legitimierung vollzogen wird. Es muss eine umfassende, detaillierte und frühzeitige Informationspflicht durch den Außenminister der EU sowie den Präsidenten des Rates rechtsverbindlich garantiert werden. Die Finanzierung der ESVP muss vollständig über den Haushalt der EU erfolgen. Dazu muss die künstliche Trennung in nationale und gemeinsame Beiträge aufgehoben

werden. Im Zuge der Durchsetzung der ausschließlichen Budgethoheit des EP in Fragen der ESVP könnten auch die Informations- und Kontrollrechte maßgeblich gestärkt werden. Seine effektive Mitwirkung an der ESVP müsste auch das Parlament durch interne strukturelle Veränderungen ermöglichen. So müsste der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des EP, der sich mit Fragen der GASP und der ESVP beschäftigt, in zwei gesonderte Ausschüsse unterteilt werden. Um die parlamentarische Abstimmung zwischen nationaler und europäischer Ebene zu verbessern, muss ein institutionalisiertes Netzwerk entstehen, in dem sich die Vorsitzenden der mit ESVP-Fragen befassten Ausschüsse regelmäßig treffen.

5. Anforderungen an eine handlungsfähige Friedensmacht Europa

Der Irak-Krieg hat die Notwendigkeit einer sicherheitspolitischen Alternative deutlich gemacht. Der moralische Protest muss auch zu einer handlungsfähigen Alternative führen.

Europa muss ein starker und glaubwürdiger Akteur im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik sein. Wir Jusos aber wollen eine Friedensmacht Europa, keine Militärmacht! Die EU muss vor allem auf nicht-militärische und präventive Instrumente setzen, sie muss ihr Gewicht bündeln und für eine gerechte und friedliche Politik einbringen. Für diesen Weg wollen wir als Jusos streiten!

Europa muss handeln können. Um auf einen Konflikt reagieren zu können, braucht die Europäische Union ein umfassendes Instrumentarium, denn fast alle Herausforderungen sind nicht-militärischer Art. Sie benötigen politische, diplomatische, ökonomische, rechtliche und polizeiliche Maßnahmen. Europa muss auf präventive Maßnahmen setzen. Statt Konflikte eskalieren zu lassen, wird die Europäische Union nur erfolgreich sein, wenn sie Stabilität exportiert.

Die Europäische Union betont ihren Willen, internationale Organisationen zu stärken, internationale Rechtsstrukturen aufzubauen und globale Gerechtigkeit zu schaffen. Diesen Bekenntnissen müssen Taten folgen! Zeitgleich hat die Diskussion um den Krieg im Irak jedoch auch erhebliche Differenzen deutlich gemacht. Es müssen daher gemeinsame politische Strukturen geschaffen werden, die ermöglichen mit einer Stimme zu sprechen. Nur ein geeintes Europa wird in der Welt gehört!

Gleichberechtigte Kooperationen zwischen Staaten, Gerechtigkeit und Chancengleichheit in den internationalen Beziehungen, soziale Sicherheit innerhalb der einzelnen Staaten sowie wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Märkten und ihren wichtigsten Akteuren sind die zentralen Säulen einer internationalen Friedenspolitik. Die Entstehung neuer politischer und wirtschaftlicher Akteure auf supranationaler Ebene, wie der EU, sind daher unwiderrufliche Eckpfeiler einer nachhaltigen Friedenspolitik.

5.1. Globale Gerechtigkeit schafft Frieden

Die weltweite Bekämpfung von Armut und der Abbau sozialer Benachteiligungen müssen elementare Bausteine einer europäischen Friedenspolitik sein. Die Politik muss dabei auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in den armen Ländern zielen und den gerechten Umbau der internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen vorantreiben. Den Menschen müssen klare Perspektiven aufgezeigt werden. Nur durch globale Gerechtigkeit lässt sich weltweiter Frieden schaffen.

5.2. Zivile Sicherheitspolitik stärken!

Angesichts der Tatsache, dass Krieg in der Rhetorik der meisten Regierungen Europas nur als letztes Mittel dienen soll, greifen sie erstaunlich oft auf dieses Mittel zurück. Anstatt Konflikte frühzeitig einzudämmen und ihre Eskalation zu verhindern, werden sie solange ignoriert bis sich einzelne Staaten oder die Staatengemeinschaft zum Eingreifen gezwungen fühlen. Offensichtlich fehlt der politische Wille die friedliche Konfliktvorbeugung zum Leitbild europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu machen und mit den erforderlichen Finanzmitteln auszustatten. Dies erschreckt besonders, da eine große Anzahl von vielfach erfolgreich angewandten Konzepten der zivilen Friedenssicherung existiert.

Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung brauchen zivile Mittel. Diese Mittel zu entwickeln, zu stärken und zu fördern muss eines der wesentlichen Ziele europäischer Politik sein. Die regionale Sicherheitspolitik muss eine Stärkung erfahren. Rüstungskontrolle und neue Initiativen im Bereich der Abrüstung gehören wieder auf die Tagesordnung.

5.2.1. Monitoring und Frühwarnung bei Konflikten

Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Friedensmacht muss Europa den Konflikten dieser Welt größere Aufmerksamkeit schenken. Die Ursache, der Verlauf und die Folgen von regionalen und innerstaatlichen Konflikten, Krisen und Kriegen müssen frühst möglich analysiert werden. Dabei sollten vor allem Ergebnisse und Bewertungen von Friedensforschungsinstituten, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen Beachtung finden. Friedensforschungsinstitute in ganz Europa verfügen über detaillierte Kenntnisse aller Krisenregionen und arbeiten zivile Lösungsvorschläge aus. Diese Arbeit sollte in der Zukunft durch die Einrichtung eines zentralen europäischen Friedensforschungsinstituts und eine verstärkte finanzielle Förderung aller Institute unterstützt werden.

Bisher sind europäische Sicherheitsdebatten von Instituten dominiert, die sich über eine militärische Geschichte herleiten. Notwendige Änderungen müssen von innen und außen begleitet werden. Deshalb müssen die Friedensforschungsinstitute einen besseren Zugang in Diskussion und Ausbildungsgänge der zivilen und militärischen Sicherheitskräfte erhalten.

Nicht nationale Alleingänge, sondern eine gemeinsame europäische Strategie sind die Voraussetzung für die frühzeitige, friedliche Lösung von Konflikten. Voraussetzung dafür ist allerdings auch, dass die umfassenden Informationen der diplomatischen Dienste der Mitgliedsländer für die Entwicklung einer solchen Strategie genutzt werden können.

5.2.2. Dialog und Mediation

Bereits in frühen Stadien von Konflikten müssen Dialog und Mediation zu den wichtigsten Mitteln der Deeskalation gehören. Krisen und Kriege finden oft ihren Ursprung in der Politisierung von ethnischen, religiösen und kulturellen Unterschieden durch lokale und nationale Machthaber und Kriegsfürsten. Diese bedienen sich lang gehegter Vorurteile um verschiedene Bevölkerungsgruppen zu radikalieren und sich selbst als Führer dieser Gruppen hervorzutun. Dialoge und Mediationen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen können entscheidend zu einer Deeskalation der Lage beitragen.

Entscheidend ist dabei, dass die verschiedenen Akteure – sowohl die Anführer der Konfliktparteien als auch die sie unterstützenden Teile einer Bevölkerung – von einer neutralen Gruppe oder Person zu gemeinsamen Gesprächen und Verhandlungen gebracht werden. Hier sollte die EU als wichtiger Akteur in Erscheinung treten und einen entscheidenden Beitrag zur Vorbeugung von gewaltsam ausgetragenen Konflikten leisten.

Auch Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen – allen voran die Friedrich-Ebert-Stiftung – haben in der Vergangenheit einen entscheidenden Beitrag zur Konfliktprävention geleistet. Sie bauten Begegnungsstätten auf, organisierten Austauschprogramme und ermöglichten Dialoge. Ihre Arbeit trug in vielen Regionen und Ländern dazu bei, dass verschiedene Kulturen, Religionen und Bevölkerungsgruppen lernten, in friedlicher Koexistenz nebeneinander zu leben. Daher ist es essentiell auch in der Zukunft ihre Arbeit durch finanzielle Förderung zu unterstützen.

5.2.3. Aufbau ziviler Strukturen

Neben der Initiierung von Dialogen ist es besonders in den Regionen, in denen ein zunehmender Zerfall der Staatlichkeit festzustellen ist, von besonderer Notwendigkeit zivile staatliche Strukturen wieder aufzubauen. Dies schließt den Aufbau von Schulen, Krankenhäusern, staatlichen Behörden und örtlichen sowie nationalen Polizeikräften ein. Notwendig ist eine ausreichende Finanzierung dieser Projekte durch die EU, als auch die Förderung eines Austauschs von Experten. Die Ausbildung von Polizeikräften im Irak und in Afghanistan sind dafür erfolgreiche Beispiele.

Darüber hinaus sollte sich die EU verstärkt in der OSZE engagieren, die eine große Rolle beim Aufbau von zivilen Strukturen in Konfliktregionen spielt. Sie organisiert Wahlen und fördert freie Medien. In den letzten Jahren wurden zivile Instrumente geschaffen, die eine erfolgreiche Arbeit der Langzeitmissionen der OSZE ermöglichen. Die OSZE als regionale Struktur der kollektiven Sicherheit könnte dabei auch als Vorbild für andere Weltregionen dienen.

5.2.3. Armutsbekämpfung

Vor allem Armut, menschliches Elend und unfaire Verteilung von Ressourcen können bei fortlaufenden Kriegen, Krisen und Konflikten eine verschärfende Rolle spielen. Bei den neuen Kriegen treffen keine staatlichen Armeen aufeinander. Stattdessen sind es staatliche, paramilitärische und private Armeen sowie Terroristen, die auf unschuldige Zivilisten treffen.

Kriegsfürsten sind auf die Unterstützung von Freiwilligen, Zwangsverpflichteten und Söldnern angewiesen, aus denen sich ihre Truppen und marodierenden Horden zusammensetzen. Vor allem in den ärmsten Regionen der Welt werden Erwachsene und Kinder zum Kriegsdienst gezwungen. Oft treten sie aber auch Armeen bei, um mit dem kargen Sold das Überleben ihrer Familien zu finanzieren. Nur wenn durch aktive Entwicklungspolitik weltweit die Armut bekämpft wird, werden Menschen nicht mehr aus finanziellen Gründen darauf angewiesen sein, in den Krieg zu ziehen.

5.2.4. Wirtschaftliche Prävention

Lange schon sind die Akteure in Kriegen keine souveränen Nationalstaaten mehr, die versuchen territoriale Ansprüche geltend zu machen oder ein für den Feind gehaltenes Volk abzustrafen. In den allermeisten Fällen sind Kriege und bewaffnete Konflikte, für Banden, marodierenden Gruppen oder privaten militärischen Unternehmen die Möglichkeit, sich nationale oder internationale Ressourcen anzueignen. Ein Ende des Krieges ist für die verschiedenen Akteure nicht von Interesse, weil dadurch auch ihre kriegsfinanzierenden Ressourcen versiegen würden. So kommt es zu jahrelang schwelenden Bürgerkriegen und Gewaltkonflikten. Indem Kriegsmärkte ausgetrocknet werden, beispielsweise durch wirtschaftliche Embargos, wie dem konsequenten Verbot des Imports von „Blutdiamanten“, können Kriegsfürsten allerdings die Geldhähne zugedreht werden und sie zur Aufgabe gezwungen werden. Hierbei sollte die Europäische Union eine aktive Rolle spielen und wirtschaftliche sowie Handelsinteressen zugunsten von humanitären Zielen zurückstecken. Eine weitere wirksame Möglichkeiten der Konflikteindämmung ist das Einfrieren von Konten der kriegsführenden Parteien, deren Financiers und der Waffenhändler, die sie beliefern.

In den meisten bewaffneten Konflikten dieser Welt spielen Waffen – insbesondere Kleinwaffen – die während des Kalten Krieges von der USA und der Sowjetunion etlichen Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt wurden eine große Rolle. Auch heute noch werden Kleinwaffen in Massen hergestellt und auch von europäischen Ländern zu Dumpingpreisen in Konfliktregionen geliefert. Wenn die EU tatsächlich zu weltweitem Frieden beitragen möchte, muss sie ein allgemeines Exportverbot für Kleinwaffen – zumindest in Konfliktregionen – stringent verfolgen. Darüber hinaus sollte sich die EU stärker für ein internationales Waffenexportverbot in Konfliktregionen stark machen. Die Erfahrungen aus dem Kalten Krieg zeigen, dass auch in Aussicht gestellte Handelsanreize – quasi als Belohnung für zivilgesellschaftliche Fortschritte, wie Verbesserung der Menschenrechtssituation und Zulassung von Beobachtermissionen – ihre Wirksamkeit entfalten können. Eine solche „intelligente“ Handelspolitik kann das Waffenembargo als ökonomische Abschreckungspolitik sinnvoller flankieren, wie gegen den Irak.

Leider haben bislang wirtschaftliche Interessen Vorrang vor friedenspolitischen. Viele Kriegsfürsten bedienen sich nicht länger lokaler Truppen und Einheiten. Stattdessen bedienen sie sich Söldnern oder ganzer Privatarmeen, die von westlichen Ländern völlig legal ausgebildet und verleast werden. Da diese Industrie bereits heute ein großes

Finanzvolumen erreicht hat und eine gute Einnahmequelle darstellt, ist es bisher nicht zum Verbot dieser Privatarmeen gekommen, nicht einmal wenn sie in Krisenregionen eingesetzt werden.

5.2.5. Unterstützung von Zivilgesellschaft

Wie die USA im Irakkrieg scheinbar verblüfft festgestellt hat, entsteht ein Machtvakuum, wenn eine diktatorische Regierung gestürzt oder „beseitigt“ wird. Nach dem Sturz einer Regierung – unabhängig ob durch inneren oder äußeren Druck – muss dieses Vakuum durch neue, demokratische Gruppen gefüllt werden, die das Gewaltmonopol wieder auf den Staat beschränken können. Daher ist es essentiell, frühzeitig zivilgesellschaftliche Gruppen aufzubauen und zu unterstützen. Nicht nur beim ungerechtfertigten Irakkrieg ist dies von Anfang an versäumt worden, auch in vielen Gegenden, in denen ein gewaltsamer Ausbruch von Konflikten noch bevorsteht, werden durch die EU und ihre Mitgliedsländer autokratische und diktatorische Machthaber gestützt, anstatt eine demokratische Opposition zu fördern. Doch auch die „blinde“ Unterstützung von Oppositionsgruppen, die den Interessen der entsprechenden westlichen Regierung nahe stehen, kann weit reichende Gefahren für die Errichtung von wirtschaftlich und politisch stabilen Regionen haben, wie die Beispiele Taliban und Hamas anschaulich vor Augen führen. Daher muss vor Entscheidungen über die Förderung von Oppositionsgruppen untersucht werden, ob diese willig und fähig sind, in Übereinstimmung mit den Werten der UN-Charta – wie der Einhaltung von Menschenrechten – zu handeln, anstatt kurzfristige, eigene Interessen der EU in den Vordergrund zu stellen.

5.2.6. Ausbau der zivilen ESVP-Bereiche

Ihre vier bestehenden zivilen Prioritätsbereiche Polizei, Rechtsexperten, Zivilverwaltung und Katastrophenschutz müssen umfassend ausgebaut werden. Besonders in den Bereichen Reintegration von Flüchtlingen, Umgang mit ethnisch-religiöser Minderheiten, Wahlbeobachtung und Einführung unabhängiger Medien muss sie sich stärker engagieren. Diese zusätzlichen Elemente sind im Rahmen der ESVP zu implementieren. Des Weiteren ist die Schaffung einer Führungs- und Koordinierungsstruktur für zivile Einsätze dringend erforderlich. Die zivile ESVP-Komponente ist mit den Kapazitäten von UNO, OSZE und Europarat abzustimmen.

5.2.7. Einrichtung eines Europäischen Friedenskorps

Bereits im Januar 1999 sprach sich das Europäische Parlament für die Einrichtung eines Europäischen Friedenskorps aus. Der Auftrag dieses Friedenskorps liegt in der Konfliktverhütung, der Vermittlung und Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien sowie in der Hilfe bei Naturkatastrophen. Ein solches Friedenskorps könnte als Clearing-Stelle dienen für das Training und den Einsatz ziviler Fachkräfte, die praktische friedensbildende Maßnahmen durchführen wie etwa Vermittlung, Vertrauensbildung zwischen Krieg führenden Parteien, unabhängige Berichterstattung, Traumatherapie, Rehabilitation sowie die Verbesserung der Menschenrechtssituation, einschließlich der Menschenrechtsbegleitung. Der Einsatz des Europäischen Friedenskorps erfolgt im Geiste der UN-Charta und durch die Zustimmung der EU-Organe, und wird durch das EP kontrolliert.

Wichtig ist, dass das Europäische Friedenskorps mit der OSZE zusammenarbeitet, da beide Organisationen zivile Strukturen in Krisengebieten aufzubauen versuchen. Somit werden mögliche Überschneidungen und damit Arbeitsbehinderungen vermieden.

5.2.8. Finanzierung der Konfliktvorbeugung

Die Entwicklung und Aufrechterhaltung einer funktionierenden und effektiven Konfliktvorbeugung wird nicht umsonst sein. Auf Frieden und auf weltweite Stabilität zu verzichten, beziehungsweise diese nicht zu fördern, wird Europa teurer zu stehen bekommen.

Schließlich ist die Festschreibung der Finanzierung von Missionen des zivilen Krisenmanagements im EU-Haushalt notwendig. Des Weiteren sollten die Budgets für Entwicklungspolitik – und innerhalb der Außenpolitikbudgets der Posten für Konfliktprävention – erhöht werden. Selbst in Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation, kann weltweiter Frieden und weltweite Sicherheit nicht aus wirtschaftlichen Gründen aufs Spiel gesetzt werden.

5.3. Kooperation statt nationaler Interessenspolitik

Die EU muss aktiv für die Stärkung der kooperativen Weltordnung und der Vereinten Nationen eintreten. Jedes außen- und sicherheitspolitische Handeln gehört den Grundsätzen der Vereinten Nationen untergeordnet. Europa muss eine treibende Kraft bei der umfassenden Reform und Demokratisierung des UN-Sicherheitsrates sein. Anstatt die ehemaligen Großmächte von vor 50 Jahren zu repräsentieren, sollten in ihm die großen Regionen der Welt eine Repräsentation finden. Das Veto sollte durch demokratischere Prozeduren ersetzt werden. Die Generalversammlung sollte ferner gestärkt werden, da nur in diesem Gremium jeder Staat gleichberechtigt auftreten kann. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, ob es möglich ist durch ein vorerst beratendes Weltparlament die Bevölkerung der verschiedenen Länder weltweit besser an der globalen Beschlussfassung zu beteiligen. Auch die internationalen Finanzorganisationen, die in den letzten Jahren immer mehr Macht in den internationalen Beziehungen entwickelt haben, sollten demokratisiert werden. Stimmanteile sollten nicht mehr äquivalent zu wirtschaftlicher Macht berechnet werden, sondern jeder Staat sollte eine gleichberechtigte Stimme in der Weltbank und dem IWF haben. Damit im innern der Staaten nicht weiterhin ein menschenrechtsfreier Raum herrschen kann, muss auch der internationale Strafgerichtshof weiter gestärkt werden. Langfristig sollte auch seine Zuständigkeit auf andere Verbrechen als Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Aggression ausgeweitet werden. Dadurch würde internationale Rechtsstrukturen und gleichberechtigte Kooperation an die Stelle einer Politik unilateraler Interessensdurchsetzung durch einzelne Staaten treten. Ein starkes und geeintes Europa kann dies voranbringen.

Wichtiger Bestandteil dieser internationalen Kooperation muss auch ein weltweites Abrüstungs-Regime sein. Es sollte eine Agentur zur Rüstungskontrolle geschaffen werden.

5.4. Abrüstungs-Kontrolle

Durch die hohen Rüstungsausgaben ist der Spielraum für die zivile Konfliktbearbeitung, soziale und zivile Konfliktprävention so stark eingeschränkt, dass hier sinnvolle Konzepte kaum noch „in Angriff“ genommen werden können. Immer noch werden Waffen und Rüstungsgüter produziert, über dessen Sinn und Nutzen man streiten kann. Es sollte daher eine Agentur zur Rüstungskontrolle geschaffen werden. Diese Agentur soll darauf achten, dass keine Waffen entwickelt und eingesetzt werden, die gegen einschlägige internationale Abkommen verstoßen und unverhältnismäßig negative Auswirkung auf Zivilpersonen haben. Dazu gehören Splitterbomben, Landminen aber natürlich auch Massenvernichtungswaffen wie etwa atomare, biologische und chemische Waffen.

Weiterhin muss ein europäisches Amt für Abrüstung und Konversion entstehen. Dieses Amt soll u.a. einen Stufenplan zur Abrüstung der Waffenarsenale erstellen, nach dem sich die EU-Mitgliedstaaten zu richten haben. Darin soll auch die zivile Umwidmung von militärischen Kapazitäten festgelegt werden, mittels eines europäischen Programms für Konversion und Beschäftigung. Die logische Konsequenz dieser Maßnahmen wären sinkende Militärausgaben. Der so entstehende Überschuss kann zum Ausbau der zivilen Komponente der ESVP eingesetzt werden. Damit die einzelnen Schritte der Abrüstung und Konversion eingehalten werden, soll eine vertragliche Fixierung der degressiven Militärausgaben festgehalten werden.

5.5. Keine Massenvernichtungswaffen

Besonders wichtig ist ein fixiertes Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung von ABC-Waffen in Europa. Alle Mitgliedstaaten müssen sich verpflichten alle auf dem Territorium von EU-Mitgliedstaaten lagernden Massenvernichtungswaffen zu vernichten. In diesem Kontext sollten Europas eigenen Atommächte (Frankreich und Großbritannien) ein deutliches Signal aussenden, dass atomare Abrüstung die Richtung ist, die Europa ansteuert und den Werten und Zielen der EU gerecht wird.

Es sollen Schritte unternommen werden Russland in diesen Abrüstungsdialog mit einzubinden, da durch Russland sonst weiterhin große Mengen an Massenvernichtungswaffen auf dem europäischen Kontinent lagern würden.

5.6. Ächtung von Angriffs- und Präventivkriegen

Langfristiges Ziel muss es sein, die Bundeswehr und alle Armeen der europäischen Mitgliedsstaaten abzuschaffen. Daher ist eine Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten zur Abrüstung ihrer militärischen Kapazitäten auf strukturelle Nichtsangriffsfähigkeit erforderlich.

Überdies muss sich die EU verpflichten, sich ausnahmslos an das Verbot von Angriffs- und Präventivkriegen zu halten, sowie die Androhung oder Anwendung von militärischer Gewalt in internationalen Beziehungen als Mittel auszuschließen.

5.7. Friedenssicherung

Priorität einer linken Sicherheitspolitik hat stets der Einsatz von zivilen Mitteln zu sein. Dort, wo es notwendig wird, können bewaffnete Polizeieinheiten oder Militär mit einem Mandat der Vereinten Nationen, als Stabilisierungsinstrument zur Flankierung ziviler Konfliktlösungen, im Rahmen einer umfassenden sicherheitspolitischen Strategie eingesetzt werden. Wir lehnen einen solchen Einsatz allerdings ab, wenn damit geostrategische oder ökonomische Interessen, d.h. der freie Zugang zu Ressourcen, zu Märkten oder die Aufrechterhaltung von Handelswegen, verfolgt werden.

Die Jusos fordern, dass die einzelnen nationalen Parlamente über den Einsatz ihrer BürgerInnen entscheiden, solange es einen einheitlichen Rechtsraum in Europa nicht gibt. Eine weitere Einschränkung von Grundrechten wollen wir nicht hinnehmen. Die von unserer Bundesregierung betriebene Auflösung des Parlamentsvorbehalts lehnen wir entschieden ab. Mit dem nationalen Parlamentsvorbehalt wird auch eine besondere legitimitative Grundlage geschaffen, die wir bei der Frage von Krieg und Frieden einfordern und brauchen.

5.8. Zivile Friedensmacht Europa

Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) ist noch ein sehr junges Projekt. Bisher sind die dafür vorgesehenen Strukturen und Ressourcen sehr begrenzt. Auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als militärischer Arm der GASP ist bisher mehr Wunschdenken als Realität.

Für uns ist klar: Die EU muss zivile Friedensmacht werden. Der Vorrang nicht-militärischer Außen- und Sicherheitspolitik hat sich mehr als 50 Jahre in Europa bewährt und darf nicht nur als „Friedensmodell“ in Sonntagsreden abgefeiert werden. Vor dem Hintergrund der Lehren des Jugoslawien-Krieges ist es notwendig, gezielt politische, diplomatische und wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen und weiterzuentwickeln, die es der Europäischen Union gestatten, Konflikte früh wahrzunehmen und präventiv auf diese einzuwirken.

Die zivilen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der ESVP sind auszubauen und Ressourcen dafür bereit zu stellen. Elemente der Frühwarnung, des Monitoring, der vorbeugenden Konfliktbearbeitung und der akuten Konfliktprävention müssen besser in die Strukturen und Abläufe politischer Beratungs-, Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse eingebaut werden.

Wir lehnen deshalb auch ein weiteres Engagement für die schnelle Eingreiftruppe der EU ab. Sie bietet in ihrer Struktur und ihrem institutionellen Rahmen weder eine Basis für eine gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik, noch fördert sie die Entwicklung einer zivilen Friedensmacht Europa. Die schnelle Eingreiftruppe befähigt Ad-hoc-Bündnisse von einzelnen EU-Staaten, ihre geopolitischen Interessen militärisch durchzusetzen. Dies kann nicht Ziel des europäischen Einigungsprozesses sein. Der Aufbau einer europäischen Armee ist unter den gegenwärtigen undemokratischen Umständen vorerst dysfunktional.

6. Global Action for Peace

Die Debatte um die Friedensmacht Europa darf nicht losgelöst werden von der viel breiteren Diskussion um eine moderne Friedens- und Sicherheitspolitik, die Antworten auf globale Herausforderungen gibt. Es gilt darüber *Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München* 48

nachzudenken, wie die Weltgemeinschaft auf diese neuen Bedrohungen und Risiken reagieren kann, welche Mittel zum Einsatz kommen und welche Akteure unter diesen Bedingungen wirken können. In diesem Zusammenhang muss das wichtige Instrument Entwicklungszusammenarbeit neu ausgerichtet und gestärkt werden. In unseren Fokus muss auch die Auseinandersetzung über die Integration von innerer und äußerer Sicherheit rücken.

F 4 - Frieden schaffen! Resolution zur Situation in Nahost

Die derzeitige Lage in Nahost lässt wenig Raum für Optimismus und gibt keine Möglichkeit für objektive Schuldzuweisungen. Die Verantwortung für die anhaltende Gewalteskalation tragen beide Seiten im Zusammenspiel mit einer weitgehend passiven oder kontraproduktiv agierenden internationalen Gemeinschaft.

Palästinensische Selbstmordattentate haben nicht aufgehört, eben so wenig wie die sogenannten „gezielten Tötungen“ und kollektiven Strafmaßnahmen wie Abriegelungen und Haus- und Erntezerstörungen durch die israelische Regierung. In einem bisher beispiellosen militärischen Feldzug ist die politische Infrastruktur der palästinensischen Regierung und Autonomiebehörde zudem nahezu völlig zerstört worden, wodurch Versuche, ein quasi staatliches Gewaltmonopol aufzubauen, zunichte gemacht worden sind. Dieses rücksichtslose Vorgehen der israelischen Regierung trägt dazu bei, dass sich die Unterstützung für radikale Kräfte wie Hamas weiter verstärkt. Gleichzeitig dauert die nach wie vor umstrittene Positionierung der palästinensischen Führung unter Jassir Arafat gegenüber den von PalästinenserInnen verübten Gewaltakten an. Die palästinensische Führung leistet es sich aus innenpolitischen Gründen immer weniger, die erstarkenden Kräfte der Hamas und andere mit Gewalt agierende Gruppen öffentlich zu kritisieren und sich klar von ihnen zu distanzieren. Dies gilt insbesondere auch für die Anschläge der Al-Aksa-Brigaden, dem bewaffneten Arm der Fatah. Die starke Position der Hamas ist dabei nicht nur dem israelischem Vorgehen geschuldet, sondern auch dem autoritären Führungsstil der palästinensischen Führung anzulasten, die demokratische Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft ignoriert und schwächt und dadurch ein Erstarken der Hamas mitverantwortet.

Die soziale und wirtschaftliche Situation der palästinensischen Bevölkerung ist katastrophal und wird derzeit noch verschlimmert durch den Bau einer Mauer, die die PalästinenserInnen nicht nur von Israel trennt sondern auch von wichtigen Ressourcen wie Wasser, Land, medizinischer Versorgung und nicht zuletzt auch von ihren Familien.

Die von den USA unterstützte Weigerung der israelischen Regierung, Verhandlungen zu führen, hat die schwierige Lage der palästinensischen Bevölkerung ebenso zementiert und vertieft wie die politische Sackgasse, in der sich mit Fateh alle säkularen Kräfte in den palästinensischen Gebieten befinden. Die jüngste Anerkennung der USA des von Sharon geplanten unilateralen Rückzugs aus dem Gaza-Streifen, für den im Gegenzug große israelische Siedlungsblöcke im Westjordanland verbleiben sollen, ist eine weitere beunruhigend einseitige Handlung der USA, die zudem Grundprinzipien der Roadmap und des internationalen Rechts missachtet und ad absurdum führt. Die EU und auch die beiden anderen Kräfte im Quartett, Russland und die VN, haben dieser Politik der USA bisher wenig Konstruktives entgegengesetzt.

Für die Bevölkerung Israels stellen die von palästinensischen Selbstmordattentätern verübten Anschläge eine allgegenwärtige Bedrohung dar, die zu einem kollektiven Angst- und teilweise auch Rachegefühl führen. Daher unterstützen wir diejenigen Maßnahmen, die geeignet sind, diese im jüdischen Israel latent und allgegenwärtig vorhandene Angst abzubauen. Die aus den Reihen der arabischen Liga und den palästinensischen Milizen und Gruppen vertretene Forderung, die israelische Bevölkerung unter dem Schlagruf „Treibt die Juden zurück ins Meer“ aus ihrem Staatsgebiet zu vertreiben, sorgte und sorgt in Israel für berechtigte Ängste.

Inner-israelisch wird die Kluft zwischen den palästinensischen und jüdischen StaatsbürgerInnen als Ergebnis des anhaltenden Konflikts immer größer. Das gegenseitige Misstrauen vertieft sich und manifestiert sich einerseits in einer rassistische Tendenzen aufweisenden israelischen Gesetzgebung und andererseits einer der Aggression Vorschub leistenden Entfremdung palästinensischer BürgerInnen vom israelischen Staat.

Dieser innere Konflikt stellt eine wachsende Gefahr für die demokratische Ordnung Israels dar und bedarf deshalb besonderer politischer Aufmerksamkeit.

Mit der Genfer Initiative, der sich langsam vergrößernden Bewegung der KriegsdienstverweigerInnen und der Neugründung Yachads an Stelle von Meretz gibt die israelische Linke wieder Lebenszeichen von sich. Diese haben zwar noch keinen politischen Richtungswandel hervorrufen können, waren und sind aber in der Lage friedenspolitische Impulse zu setzen, die zumindest die Diskussionen über eine notwendige politische Lösung wiederbelebt und bisher nicht haben abreißen lassen.

Jetzt erst recht – Aktivitäten der Jusos

Diese pessimistische Lagebeschreibung ist aber kein Grund zur Resignation sondern vielmehr Ansporn für weiteres aktives und beherztes Engagement! Wir JungsozialistInnen in der SPD sind seit vielen Jahren auf den unterschiedlichsten Ebenen bei der Vermittlung zwischen den Konfliktparteien aktiv. Die IUSY bietet nach wie vor einen wichtigen Rahmen der Zusammenarbeit, den wir weiter nutzen sollten, um unsere Vermittlungsfunktion zu stärken. Dieses Jahr wurde erneut eine Vizepräsidentin der Fateh-Jugend und ein Vize-Präsident der Labor-Jugend in

das IUSY Präsidium gewählt. Ihnen ist es gelungen zusammen mit der Meretz/Yachad-Jugend eine gemeinsame Resolution zu verfassen, die auf dem IUSY Kongress verabschiedet wurde.

Mit der Eröffnung des Willy-Brandt-Zentrums in Jerusalem gibt es zudem auch eine physische Manifestation unseres Engagements vor Ort. Dieses Zentrum sollte von uns als ein wichtiges Instrument der politischen Arbeit betrachtet werden und gleichzeitig als Chance, die Nahostthematik innerverbandlich attraktiver zu machen und dadurch tiefer zu verankern.

Bekräftigung der Zwei-Staaten-Lösung

Eine gerechte Lösung dieses Konfliktes, die die Interessen beider Seiten berücksichtigt, kann nur auf dem Verhandlungsweg erreicht werden. Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht und den legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel und bekräftigen die Notwendigkeit einer Anerkennung Israels in der Region. Wir bekennen uns ebenso deutlich zur Schaffung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates entlang der Waffenstillstandslinie von 1967. Im Rahmen der Zwei-Staaten-Lösung gemäß den entsprechenden Artikeln der Genfer Initiative muss es zu einer gerechten und gleichzeitig praktikablen Lösung des Flüchtlingsproblems, einer Auflösung sämtlicher israelischer Siedlungen und der juristischen und politischen Festschreibung einer Lösung von Jerusalem kommen. Die Zwei-Staaten-Lösung liegt im Interesse beider Parteien, weil langfristig nur sie einen nachhaltigen Frieden sichern kann. In diesem Sinne halten wir an dem durch die Roadmap vorgezeichneten Weg fest.

Stopp der Gewalt

Auf der Basis dieser Feststellungen fordern wir beide Seiten eindringlich dazu auf, die gegenseitigen Gewaltakte umgehend einzustellen und einer friedlichen Lösung auf der Basis von zwei unabhängigen und lebensfähigen Staaten, wie sie in der Roadmap angelegt ist, absolute politische Priorität einzuräumen. Wir verurteilen die Anschläge palästinensischer Selbstmordattentäter gegen die israelische Bevölkerung. Die jeweiligen spezifischen Muster zur Legitimierung von Gewaltanwendung lehnen wir ab und fordern beide Seiten dazu auf, statt dessen die nötige Kompromiss- und Handlungsbereitschaft zu entwickeln, die zur Erfüllung der Roadmap notwendig ist.

Die palästinensische Führung fordern wir auf, sich unmissverständlich und konsequent von terroristischen Aktivitäten und Selbstmordattentaten zu distanzieren und gleichzeitig aktive Maßnahmen zu deren Beendigung einzuleiten. Neben palästinensischen Sicherheitskräften sollten keine anderen Gruppen bewaffnet sein. Daher muss auch die Unterstützung und Ausbildung der hinter den Anschlägen stehenden Gruppen durch das arabische Ausland beendet werden. Nur auf diese Weise kann der allgegenwärtigen und berechtigten Angst der israelischen Bevölkerung vor der Gewalt eine positive Perspektive entgegengesetzt werden.

Um diese Prozesse zu ermöglichen, bedarf es gleichzeitig einer Beendigung der israelischen Gewalt. Von der israelischen Regierung fordern wir deshalb die sofortige Einstellung der sogenannten "gezielten Tötungen", also der Hinrichtungspolitik gegen als extremistisch eingestufte PalästinenserInnen. Sie ist nicht nur inhuman und völkerrechtswidrig, sondern steht nachhaltigen Friedenslösungen entgegen. Die Politik der Kollektivbestrafung der palästinensischen Zivilbevölkerung in Form von Abriegelungen, Ausgangssperren und Haus- und Erntezerstörungen lehnen wir ebenso ab wie den schleichenden Prozess der Landkonfiszierung. Sie müssen ein Ende haben genauso wie die anhaltende Strategie der israelischen Regierung, die politische Infrastruktur in den palästinensischen Gebieten zu zerstören.

Stopp und Rückbau der Mauer

Wir fordern den sofortigen Baustopp und Rückbau der Mauer, die Israel von den palästinensischen Gebieten trennen soll. Die Fortsetzung der Baumaßnahmen lehnen wir aus humanitären, friedenspolitischen und völkerrechtlichen Gründen ab. Die Mauer schränkt die Mobilität der PalästinenserInnen weiter ein und zerstört auf diese Weise soziale und wirtschaftliche Strukturen in der palästinensischen Gesellschaft. Die Errichtung der Mauer unterläuft zudem die Zwei-Staaten-Lösung, da sie den PalästinenserInnen die Möglichkeit verwehrt, einen eigenständigen und lebensfähigen Staat zu gründen. Sie verläuft nicht entlang der Grünen Linie von 1967, sondern schneidet in palästinensisches Territorium hinein, und verstößt so gegen internationales Recht. Die destruktiven Auswirkungen dieser Mauer manifestieren den Konflikt. Die israelische Regierung handelt damit auch gegen die Interessen der israelischen Bevölkerung.

Wir hingegen erachten ein Grenzsysteem nach Artikel 11 der Genfer Initiative als eine – im Interesse der in Israel und den palästinensischen Gebieten lebenden Menschen – anzustrebende Lösung.

Notwendige Reformen

Das demokratische Defizit in der palästinensischen Politik ist nicht nur ein Ergebnis der anhaltenden Besatzungspolitik sondern entspringt ebenso dem autoritären Führungsstil Jassir Arafats und seiner engsten Vertrauten. Wir fordern deshalb Reformen ein, die das Parlament stärken, den Pluralismus fördern und insbesondere jungen Menschen und darunter vor allem jungen Frauen eine reale Möglichkeit gibt, sich an politischen Prozessen beteiligen und ihre Vorstellungen und Interessen einbringen zu können. An dieser Stelle ist insbesondere die internationale Gemeinschaft und vor allem die EU gefragt, entsprechende Prozesse einzufordern und dann auch zu unterstützen. Insbesondere im zivilgesellschaftlichen Bereich ist es wichtiger denn je, vorhandene demokratische

Kräfte zu fördern. Dennoch bleibt die Autonomiebehörde für uns die einzige legitimierte Vertretung der Palästinenser.

Unterstützung friedenspolitischer Initiativen

Wir unterstützen ausdrücklich die Genfer Initiative, die deutlich gemacht hat, dass die Lösung dieses Konfliktes am Verhandlungstisch möglich ist und ausschließlich dort eine gerechte, die Interessen beider Seiten berücksichtigende Lösung gefunden werden kann. Dieser mutige Schritt hat das Argument der Regierung Sharon, es gebe keinen palästinensischen Partner, mit dem man verhandeln könne, widerlegt.

Wir betrachten die Gründung der Yachad Partei als ein positives Signal und als einen wichtigen Versuch, das Friedenslager in Israel zu einigen und zu stärken und unterstützen deshalb diesen Schritt.

Ebenso unterstützen wir ausdrücklich das Engagement israelischer KriegsdienstverweigerInnen, die ihren Dienst in den besetzten Gebieten aus moralischen Beweggründen verweigern. Wir betrachten diese Gruppe als eine starke friedenspolitische Kraft, weil sie aus der Mitte der israelischen Gesellschaft kommt und aus dieser Mitte heraus versucht, ein Umdenken im Hinblick auf die Besatzungspolitik einzuleiten. Deshalb unterstützen wir ihr Recht auf Kriegsdienstverweigerung und fordern, ihre strafrechtliche Verfolgung und gesellschaftliche Diffamierung zu beenden.

Unsere Unterstützung gilt auch Initiativen, die Versuche unternehmen, ein friedliches und gleichberechtigtes Nebeneinander von jüdischen und palästinensischen StaatsbürgerInnen zu fördern und politisch zu verankern.

Absage an die Bush/Sharon Initiative

Zwar begrüßen wir einen Abzug aus dem Gaza-Streifen als längst überfälligen Schritt, die Umsetzung dieses Plans als unilateralen politischen Akt lehnen wir jedoch entschieden ab. Diese Ablehnung gilt auch für den in dem Sharon Plan vorgesehen Verbleib einiger Siedlungen im Westjordanland im Falle eines Rückzugs aus dem Gaza-Streifen. Wie in der Roadmap vorgesehen, sind alle Siedlungen im Westjordanland zu räumen, weil ihr Verbleib sowohl gegen internationales Recht verstößt als auch eine Zwei-Staaten-Lösung aushöhlt. Aus diesem Grund verurteilen wir aufs Schärfste die Unterstützung dieses Plans von Seiten der Regierung Bush. Die Anerkennung dieses Plans bedeutet eine Kehrtwende in der amerikanischen Politik, die die USA als alleinigen Makler zwischen den Konfliktparteien disqualifiziert. Wie appellieren deshalb an die amerikanische Führung zusammen mit den VN, Russland und der EU an der Umsetzung der Roadmap zu arbeiten und diese nicht durch eine Politik zu ersetzen, die ausschließlich auf die kommende Wahl ausgerichtet ist. Der Nahostkonflikt benötigt eine kontinuierliche Arbeit des Quartetts und keinen kurzfristigen, von wahltaktischem Kalkül getriebenen Aktionismus.

Verstärkte Handlungsfähigkeit der EU

Insbesondere vor dem Hintergrund dieser disqualifizierenden Politik der USA fordern wir eine starke Rolle der EU im Konfliktlösungsprozess ein. Sie hat unseres Erachtens ein stärkeres strategisches Interesse als die USA, diesen Konflikt in einen nachhaltigen und gerechten Frieden zu verwandeln. Sie sollte das Forum nutzen, dass ihr in Form des Quartetts gegeben ist und sich mit ihrem ganzen politischen Gewicht für eine Fortsetzung des Weges einsetzen, der in der Roadmap vorgezeichnet ist. Sie sollte dabei nicht gegen die USA arbeiten, aber im Anbetracht der äußerst problematischen amerikanischen Außenpolitik ist es aus unserer Sicht mehr denn je an der Zeit, friedenspolitische Schwerpunkte zu setzen und sich politisch stärker für sie einzusetzen, als dies bisher der Fall war.

Rückkehr zur Roadmap

Lösungen zu diesen wichtige Fragen müssen auf dem Verhandlungswege gefunden und von beiden Seiten gleichermaßen akzeptiert werden. Für Grenz- und Siedlungsfragen muss die Waffenstillstandslinie von 1967 Grundlage sein. Das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge muss grundsätzlich auf der Basis der Resolutionen der VN 194 und 242 von Israel anerkannt werden. Die konkrete Umsetzung dieses Rechts muß im Einvernehmen mit beiden Konfliktparteien geregelt werden. Wir fordern weiterhin, dass Jerusalem die Hauptstadt beider Staaten wird.

Verstärktes friedenspolitisches Engagement der Bundesregierung

Wir fordern die Bundesrepublik dazu auf, den Respekt, den sie in der Region besitzt, zu nutzen und ihren Einfluss auf die Konfliktparteien geltend zu machen. Außerdem fordern wir, dass weiterhin und verstärkt Mittel der zivilen Konfliktprävention wie die Ausbildung und Aussendung ziviler Friedenskräfte bereitgestellt werden. Für die positive Entwicklung der israelisch-palästinensischen Beziehungen ist eine aktive Friedenspolitik durch ausgebildete Fachkräfte unerlässlich - gerade in Krisenzeiten.

Der Irak und Afghanistan zeigen, dass derartige Krisenherde einen Nährboden für den internationalen Terrorismus und somit eine Gefahr von weltweitem Ausmaß darstellen. Deshalb muss der Nahost-Konflikt eine faire Lösung auf der Basis von zwei Staaten finden. Aus diesem Grund - und vor allem für die vielen insbesondere jungen Menschen in der Region, denen eine Zukunftsperspektive durch den schwelenden Konflikt genommen ist -, müssen wir uns mit aller Kraft für einen gerechten Ausgleich einsetzen, der endlich Schluss macht mit Hass und Gewalt!

F 12 - Solidarisches Generationenprojekt international

Jusos treten für die Internationale Solidarität ein und beteiligen sich am Aufbau einer weltweiten solidarischen Generation. Unsere Bündnispartnerinnen und Bündnispartner im In- und Ausland können weiterhin auf unsere Solidarität zählen, auch wenn wir wissen, dass es eine einheitlich agierende Linke in der Welt nicht gab oder gibt. Zudem sind die Gewerkschaften gerade in ihren vorherigen Hochburgen unter der neoliberalen Transformation zunehmend unter Druck geraten. Neue Akteure wie Attac haben sich gebildet und treten ein für eine gerechte und solidarische Welt.

Jusos halten an ihrer Position zur „Neuen internationalen Solidarität fest“, die wir im Jahr 2000 gemeinsam diskutiert, beschlossen und seitdem weiterentwickelt haben.

Globalisierung als Argumentation vor Ort

Die Argumentation über konstruierte Sachzwänge, die mit der Globalisierung identifiziert werden, greifen direkt in das politische Denken und Handeln vor Ort ein. Keine politische Diskussion, in der nicht die „Globalisierung“ zitiert würde.

In besonderer Weise verbinden sich in den letzten Jahren die Sachzwanglogik der „Globalisierung“ und der „Generationendebatte“ miteinander. Beide werden als Kronzeugen angeführt, um (inter)nationale neoliberale Beschränkungen durchzusetzen und die innere Landnahme des Kapitals voran zu bringen.

In ökonomischer und sozialer Hinsicht wurde in den letzten Jahren weder die sich immer weiter öffnende Schere der Entwicklung in Nord und Süd mit praktischer Politik bekämpft, noch haben die angekündigten Heilsbringer der informationstechnologischen Revolution alternative Entwicklungspfade aufgezeigt. Sie haben die weltweite Armut und Spaltung genauso verschärft wie das liberalisierte und fluide Finanzkapital.

Uns ist bewusst, dass die sehr unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Länder, Regionen und Kontinente einheitliche Entwicklungspfade und Politiken nicht möglich machen. Dennoch wird es darum gehen, internationale Solidarität gerade durch internationale Umverteilung und mit unterschiedlichen Entwicklungspfaden gemeinsam durchzusetzen.

Weder die Diskussion um Globalisierung noch die Generationendebatte und die mit ihnen begründeten politischen Handlungsmuster können wir einfach ablehnen: Sie müssen politisch verantwortlich bekämpft, aber auch gestaltet werden. Dazu sehen wir weltweit die SozialistInnen und Sozialisten und damit auch die Jusos vor Ort in der Pflicht.

Dabei müssen wir in den nächsten Jahren neben unserer internationalen Arbeit auch die Bedeutung internationaler Solidarität für die junge Generation ganz konkret vor Ort betonen.

Vor Ort müssen wir die diffuse Angst vor der Globalisierung bekämpfen, die seitens der Rechten geschürt und vom neoliberalen Mainstream für Einschnitte in das soziale Netz genutzt wird. Unser solidarisches Generationenprojekt muss daher auch Antworten auf die weltweite Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie der letzten Jahre suchen.

Spätestens seit dem Zusammenbruch des New Economy Hypes hat sich gezeigt, dass die wirtschaftliche Globalisierung den Reichtum der Nationen nicht unendlich steigern konnte, sondern die Krisenmomente des Kapitalismus weiter verstärkt haben. Die nachhaltige negative Wirkung entgrenzter Märkte betrifft vor allem die junge Generation aller Länder, die in Zukunft leben, wirtschaften und arbeiten will.

Die junge Generation ist vor allem durch vier Entwicklungslinien des (inter)nationalen Kapitalismus betroffen, die zugleich die Eingriffsfelder für unser internationales solidarisches Generationenprojekt sein müssen:

1. Finanzgesteuertes Akkumulationsregime – Die Umverteilungsmaschine politisch regulieren

Zunehmend werden nationale Wirtschaften vom internationalen Finanzsektor geprägt und gesteuert. Die hohe Liquidität auf den globalen Finanzmärkten ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem bestimmenden Faktor des internationalen Kapitalismus geworden. So stellt der Bericht der Enquete-Kommission zur Globalisierung der Weltwirtschaft fest: „Die hohe Liquidität auf den globalen Finanzmärkten kommt auch in den Daten über die täglichen Umsätze auf Devisenmärkten zum Ausdruck. Diese stiegen von 600 Milliarden US-Dollar Ende der 80er Jahre auf bis zu 1,5 Billionen US-Dollar vor Bildung des Euro-Raums, seither sind sie rückläufig, es liegt heute bei 1,2 Billionen US-Dollar (...), da zwischen den am Euro beteiligten elf Ländern Devisenumsätze und Euro-Währungen entfallen sind.“ (Deutscher Bundestag 2002: 63)

Die in den 1950er und 1960er Jahren nur zeitweise funktionierende Rückkoppelung zwischen traditionellem und modern-industriellem Sektor, die in den 1970er Jahren nur kurzzeitig durch den massiven Ausbau des staatlichen Sektors stabilisiert werden konnte, wird heute zunehmend durch eine prozyklische negative Rückkoppelung mit dem internationalen Finanzsektor ergänzt. Der schnelle Aufstieg der New Economy Ende der 1990er Jahre und die ebenso heftige Krise zeigt diese Tendenz mustergültig. Die Hoffnungen auf eine wundersame Geldvermehrung

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

durch Aktien, die selbst vor den Sozialsystemen keinen Halt gemacht haben, haben sich als nicht nur übertrieben, sondern weitgehend nichtig erwiesen. Soziale Gerechtigkeit kann man nicht an der Börse handeln, sie ist ein Eckpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft. Kapital globalisiert sich, soziale Risiken und Aufgaben bleiben bei den nationalen Solidargemeinschaften. Finanzkapital, das fluide und gegen langfristige Steuerungswirkungen organisiert ist, steht gegen die lokale und nationale Absicherung der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer-Interessen.

Die Finanzkrise der 1990er Jahre hatte dabei wesentliche weltweite Folgen und Einschnitte weit über den Finanzsektor hinaus:

- Die sozialen Folgen sind vor allem für die Schwellenländer massiv gewesen, betroffen sind aber weltweit vor allem die ärmeren Schichten. Ganze Regionen und Bevölkerungsschichten sind betroffen.
- Die finanzielle Kapazität der staatlichen Institutionen ist weltweit durch den „Steuerswettbewerb“ gesunken. Staatliche Eingriffsmöglichkeit, Krisen abzumildern oder durch antizyklische Politik entgegenzuwirken, sind eingeengt, aber auch bewusst unter neoliberalem Mainstream nicht genutzt worden. Ehemals öffentliche Güter (z. B. Bildung und Gesundheit) werden mit verheerenden Folgen privatisiert oder geraten in Gefahr, privatisiert zu werden.
- Die Finanzkrisen haben eine geschlechtsspezifische Dimension. Die Verbesserung der Lage der Frauen ist zurückgeworfen worden. Länder in instabiler Finanzlage bauen die „Hausmädchen-Ökonomie“ und den Frauenhandel weltweit weiter aus. Diese Frauen arbeiten unter katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Für ein internationales solidarisches Generationenprojekt müssen wir deshalb

- für eine internationale politische Regulation kämpfen, die soziale, demokratische und friedliche Formen der internationalen Beziehungen durchsetzt;
- für eine internationale politische Steuerung der internationalen Finanzmärkte sorgen, damit die verheerende Konzentration von Kapital und die Krisenkonstellation nachhaltig angegangen werden können;
- dafür sorgen, dass die Ausbeutung von Frauen weltweit bekämpft wird.
- für eine binnenwirtschaftliche Umstrukturierung eintreten, die regionale Stoffkreisläufe, soziale und ökologische Dienstleistungen fördert und die Global Player weltweit zur Verantwortung zieht;
- für einen Schulterschluss mit den Entwicklungsländern eintreten. Neue internationale Solidarität muss regionale und kontinentale, partizipative Entwicklungspfade jenseits eines Diktats seitens des Internationalen Währungsfonds ermöglichen;
- der Spaltung der jungen Generation national wie international den Kampf ansagen. Dem ausgerufenen Standortwettbewerb um das beste Sozial-Dumping können wir nur durch internationale Solidarität überwinden. Nicht weniger Sozialleistungen für die hochindustrialisierten Länder, sondern mehr soziale Absicherung und Teilhabe für alle Menschen ist der Anspruch der solidarischen jungen Generation.

2. Konkurrenzverhältnisse mit internationalen Drohgebärden des Kapitals

Die politische Großwetterlage, die die Bundesregierung wesentlich mitzuverantworten hat, hat den Firmenchefs in die Hände gespielt: Ganz offen drohen die Pierers dieser Welt mit der Verlagerung von Produktionsstätten und Arbeitsplätzen in so genannte Billiglohnländer. Die Asymmetrie der Klasseninteressen – international flexibel organisiertes Kapital versus vor allem nationalstaatlich korporierte Arbeiterinteressen – führt tendenziell zur Entsolidarisierung der Arbeiterklasse. Dieser Entsolidarisierung wollen wir durch neue Formen der Solidarität begegnen. Internationale Arbeitsteilung ist nicht zu verhindern, dennoch werden wir keine Standortdiskussionen führen, sondern setzen uns für die Verbesserung und langfristig die Überwindung der Produktionsverhältnisse für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Der Export unserer sozialstaatlichen Errungenschaften ist notwendige Voraussetzung, um den Sozialstaat zukunftsfest zu machen und ihn auszuweiten.

Für ein solidarisches internationales Generationenprojekt müssen wir deshalb

- die internationalen Interessen der Arbeiterbewegung betonen und die soziale Absicherung weltweit steigern;
- die internationale Arbeitsteilung vor Ort gestalten: Regionale Stoffkreisläufe, regionale Wirtschaft, soziale und ökologische Dienstleistungen und Hochtechnologie sind die gesellschaftlichen Wirtschaftsbereiche, die wir bei uns fördern und gesellschaftlich ausgestalten müssen. Soziale Innovation ist auch

wirtschaftspolitisch der richtige Weg; die weltweite Problematik der Arbeitslosigkeit wollen wir durch nachhaltige Förderung gesellschaftlicher Arbeitsbereiche, finanzielle Umverteilung, Umverteilung der Arbeitszeit und bessere soziale Absicherung weltweit begegnen;

- die Diskussion um einen flexiblen Sozialstaat weiter denken. Arbeitszeitverkürzung, soziale Absicherung gehören auch international auf die Agenda.

3. Internationale Gleichstellungspolitik

Die unterschiedlichen Entwicklungszustände der verschiedenen Regionen der Welt in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht lassen zwar keine einheitliche Herangehensweise zu, wenn es gilt, die Geschlechterverhältnisse zu analysieren, die Wirkungen der Globalisierung sind aber weltweit zu spüren:

- Weiterhin führt die Durchkapitalisierung der Weltwirtschaft nicht dazu, dass die unbezahlte Reproduktionsarbeit zurückgedrängt würde. Sie ist weiterhin eine wesentliche Voraussetzung kapitalistischer Wirtschaft.
- Die weltweite Armut trifft weiterhin im besonderen Maße Frauen, auch im fehlenden oder mangelnden Zugang zur Gesundheitsversorgung und Bildung.
- Nicht nur in südlichen Ländern, sondern weltweit sind Frauen an den politischen Entscheidungsprozessen unzureichend beteiligt.

Für ein solidarisches internationales Generationenprojekt müssen wir deshalb

- die Armutsbekämpfung in der Welt vor allem unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten durchführen;
- weltweit die Partizipation von Frauen an politischen Entscheidungen erhöhen;
- unbezahlte Reproduktionsarbeit zurückdrängen.

4. Wider die entsolidarisierende Generationenendebatte

Die Generationenendebatte um den demografischen Wandel wird auch international geführt. Im Bereich der Integrations- und Migrationspolitik, der Sozial- und Familienpolitik wird dabei einerseits das Gespenst des demografischen Wandels bemüht, um den neoliberalen Umbau des Sozialstaats voranzubringen, andererseits werden die ohnehin mangelhaften und restriktiven Regelungen weiter verschärft. Jusos wollen den demografischen Wandel politisch und sozial auch im Hinblick auf internationale Politik gestalten.

Für ein solidarisches internationales Generationenprojekt müssen wir deshalb

- eine humane Integrations- und Migrationspolitik, die sich an sozialen und nicht an wirtschaftlichen Kriterien orientiert, gegen den Widerstand der Opposition, aber zur Not auch gegen den Widerstand in den eigenen Reihen durchsetzen;
- eine moderne, kinderfreundliche Familienpolitik international verankern;
- die Generationenendebatte auch unter dem Aspekt weltweiter natürlicher Ressourcen neu aufrollen;
- den Aufbau eines europäischen Sozialstaats und die Umgestaltung der europäischen Arbeits- und Wirtschaftspolitik jenseits neoliberaler Geldwertstabilitätspolitik durchsetzen.

Wir Jusos stehen weiterhin zu unseren Grundsätzen Neuer Internationaler Solidarität, wie wir sie im Jahr 2000 beschlossen haben. Ein solidarisches Generationenprojekt kann nur erfolgreich sein, wenn wir die Internationale Solidarität konsequent mitdenken und stärken.

F 13 - Global Governance

Millions of men and women all over the globe are waking now. They don't accept the privatization of the world. They took the decision to organise themselves, to fight for another world. The huge procession of these rebels is in motion, proceeding, undertaking a journey into the unknown. The liberation of manhood is their horizon. The legitimacy of the movement is indisputable, speaking in the name of millions of victims.

Jean Ziegler,

Les nouveaux Maitres de monde et ceux qui leur resistent

Der insgesamt defensive und somit enttäuschende ILO-Bericht „A fair Globalization“ hat festgestellt, dass die Diskussion um Globalisierung in einer Sackgasse angelangt ist. Tatsächlich sind die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen der neoklassischen Wirtschaftsdoktrin nach reduziertem staatlichen Einfluss, einer Senkung der Staatsquote und nach weitgehend deregulierten Arbeits-, Kapital- und Finanzmärkten an ihre realwirtschaftlichen Grenzen geraten.

Die entwickelten Länder des Nordens befinden sich in einer lang anhaltenden Stagnationsphase. Die Triadenregionen USA, Japan und EU versuchen, bisher allerdings erfolglos, jeweils auf Kosten der anderen Blöcke diese Blockade zu überwinden. Der Stahlstreit zwischen der EU und den USA war für die zunehmende Konflikthaftigkeit ein guter Indikator. Gleichzeitig nehmen im globalen Maßstab Armut und Raubbau an natürlichen Ressourcen zu, die massiv die Lebensgrundlagen der jetzigen und aller künftigen Generationen gefährden.

Um aus der beschriebenen Sackgasse herauszukommen, brauchen wir effektive und effiziente internationale Institutionen, die der Globalisierung eine andere Richtung geben.

1. Die aktuelle Situation

Seit der WTO-Konferenz in Doha 2001 hat sich die Diskussion um Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung des Welthandels zugespitzt. Auf der letzten Konferenz der Welthandelsorganisation 2003 in Cancún ist dann deutlich geworden, dass die „Globalisierung“ keinesfalls nur Sache der reichen Industrieländer des Nordens bleibt. Die Entwicklungsagenda der WTO, 2001 in Doha beschlossen, erweist sich unter den gegebenen weltwirtschaftlichen und politischen Umständen immer mehr als Sprengsatz der internationalen Politik.

a) Das Aufbegehren des Südens

Das Scheitern der Cancún-Konferenz liegt vor allem im neuen Selbstbewusstsein der Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich überwiegend in der Gruppe der G22-Länder wieder finden. Die dort vertretenen Staaten weisen, teilweise eminent, unterschiedliche Entwicklungsniveaus aus und es besteht nicht in allen Bereichen inhaltlicher Konsens unter ihnen. Allerdings sind sich die G22-Staaten in zwei Punkten einig:

- die Industrieländer sollen ihre Exportsubventionen abbauen und ihre Märkte öffnen
- Vorschläge für Abkommen zum Schutz ausländischer Investoren (sog. Investitionsschutzabkommen) werden abgelehnt, da von den bisher bekannten Vorschlägen eine Neuauflage des MAI angestrebt wird.

Angesichts der miserablen weltwirtschaftlichen Lage und der nicht erfüllten Versprechens einer „Entwicklungsrunde“ zogen die G22-Staaten auf der Cancún-Konferenz die Reißleine. Insbesondere die völlig überzogenen Forderungen der Industrieländer nach einem generellen Abbau von Zöllen (in Entwicklungsländer die größte Quelle für Steuereinnahmen) sowie die Unnachgiebigkeit der Industrieländer beim Investitionsschutzabkommen machten eine Einigung unmöglich. Nicht zuletzt zeigten sich die Einigungsmöglichkeiten noch weiter angesichts der überladenen und komplexen Agenda der Konferenz sowie an den Geheimverhandlungen in Hinterzimmern (green rooming).

b) Kein Grund zum Feiern

Das Scheitern der Cancún-Konferenz ist allerdings kein Grund zum Jubeln. Mit der Fortschreibung des jetzigen Zustandes sind die Aussichten auf eine Stärkung des Wachstums der Weltwirtschaft, auf eine Korrektur der asymmetrischen Handelsbeziehungen, auf eine Stabilisierung der Finanzmärkte sowie auf eine Reduzierung der weltweiten Armut nicht besser geworden. Die neoliberale Entwicklungslogik, verankert im WTO-Gründungskonsens, hat bisher nichts zum Fortschritt beigetragen. Sie muss abgelöst werden durch das Leitbild der sozialen und ökologischen Regulierung des Welthandels.

c) Die globalisierungskritische Bewegung

Intransparente und undemokratische Verhandlungen und Entscheidungen sind jedoch kein reines WTO-Problem. Diese Probleme ziehen sich inzwischen durch alle Bereiche der Internationalisierung und Globalisierung. Als Beispiel sei hier das World Economic Forum genannt. Hier kommen jedes Jahr RegierungsvertreterInnen, SpitzenmanagerInnen globaler Konzerne und führende ÖkonomenInnen zusammen, um hinter verschlossenen Türen über die Liberalisierung und Deregulierung der Weltwirtschaft zu beraten.

Nach ersten Protesten gegen diese „closed-shop-Veranstaltung“ vor Ort hat sich das Weltsozialforum gebildet. Dieses Weltsozialforum bringt viele tausend Menschen aus allen Teilen der Erde zusammen, um einen anderen Ansatz in der Globalisierung darzustellen. Nachdem die Weltsozialforen bisher im brasilianischen Porto Alegre stattgefunden haben, fand das Sozialforum dieses Jahr zum ersten Mal im indischen Mumbai statt. Mittlerweile ist das WSF zu einer echten Gegenbewegung geworden und bringt zum Ausdruck, dass Millionen von Menschen für eine gerechtere Weltwirtschaft und verbesserte Lebensbedingungen eintreten. Globalisierungskritische Kräfte aus allen Teilen der Erde diskutieren über Strategien wie man Globalisierung als Prozess politisch gestalten kann. Aber genau wie das World Economic Forum kann das Sozialforum nicht der Ort für die Entscheidungen von Globalisierung sein. Dieser muss von uns entwickelt werden.

2. Unsere Vorschläge für eine andere Globalisierung

Alternativ zur neoliberalen Liberalisierungsdoktrin unter Beteiligung aller Menschen müssen Lösungsstrategien für Entwicklung und politische Gestaltung von Globalisierung entwickelt werden. Wir Jusos haben dafür einige eigene Ansätze, die im Folgenden vorgestellt werden sollen.

a) WTO/Welthandel

Die aktuelle Welthandelsrunde wurde Entwicklungsrunde getauft, um auf die Forderungen der globalisierungskritischen Bewegung, sowie der Länder des Südens einzugehen. Dennoch knüpft auch diese Handelsrunde nahtlos an die vorangegangenen Liberalisierungsrunden an und ist von einer wirklichen Entwicklungsrunde weit entfernt. Ursächlich hierfür ist der Glaube an das Rezept, dass man mit einer neoliberalen Handels- und Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Kluft zwischen Nord und Süd sorgen kann. In Ländern mit weitreichender Liberalisierung und Privatisierung haben ökonomische Krisen erkennbar zugenommen.

Um eine wirkliche Entwicklungsrunde zu schaffen, ist ein erheblicher Teil der bisher gestellten Forderungen zurückzunehmen und um neue Ansätze zu ergänzen.

So ist die Welthandelsorganisation geprägt von intransparenten „green-room-Verhandlungen“, die weder transparent noch fair für jene Mitgliedsstaaten sind, die es sich nicht leisten können, einen hochqualifizierten Beraterstab zu finanzieren. Deshalb müssen verhandlungsschwache Staaten effektive Unterstützung für ihre Verhandlungsführung erhalten. Dies gilt insbesondere bei Schiedsgerichtsverfahren. Nicht zuletzt muss die Tätigkeit der WTO transparenter werden, so dass eine breite öffentliche Diskussion bereits im Vorlauf zu Konferenzen möglich ist. Dazu gehört auch eine stärkere Einbindung des Europäischen und der nationalen Parlamente in diese Diskussion.

GATS

Darüber hinaus wird das multilaterale Dienstleistungsabkommen der WTO GATS (General Agreement on Trade in Services) verhandelt. Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich, die sich in zahlreichen Forderungen wieder finden, stellen einen äußerst sensiblen Bereich nicht nur für Entwicklungsländer dar. So nutzen Liberalisierungen der Wasserversorgung nur wenigen global aufgestellten Konzerne aus Europa, Japan oder den USA. Die Qualität, die flächendeckende Versorgung und die Preise stehen somit auf dem Spiel. Daher erteilen wir weiteren Verhandlungen beim GATS eine klare Absage.

Singapur-Themen

Die nächsten heißen Eisen auf der Tagesordnung der WTO werden die so genannten „Singapur-Themen“ sein. Hier handelt es sich zum einen um ein Investorenschutzabkommen, zum anderen stehen Verabredungen über globale Wettbewerbsregeln auf dem Programm. Die treibenden Akteure sind in beiden Fällen die Industrieländer und „global players“, die sich von den Singapur-Themen eine Stärkung ihrer Position erhoffen.

Ziel muss unserer Ansicht nach aber ein WTO-Abkommen sein, dessen Unterzeichner sich verpflichten, ein Wettbewerbsrecht einzuführen, das auch unfaire Geschäftspraktiken mit Auslandswirkung wirksam unterbindet. Export- und Importkartelle sollten ebenso wie diskriminierende Vertriebssysteme grundsätzlich untersagt und Verdrängungs- und Missbrauchsstrategien einheimischer Unternehmen auf Auslandsmärkten geahndet werden. Monopolisierungstendenzen von international tätigen Unternehmen sollten einer aktiven Fusionskontrolle unterliegen. In welcher Art und Weise ein solcher Wettbewerbsrecht sanktionsfähig gemacht werden kann, bleibt vorerst offen. Es bietet sich aber eine Art internationale Wettbewerbsbehörde an, die mit Kontroll- und Sanktionskompetenzen ausgestattet ist.

Bisher vorgelegte Vorschläge zum Investorenschutzabkommen haben bisher dagegen zum Ziel, dass Investitionsverluste sozialisiert, Investitionsgewinne privatisiert werden. Es droht eine Neuauflage des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI), das 1998 kurz vor seinem Abschluss gestoppt werden konnte. Hier wird es für uns notwendig sein, die Diskussion kritisch zu begleiten und öffentlich zu machen.

Soziale Dimension

Auch war von einer sozialen Dimension des Welthandels in Cancún nichts zu spüren. Dies macht gerade aber auch die Schwäche der WTO aus. Wir fordern daher, dass im WTO-Regelwerk eine soziale Regulierung des Welthandels verankert wird. Die Durchsetzung von Kernarbeitsnormen sollte allerdings nicht alleinige Aufgabe der WTO werden. Stattdessen sollte für arbeitsbezogene Rechte die ILO der Verhandlungsort sein und dafür auch das Alleinmandat erhalten. Bei Verletzung elementarer ILO-Konventionen muss es möglich sein, dass die WTO Regelungen findet, wie diese Verletzung von Kernarbeitsnormen handelspolitisch sanktioniert werden können.

b) ArbeitnehmerInnenrechte durchsetzen

Neben der demokratischen Intransparenz ist bei den WTO-Verhandlungsrunden zu bemängeln, dass Sozial- und Umweltstandards bisher kaum eine Rolle spielen. So werden u.a. die Kernarbeitsrechte der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nicht garantiert, d.h. Vereinigungsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Verbot von Kinderarbeit, Zwangsarbeit, und Diskriminierung und die Beseitigung geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung.

Obwohl fast alle UN-Staaten sich in der ILO verpflichtet haben, diese Kernarbeitsrechte für ArbeitnehmerInnen einzuhalten, gibt es jedoch zahlreiche Verstöße, welche in der Regel mit dem Hinweis auf die Wettbewerbsfähigkeit begründet werden. Immerhin haben sich auch aufgrund des Drucks von KonsumentInnen gerade viele transnationale Unternehmen sogenannte Verhaltenskodizes gegeben, in denen sie sich selbst verpflichten, bestimmte Mindeststandards in Sozial- und Umweltfragen einzuhalten. Von den über 200 verschiedenen Verhaltenskodizes verweist jedoch nur ein Bruchteil auf die ILO-Konventionen und nur ein Drittel räumt z.B. das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit ein. Ein Fortschritt stellt der gemeinsam von Unternehmen, Gewerkschaften und NRO's entwickelte Verhaltensstandard SA 8000 dar, welcher ausdrücklich auf die zentralen ILO-Konventionen Bezug nimmt und dessen Einhaltung von unabhängiger Seite überprüft wird. Allerdings kann ein solcher Verhaltenskodex nur ein Schritt hin zu einer verbindlichen Sozialklausel im Rahmen der WTO darstellen. Eine solche WTO-Sozialklausel muss die Kernarbeitsrechte der ILO garantieren und Verstöße wären dann auch mit Sanktionen verbunden.“

c) Agrarhandel

Schon oft standen Subventionen für die Landwirtschaft in reichen Ländern des Nordens im Rahmen der WTO zur Diskussion, dennoch scheint sich nichts zu bewegen. Wir Jucos fordern nach wie vor den Abbau der Agrarsubventionen, um den Entwicklungsländern eine Teilhabe am Weltmarkt zu gewährleisten. Wir verlangen von der EU die Öffnung der Märkte für Agrarprodukte. Gleichzeitig muss innerhalb der EU ein Strukturprogramm zum Umbau des ländlichen Raums aufgelegt werden, um soziale Härten zu vermeiden.

Bleibt dies allerdings die einzige Maßnahme, so werden nicht die Entwicklungsländer und ihre Menschen profitieren, sondern große transnationale Konzerne wie Chiquita oder Monsanto, und die Kluft zwischen arm und reich in den Entwicklungsländern wird weiter zunehmen. Der durch den Abbau der Subventionen erzielte Gewinn wird kaum oder nur zu einem geringen Teil an die Kleinbauern weitergegeben werden.

Die Entwicklungsländer brauchen dringend technische und finanzielle Hilfe, um den Sprung aus der Subsistenzwirtschaft zu schaffen. Der Markt wird dieses Problem nicht lösen. Deshalb müssen die Einsparungen im Bereich der Agrarsubventionen nicht nur innerhalb der EU gelegt werden, sondern auch als Entwicklungshilfe in den Süden gehen.

d) Menschenrecht Wasser

Wasser wird ist der wichtigste Rohstoff der Zukunft. Laut den Aussagen der Weltbank wird es aufgrund der begrenzten Vorräte zum „Erdöl des 21. Jahrhunderts“ werden und könnte ähnliche Konflikte auslösen. Dabei stellt die Gewährleistung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser in den Entwicklungsländern die Herausforderung der nächsten Jahre dar.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu funktionierenden Abwasser-Einrichtungen wurde im Rahmen der Verhandlungen von Johannesburg als soziales Menschenrecht und als unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung postuliert. Damit gehört die Versorgung mit sauberem und die Entsorgung von verschmutztem Wasser eindeutig in den Bereich der Daseinsvorsorge, der unter den Aspekten des Umweltschutzes und der sozialen Teilhabe – auch in Form von bezahlbaren Preisen – geschützt werden muss. Deren Absicherung ist aber in einem liberalisierten Markt, dessen alleinige Nutznießer einige wenige transnationale Unternehmen wären nicht gegeben. Rosinenpickerei statt flächendeckender Versorgung darf es nicht geben.

e) Entwicklung und Finanzen

Hinter dem Stichwort Basel II verbergen sich Planungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), die in Basel sitzt und neue Kreditrichtlinien für Banken plant. Das Ziel der Planungs- und Rückzahlungssicherheit soll verstärkt dadurch erreicht werden, indem die Banken neue Bewertungskriterien bei der Kreditvergabe anwenden sollen - Handlungsspielräume könnten dadurch eingeengt werden, allerdings auch Risikofaktoren minimiert werden.

Zunächst einmal bedeutet die Einführung der verschärften Ratings einen nicht unerheblichen Umstrukturierungsaufwand, bei dem größere Banken aufgrund verbesserter Abgleichsmöglichkeiten im Vorteil sein werden.

Für die KreditaufnehmerInnen bedeutet die Kopplung von Risiko und Zins allerdings, dass sich die Kapitalbeschaffung verteuern wird. Der Zugang zu Kleinkrediten wird für ExistenzgründerInnen ebenso erschwert wie Unternehmen Probleme bekommen könnten, kurzfristige Liquiditätsengpässe zu überbrücken.

Um die Umstrukturierungsprozesse bei der Umsetzung von Basel II abzufedern, müssen von der öffentlichen Hand transparente Angebote gemacht werden, die als Elemente regionaler Strukturpolitik Existenzgründung und Beschäftigung in innovativen Wirtschaftszweigen absichern.

Auf der diesjährigen Frühjahrstagung von IWF und Weltbank hat der neue Präsident des Währungsfonds festgestellt, dass die Armut in allen Teilen der Welt - mit Ausnahme von China - ansteigt. Trotz dieser Erkenntnis haben es die Bretton-Woods-Institutionen versäumt, ihre Rolle bei der wachsenden Verarmung in vielen Ländern zu reflektieren. Auf dieser Tagung wurde eine Chance vertan, sich wirklich für eine wirkliche Armutsbekämpfung einzusetzen. Wir beklagen auch das nicht-transparente Verfahren bei der Auswahl um die Nachfolge Horst Köhlers beim IWF.

Auf der anstehenden Jahrestagung von IWF und Weltbank muss eine Neuverteilung der Stimmengewichtung zwischen Ländern des Südens und des Nordens erreicht werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich für eine gerechtere Stimmenverteilung innerhalb der Bretton-Woods-Institutionen einzusetzen.

Darüber hinaus braucht es insgesamt eine stärkere Rolle der UN in Themen der sozialen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Globalisierung, die auch die Bretton-Woods-Institutionen auf die Politik der Millenniumsziele verpflichtet.

f) Entschuldung

Die rasante Verschuldung vieler Länder des Südens stellt eine enorme Blockade für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in diesen Ländern dar. Die HIPC-Initiative ist insofern unzureichend, als dass insgesamt nur eine geringe Anzahl von Ländern in diesem Programm integriert ist. Von diesen wenigen Ländern sind bis dato nur sehr wenige entschuldet worden. Wir treten daher für die Etablierung eines internationalen Insolvenzrechtes für Staaten ein.

g) Perspektive für Afrika

Das New Program for African Development kurz NePAD ist ein viel gelobter neuer Ansatz in der Entwicklungspolitik. Die auf Nigeria und Südafrika zurückgehende Initiative versucht, allein gelassen von der übrigen Welt eigene Mittel und Wege aus der Krise zu finden. So wird mit dieser Initiative vor allem die Schuld auf dem eigenen Kontinent für die Lage gesucht. Ursachen sind somit in erster Linie feindselige internationale politische und ökonomische Ordnung und sozio-ökonomische Strukturdefizite. Dass aber genau diese durch neoliberale Strukturanpassungen verstärkt wurden, findet keine Erwähnung. Im Gegenteil der Lösungsweg sind weitere Strukturanpassungen in dieselbe Richtung mit ungewissem Ausgang. Somit ist das new doch nicht so neu. NePAD birgt aber auch Chancen. Es ist ein Gesamtkonzept für einen Kontinent. Regionale Integration und eine gemeinsam ausgerichtete Entwicklungspolitik kann eine echte Alternative zum vorherrschenden Gießkannenprinzip sein.

3. Perspektiven der Bewegung

Im Rahmen unserer Doppelstrategie sind wir seit Jahren in außerparlamentarischen Bündnissen sowie in der globalisierungskritischen Bewegung aktiv. Die Bündnisse leben vom gemeinsamen Wunsch nach einer gerechten Welt sowie von der Unterschiedlichkeit der teilnehmenden gesellschaftlichen Spektren mit gewerkschaftlichem, kirchlichem und konkretem problembezogenen Hintergrund.

Wir Jusos verstehen uns als Teil der globalisierungskritischen Bewegung. Gleichwohl verkennen wir nicht die Defizite dieser Bewegung, wie etwa Ein-Punkt-Orientierungen, Unverbindlichkeit und mangelnde Durchsetzungskraft und -wille. Durch unser Engagement auf den Sozialforen und in zahlreichen Bündnissen vor Ort machen wir deutlich, dass wir ein gefragter und kompetenter Bündnispartner sind.

Hieran wollen in den kommenden Monaten anknüpfen und mit symbolhaften Aktionen und Veranstaltungsformen für unsere Belange eintreten. Es wird auch darauf ankommen, bei globalisierungskritischen Aktionen der Jusos stärker Formen zu finden, die verstärkt unmenschliche Arbeitsbedingungen sowie umweltgefährdende Produktionsverfahren in den Ländern des Südens thematisieren. Wir wollen stärker mit Partnern im Süden, etwa andere IUSY Mitgliedsverbände und den Jugend-Gewerkschaften, zu diesem Thema zusammenarbeiten.

F 15 - La lotta globale

I) Einleitung

Spätestens seit den Protesten in Seattle und Genua diskutiert man das Phänomen Antiglobalisierungsbewegung allerorten. Bei diesem Phänomen handelt es sich um eine der größten Bewegungen der letzten Jahre und um eine Bewegung von internationaler Qualität. Für die Jusos ist es von zentraler Bedeutung zu analysieren, auf welche Entwicklungen im Kapitalismus die Bewegung eine Reaktion darstellt, wie sie entstanden ist, aus welchen Akteuren sie sich zusammensetzt, welche Rolle den Medien bei der Entstehung der Bewegung zu kommt und nicht zuletzt geht es für uns darum, die Bewegung zu beurteilen und unser Verhältnis zu dieser zu definieren. Wir werden im Folgenden den Begriff der Antiglobalisierungsbewegung verwenden und auf die Gründe hierfür und die Kritik an diesem Begriff später eingehen.

II) Die "Entstehungsgeschichte" und der Begriff der Antiglobalisierungsbewegung

1) Entstehungsgeschichte

Die Antiglobalisierungsbewegung trat nicht plötzlich und wie aus dem Nichts auf den Plan. Tatsächlich lassen sich deren Anfänge weit zurückverfolgen. Zu erinnern ist, um lediglich zwei Beispiele aus Deutschland zu erwähnen, an die "Aktionswoche" gegen die Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfond im September 1988 in Berlin, die in einer Demonstration mit 80.000 Menschen gipfelte, ferner an die Demonstration von rund 30.000 Menschen anlässlich des G7-Gipfels im Mai 1985 in Bonn. Und auch diese Mobilisierungen waren nur möglich, weil bereits in den Jahren davor ein Netzwerk von Gruppen entstanden war, die sich kritisch mit dem Welthandel, Armut in der 'Dritten Welt' und ähnlichen Problemen befasst hatten. Die 1988 in Berlin vorgetragenen Argumente entsprechen weitgehend denen der GlobalisierungskritikerInnen von heute. Auch fand sich bereits damals ein ähnlich buntes Spektrum von Gruppen zusammen, angefangen von kirchlichen Initiativen über Gewerkschaften und die Gruppierungen der neuen sozialen Bewegungen bis hin zur radikalen Linken.

Dennoch kann man von einer neuen Antiglobalisierungsbewegung sprechen, da sich bestimmte Rahmen- und Konstitutionsbedingungen – bspw. hinsichtlich der Zusammensetzung der Protestakteure, der Vernetzung der Kommunikation und auch des Politikstils – seit Mitte der 80er Jahre geändert haben.

Zu den Protesten der 80er und frühen 90er Jahre kamen überwiegend AktivistInnen aus der Region oder dem Land des Veranstaltungsortes. Internationalität signalisierten bestenfalls einige GastrednerInnen und Grußbotschaften aus dem Ausland. Heute dagegen sind die Proteste tatsächlich transnational. Zwar stellten bspw. in Seattle US-GewerkschafterInnen das Gros der Protestierenden, doch waren daneben ausländische Gruppen in nennenswertem Umfang vertreten, darunter auch AktivistInnen aus den südlichen Ländern des Globus, etwa VertreterInnen von Peoples Global Action (PGA). Die nachfolgenden Proteste in Prag, Göteborg und Genua versammelten Gruppen aus vielen Ländern Europas. Allerdings fehlten hier wiederum fast ganz die AktivistInnen der südlichen Halbkugel.

Eine zentrale Konstitutionsbedingung für die neue internationale Protestbewegung ist die Möglichkeit schneller und relativ billiger Kommunikation. So hat sich innerhalb kürzester Zeit weltweit ein dichtes Netz alternativer Kommunikation (Indymedia u.a.) gebildet, in dem nicht nur Informationen ausgetauscht werden, sondern auch Klärungs- und Organisationsprozesse stattfinden.

Der Politikstil hat sich verändert. Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre schlugen viele politische Gruppen einen Weg ein, der sie am Ende als Nichtregierungsorganisation (NGO) ankommen ließ. Die dominante Form der Auseinandersetzung stellte linke und linksliberale, zivilgesellschaftliche Politik dar, die stark auf Kooperation mit staatlichen Akteuren und die Anwendung alternativer Expertise setzte. Die Antiglobalisierungsbewegung zeichnet sich hingegen eher durch einen konfliktiven Politikstil aus, in Anerkennung dessen, dass die neoliberale Globalisierung trotz erheblicher Konflikte von oben durchgesetzt wurde. Nachdem es neoliberalen Kräften gelungen war, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen in eine horizontale Form der Konfliktwahrnehmung (Standortwettbewerb) zu transformieren, macht die Antiglobalisierungsbewegung damit eine vertikale Konfliktstruktur (zwischen arm und reich) deutlich.

Die heterogenen und vielfältigen Teile, aus denen sich die Antiglobalisierungsbewegung bildet, sind durchaus in lokalen und nationalstaatlichen Zusammenhängen verankert. Internationale Demonstrationen und alternative Veranstaltungsformen (Gegengipfel u.a.) wie beim Treffen von WTO und IWF Ende 1999 in Seattle oder der Regierungschefs der G8 Mitte 2001 in Genua, sind wichtige Kristallisationspunkte der Bewegung. Den "Gründungstag" dieser neuen internationalen Protestbewegung zu eruieren, würde von gänzlich falschen Prämissen hinsichtlich des Charakters sozialer Bewegungen ausgehen. Nichtsdestoweniger können wir vier zeitgeschichtliche Ereignisse ausmachen, die auf unterschiedlichen Ebenen (auf mikrosozialer Ebene für die Motivation der Individuen als AktivistInnen, auf der mesosozialen Ebene für die Entstehung, Mobilisierung und Programmatik von Organisationskernen wie bspw. attac oder die Disobbedienti, auf der makrosozialen Ebene für die Außenwahrnehmung und die gesamtgesellschaftlichen Diskurse) von zentraler Bedeutung für die Antiglobalisierungsbewegung – quasi deren Entstehungsbedingungen – sind. Dabei gilt es immer miteinzubeziehen, dass sich die internationalen Proteste zu einem guten Teil aus lokalen, regionalen und nationalstaatlichen Auseinandersetzungen herausgebildet haben.

a) Das "Ya Basta" der EZLN

Am 1. Januar 1994 trat Mexiko der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) bei. An jenem Tag besetzte die Zapatistische Armee zur Nationalen Befreiung (EZLN) u.a. mehrere Rathäuser und Polizeistationen im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Die EZLN sieht sich in einer 500jährigen Tradition des antikolonialen Kampfes. Sie will aber nicht um, sondern gegen die Macht kämpfen. Ihren Kampf um Arbeit, Land, Wohnraum, Nahrung, Gesundheitsversorgung und Bildung interpretiert sie als ein "fragendes Voranschreiten", und sieht sich als Teil einer weltweiten Bewegung, um die uralten Forderungen nach "Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit" mit neuem Leben zu füllen – jenseits von den üblichen befreiungsnationalistischen und staatssozialistischen Irrwegen. Ihr "Ya Basta!" (es reicht) bekam globale Resonanz und war gewissermaßen die Antwort auf das von dem US-

amerikanischen Philosophen Francis Fukuyama konstatierte "Ende der Geschichte". Dieser interpretierte den Zusammenbruch des Ostblocks als den endgültigen Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus.

b) Intergalaktisches Treffen

Im Sommer 1996 riefen die Zapatistas zu einem "intergalaktischen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft" auf. Ende Juli/Anfang August trafen sich fast 5000 Menschen aus 42 Ländern im lakandonischen Urwald. Eine Woche lang diskutierten die AktivistInnen verschiedene politische, ökonomische und soziale Themen, die alle im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Neoliberalismus gesehen wurden. Ein nicht zu unterschätzender Resonanzboden wurde dadurch geschaffen, um verschiedene Melodien – wie bspw. PGA – zum Klingen zu bringen. Es ging darum, "...ein kollektives Netzwerk all unserer Teilkämpfe und Widerständigkeiten zu schaffen. Ein interkontinentales Netzwerk des Widerstandes gegen den Neoliberalismus, ein interkontinentales Netzwerk für die Menschlichkeit. Dieses interkontinentale Netzwerk, das Unterschiedlichkeiten respektiert und Ähnlichkeiten anerkennt [...] ist keine Organisationsstruktur; es hat keinen zentralen Kopf oder Entscheidungsträger, kein Zentralkomitee oder Hierarchien" (EZLN, 2. Erklärung der Selva Lacandona).

c) Die Auseinandersetzungen um das MAI

1997/98 kam es zu Auseinandersetzungen um das Multinationale Abkommen über Investitionen (MAI). Die französische Staatsregierung brach aus dem vorformulierten Konsens um die "Verfassung der vereinigten Weltwirtschaft" (so der damalige WTO-Generalsekretär) aus und brachte das Abkommen, in Verbindung mit dem weltweiten Druck von Basisbewegungen, die eine breite und analytisch angelegte Kampagne (mit Hilfe kritischer NGOs) führen, zu Fall. Diese Widersprüche zwischen den herrschenden Eliten der westlichen Industrienationen spielen für die Politisierung von AktivistInnen eine große Rolle.

d) Seattle

Und schließlich Seattle, Ende 1999. Die Medien, aber auch viele AktivistInnen, sehen in den dortigen Ereignissen die Geburtsstunde einer Bewegung. Die beachtliche Größenordnung und Entschiedenheit dieser Mobilisierung gegen die Tagung der WTO kamen für viele BeobachterInnen überraschend. In Unkenntnis der Vorgeschichte, in Unkenntnis auch der Gründe für das Scheitern einer offiziellen Vereinbarung der KonferenzteilnehmerInnen, entstand so der Mythos, eine neue und von Anfang an erfolgreiche Bewegung sei aus der Taufe gehoben worden.

2) Begriff Antiglobalisierungsbewegung

Die kommerziellen Massenmedien haben den Begriff der 'Antiglobalisierungsbewegung' ins Spiel gebracht. Um eine Benennung des Phänomens vornehmen zu können, muss man unseres Erachtens zunächst eine Skizzierung dessen vornehmen.

Es ist zu berücksichtigen, dass es sich um ein Sammelsurium von teils lose verknüpften, teils völlig unverbundenen Gruppen, Netzwerken und Initiativen handelt, die sich vorzugsweise anlässlich von Gipfeltreffen der etablierten Politik zusammenfinden. Insofern haben sie in diesem Kristallisationspunkt einen reaktiven Charakter. Allerdings gibt es auf lokaler bis nationalstaatlicher Ebene auch Gruppen (u.a. BUKO, Disobbedienti), die in der politischen Alltagsarbeit stärker proaktiv vorgehen. Überhaupt beschränkt sich das Phänomen "Globalisierungskritik" nicht auf die internationalen Demonstrationen, sondern hat Rückwirkungen auf die Alltagspraxen, auf kritische Kräfte in Institutionen (Gewerkschaften, Parteien, Universitäten u.a.) und umfasst auch theoretische und publizistische Aktivitäten, die sich nicht unbedingt als Teil sozialer Bewegungen verstehen.

Die Organisationen und Individuen sind nicht nur aus unterschiedlichen Spektren, sondern auch verschieden aktiv: entwicklungs-, umwelt-, friedens- und bürgerrechtspolitisch; gewerkschaftlich, bäuerlich, feministisch und anarchistisch. Die Bandbreite reicht von Mitgliedern linker und linksradikaler Parteien über kirchliche Gruppen und intellektuellen-Netzwerke bis hin zu nationalistischen und separatistischen Gruppen.

Die Benennung der verschiedenen Protestgruppen als 'Antiglobalisierungsbewegung' oder auch als 'globalisierungskritische Bewegung' ist weitgehend ein Konstrukt, eine vereinheitlichende Fremdzuschreibung der Medien und auch Selbstzuschreibung bestimmter Akteure zur Schaffung kollektiver Identität.

Angesichts vorangegangener Analyse scheint es plausibel, das Sammelsurium aus (bestenfalls) lose verknüpften Gruppen, Netzwerken und Einzelbewegungen als eine Negativkoalition zu bezeichnen. So vereinfachend Slogans wie "gegen Neoliberalismus" oder "gegen die internationalen Finanzmärkte" sein mögen – sie konstituieren, was diese Negativkoalition als eine fragile Klammer benötigt: einen Gegner. Auf einer sehr allgemeinen Ebene setzt also die Antiglobalisierungsbewegung an den Widersprüchen der neoliberalen Globalisierung an und politisiert diese. Im Zentrum stehen die Deregulierung und der damit verbundene Abbau sozialer Rechte sowie die Auflösung sozialer Verhältnisse durch (u.a.) Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Umbau der Sozialhilfe oder die Inwertsetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur. Insbesondere die regulatorischen und systemischen Schwächen des globalen Finanzsystems werden stark thematisiert.

Auch wenn das Phänomen von einer großen Heterogenität geprägt ist, die gemeinsame Klammer in der Ablehnung liegt und ein überwiegend reaktiver Charakter zu beobachten ist, halten wir die Verwendung des Begriffs "Bewegung" dennoch für richtig, auch wenn es sozialwissenschaftlich gesehen nicht die treffendste Bezeichnung ist. Ausschlaggebend hierfür ist die Beständigkeit der verschiedenen Akteure, alle paar Monate wieder in die Öffentlichkeit zu treten, und der beständige Inhalt, der dabei vermittelt wird und bei dem es sich um die Ablehnung der neoliberalen Globalisierung handelt. Der Begriff 'Antiglobalisierungsbewegung' ist in dem Sinne verkürzt, dass die Akteure sich nicht gegen die Globalisierung an sich, sondern deren neoliberale Ausgestaltung wenden. Der Begriff 'Antiglobalisierungsbewegung' ist jedoch unserer Ansicht nach am tiefsten im Alltagsverstand der Menschen (durch Massenmedien aber auch Selbstzuschreibung) verankert. Aufgrund dieser pragmatischen Überlegung arbeiten wir mit dem Begriff „Antiglobalisierungsbewegung“.

III) Medien

Seit die Massenmedien in Seattle die Antiglobalisierungsbewegung für sich entdeckt haben, fand so etwas wie eine 'Wahrnehmungsrevolution' statt. Dabei wird durch die plötzlich stark gestiegene mediale Präsenz der Bewegung deren Bedeutung und Einfluss unseres Erachtens überschätzt. Die entscheidende Veränderung seit Seattle vollzog sich daher nicht in den Protestgruppen selbst, sondern vielmehr in ihrer öffentlichen Wahrnehmung. Mit der gesteigerten Aufmerksamkeit verbindet sich, wie schon bei den NGOs im Umkreis der großen UN-Konferenzen der 90er Jahre, eine Überschätzung der Handlungsfähigkeit und des Einflusses. Vorerst beschränkt sich deren Leistung vor allem auf die öffentliche Thematisierung von Fragen, die bislang ExpertInnen und politischen Kleingruppen vorbehalten waren. Allerdings geht von dem gesteigerten Medieninteresse und den hochfliegenden Erwartungen ein beflügelnder Effekt aus. Sie revitalisieren alte Bewegungskerne und führen den Protestgruppen frische Kräfte, insbesondere jüngere, zum Teil bislang kaum politisierte Menschen zu. Damit erlangt die anfängliche Überschätzung zunehmend Realitätsgehalt. Die Bewegung gewinnt an Gewicht, weil sie für wichtig gehalten wird. Angesichts dieser elementaren Bedeutung der Medien für die Antiglobalisierungsbewegung ist es unseres Erachtens notwendig, eine tiefere Analyse verschiedener Aspekte der Medien zu leisten.

1) Begriffsdefinitionen

Unter dem Begriff 'Medien' werden hier die Komponenten des Informationsaustausches und der öffentlichen Kommunikation zur Übertragung und Verbreitung von Informationen verstanden. Dabei sprechen wir von der 'Mediennutzung' eines bestimmten 'Mediums' oder einer 'Medienform' (bspw. Fernsehen, Radio, Zeitung, Internet) und deren Kommunikationskanälen (Druck, Photographie, Film, etc.) durch RezipientInnen. Medien, die eine breite Masse an RezipientInnen erreichen können, werden als 'Massenmedien' bezeichnet, dieser Begriff erstreckt sich über alle Medienformen. Da diese Massenmedien vor allem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten agieren, werden sie meist auch als 'kommerzielle Massenmedien' bezeichnet.

2) Geschichtliche Entwicklung, Konzentrationsprozesse

Das heute in der Bundesrepublik vorherrschende Mediensystem geht in seinen Ursprüngen auf die Besatzungszeit durch die Alliierten zurück. Aus den Erfahrungen des Dritten Reiches, das ein zentralistisches und staatsgelenktes Mediensystem aufwies, installierten die Besatzungsmächte nach dem Krieg ein dezentral und möglichst staats- und regierungsfern organisiertes Rundfunk- und Fernsehsystem – den öffentlich rechtlichen Rundfunk. Die Kompetenzen für den Hörfunk sowie das Fernsehen waren und sind heute noch auf Landesebene angesiedelt und bilden so ein föderales System mit eigenen regionalen und später auch – im Zusammenschluss der Länderanstalten in der ARD – überregionalen Programmen.

Da Fernsehen und Radio ein besonders großer Einfluss auf die Meinungsbildung und Informationsversorgung der Bevölkerung zugesprochen wurde, wurde der Rundfunkauftrag im Grundgesetz und durch spätere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes festgeschrieben. Demnach hat der öffentlich rechtliche Rundfunk den Auftrag, die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen in seinem Programm zu berücksichtigen und zu vertreten.

Der Zeitungsmarkt ist seit den 70er Jahren von Konzentrationsprozessen verbunden mit einem stetigen Rückgang an Angeboten charakterisiert. So steht dem/der LeserIn heute vor allem in ländlichen Regionen meist nur eine Tageszeitung mit lokaler Berichterstattung zur Auswahl. Der Nachrichten- und Zeitungsmarkt konzentriert sich seitdem zunehmend in den Händen weniger bundesweit agierender Verlage und Zeitungshäuser (Springer, WAZ...). Diese Konzentration an kapitalistischer Meinungsmacht wurde auch in der Öffentlichkeit, vor allem aber in der Studentenbewegung kritisch betrachtet und führte bis hin zur offenen Kampfansage an Springer ("Enteignet Springer") durch die Studentenbewegung.

Der Beginn der 80er Jahre brachte mit dem Wechsel der Regierung 1983 die Einführung des Privaten Rundfunks und damit den Einstieg in ein duales Rundfunksystem. Anders als die öffentlich rechtlichen Sender finanzieren sich die Privaten ausschließlich über Werbung in ihrem Programm. Der Bereich des Privatfernsehens war von Beginn an auf wenige inzwischen global agierende Mediengruppen konzentriert. Diese Medienkonzentration hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt, so dass viele Programme inzwischen in Form so genannter 'Programmfamilien' sich im Besitz des gleichen Eigentümers befinden. Zudem überspannen die Konzentrationsprozesse der Mediengruppen inzwischen alle Medienformen.

3) Medientheoretische Aspekte

Medien bestimmen einen immer größer werdenden Teil der Wirklichkeitswahrnehmung des Menschen. Dabei bilden sie Realität nicht bloß ab, sondern erzeugen vielfach diese erst. Dies hat mit einer automatischen oder auch bewussten Interpretation des Dargestellten zu tun, die wiederum begründet sein kann durch Einflussmöglichkeiten von außen (z.B. durch Finanziere). In Extremfällen kann man auch von einer Manipulation der Öffentlichkeit durch Medien sprechen. Ein Grund ist die Konkurrenz unter den Medien, die schnell in einen Wettbewerb um Sensationen abdriftet und letztlich eine Verzerrung oder Manipulation der Wirklichkeit erzeugt.

Die (Aus)wirkungen der Medien auf das Individuum werden in der Medienpsychologie beschrieben. Medienpsychologie hat mit der subjektiven Repräsentation der Wahrnehmung zu tun, d.h. individuelle Empfindungen, Eindrücke, Erlebnisse und Interpretationen der jeweiligen Wahrnehmungsinhalte, die kein exaktes Abbild des 'objektiven' Wahrnehmungs-Inputs darstellen müssen. Infotainment stellt dabei eine Variante dar, wie Informationen mit Unterhaltungselementen vermischt werden, um so für den/die RezipientenIn leichter konsumierbar zu sein. In diesen Bereich fällt unter anderem die Darstellung von Gewalt in Medien, die ebenfalls über Emotionen des/der MediennutzerIn gehen. In Kenntnis medienpsychologischer Wirkungsweisen werden bestimmte Bilder heutzutage bewusst eingesetzt. Dies geschieht alltäglich in der Werbung, wird aber auch zunehmend zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im politisch-militärischen Kontext (Kosovo-Krieg, Irak-Krieg, ...) verwendet.

Idealtypisch gedacht, vermitteln die Medien Themen, Bedürfnisse und Meinungen der BürgerInnen den politisch-parlamentarisch Handelnden, und diese machen ihrerseits ihre Planungen und Entscheidungen der Öffentlichkeit

über die Medien zugänglich. So sind beide aufeinander angewiesen – die Medien auf die Politik, weil sie diese als Informations- und Sensationsquelle benötigen und die Politik auf die Medien, weil diese für sie unverzichtbar für den Transport ihrer Absichten, Ideen und Beschlüsse sind. Diese Art der Symbiose verstärkt die Tendenz bei den Medien, die Wirklichkeit zu verfälschen oder das Meinungsbild zu färben.

4) Herausragende Bedeutung des Fernsehens

Tages- oder Wochenzeitungen, Zeitschriften, Radio, Internet übernehmen wichtige Funktionen im Leben der meisten Menschen: Informationen werden transportiert, Unterhaltung angeboten. Nach wie vor stellt aber das Fernsehen das wichtigste, einflussreichste und weitreichendste Medium in unserer Gesellschaft dar. Mittlerweile verfügen nahezu alle Bundeshaushalte über ein Fernsehgerät, in der Zeit zwischen 20 und 23 Uhr sitzen durchschnittlich 57,4% der Bevölkerung allabendlich vor dem Fernseher.

Idealtypisch soll die Programmgestaltung Informations-, Meinungsbildungs-, Kontroll- und Kritikfunktionen erfüllen. Allerdings sind auch öffentlich rechtliche Medien im Kapitalismus dem Einfluss verschiedener Interessengruppen unterworfen. Deshalb ist Berichterstattung niemals objektiv möglich, sondern immer interessengeleitet.

Private Sender verstehen sich in erster Linie als gewinnorientierte Unternehmen, die sich durch Werbeeinnahmen finanzieren und sind deshalb prinzipiell interessensabhängig. Aus diesem Grund entwickeln diese Sender spezifische Profile, um bestimmte Bevölkerungsgruppen anzusprechen und WerbepartnerInnen zu gewinnen. Dabei wird versucht, den/die ZuschauerIn an bestimmte Sendungen zu binden. Eine ähnliche Intention vertreten die Spartensender, die sich ausschließlich auf eine Zielgruppe konzentrieren. Durch diese immer weiter greifende Differenzierung im Programmangebot sehen sich politische Akteure einem Anpassungsdruck ausgesetzt, um auf möglichst allen Kanälen, also bei allen Zielgruppen zu erscheinen.

5) Politische Gruppen in den Medien

Politische Gruppen sind immer von Kommunikation abhängig. Wollen sie ihre Inhalte in breite Bevölkerungsschichten hinein tragen, müssen sie diese vermitteln. Der Weg für diese Vermittlung läuft in der modernen Mediengesellschaft über die Medien. Da die Nutzzeit der KonsumentInnen endlich ist (bspw. liegt zur Zeit die Fernsehnutzung in der BRD bei 262 Minuten am Tag), müssen die verschiedenen Akteure versuchen, mittels Überspringung der Medienbarriere bei möglichst vielen Medien in die Berichterstattung zu gelangen. Die Medienbarriere ist der Punkt, ab dem für die Öffentlichkeit ein Ereignis berichtenswert erscheint. Diese Barriere wird um so eher übersprungen, je mehr Nachrichtenfaktoren ein Ereignis enthält. Zu diesen Faktoren gehören u. a. Neuigkeit, räumliche Nähe zu den RezipientInnen der entsprechenden Medien, Konflikthaftigkeit, Prominenz der beteiligten Personen, Außergewöhnlichkeit des Ereignisses.

Sicherlich sind aber nicht nur diese Faktoren für die Berichterstattung relevant, vor allem wenn diese über marktwirtschaftlich organisierte Medienunternehmen vorgenommen wird. Auch die Abhängigkeit von Anzeigen und Werbespots trägt ihren Teil zu der Nachrichtenauswahl bei. Des Weiteren sind die Medien auch von Zulieferern von Informationen abhängig. Nur wer gute Kontakte hat, wird auch entsprechende Informationen vor der Konkurrenz bekommen. Dies bedeutet aber auch, dass diese Kontakte besonders zu Politik und staatlichen Organen nicht gefährdet werden dürfen, was sich als kontraproduktiv für kritische Berichterstattung erweisen kann. Auch bei öffentlich rechtlichen Sendern kommt es über die Rundfunkräte immer wieder zu einer politischen Einflussnahme.

Die Frage für politische Akteure ist aber, inwiefern die genannten Medienfaktoren gezielt eingesetzt werden können, um eigene politische Programmatik in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Dabei muss grundsätzlich zwischen etablierter Politik und alternativen Gruppen unterschieden werden. Für die etablierte Politik (Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände...) ist es dabei wesentlich leichter, Themen zu setzen. Gerade in Kriegszeiten wird dies immer wieder ausgenutzt. Scharpings erfundene Geschichte mit den serbischen Soldaten, die angeblich mit Köpfen Fußball gespielt hätten, illustriert dies. Alternative Gruppen müssen auf andere Mittel zurückgreifen, um die Medienbarriere zu überspringen. Alternative Medienarbeit muss deshalb viel mehr auf Außergewöhnlichkeit setzen, um Aufmerksamkeit zu erlangen. Ein Weg ist hier die Kommunikationsguerillastrategie. Hier wird mit spektakulären oder absurden Aktionen auf eine Problematik aufmerksam gemacht. Auch Gruppen wie Greenpeace überspringen immer wieder mit Aufmerksamkeit erregenden Mitteln die Medienbarriere. Formen des zivilen Ungehorsams, wenn beispielsweise durch eine Schienenblockade bei einem Castortransport für mediengerechte Bilder gesorgt wird oder die Veranstaltung von Massendemos, sind auch Mittel um eigene Botschaften zu transportieren. Allerdings sorgen diese Formen nie zwangsläufig für eine Berichterstattung über bestimmte Themenkomplexe.

Physische Gewaltausübung scheint der einzige Weg zu sein, über den die Medien zwangsläufig zur Aufmerksamkeit gezwungen werden können. Globalisierungskritik erschien erst auf deren Agenda, als Gipfeltreffen durch gewalttätige Ausschreitungen überschattet wurden. Genua ist hierbei ein Beispiel. Ob damit der Bewegung mehr genutzt als geschadet wurde, ist bis heute auch in der Bewegung selbst umstritten. Allerdings erscheint es erst durch die Ausschreitungen wieder möglich geworden zu sein, über globalisierungskritische Themen auch in den Massenmedien zu diskutieren.

In den globalisierungskritischen Medien werden Männer und Frauen auf unterschiedlichste Weise dargestellt. Manche Websites sind in geschlechtsneutraler Sprache gehalten (wie z.B. Anti-WTO-Kampagne). In einigen Fällen werden Frauen nur erwähnt oder auf Bildern zur Schau gestellt. Andere politische Agenden wie „mobilization for global justice“ nehmen Frauen als spezifisches Thema auf. Tendenziell werden Frauen als Opfer der Globalisierung anerkannt.

6) Alternative Medien

Alternative Medien stehen durch ihre Konzeption als nicht kommerzielle, unabhängige Medien den konventionellen, kommerziellen Medien gegenüber.

Sie folgen damit der Idee der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit jenseits vermachteter, interessengelenkter Strukturen der öffentlichen Meinung. Der SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) beschrieb in seiner Resolution zur "Enteignet Springer"-Kampagne in den 70er Jahren das Ziel der Wiederherstellung einer diskutierenden Öffentlichkeit durch Befreiung von Meinungsmonopolen und Entflechtung der Medienkonzerne. Die Abschaffung der Konsumpropaganda, die Unabhängigkeit der Medien von öffentlichem Gewalt. Letztlich sollte jeder gesellschaftlichen Gruppe der Zugang zu den Medien und die Möglichkeit zur Selbstartikulation ermöglicht werden. Mit der Verbreitung richtiger Informationen sollten letztlich gesellschaftsverändernde Reaktionen in Gang gesetzt werden. Die in den konventionellen Medien ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppierungen sollte der Zugang zur öffentlichen Meinung ermöglicht werden. Eine bürgerliche Öffentlichkeit, in welcher der Austausch von Argumenten jenseits von Machtstrukturen erfolgt, würde letztlich die vermachteten öffentlichen Räume auflösen und eine demokratische Öffentlichkeit herbeiführen.

Auch aus der Erfahrung gewaltsamer Auseinandersetzungen und der Ohnmacht angesichts staatlicher und medialer Macht im Verlauf der Kampagne gegen Springer wurde die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit als Netzwerk kritischer Medienprojekte propagiert. So traten in den 70er Jahren vor allem Printpublikationen, Anfang der 80er Jahre auch unabhängige Radioprojekte als Formen einer Gegenöffentlichkeit auf. Ziel aller Projekte war dabei stets, die Überwindung der Grenze zwischen MacherInnen und Publikum zu erreichen.

Mitte der 80er Jahre ging die Anzahl der Alternativmedien schnell und drastisch zurück. Dies lag zumeist an finanziellen Schwierigkeiten durch produktionsbedingte Kosten. Zeitgleich entstanden im Zuge der technischen Entwicklung die ersten Mailboxnetze, die in Form anwählbarer Computer als Schwarze Bretter zum Informationsaustausch der Gruppierungen dienten. Zugleich wurden jedoch auch schnell die Probleme dieser Technologie in einer stetigen Zunahme an Informationen erkannt. Dieses "Netzrauschen" kann alleine keine neuen Strukturen erschaffen und dient daher vielmehr der Stärkung bestehender Strukturen.

Mit der Erschließung des Internets für eine breitere Öffentlichkeit Mitte der 90er Jahre wurden die Ideen und Ansätze der Gegenöffentlichkeit auf das Internet übertragen. Viele der Printpublikationen wurden einfach auf die neue Plattform transformiert und somit die wesentlich günstigeren Produktionsbedingungen ausgenutzt. Ferner konnte so das Problem der Distribution gelöst werden. Eine Zeitung kann an jedem Ort ausgedruckt und lokal verteilt werden. Während sich einige Gruppierungen auf diese Art der Nutzung des Internets beschränkten, entstanden weitere Organisationsformen, die das Medium Internet als Instrument zur Vernetzung der verschiedenen Ansätze von Gegenöffentlichkeit begriffen. So gründeten sich im Zuge der Ereignisse in Seattle 1999 erste unabhängige Nachrichtennetzwerke (IMC – Independent Media Center), deren untereinander vernetzte Ableger heute das weltweite Indymedia-Netzwerk bilden, um so "die globale Gegenpräsenz" alternativer Medien zu verstärken und durch Kooperation mit anderen Medienkanälen eine größtmögliche Öffentlichkeit zu schaffen.

7) Der politische Ansatz von Indymedia.

Indymedia versteht sich dabei als "emanzipatorisches unabhängiges Nachrichtennetzwerk" und als Teil der Antiglobalisierungsbewegung, das mit dem Konzept des 'Open Postings' versucht, die Grenze zwischen MedienkonsumentInnen und -produzentInnen aufzuheben. JedeR der TeilnehmerInnen kann MacherIn und zugleich KonsumentIn von Nachrichten oder Informationen sein, wobei der Charakter einer Information frei jeglicher wirtschaftlicher Inwertsetzung betrachtet wird.

Das Konzept von Indymedia ist dabei global angelegt. Das Indymedia-Netzwerk setzt sich aus einer Vielzahl von lokalen, so genannten Independent Media Center (IMC) zusammen, die sich um die Berichterstattung und Koordination vor Ort kümmern. Diese IMC sind über das Internet vernetzt und tauschen so global Informationen aus, teilweise werden diese noch in die verschiedenen Landessprachen übersetzt. Das Konzept des 'Open Postings' ist die Realisation einer echten Zwei-Wege-Kommunikation. JedeR kann Nachrichten veröffentlichen (posten) und abrufen. Es lehnt sich damit an die bereits in den 70er Jahren entwickelten Konzepte an, Vorzensuren und -auswahl entfallen. Beim deutschen IMC (u.a.) gibt es die Besonderheit, dass ein ModeratorInnenkollektiv für die Zensur rassistischer, faschistischer, antisemitischer Postings sorgt. Diese Form der Zensur ist allerdings für alle TeilnehmerInnen transparent gestaltet, so können der/dem NutzerIn jederzeit auf Wunsch die zensierten Beiträge zugänglich gemacht werden. Eine Form der Kontrolle ist somit möglich. Gerade Netzwerke, wie das von Indymedia haben der Antiglobalisierungsbewegung zu einer größeren Öffentlichkeit auch innerhalb der konventionellen Medien verholfen.

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen am Rande von Großdemonstrationen haben zudem zu einer Kriminalisierung von alternativen Medien wie Indymedia durch den Staat geführt, woran auch ablesbar ist, welche Bedeutung solchen politischen Ansätzen von staatlicher Seite zugesprochen wird.

IV) Akteure der Bewegung

Die Bewegung ist - wie bereits erläutert - von einer großen Heterogenität geprägt und stellt ein Sammelsurium von teils lose verknüpften, teils völlig unverbundenen Gruppen dar.

Dennoch gibt es Protestakteure, die immer wieder auf den großen Gipfel-Events in Erscheinung getreten sind und aufgrund bestimmter Positionen, Organisationsstrukturen und Protestformen die Diskussionen innerhalb der Bewegung mitbestimmen oder gar anstoßen und die große Ausstrahlungskraft auf die Öffentlichkeit im Allgemeinen und auf die Linke im Besonderen haben.

Folglich lässt sich sagen, dass diese Akteure die Antiglobalisierungsbewegung wesentlich ausmachen. Auf diese einen genaueren Blick zu werfen und auch darzulegen, dass das vereinheitlichende Bild der medialen Öffentlichkeit, das attac als einzig zentrales Element der Bewegung zeichnet, nicht dem tatsächlichen Zustand der Bewegung entspricht, ist unseres Erachtens notwendig, um zu einer besseren Einschätzung der Bewegung kommen zu können.

1) Peoples Global Action (PGA)

PGA ist ein weltweites Netzwerk, welches sich im Februar 1998 gründete. Es stellt einen losen Zusammenschluss bereits bestehender Basisbewegungen aller fünf Kontinente dar. Diese Basisbewegungen sind autonom und global dezentralisiert. PGA ist in erster Linie ein Mittel zur Kommunikation und zum Austausch von Erfahrungen, es dient der Koordination von Aktionen. Es hat deshalb vor allem an den globalen Aktionstagen (zu einem bestimmten Thema an einem bestimmten Tag zeitgleich Proteste in dutzenden Städten auf allen Kontinenten) ein großes Mobilisierungspotential.

Die ursprüngliche Idee eines Netzwerkes geht auf die Zapatistas zurück. PGA will Widerstand gegen den Neoliberalismus leisten und für die Menschlichkeit eintreten. Für diesen Kampf hat es sich fünf Prinzipien gegeben: 1) die eindeutige Ablehnung von Institutionen wie die WTO und Freihandelsabkommen, z.B. die EU und die NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen); 2) die Ablehnung von Patriarchat, Rassismus und religiösem Fundamentalismus aller Art; 3) eine klare Konfrontationshaltung (kein Lobbyismus); 4) der Aufruf zum gewaltfreien zivilen Ungehorsam und zur Bildung lokaler Initiativen (z.B. alternative Wirtschaftsformen) sowie 5) eine dezentrale und autonome Organisationsstruktur. Gewaltfreiheit heißt für PGA, dass Sachen aber keine Menschen bei Protesten und Aktionen zu Schaden kommen dürfen.

Hauptunterscheidungsmerkmal zu NGO ist die kompromisslos konfrontative Haltung verbunden mit der Ablehnung des Lobbyismus. PGA ist klar, dass ein Netzwerk bei einer solchen Vielzahl an unterschiedlichen Basisbewegungen auch innere Widersprüche aushalten muss. Es sieht trotz unterschiedlicher Erfahrungsschätze und Problematiken aber gemeinsame Ziele: die Rückeroberung von Möglichkeiten, das eigene Leben selber gestalten zu können und sich Freiräume zu eröffnen für eigene Erfahrungen und Handlungen.

2) tute bianche/Disobbedienti

Anfang der 90er Jahre bildete sich in Italien im Zusammenhang mit der Bewegung der centri sociali eine neue, undogmatische, radikale Linke heraus. Centri sociali sind besetzte Häuser, die vorher in staatlichem Besitz waren. Hierdurch wurden (Frei)Räume geschaffen, in denen sich in den 90er Jahren ein subkultureller Underground entwickeln konnte.

Nach der Charta von Mailand 1998, die von zahlreichen centri sociali unterschrieben wurde, bezogen sich die dort vertretenen Gruppen fortan auf den Begriff tute bianche (Weiße Overalls). Angesichts des in der Auflösung begriffenen fordistischen Normalarbeitsverhältnisses sei eine Pluralisierung der Lebensstile zu beobachten, in denen Ausgebeuteten einzig die Enteignung der Arbeitskraft gemein ist. Weiß als die Summe aller Farben soll alle und damit auch die Pluralität der Lebensstile symbolisieren. Der Blaumann, in der fordistischen Ära Inbegriff des Arbeiters, wird aufgenommen und verändert, um den Status der Ausbeutung, der sowohl der fordistischen Ära als auch der derzeitigen immanent ist, zu verdeutlichen. Weiß steht aber ebenso für die Farbe der Unsichtbaren, der Ausgestoßenen.

Die tute bianche verstanden sich nie als Gruppe, sondern als Protestform, der jede Person sich anschließen konnte. Diese Transparenz und Offenheit war Resultat der Erfahrungen der 70er Jahre. Die Praxis der tute bianche sah kein offensiv-aggressives Agieren auf Demonstrationen gegen die Polizei vor, sondern den Einsatz jeden Körpers der Teilnehmenden als Waffe in dem Sinne, dass sie in der Masse der Körper Macht, Stärke und politischen Willen manifestierten. Die tute bianche nahmen aber für sich das Recht auf Selbstschutz in Anspruch, z.B. mit aufgeblasenen Wasserflaschen, Helmen und Schaumstoff. Angestrebt wurde ein symbolischer, politischer Sieg auf der Straße mittels eines defensiven Vorschiebens der Masse an den angestrebten Ort gegen die Ordnungsmacht der Polizei. Die tute bianche waren sich des spektakulären Momentes dieser Protestform durchaus bewusst und pflegten einen undogmatischen Umgang mit den Massenmedien. Diese zeigten ja schließlich einer breiten Öffentlichkeit deren Anliegen und Philosophie. Themen der tute bianche waren z.B. die Rechte für MigrantInnen und die Forderung nach Existenzgeld. Den tute bianche gelang es u.a. in Italien die Inbetriebnahme eines Abschiebegefängnisses zu verhindern und auch bei den internationalen Gipfel-Events, insbesondere in Prag und Genua, für Aufsehen zu sorgen.

Im Kontext von Genua entschieden sich die tute bianche, ihre weißen Overalls auszuziehen. Damit sollte verdeutlicht werden, dass sie keine 'Avantgarde der Bewegung' sein wollten. Darüber hinaus hätten die Overalls ihre Funktion bereits erfüllt und man wäre nun an einer neuen Etappe des 'fragenden Voranschreitens' (viele centri sociali beziehen sich stark auf die Philosophie der Zapatistas in Chiapas). Fortan nennen sie sich 'Disobbedienti' (Ungehorsamen).

In Genua begegneten die Carabinieri den verschiedenen Demonstrationen und gerade auch dem Konzept des zivilen Ungehorsams mit einem Kriegsszenario – es wurde mit enormer Gewalt gegen die Demonstrierenden vorgegangen, Carlo Giuliani wurde ermordet. Hernach wurde von Seiten der tute bianche viel Selbstkritik geübt. Genua wird von den Disobbedienti als Scheitelpunkt verstanden, wonach die Zeit des zivilen Ungehorsams zu Ende und die Zeit des sozialen Ungehorsams gekommen sei. Die von den Disobbedienti entwickelten Instrumente des Ungehorsams sollen fortan auf dem Gebiet der sozialen Kämpfe angewendet werden. Die Intervention im öffentlichen Raum soll sich verlagern zu einer Intervention auf der Ebene der Produktion bzw. der gesellschaftlichen Akteure. Was aber konkret unter dem Begriff des sozialen Ungehorsams zu verstehen ist und wie die Erfolgsaussichten dieser Idee zu bestimmen sind, ist offen.

3) Pink-Silver Gruppen(P&S)

Pink Silver ist eine provokante Form des Straßenprotestes, der sich ungewohnter Elemente und einer anderen Herangehensweise bedient. Es gibt kein abgeschlossenes Konzept, sondern einen Pool von Erfahrungen und Elementen linker Praxis auf der Straße, aus denen sich je nach Anlass und Ziel einer Aktion neue Variationen ergeben. Die AktivistInnen kleiden sich in auffallenden, grellen Farben. Sie studieren gemeinsam Schritte und Parolen ein, sind lautstark und bunt bei Aktionen. Ihr Auftreten ist spielerisch, aber durchaus konfrontativ. Sie machen Performances, verteilen aber auch (konventionell) Flyer, zeigen Transparente und rufen antirassistische Parolen. Wenn sie auftreten, dann im Block. Ihnen ist Lautstärke, Schnelligkeit und eine flexible Beweglichkeit auf den Straßen wichtig. P&S gelang es einige Male die Reihen von PolizistInnen zu 'durchtanzen' und sie damit

punktuell aufzulösen, anstatt mit Ketten dagegen zu halten. Die AktivistInnen sind häufig mit viel Spaß dabei und wirken deshalb auf viele Menschen attraktiv. Durch ihr Äußeres wirken sie wohl eher sehr schräg und interessant, als bedrohlich. P&S-AktivistInnen sind davon überzeugt, dass das Aufmerksamwerden und Aufnehmen ihrer Inhalte auf ihre Art und Weise eher möglich ist, als bei konventionellen Demonstrationsformen. Sie denken, dass neue Sichtweisen und Diskurse zuerst durch eine Irritation einer bestehenden Ordnung angezettelt werden, z.B. wenn viele Männer anders gestylt sind und sich in Kleidern und Röcken bewegen. Das Beispiel ist ein Angriff auf die geltende heterosexistische Kleider- und Benimmordnung.

P&S ist basisdemokratisch, hat normalerweise kleine Bezugsgruppen und sieht sich als offenes, integratives Modell. P&S möchte nach außen und innen ein wildes und lebendiges Bild abgeben. Ihr einheitliches Auftreten bietet ihnen Schutz und Sicherheit, sie wollen es jedoch variieren/kombinieren. Zum einen, weil sie sich damit besser fühlen, zum anderen wegen der Ausstrahlungskraft nach innen und außen. Geschlechterrollen werden in Frage gestellt, sei es durch die 'weiblich' besetzte Farbe rosa, durch Kleider und Röcke oder durch den Versuch, einen sensiblen, kollektiven Umgang miteinander zu praktizieren. Dass sie dieses auch nach außen vermitteln, ist ein wesentliches Element von P&S, denn patriarchale Dominanzen und Geschlechternormierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen sind ihrer Meinung nach prägend und sollten von radikalen Linken dementsprechend als politisches Angriffsziel verstanden werden.

4) attac

attac ist die Abkürzung für "association pour la taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens" (Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen). attac ist ursprünglich 1998 in Frankreich entstanden. Auslöser war ein vom Chefredakteur Ignacio Ramonet in le monde diplomatique erschienener Artikel mit dem Titel "die Finanzmärkte entwaffnen", der sich u.a. vehement für eine derartige Initiative aussprach. In Deutschland wurde attac im Januar 2000 ins Leben gerufen (im Folgenden beziehen wir uns auf attac-Deutschland).

attac versteht sich nicht als klassische Organisation, sondern vielmehr als Netzwerk. Dieses stellt sich als ein sehr heterogenes Gebilde dar. Neben Einzelpersonen sind auch trotzkistische Gruppen (wie Linksruck), Partei-Untergliederungen (wie der Juso-Bundesverband) und auch ganze Gewerkschaften (wie verdi) Mitglied bei attac. Die Frage der Repräsentation dieser verschiedenen Mitglieder, die Gewichtung und Kompetenz der sich etablierenden Entscheidungsinstanzen (Arbeitsgemeinschaften, Koordinierungskreise, bundesweiter Ratschlag) ist noch nicht abschließend geklärt.

Deshalb existiert kein Programm, wohl aber eine Erklärung, in welcher die allgemeinen Ziele erläutert werden. Die Globalisierung wird attac zufolge von "großen Banken, Investmentfonds, Transnationalen Konzernen und anderen großen Kapitalbesitzern" unter dem Leitbild des Neoliberalismus einseitig dominiert. attac wendet sich gegen die "neoliberale Globalisierung" und setzt sich für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein, in der "der Reichtum der Welt gerecht verteilt und ökologisch genutzt wird".

Seit den großen Gipfel-Events, vor allem nach Göteborg und Genua, stieg die Mitgliederzahl in Deutschland um ein vielfaches. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass das große öffentliche Interesse an den "Globalisierungskritikern" zweifelsohne mit den massiven Gewaltausbrüchen bei den Demonstrationen zusammenhing. attac gelang es sehr gut, die Lücke zwischen bürgerlichem Entsetzen und Verstehen-Wollen zu füllen, indem sie nicht müde wurden, in der medialen Öffentlichkeit ihre Ablehnung der Gewalt aber auch ihren quasi ExpertInnen-Status als 'GlobalisierungskritikerInnen' zu verkünden. Fixiert auf Eindeutigkeit, auf greifbare Personen und Institutionen, auf 'SprecherInnen' und 'Verantwortliche', neigen die Medien dazu, der Vielfalt und Unüberschaubarkeit globalisierungskritischer Gruppen eine sichtbare Gestalt zu verleihen – ein Effekt, von dem insbesondere attac profitiert hat. Weitgehend aufgrund externer Zuschreibungen ist in der BRD attac als eine Art 'Zentrale der GlobalisierungskritikerInnen' dargestellt worden und hat sich, trotz erklärter Vorbehalte, zunehmend auf diese Rolle eingelassen.

5) Frauen in der Globalisierungsbewegung

In den meisten globalisierungskritischen Debatten spielen feministische Positionen und Frauen eine untergeordnete Rolle.

Trotzdem gibt es immer wieder Versuche, die Globalisierung aus Frauenperspektive zu beleuchten, wie z.B. bei den Treffen des WSF (World Social Forum) und dessen europäischen Ableger ESF (Europäisches Sozialforum). Dennoch steht bisher das Ausmaß der Betroffenheit von Frauen durch die Globalisierung nicht im Verhältnis zum Stellenwert in der Diskussion.

Ein feministischer Ansatz von Globalisierungskritik wird unter anderem von *feministattac* in Österreich und dem Frauennetzwerk von attac Köln betrieben. Erstmals wurde 2003 auf einem Kongress die Folgen der Globalisierung für Frauen in den Mittelpunkt gestellt und eine Vernetzung von globalisierungskritischen Fraueninitiativen unterstützt.

Aber auch in der sogenannten 3. Welt lehnen sich Frauen gegen die Auswirkungen neoliberaler Wirtschaftspolitik auf:

- In Kerala, Indien, demonstrierten 100 000 Frauen gegen die Privatisierung ihrer Seen und Flüsse, die u.a. an Coca Cola und den französischen Wassermulti Suez verkauft wurden, bis die Privatisierung aufgehoben wurde.

- In Argentinien setzten sich die Frauen gegen die neoliberale Politik von WB, IWF und WTO und deren Umsetzung durch die argentinische Regierung zur Wehr, die Argentinien in Armut gestürzt hat, in dem sie die „Casserolazzos“, die sog. Topfdeckel-Demonstrationen veranstalteten. Angeführt wurden Demonstrationen, Straßensperren und Diskussion vor allem von den „Plaza de Mayo“. Als Unternehmer ins Ausland flüchteten besetzten die Arbeiterinnen die Fabriken und produzierten unter eigener Leitung weiter.

V) Globalisierungskritik von Rechtsaußen

Seit dem Ende der 90er Jahre wird im rechtsradikalen Lager verstärkt mit national-sozialistischen Parolen agitiert. Die radikale Rechte in Deutschland verknüpft dabei ihre (alten) Positionen mit der sozialen Frage und dem Thema Globalisierung, um diese moderner erscheinen zu lassen. Für die NPD gilt die schlichte Formel: Globalisierung = Internationales Finanzkapital. Dies wird verknüpft mit der personifizierenden Vorstellung einer weltweiten jüdischen Verschwörung, deren Ursprung an der amerikanischen Ostküste liegt. Dem "globalisierten Finanzkapital" setzt die NPD eine völkische und nationalistische "raumorientierte Wirtschaftsordnung" entgegen. Ein "homogenes, einiges Volk" sei dabei der größte Feind der transnationalen Konzerne. Diese seien allmächtig, konspirativ organisiert und überhaupt gesichtslos.

Gegenüber der Antiglobalisierungsbewegung sieht die NPD einige Überschneidungspunkte, an denen sie andocken will. Diese sieht sie in der Ablehnung der Dollar-diktierten Kriegstreiberei, dem Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Betrachtung des Umweltschutzes als Heimat- und Volksschutz und der Ablehnung der kapitalistischen Klassengesellschaft als unvereinbar mit der "solidarischen Volksgemeinschaft". Dort, wo Teile der Antiglobalisierungsbewegung den Nationalstaat oder die Heimat gegenüber dem "globalisierten Finanzkapital" stärken wollen und keine sozial-strukturelle Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen leisten, sieht die NPD Gemeinsamkeiten. Der Mobilisierungsaufwurf von Porto Allegre (beim Weltsozialforum von 2001) z.B. wettet gegen "die Vorherrschaft der Finanzmächte, die Zerstörung unserer Kulturen" und macht für die Auslandsschulden das "finanzkapitalistische Böse" verantwortlich. Die Akteure des Finanzkapitals fungieren "illegitim, ungerecht und betrügerisch lediglich als Instrument der Unterwerfung und berauben die Völker ihrer fundamentalen Rechte einzig und allein deswegen, um den internationalen Wucher noch mehr auszuweiten". Hier sehen die NPD-Kader mit ihrer biologisierten, naturhaften Konzeption von 'Kultur' und 'Volk' und ihrer Kategorie der "Zinsknechtschaft des jüdischen raffenden Kapitals" eine Chance, sich in den Diskurs einzubringen. Noch deutlicher ist die Positionsübereinstimmung zu einem Teil der Bewegung (z.B. Linksruck) bezüglich des Existenzrechtes des Staates Israel. Nach Linksruck ist dessen Anerkennung gleichzusetzen mit der "Aufrechterhaltung der permanenten Kriegssituation und damit verbundener Notstandsgesetze".

Die Ähnlichkeit mancher Argumentationsmuster von der radikalen Rechten und Teilen der Bewegung liegt in der Personalisierung von kapitalistischen Vergesellschaftungsprozessen und der Rolle des Nationalstaates als positiv besetztes Gegenstück zum "entfesselten" Markt begründet. Beide Muster diskutieren Globalisierungsprozesse nicht von einem Gesellschaftsverständnis ausgehend, das Markt und Staat sowie produktives und zirkulatives Kapital als notwendige Bestandteile kapitalistischer Warenproduktion begreift.

Ein direkter Einfluss der NPD und anderer rechtsradikaler Organisationen auf die Antiglobalisierungsbewegung ist jedoch trotz aller Bemühungen nicht vorhanden. Sie selbst erklären sich das mit dem großen Einfluss anderer Strömungen, von denen sie sich massiv abgrenzen. Aufgrund ihrer linksradikalen Kapitalismuskritik jenseits von Nation und Staat machen die Nazis insbesondere "Marxisten" und "Antideutsche" als politische GegnerInnen innerhalb der Bewegung aus. Auch die Versuche von Rechtsradikalen, am Rande von Großereignissen aufzumarschieren, scheiterten an direkten Gegen-Interventionen von Teilen der Bewegung. Die Antiglobalisierungsbewegung grenzt sich – trotz mancher Diskursähnlichkeiten – von rechtsradikalen Gruppierungen vehement ab. Diesen bleibt nichts anderes übrig, als phrasendreschend zu behaupten, dass sie die einzig echte Antiglobalisierungsbewegung seien.

VI) Perspektiven der Bewegung

Wir, die Jusos, wenden uns gegen die neoliberale Globalisierung, die die Kluft zwischen arm und reich innerhalb der westlichen Industriegesellschaften als auch zwischen Nord und Süd verschärft. Dieses Anliegen teilen wir mit der Antiglobalisierungsbewegung.

Wie die Bewegung sich entwickeln wird, ist derzeit nicht absehbar. Wir werden uns weder an den Unkenrufen, die bereits das Ende der Bewegung verkünden, noch an den Idealisierungen über die Zukunft der Bewegung beteiligen. Vielmehr erachten wir es als zentral an, die relevanten Problemfelder, die für die Zukunft der Bewegung von Bedeutung sind, herauszuarbeiten und im Anschluss die anzustrebende Rolle der Jusos innerhalb dieser zu definieren.

1) Verhältnis bürgerlicher und nicht-bürgerlicher Teil

Die demonstrierenden GlobalisierungsgegnerInnen haben sich im linksliberalen Teil der bürgerlichen Medienlandschaft zunehmender Beliebtheit erfreut. Zwar wird dort die Gewalt der Militanten pflichtschuldigst verurteilt, den Anliegen der 'friedlichen' Mehrheit steht man aber durchaus aufgeschlossen gegenüber. Da Dialogbereitschaft und Verständnis für die Probleme der Welt dem Staat nichts kostet, besteht weiterhin die Frage, inwieweit den GlobalisierungsgegnerInnen Dialogangebote von staatlicher Seite unterbreitet werden. Hier besteht die Gefahr, dass die Integrationsangebote der staatlichen Seite so gut sind, dass einzelne Gruppen – hier ist vor allem attac zu nennen – die Bewegung verlassen und zu einer Art institutionalisiertem schlechtem Gewissen werden. Unseres Erachtens darf die Bewegung keinesfalls in die Richtung der NGO abdriften. Diese machen gehaltvolle Expertisen, haben gute Argumente und appellieren an das aufgeklärte Eigeninteresse der Wirtschaft und Politik, legitimieren aber letztlich als 'zivilgesellschaftliche' Akteure die dominanten Entwicklungen. Vielmehr sollte es für die bestehenden NGOs darum gehen, die durch konfrontative Aktionen gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit für eine Stärkung ihrer Positionen in Verhandlungen mit RegierungsvertreterInnen zu nutzen.

2) Ideologie der Ideologielosigkeit

Im Gegensatz zu klassischen Bündnisaktionen findet in der Antiglobalisierungsbewegung keine Diskussion über ein gemeinsames Motto oder eine gemeinsame Forderung statt, an der man die Bewegung messen könnte. Vielmehr werden nebeneinander verschiedene Positionen auf die Straße getragen. Dies hat klare Vorteile. Ellenlange Diskussionen und Spaltungen, die sonst immer Kennzeichen von linken Aktivitäten waren, fallen weg. Der Protest wird größer und vielfältiger. Die Probleme liegen aber auch auf der Hand. Ein Problem ist die inhaltliche

Konturlosigkeit. Dadurch, dass der Zwang zu einem gemeinsamen Anliegen nicht besteht, subsumiert jede Person genau das unter die Bewegung, was sie in ihr gerne sehen würde. Das inhaltliche Problem dieses Sachverhalts liegt darin, dass in der Bewegung auch Gruppierungen und Argumentationsmuster vorhanden sind, die aus einer linken, progressiven Sichtweise unserer Meinung nach bekämpft gehören und die in der Bewegung aufgrund des 'Nebeneinanders' aber friedlich mitlaufen können. In der Folge werden wir die unserer Meinung nach zu bekämpfenden Argumentationslinien analysieren.

a) Kapitalismusverständnis

Für einen Teil der GlobalisierungsgegnerInnen ist das Elend der Welt Ausdruck einer 'Entfesselung' des Kapitalismus und man bekommt den Eindruck, es ginge darum, für ein Zurück in den Kapitalismus der 70er Jahre zu kämpfen. Natürlich ist der Kapitalismus nicht einfach immer derselbe. Von der Nachkriegszeit bis in die 70er Jahre hinein stellte er sich als relativ 'sanfter Kapitalismus' dar. Dabei darf erstens nicht vergessen werden, dass diese Aussage nur einen bestimmten Teil der Welt betrifft. Zweitens ist es wesentliches Kennzeichen des Kapitalismus, dass er sich krisenhaft entwickelt und sich über Krisen immer wieder Dynamiken gewaltsam herstellen. Die Herstellbarkeit eines krisenfreien Kapitalismus ist ein Irrglaube. Einen Irrglauben einer politischen Positionierung zugrunde zu legen, halten wir für fatal. Vielmehr lohnt es sich unserer Auffassung nach in der Bewegung für das Bewusstsein zu kämpfen, dass der Kapitalismus ein System ist, dem die Krisenhaftigkeit immanent ist. Dennoch ist es für eine Linke durchaus sinnvoll, für sozialen Fortschritt im Kapitalismus zu kämpfen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es sich um Reformen im Bestehenden und nicht um die Beseitigung der Krisen handelt.

Der Kampf um Reformen kann aber beileibe nicht nur die Verteidigung alter Kompromisse (sozialer Wohlfahrtsstaat) sein. Diese Kompromisse sind schon längst aufgekündigt oder in Frage gestellt worden. Neoliberale Politiken wurden von gesellschaftlichen Akteuren (Kapitalgruppen, Unternehmensverbände, Medien, Denkfabriken, Wissenschaft, etc.) in langjährigen Auseinandersetzungen ideologisch und institutionell gestärkt und dann zu staatlichen Projekten. Die neoliberale Ideologie hat sich längst auch im "Alltagsverstand" der "Zivilgesellschaft" eingenistet. JedeR Einzelne als ein "Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" richtet sein eigenes Leben an ökonomischen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen aus. Diesem Alltagsverstand Widersprüche und die Krisenhaftigkeit des Systems aufzuzeigen und Zweifel zu säen, muss Aufgabe einer emanzipatorischen Linken sein. Der Verdienst der Antiglobalisierungsbewegung ist es, dass sie eine neue Runde der Interpretation der gegenwärtigen Verhältnisse eingeläutet haben, indem sie diesen neoliberalen Alltagsverstand (TINA-Denken: There Is No Alternative) wieder etwas grundsätzlicher in Frage gestellt hat.

b) Staatsverständnis

In Teilen der Bewegung herrscht ein verklärter, idealisierender Blick auf den Staat vor. Dabei wird der gute, alte Staat, dem die Macht immer mehr entzogen wurde und dem mehr Macht zugesprochen gehört, gegen den Einfluss 'undurchsichtiger' Strukturen wie transnationale Konzerne oder Finanzspekulationen gesetzt.

Der Staat ist kein neutraler Akteur. Staatsbildung und die Existenz von Nationen waren und sind Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus. Eine grundlegende Funktion des Staates ist die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Dies geschieht durch ökonomische Tätigkeiten, Gesetze und das Gewaltmonopol. Auch in der gegenwärtigen Phase ökonomischer Globalisierung sichert der Staat die neoliberalen Interessen institutionell und ideologisch ab ('innere Sicherheit', Standortfaktoren, 'Festung Europa', Agenda 2010, etc.). Gleichzeitig können über den Staat soziale Fortschritte errungen werden. Der Staat ist nicht einfach das Instrument der herrschenden Klasse, sondern stellt ein Terrain von Auseinandersetzungen dar. Somit ist die Bedeutung des Staates als ambivalent zu bewerten.

Nicht zu unterschätzen ist allerdings der nationalistische Ton, welcher der Verteidigung des Nationalstaats bei manchen Teilen der Bewegung zugrunde liegt. Dies kann für eine emanzipatorische Linke kein positiver Bezugspunkt sein.

Wir erachten es für richtig, dagegen anzukämpfen, dass die staatliche Seite aufgrund ihrer angeblichen Machtlosigkeit sich selber von jeder politischen Verantwortung freispricht. Ebenso halten wir es für richtig, dafür zu kämpfen, dass von staatlicher Seite eine Politik des sozialen Fortschritts verfolgt wird. Hierbei ist aber nicht zu vergessen, dass der Kampf um soziale Reformen ein Kampf innerhalb des bestehenden Systems, des Kapitalismus, ist. Will man die Folgen des Kapitalismus durch eine Aufwertung einer Voraussetzung dieses Systems –den Nationalstaat– bekämpfen, mag dies zu einzelnen Erfolgen führen, wird aber nicht zur tatsächlichen Beseitigung dieser Folgen führen können. Um dieses zu erreichen, muss das gesamte System Kern der Kritik sein.

c) Antisemitismus

Aus dem beschriebenen Staatsverständnis heraus wird in Teilen der Bewegung eine weitere Argumentationskette abgeleitet. Dem Staat als neutrale Instanz wird vorgeworfen, das 'Volk' verraten zu haben. Statt sich um 'die kleinen Leute' zu kümmern beziehungsweise Armut im Trikont zu bekämpfen, habe er seine alte Macht an 'das Finanzkapital' oder 'die Börse' abgetreten und die Menschen so dem Terror der Ökonomie ausgeliefert. Das Volk als Opfer einer Verschwörung zwischen fremden SpekulantInnen und dem Staat als deren Agent. Hier ist die Anschlussfähigkeit an antisemitische Projektionsmuster wieder zu erkennen, die zur Trennung von "schaffendem" und "raffendem" Kapital und zur Vernichtung derer geführt haben, die als das "raffende" personifiziert wurden. Eine herbeihalluzinierte Trennung des Kapitalismus in eine 'böse' spekulative und eine 'gute' produktive Sphäre ist nicht nur eine stark verkürzte Analyse, die völlig die Natur der kapitalistischen Produktionsweise verkennt. Sie führt auch dazu, dass der deutsche Arbeitsplatz und das deutsche Kapital jetzt auch von 'linker Seite' vor der ausländischen Konkurrenz verteidigt werden und läuft auch Gefahr, antisemitische Denkmuster vom raffenden und schaffenden Kapital zu reproduzieren oder zumindest Vorschub zu leisten. Ausdruck dieser Diskurse ist dann z.B. die Transpi-Aufschrift "gegen das internationale Finanzkapital", der als vermeintlich linker Spruch von Freien Kameradschaften schon seit vielen Jahren gerne benutzt wird.

d) Antiamerikanismus

Den Satz: Des Weiteren sind antiamerikanische Tendenzen zu beobachten.

Ersetzen durch: Die dominante politische, militärische und wirtschaftliche Rolle der USA in der Welt macht sie zu einem Hauptziel der Angriffe der Globalisierungskritiker. Die berechnete Kritik am Verhalten der US-Regierung in der Welt geleitet jedoch immer wieder in unverhohlenen und undifferenzierten Antiamerikanismus ab. Die USA werden mit Geld, kalten Interessen, Machthungrigkeit, Kulturlosigkeit etc. identifiziert und eindeutig negativ besetzt. Im Umkehrschluss wird das 'Alte Europa' als das Positive definiert, das sich für das Völkerrecht, für die Menschenrechte etc. einsetzt. Das Problematische ist, dass die tatsächlichen Handlungsursachen verschleiert werden. Schließlich handele die USA aufgrund der zugeschriebenen Eigenschaften und nicht aufgrund von Interessen. Die eigene Nation wird bei diesem Weltbild der Kritik enthoben. Für uns sind die unterschiedlichen Positionen von den USA, Großbritannien etc. auf der einen und Frankreich, Deutschland etc. auf der anderen Seite Ausdruck divergierender Interessen von kapitalistischen Staaten. Mit der Zuschreibung von Eigenschaften an Bevölkerungsgruppen macht sonst die radikale Rechte Politik. Es handelt sich hierbei um ein absolut reaktionäres Menschenbild. Gegen solches hat eine emanzipatorische Linke offensiv vorzugehen.

VII) Jusos und die Bewegung

Auch wenn Teile der Bewegung mit linker, progressiver Politik nichts zu tun haben, halten wir es nicht für richtig, sich gegen die Bewegung in ihrer Gesamtheit zu wenden und anderen Gruppen das Feld zu überlassen. Wer diese Auffassung vertritt, verkennt, wie Menschen sich politisieren und aus welcher Motivation heraus sie sich engagieren. Dieses geschieht zumeist aufgrund eines Unmuts über bestimmte Entwicklungen, ohne gleich deren Ursachen zu kennen und Alternativvorschläge parat zu haben. Für uns muss es darum gehen, unsere Erklärungen und Vorschläge den Menschen anzubieten und für unsere Gesellschaftsauffassung zu streiten. Gegen reaktionäre Tendenzen aber muss auch innerhalb der Bewegung vorgegangen werden. In diesem Sinne erachten wir es als sinnvoll an, wenn wir als Jusos die Bewegung mitgestalten.

Die Jusos arbeiten seit Jahrzehnten in außerparlamentarischen Bündnissen mit und sind dort qua ihrer Stellung als Jugendorganisation einer Partei dem reformistischen Spektrum zuzuordnen. Dennoch war und ist für uns klar, dass Bündnisse von der Unterschiedlichkeit der TeilnehmerInnen und ihrer Protestformen leben. So muss es im Bewusstsein der unterschiedlichen politischen Standpunkte und deren Ausdrucksformen darum gehen, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden, um gemeinsam und damit stärker den Protest auf die Straße und in die Köpfe der Menschen zu tragen. Von staatlicher Seite wird im Zuge von Repressionswellen wie z. B. in (und nach) Genua gegen die Bewegung oft der Versuch gemacht, diese in 'gute' und 'böse' DemonstrantInnen zu trennen und damit nach dem alten römischen "divide et impera"-Prinzip die Bewegung zu kontrollieren. Diese Spaltung gilt es abzulehnen, die Solidarität in der Bewegung ist hochzuhalten. Im Falle der Repression gegen Teile der Bewegung müssen wir gemeinsam als Bewegung für die Betroffenen kämpfen.

Die genaue Untersuchung der Rolle der Medien hat gezeigt, wie relevant das Internet als Informationsmedium geworden ist. Nicht zuletzt aufgrund dieses Hintergrunds fordern wir, dass flächendeckend alle Schulen im ganzen Land mit Internetzugängen ausgestattet werden und die Förderung von Internetkursen für Erwachsene ausgebaut werden muss. Dabei sollte neben der reinen Nutzung des Mediums Internet zum Konsum, die aktive Ausgestaltung desselben stehen. Alternative Netzprojekte sollten dabei gefördert und von den Jusos aktiv unterstützt werden. Repressive Maßnahmen wie Netzensur und die Kriminalisierung alternativer Netzprojekte bspw. durch den Verfassungsschutz muss von den Jusos thematisiert und bekämpft werden. Die Diskussion über die Möglichkeiten der weltweiten Vernetzung der Globalisierungskritik, darf dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Internet noch immer ein Medium der wohlhabenden Länder ist und gerade die am stärksten von der Globalisierung betroffenen Gruppen kaum die Möglichkeit der Partizipation besitzen.

Die Jusos können qua ihres Status als Jugendorganisation oftmals eine gewisse Öffentlichkeit herstellen und verfügen über finanzielle Ressourcen. Beides gilt es an geeigneter Stelle für die Bewegung zu nutzen.

Die Jusos sind bis jetzt noch nicht eng mit der Bewegung vernetzt. Diese Vernetzung wollen wir zukünftig stärker voranbringen. Der Austausch mit den "Intellektuellen der Bewegung" (kritische WissenschaftlerInnen, Zeitschriftenzirkel...) und praxisorientierten Gruppen, und zwar gerade diejenigen, die von den Auswirkungen neoliberaler Globalisierung am stärksten betroffen sind, wie z.B. Erwerbslosen- und MigrantInneninitiativen, muss gesucht und organisiert werden. Ansätze für derartige Vernetzungen könnten regionale bzw. überregionale Foren sein, die den Austausch an Wissen und Erfahrungen ermöglichen und in einem solidarischen und sich gegenseitig akzeptierenden (und nicht tolerierenden) Prozess des 'fragenden Voranschreitens' gemeinsame Widerstandspraktiken entwickeln.

Des Weiteren muss es für uns auch darum gehen, die emanzipatorische Kritik der Antiglobalisierungsbewegung in die Partei zu tragen und dort im Bündnis mit den wenigen noch verbliebenen SozialdemokratInnen, die für eine Perspektive jenseits derzeitiger kapitalistischer Vergesellschaftung empfänglich sind, für Alternativen zu kämpfen. Dabei gilt es, die Themen jenseits des gesellschaftlichen Mainstreams auf die Agenda zu setzen und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Neben den theoretischen Diskursen über die Fortentwicklung der Bewegung, sind auch öffentlichkeitswirksame Aktionen oder Kampagnen notwendig.

Wir Jusos sollten im globalisierungskritischen Kontext solche Aktionen/Kampagnen unterstützen und popularisieren, die die Blickwinkel und die Postulate des herrschenden Diskurses zurückweisen und den gesellschaftlichen Referenzrahmen verschieben, also neu definieren, was als legitim, denkbar und verhandelbar gilt. Alternativen müssen überhaupt erst wieder denk-, diskutier- und organisierbar gemacht werden.

Wir Jusos lehnen bei Aktionen und Kampagnen körperliche Gewalt gegen Personen und Sachen ab.

Letztlich geht es auch darum, Widerständigkeit und Irritationen in allen Bereichen des Alltags zu verankern. Denn in den Alltagspraxen finden die Auseinandersetzungen um den Alltagsverstand statt, dort werden kollektive Wahrnehmungen und Interpretationen von gesellschaftlicher Wirklichkeit geprägt. Hier haben sich die gegenwärtigen sozialen Herrschaftsverhältnisse eingeschrieben. Dies zeigt sich konkret bspw. daran, dass das

Problem der sozialen Sicherungssysteme einzig als 'Kostenexplosion' diskutiert wird und nicht wahrgenommen wird, dass sich immer mehr Unternehmen und vermögende Einzelpersonen sich einer Beteiligung an der Finanzierung der Systeme entziehen. Somit gilt dann die Privatisierung von Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit als 'reformerische Politik' und das Festhalten an sozialen Errungenschaften als 'Modernisierungshemmnis'. Deshalb muss zuallererst vor Ort gegen die Ökonomisierung des Lebens und gegen die neoliberale Ideologie gekämpft werden.

Konsequenzen:

1. Die Jusos werden verstärkt den Dialog und die Zusammenarbeit mit den globalisierungskritischen Kräften suchen.
2. Die Jusos wenden sich im Bewusstsein der oftmals inhaltlichen Beliebigkeit insbesondere in die inhaltliche Auseinandersetzungen der Antiglobalisierungsbewegung einbringen. Dabei werden die Jusos jegliche Form reaktionärer Erklärungsversuche wie antiamerikanische und antisemitische Anklänge offensiv bekämpfen. Die Jusos sind sich bewusst, dass in der Bewegung oftmals ein sehr positives Staatsverständnis, das nicht selten in nationalistischen Äußerungen mündet, vorherrscht. Auch dagegen werden sich die Jusos deutliche positionieren. In der Bewegung herrscht oftmals eine vereinfachende Vorstellung über den Charakter des Kapitalismus vor. Bei der Auseinandersetzung darüber müssen die Jusos deutlich machen, dass der Kapitalismus durch Reformen nur verbessert, aber nicht abgeschafft werden kann.
3. Bündnisse leben von der Unterschiedlichkeit der teilnehmenden Gruppen. Inhaltlich muss genau geguckt werden, welche Gruppen derart reaktionäre Positionen vertreten, dass eine Zusammenarbeit mit ihnen ausgeschlossen werden muss. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass es unterschiedliche Protestformen gibt und im Falle von Repression die Antiglobalisierungsbewegung zusammen stehen muss.
4. Gemeinsam mit den globalisierungskritischen Kräften werden wir Druck für emanzipatorische Reformen in der Partei ausüben.
5. Letztlich geht es darum, Widerständigkeiten und Irritationen im Alltag, denn dort werden die kollektiven Interpretationen und Wahrnehmungen von gesellschaftlicher Wirklichkeit geprägt, zu verankern.



Gerechte Steuer- und Finanzpolitik

G 1 - Plädoyer für eine radikale Trendumkehr in der sozialdemokratischen Steuer- und Finanzpolitik

Zur aktuellen steuer- und finanzpolitischen Diskussion.

Die allgemeine ökonomische Lage befindet sich nach dem 1. Quartal 2004 auf dem Weg der Besserung. Nach fünf Quartalen der wirtschaftlichen Stagnation bzw. rezessiver Entwicklung ist damit wieder ein Lichtblick am Konjunkturhorizont zu verzeichnen.

Aufgabe der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik ist es nun den sich abzeichnenden Aufschwung zu unterstützen. Hierbei gilt es vor allem die Investitions- und Nachfragekräfte zu stärken. Dieses Ziel muss auch durch eine qualitative Weiterentwicklung der Steuerpolitik unterstützt werden.

Durch das Steuerreformgesetz 1999/2000/2001 und die Ausläufer bis in das Jahr 2005 hinein sind Verbraucher und Wirtschaft um insgesamt über 50 Mrd. EURO entlastet worden – eine bisher einmalige Kraftanstrengung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Erfolge nehmen sich dagegen eher sparsam aus. Während die staatlichen Haushalte unter einem breiten Wegbrechen der Einnahmen zu leiden haben, hat die Steuersenkung es weder im Bereich der privaten Haushalte noch im Bereich der wirtschaftlichen Anlageinvestitionen vermocht, die Nachfrage wesentlich zu steigern. Dies hat die Konsumentennachfrage in den unteren Einkommensgruppen und bei den TransfereinkommensbezieherInnen vor allem mit der gleichzeitige Kürzung sozialer Leistungen und der aus einer breiten Verunsicherung resultierenden Kaufzurückhaltung zu tun.

Nach dem Kompromiss um das teilweise Vorziehen der letzten Stufe der Steuerreform im Vermittlungsausschuss Ende 2003 hat die CDU/CSU-Opposition einen Wettlauf um die nächste Runde der Steuerpolitik begonnen. Insbesondere nach der Übernahme der neoliberalen Vorstellung der FDP durch den Beschluss des Merz-Konzepts in die Programmatik der CDU war diese weitere steuerpolitische Auseinandersetzung absehbar. Insofern war es folgerichtig, dass die Bundesregierung noch vor Weihnachten durch eigene Vorschläge versucht hat, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen. Die Regierung verfolgt dabei momentan eine weitgehend schmerzlose Linie, in der zwar eine Vereinfachung des Steuersystems und Subventionsabbau, aber keine materielle Steuerentlastung angestrebt wird. Unklar ist wie sich die Streichung verschiedener Steuervergünstigungen in der Summe verteilungspolitisch auswirken. Ein Konzept ist hierbei nicht erkennbar,

Eine ungebrochene Weiterführung des eingeschlagenen steuerpolitischen Durchlavierens würde nachhaltige negative Auswirkungen für die weitere konjunkturelle Entwicklung und die Handlungsfähigkeit der staatlichen Haushalte haben. Notwendig ist daher eine konsequente Reform der Grundlagen des Steuer- und Abgabensystems in der Bundesrepublik Deutschland.

Finanzpolitik der nächsten Generation

Die Finanzpolitik der Bundesregierung, im wesentlichen entworfen von Finanzminister Hans Eichel, ist mit großer Unterstützung vor allem der grünen Finanzpolitiker weitestgehend diesem Weg gefolgt. Im Rahmen der Steuerreform 2000-2005 werden Wirtschaft und Bürger um 32 Mrd. € entlastet, gleichzeitig wird in der Haushaltspolitik ein Nulldefizit – also ein originär ausgeglichener Haushalt – noch in diesem Jahrzehnt angestrebt. Die steuer- und haushaltspolitischen Vorschläge der Opposition gehen an dieser Stelle noch weiter und verordnen dem Staat eine finanzielle Hungerkur. Dies wird allenthalben als Gipfel der Generationengerechtigkeit angepriesen. Bei genauerem Hinblick entpuppt sich dies als politische Strategie, die die gesellschaftlichen wie finanzpolitischen Gestaltungs-, Förderungs- und Absicherungsmöglichkeiten des Staates unterlaufen soll. Der Sozialstaat wird dabei als Kostgänger und Wachstumsbremse angesehen und folgerichtig mit Kürzungsmaßnahmen und –absichten belegt.

Diese Sichtweise blendet bewusst aus, dass es sich nicht etwa um ein Problem zwischen Jung und Alt handelt, wenn Schulden aufgebaut werden oder Sozialabgaben steigen. Der Kern der Diskussion liegt mitten in der jeweiligen ökonomischen Konstellation, ist also eine massive Umverteilung von unten nach oben. Dies lässt sich an zwei Beispielen leicht belegen:

- Die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung staatlicher Aufgaben wird gerne mit der Aussage belegt, diese Schulden müssten dereinst die Kinder und Enkel zurückzahlen. Ausgeblendet wird, an wen sie die Schulden zurückzahlen, nämlich ebenso an die Kinder und Enkel. Oder mit anderen Worten: Der Steuerzahler von morgen zahlt die Schulden an die Erben von morgen. Das Problem liegt so mitnichten in der beschworenen

Generationenungerechtigkeit, sondern in einer klassischen Verteilungsungerechtigkeit innerhalb der jeweiligen Generation. Diese wird freilich durch die Verzinsung ihrer „Beiträge“ zu den staatlichen Haushalten noch verschärft.

- Das Steigen der Rentenversicherungsbeiträge ist wiederholt zum Anlass genommen worden, die Frage nach der Finanzierbarkeit des Alters in einer immer älter werdenden Gesellschaft zu thematisieren. Die vermeintlichen Vertreter der Generationengerechtigkeit fordern mehr private Vorsorge. Herausgekommen ist die Riester-Rente. Damit soll ein mittelfristiges Ansteigen der Rentenversicherungsbeiträge über die 20%-Marke verhindert werden. Die ganze Wahrheit ist: während die ArbeitgeberInnen ihren Anteil auf unter 10 % eingefroren haben, ist bei den ArbeitnehmerInnen neben dem 10 %-igen staatlichen Rentenversicherungsanteil eine private Altersvorsorge mit im Endeffekt 4 % zu finanzieren. Ergibt zusammen: 14 %. Die junge Generation ist nicht entlastet worden, sondern trägt lediglich den ArbeitgeberInnenanteil der Beitragssteigerung mit. Was bleibt, ist eine reine Umverteilung von den ArbeitnehmerInnen zu den ArbeitgeberInnen. Darüber hinaus verstellt die Aufregung über die Alterung der Gesellschaft auch, dass es sich nicht nur um eine sehr langfristige Entwicklung handelt, sondern der Lebensstandard aller ohne Probleme gesichert werden kann, wenn ein langfristig durchschnittliches Wirtschaftswachstum von ca. 2 % angenommen wird (Ganßmann 2000).

Das Problem ist also nicht der Sozialstaat. Das Problem ist der Rückzug von Unternehmen und Vermögenden aus der solidarischen Finanzierung des Sozialstaats. Die Antwort darauf kann nur in einer Rückkehr zu einer solidarischen Finanzierung liegen.

Die junge Generation ist es, die zentrale Anforderungen an staatliches Gestalten und staatliche Dienstleistungen formuliert. Sie hat ein Interesse daran, dass ihre Zukunftschancen durch Bildung und Ausbildung von der Kinderkrippe bis zum berufsqualifizierenden Abschluss sichergestellt wird. Für die Wirtschaftsstruktur, in der junge Menschen Arbeit finden wollen, ist es wichtig, dass zukunftsfähige Branchen gefördert, die Infrastruktur erneuert und notwendige Weiterbildung sichergestellt wird. Und für die selbstbestimmte Flexibilität, in der junge Männer und Frauen in der Zukunft leben wollen, sind erreichbare und bezahlbare öffentliche Dienstleistungen vor Ort – Kindergärten, Schwimmbäder, kulturelle und sportliche Angebote - unverzichtbar, wenn man darauf setzt, dass sie weiterhin allen offen stehen sollen. Generationengerecht ist, was Zukunftschancen schafft und solidarisch finanziert ist.

Grundsätze einer einfachen und gerechten Steuerpolitik

Diese finanzpolitischen Grundsatzpositionen finden ihre konkrete Ausprägung auch in einem einfachen und gerechten Steuer und Abgabensystem. Dieses muss so breit angelegt sein, unterschiedliche Lebenssituationen unterschiedlich zu erfassen, darf aber wiederum nicht so ausufern, dass nur wenige die einzelnen Spezialregelungen für sich nutzen können, während die breite Masse jenseits der Spezialregelungen die – auch deswegen hohen - Normaltarife zahlt. Diese Balance gilt es unter Berücksichtigung der folgenden Kriterien zu finden:

- **Verteilungsgerechtigkeit als Maßstab**
Wir wollen ein **gerechtes Steuersystem**. Dazu gehört auch, dass wir die Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit mit anderen Steuertatbeständen in Beziehung setzen müssen. Der weit überproportionale Anteil der Steuern und Abgaben auf Arbeit im Vergleich zur Substanzbesteuerung – durch Vermögens-, Grund- und Erbschaftssteuer beispielsweise – muss sich durch eine angemessene Lastenverteilung ändern.
- **Impulse für Investition und Konsum**
Das Steuer- und Abgabensystem soll die konjunkturellen und strukturellen wirtschaftspolitischen Ziele unterstützen. Es soll vor allem **die Investitionskraft der Wirtschaft und die Kaufkraft der privaten Haushalte stärken**. Hierbei sind Investitionen in zukunftsfähige Branchen und die Kaufkraft der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von zentraler Bedeutung.
- **Vereinfachung des Steuersystems – Erhalt gerechter Elemente**
Ein einfaches Steuersystem ist nicht zwangsläufig ein gerechtes Steuersystem. Überlegungen die Steuersystematik so zu vereinfachen, dass hinterher ungleiches gleich (hoch) besteuert wird, um die Spitzensteuersätze zu senken erteilen, wir eine Absage. Plumpe Umverteilungspolitik auf dem Bierdeckel tragen wir nicht mit.
- **Konsolidierung der Staatsfinanzen**
Wir wollen einen **handlungsfähigen Staat und handlungsfähige Städte und Gemeinden**. Eine Reform des Steuer- und Abgabensystems muss dazu führen, dass die laufenden Aufgaben eines sozialen Staates auch aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden können. Dies gilt insbesondere für die dramatische Konjunkturanfälligkeit der Finanzierung der Städte und Gemeinden.
- **Steuerharmonisierung in der Europäischen Union**
Die ordnungspolitische Funktion des Steuerrechts ist an vielen Stellen durch den gemeinsamen europäischen Markt und die Internationalisierung der Finanzmärkte in der Realität nahezu aufgehoben. Notwendig ist eine **Europäisierung des Steuerrechts** und eine Rückkehr zu internationalen Vereinbarungen über die Ordnung auf den Finanzmärkten.

Die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück haben Vorschläge für den **Abbau von Subventionen** gemacht. Auffällig ist dabei, dass bei den Vergünstigungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem Argument der Vereinfachung ebenso drastisch eingespart werden soll, wie bei den Subventionen für ökologisch sinnvolle Verkehrs- und Energieprojekte, währenddessen ein Großteil von Abschreibungen und Steuerfreistellungen im industriellen Bereich erhalten bleiben sollen. Ein Beispiel ist hierbei die von CDU und CSU betriebene Streichung der Steuerfreiheit von Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschlägen. Dort wo Fehlsubventionierungen zu ökonomisch falschen Investitionen und Kaufentscheidungen führen, ist der Ansatzpunkt für einen Subventionsabbau, nicht dort wo die geringste Lobby vermutet wird.

Reformnotwendigkeiten

Notwendig ist neben sicher gerechtfertigten Einzelmaßnahmen im genannten Bereich des Subventionsabbaus ist eine grundsätzliche **Entflechtung und Reduzierung der Steuerarten** sowie eine Verbreiterung der jeweiligen Bemessungsgrundlagen. Wir schlagen vor, neben einer Steuer auf private Einkünfte in die alle Arten von Lohn und Einkommen integriert werden können, eine einheitliche Betriebssteuer zu entwickeln, die aufbauend auf den Eckpunkten, die heute für die Besteuerung von Körperschaften gelten, auf alle im jeweiligen Betrieb verbleibenden Einkünfte ausgeweitet wird.

Der existierende **Familienleistungsausgleich** ist auf der Basis des männlichen Alleinverdienermodells der 50er und 60er Jahre konstruiert und entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen an eine moderne Gesellschaftspolitik. Notwendig sind vor allem zwei Weichenstellungen: Die stärkere Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Schaffung entsprechend ausreichender Betreuungsangebote finanziert durch eine Rückführung des existierenden Ehegattensplittings auf ein Realsplitting sowie in einem zweiten Schritt die Neufassung der Familienförderung durch eine komplette Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Umschichtung in eine direkte Kinderförderung. Dies sollte eine umgekehrte Progression enthalten und somit das Familieneinkommen bedarfsgerecht ergänzen. Vorstellbar ist eine Auszahlung als Kindergeld oder auch als Leistung einer Familienkasse, wie es beispielsweise in Frankreich der Fall ist.

Wir wollen eine stärkere **Substanzbesteuerung** zweckgerichtet für Bildungsaufgaben realisieren. Individuelle Bildungschancen dürfen nicht von den materiellen Voraussetzungen des jeweiligen Elternhauses bestimmt werden, deswegen wollen wir einen Teil des real existierenden Vermögens und der real existierenden Erbschaften für die öffentlichen Bildungshaushalte vor allem der Bundesländer aktivieren. Unternehmensvermögen und das Gebrauchsvermögen (bspw. Einfamilienhäuser) sollen hiervon ausgenommen bleiben. Dies ist bei den Freigrenzen zu beachten. Analog ist die Grundsteuer als Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden zu reaktivieren.

Städte und Gemeinden stellen die Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zur Verfügung, das gilt auch und gerade für die ortsansässigen Unternehmen. Die Gewerbesteuer ist als starkes Band zwischen Kommunen und Unternehmen konzipiert worden, erfüllt diesen Zweck aber schon lange nicht mehr. Wir sprechen und für eine Reaktivierung der Gewerbesteuer als kommunaler Betriebssteuerzusatz (kommunale Wirtschaftssteuer) aus, dieser könnte –für alle Betriebe gleich – als Zusatz für die vorgeschlagene einheitliche Betriebssteuer ausgestaltet werden und vor allem die nicht konjunkturabhängigen Bemessungsstatbestände enthalten.

Die **Verbrauchsbesteuerung** kennt in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern nur eine Differenzierung nach unten. Wir sprechen und für eine zusätzliche Differenzierung nach oben aus. Diese könnte in Form einer Sonderabgabe auf Luxusgüter ausgestaltet werden, die auf den Mehrwertsteuersatz aufgeschlagen wird. Die vielfachen Bagatellsteuern sind in eine einheitliche Verbrauchsbesteuerung zu integrieren, Steuern auf gesundheitsschädliche Genussmittel in Abgaben, die zielgerichtet dem Gesundheitsetat zur Verfügung stehen umzuwandeln.

Einkommenssteuerreform

Das Einkommen unterliegt bislang bei natürlichen Personen der Einkommensteuer und bei juristischen Personen der Körperschaftsteuer. Daneben tritt bei bestimmten Einkommensbestandteilen eine ertragsorientierte Besteuerung durch die Gemeinden.

Diese drei Steuerarten sollten grundsätzlich beibehalten werden. Die Einkommensbesteuerung natürlicher Personen, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer selbst sollen aber deutlich im Sinn von sozialer Gerechtigkeit und Vereinfachung verändert werden.

Die Besteuerung des Einkommens bei natürlichen Personen

Innerhalb des Einkommensteuerrechts soll künftig zwischen zwei Einkommensgruppen unterschieden werden. Diese ist an die tarifliche Belastung der jeweiligen Einkommensgruppe angebunden. Unterschieden werden:

- **Einkommen aus Arbeit.**
Lohneinkünfte und das Alterseinkommen, also Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und andere wiederkehrende Leistungen.

Bemessungsgrundlagen.

Wir wollen die Bemessungsgrundlage für die Lohnsteuer so gestalten, dass Steuerbefreiungen und die Absetzungsmöglichkeiten, wie etwa die beruflich veranlassten Aufwendungen einschließlich der Kosten für den Weg zur Arbeit, in einer möglichst pauschalierten Form bereits im Lohnsteuerverfahren durch den Arbeitgeber berücksichtigt werden. Hierdurch kann die geforderte Vereinfachung des Steuerverfahrens erreicht werden, ohne dabei Sonderbelastungen auszublenden. Im Regelfall könnte so durch eine abschließende Definitivbesteuerung an der Quelle eine Steuererklärung entfallen.

Steuerbefreiungen sollen nur auf Grundlage folgender Kriterien bestehen bleiben:

- **Vereinfachung** (Beispiel die Steuerfreistellung von Trinkgeldern)
- Keine Besteuerung von staatlichen **Transferleistungen** (Beispiel: Sozialhilfe)
- Arbeitgeberleistungen im **überwiegend eigenbetrieblichen Interesse**, Beispiel: Werkzeuggeld, Reisekostenersatz)
- **Honorierung des Ehrenamtes** (Beispiel Übungsleiter)
- **Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit** als Förderung, mit deren Fortfall ein breiter Reallohnverlust bei der arbeitenden Bevölkerung verbunden wäre.

Abzugstatbestände sollen nur verbleiben, wenn sie sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- **Beruflich veranlasster Aufwand**

Der beruflich veranlasste Aufwand wird durch eine Pauschale abgegolten, die sowohl die Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte als auch die übrigen beruflich veranlassten Aufwendungen abdeckt. Dieser wird dabei wesentlich enger als der bisherige Werbungskostenbegriff gefasst. Ausgenommen davon sind die Kosten von Weiterbildungsmaßnahmen. Sie sollen im vollem Umfang als Werbungskosten abgesetzt werden können.

Bei Abwägung zwischen notwendiger Typisierung und Einzelfallgerechtigkeit schlagen wir **eine zweigeteilte Arbeitnehmerpauschale (Modell Schleswig Holstein)** vor: Für beruflich veranlasste Aufwendungen – mit Ausnahme der Entfernungspauschale und der Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen – wird mit abgeltender Wirkung ein Betrag von 600 Euro angesetzt. Die daneben anzusetzende Entfernungspauschale beträgt 660 Euro je angefangene 10 Kilometer. Die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte soll regelmäßig bereits im Lohnsteuerverfahren berücksichtigt werden. Eine Veranlagung ist dann grundsätzlich nicht mehr erforderlich.

- **Vorsorgeaufwendungen**

Der Aufwand für die gesetzliche Altersvorsorge wird durch eine im Lohnsteuerverfahren abschließend zu berücksichtigende Vorsorgepauschale abgebildet. Diese Pauschale wird – wiederum in einer typisierenden Betrachtung – aufgestockt, wenn der Arbeitnehmer nachweist, dass er Aufwendungen für eine freiwillige Altersversorgung trägt (beispielsweise in einen "Riester-Vertrag" einzahlt).

Steuerbegünstigte Zwecke bleiben erhalten. Spenden und Beiträge für gemeinwohlorientierte Zwecke sollen weiterhin abziehbar bleiben, auch wenn für solche Fälle dann eine Veranlagung erforderlich wird.

Tarif

Arbeitseinkommen wird – wie bisher – mit einem linear-progressiven Tarif besteuert. Dieser Tarif ist die beste Variante, um der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit gerecht zu werden, ohne Leistung zu bestrafen. Es handelt sich damit auch um die konkrete Ausprägung des Sozialstaatsgedanken in der Steuergesetzgebung.

Für weitere Absenkungen im Tarif besteht keinerlei finanzpolitische Spielraum. Sollte jedoch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage Spielräume eröffnen, ist klar, dass hier unter Aspekten der Verteilungsgerechtigkeit nur eine Korrektur im unteren Einkommensbereich in Betracht kommt.

Der Spitzensteuersatz sollte bei dem im Jahr 2004 geltenden Tarif (45 % gegenüber 53 % 1998) verbleiben. Die Absenkung im nächsten Schritt 2005 bis auf 42 Prozent lehnen wir ab. Für besonders hohe Einkommen, die 500.000 Euro übersteigen ("DM-Einkommensmillionäre"), soll auf den darüber hinausgehenden Betrag ein Zuschlag von 5 % erhoben werden.

Wünschenswert und so auch finanzierbar wäre hier eine Entwicklung hin zu einem Eingangsteuersatz von 10 Prozent. Sollte weiterer Spielraum bestehen, ist vorstellbar den Grundfreibetrag von 7.664 Euro noch einmal moderat zu erhöhen und den Eingangsteuersatz damit erst ab einem etwas höherem Einkommen einsetzen zu lassen (leichte Rechtsverschiebung des Tarifverlaufs). Beide Maßnahmen würden den Abstand des Nettoeinkommens zu dem nicht steuerpflichtigen "Einkommen" aus Sozialleistungen vergrößern und so Spannungen im Bereich zwischen unteren Lohngruppen und Transfereinkommen beseitigen.

- **Übriges Einkommen.**

Unternehmensgewinne von Gewerbetreibenden, Freiberuflern und Land- und Forstwirten sowie Einkünfte aus der Vermietung, Verpachtung und Veräußerung von Grundvermögen. Auch Erträge aus der Anlage und der Veräußerung von Kapitalvermögen gehören zu dieser Einkommensgruppe.

Damit kann das Steuerrecht für die Steuerpflichtigen deutlich einfacher, transparenter und auch für die Steuerverwaltung einfacher anwendbar werden. Mit der Zusammenfassung in einer Einkommensgruppe entfallen vor allem viele Abgrenzungsfragen, die auch als Steuerschlupflöcher genutzt wurden. Einzig unterschieden werden soll, ob die jeweiligen Steuertatbestände dem „privaten Einkommen“ oder dem betrieblichen Bereich zuzuordnen sind. Letztere unterfallen nicht der Einkommensbesteuerung sondern der neu zu fassenden einheitlichen Betriebssteuer.

Die folgenden Vorschläge wollen wir in bezug auf den proportionalen Tarif und die darauf beruhenden Abgeltungsregelungen noch einmal grundlegend in ihren verteilungspolitischen Wirkungen überprüfen.

Eine Besonderheit nimmt das **Kapitalvermögen** ein. Wie selbst das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Besteuerung von Spekulationsgewinnen gezeigt hat, ist die Durchsetzbarkeit der Besteuerung auch eine Frage der Gerechtigkeit; sie muss daher unbedingt beachtet werden. Deswegen sollten laufende Kapitalerträge und Einkünfte aus der Veräußerung von Wertpapieren grundsätzlich in einem anonymen Verfahren an der Quelle besteuert werden. Die Besteuerung erfolgt mit Abgeltungswirkung, das heißt, die Einkünfte werden nicht in die Veranlagung einbezogen. Das reduziert den Aufwand in einem erheblichen Umfang.

Bemessungsgrundlage

Die Neuorientierung bei der Besteuerung des Übrigen Einkommens beschränkt sich nicht auf eine Änderung des Tarifs. **Vielmehr muss die Bemessungsgrundlage so ausgestaltet sein, dass sich Steuerpflichtige für Besteuerungszwecke nicht künstlich arm rechnen können.**

Unser Konzept der Besteuerung des übrigen Einkommens setzt an der Definition an, dass nur entnommene Gewinne in der Einkommensbesteuerung berücksichtigt werden. Für Gewerbetreibende, Landwirte und sonstige der Einkommensbesteuerung unterfallende Selbständige bedeutet dies eine neue klare Abgrenzung zwischen dem Gewerbebetrieb und dem privaten Bereich. Abschreibungen, die bilanzielle Bewertung des Betriebsvermögens u.ä. werden so ausschließlich dem Betrieb zugeordnet.

Der für Besteuerungszwecke anzusetzende Gewinn muss die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens zutreffend abbilden und kann nur durch Investitionen bzw. Investitionsrückstellungen reduziert werden.

Für Einkünfte aus langfristigen Vermögensanlagen wie etwa Mieten und Pachten wird eine Einkunftsgrenze gebildet, unterhalb der regelmäßig nur den Regelungen des Einkommenssteuerrechts – nicht der Betriebssteuer – entsprechend Steuern zu zahlen sind. Es soll so eine Trennung zwischen der gewerblichen Wohnungswirtschaft und privaten Vermögensanlagen herbeigeführt werden. Die Besteuerung erfolgt mit Abgeltungswirkung, das heißt, die Einkünfte werden auch hier nicht in die Veranlagung einbezogen.

Verfahren

Übriges Einkommen wird – soweit nicht eine abgeltende Besteuerung an der Quelle erfolgt – im Wege der Veranlagung erfasst und besteuert. Wird beispielsweise neben Arbeitslohn übriges Einkommen erzielt, kann sich die Veranlagung regelmäßig auf das Übrige Einkommen beschränken. Mangels progressiver Ausgestaltung des Tarifs für das Übrige Einkommen ist die Höhe des Arbeitseinkommens ohne Bedeutung.

Tarif

Das Übrige Einkommen sollte grundsätzlich mit 30 Prozent besteuert werden und außerdem der Gewerbesteuer (später Kommunale Wirtschaftssteuer) unterliegen. Diese sollte nicht mehr auf die Einkommensteuer anrechenbar sein

Die proportionale Besteuerung des Übrigen Einkommens beginnt grundsätzlich ab dem ersten Euro. Damit läge die Steuerbelastung von Arbeitseinkommen – soweit nicht Spitzenlöhne erzielt werden – unter der Belastung des Übrigen Einkommens.

Wahlweise kann das Übrige Einkommen auf Wunsch des Steuerpflichtigen insgesamt dem linear-progressiven Tarif unterworfen werden. Damit können im Bereich unterer und mittlerer Einkommen (beispielsweise kleine Handwerksunternehmen) ungewollte Mehrbelastungen vermieden werden.

Reform der Familienförderung

Unser System des Familienleistungsausgleichs steht vielfach in der Kritik. Das Bundesverfassungsgericht erklärte in der Vergangenheit Maßnahmen für verfassungswidrig wie bspw. verschiedene Aufwendungserstattungen über Steuertransfers und Rückzahlungen. Letztlich fungiert unser Steuersystem an zwei Punkten direkt als Umverteilungsregime im familienpolitischen Bereich.

Das Ehegattensplitting

Beim Ehegattensplittingverfahren werden die Einkünfte der Ehegatten zusammengerechnet und nach Abzug von Kindergrundfreibeträgen, Sonderausgaben und sonstigen Abzügen halbiert. Hieraus ergibt sich das zu versteuernde Einkommen, von dem die Steuer nach der Einkommensteuertabelle errechnet wird. Ursprünglich sollte das

Ehegattensplitting familienfördernd wirken. Doch die gesellschaftlichen und politischen Wertevorstellungen von Ehe, Familie und der Gleichberechtigung von Mann und Frau haben sich seit der Einführung des Ehegattensplittings (was inzwischen schon fast ein halbes Jahrhundert her ist) grundlegend geändert.

Dieses System begünstigt Alleinverdienerehepaare. Je weiter die Einkommen des Ehepaares auseinander liegen, desto größer ist der steuerliche Vorteil, am größten ist dieser, wenn nur ein Ehepartner arbeitet. Solange das Normalarbeitsverhältnis auf einen 8-Stunden-Tag und länger ausgerichtet ist, wird damit auch die Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit gefördert. So sind leistungstragende und leitende Berufe als Anderthalbpersonen-Berufe angelegt, in denen eine weitere Person, die die Familien- und Hausarbeit übernimmt, im Hintergrund praktisch vorausgesetzt ist. Da noch immer keine Einkommensgleichheit zwischen dem Verdienst der Männer und dem der Frauen gegeben ist, ist in den meisten Fällen die Frau diejenige, die das geringere Einkommen bezieht. Das Ehegattensplitting ist somit ein negativer Arbeitsanreiz für Frauen.

Durch das Ehegattensplitting wird eine Umverteilung von unten nach oben begünstigt. Da der Vorteil des Splittings mit steigendem Einkommen wächst. Dies widerspricht jedem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

1. Dieses System begünstigt Alleinverdienerehepaare, mithin als männlich dominierte Erwerbsmuster, da der Splittingeffekt in der Steuerersparnis zunimmt, wenn der Einkommensunterschied am größten ist.
2. **Kindergeld, Kinderfreibetrag**

Nach der Reform des dualen Familienlastenausgleichs auf Druck des Bundesverfassungsgerichts wurde das Kindergeld reformiert. Seither ist Kindergeld weitgehend nicht mehr eine Transferzahlung des Staates, sondern ein Steuerbonus im Rahmen der Einkommensbesteuerung. Weiter gibt es ein Optionsmodell bei dem zwischen dem Kindergeld oder der Inanspruchnahme von Kinderfreibeträgen gewählt werden kann.

Das Kindergeld ist in der vergangenen Zeit mehrfach erhöht worden und beträgt aktuell 154 EUR für die ersten drei Kinder und 179 EUR für jedes weitere Kind. Dabei stellt die Erhöhung des Kindergeldes eine enorme Belastung des Bundeshaushaltes dar, die letztlich undifferenziert jedem Kind ohne Anblick des sozialen Umfeldes als Kopfpauschale zugute kommt.

Für eine Familienversicherung!

Grundsätzlich gehen wir von folgenden Grundüberlegungen aus:

- Familie ist dort wo Kinder sind!

Der nach Art. 6 GG geforderte „besondere Schutz von Ehe und Familie“ kann für uns nicht bedeuten, einseitig eine bestimmte Lebensweise finanziell zu fördern und Menschen die in einer anderen Lebensgemeinschaft als der Ehe leben durch die Förderung hindurch fallen zu lassen. Die Zahl dieser Familien die nicht gefördert werden ist nicht unbedeutend. Im Jahr 2002 waren 26% aller Lebendgeborenen von unverheirateten Eltern. Ehe ist also nicht gleichbedeutend mit Familie. Familienförderung darf nicht nach dem Kriterium verheiratet oder unverheiratet stattfinden.

- Direkte Zuschüsse vor Steuererstattungen

Wir halten die Zahlung direkter Zuschüsse über eine neu zu schaffende Familienversicherung für sozial gerechter und wirkgenauer als eine komplizierte Erstattung von Steuerschuld über das Steuersystem. Letztlich sind in diesem System nur die begünstigt, die in Erwerbsarbeit befindlich sind.

Gleiches gilt für die familienpolitischen Leistungen durch die Sozialversicherungssysteme. Letztlich wird hier eine Umverteilung nur unter denen vorgenommen, die sich in der Sozialversicherung befinden (GKV) aber eine Leistung finanziert, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt.

Wir fordern daher eine grundlegende Umstellung des Familienleistungsausgleichs in unserer Gesellschaft. Durch eine Abschaffung des Ehegattensplittings, einer Abschaffung des Kindergeldes in seiner heutigen Form und weitere Maßnahmen in den Sozialversicherungssystemen soll eine im wesentlichen steuerfinanzierte Familienversicherung geschaffen werden, die nach sozialen Kriterien und Bedürftigkeit orientiert, die Familienleistungen sinnvoll ausgleicht. Wir wollen endlich alle an den Erziehungskosten gleichermaßen beteiligen als es heute geschieht und das Niveau der Förderung deutlich anheben.

Grundlegend ist zu prüfen, wie unsere Sozialversicherungssysteme in der Frage konsequent entlastet und umgebaut werden können. Familienförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht die Aufgabe allein der Versicherten.

Auf dieser Grundlage werden und müssen die Jusos eine detailliertere und stringente Konzeption vorlegen.

Stabile Finanzierung der Sozialversicherung gewährleisten

Sozialstaatliche Leistungen werden immer aus der aktuellen Wertschöpfung einer Generation heraus abgeleitet und finanziert. Grundlage dafür ist die hohe Arbeitsproduktivität in Deutschland: Gehen wir pessimistischerweise von einem jährlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1,4% aus würde sich bei konstanter Erwerbstätigenzahl und konstanter Bevölkerung das reale BIP im Verlauf von 50 Jahren mehr als verdoppeln. Gerade deshalb brauchen wir eine hohe Produktivität der erwerbstätigen Bevölkerung und eine innovative Volkswirtschaft. Diese schafft den

Verteilungsspielraum, mit dem sozialstaatliche Leistungen finanziert werden. Die Sozialdemokratie muss dafür sorgen, dass dieser Verteilungsspielraum auch ausgeschöpft wird.

Eine solidarische Versicherung fußt darauf, dass das gesamte Gemeinwesen je nach individueller Stärke zur Finanzierung des Sozialsystems herangezogen wird. Dieses Prinzip hat sich bewährt und soll auch zukünftig unser Leitbild sein. Wir wollen auch zukünftig sicherstellen, dass alle an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligt sind. Die Veränderungen in der Arbeitswelt, neue private Einkommensquellen sowie die Entlastung des „Faktors Arbeit“ sind die Gründe, warum eine neue Finanzierungsbasis der Sozialversicherung notwendig ist. Dies muss im Interesse unserer Generation nachhaltig und solidarisch geschehen, damit junge Menschen – bei gleichzeitigem Entzug der Arbeitgeber – nicht immer mehr Kosten für immer weniger Leistungen tragen müssen. Schon heute zeichnet sich leider ab, dass zwar im Namen der jungen Generation die Sozialsysteme abgebaut werden, aber gleichzeitig kommenden Generationen mehr und mehr Kosten aufgebürdet werden, sei es durch private Zusatzversicherungen oder durch die Aufhebung der paritätischen Finanzierung. Wir wollen deshalb ein System, in das alle einzahlen und nicht wenige draufzahlen.

Die im Folgenden für die solidarische Finanzierung der Rentenversicherung vorgeschlagene Wertschöpfungsabgabe wollen wir in einem nächsten Schritt auch für unsere Modelle der Bürgerversicherung und Arbeitsversicherung prüfen.

Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist ein wichtiger Bestandteil des deutschen Sozialstaats. Sie muss auf solidarischer Basis erhalten werden, alle Menschen nach dem medizinisch neuem Stand vor Krankheit schützen und den Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessern. Damit die GKV auch für zukünftige Generationen ein starker Pfeiler des Gemeinwesens bleibt, sind umfassende Strukturreformen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung notwendig. Reformbedarf existiert insbesondere in der Struktur und Organisation des Gesundheitswesens. Primäres Ziel muss die Beseitigung von Über-, Unter- und Fehlversorgung sein.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind sowohl die Ausgaben für den gesamten Gesundheitssektor als auch die Aufwendungen für die Krankenkassen in den letzten 20 Jahren nahezu konstant geblieben. Das Ansteigen der Beiträge zur Krankenversicherung resultiert daraus, dass die Beitragsseite durch Massenarbeitslosigkeit und durch eine unzureichende Anpassung der Beitragsbemessungs- als auch der Versicherungspflichtgrenze unter Druck geraten sind. Diese Entwicklung wollen wir durch die Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung umkehren.

Wir werden daher die Einbeziehung von Selbständigen, PolitikerInnen und neuer Beschäftigtengruppen in die GKV umsetzen. Ebenso sinnvoll ist es, die Krankenversicherung auf Beamte auszuweiten und die tradierten beamtenrechtlichen Sondersysteme auslaufen zu lassen. Darüber hinaus ist angesichts neuer Arbeitsformen und anderen Einkommensformen neben dem klassischen Arbeitseinkommen eine sozialversicherungsrechtliche Anrechnung von Einkommen aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung angezeigt. Als ersten Schritt zu einer solidarischen Bürgerversicherung wird die Beitragsbemessungsgrenze auf 5100 € angehoben, mittelfristig wird sie gänzlich abgeschafft. Eine Abschaffung der Versichertenpflichtgrenze ist überfällig. Private Krankenversicherungen können additiv zur GKV zusätzliche gesundheitliche Leistungen anbieten, sofern ihre Angebote wettbewerbsfähig sind.

Als weitere Elemente einer durchgreifenden Strukturreform bleiben für uns auf der Tagesordnung:

- Die Anbieterdominanz und Monopolstellung der Leistungserbringer (Ärzte, Pharmaindustrie, Großgerätehersteller etc.) muss zu Gunsten von mehr Qualität, Effizienz und öffentlicher Kontrolle umgebaut werden.
- Die gegliederte Struktur des Gesundheitswesens ist in eine integrierte Versorgungsstruktur zu überführen. Die Verknüpfung von ambulanter und stationärer Versorgung, wie sie im Gesundheitskonsens zaghaft angestoßen wird, ist weiter auszubauen.
- Das Solidarprinzip und die paritätische Finanzierung der GKV müssen wieder ausgebaut werden. Heute hat das untere Fünftel der Gesellschaft ein doppelt so hohes Krankheits- und Sterblichkeitsrisiko wie das obere Fünftel. Wir wollen deshalb bestehende Ungleichheiten im Gesundheitswesen abbauen. Der „Gesundheitskonsens“ wird diese Situation durch die einseitige Belastung der Versicherten eher verschlimmern als verbessern.
- Unser Ziel ist eine Gesundheitsversicherung, die nicht Krankheit, sondern Gesundheit absichert. Prävention und Gesundheitsförderung sind eine zentrale gesellschaftliche Gesamtaufgabe. Das stark medizinisch und kurativ ausgerichtete Gesundheitswesen ist stärker rehabilitativ und an der Versorgung chronisch Kranker zu orientieren.
- Ein Strukturproblem der GKV ist der heute stattfindende Wettbewerb um „gute Risiken“. Um diesen einzuschränken wollen wir den Risikostrukturausgleich bis spätestens 2007 zu einem morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich umbauen. Langfristig geht es darum, die Zahl der Krankenkassen zu Gunsten einer regionalen Einheitskasse abzubauen und damit Verwaltungs- wie Personalkosten sparen. Auf der anderen Seite muss das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigungen aufgebrochen werden.

Wir lehnen die Einführung von Kopfpauschalen ab. Sie würden die Arbeitgeber einseitig ent- und die Beschäftigten einseitig belasten sowie den solidarischen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Einkommensgruppen auf den Kopf stellen. Darüber hinaus kämen auf die öffentlichen Haushalte unkalkulierbare Risiken zu. Die paritätische Finanzierung muss im Sinne kommender Generationen weiter Strukturprinzip der Sozialversicherung bleiben.

Die Steuern auf Genussmittel sollen darüber hinaus in Abgaben zur weiteren Stützung der Gesundheitskassen umgewandelt werden. Insbesondere sollen aus dem Aufkommen verstärkt Suchtpräventionsprogramme gefördert werden.

Rentenversicherung

Das Steigen der Rentenversicherungsbeiträge wird wiederholt zum Anlass genommen worden, die Frage nach der Finanzierbarkeit des Alters in einer immer älter werdenden Gesellschaft zu thematisieren. Die vermeintlichen Vertreter der Generationengerechtigkeit fordern mehr private Vorsorge. Fest steht, dass die Renten einer beliebigen Rentnergeneration immer nur aus der Wertschöpfung der jeweiligen arbeitenden Generation finanziert werden kann und zwar unabhängig davon, ob sie umlagefinanziert oder kapitalgedeckt erfolgt.

Die Sicherung der Renten vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bleibt so die Grundlage eines jeden Generationenvertrags zwischen Arm und Reich sowie zwischen Jung und Alt. Die Verhinderung von Altersarmut – insbesondere von Frauen – ist dabei eine zentrale Herausforderung. Wir streben ein Sicherungsniveau an, das nicht nur deutlich über dem Existenzminimum liegt sondern sich auch weiterhin an der Absicherung des Lebensstandards orientiert. Dies lässt genügend Raum für die ergänzende private Vorsorge in Eigenverantwortung.

Es ist für das Entstehen neuer Arbeitsplätze, besonders für die Beschäftigung im Bereich der personalintensiven Dienstleistungen, schädlich, die Finanzierung der Rentenversicherung allein der bestehenden Form aus lohnbezogenen Abgaben vorzunehmen. Die allgegenwärtige Kostendämpfungspolitik in Bezug auf die gesetzliche Rentenversicherung greift deshalb zu kurz. Das bestehende Mischsystem der Rente aus lohnbezogenem, steuerlichen und privaten Anteil wollen wir beibehalten – es muss jedoch neu justiert werden. Wir werden daher Reformen einleiten, die das System auf eine dauerhafte, verlässliche und solidarische Grundlage stellen. Wir wollen damit neue Sicherheit geben.

Die Riester-Rente ist verpflichtend zu machen, damit eine ausreichende Altersvorsorge insbesondere für die nachwachsenden Generationen gesichert bleibt. Langfristig halten wir das Konzept der Riester-Rente für falsch und fordern dessen Rückabwicklung.

Als Ergänzung zu den lohnbezogenen Rentenversicherungsbeiträgen wird eine Wertschöpfungsabgabe eingeführt (additives Modell). Dabei werden der Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil auf Dauer auf einem Niveau konstant gehalten und zusätzlich eine neue Beitragsbemessungsgrundlage in Form der Bruttowertschöpfung daneben eingeführt. Diese wird ermittelt aus allen Faktoren der Wertschöpfung abzüglich der schon durch die Sozialversicherung herangezogenen Löhne und Gehälter. Der Abgabensatz orientiert sich an der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung gemessen am BIP. Das additive Modell koppelt so die Rentenbeiträge zwar nicht völlig von der BMG Bruttolohn- und Gehaltssumme ab, aber es unterbreitet für bestehende und künftige Finanzierungsprobleme, die aus einer Erosion der Einnahmeseite resultieren, durch eine zusätzliche Bemessungsgrundlage Bruttowertschöpfung und einer darauf bezogenen Wertschöpfungsabgabe, Lösungen und damit finanz- und sozialpolitische Gestaltungsräume.

Folgende Verfahrensweise wäre für die Einführung einer zusätzlichen Säule ‚Bruttowertschöpfung‘ als ergänzende Bemessungsgrundlage denkbar:

- Die BMG Bruttowertschöpfung wird zusätzlich zur bestehende BMG Bruttolohn- und gehalts-summe normiert.
- Der Beitragssatz des bruttowertschöpfungsbezogenen Arbeitgeberanteils müsste sich an der durchschnittlichen Bruttowertschöpfungsentwicklung gemessen am BIP orientieren und festgesetzt werden.
- Die anzuwendende BMG wird ausgehend von der Bruttowertschöpfung abzüglich der Summen, die bereits lohnbezogenen Beiträgen unterliegen haben, berechnet.
- Alle Unternehmen, öffentlichen und privaten Arbeitgeber sowie Selbstständige i.S.d. UStG sind beitragspflichtig. Für bestimmte Abgabepflichtige können Freibetragsregelungen vorgesehen werden, um etwaige Mehrfachbelastungen auszuschließen. Kleinbeträge sollen nicht erhoben werden.
- Die zuständigen Finanzämter stellen den Beitragsmessbetrag fest und teilen ihn sowohl den Abgabepflichtigen als auch den Einzugsstellen mit.
- Für den Einzug der Beiträge, deren Abführung und Kontrolle bleiben die Einzugsstellen (Krankenkassen) – wie bisher- zuständig.

Eine pauschale Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 ist abzulehnen. Wir sprechen uns stattdessen für eine Kopplung des Renteneintritts an eine differenziert anzusetzende Lebensarbeitszeit aus.
Reform des Unternehmenssteuerrechts

Die historische Zweiteilung des Unternehmenssteuerrechts in die Einkommensbesteuerung der Personengesellschaften und die Körperschaftsbesteuerung für die Kapitalgesellschaften erweist sich unter Effizienz- und Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht als wenig taugliches Instrument die tatsächlich im Unternehmen verbleibenden Gewinne steuerlich zu berücksichtigen. Der Grundgedanke der neuen Betriebssteuer liegt in der Übertragung der für Kapitalgesellschaften geltenden steuerlichen Bestimmungen auf Personengesellschaften bei gleichzeitig deutlich verringerten Abschreibungsmöglichkeiten.

Bemessungsgrundlage

Um eine gleichmäßige und ökonomisch sinnvolle Besteuerung der unternehmerischen Einkünfte zu erreichen, werden die um die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung - jenseits einer „Bagatellgrenze“ - erweiterten Gewinneinkünfte aus der Einkommenssteuer ausgelagert und von der neuen Betriebssteuer erfasst.

Stille Reserven, also bilanzielle Unterbewertungen von Betriebsvermögen, sind restriktiv zu behandeln. Steuersparpotentiale, wie realitätsferne Abschreibungsregelungen, werden gestrichen. Bei der Ermittlung des Volumens für planmäßige Abschreibungen sind voraussichtliche Veräußerungserlöse angemessen zu berücksichtigen. Ein bilanzmäßiges Vorziehen künftigen Aufwands darf nicht dazu führen, dass Steuerpausen mit der Folge von Zinsgewinnen eintreten.

Schließlich muss der Gewinnverlagerung ins Ausland wirksam begegnet werden. Durch den Ansatz realistischer Verrechnungspreise bei verbundenen Unternehmen ist aber sicherzustellen, dass Kosten nicht in den Staat mit den höheren Steuersätzen verlagert und damit künstlich Gewinne reduziert oder gar Verluste produziert werden. Diese bekannte Problematik dürfte durch die EU-Osterweiterung - bedingt durch das dortige Steuersatzniveau - noch vergrößert werden.

Stärker als bisher muss außerdem verhindert werden, dass vermeintlich wirtschaftlich begründete Investitionen vorgenommen werden, die sich nur deshalb „rechnen“, also auch nur deshalb erfolgen, weil sie zu steuerlichen Vorteilen führen. Dazu gehören beispielsweise die Schiffs- und Filmfonds oder die Frage der zeitlichen Zuordnung von Aufwendungen.

Die von einer Körperschaft erzielten laufenden Kapitalerträge und Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren unterliegen der grundsätzlich abgeltenden Quellenbesteuerung.

Tarif

Die Besteuerung aller unternehmerischen Einkünfte erfolgt - analog zur jetzigen Körperschaftssteuer - in einer rechtsformunabhängigen Betriebssteuer. Der Gewinn wird in der Betriebssteuer mit einem einheitlichen Steuersatz von 25 % zuzüglich der kommunalen Wirtschaftssteuer - deutlich unter dem Steuersatz der Einkommenssteuer für entnommene Gewinne - belastet. Ausschüttungen bzw. Entnahmen aus dem Betrieb werden bei der Einkommenssteuer erfasst. Die gezahlte Betriebssteuer wird bei der Einkommenssteuer angerechnet. Somit unterliegen nur noch die dem Unternehmen entzogenen Gewinne der proportionalen Besteuerung der Einkommenssteuer.

Steuern auf Vermögen und für Vermögende auf internationalen Standard bringen

Die aktuelle Situation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes spiegelt sich zwangsläufig in den öffentlichen Kassen aller Ebenen und aller Institutionen wieder. Diese Lasten müssen solidarisch geschultert werden. Es gilt das Prinzip, dass starke Schulden mehr tragen müssen als schwache Schultern. Dabei fällt auf, dass die Besteuerung von Vermögen und der Weitergabe von Vermögen weit unter dem internationalen Wert liegt. Hier besteht erheblicher Verteilungsspielraum.

Eine marktorientierte Bewertung des Vermögens sowie eine gezielte Freistellung kleiner und mittlerer Unternehmen und Maßnahmen gegen steuervermeidende Rechtsgestaltungen sollen die Erbschaftsbesteuerung verfassungskonform gestalten. Dabei müssen Regelungen geschaffen werden, die einen leichten Betriebsübergang insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen ermöglichen und im Regelfall das normale eigengenutzte Einfamilienhaus steuerfrei lassen. Da es sich jedoch um „leistungsloses Einkommen“ handelt, darf das Gemeinwesen hier berechtigt einen größeren Anteil zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben verlangen. Auch hier gilt der Grundsatz, eher kleine Vermögen zu schonen und größere verstärkt heranzuziehen.

Durch eine systematische Bewertung der verschiedenen Grundstücksarten und durch die Beschränkung steuernder Elemente auf die Ebene des Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetzes führt der Gesetzentwurf zu einer Steuervereinfachung und steht damit in der Logik der restlichen Eckpunkte.

- Bewertungsgesetz
Alle bisher unterbewerteten Vermögensarten (Grundvermögen, Betriebsvermögen und land- und forstwirtschaftliches Vermögen) werden an das (untere) Niveau der Marktwerte herangeführt.
- Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz
Wirtschafts- und sozialpolitisch gerechtfertigte Begünstigungen einzelner Vermögensarten und -werte werden nicht mehr verdeckt auf der Ebene der Bewertung gewährt, sondern durch Freibeträge offen ausgewiesen.

Bemessungsgrundlage

Betriebsvermögen können so weiterhin durch einen Freibetrag entlastet. Nach einer realitätsnahen Bewertung aller bisher unterbewerteten Vermögensarten wird durch einen stark erhöhten Freibetrag von 2 Millionen Euro (bisher 225.000 Euro zuzüglich eines Bewertungsabschlags von 35 Prozent) sichergestellt, dass der Erwerb kleiner und mittlerer Betriebe (Generationenübergang) vollständig von der Steuer befreit wird. Die Begünstigung gilt uneingeschränkt auch für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft und für wesentliche Anteile an Kapitalgesellschaften.

Parallel wird die durch das Haushaltsbegleitgesetz 2004 abgesenkte Tarifbegrenzung des § 19a des Erbschaftsteuergesetzes von 88 Prozent wieder auf 100 Prozent angehoben und sichergestellt, dass Erwerber von Betriebsvermögen unabhängig von ihrer verwandtschaftlichen Nähe zum Erblasser/Schenker gleich behandelt werden.

Den Erwerbern von Betriebsvermögen wird die darauf entfallende Steuer zinslos gegen ratenweise Entrichtung in 10 Jahresraten gestundet; auf Antrag können sie die Steuer jederzeit durch einen abgezinsten Einmalbetrag ablösen.

Die derzeitigen persönlichen Freibeträge werden auch nach der Erhöhung der Werte für ausreichend angesehen. Erbt so ein Ehegatte ein Familienwohnheim im Verkehrswert von 383.000 Euro allein, würde es steuerfrei übergehen, denn der durchschnittliche steuerliche Wert läge bei 306.400 Euro (80 Prozent von 383.000 Euro) und damit unter dem Freibetrag von 307.000 Euro.

Tarif

Die verbreiterte Bemessungsgrundlage ermöglicht es grundsätzlich, den Tarif in den Wertstufen bis 5.113.000 Euro um jeweils 1 Prozent in jeder Stufe jeder Steuerklasse zu senken (zum Beispiel in Steuerklasse I <Ehegatten, Kinder> für Erwerbe bis 52.000 Euro von 7 auf 6 Prozent, also Entlastung um mehr als 14 Prozent).

Bei Vermögensübergängen mit einem Wert von über 5.113.000 Euro ist hingegen nach einer Übergangsstufe ohne Steuersatzveränderung durchaus eine moderate Anhebung angezeigt. Erwerbern von Vermögen ab einer Größenordnung von über 12.783.000 Euro ist eine höhere Steuerlast zuzumuten, um einen angemessenen Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens beizutragen.

- Vermögenssteuer

Auf der Grundlage des neuen Bewertungsgesetzes ist die private Vermögenssteuer wieder einzuführen. Bei erheblichen Freibeträgen von etwa 1 Mio. Euro für eine Familie mit zwei Kindern, womit das persönliche Gebrauchsvermögen einschließlich eines eigenen Wohnhauses nicht der Vermögenssteuer unterläge und bei einem moderaten Steuersatz von 1 % würde sich der Beitrag der Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens im internationalen Vergleich immer noch an der unteren Grenze bewegen.

Zu prüfen ist eine Spreizung des Mehrwertsteuersatzes, durch die handwerkliche und dienstleistungserbringende Tätigkeiten begünstigt, Luxusgüter im Gegenzug belastet würden. So sollte der ermäßigte Steuersatz nur in Grundbedarfen gewährt werden. Neben den Gütern des täglichen Bedarfs halten wir beispielsweise einen ermäßigten Steuersatz auf Handwerksdienstleistungen für sinnvoll.

Auf der anderen Seite sollte in Form einer prozentualen Abgabe auf Luxusgüter der Erwerb besonders teurer Waren zusätzlich besteuert werden. Eine generelle Anhebung der Mehrwertsteuer lehnen wir aus verteilungs- und konjunkturpolitischen Gründen ab.

Der föderale Finanzausgleich

Der föderale Finanzausgleich stellt ausgehend vom Verfassungsauftrag der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet das finanzpolitische Rückgrat der Verhältnisse der Ebenen zueinander dar. Einzubeziehende sind hier auch die Kommunen, die keine eigenständige Rolle im bundesstaatlichen Aushandlungsprozess spielen, sondern von den Ländern mitvertreten werden.

Ziel muss eine solidarische Sicherstellung der Handlungsfähigkeit aller Ebenen sein. Das gilt sowohl für die finanziellen Einnahmemöglichkeiten, wie auch für die jeweiligen Aufgabenzuweisungen.

Prinzip: Sicherstellung der Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen

Gemeindefinanzen dauerhaft stabilisieren

Die aktuelle Haushaltssituation der Kommunen zwingt diese zu volkswirtschaftlich wie fiskalisch falschen Entscheidungen, um ihre Zahlungsfähigkeit zu erhalten bzw. nominell ausgeglichene Haushalte zu präsentieren. Der mittelfristige Effekt ist aufgrund der Finanzstruktur der Kommunen selbst allerdings genau der gegenteilige: Während bei den freien Mitteln beispielsweise der Jugend- und Sozialförderung, bei der Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung sowie in der Bauunterhaltung von Schulen, Gebäuden und Verkehrsinfrastruktur fleißig gegen den finanziellen Kollaps angespart wird, jagen gerade diese Maßnahmen in nur wenigen Jahren die Pflichtausgaben bei der wirtschaftlichen Sozial- und Jugendhilfe hoch, machen umfassende Renovierungen an Schulen und Straßen notwendig und wirken sich wirtschaftlich kontraproduktiv aus.

Notwendig ist die schnelle Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen. Schon im Haushaltsjahr 2006 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2008 müssen kalkulierbare Effekte eine solche Absicht für die kommunalpolitische Haushaltsaufstellung untermauern. Die zugesagten 2,5 Mrd. Euro aus der zurückliegenden Gemeindefinanzreform müssen sich dann in den kommunalen Haushalten niederschlagen.

Das gängige Verfahren, den Kommunen von Bund und Ländern die Finanzierung von allgemein gewünschten Programmen und Projekten zu übertragen, muss ein Ende haben. An seine Stelle muss die konsequente Einhaltung des sogenannten Konnexitätsprinzips, also des Grundsatzes, dass, wer eine Leistung bestellt, auch für die Leistung zahlt, treten. Neue Gesetzesvorhaben auch im Bereich von Standards sind gezielt daraufhin zu überprüfen. Dies gilt insbesondere auch für Gesetzesvorhaben im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, die direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Sozial- und Jugendhilfe haben. Die vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme sind so zu verbessern, dass die Sozialhilfe wieder auf ihre eigentliche, nachrangige Funktion, Verhinderung von Armut und Ausgrenzung sowie Hilfe für individuelle Notlagen, zurückgeführt werden kann.

Darüber hinaus schlagen wir Jusos vor:

- die Auflage eines kommunalen Zukunftsinvestitionsprogramms, das die Investitionskraft der Kommunen nachhaltig stärkt
- die Auflage eines Fonds „Ganztagsbetreuung“, der die heute notwendigen Investitionen und Betriebskosten für die Kleinkinderbetreuung (unter 3) trägt
- die Stärkung der Struktur- und Beschäftigungsförderung in den Regionen durch eine Aufstockung und Regionalisierung der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
- die Öffnung der gemeinderechtlichen Regelungen zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen mit dem Ziel, eine gleichberechtigte Teilnahme am Marktgeschehen zu erreichen
- die kommunalfreundliche Auslegung der Regelungen zur Haushaltswirtschaft durch die zuständigen Innenminister der Länder

Grundsätzlich wollen wir Jusos an dem bewährten Mischsystem der eigenen Kommunalsteuern ergänzt um Steueranteile an der Bundessteuern sowie die Zuweisungen insbesondere aus den Gemeindefinanzierungsgesetzen der Länder festhalten. Dieses System ist auch Ausdruck der vielfachen Auftragsverwaltung der Kommunen und Kommunalverbände für Bund und Länder.

Die eigene Steuerkraft der Kommunen muss vor diesem Hintergrund jedoch deutlich verbessert und Konjunkturunabhängiger gestaltet werden. Die Grundsteuer soll hierzu den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst und die Gewerbesteuer in eine kommunale Wirtschaftssteuer umgewandelt werden. Das jeweilige Hebesatzrecht verbleibt bei den Kommunen. Durch die Referenzsätze der Länder beim kommunalen Finanzausgleich wird ein ruinöser Steuersenkungswettbewerb weiterhin wirksam verhindert.

Das übrige Einkommen soll zukünftig sowohl bei natürlichen Personen, bei Personenunternehmen als auch bei Körperschaften einer kommunalen Wirtschaftssteuer unterliegen, die zeitgleich mit der Einführung des proportionalen Einkommensteuersatzes an die Stelle der bisherigen Gewerbesteuer treten kann. Sie wird dann additiv zur neuen Einkommenssteuer auf „übrige Einkommen“ bzw. auf die Betriebssteuer auf einbehaltene Gewinne erhoben

Damit wird die Bemessungsgrundlage für die kommunale Ertragsteuer in personeller und sachlicher Hinsicht verbreitert. Zusätzlich zu den Gewerbetreibenden wie Handwerkern, Einzelhändlern und Kapitalgesellschaften werden Land- und Forstwirte, Freiberufler und Vermieter in den Kreis der Steuerpflichtigen einbezogen.

Arbeitslöhne und Alterseinkünfte sowie die mit einer Abgeltungssteuer belegten Erträge aus Kapitalvermögen und Mieteinnahmen jenseits der Bagatellgrenze unterliegen dagegen nicht der Kommunalsteuer.

Die Bemessungsgrundlage orientiert sich primär am einkommen- bzw. körperschaftsteuerlichen Gewinn/Überschuss, muss aber um ertragsunabhängige Elemente ergänzt. Schuldzinsen werden generell hinzugerechnet. Damit wird grundsätzlich verhindert, dass der Steuerpflichtige seinem Unternehmen Eigenkapital zugunsten von Fremdmitteln entzieht.

Festsetzung und Erhebung entsprechen dem gegenwärtigen Verfahren. Der Messbetrag wird durch die Finanzämter festgesetzt, der jeweilige Hebesatz und die Steuer wird durch die Gemeinden festgesetzt und erhoben. Es ist im Interesse der ortsansässigen Wirtschaft, aber auch der betroffenen Kommune, dass diese bei der Steuererhebung von den ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, wie zum Beispiel in Krisenzeiten gebotenen Stundungen, zielführend Gebrauch macht. Die Entscheidungskompetenz ist in diesem Bereich zu recht dezentral angesiedelt.

Die Grundsteuer A für die Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen bleibt wie bisher bestehen. Einer Sonderregelung für land- und forstwirtschaftliche Wohnteile und Betriebswohnungen bedarf es zukünftig nicht mehr. Sie sollten den bebauten Grundstücken zugeordnet werden und wie diese der Grundsteuer B unterliegen.

Für die Grundsteuer B wird entsprechend dem bayrisch/rheinland-pfälzischen Regierungsvorschlag für die Finanzministerkonferenz der Bundesländer eine moderne Bemessungsgrundlage geschaffen. Diese basiert auf zwei Komponenten, und zwar einem Ansatz für den Grund und Boden und (soweit vorhanden) einem solchen für das Gebäude. Die Berücksichtigung des Grund und Bodens erfolgt auf der Grundlage der Bodenrichtwerte. Die Gebäude werden nach Gruppen differenziert und mit einer typisierenden Abstufung berücksichtigt.

Modernisierung der Finanzverwaltung

Mit der vorgeschlagenen Besteuerung von Arbeitseinkommen wird zum einen eine wesentliche Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens erreicht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wissen regelmäßig am 31. Dezember eines Jahres, welches Nettoeinkommen sie erzielt haben. Die Feinabstimmung im Veranlagungsverfahren beschränkt sich auf wenige Fallgruppen. Soweit danach eine Veranlagung weiterhin erforderlich bleibt, wird das Verfahren, beispielsweise der Steuererklärungsvordruck, deutlich vereinfacht ausgestaltet werden (s. Modellversuche in NRW).

Für die Steuerverwaltung ergibt sich daraus ein erheblicher Effizienzgewinn, weil Personal, das sich bislang mit Arbeitnehmerveranlagungen beschäftigen musste, frei wird. Dadurch können Schwarzarbeit, Steuermissbrauch, Betrug und Steuerhinterziehung besser bekämpft bzw. Betriebsprüfungen häufiger durchgeführt werden.



Verbraucherschutz und Gesundheit

H 1 - Kein Saale-Seiten-Kanal in Sachsen-Anhalt

Die Jusos sprechen sich gegen den Bau des geplanten Saale-Seiten-Kanals im Landkreis Schönebeck, Sachsen-Anhalt, aus. Die Jusos fordern daher die Streichung des Projektes aus dem Bundesverkehrswegeplan.

Begründung:

Rückblick:

Die Binnenschifffahrt verlor in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten rapide an Bedeutung. Über 80 Prozent des gesamten deutschen Güteraufkommens auf dem Binnenschiff werden allein auf dem Rhein transportiert. Das Transportaufkommen auf der Saale brach, nachdem Ende der dreißiger Jahre noch fast eine halbe Million Tonnen pro Jahr zwischen Saale und Elbe transportiert wurden, auf wenig mehr als 20000 Tonnen pro Jahr ein. Im Hafen Halle werden pro Monat noch 1,5 Schiffe entladen. Ursache dieses Rückganges sind angeblich die letzten 20 Kilometer vor der Mündung. „Nicht schiffbar“ lautet das Argument, welches von den Ausbaubefürwortern immer wieder ins Feld getragen wird. Dabei wurde der untere Saaleabschnitt letztmalig in den 60er Jahren ausgebaut, die bis dahin engen Kurven an die Bedürfnisse von 80-Meter-Schiffen angepasst. Das Güteraufkommen sank trotz solcher Maßnahmen kontinuierlich weiter.

Die Situation:

Ein Ausbau des unteren Saalelaufes auf dem Niveau des mittleren Wasserstand der Elbe von 1,60 Metern (so im Bundesverkehrswegeplan gefordert) bedeutet, dass trotz des Kanals Europaschiffe (benötigt 2,50 Meter Wassertiefe) die Saale nur an wenigen Tagen im Jahr mit voller Ladung anlaufen könnten. Für Schiffsführer, die im Wettbewerb mit Straße und Schiene unter erheblichem Preisdruck und vor allem Preisverfall leiden, sind derartige Strecken nicht rentabel zu betreiben. Hinzu kommt, dass die Anbindung an das internationale Wasserstraßennetz nur über die Elbe nach Magdeburg erfolgen kann. Diese bietet aber vor allem in den Sommermonaten nicht ausreichend Wasser, um Schifffahrt zu betreiben (Pegelstand im August 2003: zwischen 50 und 60 Zentimeter). Abhilfe kann hier nur ein milliardenschwerer Ausbau der Elbe bringen, welcher aber aus finanzieller Sicht nicht realisierbar und auch nicht sinnvoll ist, das größte zusammenhängende

Auenwaldgebiet Mitteleuropas vernichten würde und nicht zuletzt auch aus diesen Gründen im Koalitionsvertrag von 2002 kategorisch ausgeschlossen wurde.

Ohne Elbausbau, so aber der Bundesverband der Deutschen Binnenschiffer, ist ein Ausbau der Saale nicht sinnvoll.

Folgen:

Der Bau des Saale-Seitenkanals würde mit mindestens 80 Millionen Euro zu Buche schlagen. Das Nutzen-Kosten-Verhältnis für das Projekt wurde bisher noch nicht veröffentlicht – alten Zahlen lag die Annahme des Elbausbaus zu Grunde, wobei der NK-Faktor (nur Saale ohne Kosten der Elbe) gerade einmal 2,7 erreichte. Ob die veranschlagten Kosten zu halten wären, ist fraglich. Bei Tornitz müsste der Kanal durch oder um einen Kiessee geführt werden, welcher in den ursprünglichen Planungen nicht in seinen tatsächlichen Ausdehnungen berücksichtigt wurde.

Durch die Eintiefung der letzten zwei Saale-Kilometer vor der Mündung würde das dort bestehende FFH-Schutzgebiet in seinem Bestand zumindest beeinträchtigt werden.

Durch den Kanal würde des weiteren eine zukunftsfähige Hochwasserschutzplanung durch Deichrückverlegungen und Schaffung von Überflutungsräumen im Bereich der Stadt Barby vereitelt und unmöglich gemacht werden. Beim Hochwasser 2002 war diese Stadt aber durch ihre exponierte Lage an der Saalemündung besonders betroffen – das Wasser stand bis fünf Zentimeter unterhalb der Deichkrone, Grundwasser überflutete zahlreiche Straßen der Stadt.

Durch den Kanal-Bau zudem würde der bereits bestehende und ebenfalls aus Steuergeldern finanzierte Transportweg der Bahnlinie Halle-Magdeburg weiter unter Druck gesetzt. Bereits jetzt gibt es auf diesem Weg, der europäische Anbindungen ermöglicht, ausreichend Kapazität, um das veranschlagte Güteraufkommen von der Saale sofort zu übernehmen.

Ausblick:

Dass der Bau des Kanals das erhoffte Güteraufkommen von 1,7 Mio. t/a (Zahlen Planco unter Annahme des Elbausbaus) erbringt, bleibt eher zweifelhaft. Zahlen von Ausbaulobbyisten von bis zu 4 Mio. t/a erscheinen vor den

geschichtlichen Zahlen der Saale illusorisch und beruhen auch nicht auf wissenschaftlichen Erhebungen. Aber nur unter Annahme dieser Transportmengen wäre der Kanal überhaupt eine ansatzweise sinnvolle Investition – ein Erreichen der Transportzahlen von nur knapp einer halben Million t/a bedeutet einen NK-Faktor von rund eins: unwirtschaftlich. Da der Gütertransport auf der Saale zudem eine Einbahnstraße würde – Güter werden aus der Region weggebracht, aber kaum angeliefert – ist es fraglich, ob sich für privatwirtschaftlich arbeitende Schifffahrtsunternehmen ein Engagement auf dem Fluss überhaupt lohnt.

Ein andere Punkt muss des weiteren mit in Betracht gezogen werden. Nach einer aktuellen Studie des renommierten Potsdamer Institutes für Klimaforschung (PIK) wird sich das Klima im Bereich Brandenburgs und Sachsen-Anhalts in den nächsten 50 Jahren rapide ändern.

Die Jahresniederschlagsmengen werden abnehmen und vor allem in den Sommern ist mit großen Dürreperioden wie in diesem Jahr zu rechnen. Vor diesem Hintergrund wird von den Wissenschaftlern des PIK das Austrocknen der Flüsse wie Elbe, Havel und Saale in den Sommermonaten prognostiziert.

Gleichzeitig werden aber unwetterartige Hochwasser wie im August 2002 häufiger auftreten – Hochwasserschutz ist also dringend notwendig.

Daraus folgt:

Der Bau des Saale-Seiten-Kanals ist kein Garant dafür, dass eine Umverlagerung des Güterstromes im großen Stil weg von der Straße erfolgt. Die Wirtschaftlichkeit des Projektes bleibt vor unzureichenden Zahlen mehr als fraglich. Der Bau des Kanals macht modernen Hochwasserschutz im Mündungsbereich der Saale nur noch eingeschränkt möglich. Vor dem Hintergrund aktueller Klimaprognosen und den damit zu treffenden Entscheidungen für eine zukunftsorientiert Fluss- und Wasserhaushaltspolitik erscheint der Kanal als unsinnig. Daher ist das Projekt abzulehnen.

H 2 - Bahn 2010 – Wie weiter?

Die Jusos fordern, dass die Bundesrepublik Deutschland als Haupteinteilseigner der Bahn ein Konzept für den effizienten Gütertransport auf dem Schienenweg aufstellt. Hierfür ist es notwendig, die Zahl der Güterumschlagpunkte der Bahn wieder zu erhöhen. Gleichzeitig ist entlang der Hauptwarenströme über den Neubau zweigleisiger Güterzugverbindungen nachzudenken. Dies kann auch durch Reaktivierung bereits stillgelegter Streckenabschnitte geschehen.

Außerdem ist ein Gesamtkonzept für einen Point-to-Point-Transport auch kleiner Gütermengen auf dem Schienenwege zu erstellen.

Begründung:

Seit dem 1. Mai ist die Europäische Union um zehn neue Mitglieder gewachsen. Dies bedeutet nicht nur neue gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Mit der EU-Osterweiterung werden vor allem auch die Warenströme von Ost nach West und von West nach Ost stark zunehmen.

Gütertransporte werden in der jetzigen Zeit mehr und mehr mittels LKW erledigt. Die Osterweiterung stellt (Ost-) Deutschland damit vor eine große Herausforderung: lediglich zwei reine Ost-West-Autobahnen gibt es. Diese werden auf absehbare Zeit zu Nadelöhren werden, unter der Last der Warenströme ersticken.

Wasserstraßen als Alternative zu nutzen, ist im Osten nicht möglich, denn es gibt schlicht keine Flüsse, die in entsprechender Richtung verlaufen. Einzig die Elbe würde als Transportweg von Tschechien in Richtung Hamburg noch möglich erscheinen. Jedoch handelt es sich bei der Elbe um einen natürlichen Niedrigwasserfluss, der die für wirtschaftliche Binnenschifffahrt notwendige Wassertiefe nicht bieten kann, wie das Umweltbundesamt unlängst feststellte. Auch ein milliardenschwerer Ausbau könnte hieran langfristig nichts ändern, weisen doch die Forscher des Potsdamer Institutes für Klimaforschung seit langem darauf hin, dass das Klima in Ostdeutschland auf absehbare Zeit trockener wird, im Sommer fast austrocknende Flüsse zur Normalität werden können. Doch ohne Wasser ist Schifffahrt nicht möglich – eine Nutzung des Binnenschiffsweges ist daher abzulehnen.

Die einzige Möglichkeit, um Waren abseits des LKW auf der West-Ost-Route zu transportieren, liegt hiermit bei der Bahn. Diese hat auch entsprechend ausgebaute Neubaustrecken zur Verfügung – jedoch stehen diese Strecken primär dem Personenverkehr offen; Gütertransporte finden, wenn überhaupt, nur in den Nachtstunden statt. Gleichzeitig werden alte Strecken wie beispielsweise die sogenannte „Kanonenbahn“ von Berlin nach Kassel stillgelegt. Der Effekt: das Güteraufkommen der Bahn ist seit Jahren rückläufig. Das muss sich ändern!

H 3 - Sicherheitskontrollen bei LKW und Kleintransporter

In Zukunft sollen vermehrte Sicherheitskontrollen für gewerblich genutzte LKW – und Kleintransporter stattfinden.

H 5 - RFID-Technologie gesetzlich regeln

Die Jusos fordern eine strikte gesetzliche Regelung für die Verwendung von sogenannten „RFID-Etiketten“ (Radio Frequency IDentification). Die Industrie möchte diese Chips zur Warenmarkierung einsetzen und nicht sichtbar an nahezu allen Produkten und/oder deren Verpackungen anbringen. Wir sehen durch die Ersetzung des bisherigen Barcodes mit dieser Technologie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gefährdet, da diese versteckten Chips unbemerkt an jedem Ort durch versteckte Lesegeräte ausgelesen werden können. Diese Art der Verwendung muss deshalb verboten werden.

Andere Formen der Anwendung müssen offen und transparent ablaufen. Es muss für diejenigen, die mit dieser Technologie konfrontiert werden problemlos in Erfahrung zu bringen sein, welche Daten wo und wie erhoben werden und mit welchen Daten diese in Verbindung gebracht werden. Außerdem muss jeder Gegenstand, der RFID-Etiketten enthält, und jedes Lesegerät gut sichtbar gekennzeichnet sein.

In eine gesetzliche Regelung muss außerdem einbezogen werden, dass Chips, die neben einer rein abstrakten, numerischen Information auch andere Daten senden nur unter besonderen Auflagen hergestellt werden dürfen. Etiketten, die sensible Daten unverschlüsselt in die weite Welt hinausenden, wie z.B. das SchokoTicket des VRR (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) tut, müssen umgehend verboten werden.

Begründung:

Mit Hilfe der neuen „RFID“ Technologie können Chips ohne Stromquelle Daten per Funk übertragen. Die Industrie macht den Verbrauchern diese Art der Kennzeichnung u.a. als eine bequemere Alternative zum bisher eingesetzten Barcode schmackhaft. An der Kasse müssten die Produkte nicht mehr aus dem Einkaufswagen genommen werden, sondern könnten in diesem verbleiben und per Funk gescannt werden. In der Tat erlaubt die neue Technik aber ungeahnte Möglichkeiten der Spionage von BürgerInnen und VerbraucherInnen. Hauptunterschied zur bisherigen Produktauszeichnung ist die Tatsache, dass das Auslesen dieser Daten ohne Kenntnis der/des Inhaberin/Inhabers des Etiketts an jedem Ort und über mehrere Meter Entfernung geschehen kann. Dadurch könnte ein/e KundIn bereits beim Betreten des Ladens gescannt werden um herauszufinden, welche Waren sie/er bei sich trägt. Falls sie/er auch noch eine Kundenkarte dieses Ladens besitzt, die ebenfalls einen solchen Chip trägt, kann gleich abgeglichen werden, was sie/er bisher gekauft hat. Dadurch kann sie/er bei seinem Einkauf gezielt manipuliert werden.

Doch auch andere Blüten treibt der momentane Wildwuchs dieser Techniken. Jüngstes negativ-Beispiel ist die Verwendung ähnlicher Chips im SchokoTicket des VRR, eine Fahrkarte die im Rhein-Ruhrgebiet ein Großteil der SchülerInnen mit sich trägt. Bei einem Experiment mit RFID-Chips in Kleidungsstücken eines Neusser Einzelhandelsgeschäfts erschienen bei einem der Techniker zwischen den erwarteten Identifikationsnummer auch Vor- und Nachnamen, Anschrift, ja sogar Schulen. Schnell wurde klar, dass diese von ahnungslosen SchülerInnen mit SchokoTicket in der Tasche ausgesendet wurden. Gerade dieser sehr drastische Fall macht deutlich, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Der gläserne Mensch, den sich die Wirtschaft so sehr wünscht, könnte mit dieser Technik Wirklichkeit werden, sollte die Politik es auch hier wieder versäumen zu handeln.

H 6 - Kennzeichnung des Kaloriengehalts von Lebensmitteln im Sinne des Verbraucherschutzes

Im Sinne des Verbraucherschutzes und der Verbraucherinformation fordern wir für alle im europäischen Handel erhältlichen Produkte eine umfassende Kennzeichnungspflicht der Kalorien und Fettgehalte sowie aller Inhaltsstoffe.

Begründung:

Verbraucherschutz hat in der vergangenen Jahren sowohl in Deutschland als auch in der europäischen Union zu Recht erheblich an Bedeutung gewonnen. Integraler Bestandteil ist die Information und Aufklärung des Verbrauchers über die am Markt verfügbaren Produkte und mögliche „Nebenwirkungen“ ihres Gebrauchs. Die Auszeichnung insbesondere des Kaloriengehalts von Lebensmitteln findet bislang weitgehend nur bei solchen Produkten statt, die ohnehin auf die Anforderungen gesundheitsbewusster Ernährung zugeschnitten sind. Der Kalorien- und Fettgehalt von Lebensmitteln ist für den Verbraucher von ebenso großer Bedeutung wie die Information über die Inhaltsstoffe. Er stellt einen Beurteilungsmaßstab dar, der weitgehend bekannt ist und an dem die Güte von Lebensmitteln hinsichtlich bestimmter Anforderungen schnell und eindeutig gemessen werden kann. Daher ist seine Auszeichnung auf der Produktverpackung eine wichtige Maßnahme zur umfassenden Information der Verbraucher.

H 7 - Weitere Kennzeichnung von Gentechnik per Gesetzesbeschluss für Fleisch, Milchprodukte, Kosmetika und Medikamente

Wir fordern die Europäische Kommission, den Europäischen Rat und das Europaparlament sowie die deutsche Bundesregierung auf, umgehend dafür zu sorgen, dass eine Kennzeichnungspflicht für jedwede Produkte eingeführt wird, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten. Dieses gilt insbesondere auch für Fleisch, Milchprodukte, Kosmetika und Medikamente.

Begründung:

Ziel soll die Stärkung des Verbraucherschutzes sein, denn der Käufer hat damit die Wahl, ob er gentechnisch veränderte Produkte kaufen will oder nicht. 60 % der Deutschen wollen laut Umfragen keine gentechnisch veränderten Produkte essen.

Alle ab dem 18.04.2004 hergestellten Lebensmittel müssen, abgesehen von Fleisch und Milchprodukten, wenn ein einzelner Bestandteil mehr als 0,9 % des Produkts ausmacht, der gentechnisch verändert wurde, als gentechnisch veränderte Produkte gekennzeichnet werden. Das heißt, das rund 80 Prozent der GVO nicht erfasst werden, da sie über Futtermittel in die Nahrungskette gelangen. Ein Zustand, der umgehend abgestellt werden muss.

H 8 - Bessere Kontrolle der Abgabe von alkoholischen Getränken

Wir fordern die Bundesregierung auf,

1. eine Kennzeichnungspflicht für alle Getränke einzuführen, die nicht an Jugendliche unter 18 Jahren abgegeben werden dürfen,
2. jegliche Weitergabe von alkoholischen Getränken an Jugendliche mit einem bußgeldbewehrten Verbot zu belegen, soweit die kommerzielle Abgabe bereits untersagt ist,
3. eine Verpflichtung einzuführen, dass jegliche Werbung für alkoholische Getränke von einem Warnhinweis über die Gefahren des Alkoholkonsums begleitet wird.

Wir fordern alle politischen Akteure auf, die Bemühungen um Aufklärung bezüglich der Gefahren des Alkoholmissbrauchs durch Kinder und Jugendliche zu verstärken.

Einer stärkeren Besteuerung von branntweinhaltigen Getränken zur Reduzierung des Konsums stehen wir aufgeschlossen gegenüber und fordern die Bundesregierung auf, eine Regelung zu treffen, die eine drastische Verteuerung dieser Produkte bewirkt.

Begründung:

In jüngerer Zeit ist eine intensive Debatte über die Gefährlichkeit von sogenannten Alcopops entfacht worden.

Anlass dafür ist die dramatisch steigende Zahl an Jugendlichen mit erheblichen Alkoholproblemen. Dieses zeigt sich vor allem in der wachsenden Inanspruchnahme von Suchtprogrammen und –Beratungsstellen durch Jugendliche sowie der vermehrten Fälle von Alkoholvergiftungen, die stationär behandelt werden müssen. Dabei spielen die sogenannten Alcopops aus unserer Sicht eine ursächliche Rolle.

Alcopops sind branntweinhaltige Getränke, die durch Beigabe von Zucker, Aromen und Kohlensäure auf einen Limonadengeschmack gebracht werden. Zielgruppe dieser am Markt relativ neuen Produkte sind insbesondere Kinder und Jugendliche, die der Alkoholgeschmack vom Konsum von Bier und Wein zurückschrecken lässt. Mittels einer zielgruppenorientierten Werbung – es gab zeitweise sogar eine Kid's Page auf der Homepage eines solchen Produkts – und eines von normaler Limonade kaum zu unterscheidenden Designs (Gestaltung der Flaschen, farbliche und geschmackliche Gestaltung der Getränke) sollen die jungen Konsumentinnen und Konsumenten frühzeitig an den Konsum von Alkohol gewöhnt werden.

Neben der offensichtlichen Gefahr der akuten Alkoholvergiftungen in Folge übermäßigen Konsums besteht durch dieses Marketing auch eine erhöhte Gefahr des regelmäßigen Konsums, wobei die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Eltern sich durch das Design von der Suchtgefahr ablenken lassen.

Die Vermarktung von Alcopops ist Ausdruck eines skrupellosen profitorientierten Kapitalismus. Zwar wurde bisher vielfach vermutet, dass die Industrie bewusst auf das heimliche Süchtigmachen der Konsumenten setzt, um eine hohe Produktbindung zu erreichen, jedoch fand dieses nirgends so unverfroren statt, wie bei den Alcopops.

Damit stellen die Alcopops auch eine neuartige und größere Gefährdung dar, als dieses bei bisherigen „süßen“ Alkoholika (Cocktails, kleine Feiglinge etc.) der Fall war.

Es ist damit festzustellen, dass die besondere Kritik an den Alcopops durchaus berechtigt ist. Dabei sollte jedoch nicht übersehen werden, dass der Missbrauch von Alkohol durch Kinder und Jugendliche auch vorher schon ein großes Problem darstellte.

Um die Konsummöglichkeiten einzuschränken, ist jedes Getränk, das nicht an Jugendliche abgegeben werden darf (dazu gehören als branntweinhaltige Getränke schon jetzt alle Alcopops), deutlich zu kennzeichnen, beispielsweise mit einer breiten roten Banderole.

Damit wird die Umsetzung des Verkaufsverbotes insofern erleichtert, als die Verkäuferinnen und Verkäufer leicht erkennen können, was sie nicht an Jugendliche abgeben dürfen.

Problematisch ist aber auch die unkontrollierte Weitergabe von Alkoholika durch Erziehungsberechtigte sowie durch junge Erwachsene, die die Gefährdung der Jugendlichen falsch einschätzen und missverstandene Solidarität üben. Daher ist auch hier diese mit Bußgeldern zu ahnden. Dabei soll die einfache Regel gelten, dass Alkohol an diejenigen weitergegeben werden darf, der ihn auch kaufen dürfte, also beispielsweise Bier an Jugendliche ab 16 und beispielsweise Alcopops nur an Erwachsene.

Weiterhin ist die Werbung zu kontrollieren. Dabei sollte ein Warnhinweis ähnlich den aus der Tabakwerbung bekannten genügen, zumal beispielsweise Verbote von Werbung, die sich an Kinder richtet schwer durchzusetzen sind.

Die Aufklärungsarbeit, die schon stattfindet, sollte natürlich weitergeführt und ausgebaut werden, da eine vernünftige Suchtpolitik sich nicht allein auf Repression und Regulierung sondern vorrangig auf Einsicht stützen sollte.

Die Erfahrungen in der Schweiz haben gezeigt, dass eine höhere Besteuerung von Alcopops den Konsum gerade durch Kinder und Jugendliche erheblich reduzieren kann.

Schließlich müssen wir als Jusos als Vorbild voran schreiten. Daher sollen bei Veranstaltungen der Jusos (LDK, Jungwählerfeiern, Band Battle etc.) keine branntweinhaltigen Getränke ausgeschenkt werden.

H 10 - Erstellung einer Positivliste

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in das Arbeitsprogramm des, im Rahmen der Gesundheitsreform 2003, neu zu gründenden `Institutes für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen´ die Erstellung einer Positivliste aufzunehmen.

Diese Positivliste muss ein wesentliches Instrument zur Rationalisierung der Arzneimitteltherapie bei steigender Leistungsfähigkeit der Gesundheitsversorgung werden.

Begründung:

In den Eckpunkten zur Gesundheitsreform ist festgehalten, dass das `Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen´ damit beauftragt werden kann, eine Bewertung des Nutzens von Arzneimitteln vorzunehmen. Diese Bewertung entspricht der Stoßrichtung einer Positivliste. Allerdings reichen die Bewertungen einer solchen Liste noch weiter. Hier wird nämlich zusätzlich noch die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der geprüften Arzneimittel bewertet. Damit kann verhindert werden, dass neue Arzneimittel auf den Markt gebracht haben, die inhaltlich und therapeutisch identisch mit Vorgängerprodukten sind, aber durch einen längeren Entwicklungszeitraum teurer in ihrer Produktion. Diese unnötigen Mehrkosten entstehen dem gesamten Gesundheitssystem ohne eine wirkliche Verbesserung der Patientensituation zu erbringen.

Nach den vorläufigen Finanzdaten der gesetzlichen Krankenversicherung sind die Ausgaben für die Arzneimittelversorgung im Jahr 2002 wiederum überproportional um fast fünf Prozent gestiegen. Dafür gibt es im Wesentlichen keine medizinischen Gründe – auch wenn dies immer wieder behauptet wird. Grund für die Ausgabensteigerungen ist viel mehr, dass zu oft hochpreisige Arzneimittel mit unklarem therapeutischen Nutzen verordnet werden. Dies gilt in gleicher Weise für Originalpräparate wie für Generika.
(Pressemitteilung vom BMGS am 23.04.2003)

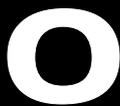
H 11 - Übernahme der Kosten für Antibabypillen durch die Krankenkasse

Die Krankenkassen müssen die Kosten für Antibabypillen für Frauen vollständig übernehmen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um eine kostenfreie Abgabe von Präservativen in Apotheken zu ermöglichen.

Begründung:

Um ungewollten Schwangerschaften besser vorzubeugen und folglich Abtreibungen auch zu vermeiden, sollte die Antibabypille künftig vollständig von der Krankenkasse finanziert werden. Für viele Schülerinnen, Auszubildenden und Studentinnen ist der regelmäßige Kauf einer Antibabypille finanziell nicht zumutbar.



Organisationspolitik

O 1 - Stärkung der Mitwirkungsrechte von Juso-Nichtmitgliedern

Seit 1994 ist die Mitarbeit von Nichtmitgliedern mit vollen Mitwirkungsrechten bei den Jusos möglich. Sie ist inzwischen fester Bestandteil des Organisationsalltags in allen Gliederungen. So hat die im Jahr 2001 durchgeführte Potenzialanalyse ergeben, dass die NMT mit durchschnittlich einem knappen Viertel einen bedeutenden Anteil der Aktiven auf der lokalen Ebene stellen.

Der Bundesvorstand ist vom Bundeskongress 2003 in Bremen aufgefordert worden, dem Bundeskongress 2004 einen Entwurf für eine Neufassung der im Organisationsstatut der SPD [§ 10 (2)] festgeschriebenen Arbeitsregelung für Nichtmitglieder mit Teilrechten (NMT) in der Arbeitsgemeinschaft der JungsozialistInnen vorzulegen.

Die Prüfung des Status quo bei der Verwaltung der NMT hat dabei jedoch eine große Baustelle offenbart:

- Die parallele Erfassung und Pflege der Daten der NMT auf verschiedenen Organisationsebenen (lokale Mitarbeiterebene, Unterbezirksebene als in der Regel parteiintern mit der Datenpflege beauftragte Ebene, Juso-Bezirke und -Landesverbände sowie Bundesverband) hat seit Bestehen der Regelung 1994 einen in keiner Weise miteinander kompatiblen Datenbestand hervorgerufen. Dies ist einer von vornherein strukturell unübersichtlich angelegten, parallelen Datenerfassung und -pflege auf unterschiedlichen Gliederungsebenen geschuldet.
- Die von Seiten des Juso-Bundesverbandes an den Parteivorstand und an die Organisationskommission der SPD herangetragene Prüfung, inwiefern auf dieser Grundlage eine Ausweitung der Mitgliedsrechte z.B. durch eine Einbeziehung in die Berechnung zu Delegiertenschlüsseln für Kongresse und Konferenzen möglich ist, hat gezeigt, dass dies auf der Grundlage des nicht belastbaren Datenbestands und der in der Organisation höchst unterschiedlichen Form der Datenpflege auszuschließen ist.

Da zudem die organisationspolitische Diskussion der SPD insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2003 durch die aktuelle Mitgliederentwicklung geprägt wurde, gab es an dieser Stelle bislang noch keine weiterführenden Beratungen.

Von Seiten des Juso-Bundesvorstandes wird daher nun eine gemeinsame ad-hoc-Gruppe aus VertreterInnen des Bundesvorstandes und interessierten VertreterInnen der Juso-Landesverbände und -Bezirke gebildet, die

1. bis Ende 2004 einen Verfahrensvorschlag für den Umgang mit den bisher vorliegenden NMT-Daten auf den unterschiedlichen Ebenen unterbreitet und
2. einen Entwurf für eine künftige Regelung entwickelt, die
 - a) eine Mehrfacherfassung von NMT-Daten ausschließt,
 - b) ein größeres Maß an Verbindlichkeit garantiert (z.B. Abmelden bei Wegzug oder Aufgabe des Engagements etc.) und
 - c) ein klares, u.a. zeitlich definiertes Verfahren für die Anerkennung der Mitarbeitenden und ihre verlässliche Datenerfassung bietet.

Eine solche Neuregelung ist dabei in jedem Fall – nach dem organisatorischen "Desaster" der Regelung von 1994 – eng mit den für die Organisationspolitik und Datenpflege in der SPD zuständigen Stellen abzustimmen, um ein praktikables, transparentes und verlässliches Verfahren zur Einbeziehung der NMT in die Arbeit der Jusos zu gewährleisten.

Hierzu ist eine Novellierung der Arbeitsregelung für Mitglieder mit Teilrechten von den Jusos bereits als Agendapunkt für die vom SPD-Parteivorstand im Frühjahr 2004 eingerichtete Arbeitsgruppe "Moderne Mitglieder- und Volkspartei" benannt worden.

Von daher empfiehlt der Bundesvorstand, den Ausgang der o.g. Beratungen abzuwarten und vor allem eine mit dem SPD-Parteivorstand und der Organisationskommission der SPD abgestimmte Neufassung des entsprechenden Passus' im Organisationsstatut zu erarbeiten. Über den Fortgang dieses Prozesses mit der Zielsetzung einer Beschlussfassung durch den Juso-Bundeskongress 2005 wird der Juso-Bundesausschuss ebenso wie der Organisationskommission der Jusos regelmäßig durch den Juso-Bundesvorstand informiert.

O 6 - Vereinbarkeit von gleichzeitiger Mitgliedschaft bei den Jusos in der SPD und in einer studentischen Korporation

Der SPD-Parteivorstand richtet umgehend eine ad-hoc-Arbeitsgruppe ein, die die Vereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in studentischen Korporationen und in der SPD bzw. bei den Jusos prüft und einen Bericht zum nächsten ordentlichen SPD-Bundesparteitag vorlegt sowie eine organisationspolitische Beschlussempfehlung zu diesem Datum vorbereitet.

Die AG soll im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit der Mitgliedschaft in der SPD die innere Verfasstheit und die Programmatik einzelner Korporationen sowie ihrer Dachverbände prüfen.

Begründung:

Die kontroverse Diskussion um studentische Korporationen an den Hochschulen ist immer noch lebendig. Dabei versuchen insbesondere die Jusos als meist einzige sozialdemokratische Organisation innerhalb der Universität, auch vor Ort über das reaktionäre Gesellschaftsbild solcher Korporationen aufzuklären.

Trotz aller Bemühungen um Information entstehen jedoch häufig Situationen, in denen Mitglieder hochproblematischer Burschenschaften und Korporationen, deren Inhalte dem SPD-Grundsatzprogramm diametral entgegenstehen, für Kandidaturen nominiert oder gewählt werden.

Wir sind uns bewusst, dass es durchaus Unterschiede zwischen den einzelnen Verbindungen gibt. Deswegen gibt es aktuellen Klärungs- und Handlungsbedarf, denn prinzipiell halten wir eine Mitgliedschaft von Korporationsstudierenden für unvereinbar mit den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Zwar sind die Organisationsformen der Korporationen verschieden.

Dennoch haben sich im „Bonner Papier“ von 1980 fast alle Korporationsverbände der Bundesrepublik zur gemeinsamen politischen Arbeit an den Universitäten verpflichtet. Das heißt, dass jede dieser Verbindungen Rechtsextremisten als Bündnispartner ansieht und behandelt.

Zentral für unsere Argumentation sind folgende Aspekte, die nicht alle gleichzeitig auf jede Korporation zutreffen müssen:

Elitförderung und Seilschaften: Korporationen vertreten die Auffassung, dass nur durch den Lebensbund, dessen zentrale Funktion die Reproduktion gesellschaftlicher Eliten ist, wirkliche Akademiker und Akademikerinnen hervorgebracht würden. Diese Auffassung steht in eindeutiger Konkurrenz zur Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung. Die Wirksamkeit von allen Verbindungen beruht auf ihrer elitären Grundkonzeption. Der von ihnen proklamierte "Bund fürs Leben" heißt nichts anderes, als dass ältere Verbindungsmitglieder, die in höhere gesellschaftliche Positionen gelangt sind, Nachwachsende protegieren und ebenfalls in höhere Positionen hieven. Wie weit dieses Netz gespannt ist, lässt sich an den Beispielen der Finanzaffären des ehemaligen Berliner Regierendenbürgermeisters Diepgen (CDU) und seines Parteifreundes und ehemaligen Bundesinnenminister Kanther aus Hessen nur erahnen. Dieses System funktioniert aber nur solange, wie gesellschaftliche Entscheidungen noch durch kleine Eliten anstatt durch Beteiligung aller Menschen getroffen werden.

Ungleichbehandlung: Frauen oder Männer werden oft in Korporationen wegen ihres Geschlechts strukturell benachteiligt, oder die Korporationen pflegen ein Frauenbild, welches unserem emanzipativen Weltbild entgegensteht. Für viele Korporationen sind rassistische Kriterien, Nationalität, sexuelle Orientierung, Religion oder die Wehrdienstverweigerung Ausschlusskriterien für eine Aufnahme

Undemokratische Struktur: Für Korporationen gilt das Strukturprinzip der „Hierarchisierungsgemeinschaft“ und somit ist das Untertanenprinzip „nach oben buckeln, nach unten treten“ umfassende Lebenspraxis. Die Juso-Hochschulgruppen sind dagegen überzeugt von der Gleichheit aller Menschen, was sich in dem Kampf für die Schaffung einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft äußert.

Geschichtsrevisionismus: Korporationen treten oft geschichtsrevisionistisch auf. Zum Beispiel sehen sie sich in fortschrittlicher Tradition, gerieren sich oft als Opfer des Faschismus und leugnen dabei ihre aktive Rolle bei der Absicherung der Machtübertragung. Insbesondere die in der Deutschen Burschenschaft organisierten Korporationen sehen die deutsche Nation als unabhängig von ihren staatlichen Grenzen existent an und erheben gebietsrevanchistische Ansprüche.

Brauchtum: Der Anspruch vieler Korporationen, durch Brauchtum und Rituale Wertvorstellungen zu tradieren und auf diese Weise ihre Mitglieder einer unterschweligen Form der Erziehung zu unterziehen, kann mit „Befehl und Gehorsam“ überschrieben werden. Mit Hilfe des Brauchtums soll die Individualität des/der Einzelnen untergraben werden.

Die SPD-Bildungsreformen in den 70er Jahren und die Ansätze zur verbesserten sozialen Absicherung seit 1998 waren und sind unter dem Anspruch der Chancengleichheit und des politisch-emanzipatorischen Bildungsanspruchs durchgeführt worden. Diese Ideen sind gesellschaftsfähig und müssen fortschrittlich ausgebaut werden.

Angeichts der Krise auf dem Arbeitsmarkt haben jedoch selbst viele angehende AkademikerInnen Zukunftsängste, vor deren Hintergrund Verbindungen Studierende mit Versprechungen von Gemeinschaft und Elitenbildung anlocken können und konkret mit billigen Wohnmöglichkeiten und beruflicher Protektion werben.

Fortschrittlicher Gegenpol zu den Strukturen der Verbindungen, die soziale Absicherung gegen Unterordnung bieten, sind und waren in Deutschland die Studentenwerke. Sie sorgen ohne Lebensbundprinzip und elitäre Erziehung für bezahlbaren Wohnraum und die sozialen Belange der Studierenden. Wir Jusos sprechen uns daher auch in diesem Zusammenhang gegen die Kürzungen bei den Studentenwerken aus. Sie sind wichtiger Bestandteil einer demokratischen Universität.

Als Jusos verurteilen wir die reaktionären Ideen der Burschenschaften und sämtlicher anderer national-konservativer Verbindungen. Wir stehen für Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht, Nationalität und ethnischem, kulturellen oder sozialem Hintergrund.

Wir wenden uns entschieden gegen die Ausgrenzung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und gegen Intoleranz in jeder Form.

R

Resolutionen

R 1 - 100 Jahre ArbeiterInnenJugendbewegung – Gerecht weiter denken – wer, wenn nicht wir?

1. Geschichte

In diesem Jahr feiern wir Jusos die den Beginn unserer politischen Bewegung: 100 Jahre Arbeiterjugendbewegung.

Von den Anfängen der Arbeiterjugendbewegung bis zu den Jungsozialisten in der SPD von heute ist es eine mehr als 100 Jahre lange bewegte Geschichte. Wir sind überzeugt: Nur wer seine eigenen Ursprünge kennt und sich zu seiner Geschichte bekennt, kann die Zukunft selbstbewusst und verantwortungsvoll gestalten.

Die ArbeiterInnenbewegung hatte sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland etabliert, verfügte über verschiedene Organisationen, Einrichtungen im Sport- und Freizeitbereich und richtete sich in einem stabilen Milieu ein. Zu diesem Zeitpunkt beginnt die Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Als offizielles Gründungsdatum gilt das Jahr 1904.

Die Gründe für die Entstehung einer proletarischen Jugendbewegung sind vor allem in den Umständen zu suchen, unter denen die ArbeiterInnenschaft und insbesondere jugendliche ArbeiterInnen am Anfang des 20. Jahrhunderts leiden mussten: also die extrem schlechten Arbeits- und somit auch Lebensverhältnisse. Als konkreter Auslöser der Bewegung gelten die besonders unwürdigen Arbeitsbedingungen der Lehrlinge, denn gerade sie fanden sich als erste in den Arbeiterjugendbildungsvereinen zusammen. Im Jahr 1904 sind dabei die ersten Schritte hin zu einer organisierten sozialistischen Arbeiterjugendbewegung gemacht worden. Im Norden und im Süden Deutschlands haben sich Arbeiterjugendliche in Vereinigungen zusammengefunden. Sie hatten bereits in diesem frühen Stadium ihrer Existenz mit heftiger Gegenwehr von staatlicher Seite zu kämpfen: Veranstaltungen der Arbeiterjugend wurden überwacht und willkürlich verboten. Die Reaktion des Staates gipfelte im 1908 erlassenen Reichsvereinsgesetz, welches Personen unter 18 Jahren ein politisches Mitwirken in Vereinen grundsätzlich verbot. Um dieses zu umgehen, begab man sich u.a. in die Jugendpflege der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Dies provozierte von Beginn an Konflikte zwischen den Altvorderen und den Jüngeren. Debatten um Inhalte, Strategie und Ausdrucksformen waren dabei unvermeidlich und sollten eine weitgehende Konstante für die gesamte Geschichte der Arbeiterjugendbewegung bis heute bleiben. Hauptsächlich kämpften die jungen SozialistInnen für die Rechte von Lehrlingen, aber auch gegen Nationalismus, Chauvinismus, Militarisierung und den drohenden ersten Weltkrieg.

Das Anwachsen der Organisation wurde durch den Ersten Weltkrieg zunächst gestoppt. Nach Beendigung des Krieges entstanden überall in Deutschland jungsozialistische Gruppen, die sich vorwiegend aus heimgekehrten und um ihre Jugendzeit betrogenen Soldaten zusammensetzten. Diese Gruppen wurden 1920 von der SPD offiziell als weitere Jugendorganisation anerkannt. Sie umfasste Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren. Die Streitigkeiten in den Arbeiterparteien in Fragen von politischer Strategie und theoretischer Grundlagen, beeinflussten die Jugendorganisationen in gleicher Weise. So zeigt sich in den 1920er Jahren ein ebenfalls breites Spektrum an Vereinigungen der ArbeiterInnenjugend mit unterschiedlichsten Ideologien und Schwerpunktsetzungen. Auch die Jungsozialisten trugen intern und vorrangig mit ihrer Schwesterorganisation, der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), erbitterte Konflikte um Profil und Ausrichtung der Arbeiterjugend aus.

Die Hauptgründe der damaligen Jugendlichen für den Eintritt in eine Vereinigung war die Aussicht auf das in den Organisationen herrschende intensive Leben, also der Wunsch, mit Gleichgesinnten und Gleichaltrigen zusammen zu sein, Wanderungen zu unternehmen, Spiele zu spielen, Sport zu treiben, eine eigene proletarische Subkultur zu erschließen etc. – aber auch die allgemeine und politische Weiterbildung, die vielen aus materiellen Gründen ansonsten verschlossen blieb. Eine der Hauptaufgaben aus den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung galt somit der Weiterbildung von Arbeiterjugendlichen.

Nach der kurzen Stabilisierungsphase der Weimarer Republik erfasste die zunehmende Radikalisierung der politischen und sozialen Verhältnisse auch die Jusos. Ihre zum Teil bizarren, internen Streitigkeiten und ihre Entschlossenheit zu eigenständigen Aktionen veranlassten die SPD-Führung zu einem Exempel gegen die gesamte Parteilinke, indem der Parteitag 1931 die Jusos auflöste. Viele Jusos verließen im Zorn die SPD und schlossen sich anderen linkssozialistischen (Splitter-)Parteien an. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurden Mitglieder der SPD, die als einzige Partei im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatte, und andere Nazigegner verfolgt, verhaftet, misshandelt und ermordet. Wir werden sie nie vergessen. Ihr Andenken bleibt uns Verpflichtung für die Zukunft!

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Nach Beendigung des II. Weltkrieges wurden 1946 die Jungsozialisten als Arbeitsgemeinschaft der SPD wiedergegründet. Zunächst übernahmen die Jusos die Rolle einer parteitreuen Jugendorganisation, mit einem vom Parteivorstand eingesetzten „Zentralsekretär“ an der Spitze. Doch bereits 1959 wurde mit Hans- Jürgen Wischnewski der erste Juso- Bundesvorsitzende demokratisch gewählt. Spätestens mit der historischen „Linkswende“ auf dem Bundeskongress 1969 in München hatten sich die Jungsozialisten politisch emanzipiert und mit der Doppelstrategie zur Arbeit in sozialen Bewegungen auf der einen und in der Partei auf der anderen Seite eine bis heute gültige Strategie verabschiedet. Die Geburtsstunde des modernen Juso-Verbandes.

35 Jahre Linkswende – ein Grund mehr zum Feiern!

Wir Jusos wollten und werden uns mit der Gesellschaft, wie sie heute ist, nicht abfinden. Deshalb haben sich die Jusos schon mit der Linkswende 1969 von ihrer vorherigen Funktion als braver Nachwuchsverband der SPD gelöst. Anfang 1990 gründeten sich die „Jungen Sozialdemokraten“ in der DDR, welche vorwiegend aus der oppositionellen Bürgerbewegung und kirchlichen Gruppen hervorgingen. Auf dem Bundeskongress in Potsdam 1991 vereinigen sich Jusos Ost und West zu einem gemeinsamen Verband.

Wir bleiben auch weiterhin linker Richtungsverband in der SPD. Dabei haben wir einen anderen Blick auf diese Funktion als die Jusos noch vor zehn Jahren.

Unsere Rolle in der Partei - sozialistisch, feministisch und internationalistisch

Das bedeutet für das Selbstverständnis von Jusos heute:

- Wir sind Sozialistinnen und Sozialisten. Wir halten fest an den Grundwerten von Freiheit, Solidarität und Gleichheit und Gerechtigkeit. Wir Jusos treten ein für die gesellschaftliche Emanzipation der Einzelnen, demokratische Beteiligung von Betroffenen in allen Lebensbereichen, gerechte Verteilung des Reichtums. Das bedeutet für uns Fortschritt.

- Frauen sind in unserer Gesellschaft weiterhin strukturell benachteiligt. Auch wenn viele - besonders junge Frauen - diese Benachteiligung für ihre persönliche Situation nicht mehr wahrnehmen, ist die Gleichstellung von Frauen insgesamt noch weit entfernt. Diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern aufzuheben ist für Jusos zentrale Aufgabe, die alle Politikfelder umfasst. Dies gilt in ganz besonderem Maße auch für unseren eigenen Verband und den Umgang miteinander.

- Der Internationalismus war schon immer ein Anliegen sozialistischer Bewegungen. Er fußt auf der Erkenntnis, dass nicht nur die Menschen in einem Land, sondern auf der ganzen Welt gleich sind. Hieraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der wohlhabenden Industriegesellschaften des Nordens für die kaum industrialisierten Gesellschaften des Südens, welcher nationalistische Egoismen entgegenstehen.

- Wir Jusos vertreten die Interessen der jungen Generation in der Partei und in der Öffentlichkeit. Der Arbeitsgemeinschaft der Jusos gehören alle Parteimitglieder unter 35 Jahren an. Zusätzlich zählen inzwischen viele Juso- Mitglieder zu unserem Verband, die nicht Mitglied der SPD sind, und gemeinsam mit ihnen und unseren Bündnispartnern kämpfen wir für die Zukunftschancen junger Menschen.

Unsere Zukunft: Wir bleiben links!

"Angesichts dieser Realität ist die Unterscheidung zwischen rechts und links, für die das Ideal der Gleichheit immer der Polarstern war, den sie angeschaut hat und weiterhin anschaut, eindeutig und klar. Es genügt schon, wenn man den Blick von der sozialen Frage innerhalb der einzelnen Staaten, aus denen im vergangenen Jahrhundert die Linke hervorgegangen ist, auf die internationale soziale Frage richtet, um sich darüber klar zu werden, dass die Linke ihren Weg nicht nur nicht zu Ende gegangen ist, sondern ihn überhaupt erst beginnt."

Norberto Bobbio (1909-2004, italienischer Antifaschist und Philosoph)

Wir wissen, dass ein sich immer schneller entwickelnder Kapitalismus neue Antworten von Sozialistinnen und Sozialisten verlangt. Solidarität ist für uns das gemeinschaftliche Handeln im Bewusstsein der gemeinsamen Interessen. In der Tradition der ArbeiterInnenbewegung, aber auch in Hinblick auf neuere soziale Bewegungen sehen wir darin eine notwendige Bedingung für den Kampf um die Verbesserung der Verhältnisse, beispielsweise in der Ausgestaltung des modernen Sozialstaates oder bei der Gestaltung eines humanen Zusammenlebens weltweit. Solidarität richtet sich gegen die Ellenbogengesellschaft. Die Freiheit des Einzelnen ist nur in einer solidarischen Gemeinschaft möglich – existentieller Wettbewerb unter den Menschen beschränkt die freie Entfaltung der/s Einzelnen. Daher muss das Konkurrenzprinzip, soweit es die Menschen aus der Solidarität herauslöst, zurückgedrängt werden. Den Kapitalismus als Gesellschaftsform der Entsolidarisierung wollen wir überwinden.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn. Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus und der Jusos.

Die Arbeiterjugendbewegung hat in den letzten hundert Jahren viel erreicht. Jugendliche verfügen heute über demokratische Mitbestimmungsrechte, sie können sich gewerkschaftlich organisieren und sind keiner Willkür mehr

ausgesetzt. Auf das Erreichte sind wir stolz. Wir wissen aber auch: Jede Generation muss das Erreichte aufs Neue erkämpfen. Wenn wir, wie Willy-Brandt es ausgedrückt hat, „auf der Höhe der Zeit“ sind, wird uns dies gelingen.

Gerecht weiter denken und handeln - wer, wenn nicht wir!

R 2 - Happy Birthday!

Zum zwanzigsten Jubiläum des Quotenbeschlusses bei den Jusos

1. Wie alles anfang ...

Bereits auf dem Bundeskongress 1984 in Bad Godesberg wurde eine 30%-ige-Frauenquote beschlossen, wobei unbesetzte Frauenplätze in den Gremien freizuhalten seien. Vorausgegangen war der Beschlussfassung eine sehr grundsätzliche Diskussion im Verband, die auch die gesamtgesellschaftliche Analyse der Situation von Frauen beinhaltete. Dabei verlief die Abstimmung auf dem Buko mit 147 Ja-Stimmen zu 144 Nein-Stimmen denkbar knapp, war aber laut Juso-Magazin quer zu allen Fraktionsgrenzen.

Bereits ein Jahr später wurde die Frauenquote am 12. Mai 1985 auch im Saarland eingeführt – wo die Frauendebatte Schwerpunkt der Landeskonferenz gewesen war. Ende des Jahres kam es bei der Landeskonferenz in NRW zum Eklat: Bei der Debatte um Frauenförderung und Quotierung wurde zwar beschlossen, auf Basis des Bundeskongressbeschlusses zu verfahren, bei den anschließenden Landesvorstandsneuwahlen fielen jedoch die beiden einzigen weiblichen Kandidatinnen durch. „Da die Bezirke keine politische Lösung der verfahrenen Situation fanden, nahmen alle gewählten Vorstandsmitglieder [d.h. die männlichen Vorstandsmitglieder] die Wahl an.“

Knapp ein halbes Jahr später übernahm die SPD Münster als erster Unterbezirk bundesweit die Frauenquote auf Initiative der dortigen AsF – übrigens wurde hier dann schon eine 40 Prozent-Quote festgeschrieben. Und nur zwei Monate später kam das Thema auch beim Bundeskongress 1986 in Hagen nochmals auf die Tagesordnung. In einem zweiten Schritt wurde die Frauenquote von den bisher gültigen 30 auf mindestens 40 Prozent hoch gesetzt. 1988 hat der SPD-Bundesparteitag in Münster dies für die gesamte Partei beschlossen.

2. Stand der Dinge

Mit ihrem Beschluss im Jahr 1984 haben die Jusos wieder einmal die strukturelle Vorreiterinnenrolle in der Partei übernommen, genauso wie sie Jahre später für eine Öffnung der Partei und Modernisierung der Ansprachemethoden bei gleichzeitiger linker Profilierung eingetreten sind. Doch im Ergebnis ist das Männer-Frauen-Bild der Partei immer noch von zahlreichen Widersprüchen geprägt. Zwar gehören der 2002 gewählten Bundestagsfraktion immerhin 37,8 % weibliche Abgeordnete an und der aktuellen Europa-Fraktion 40%. Zwar ist der Frauenanteil auch in den Fraktionen der Landtage über die Jahre kontinuierlich gestiegen, wenn auch weniger stark als im Bundestag, was mit den regionalen Wahlrechtsvorschriften zusammenhängen mag. Dennoch gibt es aktuell nur zwei Frauen als SPD-Landesgeschäftsführerin, bezeichnenderweise eine davon ehemalige Juso-Bundesvorsitzende, die Internationale Kommission hat einen Frauenanteil von 12,5%, und eine Frau als Parteivorsitzende hatten wir auch noch nie. Außerdem, wie kommt es, dass in den Ortsvereinsvorständen im Bezirk Hannover 55,4% Frauen mitarbeiten, aber nur 18,9% der Vorsitzenden stellen, „nebenan“ in Nord-Niedersachsen sind es 25,6% Vorsitzende bei 33,2% Frauen in den Vorständen? So positiv es ist, dass das Willy-Brandt-Haus ein Gender Training anbietet, aber was nützt es, wenn sich daran mehrheitlich nur die weiblichen Beschäftigten beteiligen? Und wie kann verändert werden, dass es immer noch die traditionelle, geschlechtsspezifische Zuständigkeitsaufteilung nach „harten“ und „weichen“ Themen gibt?

Der Potenzialanalyse von 2001 zufolge haben auch wir Jusos Nachholbedarf

Frauen machen zwar durchschnittlich ein Viertel der Aktiven aus, ihr Anteil an den Aktiven liegt in Ostdeutschland mit 19,3 % deutlich geringer als im Westen mit 27,6%, und wider Erwarten sind sie im ländlichen Raum mit 29,3% wesentlich stärker eingebunden als im großstädtischen mit einem Anteil von 19,1%. Nur 14,8% der Juso-Unterbezirksvorsitzenden sind Frauen. Dies schadet dem gesamten Verband, denn die Analyse ergab zwar, dass der Frauenanteil keinerlei Korrelation mit dem Grad der Aktivität eines Unterbezirks aufzeigt, wohl aber die Vorsitzfrage: Unterbezirke mit weiblichen Vorsitzenden sind aktiver und somit öffentlichkeitswirksamer.

Weit entfernt vom Ziel der Geschlechterparität werden wir also unsere Anstrengungen zur Feminisierung des Verbandes verstärken müssen. Offensichtlich ist es auch uns nicht gelungen, Frauen adäquat einzubinden, und es gilt zu diskutieren, ob unsere Anspracheformen nicht geeignet sind, alles auf geschlechtsspezifische Sozialisation zurückzuführen ist oder aber bestehende Diskriminierungen abschreckend wirken. Denn es gibt sie noch, und dabei sind politische Ausgrenzungsversuche zwar nicht intelligenter, aber weniger offensiv und offensichtlich geworden. Gelegentlich kann nicht einmal gezielt böser Wille unterstellt werden, denn meist handelt es sich eher um

Gedankenlosigkeit, oder Genossen sind zu bequem, Arbeitsmethoden zu verändern, die sich jahrelang bewährt haben und die ja zumeist auch erfolgreich waren. Dies berührt auch ein generelles Demokratietheorieproblem - noch zu oft werden Entscheidungen in kleinen Zirkeln getroffen, dabei werden im übrigen auch häufig jüngere Männer ausgeschlossen. Generell gilt aber: Je transparenter und nachvollziehbarer Entscheidungsprozesse ablaufen, je hierarchiefreier Debatten organisiert sind, desto höher ist die Frauenbeteiligung.

3. Die Diskussion um Gleichstellung muss also immer wieder neu geführt werden!

Die Auseinandersetzung um die von der SPD beschlossene Quotierung und den bei den Jusos praktizierten und im übrigen von SPD-Parteitag gebilligten Weiterentwicklungen wiederholt sich immer wieder, da die damit verbundenen frauenpolitischen Grundlagen und Analysen nicht zum Alltagswissen oder zum schulisch vermittelten Wissen gehören.

Die Quote als eine von vielen Maßnahmen, Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft verbesserte Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten, steht immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Ihre Notwendigkeit bleibt jedoch solange bestehen, solange festgestellt werden muss, dass ohne dieses Instrument die gleiche Vertretung von Frauen nicht gesichert wäre.

Als Ausgangspunkte sei noch einmal wiederholt:

1. Wir Jusos setzen uns für die Gleichstellung von Männer und Frauen ein.
2. Da Frauen in der Politik und junge Frauen in unserem Verband unterrepräsentiert sind, wenden wir zur Überwindung dieser Situation bestimmte Instrumentarien an.
3. Am bekanntesten ist die Quote, die auch von der SPD praktiziert wird und gesellschaftlich insoweit akzeptiert ist, dass sie auch juristisch als frauenfördernde Maßnahme zulässig ist (SPD-Statut, Gleichstellungsgesetze verschiedener Bundesländer, EuGH).
4. Weil dies alleine noch nicht zur Verbesserung, d.h. zur paritätischen Teilhabe von Frauen geführt hat, hat es tiefere Analysen und verbandsinterne Diskussionen gegeben. In der Folge ist der Katalog der Maßnahmen breiter geworden.
5. Dazu gehören auch frauenspezifische Seminare, die QRL und die Setzung des Frauenthemas als wichtiger inhaltlicher Punkt.
6. Debatten entzündeten sich vor allem an der formalen Ausgestaltung der bei den Jusos praktizierten Quote, die ergebnisorientiert ist, und somit einfordert, dass nicht die gewählte, sondern die anwesende Delegation quotiert zu sein hat.
7. Im Prozentsatz von 40% entspricht die Quote der SPD-Form.
8. Oft kommt das Gegenargument, dass die Quote undemokratisch ausgrenzt. Ausgrenzung wäre es jedoch, wenn zu wenig zur Integration von Frauen unternommen würde.
9. Das Ziel bleibt, den Verband so zu feminisieren, dass Quote und quotierte Redeliste eines Tages überflüssig werden.

Fazit: Es bleibt viel zu tun, denn solange Frauen in unquotierten Gremien unterrepräsentiert sind, nur einen Bruchteil der Vorsitzenden stellen, in unserem Verband in der Minderheit sind und vor Wahlen immer noch „gesucht“ werden müssen, solange ist eine Quotierung unausweichlich.

4. Bekräftigung gleichstellungspolitischer Maßnahmen

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und damit auch die Rahmenbedingungen für feministische Politik haben sich verändert. Waren für unsere „Müttergeneration“ Benachteiligungen noch im alltäglichen Leben spürbar und zogen sich durch die gesamte Biografie, sind die Benachteiligungsmechanismen subtiler geworden und haben sich in der individuellen Biografie zumindest in der direkten Wahrnehmung nach hinten verschoben. Junge Frauen sind inzwischen genau so, wenn nicht besser qualifiziert als ihre männlichen Altersgenossen und treffen in zunehmendem Maße erst auf reale Probleme, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf/ Karriere und Familie geht oder sie von ihren männlichen Kollegen auf der Karriereleiter überholt werden.

Diese Entwicklung kommt bei den Jusos darin zum Ausdruck, dass junge Frauen sich zunehmend von der „traditionellen“ Frauenbewegung Alice Schwarzer's nicht mehr angesprochen, geschweige denn vertreten fühlen; vielmehr erfolgt eine Orientierung an jungen, erfolgreichen Frauen. In dem neuen selbstbewussten Ansatz werden Probleme, die Frauen aufgrund ihres Geschlechts widerfahren, als individuelle wahrgenommen, die sie selbst zu verantworten haben und nicht als strukturelle ansehen. Doch in vielen Fällen kann oder will die nach wie vor patriarchal geprägte Gesellschaft ihnen keine Perspektive bieten.

Aufgabe der Jusos muss es sein, den strukturellen Charakter von gesellschaftlicher Ungleichbehandlung deutlich zu machen.

Dieser Bewusstseinswandel erfordert neue Ansatzpunkte, die nicht darauf abzielen, Frauen ihrer Ansprüche zu berauben, sondern an ihrem gewandelten Selbstbewusstsein anzusetzen und in die Offensive zu gehen. Bisher fehlt es allerdings noch an einer Strategie, die die individuellen Ansprüche und Probleme zusammenführt und nicht mehr – wie in der Vergangenheit vielfach geschehen – als gegeneinander stehende Richtungen diskutiert. Deswegen muss eine erneuerte feministische Strategie für die Jusos versuchen, mit neuen Methoden alte Ziele zu erreichen. In

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

erster Linie geht es darum, bei den jungen Frauen und Männern wieder Begeisterung für gleichstellungspolitische Diskussionen zu erzeugen und die Jusos insgesamt als Verband für Frauen attraktiver zu machen. Wir sind davon überzeugt, dass ein solcher Aufbruch nur gelingen kann, wenn ALLE den allseits bekannten und beschworenen Einsichten nun auch Taten folgen lassen.

Deswegen erinnern wir noch einmal an die im Frauenarbeitsprogramm auf dem Bundeskongress 2003 beschlossenen Initiativen:

- **ZOFF Zukunftsoffensive für Frauen**
Mit einer Kampagne „ZOFF - Zukunftsoffensive für Frauen“, die in das Umbauprojekt Berufsorientierung integriert ist, wollen wir an die ZOFF-Kampagne anknüpfen, die bereits Anfang der 90er innerverbandlich erfolgreich war.
- **Coaching, Mentoring**
Eine der wichtigsten flankierenden Maßnahmen, die in der näheren Vergangenheit vielfach diskutiert und bereits angewendet wurde, ist das Mentoring und Coaching jüngerer / neuer Genossinnen. Das Prinzip ist klar: Ältere/ erfahrene GenossInnen stehen als geschlechtsgemischtes Mentorenpaar zur Verfügung und beraten / unterstützen ihre Mentees. Wir werden die vielfältigen bestehenden Mentoring-Programme sichten und ein eigenes Programm auflegen. Die Koordination erfolgt durch das Frauenforum. Um die Finanzierung sicherstellen zu können, wird die ASF mit eingebunden.
- **Chefinnen für Einsteigerinnen**
Die große positive Resonanz auf die Chefinnen-Konferenz vor zwei Jahren zeigt, dass dieser Ansatz geeignet ist, insbesondere neue Genossinnen einzubinden und sie jenseits ihres Alltags in den Unterbezirken und Kreisverbänden zur Diskussion und zum Austausch anzuregen. Dieser Ansatz muss fortgeführt werden und durch weitergehende Bildungsmaßnahmen flankiert werden. Denkbar sind hier vor allem Seminare zum politischen Management (in Kooperation mit der FES) und bei Bedarf inhaltliche Seminare zu gewünschten Themen.
- **Frauenforum**
Die Bundesfrauenkommission soll in ein offenes Forum für Frauen umgewandelt werden. Das Bezirksprinzip hat sich in der Vergangenheit als zunehmend ungeeignet erwiesen, wenn es darum ging, interessierte Frauen in die Arbeit einzubinden, v.a. aufgrund der Bezirksauflösungen. Daher soll das Frauenforum allen Frauen die Möglichkeit geben, sich inhaltlich einzubringen. Neben der Funktion als frauenpolitischer think tank soll das Forum aber auch Kontaktstelle für Genossinnen sein, die im Verband vor Ort in Verantwortung stehen, und bei Fragen und Problemen Hilfestellung leisten. Auf diese Art und Weise sollen die zum Teil unterschiedlichen frauen- und gleichstellungspolitischen Herangehensweisen zusammengeführt und produktiv nutzbar gemacht werden. Zur Unterstützung soll ein Diskussionsforum auf der Juso-Homepage eingerichtet werden.
- **Regelmäßige Potentialanalyse**
Um die Entwicklung der Jusos (nicht nur bei den Frauen) besser beurteilen zu können und entsprechend rechtzeitig Maßnahmen ergreifen zu können, ist die jährliche Durchführung einer Potentialanalyse notwendig. Dabei muss der Fragebogen ergänzt werden um frauenspezifische Fragen, insbesondere deren thematische Interessen, Mobilitätsprobleme (im ländlichen Raum) etc.
- **Regelmäßige Evaluation von Veranstaltungen des Bundesverbands**
Sämtliche Veranstaltungen, die der Bundesverband für die Bezirke und Unterbezirke durchführt, müssen im Vorfeld auf frauenspezifische Probleme geprüft werden. Insbesondere ist bei den Anmeldungen darauf zu achten, dass Bezirke und Unterbezirke quotiert anreisen. Auch wird die Teilnahme nach Geschlecht in Zukunft dokumentiert. Um das Prinzip „Gender Mainstreaming“ in der Verbandswirklichkeit zu verankern, sollte Frauenpolitik nicht nur außerhalb der drei Umbauprojekte diskutiert werden, sondern auch anhand der jeweiligen Themen, die in den Projekten behandelt werden.

R 3 - Gerecht weiter denken: Den politischen Neuanfang wagen!

1. Wir erleben eine Existenzkrise der SPD

Die Ergebnisse des Superwahlsonntags vom 13. Juni zeigen: **Die SPD steckt weiterhin tief in ihrer größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.** Die sozial ungerechte Agenda 2010 hat die SPD meilenweit von ihren WählerInnen entfernt und zum Teil dauerhaft an andere Parteien verloren. Sie hat zu einem dramatischen Bedeutungs- und Glaubwürdigkeitsverlust der SPD beigetragen und in der eigenen Organisation Frust und Lethargie, aber auch Wut hinterlassen.

Die Wahlniederlagen in Europa, Ländern und Kommunen gehen an die politische und organisatorische Substanz. Das politische Gestaltungspotenzial der Partei, das durch die Serie von Wahlniederlagen seit Januar 2003

verschwunden ist, zehrt sich mehr und mehr auf und ist auf Jahre hinaus verloren. Im Bundesrat zeigt sich dies bereits jetzt überdeutlich. **Aber auch das –inhaltlich-programmatische Potenzial der SPD-geführten Bundesregierung ist aufgebraucht:** Sie besitzt keinerlei Vision einer sozialdemokratischen Modernisierungsperspektive in Wirtschaften, Arbeiten und Leben. Wir stehen damit insgesamt vor einer Existenzkrise der Sozialdemokratie.

Die ökonomisch falsche Agenda 2010 hat durch die Einschnitte im Bereich der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung einen massiven Nachfrageausfall produziert und wirkt damit krisenverschärfend. Sie ist nicht geeignet, das große wirtschaftliche Problem Deutschlands, die lahmende Binnennachfrage, zu entschärfen. Im Gegenteil: **Die Agenda 2010 hat dem Markt die Nachfrage entzogen, die für einen nachhaltigen und stabilen Wirtschaftsaufschwung notwendig gewesen wäre.** Gleichzeitig sind die Kommunen durch massive Steuereinnahmeausfälle und die Sparpolitik des Bundes nicht mehr in der Lage, dringend notwendige Investitionen zu tätigen.

Inzwischen hat sich erwiesen: Die Konjunktur kommt trotz – und zum Teil sogar wegen – der strukturellen Maßnahmen der Agenda 2010 nicht in Schwung. Entlastungseffekte auf der Nachfrageseite sind weitgehend verpufft und volkswirtschaftlich wurde lediglich eine neue Runde internationalen Steuer- und Kostensenkungswettbewerbs zu Gunsten der Exportökonomie eingeläutet.

Diese Politik schmerzhafter Einschnitte, bei denen die versprochenen wirtschaftlichen Effekte ausbleiben, und die zudem mit handwerklichen Fehlern einhergeht, untergraben die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik- und Regierungsfähigkeit. Sie haben die Partei meilenweit von ihren WählerInnenmilieus entfernt. Besonders erschreckend ist die schwache Zustimmung der SPD bei den Erst- und JungwählerInnen. Nur 15% von ihnen haben bei der Europawahl ihre Stimme der SPD gegeben. Und in allen Altersgruppen unter 45 Jahren rangiert die SPD auf dem dritten Platz hinter Union und Grünen. Es besteht die Gefahr, dass die Partei in absehbarer Zeit über den Generationenwechsel politisch bedeutungslos wird.

2. Die Krise der SPD ist eine strukturelle - keine kommunikative.

Die Regierungskommunikation der zweiten Legislatur von Rot-Grün, , persönliche Eitelkeiten, Illoyalität, Querschüsse und Machtworte innerhalb der Regierung, haben ein fatales Bild in der Öffentlichkeit hinterlassen. Insbesondere die Alleingänge des Bundeswirtschaftsministers haben das Vertrauen in die Regierungs- und Politikfähigkeit der SPD nachhaltig erschüttert.

Die Wahlergebnisse aber zeigen: Die Zeit der Solospieler ist vorbei. Die fehlende Verantwortung eines Großteils der gesamten Führungsspitze von Regierung und Partei in Bund und Ländern gegenüber der Zukunftsfähigkeit der SPD ist der eigentliche Skandal unserer Zeit.

Unsere Kritik beschränkt sich daher nicht auf die Kommunikationsfrage. Unsere Kritik richtet sich gegen die **Verantwortungslosigkeit sozialdemokratischer Regierungsmitglieder gegenüber der Zukunft der SPD** und vor allem gegenüber den Menschen dieses Landes, die der SPD vor diesem Hintergrund nicht mehr die Lösung gesellschaftlicher Probleme zutrauen. Wer heute „bessere“ Kommunikation oder „langsames“ Reformtempo verlangt, hat den Ernst der Lage nicht erkannt: **Die SPD hat kein kommunikatives Problem, sondern ein strukturelles Problem** in doppelter Hinsicht: Erstens werden zukunftsfähige Reformansätze der Partei durch verantwortungslose Einzelspieler systematisch konterkariert und sabotiert und somit wird zweitens der sozialen Schiefelage der Reforminhalte nicht entgegengewirkt, sie wird vielmehr noch vergrößert.

3. Bei rot-grüner Regierungspolitik fehlt das Sozialdemokratische

Wir haben in Deutschland keine falsche politische Kommunikation, sondern eine falsche Politik. So entblößt sich in den aktuellen Debatten um Hartz IV die Vertrauenskrise sozialdemokratischer Regierungspolitik: Zum 1.1.2005 werden Tausende arbeitslose Menschen und Familien massive Einschnitte in den Transferzahlungen hinnehmen müssen (Senkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau: Arbeitslosengeld II). Dafür wurde ihnen eine Modernisierung der Vermittlungsarbeit angekündigt. Jetzt sollen die qualitativen Reformen innerhalb der Bundesagentur für Arbeit verschoben werden – die Sozialkürzungen aber pünktlich kommen. Eines deutlicheren Beweises, wie diese Politik bei den Menschen als Bedrohung ankommen muss, bedarf es wohl nicht.

Gleichzeitig werden von einzelnen Regierungsmitgliedern und Länderverantwortlichen der Partei die wichtigen Projekte sozialer Gerechtigkeit mit Füßen getreten:

- Beim Ausbildungsplatzsicherungsgesetz haben Clement, Steinbrück, Beck und Co. die Ausbildungschancen junger Menschen durch ihre Blockadepolitik mit Füßen getreten und eine innerparteiliche Obstruktionspolitik betrieben.
- Bei der solidarischen Bürgerversicherung werden aus den Reihen der Fraktion, des Bundesgesundheitsministeriums und auch wieder der sozialdemokratischen Länder die Bemühungen der Partei um ein konsistentes Reformvorhaben torpediert.
- Bei der Erhöhung der Erbschaftssteuer für Bildungsfinanzierung fehlen politischer Wille und Mut, sich mit den Mächtigen und Reichen dieser Gesellschaft anzulegen. Wir unterstützen allerdings die Forderungen von Heide Simonis und Heiko Maas in diesem Bereich endlich aktiv zu werden.

Zu einer Vision sozialdemokratischer Regierungspolitik würden Etappen und mittelfristige Modernisierungsbausteine gehören. Diese Vision einer nachhaltigen Reformpolitik fehlen. Stattdessen betreibt Rot-Grün Politik aus dem neoliberalen Baukasten heraus.

4. Die SPD darf nicht in den Mühlen der Regierung zermahlen werden.

Mit Franz Müntefering ist die SPD wieder in ruhigeres Fahrwasser geraten. Die Kommunikations- und Denkverbote in der Scholzomat-Schröder-SPD wurden beseitigt. Mit einer zaghaften Neujustierung der Programmatik ist es zumindest auf der kulturell-kommunikativen Ebene gelungen, die völlige Sinnentleerung der Partei aufzuhalten. Dies ging einher mit einer moderaten Verlangsamung des Mitgliederschwunds. Die Münte-SPD ist jetzt gefordert, diese positiven innerparteilichen Signale auch in einen **Neuanfang sozialdemokratischer Regierungspolitik** zu

übersetzen. Klar ist aber auch: Das „System Schröder“ – tagespolitisches Agieren mit Machtworten und Medieninszenierungen ohne politische Perspektive – ist am Ende. Es hat keine Zukunft, will die SPD eine nachhaltige Regierungspolitik über 2006 hinaus fortsetzen.

Wir Jusos stehen nicht larmoyant daneben, wenn es um die Zukunft der SPD geht. **Wir halten das Engagement innerhalb der SPD nach wie vor für mehr als notwendig** und kämpfen jetzt schon als Sozialdemokratie der nächsten Generation um ihre Zukunft. Denn keine andere Partei ist strukturell und politisch dazu in der Lage, fortschrittliche gesellschaftliche Reformen in Deutschland und Europa durchzusetzen. Deshalb werden wir Jusos es nicht zulassen, dass die SPD zwischen den Mühlen der Regierungspolitik zerrieben wird. **Die Regierung und ihre einzelnen MinisterInnen sind gefragt, sich nicht auf Kosten, sondern im Namen sozialdemokratischer Politik zu profilieren.** Nur wenn es gelingt, mit der Regierungstätigkeit wieder ein klares sozialdemokratisches Profil (und Projekt) zu verbinden und die Einzelspieler am Kabinetttisch ihren Dienst in die gemeinsame Sache stellen, können wir eine Trendumkehr erreichen.

5. Beschlossene Projekte müssen von allen umgesetzt werden.

Wir Jusos haben schon Anfang des Jahres dringend einen „Fahrplan Gerechtigkeit“ eingefordert. Die fatalen Wahlergebnisse des vergangenen Wochenendes sowie die Massenproteste von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen im Mai dürfen von der SPD und vor allem von der Regierung Schröder nicht ignoriert werden. Statt „*ich kann keine andere Politik*“ brauchen wir eine „*Wir haben verstanden*“-Reaktion. Deshalb müssen die von der Partei gemeinsam beschlossenen Projekte – Ausbildungsumlage, Stärkung der Investition in Kinderbetreuungseinrichtungen, solidarische Bürgerversicherung und Erhöhung der Erbschaftssteuer für Bildungsinvestitionen – jetzt auch gemeinsam umgesetzt werden. Wer diese Projekte – egal aus welchem Versteck heraus – jetzt noch bekämpft, schadet der Partei und vergeht sich an der Zukunftsfähigkeit der SPD. **Neuanfang sozialdemokratischer Regierungspolitik bedeutet deshalb, Projekte sozialer Gerechtigkeit endlich umzusetzen.**

6. Politischer Neuanfang heißt Projekte für soziale Gerechtigkeit

Wir Jusos fordern die SPD auf, einen „**Fahrplan Gerechtigkeit**“ zu entwerfen, der die zukünftige Politik von Rot-Grün kennzeichnet. Vorrangigstes Ziel ist und bleibt dabei der Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Zu einer mittelfristigen Reformperspektive gehören vor allem:

- **Die Erhöhung der Erbschaftssteuer für die Bildungsfinanzierung.** Mit mehr Investitionen wollen wir die Chancengleichheit im Bildungssystem erhöhen und die Lernorte modernisieren. Wir streben dazu ein einheitliches und integratives Bildungssystem mit erhöhter Durchlässigkeit innerhalb der Bildungsbiografie an.
- **Die solidarische Bürgerversicherung.** Die Erweiterung der Finanzierungsbasis der Gesetzlichen Krankenversicherung ist eine Anforderung an soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Wir fordern die SPD auf, noch im Herbst 2004 konkrete Eckpunkte für ein Modell der Bürgerversicherung vorzulegen. Um die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik zu unterstreichen, sind noch in dieser Legislaturperiode Eckpunkte für die Umsetzung der solidarischen Bürgerversicherung im rot-grünen Kabinett zu verabschieden.
- **Eine makroökonomische Wende.** Nach wie vor lahmt die Binnenkonjunktur in Deutschland, während der Exportsektor langsam wieder aufblüht. Aus der Krise kommen wir nicht mehr mit weiteren Steuersenkungen, sondern nur mit höheren staatlichen Investitionen: In den aktuellen Haushaltsberatungen müssen daher unter dem Strich mehr Investitionen gerade im Bildungsbereich herauskommen. Durch eine Reform der starren Maastricht-Kriterien wollen wir endlich eine *nachhaltige* Schuldenabbaupolitik einläuten: Bremsen, wenn die Konjunktur brummt, Gas geben, wenn die Rezession lähmt.
- **Die Finanzierung und Organisation von Weiterbildung.** Dazu ist kurzfristig ein Weiterbildungsrahmengesetz aufzulegen. Mittelfristig müssen Weiterbildungsfonds geschaffen werden, mit denen Lebensbegleitendes Lernen für alle geschaffen wird.
- **Eine zeitgemäße Förderung von Erziehungszeiten.** Familie ist da, wo Kinder sind. Unser Ziel ist die Zusammenfassung der Familienförderung unter einem gemeinsamen Dach. Wir wollen dazu eine Familienkasse nach französischem Vorbild einrichten, in der alle steuerlichen familienpolitischen Leistungen zusammengefasst und Familien mit Kindern besonders gefördert werden. Dazu zählt auch der Ausbau von Ganztagschulen. Das Ehegattensplitting ist abzuschaffen. Die Steuervorteile des Ehegattensplittings müssen umgewandelt werden in die Förderung von Phasen der Kindererziehung.
- **Frauenförderung muss endlich gesetzlich verankert werden.** Die Erfahrungen mit der Selbstverpflichtung der Privatwirtschaft zur Frauenförderung im Betrieb zeigen, dass es nicht funktioniert, wenn gesellschaftliche Verantwortung von den Unternehmen eingefordert, aber nicht gesetzlich geregelt wird. Deswegen ist das Gesetz überfällig, damit erwerbstätige Frauen auch chancengleich im Beruf werden!
- **Die Erhebung einer Luxussteuer.** Auf Luxusgüter wollen wir eine erhöhte Umsatzsteuer erheben, um somit höhere Einkommen und Vermögen wieder stärker an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben heranzuziehen.

7. Europa darf nicht mehr nur bei den Wahlen stattfinden

Die gesamte SPD hat die Europapolitik zu lange als Stiefkind betrachtet. Das Ergebnis ist, dass wir in der europapolitischen Kompetenz deutlich hinter der Union zurückliegen. Dies kann nicht länger so sein. Die gesamte Partei muss die Europapolitik ernster nehmen als bisher. Dazu zählt auch, unsere Inhalte im Bereich der Gleichstellungs-, Sozialpolitik (Europäisches Sozialmodell), der Wachstums- und Beschäftigungspolitik (innovative Industriepolitik), der Einwanderungspolitik (offenes Europa) und der Friedenspolitik (Friedensmacht Europa) zu europäisieren. Wir Jusos wollen deshalb europäische Debatten innerhalb der Partei voranbringen, aber auch

selbstkritisch unsere Positionen überprüfen. **Unser Ziel ist es, über den Generationswechsel hinweg, langfristig das Verständnis für ein solidarisches Modell Europa innerhalb der Partei zu verankern.** Dazu gehört auch, frühzeitig einen nachhaltigen Generationenaufbau für die europäische Sozialdemokratie zu fördern.

8. Wir brauchen ein Grundsatzprogramm der nächsten Generation

Die SPD hat sich auf dem Weg gemacht, ein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden. **Grundlage für die Beratungen ist das Berliner Programm.** Wir Jusos begrüßen, dass nach der Wahl Münteferings zum Parteivorsitzenden eine neue Programmkommission eingesetzt wurde und ein erhöhtes Maß innerparteilicher Debatte sichergestellt wird. **Wir bekennen uns zu den Grundwerten des jetzigen Grundsatzprogramms** sowie zum solidarischen Umbau der modernen Gesellschaft und zum sozial-ökologischen Strukturwandel der Ökonomie. Unser Prinzip für eine Politik von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist das Prinzip der Nachhaltigkeit.

Gleichzeitig verurteilen wir Bestrebungen, die Grundwerte des jetzigen Programms grundlegend zur Disposition zu stellen. Sowohl der Versuch, verschiedene Gerechtigkeitsbegriffe gegeneinander auszuspielen, als auch dem Ansinnen, den sozialdemokratisch-humanistischen Freiheitsbegriff in einen ökonomisch-neoliberalen Freiheitsbegriff umzudeuten, erteilen wir eine klare Absage. **Das Grundsatzprogramm der SPD darf nicht zu einer tagespolitischen Legitimation sozialdemokratischer Regierungspolitik verkommen.**

Wir Jusos werden uns aktiv in die Programmdiskussion der Partei einbringen. Im Rahmen einer breiten Debatte innerhalb unseres Verbandes wollen wir Impulse für ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm in die SPD tragen. Grundlage für diese Debatte sind unsere Grundwerte **Freiheit, Gleichheit und Solidarität in einem demokratischen Sozialismus.**

9. Wir können es nicht zulassen, dass die heutige Generation unsere Partei zugrunde richtet.

Wir Jusos werden es nicht zulassen, dass die SPD von den heute politisch Verantwortlichen zugrunde gerichtet wird. Als Sozialdemokratie der nächsten Generation haben wir konkrete Ansprüche an eine fortschrittliche SPD. Schon jetzt wäre die Partei ohne das Engagement der Jusos nicht mehr politik- und mobilisierungsfähig. Gleichzeitig beteiligen wir uns aber auch nicht an dem Geschacher einiger GenossInnen, die heute schon die Pöstchen und Funktionen von morgen und übermorgen unter sich aufteilen wollen – und dabei bewusst mit dem Untergang der heutigen Parteiführung kalkulieren. Ihnen geht es nur um persönliche Ränke- und Karrierespiele – uns Jusos geht es um eine andere Politik. Diese werden wir selbstbewusst in die Partei, die Parlamente, Bewegungen und junge Generation tragen.

Klar ist: Wir brauchen eine starke SPD – organisatorisch wie politisch. Deshalb werden wir **allen Kräften innerhalb und außerhalb der Partei entgegentreten, die sich von einer politischen Gestaltung unserer Gesellschaft im Interesse eigener Profilierung verabschiedet haben.**

Wir Jusos werden jetzt in der SPD noch deutlicher sozial gerechte Reformen einfordern, um sozialdemokratische Kernmilieus wieder an die Partei zu binden. Junge, Zukunftschancen etc. **Die SPD wieder zur Partei der sozialen Gerechtigkeit zu machen, ist daher die große politische Kampfaufgabe der gesellschaftlichen Linken.**

10. Kämpfen, Kämpfen, Kämpfen – um eine Politik des sozialen Fortschritts. Auch gegen die anderen.

Wir Jusos werden für diese Projekte innerhalb der SPD kämpfen. Im Rahmen der Doppelstrategie wollen wir auch innerhalb der Bewegung und der Gewerkschaften für die Bausteine eines Sozialen Fortschritts in neuen Zeiten werben. Unser Ziel ist und bleibt es, ausgehend von den Ansprüchen junger Menschen an Leben, Arbeiten und Wirtschaften konkrete Politikprojekte in eine nachhaltige sozialdemokratische Reformstrategie einzubinden. Das wird notwendig sein, um die Programm- und Politikfähigkeit der SPD wiederherzustellen. Wir Jusos werden uns dafür einsetzen: In den Parlamenten, in der Partei, in Bündnissen und vor allem innerhalb der jungen Generation. Bei den Wahlen 2005 und spätestens 2006 ist aber klar: Wir stehen in kritischer Solidarität mit der SPD. Und wir engagieren uns erst recht für die SPD, wenn es gegen Konservative und Neoliberale geht, die mit Kopfpauschalen und Steuerklau die Zukunftschancen junger Menschen zerstören wollen. Wir Jusos werden es nicht zulassen, dass unser Land politisch in die Vormoderne zurückkatapultiert wird. Gerade auch deshalb müssen wir **Gerecht weiter denken!**

R 4 - Gerecht weiter denken: Einwanderung zulassen – Rechtspopulismus bekämpfen!

I. Zur aktuellen Situation

Nach langem Hin und Her konnte sich bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition auf eine vorläufige Einigung im Zuwanderungsstreit verständigt werden.

Zu Recht haben ProAsyl und andere Menschenrechtsorganisationen diesen Kompromiss kritisiert, denn

- die Aufgabe des Punktesystems kommt einer Verabschiedung von einer modernen Einwanderungspolitik gleich.
- Im Flüchtlingsbereich kommt es neben den Verbesserungen, die auf europäischer Ebene bereits erreicht worden sind (die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung) zu Restriktionen.

- Bereits im Rahmen der Harmonisierung des EU-Asylrechts wurden auf Druck von Bundesinnenminister Schily humane Standards abgesenkt.
- Eine Bleiberechtsregelung für die über 150.000 Geduldeten fehlt.
- Die Integrationskurse werden zum Teil in Gängelungsinstrumente umgemünzt.

Zudem wurden in den vergangenen Wochen auf fatale Weise Zuwanderungsfragen und Sicherheitsfragen vermengt. Ohne die Wirksamkeit der sogenannten Antiterrorgesetze I und II zu überprüfen, setzt nun ein neuer Aktionismus der Gesetzesverschärfung ein. Bereits die jetzigen Instrumentarien greifen erheblich in Grundrechte, v.a. von Nicht-EU-BürgerInnen, ein. Diese Eingriffsmöglichkeiten werden durch den „Kompromiss“ noch verschärft. Wir betrachten die jetzt erzielte politische Einigung als eine verspielte Chance, ein modernes und innovatives Zuwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Statt die Probleme von ImmigrantInnen zu lösen, werden neue geschaffen. Der nötige Impuls, dass Migranten und Flüchtlinge in Deutschland erwünscht sind, kann von diesem Gesetz nicht ausgehen.

Die Paragraphen halten nicht, was der Name des Zuwanderungsgesetzes verspricht. Stattdessen wurden mit den Rechtsstaat aushöhlenden Forderungen nach unbegründeter „Sicherheitsverwahrung“ oder dem Abschieden sogenannter „Hassprediger“ eine Rhetorik entfaltet, die ausländerfeindliche Ressentiments schürt.

II. Einwanderung statt Ausgrenzung!

Wir Jusos haben die Initiative, ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen, von Anfang an unterstützt und durch eigene Debatten und Vorschläge begleitet.

Wichtig sind und waren für uns vor allem folgende Aspekte:

1. Deutschland war schon immer und ist ein Einwanderungsland. ImmigrantInnen haben zu jeder Zeit unsere Gesellschaft bereichert. Demografisch ist Einwanderung in großen Umfang dringend geboten und muss entsprechend rechtlich abgesichert werden.
2. Dazu bedarf es eines Einwanderungsgesetzes, dessen Ziel es ist, zunächst einen Beitrag zur Bewältigung der sozialen, ökonomischen und politischen Probleme dadurch zu leisten, dass weit über die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinaus Einwanderung und anschließende Einbürgerung ermöglicht wird.
3. Wir wollen ein weltoffenes, großzügiges Einwanderungsrecht, dass sich insbesondere auch an humanitären Kriterien orientiert.
4. Ökonomische Probleme wie Massenarbeitslosigkeit sind durch offensive wirtschaftspolitische Steuerung und Regulierung zu lösen und nicht durch Diskriminierung und Ausgrenzung.

Wir bekräftigen hiermit unsere Anforderungen:

- Eine Einschränkung des Familiennachzuges wird von uns ausdrücklich abgelehnt. Ein stabiler persönlicher Hintergrund ist zentral für die Integration des/der Einzelnen. Unter welchen inhumanen Gesichtspunkten die Zuwanderungsbegrenzungsdebatte lief, wird an der Herabsetzung des Nachzugsalters deutlich, das nicht einmal und gerade nicht Kinder und Familien verschont.
- Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der nicht nur von AusländerInnen sondern auch von InländerInnen aufgegriffen werden muss. Diese Debatte auf finanzielle Aspekte zu verkürzen, ist unsachgemäß.
- Die systematische Benachteiligung von ImmigrantInnen in Schule, Ausbildung und Arbeitsleben ist zu bekämpfen. Wir fordern ein Antidiskriminierungsgesetz.
- Nach wie vor gibt es erhebliche Defizite bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Dem muss entgegen gewirkt werden.
- Das aktive und passive Wahlrecht für kommunale Parlamente muss auch für Nicht-EU-BürgerInnen gelten. Langfristig streben wir eine Reform des Wahlrechtes zu allen parlamentarischen Ebenen an, das sich am Lebensmittelpunkt orientiert.
- Die weitere Einschränkung von rechtsstaatlichen Verfahren unter dem Vorwand terroristischer Bedrohung sowie eine ungeschützte fahndungstechnische Überprüfung von ausländischen MitbürgerInnen lehnen wir ab.

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Neben diesen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen muss perspektivisch das Grundrecht auf Asyl wieder ausgebaut werden, damit Deutschland seiner humanitären Verantwortung wieder gerecht werden kann. Geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung müssen als Asylgründe explizit benannt werden; zudem ist es erforderlich, dass das Asylrecht auch europaweit in einem progressiven Sinn gestaltet wird.

III. Handlungsauftrag für die Zukunft

Wie zu erwarten, wurde von Seiten der Union, insbesondere durch den ideologisch reaktionären bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber, die Einwanderungsdebatte zum Wahlkampfthema hochstilisiert, und Ressentiments sowie Vorurteile geschürt.

Auffällig ist dabei der Versuch, auch noch eine Verknüpfung mit einem späteren Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu konstruieren. Andere Unionspolitiker unterstützen diese ausgrenzende und rechtspopulistische Stimmungsmache und scheuen sich nicht, bereits erreichte Verhandlungsergebnisse – so dürftig diese auch aus unserer Sicht sind – wieder aufzumachen.

Die CSU hat sich damit als einzige Partei vom politisch gewollten Konsens einer integrativen Regelung der Einwanderung verabschiedet. Sie steht damit jenseits des offenen politischen Raums und hat sich völlig von der Realität verabschiedet. Wer wie Stoiber mit Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit Wahlkampf machen will, macht Rechtsextremismus gesellschaftsfähig!

Doch auch die eigene Partei darf in dieser Frage nicht von Kritik verschont bleiben. Wer sich wie Otto Schily monate- und jahrelang widerspruchslos vor den Karren der Rechtspopulisten spannen lässt oder treiben lässt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, möglicherweise auch nicht den ausreichenden politischen Willen für ein weltoffenes Einwanderungsgesetz zu haben.

Außerdem wurde fatalerweise allzusehr die Sicherheitspolitik mit der Einwanderungspolitik verknüpft und im Rahmen der europäischen Einigung wurde von anderen Ländern down-sizing eingefordert. Dies hat dazu geführt, dass in voreilem Gehorsam von Seiten der sozialdemokratischen Verhandlungsführer und vor allem aus dem Bundesinnenministerium folgenschwere Zugeständnisse gemacht wurden.

Diese Strategie hat einer offenen Zuwanderungspolitik nachhaltig geschadet. Wir Juso haben darauf schon früh hingewiesen. Viele Aspekte notwendigen humanitären Fortschritts bleiben unberücksichtigt. Unter demografischen Gesichtspunkten dringend erforderliche Einwanderung ist nur unter stark erschwerten Bedingungen möglich. Wir fordern deshalb, die gesetzlichen Maßnahmen weitestgehend im Sinne von mehr Einwanderung ausulegen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, auf Basis der Parteitagebeschlüsse zu Einwanderung und Asyl selbstbewusst und fortschrittlich Rechtspopulismus zu bekämpfen sowie Einwanderung zuzulassen.

R5 - Für ein generationengerechtes europäisches Sozialmodell!

Gemeinsamer Antrag mit der Sinistra Giovanile

Wir, eine Gruppe von 20 Mitgliedern der italienischen Sinistra Giovanile und 20 deutschen JungsozialistInnen, sind vom 29. April bis zum 2. Mai 2004 in Berlin zusammengekommen, um gemeinsam die Forderungen der Jugend unserer Länder an eine nachhaltige Reform des Sozialstaats zu diskutieren. Gemeinsam haben wir auch die Osterweiterung der Europäischen Union an der deutsch-polnischen Grenze gefeiert. Wir haben in unseren Diskussionen realisiert, dass die Umstände, unter denen in Italien und in Deutschland der Sozialstaat entstand und sich entwickelte, zwar unterschiedlich sind. Auch die Probleme, mit denen unsere Generation zu kämpfen hat, reflektieren die unterschiedlichen Lebensrealitäten. Doch unsere Forderungen an soziale Sicherheit und Standards, die unserer und den anderen Generationen auch zukünftig ein lebenswertes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen soll, sind ähnlich. Unsere Idee eines Sozialstaats basiert auf dem Gedanken der Umverteilung und der Chancengleichheit. Besonders die Rolle der Frauen gilt es hierbei europaweit zu stärken und Verantwortlichkeiten ebenso wie Ressourcen gerecht auf die Geschlechter zu verteilen. Nur so können überholte gesellschaftliche und familiäre Strukturen reformiert werden.

Basierend auf den Ergebnissen unserer viertägigen Diskussionen fordern wir:

1. Die staatlichen Investitionen in Bildung und Ausbildung zu erhöhen, so dass junge Menschen eine Garantie auf eine Ausbildung erhalten können, die es ihnen ermöglicht, sich in einem ihrer Ausbildung angemessenen Beschäftigungsverhältnisses ein Einkommen zu erwirtschaften, dass ihnen ein selbstbestimmtes Leben ohne unerwünschte gesellschaftliche und insbesondere familiäre Abhängigkeiten ermöglicht. Allerdings müssen hierfür auch andere gesellschaftliche Akteure sowie die Wirtschaft in die Pflicht genommen

werden. Wir fordern daher auch von den Unternehmen, ausreichend und auch hochwertige Ausbildungsplätze anzubieten.

2. Bildung als Wert an sich zu verstehen und zu schützen. Bildung ist es, was uns zu mündigen BürgerInnen macht und es uns ermöglicht, uns im Rahmen eines lebenslangen Lernprozesses weiterzuentwickeln. Diese Form der Bildung und Weiterbildung sollte staatlich reguliert sein. Dazu gilt es, mehr in Bildung und Soziales statt in Verteidigung und Militär zu investieren.
3. Europäische Bildungsmobilität wie das Erasmus-Programme allen interessierten Jugendlichen zu öffnen und nicht nur den finanziell besser gestellten. Nur so werden wir unser Ziel einer europäischen Bildung und damit einer europäischen Identität erreichen.
4. Eine umfassende Reform des Sozialsystems zu leisten, die Gerechtigkeit für alle Generationen bringt. Es gilt zu verhindern, dass Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, mit einer ausgebauten sozialen Infrastruktur sowohl die Bedürfnisse der Älteren als auch der Jüngeren abzusichern. Ein leistungsfähiger Sozialstaat sowie lebensstandardsichernde Rentensysteme verlangen, dass verstärkt auch höhere Einkommen und Vermögen zur Finanzierung herangezogen werden.

Ausgebaute öffentliche Rentensysteme sind nicht nur gerechter, sie sind auch effizienter und gesamtwirtschaftlich stabilisierend. Wir wollen durch eine ausgebaute sozialstaatliche Absicherung für die junge Generation, z.B. ausgebaute Kinderbetreuung, attraktive Bildungseinrichtungen, Einstiegshilfen in den Beruf, den Sozialstaat stärker erfahrbar machen. Alte und junge müssen gemeinsam für den Sozialstaat stehen, andernfalls droht ein Abbau durch neoliberale Spalter.

5. Aktivere Bemühungen unserer Regierungen und der Europäischen Kommission, soziale Standards europaweit zu erhöhen. Harmonisierung kann nicht die Orientierung am niedrigsten Niveau bedeuten. Vielmehr muss der höchste Standard unsere Meßlatte sein. Gemeinsam setzen wir uns für ein neueres, ein besseres Sozialmodell ein, ein Sozialmodell, dass als eine zentrale Stütze eine bessere Bildung und Ausbildung für alle garantiert. Dieses Sozialmodell, an dessen Ausarbeitung alle sozialen Akteure beteiligt sein müssen, soll die Vision eines politischen und sozialen Europas reflektieren, das sich von dem US-Modell bewusst absetzt. Ebenso setzt es sich ab vom neoliberalen Modell der Konservativen und Rechtspopulisten, die die Gesellschaft spalten wollen. Das von uns geforderte sozialdemokratische Sozialmodell Europas muss ein solidarisches sein!
6. Das Ziel eines sozialdemokratischen Europas vor Augen, eine noch engere Kooperation zwischen SPD, DS und ihren Schwesterparteien. Ihr Ziel muss es sein, die europäischen Institutionen zu stärken. Dies muss zu einer der zentralen Forderungen auch über den Europawahlkampf hinaus gemacht werden.
7. Die Stärkung der Institutionen auch auf internationaler Ebene zu erkämpfen. Die UN muss wieder Entscheidungsgewalt bekommen. Im Sinne einer nachhaltigen Generationengerechtigkeit muss aber auch – durch angemessene Investitionen in die Forschung sowie durch die Einhaltung internationaler Abkommen – die Umwelt geschützt werden.

Diese Forderungen erheben wir nicht nur an die Regierungen, sondern auch an unsere Parteien und an uns selbst. Wir wollen uns dafür einsetzen in unseren Wahlkampfaktionen für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004, aber auch darüber hinaus. Zu Hause, in Europa, weltweit.

R 6 - Auf zum letzten Gefecht: Gerecht weiter denken – Wehrpflicht abschaffen

Die Diskussion um die künftige Wehrstruktur geht in die entscheidende Runde. Die Frage um Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht hat längst keinen reinen sicherheitspolitischen Charakter mehr. Viele Gründe sprechen heute für ihre Abschaffung. Die gesellschaftliche Ablehnung der Wehrpflicht hat enorm zugenommen. Auch innerhalb der SPD wächst der Widerstand gegen die Zwangsdienste.

Der tiefe Eingriff in die individuelle Freiheit junger Männer durch die allgemeine Wehrpflicht ist nicht mehr zu rechtfertigen. Wichtige Grundrechte wie das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, das Koalitions- und Versammlungsrecht sowie das Streikrecht werden durch das Soldatenrecht eingeschränkt. Ein solcher Eingriff muss mit einem existentiellen Anliegen des Staates begründet werden. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Wehrpflicht in Deutschland heute nicht mehr gerecht umsetzen lässt.

Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht steht für uns Jusos im Kontext der Forderungen nach Abrüstung und dem Zurückdrängen militärischen Denkens aus der Gesellschaft. Nach langen Diskussionen sprechen wir uns für

eine Freiwilligenarmee aus. Aber unser Ziel bleibt die Überwindung jeglicher militärischer Strukturen. Konfliktprävention und die Stärkung ziviler Instrumente sind für uns zentral.

Die Wehrstruktur hat dabei keinen Einfluss auf die Interventionsfähigkeit einer Armee, wie es in manchen Diskussionen behauptet wird. Die Entscheidung über die Einsätze einer Armee gehört in den politischen Raum. Wir Jusos fordern vehement, am Modell der Parlamentsarmee festzuhalten, Einschränkungen in die Entscheidungskompetenzen des Bundestages lehnen wir ab. Im Gegenteil: der parlamentarische und demokratische Einfluss auf die Armee muss verstärkt werden.

In diesem gesamten Kontext fordern wir, die Bundeswehrreform voranzutreiben. Für die Abschaffung der antiquierten Wehrstruktur sprechen heute viele Gründe:

1. Abrüstungsmöglichkeiten eröffnen – Armee verkleinern!

Mit der Bundeswehrreform muss eine radikale Verringerung des Personalsumfangs der Bundeswehr auf höchstens 150.000 Soldaten einhergehen. Sechzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und im Jahr der Ost-Erweiterung der Europäischen Union ist Deutschland ausschließlich von Freunden umgeben. Das klassische Bedrohungsszenario des Kalten Krieges ist entfallen. Sicherheitspolitik hat sich massiv gewandelt und hat seine Herausforderungen im nicht-militärischen und präventiven Bereich zu suchen. Nicht nur deswegen erscheint die Aufrechterhaltung großer Armeen und massiver Verteidigungshaushalte in einem zusammenwachsenden Europa als Anachronismus.

Schon jetzt hat die Bundeswehr eine Größenordnung erreicht, die nicht mehr kompatibel ist mit der Aufrechterhaltung der Wehrpflicht. Klar ist auch: weil moderne Sicherheitspolitik gerade die nicht-militärischen Mittel stärken muss, ist eine Verlagerung von Finanzbudgets erforderlich.

2. Keine Wehrpflichtlotterie, keine Trickereien!

Durch die Verkleinerung der Bundeswehr und die Verringerung der Wehrdienstplätze ist die Wehr-Ungerechtigkeit in den letzten Jahren massiv gestiegen. Am Ende eines Jahrgangs werden heute weniger als 20 % der Wehrpflichtigen tatsächlich zum Wehrdienst einberufen. Es entsteht eine reine „Wehrpflichtlotterie“. Kriegsdienstverweigerer müssen im Gegensatz hierzu den Zivildienst deutlich häufiger ableisten. Das ist eine Ungleichbehandlung von Kriegsdienstverweigerern und Nicht-Verweigerern, die wir strikt ablehnen, und ein Widerspruch zur grundgesetzlich festgeschriebenen Wehrgerechtigkeit. Dies hat erst vor kurzem das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes gezeigt, das bei Einberufungen von „staatlicher Willkür“ spricht.

3. Die neueste Legende von der „guten“ Wehrpflichtarmee

Da die Befürworter der Wehrpflicht längst realisiert haben, dass sie sich politisch und gesellschaftliche immer mehr in der Defensive befinden, stürzen sie sich mittlerweile auf jedes beliebige Argument, dass der Wehrpflicht nur ein bisschen helfen könnte. Die neueste Argumentation im Hinblick auf die Folterungen im Irak lautet: Die Wehrpflicht ist ein „Schutzwall“ gegen die Gefahr der Misshandlungen von Gefangenen. Diese Behauptung blendet aus, dass insbesondere im Fall der US-amerikanischen Armee ein antidemokratischer Corps-Geist gegriffen hat und zudem die Situation durch menschenverachtende Rhetorik, vor allem durch den US-Präsidenten George Bush und seinen Verteidigungsminister Rumsfeld, systematisch aufgeheizt worden war.

Im Kriegsfall besteht immer die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Diese ist jedoch unabhängig von der Wehrform zu betrachten und kann nur durch Demokratisierung von Entscheidungsstrukturen und durch kritische, zum eigenen Urteil befähigte und zivilcouragierte BürgerInnen vermieden werden. Innere Führung muss in den heutigen Zeiten bedeuten, streng hierarchische Strukturen und die Unterdrückung menschlicher Individualität zu überwinden und kritische, zum eigenen Urteil befähigte und zivilcouragierte Staatsbürger in Uniform zu formen.

4. Integration erreicht man nur über Demokratisierung

Ein wichtiges innenpolitisches Argument von Befürwortern der Wehrpflicht lautet, Wehrpflichtige würden dafür sorgen, dass die Armee von allen gesellschaftlichen Schichten und Kräften durchdrungen und nicht zu einem gefährlichen Sammelbecken rechtskonservativer oder rechtsextremer Kräfte werde. In diesem Argument kondensieren sich Erfahrungen aus der Weimarer Republik, in der die aus Berufssoldaten bestehende Reichswehr zu einem der Demokratie wesensfremden Staat im Staat wurde. Dass sich dies nicht wiederholen darf und dass demokratiefeindliche Kräfte nicht noch einmal über die Machtmittel des Staates verfügen dürfen, steht außer Frage.

Erheblich bedeutsamer für die zivilgesellschaftliche und demokratische Einbindung der Bundeswehr sind Faktoren gewesen sein, die auch Wesensmerkmal einer reinen Freiwilligenarmee sein müssen: Die parlamentarische Kontrolle einschließlich der Tätigkeit der Wehrbeauftragten; die Ausbildung der Offiziere durch zivile Lehrkräfte an den Bundeswehruniversitäten; die Politische Bildung und Innere Führung; Die politische Bildung bei der Bundeswehr und die demokratische Kontrolle müssen wesentlich gestärkt werden. Die demokratische Kontrolle muss dabei vor allem in den Bereichen ausgebaut werden, in denen sie am notwendigsten ist: In der Führungsebene.

Aber die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts deuten darauf hin, dass es – ob bei Wehrpflichtigen und bei Langzeitsoldaten – personelle Verschiebungen gegeben hat. Die Bundeswehr – ähnlich wie der BGS – bieten oftmals

eine der wenigen sicheren Arbeitsplatzperspektiven. Die Frage der Demokratisierung ist von der Politik, obwohl immer wieder eingefordert, nie ernsthaft angegangen worden.

Eine Freiwilligen-Armee, die ihren Schwerpunkt auf kürzer dienenden Soldaten auf Zeit setzt, kann der Abkopplung der Armee von der Gesellschaft entgegentreten, denn die Soldaten müssen nach einer begrenzten Zeit ins berufliche, zivile Leben zurückkehren. Außerdem muss durch entsprechende Einstellungstests, die auch in anderen Bereichen üblich sind, gewährleistet werden, dass keine Freiwilligen angenommen werden, die eine besondere Affinität zu militärisch-autoritären Denk- und Verhaltensweisen haben, und darüber hinaus müssen durch die Schaffung von zivilen Arbeitsplätzen berufliche Alternativen aufgezeigt werden.

5. Freiwilligen-Armee ist kostengünstiger

Eine Freiwilligenarmee ist auch keinesfalls teurer als eine Armee mit Wehrpflichtigen. Im Gegenteil: Volkswirtschaftlich gesehen ist die Wehrpflichtarmee die teuerste und ineffizienteste Lösung, da sie dem zivilen Sektor jährlich Zehntausende junge Männer entzieht und der Einsatzwert eines Freiwilligen zwei- bis fünfmal so hoch ist wie der eines Wehrpflichtigen.

Zwar lässt sich die Frage der Wehrform nicht nur unter dem Kostenaspekt betrachten, doch ist die Argumentation, eine Wehrpflichtarmee sei billiger, nicht haltbar. Durch die Umstrukturierung freiwerdende Gelder sollen in die nichtmilitärische Krisenprävention investiert werden.

Bei der Frage der Personalgewinnung und der Attraktivität der Bundeswehr kommt dem Aspekt der zivilen Verwertung von Aus- und Weiterbildungsangeboten bei der Bundeswehr große Bedeutung zu.

6. Konversion des Zivildienstes

Die angebliche Notwendigkeit des Zivildienstes im Sozialwesen muss häufig als Argument für die Wehrpflicht erhalten. Dass der Zivildienst kostenneutral abgeschafft werden kann, ist jedoch mittlerweile bewiesen: Modellrechnungen zu den Folgen des Wegfalls des Zivildienstes zeigen, dass rein rechnerisch etwa drei Zivildienstleistende durch zwei Hauptamtliche ersetzt werden müssten, um im Sozial- und Gesundheitswesen keine Lücken aufkommen zu lassen, also 90.000 Zivildienstleistende durch 60.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Die begrenzte Einsatzfähigkeit der ZDL, ihr ständiger Wechsel und das fehlende Know-how setzen ihrer Effektivität erhebliche Grenzen. Untersuchungen dazu beweisen, dass die Umwandlung kostenneutral organisiert werden kann. Dies wäre also nicht nur eine Qualitätsverbesserung in diesen sozialen Diensten, sondern daneben auch ein bemerkenswerter Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Selbst die Wohlfahrtsverbände – Hauptnutznießer des Zivildienstes - haben dies mittlerweile anerkannt und erklärt, sie könnten ab 2008 auf den Zivildienst verzichten. Ihre Forderung nach dem Erhalt der im Zivildienst ausgegebenen Haushaltsmittel für den sozialen Bereich und die Freiwilligendienste, die auch der Bundesrat im Mai dieses Jahres aufgegriffen hat, findet unsere Unterstützung.

7. Freiwilligendienste dürfen kein Ersatz für Ausbildungs- oder Arbeitsplätze sein

Für reguläre Tätigkeiten sind reguläre Arbeitsplätze zu schaffen. Freiwilligendienste – flexibilisiert und als Angebot für Menschen jeden Alters – haben ihren Bereich dort, wo Menschen gesellschaftliche Aufgaben übernehmen und sich einmischen wollen, aber auch Erfahrungen sammeln oder sich orientieren wollen. Sie sind strikt zu orientieren an den Bedürfnissen und Interessen der Freiwilligen. Über diese Dienste dürfen keine sozialen Dienstleistungen sichergestellt werden. Sie dürfen allenfalls zusätzliche Aufgaben übernehmen. Freiwilligendienste sind kein Ausbildungsangebot für Jugendliche.

Sowohl Wehrdienst als auch Zivildienst sind Jobkiller und zerstören reguläre Arbeitsplätze. Die Abschaffung der Zwangsdienste kann somit ein Schritt sein, um Beschäftigung wieder zu erhöhen: Mittel, die durch die Abschaffung von Zwangsdiensten eingespart werden, sollen zur Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) gebündelt werden. Die Konversion des Zivildienstes in Arbeitsplätze des ÖBS wäre somit zugleich ein Beitrag, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und Menschen Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen, die ihnen eine Existenzsicherung aus eigener Kraft ermöglicht.

8. Deutliche Absage an jegliche Form des sozialen Pflichtjahres

Der populistischen Forderung nach Einführung einer Dienstpflicht für alle Jugendlichen erteilen wir eine klare Absage. Das Verantwortungsbewusstsein der jungen Menschen in der Gesellschaft kann über Zwangsdienste nicht gestärkt werden. Soziales Engagement erreicht man über bessere – freiwillige - Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft. Gleichzeitig droht mit einer allgemeinen Dienstpflicht die Gefahr der Ausbeutung junger Menschen und der weiteren Zerstörung regulärer Ausbildungs- und Arbeitsplätze, da pro Jahr zusätzlich zum heutigen Wehr- und Zivildienst rund 500.000 Stellen geschaffen und jährlich mit zusätzlichen 7,5 Milliarden Euro finanziert werden müssen. Das Grundgesetz und zahlreiche internationale Abkommen stehen der Forderung nach einem sozialen Pflichtjahr entgegen.

9. Gerecht weiter denken: Partei und Gesellschaft mobilisieren!

Die Jusos senden vom Bundeskongress in München ein deutliches Signal. Gerecht weiter denken heißt für die Abschaffung der Wehrpflicht und für die Schaffung einer Freiwilligen-Armee. Wir werden gesellschaftlich und zudem auf allen Ebenen die Debatte innerhalb der SPD über die künftige Wehrstruktur aktiv führen. Gerade im Hinblick auf die Fachtagung zur Bundeswehrreform des SPD-Parteivorstandes am 13. November werden die Jusos sich einbringen. Eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung und in der SPD steht mittlerweile gegen die Wehrpflicht. Das werden wir deutlich machen.

R7 - Die HWP erhalten – Solidarität mit den Studierenden!

Nach dem Zweiten Weltkrieg regen die Gewerkschaften und Genossenschaften bei der damaligen Hamburger Stadtregierung die Gründung einer Akademie an, die Führungsnachwuchs für die Gemeinwirtschaft ausbilden soll. Seit dieser Zeit besteht in Hamburg die „Hochschule für Wirtschaft und Politik“.

Von Beginn an konnten auch Personen ohne Abitur zum Studium zugelassen werden. Grund dafür ist die Annahme, dass auch Berufsausbildung und Berufserfahrung zum Studium befähigen können. Den Beweis dafür müssen die "Nicht-AbiturientInnen" in einem Eingangstest erbringen. Mit der "Akademie für Gemeinwirtschaft" ist der Grundstein für die spätere HWP gelegt.

Die Wurzeln der HWP in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sind noch sichtbar:

- An der HWP studieren jüngere und ältere Menschen mit oder ohne Abitur, dann aber mit beruflicher Qualifikation und Erfahrung. Wir wissen um die Bedeutung dieses wissenschafts- und bildungspolitischen einmaligen Ansatzes.
- Die Möglichkeit eines Teilzeit-Studiums führt dazu, dass berufstätige Menschen sich qualifizieren und umorientieren können.
- Die Forschung ist von dem Grundsatz begleitet, wie die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können.
- Erhalten werden muss die HWP wegen ihres interdisziplinären Ansatzes, wegen des kritischen Umganges mit Wissenschaft, der die Studierenden befähigt, unsere Welt nicht nur zu interpretieren, sondern auch verändernd einzugreifen und so eine Grundlage für „eine andere Welt“ zu legen.
- Die HWP muss erhalten werden, weil hier aufgrund ihrer sozialen Wurzeln mehr Frauen studieren, mehr ältere Personen und Personen mit migrantischem Hintergrund studieren als an anderen Universitäten. Die HWP leistet damit unverzichtbare Beiträge zur zivilisierten Zukunft unseres Landes.

Die Absicht des Hamburger Senates, die HWP zu schließen bzw. in die Hamburger Universität einzugliedern und ihr die Selbstständigkeit zu nehmen, müssen wir als Angriff auf die genannten sozialen Wurzeln und also auch als Angriff auf uns empfinden.

In diesem Sinne und aus diesen Gründen erklärt der Juso-Bundeskongress seine ausdrückliche Solidarität mit der HWP.

Wir unterstützen die Besetzung der HWP als Mittel und Ausdruck des Protestes gegen die völlig verfehlte Bildungspolitik.

Wir unterstützen die Besetzung der HWP als berechtigten Versuch der Studierenden, die Hochschulautonomie der HWP zu sichern.

Wir appellieren an die HWP-Leitung und an alle Lehrenden der HWP, mit den Studierenden ihre Universität zu verteidigen!

Wir appellieren an die Wissenschaftsbehörde und den Hamburger Senat, von ihren Plänen zur Auflösung der HWP als eigenständiger Hochschule Abstand zu nehmen.

R8 - Für ein Ende des nuklearen Verschiebeparkplatzes

Castoren rollen wieder nach NRW

Im Frühjahr und Sommer dieses Jahres soll es wieder Castor-Transporte nach Ahaus geben. Die Brennelemente stammen aus dem stillgelegten sächsischen Forschungsreaktor Rossendorf. Der Grund für die Transporte ist, dass das Land Sachsen nach eigenen Angaben 72 Mio. Euro dadurch spart. Möglich sind die Transporte nur aufgrund einer Gesetzeslücke, welche Forschungsreaktoren wie Rossendorf von der Verpflichtung, radioaktive Abfälle standortnah zu lagern, ausnimmt. Für Atomkraftwerke gilt dagegen das Verursacherprinzip.

Die Transporte erscheinen auch deswegen unsinnig, weil die Castoren in Rossendorf derzeit in einer Betonhalle untergebracht sind, die nahezu baugleich mit der in Ahaus ist. Die Aufbewahrung in Rossendorf ist also nicht unsicherer. Überhaupt müssten die Castoren nach 40 Jahren nach Rossendorf zurücktransportiert werden, wenn bis dahin kein Endlager gefunden ist.

Da Rossendorf keinen Bahnanschluss hat, sollen die 18 Castoren in bis zu neun Transporten über die Straße nach Ahaus gebracht werden. Abgesehen von dem Chaos auf den Autobahnen entsteht dadurch ein unabsehbares Risiko. Der Sicherheitsstandard der Castoren ist nämlich nicht völlig abgesichert: Tests auf Feuer- und Stoßfestigkeit waren unzureichend, bei einem Unfall könnte es zu verheerenden Folgen für Natur und Menschen kommen! Dennoch wurde eine Transportgenehmigung erteilt.

NRW-Innenminister Behrens schätzt, dass allein auf das Land Nordrhein-Westfalen Transportsicherungskosten in Höhe von 50 Mio. Euro zu kämen. Das ist eine Menge Geld, die das Land sicherlich sinnvoller nutzen könnte!

Deshalb fordern wir, dass die sächsische Landesregierung Risiko und Kosten der Atommüllentsorgung selbst übernimmt! Es soll eine Genehmigung für Rossendorf als Zwischenlager auch für hochradioaktive Abfälle beantragt werden.

Die Bundesregierung soll die Lücke im Atomausstiegsgesetz schließen, welche Forschungsreaktoren wie Rossendorf vom Verursacherprinzip, also der Verpflichtung zur standortnahen Lagerung, freistellt.

Das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen – Energiewende wichtiger den je

In Zuge der Diskussion um die steigenden Ölpreise traten auch wieder schnell diejenigen auf den Plan, die den Ausstieg aus der Kernenergie noch immer nicht verwunden haben, und gerne das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen würden.

CDU/CSU und FDP waren sich für keine populistische Parole zu schade. Der Ärger der Bevölkerung um die Preisentwicklung an den Tankstellen sollte genutzt werden, um erneut einen Generalangriff auf Ökosteuer und Atomausstieg zu starten. An der Spitze der Bewegung mal wieder Edmund Stoiber, der „notfalls auch neue Kernkraftwerke bauen“ will, um steigenden Rohstoffpreisen zu begegnen.

Damit setzen Union und FDP auf eine hochgefährliche Strategie und betreiben aktive Volksverdummung, in dem sie die Bevölkerung vor die vermeintliche Wahl stellt, sich zwischen Pest oder Cholera entscheiden zu müssen.

Die Realitäten müssen endlich zur Kenntnis genommen werden. Nach verschiedenen Studien werden die vorhandenen Ölreserven bis spätestens zur Mitte dieses Jahrhunderts entgültig aufgebraucht sein. Gleichzeitig erhöht sich der Bedarf ständig aufgrund des hohen Ölverbrauchs in den USA und des steigenden Hungers nach Öl in den stark wachsenden Volkswirtschaften China und Indien. Diese Entwicklung wird nicht nur zu verstärktem Ausstoß von Kohlendioxid und zu einer Beschleunigung des Prozesses der globalen Erderwärmung führen, sondern auch zu stetigen Öl- und Benzinpreisen. Verstärkt wird der Preisanstieg auch durch Spekulationen auf den internationalen Rohstoffmärkten, aufgrund der weiterhin unsicheren Sicherheitslage in zahlreichen erdölproduzierenden Ländern. Mehr Ehrlichkeit gegenüber den Menschen ist also angebracht. An steigenden Benzinpreisen kommen wir nicht vorbei; dieses ist eine ökonomische Gewissheit. Wir werden nur noch entscheiden können, inwieweit wir uns vom Öl abhängig machen oder nicht.

Atomkraft als Alternative, um sich unabhängig zu machen von Ölexporten? Wohl kaum. Stoiber, Merkel & Co tun so, als hätte es die jahrzehntelange Debatte in Deutschland um die Nutzung der Kernenergie nicht gegeben. Das der Atomtechnologie innewohnende hohe Sicherheitsrisiko wird einfach beiseite geschoben, als hätte es Tschernobyl nie gegeben. Auch die immer noch ungelöste Frage, wo der Atommüll dauerhaft gelagert werden soll, scheint auf einmal keine Rolle mehr zu spielen. Selbst wenn dieses Problem entgültig gelöst werden könnte, werden noch zahlreiche Generationen mit dem bereits vorhandenem Müll zu kämpfen haben. Mehr davon können wir nicht gebrauchen.

Der vermeintliche, kurzfristige Erfolg an der Populismus-Front scheint den Schwarzen aber wieder einmal wichtiger zu sein, als sich Gedanken um eine nachhaltige Energiepolitik zu machen. Ihre Rechnung geht aber nicht auf. Der anhaltende Widerstand gegen die Atomtransporte zeigt, dass eine Akzeptanz für diese Art der Energiegewinnung und der Umgang mit dem dadurch entstehenden Müll bei der Bevölkerung nicht mehr gegeben ist. Dies betrifft auch nicht nur die AnwohnerInnen von Zwischenlagern und AKWs. In Umfragen spricht sich eine breite Mehrheit der gesamten Bevölkerung gegen den Neubau oder die Verlängerung des Betriebs bereits bestehenden Atomkraftwerke aus.

Für uns Jusos ist die Abwägung zwischen Öl und Kernenergie keine Option. Wir setzen auf eine energiepolitische Strategie, die uns den Weg raus aus der Kernenergie *und* weg vom Öl weist. Dies beinhaltet vor allem die konsequente Förderung und Ausweitung der Nutzung regenerativer Energien. In Anbetracht der schwindenden Ölreserven und der hohen Risiken der Atomkraft, werden sie mittel- bis langfristig auch ihren Kostennachteil aufholen. Jedoch sind auch im Bereich der fossilen Energieträger vielversprechende Entwicklungen zu beobachten. Vor allem die Entwicklung völlig emissionsfreier Kohlekraftwerke verspricht eine umweltfreundliche Deckung der zukünftigen Energiebedarfe, die nicht durch die regenerativen Energien gedeckt werden können. Zu diesem Weg gibt es für uns aus umweltpolitischen – aber auch ökonomischen – Erfordernissen keine Alternative.

R 11 - Ohne Ausbildung ist alles andere nichts!

Wir Jusos haben für das Ausbildungssicherungsgesetz gekämpft. Es ist unser Erfolg, dass dieses Gesetz im Bundestag vorerst beschlossen wurde. Unser Ziel war und ist: Jeder junge Mensch muss das Recht auf einen Ausbildungsplatz bekommen – **die Unternehmen sind weiterhin in der Pflicht, ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot bereitzustellen.**

Die Betriebe haben allerdings in den letzten Jahren ihre Ausbildungskapazitäten radikal abgebaut. Gleichzeitig haben mehr junge Menschen eine Ausbildung gesucht. Das Ergebnis: Tausende junger Menschen standen und stehen ohne Ausbildungsperspektive auf der Straße. Das können und wollen wir Jusos im Interesse der jungen Generation nicht zulassen! **Deshalb unterstützen wir weiterhin eine gesetzliche Umlage zur solidarischen Finanzierung der Ausbildung.** Dabei haben freiwillige Lösungen zur Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen Vorrang. Das gilt auch für den sogenannten Ausbildungspakt.

Wir müssen feststellen, dass die SPD-Ministerpräsidenten – und hier insbesondere Kurt Beck, Heide Simonis und Peer Steinbrück – aber auch der Bundeswirtschaftsminister, Wolfgang Clement, das Ausbildungssicherungsgesetz immer wieder torpediert haben. Damit haben sie die Verhandlungsposition der Politik gegenüber den Unternehmensverbänden nachhaltig verschlechtert. Sie tragen die zentrale Mitverantwortung für den jetzt ausgehandelten, wenig verbindlichen Pakt.

Was wir jetzt bekommen haben, ist eine erneute Hintertür für die Unternehmen, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Klar ist aber auch: Erst durch das Ausbildungsplatzsicherungsgesetz sind die Unternehmen zum Handeln gezwungen worden.

Wir können es nicht zulassen, dass die Unternehmen lediglich 30.000 „neue“ Ausbildungsplätze schaffen müssen. „Neue“ Ausbildungsplätze werden jedes Jahr geschaffen – was wir wirklich brauchen sind *zusätzliche* Plätze, um die Ausbildungslücke zu schließen. **Ein Kuhhandel mit den Unternehmen, der diesen wieder die Möglichkeit lässt, sich vom dualen System zu verabschieden, lehnen wir ab!**

Wir Jusos fordern daher:

- Das Ausbildungssicherungsgesetz muss sofort im Bundestag beschlossen werden, sollten im Herbst wieder junge Menschen ohne Ausbildung sein. Erst im Herbst 2005 eine Zwischenbilanz zu ziehen, kommt zu spät.
- Die Unternehmen müssen verbindlich zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.
- Berufsvorbereitende Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche (z.B. Praktikumsplätze) müssen von den Unternehmen finanziert werden.
- Sollte Ende des Jahres erneut eine Ausbildungslücke zu verzeichnen sein, muss das Ausbildungssicherungsgesetz ausgelöst werden.
- Wir lehnen statistische Bereinigungen, die die wirkliche Lage auf dem Ausbildungsmarkt verschleiern, kategorisch ab!

Es ist die allerletzte Chance: Wenn die Unternehmen jetzt nicht mehr Ausbildung schaffen, müssen ausbildungsunwillige Betriebe zahlen – zugunsten der Betriebe, die ausbilden!



Initiativanträge

I 5 - Endstation Ausgrenzung?

Keine Einschränkungen der Nachteilsausgleiche für schwerbehinderte Menschen im öffentlichen Personennahverkehr!

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung plant, die kostenfreie bzw. kostengünstige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Nahverkehr für schwerbehinderte Menschen stark einzuschränken.

Freifahrten im Nahverkehr sollen nur noch im Verkehrsverbund des Heimatortes und nicht mehr bundesweit möglich sein. Freifahrten mit Regionalzügen im Umkreis von 50 Kilometern des Wohnortes sollen entfallen.

Laut mündlicher Stellungnahme des Ministeriums setze man damit Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat um, die Zuschüsse an die Deutsche Bahn und Nahverkehrsträger zu kürzen. Grundlage sei die vereinbarte Subventionsstreichliste der Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück.

Wir lehnen die Einschränkung der Nachteilsausgleiche ab und fordern die verantwortliche Ministerin Ulla Schmidt auf, umgehend von den Überlegungen Abstand zu nehmen. Zugleich kritisieren wir scharf die erneute Belastung benachteiligter Menschen durch die Sozialpolitik des Bundes.

Begründung

Die Einschränkungen dürfen auf keinen Fall hingenommen werden, weil die vergünstigte Beförderung im öffentlichen Personenverkehr speziell für Schwerstgehbehinderte, Rollstuhlnutzende bzw. in ihrer Kommunikation stark eingeschränkte Menschen nahezu die einzige noch verbliebene Ausgleichsleistung darstellt. Dagegen sind die überwiegenden Nachteilsausgleiche an die Teilhabe am Erwerbsprozess bzw. die Besteuerung von Einkünften gekoppelt und können nur noch von wenigen Menschen mit Behinderungen in Anspruch genommen werden.

Hinzu kommt, dass Nahverkehrseinrichtungen vielerorts von mobilitätseingeschränkten Menschen nicht ohne Hilfe durch andere nutzbar sind. Dies betrifft beispielsweise den barrierefreien Zugang zu Bahnsteigen, Fahrzeugen oder den Kauf von Fahrkarten.

Es liegen Informationen vor, dass die Verkehrsunternehmen die Bemühungen im Sinne unserer Forderungen nach Barrierefreiheit erheblich reduzieren werden, falls die ihnen bisher für die Beförderung von Menschen mit Behinderungen gewährten Finanzausgleiche nicht mehr oder nur noch in geringerem Umfang gewährt werden. Zudem konterkarieren die Planungen der Bundesregierung Anstrengungen von Landes- und Kommunalpolitik, Behindertenvereinigungen und Verkehrsunternehmen, schrittweise einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV herzustellen.

Insgesamt würde die Umsetzung der Pläne für die Bemühungen der Behindertenvereinigungen um einen ÖPNV für alle einen erheblichen Rückschlag bedeuten – mit der Folge zunehmender Ausgrenzung von Schwerbehinderten von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

I 8 - Ostantrag

1. Schonungslose Bilanz

a. Erfolge beim Aufbau Ost

Wer die Probleme angehen will, die beim Aufbau Ost bis heute existieren, muss auch zur Kenntnis nehmen, was die ostdeutsche Bevölkerung mithilfe der westdeutschen Steuerzahler bis heute geleistet hat.

Auch wenn nicht alles Gold ist was glänzt: Der Aufbau Ost hat in den neuen Ländern auch große Leistungen hervorgebracht. Neben dem grundlegenden Aufbau der Verwaltung stand zunächst die Bewältigung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Mittelpunkt. Inzwischen ist fast jeder Haushalt mit Telefon versorgt, die Kanalisation hat enorme Fortschritte gemacht und kaum ein Haushalt heizt noch mit Kohle. Der materielle Lebensstandard im Osten stieg erheblich, im Durchschnitt erreicht er heute etwa 80% des Westens. Zu schnell haben wir vergessen, in welchem Zustand sich die neuen Bundesländer 1990 befanden.

Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress 2004, München

Insbesondere bei der Infrastruktur ist der große Erneuerungsbedarf in den vergangenen 14 Jahren sehr gut bewältigt worden. Städte und Dörfer haben ein freundliches und farbenfrohes Gesicht bekommen, Universitäten und Krankenhäuser wurden modernisiert und auf den neuesten technischen Stand gebracht. Straßen, Schienen und Bahnhöfe sind heute in vielen Regionen der neuen Länder in einem deutlich besseren Zustand als im Westen. Insgesamt kann man konstatieren, dass die Infrastruktur – wenn auch immer noch mit erheblichen Unterschieden – in einem guten und wettbewerbsfähigen Zustand ist.

Gleichzeitig hat die ostdeutsche Bevölkerung viel Lebensmut und Improvisationsgeist bewiesen. Flexibilität ist 14 Jahre nach der Wende nirgendwo so verankert wie im Osten. Denn während der Westen 50 Jahre lang einen Aufschwung erlebte, musste der Osten sich von Anfang an mit den Fragen des Rückbaus statt Erweiterungsbaus auseinandersetzen. Probleme, die heute auch auf westdeutsche Oberzentren zukommen, beschäftigen Fachleute im Osten schon seit langem.

b. Offene Probleme des Aufbau Ost

Neben den Erfolgen im Aufbau der Infrastruktur stehen aber bis heute Probleme im Wirtschaftsbereich. Die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 20% ist dafür ebenso Indikator wie die stagnierende Wertschöpfung bei etwa 63% des Westens. Im Vergleich zum Westen fehlen dem Osten im verarbeitenden Gewerbe etwa 3.000 mittelständische Unternehmen und etwa 700.000 Beschäftigte.

Die Industrie ist im Osten deutlich unterrepräsentiert (15,8% Anteil verarbeitendes Gewerbe an der Wertschöpfung im Vergleich zu 22,4% im Westen), hat geringere Betriebsgrößen, eine deutlich schwächere Position im Export und eine völlig unzulängliche Eigenkapitalausstattung. Große Unternehmen und damit Zuliefererketten fehlen fast vollständig.

Die geringeren Lohnkosten im Osten könnten zwar Standortvorteil sein, werden aber durch höhere Kosten im Einkauf neutralisiert. Finanzschwache Ostbetriebe zahlen in der Regel 5-10% mehr beim Einkauf in westlichen Unternehmen als die besser eingeführte westliche Konkurrenz. Gleichzeitig werden Unternehmen der neuen Länder noch immer in erheblichem Umfang in die unteren Preisbereiche des Absatzmarktes gedrückt, da sie kaum über starke Marken verfügen.

Die schwache Eigenkapitalausstattung, schmalere Erträge und ein kritisches Kreditgewerbe führen zu erheblichen Problemen im Kreditbereich. Kaum eine Bank ist bereit, den Ostunternehmen finanziell unter die Arme zu greifen oder ExistenzgründerInnen zu unterstützen.

Es war und ist ein Fehler, davon auszugehen, dass die Lücken in der Industrie durch Dienstleistungsgewerbe geschlossen werden könnten.

Die Schwäche der produzierenden Industrie führt zu einem erheblichen Mangel an Perspektiven für alle Generationen. Während die Älteren ohne Arbeit sind, fehlen den jungen Menschen die Ausbildungsplätze, weil keine Betriebe vorhanden sind, die sie zur Verfügung stellen könnten.

Zu all dem kommt hinzu, dass die Verschuldung der Kommunen in Ost und West im Durchschnitt ein Ausmaß erreicht, das wirtschaftliche Aktivitäten der Kommunen zusehend lähmt, was bereits heute negative Auswirkungen auf Handwerk und örtliche Kleinindustrie hat.

Angesichts dieser Situation ist es verständlich, wenn gerade junge Menschen diesen Regionen den Rücken kehren. Die andauernde Abwanderung vor allem junger Menschen beschwört das Horrorszenario einer dramatischen Überalterung der Gesellschaft in Ostdeutschland. Besonders gut ausgebildete Menschen und kreative Köpfe mit hoher Flexibilität verlassen ihre Heimat gen Westen. Zurück bleiben entvölkerte Regionen, in denen allein die Bereitstellung von Pflegepersonal für die zurückbleibenden Alten zum Problem werden wird.

Die hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne führen schon heute zu einer schwachen Kaufkraft (durch Hartz IV noch verschärft), die es den neuen Ländern nicht ermöglicht, eine Binnenkonjunktur zu erhalten, die sich selbst trägt. Mittelfristig wird die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern zu einem weiteren deutlichen Abfall des heute noch vergleichsweise hohen Rentenniveaus führen, was wiederum die ostdeutsche Kaufkraft zunehmend beeinträchtigen wird. All dies wird bei Fortsetzung heutiger Tendenzen den West-Ost-Transferbedarf zukünftig ansteigen lassen.

Zwischen der ökonomischen Entwicklung im Osten und der gesamtdeutschen Fiskalpolitik bestehen aber dramatische Zusammenhänge. Der Aufbau Ost und die Herstellung angemessener wirtschaftlicher Bedingungen sind deshalb kein reines Ost-Thema, sondern gehen die Menschen in der ganzen Bundesrepublik an.

c. Aus Fehlern lernen

Die Aufbaustrategie der vergangenen 14 Jahre ist der Anforderung, auf dem Gebiet der ehemals hoch industrialisierten DDR wieder eine selbsttragende Industriebasis zu schaffen, nicht gerecht geworden:

Die Abschreibungsvorteile der ersten Jahre haben durch Vorhaben im Baubereich zu wenig nachhaltigen Auswirkungen auf die Wertschöpfung im Osten geführt. In der Produktionswirtschaft hatten sie kurzfristige Effekte,

die aber im Wesentlichen zugunsten von Investoren im Westen liefen und dort zum Teil auch als Fehlinvestitionen erhebliches Kapital vernichtet haben.

Die sogenannte „Leuchtturmpolitik“ ist in der Vergangenheit zu oft unabhängig von weichen Standortfaktoren, wie qualifizierte Arbeitskräfte, Verbindungen zu Forschungseinrichtungen oder traditionellen Industriestrukturen vorangetrieben worden. Beispiele in Brandenburg, wie Cargolifter und Chipfabrik zeigen, wie durch Subventionierung von Großprojekten Gelder verschleudert wurden. In Zukunft ist dies durch eine gezielte Mittelstandsförderung weitestgehend zu ersetzen (Mittelstandsbank, InnovationsassistentInnen, Forschungsprogramme).

Die Forschungseinrichtungen sind in der Regel bei den Muttergesellschaften im Westen belassen worden, sodass der Anteil von Beschäftigten im FuE-Bereich in den neuen Ländern noch immer deutlich unterproportional ist. Besondere Vorteile für eine Verlagerung wurden nicht geschaffen.

Es gab keinerlei langfristige Anreize im Sinne einer nachhaltigen Stärkung der Ertragskraft im Osten und damit auch geringere Möglichkeiten eines entsprechenden Wachstums bestehender Betriebe. Anders als in anderen europäischen Ländern fehlen auch Anreize durch ertragssteuerliche Begünstigungen. Die Idee einer Wertschöpfungspräferenz wurde zu Beginn der 90er von der damaligen Bundesregierung verworfen.

2. Ein starker Osten stärkt den Westen

a. Unternehmensförderung statt Infrastrukturausbau

Eine Studie des Fraunhofer Instituts hat gezeigt, dass die vorhandene Infrastruktur die Standortwahl nur zu 9% beeinflusst – dies korrespondiert mit der Abwanderung von Industrie in Länder Osteuropas oder Asiens mit deutlich schwächerer Infrastruktur. Aus diesem Grund und angesichts des weit fortgeschrittenen Aufbaus einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur in den neuen Ländern ist die Zeit für eine Abkehr von einseitiger Infrastrukturförderung überreif.

Trotz dieser Erkenntnisse ist die Bundesregierung im Rahmen des Solidarpakts II einseitig beim Schwerpunkt Infrastruktur geblieben. Wir Jusos setzen uns dagegen für eine entscheidende Kurskorrektur ein: Vorrangig müssen wir in Zukunft auf Wachstumscluster setzen, die über das Ziel der Infrastruktur hinaus weitere Faktoren (qualifizierte Arbeitskräfte, bestehende Kulturlandschaft) benötigen, so dass auch Regionen im äußeren Verflechtungsraum eine Chance haben, weiterhin eine Lebensgrundlage für die Menschen und sich ansiedelnde Unternehmen zu bieten.

b. Kapitalförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Die Eigenkapitalausstattung kleiner und mittlerer Unternehmen in Ostdeutschland liegt wesentlich unter der westdeutscher Betriebe gleicher Größe. Mit dieser Ungleichheit sind höhere Kapitalkosten und Kreditrationierung verbunden. Dies bedeutet, dass Kredite zu ungünstigeren Konditionen oder für Unternehmen in Ostdeutschland überhaupt nicht zur Verfügung stehen.

Die von uns geforderte Mittelstandsbank zur Lösung des Kreditproblems muss bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau angesiedelt sein, um zu gewährleisten, dass Unternehmen die Kredite auch abrufen können.

c. Keine Sonderwirtschaftszone Ost

Die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen als Niedriglohnsektor bei Aufkündigung des Kündigungsschutzes und der Tarifbindung sowie dem Abbau der betrieblichen Mitbestimmung lehnen wir als ostspezifisches Förderprogramm ab. Eine Alternative zur Sonderwirtschaftszone Ost wäre die bundesweite Einführung einer Wertschöpfungsabgabe.

d. Bildung, Forschung und Entwicklung als Zukunftsgarant

Gute Bildung und gute Forschung entscheiden maßgeblich über die Zukunftschancen von Regionen. Die Grundlagen liegen in der Hand der Länder. Hier gilt es, die Qualität von Bildung zu sichern und zu heben. Die frühkindliche Förderung in den Kitas (Kita mit Bildungsauftrag) gehört ebenso dazu wie Ganztagschulen – Letztere insbesondere vor dem Hintergrund langer Schulwege in bevölkerungsarmen Regionen. Gerade in diesen entvölkerten Regionen muss aber auch über neue Bildungswege wie E-Learning oder Fernunterricht nach dem Vorbild Finnlands oder Australiens nachgedacht werden.

Die gute Kita-Betreuungsstruktur ist eine positive Investition in Ostdeutschland, welche Grundlage für jegliche Diskussion um Kita-Standards sein muss. Hier kann der Westen vom Osten lernen, deshalb lehnen wir sämtliche Kürzungen sowie jedwede Zugungskriterien im Kita-Bereich unter das ostdeutsche Niveau ab.

Auch der weitere Ausbau von Hochschulen ist unverzichtbar. Hier bedarf es allerdings einer engeren Verzahnung von Hochschulforschung, außeruniversitärer Forschung und Unternehmen. Patente der Hochschulen müssen genutzt werden.

Auch im Bereich des Hochschulbaus ist die Gemeinschaftsaufgabe zu hinterfragen. Denn wie schon bei der regionalen Wirtschaftsförderung entsteht auch hier zunehmend das Problem der Kofinanzierung. Eine deutliche Entflechtung der Finanzbeziehungen zwischen Bund-Länder-Kommunen ist notwendig und muss von der Bundesstaatskommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung geleistet werden.

Gleichzeitig muss der Bund alle Möglichkeiten ausschöpfen, die institutionelle Forschungsförderung insbesondere der wirtschaftsnahen Fraunhofer Institute auf eine besondere Förderung der Forschung im Osten zu verschieben und die FuE-Mittel zu Gunsten Ostdeutschlands umzuverteilen.

Daneben sollte geprüft werden, inwieweit z. B. durch längerfristige Steuergutschriften oder Zuschüsse Anreize für Unternehmen geschaffen werden können, neue unternehmenseigene Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern anzusiedeln. Dabei gilt aber auch hier, Schwerpunkte zugunsten der Cluster zu setzen.

e. Abwanderung aufhalten – Perspektiven schaffen.

Ursache der Abwanderung sind in erster Linie fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze. Gerade um die junge Generation in ihrer Heimatregion zu halten, bleibt es angesichts der Kleinstunternehmen ohne Ausbildungsberechtigung oder ohne finanzielle Basis für Ausbildung wichtig, Ausbildungswege zu vereinfachen und überbetriebliche Ausbildungsbündnisse zu fördern – jedoch ohne betriebsferne Ausbildungen zu verstärken.

Die Ausbildungsplatzumlage ist ein richtiger Schritt, um mehr Ausbildungsplätze in Ostdeutschland zur Verfügung zu stellen. Neben Ausbildungsplätzen sind Fortbildungsstrukturen notwendig, die besonders qualifizierten Kräften Anreize bieten, am Standort zu verbleiben bzw. zurückzukehren oder zuzuwandern.

f. Attraktive Städte

In zweiter Linie existiert ein weiteres Abwanderungsproblem (nicht nur in den neuen Ländern) als Stadtfucht aus den Oberzentren ins nähere Umland oder als Landflucht aus der Peripherie ins Umland der Oberzentren. Dies führt zum einen zu einer Entvölkerung der Städte und damit zu finanziellen Problemen der Sicherung der Daseinsvorsorge sowie Leerstand und unattraktiven Innenstädten. Zum anderen ergeben sich für die Gewinnerkommunen in dieser Wanderungsbewegung neue Probleme, weil sie Infrastruktur zur Verfügung stellen müssen, die notwendigen finanziellen Mittel aber erst verspätet über die Umlage erhalten.

Gemeindegebietsreformen, die angewachsene Kommunen in die Oberzentren integrieren, können hier nicht die Lösung sein. Vielmehr erscheint es notwendig, dass:

- der Leerstand in den Städten in Ost und West im Rahmen des Stadtumbaus beseitigt wird und attraktive Innenstädte entstehen, die den verbliebenen BewohnerInnen eine lebenswerte Umwelt schaffen
- die Identifikation mit „ihrer“ Stadt durch die Förderung von Ehrenämtern, Kultur und Sport verstärkt wird
- ein Finanzausgleichssystem zwischen dem Oberzentrum und den es umgebenden Kommunen geschaffen wird, das den Erhalt aller notwendigen Einrichtungen der Daseinsvorsorge sichert.
- dass der ÖPNV so ausgebaut wird, dass alle Bürger die Leistungen der Daseinsvorsorge nutzen und die Verwaltung, ihre Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen erreichen können

Weiterhin müssen möglichst zeitnah Lösungen für die Probleme der entvölkerten Peripherie entwickelt werden, um bei der stark überalterten Bevölkerung trotzdem weiterhin die Daseinsvorsorge sicherzustellen oder andere Lösungen zu finden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auch hier weg zu kommen von dem egoistischen Denken der einzelnen Kommune und hin zu einem neuen Regionenbegriff. Dies soll auch in einem intensiven Austausch der betroffenen Regionen über Erfolge und Misserfolge von regionaler Wirtschaftspolitik, Stadtumbau und Stadtidentifikation geschehen. In diesem Dialog sind auch die Betriebsführungen und Betriebe, Gewerkschaften, Vereine und Verbände einzubeziehen.

g. Fortschrittsbericht

In Zukunft sollte in jedem Jahr ein Bericht über tatsächliche Erfolge und Misserfolge von einem unabhängigen Sachverständigenrat vorgelegt werden können.

:

Wir sind gekommen, um zu bleiben.

Alternativlosigkeit bekämpfen!

Beschlüsse Juso-Bundeskongress 2005

10. bis 12. Juni, Leipzig - Media City



	Seite
Beschlüsse	
<i>Arbeitsprogramm / Kampagnen</i>	4
A 1 Bundesarbeitsprogramm 2005 – 2007 Wir sind gekommen, um zu bleiben. Den Generationenwechsel von links gestalten!	4
A 2 Better health for all!	17
<i>Bildung, Ausbildung, Weiterbildung</i>	21
B 1 Anforderungen an eine zukunftsfähige berufliche Bildung	21
B 3 Studieren unabhängig vom Geldbeutel der Eltern!	28
<i>Chancengleichheit, Soziale Sicherung, Familienpolitik</i>	30
C 1 Die Arbeitsversicherung als Strukturprinzip sozialstaatlicher Erneuerung	30
C 4 Ja zur solidarischen Bürgerversicherung. Alle für Alle. Alle durch Alle.	39
C 6 Kinderbetreuung – flächendeckende Versorgung auf hohem qualitativem Niveau verwirklichen	42
C 7 Elternzeit - Für eine gleichberechtigte Familienpolitik	49
<i>Europa</i>	51
E 1 Der Lissabonprozess – Ein wenig Licht und viel Schatten	51
E 3, E 4 und E 5 NEU	55
E 6 Für einen kompletten Neuanfang bei der Dienstleistungsfreiheit	61
<i>Frieden und Globalisierung</i>	62
F 1 Reform und Stärkung der Vereinten Nationen: Frieden braucht Entwicklung	62
F 5 Mit einer gemeinsamen internationalen Stimme gegen den Kinder- und Menschenhandel!	68
F 6 Nein zur Aufhebung des Waffenembargos gegen China	69
F 12 Wehrpflicht abschaffen!	70

	<i>Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaft</i>	73
H 1	Beschäftigung schaffen! Wachstumskräfte stärken! Reichtum gerecht verteilen!	73
Neu		
H 2	Reformbaustelle Deutschland – Was zu tun ist	75
	<i>Kampf gegen rechts</i>	82
K 1	Aufruf zu einer „Bundesstiftung für demokratische Kultur“	82
K 3	Rechtsextremismus bekämpfen – Sieben Punkte für eine antifaschistische Gegenstrategie	84
	<i>Organisationspolitik</i>	86
O 1	Fortführung des Status „Nichtmitglied mit Teilrechten“ :Modellprojekt Jusos	86
O 9	Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen SPD und Burschenschaften und Corps	87
	<i>Programm der SPD / Anforderungen an die Partei</i>	88
P 5	Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen!	88
	<i>Juso-Wahlkampfplattform</i>	89
	Arbeit und Sozialstaat statt Ellenbogen und Marktwirtschaft pur!	

A

Arbeitsprogramm / Kampagnen

A 1 - Wir sind gekommen, um zu bleiben. Den Generationenwechsel von links gestalten!

Bundesarbeitsprogramm 2005-2007

I. Einleitung

Die gesellschaftlichen Konfliktlagen verschärfen sich. Die SPD und mit ihr die Jusos sind im Fahrwasser eines ökonomischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesses, auf den wir alle noch nicht die notwendigen Antworten gefunden haben. Es kommt aber meist nicht nur auf die richtigen Antworten, sondern die richtigen Fragen an. Dieser Aufgabe stellt sich dieses Bundesarbeitsprogramm: Wir wollen den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel analysieren und für das politische Handeln „greifbar“ machen, Antworten und Herausforderung für die Jusos skizzieren und diese auf eine gemeinsame inhaltlich-organisatorische Grundlage stellen.

Nur gemeinsam sind wir stark. Deshalb ist dieses Arbeitsprogramm ein Gemeinschaftswerk von Bundesvorstand, Bezirken und Landesverbänden. Es sind hier die Anforderungen an einen modernen und pluralen Jugendverband, an die Sozialdemokratie der nächsten Generation und nicht zuletzt an einen sozialistischen, feministischen sowie internationalistischen Richtungsverband formuliert. Wir brauchen einen starken Verband, wenn wir andere überzeugen wollen. Unser Ziel ist deshalb die Steigerung des innerverbandlichen Zusammenhalts als Leitidee für die zukünftige Sozialdemokratie. Unser weiteres Ziel ist es, vor allem eine Mehrheit für eine mögliche progressive Politik zu erkämpfen. Wir haben nur die Chance auf Verbesserungen durch eine SPD-Regierung. Deswegen unser Slogan: Wir sind gekommen, um zu bleiben.

Es stehen große Aufgaben vor uns: Die programmatische Erneuerung der SPD, der Richtungswahlkampf 2005 und die Sozialdemokratisierung der Europäischen Union. Dafür brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Wir stellen uns mit diesem Arbeitsprogramm daher auch die Aufgabe, Potenziale für die Formierung eines fortschrittlichen Blocks aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur zu erkennen und zu vernetzen. Es geht darum, die Mehrheit junger Menschen für die Jusos, für die SPD und vor allem für eine fortschrittliche Programmatik zu gewinnen. Tief verankert in der eigenen Generation nehmen wir uns dieser Herausforderung an.

II. Kursöffnung! Gerecht weiter denken

1. Veränderungen im kapitalistischen System

Wir erleben heute die Herausbildung eines finanzgetriebenen Kapitalismus. Ein wichtiges Merkmal dieses neuen Kapitalismus ist die Rolle der Finanzmärkte, deren politisch vorangetriebene Liberalisierung in den letzten Jahrzehnten sie zu einem weitgehend einheitlichen globalisierten Finanzmarkt geformt hat. Bedeutung gewinnt ein solcher Markt in einer exportorientierten Wirtschaft schon über die Wichtigkeit von Währungsgeschäften, die meist mehr Gewinne und Verluste als die eigentliche Produktion in sich bergen. Ins Zentrum der Finanzmärkte rücken Investoren, deren Ziel eine stark ausdifferenzierte Investment- und Pensionsfondslandschaft ist. Das kurzfristig volatile Kapital – die Spekulationsgeschäfte der neuen Zeit – machen die Finanzmärkte zu einer weitgehend von der Realwirtschaft entkoppelten Sphäre.

Eine solche Finanzmarktstruktur hat Konsequenzen für die Strategie der Unternehmen. Sie müssen, um empfindliche Kursverluste zu vermeiden, darauf bedacht sein, stetig - am besten überdurchschnittlich - steigende Renditen aufzuweisen. Die Ausstiegsoption solcher Anleger macht diese extrem mächtig und setzt so das Management unter den anscheinend objektiven Druck der Finanzmärkte. Solche Renditeanforderungen verhindern langfristige Planungs- und Entwicklungsprozesse mit fatalen Wirkungen für die Innovationsfähigkeit der Ökonomie.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

In den Unternehmen ist es zu erheblichen Veränderungen gekommen, die als eine „innere Landnahme“ des Marktes beschrieben werden können. Der Wettbewerb ersetzt hier Stück für Stück andere Koordinationsmechanismen und wird auf die betriebliche Ebene verlagert. Profitcenter oder die interne Konkurrenz der Produktionsstandorte, wie sie am Beispiel GM und der Konkurrenz zwischen Saab und Opel zu beobachten war, sind die Realität.

Eine gespaltene Konjunktur

Der Wandlungsprozess zum finanzgetriebenen Kapitalismus vollzieht sich in Deutschland in Form einer gespaltenen Konjunktur. Dem Exportweltmeister auf der einen Seite stehen Stagnations- und Schrumpfungsprozesse im Inland gegenüber. Die binnenländische Situation stellt sich dabei durchaus differenziert da. So gibt es starke Wirtschaftsregionen, deren Kerne fast immer exportorientierte Industrien sind und um die herum sich ein relativ stabiles wirtschaftliches Umfeld ausbilden konnte.

Zum anderen ist die Volkswirtschaft mit einem weitreichenden Strukturwandel konfrontiert. Hier zieht der Niedergang angestammter Industriekerne, die Wirtschaftskraft und den Wohlstand ganzer Regionen nach unten.

Doch nicht nur regional unterscheiden sich die Wirtschaftsstrukturen; auch unterschiedliche Kapitalstrukturen gilt es in den Blick zu nehmen. Hier ist das flexible Kapital, das unsere Vorstellung vom derzeitigen Kapitalismus prägt, um dessen Ansiedlung die Standorte kämpfen und welches vor allem für exportorientierte Industriestrukturen von Bedeutung ist.

Dort ist die Binnenwirtschaft, für die weitgehende Flexibilität Illusion ist. Dieses lokal gebundene Kapital ist extrem von regionalen Entwicklungen abhängig.

Politik ohne hinreichende Antworten

Verstärkt wurde diese Wirtschaftsentwicklung, durch eine Politik, die den Markt zum Regulationsprinzip erklärt. Abgeleitet aus der Standortkonkurrenz wurde so die Wettbewerbsfähigkeit zum zentralen Motiv und Rechtfertigungsgrund der Politik.

Doch die Hoffnung, dass eine deregulierte Wirtschaft die Antwort auf die veränderten Rahmenbedingungen im flexiblen Kapitalismus ist, hat sich als trügerisch erwiesen. Die Defizite einer Wirtschaftspolitik, die in großen Teilen nur darauf ausgerichtet ist, die Produktionsmöglichkeiten der Anbieter zu verbessern, sind bekannt. Wir Jusos haben die daraus resultierenden Gefahren schon lange im Blick gehabt: Stagnierende oder sinkende Einkommen, durch die steigende Arbeitslosigkeit belastete soziale Sicherungssysteme sowie steigende Unsicherheiten durch einen immer flexibleren, immer weniger abgesicherten Arbeitsmarkt. Die Folge: eine empfindliche Schwächung der Binnennachfrage im Verbund mit einer hohen Sparquote. Es entsteht ein ökonomischer Teufelskreis, der krisenverschärfend wirkt.

Die Defizite dieser Wirtschaftspolitik werden dabei immer weniger Gegenstand akademischer Debatten, dafür aber immer stärker gesellschaftliche Realität. Zwei Dinge erfüllt eine solche Wirtschaftspolitik offensichtlich nicht: Sie schafft weder Wirtschaftswachstum in ausreichendem Maße, noch verbessert sie die Situation der meisten Menschen in diesem Land. Trotzdem wird diese Politik in weiten Teilen als alternativlos und an den Sachzwängen orientiert dargestellt. Die Diskussionen um Steuererleichterung für Unternehmen und um Arbeitszeitverlängerungen sind Beispiele einer solchen Politik.

Auch die weiteren wirtschaftspolitischen Dogmen der letzten Jahre haben sich angesichts ihrer Erfolglosigkeit offensichtlich überlebt. Weder eine restriktive Geldpolitik noch eine ausgeglichener Haushalt führen zu ausreichendem Wirtschaftswachstum. Wer in einer solchen Situation vor allem an Steuersenkungen, v.a. für Reiche denkt, macht dabei hoch ideologische Politik, die den Staat auch dort zurückdrängen möchte, wo er für die meisten Menschen wichtige Aufgaben zu erfüllen hat.

Kritik an SPD und der Linken

Die SPD hat bisher keine Antworten auf diese Herausforderungen gefunden. Schlimmer noch die Bundesregierung: Sie fokussiert weitgehend auf kurzfristige Anpassungsprozesse als neuen Anlauf eines internationalen Wettbewerbs nach unten. Dies hat weder zum Aufbau von Beschäftigung noch zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen. Diese falsche Politik ist weder nachhaltig noch angemessen. Sie lässt sich auf eine fatale angebotspolitische Doktrin ein und ist nun im ideologischen Schneckenhaus gefangen.

Aber auch Teile der Linken verfolgen einen kurzfristigen Konjunkturkeynesianismus, welcher den Strukturen und der Globalität des neuen Kapitalismus keinesfalls gerecht wird. Konjunkturprogramme, welche richtig sind, um die Spaltung von Export- und Binnenkonjunktur aufzuheben, reichen nicht aus. Es verbessert zwar die wirtschaftlichen Rahmendaten des Wandels, kann aber den linken Anspruch nicht erfüllen, den Wandel selbst zu gestalten.

Ein weiterer Teil der Linken beschränkt sich darauf, moralische Kritik an den Verhältnisse zu üben. Das ist die einfachste aber verkürzteste Form der Kapitalismuskritik.

Anstatt einzelne Akteure zu kritisieren und auf deren Besserung zu hoffen, gilt es aus der Analyse des uns entgegentretenden Kapitalismus gemeinsame Interessen abzuleiten und in einer neuen Bündnisstrategie Eingriffsfelder zu definieren. Klar ist dabei, dass die grundlegenden Veränderungen im finanzgetriebenen Kapitalismus, in der Produktion, auf dem Finanzmarkt und für die ArbeitnehmerInnen auch ein neues Regulationsmodell erfordern. Der Markt und das Konzept weitgehend individualisiert agierender Akteure hat sich dabei als untauglich erwiesen.

Hier müssen weitreichendere Konzepte her: Auf der individuellen Ebene gilt es die Vorteile eines flexiblen Produktionsregimes für alle nutzbar zu machen. Dazu muss die mit der neuen Flexibilität auftretende Unsicherheit durch kollektive Sicherungssysteme abgefangen werden. Denn nur so ergeben sich auch real neue Möglichkeiten einer größeren Selbstbestimmtheit und eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und eigenem Interesse.

Auf der regionalen Ebene muss die Standortkonkurrenz, mit der Regionen gegeneinander ausgespielt werden können und die zum Vehikel gesenkter Standards wird, einer verzahnten Regionalplanung weichen. Eine solche Regionalplanung bezieht die Entwicklungspotentiale und die wirtschaftlichen Zusammenhänge einer Region ein und sorgt so dafür, dass Standortentscheidungen nicht ohne Berücksichtigung regionaler Abhängigkeiten getroffen werden. Beide Ebene erfordern zwingend eine wirtschaftspolitisch handlungsfähige nationalstaatliche Ebene, die neben aktiver Konjunkturpolitik auch einen stabilen Rahmen für eine integrierte Wirtschaftspolitik und funktionierende soziale Sicherungssysteme liefert.

Dabei ist klar, dass ein großer Teil der neuen Eingriffsfelder in den Zeiten von Binnenmarkt und Währungsunion im Bereich der EU liegt.

Die EU darf nicht den Rahmen für europäische Konkurrenz liefern, sondern muss Abwärtskonkurrenz durch verbindliche Standards vorbeugen. Sie muss eine neue europäische Wachstumspolitik formulieren, die auf eine starke Binnenentwicklung und eine Partizipation aller am erarbeiteten Wohlstand setzt.

2. Hegemonie in einer globalen Welt

Die in der Linken weitverbreitete Anti-US-Stimmung ist die unsere Sache nicht. Sie verkürzt politische Analyse und ist das Einfallstor für eine nationalistisch, zum Teil antisemitisch motivierte Grundhaltung. Dem treten wir Jusos entschieden entgegen. Nichtsdestotrotz gilt es, globale Hegemonieprozesse zu erkennen und für eine fortschrittliche Globalisierungskritik greifbar zu machen.

Das komplexe Hegemonialsystem der USA basiert auf sicherheitspolitisch-militärstrategischen, geostrategischen sowie währungspolitischen Triebkräften einerseits und den legislativen Durchsetzungsmechanismen in internationalen Organisationen andererseits. Als Gefahr für den Frieden auf der Welt erkennen wir die Verstrickung des militärischen Komplexes mit dem Pentagon und den neokonservativen Think Tanks.

Die derzeitige US-Administration nutzt die ökonomischen und militärischen Kapazitäten, um ihr Verständnis von Demokratie und (wirtschaftlicher) Freiheit global durchzusetzen. Dieser pseudo-religiöse Kulturkampf wird mit aller Macht gegen Staaten gerichtet, die den Interessen der US-Administration entgegenstehen. Dies äußert sich in der unilateralen Politik der USA. Der Irak-Krieg ist Ausdruck dieser Strategie. Die Aggressionshaltung gegenüber dem Iran folgt ebenfalls dieser Logik.

Obwohl die Rolle Europas ambivalent ist, so war es für die EU und die internationale Ordnung von strategischer Bedeutung, dass die Bundesregierung sich gegen den Irak-Krieg gestellt hat. Dies muss die Grundlage für einen eigenständigen europäischen Weg des Multilateralismus im Rahmen der UN sein.

Wir Jusos stehen für Europa als Friedensmacht. Dies bedeutet, den Vereinten Nationen eine stärkere Rolle zuzuweisen und sich für ein friedenspolitisches Gesamtkonzept im Nahen und Mittleren Osten einzusetzen. Eine Revitalisierung der OSZE würde diese Strategie ergänzen. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern muss verringert werden, die Innovationspotentiale des regenerativen Energiezeitalters sind auszuschöpfen. Dem als „Kampf gegen den Terror“ getarnten Vormarsch neokonservativen Gedankenguts und der damit verbundenen Aushöhlung von Bürger- und Freiheitsrechten muss entgegengetreten und ihm der Entwurf einer friedlichen und auf ziviler Konfliktlösung bedachten Gesellschaft entgegengesetzt werden. Nicht zuletzt muss eine gerechte Weltwirtschaftsordnung verwirklicht werden, an deren Wohlstandsvermehrung alle Menschen in gleicher Weise partizipieren können und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

3. Wandel der Arbeitsgesellschaft

Der Weg in die Informationsgesellschaft geht mit einem Wandel der Arbeitsgesellschaft einher.

Das männlich dominierte Normalarbeitsverhältnis fordristischer Prägung nimmt ab, bleibt aber weiter dominant. Wir erkennen aber, dass das Normalarbeitsverhältnis an den Rändern zerfasert. Hier entstehen Zonen der Prekarität.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Dies betrifft zum einen den Niedriglohnsektor, wo die Existenz einer „working poor“ nicht mehr zu verschweigen ist. Dies betrifft zum anderen aber auch hochausgebildete vor allem junge Beschäftigte. Selbständige Arbeit ohne festen Auftraggeber ist zu einer weit verbreiteten Arbeitsform geworden. Allein über 8 Mio. Mini-Jobs verdeutlichen, dass der Wandel der Beschäftigungslandschaft in vollem Gange ist. Die Folge sind Verdrängungsprozesse zu Lasten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

In fast allen Wirtschaftsbereichen vollziehen sich Reorganisationsprozesse, die die Arbeitskraft stärker an die Mechanismen von Markt und Wettbewerb koppeln soll. Das alte sozialstaatliche Prinzip Leistung gegen Teilhabe hat sich aufgelöst und die Beschäftigten werden „jeder für sich“ an das Erfolgsprinzip gekoppelt.

Vor dem Hintergrund entkoppelter Finanzmärkte ist das Management bestrebt den Druck auf die Beschäftigten massiv zu erhöhen, Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuschränken, Löhne zu senken und die Kernbelegschaften zu verkleinern. Die verschärften Wettbewerbsbedingungen werden an die Belegschaften weitergegeben und die Unternehmen entsprechend umstrukturiert. Hier ist es auch, wo neue Arbeitsformen entstehen, die sich durch eine seltsame Verbindung von mehr Freiheit und größerem Druck auszeichnen. Die Arbeitszeit dehnt sich massiv auf die Freizeit aus – mit fatalen gesundheitlichen, sozialen und familienpolitischen Folgen. Der abgesicherte 8-Stunden-Tag ist eine Seltenheit geworden.

Dieser Wandel der Arbeitsgesellschaft vollzieht sich vor dem Hintergrund des Generationenwechsels. Es ist unsere Generation, die in der neuen Arbeitswelt aufwächst und sie aktiv mitgestaltet. Unsere Generation aber ist zunehmend gespalten: Die informationstechnische Revolution – die Herausbildung eines Kapitalismus neuen Typs – kennt GewinnerInnen und VerlierInnen der Modernisierung. Ob dieser Wandel mit Chancen oder vor allem Risiken verbunden ist, entscheidet sich am Bildungsweg, dem Geldbeutel der Eltern und zunehmend auch an regionalen Herkünften. Der gesellschaftliche Modernisierungsprozess verläuft also hochgradig ambivalent.

Mittlerweile über 5 Mio. Arbeitslose bei gleichzeitig stetig steigendem Bruttoinlandprodukt sind ein weiteres Indiz dafür, dass viele Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland abgekoppelt werden.

Die Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist eng an den Besitz eines Arbeitsplatzes geknüpft. Hier muss aktive Arbeitsmarktpolitik ansetzen: Durch spürbare Arbeitszeitverkürzungen und eine damit verbundene Umverteilung von Arbeit, aber auch durch Qualifizierung und geförderte Übergangsbeschäftigung können mehr Menschen in Arbeit gebracht und sozialer Zusammenhalt gestärkt werden.

Gesellschaftliche Umbrüche in einer neuen Klassengesellschaft

Wir erleben heute eine Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Milieus mit unterschiedlichen materiellen Möglichkeiten und soziokulturellen Spaltungen. Die Durchlässigkeit zwischen den Milieus schwindet. Das bedeutet, dass einem Großteil der Gesellschaft Aufstiegschancen verwehrt bleiben. Nicht zuletzt das ständische dreigliedrige Bildungssystem ist Ursache für die wachsende Kluft zwischen den privilegierten und den abgehängten Milieus.

Diese zunehmende Schließung des sozialen Raums äußert sich nicht nur in der Form materieller Absicherung. Sie äußert sich auch in der alltäglichen Lebensführung und schwindendem kulturellem Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Politik und vor allem die Steuerpolitik von Rot-Grün hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander gehen lassen. Dies belegt der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. So ist die Armutsrisikoquote bei beiden Geschlechtern auf 13,3% (Frauen) und 12,9% (Männer) angestiegen. Besonders hoch ist das Armutsrisiko bei Menschen mit Migrationshintergrund. Hier zeigt sich das schiere Versagen bisheriger bzw. die zum großen Teil völlig fehlende Integrationspolitik. Das Armutsrisiko in dieser Bevölkerungsgruppe ist von 19,6% auf unsagbare 24% angestiegen. Die weitere Öffnung der Armutsschere zwischen Arm und Reich ist Folge der Politik von Rot-Grün. Diese Bilanz ist wahrlich ein Armutszeugnis der Bundesregierung und Antriebskraft für eine solidarischere Politik.

Auf der anderen Seite haben wir in Deutschland heute ein Privatvermögen von 5 Billionen Euro. 50% der Haushalte besitzen nur 4% des Vermögens, während die oberen 10% 47% des Vermögens besitzen.

Aus sozialistischer Sicht muss besonders die prekäre Lage eines Großteils der jungen Generation Aufmerksamkeit erregen. Während bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zwischenzeitlich erstaunliche Erfolge zu konstatieren waren, ist das Armutsrisiko besonders bei Kindern stark gewachsen. Wir haben heute in Deutschland 1,1 Millionen Kinder in der Sozialhilfe.

Auch dies ist eine spezifische Bilanz, wie unsere Gesellschaft mit den nachwachsenden Generationen und Kindern umgeht. Sie ist auch Resultat einer gescheiterten Familienpolitik, die immer noch den Trauschein wichtiger nimmt als die Kinderbetreuung und Jugendhilfe. Besonders alleinerziehende Frauen finden keinen Einstieg in eine existenzsichernde Beschäftigung und werden samt ihren Kindern gesellschaftlich ausgeschlossen.

Eine neue Unterschicht

Doch dies ist nur eine Seite der Medaille. Mit fehlendem kulturellem Zusammenhalt sind die soziokulturellen Lebenslagen, unterschiedliche Lebensbedingungen und –chancen sowie die Verfestigung von Submilieus beschrieben. Gerade in den Großstädten zeigen sich heute zunehmende Abschottungstendenzen auch von MigrantInnenmilieus, welche einen Weg in die radikale (auch räumliche) Marginalisierung ganzer Gesellschaftssegmente bedeuten könnten. Es ist die Verkopplung von Lebenschancen und Wohnquartieren, die sich hier artikuliert.

Wir erleben die Herausbildung einer neuen Unterschicht, die sich kulturell und materiell verfestigt hat. Der bundesrepublikanische Traum eines kollektiven Aufstiegs der Unterschichten ist ausgeträumt. Die ostdeutsche Gesellschaft verfolgt diesen Prozess in ungeahnter Geschwindigkeit und mit einer drastischen Zunahme der Zone der Prekarität. Auch wenn die neue Unterschicht noch lange nicht mit den „White-Trash“-Phänomenen US-amerikanischer Prägung vergleichbar ist, so ist hier der Ort erkennbar, wo soziale Netzwerke sich verselbständigenden, gesellschaftliche Tabus völlig gebrochen sind und der Bereich zwischen Arbeit, informelle Arbeit und Nichtarbeit verschwindet. Hinzu kommen kulturelle Ausdrucksformen, welche sich zwar an den abgesicherten Leitmilieus oder aber religiösen Symbolen orientieren, aber die Verfestigung der Grenzen nur verstärken.

Die Abstiegsangst der Mittelschichten führt ihrerseits zu Abschottungstendenzen „nach unten“. Diese Entwicklung wird nicht zuletzt durch Teile der Politik populistisch aufgeladen und öffnet den Weg in einen alltäglichen Rassismus. Es ist dies die Aufgabe der Sozialdemokratie, dieser Form der Selektion und Ausgrenzung konsequent entgegenzutreten. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus in sämtlichen Gesellschaftsschichten anzutreffen ist. Rassistische und antisemitische Übergriffe sind noch immer traurige Wirklichkeit in diesem Land. Die Analyse der gegenwärtigen Zustände und der konsequente Kampf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus stellt eine unserer Aufgaben für die nächsten Jahre dar. Nicht unterschlagen werden wir dabei die Wirkungen einer rassistischen Ausländer- und Flüchtlingspolitik und eine ebensolche Rhetorik, die nicht selten von etablierten Politikern zu hören ist.

Eine besondere Form der Abgrenzung erkennen wir in einem Eliten-Diskurs, der in den Programmen der Marktradikalen in CDU und FDP politisch untermauert wird. Die derzeitige Debatte um die Hochschulreform (Studiengebühren, BaföG) ist nur ein besonders krasser Ausdruck dieser Entwicklung. Die Botschaft dieses Elitendiskurses lautet: „Zusammenhalt nur in einer Klasse – mit dem Zusammenhalt der Gesellschaft haben wir nichts mehr zu tun.“ Daraus mischt sich eine Debatte um Untergangsszenarien, des Postulats von unternehmerischer Freiheit und gerechter Ungleichheit als gesellschaftliches Leitbild. Ziel dieses Diskurses ist die Verstärkung bestehender Unsicherheiten als Grundlage für marktradikale Reformvorstellungen. Wir sehen: Sprengstoff für den Zusammenhalt der Gesellschaft kommt nicht nur „von unten“, sondern wird derzeit gerade auch von selbsternannten Eliten in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik betrieben.

In gesellschaftspolitischer Hinsicht erleben wir außerdem einen neokonservativen roll-back. Wir erleben die Versuche einer „Re-Patriotisierung“ der öffentlichen Debatten, einer Verzerrung der deutschen Geschichte und der damit einhergehenden Konstruktion einer deutschen Opferrolle (Stichwort: Geschichtsrevisionismus) u.ä. Offensiv müssen diese durchsichtige konservative Ideologisierung und ihre gesellschaftlichen Ursachen entlarvt werden. Dazu ist es notwendig, die verschiedenen Facetten neokonservativen Trends genau zu analysieren. Dieses und das konsequente Vorgehen gegen solche Trends ist eine unserer Aufgaben in den nächsten Jahren.

4. Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse

Ambivalent ist auch die Entwicklung des Geschlechterverhältnisses zu nennen. Auf der einen Seite haben junge Frauen heute bessere Bildungsabschlüsse als gleichaltrige junge Männer. Gleichzeitig schreitet die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes aber weiter voran. Immer noch sind Frauen in den tendenziell unsicheren und schlechter bezahlten Jobs oder Ausbildungsberufen zu finden. Nicht von ungefähr hat der Niedriglohnsektor ein vor allem weibliches Gesicht. Frauen in Chefetagen sind dagegen auch heute noch eine Seltenheit. Noch immer bedeutet Mutter sein für Frauen, sich auf einen Karriereknick, niedrigeres Einkommen und Formen der Teilzeitarbeit einzulassen.

Insbesondere die Lage von alleinerziehenden Frauen ist weiterhin prekär. Es fehlen ausreichende Betreuungsangebote für Kinder zwischen dem ersten und sechsten Lebensjahr sowie Ganztagschulen. Die Beteiligung der Männer an der Erziehungsarbeit hat sich kaum verbessert und stagniert auf niedrigstem Niveau.

Geschlechtsspezifische Diskriminierungen sind heute weiter Realität in Deutschland. Insbesondere das Steuersystem mit dem Ehegattensplitting aber auch das Sozialsystem mit der Mitversicherung von Ehepartnern verfestigen nach wie vor die patriarchalische Gesellschafts- und Erwerbsarbeitsstruktur.

Dem zunehmenden Wunsch nach Vollarbeitsverhältnissen für beide Geschlechter werden so noch immer Steine in den Weg gelegt. Dies zeigt: Eine moderne Gleichstellungspolitik ist mehr denn je überfällig.

Der demografische Wandel der Bevölkerung schreitet voran. Die Gesellschaft des längeren Lebens ist skizziert von einem steigenden Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung und einer sinkenden Anzahl von Kindern. Dies begründet gesellschaftliche, kulturelle, sozialstaatliche und ökonomische Anforderungen an die Gestaltung der

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Bevölkerungsentwicklung. Wir Jusos haben dazu umfangreiche Vorschläge gemacht. Zentral kommt es darauf an, einen fortschrittlichen Begriff von Generationengerechtigkeit zu entwickeln, der den Generationenvertrag auf eine neue, eine solidarische Grundlage stellt.

CDU und FDP geben vor, eine Antwort auf den geographischen Wandel zu haben. Diese haben sie nicht. Sie beschwören einen Generationenkonflikt, der über die tatsächlichen Konfliktlinien hinwegtäuschen soll: das Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich. Zudem werden wirtschaftliche Zusammenhänge verschwiegen oder verklärt. Wir Jusos wissen: Die Grenze verläuft nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Oben und Unten. Es ist unsere Aufgabe den demografischen Wandel solidarisch zu gestalten. Die von der Opposition vorgeschlagenen Konzepte zur Finanzierung der sozialstaatlichen Versicherungssysteme, um den „Methusalem-Komplott“ aufzuhalten, verschärfen die Spannungen zwischen Arm und Reich. Privatisierung von Rente und Gesundheit können sich Bedürftige nicht leisten. An sozialstaatlicher Umverteilung wird dabei kein Weg vorbei führen. Mit anderen Worten: Wer die Verteilungsfrage verschweigt, darf auch nicht die Generationenfrage stellen.

Wir Jusos müssen heute erkennen, dass die Klassengesellschaft Realität ist. Vor dem Hintergrund dieser Analyse ist es erstaunlich, wie schwer sich die Politik – gerade auch die der SPD – tut, Armut und sozialer Exklusion entgegenzutreten. Die Missachtung dieser Entwicklung kommt einer Kapitulationserklärung vor gesellschaftlichen Krisenprozessen gleich.

Der Ansatz, durch eine größere Entsolidarisierung Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, ist kläglich gescheitert. Die Spaltung der Gesellschaft geht mit mehr Arbeitslosigkeit, weniger Beschäftigung durch Massenentlassungen und einem geringeren Wachstum einher.

Klar ist aber: Es bleibt zu befürchten, dass die Politik der Agenda 2010 und von Hartz IV die beschriebenen Tendenzen weiter verstärkt. Hier liegt die entscheidende Ursache dafür, dass die Erzählung der Sozialdemokratie, sozialen Aufstieg für einen Großteil der Bevölkerung zu schaffen, ihr letztes Kapitel erreicht hat. Wir jungen Sozialistinnen und Sozialisten wissen, dass sich gesellschaftliche Produktivkräfte nur durch mehr Demokratie und sozialen Zusammenhalt entwickeln können. Es ist Zeit, ein neues sozialdemokratisches Kapitel aufzuschlagen.

III. Arbeitsvorhaben konkret: Herausforderungen der nächsten zwei Jahre.

1. Wahlkampf 2005: Sozialstaatspartei oder marktradikale Zeitenwende

Der Wahlkampf im Jahre 2005 ist der wesentliche Teil der Herausforderungen für die kommenden zwei Jahre. Wir Jusos müssen uns frühzeitig aufstellen für einen Richtungswahlkampf um die Mehrheit in unserem Lande. Dabei ist und bleibt klar: Wir haben Kritik und bleiben bei unserer Kritik an der rot-grünen Bundesregierung.

Doch klar ist und bleibt auch: Ohne eine starke sozialdemokratische Mehrheit im Bundestag werden die Potenziale fortschrittlicher und emanzipativer Politik auf lange Zeit verbaut sein. Wir können und werden es deshalb nicht zulassen, dass die Reaktionären mit präsidentialer Unterstützung die Macht gewinnen! Kritische Solidarität mit der Partei heißt deshalb auch: Wir sind vorne mit dabei, wenn es gegen die Marktradikalen aus Union und FDP geht. Das Programm dieser Zeitenverdreher ist es, ein anderes Land ohne Sozialstaat, ohne Mitbestimmung und ohne Zusammenhalt zu bauen. Sie wollen das Primat der Ökonomie über Politik und Gesellschaft. Wir dagegen wollen eine nachhaltige Wirtschaft, die den Menschen dient und nicht den Profiten.

Ausgehend von den USA erleben wir heute einen neokonservativen Kampf um die globale Hegemonie. Unter dem Vorwand von Demokratie und Freiheit sollen die Mehrheiten in den Ländern auf ein neokonservatives und marktradikales Politikkonzept orientiert werden. Zur Grundlage dieser Strategie wird die Etablierung konservativer Werte in der politischen Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen Hegemonie. Nach der Durchsetzung von unilateralen Interventionsbestrebungen der Bush-Administration im Irak soll nun der „europäische Traum“ (Jeremy Rifkin) geschleift werden.

Die Handlanger dieser Strategie in Deutschland sitzen in den Reihen von Merkels CDU. Über eine CDU-Mehrheit im wirtschaftlich stärksten und größten Land Europas soll die neokonservative Revolution auch die Europäische Union endgültig auf die Herrschaft der Ökonomie hin orientieren.

Als Teil der internationalen sozialistischen Bewegung werden wir Jusos in Deutschland uns mit aller Macht dieser neokonservativen Gegenrevolution entgegenstellen. Wir wollen kein Europa der Ökonomie. Wir wollen ein soziales Europa.

Wir Jusos werden unseren Teil dazu beitragen, dass Merkel, der Leichtmatrose und ihre neoliberalen und neokonservativen Hintermänner keine Chance haben werden. Wir wollen und werden wie 2002 die Mehrheit der

jungen Generation hinter ein fortschrittliches Projekt aus Rot und Grün versammeln. Das wird ohne eine starke linke Volkspartei SPD nicht zu machen sein. Der Wahlkampf 2005 ist die Entscheidungsschlacht um die künftige Richtung unserer Gesellschaft. Wir Jusos nehmen den Kampf um eine linke Hegemonie in unserem Land an.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

1.2 Konkret: Die Jusos als Motor des Wahlkampfes

Wir Jusos wollen auch 2005 Motor des Wahlkampfes sein. Die Erfahrung schon heute zeigt: Ohne uns Jusos wäre die Mobilisierungsfähigkeit der SPD kaum noch gegeben. Das unterstreicht unsere Bedeutung, geht aber auch mit einer größeren Verantwortung einher.

Dabei gilt:

- Wir Jusos beteiligen uns an der Erstellung des SPD-Wahlprogramms und werden unsere Inhalte darin verankern. Unsere Wahlkampfthemen müssen dabei im Vordergrund stehen.
- Wir Jusos machen einen offensiven und jungen Wahlkampf aber nicht nur: Wir sind nicht nur die wahlkämpfende Truppe der Partei, sondern fordern auch inhaltliche und organisatorische Einbindung in die Führung des Wahlkampfes ein. Wir Jusos sind keine SPD-Jubeltruppe. Über den Wahltag hinaus werden wir unsere Potenziale für die inhaltliche und personelle Eingriffsfähigkeit zu nutzen wissen.
- Wir Jusos machen einen aktiven, aktionistischen und selbstbestimmten Wahlkampf aber nicht nur: Wir führen unsere Wahlkampagne mit einem eigenen inhaltlichen Profil zur Ansprache junger Menschen. Die Themen werden und wurden im Rahmen der Kampagne „Gerecht weiter denken.“ entwickelt.
- Wir Jusos machen Wahlkampf für die eine sozialdemokratische Politik aber nicht nur: Mit den jungen Aktionsteams („a.teams“) leisten wir einen attraktiven, engagierten und offenen Beitrag zur Ansprache junger Menschen im Wahlkampf. Die a.teams zeichnen sich dabei durch eine gelungene Mischung von Inhalten, Aktionen und Provokationen aus.

Unser Ziel für die Wahlkampagne 2005 ist die Zusammenführung des Jugendwahlkampfes der SPD unter dem Dach der Jusos.

Dafür brauchen wir eine gemeinsam abgestimmte und durchgeführte zentralisierte Wahlkampagne mit den Landesverbänden und Bezirken. Nur wenn die Jusos alle an einem Strang ziehen, kann ein einheitlicher Auftritt des Verbandes nach außen gelingen. Dafür müssen sich die Bezirke und Landesverbände mit dem Bundesverband auf eine gemeinsame Wahlkampagne 2005 verständigen.

Um diesen Anspruch zu untermauern, müssen wir gegenseitige Verantwortungen zwischen den Bezirken/Landesverbänden und dem Bundesverband benennen sowie Zielvereinbarungen für die Wahlkampagne treffen. Wir wollen keine unendlichen Dopplungen und Parallelen von Inhalten, Material oder Auftritt, sondern wir wollen ein einheitliches Profil der Jusos im Wahlkampf. Dazu werden wir inhaltliche und generationenspezifische Schwerpunkte benennen. Dazu werden wir möglichst einheitliche Materialien und Ausstattungen auch in Kooperation mit der SPD erstellen. Und dazu werden wir die Themen und Aktionen des Wahlkampfes soweit wie möglich zentralisiert koordinieren.

Klar ist dabei: Die Durchführung liegt in den Händen der Jusos vor Ort. Sie werden professionell unterstützt. Ihr Einfallsreichtum und ihr Engagement trägt die Kampagne. Eine zentrale Koordinierung zur Erhöhung der Kampagnen- und Eingriffsfähigkeit ist gleichfalls unerlässlich.

Die Bezirke und Landesverbände werden in einer Wahlkampfkommission in die Vorbereitung und Durchführung der Kampagne integriert.

Ausgangspunkt für die Erstellung und Umsetzung der Wahlkampagne sind die zweite Potenzialanalyse sowie die inhaltlichen Vorbereitungen im Rahmen der Kampagne „Gerecht weiter denken.“

Ein offensiver Jugendwahlkampf zeichnet sich durch die Projekt- und Aktionsorientierung der „a.teams“ aus. Mit der Partei werden wir darüber verhandeln, dass unnötige Dopplungen wie 2002 (JungeTeams, Jusos u.a.) verhindert werden. Die SPD muss einsehen: Es gibt keine Jungen Teams ohne Jusos. Unser Angebot steht aber. Wir wollen mit der Partei uns über das Zeit- und Themenmanagement verständigen.

Die Jugendstudien der jüngeren Vergangenheit zeigen auch: Die große Mehrheit junge Menschen ist von einem inhaltlosen und über die Köpfe hinweg geführten Wahlkampf abgeschreckt. Die Politikerverdrossenheit resultiert nicht zuletzt daraus, dass junge Menschen sich im Wahlkampf und darüber hinaus mit ihren inhaltlichen

Vorstellungen nicht ernst genommen fühlen. Deshalb brauchen wir frische Aktionen für die Bilder des Wahlkampfes, als alleinige Anspracheform junger Menschen zielen sie aber zu kurz.

Wahlen sind in der Jugend kein Selbstläufer. Die Mehrheit der jungen Menschen müssen für eine Beteiligung erst gewonnen werden. Wir Jusos verstehen die „a.teams“ auch als Ansatz zur Mitgliedergewinnung in hochpolitisierten Zeiten.

Dafür müssen die Juso-Teams so offen wie möglich gestaltet werden und Interessierte frühzeitig in die Planung des Wahlkampfes eingebunden werden.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Die Internetseite www.jusos.de wird im Hinblick auf den Wahlkampf 2005 relaunched und wird auch zukünftig die wichtigste Kommunikationsplattform der Jusos bilden.

Die Publikationen update und argumente werden fortgeführt, evaluiert und den Bedürfnissen der LeserInnenschaft angepasst.

2. Den linken Diskurs im Verband vorantreiben: Unsere sozialistische Zukunftsdiskussion

2.1 Was wir brauchen ist eine neue Strategieplattform

Die SPD und vor allem die rot-grüne Bundesregierung treibt ausgezehrt im gesellschaftlichen Mainstream. Sie hat den Glauben an sozialen Aufstieg hinreichend diskreditiert und damit ihre Kraft zur aktiven Gestaltung fortschrittlicher Reformen verloren. Fernab tagespolitischer Strategien und Taktiken wissen wir: Es ist die Aufgabe unserer Generation, die Sozialdemokratie überlebensfähig und erst recht zukunftsfähig zu machen. Wir nehmen diese Verantwortung ernst und an. Wir Jusos wissen aber auch, dass dies eine mittel- bis langfristige Verantwortung ist und eben auch einer mittel- bis langfristigen Strategieplattform bedarf. Auf diese Plattform muss sich in größtmöglichen Konsens die Sozialdemokratie der nächsten Generation stellen. Wir werden gemeinsam in enger Kooperation mit den Landesverbänden und Bezirken an einem linken strategischen Konzept arbeiten. Dabei wollen wir bereits durch den Prozess unserer Vorstellung einer Sozialdemokratie der Zukunft gerecht werden. Wir Jusos als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband machen uns an diese Arbeit.

Wir wollen deshalb in den nächsten zwei Jahren eine solche Strategieplattform entwickeln. Es sind dies inhaltlich-programmatische, organisatorische und nicht zuletzt personelle Bausteine, die wir in einem gemeinsamen Prozess klären sollten. Dafür wollen wir folgende Leitfragen klären:

- Welchen programmatischen Vorrat braucht die SPD, um strukturell mehrheitsfähig zu sein und eine ökonomie- wie gesellschaftsverändernde radikalreformerische Kraft zu werden? Kurzum: Für *wen* machen wir Politik?
- Wie muss die SPD in ihren Strukturen aufgestellt werden, damit sie zukünftig wieder ein funktionierendes Umfeld besitzt und der Apparat für die Zeitenwende gestärkt ist? Kurzum: *Was* macht die linke Volkspartei neuen Typs aus?
- Mit welchem personellen Tableau muss eine SPD ausgestattet sein, damit sie zukunftsfähig ist und in der Lage ist, einen fortschrittlichen Reformblock zu formieren? Kurzum: *Welches* Gesicht hat die Sozialdemokratie der nächsten Generation?
- Die letzte Frage lautet: Welche Rolle spielen die Jusos in diesem Prozess? Kurzum: *Wohin* wollen wir gehen? Wie sieht unser Gesellschaftsmodell unter Berücksichtigung unserer Grundsätze Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aus? Wie sieht demokratischer Sozialismus heute aus?

Die Debatte um eine erneuerte Strategieplattform werden wir mit der Sommerschule 2005 beginnen. Sie findet ihren Niederschlag auch in der Arbeit der Umbauprojekte. Ein spezielles Problem zeigt sich noch immer in den Landesverbänden in den Neuen Bundesländern. Eine dünne Personaldecke und ein fehlendes Wissen der Menschen in diesen Regionen um Aufgabe und Bedeutung der Jusos stellt die JungsozialistInnen hier vor besondere Herausforderungen. Gleichzeitig nähern sich einige Landesverbände und Bezirke im Westen dieser schwierigen personellen und finanziellen Lage an. Auch die inhaltlichen Handlungsschwerpunkte und Probleme unterscheiden sich grundsätzlich kaum noch, treten aber in den Neuen Bundesländern in regional geballter Form auf.

Wir wollen das Jubiläum 15 Jahre Vereinigung der Jusos West und Ost im Jahr 2006 nutzen, um auf einem gemeinsamen Kongress diese Probleme aufzuarbeiten und voneinander inhaltlich und organisatorisch zu lernen. Wir wollen zeigen: Die Jusos sind zusammengewachsen, und Probleme einzelner sind die Probleme aller.

2.2 Das Diskursmanagement

Die Jusos müssen sich der Herausforderung stellen, die programmatischen Grundlagen für eine Sozialdemokratie der nächsten Generation zu legen. Dafür brauchen wir mehr verbandsinterne Debatten, an denen sich alle Ebenen des Verbandes beteiligen müssen.

Wir wissen heute, dass inhaltliche Diskussionen nicht (mehr) aus sich heraus entstehen, sondern eine professionelle Form des Diskursmanagements benötigen. Im Mittelpunkt des innerverbandlichen Diskurses stehen die

Umbauprojekte. Sie müssen nach außen und innen durchlässig sein und den Kern vorwärtsgerichteter Debatten bilden. Wir wollen deshalb die Projekte verpflichtender machen und intensiver mit dem Verband rückkoppeln. Gleichfalls wird die Struktur der Umbauwochenenden umgestaltet.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Die Umbauprojekte leisten einen wichtigen Beitrag für die Grundsatzprogrammdiskussion. Sie begleiten die Programmdiskussion und entwerfen eigene Zukunftsentwürfe. Die inhaltliche und politisch-strategische Flankierung der SPD-Grundsatzdebatte wird weiter im Bundesausschuss stattfinden.

› *Den Globalisierungsdiskurs voranbringen: Das Umbauprojekt Globalisierung*

Das Umbauprojekt Globalisierung, Frieden und Europa wird sich in den kommenden Jahren mit drei zusammenhängenden Bereichen auseinandersetzen. Nachdem im letzten Jahr die Debatte um die Friedensmacht Europa bestimmend war, geht es nun um die Rolle Europas in der Welt. Konkret: Wie kann Europa sich einbringen, um dem amerikanischen Modell einer neoliberalen und unilateralen Weltordnungspolitik einen multilateralen, gerechten und sozialen Ansatz entgegenzustellen.

Der erste Schwerpunkt des Umbauprojektes ist die Diskussion um die Reform der Vereinten Nationen. Im 60. Lebensjahr der UNO gibt es die Möglichkeit zu einer umfassenden Reform. Wir Jusos werden mit eigenen Vorschlägen in die Debatte eingreifen, die alle das Ziel haben, einen effektiven Multilateralismus zu verwirklichen.

In enger Verbindung mit einer Neuausrichtung und Neustrukturierung der Vereinten Nationen steht die Frage der sozialen und gerechten Gestaltung internationaler Politik. Die internationalen Finanzorganisationen haben in den letzten Jahren eine rigorose Politik gegenüber den armen und ärmsten Staaten verfolgt. Hier ist es Zeit für einen Wechsel.

Der zweite Schwerpunkt des Umbauprojektes ist die Entwicklungszusammenarbeit und die Entschuldungspolitik. Der afrikanische Kontinent gehört wieder in den Fokus unserer Politik. Wir wollen diese Frage von daher eng an unsere geplante Afrika-Kampagne binden. Gemeinsam mit unseren Partnern aus afrikanischen Ländern wird es eine gemeinsame Kampagne zum Thema Gesundheit („better health for all“) geben. Internationale Solidarität wird so erlebbar und soll so aufbereitet werden, damit auch Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke mitarbeiten können.

Letztendlich wird die Qualität der innereuropäischen Entwicklung eine wesentliche Rolle in unserer Arbeit einnehmen. Die Diskussion um die EU-Dienstleistungsrichtlinie hat deutlich gemacht: Die kommenden Jahre werden entscheidend, ob es mit der Verwirklichung eines sozialen und gerechten Europas funktioniert oder ob sich auch in Europa die Marktradikalen durchsetzen. Das mit der Lissabon-Strategie beschriebene Ziel, Europa zu einem dynamischen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu machen, können nur mit hohen sozialen Standards in Europa erreicht werden. Wir fordern daher eine massive Harmonisierung der Sozialpolitik in Europa auf hohem Niveau. Der dritte Schwerpunkt des Umbauprojektes liegt daher auf dem europäischen Sozialmodell und der Lissabon-Strategie.

Internationalistische Politik bei den Jusos ist geprägt von der Idee internationaler Solidarität. Mit dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem leisten wir einen kleinen, aber wichtigen Teil zur Lösung eines der zentralsten Konflikte unserer Zeit. Wir werden dieses Projekt weiter begleiten und unterstützen.

1907 wurde in Stuttgart die Vorgängerorganisation der International Union of Socialist Youth (IUSY) gegründet. Entsprechend werden wir 2007 den 100. Geburtstag der IUSY dafür nutzen, unsere Ideen für eine gerechte Welt mit unseren Schwesterorganisationen zu debattieren. Wir wollen die Kraft der Solidarität zelebrieren und Internationalismus konkret erfahrbar machen. 2007 wollen wir den Geburtstag der IUSY dafür nutzen, internationale Begegnungen möglich zu machen.

› *Wachstum, Umverteilung und Inklusion: Umbauprojekt Soziale Frage und moderne Wirtschaftspolitik*

Sozialstaatliche Umverteilung und wirtschaftliche Prosperität sind unmittelbar miteinander verwoben. Die Jusos müssen diese beiden Debattenstränge wieder stärker aufeinander beziehen und aus ihnen den Nukleus einer neuen sozialstaatlichen Reformvorstellung entwickeln. Es geht um nicht weniger als die gesellschaftlichen Produktivkräfte zu stärken und zu erneuern sowie die Vorstellung einer neuen Wachstumskonstellation zu entwickeln. Dies bildet den Hintergrund für die drei Schwerpunkte des Umbauprojektes.

Als ersten Schritt und Schwerpunkt beschäftigt sich das Umbauprojekt mit der produktiven Basis, dem Wachstum.

Wir wollen die Debatte einer veränderten ökonomischen Logik aufgreifen und Ansprüche an eine moderne Wirtschaftspolitik aus Generationensicht formulieren. Nach dem Scheitern des neoliberalen Modells müssen die Jusos einen neuen sozialistischen Anlauf für die Regulierung der Ökonomie wagen und ein Alternativmodell für die Steigerung von Produktivität und Wachstum entwickeln. Dabei geht es nicht nur um die

Fragen von Konjunktursteuerung, sondern vor allem um eine moderne Industriepolitik sowie die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Strategien nachhaltigen Wachstums wird das Umbauprojekt auch mit Blick auf die europäische Einigung diskutieren.

Den zweiten Schritt und Schwerpunkt bildet die Frage der sozialstaatlichen Umverteilung insbesondere zur Armutsbekämpfung (soziale Inklusion). Wir erleben heute in Deutschland die Herausbildung einer neuen Unterschicht, die vom gesellschaftlichen Fortschrittsprozess vollständig entkoppelt ist und mittlerweile auch politisch aktiv ausgegrenzt wird.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Die sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft durch den sich entwickelnden finanzgetriebenen Kapitalismus geht auch unter Rot-Grün voran.

Es muss daher diskutiert werden, wie soziale Inklusionsstrategien nicht nur finanziell, sondern auch institutionell ausgestaltet werden können. Konkret wird das Umbauprojekt über institutionelle Reformen der Armutsbekämpfung in Form neuer sozialstaatlicher Arrangements diskutieren.

Den dritten Schwerpunkt des Umbauprojektes bildet die Diskussion um die solidarische Bürgerversicherung. Hier haben die Jusos bereits in der Vergangenheit wegweisende Beschlüsse auch in der SPD durchgesetzt. In der anstehenden Debatte um die Reform der Pflegeversicherung wird sich entscheiden, ob die Bürgerversicherung ein Modell für die sozialdemokratische Erneuerung des Wohlfahrtsstaates wird – oder nicht. Vor dem Hintergrund des Fortschritts der Produktivkräfte wird das Umbauprojekt die Debatte um den demografischen Wandel entideologisieren und solidarische Anforderung an die Finanzierungsreform des Sozialstaats in den Zweigen der PKV und GKV diskutieren.

› Innovationen fördern – Emanzipation fordern: Das Umbauprojekt Berufsorientierung

Das Umbauprojekt wird sich mit drei Schwerpunkten beschäftigen. Grundlage hierfür sind die bereits erarbeiteten Themen des Umbauprojekts.

Der erste Schwerpunkt der Arbeit des Umbauprojektes liegt in der beruflichen Bildung. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Erosion des dualen Systems muss die Zukunftsfähigkeit des Berufsbildungssystems auf eine neue Grundlage gestellt werden. Insbesondere für die strukturschwachen Regionen muss eine Strategie entwickelt werden, wie der Abnahme von Ausbildungskapazitäten begegnet werden kann. Damit stellt sich automatisch die Frage, wie allen jungen Menschen eine Ausbildung garantiert werden kann (besonders in strukturschwachen Regionen). Strategisch brauchen wir eine Debatte über die Entwicklungsszenarien des dualen Systems. Dafür müssen internationale Erfahrungen ausgewertet und für die deutsche Diskussion fruchtbar gemacht werden. Gleichfalls geht es darum, an der zweiten Schwelle den Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt intensiver zu diskutieren und Handlungsfelder zu bestimmen.

Der zweite Schwerpunkt des Umbauprojektes ist die Weiterbildung. Ausgehend von der geltenden Beschlusslage wird die Debatte um bildungspolitische Inhalte, die sozialstaatliche Flankierung und die ökonomische Finanzierung von Weiterbildung weiter vorangetrieben. Dazu muss die Weiterbildungslandschaft intensiver analysiert und aufbereitet werden. Ziel ist es, das Projekt Arbeitsversicherung und unseren Ansatz der Weiterbildungsfonds systematisch zu verschmelzen. Dabei stellt sich stets die Frage der Ausgestaltung des Mix aus tariflichen und gesetzlichen Maßnahmen. Insbesondere innovative Arbeitszeit-Qualifizierungsmodelle stehen auf der Agenda.

Generell geht es um eine „praktische Verknüpfung“ von Bildung und Arbeitswelt als Handlungsfeld für die Stärkung gesellschaftlicher Produktivkräfte.

Die Selektionstendenzen in unserem Bildungssystem treten immer offener zutage. 10% eines Jahrganges bleiben heute ohne Abschluss. Mehr als 500.000 junge Menschen unter 25 Jahre haben keine Berufsausbildung. Wir erleben eine offene Spaltung der Qualifikationssegmente. Dies ist nicht zuletzt Folge der selektiven deutschen Bildungspolitik, die Bildung an den Geldbeutel der Eltern bindet. Dem wollen wir uns politisch entgegenstellen. Der dritte Schwerpunkt des Umbauprojektes beschäftigt sich daher mit der sozialen Inklusion in der Bildungspolitik. Ziel muss es aber auch sein, für besonders „benachteiligte Jugendliche“ den Weg in eine fortschrittliche Bildungsbiografie zu öffnen und dafür entsprechende Konzepte zu entwickeln. Soziale Eingliederung ins Bildungssystem bedeutet hier, Integrationspolitik und Bildungspolitik zusammenzudenken.

Inklusion mittels der Bildungspolitik muss Armutsbekämpfung, die Entwicklung von Stadtteilen und deren Gesellschaften sowie die Integration von Immigranten zum Ziel haben.

Die Form der Umbauprojekte wird wie folgt verändert:

- Die Umbauprojekte geben sich im Bundesvorstand am Anfang der Wahlperiode verbindliche Zielvereinbarungen.
- Die Umbauprojekte werden verpflichtender gestaltet. Es hat sich gezeigt, dass die sehr offene Form zu Lasten der Stringenz und Verbindlichkeit gegangen ist. Es wird daher ein Delegationsprinzip eingeführt, nach denen die Landesverbände/ Bezirke jeweils ein/e Vertreter/in in die Umbauprojekte entsenden können. Die Vorschläge der Bezirke müssen in sich so quotiert sein, so dass mindestens 40% der TeilnehmerInnen der Projekte Frauen sind. Darüber hinaus kann der Bundesvorstand verbandsinterne Fachpolitiker/innen quotiert benennen.
- Die Struktur der Umbauwochenenden hat sich weitgehend bewährt. Besonders erfolgreich waren die Hearings, wenn aktuelle Themen aufgegriffen wurden und im Rahmen der Hearings vertieft wurden. Ziel muss es daher sein, Verbandsdiskussionen zur aktuellen politischen Agenda während der Umbauwochenenden zu führen. Deshalb wollen wir zum Auftakt der Wochenenden unter dem Motto „Verbandsdebatte“ Inhalte aus den Umbauprojekten sowie aktuelle Themen mit externen ReferentInnen rückkoppeln, verbreitern und vertiefen.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

- Wir wollen noch intensiver als in der Vergangenheit dem Bildungsanspruch der Umbauprojekte Rechnung tragen. Dazu müssen entsprechende Abstimmungen auch mit der Verbandsschule getroffen werden. Das primäre Ziel der Umbauprojekte muss jedoch eine kontinuierliche Diskussion sein. Klar ist aber, dass die Arbeit der Umbauprojekte vor allem zwischen den Umbauwochenenden unter Einbindung aller Delegierten verläuft.
- Um die Diskussionen besser als in der Vergangenheit zusammenzubinden, Ergebnisse zu präsentieren und mit dem Verband zu kommunizieren, wird nach den drei Umbauwochenenden am Ende des Jahres ein „Verbandsumbautag“ als Unterbezirksvorsitzende/n-Konferenz durchgeführt. Ziel dieses „Verbandsumbautages“ ist die Diskussion der Themen aus den Projekten mit den Aktiven vor Ort und die bessere Vernetzung gegenseitiger Handlungsfelder.
- Die Jusos sind und bleiben die einzige Jugendorganisation, die ihrer feministischen Tradition treu bleibt. Daher ist es wichtig der feministischen Arbeit zum einen als Schwerpunkt und zum anderen als Querschnittsaufgabe Rechnung zu tragen. Dies gilt auch und gerade für die Umbauprojekte und deren Arbeit. Die drei Umbauprojekte verpflichten sich, den jeweiligen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf jedem Umbauwochenende aus Gleichstellungs- und frauenpolitischer Perspektive zu diskutieren und hierfür einen angemessenen Raum zur Verfügung zu stellen. Elementarer Bestandteil der feministischen Arbeit ist das schon bestehende Frauenforum - der autonome Frauenzusammenhang der Jusos. Die Grundlagen der kommenden Arbeit sollen dabei die drei Themenschwerpunkte, die sich auf den vergangenen Treffen entwickelt haben (AZV, Elternzeit, Mentoring Programm, feministische Grundlagen), als auch die gesetzten Themen des frauenpolitischen Arbeitsprogramms 2003 sein. Um dem Programm gerecht zu werden, ist ein regelmäßiger Sitzungsrhythmus notwendig. Das Frauenforum gibt sich in Abstimmung mit dem Bundesvorstand einen eigenen Umsetzungsfahrplan für die noch ausstehenden Aufgaben aus dem beschlossenen Frauenarbeitsprogramm aus dem Jahre 2003. Diese Abstimmung berührt nicht die Autonomie. Das Vorantreiben feministischer Debatten innerhalb des Verbandes muss noch stärker zur Geltung kommen.

3. Bildungsarbeit ist Kompetenzprojekt: Unsere Verbandsschule

Die Verbandsschule ist eine tragende Säule der innerverbandlichen Bildungsarbeit. Ihre professionelle Ausgestaltung mit einem externen Bildungspartner hat sich mehr als ausgezeichnet. Deshalb wollen wir die Verbandsschule fortsetzen, die Maßnahmen zielgruppenspezifischer ausgestalten und die Angebote intensivieren. Die Verbandsschule kann und soll nur einen kleinen Beitrag an der Spitze zur innerverbandlichen Bildungsarbeit darstellen. Das Ziel ist und bleibt eine Generationenaufbau von links.

Die letzte Potenzialanalyse hat gezeigt: Die bildungspolitische Kompetenz wird den Landesverbänden und Bezirken zugewiesen. Dieser Verantwortung müssen die Bezirke und Landesverbände auch nachkommen.

Das bedeutet auch, Wissenstransfer über bildungspolitische Programme zu ermöglichen und Ansätze sowie Maßnahmen für den gesamten Verband offen zu legen.

Wir wollen die Bildungsarbeit der Länder und Bezirke besser miteinander vernetzen. Schulungsreihen und –module müssen intensiver und besser miteinander abgestimmt werden. Dazu muss der Austausch zwischen den Gliederungen optimiert werden.

Auch sollten Möglichkeiten der Öffnung von spezifischen Bildungsangeboten an angrenzende Juso-Gliederungen geprüft werden. Die Angebote der Bezirke und der Verbandsschule werden intensiver evaluiert und koordiniert. Der Ort für die Zusammenführung der Bildungsmaßnahmen, für deren Vernetzung sowie für den Wissenstransfer ist die Zusammenkunft der Bildungsverantwortlichen in Zusammenarbeit mit der OrgaKom der Hauptamtlichen.

Die Modulreihe „Politdiplom“ wird fortgesetzt und ausgeweitet. Sie bietet eine fortschrittliche Verbindung von theoretischen und organisatorischen Kompetenzen in Form einer Grundlagenschulung. Weiter intensiviert werden Verbindungen zu Kooperationspartnern.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Bildung junger Frauen. Die Bildungsmaßnahmen werden deshalb paritätisch nach Geschlechtern besetzt. Spezielle Angebote an junge Frauen werden entwickelt und umgesetzt.

Die Sommerschule wird als feste Institution etabliert. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und innerverbandlichen Kultur. Wir wollen die Sommerschule stärker für die theoretische und strategische Zukunftsdebatte nutzen.

Wir wollen die Verbandsschule auch für Externe öffnen. Dies gilt insbesondere für junge Gewerkschafter und die Verbände des Beethovenkreises. Erschlossene Netzwerke zu jungen Wissenschaftler/innen werden ausgebaut und für den Verband nutzbar gemacht.

Das „UB-Connecting“, der Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen den Unterbezirken, wird aktiv gefördert. Das „UB-Connecting“ ist „gelebter“ Teil der Verbandsschule.

4. Zielgruppenansprache in einem modernen Richtungsverband

Die SPD als Partei muss sich dem gesellschaftlichen Wandel stellen. Dieser birgt Chancen wie Risiken für die große linke Volkspartei. Immer deutlicher wird die Erosion parteilicher Bindungen innerhalb der arbeitnehmerischen Milieus, wenngleich die Einstellungen dort weitgehend konsistent bleiben. Offensichtlich aber gelingt es der Partei immer seltener, innerhalb dieser Milieus Verankerung zu finden und politisch zu mobilisieren. Dies ist ein politisches und ein organisatorisches Problem.

Politisch, weil die SPD mit ihrer Politik ihr Fortschritts- und Gerechtigkeitsversprechen nicht einlöst.

Organisatorisch, weil die Verankerung in breiten gesellschaftlichen Milieus die Voraussetzung dafür ist, eine lebendige, diskursive, durchlässige, offene und Orientierung gebende Volkspartei zu sein. Nicht zuletzt daran hängt die Mehrheitsfähigkeit der SPD.

Gleichzeitig wird die Attraktivität von Großorganisationen innerhalb der jungen Generation immer geringer. Das ist Problem wie Herausforderung. So ist es mit Maßnahmen wie der Juso-Mitgliedschaft der Partei und auch dem Verband gelungen, sich stärker für junge Menschen zu öffnen.

Die Kampagnen- und Projektarbeit der Jusos hebt sich wohltuend vom innerparteilichen Mainstream ab. Sie ist zum Kern jungsozialistischen Engagements geworden und muss dies auch bleiben.

Chancen des gesellschaftlichen Wandels liegen dort, wo die Jusos sich zu Repräsentanten der jungen Generation machen. Dies gilt zum Beispiel für die Maßnahmen zum Thema Ausbildung oder gegen Studiengebühren. Die am Lebenslauf orientierte Politikgestaltung ist die Voraussetzung für eine stärkere Verankerung in der eigenen Generation.

Jusos sind immer dann attraktiv, wenn sie in gesellschaftlichen Konflikten eine klare Position vertreten. Dies galt für den Irak-Krieg ebenso wie für die Auseinandersetzung um die Agenda 2010. Es wird auch zukünftig darauf ankommen, mit einem erkennbaren linken politischen Profil die gesellschaftliche Debatte zu bewegen. Zielgruppenansprache in einem modernen Richtungsverband bedeutet deshalb, junge Menschen mit einer klaren politischen Botschaft zu gewinnen und ihnen die voraussetzungsfreie politische Mitarbeit zu ermöglichen. Dazu müssen wir Jusos organisatorisch wie politisch anschlussfähig an die Einstellungen, politischen Alltagsdiskurse und die Lebensrealitäten junger Menschen und insbesondere unserer Kernmilieu junger ArbeitnehmerInnen sein.

Ein Schwerpunkt muss es sein, mehr junge Frauen für ein Engagement bei den Jusos zu gewinnen. Dazu müssen die Strukturen geöffnet und alltäglich eingeübte politische Praktiken überdacht werden.

Grundsätzlich muss die Bündnisarbeit wieder zum Kern der Aktivitäten werden. Das ist der Inhalt einer erneuerten Doppelstrategie. Bündnisarbeit muss integrativ stattfinden und darf sich nicht auf das jährliche Treffen mit der örtlichen Gewerkschaftsjugend beschränken. Kampagnen sind ohne eine grundlegende Bündnisorientierung nicht denkbar. Dabei ist und war die Doppelstrategie nie einseitig gedacht: Doppelstrategie bedeutet, politische Diskurse in Gesellschaft und Bewegung in politisches und auch parlamentarisches Handeln zu übersetzen. Doppelstrategie bedeutet aber auch die Öffnung zur außerparlamentarischen Bewegung und setzt die Bereitschaft dieser voraus, mit jungen Sozialistinnen und Sozialisten in der SPD zu diskutieren. Doppelstrategie ist und kann keine Einbahnstraße sein. Der Verband ist zur Öffnung bereit und lädt alle jungen Menschen in der außerparlamentarischen Bewegung zur sozialistischen Zukunftsdiskussion ein.

Leider droht das Umfeld der SPD derzeit zunehmend auszutrocknen. Die große Mehrheit der BündnispartnerInnen in Arbeit, Wissenschaft und Kultur sind heute weit jenseits der 50. Eine junge sozialdemokratische Linke aber, die den Anspruch hat, ein fortschrittliche Reformbündnis aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur zu formieren, muss weit in die eigene Generation und die MultiplikatorInnen bindend wirken. Wir verstehen es daher als unsere Aufgabe, unsere Diskurse zu junger Wissenschaft, junger Bewegung, junger Gewerkschaft und junger Kultur zu öffnen. Es ist die Pflicht der JungsozialistInnen, einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des sozialdemokratischen Umfeldes im Jahr 2020 heute zu legen.

Diesen Zielen dient die Zielgruppenansprache bei den Jusos. Im Jahr 2004 ist uns der Aufbau einer stabilen Basis von Zielgruppenaktivitäten gelungen. Diese muss ausgebaut werden.

- Wir wollen die weibliche junge Generation gewinnen! Deshalb werden wir die Aktivitäten in diesem Bereich verstärken. Nach einer Evaluierung der Bildungsarbeit wollen wir gesonderte Förder- und Bildungsprogramme für junge Frauen in die Verbandsschule integrieren.

Darüber hinaus werden wir das angelaufene Mentoringprogramm gemeinsam mit der ASF fortführen. Die Vernetzung junge aktiver Frauen im Verband werden wir fortsetzen und auch Bündnispartnerinnen und ehemalige Verbandsaktive stärker einbinden. Die Entwicklungen, Probleme und Lösungsansätze dazu werden zukünftig auf jedem Bundeskongress in Form eines Gleichstellungsberichts öffentlich gemacht. Der Bericht wird von der Verantwortlichkeit im Bundesvorstand schriftlich vorgelegt und auf dem Kongress debattiert. Langfristig wollen wir ferner ein Gendertraining für Bundes- und Landesverbände anbieten. Das Ziel ist ein Beitrag zur Formierung einer neuen selbstbewussten feministischen jungen Generation.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

- Die Schule zum Vorfeld der Jusos machen! Endlich ist es gelungen auf Bundesebene wieder funktionierende SchülerInnen-Strukturen zu gründen. Wir wollen deren Arbeit fortsetzen und weiter etablieren. Dabei wollen wir die inhaltlichen Diskurse intensivieren und den Bildungsanspruch erhöhen. Die Juso-SchülerInnen werden in die Arbeit des Umbauprojekts Berufsorientierung und die bildungspolitischen Debatten des Gesamtverbandes eingebunden. Unser Ziel ist nicht die Gründung von Juso-SchülerInnengruppen an jeder Schule, sondern die Vernetzung von aktiven Schülerinnen und Schülern über die Ebene der Landesverbände hinaus. Verantwortlichkeiten und Arbeitsprogramm werden in Zielvereinbarungen jährlich festgehalten. In den Ländern müssen die Kontakte und Bündnisse mit den etablierten SchülerInnenvertretungsstrukturen aufgebaut, ausgebaut und verstetigt werden.
- Die jungen arbeitnehmerischen Milieus gewinnen! Nur vier Prozent Auszubildende finden sich unter den Neumitgliedern des Jahres 2004. Das ist viel zu wenig. Will die SPD und wollen die Jusos nicht die Verankerung in diesen Milieus verlieren, muss die Zielgruppenansprache hier deutlich verbessert werden. Unser Vorschlag an die SPD ist: Wir wollen einen jährlichen Aktionstag zur Ansprache von Auszubildenden an den Berufsschulen einführen. Dazu soll eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen zur politischen Bildung und Mitgliederwerbung am Anfang des Ausbildungsjahres vor den Berufsschulen durchgeführt werden. Die Themen Durchlässigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzsituation sollen dabei zur Profilierung genutzt werden. Das Umbauprojekt Berufsorientierung übernimmt die bundesweite Koordinierung des Aktionstages.
- Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Antifaschismus ist eine wichtige Säule jungsozialistischen Engagements auf allen Ebene. Zur Vernetzung regionaler Aktivitäten, zur Sicherstellung des Wissenstransfers und zur verbesserten Koordinierung wird im Bundesvorstand eine Antifa-Netzwerkstelle eingerichtet.
- Diese Netzwerkstelle stellt eine Kommunikations- und Informationsplattform für die verschiedensten antifaschistischen, antirassistischen und Projekte gegen Rechtsextremismus dar, die auf den unterschiedlichen Verbandsebenen stattfinden. Die Netzwerkstelle wird diese Projekte sammeln und in einem Handbuch „Rechtsextremismus – Gegenstrategien, Projekte, Aktionen“ zusammenstellen. Außerdem werden über die Netzwerkstelle Termine koordiniert, an welchen Rechtsextremismus-ExpertInnen aus den Landesverbänden und Bezirken adäquate Handlungsstrategien für ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechts erarbeiten. Dem Bundesvorstand werden die Ergebnisse dieser Treffen zur Umsetzung überwiesen. Die Netzwerkstelle soll AnsprechpartnerIn auch für BündnispartnerInnen der antifaschistischen Arbeit werden. Alle zentralen Termine im gesamten Bundesgebiet, die sich auf rechtsextreme Aufmärsche, Mahnwachen oder Veranstaltungen beziehen sowie antifaschistische Aktionen sollen in einem Newsletter zusammengefasst werden, welcher in regelmäßigen Abständen an einen zu errichtenden „Anti-Fa-Verteiler“ verschickt wird. Einmal jährlich organisiert die Netzwerkstelle einen Kongress zum Thema „Rechtsextremismus, Gewalt, Diskriminierung“ um die vielfältigen antifaschistischen Projekte von Jungsozialistinnen und BündnispartnerInnen einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
- Das Bündnis mit der Wissenschaft verstärken! Für ein Bündnis mit der jüngeren Wissenschaft müssen die Jusos die Kooperation mit den Hochschulgruppen ausbauen. Unser Ziel ist es, durch die Arbeit der Umbauprojekte und in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsforum jüngere WissenschaftlerInnen an die Jusos zu binden. Wir wollen unsere Kontakte und die Vernetzung in diesem Bereich weiter ausbauen. Die Argumente wollen wir stärker als Publikationsorgan für diese Klientel nutzen.
- Das Bündnis aus Jusos und junger Gewerkschaft stärken! Mit der „Berliner Erklärung“ haben die Jusos gemeinsam mit jüngeren Gewerkschaftern ein wichtiges Zeichen gesetzt: Die Spaltung der Arbeiterbewegung muss auch über den Generationenwechsel verhindert werden. SPD und Gewerkschaften müssen zukünftig ein Bündnis der fortschrittlichen Reformkräfte bilden. Dazu müssen beide Organisationen die wesentlichen Zukunftsfragen gemeinsam stellen und beantworten.
- Wir Jusos tun dafür unseren Teil, indem wir die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Jugendgewerkschaften auch über den Jugendgewerkschaftsrat fortführen. Die Vernetzung jüngerer SPD-Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften werden wir begleiten und politisch fördern.
- Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik! Die kommunalpolitisch Aktiven in den Parlamenten sind ein wichtiges Potenzial der Juso-Arbeit. Dies stärkt die Kampagnenfähigkeit des Gesamtverbandes insgesamt.

Zur Verbreiterung des linken Diskursansatzes bedarf es einer weitergehenden Vernetzung junger KommunalpolitikerInnen. Wir werden deshalb die regionalen Initiativen zur Förderung und Vernetzung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern über das Netzwerk junior SGK begleiten und unterstützen.

- Darüber hinaus wird der Bundesvorstand Kampagnenmaterial für die kommunalpolitisch Aktiven in den Unterbezirken erstellen, um zum einen noch mehr Jusos für Kommunalpolitik zu interessieren und zum anderen den aktiven jungen KommunalpolitikerInnen inhaltliche und konzeptionelle Unterstützung zu gewähren.

IV. Ausblick: Die Sozialdemokratie der nächsten Generation von links gestalten.

Wir Jusos legen mit diesem Bundesarbeitsprogramm die Grundlagen für die wegweisenden Jahre 2005-2007. Wir erleben heute einen Kulturkampf um die Hegemonie innerhalb der jungen Generation. Während die einen die Generationen spalten wollen, sind wir die solidarische Generation, die sich nicht von Fettschen verblenden lässt. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Generationen, sondern zwischen unten und oben. Wir Jusos werden nicht müde, das auch in der eigenen Partei zu betonen. Deshalb werden wir diesen Kulturkampf annehmen und die Marktradikalen in ihre Schranken verweisen. Unser Ziel ist und bleibt es, eine Diskursöffnung des sozialdemokratischen Mainstreams zu schaffen, die Platz macht für eine emanzipative Politik von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir jungen Sozialistinnen und Sozialisten mischen uns nicht nur hier und heute ein. Wir wollen vielmehr die Sozialdemokratie der nächsten Generation von links gestalten. Dazu werden wir die Kampagnenfähigkeit, die politische Bildung und den Zusammenhalt des Verbandes stärken. Denn es ist Zeit für eine neue sozialdemokratische Generation, die die Fehler der 68er nicht wiederholt, die nicht opportunistisch ihre Segel in den Wind dreht, die sich nicht in elenden persönlichen Fraktionskämpfen zerreißt, sondern mit einem gemeinsamen linken politischen Profil die Sozialdemokratie zukunftsfähig macht.

Wir wissen heute nicht, welche Geschichte in den kommenden Monaten geschrieben wird. Wir wissen nur: Wir Jusos werden unseren Beitrag für die Mehrheitsfähigkeit der SPD aber vor allem für die Hegemonie sozialistischer Politik leisten. Die Widerstände scheuen wir nicht. Wir gehen mit Zuversicht in die kommenden wahlpolitischen und inhaltlichen Auseinandersetzungen.

Als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband, als Jugendverband und als linker Teil der Sozialdemokratie.

A 2 - Better health for all!

1. Millenium goals

Die Millenium Development Goals, festgelegt auf dem UN Millenium Gipfel in Paris im Jahr 2000, wollen extreme Armut in ihren vielen Ausprägungen – zu geringes Einkommen, Hunger, Krankheit, Obdachlosigkeit und Ausgrenzung - bekämpfen und Erziehung, Geschlechtergleichheit und nachhaltigen Umgang mit der Umwelt fördern.

Hierzu wurden quantitative Ziele für das Jahr 2015 festgelegt. Die UN erklärte sich bereit, das Fortschreiten zum Erreichen der Ziele 2005 zu überprüfen, wohl wissend, dass zu diesem Zeitpunkt nur noch ein Jahrzehnt bis zur Erfüllung der MDGs bleiben würde.

Die Koordinatoren des Projekts, unter ihnen Jeffrey Sachs, stellten Anfang 2005 in einer Zwischenbilanz fest: "Wir befinden uns nun am 5-Jahres-Zeitpunkt mit einer ernüchternden Erkenntnis: Viele der ärmsten Regionen der Welt, besonders die afrikanischen Staaten südlich der Sahara, sind weit vom Erreichen der Ziele entfernt. Dennoch sind die MDGs noch zu verwirklichen. Das Leben von Hunderten von Millionen Menschen könnte dramatisch verbessert werden und Millionen von Leben könnte jedes Jahr gerettet werden, jedoch nur, wenn die Welt im Jahr 2005 große Schritte macht."

Sie stellen fest: "Dringendes Handeln ist nötig, wenn wir in einem Jahrzehnt voller großer Ambitionen die Ziele erreichen wollen. Entwicklungsländer müssen jede Anstrengung auf sich nehmen, um Kräfte zur Erfüllung der Ziele zu mobilisieren. Industrieländer müssen sich fragen, ob sie sich nicht mehr Gedanken darum machen sollten, mit dem Finger auf die Verantwortung der armen Länder zu zeigen, als ihre eigenen Verpflichtungen zu erfüllen, wie es viele von ihnen heute tun. Im Jahre 2005 muss die Weltgemeinschaft verzweifelt versuchen, ihren eigenen Verpflichtungen nachzukommen und schnelle, praktisch bemessene Schritte unternemen, bevor die Ziele

unerreichbar werden. Die Glaubwürdigkeit und Funktionalität des internationalen Systems steht auf dem Spiel. Ohne einen Durchbruch im Jahre 2005 werden die wohlregierten aber armen Länder nicht effektiv bei der Verfolgung einer MDG-orientierten Strategie unterstützt werden, und das schon schwindende Vertrauen in internationale Versprechen zur Reduktion der Armut wird vermutlich vollkommen schwinden. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird die Welt ohne Development Goals leben und es wird ein sehr langer Weg zum nächsten Millenium-Gipfel im Jahr 3000."

2. Die Ziele

Eines der Hauptziele ist „Eradication of poverty“ und viele Unterpunkte nehmen Bezug auf Gesundheit und Gesundheitspolitik, wie z.B. die Reduzierung der Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren um Zweidrittel, Reduzierung der Müttersterblichkeit um Dreiviertel, der Trend zu Neuinfektionen bei Aids, Malaria und anderen Krankheiten soll gestoppt werden, der Zugang zu erschwinglichen Medikamenten soll sichergestellt werden.

3. Politische Situation in Afrika

Die Situation in den einzelnen afrikanischen Staaten ist unterschiedlich und bewegt sich auf einer Skala von autoritärer Führung bis hin zu anarchischen Zuständen.

Viele dieser Probleme sind Langzeitfolgen von Kolonialisierung, künstlicher Grenzziehung, postkolonialer Abhängigkeit, falschen Entwicklungsstrategien und hausgemachter Führungsschwäche.

In manchen Fällen reicht der Einfluss der Regierungen nicht über die Hauptstädte hinaus, die Regierungen können keine lenkende Funktion im schwachen Wirtschaftsbereich ausfüllen, Mechanismen zur gewaltfreien Konfliktlösung greifen nicht, Sicherheit wird zunehmend privatisiert, das Vertrauen in die politischen Gremien schwindet wegen Korruption, Klientelismus und schlechter Performance der Regierung zunehmend, bürgerkriegsartige Zustände sind die Folge.

Rechtsstaatlichkeit ist bei weitem nicht in den meisten Staaten garantiert.

Auch wenn sich die Situation in vielen Staaten wegen voranschreitender Demokratisierung und Teilerfolgen der Entwicklungshilfe, beispielsweise im Bildungsbereich, verbessert, haben einige der afrikanischen Staaten bis heute weder die finanziellen Ressourcen, noch die notwendigen politischen und administrativen Strukturen, um eine ausreichende Basisversorgung im gesamten Staatsgebiet zu gewährleisten.

4. Gegenwärtige wirtschaftliche Situation südlich der Sahara

Das Subsahara-Afrika zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist im ökonomischen Entwicklungsprozess weitgehend vom Rest Welt abgekoppelt. Zwar gibt es einige positive Beispiele wie Südafrika und Namibia, wo zumindest ein konstantes quantitatives ökonomisches Wachstum festzustellen ist, aber ein wirklicher Aufholprozess lässt auf sich warten.

Die Ursachen dafür sind weniger endogen als exogen. Die Verschuldungskrise, die durch Kolonialpolitik verursachten Konflikte sowie asymmetrische Handelsstrukturen sind nur einige prominente Beispiele hierfür.

Zahlreiche Initiativen haben in den letzten Jahren versucht an dieser Situation etwas zu verändern. Zu nennen ist hier das NePAD, das New Program for African Development. In diese Initiative der Länder der Afrikanischen Union wird viel Hoffnung gelegt, sowohl von den afrikanischen Ländern selbst als auch von den Industrienationen. Allerdings setzt dieses Programm eher an den endogenen Ursachen für die Krise der Subsahara Staaten an. Vor allem Korruption und „bad governance“ werden als Hauptursachen für eine fehlende ökonomische und soziale Entwicklung verantwortlich gemacht. Darüber hinaus sollen vor allem Öffnung der Märkte, Abbau von Schutzzöllen, Privatisierung und Liberalisierung der kaum vorhanden öffentlichen Infrastruktur den afrikanischen Kontinent auf die Überholspur bringen. Dies ist wahrscheinlich auch der Grund warum dieses Programm unter den Regierungen der Industrienationen viel Anklang findet.

5. Soziale Situation

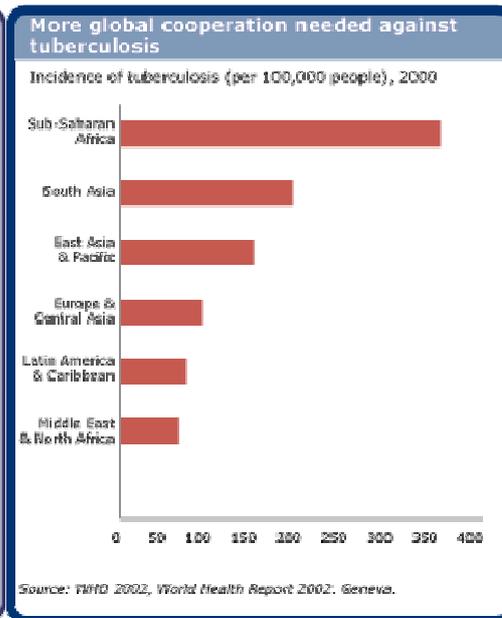
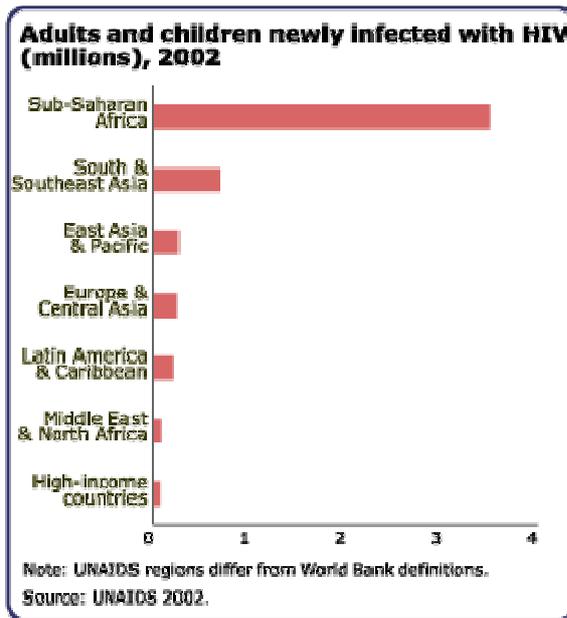
Die soziale Entwicklung von Subsahara-Afrika ist ebenfalls durch eine Reihe von großen Problemen gekennzeichnet. Die größten sozialen Probleme liegen in der Gesundheitsversorgung der afrikanischen Bevölkerung. In Afrika sterben laut WHO täglich 6000 Menschen an AIDS und dies wird sich laut WHO bald auf 60 Mio. Menschen insgesamt aufsummieren. Ein Fünftel der südafrikanischen Bevölkerung ist bereits mit HIV infiziert, Tendenz steigend, pro Tag infizieren sich 1600 Menschen neu.

AIDS ist ein prominentes Beispiel für die Gesundheitsprobleme des Kontinents. Aber auch viele andere Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und viele in Europa längst ausgerotteten Krankheiten stellen die Gesundheitssysteme der afrikanischen Länder vor fast unlösbare Probleme. Eine Ursache ist neben dem fehlenden Zugang zu Medikamenten, die durch Patente geschützt sind, die Infrastruktur.

Kommen in Deutschland auf 100.000 Menschen im Schnitt 362 Ärzte so kommen in Uganda auf 100.000 Menschen im Schnitt nur 4,7 Ärzte. Auch die flächendeckende stationäre Versorgung unterscheidet sich erheblich.

Krankenhäuser fehlen, technische Geräte, und Medikamente fehlen. Daran wird deutlich, dass ohne Investitionen in Infrastruktur die Gesundheitsprobleme nicht zu lösen sein werden.

Das Geld, was für diese Investitionen eigentlich nötig wäre, wird jedoch für Zinsen und Tilgung ausländischer Schulden aufgewendet. Über diese Tatsachen muss vor allem in den Industrieländern, die die Gläubigerstaaten sind, aufgeklärt werden, um diese zu einem Schuldenerlass für die Afrikanischen Länder zu bewegen. Das ermöglicht neue Investitionen in den Gesundheitssektor. Solche Investitionen können dann auch zu einem nachhaltigen ökonomischen Wachstumsmotor werden. Aber auch kleine Initiativen und Projekte hauptsächlich durchgeführt von NGOs, die bspw. die weitere Ausbreitung von AIDS durch Aufklärungskampagnen einzudämmen versuchen, sind ebenso wichtig. Daher hebt die WHO in ihrem Weltgesundheitsbericht die besondere Rolle von NGOs im Kampf gegen AIDS auch besonders hervor.



6. Lebenssituation von Frauen

Fünf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking von 1995 kamen im Juni 2000 mehr als 10.000 VertreterInnen von Regierungen und NGOs auf der Nachfolgekonzferenz in New York zu dem Ergebnis, dass die zwischenzeitlich erreichten Erfolge gering sind und sich die Lage der Frauen weltweit sogar verschlechtert hat. Sie stellten eine deutliche "Feminisierung der Armut" fest: Es sind zu mehr als 2/3 Frauen, die unter Armut, mangelnder Gesundheitsversorgung und vorenthaltener Bildung leiden. Zudem haben Frauen ein geringeres Einkommen, schlechtere soziale Absicherung und einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Im Vorfeld von Beijing+10 wird deutlich, dass sich an dieser Analyse wenig hinzuzufügen ist. Die Lebenssituation von Frauen ist weitgehend prekär geblieben, für den afrikanischen Kontinent gilt dies umso mehr, da hier Frauen und Mädchen inzwischen zur größten Gruppe bei Neuinfektionen durch HIV/Aids gehören.

Frauen bleiben Aufstiegsmöglichkeiten oftmals verwehrt, sie sind häufiger und länger als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Beim Zugang zu neuen Technologien sind Frauen, denen in vielen Ländern meist nicht einmal eine elementare Schulbildung zugestanden wird, weiterhin benachteiligt. Dabei sind sie in vielen Bereichen des Südens die alleinigen Familiernährerinnen. In die politischen Entscheidungsprozesse sind sie nirgendwo, nicht einmal in Industrieländern und auch nicht auf kommunaler Ebene, entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung einbezogen. Weltweit ist nur jeder 8. Parlamentarier eine Frau. Auch der Zugang zu Verhütungsmitteln bleibt Frauen oft verwehrt; jährlich werden 90 Millionen Frauen ungewollt schwanger.

Auch Eingriffe in die sexuelle Selbstbestimmung der Frau sind weltweit an der Tagesordnung, ob in Form von Beschneidung, Vergewaltigung oder Zwangsprostitution, ist sexuelle Gewalt ein universales Problem im Norden wie im Süden.

Wohlfahrtsstaatliche und linke Politik allein werden die Situation von Frauen nicht automatisch ändern. Doch ohne sozialstaatliche Maßnahmen, Frauenförderung, eine humane Arbeitszeitpolitik und einen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel werden durch Standortdebatte und Strukturanpassung weltweit Frauen noch mehr marginalisiert und entrechtet werden.

Gesundheitspolitik ist dabei eine Sollbruchstelle für die Entwicklungschancen für Frauen, einerseits weil sie aufgrund der traditionellen Rollenzuweisung für die Versorgung der Familien zuständig sind, andererseits weil alle Formen von Unterversorgung Frauen zuerst und heftiger betreffen als Männer.

Es ist erwiesen, dass weibliche Kinder seltener Zugang zu medizinischer Versorgung bekommen. Es ist aber auch erwiesen, dass gebildete Frauen (und Mütter) als Multiplikatorinnen solchen Verhaltensweisen aktiv gegensteuern können und sich gefährlichen Eingriffen in die Selbstbestimmung der Frau entgegenstellen.

Deswegen wird Frauen eine Schlüsselstellung in Entwicklungsprozessen zugesprochen.

Grundvoraussetzung bei der Erarbeitung neuer Entwicklungsstrategien und ihrer Umsetzung muss die aktive Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen in nichtstaatlichen, staatlichen und internationalen Organisationen sein. Auf spezifische Frauenförderprogramme zur Bildung und Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt kann daher auch weiterhin nicht verzichtet werden.

Dazu zählt auch eine Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit über die Ursachen geschlechtsspezifischer Diskriminierungen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung.

Umverteilungsstrategien haben derzeit keine Konjunktur, und auch wenn die Probleme des bundesdeutschen Gesundheitssystems weder qualitativ noch quantitativ vergleichbar sind mit der Situation in Subsahara-Afrika, so sind nicht erst mit der Praxisgebühr Fehlentwicklungen offenkundig geworden.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Zwar haben wir zumindest jetzt noch ein weitgehend öffentlich finanziertes und für Patienten weitgehend kostenfreies Gesundheitssystem. Trotzdem gerät auch bei uns dieses System durch zahlreiche Faktoren unter Druck. Deswegen verfolgen auch die Jusos das Ziel, das deutsche Gesundheitssystem künftig noch erschwinglich (affordable), für alle zugänglich (accessible) und verfügbar (available) zu halten, denn dem weltweiten Trend, unter dem Label von GATS einerseits, mit dem vermeintlichen Damoklesschwert von Demografie und Sparzwängen andererseits Privatisierungen und Sozialabbau bei der Bereitstellung elementarer Dienste im Bereich der Grundversorgung umzusetzen, konnte oder wollte man sich aber auch in der Bundesrepublik nicht entziehen. Eine an den Interessen und Bedürfnissen von Frauen ausgerichtete Gesundheitspolitik ist in diesem Zusammenhang unerlässlich. Dabei gilt, dass Gesundheitsdienste auf allen Ebenen kostenlos, erreichbar und qualitativ hochwertig sein müssen.

7. Unsere Forderungen

Gesundheit ist abhängig von der finanziellen Situation und somit von der ökonomischen Lage, sowohl gesamtwirtschaftlich als auch individuell.

Die Bereitstellung von flächendeckender und qualitativ hochwertiger Gesundheitsvorsorge als öffentlichem Gut ist Aufgabe des Staates.

Dies gilt auch für Afrika. Vor allem im Hinblick auf eine Verminderung von HIV-Infektionen ist so früh wie möglich anzusetzen. Wirksame Therapien, die eine Infektion von Neugeborenen während der Geburt verhindern, sind mittlerweile verfügbar. Diese flächendeckend und für die Bevölkerung kostenlos anzubieten, muss eines der vordringlichen Ziele von Entwicklungspolitik sein.

Darüber hinaus müssen die Anstrengungen im Bereich HIV-Aufklärung intensiviert werden. Es ist angesichts von Infektionsquoten von zum Teil über 50% aller schwangeren Frauen geradezu grotesk, dass in verschiedenen Staaten Afrikas der Zusammenhang zwischen ungeschütztem Geschlechtsverkehr und einer HIV-Infektion immer noch unbekannt und zum Teil von staatlicher Seite geleugnet wird.

Durch internationale Missionen und die Arbeit von NGOs können Notsituation und Extremfällen wie die AIDS-Pandemie gemildert werden, doch die Hauptverantwortung für das afrikanische Gesundheitssystem muss bei den staatlichen Stellen verbleiben.

Medikamentenpatente dürfen einer wirksamen Bekämpfung von Pandemien nicht im Wege stehen. Hier muss der Schutz der Medikamentenerfindung hinter dem Schutz des menschlichen Lebens zurückstehen. Eine angemessene Entschädigung der Pharmaunternehmen für diese Medikamentenentwicklungen kann etwa über die WHO erfolgen mit dem Ziel, diese Medikamente in den öffentlichen Besitz zu überführen und die Produktion so auch für Entwicklungsländer erschwinglich zu machen.

Der Verweis auf die Debatte um die Millennium Goals kommt nicht von ungefähr. So ist einerseits spätestens im Herbst mit einer gesteigerten Medienaufmerksamkeit zu rechnen, wenn die Zwischenbilanz nach 5 Jahren auch öffentlich diskutiert werden soll. Zum zweiten gibt es im Rahmen der „Better world for all“-Initiative auch einige Forderungen, die durchaus in unserem Sinn sind. Das Vorhandensein von elementaren Diensten der Grundversorgung wird explizit als ein Entwicklungsziel formuliert: „Politik muss über die rein ökonomische Betrachtung hinaus die Bedürfnisse der Armen in Betracht ziehen. Soziale Mindeststandards müssen gesichert werden ebenso wie Zugang zu Grundversorgung für alle. Entwicklungsländer müssen in Bildung investieren, besonders in die Bildung von Mädchen, die die höchste Rendite bringt. Sie müssen außerdem hochwertige, kostengünstige Dienste für Arme bereitstellen wie Gesundheitsversorgung, Wasser, sanitäre Anlagen usw. Außerdem muss Unterernährung bekämpft werden, mit einem speziellen Focus auf junge Frauen und Kinder. In Krisenzeiten muss ein ausreichendes soziales Netz bereitstehen. Gesundheitsversorgung und Bildung sind Langzeitinvestitionen.“

Über die mögliche Erreichung der Millennium Goals gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Während die Vereinten Nationen Optimismus verbreiten, sofern die Anstrengungen verstärkt werden, sieht die Zwischenbilanz für manche afrikanische Länder bereits jetzt düster aus.

Um so mehr müssen zur Finanzierung dieser Entwicklungsstrategie auch die Länder des Nordens einen angemessenen Beitrag leisten. Zum einen es hier die Selbstverpflichtung der Industrieländer zu nennen mindestens 0,7% des BSP für die Finanzierung von Entwicklungsprojekten bereitzustellen.

Der deutsche Beitrag liegt jedoch unter 0,3%. Auch das Ziel des rotgrünen Koalitionsvertrags bis 2006 mindestens 0,33% zu erreichen wird wohl nicht erreicht werden. Wir Jusos fordern daher erneut mindestens die 0,7% des BSP für Entwicklungshilfe auszugeben. Die Möglichkeiten der Finanzierung dieses BSP Anteils sind vielfältig. Zwei mögliche Instrumente sind zum einen eine Kerosinsteuer und zum anderen die Tobin Tax, die eine Steuer auf Kapitalmarktpekulationen erhebt. Auf der Verwendungsseite sieht es so aus, dass bereits jetzt ein Großteil der Ausgaben für Entwicklungshilfe in die Entschuldung der so genannten Highly Indebted Poor Countries (HIPC) (hoch verschuldete arme Länder) fließt. Dies ist auch nötig, da eine eigenständige Entwicklung nur ermöglicht werden kann, wenn die finanzielle staatliche Handlungsfähigkeit wieder hergestellt ist. Die Gläubigerländer sind die Industrienationen und bisher haben sie Entschuldungsinitiativen an bestimmte politische Bedingungen geknüpft. In vielen Fällen hat dies zu einer gewissen Willkür bei der Entschuldung geführt. Um dieser Willkür nicht weiter ausgesetzt zu sein, muss es eine Art internationales Insolvenzrecht geben. Dieses Insolvenzrecht für Staaten stellt ein geordnetes Verfahren dar, bei dem Staaten ihre Zahlungsunfähigkeit erklären können und damit Gläubigerschutz erhalten. Ähnlich wie im zivilrechtlichen Insolvenzverfahren, werden die Gläubiger dann auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten müssen.

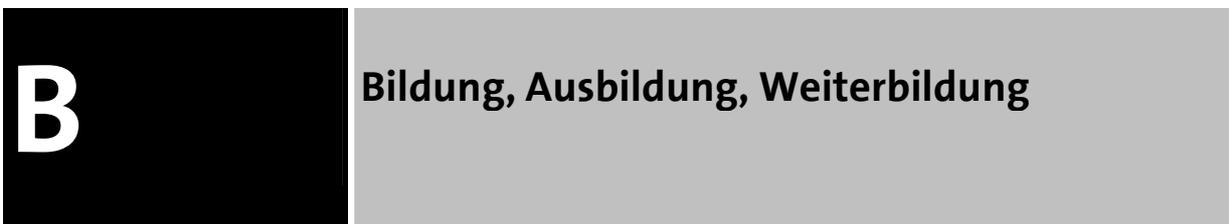
1. Gemeinsam ...

Entstanden ist die Idee zu dieser neuen Form der Kooperation bei einer Kampagnenschulung Ende Oktober 2004. Bei diesem einwöchigen Seminar wurden zum einen die theoretischen Grundlagen einer Kampagne erarbeitet und zum anderen wurde eine eigene, gemeinsame Kampagnenidee entwickelt. Bei den theoretischen Grundlagen haben vor allem Stärken- Schwächen- Analysen, die Grundlagen von Projekt- und Zeitmanagement, Fundraising und Evaluation eine Rolle gespielt, inhaltlich findet die Kampagne unter dem einheitlichen Motto „Better Health for All“ statt und sie soll im kommenden Jahr am World Health Day im April starten.

Im Herbst 2005 soll es ein Folgetreffen zur Zwischenevaluation geben und enden soll die Kampagne erst Anfang 2007, da dann noch der zweite World Health Day (2006) als Auftakt für eine weitere Kampagne genutzt werden kann. Darüber hinaus sind gemeinsame Materialien und eine gemeinsame Internetplattform geplant. All diese Elemente werden jetzt allerdings in den jeweiligen Organisationen diskutiert und Schritte zur Umsetzung entwickelt.

Wir Jutos werden:

- Die Debatte um die Millenium Goals innerparteilich führen und insbesondere von der Bundesregierung verstärkte Initiative einfordern
- Ergebnisse der Diskussion in unsere internationalen Dachorganisationen ECOSY und IUSY einspeisen
- Unser Kampagnenbeitrag wird nicht an der Bürgerversicherung stehen bleiben, sondern muss die Debatte „Gesundheit ist keine Ware“ auch in einen internationalen Kontext stellen
- die Homepage www.better-health-for-all.info als Kampagnenplattform für unser internationales Projekt weiterentwickeln, um nicht nur das gemeinsame Thema zu diskutieren, sondern auch einen langfristigen Austausch und Zusammenarbeit zu organisieren
- Angebote und Aktionsvorschläge für die Bezirke und Unterbezirke erarbeiten regelmässig in unseren Publikationen informieren und aufklären



B 1 - Anforderungen an eine zukunftsfähige berufliche Bildung

I. DAS BERUFSBILDUNGSGESETZ – KEIN WERK FÜR DIE ZUKUNFT

Seit dem 01.04.2005 gilt das neue Berufsbildungsgesetz (BBiG). Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet, kann das Gesetz die Ansprüche an eine zukunftsfähige und zukunftsschaffende berufliche Bildung nicht erfüllen.

Eine zukunftsfähige und zukunftsschaffende berufliche Bildung im Dualen System muss

1. Armut bekämpfen und einen hohen Lebensstandard sichern. Der eingeschlagene Weg der Abwertung der menschlichen Arbeitskraft muss gestoppt werden. Die Zahl der sogenannten „working poors“, d.h. jener Menschen, die trotz einer Erwerbsarbeit nicht in der Lage sind ein ausreichendes Einkommen zu erzielen, steigt. Deshalb muss diesem durch die Forderung eines Mindestlohns in jeder Berufsbranche entgegen getreten werden. Ein Berufsabschluss muss den Zugang zu Berufen eröffnen, die ein ausreichendes Einkommen gewährleisten, um ein materiell abgesichertes Leben führen zu können.
2. Geschlechtergleichheit ermöglichen. Geschlechterungerechtigkeiten existieren durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Viele Frauen haben immer noch die Doppelbelastung, Haushalt und Erziehung auf der einen Seite und Beruf auf der anderen Seite. Zum anderen existiert im Arbeitsmarkt eine geschlechtsspezifische Segregation, die sich sowohl auf einzelne Berufsgruppen (z.B. Pflegeberufe, ErzieherInnen) als auch auf den Zugang zu leitenden Positionen auswirkt. Neben einer Verbesserung der allgemeinen strukturellen Rahmenbedingungen im Arbeitsmarkt müssen Frauen bei der Ausbildungswahl und in der Berufsausbildung die gleichen Chancen wie Männern eröffnet werden.

3. Ausgrenzung bekämpfen und Chancengleichheit erkämpfen. Die Schere zwischen einer gut ausgebildeten Elite und einer wachsenden Gruppe materiell und kulturell Benachteiligter klafft immer weiter auseinander. Die Zukunft muss allen offen stehen und gleiche Chancen bieten. Auf dem Weg von einer Dienstleistungs- zu einer Informations- und Wissensgesellschaft müssen alle mitgenommen werden. (Aus-)Bildung ist dazu ein wichtiger Schlüssel.
4. Demokratisch organisiert sein. Selbstbestimmung der Lernenden durch die Lernenden selber ist ein wichtiger Aspekt fortschrittlicher Bildungspolitik. Azubis müssen stärker noch als bisher an der Gestaltung des Schul-, Betriebs- und Lernalltags beteiligt werden. Gerade in überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsgängen müssen Jugend- und Auszubildendenvertretungen gebildet werden und mit Kompetenzen gegenüber AusbilderInnen und Schule ausgestattet werden.
5. Bildung sein und den Lernenden Möglichkeiten für Emanzipation aufzeigen. In der dualen Ausbildung müssen die allgemeinbildenden Elemente und die Elemente politischer Bildung gestärkt werden. Berufliche Bildung ist mehr als die Qualifizierung von Arbeitskräften zu bestimmten Tätigkeiten. Berufliche Bildung muss auch bei der Einschätzung der eigenen Situation helfen und zeigen, wie man seine Situation verbessern kann. Deshalb ist berufliche Bildung immer auch politische Bildung

Das BBiG regelt die Berufsausbildung im dualen System. Es regelt den Inhalt und die Form von Auszubildenden im dualen System. Dies betrifft insbesondere die Rechte und Pflichten von Auszubildenden und Ausbildern. Ferner wird im BBiG festgelegt, dass Betriebe/Unternehmen die betriebliche Ausbildung finanzieren und Länder und Kommunen die Personal- und Sachkosten der Berufsschulen übernehmen. Für die staatlich anerkannten Ausbildungsberufe insbesondere im Gesundheitsbereich sind jedoch andere Gesetzeswerke zuständig. Berufsschulen fallen unter Länderhoheit und folglich auch die dort vermittelten Lerninhalte und Ausstattung. Allerdings erlässt die Kultusministerkonferenz so genannte Rahmenlehrpläne. Durch die wiederkehrende Debatte um den Ausbildungsplatzmangel ist die Frage der Qualität der beruflichen Ausbildung aus dem Blick der Öffentlichkeit gerückt. Zur Verwirklichung der Ziele einer zukunftsfähigen und zukunftsschaffenden beruflichen Bildung müssen jedoch Struktur und Qualität der beruflichen Bildung ebenfalls verbessert werden.

Das alte (bis zum 01.04.2005 gültige) BBiG stammte mit einigen kleinen Veränderungen noch aus dem Jahr 1969. Es orientierte sich an einem kontinuierlichen Erwerbsverlauf, der auf den in der Ausbildung erworbenen Qualifikationen eine kontinuierliche, vollzeitige Berufsausübung eröffnet.

Auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland wird der Bereich der Dienstleistungsgesellschaft immer wichtiger. Dadurch ändern sich die Qualitätsanforderungen an die jungen Menschen, die von den allgemein bildenden Schulen ins Berufsleben kommen. Außerdem sind in den letzten Jahren durch den technischen Fortschritt und die Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft die qualitativen Anforderungen an die jungen Menschen gestiegen. Gegen diese sowie schon vorhandenen Änderungen und Erhöhung der Qualitätsanforderungen steht, dass in den letzten Jahren viele der einfachen Berufsausbildungen weggefallen sind.

Dadurch und durch das in den letzten Jahren immer weiter stagnierende Ausbildungsangebot haben Sonder-, Haupt-, und schlechte Realschüler kaum noch eine Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Die jungen Menschen die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen, werden immer mehr in staatliche Ausbildungsprojekte gedrängt. Auch wenn man so zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung kommen kann, hat man kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt, da einem auf diesem Weg die Sozialisation in die Arbeitswelt fehlt, und es bis heute keine genauen Regelungen gibt, was die Ausbildungsinhalte in der außerbetrieblichen Ausbildung sind. Es müsste, wie in der betrieblichen Ausbildung, ein Ausbildungsrahmenplan geben, und die Ausbildung müsste im BBiG geregelt werden, damit es klare bundesweite Regelungen für diese Ausbildung gibt. Einige Ausbildungseinrichtungen haben heute verkürzte (billigere) zweijährige Ausbildung eingeführt, die wegen ihrer geringeren Qualifikation weitaus schlechtere Beschäftigungs- und Verdienstaussichten bieten bzw. nach Verlust des Arbeitsplatzes die Chancen auf dem Arbeitsmarkt gering sind, da auf dem Arbeitsmarkt eher qualifizierte Facharbeiter nachgefragt werden. Hier müssen diese Berufsbilder mit ihren Ausbildungswegen neu überdacht werden.

Veränderte Qualifikationsanforderungen dürfen aber auf keinen Fall zur Folge haben, dass bestimmte Gruppen wegen ihres Geschlechts, ihrer sozialen Herkunft oder ihres kulturellen Milieus der Zugang ins Berufsleben verwehrt wird. Das Spannungsverhältnis zwischen erhöhten qualitativen Ansprüchen an eine Berufsausbildung und der damit einhergehenden erhöhten Wahrscheinlichkeit der Selektivität des Systems muss austariert werden. Unser Berufsausbildungssystem muss in der Lage sein, Leistungsstarke und Leistungsschwache gleichermaßen zu integrieren – nur so kann seine Zukunftsfähigkeit gewahrt bleiben!

Ein zukunftsfähiges Berufsbildungssystem muss sich neben den genannten Anforderungen ebenfalls den Herausforderungen durch die Notwendigkeit eines lebenslangen Lernens, individualisierter Erwerbsbiographien, einem veränderten Geschlechterverhältnis und der Europäisierung des Arbeitsmarktes stellen. Es gilt, die in diesen Veränderungen enthaltenen Chancen für die Individuen nutzbar zu machen und die Risiken sozial abzusichern. Dies ist mit dem neuen BBiG jedoch nicht gelungen.

Der Antrag wird sich entsprechend dem BBiG ausschließlich mit den Fragen der Gestaltung und Neujustierung der dualen Ausbildung befassen. Zu wenig Berücksichtigung erfahren daher Fragen des Übergangs von der Schule zur Ausbildung sowie Fragen die sich mit den Inhalten des Berufsschulunterrichts befassen. Außen vor bleiben Fragen,

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

die sich mit der Schaffung von einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen beschäftigen. Wir sehen akuten Handlungsbedarf auch in diesen Feldern! Jugendliche brauchen mehr und bessere Beratung in der Phase der Berufswahl. Die Wirtschaft muss endlich stärker in die Verantwortung genommen werden. Die Situation der Schulen muss an allen Stellen verbessert werden.

Um die einleitend genannten Ziele einer zukunftsfähigen und zukunftsschaffenden beruflichen Bildung im dualen System zu erreichen, müssen zum einen die folgenden fünf strukturellen Aspekte (Abschnitt II) im BBiG nachgebessert bzw. ergänzt werden. Zum anderen müssen in Bezug auf die Qualität der Ausbildung und der Ausbildungsinhalte (Abschnitt III) umfassende Neuregelungen vorgenommen werden.

II. BESSER MIT AUSBILDUNG

Das Berufsbildungssystem muss auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren und Bedingungen schaffen, die es allen Jugendlichen ermöglichen, gleiche Chancen in der Ausbildung zu haben und sich mit dem Abschluss einer Berufsausbildung eine solide Basis für die zukünftige Erwerbstätigkeit zu schaffen.

- Gerade die unterschiedlichen Bildungssysteme innerhalb der Bundesrepublik Deutschland stellen eine große Herausforderung an eine einheitliche Regelung der beruflichen Bildung. Hier müssen sich die Bundesländer ihrer Verantwortung für die im Grundgesetz garantierte Gleichheit der Lebensverhältnisse stärker als bisher bewusst werden, um eine Angleichung der bis jetzt unterschiedlichen Schultypen und Lerninhalte zu erreichen.
- Um gleiche Qualitätsstandards zu ermöglichen, die Anschlussfähigkeit und Mobilität innerhalb des Ausbildungssystems zu gewähren sowie eine Gleichwertigkeit zu anderen Ausbildungsberufen und eine größere Transparenz herzustellen, ist eine Zusammenführung der Regelungen aller Ausbildungsberufe unter dem Dach des BBiG notwendig. Dies betrifft insbesondere die Berufe des Gesundheitswesens, die vollzeitschulischen Angebote und das Berufsgrundbildungsjahr.
- Die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geforderte räumliche Mobilität kann nur durch bundeseinheitliche Regelungen von Ausbildungsinhalten, Prüfungen und der Anerkennung von Berufsabschlüssen und Schulabschlüssen ermöglicht werden. Deshalb muss die Bundeskompetenz für die berufliche Bildung an allen Stellen gestärkt werden. Dies bedeutet insbesondere, dass die Zuständigkeit für Prüfungen in Händen des Bundes belassen werden muss.
- Die duale Ausbildung als die beste Form der beruflichen Ausbildung ist aufzuwerten. Die Ausbildung im dualen System ermöglicht den Zugang zu qualifizierter Beschäftigung. Sie erlaubt den Auszubildenden gleichzeitig die Sozialisation in die Arbeitswelt und eine allgemeinbildende schulische Ausbildung und fachlich qualifizierte Berufsschulbildung. Die qualifizierte dreijährige und dreieinhalbjährige Berufsausbildung gewährleistet zudem den Zugang zu tariflich gesicherten Löhnen und Gehältern sowie zu Aufstiegs- und Weiterqualifizierungschancen. Die Aufwertung vollzeitschulischer Berufsausbildung, um einen Mangel an Ausbildungsplätzen zu kaschieren, lehnen wir daher ab. Auch in der dualen Ausbildung muss Tendenzen zur Verschulung der Berufsausbildung entgegengetreten werden.
- Chancengleichheit bedeutet, dass ein gesetzlicher Anspruch auf Förderung verankert werden muss, der insbesondere in der Bereitstellung von gesondertem Unterricht, z.B. zur Verbesserung der Sprachenkompetenz, liegt. Diese Ansprüche müssen unter dem Dach eines BBiG zusammengeführt werden.
- Die Ausbildungsfinanzierung muss zur Gewährleistung einer stärkeren Flexibilisierung und Internationalisierung zugunsten der Auszubildenden umgebaut werden. Dabei müssen auch die nicht auszubildenden Betriebe stärker in die Verantwortung genommen werden, da diese später vom gut ausgebildeten Personal ebenso profitieren werden. Die Unternehmen dürfen nicht aus ihrer (finanziellen) Verantwortung für die Ausbildung entlassen werden. Dazu ist es notwendig über neue Wege der Ausbildungsfinanzierung nachzudenken, um zum einen die nicht auszubildenden Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen (Ausbildungsplatzumlage), und zum anderen aber auch Möglichkeiten einer flexibleren Finanzierung z.B. von Ausbildungsabschnitten im Ausland zu ermöglichen. Die Schaffung eines Ausbildungsfonds, der über eine „Ausbildungssteuer“ finanziert wird, die von allen Unternehmen erhoben wird (z.B. in dem ein Teil der gesenkten Unternehmenssteuern wieder erhoben wird), plus einer Aufstockung aus dem allgemeinen Etat des BMBF, könnte dazu dienen, eine zielgenauere Förderung der dualen Berufsausbildung zu erreichen. Derzeit werden viele kleine unverbundene Projekte vom BMBF gefördert, ein solcher Ausbildungsfonds sollte dazu dienen, diese Ausgaben stärken zu bündeln.
- Hier sollen im Rahmen des Umbauprojektes Berufsorientierung neue Konzepte diskutiert und gemeinsam erarbeitet werden.

III. GUTE AUSBILDUNG FÜR ALLE

Eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung kann jedoch nur erfolgen, wenn Ausbildungsinhalte als auch Ausbildungsformen die geänderten gesellschaftlichen Bedingungen ausreichend reflektieren. Wir sehen daher besonderen Handlungsbedarf in den folgenden Bereichen.

1. Gleichstellung von Frauen und Männern umsetzen. Chancengleichheit für alle.
2. Verbesserung der Beziehung zwischen den Lernorten.
3. Flexibilisierung ohne Deregulierung

4. Internationalisierung nicht nur predigen, sondern aktiv fördern.
5. Lokale Kräfte bündeln. Dezentrale Aktivitäten zentral rückbinden.

III.1 Gender mainstreaming umsetzen. Chancengleichheit für alle.

Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Strategie, um die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen gesellschaftlichen Aktivitäten zu berücksichtigen. Die Berufsausbildung ist einer der wichtigsten Weichensteller in Bezug auf die zukünftige gesellschaftliche Stellung. In der Ausbildung werden nicht nur „fachliche“ Kenntnisse vermittelt, sondern Frauen und Männern werden Rollenbilder und geschlechtsspezifische Erwartungen vermittelt. Zusätzlich verstärkt geschlechtstypisches Lernverhalten die Geschlechterdifferenzen. Es müssen daher Bildungsbedingungen geschaffen werden, in denen Frauen ebenso gefördert werden wie Männer und geschlechtliche Stereotypisierung zum Nachteil beider Geschlechter aufgebrochen werden können. *Gender mainstreaming* kann und darf aber immer nur als Doppelstrategie praktiziert werden, d.h. die klassischen Instrumente der Frauenförderung müssen weiterhin genutzt werden, denn nur in dieser Doppelstrategie können die bestehende Benachteiligung von Frauen in der Berufsausbildung abgebaut werden.

Lern- und Lehrbedürfnisse berücksichtigen

Der Zugang zu Informations-Technologie unterscheidet sich bis heute zwischen Frauen/Mädchen und Männern/Jungen erheblich. Wenn multimediale Lehr- und Lernformen in Zukunft stärker als Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel eingesetzt werden, dann müssen bei der Entwicklung der Bildungssoftware Lern- und Lehrbedürfnisse von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt werden.

Auch gilt es, geschlechtsspezifisches Lernverhalten in den betrieblichen Lehrplänen besser zu berücksichtigen und diese gemäß des *Gender mainstreaming* zu prüfen. Zudem müssen die Ausbilderinnen und Ausbilder geschult und für das Genderthema sensibilisiert werden.

Eine Sensibilisierung für die Geschlechterproblematik muss ebenfalls in Bezug auf die betrieblichen Zwischen- und Abschlussbewertungen erfolgen. Darüber hinaus ist unterschiedliches Lernverhalten auch jenseits der geschlechtsspezifischen Unterschiede im Unterricht zu beachten und in die Unterrichtsumsetzung miteinzubeziehen.

Geschlechtergerechte Personalpolitik

Betriebe müssen mit ihrer Personalpolitik insgesamt besser zur Herstellung von Geschlechtergleichheit beitragen. Sei es in der Einstellungspraxis, der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (diese wird für Männer häufig besonders erschwert) sowie Fragen der work-life-balance (Überstunden, Entlohnung etc.). Die zu beobachtenden Veränderungen in der Arbeitswelt führen derzeit dazu, dass beruflicher Aufstieg mit Mehrarbeit und Verlust von Freizeit erkämpft werden muss. Viele Frauen wählen daher die opt-out-Option und verlieren so ihre Chance auf beruflichen Aufstieg. Umgekehrt ermöglicht der gesetzliche Anspruch auf Teilzeit zwar eine bessere work-life-balance, doch Teilzeitarbeit verhindert Aufstiegschancen und wird in leitenden Positionen i.d.R. nicht ermöglicht. Frauen, die nach wie vor die Hauptverantwortung für die Betreuung von Kindern tragen, sind daher besonders von dieser Schieflage betroffen.

Arbeitsmarktsegregation überwinden

Auch müssen die gesellschaftlichen Veränderungen in der Berufsausbildung reflektiert werden. Frauen sind nicht länger nur „Dazu“-Verdienerinnen und die Berufsausübung ist nicht mehr auf die Phase bis zur Geburt des ersten Kindes beschränkt. In der Bewertung von Arbeit werden nach wie vor systematisch männlich geprägte Arbeitsaufgaben höher bewertet. Dadurch vergrößert sich – bei gleichwertiger Arbeit – der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen. Hier muss bereits in der Ausbildungsvergütung eine Neuorientierung stattfinden. Dies bedarf vor allem einer langfristigen Perspektive auch im Rahmen der Tarifpolitik.

Viele der eher sozialen, pflegenden und dienstleistenden Tätigkeiten werden in der alternden Dienstleistungsgesellschaft eine immer größere Bedeutung erfahren. Dies muss sich schon jetzt in einer (materiellen und ideellen) Aufwertung der Berufe niederschlagen. Insbesondere die Berufe im Gesundheitsbereich (Krankenschwester, Arzthelferin u.ä.) müssen durch eine Integration unter das BBiG aufgewertet werden.

Förderung benachteiligter Gruppen

Doch nicht nur Frauen werden im bestehenden Berufsausbildungssystem systematisch schlechter gestellt, sondern das neue BBiG sieht auch keine Förderung von Jugendlichen vor, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft, schlechter Schulnoten oder mangelnder Sprachkenntnisse einen schwereren Stand beim Start ins Berufsleben haben.

Vielmehr verstärkt die Möglichkeit der Verkürzung der Ausbildung für „schwächere“ Auszubildende die bestehenden Chancenungleichheiten.

Auf Grund gestiegener Qualifikationsanforderungen und einer erhöhten Nachfrage nach mittleren und höheren Qualifikationen sind die Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen mit geringer Qualifikation drastisch reduziert worden. Als besonders problematisch erweist sich in diesem Bereich die Dunkelziffer, denn knapp die Hälfte aller jungen Menschen, die ohne Berufsausbildung bleiben, versuchen gar nicht erst, sich um einen Ausbildungsplatz zu bewerben und fallen damit aus der Statistik.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere junge Frauen, haben statistisch betrachtet größere Schwierigkeiten, nach der Schule einen Ausbildungsplatz zu finden. Sie weisen zwar ein ausgesprochen hohes Interesse an einer beruflichen Ausbildung auf, ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind aber äußerst gering. Da

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

diese Gruppe von jungen Menschen sehr heterogen ist, hat die niedrige Ausbildungsquote auch unterschiedliche Ursachen: fehlendes oder ungenügendes Wissen über mögliche Ausbildungsberufe und Perspektiven, eingeschränktes Berufswahlspektrum oder die Bevorzugung einheimischer deutscher Jugendlicher von Seiten der Betriebe.

Es muss Aufgabe der Berufsausbildung sein, diesen Jugendlichen die Chance auf einen guten Start in das Berufsleben zu ermöglichen. Zweijährige Kurzausbildungen verlängern die Ungleichheiten und zementieren diese, da Tariflöhne und andere Aufstiegsoptionen häufig an die dreijährige und dreieinhalbjährige Ausbildung geknüpft sind.

An beiden Lernorten (Berufsschule und Betrieb) müssen daher Möglichkeiten geschaffen werden, diese Jugendlichen besonders zu unterstützen. Die soziale Verantwortung der Betriebe darf sich nicht in der Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes erschöpfen. Sprachförderung und die interkulturelle Ausrichtung von Lehrmaterialien sind nur zwei Möglichkeiten. Darüber hinaus müssen Betriebe, die Ausbildung (wieder) als Lernzeit begreifen und folglich Zeit zum Lernen ermöglichen. Das Umbauprojekt wird sich damit befassen müssen, welche Inklusions-Strategien insbesondere für benachteiligte Gruppen entwickelt werden müssen, z.B. dass im vorletzten Schuljahr den MigrantInnen Informationen gegeben werden.

III.2 Verbesserung der Beziehung zwischen den Lernorten.

Die Beziehung zwischen den Lernorten Betrieb und Schule variiert erheblich von Region zu Region. Das BBiG verbessert die Stellung der Lehrerinnen und Lehrer in den Berufsbildungsausschüssen und räumt ihnen nun ein eingeschränktes Stimmrecht ein. Es liegt jedoch nach wie vor an den Akteuren vor Ort, wie sie die Kontakte nutzen. Hier sollten Mindestanforderungen formuliert werden, die sowohl Schulen als auch Betriebe und die Kammern stärker in die Pflicht nehmen.

Es ist grundlegend, dass die LehrerInnen mit den Ergebnissen der praktischen Arbeit der SchülerInnen in Kontakt kommen. AusbilderInnen und LehrerInnen müssen in der Lage sein, wechselseitig flexibel auf Probleme oder Schwierigkeiten reagieren zu können und den Ablauf von Lehr- und Ausbildungsplan aufeinander abzustimmen, damit der theoretisch erlernte Stoff möglichst zur gleichen Zeit im Betrieb praktisch eingeübt werden kann.

Das Berichtsheft des Azubis muss sowohl von dem/der Lehrerin als auch von dem Ausbilder kontrolliert und unterzeichnet werden. Somit ist ebenfalls das Abstimmen von Lehr- und Ausbildungsinhalten gewährleistet und die LehrerInnen können auf Konfliktfälle eingehen. Um den Kontakt zwischen den Ausbildungsbetrieben, den Berufsschulen, den Kammern sowie den zuständigen Gewerkschaften weiter zu verbessern, ist die Gründung lokaler Ausbildungsnetzwerke anzustreben, die einen regelmäßigen Austausch zwischen den einzelnen Akteuren ermöglichen soll. Um die Rechte der Auszubildenden zu stärken, müssen die AuszubildendenvertreterInnen auch ihre Schutz- und Mitsprachefunktionen in den Berufsschulen wahrnehmen können. Dies gilt es zu institutionalisieren. Die Mitwirkungsrechte der SVen an den Berufsschulen bleiben davon unberührt.

Verpflichtende Weiterbildung von Ausbilderinnen und Ausbildern

In diesem Kontext fordern wir, die Qualifikation und Qualifizierung von Ausbilderinnen und Ausbildern in den Blick zu nehmen. Die bestehende Ausbildereignungsverordnung ist nur eine „Kann“-Bestimmung. Es fehlen verbindliche, gesetzliche Regelungen zu Fragen der Weiterbildung von Ausbilderinnen und Ausbildern. Es ist notwendig, die Akkreditierung des Ausbildungsbetriebes und Professionalisierung des Berufsbildungspersonals als zwei wichtige Qualitätselemente anzuerkennen und angemessene bundeseinheitliche Regelungen zu schaffen. Es darf nicht - nur aus Angst, ein oder zwei Ausbildungsplätze zu verlieren - das Mindestmaß an Qualität immer weiter abgesenkt werden. Die Kammern bieten bereits heute eine Reihe von Aktivitäten an, die jedoch auf Freiwilligkeit beruhen. Wir fordern verpflichtende Fortbildungen (u.a. Gender mainstreaming) für Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben. Hier gilt es vor allem, gesetzliche Grundlagen für die Freistellung und die Kostenübernahme solcher Maßnahmen zu schaffen.

Qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in den Berufsschulen

Um eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten, ist es wichtig, dass es auch für die Lehrerinnen und Lehrer eine verbindliche, gesetzliche Regelung zur Weiterbildung gibt. Auch bei ihnen ist die Weiterqualifizierung bisher auf freiwilliger Basis. Dabei ist es gerade bei den Lehrerinnen und Lehrern wichtig, dass sie die betrieblichen Realitäten und Abläufe kennen.

Daher fordern wir Jusos, dass in Zukunft zur Ausbildung zum/zur Berufsschullehrenden zusätzlich zum schulischen auch ein betriebliches Praktikum in der Branche, in der sie unterrichten möchten, gehört, sofern sie nicht schon mal in diesem Berufszweig tätig waren. Darüber hinaus sind regelmäßige Praktika notwendig, um den Praxisbezug zu gewährleisten.

III.3 Flexibilisierung ohne Deregulierung

Um das Duale System zu reformieren, ist es eine grundlegende Voraussetzung, die Flexibilität zu verbessern. Dabei geht es zum einen um das Verhältnis zwischen Betrieb und Schule und zum anderen um Teilabschnitte der Ausbildung.

Der Anteil der Ausbildung, der in der Berufsschule absolviert wird, soll zusammengefasst werden, so dass Praxisblöcke sich mit Berufsschulblöcken abwechseln. Der Praxisanteil soll dabei mindestens 2/3 der Ausbildung

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

umfassen. Dies ermöglicht es, in den Theorieblöcken die pädagogischen Aspekte zu verbessern und beispielsweise neue Lernformen einzuführen. Es erleichtert das Lernen für die Auszubildenden, da sie sich voll und ganz auf die Berufsschule konzentrieren können. Dänemark hat diese Blockform im Jahr 2000 eingeführt und dadurch beispielsweise die Abbruchquoten senken und den veränderten Bedingungen im Arbeitsmarkt (z.B. Fremdsprachenkompetenz, gewachsene Anforderungen) besser gerecht werden können.

Geschützte Modularisierung

Bei den sogenannten theoriegeminderten zweijährigen Ausbildungsgängen, die bereits eingeführt wurden, könnte durch die Schaffung eines Blocksystems, eine Verbesserung der Frage der Weiterqualifizierung erreicht werden.

Der/die Arbeiter/Arbeiterin könnte direkt nach der Ausbildung oder zu einem späteren Zeitpunkt, eine Weiterqualifizierung durchführen, die auf dem erlernten Beruf aufbaut und einem die Möglichkeit bietet, nach der Weiterqualifizierung erneut eine Abschlussprüfung zu machen, um dadurch den Abschluss in einem höher qualifizierten Beruf zu erlangen. Dazu bedarf es eines Rechtsanspruches auf Höher- und Weiterqualifizierung. Ansonsten besteht die Gefahr einer Minderqualifizierung breiter Massen an Auszubildenden gegenüber der heutigen Situation. Dies ist deshalb besonders wichtig, da im neuen BBiG bereits für neue Berufe eine Modularisierung der Ausbildung durch Teil-, Stufen- und Kurzausbildungen vorgesehen ist. Das Blocksystem ermöglicht es zudem, dass Teilabschnitte leichter bewertet werden können. Das Ziel ist es, ähnlich wie bei den Universitäten, für die erlangten Ausbildungsabschnitte Zertifikate zu erwerben. Im Falle des Ausbildungsgangwechsels können bei anderen Ausbildungen, die ähnlich strukturiert sind und die gleiche Kompetenz abverlangen, die Ausbildungszeiten verkürzt werden.

Stärkere Vernetzung der Bildungssektoren

Unverzichtbar ist die Schaffung von gesetzlichen und kulturellen Grundlagen, die die Idee des lebenslangen Lernens bereits in der (Berufs-)Ausbildung verankern. Das bedeutet die Notwendigkeit der Vernetzung der in sich homogenen, kohärenten Bildungssektoren Berufliche Bildung / Weiterbildung und schulische Bildung: Nur durch die bessere Verknüpfung einzelner Bildungsabschnitte ist es möglich, ein Konzept lebenslangen Lernens zu entwickeln, in dem es viele Möglichkeiten der Qualifikation auf parallelen Wegen gibt. Neben der prinzipiellen Frage der Koppelung von Bildungschancen und finanziellen Ressourcen (BAföG, Studiengebühren) sind vor allem die Zugangsregelungen der Bundesländer für Hochschulen eine massive Hürde für alle Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung, die sich weiter qualifizieren wollen. Dazu gehören neben festgelegten Altersgrenzen für StudienanfängerInnen auch unterschiedliche Mindestjahre an Berufserfahrung für die Hochschulzulassung. Diese ausgrenzenden und unflexiblen Regeln widersprechen den Lebensrealitäten und individualisierten Lebensläufen und konterkarieren die Idee des lebenslangen Lernens. Langfristig streben wir JUSOS ein Bildungssystem an, in dem jeder Schüler und jede Schülerin die Hochschulzugangsberechtigung erwirbt. Als kurzfristige Maßnahme ist eine Ausweitung der Hochschulzugangsberechtigung denkbar. Dabei müssen die unterschiedlichen Kenntnisse der SchulabgängerInnen ausgeglichen werden, damit alle eine faire Chance haben, die Möglichkeit des Auslandsaufenthaltes zu nutzen.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung muss bundesweit gesetzlich als gleichwertige fachungebundene Hochschulzugangsberechtigung neben der allgemeinen Hochschulreife (Abitur) etabliert werden. Dies bedeutet als Konsequenz eine adäquate Umgestaltung der Studieneingangsphase für Studierende mit Berufserfahrung und eine Aufwertung der Berufsausbildung im dualen System.

Plural und dual – gerecht und flexibel

Bereits heute existiert ein eher „plurales“ als duales Ausbildungssystem, da es viele verschiedene Formen der Verknüpfung von Betrieb und Schule gibt, sowie eine Reihe von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen. Unser Ziel ist die Stärkung des dualen Systems. Uns ist bewusst, dass dies insbesondere in strukturschwächeren Gebieten eine größere Herausforderung darstellt. Wir stellen uns jedoch gegen die Forderung einer ausschließlich schulischen Berufsausbildung, da wir den Sinn einer dualgeprägten Ausbildung in den unverzichtbaren Praxisbezügen sehen, welche in jedem Fall gewährleistet sein müssen. Daher müssen in den strukturschwachen Gebieten vorhandene Abwanderungstendenzen unbedingt gestoppt werden. Da die Wirtschaftsförderung in der Regel eine eher langfristige Option darstellt, ist es notwendig, kurzfristige Lösungen in den strukturschwachen Gebieten zu schaffen, um bundesweit allen Jugendlichen eine faire Chance zum Start in das Berufsleben zu geben. Es darf nicht sein, dass der Wohnort über den Zugang zu (Aus-)Bildung entscheidet.

Darüber hinaus wünschen wir eine stärkere bundesweite Vereinheitlichung des dualen Systems, beispielsweise durch die Einführung eines Blocksystems, da wir nur so eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse als gewährleistet betrachten. Da die Anforderungen an die räumliche Mobilität von Arbeitsplatzsuchenden steigen, müssen mit dem Abschluss einer Berufsausbildung die bundeseinheitliche Anerkennung und Vergleichbarkeit gewährleistet werden.

III.4 Internationalisierung nicht nur predigen, sondern aktiv fördern.

Die Internationalisierung der beruflichen Bildung ist eine der zentralen neuen Herausforderungen. Was im universitären Bereich mit dem Bologna-Prozess und der daraus resultierenden Umgestaltung der Studiengänge in Bachelor und Master-Programme schon weit vorangeschritten ist, steckt in der beruflichen Bildung noch in den Kinderschuhen. Wurde in der Reformdebatte das Internationalisierungsargument gerne genutzt, wurde faktisch nur wenig für eine Internationalisierung der Berufsausbildung getan.

Das neue BBiG sieht lediglich vor, dass Azubis zukünftig Teile ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren können. Ungeregt sind jedoch alle Fragen der Umsetzung. Hier müssen schnell die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Azubis auch real von diesen neuen Möglichkeiten Gebrauch machen können. Dies betrifft zum einen

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

die Frage der Finanzierung von Ausbildungsabschnitten im Ausland und zum anderen die Notwendigkeit Chancengleichheit herzustellen.

Auslandsaufenthalte sind zunächst nur für große Unternehmen mit Auslandsdependenzen lukrativ. Große wie auch kleine und mittlere Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, vernachlässigen jedoch einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) zufolge den Faktor „Qualifikation“. Die Kluft zwischen nachgefragten Qualifikationen im Internationalisierungsprozess (insbesondere innerhalb der EU) und den verfügbaren Qualifikationen wird immer größer. Deshalb ist schnell ein Umsteuern notwendig. Die Jugendlichen starten in der Regel aufgrund unterschiedlicher Schulabschlüsse mit stark abweichenden Voraussetzungen und Vorkenntnissen in die Berufsausbildung. Diese dürfen in der Berufsausbildung nicht weiter manifestiert werden. Für die Unternehmen ist es jedoch leichter, AbiturientInnen, die i. d. R. bereits zwei Fremdsprachen und diese auch drei Jahre länger gelernt haben, weiterzuqualifizieren als Menschen ohne diese Kenntnisse. Daher müssen verbindliche Angebote zum Spracherwerb in den schulischen und betrieblichen Teil der Berufsausbildung integriert werden. Der Fremdsprachenunterricht muss in das reguläre Curriculum des Berufschulunterrichts aufgenommen werden.

Dabei müssen mittelfristig die unterschiedlichen Kenntnisse von AbiturientInnen und RealschülerInnen besser ausgeglichen werden, damit beide eine faire Chance haben, die Möglichkeit des Auslandsaufenthaltes zu nutzen. Langfristig müssen im Rahmen eines ganztägigen integrierten Schulsystems die Fremdsprachenkenntnisse aller Schülerinnen und Schüler verbessert werden, um die Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes während aller Ausbildungsphasen zu verbessern.

Der Auslandsaufenthalt darf nicht zu einem Instrument der Förderung der Besten verkommen, sondern muss vielmehr allen Jugendlichen den Weg zu Verbesserung sprachlicher Kompetenzen und der mit einem Auslandsaufenthalt verbundenen Erfahrungen eröffnen.

Wir sehen große Vorteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer verstärkten Europäisierung. Dabei muss es weniger um einheitliche Lerninhalte gehen als vielmehr um die Vorbereitung für eine mögliche Berufstätigkeit im Ausland. Dies wirkt sich auf die Lerninhalte aus, die insbesondere im schulischen Bereich bislang zu wenig den veränderten Bedingungen angepasst wurden. Europäische Themen sollen Ausbildungsinhalt der schulischen wie auch der betrieblichen Ausbildung werden. Für den Erwerb interkultureller Kompetenzen ist es ferner notwendig, den persönlichen Kontakt zu BerufsschülerInnen oder Auszubildenden aus Partnerländern zu stärken. Aufgrund eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz von 1999 zur „Teilnahme von Berufsschülern/Berufsschülerinnen an Austauschmaßnahmen mit dem Ausland“ ist die Berufsschulpflicht kein Hinderungsgrund für den Auslandsaufenthalt. De facto lässt sich dieser in der Praxis nur schwer individuell organisieren.

Hier sollten verstärkt Austauschprogramme entweder über die Schule oder die Gemeinde kollektiv organisiert werden.

Unsere kleineren Nachbarländer machen es mal wieder vor. In den Niederlanden können Auszubildende des kaufmännischen Bereichs – neben der obligatorischen Zweitsprache – eine dritte Sprache erlernen. In Dänemark stehen Auszubildenden – ähnlich der Regelung im BBiG – Auslandspraktika offen. Hier wurde jedoch von Sozialpartnern und Gesetzgebern eine Umlage zwischen den Unternehmen zur Finanzierung vereinbart!

Nur mit einer gesetzlichen Regelung zur Frage der Finanzierung wird es Auszubildenden in kleinen und mittelständischen Betrieben ohne Auslandskontakte möglich sein, von der neu geschaffenen Möglichkeit Gebrauch zu machen. Bestehende Töpfe (wie die Förderung im Rahmen des SOKRATES und LEONARDO-DA-VINCI-Programms) müssen deshalb besser genutzt werden. Das heißt auch, dass den Auszubildenden diese Programme auch bekannt gemacht werden müssen. Diese sind bis heute den meisten Azubis völlig unbekannt. Es gilt auch, Strukturen zu schaffen, die es allen Beteiligten im Ausbildungsbereich gestattet, schnell und unkompliziert auf die Mittel zurückzugreifen.

Gleichzeitig gilt es jedoch neue Wege der Finanzierung zu etablieren und auch die strukturellen Voraussetzungen für den zeitweiligen Ausstieg zu schaffen.

III.5 Lokale Kräfte bündeln. Dezentrale Aktivitäten zentral rückbinden.

Derzeit existiert eine Reihe von Förderprogrammen, die die duale Ausbildung verbessern, Weiterbildungseinrichtungen integrieren und benachteiligte bzw. unvermittelte Jugendliche unterstützen sollen. Diese werden aus Mitteln des BMBF ebenso gefördert wie mit Mitteln des BMWa sowie durch Landes- und kommunale Mittel. Der Berufsbildungsbericht des BMBF stellt eine Reihe dieser Projekte und Modellversuche jährlich zusammen. Die Ergebnisse und Erfahrungen wurden jedoch nur unzureichend in der Novellierung des BBiG berücksichtigt. Es scheint deshalb dringend erforderlich, die unterschiedlichen Aktivitäten und Erfahrungen auf regionaler Ebene wieder zentral rückzubinden. Wir fordern daher eine zentralisierte Dezentralisierung.

Die bessere Koordination von Förderprogrammen für Jugendliche ohne Arbeit soll die unternommenen Anstrengungen und Kräfte bündeln und somit eine Stärkung der Zusammenarbeit vor Ort gewährleisten. Gerade die Vielzahl der beteiligten Akteure, insbesondere von freien Trägern, verhindert die effektive und effiziente Evaluierung der Maßnahmen mit dem Ziel die Ergebnisse in den Politikprozess wieder einzuspeisen.

Die Verantwortung des BMBF für die Berufsausbildung ist zu stärken. Gerade den in der Föderalismusdebatte angeschlagenen Tönen einer weiteren Dezentralisierung der beruflichen Bildung gilt es entgegen zu wirken.

IV. JUSOS MÜSSEN HANDELN

Ergänzend zur Diskussion um die Weiterbildung müssen wir einen weiteren Eckpunkt einer 2. Bildungsreform nach unseren Vorstellungen entwickeln.

Wir müssen im Verband personelle und finanzielle Ressourcen mobilisieren, um die Debatte um die Qualität der Berufsausbildung auf ein breites Fundament zu stellen. Ziel muss es sein, schulische, berufliche und universitäre Bildung als Einheit zu begreifen und sie gemeinsam unter dem Dach der Zukunft unseres Bildungssystems zu diskutieren, damit wir ein bundeseinheitliches, Durchlässigkeit ermöglichendes Bildungssystem erhalten.

Die Erosion des Dualen Systems macht eine Strategieentwicklung notwendig, die die Fragen beantwortet wie allen Menschen eine Ausbildungsgarantie eröffnet werden und wie der Abnahme von Ausbildungskapazitäten begegnet werden kann unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen.

Das Umbauprojekt „Berufsorientierung“ muss dazu Materialien für die Arbeit vor Ort entwickeln, die einen Zugang zum Themenfeld erleichtern. Vielen von uns ist die Realität der Berufsausbildung nicht bekannt.

Die Kooperation mit den Gewerkschaftsjugendlichen muss daher auf allen Verbandsebenen gestärkt werden. Dies ist auch im Sinne der benötigten Zielgruppenansprache „Junge ArbeitnehmerInnen“ zu forcieren.

Gleichzeitig ist es notwendig, deren zum Teil unterschiedlichen Forderungen kritisch zu prüfen und ein eigenes Profil zu entwickeln.

Die Frage der Lernortkooperation und was wo gelernt werden soll und muss ist dabei ebenso entscheidend wie die Frage der Förderung und Unterstützung junger Frauen und benachteiligter Jugendlicher. Es darf nicht akzeptiert

werden, dass in der Ausbildung bestehende Ungleichheiten weiter verschärft werden und die breite Masse der Auszubildenden sich selbst überlassen bleibt während die Besten von allen Seiten gefördert werden.

Konzepte der sozialen Inklusion zu entwickeln, die benachteiligten Jugendlichen den Weg in eine fortschrittliche Bildungsbiografie eröffnen ist Zukunftsaufgabe des Umbauprojekts.

Die Berufswahl ist nach wie vor entscheidender Weichensteller im Leben junger Menschen, deshalb müssen wir Jusos hier Orientierung bieten. Das Umbauprojekt muss darüber hinaus auch Lösungen der schwierigen Übergangspassage zwischen Schule und Ausbildung erarbeiten und Wege der weitergehenden Qualifizierung und Weiterbildung diskutieren. Zentral sind hierbei die Fragen der Durchlässigkeit von jungen Menschen mit Berufserfahrung zu Hochschulen und der Übergang von Ausbildung in den Arbeitsmarkt, der sozialstaatlichen Flankierung von (Weiter)bildung.

B3 - STUDIEREN UNABHÄNGIG VOM GELDBEUTEL DER ELTERN!

Beflügelt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind die Konservativen und Liberalen zum Generalangriff auf die derzeitige Form der Studienfinanzierung übergegangen. Neben den Plänen für Gebühren ab dem ersten Semester fordert die Union nun auch eine Abschaffung des BAföG. Der bevorstehende Regierungswechsel in NRW hat diese Entwicklung noch einmal beschleunigt: auch im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland soll das Studium für jeden ab dem ersten Semester um 500€ teurer werden. Den Konservativen geht es darum, eine Gesellschaft der wenigen, über gute Bildung verfügenden Herrschenden und der vielen „bildungsfernen“ Beherrschten zu schaffen.

Dem setzen die Jusos ein anderes Gesellschaft- und Bildungsverständnis entgegen. Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware! Bildung muss die demokratische Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft ermöglichen. Sie gewährleistet den Fortbestand und die Weiterentwicklung unserer demokratischen Gesellschaft. Sie ist ein wichtiger Motor für echten Fortschritt, für die gerechte Umverteilung gesellschaftlicher Macht und das Aufbrechen bestehender Eliten. Bildung beinhaltet ein klares Bekenntnis zur sozialen Gleichheit aller Menschen und hat deren Aufklärung und eine Veränderung zu einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel. Bildung muss daher staatliche Aufgabe sein und bleiben. Wir wollen eine Gesellschaft, an der jede und jeder gleichberechtigt teilhaben kann. Dies bedeutet auch, dass jedeR dazu in die Lage versetzt wird. Dazu braucht es Chancengleichheit im Bildungssystem.

Dabei heißt Chancengleichheit für uns als SozialistInnen nicht nur gleiche Möglichkeit beim Zugang zu Bildungseinrichtungen. Sie heißt für uns Gleichheit im Ergebnis, d.h. die gleiche Möglichkeit, einen Bildungsgang auch abzuschließen.

Studiengebühren bekämpfen!

Wir Jusos lehnen Studiengebühren daher aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen ab. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des hoch selektiven deutschen Bildungssystems. Für uns ist klar: Hochschulzugang und Studium dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen, denn jede Koppelung von Bildungschancen mit der strukturell immer ungleichen privaten Einkommens- und Vermögensverteilung reproduziert die entsprechende Ungleichheit in der Bildung. Schon heute finanzieren zwei Drittel der Studierenden ihr Studium durch Jobben. Studiengebühren würden die Kosten eines Studiums erheblich erhöhen. Im Gegensatz zur Propaganda ihrer BefürworterInnen schränken Studiengebühren die Möglichkeiten der Studierenden real ein.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Kritische Reflexion und der Erwerb von Kenntnissen, die nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden, sind so kaum mehr möglich. Studiengebühren werden so zum Disziplinierungsinstrument an den Hochschulen, mit dem konformes Studienverhalten durchgesetzt werden soll.

Der Kampf für ein gebührenfreies Studium ist primär ein politischer. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar durch seine restriktive Auslegung des Grundsatzes der gleichwertigen Lebensverhältnisse dem Bund die Kompetenz abgesprochen, Studiengebühren bundesweit zu verbieten. Aber auch nach dem Verfassungsgerichtsurteil besteht kein Zwang, Studiengebühren einzuführen. Deshalb fordern wir Jusos ein Verbot jeglicher Art von Studiengebühren auf Landesebene. Glaubwürdige Politik bedeutet deshalb auch ein Nein zu sozialdemokratischen Studiengebühren- und –kontenplänen auf Landesebene. Denn es kann nicht darum gehen die soziale Selektion nur weniger stark voranzutreiben. Unsere Bildungspolitik muss im Gegenteil für mehr Chancengleichheit und weniger soziale Selektion stehen.

BAföG ausbauen!

Aber nicht nur mögliche Studiengebühren wirken abschreckend bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums. Neben vielem anderen ist auch die Frage der Studienfinanzierung ein für viele nicht zu überwindendes Hindernis bei der Studienaufnahme und auf dem Weg zum Abschluss. Aus unserer Sicht muss die Studienfinanzierung dringend grundsätzlich modernisiert und wie in den bildungspolitisch fortschrittlichen Staaten elternunabhängig gestaltet werden.

Eine Umstellung des BAföG auf ein Darlehenmodell – wie von konservativer Seite gefordert – lehnen wir ab. Diese Darlehen würden zu einer massiven Verschuldung der Studierenden führen und hätten eine noch stärkere Benachteiligung von Studierenden aus einkommensschwächeren Familien zur Folge.

Seit 2001 wurden die Bedarfssätze nicht mehr erhöht, so dass dringend gehandelt werden muss. Denn wegen der steigenden Lebenshaltungskosten bedeutet dies faktisch eine Kürzung der Leistungen. Die Freibeträge wurden seit 2002 nicht mehr angepasst. Eine Erhöhung der Freibeträge ist überfällig, da wegen der Abhängigkeit des BAföG vom elterlichen Einkommen jede Nichtanpassung an die nominellen Lohnsteigerungen eine Verringerung des BAföG-EmpfängerInnenkreises bedeutet. Bei beiden Punkten muss die Bundesregierung schnellstmöglich, am Besten noch vor der Bundestagswahl, handeln.

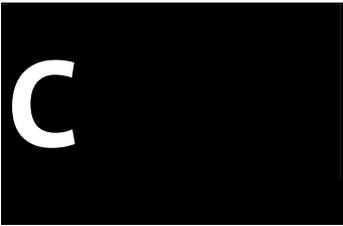
Dringender Handlungsbedarf besteht aber nicht nur bei den Fördersätzen. Ein modernes BAföG muss Fördermöglichkeiten für Teilzeitstudierende schaffen. Die derzeitige Struktur des BAföGs wirkt sich auch hier sozial selektiv aus.

Wer auf BAföG angewiesen ist, kann eine flexible Verzahnung von Hochschule und Praxis nur schwer verwirklichen. Auch eine Umstellung der Abschlussfinanzierung weg vom „verzinslichen Bankdarlehen“ ist dringend geboten. Diese Verschlechterung der Förderbedingungen am Ende des Studiums produziert Studienabbrüche.

Die Förderungshöchstdauer muss realistisch gestaltet werden und sich nach der durchschnittlichen Studiendauer des Fachs an der jeweiligen Hochschule richten. Auch diese Maßnahmen müssen kurzfristig umgesetzt werden.

Nach der Bundestagswahl soll die Bundesregierung das Vorhaben angehen, das BAföG nach dem Drei-Körbe-Modell umgestalten. Dabei werden alle bisherigen Leistungen außerhalb des bisherigen BAföGs an Studierende bzw. deren Eltern (Kindergeld, Freibeträge etc.) zusammengefasst und direkt an alle StudentInnen ausgezahlt, unabhängig davon, wie viel die Eltern oder der Student/die Studentin verdient. Im zweiten Korb wird – jetzt einkommensabhängig – ein Zuschuss an „bedürftige“ Studierende gezahlt, der den Lebensunterhalt voll abdeckt. Der dritte Korb ist ein einkommensunabhängiges, nicht verzinstes Darlehen für jeden StudierendeN, wenn er oder sie zusätzliches Geld benötigt. Zusätzlicher Bedarf bspw. wegen Behinderungen oder wegen eigener Kinder wird dabei über Korb 2 abgedeckt. Das BAföG muss auch – nach dem gleichen Modell – wieder für Schülerinnen und Schüler gelten sowie für alle, die sich in einer nicht bezahlten Berufsausbildung (Berufsfachschulen, Meisterausbildung) befinden sowie für Personen im zweiten Bildungsweg.

Langfristig soll das BAföG zu einem elternunabhängigen Vollzuschuss werden. Solange die BAföG-Zahlungen vom Einkommen der Eltern abhängig sind, wird es immer Friktionen und Ungerechtigkeiten an den Freibetrags-Grenzen geben. Außerdem können Eltern mit der Drohung, den Unterhalt zu entziehen, die Studienfachwahl ihres Kindes beeinflussen. Auch dies wollen wir durch den BAföG-Zuschuss verhindern. Der Vollzuschuss soll jedem und jeder den Besuch einer Schul-Oberstufe bzw. die Absolvierung des zweiten Bildungsweges, eine MeisterInnenausbildung, ein Universitätsstudium sowie regelmäßige berufliche Weiterbildung – auch an den Hochschulen – ermöglichen.



Chancengleichheit, Soziale Sicherung, Familienpolitik

C 1 Die Arbeitsversicherung als Strukturprinzip sozialstaatlicher Erneuerung

I. Einleitung

Die Reformen der rot-grünen Bundesregierung beinhalten keine Idee für eine qualitative Modernisierung des Sozialstaats. Sie sind vielmehr kurzfristige Reaktionen auf die konjunkturelle Lage und ein Kürzungsprogramm ohne konkrete Umbauperspektive. Dies schwächt die Legitimation des Sozialstaats und untergräbt sein Vertrauen. Gleiches gilt für die vielen Rufe nach Privatisierungen sozialer Leistungen wie sie vor allem von der Opposition kommen. Hinter ihnen steht der Glaube an ein markradikales Wirtschafts- und Gesellschaftsprinzip angelsächsischer Prägung. Wir Jusos lehnen dies ab. Stattdessen wollen wir uns an den sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes orientieren und das Prinzip des fördernden, investiven, demokratischen und solidarischen Sozialstaats in der SPD durchsetzen.

Die Hartz-Reformen haben eine neue Landschaft in der Arbeitslosenversicherung hinterlassen. Wir Jusos begrüßen dabei den Umbau der Bundesagentur für Arbeit als wichtige Maßnahme zur Intensivierung der Vermittlung. Die Vermittlungsquote muss dringend erhöht werden. In diesem Zusammenhang war es richtig, einen Schwerpunkt der Fördermaßnahmen auf junge Arbeitslose unter 25 Jahren zu legen. Dafür haben wir Jusos uns stets eingesetzt. Auch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist ein wichtiger Schritt zu einer institutionellen Erneuerung der Arbeitslosenversicherung. Gleichfalls lehnen wir die Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenhilfe nach wie vor ab. Kritisch betrachten wir zudem die zunehmende Zerklüftung des Arbeitsmarktes durch sogenannte „Mini-Jobs“ oder „Ich-AGen“. Ihre Zahl ist massiv angestiegen, ohne wirkliche Beschäftigungseffekte nach sich zu ziehen. Die Erwerbstätigkeit ist kaum gestiegen. Gleichzeitig wurden jedoch viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt – mit fatalen Folgen für die Einnahmen der Sozialsysteme.

Die Arbeitsversicherung: Ein zukunftsfähiges Prinzip

Es fehlen zurzeit die richtigen Antworten auf die selbstbestimmten Lebens- und Erwerbsverläufe. Der Sozialstaat muss mehr sein als bloße Versicherungen, wie wir sie heute kennen. Wir wollen einen präventiven und investiven Sozialstaat, er muss sowohl vor dem Schadensfall eingreifen, als auch im Ernstfall ein würdiges Weiterleben garantieren. Unser Modell hierfür ist die Arbeitsversicherung. Dadurch soll der Sozialstaat erlebbar gemacht werden und der leidigen Missbrauchsdiskussion vorgebeugt werden. Es ist nicht nur eine Frage der Geldmenge, die in den Sozialstaat investiert werden, sondern auch eine

Frage der Qualitätsverbesserung. Der Sozialstaat ist nicht Hindernis, sondern Voraussetzung für ökonomischen Erfolg. Sozialleistungen stimulieren direkt den Konsum und tragen somit zur positiven Konjunkturerneuerung bei, deshalb muss die immer weiter forcierte Abwärtsspirale der Leistungen gestoppt werden.

Lineare Arbeitsbiographien in denen Mensch 40 Jahre in ein und demselben Betrieb am selben Arbeitsplatz tätig sind, gehören mittlerweile der Vergangenheit an. Dabei entspringen diese nichtlinearen Biographien nicht nur einem Hire&Fire Prinzip, sondern gerade auch dem Wunsch nach Selbstverwirklichung. Sie sind von der jungen Generation auch z.T. gewollt. Ein Sozialstaat, der einen Arbeitsplatzwechsel nicht vorausschauend einplant und unterstützende Hilfe nicht schon im Vorfeld anbietet kann der jungen Generation keine sichere Perspektive bieten. Der Ansatz der Arbeitsversicherung, Schnittstellen und Übergänge im Erwerbsleben aufzufangen gilt es hierbei weiterzuentwickeln und in die öffentliche Debatte einzubringen.

Unstete Erwerbsbiografien sind kein politisches Ziel. In diesem Zusammenhang lehnen wir einen weiteren Ausbau des Niedriglohnsektors ab. Unser Ziel ist und bleibt die abgesicherte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Diese muss aber anders organisiert sein, als noch vor 20 Jahren. Die sozialstaatliche Regulierung der Beschäftigung muss den Realitäten auf dem Arbeitsmarkt angepasst werden und sozialstaatliche Sicherheit für *alle*

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Erwerbsgruppen wieder herstellen. Von Arbeit muss man leben können. Das bedeutet, aus gesetzlichen Mindestlöhnen, der Arbeitsversicherung sowie einer nachhaltigen Beschäftigungspolitik eine Vollbeschäftigung neuen Typs zu gestalten. Daran halten wir fest.

Wir wollen mit dieser Grundlage die Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaates im Verband, mit den Gewerkschaften und weiteren BündnispartnerInnen erörtern. Nur wenn wir uns gemeinsam als Linke auf eine neue Grundlage verständigen, können wir den Sozialstaat vor der Neoliberalen Logik des Abbaus schützen und ihn gleichzeitig an den Bedürfnissen der Menschen weiterentwickeln.

II. Ausgangslage

Der finanzgetriebene Kapitalismus und eine flexible Erwerbsgesellschaft

Seit dem Einsetzen des strukturellen Wandels hin zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft werden die Forderungen nach mehr Markt und weniger Staat immer lauter. Technologische Veränderungen, die eine kurzfristige Anpassung der Produktion, einen schnelleren Informationstransfer sowie die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland ermöglichen sowie vor allem die entfesselten Finanzmärkte schüren die Angst vor sinkenden Beschäftigtenzahlen, einer krankenden deutschen Wirtschaft und einer globalisierten Ökonomie. Diese Ängste werden zudem durch eine seit Jahrzehnten tendenziell steigenden Massenerwerbslosigkeit genährt, der mit der bisherigen Wirtschaftspolitik nicht zu begegnen war. Über allem schwebt die Bedrohung von Investoren, die ihr Kapital aus Deutschland abziehen oder Unternehmen, die ihre Standorte ins Ausland verlagern.

Die augenblickliche Ausrichtung von Fiskal- und Sozialpolitik ist Folge dieser Veränderungen: Privatisierung, Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates sind die Konsequenzen – stattdessen wird vom Individuum mehr Eigenverantwortung gefordert und das Dogma der neoliberalen Umgestaltung wird zum unüberwindbaren Meinungsbild. Die Veränderungen in der Arbeitswelt sowie der ständige Wandel von Produktions- und Arbeitsbedingungen wirken sich auch auf die Ansprüche an das Individuum aus. Die Folgen sind gesteigerte Anforderungen an Qualifikation, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität. Das Individuum muss sich den wachsenden Bedürfnissen des Marktes unterwerfen, sich regelmäßig weiterbilden, um seine „employability“ zu erhalten und bereit sein, gegebenenfalls Arbeitsort oder Arbeitgeber zu wechseln. Besonders ältere Menschen und Menschen mit Kindern haben es schwer, diesen Anforderungen nachzukommen.

Deregulierter Arbeitsmarkt

Das Normalarbeitsverhältnis, auf dem unser Beschäftigungssystem beruhte, bestehend aus geregelten Arbeitszeiten, Arbeitsverträgen, einem festen Arbeitsort und Kündigungsschutz scheinen in der heutigen Arbeitswelt keinen Platz mehr zu haben.

Neoliberale Forderungen nach mehr Flexibilisierung, Deregulierung und Abbau von bürokratischen Hemmnissen haben durch Lobbyorganisationen der Arbeitgeberschaft die Meinungsführerschaft in den täglichen Diskussionen in Politik und Medien übernommen. Der deregulierte Arbeitsmarkt gilt bei den neoliberalen Kräften als das Patentrezept für eine boomende Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze, Einschnitte in das Sicherungssystem als Wundermittel für Vollbeschäftigung.

Das deutsche Arbeitsrecht gilt als „Bremser der Nation“ und Verteidiger des Arbeitnehmerschutzes als „fortschrittsfeindlich“. Die Folgen sind ein Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und die Verbilligung des Faktors Arbeit auf Kosten der sozialen Absicherung des einzelnen. Der Druck auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Arbeitslose, die jegliche Beschäftigung annehmen sollen, wird erhöht.

Nicht Wirtschaftswachstum und gesteigerter Wohlstand sind aber die Folge, sondern zunehmende Unsicherheit bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Frustration bei den Arbeitslosen. Kein Wunder also, dass so vielen Menschen das Geld für neue Anschaffungen fehlt oder sie das Geld lieber zur Zukunftssicherung zur Seite legen – mit fatalen Auswirkungen auf die Binnennachfrage und einem, so scheint es, unaufhaltsamen Kreislauf nach unten.

Veränderte Erwerbsbiographien

Die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie der Wandel der Arbeitsgesellschaft und die damit verbundene Zunahme der Dienstleistungen haben ein Aufweichen des männlich dominierten Normalarbeitsverhältnisses zur Folge. Befristete Arbeitsverträge, neue Formen der Selbständigkeit, Leiharbeit und die Marginalisierung des Kündigungsschutzes sind Ausdruck, um eine schnelle Reaktion auf wechselnde Marktbedingungen zu ermöglichen. Die Anpassung von Arbeitszeit und Arbeitsort an Produktionsschwankungen sowie wechselnde Produktionsbedingungen forcieren die Herausbildung neuer Erwerbsverhältnisse. Die Grenzen

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

zwischen Erwerbsarbeit und Nichtarbeit verschwimmen zunehmend. Unterstützend auf diese Entwicklung wirkt sich noch die Einführung von Mini-/Midi-Jobs und Ich-AGen aus.

Vor allem die konservative weibliche Normalbiographie als 3-Phasen-Schema, mit einer kurzen Berufstätigkeit zwischen Schule und Ehe, einem Rückzug aus dem Arbeitsmarkt und einem Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit mit Erwachsenwerden der Kinder hat sich seit den 70er Jahren deutlich verändert und stimmt nur noch mit einem sehr geringen Teil der weiblichen Biografien überein.

Das Geschlechterverhältnis ist in Bewegung. Dies ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass Frauen (in Westdeutschland) sich zunehmend für eine Erwerbstätigkeit (trotz Kinder) entscheiden. Zum anderen haben Frauen in den neuen Bundesländern ihr Selbstverständnis bezüglich der Erwerbsarbeit beibehalten. Damit stehen die Lebensentwürfe der Frauen im Spannungsverhältnis zu der im System der sozialen Sicherung tradierten Norm der „Versorgerehe“. Hat sich auch die Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren zunehmend in Richtung der „Zweierdienerhe“ entwickelt, so wird durch sozialpolitische Maßnahmen die Erwerbstätigkeit von Müttern wenig gestützt. Frauen müssen sich demnach immer noch entscheiden: Entweder sie bleiben erwerbstätig und verfolgen einen beruflichen Aufstieg oder sie bekommen Kinder.

Wenn Frauen also bewusst vor einer beruflichen Karriere zurückschrecken, so liegt das vielfach daran, dass sie gesellschaftliche Realitäten antizipieren. Ein Kennzeichen dafür ist auch der große Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigungen. Zudem ist die zunehmende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt, wie Erwerbsstatistiken belegen, eine segregierte Integration, d.h. ca. 80% aller erwerbstätigen Frauen sind in Dienstleistungsberufen tätig und dort überwiegend im Bereich der primären Dienstleistungen, d.h. in Berufsgruppen, die zumeist relativ ungesicherte und saisonabhängige Beschäftigungsverhältnisse umfassen, was besondere Probleme bezüglich der sozialen Sicherung aufwirft.

Zudem gerät die abgeleitete Form der sozialen Sicherung zunehmend in die Krise. Derzeit wird die Nicht- bzw. geringfügige Erwerbstätigkeit von Frauen durch die Mitversicherung der nicht berufstätigen Ehefrau sowie durch die Regel des Ehegattensplittings, wobei der geringere Verdienst eines Ehepartners steuerlich begünstigt wird, gestützt. Geringe Transferleistungen in Bezug auf die Kindererziehung schreiben traditionelle Geschlechterrollen fort, die im Konflikt mit den realen Verhältnissen stehen. Ehen werden nicht mehr als „der Bund fürs Leben“ geschlossen und junge Paare wählen andere Formen der Lebensführung als das traditionelle Familienbild. Somit bietet schon heute gerade für Frauen und in Zukunft auch verstärkt für Männer das soziale Sicherungssystem keinen ausreichenden Schutz mehr.

Solange die gesellschaftlich notwendige Arbeit ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt ist, kann das ein neues Sozialmodell nicht als sozial gerecht gelten und erfüllt damit die von der Politik selbst auferlegte Funktion nicht. Für Frauen geht es dabei nicht nur um eine Arbeitsmarktpolitik, die ihnen die Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht, sondern auch um eine Sozialpolitik, die diese stützt, d.h. es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die für Männer und Frauen Erwerbsarbeit und Familie lebbar machen. Die soziale Sicherung darf nicht länger in Form von abgeleiteten Ansprüchen bestehen, sondern muss erwerbsarbeitsunabhängig allen Menschen eine Grundsicherung garantieren. Das individuelle Arbeitsmarktrisiko darf nicht länger auf die gesamte Familie zurückwirken.

Beschäftigungspolitik der Bundesregierung

Die Politik der Bundesregierung trägt den Veränderungen der Arbeitswelt nicht ausreichend Rechnung. Im Gegenteil: Durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors wird die Situation noch verschärft, denn trotz der Forcierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse ist das deutsche Sozialsystem weiterhin auf das klassische Normalarbeitsverhältnis ausgerichtet und greift damit viel zu kurz. Quantitativ wird der Sozialstaat fatalerweise gekürzt, qualitativ geschieht viel zu wenig.

Vor allem Frauen, die eine Möglichkeit nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf suchen, bleibt häufig kein anderer Weg als in schlechter abgesicherte, niedrig bezahlte, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie Mini-Jobs oder Teilzeitarbeit. Gerade sie sind es, die stark von zukünftiger Armut bedroht sind oder jetzt schon zu den „working poor“ gehören. Andere Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden kaum geschaffen, weder ausreichend Betreuungseinrichtungen noch Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf noch Anreize für eine gerechtere Verteilung von Familienarbeit.

Auch der so häufig betonte Mismatch auf dem Arbeitsmarkt kann über die Vermittlungsschritte nicht beseitigt werden. Qualifizierungen in Phasen der Arbeitslosigkeit kommen oftmals viel zu spät. Durch den Zwang aus strukturschwachen Regionen abzuwandern, wird zusätzlich die regionale Arbeitslosigkeit noch verschärft.

II. Strukturprinzipien der Arbeitsversicherung

Die Arbeitsversicherung soll als neues Element der Arbeitsmarktpolitik verstanden werden, welches bisherige Elemente der Arbeitsmarktpolitik bündelt und unter einem Dach zusammenbringt. Dabei besteht die Aufgabe der Arbeitsversicherung nicht nur aus der Absicherung der ökonomischen Existenzgrundlage sowie einer Hilfestellung

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt im Falle der Arbeitslosigkeit, sondern soll vor allem auch Chancen über die Brüche im Erwerbsleben hinweg eröffnen.

Brüche im Erwerbsleben sind heute mehr als nur Zeiten der Arbeitslosigkeit. Auch Familienphasen, Weiterbildungszeiten, Leerphasen zwischen einem Arbeitsplatzwechsel und der Übergang vom Bildungssystem in die Beschäftigung sind häufige Gründe für eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit.

Insbesondere diese Übergänge werden durch das geltende soziale Sicherungsmodell nicht in ausreichendem Maße aufgefangen. Die Absicherung dieser Übergänge ist die Grundidee der Arbeitsversicherung. Gleichzeitig soll mit der Arbeitsversicherung nicht nur Arbeitslosigkeit finanziert, sondern Arbeit gefördert werden. Dies geschieht durch eine neue Organisation der Weiterbildung und der Absicherung von Auszeiten im Erwerbsleben im Rahmen von Reproduktions- oder Bildungsphasen.

Die mittlerweile relevante Gruppe von neuen Selbständigen sind durch das aktuelle Modell der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen, obwohl diese sich in vielen Merkmalen kaum von einem abhängig Beschäftigten unterscheiden. Die Arbeitsversicherung muss auch diese Gruppe in die soziale Sicherung einbeziehen. Wir müssen Scheinselbstständigkeit als Phänomen weiter bekämpfen.

Folgende Grundsätze sollen für das Modell der Arbeitsversicherung gelten:

- Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung. Vollbeschäftigung wird insbesondere von den Konservativen, aber mittlerweile leider auch schon in weiten Teilen der Sozialdemokratie als nicht mehr erreichbar eingestuft. Eine Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit dem Anrecht auf Fort- und Weiterbildung und eine intelligente Verbindung mit Ansprüchen von ArbeitnehmerInnen und wirtschaftlichen Realitäten wäre ein Baustein hin auf dem Weg in Richtung Vollbeschäftigung. Dies erfordert eine neue Form der Wochen-, Jahres-, und Lebensarbeitszeitverkürzung in Verbindung mit Kombinationen aus gesetzlichen Maßnahmen und Vereinbarungen zwischen ArbeitnehmerInnen-Vertreter und Arbeitgeber-Vertreter.
- Gleichstellung der Geschlechter. Dabei soll sich die Absicherung und Umgestaltung der Erwerbsbiografie aber nicht an der männlichen Normalarbeitsbiografie orientieren. Der neue Typ muss es beiden Geschlechtern gleichermaßen ermöglichen Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Die jetzige Situation wird weder den Ansprüchen junger Berufstätiger gerecht, noch ist sie aus Sicht einer fortschrittlichen Arbeitsmarktpolitik länger hinnehmbar. Neben einer umfassenden Reform einer geschlechtergerechten Arbeitszeitpolitik *und einer geschlechtergerechten sozialen Absicherung durch den Sozialstaat* gilt es auch die Betreuungssituation für Kinder weiter auszubauen. Dem Modell der Arbeitsversicherung kommt hierbei die Aufgabe zu, Einkommensverluste im Falle von Erziehungszeiten aufzufangen, Möglichkeiten der Qualifizierung und somit den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit zu garantieren und eine eigenständige soziale Absicherung zu ermöglichen.
- Finanzierung von Arbeit und die Bündelung von einzelnen Maßnahmen. Durch eine Bündelung von einzelnen Maßnahmen und besserer Betreuung kann eine bessere Qualifizierung und Reintegration in den Arbeitsmarkt erfolgen. Durch dauerhafte geförderte öffentliche Beschäftigung, die ausschließlich im Bereich gesellschaftlich wünschenswerter Arbeiten im Bereich zwischen Markt und Staat ist, kann eine Beschäftigung wie auch eine Förderung von Arbeitssuchenden erfolgen.
- Einrichtung von Lernzeitkonten. Diese sollen bei der Agentur für Arbeit eingerichtet und geführt werden. Das Guthaben auf dem Lernzeitkonto wird während der Erwerbstätigkeit vergrößert. Hierbei sollen gesetzlich festgelegte Ansprüche auf Fort- und Weiterbildung greifen. Erworbene Ansprüche werden auf dem Lernzeitkonto verbucht und können dann bei Bedarf in Lernzeit realisiert werden. Aber auch eine freiwillige Einzahlung soll möglich sein: Durch die Übertragung von Zeitguthaben (z.B. Überstunden, Resturlaub) kann das Konto gefüllt werden. Hierbei muss die entsprechende Vergütung bei Weiterbildungsmaßnahmen zusätzlich vom Arbeitgeber getragen werden.
- Weiterbildung. Weiterbildung spielt in der heutigen Zeit, die oft auch als Wissensgesellschaft bezeichnet wird eine herausragende Rolle. In weiten Teilen der Gesellschaft ist die Erkenntnis angekommen, dass Erwerbsbiografien sich nicht mehr an der einen Lebensstellung bei dem einen Arbeitgeber orientieren muss, sondern häufige Wechsel in Kauf genommen werden. Diese sind natürlich mit dem Risiko des Auf- oder Abstiegs verbunden. Aber auch innerbetrieblich sind Flexibilisierungen an der Tagesordnung und in beiden

Fällen sind Weiterqualifizierungen notwendig. Wie die Chancen oder Risiken begriffen werden können, ist bisher auf der individuellen Ebene zu lösen. Weiterbildung ist keine verschwendete Zeit. Die Debatte um Weiterbildung für alle eröffnet auch Chancen, eine Arbeitszeitoffensive zu starten und Modelle der Jobrotation zu nutzen. Diese notwendige Fort- und Weiterbildung soll mit Hilfe der Lernzeitkonten abgesichert und garantiert werden. Dabei müssen differenzierte Angebote für den Erwerb von Zusatzqualifikationen entwickelt werden, welche auf eine vorhandene Ausbildung aufbauen. Dabei sind Module zur Spezialisierung, Modernisierung und Umstellung notwendig. Eine Zertifizierung ist auf Grund einer bundesweiten Anerkennung unverzichtbar. Hierbei können Prüfungen und Zeugnisse von offiziellen Bildungseinrichtungen (z.B. VHS, IHK) helfen eine einheitliche Qualitätssicherung zu erzielen.

- Mitgliederstamm. Die Arbeitsversicherung bezieht auch BeamtInnen und Selbstständige mit ein. Die Arbeitsversicherung hätte den Effekt, dass die Sozialsysteme solidarisch finanziert werden und ebenso arbeitsmarktpolitische Leistung und eine soziale Absicherung der Selbstständigen miteinbezogen werden können. Somit wäre die Arbeitsversicherung in der weiteren Ausgestaltung als eine Erwerbstätigenversicherung zu verstehen. Sie bietet somit allen Erwerbstätigen den Schutz vor sozialen Risiken oder das Umschiffen von Gesetzen seitens der Auftraggeber. Aber nicht aus dem Grund der solidarischen Finanzierung macht es Sinn die Arbeitsversicherung für aller erwerbstätigen zu öffnen. Gerade vor dem Hintergrund, dass im Laufe der Erwerbsbiografie auch Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung in Kauf genommen werden müssen, passt sich ein solches Prinzip der eigenen Lebensbiografie an. Mit der Einbeziehung von Scheinselbstständigen und geringfügig Beschäftigten ist schon ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Vieles spricht dafür die Leistungen für alle Erwerbstätigen zu öffnen und zu ermöglichen.
- Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik. Arbeitsmarktpolitik muss stärker an den Gegebenheiten der einzelnen Regionen ausgerichtet sein. Dazu ist es zum einem notwendig, dass regional spezifische Förderprogramme erarbeitet werden. Diese sollen sich an der erwarteten Entwicklung des Arbeitsmarktes anlehnen. Damit können wirtschaftliche Stärken ausgebaut, Fehlmaßnahmen verhindert und ein möglicher Strukturwandel unterstützt werden.
- Einbezug der beruflichen Erstausbildung. Nicht beeinflusst die Erwerbsbiografie so stark, wie die berufliche Erstausbildung. Junge Erwachsene ohne eine solche Ausbildung haben es schwer jemals einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu finden. Aus diesem Grund gehört die berufliche Erstausbildung mit in das Modell der Arbeitsversicherung. Dabei ist zu gewährleisten, dass jedeR junge Erwachsene eine qualifizierende berufliche Erstausbildung erhält. Dies kann z.B. durch die Realisierung der Umlagefinanzierung umgesetzt werden. Ziel dabei muss es sein, das duale System in der beruflichen Ausbildung zu erhalten. Eine rein schulische Berufsausbildung ist dabei wenig sinnvoll, genau wie eine Modularisierung in diesem Bereich. Erfahrungen in der Vergangenheit zeigen, dass eine Modularisierung dort kontraproduktiv ist.

III. Konzeptionelle Umsetzung

Die Übersetzung dieser Leitplanken einer neuartigen Arbeitsversicherung in konkrete politische Handlungsbausteine stellt eine wesentliche Herausforderung für die Fähigkeit der Sozialdemokratie dar, den Anforderungen an eine lebensbegleitende sozialstaatliche Absicherung tatsächlich gerecht werden zu können. Wir wissen, dass es nicht darum gehen kann, ein neues Sozialgesetzbuch zu schreiben. Vielmehr muss das Strukturprinzip der Arbeitsversicherung in verschiedene Regulationsmaßnahmen der Arbeitsmarkt-, der Bildungs-, der Beschäftigungs- und der Arbeitszeitpolitik integriert werden.

Dabei ist der gegenwärtige Diskursstand höchst heterogen. Es kommt zukünftig darauf an, diese Maßnahmen zu konkretisieren.

- Erwerbstätigenversicherung.** Die Einbeziehung von Selbstständigen führt in jeder Form grundsätzlich zu einem positiven Finanzierungssaldo. Zudem flankieren wir ein dringend notwendiges weiteres Aufbrechen der ständestaatlichen Arrangements in vielen Bereichen der FreiberuflerInnen, indem wir ein solidarisches Angebot zur Absicherung des Wettbewerbsrisikos anbieten. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass eine Belastung der Selbstständigen und FreiberuflerInnen mit dem bisherigen ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenanteil nicht zumutbar wäre. Die Bemessung der passiven Leistungen der Arbeitsversicherung allein anhand des ArbeitnehmerInnenanteils würde hingegen gerade den ArbeitskraftunternehmerInnen in der Regel nicht zu einem ausreichenden Leistungsanspruch verhelfen. Ziel muss es daher sein, eine rechtlich abgesicherte pauschalierte Sockelung der passiven Leistungsbezüge für diese Versichertengruppe anzustreben. Davon nicht berührt ist der unzweifelhafte Zugewinn an Sicherheit durch den Zugang zu allen aktiven Leistungen einer Arbeitsversicherung.

Beamten und Beamten sind dem hingegen unproblematisch in eine Arbeitsversicherung zu integrieren, da der Arbeitgeberanteil den öffentlichen Körperschaften zufiele. Eine solche Einbeziehung ist im Rahmen der nächsten Beamtenrechtsreform umzusetzen, die eine Lebensstellung der Beamtinnen und Beamten zukünftig nicht länger vorsieht.

–**Neue Lernzeit.** Die Weiterbildung und Umschulung im Falle von Arbeitslosigkeit ist auch in Zukunft für alle Betroffene sicher zu stellen und einer Qualitätsoffensive zu unterziehen. Die beste Weiterbildungspolitik greift jedoch bereits weit vor dem Eintritt drohender Arbeitslosigkeit. Dazu schaffen wir zentral geführte Arbeitszeitkonten als Beitrag der ArbeitnehmerInnen, sowie individuelle Weiterbildungsansprüche innerhalb der Sozialversicherung, die zunächst durch die bislang in den rein nachsorgenden und Missbrauch anfälligen Bildungsgutscheinen gebundenen Finanzmitteln gespeist werden. Wir werden die ArbeitgeberInnen jedoch nicht aus ihrer Verantwortung für die bisherige betriebliche Weiterbildung und der Finanzierung entlassen. Mittelfristig soll die Finanzierung und Organisation der Weiterbildung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wie wir Jusos 2004 beschlossen haben, sollen Weiterbildungsfonds entstehen, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlen und Weiterbildung finanziert wird. In Anlehnung an das französische Modell würde so im Rahmen der Arbeitsversicherung eine neue Weiterbildungsarchitektur mit einem Mix aus tariflichen und gesetzlichen Maßnahmen entstehen.

So kann in der Gesamtheit eine durch Job-Wechsel ungefährdete finanzielle Grundlage für die Inanspruchnahme von gesetzlich abgesicherten Lernzeitphasen schon während eines noch bestehenden Beschäftigungsverhältnisses gewährleistet werden. Phasen der Lernzeit sind dabei möglichst mit Job-Rotation-Modellen zu vereinbaren. Die Job-Center erstellen regelmäßig auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Weiterbildungsfahrpläne. Dabei vernetzen wir den Lernort Betrieb mit den Möglichkeiten der externen Trägern und öffentlicher Bildungseinrichtungen. Der bisherige Bildungsurlaub ist als Ort der allgemeinen Weiterbildung zu sichern. Die kostenfreie berufliche Erstausbildung ist weiter zu gewährleisten.

Die Einbeziehung von Weiterbildung in die Arbeitsversicherung schafft unmittelbare Beschäftigungschancen. Ähnlich wie im Bereich der sozialen Dienste nach Einführung der allerdings unzweifelhaft dringend reformbedürftigen Pflegeversicherung, ist die Etablierung eines neuen Nachfragemarktes für Weiterbildungsangebote als wissensbasierter Dienstleistungssektor zu erwarten.

–**Das Job Center zu Ende gedacht: Zielgruppenagenturen.** Die Organisation einer Erwerbsbiographie in der gegenwärtigen Arbeitswelt stellt allein mit dem Blick auf ein lebenslanges Lernen erhebliche Managementanforderungen an die individuelle Lebensplanung, die nicht von allen ohne weiteres individuell erfüllt werden können. Gleichzeitig liegen die Kompetenzen für die Verknüpfung gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturpolitik, Beschäftigungspolitik und Weiterbildung bei einer großen Zahl von Institutionen verstreut. Hier etablieren wir im Rahmen der Arbeitsversicherung unter dem Dach der Arbeitsagenturen neue regionale Zielgruppenagenturen, in denen alle relevanten Partner mit ihrem Angebot und Beitrag zusammenkommen und eine einzige verlässliche Anlaufstelle mit integrierten Coaching-Angeboten und Lebensfahrplänen bieten können.

Zunächst wollen wir im Ausbau der bisherigen Anstrengungen regionale JA! –Jugend in Arbeit- Agenturen schaffen, die Bemühungen um Ausbildungsplätze und die Durchführung einer notwendigen Umlagefinanzierung in der Ausbildung, Qualifikation von Jugendlichen und bereits während der Schulabschlussphase Berufsorientierung gibt und Praktika vermittelt. Die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter gehört wie in allen Strukturen auch zu den Kernaufgaben der JA!-Agenturen. Wichtige einzubeziehende Partner sind neben Gebietskörperschaften und Bundesagentur u.a. die Gewerkschaften, die lokalen Unternehmensverbände, die Schulen, Berufsakademien und Hochschulen, sowie die Träger von beruflicher und allgemeiner Weiterbildung. Zudem sind die Träger von Beiratsangeboten für soziale Krisen – und Konfliktfälle von Jugendlichen in den Agenturalltag direkt einzubeziehen.

Die Agentur 50plus, als großes gemeinsames Projekt der Träger einer zukünftigen solidarischen Bürgerversicherung, der Berufsgenossenschaften, der Rentenversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit, wollen wir der besonderen Situation älterer ArbeitnehmerInnen auf dem Arbeitsmarkt gerecht werden. Besondere Qualifikationsdefizite sollen erkannt werden und gemeinsam mit den ArbeitgeberInnen Programme zur Potentialentwicklung älterer ArbeitnehmerInnen organisiert werden. Gleichzeitig hat die Agentur selbstbestimmte Berufsaustrittsphasen und den Übergang in die Seniorenzeit durch besondere tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitmodelle zu begleiten und gesundheitliche Defizite in dieser Phase selbstbestimmt vor der Stufe einer Berufsunfähigkeit im Beschäftigungsverhältnis auszugleichen. In der Seniorenzeit nach dem Austritt aus dem Arbeitsleben ist die Agentur zugleich wenigstens die Anlaufstelle für präventive und beratende Gesundheitsangebote, wenn nicht eine wünschenswerte vollständige Integration der Serviceangebote der Gesundheitsversicherungsträger langfristig möglich werden sollte. Weiterhin vermittelt die Seniorenagentur mit ihren Partnern ehrenamtliche Tätigkeiten, die den Interessen der Senioren entsprechen und organisiert Programme in denen die Senioren ihr erworbenes Wissen und Know-

How an Jüngere etwa in Schulen, in Bildungsmaßnahmen oder als Coaching-Angebot weitergeben können.

Aber auch die klassische Arbeitsagentur erhält mit der Integration der neuen Elternzeit, Qualifikationsangeboten und der Koordination öffentlich geförderter Beschäftigungsangebote Aufgabenbereiche für die zusätzliche personelle Möglichkeiten geschaffen werden müssen. Die Betreuungsquote pro Fallmanager muss weiter deutlich gesenkt werden, damit die im Job-Aktiv-Gesetz verankerten Profilingmaßnahmen und Eingliederungsfahrpläne auch in der Praxis sinnvoll umgesetzt werden. Zudem wollen im Rahmen der Arbeitsversicherung, wie bereits für den Bereich der jugendlichen Berufseinsteiger, jedem Erwerbslosen ein sinnvolles Weiterbildungs- oder Arbeitsangebot machen.

–**Aktive Beschäftigungs- und Strukturpolitik.** Die rechtzeitige gezielte Kompetenzentwicklung im Rahmen lernender Regionen ist für uns ein zentraler Pfeiler erfolgreicher regionaler Strukturpolitik. Die Basis dazu bietet die Arbeitsversicherung durch die Einrichtung der neuen Lernzeit und dem Ausbau der Zielgruppenagenturen. Wir wollen alle an den Chancen des Wandels beteiligen und niemanden zurücklassen.

Im Rahmen regionaler Bündnisse „Lernende Regionen“ sind Bildungsnetze aller Bildungsträger, wie Hochschulen, Betriebe, Träger der Erwachsenenbildung und Schulen zu entwickeln und innerhalb einer Regionalprofilentwicklung gemeinsam mit den Arbeitsagenturen auf die Erfordernisse der lokalen Gegebenheiten hin auszurichten. In den Ausschüssen ist die Politik, Gewerkschaften, Unternehmen und lokale Anspruchsgruppen zu beteiligen. Ziel ist es, niemanden in unsinnigen Maßnahmen zu parken, sondern gezielt zu fördern. Neben der weitergehenden Öffnung der Hochschulen für Weiterbildungsangebote, ist allerdings eine Beschreibung der Berufsbilder in Form von zertifizierten Teilqualifikationsbausteinen Voraussetzung für die rechtzeitige Anpassung der eigenen Qualifikation im Rahmen der Neuen Lernzeit an die beschleunigten Innovationsprozesse und gestiegenen Anforderungen an Technologiekompetenz. Die Zertifizierung erfolgt in einem Zulassungsverfahren durch ein zu schaffendes Zentrum für die Qualität der Weiterbildung, an das sich regelmäßige Evaluationen anschließen. Die Inanspruchnahme der Lernzeit könnte möglichst mit Job-Rotation-Modellen verbunden werden. Um frühzeitig Defizite und Entwicklungschancen zu identifizieren soll die Arbeitsagentur, zusätzlich zu den Arbeitssuchenden, auch den gesetzlich abgesichert Beschäftigten die Möglichkeit anbieten, Qualifikationsprofile zu erstellen um zielgerichtete sinnvolle Weiterbildungsangebote unterbreiten zu können.

In den kommenden Jahren gilt es also zunächst noch im Rahmen der Arbeitsversicherung vorhandene Arbeit neu zu verteilen und gleichzeitig neben allen normativen Argumenten auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung junge Menschen bereits jetzt ausreichend zu qualifizieren. Die mit JUMPplus für Ostdeutschland verwirklichte Beschäftigungsbrücke der Generationen führt den Ansatz der Job-Rotation logisch weiter und will aus den Fehlern der bisherigen zu weitgehenden und unregulierten Altersteilzeitregelung lernen. Unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktbedingungen wollen wir bundesweit die freiwillige stufenweise Arbeitszeitverkürzung und damit das vorsichtige Herausgleiten aus der Arbeitswelt von über 60-jährigen Erwerbstätigen durch Lohnzuschüsse fördern, wenn in einer verbindlichen Vereinbarung gleichzeitig auf demselben Arbeitsplatz eine bislang ArbeitssuchendeR unter 25 Jahren eingestellt oder ein vollwertiger Ausbildungsplatz zusätzlich geschaffen wird. Auf diese Weise sichern wir auch einen Know-How-Transfer von erfahrenen Beschäftigten auf die BerufseinsteigerInnen und organisieren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Damit bekämpft die Arbeitsversicherung aktiv Mismatch-Arbeitslosigkeit, indem sie gezielt Qualifikationen in der jeweiligen Region aufbaut und regionale Strukturpolitik unterstützt. Mit der Zertifizierung von Teilqualifikationen, der Öffnung von Hochschulen und Lernzeitkonten für alle Beschäftigten, wollen wir die noch immer bestehende Trennung zwischen akademischer und beruflicher Bildung, deren ungleicher Finanzierung und den daraus folgenden unterschiedlichen Lebensperspektiven ein gutes Stück aufbrechen und mehr Gerechtigkeit organisieren.

–**Neue Arbeitszeitoffensive.** Wir fordern eine konsequente Verkürzung der Wochenarbeitszeit. In der Verkürzung der Wochenarbeitszeit sehen wir einen Erfolg versprechenden Weg, in kurzer Zeit Arbeitsplätze zu schaffen. Nötig sind staatliche Beiträge zur Arbeitszeitverkürzung (AZV). Eine gesellschaftspolitische Entlastung der Tarifpolitik ist gefordert, nicht nur um die Erfolgsbedingungen von tarifpolitischer Beschäftigungspolitik zu verbessern, sondern um den Schritt zu einer integralen Vollbeschäftigungspolitik zu vollziehen, die

Wachstums- und Verteilungspolitik, Strukturwandel, Qualifikation und Bildung, Einrichtung öffentlicher Beschäftigung und AZV kombiniert.

Die letzten Jahre hatten eine massive Umverteilung zuungunsten der ArbeitnehmerInnen zur Folge. Die strukturbereinigte Bruttolohnquote sinkt, wenn auch mit Brüchen und verlangsamt, unter einer SPD-Regierung kontinuierlich. Noch immer ist die Diskrepanz zwischen dem Anstieg des Bruttoeinkommens aus Arbeit und den aus Unternehmertätigkeit und Vermögen unverhältnismäßig. Es gibt also keinen volkswirtschaftlichen und verteilungspolitischen Grund von der Forderung nach einem vollen Lohnausgleich Abstand zu nehmen, zumal einem Großteil der Beschäftigten Lohneinbußen nicht zuzumuten sind.

Der begrenzten Spielraum der Tarifpolitik ist im Hinblick auf den Verteilungsaspekt und das Kräfteverhältnis der Tarifparteien auszuweiten. Zur Finanzierung dieses Lohnausgleichs müssen neue Finanzierungskonzepte angedacht werden, die gewährleisten, dass die Kosten für die Verteilung von Arbeit gesamtgesellschaftlich getragen werden. Eine Erweiterung des Verteilungsspielraums für radikale AZV ist nur durch das Ausschöpfen des Tarifkuchens einerseits und durch zusätzliche finanzielle Beteiligung von Gesellschaft und Staat zu erzielen. Wir wollen dazu offensiv den Diskurs über die möglichen Instrumente einer neuen gesellschaftlichen Offensive für eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit führen.

Ein abgewandeltes deutsches Robien-Gesetz. Die finanzielle Unterstützung von tariflich bzw. betrieblich vereinbarter AZV ist in vielen Varianten denkbar. Eine Option wäre: Wenn in einem Tarifvertrag oder einer Betriebsvereinbarung eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Reallohn ausgleich festgelegt wird und sich ein Betrieb zu Neueinstellungen in Höhe von 50% der verkürzten Arbeitsvolumens verpflichtet übernimmt die öffentliche Hand die Hälfte der zusätzlich entstehenden Lohnkosten für ein Jahr, dabei muss der neue Arbeitsplatz für ein zusätzliches weiteres Jahr gewährleistet werden. Die Organisation der Lohnzuschüsse erfolgt dabei innerhalb der Arbeitsversicherung.

Ein neues Arbeitszeitgesetz. Zu den Besonderheiten der deutschen Debatte gehört, dass anders als in Frankreich niemand über die einfachste Variante einer administrativen Flankierung von AZV nachzudenken scheint - ein neues Arbeitszeitgesetz. Das gültige von der Bundesregierung 1994 novellierte Arbeitszeitgesetz (ArbZG) bietet den Rahmen für Arbeitszeitverlängerungen. Erlaubt wurde nicht nur die 48-Stundenwoche mit einer täglichen Arbeitszeit von 8-Stunden, sondern auch die 60-Stundenwoche mit einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden innerhalb eines halbjährlichen Ausgleichszeitraumes. Ein neues Arbeitszeitgesetz müsste demgegenüber eine mittelfristige Rahmenbedingung für AZV bieten. Ein neues ArbZG könnte 37-Stunden im Wochendurchschnitt ab sofort festschreiben, die 35-Stundenwoche ab dem Jahr 2006 und die 30-Stundenwoche ab dem Jahr 2010 als Regelwochenarbeitszeit einer Vollzeitbeschäftigung. Dies würde durchaus verteilungspolitisch neutral erfolgen können. Gleichwohl bedeutet ein solcher Paradigmenwechsel auch die Gefahr, dass eine zukünftige Bundesregierung ihrerseits die Wochenarbeitszeit per Gesetz ausdehnt. Diese Möglichkeit stände ihr allerdings ohnehin zur Verfügung.

Absicherung von Teilzeitarbeit. Teilzeitarbeit ist für uns allenfalls dann akzeptabel, wenn sie existenzsichernd und die betriebliche Gleichstellung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten gesetzlich gewährleistet wird. Ziel einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung aus frauenpolitischer Sicht ist vor allem die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Teilung der Arbeit insgesamt. Dabei bietet AZV die Chance einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen an Erwerbsarbeit und Privatleben. Neben der zeitlichen Neuverteilung von Arbeit stellt für uns eine grundlegende Neubewertung der Arbeitsleistung, die sich nicht nur am momentanen Profit, sondern an der gesellschaftlichen Notwendigkeit von Arbeit orientiert, eine zentrale Forderung dar.

Freiwillige Arbeitszeitverkürzung und degressiver Lohnausgleich. Bei höherem Einkommen in abhängiger Beschäftigung müssen freiwillige Arbeitszeitverkürzungen auf Initiative der Arbeitnehmer erzwingen können. Dazu muss das Teilzeitgesetz und die Maßnahmen aus „Job-Aktiv“ der Bundesregierung um einen Sanktionskatalog ergänzt werden.

Abbau von Überstunden. Der Abbau von Überstunden muss darüber hinaus gesetzlich geregelt werden. Die Höchstgrenze für Überstunden könnte z.B. bei 5 Stunden über der Wochenarbeitszeit liegen. Denkbar sind auch Modelle, in welchen Überstunden mit progressiv steigenden Arbeitgeberanteilen an den Sozialabgaben belastet und somit verteuert werden. Hinzu treten die konsumtiven Effekte der zentralen Lohnkonten der Arbeitsversicherung.

Das Prinzip der Subsidiarität wahren. Die Subventionierung von Arbeitszeitverkürzungen ist das effektivste Mittel Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das Maß an Subventionierung muss respektive mit der Möglichkeit zur Durchsetzung der Umverteilung zurückgehen. Umverteilung wird dann möglich, wenn die Kampfkraft der ArbeiterInnenbewegung erstarkt und erst dann wird sich die Subventionierung von AZV als überflüssig erweisen.

Mindestlohn einführen. Um unmittelbares Lohndumping zu verhindern, sind in einem ersten Schritt allgemeinverbindliche, durch die Tarifparteien verhandelte branchendifferenzierte Mindestlohnregelungen umzusetzen. Dabei ist die Hürde zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu senken. Die Höhe des Mindestlohns orientiert sich dabei ähnlich dem Entsendegesetz im Bereich der Bauwirtschaft an der untersten tariflichen Vergütungsgruppe bzw. in Branchen ohne Flächentarif an den gültigen Zeitarbeitsarbeitsverträgen. Gleichzeitig wäre die Sanktionierung von Minijobs bzw. der Umwandlung von Vollzeitverhältnissen in prekäre Beschäftigung durch den Gesetzgeber dringend einer erneuten Überprüfung auf Beschäftigungswirkungen zu unterziehen.

Vereinfachung des Arbeitsrechts. Das bisherige Arbeitsrecht soll durch ein Arbeitsvertragsgesetz vereinfacht werden, welches auf dem Entwurf des Brandenburgischen Arbeitsministeriums von 1996 fußt. Damit wird zum einen die Bestimmung des Art. 30 I Nr. 1 des Einigungsvertrages umgesetzt, zum anderen werden neun Einzelgesetze ersetzt sowie Richterrecht durch klare Gesetzesformulierungen geregelt.

IV. Finanzierung der Arbeitsversicherung

Die Einführung einer Arbeitsversicherung ist die einzige Möglichkeit um unser soziales Sicherungssystem an die sich gewandelten Arbeits- und Lebensbedingungen anzupassen. Grundsätzlich zieht damit die Einführung der Arbeitsversicherung positive gesellschaftspolitische Folgen nach sich. Sie stellt den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine solide Basis. Ökonomisch unterstützt die Arbeitsversicherung die Entwicklung der Produktivkräfte und kann einen Beitrag zur Erhöhung der Produktivität leisten. Diese Refinanzierungskosten sind seriös nicht zu beziffern, dürften aber gleichfalls kaum bezahlbar sein. Zusätzlich zu den gesamtgesellschaftlichen Vorteilen die eine Arbeitsversicherung mit sich bringt, sind eine Reihe von Synergieeffekten feststellbar, so ist eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote auch unter dem Aspekt der Finanzierung des Sozialstaates wünschenswert.

Die Finanzierung der Arbeitsversicherung muss durch einen Mix aus Beiträgen, Steuern und tariflichen Finanzierungsmodellen gelingen. Der größte Teil der Förderinstrumente im Rahmen der Arbeitsversicherung wird wie heute von der Bundesagentur beglichen. Dazu stehen jährlich knapp 7 Milliarden Euro zur aus Steuern und Beiträgen Verfügung. Ein erhöhter Steuerzuschuss durch den Bundeshaushalt zur Ausweitung der Finanzierung von Übergängen im Erwerbsleben ist denkbar. Subventionen, wie das Ehegattensplitting oder Frühverrentungsmaßnahmen, sind bei der Arbeitsversicherung obsolet. Eine höhere Steuerfinanzierung der Arbeitsversicherung ist allein deshalb schon notwendig, weil die Einbeziehung von Selbständigen und neuen Beschäftigungsformen andernfalls die Einnahmeseite erodieren lassen würde.

Die neue Weiterbildungsarchitektur wird durch ein paritätisch finanziertes Weiterbildungsfondsmodell sichergestellt. Die Unternehmen zahlen jährlich 2% der Bruttolohnsumme zur Schaffung der Fonds ein. Durch das Schließen von Tarifverträgen zur Finanzierung und Bereitstellung von Weiterbildung können sich die Unternehmen von der Abgabe befreien. Dies erhöht den Anreiz für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer solche Tarifverträge zu konzipieren. Die Gewerkschaften sind gefordert, das Thema Weiterbildung auf die Agenda der tarifpolitischen Auseinandersetzung zu setzen. Die Refinanzierungsrate dieses Modell durch Produktivitätsgewinnen dürfte äußerst hoch sein.

Damit eher arbeitsintensive Unternehmen durch eine Arbeitsversicherung nicht zu stark belastet werden fordern wir eine Umwandlung der ArbeitgeberInnenbeiträge hin zu einer Wertschöpfungsabgabe. Im Zuge der veränderten Arbeitswelt, neuen Produktionsweisen und einer hohen Arbeitslosigkeit wäre dieses nur konsequent, denn die hohe Belastung des Faktors Arbeit im Verhältnis zum Kapital vermindert den Einsatz von Arbeit in der Produktion. Bei der Wertschöpfungsabgabe wird die Wertschöpfung eines Betriebes alternativ zur Lohn- und Gehaltsumme als Beitragsbasis herangezogen. Mit in die Berechnung hineinfließen sollen die Abschreibungen, Gewinne, Fremdkapitalzinsen, Mieten, Pachten und Steuern. Nicht mehr ausschließlich die Lohnsumme eines Unternehmens würde damit als Bemessungsgrundlage dienen, sondern seine ökonomische Leistungsfähigkeit.

C 4 - Ja zur solidarischen BürgerInnenversicherung. Alle für Alle. Alle durch Alle.

Die Jusos begrüßen die Vorschläge, das starre Gesundheitssystem, welches einseitig Löhne und Gehälter abhängig Beschäftigter zur Verbeitragung heranzieht, durch ein System einer solidarischen BürgerInnenversicherung zu ersetzen.

Analyse

Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland ist wie kein zweites durch ein striktes Zwei-Klassensystem gekennzeichnet. Allen Bemühungen zum Trotz gelang es bislang nicht, das System der Trennung zwischen Kassen- und PrivatpatientInnen wirkungsvoll zu reformieren.

Bislang besteht das Gesundheitswesen aus zwei verschiedenen, mehr oder weniger miteinander konkurrierenden Systemen. Circa 90% der Bevölkerung, deren Einkommen unter der Versicherungspflichtgrenze von 3900¹ Euro liegt, sind in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert. Etwa 15% der Bevölkerung sind nicht Mitglieder der GKV. Teils können sie sich der solidarischen Mitfinanzierung des Gesundheitswesens entziehen (Besserverdienende, Selbständige), teils wird ihnen eine Versicherung gar unmöglich gemacht (v.a. BeamtInnen der unteren Besoldungsgruppen nicht hier getroffen).

Langfristig streben wir Jusos die Abschaffung der privaten Krankenversicherung ab. Hierzu fordern wir eine schrittweise Einführung der BürgerInnenversicherung, deren Versichertenstamm sich um die Neugeborenen und die Berufsanfänger erweitert. Es ist zu prüfen, ob einzelnen Berufsgruppen, z.B. BeamtInnen, ein Übertrittsrecht von der privaten in die BürgerInnenversicherung eingeräumt wird. So kommt es nur zu einer Übergangsphase, in der private und gesetzliche Krankenversicherungen nebeneinander existieren. Modellrechnungen haben gezeigt, dass dieses Modell schon binnen weniger Jahre positive Wirkungen auf die Entwicklung des Beitragssatzes entfalten wird.

Ein Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Kassenarten, gesetzliche und private Krankenkassen, kommt im alten System nicht zustande. Von diesem Wettbewerb erhofft man sich einen Zugewinn an Effizienz bei verwaltungstechnischen Verfahren und somit Kostensenkungspotentiale. Gerade einen solchen Wettbewerb um niedrige Beitragssätze zu generieren ist ein Ziel des Konzeptes einer solidarischen BürgerInnenversicherung. Dennoch ist bei dem Konzept des stärkeren Wettbewerbs darauf zu achten, dass Effizienzsteigerung und Ausnutzung von Kostensenkungspotentialen nicht zu Lasten betrieblicher Mitbestimmung und der Sicherung von Arbeitsplätzen betrieben wird. Es darf hier keinen bedingungslosen Wettbewerb geben, sondern dieser muss auch mit den sozialen Vorstellungen von Arbeit kompatibel sein.

Systemimmanente soziale Ungerechtigkeit

Denjenigen, denen das Privileg eines hohen Verdienstes beschert ist oder die einfach einer speziellen Berufsgruppe angehören (BeamtInnen, Selbstständige, FreiberuflerInnen), ist es bislang möglich, sich der solidarischen Finanzierung der Gesundheitskassen zu entziehen. Durch diese Tatsache wird systemimmanent zum Problem der Finanzierung des Gesundheitswesens maßgeblich beigetragen.

Gerade Besserverdienende und BeamtInnen haben die höchste Lebenserwartung und den geringsten Krankenstand. Untersuchungen zeigen, dass ein hohes Pro-Kopf-Einkommen positiv mit hoher Lebenserwartung² korreliert. Diese „guten Risiken“ wechselten bislang in die privaten Krankenkassen. In den gesetzlichen Kassen verbleiben zum großen Teil die „schlechten Risiken“. Nur die gesetzlichen Kassen verfügen mit dem Mittel des Risikostrukturausgleichs über ein neutralisierendes Element. Private Kassen verbleiben bei der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Risiken, wie Behinderungen oder Alterskrankheiten, außen vor^{3,4}, da sie nichts in den Risikostrukturausgleich beitragen.

Diese gesellschaftlichen Risiken finanzierten bislang zum größten Teil die abhängig Beschäftigten, da diese den größten Teil der BeitragszahlerInnen der GKV darstellen.

Dennoch schaffte man es, auch durch massive, entsolidarisierende Einschnitte und Kürzungen beim gesetzlichen Leistungskatalog, die Gesundheitsausgaben im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen nahezu konstant zu

¹ Die Versicherungspflichtgrenze wird jährlich angepasst. Die im Antrag genannte bezieht sich auf das Jahr 2005.

² Siehe: World Development Report 1993 (Quelle: Weltbank).

³ Behinderten wird der Eintritt in die PKV durch die individuelle Gesundheitsprüfung fast unmöglich gemacht.

⁴ Noch weit mehr als 90% der über 65jährigen sind in einer GKV versichert. Quelle: Bericht der Projektgruppe BürgerInnenversicherung des SPD Parteivorstandes.

halten. Die viel beschworene Ausgabenexplosion lässt sich also nicht verifizieren.⁵ Vielmehr hat das System der GKV ein Einnahmeproblem. Hat sich das Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahrzehnten fast verdoppelt, stiegen die Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit nur um gerade einmal die Hälfte. Die Lohnquote nahm immer weiter ab. Dies führte zu immer geringer ausfallenden Einnahmen bei den beitragsfinanzierten Sozialsystemen. Die gezielte Förderung von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor trug ihr weiteres zur Einnahmenerosion der Sozialversicherungen bei.

Bislang werden PrivatpatientInnen bei der Behandlung durch ChefärztInnen überversorgt. PrivatpatientInnen bezahlen in der Regel für medizinische Leistungen deutlich mehr als in der Gebührenordnung für Ärzte festgelegt ist; mindestens das 1,3-fache. Durch die direkte Abrechnung mit den ChefärztInnen haben diese einen hohen Anreiz, vermehrt PrivatpatientInnen zu behandeln, auch wenn dies anhand der medizinischen Diagnose gar nicht von Nöten wäre. Hier tritt eine Fehlallokation von medizinischer Leistung auf, die von einem hohen Maß an sozialer Ungerechtigkeit geprägt ist.

Der Gegenentwurf

Das Konzept der solidarischen BürgerInnenversicherung schafft es erstmals, einen Gegenentwurf zur einseitigen Belastung des Faktors Arbeit bei der Finanzierung des Sozialwesens zu präsentieren.

Solidarisch ist diese BürgerInnenversicherung in zweierlei Hinsicht:

1. Sie bezieht alle Einkommensarten, nicht mehr nur die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, zur Finanzierung des Gesundheitswesens mit ein. In Zukunft leisten auch Selbständige, UnternehmerInnen und FreiberuflerInnen ihren Beitrag für das Gemeinwesen.
2. Die solidarische BürgerInnenversicherung wird durch eine Abgabe auf Kapitalerträge mit finanziert. Die Versicherung wird auf eine größere, tragfähigere Basis gestellt. Der Diskriminierung von Einkommen aus unselbstständiger Arbeit gegenüber Kapitaleinkommen wird damit entgegen gewirkt.

Kritikpunkte an derzeitigen Umsetzungsvorschlägen

In der Projektgruppe um Andrea Nahles wurden viele wichtige Vorschläge zur praktischen Umsetzung einer solidarischen BürgerInnenversicherung erarbeitet, die wir aus sozialdemokratischen Gesichtspunkten für absolut umsetzungs-notwendig halten. Darüber hinaus sind diese, wie dem Abschlussbericht zu entnehmen ist, wissenschaftlich untermauert und durchgerechnet.

Die von der Parteispitze, an zentralen Stellen ad hoc beschlossenen Veränderungen des Gesamtkonzeptes halten wir für wenig durchdacht und stellenweise kontraproduktiv. Daher wollen wir folgende Ergänzungen, die wir für sinnvoll halten, zur Diskussion stellen und fordern deren Umsetzung.

Als eine der wichtigsten Einkommensarten, die in der zweiten Säule der BürgerInnenversicherung zur Verbeitragung herangezogen werden sollten, sind solche aus Vermietung und Verpachtung.

Laut Vorschlägen des Parteivorstandes sollen diese Einkommensarten aber ausgenommen bleiben.

Durch die derzeitige Abschreibungspraxis ist es möglich, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung laut Bundesministerium für Finanzen so zurückzurechnen, dass keine Verbeitragung durch die BürgerInnenversicherung stattfinden würde. Demnach, so die Argumentation, sei es effizienter, ganz auf die Verbeitragung von Einkommen aus Vermietung und Verpachtung zu verzichten.

Wir Jusos fordern, sobald positive Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung in der Steuererklärung aufgeführt sind und diese den Sparerfreibetrag übersteigen, diese auch zu verbeitragen. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, die Abschreibungspraxis dahingehend zu überprüfen, dass mehr Steuergerechtigkeit hergestellt wird.

Paritätische Finanzierung muss bestehen bleiben

Die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems durch die so genannte Einfrierung des ArbeitgeberInnenanteils auszuhebeln, lehnen wir kategorisch ab. Diese Entscheidung würde das Tor zur weiteren Umschichtung der Finanzierung der Sozialsysteme zu Lasten der ArbeitnehmerInnen noch weiter öffnen. Dies ist aus sozialdemokratischer Sicht unververtretbar. Die BefürworterInnen dieser Maßnahme verfolgen die gleiche Ansicht wie

die AnhängerInnen der unzähligen, unsozialen Kopfpauschalenmodelle. Man erhofft sich, durch die einseitige Einsparung beim Faktor Arbeit größere Anreize für Mehrarbeit zu schaffen, einen Substitutionseffekt zu generieren, was letztendlich dazu führt, ein Argument mehr für die Ausdehnung der Wochenarbeitszeit zu liefern.

Eine solche Verlängerung der Wochenarbeitszeit hat ihrerseits wiederum negative Effekte auf die Beschäftigungszahlen.

Darüber hinaus hat die Entlassung der ArbeitgeberInnen aus Ihrer Mitverantwortung zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben zur Folge, dass diese kein direktes Interesse mehr daran haben, die Gesundheitsausgaben

⁵ Ein überdurchschnittlicher Ausgabenanstieg ist lediglich für die Zeit der Wiedervereinigung zu beobachten. Feststellbar ist ein weiter fast konstanter Verlauf des Ausgabenanteils.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

effizienter zu gestalten. Maßnahmen zum Arbeitsschutz (sicheres und gesundes Arbeiten) würden zur Disposition stehen, da steigende Ausgaben im Gesundheitssystem in erster Linie nur von den ArbeitnehmerInnen zu schultern wären. Das kann nicht im Sinne einer sozialdemokratischen Gesundheitspolitik sein.

Die Einnahmeseite weiter sozial gerecht stärken

Ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Gesundheitspolitik muss das eines sozial gerechten Umgangs mit dem Instrument der Beitragbemessungsgrenze (BBG) sein. Die derzeit festgelegte Höhe⁶ von 3525 € spiegelt in keinsten Weise die Einkommenssituation vieler GutverdienerInnen in der Bundesrepublik wieder. Deren Einkommen übersteigen die Beitragbemessungsgrenze oft um ein Vielfaches. Die BBG stellt aber eine Deckelung der zu zahlenden Krankenkassenbeitrages dar, was einer Politik widerspricht, die das Solidarprinzip als Handlungsauftrag verfolgt.

Aus unserer Sicht muss die Beitragsbemessungsgrenze deutlich angehoben werden, um eine gerechtere Beteiligung der GutverdienerInnen an der solidarischen Gesundheitsfinanzierung sicher zu stellen.

Auf jeden Fall muss die Einführung der solidarischen BürgerInnenversicherung kurzfristig mit einer Erhöhung, langfristig mit der Beitragsbemessungsgrenze einhergehen. Gerade die Aufhebung des Zweiklassen-Gesundheitssystems eröffnet die Möglichkeit einer solchen Maßnahme, ohne weitere „Fluchtbewegungen“ der EmpfängerInnen höherer Einkommen aus ihrer Solidarpflicht zu verursachen.

Darüber hinaus bleibt zu prüfen, ob die Möglichkeit einer degressiven Verbeitragung, ähnlich dem Einkommensteuersystem nur mit umgekehrten Vorzeichen, von Löhnen und Gehältern über der BBG in Betracht kommen könnte.

Auch die Ausgabenseite konsequent im Blick haben

Um die Reformen nicht nur auf die Einnahmen zu beschränken, muss auch die Ausgabenseite betrachtet werden. Hier sind nicht zu unterschätzende Beitragssenkungspotenziale zu erwarten. Die schon viel diskutierte Positivliste, die unwirksame und teure Medikamente vom Arzneimittelmarkt nimmt, muss endlich gegen die dominierenden Lobbygruppen im Gesundheitssystem durchgesetzt und eingeführt werden. Die durch den immer weiter ausgeweiteten Patentschutz, der schon bei einer geringen Änderung der Wirkstoffkombinationen erneut im vollen Umfang gilt, geschützten Medikamente der schon bei einer geringen Änderung der Wirkstoffkombinationen erneut im vollen Umfang gilt, erhöhen die Ausgaben im Gesundheitssystem für Arzneimittel im internationalen Vergleich über jegliches Maß. Dieser Umstand stellt eine nicht hinzunehmende Bereicherung der Pharmaindustrie auf Kosten der Gesellschaft dar.

Die den PatientInnen von der Union aufgebürdete Praxisgebühr, die die SPD in dieser Weise nicht befürwortete, halten wir für kontraproduktiv.

Hier wird eine unnötige und sozial selektierende Barriere vor den Eintritt in die Gesundheitsversorgung aufgebaut. Wir fordern, die Einführung eines Hausarztmodells, wie es ursprünglich in den Reformen der SPD vorgesehen war. Die quartalsmäßig fällige Praxisgebühr halten wir Jusos für einen weiteren Schritt zum Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung, den wir grundlegend ablehnen. Darüber hinaus stellt die Praxisgebühr eine nicht vertretbare Umverteilung von Kranken zu Gesunden dar, was gesamtgesellschaftlich einer Umverteilung von den unteren zu den oberen Einkommenschichten gleichkommt.

Die Kassenärztliche Vereinigung ist eine nicht zu reformierende, monopolistische Institution aus längst vergangenen Zeiten. In Zukunft muss hier eine neue Regelung getroffen werden, die die Aufgaben der KV übernimmt. Bei der Zulassung von ÄrztInnen ist denkbar, diese Aufgabe den Gesundheitsämtern zu übertragen.

Die KV soll in Zukunft nicht mehr die Verhandlungen über die Vergütung von Leistungen mit den Krankenkassen führen, da dies zu Reibungsverlusten führt und den Wettbewerb zwischen den Kassen hemmt. In Zukunft verhandeln die Krankenkassen direkt mit ÄrztInnen und Krankenhäusern.

Bei den Krankenkassen muss es zu mehr Transparenz kommen. Gelder der Versicherten dürfen nicht für völlig überzogene Vorstandsbezüge verschwendet werden. Die Gehälter der Vorstandsmitglieder müssen für die Öffentlichkeit einsehbar sein. Denn die Öffentlichkeit ist es, die diese Gehälter finanziert. Deshalb müssen diese

Bezüge auch auf Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Gleiches gilt für die Bezüge der Funktionäre der Kassenärztlichen Vereinigungen. Viel zu lange wurden hier Beiträge verschwendet.

Nicht zu unterschätzen ist der Verlust, den die gesetzlichen Krankenkassen jährlich durch Betrug mit falschen Versicherungskarten erleiden. Oft wird dieser in der Öffentlichkeit bagatellisiert; dabei steigen die Ausgaben, die durch den Betrug verursacht werden in den mehrstelligen Millionenbereich.⁷ Die größte Dreistigkeit begehen

⁶ Die Beitragsbemessungsgrenze wird jährlich angepasst. Für die GKV gilt in Ost und West die gleiche Höhe der Beitragsbemessungsgrenze. Datenquelle: Frank Piltz, Der Sozialstaat, Bonn 2004.

⁷ Das niedersächsische Ärzteblatt veröffentlichte schon im Februar 2003 die Berechnungen der KV Bayern. Hiernach wurde im Jahr 2002 allein in Bayern ein Schaden von 100 Millionen Euro durch Betrug mit Chipkarten verursacht. Hierbei handelt es sich um eine vorsichtige Schätzung.

PrivatpatientInnen, die sich Medikamente auf (Versicherten-)Karte verschreiben lassen, um so Kostenvorteile bei Arzneimitteln auszunutzen. Aus diesem Grund halten wir die Einführung einer PatientInnenquittung, bei der Beträge im Einzelnen aufgeführt sind, für unerlässlich.

Nur so wird es auch den Krankenkassen ermöglicht nachzuvollziehen, welche Leistungen ihre Versicherten in Anspruch nehmen; nur so können sie auch prüfen, ob die LeistungsbezieherInnen auch regulär versichert sind. Darüber hinaus wird der Betrugsschaden, der durch gefälschte Abrechnungen in der Realität nicht erbrachter medizinischer Leistungen der KassenärztInnen entsteht, weitestgehend unterbunden.

Diese aufgezählten Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz im Gesundheitssystem tragen aus unserer Sicht viel mehr zu einer Senkung der Ausgaben bei, als die unsozialen Kürzungen des Leistungskataloges der GKV. Die Kürzung des Leistungskataloges führt nur zu einer weiteren Aufweichung der paritätischen Finanzierung, da die VersicherungsnehmerInnen gezwungen sind, sich aus eigenen Mitteln zusätzlich über die Leistungen der GKV hinaus zu versichern.

Wir Jusos fordern ein klares Bekenntnis zum umfassenden medizinischen Leistungskatalog sowie zum Sachleistungsprinzip.

Gegenwärtig gibt es eine große Akzeptanz⁸ für die solidarische BürgerInnenversicherung, wie sie die Projektgruppe vorgestellt hat. Die Menschen schätzen den großen Gewinn an Gerechtigkeit und Solidarität.

Dies dürfen wir nicht durch unüberlegte Entschlüsse zu Gunsten entsolidarisierender Maßnahmen wie der Kopfpauschale verspielen.

Die BürgerInnenversicherung Pflege

Die Schieflage zwischen Sozialer und Privater Pflegeversicherung nimmt zu. Während in der Privaten Pflegeversicherung Beitragssenkungen möglich sind, drohen in der Sozialen Pflegeversicherung Beitragssatzsteigerungen. Ursache sind nicht Effizienzunterschiede, sondern eindeutig bessere Risiken der Versicherten in der Privaten Pflegeversicherung. Dort liegen die Ausgaben pro Versicherter/m bei ca. einem Viertel der Ausgaben je Versicherter/m in der Sozialen Pflegeversicherung. Selbst alters- und geschlechtsadjustiert verursachen Privatversicherte nur ca. 30 Prozent der Ausgaben der gesetzlich Versicherten. Ergebnis der gegenwärtigen Aufteilung in Soziale und Private Pflegeversicherung ist, dass die BezieherInnen hoher Einkommen in der Privaten Pflegeversicherung (auch absolut) niedrigere Beiträge zahlen als Versicherte in der Sozialen Pflegeversicherung. Dies ist eine Umkehrung des Solidarprinzips. So hatte die Private Pflegeversicherung im Jahr 2003 Beitragseinnahmen in Höhe von 205 Euro pro Versicherter/m gegenüber 238 Euro (2003) in der Sozialen Pflegeversicherung. Während die Soziale Pflegeversicherung trotz der höheren durchschnittlichen Beitragseinnahmen mit einem Defizit abschloss, konnte die Private Pflegeversicherung aufgrund der um ca. 75 Prozent geringeren Leistungsausgaben je Versicherter/m hohe Rücklagen bilden und die Beitragssätze senken⁹.

Ohne weiteres lässt sich das Konzept einer solidarischen BürgerInnenversicherung auch auf die Pflegeversicherung übertragen. So lässt sich die derzeitige Schieflage zwischen privater und gesetzlicher Versicherung beheben und die Pflegeversicherung zukunftssicher finanzieren. Eine Reform dieser Sozialversicherung ist dringend geboten. Auch in diesem Bereich müssen wir den neoliberalen MarktöffnungsapologetInnen entschieden entgegen treten. Beim Status Quo, d.h. keine weiteren Leistungsausweitungen, läge der Beitragssatz einer BürgerInnenversicherung Pflege auch 2025 bei etwa 1,85%. Ohne weiters wären eine Verbesserung der Pflege von Demenzkranken und die Verbesserung der stationären Pflege möglich. Der Beitragssatz würde auch dann nicht über 2% (2025) hinausgehen.

Wir Jusos fordern daher die Einführung einer BürgerInnenversicherung Pflege.

Eine weitergehende Begründung erfolgt mündlich.

C6 - Kinderbetreuung – flächendeckende Versorgung auf hohem qualitativen Niveau verwirklichen

1. Drei gute Gründe für mehr Betreuung

Für eine Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen im gesamten Bundesgebiet gibt es eine Reihe guter Gründe, die die Gleichstellung der Frau, wirtschaftliche Notwendigkeiten und das Wohl der Kinder gleichermaßen berücksichtigen, und keineswegs die Anliegen von Frauen und die Bedürfnisse von Kindern gegeneinander ausspielen.

Pro Gleichstellung: Vereinbarkeit von Familie und Beruf im flexiblen Arbeitsmarkt

Junge Erwachsene stehen in der Bundesrepublik Deutschland einem häufig unversöhnlichen Spannungsverhältnis gegenüber. Während der Kinderwunsch weiterhin einen hohen Stellenwert innerhalb der jungen Generation einnimmt und auch verwirklicht werden soll, stellt sich insbesondere für junge Frauen die Frage, wie der Wunsch

⁸ In zahlreichen Meinungsumfragen stimmten immer weitaus mehr als 60% für das Konzept einer solidarischen BürgerInnenversicherung. Siehe Bericht der Projektgruppe BürgerInnenversicherung.

⁹ So nachzulesen in "Auswirkungen einer BürgerInnenversicherung in der Pflegeversicherung" von Karl Lauterbach. www.igke.de.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

nach Familie in Einklang mit der gleichfalls gewollten Teilhabe am Erwerbsleben gebracht werden kann. Die sich in Anzahl und Form erheblich unterscheidenden Betreuungsangebote in den Ländern führen dazu, dass wenn Eltern nicht über ein bestehendes Netzwerk von Freunden, Verwandten und Nachbarn verfügen, um die fehlenden Betreuungsstunden zu überbrücken, es in der Regel noch immer die Mutter ist, die gezwungen ist, allenfalls eine geringfügige Beschäftigung oder eine Teilzeitstelle mit geringem Stundenumfang anzunehmen. Dies ist jedoch mit schlechteren Chancen innerhalb des Erwerbslebens verbunden. Da sich ein Bruch in der Erwerbsbiografie in späteren Jahren allzu häufig nicht mehr wettmachen lässt und mit einer Minderung des zukünftig erzielbaren Erwerbseinkommens verbunden ist, entscheiden sich viele junge Frauen bewusst gegen die Familie, selbst wenn sie sich grundsätzlich Kinder wünschen.

Im Zuge der beschriebenen Entwicklung kommt es zu einem gespaltenen Fertilitätsverhalten innerhalb der Jungen Generation. Während 30 Prozent der 1965 geborenen Frauen kinderlos sind (bei den Akademikerinnen sind es sogar über 40 Prozent), verharren Frauen mit Kindern häufig in einem Lebensmodell, das sie nicht wünschen, aus dem sie aber auf Grund der derzeit mangelnden Betreuungssituation nicht herausbrechen können. So kommt u. a. eine Umfrage der sozialstaatlich unverdächtigen Unternehmensberatung McKinsey aus dem Mai 2002 zu dem Ergebnis, dass 71 Prozent der befragten Frauen, die aus familiären Gründen ihre berufliche Tätigkeit eingeschränkt oder eingestellt haben, sich für bessere Betreuungsmöglichkeiten aussprachen, um wieder oder in verstärktem Maße erwerbstätig sein zu können.

Ziel einer Politik für junge Menschen muss es daher sein, einen institutionellen Rahmen zu schaffen, der es jungen Eltern ermöglicht, ihren Wünschen entsprechend eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf beider Elternteile ohne zeitliche Brüche zu realisieren.

Pro Wachstum: Beschäftigung und Haushaltentlastung

Gleichzeitig stellt der Ausbau der Kinderbetreuung einen wichtigen Baustein für eine beschäftigungsorientierte Wachstumspolitik dar. Dabei entstehen nicht nur mehr Beschäftigungen, sondern darüber hinaus auch erhebliche Einnahmen und Einspareffekte der öffentlichen Haushalte von Bund, Länder und Kommunen sowie der Sozialversicherungsträger.

Mütter, die auf Grund einer besseren Kinderbetreuung einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, müssen keine oder geringere Leistungen aus den Sozialversicherungssystemen erhalten und zahlen gleichzeitig ihre Beiträge ein. Die Errichtung von zusätzlichen Kindertageseinrichtungen schafft eine Reihe von Arbeitsplätzen für Personen, die ebenfalls keine Sozialversicherungsempfänger mehr wären und in diese einzahlten. Beide Personengruppen würden überdies auch zu Steuerzahlern. Insgesamt errechnete das DIW im Jahr 2002 Mehreinnahmen von sechs Milliarden Euro bei der Einkommenssteuer und 8,9 Milliarden Euro bei den Sozialversicherungen.

Insbesondere für alleinerziehende Frauen (und auch Männer) bedeuten verbesserte Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, nicht nur am Erwerbsleben teilnehmen zu können, sondern auch das Armutsrisiko, das für sie in einem erhöhten Maße besteht, zu durchbrechen.

Pro Kindeswohl: Integration und Zukunftschancen für den Nachwuchs

Eine möglichst frühzeitige Förderung von Kindern dient deren Zukunftschancen, der Integration und der langfristigen Sicherung von Gleichstellung. Soziales Lernen in Kindertageseinrichtungen sowie eine qualitativ hochwertige, kindgerechte vorschulische Bildung kann unterschiedliche Voraussetzungen der Kinder durch sozial verschiedene Familienhintergründe angleichen. Dabei muss den Bedürfnissen von Kindern Rechnung getragen werden. Ein Recht auf Kindsein muss gewährt sein. Dies gilt insbesondere für Kinder mit Migrationshintergründen und hierbei vor allem junge Mädchen. Nicht nur, dass bekanntlich die Lernfähigkeit in den ersten Lebensjahren am größten ist, hier werden auch die Voraussetzungen für den weiteren Lebensweg zementiert. Diese Determinierung des Lebenswegs muss unbedingt beseitigt werden. Dazu reicht nicht die bloße Gewährleistung von Startchancengleichheit, sondern wir müssen Chancengleichheit auf ganzer Linie schaffen.

Der in Kindertageseinrichtungen auch über das Vorschulalter hinaus gehende Aspekt eines ganzheitlichen Bildungsansatzes dient darüber hinaus auch der Gesundheitsförderung und Früherkennung. Mehr als jemals zuvor besteht heute ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und chronischen Erkrankungen insbesondere des Herz-Kreislauf-Systems, dessen Grundstein bereits in den ersten Kinderjahren gelegt wird.

Flächendeckende Kinderbetreuung für alle bedeutet daher auch, Zukunftschancen für alle zu und den Grundstein für eine spätere reelle Gleichstellung zu schaffen.

2. Status quo

Soziale Ungerechtigkeiten

Die momentane Betreuungssituation weist vor allem zwei soziale Ungerechtigkeiten auf, die es für eine fortschrittliche Politik zu überwinden gilt:

1. Auf Grund der mangelnden Versorgungslage bestehen in einigen Bundesländern Beschränkungen im Zugang und Umfang der Betreuung, wenn ein Elternteil nicht erwerbstätig ist. So haben in Sachsen-Anhalt und Berlin (teil)erwerbslose Eltern lediglich einen Anspruch auf eine Halbtagsbetreuung, während in Brandenburg Eltern von Kindern unter drei Jahren und in der 5./6. Klasse lediglich einen Anspruch haben, wenn die familiäre Situation (Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Arbeitssuche u. ä.) dies erforderlich macht.
2. Analog zu den diskutierten Studiengebühren führen Kita-Gebühren bereits jetzt dazu, dass Eltern ihre Kinder aus Kostengründen nicht in die Kinderbetreuung geben, bzw. sie bei einer Erhöhung herausnehmen.

Insbesondere Geringverdienerhaushalte werden selbst bei sozial gestaffelten Gebühren auf eine institutionelle Betreuung verzichten, wenn dies nicht zwingend nötig ist und die Bereicherung für das Kind nicht erkannt wird. Kinder aus sozial benachteiligten Familien werden in Folge dessen noch stärker ausgegrenzt. Gleichzeitig können zu hohe Gebühren bei Besserverdienenden dazu führen, dass sie die Betreuung privat organisieren und es so zu einer sozialen Entmischung der Einrichtungen kommt.

Besonders prekär wirken diese Ungerechtigkeiten, wenn Familien mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Schichten die Betreuung nicht wahrnehmen bzw. teilweise davon ausgeschlossen sind. Gerade im Kindergarten werden wichtige Grundlagen für die Entwicklung von Kindern gelegt. Damit kommt den Kindertagesstätten eine besondere Verantwortung zu, Barrieren, die die Chancen von Kindern beeinträchtigen, abzubauen und Integration zu fördern. Dazu zählt die Förderung von Sprachkompetenz gerade – aber nicht nur – bei Kindern mit Migrationshintergrund. Dazu gehört aber auch die aktive Förderung der Entwicklung von Toleranz, eigenständigem Denken und gegenseitigem Verständnis.

Ein entsprechend qualifiziertes, integrativ wirkendes pädagogisches Angebot in den Kindertagesstätten soll dazu beitragen, dass soziale und kulturelle Herkunft nicht von Geburt an maßgeblich über die spätere Chance von Kindern entscheiden. Letztendlich profitieren von solchen Formen der Kinderbetreuung alle Kinder – auch aus diesem Grund halten wir eine ganztägige, pädagogische hochwertige Betreuung aller Kinder für unabdingbar. Das bedeutet darüber hinaus auch, dass integrative Kindergärten, in denen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam spielen und lernen, zum Regelfall werden müssen. Um diese Maßnahmen wirksam umsetzen zu können, bedarf es aber eines unbeschränkten, kistenlosen Zugangs zu den öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Bevölkerungsschichten, da sich nur so die soziale Ausgrenzung schon im Kleinkindalter und damit die Manifestation sozialer Unterschiede vermeiden lässt.

Situation der Betreuung in den Neuen und Alten Bundesländern

Der Umfang des bestehenden Betreuungsangebotes ist weiterhin zwischen den Alten und Neuen Bundesländern und innerhalb der Alten Länder teilweise zwischen Flächenländern und den Stadtstaaten (einschließlich West Berlin) durch eine Spaltung geprägt. Die Neuen Bundesländer weisen hierbei in allen Altersgruppen (unter 3-Jährige, 3 bis 6,5-Jährige und 6 bis 10-Jährige) wesentlich höhere Versorgungsquoten auf, als in den Alten. Deutlich wird, dass die unterschiedlichen Traditionen in der Einstellung zur institutionellen Kinderbetreuung die Wende überdauert haben. Die Alten und Neuen Länder müssen demnach auch heute noch getrennt bewertet werden, um ein realistisches Bild zu zeichnen.

Hoher Ausbaubedarf in den Alten Bundesländern

Die letzten veröffentlichten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von Ende 2002 verdeutlichen, dass zwischen 1994 und 1998 in den Alten Bundesländern ein deutlicher Schritt zur Erhöhung der Betreuungsplätze unternommen wurde, die Entwicklung sich jedoch in den folgenden Jahren kaum fortgesetzt hat. Hinzu kommt, dass der Ausbau fast vollständig im Bereich der Kindergartenbetreuung vorgenommen wurde. Die Ausweitung der Krippen- und Hortbetreuung wurde dabei fast vollständig vernachlässigt.

Erklärbar wird diese Entwicklung durch die gesetzliche Verpflichtung, bis 1996 den Rechtsanspruch auf Kindergartenbetreuung in den Bundesländern zu verwirklichen.

Bei Betrachtung der Platz-Kind-Relation, also dem Verhältnis aller Kinder in der Altersgruppe zwischen 3 und 6 Jahren zu den zur Verfügung stehenden Plätzen in den Kindertagesstätten, wird jedoch deutlich, dass trotz des Rechtsanspruchs in den Alten Bundesländern durchschnittlich auch heute keine Vollversorgung gegeben ist. Für das Jahr 2002 betrug die allgemeine Platz-Kind-Relation 88%. Rein rechnerisch wurde also für 12 % der Kinder in der Altersgruppe der Rechtsanspruch nicht genutzt.

Die Ausnahmen bilden lediglich Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und das Saarland, wo eine Vollversorgung zumindest von der vorgehaltenen Platzzahl gewährleistet ist. Hinsichtlich der Frage, welche Alternativen zur Kindergartenbetreuung genutzt werden, kommt eine Studie von Büchel/Spieß aus dem Jahr 2002 anhand des

sozioökonomischen Panels des DIW zu dem Ergebnis, dass etwa 3% der westdeutschen Kinder im Kindergartenalter durch eine Tagespflege betreut werden. Gleichzeitig werden ausländische Kinder dieser Altersgruppe mit einer nichterwerbstätigen Mutter signifikant häufiger allein elterlich betreut als deutsche Kinder.

Bei Analyse der Kindergartenbetreuung unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verschlechtert sich die aktuelle Situation noch stärker.

Da für eine gerechte Teilhabe von Müttern und Vätern am Erwerbsleben eine flexible ganztägige Betreuung die Optimalform darstellt, müssen für diese Betreuungsform in Westdeutschland noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden. So boten 2002 in Westdeutschland nur 24 % der Plätze für Kindergartenkinder eine ganztägige Betreuung an. Stattdessen werden überwiegend Vor- und Nachmittagsplätze ohne Mittagessen (48%) sowie Vor- oder Nachmittagsplätze ohne Mittagessen angeboten. Nur drei Prozent der Plätze stehen als Halbtagsplätze mit Mittagessen zur Verfügung. Die Ganztagsbetreuung wird dabei überproportional häufig von Kindern aus finanziell besser gestellten Haushalten und von Akademikerinnen besucht. Zudem ist festzustellen, dass die westdeutschen „Musterländer“ in Sachen Kindergartenbetreuung, Baden-Württemberg und das Saarland, gleichzeitig weit unterdurchschnittlich Ganztagsplätze zur Verfügung stellen.

Deutlich schlechter stellt sich die Situation für die *Krippen- und Hortbetreuung* in den Alten Bundesländern dar. Im ganzen alten Bundesgebiet standen Ende 2002 lediglich 50.000 Krippenplätze zur Verfügung. Bei erneuter

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Heranziehung der Platz-Kind-Relation beträgt die Quote gerade 3%, wobei zwei Drittel dieser Plätze eine Ganztagsbetreuung anbieten. Überdurchschnittlich schneiden lediglich die Stadtstaaten West-Berlin (1998: 23%), Hamburg (13%) und Bremen (10%) ab, wobei selbst diese Zahlen hinter den Neuen Bundesländern und dem eigentlichen Bedarf zurückliegen.

Im Bereich der Hortbetreuung bewegen sich die vorhandenen Plätze ebenfalls mit insgesamt 177.000, davon 81% Ganztagsplätze, und einer Platz-Kind-Relation von knapp 5% auf einem sehr geringen Niveau. Abermals stechen die Stadtstaaten aus dem allgemeinen Niveau deutlich hervor. In Berlin West wurden zusätzlich Betreuungsplätze in Schulhorten angeboten, die nicht der Jugendhilfe, sondern der Schulverwaltung zugeordnet waren. Seit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes wurde in beiden Teilen Berlins die Hortbetreuung gänzlich in die örtlichen Grundschulen integriert. Da sich dieser Prozess jedoch noch in der Anfangsphase befindet bleibt abzuwarten, inwieweit sich dies positiv auf die Betreuungssituation auswirkt.

Abschließend sind auch die Formen der Kindertageseinrichtungen für ein vollständiges Bild von Bedeutung. Unterschieden wird hierbei zwischen „klassischen“ Einrichtungen, also Krippen, Kindergärten und Horte, die unter einem Dach nur jeweils eine Altersgruppe betreuen und „Kombi-Einrichtungen“. In den vorhandenen Kombi-Einrichtungen werden sowohl alterseinheitliche Gruppen parallel unter einem Dach betreut, sie in unterschiedlichen Formen von altersgemischten Gruppen zusammengeführt oder eine Kombination aus alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen praktiziert. Altersgemischte Gruppen können aus der Erziehungsperspektive insbesondere für jüngere (Einzel-)Kinder von Bedeutung sein, da sie die Möglichkeit haben, von den Älteren zu lernen. Andererseits ermöglichen sie aus der Betreuungsperspektive mehr Flexibilität für Einrichtungen der Kinderbetreuung, da sie eine größere Altersbandbreite an Kindern betreuen können. Insbesondere für strukturschwache Regionen sind solche Kombi-Einrichtungen eine sinnvolle Alternative zur klassischen getrennten Form der Betreuung.

Angesichts der beschriebenen Platz-Kind-Relationen in Westdeutschland verwundert es nicht, dass noch immer die reinen Kindergärten den größten Teil der vorhandenen Einrichtungen ausmachen. Im Jahr 2002 waren dies 74% aller Einrichtungen. Die Zahl der Kombi-Einrichtungen steigerte sich jedoch von 5% im Jahr 1990 auf 19%, während der Anteil der Kindergärten und Horte abnahmen. Daraus wird deutlich, dass insbesondere Kinder im Kindergarten- und Hortalter unter einer Einrichtung zusammen geführt wurden. Dabei überwiegen Einrichtungen mit alterseinheitlichen (5% aller Einrichtungen) und alterseinheitlichen und altersgemischten (6%) Gruppen. In Zuge einer Ausweitung der Krippenbetreuung kann dabei erwartet werden, dass Einrichtungen mit alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen in Zukunft stärker Beachtung finden.

Neue Bundesländer: Konsolidierung auf niedrigeren Niveau

Die Neuen Bundesländer nehmen im Zuge der sich wesentlich schneller verändernden Altersstruktur Entwicklungen vorweg, die auch im alten Bundesgebiet in den nächsten Jahrzehnten bei unveränderten Rahmenbedingungen zu erwarten sind. Auf Grund des drastischen Geburtenrückgangs im Osten Anfang der 90er Jahre sowie der Abwanderung auch vieler junger Menschen wurden seit der Wende über 9.000 Einrichtungen geschlossen. Zeitgleich veränderte sich die Struktur der Einrichtungen erheblich. Überwogen vor der Wende vor allem die drei klassischen Betreuungsformen mit einem Schwerpunkt auf die Kindergärten (41%, Horte 15%, Krippen 23%), dominieren heute mit 80% die unterschiedlichen Kombi-Einrichtungen. Kindergärten stellen hingegen nur noch 5% und Krippen 1% dar, während Horte mit 14% anteilig fast gleich geblieben sind. Die Plätze wurden jedoch nicht in dem Maße zurückgeführt, wie der Geburtenrückgang von statten ging. Dadurch gelang es, die Platz-Kind-Relation im Krippenalter auf einem niedrigeren Niveau zu stabilisieren, bzw. im Kindergarten- und Hortalter stark zu verbessern. Gleichzeitig überdauerte das ostdeutsche Verständnis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die DDR, so dass in allen Altersgruppen auch heute die Ganztagsbetreuung mit Mittagessen bei den vorhandenen Plätzen weitgehend selbstverständlich ist.

Naturgemäß schlug sich der Geburtenrückgang zuerst bei der *Krippenbetreuung* der Neuen Länder durch. In Folge dessen wurden die vorhandenen Plätze innerhalb von vier Jahren halbiert. Gleichzeitig sank die Platz-Kind-Relation von 51% (1991) auf 32% im Jahr 1998 und stieg anschließend wieder leicht auf 37% im Jahr 2002. Die Bandbreite reicht dabei von Thüringen mit einer Relation von 22% bis zu Sachsen-Anhalt mit 57%.

Es ist dabei davon auszugehen, dass die schlechtere Versorgungslage vor allem von erwerbslosen Frauen durch häusliche Betreuung im Rahmen des Erziehungsurlaubs ersetzt wurde. Zudem ist auffällig, dass das traditionell einheitlich hohe Versorgungsniveau im Osten nicht mehr existiert, sondern einer hohen regionalen Varianz gewichen ist. Besonders hoch ist die Diskrepanz in der Krippenbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Im Bereich der *Kindergartenbetreuung* konnte durch eine Konsolidierung auf hohem Niveau bis zum Jahr 2002 zumindest rechnerisch eine Vollversorgung erreicht werden, wengleich auch in dieser Altersgruppe Diskrepanzen zwischen den Regionen und Bundesländern existieren. Während einzelne Landkreise und Kreisfreie Städte eine Versorgung von bis zu 120% der Altersgruppe aufweisen, sind insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg noch immer Kreise mit einer Platz-Kind-Relation von 50-90% zu verzeichnen. Relativiert wird die Situation lediglich dadurch, dass diese Kreise häufig zeitgleich über eine überdurchschnittliche Krippenplatzdichte verfügen.

Im Bereich der *Hortbetreuung* konnte trotz Verringerung des Platzangebots die Versorgungslage bis auf Thüringen verbessert werden. Jedoch stellen sich die Betreuungsangebote zwischen den einzelnen Bundesländern sehr uneinheitlich dar. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern erfolgt die Betreuung von Kindern im Grundschulalter in Einrichtungen der Jugendhilfe, also im Hort oder in einer Kombi-Einrichtung. In den beiden Ländern konnte eine durchschnittliche Platz-Kind-Relation von 43% (MV) und 50% (BB) erreicht werden, wobei

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Brandenburg rund drei Viertel und in Mecklenburg-Vorpommern alle der angebotenen Plätze eine Ganztagsbetreuung umfasste. In Sachsen hingegen wird eine Mischung aus Ganztagsgrundschule und Hortbetreuung praktiziert, während Sachsen-Anhalt (und bis 2004 Berlin) eine Mischung aus Schulhort und „klassischer Hortbetreuung“ betreibt. Daraus wird auch erklärlich, dass in Sachsen-Anhalt lediglich rund ein Drittel der angebotenen Hortplätze eine Ganztagsbetreuung anbieten. Schließlich wird in Thüringen fast vollständig auf den Schulhort (zukünftig auch Berlin) gesetzt, die Hortbetreuung außerhalb der Schule spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Situation bei den Ganztagschulen

Auch wenn mit Auflegen des 4-Milliarden-Programms zur Förderung der Ganztagschule durch die rot-grüne Bundesregierung ein wichtiger Schritt zu mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf unternommen wurde, steht die Umsetzungen derzeit noch in den Kinderschuhen. Im Schuljahr 2003/04 konnten bundesweit lediglich rund 962.000 Schülerinnen und Schüler der Primarstufe und Sekundarstufe I ein schulisches Angebot der Ganztagsbetreuung wahrnehmen. Nach Definition der Kultusministerkonferenz wird dabei von einer Ganztagschule gesprochen, wenn an der Schule an mindestens drei Wochentagen mindestens sieben Zeitstunden ein Unterrichts- oder Betreuungsangebot unterbreitet wird. Dies entsprach 2003 einer Quote von 10,9% und gegenüber 2002 ein Plus von 1%. Der Anteil der Ganztagschüler in Westdeutschland (einschließlich Berlin) liegt in Berlin (21%), Nordrhein-Westfalen (15%) und Hessen (13,7%) über dem Bundesdurchschnitt. Die geringsten Anteilswerte für Ganztagschüler weisen Bayern (2%), Schleswig-Holstein (5%) und das Saarland (4%) auf. Wie im Bereich der Kinderbetreuung verzeichnen in Ostdeutschland die Bundesländer wesentlich bessere Werte.

Dabei liegen Thüringen (42%) und Sachsen (24%) weit überdurchschnittlich, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesdurchschnitt. Lediglich Sachsen-Anhalt liegt mit 4,5% weit unter dem Durchschnitt. Dieses Bild verschlechtert sich jedoch abermals, wenn die Ganztagsschulangebote hinsichtlich der besonders betreuungsintensiven Grundschülerinnen und -schüler analysiert werden. In der Grundschule und der Orientierungsstufe besteht auch weiterhin großer Nachholbedarf. Der Anteil der Ganztagschülerinnen und -schüler an allen Schülerinnen und Schüler der Grundschule betrug im Jahr 2003 im Bundesdurchschnitt lediglich 5,1% und in der Orientierungsstufe gut 7%.

3. Unser Weg: Betreuung von 0,5 bis 16 Jahren für alle

Für eine fortschrittliche sozialistische Politik, die es allen jungen Erwachsenen mit Kinderwunsch ermöglicht, entsprechend ihren Präferenzen Familie und Beruf zu verbinden, ergeben sich aus der aktuellen Situation für Ost und West aus quantitativer Sicht in den nächsten Jahren unterschiedliche Herausforderungen.

Krippenbetreuung

Im Bereich der Krippenbetreuung sind in den Alten Ländern noch erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um die gesetzlich vorgeschriebene Bedarfsdeckung zu verwirklichen. In Ostdeutschland gilt es hingegen, die vorhandene Infrastruktur wieder auf das Niveau vor der Wende zu steigern und eine einheitliche Versorgung sicher zu stellen. Für das gesamte Bundesgebiet erscheint dabei eine Platz-Kind-Relation von mindestens 50% mit ergänzenden Angeboten der Tagespflege sinnvoll, wobei der Bedarf in jedem Fall gedeckt werden muss. Des Weiteren bieten ElternKindKreise (organisiert durch das Jugendamt) auf lokaler Ebene eine sinnvolle Ergänzung. Insbesondere in Gebieten mit sozial schwacher Wohnbevölkerung sollten sie eine feste Institution sein. Der endgültige Bedarf für die verschiedenen Formen der Betreuung wird von den Kommunen festgestellt und finanziert.

Der zeitliche Bedarf, der notwendig ist um Sozialisations- und Bildungseffekte zu erzielen lässt sich nur schwer bestimmen und es ist sogar anzunehmen, dass vier Stunden pro Tag schon positive Effekte erzielen würden. Hier ist aber auch ein besonderes Augenmerk auf die Chancengleichheit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu richten. Mütter müssen in der Lage sein, ihre Erwerbsvorstellungen zu realisieren, ohne dabei durch unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten eingeschränkt zu werden. Um das Ziel der Chancengleichheit zu fördern reicht es nicht aus, eine Halbtagsbetreuung zu bieten. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen sich dabei der Realität anpassen und ganztätig sowie flexibel sein.

Tagesmütter und Tagesväter ergänzend zum Krippensystem

Neben den Kindertageseinrichtungen gibt es eine Reihe weitere Angebote, die Eltern wählen können, wenn sie ihr Kind betreuen lassen wollen. Besonders verbreitet ist hierbei das Betreuungssystem der Tagesmütter und Tagesväter. Von verschiedenen Seiten wird die Betreuung in Tagespflege für Kinder in den ersten drei Lebensjahren auf Grund der eher familiären Betreuungssituation als pädagogisch vorteilhafter bewertet als die Betreuung in Tageseinrichtungen. Allerdings sind die Qualitätsanforderungen an die Tagespflege so gering, dass die Bildungs- und Sozialisationsseffekte nicht gewährleistet werden können.

Öffentlich geförderte und vermittelte Tagespflege sowie Tagespflegestellen, in denen mehr als drei Kinder untergebracht sind, müssen vom Jugendamt auf ihre Eignung geprüft werden, was sich auf die Gesundheit der Betreuungspersonen, Wohnumfeld und Umgang mit Kindern bezieht, jedoch in der Regel keine qualitativen Standards voraussetzt. In den Tagespflegestellen, die nicht öffentlich gefördert werden, ist eine Einflussnahme des

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Jugendamt überhaupt nicht vorgesehen. Hier sind unbedingt Qualitätsstandards zu schaffen, die durch die Jugendämter geprüft werden.

Ein weiteres sozialpolitisches Problem ergibt sich aus der oft sehr geringen Bezahlung und der nicht immer ausreichenden sozialen Absicherung. Dadurch kann die Tagespflegetätigkeit, von der zum großen Teil Frauen betroffen sind, als prekäre Beschäftigungsform bezeichnet werden. Hier muss der Zugang zum Sozialversicherungssystem sichergestellt und einheitliche Lohnstandards etabliert werden.

Insgesamt müssen die institutionellen Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die Tagespflege hinsichtlich der Qualität und Betreuungssicherheit ein volles Alternativangebot zur Tageseinrichtung wird. Hierfür sind die Einführung von Registrierungspflichten und die Festschreibung von Qualifikationsstandards unbedingt notwendig.

Kindergarten bzw. Kindertagesstätten

Innerhalb der Kindergartenbetreuung sind weiterhin Anstrengungen erforderlich, um die verbliebenen Lücken zu schließen. Dies umfasst in Westdeutschland zum einen die Verwirklichung der Vollversorgung an vorgehaltenen Plätzen in einigen Ländern und zum anderen ein wesentlich stärkerer Ausbau der Ganztagsbetreuung mit Mittagessen. In den Neuen Bundesländern müssen im Kindergartenbereich die Diskrepanzen zwischen einzelnen Landkreisen und Kreisfreien Städten überwunden werden.

Um ein möglichst hohes Maß an Startchancengleichheit zu gewährleisten, ist insbesondere die institutionelle Betreuung von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten zu fördern. Es ist jedoch nahe liegend, dass eine kognitive und soziale Benachteiligung nicht zwangsläufig mit der Einkommensposition der Haushalte zusammen liegen muss. Besonders für Einzelkinder aus allen Einkommensklassen ist es wichtig Erfahrungen mit gleichaltrigen zu machen, um somit Sozialverhalten mit anderen Kindern zu erlernen. Damit es allen Kindern ermöglicht wird, mit denselben Startchancen ins Leben zu starten, ist eine kostenlose, öffentliche Kinderbetreuung unbedingt notwendig. Aber selbst hier ist noch keine Sicherheit gegeben, dass es allen Kindern ermöglicht wird, ein Zusammenleben und auch Konfliktlösungen mit anderen Kindern zu erlernen. Aus diesem Grund muss die Kinderbetreuung vom 3. bis zum 5./6. Lebensjahr verpflichtend sein. Die Teilnahme an Frühstück und gemeinsamen Mittagessen ist dabei selbstverständlich. Nur unter diesen Aspekten ist es möglich, dass wir allen Kindern eine Startchancengleichheit gewährleisten. Gleichzeitig muss der Bedarf an Ganztageseinrichtungen auch hier aus den oben skizzierten Gründen gedeckt werden.

Ganztagschulen

Um über das Kindergartenalter hinaus eine Versorgung mit Ganztageseinrichtungen für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr sicher zu stellen, müssen in der Betreuung von Kindern im Schulalter neue Wege gegangen werden. Insbesondere bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres muss sich hier die Bereitstellung von Plätzen am Bedarf messen, um Brüche im Erwerbsverhalten der Eltern zu vermeiden.

Der Ausbau und die Vereinheitlichung der Hortbetreuung kann hierbei nur ein erster Schritt sein.

Mittelfristig sollte dabei der Hort - wie bereits in Berlin, Sachsen-Anhalt und Thüringen teilweise praktiziert – in die Schulstandorte integriert werden, um so eine schulnahe Betreuung bis in den Nachmittag zu gewährleisten. Langfristig muss die Hortbetreuung aufgelöst und in eine Ganztagsgrundschule an allen Wochentagen überführt werden.

Um den Übergang zwischen Kindergartenbetreuung und Grundschule zu verbessern, sollte zudem jedem Kindergarten oder Kombi-Einrichtung eine Grundschule als Paten zur Seite gestellt werden. Die Kindergärten sind dabei jedoch keine Zulieferbetriebe für die Schulen, sondern die Kooperation muss dazu genutzt werden, jedem Kind einen optimalen Übergang zu ermöglichen. Das letzte Kindertagesstättenjahr ist so offen zu gestalten, dass ein individuell flexibler Übergang zur Grundschule je nach Reife möglich ist.

Ziel muss es auch sein, den Aufbau von weiterführenden Ganztagschulen über den jetzigen Förderungszeitraum der Bundesregierung fortzusetzen und den Umfang der täglichen Betreuungszeiten zu erweitern.

Anstatt von der Definition der Kultusministerkonferenz auszugehen, die eine Ganztagsbeschulung lediglich an drei Wochentagen erfordert, muss die Schule von Montag bis Freitag bis in den Nachmittag geöffnet bleiben. Dabei sind die Nachmittage mit einem vollwertigen Programm, statt reiner Hausaufgabenbetreuung und Verwahrung zu füllen. Anzustreben sind auch Kooperationen mit Trägern der Jugendhilfe, örtlichen Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf die Gesundheitsvorsorge der Schülerinnen und Schüler gelegt werden.

4. Qualitätssicherung der Kinderbetreuung

Die Qualität der Kindertagesstätten hat keine konkreten Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Frau. Gerade unter dem angeführten Gesichtspunkt des Kindeswohls sind hier aber hohe qualitative Maßstäbe anzulegen, um die Funktion der Ganztagsbetreuung als Faktor für Integration und Zukunftschancen zu sichern.

Die Institutionelle Kinderbetreuung in der Bundesrepublik ist derzeit jedoch ein heterogenes Gut, denn die Betreuung in Kindertageseinrichtungen kann in verschiedenen Bundesländern, aber auch in den unterschiedlichen Kommunen stark variieren. Um Startchancengleichheit von Kindern zu fördern und positive Sozialisations- und Bildungseffekte zu gewährleisten, sind bestimmte Voraussetzungen für die Qualitätssicherung der institutionellen Kinderbetreuung zu fordern. In Deutschland wird die Qualität der Betreuung in Kindertageseinrichtungen insbesondere durch die so genannten „Inputstandards“ geregelt, die die strukturellen Rahmenbedingungen des Betreuungsprozesses regeln. Es ist zurzeit das Recht der einzelnen Bundesländer und damit Sache des jeweiligen Landesparlaments, die qualitativen Anforderungen an einen Betreuungsplatz zu definieren. In jedem Bundesland gibt es Regelungen zur Gruppengröße, zur Ausbildung des Betreuungspersonals und zur Raumgröße. Im Landesrecht

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

werden aber üblicherweise nur Rahmenbedingungen festgelegt, die auf kommunaler Ebene durch diverse Regelungsverfahren präzisiert werden. Die unterschiedlichen Regelungen in den verschiedenen Bundesländern und in den einzelnen Kommunen lassen sich jedoch rechtlich kaum rechtfertigen. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit von Lebensbedingungen ist eine unterschiedliche Regelsetzung nicht vertretbar.

Deshalb sind einheitliche, zentrale Standards für Kindertageseinrichtungen in ganz Deutschland unabdingbar, die durch eine Qualitätskommission überprüft werden. Die Organisation der Qualitätskommission muss dabei im zuständigen Ministerium auf Bundesebene angesiedelt sein.

Tageseinrichtungen für Kinder von 0,5 Jahren bis 6 Jahren dürfen keine Verwahranstalten sein. Soziales Lernen muss hier ebenso im Mittelpunkt stehen wie kindgerechte frühkindliche Bildung und Gesundheitsvorsorge. Hierzu sind verbindliche Standards zu entwickeln, die dem aktuellen Kenntnisstand entsprechen (bspw. Sprachförderung). Diese Standards erfordern entsprechend fundiert ausgebildetes Personal, das quantitativ in einer vernünftigen Relation zu den zu den zu betreuenden Kindern steht.

Von zentraler Bedeutung für die Qualität der Betreuung ist daher die Ausbildung des Betreuungspersonals. Die ErzieherInnenausbildung muss reformiert und Fortbildung gewährleistet werden. Durch die erweiterten und intensivierten Aufgaben für das pädagogische und sozialpädagogische Fachpersonal der Einrichtungen der Vorschulerziehung ändern sich traditionelle Berufsbilder. Die Anforderungen gegenüber den Kindern steigen. Neue Tätigkeitsfelder wie kommunikative Eltern- und Öffentlichkeitsarbeit, Vorbereitung vorschulgerechter Bildungsaufgaben und verstärkte diagnostische Tätigkeit treten hinzu. Deshalb ist eine Neuregelung zur Bemessung der Arbeitszeit, insbesondere des Anteils der Kontaktstunden, die den veränderten Aufgaben gerecht werden wichtig. Genauso unabdingbar ist die schrittweise Einführung der ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau. Das entspricht nicht nur den objektiven Berufsanforderungen, sondern ist bereits internationaler Standard, gewährleistet die internationale Anerkennung der in Deutschland erworbenen Berufsabschlüsse und eröffnet Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung. Zur Verbesserung der Betreuung im Krippenalter ist zudem an den Hochschulen ein Forschungszweig für frühkindliche Pädagogik einzurichten.

Aber nicht nur diese Maßnahmen müssen ausgebaut werden, wichtig für die frühkindliche Entwicklung ist auch eine „soziale Mischung“. Wenn Kinder aus verschiedenen sozialen Gruppen zusammen betreut werden, wird das gegenseitige Gespür für unterschiedliche Lebenslagen und verschiedene Kulturen schon früh geprägt. Gleiches gilt für körperbehinderte wie für geistig beeinträchtigte Kinder. Der soziale Zusammenhalt in Deutschland kann so zielgerecht gefördert werden. Unabdingbar für solche integrativen Kindertagesstätten ist, dass jede Einrichtung behindertengerecht sein muss. Für Gruppen mit besonderen Benachteiligungen muss dabei sicher gestellt sein, dass über eine erhöhte Zahl von ErzieherInnen eine individuelle Förderung möglich ist. Der erhöhte Bedarf ist im Einzelfall festzustellen.

Organisation der Qualitätssicherung:

Gezielte Förderung ist abhängig von regelmäßiger Evaluation. Dabei sind ErzieherInnen, Kinder und Eltern gleichermaßen einzubeziehen. Dies kann z.B. durch Eltern- und Kinderbefragungen stattfinden. Reihentests, wie der von der CITO-Deutschland GmbH entwickelte CITO-Sprachtest, bieten eine entsprechende Ergänzung, um Lernfortschritte zu analysieren und Förderbedarfe aufzudecken. Dabei darf es nicht darum gehen, was ein Kind falsch macht, sondern wo es Unterstützung benötigt.

Die Tests sollten mindestens halbjährlich stattfinden und in ihrer systematischen Ausgestaltung so angelegt sein, dass sie ein ausgewogenes Bild der Entwicklung der Kinder ermöglichen. Der Qualitätssicherung dient auch eine stärkere Kooperation der Fachdienste und Bildungsträger. Regelmäßige Weiterbildung gehört dazu.

Um die geforderte Qualitätssicherung der Kindertageseinrichtungen zu gewährleisten, ist es zudem wichtig, dass Kindertagesstätten enger mit Einrichtungen der Erziehungs-, Familien- und Lebensberatung, mit Familienbildungs- und Frauenzentren sowie mit weiteren kommunalen kulturellen und sportlichen Angeboten vernetzt werden.

5. Finanzierung

Die oben beschriebenen Forderungen an eine Betreuungsoffensive benötigen eine neue, sichere Finanzierungsquelle. Dies gilt insbesondere auch für die Kommunen, die als Träger der Krippen, Kindergärten und Schulen vor besondere Herausforderungen gestellt werden.

Die im Zusammenhang mit der Reform des SGB II vollzogene Entlastung der Kommunen von Kosten für Sozialhilfe, sollte nach dem Willen der Bundesregierung für eine Betreuungsoffensive eingesetzt werden. Jedoch sind diese Entlastungen kommunal sehr unterschiedlich, insbesondere in den Neuen Bundesländern entsprechen sie nicht den Prognosen, da die Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger hier deutlich überwog.

Aber auch in den Kommunen der Alten Länder reichen die finanziellen Entlastungen nicht aus, um die Finanzierung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und z. T. kostenlosen Kinderbetreuung sicher zu stellen.

Dies kann aber durch die Abschaffung des Ehegattensplittings geschehen. Das Ehegattensplitting stabilisiert die traditionellen Rollenzuweisungen innerhalb der Familie und begünstigt die nicht- oder Teilerwerbstätigkeit eines Ehepartners, oft der Ehefrau. Aus diesem Grund ist das Ehegattensplitting an sich abzulehnen und es bietet eine hervorragende Finanzierungsquelle, denn eine Abschaffung würde dem Bundeshaushalt im Jahr ca. 20 Mrd. Euro mehr bringen. Daher muss das Ehegattensplitting durch ein Realsplitting ersetzt werden.

Zum anderen lässt sich die flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung durch die Abschaffung des

Kinderfreibetrags finanzieren. Dennoch muss sichergestellt werden, dass dadurch nicht das materielle und soziokulturelle Existenzminimum der Familien mit Kindern gefährdet ist. Hier wäre sichergestellt, dass das Geld, das zur Familienförderung vorgesehen ist tatsächlich allen Kindern nach Bedarf zu gute kommt. In jedem Falle brauchen wir in Deutschland eine Strategie weg von der monetären Individualfinanzierung hin zu einer institutionellen Finanzierung von Betreuungseinrichtungen. Dies würde nicht nur die Betreuungslandschaft deutlich verbessern, sondern auch Arbeitsmarkteffekte erschließen.

In beiden Fällen muss jedoch von Seiten des Bundes eine Form gefunden werden, die die Kommunen an dem hierdurch entstehenden steuerlichen Mehraufkommen bzw. den Einsparungen in der Kindergeldkasse beteiligt, da eine Durchreichung des Geldes durch das Grundgesetz nicht zugelassen wird. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob es sinnvoll ist, dies durch eine Verlagerung der Personalkosten auf Landesebene zu erreichen.

C 7 - Elternzeit – Für eine gleichberechtigte Familienpolitik

1. Problemkind Deutschland

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der zentralen Herausforderungen für Menschen in Deutschland und ein kurzer Blick auf die aktuelle Situation zeigt, dass auch die Politik auf diesem Feld gefragt ist. Es zeigt sich nämlich, dass die derzeitig vorhandenen familienpolitischen Instrumente nicht treffsicher und zielgerichtet genug sind und den Bedürfnissen der Menschen nicht mehr gerecht werden. Das Deutsche System orientiert sich noch immer am klassischen Bild der „männlicher Versorger/weibliche Pflegerin“-Modell, das der tatsächlichen Situation in Deutschland nicht mehr entspricht. Der deutsche Sozialstaat ist traditionell ausgerichtet an dem konservativen Idealbild der Familie- die erwerbstätige Frau kommt darin im Prinzip nicht vor. Dies zeigt sich in den meisten Feldern und sozialen Sicherungssystemen.

Immer noch sind Kinder hierzulande Armutsrisiko Nummer eins. Denn das bisherige Erziehungsgeld von 300 Euro monatlich für höchstens zwei Jahre (bzw. 450 Euro bei einer Bezugszeit von einem Jahr) kann ein wegfallendes Erwerbseinkommen nicht ausgleichen. Zudem sind die Einkommensgrenzen sehr niedrig. Aber nicht nur für gering verdienende Familien hat der Wegfall eines Einkommens massive Auswirkungen auf das Familienbudget und stellt sie schlechter als kinderlose Paare.

Immer noch sind Alleinerziehende, insbesondere Frauen besonders von Armut bedroht. Etwa ein Viertel der Frauen ist auf Sozialhilfe angewiesen und auch die Kinder von Alleinerziehenden sind überdurchschnittlich auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

Vor allem die bis zu dreijährige Erziehungszeit ohne ausreichende finanzielle Absicherung setzt falsche Anreize. Sie wirkt sich vor allem auf die Lebensplanung von Frauen aus.

Eine zentrale Feststellung ist, dass Frauen immer noch den Hauptteil der Verantwortung für die Versorgung von Kindern in den ersten 3 Lebensjahren tragen, dazu aber in schwindendem Maße bereit sind. Die Konsequenz: Deutschland besitzt eine der niedrigsten Geburtenraten Europas, die als die Entscheidung vieler gegen Kinder zu interpretieren ist- ein Resultat, das das System der Familienförderung und dessen Anreize generell in Frage stellt.

Besonders hochqualifizierte Frauen entscheiden sich in Deutschland eher gegen Kinder als zum Beispiel in den skandinavischen Ländern. Diejenigen Frauen (und real übernehmen immer noch fast ausschließlich Frauen die Erziehungsarbeit, lediglich ca. 3% der Väter nehmen Erziehungszeit oder gehen für ihren Nachwuchs in Teilzeit), die die Entscheidung für Kinder treffen, verlassen den Arbeitsmarkt für zu lange und schwächen damit ihre Position auf diesem nachhaltig. Nicht nur den berühmten „Karriereknick“ und die folgenden und kaum kompensierbaren Einbußen beim erzielten Einkommen und den Aufstiegschancen, sondern auch die langfristigen Konsequenzen in einem Sozialstaat, der weite Teile der Leistungen an die Teilnahme am Erwerbsleben knüpft (siehe zum Beispiel die Rente), gilt es zu bedenken. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Einstellung von Personalchefinnen und –chefs, die immer noch davon ausgehen, dass vorrangig Frauen Erwerbspausen in Anspruch nehmen.

Daraus resultiert der erschwerte Zugang von Frauen zu Vollzeitbeschäftigung, aber auch Weiterbildung.

Darüber hinaus wurde bereits vielfach darauf hingewiesen, dass Deutschland die Arbeitskraft qualifizierter Frauen nicht entbehren kann. Doch eine Forderung nach größerer Gerechtigkeit bei der Teilhabe am Erwerbsleben geht Hand in Hand mit der Förderung der gleichberechtigten Verantwortung und Verteilung reproduktiver Arbeit. In diesem Zusammenhang gilt es die Bedeutung der Vaterschaft zu stärken.

Es gilt ein Elternzeitmodell zu verwirklichen, das Elternschaft unterstützt und sie mit den Erwerbswünschen von Frauen und Männern vereinbar macht. Die positiven Anreize, die von einem solchen Modell ausgehen können, werden allerdings nur in Verbindung mit einer „Betreuungs-Offensive“ ihre Wirkung entfalten. Ein ausgebautes System von Kinderbetreuung zum Beispiel nach skandinavischem Vorbild ermöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht.

2. Betrachtung der Modelle in anderen europäischen Ländern

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Unsere europäischen Nachbarn machen uns erfolgreich vor, wie die Ausgestaltung einer Elternzeit aussehen kann, die Elternschaft, Erwerbstätigkeit und gesellschaftliches Engagement versöhnt.

Die Skandinavier gehen seit Jahren den Weg einer im Vergleich mit Deutschland kurzen aber ökonomisch relativ gut abgesicherten Elternzeit in Kombination mit der anschließenden Kinderbetreuung durch öffentliche Einrichtungen. In Skandinavien hat sich die Einstellung durchgesetzt, dass Betreuung und Bildung von Kleinkindern eine staatliche Aufgabe ist.

Sowohl die schwedischen als auch dänischen Regelungen sehen Elternzeiten in der Größenordnung um ein Jahr vor. Die Kompensation richtet sich in Dänemark nach dem Höchstsatz der Arbeitslosenunterstützung. In Schweden werden max. 80 % bis zu einem bestimmten Betrag des letzten erzielten Einkommen bezahlt. Diese Absicherung setzt positive Anreize gerade auch bei Menschen mit hohem Einkommen.

Die Kommunen bieten in beiden Ländern flächendeckend ein Netz von Betreuungsinstitutionen für Kinder und Jugendliche an.

In der Regel steht ab dem vollendeten ersten Lebensjahr des Kindes ein Ganztagsbetreuungsplatz zur Verfügung- ob dieser wahrgenommen wird liegt natürlich im Ermessen der Eltern. Hier kann man von echter Wahlfreiheit sprechen.

Da die zu entrichtenden Gebühren für die Betreuung sich am Einkommen der Eltern orientieren, kann jedermann oder –frau diese Angebote wahrnehmen.

In der Folge treten dänische und schwedische Mütter früh nach der Geburt ihres Kindes wieder in den Arbeitsmarkt ein und erfahren somit in der Regel in geringerem Maße Benachteiligungen in Arbeitsleben durch Mutterschaft als deutsche Frauen.

Es hat sich herausgestellt, dass in den angesprochenen Ländern der Grad der Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt für Frauen eine Rolle spielt. So hat sich gezeigt, dass gerade Frauen in Berufsfeldern in denen Ungleichbehandlungen aufgehoben wurden eher mehr Kinder bekommen.

Um die Vaterschaft und einen aktiven Part der Männer in der Kinderbetreuung zu fördern, stehen in Schweden im Rahmen der Elternzeit exklusive „Vatermonate“ zur Verfügung, die verfallen, falls der Vater sie nicht in Anspruch nimmt. Dies bietet nicht nur positive Anreize für Männer, sondern legitimiert auch den Anspruch von Vätern auf Elternzeit und trägt zur gesellschaftlichen Diskussion und Weiterentwicklung von Geschlechterrolle bei. Von einem solchen Anreizsystem hat sich die konservative dänische Regierung im Jahr 2002 verabschiedet.

Die positive Auswirkung der „Vatermonate“ zeigt sich in Schweden daran, dass Familien, in denen der Vater die obligatorischen Monate beim ersten Kind ableistet, sich eher für ein zweites Kind entscheiden. Die gleichberechtigtere Teilhabe an der Erziehung des Kindes und dadurch leichtere Einstiegschancen in den Beruf für die Frau zahlen sich aus.

3. So wird's gemacht! - Ausgestaltung des Elternzeitmodells

An Stelle des bisherigen Erziehungsgeldes soll nach der Geburt eines Kindes für ein Jahr Elterngeld gezahlt werden, das sich am letzten Erwerbseinkommen orientiert. Es soll 80 % des letzten Netto-Einkommens und maximal 2100,- EUR betragen.

Für Erwerbslose und Eltern ohne Einkommen (SchülerInnen, Studierende, Geringverdienende, etc.) muss die ausreichende Grundsicherung des Lebensunterhaltes gesichert sein. Diese muss unabhängig vom jeweiligen Verdienst des Partners bzw. der Partnerin gezahlt werden.

Für den Fall das ein Kind in häuslicher Gemeinschaft mit zwei Elternteilen lebt, sind insgesamt sechs Monate einem Elternteil vorbehalten. Nimmt er bzw. sie die Elternzeit nicht, verfällt der Anspruch auf das Elterngeld für diesen Zeitraum. Weiterhin sind Modelle der gleichberechtigten Teilhabe beider Eltern an der Elternzeit zu fördern wie z.B. solche, die im täglichen Leben auf gleichberechtigte Teilung der Erwerbsarbeit und Elternschaft aus sind.

Durch den verbindlichen Anteil der Elternzeit für beide Elternteile wird die gemeinsame Elternschaft gefördert und es werden beide Elternteile gleichberechtigt in die Erziehungsarbeit eingebunden.

Lebt das Kind mit einem Elternteil allein, dann kann dieser Elternteil das Elterngeld 12 Monate in Anspruch nehmen.

4. Finanzielle Ausgestaltung – oder: Das Aus für das Ehegatten-Splitting

Obwohl Ehefrauen und Mütter mit Qualifizierungsmaßnahmen in die Erwerbstätigkeit wieder eingegliedert werden sollen, begünstigt gerade das Ehegatten-Splitting eindeutig die Nicht- oder Teilzeiterwerbstätigkeit eines Ehepartners und stabilisiert so die traditionellen Rollenzuweisungen innerhalb der Familie. Daher ist es nicht verwunderlich, dass im Jahr 2000 31 % der Männer und nur 9,9 % der Frauen in der Ehe allein die Familie versorgten.

Das Ehegattensplitting stammt aus einer Zeit, in der Ehe beinahe gleichbedeutend mit Kindern war. Diese Zeit ist glücklicherweise einer Realität gewichen, in der es eine viel größere Spanne von gleichwertigen Lebensentwürfen gibt. Es wäre deshalb ursozialdemokratisch, dieses veraltete Element endlich abzuschaffen und alle Lebensentwürfe gleich zu stellen.

Durch das Ehegatten-Splitting entgehen dem Bundeshaushalt pro Jahr Einnahmen in Höhe von ca. 20 Mrd. Euro! Während in einem Gutachten für das Bundesfamilienministerium über nachhaltige Familienpolitik Professor Bert Rürup die jährlich erforderlichen Ausgaben für das Elterngeld mit 4,3 Mrd. zwar auf ca. 1,3 Mrd. Euro mehr als das bisherige Familiengeld beziffert, sind die Einsparungen zum Ehegatten-Splitting jedoch enorm.

Aus finanzieller als gleichstellungspolitischer Sicht muss das Ehegatten-splitting zugunsten des Elterngeldes

abgeschafft werden.

Zu prüfen ist jedoch in welcher Form das Elterngeld in das Modell der Arbeitsversicherung integriert wird.

5. Das Drumherum muss stimmen

Um einen Erfolg der Elternzeit/-geldes zu gewährleisten ist es wichtig, dass auch die Rahmenbedingungen stimmen.

Eine weitere Rahmenbedingung ist eine familienfreundliche Unternehmenskultur. Denn auch nach der Elternzeit brauchen Eltern Unterstützung, um Job und Kinder vereinbaren zu können - durch selbstbestimmte Arbeitszeitmodelle, betriebliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Hilfen bei unerwarteten familiären Anforderungen. Auch hier muss sich noch viel bewegen - schöne Worte und Absichtserklärungen der Wirtschaft allein reichen nicht. Wir halten deshalb unter anderem an Quotenregelungen für die freie Wirtschaft fest.

Ein Elterngeld mit Lohnersatzfunktion wird kaum dafür sorgen, dass Eltern nach der Geburt eines Kindes schneller wieder in den Job zurückkehren, wenn nicht die Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige massiv ausgebaut werden. Trotz aller anerkennenswerten Bemühungen von Rot-Grün ist der Nachholbedarf in Deutschland riesig. So gibt es in Westdeutschland gerade mal für 2,7 Prozent aller Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz, dagegen sind es zum Beispiel in Dänemark 50 Prozent.

Für Mütter und Väter muss ein Höchstmaß an Wahlfreiheit herrschen, wann sie wieder in das Berufsleben einsteigen. Die Tatsache, dass viele Kommunen die Teilnahme von Kindern an einer Kinderbetreuung beitragspflichtig gestaltet, gleichzeitig aber nur selten einhergehende Bildungsangebote eingeführt haben, hat bei vielen Eltern zu einem Kosten-Nutzen-Vergleich geführt. Gerade bei Eltern mit einer hohen Einkommensspanne bleibt ein Elternteil eher zu Hause, als das Kind zur Kinderbetreuung zu geben. Daher ist das Recht auf eine flächendeckende und qualitativ hochwertige, ganztägige Kinderbetreuung bereits ab dem ersten Lebensjahr zwingend erforderlich.

Auch nach der Elternzeit brauchen Eltern Unterstützung.

Zu dem Konzept einer umfassenden Familienpolitik gehört auch der weitere Ausbau von Ganztagschulen.

Weiterhin müssen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt beseitigt werden. Dazu gehört die asymmetrische Verteilung von Arbeit, die gleichzeitig auch eine asymmetrische Verteilung des Einkommens mit sich zieht, die Förderung von Frauen in Führungspositionen und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Beibehaltung des Girlsdays, als Mittel, um Mädchen Männer-dominierte Jobs näher zu bringen und die Förderung eines Boysdays, um Jungen für Berufe zu interessieren, die hauptsächlich von Frauen ausgeführt werden, ist außerdem wichtig.

Nur mit einer Arbeitsmarktpolitik, die den Genderaspekt umsetzt und die Gleichberechtigung von Mann und Frau beinhaltet, kann eine Elternzeit/-geld umgesetzt werden.



E 1 - Der Lissabonprozess – Ein wenig Licht und viel Schatten

1. Der Lissabonprozess

1.1 Hintergrund des Lissabonprozesses

Beim Frühjahrsgipfel der Europäischen Union in Lissabon, im Jahre 2000, wurde eine wirtschafts- und sozialpolitische Agenda beschlossen, die so genannte Lissabonstrategie. Erklärtes Ziel ist es, bis 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Das im Jahr 2000 – vor allem auch durch die Blase der ‚New Economy‘ – relativ hohe Wachstum der EU Wirtschaft sollte stabilisiert und noch beschleunigt werden. Die Strategie wurde vor allem auf Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Qualifikation ausgerichtet.

1.2 Die inhaltlichen Ziele von Lissabon

Als wichtiger Weg zur Stärkung des Wirtschaftswachstums wird die Wissensgesellschaft gesehen. Grundsätzlich stehen wir einer, auf höherer Qualifikation aller Menschen basierenden Wirtschaft, als Fortschritt. Die Frage ist aber wie dies gestaltet werden soll. Lissabon bleibt vor allem auf die Spitzenförderung beschränkt, ein breiter Zugang zu

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Bildung und Weiterbildung wird nicht angestrebt. Innovation in der europäischen Wirtschaft ist zwar ein zentrales Element der Strategie, es wird aber nicht erkannt, dass vor allem das Umfeld der ArbeitnehmerInnen – die soziale Absicherung, die angemessene Bezahlung und Mitspracherechte – über die Innovationsfähigkeit entscheidet. Die Bedingungen für Spitzenforscher aus dem Ausland zu verbessert ist nur dann sinnvoll, wenn auch Maßnahmen zu ihrer Integration vorgesehen werden.

Durch die Lissabonstrategie soll darüber hinaus der Binnenmarkt gestärkt werden. Dies soll lediglich durch eine einseitige Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik geschehen. So sollen schrittweise die netzgebundenen Industriezweige (siehe Bahn) liberalisiert werden, eine Maßnahme die bereits jetzt in vielen Ländern zu höheren Preisen, schlechtere Service und weniger Sicherheit geführt hat (Beispiel Großbritannien). Auch die Beseitigung von Hindernissen für den freien Dienstleistungsverkehr findet sich in diesem Bereich. Wie die Kritik zur Bolkesteinrichtlinie und die Rücknahme in ihrer jetzigen Form zeigt, ist es äußerst schwierig, Dienstleistungsfreiheit zu garantieren, ohne ArbeitnehmerInnenrechte zu schwächen und den Sozialstaat zu schwächen.

Das nächste Ziel ist es das Wirtschaftsklima zu verbessern. Hier sollen Instrumente weiterentwickelt werden um die Auswirkungen von Rechtsvorschlügen zu untersuchen. Dies ist ein wichtiger Schritt, der auf alle Bereiche ausgeweitet werden muss. Eine weitere Maßnahme ist es die administrative Belastung für Unternehmen abzubauen. Dies ist sehr zwiespältig, natürlich gibt es Rechtsvorschriften die dringend überarbeitet gehören. Aber als administrative Belastung wurden auch schon Tarifverträge oder Verbraucherschutzvorschriften bezeichnet.

Die Lissabonstrategie soll mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen. Als positiv in diesem Bereich kann die Förderung von Chancengleichheit von Frauen in der Erwerbsarbeit, die Koordinierung der Mitgliedsstaaten im Bereich Soziales und das Ziel Armut zu beseitigen genannt werden. Leider ist die Strategie gerade in diesem Bereich wenig konkret. Negativ aus unserer Sicht sind die sehr konkreten Forderungen das Renteneintrittsalter um 5 Jahre heraufzusetzen und bei den Lohnforderungen Zurückhaltung zu üben. Dies sind aus unserer Sicht zwei vollkommen verkehrte Schritte um Wirtschaftswachstum zu erreichen. Lohnzurückhaltung erhöht nicht die Binnennachfrage und Beschäftigte länger arbeiten zu lassen schafft nicht mehr Arbeitsplätze.

Zwar wird der Bereich Ökologie in der Lissabonstrategie sehr hervorgehoben, aber es fehlt an konkreten Zielen. Das einzige konkrete Ziel ist die rasche Erreichung der Kyoto-Ziele.

1.3 Instrumente

Die Lissabonstrategie besteht aus 28 Haupt- und 120 untergeordneten Zielen. Um zu prüfen, ob diese Ziele von den einzelnen Regierungen auch erreicht wurden, gibt es jährliche Sitzungen des Europäischen Rates (die so genannten Frühjahrstagungen). Grundlage dieser Prüfung sind 117 Indikatoren, welche über die Umsetzung der Ziele und der

untergeordneten Ziele Aufschluss geben sollen. Sanktionsmaßnahmen für den Fall, dass kein Fortschritt bei einer Mehrzahl der Ziele erreicht wurde, gibt es nicht. Die Idee ist, dass durch Offenlegung der Versäumnisse der Regierungen diese sich ‚schämen‘ und Schritte unternehmen, um ihre Performance zu verbessern; das so genannt ‚Name-And-Shame‘ Prinzip. Aufgrund des Umfangs der Berichte (etliche tausend Seiten) und ihrer Komplexität gibt es einen nur sehr begrenzten Personenkreis, der einen Überblick über die tatsächlichen Erfolge und Misserfolge der Regierungen in Bezug auf Lissabon hat, so dass dieses Prinzip bisher nur in Ausnahmefällen erfolgreich zur Anwendung gekommen ist.

1.4 Bewertung von Lissabon aus sozialistischer Sicht

Obwohl die Lissabonstrategie zu einem Zeitpunkt ausgearbeitet wurde, zu dem eine große Mehrheit der EU Regierungen sozialdemokratisch waren, konnte die Strategie nicht leisten, was man sich aus linker Sicht anfangs versprochen hatte. Die Zahl der europäischen Arbeitslosen ist gestiegen anstatt zu sinken, eine Angleichung der Beschäftigungsquoten zwischen Männern und Frauen ist nicht gelungen, Armut und soziale Ausgrenzung der schwächeren Bevölkerungsteile hat sich vergrößert, die Schwere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet und auch zum Wachstum qualitativer Arbeitsplätzen ist es nicht gekommen. Schließlich ist das Wachstum heute geringer, als es 2000 war.

Zusammenfassend lässt sich wohl sagen, dass Europa im Jahre 2005 weiter davon entfernt ist, der „wettbewerbsfähigste und dynamischste, wissensbasierte Wirtschaftsraum“ der Welt zu sein, als noch 2000.

Der Grund darin liegt sowohl in der Ausrichtung der Strategie als auch in ihrer Umsetzung. Die Zukunft der europäischen Wirtschaft darf und kann nicht im Billiglohnbereich liegen. Europäische ArbeitnehmerInnen dürfen nicht dazu gezwungen werden, Jobs anzunehmen, in dem sie bei niedrigsten Löhnen und geringer Sozialleistungen zum vermeintlichen Wachstum der europäischen Unternehmen gezwungen werden.

Für viele PolitikerInnen mag darüber ein anderer Aspekt wichtig sein: Ein europäischer Billiglohnbereich wird auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähig sein zu dem der asiatischen Volkswirtschaften. Wachstum der europäischen Wirtschaft wird es nur geben, wenn wir über hoch motivierte, gut ausgebildete und innovative Arbeitskräfte verfügen. Voraussetzungen dafür sind eine qualitativ hochwertige Ausbildung, gesicherte Beschäftigungsverhältnisse und soziale Absicherung der ArbeitnehmerInnen.

Aus diesem Grund ist es zu begrüßen, dass es das Ziel der Strategie ist, nicht nur die Quantität der Arbeitsplätze, sondern auch ihre Qualität zu verbessern. Erfreulich ist auch, dass der soziale Zusammenhalt als wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum erkannt wurde.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Für eine Strategie für ein langfristiges Wirtschaftswachstum fehlen darüber hinaus wichtige Bestandteile. Die ganze Strategie konzentriert sich hauptsächlich auf die Mikroökonomik, makroökonomische Bereiche werden kaum berücksichtigt, so fehlt eine einheitliche Industriestrategie. Problematisch ist darüber hinaus, dass in der Analyse der Strategie die schwache Binnenkonjunktur zwar angesprochen wird, aber bei den konkreten Maßnahmen dann nicht mehr berücksichtigt wird.

Ein wichtiger Grund dafür, dass diese positiven Ansätze nicht umgesetzt werden konnten liegt darin, dass der Begriff der Wettbewerbsfähigkeit, die das erste Ziel von Lissabon ist, in der europäischen Debatte sehr neoliberal interpretiert wird. Im Verständnis der Europäischen Kommission und wichtiger Lobby-Gruppierungen in Brüssel lässt sich Wettbewerbsfähigkeit in erster Linie durch den Abbau von staatlichen Regulierungsinstrumenten (auch als Entbürokratisierung deklariert), durch Privatisierung, durch Liberalisierung und Reduzierung der staatlichen Ausgaben (insbesondere im Bereich der sozialen Sicherungssysteme) erreichen. Dieser Ansatz, der durch die bisherige Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Binnenmarktpolitik der EU auch weitestgehend umgesetzt wurde, steht dem Ansatz eines auf Qualifizierung, Innovation und soziale Absicherung basierenden Wirtschaftswachstums diametral entgegen.

Bei der Umsetzung der Lissabonstrategie haben die später mehrheitlich konservativen, aber auch viele der sozialdemokratischen Regierungen keine oder nur unzureichende Anstrengungen unternommen, eine Politik durchzuführen, bei der Sozialstaat und Wettbewerbsfähigkeit im Einklang stehen.

Der Abbau von staatlichen Leistungen schien der billigere und einfachere Weg und ließ sich mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit in der Lissabonstrategie leicht begründen. Darüber hinaus ist es auch nicht gelungen, die Lissabonstrategie mit anderen wirtschaftspolitischen Instrumenten und Institutionen der EU zu verbinden, wie dem Stabilitätspakt und der Politik der EZB.

Ein weiterer Kritikpunkt an der Strategie von Lissabon sind die vorgesehenen Instrumente.

Indem bei einer jährlichen Ratssitzung anhand von 117 Indikatoren die Umsetzung von 28 Haupt und 120 untergeordneten Zielen überprüft werden, lässt sich keine Wachstumspolitik betreiben. Die Lissabon-Strategie verfügte nicht über ausreichende Instrumente, um die Umsetzung der Ziele durch die Regierungen einzufordern. Das System des ‚Name-And-Shame‘ ist ein sehr schwaches Instrument und kann angesichts der Komplexität der Lissabon-Ziele nicht durchgeführt werden.

Auch wenn die Lissabonstrategie einige Lichtblicke enthält, sind viele Schatten zu sehen. Es ist nicht gelungen, ein alternatives Model entwickeln, welches Wirtschaftswachstum und Soziale Ziele miteinander verbindet.

2. Die neue Lissabonstrategie

Anfang dieses Jahr wurde die Lissabonstrategie einer Halbzeitbewertung unterzogen und angesichts der massiven Probleme bei ihrer Umsetzung neu ausgerichtet. Die Neuerungen bestehen insbesondere in der Neuorientierung bei den Zielen der Strategie. Im Rahmen des ‚Streamlining‘ sind die Ziele eines qualitativen Beschäftigungssektors, eines erhöhten sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung nur noch zweitrangig. Die beiden einzigen Hauptziele von Lissabon sind jetzt die erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und mehr Jobs. Dies vereinfacht es den Regierungen die Strategie so auszulegen, wie sie es meist bereits getan haben: Als Rechtfertigung für neoliberale Reformprojekte, in deren Rahmen soziale Sicherungssysteme abgebaut und staatlicher Spielraum in der Wirtschaftspolitik beschränkt wird. Dominiert wird die Halbzeitbewertung vom Wettbewerbsgedanken zwischen der EU und dem Rest der Welt. Die Lebensqualität innerhalb Europas rangiert weit abgeschlagen. Wir Jusos sind der Auffassung, dass dies die falsche Politik für Europa und seine BürgerInnen ist. Zwar braucht die europäische Wirtschaft neue Impulse und teilweise auch eine Neuausrichtung. Ziel muss es aber sein durch eine gute Ausbildung und ein arbeitnehmerfreundliches Umfeld Innovation, Qualität und Effizienz der europäischen Wirtschaft zu sichern. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, den Europa erzielten Wohlstand zu sichern.

Die bisherigen Instrumente der Lissabonstrategie, die für die Umsetzung der Ziele unzureichend waren, wurden kaum ergänzt. Neu sind lediglich so genannte nationale Umsetzungspläne. Ob sich diese positiv oder negativ auf die Umsetzung von Lissabon auswirken wird in der Zukunft zu beobachten sein.

Einige wenige kleine Lichtblicke bleiben der Strategie erhalten, so die Förderung der Grundlagenforschung. Ansonsten finden sich die von uns kritisierten Themen wieder wie die Anhebung des Rentenalters oder die Liberalisierung des Privatkundenbereichs bei den Finanzdienstleistungen.

Aber auch die Umsetzung ist aus unserer Sicht kritisch. Die öffentlichen Ausgaben der EU Mitgliedsstaaten sollen eng an die Lissabonziele gekoppelt werden. Dadurch verlieren die Mitgliedsstaaten ein Stück Eigenständigkeit für sozial verträgliche Wachstums-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik.

3. Die notwendige Neuausrichtung der europäischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik

Rückbesinnung auf die ursprüngliche Intention von Lissabon

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Trotz aller Schwächen, ist die Lissabonstrategie im Moment das wichtigste politische Instrument der EU gegen die Arbeitslosigkeit. Auf dem Weg zu einem sozialen und gerechten Europa erscheint es daher als sinnvoller Lissabon nochmals neu zu gestalten, als die gesamte Strategie ad Acta zu legen. Die Grundintension – eine europäische Strategie zu entwickeln, mit der qualitatives Wachstum und Beschäftigung garantiert werden, indem auf den Wissensraum Europa und stärkeren sozialen Zusammenhalt gesetzt wird – ist richtig. Es muss aber verhindert werden, dass Lissabon für eine allgemeine Kürzungspolitik im sozialen Bereich und eine noch weiter neoliberale Ausrichtung der EU-Politik hinhalten muss. Möglichst bald müssen daher die ursprünglichen Ziele der qualitativen Beschäftigung, des nachhaltigen Wachstums und des sozialen Zusammenhalts wieder in die Strategie aufgenommen werden.

Darüber hinaus müssen Instrumente eingeführt werden, mit denen die Regierungen an die Erfüllung dieser Ziele gebunden wird. Schließlich muss sich aber auch die Einsicht durchsetzen, dass Beschäftigung in Europa ein Schwerpunkt der europäischen Politik wird und Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Binnenmarktpolitik so umgestaltet werden, dass Arbeitsmarktpolitik möglich wird. Langfristig streben wir eine Vergemeinschaftung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der EU an.

Vernetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU

Damit die EU auch in den Augen der BürgerInnen eine größere Relevanz bekommt, muss sie einen erkennbaren Beitrag zur Lösung der wichtigsten Probleme Europas leisten. Ziel der Politik der EU muss es sein, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, soziale und Umverteilungsgerechtigkeit zu garantieren und die ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit zu fördern.

Die Umsetzung dieser Ziele war nie ausschließlich im Rahmen der Lissabonstrategie möglich, ist aber mit ihrer Neuausrichtung noch schwieriger geworden. Wirtschafts-, Wettbewerbs-, Binnenmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU müssen verzahnt werden, ansonsten werden alle fünf Politikbereiche scheitern. Zwar gibt es einzelne Beschäftigungs- und Sozialpolitiken in der EU. Diese werden aber erfolglos bleiben, wenn die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Angleichung von Arm und Reich nicht auch Ziele der anderen drei Politikbereiche werden.

Im Binnenmarkt und in der Wettbewerbspolitik hat die EU sehr weit reichende Kompetenzen und damit vielfältige Möglichkeiten etwas zu bewirken. Gerade diese beiden Politikbereiche sind aber für die neoliberale Ausrichtung der EU verantwortlich: Mit der immer weitergehenden Liberalisierung und dem Abbau von staatlichen Handelshemmnissen (die in vielen Fällen aber zum Schutz von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen bestehen) meint man, das Wohl der EU zu erreichen.

Um dem Wettlauf der EU-Mitgliedstaaten zu einem weiteren Steuer- und Sozialdumping zu verhindern, sollten Steuerensenkungen und direkte Subventionen von Niedriglöhnen durch die Kommission genehmigungspflichtig werden.

Für ein sozialeres Europa ist ein Umdenken notwendig. Beispielsweise muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt auch Beschäftigungsquoten berücksichtigen und die Schaffung von Arbeitsplätzen und qualitativem Wachstum auch Ziel der Europäischen Zentralbank sein. Auch die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt muss bei der Umsetzung von Binnenmarkt-, Wettbewerbs- und Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden.

Auch in der finanziellen Vorausschau 2007 – 2010 können Schritte in Richtung eines anderen Europas unternommen werden, indem mehr Gelder für sozialpolitische Maßnahmen bereitgestellt werden.

Darüber hinaus muss sich auch in Europa die Erkenntnis durchsetzen, dass sich die Konjunktur nicht durch Sparmaßnahmen, sondern durch Investitionen ankurbeln lässt. Insbesondere die europäische Strukturpolitik kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Neue Visionen für eine europäische Sozialpolitik

Seit einigen Jahren wird viel von einem sozialen Europa gesprochen. Leider gibt es wenig Visionen, wie der Sozialstaat auf die europäische Ebene gerettet werden kann. Im zusammenwachsenden Europa können ausschließlich auf nationalen Instrumenten aufbauende Instrumente nicht mehr wirken. Andererseits macht es aber auch keinen Sinn, die Sozialversicherungssysteme gänzlich auf europäischer Ebene anzusiedeln.

Die bisherige Koordinierung von Sozialpolitik auf europäischer Ebene baut auf sehr schwachen Instrumenten auf. Einerseits gibt es das Prinzip des ‚Name-and-Shame‘, bei dem sich die schlecht abschneidenden Regierungen schämen sollen und den Austausch von ‚Best Practices‘, die allerdings nicht immer auf andere Staaten übertragbar sind.

Auf der anderen Seite besteht in der Offenen Methode der Koordinierung ein Instrument, durch das zwar die Sozialpartner und Zivilgesellschaft in die Debatte über das soziale Europa eingebunden werden, das aber bisher wenig konkrete Auswirkungen auf die EU Politik hat. Bisher haben beide Methoden weder dazu beitragen können, dass der Sozialstaat in Europa geschützt werden kann, noch dass sich die europäischen BürgerInnen ihrer Existenz bewusst sind.

Die Debatte über ein soziales Europa steht auch bei uns Jusos am Anfang und wird in den nächsten Jahren weiter geführt werden müssen. Diskutieren sollte man dabei sowohl, inwiefern einzelne Bereiche der sozialen Sicherungssysteme zumindest teilweise auf europäischer Ebene geregelt werden können als auch welche neuen Instrumente zur sozialen Sicherung auf europäischer Ebene entwickelt werden müssen. Notwendig ist dabei aber die Einführung von europäischen sozialen Mindeststandards und Sozialkorridoren, die nicht unterschritten werden

dürfen, z.B. einen europäischen Mindestlohn, der einen einheitlich festgesetzten Prozentsatz des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreitet. Zu überlegen wäre auch, inwiefern ein europäischer Sozialpakt zwischen Unternehmen, den Sozialpartnern und der EU realisiert werden könnte. Wir Jusos waren unter den ersten die ein sozialeres Europa gefordert haben und werden unsere Visionen in den nächsten Jahren weiter ausformulieren.

E3, E4 und E5 NEU - Plädoyer für die Zukunft der politischen Union Europas — Ja zum EU-Beitritt der Türkei

Mit der Verabschiedung der europäischen Verfassung 2004 und dem nun anstehenden schwierigen Ratifizierungsprozess steht Europa einmal mehr vor einer historischen Entscheidung. Bisher hatte die Diskussion um die Osterweiterung eine wichtige Rolle gespielt, in der die institutionellen Herausforderungen, aber auch politische und wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen unterschiedlicher Art deutlich wurden.

Mit dem im Oktober 2005 geplanten Beginn der Beitrittsverhandlungen um eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türkei wird erneut die Zukunft Europas im Zusammenhang mit einer Erweiterung diskutiert. Wir Jusos beziehen im Folgenden Position zu einem möglichen Beitritt der Türkei. Diese Position soll als Beitrag für eine verbesserte europapolitische Aufstellung der Jusos dienen.

1. Historische Entwicklung und Ausgangssituation der EU

Die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges machte es für die Europäerinnen und Europäer offensichtlich: die geografische Nachbarschaft, die gemeinsamen Traditionen, die politische und wirtschaftliche Verflechtung mussten nach Jahrhunderten der kriegerischen Auseinandersetzung nun endlich zu einer fortschrittlichen gemeinsamen, demokratischen und sozialen Zukunft zusammengeführt werden.

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 und der damit verbundenen Abgabe von wichtigen Souveränitätsrechten brachen die Staaten Westeuropas mit der Tradition der Staatenwelt von in allen Bereichen

souveräner Territorialstaaten, die mit dem Westfälischen Frieden 1648 geschaffen worden war. Nicht ohne Grund begann dieser Prozess zunächst an der ökonomischen Basis und ist auch heute in diesem Bereich — Stichwort: Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion — am weitesten fortgeschritten. Grundlage für die politische Entscheidung für die Integration war (und ist) neben der grenzübergreifenden Interessenkoalition der führenden wirtschaftlichen Schichten und deren politischer Vertreter aber auch das Ziel die Staaten Europas zusammenschweißen, damit es in Europa nie wieder zu Kriegen kommt und die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt aufzubauen. Auf dieser Grundlage entwickelten sich die institutionellen Strukturen der EU, die diese Interessensgegensätze und sich verändernde Produktionsverhältnisse widerspiegeln.

Die Entwicklung einer fortlaufenden Erweiterung aber auch Vertiefung hat — allen Krisen zum Trotz — bis in das Jahr 2004 angehalten. Das Ergebnis ist ein seit 1945 anhaltender Friede und ein historisch einmalig hohes Wohlstandsniveau.

Die Linke hat in dieser Entwicklung immer eine Rolle gespielt. Die gemeinsame Tradition der europäischen Arbeiterbewegung ist aus der Geschichte der europäischen Einigung nicht wegzudenken. Dennoch hat gerade die Linke an vielen Entwicklungen Kritik geübt. Spätestens seit dem Wegfall der Systemalternative steht die Fortführung des europäischen Wohlfahrtsmodells zur Disposition. Dem großen historischen Erfolg eines fortwährend friedlichen Europas — mit der Integration ehemals realsozialistischer Staaten als aktuellstes Beispiel — steht eine wachsende Distanz der Europäische Union zu den europäischen BürgerInnen, demokratische Defizite, institutionelle Blockaden, Bürokratie und nicht zuletzt die dominierende neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik und die sich daraus ergebende ungerechte Reichumsverteilung, die wirtschaftliche Stagnation und die soziale Ausgrenzung entgegen.

Bei der Auseinandersetzung um die mögliche Integration der Türkei steht Europa in der Pflicht, sich bisherige Erfolge zu bewahren und die beschriebenen politischen, institutionellen und wirtschaftlich-sozialen Mängel zu beheben. Die Zukunft Europas entscheidet sich nicht mit einem Beitritt der Türkei, diese steht mit der Verfassungsdebatte einmal mehr schon heute auf der Tagesordnung. Die Perspektive eines Beitritts in 10 bis 15 Jahren bedeutet aber sowohl für Europa als auch für die Türkei, dass sie sich verändern müssen, um für alle Europäer eine friedliche, soziale und demokratische Zukunft zu ermöglichen.

2. Argumente und Dimensionen eines EU-Beitritts der Türkei

Die EU-Vollmitgliedschaft der Türkei beinhaltet für beide Seiten ernsthafte Herausforderungen, aber auch beachtliche Chancen und Vorteile.

Darüber hinaus müssen für den Fall einer Verweigerung des türkischen Beitrittswunsches die politischen Kosten und andere negative Folgen in Betracht gezogen werden.

2.1. Europäische Referenzen und ihre Auswirkungen auf den türkischen Reformprozess

Wir Jusos vertreten die Ansicht, dass eine Perspektive „Europa“ in der Türkei zu einer weiteren Demokratisierung und Stabilisierung führen wird. Darüber hinaus begründen jahrzehntelange Zusagen an die Türkei eine Verpflichtung gegenüber dieser, da die Debatte um ihre Aufnahme als Vollmitglied in die Europäische Staatengemeinschaft seit 1963 kontinuierlich mit dem Ziel eines späteren Beitritts geführt wurde.

Bereits in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches wurde das konzeptionelle Fundament der Reformen gelegt, mit denen die Türkei zu einem modernen und zivilisierten Staat geformt werden sollte. Zivilisation bedeutete die Übernahme der „westlichen Zivilisation“.¹⁰ Die Türkei ließ in ihrer Entwicklung zu einem modernen, säkularen Staat niemals Zweifel an ihrer europäischen Orientierung aufkommen und führte ihre Einbettung in den europäischen Integrationsprozess trotz Abfuhren mit unbeirrbarer Entschlossenheit fort.

Diese Entschlossenheit wurde durch die ständige Beteuerung der Mitgliedschaftsfähigkeit der Türkei seitens des Europäischen Rates genährt.

Als legitime Hürden wurden die politischen und wirtschaftlichen Probleme sowie Menschenrechtsverletzungen angeführt, die bis in die 1990er Jahre hinein das politische System der Türkei belasteten. Trotz der Ambivalenzen in mehreren Erklärungen europäischer Regierungen vermittelten ihre Beschlüsse den Eindruck großer Konsistenz: Ein Beitritt sollte möglich sein, sobald die vorgeschriebenen Kriterien erfüllt seien.

Heute ist sie bis auf die Europäische Union in allen wichtigen europaweiten Institutionen voll integriert. Dieser Prozess begann 1949 mit ihrer Mitgliedschaft im Europarat und setzte sich 1951 mit dem Eintritt in die NATO und später auch in die OEEC (OECD), KSZE (OSZE) und EBWE fort. Parallel dazu stellte sie 1959 den Antrag für die

assoziierte Mitgliedschaft in der EWG, der 1963 in einem Assoziierungsabkommen mit dem langfristigen Ziel einer Zollunion mündete. Den ersten Antrag auf Vollmitgliedschaft stellte sie 1987, der aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Situation der Türkei abgelehnt wurde. Auch 1997 erhielt die Türkei in Luxemburg eine harsche Abfuhr, als dessen Folge sie eine alternative außenpolitische Orientierung in Richtung der USA und Israel einschlug. Doch mit der in den Helsinki-Beschlüssen 1999 erstmals eröffneten Beitrittsperspektive, bekamen die türkisch-europäischen Beziehungen neue Impulse.

Zweifelsohne können die in den letzten Jahren erreichten Fortschritte bei der demokratischen Modernisierung und der daraus folgenden Stabilitätschancen zu einem großen Teil der Beitrittspolitik der EU zugeschrieben werden: Durch die Helsinki-Beschlüsse wurden der Reform- und Demokratisierungsprozess stimuliert und seit 2003 durch die türkische Regierung auf beispiellose Weise beschleunigt und vertieft. Zwar bestand der Premierminister Recep Tayyip Erdoğan darauf, die Reformen ausschließlich zum Wohle der Türkei durchführen zu wollen. Allerdings löste die realistische Aussicht auf eine Vollmitgliedschaft in der EU — und damit der Zwang zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien — zweifelsfrei eine politische Dynamik aus. Seitdem werden die Reformen in Ankara mit vorbildlicher Entschlossenheit und Effizienz vorangebracht.

2.2. Wirtschafts- und sozialpolitische Dimension

Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass eine Integration der Türkei durch eine Vollmitgliedschaft in der EU das bestehende Potenzial im wirtschaftlichen Austausch und Entwicklung auf beiden Seiten weiter stärkt und dabei durch verbindlichere gemeinsame politische Regulierung die Möglichkeiten für eine nachhaltige und sozial gerechte Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialbeziehungen in und zwischen der Türkei und der bisherigen EU verbessert.

Bei der Diskussion um eine mögliche wirtschaftliche und soziale Überlastung der EU durch einen Türkeibeitritt ist zunächst einschränkend zu sagen, dass verlässliche Prognosen über den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl der EU als auch der Türkei zum Zeitpunkt eines möglichen Beitritts nicht zu machen sind.

Klar ist, dass die Türkei als Nettoempfänger in die EU aufgenommen werden würde und das der derzeit 14% betragende Anteil des Agrarsektors am BIP bis dahin weiterhin ein im EU-Vergleich hoher sein wird. Dennoch, so stellt u.a. die Stiftung Wissenschaft und Politik in einer Studie fest, dass sowohl die politische Gestaltung des derzeitigen Transfersystems gestaltbar und offen ist als auch dass die bisherige Förderpraxis schon angesichts der schwachen ökonomischen Lage kaum aufrechterhalten werden kann. Ein Reformprozess ist also unumgänglich und ein möglicher Beitritt der Türkei entsprechend zu berücksichtigen. Aber es geht bei der wirtschafts- und sozialpolitischen Dimension nicht ausschließlich um Transferleistungen der Euro-Fonds, sondern vielmehr um die Veränderungen, die sich insgesamt einstellen würden. Aus der jeweiligen Perspektive stellen sich diese für uns wie folgt dar:

...für die EU

Ein Beitritt der Türkei zur EU würde wirtschaftlich fortsetzen, was seit 1963 mit dem Assoziierungsabkommen der Türkei mit der damaligen EWG bis hin zur Zollunion seit 1996 kontinuierlich ausgebaut wurde. Ein wachsender

¹⁰ Mustafa Kemal Atatürk, Gründer der modernen Türkei: „Völker, die nicht zivilisiert sind, werden dazu verdammt, unter der Herrschaft derer zu verharren, die es sind. Und die Zivilisation ist der Westen, die moderne Welt, deren Teil die Türkei werden muss, wenn sie überleben will. Die Nation ist dazu entschlossen, genau und vollständig, sowohl im Inhalt wie in der Form, die Lebensart und Methoden anzunehmen, welche die zeitgenössische Zivilisation allen Nationen anbietet.“

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

türkischer Markt mit 2020 ca. 80 Mio. Menschen bietet Austauschmöglichkeiten, die den EU-Regulierungen in den Bereichen Verbraucherschutz, Umwelt und Arbeitsschutz sowie unter der weiteren politischen Mitgestaltungsmöglichkeit der EU unterläge. Schon jetzt arbeiten 40.000 türkische Unternehmen und 80.000 türkische Selbstständige, die 350.000 Arbeitsplätze schaffen und einen Umsatz von 25 Milliarden Euro erwirtschaften, in Deutschland. Die Verflechtungen aufgrund der ca. 2,5 Mio. hier lebenden Menschen mit türkischem Hintergrund sind offensichtlich auch eine gute Grundlage für noch intensivere Wirtschaftsbeziehungen.

Die Möglichkeit, Übergangsregelungen für die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit zu vereinbaren ist bereits jetzt von türkischer Seite eingeräumt worden. Eine kontrollierte Zuwanderung wird nicht zuletzt angesichts der zu erwartenden demografischen Entwicklungen in Europa jedoch auch notwendig sein. Eine in die EU integrierte Türkei wird hier für eine umsichtige, integrationspolitisch vertretbare, kulturell bereichernde und sozial sinnvolle Zuwanderung ein besserer Partner sein als derzeit.

Die Nettoempfängerrolle der Türkei wird auch in 10-15 Jahren bestehen bleiben. Dennoch sind die damit verbundenen Aufwendungen Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei und damit in die ökonomische und politische Stabilität in der Region und liegt damit im Interesse Europas. Ebenso gilt es, das Potenzial der Türkei in den europäischen Wirtschaftsraum zu integrieren: eine sehr junge und qualifizierte Bevölkerung, der Reichtum an Bodenschätzen und vor allem die Bedeutung der Türkei als zukünftigem Hauptumschlagsort für Energierouten nach Europa.

Die mittelfristige Finanzplanung, die ab 2013 diskutiert wird, muss selbstverständlich einen möglichen Beitritt und die Auswirkungen auf den EU-Haushalt berücksichtigen.

...für die Türkei

Die Türkei wickelt derzeit bereits 50% des Außenhandels mit der EU ab. Die enge wirtschaftliche Verflechtung könnte weiter ausgebaut werden, wenn die Türkei als EU-Vollmitglied in den Binnenmarkt aufgenommen und wirtschaftliche, umwelt/verbraucherschutz- sowie sozialpolitische Regulierungen übernehmen würde.

Die Entwicklung der türkischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren ist nicht ohne Krisen verlaufen, allerdings finden wir von 1990 bis 2002 ein durchschnittliches Wachstum des BIP um 3%, trotz der schweren Wirtschaftskrise 2001. Seit 2003 verzeichnet das Land wieder steigende Wachstumsraten über 5%. Die Inflation konnte von über 100% Mitte der 90iger Jahre auf derzeit 16% gedrückt werden.

Die soziale Ungleichheit in der Türkei liegt, gemessen in der Einkommensverteilung mittels des Gini-Indexes mit 41,5, noch deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die Frage einer sozial gerechten und wirtschaftlich prosperierenden Entwicklung in der Türkei kann für einen Stand zum Zeitpunkt eines möglichen Beitrittes ebenfalls nicht belastbar vorhergesagt werden. Klar ist, dass das Land in einem Strukturwandel begriffen ist und dass bisher stark eingeschränkte soziale und politische Rechte z.B. von Gewerkschaften zu der genannten Ungleichheit geführt haben.

Als Jusos sehen wir die Vorteile des durch die Beitrittsperspektive sich ergebenden Drucks zur Fortführung des Reformprozesses, der Gewerkschaftern und Menschenrechtlern sowie politischen Parteien die ausreichende Spielräume zugesteht, damit die sich abzeichnende positiv Entwicklung der türkischen Wirtschaft so viele Menschen wie möglich zugute kommt. Neben längeren Übergangsfristen für die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit ist dies die wichtigste Möglichkeit, einer unkontrollierbaren Migrationsbewegung vorzubeugen.

Insgesamt hat die Türkei sowohl aus sozial- wie aus wirtschaftspolitischer Sicht große Vorteile bei einem möglichen Beitritt. Nichtsdestotrotz bleibt im Bereich der politischen und sozialen Rechte sowie der makroökonomischen Stabilität und der Korruptionsbekämpfung noch viel zu tun. Wir sind überzeugt, dass diese Aufgaben am besten in ständigem Austausch mit der EU und der europäischen Zivilgesellschaft zu bewältigen sind. Eine Abkoppelung der Türkei wäre hier fatal und würde die bestehenden Probleme verstärken.

2.3. Geopolitische Dimension

Wir Jusos sind der Ansicht, dass die Türkei ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Handlungsfähigkeit in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wäre — gerade und vor allem in einer Zeit, die größere globale Verantwortung von Brüssel fordert.

Die geografische Lage der Türkei macht sie zum geopolitischen Angelpunkt, da sich hier drei geografische Großräume schneiden: der Balkan, der Nahe und Mittlere Osten als Zugang zu den strategisch wichtigen Energiequellen sowie der Kaukasus als Zugang zum Kaspischen Becken und Zentralasien. Diese strategische Lage verleiht ihr heute die Aufgabe eines regionalen Ordnungsfaktors und macht sie zum Brückenland zwischen dem Orient und Okzident.

Die Stabilität in den angesprochenen Regionen unserer Peripherie ist fundamental für unsere Sicherheit. Eine demokratische Türkei könnte als Ordnungs- und Stabilitätsfaktor in einer zunehmend fragilen Region fungieren. Hinzu kommt das sicherheitspolitische Potenzial, das der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mehr Profil und Glaubwürdigkeit verleihen könnte. Für Brüssel würden sich neue Handlungsoptionen für ein effektiveres und bestimmteres Auftreten eröffnen, ohne die Führungsrolle anderer Akteure in Frage zu stellen.

2.4. Gesellschaftspolitische Dimension

...für die EU

Wir Jusos wollen in der Frage des Türkeibeitritts ein Signal der EU und Deutschlands nach Innen und Außen, senden: Wir wollen eine offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft, auch und gerade mit Menschen und Staaten muslimischer Prägung. Dazu ist eine auf den EU-Beitritt hin ausgerichtete Auseinandersetzung mit der Türkei eine enorme Chance. Dieses Signal ist in Zeiten des fundamentalistischen Terrors auf internationaler Ebene, konservativer Tendenzen in der Türkei und rechtspopulistischer Stimmungsmache in Deutschland wichtig, um die Richtung fortschrittlicher Politik deutlich zu machen.

Es muss also auch zukünftig diskutiert werden, wo die Grenzen der EU liegen sollen. Klar ist aber auch, dass die EU kein nur christliches Europa sein wird. Dies ist seit dem Entwurf für eine europäische Verfassung klar.

Schon allein auf Grund der Vielfalt der in Europa vertretenen Religionen können und wollen wir die Religiosität nicht als Abgrenzungskriterium für eine potentielle EU-Mitgliedschaft nennen.

...Wirkung nach innen

Die mögliche Zunahme der Migration aus der Türkei ist ein bestimmendes Thema, ähnlich wie bei der Debatte um die Osterweiterung der EU, in der Auseinandersetzung.

Bei einem möglichen Beitritt der Türkei wird diese die rechtsstaatlichen Kriterien und die Standards bei der Wahrung der Menschenrechte im europäischen Sinne erfüllen müssen.

Die starke Bevölkerungszunahme in der Türkei beginnt angesichts des Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft bereits abzunehmen. Die Eröffnung langfristiger Perspektiven in der Heimat ist allerdings der beste Weg, um den Migrationsdruck abzumildern.

Entscheidend ist aber das Signal an die Menschen mit türkischem Hintergrund die in der EU, insbesondere in Deutschland leben. Eine wachsende Akzeptanz europäischer Werte einerseits, mehr Respekt für Bedürfnisse und Interessen andererseits sind die Chancen, die sich aus einem EU-Mitgliedsland Türkei für diese Menschen ergeben. Die Bemühungen auf allen Seiten um mehr Integration können freilich damit nicht völlig gelöst werden.

Eine gemeinsame wirtschaftlich und politische Entwicklung in der EU würde das Gefälle zwischen der Lebensrealität in der Türkei und in der jetzigen EU jedoch mindern, die Möglichkeiten für mehr demokratische Teilhabe und für die Durchsetzung von europäischen Werten wie religiöser Toleranz oder Gleichstellung würden damit verbessert.

...Wirkung nach außen

Durch die Vollmitgliedschaft der Türkei würde der Charakter der Union als kulturell offene und tolerante Gesellschaft, die sich auf gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte verbunden fühlt, unterstrichen. Damit wäre auch die Möglichkeit verbunden zum interkulturellen Verständnis, vor allem in den Beziehungen zu islamischen Ländern, beizutragen.

Die kulturelle Debatte unserer Zeit wird von Ignoranz und Vorurteilen bestimmt und durch Demagogen des internationalen Terrorismus missbraucht. Hier könnte ein ethnischer, kultureller und religiöser Pluralismus Europas vermeiden, dass der Kampf der Kulturen zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung wird.

Die Türkei ist ein moderater, pro-westlicher Staat in einer instabilen Region und fungiert als einzigartiges Modell eines mehrheitlich muslimischen Staates in einer Demokratie und damit als ideologisches Gegengewicht zu den von radikalen Islamisten propagierten Gesellschaftsmodellen.¹¹ Europa hätte mit ihr eine wertvolle Vermittlerin in ihren Beziehungen zur islamischen Welt.

Die erfolgreiche Einbettung Ankaras in den europäischen Integrationsprozess wäre ein Beweis für die Vereinbarkeit von Religion mit den Prinzipien der Moderne. Das laizistische Staatssystem der Türkei stellt eine schwierige Synthese von Islam und Demokratie dar – eine weltweite Einzigartigkeit und die Gegenthese dazu, dass eine islamische Gesellschaft nicht demokratiefähig sei. Allerdings lässt sich diese Entwicklung nicht einfach auf andere islamische Staaten übertragen. Insoweit kann die Türkei auch perspektivisch eine nicht zu unterschätzende Brücken- und Vorbildfunktion übernehmen. Die positive Ausstrahlung in die islamische Welt wäre nicht nur ein ermutigendes Signal für alle Demokratiebewegungen in islamisch geprägten Staaten, sondern würde auch in einem Sicherheitszuwachs für Europa resultieren.

...für die Türkei

1. Gleichstellung von Mann und Frau in Staat und Gesellschaft

¹¹ Dazu Charles A. Kupchan, ehemaliges Mitglied des National Security Council unter US-Präsident Bill Clinton: „Europa hat im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus eine Geheimwaffe in der Hand, ohne dass sie es weiß. Osama bin Laden zu besiegen, liegt in der Hand der Türkei.“

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

In der Europäischen Union ist mittlerweile ein hohes Maß an formaler Gleichstellung von Mann und Frau erreicht. Diese Errungenschaft wird tagtäglich ausgebaut und verbessert – dem Widerstreben von traditionellen Bestrebungen zum Trotz. Sowohl Initiativen als auch Verordnungen und gesetzliche Regelungen als auch Entscheidungen des europäischen Gerichtshofes haben diesen Bereich weit vorangetrieben. Die europäische Union spielt hierbei eine Vorreiterrolle und ist Beispiel für viele andere Länder – weltweit.

Die Türkei ist im Block der islamisch geprägten Länder in dieser Frage sicherlich weiter fortgeschritten als viele andere. Selbst islamistische Parteien stellen weibliche Kandidatinnen auf ihre Parteiliste, auch wurde das Land bereits durch eine weibliche Ministerpräsidentin regiert. In der gehobenen Mittelschicht und der Oberschicht ist man hier bereits sehr weit geschritten. Dennoch ist selbst in den westlichen Regionen der Türkei die aktuelle Lage noch weit hinter den Standards der EU. Insbesondere in den traditionell geprägten Regionen der gesamten Osttürkei müssen noch gewaltige Anstrengungen unternommen werden, um die Aufnahmekriterien eines EU-Beitrittes zu erfüllen. Bei einem Verfehlen der Kriterien in diesem Bereich kann es keinen positiven Entscheid für einen konkreten Beitritt geben. Szenen wie im Vorfeld des internationalen Frauentages am 8. März 2005 dürfen sich nicht mehr wiederholen. Der Staat muss in der Frage von Vergewaltigung in der Ehe und der Frage der sogenannten „Ehrenmorden“ konsequent vorgehen, eine Frage bei der auch bei uns zu oft weggesehen wurde.

2. Rechtsstaatlichkeit und Innenpolitik

Das größte Arbeitsfeld, auf dem noch viel getan werden muss stellt den gesamten rechtsstaatlichen und innenpolitischen Bereich dar: Pressefreiheit, Minderheitenrechte, die ambivalente Rolle der Armee und das Verbot von Folter. Allein diese Aufzählung zeigt die Dimension auf. Kein Journalist darf wegen der Ausübung seines Berufes verfolgt und gefoltert werden. Die Freiheit der Presse ist ein hohes Gut. Doch noch ist dies in der Türkei vielerorts

anders. Besonders im ländlichen Raum können Journalisten ihre Arbeit nicht frei ausüben, ohne es zu riskieren dafür unter Umständen ins Gefängnis zu wandern.

Dies betrifft heikle Themen, wie zum Beispiel die Rolle der Armee, Korruption örtlicher WürdenträgerInnen oder die Frage der Behandlung von Minderheiten. Das Anfang Juni in Kraft getretene neue Strafgesetzbuch ist ein erster Schritt, muss aber zügig implementiert werden.

Dennoch ist Schwarzmalerei nicht angesagt. Die Türkei ist im Vergleich mit der restlichen islamischen Welt eine stabile Demokratie. Im Zuge der Bemühungen zum EU-Beitritt gab es erhebliche Verbesserungen in diesem Bereich. Der Ausbau von Meinungs- und Vereinsfreiheitsrechten, die Abschaffung der Todesstrafe sind hier deutliche Zeichen. Dies ist auch gut so, besteht in diesem Arbeitsfeld eine große Unvereinbarkeit mit bestehendem EU-Recht.

In der Europäischen Union sind die Minderheitenrechte stark ausgebaut worden. So soll die Zweisprachigkeit geachtet werden, regionale Sprachen gefördert werden, Minderheiten nicht diskriminiert und somit kulturelle Vielfalt gewährleistet werden. Ebendies muss deshalb auch den kurdischen und anderen Minderheiten in der Türkei zugestanden und garantiert werden. Trotz aller Widrigkeiten gab es Fortschritte im kulturellen Bereich, wie zum Beispiel den allkurdischen Literaturkongress 2003 oder die Einführung kurdischsprachiger Fernsehsendungen im Jahre 2004. Der andauernde Militäreinsatz gegen die Kurden muss beendet werden und eine friedliche Lösung innerhalb des türkischen Staatsverbandes gefunden werden. Dies setzt aber voraus, dass alle terroristischen Aktionen von kurdischer Seite aus eingestellt werden und gewaltbereite Organisationen der Kurden entwaffnet und aufgelöst werden.

Sehr schwierig ist auch die Rolle der Armee. Mehrmals putschte sie bereits, ihr Einfluss ist nach wie vor groß, und auch die ständigen Einsätze im innenpolitischen Bereich sind aus europäischer Sicht äußerst fragwürdig. Auf der anderen Seite ist sie auch ein stabilisierender Faktor, sie sieht sich als Bewahrerin des Kemalismus, dessen wichtigstes Prinzip der Laizismus ist. Dies könnte insbesondere bei den Reformen zum Beitritt in die europäische Union nicht unwichtig sein. Am Ende eines Verhandlungsprozesses muss aber ein Ende dieses Einflusses gekommen sein. Wir können uns es nicht leisten ein Land im europäischen Gefüge zu haben, das unter Umständen zeitweise als Militärdiktatur geführt wird. Eine solche Entwicklung muss zu jedem Zeitpunkt massiv begegnet werden. Das durch die Zurückdrängung des Militärs entstehende Machtvakuum muss durch eine, von den europäischen Institutionen unterstützte, türkische Zivilgesellschaft ersetzt werden.

Auch die allgemeine Menschenrechtssituation, die Lage in den Gefängnissen, die nach wie vor vorkommenden Fälle von Folterungen sind weiterhin äußerst unbefriedigend. Zwar kam es im innenpolitischen Bereich zu vielen gesetzlichen Erleichterungen, der Erfolg kommt nur schleppend, da die Ausführung ebendieser Gesetze von lokalen Eliten und Verwaltungen verschleppt und verzögert wird. Ein gutes Beispiel ist das Folterverbot, das mit dem Artikel 17 bereits 1982 in der türkischen Verfassung verankert wurde. Dennoch ist dem Korpsgeist innerhalb der Polizei immer noch kein Kraut gewachsen, weswegen es immer wieder zu Vorfällen kommt. Wenn es hierbei keine massiven Fortschritte gibt, kann am Ende kein Beitritt zur Europäischen Union stehen.

3. Europa: Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte

Das Europäische Projekt entstand aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Über Jahrhunderte hinweg hatten sich die Völker Europas erbittert bekämpft – in manchen Bereichen (Balkan-Region) bis heute. Insbesondere im 20. Jahrhundert kam es zu besonders brutalen Exzessen, zwei Weltkriege führten zu Abermillionen von Toten, Leid und

Zerstörung. Ethnische Säuberungen und Vertreibungen prägten das Geschehen. Doch ein Teil der Völker Europas zog seine Lehren daraus. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, statt tödlicher Bekämpfung, Freundschaft statt Erzfeindschaft. Dies war aber nur durch eine Auseinandersetzung mit der eigenen jüngsten Geschichte möglich.

Jedes neue Mitglied sollte sich auf ebendiesen Weg begeben. Im Zuge eines möglichen Beitritts sollten Maßnahmen ergriffen werden, die gemeinsame türkisch-griechische Geschichte aufzuarbeiten - insbesondere vor dem Hintergrund der nach wie vor ungelösten Zypernfrage. Die ersten Schritte wurden bereits unternommen, das griechisch-türkische Verhältnis ist so entspannt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Doch auch das nach wie vor unaufgearbeitete Massaker in Armenien, das einer der ersten Genozide im 20. Jahrhundert war muss einer ebensolchen Aufarbeitung unterzogen werden. Denn trotz aller Fixierung auf die Türkei durch die beschlossenen Beitrittsverhandlungen darf nicht übersehen werden, dass die Zusammenarbeit mit dem osteuropäischen Raum mindestens genauso wichtig ist. Irgendwann im 21. Jahrhundert wird es zu einer Assoziierung der Länder Osteuropas und des Kaukasus kommen, unter anderen auch Armenien. Bis dahin muss auch nach einem Beitritt der Türkei das Verhältnis geklärt sein. Denn die Integration Osteuropas ist die vielleicht wichtigste Aufgabe des 21. Jahrhunderts. Ein Beitritt der Türkei darf die Frage eines Beitritts der Ukraine nicht ausschließen.

Der von konservativer Seite vorgetragene Punkt, dass mit der Türkei die Außengrenzen der Europäischen Union an so unsichere Regionen wie den dem Iran/Irak reichen würden, darf nicht gelten. Diese Argumentation ist eine Scheinargumentation, um Ängste zu schüren und Stimmung zu machen. Auch ohne direkte Grenzen zu dieser Konfliktregion ergeben sich bereits jetzt sicherheitspolitische Konsequenzen für die Staaten der EU. Daher steht die EU in der Pflicht, dazu beizutragen, diese Region zu befrieden und bei ihrem Weg in die Demokratie zu begleiten.

3. Die Bedeutung des Beitritts für die Zukunftsfähigkeit Europas

Die Debatte um den Türkeibeitritt hat jetzt schon eine positive Wirkung: sie setzt eine neue Dynamik in der Auseinandersetzung um Zukunft Europas frei. Die verschiedenen Anläufe, die Finalitätsdebatte mittels eines konkreten Modells zu lösen, sind bisher gescheitert, weil die Vorstellungen zu stark auseinanderklaffen. Die Chancen, die diese Diskussion neben anderen wie der Verfassungsdebatte eröffnet, sehen wir wie folgt:

3.1. Identität

Europa ist eine Werte- und keine Glaubensgemeinschaft. Um die Basis für eine stärkere gemeinsame europäische Identität wird derzeit in der Auseinandersetzung um die europäische Verfassung gerungen. Klar ist, dass die Werte, wie sie die EU-Grundrechtecharta, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und — dem zugrunde liegend — die politischen Traditionen der derzeitigen EU-Länder entwickelt haben, die Grundlage für die europäische Identität sind.

Mit der Integration der Türkei kann diese Wertebasis glaubwürdig zu einem multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Gesellschaftsprojekt auf Basis demokratischer Prinzipien fortgeschrieben werden. Dieser Annäherungs- und Auseinandersetzungsprozess könnte dazu beitragen, die bestehende Identitätslücke zu schließen und damit die Legitimationsbasis für die weitere Entwicklung einer politischen Union zu stärken. Der Beitritt der Türkei bietet damit letztendlich eine Chance zur Stärkung dieser politischen Union.

3.2. Institutionelle Arrangements

Der „institutional overstretch“ treibt viele Gegner des Türkeibeitritts an. Wir Juros sehen dabei nicht das Problem eines Beitritts der Türkei. Wir sehen, dass die EU es bereits in Nizza versäumt hat, die nötigen Reformen für die Handlungsfähigkeit der EU und die Vertiefung der Integration zu treffen. Die Staaten der EU haben mit einer Vielzahl an Entscheidungsmodalitäten, Institutionen und Politikbereichen ein unverständliches, langsames und in weiten teilen intransparent und undemokratisches supranationales Konstrukt hervorgebracht, das sie offenbar unfähig sind aus eigener Kraft zu reformieren.

Es ist nun an der Zeit, dass endlich die Macht des Europäischen Rates stark eingeschränkt — insbesondere durch Abschaffung der Einstimmigkeitsregeln — und die unmittelbare Gestaltungsgewalt des Parlaments an seiner Statt ausgeweitet wird.

Bevor die Türkei beitreten kann, hat Europa allerdings ohnehin die Diskussion um die Zukunftsfähigkeit zu entscheiden. Die Chance ist nun, dass der mit der Verfassungsdebatte noch nicht beendete Prozess um eine Erneuerung der Institutionen und damit eine Vertiefung der Integration u.a. in Sozial- (z.B. Mindeststandards, weitere Regulationen wie im arbeitsrechtlichen Bereich) und Steuerpolitik (Harmonisierung von Steuersätzen) aber auch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik angesichts des Beitritts der Türkei eine neue Dynamik gewinnt. Der Handlungsdruck auf alle Beteiligten wächst. Entscheidend ist, sowohl was die Frage der institutionellen Reform wie auch die Frage des Beitritts der Türkei angeht, dass die demokratische Beteiligung der Menschen über das Europäische Parlament und über Volksentscheide gestärkt wird. Denn sonst ist — ob mit oder ohne Türkei — die Europäische Union nicht zukunftsfähig.

Spätestens mit dem Beitritt der Türkei wird die Europäische Union eine Generalrevision ihrer Landwirtschaftspolitik vollziehen müssen. Vor der letzten Erweiterung konnten sich die Regierungschefs nicht auf eine solche einigen. Um

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

das Budget der Union nicht platzen zu lassen, wurden für die neuen Mitgliedstaaten wesentlich geringere Direktzahlungen festgelegt als für die alten.

Nach einem Beitritt der Türkei, mit einer bisher rückständigen und einen großen Bevölkerungsteil betreffenden Agrarsektor, würde selbst dieses System aus Erst- und Zweitklassigen Empfängern von Agrarpolitikzahlungen den finanziellen Rahmen der EU sprengen. Außerdem ist den Menschen schwer verständlich zu machen, dass Milliardensummen – die Hälfte des gesamten EU-Haushaltes – in die Landwirtschaft fließen sollen, während wichtige Projekte in der Infrastruktur, wichtige Investitionen in Forschung, Bildung und Ausbildung, wichtige Maßnahmen zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung auf der Strecke bleiben. Zudem schließen wir so die Länder der Dritten Welt von unseren Märkten aus und verhindern so deren Wachstumsmöglichkeiten.

Der anstehende Beitritt der Türkei würde den Druck, die Regional- und Strukturpolitik zu reformieren, weiter erhöhen. Das Wohlstandsgefälle in Europa, das bereits durch die Erweiterung im Jahr 2004 gewachsen ist, würde weiter ansteigen. Die Regional- und Strukturförderung der EU muss auf ein neues Fundament gestellt werden. Sie muss einerseits die Chance nutzen den Wohlstand der ärmsten Regionen Europas zu steigern und damit ein Beitrag zu einer verbesserten Lebenslage der Menschen sowie Stabilität und Demokratie leisten. Andererseits muss sie verhindern, dass sich die Situation der Regionen, die im Durchschnitt weniger wohlhabend erscheinen, verschlechtert. Eine Angleichung des Wohlstandes auf hoher Ebene kann nur durch europaweite Umverteilung zwischen Arm und Reich gelingen, bei dem Deutschland mit gutem Beispiel voran gehen muss.

4. Der weitere Prozess

Wir Jusos wehren uns, den EU-Beitritt der Türkei als Wahlkampfthema zu instrumentalisieren, fordern allerdings gleichzeitig die Einhaltung bestimmter Prinzipien im Verlauf des Verhandlungsprozesses.

4.1. Die innenpolitische Debatte in Deutschland

Die CDU hat sich festgelegt: sie ist gegen den Beitritt der Türkei. Ihre Alternative, die so genannte privilegierte Partnerschaft, wird weder von der türkischen Seite akzeptiert, noch ist sie in irgendeiner Form rechtlich oder institutionell geklärt.

Was zählt, und darauf kommt es der derzeitigen CDU-Führung an, ist das innenpolitische Signal nach rechts: wir wollen die Türken nicht.

Wir Jusos wehren uns gegen diese Stimmungsmache, gleichwohl wir berechtigte Bedenken und die sachliche Kritik an einem möglichen EU-Beitritt der Türkei ernst nehmen und uns damit auseinandersetzen.

Wir befürworten den Beitritt und wissen um die kritische Haltung der Bundesbürger in der derzeitigen Situation: Kurz nach dem noch nicht verarbeiteten Beitritt von 10 neuen Mitgliedsländern, angesichts einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, der weiterhin verbesserungsbedürftigen Menschenrechtslage in der Türkei und immer wieder aufbrechenden Defiziten auf allen Seiten bei der Integration von hier lebenden MigrantInnen. Daher werden wir offensiv und sachlich für unsere Haltung in den kommenden Jahren werben.

4.2. Grundprinzipien müssen gewahrt werden

Der Beginn der Beitrittsverhandlungen wurde für Oktober 2005 angesetzt. Die Dauer und das Ergebnis des Prozesses werden vor allem von den Fortschritten bei den politischen und wirtschaftlichen Kriterien sowie dem *acquis communautaire* abhängen. Auch wenn wir nicht von einem Beitrittsautomatismus ausgehen, muss das Ziel nichts Geringeres als die Vollmitgliedschaft sein. Doch angesichts der Komplexität und Charakteristika der Türkei sowie der Notwendigkeit einer Konsolidierung der Union nach der Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern, setzen wir einen mindestens 10jährigen Verhandlungsprozess voraus.

Maßstab für die Beitrittsfähigkeit der Türkei sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Ohne deutliche Erfolge im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Gleichstellungspolitik, der Anpassung der EU-Gesetzgebung, der Durchsetzung ebendieser in Verwaltung und Gesellschaft kann es keine letztgültige Zustimmung zum EU-Beitritt geben. Die Einhaltung dieser Kriterien muss im Verhandlungsverlauf genauestens beobachtet und Verstöße ggf. geahndet werden. Verhandlungsfortschritte müssen an Reformfortschritte geknüpft werden. Es ist aber auch davon auszugehen, dass es schon durch die Beitrittsverhandlungen und dem Beitritt selbst zu einem Modernisierungsschub kommt, der sich über die gesamte Türkei ausbreiten wird. Spanien oder Griechenland haben dies beispielhaft gezeigt.

Parallel dazu muss auch an der Aufnahmefähigkeit der EU gearbeitet werden, indem sie sich weiterhin in ihren Strukturen, Institutionen und Verfahren reformiert. Die Ratifizierung einer Verfassung muss ein erster Schritt dazu sein.

E 6 - Für einen kompletten Neuanfang bei der Dienstleistungsfreiheit

Wir Jusos sind nicht pauschal gegen den grenzüberschreitenden Handel von Dienstleistungen. Dieser kann in vielen Fällen zu mehr Wachstum, neuen Arbeitsplätzen und geringeren Verbraucherpreisen führen. Es darf aber nicht zur Liberalisierung von Dienstleistungen um jeden Preis kommen.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Die von der Kommission vorgelegte Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) würde bei ihrer Umsetzung zu einer weiteren Beschneidung der europäischen Sozialstaaten, Kürzung von Arbeitnehmerrechten, Wettlauf um die niedrigsten Löhne und erhebliche Behinderung der Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge führen. Die Jusos lehnen die bisherigen Vorschläge zur Dienstleistungsrichtlinie daher entschieden ab.

Die Änderungen die vom Europäischen Rat beschlossen wurden und weitere Änderungen, die im europäischen Parlament diskutiert werden (Bericht von Evelyne Gebhardt und Anne van Lancker) zeigen in die richtige Richtung. Doch mit der Streichung des Herkunftslandprinzips und einigen sprachlichen Korrekturen sind die Probleme der Bolkestein-Richtlinie nicht gelöst.

Wir verlangen, den jetzigen Entwurf zu begraben und eine öffentliche Debatte über die Liberalisierung grenzüberschreitender Dienstleistungen und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge im

zusammenwachsenden Europa zu eröffnen. Am Ende dieses Prozesses muss eine neu ausgerichtete Richtlinie zur Dienstleistungsfreiheit stehen.

Für solch eine neue Richtlinie haben wir die folgenden Forderungen:

- Keine Einschränkung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Rechten: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die im EU Ausland arbeiten müssen die weitergehenden Rechte in Anspruch nehmen können. Ferner müssen sie sowohl bei dem Gericht ihres ‚Herkunftslandes‘, als auch beim Gericht des Landes in dem sie arbeiten klagen können. Mitbestimmung und Tarifautonomie müssen auch im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit garantiert bleiben.
- Kein Sozialabbau: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich dürfen nicht ausgebeutet werden.
- Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge: Die öffentliche Daseinsvorsorge (öffentlicher Nahverkehr, Bildung, öffentlicher Rundfunk, Kultur und andere) muss von der Liberalisierung ausgeschlossen werden. Diese Dienste müssen vom Staat zur Verfügung gestellt werden, der Markt kann die Versorgung in diesem Bereich nicht garantieren.

F

Frieden und Globalisierung

F1 - Reform und Stärkung der Vereinten Nationen: Frieden braucht Entwicklung

"Frieden, Versöhnung und andere gemeinsame Werte entwickeln sich nicht automatisch. Entwicklung im weiteren Sinn, als ein anderes Wort für Frieden, kann uns in die Lage versetzen, Konflikte zu erkennen und mit ihnen in einer Weise umzugehen, dass ein Umschlag in militärische oder wirtschaftliche Kriege unwahrscheinlicher wird."
(Willy Brandt)

Als Lehre aus den Verbrechen von Faschismus und Weltkrieg wurden 1945 die Vereinten Nationen gegründet, um "künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren", Bedingungen für die Einhaltung des Völkerrechts zu schaffen sowie weltweit sozialen Fortschritt und einen höheren Lebensstandard fördern (Präambel der Charta der VN). Diese humanistischen Ziele stehen auch nach dem Ende der Systemkonfrontation 1989 weiterhin der Durchsetzung von uneingeschränkter Profitmaximierung als weltweitem Prinzip entgegen.

Obwohl in den letzten Jahren schon von mancher Seite das Ende der Vereinten Nationen ausgerufen wurde und vor allem die Befürworter des Krieges gegen den Irak erklärten, die VN würden in die "Bedeutungslosigkeit" abrutschen, wenn sie sich nicht US-amerikanischen Vorgaben unterordnen, ist das Gegenteil der Fall: Die US-Administration unter George W. Bush hat sich als aktueller Hauptakteur imperialistischer Politik mit dem Irakkrieg massiv isoliert. Die weltweite Zustimmung zu dieser Politik bröckelte nicht zuletzt aufgrund des durch die erhebliche Mobilisierung der weltweiten Friedensbewegung gestärkten Widerstandes gegen den Irakkrieg innerhalb der VN. Die USA sind

insofern mit ihrer aggressiv unilateralen Strategie gescheitert. Deshalb sollen nun erst recht die Vereinten Nationen für die Legitimierung der US-amerikanischen Kriegspolitik eingespannt werden.

Dem entgegen ist es heute, 60 Jahre nach der Gründung der VN offensichtlicher den je, dass die Einlösung der Ziele der Charta der Vereinten Nationen notwendige Voraussetzung dafür ist, dauerhaft Frieden zu schaffen.

Dies ist nicht durch ad-hoc-Koalitionen und kurzfristige Maßnahmen, sondern nur durch dauerhafte und verlässliche multilaterale Kooperation zu erreichen. Insofern ist eine Stärkung der VN – gerade gegen die Interessen derjenigen, die von imperialistischen Kriegen und verschärfter Ausbeutung weltweit profitieren – dringend erforderlich.

Im Dezember 2004 hat das vom VN-Generalsekretär 2003 einberufene High-Level Panel on Threats, Challenges and Change (HLP) seinen Abschlussbericht mit Analysen und Empfehlungen zu den veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert sowie Vorschlägen zur Reform der VN vorgelegt. Das VN-Millenniumprojekt unter Leitung des amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs stellte im Januar 2005 nach dreijähriger Arbeit sein Abschlussdokument "Investing in Development" vor. Beide Papiere zusammen bilden die Grundlage für Kofi Annans eigene Reformvorschläge vom März 2005, die er in seiner Vorlage "In larger Freedom: Toward Development, Security and Human Rights for All" zur Vorbereitung der im September 2005 stattfindenden 59. VN-Vollversammlung an die Staats- und Regierungschefs übermittelte. Auf dem Gipfeltreffen im Herbst dieses Jahres werden die Regierungschefs in New York Zwischenbilanz zur Millenniums-Erklärung (die Ziele wie das der weltweiten Armutshalbierung bis 2015 beinhaltet) ziehen. Die Debatte ist also in vollem Gange.

Die vor allem vom Auswärtigen Amt betriebenen Debatte über eine strukturalistische Reform der Vereinten Nationen, verbunden mit der Forderung nach einem ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat, lenkt allerdings vom Kern der Auseinandersetzung ab. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe an, die Aufmerksamkeit auf die großen Zusammenhänge und die insgesamt notwendigen friedens-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Reformen zu lenken.

1. Die sicherheitspolitische Debatte: Legitimation von Präventivkriegen durch die VN oder Erneuerung des Gewaltverbotes?

Der HLP-Report hält unzweifelhaft fest, dass der Irakkrieg völkerrechtswidrig war. Der Artikel 51 (Recht auf Selbstverteidigung) der VN-Charta dürfe, so Kofi Annan und der HLP-Bericht, nur dann angewandt werden, wenn eine unmittelbare Bedrohung vorliegt.

Beim Irak war dies nicht der Fall. Zugleich wird festgestellt, dass bei einer latenten Bedrohung (z. B. beim Verdacht auf die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen) schon bisher bei den Vereinten Nationen ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, um zivile Maßnahmen ergreifen zu können. Lediglich der politische Wille, diese vielfältigen Instrumente zu nutzen, fehle oft.

Andererseits zieht Kofi Annan in seinem Reformpapier jedoch die Möglichkeit in Betracht, Präventivkriege im Namen der Vereinten Nationen zu führen. In Ziffer 125 heißt es dazu: Der Sicherheitsrat habe die "volle Autorität für die Anwendung militärischer Gewalt, auch präventiv". Nicht einmal die einschränkenden Kriterien, die der HLP-Bericht für solche Interventionen noch nennt, werden hier aufgegriffen. Sollte sich diese Auffassung durchsetzen, fielen die Vereinten Nationen nicht nur hinter die eigene Charta, sondern auch hinter den Kellogg-Pakt aus dem Jahr 1928 zurück, in dem die Vertragsstaaten erstmals den Krieg "geächtet" hatten. Dieses moderne Verständnis von einem umfassenden Gewaltverbot hat schließlich in die VN-Charta Eingang gefunden (Art. 2 Abs. 4) und bildet eines ihrer wichtigsten Prinzipien. Zu Recht sind die USA weltweit kritisiert worden (auch von Kofi Annan selbst), weil sie sich in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 den Präventivkrieg als Option vorbehalten haben. Sollten die Vereinten Nationen dieses gefährlich anachronistische "Recht des Stärkeren" nun auch für sich beanspruchen, gibt es keine Begründung mehr, es einzelnen Staaten vorzuenthalten. Dieser Erosion des völkerrechtlichen Gewaltverbotes treten wir entschieden entgegen.

1.1 Die Erosion des Völkerrechtes

Seit Anfang der neunziger Jahre wird als eine Lösung für kriegerische Auseinandersetzungen oder bei massiven Menschenrechtsverletzungen verstärkt die so genannte "humanitäre Intervention", also eine militärische Intervention in den betreffenden Staat, in Betracht gezogen. In den letzten Jahren geschah dies beispielsweise in Somalia, Bosnien, dem Kosovo, Osttimor, dem Kongo. Behauptetes Ziel sollte es meist sein, die Zivilbevölkerung der Krisenregion zu schützen und den Konflikt zu befrieden. Aus Hilflosigkeit gegenüber den seit Mitte der neunziger Jahre zunehmenden gewaltsamen innerstaatlichen Konflikten stimmten auch viele Linke diesem Konzept zu.

Ein militärische Intervention in einen selbständigen Staat ist mit dem in der VN-Charta verankerten Grundsatz der staatlichen Souveränität nicht zu vereinbaren. Eine Lösung sollte nun eine Umdeutung des Völkerrechtes bringen, die vor allem von den Regierungen von Kanada und Großbritannien, aber auch mit Unterstützung der deutschen Regierung vorangetrieben wird. Vor allem in Berufung auf den Völkermord in Ruanda 1994 und der Rolle der internationalen Staatengemeinschaft als einem vermeintlichen "bystander to genocide" wurde im Jahr 2000 die "International Commission on Intervention and State Sovereignty" (ICISS) ins Leben gerufen. Im Herbst 2001 legte sie ihren Abschlussbericht mit dem Titel "The Responsibility to Protect" vor. Eine breitere Diskussion der darin enthaltenen Thesen fand erst in den letzten beiden Jahren statt.

1.1.1 Staatliche Souveränität als Verantwortung - The Responsibility to Protect

Das Hauptproblem, vor das sich die Kommission gestellt sah, ist die in der VN-Charta in Artikel 2 Absatz 4 festgeschriebene staatliche Souveränität, die jede Einmischung in einen Staat von außen untersagt. Eine militärische Intervention wird durch das Gewaltverbot explizit geächtet und einem Staat für einen solchen Fall sogar ein Widerstandsrecht gegen diese Intervention zugebilligt (Artikel 51). Den vermeintlichen Ausweg fand die Kommission darin, dass sie den Begriff der staatlichen Souveränität einfach mit neuem Inhalt gefüllt hat.

Nach ihrer Auffassung ist staatliche Souveränität von nun an nicht als absolut anzusehen, sondern an eine bestimmte Voraussetzung geknüpft: den Schutz der eigenen Bevölkerung, beispielsweise vor Kriegen oder Verfolgung, aber auch vor Hungerkatastrophen oder durch Naturereignisse verursachtes Leid. Für den Fall also, dass die Bevölkerung eines Landes einem, wie es in dem Bericht heißt "großem Leid" ausgesetzt ist und der Staat diesen Zustand nicht beenden will oder kann, ist die internationale Staatengemeinschaft gefragt. An sie geht die Verantwortung für die BürgerInnen über, der Staat kann sich dann nicht mehr auf seine Souveränität berufen.

Der Bericht gliedert dabei die Verantwortung der Staatengemeinschaft in drei Teilverantwortungen:

1. In eine "Verantwortung zu Verhindern" ("Responsibility to Prevent"): Konflikte könnten nach Ansicht der Kommission vor allem dadurch effektiv verhindert werden, dass demokratische Strukturen und ökonomische Entwicklung befördert werden. Die Etablierung eines demokratischen Regimes und ein ökonomisches Entwicklungsprogramm, wie von Weltbank und IWF vielfach durchgeführt, sollten Konflikte gar nicht erst entstehen lassen. Die Staatengemeinschaft habe sich dafür einzusetzen.
2. Kommt es dann zum "großen Leid", so soll nach der Vorstellung der Kommission aus der "Verantwortung zu Verhindern" die "Verantwortung zu Reagieren" ("Responsibility to React") erwachsen: Die möglichen Eingriffsmöglichkeiten reichen dabei von Sanktionen bis hin zu militärischen Intervention. Dabei ist die Bedingung für eine militärische Intervention, dass es sich um eine akute Bedrohung des Lebens einer großen Anzahl von Menschen handelt oder in großem Umfang ethnische Säuberungen oder gar Völkermord passiert. Unerheblich soll sein, ob die Gewalt von staatlicher oder nicht staatlicher Seite ausgeht, ob sie innerhalb von Staaten oder über Grenzen hinweg stattfindet.
3. Letzter Teilbereich ist die "Verantwortung zum Wiederaufbau" ("Responsibility to Rebuild"). Sie beinhaltet vor allem das zur Verfügung stellen von Hilfe beim Wiederaufbau von durch die Intervention oder den vorhergehenden Konflikt zerstörter Infrastruktur und bei der Versöhnung ehemalig verfeindeter Gruppen.

Zur Legitimation von militärischen Interventionen gibt es nach Ansicht der Kommission auf der internationalen Ebene kein geeigneteres Organ, als den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Es solle also versucht werden, vor jeder Intervention die Zustimmung des Sicherheitsrates zu erhalten und dieser solle sich in "konstruktiver Weise" mit der Situation auseinandersetzen. Nach dem Willen der Kommission heißt dies aber auch, dass, wenn sich der Sicherheitsrat nicht auf Maßnahmen einigen kann, andere Staatenzusammenschlüsse oder sogar einzelne Staaten zu militärischen Mitteln greifen könnten.

1.1.2 Konsequenzen des Konzeptes

Im Falle einer internationalen Anerkennung dieses Konzeptes der "Responsibility to Protect" wird das derzeit geltende Völkerrecht grundlegend relativiert. Dann kann und muss, in Fällen wo von schweren Menschenrechtsverletzungen oder humanitären Katastrophen berichtet wird, der Sicherheitsrat Maßnahmen bis hin zur militärischen Intervention beschließen. Tut er dies nicht, aus welchen Gründen soll dabei unerheblich sein, so geht dieses Recht auf andere Staatenzusammenschlüsse oder gar auf einzelne Staaten über. Dieses eröffnet in letzter Konsequenz die Möglichkeit, dass wenn einzelne Staaten oder Staatszusammenschlüsse militärische Maßnahmen gegen einen anderen Staat durchführen, dieser sich in Zukunft weder auf seine Souveränität noch auf das Selbstverteidigungsrecht berufen kann, wenn nur die Interventions-Begründung sorgfältig genug vorbereitet worden ist.

Es bietet gleichzeitig eine Legitimation für Eingriffe in Staaten, die sich den Vorstellungen der Industrieländer von "Entwicklung" durch Strukturanpassung, Privatisierung und Freihandel widersetzen.

Denn dieser Widerstand wird dafür verantwortlich gemacht, dass es in den Staaten nicht zu einem Anstieg des Wohlstandes kommt, der in den Prognosen von IWF und Weltbank so oft in Aussicht gestellt wurde. Damit ist der Staat nicht willens, seiner Bevölkerung diese Entwicklung zuzugestehen, Zwangsmaßnahmen bis hin zu militärischen Interventionen ließen sich mit dem Konzept der "Responsibility to Protect" nun ohne viel Mühe begründen. Dennoch sehen auch wir die Notwendigkeit, über die Menschenrechtsverletzungen in Staaten zu diskutieren. Im Rahmen unserer Debatte über die Reform der Vereinten Nationen wollen wir über Strategien und Instrumente diskutieren, wie der Schutz der Menschen garantiert werden kann.

Schon jetzt haben die Argumente aus dem Report Eingang in die Debatten der Vereinten Nationen gefunden. Besonders in der Zeit um den 10. Jahrestag des Massakers in Ruanda wurde von Seiten des VN-Generalsekretärs Kofi Annan massiv für das Konzept geworben. Die kanadische Regierung strebt eine Verabschiedung einer entsprechenden Resolution auf einer VN-Generalversammlung an. Darin soll vor allem die neue Konzeption der "Souveränität als Verantwortung" anerkannt werden. Diese "kalte" Änderung des Völkerrechtes per Neudefinition eines Begriffes ist nicht nur einfacher durchsetzbar, weil die Konsequenzen vielfach unabsehbar sind, sondern auch wesentlich schneller zu realisieren, als eine Änderung der VN-Charta in ihrem Wortlaut.

Bei der Durchsetzung dieses neuen "weiterentwickelten" Völkerrechtes geht es nicht in erster Linie um Humanität und die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen. Ziel ist vielmehr ein Mittel zu etablieren um Staaten, die von Verschuldung, Verarmung, von bestehenden Kriegen betroffen sind oder durch Bürgerkrieg zu zerfallen drohen, auch dann unter Kontrolle halten zu können, wenn kein existierendes, einheitliches Staatswesen mehr vorhanden ist, das zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen gedrängt werden könnte. Auf diese Weise können die ökonomischen und geostrategischen Interessen Dritter in diesen Staaten weiter verfolgt werden.

Falls das Konzept, das die ICISS in ihrem Bericht präsentiert hat, sich international durchsetzt, werden sich die militärischen Interventionen, die unter den Stichwort "humanitär" geführt werden, immens ausweiten.

Schließlich braucht sich dann kein Staat mehr einen Bruch des Völkerrechts vorhalten lassen, wenn er seine ökonomischen und geostrategischen Interessen militärisch durchsetzen will. Diese nun "humanitären" Interventionen brauchen nur noch eine gelungene Begründung.

1.2 Gewaltverbot, Kooperation und Sicherheit durch Entwicklung

Das Konzept der "humanitären Intervention" hat seine Untauglichkeit in den letzten Jahren bewiesen. In Jugoslawien haben sich die sozialen Bedingungen nach dem Angriffskrieg der NATO gegen Serbien weiter verschlechtert, gewaltsame Übergriffe nehmen wieder zu. In Afghanistan herrschen bestenfalls in der Hauptstadt Kabul Bedingungen, die sich als friedlich bezeichnen ließen und im Irak haben sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung und die Menschenrechtslage durch den Krieg und die Besatzung eindeutig verschlechtert.

Anstatt sich von rechts in eine unmittelbarkeitsverhaftete und populistische Debatte über medial in den Vordergrund gestellte Einzelkonflikte drängen zu lassen, sollten Linke sich darauf konzentrieren, strategisch für internationale Bedingungen zu wirken, die Staaten auch in die Lage versetzen, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Dazu ist eine Erneuerung des völkerrechtlichen Gewaltverbotes erforderlich, da die ständige Drohung mit Präventivkriegen in erster Linie die weltweite Aufrüstung befördert. So hat der VN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler am 31. März 2005 in seinem Bericht an die VN-Menschenrechtskommission darauf hingewiesen, dass weltweit die Ausgaben für Entwicklungspolitik und Hungerhilfe sanken, weil das Geld in nationale Sicherheit und den "Kampf gegen den Terrorismus" gesteckt würde.

Eine Stärkung der Vereinten Nationen kann also nicht darin bestehen, dem Sicherheitsrat das Recht zu Präventivkriegen einzuräumen. Statt dessen müssen die VN strukturell wieder zu einem Ort der kooperativ-demokratischen Austragung von internationalen Differenzen zur Stärkung der souveränen Möglichkeiten der Staaten zur sozialen Entwicklung werden. Nur Entwicklung schafft dauerhafte Sicherheit.

2. Strukturelle Reform der Vereinten Nationen

In den neunziger Jahren gierten die Vereinten Nationen in eine massive Finanzkrise. Neben ausbleibenden Beitragszahlungen aus den armen und ärmsten Mitgliedsländern froren auch die USA ihren nicht unerheblichen Beitrag ein. Vordergründiges Argument war die überbordende Bürokratie und Ineffizienz der UN, mit dem Mittel der finanziellen Erpressung sollte eine Umorientierung der VN erzwungen werden.

Bereits im Vorfeld des 50. Gründungsjahrestages und den damit verbundenen Reformankündigungen waren die inneren Strukturen der UN ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Die Vorwürfe bezogen Stellung gegen eine Wasserkopfbürokratie (im HQ zuviel Personal, in den Krisenregionen vor Ort zu wenig), die Bezahlung der VN-Mitarbeiter, die Löhne und Gehälter selbst auf dem freien westlichen Markt weit überstieg, interne Strukturen, die zu Bestechung und Unterschlagung einluden, Klüngel, sowie gegen zu langsame Entscheidungsprozesse in Krisensituationen und Doppelstrukturen der Sonder- und Unterorganisationen. Je nach Interessenlage wurden diese Kritikpunkte sachlich vorgetragen oder künstlich aufgebauscht, die US-amerikanische Presse sparte dabei nicht an Häme und Polemik.

Selbst wohlmeinende AnalytikerInnen, denen nichts an der Diskreditierung der Vereinten Nationen als multilaterale Weltorganisation lag, stellten jedoch einen Reformbedarf fest.

2.1 Politische Stärkung der Vereinten Nationen

Die UN als historisch gewachsene Organisation mit aktuell 191 Mitgliedsstaaten hat im Laufe der Jahrzehnte organisatorische und Entscheidungsstrukturen entwickelt, die extrem komplex, daher wenig flexibel und durchschaubar sind und in Krisensituationen zu langsam reagieren. Da gerade größere Staaten, allen voran die Vetomächte, bisher nicht bereit sind, ihre Partikularinteressen einer kooperativen Strategie für Frieden und Entwicklung unterzuordnen, können die VN oftmals nur verwaltend und nicht politisch gestaltend eingreifen. Klare politische Entscheidungskompetenz wird vermisst.

Zu fragen ist allerdings, inwieweit der Zuschnitt einer solchen Rolle zum Beispiel für den Generalsekretär ("Mehr General, weniger Sekretär") sich mit den Zielsetzungen des friedlichen Interessenausgleichs langfristig vereinbaren ließe. Viele der Regularien und Vorschriften sollen explizit auch die Integration kleiner und verarmter Länder gewährleisten. Eine politische Führungsstruktur wie bei der Weltbank, die lange einseitig und vor allem Interessen des Westens vertreten hat, kann keineswegs Ziel der Reformen sein.

In der aktuellen Debatte wird die Frage der Politisierung der VN weitgehend auf die Vergrößerung des Sicherheitsrates reduziert. Qualitative und inhaltliche Aspekte müssen also unbedingt stärker in den Fokus gerückt werden, und daher begrüßen wir, dass als eine der Voraussetzungen für eine Vertretung im Sicherheitsrat definiert wird, inwiefern der 0,7%-Beitrag zur Entwicklungshilfe geleistet wird.

Zweites wichtiges Reformkriterium für uns ist, dass die Besetzung des Rates so erneuert wird, dass zukünftig sogenannte Entwicklungsländer stärker repräsentiert werden. Dies bedeutet, dass nicht nur endlich die afrikanischen und lateinamerikanischen Länder einbezogen werden müssen, sondern dass auch die Ausgestaltung des Wahl- und Wiederwahlmodus einer dauerhaften Vertretung Rechnung trägt.

Darüber hinaus sollen auch regionale Organisationen, wie für die Europäische Union angestrebt oder von den lateinamerikanischen Ländern ausdrücklich eingefordert, die Möglichkeit bekommen, einen oder mehrere Sitze im Rat einzunehmen.

Die Abschaffung des Vetos der ständigen fünf Mitglieder im Rat muss langfristig angestrebt werden. Im Zuge der Reform müssen die bestehenden "Klassenunterschiede" nivelliert werden. Die Abschaffung oder Veränderung des Vetorechts wird zwar momentan für unrealistisch gehalten (HLP). Eine Einschränkung des Vetorechtes, in dem Sinne, dass nur mehrere Staaten gemeinsam ein Veto einlegen können, oder durch eine Pflicht zur politischen Begründung könnte allerdings ein erster Schritt sein.

In der konkreten Auseinandersetzung mit den von der zuständigen Arbeitsgruppe (High Level Panel) vorgeschlagenen Modellen für die neue Zusammensetzung und den neuen Besetzungsmodus halten wir aber die beiden vorgestellten Modelle nicht für zielführend.

Modell A schlägt vor, neben zusätzlichen ständigen Sitzen für bestimmte Länder (2 für Afrika, 2 für Asien, je einer für Europa und Lateinamerika) das Verfahren der zweijährigen Besetzung ohne Wiederwahlmöglichkeit weiterbeizubehalten.

Modell B will die zusätzlich zu vergebenden Sitze als vierjährige wiederwählbare Sitze ausgestalten, aber ebenfalls das Verfahren der zweijährigen Besetzung ohne Wiederwahl beibehalten, zusätzliche permanente Sitze werden aber nicht geschaffen.

Im Ergebnis soll jeder der vier regionalen Zusammenhänge (Europe, Americas, Asia and Pacific, Africa) verteilt auf verschiedene Länder, je sechs Sitze erhalten, in der Summe somit 24.

Wir Jusos orientieren nach wie vor auf die Umwandlung von ländergebundenen Sitzen in die Vertretung regionaler Zusammenhänge, wie sie sich mit unterschiedlichem Tempo, aber in allen Weltregionen herausbilden. Weder die Schaffung von zusätzlichen Ländersitzen (Modell A) noch die strikte Unterteilung in permanente und zweitrangige Sitze macht vor diesem Hintergrund Sinn, und auch nicht die einseitige Fokussierung der deutschen Außenpolitik auf einen Sitz im Weltsicherheitsrat, eine Debatte, die auch historisch schwierig ist.

Langfristig müssen geeignete, demokratische Regionalstrukturen die Besetzung der Mandate im Weltsicherheitsrat übernehmen. Modelle, die dieser Entwicklung im Weg stehen, werden von uns nicht unterstützt.

Zudem muss eine Stärkung der politischen Gestaltungsmöglichkeiten der VN mit ihrer deutlichen Demokratisierung einher gehen. Das hieße zum Beispiel die Beschlüsse der VN-Generalversammlung für verbindlich gegenüber dem Sicherheitsrat zu erklären. Hier sind im übrigen gerade Staaten wie Deutschland gefordert, die Generalversammlung ernster zu nehmen und dort für eine Politisierung der Debatte zu wirken. Die Einrichtung eines Rates für Fragen der sozialen und ökonomischen Entwicklung könnte ebenfalls dafür wirken, das Augenmerk der VN noch stärker auf langfristige Sicherung des Friedens durch die Verbesserung der Lebensbedingungen weltweit zu lenken.

Völlig ausgeklammert bleiben bisher Fragen, die sich mit der fehlenden Gewaltenteilung im System der Vereinten Nationen befassen.

Wenn die VN stärkere Rolle übernehmen sollen, müsste die Vereinbarkeit ihrer Entscheidungen mit dem geltenden Völkerrecht und der VN-Charta von einer unabhängigen richterlichen Instanz überprüft werden können.

Kofi Annan schlägt in seinem Bericht vor, den Artikel aus der VN-Charta, der die Einrichtung eines "Generalstabsausschusses" vorsieht (Art. 47), ersatzlos zu streichen. Das wäre eine Kapitulation vor der Arroganz der großen Militärmächte, insbesondere der USA, die sich bisher stets geweigert haben, sich bei VN-Einsätzen einem VN-Kommando zu unterwerfen. Wenn in der 60-jährigen Geschichte der "Generalstabsausschuss" nie installiert wurde, spricht das nicht gegen ihn, sondern gegen die Staaten, die zwar die VN in Anspruch nehmen, dafür aber keine Kompetenzen an sie abtreten wollen.

2.2 Administrative Reform

Im Zentrum der strukturellen Kritik stehen immer wieder die Institutionen des ECOSOC. In diesem Bereich finden sich nicht weniger als zwölf Kommissionen und elf subsidiäre Spezialorgane sowie Sonderorganisationen, die sich in ihren Aufgabenbereichen mehr als nur überschneiden. Allein für den Bereich der Frauenrechte gibt es ein Spezialorgan (Unifem), eine Kommission, CEDAW und CSW. Daneben haben andere Spezialorgane noch gezielte Frauenprogramme, weil deren Schlüssel- und Multiplikatorinnen-Funktion in Entwicklungsprozessen anerkannt ist, z.B. UNICEF und die Unesco. Gerade diese Verzettelung jedoch stellt für die Kooperationspartner vor Ort häufig ein ernstzunehmendes Problem dar. NGOs berichten, dass die langwierigen Entscheidungsprozesse oft Aktivitäten verhindern oder auf die lange Bank schieben, zusätzlich führen die langen Entscheidungswege dazu, dass Fördermittel verspätet eintreffen, was für NGOs mit begrenzten finanziellen Mittel substantiell schwierig oder existenzgefährdend ist.

Schon im August 2004 hat Generalsekretär Kofi Annan einen Zwischenstand zur "Human resources management reform" vorgelegt, die weitgehend positive Bilanz über die Prozesse zur Effektivierung der Personalstrukturen zieht. Erste Versuche zur notwendigen strukturellen Umgestaltung, besonders zur Zusammenlegung von Bereichen mit vergleichbaren oder ähnlichen Aufgaben, sind erkennbar, dennoch bleiben Defizite. So sollen innerhalb des VN-Sekretariats die politischen Zielvorgaben entwickelt werden, die Spezialorgane sollen diese vor allem umsetzen – und bleiben somit aber weitgehend erhalten. Allerdings sollen die Entscheidungsbefugnisse vor Ort gestärkt werden. Im Bereich des ECOSOC sollen Aktivitäten zusammengelegt werden, um höhere Kosteneffektivität und bessere Nutzung der Ressourcen (s. o.) zu erreichen. Auf der politischen Ebene soll es zudem zu einer Fokussierung auf Kernaufgaben kommen: Frieden und Sicherheit, Wirtschaft und Soziales, Entwicklungshilfe und humanitäre Aufgaben.

Völlig klar ist aber: wer die Straffung von Entscheidungsstrukturen einfordert, begründet damit auch Rationalisierungsmaßnahmen. Sofern es zu einer zweckmäßigen Umgruppierung des Personals kommt, ist dies sicher sinnvoll. Es ist aber gegenzusteuern, wenn auf diesem Weg auch die Finanzkrise der VN gelöst werden soll, weil Staaten ihrer Zahlungsverantwortung nicht nachkommen wollen. Im Moment ist angedacht, den Personalabbau vorrangig durch Nichtwiederbesetzung zu lösen, dabei geht es um etwa 1000 Stellen. Darüber hinausgehende Streichungen würden allerdings die Arbeitsfähigkeit stark beeinträchtigen.

Ziel aller administrativen Reformen muss stets sein, ein Maximum an Transparenz und gleichberechtigter Beteiligung aller Staaten als Voraussetzung demokratischer Verständigung zu gewährleisten.

2.3 Die deutsche Rolle

Die Bundesregierung, vor allem das Auswärtige Amt hat die Debatte um die Reform der VN ausschließlich auf die Frage reduziert, ob Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhält. Dabei wäre ein quantitativer Ausbau der europäischen Fraktion im Sicherheitsrat nicht nur weltpolitisch absurd, ein deutscher Sitz wäre auch ein Rückschlag für den Versuch, zu einer gemeinsamen Vertretung der Europäischen Union zu kommen. Die Vereinten Nationen werden immer nur so stark und effektiv sein, wie es die Mitgliedsstaaten wollen bzw. zulassen.

Deswegen fordern wir die rotgrüne Bundesregierung auf, zu zeigen, dass die Bundesrepublik Deutschland zum Vorreiter werden kann, wenn es darum geht, Sicherheit durch Entwicklung zu schaffen, und nicht nur wenn auf der internationalen Bühne Macht neu verteilt wird.

3. Sicherheit durch Entwicklung: Armut bekämpfen, Frieden sichern

Die Vorschläge des High-Level Panels und des UN-Generalsekretärs beziehen sich vor allem auf die drei Bereiche kollektive Sicherheit durch zivile Prävention (hier steht die Entwicklungspolitik jeweils im Mittelpunkt), die Legitimation von Gewaltanwendung und die institutionelle Reform der Vereinten Nationen. Der Sachs-Report nimmt umfassend und ausschließlich zur Entwicklungspolitik Stellung: Er untersucht, welche konkreten Schritte unternommen werden müssen, um die Millennium-Entwicklungsziele bis 2015 zu verwirklichen.

3.1 Die Millenniumsziele

Die Millennium-Entwicklungsziele stehen aktuell weit oben auf der UN-Agenda und im Zentrum der Diskussion, wie Sicherheit durch Entwicklung in konkreten Schritten verwirklicht werden kann. Zu den im Jahr 2000 vereinbarten Zielen gehören:

1. Die Beseitigung von extremer Armut (d. h. die Halbierung der Zahl von Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben gemessen am Stand von 1990 bis 2015),
2. eine abgeschlossene Grundschulbildung für alle bis 2015,
3. die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit (durch die Beseitigung von Bildungsgefällen zwischen den Geschlechtern bis 2015),
4. die Reduktion der Kindersterblichkeit (Senkung um zwei Drittel zwischen 1990 und 2015),
5. die Verbesserung der Gesundheit von Müttern (Senkung um drei Viertel zwischen 1990 und 2015),
6. die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten (deren Ausbreitung bis 2015 zum Stillstand bringen und allmählich umkehren),
7. die Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit (u. a. bis 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und einfachen sanitären Einrichtungen haben),
8. die Schaffung einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft (u. a. "ein offenes regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln" und der Abbau von Handelsschranken zugunsten der Entwicklungsländer).

Kofi Annan macht den Staats- und Regierungschefs im Vorfeld der VN-Vollversammlung Vorschläge für Handlungsprioritäten im Jahr 2005, die ihm notwendig erscheinen, um diese Ziele bis 2015 zu erreichen:

- So soll jedes Entwicklungsland mit extremer Armut bis 2006 nicht nur eine **nationale Entwicklungsstrategie** aufstellen, die tragkräftig genug ist, um bis 2015 bei den Millennium-Zielen anzukommen, sondern schon auch beginnen, diese Pläne umzusetzen. Die Strategien unterliegen der Rechenschaftspflicht, sofern sie solide und nachvollziehbar sind, wird den Staaten die zur Zielerreichung benötigte Summe öffentlicher Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Strategien sollen jeweils auf einem öffentlichen Investitionsprogramm basieren, das sowohl einheimische Ressourcen als auch öffentliche Entwicklungshilfe mobilisiert. Inhaltlich sollen sich die Maßnahmen den Millenniums-Zielen entsprechend an den Prioritäten Gleichberechtigung der Geschlechter, Umwelt, der Entwicklung ländlicher und städtischer Räume, Gesundheitssysteme, Bildung sowie Forschung, Technologie und Innovation ausrichten.
- Finanziert werden kann all dies nur durch eine **Verdopplung der Entwicklungshilfe** über die nächsten Jahre hinweg. Alle Geberländer sollen - sofern nicht schon vorhanden - Zeitpläne zur Erreichung des 0,7% Ziels aufstellen, wobei 2006 deutliche Mehrausgaben für Entwicklungshilfe auszuweisen sind und spätestens 2009 die 0,5%-Marke überschritten werden soll. Noch im Jahr 2005 soll eine internationale Finanzierungseinrichtung etabliert werden, die z. B. das Vorziehen von öffentlichen Entwicklungshilfeinvestitionen ermöglicht. Außerdem soll eine Reihe von kostengünstigen Sofortmaßnahmen gestartet werden, die mit einfachen Mitteln viele Menschenleben retten können ("Quick Wins").
- Mehr hochverschuldeten armen Ländern soll ein **Schuldenerlaß** gegeben werden. Annan fordert, eine Neudefinition des Begriffs "Schuldentragfähigkeit" als "Höhe der Verschuldung, die es einem Land ermöglicht, die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 ohne eine Erhöhung der Schuldenquote zu erreichen".
- Die **Doha-Runde** der WTO, in deren Mittelpunkt Entwicklungsziele stehen, soll spätestens 2006 abgeschlossen werden und dann alle in sie gesetzten entwicklungspolitischen Hoffnungen erfüllen.
- Um **Nachhaltigkeit** in der Umwelt zu gewährleisten und Klimaveränderungen zu entgegenen, muss ein internationaler Handlungsrahmen entwickelt werden, der über das Jahr 2012, die Laufzeit des Kyoto-Protokolls, hinaus geht.
- Als andere Prioritäten nennt der UN-Generalsekretär die schnellere Bekämpfung von Infektionskrankheiten durch eine Erneuerung der internationalen Gesundheitsvorschriften, ein weltweites Naturkatastrophen-Warnsystem, die Unterstützung von Wissenschafts- und Technologieentwicklung, die stärkere

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Repräsentation von Entwicklungsländern in den internationalen Finanzinstitutionen und internationale Kooperation, um Probleme im Zusammenhang mit internationaler Migration zu lösen.

Der Zwischenbericht zur Umsetzung der Millenniumsziele von Jeffrey Sachs weist jedoch deutlich darauf hin, dass zwar für bestimmte, auch afrikanische Länder die Implementierung der Zielvereinbarung gelingen könnte.

Hier und anderer Stelle werden jedoch auch Befürchtungen laut, dass insbesondere die reichen Industrieländer mit ihrem Beitrag dazu unter ihren Möglichkeiten bleiben, so dass die notwendigen finanziellen Mittel fehlen und dass es in einigen der ärmsten Länder nicht die Infrastruktur gibt, um eine effektive Verbesserung der Lebenssituation zu erreichen. Das Jahr 2005 sei der Zeitpunkt, an dem sich Erfolg oder Misserfolg der formulierten Entwicklungsstrategie entscheiden werde.

Zudem ist eine erfolgreiche Umsetzung der Entwicklungsziele nur möglich, wenn es in den ärmsten Länder zu Entschuldung kommt, so dass die Mittel direkt für soziale und ökonomische Entwicklung eingesetzt werden können, und auch nur dann, wenn die weltwirtschaftliche Situation sich erholt und auch ausländische Direktinvestitionen auf hohem Niveau fließen. Der Einbruch der FDI um die Jahrtausendwende hatte fatale Auswirkungen auf die Ökonomien und Staatshaushalte nicht nur im Süden, und drastische Sparmassnahmen zur Folge.

3.2 Friedenssicherung

Über die Millenniumsziele hinaus betont der Generalsekretär die Notwendigkeit der Friedenssicherung:

- Abrüstung und Nicht-Verbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Waffen: Es sind vor allem längst getroffene Vereinbarungen zur Abrüstung und Nicht-Verbreitung von nuklearen, radiologischen und biologischen Waffen, deren Einhaltung Kofi Annan jetzt einfordert. Kernwaffenstaaten sollen die Abrüstung nicht-strategischer Atomwaffen weiter vorantreiben, sich zur Unumkehrbarkeit des Abrüstungsprozesses und zu negativen Sicherheitsgarantien (Zusagen, die Atomwaffen nicht einzusetzen) bekennen und das Moratorium für Atomwaffentests aufrechterhalten. Die Kompetenzen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) sollen gestärkt werden.
- Friedenssicherungskräfte und Friedenskonsolidierung: Zur Reduzierung des Kriegsrisikos fordert Annan die Staaten auf, zum einen endlich mehr "Friedenssicherungskapazitäten" bereitzustellen und zum anderen ein "ineinander greifendes System von Friedenssicherungskapazitäten einzurichten, das es den Vereinten Nationen ermöglichen wird, mit den zuständigen Regionalorganisationen im Rahmen verlässlicher und berechenbarer Partnerschaften zusammenzuarbeiten".

Zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung nach Ende von bewaffneten Konflikten soll Annans Auffassung zufolge eine zwischenstaatliche Kommission und ein spezielles Büro im UN-Sekretariat gebildet werden.

3.3 Eine neue Weltwirtschaftsordnung

Zweifellos beinhalten die Vorschläge Kofi Annans wichtige plakative entwicklungs- und friedenspolitische Schritte, die bisher vor allem Gegenstand von Sonntagsreden aber nicht der alltäglichen Politik nationaler Regierungen waren. Den langen Atem und den Nachdruck, mit dem sich Kofi Annan wieder und wieder für die Umsetzung der Ziele einsetzt, können wir Jusos daher nur begrüßen. Die Realisierung dieser Ziele erfordert jedoch tiefgreifende Veränderungen weltweit. Sicherheit kann durch Entwicklung nur gewährleistet werden, wenn auch die strukturellen Ursachen von Armut (wie z. B. Ungleichverteilung von Vermögen, Ländereien, Macht) bekämpft und beseitigt werden. Dazu müssen die Ansätze der VN-Diskussionen aus den 1970er Jahren über eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung neu belebt werden. Die Welt „vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, Bedingungen für die Einhaltung des Völkerrechts zu schaffen sowie sozialen Fortschritt und einen höheren Lebensstandard fördern heißt die globale Dominanz der Profitmaximierung durch solidarische Kooperation zu überschreiten.

Unsere Aufgabe als Jusos ist es vor allem, als Teil der weltweiten Friedensbewegung und der sozialen Bewegungen über die realen Ursachen von Kriegen und internationaler Unterentwicklung aufzuklären und Alternativen zur gegenwärtig verschärft vorangetriebenen Ausbeutung unterentwickelter Regionen aufzuzeigen. Das heißt auch die Bundesregierung unter Druck zu setzen, damit sie in diesem Sinne mehr Verantwortung übernimmt.

F5 - Mit einer gemeinsamen internationalen Stimme gegen den Menschenhandel!

Die jüngst bekannt gewordenen Vorfälle in Deutschland bezüglich Menschenhandel haben Deutschland tief getroffen. Es ist erschreckend anhand von realen Vorgängen, wie sie ans Licht kamen zu sehen, dass auch in der Bundesrepublik mit der „lukrativen Ware Mensch“ immer häufiger gehandelt wird, jenseits jeglicher Menschenrechte und fernab jeglicher Vorstellungskraft eines Durchschnittsbürgers.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Es stellt einen Skandal dar, dass die Medien sich diesem Thema nicht inhaltlich annahmen, sondern der Diskurs über Politikerversagen im Vordergrund stand. Umso wichtiger ist es nun sich diesem Problem thematisch in breiter Öffentlichkeit anzunehmen.

Die Realität hat auch uns eingeholt und wir müssen endlich einsehen, dass alle bisherigen Massnahmen und Vorkehrungen zur Bekämpfung von Kinder- und Menschenhandel fehlgeschlagen sind oder höchst unzulänglich waren. Allein in der Bundesrepublik leben schätzungsweise 140000 Zwangsprostituierte. (In dieser Schätzung sind andere Einnahmequellen/Arbeitsbereiche auf die Menschenhändler setzen nicht enthalten)

Opfer können immer noch keinen ausreichenden Schutz, sei es Asyl, finanzielle Grundsicherung oder Schutz vor den Tätern erwarten. Diese Tatsache stellt eine grosse Lücke in der konsequenten Bekämpfung von organisierter, internationaler Kriminalität dar, da die Justiz auf die Opferaussagen erheblich angewiesen ist. Um den Opfern die Möglichkeit zu geben gegen ihre Peiniger und die grossen, beteiligten Netzwerke aussagen zu können müssen von vornherein alle Unsicherheitsfaktoren aus dem Weg geräumt werden. Der Opferschutz muss dementsprechend adäquat umgesetzt werden und die jetzigen Disparitäten aus dem Weg geschafft werden. Dazu gehört auch eine spezifische Ausbildung und Sensibilisierung von Polizeikräften und Bereitstellung von psycho-sozialer Betreuung für Opfer nach der Vernehmung. Eine Aufklärung der Bevölkerung und Enttabuisierung muss als Verantwortung der Gesamtgesellschaft gegenüber als Aufgabe der Politik und der entsprechenden Ministerien gesehen werden.

Da der Menschenhandel international verbreitet ist und dem organisierten Verbrechen zuzuordnen ist muss dieses Problem auch in internationaler Zusammenarbeit und Kooperation angegangen werden.

Diese Forderungen und viele mehr können durch die Ratifizierung des Zusatzprotokolls der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels in Ergänzung des Übereinkommens gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität in Angriff genommen werden.

Mit Entsetzen mussten wir feststellen, dass die Bundesregierung zu der Minderheit gehört, die dieses Zusatzprotokoll noch nicht ratifiziert hat!

Wir fordern eine sofortige Ratifizierung des UN-Protokolls um die Menschenhändler endlich konsequent zu bekämpfen und vor allem den Opfern solidarisch zur Seite zu stehen um ihre Not und ihr Leid zu beenden. Die Sozialdemokratie hat sich immer als Anwalt der Menschenrechte und vor allem der wehrlosen und schwachen Menschen gesehen, nun muss sie dies auf internationaler Ebene ebenso beweisen!

F 6 - NEIN ZUR AUFHEBUNG DES WAFFENEMBARGOS GEGEN CHINA

Menschenrechte gehen vor Wirtschaftsinteressen

Auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid im Juni 1989, kurz nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking und die damit verbundene Niederschlagung der Demokratiebewegung, beschlossen die Staats- und Regierungschefs folgende Resolution:

"In der momentanen Lage denkt der Europäische Rat, dass es nötig ist, die folgenden Massnahmen zu beschließen: (...) Militärische Kooperation unterbrechen und ein Embargo für Waffenhandel mit China erlassen."

Weiter in dem Beschluss wird darauf hingewiesen, dass eine Aufhebung dieses Waffenembargos nicht zur Debatte stehen darf, solange sich die Menschenrechtssituation in China nicht verbessert hätte.

Nun fordern Frankreich und Deutschland, aus rein ökonomischen Interessen, eine Aufhebung des Embargos. Schon im Dezember letzten Jahres versuchte Frankreichs Präsident Chirac nach seinem Besuch durch Asien eine Aufhebung durchzusetzen, denn Frankreich (wie auch Deutschland) hat großes Interesse daran an dem vielsprechenden neuen Markt China teilzuhaben. Der Versuch schlug fehl indem alle andere EU-Staaten ihr Veto einlegten. Doch mit der Rückendeckung Frankreichs will China andere Staaten auf ihre Seite ziehen und politische „Deals“ abschließen. Hierzu zählen insbesondere Italien, Dänemark, die Niederlande und Deutschland.

Obwohl keine Verbesserung im Bereich der Menschenrechte zu beobachten ist, China das Antiabspaltungsgesetz verabschiedet hat und Taiwan massive Drohungen ausspricht und nicht zuletzt trotz gegenteilige Meinung der Fraktionen von Grünen und SPD in Bundestag und EU-Parlament, hängt Gerhard Schröder an seiner Position fest.

Die Jusos fordern den Bundeskanzler auf, seine China-Politik grundlegend zu überdenken und seine Bestrebungen für eine Aufhebung des Waffenembargos aufzugeben. Desweiteren fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand auf, sich für die Aufrechterhaltung des Waffenembargos gegen die Volksrepublik China einzusetzen.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Deutschland darf nicht das Signal aussenden, Wirtschaftsbeziehungen gingen über Menschenrechte und Frieden.

Waffenembargo verschärfen

Ein große Lücke in der 1989 ausgesprochenen Waffensperre ist die fehlende Definition von „Waffen“. Auch wie das Embargo überwacht werden soll, wurde ebenfalls nie schriftlich festgelegt. Großbritannien etwa hat entschieden, dass britische Waffen oder Waffenteile, die "nicht tödlich wirken", exportiert werden können. So heben chinesische Kampfflugzeuge mit britischen Rolls-Royce-Triebwerken ab.

Frankreich und Italien haben auch lange nach 1989 noch Radargeräte, Raketen und Flugzeuge nach China geliefert. Es habe sich um Aufträge gehandelt, die vor der Niederschlagung der Demokratiebewegung erteilt wurden, lautete das Argument. Italien und Spanien sollen Hubschraubertechnologie geliefert haben, die sie nicht als Teile eine Waffensystems ansehen mochten, die sich aber in einem chinesischen Kampfhubschrauber wiederfinden. Eine deutsche Firma hat 2000 einen Auftrag zur Lieferung von Dieselmotoren für chinesische U-Boote erhalten. Ob der jemals ausgeführt wurde, ist unklar.

Insgesamt haben EU-Staaten im Jahr 2003 Ausnahmen vom Waffenembargo im Wert von rund 413 Millionen Euro genehmigt. Das offizielle Journal der Europäischen Union bezifferte die Summe der Waffenexport-Lizenzen im Vorjahr 2002 auf lediglich 210 Millionen Euro. Binnen Jahresfrist hat sich der Waffenkauf der Chinesen in Europa damit fast verdoppelt.

Größter Exporteur ist Frankreich, gefolgt von Großbritannien und Italien. Der deutsche Anteil ist relativ gering, selbst wenn man beachten muss, dass viele Exporte der Firma EADS Frankreich zugerechnet werden sich jedoch in spanischer, französischer und deutscher Hand befindet.

Selbst die USA, die wiederum aus militärischen Gründen eine Aufhebung des europäischen Embargos ablehnen, profitieren seit Jahren ungeachtet vom chinesischen Rüstungsmarkt. Nach Angaben Arms Control Association, eine Nichtregierungsorganisation in Washington sind von 1989 bis 1998 Waffen im Wert von 350 Millionen Dollar geliefert worden. Zudem verkaufte Israel US-amerikanische Technik an China weiter.

Die Jusos fordern daher eine Verschärfung des Waffenembargos gegen China und durch klare Regeln und Definitionen ergänzt werden. Des weiteren muss eine bessere Kontrolle zur Einhaltung des Embargos stattfinden.

Sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen – Menschenrechte und Demokratie stärken

Die jüngsten Entwicklungen in der Konfrontation zwischen China und Taiwan stellen ein sicherheitspolitisches Risiko für die Region dar. Taiwan hat kaum eine andere Wahl, als genau auf Chinas ultimatives strategisches Ziel zu achten, die EU-Mitgliedsstaaten von einer Aufhebung des Waffenverbots überzeugen. Sobald China fortgeschrittene militärische Technologie aus Europa erhält, werden der Frieden und die Stabilität in der ostasiatischen Region stark untergraben sein. Bei jeglichen Waffenexporten ist eine Gewissensentscheidung nach gründlicher Analyse des Einzelfalls zu treffen. Dieser Entscheidung müssen Kriterien der Achtung der Menschenrechte und des Völker- und Internationalen Rechtes, sowie mögliche Auswirkungen des Exports auf die Stabilität der entsprechenden Region zugrunde liegen. Bei dieser Entscheidung sind sowohl wirtschaftliche und politische Beziehungen des betreffenden Landes als auch das Wirtschaftssystem nachrangig zu berücksichtigen.

In Wirklichkeit ist China in der gegenwärtigen Konfrontation in der Taiwan-Straße der Aggressor und Taiwan in der Verteidigung. Aufgrund der internen politischen Machtkämpfe zwischen Regierungs- und Oppositionslagern in Taiwan ist es einfach für Taiwan zu vergessen, dass das mächtige und autoritäre China bereit steht, Taiwan durch Gewalt zu annektieren.

Sollte das Waffenembargo aufgehoben werden, so wird diese sehr Ernst zu nehmende Konsequenz haben.

Zum einen würde die EU die Botschaft aussenden, dass sie annimmt, Menschenrechte in China hätten sich sehr verbessert und dass Chinas Feindseligkeit und Aggression gegen Taiwan akzeptabel seien. Zweitens würde die EU Waffen an ein großes, autoritäres Land verkaufen, welches ein kleines, demokratisches bedroht. Gleichzeitig würde die EU mit ihrer "Ein-China-Politik" ein Waffenembargo gegen Taiwan aufrechterhalten, einem Land, das Menschenrechten und Demokratie hohe Achtung schenkt. Es muss bemerkt werden, dass die taiwanische Regierung kaum Chancen hat in der nahen Zukunft neue Waffen von irgend einem EU-Mitglied zu erhalten, seit Frankreich sich bei China für den den "versehentlichen" Verkauf der Mirage 2000 und Lafayette-Zerstörer an Taiwan entschuldigt hat und somit nicht in der Lage sich zu verteidigen. Drittens würde die Tatsache, hoch entwickelte Militärtechnologie aus der EU zu erhalten, China in eine bessere Position bringen, mit den größten Lieferanten Russland und Israel über unbeschränkte Käufe von technisch noch ausgefeilteren Waffen zu einem besseren Preis zu verhandeln.

Die EU hat das Recht und die Pflicht, ihre Beziehungen mit China zu verbessern, und Europa muss mit China zusammen arbeiten, um die Welt zu sicherer und besser zu machen. Die bedrohliche Lage in der ostasiatischen Region bringt uns diesem Ziel jedoch nicht näher. Im Gegenteil. Die gilt auch für Deutschland und daher fordern die Jusos die Bundesregierung auf, ihrer Friedens- und Sicherheitspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und alle ihr zu verfügbaren stehenden Mitteln um die Demokratie und die Menschenrechte in dieser Region voranzutreiben, unabhängig von militärischen oder ökonomischen Interessen.

F 12 - Unsere Position ist klar:

Gerecht weiter denken – Wehrpflicht abschaffen

Die Diskussion um die künftige Wehrstruktur geht in die entscheidende Runde. Die Frage um Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht hat längst keinen reinen sicherheitspolitischen Charakter mehr. Viele Gründe sprechen heute für ihre Abschaffung. Die gesellschaftliche Ablehnung der Wehrpflicht hat enorm zugenommen. Auch innerhalb der SPD wächst der Widerstand gegen die Zwangsdienste.

CDU/CSU haben deutlich gemacht wofür sie stehen: Sie wollen nicht nur mit einem klaren Bekenntnis zur Wehrpflicht in den Wahlkampf ziehen und sie fordern den Zwangsdienst mit einem allgemeinem Dienst auszuweiten auf den Heimatschutz. Sicherheitspolitisch ist dies Unsinn und der Eingriff in die Freiheitsrechte junger Menschen findet noch massiver statt. Wir Jusos stehen klar gegen die Wehrpflicht, für einen Abbau militärischer Strukturen und für eine Sicherheitspolitik, die auf Prävention und zivile Konfliktlösung setzt.

Der tiefe Eingriff in die individuelle Freiheit junger Männer durch die allgemeine Wehrpflicht ist nicht mehr zu rechtfertigen.

Wichtige Grundrechte wie das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, das Koalitions- und Versammlungsrecht sowie das Streikrecht werden durch das Soldatenrecht eingeschränkt. Ein solcher Eingriff muss mit einem existentiellen Anliegen des Staates begründet werden. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Wehrpflicht in Deutschland heute nicht mehr gerecht umsetzen lässt.

Die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht steht für uns Jusos im Kontext der Forderungen nach Abrüstung und dem Zurückdrängen militärischen Denkens aus der Gesellschaft. Nach langen Diskussionen sprechen wir uns für eine Freiwilligenarmee aus. Aber unser Ziel bleibt die Überwindung jeglicher militärischer Strukturen. Konfliktprävention und die Stärkung ziviler Instrumente sind für uns zentral.

Die Wehrstruktur hat dabei keinen Einfluss auf die Interventionsfähigkeit einer Armee, wie es in manchen Diskussionen behauptet wird. Die Entscheidung über die Einsätze einer Armee gehört in den politischen Raum. Wir Jusos fordern vehement, am Modell der Parlamentsarmee festzuhalten, Einschränkungen in die Entscheidungskompetenzen des Bundestages lehnen wir ab. Im Gegenteil: der parlamentarische und demokratische Einfluss auf die Armee muss verstärkt werden.

In diesem gesamten Kontext fordern wir, die Bundeswehrreform voranzutreiben. Für die Abschaffung der antiquierten Wehrstruktur sprechen heute viele Gründe:

1. Abrüstungsmöglichkeiten eröffnen – Armee verkleinern!

Mit der Bundeswehrreform muss eine radikale Verringerung des Personalsumfangs der Bundeswehr auf höchstens 150.000 Soldaten einhergehen. Sechzehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und im Jahr der Ost-Erweiterung der Europäischen Union ist Deutschland ausschließlich von Freunden umgeben. Das klassische Bedrohungsszenario des Kalten Krieges ist entfallen. Sicherheitspolitik hat sich massiv gewandelt und hat seine Herausforderungen im nicht-militärischen und präventiven Bereich zu suchen.

Nicht nur deswegen erscheint die Aufrechterhaltung großer Armeen und massiver Verteidigungshaushalte in einem zusammenwachsenden Europa als Anachronismus.

Schon jetzt hat die Bundeswehr eine Größenordnung erreicht, die nicht mehr kompatibel ist mit der Aufrechterhaltung der Wehrpflicht. Klar ist auch: weil moderne Sicherheitspolitik gerade die nicht-militärischen Mittel stärken muss, ist eine Verlagerung von Finanzbudgets erforderlich.

2. Keine Wehrpflichtlotterie, keine Trickereien!

Durch die Verkleinerung der Bundeswehr und die Verringerung der Wehrdienstplätze ist die Wehr-Ungerechtigkeit in den letzten Jahren massiv gestiegen. Am Ende eines Jahrgangs werden heute weniger als 20 % der Wehrpflichtigen tatsächlich zum Wehrdienst einberufen. Es entsteht eine reine „Wehrpflichtlotterie“. Kriegsdienstverweigerer müssen im Gegensatz hierzu den Zivildienst deutlich häufiger ableisten. Das sind eine Ungleichbehandlung von Kriegsdienstverweigerern und Nicht-Verweigerern, die wir strikt ablehnen, und ein Widerspruch zur grundgesetzlich festgeschriebenen Wehrgerechtigkeit. Dies hat erst vor kurzem das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes gezeigt, das bei Einberufungen von „staatlicher Willkür“ spricht.

3. Freiwilligen-Armee ist kostengünstiger

Eine Freiwilligenarmee ist auch keinesfalls teurer als eine Armee mit Wehrpflichtigen. Im Gegenteil: Volkswirtschaftlich gesehen ist die Wehrpflichtarmee die teuerste und ineffizienteste Lösung, da sie dem zivilen Sektor jährlich Zehntausende junge Männer entzieht und der Einsatzwert eines Freiwilligen zwei- bis fünfmal so hoch ist wie der eines Wehrpflichtigen.

Zwar lässt sich die Frage der Wehrform nicht nur unter dem Kostenaspekt betrachten, doch ist die Argumentation, eine Wehrpflichtarmee sei billiger, nicht haltbar.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Durch die Umstrukturierung freiwerdende Gelder sollen in die nichtmilitärische Krisenprävention investiert werden. Bei der Frage der Personalgewinnung und der Attraktivität der Bundeswehr kommt dem Aspekt der zivilen Verwertung von Aus- und Weiterbildungsangeboten bei der Bundeswehr große Bedeutung zu.

4. Konversion des Zivildienstes

Die angebliche Notwendigkeit des Zivildienstes im Sozialwesen muss häufig als Argument für die Wehrpflicht erhalten. Dass der Zivildienst kostenneutral abgeschafft werden kann, ist jedoch mittlerweile bewiesen: Modellrechnungen zu den Folgen des Wegfalls des Zivildienstes zeigen, dass rein rechnerisch etwa drei Zivildienstleistende durch zwei Hauptamtliche ersetzt werden müssten, um im Sozial- und Gesundheitswesen keine Lücken aufkommen zu lassen, also 90.000 Zivildienstleistende durch 60.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Die begrenzte Einsatzfähigkeit der ZDL, ihr ständiger Wechsel und das fehlende Know-how setzen ihrer Effektivität erhebliche Grenzen. Untersuchungen dazu beweisen, dass die Umwandlung kostenneutral organisiert werden kann. Dies wäre also nicht nur eine Qualitätsverbesserung in diesen sozialen Diensten, sondern daneben auch ein bemerkenswerter Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Selbst die Wohlfahrtsverbände – Hauptnutznießer des Zivildienstes - haben dies mittlerweile anerkannt und erklärt, sie könnten ab 2008 auf den Zivildienst verzichten.

Ihre Forderung nach dem Erhalt der im Zivildienst ausgegebenen Haushaltsmittel für den sozialen Bereich und die Freiwilligendienste, die auch der Bundesrat im Mai dieses Jahres aufgegriffen hat, findet unsere Unterstützung.

5. Freiwilligendienste dürfen kein Ersatz für Ausbildungs- oder Arbeitsplätze sein

Für reguläre Tätigkeiten sind reguläre Arbeitsplätze zu schaffen. Freiwilligendienste – flexibilisiert und als Angebot für Menschen jeden Alters – haben ihren Bereich dort, wo Menschen gesellschaftliche Aufgaben übernehmen und sich einmischen wollen, aber auch Erfahrungen sammeln oder sich orientieren wollen. Sie sind strikt zu orientieren an den Bedürfnissen und Interessen der Freiwilligen. Über diese Dienste dürfen keine sozialen Dienstleistungen sichergestellt werden. Sie dürfen allenfalls zusätzliche Aufgaben übernehmen. Freiwilligendienste sind kein Ausbildungsangebot für Jugendliche.

Sowohl Wehrdienst als auch Zivildienst sind Jobkiller und zerstören reguläre Arbeitsplätze. Die Abschaffung der Zwangsdienste kann somit ein Schritt sein, um Beschäftigung wieder zu erhöhen: Mittel, die durch die Abschaffung von Zwangsdiensten eingespart werden, sollen zur Finanzierung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) gebündelt werden. Die Konversion des Zivildienstes in Arbeitsplätze des ÖBS wäre somit zugleich ein Beitrag, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und Menschen Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen, die ihnen eine Existenzsicherung aus eigener Kraft ermöglicht.

6. Deutliche Absage an jegliche Form des sozialen Pflichtjahres

Der populistischen Forderung nach Einführung einer Dienstpflicht für alle Jugendlichen erteilen wir eine klare Absage. Das Verantwortungsbewusstsein der jungen Menschen in der Gesellschaft kann über Zwangsdienste nicht gestärkt werden. Soziales Engagement erreicht man über bessere – freiwillige - Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft. Gleichzeitig droht mit einer allgemeinen Dienstpflicht die Gefahr der Ausbeutung junger Menschen und der weiteren Zerstörung regulärer Ausbildungs- und Arbeitsplätze, da pro Jahr zusätzlich zum heutigen Wehr- und Zivildienst rund 500.000 Stellen geschaffen und jährlich mit zusätzlichen 7,5 Milliarden Euro finanziert werden müssen. Das Grundgesetz und zahlreiche internationale Abkommen stehen der Forderung nach einem sozialen Pflichtjahr entgegen.

7. Gerechtere Wehrpflicht: Partei und Gesellschaft mobilisieren!

Die Jusos senden vom Bundeskongress ein deutliches Signal. Gerechtere Wehrpflicht heißt für die Abschaffung der Wehrpflicht und für die Schaffung einer Freiwilligen-Armee. Der CDU/CSU werden wir diese Forderung klar entgegenstellen und auch dafür kämpfen, dass die SPD auf ihrem Bundesparteitag im November eine Positionierung gegen die Wehrpflicht beschließt.

Eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung und in der SPD steht mittlerweile gegen die Wehrpflicht. Das werden wir deutlich machen.



Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaft

H1 Neu - Beschäftigung schaffen! Wachstumskräfte stärken! Reichtum gerecht verteilen!

1. Einleitung

Ökonomisches Wachstum, d.h. die Zunahme der produzierten Güter und Dienstleistungen, bedeutet einen Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums und stellt eine notwendige Bedingung für eine realistisch erreichbare Umverteilung von oben nach unten dar. Seit Mitte der 1970er Jahren ist in Westeuropa jedoch ein sukzessiver Rückgang der mehrjährigen durchschnittlichen Wachstumsraten zu verzeichnen, wesentlich, da aufgrund eines anhaltenden Nachfragemangels die gesellschaftlichen Wachstumspotentiale nicht ausgeschöpft wurden. Diese Ursachenanalyse deutet schon darauf hin, dass der Wachstumsrückgang (zumindest in dem tatsächlich stattgefundenen Umfang) auf die Unfähigkeit der Politik zurück zu führen ist, die Wachstumskräfte entsprechend zu fördern.

2. Wachstumspessimismus der Linken überwinden

Mit der tatsächlichen Wachstumsreduktion ging ein aufkeimender Wachstumspessimismus (eines Teils) der politischen Linken einher. Ausgehend von dem 1972 erschienen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome wurde dabei die ökologische Dimension als Hauptargument gegen den bislang vorherrschenden Wachstumsoptimismus hervorgehoben. Neben der Begrenztheit der Ressourcen, haben seit den 1980er vor allem die Umweltverschmutzung und der einsetzende Klimawandel die Notwendigkeit einer veränderten Wachstumsdebatte deutlich gemacht. Die ökologische Dimension zeigt, dass die wirtschaftspolitische Diskussion nicht nur über die Höhe des Wirtschaftswachstums geführt werden darf, sondern auch über die Art und Weise, welche Güter und Dienstleistungen für wen produziert werden.

Nachhaltiges Wachstum darf aber nicht mit einer Verzichtslage verwechselt werden. Für die Stärkung der Binnennachfrage, zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit, steigender Armut und des Phänomens der „working poor“ ist es wichtig, nach Jahren der Stagnation für einen ökonomischen Wachstumsschub zu sorgen. Dabei gilt es, insbesondere jene „ausgewählte Wachstumsfelder“ zu fördern, die ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Wachstum ist möglich und nötig, aber nur qualitativ programmiertes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum kann auch beschäftigungswirksam und sozial integrativ sein.

Sinnvolles Wachstum sollte sich deshalb auf qualitativ hochwertige Dienstleistungen (Gesundheitsbereich, Kultur) sowie dem Umweltbereich konzentrieren. Entscheidend für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Verarmung und sozialer Spaltung ist jedoch die solidarisch gerechte Verteilung des Sozialprodukts und der Arbeitszeit.

3. Arbeit für alle heißt das Ziel

Am Anfang jeder Arbeitsmarktpolitik steht ein politisch-ökonomisches Vorverständnis: Ist Vollbeschäftigung, also die möglichst weitgehende Einbeziehung der erwerbsfähigen Bevölkerung, ein wünschenswertes und erreichbares Ziel. Die Geschichte gibt hierzu keine eindeutige Antwort. So ist der ökonomischen Entwicklung der letzten 200 Jahre ein historisch beispielloses Wachstum der Produktivität eigen. Entsprechend sind viele bisherige Arbeitsgelegenheiten weggefallen. Die Weiterentwicklung der Bedürfnisse und die Einbeziehung zusätzlicher Bereiche in die gesellschaftliche Arbeit, namentlich bei Dienstleistungen, hat dies jedoch immer wieder kompensiert. Dazu kommt, dass die Arbeitszeit zentrale Stellschraube ist, um alle vom Produktivitätswachstum profitieren zu lassen, ohne sie aus dem Erwerbsarbeitssystem auszuschließen.

Eine produktivere Gesellschaft kann und muss sich mehr Freizeit, längere Ausbildung und einen langen Ruhestand leisten. So sind weder steigende Produktivität noch sinkendes Arbeitsvolumen zwingende Argumente dafür, dass Vollbeschäftigung unmöglich ist.

Der Blick ins Ausland zeigt, dass Massenarbeitslosigkeit kein Ergebnis anonymer Mächte wie „der Globalisierung“ ist. Schließlich haben andere Länder wesentlich höhere Beschäftigungsquoten und eine niedrigere Arbeitslosigkeit erreicht. Dies gilt vor allem auch für die sozialstaatlichen Hochlohnländern Skandinaviens. Die Beispiele dieser Länder zeigen, dass eine solche Entwicklung sich nur politisch vermittelt vollziehen kann und nicht das Ergebnis eines unregulierten Marktprozesses ist. Gerade hier sehen wir eine SPD-geführte Bundesregierung in der Pflicht.

Die Vertrauenskrise sozialdemokratischer Politik erklärt sich wesentlich daraus, dass sie die Möglichkeiten der politischen Gestaltung vernachlässigt hat und sich bestenfalls auf die Abfederung einer vermeintlich

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

unabänderlichen „Globalisierung“ beschränkt hat. Die anstehende Richtungswahl zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktradikalismus muss daher den Gestaltungsanspruch wieder betonen.

4. Wachstumsschwäche auf dem Binnenmarkt überwinden

Die Weltkonjunktur befindet sich auf Wachstumskurs: um real 3,8% ist die Wirtschaftsleistung im Jahr 2004 gestiegen und für dieses Jahr werden 3 % vorausgesagt. Davon bleibt die Entwicklung in Deutschland mit weniger als 1 % weitgehend abgekoppelt.

Während die USA und die skandinavischen Länder mit einer de facto keynesianisch inspirierten Fiskal- und Geldpolitik die Wirtschaftskrise erfolgreich bekämpfen konnten, droht der Bundesrepublik die Deflationsfalle. Die skandinavischen Länder belegen zudem, dass sich (wie im Fall der USA) die staatliche Nachfrage nicht ausschließlich auf Rüstungsprojekte stützen muss und die Lohn disparitäten der USA nicht alternativlos sind.

Ursächlich für die stagnative Entwicklung in Deutschland ist, dass das bescheidene Wachstum in den vergangenen ausschließlich vom Außenbeitrag (Überschuss im Außenhandel mit Gütern und Dienstleistungen) getragen wurde. Anders formuliert: Die Konjunktur ist schwach, aber der Standort ist stark und wettbewerbsfähig. Unzulänglich ist die Entwicklung der Binnenkonjunktur. Der private und staatliche Konsum stagnieren. Verantwortlich hierfür sind vor allem, dass seit mehreren Jahren die Entwicklung der Reallöhne hinter dem Produktivitätswachstum zurückbleibt sowie nachfragefeindliche Entscheidungen der Politik (Deckelung der Kosten für Gesundheitswesen, Renten- und Arbeitsmarktpolitik).

Die reine Exportorientierung der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert zwar eindrucksvoll die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes, insgesamt kann aber aufgrund der ausbleibenden Binnennachfrage kein Wachstumsimpuls gesetzt werden. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation kann eine interne Geldschöpfung (also kreditfinanzierte Investitionen oder Konsum des privaten und/oder staatlichen Sektors) zusätzliche monetäre Nachfrage entfalten.

5. Wachstum für Wohlstand und Beschäftigung

Eine alternative Konzeption der Wachstumsfelder der Zukunft muss die Erhöhung der Beschäftigung und der Lebensqualität berücksichtigen und ein Programm für die daniederliegende Binnenwirtschaft beinhalten. Unterstützt werden muss sie um eine konjunkturgerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine vernünftige Geldpolitik der EZB, die Ausweitung der öffentlichen Investitionen sowie eine Diskussion über Eingriffe in die Verfügungsgewalt (Investitionslenkung).

Neben dem Ausbau des Dienstleistungssektors wird weiterhin der sekundäre Sektor eine bedeutende Rolle spielen, so dass eine moderne Industriepolitik vonnöten ist. Gerade qualifizierte Dienstleistungen sind häufig komplementär zur sekundären Produktion, so dass eine Deindustrialisierung nicht unser Ziel sein kann. Dass ohne den industriellen Kern jegliche Entwicklung schwierig ist, zeigt sich insbesondere in den Neuen Ländern. Entsprechend sind Wirtschaftsprogramme auf diese Sondersituation auszurichten, ebenso wie in anderen Regionen mit Strukturproblemen angepasste Programme aufzulegen sind.

6. Aktionsplan für Beschäftigung

Die Konjunktur ist zu schwach, die Arbeitslosigkeit ist zu hoch und der Standort ist stark und wettbewerbsfähig. Die scheinbar paradoxe Ausgangslage ist durch einen Aktionsplan für Beschäftigung zu überwinden. Hierfür treten wir für folgende Bausteine ein.

- Ein kommunales Investitionsprogramm der Bundesregierung in Höhe von je 20 Mrd. Euro für die nächsten 5 Jahre soll dem Verfall der kommunalen Infrastruktur entgegenwirken. Das Programm soll insbesondere in den Feldern ökologische Modernisierung und Sanierung einen Beitrag für mehr Beschäftigung und eine verbesserte Lebensqualität beitragen.

- Die Binnennachfrage leidet unter stagnierenden Löhnen. Eine gerechtere Einkommensverteilung ist ein Beitrag zur Stärkung der Massenkaukraft. Entsprechend ist eine Umverteilung von Reichtum nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit geboten, sie ist vor allem ökonomisch sinnvoll. Die Steuerpolitik ist entsprechend auszurichten, ein Beispiel hierfür sind die Erbschaftssteuer sowie eine Revitalisierung von Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer.

In Deutschland sind viele Menschen zu lange arbeitslos, wodurch vielfach ein Teufelskreis entsteht. Denn der langjährige Ausschluss von Menschen von der Erwerbsarbeit zerstört deren Beschäftigungsfähigkeit selbst für den Zeitpunkt, in dem ihnen wieder Arbeit angeboten werden könnte.

Die „Reservearmee“ des Arbeitsmarktes ist immer schwerer zu mobilisieren, je stärker das Qualifikationsniveau der gesellschaftlichen Arbeit steigt. Viele Arbeitslose sind wegen Krankheit, Behinderung, Kinderbetreuung und Dequalifizierung kaum noch beschäftigungsfähig.

Auch wenn klassische Instrumente öffentlich geförderter Beschäftigung wie ABM nicht immer erfolgreich waren, so ist gerade die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken. Zwar wird rhetorisch immer wieder auch das Fördern betont, bei den Betroffenen kam hier bisher kaum etwas an. Deshalb bedarf es kurzfristiger Änderungen an den

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Arbeitsmarktreformen (Hartz IV), insbesondere bei den älteren Arbeitnehmern und an den Zumutbarkeitsregelungen. Darüber hinaus brauchen wir ein verstärktes Förderelement. Neben den vorgeschlagenen Instrumenten zur Schaffung von Beschäftigung gehört dazu die Stärkung der Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose und Beschäftigte, der den Einstieg in die eine Arbeitsversicherung darstellt.

- Arbeitszeitverkürzung muss bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wieder eine stärkere Rolle einnehmen. Hier sind die Tarifparteien gefordert und wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrer Anstrengung gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung kann durch Politik unterstützt werden. Beispielhaft schlagen wir einen Innovationsfond „Arbeit gerecht verteilen“ für kleine und mittlere Betriebe vor, bei denen eine tarifvertraglich vereinbarte drastische Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit zu einer veränderten Kostenstruktur führt.

- Die Massenarbeitslosigkeit wird täglich von den Arbeitgebern als Druckmittel gegen Löhne und Arbeitsstandards eingesetzt. Praktisch hat dies in vielen Branchen dazu geführt, dass Hungerlöhne gezahlt werden und tarifliche Standards illegal unterlaufen werden. Branchendifferenzierende gesetzliche Mindestlöhne können zusätzlich zu einer Ausweitung des Entsendegesetzes dieser Entwicklung Einhalt gebieten.

H 2 - Reformbaustelle Deutschland – Was zu tun ist

Wirtschaftspolitische Aufgaben vor der Bundestagswahl 2006

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist die wichtigste Aufgabe der rotgrünen Koalition. Dies ist der zentrale Auftrag, den die WählerInnen durch ihr Votum im Herbst 1998 und 2002 der SPD mitgegeben haben. Doch ein Blick auf die Lage zeigt: Auch nach sechseinhalb Jahren SPD-Regierung in Deutschland stagniert die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau.

Die Bundesregierung ist mit dieser Aufgabe keinen Schritt vorangekommen. Im Januar stieg die Arbeitslosenzahl aufgrund der nun umfassenderen statistischen Erfassung erstmals über fünf Millionen Arbeitslose. Ein schwerwiegender Effekt der Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 und von Hartz IV ist täglich in sämtlichen Zeitungen zu lesen: Die Deutschen bangen um ihre Zukunft wie nie zuvor. Die Angst geht um vor Kündigungen und Kürzungen der sozialen Leistungen.

Die Menschen halten ihre Arbeitsplätze für nicht sicher, sparen immer mehr und damit so lange, bis ihre Jobs wirklich gefährdet sind, so dass sich die Abwärtsspirale nur noch schneller dreht. Und die Konsequenzen folgen prompt. So wollen 54 Prozent am Urlaub sparen, 47 Prozent wegen der unklaren Lage in der Renten- und Gesundheitspolitik weniger für den Konsum ausgeben. Nur jeder siebte plant größere Anschaffungen für 2005, und weitere 13 Prozent haben diese wegen der großen Unsicherheit erst mal auf Eis gelegt - sieben von zehn erst gar keine geplant.

Die versprochene Trendwende bleibt aus, und die Politik zeigt keine weitere Kraft, neue Strukturreformen anzupacken. Die Bundesregierung will sich auf das Controlling der bisher eingeleiteten Reformen beschränken.

Der Wirtschaftsberater von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bernd Pfaffenbach, hat sich bereits mehrmals öffentlich gegen weitere Reformen bis zur Bundestagswahl im Herbst 2006 ausgesprochen. Man erinnert sich an Schröders „Politik der ruhigen Hand“ vor der Bundestagswahl 2002. Abwarten und aussitzen scheint auch jetzt wieder die Devise zu sein, doch die Aussichten auf nochmaligen Erfolg dieser bescheidenen Strategie sind zu Recht gering. Auch wenn die Menschen wissen, dass mit der CDU/CSU viele Einschnitte noch größer würden – nur die Wahl des „kleineren Übels“ SPD ist für viele nicht genug Anreiz, zur Wahlurne zu gehen. Dabei droht die Gefahr, dass immer mehr WählerInnen ihren Protest mit der Wahl von Extremparteien zum Ausdruck bringen.

Der denkbar knappe Ausgang der Wahl in Schleswig-Holstein hat gezeigt, dass das Rennen um die Bundestagswahl 2006 offen ist. Das Wahlergebnis zeigt vielmehr, wie wichtig es ist, um jede einzelne Stimme zu kämpfen. Die SPD kann es sich nicht leisten, dass sich ihre einstmaligen StammwählerInnen Alternativen suchen.

So stellt die erstmals zur Bundestagswahl 2006 antretende Linkspartei „Wahlalternative“ durchaus eine Bedrohung für die Mehrheitsverhältnisse von Rot-Grün dar. Deren Wahlprogramm – ein staatliches Investitionsprogramm vor allem im Bereich soziale Dienstleistungen und im Bildungswesen statt liberale Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme – hat durchaus Attraktivität für viele enttäuschte SPD-WählerInnen.

Deshalb gilt: Es muss gekämpft werden, und zwar buchstäblich bis zur letzten Sekunde. Die SPD hat gute Konzepte zur Stärkung der Binnennachfrage. Es fehlt der Mut, sie gegen die Interessen von einflussreichen Lobbyisten durchzusetzen und es fehlt an Überzeugungsarbeit, die aufzeigt dass letztendlich auch UnternehmerInnen von einer erhöhten Nachfrage profitieren.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung, die Schuld an der Massenarbeitslosigkeit endlich nicht mehr den Arbeitslosen in die Schuhe zu schieben und die GeringverdienerInnen nicht mehr in immer größerem Ausmaß zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen. Vielmehr müssen endlich die UnternehmerInnen in die Verantwortung genommen werden, genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit zu stellen, statt ihre Aktienkurse durch Stellenabbau in die Höhe zu treiben. Wir fordern von der Bundesregierung, folgende Reformprojekte noch VOR der Bundestagswahl 2006 mit Mut und Durchsetzungskraft zu realisieren:

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

- 1) Expansive Fiskalpolitik zur Stärkung der Binnennachfrage
- 2) Investitionsprogramm vor allem in den Bereichen Bildung und Forschung
- 3) Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen
- 4) Die Einführung der Ausbildungsumlage
- 5) Mehr Steuergerechtigkeit
- 6) Arbeitszeitverkürzung
- 7) Erschaffung und Förderung von Alternativen zur Erwerbsarbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt, v.a. durch die Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors
- 7) Förderung von Frauenerwerbsarbeit und Reduktion der geschlechtsspezifischen Aufstiegs- und Gehaltsbarrieren
- 8) Humanisierung der Arbeitswelt vor allem für ältere ArbeitnehmerInnen
- 9) Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und Ausweitung auch auf andere Sozialversicherungsarten
- 10) Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns
- 11) Langfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte während Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs, sowie langfristige Rückführung der Ausgaben, die für diese Programme verwendet wurden.

Ad 1) Expansive Fiskalpolitik zur Stärkung der Binnennachfrage
Zweifelsohne ist die Finanzpolitik das Instrumentarium, dessen sich die Bundesregierung am ehesten und wirksamsten eigenständig bedienen kann, um konjunkturelle Impulse auszusenden.

Die Finanzpolitik kann neben der Geldpolitik einen entscheidenden Beitrag zu einer verbesserten Wachstumsdynamik in unserem Land leisten.

Es wird in der Fiskalpolitik, welche den Anspruch erhebt, kurzfristig die Konjunktur anzukurbeln, darauf ankommen, verstärkt Investitionen in Angriff zu nehmen. Ansatzpunkte gibt es zuhauf: Der Bauwirtschaft werden Aufträge bei Verbesserung und Sanierung der vorhandenen Straßen- und Schienenwege, Schulgebäude, öffentlicher Einrichtungen sicherlich gut tun. Auch Investitionen, die Bildung und Qualifikation der Menschen dienen, müssen noch konsequenter in Angriff genommen werden.

Neben zusätzlichen Investitionen, die Vorrang in der Fiskalpolitik haben sollten, muss auch darüber nachgedacht werden, inwieweit die Steuerpolitik einen Beitrag zu einem kräftigeren privaten Konsum und mehr Beschäftigungsanreizen leisten kann.

Der Grundkonsens der Nachkriegszeit in der BRD zwischen Kapital und Arbeit, basierend auf der Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am erwirtschafteten Mehrprodukt durch steigende Löhne und sozialstaatlichen Leistungen, gilt allerdings längst nicht mehr.

Im vergangenen Vierteljahrhundert hat sich die Finanzierung unseres Gemeinwesens immer stärker zulasten des Faktors Arbeit verschoben während es dem Faktor Kapital ermöglicht wurde sich seiner Verantwortung für unsere Gesellschaft zu entziehen. Heute tragen Einkommensteuer und indirekte Steuern überwiegend zum Gesamtsteueraufkommen bei, Steuern auf Kapital und Eigentum mutierten vom Niveau her gesehen zu Bagatellsteuern. Durch eine steuerliche Entlastung mittlerer und niedriger Einkommensklassen würde die Nachfrageseite gestärkt und diese Konsumerhöhung würde erhöhte Investitionen der Unternehmenseite implementieren, was wiederum die Wirtschaft ankurbelt und den Arbeitsmarkt entlastet.

Doch fiskalische Impulse über eine Art „*deficit spending*“ könnten nur dann konfliktfrei mit den europäischen Partnern, insbesondere mit der EU-Kommission, bleiben, wenn die Politik ihre Postulate von Maastricht, also den so genannten Stabilitätspakt zurücknimmt und sich grundlegender, verbindlicher und allgemeiner auf das einigen könnte, was Europa dringender braucht als den ohnehin nach außen und innen höchst stabilen Euro und niedrige Kerninflationen: Wachstum und Beschäftigung. Dabei sollten die finanzpolitischen Vereinbarungen um das 3%-Defizit-Kriterium und die 60%-Staatsschuldenquote fallen gelassen werden. Weiterhin sollte dem Rat ermöglicht werden, verstärkt Einzelfallentscheidungen zu treffen, bei denen die jeweilige wirtschaftliche Situation berücksichtigt werden muss und somit nicht unbedingt eine Verletzung der 60% Staatsschuldenquote zu Sanktionen führen muss. Stattdessen sollte festgehalten werden, dass langfristig über den Konjunkturzyklus hinweg ausgeglichene Haushalte das Ziel sind und einen entscheidenden Beitrag für einen stabilen Euro darstellen. Geldpolitik, also die Festlegung des Zinsniveaus durch die Zentralbank, hat die Aufgabe einen Kompromiss zwischen dem Setzen von Wachstumsimpulsen und der Gewährleistung von Geldwertstabilität zu finden. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) hat diese Aufgabe.

Deshalb darf sie sich nicht einseitig auf die Wahrung von Währungsstabilität konzentrieren. Das Ziel Wirtschaftswachstum und damit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss bei ihren Zinsentscheidungen mindestens die gleiche Priorität haben.

Da die Volkswirtschaften in der Eurozone teilweise sehr unterschiedliche Inflations-, Wachstums- und Arbeitslosenraten aufweisen, die EZB allerdings nur einen Leitzins für alle Länder des Euroraums festlegt gibt es allerdings keinen „hundertprozentig passenden“ Zinssatz für jedes Land. Daher orientiert sich die EZB am Durchschnitt des Euro-Raums. Die Staaten, die von diesem Durchschnitt abweichen, müssen dann einen geeigneten Realzins über eine expansive oder restriktive Fiskalpolitik herstellen.

Gerade Deutschland hat wegen seiner niedrigen Inflationsrate einen sehr hohen Realzins, der Investitionen im europäischen Vergleich sehr teuer macht. Deshalb ist eine deutlich expansivere Fiskalpolitik nötig. Ein weiteres Instrument zur Beeinflussung des Realzinses ist die Lohnpolitik. Zu der niedrigen Inflationsrate in Deutschland haben auch die „moderaten“ Lohnabschlüsse der letzten zwei Jahrzehnte beigetragen.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Dies muss sich ändern. Lohnabschlüsse müssen zumindest den Verteilungsspielraum ausschöpfen, das heißt die Löhne müssen im gleichen Maß wie die Produktivität und die Preise steigen. Überdies würde das auch der seit Jahren zu schwachen Binnennachfrage wieder auf die Beine helfen.

Ad 2) Investitionsprogramm vor allem in den Bereichen Bildung und Forschung

Wir fordern die Errichtung eines Fonds zur Stabilisierung und Konsolidierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht verfehlt ist, d.h. bei steigender Massenarbeitslosigkeit und signifikanter Wachstumsschwäche erhalten Bund, Länder und Kommunen aus diesem Fond zinslose Kredite zur Finanzierung zusätzlicher öffentlicher Investitionen und der Defizite der Bundesagentur für Arbeit. Als Basis für die Berechnung der Investitionen gilt der Durchschnitt der letzten zwei Haushaltsjahre der jeweiligen Gebietskörperschaft.

Die Verzinsung und Tilgung des Konjunkturstabilisierungsfonds muss nach beginnender wirtschaftlicher Dynamik und abnehmender Arbeitslosigkeit (im Regelfall nach 2 Jahren) automatisch und vorweg aus den stärker fließenden Steuereinnahmen bedient werden. Die Tilgung der Defizite der Bundesanstalt für Arbeit erfolgt aus dem Bundeshaushalt. Als Bezugsgröße für die Aufteilung unter den Gebietskörperschaften wird von den jeweiligen Steuereinnahmen plus/minus den Übertragungen im Rahmen des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs ausgegangen.

Der Zeitpunkt der Aufnahme der Stabilisierungskredite und deren genaue Höhe sowie den Beginn der Tilgung bestimmt der Finanzplanungsrat unter Beteiligung der Kommunen. Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstitute werden beauftragt, jeweils dazu einen Vorschlag zu machen. Die Errichtung des Fonds zu Stabilisierung und Konsolidierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt und seine Handhabung wird im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz bindend geregelt.

Angesichts der unzureichenden Rate öffentlicher Investitionen liegen derzeit genügend gut geplante und rasch umsetzbare Projekte in den Schubladen, und angesichts der hohen Bauarbeiterarbeitslosigkeit und un ausgelasteter Baukapazitäten dürften Preissteigerungen unwahrscheinlich sein. Um sicherzustellen, dass aus der Vielzahl der Projekte mittel- und langfristig volkswirtschaftlich vernünftige Investitionen vorrangig zum Zuge kommen, wird Zukunftsinvestitionen auf den Gebieten der ökologischen Erneuerung und von Wissenschaft und Forschung der Vorrang gegeben. Dies sind insbesondere:

- Ausbau und Modernisierung des ÖPNV und Ausbau leistungsfähiger Schienennetze, besonders auch für den Güterverkehr
- Maßnahmen der Stadtentwicklung und Stadtsanierung
- Verbesserung der kommunalen Infrastruktur - vor allem in strukturschwachen Kommunen
- Ersatzinvestitionen im Bereich der Entsorgung (überalterte Kanalisation)
- Maßnahmen zur Reduzierung der Umweltbelastung und Energieeinsparung. Diese Maßnahmen müssen tarifgerecht entlohnt werden
- Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Ad 3) Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Von Arbeitslosigkeit sind immer mehr Jugendliche unter 25 betroffen. Dies insbesondere dann, wenn sie keinen Schulabschluss oder „nur“ einen Hauptschulabschluss haben. Die Politik steht in der Pflicht, jedem Jugendlichen einen Einstieg in die Berufstätigkeit zu ermöglichen. Denn wenn Jugendliche diesen nicht finden, ist absehbar, dass sie über Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen nicht hinauskommen werden, weil sie vom Arbeitsmarkt verdrängt werden.

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit muss im Bildungsbereich ansetzen. Es darf niemand mehr die Schule ohne Abschluss verlassen. An den Schulen muss so gefördert werden, dass dies möglich ist. Es geht nicht darum, jeden mit einem Pro-Forma-Abschluss zu versehen.

Nach dem Schulabschluss muss jedeR einen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz haben. Der Ausbildungsplatzmangel hat dazu geführt, dass Jugendliche mit „niedrigem“ Schulabschluss nur geringe Chancen auf eine Ausbildungsstelle haben, weil bei Angeboten, für die sie die formale und inhaltliche Qualifikation besitzen, BewerberInnen mit Realschulabschluss oder Abitur den Vorzug erhalten.

So ist klar, dass Menschen, die keine Berufsausbildung erhalten, von Anfang an die VerliererInnen auf dem Arbeitsmarkt sind. Das einzige bisher bekannte Instrument, mit dem das Recht auf einen Ausbildungsplatz für jedeN JugendlicheN umgesetzt werden kann, ist die Ausbildungsplatzumlage. Sie muss daher umgehend eingeführt werden.

Daneben sind Maßnahmen notwendig, die Jugendlichen, die nach ihrer Ausbildung keinen Arbeitsplatz finden, eine Weiterqualifizierung ermöglichen und ihnen so Chancen zum Berufseinstieg schaffen. Wir lehnen allerdings Praktikumsmaßnahmen ab, die weder eine zusätzliche Qualifikation schaffen noch die Übernahme in ein

Arbeitsverhältnis ermöglichen, sondern lediglich „Parkmaßnahmen“ zu Bereinigung der Statistik oder der Missbrauch von Jugendlichen als billige, untertarifliche Arbeitskräfte sind. Beschäftigungsmaßnahmen für Jugendliche sind daher regelmäßig danach zu überprüfen, ob sie Beschäftigungserfolge – direkt oder indirekt – bieten. Auch bleibt der Bundesregierung nichts anderes übrig, die Ausbildungsumlage einzuführen. Da dies auch ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit ist.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Ad 4) Mehr Steuergerechtigkeit

Noch nie zuvor in der deutschen Geschichte wurde soviel Vermögen angehäuft und von einer Generation an die nächste vererbt, wie dies gegenwärtig und in den kommenden zehn Jahren der Fall sein wird. Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland droht, sich weiter zu öffnen. Besonders Frauen, Kinder und ältere Menschen sind betroffen.

In den letzten 20 Jahren wurde Ungleichverteilung stark manifestiert. Das Grunddogma lautete:

Wenn die Unternehmen und die Superreichen entlastet werden, wird mehr investiert. Wenn mehr investiert wird, entstehen mehr Arbeitsplätze. Die staatliche Umverteilungspolitik von Unten nach Oben hat nicht dazu geführt, dass mehr Investitionen getätigt wurden. Die Arbeitslosigkeit steigt kontinuierlich. Die durchschnittliche Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften wird dagegen kontinuierlich abgebaut.

Die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 % setzt dem ganzen die Krone auf. Wir fordern deshalb eine stärkere finanzielle Belastung der oberen Schichten. Aus diesen Einkommensquellen müssen dann sozialstaatliche Reformen finanziert werden, an erster Stelle muss in Bildung und Qualifizierung der Menschen investiert werden.

Darüber hinaus muss sich die Bundesregierung um einheitliche EU-Besteuerungsregeln bemühen, um eine Abwanderung von Firmen aus steuerrechtlichen Gründen zu vermeiden. Weiterhin ist zu beachten, dass die bisherigen Beschlüsse des Juso-Bundesverbandes konsequent umgesetzt werden. So muss an dieser Stelle nachdrücklich auf die Einführung einer Tobinsteuer gedrängt werden. Zudem müssen Maßnahmen zur Beseitigung von Steuerschlupflöchern und vor allem von Steuerparadiesen getroffen werden.

1. Einkommensteuer

Die erfolgte Senkung des Spitzensteuersatzes dient einseitig der Entlastung der oberen Einkommensgruppen. Unser Ziel ist es, das Steueraufkommen der Einkommensteuer bei höheren Einkommensgruppen wieder zu steigern. Dies kann auf zwei Wege erfolgen: erstens den Spitzensteuersatz wieder auf das alte Niveau zurückführen und langfristig erhöhen. Zweitens kann die Bemessungsgrundlage durch Abbau von Ausnahmetatbeständen verbreitert werden. Dabei stellt die letztere Alternative sicherlich die elegantere Möglichkeit dar, Hochverdiener wieder stärker in die Verantwortung zu nehmen.

2. Revitalisierung der Gewerbesteuer

Die bisher von der Gewerbesteuer befreiten Selbständigen (freie Berufe) müssen herangezogen werden, ebenso sind alle Wertschöpfungsbeiträge in die Bemessung einzubeziehen. Die Gewerbesteuer ist zu einer echten lokalen Wertschöpfungssteuer weiterzuentwickeln. Als erster Schritt ist die konjunkturunabhängige Gewerbekapitalsteuer wieder einzuführen. Die Möglichkeiten der gewerbesteuerlichen Organschaften sind einer kritischen Prüfung zu unterziehen und so weit wie möglich einzuschränken.

3. Körperschaftsteuer

Wir fordern, die Mindestbesteuerungskomponente auszuweiten sowie auf absehbare Zeit die Steuersätze in diesem Bereich wieder signifikant anzuheben. Zudem muss die Körperschaftssteuer wieder auf ein Vollrechnungssystem umgestellt werden.

4. Vermögensteuer

Unsere Forderung nach der Wiedereinführung einer verfassungskonformen Besteuerung großer Vermögen halten wir aufrecht. Der Steuersatz soll bei einem Freibetrag von 250.000 EUR pro Haushalt sowie der Freistellung des selbstgenutzten Wohneigentums 1,5 % betragen. Ab einem Vermögen von 5 Mio. EUR soll der Satz auf 3 % steigen.

5. Erbschaftsteuer

Das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer muss deutlich erhöht werden. Dabei ist durch ein entsprechend gestaltetes System von Freibeträgen auch hier sicherzustellen, dass nur die wirklich Reichen von dieser Steuererhöhung betroffen sind. Insbesondere bei der Bewertung von Immobilienvermögen gibt es kurzfristigen Korrekturbedarf, da diese immer noch **oft weit hinter dem tatsächlichen Verkehrswert zurückbleibt**.

6. Umsatzsteuer

Eine Erhöhung der Umsatzsteuer lehnen wir kategorisch ab. Vielmehr streben wir eine Senkung des ermäßigten USt-Satzes von 7% auf 5% an. Gleichzeitig ist der Korb an Gütern, für den dieser ermäßigte Satz gilt, zu überprüfen und ggf. zu verändern. Indirekte Steuern führen grundsätzlich wegen der höheren Konsumquote der Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen zu einer überproportionalen Belastung dieser Bevölkerungsgruppen. Eine höhere Umsatzsteuer wäre kein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit, sondern das genaue Gegenteil. Von der SPD-geführten Bundesregierung erwarten wir, dass sie sich im Rahmen der europäischen Umsatzsteuerharmonisierung entschieden gegen eine durch Europarecht induzierte Anpassung des deutschen Umsatzsteuersätze nach oben einsetzt.

7. Luxussteuer

Wir fordern die BR auf zu prüfen, ob und wie eine gesonderte Verbrauchssteuer auf Luxusgüter EU-Rechtskompatibel umsetzbar wäre sowie gegebenenfalls eine Änderung des EU-Rechts herbeizuführen. Zu Luxusgütern sollen beispielsweise Kraftfahrzeuge der Luxusklasse, Motorflugzeuge, Yachten, Hubschrauber, Heißluftballons, Schmuckgegenstände sowie Pelzmäntel und Pelzjacken ab einem Wert, der das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen eines Arbeitnehmers/einer Arbeitnehmerin übersteigt, zählen.

8. Bekämpfung von Steuerkriminalität

Wir erwarten von Bund und Ländern, dass der Kampf gegen Steuerkriminalität entschieden angegangen wird. Der in den letzten Jahren aufgebaute Fahndungsdruck muss weiter erhöht werden. Wir fordern, in erheblichem Umfang vor allem in Bayern zusätzliche Stellen für Steuerfahnder und Betriebsprüfer in der bayerischen Finanzverwaltung zu schaffen.

Wir fordern eine europäische Kooperation zur Fahndung nach steuerflüchtigem Kapital. Für Deutschland fordern wir die vollständige Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber den Finanzämtern. Amnestien für reuige Steuersünder lehnen wir ab. Dafür soll sich die SPD Landtagsfraktion in den nächsten Jahren verstärkt einsetzen und dies mit einer Kampagne der Bevölkerung auch verständlich machen.

9. Abgeltungssteuer

Den Vorschlag einer Abgeltungssteuer auf Zinserträge lehnen wir ab. Er zielt auf das Gegenteil von Steuergerechtigkeit. Nicht umsonst fand er sich in der Vergangenheit vor allem in den Wahlprogrammen der F.D.P. und in den Forderungskatalogen der Unternehmerlobbyisten.

Nach der derzeit noch geltenden Regelung erfolgt die Besteuerung der Zinseinnahmen im Rahmen der allgemeinen Einkommensteuer. Auf inländische Kapitalerträge wird an der Quelle über die Banken ein Abschlag von 25 % (Zinsabschlagsteuer) erhoben. Die endgültige Besteuerung erfolgt schließlich im Umfang der persönlichen Einkommensbesteuerung. Liegt der Steuersatz unterhalb von 25 %, erfolgt eine entsprechende Rückerstattung durch das Finanzamt. Bei ZinseinkommensbezieherInnen mit einem Steuersatz über 25% wird so die über den Abschlag hinausgehende endgültige Besteuerung sichergestellt.

Die Folgen sind klar: Je höher der Steuersatz über 25 % liegt, umso höher ist die künftige Entlastung von Steuern auf die Zinseinnahmen. Leistungslose Einkommen werden steuerlich gegenüber Einkommen durch Leistung, wie Löhne und Gehälter, bevorteilt.

Bei den öffentlichen Haushalten sind in Folge der Neuregelung erhebliche Mindereinnahmen zu erwarten. Die Einnahmen aus dem Zinsabschlag beliefen sich 2002 auf 9 Mrd. EUR. Dem liegen hochgerechnet 30 Mrd. EUR Zinserträge zugrunde. Wenn die derzeitige Abschlagsbesteuerung in Höhe von 30 % reduziert wird auf eine endgültige Abgeltung in Höhe von lediglich 25 %, gehen dem Fiskus damit unmittelbar 1,5 Mrd. EUR verloren.

Noch gar nicht mitgerechnet sind Steuermindereinnahmen, die sich durch den Verzicht auf die endgültige Besteuerung im Rahmen der persönlichen ESt-Veranlagung ergeben würden (geschätzt ca. 3 Mrd. EUR jährlich).

Ad 5) Arbeitszeitverkürzung

Das Normalarbeitsverhältnis, in dem die meisten ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, ist seit langem von einer Fünf-Tage-Woche mit 38 bis 41 Stunden Wochenarbeitszeit geprägt. Dieses Normalarbeitsverhältnis garantiert ein existenzsicherndes Einkommen mit sozialer Absicherung und enthält Standards im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Alternative Arbeitsverhältnisse, die den ArbeitnehmerInnen mehr Flexibilität und Freiraum gewähren könnten, sind allerdings immer noch zum größten Teil auf die Bedürfnisse der UnternehmerInnen ausgerichtet. So sind Menschen in Teilzeitarbeit oftmals einer fehlenden sozialen Absicherung und Unsicherheiten bei Einkommen und Arbeitsdauer ausgesetzt.

Besonders betroffen sind hiervon Frauen, die den größten Teil der TeilzeitarbeitnehmerInnen stellen. Doch auch viele ArbeitnehmerInnen, die nicht in Teilzeit arbeiten müssen, würden gerne weniger arbeiten und damit ihre Lebensqualität erhöhen.

Momentan wird eine Arbeitszeitverlängerung diskutiert. Die Maßnahme zielt darauf ab, Kosten für die UnternehmerInnen zu verringern. Wollen die Beschäftigten das gleiche Gehalt wie vorher, müssen sie länger arbeiten. Dies bedeutet eine Senkung des Stundenlohns. Bleibt es bei den Stunden, bekommen die Beschäftigten weniger Geld — ein unmittelbarer Spareffekt für die ArbeitgeberInnen. Geben diese die Kostensenkung nicht durch geringere Preise an die VerbraucherInnen weiter, erhöht sich ihr Profit.

Auf die Lohnsenkungen reagieren die Konkurrenten im Ausland ihrerseits mit Lohnsenkung. Es entsteht ein Wettbewerb um niedrigere Löhne. Verlierer sind am Ende die Beschäftigten.

Ein weiterer Effekt der Mehrarbeit ist: Wo einer mehr arbeitet, kann ein anderer eingespart werden. Die gleichen Leistungen können demnach mit weniger Personal zur Verfügung gestellt werden. Man erhöht bewusst mit der Verlängerung der Arbeitszeit für die einen die Arbeitslosigkeit für die anderen. Eine Erfahrung aus der Regierung Kohl ist: Auch wenn Unternehmen entlastet werden, werden sie trotzdem nicht zwangsläufig mehr investieren.

Zudem wird bei der aktuellen Debatte um die Verlängerung der Wochenarbeitszeit oft nicht zur Kenntnis genommen, dass die Beschäftigten in der BRD schon jetzt knapp 1,7 Milliarden Überstunden jährlich leisten. Zusätzlich werden noch sogenannte "graue" Überstunden, das heißt unbezahlte und nicht erfasste Überstunden, in etwa der gleichen Größenordnung geleistet.

Aus unserer Sicht ist die Diskussion um Arbeitszeitverlängerung nach Rückwärts gerichtet.

Wir Jusos fordern eine staatlich flankierte Arbeitszeitverkürzung ohne Einschnitte bei der sozialen Absicherung und den Arbeitsstandards.

Damit würde der Arbeitsmarkt erheblich entlastet werden und die Lebensqualität und die persönliche Selbstbestimmung vieler ArbeitnehmerInnen würden steigen.

Letztendlich würde auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau gefördert werden, da das bisherige Normalarbeitsverhältnis für eine/n AlleinernährerIn ausgerichtet ist (meist der Mann der in Vollzeit das Einkommen der Familie verdient). So bleibt der Frau, die auch arbeiten möchte oder muss, nur die Teilzeitarbeit

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

mit den bereits erwähnten Nachteilen, um noch Zeit für Haushalt und Kinder zu haben. Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit

ermöglicht eine gerechtere Aufteilung der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen Mann und Frau.

Als unterstützende Maßnahme zur Arbeitszeitverkürzung fordern wir eine gesetzliche Einschränkung von Überstunden und eine Reduzierung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit.

Ad 6) Erschaffung und Förderung von Alternativen zur Erwerbsarbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt, v.a. durch die Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors

Durch die Erschließung neuer Arbeitsfelder in sozialen, ökologischen und kulturellen Bereichen wollen wir gesellschaftlich notwendige Aufgaben finanzieren und gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, anstatt unqualifizierte Niedriglohnjobs staatlich zu subventionieren. Die Nachteile solcher Jobs liegen nämlich auf der Hand: Es sind dies zum einen die fehlenden Aufstiegschancen für die betroffenen Personen wegen unzureichender Qualifikationen und zum anderen die nicht geringen Mitnahmeeffekten durch die Unternehmen. Schon die Grundannahme hinter den gängigen Niedriglohndeologien, Arbeitslose seien einfach nur faul und müssten zur Arbeit angetrieben werden, ist empirisch nicht haltbar. Außerdem weisen viele Studien immer wieder daraufhin, dass der viel beschworene Bedarf an niedrig qualifizierten Tätigkeiten in der BRD nicht besteht. So ist durchaus bekannt, dass das nun viel diskutierte Mainzer Model eigentlich gescheitert ist und nur eine Hand voll Arbeitslose in das Programm aufgenommen wurden.

Deshalb fordern wir die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, der die Bereiche gesellschaftlicher Daseinsvorsorge abdeckt, die bislang weder vom Markt befriedigt sind noch unmittelbar als staatliche Aufgabe wahrgenommen werden müssen.

Die so entstehenden Arbeitsplätze sollen vor allem Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit bieten, die im ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Durch eine stetige Weiterqualifikation soll ihnen der Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden - und dies tariflich entlohnt und arbeitsrechtlich abgesichert.

Außerdem ist der ÖBS ein Instrument um effektive regionale Strukturpolitik zu betreiben. Besonders für Regionen, die vom Niedergang traditioneller Industrien oder des landwirtschaftlichen Sektors betroffen sind und in denen auf absehbare Zeit keine neuen beschäftigungsintensiven Industrien entstehen werden, kann der ÖBS ein Mittel sein, um Arbeitslosigkeit abzubauen. Auch weil die Entscheidungen über die einzelnen zu fördernden Projekte nicht zentral in Berlin getroffen werden, sondern durch ein regionales Gremium vor Ort.

Ein großer Teil der Mittel, die heute in die Finanzierung von Arbeitslosigkeit fließen, sollen künftig der Bezahlung von Arbeit im öffentlichen Beschäftigungssektor dienen. Wir wollen schrittweise die Mittel der Arbeitsbeschaffungs-(ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) in den ÖBS umlenken. Darüber hinaus können Projekte öffentlich geförderter Beschäftigung durch die Kostenbeteiligung der durch die Leistung Begünstigten eigene Einnahmen erzielen. Nicht zuletzt wird der Bund einen direkten Beitrag zur Finanzierung des ÖBS leisten müssen, soweit die Finanzierung durch die vorgenannten Punkte nicht ausreicht. Dies ist allerdings auch bei allen Niedriglohnmodellen notwendig.

Ad 7) Förderung von Frauenerwerbsarbeit und Reduktion der geschlechtsspezifischen Aufstiegs- und Gehaltsbarrieren

Wir fordern Maßnahmen, die die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen und deren Aufstiegs- und Gehaltsbarrieren reduzieren.

1. Beschluss eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft. Die derzeitige Selbstverpflichtung der Wirtschaft wird nicht die vorgegebenen Ziele erfüllen können. Erst durch ein Gesetz, welches Unternehmen sanktioniert, die nichts zur Verbesserung ihres Frauenanteils tun, werden Erfolge möglich. Erforderlich sind zum Beispiel Zielquotierungen für Ausbildungsplätze und für Beförderungen. Es sind aber nicht nur Maßnahmen, die den Frauenanteil erhöhen, erforderlich. Es müssen auch generell die Arbeitsbedingungen von Frauen verbessert werden, wie etwa durch Maßnahmen gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.
2. „Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“. Es muss aufgeräumt werden mit der versteckten Lohndiskriminierung von Frauen. Frauenberufe wie z.B. Arzthelferin dürfen nicht länger als „Zuverdienstberufe“ gelten und entsprechend schlecht bezahlt werden. Es kann nicht sein das z.B. Arzthelferinnen ca. 9 Stunden am Tag arbeiten, dafür aber nur ca.1.000 € Gehalt im Monat bekommen. In männerdominierten Branchen liegt das Verdienst - oft auch bei schlecht oder nicht ausgebildeten Kräften – deutlich über diesem Niveau.
3. Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir schließen uns dem Ganztagschulprojekt der Bayern SPD als ersten Schritt in Richtung auf Gesamtschulen an und fordern aber gleichzeitig eine Verbesserung des Betreuungsangebotes von Kleinkindern in Kindertagesstätten oder Kinderhorten. Die Verbesserung des Angebotes an Kinderbetreuungseinrichtungen hätte zur Folge, dass Eltern besser Kinder und Beruf miteinander verbinden könnten.

Ad 8) Humanisierung der Arbeitswelt für ältere ArbeitnehmerInnen

Wir fordern, die Arbeitswelt menschengerecht zu gestalten, durch Demokratisierung, Humanisierung und Qualifizierung. Menschen dürfen nicht durch gesundheitsbelastende Arbeitsbedingungen „verschlissen“ werden. Die Bedingungen und Anforderungen der Arbeit muss dem Menschen gerecht werden.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Hierbei muss der Staat die Tarifparteien unterstützen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter zu entwickeln, und bessere Qualifizierung und Mitbestimmung durchzusetzen.

Der derzeitige Wandel auf dem Arbeitsmarkt macht vor allem älteren ArbeitnehmerInnen zu schaffen. In vielen Betrieben ist der Versuch, eine ganze Generation älterer MitarbeiterInnen auszurangieren, zu beobachten.

So ist mittlerweile jeder Fünfte der 60- bis 65-Jährigen unfreiwillig arbeitslos. Die Chancen, aus der Arbeitslosigkeit zurück in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu finden, sinken akut mit der Zunahme des Alters. Die hohen überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen für ältere ArbeitnehmerInnen sind in Realität noch sehr viel höher als es die Arbeitslosenstatistik ausweist, da ein Arbeitsloser / eine Arbeitslose ab 56 Jahren nicht mehr verpflichtet ist, sich arbeitslos zu melden.

Frühpensionierungen mit geringer Abfindung oder das schlichte Ausstellen langjähriger erfahrener und loyaler MitarbeiterInnen sind zur Regel geworden. Wir müssen daher immer wieder an Politik und Unternehmen appellieren, die problematische Lage älterer ArbeitnehmerInnen ins Auge zu fassen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Das Altersteilzeitgesetz war ein erster Schritt in die richtige Richtung, doch wurde die Intention dieses Gesetzes oft in der Umsetzung als Blockmodell verkannt. So arbeiten viele ArbeitnehmerInnen die erste Hälfte der Zeit in Altersteilzeit ganz, um dann in der zweiten Hälfte vorzeitig in Ruhestand zu gehen, anstatt die tägliche Arbeitszeit gemäß ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit zu reduzieren.

1) Wir fordern, dass sich die Bundesregierung für verbesserte Bedingungen für ältere ArbeitnehmerInnen in den Betrieben einsetzt:

- Die Belange älterer ArbeitnehmerInnen müssen vor allem auch durch ihre Vertretung im Betriebsrat zur Sprache gebracht werden.
- Höhere Arbeitsstandards und Schutzbestimmungen im Bereich der Gesundheit für *alle* ArbeitnehmerInnen vermeiden den Leistungsabfall mit dem Alter.
- Für ältere ArbeitnehmerInnen müssen erhöhte Schutzmaßnahmen gelten, zum Beispiel im Bereich der Arbeitszeit (v.a. Schichtarbeit) oder der körperlichen Belastung.
- UnternehmerInnen müssen angehalten werden, ArbeitnehmerInnen ständig weiterzuqualifizieren, damit diese nicht den Anschluss an neue Standards verlieren (v.a. im Bereich Technologisierung, Arbeit mit dem Computer).
- Eine Integration älterer ArbeitnehmerInnen in die Gruppenarbeit führt zu produktivem Wissensaustausch und zur besseren Verteilung der Lasten.

Eine Arbeitsorganisation, die die natürliche Entwicklung älter werdender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berücksichtigt, ist mit organisatorischen oder personellen Veränderungen in der Lage, die Produktivität des betreffenden Mitarbeiters/der betreffenden Mitarbeiterin zu erhalten oder sogar zu steigern.

2) Des weiteren fordern wir, dass auch die Bundesregierung selbst Maßnahmen zum Schutz älterer ArbeitnehmerInnen ergreift, zum Beispiel indem sie vermehrt Weiterqualifizierungsmaßnahmen anbietet und die Eigeninitiative Älterer zum Lernen stärkt.

3) Wir fordern außerdem eine Aufklärungskampagne der Bundesregierung, die das Wissen und Verständnis der ArbeitgeberInnen, Personal-Verantwortlichen, GruppensprecherInnen und Betriebsräte über die Problematik älterer ArbeitnehmerInnen fördert und auch die Vorzüge älterer ArbeitnehmerInnen in Erinnerung ruft.

Ad 9) Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und Ausweitung auch auf andere Sozialversicherungsarten

Beim deutschen Krankenversicherungssystem sind sich SPD und CDU einig: Es herrscht Reformbedarf. Doch schon bei der Diskussion um die Gründe des Reformbedarfs klaffen die Meinungen wieder weit auseinander. Für uns ist klar, dass die Einnahmen der Krankenversicherung immer mehr wegbrechen: Das Kapital entzieht sich in der globalisierten Welt immer mehr aus der Verantwortlichkeit, öffentliche Güter und Dienstleistungen des Staates mitzufinanzieren und das Sozialversicherungssystem aufrecht zu erhalten. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit müssen immer weniger Beschäftigte immer mehr Sozialausgaben finanzieren. Geringe Zuwächse bei Löhnen und Gehältern und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse senken den Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen; seit Jahren entwickelt sich der Lohn unterproportional zum BIP.

Folge dieser Entwicklung ist, dass der Faktor Arbeit immer mehr zur Finanzierung des Sozialstaats herangezogen wird. Und die hohe Arbeitslosenrate bedeutet weniger Sozialversicherungs-EinzahlerInnen und mehr SozialversicherungsempfängerInnen. So müssen die Beiträge weiter ansteigen. Gleichzeitig werden die sozialen Leistungen immer mehr gekürzt. Besserverdienenden und Selbständigen wird die gesetzliche Krankenversicherung zunehmend zu teuer und sie nutzen die Möglichkeit, zu einer privaten, einkommensunabhängigen Krankenversicherung zu wechseln. Damit müssen noch weniger GeringverdienerInnen die Versicherungsausgaben tragen.

Derzeit werden zwei grundsätzliche Reformalternativen diskutiert. Die beiden Modelle sind heute weitgehend unter den Begriffen „Bürgerversicherung“ und „Kopfpauschale“ bekannt. Die SPD spricht sich für eine Bürgerversicherung aus, bei der alle Einkommensarten einen gleichen Anteil (relativ zu ihrem Einkommen) zur Krankenversicherung beitragen müssen. Die CDU favorisiert eine Kopfprämie, bei der alle BürgerInnen den gleichen Beitrag zahlen. Das Kopfpauschalenmodell der CDU bedeutet im Kern eine Entkoppelung der Finanzierung von den Löhnen. Der einheitliche Beitrag zur Krankenversicherung ist zu zahlen vom Millionär wie von seinem Chauffeur. Gutverdiener werden entlastet, der Mittelstand wird zusätzlich belastet. VerliererInnen sind Familien, Geringverdiener und RentnerInnen.

Die Grundidee der Bürgerversicherung ist die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung nach ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit und Ausgestaltung des Krankenversicherungssystems nach einheitlichen Bedingungen. Mit der Bürgerversicherung soll also die solidarische Finanzierung weiterhin bestehen bleiben. Der Kern der Bürgerversicherung ist die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in der Bürgerversicherung versichert sein, unabhängig vom Einkommen.

Die Beiträge sollen sich nach der Leistungsfähigkeit gemäß den Erwerbs- und Kapitaleinkommen der Versicherten richten; das Prinzip der Umlagefinanzierung soll weiterentwickelt werden. Lohnbezogene Beiträge sollen auch im Rahmen der Bürgerversicherung weiterhin paritätisch finanziert werden, d.h. ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zahlen je zur Hälfte den anfallenden Beitrag.

Weiterhin neu ist, dass sowohl gesetzliche als auch private Versicherungen die Bürgerversicherung zu gleichen Konditionen anbieten können und müssen. So wird der private Krankenversicherungssektor nicht eliminiert, aber es entsteht auch bei der privaten Versicherung in Zukunft ein Kontrahierungszwang. D.h. jeder muss ohne Gesundheitsprüfung aufgenommen werden, die Beiträge sind unabhängig vom Krankheitsrisiko, und es muss für alle der gleiche Leistungskatalog gelten.

Auf den ersten Blick ist bereits klar, dass nur die Bürgerversicherung die drei Prinzipien Solidarität, Nachhaltigkeit und Leistungsfähigkeit erfüllt. Das Kopfpauschalenmodell von CDU und CSU weist eine gravierende zusätzliche Belastung Armer und Kranker auf.

Wir fordern daher mit Nachdruck, die Einführung der Bürgerversicherung zügig voranzutreiben und die Bevölkerung nicht auf das Wahljahr 2006 zu vertrösten, sowie die

Beitragsbemessungsgrenze zumindest auf das Niveau der Rentenversicherung (5100 Euro monatliches Bruttoeinkommen) anzuheben und langfristig ganz abzuschaffen. Des Weiteren fordern wir, dass auch bei den anderen Sozialversicherungsarten das Kapitaleinkommen für die Berechnung der Beitragshöhe berücksichtigt wird.



Kampf gegen rechts

K 1 - Aufruf zu einer „Bundesstiftung für demokratische Kultur“

1. Der Bundeskongress möge beschließen:

Die soziale Demokratie ist das höchste Gut unserer Gesellschaft. Sie ist Garant für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Deutschland. Sie ist fest etabliert, muss aber immer weiterentwickelt und neu erkämpft werden.

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind das Gegenteil der freiheitlichen Demokratie. Durch Rechtsradikalismus werden Menschen bedroht, ihre Freiheit wird eingeschränkt, und sie werden zu Opfern dieser Gewalt.

Rechtsextremes Gedankengut hat sich in der Gesellschaft wieder stärker verbreitet. Es ist als gesamtdeutsches, schichtübergreifendes und altersübergreifendes Problem erkannt. Rechtsextremismus zeigt verschiedene Erscheinungsformen und ist in den Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Zuspitzungen in Form von kultureller Verankerung bis hin zur Ausprägung kultureller Hegemonie sind ebenso zu beobachten wie pseudointellektuelle und neu-rechte Ideologien.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Eine starke Demokratie, kulturelle Vielfalt und engagierte Bürgerinnen und Bürger sind einige unserer wirkungsvollen Waffen im Kampf gegen menschenverachtende Ideologien und rechte Verführer. Die Wehrhaftigkeit einer Demokratie zeichnet sich auch durch die Verankerung im Bewusstsein der Menschen aus.

Der Ansatz zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu fördern, wie ihn die Bundesregierung seit 2001 verfolgt, ist erfolgversprechend. Um diesem Ansatz zu einem nachhaltigen Durchbruch zu verhelfen, bedarf es der Kontinuität an politischer und finanzieller Unterstützung. Eine Bundesstiftung für demokratische Kultur ist das richtige Instrument.

Die Bundesstiftung soll die Aufgabe haben, neben den etablierten Bundesprogrammen die Arbeit gegen Rechtsextremismus zu verstetigen und langfristige Strategien zu entwickeln. Dazu gehören die Förderung langfristiger Strukturprojekte ebenso wie die Förderung von Klein- und Kleinstinitiativen. Dabei sollen diese Projekte für die etablierten Parteien bzw. ihre VertreterInnen nicht als Ruhekissen genutzt werden. Ganz entscheidend kommt es dabei auch darauf an, in politischen Debatten rechtem Sumpf nicht den Boden zu bereiten. Verzerrte Debatten sowohl über „Ausländerkriminalität“, „Hassprediger“, „Integration“ als auch über „Patriotismus“ und ähnliches sind ein Widerspruch zur öffentlichen Verurteilung rechtsextremen Gedankenguts durch die etablierte Politik.

Diese Herausforderung ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Sie muss unabhängig von der Tagespolitik angenommen werden.

2. Begründung:

2.1 „Toleranz und Demokratie“ – sollte das nicht eine Selbstverständlichkeit sein? Die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre mit den drei Teilprogrammen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit unter dem Motto „Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ belegen klar, wie nötig entschiedenes Auftreten ist: gegen Gleichgültigkeit, gegen Rechtsextremismus, aber auch gegen die Bagatellisierung von rassistischen Sprüchen und diffusen Fremdenängsten. Dieses entschiedene Auftreten benötigt Unterstützung, die durch die Bundesprogramme gewährleistet wird.

Mit der Einrichtung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im Jahr 2001 hat die Bundesregierung einen Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gesetzt. Mit diesem Aktionsprogramm will die Bundesregierung Demokratie, Engagement und Zivilcourage stärken und Toleranz und Weltoffenheit fördern. Vorrangige Ziele sind die Initiierung und Unterstützung lokaler Initiativen und die Bildung lokaler Netzwerke.

Mit der Ausrichtung des Aktionsprogramms auf die Stärkung von demokratischen Prozessen sowie die Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements werden neue, modellhafte Wege beschritten rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken.

Unter der Fachaufsicht und Steuerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden die Programme „XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt“, „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ und „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ ins Leben gerufen.

2.2 XENOS – Leben und Arbeiten in Vielfalt hat das Ziel, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz im Schnittfeld Schule, Beruf und Arbeitswelt abzubauen. Gefördert werden Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus mit Bezug zum Arbeitsmarkt, z.B. Schulungen für AusbilderInnen in Betrieben, Praktika von Azubis oder SchülerInnen aus Deutschland in Betrieben im Ausland, Computerkurse für Zuwanderer. Bis 2006 werden ca. 75 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen

Sozialfonds zur Verfügung gestellt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

(BMWA) ist für die Umsetzung des Förderprogramms verantwortlich und kooperiert bei der Ausgestaltung mit dem BMFSFJ.

2.3 entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus fördert bundesweit Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz und zur Prävention und Verhinderung von Rechtsextremismus und Gewalt. Das Programm setzt das im Jahr 2001 begonnene Programm „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ fort. entimon wendet sich vor allem an Kinder, Haupt- und BerufsschülerInnen, an rechtsorientierte und gefährdete Jugendliche, an Eltern und MultiplikatorInnen in der Jugendarbeit. In den Förderschwerpunkten Lokale Netzwerke – Kooperationen und Partnerschaften auf lokaler Ebene, Interkulturelles Lernen –, Förderung und Weiterentwicklung von inter- bzw. transkulturellen und interreligiösen Praxiskonzepten, Politische Bildungsarbeit – Geschlechterbewusste Bildungsarbeit, Partizipation und Kooperation mit der Jugendsozialarbeit werden modellhafte Projekte mit nachhaltigen Strukturen gefördert. Bis 2006 werden durch das BMFSFJ ca. 63 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

2.4 CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern fördert und unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Prozesse. Das Ziel des Programms versteht sich darin, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, entgegenzusetzen. Dabei stehen die Anerkennung, der Schutz und der Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten sowie die Perspektive der

Opfer rechtsextremer Gewalt im Zentrum des Programms. Es sollen vorrangig lokale Initiativen initiiert, unterstützt und vernetzt sowie professionelle Beratungsstrukturen aufgebaut werden. Bis 2006 wird der Bund voraussichtlich 44,1 Mio. Euro für das Programm CIVITAS zur Verfügung stellen.

Ziel dieser drei Modellprogramme ist ein gemeinsames Wirken der einzelnen Interventionsansätze und pädagogischen Maßnahmen vor Ort. Exemplarisch werden Modelle für ein entschiedenes Vorgehen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und fremdenfeindlichen Erscheinungen erprobt und deren Übertragbarkeit geprüft.

Zwischen den zur Umsetzung der Teilprogramme eingerichteten Service- bzw. Koordinierungsstellen findet dazu ein intensiver Informationsaustausch statt. Für die beiden Programme entimon und CIVITAS wurden Fachbeiräte zur Beratung und Weiterentwicklung der Programme eingerichtet.

Außerdem werden die Teilprogramme im Rahmen von Programmevaluationen durch externe Institute wissenschaftlich begleitet.

3. Eine Fortführung der Modellprogramme, auch nach dem 31.12.2006, ist unverzichtbar. Bislang wurden mehrere Strukturprojekte in den neuen Bundesländern unterstützt, deren Förderung sich wie folgt darstellt:

	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Mobile Beratungsteams	2	0	2	1	0	1
Opferberatungsstellen	1	1	1	2	2	1
Netzwerkstellen	6	1	5	5	5	4

Mit der Gründung einer „Bundesstiftung für demokratische Kultur“ wollen wir nicht nur eine Fortsetzung der bereits laufenden Strukturprojekte aus Mitteln eben dieser Stiftung erreichen. Auch neue Projekte mit ähnlichen Zielen verdienen es, unterstützt zu werden, damit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in diesem Land keine Chance haben.

K3 - Rechtsextremismus bekämpfen – Sieben Punkte für eine antifaschistische Gegenstrategie

1. Die offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parolen, mit Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus, mit antikapitalistisch verbrämtem „Nationalsozialismus“ ist über verbesserte Informationen, öffentliche Foren und andere Multiplikatoren zu führen.

2. Es gilt zu verdeutlichen, dass ein Zusammenhang besteht zwischen einer offiziellen Politik, die Minderheiten diskriminiert, mit rassistischen Vorurteilen liebäugelt und der Verbreitung rechtsextremer Überzeugungen in der Gesellschaft.

3. Um zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen die Verbreitung des Rechtsextremismus zu fördern, sind ein breites Spektrum von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen usw. umfassende Bündnisse und Initiativen sowie vielfältiges sonstiges Engagement gegen Rechts zu unterstützen.

4. Der Kampf gegen organisierten Rechtsextremismus und gegen rechtsextremes Alltagsverhalten muss Bestandteil der Kommunalpolitik der SPD sein. Hierzu müssen rechtsextreme Gefahren auf lokaler Ebene analysiert und Gegenstrategien entwickelt werden. Ein Schwerpunkt kommunaler Wirkungsmöglichkeiten sollte die Unterstützung von Jugendaktivitäten gegen rechte „Popkultur“, die Förderung von Integrationsstrukturen für Migrantinnen und Migranten und die weitere Förderung alternativer Jugendzentren als beste Möglichkeit, einer rechten Jugendkultur entgegenzuwirken.

5. In kritischer Auswertung von Erfahrungen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt setzen wir uns dafür ein, überall dort, wo es Konflikte mit Rechtsextremisten gibt und wo besonderer Aufklärungsbedarf über Rechtsextremismus besteht, also vor allem in Schulen und Jugendeinrichtungen, mobile Beratungsteams einzusetzen. Diese sollen über rechte Strukturen und Subkulturen aufklären, konkret vor Ort bei der Entwicklung von Gegenstrategien helfen und Menschen unterstützen, die Opfer rechtsextremer Bedrohung und Gewalt geworden sind.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

6. Besondere Verpflichtungen und Aufgaben erwachsen der SPD auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene im Zusammenhang mit der Errichtung und Erhaltung von Stätten der Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes mit der Unterstützung der Opferverbände und der Entschädigung von NS-Opfern.

7. Wir leisten Widerstand gegen jedwede Einschränkung der Grundrechte, gegen Überwachung und polizeistaatliche Eingriffe, gegen die Aushöhlung des Versammlungsrechtes und die Kriminalisierung des Antifaschismus. Damit schaffen wir zugleich Grundvoraussetzungen für den Widerstand gegen die Positionen rechtsextremer Parteien und sonstiger rechtsextremer Organisationen sowie gegen ihre Verbreitung bis in die Mitte der Gesellschaft hinein.

8. Beibehaltung, Einführung und Wiedereinführung von Ausländerbeauftragten in den einzelnen Bundesländern.

Begründung:

Wir treten weiter für den aktiven Protest gegen Nazis und ihre menschenverachtende Ideologie ein.

Der breite Widerstand, der sich gegen den NPD-Aufmarsch vom 24. Oktober 2004 in Hannover gebildet hat, zeigt, dass ein Zusammenarbeiten der antifaschistischen Kräfte wie in der Region Hannover die Nazis ins Abseits stellen kann. Diese Strategie werden wir weiter verfolgen.

Die Empörung über Nazi-Aufmärsche wurde in jüngster Zeit aber dazu missbraucht, vor allem eine Kampagne zur Beschneidung des Versammlungsrechts zu initiieren, um so einer politischen Bekämpfung des Rechtsextremismus aus dem Weg zu gehen und davon abzulenken, dass eine rechtsextreme Kultur aus der Mitte der Gesellschaft ihre unterschwellige Unterstützung erhält. Durch laute Rufe aus der Politik nach Verschärfung von Gesetzen wird in der Bevölkerung der Irrglaube genährt, dass administrative Maßnahmen allein das Problem des Rechtsextremismus beseitigen und eine politische Auseinandersetzung ersetzen könnten. Diese Verengung verhindert eine Debatte um notwendige gesellschaftliche Gegenstrategien.

Wir stehen für den konkreten Kampf und die politische Prävention vor Ort. Das schließt in unseren Augen auch administrative Maßnahmen mit ein. Es wird mit uns jedoch nicht zu machen sein, diese antifaschistische Grundposition für generelle Einschränkungen der bürgerlichen Freiheitsrechte zu instrumentalisieren. Wir verteidigen das Versammlungsrecht als konstituierenden Bestandteil der Demokratie. Die Erfahrung lehrt, dass der Abbau demokratischer Rechte sich nicht zuletzt gegen die Meinungsfreiheit von Minderheiten richtet.

Hauptaufgabe muss die Aufklärung über die gesellschaftlichen Ursachen, die Sensibilisierung und der öffentliche Protest gegen Rechtsextremismus sein. Wir sehen die SPD auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene in der Pflicht, sich politisch mit den Ursachen und der nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Scheindebatten, die letztlich den Nazis in die Hände spielen, helfen nicht weiter. Deshalb widersetzen wir uns gegen jedwede Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte und kämpfen für politische Maßnahmen, die geeignet und bestimmt sind, eine um sich greifende rechtsextreme „Popkultur“ gerade vor Ort in den Kommunen zu bekämpfen.

Daher sehen wir vor allem eine Verpflichtung der kommunalen Politik, der Versuchung zu widerstehen, finanzielle Zwänge auf Kosten von Einrichtungen zu lösen, die am wirkungsvollsten ein Gegengewicht in der Alltagserfahrung Jugendlicher setzen können. Insbesondere kommunale Jugendzentren müssen gefördert und dürfen nicht geschlossen werden.

Wir sehen die Notwendigkeit einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über Ursachen und Gefahren des Rechtsextremismus mit dem Ziel, Gegenstrategien zu entwickeln und die Bereitschaft zu befördern, sich rechtsextremer Ideologie und durch sie motivierten Aktivitäten entgegenzustellen.

Antifaschismus bedeutet, für ein Menschenbild einzutreten, das von Respekt, Individualität, Freiheit und Solidarität geprägt ist, für Weltoffenheit zu werben, eine neue Kultur des Zusammenlebens, Zivilcourage, Eigenständigkeit und andere fortschrittliche Verhaltensweisen zu entwickeln.



Organisationspolitik

01 - Fortführung des Status „Nichtmitglied mit Teilrechten“: Modellprojekt Jusos

Der Juso-Bundesvorstand soll auf Basis des Antrags O2 vom Bundeskongress in München einen entsprechenden Änderungsantrag zum Satzungsvorschlag der AG Mitgliederpartei erarbeiten.

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Jusos möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten. :

Wir treten für folgende Punkte bei der Reform des Modellprojektes Jusos - auch Nichtmitglied mit Teilrechten genannt - innerhalb der SPD ein:

1. Die Mitgliedschaft mit Teilrechten muss für Jugendliche und junge Erwachsene weiterhin beitragsfrei bleiben.
2. Interessierte sollen bei den Jusos weiterhin ohne Parteibuch (Nichtmitglieder mit Teilrechten) mit vollen Rechten mitarbeiten können.
3. Um die Erfassung der Mitarbeitenden in der MAVIS zu gewährleisten, ist die Erklärung zur Mitarbeit auf maximal zwei Jahre befristet.

Nach Ablauf der zwei Jahre, kann der Parteieintritt erfolgen oder eine weitere Mitarbeiterklärung ausgefüllt werden. Diese Verlängerung ist jederzeit bis zum 35. Lebensjahr möglich, muss jedoch erklärt werden. Erfolgt diese Verlängerung nicht, fällt der oder die Mitarbeitende aus der Mitgliedsverwaltung heraus.

Begründung:

Es gibt Initiativen auf Bundesebene, die darauf abzielen, Menschen jeden Alters den Eintritt in die SPD zu erleichtern. Dies soll gelingen, indem eine Schnuppermitgliedschaft (auf ein Jahr befristet bei halbem Mitgliedsbeitrag) eingeführt wird.

Ein anderer Reformvorschlag beschäftigt sich damit, einen Weg zu finden, der es ermöglicht, aktive „Nur-Jusos“ über eine „Juso- Gastmitgliedschaft“ in Zukunft datenmäßig zu erfassen und sie von den „Karteileichen“ trennen zu können. Bestrebungen eine einheitliche „Probe-Mitgliedschaft“ einzuführen, könnten nun dazu führen, dass es nicht mehr dauerhaft möglich ist, sich im Rahmen der „Juso-Mitgliedschaft“ zu engagieren. Dies sollte angesichts der positiven Erfahrungen mit diesem Modellprojekt, sowie der Bestrebungen die SPD zur Netzwerkpartei auszubauen jedoch nicht geschehen.

- Die „Juso-Mitmacherklärung“ ist ein niedrigschwelliges Angebot an junge Menschen, die sich politisch engagieren wollen, dazu jedoch (noch) nicht in unsere Partei eintreten wollen. Gerade in einer eher parteienkritischen Atmosphäre ist sie eine gute Möglichkeit, Menschen an die Sozialdemokratie zu binden. Eine, selbst nur formale, Mitgliedschaft in der SPD oder ein, wenn auch nur symbolischer, Mitgliedsbeitrag würden hier unnötige Hürden aufbauen.
- Viele Menschen, die zunächst nur eine Mitmacherklärung unterschreiben und die ohne dieses Angebot nicht in einer SPD-Gliederung mitarbeiten würden, treten später der SPD bei. Gerade junge Frauen nutzen die Möglichkeit der Mitmacherklärung zum Einstieg in die politische Arbeit innerhalb der Sozialdemokratie überproportional häufig.
- Die „Nur-Jusos“ sind sehr aktive Mitglieder, insbesondere in Ostdeutschland stellen sie einen großen Teil der aktiven Mitgliedschaft.

Für den Ausbau der Möglichkeit der Mitarbeit per „Mitmacherklärungen“ fordern wir deshalb die Schaffung einer zuverlässigen Datengrundlage für die „Juso- Gastmitgliedschaft“. Durch die momentane lückenhafte Verwaltung der „Nur-Jusos“ ist deren Betreuung und Information kaum handhabbar. Diesem nicht tragbaren Zustand, könnte durch eine Befristung der Mitmacherklärungen auf zwei Jahre Abhilfe geschaffen werden.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Damit man sich das Potential der „Juso- Gastmitglieder“ dauerhaft erhält, sollte die Verlängerung dieser Befristung um zwei Jahre jederzeit bis zum 35. Lebensjahr möglich sein. Im derzeitigen Entwurf ist jedoch nur eine einmalige Verlängerung vorgesehen.

Der Passus:

"Sie kann längstens zwei weitere Jahre verlängert werden."

sollte daher durch

"Nach Ablauf der zwei Jahre, kann der Parteieintritt erfolgen oder eine weitere Mitarbeiterklärung ausgefüllt werden. Diese Verlängerung ist jederzeit bis zum 35. Lebensjahr möglich, muss jedoch erklärt werden." ersetzt werden.

Wird die Erklärung also innerhalb der zwei Jahre nicht erneuert, werden die Mitmacher/innen automatisch aus der Mitgliederverwaltung gelöscht. In Zusammenhang mit einer flächendeckenden Einspeisung der Daten in die Mitgliederdatenbank kann so eine verlässliche Datengrundlage entstehen.

Dies ermöglicht sowohl zu kontrollieren, ob die Betroffenen noch aktiv sind bzw. nicht vielleicht längst verzogen oder gar irgendwo anders der SPD beigetreten sind. Zum anderen vergibt man sich durch eine zu enge Regelung der Bedingungen zur Mitarbeit bei den Jusos kein Potential an Aktiven, die zwar mitarbeiten, aber aus verschiedenen Gründen kein Parteimitglied werden wollen oder können.

Dies wäre angesichts der positiven Erfahrungen mit diesem Modellprojekt eine wirklich moderne Reform der Statuten und im Sinne des Netzwerkgedankens.

09 - Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen SPD und Burschenschaften und Corps

Der Bundeskongress der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten möge beschließen und an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erklärt die Mitgliedschaft in einer studentischen Burschenschaft, Corps, Landsmannschaft, Turnerschaft, Sängerschaft oder einer christlichen Verbindung, die gemeinsam mit vorher genannten Organisationen in einem Dachverband organisiert ist bzw. den Zusatz Burschenschaft im Namen trägt, unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD.

Begründung:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich in ihrer Geschichte immer für die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingesetzt. Um Mitglied der SPD zu sein, muss man diese Grundwerte vertreten und darf nicht in einer Organisation sein, welche diesen Grundwerten in ihrem Wesen oder ihrem Handeln widerspricht. Dieses ist jedoch bei Burschenschaften und Corps besonders in folgenden Fällen gegeben:

Elitförderung und Seilschaften: Burschenschaften und Corps vertreten die Auffassung, dass nur durch den Lebensbund, dessen zentrale Funktion die Reproduktion gesellschaftlicher Eliten ist, wirkliche Akademiker und Akademikerinnen hervorgebracht würden. Diese Auffassung steht in eindeutiger Konkurrenz zur Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung. Die Wirksamkeit von allen Verbindungen beruht auf ihrer elitären Grundkonzeption. Der von ihnen proklamierte "Bund fürs Leben" heißt nichts anderes, als dass ältere Verbindungsmitglieder, die in höhere gesellschaftliche Positionen gelangt sind, Nachwachsende protegieren und ebenfalls in höhere Positionen heben. Wie weit dieses Netz gespannt ist, lässt sich an den Beispielen der Finanzaffären des ehemaligen Berliner Regierendenbürgermeisters Diepgen (CDU) und seines Parteifreundes und ehemaligen Bundesinnenminister Kanther aus Hessen nur erahnen. Dieses System funktioniert aber nur solange, wie gesellschaftliche Entscheidungen noch durch kleine Eliten anstatt durch Beteiligung aller Menschen getroffen werden.

Ungleichbehandlung: Frauen oder Männer werden oft in Burschenschaften und Corps wegen ihres Geschlechts strukturell benachteiligt, oder die Burschenschaften pflegen ein Frauenbild, welches unserem emanzipativen Weltbild entgegensteht. Für viele Burschenschaften sind rassistische Kriterien, Nationalität, sexuelle Orientierung, Religion oder die Wehrdienstverweigerung Ausschlusskriterien für eine Aufnahme.

Undemokratische Struktur: Für Burschenschaften und Corps gilt das Strukturprinzip der „Hierarchisierungsgemeinschaft“ und somit ist das Untertanenprinzip „nach oben buckeln, nach unten treten“ umfassende Lebenspraxis. Die SPD war dagegen immer von der Gleichheit aller Menschen überzeugt, was sich in dem Kampf für die Schaffung einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft äußert.

Geschichtsrevisionismus: Burschenschaften und Corps treten oft geschichtsrevisionistisch auf. Zum Beispiel sehen sie sich in fortschrittlicher Tradition, gerieren sich oft als Opfer des Faschismus und leugnen dabei ihre aktive Rolle bei der Absicherung der Machtübertragung. Insbesondere die in der Deutschen Burschenschaft organisierten Burschenschaften sehen die deutsche Nation als unabhängig von ihren staatlichen Grenzen existent an und erheben gebietsrevanchistische Ansprüche.

Brauchtum: Der Anspruch vieler Burschenschaften und Corps, durch Brauchtum und Rituale Wertvorstellungen zu tradieren und auf diese Weise ihre Mitglieder einer unterschweligen Form der Erziehung zu unterziehen, kann mit „Befehl und Gehorsam“ überschrieben werden. Mit Hilfe des Brauchtums soll die Individualität des/der Einzelnen untergraben werden.



Programm der SPD / Anforderungen an die Partei

P 5 - Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen!

In den vergangenen Monaten sorgten mehrfach prominente Genossen wie Egon Bahr oder Peter Glotz für Aufsehen, als sie der Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) Interviews gaben. Im März 2005 wurde dieses Thema für die Berliner Landespolitik aktuell, da der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky, sich in einem Interview in der JF zu den seiner Meinung nach gescheiterten Integrationskonzepten der SPD und dem politischen Verhalten von „Gutmenschen und sozialromantischen Multikulti-Träumern“ verbreitete. Zu Recht erfolgte eine große Skandalisierung durch die politische Öffentlichkeit Berlins, über die politische Tragfähigkeit solcher Äußerungen ist zu entscheiden.

Diese Vorfälle zeigen, dass bis hin zu höheren FunktionärInnen der Partei offensichtlich Unkenntnis über die Junge Freiheit besteht und der Umgang mit ihr ungeklärt ist.

Die JF ist eine Wochenzeitung, die eine politische Zielgruppe in der Schnittmenge zwischen klassischen rechtskonservativen und rechtsextremen Ideen ansprechen will. Sie fungiert als Organ der „Neuen Rechten“. Ihre Zielsetzung ist es, den latent in allen gesellschaftlichen Gruppen vorhandenen Rassismus und Antisemitismus anzusprechen sowie antidemokratische Grundhaltungen insbesondere im bürgerlich-konservativen Lager zu aktivieren. Es sollen politische Inhalte und Forderungen, die klar rechtsextrem sind, stärker als schon bisher in den politischen Diskurs gebracht werden und durch gezielte Umdeutung von Begriffen eine kulturelle Hegemonie für reaktionäre Inhalte geschaffen werden.

Dies versucht die Junge Freiheit unter anderem durch Interviews mit Personen des öffentlichen Lebens, von denen sie sich erhofft, dass sie die JF und ihre Inhalte „salonfähig“ machen.

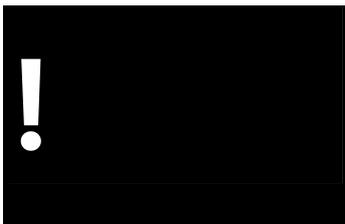
Die Junge Freiheit hat den Anspruch, zu allen ihr wichtigen Politikfeldern zu informieren. Es lassen sich dabei einige bevorzugte Themenkomplexe feststellen. Ein Feld von vorrangigem Interesse ist der inhaltliche Komplex „Nation“, „Ausländer“, „nationale Identität“. In diesem werden sowohl nationalistische Staatsvorstellungen als auch rassistische Weltbilder vertreten.

Ebenfalls inhaltlicher Schwerpunkt der JF ist der Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland, die Rolle der Deutschen in der Welt und eine Überwindung des „Schuldkomplexes“ der Deutschen. Die Zielsetzung der JF ist dezidiert elitär und antidemokratisch, das parlamentarische System und seine Akteure werden herabgewürdigt. Grundlegende Prinzipien der liberalen Demokratie wie Menschenrechte und das Demokratieprinzip werden von ihr abgelehnt. Die Junge Freiheit hat in der Debatte um die antisemitischen Äußerungen von Martin Hohmann und Reinhard Güntzel nach Hohmanns „Tätervolkrede“ zum Tag der Deutschen Einheit 2003 klar Position auf Seiten von Hohmann und Güntzel bezogen.

Die Junge Freiheit ist Teil eines „neu-rechten“ Netzwerkes, das von deutschen und internationalen Rechtsextremisten bis in die CDU hinein reicht, die JF zählt viele ParlamentarierInnen der CDU/CSU zu ihren AutorInnen. Die JF wird von mehreren Landesämtern für Verfassungsschutz beobachtet.

Die SPD fordert deshalb alle ihre Mitglieder, insbesondere aber ihre Mandats- und FunktionsträgerInnen auf, nicht oder nicht mehr mit der Jungen Freiheit zusammenzuarbeiten und ihr insbesondere keine Interviews zu geben. Die Zusammenarbeit mit der Jungen Freiheit ist als parteischädigendes Verhalten anzusehen.

Dieser Beschluss ist allen Mandats- und FunktionsträgerInnen aus der Berliner SPD bekannt zu geben.



Juso- Wahlkampfplattform

Arbeit und Sozialstaat statt Ellenbogen und Marktwirtschaft pur!

1. Kein weiter so!

Die Politik der Bundesregierung in ihrer bisherigen Form hat keine ausreichende Unterstützung bei den Wählerinnen und Wählern.

Dies machen Stimmungsumfragen in der Bevölkerung und nicht zuletzt die neun verlorenen Landtagswahlen deutlich. Klar ist: Die Politik der Agenda 2010 hat die Verankerung der SPD in der ihr traditionell zugeneigten sozialen Milieus drastisch geschwächt. Gleichzeitig ist die neue Mitte – sofern es diese je gab – mittlerweile ab durch die Mitte.

Eine Frage steht bei der Analyse der Regierungsarbeit an erster Stelle: Wo sind die Erfolge von Rot-Grün bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit? Rot-Grün hat die Beschäftigungskrise nicht nachhaltig gelöst. Stattdessen ist die Schere zwischen Arm und Reich größer geworden. Statt eine notwendige nachfrageorientierte Politik zu verfolgen, hat die Fiskal- und Angebotspolitik der Bundesregierung antizyklisch und damit krisenverschärfend gewirkt.

Hinzu kommt der massive Glaubwürdigkeitsverlust der SPD. Die Menschen verbinden die SPD nicht mehr mit sozialer Gerechtigkeit. Massiv dazu beigetragen hat dazu die Politik der Agenda 2010. Durch diesen Glaubwürdigkeitsverlust wird auch die Kapitalismuskritik von Franz Müntefering hauptsächlich als Wahlkampfgegag wahrgenommen. Ohne realpolitische Untermauerung bietet sie keine Zukunftsperspektive für die SPD.

Wir Jusos hatten und haben viel Kritik an einzelnen Regierungsvorhaben. Durch die Einführung von Hartz IV hat die SPD die Lebensbedingungen für Arbeitslose verschlechtert und damit ihre spezifische Verantwortung für die Interessen der ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen nicht wahrgenommen. Sie hat damit die Erwartungen der Bevölkerung an das rot-grüne Projekt enttäuscht.

Wir halten an unserer Kritik an der Agenda 2010 fest. Mit dieser Politik hat die SPD einseitig ArbeitnehmerInnen und sozial schwächere Milieus belastet. Gleichzeitig fehlt der SPD ein wirksames Konzept für Wachstum, Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit. Jetzt, vor der Bundestagswahl, muss deshalb deutlich werden: Ein „Weiter So“ kann es nicht geben. Wir brauchen eine klare Richtungsauseinandersetzung. Das heißt auch: Die „Agenda 2010“ kann nicht Grundlage eines Richtungswahlkampfes sein – wir brauchen eine bemerkbare Neuausrichtung unserer Politik.

Die aktuelle Entwicklung macht klar: die Sozialdemokratie hat kein Abo auf die Regierungsverantwortung, sondern wurde und wird gemessen an der Politik, die sie auf den Weg gebracht hat. Es ist aber auch klar, dass Wahlen nicht mit Vergangenheitsbewältigungen entschieden werden, sondern mit Lösungskompetenzen und Zukunftserwartungen. Die Agenda 2010 gibt keine hinreichenden Antworten für eine fortschrittliche und gerechte Modernisierung unseres Landes. Wir brauchen stattdessen eine Zukunftsperspektive für sozialen Fortschritt. Diese muss aufzeigen, wie die SPD Arbeitsplätze schaffen will und wie die SPD Schutz vor sozialem Abstieg bietet. Festzuhalten ist: Die Logik der reinen Angebotsdoktrin und das Primat der Wettbewerbsfähigkeit hat der Idee der sozialen Demokratie massiv geschadet.

Wir erwarten von der SPD, dass sie eine politische Alternative zu Rechtspopulismus und Ausgrenzung, zu Neoliberalismus und Laissez-faire aufzeigt. Eine SPD in Regierungsverantwortung muss Visionen für die Zukunft formulieren und linke Reformprojekte in alltäglich erfahrbare Politik für alle umsetzen.

Nur durch einen klaren Kurs für Wachstum und Beschäftigung können wir die WählerInnen zurückgewinnen, die wir und die uns brauchen, um Wirtschaft und Gesellschaft sozial und zukunftsorientiert auszugestalten und zu modernisieren.

Trotz der Defizite der SPD darf die aktuelle Entwicklung nicht nur vor nationalem Hintergrund betrachtet werden. Ausgehend von den USA erleben wir heute einen neokonservativen Kampf um die globale Hegemonie. Unter dem Vorwand von Demokratie und Freiheit sollen die Mehrheiten in den Ländern auf ein neokonservatives und marktradikales Politikkonzept orientiert werden. Zur Grundlage dieser Strategie wird die Etablierung konservativer Werte in der politischen Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen Hegemonie.

Nach der Durchsetzung von unilateralen Interventionsbestrebungen der Bush-Administration im Irak soll nun der „europäische Traum“ (Jeremy Rifkin) geschleift werden. Die Handlanger dieser Strategie in Deutschland sitzen in den Reihen von Merkels CDU. Über eine CDU-Mehrheit im wirtschaftlich stärksten und größten Land Europas soll die

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

neokonservative Revolution auch die Europäische Union endgültig auf die Herrschaft der Ökonomie hin orientieren.

Wir Jusos nehmen die Herausforderung an, Schwarzgelb eine eindeutige Absage zu erteilen und Rot-Grün im Interesse von Zukunftschancen zu fordern. Die Sozialdemokratie ist allemal die bessere Alternative. Die SPD als große Volkspartei muss im Verbund mit den Gewerkschaften die Gewähr für die Durchsetzung sozialer Reformen in Politik und Gesellschaft bieten. Wir Jusos werden für eine solche Perspektive unsere ganze Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit aufbieten, um innerhalb und mit der SPD für eine sozial-fortschrittliche Perspektive zu kämpfen. Wir wollen Mehrheiten gewinnen. Und wir wollen unser inhaltliches Potenzial nutzen, um den zukünftigen Kurs neu zu gestalten!

Die von Franz Müntefering angestoßene Kapitalismusdebatte und die teilweise irrationalen Reaktionen auf die im Kern richtigen, aber konsequenzlosen Aussagen des Parteivorsitzenden haben die Vorzeichen gesetzt, unter denen die kommende Bundestagswahl stattfinden wird. Die Debatte muss weitergeführt werden, aber sie muss grundsätzlicher und tiefgreifender geführt werden.

Der Union geht es nicht um sachliche Argumente. Sie will sich mit polemischen und populistischen Zuspitzungen und taktischen Spielchen als sozialere Kraft verkaufen, um anschließend Marktradikalismus und Sozialabbau den Weg zu ebnen. Die Kernkraftlobby wird mit der Ankündigung, Atomkraftwerke doch langfristig am Netz zu lassen, mit ins Boot geholt und Türkeifrage wird, allein zum Anschüren der Bevölkerungängste, zum Wahlkampfthema hochstilisiert. Die marktradikalen Konzepte der Union sind ebenso bekannt wie ihr Versuch, rotgrüne Reformversuche, die sie mitgetragen hat, zu diffamieren.

Klar ist, dass die BürgerInnen am 18. September die Wahl haben: Arbeit und Sozialstaat oder Ellenbogengesellschaft und Marktwirtschaft pur.

2. Was wir wollen...

A) Frieden und globale Solidarität

Die eindeutige und konsequente Haltung der Bundesregierung gegen eine deutsche Beteiligung am Irak-Krieg war die Grundlage für den Wahlsieg 2002 und eine multilateralistische Außenpolitik. Eine CDU-FDP-Bundesregierung hätte sich willig zum Helfer von George W. Bush gemacht. Das Herumeiern der Parteivorsitzenden, die jetzt als Kanzlerkandidatin antritt, ist noch nicht vergessen und macht klar, unter welchen Vorzeichen gelb-schwarze Außenpolitik stattfindet: Märkte sind wichtig, Menschen nicht.

Für uns ist klar: Europa muss zivile Friedensmacht werden. Wir setzen uns für den Vorrang nicht-militärischer Außen- und Sicherheitspolitik in Europa ein. Die zivilen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der ESVP müssen ausgebaut und die Ressourcen dafür bereitgestellt werden.

Die weltweite Bekämpfung von Armut und der Abbau sozialer Benachteiligungen müssen elementare Bausteine einer europäischen Friedenspolitik sein. Die Politik muss dabei auf die Bedürfnisse der Bevölkerung in den armen Ländern zielen und den gerechten Umbau der internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen vorantreiben. Den Menschen müssen klare Perspektiven aufgezeigt werden. Nur durch globale Gerechtigkeit und Gleichheit lässt sich weltweiter Frieden schaffen.

Die EU muss aktiv für die Stärkung der kooperativen Weltordnung und der Vereinten Nationen eintreten. Jedes außen- und sicherheitspolitische Handeln gehört zumindest den Grundsätzen der Vereinten Nationen untergeordnet.

Der Tsunami vom Dezember 2004 stürzte die gesamte betroffene Region in Asien ins Chaos. Hierdurch wurde der Weltöffentlichkeit auf einem Schlag wieder bewusst, es gibt nur die Eine Welt. Doch diese Eine Welt ist zu stark in arm und reich gespalten. Deutsche Außenpolitik muss im Sinne Willy Brandts am Leitbild der „Einen Welt“ ausgerichtet sein. Im Zuge des Wiederaufbaus in der Tsunamiregion wurde deutlich, dass die öffentliche Verschuldung dieser Staaten ein massives Hindernis für Entwicklung und den Kampf gegen Not und Hunger darstellt. Wir verlangen daher: Entschuldung für die Länder des Südens.

Im Jahr 2000 haben sich die Staaten der Welt auf der UN-Millenniumskonferenz verabredet, bis zum Jahr 2015 die Armut zu halbieren. Fünf Jahre später ist festzustellen: Es wurden viele Reden zur Armutsbekämpfung gehalten, doch es wurde zu wenig getan. Wir setzen uns für die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (u.a. Beseitigung von Armut, Reduzierung der Kindersterblichkeit, Bekämpfung von AIDS und Malaria, Zugang zu sauberem Trinkwasser). Um diese Ziele zu erreichen, muss die Bundesrepublik endlich die Entwicklungshilfe auf 0,7 % des BIP anheben. Maßgeblich verantwortlich für Unterentwicklung vieler Regionen der Welt ist die marktradikale Ausrichtung von WTO, Weltbank und IWF. Diese Organisationen müssen radikal reformiert werden und am Ziel der Entwicklung ausgerichtet werden. Eine sozialdemokratische Bundesregierung muss mit klarer Stimme für eine solche radikale Reform eintreten.

Wir lassen uns nicht von den Rechtspopulisten in Europa treiben: Wir stehen ein für ein offenes Europa! Das Instrument der Europäischen Integration stellt ein Gegenmodell zum Kampf der Kulturen dar, wie ihn Rechtspopulisten und Neokonservative betreiben.

CDU und CSU haben angekündigt, Wahlkampf auf dem Rücken der Türkei und der türkischen Bevölkerung in Deutschland zu führen und wollen mit der Thematisierung des möglichen Beitritts der Türkei im Wahlkampf Ressentiments schüren. Dem werden wir uns entschlossen entgegenstellen, denn wir befürworten aus rationalen Gründen das Angebot von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Will man eine Verbesserung der Menschenrechte

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

in der Türkei erreichen, stellt die Beitrittsperspektive ein geeignetes Mittel dar. Auch wenn es bis hierin ein weiter Weg sein wird: Unser politisches Ziel ist der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

B) Sozialstaat stärken statt Sozialkahlschlag

Der Sozialstaat ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Er ist Grundlage von Wohlstand und Wachstum und keine Kostenstelle! Unser Sozialstaat soll Partner im Strukturwandel sein und Sicherheit sowie Fortschritt auch unter veränderten Rahmenbedingungen leisten. Wir wollen keinen Abbau der Sicherungssysteme, sondern deren zeitgemäßen qualitativen Umbau. Hierfür wollen wir Jusos im Wahlkampf und darüber hinaus kämpfen. Wir wissen, dass die deutliche Mehrheit der Bevölkerung ebenso für einen leistungsfähigen und universellen Sozialstaat steht. Die Marktradikalen sind mit ihren Forderungen nach der vollständigen Abschaffung jeglicher Sozialstaatlichkeit zwar stark in den Medien vertreten, doch sind sie gesellschaftlich klar in der Minderheit.

Wir Jusos stehen zu dem Grundsatz, dass breite Schultern mehr tragen können als schwache Schultern. Wir sagen Ja zur solidarischen Bürgerversicherung, da so auch Kapitaleinkommen an der Finanzierung sozialer Aufgaben beteiligt werden. Wir sagen Nein zur Kopfpauschale, weil sie einseitig zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht und eine Abkehr vom Solidarprinzip darstellt.

Durch die Bürgerversicherung wollen wir die Aufteilung in öffentliche Sozialversicherungen und private Versicherungen überwinden. Die Bürgerversicherung als Finanzierungsprinzip muss auch in der Pflegeversicherung eingeführt werden.

Wir sind gegen eine Zweiklassenmedizin, bei der medizinische Leistungen nach dem Versicherungsstatus bestimmt werden. Wir wollen ein Gesundheitssystem in der Prävention gestärkt wird. Das Pharmakartell schöpft Milliarden Euro aus dem Gesundheitssystem ab. Daher treten wir für eine Positivliste ein.

Die Bundesrepublik steht sowohl bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen als auch bei der Geburtenrate an einem der letzten Plätze in Europa. Ursächlich für beides sind Diskriminierungen in der Steuer- und Sozialgesetzgebung (z.B. Ehegattensplitting).

Der Blick nach Frankreich und Schweden zeigt, dass durch einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung, Berufstätigkeit und Kinder miteinander vereinbar werden. Wir verlangen daher ein gebührenfreies, flächendeckendes und ganztätiges Betreuungsangebot für alle Kinder bis 14 Jahren. Unternehmen müssen zudem zu Arbeitszeitregelungen verpflichtet werden, die die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindern ermöglicht.

Deutschland hält nach wie vor seinen Status als Entwicklungsland beim Frauenanteil in Führungspositionen und hofft auf die Freiwilligkeit der Wirtschaft. Mag diese Freiwilligkeit in Zeiten guter Konjunktur durchaus gegeben sein, da ansonsten qualifizierte männliche Fachkräfte fehlen, so ist klar, dass in Zeiten konjunktureller Schwäche Gleichstellung keine Rolle spielt. Deshalb halten wir an der Forderung nach einem effektiven Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft fest.

Den Staat handlungsfähig machen!

Weiterentwicklung des Sozialstaats heißt für uns nicht Abbau sozialer Leistungen. Zu oft wurde Sozialabbau durch den Begriff „Reform“ umschrieben. Der Sozialstaat ist auch künftig finanzierbar, es müssen nur endlich alle Einkommensarten herangezogen werden. Die paritätische Finanzierung durch den Faktor Arbeit durch die Beschäftigten sowie die Unternehmenseite muss fortgeführt werden.

Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat amtlich festgestellt, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen sich immer weiter polarisiert. Das Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich wollen wir stoppen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Unser Staat ist ein starker Staat, der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit schützt. Der Staat muss finanziell handlungsfähig sein, damit notwendige Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur getätigt werden können. Deshalb ist die Zeit der Steuersenkungen endgültig vorbei. Unser Ziel ist eine gerechte und konjunkturstimulierende Steuerpolitik. Wir fordern einen fünfprozentigen Millionärszuschlag auf die Einkommenssteuer, um Spitzenverdiener wieder zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben heranzuziehen. Sozialdemokratische Steuerpolitik fördert die Massenkaufkraft. Eine Senkung der leihen wir ab. Die bisherigen Vorschläge zur Gegenfinanzierung reichen dazu nicht aus.

In Deutschland werden Jahr für Jahr Milliarden an Steuern hinterzogen. Das Bankgeheimnis schützt Steuerhinterzieher. In Schweden, Japan und den USA werden Kapitalerträge automatisch an das Finanzamt gemeldet. Dieses System der Kontrollmitteilungen verhindert Steuerhinterziehung effektiv. Daher weg mit dem Bankgeheimnis für Finanzämter und her mit Kontrollmitteilungen.

Eine Anhebung der Mehrwertsteuer belastet Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen überproportional. Deswegen lehnen wir eine Anhebung der Mehrwertsteuer entschieden ab. Wir fordern die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die zu einer gerechteren Verteilung der Steuerlast beiträgt.

Ein kommunales Investitionsprogramm (KIP) in Höhe von je 10 Mrd. EURO für die nächsten fünf Jahre soll dem Verfall der kommunalen Infrastruktur entgegenwirken.

Hierdurch soll die ökologische und soziale Modernisierung der Städte ermöglicht werden. Eine Erhaltung der Gewerbesteuer ist dafür notwendige Voraussetzung. Darüber hinaus fordern wir zur langfristigen Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunen eine grundsätzliche Reform der kommunalen Finanzen.

C) Beschäftigung schaffen und wirtschaftliche Blockade überwinden

Wir treten ein für das Ziel der Vollbeschäftigung. Um dieses Ziel zu erreichen braucht es stärkeres Wirtschaftswachstum. Dies kann nur über eine Belebung des Binnenmarktes erreicht werden. Die Gleichung: Geht es den Unternehmen gut, geht es den Menschen gut, ist ein Trugschluss.

Obwohl Deutschland Exportweltmeister ist, werden kaum zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

In einer problematischen Situation befindet sich der Binnenmarkt. Verantwortlich hierfür sind vor allem, die Entwicklung der Reallöhne, die seit mehreren Jahren hinter dem Produktivitätswachstum zurückbleibt, sowie nachfragefeindliche Entscheidungen der Politik. Deshalb plädieren wir entschieden für eine Politik der Lohnsteigerungen.

Eine alternative Konzeption der Wachstumsfelder der Zukunft muss die Erhöhung der Beschäftigung und der Lebensqualität berücksichtigen und ein Programm für die daniederliegende Binnenwirtschaft beinhalten. Unterstützt werden muss sie um eine konjunkturgerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine vernünftige Geldpolitik der EZB, die Ausweitung der öffentlichen Investitionen sowie eine Diskussion über Eingriffe in die Verfügungsgewalt.

Eine produktivere Gesellschaft muss Arbeiten und Leben in ein neues Verhältnis setzen. Ohne deutliche Fortschritte bei der Arbeitszeitverkürzung wird die Arbeitslosigkeit nicht reduziert. Wir wollen daher eine öffentliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzung.

Perspektiven für strukturschwache Regionen

Unsere Anforderung an die Politik der SPD ist eine gleichberechtigte Entwicklung aller Regionen. Gegen Abwanderung, Entsiedlung und drohenden Fachkräftemangel von Regionen bedarf es Maßnahmen für Investitionen. Es ist für uns zentral die soziale Infrastruktur, vor allem Gesundheit und Bildung, in strukturschwachen Regionen als Voraussetzung für Wachstum auszubauen.

Hartz IV ist kein Beschäftigungsprogramm – Korrekturen sind notwendig

Inzwischen ist offenkundig: Hartz IV hat nicht die beschäftigungspolitische Wirkung erzielt, die gewünscht war. Stattdessen hat die Neuregelung für einen Teil der Betroffenen zu finanziellen Einbußen geführt und den Druck auf die Arbeitslosen drastisch und unnötig erhöht. Zu leicht konnten sich UnionspolitikerInnen als Vertreter von ArbeitnehmerInnen-Interessen profilieren, obwohl ihre Pläne für das Aus für Flächentarifverträge, weiteren Druck auf die Beschäftigten und die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit bereits in der Schublade liegen.

Ein Sofortprogramm gegen Dumping auf dem Arbeitsmarkt ist unerlässlich. Dieses besteht aus folgenden Punkten:

- Wir wollen den Monitoring-Prozess von Hartz IV nutzen, um Änderungen herbeizuführen.

Dies gilt für folgende Bereiche:

- Änderungen der Zumutbarkeitsregeln. Es darf nur Arbeit zumutbar sein, die nach tarif- oder ortsüblichem Lohn bezahlt wird.
- Die Regelsätze für das ALG II müssen in Ost und West angeglichen, erhöht und der Lebenswirklichkeit angepasst werden und der Übergang vom ALG I in das ALG II besser als bisher abgedeckt werden.
- Die Bezugsdauer des ALG I bei älteren Langzeitarbeitslosen muss ausgedehnt werden. Ein Stufenmodell, wie die Union es vorschlägt, lehnen wir ab. Das Äquivalenzprinzip darf nicht in die Arbeitslosenversicherung integriert werden.
- Lohndumping durch Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) muss eingestellt werden
- die Finanzen für berufliche Weiterqualifizierung müssen dringend aufgestockt werden.
- Befreiung der EmpfängerInnen von ALG II bzw. Sozialgeld von der Praxisgebühr und Zuzahlungen im Gesundheitsbereich.
- Reform der Bestimmungen über sog. Bedarfsgemeinschaften: Eines der größten Probleme mit vielen unsinnigen Folgewirkungen und (teils widersprüchlichen) Gerichtsentscheidungen stellen die sog. Bedarfsgemeinschaften dar. Vor allem bei eheähnlichen Gemeinschaften gibt es viele Probleme. Wir fordern einen besonderen Freibetrag für Partnereinkommen aus Erwerbstätigkeit, eine Nichtanrechnung von Einkommen und Vermögen von Nichtleistungsberechtigten und ein Widerspruchsrecht des/der PartnerIn bei der Konstruktion einer Bedarfsgemeinschaft bei eheähnlichen Gemeinschaften.
- Das Entsendegesetz muss auf weitere Branchen ausgeweitet werden
- Wir fordern die Einführung von gesetzlichen und branchenbezogenen Mindestlöhnen.

Tarifautonomie, starke Gewerkschaften und Mitbestimmung sind die Grundlage einer erfolgreichen Ökonomie. Wir stehen entschieden gegen die Versuche der Arbeitgeber und ihrer Helfer in der FDP und CDU, hier das Rad der Geschichte zurück drehen zu wollen. Arbeitgebern sowie der FDP und CDU muss klar sein, dass jeder Angriff auf Tarifautonomie und Mitbestimmung den sozialen Frieden massiv beeinträchtigen wird.

D) Zukunftschancen für junge Menschen – Chancengleichheit in der Bildung

Studien zeigen, Bildung hängt in Deutschland immer noch stark vom Geldbeutel der Eltern ab. Wir Jusos betrachten Bildung und den freien und kostenlosen Zugang zu allen Teilen des Bildungssystems als elementare Grundlagen der

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

Demokratie. Bildung darf nicht zur Ware werden. Alles müssen können dürfen. Wir lehnen daher jede Form von Studiengebühren kategorisch ab – dazu zählen nicht nur allgemeine Studiengebühren, sondern auch Verwaltungsgebühren, Studienkontenmodelle, Langzeitstudiengebühren.

Mehr Durchlässigkeit wagen! Der Hochschulzugang muss auch ohne Abitur mit einer Berufsausbildung bzw. durch längere Berufstätigkeit möglich werden. Lebenslanges Lernen heißt für uns bestehende Zugangsschwellen abzusenken. Gemeinsames Lernen bis Klasse 10 in einer Gemeinschaftsschule muss zur Regel werden.

Chancengleichheit schaffen ist sozialdemokratische Ur-Botschaft. Wir wollen eine Ausweitung des Bafög. Die Voraussetzung für eine gute Bildung für alle sind gut ausgestattete Kindergärten, Schulen und Universitäten. Um dieses Ziel zu erreichen, treten wir ein für ein öffentliches Investitionsprogramm Bildung. Hierfür wollen wir die Erbschaftssteuer erhöhen und eine Vermögenssteuer einführen und Bildung für alle möglich machen.

Die SPD setzt sich für die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt ein. Deshalb plädieren wir für eine Ausbildungsplatzgarantie für alle jungen Menschen. Diese muss gesetzlich geregelt werden. Wichtigste Forderung ist und bleibt dabei die Forderung nach der Einführung der Ausbildungsplatzumlage. Der Ausbildungspakt ist gescheitert. Da im Moment 300.000 junge Menschen einen Ausbildungsplatz suchen, ist die Ausbildungsplatzumlage der einzige Ausweg, um die Wirtschaft zu motivieren, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen Vollbeschäftigung für alle Jungen unter 25 Jahren. Wenn nicht ausreichend Arbeitsplätze vorhanden sind, muss dieses Ziel durch Bildungsmaßnahmen und öffentliche Beschäftigung erreicht werden.

Wir wollen das Jugendarbeitsschutzgesetz erhalten und ausbauen. Eine Kürzung der Ausbildungsvergütung lehnen wir ab.

Initiativen gegen Rechts dauerhaft fördern:

Eine „Bundesstiftung für demokratische Kultur“ gründen

Rechtsextreme Gedanken und Handlungen stellen eine zentrale Herausforderung für unsere Demokratie dar. Dieser Herausforderung muss begegnet werden.

Die Wehrhaftigkeit einer Demokratie zeichnet sich durch die Verankerung im Bewusstsein der Menschen sowie durch eine vitale Zivilgesellschaft aus. Seit 2001 fördert die Bundesregierung zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Dieser Ansatz ist richtig, er bedarf aber der Kontinuität an politischer und finanzieller Unterstützung unabhängig von der Tagespolitik. Hierzu ist eine Bundesstiftung für demokratische Kultur das richtige Instrument. Die Bundesstiftung soll die Aufgabe haben, neben den etablierten Bundesprogrammen die Arbeit gegen Rechtsextremismus zu verstetigen und langfristige Strategien zu entwickeln. Dazu gehören die Förderung langfristiger Strukturprojekte ebenso wie die Förderung von Klein- und Kleinstinitiativen. Unsere Kampagne werden wir gezielt gegen rechte Parteien führen.

E) Ich kann das werden, was ich will – für eine offene Gesellschaft!

Die Sozialdemokratie tritt nicht nur mit ihren wirtschaftspolitischen Vorstellung in „Systemkonkurrenz“ zur Union und FDP, sondern auch bei der Gestaltung von Zivilgesellschaft – und das ist gut so. Nicht das Recht der Stärkeren und Mutigeren soll sich durchsetzen, sondern durch Regulierung sollen alle unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit und Religion ihre jeweiligen Lebensentwürfe ausleben können – sofern sie dabei die Menschenrechte achten.

Ein dezidiertes Diskriminierungsverbot, Durchlässigkeit und gezielte Integrationsmaßnahmen ohne Zwangscharakter sind zur Gestaltung einer „offenen Gesellschaft“ nötig, das gilt auf betrieblicher wie auf internationaler Ebene, dies muss Bildungsziel sein und Primat der „großen Politik“.

Es geht nicht darum, so zu bleiben, wie wir sind, sondern das zu werden, was wir wollen!

Die Bundesregierung steht mit ihrem Vorhaben, ein Antidiskriminierungsgesetz zu erlassen, im politischen Dauerbeschluss durch Schwarzgelb. Von der Opposition wird der Untergang des Abendlandes heraufbeschworen. Wir wissen: ein modernes ADG ist lange überfällig und es ist richtig: wer diskriminiert oder Diskriminierung zulässt, muss mit Konsequenzen rechnen. Wer nicht diskriminiert, hat nichts zu befürchten.

Außerdem haben die Konservativen jahrelang mit Helmut Kohl eine „Das Boot ist voll“-Mentalität gepredigt. Uns Jungen ist klar: schon allein wegen der demografischen Entwicklung ist Einwanderung gut für uns. Aber um MigrantInnen auch Zukunftsperspektiven zu bieten, bedarf es eines umfassenden Integrationskonzeptes, das mehr drauf hat als den Zwang zu Deutschkursen. Wir wollen ein weltoffenes Einwanderungsrecht. Aber uns ist bewusst: Mit den Becksteins und Stoibers wird die Festung Europa dichtgemacht. Das wollen wir nicht.

Solar statt nuklear!

Kaum 24 Stunden nach der Nominierung von Angela Merkel war schon klar: Mit der Union geht die Reise zurück ins Zeitalter der Kernenergie. Dies müssen wir Jusos auf jeden Fall verhindern. Dafür gibt es drei zentrale Gründe:

- Erstens ist Kernenergie keine saubere Energieform. Für die Abfallprodukte, die aus dieser Form der Energiegewinnung entstehen, gibt es immer noch keine befriedigende Entsorgungsmöglichkeit.
- Zweitens Kernenergie ist keine sichere Energie. Nicht nur Katastrophen wie Tschernobyl, sondern auch andere Zwischenfälle in westlichen Atomkraftwerken haben die Bedrohungen, die von dieser Form der Energiegewinnung ausgehen, gezeigt. Dazu kommen die Risiken durch die moderne Luftfahrt, die von den derzeitigen Atomkraftwerken ausgehen.

Beschlüsse Bundeskongress 2005, Leipzig

- - Drittens ist Kernenergie keine günstige Energiequelle. Alleine der Bau neuer gigantischer Atommeiler würde horrenden Investitionssummen verschlingen, die um ein vielfaches höher liegen als die Investition in alternative Formen der Energiegewinnung. Weitere Kosten entstehen durch die Zentralität dieser Form der Energiegewinnung.

Bei dezentralen alternativen Energiequellen fallen diese Kosten nicht an. Hinzukommt, dass durch zahlreiche versteckte und direkte Subventionen die wahren Kosten der Kernenergie verschleiert werden.

- Wir Jusos fordern stattdessen den solaren Umbau und Zukunftsinvestitionen in die Forschung und Entwicklung regenerativer, dezentraler und nachhaltiger Formen der Energiegewinnung und -nutzung.

3. Sozialer Fortschritt in neuen Zeiten – Parteinahme für die Menschen

Wir Jusos kämpfen innerhalb und mit der SPD für eine fortschrittliche soziale Politik. Die zentrale Kampfaufgabe für die kommenden Wochen bis zur Wahl wird es sein die SPD kampagnen- und mobilisierungsfähig zu machen. Das geht nur, indem wir einen Richtungswahlkampf mit sozialen gerechten Themen und damit die SPD und ihre AnhängerInnen in der Kernwählerschaft mobilisieren. Prämisse eines solchen Wahlkampfes ist die Wiederherstellung sozialdemokratischer Glaubwürdigkeit.

Deshalb ist die Agenda 2010 pur als Grundlage eines solchen Wahlkampfes ungeeignet. Im Wahlmanifest muss klar und deutlich werden: Die SPD ist an der Seite der Menschen, wenn sie Angst vor sozialem Abstieg haben. Sie muss die Partei der Chancengleichheit sein. Sie ist Partei für die soziale Demokratie im Sinne der Menschen. Die SPD steht für Sozialen Fortschritt. Das ist die Vorlage für einen erfolgreichen Wahlkampf. Wir Jusos arbeiten daran mit.

Die SPD muss in der Bundestagsfraktion nach der Wahl besser und verjüngter aufgestellt sein. Um glaubwürdig zu machen, dass die SPD eine Neu-Ausrichtung betreibt, braucht es auch neue Gesichter. Wir Jusos fordern einen radikalen Generationenwechsel auf Basis der hier formulierten Inhalte ein. Wir plädieren deshalb für 40 junge Abgeordnete unter 40 Jahren im nächsten Bundestag. Dafür werden wir jüngere Kandidaturen aus dem Verband unterstützen. Es kann jedoch nicht nur darum gehen, junge Menschen in die Fraktion zu spülen. Es muss vielmehr darum gehen, den Anteil der Abgeordneten zu steigern, die links in der SPD verankert sind und dort auch Jusopositionen umsetzen wollen. Junge Abgeordnete, die den liberalen Schröder-Kurs mittragen bzw. bedingungslos unterstützen, wie dies in der Vergangenheit oftmals der Fall war, bringen uns da gar nichts – diesen Abgeordneten-Typus brauchen wir nicht. Wir Jusos wollen die SPD personell, inhaltlich und organisatorisch erneuern.

Eins ist klar: Die SPD wird gebraucht. Wir werden mutig in den Wahlkampf gehen. Mit einer klaren inhaltlichen Auseinandersetzung. Wir Jusos sind mobilisierungs- und kampagnenfähig, wir sind aber nicht die Jubeltruppe der SPD – wir kämpfen für eine neue politische Perspektive.

Wir Jusos werden für die rot-grüne Regierung kämpfen. Wir nehmen die Entscheidungsschlacht über den Sozialstaat in Deutschland an. Die Marktradikalen um Merkel werden versuchen, im Schlafwagen an die Macht zu kommen. Das wird ihnen nicht gelingen: Den Schwarzen steht ein heißer Sommer bevor!

Wir Jusos werden die Grundlage für einen Wahlsieg der SPD legen. Wir sagen: 40% plus x bei den JungwählerInnen. Die hier formulierten Inhalte sind dafür eine gute Grundlage. Packen wir es an. Wir sind gekommen, um zu bleiben!

ANGEPASST SIND ANDERE!

Beschlüsse
des Juso-Bundeskongresses

19.-21. Mai 2006
Saarlandhalle, Saarbrücken



Beschlüsse in der Übersicht		Seite
	Arbeitsprogramm/Kampagnen	
A1	IUSY-Festival 2006 – The Power of Solidarity! 2007: 100 Jahre IUSY Geschichte schreiben – Zukunft gestalten!	4
A2	Willy Brandt Zentrum Jerusalem Arbeit für Frieden unter neuen Vorzeichen fortsetzen	8
	Bildung, Ausbildung, Weiterbildung	
B1	Die Teilhabe aller ermöglicht Soziale Inklusion in der Bildungspolitik	14
	Chancengleichheit, Soziale Sicherung, Familienpolitik	
C1	Frauen sind keine Spielbälle! Frauenrechte sind Menschenrechte auch während der WM	23
C2	Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes	29
C3	Alle anders - alle gleich! Ein Aufruf zur Bearbeitung des Themas Integration bei den Jusos	30
C4	Grenzenlose Partizipation: Migration als Chance	34
C12	Demographischer Wandel Keine Rechtfertigung für Sozialabbau	69
C15	„Denn sie wissen nicht, was sie tun“ – Rente mit 67	71
	Europa, Frieden und Globalisierung	
E6	Krieg ist kein Kinderspiel	73
E7	Minen – eine verhängnisvolle Gefahr für alle Menschen	76
	Finanz- und Steuerpolitik	
F1	Beschäftigung schaffen statt Unternehmenssteuern senken	80
F5	Merkelsteuer ablehnen! Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer unter SPD Regierungsbeteiligung	84
F8	Kürzungen bei Bus und Bahn schaden dem Ziel der Haushaltskonsolidierung	85
	Gesundheitspolitik, Pflegeversicherung	
G1	Gesundheit für alle – Für eine fortschrittliche Reform	86
G2	Gesundheit für ALLE!	87
G5	Vorsorgeuntersuchungen für Kinder	94
G8	Einführung von Patientenrechnungen	95

	Arbeitsmarktpolitik, Wirtschafts- und Wachstumspolitik	
H1	Beschäftigung statt Hungerlöhne! Existenzsichernde Arbeit in einer dynamischen Wirtschaft	96
H2	Wie Wachstum Beschäftigung schaffen kann!	103
H10	Faire Beschäftigung von PraktikantInnen sichern! Gegen eine Ausbeutung der Generation Praktikum	108
	Innenpolitik, Föderalismus und Stärkung der Demokratie	
In1	Öffentliche Sicherheit	111
	Kampf gegen Rechts	
K1	Die Deutsche Burschenschaft	126
K2	Antifaschistischen Kampf fortführen CIVITAS und ENTIMON erhalten	132
	Organisationspolitik	
O3	Nur-Jusos zählen mit	133
	Resolutionen	
R1	Wider einer „Politik der Nachwuchssicherung“ für eine Familienpolitik, die diesen Namen verdient!	134
R2	Better Health for All	139
R3	Auch nicht in dieser Form! Resolution der Jusos zur EU-Dienstleistungsrichtlinie	141
R4	Resolution Westsahara	142
R5	Iran-Krise diplomatisch lösen. Debatte über Abrüstung stärken.	143
R6	Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern verhindern!	146
R7	Öffnung statt Abschottung Die SPD muss sich strategisch neu aufstellen!	147
	Sonstige Anträge	
S1	Energisch die Zukunft gestalten	149
	Initiativanträge	
I1	JedeR hat ein Recht auf eine 2. Chance – Für ein Sofortprogramm zur Nachqualifizierung arbeitsloser Jugendlicher	151
I4	Gemeinsame euroapolitische Resolution der Jungsozialisten aus Frankreich und Deutschland. Für ein soziales Europa!	152

A**Arbeitsprogramm / Kampagnen****A1****IUSY-Festival 2006 – The Power of Solidarity!
2007: 100 Jahre IUSY****Geschichte schreiben – Zukunft gestalten!**

Unsere Bewegung wurde 1907 von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs aus der Kraft und Entschlossenheit heraus gegründet, um für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu streiten und den Kapitalismus zu überwinden. Der Kampf für eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche sowie der Einsatz für die Völkerverständigung war und ist für uns junge Sozialistinnen und Sozialisten die Basis für unser politisches Handeln.

Im Kaiserreich war der Zusammenschluss der Arbeiterbewegung und ihrer Jugend lange verboten und vielfältigen Repressionen ausgesetzt. Seit den 1920er Jahren kämpfte die Arbeiterjugendbewegung gegen den sich ausbreitenden Faschismus, der nach 1933 schließlich nur noch im Untergrund geführt werden konnte. Viele junge Sozialistinnen und Sozialisten ließen im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben. Nach dem Sieg gegen den Faschismus konnte die Arbeiterjugendbewegung wieder Organisationen gründen und für Zukunft und Fortschritt streiten.

Eine Grundüberzeugung unserer Bewegung ist seit mehr als 100 Jahren, dass der Kampf für diese Verbesserungen nicht an Ländergrenzen halt machen kann. Es ist es eben die Internationale, die für das Menschenrecht kämpft. Internationale Solidarität gehört seit jeher zu den Grundsätzen der organisierten Arbeiterjugendbewegung.

Es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten auf aller Welt, die sich während des Ersten Weltkrieges nicht haben in „Nationen“ spalten lassen, sondern entschieden gegen diesen schrecklichen Krieg gekämpft haben.

Es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten auf aller Welt, die vor und während der NS-Zeit gegen die Bedrohung des Faschismus, gegen Antisemitismus und Rassismus kämpften.

Es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten auf aller Welt, die in den Befreiungskämpfen auf der Seite derer standen, die Unterdrückung und Diktatur abschaffen wollten.

Und es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten auf aller Welt, die sich zusammen mit Salvador Allende, Willy Brandt, Olof Palme und vielen Anderen für eine gerechte Welt, eine Welt ohne Armut engagiert haben und heute noch engagieren.

Wir Jusos haben über viele aktive Generationen hinweg dazu beigetragen, junge Menschen für die Probleme zwischen Nord und Süd zu sensibilisieren. Auch haben wir Jusos den Kampf der Jugend in allen Teilen der Welt für demokratischen Sozialismus und gegen unmenschliche Systeme aktiv unterstützt. Zu erwähnen ist unsere Unterstützung der fortschrittlichen Jugend in Nicaragua sowie der Kampf der ANC-Jugend gegen das Apartheidregime in Südafrika.

Viele unserer Genossinnen und Genossen haben wegen ihres Kampfes für eine bessere Welt viel Leid, Unterdrückung und Verfolgung erfahren. Es waren und sind die faschistischen Verbrecherregime, die schrecklichen Diktaturen und die rassistischen Berserker, die für den Tod von tausenden und abertausenden Genossinnen und Genossen die Verantwortung tragen. Wir wissen heute: Der Kampf junger SozialistInnen auf aller Welt für Frieden, Gleichheit und Emanzipation war nicht umsonst. Er hat vielen Millionen Menschen heute ein Leben in Freiheit und Würde ermöglicht. Diesen GenossInnen gilt unser Stolz. Wir werden ihnen ewig ein ehrendes Andenken bewahren.

1 Internationalismus und Frieden

Internationalismus ist zentraler Bestandteil der Programmatik und Praxis des Juso-Verbandes. Wir stehen in der Tradition der Friedenspolitik Willy Brandts und verstehen Frieden nicht alleine als Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet für uns eine nicht-militärische, gewaltlose Bearbeitung und Vermittlung von Konflikten.

„Friedenspolitik“ ist für uns nicht die Militarisierung der Außenpolitik, sondern die Schaffung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen und Strukturen, die eine verlässliche gewaltfreie Konfliktbearbeitung erst ermöglichen.

Solidarität und Frieden sind bei den Jusos keine Leerformeln. Mit dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem leisten wir einen wichtigen Beitrag dafür, dass der Schlüsselkonflikt des 20. Jahrhunderts, der Konflikt im Nahen Osten, friedlich und unter Einbeziehung aller Betroffenen gelöst wird. Wir unterstützen die Jugend in Israel und Palästina in ihren Bemühungen, ein friedliches Zusammenleben in der Region zu ermöglichen. Angesichts der polarisierenden Globalisierung wollen Viele auch in unserem Land heute zurück zur „Nation“. Es ist dieser vordergründige Patriotismus, hinter dem sich gerade bei den Konservativen nur schierer Nationalismus verbirgt. Als internationalistische Verband sagen wir diesen reaktionären Kräften: Die Kraft der internationalen Solidarität ist unteilbar! Nationalismus egal an welchem Ort dieser Welt wird keine Zukunft haben!

Soziale und politische Grundrechte

Als Jusos haben wir ein umfassendes Verständnis von Grundrechten. Soziale Grundrechte können nicht gegen politische Grundrechte gestellt werden und umgekehrt. Trotz aller Bekenntnisse der Staaten zu den UN-Millennium-Development-Goals müssen wir feststellen, dass die Armutsbekämpfung immer noch viel zu langsam voranschreitet und in vielen Ländern die Armut weiter wächst.

Junge Sozialistinnen und Sozialisten auf aller Welt haben sich seit je her für Gerechtigkeit in der Welt und internationale Solidarität zwischen den Ländern des Nordens und des Südens eingesetzt. Daraus leiten wir unser Verständnis einer gerechten Globalisierung ab. Gerade angesichts zugespitzter sozialer Auseinandersetzungen im globalen Kapitalismus

setzen wir uns für faire Arbeitsbedingungen, gerechte Verteilung von Reichtum sowie Entwicklungschancen aller Menschen ein. Internationale Solidarität bedeutet für uns, allen Menschen die Möglichkeit zu geben in sozialer Sicherheit und fernab von Angst und Hunger leben zu können.

Denn eine andere Welt in einem anderen System ist möglich. Der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Menschheitsgeschichte sein!

2 Internationalismus konkret - IUSY-Festvial 2006

Für die Sozialdemokratie ist Internationalismus ein integraler Bestandteil ihrer Politik. Die internationale Dimension aller Politikfelder ist praktisch und theoretisch immer mitzudenken. Vor diesem Hintergrund verstehen wir Jusos Internationalismus als praktische politische Aufgabe. Seit Ende der 1980er Jahre spielt die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Jugendverbänden in den Jugendorganisationen von SI und SPE eine immer größere Rolle. Zunehmend wird auch der Blick über den Tellerrand der sozialdemokratischen „Familie„ immer wichtiger, so z.B. in der kritischen Zusammenarbeit mit NGOs.

Die Zukunftsaufgabe der Jusos im Bereich der Internationalen Arbeit sich einer doppelten Herausforderung: Auf der einen Seite muss die programmatische, vor allem aber die praktische Verknüpfung der internationalen Arbeit des Verbandes mit der übrigen Politik der Jusos gelingen. Auf der anderen Seite sollte, aufbauend auf unserer eingespielten Präsenz in internationalen Jugendorganisationen, die Zusammenarbeit mit NGOs deutlich verstärkt werden. Dabei ist das praktische politische Ziel aller unserer Aktivitäten die Durchsetzung einer sozialen und demokratischen Weltinnenpolitik gegen die derzeitige Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie.

Das IUSY-Festival 2006 in Alicante ist für uns mehr als ein Camp. Es ist für uns eine Möglichkeit gemeinsame Lösungsstrategien zu diskutieren und diese mit anderen Politikfeldern zu verbinden. Die Begegnung, der Austausch und die gelebte Solidarität sind Anfänge gewesen für einen neuen Internationalismus der Linken: Die Schaffung einer Plattform für gemeinsame Identitäten und Politikansätze, für eine gemeinsame Politikformulierung. Der Juso-Bundesverband ruft seine Bezirke und Unterbezirke auf, sich inhaltlich und personell am IUSY-Festival zu beteiligen. Es ist der Höhepunkt der internationalen Arbeit im Jahre 2006.

Auf nach Alicante! The Power of Solidarity! Hoch die internationale Solidarität!

100 Jahre IUSY

Das IUSY-Festvial 2006 ist für uns auch die Vorbereitung auf den 100. Geburtstag der IUSY, den wir Jusos 2007 zusammen mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands / Die Falken ausrichten werden. Im August 1907 gründeten junge Sozialistinnen und Sozialisten aus mehreren Ländern in Stuttgart eine internationale Organisation. Die Themen der damaligen Konferenz waren der Kampf gegen die Militarisierung sowie die Verbesserung der Lage der arbeitenden Jugend. Beide Themen sind auch 100 Jahre später noch aktuell.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der internationale Zusammenschluss von jungen Sozialistinnen und Sozialisten neugegründet und heißt seitdem International Union of Socialist Youth (IUSY).

Der IUSY-Kongress 2006 hat in einer Resolution die Jusos und die Falken mit der Durchführung der Festveranstaltung im Sommer 2007 beauftragt. Der Geburtstag der IUSY ist für uns beides: Würdigung der Kämpfe der Jugend für eine demokratische und solidarische Welt sowie Verpflichtung für die Zukunft, weiter an der sozialen und demokratischen Gestaltung der Welt mitzuarbeiten und mitzukämpfen.

In einem würdigen Rahmen werden wir deshalb 2007 mehrere Tage mit hunderten Jugendlichen aus aller Welt unsere Geschichte feiern und gleichzeitig über Perspektiven internationaler Solidarität debattieren.

Mit diesem Bundeskongress wollen wir die Debatte um die Grundwerte junger SozialistInnen verstärken und bis zum 100. Geburtstag in einem Zukunftsmanifest bündeln. Dabei wollen wir auch die neuen Mitglieder in diese Diskussion einbinden. Die zentralen Säulen dieser Grundwertedebatte lauten: Moderner Staat in neuen Zeiten, Anständig Arbeiten in einem veränderten Kapitalismus sowie die Auseinandersetzung um unsere Geschichte und Traditionen. Der gesamte Verband soll in diese Diskussion eingebunden sein. Unsere inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grundwerten junger SozialistInnen soll gleichzeitig den Mittelpunkt einer Mobilisierungskampagne für den 100. Geburtstag der IUSY bilden.

Das Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem ist unser Beitrag gelebter internationaler Solidarität. Es muss stärker in der Verbandsrealität abgebildet werden.

Die Vorbereitung des 100. Geburtstages, die Mobilisierungs- und Grundwertekampagne sowie die Durchführung des Events erfordert die Kraft des gesamten Juso-Verbandes. Einen Festakt von vier Tagen Länge mit annähernd 1500 anwesenden Genossinnen und Genossen aus aller Welt kann nicht einfach nebenbei organisiert werden. Deshalb begrüßen es die Jusos, dass der SPD-Parteivorstand schon in seinem Arbeitsprogramm für 2006 und 2007 das IUSY-Festival als wichtige Orientierungsmarke integriert hat. Die Zusammenarbeit mit der Organisationsabteilung und der internationalen Abteilung des Parteivorstandes ist für die Realisierung dieses Großprojektes unerlässlich und basiert auf einer guten Kooperationsgrundlage.

Das Großprojekt 100 Jahre IUSY wird für das Bundesbüro als auch für den Juso Bundesvorstand eine große Kraftanstrengung, so dass der Juso Bundeskongress 2007 vielleicht nicht wie gewohnt in der ersten Jahreshälfte stattfinden kann.

Neben der notwendigen Strategiedebatte um unser Sozialstaatsverständnis und dessen Umsetzung, der Vorbereitung für IUSY 2007 und der notwendigen Verknüpfung von programmatischer und praktischer internationaler Politik wird die Umsetzung des Arbeitsprogramms, das 2005 beschlossen wurde, selbstverständlich weitergeführt. Die eigene Strategiedebatte wird auch vor dem Hintergrund der Programmdebatte der SPD geführt werden. Hier werden sich die Jusos mit eigenen Positionen und auch Impulsen einmischen und das linke Profil der SPD mitgestalten, was auch durch eine eigene öffentlich wirksame Veranstaltung in der ersten Jahreshälfte zum Ausdruck kommt.



A2

Willy Brandt Zentrum Jerusalem -

Arbeit für Frieden unter neuen Vorzeichen fortsetzen

I. Die Situation

Trotz der großen Hoffnungen, die das Osloer Abkommen und der darauf begonnene Friedensprozess im Nahen Osten, in den 1990er Jahren geweckt haben, wurden mit der Ermordung Premiers Jitzchak Rabins 1995, mit dem Wahlsieg und der Politik Benjamin Netanjahus ab 1996, mit dem Scheitern der Friedensgespräche zwischen Arafat und Ehud Barak im Camp David 2000, mit dem Beginn der sog. zweiten Intifada im Herbst 2000, mit dem Wahlsieg Ariel Sharons im Frühjahr 2001, mit den folgenden Jahren der Selbstmordanschläge auf israelische Zivilisten, mit der systematischen Zerstörung palästinensischer Häuser im Gaza-Streifen und der Westbank und schließlich mit dem Bau der sog. „Barrier“ zwischen Israel und der Westbank viele Hoffnungen lügen gestraft.

Unter Mithilfe der USA, Russlands, der UN und der EU einigten sich die israelische und palästinensische Seite auf eine sog. „Roadmap“ zum Frieden. Auch diese von beiden Seiten eingegangenen Verpflichtungen wurden beidseitig mehrfach ignoriert.

Mit dem Tod des palästinensischen Präsidenten Arafat im November 2004 kam es zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen, die ebenfalls zum Stocken kamen.

Im Frühjahr 2005 entschied sich die israelische Regierung zu einer Änderung ihrer Strategie: Mit dem im August 2005 erfolgten Abzug israelischer Truppen aus dem Gaza-Streifen und der Auflösung israelischer Siedlungen in diesem Gebiet wurde die neue Sicht vieler Israelis (parteiübergreifend) auf die Lösungsansätze in diesem Konflikt deutlich. Dies ist die Strategie der einseitigen Festlegung der israelischen Grenzen und eine völlige Separierung der beiden Seiten. Der nicht so hoch ausgefallene aber dennoch erfolgte Wahlsieg der neuen von Ariel Sharon und Shimon Perez gegründeten Kadima-Partei und das durchaus achtbare Ergebnis der neuen Arbeitspartei unter Amir Peretz haben dabei gezeigt, dass der Kurs des Siedlungsrückbaus auch im Westjordanland auf eine breite Zustimmung trifft. Umstritten ist der Verlauf der Grenze. Der zukünftige Premierminister Ehud Olmert von Kadima bekräftigte derweil, dass man Verhandlungen erhoffe, nicht aber darauf angewiesen sei. Kadima scheint allerdings einen durchaus problematischen Kurs fahren zu wollen: Es zeichnet sich ab, dass man mit dem Bau der Barriere größere Siedlungsblöcke am Rande des Westjordanlandes schaffen und dafür kleinere Siedlungen im Kernland der Westbank auflösen wolle.

Die Sicherheitssituation in Israel hat sich in den letzten zwei Jahren entspannt. Die Anzahl der Selbstmordanschläge auf zivile Ziele in Israel ist deutlich zurückgegangen. Die israelische Armee hat eine ganze Zeitlang den Abriss von palästinensischen Privat- und Regierungshäusern gestoppt. Mittlerweile allerdings fliegt die israelische Armee wieder Luftangriffe auf Ziele im Gaza-Streifen. Auf der anderen Seite nahm die Anzahl der Anschläge durch palästinensische Kassam-Raketen auf israelische Kleinstädte zu. Abgesehen gelegentlicher Gewalt zwischen der Hisbollah aus dem Libanon und den Drohungen des Iran herrschen mit allen Nachbarländern, stabile Waffenstillstände oder Friedensabkommen.

Die Sicherheitssituation in den Palästinensergebieten hat sich hingegen weiter verschlechtert.

Zahlreiche Kleinwaffen und Banden gefährden die öffentliche Sicherheit der Palästinenser, in Gaza hat ein mit militärischen Mitteln ausgetragener Konflikt zwischen militanten Hamas- und Fateh Anhängern erste Todesopfer gefordert, hinzu kommen Aktionen des israelischen Militärs gegen militante Palästinenser. Zudem ist die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Zivilbevölkerung in der Westbank insbesondere nach der Wahl der Hamas noch wei-

ter eingeschränkt worden. Die Westbank ist inzwischen durch ein umfassendes System aus Checkpoints, und Umgehungsstraßen in kleinste Enklaven unterteilt. Dies hat tiefgehende soziale und wirtschaftliche Auswirkungen.

Der Sieg der radikal-religiösen Hamas bei den ersten Parlamentswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten seit 16 Jahren im Januar 2006 hat große Empörung in Israel und der Welt ausgelöst. So sehr die Niederlage der einzig säkularen Kraft in den Palästinensischen -Gebieten aus sozialistischer Sicht schmerzt, so sehr sind aber auch die Ursachen zu betrachten. Der Sieg der Hamas kann auch als ein Votum gegen Korruption und gegen die soziale Situation insgesamt gewertet werden. Er ist auch Ausdruck der desperaten Lage der Fateh-Partei, der es im Gegensatz zur Hamas nicht gelungen ist, einen konzertierten Wahlkampf zu führen. Der demokratische Prozess der Wahlen, abgehalten unter schwierigen Bedingungen, ist dennoch ein beeindruckender Erfolg der politischen Strukturen in den palästinensischen Gebieten.

Aber nicht nur die Wahl in den palästinensischen Gebieten, sondern auch die israelischen Knesset-Wahlen im März 2006 waren eine Meinungsbekundung zur sozialen Frage. Die sehr deutliche Niederlage des rechts-konservativen Likud-Blocks unter Netanjahu war auch eine Absage großer Teile der Bevölkerung gegen den neoliberalen Kurs, den Benjamin Netanjahu gerade in seiner Amtszeit als Premier Ende der 1990er und als Wirtschaftsminister im Kabinett Sharon verfolgt hat. Der Erfolg der zwar orthodoxen aber eben auch der von den israelischen WählerInnen als sozial eingeschätzten Shas-Partei, der Achtungserfolg der neu formierten Arbeitspartei Amir Peretz trat fast ausschließlich mit der sozialen Frage an, das Verschwinden der radikal-neoliberalen Shinui-Partei und der im Vorfeld sehr stark auf die soziale Frage fixierte Wahlkampf belegen eine deutliche Wende des öffentlichen Interesses hin auf eine Debatte um soziale Verwerfungen in der israelischen Gesellschaft.

In nicht einmal zwei Jahrzehnten ist die Schere zwischen Arm und Reich massiv auseinander gegangen. Im Schatten der rein unter sicherheitspolitischen Aspekten geführten Debatten um den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern wurde das israelische Sozialstaatssystem Ursachen für Armut und schlechte infrastrukturelle Entwicklung in den palästinensischen Gebieten sind die israelische Besatzung, das Versickern von Hilfgeldern öffentlichen und privaten Strukturen der palästinensischen Gesellschaft und zumeist gezielte entwicklungspolitische Strategien der Geberländer.

Weitere wichtige Entwicklungen in beiden Gesellschaft z.B. im Gender-Bereich sind bisher viel zu selten auch im jungsozialistischen Fokus. So hat die weltweite Entwicklung zu mehr Religion und konservativen Werten auch und gerade nicht vor Israel und Palästina halt gemacht. Der Sieg der Hamas ist dabei ein Indiz für diese Entwicklung auf der palästinensischen Seite. Auch in der israelischen Gesellschaft sind starke Tendenzen zu einer Rekonstruktivierung zu beobachten. So war der Sieg eines ultra orthodoxen Politikers zum Jerusalemer Bürgermeister ein nicht zu unterschätzender Hinweis auf diese Entwicklung.

Ein weiteres dringendes Problem ist die Existenz rassistischer Tendenzen in beiden Gesellschaften. In Israel bspw. haben arabische SchülerInnen strukturell deutlich schlechtere Chancen, eine gute bzw. ausreichende Schulbildung zu erlangen. Eine wirkliche soziale und politische Partizipation an der israelischen Gesellschaft ist damit bis zur Unmöglichkeit erschwert. Aber auch zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der „jüdischen“ Mehrheitsgesellschaft gibt es alltäglichen Rassismus. So ist die sozioökonomische Lage der äthiopischen Einwanderer z.T. katastrophal. Auch die vielen EinwanderInnen aus der ehemaligen UdSSR sind oftmals deutlich benachteiligt. Die Situation der ArbeiterInnen, die vor allem aus asiatischen Ländern als Ersatz für die palästinensischen Arbeitskräfte nach Israel kommen, wird auch in israelischen Zeitungen als Skandal bezeichnet. Sie arbeiten in einem weitgehend rechtsfreien Raum, der ihren ArbeitgeberInnen nahezu absolute Gewalt über sie ermöglicht. Weitere Gruppen wären zu nennen.

In der palästinensischen Gesellschaft gewinnt der virulent vorhandene Antisemitismus mit dem aufkommen islamistischer Organisationen eine starke Projektionsfläche. Besonders

zu nennen sind dabei Verbindungen über die schiitisch-libanesische Hisbollah oder den Iran.

Als JungsozialistInnen müssen wir daher wieder mehr die Kernbereiche sozialistischer Politik in den Fokus unserer Diskussionen und Analyse, auch des Nah-Ostkonfliktes, stellen. Dies bedeutet auch eine kritisch-konstruktive Diskussion mit unseren Partnerorganisationen gerade im Rahmen des WBZ. Uns verbinden dabei das organisatorische Dach der IUSY und deren Vorstellungen von Sozialismus/ Sozialdemokratie.

Wir halten weiter an der Vision einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung fest. Unsere originären Partner bleiben unsere Schwesterorganisationen im Rahmen der IUSY. Ein aktiveres Einbeziehen von progressiven Kräften aus der Zivilgesellschaft und deren Anbindung an die Schwesterparteien sollte dabei jedoch eine begleitende Strategie sein.

Gerade wegen der neuen Palästinensischen Regierung halten wir an unserem politischem Engagement fest.

II. Das WBZ im Kontext

Im Jahr 1996 unterzeichneten die Jusos, die Jugend der israelischen Arbeitspartei und die Jugend der Palästinensischen Fateh den Gründungsvertrag für ein Begegnungszentrum im Gedenken an Willy Brandt. Im Dezember 2001 entstand daraus unter Leitung von Dr. Matthias Ries das Projekt Willy Brandt Zentrum (WBZ) mit einem kleinen Koordinationsbüro in Jerusalem. Bereits zwei Jahre später konnte das WBZ ein eigenes Haus beziehen, das symbolträchtig auf der grünen Linie liegt, die die Grenze zwischen palästinensischem Ost- und israelischen Westjerusalem darstellt. Im Jahr 2005 übernahm die ehemalige Leiterin des Juso-Arbeitskreises Nahost, Heike Kratt, die Leitung des WBZ. Bisher sind zahlreiche soziale und politische Projekte organisiert und zwei Jahreskonferenzen abgehalten worden. Auch innerhalb der IUSY bestehen enge Kontakte zwischen den drei Partnern Fateh Jugend, der Arbeitspartei Jugend und den Jusos. Im WBZ arbeitet seit 2003 auch die Jugendorganisation der links-liberalen Meretz-Yachad Partei mit, die ebenfalls Mitglied der IUSY ist.

Das Willy Brandt Zentrum hat bisher einige Erfolge erzielt. So ist es eines der wenigen Projekte, in dem sich trotz der schwierigen politischen Lage Israelis und Palästinenser noch begegnen können und wollen. Während in vielen anderen Begegnungsinstituten Israelis die Planung und Leitung innehaben, sind beide Seiten im WBZ gleichberechtigt.

Dennoch machen die inneren und äußeren Faktoren eine Neuausrichtung des Zentrums nötig. Die Rahmenbedingungen haben sich seit 1996 grundlegend verändert. Der Ansatz von Oslo hat seit dem Scheitern der Camp David Verhandlungen seine Wirkmächtigkeit verloren. Nicht nur in der Politik sondern auch in den Köpfen der Menschen hat sich die Notwendigkeit einer völligen Trennung von der jeweils anderen Seite durchgesetzt. Die Legitimation für kooperative Ansätze schwindet zusehends. Das macht die Arbeit des WBZ schwieriger.

Gleichzeitig haben sich auf beiden Seiten die sozialen Probleme deutlich verschärft, was sich auch negativ auf den Meinungspluralismus in Israel und den palästinensischen Gebieten ausgewirkt und den Hardlinern in beiden Gesellschaften zugearbeitet hat. Unsere Kooperationspartner, die den Oslo Prozess repräsentieren, sind auch dadurch geschwächt worden.

In Rahmen dieser Entwicklungen befindet sich die Arbeitspartei unter ihrem neuen Vorsitzenden in einem Prozess der Restrukturierung. Sie wird dem unilateralen Denken aller Voraussicht nach wenig entgegensetzen und sich vor allem auf ihre sozio-ökonomische Agenda konzentrieren. Die Fateh und mit ihr ihre Jugendorganisation hat nach der verlorenen

Parlamentswahl nun die dringende Aufgabe den lange überfälligen internen Demokratisierungsprozess zu beginnen.

Grundsätzlich sind die aufgebauten Strukturen in Jerusalem mit einem Haus und einer lokalen Repräsentantin vor Ort von großem Wert für die Jusos.

Das WBZ ist eine Institution für Deutsche Kooperationsarbeit im Nahen Osten geworden und wird regelmäßig durch Besuche beispielsweise von MdBs und politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Größen aus Deutschland, Israel und Palästina honoriert.

Auch der Juso-Verband soll stärker in die Aktivitäten des WBZ eingebunden werden. Dies müsste u.a. durch konkrete Projekte mit unseren israelischen und palästinensischen Partnern, die geplante Kampagne anlässlich des 100jährigen Bestehens der IUSY und regelmäßige Delegationsfahrten in die Region erfolgen. Dazu sind vor allem die Landes- und Kreisverbände aufgerufen.“

III. Das WBZ stärken

Trotz der gegebenen, auch schwierigen Umstände halten die Jusos am Projekt Willy Brandt Zentrum fest. Wir stehen zu unserer Rolle im WBZ, nämlich Teil einer Lösung und nicht Teil des Nahostkonflikts zu sein. Wir werden weiter auf ein trilaterales Projekt zwischen Israelis und Palästinensern hinarbeiten. Bisher konnte die gute Idee der Trilateralität leider nur informell verwirklicht werden. Zum einen ist es den GenossInnen aus Ostjerusalem sehr schwer und den GenossInnen aus der Westbank und dem Gaza-Streifen durch die israelischen Behörden unmöglich gemacht worden, überhaupt an Treffen im WBZ teilzunehmen. Zum anderen werden PalästinenserInnen, die am WBZ mitarbeiten, nach wie vor von den eigenen Leuten in der Fatah und anderen Organisationen für Treffen mit Israelis angefeindet. Leider hat z.T. auch das Interesse, sich an einem direkten Dialog mit PalästinenserInnen zu beteiligen, in der Linken in Israel (besonders in der Arbeitspartei) stark abgenommen. Dabei liefert gerade Jerusalem geographisch sowie politisch den besten Ort der Begegnung. Unser Ziel ist es daher, auch in den nächsten Jahren in Jerusalem mit einem Haus präsent zu sein und weiter in Richtung einer Trilateralität zu arbeiten.

In der laufenden Arbeit des Zentrums wollen wir dabei die folgende Strategie verfolgen:

Erstens muss die Arbeit mit den Partnerorganisationen auf eine neue Legitimationsbasis gestellt werden. Dazu sind bereits in Gesprächen mit den Partnerorganisationen konkrete Schritte vereinbart worden. Der erste Schritt wird sein, dass alle vier Partnerorganisationen ihre Vorstellungen davon, was das Zentrum sein soll und wie sie sich einbringen wollen, in einem schriftlichen Aktionsplan darstellen. Aus Sicht der Jusos werden dabei folgende Punkte wichtig sein:

- 1) die Präsenz vor Ort soll auch weiterhin durch einen festen Platz und eine Repräsentantin sichergestellt sein;
- 2) die mittelfristige Zielsetzung ist es die direkte Kommunikation und die Begegnung zwischen deutschen, israelischen, und palästinensischen jungen Erwachsenen zu ermöglichen;
- 3) das Projekt wird durch regelmäßige Veranstaltungen in Deutschland und Delegationen in die Region im Verband lebendig;
- 4) angestrebt wird eine hauptamtliche Stelle angesiedelt bei den Jusos, die den Kontakt mit dem WBZ hält;
- 5) originäre sozialistische Themen und Analysen, wie z.B. die soziale Frage, Genderfragen, der Umgang mit Rassismus und nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem Holocaust, sollen gemeinsam mit den Partnern stärker diskutiert werden, wodurch die Gemeinsamkeiten der drei beteiligten Seiten im Rahmen der Sozialistischen Internationalen betont werden sollen.

Unser wesentliches Ziel dabei ist es, dem Denken der Exklusion des jeweils „Anderen“ die Notwendigkeit einer friedlichen Koexistenz entgegenzusetzen.

Zweitens werden wir weiterhin auch Projekte umsetzen, die sich nur an eine der beiden Seiten richten, um so innerhalb der beiden Gesellschaften Antöße zu einem gesellschaftlichen Wandel zu liefern.

Drittens muss unser Anspruch auch in die Richtung gehen eine Kommunikation zwischen uns, unseren Partnerorganisationen und der Zivilgesellschaft in Israel und Palästina herzustellen. Wir gehen davon aus, dass eine Begegnung der politischen und der zivilgesellschaftlichen Ebene ein wichtiger Schlüssel für eine Verbesserung der Situation ist.

Grundsätzlich wollen wir mit dem WBZ unsere Partnerorganisationen noch stärker politisieren und gemeinsam über originäre sozialistische Themen und Analysen diskutieren. Deswegen wollen wir verstärkt Projekte im WBZ durchführen, die die Gemeinsamkeiten der drei beteiligten Parteien im Rahmen der sozialistischen Internationalen betonen. Hierbei sollen u.a. die soziale Frage, Genderfragen, der Umgang mit Rassismus und nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem Holocaust eine zentrale Rolle spielen.

Viertens muss in Deutschland die Basis der Kooperationspartner und Geldgeber breiter werden. Hier muss verstärkt nach neuen finanziellen Mitteln gesucht und beworben werden. Freilich ist dies nur über eine deutliche Steigerung des Bekanntheitsgrades des WBZ auch über die Jusos hinaus möglich.

Konkrete Schritte, Teile dieser Strategie schon im Jahr 2006 umzusetzen, sind folgende Aktivitäten:

Der Nahe Osten und der dortige Konflikt müssen einen breiteren Raum der Juso-Bildungsarbeit einnehmen.

Dazu sind Kooperationen mit dem SPD-Vorstand, parlamentarischen Gesellschaften (wie z.B. der „deutsch-israelischen Gesellschaft“ und der „deutsch-palästinensischen Gesellschaft“), mit der FES, mit Ministerien, Botschaften, dem Förderverein des WBZ, mit ehemaligen Nah-Ost-Juso-Delegationen etc. notwendig. Zu einer verstärkten Zusammenarbeit könnte ein möglicher Nah-Ost-Juso-Kongress beitragen. Hier wäre es besonders wichtig, möglichst viel Öffentlichkeit auch über die Jusos hinaus zu erreichen. Daher sollten auch bestehende Kontakte zu Journalisten, Botschaftsangehörigen, Organisationen aller Art etc. genutzt werden. Der AK-NahOst des Umbauteams „Frieden, Globalisierung, Europa“ soll bei der Organisation zusammen mit dem Juso-Bundesvorstand eine zentrale Rolle spielen.

Die Kampagne zum 100jährigen Bestehen der IUSY soll das WBZ miteinbinden und über Aktivitäten auf den unterschiedlichen Verbandsebenen die Identifikation mit der Arbeit des WBZ erhöhen.

In der Kooperation mit der Fateh Jugend muss es vor allem darum gehen, den angestrebten Reform- und Demokratisierungsprozess zu stärken. Dazu streben wir eine gemeinsame Bildungsreihe mit der Fatah Jugend an.

In Kooperation mit der Labor und Meretz Jugend konzentriert sich das WBZ derzeit auf die Entwicklung eines Forums für junge AktivistInnen in Jerusalem, das auch über den Austausch mit Gruppen und Einzelpersonen der Zivilgesellschaft einen vielfältigen, linken Dialog in Jerusalem ermöglichen soll.

Öffentliche Veranstaltungen des WBZ, die so vielen Stimmen aus beiden Gesellschaften wie möglich erlaubt, sich in einen politischen Dialog einzubringen, haben sich bereits in der Vergangenheit bewährt und müssen ein wichtiger Arbeitsbereich des WBZ bleiben.

Die Kooperation mit den europäischen IUSY/ECOSY Partnern in der Region muss verstärkt werden. Hier geht es vor allem um die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, die Synergien erzeugt anstatt Konkurrenzdenken zu fördern. Hier sind die Jusos auf der IUSY/ECOSY Ebene gefragt, kooperatives Vorgehen zu koordinieren und voranzutreiben. Unser Ziel ist ein gemeinsames Projekt mit allen vor Ort engagierten Schwesterorganisationen.

B**Bildung, Ausbildung, Weiterbildung****B1****Die Teilhabe aller ermöglichen
Soziale Inklusion in der Bildungspolitik****Einleitung**

Chancengleichheit in der Bildungspolitik ist ein Ziel, das die meisten bildungspolitischen Akteure fordern, auch wenn der Begriff teilweise sehr unterschiedlich interpretiert wird. Doch spätestens mit der PISA-Studie endete im Jahr 2001 der Glaube in der Bundesrepublik Deutschland, die Bildungsexpansion habe gleiche Bildungschancen für alle Sozialschichten gebracht. Kaum ein Bildungssystem auf der Welt ist so von Selektion geprägt wie das deutsche. In keinem anderen Industrieland werden Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Schichten nach wie vor in diesem Maße von Möglichkeiten ausgeschlossen, selbstbestimmt einen erfolgversprechenden Bildungsweg zu beschreiten.

Das hat System.

Gleichzeitig liegt Deutschland auch bei den Ausgaben für Bildung und Forschung im Verhältnis zum BIP deutlich hinter den internationalen Vorreitern. Wir fordern kurzfristig, die Ausgaben für Bildung und Forschung in Deutschland auf 3% des BIP anzuheben und weitere, darüber hinausgehende Steigerungen vorzunehmen.

Analyse

Im Bildungssystem spiegeln sich gesellschaftliche Machtverhältnisse wider. Es gibt in Deutschland zwei Traditionslinien, in denen sich bildungspolitische Entscheidungen massiv widerspiegeln.

Die eine/bürgerliche Traditionslinie sieht im althergebrachten humanistischen Gymnasium immer noch den Königsweg zur Erlangung einer Studienberechtigung. Ihre (machtvollen) Verteidiger schaffen es bis heute, alternative Bildungsmodelle wie beispielsweise die Gesamtschule durch die Aufrechterhaltung dieser traditionell ausgerichteten Hochschulreife zu verhindern oder in ihrer Wirkung zu begrenzen. Dies ist meist der Weg der zukünftigen Führungselite.

Die zweite Traditionslinie sieht in der Ausbildung und Lehre etwas „Handfestes“, bei dem junge Menschen erst mal etwas „Praktisches“ lernen. Dieser Weg ist insbesondere für bildungsferne Schichten mangels Zugang zu weiterführenden Schulen und Hochschulen attraktiv. Eine Ausbildungsvergütung sowie die Möglichkeit während der Ausbildung Ansprüche im sozialen Sicherungssystem zu erwerben bieten zusätzliche Anreize, den allgemeinbildenden Schulweg zu verlassen und ins von der Wirtschaft verantwortete berufliche Bildungssystem zu wechseln.

An der privatwirtschaftlichen Organisation der beruflichen Bildung hatten auch Industrie und Handwerk – als der eigentliche Ursprung des Dualen Systems in Deutschland – ein hohes Interesse, um sich ihren Nachwuchs möglichst frühzeitig nach eigenen Vorstellungen und Mustern zu modellieren.

Beide Traditionslinien erklären und begründen die strikte Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung im deutschen Bildungssystem. Sie ist auch Ausdruck einer von der „Elite“ gewollten und systemisch durchgesetzten Ausgliederung breiter Massen aus dem öffentlichen Bildungssystem in das Berufsbildungssystem im Alter von 15/16 Jahren.

(knapp 2/3 aller Jugendlichen eines Altersjahrgangs wählt den berufsbildenden Strang des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems).

Diese Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung und vor allem deren Undurchlässigkeit reproduziert Ungleichheiten und damit auch Klassenzugehörigkeit. Die Bildungsstrategien von unteren sozialen Schichten werden gezielt auf „bescheidenere“ Berufsziele gelenkt und die wenigen Kinder aus diesen Milieus, die dennoch den Weg zum Abitur und Hochschulexamen schaffen, werden nach und nach „abgedrängt“. Durch diesen Ausschlussmechanismus sichern sich die bürgerlichen Schichten die Exklusivität „höherer Bildung“ und können so die Ressourcen der höheren (und öffentlich finanzierten!) Bildung für sich nutzen.

Die Struktur des Bildungssystems bildet also gesellschaftliche Machtverhältnisse ab, verstärkt und reproduziert diese. Es mangelt an Durchlässigkeit besonders zwischen den Bereichen der allgemeinen und der beruflichen Bildung, zwischen Gymnasium und Haupt- bzw. Realschule.

Krise des Berufsbildungssystems

Heute befindet sich jedoch das Berufsbildungssystem, insbesondere das Duale System in einer quantitativen und qualitativen Krise, die nicht vorübergehend ist. Es handelt sich um eine strukturelle Krise, die nur mit grundlegenden Veränderungen des jetzigen Systems bewältigt werden kann. Der Übergang von der Industriegesellschaft in die sogenannte Wissensgesellschaft, die damit einhergehende radikale Änderung der Produktionsweisen, Flexibilisierungsanforderungen an den Einzelnen sind strukturelle ökonomische Ursachen, die eine Veränderung der beruflichen Ausbildung nach sich ziehen (müssen).

Aktuell bilden nur noch 23% aller Betriebe aus. Der Ausbildungspakt bringt keine ausreichende Anzahl an Ausbildungsplätzen und die Qualität der eingeworbenen Ausbildungsplätze ist häufig nicht ausreichend.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird im speziellen aufgefordert, die Pläne einer Ausbildungsplatzumlage wieder aus der Schublade zu holen, und bis zum Beginn des nächsten Ausbildungsjahres im Sommer forciert voranzutreiben.

Über 60% aller Ausbildungsplatzsuchenden eines Jahrganges sind Jugendliche, die bereits im Jahr zuvor vergeblich einen Ausbildungsplatz gesucht haben oder in Warteschleifen „zwischengeparkt“ wurden. Diese Bugwelle wird Jahr für Jahr weiter vor sich hergeschoben, ohne dass eine Perspektive entwickelt wurde, wie sie abgebaut werden könnte. Aktuell befinden sich etwa 1,5 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren in diversen Warteschleifen. Dabei ist die Dunkelziffer auf dem Schwarzmarkt nicht mitgerechnet. Das durchschnittliche Eintrittsalter für eine anerkannte Ausbildung im dualen System beträgt in Deutschland mittlerweile 19,3 Jahre (1970: 16,6 Jahre). Dies sind auch die Gründe für die im internationalen Vergleich gute Platzierung Deutschlands im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Die meisten jungen Menschen unter 25 Jahren befinden sich nämlich entweder in einer Warteschleife oder noch in einer Ausbildung und gelten deshalb nicht als arbeitslos.

Aber auch junge Frauen werden vom dualen System nicht mehr aufgefangen. Sie sind zwar im Durchschnitt schulisch weitaus erfolgreicher als gleichaltrige Jungen, bleiben nach der Schule aber wesentlich häufiger ohne anschließende Berufsausbildung.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig und entstammen zu großen Teilen und auf den unterschiedlichsten Ebenen einem tradierten Rollenverständnis und hiermit verbundenen Vorurteilen gegenüber den jungen Frauen.

Zu nennen ist hier zum einen die Berufsberatung, welche von vielen jungen Menschen beim Übergang von der Schule zur beruflichen Ausbildung aufgesucht wird und somit großen Einfluss auf die Entscheidung der Schulabgänger nimmt. Die Beratung wird in vielen Fällen geleitet von der Vorstellung, dass Mädchen in „Männerberufen“ schnell überfordert sind oder dort mit bösen Überraschungen rechnen müssen. Zusätzlich wird davon ausgegangen, dass sie sich nicht in dem gleichem Maße für berufliche Aufstiegschancen oder

gute Verdienstmöglichkeiten wie ihre männlichen Altersgenossen interessieren und lieber eine Familie gründen wollen.

Viel fataler für die berufliche Zukunft junger Frauen ist aber, dass vor allem bei den Arbeitgebern noch die klassischen Rollenbilder bei der Auswahl der Auszubildenden dominieren. Mädchen werden nur ungern eingestellt, da befürchtet wird, die Auszubildende könnte schwanger werden und den Betrieb vor Ende der Ausbildung wieder verlassen. Sie werden daher schon bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen direkt benachteiligt.

Als Folge wählen junge Frauen zumeist rein schulische Ausbildungen, welche nicht unter das Berufsbildungsgesetz fallen und somit nicht den gleichen rechtlichen Status einnehmen. Vor allem in strukturschwachen Regionen gehen Mädchen zunehmend auf weiterführende allgemeinbildende Schulen oder an gebührenpflichtige berufliche Schulen – hier wird ihnen zwar eine hochwertige, anspruchsvolle Ausbildung geboten, aber nur geringe Anerkennung auf dem Arbeitsmarkt. Dies hat zur Folge, dass sie häufiger als andere Ausbildungen in eine spätere Arbeitslosigkeit führt bzw. bei den Reformdiskussionen der Länder nicht ausreichend mit berücksichtigt wird.“

Krise der Allgemeinbildung / Neoliberaler Umbau des Bildungssystems

Die Diskussionen um mehr Markt – weniger Staat machen auch vor dem deutschen Bildungssystem nicht halt. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft ist mitten im Bildungssystem angekommen.

Die Selektivität des Bildungssystems steigt. Die fehlende Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wird noch verschärft. Die Hauptschulen sollen aufgewertet werden, die Dauer von Bildungsgängen wird gekürzt, an den Hochschulen werden Studiengebühren eingeführt und die Studierenden durch die Hochschulen in Auswahlverfahren willkürlich ausgewählt. Durch die von Sparzwängen und Eliteglauben geleitete Hochschulpolitik wird bei der Umsetzung von BA/MA-Studiengängen neue, zusätzliche Selektionsstufe beim Übergang von BA auf MA eingeführt. Noten- oder schlimmer Quotenregelungen bei der Zulassung zum Masterstudiengang widersprechen der Idee der Freiheit der Menschen in ihren Lebensentwürfen und dem Abbau von Hürden beim Hochschul- oder Fachwechsel. So wird der "Europäische Bildungsraum" zu einem Raum von Elitenzwang und Unfreiheit. Zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen wird ein Wettbewerb inszeniert. Der private Bildungssektor wird ausgeweitet. Die verstärkte Leistungs- und Wettbewerbsorientierung führt zu weiteren Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die aber als gerecht ausgegeben werden, da sie notwendig zur Leistungssteigerung seien.

Auf diesem Wege wird eine (Bildungs-) Elite erschaffen: Zunehmende privat zu finanzierende Bildungskosten drängen die finanziell schwächeren aus der höheren Bildung, denn als scheinbar Leistungsschwächere würden nur die gering vorhandenen Ressourcen aufbrauchen und die Leistungsstärkeren an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten behindern.

Die Folge ist eine Polarisierung der Gesellschaft in einerseits diejenigen, die sich eine bessere und höhere Bildung leisten können und andererseits diejenigen, die zurückgelassen werden.

Dem treten wir Jusos entschieden entgegen. Unser sozialistisches Verständnis der Bildungsexpansion, des gleichen Zugangs für alle Schichten und einer über die zur Erwerbstätigkeit hinaus verwertbaren emanzipatorischen Bildung ist mit einer Ökonomisierung des Bildungssektors nicht vereinbar. Bildung darf nichts Beschränktes oder Exklusives sein.

Das Bildungssystem verschärft Benachteiligungen, statt sie auszugleichen

Die Anzahl und die Höhe der zur überwindenden Barrieren sind der maßgebende Faktor für die Reproduktion dauerhafter Bildungsungleichheiten. Kaum ein Staat verfügt über eine so große Zahl an Selektionsstufen im Bildungssystem wie Deutschland. Und in kaum einen anderen Staat setzt die Selektion so früh ein. Die nur noch in Deutschland und Österreich übliche Verteilung von Zehnjährigen auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium schöpft das Begabungspotenzial vieler Kinder nicht aus und verstärkt herkunftsbedingte Nachteile.

Folglich hängt in keinem anderen Industriestaat der Bildungserfolg so sehr vom sozialen Hintergrund des/der Einzelnen ab, wie in Deutschland.

Das deutsche Bildungssystem benachteiligt per se und benachteiligt die ohnehin schon Benachteiligten dadurch mehrfach. So entstehen sich

multiplizierende, die Klassenstruktur verfestigende Ausschlussmechanismen. "Die im System angelegten diskriminierenden Mechanismen der Auslese und des Ausschlusses trifft Kinder der Unterschicht und Kinder mit Migrationshintergrund – die überwiegend an den Hauptschulen konzentriert sind – besonders stark. Schüler mit einem Migrationshintergrund schnitten bei PISA besonders schlecht ab: Die Hälfte erreichte nicht mehr als Kompetenzstufe 1, das ist die schlechteste Stufe. Leider werden deshalb gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund schnell als ausbildungsungeeignet abgestempelt – ohne Chance auf einen Ausbildungs- oder gar Arbeitsplatz.

Kinder aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund haben ohnehin bereits schlechtere Chancen auf eine erfolgreiche Bildungskarriere. Denn eine bessere Ausstattung mit ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital verschafft Startvorteile, die kaum durch die Schule wettgemacht werden können. „Soziales Kapital“ meint die Netzwerke und sozialen Beziehungen, die die SchülerInnen umgeben. Diese fördern die Aneignung der in der Umgebung anerkannten Ziele, Werte und Einstellungen. Viele dieser sozialen Netzwerke bilden sich über die Familie und bestehen aus Verwandtschaft, Nachbarschaft, religiösen oder ethnischen Gruppen, Vereinen, Parteien oder Betrieben.

Die Benachteiligung dieser Gruppen durchs Schulsystem setzt sich auch in der beruflichen Bildung fort. Unterschicht- und MigrantInnenkinder haben überdurchschnittlich seltener einen Hauptschulabschluss und wenn sie einen haben, kriegen sie überdurchschnittlich seltener einen Ausbildungsplatz im Dualen System. Das Risiko der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist in einigen Bundesländern rund dreimal höher als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Besonders schwierig ist die Situation für Kinder von Asylbewerbern oder von geduldeten Flüchtlingen – und dies von Anfang an. In vielen Bundesländern sind diese Kinder und Jugendlichen nicht schulpflichtig, sie haben lediglich die Möglichkeit freiwillig am Unterricht teilzunehmen – wenn ihre Eltern dies wünschen. Je nach dem also, in welches Land ein Flüchtlingskind verteilt wurde ist es schulpflichtig oder nicht. Bildungschancen werden somit zu einem Lottospiel.

Das Bildungssystem muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen

Für uns Jusos ist Bildung ein öffentliches Gut und ein individuelles Grundrecht. Die laufenden Privatisierungstendenzen im Bildungssystem lehnen wir ab. Bildung muss öffentlich finanziert und verantwortet werden, Bildung ist für uns elementarer Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge.

Das verfassungsmäßig festzuschreibende Recht auf Bildung muss in den Vordergrund rücken, dadurch wird es zusätzlich zu einer staatlichen Verantwortung. Über Bildung werden auch die Möglichkeiten und Fähigkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und Aufstieg verteilt. Bildung muss die demokratische Teilhabe aller ermöglichen. Deshalb brauchen wir Chancengleichheit im Bildungssystem. Gleiche Chancen beim Zugang reichen dazu nicht aus – notwendig ist Chancengleichheit im Ergebnis, das heißt die Möglichkeit, einen Bildungsgang auch erfolgreich abzuschließen. Das deutsche Bildungssystem ist aber in seiner n Ausprägung weltweit führend, wenn es um die Ausgrenzung von muss aber auch im Kapitalismus in der Lage sein, gesellschaftliche Benachteiligungen Menschen geht.

Uns ist jedoch auch bewusst, dass ein besseres Bildungssystem alleine nicht ausreichen wird, die vorhandenen gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Das Bildungssystem mit abzubauen, statt sie wie in Deutschland zu verschärfen. Bildung muss dazu beitragen, vorhandene Eliten aufzubrechen und gesellschaftliche Macht umzuverteilen. Für uns Jusos muss das Bildungswesen alle Menschen zur gleichen gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Dazu ist notwendig, dass das Bildungssystem durchlässiger und gerechter wird.

Um diese Ziele zu erreichen bedarf es tiefgreifender struktureller Veränderungen im Bildungssystem. Wir wollen ein integratives Bildungssystem, das die ständische Aufteilung in allgemeine und berufliche Bildung überwindet und die zahlreichen institutionalisierten Sortierungshürden an den Übergängen und innerhalb der Bildungsinstitutionen im vielgliedrigen deutschen Bildungssystem abschafft. Perspektivisch muss auch über die Zukunft der beruflichen Bildung diskutiert werden, mit dem Ziel einer Integration der beruflichen Bildung ins allgemeine öffentliche Bildungssystem.

Die Durchlässigkeit zur Hochschule muss deutlich erhöht werden. Dazu sind zum einen Veränderungen im Schulsystem und in der beruflichen Bildung notwendig, zum anderen müssen die Hochschulen geöffnet werden, was auch kurzfristig möglich ist.

Inklusionsstrategien in der Bildungspolitik

Lebenslanges Lernen wird wichtiger Bestandteil unserer Biografien. Mit unseren Vorschlägen zur Weiterbildungsarchitektur und unserem Konzept des lebenslangen Lernens haben wir Jusos auf diese Herausforderungen reagiert. Wir müssen nun unsere Aufmerksamkeit verstärkt auch auf die zeitlich davor liegenden Bildungsbereiche lenken, insbesondere auf die Bildungsabschnitte vor dem Berufseinstieg. Wir brauchen Strategien zur sozialen Inklusion in der Bildung.

Alle müssen können dürfen

Der Zugang zu Wissen und Bildung stellt für uns eine Schlüsselfrage dar: Bildung bereichert das Leben jedes Einzelnen und ermöglicht die Erfüllung eines individuellen Lebensentwurfes. Sie schafft die Voraussetzung für Emanzipation, kritisches Bewusstsein, soziale Verantwortung und gesellschaftliche Teilhabe. Bildung sollte deshalb für alle Menschen jederzeit zugänglich und verfügbar sein.

Doch trotz eines positiven Trends bei der StudienanfängerInnenquote: Der Zugang zur Hochschulbildung – und damit meist auch der Zugang zur zukünftigen gesellschaftlichen Elite – bleibt in Deutschland noch immer dem größten Teil der Menschen verschlossen. Inzwischen nimmt zwar der allergrößte Teil der Abiturientinnen und Abiturienten ein Studium auf. Während 1998 lediglich 28% eines Altersjahrgangs ein Studium aufnahm, so waren es 2003 immerhin schon 38% – zum Vergleich: im OECD-Durchschnitt fingen 2003 53% eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium an. Doch ein Studium bleibt weiterhin weitgehend AbiturientInnen vorbehalten. Unser System erlaubt es im allgemeinen nur denjenigen ein Studium aufzunehmen, die eine allgemeine Hochschulreife (Abitur) – meist am Gymnasium – oder eine fachgebundene Hochschulreife erworben haben.

Eine weitere Erhöhung der StudienanfängerInnenquote wird zukünftig nicht mehr aus dem Kreis der AbsolventInnen gymnasialer Bildung gedeckt werden können. Dazu wird es notwendig sein, zunehmend auch Menschen aus dem Berufsbildungsbereich möglichst einfach ein Hochschulstudium zu ermöglichen – für uns Jusos eine selbstverständliche Forderung. Die Durchlässigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung muss grundsätzlich verbessert werden. Auch deshalb ist die in Deutschland praktizierte strikte institutionelle und strukturelle Trennung von beruflicher Bildung und allgemeiner Bildung höchst problematisch.

Die allgemeine Bildung spielt in der beruflichen Ausbildung nur eine untergeordnete Rolle. Wir möchten die verstärkte Einrichtung von doppelqualifizierenden Ausbildungsgängen, in denen berufsbildende und allgemeinbildende Anteile gleichberechtigt sind. Doppeltqualifizierend heißt, dass in einem Ausbildungsgang gleichzeitig ein beruflicher Abschluss und eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erworben wird.

Wir Jusos möchten die Hochschulen öffnen – mittelfristig für alle Menschen und kurzfristig für alle Menschen mit einer abgeschlossener Berufsausbildung. Wir sind der Ansicht, dass die Fähigkeiten, die Menschen während ihrer Berufsausbildung erworben haben, als eine zweite, reguläre, gleichwertige und nicht fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung anerkannt werden müssen – denn alle müssen können dürfen! Damit stellen wir uns gegen

das restriktive und ausschließende Modell der Konservativen, die Bildungszugänge elitär gestalten und nur dann öffnen wollen, wenn sie beruflich verwertbare Qualifikationen erzielen.

Exklusion findet jedoch nicht nur an der Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung statt. Auch innerhalb der beruflichen Bildung nehmen die Exklusionstendenzen zu.

Bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfahren Hauptschülerinnen und Hauptschüler besondere Benachteiligungen. Der Besuch der Hauptschule wird deshalb inzwischen häufig als perspektivlos wahrgenommen. HauptschülerInnen werden auf dem Ausbildungsmarkt oft von RealschulabgängerInnen und AbiturientInnen verdrängt und stehen so häufig ohne voll- und hochwertigen Ausbildungsplatz da. Die Hauptschule ist vielerorts zur „Restschule“ verkommen, die – wenn überhaupt – nur noch eine soziale Funktion hat. Obwohl das gesamte deutsche Bildungssystem sich durch verstärkte Verdrängungseffekte auszeichnet, ist gerade an Hauptschulen die Situation besonders prekär. Gerade auf den Hauptschulen sammeln sich häufig die besonders und mehrfach Benachteiligten des hochselektiven, ständischen deutschen Bildungssystems. Dies sind insbesondere MigrantInnen und Menschen mit sozial schwachen familiären Hintergrund.

Unserer Ansicht nach muss deshalb die Hauptschule und vor allem der Hauptschulabschluss schnellstmöglich ersatzlos abgeschafft werden, um diese besondere Ausgrenzung zu beenden. An unserer Forderung nach einem integrativen Schulsystem für alle halten wir fest. Nur eine integrative Gesamtschule als Regelschule kann vollständige Inklusion in der Bildung gewährleisten.

Da Hauptschülerinnen und Hauptschüler im dualen Ausbildungssystem inzwischen häufig keinen Ausbildungsplatz mehr finden können, werden sie nach ihrer Schulausbildung weit überproportional häufig und oft über Jahre in reinen Warteschleifen ohne wirkliche Perspektive geparkt, wie den sogenannten „Berufsvorbereitungsmaßnahmen“, Praktika oder ähnlichem. Ihr Berufseinstieg gestaltet sich zunehmend prekär. Dadurch wird das Problem fehlender Ausbildungsmöglichkeiten jedoch nicht gelöst, sondern nur in das nächste Ausbildungsjahr verlagert. Wir brauchen deshalb bereits kurzfristig Lösungen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.

Die aktuell angebotenen und finanzierten Warteschleifen erfüllen diese Aufgabe nur selten. Angesichts der aktuellen Krise der beruflichen Ausbildung können wir nicht tatenlos mit zusehen, wie jedes Jahr tausende junger Menschen ohne Ausbildungsplatz dastehen. Unser Ziel muss es sein, für alle Jugendlichen einen erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden Schule und eine qualitativ hochwertige berufliche Erstausbildung zu sichern. Wir stellen an ein funktionierendes und zukunftsgerichtetes Modell zur modernen Ausbildung in Deutschland den Anspruch, daß das deutsche duale Ausbildungssystem eine gute Grundlage zur modernen Weiterentwicklung der Berufsausbildung sein sollte.

Wo dies das duale System nicht mehr leisten kann, müssen wir über eine gleichermaßen anerkannte und qualitativ hochwertige 2. Säule in der Berufsbildung, die in staatlicher Verantwortung ist und gemeinsam von Staat und Unternehmen finanziert wird und für die Auszubildenden gebührenfrei ist, diskutieren.

Diese Diskussion wollen wir gemeinsam mit den Bezirks- und Landesverbänden im Umbauprojekt Berufsorientierung führen, um eine Entscheidungsgrundlage vorzubereiten. Die Berufsorientierung muss mehr Bedeutung im Schulunterricht bekommen. Wir fordern eine qualifizierte und interessenunabhängige Berufs- und Bildungsberatung an den Schulen. In den Jobcentern und bei der Bundesagentur für Arbeit ist diese definitiv falsch aufgehoben. Die Interessen der Jugendlichen finden so nur selten Berücksichtigung. Wir Jusos möchten es nicht akzeptieren, dass vielerorts die Gänge der Bundesagentur oder des Jobcenters das erste sind, was junge Menschen nach ihrer Schulausbildung vom Arbeitsleben kennen lernen.

Damit sich die Berufsberater/innen auf die besonderen Lebensumstände der einzelnen Schülerinnen und Schüler einlassen können sind intensivere Schulungen notwendig. Diese sind auch unerlässlich, um Schülerinnen und Schüler besser über Chancen und Risiken

von Ausbildungs- und Studienwegen bzw. über die spezifische Lage am Arbeitsmarkt zu informieren.

In den Jobcentern und bei der Bundesagentur für Arbeit ist diese Beratung aber definitiv falsch aufgehoben. Die Interessen der Jugendlichen finden so nur selten Berücksichtigung. Wir Jusos möchten nicht akzeptieren, dass vielerorts die Gänge der Bundesagentur oder des Jobcenters das erste sind, was junge Menschen nach ihrer Schulausbildung vom Arbeitsleben kennen lernen.

Geschlechtergerechtigkeit als durchgängiges Prinzip

Um jungen Frauen den Zugang in das Duale System zu erleichtern, aber auch zur Überwindung von klassischen Rollenklischees müssen die Beziehungen zwischen Schule und Arbeitswelt verstärkt werden. Dies kann z.B. durch Intensivierung von Praktika oder eine bessere Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen, Wirtschaft und Gewerkschaften in der Region geschehen. Jungen Frauen kann auf diese Weise der Zugang zu atypischen Berufen erleichtert werden. Zusätzlich müssen aber auch die klassischen (bisher rein schulischen) Frauenausbildungen vor allem im Dienstleistungsbereich durch eine Eingliederung in das BBiG aufgewertet werden.

Ausbaubedarf gibt es bei Programmen für junge Mütter, zum einen in Bezug auf die Betreuungsmöglichkeiten, zum anderen in der Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz auch nach einer Erziehungsphase.

Wir fordern Gleichstellung von Mädchen und Jungen als durchgängiges Prinzip in allen Maßnahmen und Programmen, in allen Bildungseinrichtungen und auf allen Bildungsstufen. Gender Mainstreaming muss den Blick insbesondere bei Lehrenden und Lernenden sowie im Betrieb erweitern. Um den Ansatz des Gender Mainstreamings sinnvoll durchzusetzen, ist es erforderlich, die Ursachen für Ungleichheiten beim Übergang von Schule zur Ausbildung bzw. während der beruflichen Ausbildung genau zu erforschen und die Ergebnisse den betroffenen Institutionen zugänglich zu machen.“

Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern

Gebühren für Bildungseinrichtungen lehnen wir in allen Bereichen ab: Vom Hort und Kindertagesstätte über Schule, Berufliche Ausbildung und Hochschule bis zum lebenslangen Lernen. Gebühren schränken den Zugang zu Bildung ein; Gebühren regen zur sparsamen Nutzung an – bei Bildung ist dies eine völlig falsche Steuerungswirkung.

Lernende mit weniger finanziellen Möglichkeiten dürfen nicht durch ein Gebühren- und Zusatzkostensystem eingeschränkt werden. Deshalb ist auch die Lernmittelfreiheit eine Grundvoraussetzung für Chancengleichheit im Bildungssystem. Das fängt schon damit an, dass Nachhilfeunterricht und bessere Unterlagen meist erkaufte werden müssen. Dies sind versteckte Kosten, die privatisiert wurden, weil die öffentliche Hand hier keine Angebote mehr macht. Weniger versteckte Zahlungen wie das Büchergeld in Bayern sind mittlerweile im Zuge einer Marktideologisierung der Bildung auf dem Vormarsch. Dies muss gestoppt werden.

Durch die Teilnahme an Bildungsangeboten entstehen der/dem Einzelnen aber noch weitere zusätzliche Kosten. Lernende benötigen für ihre Bildung oftmals so viel Zeit, dass ihnen eine Erwerbsarbeit neben der Bildung weder möglich noch zumutbar ist. Einige wenige von ihnen können auf hohe Geldreserven zurückgreifen, in den meisten Fällen ist dies aber nicht gegeben. Sie sind dann weitgehend auf die finanzielle Unterstützung durch die Eltern angewiesen. Auch staatliche Transferleistungen wie das Kindergeld bzw. Kinderfreibeträge werden fast ausschließlich an die Eltern ausgezahlt. Leistungen wie das BAföG, die direkt an die Lernenden ausgezahlt werden hängen auch vom Einkommen und Vermögen der Eltern ab. Die Folge ist ein Abhängigkeitsverhältnis der Lernenden von ihren Eltern, das heute häufig bis weit in das Erwachsenenalter dauert.

Wir sind der Ansicht, dass volljährige Lernende wie Erwachsene behandelt werden müssen, die selbstständig und unabhängig von den Vorgaben ihrer Eltern ihr Leben gestalten

können sollten. Deshalb fordern wir eine Umsteuerung bei der staatlichen Unterstützung von volljährigen Lernenden – egal, ob diese studieren oder einer anderen Form der Ausbildung, wie zum Beispiel einer Weiterbildung zum Meister nachgehen. Die staatliche Unterstützung muss an diejenigen gehen, für die sie gedacht ist, nämlich direkt und elternunabhängig an die Lernenden. Uns sie muss selbstverständlich bedarfsdeckend sein. Dies sichert den Lernenden unabhängige Bildungsentscheidungen. Wir sprechen uns gegen Pläne aus, das BAföG nur nach als Darlehen auszuzahlen oder zu verzinsen. Dadurch würden sich nur viele Lernende verschulden oder gleich abgeschreckt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundesregierung und die Tarifparteien werden aufgefordert, keine Kürzung der Vergütung von Auszubildenden zuzulassen. Ebenso sind neuerliche Versuche von Unternehmen zu bekämpfen, die die Lehrstellenknappheit und die damit Verbundene Notlage vieler Jugendlichen ausnutzen, und Auszubildende für ihre Ausbildung im Unternehmen zahlen lassen.

Überwindung des Sonderwegs – frühe Förderung statt früher Selektion

Die Zuteilung von Bildungschancen erfolgt in Deutschland so früh wie in keinem anderen Industriestaat. Strategien zur sozialen Inklusion können deshalb nicht erst in der Schule ansetzen, sondern müssen auch die Zeit vor der Schulpflicht einschließen. Vielfältige Beweise wurden erbracht, die belegen, dass unser Schulsystem „kulturelles Kapital“ voraussetzt, das viele Familien nicht in ausreichendem Maße an ihre Kinder weitergeben können. Das System muss sich dieser unterschiedlichen kulturellen Ausstattung bewusst sein und gezielt frühestmögliche Förderung anbieten, um diese durch die Herkunft bedingten unterschiedlichen Startvoraussetzungen auszugleichen. Die frühkindliche Bildung muss in Deutschland deutlich stärker ausgebaut werden.

Für Kinder, welche mittlerweile in Familien groß werden, die in der dritten Generation Sozialhilfeempfänger sind, ist es keinesfalls selbstverständlich, dass man in seinem Leben einer geregelten Arbeit nachgeht, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Hier muss Bildung und Betreuung ansetzen, um diesen Kindern gerechte Möglichkeiten zu bieten. Das durchlässige Bildungssystem ist eine richtige und wichtige Forderung der Sozialdemokratie der letzten Jahre. Es stößt aber da massiv an seine Grenzen, wenn Kinder aus sozialschwachen Familien nie die Idee entwickeln (können), etwa für ein Studium geeignet zu sein. Ein Kind wird erst dann für die Möglichkeit des Studiums arbeiten, wenn es sie für realistisch hält bzw. überhaupt erkennt. Dies ist aber bei vielen Kindern aus sozialschwachen Familien überhaupt nicht mehr der Fall. Dem muss Politik entgegenwirken.

Insbesondere Kindergärten und Kindertagesstätten müssen gebührenfrei und flächendeckend zur Verfügung stehen. Und zwar vollständig gebührenfrei; nur das letzte Jahr von Gebühren zu befreien reicht bei weitem nicht aus. Wir sind der Ansicht, dass alle Kinder die Möglichkeit – und die Verpflichtung – zum Kindergartenbesuch haben müssen. Die Finanzierung der gebührenfreien Kindergärten und Kindertagesstätten darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Kindertagesstätten und Kindergärten müssen besser auf die Schule vorbereiten. In der Vorschule kann individuelle Förderung geleistet werden. Die Ecole Maternelle in Frankreich ist beispielsweise eine wichtige Institution. Sie garantiert den gleitenden Einstieg in die Schule. Damit werden schon früh Bildungschancen von sozial Benachteiligten verbessert. Ungleichheiten aufgrund sozialer und kultureller Unterschiede können durch einen frühen Einstieg ins Bildungssystem abgebaut werden. Daher müssen Vorschulen flächendeckend erweitert werden.

Nur mit einer Schulpflicht, die alle Kinder und Jugendliche erfasst, kann eine verlässliche Bildung gewährleistet werden. Es ist ein Skandal, dass Kinder von AsylbewerberInnen und geduldeten Flüchtlingen in vielen Bundesländer nicht schulpflichtig sind, sondern lediglich auf Wunsch ihrer Eltern die Möglichkeit haben, freiwillig am Unterricht teilzunehmen. Kindern und Jugendlichen ohne Aufenthaltsgenehmigung wird der Zugang zur Schule sogar völlig verwehrt. Die menschenunwürdige Praxis muss sofort beendet werden. Die Schul-

pflicht muss in allen Bundesländern auf alle Kinder und Jugendliche ausgedehnt werden – auch auf Kinder von AsylbewerberInnen und geduldeten Flüchtlingen. Illegalisierten jungen Menschen muss in jedem Fall der Schulbesuch ermöglicht werden.

Das deutsche Bildungssystem ist in vielen Aspekten hoch selektiv – nicht nur an den Übergängen zwischen den einzelnen Bildungsinstitutionen. Nichtversetzung und die sogenannte „Abschulung“ (die Zurückweisung/Abweisung der SchülerInnen von der Schulform Gymnasium auf die Realschule bzw. auf die Hauptschule) fungieren mehr als eine Art Strafe für nicht erbrachte Leistungen, als dass sie eine scheinbar notwendige Anpassung an die Leistungen des Einzelnen darstellen. Der/die Lernende wird deklassiert und für sein Umfeld gebrandmarkt, oft mit gravierenden Folgen für die weitere Bildungsbiografie. „An die Stelle des Nichtversetzens, des „Sitzenbleibens“ muss eine

frühzeitige, individuelle Förderung während des Schuljahres treten.“Nichtversetzung und Abschulung verschärfen die Selektivität des Bildungssystems weiter. Ein Bildungssystem muss in der Lage sein, auch SchülerInnen zu integrieren, die den gestellten Leistungsanforderungen nicht immer zu jedem Zeitpunkt entsprechen, statt diese auszusortieren. Sowohl die Nichtversetzung als auch die Abschulung gehören für uns dringendst und schnellstmöglich abgeschafft, sie dürfen nicht länger Bestandteil des pädagogischen Instrumentenkastens sein.

Das Bildungssystem umbauen, um soziale Inklusion zu ermöglichen

Wir Jusos akzeptieren es nicht, dass das Bildungssystem soziale Ungleichheiten reproduziert und verschärft, statt diese auszugleichen. Das hochselektive deutsche Bildungssystem macht aus unserer Sicht kurz-, mittel-, und langfristige ausgelegte soziale Inklusionsstrategien umso dringender. Wir möchten gleiche Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dazu bedarf es grundlegender struktureller Veränderungen hin zu einem integrativen Bildungssystem.

Der weitest mögliche Zugang zu Bildung wird in Deutschland bislang nicht als Sozialpolitik verstanden, obwohl sie heute die wichtige Voraussetzung für soziale Teilhabe im weitesten Sinne, nicht nur in der Arbeitswelt ist.

C**Chancengleichheit, Soziale Sicherung, Familienpolitik****C1****Frauen sind keine Spielbälle!
Frauenrechte sind Menschenrechte – auch während der WM!**

Die WM ruft es uns nicht nur im positiven Sinne ins Gedächtnis: Wir leben in einer globalisierten Welt, in der auch die Produktion von Waren und Dienstleistungen grenzübergreifend organisiert wird.

Die T-Shirts von Puma, Turnschuhe von Nike, die offiziellen Bälle von Adidas – alles gefertigt in Asien oder Südamerika. Denn es sind vor allem die Länder Asiens in denen unzählige Zuliefererbetriebe, von denen auch Adidas, Puma, Karstadt/Quelle, Metro, C&A, H&M, Tchibo und Otto Textilien und Kleidung zu Billigpreisen bezogen, entstanden. Die Frauenrechtsorganisation Terres des Femmes rechnet vor, dass eine Arbeiterin in der Textilfabrik Tuntex in Indonesien an einem T-Shirt, das hier für siebzig Euro zu kaufen ist, gerade mal zwischen fünfunddreißig und siebzig Cent verdient - manchmal bekommen sie ihren Lohn auch gar nicht ausbezahlt .

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), Genf, schätzt, dass weltweit etwa 12 Millionen Menschen unter Bedingungen arbeiten, die durch Zwang bestimmt sind: von der Androhung von Gewalt bis zur Ausnutzung einer Notlage. Opfer sind in der Dritten Welt vor allem die Armen der Städte, die Landbevölkerung – darunter vor allem Frauen und Kinder.

Die Frauen in den Zulieferfabriken von Nike oder Adidas verbringen den Tag mit rundem Rücken über Nähmaschinen gebeugt. Ihr Arbeitstag beträgt mal 10, mal 12 oder auch 19 Stunden – vertragliche Arbeitszeiten sind eine Illusion, wer aufmuckt muss mit Repressalien rechnen. Nicht selten auch mit körperlicher Gewalt. Die IAO stellt in Untersuchungen und Berichten fest, dass vielfältige Formen der Zwangsarbeit nicht nur in vielen Ländern der Dritten Welt immer noch weit verbreitet sind, sondern auch inmitten von Europa tagtäglich Realität sind. Nicht nur spektakuläre Fälle von Zwangsprostitution, sondern auch ausbeuterische und erpresserische Methoden bei der Beschäftigung von illegalen Einwanderern z.B. in der Bauwirtschaft oder der Landwirtschaft werden in Europa zunehmend festgestellt.

Dabei werden Menschen häufig selbst zur Ware. Weltweit werden Frauen vorwiegend zum Zweck der Prostitution „gehandelt“. In der Regel wird den Frauen eine gut bezahlte Arbeit in einem anderen Land versprochen. Hinter der Grenze wird ihnen der Pass abgenommen und sie werden zur Arbeit in Bordellen gezwungen. Nach allgemeinen Schätzungen ist der Frauenhandel ein im Wachstum befindlicher Markt, im Volumen dem Drogen- und Waffenhandel mittlerweile vergleichbar.

WM und Zwangsprostitution

Die Vorbereitungen zur WM sind in vollem Gange. In den Austragungsorten Berlin, Dortmund, Frankfurt, Gelsenkirchen, Hamburg, Hannover, Kaiserslautern, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart richten sich Wirtschaft und Politik ein auf die bevorstehenden Fanmassen. Erwartet wird jedoch nicht nur ein Nachfrageboom im Einzelhandel und der

Tourismusbranche, sondern dort wo Großereignisse und Männer aufeinander treffen, steigt erfahrungsgemäß auch die Nachfrage nach käuflichem Sex.

Aus diesem Grund wurde in den vergangenen Wochen über das Thema Zwangsprostitution in den Medien berichtet und der Deutsche Frauenrat macht mit der Kampagne „Abpiff“, die neben Berlins regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit auch von Theo Zwanziger, dem geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Fußballbundes unterstützt wird, der sich nach langem Ringen der Kampagne angeschlossen hat. Es ist damit gelungen, das Thema Frauenhandel und Zwangsprostitution ins öffentliche Bewusstsein zu holen.

Auch wir wollen deshalb dieses „window of opportunity“ nutzen, um das Thema aus seiner Tabuisierung zu lösen und die Politik endlich zu konsequenterem Handeln zu bewegen. Denn Frauenhandel ist so lukrativ wie Drogenhandel, aber viel weniger riskant: während auf Drogenhandel bis über zehn Jahre Haft steht, steht auf Frauenhandel eine Höchststrafe von zwei Jahren. In den meisten Fällen fehlt es zudem an einer konsequenten Strafverfolgung. Trotz unterschiedlicher Anläufe der EU fehlt es bislang an einer wirksamen Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution. Dafür braucht es jedoch mehr als medienwirksame Appelle im Vorfeld einer Fußballweltmeisterschaft. Wir bleiben daher weiter am Ball – gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution, für eine konsequente Verfolgung der MenschenhändlerInnen und für einen besseren Schutz der Frauen.

Bei der zum Teil sehr reißerischen Berichterstattung (STERN: „Polizei macht mobil gegen Zwangssex“; SPIEGEL: „Wahre Orgien“) wurden aus 40.000 erwarteten Prostituierten im Handumdrehen 40.000 Zwangsprostituierte. Vielerorts (z.B. EMMA Jan/Feb 2006) wurden zudem bei der Berichterstattung Männer pauschal kritisiert. Mit ihrer Nachfrage nach käuflichem Sex würden sie gerade erst den Markt schaffen, den skrupellose FrauenhändlerInnen dann mit Zwangsprostituierten bedienen. Klar ist, dass die Nachfrage den Markt erst schafft. Dieser Tatsache bedienen sich die FrauenhändlerInnen. Es ist daher notwendig, dass Männer, die sexuelle Dienstleistungen in Anspruch nehmen, ihrer Verantwortung gerecht werden und die Dienste von Zwangsprostituierten nicht in Anspruch nehmen. Denn Freier können durchaus erkennen oder sich darum kümmern, ob die ihm angebotenen Frauen zur Prostitution gezwungen werden. Deutliche Anzeichen sind z.B. ob die Frau sich mit ihm auf deutsch oder englisch verständigen kann, um verhandeln zu können, was sie tun will und was nicht, ob sie sichtbare Verletzungen hat, extrem erschöpft und abgemagert ist, ob sie minderjährig ist, ob sie sich frei bewegen kann und wie sie von ihre/m Zuhälter/in in Gegenwart der Freier behandelt wird. Häufig ist der Freier der einzige Kontakt den die Zwangsprostituierten mit Außenstehenden haben. Freier werden dabei zu einem wichtigen Glied in der Kette, um die Frauen aus ihrer Zwangsprostitution zu befreien.

Eine Reduktion der Diskussion darauf, die Freier als Alleinschuldige abzustempeln und im Rahmen der Fußball-WM alles auf das Schema Fußball=Männer=Sex zu reduzieren, wäre zu einfach.

Denn wie so oft sind die Zusammenhänge komplexer. Erfahrungen mit anderen Großereignissen (EXPO, Olympiade in Athen) zeigen zwar einen Anstieg in der Nachfrage nach Prostitution, doch gibt es wenige verlässliche Zahlen. Deshalb darf die Debatte nicht so verkürzt bleiben, denn das Problem ist nicht die WM oder männliche Fans, sondern es liegt in den Grundprinzipien kapitalistischer Gesellschaften begründet: Irgendjemand verdient Geld mit der (sexuellen) Ausbeutung anderer.

Das Schwarz-Weiß Schema Männer als Täter und Frauen als Opfer funktioniert auch deshalb nicht, da auch Frauen eine Rolle z.B. als Vermittlerinnen im Netzwerk des Menschenhandels einnehmen.

Es ist daher wenig zielführend, Männer bzw. Freier pauschal zu diffamieren. Deshalb setzen Organisationen wie die „Hurenorganisation Hydra e.V.“ oder „context e.V.“ (www.freiersein.de) auf die Kooperation mit den Freiern. Denn meist ist es der Freier, der als einziger Zugang zu der Zwangsprostituierten unter vier Augen hat und damit Kontakt mit ihr aufnehmen kann. Sie werden damit zu einem wichtigen Glied im Kampf gegen Zwangsprostitution. Die Freier sollen daher für diese Situationen sensibilisiert werden, um sich nicht

mitschuldig zu machen am Verbrechen der Zwangsprostitution. Solwodi hat zu diesem Zweck eine Hotline während der WM geschaltet (☐08 – 000 – 111 – 777). Wir unterstützen deshalb diese Organisationen in ihrem Anliegen, in dem wir auf ihre Arbeit aufmerksam machen und nicht gegen Männer sondern mit den Männern gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution mobil machen.

Ware „Frau“

Frauen- und Menschenhandel stellt eine moderne Form der Sklaverei dar. Nach der international gültigen Definition wird darunter das Anbieten, Anwerben, Verbringen, Vermitteln, Beherbergen oder Annehmen von Menschen zum Zwecke der Ausbeutung verstanden. Die Ausbeutung kann die sexuelle Ausbeutung, die Ausbeutung der Arbeitskraft oder die Entnahme von Körperorganen umfassen. Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft darf dabei nicht verwechselt werden mit normaler Arbeitsmigration (auch illegaler Schwarzarbeit). Menschenhandel trifft insbesondere dann zu, wenn der/ die ausländische ArbeitnehmerIn unter Umgehung der arbeitsrechtlichen Verpflichtungen gezielt ausgebeutet wird. Hierzu zählt zum Beispiel die Vermittlung von Hausangestellten an Privathaushalte, die nicht arbeitsrechtlich kontrolliert werden und wo teilweise an Sklaverei grenzende Arbeitsbedingungen herrschen. Hierbei werden gerade weibliche Angestellte auch häufig sexuell ausgebeutet. Neben der Vorenthaltung der Bezahlung sind kommen Fälle von Essensentzug zur Bestrafung, psychische Misshandlung, fehlende Freizeit, Isolation, Körperverletzung, sexuelle Gewalt und Freiheitsentzug oder andere Menschenrechtsverstöße vor durch die rechtslose Situation der Betroffenen.

Vom Menschenhandel ist der Menschenschmuggel zu unterscheiden. Letzterer bezeichnet die Beihilfe zur illegalen Einreise in ein anderes Land gegen Bezahlung. In der Regel erfolgt der Menschenschmuggel mit dem Einverständnis der betroffenen Person. Menschenhandel und Menschenschmuggel treten jedoch kombiniert auf und fließen ineinander über, wenn der Preis der Schleusung von der Täterschaft genutzt wird, um die betroffene Person in ein Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis zu bringen.

Seit 1904 gibt es bereits internationale Übereinkommen zur Bekämpfung des Frauenhandels, so u.a. das Internationale Übereinkommen zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen Mädchenhandel vom 18. Mai 1904 (geändert 1949). Das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 4. Mai 1910 verpflichtet seine Mitgliedsstaaten (Stand 1989: 71 Vertragsstaaten) dazu, die Verführung weiblicher Minderjähriger zur Prostitution sowie die erzwungene Prostitution in ihren Ländern unter Strafe zu stellen. Außerdem existiert ein Übereinkommen zur Unterdrückung des Handels mit volljährigen Frauen von 1933 (geändert 1949). Nutzen tun diese Abkommen wenig, denn über die Definition von Menschenhandel beziehungsweise Frauenhandel besteht innerhalb der Staatengemeinschaft keine Einigkeit. Während in Deutschland - wie in einer großen Zahl anderer Staaten - von Frauenhandel nur im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung gesprochen wird, hat die Generalversammlung der *Vereinten Nationen* den Begriff Frauenhandel definiert als: *„unerlaubte und heimliche Verbringung von Personen meist aus Entwicklungsländern und einigen Übergangstaaten über nationale und internationale Grenzen mit dem Endziel, Frauen und Mädchen in sexuell und wirtschaftlich unterdrückende und ausbeuterische, für Anwerber, Händler und Verbrechersyndikate jedoch gewinnbringende Situationen sowie in andere illegale Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Frauenhandel, wie erzwungene Beschäftigung als Hausangestellte, Scheinehen, heimliche Beschäftigungsverhältnisse und Scheinoptionen zu drängen.“* (3. Bericht der VN-Sonderberichterstatterin zu „Gewalt gegen Frauen“ im Februar 1997)

Damit wird jedoch eine konsequente Verfolgung erschwert.

Erste Priorität sollte jedoch der Schutze der Frauen haben. Hier soll es vor allem um drei Personengruppen gehen:

1. Frauen, die nach Deutschland gebracht, werden und hier von ihren MenschenhändlernInnen zur Prostitution gezwungen werden.

2. Frauen, die illegal nach Deutschland einwandern und aufgrund von Verschuldung und Abhängigkeit gegenüber ihren „HelferInnen“ in ungeschützten Arbeitsverhältnissen oder als Prostituierte arbeiten müssen. Denn Frauen, die illegal nach Deutschland einwandern, arbeiten nicht nur in der Prostitution, sondern auch als Kindermädchen oder Hausangestellte, in ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Durch die wachsende Nachfrage nach billigen (illegalen) Arbeitskräften im Bereich personenbezogener Dienstleistungen wächst der Markt und HändlerInnen und VermittlerInnen streichen die Profite ein. Diese Frauen haben in diesen ungeschützten Arbeitsverhältnissen keine Möglichkeit sich gegen eine Nichtauszahlung ihres Verdienstes, zwangsarbeitsähnliche Arbeitsformen oder sexuelle Übergriffe und Gewalt zu wehren. Nicht selten werden sie mit Hilfe von Einschüchterung, physischer Gewalt, Lügen und Drogen zur Arbeit gezwungen und ihnen die Papiere abgenommen. Da sie oft die Sprache nicht beherrschen, sich nicht ihrer rechtlichen Möglichkeiten bewusst sind und keinen Kontakt nach außen haben, sind sie der Situation schutzlos und wehrlos ausgeliefert. Zudem werden ihnen meist Unterkünfte vermittelt, wo sie horrenden Mieten zahlen. Das erhöht das Verschuldungsverhältnis gegenüber HändlerInnen und VermittlerInnen. Die Frauen haben keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung oder staatlicher Unterstützung. Ohne Hilfe können jedoch nur wenige Frauen der Prostitution entkommen.
3. Frauen (aus Osteuropa), die illegal in Deutschland als Sexarbeiterinnen arbeiten.

Sprachschwierigkeiten, die Illegalität und die Isolation in einem fremden Land verhindern dabei in der Regel eine Suche nach Hilfe. Darüber hinaus misstrauen viele Betroffene staatlichen Institutionen und wagen es daher nicht, sich beispielsweise an die Polizei zu wenden.

Ich mach's nicht ungeschützt!

Auch deshalb ist der jüngst vom schwedischen Ministerpräsidenten vorgeschlagene Weg, die Prostitution während der WM gleich ganz zu verbieten, noch weniger hilfreich. Je mehr Prostitution in die Illegalität abgedrängt wird, desto leichter das Spiel für kriminelle Mächte und desto aussichtsloser und rechtsloser die Situation für die betroffenen Frauen. Die 2002 durchgesetzte Legalisierung der Prostitution hat einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Prostituierten geleistet. Hier besteht jedoch weiterhin Handlungsbedarf. Einerseits müssen die Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Rechte für die Prostituierten verbessert werden. Dazu fordern wir die Einführung eines Gütesiegels für Bordelle. Beim Besuch eines nicht-zertifizierten Betriebes liegt die Beweislast beim Freier freiwillige Prostitution nachzuweisen. Andererseits gilt es auch den Prostituierten Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Prostitution ermöglichen. Die aktuelle Situation im Arbeitsmarkt mit Massenarbeitslosigkeit, Lohndruck, Exklusion niedrig qualifizierter Beschäftigter und familienunfreundlichen Arbeitszeiten tragen dazu genau nicht bei.

Viele Migrantinnen, die illegal in Deutschland leben oder ohne Arbeitserlaubnis als Sexarbeiterinnen in Deutschland arbeiten müssen nämlich nicht zur Prostitution gezwungen werden, um sich aufgrund ihrer Rechtslosigkeit in einer Zwangslage zu befinden, die sie besonders angreif- und ausbeutbar machen. Nur die Aufhebung der Rechtslosigkeit kann sie aus dieser schutzlosen Situation befreien.

Viele Regierungen sehen in MigrantInnen, die in ihren Staaten illegal leben und arbeiten, oder ohne Arbeitserlaubnis als Sexarbeiterinnen arbeiten müssen, vorrangig illegale Ausländerinnen und Kriminelle, wodurch ihre Rechte verletzt werden und sie weiterem Missbrauch ausgesetzt sind. Wenden sich die Frauen an die Polizei oder andere staatliche Stellen droht die Abschiebung und sie müssen befürchten, dass ihre Familie zu Hause von den MenschenhändlerInnen unter Druck gesetzt wird. Erklären sie sich bereit gegen die Menschenhändlerinnen und –händler auszusagen, erhalten sie zwar ein Bleiberecht für die Dauer des Prozesses. In dieser Zeit wird ihnen gestattet, zu arbeiten oder eine Ausbildung

zu machen. Nach Prozessende können sie jedoch jederzeit abgeschoben werden. Sofern die Frauen nicht zur Aussage gegen ihre Händler bereit sind, werden sie nach einer Mindestfrist in ihr Heimatland abgeschoben und dort oft wieder von Frauenhändlern aufgegriffen. Auch ein Zeugenschutzprogramm wird nur von wenigen in Anspruch genommen, weil dies eine völlige Ablösung von der Heimat zur Folge hätte und verwandschaftliche Beziehungen nie mehr gepflegt werden könnten.

Zur Verbesserung des Schutzes der betroffenen Frauen geht es daher um ein Maßnahmenbündel aus Präventivmaßnahmen; Strafrechtsvorschriften sowie die Zusammenarbeit der Polizei- und Justizbehörden; sowie Unterstützung und Beistand für die Opfer. Die Kooperation mit Frauenrechts- und Prostituiertenorganisationen ist notwendig, um vielfach den Kontakt zu den Frauen überhaupt erst zu ermöglichen. Deshalb ist es zentral ist, dass ausreichende Finanzmittel für diese Projekte zur Verfügung gestellt werden müssen.

Aktuelle Rechtslage in Deutschland

Sind illegal in Deutschland lebende AusländerInnen Opfer von MenschenhändlerInnen, so ist die Polizei verpflichtet, eine Beratungsstelle zu benachrichtigen und die Opfer über ihre Rechte und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Die Beratungsstellen bieten Unterkunft, Beratung, Dolmetschdienste und Rechtsbeistand. Opfer, die in Menschenhandelsprozessen als Zeugen auftreten, haben das Recht, im Verfahren als NebenklägerInnen aufzutreten, wodurch sie Anrecht auf einen Anwalt und Prozesskostenhilfe erhalten. Als NebenklägerInnen haben die Opfer das Recht, aktiv am Strafverfahren teilzuhaben und das Strafverfahren auf ein ziviles Schadenersatzverfahren auszudehnen. 35,8 Prozent der 1.108 erfassten nichtdeutschen Opfer im Jahr 2003 wurden ausgewiesen oder abgeschoben, 17,3 Prozent kehrten „freiwillig“ in ihr Heimatland zurück und 23,9 Prozent erhielten eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis oder standen unter Polizeischutz (in 23 Prozent der Fälle gab es keine Angaben).

Die Menschenhändler dagegen erwartet selten Strafverfolgung, da aus Angst nur wenige Frauen zur Aussage gegen die Täter bereit sind. Zu dem ist diesen oft nur eine Förderung der Prostitution oder Zuhälterei nachzuweisen, nicht aber Menschenhandel.

Bei der Bewertung von Zwangsprostitution darf es daher nicht um Moral gehen, sondern um die kriminelle Energie, die auf dem Boden einer kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft gedeiht.

Neben Änderungen im Ausländerrecht muss deshalb die weitere Legalisierung und Anerkennung von Prostitution in der Praxis z.B. durch Abschluss von Arbeitsverträgen forciert werden, in dem der Druck aus der strafrechtlichen Verfolgung von Sexarbeiterinnen und ihren Zuhältern genommen wird. Die Konservativen haben solche weitergehenden Regelungen jedoch bis heute blockiert. Die vollständige Anerkennung der Prostitution als Erwerbsarbeit sowie die Einführung arbeitsrechtlicher Mindeststandards sind aber ebenso dringend notwendig wie darauf aufbauende Arbeits- und Aufenthaltsrechte für die Frauen.

Kein Mensch ist illegal! – Für ein Bleiberecht

Ein Fallbeispiel wie es auf den Seiten der GTZ zu finden ist.

Dana wächst in einer armen Region Rumäniens auf. Mit 16 Jahren findet Dana Arbeit in einer nahe gelegenen Stadt als Kellnerin. Dort lernt sie auch ihren Mann kennen und bekommt von ihm mit 18 ein Kind. Als ihr Mann durch einen Unfall stirbt, kehrt sie in ihr Heimatdorf zurück.

Ihre Cousine erzählt ihr von einem kleinen Restaurant in Deutschland, in dem Dana als Kellnerin arbeiten könne. Das Geld für die Reisekosten würde sie ihr leihen. Das Restaurant entpuppt sich als Bordell, das dem Mann von Danas Cousine gehört. Ihm ist Dana hilflos ausgeliefert, weil sie Schulden hat und er ihr ihre Papiere abgenommen hat.

Er zwingt sie sich zu prostituieren. Andernfalls, so droht er, bekämen ihre Eltern und ihr Kind "Probleme". Bei einer Razzia wird sie von der Polizei aufgegriffen und zu einer Bera-

tungsstelle gebracht, wo sie psychologische Betreuung erfährt. Sie entschließt sich, ihre Cousine und deren Mann bei der Polizei anzuzeigen und als Zeugin auszusagen. Aufgrund ihrer Gefährdung wird Dana in das Zeugenschutzprogramm aufgenommen und bleibt für die Prozessdauer in Deutschland. Mit Hilfe der Beratungsstelle kann Dana besser Deutsch lernen und beginnt eine Ausbildung als Altenpflegerin.

Die Geschichte endet jedoch nicht an dieser Stelle, denn nach Prozeende kann Dana jederzeit wieder nach Rumänien abgeschoben werden. Dass dies nicht so sein muss, zeigt das Beispiel Italien:

Wer nachweisen kann, Opfer von Menschenhandel zu sein, bekommt in Italien ein von der Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz unabhängiges Aufenthaltsrecht. Er oder sie wird zudem verpflichtet, an Integrationsprogrammen teilzunehmen. Denn Betroffene dürfen nicht instrumentalisiert werden. Unterstützung, Schutz und Rechte müssen allen Opfern des Frauenhandels - und nicht nur Zeuginnen - gewährt werden.

Wir sollten daher dem Beispiel Italien folgen und ein allgemeines Aufenthaltsrecht für die Opfer von Menschenhandel einführen. Denn nicht nur „zu Gast bei Freunden“ sollen Frauen sein, die zur Befriedigung männlicher Bedürfnisse im Rahmen der bevorstehenden Fußball WM illegal nach Deutschland verschleppt und hier zur Prostitution gezwungen werden. Die Forderung nach einem Bleiberecht wurde bereits vom Europäischen Parlament aufgegriffen. Am 17. Januar stimmte das EP über einen Bericht zur Prävention von Handel mit Frauen und Kindern ab, die der sexuellen Ausbeutung ausgesetzt sind. Um gegen den Frauenhandel zu kämpfen hat der Frauenausschuss unter Federführung der sozialdemokratischen Abgeordneten Christa Prets (Österreich) einen Initiativbericht ausgearbeitet. Darin fordert der Frauenausschuss unter anderem ein Bleiberecht für Opfer von Frauenhandel (Ansprechpartnerin: Lissy Gröner, MdEP). Dieser muss nun zügig durchgesetzt und in geltendes Recht umgesetzt werden.

Die Bedingungen in den Heimatländern

Jahr für Jahr werden etwa 500.000 Menschen heimlich in Länder der Europäischen Union gebracht. Fast 90 Prozent, so ein 2004 von einem EU-Komitee verfasster Bericht (»Auswirkungen der Sexindustrie auf die EU«), werden sexuell ausgebeutet.

80% der von Menschenhandel betroffenen sind Frauen und Kinder. Besonders gefährdet sind Frauen aus armen Regionen mit geringen Bildungsmöglichkeiten und Berufschancen, Flüchtlinge sowie Waisen- und Straßenkinder. Diese werden unter dem Hinweis auf gut bezahlte Arbeit ins Ausland gelockt oder auch mit Gewalt verschleppt. Einige der Frauen sehen auch in der Prostitution eine Chance auf ein gutes Einkommen. Sicher ist, sie haben keine Ahnung davon, welche Arbeits- und Lebensbedingungen sie erwarten. Denn welche Berichte in der Heimat wiederum ankommen, regeln die HändlerInnen.

Wenn Armut und menschenunwürdige Lebensbedingungen in den Heimatländern nicht bekämpft werden, bekämpft man lediglich die Symptome nicht aber die Ursachen. Insbesondere die transnationale Kooperation mit den Ländern Osteuropas ist dabei zu verbessern. Viele dieser Frauen reisen legal nach Deutschland, um hier als Sexarbeiterinnen ihr Geld zu verdienen. Ohne die entsprechende Arbeitserlaubnis bleibt auch ihr Status wiederum illegal.

Zur Verbesserung der Bedingungen in Heimatländern außerhalb der EU muss die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des BIP schneller umgesetzt werden. Außerdem:

- Wirtschaftshilfen, die gezielt die eigenständige Existenzsicherung von Frauen fördern.
- Förderung von Beratungs- und Hilfsprojekten für betroffene Frauen vor Ort
- Unterstützung von Beratungsstellen und Schutzhäusern für von sexueller Gewalt und Menschenhandel betroffene Frauen und Mädchen, besonders in Kriegs- und Krisengebieten

- Maßnahmen zur Sensibilisierung der dort tätigen Polizei und Ermittlungskräfte sowie Korruptionsbekämpfung
- Öffentliche Aufklärung über sichere und legale Migrationsmöglichkeiten sowie die von MenschenhändlerInnen angewandten Methoden, u.a. durch Aufklärungsarbeit an der Schule

Der ganz alltägliche Sexismus in einer patriarchalen Gesellschaft

Letztlich ist Prostitution das Ergebnis einer patriarchalen Gesellschaft, in der Sexismus verankert ist. Sexismus hat dabei unterschiedliche Ausdrucksformen – sei es in der Sprache, in der bildlichen Darstellung z.B. in der Werbung oder in seiner unter Strafe stehenden Formen der sexuellen Belästigung und Gewalt.

Seit jeher machen daher Frauenverbände, Menschen- oder Frauenrechtsorganisationen auf diese Missstände aufmerksam. In Deutschland sind wichtige Schritte mit dem unter Strafe stellen von Vergewaltigung in der Ehe und der noch zur Umsetzung ausstehenden Antidiskriminierungsrichtlinie der EU gemacht.

Schwieriger ist jedoch der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus. Frauen- wie männerfeindliche Sprüche sind keine Seltenheit und jüngst machen Spielshows nach dem Motto „Männer kommen vom Mars, Frauen von der Venus“ Karriere im deutschen Fernsehen.

Die Frage nach Sexismus in den Fußball-Stadien zu stellen ist daher nicht leicht. Denn die Unterstellung, dass dort, wo viele Männer aufeinander treffen frauenfeindliches Verhalten Konjunktur haben könnte, bedient sich ebenfalls Geschlechterstereotype.

Dennoch lässt sich aus der Erfahrung sagen, dass Sexismus und die geringe Teilnahme von Frauen und Mädchen in der Fanszene offensichtlich ist, so das Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF). Es gibt Fangruppen, in denen Frauenfeindlichkeit offen zum Selbstbild gehört. In ihren Gesängen, Gesten und Emblemen kommt dies zum Ausdruck. Hier könnten Spieler und Verantwortlichen einen Kontrapunkt bilden. Doch auch sie unterstützen bewusst oder unbewusst einen latenten Sexismus im Fußballmilieu, sei es bei Milliardeneinnahmen durch Werbung, in der Wahl der eigenen Sprache oder der Rolle, die Frauen in diesem Geschäft zugewiesen wird – als hübsches Beiwerk am Rande.

Auf Sexismus muss direkt in den Stadien reagiert werden, z.B. durch entsprechende Regelungen in den Stadionsordnungen und mit Stadionverboten.

Der Fußball bildet damit in kondensierter Form ab, was nach wie vor gesellschaftliche Realität ist: das Patriarchat. Wesentlicher Mechanismus der patriarchalen Gesellschaft ist die zum-Objekt-machung weiblicher Körper. Dies wird in der Prostitution besonders deutlich. Kapitalistische Verhältnisse bestimmen darüber hinaus, welche Frauen sich heute prostituieren müssen. Wer daher die Lösung im Verbot der Prostitution sieht bekämpft lediglich die Symptome nicht die Ursachen. Deshalb müssen wir ebenso wie wir für faire Arbeitsbedingungen grundsätzlich streiten, dies auch in der Sexarbeit tun.

Dem alltäglichen Sexismus müssen Männer wie Frauen in diesem Verband entschlossen die Stirn bieten.

C2

Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes

Wir fordern die sofortige Wiederaufnahme der Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes (ADG) und ein Bekenntnis der SPD-Bundestagsfraktion zum Gesetzentwurf, der in der letzten Legislaturperiode (15. Legislaturperiode 2002-2005) gemeinsam mit den GRÜNEN ausgearbeitet wurde.

Das ADG soll als Möglichkeit zur Abschaffung von Diskriminierung auf Grund der Herkunft, des Geschlechts, des Alters, der Religion und Weltanschauung, sexueller Identität und auf Grund von Behinderung anerkannt werden.

Über die Richtlinien der Europäischen Union (EU) hinausgehende Punkte des ADG sind als essenziell anzusehen. Hierbei muss der Schutz benachteiligter Personen über den Bedenken der Wirtschaft stehen.

C 3

Alle anders – alle gleich!

Ein Aufruf zur Bearbeitung des Themas „Integration“ bei den Jusos

I. Warum das Thema wichtig ist

Die Diskussionen um die Entstehung von Parallelgesellschaften in Deutschland und das angebliche „Ende der multikulturellen Illusion“, die Krawalle in Frankreich im Herbst 2005 und die immer wieder erhobene Forderung nach Etablierung einer „deutschen Leitkultur“ sind nur einige Beispiele für die öffentlichen Debatten der letzten Zeit.

Für Jusos waren die Themen Migration und Integration immer verknüpft mit einem klaren Bekenntnis zur Freiheit und Gleichheit aller Menschen, dem Bekenntnis zum Internationalismus, dem Eintreten für ein uneingeschränktes Recht auf politisches Asyl und dem Eintreten für soziale Rechte. Dementsprechend hat die Bearbeitung der Themen Migration und Integration bei Jusos Tradition.

Die Bilanz der SPD auf integrationspolitischem Gebiet fällt in den letzten Jahren zwiespältig aus. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich auf der politischen Ebene schon lange der Realität der Einwanderungsgesellschaft gestellt und politische Konzepte entwickelt. Die SPD war lange Jahre die einzige große Partei, die sich aktiv um die Verbesserung vor allem der sozialen Lage von MigrantInnen bemühte. Zugleich trug die Partei aber auch Verschlechterungen der Lage – Stichwort „Asylkompromiss“ von 1993 – mit. Innerparteilich ist die Realität der Einwanderungsgesellschaft bislang noch nicht vollständig angekommen: zwar gibt es mittlerweile eine erhebliche Zahl von Mitgliedern mit Migrationshintergrund; in den Gremien der Partei sowie in den Parlamenten bleiben sie aber eher Ausnahmen. Insgesamt spiegeln sich diese veränderten gesellschaftlichen Realitäten in der Partei noch nicht wider. Die wirkliche innerparteiliche Artikulationsfähigkeit von Mitgliedern mit Migrationshintergrund bleibt weiterhin beschränkt.

II. Aktuelle Felder der Diskussion

Die Diskussion um Migration und Integration ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik sehr einseitig geführt worden. Für Jusos muss es in den kommenden Jahren darum gehen,

eine Öffnung der Diskussion für fortschrittliche und solidarische Positionen zu erreichen. Für die momentane Debatte sehen wir dabei vor allem folgende Diskussionsfelder:

II.1. „Parallelgesellschaften“

Was das Wort Parallelgesellschaften eigentlich beschreiben soll, ist unklar. Zumeist wird damit ein Rückzug in nur von MigrantInnen geprägte gesellschaftliche Strukturen beschreiben, die völlig ohne Bindung zur deutschen Mehrheitsgesellschaft blieben. Daraus wird meist der Vorwurf der fehlenden Bereitschaft sich hier zu integrieren abgeleitet. Als offensichtlichstes Beispiel für diese Tendenz wird die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache angeführt. Dabei impliziert der Begriff „Parallelgesellschaft“ wesentlich mehr. Im Prinzip müsste darunter das exakte kopieren sämtlicher gesellschaftlicher Strukturen der Mehrheitsgesellschaft bis hin zu politischen Strukturen stehen, also ein sehr radikaler Bruch. Nur: Komplett anhand von ethnischen Hintergründen voneinander abgegrenzte gesellschaftliche Strukturen gibt es in der Bundesrepublik kaum. Bezugspunkte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind vorhanden – sei es in der Freizeit, im Beruf, oder anderswo. Zudem laufen die eigentlichen Scheidelinien in der Gesellschaft entlang von Klassen und Milieus: was hat der reiche (deutsche) Vorstandsvorsitzende aus einer noblen Wohngegend denn mit dem armen (deutschen) Hartz IV-Empfänger in der Vorstadt denn an Lebenswirklichkeit gemeinsam?

II.2. Die Leitkulturdebatte

Eine vor allem von Konservativen erhobene Forderung ist, dass sich MigrantInnen an eine – wahlweise auch um die Adjektive „deutsch“ oder „christlich-abendländisch“ – angereicherte „Leitkultur“ anpassen sollen. Was diese im Kern ausmachen soll, konnte allerdings bislang niemand plausibel erklären.

Erstaunlicher Weise werden dann oft Begriffe genannt, die historisch einen ganz anderen Hintergrund haben: Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, Gleichberechtigung. Klar ist doch, dass ein Großteil dessen, was heute als Menschen- und Bürgerrechte bezeichnet wird, in einer erbitterten Auseinandersetzung mit organisierter (christlicher) Religion seit dem Zeitalter der Aufklärung erfolgt ist. Diese Feststellung schließt eine Begründung dieser Werte durch einzelne aus christlicher Überzeugung nicht aus. Sie lässt sich aber nicht auf das Verhalten der offiziellen Kirchen in den letzten Jahrhunderten verallgemeinern.

Ein weiterer Diskussionsstrang hierin ist offen reaktionär: es wird ein bestimmtes ländlich-konservativ geprägtes Lebensmodell verallgemeinert. Davon abweichende Lebensstile werden schlicht aus dem vermeintlichen Konsens der Leitkultur ausgeschlossen.

Exakt hier könnte eine „Wertedebatte“ der SPD anknüpfen: Es gilt schließlich, das Erbe des Zeitalters der Aufklärung vor Vereinnahmungen durch Konservative und Reaktionäre zu bewahren!

II.3. Kopftuchdebatte, Frauenunterdrückung, Zwangsheirat, Ehrenmorde

In den letzten Jahren ist ein weiteres Thema in die öffentliche Wahrnehmung gerückt: die Unterdrückung der muslimischen Frau. Hinter den Stichworten Kopftuchdebatte, Zwangsheirat, Importbräute, und Ehrenmorde stecken tatsächlich schwierige Sachverhalte. Natürlich ist es völlig unannehmbar, Frauen das Tragen einer bestimmten Kleidung aufzunötigen, über ihr Leben zu bestimmen, sie gegen ihren Willen zu Verheiraten und im schlimmsten Fall sogar bei Abweichung von diesen Normvorstellungen zu ermorden. Problematisch ist nur, dass es kaum verlässliche Studien über die tatsächliche Reichweite dieser Probleme gibt. In den Medien dominieren zumeist individuelle Lebensberichte. Studien, die insgesamt

eine große Zufriedenheit vieler Frauen mit Migrationshintergrund mit ihrem privaten und gesellschaftlichen Umfeld belegen, werden kaum zur Kenntnis genommen.

Auffällig ist zudem, dass die Debatte um die Unterdrückung der muslimischen Frau mit großem Eifer auch von konservativen Politikerinnen und Politiker geführt wird. In Bezug auf die gleichstellungspolitische Bilanz der CDU/CSU ist das beinahe grotesk. Der Verdacht liegt nahe, dass hier die Gelegenheit genutzt wird, von eigenen Versäumnissen auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten abzulenken.

In diesem Zusammenhang wird der Linken oft der Vorwurf der falschen Toleranz gemacht, unter dessen Deckmantel sich eben diese Missstände abspielten. In der Tat ist es kurzfristig, die eigene Bequemlichkeit und das Desinteresse zur Auseinandersetzungen mit den kulturellen Hintergründen der in Deutschland lebenden MigrantInnen als „Toleranz“ und „Multikulturalismus“ auszugeben. Doch darf daraus nicht die Forderung nach einer besonderen Regulierung des Privatlebens von MigrantInnen, in diesem Falle von Muslimen, seitens des Gesetzgebers oder der Öffentlichkeit resultieren.

Es muss viel tiefer angesetzt werden, um den Unterschied zwischen Zwang und freiwilliger Entfaltung des kulturellen Lebens zu verstehen und dadurch konstruktive Kritik üben zu können. Wichtig ist vor allem, dass MigrantInnen gestärkt werden, um von sich aus den Wandel angehen zu können. Die Jusos können in diesen Prozess der Emanzipation unterstützend eingreifen, vor allem auch, in dem sie helfen, ein gesellschaftliches Umfeld für einen solchen Prozess zu schaffen.

II.4. Darstellung von MigrantInnen in den Medien

Medien tragen eine große Verantwortung bei der Bildung des öffentlichen Bewusstseins und der Meinung. Die Darstellung von Migrantinnen und Migranten in den Medien lässt sich vielleicht mit der Floskel „guter Türke – böser Türke“ umschreiben. Darin tauchen Menschen mit Migrationshintergrund meist nur in stereotypen Zusammenhängen auf. Geht es um Frauen so illustrieren oft Bilder von Frauen mit Kopftuch und vielen Kindern den Bericht. Thematisiert der werden zudem meist nur soziale oder kulturelle Probleme. „Normale“ MigrantInnen – Frauen ohne Kopftuch, Studierende, Akademiker, Facharbeiter u.a. – finden sich in den Medien kaum wieder. Dieses prägt zum einen die Wahrnehmung bei vielen Mehrheitsdeutschen, aber auch das Bild, dass MigrantInnen von sich selbst produziert bekommen. Die Selbstverständlichkeit auch von erfolgreichen Biographien von Menschen mit Migrationshintergrund findet kaum öffentliche Anerkennung.

Hinzu kommt, dass, wenn erfolgreiche Menschen mit Migrationshintergrund in den Medien vorkommen, sie oft auch paternalistische Weise eingedeutscht werden: Cem Özdemir Schwabe, Hamit Altıntop Gelsenkirchener, Rafik Schami Deutscher. Der Münchener Kleinkriminelle, der vor ein paar Jahren als 14-jähriger in die Türkei abgeschoben wurde, wird immer der Türke Mehmet bleiben. Dadurch wird suggeriert, dass die Probleme von jungen MigrantInnen, wie Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, Kriminalität, auf ihren Migrationshintergrund zurückzuführen seien. Gelegentlich kommt in der öffentlichen Debatte auch der subtile Vorwurf, Migranten-Kinder wären deshalb auch für das schlechte Abschneiden der Bundesrepublik im Pisa-Vergleich schuld.

Tatsächlich hängt die schwierige soziale Lage dieser Bevölkerungsgruppe aber mit verschiedenen Faktoren zusammen: Sprachschwierigkeiten, fehlende oder unzureichende Berufsqualifikation und damit größere Anfälligkeit für Arbeitslosigkeit, schlechte bis gar keine Bildung der Eltern und fehlende Förderung seitens der öffentlichen Einrichtungen. Es ist offensichtlich, dass die Versäumnisse des Staates in der Integration und der Sicherung des sozialen Status bequem auf die ethnische Herkunft der Benachteiligten abgewälzt werden!

II.5. Flüchtlings- und Asylpolitik

Ein Indikator für die Offenheit der politischen Debatte um die Themen Migration und Integration ist auch die Diskussion um den Umgang mit Flüchtlingen. Wie kann sich eine Politik, die den Anspruch eines „fortschrittlichen“ Menschen- und Staatsverständnisses auf-

rechthält, mit der Diskussion um Auffanglager in der Dritten Welt beschäftigen? Wie glaubwürdig wirkt eine Politik gegenüber den Menschen, die vor politischer Verfolgung, Krieg und Armut flüchten und dann in europäischen Flugzeugen wieder dorthin zurück gebracht werden?

II.6. Was heißt Integration für uns? Integration = Anerkennung + Partizipation

Integration bedeutet nicht, dass sich MigrantInnen in einer deutschen Leitkultur assimilieren – zumal es diese „Leitkultur“ nicht gibt –, sondern sich in einer anerkannten Einwanderungsgesellschaft entfalten. Die Pluralität von verschiedensten Kulturen und unterschiedlichsten Lebensstilen ist zunächst schlichte gesellschaftliche Realität. Die Herausforderung ist nicht, diese Unterschiede in eine „Leitkultur“ zu pressen, sondern Strukturen für eben diese plurale Gesellschaft zu schaffen. Grenzen dürfen nicht entlang religiöser, kultureller oder regionaler Kriterien gezogen werden.

Der Anfang liegt darin, ein Gesellschaftsbild mit Leben zu erfüllen, das schon längst Realität ist – das eines Einwanderungslandes. Toleranz und Offenheit sind Grundprämissen dieses Gesellschaftsbildes, die allerdings erst gefördert werden müssen. Damit zusammenhängend müssen dem latenten Rassismus in der öffentlichen Meinung sowie dem institutionellen Rassismus entgegengewirkt werden!

Die Bewusstseinsbildung auf Seiten von Mehrheitsgesellschaft und auf Seiten von MigrantInnen ist ein langwieriger Prozess und muss seinen ersten Schritt in der Anerkennung der Minderheiten durch die Mehrheit finden. Jedem muss bewusst werden, dass es verschiedene Kulturen und verschiedene Lebensweisen gibt, die sich gegenseitig nicht ausschließen, sondern jede für sich legitim ist. Entscheidend ist einzig und allein der Konsens darüber, Konflikte in einem demokratischen und solidarischen Rahmen zu lösen.

Diese Aufforderung zur Toleranz und Offenheit richtet sich sowohl an die Mehrheits- wie auch Minderheitsgesellschaft. Klar ist: Ein „Gefühl“ von Anerkennung und Partizipation kann erst dann entstehen, wenn es auch sein Fundament in gesellschaftlichen Realitäten findet.

III. Handlungsfelder - Herausforderungen für die Jusos

Angeblich höhere Kriminalität, mangelnde Integrationsbereitschaft und der Vorwurf der kulturellen oder religiösen Andersartigkeit werden genutzt, um die Gesellschaft zu spalten. Die tatsächlichen Scheidelinien in der Gesellschaft entlang von Klassen und Milieus werden damit auf Kosten von Menschen mit Migrationshintergrund verdeckt. Diesen Tendenzen gilt es entgegenzutreten und eigene, fortschrittliche Konzepte von Integration und vom Zusammenleben der Menschen zu entwickeln.

Entsprechend müssen sich die gesellschaftlichen Realitäten auch im Verband abbilden. Der Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bei den Jusos nimmt zwar zu; dies gilt nach und nach auch für den Anteil derjenigen in Funktionen. Trotzdem spiegelt er nicht die tatsächliche Bevölkerungsstruktur wider. Dabei muss es Anspruch von jungen Sozialistinnen und Sozialisten sein, allen Menschen mit einem fortschrittlichen, linken Politikverständnis eine politische Heimat zu bieten!

Darüber hinaus bringen junge Menschen mit Migrationshintergrund einige Erfahrungen mit, die die meisten Jusos nie machen werden: Ausgrenzung, schlechtere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der eigenen ethnischen und sozialen Herkunft oder auch die Begegnung mit institutionellem Rassismus. Es kann allerdings nicht darum gehen, diese Gruppe nur als „Opfer der Verhältnisse“ auf paternalistische Weise anzusprechen. Zudem kann es nicht darum gehen, junge Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund auf eine Rolle als „ExpertInnen für Integration“ zu reduzieren. Vielmehr geht es darum, die

individuellen Potentiale von allen für den Verband zu nutzen und gemeinsam politische Projekte auf allen Politikfeldern – und nicht nur im Bereich Integration – zu entwickeln!

C4

Grenzen-lose Partizipation: Migration als Chance

Die Diskussion um Migration und Integration ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik sehr einseitig geführt worden. Für Jusos muss es in den kommenden Jahren darum gehen, eine Öffnung der Diskussion für fortschrittliche und solidarische Positionen zu erreichen. Diesen Antrag sehen wir als Auftakt und Diskussionsgrundlage. Bis zum nächsten Bundeskongress stehen vor allem die Landesverbände in der Verantwortung, das Thema in geeigneter Form zu bearbeiten und in die Diskussion einzubringen.

I. Analyse, Geschichte, Metaebene und Menschenbild

A. Einleitende Kurzanalyse

Wir leben in einer Phase eines sich ständig verradikalisierenden Kapitalismus. Mit der neo-liberalen Forderung nach mehr Flexibilität, mehr Eigenverantwortung, weniger Staat und Solidarität etc. zerbrechen gesellschaftliche Strukturen und althergebrachte Traditionen. Konstruierte Werte wie 'Familie', 'Heimat', 'Tradition' sowie kulturelle Enklaven werden dadurch in Frage gestellt - und machen Platz für neue Formen der Sozialkonstruktion. Die Menschen geraten zusehends in eine gefühlte Sinnkrise. Der spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges ungebändigt agierende Kapitalismus unterminiert traditionelle Formen von kulturellem Überbau und erzeugt damit zugleich ein steigendes Bedürfnis nach Identität. Das Füllen dieser emotionalen Lücken kann dabei Risiko und Chance sein.

Vor diesem Hintergrund erleben wir eine neokonservative Wende die z.T. einhergeht mit einer aggressiven Identitätspolitik.

Zum einen entfremdet der sich beschleunigende kapitalistische Akkumulationsprozess die Menschen von ihren sozial konstruierten Wurzeln. Zum anderen führt die zunehmende Liberalisierung und Deregulierung der Staats- und Sozialstaatssysteme zu einem verstärkten Druck auf die ihre Arbeitskraft feilbietenden Menschen. Sie werden zunehmend gezwungen, ihre geographische, soziale und kulturelle Verortung zu verlassen. Dies führt zu einer radikalen Individualisierung und Atomisierung der Gesellschaft. Es sind dies Prozesse, welche durch einen Zeitgeist des totalen Individualismus, einem Zeitgeist des EinzelkämpferInnenentums, noch einmal entscheidend verstärkt werden. Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist dabei nicht zuletzt die zunehmende Diskreditierung und Zerschlagung der organisierten ArbeitnehmerInnenenschaft in der OECD-Welt.

Wir erleben nunmehr eigentlich eine scheinbar paradoxe Situation. Während auf der einen Seite die Menschen, welche zum größten Teil nichts als ihre Arbeitskraft als Ware feilbieten können, ihre sozialen Zusammenhänge wie Familie, Religion, die vertraute Sozialumgebung z.B. in KollegInnenenschaft und Vereinen etc. verlassen oder aufgeben müssen, erleben wir gleichsam auf der anderen Seite eine Renaissance des Patriotismus, des Chauvinismus, des Religiösen - kurz eine 'geistig moralische Wende'. Dem zunehmend entstehenden

Bedürfnis nach Halt und Identität wird von der herrschenden Klasse durch eine aggressive nationalistische und konservative Identitätspropaganda entsprochen. Der Nationalismus, ethnischer Radikalismus ja sogar regionaler Separatismus, der oft einhergeht mit völkischem Gedankengut, ist eine Droge, welche die realen Verhältnisse verschleiern. Diese durch die zunehmende Entfremdung verursachte und durch sie zugleich verstärkte, künstlich konstruierte Identität schadet also der zunehmenden Ausbeutung nicht.

Die Paradoxie ist rechzeitiglich auf der einen Seite eine zunehmende durch die kapitalistischen Verhältnisse erzwungene Wanderung/Migration und die damit einhergehende Vereinzelung unter dem Diktum der Ellenbogen und auf der anderen Seite ein gleichsam sich verstärkendes konservativ-völkisches Weltbild, dass genau jener nationalen und internationalen Wanderung widerspricht. Wieder hat es der Kapitalismus geschafft, einen Widerspruch zu produzieren, der ihn in eine Krise führen kann.

Nicht selten führen diese oben beschriebenen Widersprüche zu noch größeren Wanderbewegungen. Ethnisch, nationalistisch oder chauvinistisch aufgeladene Konflikte in Gesellschaften überall auf der Welt können zu Bürgerkriegen und anderen bewaffneten Konflikten führen. Weitere Kriege, wie etwa von imperialistisch agierenden Regierungen entfachte Kriege um Rohstoffe, geostrategische Einflusssphären, Absatzmärkte etc. sind ebenfalls sich aus dem kapitalistischen System ergebene Gründe für massenhafte Migration.

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben sei ein letzter Ursachenkomplex benannt: Das Primat der Profitmaximierung nimmt freilich auch keine Rücksicht auf ökologisches Gleichgewicht. So sind aktuelle klimatische und ökologische Phänomene wie zunehmende Desertifikation, Überschwemmungen, Schlammlawinen, Dürren etc. die Ursache für gewaltige humanitäre Katastrophen, die z.T. direkt oder indirekt auf die kapitalistische Produktionsweise zurückzuführen sind. Daraus entstehende Hungerkatastrophen oder in Elendsgebieten grassierende Seuchen führen ebenfalls zu großen Wanderungsbewegungen.

Etwa 200 Millionen MigrantInnen leben außerhalb ihrer Heimatländer. Die innergesellschaftliche (arm-reich) und die globale (Nord-Süd) Polarität führt zu einem neuen Zeitalter der 'Völkerwanderung'.

B. Begriffe

In der Migrationsforschung spricht man von push- und pull-Faktoren, also Bedingungen, die Menschen von einer Region wegtreiben (also z.B. politische und geschlechtsspezifische Verfolgung, existenzielle Versorgungskrisen, Kriegssituationen, Arbeitslosigkeit, etc.), und Bedingungen, die Menschen in eine Region ziehen (z.B. vermeintliche Sicherheit und politische Freiheit, Wohlstandsvorstellungen, Frieden und stabile politische Verhältnisse, Arbeit, etc.).

Man unterscheidet folgende Formen der Migration:

1. Arbeitsmigration: gemeint ist jeder Wohnortwechsel aufgrund einer neuen Anstellung. Dies beinhaltet die klassische Migration aufgrund von bilateralen Anwerbeverträgen (z.B. türkische 'Gastarbeiter' in Deutschland und Frankreich in 1950er, 60er Jahren), die individuelle Auswanderung aufgrund eines Arbeitsplatzes im Ausland (z.B. Eu-interne 'flexible' Arbeitsmigration im freien Personenverkehr), die sog. Saisonarbeit (bspw. polnische LandarbeiterInnen in der Erntearbeit in Ostdeutschland), die Migration durch Versetzung der Angestellten eines global agierenden Konzerns etc.

2. Flucht: Gemeint ist das Verlassen einer Region angesichts politischer Verfolgung, der Gefahr von Leib und Leben durch Krieg und Terror, wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung (z.B. Genitalverstümmelung, Hinrichtung wegen Ehebruchs), aufgrund existentieller Nöte wie Hunger, Seuchengefahr und Naturkatastrophen (gemeint ist hier also auch Flucht aus wirtschaftlichen Gründen)
3. Familiennachzug: Gemeint ist die schrittweise Nachführung von Familienangehörigen von EinwanderInnen.
4. Ethnische Zwangsumsiedlungen: Historische Beispiele dafür sind etwa der Austausch von Türken und Griechen nach dem Vertrag von Lausanne 1923 zur ethnischen ‚Reinigung‘ oder die Umsiedlung von Polen in den Osten, um Boden für deutsche Siedler zu beschaffen. Aktuellere Bsp. wären die rassistischen Zwangsumsiedlungen im Rahmen der sog. Politik der ‚ethnischen Säuberungen‘ im Jugoslawienkrieg in den 1990er Jahren.
5. Verschleppung und Zwangsarbeit: Historische Beispiele dafür sind etwa die millionenfache Verschleppung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern im Dritten Reich.
6. Besatzungstruppen und Familienangehörige
7. Austausch in Bildung und anderen Bereichen
8. Tourismus
9. Wohlstandsmigration: (z.B. RentnerInnen nach Mallorca)

Diese Aufstellung, welche hier freilich nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, verdeutlicht die Vielfältigkeit des Aspektes der Migration.

Dieser Antrag befasst sich vorrangig mit den ersten beiden Kategorien, wobei Teile weiterer Kategorien eine Rolle spielen werden (z.B. Abschiebung, Frauenhandel, etc.)

C. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge – Europäische Kontinuitäten

Auch im zwanzigsten Jahrhundert war Europa ein Europa der Wanderungen. Die zahlreichen Migrationsbewegungen im ‚Zeitalter der Extreme‘ (Hobsbawn) waren hinsichtlich ihrer politischen, ökonomischen und geographischen Vorzeichen äußerst komplex und können daher nur grob und in ihren HAUPTERSCHEINUNGEN beschrieben werden.

C.1. Überseeische Wanderung

Während im 19. Jahrhundert vor allem Menschen aus West- und Nordeuropa den Kontinent meist in Richtung Amerika verließen, so waren es von 1900 bis 1920 etwa 20 Mio. Menschen vor allem Menschen aus Ost- und Südeuropa, die dem europäischen Festland den Rücken kehrten. Besonders Italien verzeichnete eine gewaltige Abwanderung, die der junge italienische Staat allerdings aufgrund demographischer und ökonomischer Entwicklungen massiv förderte. Obschon die primären Gründe für die starke Abwanderung (push-Faktoren) - vor allem hohes Bevölkerungswachstum und begrenzte bis geringe ökonomische Möglichkeiten - nach dem 1.WK in Ost- und Südeuropa keineswegs verschwunden waren, brach spätestens mit dem Ende des 1.WK die Einwanderung dramatisch ein, was

sehr stark in den zu dieser Zeit von den USA eingeführten restriktiven Einwanderungsbeschränkungen begründet liegt (pull-Faktor). Die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre, die zu ähnlichen ökonomischen Bedingungen auf beiden Seiten des Atlantiks führte, die neue rassen- und machtpolitische Anti-Emigrationspolitik vor allem der faschistischen und autoritären Staaten, die klar den Kontinent dominierten, und schließlich die vielen Kriege bis hin zum 2.WK ließen die massenhafte Abwanderung nach Amerika deutlich verebben. Erst die durch den 2.WK ausgelösten Flüchtlingsbewegungen und die durch die Zerstörungen verursachten ökonomisch ausgelösten Übersee-Wanderungen der unmittelbaren Nachkriegsjahre führten zu einer erneuten Auswanderungswelle. Mit dem Wiederaufbauboom in West- und Südeuropa fand dieser Prozess, den vor allem das postfaschistische Italien und die Niederlande förderten, um dem Überbevölkerungsproblem Herr zu werden, dann aber spätestens ab 1960 ein baldiges Ende. Während die Abwanderung aus den osteuropäischen Staaten fast vollständig unterbunden wurde, lenkte der vor allem in Westeuropa sich vollziehende Wirtschaftsboom, der in einigen europäischen Staaten zu einem massiven Arbeitskräftemangel führte, nunmehr die ökonomisch motivierte Abwanderung auf eine europäische Binnenwanderung um. Fernerhin führte jener Arbeitskräftemangel zu einer durch Anwerbeabkommen stimulierten Arbeitsmigration vor allem aus der Türkei.

Im RGW-Raum vollzogen sich mit zeitlicher Verzögerung ähnliche Entwicklungen. So arbeiteten bspw. in der DDR Zehntausende sog. VertragsarbeiterInnen aus Algerien, Vietnam, Kuba und einigen verbündeten afrikanischen Staaten. Offiziell wurde jedoch diese Form der Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen nicht als Arbeitsmigration verstanden, sondern unter dem Stichwort ‚Ausbildung und solidarische Aufbauhilfe‘ deklariert.

Eine wesentlich dominantere Form der überseeischen Wanderung erfolgte jedoch im Zuge der weltweiten Dekolonialisierung. Dies führte vor allem zu Einwanderung in ehemalige Kolonialstaaten wie Großbritannien (750.000 aus ehemaligen brit. Kolonien), Frankreich (ca. 1Mio Algerier), Niederlande (300.000 Menschen aus Indonesien), Belgien und Portugal (750.000 Menschen aus Mosambik und Angola). Seit den 60er Jahren hatte Europa zum ersten Mal im 20.Jhrd. eine positive Wanderungsbilanz. Bis 1960 waren es vor allem die weniger industrialisierten und agrarisch geprägten Länder wie Italien, Spanien, Portugal, Irland und Polen, bei denen Abwanderung als eine Art Ventil gegen die Massenarbeitslosigkeit und Verelendung fungierte. Ab 1960 aber entwickelte sich Europa zunehmend zu einem ‚Einwanderungs- und Binnenwanderungskontinent‘.

C.2. Innereuropäische Wanderung

Die Arbeitskräftewanderung zwischen europäischen Staaten hat eine lange Tradition. Vor dem 1WK waren es vor allem die sog. Saisonarbeiter (Hunderttausende Menschen aus Polen und Holland im Deutschen Reich, aus Italien, Belgien und Spanien in Frankreich und in der Schweiz, Hunderttausende aus Irland arbeiteten in schottischen und englischen Industriegebieten), die diese Form der ökonomisch basierten Wanderung prägten.

In der Zwischenkriegszeit ließen die schlechten wirtschaftlichen Bedingungen und der starke in Europa weit verbreitete Nationalismus und Rassismus die Wanderung massiv zurückgehen, wobei Frankreich aufgrund der großen Kriegsverluste im 1.WK hier eine Ausnahme bildete. Die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre führte schließlich jedoch zu einer starken Rückwanderung der angeworbenen ArbeiterInnen in ihre Herkunftsländer.

Bis zur umfangreichen Arbeitsmigration in den 60er Jahren dominierte vor allem ethnische Wanderungen aufgrund von Krieg, ethnischen Konflikten und ständigen Grenzveränderungen. Nach dem 1.WK bspw. wurden dem Vertrag von Lausanne 1923 entsprechend 1,2 Mio. Griechen aus der Türkei und 400.000 Türken aus Griechenland "repatriert". 500.000

Ungarn siedelten aus Rumänien in das neu geformte Ungarn, 1 Mio. Deutsche migrierten aufgrund der Ergebnisse des Versailler Vertrages.

Durch den von Deutschland ausgehenden 2.WK wurden noch massivere Wanderungsbewegungen ausgelöst. So arbeiteten in dieser Zeit ca. 14 Mio. ausländische Arbeitskräfte - meist Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge - für den rassistischen Vernichtungskrieg Deutschlands. Millionen Menschen aus ganz Europa - Juden, Sinti und Roma, Polen, Tschechen, Russen etc. - wurden zwangsumgesiedelt und/oder in die Vernichtungs- und Konzentrationslager deportiert. So wurden im Gebiet um Auschwitz bspw. alle EinwohnerInnen zwangsumgesiedelt um ‚Platz‘ für einen großen Industriekomplex der IG-Farben und für das Vernichtungs- und Arbeitslager Auschwitz zu schaffen. Etwa 800.000 sog. ‚Volkdeutsche‘ wurden im Zuge der rassistischen Bevölkerungspolitik des Deutschen Reiches aus Südtirol, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien nach Deutschland umgesiedelt, während nicht-deutsche ethnische Minderheiten ausgesiedelt oder deportiert wurden.

Die neuerlichen Grenzverschiebungen im zeitlichen Umfeld des 2.WK und die geographische Uneingeschränktheit des ‚totalen Krieges‘ führten zu millionenfacher Migration von Flüchtlingen und Zwangsumsiedlung. So wurden Millionen von Menschen im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes aus Ostpolen ausgesiedelt. Einige Millionen von Deutschen mussten die ehemaligen Ostgebiete in Richtung Westen verlassen. Ähnliche Bevölkerungsaustausche gab es zwischen SU und Rumänien, ČSSR und Ungarn, Jugoslawien und Italien etc. Dies führte im ersten Nachkriegjahrzehnt nicht selten zu schweren sozialen und ökonomischen Spannungen in den betroffenen Ländern.

Mit dem seit den 50er Jahren stattfindenden Wirtschaftsboom dominierte in Europa nunmehr aber zunehmend die Arbeitsmigration, die meist durch bilaterale Anwerbeabkommen geregelt wurde. Das Wirtschaftswachstum vieler führender europäischer Volkswirtschaften basierte auf der Beschäftigung von ungelerten bzw. gering qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland. Diese für die 50er, 60er und 70er Jahre typische Beschäftigungsform von ausländischen ArbeitnehmerInnen bot vor allem Vorteile für die aufnehmende Volkswirtschaft. Meistens handelte es sich um kurzfristige und mit wenigen ArbeitnehmerInnenrechten ausgestatteten Arbeitsverträgen, welche die angeworbenen Beschäftigten zu einem flexibel einsetzbaren Wirtschaftsfaktor werden ließ. Bei schlechteren Phasen der Wirtschaftsentwicklung fungierten sie als ‚Konjunkturpuffer‘ und konnten aufgrund der kurzfristigen Verträge einfach wieder nach hause geschickt werden. Im arbeitskräfteexportierenden Land profitierte meist nur die politische Klasse von der kurzzeitigen Entlastung des Arbeitsmarktes durch Abwanderung.

Europa spaltete sich nach Klaus Bade in der Zeit des Kalten Krieges in ganz überraschend zusammengesetzte zwei Lager: Arbeitskräfteexportierende (Italien, Spanien, Portugal, Irland, Griechenland, Türkei, Jugoslawien) und arbeitskräfteimportierende Länder (BRD, Frankreich, Belgien, Schweden, Schweiz). (Großbritannien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Dänemark und Finnland gehörten zu beiden Lagern.) Zwar nicht in den Dimensionen Westeuropas aber doch sehr ähnlich entwickelte sich auch in Osteuropa ein Arbeitskräfteaustausch, bei dem vor allem die DDR zu einem Nutznießer der Arbeitskräfteimmigration wurde.

Erst die allgemeine Krise in den 70er Jahren führte in Europa zu einem Stopp der Arbeitsmigration auf der Grundlage von Anwerbeabkommen: in Deutschland bspw. endete die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften mit dem Anwerbestopp 1973.

Anders als ursprünglich geplant blieben viele der angeworbenen ArbeiterInnen in den Anwerbeländern. Dies führte zu einer europaweiten Veränderung der ethnischen Sozialstruk-

tur vieler Länder. Vielerorts entstanden neue Minderheiten, die sich im Zuge des ab den 70er Jahren verstärkt laufenden Familiennachzugs weiter stabilisierten.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und den Grenzöffnungen der osteuropäischen Staaten kommt es in Europa besonders zu Beginn der 90er Jahre zu einer anderen nun dominierenden Form der Migration, die vor allem in Deutschland zu außer Kontrolle geratenen und rassistisch geprägten Unruhen und Pogromen führt. In das wiedervereinigte Deutschland, das aufgrund seiner geographischen Nähe zum ehemaligen ‚Eisernen Vorhang‘ und seiner damaligen relativ liberalen Asylpolitik zu einem der ersten Ankunftslander innereuropäischer Flüchtlingsbewegungen avancierte, wandern vor allem Sinti und Roma aus Rumänien und Ungarn, sog. ‚Russlanddeutsche‘ aus dem zerfallenden Sowjetreich und Polen. Weitgehend unbeachtet blieb der Rückzug Tausender russischer Soldaten und ihrer Familien aus dem Gebiet der ehemaligen DDR. Fernerhin wanderten einige zehntausend Menschen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft jahrzehntelang verfolgt und diskriminiert wurden, nach Deutschland, um dann aber weiter meist nach Israel auszuwandern. Außerdem ersuchten Tausende Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien Zuflucht in Deutschland, wobei viele dieser sog. Defacto-Flüchtlinge bereits in die jeweiligen Neurepubliken zurückgekehrt sind. Mit der verfassungsrechtlich bedenklichen und politisch abzulehnenden Verschärfung des Asylrechtes in Deutschland 1993 und der zunehmenden Verbesserung der Lebensbedingungen in Osteuropa verringerte sich der Zuzug von Asylsuchenden nach Deutschland und konzentriert sich nun auf andere europäische Staaten wie etwa Großbritannien.

Mit der Öffnung der Grenzen bzw. ihrer zunehmenden innereuropäischen Durchlässigkeit kam es in den 90er Jahren zu weiteren Formen der Migration wie etwa der Arbeitsmigration und Wohlstandsmigration innerhalb der EU und dem wahrscheinlich zehntausendfachen illegalen Menschen- bzw. Frauenhandel aus den osteuropäischen Staaten.

D. Migration als Chance und unser Menschenbild

Migration als solche muss nicht grundsätzlich negativ konnotiert sein. Freilich entsteht sie zu großen Teilen aus schwerwiegenden und massiven Missständen in der kapitalistischen Realität und freilich bringt sie auch Probleme mit sich. Aus der Krise kann allerdings immer eine Chance erwachsen. Globale Kommunikation kann nämlich mehr sein, als das virtuelle Gespräch einiger Wohlstandskids in der OECD-Welt. Neugier und Offenheit und politische Notwendigkeiten können dazu führen, neue menschliche und auch politische Bündnisse zu knüpfen, um den Problemen unserer Zivilisation gemeinsam und solidarisch zu begegnen; oder doch zumindest Verständnis zu entwickeln.

Jenseits der Wohlstandsmigration (z.B. Tourismus, Altersmigration nach Mallorca, etc.) ist aber davon auszugehen, dass Menschen im Bereich der erzwungenen Migration nicht ohne gravierende Gründe ihren Wohnort verlassen wollen. Es muss aufgeräumt werden mit der Legende, dass wir von EinwanderInnen 'übertannt' würden, wenn wir nur die Grenzen öffneten. Deutschland bzw. Europa sind nicht das 'Paradies auf Erden'! Wenn Menschen ihr Zuhause zurücklassen, dann liegen meist gravierende Missstände vor, welche Europa bzw. die OECD-Welt zumindest mit zu verantworten hat. Untersuchungen wie etwa der aktuelle Migrationsbericht der Vereinten Nationen zeigen, dass Menschen in Regionen mit niedrigeren materiellen Lebensstandards schon jetzt lieber vor Ort bleiben oder in die von ihnen aus geographisch naheliegendsten sicheren Regionen wandern, um möglichst bald wieder zurückzukehren, und um z. T. auch zu helfen, ihr Gemeinwesen weiterzuentwickeln bzw. wieder aufzubauen.

Der ethnozentristischen Angstpropaganda und dem Menschenbild der sog. Neuen Rechten, die einen scheinbaren Multikulturalismus tatsächlich aber einen Ethnopluralismus ver-

ficht, müssen wir ein universalistisches, transkulturelles Verständnis vom Menschen und der Menschheit entgegensetzen.

In der wissenschaftlichen Diskussion unterscheidet man drei grundsätzliche Möglichkeiten des kulturellen Zusammenlebens:

1. Es ist dies zum einen der Multikulturalismus, der das friedliche *Nebeneinanderleben* und das Anerkennen von vermeintlichen kulturellen Unterschieden innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft beinhaltet. Dabei geht es weniger um eine mögliche Kommunikation, als viel mehr um das Anstreben eines konfliktarmen (weil kontaktarmen) Verhältnisses. Machtverteilung und ökonomische Verflechtungen zwischen Minderheiten- und ‚Mehrheits‘kultur(en) werden vernachlässigt.
2. Interkulturalität hingegen strebt eine Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Kulturen an. In Interkulturellen Überschneidungssituationen wird versucht, das Verhalten des ‚Anderen‘ aus dessen kulturellem Hintergrund nachzuvollziehen. Dabei agieren die PartnerInnen jedoch aus einem ethnozentrischen, also einem auf die eigene Kultur als unumstößliche Grundlage bezogenen, Blickwinkel. Die kulturellen Grenzen scheinen fest verankert, ein Hinterfragen der eigenen Kultur findet – wenn überhaupt – nur am Rande statt.
3. Neuere Modelle wie Trans- oder Hyperkulturalität gehen von einer globalisierten Gesellschaft aus. Kulturellen Ausdrucksformen können sich von ihrem ursprünglichen Ort lösen und zirkulieren im globalen Raum. Nicht Grenzen, sondern Vernetzung und Interaktion bestimmen diese Konzepte, die auf einer gegenseitigen Bereicherung und der Überprüfung der eigenen Kultur basieren. Trans- oder Hyperkulturalität wird jedoch durch die ökonomische (und dadurch auch mediale) Ungleichheit verhindert. Nur einige ‚Wohlstandskids‘ aus den ‚westlichen‘ Staaten können momentan via Internet und durch Schul- und Universitätsaustauschprogramme die Chance auf einen transkulturellen Austausch wahrnehmen (verstärkte Elitenbildung).

Während die Rechte nunmehr also kulturelle Unterschiede besonders prominent hervorhebt und die Ungleichheit und ihre dazugehörigen sozialen Konstruktionen nicht nur als Naturgesetz akzeptiert, sondern auch offensiv an ihrer Verstärkung arbeitet, setzen wir ihnen ein Menschenbild der grundsätzlichen Gleichheit und Solidarität entgegen. Freilich sind sog. Kulturen sehr wirkungsmächtige Sozialkonstruktionen; dies kann allerdings immer weniger darüber hinwegtäuschen, dass diese Konstrukte auf sozio-ökonomischer Basis ruhen und ihre sozialen und gesellschaftlichen (Stabilisierung-)Funktionen erfüllen. Die Konstruktion eines wie auch immer gearteten Unterschiedes, seien es Rassen, Kulturen, Ethnien, Religionen, Nationen etc., erzeugt gewaltige gesellschaftliche Widersprüche und Spannungen, die einer sozio-ökonomischen Emanzipation der Menschheit und einem für dieses Ziel unabdingbarem progressivem Bewusstsein entschieden entgegenstehen. Sozialistische/ progressive Migrationspolitik muss daher also immer vor allem die ökonomischen Ungleichheiten zu überwinden trachten und diese verschleiernenden Sozialkonstruktionen dekonstruieren und auch öffentlichkeitswirksam aufklären.

E. Migration unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten

Gemäß unserer Gesellschaftsanalyse entlang der drei gesellschaftliche Widersprüche bedarf eine Betrachtung des Phänomens Migration neben der Interpretation realer Zustände unter kapitalistischen und rassistischen Parametern auch einer geschlechtsspezifischen Analyse unter den Bedingungen einer patriarchalischen Gesellschaftsformation. Dabei er-

schließen sich hauptsächlich fünf (Forschungs- bzw.) Analyseperspektiven in der Untersuchung der Migration unter geschlechtsspezifischen Fragestellungen. Es sind dies

1. Fragen um die Folgen der Migration von Männern für die Frauen, die zurückbleiben oder mitgehen;
2. Fragen um die Auswirkungen der freiwilligen Migration von Frauen;
3. Fragen um die Folgen erzwungener Migration für Frauen;
4. Fragen um die durch die Migration von Frauen sich wandelnden Geschlechterrollen;
5. Fragen um den Blick von außen auf zu- oder abwandernde Frauen, also um die Haltung der abgebenden oder aufnehmenden Gesellschaft.

Abgrenzung zwischen diesen Kategorien ist dabei sicherlich häufig schwierig und fließend.

Zu 1.: Wandern Männer aus (Arbeitssuche, Krieg, Auslandsdienst etc.) verändert sich viel für Frauen, die zurückbleiben und Frauen, die mitgehen müssen. In historischen Kriegszügen gab es immer Frauen im Kriegstross, die mit ihren Arbeiten, meist Reproduktion, den Kriegszug vielfach erst ermöglicht haben. Aber auch in der Geschichte der Arbeitsmigration haben wir oftmals Frauen, welche die Männer begleiten oder ihnen im Familiennachzug folgen. Oftmals sind es die Männer, welche den Entschluss zur Migration fällen und damit das Leben auch ihrer Frauen und Kinder mitbestimm(t)en. Auf diese Weise erleben Frauen Migration oftmals als doppelten Zwang. Während die allgemeine ökonomische Situation (oder andere Situationen) ihre Männer zum Migrationsentschluss bewegt, so bedeutet die Lebenssituation in einer patriarchalischen Gesellschaftsformation für Frauen, die von dem Entschluss ihrer Männer abhängig sind, noch eine zusätzliche Zwangssituation. Nicht zuletzt lässt sich daraus auch erklären, warum Frauen oftmals größere Schwierigkeiten haben sich in die neue Lebenswelt 'einzufügen'. Sie sind ja nicht gegangen, um zu migrieren, wie ihre Männer, sondern, sie sind wegen ihrer Männer gegangen.

Für Frauen, die zurückbleiben, ändert sich das Leben hingegen oftmals in eine notgedrungen selbstbestimmtere Weise. Oftmals erlebt man in z.B. Kriegssituationen im Laufe der Geschichte den Einzug von Frauen in Produktions- und Gesellschaftsbereiche, die ihnen vorher schlicht verwährt waren. So führte ‚Männermangel‘ im 1. und 2.WK zu einer Zunahme von Lohnarbeit unter den Frauen in allen Bereichen der Produktion. Oft ist zu beobachten, dass Männer, die aufgrund ihrer Tätigkeit in der Ferne selten oder gar nicht mehr Familienkontakt haben und somit an den Rand der Sozialstruktur ‚Familie‘ gedrängt werden. Frauen übernehmen damit letztlich alle Aufgaben der Familie und gewinnen dabei auch Dominanz in der Erziehung.

Zu 2.: Frauen die sich freiwillig in die Migration begeben (sei es Arbeits-, Heirats- oder auch Bildungsmigration), sind mental meist besser auf Migration und neue gesellschaftliche Umstände eingestellt. Sie sind dabei oftmals zu einer hohen Akkulturationsleistung ihrerseits gezwungen. Am Bsp. der Auswanderung vieler Frauen nach Nordamerika im 19. und 20. Jhrd. zeigt sich, dass sie durch Migration oftmals mit neuen und liberaleren gesellschaftlichen Rollenbildern in Kontakt kamen und lebten, so konnten Frauen mit unehelichen Kindern in den USA oftmals wesentlich freier und selbstständiger leben, als in ihrem Herkunftsort. Obschon viele Frauen oft durch Verarmung, Elend, Not, Ausbeutung und Unterdrückung den Schritt zur Migration gehen, so markiert diese Entscheidung an sich bereits eine Zäsur, widerspricht doch der Entschluss zur Migration meist dem traditionellen Rollenbild. Entsprechend kann man konstatieren, dass freiwillige Migration für Frauen oftmals auch das Heraustreten aus der Fremdbestimmung und das Einmünden in ein selbstständiges

ges Leben bedeuten kann. Die Zahl der Frauen, die in ihren Herkunftsort zurückkehren, ist dabei wesentlich niedriger als bei männlichen Wiederkehrern, da sich die emanzipative Entwicklung durch Migration als ein irreversibler Prozess darstellt und emanzipierte Frauen in ihren Herkunftsorten oftmals nicht wieder akzeptiert werden. Insofern ist der Entschluss von Frauen zur Migration, oftmals ein wesentlich gewichtigerer persönlicher Schritt als bei Männern.

Zu 3.: Erzwungene Migration unterscheidet sich von der freiwilligen darin, dass der freiwilligen Auswanderung oft ein eigener Entschluss vorausging - auch wenn hier indirekter Zwang auch eine Rolle spielen kann - und dieser von positiven Zukunftswünschen begleitet wird. Als klassische Gründe zur Zwangsmigration sind Zwangsarbeit, Deportation und Verschleppung, Flucht und Vertreibung oder Exil zu nennen, Beispiele dafür sind etwa Frauenhandel und Zwangsprostitution. Häufig ist diese Form der Migration für Frauen mit traumatisierenden Erlebnissen wie Vergewaltigungen, Verlust von Familienangehörigen etc. verbunden. Nicht selten führen diese Erlebnisse zu schweren psychischen Erkrankungen wie Depressionen und Phobien sowie anderen Verhaltensstörungen. Frauen sind in der Situation der erzwungenen Migration oftmals schwerer belastet als Männer, da sie aufgrund ihrer gesellschaftlich-patriarchalisch zugewiesenen Rolle als Frau oftmals von einer Unterdrückungssituation in die nächste geraten konnten und können.

Zu 4.: Grundsätzlich wird in der vierten Dimension der geschlechtsspezifischen Analyse von Migration deutlich, wie sehr diese zu Veränderungen der Geschlechterrollen und -beziehungen führen kann. Gerade die Veränderung gesellschaftlicher Rollenbilder durch Migration lässt für die betroffenen Frauen (und auch Männer) vorherige Missstände oftmals erst deutlich und bewusst werden. Dies kann zum einen zu einer emanzipativen Entwicklung der Geschlechterverhältnisse bspw. in Familien führen. Zum anderen kann aber auch das Gegenteil eintreten. Soziale Veränderungen/Wandel in den Sozialstrukturen wie der Familie können indessen auch zu Abwehrverhalten gegen das Neue führen. Zur traditionellen Rolle der Frauen gehört auch ihre ‚Zuständigkeit‘ bzw. Brückenfunktion zwischen dem Traditionellen und dem Neuen. Als Vermittlungsperson zwischen Veränderung und Bewahrung sorgt sie in traditionellen Vorstellungen einerseits zwar für eine gewisse ‚Abfederung‘ gesellschaftlicher Veränderungen, bremst andererseits aber auch emanzipative Rollenveränderungen. Oftmals werden im Vergleich mit anderen Familien Veränderungen daher als Verlust und damit als etwas Negatives empfunden, was zu einer Überbetonung des Traditionellen führen kann. Insofern können freilich auch Frauen mit patriarchalischem Bewusstsein aktiv Emanzipation verhindern.

Zu 5.: Frauen erfahren ‚durch Fremdheit oder Andersartigkeit oft sehr viel mehr soziale Ausgrenzung als Männer in ähnlicher Lage‘(Marita Krauss). Dies hängt zweifelsohne sehr stark von der gesellschaftlichen Formation des aufnehmenden Gemeinschaftswesens ab. Als Frauen sind sie auch in fremden Gesellschaften nicht vor der patriarchalischen Unterdrückung und Diskriminierung geschützt, daher belastet sie ihre Rolle als Migrantin ebenso wie ihre Rolle als Frau. Auch in den sog. modernen und postindustriellen Gesellschaften der OECD-Welt gelten Frauen, die allein ihren Weg gehen wollen, allein erziehend sind, keiner klassischen Familie angehören etc., nach wie vor als anrühlich, verdächtig, suspekt, obskur und dubios und werden oftmals dafür geächtet. Dies ist sicherlich auch ein Grund dafür, dass Migrantinnen häufig nur gemeinsam mit ihrer Familie kommen oder zu ihrer Familie nachkommen, also faktisch den Schutz vor der gesellschaftlichen Ächtung in Familienstrukturen suchen. Familienstrukturen bieten dabei vielleicht Schutz vor der neuen Situation, führt aber keinesfalls zu einer Befreiung.

Es zeigt sich nunmehr also, dass der geschlechtsspezifische Analyseaspekt für jeden Bereich der Migrationspolitik unabdingbar ist, denn in nahezu allen Gesichtspunkten erfahren

Frauen vor dem Hintergrund einer patriarchalischen Gesellschaftsformation zusätzlich zu ökonomischer Ausbeutung und Rassismus Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechtes. Migration ist demgemäß immer auch ein geschlechtsspezifisches Phänomen.

II. Flucht und Asyl

A. Flucht und Ihre Ursachen

In vielen gesellschaftlichen und politischen Debatten wird die Asylpolitik losgelöst davon diskutiert, dass es sich um Flüchtlinge, also Menschen handelt, die aufgrund prekärer Situationen ihren Herkunftsort verlassen mussten. Es wird versucht, eine Asylpolitik zu gestalten, welche sich oft nicht einmal im Ansatz mit der Ursachenforschung beschäftigt. Ein umfassender und vor allem notwendiger Diskurs über die wirtschaftlichen, politischen, geschlechtsspezifischen und ökologischen Ursachen von Flucht findet bestenfalls am Rande von Politik statt. Die Entwicklungszusammenarbeit, die von Europa ausgeht, so lässt sich feststellen, ist im Volumen zwar größer geworden, was jedoch fehlt, ist ein ganzheitlicher qualitativer Ansatz, der multilaterale Konzepte zur Überwindung von Fluchtursachen aufzeigt. Eine sozial verantwortliche ‚Eine-Welt-Politik‘, wie sie von der Sozialistischen Internationalen gefordert wurde und zu fordern ist oder von diversen Nicht-Regierungsorganisationen in Anfängen eingefordert wird, findet nicht statt. Eine Mitverantwortung an Fluchtursachen wird abgestritten. Vielmehr wird darauf verwiesen, dass man sich bemühe, höhere finanzielle Mittel zur Entwicklungshilfe und –zusammenarbeit aufzuwenden. Doch nach wie vor überweisen bspw. afrikanische Staaten mehr Zinsen an die OECD-Welt (1,8 Mrd. \$), als diese in Entwicklungshilfe für Afrika investieren (1,1 Mrd. \$).

2005 befanden sich Angaben der UNO 9,2 Mio. Menschen auf der Flucht. Die meisten flohen in Nachbarstaaten und lediglich 5% von ihnen sucht Zuflucht in Europa. Die Ursachen von Flucht sind sehr vielfältig. Wichtig ist zu erkennen, dass jene Menschen, die nach Europa kommen, um Schutz und Zuflucht zu erbitten, keine Fremden mit fremden Problemen sind. Viele Auslöser und Ursachen von Fluchtbewegungen sind direkt oder indirekt von Europa verschuldet oder befinden sich in einem, engen Zusammenhang mit Europa. Außerdem ist es nicht nur so, dass mangelnde quantitative und qualitative Entwicklungshilfe- und –zusammenarbeit zu katastrophalen Zuständen führen.

So sorgt bspw. eine problematische EU-Agrarpolitik, die geprägt ist von einseitiger Subventions- und Preissenkungspolitik z.B. durch übermäßige Produktionssteigerung, dafür, dass es für Agrarproduzierende in afrikanischen Ländern unmöglich wird, in eine Konkurrenzsituation mit europäischen Großproduzierenden zu treten. Aber selbst ein Fair-Trade-Prinzip würde diese Probleme kaum mindern, denn kapitalistische Produktionsweise ist nicht darauf ausgerichtet, ‚Fairness‘ zu erreichen. Ferner sorgen Hilfsorganisationen vor Ort in prekären Regionen der Welt durch ihre Lebensmittellieferungen dafür, dass einheimische ProduzentInnen verdrängt werden. Auf diese Weise kommt es zum Zusammenbruch und zum Brachliegen ganzer Landstriche. Nicht bewässerte und kultivierte Agrarflächen fallen vielfach zusätzlich der ökologisch katastrophalen Desertifikation anheim.

Das Erbe der Kolonialzeit (z.B. Rassismus und Nationalstaatsdenken in Administration und gesellschaftlicher Schichtung in Ruanda oder Sri Lanka), völkerrechtswidrige Außenpolitik ehemaliger Kolonialstaaten und heutiger Großmächte (z.B. Einmischung, Unterstützung faschistischer Regime etc.), das Erbe des Kalten Krieges (z.B. Stellvertreterkriege), die Proliferation von Kleinkaliberwaffen bis zu Massenvernichtungswaffen, die Entstaatlichung vieler Staaten in der sog. Dritten Welt (*failed states*), die Privatisierung militärischen

Handelns durch sog. Sicherheitskonzerne, die Politik privater, internationaler Großkonzerne vor allem in der Rohstoffgewinnung, etc. führen zu instabilen politischen Verhältnissen, welche nicht selten zu schweren bewaffneten Konflikten, Bürgerkriegen, etc. führen, die z.T. in Völkermord gipfeln können.

In der Entwicklung der Debatten um internationales Recht, besonders um die Genfer Flüchtlingskonvention, verdeutlicht sich, wie vielfältig Ursachen für Flucht sein können. International anerkannt sind bereits Gründe wie politische Verfolgung, Krieg und geschlechtsspezifische Verfolgung. Leider sind selbst diese Minimalkonsensregelungen nach wie vor nicht vollständig bspw. in deutsches Asylrecht eingeschrieben.

B. Frauen und Flucht

Die Fluchtursachen von Frauen sind vielfältig. Häufig sind Frauen einer doppelten Verfolgung ausgesetzt. In vielen Fällen werden Frauen zunächst einmal aus denselben Gründen wie Männer verfolgt. So sind auch Frauen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder sprachlichen Minderheit oder wegen ihrer Mitgliedschaft in einer politischen Bewegung, Gewerkschaft oder Religionsgemeinschaft Opfer von Verfolgung. Auch wenn die Motive für Übergriffe sich oft nicht unterscheiden, so ist die Art und konkreten Methoden der Verfolgung von Frauen nicht selten sexistischer Natur: Vergewaltigungen, genitale Verstümmelung, Zwangssterilisationen und erzwungene Schwangerschaften werden als besondere Form der Gewaltanwendung gezielt gegen Frauen eingesetzt. Gerade in Fällen sexueller Übergriffe lehnen jedoch deutsche Verwaltungsgerichte ein Recht auf Asyl fast immer ab. Diese politisch motivierten Vergewaltigungen werden als Exzesse einzelner bewertet. Trotz der Erkenntnisse über systematische Vergewaltigungen, die der Durchsetzung von politischen und rassistischen Zielen dienen, wird eine ‚politische Verfolgung‘ im Sinne des deutschen Asylrechts schlichtweg bestritten. Diese ignorante Begriffsdefinition verkennet: Frauen werden in diesem Fall zweifach politisch verfolgt, einmal als Oppositionelle und zudem als Angehörige ihres Geschlechts.

Geschlechtsspezifische Fluchtursachen treten insbesondere dann ganz offen zu Tage, wenn sie auf Gesetze und Normen beruhen, die nur für Frauen gelten. In manchen Ländern werden Frauen per Gesetz bestimmte Verhaltenskodices auferlegt. Zum Beispiel die Pflicht, bestimmte Kleidung zu tragen oder sich zu verschleiern, etc.. Nicht selten kann das Übertreten dieser Normen schwere Strafen nach sich ziehen. Zudem können solche Normabweichungen auf Umstände zurückzuführen sein, über die die Frauen keinerlei Kontrolle haben. Dies ist z.B. der Fall, wenn einem Vergewaltigungsopfer die Verfolgung und Bestrafung wegen Ehebruchs droht.

Wenn es seit der Asylrechtsänderung (insbesondere Drittstaatenregelung, sichere Herkunftsländer) auch nur wenigen Flüchtlingen gelingt, überhaupt in die BRD zu gelangen, so erwarten Frauen oft besondere Schwierigkeiten.

Insbesondere die Anhörung von Frauen ist so organisiert, dass die Nennung geschlechtsspezifischer Asylgründe erst gar nicht möglich gemacht wird. Dabei ist die Anhörung - es ist praktisch das erste und entscheidende ‚Gespräch‘ mit den Behörden - die Grundlage für das ganze Asylverfahren. Hier müssen die Flüchtlinge ihre Fluchtgeschichte vollständig und glaubhaft präsentieren. Was hier nicht vorgetragen wird, kann später in den seltensten Fällen noch ergänzt werden. Die Tatsache, dass es in der Regel Männer sind, die die Anhörung leiten und übersetzen und häufig die Ehemänner während der Anhörung anwesend sind, macht es vielen Frauen unmöglich, über erlittene sexuelle Gewalt zu berichten. Diese Fluchtursachen gehen dann natürlich auch nicht in die Prüfung des Asylanspruches mit ein.

Aufgrund der schlechten Voraussetzungen bei der Anhörung nennen 90 Prozent der Frauen als Fluchtgründe die ihrer Ehemänner. Dies hat zur Folge, dass der im Rahmen des Familienasyls erlangte Aufenthaltsstatus an dem des Ehemanns gebunden ist. So entsteht ein extremes Abhängigkeitsverhältnis, so dass Frauen auch bei groben Misshandlungen durch ihre Männer von einer Trennung und Scheidung zurückschrecken.

Sowohl im Asylverfahren als auch bei der Anerkennung von Asylgründen darf die spezifische Situation verfolgter Frauen nicht länger ignoriert werden!

C. Asyl

In der Debatte um das Asylrecht fehlt es in der gesellschaftlichen Diskussion an Verständnis für die vielschichtigen Ursachen, die einen Menschen dazu treiben, Zuflucht zu suchen. Fragen der Asylpolitik werden vorrangig als nationale oder europäische Innenpolitik angesehen. So richtet sich Asylpolitik und vielfach ihre Implementierung in Recht eher auf Verhinderung von Zuwanderung als auf die Gewährung von Schutz vor der Gefahr für Leib und Leben.

In der Debatte um Asyl- bzw. Fluchtgründe wird durch eine Unterscheidung verschiedener Ursachen, oftmals eine Rangfolge/ Wertigkeit von Gründen bzw. Asylsuchenden eingeführt. So sind politisch Verfolgte aus einem allgemein unerwünschten Regime willkommen, während Menschen, die aufgrund ökologischer Katastrophen Zuflucht suchen, als ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ beschimpft werden. Daher ist grundsätzlich zu konstatieren, dass bei der Gefahr von Leib und Leben nicht zu unterscheiden sein sollte, warum oder wodurch das Leben eines Menschen in Gefahr ist. Entsprechend ist allen Betroffenen Asyl zu gewähren. Dies betrifft politisch und religiös Verfolgte, ebenso wie Flüchtlinge von Kriegs- und Konfliktschauplätzen, von Hungerkatastrophen, von Verwüstung, von anderen ökologischen Katastrophen, von geschlechtsspezifischer Verfolgung etc. Entsprechend ist Asylrecht so zu gestalten, dass es Asylsuchenden nicht von vornherein unterstellt, sie seien ‚unechte‘ Asylbewerber, die erst einmal zu beweisen haben, dass sie das ‚Privileg‘ besitzen, ‚wahrhaft‘ verfolgt zu sein.

Durch den Artikel 16 GG wurde das Asylrecht zu einem subjektiven öffentlichen Recht erhoben. Asylberechtigt sind AusländerInnen, die in ihrem Heimatstaat politisch verfolgt werden. Als politisch Verfolgte gelten alle, die wegen Rasse, Religion, Nationalität oder wegen politischer Überzeugungen staatlichen Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt ist. Lange Zeit war das deutsche Asylrecht geprägt durch eine generelle Abwehrhaltung gegenüber Flüchtlingen und durch eine Missachtung internationaler Standards, z.B. der Genfer Flüchtlingskonvention. Besonders das deutsche Asylrecht hat sich im Zuge der GG-Änderung des Artikel 16 GG mit der Einführung des Drittstaatenprinzips im Artikel 16a GG von einem verbesserungswürdigen aber doch recht liberalen Asylermöglichungsrecht zu einem stark repressiven, restriktiven Asyl- und Einwanderungsverhinderungsrecht entwickelt. Die Einführung des Artikel 16a, der unter problematischen Umständen zustande kam, war de facto die Entkräftung und Demontage des Asylrechts in Deutschland.

1Zudem ist der Artikel 16 a GG aus verfassungsrechtlicher Sicht problematisch. Mit der Einführung dieses Artikels ist der aus Artikel 19 Abs. 4 GG abgeleitete rechtsstaatliche Grundsatz des ordentlichen Rechtswegs gegen eine drohende Abschiebung versperrt.

Es ist allgemein anerkannt, dass eine Aussetzung der Maßnahme bis zur Klärung der Rechtspositionen einhergeht, dadurch, dass aber ein/e AsylbewerberIn sich nicht mehr auf Artikel 19 Abs. 4 GG berufen kann, wird bei einer Ablehnung des Asylantrags durch die Be-

hörden die sofortige Abschiebung in einen vermeintlich sicheren Drittstaat vollzogen, ob schon ein Anspruch auf Asyl im Widerspruchsverfahren bestehen könnte. Fehler dieser Art hat der Gesetzgeber 1992/1993 bewusst in Kauf genommen.

Dazu tritt eine Diskrepanz zu europäischem Recht auf, indem in Artikel 13 EMRK ein Recht auf wirksame Beschwerde gegen eine innerstaatliche Maßnahme eines Mitgliedsstaates besteht. Dieses Recht wird aber gerade von innerstaatlicher Seite versagt.

Die im Zuge der Schaffung des Artikel 16 a GG eingeführte Drittstaatenklausel öffnet der Kettenabschiebung bis hin ins Heimatland der AsylbewerberInnen Tür und Tor. Zwar müssen die Behörden sicherstellen, dass den AsylbewerberInnen im so genannten sicheren Drittstaat keine Repressionen drohen, weitere Maßnahmen durch den Drittstaat unterliegt jedoch nicht mehr der Sicherungspflicht deutscher Behörden, das heißt im schlimmsten Fall, dass AsylbewerberInnen, die aus verschiedenen Gründen ein Recht auf Asyl haben, bis in ihren Heimatstaat abgeschoben werden können. Damit wird das Asylrecht auf eine perfide Art und Weise konterkariert. Die Einführung der Drittstaatenklauseln in vielen weiteren europäischen Staaten haben solch aufgeführte Szenarien wahrscheinlicher gemacht.

Die als Scheinargument aufgeführte Entlastung der Verwaltung, die mit den Einschränkungen des Asylrechts einhergehen sollten, ist zudem mit Nichten eingetreten, vielmehr obliegt es den Verwaltungsbehörden die vermeintliche Sicherung im Drittstaat zu gewährleisten.

Es zeigt sich vielmehr, dass durch die politische Rechte (CDU/CSU, FDP) und unter unrühmlicher Mitwirkung der SozialdemokratInnen ein Konstrukt der Abschottung errichtet worden ist, welches das Grundrecht auf Asyl so stark eingeschränkt hat, dass ein sinnvoller Grundrechtsschutz mit Nichten gewährleistet ist.

Es gibt vielfältige Gründe, die ein menschenwürdiges Leben im Heimatland unmöglich machen. Seit 2005 müssen die Asylbehörden die Kriterien des völkerrechtlichen Flüchtlingsbegriffs zur Grundlage ihrer Entscheidungen machen. Dazu gehört die Anerkennung der Verfolgung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung sowie nichtstaatliche Verfolgung und Bürgerkrieg als Fluchtgründe. Jedoch existieren auch weitere reale Fluchtgründe, wie der Verlust der Lebensgrundlage aus ökologischen und ökonomischen Gründen, welche bisher nicht anerkannt werden.

1966 wurde der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch Deutschland anerkannt. Im genannten Sozialpakt erkennt Deutschland das Recht eines/r jeden auf soziale Sicherheit, auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, das Recht auf das für ihn/sie erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit und auf Bildung. Die benannten Standards entscheiden nicht nur in Deutschland, ob die Gestaltung eines menschenwürdigen Lebens für jeden Einzelnen möglich ist, sondern überall. Sollten sie nicht gewährleistet sein, befindet man sich in einem Zustand der Perspektivlosigkeit, der automatisch zu menschlicher und materieller Verarmung bis zur psychischen und physischen Erkrankungen führt und schließlich Menschenwürde und die menschliche Existenz in Frage stellt. Ein Leben ohne sie ist nicht möglich. In Deutschland sind soziale Risiken durch den Staat abgedeckt, in vielen anderen Ländern dieser Welt wird eine derartige staatliche Federung nicht angeboten und treibt die Menschen in ein ungewisses Leben ohne jegliche Perspektive.

Daher muss die Frage einer gesicherten Existenz im Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und der Freiheit der Person als Fluchtgrund anerkannt.

Die Einführung des Artikel 16 a GG in Deutschland hatte zusätzlich eine verheerende Vorbildwirkung für ganz Europa. Deutschland galt bis 1992/93 als relativ liberales Asyl-Land. Doch als gerade in Deutschland das Asylrecht derartig verschärft wurde und dies aufgrund der Drittstaatenregelung bedeutete, dass die meisten Asylsuchenden in die Nachbarländer abgeschoben werden konnten, reagierten auch diese Länder und verschärften ihrerseits ihr Asylrecht mit der Einführung der Drittstaatenklausel.

D. Europäische Flüchtlings- und Asylpolitik

Seit 1999 ringen die Mitgliedsstaaten der EU um eine gemeinsame Politik und Mindeststandards für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus und den Umgang mit Flüchtlingen. Während im Wirtschafts- und Handelsbereich die europäische Integration und Liberalisierung schnelle Fortschritte verzeichnen kann, wird die Schaffung gemeinsamer Leitlinien und Mindeststandards durch das Beharren auf nationale Souveränität stark erschwert. Einig ist man sich nur im Aufbau einer undurchlässigen EU-Außengrenze. Hier gibt es die intensive Zusammenarbeit. Systematisch wurden legale Zugangsmöglichkeiten in EU-Mitgliedsstaaten abgeschafft, so dass dies kaum noch möglich ist, auf legale Weise nach Europa einzureisen, um dort Asyl zu finden. Zusätzlich soll die – jetzt so definierte – illegale Einreise mit militärischer Präzision und Grausamkeit unterbunden werden. Durch meterhohe Zäune und Hightech-Ausrüstungen auch für die Grenzschützer der Anrainerstaaten soll die ‚Festung Europa‘ Flüchtlinge schon daran hindern, überhaupt europäischen Boden zu betreten.

Besonders katastrophal ist die Situation vor den Mittelmeerküsten der europäischen Union. So sind zwischen 1997 und 2005 vor der spanischen Küste bspw. mehr als 4000 Flüchtlinge, meist aus afrikanischen Staaten kommend, beim Versuch der Überquerung des Mittelmeers ertrunken. Als besonders restriktiv erweisen sich die italienischen Behörden an und vor den italienischen Küsten. Hier sank in den 1990er Jahren bspw. ein hochseeuntüchtiges Schiff mit einigen hundert Flüchtlingen aus Sri Lanka während die italienischen Grenzbehörden nichts unternahmen. Besonders viel öffentliche Aufmerksamkeit erlangte der Fall des Schiffes Cap Anamur vor der italienischen Insel Lampedusa. Im Eurotunnel zwischen Frankreich und Großbritannien werden immer wieder Leichen von Flüchtlingen entdeckt, wie z.B. einige Flüchtlinge aus China in einem Kühlwaagen vor einigen Jahren. Die Liste dieser humanitären Katastrophe auf europäischen Boden ist beliebig fortführbar.

Die Bilder von erschöpften Menschen und ihren verzweifelten Versuchen, europäischen Boden über teilweise meterhohe Zäune zu erreichen, im Herbst 2005 an den nordafrikanischen Grenzen zu den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla lösten große mediale Aufmerksamkeit aus. Erschreckenderweise wurde aber eben nicht der menschenunwürdige und menschenrechtsverletzende Umgang mit Flüchtlingen durch die EuropäerInnen, die sich international stets gern als Verfechter und Schützer der Menschenrechte stilisieren, kritisiert. Vor allem konnte man den EuropäerInnen vor ihren Fernsehgeräten drastisch aufzeigen, welche Massen da gegen die „Festung Europa“ brandeten. Damit konnte deutlich inszeniert werden, welche Schrecken Europa drohen sollen, wenn es von seiner menschenverachtenden Abschreckungspolitik abweichen würde.

Die Ereignisse an der nordafrikanischen Mittelmeerküste zeigten die Strategie der Europäischen Union deutlich auf: Verantwortung abschieben auf Anrainer und Drittstaaten. Mit 400 Millionen Euro seit 2003 rüstete die EU nicht nur die Festung hoch, sondern auch die Anrainerstaaten zur Verhinderung ‚illegaler‘ Migration auf. Und die Flüchtlinge, die es tatsächlich auf europäischen Boden schaffen, werden per Rücknahmeabkommen und Drittstaatenregelung – oft im Bruch mit der Genfer Flüchtlingskonvention – schnellstens wieder hinausbefördert. Die EU zielt mittel- bis langfristig darauf, Flüchtlinge so weit entfernt von

europäischen Grenzen wie möglich bereits aufzuhalten. Exemplarisch steht hier der Vorschlag des damaligen deutschen Bundesinnenministers Otto Schily, Auffanglager in Nordafrika zu installieren. Diese zynischen Maßnahmen werden euphemisierend als Stärkung der ‚Schutzkapazitäten in der Nähe der Ursprungsregionen‘ bezeichnet. Die aktuell im Entscheidungsprozess befindliche Asylverfahrensrichtlinie ermöglicht noch weitergehend den Abtransport in ‚sichere‘ Drittstaaten als bisher.

Auch sonst spielt Deutschland eine unrühmliche Rolle bei der (Nicht-)Schaffung europäischer Verfahrens- und Behandlungsmindeststandards für Flüchtlinge auf europäischer Ebene. Die schon zurückhaltende Stimmung gegenüber der Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und der Einhaltung völkerrechtlicher Mindeststandards bei den europäischen Mitgliedsstaaten wird durch die deutsche Politik der letzten Jahre zielgerichtet verschärft. Deutschland kämpft systematisch um immer restriktivere Asylsregelungen und verweigert und verzögert gleichzeitig die Umsetzung minimaler Mindeststandards in deutsches Recht. Der im Januar 2006 vorgelegte Entwurf für die Änderung des Zuwanderungsgesetzes entsprechend europäischer Richtlinien zeugt von der Anwendung der schärfstmöglichen Auslegung dieser europäischen Rechtsvorgaben für die Umsetzung in deutsches Recht.

Einzelne Versuche weniger europäischer Länder, ihre Asylpolitik zu liberalisieren, scheiterten. Die spanische Regierung unter Zapatero, die u.a. mit einer Generalamnestie für so genannte Illegale richtige Schritte unternommen hat, war gezwungen, in den europäischen Chor restriktiver Abschottung einzustimmen, da keine einzige weitere Regierung der EU diese erfreulichen Versuche unterstützte. Spanien nahm in kürzerer Zeit mehr Flüchtlinge auf als viele andere EU-Staaten, bis der Druck der nationalistisch gestimmten Öffentlichkeit und der Druck der restlichen europäischen (Nicht-)Asylpolitik Zapatero zur Abschottung bspw. der spanischen Exklaven in Nordafrika drängte.

Bei ihrem Versuch, die Wohlstandsinsel Europa gegen Eindringlinge von außen abzusichern, verletzen die EU und ihre Mitglieder täglich internationale Menschenrechts- und Flüchtlingsstandards auf das schwerste. Gleichzeitig besteht ein absoluter Unwille, auf europäischer Ebene Mindeststandards, die diesen Namen auch verdient hätten, zu schaffen. Einig ist man sich nur in der Abschottung gegenüber vermeintlichen ‚Strömen‘ Illegaler. Die Europäische Union als eine der reichsten Regionen der Welt hat sich bereits weitgehend aus dem globalen Flüchtlingsschutzsystem verabschiedet und negiert damit vollkommen jegliche Verantwortung für Menschen, die vor unerträglichen Zuständen in ihren Heimatregionen geflohen sind. Eine solche Politik ist einer Organisation von Staaten, die für sich selbst Menschenrechte als höchstes Gut definieren, absolut unwürdig!

Es bedarf dringend eines grundsätzlichen Umlenkens hin zu einer europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik, die diesen Namen auch verdient. Europäische Asylpolitik darf keine unterschiedlichen Wertigkeiten von ‚erwünschten‘ und ‚unerwünschten‘ Flüchtlingen in Recht, Politik und Öffentlichkeit etablieren.

Ferner muss in allen betreffenden europäischen Staaten die Drittstaaten-Regelung abgeschafft und das Asylrecht zumindest mit der Genfer Flüchtlingskonvention in Einklang gebracht werden. Mittelfristig ist ein einheitliches europäisches Asylrecht, das allen Menschen, deren Leib und Leben in Gefahr ist, Asyl gewährt, unverzichtbar.

E. Der Umgang mit Flüchtlingen

Die Zahlen des Flüchtlingsberichts des UNHCR zeigen, dass die meisten Flüchtlinge in der Welt vor allem in ihr Nachbarland flüchten, um dort eine sichere Situation in ihrem Land abzuwarten. Auch die Erfahrungen mit Balkanflüchtlingen während und nach den Jugosla-

wienkriegen in den 1990er Jahren zeigen, dass die grundsätzlich freiwillig zurück in ihr Herkunftsland wandern, wenn sich die Situation vor Ort verbessert hat.

Oftmals sind Menschen allerdings gezwungen im Exil längere Zeit oder für immer zu bleiben, da z.B. die Situation im Herkunftsland unverändert bleibt oder weil einige Menschen im Exilland enge soziale und gesellschaftliche Kontakte geknüpft haben und sich nicht mehr als ExillantInnen fühlen.

Wie lange die Zeit des Aufenthalts im Asylland auch sein mag, müssen diese Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können. Die Versäumnisse der Politik in Hinblick auf eine sozial verantwortliche Migrationspolitik, die weitestgehend ausbleibende Debatte über Fluchtgründe und die sich in den letzten Jahren ständig verschärfende Asylgesetzgebung zeitigen auch im täglichen Umgang mit Flüchtlingen ihre Wirkung. Die psychischen und sozialen Probleme von Flüchtlingen werden genauso wenig untersucht, wie die Auswirkungen von Verständnisschwierigkeiten, Sammellagern, des alltäglichen Rassismus und der qua Politik und Gesetzgebung betriebenen Diskriminierung im Alltag.

Die Diskriminierung beginnt allerdings schon zu Beginn jedes Asylverfahrens. In Deutschland werden Asylsuchende von vornherein unter Täuschungsverdacht gestellt. So werden sie in gefängnisartigen Unterkünften, die oftmals äußerste unwürdige Lebensbedingungen vorweisen, ihrer Freiheit beraubt. Dort haben sie das Asylverfahren abzuwarten. Besonders kritisch ist dabei die Situation derjenigen, die keine Papiere zum Beweis ihrer Nationalität vorweisen können. So müssen viele Asylsuchende oft länger als zwei Jahre in ‚Asylhaft‘ verbringen. Die psychische Belastung, die Angst vor dem Abschieben und dem Zurückgehen-müssen in das Land, aus dem man sich für eine Flucht entschieden hatte, die Gefängnisbedingungen, die Behandlung durch die Behörden, die sie wie ‚Illegale‘ behandelt, der Freiheitsentzug, die Perspektivlosigkeit, der mangelnden Kontakt- und Kommunikationsschwierigkeiten aufgrund der Sprachbarrieren führen zu extremen psychischen Stress, der nicht selten in Selbstmordversuchen endet, um Aufmerksamkeit für ihre Situation zu erlangen. Fernerhin ist auch die medizinische Versorgung der Asylsuchenden mangelhaft. Todesfälle, die aufgrund der strengen Sicherheitsregeln eintraten, sind in den Medien eher wenig beachtet oder gar diskutiert worden.

Prinzipiell findet sich allenthalben Diskriminierung gegen Asylsuchende und die Verletzung ihrer Würde. So wird ihnen kein Bargeld anvertraut, sondern lediglich Lebensmittel- bzw. Einkaufsmarken für bestimmte Supermärkte. Sie haben - wenn überhaupt – feste Ausgehzeiten, in denen sie das Gelände eines Abschiebegefängnisses verlassen können. Freilich sehen sie sich einer strengen Residenzpflicht ausgesetzt. Weitere Beispiele lassen sich nennen. Diese groben Diskriminierungen unschuldiger Menschen widersprechen grob dem Gebot zur Wahrung der Menschenwürde. Eine Kriminalisierung von Flüchtlingen ist unhaltbar. Niemand ist illegal!

Als besonders menschenunwürdig erweist sich allerdings das Abschiebeverfahren schlechthin, dass freilich nicht nur AsylbewerberInnen trifft. In einem gut funktionierenden Verbund von Behörden und Privatunternehmen, wie ‚Lufthansa‘ und ‚Die Bahn‘, die gerne Plätze in ihren Transportmitteln für eine Abschiebung zur Verfügung stellen, werden Menschen wie Kriminelle oft gewaltsam in Handschellen in ein Flugzeug oder einen Zug gesetzt und auf diese Weise abgeschoben. Vereinzelt ist berichtet worden, dass bei solch einer Abschiebung bereits gefesselte AsylbewerberInnen erstickt wurden, da sie ständig mit dem Kopf an den Vordersitz gelehnt ausharren mussten. Die Praxis zeigt, daß oftmals viel von den Behördenmitarbeitern vor Ort abhängt. Die Auslegung der vorgebrachten Argumente oder auch die korrekte Übersetzung spielen in der Praxis eine wichtige Rolle. Zwar entscheidet die Ausländerbehörde nicht selbst über den Antrag, aber von den Einschätzungen und vom Um-

gang mit den asylbeantragenden Menschen hängt viel ab. Wer Asyl beantragt, dem fehlen aufgrund der oft dramatischen Fluchtsituation oder auch weil diese vor der Flucht abgenommen wurden, die Papiere oder / und die Betreffenden sind in vielen Fällen verängstigt oder traumatisiert, sind aber in dieser Lage mit einem bürokratischen, formalisierten Prozeß konfrontiert. Hinzu kommt, daß fehlende Informationen und Sprachkenntnisse ohnehin leicht zu Formfehlern führen können, die dann das ganze Verfahren negativ beeinflussen können. Daher ist es von hoher Wichtigkeit, daß die Fallbetreuer in der Praxis nicht nur über hohe Sachkenntnis, was die Verwaltungsvorgänge betrifft, bescheid wissen, sondern auch hohe soziale Fähigkeiten mitbringen. Die Praxis zeigt, daß hier ein großes Defizit

vorherrscht: Das Verständnis für die Notsituationen der asylsuchenden Menschen steht in der Regel hinter einer Art Abschottungsmentalität " zurück. Dies drückt sich dann in Respektlosigkeit im Umgang mit den Antragsteller aus, durch permanentes Duzen oder auch in der Art, wie die Vorgänge und Räumlichkeiten der Ausländerbehörden gestaltet sind, wie hier am Beispiel der Berliner Ausländerbehörde in der Nöldnerstrasse verdeutlicht: Die Verständigung zwischen den Flüchtlingen und den Mitarbeiter/innen der Behörde kann nur innerhalb eines verschließbaren Glaskastens erfolgen. An den Trennscheiben der Schalter befinden sich keine Mikrofone, so daß das Gespräch nur in hoher Lautstärke geführt werden kann. Ein Zugang zu den Arbeitsräumen der einzelnen Sachbearbeiter/innen ist zunächst nicht möglich und wird durch Stahltüren gesichert. Es gibt keine festen Termine, die Wartezeiten können maximal sechs Stunden, im Durchschnitt 3-4 Stunden betragen. Familien mit Kindern oder ältere Personen werden nicht bevorzugt behandelt. Es gibt keine Möglichkeit, sich während der Wartezeit innerhalb der Behörden mit einem kleinen Imbiss oder Getränken zu versorgen. Die Fenster in den Warteräumen können nur auf Anfrage durch das Wachpersonal geöffnet werden.

Daher fordern wir:

1. die Einführung eines europäisch vereinheitlichten Asylrechts, das allen Menschen Asyl gewährt deren Leib und Leben in Gefahr ist, ohne Berücksichtigung der Gründe für die Gefährdung. Dabei fordern wir eine Umkehrung der Beweislast. Nicht der Schutzfliehende hat seine Not zu beweisen.
2. Abschaffung des Artikel 16 a GG und Aufnahme eines individuellen Grundrechts auf Asyl für alle Flüchtlinge in das Grundgesetz. Ferner die europaweite Abschaffung der Drittstaatenklausel. Mindestens die Anerkennung der wirksamen Beschwerde aus Artikel 13 EMRK gegen die drohende Abschiebung.
3. die Einführung eines Asyl-Länder-Finanzausgleiches innerhalb der EU.
4. die rechtliche, politische und ideologisch-öffentliche Dekonstruktion der ‚Festung Europa‘.
5. die Beendigung militärisch-polizeilicher Gewaltanwendung an den EU-Außengrenzen gegen Flüchtlinge. Dies bedeutet auch den Abriss von Mauern, Sicherheitszäunen und Selbstschussanlagen.
6. eine öffentliche Finanzierung und Durchführung von empirischen Erhebungen über die Lebensbedingungen von Flüchtlingen im Exil.
7. die sofortige die Bevölkerung bundesweit auf die menschenverachtende Praxen in Abschiebegefängnissen vor allem in den Flächenländern aufmerksam zu machen und Schließung aller Abschiebegefängnisse .

8. die Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens während der Aufenthaltszeit. Dies bedeutet die Gewährung von Wohnraum, einer finanziellen Mindestversorgung (gleiche Höhe, die auch „Deutschen“ als Mindestversorgung gewährt wird), Abschaffung der Residenzpflicht, Abschaffung des Sachleistungsprinzips, Abschaffung der Lebensmittelmarken, gleiche medizinische Versorgung wie für deutsche BürgerInnen, Ermöglichung des uneingeschränkten Schulbesuches für Kinder, kostenlose Sprachkurse, psychologische Betreuung, Ermöglichung des Zugangs zum Arbeitsmarkt etc.
9. die Beendigung der Abschiebep Praxis. In diesem Zusammenhang ist eine Verquickung von staatlicher Gewalt in Form von Polizei, Grenzschutz, Militär auf der einen und privaten Transportunternehmen auf der anderen Seite sofort zu unterbinden.
10. die Anerkennung so genannter selbst geschaffener Nachfluchtgründe durch exilpolitische Tätigkeiten.
11. Eine bessere Ausbildung und auch Auswahl der Mitarbeiter der Ausländerbehörden vor Ort in pädagogischen und psychologischen Fragen.
12. - Bessere Informationsversorgung der Antragssteller, zumindest mit landessprachlichen Materialien, aber auch Erweiterung der Sprachkompetenzen der Behördenmitarbeiter.
13. - Größere Sanktions- und Einspruchsmöglichkeiten und Aufklärung über diese Möglichkeiten für die Antragssteller, sofern diese nicht korrekt behandelt und betreut werden, sowie eine verbesserte Kontrolle der Praxis durch die Behördenleitung und die Senatsverwaltung für Inneres.

III. Arbeitsmigration

A. Arbeitsmigration in der öffentlichen Debatte

Es ist schwierig, Arbeitsmigration von anderen Migrationstypen zu unterscheiden. Menschen verlassen ihr Herkunftsland aus meist vielfältigen Gründen und kommen mit ebenso vielfältigen Erwartungen in die Aufnahmeländer. Alle MigrantInnen sind allerdings darauf angewiesen, sowohl ökonomisch als auch sozial an der aufnehmenden Gesellschaft partizipieren zu können, auch wenn der Immigration keine ökonomische oder soziale Motivation zu Grunde liegt. Daher ist jede Auseinandersetzung mit migrationspolitischen Themen immer auch eine Auseinandersetzung mit ihren ökonomischen Folgen für die betroffenen Menschen und Gesellschaften.

Die Diskussion über Arbeitsmigration (vor allem über die Immigration) wird in der öffentlichen Debatte vor allem durch zwei sich einander widersprechenden Argumentationsmustern geprägt. Auf der einen Seite wird auf eine demographische Entwicklung und einen zukünftigen (teilweise auch schon gegenwärtigen) Arbeitskräfte-Mangel hingewiesen, insbesondere im Fachkräfte-Bereich. Auf der anderen Seite wird von der politischen Rechten vor einer ‚Überfremdung‘ gewarnt. Die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft habe eine Grenze, die oft auch als bereits überschritten dargestellt wird. Es treffen ökonomische, auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft abzielende Argumentationen auf nationalistische bis völkische Abwehrreaktionen. So wird in der öffentlichen Debatte die Notwendigkeit betont, langfristig verstärkt ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen, gleichzeitig aber hervorgehoben wie unerwünscht dies sei.

ArbeiterInnen mit Migrationshintergrund werden in Deutschland nicht nur ökonomisch und sozial diskriminiert, sondern auch in der medialen Darstellung. Anstatt den MigrantInnen, die in der Geschichte der BRD ein wichtiger Faktor für den ökonomischen Aufstieg waren und dies scheinbar auch in Zukunft sein werden, als Teil der deutschen Gesellschaft zu akzeptieren, sie als gleichwertige Individuen anzunehmen, werden sie als ‚die Ausländer‘ stigmatisiert. Sie werden als VerursacherInnen von Arbeitslosigkeit dargestellt, weil sie ‚den Deutschen die Jobs wegnehmen‘. Ebenso sind sie oft direkt oder implizit gemeint, wenn die ‚Sozialcharakter-Debatte‘ geführt wird. Die knapp zwei Millionen MigrantInnen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen und damit einen großen Beitrag zur Stabilisierung der Sozialsysteme leisten, werden dabei gerne unterschlagen.

Diese gegen in Deutschland arbeitende MigrantInnen gerichteten öffentlichen Debatten zeigen deutlich, dass in Deutschland Nicht-Deutsche im Grunde nicht erwünscht sind. Sie sind ein aus kapitalistischer Logik heraus notwendiges Übel. Allerdings werden sie auch als Objekt für Scheindebatten gebraucht. Anstatt einer strukturellen und kritischen Debatte über die derzeitige ökonomische und soziale Krise wird mit Debatten über schmarotzende, schwarzarbeitende und kriminelle AusländerInnen eine Randgruppe geformt und stigmatisiert, welche einfache Erklärungsmuster und Schuldige für die Misere liefert. Symptomatisch erscheint hierbei die Vehemenz mit der Deutschland und Österreich die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für die EU-Beitrittsländer eingeschränkt haben. Mit Horrorszenarien wurden Ängste geschürt, dass nach der EU-Osterweiterung Millionen von OsteuropäerInnen nach Deutschland und hier die Löhne drücken würden.

Auch das neue Zuwanderungsgesetz ist entgegen seines Namens noch dem alten Denken der Zuwanderungsbegrenzung verhaftet. So wird Zuwanderung nur zugelassen, wenn dies keine negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt hat. Des Weiteren wird schließlich die Zuwanderung von der Qualifikation der MigrantInnen abhängig gemacht, getreu der Humankapitallogik. Es geht primär um die Versorgung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes mit neuer Arbeitskraft, um die Profitmaximierung der Unternehmen durch geringere Lohnzahlungen und weniger Ausbildungsinvestitionen. Noch vor gut zehn Jahren haben die Grünen auf Grund solcher Argumentationen ein quotenbewehrtes Einwanderungsgesetz eben als Zuwanderungsbegrenzungsgesetz abgelehnt. Die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft werden heute von allen Seiten anerkannt und mit keinem Wort kritisch hinterfragt.

Spätestens seit dem Kompromiss mit der Union ist die angekündete Öffnung Deutschlands für neue MigrantInnen ausgeblieben. Die zugehörigen Rechtsverordnungen begrenzen die Möglichkeiten für Neuzuwandernde ziemlich genau auf den Personenkreis, der auch schon nach altem Recht zuwandern durfte. Allerdings hat selbst die Zuwanderung neuer Fach- und Spitzenkräfte nach Deutschland 2005 gegenüber dem Vorjahr sogar abgenommen.

B. ArbeitsmigrantInnen und ihre Situation

Arbeitsmigration bedeutet, dass Menschen ihren Herkunftsort verlassen, um in der Ferne zu arbeiten oder Arbeit zu suchen. Dabei sind die Unterschiede im Rekrutierungsprozess, in der jeweiligen Arbeits- und Lebenssituation der ArbeiterInnen höchst unterschiedlich.

Tendenziell sind ArbeitsmigrantInnen vor allem in problematischen Beschäftigungsverhältnissen angestellt. Sie sind oftmals in Branchen tätig, die eine große körperliche Belastung und viele Überstunden verlangen sowie eine problematische Arbeitsplatzsicherheit aufweisen. Sie verdienen im Durchschnitt weniger und müssen die anstrengenderen Arbeiten annehmen, sind verstärkt von strukturellen und konjunkturellen Beschäftigungskrisen betrof-

fen. Wenn sie ihre Beschäftigung verlieren, verwirken sie oftmals gleichzeitig ihr Aufenthaltsrecht und müssen das Land verlassen.

Während in den ersten Nachkriegsjahrzehnten über bilaterale Abkommen ArbeiterInnen angeworben wurden, gestaltet sich der „Rekrutierungsprozess“ heute vor allem über private Akteure. An der Situation der meisten ArbeitsmigrantInnen hat sich freilich nicht viel geändert, eher im Gegenteil. Durch die Entstaatlichung bzw. Privatisierung der Anwerbung bzw. Rekrutierung, die mit der Privatisierung der Arbeitsvermittlung in Deutschland bspw. einen Höhepunkt erreicht hat – im illegalen Bereich selbsterklärend – ist besonders staatliche Kontrolle verloren gegangen. Für legale ArbeitsmigrantInnen hat sich die Situation in Fragen des Arbeitsschutzes, der sozialen Sicherheit durch staatliche Sozialversicherungssysteme und der ArbeitnehmerInnenrechte (Arbeitszeit, Streikrecht, etc.) eher verschlechtert. Aufgrund z.T. zeitlich begrenzter Verträge und sprachlicher Probleme ist eine Vertretung durch Betriebsräte und Gewerkschaften erschwert oder gar unmöglich gemacht. Oftmals arbeiten ArbeitsmigrantInnen außerhalb tariflicher Vereinbarungen. Im Bereich der Schwarzarbeit oder der Zwangsprostitution kann davon freilich überhaupt nicht zu sprechen sein. Die rechtliche Unsicherheit wird dabei zur Erpressung der ArbeiterInnen durch Ihre ArbeitgeberInnen genutzt. Sie unterliegen hier vollkommen der Willkür ihrer Chefs. Obwohl die existenzielle Versorgung – gerade im medizinischen und psychologischen Bereich – für ArbeitsmigrantInnen sehr schlecht ist, so stellt sich dies für nicht-legal arbeitende ArbeitsmigrantInnen besonders katastrophal dar.

Was der große Teil aller ArbeitsmigrantInnen gemeinsam hat, ist die oftmals schlechte Unterbringung in Herbergen, engen Gästezimmern, Arbeiterheimen, etc. Von einer Privatsphäre bzw. menschenwürdigen Umständen kann oftmals kaum die Rede sein. Die verschiedenen Gruppen von ArbeitsmigrantInnen sind aber auch ganz unterschiedlichen Bedingungen und Problemen ausgesetzt, die eine detaillierte Betrachtung notwendig machen.

B.1. Angeworbene Arbeitskräfte in den 50er bis 70er Jahren

Aufgrund einer konjunkturell bedingten Arbeitskräfte-Knappheit werden ausländische Arbeitskräfte für unbestimmte Zeit oder für einige Jahre angeworben. Dies ist insbesondere in der BRD seit den 1950ern und bis Anfang der 1970er Jahre passiert, um auf eine Arbeitskräfte-Knappheit zu reagieren.

Die in diesen Jahren angeworbenen ‚Gastarbeiter‘ stellen heutzutage zusammen mit ihren nachgeholtten Familien und hier geborenen Kindern den überwiegenden Teil der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, die inzwischen in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben.

Sie kamen in einer Situation des wirtschaftlichen Booms und Arbeitskräftemangels. Man glaubte (oder hoffte), diese ‚Gäste‘ würden nach einigen Jahren wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Es wurden daher kaum Maßnahmen ergriffen, um diesen Menschen eine längerfristige Perspektive in Deutschland zu ermöglichen. Seit 1973 gilt ein genereller Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt.

Anstatt in ihre einstigen Heimatländer zurückzukehren, entschieden sich viele der Angeworbenen für ein Leben in Deutschland und holten ihre Angehörigen im Zuge des Familiennachzugs nach. Der Arbeitskräfte-Mangel der 50er und 60er hatte sich während der 70er in einen Überschuss verwandelt und die angeworbenen ArbeiterInnen hatten sich zu großen Teilen in der BRD eine Existenz aufgebaut. Die Politik reagierte zunächst fast überhaupt nicht auf diese Entwicklung und versäumte es, dieser ökonomisch-faktischen Eingliederung

in die deutsche Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, indem sie die politische, gesellschaftliche und soziale Partizipation der MigrantInnen nicht förderte.

Die strukturelle Beschaffenheit der Branchen, für die ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden, macht diese Bevölkerungsgruppe in einem viel stärkeren Maße für konjunkturelle Beschäftigungskrisen anfällig. Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Versäumnisse der deutschen Bildungs- und Sozialpolitik ist es auch den Nachkommen der ‚Gastarbeiter‘ oft nicht gelungen, dieses strukturell problematische und niedrig entlohnte Segment des Arbeitsmarktes zugunsten qualifizierter, sicherer und gut bezahlter Arbeitsplätze hinter sich zu lassen.

B.2. Saisonarbeit

Saisonarbeit ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, mit dem flexibel auf produktionszyklisch bedingte Nachfrageschwankung nach Arbeitskräften reagiert werden kann. Ausländische Arbeitskräfte erhalten hierbei eine mehrmonatige Arbeitserlaubnis und müssen danach wieder das Land verlassen.

Seit der Legalisierung der Saisonarbeit durch die „Anwerbestoppausnahme-Verordnung“ 1990 ist die Zahl der SaisonarbeiterInnen in Deutschland stetig gestiegen. Derzeit kommen jährlich ca. 300.000 ArbeiterInnen vor allem aus Mittel- und Osteuropa - der überwiegende Teil aus Polen - um sich Geld hinzuzuverdienen. Die Arbeitserlaubnis für Saisonarbeitskräfte ist auf drei Monate beschränkt.

Meist üben sie einfache körperliche Tätigkeiten, wie z.B. Bauarbeiten, Mauern, Erntearbeit o.ä. aus. Besonders zahlreich werden SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft und Gastronomie beschäftigt. In der Erntezeit machen sie fast die Hälfte der Gesamtbeschäftigten in der Landwirtschaft aus.

SaisonarbeiterInnen sehen sich in Deutschland mit nationalistischen Abwehrreaktionen konfrontiert. Dass sie den ‚Deutschen‘ die Arbeitsplätze wegnehmen, ist dabei noch ein sehr mildes Vorurteil. Es zeigt sich jedoch keinerlei negativer Zusammenhang zwischen regulärer Beschäftigung in der Landwirtschaft und der Zahl der Saisonarbeitskräfte.

Seit Jahren versucht man, deutsche Langzeitarbeitslose die Arbeit auf dem Feld antreten zu lassen. Unter Druck werden sie zur Aufnahme einer solchen Arbeit gedrängt. Bei den ArbeitgeberInnen gelten sie als nicht so belastbar und erfahren, wie die ausländischen SaisonarbeiterInnen. Die Agenturen für Arbeit schicken arbeitslose Reinigungskräfte, MechanikerInnen, ‚Hausfrauen‘ wahllos und ohne jegliche Erfahrung zu den landwirtschaftlichen Betrieben. Viele erscheinen nach einer Zeit einfach nicht mehr zu dieser anstrengenden Arbeit und die ArbeitgeberInnen sehen sich einer Lücke gegenüber, die sie mitten in der entsprechenden Saison kaum noch füllen können.

Mit etwa drei Euro pro Stunde sind die Löhne der SaisonarbeiterInnen sehr gering, und ihre schlechte rechtliche Absicherung öffnet Ausbeutung von Seiten ihrer ArbeitgeberInnen Tür und Tor. Sie arbeiten meist mehr als acht Stunden täglich und sind nur sehr mangelhaft untergebracht.

SaisonarbeiterInnen sind überall in der EU zu finden. So arbeiten z.B. Menschen aus strukturschwachen Regionen wie dem Ruhrgebiet oder Ostdeutschland in saisonalen Branchen wie der Tourismus-, Gastronomie-, Agrar- und Baubranche. Verstärkt werden Arbeitsplätze dieser Art im Zuge der Hartz-Gesetzgebung zwangsweise vermittelt.

B.3. ‚Zwangsarbeit‘ durch Menschenhandel

Der Begriff des Menschenhandels beschreibt den Umgang mit Menschen wie mit einem ökonomischen Gut, das gehandelt wird. Historische Ursprünge des Menschenhandels liegen u.a. im antiken Sklavenhandel oder im Austausch von Kriegsgefangenen. In jüngerer Vergangenheit findet sich auch das Beispiel des politischen Menschenhandels, so beispielsweise das Freikaufen politischer Gefangener aus der DDR. Krimineller Menschenhandel liegt vor, sobald die Menschen in Ausbeutungsverhältnisse gezwungen werden und/oder ihr Selbstbestimmungsrecht verletzt wird. Bedeutendste aktuelle Form des Menschenhandels in Deutschland ist der Frauenhandel. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes sind über 98% der Opfer von Menschenhandel Frauen. Frauenhandel spielt sich überwiegend im Kontext von Migrationsprozessen als Folge weltweiter Armut, Krisen, Konflikte und politisch-ökonomischer Umbruchprozesse ab. Kennzeichen des Frauenhandels sind Zwang, Täuschung, Nötigung und vielfach psychische und physische Gewalt. Er dient verschiedenen Zielen: Meistens findet Frauenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung im Rahmen von Prostitution statt. 2003 waren rund 500.000 Frauen als Zwangsprostituierte in der EU, davon 40% in Deutschland. Davon waren über die Hälfte unter 24 Jahre. Die meisten Prostituierten kamen aus Russland. Aber auch das Handeln von Frauen zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft – oft in höchst prekären Arbeitsverhältnissen in Privathaushalten mit starken Abhängigkeitsverhältnissen – oder Heiratshandel stellen Formen des Frauenhandels dar. Oft werden diese Frauen, die zum größten Teil aus ost- und mitteleuropäischen Staaten kommen, mit falschen Versprechungen über Art der Arbeit, die Arbeitsbedingungen und die Verdienstmöglichkeiten getäuscht; zahlreiche Frauen erfahren bereits bei der Anwerbung Gewalt. Oft werden sie auf ‚Bestellung geliefert‘.

Besonders im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 muss mit verstärktem Frauenhandel in die Zwangsprostitution gerechnet werden. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass zu diesem Ereignis zwischen 40.000 und 60.000 Mädchen und junge Frauen nach Deutschland gebracht und zur Zwangsprostitution gezwungen werden.

Aber nicht nur Frauen sind von Menschenhandel betroffen, in vielen Großstädten gibt es so genannte Bettelbanden. Diese bestehen aus Menschen mit Handicap, welche angeworben werden und für ein Jahr nach Deutschland kommen. Bei diesen Banden handelt es sich um eine Form von Zwangsarbeit, da die eingeschleusten Menschen zum Betteln gezwungen werden.

Die rechtliche Situation der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ist in Deutschland katastrophal. Da sie illegal ins Land gekommen sind und über keinen Aufenthaltstitel verfügen, werden sie von den Behörden umgehend abgeschoben. Die Opfer werden damit als illegale MigrantInnen und illegale Prostituierte kriminalisiert. So wagen viele Zwangsprostituierte nicht, sich in ihrer Lage an die Behörden zu wenden, da sie mit der sofortigen Abschiebung rechnen müssen und keinerlei Opferschutz genießen. Damit wird die Bekämpfung des Menschenhandels zusätzlich erschwert und die Opfer der rechtlichen Möglichkeiten beraubt, sich in Deutschland gegen die TäterInnen zur Wehr zu setzen.

B.4. Au-Pair

Ursprünglich wurden Au-Pairs eingerichtet, um jungen Frauen die Möglichkeit zu bieten, eine gewisse Zeit im Ausland verbringen zu können. Um die dortige Sprache zu lernen und sich weiter zu bilden. Über Au-Pair-Programme versuchen häufig Frauen aus Osteuropa in Deutschland Fuß zu fassen.

Heute sind Au-Pairs nur noch billige Hilfskräfte für den Haushalt. Auch ist es nicht so, dass die Au-Pairs in jede Familie kommen, geplant war eine Unterstützung für Familien mit vielen

Kindern und berufstätigen Eltern. Doch heutzutage sind die Au-Pairs meist in einer besser verdienenden Familie untergebracht, wo die Mutter Hausfrau ist, aber trotzdem die Arbeit auf das Au-Pair abschiebt.

Der Anspruch an die Au-Pairs ist groß, z.B. müssen sie entweder eine erzieherische Ausbildung oder eine gewisse Stundenanzahl gebabysittet haben, dann erst dürfen sie sich für ein Au-Pair-Programm anmelden.

Der Anspruch an die Gastfamilien ist im Gegenzug nicht so groß. Sie sollen den Au-Pairs Familienanschluss, freie Kost und Unterbringung, Taschengeld (ca. 205€ im Monat) und genügend Freizeit, die ein ernsthaftes Sprachstudium ermöglicht, bieten. So kommt es nicht selten vor, dass die Au-Pairs in ihren Gastfamilien wie eine Art Haussklave gehalten werden. Diese nehmen es schweigend hin, weil sie sich entweder nicht gut in der Landessprache verständigen können, obwohl offiziell jedes Au-Pair von der Gastfamilie einen Sprachkurs bezahlt werden soll, oder zu große Angst vor den Konsequenzen haben. Und das nicht zu unrecht: viele der bestehenden Au-Pair-Agenturen sind eine Art Menschenhändlerring. Besonders Mädchen aus Osteuropa – das sind ca. 80% der hier lebenden Au-Pairs – bezahlen viel Geld dafür, hier herkommen zu können.

B.5. Greencard

Von 2000 bis 2004 galt eine so genannte Greencard für nichtdeutsche IT-SpezialistInnen, welche 2005 durch das neue Zuwanderungsgesetz ersetzt wurde. Das ‚Sofortprogramm zur Deckung des IT-Fachkräftebedarfs‘ stellte eine Ausnahmeverordnung des seit 1973 geltenden generellen Anwerbestopps für AusländerInnen dar. Ausländische SoftwareexpertInnen erhielten eine auf 5 Jahre befristete Aufenthaltsgenehmigung und eine Arbeitserlaubnis. Die ‚Greencard‘ nutzten etwa 17.000 Menschen. Mit dieser Maßnahme wurde vor allem den Interessen und Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft Rechnung getragen.

Auf der einen Seite verdeutlichte die Greencard-Initiative, dass das bis dahin herrschende AusländerInnenrecht mit seiner Abschottungslogik eben auch hoch qualifizierten AusländerInnen den Zugang nach Deutschland verwehrt. Damit läuft das AusländerInnenrecht sogar den Interessen der deutschen Unternehmen zuwider.

Auf der anderen Seite war die Greencard der Einstieg in die Bewertung von MigrantInnen als Humankapital, also nach Kosten-Nutzen-Rechnungen. Danach sind hochqualifizierte MigrantInnen gut, weil sie ökonomisch gut verwertbar sind, gering qualifizierte MigrantInnen dagegen schlecht, weil sie nur wenig ökonomischen Nutzen bringen.

Vernachlässigt wird in der Debatte um die Anwerbung von ausländischen Fachkräften, dass deren Wegzug in ihren Heimat-Ländern zu so genannten ‚Braindrain‘-Effekten führt. Gerade weniger entwickelte Länder benötigen die Fachkräfte dringend, um ihren Entwicklungsrückstand aufzuholen.

B.6. ArbeiterInnen in Deutschland ohne Arbeitserlaubnis

Schwarzarbeit ist in Deutschland ein Problem. Dabei ist in der öffentlichen Diskussion immer eine gewisse Scheinheiligkeit zu verzeichnen. Trotz der Empörung ist bekannt, dass massiv von nicht geringen Teilen der ArbeitgeberInnenseite auf Schwarzarbeit gebaut wird, um Preise und die Löhne regulärer Arbeitsverhältnisse zu drücken. Schwarzarbeit erzeugt einen nicht zu unterschätzenden Anteil der Gesamtproduktivität bzw. des Bruttosozialproduktes und wird daher zum volkswirtschaftlichen Faktor.

AsylbewerberInnen oder ‚illegal‘ hier lebenden MigrantInnen bleibt oft nichts anderes übrig, als einer illegalen Beschäftigung nachzugehen, da eine legale Beschäftigung aufgrund ihres Rechtsstatus‘ nicht möglich ist. Daher sind diese Menschen dazu gezwungen, fast jede Tätigkeit anzunehmen und auch niedrigste Löhne zu akzeptieren. Da sie keinen ‚legalen‘ Rechtsstatus besitzen, haben sie keine Möglichkeiten, ihre Rechte einzufordern. Sie sind in einer ohnmächtigen Situation der/dem ArbeitgeberIn ausgeliefert. Sollte diese/r die Arbeitsschutzbestimmungen nicht beachten, den vereinbarten Lohn nicht zahlen oder sonstige Abmachungen nicht einhalten, hat der/die illegal beschäftigte MigrantIn keine Möglichkeiten, dagegen vorzugehen. Im Gegenteil, entdecken die Behörden das illegale Beschäftigungsverhältnis, muss der/die MigrantIn mit der Abschiebung rechnen. Zwar wurden in den letzten Jahren auch die Strafen für die ArbeitgeberInnen erhöht, wie z.B. die Höchstgrenze der Strafzahlung von 250.000 auf 500.000 Euro. Am Ende aber bleibt in der Regel die Schwarzarbeit für die ArbeitgeberInnen immer noch ein Gewinngeschäft. Während diese mit einer Geldstrafe – oftmals weit unter dem möglichen Höchstsatz – davonkommen, bezahlen die ArbeitnehmerInnen jedoch meist mit ihrer Abschiebung.

Die Kriminalisierung der Schwarzarbeit findet sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der Praxis vor allem im Bezug auf die ArbeitnehmerInnen statt. Dieser repressive Ansatz der Politik, um Schwarzarbeit zu verhindern, scheint a) nicht erfolgreich zu sein und b) die Lebenslage der illegal Beschäftigten noch zu verschlimmern. So kommt es beispielsweise nicht selten vor, dass ArbeitgeberInnen ihre illegal Beschäftigten selbst anzeigen, um sie los zu werden, und so noch den Lohn für ihre geleistete Arbeit einzusparen.

Die UN-Migrationskommission schätzte 2005, dass sich ca. 5 Millionen MigrantInnen ohne anerkannten Status in Europa aufhalten und jedes Jahr etwa 500.000 Menschen in Europa illegal einwandern. Dabei ist festzuhalten, dass es kaum noch Möglichkeiten gibt, legal in die Mitgliedsstaaten der EU einzuwandern. Viele Menschen werden also in die Illegalität getrieben. Die Lebenssituation dieser Menschen bewegt sich dabei permanent zwischen äußerlicher Normalität und Ausnahmezustand. In ständiger Angst vor der Entdeckung müssen diese Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Einfache Alltäglichkeiten wie der Schulbesuch der Kinder oder ein Gang zum Arzt werden durch ihre rechtliche Lage zu Drahtseilakten, die stark von dem Wohlwollen und Schweigen ihrer Mitmenschen abhängen. So befinden sich Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in einem Netz von Abhängigkeiten gegenüber anderen, die um ihren Status wissen. Sie sind Freiwillig für Ausbeutung, verfügen über keinerlei Rechte, von denen sie Gebrauch machen könnten, und sind von jeglicher sozialen Absicherung ausgeschlossen.

In Italien, Belgien und zuletzt in Spanien fanden umfangreiche Legalisierungen von MigrantInnen ohne anerkannten Aufenthaltsstatus statt. Dabei wurde die Legalisierung in der Regel an den Nachweis über einen Wohn- und Arbeitsplatz geknüpft. Diesem positiven Beispiel sollten progressive EU-Standards für die Anerkennung von illegal Eingewanderten folgen.

C. Arbeitsmigration und EU

Arbeitsmigration innerhalb und in die Europäische Union (EU) stellt eine Aufgabe dar, die ein gemeinsames Vorgehen aller EU-Mitgliedstaaten erfordert. Diese Frage kann nicht aus rein nationaler Perspektive angegangen werden, da Migrationsbewegungen nicht nur die Grenzstaaten, sondern die gesamte EU betreffen.

Deswegen brauchen wir eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU. Nötig ist eine aufeinander abgestimmte europäische Migrationsregelung. Der Zugang zu Bildung, Aus- und

Weiterbildung der MigrantInnen ist notwendig und kann durch die EU gefördert werden, die z.B. Bildungsleitlinien oder finanzielle Zuschüsse für spezielle Programme vor Ort anbietet.

C.1. ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit

Zunächst ist festzustellen, dass eine der vier Grundfreiheiten, die innerhalb der EU gelten, teilweise außer Kraft gesetzt ist. Während Kapital, Güter und Dienstleistungen innerhalb der EU frei verkehren dürfen, gilt dies für ArbeitnehmerInnen nicht. Denn seit 2004 ist die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für die BürgerInnen in den EU-Beitrittsländern eingeschränkt. Dafür hatten sich seinerzeit Deutschland und Österreich stark gemacht und erreicht, dass dieses elementare Grundrecht aller EU-BürgerInnen bis zu 7 Jahre ausgesetzt werden kann. Ausnahmen stellen nur Großbritannien, Irland und Schweden dar. Dies hat zur Folge, dass die legale Arbeitsmigration in Richtung Großbritannien und Schweden verläuft, die illegale nach Deutschland und Österreich. Das hat natürlich Konsequenzen, wie die aktuelle Studie der EU-Kommission verdeutlicht.

Während in Großbritannien, Schweden und Irland die Wirtschaft, Löhne und die Steuereinnahmen stärker wachsen, Arbeitslosenzahlen und Schwarzarbeit sinken, ist dies in Deutschland nicht der Fall. Illegale ArbeitnehmerInnen zahlen weder Sozialabgaben, noch Steuern, drücken aber das Lohnniveau. Der Versuch, Arbeitsmigration per Gesetz zu verhindern, hat sich wieder einmal als Irrglaube herausgestellt. Dies hat mittlerweile auch die SPE-Fraktion erkannt.

Die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für BürgerInnen aus den Beitrittsländern ist unverzüglich herzustellen. Durch gesetzliche Mindestlöhne und europäische soziale Mindeststandards kann Lohn- und Sozialdumping wesentlich effektiver verhindert werden, als durch Gesetze, die an der Realität vorbeigehen. Regelungen, die den Import niedriger arbeitsrechtlicher Standards an den Arbeitsplatz in einem anderen Land ermöglichen, wie ein ‚Herkunftslandprinzip‘ (z.B. Dienstleistungsrichtlinie), laufen diesem Ziel eben zuwider und sind deshalb abzulehnen.

Daher fordern wir:

1. ein Antidiskriminierungsgesetz, das MigrantInnen bei diskriminierenden Praktiken von ArbeitgeberInnen eine juristische Handlungsmöglichkeit ermöglicht. Insbesondere müssen MigrantInnen eine rechtliche Handlungsmöglichkeit erhalten, wenn sie bei Einstellungsverfahren, Lohnniveau oder Schutzbestimmungen schlechter als ‚deutschstämmige‘ ArbeiterInnen behandelt werden.
2. eine ausreichende Aufklärung von MigrantInnen über ihre Rechte. Wobei nicht nur die Grundrechte gemeint sind, sondern auch Arbeitsrechte und soziale Rechte.
3. die Einführung eines Mindestlohns.
4. die Erhöhung des Lohnes für SaisonarbeiterInnen auf Tariflohniveau.
5. eine stärkere Sanktionierung von ArbeitgeberInnen, die sich nicht an einen menschenwürdigen und rechtskonformen Umgang mit SaisonarbeiterInnen halten. SaisonarbeiterInnen müssen besser über ihre Rechte in Deutschland aufgeklärt werden.
6. gleiche Versicherungsmöglichkeiten für SaisonarbeiterInnen.

7. ein Ende der Kriminalisierung der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Das bedeutet, dass diese nicht mehr unter dem Straftatbestand der illegalen Einreise und illegalen Prostitution behördlich behandelt und umgehend abgeschoben werden dürfen. Sie müssen eine Aufenthaltserlaubnis und die Möglichkeit erhalten, vor deutschen Gerichten die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Ihr Polizeischutz muss gewährleistet werden.
8. eine psychologische, medizinische und soziale Betreuung der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution.
9. eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten zur Verfolgung des Menschenhandels innerhalb der EU aber auch verstärkt in Zusammenarbeit mit den Behörden in den Herkunftsländern.
10. eine intensive und konsequente Verfolgung und Bestrafung von MenschenhändlerInnen und Schleuserbanden, sowie von Zuhältern und Bordellbetreibern, die Zwangsprostituierte ausbeuten.
11. die Einführung eines eigenen Straftatbestandes, der die Ausnutzung von Zwangsprostituierten durch Freier unter Strafe stellt.
12. die Einführung eines Au-Pair-Gesetzes u.a. mit folgenden Regelungen:
 - staatliche Kontrolle der Au-Pair Agenturen.
 - bessere Auswahlkriterien für und eine stärkere Kontrolle der Gastfamilien. Z.B. sollte ein/e staatliche/r Beauftragte/r die Lebensverhältnisse der Au-Pairs vor Ort überprüfen.
 - staatliche finanzielle Unterstützung, um mehr Familien die Aufnahme und ordentliche Bezahlung eines Au-Pairs zu ermöglichen.
 - Verpflichtung der Gastfamilien, den Au-Pairs einen Sprachkurs zu bezahlen.
 - eine geschlechtsneutrale Behandlung von Au-Pair-BewerberInnen.
 - eine ständige Datenerhebung über Anzahl und Qualität der Au-Pair-Stellen in der BRD.
13. den Straftatbestand ‚Schwarzarbeit‘ für ArbeitgeberInnen radikal zu verschärfen und für ArbeitnehmerInnen zu entschärfen bzw. abzuschaffen. Niemand darf aufgrund einer Beschäftigung abgeschoben werden.
14. die Legalisierung aller in Deutschland arbeitenden MigrantInnen, egal welchen Aufenthaltstitel sie haben. Dies sollte als progressiver Standard für die gesamte EU angestrebt werden.
15. die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für alle EU-BürgerInnen unverzüglich herzustellen.
16. europäisch harmonisierte gesetzliche Mindestlöhne und soziale Mindeststandards.

IV. Gesellschaft und Migration

A Partizipation statt Integration

In der Diskussion über MigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland wird oft von der mangelhaften Integration von Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund gesprochen. Die Verwendung des Begriffs ‚Integration‘ hat in der politischen (Un-) Kultur aber zu seiner Verzerrung geführt. Die Integrationsdebatte war Ausdruck einer konstruierten Spaltung und Entfremdung von Bevölkerungsteilen, die von PolitikerInnen geschürt und instrumentalisiert wurde: Integration wird heute im allgemeinen Sprachgebrauch als Anpassung kultureller, ethnischer und sozialer Minderheiten an eine ‚deutsche‘ Leitkultur verstanden, also mit Assimilation verwechselt. Somit ist der Begriff zum Instrument geworden, eine Politik der zwangsweisen Anpassung zu verschleiern und anzupreisen.

In der Migrationsforschung wird der Begriff ‚Integration‘ im Sinne des Wortes als ein Zusammenschluss oder eine Zusammenführung verstanden: eine Vereinigung – der Schwerpunkt liegt auf dem, was zwischen den zu integrierenden Dingen liegt, was sie miteinander verbindet. Wo diese Verbindungsstellen zu schwach sind, gilt es, sie aufeinander abzustimmen. Es handelt sich dabei also um einen mehrseitigen Prozess. Die Förderung des kulturellen Austausches ist ein Teil davon. Integration verstanden als ‚Zusammenführung‘ beschreibt die Verbindung mehrerer Elemente zu einem Ganzen, ohne den Schwerpunkt auf die Homogenität des Ergebnisses zu legen. Eine Integration kann auch ein heterogenes Ganzes als Ergebnis haben, was das Wort ‚Zusammenfügung‘ deutlich hervorhebt.

Im Sinne einer progressiv-sozialistischen Politik können jedoch beide Ansätze keine Instrumente zur Problemlösung bieten, da sie Scheinprobleme aufmachen/ konstruieren, indem sie Menschen in unterschiedliche Ethnien, Kulturen und Nationalangehörigkeiten einordnen. Insofern ist auch die Debatte ‚Integration versus Multi-Kulti‘ eine Scheindebatte, die von den wahren gesellschaftlichen Verhältnissen ablenkt. Soziale Ungleichheit ist keine Frage der kulturellen und/oder ethnischen Homogenität oder Heterogenität. Es geht nicht darum, kulturelle Sozialkonstruktionen anzunähern oder zu tolerieren. Es muss viel eher darum gehen, ob jedes menschliche Individuum gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann oder nicht. Aus diesem Grunde tragen wir den Begriff ‚Partizipation‘ in die Debatte.

Ausgehend von der Gleichheit der Menschen verstehen wir unter ‚Partizipation‘ die soziale, politische, rechtliche und ökonomische Teilhabe aller an allem. Ziel sozialistischer Politik muss es sein, den sozialen Aufstieg der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund aktiv und gegen alle Widerstände zu fördern. Eine Debatte um Partizipation zeigt jegliche Formen von Diskriminierung auf und entzerrt Diskussionen um leider sehr wirkungsmächtige Sozialkonstruktionen.

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass jede Form der Benachteiligung sowohl eine rassistische als auch eine sozio-ökonomische Dimension besitzt. Beide Faktoren bedingen einander und liegen in einem engen dialektischen Verhältnis zueinander.

B Rechtliche und politische Partizipation statt beschränkter Rechte

MigrantInnen in Deutschland genießen das Privileg des Rechtsverzichts. So dürfen sie, sofern sie nicht eingebürgert sind, nicht wählen und verfügen auch nicht über andere Rechte, die mit der Staatsbürgerschaft verbunden sind.

All dies beruht auf der historisch in Deutschland vorherrschenden Rechtstradition des sog. *ius sanguinis* („Blutsrecht“), das im Gegensatz zum Rechtsprinzip des *ius soli* („Bodenrecht“), welches vor allem in Frankreich und im angelsächsischen Raum vorherrschend ist, auf eine biologisch-blutmäßige Herkunft rekurriert. Das Staatsbürgerschaftsrecht in Deutschland richtet sich nach wie vor vorrangig nach dem Stammbaum einer Person. Beim Prinzip des Bodenrechts erhalten diejenigen Menschen die Staatsbürgerschaft, die auf dem Staatsge-

biet des entsprechenden Landes geboren wurden. Obwohl es auch in klassischen europäischen Einwanderungsländern, die nicht selten eine koloniale Vergangenheit haben, im Laufe der Nachkriegszeit und im Zuge der Entkolonialisierung zu repressiven Änderungen im Einbürgerungsrecht (z.B. Großbritannien in 1960er Jahren) kam, so bleibt das Staatsbürgerschaftsrecht dieser Länder im Vergleich zur deutschen Rechtslage doch immer noch deutlich liberaler.

Zu Beginn der rot-grünen Bundesregierung gab es zwar den Versuch einer grundlegenden Veränderung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts, das in seiner ursprünglichen Stoßrichtung zur Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft durch fremdenfeindliche Kampagnen vor allem von Seiten der Konservativen scheiterte. Der nunmehr gültige Kompromiss zwischen den Liberalen und der damaligen Bundesregierung führte zu folgender Rechtslage und daraus resultierender realer Lebenssituation.

Die Einbürgerung darf frühestens nach acht Jahren ununterbrochenen rechtmäßigem Aufenthalts erfolgen. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen werden nicht eingebürgert. Kinder von AusländerInnen können die deutsche und eine andere Staatsbürgerschaft besitzen. Mit ihrem 18. Lebensjahr müssen sie sich für eine Nationalität entscheiden. Das grundsätzliche Verbot einer Doppelstaatsbürgerschaft hindert viele MigrantInnen daran, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen.

Stattdessen wird die Einbürgerung als das ultimative Integrationsmittel angesehen. In der dazu geführten politischen Diskussion wird die Einbürgerung eher als Assimilation erkannt und nicht als Partizipation. Erst wenn sich der/die MigrantIn perfekt assimiliert hat, darf sie/er sich zur Belohnung einbürgern lassen. Andere europäische Staaten, wie Frankreich und Italien, haben ein gemischtes System mit Elementen des *ius sanguinis* und des *ius soli*. Hier wird die Einbürgerung als Start der Partizipation angesehen.

Für ein Einbürgerungsverfahren verlangen die Bundesländer unterschiedliche Niveaus an Sprachkompetenz und kulturellen Kenntnissen. Des weiteren muss der/die MigrantIn in der Lage sein, sich und die Familie ohne Inanspruchnahme staatlicher Fürsorgeleistungen selbst zu unterhalten. Auf diese Weise wird das wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Problem von Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem und schließlich sogar zum Einbürgerungshindernis umdefiniert.

Das ‚Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung‘ wird bisweilen sogar eingehend abgeprüft. Es scheint, AusländerInnen müssen die ‚besseren Deutschen‘ sein, um eingebürgert zu werden. Und sollte sich später herausstellen, dass sie dies nicht sind, kann ihnen – grundgesetzwidrig – die Staatsbürgerschaft wieder aberkannt werden. Es besteht die Gefahr der Staatenlosigkeit.

Der Verlust der Deutschen Staatsbürgerschaft ist durch das Grundgesetz verboten (GG Art 16 I). Sie darf nur entzogen werden, wenn der/die Betroffene dadurch nicht staatenlos wird. Da man aber von den MigrantInnen erwartet, dass sie ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft abschaffen, verstößt die Aberkennung der Einbürgerung, wegen einer Straftat, gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Auch Versammlungsfreiheit, Recht zur Vereinsgründung, Freizügigkeit und die Freiheit der Berufswahl sind an den Status der Staatsbürgerschaft gebunden und damit den etwa sieben Millionen AusländerInnen in Deutschland vorenthalten. Umso problematischer ist in diesem Zusammenhang die restriktive Einbürgerungspraxis der Bundesrepublik Deutschland.

Anstatt die Einbindung der MigrantInnen in das Gesellschaftspolitische Leben als Chance

der Partizipation zu sehen, sperrt man sich dagegen und begründet dieses mit dem Nationalgefühl der MigrantInnen zum Heimatland und dem befürchteten Konflikt zwischen Deutschen und MigrantInnen der zu einer größeren Ausländerfeindlichkeit führen könnte.

C. Sozio-ökonomische Partizipation statt sozialer Ausgrenzung

C. 1. Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt: Diskriminierung und soziale Lage

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt die strukturelle Benachteiligung von MigrantInnen deutlich. Menschen mit Migrationshintergrund leiden stärker unter Arbeitslosigkeit, haben schlechter bezahlte Arbeit, arbeiten weniger in sozialversicherungspflichtigen Verhältnissen und sind durch die Art des ausgeübten Berufs stärker von struktureller Arbeitslosigkeit und Strukturwandel betroffen als ihre deutschen KollegInnen.

Die Arbeitslosenquote liegt bei MigrantInnen mit 20% etwa doppelt so hoch wie bei der ‚deutschstämmigen‘ Erwerbsbevölkerung. Sie sind überproportional als ArbeiterInnen und unterproportional als Angestellte beschäftigt und das überwiegend im verarbeitenden Gewerbe und geringqualifizierten Dienstleistungssektor. Dadurch sind sie stärker von strukturellen Arbeitsmarktveränderungen und der Erosion sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse betroffen. Auch leiden MigrantInnen in besonderem Maße unter konjunkturellen Schwankungen am Arbeitsmarkt.

Diese Benachteiligungen entstehen aufgrund rechtlicher, sozialer und rassistischer Faktoren. Bei vielen MigrantInnen verhindern rechtliche Regelungen wie eine fehlende Arbeitserlaubnis oder der Arbeitsplatzvorbehalt einen gleichen Zugang zu Arbeitsplätzen. Auch werden viele, oft hoch qualifizierte, im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse in Deutschland nicht oder nur bedingt anerkannt. Weiterbildende Maßnahmen zur Erlangung einer solchen Anerkennung werden nur unzureichend zur Verfügung gestellt und gefördert.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird außerdem durch eine problematische Qualifikationssituation vieler Menschen mit Migrationshintergrund bedingt, die sich wiederum aus sozialer und diskriminierender Selektion des deutschen Bildungssystems ergibt.

Neben diesen mittelbaren Diskriminierungsmechanismen verstärkt immer noch direkte Diskriminierung ihre Ausgrenzung bzw. Abwertung auf dem Arbeitsmarkt. Ausländische und BewerberInnen mit Migrationshintergrund werden direkt gegenüber ‚deutschen‘ BewerberInnen benachteiligt. Vorurteile gegenüber mangelnden Sprachkenntnissen, stereotyp zugeschriebene negative Eigenschaften, Vorbehalte gegenüber einer möglichen Heterogenisierung der Belegschaft sowie Befürchtungen um vermeintlich negative Kunden-Reaktionen minimieren die Chancen dieser BewerberInnen. Das führt dazu, dass ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund oft nur jene Arbeits- und Ausbildungsplätze zugänglich sind, welche von der ‚deutschstämmigen‘ Erwerbsbevölkerung gemieden werden. Diese weisen wiederum strukturelle Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Entlohnung und gefährliche/gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen auf. Gleichzeitig sind MigrantInnen in Beschäftigungsförderprogrammen und staatlichen Weiterbildungsprogrammen stark unterrepräsentiert.

Die schwierige Situation von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich gleichsam in ihrer Einkommenssituation und damit auch sozialen Lage wider. 14,6% der deutschen Haushalte verfügten 2003 über ein Monatsnettoeinkommen von unter 900 Euro. Gleiches trifft für 22,6% der MigrantInnenhaushalte zu. Die Armutrisikoquote liegt mit 25% fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung und ist im Laufe der letzten Jahre weiter gestiegen. Diese Armut betrifft Kinder im Besonderen, da nicht zuletzt die gesellschaftliche Entwicklung und Bildung in Deutschland stark mit der sozialen Situation verbunden sind.

Damit wird diesen Kindern gleichzeitig der soziale Aufstieg stark erschwert. Unabhängig von der Bildungssituation haben auch AbiturientInnen und AkademikerInnen mit Migrationshintergrund ein weit höheres Sozialhilferisiko als vergleichbare Deutsche.

C.2. Benachteiligung im Bildungssystem: Soziale Selektion und mangelnde Förderung

Internationale Vergleichsstudien haben wiederholt aufgezeigt, dass das deutsche Bildungssystem stark nach sozialer Herkunft selektiert und segregiert. Es ist kaum in der Lage, SchülerInnen adäquat auszubilden, die von der Norm des deutschen Mittelschichtschülers/der deutschen Mittelschülerin abweichen. In keinem anderen Industrieland entscheidet die soziale Herkunft so stark über Bildungs- und Ausbildungschancen wie in Deutschland. Deshalb hat sich die UNO-Menschenrechtskommission entschlossen, die Verletzung des Rechts auf Bildung durch soziale Ausgrenzung in Deutschland durch einen Sonderermittler untersuchen zu lassen.

SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind davon doppelt betroffen, da sie, oftmals aus sozial schwachen Verhältnissen kommend, benachteiligt werden und das Schulsystem gleichzeitig nicht in der Lage ist, auf besondere Anforderungen wie Sprachförderung einzugehen. Dabei zeigt sich, dass mangelnde Sprachkenntnisse kein Spezialproblem von ausländischen SchülerInnen sind, sondern auch viele Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten treffen. Es ist dies also in erster Linie als soziales Problem zu verstehen. Sprachmängel werden dabei oft als Lernschwächen interpretiert und Kinder deshalb nicht sinnvoll gefördert, sondern auf niedrigere Schulformen oder gar Schulen für Lernbehinderte verschoben. Und auch Doppel- oder Mehrsprachigkeit werden nicht als Leistung anerkannt, sondern ignoriert statt gefördert. Oft wird Mehrsprachigkeit mit mangelndem Integrationswillen gleichgesetzt und damit als Problem verstanden.

Dementsprechend sind SchülerInnen mit Migrationshintergrund nach der frühen Selektion des deutschen Schulsystems stark überproportional auf Haupt- und Sonderschulen vertreten aber auf Gymnasien signifikant unterrepräsentiert. Die Hauptschulen sind oft nicht in der Lage, bestehende Benachteiligungen gezielt auszugleichen, sondern tragen zur Demotivierung der SchülerInnen bei. Mit knapp 20% verlassen fast drei Mal so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund die Schule ohne Abschluss als deutsche SchülerInnen. Besonders HauptschülerInnen werden nach ihrer Schulausbildung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oft von RealschulabgängerInnen und AbiturientInnen verdrängt und werden deshalb weit überproportional in ‚Warteschleifen‘ ohne Perspektiven wie den sogenannten ‚Berufsvorbereitungsmaßnahmen‘ geparkt. Auch hier sind Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional vertreten.

Die Benachteiligung und soziale Segregation von SchülerInnen aus sozial schwachen Familien wirkt sich nicht nur auf deren Schulabschluss, sondern auch auf Ausbildungsplatzaussichten, Berufschancen, Weiterbildung und damit spätere sozio-ökonomische Situation aus. Aber selbst bei gleichen schulischen Qualifikationen und sprachlichen Leistungen werden BewerberInnen mit Migrationshintergrund gegenüber Deutschen benachteiligt und können nur halb so viele Ausbildungsplätze erlangen. Im Gegensatz zu deutschen SchulabgängerInnen verbessern sich Chancen auf einen Ausbildungsplatz nur bedingt mit steigenden schulischen Leistungen und höheren Abschlüssen. Vorurteilsstrukturen in Betrieben und speziell bei den Personalverantwortlichen führen zu einer diskriminierenden Benachteiligung von BewerberInnen mit Migrationshintergrund. Unterstellte mangelnde Sprachkenntnisse sowie befürchtete störende kulturell abweichende Verhaltensweisen spielen eine wichtige Rolle in der Entscheidung gegen eine/n ausländische/n BewerberIn. Folglich sind SchulabgängerInnen nichtdeutscher Herkunft oft noch stärker von der schlechten Ausbildungsplatzsituation betroffen und können häufig Lehrstellen nur in Berufen erlangen, die

für ihre deutschen AltersgenossInnen nicht so attraktiv sind. Damit werden sie schon in der Ausbildung in Branchen gedrängt, die besonders stark von strukturellem Wandel, konjunkturellen Schwankungen und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen sind.

Die Versäumnisse des deutschen Bildungssystems beginnen aber schon in frühester Kindheit obwohl Untersuchungen die Bedeutung frühkindlicher Bildung für die spätere Bildungsgerechtigkeit zeigen. Kinder mit Migrationshintergrund, die eine frühkindliche Betreuungseinrichtung besucht haben, verfügen über bessere Sprachkenntnisse. Diese Notwendigkeit der frühkindlichen Bildung wird in Deutschland aber nur mangelhaft umgesetzt. Die hohen Gebühren für Kindergärten und –krippen begünstigen hier wieder soziale Ausgrenzung und bieten damit kein Instrument zum Ausgleich sozialer Unterschiede. Kindertageseinrichtungen werden vielfach noch als bildungsfreie Spiel- und Aufbewahrungszonen verstanden, und die Kinder daher nicht entsprechend ihrer Bedürfnisse gefördert.

C. 3. Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt: Räumliche Segregation

In der öffentlichen Integrationsdebatte wird oft die Gefahr der Bildung von Parallelgesellschaften und der ‚Ghettoisierung‘ von ‚Migrantenvierteln‘ betont. Der hohe Anteil von MigrantInnen an der Wohnbevölkerung in manchen Vierteln vor allem großer Städte wird oft mit einer bewussten Abgrenzung von der deutschen ‚Mehrheitsgesellschaft‘ gleichgesetzt.

MigrantInnen haben aber kaum die freie Wahl auf dem Wohnungsmarkt. Durch ihre oft sozial schwächere Lage bestehen bei der Wohnungssuche enge finanzielle Grenzen. Abseits der ökonomischen Benachteiligung greift hier wiederum direkte Diskriminierung. So haben etwa einige Wohnungsgesellschaften inoffizielle ‚Ausländerhöchstquoten‘ und viele MigrantInnen erleben bei der Wohnungssuche die direkte oder indirekte Ablehnung durch VermieterInnen aufgrund ihrer Herkunft. Die Wohnungssuche ist eines der häufigsten Probleme, mit denen sich MigrantInnen an Beratungseinrichtungen wenden.

Obgleich MigrantInnenfamilien über ein niedrigeres Haushaltseinkommen verfügen, zahlen sie höhere Mieten als deutsche Familien. Ihre Mietbelastung ist also stärker. Dabei leben sie mit durchschnittlich mehr Personen in kleineren Wohnungen, Gebäuden in schlechterem Zustand und in Stadtvierteln mit geringerer Lebensqualität durch Lärm, Umweltschmutz, schlechter Infrastruktur usw.

So bleibt den MigrantInnen häufig nur, in Wohnvierteln schlechterer Lebensqualität zu leben, in denen auch ‚deutsche‘ sozial Benachteiligte wie Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen wohnen. Die daraus entstehende Kumulation von MigrantInnen in bestimmten Stadtteilen ist per se zunächst neutral zu beurteilen. Daher sind Maßnahmen zur bewussten ethnischen ‚Mischung‘ oder ‚Entmischung‘ abzulehnen. Es zeigt sich, dass andere Faktoren, wie etwa die soziale Situation wesentlich höheren Einfluss auf die Partizipation oder Ausgrenzung aus der ‚Mehrheitsgesellschaft‘ haben, als der MigrantInnenanteil eines Stadtviertels selbst.

Problematisch ist hingegen, dass die Wohnungswahl aufgrund ökonomischer und rassistischer Diskriminierung nicht frei erfolgen kann. Problematisch sind auch die oft schlechtere Infrastruktur, die Umweltbelastung und die schlechte Wohnqualität der Gebäude. Prekär ist also nicht die Kumulation von Menschen mit Migrationshintergrund in bestimmten Vierteln - eine gesellschaftliche Realität in Einwanderungsländern - sondern vielmehr die Diskriminierung und Ausgrenzung dieser Menschen in schlechtere Lebensverhältnisse.

C. 4. Benachteiligung in der medizinischen und sozialen Versorgung

Es existiert ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Situation und Gesundheitszustand

sowie der Gesundheitsvorsorge und –versorgung der/s Einzelnen. MigrantInnen sind aufgrund ihrer sozialen Lage durch schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen gesundheitlich besonders gefährdet, erhalten aber gleichzeitig eine unzureichende Gesundheitsversorgung. Der Migrationshintergrund und seine Folgen, sind Faktoren, die ein bis zu zehnfach höheres Gesundheitsrisiko verursachen.

Das Gesundheitssystem ist schlecht auf PatientInnen mit Migrationshintergrund eingestellt. Sprach- und Verständigungsprobleme führen nicht selten zu suboptimaler medizinischer Versorgung sowie Hemmungen und negativen Erfahrungen auf Seiten der PatientInnen. Auch sind viele MigrantInnen schlechter über die Angebote, Dienste und Einrichtungen im Gesundheitsbereich informiert und erhalten nicht zuletzt deshalb weniger Vorsorgeleistungen und eine schlechtere Gesundheitsversorgung. Außerdem besteht vielfach die Angst vor ausländerrechtlichen Konsequenzen bei Inanspruchnahme von Leistungen; und das nicht nur bei AsylbewerberInnen und Menschen ohne Papiere.

Auch zeigen sich deutlich die Schwierigkeiten, die bei dem Kontakt mit anderen auch staatlichen Versorgungsleistungen entstehen. Obwohl BürgerInnen mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer sozialen Lage und rassistischer Benachteiligung hier gezielt angesprochen werden müssten, offenbaren sich große Defizite. MigrantInnen geben bei Befragungen an, sich gerade bei Behörden besonders häufig und stark diskriminiert zu fühlen. Dies, zusammen mit mangelnder Information über staatliche Angebote und Verfahrensweisen, führt zu einer Unter- und Fehlversorgung durch öffentliche Leistungen jeglicher Art. Bei Behörden ist der Anteil an MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund besonders niedrig.

D. Aufklärung statt Diskriminierung und Hetze

Neben den bereits genannten Dimensionen der Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund eröffnet sich noch eine weitere nicht zu unterschätzende/ sehr wirkungsmächtige Dimension. Es ist dies die diskriminierende Darstellung von MigrantInnen in der veröffentlichten Meinung. Im Zuge einer sich vollziehenden oder zumindest forcierten neokonservativen Wende, die einhergeht mit einer aggressiven neuen deutsch-nationalen/patriotischen Welle der Identitätspolitik, wird zunehmend ein deutscher 'Volkkörper' konstruiert, dem Menschen angehören können oder nicht. Erweitert wird diese Vorstellung von der neokonservativen Auffassung vom ‚Kampf der Kulturen‘. Dabei wird die Welt in Kulturen/ Kulturräume aufgeteilt, die sich in einem bedrohlichen Widerspruch befänden. Besonders stark wird dabei die deutsche Identität erneut aufgeladen durch eine Beschreibung dieser als Teil des christlichen Abendlandes. Subsummiert werden all die religiös-nationalen Vorstellungen unter dem Stichwort einer ‚deutschen Leitkultur‘. Es ist dies eine Debatte, die in der öffentlichen Wahrnehmung mal mehr und mal weniger Aufmerksamkeit erhält, unterschwellig jedoch immer sehr wirkungsmächtig präsent ist.

Teil jenes 'deutschen Volkskörpers', der sich über ein nur schwer begrenzbares Sammelsurium einiger Speise-, Werte-, Kulturgewohnheiten etc. definieren lässt, kann nur werden, der sich assimiliert. Auf diese Weise kann man Menschen ausgrenzen und zugleich dringend notwendige Veränderung gesellschaftlicher und gesellschaftspolitischer Verhältnisse vermeiden. Es ist dies ein Konzept gegen Veränderung und Emanzipation.

Bewusst oder unbewusst wird das Fremde vom 'heimatlich'-nationalen abgegrenzt, das ‚Wir‘ vom ‚Die‘. Wobei sich das Fremde als jene metaphysische Kraft darstellt, die mit Begriffen wie Flut, Schwemme und anderen Naturkatastrophen bezeichnenden Metaphern belegt wird. Mit Kampagnen wie "Du bist Deutschland" oder ‚Land der Ideen‘ findet in Deutschland eine lang nicht für möglich gehaltene Ethnisierungskampagne statt. Grundsätzlich wird auf diese Weise dem rassistischen Prinzip der Ungleichheit gefolgt. Es gebe

demzufolge nicht Menschen, die gleich sind, sondern unterschiedliche Rassen, Kulturen etc. Dies verdeutlicht sich bspw. in der immer wieder bemühten Ausländerkriminalitätsstatistik, die von vornherein impliziert, dass ausländische Kriminelle, andere Kriminelle seien, als jene, die dem 'Volkkörper' angehören. Eine Ausländerkriminalitätsstatistik legt unterschiedliche Maßstäbe an gleiche Menschen an und ist daher rassistisch und diskriminierend. Ferner hat sie eine gefährliche Außenwirkung, da sie unterstellt, AusländerInnen seien aufgrund ihrer Rolle als AusländerInnen und Nicht-Einheimische besonders kriminalitätsanfällig. Ausländerkriminalität ist kein Tatbestand, sondern eine rassistische Kategorie in jeder Innenverwaltung in Europa. Ein weiteres grob-rassistisches Beispiel ist der Muslimtest, den die baden-württembergische Landesregierung als Fragekatalog für einbürgerungswillige AusländerInnen kürzlich vorgelegt hat. Auch hier werden gröbste Klischees - wie Mitgliedschaften in islamistischen Vereinigungen und antidemokratische Einstellungen - unterstellt. So werden Menschen, die nach der oben genannten Kategorisierung einem speziellen ‚Kulturkreis‘ angehören, unter Generalverdacht gestellt werden.

In der gesellschaftlichen Wahrnehmung wirken nach wie vor starke Stereotype und Vorurteile gegenüber Ausländern und Ausländerinnen vor. Häufige Vorurteile sind, dass AusländerInnen faul und kriminell sind. Deutsche fühlen sich in Vierteln mit einem höheren Ausländeranteil schnell bedroht. AusländerInnen werden wegen ihrer Hautfarbe schneller einer Straftat verdächtigt als Deutsche und berichten auch davon, unverhältnismäßig häufig von Polizeikontrollen betroffen zu sein. Man ist eben schneller ‚verdächtig‘, wenn man ‚anders‘ aussieht. Gerade junge MigrantInnen fühlen sich, in dem Land, in dem sie oftmals sogar geboren sind, nicht wohl; werden stattdessen von allen Seiten mit Vorurteilen und Stereotypen konfrontiert: z.B., dass Familien mit Migrationshintergrund sich selbst abschotten und nichts ‚Deutsches‘ an sich heran lassen. Nicht-christlich religiöse Rituale werden misstrauisch beäugt und es kommen immer mehr sinnlose Vorurteile dazu, die den MigrantInnen das Leben schwerer machen. Türkische Läden und Moscheen werden zunehmend zum schlagenden Beweis für die krude These der Parallelgesellschaften und mangelhafte ‚Integration‘.

Solche Vorurteile bieten eine gute Grundlage für ausländerfeindliche Hetze und Meinungsmache in der ‚deutschen‘ Öffentlichkeit“; und das nicht nur am rechten Rand. Nach wie vor weit verbreitet ist die Aussage, dass AusländerInnen den Deutschen Arbeitsplätze wegnähmen. Darüber hinaus wächst die Ablehnung besonders gegenüber muslimischen MitbürgerInnen, was angesichts der öffentlichen Debatte um den viel beschworenen ‚Kampf der Kulturen‘ kaum verwundern dürfte. Eine im Februar veröffentlichte Forsa-Umfrage kam zu dem Ergebnis, dass 55% der Deutschen die in Deutschland lebenden Muslime als Bedrohung empfinden; 40% gaben sogar an, regelrecht Angst vor dem Islam zu haben. Diese Zahlen verdeutlichen, welch tiefen Graben die öffentliche Debatte bereits um die ‚Mehrheitsgesellschaft‘ gezogen hat. Über diese Barriere hinweg scheint eine angstfreie und nüchterne Auseinandersetzung mit der Lage von AusländerInnen in Deutschland kaum noch möglich.

Als JungsozialistInnen fordern wir daher mehr Aufklärung über das Schicksal der MigrantInnen. Dabei ist für uns als Linke besonders wichtig, immer wieder auf die sozio-ökonomischen Ursachen von Ungleichheiten hinzuweisen. Gleichsam müssen auch immer wieder die Chancen und die emanzipatorische Wirkung von Migration aufgezeigt werden. Sie bedeutet Veränderung (z.B. von Rollenbildern), und Veränderung ist eine Chance zur Emanzipation, wenn sie als solche wahrgenommen und in eine emanzipative Richtung gestaltet wird.

Dabei sind wir auch besonders aufgefordert, auch in unserer eigenen Partei und der Linken insgesamt für ein Bewusstsein zur Entlarvung rassistischen Denkens zu kämpfen. In der

öffentlichen Debatte, welche von uns als Gegenoffensive gegen die neokonservative Wende mit dem Ziel der kulturellen Hegemonie geführt werden muss, könnte eine Diskussion um den Ansatz eines migration-mainstreamings fruchtbar sein. Ferner sollten sich auch Medien und Meinung produzierende Akteure selbstkritisch hinterfragen, welche unsinnigen Debatten sie anstoßen mit Slogans wie: ‚das Boot ist voll!‘ oder ‚die Asylantenschwemme‘.

Daher fordern wir:

1. das volle aktive und passive Wahlrecht auch für dauerhaft in Deutschland lebende Nicht-EU-StaatsbürgerInnen. Ein erster Schritt dazu ist die Einführung des kommunalen Wahlrechts.
2. die im Grundgesetz verankerten Staatsbürgerrechte auch auf AusländerInnen mit Aufenthaltserlaubnis zu übertragen.
3. das überkommene ius sanguinis durch ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Prinzip des ius soli zu ersetzen. Dabei ist die deutsche Staatsbürgerschaft an die in der EU geplante Angleichung des Einbürgerungsrechts aller EU-Mitgliedstaaten anzupassen. Demnach ist die deutsche Staatsbürgerschaft nach spätestens fünf Jahren Aufenthalt zu gewähren. Die Abgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft ist dabei nicht erforderlich.
4. die Einführung des Antidiskriminierungsgesetzes, mit einem Verbandsklagerecht, zur Bekämpfung der direkten und offenen Diskriminierung von MigrantInnen auf Arbeits-, Ausbildungs- und Wohnungsmarkt sowie im gesellschaftlichen und öffentlichen Bereich.
5. die Anonymisierung von Bewerbungsvorgängen nach französischem Vorbild dahingehend, dass die Angabe von Alter, Vorname, Name, Geschlecht und Nationalität nicht im Bewerbungsschreiben angegeben werden darf, sofern das nicht unbedingt notwendig ist. Bewerbungsfotos dürfen nicht verlangt werden.
6. die Stärkung kostenfreier und flächendeckender frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote, im Rahmen derer bereits durch Förderung gezielt der Ausgleich sozialer und möglicher sprachlicher Benachteiligungen betrieben wird. Mehrsprachigkeit soll dabei gefördert werden.
7. die Einführung eines umfassenden Ganztags- und integrativen Gesamtschulsystems für alle SchülerInnen.
8. den Ausbau der Sprachförderung nicht nur der deutschen Sprache, sondern auch – soweit möglich – der Herkunftssprachen, um Mehrsprachigkeit aktiv zu fördern. Dabei sind kleine Lerngruppen und alternative Lernformen anzustreben. Die LehrerInnenausbildung ist stärker auf die Bedürfnisse von SchülerInnen mit Migrationshintergrund auszurichten.
9. das Bildungsziel der Vermittlung einer modernen, pluralistischen Gesellschaft. Dieses Ziel widerspricht homogenisierenden Maßnahmen im Bereich des Bildungssystems wie Sprachzwängen und –verboten, gezielter Vermittlung der deutschen ‚Kultur‘ in Integrationsklassen usw.
10. kurzfristig die Abschaffung der zur ‚Restschule‘ verkommenen Hauptschule und des Hauptschulabschlusses.

11. eine stärkere Förderung von MigrantInnen an Hochschulen. Hierzu gehört der vereinfachte Zugang zu BAföG (inkl. BildungsmigrantInnen) und die Ablehnung jedweder Form von Studiengebühren.
12. eine Verbesserung der Übertragbarkeit von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen dahingehend, dass der Prozess und die Institutionen transparenter gestaltet werden, die Anerkennung von Qualifikationen erleichtert und die Bereitstellung und Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen gewährleistet sein müssen
13. eine bessere Versorgung mit kostenfreien Sprachkursen nicht nur für neu Zugewanderte. Zwang ist dabei kein adäquates Instrumentarium der Sprachvermittlung und daher abzulehnen.
14. dass die Behörden stärker auf die Bedürfnisse von BürgerInnen mit Migrationshintergrund eingehen müssen. Besonders wichtig ist hierbei fremdsprachliche Kompetenz. Die sprachlich und kulturell sensible Sozialarbeit ist zu stärken.
15. staatliche Einrichtungen mehrsprachig auszustatten und Amtskommunikation mehrsprachig zu gestalten und ein generelles Recht auf kostenlose Dolmetscher bei Behördengängen.
16. die Wohnungsbau- und Infrastrukturpolitik stärker auf die Bereitstellung qualitativen Wohnraums in Vierteln mit angemessener Lebensqualität auszurichten. In diesem Sinne ist einer weiteren Ökonomisierung des Wohnungsmarktes entgegenzuwirken. Die Infrastruktur- und Stadtpolitik muss auf die Verbesserung der Lebensqualität in sozial schwachen Vierteln hinsichtlich der Umwelt-/Gesundheitssituation, der sozialen, kulturellen und Transportsituation (besonders ÖPNV) ausgerichtet sein.
17. dass medizinische Versorgung mehrsprachig zur Verfügung stehen muss. Dadurch und durch gezielte Informationsvermittlung sollen Hemmungen und Ängste gegenüber der Inanspruchnahme medizinischer Versorgung und Vorsorge gemindert werden.

Entsprechend müssen sich die gesellschaftlichen Realitäten auch im Verband abbilden. Der Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bei den Jusos nimmt zwar zu; dies gilt nach und nach auch für den Anteil derjenigen in Funktionen. Trotzdem spiegelt er nicht die tatsächliche Bevölkerungsstruktur wider. Dabei muss es Anspruch von jungen Sozialistinnen und Sozialisten sein, allen Menschen mit einem fortschrittlichen, linken Politikverständnis eine politische Heimat zu bieten!

Darüber hinaus bringen junge Menschen mit Migrationshintergrund einige Erfahrungen mit, die die meisten Jusos nie machen werden: Ausgrenzung, schlechtere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der eigenen ethnischen und sozialen Herkunft oder auch die Begegnung mit institutionellem Rassismus. Es kann allerdings nicht darum gehen, diese Gruppe nur als „Opfer der Verhältnisse“ auf paternalistische Weise anzusprechen. Zudem kann es nicht darum gehen, jungen Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund auf eine Rolle als „ExpertInnen für Integration“ zu reduzieren. Vielmehr geht es darum, die individuellen Potentiale von allen für den Verband zu nutzen und gemeinsam politische Projekte auf allen Politikfeldern – und nicht nur im Bereich Integration – zu entwickeln!

Eine der größten Herausforderungen der Linken im 21. Jahrhundert ist es, der Veränderung eine klare Richtung zu geben. In einer Zeit gewaltiger und nachhaltiger gesellschaftlicher Umwälzungen, in der immer mehr Menschen gezwungen sind, das Althergebrachte auf-

zugeben, sich neu zu orientieren, ihren Wohnort zu verlassen, bedarf es einer sozialistischen Weltvision, einer Formung der chancenreichen Unordnung zu Menschlichkeit in Gleichheit.

Wir entscheiden uns für den Menschen!

C12

Demographischer Wandel – Keine Rechtfertigung für Sozialabbau

„Der demographische Wandel ist eine der größten Herausforderungen der Zukunft“!

„Wir müssen dafür sorgen, dass wir die Geburtenrate erhöhen“!

„Die momentane Situation lässt uns keine andere Wahl soziale Einschnitte vorzunehmen“!

Dies sind Aussagen, die im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel tagtäglich fallen. Daher fragen sich viele in unserer Gesellschaft, ob sich einschneidende Veränderungen in den Bereichen des Renten- und Sozialsystems, auf dem Arbeitsmarkt, in der Familienpolitik, in der Wirtschaft oder in der Bildung durch den demographischen Wandel rechtfertigen lassen.

Demographischer Wandel – Was ist das eigentlich ?

Mit demographischen Wandel bezeichnet man die Entwicklung, dass sich die Altersstruktur der Gesellschaft verändert. Der demographische Wandel ist von vielen gesellschaftlichen Faktoren abhängig.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Bevölkerungszahlen seit Jahren rückläufig. Dies macht auch vor dem Saarland nicht halt. Die Geburtenzahlen sind im Saarland in den letzten Jahrzehnten ständig zurückgegangen. Wurden im Saarland 1963 noch rund 21 300 Kinder geboren, so lag die Zahl der Geburten im Jahr 2003 nur noch bei 7500.

Diesen Geburten stehen jährlich etwa 12 500 Sterbefälle gegenüber. Sollte sich an den aktuellen Umständen nichts ändern, ist davon auszugehen, dass sich die saarländische Bevölkerung bis zum Jahr 2030 um 11 Prozent auf 926 000 Einwohner vermindert.

Eine weitere Ursache für den Rückgang der saarländischen Bevölkerung ist die Abwanderung junger Menschen in andere Bundesländer. Das Saarland weist jetzt bereits, neben Sachsen den größten Anteil an älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung auf.

Diskussion in der Gesellschaft

Aufgrund des demographischen Wandels entsteht die größte und schwierigste Debatte in Bezug auf unser Rentensystem. Die Bevölkerung wird immer älter und immer weniger Arbeitnehmer müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Dies führt dazu, dass junge Menschen in Zukunft immer höhere Beiträge zahlen müssen, ein höheres Renteneintrittsalter erwartet und dass sie aufgrund der schlechten Situation des Rentensystems für ihre eigene Rente zusätzlich Privat vorsorgen müssen.

Darüber hinaus müssen Rentner mit Nullrunden und/oder Rentenkürzungen rechnen.

Diese Grundproblematik wird von den konservativ-liberalen Politikern gerne als Rechtfertigung für die Kürzung der Sozialleistungen des Staates gesehen und dazu benutzt die staatlichen Sozialleistungen bis auf ein Minimum schrumpfen zu lassen.

Darüber hinaus wird in der Öffentlichkeit von den Jugendorganisationen dieser ideologischen Strömungen die RentnerInnenintegration als Last für den Rest der Gesellschaft dargestellt.

Der JU-Vorsitzende Philipp Mißfelder hat beispielsweise vorgeschlagen, dass die Krankenkassen für die künstlichen Hüftgelenke von 85-jährigen nicht mehr aufkommen sollten. Ähnliche Forderungen zur älteren Generation kommen auch aus dem Lager der Julis. Die Jusos müssen solche diffamierenden und menschenunwürdigende Forderungen im Keim ersticken und sich eindeutig gegen eine Abwertung der älteren Generation aussprechen, denn alles andere führt zu einem Ausspielen der Generationen.

Weiterhin nutzt das bürgerliche Lager die Diskussion um den demographischen Wandel, um sein reaktionäres Frauenbild wieder aufs Tableau zu bringen. Diskussionen über höhere Geburtenraten und ein Frauenmodell à la Kirchoff führen nicht zu den Lösungen des Problems. Die Entscheidung, ob jemand Kinder möchte oder nicht, liegt im Ermessen der Frau und des Mannes und nicht in der Entscheidungsbefugnis des Staates.

Die Diskriminierung der älteren Menschen und der Kinderlosen führt nicht zur Lösung der gesellschaftlichen Grundkonflikte. Wer dies behauptet verleumdet die Realität.

Die gesellschaftlichen Grundkonflikte liegen immer noch zwischen Arm und Reich und nicht zwischen den Generationen oder den Kinderlosen und Kinderreichen. Genau hier gilt es den Hebel anzusetzen.

Bisherige Lösungsansätze

Zweifel bestehen indes, ob die Politik in der Lage ist die Probleme, die durch den demographischen Wandel entstehen, zu beseitigen.

- Zu geringe staatliche Einnahme aufgrund eines unsolidarischen und unüberschaubaren Steuermodells.
- Der Bundesarbeitsminister geht in die Offensive und quacksalbert von einer Erhöhung des Rentenalters ohne die Probleme zu beachten, die ebenfalls durch den demographischen Wandel entstanden sind. In der Wirtschaft macht sich ein gewisser Jugendwahn breit, der dazu führt, dass es für Arbeitnehmer ab 50 Jahren zunehmend schwieriger wird auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.
- Forderung nach höheren Geburtenraten, ohne Verbesserung der Betreuungsangebote.
- Die Bundesregierung beschließt Kürzungen des Arbeitslosengeldes II für Arbeitslose Jugendliche und Junge Erwachsene bis 25 Jahren auf 80 % ohne darüber nachzudenken, dass man diese Jugendlichen in dreifacher Hinsicht bestraft (Arbeitslosigkeit, Zwang des Wohnens im Elterlichen Lebensbereich, geringeres Einkommen).
- Die Landesregierung lässt Grundschulen schließen und spricht sich für die Einführung von Studiengebühren aus, ohne dabei zu beachten, dass das Saarland das Bundesland ist, das vom demographischen Wandel am meisten betroffen ist.

Dies sind Lösungsansätze, die komplett an der Lösung des Problems vorbei zielen. Auffallend ist auch, dass die Probleme des demographischen Wandels zu spät Ernst genommen

wurden und durch Kurzschlusshandlungen sowie bevorstehenden Wahlkämpfen zu unbefriedigenden Ergebnissen führten.

Solidarische Lösungsansätze

Die Einnahmen auf staatlicher Seite lassen sich nach Ansicht der Jusos nicht aufgrund einer Bestrafung von Kinderlosen erhöhen, sondern dies verläuft ausschließlich über ein gerechtes Steuersystem.

Das einzig gerechte Einkommenssteuersystem ist das Steuersystem, das sich nach der Höhe des Einkommens richtet.

Die Erhöhung der Geburtenrate ist nicht durch ein reaktionäres erzkonservatives Frauenbild zu erreichen, sondern einzig und allein durch die Verbesserung der Betreuungsangebote. Ein Betreuungsangebot muss sich nach den Bedürfnissen der modernen Familie richten. Die Frauen und Männer von heute müssen die Möglichkeit bekommen Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen und dürfen nicht vor die Wahl zwischen Familie oder Beruf gestellt werden. Im Rahmen der familienpolitischen Ansätze und der Betreuungsangebote gibt es einen erheblichen Nachholbedarf.

Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters kann nicht ohne entsprechende Voraussetzungen durchgesetzt werden. Zum einen muss älteren Arbeitnehmern ein Angebot gemacht werden, wie sie auch im Alter zu einem sicheren Arbeitsplatz gelangen, bei dem sie ihre ganzen Erfahrungen und Fähigkeiten zur Verfügung stellen können.

Zum zweiten müssen beim Renteneintrittsalter die unterschiedlichen Berufszweige beachtet werden, da es nicht jeder/m ArbeitnehmerInnen zuzumuten ist in einem körperlich anstrengenden Beruf die Lebensarbeitszeit zu verlängern.

Darüber hinaus halten wir an der Ausbildungsumlage fest.

Investitionen um junge Menschen im Saarland zu halten. Ziel muss es sein, dass Saarland für junge Menschen attraktiv zu gestalten, damit das Saarland auch eine attraktive und eigenständige Zukunft hat.

Die wichtigsten Investitionen sind Investitionen in Bildung und Forschung.

Die Jusos Saar fordern daher aufgrund der enormen Bedeutung dieses Themas, auf Grundlage dieses Antrages, dass sich der Bundesvorstand sowie das Umbauprojekt „Soziale Frage“ mit dem Thema demographischer Wandel und der solidarischen Lösung dieses Problems befasst.

C15

Protest gegen die Erhöhung des Rentenalters und Rentenkürzungen

Die Jusos lehnen die von Franz Müntefering vorgeschlagene Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 als ungerecht und unsozial ab.

Wir fordern die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, dieser versteckten Rentenkürzung nicht zuzustimmen und dies auch öffentlich zu dokumentieren. Wir lehnen den Beschluss einer Renteneinstiegsaltererhöhung auf 67 Jahre grundsätzlich ab. Wir fordern den SPD-Bundesvorstand auf eine parteiweite Diskussion über die Zukunft des gesamten deutschen Sozialsystems zu führen. Ziel soll ein dauerhaft zukunftsfähiges Gesamtkonzept zur Zukunft des Sozialstaates sein.

Darüber hinaus protestieren wir gegen den Beschluss des Kabinetts, die Rente in den nächsten beiden Jahren nicht zu erhöhen. Dies stellt schon allein unter Berücksichtigung der Inflationsrate eine Rentenkürzung dar, die wir völlig unvertretbar halten.

E**Europa, Frieden und Globalisierung****E6****Krieg ist kein Kinderspiel!**

Kriege betreffen mittlerweile besonders Zivilisten. Es wird sogar davon ausgegangen, dass 90 % der Kriegsoffer Zivilisten sind, während nur 10 % dem Militär angehören. Kinder sind dabei besonders gefährdet.

30 Millionen Kinder leben in Kriegsregionen. Zwei Millionen starben in den Kriegen der letzten zehn Jahre. Sechs Millionen erlitten schwerste Verletzungen. Ungezählt sind die Kinder, die ihr Leben lang unter ihren schlimmen Erlebnissen und der Angst leiden, die sie im Krieg erfahren mussten. Kinder sind während des Krieges durch Kampfhandlungen und Bomben bedroht. Viele werden getötet oder verletzt. Viele verlieren ihre Eltern und andere Familienangehörige.

Immer wieder werden diese Verletzungen der Menschen- und Kinderrechte von den Verantwortlichen als »Kollateralschäden« verharmlost. Häufig werden sie aber auch als unvermeidlich und notwendig zur Erreichung von »übergeordneten Kriegszielen« dargestellt.

Jedes Kind hat ein Recht auf Schutz vor kriegerischer Gewalt“, heißt es in Artikel 38 der UN-Kinderrechtskonvention, die am 20. November 1989 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Nahezu allen Staaten der Welt haben dieses Übereinkommen ratifiziert und sich damit verpflichtet, es einzuhalten.

Erst seit 2002 verbietet ein Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention den Kriegseinsatz von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Bis heute haben 116 Staaten das Abkommen unterzeichnet, 87 haben es ratifiziert. Wir fordern Bundesregierung und Bundestagsfraktion nachdrücklich auf, die in der UN Kinderkonvention festgehaltenen Richtlinien unverzüglich und vollständig in deutsches Recht umzusetzen. Trotz Unterschrift oder sogar Ratifikation werden aber in manchen Staaten weiter Kinder eingesetzt, zum Beispiel in der Demokratischen Republik Kongo, Liberia, Ruanda, Uganda in Afrika oder Afghanistan, Philippinen und Sri Lanka in Asien. Ein besonderer Augenmerk muss daher auf der Rolle von Kindern als Soldaten gelegt werden.

Auch wenn der Krieg vorbei ist, tragen Kinder schwer an den Folgen des Krieges: Besonders überlebende Mädchen müssen ihre Familie ernähren und nicht selten um Landrechte kämpfen.

Ehemalige Kindersoldaten übertragen die gewalttätigen Verhaltensmuster des Krieges auf ihre familiären Beziehungen. In einigen Ländern bedeutet dies u.a. einen dramatischen Anstieg der Gewalt gegen Frauen.

1. Besondere Gefahren des Krieges**1.1 Landminen und Munitionsrückstände**

Für viele Kinder ist die Gefahr auch nach dem Krieg nicht vorbei. Ihre Gesundheit und ihr Leben sind durch liegen gebliebene Munition und besonders die Landminen bedroht. Sie müssen immer Angst haben - bei der Nahrungssuche, beim Wasserholen, beim Spielen und auf dem Schulweg.

Nach Expertenschätzungen wurden allein seit 1975 rund eine Millionen Menschen durch Landminen verletzt oder getötet. Jedes dritte bis vierte Opfer ist ein Kind. Leider fehlt es noch immer an wirksamen Regelungen, die alle Kriegsparteien und Armeen verbindlich verpflichten, auf den Einsatz von Minen zu verzichten. Doch auch bei einem vollständigen Verzicht auf Landminen, ist die Gefahr nicht beseitigt, die durch diese Waffen ausgeht. Aufgrund vergangener Kriege liegen noch immer Millionen Minen vergraben. Mittel zu ihrer Räumung stehen nur unzureichend zur Verfügung.

1.2 Auswirkungen auf Mädchen

Die Vergewaltigung von Frauen und Mädchen wird seit je her von verschiedenen bewaffneten Gruppen als Teil der Militärstrategie betrachtet. Es handelt sich dabei nicht, wie oft angenommen, um ein spontaner Übergriff, sondern Teil einer Vernichtungsstrategie gegen die Zivilbevölkerung.

Mädchen sind besonderen Risiken ausgesetzt. Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei und Missbrauch sind weit verbreitet. Es gibt jedoch auch Berichte über die Ausbeutung von Jungen zu solchen Zwecken. Daraus resultieren Risiken für die betroffenen Kinder, wie zum Beispiel die ungewollte Schwangerschaft bei Mädchen. Weitere Gefahren sind Infektionsgefahren wie Geschlechtskrankheiten und HIV/AIDS.

2. Kindersoldaten

Der Schutz vor kriegerscher Gewalt an Kindern wurde am 25. Mai 2000 von der UN-Generalversammlung ergänzt durch einen ein so genanntes Zusatzprotokoll.. Es trat erst am 12. Februar 2002 in Kraft. Deutschland ließ sich weitere zwei Jahre Zeit, um das Protokoll zu ratifizieren. Das Zusatzprotokoll verbietet Regierungen und bewaffneten Gruppierungen, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren zu rekrutieren und in kriegerischen Konflikten einzusetzen. Allerdings dürfen Regierungsarmeen auch weiterhin bereits 16-Jährige als Freiwillige anwerben. Bis heute haben über 100 Staaten das Abkommen ratifiziert.

Die Zahl der Kindersoldaten wird weltweit auf 300.000 geschätzt. Minderjährige werden sowohl von regulären Armeen wie auch von Rebellengruppen rekrutiert. In den meisten Fällen handelt es sich um Zwangsrekrutierungen.

In mindestens 20 Ländern, in denen zwischen 2001 und 2004 bewaffnete Auseinandersetzungen oder Kriege stattfanden, kämpften Kinder aktiv an der Front. Darunter sind Afghanistan, Angola, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Kolumbien, Elfenbeinküste, Guinea, Indien, Irak, Israel/palästinensische Autonomiegebiete, Indonesien, Liberia, Myanmar (Burma), Philippinen, Russische Föderation, Ruanda, Sri Lanka, Somalia, Sudan und Uganda.

Für die meisten Kriege gilt: Je länger ein Krieg dauert, desto mehr Kinder werden rekrutiert. Je mehr Kinder rekrutiert werden, um so jünger werden die Opfer dieser Praxis. Nicht selten kommt es zum »Wettlauf« der Kriegsparteien bei der (Zwangs-) Rekrutierung von Kindern. Die Rekrutierung von Kindersoldaten dient in manchen Konflikt- und Kriegsregionen auch als Instrument zur Unterdrückung von oppositionellen Gruppen und Ethnien. In diesem Fall werden Kinder von Oppositionellen oder ethnischen Minderheiten vom Militär rekrutiert. Anschließend werden sie in entfernte Landesteile gebracht, ohne dass die Eltern vom Verbleib ihrer Kinder Kenntnis erhalten. Kinder reagieren besonders auf Drogen, so dass sie vor kriegerischen Handlungen, um ihre „Leistungen zu steigern“ häufig auf Drogen gesetzt werden. Die Entwicklung von leichten Kleinwaffen ermöglicht es den Kriegsparteien, bereits junge Kinder in bewaffnete Auseinandersetzungen zu schicken. Die Zwangsrekrutierung von Kindern wird auch deshalb genutzt, um den Krieg voran getrieben.

2.1 Gründe für Teilnahme von Kindern am Krieg

Es gibt nur wenige Kindersoldaten, die aus religiöser oder politischer Überzeugung mitkämpfen. Die große Masse hat andere Motive: Angst vor Übergriffen des Gegners; Angst vor Strafen und Misshandlungen durch eine Kriegspartei. Ein weiteres Motiv ist die Hoffnung auf Schutz, Sicherheit und Versorgung. Nicht selten spielt dabei eine Rolle, dass man

mit Waffengewalt rauben und plündern kann. Kinder melden sich auch freiwillig, weil sie sich für die Ermordung der Eltern oder von Familienangehörigen rächen wollen.

2.2 Aufgaben von Kindersoldaten

Auf die kindlichen Bedürfnisse der Kindersoldaten wird keine Rücksicht genommen. Die Kinder werden oft geschlagen, misshandelt und gezwungen, Grausamkeiten zu begehen. Sie müssen zum Beispiel andere Kinder töten, wenn diese fliehen wollten. Diese Behandlung hat nur ein Ziel: Einschüchterung, Erzwingung absoluten Gehorsams und Abstumpfung gegen Grausamkeit. Sie müssen schwere Lasten (Waffen, Verwundete, Lebensmittel, Hausrat, Zelte) über weite Strecken schleppen. Essen, sauberes Wasser und sonstige Versorgungsgüter (Medikamente) sind knapp. Kinder, die diesen Anforderungen nicht gewachsen sind, werden von ihren Vorgesetzten schikaniert oder getötet.

2.3 Mädchen als Soldaten

Auch Mädchen werden in vielen Ländern als Soldaten eingesetzt, allerdings generell in geringerem Umfang als Jungen. Beispielsweise wurden in Sri Lanka systematisch junge tamilische Mädchen, oftmals Waisen, durch die oppositionellen Befreiungstiger für Tamil Eelam (LTTE) rekrutiert. Sie werden »Vögel der Freiheit« genannt und für Selbstmordanschläge ausgebildet, da sie die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung besser umgehen können.

2.5 Internationale Errungenschaften

Ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die Rekrutierung von Kindern das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention, in dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, keine Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren zu rekrutieren. Ebenso wichtig ist der neue Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, denn wer Kinder unter 15 Jahre rekrutiert, kann zukünftig nach dem Statut des Gerichtshofes als Kriegsverbrecher verurteilt werden.

3. Flucht und Asyl

Kinder verlieren im Krieg ihr zu Hause. Weltweit sind 20 Millionen Kinder auf der Flucht.

Auch Kinder, die in ein sicheres Land fliehen konnten, sind dort nicht immer ausreichend geschützt.

3.1 Mädchen und Flucht

Frauen und Mädchen sind nicht nur innerhalb der Kriegszonen bedroht, sondern ebenso auf der Flucht. Grenzübertritte können besonders bedrohliche Situationen sein. Auch in Flüchtlingslagern gibt es für sie keine unbedingte Sicherheit. Nahrungsmittel und Ausweispapiere müssen mitunter mit sexuellen Dienstleistungen bezahlt werden; Tätigkeiten wie Holzsammeln und Wasserholen können lebensgefährlich werden. Flüchtlingsfrauen sind überall gefährdet. Auch in deutschen Flüchtlingsunterkünften - so ist einem Tagungsprotokoll des Deutschen Roten Kreuzes von 1995 zu entnehmen - sind Frauen nicht vor sexuellen Übergriffen sicher. Daher wurden an verschiedenen Orten spezielle Unterkünfte für Flüchtlingsfrauen eingerichtet.

3.2 Schwierigkeiten in Deutschland

In Deutschland z.B. gilt die Kinderrechtskonvention für Flüchtlingskinder nur mit Einschränkungen. Ihnen kann der Schulbesuch verweigert werden, ihren Eltern Hilfe und Beratung bei der Erziehung. Wenn Flüchtlinge 16 Jahre alt sind, müssen sie sich ohne erwachsene Begleitung um Asyl bemühen. Wird ihr Asylantrag abgelehnt, können sie in Abschiebehaft genommen werden.

3.2.2 Fehlende Anerkennung von Zwangsrekrutierung von Kindern als Asylgrund

Das internationale Völkerrecht ist eindeutig: Kindersoldaten sind Opfer schwerster Kriegsverbrechen. Dennoch vertritt das Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge die Meinung, dass es sich bei ehemaligen Kindersoldaten um Fahnenflüchtige ohne politische Verfolgung handelt. Fluchtgründe wie die Rekrutierung als Minderjähriger oder die Ermordung der Eltern werden nicht als asylrelevant anerkannt. Ehemalige Kindersoldaten haben im deutschen Asylverfahren daher kaum eine Chance.

Das deutsche Asylrecht geht in keiner Weise auf die besondere Situation dieser Flüchtlingsgruppe ein: Da diese Kinder normalerweise stark traumatisiert sind - hinzu kommen

Sprachschwierigkeiten -, brauchen sie Hilfe und Unterstützung. Allein sind diese Flüchtlingskinder nicht in der Lage, ein Asylverfahren erfolgreich durchzustehen.

4. Forderungen

Wir wollen in besonderem Maße die deutsche Politik in die Verantwortung nehmen und fordern dahe konkret:

- Den UN-Sicherheitsrat auf, sicherzustellen, dass das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von den Regierungen vollständig umgesetzt wird;
- Das international bisher auf 16 Jahre und in Deutschland auf 17 Jahre festgesetzte Mindestalter für die freiwillige Rekrutierung muss auf 18 Jahren angehoben werden;
- Die Anerkennung, dass Kindersoldaten Opfer schwerster Kriegsverbrechen sind und damit einhergehend ein Recht auf Asyl;
- Kostenlose Unterstützung und rechtlichen Beistand ehemalige Kindersoldaten und Minderjährige im deutschen Asylverfahren;
- Dass in allen Bundesländern Clearing-Stellen eingerichtet werden, um den besonderen Erfahrungen der Kinder auf der Flucht und ihren daraus erwachsenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen;
- Dass die Handlungsfähigkeit im Asylverfahren erst mit 18 Jahren und nicht wie im § 80 Aufenthaltsgesetz für ausländische Kinder und im § 12 AsylVfG für Flüchtlingskinder festgeschrieben, mit 16 Jahren beginnen.;
- Die Drittstaaten-Regelung und das Flughafen-Verfahren lehnen wir ab, kurzfristig sollen zumindest minderjährige Flüchtlinge diesen Verfahren nicht unterliegen;
- Dass eine Feststellung des Lebensalters nur von medizinischem Fachpersonal in einem sachgerechten, das Wohl und die Unversehrtheit des Kindes respektierenden Verfahren erfolgen darf.;
- Dass minderjährige Flüchtlinge, insbesondere auch solche über 16 Jahren, ein Recht auf uneingeschränkte Teilhabe an der sozialen Infrastruktur der Bundesrepublik Deutschland haben. Sie haben insbesondere ein Recht auf Schulausbildung und Schulbesuch und darüber hinaus Anspruch auf soziale und therapeutische Betreuung, auch während des Asylverfahrens.;
- Dass auch ausländische Kinder, unabhängig von ihrem Status, einen Anspruch auf Gewährung von Kinder- und Jugendhilfe, Teilhabe (ggfls. kostenlos) am Gesundheitssystem und Gewährung therapeutischer Hilfen haben.;
- Dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge über 16 Jahren nicht in Asylbewerberunterkünften, sondern in Einrichtungen der Jugendhilfe bei Gewährleistung von qualifizierter Betreuung unterzubringen sind;
- Dass Abschiebehaft für Minderjährige generell abgeschafft wird.;
- Der Ausweisungsgrund (§ 55 II Nr. 2 Aufenthaltsgesetz) der Inanspruchnahme von Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII soll aufgehoben werden;

Es soll eine Debatte in der Menschenrechtskommission der SPD über die besonderen Bedürfnisse von Kindern in Krieg, Krisenregionen und auf der Flucht angestoßen werden.

E7

Minen – eine verhängnisvolle Gefahr für alle Menschen

„ Wir arbeiten für eine Welt, in der alle Völker in gemeinsamer Sicherheit leben, ihre Konflikte nicht durch Krieg oder Wetttrüsten, sondern in friedlichem Wettbewerb um ein menschenwürdiges Leben austragen, [...] in der alle Völker [...] zusammenarbeiten in einer demokratischen und sozialen Ordnung des Friedens, von der Hoffnung und Frieden für die Völker des Südens ausgeht, in der die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch ei-

ne gerechte Weltwirtschaftsordnung faire Chancen zu eigenständiger Entwicklung haben. [...]“
(Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

Wir Jusos bekennen uns zum Anspruch der SPD, für Frieden und internationale Zusammenarbeit zu stehen und auf diese Weise einen Beitrag zur einer besseren Weltordnung zu leisten.

Wir sehen in dem Einsatz von Minen einen Faktor, der die menschliche Entwicklung einschränkt und Menschen aller Länder und Nationalitäten um Lebenschancen und Lebensperspektiven bringt.

I. Minen: Eine weltweite Gefahr für den Menschen

Die Bedrohung durch Minen ist aktuell. 90% der Opfer sind Zivilisten. Alle 20 Minuten wird ein Zivilist auf menschenverachtende Art von Minen verletzt oder getötet. Jedes dritte Opfer ist ein Kind. Das Problem der Verminung geht uns alle an, denn jedes dritte Land ist vermint. Dabei werden die Minenopfer nicht nur von Anti-Personenminen getroffen, sondern auch von Anti-Fahrzeugminen, die nicht zwischen einem schweren Militärfahrzeug und einem Bus, in dem Zivilisten sitzen, unterscheiden können.

Das 1997 beschlossene Ottawa-Abkommen, dem noch nicht alle Staaten beigetreten sind, ist ein wichtiger Schritt zu einer minenfreien Welt. Es beinhaltet ein Produktions- und Handelsverbot, die Offenlegung des Produktionsprozesses, die Pflicht Minen zu räumen, die Zerstörung der bestehenden Lager und die Hilfe für die Minenopfer. Dies befürworten wir. Die Ottawa- Vereinbarungen beziehen sich jedoch nur auf so genannte Anti-Personenminen. Da andere Minen in nicht minder zerstörerischer und menschenverachtender Weise ihre Wirkung entfalten, fordern wir eine Ausweitung des Ottawa- Abkommens auf alle Arten von Minen.

II. Schwerwiegende Folgen von Minen für den Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung

Die betroffenen Länder sind oftmals sehr arm und haben eine schlecht entwickelte Infrastruktur, so dass sie die Minenräumung nicht finanzieren können. Erschwerend kommt hinzu, dass häufig gar nicht bekannt ist, wo die Minen liegen.

Die Verminung hat fatale ökonomische Folgen. So kann oftmals ein Teil der Felder nicht mehr bestellt werden. Dadurch geht die Lebensmittelproduktion und Forstwirtschaft zurück. Aufgrund der Armut der Bevölkerung in einigen Ländern muss trotzdem auf diesen verminnten Feldern angebaut werden. Dabei werden viele Menschen verletzt oder getötet.

In Kambodscha sind die Minen gerade da verlegt, wo das Land am fruchtbarsten ist. 50% des Agrarlandes sind auf diese Weise nicht nutzbar und das bei einer Bevölkerung, in der 71% in der Landwirtschaft tätig sind.

Auch Bewässerungssysteme sind durch Verminung nicht mehr nutzbar. Öffentliche Einrichtungen, wie Schulen sind ebenso wie Straßen vermint. Dadurch können manche Teile des Landes nicht mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Manchmal sind Städte von Minen umgeben. So liegt die Stadt Luena in Angola innerhalb eines Minengürtels, der bis in die Stadt hineinreicht.

Der Wiederaufbau nach dem meistens vorher durchlebten Krieg wird verzögert. Flüchtlinge, die ihr Land wegen eines Krieges verlassen haben, können nicht mehr zurückkehren. Das muss gestoppt werden. Wir wollen, dass Menschen nicht mehr die Möglichkeit genommen wird, sich in ihrem Land frei zu bewegen, ohne die ständige Angst, von einer Mine getötet oder verstümmelt zu werden. Minen sind eine anhaltende Bedrohung, da sie jederzeit ausgelöst werden können. Als Internationalisten streiten wir für Chancengleichheit für die Men-

schen in allen Ländern der Erde. Es muss gewährleistet sein, dass vor allem Dritte-Welt-Staaten eine bessere Infrastruktur aufbauen können. Dies ist unmöglich, wenn das Land vermint bleibt. Deshalb fordern wir die Minenräumung in allen Gebieten.

Wir finden es unerträglich, dass durch Minen menschliche Zukunftsperspektiven verbaut werden. Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, ein sicheres Leben zu führen. Wir wollen Menschen eine Perspektive geben. Dabei ist die Würde des Menschen sowohl Ausgangs- als auch Zielpunkt unseres Denkens. Wir fühlen uns dem Satz verbunden, mit dem die Vereinten Nationen ihre Erklärung der Menschenrechte einleiten: „Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. [...]“

Gerade den Menschen in den verminten Teilen der Welt, für die für uns selbstverständliche Vorgänge wie beispielsweise Wasser holen mit Gefahren verbunden ist, haben unsere Solidarität..“.

Die hohe Anzahl an Minenopfern belastet das Gesundheitssystem. Manchen Krankenhäusern fehlt es an essentiellen Dingen. Oft sind auch die Wege bis ins nächste Krankenhaus sehr weit. So sterben in Kambodscha 31% der Opfer, bevor sie einen Arzt gesehen haben, davon sind Kinder drei Mal stärker betroffen als Erwachsene.

Auf die Opfer kommen durch ihr Unglück, auf eine Mine getreten zu sein, zusätzlich erhebliche finanzielle Belastungen zu. Die Amputationsrate ist z.B. in Kambodscha 100 Mal höher als in Europa und in den USA. Jeder 236. Einwohner ist amputiert. Die Prothesen müssen bei Erwachsenen alle drei bis fünf Jahre, bei Kindern wegen ihres Wachstums sogar alle sechs bis zwölf Monate gewechselt werden. Die neuen Prothesen und die damit verbundenen Operationen belasten die Opfer ein Leben lang. Kinder können, wenn sie von Minen verletzt sind, oft wegen der hohen Kosten nicht mehr zur Schule gehen und haben keine Möglichkeit aus der Armut zu kommen.

Durch die menschenverachtende Praxis des Verminens werden Menschen Entwicklungschancen und Zukunftsperspektiven, dies ist nicht hinnehmbar!

III. Psychologische Folgen: Ein menschenunwürdiges Leben für die Opfer

Auch die psychischen Folgen sind erschreckend. 25 % der Opfer empfinden ihr äußeres Erscheinungsbild als unerträglich. Viele werden durch Verwandte versteckt, weil Behinderte als „Schande der Familie“ angesehen werden. Die Opfer verlieren häufig ihre Arbeit und den Respekt der anderen. Die Verletzten stellen als Pflegefälle eine große Belastung für die Gemeinden dar. Nach Operationen tritt des Weiteren ein Phantomschmerz auf, ein lebenslanger Schmerz an einem Körperteil, das nicht mehr vorhanden ist.

Darum betrachten wir es als Aufgabe der Sozialdemokratie, den Minenopfern mit umfassenden Hilfsprojekten wieder ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Außerdem müssen Verantwortliche in erziehungspädagogischen Bereichen wie zum Beispiel Lehrer für die psychischen Folgen sensibilisiert werden, damit sie die Situation, in der sich die Opfer befinden, richtig einschätzen können. Es müssen Selbsthilfegruppen und landwirtschaftliche Zentren, die an Behinderte angepasste Arbeitsmöglichkeiten bieten, aufgebaut werden.

Weiterhin müssen Förderungsmaßnahmen für die Rückkehr von Flüchtlingen nach der erfolgten Minenräumung getroffen werden.

IV. Für eine minenfreie Welt!

Die Kosten für die Räumung der 80 - 100 Millionen Minen, sind exorbitant. Es kostet nur 2,50 € - 25 €, eine Mine zu kaufen, aber 220 € - 800 €, eine Mine zu räumen!

Wir setzen uns für die Minenräumung organisiert durch die UNO ein. Die Finanzierung soll durch einen Globalfonds der Waffenindustrie erfolgen. Doch mit heutigen Räumungsmitteln würde die Räumung auch bei dem vorhandenen Geld 110 Jahre dauern. Deshalb ist es außerdem wichtig, die Forschung für effizientere und preislich günstigere Minenräumung zu

unterstützen. Dadurch können die Kosten gesenkt, die Räumung schneller und das Risiko für Minenräumer gesenkt werden.

Unerlässlich ist dabei allerdings ein Verbot der Nutzung des erlangten Wissens über die Räumresistenz zu militärischen Zwecken, wie dies z. Z. in Großbritannien praktiziert wird.

Es muss unser Ziel sein, eine minenfreie Welt zu schaffen und nicht die Möglichkeit für das Erschweren der Räumung. Die Räumung muss ausgedehnt werden. Bevor man die Minen räumen kann, ist es wichtig, sie zu identifizieren und dann durch Schulungskampagnen der Bevölkerung diese zu schützen. Wir Jusos sind für die Offenlegung der Pläne, aus denen hervorgeht, welche Gebiete vermint sind und für die Sicherung des verminten Gebietes um die Zivilbevölkerung zu schützen.

Minen sind hinterhältige Waffen. Sie richten nicht sofort Schäden an, sondern stellen eine ständige Bedrohung dar.

Die im Krieg gelegten Minen sollen oft nicht töten, sondern „nur“ schwer verletzen, damit nicht nur ein Soldat außer Gefecht gesetzt wird, sondern sich noch weitere Kameraden um ihn kümmern müssen. Doch auch wenn der Krieg vorbei ist, bleiben die Minen im Land. Kinder werden oft von Minen getroffen, weil sie diese auf Grund ihres Aussehens für Spielzeug halten. Bei ihnen sind wegen der geringeren Größe besonders oft lebenswichtige Organe betroffen. 85% der Minenopfer im Kindesalter sterben auf dem Weg ins Krankenhaus. Springminen schnellen aus dem Boden hervor und explodieren in Höhe des Unterleibes, da sie dort mehr Schaden anrichten können als an den Beinen. Sie sind also bewusst dafür gemacht, den Menschen den größtmöglichen Schaden zuzufügen und sie zu verstümmeln. Darum setzen wir uns für eine völkerrechtliche Vereinbarung, Minen zu ächten, ein. Produktion, Handel und weitere Minenlegung müssen verboten werden.

Dabei machen wir keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Minentypen. Auch Anti-Fahrzeugminen richten einen großen Schaden an. Sie haben eine Aufhebesperre, eine in der Fahrzeugmine integrierte Antipersonenmine. Auch sie richten sich gezielt gegen Personen und müssen deshalb mit in die Vereinbarung, Minen zu ächten aufgenommen werden. Wir sehen in einem grundsätzlichen Minenverbot einen wichtigen Schritt, eine neue, bessere und gerechtere (Welt,) EINE WELT, mit gleichen Lebenschancen zu gestalten.

Aussagen wie die einer Frau aus Uganda: „Als ich am nächsten Tag aufwachte, war ich verstümmelt.“ sollen Geschichte werden. Es ist noch ein langer Weg, bis wir wieder eine Welt ohne Minen haben, aber: „Es ist an uns, die Dinge niemals ihren Lauf zu lassen, sondern uns stets um angemessene Antworten zu bemühen.“ (Willy Brandt)



F**Finanz- und Steuerpolitik****F1neu****Beschäftigung schaffen statt Unternehmenssteuern senken!**

Die Jusos kritisieren die geplante Unternehmenssteuerreform. Für eine Senkung der Unternehmenssteuern gibt es keinen Spielraum. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass die Senkung der Körperschaftssteuer nicht zu mehr Beschäftigung und Wachstum geführt hat. Einnahmeausfälle in Folge einer Steuersenkung wären nicht generationensolidarisch, sie gefährden notwendige Investitionen in Bildung, Forschung und Familie.

Unsere finanzpolitischen Grundsatzpositionen finden ihre konkrete Ausprägung auch in einem einfachen und gerechten Steuer und Abgabensystem. Dieses muss so breit angelegt sein, dass unterschiedliche Lebenssituationen unterschiedlich erfasst werden. Es darf aber wiederum nicht so ausufern, dass nur wenige die einzelnen Spezialregelungen für sich nutzen können, während die breite Masse jenseits der Spezialregelungen die – auch deswegen hohen - Normaltarife zahlt. Diese Balance gilt es unter Berücksichtigung der folgenden Kriterien zu finden:

1 - Verteilungsgerechtigkeit als Maßstab

Wir wollen ein gerechtes Steuersystem. Dazu gehört auch, dass wir die Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit mit anderen Steuertatbeständen in Beziehung setzen müssen. Der weit überproportionale Anteil der Steuern und Abgaben auf Arbeit im Vergleich zur Besteuerung von Unternehmens- und Kapitaleinkommen muss sich durch eine angemessene Lastenverteilung ändern. Außerdem müssen große Vermögen und Erbschaften wieder verstärkt steuerlich herangezogen werden. Darüber hinaus halten wir unsere Forderung nach einer betrieblichen Vermögensteuer, um weitere Steuergerechtigkeit herzustellen, aufrecht.

1 - Impulse für Investition und Konsum

Das Steuer- und Abgabensystem soll die konjunkturellen und strukturellen wirtschaftspolitischen Ziele unterstützen. Es soll vor allem die Investitionskraft der Wirtschaft und die Kaufkraft der privaten Haushalte stärken. Hierbei sind Investitionen in zukunftsfähige Branchen und die Kaufkraft der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung von zentraler Bedeutung.

1 - Vereinfachung des Steuersystems – Erhalt gerechter Elemente

Ein einfaches Steuersystem ist nicht zwangsläufig ein gerechtes Steuersystem. Überlegungen die Steuersystematik so zu vereinfachen, dass hinterher ungleiches gleich (hoch) besteuert wird, um die Spitzensteuersätze zu senken erteilen, wir eine Absage. Plumpe Umverteilungspolitik auf dem Bierdeckel tragen wir nicht mit.

1 - Handlungsfähiger Staat durch eine größere und gerechtere Steuerbasis

2 Wir wollen einen handlungsfähigen Staat und handlungsfähige Städte und Gemeinden. Eine Reform des Steuer- und Abgabensystems muss dazu führen, dass in einem

Konjunkturzyklus die laufenden Aufgaben eines sozialen Staates auch aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden können. Dies gilt insbesondere für die dramatische Konjunkturanfälligkeit der Finanzierung der Städte und Gemeinden.

1 - **Steuerharmonisierung in der Europäischen Union**

Die ordnungspolitische Funktion des Steuerrechts ist an vielen Stellen durch den gemeinsamen europäischen Markt und die Internationalisierung der Finanzmärkte in der Realität nahezu aufgehoben. Notwendig ist eine Europäisierung des Steuerrechts und eine Rückkehr zu internationalen Vereinbarungen über die Ordnung auf den Finanzmärkten. Insbesondere im Bereich der Unternehmenssteuern brauchen wir einheitliche Bemessungsgrundlagen.

Reformnotwendigkeiten im Bereich der Körperschaftsteuer

Aus Sicht der Jusos ist eine Senkung der Unternehmenssteuern nicht zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung geeignet. Im Rahmen der Steuerreform 2000 sind die Unternehmen bereits massiv entlastet worden. Von 2000 bis 2004 sanken die Steuern auf Unternehmertätigkeit und Vermögen von 118 auf 96 Mrd. € (-17%). Im gleichen Zeitraum stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 424 auf 524 Mrd. € (+24%). Diese gigantischen Steuergeschenke haben aber nur eines gezeigt: Steuerentlastungen für Unternehmen taugen nicht als Investitionsanreiz. Denn die Investitionen sind nicht gestiegen, sondern im Gegenteil zurückgegangen. Betrugen die Bruttoinvestitionen im Jahr 2000 noch 216 Mrd. Euro, so waren es 2004 noch 209 Mrd. Euro. Fatal allerdings waren die Auswirkungen für die öffentlichen Haushalte. Wegen der massiven Steuersenkungen bei den Unternehmenssteuern, aber auch bei der Einkommensteuer ist der Staat inzwischen strukturell unterfinanziert. In Folge dessen musste die Investitionsquote zurückgefahren werden und liegt nun bei 1,4% und damit über einen Prozentpunkt unter dem EU-Durchschnitt (2,5%).

Schon heute steht die exportorientierte Wirtschaft im internationalen Vergleich bestens da. Deutschland ist Exportweltmeister. Ein weiteres Anheizen des Standortwettbewerbs durch noch niedrigere Unternehmenssteuern ist keinesfalls angezeigt. Dies gilt umso mehr, als der aktuelle Steuersenkungswettbewerb innerhalb Europas erst durch die deutsche Unternehmensteuerreform 2000 in Gang gesetzt wurde. Denn die reale Steuerbelastung deutscher Kapitalgesellschaften liegt noch unter dem hierzulande so gepriesenen slowakischen Unternehmensteuersatz von 19 %! Internationale Vergleiche der steuerlichen Belastung von Unternehmen sind schon schwierig genug, da in jedem Land andere Gewinnermittlungsvorschriften gelten. Wer mit solchen angeblich exakten Vergleichen arbeitet, handelt daher unseriös und in der Regel interessengeleitet. Die aktuellen Debatten über angeblich zu hohen Unternehmenssteuern in Deutschland entbehren jeder Grundlage. Denn die tatsächlich von Unternehmen und Vermögenden gezahlten Steuern haben nichts mit den nominalen Steuersätzen zu tun. Der tatsächliche Steuersatz auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen sank von 28 % auf 18 %. Bei der tatsächlichen Belastung der Kapitalgesellschaften sieht es noch rosiger für die Unternehmen aus. Im Jahr 2000 betrug sie 22 % - bei einem nominalen Steuersatz von 50 %. Im Jahr 2004 beträgt sie 15 % - bei einem nominalen Steuersatz von 40 %.

Viele weltweit tätige Konzerne haben in den vergangenen Jahren ihre Gewinne gesteigert, zahlen aber in Deutschland weniger Körperschaft- und Gewerbesteuer als in den 90er Jahren. Dies liegt nicht daran, dass diese Konzerne ihre Gewinne hauptsächlich im Ausland erzielen, sondern daran, dass die Möglichkeiten zur Steuervermeidung im deutschen Steuerrecht seit langem angelegt und durch die Steuerreform 2001 sogar noch erweitert worden sind. Die Konzerne haben diese Möglichkeiten verständlicherweise auch genutzt. Dazu ge-

hört die volle steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen in Deutschland, obwohl die dazugehörigen Erträge in Deutschland steuerfrei sind. Weiterhin gehören dazu die totale Steuerfreistellung von Veräußerungserträgen, die dauerhaft mögliche Steuerfreistellung von Erträgen (stille Reserven), erhebliche Steuerrückzahlungen aus früheren Jahren, die Verschiebung von steuerlichen Bemessungsgrundlagen in Niedrigsteuerländer, unbeschränkte Verlustverrechnung aus früheren Jahren oder die unbeschränkte Querverrechnung von Verlusten zwischen verbundenen Unternehmen (Organschaft).

Für uns Jusos ist unmissverständlich klar: Weitere Steuergeschenke für Unternehmen darf es nicht geben. Wir lehnen eine Unternehmensteuerreform ab, in der die Unternehmen noch mehr entlastet werden sollen. Der Staat kann sich weitere Steuerausfälle nicht leisten, wenn er auch nur das absolute Minimum seiner Aufgaben erfüllen will. Wie Kurt Beck festgestellt hat, braucht der Staat mehr und nicht weniger Steuereinnahmen. Daher lehnen wir die bisherigen Vorschläge des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der arbeitgeber- und bankenfinanzierten „Stiftung Marktwirtschaft“ ab. In beiden Fällen belaufen sich die Einnahmeausfälle auf einen Betrag von (vorsichtig geschätzt) 25 Mrd. Euro.

Auch die bisher bekannt gewordenen Pläne für eine Nettoentlastung der Unternehmen aus dem Finanzministerium weisen in die falsche Richtung. Gerade das sozialdemokratisch geführte Finanzministerium darf nicht hinter den Koalitionsvertrag - wo von einer Entlastung keine Rede ist - zurückfallen, sondern muss im Gegenteil für eine aufgabengerechte Steuerausstattung des Staates bei einer gerechten Verteilung der Steuerlast kämpfen. Durch den Beschluss des Parteitages vom 14. Mai 2005 fühlen wir uns in dieser Position bestätigt. Die Aufkommensneutralität der geplanten Unternehmenssteuerreform muss aus der Unternehmenssteuer heraus erfolgen.

Bei der Körperschaftsteuer ist die Bemessungsgrundlage auszuweiten. Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer muss mittelfristig wieder steigen. Dazu sind u.a. die Möglichkeiten zur Verschiebung der Bemessungsgrundlage in Niedrigsteuerländer, die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen, die Absetzbarkeit von Ausgaben im Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen und die Organschaften einzuschränken.

...im Bereich der kommunalen Steuern

Die finanzielle Lage der Kommunen und insbesondere der Städte ist seit Jahren katastrophal. Seit 1993 lagen die Einnahmen der Kommunen nur in drei Jahren über den Ausgaben. Entsprechend konnten die notwendigen Zinsen und Tilgungen nur in wenigen Jahren durch Überschüsse in den Verwaltungshaushalten erwirtschaftet werden.

Die Gemeindefinanzreform der rot-grünen Bundesregierung hat zwar die aktuellen Liquiditätsprobleme etwas gelindert (nachdem diese durch die Unternehmenssteuerreform erst geschaffen worden waren), allerdings nur auf Kosten niedrigerer Einnahmen in der Zukunft. Echte Mehreinnahmen hat die Reform nicht gebracht. Vielmehr haben einige Kommunen in den 90er Jahren begonnen, aufgrund ihrer teilweise prekären Finanzsituation „Tafelsilber“ zu verkaufen. D. h., dass viele Kommunen versucht haben, durch den Verkauf ihrer Versorgungsunternehmen (Stadtwerke, ÖPNV, Gas, Wasser) finanzielle Einmaleffekte zu erzielen, um ihre strukturellen Defizite zu senken und ihre Zinsbelastungen zu senken. Dieser Entwicklung ist jedoch entschieden entgegenzutreten. Nur eine umfassende Gemeindefinanzreform sichert das kommunale Selbstverwaltungsrecht. Ohne eine solche Reform werden die Kommunen in Zukunft nur noch den eigenen Mangel verwalten. Aufgrund des demographischen Wandels ist nämlich davon auszugehen, dass Kommunen, die bislang schon struktur- und bevölkerungsschwach sind aufgrund des allgemeinen und bei ihnen

besonders drastischen Bevölkerungsrückgangs finanziell noch weiter ins Hintertreffen geraten. Davon ist auf Grundlage der Schlüsselzuweisungen von Bund und Ländern und der anteiligen Teilhabe an Bundessteuern, die sich an der Bevölkerungszahl messen und deren Auszahlung „pro Kopf“ erfolgt, auszugehen. Daher werden sich die Jusos eingehender mit der Frage auseinandersetzen, wie (im Rahmen des demographischen Wandels) ein tragfähiges Verteilungsmodell von erhobenen Steuern erarbeitet werden kann, so dass auch kleinere, strukturschwache und vom Bevölkerungsrückgang besonders stark betroffene Kommunen ihre Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zukünftig wahrnehmen können.

Städte und Gemeinden stellen die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen dauerhaft zur Verfügung. Die eigene Steuerkraft der Kommunen muss vor diesem Hintergrund jedoch deutlich verbessert und konjunkturunabhängiger gestaltet werden. Die Grundsteuer soll hierzu den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst und die Gewerbesteuer in eine kommunale Wirtschaftsteuer umgewandelt werden. Sie ist wieder stärker an der Wertschöpfung und nicht nur am Gewinn der Betriebe zu orientieren. Dies bedeutet, dass alle Wertschöpfungselemente, also auch Schuldzinsen, Mieten, Lizenzgebühren, Geschäftsführergehälter etc. in die Bemessungsgrundlage einzubeziehen sind. Die bisher von der Gewerbesteuer befreiten Selbständigen (freie Berufe) müssen ebenfalls herangezogen werden. Die konjunkturunabhängige Gewerbekapitalsteuer ist wieder einzuführen. Das jeweilige Hebesatzrecht verbleibt bei den Kommunen. Durch die Referenzsätze der Länder beim kommunalen Finanzausgleich wird ein ruinöser Steuersenkungswettlauf weiterhin wirksam verhindert.

...im Bereich der Erbschaft- und Vermögensteuer

Beim damaligen Job-Gipfel wurde vereinbart die Erbschaftssteuer bei Betriebsübergängen auf Erben zu senken. Die Jusos lehnen diese Maßnahme ab. Schon heute reichen bestehende Gesetz aus, um etwaige Firmenpleite durch hohe Erbschaftssteuerbelastungen zu verhindern. So können schon heute durch großzügige Freibetrags- und Bewertungsregelungen die Steuerlast umgangen oder die Zahllast verringert werden. Die Finanzämter sind schon heute in der Lage über Stundungen von Steuerlasten mögliche Krisensituationen zu verhindern. Bezeichnend ist es, dass bis heute nicht ein Betrieb dokumentiert ist, der aufgrund einer hohen Erbschaftssteuer in der Erbfolge Konkurs gegangen ist. Selbst die Wirtschaftsverbände können eine solche Auskunft nicht geben. Umso verständlicher ist es, dass die Politik hier offensichtlich aus einer virtuellen, das heißt schlicht von Konservativen behaupteten, Problematik Konsequenzen ziehen will.

Statt einer teilweisen Senkung der Erbschaftssteuer fordern die Jusos im Rahmen einer Gesamtkonzeption eine deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuern zur Bildungsfinanzierung. Spätestens mit dem zu erwartenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist eine solche Erhöhung überfällig. Dabei ist durch ein entsprechend gestaltetes System von Freibeträgen sicherzustellen, dass nur die wirklich Reichen von dieser Steuererhöhung betroffen sind.

Eine verfassungskonforme Vermögensbesteuerung muss wieder eingeführt werden. Durch entsprechende Freibeträge ist sicherzustellen, dass nur große Vermögen betroffen sind und das selbst genutzte Immobilieneigentum in angemessener Größe steuerfrei bleibt.

Fazit

Eine gerechte Steuerpolitik sieht vor, dass die Steuerpflicht alle betrifft, dabei gilt der Grundsatz, dass starke Schultern eine größere Steuerlast tragen.. Auch die Unternehmen müssen ihren leistungsgerechten Anteil zur Finanzierung von Staat und öffentlichen Investi-

tionen beitragen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Unternehmen Steuerentlastungen nicht weitergeben und zur Investition in Arbeitsplätze nutzen. Es wäre unter diesen Umständen viel sinnvoller, Steuergelder direkt in Beschäftigung zu investieren, als diese Entscheidungen den Unternehmen und ihren Shareholdern zu überlassen. Deshalb ist eine Unternehmenssteuersenkung nicht geeignet, mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Vor diesem Hintergrund lehnen die Jusos weitere reale Unternehmenssteuersenkungen ab.

F5

Merkelsteuererhebung ablehnen!

Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer unter SPD Regierungsbeteiligung

Ein elementarer Unterschied zwischen den Wahlprogrammen von CDU/CSU auf der einen und der SPD auf der anderen Seite war die Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die SPD hat ihre Position deutlich formuliert und eine kurzsichtige, ökonomisch unsinnige und sozial ungerechte Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgeschlossen.

Für viele Bürger war dies ein entscheidendes Kriterium, der SPD ihre Stimme zu geben - in dem Vertrauen eine Mehrwertsteuererhöhung zu verhindern.

Die Argumente, welche die SPD in diesem Kontext eingebracht hat, haben von ihrer Richtigkeit nichts verloren.

=> Die Hälfte der Mehreinnahmen geht nicht an den Bund, sondern an die Länder. Zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist dieser Schritt also ungeeignet.

=> Die geplante Senkung der Lohnnebenkosten würde nur zur Hälfte an die Arbeitnehmer zurückerstattet. D.h. für 10 gezahlte Euro würden nur 2,50 rückerstattet (die Hälfte geht an die Länder, ein Viertel an die Arbeitgeber und nur ein Viertel zurück an die Arbeitnehmer).

=> RentnerInnen, PensionäreInnen, SchülerInnen, StudentenInnen, Arbeitslose, usw. würden überhaupt nicht entlastet. D.h. gerade die Personengruppen mit besonders niedrigem Einkommen würden am stärksten getroffen.

=> Der ökonomische Schaden wäre enorm. Die Binnennachfrage stagniert seit Jahren. Der Einzelhandel muss sogar regelmäßig Umsatzrückgänge verkraften. Eine Erhöhung der direkten Konsumsteuer würde die Binnennachfrage weiter schwächen. Dem Einzelhandel blieben zwei Möglichkeiten: Preiserhöhung oder Gewinneinbußen bis hin zu (höheren) Verlusten.

=> Die psychologische Wirkung wäre fatal. Schon heute haben wir mit deutlich über 10% eine viel zu hohe Sparquote. Die Verbraucher würde weiter verunsichert und noch vorsichtiger konsumieren.

Es ist aus oben genannten Gründen nicht hinnehmbar, diesen Standpunkt auf dem Altar der Koalitionsgespräche zu opfern.

Der Glaubwürdigkeitsverlust für die Partei, der ökonomische Schaden für die Volkswirtschaft sowie die wirtschaftliche Benachteiligung sozial schlechter Gestellter können nicht geduldet werden.

Darüber hinaus ist eine Diskussion darüber notwendig, welche Güter und Dienstleistungen zukünftig dem reduzierten Mehrwertsteuersatz zugeordnet werden können. Des Weiteren müssen wir über die Umsetzung einer Luxussteuer nachdenken, wofür aber die europäischen Rahmenbedingungen geändert werden müssen

F8

Keine Kürzungen bei Bus und Bahn

Die Jusos lehnen die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen der Regionalisierungsmittel beim ÖPNV ab. Sie werden zur Reduzierung des Angebots und/oder zu einer Verteuerung der Tickets führen. Dies geht zu Lasten von jungen Menschen, die besonders auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen sind. Darüber hinaus treffen Angebotskürzungen oder Preiserhöhungen auch Einkommensschwächere, zusätzlich sind Frauen überproportional betroffen.

Es ist Aufgabe des Staates, für eine funktionierende Infrastruktur und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen wie dem ÖPNV zu sorgen. Deswegen muss sich auch in einer großen Koalition die SPD dafür einsetzen, dass sich der Bund, die Länder sowie Städte und Gemeinden nicht der Verantwortung für die Menschen entziehen und wichtige öffentliche Aufgaben zurückdrängen oder in private Hände abgeben. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie dafür zu sorgen, dass alle staatlichen Ebenen über Steuern so finanziert werden, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können.

G**Gesundheitspolitik, Pflegeversicherung****G1****Für eine fortschrittliche und solidarische Reform im Gesundheitssystem**

Die Jusos wollen eine solidarische Reform des Gesundheitssystems. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen muss. Der Zugang zu medizinischen Leistungen darf folglich nicht rationiert werden. Gleichzeitig wollen die Jusos die Finanzierungsgrundlage der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stabiler und solidarischer gestalten.

Wir wissen: Mit unserer Forderung nach der solidarischen Bürgerversicherung und der Ablehnung der Kopfpauschale haben wir über die große Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Diese solidarische Mehrheit muss die SPD in der laufenden Reformdebatte mobilisieren. Statt reiner Hinterzimmer-Runden brauchen wir deshalb eine öffentliche Auseinandersetzung um die Gesundheitspolitik. Die SPD muss sie jetzt in einer Kampagne führen.

Im deutschen Gesundheitssystem stehen Qualität und Kosten in einem Missverhältnis. Trotz hohen technischen und finanziellen Einsatzes sind dessen Ergebnisse im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Zahlreiche Strukturprobleme haben diese Situation erzeugt.

Dazu gehören

- der Vorrang akuter gegenüber präventiver Behandlungsmethoden,
- die Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung,
- das Aushandlungskartell der Kassenärztlichen Vereinigung,
- der Wettbewerb um „gute“ Risiken zwischen den Krankenkassen,
- die „Zwei-Klassen-Medizin“ durch die Konkurrenz zwischen PKVen und GKV,
- fehlende Behandlungsleitlinien in der Medizin.

Eine fortschrittliche Gesundheitspolitik muss diese Strukturprobleme beseitigen. Nur so kann ein gesundes Leben ermöglicht werden.

Wir Jusos wollen die Flucht gesunder, wohlhabender Versicherten aus der GKV beenden. Deshalb muss die Konkurrenz zwischen privater und gesunder Krankenversicherung aufgehoben werden.

Wir wollen eine integrierte Versorgung für alle durchsetzen. Gesundheitszentren müssen ausgebaut und gefördert werden. Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen muss endlich evidenzbasierte Behandlungsleitlinien verbindlich festlegen können.

Wir wollen den Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen erhalten und morbiditätsorientiert (an der Krankheitsverteilung ausgerichtet) neu ausgestalten.

Wir wollen Prävention und Gesundheitsvorsorge stärken. Die Rehabilitation muss als wichtige Säule einer vorbeugenden Gesundheitspolitik einen wichtigeren Stellenwert im Gesundheitssystem bekommen.

Im Vordergrund der aktuellen Debatte steht aber kaum die Gesundheitspolitik. Im Vordergrund steht die Frage der Finanzierung der Sozialpolitik. Trotz aller Unkenrufe von interessierter Seite: Die GKV hat kein Kostenproblem. Die Ausgaben für die GKV sind in den letzten 30 Jahren gemessen am BIP nicht gestiegen.

Wir Jusos fordern in der großen Koalition die Durchsetzung der solidarischen Bürgerversicherung. Obwohl die Union diesen notwendigen Weg wird verhindern wollen, bleiben wir dabei, dass die Solidarität in der GKV gestärkt, nicht abgebaut werden muss. Deshalb wird es mit der SPD keine Kopfpauschale geben können. An den zukünftigen Gesundheitskosten müssen sich alle beteiligen. Die Unternehmen dürfen aus ihrer Verantwortung zur Finanzierung des Gesundheitssystems und zur Schaffung gesunder Arbeitsbedingungen nicht entlassen werden.

Folgende Essentials sind für eine Finanzierungsreform der GKV für uns entscheidend:

- keine Kopfpauschale. Auch keine Mini-, Light- oder Sonstwie- Kopfpauschale.
- Kein Einfrieren de Arbeitgeberbeitrages.
- Keine Leistungskürzungen.
- Verbreiterung der Beitragsbemessungsbasis über Steuer- oder Beitragssystem.
- Einstieg in die solidarische Bürgerversicherung durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze.
- Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ordnungsgemäß über Steuern.

Das in der Diskussion befindliche Fondsmodell erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Ein Fondsmodell ohne Kopfpauschale, ohne die massive zusätzliche Belastung der Versicherten wird es nicht geben. Deshalb lehnen wir das Fondsmodell als unsolidarisch ab. Es würde neben dem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge auch die Belastung der Versicherten mit allen künftigen Kostensteigerungen bedeuten. Das Fondsmodell ist keine sozialdemokratische Gesundheitspolitik!

Die Jusos fordern Bundesgesundheitsministerin Schmidt und die SPD-Verhandlungsgruppe auf, hart zu verhandeln und die Entsolidarisierung des Gesundheitssystems nicht zuzulassen! Die Union muss sich von ihren marktradikalen Glaubenssätzen verabschieden.

G2

Gesundheit für ALLE!

1 Einleitung

Nach der Aussparung dieses wichtigen Themas im Koalitionsvertrag steht Anfang 2006 eine weitere Reform der sozialen Sicherungssysteme zur Diskussion: die Gesundheitsreform. Um aktiv an der Gestaltung der Reform mitzuwirken, ist es wichtig, sich frühzeitig in den Diskussionsprozess einzubringen. Deswegen präsentieren wir mit diesem Antrag jetzt schon unsere gesundheitspolitischen Überzeugungen.

Dieser Antrag kann zum jetzigen Stand der Diskussion natürlich noch nicht alle Aspekte berücksichtigen. Es sollen vielmehr nur einige Eckpunkte festgesetzt werden. Sobald ein Entwurf zur Gesundheitsreform vom Gesundheitsministerium herausgegeben wird, werden wir in weiteren Anträgen hierzu genauer Stellung nehmen.

Reformbedarf besteht in der Gesundheitspolitik zweifelsohne, da aufgrund des demographischen Wandels zukünftig mehr Personen Anspruch auf gesundheitliche Leistungen haben, die bedingt durch den technischen Fortschritt immer technikintensiver und teurer werden. Außerdem wurden in der Vergangenheit Ausgaben anderer Bereiche der Sozialversicherung und des Staates auf die Krankenversicherung verlagert.

Für uns Jusos ist es wichtig, dass dieser Wandel von der gesamten Solidargemeinschaft getragen wird! Nicht Wirtschaftlichkeit, sondern das Wohl der PatientInnen muss das primäre Ziel einer Gesundheitsreform sein. Gesundheit darf nicht zu einem Privileg eines bessergestellten Teils der Bevölkerung werden.

Die zu erwartenden Kosten sind dabei so immens, dass das Problem nicht nur auf der Einnahmeseite zu lösen ist. Vielmehr geht es uns darum, die vorhandenen Mittel zielorientierter einzusetzen. Dabei möchten wir drei Gebiete besonders hervorheben:

1. gesteigerte Mittel für Lehre, Forschung und Ausbildung
2. verbesserte Kommunikation und Interaktion mit dem Ziel einer ganzheitlichen Versorgung der Patienten
3. besondere Förderung der Prävention, um die Entstehung von chronischen Erkrankungen frühzeitig zu verhindern und das Gemeinwohl zu fördern.

2 Zur finanziellen Lage der Gesundheitsversorgung in Deutschland

Als Märchen innerhalb der gesundheitspolitischen Diskussion erweist sich die Behauptung einer Kostenexplosion in den vergangenen Jahren. Bezieht man die gesundheitlichen Leistungen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung Deutschlands (BIP), hat sich dieses Verhältnis (Gesundheitsquote) von 1992 bis 2003 nur marginal verändert, nämlich von 10,1% auf 11,3%. Die Ausgabenentwicklung verläuft also parallel zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit!

Anders stellt sich aber das Bild dar, wenn man bei der Interpretation des Quotienten aus Gesundheitsausgaben und BIP die Entwicklung der Lohnsumme berücksichtigt. So ist das BIP von 1990 bis 1998 um 38%, die Lohnsumme aber nur um 29% gestiegen. Dieser Trend wurde zwar durch die relativ hohen Lohnzuwächse während der SPD-geführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder eingedämmt, die vorhandenen Defizite konnten aber nicht mehr ausgeglichen werden.

Dementsprechend sind die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgrund irgendeiner Kostenexplosion gestiegen, sondern weil die Versicherungsbasis durch reale Einkommensverluste der ArbeitnehmerInnen verkleinert worden ist.

Die Umverteilung von unten nach oben in den 90er Jahren ist daher mit schuld an den gestiegenen Beitragssätzen!

3 Grundlagen einer sozial gerechten Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik ist kein neutraler Raum, sondern passt sich in ihrer konkreten Ausgestaltung immer einem bestimmten gesellschaftspolitischen Leitbild an.

Wir Jusos vertreten das Leitbild einer sozial gerechten Gesellschaft. Wir fordern, dass auch die Gesundheitspolitik diesem Anspruch genügt. Folgende Aspekte sind für uns hierbei von besonderer Wichtigkeit und auf jeden Fall zu berücksichtigen:

- ⇒ JedeR hat das Recht auf eine optimale Gesundheitsversorgung.
- ⇒ Vollbeschäftigung ist eines der wichtigsten Ziele. Denn eines der größten Probleme der Sozialversicherungssysteme Deutschlands ist die Massenarbeitslosigkeit, da so die Zahl der BeitragszahlerInnen verkleinert wird und die Ausgaben steigen.
- ⇒ Folglich müssen endlich neue Wege in der Wirtschaftspolitik gegangen werden.

- ⇒ Um den Kreis der Beitragszahler zu vergrößern und dem Prinzip der Solidargemeinschaft gerecht zu werden, müssen möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen in die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einbezogen werden.
- ⇒ Der Finanztransfer zwischen den chronisch unterfinanzierten Ostkassen und den gut finanzierten Westkassen muss beibehalten werden.
- ⇒ Eine erzwungene kapitalgedeckte Eigenvorsorge gleicht einer Umverteilung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und entlastet die Arbeitgeberseite überproportional. Sie bedeutet überdies eine Individualisierung des Gesundheitsrisikos. Deswegen lehnen wir Jusos eine kapitalgedeckte Eigenvorsorge entschieden ab.
- ⇒ PatientInnenzuzahlungen sind erstens unsozial und verbessern zweitens die Effizienz des Gesundheitswesens in keiner Weise. Aus diesem Grund müssen die Zuzahlungen weiter zurückgeführt und mittelfristig ganz abgebaut werden.
- ⇒ Auf der Ausgabenseite der GKV müssen Wirtschaftlichkeitsreserven konsequent ausgeschöpft werden.
- ⇒ Die Stärkung von PatientInnenrechten, etwa durch die Stärkung von Selbsthilfegruppen und die Verbesserung der Rechtsstellung bei Schadensersatzprozessen, ist ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel.
- ⇒ Qualifizierte Ausbildung, Arbeitsplatzsicherheit und Einhaltung von Arbeitsstandards der im Gesundheitswesen Beschäftigten sind für uns Jusos von hoher Bedeutung.
- ⇒ Umgehende Teilnahme der PKV am Risikostrukturausgleich

4 Gesundheitspolitische Reformen in einzelnen Leistungsbereichen

Eine *der* sozialer Gerechtigkeit verpflichteten Gesundheitsreform muss auch Veränderungen in einzelnen Leistungsbereichen beinhalten. Folgende Aspekte sind uns Jusos besonders wichtig:

Prävention

Wie bereits in der Zahnmedizin erprobt, müssen Vorsorgekonzepte stärker als bislang in das Gesundheitswesen mit einbezogen und verbessert werden. Dies sei anhand folgender Beispiele verdeutlicht:

- ⇒ Regelmäßige Augendruckmessungen zur Vorbeugung des grünen Stars: Jährliche Kosten von lediglich ca. 20 Euro erweisen sich als erheblich günstiger als kostenintensive Operationen und Nachsorgungen.
- ⇒ Mammographie-Screening: Screening gemäß den europäischen Richtlinien kann die Brustkrebssterblichkeit um 30% reduzieren. Tumore werden durch das Screening in einem früheren Stadium erkannt. Ein frühes Entfernen eines kleinen Tumors ist humaner und kostengünstiger als ein Abnehmen der Brust und eine Nachbehandlung der Metastasen.
- ⇒ Besonders hervorheben möchten wir an dieser Stelle die Therapie / Prävention der großen Volkskrankheit unserer Zeit: des metabolischen Syndroms. Darunter versteht man einen Symptomkomplex aus:
 - Bluthochdruck
 - erhöhten Blutfetten (Cholesterin)
 - Glukosetoleranzstörungen (Diabetes)
 - Übergewicht

aus diesen Befunden resultieren ein Großteil unserer Hauptprobleme/ Kostenproduzenten: Herzinfarkt, Schlaganfall, Diabetes Mellitus, Niereinsuffizienz (Dialyse), degenerative Verschleißerscheinungen, um nur einige zu nennen.

Dabei wäre zu beachten, dass der falschen Ernährung, dem Bewegungsmangel und Übergewicht Schlüsselpositionen zukommen, die man präventiv mit einfachsten Mitteln verhindern kann. (ein Paar gute Laufschuhe kostet ca. 100 €, eine Dialyse mind. 30.000 € pro Jahr.)

Auch medikamentös (2. Wahl) lässt sich das Risiko an einer der o. g. Krankheiten zu erkranken sehr signifikant senken, wenn der Befund nur früh genug erhoben wird.

Hier sind unvorstellbare Summen einzusparen, bzw. der Kollaps des Systems vorprogrammiert, da das metabolische Syndrom rasant zunimmt. (Bsp.: Diabetes Mellitus Typ2, früher nur als sog. Altersdiabetes bekannt, wird immer häufiger bei Jugendlichen und Kindern festgestellt!)

Deshalb: Bewegung (Sport) und richtige Ernährung (Ganztagsschule) gerade bei den Kindern so früh wie möglich fördern. Den Ärzten muss zudem die Möglichkeit gegeben werden, Präventiv-Maßnahmen (Aufklärung) abzurechnen und nicht bloß die Folgen zu therapieren.

Einbeziehung der Krankenkassen

Da die Krankenkassen naturgemäß ein Interesse an Kostenersparnis/ Prävention haben, sollten diese ihren Versicherten darüber hinaus Anreize, z.B. in Form eines Bonussystems, zu einer gesunden Lebensführung geben.

Rehabilitation

Medizinische Rehabilitation wird derzeit praktisch nur stationär betrieben. Wir fordern zusätzlich die nachsorgende medizinische Rehabilitation durch ambulante, ortsnah arbeitende Rehabilitationsdienste. Die Abstimmung zwischen Krankenhaus und ambulanten Versorgungsangeboten muss verbessert werden.

Eine erfolgreiche Rehabilitation rechnet sich bereits, wenn der/die Versicherte aufgrund dieser Maßnahme vier Monate länger im Erwerbsleben bleiben kann.

Ganzheitliche Versorgung

Die Vernetzung der vorhandenen Versorgungsangebote muss Ziel der zukünftigen Gesundheitspolitik sein. Anzustreben ist, die Kontrolle über den gesamten Krankheitsverlauf der PatientInnen bei einer Institution zu bündeln, z.B. bei von der Krankenkasse angestellten Ärzten.

In diesem Sinne kann die Einführung von Chipkarten für die Patienten, auf denen Voruntersuchungen, Krankengeschichte und aktuelle Befunde gespeichert werden können, bei aller datenschutzrechtlichen Vorsicht, einen wertvollen Beitrag zu einem gesteigerten Informationsfluss zwischen den Ärzten leisten. Dadurch könne Doppeluntersuchungen vermieden (Kostenersparnis) und die Behandlungszeit für den Patienten sinnvoller genutzt werden.

Honorierung von ganzheitlichen Leistungen

Um einen weiteren Anreiz für die Ärzte zu schaffen die Patienten weniger durch die medizinische Mühle zu drehen sondern über ein investigatives Gespräch (Anamnese) zu der oftmals verdeckten, der Gerätemedizin nicht ohne Weiteres zugänglichen Ursache vorzustoßen, sollten gerade diese Leistungen finanziell besser bewertet werden.

An dieser Stelle ist die Kassenärztliche Vereinigung (KV) gefragt, durch eine Umbewertung in ihrem Punktesystem für einen entsprechenden Anreiz zu sorgen.

So kann ein ganzheitliches Bild von einem Krankheitsverlauf berücksichtigt werden. Maßnahmen, die gegeneinander stehen, können ausgeschlossen werden. Rehabilitation und Selbsthilfegruppen müssen in diese Vernetzung eingebunden werden.

Stärkung von Selbsthilfegruppen

Wir Jusos fordern die Stärkung von Selbsthilfegruppen, denn in Selbsthilfegruppen kann die professionelle Versorgung um Elemente gegenseitiger emotioneller und sozialer Unterstützung ergänzt werden.

Pflege zu Hause

Insbesondere Kinder, aber auch andere PatientInnengruppen haben in ihrer gewohnten Umgebung bessere Heilungschancen. Daher ist die ärztliche Versorgung durch Hausbesuche stärker als bisher als Alternative zum stationären Klinikaufenthalt zu beachten.

Selbstverständlich muss schlussendlich dasjenige System angewendet werden, das die größten Heilungschancen aufzeigt.

Positivliste

Eine Positivliste an Medikamenten muss einerseits wirkstoffbezogen sein, um einen Rest-Preiswettbewerb zu sichern und so zum Abbau von Monopolpositionen beizutragen. Andererseits darf sie aber auch kein Freifahrtsschein für Über- und Fehlverordnung sein.

Die Wirksamkeitsprüfung im Zuge der Arzneimittelzulassung muss auch eine Kosten-Nutzenkomponente beinhalten. Grundsätzlich sind, bei gleicher Wirkung, preiswertere Mittel vorzuziehen.

Zu bedenken ist aber, dass eine Fixierung auf Generika (preiswert nachgemachte, aus dem Patentschutz befreite Pharmaka) die Forschung mittelfristig ausbluten lässt.

Deshalb muß eine Positivliste flexibel sein und neue, bessere aber auch teurere Medikamente aufnehmen können.

Desweiteren muß sichergestellt werden, dass sich die Forschung an neuen Wirkstoffen weiterhin lohnt. Der Staat könnte beispielsweise die Patente für besonders erfolgversprechende neue Wirkstoffe kaufen und anschließend Lizenzen für deren massenhafte Produktion vergeben. Auf diese Weise würde sich erfolgreich Forschung lohnen und den Patienten würde das neue Mittel in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

5 Finanzielle Reformen der Gesundheitspolitik

Grundsätzliches

Die Frage, wie ein Gesundheitsversorgungssystem auszugestalten ist, lässt sich nicht einfach durch die Auswahl bestimmter Instrumente beantworten. Vielmehr bestimmen letztlich gesellschaftspolitische Zielvorstellungen und Leitbilder darüber,

⇒ welche volkswirtschaftlichen Gruppen in welchem Ausmaß das Gesundheitsversorgungssystem finanzieren;

⇒ welche Leistungen in welchem Umfang angeboten werden;

⇒ inwiefern das Prinzip der Gleichheit und Solidarität im Gesundheitsbereich Anwendung findet.

Wir Jusos fordern, dass bei den gesundheitspolitischen Leistungen das Prinzip der Gleichheit, bei der Finanzierung das paritätische Proportionalitätsprinzip gelten muss. Gleichheit bedeutet: Der gesamten Bevölkerung muss unabhängig vom individuellen Einkommen ein hochwertiges Versorgungsniveau angeboten werden, das entsprechend der sozial-ökonomischen Entwicklung weiter auszubauen ist. Parität heißt: Unternehmen müssen sich mindestens im gleichen Maße wie die arbeitenden Menschen an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen. Proportionalität bedeutet: Für Unternehmen wie auch für Arbeitnehmer muss gelten, dass die Beiträge mit den Arbeitsentgelten wenigstens proportional ansteigen.

Daraus folgt, dass wir Zuzahlungsregelungen, die einer schleichenden Privatisierung des Gesundheitssystem gleich kommen, genauso ablehnen wie einseitige Beitragssatzsenkungsprogramme für Unternehmen und medizinisch nicht zu vertretende Leistungsausgrenzungen. Wir fordern daher die Rücknahme der in der Vergangenheit durchgesetzten Zuzahlungsregelungen, Entlastungen für Unternehmen und Leistungseinschnitte und werden eine solche Politik auch zukünftig bekämpfen.

Darüber hinaus sprechen wir uns für eine grundlegende Reform der finanziellen Grundlagen des Gesundheitssystems aus, die insbesondere zwei Aspekte zu beachten hat: die Erhöhung der Steuerungskompetenz durch Globalbudgetierung und die Sicherung der finanziellen Grundlagen durch Beitragsreform und Erweiterung der Bemessungsbasis sowie Erweiterung des Risikostrukturausgleichs. Wir wollen die Kassenärztliche Vereinigung abschaffen.

Erhöhung der Steuerungskompetenz durch Globalbudgetierung

Grundsätzlich muss gelten, dass hinsichtlich des anzustrebenden Versorgungsgrades und der medizinischen Qualität gesundheitspolitische Ziele das Ausgabenniveau bestimmen sollten. Insofern halten wir ein dogmatisches Festhalten an einem konstanten Beitragssatz für unsinnig. Gesundheit ist eben keine finanzielle Verhandlungsmasse, und deswegen

müssen Beitragssatzsteigerungen immer eine mögliche Alternative sein. Hierfür ist vor allem eine Abkehr vom Irrglauben notwendig, dass eine Senkung von Lohnnebenkosten zwingend Arbeitsplätze schaffen würde.

Unstrittig ist aber auch die Notwendigkeit, zu verhindern, dass Teile der Ärzteschaft und andere Gesundheitseinrichtungen unter dem Deckmantel der Gesundheitsversorgung ihre eigenen Profitansprüche bedienen, indem sie Maßnahmen verordnen, die zwar teuer, aber keineswegs medizinisch notwendig sind. |

Insofern schlagen wir Jusos vor, die Ausgabenentwicklung einer Überprüfung im Rahmen einer qualitativ begründeten globalen Budgetierung zu unterlegen.

Bislang herrscht eine sektorale Budgetierung vor. Das heißt, dass die Ausgabenentwicklung jedes einzelnen Sektors – ambulante und stationäre Versorgung sowie Arzneimittelversorgung – einer getrennten Kontrolle unterliegt. Die derzeit existierende Abschottung des ambulanten vom stationären Sektor wie auch zwischen professionellem und nicht-professionellem System produziert aber tendenziell Unwirtschaftlichkeiten. Ein Beispiel sind medizinisch nicht indizierte Mehrfachuntersuchungen, die gleichzeitig die PatientInnen durch unkoordiniertes Vorgehen der einzelnen Teilsysteme belasten. Die Qualität der Versorgung wird durch das fehlende "Miteinander" ebenso verschlechtert wie die Wirtschaftlichkeit. Insofern wäre eine Verzahnung der Versorgungsbereiche eine sinnvolle Verbesserung des Gesundheitssystems.

Zudem besteht ein Problem darin, dass Umschichtungen innerhalb des Gesundheitssystems bei sektoraler Budgetierung erschwert werden. Dies möge folgendes Beispiel illustrieren: Steigt etwa der Arzneimittelbedarf bei gleichzeitigem Rückgang der Krankenhauseinweisungen, so würde das sektorale Budget für Arzneimittel vielleicht erhöht, aber eine Verminderung des sektoralen Budgets der Krankenhäuser wäre unwahrscheinlich. Im Rahmen eines globalen Budgets bestünde hingegen die Möglichkeit, bei Aufrechterhaltung der gesamten Ausgaben Mittel von den Krankenhäusern hin zu den Arzneimitteln umzuschichten. Wir Jusos weisen also ausdrücklich darauf hin, dass der eigentliche Zweck einer Globalbudgetierung darin liegen muss, veränderte Kooperations- und Integrationsformen mit einer besser gesteuerten Bedarfsüberprüfung innerhalb des Gesundheitssystems zu verbinden. Globalbudgets sind daher zu ergänzen um qualitative Instrumente wie Gesundheitsberichterstattung, Einbindung von Selbsthilfepotentialen, Gesundheitsförderung, Früherkennung, Rehabilitation etc. Und sie sind zu erweitern um eine bessere Abstimmung zwischen den TrägerInnen des Gesundheitswesens, also zwischen Kassen, ÄrztInnen, Aufsichten und PatientInnen, sowie um regionale Gesundheitskonferenzen.

Mit anderen Worten: Sparen an sich ist eine unsinnige Forderung. Im Gegenteil: Wo nötig, sollen und müssen die Ausgaben sogar deutlich steigen. Innerhalb des Gesundheitssystems gilt es aber, Wirtschaftlichkeitspotentiale deutlich auszuschöpfen.

Hierbei gilt es jedoch auch zu beachten, dass Arbeitsintensivierung sowie Stellenabbau im Gesundheitswesen von uns Jusos entschieden abgelehnt werden. Der Personalbedarf im Gesundheitssystem ist vielmehr noch nicht ausgeschöpft. Unnötige Leistungen sind zu streichen, nicht Arbeitsplätze! Arbeitsstellen sind zu erweitern!

Zu der Einführung der DRGs (Diagnosis related groups)

Die Einführung von DRGs sollte die Therapie von Krankheiten vereinheitlichen und dadurch unnötig lange Liegezeiten reduzieren. Das System funktioniert so, dass das Krankenhaus nicht mehr nach Liegezeit des Patienten bezahlt wird, sondern für Diagnose und Therapie einen Festbetrag bekommt.

In der Praxis hat das dazu geführt, das Verfahren mit günstigem Festpreis (v.a. Ambulante Operationen) deutlich vermehrt zum Einsatz gekommen sind. Des weitern stieg die Zahl der sog. blutigen Entlassungen, d.h. die Patienten werden vor vollständigem Abschluß ihrer Genesung entlassen um zu verhindern, durch Überschreiten der Liegezeit Verluste zu erwirtschaften.

Im Prinzip ist eine schnell Entlassung, auch von medizinischer Seite, allerdings durchaus zu begrüßen (Immobilisation, Sekundärfektionen etc.). Wichtig ist aber, die Patienten ggf. nicht in Ihren Alltag zu entlassen, sondern frühzeitig eine Rehamaßnahme anzuschließen, um den Gesundungsprozeß so nachhaltig zu fördern.

Auf diese Weise entfallen auch mögliche Folgekosten, die bei vorzeitiger Entlassung entstehen können.

Steigerung der Einnahmenseite durch Beitragsreform

Das einnahmeseitige Problem der GKV hat vielfältige Ursachen, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen:

Im dritten Quartal 2004 stieg der Anteil der Gewinne von Unternehmen und Vermögensbesitzern auf 30,5 Prozent am gesamten Volkseinkommen und damit auf den höchsten Stand seit 1971. Dementsprechend fiel die Lohnquote auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Das bedeutet eine Konzentration der Abgabenbelastung auf einen immer kleineren Teil des Volkseinkommens. Die Lohnzentrierung des Krankenversicherungssystems führt so, trotz sich parallel zum Gesamtwirtschaftaufkommen entwickelnder Kosten, bei einer zurückgehenden Lohnquote zu steigenden Beitragssätzen.

Der unterdurchschnittliche Anstieg der Arbeitsentgelte der gesetzlich Versicherten, der sich durch Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld aktuell weiter verstärkt hat, ist nur ein Faktor, der sich negativ auf die Einnahmeseite auswirkt. Die Beschäftigtenstruktur hat sich insgesamt zuungunsten der GKV verändert. Geringfügige und niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse sind auf dem Vormarsch, reguläre Arbeitsplätze wurden teilweise durch Mini-Jobs substituiert. Hinzu kommt die sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit. Die Struktur der GKV ist demgegenüber jedoch noch immer auf das klassische ‚Normalarbeitsverhältnis‘ ausgerichtet. Staatliches Handeln hat darüber hinaus durch eine ‚Politik der Verschiebebahnhöfe‘ zu einer Steigerung der Beitragssätze beigetragen, indem andere Systeme der sozialen Sicherung von Kosten befreit und der GKV gleichzeitig Beiträge vorenthalten wurden. Die demographische Entwicklung ist eine weitere Ursache für die Erosion der Einnahmeseite. Durch den Rückgang der Geburtenrate verringern sich die Einnahmen der GKV, da es zu einem Mangel an erwerbstätigen Beitragszahlern führt. Durch eine steigende Lebenserwartung sind gleichzeitig immer mehr Rentner in der GKV versichert, deren Beitragsaufkommen im Vergleich zu den Erwerbstätigen geringer ist.

Eine unzureichende Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenze und insbesondere der Versicherungspflichtgrenze führten zu weiteren Einnahmeverlusten und einer verstärkten Abwanderung zahlungskräftiger Versicherter in die PKV.

Bis zum 31. Dezember 2002 waren Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze in der GKV identisch. Ab dem Jahr 2003 wurden beide Größen voneinander getrennt und die Versicherungspflichtgrenze deutlich stärker als die Beitragsbemessungsgrenze angehoben. Ziel war es, einen größeren Teil besser verdienender Versicherter von einem Wechsel in die Private Krankenversicherung (PKV) abzuhalten, ohne sie jedoch gleichzeitig finanziell stärker zu belasten. Im Jahr 2004 lag die Beitragsbemessungsgrenze der GKV bei 3487,50 Euro, die Versicherungspflichtgrenze betrug 3862,50 Euro.

Die Beitragsbemessungsgrenze der GKV beträgt damit 75 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der GRV. Wir fordern zum einen, dass diese Dreiviertel-Regelung aufgehoben und die volle Beitragsbemessungsgrenze der GRV zum Maßstab genommen wird. Zum anderen fordern wir die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze. Die Zweiteilung des Gesundheitssystems durch die Existenz gesetzlicher und privater Krankenkassen mit gänzlich unterschiedlichen Finanzierungssystemen wollen wir überwinden. Grundsätzlich plädieren wir dafür, mittelfristig die Versicherungspflichtgrenze abzuschaffen. Auch die Beitragsbemessungsgrenze muss deutlich erhöht oder abgeschafft werden.

Ein erster Schritt wäre eine Festlegung der Arzthonorare unabhängig davon, ob ein Patient privat oder gesetzlich versichert ist. Es muss gelten, dass die gleiche Behandlung auch das gleiche Honorar bringt.

Dabei muss darauf geachtet werden, den Krankenhäusern / niedergelassenen Ärzten durch den Wegfall der Privatpatienten nicht finanziell das Wasser abzugraben.

Erweiterung der Bemessungsbasis

Grundlage der Beitragsbemessung sind bislang nur Löhne, Gehälter und Renten. Wir fordern eine Erweiterung der Bemessungsbasis um Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb und Kapitaleinkommen. Beamte und Freiberufler sollen in die GKV integriert werden.

So wird dem Prinzip der Orientierung an der individuellen Leistungsfähigkeit stärker Rechnung getragen und gleichzeitig die Finanzierungsseite der GKV gestärkt.

Einschränkung der beitragsfreien Mitversicherung

Die beitragsfreie Familienversicherung für nicht erwerbstätige Ehepartner führt im Zusammenhang mit der Existenz einer Beitragsbemessungsgrenze zu erheblichen verzerrenden Effekten. Dies gilt es zu überwinden. Die Einführung eines Mindestbeitrages in diesem Zusammenhang entspräche in seiner Wirkung einer kleinen Kopfpauschale. Um bei einer Einschränkung der beitragsfreien Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehepartner Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu schonen, setzen wir uns deshalb für ein negatives Ehegatten-Splitting ein.

Erweiterung des Risikostrukturausgleichs

Wir Jusos finden den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Kassen problematisch. Eine Verbesserung der Leistungen wird hierdurch nicht erzielt, sehr wohl aber die inakzeptable Risikoselektion in einerseits Kassen mit häufig kranken, eher finanzschwachen BeitragszahlerInnen – vor allem AOKen – und andererseits Kassen mit selten kranken, eher finanzstarken BeitragszahlerInnen. Hieran wird deutlich, dass ein solidarisches Krankenversicherungssystem mit Marktprinzipien nur schlecht vereinbar ist.

Im Grundsatz sprechen wir uns daher für flächendeckende Einheitskassen unter Abschaffung der Privatkassen aus. Solange dies nicht realisierbar ist, schlagen wir Jusos zur Behebung der Finanznöte der benachteiligten Kassen vor, dass der sogenannte Risikostrukturausgleich, wodurch Mittel von den starken zu den schwachen Kassen umgeschichtet werden um Morbiditätsmerkmale erweitert wird und die PKVs natürlich in ihn einbezogen werden..

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Grundsätzlich gilt, dass das Hauptproblem auf der Einnahmeseite der GKV in der Massenarbeitslosigkeit besteht. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist daher auch aus sozialpolitischer Sicht eine Aufgabe, die anzugehen politische Priorität sein muss. Wir Jusos weisen darauf hin, dass gerade der Gesundheitssektor einen erheblichen Beitrag zur öffentlichen Beschäftigung leistet.

Um so nachdrücklicher fordern wir, die Beschäftigung im Gesundheitssektor nicht ab-, sondern im Gegenteil auszubauen. Beschäftigungsabbau konterkariert nicht nur über Lohn- und folglich Beitragsrückgang die Bemühungen um Verbesserungen der Finanzlage der öffentlichen Kassen, sondern ist auch aus qualitativer gesundheitspolitischer Sicht ein inakzeptabler Schritt, weil er die Gesundheitsversorgung verschlechtert.

G5

Vorsorgeuntersuchungen für Kinder

Die SPD Bundestagsfraktion sowie der Bundesvorstand werden dazu aufgefordert, das bisherige Angebot an medizinischen Vorsorgeuntersuchungen im Kindesalter zu überarbeiten.

Diese Vorsorgeuntersuchungen sollten nicht wie bisher ausschließlich zur Gesundheitsprävention und der Früherkennung von Krankheiten dienen, sondern darüber hinaus auch zur Aufdeckung von Kindesmisshandlungen und Vernachlässigung genutzt werden. Sie sollen weiterhin helfen, Entwicklungsstörungen zeitig zu erkennen und müssen stärker und besser an ein System der (auch verpflichtenden) Hilfsangebote gekoppelt sein.

In diesem Kontext soll der Parteivorstand eine Kommission einberufen, die angemessene Lösungsvorschläge entwickelt, ob und wie man eine Nachweispflicht für Vorsorgeuntersuchungen einführen kann.

Insbesondere während der Zeit zwischen Vorschuluntersuchung und dem 12. Lebensjahr klafft eine ernstzunehmende Versorgungslücke.

Gerade in dieser Zeit durchleben Kinder jedoch wichtige Persönlichkeitsentwicklungen. Schon Grundschüler sind häufig starken Stressbelastungen ausgesetzt. Zudem lassen sich viele Auffälligkeiten im Lernverhalten auf medizinische Ursachen zurückführen.

Um diese Lücke zu schließen, bedarf es mindestens zwei weiterer schulärztlicher Untersuchungen: Eine während der Grundschule und eine weitere nach dem Schulwechsel auf eine weiterführende Schule.

G8

Einführung von Patientenrechnungen

Die Jusos fordern den Gesetzgeber auf, eine Regelung zum Thema Patientenrechnung anzustreben. Dem Patienten soll quartalsweise oder pro Behandlung eine Abschrift der von ihm in Anspruch genommenen Leistungen und den daraus entstandenen Kosten zukommen.

H**Arbeitsmarkt, Wirtschafts- und Wachstumspolitik****H1****Beschäftigung statt Hungerlöhne!
Existenzsichernde Arbeit in einer dynamischen Wirtschaft****1. Einleitung**

Die Triebkräfte des modernen Kapitalismus verändern gesellschaftliche Zusammenhänge, forcieren den Trend zur Individualisierung und verschärfen den Trend zur Flexibilisierung in Ökonomie und auf dem Arbeitsmarkt. Der „Flexible Mensch“ soll das Leitbild der neuen Form des Kapitalismus sein. Gleichzeitig ist ein massiver Trend zur Prekarisierung der Lebens- und Erwerbsverhältnisse zu verzeichnen. Die Auflösung tradierter und sozial abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse führt zu einer Zunahme an Unsicherheit der Beschäftigten und –angesichts von annähernd fünf Millionen Arbeitslosen – zu einer Erpressbarkeit der Belegschaften. Die Einbindung der „Deutschland AG“ in den internationalen Standortwettbewerb sowie die Dominanz unregulierter Finanzmärkte macht die Beschäftigten zum Spielball von Kostensenkungsstrategien.

Neben einer relativ abgesicherten Arbeitnehmerschaft in meist industriellen Fertigungsbetrieben hat sich eine Zone der Prekarität in Arbeit und Leben herausgebildet. Sie besteht aus vom Arbeitsmarkt Ausgegrenzten und jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, neuer Selbständigkeit oder Gelegenheitsjobs befinden. Angst um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes ist Teil einer politischen, rechten Strategie und umfasst die gesamte ArbeitnehmerInnenschaft. Sie sind die Verlierer des kapitalistischen Modernisierungsprozesses und werden durch die derzeitige Regulierungspolitik kaum erfasst. Im Gegenteil: Die Politik hat einiges zur Prekarisierung und schutzlosen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes beigetragen. Diese Entwicklung ist in ganz Europa zu verfolgen.

Der tiefgreifende gesellschaftliche und ökonomische Wandel vollzieht sich vor dem Hintergrund des Generationenwechsels. Insbesondere junge Menschen sind es, die in der Phase des Berufseinstiegs und danach in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten und leben müssen. Die „Generation Praktikum“, Praktikakarrieren ohne Aussicht auf Beschäftigung, ist mittlerweile ein bekanntes Phänomen aus großstädtischen Ballungsräumen. Abgeschlossene Azubis wird die Übernahme verweigert, und sie müssen sich mit befristeten Verträgen oder Werkarbeiten über Wasser halten. Auch die neue, prekäre Selbständigkeit ist ein wachsendes Phänomen in der jungen Generation – vor allem bei jungen Frauen.

Ein sozialistischer Jugendverband kann diese Situation nicht akzeptieren – oder sogar, wie es die Union will – vorantreiben. Wir Jusos setzen uns für eine menschenwürdige Arbeit und sichere Beschäftigungsverhältnisse ein. Insbesondere junge Menschen haben ein

Recht darauf, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln und eine Perspektive auf gesicherte Arbeit zu erhalten.

Die Zone der Prekarität bildet nicht nur in Deutschland der stetig wachsende Niedriglohnsektor. Deshalb ist der erste Schritt zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit eine soziale Regulation dieses Sektors.

2. Der Niedriglohnsektor in Deutschland – Ausmaße und Trends

Unterschiedliche Lohnhöhen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen und verschiedenen Regionen kennzeichnen praktisch alle modernen Volkswirtschaften. Niedrig qualifizierte Arbeiten, insbesondere im Dienstleistungsbereich, werden niedriger entlohnt als hochproduktive Tätigkeiten wie Forschung und Entwicklung. In der politischen Auseinandersetzung wird eine ungenügende Lohnspreizung oftmals für mangelnde Beschäftigungszuwächse im Dienstleistungsbereich verantwortlich gemacht. Damit verbunden ist die Vorstellung, durch eine Ausweitung des Bereichs der niedrig entlohnten Beschäftigung positive Impulse für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auslösen zu können.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme zeigt jedoch, dass der Niedriglohnsektor bereits jetzt erhebliche Ausmaße angenommen hat. Als Niedriglöhne werden hier Löhne unter 2/3 des nationalen Medianlohns betrachtet. Im Jahr 2001 waren 17,4 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten Geringverdiener. Die Niedriglohnschwelle lag zu diesem Zeitpunkt für Gesamtdeutschland bei 1630 Euro, in Westdeutschland wegen des allgemein höheren Lohnniveaus bei 1700 Euro für ein Bruttomonatsgehalt. Betrachtet man die Entwicklung des Niedriglohnsektors als Anteil der niedrig entlohnten an allen sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, dann ist es seit 1997 in West- und Ostdeutschland gleich verteilt zu einen Anstieg von 1,6 Prozentpunkten gekommen. Eine umfassende Analyse des Niedriglohnbereichs darf allerdings nicht nur auf die Vollzeitbeschäftigten beschränkt bleiben, sie muss vielmehr auch den Bereich der geringfügigen Beschäftigung, der Teilzeitarbeit und streng genommen auch bestimmte Teile der Ein-Personen-Selbständigen berücksichtigen. Die beste Datenlage ergibt sich allerdings im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, weshalb die anderen genannten Gruppen hier nicht weiter behandelt werden. Erwähnt sei nur, dass sich nach der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung im Jahr 2001 die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse von bundesweit 4,13 auf 4,38 Millionen im Jahr 2003 erhöht hat und dass zusätzlich 1,16 Millionen Menschen einer geringfügigen Beschäftigung neben einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgingen.

Bei näherer Betrachtung des so erfassten Niedriglohnsektors ergibt sich, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen in diesem Bereich stark überrepräsentiert sind. So stellen Frauen nur knapp 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, jedoch 57 Prozent derjenigen im Niedriglohnbereich (Im Bereich der geringfügigen Beschäftigung sind es fast 70 Prozent.). Eine abgeschlossene Berufsausbildung an sich bedeutet hingegen nur ein geringfügig geringeres Risiko, einer Niedriglohnbeschäftigung nachzugehen. Weiterhin zeigt sich, dass der ostdeutsche Niedriglohnsektor deutlich größer als der westdeutsche ist.

In der Summe ergeben sich laut dem IAT Gelsenkirchen 6,9 Millionen Geringverdiener, darunter 3 Millionen mit Vollzeitarbeit. Der Niedriglohnsektor ist nicht unterentwickelt, er ist Realität.

Bereits aus diesen wenigen Angaben lässt sich schließen, dass über den Niedriglohnsektor in erheblichem Maße fragwürdige gesellschaftliche Verteilungsmechanismen reproduziert werden und dass Niedriglohn längst kein Thema mehr ist, das nur klassische „Problem-

gruppen“ wie niedrig qualifizierte ArbeitnehmerInnen ohne abgeschlossene Berufsausbildung betrifft. Es ist also offensichtlich unter dem Druck der hohen Massenarbeitslosigkeit der letzten Jahrzehnte und der überwiegend konservativen Bewältigungsstrategien der neuen ökonomischen Anforderungen bereits zu einem beträchtlichen Ausbau dieses Bereichs gekommen, der auch vor gewerkschaftlich getragenen Tariflöhnen nicht Halt macht, denn selbst diese bewegen sich bekanntlich mittlerweile in einigen Bereichen in Größenordnungen von vier Euro pro Stunde.

Ein in der politischen Debatte gerne für Ausbau und Förderung des Niedriglohnssektors bemühtes Bild ist das vom Niedriglohnsektor als Sprungbrett in normal bezahlte Beschäftigung. Doch gerade diese Eigenschaft ist – wenn sie je real existiert hat – dem Niedriglohnsektor mittlerweile abhanden gekommen: Nach einer Studie des IAB hat sich der Anteil derjenigen Beschäftigten, die fünf Jahre nachdem sie im Niedriglohnbereich tätig waren, in ein höheres Lohnsegment aufgestiegen sind, zwischen den Zeiträumen 1986-1991 und 1996-2001 von über 50 Prozent auf ein Drittel verringert. Damit liegt die Aufstiegsmobilität des deutschen Niedriglohnssektors weit unter dem europäischen Durchschnitt.

Die Konsequenzen dieser Entwicklungen sind auf verschiedenen Ebenen fatal: Eine wachsende Zahl von Haushalten hat geringere Einkommen zur Verfügung, die gesamtdeutsche Lohnquote sinkt weiter und belastet damit den privaten Konsum. In Kombination mit den – gerade im Bereich der geringfügigen Beschäftigung, aber auch im Bereich der niedrig entlohnten Vollzeitbeschäftigung – fehlenden oder marginalen Steuern und Sozialabgaben, die ihrerseits die öffentlichen Haushalte belasten und staatliche Investitionen verhindern, kommt es zu fatalen Effekten auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Sozialpolitisch schlagen vor allem die Belastungen der Sozialversicherung durch die Umwandlung regulärer Jobs in geringfügige Beschäftigung und die sich bereits jetzt abzeichnenden Probleme in der Alterssicherung von Personen, die langjährig im Niedriglohnbereich tätig gewesen sind und damit nur geringe Ansprüche im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung erworben haben, nieder. Hinzu kommen grundsätzliche Probleme, die mit zunehmenden Lohnunterschieden und der Ausweitung prekärer Beschäftigung verbunden sind. Dazu gehören zunehmende soziale Spannungen und Ungleichheiten, die Ergebnisse einer weiteren Verfestigung unterer sozialer Milieus unter Abnahme von gesellschaftlicher Mobilität sind. Die Klassengesellschaft bleibt historische Realität.

3. Die Würde des Menschen in einer globalisierten Arbeitswelt

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – so lautet Artikel 1 des Grundgesetzes. Diese Losung ist damit Wegmarke für unser politisches Handeln. Unsere Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – leiten sich unmittelbar aus der Würde des Menschen ab. Sie sind Folge wie Voraussetzung, sie sind Voraussetzung wie Folge. Deshalb steht bei uns der Mensch im Mittelpunkt der Politik.

Die Würde des Menschen ist kein Grundprinzip, welches nur in ökonomisch prosperierenden Zeiten Geltung hat. Seine Gültigkeit wird gerade dann auf eine Probe gestellt, wenn wirtschaftliche Krisen die soziale Polarisierung in der Gesellschaft verschärft. Für uns Jusos ist deshalb klar: Die Würde des Menschen ist nicht die Kirsche auf der Sahnetorte. Sie ist unantastbar in aller Zeit, an jedem Ort. Denn die Würde gilt nicht nur in der Gesellschaft, in den politischen Institutionen oder der Kultur, sie muss auch und gerade in der Arbeitswelt gelten.

Der verstorbene ehemalige Bundespräsident Johannes Rau hat einmal gesagt: „Wo die Würde verletzt ist, zählen keine wirtschaftlichen Argumente.“ Wir Jusos pflichten ihm bei:

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Gerade deshalb halten wir unsere Vorstellungen einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsform lebendig.

Die Prekarisierung des Arbeitsmarktes verschärft soziale Ausgrenzung und soziale Unsicherheit. Denn die Würde des Menschen in der Arbeitswelt ist dort verletzt,

- wo junge Menschen eine Ausbildungsvergütung erhalten, von der sie nur in Abhängigkeit anderer leben können,
- wo Hungerlöhne keine Existenzsicherung für Beschäftigte und deren Familien sicherstellen,
- wo eine „working poor“ existiert, in der eine Existenzsicherung nur über mehrere Jobs hergestellt werden kann,
- wo – auch durch die Lockerung des Kündigungsschutzes – „hire and fire“ Realität ist,
- wo geringe Qualifizierung nicht beseitigt wird,
- wo niedrige Löhne nicht zu einem Einstieg ins Berufsleben führen, sondern zu einer verfestigten Arbeitsrealität.

Wir Jusos stellen die Würde des Menschen in der Arbeitswelt in den Mittelpunkt. Deshalb wenden wir uns gegen eine Wirtschaftsform, in der „Hire and Fire“, Hungerlöhne, nicht-existenzsichernde Arbeit und soziale Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit zur Realität gehören. Unser Leitbild ist eine auf Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und gute Arbeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik.

Arbeit muss existenzsichernd sein. Nur so ist eine menschenwürdige Ökonomie sichergestellt. Wir wollen keine working poor in Deutschland. Die marktradikale Politik, die eine Strategie der niedrigen Löhne als Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorschlägt, ist eine Strategie der Dumpinglöhne. Sie ist zudem ökonomisch erfolglos: In den letzten Jahren sind in Deutschland die Löhne im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich gestiegen. Die Folge war nicht der Abbau, sondern der Aufbau von Arbeitslosigkeit. Die Gleichung, niedrige Löhne gleich mehr Beschäftigung erweist sich daher als Trugschluss. Es wäre stattdessen notwendig, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge wieder in den Blick zu nehmen.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit – nicht zuletzt auch aufgrund des Sozialabbaus – können die sozialen Sicherungssysteme ihre nachfragestabilisierende Funktion kaum noch erfüllen. Die Folge ist schwacher Konsum und eine stagnierende Binnennachfrage. Zusammen mit der schwachen Lohnentwicklung und der Strategie der Dumpinglöhne bildet dies eine makroökonomische Negativspirale erster Güte. Die Folge sind soziale Ausgrenzung und Massenarbeitslosigkeit.

Eine Politik, die die Würde des Menschen im Mittelpunkt hat, und eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik sind also untrennbar miteinander verbunden. Wir Jusos wollen einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland einführen. Ein gesetzlicher Mindestlohn verhindert Hungerlöhne und schützt vor einer prekären Arbeitswelt, er ist zeitgleich ein Beitrag zur Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit dem Aufbau von Beschäftigung in Deutschland.

4. Für eine soziale Ordnung des Niedriglohnsektors

4.1

1. Schritt: Ausweitung des Entsendegesetz

Ziel einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik muss eine Garantie sein, dass es für Arbeit ein Einkommen oberhalb des Existenzminimums gibt. An diesem Ziel müssen sich die vorgeschlagenen Instrumente messen lassen. Ein erster Schritt dazu kann und muss die Ausweitung des Entsendegesetzes sein. Die Debatte um die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Deutschland besonders negativ betroffen hätte, zeigt, wie wichtig eine solche Maßnahme ist.

Das Entsendegesetz legt fest, dass Tarifverträge eingehalten werden und entsprechend Löhne nach Tarif bezahlt werden. Ohne einen Tarifvertrag kann das Entsendegesetz aber nicht greifen. Nicht in allen Branchen werden Tarifverträge abgeschlossen, die bundesweit gelten, so beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättengewerbe – also gerade in Branchen, in denen ohnehin geringe Verdienste zu erwarten sind. Ein Entsendegesetz kann daher nur Sinn machen, wenn die großen Löcher im Tarifgefüge gestopft werden.

Kompliziert sind aber auch Branchen in denen mehrere Tarifverträge gelten. Hier besteht die reale Gefahr, dass durch Billigtarifverträge die Tarifstandards nach unten nivelliert werden. Zusätzlich müssen in stark regionalisierten Tarifbereichen Maßnahmen zur Vereinheitlichung eingeleitet werden, die vor allem von Seiten der Arbeitgeber abgelehnt werden.

Ergebnisse des WSI zeigen, dass Löhne, die nach Tarif gezahlt werden keine Garantie für Löhne oberhalb der Armutsgrenze sind. Denn das Entsendegesetz bietet keine Lösung für Branchen, in denen die unteren tariflichen Lohngruppen mit Beträgen zwischen 4 und 6 Euro pro Stunde deutlich unterhalb der Armutsschwelle liegen. Wenn das Entsendegesetz auch in diesen Bereichen Anwendung findet, werden Armutslöhne und geringe Verdienste festgeschrieben und nicht beseitigt.

Im Hinblick auf die Absicherung europäischer Maßnahmen nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen muss es weiterführende Maßnahmen zur Vermeidung von Niedriglöhnen und Lohndumping geben. Aus diesem Grund sollte die Ausweitung des Entsendegesetzes als erster Schritt zum gesetzlichen Mindestlohn verstanden werden. Darüber hinaus wollen wir perspektivisch auf einen europäischen Mindestlohn hinarbeiten. Denn nur so kann gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gesichert werden.

4.2

2. Schritt: Ein gesetzlicher Mindestlohn für alle!

Hungerlöhne in Deutschland können nur durch gesetzliche Mindestlöhne verhindert werden. Gesetzliche Mindestlöhne stoppen den freien Fall der Löhne nach unten. Sie sind ein soziales Netz gegen Lohndumping und leisten einen gesamtwirtschaftlich dringend notwendigen Beitrag zur langfristigen Stärkung der Kaufkraft. Gesetzliche Mindestlöhne schützen nicht nur Arbeitnehmer/innen vor Lohn- und Sozialdumping, auch ehrliche Unternehmen werden belohnt: der Mindestlohn garantiert fairen Wettbewerb, die Konkurrenz von Billiganbietern, die zu Niedrigstlöhnen arbeiten lassen, bleibt außen vor. Negative Beschäftigungseffekte bei der Einführung können vermieden werden, wenn den Betrieben ausreichend Vorbereitungszeit gelassen wird. Das zeigen aktuelle Untersuchungen des Instituts für Arbeit und Technik. Untersuchungen in Großbritannien, weiteren Ländern Europas und Kaliforniens zeigen keinerlei negative Beschäftigungseffekte durch die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Den Unkenrufen der Arbeitgeberverbände kann aus internationalen Erfahrungen heraus nicht geglaubt werden:

Deutschland ist eines der wenigen EU-Mitgliedsländer ohne einen gesetzlichen Mindestlohn. Neun der 15 alten EU-Mitgliedsländer und neun der zehn neuen EU-Mitgliedsländer haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Der gesetzliche Mindestlohn in Frankreich liegt nach Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung inzwischen bei knapp über 8,- € und in Großbritannien seit Oktober 2006 bei umgerechnet 7,86 €. Der niedrigste tarifliche Stundenlohn in Ostdeutschland lag Ende 2003 bei 2,74 €, und auch in westdeutschen Tarifverträgen finden sich zahlreiche Lohngruppen mit Stundenlöhnen unter 6,- €.

Obwohl Großbritannien ein Land mit hohen Anteilen von Niedriglöhnen und einer starken Einkommensdifferenzierung ist, hat es die Labour-Regierung geschafft, dieses höchst kontroverse Instrument so einzuführen, dass es im Prinzip heute nicht mehr umstritten ist. 1999 wurde der Mindestlohn für Beschäftigte über 22 Jahre auf ca. 5,29 € festgelegt und über die Jahre schrittweise auf jetzt fast 8 € gesteigert. Niedrigere Mindestlöhne gelten für 16- bis 17jährige (4,41 €) und 18- bis 22jährige (6,54 €). Die Lohnsumme wurde durch den nationalen Mindestlohn um ungefähr 0,5% gesteigert - ohne spürbare Effekte auf die Beschäftigung. Auch die deutlichen Erhöhungen des Mindestlohns von 2003 (plus 7%) und 2004 (plus 8%) wurden ohne negative Wirkungen verkräftet.

Für Deutschland fordern wir als Einstieg einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 € (brutto) in der Stunde. Wir lägen damit im europäischen Mittelfeld.

Branchenspezifisch sehen wir deutliche Unterschiede in der Fähigkeit von Gewerkschaften, existenzsichernde Löhne auszuhandeln. Gleichzeitig wird der Abdeckungsgrad von Flächentarifverträgen durch Tariffucht der Arbeitgeber konsequent gesenkt. Ohne die Tarifautonomie in Frage zu stellen fordern wir Jusos einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Branchenspezifische Lösungen haben den Charme der Differenz und Flexibilität. Allerdings ist ihre Einführung und Bestimmung mit hohen bürokratischen Hürden und konflikträchtigen Aushandlungsprozessen verbunden. Für jede einzelne Branche müssten Mindestlöhne ausgehandelt und gesetzlich fixiert werden. Gegenüber einem einheitlichen Mindestlohn, der ein Mindestmaß für alle Branchen sicherstellt, birgt ein branchenspezifisches Modell elementare Nachteile.

Die jeweils zweijährige Erhöhung des Mindestlohns wollen wir einer Mindestlohn-Kommission („Low Pay Commission“) aus paritätisch besetzten Vertreter/innen von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Wissenschaft und Politik übertragen. Die Mindestlöhne müssen jedoch jährlich mindestens der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst werden. Der Mindestlohn wird im Auftrag der Kommission durch wissenschaftliche Expertise stetig evaluiert und seine Auswirkungen erforscht. Die Erfahrungen bei der Einführung müssen sorgfältig überwacht werden, um in einem empirisch geleiteten Entscheidungsprozess die Höhe des Mindestlohnes richtig dosieren und auf ggf. auftretende Umsetzungsprobleme reagieren zu können.

Wir Jusos wenden uns strikt gegen Modelle, die einen niedrigeren Mindestlohn für jüngere Arbeitnehmer/innen vorsehen. Ein einheitlicher Mindestlohn gilt ohne Alters- und Branchenbeschränkung für alle beruflichen Tätigkeiten, die nicht im Rahmen eines Ausbildungsverhältnisses erbracht werden. Aus der Erfahrung mit dem real existierenden Niedriglohnsektor wissen wir, dass sich dieser Bereich verfestigt. Niedrige Einstiegsgehälter bleiben in den übermeisten Fällen niedrig und werden nicht der Qualifikation entsprechend angepasst.

4.3

3. Schritt: Mitbestimmung in Europa stärken

Das deutsche Modell von Mitbestimmung, Tarifautonomie und Flächentarifverträgen ist eine soziales und ökonomisches Erfolgsmodell. Es kommt in Zeiten der Globalisierung, der Erpressbarkeit von Belegschaften durch hohe Arbeitslosigkeit sowie der europäischen Integration unter Druck. Deshalb gilt es nicht nur Mindestlöhne einzuführen, sondern die Mitbestimmung in Europa zu stärken und auszubauen.

Fast alle europäischen Staaten verfügen über Strukturen betrieblicher Mitbestimmung, sei es in Form eines Betriebsrates oder in der Form einer betrieblichen Gewerkschaftsvertretung. Hier gilt es, die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung durch verstärkte europäische Abstimmungen zwischen den Gewerkschaften durchzusetzen. Gleichzeitig sollte die Politik Schritte zur Harmonisierung betrieblicher Mitbestimmung in Europa unternehmen. Ein positives Beispiel sind hier die europäischen Betriebsräte, die schon heute das Ausspielen der Belegschaften gegeneinander unterbinden.

Äußerst heterogen ist allerdings das Niveau der Unternehmensmitbestimmung in Europa. In 18 von 25 EU-Mitgliedsstaaten haben die Arbeitnehmer/innen das Recht, in den obersten Verwaltungs- und Führungsorganen von Unternehmen ihre Interessen vertreten zu können. Deutschland ist im EU-Vergleich das Land mit herausragenden Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Unternehmensebene. Entscheidend ist meist aber die Beschäftigtenzahl, ab der eine ausgebaute Mitbestimmung möglich wird. Es ist bemerkenswert, dass außer in Deutschland, Slowenien (ab 500) und Luxemburg (ab 1000) in allen anderen Ländern zum Teil deutlich niedrigere Schwellenwerte für die Anwendung der Mitbestimmung existieren. In der Slowakei und der Tschechischen Republik, keine wirklich sozialstaatlichen Musterländer, existiert die Unternehmensmitbestimmung schon ab 50 Arbeitnehmern. Insofern relativiert sich die vermeintlich einzigartige Stärke der deutschen Mitbestimmung bei genauerem Hinsehen schnell. Ein europäischer Integrationsprozess im Bereich der Unternehmensmitbestimmung würde also auch unser Modell der Mitbestimmung positiven regulatorischen Anpassungsprozessen aussetzen.

Der Grundsatz, dass die Interessen der Arbeitnehmer/innen bei der Führung von Unternehmen systematisch berücksichtigt werden, wird in Europa weitgehend geteilt. Mit der Richtlinie zur Arbeitnehmerbeteiligung in der Europäischen Aktiengesellschaft im Jahre wurde jedoch erst kürzlich gemeinsame Mitbestimmungsrechte neu auf die Agenda gesetzt. Auch die Initiativen von „Corporate Social Responsibility“ tragen dem Umstand Rechnung, dass der finanzgetriebene Kapitalismus die Unternehmen zu ständig neuer Rendite antreibt – meist auf Kosten von Beschäftigung und Sozialstandards.

Wir Jusos setzen uns dafür ein, dass Mitbestimmung auf Unternehmensebene – grenzüberschreitend – eine wichtige Säule der gesellschaftlichen Verankerung von Unternehmen spielt. Wir plädieren für ein hohes Niveau der Mitbestimmung gerade in Europa. Deshalb muss endlich eine wirklich europäisch zusammen gesetzte und legitimierte Interessenvertretung als Pendant zu den polyglotten, grenzüberschreitenden Unternehmensführungen etabliert werden. Ein solcher Weg der zeitgemäßen Flankierung europäischer Mitbestimmungsregeln wäre eine notwendige Ergänzung nationaler Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Dies würde das System der Flächentarifverträge stärken und den Argumenten, der Mindestlohn schwäche die Lohnstrukturen, Wind aus den Segeln nehmen.

Wir Jusos fordern, dass:

1. das bestehende Gesetze, die die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in Unternehmen betreffen nicht dahingehend geändert werden – auch nicht durch Zugeständnisse auf europäischer Ebene -, dass es zu einem „weniger“ an Mitbestimmung kommt.

2. schrittweise eine Umwandlung von bislang nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 mitbestimmten Unternehmen in die Mitbestimmungsvorschriften des Montan-Gesetzes von 1956 erfolgt.

Priorität bei der gesetzlichen Neuregelung soll dabei solchen Unternehmen zukommen, die der Daseinsvorsorge (Wasser, Energie) dienen und die Schlüsselsektoren der deutschen Wirtschaft darstellen.

3. die SPD in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften dafür sorgt, dass in bi- oder multinationalen Konzernen und Unternehmen seitens der ArbeitnehmerInnen eine entsprechend proportionale Entsendung ausländischer ArbeitnehmerInnen bzw. Gewerkschafter in die Aufsichtsgremien der mitbestimmten Unternehmen erfolgt.

H2

Wie Wachstum Beschäftigung schaffen kann!

Einleitung

In der sozialdemokratischen und sozialistischen Programmatik stellt wirtschaftliches Wachstum traditionell das zentrale Element für die Ausweitung des gesellschaftlichen Wohlstandes, die Partizipation breiter Bevölkerungsschichten an diesem Wohlstand sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Dieser – zumindest rhetorisch weiterhin betonten – Zentralität steht jedoch eine zunehmende Verarmung des ökonomischen Wissens und dem Verständnis kreislauftheoretischer Zusammenhänge in der deutschen Sozialdemokratie entgegen. In der Breite bis hin zur Spitze der sozialdemokratischen (und zunehmend auch der jungsozialistischen) Funktionärsschicht bestehen erhebliche Wissenslücken über Grundzüge der politischen Ökonomie. Diese auch außerhalb der Sozialdemokratie festzustellende Tendenz ist Folge der zunehmenden Ökonomisierung weiterer Lebensbereiche und der damit einhergehenden Betonung mikroökonomischer Allokationseffizienz. Die ausschließliche Betrachtung einzelner Teilmärkte wird unterstützt durch die neoklassische Dominanz in den Wirtschaftswissenschaften.

Infolge der Besetzungspolitik der Hochschulen und wissenschaftspolitischer Entscheidungen, kann, bis auf wenige Ausnahmen, von einer Pluralität des ökonomischen Denkens an deutschen Hochschulen nicht mehr gesprochen werden. Die zunehmende Orientierung auf Drittmittelfinanzierung forciert die Beschränkung auf Teilaspekte, wie die zunehmende Zahl von gesundheits-, energie- oder gar sportökonomischen Lehrstühlen belegt. Auch wenn diese Tendenz in allen westlichen Industrieländern festzustellen ist, sticht die Monotonie der deutschen Wirtschaftswissenschaften besonders deutlich hervor. In den USA und in Großbritannien, vermeintliche Horte des Neoliberalismus, ist die wissenschaftliche Meinungspluralität deutlich höher. In der Folge werden insbesondere in Deutschland Wechselwirkungen zwischen den makroökonomischen Aggregaten kaum noch berücksichtigt, mit fatalen Auswirkungen auf die politischen Konzepte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und der anhaltenden Wachstumsschwäche der deutschen Volkswirtschaft.

Der Mangel an ökonomischem Verständnis betrifft alle parteipolitische Politikansätze. Ist die mikroökonomische Logik erst einmal akzeptiert, kann soziale Gerechtigkeit allenfalls noch moralisch begründet und angesichts der derzeitigen ökonomischen Problemlage folglich

kaum noch durchgesetzt werden. In einer Art Gegenreaktion haben sich Teile der Linken gänzlich vom Konzept der Wohlstandsmehrung durch wirtschaftliches Wachstum verabschiedet; aus vermeintlich ökologischen oder systemimmanenten Gründen scheint ihnen Wirtschaftswachstum weder möglich noch wünschenswert. Da die Umverteilung machtpolitisch deutlich schwieriger zu organisieren ist als die Umverteilung zusätzlicher Produktionsmengen werden durch eine solche Strategie bestehende Ungerechtigkeiten zementiert. Für uns Jusos ist es daher von zentraler Bedeutung, die fundamentalen Unterschiede zwischen betriebs- und volkswirtschaftlicher Logik in der Sozialdemokratie stärker zu verankern und eine Wiederbelegung des ökonomischen Wissens in Partei und Verband herbeizuführen.

Wirtschaftswachstum kein Selbstzweck

Ökonomisches Wachstum, d.h. die Zunahme der produzierten Güter und Dienstleistungen, bedeutet einen Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums und stellt eine notwendige Bedingung für eine realistisch erreichbare Umverteilung von oben nach unten dar. Wirtschaftliches Wachstum ist für uns aber kein eigenständiges Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ein Mittel zur Erreichung anderer sozioökonomischer Ziele.

Historisch am Bedeutsamsten ist die Rolle des wirtschaftlichen Wachstums für die Produktivkraftentwicklung. Der innere Zwang kapitalistischer Gesellschaften zur Kapitalakkumulation führte mit der Industrialisierung nicht nur zur einen wachsenden Produktionsmenge, sondern auch zu einer stetigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Neben dem durch Verteilungskämpfe erreichten Anstieg des materiellen Wohlstands der abhängigen LohnarbeiterrInnen stellt der potentiell emanzipatorische Charakter des Produktivitätswachstums einen wichtigen Bezugspunkt der ArbeiterInnenbewegung dar. Wachsende Freiheit, verstanden sowohl im Sinne der Befreiung von körperlich belastender Arbeit als auch der Überwindung herrschender Ausbeutungsverhältnisse, setzt ein Wachstum der Produktivkräfte und der Produktion von Gütern und Dienstleistungen voraus, auch wenn sie nicht damit identisch und nicht jedes Wachstum damit verbunden ist. Der gesellschaftliche Fortschritt einer Gesellschaft lässt sich nicht an den jährlichen Wachstumsraten ablesen, doch benötigt eine fortschrittliche Gesellschaft ein hohes Entwicklungsniveau seiner Produktivkräfte.

In diesem Verständnis betreiben wir keine Fetischisierung der Wachstumsraten, wie sie die politische Debatte oft beherrscht. Bei allen Unzulänglichkeiten der Messung ist jedoch die monetäre Widerspiegelung der materiellen und immateriellen Produktion einer Volkswirtschaft anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und das Wachstum des BIP pro Kopf ein sinnvoller Indikator für das wirtschaftliche Wachstum. Auch wenn externe Effekte der Produktion, die Schattenwirtschaft und wesentliche Teile der häuslichen Reproduktions- und Erziehungsarbeit nur unzureichend eingerechnet werden, können weitere Indikatoren dieses Konzept nur verbessern und ergänzen.

Wirtschaftswachstum und Ökologie

Seit den 1970er Jahren hat sich in Teilen der politischen Linken ein bis heute virulenter, ökologisch motivierter Wachstumspessimismus verbreitet. Der vermeintliche Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie wurde häufig durch die Begrenztheit natürlicher Ressourcen begründet, insbesondere durch die absehbare Erschöpfung fossiler Brennstoffe. Zweifelsohne sind die westlichen Industrieländer bis heute in hohem Maße von der Verfügbarkeit von Erdöl und -gas abhängig, mit entsprechenden Konsequenzen für die geostrategische Interessenpolitik. Bedeutsamer als die Ressourcenknappheit ist jedoch die Überforderung der natürlichen Regenerationsfähigkeit. Seit dem Beginn der Industrialisierung im 18. Jahrhundert hat eine massive Belastung von Luft, Boden und Wasser mit industriellen Abfallprodukten stattgefunden, die häufig genug zu lokalen oder regionalen ökologischen Katastrophen kumuliert ist. Derzeit stellt auf der globalen Ebene sicherlich der durch den zunehmenden CO₂-Anteil in der Luft ausgelöste Klimawandel die größte Bedrohung dar.

Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzen führen in der ökologischen Kritik zu einer ablehnenden Haltung gegenüber wirtschaftlichem Wachstum und der Forderung nach Verzicht auf Produktion und Konsum von als unnötig empfundene Güter (Suffizienzdebatte). Wenngleich die Intention dieses Ansatzes durchaus begrüßenswert ist, so verkennt eine solche Logik nicht nur die Relevanz von Wirtschaftswachstum für Beschäftigung. Wesentlich werden die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstum für eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise unterschätzt.

Nullwachstum bedeutet im schlimmsten Fall, dass die Güterproduktion mit der momentan existierenden Produktionstechnik fortgeführt wird. Die Anwendung umweltfreundlicher Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz von Produktion und Kraftfahrzeugen, der Ausbau des Schienenverkehrs etc. induziert hingegen wirtschaftliches Wachstum. Die Frage ist daher nicht ob, sondern welche Art von Wachstum wünschenswert ist. Ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum kann dabei nie das Ergebnis reiner Marktprozesse sein, qualitatives Wachstum bedarf eines hohen Grades staatlicher Intervention.

Wachstumsabschwächung und Massenarbeitslosigkeit

Die Nachkriegsentwicklung Westeuropas war durch hohe Wachstumsraten und geringe Arbeitslosenzahlen geprägt. Insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland konnte die Vorkriegsproduktion rasch übertroffen und die anfänglich hohe Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Im ‚goldenen Zeitalter‘ 1950er und 1960er Jahren konnte der Arbeitskräftebedarf nur durch Zuzug befriedigt werden. Die starke Stellung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften führt zu einem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen, Mitbestimmungsrechten im Unternehmen und der Partizipation breiter Bevölkerungsschichten am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum, eine Entwicklung die nicht nur in der Bundesrepublik festzustellen ist, sondern fast alle westlichen Industrieländer Kontinentaleuropas auszeichnet und als ‚rheinischer Kapitalismus‘ umschrieben wird. Nach kleineren Krisen in den 1960er Jahren gerät dieses System seit Beginn der 1970er Jahre in eine dauerhafte Krise.

Der Rückgang der langfristigen Wachstumsraten führt zu einer steigenden und dauerhaft anhalten Massenarbeitslosigkeit, eine Tendenz die in Deutschland besonders deutlich hervortritt, grundsätzlich aber in allen Industrieländern feststellbar ist. In der wirtschaftspolitischen Debatte führt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit zu einem Bedeutungswandel wirtschaftlichen Wachstums. Nicht mehr Wohlfahrts- und Produktivitätssteigerung sowie Humanisierung der Arbeitsverhältnisse stehen im Blickpunkt der Wachstumsdiskussion, sondern hauptsächlich der Erhalt und die die Entstehung von Arbeitsplätzen. Die Wachstumsdebatte verkürzt sich zur Debatte über die Wachstumsrate, die in der Bundesrepublik Deutschland vor allem von der Exportwirtschaft abhängig ist. Diese Exportorientierung ist bis heute ein Fetisch der deutschen Wirtschaftspolitik, der andere Politikfelder unterzuordnen sind. So wird Lohnzurückhaltung und Preisstabilität gepredigt, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft zu garantieren. Das im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgeschriebene Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist zumindest real nie angestrebt worden.

Ein derart hochproduktiver industrieller Exportsektor wie in Deutschland ist weltweit sicherlich einmalig. Jedoch hat die einseitige Fixierung auf den Exportsektor zu einer strukturellen Vernachlässigung der Binnennachfrage geführt. Auch kann der Exportsektor die in ihn gesetzten Erwartungen zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit nicht erfüllen: die weltweite Nachfrage bleibt begrenzt und die notwendige Produktivitätsentwicklung führt zwar zu hochqualitativen Beschäftigungsmöglichkeiten, die in ihrer Quantität jedoch begrenzt bleiben.

Tertiärisierungsprozess gestalten

Die starke Exportorientierung mag ein Grund dafür darstellen, dass die zunehmenden Tertiärisierung auch der deutschen Wirtschaft nur unzureichend politisch begleitet wird. Von 1970 bis 2004 stieg der Anteil der Dienstleistungen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung von 49 auf fast 70 Prozent an. Teilweise ist diese Entwicklung auf rein statistische Effekte zurückzuführen, etwa wenn durch outsourcing die gleichen Tätigkeiten durch eigenständige Firmen dem Dienstleistungssektor zugeordnet werden (etwa Lohnbuchhaltung, Bewachung etc.). Zweifelsohne hat jedoch der Dienstleistungssektor an Bedeutung gewonnen.

Entgegen der gängigen Globalisierungsthese, die von einer Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik aufgrund ökonomischer Zwänge ausgeht, haben sich in den Industrieländern höchst unterschiedliche gesellschaftliche Reglementierungen des Dienstleistungssektors herausgebildet. Die Extremvarianten (corner solutions) sind einerseits die angelsächsischen Ländern, allen voran die USA, andererseits die skandinavischen Länder.

Die USA generieren Beschäftigung im Dienstleistungssektor wesentlich über eine extreme Lohnspreizung und eine fehlende soziale Absicherung. Dem exzessiven Konsum (von einfachen Dienstleistungen) der reichen Bevölkerungsschichten steht eine wachsende Zahl von working poor gegenüber, die mit ihren niedrigen Löhnen für ‚erschwingliche‘ Dienstleistungen sorgen. Zwar weisen die USA niedrige Arbeitslosenquoten auf, die sozialen Verwerfungen und die wachsende Ungleichheit der amerikanischen Gesellschaft können für uns jedoch nicht erstrebenswert sein. Zudem sprechen die geringe Sparquote und das dauerhafte Leistungsbilanzdefizit der USA dagegen, dass dieses Modell auf Deutschland übertragbar ist.

In den skandinavischen Ländern werden Dienstleistungen in einem starken Maße durch den Staat bereitgestellt. So führen die vorschulische Betreuung von Kindern und das gut ausgestattete Bildungssystem nicht nur zu einem besseren Bildungsniveau (PISA-Studie) und einer höheren Erwerbsquote von Frauen, sie schafft auch Beschäftigung. Die Finanzierung dieses staatlichen Dienstleistungsangebots erfolgt durch wesentlich höhere Steuersätze als dies in den kontinentaleuropäischen Ländern der Fall ist. Richtig ist, dass in den 1990er Jahren auch in den skandinavischen Ländern die Staatsquote gesunken ist und eine Reform des wohlfahrtsstaatlichen Systems durchgeführt wurde. Dennoch bleibt das Absicherungsniveau hoch und staatlich bereitgestellte soziale Dienstleistungen wurde in der Tendenz ausgebaut.

Das deutsche System befindet sich zwischen den skizzierten corner solutions. Trotz alarmierender Lohnentwicklung insbesondere bei gering Qualifizierten und den Einschnitten in das soziale Sicherungssystem ist die Einkommensgleichheit wesentlich höher als in den USA. Die Politik ist aber offenkundig nicht gewillt, ein ausreichendes Maß an staatlich organisierten Dienstleistungen bereit zu stellen und über höhere Steuern zu finanzieren, wie insbesondere die geringen öffentlichen Bildungsausgaben in Deutschland dokumentieren (4,6 Prozent des BIP im Vergleich zu 7,6 Prozent in Schweden und 8,3 Prozent in Dänemark). Betrachtet man die Beschäftigungsquote als einziges Erfolgskriterium, dann stellt dieser Weg sicherlich die schlechteste Handlungsoption dar. Vereinfacht lässt sich das Dilemma auf den Punkt bringen: die Beschäftigung im öffentlichen Dienstleistungssektor ist so gering wie in den USA und bei den privaten Dienstleistungen so gering wie in Schweden.

Der Nachholbedarf bei sozialen und personennahen Dienstleistungen ist unter anderem drei Tatsachen geschuldet. Erstens, wurde bislang die Entwicklung durch eine relativ geringe Erwerbstätigkeit der weiblichen Bevölkerung gehemmt. Zweitens, ist der Ausbau sozialer

Dienstleistungen bislang ein fremdes Element im deutschen Sozialversicherungssystem. In Deutschland wird die Lage drittens dadurch erschwert, dass die Zuständigkeiten für die Kinderbetreuung und Bildung sowie für Transfer- und Sozialversicherungsleistungen zwischen Ländern, Kommunen und dem Bund aufgeteilt sind.

Hier bestehen also sowohl Beschäftigungs- als auch Wachstumspotentiale. Im Haushalt geleistete Arbeit ergäbe vorsichtigen Schätzungen zufolge – bei einem Nettolohn von rund 9 Euro pro Stunde – eine Wertschöpfung von gut 1 Billion Euro. Laut einer Studie des DIW von 2003 können durch einen Ausbau der Kinderbetreuung Mehreinnahme- und Spareffekte erwartet werden sowohl durch die Schaffung neuer sozialversicherungs- und einkommenssteuerpflichtiger Beschäftigung als auch durch Einsparungen bei den Sozialleistungen.

Wachstumsschwäche des Exportweltmeisters

Angesichts der Binnenmarkt- und Dienstleistungsschwäche ist es nicht verwunderlich, dass der Exportweltmeister Deutschland am Boom der Weltwirtschaft nur bedingt partizipieren kann. Das weltweite Wachstum von rund 4 Prozent und die aufstrebenden Märkte in China und Indien sorgen zwar für volle Auftragsbücher und gute Gewinne bei den Exportunternehmen, ohne einen binnenwirtschaftlichen Impuls wird dieser Effekt auf dem Arbeitsmarkt keine Wirkung zeigen. Ein Wachstum der kapitalintensiven Exportwirtschaft ist grundsätzlich nur mit geringen Beschäftigungseffekten versehen. Zudem bestehen in der Industrie noch unausgelastete Kapazitäten, die durch interne Umschichten aktiviert werden können ohne zu Neueinstellungen zu führen.

Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen sowie eine restriktiv ausgerichtete Fiskalpolitik haben die Schwäche der Inlandsnachfrage verstärkt, ebenso ein Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte als Folge der gestiegenen Zukunftsunsicherheit. Die Binnenkonjunktur wurde außerdem durch die vergleichsweise hohen Realzinsen belastet, die sich durch die niedrige Inflationsrate in Deutschland ergaben.

Die konjunkturelle Situation der Exportwirtschaft kann über einen deutlichen Anstieg der Reallöhne zu einem Schub für die Binnennachfrage führen. Seit Jahren hinkt hierzulande die Lohnentwicklung ebenso wie die Lohnstückkosten hinter anderen Industrieländern zurück. Deshalb ist eine überdurchschnittliche Tariflohnforderung in der Metallindustrie für durchaus vertretbar. Sie wäre ein Signal für ein Ende der jahrelangen Politik der Lohnzurückhaltung.

Aktionsplan für Beschäftigung

Die Konjunktur ist zu schwach, die Arbeitslosigkeit ist zu hoch und der Standort ist stark und wettbewerbsfähig. Die scheinbar paradoxe Ausgangslage ist durch einen Aktionsplan für Beschäftigung zu überwinden. Hierfür treten wir für folgende Bausteine ein.

Ein kommunales Investitionsprogramm der Bundesregierung in Höhe von je 20 Mrd. Euro für die nächsten 5 Jahre soll dem Verfall der kommunalen Infrastruktur entgegenwirken. Das Programm soll insbesondere in den Feldern ökologische Modernisierung und Sanierung einen Beitrag für mehr Beschäftigung und eine verbesserte Lebensqualität beitragen.

Die Binnennachfrage leidet unter stagnierenden Löhnen. Eine gerechtere Einkommensverteilung ist ein Beitrag zur Stärkung der Massenkaufrkraft. Entsprechend ist eine Umverteilung von Reichtum nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit geboten, sie ist vor allem ökonomisch sinnvoll. Die Steuerpolitik ist entsprechend auszurichten, ein Beispiel hierfür sind die Erbschaftssteuer sowie eine Revitalisierung von Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer. In Deutschland sind viele Menschen zu lange arbeitslos, wodurch vielfach ein Teu-

felskreis entsteht. Denn der langjährige Ausschluss von Menschen von der Erwerbsarbeit zerstört deren Beschäftigungsfähigkeit selbst für den Zeitpunkt, in dem ihnen wieder Arbeit angeboten werden könnte. Die „Reservearmee“ des Arbeitsmarktes ist immer schwerer zu mobilisieren, je stärker das Qualifikationsniveau der gesellschaftlichen Arbeit steigt. Viele Arbeitslose sind wegen Krankheit, Behinderung, Kinderbetreuung und Dequalifizierung kaum noch beschäftigungsfähig.

Auch wenn klassische Instrumente öffentlich geförderter Beschäftigung wie ABM nicht immer erfolgreich waren, so ist gerade die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken. Zwar wird rhetorisch immer wieder auch das Fördern betont, bei den Betroffenen kam hier bisher kaum etwas an. Deshalb bedarf es kurzfristiger Änderungen an den Arbeitsmarktreformen (Hartz IV), neben einer generellen Erhöhung der Regelsätze insbesondere bei den älteren Arbeitnehmern und an den Zumutbarkeitsregelungen. Darüber hinaus brauchen wir ein verstärktes Förderelement. Neben den vorgeschlagenen Instrumenten zur Schaffung von Beschäftigung gehört dazu die Stärkung der Bildungsmaßnahmen für Arbeitslose und Beschäftigte, der den Einstieg in die eine Arbeitsversicherung darstellt.

Arbeitszeitverkürzung muss bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wieder eine stärkere Rolle einnehmen. Hier sind die Tarifparteien gefordert und wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrer Anstrengung gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung kann durch Politik unterstützt werden. Beispielhaft schlagen wir einen Innovationsfond „Arbeit gerecht verteilen“ für kleine und mittlere Betriebe vor, bei denen eine tarifvertraglich vereinbarte drastische Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit zu einer veränderten Kostenstruktur führt.

Die Massenarbeitslosigkeit wird täglich von den Arbeitgebern als Druckmittel gegen Löhne und Arbeitsstandards eingesetzt. Praktisch hat dies in vielen Branchen dazu geführt, dass Hungerlöhne gezahlt werden und tarifliche Standards illegal unterlaufen werden. Branchendifferenzierende gesetzliche Mindestlöhne können zusätzlich zu einer Ausweitung des Entsendegesetzes dieser Entwicklung Einhalt gebieten.

H10

Faire Beschäftigung von PraktikantInnen sichern!

Gegen eine Ausbeutung der Generation Praktikum

Der Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Praktika sollen dazu dienen, Personen im Rahmen ihrer Aus- oder Weiterbildung Einblicke in die Arbeitswelt zu verschaffen und sie auf diese Weise über Berufe zu informieren oder für Berufe weiter zu qualifizieren.

Diese Ziele werden immer häufiger verfehlt. PraktikantInnen, deren Tätigkeiten nicht oder nur gering vergütet werden, werden als billige Arbeitskräfte missbraucht und ausgebeutet, während sie selbst keine wesentlichen Erfahrungen sammeln können. Viele Betriebe sehen

PraktikantInnen als kostengünstige Arbeitskräfte, die häufig zum Nulltarif möglichst viele und möglichst unangenehme Aufgaben erledigen. Diese Situation, von der zumeist Jugendliche und junge Erwachsene betroffen sind, muss erheblich verbessert werden.

Dabei besteht jedenfalls in bestimmten Wirtschaftszweigen ein faktischer Zwang, solche Praktika sogar nach dem Abschluss einer Berufsausbildung oder eines Studiums abzuleisten: Zum einen, da dies von Unternehmen erwartet wird, zum andern, da ohne solche Beschäftigung eine „Lücke im Lebenslauf“ entstehen würde, die später Unternehmen von einer Einstellung des arbeitslos Gewesenen abschrecken könnten. Ferner werden PraktikantInnen teilweise mit einer tatsächlich nicht bestehenden Aussicht auf Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis geködert. Es wird sogar die vorherige Ableistung eines Praktikums zur Bedingung für die spätere Aufnahme eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses gemacht.

Das Praktikum als „Ausbildungspraktikum“ dient in erster Linie dem Erwerb beruflicher Kenntnisse, Fertigkeiten und Erfahrungen. Das Lernen steht im Vordergrund und darf nicht von der jeweiligen Arbeitsleistung des Praktikanten überlagert werden. Wenn bei einem Praktikum die Arbeitsleistung und nicht der Erwerb beruflicher Kenntnisse im Vordergrund steht und damit ein „Ausbeutungs- oder Ausnutzungspraktikum“ vorliegt, muss der/die PraktikantIn wie ein/e ArbeitnehmerIn behandelt werden und Anspruch auf den vollen Lohn eines/r in der Branche Beschäftigten haben.

Das Bundesarbeitsgericht hat bereits für das geltende Recht entschieden, dass die bloße Bezeichnung einer Beschäftigung als „Praktikum“ nicht genügt, um einen Vergütungsanspruch auszuschließen. Diese Rechtsprechungslinie sollte aber in einem Gesetz festgeschrieben werden, um sie erstens deutlich zu bekräftigen, zweitens normativ abzusichern und drittens durch klare Kriterien zu konkretisieren.

Im wesentlichen übereinstimmend mit den Forderungen der DGB-Jugend fordern wir Jusos, folgende Regelungen für Praktika gesetzlich festzuschreiben:

Ein Praktikum darf nicht länger als drei Monate dauern;

Jedes Praktikum von Menschen in Ausbildung ist mit mind. 300 Euro/Monat zu vergüten (Ausnahmen für „Schnupperpraktika“, die weniger als einen Monat dauern können getroffen werden);

Jedes Praktikum von AbsolventInnen einer Berufsausbildung oder eines Studiums ist mit mind. 600 Euro/Monat zu vergüten;

Für jedes Praktikum wird ein Praktikumsvertrag abgeschlossen, in dem insbesondere Dauer, Vergütung, Arbeitszeit sowie Ausbildungsziele festgeschrieben werden;

Nach dem Praktikum muss ein Arbeitszeugnis ausgestellt werden;

Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeit etc. richtet sich nach den Regelungen für die im gleichen Betrieb beschäftigten ArbeitnehmerInnen;

Die Einrichtung von Praktikumsstellen muss vom Betriebsrat bzw. Personalrat genehmigt werden;

Wird ein Praktikant/eine Praktikantin mit abgeschlossener Berufsausbildung oder abgeschlossenem Studium nach dem Praktikum vom gleichen Unternehmen weiter beschäftigt, ist für die Zeit des Praktikums der reguläre Arbeitslohn nachzuzahlen.

Wir erwarten, dass die SPD, ihre Gliederungen, Fraktionen und Abgeordneten PraktikantInnen nur nach den oben genannten Regeln beschäftigen. Der Parteivorstand gibt hierfür einen Leitfaden heraus.

3. dass die SPD die vorstehenden Regeln als „Leitfaden zur Beschäftigung von Praktikanten“ herausgibt.

In**Innenpolitik, Föderalismus und
Stärkung der Demokratie****In1****Öffentliche Sicherheit**

In der Innen- und Rechtspolitik geht der Trend zur Einschränkung von Grundrechten unverändert weiter. Spätestens seit den 70er Jahren werden Grundrechte und damit bürgerliche Freiheiten immer mehr als Hindernisse bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus gesehen. Dabei gerät in den Hintergrund, wie wichtig Grundrechte für die Freiheit der Menschen sind. Ob RAF-Terror, Organisierte Kriminalität oder die Bedrohung durch den „internationalen Terrorismus“ – all dies führt zu immer weiteren Eingriffen in persönliche Freiheiten. Die Politik fragt meist nicht nach den Ursachen von Kriminalität oder Terror. Sie erweckt den Eindruck, durch einen immer restriktiveren Kurs in der Innen- und Rechtspolitik könne ein Mehr an Sicherheit hergestellt werden.

Die vom Grundgesetz vorgesehene Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wird dabei ausgehebelt. Auch wenn viele „Maßnahmen der inneren Sicherheit“ für sich genommen nur kleine, auf den ersten Blick verkräftbare Einschränkungen mit sich bringen – alle Maßnahmen zusammengenommen führen dazu, dass der Überwachungsstaat immer näher rückt. Die wichtige Funktion von Grundrechten für den Einzelnen aber auch für eine demokratische Gesellschaft wird geleugnet, klein geredet oder einfach ignoriert. Ein neues „Supergrundrecht“ auf Sicherheit legitimiert immer weitere Eingriffe.

I. Grundrechte und Sicherheit**1. Warum sind Grundrechte so wichtig?**

Jeder Mensch braucht zu seiner Entfaltung Freiräume. Jedem muss ein Bereich verbleiben, in den der Staat nicht eingreift. Zur freien Entfaltung der Persönlichkeit gehört, dass man seine Meinung sagen kann, dass man sich politisch, gesellschaftlich oder kulturell betätigen kann – ohne Aufsicht und ohne Beeinträchtigung des Staates. Und zum Menschsein gehört auch, dass man einfach einmal in Ruhe gelassen wird, dass man Geheimnisse haben kann, dass man Sachen für sich behalten kann, ohne dass das gleich jeder erfährt. Jeder hat das Recht seine/ ihre freie Entfaltung weiterhin uneingeschränkt auszuüben.

Immer weitergehende Eingriffe führen letztendlich nicht nur zum Verlust an Privatheit, sondern auch zu Schäden an der Demokratie als solcher. Das Bundesverfassungsgericht hat im Volkszählungsurteil 1983 klar gezeigt, welche wichtige Funktion Grundrechte haben: „Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, daß etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und daß ihm dadurch Risiken entstehen

können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Art. 8, 9 GG) verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.“ Dem ist auch 23 Jahre später nichts hinzuzufügen.

2. Wer nichts zu verbergen hat...

Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten. Dieser Satz muss immer wieder als Begründung für Eingriffe erhalten – ob Video- oder Telefonüberwachung, ob Lauschangriff oder Datensammlungen. Mit diesem Satz wird der Eindruck erweckt, dass nur böse Menschen sich auf Grundrechte berufen. Doch dieser Satz ist falsch. Jeder hat etwas zu verbergen. Oder was würde Beckstein sagen, wenn man eine Videoüberwachung in seinem Schlafzimmer installieren würde?

Die negativen Auswirkungen von staatlichen Eingriffen sind jedoch vielfältiger. Da gibt es das Beispiel von Bürgern, die aufgrund von Namensverwechslungen im Fahndungsbuch auftauchen und verhaftet werden. Oder den Autofahrer, der bei jeder Kontrolle angehalten wird, weil er in den Akten gespeichert ist. Gegen ihn wurde nämlich einmal ermittelt. Auch wenn das Verfahren eingestellt wurde, in den Akten steht er immer noch. Oder es gibt den Informatiker, der trotz Bestnoten keine Stelle bekommt, weil er einmal bei einem etwas (zu?) linken Infostand als Verantwortlicher fungierte. Und das steht in allen möglichen Akten. Und es gibt die rassistische Kontrollpraxis der Polizei. Bei Schleierfahndungen oder allgemeinen Personenkontrollen werden am liebsten nichtdeutsch aussehende Menschen herausgezogen. Obwohl sie alle nichts zu verbergen hatten, hatten sie sehr wohl etwas zu befürchten.

3. Was ist Sicherheit?

In der öffentlichen Debatte und in der Politik herrscht ein verkürzter Sicherheitsbegriff vor. Dabei ist gerade der Begriff „Innere Sicherheit“ problematisch. Dieser Begriff kam in den 70ern auf und meint die Sicherheit des Staates und seiner Einrichtungen. Er meint in erster Linie Sicherheit des Staates vor Terrorismus, aber auch vor Kritik und abweichendem Verhalten. Die „Politik der Inneren Sicherheit“ richtet sich nicht nur gegen Terrorismus, Organisierte Kriminalität und andere Formen sozialschädlichen Verhaltens, sondern auch gegen sozialen Protest in verschiedenen Formen. Innere Sicherheit will nicht nur vor Terroranschlägen schützen, sondern wendet sich auch gegen militanten und friedlichen Widerstand und gegen ganz alltägliche Massenphänomene. Beispiele gibt es viele: Proteste gegen Castor-Transporte oder Atomkraft an sich, Anti-Globalisierungsdemonstrationen, Proteste gegen den Berlusconi-Besuch beim CSU-Parteitag oder vermeintlich oder tatsächlich gewaltbereite Fußballfans. Da werden teilweise die gleichen Mittel eingesetzt wie bei der Terrorbekämpfung.

Doch Sicherheit ist für uns nicht nur die Sicherheit vor Straftaten. Unser Sicherheitsverständnis ist umfassender. Sicherheit hat mehrere Dimensionen. Neben der Sicherheit vor Straftaten gibt es die Sicherheit vor staatlichen Eingriffen in Grundrechte und es gibt die soziale Sicherheit. Sicherheit bedeutet, dass man sein Leben halbwegs berechenbar planen kann, dass man vor Verletzungen seiner persönlichen Integrität halbwegs geschützt ist. Und da sind Verbrechen eine, aber nicht die einzige Bedrohung. Ebenso kann persönliche Sicherheit durch Armut, Abstiegsängste, Arbeitslosigkeit, aber auch staatliche Überwachung gefährdet werden.

Alle drei Arten von Sicherheit können bestenfalls annäherungsweise umgesetzt werden, denn 100%ige Sicherheit wird es nie geben. Die Suche nach perfekter Sicherheit hat zur Folge, dass jede Form von abweichendem, nicht der Norm entsprechendem Verhalten ausgeschlossen werden muss. Der Preis wäre der totale Überwachungsstaat, der am besten

jeden in seine Zelle sperrt. Doch selbst da gibt es keine Garantie. Und die Freiheit bliebe auf der Strecke.

4. Sicherheit für wen?

Unterschiedliche Maßnahmen können auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedlich wirken. Eine Binsenweisheit, die aber in der Sicherheitsdebatte völlig vernachlässigt wird. Eine Lockerung des Bankgeheimnisses trifft völlig andere Menschen als eine Ausweitung der Schleierfahndung. Ebenso lässt sich feststellen, dass unterschiedliche Maßnahmen auch völlig unterschiedliche Gruppen schützen (sollen). Die zunehmende Kontrolle öffentlicher Räume soll die „normalen“ Bürger, in der Regel die konsumierenden Mittel- und Oberschichten und damit die auf den Konsum angewiesenen Unternehmen, vor der (echten oder gefühlten) Belästigung durch Bettler, Obdachlose, Alkoholiker oder Punks schützen. Das Konsumerlebnis soll ungetrübt sein. Der Sicherheit von Obdachlosen und Bettlers ist es aber nicht gerade zuträglich, wenn sie aus Innenstädten und bisher öffentlich zugänglichen Gebäuden wie Bahnhöfen in Außenbezirke und Ghettos verdrängt werden. Dies zeigt deutlich, dass aufgrund des Konsumerlebnisses die wirkliche Sicherheit der wirklich betroffenen in den Hintergrund rückt.

5. Die Sicherheitslage – Aussagewert und Grenzen der Polizeilichen Kriminalstatistik

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) wird gerne als Grundlage für rechtspolitische Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Gerade wenn sie einen Anstieg in einem spezifischen Kriminalitätsbereich verzeichnet, werden Rufe nach mehr Überwachung und Strafverschärfungen laut. Dabei eignet sich die PKS für solche Schlussfolgerungen nur sehr begrenzt: Sie verzeichnet als reine Anzeigenstatistik lediglich die Zahl der angezeigten Straftaten und reagiert damit sensibel sowohl auf Veränderungen im Anzeigeverhalten der Bevölkerung als auch auf verstärkte Aktivitäten der Polizei. Das heißt, dass etwa dann, wenn sich die Polizei verstärkt in der Drogenfahndung engagiert, die Zahl der angezeigten Vergehen in der PKS deutlich ansteigt – ohne dass daraus zwangsläufig geschlossen werden kann, dass Drogendelikte allgemein zugenommen hätten.

Zudem verzerren die Zahlen der PKS auch das Bild der Straftäter. Zum einen handelt es sich bei ihnen um reine Tatverdächtige, das heißt noch nicht rechtskräftig verurteilte Personen; die Zahl derjenigen, die zu Unrecht verdächtigt und freigesprochen werden bzw. deren Verfahren aus verschiedenen Gründen eingestellt wird, liegt bei etwa 2/3. Damit lassen sich auch Schlüsse über die strukturelle Verteilung auf Bevölkerungs- und Altersgruppen nur sehr vage treffen. Bestimmte Gruppen – z.B. männliche Jugendliche, MigrantInnen – werden von vorneherein häufiger kontrolliert, aber auch häufiger angezeigt. Die PKS wird also auch durch die Existenz von Vorurteilen beeinflusst. Daneben wird gerade bei der Kriminalität im Bereich von MigrantInnen oft vergessen, dass die Vergleichbarkeit des Ausmaßes krimineller Aktivitäten nur dann gegeben ist, wenn der soziale Hintergrund berücksichtigt wird. Migrantinnen und Migranten leben deutlich häufiger in niedrigen sozialen Verhältnissen als Menschen ohne Migrationshintergrund – die PKS unterscheidet aber nicht nach sozialer Zugehörigkeit, sondern lediglich zwischen „Ausländern“ und „Deutschen“, so dass die Zahlen zwangsläufig verzerrt sein müssen. Denn Kriminalität ist mehr von der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen anhängig als von der Staatsangehörigkeit. Bei den meisten Delikten sind – unabhängig von der Nationalität - die Tatverdächtigen überdurchschnittlich oft arbeitslos, männlichen Geschlechts und unter 30 Jahre alt, gehören zu den unteren Einkommensschichten und leben in Großstädten. Der Anteil junger, großstädtischer, arbeitsloser und ärmerer Männer ist bei den Nichtdeutschen höher als bei der deutschen Bevölkerung. Wenn aber die „Risikogruppe“ in einem Teil der Bevölkerung einen höheren Anteil einnimmt, scheint natürlich auch dieser Bevölkerungsteil „krimineller“. Der höhere Anteil der Risikogruppen an der ausländischen Wohnbevölkerung ist der Grund für einen höheren Tatverdächtigenanteil - nicht aber die Nationalität. Diese Beispiele machen deutlich, dass die PKS für eine politische Vereinnahmung nicht geeignet ist. Wo immer mit der Kriminali-

tätsstatistik argumentiert wird, um restriktive Gesetze durchzusetzen, ist daher allerhöchste Vorsicht geboten. Dies gilt ebenso für die Strafverfolgungsstatistik. Dies ist eine Personenstatistik, welche die Funktion hat, die Tätigkeit der Gerichte zu dokumentieren. Sie erfasst die von den Gerichten abgeurteilten Tatverdächtigen (= Freigesprochene deren Verfahren vor Gericht eingestellt wurde).

Die Strafverfolgungsstatistik ist für die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung noch unsicherer als die PKS.

6. Hinter jeder Ecke ein Terrorist?

Spätestens seit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 ist die vermeintliche Gefahr des Terrorismus in aller Munde.

Der von George Bush ausgerufene "Krieg gegen den Terrorismus" bewirkt die Schaffung eines permanenten Ausnahmezustandes. Er schafft einen rechtsfreien Raum, in dem sogenannte ungesetzliche Kombattanten unter Mißachtung der Genfer Konvention interniert werden wie z.B. in Guantanamo Bay. Zudem ist unklar unter welchen Bedingungen dieser Krieg ein Ende finden könnte. Dieser "Krieg gegen den Terrorismus" dient den USA dazu, außerhalb des Rechts agieren zu können.

Der „Antiterror-Krieg“ nach dem 11. September 2001 hat nicht nur außenpolitisch eine Periode des permanenten „Ausnahmezustands“ eingeläutet, sondern auch im Inneren der westlichen Demokratien. Wir sind Zeugen einer Demontage hergebrachter Standards des Völkerrechts, der Bürgerrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien – vieler zivilisatorischer Errungenschaften also, die über Jahrhunderte mühsam, unter schweren Opfern erkämpft worden sind.

Die meisten Gesetzesverschärfungen taugen jedoch nur wenig zur Bekämpfung eines religiös-aufgeladenen, selbstmörderischen Terrors; sie schaffen kaum mehr Sicherheit, gefährden aber die Freiheitsrechte um so mehr.

Dabei wird oft vergessen, daß Terrorismus kein völlig neues Phänomen ist. Politischen oder religiösen Terror gibt es schon länger. Man könnte also aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen. Dabei könnte man lernen, daß Terror fast immer soziale Ursachen hat. Gesellschaftliche Mißstände sind aber ein hervorragender Nährboden für Terrorgruppen. Ein „Krieg gegen den Terror“ läßt sich also nur gewinnen, wenn in erster Linie die sozialen Ursachen bekämpft werden. Polizeiliche und militärische Mittel können allenfalls in zweiter und dritter Linie zum Einsatz kommen.

Zu einer verantwortungsvollen Terrorbekämpfung gehört aber auch eine verantwortungsvolle Darstellung der Bedrohungslage. Es gibt eine terroristische Gefahr, aber diese ist bei weitem nicht so groß, wie sie von den meisten PolitikerInnen gerne dargestellt wird. Nicht hinter jeder Ecke wartet ein Selbstmordattentäter, erst recht nicht in Deutschland. Es gibt viel realere Bedrohungen für die persönliche Sicherheit der Menschen: vom Fahrraddiebstahl bis zum tödlichen Verkehrsunfall, von sozialen Lebensrisiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit ganz zu schweigen. Dies muß die Politik bei ihrer Prioritätensetzung und bei ihrer Rhetorik berücksichtigen. Immer neue Terrorwarnungen führen außerdem nur dazu, daß die Menschen abstumpfen. Doch das Schüren der Terrorangst erfüllt eine wichtige Funktion. Sie legitimiert den Ausbau eines Überwachungsstaates.

Weder in einer hochtechnisierten Risikogesellschaft, noch in einer liberalen und offenen Demokratie kann es einen absoluten Schutz vor Gefahren und Gewalt geben. Unhaltbare Sicherheitsversprechen und das Streben nach totaler Sicherheit bergen vielmehr totalitäre Züge. Sie zerstören, was sie zu schützen vorgeben: nämlich die Freiheit. Die Frage stellt sich wirklich: Könnte es nicht sein, dass die sicherheitspolitischen Reaktionen auf die Terroranschläge weit größeren, nachhaltigeren Schaden an Demokratie und Freiheit anrichten, als es die Anschläge selbst vermochten? Eine liberale und demokratische Gesellschaft darf

sich deshalb nicht allein auf Symptome des Terrors und auf polizeiliche, geheimdienstliche oder gar militärische Antiterror-Reaktionen konzentrieren. Wir brauchen stattdessen einen umfassenderen Sicherheitsbegriff, der auch an den Ursachen und Bedingungen von Terror und Gewalt ansetzt. Es geht um politische Lösungsansätze, um Aufklärung, kluge Entwicklungshilfe- und Außenpolitik.

II. Ursachen des Grundrechtsabbaus

Aber warum steht der Kampf gegen Terror und Kriminalität zur Zeit so hoch im Kurs? Als Rechtfertigung für die Erweiterung der Befugnisse der Sicherheitsorgane dienen verschiedene Bedrohungsszenarien, die teilweise austauschbar sind: Terrorismus, organisierte Kriminalität, Jugendkriminalität, Drogenkriminalität, Kindesmissbrauch... Doch die Ursachen liegen tiefer.

1. Vermeintliche Handlungsfähigkeit durch hartes Durchgreifen

Die Konzentration auf die Sicherheitspolitik bietet der Politik eine gute Gelegenheit, von Versäumnissen in anderen Politikfeldern abzulenken. Wer gegen Massenarbeitslosigkeit und zunehmende soziale Gegensätze nichts unternehmen kann oder will, kann einfach in der Sicherheitspolitik Handlungsfähigkeit demonstrieren. Dazu kommt die Rücksichtnahme auf Stimmungen in der Bevölkerung, die bedient werden statt sich argumentativ mit ihnen auseinanderzusetzen. Denn es ist immer einfacher, Sicherheitsversprechen abzugeben als eine gute Sozialpolitik zu machen.

2. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

„Der Polizeistaat entsteht aus jahrzehntelanger Massenarbeitslosigkeit“, wusste schon der Liberale Ralf Dahrendorf. Rufe nach einem starken Staat und nach „Law and Order“ haben immer in unsicheren, in ökonomischen Krisenzeiten Hochkonjunktur. Der Aufbau des Sicherheitsstaates erfolgt parallel zum Abbau des Sozialstaates.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, Sozialabbau, die Globalisierung und Angst vor sozialem Abstieg verunsichern die Menschen. Sie führen zu Hoffnungslosigkeit, Frustration und steigender Angst. Diese Unsicherheit äußert sich in verschiedenen Reaktionen, die langfristig für das reibungslose Funktionieren des Staates und der Wirtschaft gefährlich werden können oder dieses wenigstens beeinträchtigen können: Wahlenthaltung, freiwilliger oder erzwungener Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben, Wahl von systemkritischen Parteien, Entstehen neuer gesellschaftlicher Bewegungen, Parallelgesellschaften, Ausgrenzung von AusländerInnen, zunehmender Gewalt oder Ablehnung des Staates. Auf dieses Unsicherheitsgefühl und seine Auswirkungen reagiert die Politik aber nicht mit angemessenen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verringerung der Armut oder zum Einschluss aller Menschen in die Gesellschaft. Die Politik scheut vor angemessenen Antworten aus verschiedenen Gründen zurück: Die Interessen der Wirtschaft, die herrschende gesellschaftliche Ideologie verhindern teure Maßnahmen und Umverteilung von oben nach unten. Wo sich der neoliberale Freiheitsbegriff immer mehr durchsetzt, wo gilt „Jeder ist seines Glückes Schmied“, da ist immer weniger Platz für Sozialpolitik. Dies führt zum Bruch der Solidargemeinschaft und hin zur Ellenbogengesellschaft

Statt also die Ursachen von Verunsicherung und Unzufriedenheit zu bekämpfen, wird von der materiellen Lage der Menschen abgelenkt und die Unsicherheit sozusagen auf einen anderen Schauplatz verlagert. Die Bedeutung und Gefahr von Verbrechen wird aufgeblasen. Die Angst vor Kriminalität und Terrorismus wird geschürt, Arbeitslose und Ausländer als Sündenböcke für Probleme wie Arbeitslosigkeit angeboten.

Wer am kapitalistischen Verwertungsprozess nicht teilnehmen will oder kann, soll wenigstens nicht öffentlich in Erscheinung treten. Bettler, Obdachlose oder alkoholisierte Jugendli-

che erzeugen Unsicherheit. Aber die Gesellschaft will sich nicht mit den Ergebnissen des immer ungezügelteren Kapitalismus auseinandersetzen. Die „normalen Bürger“ sollen nicht gestört werden. Man will Ruhe im Land. Härtere Gesetze, schärferes Durchgreifen und mehr Polizei sollen für diese Ruhe sorgen.

3. Kriminalitätsfurcht

Die Furcht der Bevölkerung vor Verbrechen wird natürlich nicht allein von der Politik oder den Medien hervorgerufen wird. Menschen sehnen sich nach Sicherheit, nicht nur nach sozialer sondern auch nach Sicherheit vor Eingriffen in ihre Freiheit, Leben, körperliche Unversehrtheit oder ihr Eigentum. Diese Sicherheit kann auch durch Verbrechen bedroht werden.

Allerdings vergrößern große Teile der Politik und der Medien diese Angst und nutzen sie aus. Es gibt einen in sich geschlossenen Kreislauf der Furchtvermarktung zwischen Medien und Politik: Was heute für Medien berichtenswerte Nachrichten sind, wird von Politik und Polizei nur zu gern aufgegriffen und in Handlungsbedarf umformuliert. Mit der Ankündigung eines solchen Bedarfes (ebenso wie mit evtl. Nicht-Handeln) läutet sich die nächste Runde in den Medien dann fast von selbst ein. Aktuelles Beispiel sind die Debatten um Kindesmissbrauch. Da wird durch eine reißerische Berichterstattung der Eindruck erweckt, als ob es eine dramatische Zunahme gäbe und quasi hinter jedem Baum ein Kinderschänder drohe. Das hat zwar mit der Realität nichts zu tun, verfehlt aber seine Wirkung nicht.

Die Kriminalitätsfurcht in Deutschland ist dadurch größer als die reale Bedrohung durch Kriminalität. So ergab eine Untersuchung aus dem Jahr 1990, dass von 15 untersuchten Ländern die Kriminalitätsangst in Deutschland am höchsten ist. Gleichzeitig ist aber hierzulande die Gefahr, Opfer von Kriminalität zu werden, nicht höher als in den anderen untersuchten Ländern. So fühlen sich z.B. besonders Frauen und ältere Menschen unsicher, obwohl sie im Kriminalitätsvergleich die geringsten Opferzahlen aufweisen.

Gerade in den Ländern der ehemaligen DDR hat die Kriminalitätsfurcht zugenommen. Das plötzliche Auftauchen in der DDR bisher unbekannter oder totgeschwiegener Probleme wie Armut oder Arbeitslosigkeit hat ein neues Unsicherheitsgefühl hervorgerufen - auch in Bezug auf Kriminalitätsangst. In den westlichen Bundesländern lässt sich dieses Phänomen ebenfalls beobachten. So ging hier die Kriminalitätsfurcht von 1975 bis 1990 zurück und wuchs nach der deutschen Einheit wieder stark an. Dies zeigt deutlich, dass gerade auch die soziale und ökonomische Unsicherheit der Menschen ein wesentlicher Antriebsfaktor für die Kriminalitätsfurcht ist.

Dieses Unsicherheitsgefühl erleichtert natürlich die Durchsetzung schärferer Sicherheitsgesetze und den Abbau von Grundrechten. Demgegenüber haben es die KritikerInnen der instrumentalisierten Furcht meist schwer, sich Gehör zu verschaffen. Der „permanente Appell an den inneren Schweinehund“ (Kurt Schumacher) ersetzt eine verantwortungsvolle Politik. „Sicherheit“ wird missbraucht, um liberale und demokratische Errungenschaften auszuhebeln. Die Sicherung der Grundrechte wird zur Einlasspforte, um in Grundrechte einzugreifen.

III. Alternativen zur aktuellen Politik

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Lage wird es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sein, einen Kurswechsel in der Innenpolitik herbeizuführen. In den letzten Jahren stand nämlich nicht die Ausweitung von Grundrechten auf der politischen Tagesordnung, sondern das Gegenteil. Dies wird sich wohl so schnell nicht ändern. Kurzfristiges Ziel der Jusos ist daher, eine weitere innenpolitische Aufrüstung zu verhindern und soweit möglich Einschränkungen der Menschenrechte rückgängig zumachen.

Unser eigentliches Ziel bleibt jedoch ein Kurswechsel in der Sicherheitspolitik. Das jetzige Konzept der „Inneren Sicherheit“ ist aus einer demokratischen und an den Menschenrech-

ten orientierten Sicht problematisch. Es kommt darauf an, dass Sicherheit möglichst weitgehend durch die Bekämpfung der Ursachen von Unsicherheit und Verbrechen hergestellt wird. Der staatliche Eingriff darf nur das letzte Mittel sein. Vorher sind alle sozial-, wirtschafts-, bildungs-, gesellschaftspolitischen Mittel anzuwenden. Hardlinertheorien aus konservativen Kreisen dürfen keine Renaissance erleben.

Der Bereich des Straf- und Polizeirechts, markiert eine Art letzte Verteidigungslinie der Gesellschaft. Sie wird erst dort erreicht bzw. überschritten, wo alle anderen Vorkehrungen, Regelungen oder Instanzen versagen und wo sich die gefährdeten Phänomene überhaupt dazu eignen, durch straf- oder polizeirechtliche Vorschriften und ihnen folgende Maßnahmen angemessen beantwortet zu werden. Polizei und Strafverfolgung haben in einer demokratischen Gesellschaft dort ihren Platz, wo auf Gefahren und/oder bestimmte Verhaltensweisen nicht anders als durch staatliche Gewalt- und Strafandrohung reagiert werden kann. Das ist dort der Fall, wo Freiheit, Unversehrtheit und Integrität von Menschen betroffen ist, z.B. bei Gewaltdelikten, Eigentumsdelikten oder Delikten gegen die persönliche Freiheit.

Die Sicherheitspolitik muss daher stets ihre Begrenzung betonen. Statt jedes Delikt - ob Kindesentführung oder Terroranschlag - zum Anlass zu nehmen, schärfere Strafen, härteres Durchgreifen und mehr Kompetenzen zu fordern, zeichnet sich demokratische Politik dadurch aus, dass sie Ursachen benennt, Zusammenhänge deutlich macht, Einzelfälle als solche würdigt und situations- und kontextangemessene Antworten anbietet. Statt ausgreifender Kriminalisierung muss sie dauerhaft auf dem Gestaltungsauftrag anderer Politikfelder bestehen. Eine demokratische Kriminalpolitik ist deshalb gleichbedeutend mit möglichst wenig Kriminal(isierungs)politik. Polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen oder Platzverweise sanktionieren oft Verhalten, das nicht strafbar ist. Doch Verhaltensweisen, die bloß „lästig“ oder „unschön“ sind, Verhaltensweisen, die anderen Menschen nicht schaden, nicht wichtige Rechtsgüter anderer verletzen, dürfen nicht kriminalisiert werden. Weder durch das Strafgesetzbuch und noch weniger durch die Hintertür behördlicher oder polizeilicher Kontrollen oder anderer Schikanen.

Politik muss ansetzen, bevor „das Kind in den Brunnen gefallen ist“. Es gilt zuerst die Ursachen von Kriminalität sowie der allgemeinen Verunsicherung zu bekämpfen. „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“ – dieser Satz ist unverändert wahr. Eine allgemeine Kriminalitätsprävention ist weniger Aufgabe der Polizei, sondern von anderen Institutionen und der Gesellschaft.

IV. Sicherheit im Koalitionsvertrag

Dass der Rechtsstaat in einer Großen Koalition besonderem Druck ausgesetzt sein wird, war abzusehen. Breite Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat verleiten allzu oft dazu, dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen und den ideologischen Kernpositionen der Konservativen durch einen rigideren Kurs in der Innenpolitik Rechnung zu tragen. Dementsprechend enthält auch der Koalitionsvertrag zahlreiche Verabredungen, die das behauptete Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit einseitig zu Lasten der Freiheit auflösen sollen. „Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar“, betonen die Koalitionäre. Die Kehrseite dieser Wahrheit, dass nämlich eine 100-prozentige Sicherheit letztlich zum Ende der Freiheit führen muss, bleibt unausgesprochen.

1. Falsches Grundrechtsverständnis

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes sind noch davon ausgegangen, dass sich der Staat rechtfertigen muss, wenn er in die Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger eingreift. Im Koalitionsvertrag wird deutlich, dass diese Rechtfertigungslast weiter verschoben werden soll. Der grundrechtlich verankerte Datenschutz (Recht auf informationelle Selbstbestimmung) soll z.B. dahingehend überprüft werden, inwieweit er einer „effektiven Be-

kämpfung des Terrorismus und der Kriminalität“ entgegensteht. Nach der Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen wird nicht einmal mehr gefragt. Nicht der Datenschutz muss sich jedoch nach der Konzeption unseres Grundgesetzes dafür rechtfertigen, dass er irgendwelchen Zwecken entgegensteht. Im Gegenteil: Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bedürfen ihrerseits einer strengen Rechtfertigung. Wer diesen Begründungszusammenhang umkehrt, stellt grundlegende Eckpfeiler unseres Rechtsstaates in Frage.

2. Veränderungen im materiellen Strafrecht

Im Bereich des Strafrechts sollen einzelne Verhaltensweisen, die in den letzten Jahren stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Medien gelangt sind, ggf. von neuen bzw. veränderten Straftatbeständen erfasst werden. Im einzelnen handelt es sich um das sogenannte Stalking, um Zwangsverheiratung und Zwangsprostitution. Hier soll der Regelungsbedarf überprüft werden.

Auch wenn sich teilweise der Verdacht gesetzgeberischen Aktionismus aufdrängt, da die in den Medien dargestellten Fälle meist auch schon vom gegenwärtigen Strafrecht (z.B. Nötigung) erfasst werden, ist nichts dagegen einzuwenden, in diesen Bereichen eventuell bestehende Strafbarkeitslücken zu schließen.

3. Kronzeugenregelung

Eine Renaissance soll nach dem Willen der Großen Koalition die sogenannte Kronzeugenregelung erfahren. „Kronzeugen“ sollen mit Strafmilderung oder gar -befreiung rechnen können, wenn sie bis zu Beginn der Hauptverhandlung an der Aufklärung begangener Straftaten mitwirken. Die (ausgelaufene) Kronzeugenregelung wurde in der Vergangenheit auch von renommierten Strafrechtswissenschaftlern wie dem Münchner Emeritus Roxin scharf kritisiert. Das Prinzip gleichmäßiger, kalkulierbarer und der Schuld angemessener Strafe werde verwischt. Die Verführungskraft eines erheblichen Straferlasses sei so stark, dass Straftäter zu einer falschen Beschuldigung anderer Angeklagter geradezu eingeladen würden, um sich selbst einen Vorteil im Strafverfahren zu verschaffen.

Die Jusos lehnen deswegen die Wiedereinführung bzw. Ausweitung der Kronzeugenregelung ab. Jedenfalls sind Vorkehrungen gegen Verurteilungen zu treffen, die allein auf der Aussage sog. Kronzeugen beruhen.

4. DNA-Analyse / genetischer Fingerabdruck

Ein klares Bekenntnis enthält der Koalitionsvertrag zu einer möglichen Ausweitung der Anwendbarkeit der DNA-Analyse im Strafverfahren. Bereits zum 1. November 2005 wurde der Anwendungsbereich des sog. „genetischen Fingerabdrucks“ noch von der rot-grünen Bundestagsmehrheit erweitert. „Kriminalpolitische Gründe“ sollen nach dem Willen von CDU/CSU und SPD gegebenenfalls zu einer weiteren Ausdehnung führen. Erklärtes Ziel insbes. der Konservativen ist die letztendliche Gleichstellung mit den bisherigen erkennungsdienstlichen Ermittlungsmethoden (insbesondere mit dem klassischen Fingerabdruck).

Die Gewinnung identifizierungsfähigen DNA-Materials ist ein schwerwiegender Grundrechtseingriff. Dies gilt auch, wenn sich die forensische Verwendung ausschließlich auf nicht-codierende DNA-Segmente beschränkt, solche Segmente also, die nach wissenschaftlichem Erkenntnisstand keine Aussagen über Erbanlagen treffen können.

Die Jusos wenden sich gegen eine kriminalistische Normalisierung der DNA-Analyse. Sie würde dazu führen, dass allein die nie auszuschließende zufällige Hinterlassung DNA-fähigen Spurenmaterials an einem zufälligen späteren Tatort unzählige Unschuldige ins Fadenkreuz polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Ermittlung geraten ließe. Der Grundsatz „unschuldig bis zum Beweis des Gegenteils“ wird dann faktisch in sein Gegenteil

verkehrt. Soweit die DNA-Analyse zur Verfolgung schwerer und schwerster Straftaten erforderlich ist, wurden die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen in den letzten Jahren geschaffen und in klassischer Salami-Taktik Schritt für Schritt ausgeweitet. Die Verfolgung von „Alltagskriminalität“ rechtfertigt keine staatlichen Eingriffe in den sensiblen Bereich menschlicher Erbinformationen. Dies gilt umso mehr, als der Schritt zur Auswertung auch codierender Segmente, z.B. um Informationen über das mögliche Aussehen eines Täters oder einer Täterin zu gewinnen, im Sicherheitswahn der Konservativen nur folgerichtig wäre.

5. Sicherungsverwahrung für jugendliche StraftäterInnen

Schwerwiegende Festlegungen enthält der Koalitionsvertrag im Bereich des Jugendstrafrechts: Die Sicherungsverwahrung soll künftig auch bei jugendlichen und heranwachsenden Straftätern angewendet werden können.

Die Sicherungsverwahrung an sich ist bereits mit rechtstaatlichen Grundsätzen nur schwer zu vereinen. Wer allein auf die Möglichkeit der Begehung weiterer Straftaten abstellt, wenn es darum geht, Menschen für immer einzusperren, müsste an sich alle Menschen in Einzelzellen wegschließen. Nur so ist das Ziel 100-prozentiger Sicherheit zu erreichen. Wer glaubt, ein „Hang“ zur Begehung von Straftaten ließe sich quasi diagnostisch feststellen, müsste eigentlich alle Bürgerinnen und Bürger spätestens ab Erreichen der Strafmündigkeit einem entsprechendem „Screening“ unterziehen. Menschen nach Verbüßung ihrer Strafe weiter in Haft zu belassen, dieses sogar unter Umständen erst lange nach ihrer Verurteilung nachträglich anzuordnen, verstößt gegen elementare Prinzipien des Rechtsstaats. Die Figur des „geborenen Gewohnheitsverbrechers“, vor dem die Gesellschaft geschützt werden müsse, egal ob er seine Strafe verbüßt hat oder nicht, wurde vom Nationalsozialismus geschaffen. In einem am Schuldprinzip orientierten modernen Strafrecht hat sie keinen Platz. Zur Gefahrenabwehr sind das Unterbringungsrecht bei Fremdgefährdung und die Möglichkeit von Auflagen mehr als ausreichend.

Nach den Plänen der Großen Koalition soll die Sicherungsverwahrung im Extremfall nun auch bei jugendlichen Straftätern zur Anwendung kommen. Dies bedeutet, dass letztlich auch 14-Jährige von diesem Instrument betroffen sein können. Der Erziehungs- und Rehabilitierungsgedanke des Jugendstrafrechts wird mit diesem Schritt geradezu pervertiert.

Die Jusos lehnen deshalb Verschärfungen des Jugendstrafrechts kategorisch ab. Mit ihnen soll populistischer Stimmungsmache Rechnung getragen werden. Die rechtspolitische Vernunft dagegen bleibt auf der Strecke. Stattdessen muss man gefährdeten Jugendlichen die Anbindung an die Gesellschaft erleichtern. Hier spielt die Jugendhilfe eine herausragende Rolle. Deshalb muss eine Stärkere finanzielle Ausstattung und eine bessere Qualifikation in diesem Bereich stattfinden.“

V. Aktuelle Entwicklungen

1. Videoüberwachung

Neben Schleier- und Rasterfahndungen, Internetüberwachungen und großen und kleinen Lauschangriffen nimmt sich die Videoüberwachung für so manchen vergleichsweise harmlos aus. Und viele Menschen begrüßen die Einrichtung von Videoüberwachungen sogar. Ob an der dunklen Straßenunterführung oder auf dem belebten Marktplatz, die Videoüberwachung an diesen Orten scheint einem Teil der Bevölkerung, gerade älteren Menschen, ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Geschätzt 100.000 Kameras werden in Deutschland von Kommunen, der Polizei oder Privatleuten eingesetzt. Vorreiter ist Großbritannien, in einigen Innenstädten, z.B. in London, besteht bereits eine flächendeckende Videoüberwachung. Auch in deutschen Städten wie Frankfurt oder Leipzig sind Kameras auf dem Vormarsch. Doch der kriminalpolitische Nutzen öffentlicher Videoüberwachung ist zweifelhaft.

Die Beispiele London, Leipzig oder Frankfurt zeigen, dass der präventive Nutzen äußerst einseitig und gering ist. Denn die sichtbare Überwachung führt lediglich zur Verdrängung von potentiellen Straftaten in benachbarte, nichtüberwachte Gebiete und damit nur zu einer Kriminalitätsverlagerung. Eine Studie im Auftrag der britischen Regierung zeigte, dass die Videoüberwachung zu einem Rückgang der Kriminalität um gerade vier Prozent geführt hat. Bei Autodiebstahl und Vandalismus waren es sogar nur zwei Prozent. Gewaltverbrechen blieben nahezu unverändert, insgesamt sei die Kriminalität in den überwachten Städten eher gestiegen.

Videoüberwachung ist selektiv, sie richtet sich nur gegen bestimmte, sichtbare Formen von Kriminalität wie Taschendiebstahl oder Drogenverkauf, nicht aber gegen strategisch geplante Wirtschaftskriminalität. Videoüberwachung ist problematisch, weil Bilder einen ungeheuer hohen Authentizitätsanspruch haben. Doch auch Bilder sind individuell interpretierbar, ihr möglicher Aussagegehalt ist nicht immer klar. Doch es dürfte einem Überwachten schwer fallen, deutlich zu machen, dass nicht alles so ist, wie es scheint. Da die Bilder unabhängig von der konkreten Situation beliebig lange gespeichert werden können, wird dieses Problem noch verschärft. Dem Betroffenen können die Bilder womöglich noch nach Jahren entgegengehalten werden. Es dürfte dann kaum mehr gelingen, die Angelegenheit „ins rechte Bild zu rücken“.

Videoüberwachung ist rassistisch. Eine Studie der Universität Hull (Großbritannien) kam zu dem Ergebnis, dass 40% der durch Kamera-Zoom gezielt Beobachteten nicht wegen eines konkreten Anlasses observiert wurden, sondern wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Bei Farbigen dauerten 30% der gezielten Beobachtungen länger als 9 Minuten, während diese Länge der Überwachungen bei Weißen nur 10% ausmachte. Wenn man aber bei einer Bevölkerungsgruppe genauer hinsieht, steigt die Wahrscheinlichkeit, bei dieser Gruppe auch mehr Straftaten zu entdecken. Wie in vielen anderen Bereichen kommt es auch hier zu einer „self-fulfilling prophecy“. Aus britischen Untersuchungen weiß man, dass die Überwacher nicht nur Menschen mit dunkler Hautfarbe, sondern auch Angehörige von Randgruppen und – aus voyeuristischen Gründen – junge Frauen überdurchschnittlich oft ins Visier nehmen.

Videoüberwachung stellt die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht. Es liegt nicht mehr in der Hand der Betroffenen, zu beeinflussen, ob sie gefilmt werden. Videoüberwachung ändert das Verhalten. Die Menschen werden sich bemühen, sich durch Wohlverhalten auszuzeichnen und nicht aufzufallen. Die Menschen werden sich so verhalten, wie sie denken, dass es von ihnen erwartet wird. Abweichendes Verhalten und Auftreten werden vermieden. Und Videoüberwachung schafft eine Sicherheitsillusion. Selbst wenn eine Straftat aufgenommen wird – die Kamera kann dem Opfer nicht helfen.

Wir lehnen öffentliche Videoüberwachung daher ab. Stattdessen müssen bei Bedarf verstärkt Polizeistreifen eingesetzt werden.

2. Ein bisschen Folter?

Das Grundgesetz legt fest: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" (Art. 1). Grundsätzlich gilt daher in der Bundesrepublik ein Verbot von Folter und grausamer Behandlung.

Folter zielt darauf ab, einen Menschen unterwerfen, ihn psychisch verfügbar zu machen. Der/die Gefolterte wird zu einem würdelosen Objekt gemacht, das keinerlei Möglichkeiten mehr hat, die eigenen Rechte wahrzunehmen. Folter hat auch Konsequenzen für die Gesellschaft, sie erniedrigt nicht nur ihre direkten Opfer. Sie erniedrigt auch diejenigen, die sie anwenden, die von ihr profitieren, und sie ist der denkbar eklatanteste Widerspruch zur Gerechtigkeit.

Die Antifolterkonvention, angenommen durch die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1984, in Kraft getreten 1987 regelt das konkret. Sie verbietet staatliche und staatlich veranlasste Folter ausnahmslos. Dieses Verbot wird unter anderem verstärkt durch die Verpflichtung, Foltervorwürfe umgehend durch eine unparteiische Instanz zu untersuchen und Folter strafrechtlich zu verfolgen oder den Beschuldigten

auszuliefern. Neben der Frage nach dem tatsächlichen Wahrheitsgehalt der unter Folter gemachten Geständnisse kommt hier eine moralische Frage zum Tragen. Denn auch das Gewaltmonopol, das beim Staat liegt, erhält so seine Grenzen. Gerade für den Staat gilt die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, die über allem stehen muss. Die Bürgerinnen und Bürger können danach darauf vertrauen und im Zweifelsfall einfordern, dass der Staat sein Gewaltmonopol unter Beachtung dieser Grenzen ausübt.

a. Keine Folter in Ausnahmefällen in der Bundesrepublik

Der gesellschaftliche Konsens eines Verbotes von Folter und grausamer Behandlung scheint immer weiter verloren zu gehen. Immer wieder wird gefordert, dass in Ausnahmesituationen, wie z.B. Kindesentführungen oder Terrorgefahr, Folter durch die Polizei zugelassen wird.

Das Frankfurter Landgericht stellte bezogen auf die Entführung eines Kindes in seinem Urteil vom Dezember 2004 unmissverständlich fest, dass es für den Staat keine Rechtfertigung geben kann, Menschen in seinem Gewahrsam zu foltern oder zu misshandeln. Das Gericht bestätigte damit die geltende Rechtslage: Folter ist nach deutschem wie nach Völkerrecht absolut verboten, selbst in Zeiten von Notstand, Krieg oder besonderer Gefahr. Kein Zweck, keine Absicht, ein anderes Rechtsgut schützen zu wollen - und sei es das Recht auf Leben -, rechtfertigt Folter. Dass gerade in Deutschland laut über die Erlaubnis von Folter nachgedacht wird, ist gerade aufgrund unserer NS-Vergangenheit ungeheuerlich. Zudem blieb bislang Folter noch nie auf Einzelfälle beschränkt und wird es auch nicht sein.

Die Achtung vor der Würde jedes Menschen ist der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Dies gilt auch für denjenigen, der sich nicht an die Gesetze hält. Auf die Menschenwürde muss sich jeder Mensch berufen können, auch derjenige, der die gleiche Würde aller ablehnt. Wenn der Staat foltert oder Folter androht, dann gibt er gerade die Werte auf, die er zu verteidigen vorgibt. Das Folterverbot stellt einen Grundsatz unseres Rechtsstaates dar. An dieser Haltung gilt es festzuhalten! Wer Folter - und sei es in Ausnahmefällen - zulassen will, der ruft nach einem anderen Staat.

b. Folter international verbieten

Folter ist derzeit keinesfalls am Verschwinden- auch auf internationaler Ebene. Sogar in den westlichen Staaten ist Folter kein Tabu. Immer mehr zeichnet sich ab, dass im Rahmen des sogenannten „Anti-Terror-Kampfes“ in Gefängnissen und Geheimgefängnissen der USA und anderer Verbündeter mit Folter gearbeitet wird. Auch hier gilt es deutlich Position zu beziehen. Es geht nicht an, hinzunehmen und zuzuschauen, wie Menschenrechte untergraben werden. Es reicht nicht, die Probleme im Dialog mit den Bündnispartnern anzusprechen. Es muss stärker darauf gedrungen werden, dass das generelle Verbot von Folter akzeptiert und eingehalten wird.

c. Keine Verwendung von Foltergeständnissen

Die Frage nach der Verwendung von Geständnissen die unter Umständen durch Folter zustande gekommen sind, ist neben der Infragestellung der Belastbarkeit eines solchen Geständnisses auch eine moralische Frage. Ein Staat der selbst Folter verbietet, kann nicht im Gegenzug sich auf Foltergeständnisse aus anderen Staaten berufen.

Bundesinnenminister Schäuble lieferte mit seiner Aussage, Informationen „bei denen wir nicht sicher sein können, dass sie unter vollkommen rechtsstaatlichen Bedingungen zu erlangen waren“ müssten genutzt werden, einen Vorstoß in diese Richtung. Auch Aussagen, die vielleicht unter Folter zustande gekommen sind, sollen verwendet werden. Wir sehen in diesem Vorstoß eine Aufweichung des Folterverbots. Zwar wird am Grundsatz des Verbots von Folter im eigenen Land festgehalten, jedoch wird stillschweigend hingenommen, dass andere Länder das nicht tun. Auch solchen Tendenzen erteilen wir eine klare Absage!

3. Bundeswehreinsätze im Innern

Unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“ findet im Sommer dieses Jahres die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland statt. Mit der Forderung nach der Übernahme von Polizeiaufgaben durch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr wird dieses Ereignis jedoch von konservativen Politikern dazu missbraucht, einer (Re-)Militarisierung der Gesellschaft Vorschub zu leisten. Die im Grundgesetz festgelegte strikte Trennung zwischen den Verantwortlichkeiten von Polizei für die Sicherheit innerhalb der Grenzen und der Bundeswehr für die äußere Sicherheit soll auf diese Weise aufgehoben werden. Bundesinnenminister Schäuble und sein bayerischer Kollege Beckstein benutzen diese Diskussion, um die Bevölkerung weiter zu verunsichern: Bundeswehreinsätze im Innern seien unter anderem deshalb unerlässlich, da nur auf diese Weise die durch mögliche Terroranschläge hervorgerufene Gefahr bei Großveranstaltungen abgewendet werden könne. Weder Bundesinnenministerium noch Bundesnachrichtendienst haben jedoch Informationen über eine konkrete Sicherheitsgefährdung.

Grundsätzlich darf die Bundeswehr im Innern nur dann eingesetzt werden, wenn das Grundgesetz dies „ausdrücklich zulässt“ (Art. 87a Abs. 2 GG). Neben der Übernahme von Polizeiaufgaben im „Verteidigungs- und Spannungsfalle“ (Art. 87a Abs. 3 GG) ist dies lediglich „zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ (Art. 35 Abs. 2, Abs. 3 GG) möglich. Bei diesen Einsätzen ist die Bundeswehr zur Übernahme hoheitlicher Aufgaben polizeilicher Art berechtigt. Davon zu unterscheiden sind die Rechts- und Amtshilfe, die durch die Streitkräfte auf ein entsprechendes Ersuchen durch die Bundesländer geleistet wird. Bei Einsätzen dieser Art stehen der Bundeswehr keine hoheitlichen Befugnisse zu, sodass weder eine Weisungsbefugnis gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, noch die Berechtigung zum Mitführen einer Waffe bestehen. Die Verfassung sieht demnach in ihrer derzeitigen Formulierung vor, dass die Streitkräfte im Katastrophenfall hoheitliche Aufgaben übernehmen können und zudem zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet sind. Alle weitergehenden Einsätze der Bundeswehr im Innern sind nicht verfassungskonform. Da sich der Ausbildungsplan der Bundeswehr am verfassungsgemäßen Auftrag orientiert, sind die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nur unzureichend auf zivile Konfliktbewältigung vorbereitet. Jegliche Verweise auf die im Auslandseinsatz übernommenen Polizeiaufgaben vernachlässigen die Tatsache, dass in den angeführten Krisenregionen der Ausnahmezustand herrscht. Daraus resultieren andere Handlungsmaximen, als dies in der Bundesrepublik der Fall ist. Nicht zuletzt die Pogrome im Kosovo im März 2004 und die Hilflosigkeit der Bundeswehrangehörigen haben die fehlende Fähigkeit der Bundeswehr zur zivilen Konfliktbearbeitung verdeutlicht. Insbesondere das Ansinnen, verstärkt Wehrpflichtige als Hilfspolizisten im Inland einzusetzen, veranschaulicht die Unbedachtheit, mit der sich die Fürsprecher diesem Thema widmen. Denn die Annahme, Wehrpflichtige könnten durch die dreimonatige allgemeine Grundausbildung in die Lage versetzt werden, Aufgaben zu übernehmen, für die Angehörige der Polizei eine dreijährige Ausbildung durchlaufen, grenzt an Naivität.

Leidtragende dieser Debatte sind die Bürgerinnen und Bürger, denen „absolute Sicherheit“ vorgegaukelt wird. Zwei Aspekte werden dabei bewusst verschwiegen: Zum einen ist „absolute Sicherheit“ nicht zu gewährleisten. Dies konnte man zuletzt bei den Terroranschlägen in London beobachten, der Stadt mit der höchsten Dichte an Überwachungskameras. Zum anderen bleiben die Gefahren unerwähnt, die dem Einsatz von für die zivile Konfliktlösung unzureichend ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten entspringen.

Der Terrorismus wird dazu instrumentalisiert, Grundrechte auf Kosten des totalen Überwachungsstaates weiter einzuschränken. Beckstein und Co. tragen so zu einer Verschärfung der Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung bei und bedienen sich des Trugschlusses, dass mehr Überwachung mit einem Mehr an Sicherheit einhergehe. Sie begnügen sich mit dem einfachen Prinzip der „Gewalt und Gegengewalt“. Die eigentlichen Entstehungsursachen des Terrorismus bleiben dabei unbeachtet.

Wir lehnen die (Re-)Militarisierung der inneren Sicherheit entschieden ab. Das Grundgesetz darf nicht zum Spielball konservativer Ideologen werden, die sich ihre „basteln“ möchten und dabei die BürgerInnenrechte in den Hintergrund rücken.

Wir fordern deshalb:

- Die Beibehaltung der strikten Aufgabentrennung von Polizei und Bundeswehr. Jede Grundgesetzänderung in diesem Zusammenhang lehnen wir entschieden ab.
- Die grundlose Verunsicherung der Bevölkerung durch realitätsfremde Bedrohungsszenarien muss beendet werden
- Terrorismus kann durch Militär nicht verhindert werden. Die Debatte muss deshalb von der Vergrößerung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr hin zu den Entstehungsursachen von Gewalt und Terrorismus gelenkt werden. Im Mittelpunkt müssen dabei die ungleiche Wohlstandsverteilung und darauf aufbauend die Eckpunkte für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung stehen. Die Bundesregierung muss dazu den internationalen Diskurs über die Grundsätze einer zukunftsfähigen Konfliktlösung anstoßen.

4. Keine Wiedereinführung der Kronzeugenregelung

Die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung lehnen wir ab. Das Modellprojekt in diesem Bereich wurde zu Recht nicht weitergeführt.

Bei einer Kronzeugenregelung wird einem/einer Verdächtigen Straffreiheit, oder aber zumindest ein deutlicher Nachlass der Strafe garantiert, wenn er oder sie andere belastet und vor Gericht gegen diese aussagt. Eine solche Regelung wird, oft nicht ganz unpopulistisch, zumeist dann gefordert, wenn es sich um organisierte Kriminalität oder Terrorismus handelt. Sie ist aber sehr problematisch, da sie falsche Anreizstrukturen schafft. Unabhängig davon, wie sich die Tat tatsächlich zugetragen hat, und auch unabhängig davon, wie sich die mutmaßlichen KomplizInnen im Verhör verhalten: für den Verdächtigen, dem der Kronzeugenstatus angeboten wird, ist es in jedem Fall besser, die anderen Beteiligten zu beschuldigen. Dies ist spätestens durch die Erkenntnisse der Spieltheorie zweifelsfrei belegt. Zudem gibt es bei einem solchen „Deal“ stets zwei Möglichkeiten, die gesellschaftlich kaum erwünscht sein können. Die eine Möglichkeit ist, dass der/die KronzeugIn falsche Beschuldigungen macht, und so womöglich Menschen unschuldig verurteilt werden. Die andere Möglichkeit ist, dass der/ die KronzeugIn am Verbrechen maßgeblich beteiligt war, aber dennoch ohne, oder mit einer sehr geringen Strafe davon kommt.

Unabhängig davon hat sich gezeigt, dass die Kronzeugenregelung kaum zusätzlichen Nutzen in der Strafverfolgung bringt. Die bereits geltenden Instrumente, wonach geständige und kooperative Täter mit einem milderem Urteil rechnen können, sind völlig ausreichend. Betrachtet man die vielen Nachteile und die kaum vorhandenen Vorteile einer Kronzeugenregelung, so lässt sich feststellen, dass sie politisch nicht wünschenswert ist und im deutschen Rechtssystem einen Fremdkörper darstellen würde.

5. RFID-Chips - Die Gedanken einst waren so frei

Schleichend und kaum erkennbar – zumindest für die große Masse der Bevölkerung – hält eine Technik Einzug, die noch erhebliche Auswirkungen auf unser gesamtes Leben haben wird: Der RFID-Chip (Radio Frequency Identification), besser bekannt auch unter dem Namen Funkchip. Der erste Großversuch dieser neuen Technik wird bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 stattfinden, denn der genannte RFID-Chip wurde auch in die Eintrittskarten für die Spiele eingebaut. Auf einem solchen Chip können eine Vielfalt von Informationen gespeichert werden, die dann per Funk von einem Lesegerät ausgelesen werden können. Je nach Stärke des Lesegeräts können so noch Informationen noch in einer Entfernung von bis zu 500 Metern ausgewertet werden.

In Zukunft soll diese Technik in den verschiedensten Lebensbereichen eingesetzt werden. Von der so genannten „kassiererlosen Kasse“ (die in Feldversuchen derzeit getestet wird)

im Supermarkt, auf allen möglichen Eintrittskarten, in Schuhen und Bekleidung, in Büchern bis hin zum Personalausweis soll der RFID-Chip zum Einsatz kommen. Beim seit November 2005 erforderlichen EU-Reisepass wird diese Technik bereits aktuell verwendet, so werden die biometrischen Daten auf diesem Chip gespeichert. Der Datensammelwut von privatwirtschaftlichen Unternehmen und staatlichen Stellen sind so keine Grenzen mehr gesetzt, ein GAU für den Datenschutz. Totalitäre Systeme der Vergangenheit hätten vieles gegeben, wenn sie eine solche Technologie in ihrem Arsenal gehabt hätten. Vollständige Kunden- und Leseprofile, die ständige Abrufbarkeit von persönlichen Daten, der gläserne Bürger wird so Realität.

Die Sicherheit der Daten kann nicht mehr garantiert werden. So wurde beim so genannten Metro-Skandal im Jahre 2004 festgestellt, dass nicht alle Daten durch einen sogenannten „Deaktivator“ (zerstört einen Teil der Daten beim Verlassen des Supermarktes) vernichtet werden und noch monatelang aktiv Funksignale senden. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass unbekannte Dritte die Daten erfassen können.

In Bibliotheken wird der RFID-Chip besonders gerne in den Ausweisen verwendet – gerade in Universitätsbibliotheken. Wer garantiert, dass nicht eines Tages in unserem Land ein sogenannter „Freedom Act“ verabschiedet wird, der Buchhandlungen und Bibliotheken verpflichtet die Daten ihrer KundInnen an die Bundespolizei herauszugeben, wie in den USA unlängst geschehen? Die Freiheit der Gedanken war so einmal Geschichte.

Wir Jusos lehnen die bereits erfolgten Schritte massiv ab und werden uns dafür einsetzen jeder weiteren Ausweitung Grenzen zu setzen. Wir fordern, dass öffentliche Bibliotheken diese Technik nicht weiter verwenden dürfen. Das Datenschutzgesetz muss auf die entsprechenden Gebiete hin überprüft werden und jede Möglichkeit der Einschränkung der Datensammelwut privatwirtschaftlicher Unternehmen und öffentlicher Institutionen genutzt werden. Leider ist das Problembewusstsein in der Bevölkerung in dieser Hinsicht noch nicht weiter vorhanden. Wir müssen daher im Rahmen unserer Publikationen und öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten über dieses Thema aufklären. Wo es Möglichkeiten gibt, die ehrenamtliche Arbeit von Bürgerinitiativen gegen die Ausbreitung dieser Technik zu unterstützen werden wir dies tun.

6. Datenspeicherung

Mittlerweile sind in Deutschland viele Datensätze miteinander verknüpft: Ermittlungsbehörden haben Zugriff auf die Daten der Sozialämter, Kontostände können verdachtsunabhängig abgefragt werden, Telefondaten werden mittlerweile lange gespeichert und bei Verdacht abgerufen. Außerdem existiert eine Vielzahl von Dateien, in denen potentielle „GewalttäterInnen“ oder „TerroristInnen“ gespeichert werden. Für die Aufnahme in diese Dateien reicht oft schon, auf einer Demonstration (oder am Rande einer Demonstration), bei der es zu Gewalttaten gekommen ist, kontrolliert worden zu sein. Folge der Speicherung können unter anderem Reiseverbote sein.

Wir Jusos lehnen den zunehmenden Ausbau der Speicherung und Vernetzung von Datengrundätzlich ab. Je mehr Daten ausgetauscht werden, desto größer wird das Risiko des Missbrauchs. Aus Mobiltelefon- und Mautdaten lassen sich beispielsweise fast umfassende Bewegungsprofile erstellen, die auch für nichtpolizeiliche Zwecke interessant sind. Die Möglichkeit des Missbrauches besteht bei der Verknüpfung einer Vielzahl von Daten immer, daher sollte man sie möglichst eng begrenzen.

Zur Freiheit der Menschen gehört auch, dass sie selbst entscheiden können, wer wann welche Information über sie erhält. Die Datensammelwut nicht nur von Behörden, sondern auch von vielen Unternehmen führt aber mittlerweile dazu, dass dieses Recht nicht mehr gegeben ist. Oftmals wird der Abschluss von Verträgen von der Einwilligung in die Speicherung und Weitergabe der erhobenen Daten abhängig gemacht. Hier muss der Staat durch ein deutlich schärferes Datenschutzgesetz gegensteuern. Er muss aber gleichzeitig auch in seinem Bereich dafür sorgen, dass nur das absolute Minimum an Daten gespeichert wird. Sensible Daten – wie z.B. biometrische Merkmale – müssen extra geschützt und von allen anderen Datensätzen getrennt werden. Außerdem dürfen Menschen, die nicht wegen einer Straftat verurteilt worden und nicht aktuell

tatverdächtig sind, nicht in polizeilichen Registern (oder Registern anderer Behörden) gespeichert werden.

7. Trennung Polizei/Geheimdienste

Polizei und Geheimdienste sind in Deutschland aus gutem Grund getrennt (oder, wie man inzwischen feststellen muss: getrennt gewesen). Beide Institutionen haben unterschiedliche Arbeitsweisen: Die Polizei ist an die geltenden Gesetze gebunden. Die Geheimdienste dagegen haben die Aufgabe, möglicherweise auch auf illegalem oder zumindest inoffiziellen Weg Informationen zu beschaffen, von denen der Staat glaubt, dass sie für seine Sicherheit relevant seien. Der Staat hat nicht die Aufgabe die Gesinnung seiner Bürgerinnen und Bürger zu erforschen.

Inlandsgeheimdienste (Bundesamt/Landesämter für Verfassungsschutz) sind daher abzuschaffen.

Der Bundesnachrichtendienst (BND) ist grundlegend zu reformieren.

Seine Zuständigkeit ist in Zukunft zu beschränken auf Spionageabwehr und die Sammlung von sicherheitsrelevanten Informationen. So kann die Abhängigkeit von Dritt-Geheimdiensten verringert werden. Zusätzlich ist eine stärkere Kontrolle durch den Bundestag und den Datenschutzbeauftragten nötig.

Vertrauen in die Polizei resultiert vor allem daraus, dass diese offen agiert. Wenn Menschen glauben, dass die Polizei über ihr Leben umfassend informiert ist oder sich jederzeit umfassend informieren kann geht dieses Vertrauen verloren. Die Menschen wollen von ihrem Staat nicht umfassend überwacht, sondern geschützt werden. Dazu gehört auch der Schutz der eigenen Privatsphäre und die Sicherheit, dass Informationen, die die Polizei im Zuge von Ermittlungen erlangt auch im Rahmen dieser Ermittlungen bleiben und nicht weitergetragen werden.

Deswegen darf die Polizei nicht mit den Methoden der Geheimdienste arbeiten. Sie darf sich aber auch nicht der Geheimdienste selbst bedienen, um an Informationen zu gelangen. Wir lehnen deshalb die Einrichtung gemeinsamer „Lagezentren“ und einen Informationsaustausch zwischen Polizei und Geheimdiensten ab.

K**Kampf gegen Rechts****K1****Die Deutsche Burschenschaft**

Nach langen Auseinandersetzungen und Diskussionen die von den Jusos und den Juso Hochschulgruppen initiiert wurden, hat der Parteivorstand die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der SPD und in der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ einer Fraktion der Deutschen Burschenschaft festgestellt. Aus unserer Sicht ist dies ein erster wichtiger Schritt. Wir halten aber daran fest, dass die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft oder Korporation grundsätzlich unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist. Das von Burschenschaften vertretene Gesellschafts- und Menschenbild ist nicht kompatibel mit den Grundwerten der Partei. Wir erwarten vom Parteivorstand, dem Beschluss des Karlsruher Parteitages vollständig zu folgen und die Unvereinbarkeit über die Burschenschaftliche Gemeinschaft hinaus auszudehnen.

Wir werden uns als Jusos deswegen auch weiterhin mit Burschenschaften und Korporationen beschäftigen und versuchen, damit auch in die SPD zu wirken. Dieser Antrag soll ein erster Schritt sein, indem er sich kritisch mit der Deutschen Burschenschaft auseinandersetzt.“

Die Geschichte der Deutschen Burschenschaft**Die Anfänge zwischen Nationalismus und Antisemitismus**

Ausgangspunkt für die Burschenschaften war das Ende der Befreiungskriege gegen Napoleon. So wurde die erste Burschenschaft am 12. Juni 1815 in Jena gegründet, im Zusammenhang mit dieser Burschenschaft wird oft von der Ur-Burschenschaft gesprochen. Die tragenden Werte waren „Ehre-Freiheit-Vaterland“ und zu den geistigen Vätern zählen unter anderem Ernst Moritz Arndt, „Turnvater Jahn“ aber auch Johann Gottlieb Fichte.

Auf diese Burschenschaft beruft sich die 1881 als Allgemeiner Deputierten-Convent (ADC) gegründete Deutsche Burschenschaft, den heutigen Namen erhielt sie 1902. Sie übernahm auch die zentralen Werte „Ehre-Freiheit-Vaterland“.

In der Anfangszeit war der vaterländische Gedanke die tragende Idee der Studenten. Diese Idee prägte auch 1817 das Burschenfest auf der Wartburg bei Eisenach, an dem etwa 600 Burschenschaftler aus ganz Deutschland teilnahmen. Im Zuge dieser Feier kam es auch zu einer ungeplanten „Bücherverbrennung“ von Büchern die dem vaterländischen Gedanken, ihrer Auffassung nach, im Wege standen. Nicht nur französische Bücher fielen dem Feuer

zum Opfer wie der „Code Napoleon“ sondern auch jüdische Autoren. Auf diese Bücherverbrennung bezogen sich 1933 auch antisemitische Gruppen und die NSDAP.

Dies zeigt deutlich den damals weit verbreiteten Antisemitismus, zum traditionellen kirchlichen Antisemitismus, der Juden als Mörder Christi, in der Deutschen Burschenschaft, kam der moderne Antisemitismus. So galten Juden die sich nicht anpassten als Feinde der deutschen Volkstümlichkeit, dies betraf insbesondere ungetaufte und „undeutsche“ Juden. Dies widersprach dem von den Burschenschaften vertretenen Grundprinzip der Gleichheit aller Studenten an einer Universität. Doch nur wenige Burschenschaften gaben diesem Prinzip dem Vorrang und dann auch nur beschränkt. So setzte sich zwar die „Allgemeine Burschenschaft zu Heidelberg“ für dieses Prinzip ein, dennoch waren in den eigenen Reihen oftmals nur getaufte und patriotisch gesinnte Juden willkommen. Viele Burschenschaften nahmen jedoch nur Christen und „Volksdeutsche“ auf.

Der erste Burschentag 1818, die Versammlung aller Mitgliedsburschenschaften in der DB, setzte diese Richtung fort, bisher war es das Recht jeder einzelnen Burschenschaft die Aufnahmekriterien festzulegen, doch hier wurde die „christlich-deutsche“ Ausbildung als Voraussetzung für die Mitgliedschaft festgelegt. Die 1819 einsetzende Demagogieverfolgung durch die Karlsbader Beschlüsse führte zu einer Radikalisierung der Burschenschaften. 1820 wurde vom Burschentag aus die Mitgliedschaft von Juden verboten. Nur wenige Burschenschaften hielten sich nicht an diesen Beschluss.

Heinrich Heine der kurzzeitig Mitglied einer Göttinger Burschenschaft war kritisierte die Anfänge der Burschenschaften 1820 deutlich:

„Auf der Wartburg hingegen herrschte jener unbeschränkte Teutomanismus, der viel Liebe und Glaube greinte, dessen Liebe aber nichts anderes war als Hass des Fremden und dessen Glaube nur aus Unvernunft bestand, und der in seiner Unwissenheit nichts Besseres zu erfinden wusste, als Bücher zu verbrennen!...Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen.“

(Werke Band 4, Ausgabe Insel-Verlag, S. 415f)

Erst ab 1827 wurden die Beschlüsse wieder gelockert, so dass Juden wieder Mitglieder von Burschenschaften werden konnte, der weit verbreitete Antisemitismus blieb aber bestehen.

In der bürgerlichen Revolution 1848 waren die Burschenschaften eine der treibenden Kräfte, mit dem Ziel eines deutschen Nationalstaates, so dass in der Nationalversammlung in der Paulskirche die Karlsbader Verbote gegen Burschenschaften aufgehoben wurden.

Die Zeit nach der Reichsgründung 1871

Mit der Reichsgründung 1871 war das wichtigste Ziel der Burschenschaften die Gründung eines deutschen Staates erfüllt. Die Burschenschaften wurden zunehmend staatstragend.

Der zunehmende Antisemitismus an den Universitäten spiegelte sich verstärkt in der Deutschen Burschenschaften wieder. Es gab ab 1880 einen Wettlauf um das „judenreinste“ Programm innerhalb der DB. Ab 1896 waren Juden grundsätzlich von der Mitgliedschaft einiger Burschenschaften ausgeschlossen. Im Allgemeinen Burschenschafterbund der Ostmark (Österreich) war ab 1900 die „arische Rasse“ die Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Die Situation verschärfte sich Zusehens.

Die DB unterstützten zwar die ersten Wahlen zur Nationalversammlung, gingen dann aber ins Lager der Gegner der Weimarer Republik über. Insbesondere die Bestimmungen des

Vertrages von Versailles, die einen Anschluss von Österreich an Deutschland verboten, standen im Mittelpunkt der Kritik. Für die DB war Österreich ein Teil des Großdeutschen Reichs. Auch die Gebietsabtretungen akzeptierten sie nicht. Die Burschenschaften rückten Stück für Stück immer noch mehr nach rechts. Ab 1920 durften SPD und KPD Mitglieder nicht mehr Mitglieder des DB sein, gleichzeitig wurden auch alle Juden grundsätzlich aus dem DB ausgeschlossen. Dies markiert den Übergang zum allgemein getragenen antisemitischen Rassismus. 1929 wurden dann auch Mitglieder des Zentrums ausgeschlossen. Wirklichen Widerstand gegen diese Politik kam nur von vereinzelt alten Herren.

Wichtig ist es festzuhalten, dass der Antisemitismus in der Deutschen Burschenschaft schon Konsens war bevor sie ab 1926 mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) Konkurrenz bekam. Außerdem war die Doppelmitgliedschaft zwischen der DB und dem NSDStB möglich. Die Machtergreifung Hitlers wurde von den Burschenschaften begeistert begrüßt, auch initiierten einige Führer der DB zusammen mit der Hitler Jugend öffentliche Bücherverbrennungen, nach dem Vorbild der Bücherverbrennung auf der Wartburg. Kritik gab es nur am Führerprinzip, welches die Rechte der Einzelverbindungen begrenzte. 1935 löste sich der Deutsche Burschenschaft freiwillig auf und ging im NSDStB auf.

Nach dem 2. Weltkrieg

Wiederbegründet wurde die Deutsche Burschenschaft 1950. Es gab in der Nachkriegsgeschichte durchaus in einigen Burschenschaften eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und die DB distanziert sich vom Antisemitismus und bekennt sich offiziell zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Ist damit alles Vergangenheit?

Heute gehören der Deutschen Burschenschaft 120 Einzelburschenschaften an mit etwa 15.000 Mitgliedern, die meisten davon sind alte Herren ca. 12 500. In den letzten Jahren ist die Deutsche Burschenschaft zunehmend nach rechts gerückt.

Der Verfassungsschutz in Hessen etwa verfolgt die Aktivitäten der Burschenschaft Dresdensia-Rugia in Gießen. Sie avanciere zur »Denkfabrik der extremen Rechten«, heißt es. Von einer »neuen Qualität« sprach der Leiter der Behörde, Lutz Irrgang, im vorigen Jahr. »Hier wird über eine konzeptionelle Zusammenarbeit nachgedacht, und nicht nur das.« Aufmerksam wurde der Verfassungsschutz wohl durch den Einzug der NPD in den sächsischen Landtag im Jahr 2004. In der Fraktion fand sich am Ende auch ein Gießener Burschenschafter wieder. In Bayern werden die „Burschenschaft Danubia“ in München, die „Burschenschaft Teutonia“ in Regensburg und „Burschenschaft Frankonia“ in Erlangen vom Verfassungsschutz beobachtet.

Oftmals werden rechte Ideologen zu Vorträgen eingeladen. »Die germanische Mythologie in Vergangenheit und Gegenwart« lautet etwa ein Vortrag der Burschenschaft Markomania Aachen Greifswald erst vor kurzem.

Großdeutschland und Revisionismus

Artikel 9 der Grundsätze der Deutschen Burschenschaft:

Die Burschenschaft bekennt sich zum deutschen Vaterland als der geistig-kulturellen Heimat des deutschen Volkes. Unter dem Volk versteht sie die Gemeinschaft, die durch glei-

ches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur, verwandtes Brauchtum und gleiche Sprache verbunden ist. Pflicht der Burschenschaften ist das dauernde rechtsstaatliche Wirken für die freie Entfaltung deutschen Volkstums in enger Verbundenheit aller Teile des deutschen Volkes, unabhängig von staatlichen Grenzen in einem einigen Europa in der Gemeinschaft freier Völker.

Deutschland ist für die DB nicht das Staatsgebiet der „Bundesrepublik Deutschland“, sondern ihr Weltbild baut auf einer blutvölkischen Sichtweise auf. Das deutsche Volk definiert sich für sie zu allererst auf Grund der Abstammung. Dennoch lehnte man 1961 man den Anschluss der österreichischen Burschenschaften aus strategischen Gründen ab. Daraufhin gründete die Burschenschaft Danubia zusammen mit der Burschenschaft Olympia Wien die Burschenschaftliche Gemeinschaft, dadurch sind heute auch österreichische Burschenschaften Mitglied der DB, chilenische Burschenschaften sind assoziierte Mitglieder. Dadurch, dass viele Entscheidungen wie die Neuaufnahme von Mitgliedern mit einer 2/3 Mehrheit erfolgen muss, besitzt die Burschenschaftliche Gemeinschaft über eine Sperrminorität, damit konnte sie ihren Einfluss auf die gesamte Organisation ausbauen.

Die Burschenschaftliche Gemeinschaft formuliert, was in den Grundsätzen der DB anklingt, deutlich aus, die Grenzen von Deutschland werden nicht akzeptiert. Die Abtretung der Ostgebiete hätte nie stattgefunden, da nie eine Volksabstimmung unter den Vertriebenen stattgefunden hätte. In den 60er Jahren, teilweise noch heute, unterstützten sie deshalb die Separatisten im Südtirol, da sie dieses Gebiet als Teil „Deutschlands“ sehen. Zwar ist diese Meinung in der Deutschen Burschenschaft umstritten, aber es erfolgte bis heute keine Abgrenzung. Gleichzeitig muss aber daraufhingewiesen werden, dass der Burschentag 1995 die Wiedervereinigung beider deutschen Staaten (Österreich und Deutschland) forderte. Bei einem Fackelzug auf die Wartburg forderten Burschenschaftler gar ein Deutschland in den Grenzen von 1939.

Die Debatte um die Grenzen Deutschlands und die Vertriebenen zeigt deutlich den revisionistischen Charakter der DB und dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nur wenige Folgen hatte. Auf der Homepage der Burschenschaftlichen Gemeinschaft findet sich unter dem Themenstichwort 8. Mai die Forderung nach einem neuen Umgang mit der Zeitgeschichte. Das einzige gesetzte Thema ist das „Verbrechen der roten Armee und der Alliierten“, der Nationalsozialismus taucht nicht einmal auf. Dadurch dass Themen aus dem geschichtlichen Zusammenhang gerissen werden, versucht auch die BG die Deutschen als Opfer zu stilisieren.

Wir Jusos, aber auch die SPD, haben uns immer sehr klar gegen revisionistische Tendenzen gestellt, ein konstruiertes Großdeutschland lehnen wir entschieden ab. Für uns ist und bleibt der 8. Mai der Tag der Befreiung. Dies ist ein wichtiger Teil unseres geschichtlichen Grundverständnisses.

Die DB erklärte zum 8. Mai auf ihrem Burschentag 1985 dazu „Der Tag der Kapitulation ist für die Deutsche Burschenschaft nicht ein Feiertag, sondern ein Tag der Besinnung, des Gedenkens und der Trauer.“ Und „Die Deutsche Burschenschaft weist nachdrücklich darauf hin, dass am 8. Mai 1945 nur die Streitkräfte des Deutschen Reiches kapituliert haben. Das Deutsche Reich besteht fort, ist jedoch derzeit nicht handlungsfähig.“

Auch trennt uns das Grundverständnis von Deutschland, wir Jusos haben gerade im Zuge der Debatte über ein neues Zuwanderungsgesetz klar gemacht, dass wir Definition Deutscher auf Grund der Abstammung als reaktionär ablehnen und uns für eine progressives Politik- und Staatsverständnis einsetzten, dass Teil der BRD ist, der hier lebt.

Wehrbeitrag

Seit 1973 nimmt die Deutsche Burschenschaft keine Kriegsdienstverweigerer mehr auf, bereits anerkannte Mitglieder dürften bleiben, um in keinen Konflikt mit dem Lebensbundprinzip zu kommen.

Ziel ist die Stärkung der „Wehrbereitschaft“, welche vom Vaterlands-Prinzip abgeleitet wird. Der Rechtsausschuss der Deutschen Burschenschaft leitete daraus einen automatischen Selbstausschluss ab, dies bedeutet jede Burschenschaft die Kriegsdienstverweigerer aufnimmt, wird automatisch aus dem DB ausgeschlossen. Dies wurde auch auf einige Burschenschaften im Laufe der Zeit angewendet. Dies ist einer der Auswirkungen des dort vertretenen Nationalismus.

Damit wendet sich die Deutsche Burschenschaft gegen das Grundgesetz, welches die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen verankert hat.

Ebenfalls nicht in den DB aufgenommen werden Frauen, Homosexuelle und Ausländer.

Wir Jusos und die SPD haben das Grundprinzip der Internationalen Solidarität. Wir lehnen eine Ausrichtung nach den Interessen des deutschen Volkes ab, wir glauben daran, dass wir Probleme nur zusammen mit anderen Ländern lösen können und nicht gegen andere konstruierte Volksgruppen. Dies markiert einen Grundwiderspruch zwischen uns und der Deutschen Burschenschaft. Deren plumper Nationalismus widerspricht unserem Grundprinzip der Internationalen Solidarität grundlegend.

Wir Jusos sehen uns als antimilitaristischer Verband, aber auch die SPD hat sich in Zeiten der Wiederbewaffnung sehr stark für die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung eingesetzt. Ein Ausschluss von Kriegsdienstverweigerern um die deutschen Interessen mit der Waffe verteidigen zu können, ist für uns in keinem Falle tragbar.

Öffnung zum Rechtsextremismus

Ebenfalls 1973 beschloss die Deutsche Burschenschaft, dass die Mitgliedschaft in der NPD, in ihrem Hochschulbund NHB und der rechtsradikalen Gruppe „Aktion Widerstand“ mit der Mitgliedschaft in der DB vereinbar ist.

Auch damit wendet sich die Deutsche Burschenschaft gegen das Grundgesetz, das uns verpflichtet verfassungsfeindliche Gruppen zu bekämpfen. Ganz im Gegenteil werden durch diesen Beschluss rechten und rechtsextremen Kräften die Tür geöffnet.

Aber auch über die Vortragsreihen, Weiterbildungsgebote oder Diskurse in den einzelnen lokalen Häusern erhalten rechte und rechtsextreme Kräfte direkten Zugang zu den Burschenschaften.

Bei den Bogenhausener Gesprächen der Burschenschaft Danubia war 2000 der damalige Bundesvorsitzende der NPD Günter Deckert eingeladen. Außerdem war der Autor des indizierten Machwerks „Der Auschwitz-Mythos“ Wilhelm Stiglich zu Gast und 1999 Horst Mahler.

In den 90er Jahren war die „Burschenschaft Germania“ aus Hamburg Treffpunkt der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ FAP.

Die Debatte um die Pflichtmensur

Ein Gerichtsurteil löste 1953 endgültig die Bestimmungsmensur von jeder internen „Ehrenreinigung“. Aktuelle Gerichtsurteile gehen bei der Mensur auch von einer Sittenwidrigkeit und damit von Körperverletzung aus. Die DB ist keine Pflichtschlagende Verbindung, dennoch gibt es hier immer wieder Diskussionen um die Mensur.

In den „Burschenschaftlichen Blättern“ von 1980 erschien der Beitrag von Werner Lackner, der feststellte die Mensur sei das beste Mittel um „laue Kandidaten“ vom Eintritt einzuhalten. Außerdem werden dadurch „ ganz nebenbei Einstellung und Werthaltung“ vermittelt, so dass „Bekennnis zur männlichen Gemeinschaft“. Denn diese vertrage sich nicht mit der „Sozialistischen Idee der Gleichheit“, wohl aber mit dem liberalen „Bekennnis zur persönlichen Leistung, mit der nationalen Idee der Gemeinschaft und mit konservativen Elitenvorstellungen“.

Die Mensur und damit verbundene Vorstellungen sollen Frauen ausgrenzen, in der Deutschen Burschenschaft dürfen nur Männer Mitglieder werden. Im Berliner Grundsatzprogramm steht „wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche Gesellschaft überwinden“. Männerbünde die sich auf Ausgrenzung, Nationalismus und einen Elitedanken stützten haben mit den Jusos und der SPD nichts gemein.

Sie richten sich zudem gegen dem im Grundgesetz ausgedrückten Gleichheitsgrundsatz, da sich im Ausschluss von Frauen eine Geringachtung manifestiert. Die sozialistische feministische Bewegung hat dagegen vor 100 Jahren wie heute für die Durchsetzung dieser Gleichheit gekämpft.

Spaltung der Deutschen Burschenschaft

Die Konflikte über die Entwicklung nach rechts führten 1996 zur Spaltung der Deutschen Burschenschaft. Einige liberalere Burschenschaften verließen die Deutsche Burschenschaft und gründeten die Neue Deutsche Burschenschaft. Dies führte zu einem weiteren Rechtsruck innerhalb der Deutschen Burschenschaft.

So forderte die DB auf dem Burschentag 1999 die Abschaffung des Volksverhetzungsparagraphen, der auch die Leugnung des Holocaust unter Strafe stellt.

Dies ist ganz klar verfassungswidrig. Organisationen die Holocaustleugnern ein Podium bieten haben in der SPD nichts zu suchen.

Wer schweigt, macht sich mitschuldig

Von Seiten der Deutschen Burschenschaft gab es niemals eine Abgrenzung zu den rechts-extremen Vorkommnissen innerhalb ihrer Reihen und rechte Grundüberzeugungen wie die völkische Definition Deutschlands werden von allen geteilt.

Ganz im Gegenteil zu einer Abgrenzung liest sich die Pressemitteilung der DB zum Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD mit der Burschenschaftlichen Gemeinschaft. Hier erklären die Burschenschaft Allemannia Stuttgart, die den Vorsitz in der DB inne hat gemeinsam mit der Burschenschaft Danubia (Vorsitz BG), dass man sich nicht auseinander diffidieren lassen wird. Anstatt einer Auseinandersetzung mit der von uns genannten Kritik, kommt nur ein plumper Vorwurf der Stalinismus. Außerdem würde damit die SPD an die undemokratischen Zeiten vor dem Godesberger Programm anknüpfen.

Deshalb gilt für uns im Bezug auf die Deutsche Burschenschaft: wer schweigt macht sich mitschuldig. Oder hat doch keine andere Meinung?

K2

Den Antifaschistischen Kampf fortführen – CIVITAS und ENTIMON erhalten!

Im Jahr 2001 wurden im Zuge des ausgerufenen „Aufstands der Anständigen“ die Programme CIVITAS und ENTIMON gegründet. Durch diese Programme werden Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik gefördert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Seit 2001 waren dies mehr als 3.600 Projekte, Initiativen und Maßnahmen in einem Gesamtumfang von bisher 154 Millionen €.

Auf Druck der CDU/CSU war die Weiterführung dieser Programme nicht explizit im Koalitionsvertrag festgelegt worden. Das Bundesministerium für Frauen, Familie, Senioren und Jugend plante daraufhin diese Programme auf Bereiche des Linksradikalismus und des radikalen Islamismus auszuweiten. Dies hätte eine faktische Kürzung der Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus bedeutet und damit zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte gefährdet. Dies konnte dank des Einsatzes der SPD-Bundestagsfraktion verhindert werden.

Daneben geht die Gleichsetzung von links und rechts an der Realität vorbei. Rechtsextremismus ist kein Problem der Ränder – Rassismus, Sexismus, homophobe Einstellungen, Antisemitismus sind in der gesamten Gesellschaft vorhanden und müssen auch dort bekämpft werden. Außerdem steht zu befürchten, dass unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen Linksextremismus“ eben jene Initiativen, die erfolgreich antifaschistische Arbeit leisten und für eine tolerante und offene Gesellschaft eintreten, bekämpft werden sollen. Überall und gerade in vielen Gegenden in Ostdeutschland sind diese Gruppen, eben weil sie auch für alternative Lebensentwürfe abseits vom rechten Mainstream stehen, aber gerade förderungs- und nicht bekämpfenswert.

Weiterhin ist problematisch, dass die geförderten Projekte nur Modellcharakter haben dürfen, d.h. sich nach einer Anschubförderung selbst tragen müssen. Da gerade in den CDU-regierten Ländern der politische Wille regelmäßig fehlt, Projekte gegen Rechtsextremismus zu kofinanzieren und auch die kommunalen Haushalte üblicherweise nicht die finanziellen Ressourcen dafür besitzen, stehen viele Strukturen, die in den vergangenen Jahren geschaffen werden konnten, vor einer ungewissen Zukunft.

„Wir begrüßen daher, dass die Bundesregierung entgegen der ursprünglichen Planung zumindest den Mittelansatz von 19 Millionen für die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus fortführt. Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, die Finanzierung der durch die Programme CIVITAS und ENTIMION geförderten Projekte fortzuführen und auszuweiten.“

Mittelfristig soll zur Erfüllung dieser Aufgaben eine Bundesstiftung für demokratische Kultur eingerichtet werden, um die Bekämpfung von Rechtsextremismus von Haushaltslage und politischen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag abzulösen und um die geförderten Strukturen verstetigen zu können.

O

Organisationspolitik

O 3

Nur-Jusos zählen mit

Der Bundeskongress der Jusos möge dem Parteivorstand zur Beschlussfassung vorlegen:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in zwei Jahren die Jusos mit Teilrechten zur Berechnung der Delegiertenmandate der Konferenzen und Kongresse der Bezirke/Landesverbände und des Bundesverbandes der Jusos hinzugezogen werden können, soweit die verfahrenstechnisch möglich ist. Entsprechende eigene Regelungen können die Landesverbände und Bezirke für die Landes- und Bezirkskonferenzen beschließen.

R**Resolutionen****R1neu****Wider einer „Politik der Nachwuchssicherung“ – für eine Familienpolitik, die diesen Namen verdient!**

Deutschland braucht mehr Kinder! Diese Losung im Koalitionsvertrag beschlossen ist zum neuen familienpolitischen Leitbild avanciert:

Während einerseits Ursula von der Leyen sich selbst zum neuen Maßstab stilisiert, fordert Matthias Platzeck mit den Worten von Franz-Xaver Kaufmann eine umfassende Politik der Nachwuchssicherung. Der *Spiegel* beklagt, dass die jungen kinderlosen Frauen die „Schöpfungsnotwendigkeit“ missachteten, die *BILD* skizziert das Schreckensszenario „In 12 Generationen ausgestorben“ und selbst die *Süddeutsche* erzittert vor der „Angst vor dem Kind“.

Kein Tag also, an dem junge Frauen nicht an ihren Auftrag für Vaterland, Rentenkasse und volkswirtschaftlichen Wohlstand erinnert werden. Gefährlich wird es dann, wenn sich die Politik auf dieses Spiel einlässt und wie aus Reihen der CSU geschehen, geringere Renten für Kinderlose fordert. Doch ob jemand Kinder möchte oder nicht, ist allein seine oder ihre Entscheidung. Niemand darf dafür bestraft werden, dass er oder sie sich gegen oder für Kinder entscheidet! Außerdem muss in der Debatte endlich anerkannt werden, dass die Frage des Nachwuchses nicht nur die Frauen, sondern Männer und Frauen betrifft. Der Vorwurf des Gebärstreiks ist reaktionär und lehnt sich an ein konservatives, längst überholtes Frauenbild an.

Die unsinnige Angst vorm Aussterben

Wahr ist, dass aufgrund niedriger Geburtenzahlen künftig mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen ist. Bevölkerungsvorausberechnungen sind jedoch wie alle Prognosen mit einem Unsicherheitsfaktor behaftet, der umso größer wird, je weiter in die Zukunft geschaut wird. Zum einen ist das Zeugungsverhalten künftiger Generationen letztlich nicht voraussagbar. Zum anderen – und dies ist der größere Unsicherheitsfaktor – ist ungewiss, wie hoch die Zuwanderungsgewinne in den kommenden Jahrzehnten ausfallen werden. Prognosen bis 2050 kommen moderner Kaffeesatzleserei gleich und sind in keinem Fall eine seriöse Grundlage um Politik und Reformen zu begründen. Auch vernachlässigt man dabei, die möglichen Steuerungsmechanismen, die Politik in diesem Zeitraum einsetzen könnte, um unerwünschten Entwicklungen entgegen zu steuern. Laut einer aktuellen Studie des WSI spielt die Entwicklung der Arbeitszeiten dabei keine unwesentliche Rolle. Undifferenzierte Arbeitszeitverlängerungen könnten dazu beitragen, die künftigen demographischen Probleme zu verschärfen.

Bei der den meisten politischen Aussagen zugrunde liegenden vom Statistischen Bundesamt koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der statistischen Ämter der Bundesländer wird es spätestens nach dem Jahr 2010 zu einem mehr oder minder rasanten Bevölkerungsschwund kommen. Dabei wird gleichzeitig in Rechnung gestellt, dass die Bevölkerung immer länger lebt. Im Mittelpunkt dieser Berechnungen steht dabei die „Belastung“

der im erwerbsfähigen Alter stehenden Bevölkerung, d.h. die Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) gegenüber den Älteren (über 65). Danach wird bereits im Jahr 2020 eine ältere Person auf zwei Personen im Erwerbsalter kommen. Eine Relation, die sowohl im Hinblick auf ihre Aussagekräftigkeit als auch im Hinblick auf die daraus resultierenden Politikanforderungen derzeit einseitig genutzt wird, um damit Sozialstaatsabbau zu legitimieren, wie die Erhöhung des Rentenalters, stärkere private Rentenabsicherung, steigende Selbstbehalte in der Krankenversicherung und auch die Forderung nach mehr Kindern. Dabei setzt man darauf, dass diese seriösen und „dramatischen“ Zahlen die Bevölkerung schnell von der Notwendigkeit von Kürzungen, Rückzug des Staates und mehr Eigenverantwortung überzeugt. Die dabei unterstellten Zusammenhänge sind jedoch mehr als fragwürdig.

1. Wir brauchen nicht mehr Babys sondern mehr BeitragszahlerInnen. Nicht jedes geborene Kind wird später automatisch zur BeitragszahlerIn. Viele Jugendliche schaffen heute den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt nicht. Eine Politik der Beschäftigungsförderung ist daher dringender als Nachwuchssicherung.
2. Keine Verkehrung der Zusammenhänge: Denn wenn es möglich ist, mit zwei Personen im Erwerbsleben einer Person die Rente zu finanzieren, ist das an sich eine positive Entwicklung, denn sie steht für einen Wohlstandszuwachs. Erreicht werden kann dies jedoch nur, wenn die Lohnentwicklung an den Produktivitätsfortschritt gekoppelt wird. Damit werden die Sozialversicherungen besser finanziell ausgestattet, so dass – wenn sie überhaupt gerechtfertigt wäre – eine private Zusatzversicherung obsolet ist, und dem Risiko Armut trotz Einkommen nachhaltig entgegen gewirkt wird. Statt Kürzungen müssen folglich auch eine bessere Umverteilung der Vermögen sowie eine Verbreiterung der Beitragsbasis in der Sozialversicherung erreicht werden, um langfristig die Renten auf einem angemessenen Niveau zu sichern.
3. Der Umverteilungskonflikt verläuft nicht zwischen Alt und Jung, sondern zwischen Arm und Reich. Der Ausbau der Kinderbetreuung oder Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche unter 25 dürfen nicht gegen Rentenleistungen oder Leistungen der Pflegeversicherung ausgespielt werden. Stattdessen müssen die Leistungsfähigeren in dieser Gesellschaft wieder stärker belastet werden (statt einer kontinuierlichen Absenkung des Spitzensteuersatzes).

Das Paradoxon: Gut ausgebildet wie nie, aber an alte Rollenbilder gekettet

Der unablässige Druck wieder mehr Kinder zu gebären hat auch eine Überhöhung der Mutterrolle (vor allem in der medialen Darstellung) mit sich gebracht. Ist es als ein Erfolg der zweiten Frauenbewegung zu werten, dass junge Frauen in Deutschland heute ihren männlichen Altersgenossen in den Bildungsabschlüssen nicht mehr nachstehen, so zeigt sich auch, dass Frauen weniger in der Lage sind, diese Qualifikationen auch entsprechend im Arbeitsmarkt umzusetzen. Ursache hierfür sind die nach wie vor unterschiedlichen Auswirkungen der Entscheidung für Kinder für Mütter und Väter – nicht nur weil Väter nur zu fünf Prozent ihren Anspruch auf Elternzeit nutzen. Viele Frauen reflektieren bereits bei der Berufs- und Stellenwahl Möglichkeiten zur Vereinbarkeit und wählen daher Jobs, in denen Aufstiegschancen gering und die Möglichkeiten einer Arbeitszeitreduktion groß sind. Außerdem wirken sich Mutterschutz und Elternzeit negativ auf die eigenen Arbeitsmarkt- und Karrierechancen aus.

Es ist daher dringend notwendig, dass sich Familienpolitik nicht mehr am Familienernährer-Leitbild orientiert. Dazu gehört zu vorderst der Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung. Dieser ermöglicht nicht nur den Frauen ihre Erwerbswünsche zu verwirklichen, sondern eine gute Kinderbetreuung hat in erster Linie positive Effekte auf die Entwicklung der kindlichen Fähigkeiten. Ökonomische Gutachten belegen darüber hinaus mögliche Einnahme- und Einspareffekte bei einem Ausbau der Kinderbetreuung durch Steuereinnahmen und Beiträge in die Sozialversicherungen der dann erwerbstätigen Frauen ver-

stärkt durch die Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze in der institutionellen Kinderbetreuung.

Familienpolitik wirkt sich zwar auf das Geschlechterverhältnis aus, sie ersetzt jedoch keine Gleichstellungspolitik, die aktiv die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen fördert.

2. Antworten der Bundesregierung – Familienpolitik morgen?

Die Bundesregierung hat das Thema bereits unter rot-grün aufgegriffen und auch unter der großen Koalition lässt sich eine Fortschreibung der Politik erkennen. Im Zentrum der Maßnahmen steht dabei vor allem ein finanzieller Ausgleich für Familien mit Kindern aber weiterhin das konservative Familienverständnis, das auf der Institution der Ehe beruht. So wurde das Kindergeld erhöht, wird ein Elterngeld geplant und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten angegangen. Das Ehegattensplitting mit Hinweis auf rechtliche Zwänge wird nicht in Frage gestellt.

2.1 Elterngeld

Das geplante Elterngeld kann nicht als gezielte Förderung von Familien gesehen werden, es kann jedoch richtig umgesetzt einen Beitrag zur Umverteilung der Erziehungsarbeit haben.

Das Elterngeld ist ausgerichtet auf die Mittelschichtfamilie in der beide Elternteile erwerbstätig sind. Sie können dadurch einen finanziellen Anreiz bekommen, da für sie ein Großteil der Kosten ersetzt werden. Für Geringverdiener oder Einverdienerehen ist dieses Modell nicht reizvoll und wird daher keinen direkten Einfluss auf Geburtenraten haben. Deutliche Verschlechterungen müssen diejenigen hinnehmen, die bisher die Maximalleistung des Erziehungsgeldes erhalten haben, wie EmpfängerInnen von Hartz IV und Studierende. Statt bisher 450 Euro sollen sie in Zukunft die Mindestleistung des Elterngeldes von 300 Euro bekommen. Abgesehen davon, dass dieses Geld von den betroffenen Personen dringend benötigt wird, stellt dies eine Umverteilung staatlicher Leistungen hin zu höheren Einkommen dar, die nicht hinnehmbar ist. Den Ansatz die finanzielle Absicherung der Elternzeit als Lohnersatzleistung und zu gestalten halten wir für richtig, aber sollte die Phase der Förderung möglichst kurz sein. Danach ist es sinnvoller in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen zu investieren und dadurch Familie und Beruf vereinbar zu machen.

2.2 Steuerliche Absetzbarkeit

Die Steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendung will zwar das richtige, nämlich eine finanzielle Entlastung von Eltern, setzt aber am falschen Ende an. Denn vergessen wird dabei, dass Geld, welches nachträglich steuerfrei gestellt wird, erst mal verfügbar sein muss, damit es ausgegeben werden kann. Bildung und Betreuung von Kindern muss in erster Linie Aufgabe des Staates sein und somit kostenfrei allen zur Verfügung stehen – mit der steuerlichen Absetzbarkeit ändern wir nicht, dass Bildung und Betreuung von Kindern in Deutschland weitestgehend vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind. Hier reichen sich Familien- und Bildungspolitik die Hand. Anstatt Kosten zu erstatten, die anfallen, wenn Bildungsangebote angenommen werden, sollten diese staatlich finanziert werden und somit unabhängig vom Einkommen der Eltern nutzbar gemacht werden. So werden nicht nur Beruf und Familie besser vereinbar, sondern die Zukunftschancen aller werden erhöht.

2.3 Ehegattensplitting

Die deutsche Familienpolitik beruht auf der Annahme, dass stabile Familienstrukturen zu mehr Kindern führen. Doch nichts deutet darauf hin, dass Gesellschaften mit stabileren Ehen, auch höhere Kinderzahlen aufweisen, so werden z.B. in den relativ kinderreichen Ländern Schweden und Finnland mehr als halb so viele Ehen geschieden wie geschlossen wurden, im kinderarmen Italien hingegen nur ein siebtel. Statistische Kriterien wie zum Beispiel die Scheidungshäufigkeit oder der Anteil von Eheschließungen und andere sind Indi-

katoren für eine moderne Gesellschaftsordnung mit höherer Gleichberechtigung der Geschlechter, in der nicht wie in einer traditionellen Gesellschaftsordnung die Stellung und Versorgung der Frau von einer Ehe als Zweckgemeinschaft abhängt. Hinzu kommt, dass in Ländern mit einem höheren Anteil außerehelicher Geburten generell mehr Kinder zur Welt kommen.

Trotzdem bevorteilt das deutsche Steuersystem über das Ehegattensplitting die Ehe und versucht so diese konservative gesellschaftliche Norm aufrechtzuerhalten. Dieses Steuersystem fördert den Rückzug von Ehefrauen aus dem Erwerbsleben, da es eine relativ hohe Schwelle für die Aufnahme einer zweiten Erwerbstätigkeit errichtet, ab der sich diese für ein Paar überhaupt lohnt. Mit der Folge, dass im Westen Deutschlands noch 2004 90 % der Familienväter Haupternährer waren, während sich die Frauen in erster Linie um Kinder und Haushalt kümmern; mit den entsprechenden Folgen, wenn der Haupternährer ausfällt: Alleinerziehende haben in Deutschland die höchste Sozialhilfequote aller Bevölkerungsgruppen.

3. Unsere Antworten – Familienpolitik neu denken

Der Rückgang der Geburtenraten ist die Konsequenz einer gesellschaftlichen Entwicklung, bei der die Emanzipation der Frauen eine wichtige Rolle spielt. Westeuropäische Frauen streben heute mehrheitlich nach eigener beruflicher Entwicklung und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Gleichwohl ist der Wunsch nach Kindern und Familie weiterhin vorhanden. Wenn Frauen (und ihre Partner) emanzipierter und moderner sind als die Gesellschaft, in der sie leben, passen Kinderwunsch und Lebensentwürfe nicht mehr zusammen. Dort entscheiden sich Menschen immer häufiger gegen Kinder. Hier muss eine nachhaltige Familienpolitik ansetzen, daran muss sie sich orientieren.

3.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Deutschland nur schwer möglich bzw. bedarf eines Organisationstalents und –aufwands und eines hohen finanziellen Einsatzes. Das ist ungerecht und wird sich auch durch eine Abzugsfähigkeit der Kosten nicht verhindern lassen. Denn auch hier muss das Geld erst mal relativ frei verfügbar sein, bevor es am Jahresende steuerlich geltend gemacht werden kann.

Ziel einer sozialdemokratischen Familienpolitik muss es daher sein, ein flächen- und bedarfsdeckendes Betreuungsangebot für Kinder von 0 bis 16 Jahren sein. Diese Angebote müssen staatlich finanziert werden, so dass die Verantwortung für die Vereinbarkeit von Kind und Beruf nicht als individuelles Problem, sondern als staatliche Aufgabe gesehen wird. Nicht mit Blick auf die demographische Entwicklung.

Die Elternzeit sollte kurz aber zielgerichtet gefördert werden. Wir setzen uns daher für eine Lohnersatzleistung für 6 Monate je Elternteil (und 1 Jahr bei Alleinerziehenden) ein, die nicht übertragbar ist, aber in ihrer Dauer bis auf 1 Jahr gestreckt werden kann, wenn z.B. beide Elternteile in diesem Zeitraum auf eine halbe Stelle wechseln. Nicht in Anspruch genommene Leistungen verfallen.

Weiterhin muss es darüber hinaus möglich sein, einen flexiblen Wiedereinstieg in den Beruf zu finden, bzw. es muss Eltern gesetzlich möglich sein, mit ihrer Arbeitszeit flexibel auf die Situation zu reagieren. Um dies zu erreichen unterstützen wir innerbetriebliche Betreuungsangebote. Es ist nicht zielführend, wenn Teilzeit zwar möglich aber nach der Inanspruchnahme nicht flexibel anpassbar ist.

3.2 steuerliche Voraussetzungen schaffen

Schon seit seiner Einführung wird das Ehegattensplitting kontrovers diskutiert. Steuerrechtlich ist es fragwürdig, familienpolitisch nicht bedarfsorientiert und mit Blick auf die gleichstellungspolitischen Belange ist es sogar schädlich. Wir bleiben daher bei unserer Forderung nach Abschaffung des Ehegattensplittings, da es das Modell des allein verdienenden Fami-

lienvaters und der nichterwerbstätigen Ehefrau fördert! An ihre Stelle setzen wir uns für ein individualisiertes Steuermodell – wie es die Mehrheit der europäischen Länder auch hat - mit einem übertragbaren Grundfreibetrag ein. Nach diesem Modell werden Eheleute einzeln besteuert und beiden steht ein Grundfreibetrag zu, der das Existenzminimum steuerfrei stellt. Wenn der Grundfreibetrag nicht durch eigene Erwerbstätigkeit ausgeschöpft wird, kann dieser Rest auf die/den PartnerIn übertragen werden. Eine solche Individualbesteuerung garantiert, dass die PartnerInnen weitgehend unabhängig voneinander besteuert werden. Es entspricht so gleichstellungspolitischen Belangen und hat positive Auswirkungen auf Erwerbsaufnahme und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen.

3.3 Investition in Einrichtungen, nicht in die Eltern

Der Grundsatz einer Familienpolitik muss lauten Investition in Infrastruktur – kein Gebärprämien. Die Forschung hat bisher keine dauerhafte Wirksamkeit einzelner pronatalistischen Maßnahmen der Politik nachweisen können. Dies zeigt jedoch nur, dass eindimensionale Versuche der Beeinflussung des Vermehrungsverhaltens, etwa durch Geburtenprämien oder andere finanzielle Vergünstigungen, gescheitert sind. Erfolgreicher sind dagegen Ansätze, die Beruf und Familie vereinbar machen und die außerfamiliäre Betreuung nicht als negativ oder für das Kind schädlich diffamieren. Ziel muss es daher sein verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungseinrichtungen von 0 – 16 Jahren kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Dies beinhaltet auch ein entsprechendes Ganztagsangebot und ein Bildungsauftrag für das Betreuungssystem als Ganzes.

Eine Gesellschaft kann sehr wohl in Familienfreundlichkeit investieren, sie muss es aber auf die richtige Weise machen. Das deutsche System leitet dies derzeit nicht. Zwar sind die deutschen Sozialausgaben für Kinder und Familie je Einwohner im europäischen Vergleich hoch, dennoch ist Deutschland ein kinderarmes Land. Das Problem in Deutschland ist vor allem, dass die familienbezogenen Sozialausgaben im Zusammenspiel mit dem Steuersystem weiterhin auf die Förderung des männlichen Ernährermodells ausgerichtet sind.

Daher ist der Paradigmenwechsel in der Familienpolitik notwendig. Nur wenn Gesellschaft und Politik gemeinsam eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben und bei der Kinderbetreuung gewährleisten können, ließen sich vorhandene Kinderwünsche und gelebte berufliche Ansprüche von Frauen und Männern vereinbaren.

Pflegebedürftige Familienmitglieder

Die Überalterung der Gesellschaft bringt die Versorgung und Pflege älterer Menschen mit sich. Pflegebedürftige und hochaltrige Menschen haben ein Recht auf Lebensqualität, d. h. auf Selbstständigkeit und Selbstbestimmung vor allem im Verbleiben ihrer selbst gewählten Wohnform.

Wer der Pflege von Familienmitgliedern innerhalb der Familie nachkommen möchte, hat heute nach dieser Zeit nicht wie bei Erziehungszeiten Anspruch auf Erhalt des Arbeitsplatzes. Deswegen muss die Rückkehr in den Beruf nach der Pflege von Angehörigen für Männer und Frauen gewährleistet werden. Die Pflege muss vereinbar mit dem Beruf und nicht zu Lasten der pflegenden Angehörigen sein.

Wir fordern daher:

- Eine geeignete Infrastruktur wie Dienst- und Serviceleistungen zu unterstützen, um die eigenen Mobilitätsressourcen älterer Menschen zu erhalten.
- Die Schaffung von stadtteilbezogenen Serviceleistungen, die auch die Teilhabe am öffentlichen Leben einschließen.
- Die Einführung eines garantierten Arbeitsplatzes für pflegende Angehörige bis zur Höchstdauer von 3 Jahren (analog zum Anspruch auf Erziehungszeit)

- Flächendeckende und bezahlbare Entlastungsangebote für pflegende Angehörige wie z.B. stadtteilbezogene Tageseinrichtungen analog zur Kinderbetreuung. Kommunale Beratungsstellen, die präventiv älteren Menschen Beratung für den dritten Lebensabschnitt anbieten.

R 2

Better Health for All

Am Weltgesundheitstag, fordern wir die junge Generation ein Gesundheitssystem das erschwinglich, zugänglich und verfügbar ist.

Die Situation in Afrika ist weit entfernt von diesem Ziel. Das öffentliche Gesundheitssystem ist oftmals sehr schwach ausgebaut, durch die Kürzungen im Staatshaushalt, die vom IWF und Weltbank gefordert werden. Auch die hohe Verschuldung, die einen großen Teil des Staatshaushalts wegnimmt, ist ein Hindernis für ein gut ausgebautes Sozialsystem. Auf der anderen Seite gibt das unfaire Weltmarktsystem, das von der WTO entworfen wurde, kaum Raum für afrikanische Länder einen Industriesektor zu entwickeln, sie werden auf die Rolle des Rohstofflieferanten reduziert. Allerdings haben auch einige Politiker überhaupt nicht den Willen die bestehenden Verhältnisse hin zu einem besseren Gesundheitssystem zu ändern.

Das Ergebnis ist ein Zwei-Klassensystem: ein schwaches öffentliches System und ein gut ausgestattetes privates Gesundheitssystem, für die die sich es leisten können. In Afrika kommen im Durchschnitt auf einen Arzt 18 500 Menschen, auf dem Land ist das Verhältnis oftmals 1 zu 300 000. Durch die schlechten Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzsituation verlassen im südlichen Afrika durchschnittlich 33-50% aller jungen Ärzte das Land.

Aber nicht nur die Situation des Gesundheitssystem ist ein Hindernis für das Ziel einer besseren Gesundheit für alle, die Lebensbedingungen sind ein wichtiger Faktor dafür ob wir gesund bleiben oder nicht. Die UN erwartet, dass die Armut in Afrika weiter steigen wird, vor allem im südlichen Afrika. Die Slums, der fehlende Zugang zu sauberem Trinkwasser, die hohe Analphabetenrate, die fehlende Gleichberechtigung von Männer und Frauen, die schlechten Arbeitsbedingungen,...dies sind alles Faktoren die zur Verbreitung von Krankheiten, zur höheren Anfälligkeit für Krankheiten und zur hohe Kindersterblichkeit führen.

Aber auch das deutsche Gesundheitssystem ist weit davon entfernt perfekt zu sein. In Deutschland hängt die Lebenserwartung immer noch vom sozialen Status ab. Die aktuellen Reformen zeigen allein in eine Richtung: Kürzungen von Standards und Privatisierung. Dies führt uns mehr und mehr weg von unserem Ziel eines erschwinglichen, verfügbaren und zugänglichen Gesundheitssystem.

Um unser Ziel einer "Besseren Gesundheit für Alle" zu erreichen fordern wir:

- ⇒ Die Industrieländer müssen endlich ihre Verantwortung übernehmen und aufhören leere Versprechungen abzugeben. Die gegebenen Versprechungen müssen eingehalten werden, vor allem die Verwirklichung der Millennium Development Goals (MDGs) und die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des BIP.
- ⇒ Alle Länder müssen härter an der Verwirklichung der MDGs als ersten Schritt arbeiten.

- ⇒ Die öffentliche Forschung muss gestärkt werden um sicher zu stellen, dass es nicht vom erwartenden Profit abhängt ob an einer Krankheit geforscht wird oder nicht.
- ⇒ Wir brauchen einen neuen Kompromis im Bereich der Generika innerhalb der WTO, der bestehende Kompromis ist zu restriktiv und dient nur dem Profitstreben der großen Unternehmen.
- ⇒ Die Politik des IWF und der Weltbank ist gescheitert, wir brauchen eine veränderte Entschuldungspolitik hin zu einer fairen Praxis.

Wir glauben, dass wir diese Ziele nur gemeinsam erreichen können. Dies ist auch der grund für die gemeinsame Erklärung am Weltgesundheitsstag und unseren gemeinsamen Aktionen innerhalb der IUSY.

Better Health for All

joined declaration of:
- Jusos in der SPD Germany

At the world health day we, the young generation, are demanding a health care system which is available, accessible and affordable.

The situation in Africa is far away from this goal. The public health care system is often more than weak, after the cuttings demanded by the IMF and world bank. As well the dept situation is a threat to the social system, taking away an enormous part of the budget. On the other side the unfair market system created by the WTO, do not give hardly any space for developing an industrial sector. But also some politicians do not have the will to change anything towards a better and more equal health care system.

The results is a two class system: a weak public system and a good equipped private system, for those who can afford it. In Africa one doctor is on average responsible for 18 500 people , on the countryside sometimes the relation is 1 to 300 000. Trough the bad working conditions and the job situation in southern Africa 33% to 50% of all young doctors are leaving the country.

But not only the situation of the health care system is a threat to the goal of better health for all, the living conditions are the important factor that let us stay healthy or not. The UN expects that the poverty in Africa will increase, especially in southern Africa. The slums, the missing access towards drinking water, the high illiterateness, the unequal situation of women and men, the bad working conditions,... all these are factors that are leading to the widespread of disease, the high liability for illness and to the high number of childhood mortality.

But after all the German health care system is far away from being perfect. In Germany it still depends on your social status, how long you will live. And the ongoing reforms are showing only in one direction: cutting down standards and privatization. This leads us more and more away from the goal of a accessible, affordable and available health care system.

To reach our goal of "Better health for All" we demand:

- ⇒ the industrialized countries have to take up their responsibility and stop deliver empty promises. The given promises have to been fulfilled, especially towards the Millennium Development Goals and to rise the development aid towards 0,7% of GDP.
- ⇒ All countries have to work harder to reach the MDGs as a first step.
- ⇒ The public research has to been strengthened to ensure that it doesn't depend on the profit whether we will have the best medicine possible or not.

- ⇒ we need a new compromise on generic in the WTO, the existing compromise is too restrictive and serves only to the profit of the big enterprises
- ⇒ The policy of the IMF and worldbank failed, we need a change in the field of the cancellations of dept towards a fair practice that works.

We believe that we can reach our goals only if we work together and do not stop at the border of a country. This is the reason for the common declaration towards the World Health Day and our common action in the network of IUSY.

R 3

Auch nicht in dieser Form!

Resolution der Jusos zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Die geplante Dienstleistungsrichtlinie ist ein fester Bestandteil der Lissabon- Strategie, mit der Europa „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ gemacht werden soll. Viele Beschlüsse im Gefolge der Lissabon-Strategie stehen jedoch in einem stark neoliberalen Fahrwasser. Die Dienstleistungsrichtlinie, mit der der freie Warenverkehr von Dienstleistungen entfesselt werden soll ist deshalb ein weiterer Schritt hin zu Liberalisierung, Deregulierung, Wettbewerb und dem Rückzug des Staates aus dem öffentlichen Raum. Doch auch nationale Sozial-, Tarifrecht-, Arbeitsrecht-, und Umweltstandards drohen unter Druck zu geraten, wenn die Europäische Kommission unbeirrt an ihrem Weg festhält. Es besteht zu befürchten, dass hier ein ähnlicher Absenkungswettbewerb in Gang gesetzt wird, wie er in den letzten Jahren auch im Steuerbereich festzustellen war.

Die wichtigste Rolle und somit das Herzstück der Dienstleistungsrichtlinie stellt das Herkunftslandprinzip dar, das hierdurch auch zum entscheidenden Hebel zur Beseitigung sozialer Standards und nationaler Regelungen werden kann oder soll. So soll festgelegt werden, dass der *„Dienstleister einzig den Rechtsvorschriften des Landes unterliegen soll, in dem er niedergelassen ist“*. Im Zuge massiver gesellschaftlicher Proteste wurden zwar leichte Entschärfungen durch das Europäische Parlament (EP) beschlossen, aber es besteht die Frage, ob hier nicht ein fauler Kompromiss herausgekommen ist. Es muss schon kritisch stimmen, wenn der konservative EU-Parlamentarier Malcolm Harbour ¹⁾ anmerkt: *„Was den Artikel 16 [Herkunftslandprinzip] der Richtlinie betrifft [...] haben wir bezüglich seiner Substanz nicht nachgegeben. Die vorgesehenen Ausnahmen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der sozialen Sicherheit, der Gesundheit und der Umwelt sind ein wichtiger Bestandteil dieses Kompromisses. Weitere Ausnahmen auf der Basis von sozialpolitischen Gründen oder des Verbraucherschutzes sind in diesem Paket nicht enthalten, was die Bedingung der EVP-Fraktion war [...]“* Damit fällt der Beschluss des europäischen Parlamentes sogar hinter die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGh) zurück, der die Anwendung des Ziellandrechtes bei weitaus mehr Fällen gelten lässt. Trotz leichter Entschärfungen verbleibt die Entfaltung eines gnadenlosen Wettbewerbes der verschiedenen europäischen Sozial- und Tarifrechtssysteme, die nur in einem Dumpingwettbewerb enden können, denn die Umgehung der verschiedenen Regelungen ist problemlos möglich.

Doch nicht nur beim Herkunftslandprinzip drohen Probleme. So geben viele ungenau ausformulierte Regeln Platz für viel Interpretationsspielraum. Es besteht zu befürchten, dass eine Flut von Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof ausgelöst wird, die diesem

die entscheidende Auslegungsmacht zukommen lässt. Auch die öffentliche Daseinsvorsorge ist weiterhin nicht klar von der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen. So heißt es im Bericht des Europäischen Parlaments, dass unter Dienstleistungen „*alle selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeiten [...], die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden [...]*“ zu verstehen seien, also auch große Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die durch Entgeltleistungen erbracht werden. Nun liegt sie wieder zur Überarbeitung bei der europäischen Kommission, die die Anforderungen des Europäischen Parlamentes berücksichtigen will – ein Aufatmen ist also keinesfalls gegeben.

Die Jusos lehnen die geplante Dienstleistungsrichtlinie aus gegebenen Gründen in der auch jetzt vorliegenden Form weiterhin ab. Wir wenden uns nicht dagegen, dass Dienstleistungen auch grenzüberschreitend angeboten werden können. Aber die soziale Dimension Europas bleibt durch den Entwurf auf der Strecke. Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Dauer die Verlierer in der Europäischen Union sind. Eine Dienstleistungsrichtlinie, die unseren Vorstellungen entspricht, muss sich an den Tarifrechtsbestimmungen des Nutzerlandes orientieren. Und bevor diese Richtlinie in Deutschland umgesetzt wird, muss auch hier erst einmal eine Mindestlohnregelung geschaffen sein, die gerade die Beschäftigten in vielen Dienstleistungsbereichen betrifft. Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen klar ausgeklammert und ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen nationalen Gesundheitssystemen verhindert werden. Solange dies nicht der Fall ist, muss daher der politische, der öffentliche und gesellschaftliche Druck aufrechterhalten werden, auch von den bayerischen Jusos.

1) Berichterstatter der EVP-Fraktion und in der Vergangenheit einer der glühendsten Verfechter der „Pro-Softwarepatents-Fraktion“

R 4

Resolution zur Westsahara

Der Bundeskongress der Jungsozialisten begrüßt den im Jahr 2003 vom damaligen UN-Sonderbeauftragten für die Westsahara James Baker vorgelegten Plan, der für das Gebiet der Westsahara einen befristeten Autonomiestatus unter der politischen Hoheit Marokkos sowie ein Referendum über den weiteren Status nach einer Frist von vier oder fünf Jahren vorsieht. Bis dahin müssen Abstimmungsmodalitäten gefunden werden, die sowohl für die Polisario als auch für Marokko akzeptabel sind.

Wir fordern Marokko auf, ebenso wie die Polisario und die beiden Beobachterländer Mauretanien und Algerien dem Baker – Plan zuzustimmen und in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen an seiner Umsetzung mitzuwirken.

Die Vereinten Nationen müssen in Kooperation mit der marokkanischen Regierung so schnell wie möglich ein Rückführungs- und Integrationsprogramm für die über 150.000 Flüchtlinge aus der Westsahara ausarbeiten, die seit Jahrzehnten in Algerien unter menschenunwürdigen Bedingungen leben.

Wir fordern die Polisario auf, die teilweise seit über 20 Jahren festgehaltenen marokkanischen Kriegsgefangenen unverzüglich freizulassen.

Wir appellieren an alle Maghreb – Staaten, Abkommen zur verstärkten politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu schließen.

Ziel muss die Schaffung einer maghrebischen Union sein, die Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für alle Bewohner garantiert.

R5

Iran-Krise diplomatisch lösen. Debatte über Abrüstung stärken.

Im Atomwaffensperrvertrag (Nonproliferation-Treaty, NPT) von 1968 haben sich – neben fast allen anderen Staaten weltweit – auch Deutschland und der Iran verpflichtet, auf den Bau, die Bereithaltung und Nutzung von Atomwaffen zu verzichten. Die Atommächte hatten sich gleichzeitig in diesem Vertrag zur schrittweisen Abrüstung verpflichtet. Diese zweite Seite des Vertrags wurde bisher weitgehend ignoriert.

Beim Iran kamen in jüngster Zeit Zweifel auf, ob er sich in Zukunft an seine Verpflichtung halten wird. Aus dem Vertrag ergibt sich ein gleichberechtigtes Recht auch des Irans zur friedlichen Nutzung der Atomtechnologie. Angesichts der reichen Erdgas- und Erdölvorkommen des Landes stellt sich jedoch einerseits die Frage, warum er die vergleichsweise teure Energiequelle Kernkraft fördert. Die offizielle Antwort der iranischen Regierung auf diese Frage verweist auf das Bevölkerungswachstum und die Klimafreundlichkeit. Andererseits geben die extremistische iranische Führung mit ihrer Förderung internationaler terroristischer, antisemitischer und anti-zionistischer Gruppierungen und rhetorischen Drohgebärden gegen Israel allen Anlass zur Besorgnis und Verurteilung.

Aber militärische Drohgebärden geben dem Iran keinen Anlass, auf die Entwicklung der Bombe zu verzichten - ganz im Gegenteil! Das Sicherheitsbedürfnis steigt und durch den Besitz der Bombe würde man unangreifbar. Kriegsdrohungen und auch ein tatsächlicher Krieg wäre daher kontraproduktiv. Die Entwicklung von Atomwaffen im Iran kann damit nur verzögert werden, aber andere islamische Staaten, würden zunehmend instabilisiert, z. B. wäre ein Umsturz in Pakistan denkbar. Dann hätte eine islamistisch-fundamentalistische Regierung direkt Zugriff auf schon bestehende Atombomben

Das Streben Irans, die eigene Urananreicherung zu fördern und somit die Herstellung von Atomwaffen voranzutreiben, müssen gestoppt werden. Gleichwohl muss sich die internationale Gemeinschaft, allen voran die USA, auf ernst gemeinte Verhandlungen mit dem Iran einlassen. Laut Atomwaffenspeervertrag ist die zivile Nutzung von Atomenergie zwar legitim. Das 2002 nur zufällig ans Licht der Weltöffentlichkeit gebrachte geheime Forschungsprogramm, dass gegen den NPT verstieß, stärkt allerdings den Zweifel, dass Iran lediglich friedliche Ziele verfolgt. Dass Teheran seitdem seine Atomprogramme weitestgehend außerhalb der IAEO-Kontrollmechanismen voranzutreiben versucht und auch die Entwicklung der Mittelstreckenrakete Shahab III, die als Trägersystem für Nuklearwaffen verwendet werden kann, weiter forciert, stellen eine äußerst besorgniserregende Entwicklung dar.

Wir erkennen an, dass im Rahmen der Gleichbehandlungen aller Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages die zivile Nutzung der Atomenergie zulässig ist. Wir bezweifeln jedoch, dass dies Irans ausschließliches Ziel ist und fordern, die Forschung an und Herstellung von waffenfähigem Uran unverzüglich einzustellen und Kontrollen der IAEO wieder

zuzulassen. Mit aller Kraft muss die Deutsche Bundesregierung diesen Prozess mit diplomatischen Mitteln unterstützen und vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Akteuren fördern.

Gleichwohl fordern wir Jusos im Allgemeinen, den weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie. Die Deutsche Bundesregierung muss daher gemeinsam mit dem Iran eine Kooperation beginnen, die die Entwicklung alternativer Energieformen im Iran fördert und vorantreibt. Bis zum Ausstieg auf der Atomenergie sollen Russland und die Europäische Union dem Iran anbieten, die Urananreicherung in enger Kooperation zu übernehmen. Die Kontrolle muss dabei die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) übernehmen.

Nicht nur im Zusammenhang mit dem Atomprogramm können die Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, zum Existenzrecht Israels und zum Holocaust, nicht als bloßer Populismus abgetan werden. Wir verurteilen die Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, die den Holocaust leugnen und das Existenzrecht Israels in Frage stellen auf Schärfste. Solchen menschenunwürdigen Äußerungen muss von der internationalen Gemeinschaft und gerade von der Deutschen Bundesregierung entschieden entgegengetreten werden. In allen diplomatischen Verhandlungen muss diese Kritik nachhaltig vertreten werden.

Gefährliche Eskalation

Die internationale Diplomatie im Iran-Konflikt ist auf dem Weg zu einer besorgniserregende Zuspitzung der Auseinandersetzung. Auf die Provokationen Irans werden die falschen Antworten gegeben. Die von den USA in den VN-Sicherheitsrat mit Unterstützung der deutschen Bundeskanzlerin Merkel eingebrachte Resolution eskaliert den Konflikt weiter, da sie sich auf Kapitel VII der VN-Charta beruft und somit den Weg für eine militärische Option im Iran eröffnet. Es ist nicht ersichtlich, dass dieses Vorgehen zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts beiträgt. Vielmehr laufen alle Beteiligten Gefahr, dass sich die Positionen weiter verhärten. Als erster Schritt einer Deeskalation erscheint in diesem Kontext die Rückgabe der „Akte Iran“ an die IAEO sinnvoll.

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts ebenso wie die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, sich der von Kanzlerin Merkel unterstützten Eskalation durch das Öffnen des Kapitel VII der VN-Charta entschieden entgegenzustellen. Es muss weiterhin die friedenspolitische Kontinuität gelten, die die rot-grüne Bundesregierung mit der Ablehnung des Irak-Krieges begonnen hat. Eine militärische Eskalation jeglicher Art lehnen wir Jusos strikt ab.

Der heutige Mullah-Staat unterdrückt, verfolgt und tötet seit Jahrzehnten oppositionelle demokratische Kräfte im In- und Ausland. Aus unserer Sicht müssen die europäischen Regierungen alles in unserer Macht stehende unternehmen, um die demokratischen Kräfte des Iran mit zivilpolitischen Mitteln zu stärken, damit dieses Land zu einem tragenden Pfeiler für Frieden und Stabilität im Nahen Osten wird. Menschenrechte kommen für uns vor wirtschaftlichen Interessen.

Eine multilaterale Lösung finden

Die Lösung des Iran-Konfliktes kann nur multilateral in den Gremien der Vereinten Nationen und in einer engen Zusammenarbeit der Staaten des Nahen Ostens im Rahmen einer Konferenz für Abrüstung und Stabilität beigelegt werden, die bereits in der Resolution 687 des VN-Sicherheitsrates von 1991 gefordert wurde und als Ziel hatte, den Nahen und Mittleren Osten als atomwaffenfreie Zone zu gestalten. Nur so kann wieder Stabilität in der Region garantiert werden.

Das langfristige Ziel von Abrüstungsabkommen muss jedoch eine Welt ohne Waffen bleiben. Der Atomwaffensperrvertrag muss endlich eingehalten und ein Zeitplan zur Abrüstung aller Atomwaffen vorgelegt werden dabei ist auch langfristig der Ausstieg aus der zivilen Nutzung der von Atomenergie zu berücksichtigen. Aber auch im Bereich der Biowaffen und der Chemiewaffen müssen die Übereinkommen nachhaltig verfolgt werden. Dies heißt auch, bessere Kontroll- und Sanktionsmechanismen zu schaffen.

Aufgrund der geringen Bereitschaft der Atommächte eigene Atomwaffen, gemäß des Nichtverbreitungsvertrags, abzurüsten, verschlechtert dies die Verhandlungsposition, vor allem der USA, mit dem Iran enorm. Die mangelnde Glaubwürdigkeit der westlichen Staaten hinsichtlich der Betonung internationaler Abrüstungs- und Rüstungsabkommen ist ein grundlegendes Problem in der Auseinandersetzung mit dem Iran.

Es war auch die US-amerikanische Regierung unter Präsident George W. Bush, die mit der Entwicklung neuer Atomwaffen und der Doktrin der preemptive strikes gegen den Atomwaffensperrvertrag und das Völkerrecht verstoßen hat. Der Irak-Krieg hat zudem die Sicherheitslage im Nahen Osten destabilisiert und die Spannungen zwischen den islamischen Staaten und westlichen Ländern geführt. Grundlage für eine Lösung des Iran-Konfliktes muss daher auch eine Umkehr der Bush-Administration hin zum Multilateralismus im Rahmen der Vereinten Nationen, einem klaren Bekenntnis zum Völkerrecht und dem Einhalten internationaler Verträge sein.

Gerade diese Problematik zeigt, dass die Iran-Krise nicht isoliert betrachtet werden darf. Es muss zwingend zu einer tief greifenden Debatte über Abrüstung und Rüstungskontrolle kommen. Vor dem Hintergrund unseres antimilitaristischen Selbstverständnisses fordern wir Jusos die Waffenproduktion und die Ausgaben für Rüstung weltweit zu reduzieren. Die SPD muss hier aktiv werden und eine Diskussion in Deutschland und innerhalb der Europäischen Union eröffnen, die darauf abzielt innerhalb der Vereinten Nationen Zielvereinbarungen zur weltweiten Abrüstung zu treffen. Rüstungsexporte in Krisenregionen und in diejenigen Staaten, die über keine demokratischen Regierungsstrukturen verfügen oder in denen die Wahrung der Menschenrechte nicht grundsätzlich gewährleistet ist, müssen sofort beendet werden. Das Strafmaß für solche Verstöße muss drastisch erhöht werden. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurden erhebliche Fortschritte bei der Transparenz von Rüstungsexporten gemacht. Dennoch sind diese nicht ausreichend. Das Berichtswesen über Rüstungsexporte ist auszubauen, zudem müssen die sogenannten Dual-Use-Güter stärker berücksichtigt und kontrolliert werden. Die Initiative der britischen Regierung, ein international verbindliches Abkommen über Standards und Regeln für den weltweiten Rüstungstransfer zu erreichen, muss von deutscher Seite unterstützt werden.

Zielführend können diese Verhandlungen nur sein, wenn die USA wieder ihre diplomatischen Beziehungen mit Iran aufnehmen. Im Rahmen der multilateralen Vorgehensweise kann es nur zu einer diplomatischen Lösung des Konfliktes kommen, die dem Iran ernsthaft bei seinen vitalen Interessen entgegenkommt. Nur durch das glaubwürdige Aufzeigen von politischen und ökonomischen Perspektiven für den Iran gibt es eine Chance, die Verhandlungen ernsthaft zu betreiben und das gegenseitige Vertrauen aufzubauen. Zentral sind dabei Sicherheitsgarantien für den Iran.

Wir lehnen den Vorschlag der amerikanischen Außenministerin Rice kategorisch ab, weiteres Vorgehen bezüglich Iran im Rahmen einer „coalition of the willing“ durchzuführen. Dies führte bereits im Irak zu einer nicht mehr aufzuhaltenden Eskalation des Konflikts bis hin zum Krieg. Nur ein multilateraler Ansatz im Rahmen der VN kann eine weitere Eskalation mit dem Iran verhindern.

Die Jusos sind Teil der Friedensbewegung und lehnen jegliche Art militärischer Eskalation ab. Bereits 2003 hat die weltweite Friedensbewegung eindrucksvoll ihre Ablehnung eines Krieges gegen den Irak demonstriert, die Kriegslügen entlarvt und die Möglichkeit der Abwendung des Angriffs eröffnet. Dabei spielte die Ablehnung des Krieges auch durch die SPD eine positive Rolle. Auch heute sind Sozialdemokraten in der Pflicht, sich der Eskalation, die in Deutschland von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit verfolgt wird, entgegenzustellen. Die Verhinderung des Krieges ist die Voraussetzung des Friedens. So wird eine soziale und demokratische Verbesserung der Lebensbedingungen – hier wie dort – ermöglicht und befördert.

Ein einiges Europa

Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir starke Akteure. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass gerade im Rahmen einer Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik die Abrüstung in den Mittelpunkt gestellt wird. Hierfür ist die Schaffung einer Agentur zur Rüstungskontrolle und eines europäischen Amtes für Abrüstung und Konversion sinnvoll. Die Europäische Union muss auf eigene Aufrüstungsschritte verzichten und zudem Nichtmitgliedsstaaten in Abrüstungsgespräche einbeziehen.

Wichtig ist hierbei, dass die Europäische Union im Iran-Konflikt mit einer Stimme spricht und sich eng koordiniert. Eine Spaltung der Regierungen, wie während des Irak-Krieges, würde das Ende einer Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik bedeuten. Auch das im Fall von Iran noch nicht ausgeschöpfte Potential der EU als ziviler Krisenvermittler und Konfliktbewältiger setzt ein gemeinsames Auftreten aller EU-Mitgliedsstaaten voraus.

R6

Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern verhindern!

Am 17. September 2006 sind in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen. Dabei droht der Einzug der rechtsextremistischen NPD in den Schweriner Landtag. Damit wollen die Nazis nach Sachsen in den zweiten Landtag einziehen und damit neben der Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda vor allem ihre Strukturen stärken. Landtagsmandate bedeuten zusätzlich Wahlkreismitarbeiter, „wissenschaftliche Mitarbeiter“ sowie Angestellte in der Fraktion, d.h. eine Vielzahl von RechtsextremistInnen, die aus Staatskosten finanziert werden. Außerdem würden NPD-Abgeordnete Zugang zu wichtigen und sensiblen Informationen erhalten, die sie für ihre Propaganda nutzen könnten.

Bei der letzten Bundestagswahl 2005 haben 34.711 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die NPD gewählt – das entspricht einem Anteil von 3,5% der abgegebenen Stimmen. In einigen Gemeinden erhielten die Rechtsextremisten über 16%, in einzelnen Wahllokalen sogar über 20%. Und dies alles ohne nennenswerten Wahlkampf. Bei der zeitgleich stattgefundenen U18-Wahl haben z.B. in Rostock 6,8% der teilnehmenden Jugendlichen die NPD angekreuzt. Dies sind deutliche Alarmsignale!

2006 findet die Landtagswahl das erste Mal getrennt von der Bundestagswahl statt. Dies bedeutet, dass eine wesentlich geringere Wahlbeteiligung zu befürchten ist. Bei einer

Wahlbeteiligung von ca. 45% (wie zuletzt in Sachsen-Anhalt) würde die NPD ohne eine einzige zusätzliche Stimme bei 5,3% landen. Hinzu kommt, dass die NPD mit einem erheblich aufgestockten Wahletat zur Landtagswahl antreten wird. Außerdem lagern noch umfangreiche Bestände von Materialien aus der Bundestagswahl in den Kellern der Rechtsextremisten, die diesmal zum Einsatz kommen sollen.

Wir Jusos wollen dazu beitragen, dass der Einzug der NPD ins Schweriner Schloss (Sitz des Landtages) verhindert wird! Rechtsextremistisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben, nicht auf der Straße, nicht am Stammtisch und auch nicht in den Parlamenten.

Deshalb unterstützen wir die Jusos Mecklenburg-Vorpommern in ihren Aktivitäten gegen die NPD:

1. Wir bitten alle Juso-Gliederungen, auf die Kampagne „Endstation Rechts!“ der Jusos Mecklenburg-Vorpommern hinzuweisen (z.B. durch Links auf der jeweiligen Homepage),
2. Wir rufen alle Gliederungen auf, ihre Mitglieder zu einer Abschluss-Mobilisierungsveranstaltung unter dem Motto „Volunteers for Schwerin“ am Wochenende 9./10. September 2006 nach Schwerin zu mobilisieren. Im Rahmen dieser Veranstaltung soll eine symbolische Aktion „Wir Jusos schützen das Schweriner Schloss vor den Nazis!“ stattfinden.

Wir bitten den Juso-Bundesvorstand zu prüfen, inwieweit eine organisatorische und/ oder finanzielle Unterstützung dieser Veranstaltung ermöglicht werden kann.

R7

Öffnung statt Abschottung – Die SPD muss sich strategisch neu aufstellen!

Die SPD befindet sich in der babylonischen Gefangenschaft mit der Union. Es gelingt uns kaum, dass unsere Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der Regierungspolitik deutlich werden. Die SPD lässt sich von den Marktradikalen in der Union treiben. Statt die solidarische Mehrheit der Bevölkerung hinter uns zu bringen, tritt die SPD einer Politik der sozialen Härte und der Deregulierung nicht konsequent genug entgegen.

Hier müssen wir gegensteuern. Wir brauchen ein neues soziales Projekt. Dafür brauchen wir eine Sozialdemokratie, die Verantwortung für diejenigen übernimmt, die sozialen Abstieg befürchten müssen. Und wir brauchen eine Sozialdemokratie, die sozialen Aufstieg für Alle möglich macht. Für die SPD ist Programmatik mehr als die Rechtfertigung von Regierungshandeln. Die Stärke der Sozialdemokratie resultierte immer aus dem Dreiklang von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Eine fortschrittliche linke Reformpolitik wird ohne Partner nicht durchzusetzen sein. Die Rechte des Landes ist sich der Notwendigkeit von strategischen Partnerschaften bewusst und schmiedet Bündnisse von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bis hin zu Schill.

Die SPD braucht Partner, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, die unsere Vorstellungen eines solidarischen Gemeinwesens teilen. Die SPD hat – auch gerade durch die Politik der letzten Jahre – dramatisch an Akzeptanz bei gesellschaftlichen Bewegungen und auch den Gewerkschaften verloren. Führt sie diesen Weg weiter, wird sie ihren Anspruch, linke Volkspartei zu sein, nicht mehr rechtfertigen können.

Parlamentarisch ist die SPD derzeit strukturell nicht mehrheitsfähig. Nach wenigen Monaten haben wir den Anschluss zum alten grünen Koalitionspartner verloren. Nun soll sich auch noch vorschnell gegen die Linkspartei als möglicher Partner festgelegt werden. Diese Festlegung resultiert aus einer überholten Denkweise und ist strategisch unklug. Gleichzeitig wirft sich die SPD wahlweise an die Seite von Union und FDP, die gesellschaftspolitisch und ökonomisch in eine fundamental andere Welt, eine unsoziale Welt wollen.

Wir jüngere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten plädieren für eine strategische Öffnung von Koalitionsoptionen. Es macht mittelfristig überhaupt keinen Sinn an überlieferten Koalitionsvorstellungen festzuhalten. Wer fortschrittliche Reformen durchsetzen will, braucht einen gesellschaftlichen Block aus fortschrittlichen Kräften in Gewerkschaft und Bewegung und auch aus Bündnis 90/ Die Grünen sowie der Linkspartei.

Unser Ziel ist dass wir in einen Dialog eintreten darüber, mit wem wir unsere Vorstellungen am besten umsetzen. Denkverbote, die sich aus ideologischen, nicht aus inhaltlichen Gründen ergeben, helfen uns nicht weiter. Der Dialog mit den Bevölkerungsteilen links der Mitte muss auf der außerparlamentarischen und der parlamentarischen Ebene gesucht werden.

S**Sonstige Anträge****S1 NEU****Energisch die Zukunft gestalten**

Die Frage der Energieversorgung entwickelt sich aufgrund der fortschreitenden Verknappung endlicher natürlicher Energiequellen mehr und mehr zu dem zentralen Zukunftsthema.

□ Energiegewinnung

Die Anteile der einzelnen Energieträger am Primärenergieverbrauch Deutschlands verteilen sich 2005 wie folgt: Erneuerbare Energien 4,6 %, Kernenergie 12 %, Braunkohle 11 %, Steinkohle 13 %, Erdgas 23 %, Rohöl 36 % und Sonstige 0,4 %.

Nach sieben Jahren rot-grüner Energiepolitik ist Deutschland international Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Energien und beim Klimaschutz. Der Atomausstieg wurde beschlossen, der Anteil an regenerativen Energiequellen wurde durch staatliche Förderung ausgebaut.

Dennoch darf der gesetzlich vorgeschriebene Anteil erneuerbarer Energieträger zur Deckung von 20 % des Stromverbrauchs und 10 % des Gesamtenergieverbrauchs bis 2020 lediglich eine Untergrenze darstellen. Hier müssen höhere Ziele angestrebt werden, obwohl eine absolute Energieversorgung aus regenerativen Energiequellen aus heutiger Sicht kaum möglich sein wird.

Kohle- und Gaskraftwerke stellen angesichts der Klimaproblematik keine Alternative dar. Durch ihren massiven CO₂-Ausstoß beschleunigen sie den Treibhauseffekt. Auch bei moderneren und umweltfreundlicheren Kraftwerken dieser Art bleibt das Problem abgeschwächt vorhanden. Zudem werden die Kosten für Kohleförderung stetig steigen, so dass Kohle als Energieträger zunehmend unwirtschaftlicher wird. Die natürlichen Energieresourcen Rohöl und Erdgas sind endlich. Die steigenden Preise auf dem Weltmarkt sowie die Tatsache, dass Deutschland weit mehr als 80 % dieser Rohstoffe importieren muss, argumentieren ebenfalls für die Suche nach Alternativen.

Auch die Risiken der heutigen Atomenergiegewinnung sind offensichtlich. Der beschlossene Atomkonsens ist richtig und zwingend notwendig. Die Forschung auf dem Gebiet der Kerntechnologie darf allerdings nicht eingestellt werden. Hier war Deutschland über Jahrzehnte führend und muss es auch bleiben. Bei einer konsequenten Fortführung der Forschung in diesem Bereich haben wir die Möglichkeit, in einigen Jahrzehnten völlig neue Formen einer ökologischen und ökonomischen Energiegewinnung zu erschließen.

□ Energieverbrauch

Drei wesentliche Bereiche, in denen Energie eingespart werden kann, liegen im Bau- und Transportwesen sowie im allgemeinen Verbrauch der Haushalte und Unternehmen.

Die sinnvolle, staatlich geförderte Wärmesanierung von Gebäuden muss stärker ausgebaut werden. Für Neubauten muss es zukünftig strenge Richtlinien geben. Das Willy-Brandt-Haus steht an dieser Stelle vorbildlich für moderne Bauvorhaben.

Die staatliche Einflussnahme auf den Treibstoffverbrauch im Straßenverkehr ist erschöpft. Durch die Lenkwirkung der Ökosteuern und den rasanten Anstieg der Rohölpreise ist der Kraftstoffverbrauch in den letzten Jahren bereits gesunken und wird weiter sinken. Es liegt inzwischen aus ökonomischen Gründen im Interesse der privaten Haushalte und Unternehmen, möglichst wenig Treibstoff zu verbrauchen. Noch höhere Preise würden hier zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gehen und keinen ökologischen Effekt mehr erzielen.

Der energieeffiziente Schienenverkehr muss dagegen stärker gefördert werden. Eine zunehmende Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene würde zusätzlich die Autobahnen und damit die Umwelt entlasten. Die LKW-Maut war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie sollte auch auf Bundesstraßen ausgeweitet und nach und nach erhöht werden. Des Weiteren müssen sich die Staaten der EU für eine europaweite Kerosinsteuer einsetzen, da es ökologisch unverantwortlich ist, wenn ein Flug günstiger ist als eine Zugfahrt.

Um eine Senkung des Energieverbrauchs der Haushalte und Unternehmen anzuregen, ist eine medienwirksame Aufklärungskampagne sinnvoll, in der auf die Vorteile des Energiesparens hingewiesen wird. Den Verbrauchern muss u.a. deutlich gemacht werden, dass sie ihre Nebenkosten erheblich senken können und ihre Umwelt damit entlasten.

Daher möge der Juso-Bundeskongress beschließen,

- dass der Bundesvorstand der Jusos ein Forum schafft, indem (gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus allen relevanten Bereichen und) auf Grundlage der oben angeführten Forderungen zukunftsweisende Positionen zu den Fragen der Energieproblematik entwickelt werden,
- dass der kommende Juso-Bundeskongress über die Ergebnisse dieses Forums informiert wird,
- dass der Bundesvorstand der Jusos die SPD auffordert, eine bundesweite Kampagne zu initiieren, die es allen Genossinnen und Genossen ermöglicht, die Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren.

Initiativanträge

I1

JedeR hat ein Recht auf eine 2. Chance – Für ein Sofortprogramm zur Nachqualifizierung arbeitsloser Jugendlicher

Der Ende April 2006 erschiene Berufsbildungsbericht 2006 legt die komplette Krise des dualen Systems schonungslos offen. Die Ausbildungssituation hat sich in den zurückliegenden Jahren weiter zugespitzt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr nur 550.180 (Alle Daten aus dem Berufsbildungsbericht 2006) neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, 22.800 oder 4% weniger als im Vorjahr. Das ist der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung. In den alten Ländern liegt der Rückgang bei 3,3% und in den neuen Ländern sogar bei 6,5%. Nur jeder zweite ausbildungsberechtigte Betrieb bildet aktuell aus.

Das duale Ausbildungssystem, das eng mit dem Beschäftigungssystem verbunden ist, bleibt von der Strukturkrise auf dem Arbeitsmarkt und dem Beschäftigungsabbau nicht unberührt. Von September 1999 bis September 2005 gingen rund 1,358 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Deutschland verloren.

2005 wurden 562.800 Ausbildungsstellen angeboten, das sind rund 23.600 oder vier Prozent weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig erreichte die Zahl der AbgängerInnen aus allgemein bildenden Schulen mit 948.200 einen neuen Höchststand. Im Verhältnis zur Zahl der SchulabgängerInnen sank der Anteil neu abgeschlossener Ausbildungsverhältnisse erstmals unter die 60%-Marke.

2005 wird der Anteil der Jugendlichen, die in schulischen Einrichtungen oder berufsvorbereitenden Maßnahmen unterkommen, vermutlich sogar höher sein als die Einstiegsquote in das duale System. Darunter sind viele, die sich vergeblich um einen Ausbildungsplatz im dualen System bemüht haben. Dabei handelt es sich in vielen Fällen um reine Warteschleifen, in denen die Ausbildungsplatzsuchenden geparkt und auf das nächste Ausbildungsjahr vertröstet werden. Zusammen mit diesen sich in Warteschleifen befindlichen Jugendlichen dürfte heute ein ungedeckter realer Ausbildungsbedarf in Deutschland (vorsichtig geschätzt) im oberen hunderttausender Bereich existieren.

Besonders dramatisch ist die Situation bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Lediglich 25 Prozent aller ausländischen Jugendlichen waren 2004 in einer dualen Berufsausbildung, (1994: 34%), während die Ausbildungsbeteiligungsquote deutscher Jugendlicher bei 59 Prozent lag. Wegen des schwierigen Zugangs zu einer voll qualifizierenden Ausbildung bleiben sie überproportional häufig ohne einen anerkannten Berufsabschluss. Soll diese Gruppe nicht dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, muss jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss eine zweite Chance gegeben werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir Jusos kurzfristig ein Sofortprogramm zur Nachqualifizierung für alle arbeitslosen 20 bis 30jährigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Dieses Programm soll als Instrument der Bundesagentur für Arbeit bzw. der Job Center allen Jugendlichen einen erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden Schule und eine qualitativ hochwertige berufliche Ausbildung sichern.

Wir halten weiterhin an unserer Forderung zur Einführung der Umlagefinanzierung fest.

I4

Gemeinsame euroapolitische Resolution der Jungsozialisten aus Frankreich und Deutschland

Für ein soziales Europa !

1) In diesen Tagen jährt sich das Nein der Verfassungsabstimmung in Frankreich zum ersten Mal. Dies nehmen die deutschen und französischen Jungsozialisten – die Jusos Deutschland und die MJS Frankreich - zum Anlass, ihre Stimme für ein soziales Europa zu erheben!

Europa braucht heute mehr denn je einen neuen Impuls der jungen Generation von links!

2) Die ablehnenden Voten der französischen und der niederländischen Bevölkerung zum Entwurf für eine Europäische Verfassung haben gezeigt, dass die Unzufriedenheit und die Skepsis gegenüber der Europäischen Union und ihren Politiken weit verbreitet ist. Diese damit verbundenen Ängste nehmen wir sehr ernst!

Dabei ist eines klar: Der Ausgang der Volksabstimmungen ist keineswegs die Ursache für die Krise, in der sich die EU jetzt befindet, sondern lediglich ihr Auslöser.

Die Gründe für die mangelnde Begeisterung der Menschen für die EU liegen tief:

- Dass die europäische Einigung große Bedeutung für die Friedenssicherung hatte und hat, reicht nicht mehr aus, um Zustimmung für die Europäische Union zu bekommen.
- Wir jungen Sozialistinnen und Sozialisten aus Frankreich und Deutschland verstehen uns nach unseren Grundsätzen als europäisch. Dennoch haben wir Erwartungen gegenüber Europa, die weit über die aktuelle Verfasstheit des europäischen Projektes hinausgeht. Europa fehlt die soziale Dimension! Dieses Defizit war der Grund, warum die Jugend in Frankreich mehrheitlich gegen die Europäische Verfassung gestimmt.
- Die EU verfolgt vielfach eine Politik der radikalen Marktliberalisierung ohne Rücksicht auf sozialen Ausgleich. Noch immer stellt die EU in erster Linie eine kapitalistische Wirtschaftsunion, eine europäische Ellenbogengesellschaft dar und wird auch als solche wahrgenommen.
- Welchen Einfluss die EU tatsächlich auf den Alltag der Menschen besitzt, ist oftmals nebulös. Dazu tragen u. a. zu schwache europäische politische Akteure, die oft geringe Kommunikationsfreudigkeit europäischer Eliten sowie schwer durchschaubare EU-Regelungswerke und Gesetzgebungsprozesse bei. Unsicherheit, Skepsis und Distanz zur Politik im Allgemeinen und besonders zur Politik auf der „weit entfernten“ EU-Ebene sind die Folge.

- Dabei hat europäische Politik einen direkten Einfluss auf unseren Alltag. Die Ablehnung liberaler Politiken auf nationaler Ebene drückt sich auch durch die Ablehnung der liberalen Orientierung Europas aus. Ein perfektes Beispiel für diese politische Ausrichtung ist die selektive Umsetzung der Lissabon Strategie, die sich nur auf Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Wettbewerbsfähigkeit konzentriert.

3. Wir – die Jusos und die MJS – sind uns einig, dass das europäische Projekt einen neuen Impuls braucht. Es geht unserer Generation um die Überwindung der augenblicklichen Legitimitätskrise der Europäischen Union! Nur so können wir ein soziales Europa schaffen!

Eckpunkte hierfür sind:

- Die soziale Dimension Europas muss gestärkt werden!
- Von der marktradikalen Wirtschaftsunion muss sich Europa zu einer politischen Union entwickeln. Hier muss die Wirtschaft für den Menschen da sein und nicht umgekehrt!
- Europa darf keine Festung sein, es braucht ein weltoffenes und tolerantes Europa!

4) *Symbol für die soziale Schieflage in Europa war in den letzten Wochen die Dienstleistungsrichtlinie.* Der vom EU-Parlament erarbeitete Kompromiss zur Dienstleistungsrichtlinie ist – gemessen am ursprünglichen Vorschlag der Kommission – ein kleiner von vielen notwendigen Schritten in die richtige Richtung.

Ohne die breite Mobilisierung der Gewerkschaften und der europäischen Linken, wäre ein solches Verhandlungsergebnis nicht möglich gewesen. Nichtsdestotrotz beharren wir auf unserer Forderung nach einem Rückzug der Richtlinie! Wir fordern stattdessen eine Rahmenrichtlinie für öffentliche Dienstleistungen!

5) Der Maastricht Vertrag legt wirtschaftliche Kriterien fest, die beispielhaft für eine einseitig neoliberal ausgerichtete EU-Politik stehen.

Wir schlagen hingegen 5 Ziele für ein soziales Europa vor:

I) Ein Arbeitsplatz für Jede/n:

Die Arbeitslosenrate muss europaweit unter die 5%-Grenze gedrückt werden. An diesem Ziel haben sich sowohl die Wirtschafts-, Geld- als auch die Finanzpolitik auszurichten. Die Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind durch öffentliche geförderte Investitionen, Arbeitszeitverkürzung und die Erschließung neuer beschäftigungspolitischer Wachstumsfelder zu bündeln.

Der demografische Wandel darf nicht dazu missbraucht werden, Sozialleistungen zu kürzen. Besonders junge Menschen leben in unseren Gesellschaften in einer immer prekäreren Lage, die es unmöglich macht, die eigene Zukunft zu gestalten. Die Verschlechterungen beim Kündigungsschutz in Deutschland und in Frankreich (contrat première embauche) sind hierfür besorgnisregende Beispiele.

II) Eine solidarische Gesellschaft!

Wir wollen ein Europa ohne Armut. Die Armutsrate muss daher unter 5% gedrückt werden.

In diesem Sinne schlagen wir einen europaweiten Mindestlohn vor, der 66 Prozent des

durchschnittlichen Stundenlohnes eines Landes ausmachen soll. Mit diesem Mindeststandards soll ein Wettlauf nach unten verhindert werden. Ziel muss es sein, die Lebensverhältnisse in der EU auf hohem Niveau anzugleichen!

III) Wohnen als Menschenrecht!

Wir wollen ein Europa, in dem das Recht auf angemessenes Wohnen verwirklicht wird. Der Anteil von Menschen, die unzureichend wohnen, muss kurzfristig auf unter 3 % gebracht werden.

IV) Gleichheit der Rechte: eine Analphabetenrate im Alter von 10 Jahren unter 3%

Die europäische Wissensgesellschaft, die wir herbeiwünschen, darf nicht zu der Förderung einer Elite auf Kosten der Demokratisierung des Bildungssystems führen. Bildung hat einen emanzipatorischen Effekt und muss kostenfrei bleiben.

V) Echte Solidarität mit dem Süden: eine öffentliche Entwicklungshilfe über 1% des BIP

Ein soziales Europa muss sich auch in den Nord-Süd Beziehungen sozial zeigen. Entwicklungshilfe muss gestärkt und der EU-Außenhandel fair werden. Die EU darf mit ihrer subventionierten Ware nicht weiter die afrikanischen Märkte überschwemmen und gleichzeitig ihren eigenen Markt beschützen.

6) Um diese Ziele zu erreichen muss die EU durch das Nutzen folgender Instrumente ihre Bewegungsfreiheit wieder gewinnen:

- ein gestärkter Haushalt durch eine europäische Steuer
- ein Revision der Satzung und Prioritätensetzung der EZB, die von den europäischen Institutionen kontrolliert werden soll
- eine europäische Rahmenrichtlinie zu den öffentlichen Diensten
- Wir fordern, nach einer sozialen Harmonisierung, Mehrheitsabstimmung im sozialen und steuerlichen Bereich der EU einzuführen.

www.jusos.de

Für Gute Arbeit und Ausbildung.
links Unsere Richtung:

Beschlüsse

Bundeskongress
der JungsozialistInnen in der SPD

Wolfsburg | CongressPark
23. bis 25. November 2007



Inhaltsverzeichnis

A	Arbeitsprogramm / Kampagnen	Seite 6
B	Beschäftigung & Gute Arbeit	Seite 28
C	Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung	Seite 42
D	Daseinsvorsorge, Soziale Sicherung, Gleichstellung	Seite 57
E	Europa, Frieden und Internationales	Seite 72
I	Integration und Kampf gegen Rechts	Seite 100
J	Justiz, Inneres, Verbraucherschutz	Seite 102
O	Organisationspolitik	Seite 112
R	Resolutionen	Seite 114
IN	Initiativanträge	Seite 117

Impressum

Herausgeber:
Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10911 Berlin

Verantwortlich:
Katrin Münch
(V.i.S.d.P.)

A

Arbeitsprogramm / Kampagnen

Seite
6

- A1 Bundesvorstand:
Bundesarbeitsprogramm 7
- A2 LV Berlin:
Doppelstrategie 2.0 25

B

Beschäftigung & Gute Arbeit

Seite
28

- B1 LV Berlin, BZ Braunschweig:
Arm trotz Arbeit? Nicht mit uns! 29
- B4 LV Berlin:
Bedingungsloses Grundeinkommen: Pauschal, unsozial..... 36
- B5 LV Bayern:
Blender Investivlöhne: Kein Wundermittel für Produktivität und Beschäftigung! 41

C

Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Seite
44

- C1 Bundesvorstand:
Gute Ausbildung. Zur Zukunft der beruflichen Bildung 45

D

Daseinsvorsorge, Soziale Sicherung, Gleichstellung

Seite
60

- D1 Bundesvorstand:
Kinderarmut bekämpfen – Soziale Integration schaffen 61
- D2 LV NRW:
**Öffentliche Daseinsvorsorge / Öffentliche Aufgaben:
Gestaltungsräume zurückgewinnen - Öffentliche Aufgaben stärken!** 65
- D5 BZ Braunschweig:
Das Elterngeld ist nicht der Weisheit letzter Schluss 70

E	Europa, Frieden und Internationales	Seite 75
----------	-------------------------------------	-------------

E1	Bundesvorstand: It´s social europe, stupid! - Das soziale Europa schaffen!	76
E2	Bundesvorstand: Abrüstung wirklich umsetzen – Frieden schaffen!	85
E4	LV RLP: Ratifizierung des geänderten KSE- Vertrags und Abrüstung	95
E6	UB Frankfurt: Peace for Afghanistan - Wege aus der Eskalation	95
E7	LV NRW: Mehr ist nicht genug – Europas Kraft für gerechtere Entwicklungschancen Sub-Sahara Afrikas nutzen	98

I	Integration und Kampf gegen Rechts	Seite 103
----------	------------------------------------	--------------

I7	UB Frankfurt: NPD verbieten	104
----	---	-----

J	Justiz, Inneres, Verbraucherschutz	Seite 105
----------	------------------------------------	--------------

J1	Bundesvorstand: Freiheit statt Terrorismus – Terrorbekämpfung darf nicht zur Waffe werden	106
J2	Bezirk Nord-NDS: Öffentliche Sicherheit	110

O	Organisationspolitik	Seite 115
----------	----------------------	--------------

O3	LV Sachsen: Delegiertenberechnung zum Juso-Bundeskongress	116
----	---	-----

R	Resolutionen	Seite 117
----------	--------------	--------------

R2	LV Berlin: Resolution Bleiberechtsregelung	118
R2	Jusos und MJS Frankreich: Resolution EADS	119

IN1	Bundesvorstand: Die solidarische Mehrheit ist links	121
IN2	BZ Braunschweig, Nord-Niedersachsen, Weser-Ems, Hannover: Schwarz-gelb ist schlecht für die Menschen	125
IN3	BZ Braunschweig, Nord-Niedersachsen, Weser-Ems: Die Bahn gehört uns!	127
IN4	LV Berlin: Kein Zentrum gegen Vertreibung. Nirgendwo	129
IN5	LV Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen, Bayern: Solidarität gegen rechts	129
IN7	LV Berlin, BZ Braunschweig: Keine Armutslöhne bei der Post - Post-Mindestlohn sofort!	130

A

Arbeitsprogramm / Kampagnen

A1	Bundesvorstand: Bundesarbeitsprogramm	7
A2	LV Berlin: Doppelstrategie 2.0	25

Prolog: Unsere Grundsätze

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Maßstäbe einer besseren Gesellschaft.

Wir streben ein Leben und Arbeiten in Selbstbestimmung an. Sozialer und ökonomischer Fortschritt bedarf der persönlichen Entfaltung und Entwicklung individueller Fähigkeiten auf Basis ökonomischer Sicherheiten. Wir wollen die Freiheit von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung. Dies kann nur sichergestellt sein, wenn die Menschen ohne Not und Angst vor Armut, Gewalt sowie Schutzlosigkeit leben und arbeiten können. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialer Stellung und ihren Vorlieben gleiche Möglichkeiten und die gleiche Teilhabe an Wohlstand und Macht haben. Dies ist nur in einer solidarischen Gesellschaft denkbar.

Unsere Vision einer besseren Gesellschaft ist der demokratische Sozialismus. Als Teil der Linken kämpfen wir dafür in und außerhalb der SPD.

I Die Welt, in der wir leben

Der Kapitalismus formiert die Gesellschaft, in der wir leben. Historische Gegebenheiten, Produktionsverhältnisse, Klassenaufstellungen, Normen und Regeln bestimmen die Form des Kapitalismus und werden ihrerseits vom Kapitalismus und den sich in ihm wandelnden Produktionsbedingungen bestimmt. Der Kapitalismus stellt sich folglich in historisch spezifischen Formationen dar. Der Kapitalismus wird nicht nur durch Menschen geformt, er formt auch Menschen - in der Logik und der Notwendigkeit ständiger Konkurrenz, die im Kapitalismus herrscht.

Während es nach dem Zweiten Weltkrieg im Großteil der Industrieländer mit dem Fordismus eine relative stabile Konstellation des Kapitalismus gegeben hat, die durch Massenproduktion und Massenkonsum und einer damit verbundenen Erhöhung des Lebensstandards weiter Teile der Bevölkerung verbunden war, können wir seit den 70er Jahren Strukturveränderungen des Kapitalismus beobachten. Diese liegen in einer Veränderung der Arbeitsorganisation (Flexibilisierung und Individualisierung), neuen Kapitalströmen und der damit einhergehende shareholder-value-orientierten Unternehmenskultur, anhaltender Massenarbeitslosigkeit und einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeit.

Die äußere kapitalistische Landnahme zeichnet sich vor allem durch eine weitreichende Integration neuer Märkte insbesondere derer in Asien aus. Sie ist aber beschränkt auf die kapitalistischen Zentren. Die mit dem Begriff der Globalisierung umschriebenen qualitativen Veränderungen wie die Beschleunigung von Kommunikation und Warentransport können als logische Folge kapitalistischer Produktionsweise angesehen werden. Die Gestaltung dieser Produktionsweise hat diesen globalisierten Kapitalismus heutiger Prägung entstehen lassen. Die Liberalisierung des Warenverkehrs ist der Treiber dieser Wirtschaftsweise. Sie hat zu einem System internationaler Konkurrenz geführt, welche den Druck auf die Arbeitsbedingungen und die ArbeitnehmerInnen massiv verstärkt hat.

Zum anderen kam es zu einem Umbau des Finanzsystems. Dieses hochspekulative System hat die Kapitalmärkte von der Produktion weitgehend entkoppelt. Die neue Regulation der Finanzmärkte führt zu einer zunehmenden Abhängigkeit der Wirtschaft von anonymen spekulativen Geldgebern. Sie ist zu Lasten von Arbeit, Beschäftigung und sozialen Standards auf den kurzfristigen Profit ausgerichtet.

Damit hat das Drohpotential von Finanzmarktakteuren erheblich zugenommen. Denn auch wenn längst nicht jedes Kapital mobil ist, können doch durch relativ geringe Kapitalbewegungen Erwartungen auf den Finanzmärkten verändert werden. Diese veränderten Erwartungen haben direkte Auswirkungen auf die einzelnen Unternehmen und auf die Finanzierungsbedingungen in den betroffenen Volkswirtschaften und führen so zu einer verstärkten Ausrichtung auf die Renditelogiken der Kapitalmärkte. Dieser aufgeheizte bet-and-win-Börsenkapitalismus erhöht die Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems. In einem solchen System nimmt Unsicherheit zu.

Doch es ist auch innere Landnahme zu beobachten, so wird der demokratische Staat im Innern geschwächt, in dem seine Funktion auf die Sicherung freier Märkte reduziert und er lediglich im Krisenfall als „Ausputzer“ die Renditeerwartungen der großen Fonds erfüllen soll. Gleichzeitig ist er angesichts der internationalen Vernetzung der Wirtschaft national scheinbar immer weniger in der Lage gestaltend tätig zu werden.

Der Marktradikalismus bildet die ideologische Grundlage, um staatliche Ohnmacht und die Reduktion des Staates auf seine „Nachwächterfunktionen“ zum Prinzip zu verklären. Markt und Wettbewerb werden als überlegene Steuerungsinstrumente dargestellt. Staatliche Regulierung, öffentliches Eigentum, öffentlich organisierte Umverteilung und kollektive Organisation von ArbeitnehmerInneninteressen werden als gesamtgesellschaftlich diskreditiert. Dieser Marktradikalismus ist bei der FDP und der Union zu Hause.

Die Rolle des Staates

Mit dem Ende des fordistischen Zeitalters hat sich auch die Rolle der Nationalstaaten verändert. Die Kräfteverhältnisse haben sich zu Gunsten der Kapitaleigner verschoben. Damit hat der Nationalstaat scheinbar vielfach an Bedeutung verloren. Das transnationale Kapital reorganisiert die Kapitalakkumulation, bindet sich nicht an einzelne Standorte und zwingt die Staaten dazu, diese Akkumulationsdynamik durch Deregulierung, Privatisierungen und Abbau staatlicher Umverteilung zu unterstützen. Wettbewerb soll den Sozialstaat ersetzen. Dadurch entsteht zunehmender Druck auf bestehende Standards der Regelungen von Arbeitszeit, Urlaub, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung, sowie Steuererhebung und soziale Sicherungssysteme.

Auch innerhalb der EU haben sich die Kräfteverhältnisse zu Gunsten neoliberaler Logiken verschoben. Gleichzeitig kommen neue Arenen der Aushandlungen hinzu. So ist der nationale zwar weiterhin die zentrale Arena der Interessensauseinandersetzung, zunehmend verlagern sich Entscheidungen aber auf die exekutive Ebene der „Staatschefs“. Auch innerhalb der EU geben die Staats- und Regierungschefs immer noch den Ton an, das Parlament verbleibt weitgehend einflusslos. Damit entkoppeln sich Entscheidungsarenen von der Bevölkerung – ein wichtiger Grund, warum die EU an Legitimation verliert.

Die Verschiebung eines Teils der Macht auf die internationale und supranationale Ebenen führt zu einem Funktionswandel des Staates. Es kann nicht generell von einem Rückzug des Staates aus der Gesellschaft gesprochen werden, auch wenn sich die Formen staatlicher Regulierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche enorm verändern. Der Staat bleibt Kern dieses neuen Systems mehrerer Ebenen, aber demokratische Beteiligung wird mehr und mehr zurückgedrängt.

Das neoliberale Paradigma des „schlanken Staates“ lässt sich daher lediglich auf den Abbau von Institutionalisierung im traditionellen Sozialstaat beziehen, nicht jedoch auf die generelle Zurücknahme staatlicher Interventionspolitik. So gibt es auch wieder Bestrebungen mit neuen Institutionen weitere gesellschaftliche Bereiche in den Sozialstaat mit einzubeziehen. In anderen Bereichen, zum Beispiel bei innerer und äußerer Sicherheit, wird die Politik im Staat zunehmend autoritär. Die Sicherung privater Eigentumsrechte und der Neuaufbau solcher Rechte durch Privatisierung, der verstärkte Druck, seine Arbeitskraft trotz großer Arbeitslosigkeit auf dem Markt zu verkaufen, sind statt einer Umverteilung von unten nach oben Ausdruck solcher Politik.

Das Versagen der Wirtschaftspolitik

Es ist derzeit wirtschaftspolitisch kein Weg aus der Krise erkennbar. Wir erleben eine gespaltene Konjunktur. Während der Export deutscher Produkte schon seit einigen Jahren boomt, lahmt die Binnenkonjunktur. Durch eine niedrige Lohnentwicklung, zunehmende Verunsicherung und eine Sozialgesetzgebung, die verstärkt auf Sparen und Eigenvorsorge setzt und den sozialen Abstieg beschleunigt, sowie eine weitgehende Zurückhaltung bei staatlichen Investitionen, konnten keine Impulse von den Binnenmärkten ausgehen. Dies hat die nicht exportorientierten Wirtschaftszweige empfindlich getroffen. Eine längere stabile Wachstumsphase zeichnet sich durch die jetzige Regulation auch deswegen nicht ab. Dies führt auch dazu, dass der derzeitige Aufschwung nicht oder kaum im Geldbeutel der Beschäftigten ankommt. Konsequenterweise führt eine solche Entwicklung zu einer Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Kapitalbesitz und Arbeitseinkommen.

Der soziale Raum schließt sich

Im Großen und Ganzen läuft die derzeitige Entwicklung jedoch auf eine Polarisierung der Gesellschaft hinaus: Armut und Reichtum nehmen zu. Einer Vielzahl von Arbeitslosen stehen diejenigen gegenüber, die – ob im schlechtbezahlten Dienstleistungssektor oder im oberen Management – oft 60 Stunden oder mehr in der Woche arbeiten. Aber auch die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten gehen immer weiter auseinander. Damit wird das System de facto für die meisten Menschen undurchlässiger. Abstiegsängste der Mittelschichten, prekäre soziale Lagen und (Kinder-) Armut in den Unterschichten verschärfen sich. Die Vermögenden ziehen sich dabei immer stärker aus der gesellschaftlichen Verantwortung zurück. Der Abbau staatlicher Umverteilungspolitik aber auch die Privatisierung gesellschaftlicher Infrastruktur schaffen ihnen neue Handlungsmöglichkeiten fernab von solidarischen Verpflichtungen.

Auf der anderen Seite nimmt der dauerhafte Ausschluss von Teilhabe am Arbeitsprozess zu.

Dabei ist zu beobachten, dass Migrantinnen und Migranten oftmals neben sozialer Ausgrenzung noch weiteren Ausschließungsmechanismen unterliegen. Rassismus und Antisemitismus sind bis in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet. Hautfarbe, Nachname oder sprachlicher Akzent sind oft Ursache für Arbeitslosigkeit oder etwa für die Verweigerung von Mietverträgen und Krediten. So entsteht ganz realer sozio-ökonomischer Ausschluss von ganzen Bevölkerungsgruppen.

Auch ist die Gesellschaft, in der wir leben, noch immer eine männliche. Die zeigt sich nicht nur an den überwiegend männlich besetzten Schaltzentralen der Macht und der Verknüpfung, dass es noch immer die Frau sei, die Kinder und Beruf zu vereinbaren habe, sondern auch am Steuersystem und dem überproportionalen Anteil von Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Fehlende Perspektive auf soziale Teilhabe grenzt weite Teile der Bevölkerung massiv aus. Hier gelingt gesellschaftliche Inklusion durch die bestehende Regulierung nicht mehr. Im Gegenteil, die Zahl derer, die von Armut betroffen sind, wächst. Armutsstrukturen verfestigen sich und sozialer Aufstieg immer schwerer nur möglich. Unser sozial selektives Bildungssystem befördert diese Entwicklung. In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer sehr stark von der Herkunft der Kinder ab. Dabei wäre es gerade jetzt Zeit, durch chancengleiche Bildung Kinder aus sozial benachteiligten Familien den Zugang zu gesellschaftlicher Partizipation zu ermöglichen. Steigende Gebühren für die Kindertageseinrichtungen, Gebühren für den Ganztags, das dreigliedrige Schulsystem und die Einführung von Studiengebühren in CDU geführten Bundesländern wirken der Herstellung von Chancengleichheit entgegen. Durch die Ausbildungsplatzmisere ist einer Vielzahl von jungen Menschen der Zugang zu Ausbildung und Arbeit verwehrt. Dies führt zu sozialer Exklusion. Auch gut qualifizierte und ausgebildete junge Menschen finden oft nur schwer einen Einstieg in die Berufswelt und müssen oft jahrelang unbezahlte oder schlecht bezahlte Praktika wahrnehmen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen nachgehen.

Doch auch für die Mittelschicht hat dieser Prozess fatale Folgen, denn die Polarisierung teilt Aufstieg und Abstieg nicht gleich. Gerade hier sind Abstiegsängste und neue Unsicherheiten zu beobachten. Gleichzeitig wird der individuelle Konkurrenzkampf um den sozialen Status dramatischer. Das Prinzip der Konkurrenz gestaltet das soziale Zusammenleben neu. Der soziale Raum schließt sich für immer mehr Bevölkerungsschichten.

Die Zunahme sozialer Widersprüche in der Gesellschaft ist nicht nur eine Verteilungsfrage. Am Horizont entsteht und verfestigt sich eine neue Klassengesellschaft.

Die unzureichenden Antworten der Politik

Die Politik in den letzten Jahren und Jahrzehnten ist mit Versprechen angetreten durch einen weitgehenden Abbau kollektiver Regelungen und durch individualisierende Politik den Weg aus der Krise zu finden. Dieses Versprechen konnte nicht eingelöst werden. Selbst die rot-grüne Bundesregierung hat – trotz wichtigen gesellschaftspolitischen und kulturellen Reformen – es nicht vermocht, dieser haltlosen Politik ein Ende zu setzen. Die Agenda 2010 ist vor allem aus Gründen ihrer wirtschaftspolitischen Fehlannahmen gescheitert. Zudem ist bei der Bundestagswahl 2005 deutlich geworden, dass ein bloßes Fortsetzen oder gar Verschärfen einer neoliberalen Politikstrategie in Deutschland nicht mehrheitsfähig ist. Die Stimmung in der Gesellschaft hat sich fundamental verändert.

Dies gilt nicht nur für Deutschland oder für die traditionellen Industrienationen sondern auch global. Das derzeitige Gesellschaftssystem bedeutet katastrophale soziale Zustände in vielen Teilen der Welt, die durch Armut und Hunger, die ökologische Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Existenz von Kriegen gekennzeichnet sind.

Für uns Jusos ist es von entscheidender Bedeutung die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie auch zu verändern. Fortschrittliche Reformen im Kapitalismus müssen immer in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit erkämpft werden. Uns Jusos hat immer ausgezeichnet, dass wir diesen Kampf nicht auf einer verbalradikalen Grundlage, sondern nach einer aus der Analyse der derzeitigen Ausprägungen des Kapitalismus entstandenen Einschätzung der Kräfteverhältnisse, geführt haben.

Gerade weil Krisen dem Kapitalismus immanent sind, glauben wir nicht an einen nahen Zusammenbruch. Unsere Politik ist auf die Auseinandersetzung im derzeitigen System ausgerichtet. Uns muss es gelingen wieder gesellschaftliche Lösungsstrategien für die Entschärfung der kapitalistischen Krise zu erarbeiten. Dabei ist deutlich, dass die neoliberalen Antworten versagt haben. Sie konnte nicht zu einer entscheidenden

Verbesserung der Lebensverhältnisse der meisten Menschen führen. So richtig es ist, im Rahmen einer neuen Regulierung eine solidarische Antwort auf den sich wandelnden Kapitalismus zu finden, so wenig darf sich unsere Perspektive nicht nur auf eine „erfolgreiche“ Teilnahme der Menschen im kapitalistischen Produktionsprozess beschränken und damit die bloße soziale Abmilderung des Kapitalismus vornehmen. Eine Diskussion um Systemalternativen müssen wir als wichtige Säule in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

II Situation der Jusos

Die Jusos sind gut aufgestellt. Wir sind der kampagnenfähigste Teil der SPD. Wir haben Mitgliederzuwächse zu verbuchen und vor allem haben wir eine aktive und mannigfaltige Praxis vor Ort. Unsere Stärke ist auch die Verankerung in der SPD und den Kommunalparlamenten. Wir sind ein starker Verband und unser Einfluss auf die Politik der Partei wird größer.

Unsere Mitglieder werden in der Tendenz jünger und die Fluktuation nimmt zu. Diesem zu begegnen, heißt vor allem, Identitätsbildung und Politisierung nicht nur über die „tägliche Arbeit“ zu gewährleisten, sondern über politische Bildung im Verband und durch den Verband. Die Verantwortlichkeit für die politische Bildung wird hauptsächlich bei den übergeordneten Ebenen gesehen, wie die Potenzialanalyse ergeben hat. Der Wunsch nach mehr Seminaren insbesondere im Bereich der Sozialpolitik ist durch die prioritäre Setzung dieses Bereichs ebenso gegeben wie der Wunsch nach einer stärkeren Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen (85%). Gerade in Anbetracht der Mitgliederentwicklung muss die politische Bildung Kern und Träger der Verbandsorientierung werden. D.h. sie muss vernetzt, transparenter und stärker werden. Vor allem darf die politische Bildung nicht losgelöst vom Verbandsgeschehen stattfinden. Eine sinnvollen Kopplung bzw. Koordinierung mit Kampagnen und Ereignissen ist daher unverzichtbar

Daneben stehen wir vor dem Problem, dass die Frustration unserer Mitglieder zunimmt, da das Regierungshandeln der SPD trotz unseres großen Engagements in den Wahlkämpfen und in der innerparteilichen Meinungsfindung oftmals nicht unseren Vorstellungen von sozialdemokratischer Politik entspricht. Auf diese Situation müssen wir politische Antworten finden. Diese liegen unserer Meinung nach in einer Neujustierung der Doppelstrategie. Neben dem innerparteilichen Engagement müssen wir verstärkt auch mit der gesellschaftlichen Linken, den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen politischen Druck für eine Bekämpfung der Missstände im Kapitalismus entfalten.

SPD und die Jusos

Was uns von vielen BündnispartnerInnen unterscheidet, ist Parteijugend zu sein. Uns reicht es nicht, unabhängig der Frage von Realisierbarkeit, Ideen zu entwickeln. Wir stellen in den Institutionen die Machtfrage, nicht durch einen „Marsch“ sondern im Hier und Jetzt.

Und wir sind überzeugt davon, dass es linke und progressive Mehrheiten in der Gesellschaft nur in und mit der SPD geben kann. Diese Überzeugung wird nicht dadurch geschmälert, indem wir gleichzeitig gesellschaftlichen Druck auf die SPD und die Parteien organisieren, sondern findet gerade darin ihren ganz besonderen Ausdruck.

Die SPD hat mit ihrer Politik in den letzten Jahren viele Enttäuschungen produziert. Konflikte wurden nicht ausgetragen oder mit der Kanzlerfrage vom Tisch gefegt. Die Schwierigkeiten der SPD ist in der Großen Koalition noch größer geworden. Zahlreiche Entscheidungen wie z.B. die Unternehmenssteuerreform, die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Rente mit 67 haben der SPD Zuspruch entzogen. Die SPD steht in einer Zerreißprobe zwischen einem empfundenen Sachzwang in der Regierungsverantwortung und ihrer Programmatik. Deshalb ist es so entscheidend, dass wir innerhalb der Partei und auch außerhalb mit den Gewerkschaften und linken Bewegungen für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit eintreten.

Die Debatte um das SPD-Grundsatzprogramm hat gezeigt, dass die SPD noch immer eine lebhaft und kritische Basis an Mitgliedern hat. Es gab eine Vielzahl von Änderungsanträgen, die in verschiedener Hinsicht sich dafür eingesetzt haben, dass das linke Profil der SPD zu schärfen ist, und die SPD vor allem die Perspektive des demokratischen Sozialismus nicht aufgeben darf. Dies ist im Programmprozess aufgenommen worden und muss sich nun auch im sozialdemokratischen Regierungshandeln niederschlagen.

Wir müssen uns Jusos auch weiterhin um einen Generationenaufbau von links einsetzen. Es geht dabei um Strategie, nicht um persönliche Karriereplanungen.

Wir Jusos verstehen uns als Teil der Linken der SPD und wollen auch weiterhin im Bündnis mit der Parteilinken für einen linken Kurs der SPD streiten.

Unser Ziel ist, mit der SPD als treibender Kraft ein linkes Projekt zu organisieren; dazu braucht man Mehrheiten in Gesellschaft und Parlament.

Während sich die Linkspartei in den sechs östlicheren Bundesländern etabliert hat, kämpft sie in den übrigen Bundesländern um ihre Existenzberechtigung. Wir sind der Auffassung, dass die SPD sich öffnen und die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linkspartei suchen muss. Dies muss auf einer sachlichen, nicht emotionalen Ebene geschehen. Während rechtsaußen strategische Bündnisse von Parteien und gesellschaftlichen Kräften geschmiedet werden, während Konservative sich mit ökologischen Themen profilieren und die Bewegungslinke sich zunehmend außerhalb der SPD formiert, liegt die SPD im ideologischen Schützengraben und verschließt die Augen vor der Etablierung einer neuen linken Kraft, in dem sie lediglich populistische Abgrenzung betreibt und sich einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung verweigert. Durch unsere politische Arbeit wollen wir das Profil der SPD schärfen als die linke Volkspartei, die Motor ist für solidarische und nachhaltige Politik. Durch die Politik der vergangenen Jahre hat die SPD an Vertrauen eingebüßt. Es ist unser Wunsch als Jungsozialisten unsere Partei so weiterzuentwickeln, dass auch für diese Menschen die SPD wieder wählbar wird. Statt politische Chancen aufzubauen und in einen Dialog mit allen reformerischen Kräften zu treten, verharrt die SPD ohne Vorstellungen der eigenen programmatischen Weiterentwicklung und Bündnisfähigkeit in der selbstgebauten Sackgasse. Dabei ist für uns als Jusos klar, Bestandteil der SPD zu sein und den Diskurs mit der eigenen Partei zu suchen.

Wir wollen alle jungen Menschen erreichen

Von „der Jugend“ zu sprechen, ist sicherlich angesichts der großen Heterogenität der Lebenslagen und Einstellungen junger Menschen unangebracht. Sehr unterschiedliche Lebenslagen vom finanziell sorglosen Studierenden hin zum arbeitslosen Jugendlichen ohne Schulabschluss liegen teilweise quer zu politischen Einstellungen.

Wir wollen junge Menschen erreichen, die ein Interesse an politischen Auseinandersetzungen haben und mit uns unsere linken Ideale und Werte teilen. Dies ist die Mehrheit der jungen Generation. Wir wollen junge Menschen aus allen Schichten ansprechen. Arbeitssuchende, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Studierende haben bei uns ebenso einen Platz wie junge Berufseinsteiger/innen. Mit einem klaren inhaltlichen Profil werden wir um diese Mehrheit kämpfen. Junge Menschen sind eingeladen, in unserem offenen Verband mitzuarbeiten.

Wir setzen uns in besonderem Maße für Jugendliche ein, die benachteiligt und von gesellschaftlicher sowie materieller Exklusion betroffen sind. Mit ihnen gemeinsam wollen wir gegen prekäre Lebensverhältnisse kämpfen.

Jusos als sozialistischer und feministischer Richtungsverband

In der Mitgliederstruktur sind Jusos überwiegend männlich und von Studierenden geprägt und sind kein repräsentativer Schnitt durch das sozialdemokratische Milieu. Als Jugendverband einer Partei für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir vermehrt das arbeitnehmerische Milieu für uns gewinnen. Auch Migrantinnen und Migranten sind in unserer Arbeit zu wenig einbezogen. Dies wollen wir ändern, indem wir uns verstärkt mit migrationspolitischen Themen auseinandersetzen und die inhaltliche Diskussion suchen.

Es muss eine konsequente Orientierung des Verbandes als linker Richtungsverband stattfinden. Dies wird vor allem durch die unten angesprochene politische Bildung zu leisten sein. Zum anderen stellt die Doppelstrategie eine Möglichkeit dar, links politisierte Jugendliche, aber auch Zielgruppen wie junge ArbeitnehmerInnen oder MigrantInnen zu erreichen, die bisher wenig Kontakt(möglichkeiten) zu den Jusos haben. In unserer Verbandsstruktur und -arbeit müssen wir für mehr Offenheit und Vielfalt in den Aktionsformen und der innerverbandlichen Organisation sorgen, um unterschiedliche Bedürfnisse und Präferenzen zu berücksichtigen. Thematisch muss sowohl in der inhaltlichen Ausgestaltung von Kampagnen und in der konkreten Ansprache darauf geachtet werden, bestimmte Gruppen nicht per se auszugrenzen.

Auch werden wir bisher unseren Zielen eines feministischen Richtungsverbandes nur unzureichend gerecht. Frauen sind nach wie vor sowohl hinsichtlich der Mitgliedschaften als auch hinsichtlich der Führungspositionen unterrepräsentiert. Die Steigerung des Frauenanteils ist erklärtes Ziel und ein wichtiger Bestandteil der Verbandsentwicklung. In der Themensetzung muss Feminismus, Frauen- und Gleichstellungspolitik einen höheren und integralen Stellenwert bekommen. Denn nur wenn wir selbst unsere Hausaufgaben machen und den oft hochgehaltenen feministische Richtungsverband leben und gestalten, können wir glaubwürdig für unsere Gleichstellungspolitik in Partei und Gesellschaft eintreten.

III Strategische Herausforderungen

Vor diesem Hintergrund nehmen wir mit diesem Bundesarbeitsprogramm zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl die Herausforderung an, die Sozialdemokratie der nächsten Generation programmatisch, personell und strategisch zu prägen. Die Arbeit des Juso-Bundesverbandes in den nächsten zwei Jahren soll folgenden Zielen dienen:

- Die Öffnung des Verbandes. Durch eine Aktivierung der Doppelstrategie auf allen Ebenen des Verbandes wollen wir die Jusos in den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und in der jungen Generation positionieren. Damit legen wir die Voraussetzung für ein Bündnis der progressiven Kräfte, welche für eine solidarische Gesellschaft eintreten.
- Die programmatische Weiterentwicklung. Einige programmatische Eckpunkte der Jusos sind heute im Zentrum der SPD angelangt (z.B. Arbeitsversicherung, Gemeinschaftsschule, mit Abstrichen: Abschaffung der Wehrpflicht), andere müssen noch erkämpft werden. Nun geht es darum, auch im Hinblick auf das Wahljahr 2009 den programmatischen Akku aufzufüllen und mit unserem Umfeld in den Dialog zu treten. Unser Ziel ist ein programmatisch erneuerter und geschlossener Juso-Verband 2009. Wir wollen das Jahr 2008 nutzen, um unsere Inhalte gemeinsam diskutieren, und diese 2009 in den SPD-Wahlprogrammen zu verankern.
- Der Generationenaufbau von links. Mit den Mitteln der politisch kontroversen Debatte, der Verbandsschule und einer engagierten politischen Arbeit vor Ort werden wir Jusos die Sozialdemokratie der nächsten Generation bilden. Dazu ist eine strategisch-programmatische Verständigung – weit über politische Instrumente hinaus – notwendig. Insbesondere junge Frauen müssen das Gesicht unseres Verbandes stärker prägen als in der Vergangenheit.

Mit diesem Bundesarbeitsprogramm stellt der Juso-Bundesverband die Weichen für eine starke Aufstellung 2009. Wir wollen unsere Programmatik weiterentwickeln, mit Bewegungen diskutieren, politischen Druck von links für soziale Gerechtigkeit entfalten und die nächsten Generation der Jusos in eine politische Zukunft einer linken Sozialdemokratie führen.

III 1 Doppelstrategie 2.0

Seit der Linkswende ist die Doppelstrategie Teil unseres politischen Anspruchs. Kennzeichen dieser Strategie ist die machtpolitische Verankerung in der Partei auf der einen und die Präsenz in den sozialen Bewegungen auf der anderen Seite. Diese politische Strategie hat sich nicht überholt – sie muss aber immer wieder neuen Gegebenheiten angepasst und auf allen Ebenen gelebt werden.

Dabei hat sich unsere grundlegende Analyse nicht geändert:

Positive gesellschaftliche Veränderungen müssen erkämpft werden. Die Auseinandersetzungen finden auf unterschiedlichen Ebenen statt. Auch die SPD ist ein Feld für unsere Auseinandersetzungen. Deshalb sind wir gleichzeitig mit dem Bekenntnis zur Doppelstrategie nicht nur Jugendverband, sondern auch Richtungsverband innerhalb der SPD.

Wir verstehen uns als kritisch-solidarisch mit der Mutterpartei.

Gesellschaftliche Auseinandersetzungen sind immer interessengeleitet. Deshalb wollen wir neue Machtpositionen in der Gesellschaft besetzen. Dabei ist unsere Position klar: Wir wollen gegen bestehende Macht und Kapitalinteressen die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern. Dies muss erkämpft werden. Positive Veränderungen erfolgen in kapitalistischen Demokratien durch gesellschaftlichen Druck. Diesen Druck werden wir in die SPD tragen. Gesellschaftlicher Fortschritt braucht also beides. Den Aufbau und die Organisation gesellschaftlicher Bewegungen und Parteien, die dies im politischen Prozess durchsetzen.

Aus unserem Selbstverständnis folgt nicht nur die Aufgabe, kritische Parteijugend zu sein, sondern sich auch unabhängig von der SPD als politische, linke Kraft zu verorten, die eigene politische Überzeugungen vertritt und für diese eintritt. Dieser Anspruch muss durch eine Erneuerung und Intensivierung der Doppelstrategie auf allen Ebenen des Verbandes deutlich werden.

Ob auf Bundesebene, in den Ländern oder vor Ort in den Kommunen: Die Zusammenarbeit mit linken Jugendlichen – egal, wo sie sich politisch verorten – ist eine Grundvoraussetzung, um politischen Einfluss auszuüben.

Besonderes Kennzeichen der Doppelstrategie ist, dass sie immer über punktuelle Bündnisse zu einzelnen Themen hinausgegangen ist. Sie beinhaltet auch die ideologische Verständigung über Zukunftsentwürfe und eine Gesellschaft der Gleichheit, fernab von Ausbeutung und Unterdrückung. Dafür ist ein intensiver

Dialog, auch die inhaltliche Kontroverse notwendig. Wir Jusos wollen diesen Dialog wieder aufgreifen und ihn nicht nur auf wenige Einzelthemen beschränken. Die Verständigung über die Analyse des Kapitalismus und die daraus folgenden politischen Antworten werden dabei eine besondere Rolle einnehmen.

Die Intensivierung der Doppelstrategie ist Anliegen und Anspruch für die politische Praxis auf allen Ebenen. Für den Bundesverband bedeutet dies vor allem dreierlei.

Erstens wollen wir den Kontakt und den inhaltlichen Austausch der gesellschaftlichen Linken suchen. Dies sind insbesondere die Gewerkschaften, linke Jugendorganisationen, antifaschistische und globalisierungskritische Initiativen, Bürgerrechtsorganisationen und die kritische Wissenschaft. Es geht uns darum, mit jungen Menschen unabhängig ihrer Mitgliedschaft bei den Jusos in Kontakt zu treten. Dies ist die Voraussetzung, um die Jusos auch hier wieder attraktiver zu machen. Die bestehenden Netzwerke – der Kasseler Kreis jüngerer Gewerkschafter in der SPD oder der Jugendgewerkschaftsrat – sind für den Gewerkschaftsbereich fruchtbare Ansätze, die ausgebaut werden müssen.

Zweitens wollen wir uns wieder verstärkt an Aktionen und Demonstrationen des linken Spektrums beteiligen. Wir streben an, uns stärker als bisher bereits im Vorfeld und in der Organisation von Initiativen und Bündnisaktionen einzubringen und vor Ort auch mit zahlreichen Mitgliedern präsent zu sein. Wir wollen wieder einen Juso-Vertreter im globalisierungskritischen Netzwerk attac benennen.

Drittens wollen wir Ende 2008 einen Kongress mit Akteurinnen und Akteuren der sozialen Bewegungen organisieren, bei welcher wir als gesamter Verband in die inhaltliche Auseinandersetzung treten und nach gemeinsamen Positionen und Projekten suchen können. Ein solcher Kongress bedarf einer inhaltlichen Vorbereitung, die wir auf Fachtagungen der Perspektivprojekte - auch mit externen Impulsen – im Verband führen wollen. Auch dabei wollen wir externe Bündnispartner beteiligen. Unser Ziel ist es, gemeinsame inhaltliche Themen und Zukunftsentwürfe zu entwickeln, die wir – gerade im Hinblick auf die Wahlprogramme zur Bundes- und Europawahl 2009 – in die Partei tragen wollen.

III 2 Kampagnenorientierung des Verbandes

Politisch Kampagnen sind das Mittel, um ein politisches Anliegen im Verband, der Partei und der Gesellschaft zu setzen. Die Kampagnenfähigkeit des Verbandes bleibt und ist Notwendigkeit und Anforderung an die politische Aufstellung unseres Verbandes. Es reicht nicht, die guten Ideen zu haben, sondern man muss in der Lage sein, diese Ideen auch gesellschaftlich zu verankern und durchzusetzen. Wir wollen gemeinsam im Verband Themen diskutieren und diese Themen auf die politische Agenda setzen. Durch kommunikative Begleitung, durch Material, Diskussionsveranstaltungen und Aktionen wollen wir unsere Themen mit der Bewegung, Gewerkschaften und kritischer Wissenschaft diskutieren.

Nur ein Verband der inhaltlichen Geschlossenheit, der Kompetenz und der Überzeugung ist schlagkräftig und in Kampagnen erfolgreich. Hieran müssen wir in der nächsten Zeit arbeiten, denn nur so schaffen wir es auch als Jusos, gesellschaftlichen Druck innerhalb und außerhalb der Partei aufzubauen, um linke Politikkonzepte in die Diskussion zu bringen und die Umsetzungschancen zu erhöhen. Kampagnen sind das Mittel, um ein Thema fest zu belegen und nach innen und außen über einen längeren Zeitraum zu transportieren. Dabei funktionieren Kampagnen umso besser und werden umso breiter getragen, je frühzeitiger der Verband in seiner ganzen Breite an der Erstellung und Umsetzung der Kampagne beteiligt ist.

Wir wollen eine Kampagne zum Thema „Gute Arbeit und Ausbildung“ die unsere Kompetenzen bündeln, den Verband beteiligen und die Deutungshoheit der Linken in der SPD und der Gesellschaft verbessern soll, durchführen.

Oberste Priorität einer sozialdemokratischen, d.h. gerechtigkeitsorientierten Sozial- und Wirtschaftspolitik muss es ein, Lebenschancen zu gewährleisten und Emanzipation zu verwirklichen. Jeder Mensch muss unabhängig von seinen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Im Rahmen der Kampagne wollen wir uns mit den Themen gute Arbeit und Ausbildung auseinandersetzen

Dazu zählen für uns die wichtigen Bereiche:

Gleichstellung

Ein Aufbrechen tradierter Geschlechterrollen, beruflicher Zuschreibungen, ungleicher Bezahlung und Bewertung gleicher Arbeit ist unabdingbar, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Nur so kann die Voraussetzung dafür geschaffen werden, ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung abseits biologischer Muster, die sich in Statuszuschreibung und der Einschränkung der Wahl des eigenen Lebensent-

wurfs ausdrücken, zu schaffen. Zum Grundsatz der Gleichstellung gehört für uns der Grundsatz "Gleiches Geld für gleiche Arbeit!" Frauen und Männer müssen gleich entlohnt werden, d.h. die Bewertung von Tätigkeiten muss hin zu einer geschlechterneutralen Definition verändert werden.

Vollbeschäftigung

Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung verbunden mit einem Recht auf Arbeit, Arbeitsplatzsicherheit, selbstbestimmtem Arbeiten und Arbeitszeitverkürzung.

Gute Arbeitsbedingungen

Durch die enorme Entfaltung der Produktivkräfte ist es möglich, eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse umzusetzen. Die dadurch frei werdende Zeit soll Raum für kulturelle und soziale Aktivitäten bieten. Daneben müssen ArbeitnehmerInnen(schutz)rechte ausgebaut werden, um eine hohe Qualität der Arbeit sicherzustellen.

Wirtschaftsdemokratie

Globalisierung darf nicht als moderne, unbeeinflussbare Entwicklung einfach hingenommen werden. Auch sie muss Regeln unterworfen werden, die international gleichen mindest (Arbeits-)Bedingungen als ersten Schritt festlegen, um ein weiteres globales Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich zu verhindern. Die betriebliche Mitbestimmung und die ArbeitnehmerInnenrechte müssen in den sich wandelnden Erwerbsverhältnissen nicht abgebaut, sondern ausgebaut werden. Sie sind nach wie vor für soziale Gerechtigkeit unverzichtbar und waren immer eine Basis (und kein Hemmschuh) des ökonomischen Fortschritts. Sie tragen dazu bei, dass sich ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen auf Augenhöhe begegnen können

Mindestlohn

Angesichts der derzeit herrschenden Bedingungen ist ein gesetzlicher Mindestlohn unverzichtbar, um allen Beschäftigten ein Mindestmaß an Partizipation an der Wohlstandsentwicklung zu garantieren. Vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass die Gewerkschaften unter struktureller Schwäche leiden, muss ein gesetzlicher Mindestlohn dort greifen, wo tariffreie Arbeitsverhältnisse bereits heute existieren und wo in Tarifverhandlungen keine Existenz sichernden und würdigen Löhne erreicht werden konnten.

Verantwortung der Unternehmen

Die Unternehmen sind diejenigen, die vom Mehrwert der Arbeit profitieren. Daher gilt Gewinne und Produktivitätsfortschritte in Form höherer Löhne gerecht an die Beschäftigten weiterzugeben. D.h. aber auch, dass die Entlohnung von Arbeit Sache der Unternehmen ist. Daraus folgt für uns auch, dass wir der steuerlichen Finanzierung von Arbeit durch z.B. durch eine Bezuschussung in Kombilohnmodellen wie auch einem staatlich geförderten Niedriglohnsektor eine Absage erteilen.

Gegen Investivlöhne

Investivlöhne übertragen die Risiken der ökonomischen Entwicklung auf die ArbeitnehmerInnen ohne Ihnen mehr Gestaltungsrechte an dieser Entwicklung einzuräumen. Die UnternehmerInnen sollten die Beschäftigten vielmehr durch Lohnsteigerungen an ihren Gewinnen teilhaben lassen. Wir wollen einzelne Modelle kritisch betrachten und lehnen die Übertragung der Unternehmensrisiken auf die ArbeitnehmerInnen ab.

Gute Ausbildung

Zu guter Arbeit gehört auch eine gute Aus- und Weiterbildung. Wir wollen das im Grundsatzprogramm verankerte Recht auf Ausbildung konkret einfordern und konzeptionell umsetzen. Gleichzeitig gilt es ein recht auf Weiterbildung als Kern der Arbeitsversicherung in konkrete Politik umzusetzen. Zu guter Ausbildung gehören gesetzliche Rechte im Betrieb und Mitbestimmungsrechte. Diese wollen wir Jusos mit den Gewerkschaftsjugendlichen sichern.

Die obigen Stichworte sind nur ein inhaltlicher Aufschlag zu Kampagne, die es weiter zu konkretisieren und im Verband zu entwickeln gilt.

III 3 Unsere Verbandsschule als Beitrag zum Generationenaufbau von links

Politische Bildung ist Träger von Werten und Traditionen, vermittelt inhaltliche Grundlagen und spielt bei der Schaffung von Partizipation und innerverbandlicher Demokratie eine ganz entscheidende Rolle. Politische Bildung ist die Grundlage jeder Kampagnenfähigkeit und „Schlagkraftherhöhung“ des Verbandes. Das Ziel der Bildungsarbeit ist der Generationenaufbau von links.

Für innerverbandliche Bildungsangebote sind in erster Linie die Bezirks- und Landesverbände zuständig. Häufig fehlen inzwischen aber die dafür notwendigen Strukturen und Mittel. Dies macht eine stärkere Ko-

ordinierung der innerverbandlichen Bildungsangebote zwischen den Bezirks- und Landesverbänden sowie den in den letzten Jahren entstandenen Angeboten des Bundes notwendig und verlangt ggf. nach einer Ergänzung auf Bundesebene. Wo möglich sollten Bildungsangebote über Bezirks- und Landesgrenzen hinweg geöffnet werden.

Eine engere Koordination und Zusammenarbeit zwischen den Landes- und Bezirksverbänden und dem Bundesebene ist notwendig. Hierfür sollen regelmäßige Treffen zwischen den Landes- und Bezirksverbänden und den zuständigen Mitgliedern des Bundesvorstandes stattfinden, die vom Bundesvorstand zu organisieren sind. Auf diesen Treffen soll die Arbeit der Landesverbände und Bezirke zum einen besser vernetzt und koordiniert werden. Zum anderen sollen gemeinsame Ideen für die politische Bildungsarbeit entwickelt und diskutiert werden.

Die Verbandsschule ist eine tragende Säule der innerverbandlichen Bildungsarbeit. Ihre professionelle Ausgestaltung mit einem externen Bildungspartner hat sich mehr als ausgezeichnet. Nachdem wir im Jahr 2007 die Aktivitäten der Verbandsschule wegen IUSY100 zurückfahren mussten, wollen wir 2008 und 2009 das Bildungsangebot des Bundesverbands wieder deutlich ausbauen. Wir wollen die Verbandsschule noch stärker auch für Externe öffnen und sie so auch im Sinne des Crossover nutzbar machen. Dies gilt insbesondere für junge Gewerkschafter und die Verbände des Beethovenkreises. Erschlossene Netzwerke zu jungen Wissenschaftler/innen werden ausgebaut und für den Verband nutzbar gemacht.

Die Modulreihe „Politdiplom“ wird fortgesetzt, ausgeweitet. Sie bietet eine fortschrittliche Verbindung von theoretischen und organisatorischen Kompetenzen in Form einer Grundlagenschulung. Weiter intensiviert werden Verbindungen zu Kooperationspartnern.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Bildung junger Frauen. Die Bildungsmaßnahmen werden deshalb paritätisch nach Geschlechtern besetzt. Gender-Dialoge sollen soweit möglich Bestandteil aller Bildungsangebote werden. Spezielle Angebote an junge Frauen werden entwickelt und umgesetzt. Im Rahmen der Verbandsschule werden wir Gender-Trainings veranstalten.

Immer mehr Jusos sind kommunalpolitisch engagiert. Auf der kommunalen Ebene werden bedeutende Entscheidungen insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge getroffen. Auf diese Entwicklung möchten wir auch mit der Verbandsschule reagieren und spezifische Bildungsangebote für junge Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker anbieten.

Die Juso-Sommerschule ist inzwischen als feste Institution etabliert. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und innerverbandlichen Kultur. Allerdings musste der TeilnehmerInnenkreis trotz großem Interesse im Verband immer sehr eingeschränkt sein. Wir möchten deshalb in den nächsten beiden Jahren mehr Genossinnen und Genossen die Möglichkeit einer Teilnahme geben und werden die Sommerschule in der Form eines Sommercamps durchführen.

III 4 Vorbereitung der Wahlkämpfe

Die Amtszeit des Bundesvorstands 2008-2009 wird von der inhaltlichen, strategischen und organisatorischen Vorbereitung der voraussichtlich im Jahr 2009 stattfindenden Wahlkämpfe geprägt sein. Dabei spielen die Landtagswahlkämpfe 2008 bereits eine große Rolle und für uns ist klar, dass wir als Verband die wahlkampfführenden Verbände in ihren Wahlkämpfen vor Ort tatkräftig und mit den möglichen Ressourcen unterstützen.

Inhaltlich werden wir die Wahlauseinandersetzung in den Perspektivprojekten gemeinsam mit Aktiven aus den Bezirks- und Landesverbänden vorbereiten. Wir wollen in den Wahlkämpfen für eine moderne linke Politik eintreten, die Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen sichert. Wir wollen den neoliberalen Trend der Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistungen der Daseinsvorsorge brechen. Und wir wollen den antifaschistischen Kampf gegen die rechtsextremen Parteien bundesweit entschlossen führen. Unserem internationalistischem Verständnis folgend verbietet es sich für uns, die Europawahl als reine Testwahl für die folgende Bundestagswahl zu sehen. Wir wollen als Jusos einen echten Europawahlkampf mit möglichst einheitlichen europapolitischen Themen führen! Deshalb werden wir uns innerhalb der ECOSY für ein gemeinsames europäisches Wahlprogramm einsetzen. Unser Leitbild eines „sozialen Europas“ bildet dafür die Grundlage.

Dieses Bundesarbeitsprogramm gibt dabei die Leitlinien des Juso-Wahlkampfes für die kommende Bundestagswahl vor. Für uns ist klar: Die Wahl 2009 kann nur über eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung zu unseren Gunsten entschieden werden.

Wir Jusos kämpfen innerhalb und mit der SPD für eine fortschrittliche und soziale Politik. Wir werden einen Richtungswahlkampf führen. Weder die Agenda 2010 noch die derzeitige Regierungsbilanz allein werden der SPD Mehrheiten sichern. Wir brauchen klare Unterscheidungen von der Union. Deshalb muss im Wahlkampf klar und deutlich werden: Die SPD ist an der Seite der Menschen, die sozialen Abstieg erfahren oder Angst davor haben.

Strategisch werden wir die kommende Bundestagswahl durch die Erneuerung unserer Doppelstrategie vorbereiten. Gemeinsam mit den Gewerkschaften, Teilen der sozialen Bewegungen, Initiativen und Bündnissen möchten wir uns darüber verständigen, wie eine linke, gerechtigkeitsorientierte Politik gestaltet werden kann und wo sich gemeinsame fortschrittliche Reformperspektiven ergeben. Für die Entwicklung und Diskussion dieser Zukunftsentwürfe werden wir vor allem das Jahr 2008 nutzen.

Davon ausgehend werden wir Jusos bei der kommenden Bundestagswahl einen inhaltlichen Wahlkampf mit dem Ziel führen, die große Koalition abzulösen. Unser Ziel ist eine linke, fortschrittliche Mehrheit auf Bundesebene zu erlangen.

Organisatorisch werden wir den Bundestagswahlkampf sehr frühzeitig beginnen. Unser Ziel ist es, dass der gesamte Verband zu den Wahlkämpfen 2009 kampagnenfähig ist. Wir werden noch im Jahr 2008 den Austausch und die Vernetzung mit und zwischen den Landes- und Bezirksverbänden sowie den Unterbezirken verbessern und intensivieren.

Wir möchten uns bundesweit als attraktiver, linker politischer Jugendverband präsentieren. Die „Marke“ Jusos muss für junge Menschen wahrnehmbar sein. Dazu braucht es gemeinsame inhaltliche politische Projekte und Kampagnen, die die Verbandsidentität prägen. Dazu ist aber inzwischen auch ein einheitlicheres öffentliches Auftreten des Juso-Verbands nach außen notwendig.

Wir streben einen eigenständigen, kritisch-solidarischen, provokanten und pointierten Jugendwahlkampf an, der von unseren Inhalten geprägt ist. Dieser Wahlkampf muss unter dem Dach der Jusos geführt werden. Es sind die Jusos, die den Jugendwahlkampf der Sozialdemokratie führen! Dazu gehört auch, dass wir als Jusos die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer im Rahmen unserer Verbandsschule qualifizieren und sozialisieren.

IV Politische Vorhaben konkret

IV 1 Die Perspektivprojekte

In den Perspektivprojekten findet die inhaltliche Arbeit der Jusos und die programmatische Weiterentwicklung von Reformansätzen statt. In den Perspektivprojekten werden die Positionen und Entscheidungsgrundlagen für den Bundesvorstand und den jeweils nächsten Bundeskongress erarbeitet. Dabei ist eine kontinuierliche personelle und inhaltliche Beteiligung der Landesverbände und Bezirke nötig und durch das Delegationsprinzip auch möglich.

Der konkrete inhaltliche Auftrag des einzelnen Perspektivprojekts ergibt sich aus der gesellschaftlichen Analyse und unserem konkreten Gestaltungsanspruch auf den als relevant erkannten Eingriffsfeldern. Der Auftrag wird durch das Bundesarbeitsprogramm, also den Bundeskongress festgelegt, und zwar im Hinblick auf Ziele, Fragen, und die Verortung im gesellschaftlichen/politischen Diskurs. Dabei gilt im Hinblick auf die Mitglieder des Bundesvorstandes eine besondere Verantwortlichkeit für die Perspektivprojekte. Der Bundesvorstand wird aus den Grundlagen des Bundesarbeitsprogramms konkrete Ablauf-/ Programm- und Zeitpläne für die Perspektivprojekte erstellen, die in den Perspektivprojekten zur Diskussion gestellt werden.

Jeder Landes- und Bezirksverband kann eine Vertreterin/einen Vertreter für jedes Perspektivprojekt entsenden. Daneben kann der Bundesvorstand weitere Personen als ExpertInnen benennen. Dabei ist auf die quotierte Zusammensetzung der Perspektivprojekte zu achten. Die Perspektivprojekte tagen dreimal im Jahr parallel zueinander. Daneben gibt es eine verbandsöffentliche Fachtagung zum Thema „Gute Arbeit und Ausbildung“. Die Tagung dient dazu, die Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ vorzubereiten und mit den Personen aus den Landes- und Bezirksverbänden, die an der inhaltlichen Positionsfindung interessiert sind, jedoch nicht regelmäßig an den Perspektivprojekt teilnehmen können, gemeinsam zu diskutieren. Anzustreben ist auch, dass gerade auf diesen Tagungen die Diskussion mit Akteurinnen und Akteuren der gesellschaftlichen Linken gesucht wird. Insofern dienen diese Tagungen auch als Vorbereitung des Kongresses und der Diskussion gemeinsamer Zukunftsthemen im Hinblick auf das Wahljahr 2009. Weitere Tagungen der Perspektivprojekte sind möglich, sofern sie finanziell und organisatorisch tragbar sowie inhaltlich sinnvoll sind.

a) „Gute Arbeit und Mitbestimmung“

Erwerbsarbeit ist für uns zentral für die gesellschaftliche Integration. Die These vom Ende der Arbeit lässt sich nicht halten, von einem Ende der Arbeit kann für uns keine Rede sein. Wir halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest.

Die Veränderungen in der kapitalistischen Formation haben gravierende Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Unternehmen. Die Qualität der Arbeitsbedingungen ist offenkundig verbesserungsbedürftig. Zunehmende Belastungsvielfalt, Arbeitsintensivierung und immer längere und flexiblere Arbeitszeiten gegen die Interessen der Arbeitenden sind nur einige Merkmale einer Arbeitswelt mit hohem Verschleiß menschlicher Arbeitskraft. Hinzu kommt, dass immer mehr Arbeitsverhältnisse von zunehmender Unsicherheit geprägt sind. Leiharbeitsverhältnisse, befristete Arbeitsverhältnisse oder neue Formen von (Schein-)Selbstständigkeit sind inzwischen weit verbreitete Phänomene. Prekarisierung betrifft insbesondere BerufseinsteigerInnen. Hinzu kommt, dass die Interessenvertretung und die Mitbestimmung der Arbeitenden sich in immer größeren Bereichen zunehmend schwierig gestalten.

Die Erwerbsarbeit und deren Ausgestaltung hat insbesondere auch für junge Menschen eine zentrale Bedeutung. Die Beschäftigung dient nicht nur dem Lebensunterhalt, sondern auch der sozialen Teilhabe und Selbstverwirklichung. Die Ausbildung und weitere Qualifikation beispielsweise durch Weiterbildungsmaßnahmen der ArbeitnehmerInnen entscheiden darüber, welche Tätigkeiten diese ausüben können. Der Sozialstaat besitzt die Aufgabe soziale Risiken wie Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit abzusichern und unter anderem in diesen Fällen den Erwerbsausfall auszugleichen.

Die Themengruppe „Gute Arbeit“ behandelt den Bereich der Erwerbsarbeit und der Qualifikation. Da heutzutage die qualitativen Ansprüche an ArbeitnehmerInnen immer weiter zunehmen, ist es unabdingbar, Konzeptionen wie das lebenslange Lernen und die Prinzipien eines chancengleichen Bildungssystems mit in die Betrachtungen der Arbeitswelt mit einzubeziehen. Auch wenn die Bildungspolitik weitgehend in Länderkompetenz liegt, soll die Bildungspolitik auch im Bundesverband insbesondere in Vernetzung mit der Themengruppe „Gute Arbeit“ eine wichtige Rolle spielen. Nicht zuletzt gehören Bildung, Chancengleichheit und Arbeit zusammen. Wir wollen dazu unter anderem auch eine bildungspolitische orientierte Kampagne durchführen. Uns geht es dabei um die menschenwürdige und selbstbestimmte Gestaltung des Arbeitslebens und der Arbeitsbedingungen. Wir wollen mit diesem Perspektivprojekt unserer Forderung nach guter Arbeit und Wirtschaftsdemokratie Nachdruck verleihen und weiterentwickeln. Dabei soll auch berücksichtigt werden, inwieweit und wie Staat dieses Ziel der „guten Arbeit“ stärker als bisher unterstützen und absichern kann. Die Arbeit der Themengruppe setzt an der Lebenswirklichkeit junger Menschen an, sucht nach konkreten Problemen und erarbeitet politische Strategien und Reformvorschläge.

Im Perspektivprojekt wollen wir zunächst Trends in der Arbeitswelt identifizieren, die zu Lasten menschengerechter Arbeitsbedingungen gehen. Wir werden uns gemeinsam mit Betriebsräten oder JAV anschauen, wie sich die Veränderungen und Prekarisierungstendenzen konkret bei den Arbeitsbedingungen in den Betrieben zeigen. Wir wollen klären, was „Gute Arbeit und Ausbildung“ für uns aus linker Perspektive und der Sichtweise junger Menschen bedeutet. Dabei wollen wir behandeln, welche Anforderungen eine „Gute Arbeit“ erfüllen muss.

Zur Verbesserung und Humanisierung der Arbeitsbedingungen ist ein Reformbündnis von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften anzustreben. Wir wollen in der gemeinsamen Arbeit Konzepte dafür entwickeln, wie den Tendenzen zu Prekarisierung, Niedriglohn, Zeit- und Leiharbeit, Missbrauch bei Praktika und Ausbildungsplatzknappheit entgegengewirkt und die Ausbildungsqualität und Arbeitssituation insbesondere auch für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger verbessert werden kann. Wir wollen Sicherungskonzepte in den Bereichen Entlohnung, Jugendarbeitsschutz und Interessenvertretung für junge Auszubildende und BerufseinsteigerInnen formulieren. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Situation junger Frauen gerichtet werden, die trotz in der Regel besserer Schulabschlüsse noch immer beim Berufsein- und -aufstieg benachteiligt werden. Wir setzen uns für ein Recht auf Ausbildung konkret ein.

Gute Arbeit ist nicht mehr nur eine nationalstaatliche, sondern eine grenzübergreifende Aufgabe im Rahmen der Entwicklung von europäischen Arbeitnehmerrechten und eines europäischen Sozialmodells. Die Auswirkungen des (europäischen) Mehrebenensystems auf die Bedingungen für gute Arbeit werden wir bei unseren Überlegungen berücksichtigen.

Unablässig für gute Arbeit ist der Schutz und die Fortentwicklung von Arbeiterrechten. Wir möchten die betriebliche Mitbestimmung weiterentwickeln. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Jugendauszubildendenvertretungen und Betriebsräten möchten wir über Perspektiven der kollektiven Interessenvertretung

im Betrieb, Unternehmen und auf tariflicher Ebene diskutieren. Dabei geht es uns auf der überbetrieblichen, tariflichen Ebene sowohl um die Zukunft der Einheitsgewerkschaften als auch um die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Auf der betrieblichen Ebene geht es um die Beziehungen zwischen Betriebsräten (bzw. anderen Formen der Mitarbeitervertretung) und der Unternehmensleitung. Mitbestimmung und Interessenvertretung gerade angesichts der steigenden Zahl von Betrieben ohne Betriebsrat oder der wachsenden Bedeutung von Berufsverbänden oder gelben Gewerkschaften zunehmend unter Druck. Wir wollen darüber diskutieren, wie sich die Position von Betriebsräten und (Einheits-)Gewerkschaften stärken lässt. Vordringliches Ziel muss es sein, dass die bestehenden betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten im Interesse aller Arbeitenden ausgeschöpft werden.

Die bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten reichen uns aber nicht aus. Unter dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie wollen wir über die Ausweitung der Mitbestimmung in Europa diskutieren.

Die Ausgestaltung des Sozialstaates hat natürlich konkrete Auswirkungen auf das Arbeitsleben. Und die Form der Arbeitsgestaltung hat unmittelbare Auswirkungen auf den Sozialstaat und die von ihm abzusiichernden Risiken. Wir wollen deshalb bei unseren Vorhaben auch berücksichtigen, welche Leistungen der Sozialstaat anbieten muss, um der veränderten Lebenswirklichkeit junger Menschen gerecht zu werden.

Dabei wird die Gleichstellung der Geschlechter besondere Berücksichtigung finden. Baustellen bei dieser Frage gibt es genug. Der gleiche Lohn für gleiche Arbeit ist noch immer nicht Realität, Frauen sind überproportional von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen und die Vereinbarkeit von Beruf und Kinder stellt sich in der Realität größtenteils für Frauen als Schwierigkeit dar.

b) Internationale Solidarität

Gerade durch die fortschreitende Internationalisierung wird deutlich wie wichtig internationale Lösungsansätze sind. Die negativen Auswirkungen einer Internationalisierung ohne gleichzeitig neue Handlungsmöglichkeiten für die Politik und Instrumente zur Regulation zu schaffen zeigen die Krisen auf den Finanzmärkten. Bisherige Gewinner in diesem System sind die Industrieländer des Nordens. Denn auch die ökonomische Entwicklung Chinas und Indiens kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schere zwischen Arm und Reich - zwischen Nord und Süd - weiter auseinander driftet. Weite Teile Afrikas, Lateinamerikas aber auch Asiens gehören zu den Verlierern der Globalisierung. Die bisherige Entwicklungspolitik hat nur für wenige Menschen eine konkrete Verbesserung der Lebenssituation geschaffen. Trotz der Ausrufung der MDG (Millennium Entwicklungsziele) durch die UNO sind wir sehr weit davon entfernt nur eines der hehren Ziele - wie die Halbierung der Armut - zu erreichen. Dabei geht es nicht nur um die Verteilung von Geld, sondern auch um die gerechte Verteilung von Ressourcen (wie technisches Know-How oder den Zugang zu Rohstoffen) und die gerechte Verteilung von Macht in den internationalen Organisationen (IWF; WTO und Weltbank).

Abrüstung und zivile Konfliktprävention rücken auf dem internationalen Parkett immer mehr in den Hintergrund. Staaten erklären heute offen ihre Bereitschaft weiter aufzurüsten. Die Ankündigung der USA eine Raketenabwehrschirm aufzubauen und die Kündigung von Abrüstungsverträgen durch Russland sind zwei prominente Beispiele hierfür. Wir Jusos müssen mithelfen Abrüstung und die zivile Konfliktlösung und- prävention wieder zu einem wichtigen Thema zu machen. Hierfür müssen wir Bündnispartner von außen suchen.

Auf europäischer Ebene spricht zwar niemand mehr von einer Krise, wie nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags, dennoch viel geändert hat sich nicht. Nur in wenigen Bereichen konnte soziale Errungenschaften durchgesetzt werden, die Dienstleistungsrichtlinie wurde abgeschwächt, aber in der Frage der Arbeitszeitrichtlinie gibt es immer noch keine Bewegung dem Arbeitstag europaweit ein einheitliches Ende zu setzen. Gleichzeitig werden in vielen Mitgliedsstaaten die populistischen und rechten Parteien stärker. Zum ersten mal sitzt seit einigen Monaten im europäischen Parlament eine rechtsextreme Fraktion. Nur wenn wir als Sozialdemokraten das Soziale Europa weiter voranbringen werden wir bei den Europawahlen die Rechten in die Schranken weisen können.

Wir werden versuchen für die Untergliederungen Anknüpfungspunkte an die internationale Arbeit zu organisieren und den Verband thematisch auf diesem Feld weiterzubringen.

Inhaltliche Schwerpunkte:

Visionen für Europa- Wie weiter nach der Europawahl?

Im Juni 2009 wird die nächste Europawahl anstehen. In der Vergangenheit war die SPE und ihre Mitgliedsparteien nicht in der Lage klare Ziele und Visionen für die Europapolitik der nächsten 5 Jahre zu formulieren. Dies ist jedoch notwendig um deutlich zu machen, was das sozialistische und sozialdemokratische Projekt

Europa beinhaltet. Nur mit einer klaren Abgrenzung gegenüber den Konservativen und Liberalen wird es uns gelingen, eine linke Mehrheit im Europaparlament zu erzielen. In der Vergangenheit haben wir es nicht geschafft eine gesamteuropäische Kampagne mit einer/einem gemeinsamen SpitzenkandidatIn für das Amt der/des KommissionspräsidentIn zu entwickeln. Auch bei dieser Europawahl ist die Versuchung groß drei Monate vor der Bundestagswahl eine rein nationale Kampagne zu entwickeln. Dem müssen wir entgegenwirken. Entscheidend wird es daher sein, gemeinsam mit der ECOSY Themen für eine gemeinsame europäische Kampagne zu entwickeln. Parallel dazu muss die eigene Partei von der Notwendigkeit einer klaren sozialistischen/sozialdemokratischen Vision für Europa und die Kommunikation dieser überzeugt werden.

Zivilgesellschaft

Mit der Doppelstrategie 2.0 wollen wir Jusos diese Tradition unseres Verbandes wieder mehr in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Dabei wollen wir auch die Erfahrungen anderer Partnerorganisationen nutzen. Die Arbeiterpartei PT in Brasilien ist eng verknüpft mit der Zivilgesellschaft in Brasilien. Sie ist in der Zeit des Umbruchs von der Diktatur zur Demokratie entstanden und ist ein Zusammenschluss verschiedener Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Frage wie kann eine Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft organisiert werden, wird der Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit sein. Gleichzeitig bietet Lateinamerika genügend Ansatzpunkte um auch das Thema Zivilgesellschaft grundsätzlich zu diskutieren. Insbesondere werden wir hier einen Blick auf die Frauenbewegungen werfen.

Demokratie

Anknüpfend an die IUSY Kampagne zur Befreiung von Burma, wollen wir Jusos uns näher mit den Diktaturen in Asien beschäftigen. Wie kann der Kampf für Demokratie heute aussehen und wie können Jusos in den Untergliederungen diesen Kampf direkt unterstützen? Mit diesem Projekt wollen wir die auf dem IUSY100 aufgeworfene Frage danach wie internationale Solidarität heute funktioniert weiter bearbeiten.

Regulation globaler Finanzmärkte und Entwicklungsfinanzierung

Die Regulation globaler Finanzmärkte ist eng verknüpft mit der Frage einer internationalen Devisentransaktionssteuer (Tobin Tax). Natürlich ist die Frage internationaler Regulation von Finanzmärkten vielschichtiger. An der Forderung nach der Einführung von internationalen Steuern lassen sich jedoch konkrete Projekte und Instrumente entwickeln bzw. weiterentwickeln.

Decent Work

Decent Work bedeutet soviel wie würdige Arbeit/Arbeitsbedingungen. Dies ist eine Kampagne die bereits in unseren internationalen Organisationen IUSY/ECOSY eine wichtige Rolle spielen. Es geht hier vordergründig um die Forderung nach einem Mindestmaß an Arbeits- und Sozialnormen auf globaler Ebene. Die Frage lässt sich aber auch mit der nationalen Diskussion um gerechte Arbeit in Deutschland (Mindestlohn) und der europäischen Diskussion um die EU rechtliche Regelung europäischer Sozial- und Arbeitsmindestbedingungen verbinden.

Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem

Das Willy-Brandt Zentrum in Jerusalem hat sich neu aufgestellt, mit neuer Führung, dem Aktionsprogramm vom letzten Bundeskongress und dem Kauf des Hauses. Wir wollen den Weg dort weitergehen und unsere Konzepte weiterentwickeln. Im Zentrum steht immer noch die Idee vor Ort einen Raum des Dialogs zwischen beiden Seiten zu schaffen. Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen werden wir aber auch konkrete Unterstützungsangebote an unsere Partner machen.

c) Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Frage, welche Funktion Staat im gegenwärtigen Kapitalismus hat, ist für die Frage nach den gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten entscheidend. Dabei lassen sich Staat und Staatlichkeit nicht mehr rein nationalstaatlich denken, da durch internationale Einbindung sich ein Mehrebenensystem entwickelt hat, insbesondere durch die supranationale Ebene der Europäischen Union. Durch die europäische Integration wurde sowohl die Autorität als auch die Souveränität der Mitgliedsstaaten ausgehöhlt. Die Nationalstaaten haben nach wie vor eine entscheidende Rolle, aber nicht mehr die ausschließliche Macht. Das sich weiterentwickelnde europäische Mehrebenensystem hat wachsenden direkten und indirekten Einfluss auf nationale Politik. So vollzog sich ein Wandel vom nationalen Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat, in dessen Zuge staatliche Handlungsfähigkeit abgegeben wurde. Dabei kann aber nicht generell von einem Rückzug des Staates aus der Gesellschaft gesprochen werden, auch wenn sich die Formen staatlicher Regulierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche enorm verändern. Der Staat bleibt Kern dieses neuen Systems mehrerer Ebenen, aber er kann dieses Geflecht nicht vollständig kontrollieren. Das neoliberale Paradigma des „schlanken Staates“ lässt sich daher lediglich auf den Abbau von Institutionalisierung im traditionellen Sozialstaat beziehen, nicht jedoch auf die generelle Zurücknahme staatlicher Interventionspolitik. So gibt es auch wieder Bestrebungen mit neuen Institutionen weitere gesellschaftliche Be-

reiche in den Sozialstaat mit einzubeziehen.

Im Perspektivprojekt „Nachhaltige Wertschöpfung und öffentliche Daseinsvorsorge“ sollen Konzepte entwickelt werden, wie staatliche Handlungsfähigkeit vor dem Hintergrund veränderten Form von Staatlichkeit wieder hergestellt werden kann. Das Perspektivprojekt verfolgt dabei zwei Ziele. Erstens: Das Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge muss auf dieser Ausgangslage gleichermaßen abgesichert wie in Teilen neu erschlossen werden. Dadurch wird auch der Staat in seiner Funktion als Pionier rehabilitiert. Zweitens: Eine neue makroökonomische Wirtschaftspolitik muss den Kern der sozialdemokratischen Vorstellung von Wertschöpfung bilden.

1.

Grundlegend für das erste Ziel zu beantworten sind die Fragen, was die zukünftigen Aufgaben der öffentlichen Hand sind, wer sie vorhalten soll und welche Rahmenbedingungen dafür auf den verschiedenen Ebenen erfüllt werden müssen.

Die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in unserem Verständnis eine der zentralen Aufgaben des Staates, um Chancengleichheit zu erreichen. Dazu gehören Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pflege, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Kommunikation und Information, Wohnraum, Sparkassen, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und Kultureinrichtungen. Würde man diese Bereiche dem Markt überlassen, könnten viele Menschen ihr Leben nicht würdig gestalten und wären von der Gesellschaft ausgegrenzt. Nur wenn allen Menschen ein gleicher Zugang zu bestimmten Gütern garantiert wird, sind gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Mit der öffentlichen Daseinsvorsorge können kapitalistische Verwerfungen ausgeglichen werden und ordnungspolitische Steuerungsfunktionen ermöglicht werden. Durch die eigene Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen und Gütern wird das Allgemeinwohl durch demokratische Kontrolle sichergestellt. Nur wenn der Staat für alle positiv wahrnehmbar ist, kann die Akzeptanz für weitere staatliche Maßnahmen wieder gesteigert werden und ein solidarisches Allgemeinwesen erhalten und ausgebaut werden.

In den vergangenen Jahren wurde aber an vielen Stellen eine Politik betrieben, die diesen Ansprüchen entgegensteht. Im Zuge des neoliberalen Mainstreams und der schlechten Haushaltslage kam es zu gravierenden Einsparungsmaßnahmen und Privatisierungen. Somit wurde die Bereitstellung von ursprünglich öffentlichen Gütern und Dienstleistungen zunehmend mehr dem Markt überlassen. Doch die öffentliche Diskussion hat sich in der letzten Zeit gewandelt und die Forderungen nach einem starken und handlungsfähigen Staat sind lauter geworden. Die Folgen der Privatisierungswellen und die Alternative der staatlichen Gewährleistung von Gütern und Dienstleistung aufzuzeigen, ist ein Ansatz, um die öffentliche Daseinsvorsorge als ein zentrales Thema beim nächsten Bundestagswahlprogramm zu setzen. Paradigmen sind dabei die Garantie gleichen Zugangs für alle einerseits und die Handlungsfähigkeit des demokratisch legitimierten Staates andererseits.

Die vielfältigen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge werden je nach Zuständigkeit von verschiedenen Ebenen (Kommunen / Land / Bund / EU) organisiert und reguliert. Die Bereitstellung kann durch eigene Behörden, Bezuschussung von freien Wohlfahrtsverbänden, Eigenbetriebe oder in Kooperation mit Privaten Anbietern erfolgen. Dabei sind die Kommunen der wichtigste Leistungserbringer. Somit ist das Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge eines, das insbesondere für die immer stärker kommunalpolitisch eingebundenen Jusos von Bedeutung ist. Hier müssen wir klären, welche weiteren Organisationsformen vernünftig sein könnten, um zukünftig Dienstleistungen durch die öffentliche Hand zur Verfügung zu stellen. Allerdings ist deren Handlungsspielraum durch die übergeordneten Ebenen begrenzt.

Deswegen darf unsere Arbeit nicht nur auf die Frage begrenzt werden, welche Leistungen von wem erbracht werden sollen, sondern insbesondere welcher Rahmen und welche Regelungen der Umsetzung unserer Vorstellungen entgegenstehen und wie diese überwunden werden können. Dafür muss man die Einflussmöglichkeiten und Abhängigkeiten der verschiedenen nationalstaatlichen und internationalen Ebenen betrachten. Gerade die öffentliche Daseinsvorsorge lässt sich nicht mehr rein nationalstaatlich denken, da die internationale Einbindung, gerade in der EU gestiegen ist, dies gilt auch für Bereiche, die über die explizite Zuständigkeit der EU hinausgehen. Obwohl die Sozialpolitik Aufgabe der Nationalstaaten geblieben ist, hat die Durchsetzung der Wettbewerbsfreiheit massive Auswirkungen darauf. Deshalb müssen wir uns die Frage stellen, wie im europäischen Mehrebenensystem zukünftig reguliert werden kann.

Gerade in den Bereichen, die der Staat selbst bereithält, hat er den größten Einfluss auf deren zukünftige Entwicklung und kann sie zum Wohle der Menschen gestalten. Insbesondere bei der Energieversorgung gibt es dafür immer weitere positive Beispiele, wo sich Kommunen mit regenerativen Energiequellen von den privaten Großanbietern unabhängig machen und ihren Einwohner günstigere Energie anbieten können. Dadurch ergeben sich nicht nur Vorteile für den einzelnen Bürger, sondern auch positive Effekte für die kommunalen Haushalte und größere Nachfrage in anderen Bereichen. Wir wollen, dass solche Initiativen gefördert wer-

den und müssen identifizieren, in welchen Sektoren eine ähnliche Selbstversorgung sinnvoll ist. Nur so kann der Staat als Pionier rehabilitiert werden.

2.

Durch das Ziel der nachhaltigen Wertschöpfung bringt das Perspektivprojekt den Verband wieder zum Kern des ökonomischen Ansatzes von Politik. Wir wollen erkennen, welche Wertschöpfungsprozesse die Grundlage der Globalisierung bilden. Dazu gehören die Fragen, auf welche Weise und in welchen Regionen derzeit Wachstum organisiert wird, wie internationale Arbeitsteilung funktioniert und welcher Logik in diesem Zusammenhang der Fluss der Kapitalströme folgt. Dadurch kann zum einen die Krisenanfälligkeit belegt, zum anderen können die Bedingungen eines neuen makroökonomischen Ansatz analysiert werden.

Auf dieser Grundlage ist es möglich, die Idee einer zeitgemäßen makroökonomischen Politik zu entwickeln. Ankerpunkt dafür muss die Ebene der Europäischen Union sein. Die EU ist die handlungsfähige Instanz im globalen Kapitalismus, und sie ist zugleich die Ebene, auf der die Kämpfe um die divergierenden Interessen und unterschiedlichen ökonomischen Ansätze der nationalstaatlichen Akteure ausgefochten werden. Wir müssen die europäische Ebene für makroökonomische Intervention und Regulation zurückgewinnen. Das Perspektivprojekt muss die Bedingungen dafür erkennen und eine Vorstellung von konkreten Instrumenten entwickeln.

Um dies zu erreichen, ist eine genaue Vorstellung davon, was jungsozialistische und sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von konservativen und neoliberalen Konzepten unterscheidet, unabdingbar. Für uns ist klar, dass wir Steuerung und Kontrolle der Märkte nicht dem Markt selbst überlassen wollen. Allerdings erschöpft sich unser wirtschaftspolitischer Ansatz nicht in Begrenzung und Regulation. Durch Ordnungs- und Steuerpolitik wird wirtschaftlich und letztlich gesellschaftlich gestaltet. Der Prozess der Wertschöpfung kann und muss durch Pionierwesen des Staates gelenkt werden.

d) Rechtsextremismus / Inneres / Demokratie

Inneres

Innere Sicherheit und Bürger / Innenrechte

In der aktuellen Diskussion um die innere Sicherheit der Bundesrepublik wird eine weitere Ausweitung der Rechte der Ermittlungsbehörden diskutiert. Damit einher geht aber auch immer eine Einschränkung von Bürger/innenrechten, wie das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Versammlungsrecht, das Recht auf Meinungsfreiheit und die Unverletzlichkeit der Wohnung, etc. Die Kommission soll Positionen für den Bereich der Jusos ausarbeiten.

Bei der Erarbeitung von entsprechenden Antworten und Konzepten soll die Kommission besonderen Wert legen auf die Garantie umfassender Bürger/innenrechte bei allem staatlichen Handeln, sich vor allem Abgrenzen von einer weitgehend repressiven Innenpolitik à la Schily, Schäuble, Beckstein und Schönbohm.

Zwar ist die Debatte um die Aufhebung der **Wehrpflicht** bei den Jusos weitestgehend abgeschlossen, dennoch sind wir in Bezug auf die Bundeswehr noch nicht hinreichend positioniert. So haben wir auf die zunehmende Militarisierung und ebenso die Rolle der Bundeswehr in der Gesellschaft noch keine Antworten gefunden (Stichwort: Staatsbürger in Uniform). Auch ist unklar, welche Folgen der Wegfall des Zivildienstes als zwangsläufiges Resultat einer Aussetzung der Wehrpflicht hätte. Hier soll das Augenmerk der Kommission auf dem möglichen Ausbau der Freiwilligendienste (FsJ/FöJ) und der Professionalisierung von Tätigkeiten der Zivildienstleistenden liegen.

Migration

Die rechtliche und gesellschaftliche Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland muss sich in der Arbeit der Jusos widerspiegeln. Leitbild bei der Bearbeitung dieses Themenfeldes ist ein humanistisches Menschenbild, das die Grundlage unserer Argumentationen bildet und sich gegen Nützlichkeitsrassismus und Wohlstandschauvinismus verwehrt.

So ist auch die Feststellung, dass ein politischer Jugendverband keine Zukunft haben wird, wenn er nicht die berechtigten Interessen von Menschen mit Migrationshintergrund politisch vertritt – in den großen Städten hat dieser Bevölkerungsanteil die 50%-Marke bei der jugendlichen Bevölkerung längst überschritten – zwar richtig, dennoch keine Argumentationslinie von uns Jusos. Nicht der Eigennutz, sondern der Kampf um soziale Gerechtigkeit, die insbesondere für Migrantinnen und Migranten nicht verwirklicht wird, ist hier Leitlinie. In Unterbezirken und Landesverbänden/Bezirken haben Jusos viel Fachwissen im diesem Politikfeld erarbeitet. Nun gilt es dieses Wissen zu bündeln und mit Hilfe der Kommission dem Bundesvorstand zuzuarbeiten.

Mit Blick in die Zukunft legen wir die zuwanderungspolitischen Leitlinien der Jusos fest.

Integration

Integration ist in den letzten Jahren ein von Politiker/innen oft im Mund geführtes Wort. Wir Jusos wollen es mit Leben füllen und fragen daher, was bedeutet für uns Integration?

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist für die Jusos ein wichtiges Thema.

Vierorts werden die Jusos als wichtige Bündnispartner/innen im Kampf gegen den Rechtsextremismus gesehen. Diese Möglichkeit, die Doppelstrategie mit Leben zu füllen, sollten wir nutzen, um

1. ein strategisches Netzwerk aufzubauen
 2. einen inhaltlichen Expert/innenpool aufzubauen
1. Wichtig ist für die Mitglieder die Möglichkeit, sich über Strategien und Ansätze der täglichen Arbeit gegen Neonazis vor Ort auszutauschen. Dieser Funktion kann die bereits bestehende Netzwerkstelle gerecht werden.
 2. Daneben geht es aber auch über die intellektuelle Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut, um unser inhaltliches Profil in diesem Bereich zu schärfen.

- Was bedeutet Rechtsextremismus?
Was verbirgt sich für Jusos hinter dem Begriff Rechtsextremismus? Welche Zuschreibungen fallen unter den Begriff „rechtsextrem“?
- Nachhaltige Förderung von antifaschistischen Projekten
Die Projektförderung zur Zeit ist schwierig, bürokratisch und völlig unbefriedigend. Eine Lösung wäre eine Bundesstiftung, doch die ist derzeit politisch nicht gewünscht. Gibt es noch andere Möglichkeiten über das bisher bestehende Bundesprogramm hinaus?
- Rechtsextremes Gedankengut bei den Gewerkschaften und in der SPD
Laut der Studie der FES „Vom Rand zur Mitte“ wählen nach der CDU/CSU Rechtsextreme am liebsten SPD. Wie antifaschistisch ist die SPD wirklich und sind es auch ihre Mitglieder?
- Neue Rechte
Die „neue Rechte“ ist ein oft benutzter Begriff. Doch was verbirgt sich dahinter? Mehr als die Zeitungen „Junge Freiheit“ und „Nation und Europa“?
Stellt sich die Rechte intellektuell neu auf?
Auch die Landtagsfraktionen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben im Gepäck eine Schar von Mitarbeiter/innen, die aus den Abgeordneten mehr machen als nur dumpfe Neonazis. Mit Geschäftsordnungstricks und revisionistischem Geschichtswissen spielen sie die demokratischen Abgeordneten an die Wand.
Gerade deshalb ist es auch für Jusos wichtig, die Argumentationsstrukturen zu erkennen, um sie zu widerlegen. Denn hier handelt es sich um mehr als platte Stammtischparolen.

Ein solches Argumentationstraining kann auch ein Seminar der Verbandsschule sein.

IV. 2 Antifaschistische Arbeit

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt in den nächsten zwei Jahren in unserer politischen Arbeit eine große Rolle.

Wir sind der Auffassung, es ist an der Zeit, eine konsequente politische Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu verfolgen, die nicht nur die Symptome, sondern die Ursachen in den Blick nimmt.

Klar ist für uns, dass eine politische Strategie auf drei Ebenen agieren muss. Dies ist erstens die Ebene der Prävention. Damit meinen wir Aufklärung und die deutliche Abgrenzung zu jedweder rassistischer, antisemitischer oder nationalistischer Äußerung. Zweitens geht es um die Ebene der Förderung. Antifaschistische Arbeit ist zu fördern und nicht zu kriminalisieren. Zivilgesellschaftliche Projekte müssen finanziell und langfristig gefördert und abgesichert werden. Drittens sind die vorhandenen Instrumente der Repression konsequent zu nutzen.

Die antifaschistische Arbeit vor Ort muss gebündelt und vernetzt werden. Wir streben an, dass die Arbeit vor Ort durch den Bundesverband konkret unterstützt wird. Dabei muss koordiniert und geklärt werden, wie Unterstützung geleistet werden kann.

IV. 3 Feministische Arbeit

Jusos sind ein feministischer Richtungsverband.

Der Satz ist wahr und beschreibt nach wie vor das Selbstverständnis des gesamten Verbandes.

Wahr ist allerdings auch, dass es eine konstante Herausforderung bleibt, den Satz nicht zur Worthölse verkommen zu lassen. Die Realitäten im Verband zeigen, dass häufig weder Feminismus als politischer Ansatz noch das Problem der geringeren Repräsentanz von Frauen in der Struktur der Gliederungen als Arbeitsfeld, geschweige denn als Schwerpunkt definiert werden.

Die Frage, wie Frauenpolitik systematisch auf allen Gliederungsebenen verankert werden kann, bleibt daher eine dringliche.

Zugleich macht sich jedoch bei Frauen wie Männern im Verband auch in dieser Frage eine veränderte Erwartungshaltung und Herangehensweise bemerkbar. Verändert hat sich nicht nur die Einschätzung über die Bedeutung des Themas selbst, sondern auch - in der Frauenpolitik mehr als in anderen Bereichen - die Haltung zu den traditionellen Instrumenten der Frauenförderung und der Bearbeitung frauenpolitischer Themen. Mit anderen Worten: Um das Selbstverständnis als feministischer Richtungsverband der Jusos zu verfestigen und zu systematisieren, braucht es weitere und neuer Mittel und Methoden.

Unser Ziel ist es, die frauenpolitische Perspektive auf allen Politikfeldern durchzusetzen.

Der Bundesverband hat in den letzten Jahren erfolgreich einen offenen Prozess angestoßen, durch den Frauen über Bezirks- und Landesgrenzen hinweg Verbandsarbeit gemeinsam gestalten können. In dem Prozess ist es ebenso gelungen, Frauen unabhängig von -trotz Quotierung männerdominierter Funktionshierarchie- in die Verbandsarbeit einzubeziehen sowie die beteiligten Frauen untereinander zu vernetzen. Wir wollen diese offene Form der Frauenarbeit ausbauen, weil sie gleichermaßen autonome Strukturen und einen offenen Zugang zu dieser Struktur gewährleistet.

Mentoringprogramm, Frauenkonferenz und das kontinuierliche Element des Frauennewsletters haben als erfolgreiche Instrumente in den letzten zwei Jahren die Frauenarbeit wieder neu belebt. Mittlerweile setzen Landesverbände und Bezirke – soweit sie noch nicht ähnliche Aktivitäten hatten – diesen Ansatz fort. Der Bundesverband unterstützt diesen Ansatz. Insbesondere das Mentoringprogramm hat sich als gutes Vehikel für den offenen Prozess der Frauenverbandsarbeit erwiesen. Es ist ausbaufähig und wird insbesondere dann den Interessen der Frauen noch besser gerecht, wenn es die regional unterschiedlichen Chancen und Herausforderungen gerecht wird. Deshalb werden wir die Landesverbände und Bezirke weiter beraten und unterstützen, damit die Idee des Mentorings auf dieser Ebene ihre Fortsetzung findet.

Gleichwohl bleibt es in der Verantwortung der Bundesebene, verbandsweit eigene politische Räume für Frauen zu sichern und den Anspruch auf die Hälfte der Plätze in gemischten Gremien und Runden durchzusetzen. Der Netzwerkgedanke funktioniert nur dann, wenn er die Möglichkeit zur bundesweiten Entwicklung hat. Die jährliche Frauenkonferenz ist zentrales Element der Frauenarbeit auf Bundesebene. Ihr Ziel ist es, sowohl Platz für den gegenseitigen Austausch zu bieten als auch Impulsgeber für die frauenpolitische Arbeit in den Gliederungen zu sein. Dazu gehört auch die Herausforderung, Feminismus im Verband weiterzuentwickeln, d.h. aus unserem theoretischen Standort konkrete Forderungen abzuleiten und den gesamten Verband stärker in Diskussionen und Dialog einzubeziehen. Dazu werden wir ein Arbeitstreffen frauenpolitisch Interessierter veranstalten und zu Querschnittshearings zu feministischen Themen etwa im Rahmen der Projektwochenenden einladen und die PPP mit Genderfragen konkret beauftragen.

Ein regelmäßiger Kontakt mit und unter den Frauenarbeit zuständigen in den Landesverbänden und Bezirken erleichtert den Austausch bewährter und neu entwickelter Instrumente und dient als weitere Plattform, um mögliche Schritte der strukturell notwendigen Veränderungen unseres feministischen Verbandes zu diskutieren.

Der Anspruch, den Feminismus bei den Jusos lebendig zu halten, ist nur durch Gleichklang von Frauenförderung und „Gender Setting“ im gesamten Verband zu verwirklichen. Wir werden die Repräsentanz von Frauen insgesamt erhöhen: Gute Beispiele aus der Wissenschaft zeigen, wie es gelingt, mehr Frauen als Gäste, Referentinnen und Diskutantinnen auf Verbandsveranstaltungen zu präsentieren. Das schärft die frauenpolitische Perspektive auf die Themen, und es schafft rollenüberwindende Vorbilder sowohl für Männer als auch Frauen. Dasselbe Ziel mit anderem Mittel erreicht das Gender Training, das wir als festen Bestandteil der

Verbandsschule etablieren werden.

Die Doppelstrategie gilt auch für das Feministische im Juso-Verband: Frauenarbeit ist im Hinblick auf die Strukturen der Jusos selbst ebenso nötig wie in der SPD und im gesellschaftlichen Diskurs. Die Initiative für ein neues Gleichstellungskapitel im Grundsatzprogramm hat aktuell einen erfolgreichen Impuls für diesen Ansatz gesetzt. Wir behaupten die Diskurshegemonie in der Debatte um den Feminismus im 21. Jahrhundert und sind nicht nur intern, sondern gegenüber der Partei und in der Gesellschaft bereit, für feministische Ziele einzutreten. Dazu gehört, die klare Analyse, dass wir noch immer in einer männlichen Gesellschaft leben, immer wieder auszusprechen. Strukturen zu erkennen und zu benennen ist der notwendige erste Schritt, um sie zu überwinden. Denn strukturelle Benachteiligungen nur abfedern zu wollen, ist weder ein progressiver noch ein echt feministischer Ansatz. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach einer harten Quote zur hälftigen Beteiligung von Frauen in Führungspositionen in Wissenschaft, öffentlichem Dienst und in der Privatwirtschaft. Und deshalb bleiben wir konsequent: Der Staat darf in seinem Einflussbereich durch Steuer- und Sozialpolitik nur dann Unterschiede machen, wenn er dadurch Kinder fördert und nicht Lebensmodelle. Eine Privilegierung der Ehe durch das Recht lehnen wir ab.

IV 4 Bildungspolitik

Wir wollen eng mit den Juso-Hochschulgruppen zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die Schülerinnen-Arbeit stärken. Der Bundesverband hat den Anspruch in den kommenden zwei Jahren Juso- Schüler/innen besser in den Verband zu integrieren und zu unterstützen. Daher sollte das Ziel sein bis 2009 weitestgehend in allen Landesverbände Juso- Schüler/innen- Strukturen aufzuweisen. Die Juso- Schüler/innen beschäftigen sich mit der Demokratie an der Schule, so wie einem gerechtem Schulsystem. Mitwirkung ist für eine tolerante, gerechte und demokratische Gesellschaft wichtig. In diesem Zusammenhang werden sich die Juso- Schüler/innen auch mit Rechtsextremismus beschäftigen.

IV 5 Publikationen

Die Publikationen des Verbandes spielen eine entscheidende Rolle und haben sich bewährt. Das Argumente-Heft soll so fortgeführt werden. Es ist zum einen Bestandteil der innerverbandlichen Bildungsarbeit. Zum anderen ist es der Ort, an dem inhaltliche Diskussionen in grundsätzlicher Weise geführt und politische Schwerpunkte gesetzt werden. Es soll weiterhin eine professionell arbeitende Redaktion mit breiter Verankerung im Verband geben. Es ist anzustreben, dass sich die Öffnung zu den sozialen Bewegungen auch im Argumente-Heft wiederfindet und die inhaltliche Auseinandersetzung gerade auch über dieses Medium geführt wird.

Auch das Update-Heft soll fortgeführt werden. Es ist das Medium, mit dem auf aktuelle Geschehen eingegangen werden kann, in dem alle Verbandsteile über politische Aktivitäten berichten können und über das der Informationsfluss gewahrt ist.

Die Internet-Seite hat eine wichtige Funktion. Sie ist der Ort, an dem Mitglieder und Interessierte schnell auf Informationen der Jusos zugreifen können. Deshalb soll es auch weiterhin einen modern Internet-Auftritt der Jusos geben.

Es wird in den kommenden zwei Jahren eine neue Internetplattform (KOMunaler Infodienst) eingerichtet werden, welche vom Bundesvorstand betreut wird und auf welcher die Jusos beispielsweise Musteranträge u.ä. einstellen und diskutieren können. Zum Bundeskongress 2009 soll dann ein Kommunalreader von Bundesverband publiziert werden, in welchem die Ergebnisse der Plattform zusammengefasst sind und der den Jusos auf der kommunalen Ebene als sinnvolles Hilfsmittel für die tägliche Arbeit dienen soll.

IV 6 Integrationspolitik

Wir Jusos haben erkannt, dass wir bei dem Thema Integrationspolitik sprachfähig werden müssen. In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Viele dieser Menschen besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, die meisten leben seit vielen Jahren oder seit Generationen in diesem Land. Dieser Teil der Bevölkerung hat in der SPD bisher nur bedingt Antworten auf ihre individuellen Probleme gefunden. Dabei sind diese Menschen noch immer täglich mit vielseitigen Formen von Diskriminierung konfrontiert.

Die Sozialdemokratie hat bis heute kein Konzept entwickelt, welches den Ansprüchen von Migrantinnen und Migranten gerecht wird. Die Zukunftsperspektive einer solidarischen und toleranten Gesellschaft ist nicht erkennbar. Diese Politik wird gerade den Ansprüchen von jungen Migrantinnen und Migranten nicht gerecht. Deshalb soll der Bereich der Integrationspolitik in den kommenden Jahren eine stärkere Rolle im Bundesverband einnehmen.

Ziel ist eine verbandsinterne Debatte zu einer fortschrittlichen und solidarischen Integrationspolitik zu führen. Hierbei sollen die unterschiedlichen Positionen und Diskussionen der Gliederungen zum Thema zusammgeführt und programmatisch, wie strategisch verdichtet werden. Zum anderen wollen wir auch im Sinne der Doppelstrategie unsere Bemühungen um Kontakte zu Migrantenverbänden und Migrantenvereinen verstärken. Ziel ist es dabei in einem ständigen Dialog zueinander kontroverse Themen zu artikulieren sowie die Probleme von Migrantinnen und Migranten wieder in die Partei hineinzutragen und gemeinsam in die Gesellschaft zu integrieren.

Um dies zu erreichen richten wir eine Netzwerkstelle „Integration“ ein, welche die Aufgabe der Koordinierung der inneren Meinungsbildung und der Organisation von Kontaktaufnahmen zu entsprechenden Verbänden/Vereinen übernehmen wird.

V Ausblick

Wir Jusos kämpfen in der SPD für unsere Ziele. Wir führen engagierte Wahlkämpfe. Wir kämpfen auf Parteitagungen um ihre programmatische Ausrichtung. Wir stehen im Dialog mit jungen Menschen für unsere Politik. Es ist uns gelungen, einige unserer programmatischen Vorstellungen in bei der SPD zu verankern. Nicht selten aber entspricht das Regierungshandeln der SPD nicht unseren Vorstellungen an sozialdemokratische Positionen. Die Regierungsbeteiligung der SPD ist noch kein Garant für progressive Veränderungen in der Gesellschaft.

Fortschrittliche Politik braucht gesellschaftlichen Druck. Druck von außen, durch Demonstrationen und eine kritische Öffentlichkeit als auch Druck von innen. Dort, wo die Gesellschaft in Bewegung ist, kann die Linke einen Stimmungswandel erzeugen. An gesellschaftlichen Bewegungen wollen wir uns zukünftig stärker beteiligen. Hierzu ist es notwendig, dass wir uns wieder in die Diskussion allen Teilen der gesellschaftlichen Linken begeben. Wir wollen unsere Präsenz bei Aktionen, Demonstrationen und in der Bewegung erhöhen.

A2

Doppelstrategie 2.0

Im letzten Halbjahr haben wir Jusos uns auch mit der Vorbereitung des Protests gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm beschäftigt. Nach dem Gipfel stehen nun nicht nur die politischen Bewertungen an, sondern auch die Frage, wie wir mit dem Thema Juso-Doppelstrategie in nächster Zeit umgehen wollen.

Der G8-Protest hat zumindest in Ansätzen die Bündnisfähigkeit der Jusos bewiesen. Mit Positionen zur verkürzten Kapitalismuskritik und zum Antisemitismus konnten einzelne Landesverbände politisch in die ausserparlamentarisch organisierte Linke hineinwirken, was unter Beweis gestellt hat, dass wir Teil der Linken sind und auch als solcher wahrgenommen werden. Doch der G8-Protest hat auch gezeigt: die Doppelstrategie ist längst nicht mehr überall verankert. Mancherorts ist die Kluft zwischen Jusos und Bewegung sehr groß geworden.

Die Doppelstrategie ist aber eine wichtige Voraussetzung zur Durchsetzung fortschrittlicher Reformpolitik und zur grundsätzlichen Kritik.

Warum Doppelstrategie

Seit der Linkswende ist die Doppelstrategie politischer Anspruch der Jusos. Kennzeichen dieser Strategie ist die machtpolitische Verankerung in der Partei auf der einen und die Präsenz in den sozialen Bewegungen auf der anderen Seite. Diese politische Strategie hat sich nicht überholt – sie muss aber immer wieder neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Dabei hat sich unsere grundlegende Analyse nicht geändert: Positive gesellschaftliche Veränderungen müssen im Kapitalismus erkämpft werden. Die Auseinandersetzungen finden auf unterschiedlichen Ebenen statt. Auch die SPD ist ein Feld für unsere Auseinandersetzungen. Deshalb haben wir uns gleichzeitig mit dem Bekenntnis zur Doppelstrategie auf dazu bekannt nicht nur Jugendverband sondern auch Richtungsverband innerhalb der SPD zu sein.

Gesellschaftliche Auseinandersetzungen sind immer interessengeleitet. Deshalb reicht es nicht die besten Konzepte zu haben, sie müssen auch gegen die kapitalistischen Verwertungsinteressen durchgesetzt werden. Dieser Prozess ist nicht alleine argumentativ zu gewinnen. Er erfordert den Aufbau von Machtpositionen in der Auseinandersetzung. Dabei ist unsere Position klar: Wir wollen gegen bestehende Macht und Verwertungsstrukturen die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern. Dies muss erkämpft werden. Positive Veränderungen erfolgen in kapitalistischen Demokratien durch gesellschaftlichen Druck. Dieser Druck kann über die Parteien auch die politische Praxis beeinflussen.

Gesellschaftlicher Fortschritt braucht also beides. Den Aufbau und die Organisation gesellschaftlichen Drucks für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Parteien, die dies im politischen Prozess durchsetzen. Als SozialistInnen orientieren wir uns auf diesen Fortschritt. Daher müssen wir auch auf beiden Seiten an seiner Durchsetzung beteiligt sein.

Aus unserer ambivalenten Analyse zu Heiligendamm folgt ein Anspruch für den Gesamtverband. Denn aus unserem Selbstverständnis als sozialistischer und feministischer Richtungsverband folgt, wie beschrieben, nicht nur die Aufgabe, kritische Parteijugend zu sein, sondern sich auch unabhängig von der SPD als politische, linke Kraft zu verorten, die eigene politische Überzeugungen vertritt und für diese kämpft. Ausdruck dieses Selbstverständnisses war und ist seit der Linkswende die Doppelstrategie. Daher ist eine Auseinandersetzung über die Frage, wie eine politische Arbeit, die sich nicht auf die mehr oder minder kritische Begleitung der SPD Politik reduzieren lässt, aussehen muss, zwingend erforderlich. Dieser Anspruch muss sich in einer Erneuerung und Intensivierung der Doppelstrategie auf allen Politikebenen zeigen.

Besonderes Kennzeichen der Doppelstrategie ist, dass sie immer über punktuelle Bündnisse zu einzelnen Themen hinausgegangen ist. Sie beinhaltet immer einen sozialistischen Grundkonsens und eine solidarisch kritische Verständigung über Analyse und Strategie der unterschiedlichen Akteure. Weder eine einheitliche Analyse noch eine einheitliche Strategie waren dabei Voraussetzung oder Ziel der Doppelstrategie. Im Gegenteil die Auseinandersetzung wurden auch zwischen den sozialistisch orientierten Jusos und sozialer Bewegung heftig geführt.

Gerade diese kontinuierliche Auseinandersetzungen über die Analyse des derzeitigen Kapitalismus und den sich daraus ableitenden Strategien hat in den letzten Jahren bedeutend abgenommen. Dies auszubauen wollen wir durch den vermehrten Dialog mit anderen Gruppen erreichen. Eine Erneuerung der Doppelstrategie muss genau hier ansetzen. Sie ist ein Prozess, den wir mit diesem Antrag anstoßen und forcieren müssen.

Kapitalismus im 21. Jahrhundert

Die Grundstrukturen des Kapitalismus formieren die Gesellschaft, in der wir leben. Historische Gegebenheiten, Werte, Normen und Regeln bestimmen die Form des Kapitalismus und werden ihrerseits vom Kapitalismus und den sich in ihm wandelnden Produktionsbedingungen bestimmt. Denn der Kapitalismus wird nicht nur durch Menschen geformt, er formt auch Menschen. In der Logik und der Notwendigkeit ständiger Konkurrenz, die im Kapitalismus herrscht, bleiben Alternativen für Wenige denkbar.

Nach dem zweiten Weltkrieg gab es im Großteil der Industrieländer eine relative stabile Konstellation im Kapitalismus, die durch Massenproduktion und Massenkonsum und einer damit verbundenen Erhöhung des Lebensstandards weiter Teile der Bevölkerung verbunden war. Diese Entwicklung ist seit Jahren vorbei und stattdessen ist zu beobachten, dass der durch den Kapitalismus forcierte technische Fortschritt Arbeitskapazitäten freisetzt, die für das gesamtgesellschaftliche Interesse eingesetzt werden könnten. Profitorientierung und das dem Kapitalismus immanente Konkurrenzprinzip verhindern dies aber und verkehren die sich aus dem technischen Fortschritt ergebenden positiven Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung wie z. B. kürzere Arbeitszeiten in ihre negativen Gegenteil. Der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt steigt durch die bei höherer Produktivität freigesetzten Arbeitskräfte. In der Vergangenheit konnte diese Entwicklung teilweise durch entsprechendes Wachstum abgefedert werden. Die Wirtschaftssysteme der entwickelten kapitalistischen Staaten können aber zur Zeit kein Wachstum mehr organisieren, dass die tendenzielle Freisetzung von Arbeit auffängt. Die Krisensymptome dieses Prozesses sind die momentane Unterbeschäftigung auch in den „reichen“ Staaten dieser Welt.

Die mit dem Begriff der Globalisierung umschriebenen qualitativen Veränderungen wie die Beschleunigung von Kommunikation und Warentransport können als logische Folge der kapitalistischen Produktionsweise gesehen werden. Die Internationalisierung des Kapitals, die Veränderungen im sozialen Gefüge und in der Arbeitsorganisation und die damit einhergehende Vorherrschaft des Neoliberalismus als vorherrschenden politischen Ideologie können als neue Formation des Kapitalismus und als Reaktion auf die zu konstatierende Krise gewertet werden.

Entscheidende Phänomene, die in linken Debatten auch immer wieder Diskussionsgegenstand sind, sind dabei unter anderen die Wandlung des nach innen gerichteten Wohlfahrtsstaat zum nach außen gerichteten Wettbewerbsstaat, die Durchkapitalisierung sämtlicher Lebensbereiche, der Bedeutungszuwachs der internationalen Finanzmärkte sowie die Verschärfung der sozialen Lage in dem Sinne, dass sich Reichtum auf immer weniger Menschen konzentriert und immer mehr Menschen vom gesellschaftlichen Reichtum aber auch von der Partizipation am kapitalistischen System in Form der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden. Das derzeitige Gesellschaftssystem bedeutet, katastrophale soziale Zustände in vielen Teilen der Welt, die durch Armut und Hunger gekennzeichnet sind, die ökologische Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Existenz von Kriegen.

Wie die derzeitige Entwicklung des Kapitalismus zu verstehen ist und welche Folgerungen daraus für die politische Strategie zu ziehen sind, muss Diskussionsgegenstand nicht nur innerhalb der Jusos sondern auch der Jusos mit den Gruppen und Organisationen der gesellschaftlichen Linken sein.

Doppelstrategie konkret

Wir setzen uns für eine aktive, lebhafte und dauerhafte Zusammenarbeit den sozialen Bewegungen ein und werden wieder verstärkt Ressourcen für eine Verankerung der Jusos in der Bewegung einsetzen. Dies ist für uns Jusos von enormer Bedeutung, denn soziale Bewegungen antizipieren soziale Probleme und spitzen sie zu. Sie liefern Expertise zu wichtigen Einzelthemen und stellen ReferentInnen. Ihre Arbeit ist von Engagement und Einsatz, nicht von Verwaltungsdenken geprägt. Mit sozialen Bewegungen kommt man in die Offensive! Wenn die Jusos mehr als die Nachwuchsschmiede der SPD sein wollen, ist eine Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen unerlässlich.

Die Doppelstrategie zu erneuern heißt daher auch ganz konkret auf den unterschiedlichsten Ebenen den Kontakt zu sozialen Bewegungen wieder zu intensivieren:

- Juso und SPD-Mitglied zu sein heißt nicht, ausschließlich parteipolitisch aktiv sein zu müssen. Doppelmitgliedschaften sind erwünscht und sichern unsere Verankerung im außerparlamentarischen Bereich.
- Die inhaltliche Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Linken über Analyse und Strategie muss wieder geführt werden, auf Veranstaltungen der Jusos und anderen Organisationen, in Bündnissen und Netzwerken, auf Demonstrationen.
- Die Jusos müssen eine aktive Demo-Politik betreiben. Dies erfordert eine inhaltliche Vorbereitung zu den Themen, Mobilisierung zu den Demos und logistische Unterstützung der Teilnehmenden.
- In unseren Veröffentlichungen muss eine Reflexion zu unserer Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen stattfinden.
- Die Bildungsarbeit des Verbandes bietet sich für einen inhaltlich fundierten Austausch und VertreterInnen der Bewegungen an: Sommerakademie und Politdiplom sollten unsere Stellung in der Bewegung als Schwerpunkte behandeln.

Die Doppelstrategie muss sich auch in unserer Außendarstellung niederschlagen. Sie muss auch und gerade linke junge Menschen ansprechen, die sich den Jusos nicht nur als SPD-Parteijugend nähern. Links sozialisierte, bewegungsorientierte Menschen gewinnen wir durch eine kritische Öffentlichkeitsdarstellung, die die Jusos als linken Jugendverband darstellen.

Die Auseinandersetzung um eine neue Doppelstrategie ist dabei nicht nur organisatorischer Natur. Die inhaltliche Komponente ist für uns von entscheidender Bedeutung. Denn wenn die Verbandsarbeit sich nicht darin erschöpfen soll, sozialdemokratische Politik zu begleiten, dann muss eine Verständigung darüber erfolgen, was an unserem System kapitalistisch ist und warum wir denken, dass in dieser Struktur ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle Menschen nicht möglich sein wird. Ebenso ist zu diskutieren, wie eine politische Strategie aussehen muss, die für sich in Anspruch nehmen kann, tatsächlich eine kapitalismuskritische zu sein. Dazu gehört es auch, in eine Diskussion über ein modernes Sozialismusverständnis einzutreten.

Nur wenn wir in den kritischen Basisbewegungen verankert sind, bleiben wir als emanzipatorischer Motor der SPD glaubwürdig. Deshalb müssen wir unsere Doppelstrategie erneuern. Die Doppelstrategie zu erneuern heißt daher auch ganz konkret auf den unterschiedlichsten Ebenen den Kontakt zu sozialen Bewegungen wieder zu intensivieren.

B1	LV Berlin, BZ Braunschweig: Arm trotz Arbeit? Nicht mit uns!	29
B4	LV Berlin: Bedingungsloses Grundeinkommen: Pauschal, unsozial.....	36
B5	LV Bayern: Blender Investivlöhne: Kein Wundermittel für Produktivität und Beschäftigung!	41

Wandel der Erwerbsarbeit

Damit einher ging ein sich verschärfender Standortwettbewerb zwischen den Nationen um die geringsten Steuerbelastungen und regulatorischen Beschränkungen der Unternehmen. Weiter vorangetrieben wird diese Entwicklung durch das international agierende Finanzkapital, das in Form von institutionellen und privaten Anlegern weltweit nach renditeträchtigen Investitionsmöglichkeiten sucht. Um den Renditeforderungen der Anleger nachzukommen versuchen insbesondere die Global Player der Weltwirtschaft, aber auch zunehmend die exportorientierten mittelständischen Unternehmen, durch Absatzsteigerungen und Kostensenkungen die Gewinne zu steigern. Die Kostensenkungen werden hierbei vielfach auf den Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durchgesetzt und lassen zunehmend Inseln der Prekarität in der Erwerbsarbeit entstehen.

Dieser Wandel vollzieht sich nicht nur im Bereich der zunehmenden atypischen Beschäftigung, sondern ist auch in den vorrangig sozialversicherten Wirtschaftsbereichen zu finden. In beiden wirtschaftlichen Sphären ist die Arbeitskraft einem zunehmenden Druck ausgesetzt, ohne dass sie dadurch eine dauerhafte sozialstaatliche Unterstützung erfahren. Diese Veränderungen in der Erwerbsarbeit und der Rückbau sozialstaatlicher Leistungen haben zu einer sich verschärfenden Spaltung der Gesellschaft beigetragen. Beide Probleme verstärken zudem einander, da die sozialen Sicherungssysteme an die Erwerbsarbeit gekoppelt sind. Die Spaltung vollzieht sich entlang der Lohnspreizung, der sozialen Absicherung aber auch entlang der Frage der Selbstbestimmung. Denn nach einer Phase der Mitbestimmung bei Unternehmensentscheidungen und flacheren Hierarchien in Form von Gruppen und Teamarbeit in der Produktion setzen sich wieder verstärkt Formen der Fließband- und Akkordarbeit durch und wird insbesondere bei jungen Unternehmen die betriebliche Mitbestimmung in vielfältiger Form behindert oder ganz verhindert.

Die atypische Beschäftigung hat hierbei in den vergangenen Jahren in zwei Bereichen ein neues Phänomen hervorgebracht: die prekäre Selbständigkeit und die so genannte „Generation Praktikum“. Gleichzeitig weitet sich der Niedriglohnsektor bedrohlich aus und droht auch in Deutschland eine Schicht der working poor herauszubilden, also jenen, die nur mit Hilfe mehrerer Beschäftigungen oder ergänzenden Sozialtransfers überhaupt ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Die prekäre Selbständigkeit ist dabei durch jene Erwerbstätigen gekennzeichnet, die vorrangig durch Selbstausschöpfung ihren Lebensunterhalt bestreiten, häufig in der Hoffnung in naher Zukunft eine reguläre Beschäftigung zu erhalten. Arbeitslose, die sich durch staatliche Förderung selbständig machen gehören hier ebenso dazu, wie jene, die als Promotienteams die Supermärkte und Einkaufszentren dieser Republik bevölkern bzw. im Call-Center auf Provisionsbasis arbeiten. Dieser Sektor hat aber auch eine Migrationskomponente, weil vielen Menschen mit Migrationshintergrund als einzige Chance für eine eigenständige Einkommensquelle nur der Gang in die prekäre Selbständigkeit bleibt. Ihnen allen ist gemein, dass sie im hier und jetzt leben und deren Planungen selten über das nächste halbe Jahr hinausgehen. Für sie manifestiert sich soziale Sicherung häufig nur noch durch den Gang in das zuständige Jobcenter, wenn der Dispositionskredit ausgereizt ist, die Familie keine Unterstützung mehr leisten kann und die Mietschulden anfangen zu drücken. Die immer häufiger fehlende Krankenversicherung tut ihr übriges, wenn es doch zur unerwarteten größeren Krankheit kommt. Durch ausbleibende Beiträge an die Rentenversicherungsträger und mangelnder privater Vorsorge drohen sie zudem in Zukunft in die Altersarmut zu fallen.

Als weitere Form der atypischen und prekären Form der Arbeit hat sich in den vergangenen Jahren das kostenlose oder gering entlohnte Praktikum entwickelt. Ursprünglich als Form der beruflichen Orientierung und dem Erwerb von ersten beruflichen Qualifikationen durchaus positiv zu bewerten, haben Praktika in den vergangenen Jahren insbesondere in den beruflichen Übergangsphasen eine negative Wendung genommen. SchulabgängerInnen werden nun im Rahmen des Ausbildungspakts Praktika nicht mehr als berufliche Orientierung angeboten, sondern vorrangig um den ohnehin vagen Versprechen nach mehr Ausbildungsplätzen nachkommen zu können. Diese Praktika werden auch in keiner für die weitere Berufsausbildung verwertbaren Weise zertifiziert (bis auf die vage Hoffnung, bei der nächsten Bewerbung als „Ausbildungsfähig“ von den Arbeitgebern eingestuft zu werden).

Auf der nächsten Stufe der Ausbildung stehen junge Akademiker, die von Praktikum zu Praktikum ziehen, immer in der Hoffnung irgendwann in einer Stelle hängen zu bleiben. Sie haben bereits durch ihren Studienabschluss eine qualifizierte Ausbildung bekommen, erhalten aber über den regulären Bewerbungsweg keine Anstellung. Stillstand im Lebenslauf wird jedoch als negativ für die Zukunft angesehen, so dass ver-

sucht wird, über Praktika die Zeit zu überbrücken und zeitgleich den Lebenslauf „zu optimieren“. Da die Vergütungen im Praktikum in den seltensten Fällen zum bestreiten des Lebensunterhalts ausreicht, ist die Finanzierung solcher Tätigkeiten zumeist nur durch familiäre Transfers oder Nebentätigkeiten in der prekären Selbständigkeit möglich. Zugleich haben sich auf Arbeitgeberseite einzelne Unternehmen und Branchen herausgebildet, die diese Form von Arbeit gezielt zur Senkung von Lohnkosten unter dem Deckmantel von Nachwuchsförderung ausnutzen.

Im Bereich der sozialversicherten Beschäftigung setzen sich die seit Jahren konstatierten Auflösungserscheinungen fort und wurden in der Regierungszeit von Rot-Grün auch gezielt befördert. Die beschriebenen prekären Inseln in der selbständigen Erwerbsarbeit und Praktika werden hierbei durch Mini- und Midijobs sowie der Schattenwirtschaft ergänzt. Der dadurch entstehende Druck trägt zusammen mit der seit Jahren schwachen Binnenkonjunktur dazu bei, dass die sozialversicherten Jobs stetig zurückgehen. Neben dem weiteren Verlust an Vertrauen in die Politik schürt dies Zukunftsängste, die insbesondere im exportorientierten gewerblichen Bereich für den Standortwettbewerb genutzt werden. Die Beschäftigten in den Unternehmen werden hierbei gezielt zu Zugeständnissen gezwungen. Sie gehen entweder auf Arbeitszeitverlängerung und/oder Lohnkürzungen ein oder die Produktion wird an andere Standorte verlagert. In den Großkonzernen mit mehreren Standorten tritt die Komponente der gezielten Konkurrenz zwischen den Produktionsstätten hinzu. Dieser Standortwettbewerb beschränkt sich dabei nicht mehr allein auf den niedrigproduktiven Bereich, sondern erreicht auch zunehmend die bisher als sicher geltenden hochwertigen Dienstleistungen.

Weltweite Lohnkonkurrenz und -drückerei spielt ArbeitnehmerInnen in verschiedenen Wirtschaftsregionen gegeneinander aus und reduziert die Globalisierung der Arbeits- und Lebenswelten zu einem ruinösen Standortwettbewerb. Internationale Arbeitsteilung und weltweite Kooperation werden als Bedrohung wahrgenommen, die von undemokratischen Kräften wie den rechten Parteien in Deutschland und Europa zu populistischer Hetze gegen alles Fremde aufgenommen wird.

Entlohnung in Deutschland – Armutslöhne, Niedriglöhne.

Mitte der neunziger Jahre wurde Deutschland häufig als Land mit einer geringen Lohn- und Einkommensspreizung dargestellt, es gab eine ausgeglichene Einkommensstruktur und einen (relativ) niedrigen Anteil von ArbeitnehmerInnen mit niedrigen Einkommen. 1994 war der Anteil von NiedriglohnbezieherInnen¹¹ an den sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten mit 14% auf einem Tiefstand. Im Zeitraum 1983 bis 1993 ermittelte die OECD Deutschland als einziges Land, in dem sich die Einkommensungleichheit verringert hatte. Außerdem zeigen die Untersuchungen, dass in Deutschland die Chance von Geringverdienern, auf einen besser bezahlten Arbeitsplatz aufzusteigen, höher waren, als in Ländern mit größerer Lohnspreizung, etwa den USA.

Die Ursachen für die relativ ausgeglichene Lohnstruktur in Deutschland waren vielfältig²:

- Auf dem Finanzmarkt waren Unternehmen des produzierenden Gewerbes aber auch des Finanzsektors durch gegenseitige Beteiligungen untereinander stark verflochten („Deutschland AG“); dieser institutionelle Rahmen förderte langfristige und gemeinsame Strategien
- Der Anteil öffentlicher Unternehmen in vielen Infrastrukturbereichen (Energie, Wasser, Transport, Telekommunikation) bot ebenfalls langfristige Sicherheit
- Gut funktionierende Systeme technischer und Qualitätsstandards bedingten bei vielen Unternehmen einen Qualitätswettbewerb
- Durch das System der dualen beruflichen Bildung, flächendeckende Tarifverträge, das Modell der Mitbestimmung in Aufsichtsräten und über Betriebsräte sowie eine arbeitnehmerInnenfreundliche Arbeitsgesetzgebung standen Arbeitsbeziehungen auf einer verlässlichen Basis.

Seit dem Ende der 70er Jahre nehmen Ungleichheit und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt allerdings zu, zur Jahrtausendwende war es innerhalb der EU nur in Großbritannien ebenso schlecht wie in Deutschland um die Chance bestellt, aus einer Niedriglohnbeschäftigung in eine besser bezahlte Tätigkeit aufzusteigen.

Als Gründe für diese Entwicklung werden externe Schocks angeführt, eine Hauptursache ist in der abnehmenden Tarifbindung von Beschäftigungsverhältnissen, einem sich beschleunigenden Mitgliederverlust der Gewerkschaften und der damit verbundenen geringer werdenden Bedeutung von Betriebsräten zu sehen:

- Von 1993 bis 2003 ging die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder insgesamt von 11,86 Millionen auf 8,89

Millionen zurück, die Mitgliederzahl des DGB ging in diesem Zeitraum von 10,29 Millionen auf 7,3 Millionen zurück

- Bei der Tarifbindung fand sich Deutschland im Jahr 1980 mit 80% auf Rang vier der OECD-Liste, bis 2000 fiel dieser Wert auf 63%, was gleichbedeutend mit Rang 13 ist

- Vor allem in Ostdeutschland, wo viele neu gegründete Firmen sich keinem Tarifvertrag anschließen, ist das Problem der nicht-tarifgebundenen Beschäftigten offensichtlich: In 2003 waren dies 46% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (West: 30%), 43% (West: 62%) werden nach Branchentarifverträgen entlohnt, in Firmentarifverträgen befinden sich 11% der Beschäftigten (West: 8%). Empirisch wird dies durch die Tatsache unterstrichen, dass ältere Firmen öfter tarifgebunden sind als Neugründungen und die Tarifbindung mit der Betriebsgröße zunimmt – beide Faktoren benachteiligen ArbeitnehmerInnen in ostdeutschen Betrieben, die kleiner und „jünger“ sind

- Auch im Bereich der ArbeitnehmerInnenvertretungen ist Ostdeutschland benachteiligt: zum Einen sind durchgängig in allen Betriebsgrößenklassen weniger Betriebe mit einer ArbeitnehmerInnenvertretung ausgestattet, zum anderen finden sich in Ostdeutschland weniger Großbetriebe und mehr kleine und mittlere Unternehmen, in denen die Errichtung einer ArbeitnehmerInnenvertretung häufiger erschwert wird.

- Insgesamt werden in Ostdeutschland nur 14% und in Westdeutschland nur 15% der Beschäftigten von einem Betriebsrat o.ä. vertreten

Doch nicht nur institutionelle Verwerfungen haben die Ausweitung des Niedriglohnsektors in Deutschland befördert, das veränderte wirtschaftliche Umfeld ist ein weiterer Grund für die Zunahme prekärer und gering entlohnter Beschäftigung:

- Erfreulicherweise konnte in den letzten Jahrzehnten die Erwerbstätigkeit von Frauen zunehmend gesteigert werden. Allerdings wurden Frauen dabei mehrheitlich in niedrig bezahlte Tätigkeiten gedrängt, häufig so genannte Frauenberufe, oder bei den Löhnen diskriminiert. Dies führt dazu, dass es immer noch eine ungerechte Einkommensdifferenzierung zwischen Männern und Frauen gibt

- die Kosten der Wiedervereinigung wurden vor allem aus den Sozialkassen bestritten und führten im Zuge von Steigerungen der Lohnnebenkosten zu einer zunehmenden Lohnkonkurrenz zuerst in Ostdeutschland und dann in Gesamtdeutschland

- die EU-Osterweiterung und die zunehmende internationale Arbeitsteilung verstärkte diesen Druck auf die Löhne und die Lohnkonkurrenz

- Nicht zuletzt die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung, in deren Mittelpunkt vor allem ein höherer Druck auf Arbeitslose zur Aufnahme einer Beschäftigung stand, und das Ziel formulierte, Menschen ohne Beschäftigung auch in gering entlohnte Arbeitsverhältnisse zu zwingen, führte zu einer größeren Lohnspreizung.

Konkret führten diese Entwicklungen zu einer erschreckenden Zunahme von Armuts- und Niedriglöhnen, teilweise sind diese sogar tariflich vereinbart:

- 6 Millionen Menschen arbeiten heute in Deutschland für Löhne, die unter 75% des Durchschnittseinkommens von 1442 Euro liegen, das bedeutet einen Anteil von 32% der Personen, die in Vollzeit arbeiten³

- 2,5 Millionen Menschen erzielen nur ein Einkommen, das unter 50% des Durchschnittslohns liegt und als Armutslohn definiert wird

- tarifgebundene Stundenlöhne zwischen und 6 Euro Brutto stellen z.B. im Friseurhandwerk keine Ausnahme mehr dar

- 900 000 Erwerbstätige (09/ 2005) beziehen zusätzlich zu ihrem Einkommen ergänzende Leistungen der Grundsicherung nach SGB II („Hartz IV“), weil ihr eigenes erzielt Einkommen nicht ausreicht, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken; von diesen „Aufstockern“ stehen 280 000 in einem Vollzeitbeschäftigtenverhältnis

Besonders betroffen von Niedrig- und Armutslöhnen (OECD-Systematik) sind in Deutschland Personen ohne Berufsausbildung (39,2% von ihnen erzielen nur Niedriglöhne), Jüngere unter 25 Jahre (39,2 %) und AusländerInnen (25,9%). Besonders Frauen sind auch vom Niedriglohnsektor betroffen. Der Frauenanteil bei Vollzeitbeschäftigten liegt bei 37%. Bei näherer Betrachtung erkennt man, dass diese 37% sich vor allem auf den Niedriglohnsektor verteilen. 57% aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor sind Frauen und der Frauenanteil bei den Geringbeschäftigten beträgt 70%. (Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Beschäftigte mit Niedriglöhnen gelten als schlecht qualifiziert. Das ist ein Irrtum, 71,6% der BezieherInnen von Niedriglöhnen verfügen über eine abgeschlossene Ausbildung.. Nur ein Viertel der im Niedriglohnsektor Beschäftigten übt tatsächlich eine einfache Tätigkeit aus. Aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und des zunehmenden Drucks sind immer mehr gut ausgebildete Erwerbslose bereit, jede Form der Erwerbs“arbeit“ anzunehmen. Viele Neueingestellte sind eigentlich überqualifiziert. Gering Qualifizierte haben so immer schlechtere Chancen, eine Beschäftigung zu finden. Mit einer Vergrößerung des Niedriglohnsektors wird

deshalb den schlecht qualifizierten Langzeitarbeitslosen wenig geholfen.

Niedriglöhne sind kein Problem einzelner Gruppen sondern für alle Beschäftigten Realität oder drohende Perspektive. So sind 33,6% der Bezieher niedriger Löhne Männer, 73,4% sind mittleren Alters und 87, 2% sind Deutsche.

Ein Zusammenhang lässt sich auch zwischen Niedriglöhnen und Branchen herstellen: für Westdeutschland 2002 wurde vor allem für die Branchen Land- und Forstwirtschaft (40%), haushalts- und personenbezogene Dienstleistungen (32%), Unternehmensnahe Dienstleistungen (26%) und ökonomische Transaktionsdienstleistungen (18%) ein hoher Niedriglohnanteil ermittelt

Mindestlohn für alle – von Arbeit muß mensch leben können

Grundsatz wirtschaftspolitischen Handelns und Voraussetzung für staatliche und legislative Eingriffe in das Marktgeschehen ist – in allen Denkschulen der Ökonomie anerkannt – ein erkanntes Marktversagen. Marktversagen wird gemeinhin ausgemacht, wenn der Markt suboptimale Wohlfahrtsergebnisse oder politisch gewollte Ergebnisse nicht liefert oder durch Fehlallokation von Ressourcen seine Rechtfertigung verliert. Im Falle des deutschen und europäischen Arbeitsmarktes sind alle diese Voraussetzungen erfüllt: neoliberale Lebenslügen erweisen sich als Scheinargumente zur Umverteilung von unten nach oben:

- ein „deregulierter“ Arbeitsmarkt kann weder einen hohen Beschäftigungsgrad noch wohlfahrtssteigernde Löhne sicherstellen
- weder die „moderate“ Lohnpolitik, noch stagnierende bis sinkende Reallöhne haben neue Arbeitsplätze zur Folge
- genauso wenig haben lohnabhängig Beschäftigte von einer „Flexibilisierung“ der Lohnstruktur oder neuen Beschäftigungsformen profitiert
- tariffreie Lohnstrukturen, Ausdifferenzierung der Löhne nach unten und Lohnkonkurrenz schaffen nicht neue Arbeit, sondern neue Armut und neue Unsicherheit
- auf der Nachfrageseite haben neue Beschäftigungs- und Lohnstrukturen weder steigende Haushaltseinkommen und damit steigende Binnenkonjunktur generiert, sondern die Nachfrage schwächt und damit wiederum Beschäftigung gefährdet

Wenn der Markt versagt, seiner Funktion nicht nachkommt, ist die Politik in der Verantwortung: Deutschland ist eines der wenigen EU-Mitgliedsländer ohne einen gesetzlichen Mindestlohn. Neun der 15 alten EU-Mitgliedsländer und neun der zehn neuen EU-Mitgliedsländer haben einen gesetzlichen Mindestlohn. Der gesetzliche Mindestlohn in Frankreich liegt nach Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung inzwischen bei knapp über 8,- € und in Großbritannien seit Oktober 2006 bei umgerechnet 7,86 €. Der niedrigste tarifliche Stundenlohn in Ostdeutschland lag Ende 2003 bei 2,74 €, und auch in westdeutschen Tarifverträgen finden sich zahlreiche Lohngruppen mit Stundenlöhnen unter 6,- €.

Neben Deutschland existiert auch in Schweden, Dänemark, Finnland, Österreich und Italien kein gesetzlicher Mindestlohn. Dies hat jedoch Gründe:

- In den skandinavischen Staaten herrscht ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad von deutlich über 80 %
- In Österreich herrscht eine Tarifbindung von 98% durch die Pflicht der Arbeitgeber, der Wirtschaftskammer beizutreten
- In Italien sind 90% der tariflichen Löhne in der Verfassung verbindlich festgelegt

Nur in Deutschland existieren keine solche Instrumente, um Arbeitnehmer von Niedriglöhnen zu schützen. Schlimmer noch: wir verzeichnen seit Jahren einen deutlichen Rückgang der Tarifbindung.

Der Ausweg: Mindestlöhne

Ziel einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik muss eine Garantie sein, dass es für Arbeit ein Einkommen oberhalb des Existenzminimums gibt. An diesem Ziel müssen sich die vorgeschlagenen Instrumente messen lassen.

1. Schritt: Ausweitung des Entsendegesetzes

Der erste Schritt muss die Ausweitung des Entsendegesetzes sein. Wir respektieren und bekennen uns zur Tarifautonomie: Allerdings sehen wir auch, dass kleinteilige und stark regionalisierte Tarifstrukturen Niedriglöhne auch im Tarifbereich zur Folge haben, dass durch Billigtarifverträge Tarifstandards nach unten

nivelliert werden – hier führen weder branchenbezogene Standards noch eine Ausweitung des Entsendegesetzes zu existenzsichernder Entlohnung: Untersuchungen zeigen, dass Löhne, die nach Tarif gezahlt werden, keine Garantie für Löhne oberhalb der Armutsgrenze sind. Denn das Entsendegesetz bietet keine Lösung für Branchen, in denen die unteren tariflichen Lohngruppen mit Beträgen zwischen 4 und 6 Euro pro Stunde deutlich unterhalb der Armutsschwelle liegen. Wenn das Entsendegesetz auch in diesen Bereichen Anwendung findet, werden Armutslöhne und geringe Verdienste festgeschrieben und nicht beseitigt.

Nicht in allen Branchen werden Tarifverträge abgeschlossen, die bundesweit gelten. Dies gilt gerade in Branchen, in denen ohnehin geringe Verdienste zu erwarten sind, so beispielsweise in der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättengewerbe. Ein Entsendegesetz kann daher nur Sinn machen, wenn die großen Löcher im Tarifgefüge gestopft werden. Kompliziert sind aber auch Branchen in denen mehrere Tarifverträge gelten. Hier besteht die reale Gefahr, dass durch Billigtarifverträge die Tarifstandards nach unten nivelliert werden. Diese und die stark regionalisierten Tarife müssen vereinheitlicht werden.

Mit Blick auf die wachsende Freizügigkeit auf dem Europäischen Arbeitsmarkt, gilt es zu handeln. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Deutschland besonders negativ betroffen hätte, zeigt, wie wichtig es ist, Maßnahmen nach dem Auslaufen der Übergangsbestimmungen weiterführende Maßnahmen zur Vermeidung von Niedriglöhnen und Lohndumping zu finden, damit Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenzsicherung gewährleistet wird. Aus diesem Grund sollte die Ausweitung des Entsendegesetzes als erster Schritt zum gesetzlichen Mindestlohn verstanden werden.

2. Schritt: Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes

Eine Politik, die die Würde des Menschen im Mittelpunkt hat, und eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Ein gesetzlicher Mindestlohn verhindert Hungerlöhne und schützt vor einer prekären Arbeitswelt, er ist zeitgleich ein Beitrag zur Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und damit zum Aufbau von Beschäftigung in Deutschland..

Niedrig- und Armutslöhne in Deutschland können nur durch gesetzliche Mindestlöhne verhindert werden. Gesetzliche Mindestlöhne stoppen den freien Fall der Löhne nach unten. Sie sind ein soziales Netz gegen Lohndumping und leisten einen gesamtwirtschaftlich dringend notwendigen Beitrag zur langfristigen Stärkung der Kaufkraft. Gesetzliche Mindestlöhne sind auch ein Beitrag für eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Wir fordern deshalb die Einführung eines gesetzlich festgeschriebenen branchenunabhängigen Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro pro Stunde.

Wir sprechen uns mit Nachdruck für einen branchenunabhängigen Mindestlohn aus. Wir lehnen eine Ausdifferenzierung des gesetzlichen Mindestlohns nach Altersgruppen, Qualifikation oder Region ab: Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss ohne Abstriche und ohne Konkurrenz zwischen jungen und älteren ArbeitnehmerInnen, zwischen Frauen und Männern, zwischen AkademikerInnen und ArbeitnehmerInnen mit beruflicher Ausbildung und zwischen West und Ost gelten, er darf nicht zu einer neuen Lohnkonkurrenz und verfestigter Lohnspreizung führen. Ein branchenspezifischer Mindestlohn würde die Lebensverhältnisse der Menschen nicht dauerhaft verbessern, weil er die Lebenshaltungskosten unberücksichtigt lässt. Schließlich gibt es in Deutschland auch keine nach Beruf und sozialem Status gestaffelten Preise und Lebenskosten.

Wir fordern, dass der gesetzliche Mindestlohn für alle Beschäftigungsverhältnisse gilt. Dies beinhaltet auch, dass in den nicht sozialversicherungspflichtigen Bereichen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenfalls mindestens 7,50 Euro pro Stunde erhalten sollen, damit reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse nicht in Aushilfstätigkeiten umgewandelt und damit soziale Standards weiter gesenkt werden. So soll beispielsweise die als Aushilfe beschäftigte Kellnerin und der im Lager arbeitende Student ebenfalls den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

Die Höhe des Mindestlohnes muss jährlich überprüft und angepasst werden. Dazu fordern wir die Einsetzung einer Kommission ähnlich der Low Pay Commission in Großbritannien, in der Sozialpartner und Wissenschaft verpflichtende Anpassungen der Höhe des Mindestlohnes ausarbeiten.

Gute Arbeit und gerechter Lohn sichern Teilhabe

Die Sozialdemokratie kämpft seit ihrem Bestehen für die politische, gesellschaftliche, ökonomische und

kulturelle Teilhabe aller Menschen. Lange Zeit schien die Verwirklichung dieser Ziele nur eine Frage der Zeit zu sein. Starke Gewerkschaften, Mitbestimmungsrechte und eine gute Tarifpolitik mit gerechten Löhnen erlaubten den Arbeitnehmern ein großes Maß an Verantwortung und Teilhabe. Hieraus entstand eine große Akzeptanz für unsere demokratische und soziale Gesellschaftsordnung. Wenn heute prekäre Beschäftigung, Armutslöhne, zunehmende Unsicherheit junger ArbeitnehmerInnen in der „Generation Praktikum“, hohe Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut unsere Gesellschaft erneut entsolidarisieren und ihren Zusammenhalt gefährden, müssen wir zusammen mit unseren Bündnispartnern aus den Gewerkschaften und den anderen linken Parteien den Kampf wieder verstärken und auch als linke Kraft in die eigne Partei hineinwirken. Ein wichtiger Schritt dazu ist die angemessene Inwertsetzung von geleisteter Arbeit. Niedrig- und Armutslöhne leisten dazu keinen Beitrag: sie schaffen keine Beschäftigung, sie schaden der Nachfrageseite und sie lassen ArbeitnehmerInnen zu Verfügungsmasse und „Humankapital“, verkommen.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit können die sozialen Sicherungssysteme ihre nachfragestabilisierende Funktion kaum noch erfüllen. Die Folgen sind ein schwacher Konsum und eine stagnierende Binnen- nachfrage. Zusammen mit der schwachen Lohnentwicklung und der Strategie der Dumpinglöhne bildet dies eine makroökonomische Negativspirale erster Güte. Die Folgen sind soziale Ausgrenzung und Massenarbeitslosigkeit. Der Niedriglohnbereich in Deutschland ist bereits massiv ausgebaut, ohne dass die Arbeitslosigkeit reduziert worden wäre. Dies alles zeigt: Deutschland braucht keine Niedriglohnstrategie, sondern eine Hochlohnstrategie. Diese muss durch eine chancengleiche und moderne Bildungs- und Innovationspolitik sowie durch die Einführung von Mindestlöhnen untermauert werden.

Guter Lohn für gute Arbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Teilhabe am „Haben“ und am „Sagen“ sind eines der grundlegenden Elemente unserer Gesellschaft und eine ihrer Voraussetzungen. Wir werden nicht akzeptieren, dass die ungezügelten Kräfte eines deregulierten Marktes sie in Frage stellen!

Anspruch auf selbstbestimmte Arbeit und soziale Sicherheit für alle nicht aufgeben!

Das Thema bedingungsloses Grundeinkommen wird zurzeit von den unterschiedlichsten Seiten wieder heftig diskutiert. Die Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Modelle geprägt. Diese Modelle unterscheiden sich zwar in zahlreichen Details, sie haben aber zwei grundlegende Gemeinsamkeiten:

Zum einen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger unabhängig vom individuellen Bedarf oder weiteren Bedingungen den gleichen Betrag zur Verfügung gestellt bekommt. Das heißt, es soll ein existenzsicherndes Einkommen geben, welches ohne Bedingungen an alle ausgezahlt wird und in dem alle sozialstaatlichen Leistungen zusammen gefasst sind. Eine weitere sozialstaatliche Absicherung soll dann nicht mehr stattfinden; als einzige Ausnahme ist oft nur noch eine zusätzliche Krankenversicherung vorgesehen. In manchen Konzepten ist sogar vorgesehen, selbst die Krankenversicherung vollständig individuell und privat zu regeln. Ein Umverteilungsanspruch innerhalb der Sozialsysteme wird durch das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens aufgegeben.

Die zweite Gemeinsamkeit aller Grundeinkommenskonzeptionen ist die Aufgabe von Vollbeschäftigung als zentrales politisches Ziel. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft dank des wissenschaftlichen Fortschritts und technischer Neuerungen zurückgeht – oder zugespitzt: Der kapitalistischen Gesellschaft geht die Erwerbsarbeit aus. Die Debatte zum bedingungslosen Grundeinkommen wird in großen Teilen der gesellschaftlichen und politischen Linken geführt. Auch die Jusos müssen sich deshalb zu diesen Modellen positionieren. Sozialpolitische Modelle sollten aber nicht im luftleeren Raum diskutiert werden, sondern auf ihre konkreten (Fortschritts-) Perspektiven und Auswirkungen hin untersucht werden. Der Ausgangspunkt und Auslöser für die erneute Diskussion über die Ausgestaltung sozialer Absicherung sind einige kapitalistische Krisenerscheinungen: Wir erleben einen Wandel der Produktionsstrukturen und eine Veränderung der Arbeitsverhältnisse. Das männliche Industriearbeitsverhältnis ist nicht mehr zeitgemäß und in vielen Bereichen auch nicht mehr dominant. Wir erleben hohe Arbeitslosigkeit und davon ausgehend eine Diskussion über die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme. Zudem hat die Repression in den sozialen Sicherungssystemen in den letzten Jahren zugenommen. Das Grundeinkommen wird von vielen als Antwort auf diese Entwicklungen gesehen. Die konkreten Modelle, die debattiert werden, sind dabei sehr unterschiedlich ausgestaltet.

Eines der zurzeit am prominentesten diskutierten Modelle ist das Bürgergeld-Modell des Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus (CDU). Dieses Modell sieht vor, dass jede Bürgerin und jeder Bürger mit seinem 18. Lebensjahr ein Bürgergeld von 800 Euro (Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre erhalten 500 Euro) erhält. Von diesem Bürgergeld müsste eine pauschale Gesundheitsprämie von 200 Euro bezahlt werden, die den Grundtarif abdecken würde. Darüber hinaus bliebe eine Kranken- und Pflegeversicherungspflicht bestehen. Alle bisherigen Sozialleistungen würden mit der Einführung des Bürgergelds wegfallen. Sein Vorschlag geht mit einem radikalen Umbau des Steuersystems einher. Dem Konzept nach hätte mensch die Wahl, entweder das volle Bürgergeld zu beziehen und dann alle Einnahmen, die über das Bürgergeld hinausgehen mit 50 Prozent zu versteuern – oder aber mensch bezieht nur das halbe Bürgergeld, dann würde sich der Steuersatz auf 25 Prozent reduzieren. Die Kosten für dieses Modell würden laut Althaus bei ca. 600 Mrd. Euro liegen; das gegenwärtige Sozialbudget liegt nach diesen Angaben bei ca. 735 Mrd. Euro. Auch die FDP hat ein ähnliches „Bürgergeld“ auf ihrem Bundesparteitag im Jahr 2005 beschlossen.

Eines der profiliertesten auf der linken Seite entstandenen Grundeinkommensmodelle ist das „Existenzgeld“, wie es im Netzwerk Grundeinkommen diskutiert wird. Danach sollen alle in Deutschland lebende Menschen unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Alter und Familienstand, ohne Unterhaltungspflicht, Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang 800 Euro Existenzgeld bekommen. Das Existenzgeld würde Sozialhilfe, ALG II, Kindergeld, Erziehungsgeld, BAföG, Ausbildungsbeihilfen und Wohngeld ersetzen. Die dafür heute aufgebrauchten Mittel würden dann zusammen mit einer 50prozentigen Abgabe auf alle Nettoeinnahmen (die allein zur Finanzierung des Existenzgeldes dienen soll), der bisherigen Sozialabgaben, einer hälftigen Erbschaftssteuer sowie einer Erhöhung von Energie- und Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Existenzgeldes dienen.

Schon diese Darstellung aktuell diskutierter Modelle für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zeigt, dass ein solches Grundeinkommen für alle nicht zwangsläufig zu besseren sozialstaatlichen Leistungen führen muss. Gerade die konservativen Vorschläge hätten für schon heute auf staatliche Leistungen angewiesene Personen massive Leistungskürzungen zur Folge. Und selbst wenn das Grundeinkommen mit etwa 1.000 Euro im Monat relativ großzügig bemessen wäre, wären so noch längst nicht alle Probleme gelöst. Damit ließe sich zwar der Lebensunterhalt knapp über dem Niveau des heutigen ALG II bestreiten, nicht jedoch die darüber hinausgehenden Kosten beispielsweise von Unfällen oder Krankheiten.

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wirft aber unabhängig vom konkreten Modell und der Höhe des Grundeinkommens grundsätzliche Fragen auf. In jedem Fall wäre ein radikaler Systemwechsel bei den sozialen Sicherungssystemen die Folge. Ein solcher in der Geschichte des Sozialstaats einmaliger Pfadwechsel ist mit großen Risiken behaftet. Dies macht eine sorgfältige Abwägung notwendig.

Für die Beurteilung des Grundeinkommens ist unseres Erachtens entscheidend, dass es, da es allen zusteht, auf eine Umverteilungsperspektive bei den Sozialsystemen verzichtet. Aus linker Perspektive macht es zum derzeitigen Zeitpunkt nur Sinn diese Umverteilungsperspektive aufzugeben, wenn das Grundeinkommen für die Mehrzahl der Menschen eine realistische Alternative ist und zu einer deutlichen Verbesserung ihrer Lebenssituation führt. Nur dann ist ein bedingungsloses Grundeinkommen ein Fortschritt gegenüber der bedingten Grundsicherung, die den Ausfall von Arbeitslohn und Arbeitslosigkeit absichert. Kernpunkt jeder linken Forderung nach einem Grundeinkommen muss daher die These vom Ende der Arbeit bzw. vom Abnehmen der Bedürfnisse nach menschlicher Arbeitskraft sein.

Diese These ist empirisch nicht haltbar. Wir haben es vielmehr mit einer Veränderung des Normalarbeitsverhältnisses zu tun. Hinzu kommt der Wechsel von einer Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft. Die Ursache von Massenarbeitslosigkeit ist nicht, dass weniger Arbeit benötigt wird. Zwar lässt sich feststellen, dass technische Neuerungen bewirken, dass viele notwendige Arbeiten mit immer weniger Aufwand erledigt werden können. Die hohe Arbeitslosigkeit ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass die vorhandene Arbeit sehr ungleich verteilt ist und dass viele notwendige Arbeiten nach wie vor nicht entlohnt werden.

Aber die These ist auch von einem anderen, grundsätzlicherem Standpunkt aus nicht haltbar. Gesellschaftlicher Reichtum muss, bevor er verteilt werden kann, durch Arbeit erwirtschaftet werden. Nicht die Arbeit an sich, sondern wie gearbeitet und was produziert wird, ist daher der zentrale Auseinandersetzungspunkt. Die gleiche Verteilung von Arbeit und Einkommen wird durch ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht erreicht. Dabei kann zumindest in einem kapitalistischen System nicht davon ausgegangen werden, dass alle die Arbeit finden, der sie nachgehen wollen. Dies hat mit der ungleichen Verteilung von Produktionsmittel aber auch von gesellschaftlichen Voraussetzungen zu tun. Damit fehlt dem System die Grundvoraussetzung für eine wirkliche freie Entscheidung über Produktion und Arbeitseinsatz. Zudem bestimmt in der heutigen Gesellschaft die soziale Herkunft vermittelt über Bildung, Ausbildung und die Existenz von gesellschaftlichen Netzwerken weitgehend über die Möglichkeiten, sich seine Arbeit so zu wählen, dass sie den eigenen Vorstellungen entspricht.

Die kapitalistische Produktion koordiniert sich über Konkurrenz und Profit. Sie ist dabei in keinem Fall stabil, sondern krisenanfällig. Diese Krisen werden sich auch weiterhin auf den Arbeitsmarkt auswirken. Sie werden immer wieder die Arbeitsperspektiven der Menschen einschränken und behindern. Da das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens für weite Teile keinen eigenen Vorschlag für die Produktion und Koordination macht, ist es nicht geeignet diese Logik zu überwinden. Von daher bewegt sich das bedingungslose Grundeinkommen innerhalb der kapitalistischen Logik; eine System verändernde oder gar System überwindende Perspektive fehlt.

Innerhalb des Kapitalismus muss das Grundeinkommen aber, um finanzierbar zu bleiben, notwendigerweise so ausgestaltet sein, dass es nur einen kleineren Teil der Menschen betrifft. Daher wird die Entscheidung, ob mensch einer Erwerbsarbeit nachgeht oder nur Grundeinkommen beziehen möchte, anders als von den Grundeinkommen-BefürworterInnen prognostiziert, keine freiwillige Entscheidung sein.

Grundeinkommen als alleinige Einkommensquelle werden all jene beziehen, denen die kapitalistische Produktionsweise einen Arbeitsplatz vorenthält. Das Grundeinkommen ändert nichts an den

herrschenden Produktionsverhältnissen. Die Einführung eines Grundeinkommens würde die gesellschaftliche Spaltung in durch Erwerbsarbeit integrierte und von der Erwerbsarbeit ausgeschlossene Menschen nicht aufheben, sondern festschreiben.

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen geht es nicht um die Integration von Ausgegrenzten in die Gesellschaft; stattdessen wird ihnen die Verantwortung für ihre gesellschaftliche Integration selbst zugeschoben. Nach diesen Modellen sollen sämtliche Sozialleistungen aus dem Grundeinkommen privat und individuell organisiert werden. Man setzt auf Individualisierung, anstatt kollektiv Ansatzpunkte für eine andere Gestaltung der Gesellschaft voranzubringen. Die schon weit geöffnete Kluft zwischen Arm und Reich würde mit dem Grundeinkommen deshalb weiter verhärtet. Wenn jeder das Gleiche bekommt, dann werden nicht mehr diejenigen gezielt gefördert, die die schwächste Ausgangslage haben.

Für die meisten derzeit schon aus dem Arbeitsprozess Ausgeschlossenen und damit von staatlichen Leistungen Abhängigen wird ein Grundeinkommen keine neuen Perspektiven schaffen. Weder Qualifizierung noch die Schaffung öffentlicher Angebote ist vorgesehen. Die meisten Arbeitslosen würde das Grundeinkommen zwar von der Arbeitssuche befreien, aber es würde ihnen auch keine Teilhabeperspektive über das Existenzminimum hinaus bieten. Der gesellschaftliche Druck, allen Menschen einen Arbeitsplatz bereitzustellen, wäre weg.

Im Gegenteil: durch die Zusammenführung der sozialstaatlichen Maßnahmen und den weitgehenden Verzicht auf Umverteilung werden ihre Perspektiven sogar beschränkt. Der Sozialstaat bietet trotz der letzten Leistungskürzungen eine Vielzahl von unterschiedlichen Leistungen. Und er sichert gegen vielfältige Risiken ab. Die Leistungskürzungen bei vielen Sozialversicherungen haben dazu geführt, dass durch den Sozialstaat nicht mehr alle Lebensrisiken in ausreichendem Umfang abgesichert werden können. Ohne Zweifel ist deshalb die Verbesserung und Ausweitung sozialstaatlicher Leistungen dringend notwendig. Neben finanziellen Leistungen müssen und werden durch den Sozialstaat unter anderem auch medizinische Versorgung, Betreuungsangebote, Bildungs- und Qualifizierungsangebote solidarisch bereitgestellt werden. Die aktuelle politische Debatte über die Verbesserung der Kinderbetreuung verdeutlicht beispielsweise die Notwendigkeit eines Sozialstaates, der bei der Bereitstellung seiner Leistungen auf individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse eingeht.

Gesellschaftliche Umverteilung kann einerseits durch die Primärverteilung über steigende Arbeitslöhne erfolgen. Dazu haben wir bereits Möglichkeiten, wie einen gesetzlichen Mindestlohn, beschlossen. Eine Korrektur der Primärverteilung, wobei hier selbstverständlich alle Einkunftsarten gemeint sind, wie Einkünfte aus Mieten und Pachten, Kapitalerträgen, selbstständiger Arbeit etc., erfolgt bisher über die Einkommensteuer. Durch die Steuerreformen der letzten Jahre, die geplante Einführung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge sowie die vielfachen Absetzungsmöglichkeiten (die zudem je höher das Einkommen ist, desto vielfältiger für den/die einzelnen SteuerzahlerIn ausfallen) ist der Umverteilungscharakter des Steuersystems geschwächt worden.

Durch die hohen Kosten, die ein bedingungsloses Grundeinkommen verursachen würde, gingen die Möglichkeiten einer qualitativ hochwertigen, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Ausgestaltung des Sozialstaats verloren. Die Kosten der in der politischen Linken diskutierten Grundeinkommensmodelle würden wesentlich höher liegen, als die aktuellen Sozialausgaben: Ein Grundeinkommen in Höhe von 1.000 Euro hätte im Jahr 2005 etwa 40% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) benötigt; der Anteil der Sozialausgaben am BIP lag im Jahr 2005 bei 31%. Wenn aber die gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten vorhanden sind, die Sozialausgaben in diesem Umfang auszuweiten, dann sollten diese sinnvoller eingesetzt werden.

Durch ein Grundeinkommen würden auch geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen verstärkt. Zwar hätte dann eine vom Einkommen ihres Partners abhängige Frau ein eigenes Minimaleinkommen. Dies würde aber nicht anders als die aktuell von konservativer Seite diskutierte ‚Herdprämie‘ wirken. Neue Chancen für Frauen, gleichberechtigt am Erwerbsleben teilzunehmen, würden dadurch nicht geschaffen. Die Folge dessen wäre in vielen Fällen, dass hauptsächlich männliche Personen einer Erwerbstätigkeit nachgingen und dafür zusätzlich zu seinem Grundeinkommen ein Erwerbseinkommen beziehen würden, währenddessen sich speziell Frauen um Haushalt, Pflege, Betreuung und Kindererziehung kümmern würden und dafür ausschließlich ihr Grundeinkommen beziehen würden. Gleichstellungspolitisches Ziel für uns Jusos muss sein, die Gleichberechtigung von Frauen auch im Erwerbsleben zu erreichen. Nur dann sind Frauen gleichberechtigt in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten. Dazu ist unter anderem die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und wo notwendig Quotenregelungen nötig. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen würde dies unmöglich.

Der Weg des Grundeinkommens, alle sozialstaatlichen Leistungen auf eine einzige pauschale finanzielle Leistung zu reduzieren, geht deshalb in die falsche Richtung. Die Folge wäre die Privatisierung großer Teile der Sozialsysteme und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die höheren Kosten, die durch einen höheren individuellen Bedarf an sozialen Dienstleistungen entstehen können [Beispiele: Kinderbetreuung, Pflegefälle, ...], würden bei einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht mehr durch die Solidargemeinschaft, sondern müssten individuell getragen werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre auch unter diesem Gesichtspunkt in vielen Fällen ungerechter als andere Systeme der sozialen Absicherung. Es ist eben nur auf den ersten Blick gerecht, jedem das gleiche Grundeinkommen auszahlend. Und warum auch vermögende Personen in den Genuss einer steuerfinanzierten Grundsicherung kommen sollten, ist selbst dann nicht einzusehen, wenn sie im Gegenzug durch höhere Steuern belastet würden.

Die Verbesserungen, die sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für all jene in ihrer konkreten Lebenssituation ergeben könnten, die auf sozialstaatliche Unterstützung angewiesen sind, ließen sich wesentlich einfacher, besser, gerechter und mit weniger Risiken verbunden durch andere Reformansätze und Korrekturen bei bestehenden sozialstaatlichen Regelungen erreichen. Für uns steht außer Frage, daß Umfang, Gewährung und Bemessung der Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch weder ein selbstbestimmtes Leben, noch Teilhabe an den sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Errungenschaften unserer Gesellschaft gewährleisten. Deswegen müssen unsere Überlegungen hier ansetzen: Eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes der Grundsicherung nach SGB II („Hartz IV“) ist für uns notwendiger und immanenter als eine noch theoretische Diskussion über Grundeinkommen. Dies schließt eine großzügigere Behandlung von Vermögen, höhere Freibeträge für Kinder, und pflegebedürftige Angehörige, eine ausreichende Berücksichtigung der Kosten für Bildung und des Aufwandes für chronisch Kranke - bei gleichzeitiger Abschwächung der Sanktionsinstrumente bei nicht erfolgter Arbeitsaufnahme mit ein. Einen Satz, wie den von Franz Müntefering „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ lehnen wir ab - die Entscheidung, ob und wie mensch sein Arbeitsleben gestaltet, darf nicht von ökonomischen Zwängen abhängen, die Entscheidung, eine Beschäftigung aufzunehmen oder abzulehnen, darf nicht von staatlicher Seite aufgediktet werden. Und es ist sinnvoller, die Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen auf mehr Schultern zu verteilen und so allen Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Die Forderung nach „guter Arbeit“ und Wirtschaftsdemokratie hat bei SozialistInnen und in den Gewerkschaften immer einen großen Stellenwert gehabt. Denn dies ist auch innerhalb des Kapitalismus die Auseinandersetzung die über das Verhältnis der meisten Menschen zur Arbeit bestimmt. Denn Arbeit erfüllt eine wichtige Teilhabefunktion. Wir wollen keine Gesellschaft in der „Überflüssige“ alimentiert werden, sondern eine Gesellschaft in der alle darüber bestimmen können wie und was produziert wird. Für Arbeit muss es ein Einkommen geben, von dem man leben kann und sein Leben perspektivisch selbst verwirklichen kann. Deswegen ist für uns Jusos ein existenzsichernder gesetzlicher Mindestlohn unweigerlich mit der Forderung nach „Guter Arbeit“ verbunden.

Diese Perspektive wird aber mit einem Grundeinkommen aufgegeben. Eine individuelle Befreiung aus den bestehenden gesellschaftlichen Zwängen durch den schlichten Ausstieg aus der Arbeitswelt ist nicht möglich. Die BefürworterInnen des Grundeinkommens wollen dem System der Ausbeutung und Entfremdung im Kapitalismus einen geschützten Rückzugsbereich für alle Menschen entgegenstellen. Sie schaffen damit real allerdings nicht mehr als einen Kombilohn, bei dem öffentliche Unterstützung durch ein Erwerbseinkommen lediglich aufgestockt würde. Dieser wird je nach Verhandlungsstärke in den meisten Bereichen die von den Arbeitgebern zu zahlenden Löhne senken. Dort wo die Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen groß genug ist, stellt das bedingungslose Grundeinkommen nur einen staatlichen Zuschlag auf schon vorhandene Einkommen dar. Die ungleiche Einkommensverteilung könnte sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen sogar noch verschärfen, wenn die Arbeitseinkommen in den unteren Einkommensbereichen drastisch sinken und bisherige Sozialleistungen gestrichen würden; während ein Teil der Gesellschaft alleine mit dem Grundeinkommen auskommen müsste, könnte ein anderer Teil umso mehr Einkommen und Vermögen akkumulieren.

Langfristig bedeutet das BGE wahrscheinlich die Abkoppelung der Armen von der Wohlstandsentwicklung und legitimiert einen Zustand, bei dem nicht alle Teile der Gesellschaft vom Produktivfortschritt profitieren. Das BGE führt nicht zu einer ausgewogeneren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Eine gezielte und gesteuerte Umverteilungspolitik wird aufgegeben. Diese Umverteilung erreichen wir eben nicht bloß durch ein progressives System der Einkommensbesteuerung, sondern auch durch Sozialsysteme, welche zielgenau auf Bedürftigkeiten eingehen können. Es bleibt eine Selbstverständlichkeit, dass diese Systeme dahingehend umgebaut werden müssen. Aber nur weil sie unsere Ansprüche heute nicht in dem Maße erfüllen, wie wir es für nötig halten, müssen sie doch

nicht durch ein BGE abgeschafft werden. Man würde förmlich das Kind mit dem Bade ausschütten. Damit würde der Staat sein wichtigstes Instrument zur gesellschaftlichen Umverteilung aus der Hand geben. Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit, also Kernziele sozial gerechter Politik, wären zunichte gemacht.

Sicherlich wissen wir, dass unsere Systeme der sozialen Sicherung in der jetzigen Form nicht die Antwort auf die Argumente und Wünsche derjenigen liefern, die für ein BGE eintreten. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass wir mit den Instrumenten der differenzierten sozialen Sicherung die Entwicklung hin zu einer gerechteren Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen erreichen können. Es liegt an uns sie entsprechend zu gestalten. Diesen Anspruch aber geben wir mit dem Ruf nach einem BGE schlichtweg auf.

Damit die Forderung nach einem bedingungslosem Grundeinkommen aus linker, sozialistischer Perspektive eine fortschrittliche und emanzipatorische wird, müsste das Grundeinkommen von einer ganzen Reihe anderer Maßnahmen flankiert werden. Weder ein öffentlicher Beschäftigungssektor noch individuelle Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wären obsolet. Damit verliert es aber zu Recht seinen Charakter. Es könnte ohne Verlust und durch Hinzugewinnung von öffentlichem Gestaltungsspielraum in eine bedarfsorientierte Grundsicherung umgewandelt werden.

Die meisten linken Grundeinkommensmodelle setzen hier auf die Entstehung eines breiten Freiwilligenbereiches. Sie gehen damit einen Schritt weg von der Forderung nach öffentlicher Beschäftigung. Dies ist fatal, denn hier wird gesellschaftlicher Gestaltungsanspruch aufgegeben. Die Feststellung, dass es Bereiche gibt, die im Kapitalismus aufgrund der herrschenden Profitlogik nicht befriedigt werden können, macht öffentliche Regulierung notwendig. Hier muss nach gesellschaftlicher Verständigung der Staat ein entsprechendes Angebot bereitstellen. Dies müsste aber konkret durch Umverteilung finanziert werden.

Ehrenamtliche und Familienarbeit mehr anzuerkennen und materiell zu ermöglichen ist ein wichtiges Ziel. Das können wir aber auch über die Umgestaltung des herkömmlichen Systems erreichen. Wir brauchen mehr öffentliche Beschäftigung mit gerechter und ausreichender Entlohnung für nicht marktwirtschaftlich organisierbare, aber gesellschaftlich notwendige Aufgaben. Welche solcher Arbeiten notwendig sind, ist dann zu Recht eine gesellschaftlich-politische, z. B. kommunale, aber nicht unbedingt individuelle Entscheidung. Das Ziel der Vollbeschäftigung müssen und dürfen wir nicht aufgeben, wenn wir gesellschaftlichen Wohlstand mehren und einen Fortschritt im Sinne einer qualitativen Verbesserung der Lebensverhältnisse erreichen wollen. Durch ein BGE droht die Suche nach alternativen Wegen dorthin delegitimiert zu werden. Gerade durch den demographischen Wandel wird eine Vollbeschäftigung in Zukunft sowohl möglich als auch nötig, um den Wohlstand der Gesamtgesellschaft zu erhalten. Zentral ist hierbei die Möglichkeit der passenden Qualifikation als Voraussetzung für Vollbeschäftigung. Hier ist (auch sozial) staatliche Infrastruktur dringend notwendig.

Eine sinnvolle Perspektive wird die Grundeinkommen nur für wenige sein, denn sie ermöglicht bei sicheren Perspektiven eine flexiblere Gestaltung des eigenen Erwerbslebens. Dies ist der Knackpunkt in der derzeitigen Diskussion: nicht für die vom Arbeitsprozess ausgeschlossenen wäre das bedingungslose Grundeinkommen vorteilhaft, sondern für diejenigen mit gesicherten Perspektiven ist es ein Instrument zur freieren Lebensgestaltung. Dies ist solange kein Widerspruch zu sozialistischer Politik, wie dies nicht durch den Verzicht auf Umverteilung und Arbeitsperspektiven für alle erkaufte wird. Dies ist aber gerade beim bedingungslosen Grundeinkommen der Fall. Deshalb halten wir Jusos die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen weder für einen emanzipatorischen, noch für einen unterstützenswerten Ansatz. Die von den Jusos aufgemachte Perspektive einer Arbeitsversicherung ist hier der wesentlich sinnvollere Weg. Kurzfristig muß für uns nicht das Ob und Wie eines wie immer gearteten Grundeinkommens im Mittelpunkt der Diskussion stehen, sondern erste Priorität lautet für uns eine an den Menschen und unserem Menschenbild ausgerichtete Perspektive für eine solidarische und mit Würde ausgestaltete soziale Sicherung im Bereich des Arbeitsmarktes. Anstatt mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen jeden seinem eigenen Schicksal zu überlassen, muss kollektiv die Frage nach der Verfügung über die Produktionsmittel gestellt werden. Ziel muss es sein, die herrschenden Kräfteverhältnisse zu verändern und eine demokratische, auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Gestaltung der Wirtschaft zu erreichen.

Blender Investivlöhne: Kein Wundermittel für Produktivität und Beschäftigung!

Grundsätzlich lehnen wir als Jusos die Einführung von Investivlöhnen ab - wenn Investivlöhne eingeführt werden sollten, fordern wir, der Einführung eines Investivlohns nur unter gewissen Bedingungen zuzustimmen. Denn der Investivlohn wird in der momentanen politischen Debatte als Instrument der Wirtschafts- und Sozialpolitik massiv überschätzt: er ist keine Wunderwaffe gegen eine zunehmende Vermögenskonzentration, für mehr Einkommensgerechtigkeit, mehr Beschäftigung und höheres Wirtschaftswachstum. Unter bestimmten Voraussetzungen kann er aber durchaus dazu beitragen, durch mehr Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen eine stärker ausgeglichene Vermögensbeteiligung zwischen UnternehmerInnen und Angestellten zu schaffen. Damit aber die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen für diese keine zusätzlichen Risiken birgt und die Flächentarifverträge nicht unterwandert werden, ist es nötig den Investivlohn an folgende Bedingungen zu binden, wie sie u.a. auch verdi formuliert:

1. Die Gewinnbeteiligung muss bei Firmenverlusten und Insolvenzen risikofest sein und ist keine Alternative zur Mitbestimmung. Es gibt eine Insolvenzsicherung durch den Pensionsversicherungsverein.
2. Der tariflich gesicherten Gewinnbeteiligung steht keine Verlustbeteiligung gegenüber.
3. Der Investivlohn wird zusätzlich und nicht alternativ zum gesicherten Tarifeinkommen gezahlt. Der Investivlohn wird nicht zur Lohnflexibilisierung und Lohnsenkung instrumentalisiert.
4. Es gilt Steuer- und Sozialabgabenfreiheit für alle Mittel, die ArbeitnehmerInnen im Unternehmen belassen. Da der Barlohn nicht sinken darf, bedeutet dies keinen zusätzlichen Kostenfaktor für den Staat und die Sozialversicherungskassen.
5. Die Anlage ist freiwillig.
6. Die Teilhabe am Unternehmenswert hat eine garantierte Mindestverzinsung in Höhe der Lohnsteigerungen.
7. Die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen bzw. der ArbeitnehmerInnen-Vertreter im Aufsichtsrat ist zwingend.
8. Es gibt eine volle Teilhabe an jeder Gewinnausschüttung.

Die Jusos Bayern halten daran fest, dass gegen die in Deutschland vorherrschende zunehmende Lohnunsicherheit und Lohndivergenz nur ein gesetzlicher Mindestlohn nachhaltig wirken kann. Dieser muss regionenspezifisch ausgestaltet sein und sich auf ein Minimum-Niveau von 7,50 Euro/h belaufen. Nur so kann der Weg für mehr Einkommensgerechtigkeit, mehr Beschäftigung und ein höheres Wirtschaftswachstum geebnet werden.

Die aktuelle politische Debatte

Das Thema Intensivlohn ist ein Lohnkonzept, dass in Deutschland seit Jahrzehnten immer mal wieder auf der politischen Tagesordnung steht. BefürworterInnen und GegnerInnen streuen sich über alle Lager, und so hat sich die Idee eines Investivlohns nie wirklich in die Realität umgesetzt. Die aktuelle Debatte um den Investivlohn wurde Anfangs von großer politischer Einigkeit über die Idee als Ganzes getrieben. Doch der Traum von einem grosskoalitionären Erfolgsprojekt ist geplatzt, denn jetzt spalten sich die Lager in der Detailregelung. Tatsächlich steckt hinter dieser, ob bei einer Forderung nach einem Investivlohn eher arbeitnehmer- oder eher arbeitgeberseitige Interessen vertreten werden.

Zuerst holte die SPD das Thema Investivlöhne bei der Programmkonferenz 2006 erneut auf den Tisch. Vor Weihnachten 2006 sprach sich Franz Müntefering konkret für Lohnerhöhungen über Investivlöhne aus: „Es ist Zeit für Mut, die Spirale wieder nach oben zu drehen. Gute Löhne gehören dazu.“ Kurz drauf proklamierte Angela Merkel die Idee des Investivlohns für sich. Und auch Edmund Stoiber sprach sich auf dem CSU-Parteitag in Augsburg Anfang dieses Jahres dafür aus, nicht mehr nur ManagerInnen sondern auch ArbeitnehmerInnen am Unternehmenserfolg zu beteiligen. Nun will die CDU/CSU unter dem Motto „soziale Partnerschaft“ Investivlöhne mit einer besseren steuerlichen Behandlung fördern und staatliche Kredite für Belegschaften anbieten, die ihre Betriebe kaufen wollen. Selbst seitens der Gewerkschaften gibt es Zustimmung. Martin Kannegiesser, Präsident von Gesamtmetall, forderte ebenso eine angemessene Beteiligung am Zuwachs und Erfolg der Branche für die MitarbeiterInnen. DGB-Vorstandsmitglied Dietmar Hexel knüpfte die Zustimmung zum Investivlohn allerdings an die Bedingung, dass die Regelung nicht alternativ zum gesicherten Tarifeinkommen gelte. Verdi-Chef Frank Bsirske will Investivlöhne nur als Ergänzung zu den festen, vereinbarten Tariflöhnen. Die Arbeitgeberverbände sprechen sich eindeutig für den Investivlohn aus, von dem sie sich geringere Lohnabschlüsse und eine Steigerung der Kapitalbasis des Unternehmens versprechen. Nach deren Vorstellung wäre mit der Gewinnbeteiligung der ArbeitnehmerInnen die Lohnerhöhung des einen Jahres nicht mehr Ausgangsbasis für die Lohnerhöhung im folgenden Jahr, son-

dern es gäbe Lohnerhöhungen in Form von flexiblen Einmalzahlungen.

Uneinig sind sich CDU und SPD über die steuerliche Förderung der Investivlöhne. Die Union will ArbeitnehmerInnen ermöglichen, rund 1000 Euro pro Jahr steuerbegünstigt in ihrem Unternehmen anzulegen. Den Fiskus würde die Steuervergünstigung nach ersten Schätzungen rund 620 Mio. Euro pro Jahr kosten. Die SPD bevorzugt, Gelder in einen staatlichen Insolvenzschutz zu investieren. Noch vor der Sommerpause wollen beide Parteien ein Investivlohn-Modell vorlegen, das eventuell noch in dieser Legislaturperiode seinen Weg ins Gesetz finden soll.

Definition, Verbreitung und Ziele des Investivlohns

Unter dem Stichwort Investivlohn wird in der politischen Debatte meist Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmen verstanden. Ein Teil des Lohns wird in Form von Beteiligungen ausgezahlt, beispielsweise über Belegschaftsaktien, Wandelanleihen oder Aktiendepots. Üblich ist eine Ausgabe von 10% des Gehalts in Unternehmensanteilen. Die MitarbeiterInnen werden somit zur finanziellen Beteiligung am Unternehmen verpflichtet, auch im Falle eines sinkenden Werts der Aktien oder GmbH-Anteile.

Der Investivlohn ist allerdings nicht zu verwechseln mit Modellen der Gewinnabschöpfung (Prämienregelungen): Hier erhalten Mitarbeiter einen Grundlohn und je nach Gewinn des Unternehmens eine höhere Provision – hier wird aber nicht von Investivlohn gesprochen. Ebenso werden in Deutschland oft „Sparlöhne“ als Investivlöhne bezeichnet, gemeint sind damit aber die vermögenswirksamen Leistungen der Unternehmer, die staatlich gefördert sind.

Gewinn- und Kapitalbeteiligungen am arbeitgebenden Unternehmen spielen in Deutschland eine geringe Rolle (nur ca. 6-7% der ArbeitnehmerInnen sind am arbeitgebenden Unternehmen beteiligt).

In den USA dagegen sind Kapitalbeteiligungen von ArbeitnehmerInnen stärker vertreten (rund 15% der US-ArbeitnehmerInnen sind am arbeitgebenden Unternehmen beteiligt). Sie dienen dort hauptsächlich dem Ziel der betrieblichen Altersvorsorge, da das Niveau der staatlichen Altersvorsorge sehr gering ist (Employee Stock Ownership Plans, Investmentfonds auf Unternehmensebene, Granted Stock Options).

Frankreich ist das einzige europäische Land mit einer längeren Tradition der Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinnen und Produktivvermögen. Dort gibt es seit 1967 eine obligatorische Gewinnbeteiligung für die Belegschaft, entstanden durch die Idee eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus (l'interressement des salaries seit 1959, participation aux fruits de l'expansion seit 1967). Allerdings ist dieser Investivlohn eher als ein finanzieller Ersatz für echte Mitbestimmung zu interpretieren, da diese sich erst in den 1980ern richtig durchsetzte.

Auch in Großbritannien gibt es Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der ArbeitnehmerInnen, die sogar staatlich gefordert wurden (Approved Profit-sharing Scheme seit 1978, Profit-Related Pay seit 1987) und eng mit der Steuergesetzgebung verknüpft sind. Rund ein Viertel der ArbeitnehmerInnen sind vom Investivlohn betroffen. Gerade in den 1980er und 1990er Jahren wurde versucht, die Ablehnung und der Widerstand der Gewerkschaften gegen die Privatisierungen durch solche Begünstigungen zu vermindern.

Allerdings ist in den meisten europäischen Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien ist der Investivlohn nicht verbreitet.

Allgemein kann gesagt werden, dass gewinabhängige Einkommensbestandteile im Verhältnis zum Festlohn in allen Ländern ein eher geringes Ausmaß haben. Das Spektrum der Varianten des Investivlohns ist allerdings sehr breit und von Land zu Land unterschiedlich.

Ziel der Investivlöhne ist es primär, die Einkommens- und Produktivvermögensverteilung zugunsten der ArbeitnehmerInnen zu verbessern. Die Wissenschaft ist sich einig, dass die Einführung eines Investivlohns die Sparquote einkommensschwacher Bevölkerungsschichten erhöhen würde, da der Investivlohn nicht konsumtiv verwendet werden kann (zumindest nicht unmittelbar). So wird oft argumentiert, dass Investivlöhne durch die Motivationssteigerung der MitarbeiterInnen und deren höhere Sparquote langfristig zu mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung führen können. Die meisten empirischen Untersuchungen (mikroökonomische Studien, Fallstudien und Befragungen) können eine langfristig positive Wirkung von Investivlöhnen auf Beschäftigungswachstum nicht bestätigen. Allerdings belegen die Studien durchaus eine positive Auswirkung auf die Motivation der MitarbeiterInnen, insbesondere deren Loyalität.

Ebenso wird argumentiert, dass durch die Absenkung der Barlöhne Unternehmen in der Krise saniert wer-

den können. Der Investivlohn hat in der Modelltheorie auch das Ziel, durch die Lohnanpassung an die Unternehmensleistung Outputschwankungen der Unternehmen nach oben und unten (Boom, Rezession) abzufedern. Im Falle eines Booms wird dem Unternehmen Kapital entzogen und im Falle einer Rezession wird dem Unternehmen Kapital zugefügt (Weitzmann-Modell).

Die Gewinnbeteiligungssysteme haben ganz klar auch Lohnflexibilisierung zum Ziel. Die Forderung nach Investivlöhnen wird oft von der Vorstellung getrieben, durch eine Lohnsenkung (in Verbindung mit einer Gewinnbeteiligung) der osteuropäischen und ostasiatischen Niedriglohnkonkurrenz standhalten zu können. Hier könnten die Erträge aus Kapital die gesenkten Löhne kompensieren (Sinn-Modell).

Argumente für den Investivlohn

Der Investivlohn entspricht in der Theorie der Idee der sozialen Marktwirtschaft, durch eine breite Streuung des Vermögens eine „Gesellschaft von TeilhaberInnen“ zu schaffen. Er macht eine stärkere Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen möglich, so dass der Investivlohn zu einem besseren Interessens- und Machtausgleich zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen führen kann. Das stärkste politische Argument für Investivlöhne ist daher die stärker ausgeglichene Vermögensbeteiligung zwischen UnternehmerInnen und Angestellten.

Unternehmen versprechen sich darüber hinaus primär eine erhöhte Leistungsmotivation der MitarbeiterInnen, die sich verstärkt für die Unternehmensentwicklung verantwortlich fühlen. In der Argumentation wird der Investivlohn dabei schnell zur Wunderwaffe aufgebauscht. Ein System mit niedrigem Basislohn und erfolgsabhängiger Prämie würde den Unternehmen nicht nur mehr betriebliche Flexibilität verschaffen sondern auch volkswirtschaftlich durch die Motivations- und Produktivitätssteigerung der Beschäftigten zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen.

Argumente gegen den Investivlohn

Die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen birgt für diese hohe Risiken, da der Investivlohn nicht nur eine Gewinn- sondern auch eine Verlußteteiligung der MitarbeiterInnen impliziert. Die ArbeitnehmerInnen sind im Falle einer wirtschaftlichen Schiefelage des Unternehmens einem doppelten Risiko ausgesetzt, dem Arbeitsplatzrisiko und dem Verlustrisiko. Die Lage ist noch kritischer, wenn die Beteiligung wie in den USA in Renten- oder Arbeitslosenfonds fließt. Im Sanierungsfall geben die ArbeitnehmerInnen ihrem Unternehmen Kredit; ohne Risikoabsicherung und ohne jegliche Regelung einer Rückerstattung.

Ebenso impliziert der Investivlohn eine Abkehr von der traditionellen Form branchenweiter Flächentarifverträge: Der Grundlohn soll abgesenkt und niedrig gehalten werden; der Anteil des gewinnabhängigen Einkommens soll erhöht werden. So wird durch den Investivlohn die Lohnflexibilisierung und Lohnsenkung weiter vorangetrieben.

Die Tatsache, dass die Gewinnkomponente des Lohns nicht (unmittelbar) verkonsumiert werden kann, senkt die Kaufkraft einkommensschwacher Haushalte wesentlich.

Ein Blick auf die geringe Verbreitung der Investivlöhne in Europa zeigt, dass eine größere Verbreitung von Gewinn- und Kapitalbeteiligungssystemen nur mit starker steuerlicher Förderung und entsprechender rechtlicher Regulierung möglich wird. Denn die meisten ArbeitnehmerInnen zeigen sich nicht besonders interessiert an Investivlöhnen. Bezüglich der Vermögensinvestitionen haben Befragungen ergeben, dass die Priorität deutscher ArbeitnehmerInnen immer noch zunächst beim Wohneigentum liegt, gefolgt von der Alterssicherung (einschließlich Lebensversicherung). Die Beteiligung am Produktivvermögen kommt erst an dritter Stelle.

Zuletzt machen die Abschmelzung der Kernbelegschaft und die Zunahme der fluktuierenden Belegschaft im Zuge der Globalisierung den Investivlohn wenig praktikabel.

C1	Bundesvorstand: Gute Ausbildung. Zur Zukunft der beruflichen Bildung.....	45
----	---	-----------

Anspruch auf Bildung – Anspruch auf Ausbildung und Arbeit

Bildung muss jedem einzelnen Fähigkeiten vermitteln, um sich in einem rasant voranschreitenden gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungsprozess selbstbestimmt zurechtfinden zu können: Bildung ist die notwendige Voraussetzung zur Selbstentfaltung und Emanzipation. Das Bildungswesen soll allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, indem es jeder und jedem die Möglichkeiten gibt, sich frei zu entwickeln und mit den erworbenen Fähigkeiten ein würdiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Elementarer Bestandteil von Teilhabe ist ein sicheres Einkommen zu haben von dem man leben kann. Das Bildungswesen muss die Voraussetzung schaffen, dieses Ziel individuell realisieren zu können.

Bildung muss Qualifikationen vermitteln, mit denen die Gesellschaft die kritische Weiterentwicklung der Produktivkräfte vorantreiben und Lösungen für ökonomische, soziale und ökologische Probleme entwickeln kann: Wir brauchen Bildung für einen zielgerichteten ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Bildung ist ein öffentliches Gut. Das Bildungssystem muss deshalb unter staatlicher Verantwortung stehen. Der Staat hat die Aufgabe für jede und jeden den Zugang zu allen Bildungswegen zu ermöglichen.

Dies gilt auch für die berufliche Bildung, selbst wenn dort bei einem dominanten Ausbildungsmodell – nämlich der dualen Berufsausbildung – die Verantwortung für große Teile der Ausbildung an die Betriebe und Kammern übertragen wurde. Trotz dieser Übertragung bleibt der Staat letztendlich verantwortlich. Wenn die bewährte korporatistische Steuerung versagt, muss der Staat regulierend eingreifen. Es ist eine soziale Verpflichtung der Wirtschaft, in einem ausreichenden Maße Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise kann das duale System junge Menschen ein vernünftiges, qualitativ hochwertiges und auswahlfähiges Angebot an Ausbildung unterbreiten.

Die berufliche Bildung ist aber nicht nur Teil des Bildungssystems, sie steht auch am Übergang zum Erwerbsleben. Bei Ausbildungen, die ganz oder teilweise in Betrieben erfolgen (wie dies klassischerweise beim in Deutschland dominanten dualen System der Fall ist), erfolgt mit Aufnahme der Ausbildung gleichzeitig auch der Eintritt in die Erwerbsarbeit. Auch wenn die Ausbildungsvergütung nicht als Lohn / Gehalt angesehen wird, so nehmen Auszubildende in einer betrieblichen Ausbildung mit ihrer Ausbildung auch eine lohnabhängige Beschäftigung auf. Sie werden bereits während ihrer Ausbildung mehr oder weniger offen mit dem Interessengegensatz zwischen abhängig Beschäftigten und Kapitaleigner konfrontiert. Die Berufsausbildung ist Teil des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Entsprechend zeigen sich auch in der Berufsbildungspolitik und in der Organisation der beruflichen Bildung deutlich die Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital. Die Zukunft der beruflichen Bildung ist umkämpft. Wir Jusos stehen dabei klar auf Seiten der Auszubildenden und der Gewerkschaften als legitimierte Interessenvertretungen der Arbeitenden.

Eine Berufsausbildung soll jungen Menschen die Chancen geben, ihren Lebensunterhalt selbst durch Erwerbsarbeit in einer qualifizierten Tätigkeit zu bestreiten. Dies allein würde aber nicht unserem emanzipatorischen Bildungsverständnis genügen. Und die berufliche Bildung würde der individuellen wie auch gesellschaftlichen Bedeutung der Erwerbsarbeit nicht gerecht. In der kapitalistischen Produktionsweise ist die Erwerbsarbeit zentral als Quelle des gesellschaftlichen Reichtums. Hierüber werden – abgesehen von der Stellung zu den Produktionsmitteln – in ihren Grundzügen die Ansprüche auf den gesellschaftlichen Reichtum zwischen den Individuen, Gruppen und Klassen geregelt. Die Erwerbsarbeit bleibt für uns zentral, durch sie wird für jede und jeden Einzelnen soziale Teilhabe ermöglicht. Die Erwerbsarbeit steht nach wie vor im Mittelpunkt der Lebensplanung der Einzelnen. Jede Berufsausbildung muss den Auszubildenden zum Berufseinstieg Wege aufzeigen, mit denen sie ihre gesellschaftliche Lage als Arbeitende verbessern können. Die berufliche Bildung muss zum gesellschaftlichen Fortschritt, zu besseren Lebensbedingungen für die Auszubildenden und Arbeitenden beitragen.

Die berufliche Ausbildung ist und muss also beides sein: Sowohl Bildung als auch der Einstieg in die Erwerbsarbeit.

Wir als Jusos bekennen uns eindeutig zum dualen Ausbildungssystem. Schulische oder außerbetriebliche Ausbildungsmodelle sind für uns nur in Ausnahmefällen eine Alternative. Das duale Ausbildungssystem bietet seinen Auszubildenden während der Ausbildung eine soziale Absicherung wie kaum ein anderes (Aus-)Bildungssystem. Dazu sind insbesondere die Ausbildungsvergütung, tarifvertragliche Leistungen oder die Einbeziehung in die soziale Sicherungssysteme, die nicht nur theoretisches Wissen sondern auch die Mitarbeit im Betrieb bietet.

Reformbedarf besteht

Das duale Ausbildungssystem ist seit vielen Jahrzehnten ein vorbildliches Ausbildungssystem, das vielen Ausbildungssuchenden eine qualifizierte Ausbildung bereitstellt. Dies gilt grundsätzlich trotz der seit Jahren bestehenden Ausbildungsplatzlücke noch immer. Die durch das duale System gut ausgebildete große Zahl an Fachkräften galt und gilt als wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik Deutschland und wird als komparativer Vorteil der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb angesehen. Auch die Integrationsleistung für den Arbeitsmarkt ist im Vergleich beachtlich.

Bis heute vermittelt das deutsche duale Ausbildungssystem wie kaum ein anderes Ausbildungssystem der Mehrheit der Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsabschluss und Sicherheit. Die Übernahmequoten sind bei dualen Berufsausbildungen noch immer sehr hoch. Auch wenn die Übernahmequote nach Ausbildungsabschluss im dualen System in den letzten Jahren merklich zurückgegangen ist, so ist der Übergang von der Ausbildung in die Erwerbsarbeit für Jugendliche in einer dualen Berufsausbildung noch immer relativ bruchlos.

In Großbetrieben und Konzernen trägt dieses Ausbildungsmodell mit den Jugendauszubildendenvertretungen und einer traditionell hohen gewerkschaftlichen Organisierung der Auszubildenden zu einer Stärkung der kollektiven Interessenvertretung bei. In außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen gibt es derzeit keine Mitbestimmungsrechte für junge Auszubildende. Deren Aufnahme analog zu den Bestimmungen im Betriebsverfassungsgesetz ist dringend geboten.

Doch inzwischen treten auch bei diesem Ausbildungssystem Krisensymptome deutlicher sichtbar auf. Das idealtypische Übergangsmuster zwischen Schule und Beruf – das so genannte Zwei-Schwellen-Modell – beschreibt nur noch bei wenigen den realen Übergang von Schule – Ausbildung – Beruf. Dieses Übergangsmuster, bei dem die erste Schwelle die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung nach dem Schulabgang darstellt und die zweite Schwelle den direkt an die Ausbildung anschließenden Einstieg in den Arbeitsmarkt beschreibt, beschreibt die nach wie vor vorherrschende Normalitätsvorstellung des Übergangs. Die individuellen Wege und Übergänge zwischen Schule und Arbeitsmarkt sind heute für zahlreiche Jugendliche jedoch wesentlich komplexer, sie weisen zusätzliche Stufen, Schwellen und (Teil-) Übergänge auf. Für viele Jugendliche ist es nicht mehr selbstverständlich, dass sie unmittelbar nach ihrem Schulabgang einen angestrebten Ausbildungsplatz erhalten. Infolgedessen hat das Übergangssystem, in dem Jugendliche keine qualifizierte Berufsbildung, sondern unterschiedliche Maßnahmen der Berufsvorbereitung vermittelt bekommen, an Bedeutung gewonnen. Dies betrifft in besonderem Maße – aber nicht ausschließlich – HauptschülerInnen oder MigrantInnen. Von den HauptschulabsolventInnen finden nur noch zwei Fünftel unmittelbar einen dualen Ausbildungsplatz. Aber selbst von den RealschulabsolventInnen landet – zunächst – mehr als ein Viertel im Übergangssystem. Ein weiteres Problem ist, dass viele Jugendliche auf Grund fehlender Ausbildungsplätze Ausbildungsberufe erlernen, die weder ihrem Wunsch noch ihren besonderen Fähigkeiten entsprechen. In vielen Regionen Deutschlands ist die Berufsfreiheit damit eingeschränkt.

Die Normalitätsvorstellung der dualen Berufsausbildung herrscht trotz einer immer deutlicher zu Tage tretenden Ausdifferenzierung noch immer vor. Die Normalität besteht hierbei zum einen in der Vorstellung, wie ein idealtypischer Übergang verläuft, zum anderen im Vergleich des Einzelschicksals in einer Minderheit mit den Übergangswegen einer (wahrgenommenen) Mehrheit. Damit wird normativ und institutionell das Normalarbeitsverhältnis festgeschrieben, ein Lebensweg, der noch nie Mehrheitsweg war.

Doch in manchen Bereichen des dualen Systems gibt es inzwischen ernsthafte Ausbildungsprobleme. Die qualitativen Probleme des dualen Systems zeigt zum Beispiel der DGB-Ausbildungsreport und das Schwarzbuch Ausbildung des DGB auf. Man kann durchaus von einem qualitativ geteilten dualen Berufsausbildungssystem sprechen. So bieten die Ausbildungen in den Metall-/Elektroberufen der Industrie, in der Verwaltung oder Kaufleute im Büro insgesamt eine sehr gute Ausbildungsqualität. Die Metall-/Elektroberufe des Handwerks, das Hotel- und Gastgewerbe sowie das Handwerk beim Bau bieten laut DGB-Ausbildungsreport 2007 überwiegend nur eine schlechte Ausbildungsqualität. So verwundert es nicht, dass die Berufe mit der insgesamt besten Ausbildungsqualität IndustriemechanikerIn, medizinische FachangestellteR, Steuer-/VerwaltungsfachangestellteR, Industriekaufmann/-frau sowie Bankkaufmann/-frau sind und die insgesamt schlechteste Ausbildungsqualität bei den Berufen TischerIn, Restaurantfachmann/-frau, GärtnerIn sowie MalerIn und LackiererIn sind.

Trotz aller beschriebenen Mängel: Das duale Ausbildungssystem bietet seinen Auszubildenden während der Ausbildung eine soziale Absicherung wie kaum ein anderes (Aus-) Bildungssystem. Dazu sind insbesondere die Ausbildungsvergütung, tarifvertragliche Leistungen oder die Einbeziehung in die sozialen Sicherungssysteme zu zählen. Dies darf jedoch nicht verdecken, dass in vielen Branchen und Regionen unserer Republik betriebliche Auszubildende nicht unter tarifliche Regelungen fallen und geradezu lächerlich kleine Ausbildungsvergütungen erhalten.

Für das duale Berufsbildungssystem und die daraus folgenden Beschäftigungsformen waren immer auch die – zumindest formal gegebenen – Aufstiegsperspektiven charakterisierend. Mit einer Weiterbildung, beispielsweise zur Meisterin / zum Meister oder zur Technikerin / zum Techniker waren für Beschäftigte auch ohne Hochschulzugangsberechtigung betriebliche Führungspositionen erreichbar. Damit wurde die mit dem dualen Ausbildungssystem in Deutschland verbundene strikte institutionelle Trennung von allgemeiner bzw. wissenschaftlicher Bildung und beruflicher Bildung, die mitverantwortlich für die soziale Selektivität des Bildungssystems ist, gemildert.

Doch die Aufstiegsperspektiven für Beschäftigte mit dualer Ausbildung haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert; Führungspositionen werden inzwischen fast ausschließlich noch mit HochschulabsolventInnen besetzt. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren sicherlich weiter verschärfen, wenn sich Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen mit Bachelorabschluss auf Stellen bewerben, die klassischerweise durch Absolventinnen und Absolventen des dualen Systems besetzt wurden. Dadurch verstärkt sich die starke soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems und seine Auswirkungen auf die für den Einzelnen erreichbaren beruflichen Positionen.

Neben der dualen Berufsausbildung entstehen immer mehr – qualifizierte und unqualifizierte – Ausbildungswege, die von der Schule in die Erwerbstätigkeit führen. Sie bieten manchmal durchaus eine sinnvolle Perspektive, in den meisten Fällen sind sie aber prekär und von großer Unsicherheit, mangelnder sozialer Absicherung und keiner oder nur niedriger Vergütung geprägt. Teilweise handelt es sich dabei um reine Warteschleifen, um ein Übergangssystem, das zwischen Schule und (angestrebter) dualer Berufsausbildung eingeschoben wird. Dies ist den Jugendlichen gegenüber unverantwortlich! Doch solche Maßnahmen, wie zum Beispiel das Einstiegsqualifizierungsjahr sind nur ein Verschiebeparkplatz, bei denen kaum mehr als die Hälfte der Teilnehmenden anschließend in eine reguläre betriebliche Ausbildung übernommen wird. Diese Entwicklung führt für viele Jugendliche zu teilweise langen Phasen prekärer Beschäftigung, die es ihnen unmöglich macht, verlässlich ihre berufliche und private Zukunft zu planen und zu gestalten.

Das von der Wirtschaft bereitgestellte Angebot an Ausbildungsplätzen ist sehr konjunkturabhängig. Außer in wirtschaftlichen Boomphasen bietet die Wirtschaft deutlich zu wenige Ausbildungsplätze an. Nur wenige Betriebe bilden vorausschauend und nachhaltig aus.

Das duale System ist nach wie vor das Ausbildungssystem des Handwerks und der Industrie. Im Zuge des tertiären Wandels der Arbeitsgesellschaft muss man feststellen, dass das duale System sich im Dienstleistungsbereich längst nicht zum dominanten Ausbildungssystem entwickelt hat. Dies liegt zum einen an einer anderen, in vielen Dienstleistungsunternehmen vorherrschenden Unternehmenskultur. Dies hat aber auch strukturelle Ursachen. Im Dienstleistungssektor werden bei vielen Tätigkeiten andere Qualifikationen benötigt als in der industriellen Fertigung. Während in der Industrie vor allem mittlere Qualifikationen benötigt werden (z.B. Facharbeiterausbildung), benötigen viele Dienstleistungsunternehmen vor allem im niedrig oder aber hoch qualifiziertes Personal. Betriebsspezifische Kompetenzen scheinen bei Dienstleistungstätigkeiten nicht die Bedeutung zu haben, wie dies in der Industrie der Fall ist. Daraus folgen für die Unternehmen andere Mechanismen der Personalrekrutierung, sie stellen verstärkt Niedrig- bzw. Unqualifizierte oder aber HochschulabsolventInnen ein.

Mit dem sektoralen Wandel der Industriegesellschaft gingen auch Veränderungen in den Wirtschaftsstrukturen einher. Großindustrielle Komplexe wurden aufgelöst, immer größere Fertigungsschritte wurden ausgelagert. Dieser Prozess hat deutlich kleinere und spezialisierte Betriebe zur Folge, was eine vielseitige und umfassende Ausbildung in einem Betrieb deutlich erschwert.

Die wesentlichen Ursachen für das zu geringe Ausbildungsplatzangebot sind in diesem Wandel der betrieblichen Organisation und dem tertiären Strukturwandel zu suchen. Es ist daher die dringendste Aufgabe, das duale System in Industrie und Handwerk zu stabilisieren und im Dienstleistungssektor nachhaltig zu etablieren. Diese skizzierten Entwicklungen machen fortschrittliche Reformen und ein politisches, regulierendes Eingreifen im Bereich der beruflichen Bildung notwendig.

Die Bundesregierung: Mutlos, schlecht beraten und kein Konzept

Das aus jungsozialistischer Sicht gravierendste Problem des beruflichen Bildungssystems stellt die Krise auf dem Ausbildungsstellenmarkt dar. Im Koalitionsvertrag hat die große Koalition das Ziel formuliert, dass jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält. Davon sind wir – trotz konjunktureller Erholung – noch immer weit entfernt, die Lage ist noch immer angespannt.

Bis Ende August 2007 haben sich 710.900 Jugendliche gemeldet, die die Bundesagentur für Arbeit (BA) als ausbildungsreife AusbildungsstellenbewerberInnen registrierte – dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein

Rückgang um 21.700. Gleichzeitig wurden 458.200 Ausbildungsplätze gemeldet. Dies sind zwar 40.300 mehr als im vergangenen Jahr, allerdings geht dieser Anstieg größtenteils auf eine Steigerung des Angebots an außerbetrieblichen Lehrstellen (+ 27.400) durch die Bundesagentur zurück und nur zu einem kleinen Teil auf eine Erhöhung des betrieblichen Angebots.

Diese Lücke zwischen gemeldeten BewerberInnen und gemeldeten Ausbildungsplätzen ist keine vorübergehende Erscheinung, sondern geht aus einer seit Jahren andauernden Entwicklung hervor. Seit 1992 ist die Zahl der SchulabgängerInnen um rund 24 Prozent gestiegen, die Zahl der Lehrstellen ging in dieser Zeit um 22 Prozent zurück. Seit 1992 ging so – bei deutlich steigender Nachfrage – die Zahl der Ausbildungsplätze um 160.000 zurück.

Eine Folge hiervon ist, dass 2006 nur noch 61 Prozent der SchulabsolventInnen eine Ausbildung im dualen System aufnehmen konnten; 1992 nahmen noch weit über 70 Prozent eine duale Ausbildung auf. Während dieser Zeit stieg die Zahl der SchulabsolventInnen, die eine qualifizierte schulische Berufsausbildung aufnahmen um 84 Prozent auf 185.600 an. Die StudienanfängerInnenquote stieg in diesem Zeitraum um 18 Prozent an.

Doch trotz dieses starken Ausbaus von schulischen Berufsausbildungen gelingt es nicht, allen Schulabsolventinnen und Schulabsolventen eine Ausbildung mit anerkanntem Abschluss zu ermöglichen obwohl meist die AbsolventInnen viel Geld für ihre Ausbildung zahlen mussten. Die Prekarität zeigt sich auch am dramatischen Anstieg der jungen Menschen, die nach der allgemeinbildenden Schule erst einmal in einer beruflichen Grundbildung des Übergangssystems landen. Die Zahl derjenigen, die in solchen Warteschleifen geparkt werden hat sich im Zeitraum 1992 bis 2006 verdoppelt und lag 2006 bei rund 570.000, ihr Anteil an den SchulabgängerInnen bei 60% – im Vergleich zu 36% Anfang der 1990er Jahre. Auch die AltbewerberInnen sind zu berücksichtigen. Der Anteil der BewerberInnen, die sich schon im (vor)letzten Jahr auf eine Lehrstelle beworben haben, ist dramatisch angestiegen und lag 2006 erstmals bei über der Hälfte aller gemeldeten BewerberInnen.

Vor diesem Hintergrund kann nicht von einer ernsthaften Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt die Rede sein. Der konjunkturell bedingte diesjährige Anstieg der Ausbildungsstellen ist angesichts dieser Lage eher bescheiden und die strukturellen Ursachen für den laufenden Mangel an Ausbildungsstellen bestehen weiterhin fort.

Auf die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt reagiert die Bundesregierung weitgehend hilf- und konzeptlos. Der Mut, wirklich wirksame Instrumente umzusetzen, fehlt ihr. Im Koalitionsvertrag setzte sie vor allem auf „die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft und deren Interesse an qualifiziertem Nachwuchs“ und begrüßte den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“, den sie weiterentwickeln wollte. Dieses Hochjubiläum des Ausbildungspaktes ist bezeichnend für die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung. Der Ausbildungspakt ist gescheitert. Während seiner bisherigen Laufzeit ist es nie gelungen, allen Bewerberinnen und Bewerbern überhaupt einen Ausbildungsplatz anzubieten, geschweige denn ihnen gar – wie verfassungsrechtlich notwendig – ein auswahlfähiges Angebot zu unterbreiten. An diesem Pakt weiterhin festzuhalten ist den einen Ausbildungsplatz suchenden Menschen gegenüber unverantwortlich.

2006 haben die Paktpartner ihre Zusagen zwar weitgehend eingehalten und teilweise übererfüllt. Doch trotz Ausbildungspakt waren zum Jahresende 2006 noch 17.400 Ausbildungssuchende ohne Stelle. Vor allem Migrantinnen und Migranten haben kaum eine Chance, einen regulären Ausbildungsplatz zu erhalten. Das zeigt, dass die Ziele des Paktes bei weitem nicht ausreichen und sie großteils wirkungslos sind. Der Pakt ist zahnlos, er geht an den Anforderungen und der Realität auf dem Ausbildungsstellenmarkt vorbei.

Insbesondere die Einstiegsqualifikationen halten ihr Versprechen nicht. Der Bund hat in diesem und im letzten Jahr 42.000 Praktika finanziell gefördert. Gut die Hälfte aller Jugendlichen, die eine Einstiegsqualifikation anfangen, wurde danach aber nicht in eine reguläre betriebliche Ausbildung übernommen. Diese vom Bund geförderten Einstiegsqualifikationen sind größtenteils reine Warteschleifen. Statt solche Einstiegspraktika ohne Perspektive und Abschluss im großen Rahmen finanziell zu fördern, sollte der Bund seine Mittel dazu einsetzen, den jungen Menschen eine echte berufliche Perspektive zu eröffnen.

Neben Vertrauen in die Unternehmen bei der Beseitigung der Ausbildungsplatzlücke, der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes und der Ausweitung der Einstiegsqualifikationen finden sich im Koalitionsvertrag noch zahlreiche weitere Ziele, von denen im realen Regierungshandeln noch nicht viele umgesetzt und erreicht wurden – was wir bei mancher geplanter Maßnahme mit Erleichterung registrieren. So sollen gestufte Ausbildungsordnungen eingeführt werden, Jugendliche und Unternehmer mit Migrationshintergrund gezielt für eine Beteiligung an der beruflichen Bildung gewonnen werden, Jugendliche und Erwach-

sene ohne Abschluss eine „Zweite Chance“ erhalten, die europäische Zusammenarbeit in der Berufsbildung aktiv mitgestaltet und die europäische Entwicklung zur Verbesserung von Transparenz und Vergleichbarkeit in der Berufsbildung aktiv mitgestaltet werden. Bundesbildungsministerin Annette Schavan ist im Politikfeld der beruflichen Bildung also mit ehrgeizigen Plänen gestartet. Anstatt weiter Vertrauen in die Wirtschaft bei der Beseitigung der Ausbildungsplatzlücken zu haben, sollten die konkreten und richtigen Ziele bei der beruflichen Bildung im Koalitionsvertrag umgesetzt werden.

Dies sind:

- die „Zweite Chance“, die Jugendliche und Erwachsene ohne Abschluss erhalten sollen
- Jugendliche und UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund gezielt für eine Beteiligung an der beruflichen Bildung zu gewinnen

Punkte wie die gestuften Ausbildungsordnungen können gerne unter den Tisch fallen. Auch an einer Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes zu arbeiten, ist ohne große Zugeständnisse der Wirtschaft vertane Zeit. Hier muss endlich das Gesetz zur Ausbildungsplatzumlage greifen. Die Bundesbildungsministerin ist mit ehrgeizigen Plänen und Zielen gestartet.

Um ihre zentralen Reformen vorzubereiten, setzte sie einen prominent besetzten „Innovationskreis berufliche Bildung“ ein. Erklärtes Ziel dieses Innovationskreises war es, die zentralen Herausforderungen für Innovation im deutschen Berufsbildungssystem zu identifizieren und konkrete Handlungsoptionen zur strukturellen Verbesserung der beruflichen Bildung zu erarbeiten.

In diesem Jahr hat der Innovationskreis mit seinen „10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung“ das Ergebnis seiner Arbeit vorgestellt. Viel rausgekommen ist dabei nicht. Schon die den Leitlinien vorangestellte Grundeinschätzung kann von uns Jusos nicht geteilt werden. In ihr wird sehr allgemein über Fachkräftemangel, demographischen Wandel oder Durchlässigkeit im Bildungssystem berichtet. Eine realistische Einschätzung zur Misere auf dem Ausbildungsstellenmarkt fehlt aber. Es wird weder der immer stärkere Rückzug der Unternehmen aus ihrer Pflicht zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen kritisiert, noch das Recht auf Aus- und Weiterbildung ins Zentrum der Reformüberlegungen gestellt. Sie spiegelt die aktuelle Praxis wider, vermeintlich mangelnde Ausbildungsreife als Vorwand zu missbrauchen, um die Ausbildungsstatistik aufzubessern sowie Jugendliche mit kurzfristigen Angeboten ohne berufliche Perspektive (z.B. die Einstiegsqualifizierungen) abzuspeisen.

In den folgenden Leitlinien ist der Innovationskreis nach altbekanntem konservativem Muster der Ansicht, dass eine mangelnde Ausbildungsreife der BewerberInnen dafür verantwortlich sei, dass viele junge Menschen keinen Ausbildungsplatz erhalten, ein Argumentationsmuster, mit dem sich immer wieder auch Unternehmen und Arbeitgeberverbände aus ihrer Verantwortung herausreden wollen. Mit dieser Argumentation werden die Probleme, auf die Jugendliche bei der Ausbildungssuche stoßen, individualisiert. Dies halten wir für unzulässig, schließlich sind ein schlechtes und hoch selektives Bildungssystem und ein fortlaufender gravierender Mangel an Ausbildungsplätzen gesamtgesellschaftliche Probleme. Auf die Frage, wie diese Probleme angegangen werden sollen, bleibt der Innovationskreis eine Antwort schuldig.

Das Verhalten vieler Unternehmen, die sich immer weiter aus der Ausbildung zurückziehen und so ihrer Verantwortung entziehen, wird in den Leitlinien nicht einmal thematisiert, geschweige denn kritisiert. Von daher sind dazu natürlich auch keine Vorschläge – beispielsweise eine Ausbildungsumlage – vorhanden.

Auch zur Förderung von Benachteiligten sind dem Innovationskreis überwiegend Allgemeinplätze eingefallen. Es findet sich beispielsweise kein Wort zur finanziellen Ausstattung von Förderangeboten. Eines der dringendsten Probleme des Ausbildungsmarkts, nämlich die katastrophale Situation Jugendlicher mit Migrationshintergrund, wird weiter vertagt. Auch zur „AltbewerberInnenproblematik“ fallen dem Innovationskreis keine konkreten Vorschläge, Instrumente oder Programme ein. „AltbewerberInnen“ sind BewerberInnen, die sich bereits erfolglos um einen Ausbildungsplatz bemüht haben und jetzt arbeitslos oder in Warteschleifen geparkt sind – oder einfach jobben, bis sie sich im folgenden Ausbildungsjahr erneut bewerben können. Der Innovationskreis verweist nur auf die Einstiegsqualifizierungen als ein anscheinend bewährtes Instrument. Diese ersetzen aber keinen regulären Ausbildungsplatz, sie stellen letztendlich nur Warteschleifen, also eine Vertagung und keine Lösung des Problems dar.

Die Leitlinien des Innovationskreises sind durchgehend unkonkret. Vorhandene Bemühungen, die schon bisher nicht funktioniert haben, sollen fortgesetzt und koordiniert werden, ansonsten sind zahlreiche Allgemeinplätze vorhanden. Und die Vorschläge beziehen sich ausschließlich auf das duale System; Innovative Ideen zur Weiterentwicklung des deutschen Berufsbildungssystems finden sich in den Empfehlungen des Kreises nicht.

Einziges Lichtblick bei den Empfehlungen: Bundesbildungsministerin Schavan fand im Innovationskreis offensichtlich keine Mehrheit für ihr Ziel, eine widersinnige, den Vorschlägen von Euler und Severing fol-

gende Modularisierung der beruflichen Bildung – und so eine Aushehlung des Berufsprinzips – durchzusetzen. Gebannt ist die Gefahr allerdings nicht. In 25 Pilotregionen sollen zehn bis zwölf Berufen modularisierte Ausbildungsgänge erprobt werden. Die Folge davon ist aber, dass der Innovationskreis überhaupt keine konkreteren Vorschläge zur Ordnung der beruflichen Bildung abgegeben hat. Angesichts der an Wildwuchs angrenzenden Vielzahl an Ausbildungsberufen oder der aktuellen Debatten zur Europäisierung der beruflichen Bildung eine gravierende Leerstelle.

Dass die Bundesregierung angesichts solcher Ergebnisse ihres höchsten Beratungsgremiums zur Zukunft der beruflichen Bildung kein wirkliches Konzept vorzuweisen hat, kann so nicht verwundern; politisch bedeutet dies ein weiteres Mal ein Scheitern der großen Koalition.

Wir Jusos haben konkretere Vorstellungen zur Weiterentwicklung des deutschen beruflichen Bildungssystems. Uns geht es dabei, vorhandene Stärken zu sichern und bewährte Modelle einzelner Branchen weiterzuentwickeln in soweit möglich in andere Branchen zu übertragen. Als sozialistischer Jugendverband treten wir dabei entschieden für die Rechte und Interessen der Auszubildenden und Ausbildungssuchenden ein. Das duale System muss gestärkt werden, ohne die Jugendlichen auszublenden, die aktuell keine Chance auf einen dualen Ausbildungsplatz erhalten. Politisches Eingreifen ist überall dort notwendig, wo die korporatistische Steuerung nicht funktioniert, wo Gewerkschaften allein die Interessen der Auszubildenden nicht wirkungsvoll vertreten können.

Ausbildungsplatzgarantie auf hohem Niveau

Eine verankerte Ausbildungsplatzgarantie auf hohem Niveau ist der erste Schritt, um Auszubildenden eine rechtliche Sicherheit zu schaffen. Unser politisches Ziel ist klar: Eine echte Ausbildungsplatzgarantie ohne Kosten für alle jungen Menschen, und zwar auf hohem qualitativen Niveau.

Dazu bedarf es in erster Linie der Sicherung und Weiterentwicklung des dualen Systems der beruflichen Bildung. Trotz der jährlich wiederkehrenden erschreckenden Zahlen unversorgter Jugendlicher auf dem Ausbildungsmarkt hat das duale System für uns Zukunft. Ein duales Berufsbildungssystem, bei dem die Wirtschaft betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, ist grundsätzlich das beste Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Das zeigt auch der europäische Vergleich. Deshalb ist es eine der dringendsten Aufgaben, insgesamt mehr Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Dazu bedarf es weit größerer Anstrengungen, als sie im Ausbildungskonsens vereinbart worden sind. Der Ausbildungskonsens ist hieran klar gescheitert.

Es gilt auch ein höheres Maß an Gerechtigkeit herzustellen zwischen ausbildenden Betrieben und den Betrieben, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten. Es muss darum gehen, alle Arbeitgeber an der Finanzierung der Ausbildung zu beteiligen. Dabei gilt: Die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses ist zu allererst die Verantwortung der Wirtschaft. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen. Die jetzige Form der Finanzierung der beruflichen Ausbildung durch die ausbildenden Betriebe und in Form von Notprogrammen durch den Staat, die auch betriebliche Ausbildungsplätze mitfinanzieren, ist ungerecht und wenig zukunftsfähig. Sie stößt gerade angesichts der wachsenden Bedeutung un stetiger Beschäftigung (z.B. Leiharbeit) schon heute an ihre Grenzen, weil sie allenfalls die Ausbildung derjenigen Fachkräfte gewährleisten kann, an die sich Unternehmen dauerhaft binden wollen. Folglich ist die Schaffung eines neuen Finanzierungssystems notwendig, das die Verantwortung aller Arbeitgeber für den Fachkräftenachwuchs gewährleistet. Eine Umlagefinanzierung hat sich in vielen anderen europäischen Ländern, aber auch in Deutschland (zum Beispiel im Baubereich), bewährt und sollte deshalb bundesweit in allen Branchen eingeführt werden. Deshalb halten wir Jusos mit Nachdruck an unserer Forderung nach einer Ausbildungsplatzumlage fest. Für uns Jusos gilt: Die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen sowie eine qualitativ hochwertige Ausbildung liegt klar in der Verantwortung der Wirtschaft.

Nicht zuletzt die Kammern müssen ihre Anstrengungen weiter erhöhen. Das betrifft die Anwerbung von Ausbildungsplätzen in Betrieben, die bereits ausbilden, aber auch die Anwerbung von Betrieben, die nicht mehr ausbilden oder noch nie ausgebildet haben. Nicht ausbildende Betriebe sollten zur Ausbildung motiviert und durch erfahrene Ausbildungsbetriebe über Chancen und Nutzen informiert werden. Kammern sollen erstmals ausbildende Betriebe besser begleiten und in ein „Netzwerk der Neuen“ bei den Kammern einbinden.

Bei Betrieben, die sich aus der Ausbildung zurückziehen, müssen systematisch die Gründe ermittelt werden, und Maßnahmen entwickelt werden, solchen Entwicklungen entgegenzusteuern. Kammern sollten auf gesondert erhobene Gebühren im Zusammenhang mit der Ausbildung verzichten. Stattdessen sollten diese Kosten von allen Betrieben übernommen werden. Dazu haben die Kammern die Möglichkeit der Einführung einer „kleinen Umlage“.

Kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden, sollen weiter organisatorisch und finanziell unterstützt werden..

Um aber langfristig eine echte Ausbildungsgarantie zu verankern, reichen die bisherigen Maßnahmen nicht aus. Um allen jungen Menschen statt Warteschleifen eine qualitativ hochwertige berufliche Erstausbildung zu garantieren, brauchen wir Ausbildungsmodelle, bei denen das Ausbildungsplatzangebot nicht von der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft abhängig ist. Diese Ausbildungsmodelle müssen gleichermaßen anerkannt und qualitativ hochwertig sein. Klar ist: Die Wirtschaft darf keinesfalls aus ihrer Pflicht, die berufliche Ausbildung mitzufinanzieren, entlassen werden.

Für viele Berufe, die laut Ausbildungsverordnung für HauptschulabsolventInnen sind, werden von den Betrieben Zugangssperren verhängt, die HauptschülerInnen gar nicht erst am Bewerbungsverfahren teilnehmen lassen bzw. sie ohne Vorstellungsmöglichkeiten direkt aus dem BewerberInnenpool aussortieren.

Der Besuch der Hauptschule wird deshalb inzwischen häufig als perspektivlos wahrgenommen. HauptschülerInnen werden auf dem Ausbildungsmarkt oft von RealschulabgängerInnen und AbiturientInnen verdrängt und stehen so häufig ohne voll- und hochwertigen Ausbildungsplatz da. Gerade auf den Hauptschulen sammeln sich häufig die besonders und mehrfach Benachteiligten des hochselektiven, ständischen deutschen Bildungssystems. Dies sind insbesondere MigrantInnen und Menschen mit sozial schwachen familiärschwachem familiärem Hintergrund. Sprachschwierigkeiten werden dabei häufig mit Lernschwierigkeiten gleich gesetzt, da bis heute die Grundschulen keinen geeigneten Weg gefunden haben, um mit dem Phänomen einer nichtdeutschen Muttersprache umzugehen.

Bis unsere Forderung nach einer integrativen Gesamtschule umgesetzt wird, muss die Schulsozialarbeit im gesamten Schulsystem ausgebaut und gefördert werden.

Wir Jusos widersetzen uns dem in der öffentlichen Debatte oft vorgetragenen Argument, das Kernproblem des Ausbildungssystems sei die fehlende Ausbildungsreife junger Menschen. Auch viele hoch qualifizierte AusbildungsanwärterInnen finden heutzutage keinen Ausbildungsplatz. Es kann nicht sein, dass ein (Haupt-) Schulabschluss nicht genügt, um eine Ausbildung aufzunehmen. Qualitative Mängel im Schulsystem müssen überwunden werden. Das Versagen des Schulsystems darf aber nicht zum Schicksal junger Menschen werden, keine Erwerbsperspektive aufbauen zu können. Für uns gilt: Wer einen Schulabschluss hat, ist ausbildungsreif! Und wer keinen Schulabschluss hat, muss jederzeit die Möglichkeit haben, diesen kostenlos nachzuholen. Statt die Verantwortung nur auf die Schülerinnen und Schüler abzuwälzen müssen endlich politische Taten folgen. Es darf nicht sein, dass jeder zehnte junge Mensch die Schule ohne Abschluss verlässt und wenn er Glück hat, in Warteschleifen komplimentiert wird. Vertröstende Angebote, die keine reale Perspektive bieten, müssen abgeschafft werden. Das Problem des Systems ist nicht dadurch zu beheben, indem man vermeintlich nicht ausbildungsreife Jugendliche in ein unreguliertes Übergangssystem mit vermeintlich geringerem Niveau schickt.

Eine echte Ausbildungsgarantie muss Ausbildungsmöglichkeiten schaffen, die nicht in einer Sackgasse enden.

Europäisierung im Sinne der Beschäftigten: Europäische Kernberufe

Nicht nur bei der Bereitstellung von betrieblichen Ausbildungsplätzen sind Reformen notwendig, sondern auch bei der Schaffung neuer beziehungsweise der Überarbeitung vorhandener Ausbildungsberufe.

Wir erleben mittlerweile eine verschärfte Konkurrenz der Ausbildungssysteme. Mit der Einführung des Bachelor (BA) gerät das duale System massiv unter Druck. In England ist der BA ein Ersatz für das dort kaum entwickelte Berufsausbildungssystem. Deren Unternehmen nutzen die BA-Absolventen als höher qualifizierte Angelernte für den Betrieb. Mit dem Einzug des BA in Deutschland findet ein verschärfter Verdrängungsprozess zu Lasten der Absolventen des dualen Systems statt, erst recht, da diese Ausbildung den Betrieben keinen Cent kostet.

Durch die europäische Integration muss sich auch das deutsche Ausbildungssystem verändern und reformieren. Die aktuell diskutierten Instrumente (vor allem der Europäische Qualifikationsrahmen EQF und das Kreditpunktesystem ECvet) sind jedoch ungeeignet um zum einen Durchlässigkeit zwischen Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem zu schaffen und zum anderen einen umfassenden Beruf zu erlernen statt Häppchen weise Bildungs-„Module“. Dennoch wird man eine Lösung dafür finden müssen, dass berufliche Qualifikationen in einem entstehenden gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt anrechenbar und vergleichbar sein müssen. Das stellt das duale System, das europaweit ein Sonderfall ist, vor besonders hohe Herausforderungen. Die Diskussion um einen europäischen und nationalen Qualifikationsrahmen sollten wir daher nutzen, die Transparenz und Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen System und Bil-

dungsbereichen zu erhöhen. Dies betrifft auch die sinnvolle Verzahnung und Anrechnung der Abschlüsse der beruflichen Bildung mit den eingeführten Bachelor-Abschlüssen. So kann ein wirklich wirkungsvoller Beitrag zum lebenslangen Lernen geleistet werden. Vereinheitlichung muss eine Verbesserung sein, keine Verschlechterung. Wir sollten uns endlich bei der Vereinheitlichung von verschiedenen Systemen an den oberen Standards orientieren.

Unser Bildungssystem muss insgesamt durchlässiger werden, auch in der beruflichen Bildung. Das bedeutet auch, dass wir die starre Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung überwinden müssen.

Die Jusos unterstützen mit Nachdruck die Idee der europäischen Kernberufe. Europäische Kernberufe beruhen auf der Idee, dass berufliche Anforderungen in allen europäischen Staaten weitgehend ähnlich sind. Deshalb ist es auch möglich, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände im Dialog die beruflichen Qualifikationen gemeinsam zu definieren, die junge Menschen erlernen sollen. Den Staaten bleibt es dann überlassen, an welchen Lernorten die Inhalte vermittelt werden.

Um die Transparenz von Qualifikationen und grenzüberschreitende Mobilität zu erleichtern, sollte der in der EU bereits eingeführte Europass umfassend genutzt werden. Wir fordern, dass jeder Absolventin und jedem Absolventen des dualen Systems seine beruflichen Kompetenzen auch im Europass dokumentiert werden.

Die Jusos unterstützen den von der Bundesregierung angestrebten internationalen Qualitätsvergleich in der beruflichen Bildung (Berufsbildungs-PISA). Die erstmals damit mögliche internationale Debatte um die Standards in der Ausbildung wird wichtige Impulse auch für die Qualitätsdebatte in Deutschland erbringen. Wichtig ist, dass die Vergleichsstudie von wissenschaftlichem Sachverstand erstellt wird, der sich in den beruflichen Handlungsfeldern auskennt und die erworbenen Handlungskompetenzen in den Mittelpunkt der Vergleichsmessung stellen.

Moderne Beruflichkeit – Stärkung des dualen Systems im Zeichen der Europäisierung

Der Wandel in der Arbeitswelt erfordert nicht nur neue und reformierte Ausbildungsberufe und europaweit anerkannte Zertifikate, sondern auch weiter entwickelte dynamische ordnungspolitische Instrumente, so wie sie zum Beispiel bei den Metall- und Elektroberufen entwickelt wurden. Diesen neuen Anforderungen wird mit einem ganzheitlich angelegten Konzept moderner Beruflichkeit Rechnung getragen.

In den Ausbildungsordnungen sollten keine detaillierten Qualifikationsanforderungen (Normen, Maschinen, Anlagen etc.) beschrieben werden. Vielmehr sollten die in den Geschäfts- und Arbeitsprozessen abgeforderten Kompetenzen Ausgangspunkt für die inhaltliche Beschreibung von Berufsqualifikationen sein. Das bedeutet, dass Qualifikationen, die in den Betrieben vermittelt werden müssen, benannt werden, die fachlichen Inhalte, an denen das Lernen geschieht, werden dagegen unterschiedlich und technikoffen beschrieben. Moderne Beruflichkeit ist so keine strukturlose Kompetenzbeschreibung, sondern schafft Beweglichkeit in einem festen Rahmen und dies gleichermaßen für Auszubildende und Betriebe.

Europäische Kernberufe müssen eine moderne Beruflichkeit gewährleisten. Moderne Beruflichkeit bestimmt sich als

- eine ganzheitliche, handlungsorientierte Berufsbildung, die den Aufbau und die Entwicklung fachlicher, sozialer und methodischer Kompetenzen und Qualifikationen ermöglicht und fördert,
- eine Berufsbildung, die zur Beherrschung unterschiedlicher beruflicher Situationen befähigt,
- eine Berufsbildung, die Mündigkeit und Identität sowie Verantwortungsgefühl und Verantwortungsübernahme entwickelt und fördert,
- eine Berufsbildung, die Zusammenarbeit und sozialen Zusammenhalt im Sinne solidarischen Handelns entwickelt und fördert,
- eine Berufsbildung, die die Möglichkeit zum Erwerb von Gestaltungskompetenz inklusive der Fähigkeit zum Gestalten durch Beteiligung und Kooperation vermittelt,
- und eine Berufsausbildung, die die Grundlage für lebensbegleitendes Lernen legt.

Die Leitlinien einer modernen Beruflichkeit, nach denen europäische Kernberufe gestaltet werden, müssen sich an der Rolle des Lernorts Betrieb, an Technikoffenheit und Entspezialisierung und einer umfassenden Kompetenzentwicklung orientieren. Kernberufe müssen betriebliche Wahlmöglichkeiten schaffen und Zusatzqualifikationen vermitteln. Die Orientierung am Konzept moderner Beruflichkeit in europäischen Kernberufen ist so eine wesentliche Voraussetzung, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den wachsenden Risiken schrankenloser Flexibilisierung zu schützen.

Im dualen System der Berufsausbildung hat der Betrieb nach wie vor die wichtigste Rolle. Er ist der zentrale Lernort, geprägt durch eine umfassende Anforderung an die Entwicklung von Fach-, Methoden- und

Sozialkompetenz. Die Berufsinhalte lassen sich nicht isoliert als Fertigkeiten und Kenntnisse beschreiben. Es geht darum, in betrieblichen Arbeits- und Geschäftsprozessen zu lernen. Das erfordert die bewusstere Nutzung des Lernorts Betrieb,

Der Lernort Betrieb ist von besonderer Qualität für die Lernenden und Lehrenden, stellt zugleich Anforderungen an die Gestaltung der Lernsituationen/-arrangements, an die Rolle der AusbilderInnen als LernbegleiterInnen und LernberaterInnen und den Auszubildenden selbst: durch die Orientierung an der Praxis, an Projekten im Betrieb, statt nur an abstraktem Lehrbuchwissen.

Entspezialisierung und Technikoffenheit müssen Merkmale moderner Ausbildungsordnungen sein. Diese Vorgabe ermöglicht es den Betrieben, die Ausbildungsinhalte mit den im Betrieb vorhandenen Maschinen, Werkstoffen, Anlagen und den eingesetzten Techniken und Prozessen umzusetzen. Dies sichert zugleich auch die Entwicklung von Transfer-Qualifikationen, und zwar unabhängig von einer Fixierung auf spezielle Maschinen, Anlagen und Arbeitsprozesse. Technik- und prozessneutrale Formulierungen haben außerdem den Vorteil, dass sie bei technischen Weiterentwicklungen bzw. Verfahrensänderungen aktuell bleiben und die Ausbildungsordnungen nicht ständig geändert werden müssen.

Ausbildungsordnungen sollen ein sicheres Fundament an Mindestqualifikationen verbindlich definieren, die Betriebe sollen und müssen aber entscheiden können, wie sie dies im betrieblichen Prozess der Arbeit konkret umsetzen. Es gibt eine klare Grenze: Ausbildungsinhalte dürfen nicht verändert, weggelassen oder beliebig ersetzt werden.

Wir fordern Kernberufe auch, um dem Berufe-Wildwuchs entgegenzutreten. Das Berufsbildungsgesetz (BBiG) fordert, dass die Ausbildung für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt vorbereitet. Die Jusos treten dafür ein, dass die Ausbildung für qualifizierte, eigenverantwortliche Tätigkeiten breit angelegt in europäischen Kernberufen durchgeführt wird. Spezialisierungen bereits in der Erstausbildung sind mit dem gesetzlichen Auftrag der Vermittlung umfassender beruflicher Handlungskompetenz nicht zu vereinbaren und widersprechen den Interessen der Auszubildenden und Beschäftigten.

Eine moderne Beruflichkeit erfordert eine umfassende Kompetenzvermittlung. Zweijährige Ausbildungsberufe lehnen wir nach wie vor ab, sie entsprechen in keiner Weise modernen Erfordernissen. Gleiches gilt für den Ersatz von anerkannten Ausbildungsberufen durch Module und Ausbildungsbausteine. Vorliegende Erfahrungen mit Kurzausbildungsgängen zeigen, dass sie den inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen in der Arbeitswelt nicht entsprechen. Bildungsziele wie Kritikfähigkeit, Mitgestaltung und Emanzipation, die auch in der Ausbildung vermittelt werden sollen, werden nicht erreicht. Schmalspurausbildungen und modulare Qualifikationssysteme sind keine Konzepte für die Erneuerung des dualen Systems. Sie vermitteln den Auszubildenden keine echten beruflichen Perspektiven – und sie sind langfristig weder betriebs- noch volkswirtschaftlich sinnvoll.

Im Ausbildungssystem wird mehr vermittelt als nur die Summe der Lerninhalte nach dem Ausbildungsrahmenplan. Lernen, orientiert an den Arbeits- und Geschäftsprozessen in den Unternehmen, vermittelt eine ganzheitliche Handlungskompetenz. Das Können, Verstehen und Gestalten – nicht nur Wissen – sind die Ziele einer modernen, betrieblichen Berufsausbildung.

Einzelne Qualifikationen können in der betrieblichen Wirklichkeit nie isoliert vermittelt und damit auch nicht ausschließlich bestimmten zeitlichen Phasen der Ausbildung zugeordnet werden. Damit erhöhen sich für die Arbeitnehmer die Einsatzmöglichkeiten innerhalb der Unternehmen und ihre berufliche Mobilität zwischen Berufen, Betrieben und Branchen. Die Schaffung betrieblicher Wahlmöglichkeiten sichert so eine sinnvolle Vielfalt.

Das neu im Berufsbildungsgesetz vorgesehene Instrument ‚Zusatzqualifikation‘ wird derzeit noch nicht genutzt. Wir halten die Vermittlung von Zusatzqualifikationen in der beruflichen Ausbildung für notwendig. Dazu gehört neben zusätzlichen technischen Inhalten zum Beispiel auch die Vermittlung vertiefter Fremdsprachenkenntnisse oder interkultureller Kompetenz. Die Vermittlung von Zusatzqualifikationen ist Teil der Ausbildung, deren Kosten selbstverständlich der Arbeitgeber zu tragen hat. Gleichzeitig ergeben sich durch die Beschreibung von Zusatzqualifikationen wichtige Andockstationen für Inhalte der Weiterbildung.

Wir Jusos fordern, dass die Ausbildungsinhalte für den Betrieb und der Berufsschule verzahnt und gemeinsam als Kompetenzfelder ausgewiesen werden. Der Stellenwert der Berufsschule muss erhöht werden. Damit soll die Korrespondenz zwischen Betrieb und den Lernfeldern der Berufsschule stärker als bisher verdeutlicht werden.

Wir fordern, dass zukünftig die Erarbeitung von Ausbildungsordnungen und Lehrplänen für die Berufsschulen noch mehr in einem gemeinsamen Erarbeitungsprozess zwischen Berufsschulen und Betrieben erfolgen.

Um zu gewährleisten, dass bei der Erarbeitung von Ausbildungsordnungen nicht nur die betrieblichen / wirtschaftlichen, sondern auch die Interessen der Auszubildenden gewahrt bleiben, fordern wir, dass die Bundesregierung bei der Erarbeitung von Ausbildungsberufen den Konsens mit den Sozialparteien herstellt. Wir fordern die Bundesregierung auf, keine Entscheidung ohne Zustimmung der Sozialparteien zu treffen: Wenn die Sozialparteien sich geeinigt haben, müssen diese Inhalte auch umgesetzt werden.

In der beruflichen Bildung müssen Aus- und Weiterbildung stärker miteinander verzahnt werden. Die bislang getrennt geführte Debatte um Ausbildungs- bzw. Fortbildungsberufe führt zu unbefriedigenden Ergebnissen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass in den Neuordnungsprojekten die Strukturen für beide Bereiche gemeinsam festgelegt werden müssen.

Im IT-Sektor ist dies bereits gelungen: Hier gibt es neben vier Grundberufen ein entwickeltes System der Anpassungs- und Aufstiegsfortbildung. Wir wollen dieses Muster auch in anderen Branchen entwickeln. Ähnliche Entwicklungen gibt es bei den Fahrzeugberufen, im Tischler- und Raumausstatterhandwerk.

Wir Jusos werden unsere Vorstellung zur Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung in die gesellschaftliche Debatte um die Reform der beruflichen Bildung einbringen. An vielen Stellen gibt es Debatten um die Neuausrichtung der Aus- und Weiterbildungspolitik. Das Konzept der europäischen Kernberufe ist eine wirkliche Alternative zur Schmalspurausbildung und zu Minimodulen. Moderne Berufe machen es möglich, die Beruflichkeit zu erhalten und über die Ländergrenzen hinweg europäische Kernberufe heraus zu bilden, ohne mit den unterschiedlichen Bildungssystemen zu kollidieren. Statt im nationalen Rahmen mit Modulausbildungen zu experimentieren, sollten einheitliche Berufsbilder in den europäischen Wirtschaftssektoren geschaffen werden.

Ausbildungsbedingungen verbessern: Gute Ausbildung für alle

Eine gute Ausbildung bedeutet für uns gerechte Bezahlung, die Möglichkeit der Mitbestimmung, Selbstentfaltung, soziale Sicherheit und vernünftige, menschliche Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, die Vermittlung wichtiger beruflicher Kenntnisse und Perspektiven.

Wer auf dem engen Ausbildungsmarkt einen dualen Ausbildungsplatz erhält, kann sich zwar erst einmal glücklich schätzen. Doch damit ist noch keine gute Ausbildung garantiert. Wie die DGB-Ausbildungsberichte zeigen, gibt es oftmals eklatante Mängel, wie ausbleibende Ausbildungsvergütungen, fehlende Ausbildungsinhalte, mangelnde fachliche Anleitung, dauerhafte Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten oder Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutz- und das Berufsbildungsgesetz. Und immer wieder werden Auszubildende als billige Arbeitskräfte missbraucht. Dabei muss aber meist zwischen großen und kleinen Firmen unterschieden werden. Während in den Großbetrieben die Ausbildungspläne weitgehend eingehalten werden, mangelt es daran oft in den Klein- und Familienbetrieben, die mit wenig Personal flexibel auf Angebot und Nachfrage reagieren und so eine geordnete Ausbildungsstruktur nicht immer gewährleisten können.

Gute, qualitativ hochwertige Berufsausbildungen erfordern von den Betrieben Zeit, Anleitung und qualifizierte Unterstützung. Es muss selbstverständlich sein, dass Tarifverträge, Ausbildungsordnungen, Arbeitsschutzbedingungen, sowie Jugendarbeitsschutz- und Berufsbildungsgesetz eingehalten werden. Da dies jedoch leider allzu oft nicht der Fall ist, fordern wir von den zuständigen Behörden verstärkte und verdachtsunabhängige Kontrollen. Dazu muss in ausreichendem Maße Personal zur Verfügung stehen, um die Rechte der jungen Menschen zu sichern. Zu guten Ausbildungsbedingungen gehören geregelte Arbeitszeiten und eine angemessene Ausbildungsvergütungen. Eine Grundbedingung muss eine Ausbildungsvergütung sein, mit der sich ein eigenes Leben finanzieren lässt. Wir Jusos halten deshalb in vielen Bereichen eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsvergütungen für notwendig. Wie sich am Beispiel Schweiz zeigt, fördert eine höhere Vergütung auch die Attraktivität einer Ausbildung nicht nur für die Auszubildenden, sondern auch für die Betriebe. In vielen Branchen und Berufen sind die Ausbildungsvergütungen skandalös niedrig. Die Gewerkschaften haben in diesen Bereichen nicht immer die notwendige Stärke um tarifvertraglich höhere Vergütungen durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund halten wir es für notwendig, dass auch Ausbildungsvergütungen und Löhne/Gehälter von Auszubildenden in eine gesetzliche Mindestlohnregelung einbezogen werden. Gleichzeitig unterstützen wir die DGB-Jugend in ihren Bemühungen möglichst viele junge Menschen in den Betrieben und in den außerbetrieblichen Ausbildungsstätten anzusprechen und für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft zu gewinnen. Dies ist einer der Wege, mehr Betriebe und damit mehr Azubis wieder unter tarifliche Regelungen fallen zu lassen.

Eine wirksame und ausreichende soziale Absicherung darf nicht nur für Auszubildende im dualen System gewährleistet sein. Auszubildende in bestehenden anderen Ausbildungsformen dürfen bei ihrer sozialen Sicherheit nicht diskriminiert werden. Wir fordern für alle Auszubildende eine gleichwertige Regelungen und Leistungen bei der sozialen Absicherung, bei Ausbildungsbedingungen sowie der Vergütung bzw. Ausbildungsförderung.

Wir Jusos setzen uns gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend und den Jugendauszubildendenvertretungen für einen gesetzlichen Schutz junger ArbeitnehmerInnen und Auszubildender bei ihrer Ausbildung ein. Die Regelungen zum Schutz junger Menschen am Arbeits- und Ausbildungsplatz können nicht alleine den Sozialpartnern überlassen werden. Ein wirksamer Arbeitsschutz ist ein notwendiger Bestandteil einer guten Ausbildung. Tarifvertragliche Regelungen müssen durch ein wirksames Jugendarbeitsschutz flankiert werden. Das Jugendarbeitsschutzgesetz sichert jungen Menschen das Recht auf geregelte Arbeitszeiten und auf Gesundheitsschutz. Eine Aushöhlung oder gar Abschaffung des Jugendarbeitsschutzgesetzes lehnen wir ab. Wir wenden uns deshalb gegen eine „Flexibilisierung“ des Jugendarbeitsschutzes. Dies würde junge Menschen in den Betrieben rechtlos machen und der Jugendarbeitslosigkeit nicht entgegenwirken. Trotz der Lockerung rechtlicher Bestimmungen für Auszubildende haben die Unternehmen in den letzten Jahren keine zusätzlichen Ausbildungsplätze geschaffen. Schutzrechte junger Menschen sind kein vermeintliches Hindernis zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen, sondern die Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheitsschutz für eine qualitativ anspruchsvolle Berufsausbildung.

Die bestehenden Schutzbestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes müssen bestehen bleiben. Es darf keine Anhebung der Höchstarbeitszeiten (Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit) geben, die Fünf-Tage-Woche mit einer maximalen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden muss erhalten bleiben. Angemessene Ruhepausen von mindestens 60 Minuten bei mehr als sechs Stunden Arbeitszeit am Tag müssen gesetzlich garantiert bleiben. Die Freistellung der Auszubildenden an Berufsschultagen ist für uns eine Selbstverständlichkeit; sie muss auch gesetzlich gesichert bleiben. Bei einer Novelle des Jugendarbeitsschutzgesetzes streben wir Verbesserungen der Schutzfunktion und seine Ausweitung auf alle Auszubildenden unter 25 Jahren an.

Im Übrigen haben alle bisherigen Verschlechterungen beim Jugendarbeitsschutzgesetz oder auch andere Deregulierungen zu keiner messbaren Erhöhung der angebotenen Ausbildungsplätze geführt. Dies gilt auch für die auf fünf Jahre angesetzte Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung durch die damalige Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn. Durch die Aussetzung kann aktuell jede und jeder ausbilden, die / der einen Berufsabschluss hat, da die Pflicht zum Nachweis der Ausbildereignungsprüfung für AusbilderInnen aktuell nicht besteht.

Seit inzwischen vier Jahren ist die Pflicht zum Nachweis der Ausbildereignungsprüfung für AusbilderInnen nun ausgesetzt, das heißt spätestens zum kommenden Ausbildungsjahr 2008 muss die Bundesbildungsministerin entscheiden, ob die Ausbildereignungsverordnung wieder in Kraft gesetzt wird oder nicht.

Wir Jusos sind der Ansicht, dass von AusbilderInnen und Ausbildern wieder ein Nachweis an Kompetenz für diese Bildungsaufgabe verlangt werden muss. Die geprüfte Ausbildereignung muss unverzüglich wieder eingesetzt werden! Die von der rot-grünen Regierung gesetzten Erwartungen in die Aussetzung hat diese in keiner Weise erfüllt. Es hat sich klar gezeigt, dass durch die Aussetzung kein nennenswerter Beitrag zur Gewinnung von mehr Ausbildungsbetrieben geleistet wurde. Die immer noch vollen Lehrgänge für die Ausbildereignungsprüfung zeigen, dass Firmen die geprüfte Kompetenz für ihre Ausbildung wichtig finden.

Auf der anderen Seite gibt es deutliche Hinweise, dass Schwierigkeiten zwischen Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden seit der Aussetzung zunehmen und die Ausbildungsberater und -beraterinnen der Kammern bei der Vermittlung in Konflikten stärker als in der Vergangenheit gefragt sind. Zudem sind mehr Ausbildungsabbrüche und höhere Nichtbestehensquoten bei Abschlussprüfungen weitere negative Auswirkungen, die für die Betriebe und die Jugendlichen ein Problem sind. Die Anforderungen in den Ausbildungsberufen steigen weiter an, hoch qualifiziertes Ausbildungspersonal ist deshalb in der Berufsbildung nötiger denn je.

Mit der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) erweitern die AusbilderInnen ihre betriebliche Erfahrungsqualifikation um berufs- und arbeitspädagogisches Fachwissen. Sie erwerben eine Ausbildungskompetenz, die methodisch-didaktische, jugendpsychologische und ausbildungsrechtliche Aspekte umfasst. Diese Qualifikation darf deshalb nicht nur auf freiwilliger Basis erfolgen, sondern muss wieder verpflichtende Voraussetzung für die Aufnahme einer Ausbildungstätigkeit sein. Nur qualifiziertes Ausbildungspersonal garantiert eine hochwertige Ausbildung.

Der Übergang von der Industriegesellschaft in die so genannte Wissensgesellschaft lässt die Rufe nach einer qualitativen Veränderung der beruflichen Ausbildung laut werden. Zwar hat Deutschland im industriellen Sektor ein höheres Beschäftigungsniveau als die meisten vergleichbaren Länder. Doch steigt der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten ebenfalls und verändert die Beschäftigungsstruktur. Hier steht das Duale System vor seinem Grunddilemma: Die innerbetrieblichen Strukturen, der Stand der Technik, der Verfahrensweisen und der Arbeitsabläufe entspricht stets (wenn überhaupt) dem Status quo. Insbesondere in Zeiten, in denen sich jedoch Qualifikationsbedarfe aufgrund technischer Modernisierungen immer schneller verändern, müssen auch die Ausbildungsinhalte stetig schneller erneuert werden. Trotz zahlreicher Verbesserungen in den letzten Jahren derzeit werden neue Lerninhalte häufig erst mit jahrelanger Verspätung in die Lehrpläne der dualen Ausbildungsgänge eingeschrieben und umgesetzt.

Durch demden notwendigen und sinnvollen Zuschnitt des dualen Berufsbildungssystems auf die aktuelle betriebliche Realität können neue technische und inhaltliche berufliche Anforderungen immer erst zeitversetzt eingeführt werden. Weil die Betriebe diese Anforderungen auch oft erst nach Jahren nachvollziehen, hinkt die duale Ausbildung der Realität häufig hinterher. Berufliche Inhalte können schnell nach der Ausbildung überholt werden. Diese strukturelle Schwäche ließe sich durch ein funktionierendes Weiterbildungssystem ausgleichen. Andere Länder wie Dänemark haben daraus den Schluss gezogen, auf eine breite Grundlagenbildung plus schnell veränderbarer Module in schulischen Ausbildungszentren zu setzen.

Insbesondere in den Dienstleistungsberufen gibt es massive qualitative Mängel bis hin zur Ausbeutung junger Auszubildender. Doch gerade in neueren Dienstleistungsberufen, ob unternehmensnah oder in wichtigen Bereichen sozialer Dienstleistungen, wäre ein Qualitätsschub dringend erforderlich, wenn das duale System seinen Wert für die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung nicht verlieren will. Nicht umsonst kommt durch die Einführung des angelsächsischen Bachelor das duale System massiv unter Druck. Es ist vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis der Bachelor die duale Ausbildung in diesem Bereich verdrängt – wahrscheinlich auf qualitativ niedrigerem Niveau.

Im Dienstleistungssektor bestehen andere Qualifikationsbedarfe als in der industriellen Fertigung, was auch andere Mechanismen der Personalrekrutierung zur Folge hat. Während in der Industrie vor allem mittlere Qualifikationen benötigt werden (z.B. Facharbeiterausbildung), liegen die Bedarfe des Dienstleistungsbereichs vor allem im niedrigen und im hohen Qualifikationsbereich. Betriebsspezifische Kompetenzen scheinen bei Dienstleistungstätigkeiten nicht die Bedeutung zu haben, wie dies in der Industrie der Fall ist. Im Bereich der niedrigqualifizierten Dienstleistungstätigkeiten wird häufig auf eine Ausbildung des Personals verzichtet und stattdessen – oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen – un- oder angelernte Personen eingesetzt. Im Bereich der höherqualifizierten, wissensbasierten Dienststätigkeiten werden zum großen Teil HochschulabsolventInnen beschäftigt.

Wir brauchen einen Ausbau des dualen Systems in der Dienstleistungsbranche. Dieser kann nur gelingen, wenn das duale Ausbildungsmodell die spezifischen Anforderungen der Branche berücksichtigen kann. Dazu reicht es unseres Erachtens nicht aus, nur mehr Ausbildungsplätze in der Dienstleistungsbranche zu akquirieren. Im Dienstleistungssektor gibt es große Bereiche, wo der gewerkschaftliche Einfluss nicht ausreicht, gute Ausbildungsbedingungen zu erkämpfen. Oft ist dann nicht einmal gewährleistet, dass die gesetzlichen Regelungen oder Ausbildungsordnungen vollständig eingehalten werden. In diesen Fällen, wo sich die Auszubildenden in regelrechten Ausbeutungsverhältnissen befinden, muss es einen stärkeren, auch staatlich gewährleisteten, Schutz geben.

Gendergerechte Ausbildung

Das duale System hat also vor allem in männlich dominierten Berufsfeldern seine Stärken. In Bereichen, in den vorwiegend Frauen beschäftigt sind, ist es nicht oder nur schwach etabliert, was sich schon an den Ausbildungsquoten oder der Höhe der Auszubildendenvergütungen ablesen lässt. Frauen sind überwiegend in schulischen Ausbildungen, wo Wartschleifen üblich waren und sind, da häufig die BewerberInnen 18 Jahre und älter sein müssen, um zur Ausbildung zugelassen zu werden.

Der Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung ist zu einer Lebensphase geworden, die von ihrem Ausgang her ungewiss ist. Auch für junge Frauen mit Realschulabschluss, die über gute Voraussetzungen für eine Ausbildung verfügen, gilt ein Ausbildungs- und Berufseinstieg nicht als gesichert. Sind die schulischen Voraussetzungen ungünstiger, erhöht sich das Risiko, dass sie vorübergehend oder dauerhaft ohne Ausbildung und Beschäftigung verbleiben. Doch ist die berufliche Erstausbildung nach wie vor entscheidend für den späteren Berufseinstieg und bei Frauen und Männern zentral für ihre Einmündung in den Arbeitsmarkt.

Ungeachtet besserer Schulabschlüsse im Vergleich zu jungen Männern hat 2002 nur knapp die Hälfte der Bewerberinnen eine Ausbildungsstelle im dualen System gefunden (männliche Bewerber: 54 Prozent). Da-

bei haben sich rund 40 Prozent dieser jungen Frauen nicht zum ersten, sondern zum zweiten bzw. dritten Mal beworben und wiederholt einen Misserfolg bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz einstecken müssen. Doch die meisten Bewerberinnen und Bewerber – rund 90 Prozent – haben weiter Interesse an einer dualen Ausbildung. Um einen anerkannten Berufsabschluss zu erreichen, weichen sie z. B. auf Bildungsangebote von Vollzeitberufsschulen aus – manchmal ohne eine sinnvolle Überbrückungschance. Bei den Alternativen handelt es sich nicht selten um chancengeminderte Ausbildungsgänge – meist ohne weiterführende berufliche Zukunftsaussichten. Aufgrund ihrer geringeren Chancen auf dem Ausbildungsmarkt sind sie – gezwungenermaßen – meist aktiver und flexibler als junge Männer. Sie versenden mehr Bewerbungen, nehmen häufiger an Bewerbungsgesprächen teil und bewerben sich eher in mehreren Berufen und auch außerhalb der eigenen Region.

Junge Frauen ohne Ausbildungsplatz münden zum Teil in berufsvorbereitende Maßnahmen oder in Bildungsgänge der Berufsschulen, die nicht zu einem anerkannten Berufsabschluss führen, sondern eine Warteschleife darstellen, oder sie sind arbeitslos.

Das duale System bietet männlichen Schulabgängern daher deutlich bessere Chancen einer qualifizierten Berufsausbildung als jungen Frauen. Die geschlechtsspezifische Einmündung in Ausbildungsberufe betrifft junge Männer wie Frauen gleichermaßen. Es gibt allerdings mehr männlich als weiblich dominierte Berufe und somit mehr Ausbildungsmöglichkeiten für junge Männer. In 56 Prozent der Ausbildungsberufe liegt der Anteil junger Männer bei über 60 Prozent, umgekehrt haben in nur 28 Prozent der Ausbildungsberufe Frauen einen Anteil von über 60 Prozent.

73 Prozent der jungen Männer erhalten eine berufliche Qualifizierung in einem männlich dominierten, 43 Prozent der jungen Frauen in einem weiblich dominierten Ausbildungsberuf. Der Anteil junger Männer in gemischt besetzten Berufen ist halb so groß wie der junger Frauen (11 Prozent zu 24 Prozent). Auch gehen Männer mit rund 6 Prozent seltener in überwiegend weiblich besetzte bzw. dominierte Ausbildungsberufe als – umgekehrt – Frauen mit 18 Prozent in überwiegend männlich besetzte bzw. dominierte Ausbildungsberufen.

Trotz einer hohen Berufsorientierung und der viel beachteten Bildungserfolge von Schülerinnen besteht für junge Frauen auf dem Ausbildungsmarkt – im Verhältnis zu jungen Männern – keine Chancengleichheit.

Die nach der „ersten Schwelle“ entstandene Verteilung von Frauen und Männern auf Ausbildungsberufe setzt sich mit ungleicher Entlohnung und Anerkennung im späteren Beruf fort.

Die ursprüngliche Berufswahl junger Frauen richtet sich auch nach den Gelegenheiten des Ausbildungsmarktes. Zwar zählen auch die Kriterien wie Eignung für den Beruf, Leistung, aber auch die Aussicht auf einen Arbeitsplatz bzw. einen angemessenen Verdienst. Bei der Berufsfindung geht es ihnen jedoch auch darum, einen Weg in Ausbildung und Beruf zu finden, sondern einen Lebensentwurf zu realisieren, der auch die private Lebensführung, wie z.B. eine künftige Familiengründung umfasst: ein „doppelter Lebensentwurf“. Das heißt nicht, dass alle jungen Frauen heute eine Familiengründung planen. Ausbildungsinteressierte junge Frauen neigen dazu, Mutterschaft und Familie auf eine spätere Lebensphase zu verschieben. Nach Abschluss der Schule tritt die Frage der Familiengründung zugunsten der beruflichen Qualifizierung zunächst in den Hintergrund. Diese zeitliche Verschiebung hängt nicht zuletzt davon ab, wie jungen Frauen der Einstieg in eine qualifizierte Berufsarbeit gelingt.

Angesichts der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt kann es bei jungen Frauen auch zu einer Zurücknahme bisheriger Ziele kommen: Ursprüngliche Berufswünsche geraten dann angesichts der Schwierigkeiten und Misserfolge auf dem Ausbildungsmarkt zunehmend in den Hintergrund. Auf der Grundlage positiver Erfahrungen und erster Erfolge können junge Frauen dagegen in ihrem Engagement für eine Ausbildung bestärkt werden. Ungeachtet erfahrener Schwierigkeiten an der ersten Schwelle gibt es junge Frauen, die an ihrem Ausbildungsziel festhalten und z. B. über Umwege wie Praktika, vorbereitende Lehrgänge etc. versuchen, eine Ausbildung nach ihren Interessen zu erreichen.

Es gilt aber nach wie vor: Das soziale Umfeld strukturiert Berufswahlentscheidungen und damit künftige Lebenswege vor. Beispielsweise sind Eltern eher davon überzeugt, dass ihre Töchter nicht über naturwissenschaftlich-mathematische Kompetenzen bzw. über Begabungen für die entsprechenden Berufe verfügen – selbst wenn die Notengebung auf das Gegenteil hinweist. Dagegen werden Fähigkeiten für so genannte frauenspezifische Berufe als selbstverständlich vorausgesetzt. Als Gründe für die geringe Teilhabe junger Frauen an technisch orientierten Berufen wird in einer Reihe von Untersuchungen weiterhin die ungleiche Förderung in den naturwissenschaftlichen bzw. technischen Fächern in der Schule zur Diskussion gestellt. Demnach erhalten Schülerinnen von Lehrern in solchen Fächern weniger Unterstützung als

Schüler; das reicht nicht aus, um Selbstvertrauen in ihre naturwissenschaftlichen wie technischen Fähigkeiten zu entwickeln.

Wir Jusos wollen diese geschlechtsspezifische Selektion von Ausbildungsmöglichkeiten nicht hinnehmen. Wir wollen ein Berufsbildungssystem, das weder typisch weiblich, noch typisch männliche Berufsbilder produziert. Wir wollen gerade den jungen Frauen, die in vollzeitschulischen Ausbildungen lernen, eine angemessene Ausbildungsvergütung zahlen. Es kann nicht sein, dass sie gegenüber ihren männlichen dual-ausgebildeten Kollegen, nicht nur keinen Lohn erhalten, sondern oft sogar noch für ihre Ausbildung zahlen müssen. Wir wollen, dass die von Frauen gewählten Ausbildungsgänge gleiche Aufstiegsperspektiven bieten, wie alle anderen. Hochschulzugänge und das Recht auf Weiterbildung müssen auch zum Rechtsanspruch in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen werden. Junge Frauen dürfen durch ihr – teilweise gesellschaftlich vorgegebenes – Berufswahlverhalten nicht in einer Bildungssackgasse enden. Jede Qualifikation muss Anschlussmöglichkeiten bieten.

Offen und durchlässig

Eine Aufwertung der beruflichen Bildung in der bildungspolitischen Debatte – auch innerhalb der Sozialdemokratie – ist dringend notwendig. Angesichts der hohen sozialen Selektivität des allgemeinbildenden Schulsystems bietet das berufliche Bildungssystem für viele Menschen ohne Abitur die einzige reale berufliche Aufstiegsmöglichkeit. Das berufliche Bildungssystem muss für alle offen stehen, die eine berufliche Ausbildung anstreben.

Für uns ist ein qualitativ hochwertiges berufliches Bildungssystem unterhalb des Hochschulniveaus von hoher Bedeutung, auch damit Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung realistisch Führungspositionen in Unternehmen erreichen können. Um diesen beruflichen Aufstieg zu ermöglichen ist eine Stärkung der Weiterbildung dringend notwendig. Führungspositionen, die mit höherem Ansehen und Gehalt verbunden sind, dürfen nicht nur für HochschulabsolventInnen offen stehen! Doch ein Studium bleibt weiterhin weitgehend AbiturientInnen vorbehalten. Unser System erlaubt es im Allgemeinen nur denjenigen, ein Studium aufzunehmen, die eine allgemeine Hochschulreife (Abitur) – meist am Gymnasium – oder eine fachgebundene Hochschulreife erworben haben.

Eine weitere Erhöhung der StudienanfängerInnenquote wird zukünftig nicht mehr aus dem Kreis der AbsolventInnen gymnasialer Bildung gedeckt werden können. Dazu wird es notwendig sein, zunehmend auch Menschen aus dem Berufsbildungsbereich möglichst einfach ein Hochschulstudium zu ermöglichen – für uns Jusos eine selbstverständliche Forderung.

Ein modernes Berufsbildungssystem muss die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsabschnitten und Bildungsstrukturen besser verknüpfen. Wir Jusos halten an unserer Forderung fest, dass eine abgeschlossene Berufsausbildung neben dem Abitur als zweite reguläre, gleichwertige und nicht fachgebundene Hochschulzugangsberechtigung anerkannt werden soll. Damit kann die Attraktivität der Berufsbildung als wichtigem Teil lebenslangen Lernens erhöht werden. Alle müssen können dürfen!

In ihrem Koalitionsvertrag hat die große Koalition vereinbart, das Bildungssystem durchlässiger zu machen und die Zulassung zu Fachhochschulen und Universitäten auf Grundlage einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung grundsätzlich zu öffnen. Im konkreten Regierungshandeln blieb die Bundesregierung bisher hinter ihren eigenen Ansprüchen deutlich zurück. Mit der geplanten Aufhebung des Hochschulrahmengesetzes wird der Bund auf seine verbliebenen Kompetenzen bei der Hochschulzulassung ersatzlos verzichten. Und bereits die rot-grüne Vorgängerregierung blieb bei der Reform des Berufsbildungsgesetzes hinter dem Anspruch, den Zugang zur Hochschule zu verbreitern und zu vereinheitlichen, deutlich zurück.

Kurzfristig ist es unseres Erachtens notwendig, dass der Bund gesetzlich deutlich macht, welche Zugangsmöglichkeiten bzw. Durchstiegsmöglichkeiten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung einschließlich anschließender Berufserfahrung, bzw. einer bestandenen Meisterprüfung bestehen. Hierzu zählen vor allem Anrechnungsmodalitäten. Damit würden nicht nur formale Zugangsmöglichkeiten verbessert und auf bundesweit einheitliche Strukturen gestellt, sondern für Erwerbstätige mit abgeschlossener Ausbildung und Berufserfahrung auch ein Weg zur Verkürzung von Studienzeiten eröffnet.

Eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem kann auch durch die verstärkte Einrichtung von doppeltqualifizierenden Ausbildungsgängen, in denen berufsbildende und allgemeinbildende Anteile gleichberechtigt sind, erzielt werden. Doppeltqualifizierend bedeutet für uns in diesem Zusammenhang, dass in einem Ausbildungsgang gleichzeitig ein beruflicher Abschluss und eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erworben werden. So entsteht auch ein weiterer ‚regulärer‘ Weg an die Hochschulen für Menschen ohne Abitur.

C1 Gute Ausbildung. Zur Zukunft der beruflichen Bildung

Wir Jusos wollen eine qualitativ hochwertige Berufsbildung sichern. Eine große Stärke der beruflichen Bildung muss die enge Verzahnung von Theorie und betrieblicher / beruflicher Praxis bleiben. In den bestehenden Interessenkonflikten verordnen uns klar parteiisch auf der Seite der Auszubildenden und der Ausbildungsplatzsuchenden. Wir wollen die Auszubildenden und ihre Interessen im Berufsbildungssystem stärken. Wir wollen allen das Recht auf Ausbildung sichern. Eine gute Ausbildung gibt Auszubildenden und Beschäftigten Sicherheit und wirkt Prekarisierungstendenzen entgegen. Wir setzen uns für qualitative und quantitative Verbesserungen in der Berufsbildung ein. Unser Ziel ist eine moderne Beruflichkeit, eine gute Ausbildung für alle.

D

Daseinsvorsorge, Soziale Sicherung, Gleichstellung

D1	Bundesvorstand: Kinderarmut bekämpfen – Soziale Integration schaffen	61
D2	LV NRW: Öffentliche Daseinsvorsorge / Öffentliche Aufgaben: Gestaltungsräume zurückgewinnen - Öffentliche Aufgaben stärken!	65
D5	BZ Braunschweig: Das Elterngeld ist nicht der Weisheit letzter Schluss	70

1. Einleitung

Der soziale Raum schließt sich wieder. In wenig anderen vergleichbaren Ländern sind die sozialen Aufstiegschancen so gering und deren Gebundenheit an das Einkommen des Elternhauses so hoch wie in Deutschland. Die sozialen Unterschiede in der Gesellschaft nehmen wieder zu. Die Spaltung der Einkommensverhältnisse führen derzeit dazu, dass der Aufschwung nicht in den Geldbeuteln der breiten Masse der Bevölkerung ankommt. Gleichzeitig steigt auch die Armut und Einkommensarmut in Deutschland. Besonders krass zeigt sich diese Entwicklung anhand der stetig steigenden Kinderarmut.

Die Kinderarmut in Deutschland steigt. Im August 2007 veröffentlichte das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) Zahlen, nach denen in Deutschland im März 2007 1,929 Millionen Kinder unter 15 Jahren in hilfsbedürftigen Familien leben - Familien also, die auf Sozialgeld (Geldleistung nach SGB II für nicht erwerbsfähige Angehörige, die mit erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben) angewiesen sind. Damit leben rund 17 Prozent der insgesamt ungefähr 11,5 Millionen Kinder in Deutschland in Armut. Der Anteil der in Armut lebenden Kinder steigt damit seit 2005 um jährlich ein Prozent.

Diese Bild verschlechtert sich weiter, bezieht man Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr mit ein: Rund 22 Prozent, 2,5 Millionen Kinder, sind arm. In Städten wie Halle oder Schwerin steigt dabei die Armutsquote unter Kindern bis auf 40 Prozent.

Für Deutschland zeichnet sich damit ein erschreckendes Bild: Jedes sechste Kind unter 15 Jahren gilt als arm; bei den unter 18jährigen sogar jedes fünfte.

Gerade Familien – und mit ihnen die Kinder – sind in Deutschland besonders von Armut betroffen: Während 2006 die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (nach SGBII, Stand Februar 2007) im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist (um 5,4%, bei Singles sogar um 14,2%), ist die Anzahl der hilfsbedürftigen Familien um knapp 4 Prozent gestiegen. Es hat eine deutliche Verlagerung der Hilfsbedürftigkeit zu Lasten von Familien und Kindern stattgefunden.

Die Situation allein erziehender Eltern und deren Kinder ist besonders dramatisch. Inzwischen leben 636 000 Alleinerziehende in Deutschland von Arbeitslosengeld II und ihr Anteil wächst dramatisch (um 17,5% von 2005 auf 2006). Hier sind es insbesondere allein erziehende Mütter und deren Kinder, die von Armut betroffen sind. Sie müssen sowohl die Kindererziehung und -betreuung alleine organisieren, als auch durch Arbeit ihren Lebensunterhalt finanzieren. Diese strukturelle Überforderung führt – angesichts der nach wie vor skandalös schlechten Kinderbetreuungsinfrastruktur – nicht selten zu einer strukturellen Abhängigkeit vom Arbeitslosengeld II.

2. Aufschwung für alle – gute Arbeit für alle!

Wer Armut bekämpfen will, muss die Armutsspirale „keine Arbeit – kein Einkommen – sozialstaatliche Abhängigkeit – fehlende soziale Integration“ – bekämpfen. Die Grundlage einer sozial inklusiven Politik ist deshalb eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Sie dient einer Verbesserung der Erwerbssituation der Eltern. Eine Politik für Beschäftigungschancen muss dabei nicht nur beschäftigungsfördernd und –schaffend sein, sondern auch die Unabhängigkeit von Sozialleistungen in der Erwerbsarbeit sichern. Wer arbeitet muss davon auch leben können und seine Familie und seine/ ihre Kinder ernähren können. Eine Politik für Armutsvermeidung muss deshalb gute Arbeit und den Aufschwung für alle sichern.

Eine sozial gerechte Vermögens- und Einkommensverteilung ist die Voraussetzung zur Verhinderung von Armut. Nur dort, wo soziale Teilhabe für alle möglich ist, können die Menschen der Armutsfalle entgehen und werden nicht ins Abseits gedrängt. Daher ist eine sozial gerechte Verteilung in der Gesellschaft nötig. Der Staat muss diese gerechte Verteilung durch eine aktive Politik sichern. Der Grundsatz der Leistungsfähigkeit und eine höhere Besteuerung von Vermögen, Kapitalbesitz und hohen Einkommen sind dafür evident.

Unsere Strategie „Aufschwung für alle – gute Arbeit für alle“ basiert auf folgenden Prinzipien:

- Ein gesetzlicher Mindestlohn. Wir wollen das Entsendegesetz ausweiten und eine flächendeckende Lohnuntergrenze schaffen, die in der Lage ist die arbeiten-

- de Bevölkerung vor Lohn- und Sozialdumping zu schützen und ihren Lebensunterhalt zu sichern.. Niemand darf in Deutschland weniger als 7,50€ in der Stunde verdienen.
- **Den Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung.** Diese Arbeitsversicherung schafft gute Arbeit durch ein Recht auf Weiterbildung. Dieses Recht muss organisatorisch und finanziell definiert werden. Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel einzusetzen, die im Grundsatzprogramm beschlossene Idee der Arbeitsversicherung konzeptionell umzusetzen.
 - **Eine gerechte Verteilung von Arbeit.** Vollbeschäftigung kann nur durch eine gerechte Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens erreicht werden. Deshalb muss eine moderne Arbeitszeitpolitik, die auf die Flexibilisierung und Verkürzung von Arbeitszeiten ausgerichtet ist, die Basis für den Abbau der Arbeitslosigkeit bilden. Dazu sind sowohl kollektive wie individuelle Formen der Arbeitszeitverkürzung zu wählen. Nur so kann die Ausgrenzung von Erwerbsarbeit abgebaut werden.
 - **Soziale Bildungschancen.** Nur wo Chancengleichheit im Bildungssystem verwirklicht ist, ist sozialer Aufstieg für alle möglich. Daher setzen wir uns Bundesweit für ein integratives Bildungssystem bis zur Klasse zehn ein. Gleichzeitig wollen wir durch ein Schüler-BaföG und die Anhebung des BaföG die finanziellen Rahmenbedingungen für die Unabhängigkeit des Bildungserfolgs vom Geldbeutel schaffen.
 - **Das Recht auf Ausbildung.** Jeder junge Mensch, der will, soll eine Ausbildung absolvieren können. Deshalb wollen wir Das Recht auf Ausbildung verwirklichen. Ein solidarischer Ausbildungsfonds, der die Umlagefinanzierung umsetzt, ist unerlässlich, um Ausbildung für alle zu sichern.
 - **Die Erhöhung der Erbschaftsteuer.** In den nächsten Jahren werden in Deutschland so viele Erbschaften wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik vererbt. Daher fordern wir im Rahmen der anstehenden Erbschaftssteuerreform nicht nur Immobilien und Grundvermögen anderen Vermögensarten gleich zu stellen, sondern auch hohe Erbschaften insbesondere von Kapitalvermögen deutlich höher zu besteuern. Das schafft Generationengerechtigkeit. Außerdem fordern wir die verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Die ungleiche Verteilung von Vermögen setzt sich in der ungleichen Verteilung von Zukunftschancen in der Gesellschaft fort. Die Besteuerung hoher Vermögen soll einen Beitrag zum Ausgleich dieser Ungerechtigkeit leisten.
 - **Eine aktive Lohnpolitik.** Die Löhne und Gehälter in Deutschland müssen deutlich stärker steigen. Die Tarifparteien werden aufgefordert, den Verteilungsspielraum auszuschöpfen und eine Nachfragestabilisierende Lohnpolitik zu betreiben.
 - **Die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II.** Das ALG II muss ein soziokulturelles Existenzminimum absichern. Deshalb fordern wir die automatische jährliche Anpassung des ALG II an die inflationsbereinigte Reallohnentwicklung. Um den existenzsichernden Charakter der Leistung zu gewährleisten darf die Anpassung die Inflationsrate jedoch nicht unterschreiten.
 - **Die Abschaffung des Ehegattensplittings.** Um Alleinerziehende steuerlich mit Ehepaaren gleich zu stellen, muss das Steuersystem gleichstellungspolitisch neutralisiert werden.
 - **Die Entlastung unterer Einkommensgruppen von den Sozialversicherungsbeiträgen.** Niedrige Einkommen sollten von den Sozialversicherungsbeiträgen anteilig entlastet werden. Höhere Einkommen sollten gemäß ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen (Prinzip Bürgerversicherung)
 - **Gerechte Besteuerung von Kapitaleinkommen.** Immer noch werden in Deutschland Kapitaleinkommen gegenüber Einkommen aus Löhnen und Gehältern steuerlich überteuert. Diese Ungerechtigkeit muss – möglichst im europäischen Maßstab – beendet werden. Kapitaleinkommen müssen ebenso wie alle anderen Einkommen der steuerlichen Progression unterliegen.
 - **Eine EU-weite Unternehmenssteuer.** Um den Steuersenkungswettbewerb bei den Unternehmenssteuern zu beenden, wollen wir die Bemessungsgrundlagen und die Höhe der Körperschaftsteuer EU-weit harmonisieren. Mittelfristig muss die Körperschaftsteuer zu einer EU-Einnahmequelle als Ersatz für die bisherigen Subventionsbeiträge der Mitgliedsstaaten werden.

3. Soziale Integration für alle – Armut verhindern!

Wir Jusos wissen auch, dass Armut nicht allein durch eine aktive und gerechte Verteilungspolitik beseitigt werden kann. Vielmehr sind eine funktionierende soziale Infrastruktur und eine ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge die Voraussetzung, um Armut zu vermeiden. Dazu gehört auch ein Bildungssystem, das Chancengleichheit sichert, früh greift und integrativ wirkt. Die Qualität einer funktionierenden sozialen Infrastruktur bemisst sich dabei in erster Linie daran, ob sie die betroffenen Zielgruppen erreicht.

Eine funktionsfähige soziale Infrastruktur und eine gerechte Verteilung sind weder Gegensätze, noch kompensieren sie einander. Gemeinsam machen sie Sinn: Nur wo die soziale Infrastruktur die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft, und sie durch eine gerechte Verteilungspolitik finanziert wird, kann Armut nachhaltig begegnet werden. Das Schließen der sozialen Schere verhindert darüber hinaus die Abhängigkeit von Herkunft und sozialen Chancen.

Soziale Integration geht für uns Jusos weit über die Bereitstellung lebenswichtiger Güter und Dienstleis-

tungen hinaus. Unser Verständnis von sozialer Integration beinhaltet die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen allen Menschen ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit ermöglichen. Dies ist heute nicht mehr die Regel. Denn gerade dort, wo Armut in der Kindheit den weiteren Lebensweg vorbestimmt, sind Lebenschancen verbaut. Die zunehmende Perspektivlosigkeit junger Menschen erzeugt Frustration und Zukunftsängste – die Wurzeln von Passivität und einer Existenz im Abseits.

Wir Jusos wollen eine präventive, vorsorgende Sozialpolitik. Dort, wo bereits Zukunftsängste um sich greifen, wird soziale Integration umso schwieriger. Nicht selten droht hier die staatliche Verantwortung zu kollabieren. Deshalb ist eine frühe Aktivierung, das vorzeitige Aufzeigen von Perspektiven entscheidend. Dabei ist klar: Vorsorgende Sozialpolitik heißt für uns nicht nur auf die Befähigung des Einzelnen zu setzen. Vielmehr brauchen wir auch kollektive Maßnahmen der Sozial-, Verteilungs- und Bildungspolitik, um soziale Teilhabe ganzheitlich sicherzustellen.

Eine vorsorgende Sozialpolitik muss auf unterschiedlichen Ebenen angesetzt werden. Maßnahmen der kommunalen, landespolitischen und gesamtstaatlichen Sozialpolitik müssen optimal ineinander greifen, andernfalls werden sie den umfassenden Armutsphänomenen nicht gerecht werden und die unterschiedlichen Zielgruppen nicht erreichen. Wir brauchen einen Policy-Mix gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Wir Jusos plädieren daher für eine „armutsfeste Sozialpolitik“ mit folgenden Bausteinen:

1. Armut bei Familien, insbesondere Ein-Eltern-Familien und Familien mit Migrationshintergrund muss verhindert werden („Politik der Armutsvermeidung“).
2. Arme Familien mit Kindern in bedrohten Lebenslagen, die offensichtlich Hilfe brauchen, müssen massiv sozialstaatlich unterstützt werden („Unterstützung von Familien“).
3. Armen Kindern, die zusätzliche und damit eine spezifische Unterstützung brauchen, muss zielgenau gefördert werden („Kindbezogene Armutsprävention“).

Im Einzelnen bedeutet dies:

Eine chancengleiche, integrative und fürkindliche Bildungs- und Familienpolitik.

- **Ausbau der Kinderinfrastruktur.** Die Krippen- und Kita-Betreuung in Deutschland muss massiv ausgebaut werden. Wir wollen das Recht auf Kinderbetreuung gesetzlich verankern. Dort wo dieses Recht auch faktisch verwirklicht ist, muss das Recht mittelfristig in eine Pflicht übergehen, damit alle Kinder spätestens ab dem 3. Lebensjahr eine Kindertagesstätte besuchen.
- **Ganztägige Kinderbetreuung.** Unser Ziel ist eine ganztägige Kinderbetreuung. Die Eltern sollen – wo möglich – in die Betreuung, Bildungs- und Freizeitgestaltung eingebunden werden. Gerade in Quartieren mit hohem Anteil von Migrantinnen und Migranten sollten die Mütter und Väter in die Organisation der Kinderbetreuung eingebunden werden, um Hemmschwellen zu überwinden.
- **Bildung von den Kinderschuhen an.** Die frühkindliche Bildung muss massiv ausgeweitet werden. Unser Ziel ist es, mit dem Eintritt in die Grundschule herkunftsbedingte soziale Unterschiede ausgeglichen zu haben. Daher wollen wir mittelfristig die Kindertagesstätten zu kommunalen Orten der Bildung umbauen. Unser Vorbild sind „early-excellence-center“ nach britischem Vorbild, in denen Kinder frühzeitig gefördert werden und die Sozial-, Familien- und Stadtteilpolitik positiv ineinander greifen.
- **Frühe Sprachförderung.** Eine frühe Sprachförderung ist eminent wichtig. Dabei ist entscheidend, dass die Kinder eine Sprache optimal sprechen. Nur so wird sichergestellt, dass sie auch andere Sprachen grammatikalisch gut und schnell erlernen können. Deshalb ist Vielsprachigkeit für uns ein Kapital – kein Hemmnis. Wir wollen sie fördern, wissen aber auch, dass das Erlernen der deutschen Sprache wichtig bleibt.
- **Ein integratives Bildungssystem.** Wir Jusos plädieren für die Einführung einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse. Dies wollen wir nicht parallel, sondern als Ersatz des bisherigen, selektiven dreigliedrigen Schulsystems umsetzen. Eine möglichst individuelle Förderung, aber auch die Binnendifferenzierung ist Teil dieser „Schule für alle“ nach skandinavischem Vorbild.
- **Die Abschaffung der Hauptschule.** Bis zur Einführung einer „Schule für alle“ wollen wir Real- und Hauptschulen zusammenlegen. Das Abschieben von Kindern mit besonderer sozialer Auffälligkeit in die Hauptschule, ballt hier die sozialen Probleme, vor deren Bewältigung die Hauptschulen – insbesondere in großen Städten – nur kollabieren können.
- **Sitzenbleiben abschaffen.** Das Sitzenbleiben wird sofort ersatzlos abgeschafft. Individuelle Förderung und Ermutigung müssen im Vordergrund der Bildungspolitik stehen. Kein Kind darf zurückbleiben.

Eine soziale Stadtpolitik.

- **Aktives Quartiersmanagement.** In Stadtquartieren mit besonderem Erneuerungsbedarf müssen positive endogene Potenziale in der Stadtteilgesellschaft aktiviert werden. Dies funktioniert nicht nur von alleine. Eine Politik der sozialen Stadtentwicklung muss Engagement und gesellschaftliche Arbeit anre-

- gen. Das Quartiersmanagement nach Berliner Vorbild ist dafür der richtige Weg.
- **Politik für die soziale Stadt.** Eine Politik, die Segregation verhindert, muss Wohnungsbau, Städtesanierung, Schul- und Freizeitangebote zusammen denken. Das Programm „Soziale Stadt“ hat dazu viele positive Beispiele aufgezeigt. Wir wollen dieses Programm weiterentwickeln und fordern ein „Bündnis für die soziale Stadt“, in der Bund, Land und Kommunen gemeinsam Wege zu einer kommunalen Armutsvermeidungspolitik suchen.
 - **Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Dort wo die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert ist, wird immer deutlicher, dass ein Zielkonflikt zwischen dem Profitinteresse privater Unternehmen und öffentlichem Auftrag besteht. Meist geht dieser Zielkonflikt zu Lasten von Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf aus. Deshalb ist gerade aus Sicht der sozialen Stadtpolitik die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere des ÖPNV-Verkehrs, des Wohnungsbaus, der Bildung und Schulsanierung und der Kinderbetreuung, besonders wichtig.
 - **Kostenfreies Schulesen und Lehrmittelfreiheit.** Wir wollen in Ganztagschulen ein Schulesen und die Lehrmittel kostenfrei anbieten.
 - **Ausbau der Familienberatung.** In Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf sollte eine kostenfreie Familienberatung – gerade auch mit interkulturellen Ansätzen – zum Standard gehören.

Eine vorsorgende Sozialpolitik.

- **Eine Grundsicherung für Kinder.** Der Kinderzuschlag beim ALG II muss mittelfristig zu einer eigenständigen Kindergrundsicherung ausgebaut werden. Diese Grundsicherung sichert das soziokulturelle Existenzminimum ab und schafft die Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Grundsicherung löst die Existenzsicherung von Kindern vom Lohn und den Sozialleistungen der Eltern.
- **Verantwortung belohnen.** Eltern in hochbelasteten Lebenssituationen, die ihrer Verantwortung nach Erziehung und Teilhabesicherung gerecht werden, sollten besonders gefördert und anerkannt werden. Erziehungspartnerschaften von Familie, sozialem Umfeld, Staat und Gesellschaft sind dafür der richtige Weg.
- **Erziehungsleistungen im SGB II anerkennen.** Im Einzelfall kann es sinnvoll sein, Eltern statt deren Wiedereingliederung zu fördern, deren Erziehungscompetenz auszubauen, um eine positive Entwicklung der Kinder zu fördern.
- **Aktive Gesundheitsförderung.** Armut macht krank. Deshalb plädieren wir für eine umfeldorientierte Gesundheitsförderung für Kinder, die sowohl Ernährung, Freizeit und Sport als auch Vorsorgeuntersuchungen beinhaltet. Wir wollen regionale Netzwerke der Gesundheitsprävention stärken.
- **Kindgerechtes Fallmanagement der Arbeitsgemeinschaften.** In das Fallmanagement der Arbeitsagenturen muss das Wohlbefinden und die Entwicklung der Kinder von arbeitslosen Eltern berücksichtigt werden. Dazu ist eine enge Kooperation von Jugend-, Sozialämtern, Kitas bzw. Schulen und Argen notwendig.

4. Plädoyer für eine armutsfeste Sozialpolitik

In unserer reichen Gesellschaft ist die Zunahme der Kinderarmut ein sozialer Skandal. Wir Jusos werden uns mit dieser Situation nicht abfinden. Wir kämpfen für eine armutsfeste Sozialpolitik, die die umfassende Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben sicherstellt. Zu einem selbst bestimmten Leben gehört nicht nur das finanzielle Auskommen, sondern auch die Integration in ein funktionierendes soziales Umfeld. Dazu gehört die Freizeit ebenso wie die Schule oder der Arbeitsplatz. Deshalb ist unsere armutsfeste Sozialpolitik neben einer gerechten Verteilungspolitik, der Arbeitszeitverkürzung und einer makroökonomischen Wirtschaftspolitik die vierte Säule unserer Vollbeschäftigungsstrategie.

Wir Jusos wollen kein Kind zurücklassen. Deshalb wollen wir die herkunftsbedingten Ungleichheiten abbauen und Kinderarmut abschaffen. Dies kann nur durch einen fortschrittlichen Policy-Mix erreicht werden. Unterschiedliche Politikfelder müssen besser und zielgenauer ineinander greifen. Darüber hinaus brauchen wir ein „Bündnis gegen Kinderarmut“ von Bund, Ländern und Kommunen.

Wir fordern die SPD auf, eine Politik der Armutsvermeidung mit den beschriebenen Bausteinen durchzusetzen. Es ist höchste Zeit.

1. Einleitung

Die Auseinandersetzung mit dem Staat ist für JungsozialistInnen schon immer eine zentrale Aufgabe gewesen. Staatsbildung und die Existenz von Nationen waren und sind Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus. Eine grundlegende Funktion des Staates ist die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Dies geschieht durch ökonomische Tätigkeiten, Gesetze und das Gewaltmonopol. Auch in der gegenwärtigen Phase ökonomischer Globalisierung sichert der Staat die neoliberalen Interessen institutionell und ideologisch ab. Gleichzeitig können über den Staat soziale Fortschritte errungen werden. Der Staat ist nicht einfach das Instrument der herrschenden Klasse, sondern stellt ein Terrain von Auseinandersetzungen dar. Somit ist die Bedeutung des Staates als ambivalent zu bewerten. Im Staat verdichten sich gesellschaftliche und ökonomische Kräfteverhältnisse, das macht ihn zum Austragungsort für Kämpfe der widerstreitenden Interessen. „Den“ Staat gibt es nicht. Staatlichkeit ist jeweils das Produkt der bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. Der frühe Nationalstaat des 19. Jahrhunderts ist nicht zu vergleichen mit dem Staat des industriellen Zeitalters, und auch der Sozialstaat der Nachkriegszeit ist zunehmend weniger mit unserem aktuellen Staatswesen vergleichbar. Zudem reicht ein Blick über den Globus: Staatlichkeit in Somalia und Argentinien ist anders als in der Schweiz oder in Russland.

Was Staat tatsächlich macht, welche Aufgaben durch staatliche Institutionen und nicht etwa durch private Akteure – oder auch gar nicht – wahrgenommen werden, wird durch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse bestimmt.

Staat kann in seiner demokratischen Verfassung und seiner Eingriffsbefugnis die Wirkungsweisen des Kapitalismus zumindest teilweise zähmen. Dabei verstehen Jusos Staat und Markt nicht als zwei voneinander abgegrenzte - oder nach neoliberaler Logik abzugrenzende - Räume. Ebenso wenig kommt nach unserer Auffassung dem Staat nur kontrollierende und regulierende Funktion zu. Staatliche Regulierung greift beständig in wirtschaftliche Prozesse ein, und wird von diesen beeinflusst. Auch der Rückzug des Staates aus der Regulierung bestimmter Felder ist eine staatliche Tätigkeit.

Der Staat kann und muss intervenieren, und zwar in dem Sinne, dass er selbst in wirtschaftliche Prozesse eingreift, sie eigenständig gestaltet und Impulse setzt. Der Staat wird dadurch zum gestaltenden Akteur der Ökonomie und überlässt nicht den Markt dem freien Spiel der Kräfte, und er erhält und schafft sich seine eigene Handlungsfähigkeit. Das ist der Gegenentwurf zum sogenannten schlanken Staat, der nach neoliberaler Paradigma den Staat sich auf seine behaupteten Kernaufgaben beschränken lässt.

Die Frage nach Staat und Staatlichkeit und ihren Bedingungen ist Veränderungen unterworfen, die mit den Veränderungen der kapitalistischen Formation einhergehen, wobei Ursache und Wirkung in diesem Prozess wechseln. Noch immer ist Staatlichkeit für gesellschaftliche Gestaltung im kapitalistischen System entscheidend. Wer für eine fortschrittliche Politik kämpft, muss offensiv in die Auseinandersetzung um die Rolle und Aufgaben des Staates gehen.

Indes lässt sich Staatlichkeit mit Fortschreiten der europäischen Integration nicht mehr rein nationalstaatlich denken: Ein Mehrebenensystem hat sich entwickelt, in dem der Nationalstaat - auch in seiner föderalen Struktur - zwar noch den Kern bildet, jedoch nicht mehr die ausschließliche Macht hat. Durch den Prozess der europäischen Einigung vollzog sich ein Wandel von nationalen Wohlfahrtsstaat zum europäischen Wettbewerbsraum, in dem auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichem Druck und unterschiedlicher demokratischer Legitimität reguliert und interveniert wird: Während auf Ebene der EU freier Binnenmarkt und unverfälschter Wettbewerb die Paradigmen sind, denen mit aller Macht zur Durchsetzung verholfen wird, bleiben Sozialpolitik oder allgemeiner: der öffentliche Sektor formal den Nationalstaaten vorbehalten und geraten durch die übergeordnete Wettbewerbslogik unter Druck. Staatlichkeit steht auf den Feldern, die über die vermeintlichen Kernaufgaben hinausgehen, seit geraumer Zeit unter Rechtfertigungszwang eines neoliberalen Dogmas.

Jedoch sind Kernaufgaben nicht per se solche, die der „Nachwächterstaat“ als seine erkennt. Welche Aufgaben zu denen des Staates erklärt werden, hängt vom politischen Paradigma ab. Für uns ist klar: Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist eine der zentralen Aufgaben des Staates, um Chancengleichheit zu verwirklichen. Und: Auf dem möglichst breiten Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge und - allgemeiner: der öffentlichen Aufgaben kann die ökonomische Entwicklung insgesamt nach sozialen, ökologischen und kulturellen Kriterien gestaltet werden, und zwar in einem demokratischen Prozess.

2. Was sind Öffentliche Aufgaben?

Die Frage, was öffentliche Güter und Aufgaben sind und welchen Bereich die öffentliche Daseinsvorsorge umfasst, ist nicht abschließend geklärt. Für die Definition der Daseinsvorsorge gibt es verschiedene Konzepte, die zumeist folgende Elemente enthalten: a) den gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang aller Bürgerinnen und Bürger, b) ein flächendeckendes, an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot zu angemessenen Preisen sowie c) die demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung. Dabei können Leistungen wirtschaftlicher wie nicht-wirtschaftlicher Art erbracht werden. In welcher Handlungsform „Staat“ öffentliche Aufgaben organisiert, ist offen, solange sie sich an demokratischer Kontrolle, öffentlicher Verantwortung und Gemeinwohlorientierung ausrichtet.

Im eingangs geschilderten Mehrebenensystem ist die Definitionshoheit über den Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (EG-Vertrag) eine zentrale Machtfrage. Je enger der Begriff, desto geringer die Handlungsfähigkeit des Staates. Dass Institutionen wie Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof ein enges Verständnis haben, ist innerhalb der Binnenmarktlogik konsequent. Ebenfalls konsequent hat das Grundgesetz, das sich wirtschafts- und steuerungspolitisch nicht festlegt, auch auf den Begriff verzichtet. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird gleichwohl als Ausfluss der verfassungsrechtlich zentralen Sozialstaatsprinzip als Strukturmerkmal des sozialen Staates, zum Teil auch als Recht des einzelnen auf öffentliche Daseinsvorsorge begriffen. Die öffentliche Daseinsvorsorge in ihrem gestalterischem und eingreifendem Aspekt lässt sich - jedenfalls für den kommunalen Bereich - aus dem verfassungsrechtlich verankerten Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden begründen. Sowohl eine zu enge Definition dessen, was öffentliche Aufgaben sind, als auch das Fehlen einer solchen Definition engen die Handlungsmöglichkeiten des Staates ein. Ersteres beschränkt seine Aufgaben auf so genannte Kernaufgaben, letzteres schafft ein politisches Vakuum, welches die Daseinsvorsorge zum Spielball der jeweiligen Machtverhältnisse werden lässt.

In der politisch-ökonomischen Debatte wird der Streit um die Aufgaben des Staates zudem auf mehreren Ebenen ausgetragen. Neben die Polarisierung Staatsaufgaben versus Marktgeschehen tritt in der Regel die Unterteilung in Kernaufgaben und Gewährleistungsaufgaben des Staates. Kernaufgaben sind danach Sicherheit, Rechtsschutz, Landesverteidigung, Individualgüterschutz, Steuereintreibung und weniges mehr. Gewährleistungsaufgaben sind solche, die darüber hinaus gehen - also all diejenigen, die nicht Sicherheit und Bestehen des Staates selbst und Schutz seiner BürgerInnen zum Inhalt haben, sondern im weitesten Sinne Zugang zu etwas anbieten. Dahinter steckt der Versuch, eine Rangfolge von Aufgaben festzulegen und im Ergebnis Aufgaben außerhalb des „Kerns“ zu Aufgaben zweiter Klasse zu machen.

Diese Aufspaltung widerspricht sowohl dem Anspruch an öffentliche Aufgaben durch das Kriterium der Chancengleichheit als auch dem Anspruch an Handlungsfähigkeit und Akteursrolle des Staates.

All dies zeigt: Der Kampf der widerstreitenden Interessen wird in der Arena des Staates auch darüber ausgetragen, was seine Aufgaben sind.

Im Hamburger Programm hängt die SPD die Diskussion um die öffentlichen Güter an der Bestimmung der Grundwerte auf - und umgekehrt:

„Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Chancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen.“

Zudem formuliert sie den Zugang zu öffentlichen Gütern als Gradmesser einer funktionierenden Demokratie:

„Die Demokratie wird sich in Zukunft darin bewähren müssen, dass sie den Zugang zu diesen öffentlichen Gütern gewährleistet, die politische Verantwortung für die Daseinsvorsorge behauptet, die eine gerechte Verteilung von Lebenschancen erst ermöglicht. Das ist in einer Welt knapper werdender

Ressourcen mehr denn je erforderlich und darf nicht dem Markt überlassen werden.“

Tatsächlich haben aber die Bundesrepublik Deutschland und andere westeuropäische Staaten in den letzten Jahren den entgegengesetzten Weg gewählt, und dabei verdeutlicht, dass Demokratie allein keine Gewähr für gleichen Zugang bietet. Eine Privatisierungswelle überzieht Bund, Länder und Kommunen, und sie ist von unterschiedlichen Interessen geleitet. In den vergangenen Jahren wurden auf allen Ebenen vormals öffentlich bereitgestellt Güter und Dienstleistungen dem Markt übergeben. Dabei sind großen Staatsbetriebe im Energie- und Kommunikationsbereich nur die Spitze des Eisberges. Dies geschah zur Herstellung des Europäischen Binnenmarktes. Gleichzeitig wurden aber auch von den verschiedenen Bundesregierungen Bundesanteile von Unternehmen zur Stopfung von Haushaltslöchern veräußert. Dass ein Ende dabei noch nicht in Sicht ist, zeigt die aktuelle Debatte um die Privatisierung der Deutschen Bahn. Der Staat sichert den Zugang zu Dienstleistungen nicht nur durch die eigene Bereitstellung, sondern auch durch Regelungen einzelner Bereiche, wie zum Beispiel durch das Briefmonopol. Aber auch solche Steuerungsmöglichkeiten stehen vor oft vor dem Aus. Dass es auch andersherum gehen kann zeigt die Einführung von Obergrenzen bei den Roaminggebühren für Auslandstelefonate.

Der Privatisierungswahn greift mittlerweile auch auf Staatsaufgaben über, die selbst jeder Liberale zum Kern eines „Nachtwächterstaats“ zählen würde, wie Beispiele aus Niedersachsen und Hessen beim Strafvollzug zeigen.

Am gravierendsten aber wurde in den Kommunen privatisiert. Alle Bereiche sind davon betroffen, von der Wasser- und Abwasserversorgung, über Müllabfuhr, Krankenhäuser, ÖPNV, Verkehrsprojekte, sozialer Wohnungsbau und sogar Schulen und Universitäten. Was meist nur zur kurzfristigen Sanierung der Haushalte dienen sollte, wurde den Bürgerinnen und Bürgern mit der Behauptung verkauft, dass die Versorgung durch private Investoren optimiert und günstiger werden sollte. Viele Beispiele machen deutlich, dass genau dies nicht eingetroffen ist. Im Gegenteil – als erstes wurden die profitablen Betriebe der Kommunen veräußert, so dass langfristig die Haushaltslage noch schlechter geworden ist, die Kosten sind gestiegen und unprofitable Angebote gestrichen. Außerdem haben die Privatisierungen insbesondere für die ArbeitnehmerInnen in den verkauften Betrieben negative Folgen – wenn ihre Arbeitsplätze nicht weggefallen sind, so mussten sie doch oft Einbußen bei Einkommen, Arbeitszeit und Mitbestimmung hinnehmen.

3. Rahmenbedingungen und Zweck

Auch wenn die Frage, was öffentliche Aufgaben sind, einer politischen Antwort bedarf, so ist doch die Implementierung und Ausgestaltung der Daseinsvorsorge an Bedingungen geknüpft. Zwar ist nicht unabdingbar festgelegt, was der Staat selbst vorhalten und anbieten darf und auf welche Weise er es organisiert. Dies kann jedoch nur vor der Folie der derzeitigen kapitalistischen Formation, die im flexibilisierten Finanzmarkt einer neuartigen Dynamik unterliegt, seriös diskutiert werden. Zum schnellen und deregulierten Kapitalfluss im Interesse von anonymen Eigentümerstrukturen ist ein am Gemeinwohl orientierter und demokratisch legitimierter Einsatz von Kapital ein Alternativinstrument.

Der Staat organisiert öffentliche Daseinsvorsorge in unterschiedlichen Handlungsformen, zu den traditionellen (eigene Behörden, mittelbare Staatsverwaltung durch Selbstverwaltungskörperschaften, Eigenbetriebe, Bezuschussung der freien Wohlfahrtspflege) sind in den letzten Jahren neue Modelle der Teilprivatisierung hinzugekommen. Während bei teilprivatisierten Eigenbetrieben die Eigentümerstruktur noch vergleichsweise deutliche nachvollziehbar ist, handelt es sich etwa bei den Public-Privat-Partnership-Modellen mindestens um Grenzfälle, häufig auch um die Aufgabe staatlichen Einflusses.

Die Entscheidung für eine Aufgabe und die Wahl der Mittel wird beschränkt durch nationales und europäisches Recht. Im europäischen Mehrebenensystem bilden Lokalautonomie und Subsidiaritätsprinzip auf der einen und der Vorrang des unverfälschten Wettbewerbs auf der anderen Seite das Spannungsfeld, dem staatliche Entscheidungen zur öffentlichen Daseinsvorsorge ausgesetzt sind. Strenge Wettbewerbsregeln (Stichworte: Subventionsregeln, Ausschreibungspflicht, Marktmissbrauchskontrolle) gehen zulasten einem Mehr an öffentlichen Unternehmen.

Das Interesse der Menschen in einem Gemeinwesen und des Staates selbst bzw. seiner Einheiten an öffentlicher Daseinsvorsorge ist groß: Sie sichert durch gleichen Zugang für alle zu bestimmten Gütern Lebensqualität und schafft gleichwertige Lebensverhältnisse. Infrastruktur allgemein und Ressourceneinsatz konkret können demokratisch gestaltet werden. Der Staat organisiert sich auf diese Weise Akzeptanz und Legitimität und erfüllt seinen sozialstaatlichen Auftrag. Zugleich sichert die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand Handlungsspielräume in den Haushalten - allerdings nur, wenn insofern die Langfristperspektive Vorrang haben vor dem kurzfristigen Interesse, Haushaltslöcher durch Verkauf der öffent-

lichen Einrichtungen zu stopfen. Die makroökonomische Bedeutung der wirtschaftlichen Betätigung des Staates (insbesondere der Kommunen) ist groß: Sie ist ein Mittel der Investivpolitik und kann dem Staat die Pionierrolle geben, sie fördert Wertschöpfung und entfaltet Beschäftigungswirkung.

Grundsätzlich gilt: Die öffentliche Daseinsvorsorge wird in der Marktwirtschaft gern als Wettbewerbshemmer verkauft, ist in Wahrheit aber Ausgleichs- und Steuerungsinstrument im Kapitalismus. Marktkräfte allein können nicht die notwendigen Dienstleistungen sicherstellen. Deshalb muss der Staat auf allen Ebenen an der Bereitstellung, Regulierung, Organisation, Finanzierung und Förderung solcher Dienstleistungen stark beteiligt sein.

4. Unser Verständnis von den Kernaufgaben des Staates

Eine Trennung in Kernaufgaben und Gewährleistungsbereiche lehnen wir ab. Was Kernaufgaben des Staates sind, muss sich an festen Kriterien orientieren: Öffentliche Güter und Dienstleistungen sind diejenigen, zu denen zur Verwirklichung von Chancengleichheit alle Menschen gleichen Zugang haben müssen. Es sind diejenigen Bereiche, in denen Marktversagen behoben werden muss. Wenn der Staat gleichen Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen gewährt, ist dies zudem Instrument, um kapitalistische Verwerfungen zumindest teilweise auszugleichen. Kapitalismus kann gesellschaftliche Wohlstand vielleicht erwirtschaften, gerecht, gleich und solidarisch verteilen jedoch nicht. Ein moderner Staat muss hier die wichtige gesellschaftliche Verteilungsfunktion übernehmen.

Im demokratischen Staat ist die Übernahme öffentlicher Aufgaben ein Mittel von Regulation und Beschränkung rein gewinnorientierter Machtinteressen. Daher müssen diejenigen Aufgaben öffentlich sein, die der Kontrolle und der Gestaltung durch das Gemeinwesen selbst, also demokratischen Prozessen unterliegen sollen.

Zudem: Es ist ein Unterschied, ob etwas marktwirtschaftlich produzierbar ist, oder ob etwas gesellschaftspolitisch erwünscht ist. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist grundsätzlich blind für bestimmte regionale Herausforderungen, die Bedürfnisse bestimmter Personengruppen oder ähnlichem. Durch staatliches Handeln vermittelte gesellschaftliche Regulation ist hier die Alternative, die eine ordnungs- und strukturelle Steuerungsfunktion übernimmt.

Unser Ziel ist die demokratische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Staatliches Handeln kann hier ebenfalls der Transmissionsriemen sein.

Was Staat vorhalten kann und nach diesem Verständnis auch muss, umfasst daher die wesentlichen Bereiche, die für das gesellschaftliche Zusammenleben und ein selbstbestimmtes Leben des Einzelnen wichtig sind. Dazu gehören neben der Versorgung mit Energie und Wasser und der Entsorgung von Abfall eine Verkehrsinfrastruktur einschließlich der Transportmittel, ein Gesundheitssystem und soziale Sicherung im allgemeinen, Bildung, Wohnraum und Wohnungsbau, Bank- und Kreditwesen, Sport- und Kultureinrichtungen und weitere Dienstleistungen ökologischer und kultureller Art. Selbstverständlich ist für uns, dass der Staat auch nicht Aufgaben aus der Hand geben darf, die der Sicherheit (Beispiel Flugsicherung) dienen und/oder durch die er sein Gewaltmonopol ausübt.

Auf einem Teil dieser Felder hat der Staat eigene Gestaltungsansprüche bereits aufgegeben oder nie besitzen: Wir wollen in den Bereichen Verkehr, Energie, Wohnungsbau und soziale Sicherung öffentlichen Einfluss zurückgewinnen und deren Gestaltung nicht dem Markt überlassen. Neue Felder etwa im Bereich ökologischer, sozialer und kultureller Dienstleistungen zu erschließen, stärkt den Staat in seiner Pionierrolle und ist das Mittel, einer gewinnorientierten Kurzfristperspektive eine langfristige Perspektive des qualitativen Wachstums entgegen zu setzen.

5. Die Privatisierungswelle aufhalten, öffentliche Aufgaben neu anstoßen

Der derzeitige Trend orientiert sich in vielen Bereichen stark am Dogma des Privat vor Staat, selbst dort, wo Sozialdemokraten (mit-)entscheiden. In Gestalt der Deutschen Bahn soll eines der letzten großen in staatlicher Hand liegenden Unternehmen an die Börse - und damit aus dem eigenen Einfluss und der eigenen Verfügungsgewalt gegeben werden. Landesbanken fusionieren und werden für private Investoren aufgehübscht. Viele Kommunen verkaufen ihre Anteile und damit ihren Einfluss an Unternehmen und Einrichtungen, zugleich werden sie durch Landesgesetze an eigener wirtschaftlicher Betätigung und vor allem an der Übernahme neuer öffentlicher Aufgaben gehindert.

Das Interesse, der Bedarf und die Akzeptanz öffentlicher Aufgaben ist jedoch weit größer, als die Befürworter des Privatisierungstrends glauben machen wollen. Der Glaube der Menschen daran, dass Priva-

tisierung und Wettbewerb zugleich weniger Bürokratie und günstigere Preise bedeuten, ist weitgehend aufgebraucht. Insbesondere in den Kommunen formiert sich regelmäßig großer Widerstand, wenn Privatisierungspläne laut werden. Diese Stimmung gilt es für uns aufzugreifen. Wenn wichtige Elemente der öffentlichen Daseinsvorsorge für immer mehr Menschen unerschwinglich oder auch gar nicht mehr angeboten werden, ist es Aufgabe des Staates dieses zu ändern. Des Weiteren ändert sich auch der Bedarf an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ständig, auch dem muss Rechnung getragen werden. Daher gehören zu einer Diskussion über die öffentliche Daseinsvorsorge auch Konzepte wie die Arbeit in diesem Bereich organisiert werden soll. Für uns Jusos muss dabei der öffentliche Beschäftigungssektor im Mittelpunkt stehen. Dabei darf es eben nicht darum gehen einfach Beschäftigung für Arbeitssuchende zu schaffen, sondern ausgehend von dem Bedarf an Arbeit qualifizierte und tarifliche entlohnte Arbeitsplätze anzubieten. Der öffentliche Beschäftigungssektor soll nicht ein Auffangbecken für die von Arbeit Ausgrenzten sein, sondern attraktive Arbeitsplätze bieten, die unseren Ansprüchen an „guter Arbeit“ genügen. So können im öffentliche Beschäftigungssektor auch neue Ausbildungspotentiale erschlossen werden.

Zudem hat sich die Erkenntnis, dass die entscheidenden Impulse für Innovation und industriellen Umbau nicht nur vom Markt ausgehen, in manchen Bereichen schon durchgesetzt: Eine neue ökologische Industriepolitik ist nicht denkbar ohne die Langfristorientierung durch Staat und eine stärkere Gewichtung öffentlicher Träger. Auch im Bereich der Arbeits- und Lohnpolitik entwickeln sich Ideen, die bewusst öffentlich organisierte Instrumente wählen, so etwa das Modell des Deutschlandfonds' zur Beteiligung der Beschäftigten am erwirtschafteten Gewinn der Unternehmen.

Wir Jusos unterstützen diese Ideen. Wir streiten vor Ort für den Erhalt öffentlicher Einrichtungen. Und wir setzen uns dafür ein, dass auf allen Ebenen - EU, Bund und Länder - die Rahmenbedingungen zugunsten öffentlicher Aufgaben verschoben werden. Dazu gehört auch ein größeres Gewicht der öffentlichen Daseinsvorsorge in einer Verfassung für Europa oder einem neuen EU-Vertrag. Wir wollen aber auch neue Ideen entwickeln und der Privatisierungswelle die besseren Alternativen entgegensetzen.

„ Wir wollen eine kinderfreundliche Gesellschaft. Kinder brauchen Ermutigung, damit sie sich in einer schwer durchschaubaren Welt orientieren können. Sie brauchen Förderung und Anregung durch ein Bildungssystem, das ihren Neigungen und Interessen entgegenkommt. ... Wir Sozialdemokraten wollen, daß Kinder als eigenständige Rechtspersönlichkeiten beachtet und ihre Interessen und Bedürfnisse mehr als bisher bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Hierzu ist es notwendig, neben der Familienförderung eine konsequent kinderfreundliche Politik ... bezüglich eines ausreichenden Angebotes von Kindergärten und Kindertagesstätten, sicherzustellen. “

(Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

Wir Jusos fordern eine kinderfreundliche Politik, die neben der Familienförderung den Kindern ein ausreichendes Angebot von Kindergärten und Kindertagesstätten sicherstellt.

Hierzu sollen...

... die Risiken, die eine Familiengründung birgt, abgedeckt werden. Uns geht es um die Kinder. Und deshalb müssen die Leistungen kindsbezogen und nicht elternbezogen gezahlt werden, um eine Ausnutzung des Elterngeldes vorzubeugen.

...die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile jeder Einkommensklasse ermöglicht werden. Damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet wird, ist eine Ganztagsbetreuung nach Beendigung der Elternzeit und eine Transparenz in Betreuungsangeboten unabdingbar.

... die Familiengründungen für Akademiker wieder attraktiv gemacht werden.

... die Gleichstellung von Mann und Frau auch bei der Kindererziehung gefördert werden.

... das Leistungswirrwarr entflochten werden um eine kindergerechte Politik aus einem Guss zu verwirklichen.

1. Die Ausgangslage: Das Elterngeld

Der Bundesfamilienministerin von der Leyen ist der Irrtum unterlaufen, dass es nach der Einführung des Elterngeldes am 01. Januar 2007 allen Familien finanziell besser gehe. Tatsächlich geht es allen Familien mit niedrigen Einkommen, die bisher Anspruch auf Erziehungsgeld hatten, finanziell schlechter. Zudem gibt es nicht genügend Betreuungsmöglichkeiten, die es den Eltern ermöglichen, so schnell wie möglich ins Berufsleben wieder einzusteigen. Wir stellen fest:

1.1 Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein!

Das Elterngeld ist ein Lohnausgleich von 67% des ausfallenden Nettoeinkommens: mindestens 300€ und höchstens 1800€. Das Elterngeld wird für 12 Monate gezahlt und kann auf 14 Monate verlängert werden, wenn beide Elternteile mindestens 2 Monate für die Erziehung ihres Kindes beruflich kürzer treten, also weniger als 30 Stunden pro Woche arbeiten.

Falls beide Elternteile berufstätig sind, kann der beschäftigte Partner während der Erziehungszeit als Alleinverdiener in die günstigere Steuerklasse III eingestuft werden. Obwohl nur ein Elternteil zu dieser Zeit berufstätig ist, soll der Familie so im Idealfall sogar mehr Geld zur Verfügung stehen.

Das Elterngeld ist besonders für junge Paare ein Anreiz, sich für ein Kind zu entscheiden, da sie während des Erziehungsurlaubs nicht vollständig auf das Einkommen eines Partners verzichten müssen und anschließend ins Berufsleben zurückkehren können.

Die Kehrseite der Medaille ist allerdings eine Schlechterstellung von bis zu 340.000 sozial schwachen Familien. Während das Erziehungsgeld noch über 24 Monate nur an bedürftige Familien (besonders Geringverdiener und Arbeitslose) gezahlt wird, werden nun auch bessergestellte Familien Elterngeld erhalten.

Eine Kassiererin mit einem Minijob von 400 EUR würde so maximal 388 EUR erhalten, diese aber nur über 12 Monate statt wie bisher 300 EUR für 24 Monate. Eine Angestellte mit mindestens 2700 EUR Einkommen - die nach dem jetzigen Erziehungsgeldgesetz nicht bedürftig wäre - würde den vollen Satz von 1800 EUR Elterngeld erhalten. In der jetzigen Form hat das Elterngeld eine negative Verteilungswirkung, weil es ärmere Familien im Vergleich zum früheren „Erziehungsgeld“ schlechter stellt. Das Erziehungsgeld wurde wahlweise 24 Monate lang in Höhe von 300 € oder 12 Monate in Höhe von 450 € ausgezahlt. Für gering eingestufte Familien werden jetzt nur noch 14 Monate lang 300 € ausgezahlt - was einen Verlust von 3000 € bzw. 1200 € bedeutet, während im gleichen Schritt Besserverdienende profitieren.

Deshalb wollen wir Jusos für arme Familien ein Elterngeld im Umfang des alten Erziehungsgeldes erreichen. Zugleich wollen wir die Anreize für eine paritätische Übernahme familiärer Verantwortung nach und nach ausbauen. Das heißt: Wir wollen schrittweise das Elterngeld so anpassen, dass bei zwei Erziehenden jedes Elternteil genau 7 Monate anspruchsberechtigt ist.

1.2 Immer noch keine Gleichberechtigung von Frau und Mann!

Generell ist die Idee des Elterngeldes, beide Partner in die Erziehung des Neugeborenen einzubeziehen, ein guter Gedanke zur Gleichstellung von Mann und Frau.

Gleichstellung bedeutet dabei aber nicht, dass die Frau ein Jahr zu Hause bleibt und der Mann höchstens die zwei „Vätermonate“ - wie es die CDU nennt - in Anspruch nimmt. Mit der Aufteilung 12+2 wird das traditionelle Familienbild mit dem Vater als Ernährer und der Mutter als Erzieherin und Haushälterin verfestigt, da es in der Regel die Frauen sind die weniger verdienen und deshalb auch auf Grund der finanziellen Lage der Familie zu Hause bleiben werden.

Um dies zu ändern fordern wir statt des bisherigen 12+2-Modells ein 6+6-Modell. Nur so kann mit dem Elterngeld ein Schritt in Richtung Gleichstellung von Männern und Frauen gegangen werden. Durch diese Regelung bekommen Frauen die Möglichkeit, früher in den Beruf wiedereinzusteigen, gleichzeitig werden Ansätze geschaffen über das immer noch unsere Gesellschaft prägende patriarchalische Gesellschaftsbild nachzudenken.

Es ist nicht nur wichtig, dass Frauen durch kürzere Ausfallzeiten bessere Chancen im Beruf bekommen. Es ist auch wichtig, dass sich nicht nur die Frauen um die Kindererziehung kümmern, sondern auch die Männer.

Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

1.3 Elterngeld muss in neues Betreuungssystem eingegliedert werden

Das Elterngeld muss als Anlass genommen werden, das komplette Betreuungsangebot zu überdenken und zu überarbeiten. Heutzutage gibt es oftmals keine Betreuungsangebote oder die Anzahl der Plätze entspricht nicht der Nachfrage. Außerdem ist durch die mögliche Betreuung von Kindern in Kitas, Krippen, bei Tagesmüttern, im Hort, im Kindergarten, in der Vorschule und der Grundschule ein Wirrwarr entstanden, bei dem es schwierig ist, die Zuständigkeiten festzustellen. Es muss unser Anspruch sein dieses Wirrwarr zu entflechten, für Transparenz zu sorgen und uns für eine Politik aus einem Guss einzusetzen.

Eine kinder- und familienfreundliche Politik verdient nur dann ihren Namen, wenn das Elterngeld an die Schaffung von Krippenplätzen gebunden ist. Für alle gesellschaftlichen Gruppen ist es wichtig, die Möglichkeit zu bekommen, bald wieder in den Beruf einzusteigen. Dies kann nur ermöglicht werden, wenn das Angebot der Krippenplätze bedarfsgerecht gestaltet ist, wobei Bedarf bedeuten muss, dass jedes Kind die Möglichkeit bekommt in die Krippe zu gehen.

2. Wir fordern!

Wir Jusos fordern ...

...die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile jeder Einkommensklasse zu ermöglichen. Damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet wird, ist eine Ganztagsbetreuung nach Beendigung der Elternzeit und eine Transparenz in Betreuungsangeboten unabdingbar.

... die Risiken, die eine Familiengründung birgt, abgedeckt werden müssen. Uns geht es um die Kinder. Und deshalb müssen die Leistungen kinksbezogen und nicht elternbezogen gezahlt werden, um eine Ausnut-

zung des Elterngeldes vorzubeugen.

... die Familiengründungen für Akademiker wieder attraktiv zu machen.

... die Gleichstellung von Man und Frau auch bei der Kindererziehung zu fördern.

... das Leistungswirrwarr zu entflechten und eine kindergerechte Politik aus einem Guss zu verwirklichen.

3. Der weg dahin: Unsere Vorstellungen

Uns Jusos ist klar: allein eine Reform des Elterngeldes wird die Probleme des jetzigen Elterngeldes nicht lösen können. Vielmehr müsste darüber nachgedacht werden, Leistungen aus dem Familienministerium mit Leistungen aus dem Bildungs- und dem Arbeitsministerium zu verzahnen.

Einerseits ist über eine Verbindung aus dem jetzigen Elterngeld und Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung nachzudenken. Die Juso-Idee der Arbeitsversicherung (im Bremer Entwurf als Beschäftigungsversicherung genannt; Anm. d. R.) findet hierzu eine Lösung: Bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, soll es eine öffentliche Unterstützung geben. So könnte das Elterngeld in ein Teil-Arbeitslosengeld umgewandelt werden.

Andererseits muss das Betreuungsangebot stark verbessert werden, um den Eltern einen frühestmöglichen Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen:

- Ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot ist sicherzustellen, damit alle Eltern das Betreuungsangebot wahrnehmen können.
- Ein kostenloses Betreuungsangebot ab der Geburt ist sicherzustellen. Doch auch die Qualität dieser Betreuungsangebote muss stimmen. Hier ist auf eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen hinzuwirken, die sich an den neuen Anforderungen an die Kinderbetreuung orientiert.

3.1 Elterngeld als Kindsbezogene Leistung!

Das neue Elterngeld ist bisher nur ein halbherziger Versuch, beide Elternteile an der Kindererziehung zu beteiligen. Denn für die meisten Familien lohnt es sich - wenn überhaupt - nur für einen „überschaubaren Zeitraum“ auf das höhere Einkommen, meist das des Mannes, zu verzichten. Dies wurde sogar in einer Broschüre der SPD zum Elterngeld festgestellt.

Damit das traditionelle Familienbild vom arbeitenden Vater und der Mutter am Herd überwunden werden kann, brauchen wir eine konsequente Umgestaltung der bestehenden Regelungen.

Kinder brauchen Nahrung, Windeln und Kleidung auch noch nach dem ersten Lebensjahr. All diese Baby- und Kinderutensilien kosten viel Geld. Darum darf die Unterstützung nach dem ersten Jahr nicht enden.

Auch vor der Geburt des Kindes fallen für Familien Kosten an. Deshalb soll der Babybedarf, der vor der Geburt gekauft wurde, aus Steuermitteln bezuschusst werden. Um einen Missbrauch dieses Zuschusses zu vermeiden, sollen Familien alle Einkaufsbelege in der Familienkasse einreichen. Eine Einkommessgrenze für diesen Zuschuss ist einzuführen. Somit kommen wirklich nur bedürftige Familien in den Genuss dieses Zuschusses.

3.1.1 Das Ziel: Dort wollen wir hin

Eine zukünftige Arbeitszeitpolitik muss den Bedürfnissen der Beschäftigten nach mehr Zeitautonomie und Qualifizierungschancen sowie nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf entsprechen. Wir fordern, dass die Arbeitszeit den Lebensphasen entsprechend angepasst werden kann.

Gerade dies führt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern gleichermaßen ermöglichen, ihre Erziehungspflichten wahrzunehmen. Bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, ist über die öffentliche Unterstützung nachzudenken. Ein wesentliches Instrument solch einer aktivierenden Politik ist es, die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung auszubauen. So könnte das Elterngeld in ein Arbeitslosengeld umgewandelt werden. Dieses soll maximal ein Jahr pro Elternteil in Höhe von Arbeitslosengeld I ausbezahlt werden – bei Alleinerziehenden maximal zwei Jahre. Über einen pauschalen Risikoausgleich zur Finanzierung von Kinderbetreuung bis zum dritten Lebensjahr – also dem Eintritt des Kindes in den Kindergarten - ist nachzudenken.

Damit Eltern schnell wieder in ihren Beruf zurückkehren können, müssen die Betreuungsangebote stark verbessert werden. Es muss ein Ziel sozialdemokratischer Politik sein, ein Betreuungsangebot ab der Geburt des

Kindes anzubieten – und dies kostenlos!

3.1.2 Die Zwischenlösung: Der Übergang dahin...

Bis zur Verwirklichung unserer Vorstellungen müssen Lösungen gefunden werden, die Defizite und Ungerechtigkeiten der bisherigen Kinder- und Familienpolitik zu überbrücken.

Eine paritätische Aufteilung der Elternzeit auf beide Partner muss in jedem Fall belohnt werden. Deshalb muss die Zahlung des Elterngeldes als Lohnersatzleistung für ein Elternteil auf 6 Monate begrenzt werden, weitere 6 Monate sollen nur dem anderen Elternteil bei Inanspruchnahme der Elternzeit gewährt werden.

Alleinerziehende bekommen für den vollen Zeitraum von 12 Monaten Elterngeld. Nicht Erwerbstätige, Studenten und Schüler erhalten wie bisher einen Betrag von 300 EUR über 12 Monate. Dieser Betrag von 300 EUR wird ebenfalls als Risikoausgleich gezahlt, sollte ein Elternteil über die ersten 6 Monate hinaus Elternzeit beanspruchen.

Wir wollen, dass Eltern wieder in ihren Beruf zurückkehren können. Dazu müssen sie in vielen Fällen jedoch hohe Beiträge für Krippenplätze aufbringen. Krippen ermöglichen Kindern schon früh das Zusammenleben mit anderen Kindern, die sozialen Kompetenzen, die sie hier erlangen, werden ihnen für das Leben hilfreich sein.

Mittelfristig sollen Krippenplatzbeiträge gestaffelt nach Elterneinkommen angeboten werden. Für Erwerbslose und Risikogruppen (z. B. Schülerinnen und Studentinnen mit Kind) sollen Krippenplatzbeiträge kostenfrei bleiben. Dabei soll jede Familie bei Inanspruchnahme von Krippenplätzen 300 EUR Zuschuss aus Steuermitteln erhalten. Durch dieses kombinierte System würde für Familien mit niedrigen Einkommen nach Abzug der Krippenbeiträge sogar Geld für die Versorgung der Kinder über bleiben.

Bei nicht Inanspruchnahme von Krippenplätzen erhält die Familie kein Geld. Somit lehnen wir eine so genannte „Herdprämie“, wie sie die CDU/CSU für Familien fordert, die Ihr Kind zu Hause lassen, ab.

3.2 Bessere Betreuung ab der Geburt

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, so muss ein Betreuungsangebot ab der Geburt – und das flächendeckend – angeboten werden. Bisher gibt es ein Wirrwarr aus Betreuungsangeboten, bei dem selbst Experten den Überblick verlieren:

Die Kita: Die Kindertagesstätte ist ein Betreuungsangebot, das ab der Geburt des Kindes von den Eltern wahrgenommen werden kann. Es wird ganztägig angeboten, wobei eine Mindestbetreuungszeit von vier Stunden täglich gewährleistet wird. Dieses Angebot kann von Kindern bis zum 16. Lebensjahr wahrgenommen werden.

Die Krippe: Die Krippe ist ein Teil der Kindertagesstätte. Bis zum dritten Lebensjahr können Kinder in die Krippe gehen.

Die Tagesmutter: Möchten Eltern nicht, dass Ihre Kinder von der öffentlichen Hand betreut werden, so können sie das Angebot einer Tagesmutter wahrnehmen. Tagesmütter sind speziell für die Betreuung von Kindern bis zum dritten Lebensjahr ausgebildet. Gegebenenfalls ist auch eine Kinderbetreuung bis zum 16. Lebensjahr möglich.

Der Hort: Der Hort ist ein Ort, bei dem die Kinder nach der Kita, dem Kindergarten und der Schule bis zum Abend betreut werden.

Der Kindergarten: Kinder können im Alter von drei bis sechs Kindergärten besuchen. Es gibt öffentliche, gemeinnützige und kirchliche Kindergärten.

Die Vorschule: die Vorschule ist eine Sonderform des Kindergartens, bei dem Kinder ab dem 5. Lebensjahr betreut werden, sofern sie Förderbedarf vor dem Eintritt in den Kindergarten haben.

Die Grundschule: Ab dem 6. Lebensjahr gilt Schulpflicht.

Diese verschiedenen Formen der Kinderbetreuung verdeutlichen, dass das Betreuungsangebot vereinfacht und transparent gemacht werden muss. Deshalb ist die Kinderbildung, -betreuung und -erziehung folgendermaßen zu vereinfachen und zu verbessern.

Ganztagskrippenangebot im U3-Bereich

Unter Zuständigkeit der Kommunen gilt es, ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskrippenplätzen anzubieten. Jedes Kind soll einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erhalten. Der Ganztagsbetrieb ermöglicht es, Personal aus ehemaligen Horten, Krippen und Kitas in der Ganztagskrippe zu bündeln.

Hier begrüßen wir die Entscheidung des SPD-Parteivorstandes bei der Klausurtagung am 7. Januar 2007, dass die kostenlose Betreuung in Kindertagesstätten so zu ergänzen ist, dass sichergestellt wird, dass den Kommunen keine weiteren Kosten bei der Umsetzung des Beschlusses entstehen.

Ergänzend ist im U3-Bereich das Angebot der Firmenkrippe und der Tagesmutter möglich. Hier könnte über steuerliche Begünstigungen oder Zuschüsse für familienfreundliche Unternehmen nachgedacht werden.

Ganztagskindergarten zwischen 3 und 6

Ein kostenloses Kindergartenangebot im Alter von drei bis sechs ist eine Juso-Forderung, die nach langer Diskussion auch in der SPD Konsens findet. Die Weiterentwicklung dieser Idee wäre ein Ganztagskindergartenangebot. Hier können durch einen Zusammenschluss von Kitas und Horten ab dem 3. Lebensjahr Kosten gespart und Personal gebündelt bzw. gezielter eingesetzt werden. Das Kindergartenangebot muss natürlich von Landes- und Bundesebene finanziert werden.

Der gemeinsame Vormittag ab dem 3. Lebensjahr wäre für alle Kinder Pflicht – mit gemeinsamen Frühstück und Mittagessen. Nach dem Mittagessen würde ein freiwilliges Nachmittagsangebot gelten.

Ganztagsgrundschule ab dem 6. Lebensjahr

Jede Grundschule muss Ganztagsgrundschule werden. Auf dieses Ziel müssen wir Jusos die SPD immer wieder drängen. Ein gemeinsames Mittagessen ist natürlich obligatorisch. Hier würde ein Zusammenschluss von Grundschulen und Horten Kosten sparen und Personal bündeln. Es können den Kindern durch den Ganztagsbetrieb auch bessere Angebote gemacht werden. Kooperationen mit Sportvereinen oder ein Patensystem mit Kultureinrichtungen ist möglich. Die Landes- und Bundesebenen sind natürlich auch hier gefordert, die Kosten zu übernehmen.

Qualität der Erziehung

Eltern müssen aber ihre Kinder in guten Händen wissen. Deshalb muss auch die Qualität dieser Betreuungsangebote stimmen. Hier ist auf eine Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen hinzuwirken, die sich an die neuen Anforderungen an die Kinderbildung, -betreuung und -erziehung orientiert.

E1	Bundesvorstand: It´s social europe, stupid! - Das soziale Europa schaffen!.....	76
E2	Bundesvorstand: Abrüstung wirklich umsetzen – Frieden schaffen!	85
E4	LV RLP: Ratifizierung des geänderten KSE- Vertrags und Abrüstung	95
E6	UB Frankfurt: Peace for Afghanistan - Wege aus der Eskalation.....	95
E7	LV NRW: Mehr ist nicht genug – Europas Kraft für gerechtere Entwicklungschancen Sub-Sahara Afrikas nutzen.....	98

I. Einleitung

In 50 Jahren europäischer Integration wurde viel erreicht. Nachdem hunderte Jahre Krieg, Vertreibung und Zerstörung das Leben auf dem europäischen Kontinent prägten, tragen die Mitgliedstaaten der EU ihre Konflikte untereinander heute friedlich aus. Seit Anfang des Integrationsprojekts ist es zu einer beeindruckenden Entwicklung der Wirtschaft gekommen und zu einer Annäherung der Lebensverhältnisse innerhalb der Union. Den Weg Willy Brandts folgend, konnte der ‚Eiserne Vorhang‘ gelüftet, Ost- und Westeuropa wieder weitgehend vereinigt werden.

Ein halbes Jahrhundert Europäisierung hat allerdings auch seine Schattenseiten: In Zeiten zunehmender, weltweiter Vernetzung von Märkten und Gesellschaften hat die Europäische Union bisher nicht genug dazu beigetragen, dass alle europäischen BürgerInnen von der Globalisierung profitieren können und von negativen Folgen geschützt werden. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter: Während die Managergehälter astronomische Höhen erreichen, lebt eine zunehmende Zahl der Europäer unterhalb der Armutsgrenze. Abermillionen von Bürgern in der EU sind arbeitslos. In den Ländern, in den Arbeitslosenzahlen zeitweilig gesenkt werden können, geht dies auf Kosten der Qualität von Arbeit: immer mehr werden in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen und verdienen – obwohl sie eine Arbeit haben – nicht genügend, um davon vernünftig leben zu können. Insbesondere Jugendliche sind von schlechten Arbeitsverhältnissen betroffen. Trotz Fortschritte, sind Männer und Frauen in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt noch weit davon entfernt, gleichberechtigt behandelt zu werden. Anstatt ein multikulturelles Europa zu entwickeln, welches offen für nicht-europäische Kulturen ist, entwickelt sich die EU immer mehr zur Festung Europa.

Nach der friedlichen Einigung des europäischen Kontinents, nach der Integration der europäischen Wirtschaft, muss das zentrale europäische Projekt der nächsten Jahrzehnte das Soziale Europa sein. Ziel muss es sein, die europäische Integration auf die Angleichung der Lebensverhältnisse der europäischen BürgerInnen auf höchstem Niveau auszurichten. Soziales Europa darf dabei weder heißen, dass die Nationalstaaten sämtliche Probleme im sozialen Bereich auf die europäische Ebene abwälzen, noch dass die EU durch schleichenden und nicht legitimierten Kompetenztransfer die nationale Zuständigkeit in der Sozialpolitik untergräbt und die nationalen sozialen Sicherungssysteme aushöhlt. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten sind über Jahrzehnte gewachsen, haben dabei sehr unterschiedliche Strukturen und Eigenheiten entwickelt und lassen sich nicht durch externen Druck aneinander angleichen.

Auf dem Weg zum sozialen Europa kann aber dreierlei getan werden:

- A. **Soziales Mainstreaming:** Soziale Aspekte müssen bei allen Entscheidungen und Aktivitäten der europäischen Institutionen und der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. In der Zukunft darf das Leitmotiv europäischer Politik nicht mehr der unverfälschte Wettbewerb und die Vervollständigung des Binnenmarktes sein, sondern die Angleichung der Lebensverhältnisse auf hohem Niveau. Dazu müssen Wirtschaftspolitik, Währungspolitik, Geldpolitik, Strukturpolitik, Außenpolitik und Sozialpolitik stärker miteinander verzahnt werden.
- B. **Europäische Mindeststandards:** Es müssen gemeinsame soziale Mindeststandards für die gesamte EU formuliert werden, beispielsweise in den Bereichen Löhne, Arbeitszeiten, Arbeitsschutz, Gesundheitsversorgung und Investitionen in Bildung.
- C. **Europäische Sozialpolitik:** Einige sozialpolitische Entscheidungen können besser auf europäischer Ebene getroffen werden. So gehen Fortschritte in Deutschland im Bereich der Gleichstellung vor allem auf entsprechende europäische Vorgaben zurück.

I. Analyse. Europa in der institutionellen und politischen Krise

Die Ablehnung der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sowie die anschließende Krise und Orientierungslosigkeit kam für viele nicht überraschend. Nach 50 Jahren hauptsächlich wirtschaftlicher Integration fühlen sich viele europäische Bürger nicht mitgenommen auf dem Weg zu einem vereinten Kontinent. Trotz wichtiger Fortschritte muss die Europäische Union weiter demokratisiert werden, die Bürger an den europäischen Entscheidungen teilhaben und diese beeinflussen können. Neben der Inputlegitimation europäischer Politik durch verbesserte Partizipation der UnionsbürgerInnen, muss auch eine Outputlegitimation durch bessere politische Ergebnisse hergestellt werden. Wo europäische Politik zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse beiträgt, muss das sichtbar werden, wo dies noch nicht der Fall ist,

muss eine Neuorientierung der europäischen Politik erreicht werden. Ziel muss es sein, die europäischen BürgerInnen zufrieden zu stellen, nicht ausschließlich nur die europäische Wirtschaft.

1.1. Die Macht der Wirtschaft, die Ohnmacht der Sozialpolitik

Die Vereinigung Europas beschränkte sich viele Jahre auf wirtschaftliche Integration. Ausgehend von den Schrecken des Krieges, sah man die Vereinigung der kriegswichtigen Industrien Deutschlands, Frankreichs und anderer europäischer Staaten als beste Garantie für eine friedliche Entwicklung Europas. Schnell ergänzte man die ‚Montanunion‘ um Integration weiterer wirtschaftlicher Bereiche, der Landwirtschaft und der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Das Ziel ‚Frieden in Europa‘ wurde bald um das Ziel wirtschaftliches Wachstum und Ernährungssicherheit ersetzt. Von den Gründervätern und der EU wurde erwartet, dass wirtschaftliche Integration automatisch politische Integration in anderen Bereichen nach sich zieht und so zum Wohl aller EuropäerInnen beiträgt.

Dem ist allerdings nicht so. Die historische Entwicklung der EU hat zu einem Ungleichgewicht geführt: wirtschaftliche Politik wird weitestgehend auf europäischer Ebene, soziale Politiken auf nationaler Ebene gemacht. Über ‚market making‘ (Marktschutz) wird europäisch entschieden, über ‚market correcting‘ (Sozialschutz) national. Dies ist insofern problematisch, als dass sich beide Bereiche nicht voneinander trennen lassen. Mit zunehmender Europäisierung werden den Mitgliedstaaten der EU wichtige Grundlagen entzogen, um eine solidarische Umverteilung des volkswirtschaftlichen Reichtums in Europa zu gewährleisten. In der Europäischen Union sind autonome nationale Wirtschafts-, Industrie-, Fiskal-, Standort- und Sozialpolitiken nicht mehr möglich. Entscheidungen eines Mitgliedsstaates haben automatisch Auswirkungen auf andere EU Staaten. Im europäischen Wettbewerb um die niedrigsten und damit vermeintlich wettbewerbsfähigsten Löhne, Nebenkosten und Standards im Arbeitsrecht werden die nationalen Sozialschutzsysteme zunehmend gefährdet und drohen zu kollabieren.

Ein Mehrebenensystem hat sich entwickelt, in dem der Nationalstaat - auch in seiner föderalen Struktur - zwar noch den Kern bildet, jedoch nicht mehr die ausschließliche Macht hat. Durch den Prozess der europäischen Einigung vollzog sich ein Wandel von nationalen Wohlfahrtsstaat zum europäischen Wettbewerbsraum, in dem auf verschiedenen Ebenen mit unterschiedlichem Druck und unterschiedlicher demokratischer Legitimität reguliert und interveniert wird: Während auf Ebene der EU freier Binnenmarkt und unverfälschter Wettbewerb die Paradigmen sind, denen mit aller Macht zur Durchsetzung verholfen wird, bleiben Sozialpolitik oder allgemeiner: der öffentliche Sektor formal den Nationalstaaten vorbehalten und geraten durch die übergeordnete Wettbewerbslogik unter Druck.

Für die zunehmenden Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten, den sozialen Schutz ihrer Bürger zu gewährleisten, sind bisher keine überzeugenden Antworten gefunden worden. Der EU fehlen die Instrumente, überzeugende Fortschritte auf dem Weg zu einem Sozialen Europa zu machen. Da die Mitgliedstaaten nicht bereit sind, ergänzende Kompetenzen in sozial relevanten Bereichen an die EU abzugeben, gibt es in diesen Bereichen keine europäischen Gesetze und verbindliche Maßnahmen. Stattdessen wurde die ‚Offene Methode der Koordinierung‘ eingeführt, mit deren Hilfe Austausch von Erfahrungen zwischen den Mitgliedstaaten und die Festlegung gemeinsamer Ziele ermöglicht werden soll. Die Ergebnisse der im sozialpolitischen Bereich dominanten ‚Offenen Methode der Koordinierung‘ sind bisher allerdings enttäuschend. Mitgliedstaaten die keine Erfolge, beispielsweise im Bereich von Langzeitarbeitslosigkeit, Gleichberechtigung und der Integration sozial schwacher Jugendlicher erreichen, drohen keinerlei Sanktionen.

Gesellschaftlich hat sich eine deutliche Verschiebung zwischen Arbeit und Kapital zugunsten der Kapitalseite vollzogen. Der Gemeinsame (europäische) Markt ist mit einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung maßlos überfordert. Einzig kurzfristige Renditeziele zählen, die durch eine alleinige Steuerhoheit der Kapitaleseite erreicht werden soll. Mitbestimmung hat dabei keinen Platz mehr und wird als Wettbewerbsnachteil gesehen und somit zur Disposition gestellt. Ursächlich für diese Entwicklung ist zum Teil auch die allgemeine politische Ausrichtung der EU. Eine große Mehrheit der europäischen Akteure folgt einem neoliberalen Dogma: geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut. Viele Instanzen der EU sehen es nach wie vor als Aufgabe, die Ausgangsbedingung der Wirtschaft und der Unternehmen zu verbessern, anstatt sich in erster Linie um die Lebenssituation der BürgerInnen zu kümmern. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ist wichtiger als hohe Standards im Bereich des Verbraucherschutzes und der Umwelt. Die Vervollständigung der Dienstleistungsfreiheit war vielen dieser Akteure wichtiger als der Schutz nationaler sozialer Sicherungssysteme und damit auch der BürgerInnen. Es scheint ein ungeschriebenes Gesetz zu geben, dass die Vervollständigung des Binnenmarktes und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit als Ziele wichtiger sind, als die Verbesserung der Beschäftigungssituation (wobei dies nicht nur Quantität, sondern auch Qualität von Arbeit beinhalten muss) und die soziale Integration aller UnionsbürgerInnen in Europa. In der Regel wird die Notwendigkeit europäischer Gesetze mit dem Erfordernis begründet, den Gemeinsamen Markt zu vervollständigen, nicht damit, dass die Lebensverhältnisse

der Unionsbürger dadurch verbessert werden. Neben der einseitigen Ausrichtung der EU in den bisherigen Verträgen, trägt zu diesem Ungleichgewicht auch bei, dass aufgrund des Artikels 308 EGV, die EU in Bereichen außerhalb ihrer eigentlichen Kompetenz nur tätig werden kann, wenn dies zur Vervollständigung des Binnenmarktes beiträgt.

Ein wichtiger Faktor bei der Übermacht von wirtschaftlichen Beweggründen gegenüber sozialen, ist auch die Macht wirtschaftlicher Akteure. Europäische Politik ist äußerst komplex. Politische Entscheidungen werden oft von Hunderten von Akteuren vorbereitet und ziehen sich über Jahre hin. Abgesehen von einigen wenigen mächtigen Nichtregierungsakteuren sind es vor allem wirtschaftliche Akteure, von Unternehmen bis zu ganzen Branchenverbänden, die über die notwendigen Finanzmittel und das Personal verfügen, solche Prozesse zu verfolgen und erfolgreich zu beeinflussen. Viele für die/den BürgerIn unverständliche Entscheidungen aus Reihen der Europäischen Kommission, des Rates, aber auch des Europäischen Parlaments geht auf den langen Atem der Lobbyisten zurück. Dem haben die traditionellen VertreterInnen von sozialen Aspekten, von Nichtregierungsorganisationen wie die Arbeiterwohlfahrt und Attac, über Gewerkschaften bis zu Wissenschaftlern wenig entgegenzusetzen. Darüber hinaus gewähren Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission und des Rates zur Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und zur Umsetzung von Rechtsakten WirtschaftsakteurInnen und LobbyistInnen einen privilegierten Zugang. Diese vertreten nicht die Interessen der UnionsbürgerInnen die sie im Rahmen von Wahlen artikuliert haben, sondern werden ausschließlich von den Interessen der Unternehmen oder anderen GeldgeberInnen getrieben.

Eine neue Herausforderung für die Entwicklung eines sozialen Europas stellt die Erweiterung der Union auf 27 Mitgliedstaaten dar. Die in den neuen 10 Mitgliedsländern mit dem EU-Beitritt verknüpfen Hoffnungen auf einen breiten gesellschaftlichen Wohlstand und sozialer Absicherung drohen nicht erfüllt zu werden. Von PolitikerInnen hervorgerufene Hoffnungen auf kurzfristige Annäherung an westliche Sozialstandards werden nicht erfüllt. Enttäuschung über das Projekt Europa, aber auch fehlendes Vertrauen in die Idee eines sozialen Europas sind die Folge. Auch wird durch den Beitritt neuer Mitglieder eine Einigung über einen Weg zu einem Sozialen Europa schwieriger. Viele Länder Mittel- und Osteuropas profitieren kurzfristig im Wettbewerb von niedrigen Löhnen und fehlendem Umweltschutz. Sie werden Mindestlöhnen und Sozialstandards auf dem Niveau der westlichen Staaten nicht zustimmen.

1.2. Europa ist nicht demokratisch genug

Die gegenwärtige Krise der EU manifestiert sich in einer öffentlichen Diskussion über mangelnde Transparenz und einer nach wie vor nicht ausreichend erfolgten Demokratisierung der Entscheidungsfindung in der EU sowie einer weitgehend fehlenden Gewaltentrennung. Diese Diskussion findet verkürzt ihren Niederschlag in der öffentlichen Darstellung der EU Institutionen als Brüsseler Bürokratismus. Ursächlich für diese Wahrnehmung der EU in der Öffentlichkeit ist, dass die existierenden Ungleichgewichte immer stärker wahrgenommen werden und ein mangelnder Interessensausgleich auf europäischer Ebene beklagt wird. So ist sich eine Mehrzahl der EuropäerInnen der sozialen Schwäche der EU bewusst und wünscht sich eine EU, die die Globalisierung für sie positiv gestaltet, und deren Gewinne gerecht zwischen Arm und Reich verteilt.

Zu Recht wird das immer noch bestehende demokratische Defizit der EU kritisiert. Gesetzgebungsvorschläge werden in der Europäischen Kommission von Beamten ausgearbeitet, die in keiner Weise an die durch UnionsbürgerInnen ausgedrückte politische Präferenzen gebunden sind. Nach wie vor wird in der Kommission der Illusion eines unabhängig von parteipolitischen Positionen existierenden europäischen Allgemeininteresses angehangen. Viele Gesetzgebungsinitiativen gehen an den Bedürfnissen und Anforderungen der BürgerInnen völlig vorbei, auch und insbesondere weil wirtschaftliche vor alle anderen Politikziele gestellt werden. Das Europäische Parlament hat keine Gesetzesinitiative und ist noch nicht ausreichend in der Lage die Kommissionsvorlagen so abzuändern, dass die BürgerInneninteressen ausreichend respektiert werden. Es ist darauf angewiesen, mit den Nationalstaatsinteressen repräsentierendem Ministerrat Kompromisse zu schließen und darf in einigen Bereichen noch nicht einmal mitentscheiden. Juristische Dienste in Ministerrat, Kommission und Parlament sind teilweise mächtiger als politische Entscheidungsgremien und bringen die Gesetzgebung auf Linie mit der - an den Hauptzielen Vervollständigung des Binnenmarktes und Herstellung größtmöglicher Wettbewerbsfähigkeit orientierten - Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Die auf europäischer Ebene noch asymmetrischere Machtverteilung zu Gunsten von Kapitalinteressen im Hinblick auf die Beeinflussung der entscheidenden EU-Gremien tut ihr Übriges zur Blockade sozial fortschrittlicher Ansätze. Dieses Demokratiedefizit der EU ist das entscheidende Hindernis für die Schaffung eines Sozialen Europas. Wiederum wird sich die öffentliche Zustimmung und Vertrauen für das Projekt Europa erst wieder erhöhen, wenn ein soziales Europa für die BürgerInnen erfahrbar wird. Das kann nur gelingen, wenn die Wohlstandsgewinne die die Integration Europas bringen, sich gleichfalls in Zuwächsen der individuellen Wohlfahrt der BürgerInnen niederschlagen.

1.3. Die Schwäche der Linken

Die Aufstellung der Linken in Europa trägt nicht zu einem Sozialen Europa bei. Es ist ihr nicht gelungen, ein gemeinsames Gegenkonzept zur neoliberalen Entwicklung Europas zu durchzusetzen. Aus der gesellschaftlichen Ablehnung einer vorwiegend wirtschaftlichen Integration konnte die Linke keinen politischen Profit ziehen. Dies resultiert einerseits aus der Schwäche der Linken auf nationaler Ebene. Andererseits ist es der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) noch nicht gelungen, die politischen Potenziale durch ambitionierte gemeinsame Positionen zu nutzen und sich mit anderen Linken Kräften in Europa zu vernetzen.

Dabei muss der SPE zu Gute gehalten werden, dass auf Grund von institutionellen Widerständen – insbesondere von den Mitgliedstaaten – die Gründung von europäischen Parteien erst sehr spät ermöglicht wurde. In den fünfzehn Jahren ihres Bestehens hat sie viel erreicht. Trotzdem ist sie politisch und institutionell nach wie vor zu schwach, eine Neuorientierung der europäischen Politik zu bewirken. Zwar liegen in vielen Politikbereichen die Positionen und Vorstellungen der sozialdemokratischen, sozialistischen und Arbeiterparteien nicht mehr so weit auseinander wie noch in den 1990er Jahren. Aber da häufig einstimmig über politische Fragen abgestimmt wird, kommt es immer wieder zu Kompromissen auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner. Insbesondere im Bereich des Sozialen Europas konnte noch keine gemeinsame Position formuliert werden. Die Präsentation eines zweihundertseitigen ‚Buchs‘ über ein soziales Europa ersetzt nicht die Formulierung einer gemeinsamen Vision, eines konkreten Maßnahmenkatalogs und sichtbarer politischer Aktivitäten der Mitgliedsparteien in diesem Bereich. Das größte Hindernis auf dem Weg zu einer echten und starken europäischen Partei stellen dabei die nationalen Mitgliedsparteien dar. Von ihnen, die SPD nicht ausgenommen, sehen sich viele nicht als integralen Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei Europas. Sie beteiligen sich nicht ausreichend an der Arbeit der europäischen Partei und informieren ihre Mitglieder nicht über die Existenz der SPE. Insbesondere Parteimitglieder, die in nationalen Regierungen in Verantwortung stehen, sind bisher nicht ausreichend bereit, Entscheidungen der Europäischen Sozialdemokratie in Regierungspolitik umzusetzen.

Die sozialdemokratische Linke im Europäischen Parlament muss zukünftig als eine wahrnehmbare Größe erkennbar sein. Nur gemeinsam können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre Ziele erreichen und Gegenkonzept zur neoliberalen Entwicklung Europas entwerfen. Nationalstaatsdenken ist auch vor diesem Hintergrund nicht angebracht und führt nur zu einem Auseinanderdriften der einzelnen Staaten der EU.

Die SPE und ihre Mitgliedsparteien müssen mehr tun, um die Vernetzung der Europäischen Linken voranzubringen. Tausende von Nichtregierungsorganisationen, die Millionen von UnionsbürgerInnen vertreten und durchaus auf europäische Entscheidungen einwirken können, werden nicht als PartnerInnen auf dem Weg zu einem Sozialen Europa angesprochen. Auch die Kooperation mit anderen Parteien, die ebenso für ein soziales Europa eintreten, muss gestärkt werden.

Die Gewerkschaften spielen in der EU noch nicht die Rolle, die sie in vielen Mitgliedstaaten spielen. Anfangs hatten sie die Europäisierung verschlafen und zu spät europäische Strukturen aufgebaut. Auch wenn die Gewerkschaften in den letzten Jahren ihre Position im europäischen Machtgefüge verbessert haben, krankt ihre Schlagfertigkeit auch an der fehlenden Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen AkteurInnen, in erster Linie der SPE und der sozialdemokratischen Fraktion.

Europa ist mehr als nur ein Zweckverband für bessere Wirtschaftspolitik. Europa ist ein Modell mit Zukunft welches nur durch eine starke Sozialdemokratie erreicht und weiter ausgebaut werden kann.

2. Ziele. Wir wollen das Soziale Europa

2.1. Mainstreaming von sozialen Themen in alle Politikbereiche

Es gibt keine Gleichberechtigung der verschiedenen EU Politiken. Die Vervollständigung des Binnenmarktes und die Herstellung der größtmöglichen Wettbewerbsfähigkeit stehen als dogmatische Ziele über anderen Politikbereichen wie bspw. der Sozialpolitik. Insbesondere auf Grundlage des bis 2009 voraussichtlich ratifizierten neuen EU-Vertrages müssen alle Unionsziele von allen Institutionen gleichberechtigt verfolgt (unter anderem Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt) und damit die Hierarchie zwischen den Politikbereichen abgeschafft werden. Voraussetzung dafür ist, dass das im neuen Vertrag festgeschriebene soziale Mainstreaming aller EU Politiken tatsächlich umgesetzt wird. Soziales Mainstreaming bedeutet, dass alle politischen Entscheidungen aller Institutionen zum Abbau von Arbeitslosigkeit, zu sozialer Integration und anderen sozialen Fortschritten beitragen müssen. Bei vielen neuen Gesetzesgebungsvorhaben muss eine sozialpolitische Folgeabschätzung gemacht werden. Das soziale Mainstreaming wird einen wichtigen Beitrag

leisten, soziale Aspekte gleichberechtigt wie andere Politiken zu behandeln und so dazu beitragen, das Soziale Europa zu verwirklichen. Zudem fordern wir, dass europäische transnationale Unternehmen relevante Menschen- und Arbeitsrechte (z.B. die ILO-Kernarbeitsnormen) beachten und dieses durch ein europäisches Monitoring-Verfahren sichergestellt wird. Soziales Mainstreaming erfordert eine Neuorientierung in vielen Politikbereichen:

2.1.1. Makroökonomische Koordinierung

Umverteilung und Sozialpolitik sind ein integraler Bestandteil sozialistischer Politik. Dennoch sind makroökonomische Größen wie ein stabiles nachhaltiges Wachstum eine Voraussetzung für diese Politik. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die aktive makroökonomische Steuerung und Koordinierung auf europäischer Ebene. Dies beinhaltet in erster Linie eine nachfrageorientierte, antizyklische Fiskal- und Geldpolitik. Fiskalpolitik ist zum Ausgleich unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten der Währungsunion besonders wirksam. Dafür muss den Mitgliedsstaaten aber zunächst ein Höchstmaß an fiskalpolitischer Flexibilität gelassen werden und zweitens müssen die Fiskalpolitiken auf EU-Ebene stärker abgestimmt werden. Daneben ist für die makroökonomische Steuerung auch ein neuer makroökonomischer Dialog nötig. Das Ziel ist dabei eine abgestimmte Politik zwischen nationaler Fiskalpolitik, europäischer Geldpolitik und weitgehend nationaler Lohnpolitik, um ein Maximum an Beschäftigung und nachhaltigem Wachstum zu gewährleisten.

2.1.2 Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakt

Im Rahmen einer nachfrageorientierten Fiskalpolitik muss eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchgesetzt werden. Das Schuldenstandskriterium von 60% des BIP muss überdacht werden. Das Neuverschuldungskriterium von 3% ist völlig willkürlich festgesetzt worden und hemmt nötige konjunkturpolitische Eingriffe. Ziel muss ein langfristiges Ausgabenwachstumskriterium sein und höhere Investitionen speziell in Bildung, Forschung und Entwicklung müssen möglich sein.

2.1.3. Reform der Europäischen Zentralbank

Ziel einer nachfrageorientierten Geldpolitik muss zunächst die Demokratisierung der EZB sein. Die DirektorInnen sollten vom EP mit qualifizierter Mehrheit gewählt werden. Neben das Kriterium der Geldwertstabilität müssen das nachhaltige Wachstum, der hohe Beschäftigungsstand und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gestellt werden. Notwendig sind eine expansive Geldpolitik bei Deflationsgefahr und ein Eingreifen auf Devisenmärkten bei Aufwertungsdruck des Euro.

2.1.4. Investitionen

Die Entwicklung eines Sozialen Europas erfordert ein nachhaltigeres Wachstum. Um dieses Wachstum zu erreichen, müssen die Investitionen in Bildung, Forschung und in die Betreuung von Kindern stark erhöht werden. Die Förderung der Kernenergie durch EURATOM und andere Programme muss ersetzt werden durch umfangreiche Programme zur Förderung von erneuerbaren Energien. Auch mehr Investitionen in die Infrastruktur sind notwendig. Diese müssen aber sozial und ökologisch nachhaltig sein. Dies ist im Wesentlichen, was auch in der Lissabon Strategie als Ziel formuliert worden ist. Allerdings sind erhebliche Anstrengungen nötig um diese Ziele auch tatsächlich zu erreichen. Ein studienintegriertes Auslandssemester mit Praktikum sollte zum Pflichtbestandteil des Lehramtsstudiums werden, damit Lehrkräfte Kindern und Jugendlichen auf Grundlage eigener Erfahrungen ein realistisches Bild von internationalen Lebens- und Arbeitsformen vermitteln können. Das Fremdsprachenangebot sollte für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I auf mindestens zwei Fremdsprachen mit zusätzlichen Auswahlmöglichkeiten erweitert werden.

2.1.5 Mehrwert europäischer Politik für alle greifbar machen

Ziel eines sozialen Mainstreamings in der EU muss es auch sein, sicherzustellen dass in Zukunft nicht nur Eliten sondern alle BürgerInnen am positiven Mehrwert europäischer Politik bewusst teilhaben können. Als einen von vielen notwendigen Schritten zu diesem Ziel fordern wir, dass alle Jugendlichen mit Unterstützung der EU im Rahmen von Austauschprogrammen oder Jugendbegegnungen mindestens einmal die Möglichkeit haben sollten, den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen. So wird neben der sozialen Dimension Europas auch die gemeinsame europäische Identität gestärkt.“

2.1.6. Soziale Aspekte der Außenpolitik

Wir fordern nicht nur ein Soziales Europa nach Innen, sondern auch ein Soziales Europa nach Außen. Dazu gehört neben dem Einsatz für eine gleichberechtigte Handelspolitik, eine Demokratisierung multilateraler Institutionen wie Weltbank und IWF sowie eine andere Entwicklungszusammenarbeit, die nicht nur finanziell besser ausgestattet ist, sondern wesentlich stärker zur Verbesserung der Lebenssituation der ärmsten und armen Menschen beiträgt. Außenhandelspolitik, Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Agrarpolitik, Fischereipolitik und Entwicklungspolitik müssen besser aufeinander abgestimmt, auf ihre sozialen Folgewirkungen in Drittländern genau untersucht und gegebenenfalls an das Ziel eines nach Innen und nach Außen sozial agierenden Europas angepasst werden. Insbesondere die gegenwärtige Agrarpolitik der EU ist ein Hindernis

für die Entwicklungspolitik. Die Abschottung des Agrarmarktes der EU und handelsverzerrende Exportsubventionen nehmen den Entwicklungsländern ihre Entwicklungschancen. Ein soziales Europa nach Außen erfordert eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die bestehende Handelsverzerrungen aufhebt. Entwicklungszusammenarbeit ist der Aufbau von Strukturen, die unmittelbar die Lebensqualität der Menschen verbessern. An erster Stelle sind der Zugang zu Lebensmitteln und insbesondere zu sauberem Trinkwasser zu nennen, der Aufbau eines funktionierenden Gesundheitssystems, die zur Verfügungstellung von durch Patente geschützten lebensnotwendigen Medikamenten und als nicht zuletzt der Zugang zu primärer, sekundärer und auch tertiärer Bildung. Zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit fordern wir eine europaweite Steuer auf Devisentransaktionen (früher in anderer Form oft Tobin-Steuer genannt).

Zuletzt, aber von nicht minder großer Bedeutung, ist die wichtige Rolle von Mädchen und Frauen für die Entwicklung eines Landes zu nennen. In einigen Regionen der Welt werden Mädchen und Frauen dadurch diskriminiert, dass sie schlechteren Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen bekommen als Jungen und Männer. Eine solche Politik ist mit den Grundsätzen sozialistischer und sozialdemokratischer Politik unvereinbar. Die SPD muss daher bei der Frage der Bildungsgerechtigkeit wie auch in allen anderen Bereichen für die vollständige Beseitigung von Geschlechterdiskriminierung weltweit kämpfen.

2.2. Europäische Mindeststandards

Das „race to the bottom“ um möglichst geringe Steuern, Sozialleistungen und Umweltnormen innerhalb der EU muss durch europäische Mindeststandards gebrochen werden. Hierzu zählen ein europäischer Mindestlohn auf hohem Niveau sowie eine europäische Mindestbesteuerung von Unternehmen. Es muss ein einheitliches System auf der europäischen Ebene geschaffen werden, das Korridore für die nationalen Unternehmenssteuersätze vorgibt.

Das Soziale Europa darf kein Projekt der eurokratischen Gleichmacherei sein. Im Gegenteil: Wir erkennen an, dass die Staaten der Europäischen Union sehr unterschiedliche Sozialsysteme haben. Es darf nicht zu einer Angleichung in Form der Absenkung der Niveaus in den Staaten mit hohen Standards kommen. Die Organisation von Sozialstaat bleibt im Kern auch weiterhin nationale Aufgabe. Einer Aushöhlung des nationalen Arbeitsrechts und -bedingungen, wie zunächst in der Dienstleistungsrichtlinie geplant, erteilen wir eine klare Absage. Stattdessen müssen auf europäischer Ebene hohe Standards für Mindestnormen im Arbeitsrecht erlassen werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass nur das auf europäischer Ebene geregelt werden sollte, was nicht sinnvoller auf nationaler Ebene geregelt werden kann.

2.2.1. Europäische Mindestlöhne und Höchstarbeitszeiten

Neben der Forderung nach der Einführung eines nationalen Mindestlohns sind auch ist auch ein angemessener europäischer Mindestlohn nötig. Dabei ist ein Mindestlohn der für alle EU Mitgliedsstaaten die gleiche Höhe hat mindestens eben so dysfunktional wie ein starrer Mindestlohn, der keinerlei Anpassung nach oben mehr erlaubt. Wir fordern die Einführung eines nationalen Mindestlohns in allen EU-Mitgliedsstaaten der sich am jeweiligen nationalen Durchschnittslohn orientiert. Bis 2012 soll der Mindestlohn in jedem Mitgliedsstaat 60% des Durchschnittslohns betragen, bis 2020 70%. Eine Mindestlohnkommission bestehend aus den Sozialpartnern und unabhängigen Wissenschaftlern legt die schrittweise Erhöhung der Mindestlöhne auf dem Ziel zu 60 bzw. 70% fest.

Neben dem europäischen Mindestlohn sind aber auch Höchstarbeitszeiten durch die EU festzulegen. Ein absolutes Maximum von 40 Wochenstunden in allen EU Mitgliedsstaaten erhöht die Produktivität der ArbeitnehmerInnen. So werden sich die gesundheitliche Situation und die Arbeitsbedingungen für viele ArbeitnehmerInnen in Europa deutlich verbessern. Darüber hinaus werden Millionen von neuen Arbeitsplätzen geschaffen, die nationalen Sozialversicherungssysteme entlastet und Wachstum generiert.

2.2.2. Koordinierung und Harmonisierung im Steuerbereich – für eine EU Körperschaftssteuer

Die Einführung von niedrigen Flatrate-Steuern und sinkende Unternehmenssteuern erzwingen eine zunehmende Beschneidung des Staates in allen europäischen Ländern, was massive Auswirkungen auf die Lebensqualität der BürgerInnen hat und in der Zukunft haben wird. Auch die alten Mitgliedstaaten spielen bei diesem Niedrigststandardwettbewerb eine Rolle. Dem Wettbewerb um die niedrigsten Steuern (auch um die niedrigsten Anforderungen im Sozialbereich) muss entgegengewirkt werden. Um diese Entwicklung aufzuhalten ist eine Harmonisierung der Körperschaftssteuer auf EU Ebene nötig. Auch hier sind eine absolute Untergrenze und Korridore nach Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten sinnvoll. Dazu braucht die EU eine neue steuerpolitische Kompetenz. So kann die EU auch mit einem eigenen Anteil an den Einnahmen beteiligt werden und würde sich selbstständig finanzieren können. Um schließlich vollständig autonome Haushaltsgewalt zu erlangen, sollte auch der EU die Möglichkeit gegeben werden, eigenständig Kredite aufzunehmen.

Das erste Ziel bei der Einführung einer europäischen Körperschaftssteuer muss sein, die Bemessungsgrundlage zu harmonisieren. Als zweiter Schritt muss die Festlegung der Mindestsätze und Korridore folgen. Dies ist auch notwendig, da sonst der erste Schritt sogar zu einem verschärften Steuersenkungswettbewerb mit entsprechend problematischen Konsequenzen für die nationalen Haushalte (weitere Steuerausfälle) und die Verteilungsverhältnisse in der EU führen könnte. Perspektivisch ist neben der EU Körperschaftssteuer auch eine Harmonisierung anderer Steuern notwendig, wie bspw. der Einkommensteuer oder der Erbschaftssteuer.

2.2.3 Regulierung des EU-Finanzmarktes nach Außen

Die jüngsten Turbulenzen infolge der Immobilienkrise in den USA machen auf schmerzhaft weise deutlich, wie dringend erforderlich eine stärkere internationale Regulierung der Finanzmärkte ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU Staaten ihren Einfluss insbesondere im IWF für eine strengere Kontrolle der Finanzmarktakteure einsetzt. Außerdem ist zur Stabilisierung mittel- und langfristig produktiver Investitionen eine restriktive Kontrolle kurzfristiger Finanzmarkttransaktionen anzustreben. Neben der Tobin-Tax im Bereich des Devisenhandels wären hier Kapitalverkehrskontrollen (z.B. Kapitalimport- und Exportkontrollen (Bsp. China), Bardepotpflicht (Bsp. Chile)) durch die EU gegenüber Dritten anzustreben, die langfristige Kapitalanlagen (Direktinvestitionen) gegenüber kurzfristigen und intransparenten Finanzmarktitteln nachdrücklich bevorzugen. In diesem Sinne ist Art 59 des EU-Vertrages weiterzuentwickeln und in eine finanzmarktpolitische Strategie der EU im oben genannten Sinne einzubinden. Eine solche Strategie ist auch die Voraussetzung für eine stärkere steuerliche Inanspruchnahme von Kapitaleinkommen, da nur so die Ausweichreaktionen der Wirtschaftssubjekte beschränkt werden können.

2.3. Europäische Sozialpolitiken beleben

Soziales Mainstreaming, makroökonomische Koordinierung und Mindeststandards setzen den Rahmen für ein soziales Europa. Genauso wichtig ist aber, die Sozialpolitiken auf europäischer Ebene voranzutreiben, ohne allerdings dabei die sozialpolitischen Kompetenzen der Mitgliedstaaten zu beschränken. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist es, die Offene Methode der Koordinierung in ein verbindliches Koordinierungsinstrument zu verwandeln. Fortschritte müssen insbesondere in den folgenden Politikbereichen gemacht werden:

2.3.1. Mitbestimmung

Ein Soziales Europa kann nur mit starken und handlungsfähigen Gewerkschaften verwirklicht werden. Dafür brauchen wir eine institutionelle Stärkung der Mitbestimmung und der Gewerkschaften in den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union. Ein Mindestniveau beim Streikrecht und die Gründungsfreiheit für Gewerkschaften müssen in allen EU Staaten eingehalten werden. Dies sind die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die nach wie vor nicht allen 27 EU Staaten umgesetzt sind.

Die Erfahrungen in der Bundesrepublik haben gezeigt, dass betriebliche Mitbestimmung den sozialen Frieden im Betrieb erhält. So kommt es bei Anpassungsprozessen der Betriebe zu weniger Auseinandersetzung und generell sind Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik vergleichsweise selten. Dies Modell lässt sich nicht eins zu eins auf EU Ebene und andere Mitgliedstaaten übertragen. Dennoch ist die Möglichkeit der betrieblichen Mitbestimmung in europäischen Kapitalgesellschaften unser erklärtes Ziel. Auch müssen die Eurobetriebsräte EBR institutionell gestärkt werden. Eine Überarbeitung der entsprechenden EU Richtlinie ist dringend notwendig. Durch sie muss sichergestellt werden, dass transnationale Kollektivvereinbarungen rechtsverbindlich sind, wie es der Vorschlag der EU Kommission dazu vorsieht. Betriebliche Mitbestimmung ist von der Frage wirtschaftsdemokratischer Impulse zu trennen. Hierfür müssen in grundsätzlicherem Maße die Frage nach Möglichkeiten demokratischer Gestaltung der Produktion beantwortet werden.

2.3.2. Portabilität von Sozialleistungen

Die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes in der EU erfordert es auf europäischer Ebene auch Instrumente zu schaffen, die die Portabilität von Versicherungsansprüchen der ArbeitnehmerInnen ermöglichen. Die Vielzahl unterschiedlicher Sozialversicherungssysteme in der EU machen es notwendig mit bestimmten Instrumenten im EU Ausland erworbene Leistungsansprüche auch in andere EU Mitgliedsstaaten mitnehmen zu können. So sind europäische Konten für Leistungsansprüche aus den Sozialkassen notwendig.

2.3.3. Europäische Migrations- und Integrationspolitik

Während die Anzahl der Asylsuchenden in Europa seit Jahren drastisch sinkt – in Deutschland lag die Anzahl der neuen Asylgesuche 2006 auf dem niedrigsten Stand seit 1977! – baut die EU ihre Position als „Festung Europa“ aus. Durch die 2004 gegründete „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ (Frontex) werden Flüchtlingsboote be-

reits in internationalen Gewässern abgefangen und in Transit- oder Herkunftsländer zurück gebracht. Statt dem Schutz vor Flüchtlingen muss wieder der Schutz von Flüchtlingen Priorität gewinnen. Europa braucht legale Zuwanderungsmöglichkeiten. Ziel muss dabei die Entwicklung eines Europäischen Einwanderungsgesetzes sein. Zudem muss die Bekämpfung der Ursachen für erzwungene Migrationen vor Armut und Gewalt in den Fokus der europäischen Politik gelangen und die nachhaltige Entwicklung u.a. der afrikanischen Staaten – auch durch eine Neuausrichtung der EU-Handels- und Agrarpolitik – gefördert werden.

2.3.4. Internationalisierung von Bildung und Ausbildung

Bildung ist ein öffentliches Gut, muss jedem zugänglich sein und darf nicht – z.B. im Rahmen von WTO-Verhandlungen - zur Ware verkommen. Dies gilt auch für die Ausgestaltung des Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes. Die Teilnehmer des Bologna-Prozesses sollten darauf hinwirken, dass die „Bildungsdienstleistungen“ bis auf weiteres vollständig aus den WTO-Verhandlungsrunden ausgenommen werden.

2.3.5. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Wir benötigen europaweite und schließlich weltweite Umweltstandards für die Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, um einen ruinösen Kostensenkungswettbewerb auf Kosten der Umwelt und der Verbraucher zu vermeiden. Der durch eine strategische EU- Regionalisierungs- und Stadtpolitik gesteuerte Flächenverbrauch ist eine zentrale Stellschraube zur Eindämmung der Suburbanisierung, zur Revitalisierung der Innenstädte, zur Reduzierung des Verkehrs und zur Erhaltung der Selbstorganisationsfähigkeit der ökologischen Systeme vor der eigenen Haustür. Stärkungen des ländlichen Raumes, der europäischen Kulturlandschaften und deren Landwirtschaften erfordern kleinteilige Strukturen und niedrige Einstiegsschwellen. Wir fordern die Gesetzgebung nach diesen Gesichtspunkten ausrichten und blinde Massensubventionierung zu beenden. Das Kyoto-Protokoll war ein erster wichtiger Schritt für den globalen Klimaschutz, bei dem man allerdings nicht verweilen darf. Zukünftig geht es darum, weitere Länder, insbesondere die USA, in dieses Abkommen einzubinden und durch neue ehrgeizigere Zielsetzungen (insbesondere für Osteuropa) den CO₂ Ausstoß weiter zu verringern. Angesichts der nunmehr auch in das Alltagsbewusstsein eingekehrten Aufmerksamkeit hinsichtlich des bedrohten Weltklimas und drohenden Folgen für die Menschheit bedarf es jetzt mutiger Forderungen, die weitgehend sind. Zur konsequenten CO₂ Vermeidung schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Einführung einer „echten“, ausnahmslosen, europaweiten CO₂-Steuer sowie von einer CO₂-Einfuhrabgabe.
- Weiterer Ausbau der Förderungen und der Forschung mit dem Ziel der Schaffung von „effizienteren Energiequellen“ und Sicherung von „neuen Substituten“.

2.4 Öffentliche Daseinsvorsorge europäisch regulieren

Im europäischen Mehrebenensystem ist die Definitionshoheit über den Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (EG-Vertrag) eine zentrale Machtfrage. Je enger der Begriff, desto geringer die Handlungsfähigkeit des Staates. Institutionen wie die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof haben ein enges Verständnis, das der Binnenmarktlogik konsequent folgt. Ohne eine tiefgehende kritische Debatte um die Auswüchse der Liberalisierung und Privatisierungspolitik der Europäischen Union, wird es kaum gelingen, Mehrheiten für die Wiedergewinnung demokratisch kontrollierter Räume zu gewinnen. Die Europäisierung von Infrastruktur im Mobilitätsbereich, im Energiebereich oder im Telekommunikationsbereich machen deutlich, dass die Frage, welche Aufgaben Staat im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erfüllen hat, zunehmend auf europäischer Ebene entschieden werden. Hier bedarf es der aktiven Einbringung in die Debatte von linker Seite.

2.5 Politisierung und Demokratisierung der EU-Politik

Europa hat im 21. Jahrhundert immer noch nicht die notwendige föderale und demokratische Dimension erreicht, um politische Entscheidungen an den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu koppeln. Notwendige und weitgehende institutionelle Reformen, eine Einigung über die Ziele und Grundlagen der Integration und eine klare Kompetenzverteilung wurden bisher nicht erreicht. Die von den 27 Regierungen unterschriebene und von 18 Mitgliedstaaten ratifizierte Verfassung hätte einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen und sozialen Europa darstellen können. Allerdings war sie bei weitem nicht ausreichend. Vor allem der dritte Teil der Verfassung hob das neoliberale Dogma, nichts anderes als eine von vielen wirtschaftspolitischen Auffassungen, in den Rang einer Verfassung. Der neue EU Vertrag und der Vertrag über die Politiken der EU, die von allen Regierungschefs verabschiedet wurden und weitgehend den Inhalt der Europäischen Verfassung enthalten, stellen trotz aller berechtigten Kritik einen wichtigen Schritt für die notwendigen institutionellen Reformen der EU und eine Neuorientierung in Richtung eines soziales Europas dar.

Ein soziales Europa wird sich nur durch ein demokratisches Europa erreichen lassen. Die existierenden Ungleichgewichte lassen sich nur mit den Mitteln und Möglichkeiten einer parlamentarischen Demokratie überwinden. Daher muss die Europäische Union auf Basis einer föderalen Struktur demokratisiert werden. Dazu sind starke europäische Parteien notwendig, starke SozialpartnerInnen und eine gute Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Doch vor allem müssen die Institutionen in einem demokratischen Sinn reformiert werden. Die derzeitig stattfindende Reform ist dazu nicht ausreichend. Notwendig ist ein Europäisches Parlament, das in allen Bereichen mitentscheiden kann, Initiativrecht für europäische Gesetze besitzt und wichtigstes Entscheidungsorgan wird. Wir brauchen einen Rat, in dem Mehrheitsentscheidungen in allen Politikbereichen getroffen werden. So kann sozialer Fortschritt nicht mehr durch einzelstaatliche Vetos blockiert werden. Und wir brauchen eine einzig vom Parlament gewählte und diesem voll verantwortliche, gestaltende Kommission, in der die politisch gewählten AmtsträgerInnen die Bürokratie kontrollieren anstatt umgekehrt. Ein soziales Europa braucht eine echte europäische Demokratie.

3. Strategie. Vorwärts in ein Soziales Europa

Um ein solches Programm für ein soziales Europa umzusetzen, ist eine starke Linke in Europa erforderlich. Die treibende Kraft muss eine echte europäische Partei der Sozialdemokratie, der SozialistInnen und der Arbeiterparteien sein. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) muss zu einer echten Europapartei werden, die ein ambitioniertes sozialdemokratisches Programm ausarbeitet und umsetzt. Dies kann nur erreicht werden, wenn in allen Gremien Mehrheitsentscheidungen zur Pflicht werden und nicht versucht wird, auf alle Partikularinteressen der Mitgliedsparteien einzugehen. Einende Forderung der Europäischen Sozialdemokratie kann nur ein „Soziales Europa“ sein.

Darüber hinaus muss die SPE zu einer lebendigen Europäische Mitgliederpartei werden, die ihre politischen Vorstellungen unter Einbeziehung ihrer Mitglieder in Europa grenzüberschreitend formuliert und umsetzt. Jedes Mitglied einer Partei, die Teil der SPE ist, muss mit dem Eintritt in die nationale Partei auch die persönliche Mitgliedschaft in der SPE erhalten. Jedes Parteimitglied sollte das Recht erhalten, an Arbeitsgruppen der SPE teilzunehmen und Delegierte für den SPE Parteitag zu wählen. Sinnvoll wäre es, thematische Arbeitsgruppen einzurichten, in denen außerhalb der lokalen Strukturen der Mitgliedsparteien grenzüberschreitend Konzepte entworfen und diskutiert werden können. Unter Einbeziehung ihrer Mitglieder, muss die SPE ein gemeinsames Grundsatzprogramm ausarbeiten. Die Wahlprogramme zur Europawahl sollten nicht mehr auf der nationalen, sondern auf der Europäischen Ebene verfasst werden. Nichtsdestotrotz muss im Wahlkampf auf die speziellen lokalen Bedürfnisse eingegangen werden. Auf dem SPE Kongress sollte eine gemeinsame Liste für die Europawahl aufgestellt werden. Diese wird von einer SpitzenkandidatIn für ganz Europa angeführt, die/der im Fall eines Wahlsiegs als PräsidentIn der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden muss. Wir werden auch in der ECOSY ein eigenes europäisches Wahlprogramm entwickeln und uns damit aktiv in die Programmdiskussion in der SPE einbringen.

Auf dem Weg zu einem Sozialen Europa muss auch die Vernetzung sozialdemokratischer Akteure und Gruppen verbessert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Partei, Fraktion und anderen Sozialdemokraten muss intensiviert werden. Die Europäische Union ist ein Mehrebenensystem und eine starke Sozialdemokratie erfordert die Vernetzung von uns nahe stehenden Akteuren auf allen Ebenen und in allen Instanzen. Sozialdemokratische Mitglieder der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, des Ausschusses der Regionen und insbesondere sozialdemokratische MitarbeiterInnen in allen europäischen Institutionen müssen stärker in die Arbeit der SPE einbezogen werden. Auch auf der Sozialdemokratie nahestehende Akteure im breiten Feld der Europäischen Zivilgesellschaft müssen einbezogen werden in die Anstrengungen, ein soziales Europa aufzubauen.

Europäische Politik ist angewiesen auf den regelmäßigen Input von Think Tanks, in denen Vorschläge für Politikgestaltung und Umsetzung von Europäischer Politik gemacht wird. Auch die Europäische Sozialdemokratie sollte sich des Instruments eines linken, sozialdemokratischen Think Tanks bedienen, beispielsweise eingegliedert in die Arbeit einer europäischen politischen Stiftung. In einem Think Tank oder einer Stiftung können neue politische Ideen, Analysen und Studien detaillierter ausgearbeitet werden, als in den Parteigremien. So können inhaltliche Positionen mit sozialdemokratischen Politikern und ihnen nahe stehenden Wissenschaftlern sowie anderen Akteure diskutiert werden.

Europäische Gewerkschaften sind ein historischer Partner des sozialdemokratischen Kampfes für eine gleichberechtigte und gerechte Gesellschaft. Auch auf europäischer Ebene sollte eine engere Zusammenarbeit mit den Europäischen Gewerkschaften angestrebt werden. Ferner müssen die Gewerkschaften interne Streitigkeiten überwinden und - im Interesse der europäischen Arbeitnehmer - im sozialen Dialog den Arbeitgebern stärker Paroli bieten als bisher. Ihr enormes Potenzial zur Mobilisierung von Protest müssen sie öfter in die Wagschale werfen, wie es ihnen bei der Dienstleistungsrichtlinie gelungen ist. Durch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen NGOs und linken Parteien im Rahmen der Doppelstrategie muss die SPE auch auf europäischer Ebene auf ein Soziales Europa hinarbeiten.

„Sobald der Geist der Ausbeutung besiegt ist, wird man Aufrüstung als eine ganz unerträgliche Last empfinden. Zu wirklicher Abrüstung kann es erst kommen, wenn die Völker der Welt aufhören, sich gegenseitig auszubeuten.“

Mahatma Gandhi

Nach der Katastrophe des 1. Weltkrieges und nach der fatalen Entscheidung der Sozialdemokratie den Kriegskrediten und dem Burgfrieden zuzustimmen, brachte die ArbeiterInnenbewegung die Lehre aus dem imperialistischen 1. Weltkrieg auf folgenden Nenner: „Nie wieder Krieg!“

Der deutsche Militarismus war ein Grundpfeiler der Ideologie des deutschen Faschismus. Die monopolisierte deutsche Rüstungsindustrie unterstützte den Aufstieg und die Machtergreifung der NSDAP und sie profitierte in erheblichem Maße von der Aufrüstung und den faschistischen Aggressionskriegen. Die Rüstungsindustrie und die Wehrmacht standen nicht außerhalb des Faschismus, sondern waren ein Teil des Systems. Die Industriemonopole, insbesondere auch die Rüstungsmonopole, wurden nach 1945 von den Alliierten entflochten und demilitarisiert.

Nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 wurde der antimilitaristische Grundkonsens der Linken auf „Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen!“ erweitert.

Dieser Konsens schlägt sich auch im Berliner Programm nieder, welches die Erfahrungen des Wettrüstens der Zeit des kalten Krieges widerspiegelt:

„Friedenspolitik muss die Vorherrschaft militärischer, bürokratischer und rüstungswirtschaftlicher Interessen brechen und Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter überführen. Der politische Wille muss über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsinteressen herrschen und nicht umgekehrt. Frieden ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe. Auftrag (der Bundeswehr) ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit.“

Gegen die neuen Mythen

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der DDR und dem Ende der Blockkonfrontation, war eine bedeutende Verschiebung der globalen Machtkonstellation verbunden. Das Ende des Wettrüstens zwischen den beiden Supermächten bedeutete jedoch nicht, wie erwartet, eine massive weltweite Abrüstung. Obwohl der einstige Gegner in sich zusammengebrochen war, sanken die Ausgaben für Rüstung in der westlichen Welt keineswegs. Lediglich die Strategische Ausrichtung der Politik änderte sich. So hat sich im Zuge der Ausweitung des Begriffes der Landesverteidigung auf präventive Maßnahmen außerhalb des Staatsterritoriums die Rolle von Armeen signifikant verändert. Die Prämisse Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Nichtangriffsfähigkeit hat keinen Bestand mehr. Der Verteidigungsbegriff wurde so weit ausgedehnt, dass nun Deutschland auch am Hindukusch verteidigt wird. Der Verteidigungsbegriff wird ad absurdum geführt. Dieser Auftrag führt zu einem kompletten Umbau des bisherigen Waffenbestands. Nach den Anschlägen vom 11. September werden Bedrohungen in der Hauptsache als asymmetrische Terrorangriffe wahrgenommen. Trotz dessen, dass es sich hier in dieser Ausformulierung um ein Zerrbild handelt und ohne eine wirkliche Diskussion über Alternativen, richten sich Militärstrategien vermehrt darauf aus, Terroristen zu bekämpfen. Allerdings ist ein großer Teil der Opfer heute innerstaatlichen Konflikten zuzuschreiben, die oft die Kriegsschwelle nicht überschreiten. Hier werden allzu oft über ein schwarz-weiß Schablone und eine ungenaue Definition Kriegs- und Konfliktursachen umgedeutet, um die eigene Strategie zu legitimieren.

Mit dieser Strategie werden Armeen zwar verkleinert, allerdings die Schlagkraft erhöht – dies hat mit Abrüstung nichts zu tun!

Während im 1. Weltkrieg noch 90 % der Kriegsoffer dem Militär angehörten und 10 % Zivilisten waren, so wird heute davon ausgegangen, dass inzwischen 90 % der Kriegsoffer Zivilisten sind, während nur 10 % dem Militär oder einer militärisch organisierten Gruppe angehören. Der Schwerpunkt von Kriegen hat sich seit dem Zusammenbruch des Ost-West Gegensatz verschoben. Die Stellvertreterkriege sind verschwunden, stattdessen überwiegen die rein innerstaatlichen Kriege. Dennoch werden gerade auch in Afrika viele innerstaatliche Kriege durch die Einmischung/Unterstützung von Außen am Leben erhalten. Viele dieser innerstaatlichen Kriege ziehen sich oft über Jahrzehnte hin und entwickeln eine eigene Kriegsökonomie.

Die Kriegsparteien finanzieren sich oft durch die Schattenwirtschaft, in dem sie lokale Rohstoffe plündern und illegal auf dem Markt bringen (z.B. Blutdiamanten) oder parasitär von Hilfsgüter und –leistungen leben. Zudem sind sie oft nicht durch eine klares Konfliktziel oder eine Ideologie gekennzeichnet. Warlords können ihre Macht in den Gebieten festigen, in denen das Gewaltmonopol des Staates nicht mehr funktioniert und es keine gesellschaftlichen Bindekräfte gibt, sie bauen dort ihre eigene Ordnung auf. Dennoch ist es verfehlt anzunehmen, dass aus dieser Ordnung eine staatliche Ordnung entstehen könnte, denn gerade dieser Semi-Status erlaubt ihnen die größtmögliche Machtausübung. Diese Ordnung ist auch nicht absurd wie von vielen Medien dargestellt, sondern dahinter steckt immer ein rationales Konzept der Legitimation ihrer Herrschaft oder der Rekrutierung von Mitteln.

Zunehmend steigt auch die Anzahl der Söldner in Kriegen, dies ist vor allem eine Auswirkung der Strategie in Kriegen die offiziellen Gefallenen so gering wie möglich zu lassen und Risiken zu privatisieren. Aber deshalb sind Söldner keine eigene Konfliktpartei sondern agieren zumeist im Auftrag von Staaten.

1. Wirtschaftsfaktor Rüstungsindustrie

Krieg ist kein Naturphänomen das über uns hereinbricht; Krieg liegt auch nicht in der Natur des Menschen begründet. Wir glauben daran, dass der Mensch zum Frieden fähig ist.

Wo liegen dann die Ursachen? Ein wichtiger Faktor ist die Gesellschaft in der wir leben und damit das kapitalistische System. Es gibt keinen Krieg und keinen Konflikt der nicht auch oder nur auf Grund von wirtschaftlichen Interessen geführt wurde. Dies zu analysieren, darzustellen und ins öffentliche Bewusstsein zu rücken haben gerade SozialdemokratInnen und JungsozialistInnen von jeher als eine ihrer Hauptaufgaben angesehen, um mehr sagen zu können als ein plumpes kein Blut für Öl. Auf der Gründungskonferenz der IUSY wurde zu diesem Thema viel Platz eingeräumt und eine Resolution beschlossen. Darin heißt es u.a. : „Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochen fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus dem unaufhörlichen Wettrüsten des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus.“

1.1 Ist der „militärisch-industrielle Komplex“ Vergangenheit?

Ein Kennzeichen für den Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus ist aus unserer Sicht eine Militarisierung der Gesellschaft und ökonomisch das Wirken des militärisch-industriellen Komplexes (MIK).

Der Begriff wird US-Präsident Dwight D. Eisenhower zugeschrieben, der 1961 in seiner Abschiedsrede vor einem „militärisch-industriellen Komplex“ warnte. Damit meinte er die Machtzusammenballung zwischen Rüstungskonzernen, Forschungseinrichtungen und Verteidigungsministerium. Aber auch der liberale Ökonom Joseph Schumpeter sah bereits 1919 voraus (nach dem imperialistischen 1. Weltkrieg), dass der Militärapparat versucht ist, seine weitere Existenz durch ständige Einsatzofferten zu rechtfertigen. Nach dem Ende der Blockkonfrontation ist die ökonomische Bedeutung des MIK sowohl in den USA als auch in der EU zunächst stark gesunken.

Die Umorientierung des MIK von der Blockkonfrontation des Kalten Krieges hin zur sog. „pax americana“ der „Neo-Cons“, welche die westliche Idee der liberalen Demokratie als das „Ende der Geschichte“ bzw. deren logisches Endergebnis auffasst und es im Rest der Welt verbreitet sehen will, fand seinen Anfang jedoch lange vor der Bush-Administration. In der Amtszeit Clintons bereits änderte sich die Strategie der amerikanischen Außenpolitik, welche auch die weiteren Mitglieder der NATO vollzogen. Mit den ersten Plänen zu einem Satelliten-Abwehrsystem schon in der Bush-Senior-Zeit und der Entscheidung der Weiterführung dieses Projektes durch Clinton erhielt die Rüstungsindustrie ungeahnte Zukunftsperspektiven. Noch deutlicher aber manifestierte sich mit den Kriegen und Kriegseinsätzen in Somalia (94), Bosnien (95) und Kosovo (99) sowie im Sudan (98) und im Irak (98) in den 1990er Jahren eine neue Sinnggebung bzw. Legitimierung für die materiell-militärische Hegemonie der USA bzw. der NATO insgesamt in der Welt. Dies war allerdings längst in den sog. „think tanks“ der Neo-Cons – nicht nur in den USA – inhaltlich-ideologisch vorbereitet worden. Es sind jene „Denkfabriken“, die man neben den klassischen Komponenten des MIK – Rüstungsindustrie, Armee, Regierung – als die vierte hinzugekommene Komponente bezeichnen kann. Sie konstruieren neue Legitimationen und Strategien, um damit Schlussendlich die wirtschaftliche Stellung zu erhalten oder auszubauen. Dabei spielen oftmals auch andere Gründe eine Rolle, dennoch wird Macht in unserer Gesellschaft immer durch wirtschaftliches Kapital konstituiert.

In den USA ist der MIK einer der größten Nutznießer von der Amtszeit George Bushs und in verstärktem Maße seit den Terroranschlag vom 11.9.2001, z.B. durch die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um 14 % allein im Jahr 2002. Vom Rückgang der ökonomischen Bedeutung des MIK kann deshalb nicht automatisch auf den Verlust an politischen Einfluss geschlossen werden. Außenpolitik zunehmend mit militärischen Mitteln zu betreiben, ist nicht nur Ausdruck veränderter geopolitischer Strategien, sondern bedient auch die speziellen Interessen des im Rüstungssektor angelegten Kapitals. Diese Allianz zwischen aggressiver Außenpolitik und Profitinteressen findet unter anderem in den engen personellen Verflechtungen zwischen der Bush-Administration und den Konzernen des MIK deutlichen Ausdruck.

1.1.1 MIK und Europa

Im Sommer 2004 machte das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri bei der Vorlage seines Jahresberichts 2004 darauf aufmerksam, dass die EU-Staaten im Jahr 2003 auf dem internationalen Waffenmarkt erstmals die USA hinter sich gelassen hätten (Frankfurter Rundschau, 28.04.2004). Mit 4,7 Mrd. US-Dollar übertrafen die EU-Rüstungsausfuhren die der USA, die 4,4 Mrd. Dollar erzielten. Mehr Waffen als die EU exportierte in diesem Jahr Russland. Der weltweite Waffenmarkt wurde damit zu über 80 Prozent von diesen drei Großen beherrscht (Russland 37 %, EU 25 %, USA 23,5 %). Die Rüstungskonzerne EADS und BAE gehören zu den größten der Welt.

Im Rahmen der Diskussionen des Europäischen Verfassungskonvents wurde eigens eine Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunkt Verteidigungspolitik eingesetzt, dies unterstreicht den Stellenwert den die ESVP zukünftig haben soll, geht es nach den Konservativen. Im Vordergrund der Beratungen stand dabei die Gestaltung der militärischen Fähigkeiten der EU. Grundsätzlich sollten Möglichkeiten geschaffen werden, in Krisensituationen schnell und unkompliziert die nationalen und europäischen militärischen Mittel zu mobilisieren. Leider fanden die Aspekte der zivilen Konfliktprävention nahezu keine Berücksichtigung.

Ein großer Kritikpunkt von unserer Seite an dem Verfassungsentwurf war, dass nach Art. 40 III die Mitgliedstaaten verpflichtet wären, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.

Die ESVP wird nahezu ausschließlich auf ihre militärische Komponente verengt. Dies zeigen die Debatten und leider auch einige der Ergebnisse des Europäischen Verfassungskonvents.

Innerhalb der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ wurden auch noch wesentlich weitreichendere Forderungen auf das Tableau gehoben, die verdeutlichen, wohin die „Reise“ gehen sollte. So sollten die Ausgaben für Verteidigung und Rüstung prozentual zum BIP zwingend festgeschrieben und Unterschreitungen ähnlich wie beim Stabilitätspakt geahndet werden. Andere Vorschläge sahen vor, die Verteidigungs- und Rüstungshaushalte vom Stabilitätspakt auszunehmen, um zu gewährleisten, dass der Rüstungsvorsprung gegenüber den USA aufgeholt werden kann. Hintergrund ist die Feststellung, dass die USA im Jahr 2002 3,34 % des BIP für Verteidigung und Rüstung ausgeben (383 Mrd. \$), während die europäischen NATO-Staaten lediglich 1,93 % des BIP dafür aufwendeten. Die EU-Staaten gaben 2002 ca. 171 Mrd. € für Verteidigung aus (davon ca. 10 Mrd. € für die Rüstungsforschung) und das mit sinkender Tendenz (Ausnahmen: Frankreich und Großbritannien). Rüstungslobbyisten fordern hingegen eine stete jährliche Erhöhung des Etats um 2,5-3 %. Nimmt man noch die Planungen für eine Europäische Rüstungsagentur hinzu, zeigt sich deutlich, dass die ESVP in die Richtung einer vergemeinschafteten Militarisierung der EU weist. Die Verbindung zwischen Rüstungsindustrie und Politik wird enger, anstatt sich zu entzerren.

1.1.2 MIK und Deutschland

Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung stellt fest, dass 2005 für Rüstungsgüter (einschließlich Kriegswaffen) insgesamt Einzelausfuhrgenehmigungen im Wert von ca. 4,2 Mrd. € erteilt wurden - gegenüber 2004 ein Anstieg um 0,4 Mrd. €. Der Gesamtwert der tatsächlich exportierten Kriegswaffen ist gegenüber 2004 um 0,5 Mrd. € auf 1,6 Mrd. € angestiegen. Die Genehmigungswerte für so genannte Kleinwaffen, das sind insbesondere automatische Handfeuerwaffen liegen bei 36 Mio. €.

Fast 40% der Exporte gingen in Nicht EU- und nicht NATO- Länder. Die Gruppe der so genannten „Dritt-Länder“ umfasst 95 Staaten. Darunter sind Staaten, die in Spannungsgebieten liegen wie Äthiopien und Eritrea, Chile, Bolivien und Peru, Indien und Pakistan, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, Kolumbien, Südkorea und Taiwan. Diese Gebiete werden trotz einer gegensätzlichen Behauptung im Rüstungsexportbericht (Zitat: „Deutschland liefert nicht in Spannungsgebiete“) beliefert.

Problematisch sind immer die Rüstungslieferungen und Regionen, in denen bewaffnete Konflikte stattfinden und daher die Kriegsgefahr nicht hinreichend gebannt ist. Dies gilt sowohl für den Nahen und Mittleren Osten, als auch für Ostasien. Bei Rüstungsexporten in Krisenregionen besteht immer die Gefahr einer Destabilisierung.

Neben dem Zahlenmaterial kann der Umgang mit dem Rüstungsexportbericht kritisch beurteilt werden. Der Bericht des Jahres 2005 wurde erst im September 2006 vorgelegt, so als würde die Erstellung als eine lästige Pflicht empfunden. Eine zeitnahe parlamentarische und öffentliche Debatte über die deutsche Rüstungsexportpolitik ist so nicht möglich.

In Deutschland spielt die Rüstungsindustrie eine wichtige Rolle. Unter rot-grün stiegen die Rüstungsexporte trotz des Anspruchs einer restriktiven Rüstungsexportpolitik im Koalitionsvertrag 1998 und 2002 an. Heute ist Deutschland der weltweit drittgrößte Großwaffenexporteur. Daran hat Rot-Grün entscheidend mitgewirkt. Wahlkampfspenden der Rüstungsindustrie an sozialdemokratische Mandatsträger wie den SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitglied im Verteidigungsausschuss, Johannes Kahrs, stellen aus unserer Sicht nicht nur einen unüberbrückbaren Interessenskonflikt bei der Ausübung ihres Mandats dar sondern sind darüber hinaus mit den Zielen und Grundsätzen einer aktiven Friedenspolitik der SPD unvereinbar.

2. Die Rolle von Abrüstungsabkommen

Gegenpol der Industriellen Aufrüstung sind Internationale Abrüstungsabkommen. Die meisten von Ihnen beziehen sich auf so genannte Massenvernichtungswaffen. Schon frühzeitig wurde nach dem ersten Weltkrieg 1925 im Rahmen der Genfer Konvention das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen und bakteriologischen Mitteln im Krieg verbindlich. 1968 wurde mit dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) der Grundstein für eine Begrenzung von Atomwaffen gelegt. Später wurde die Ächtung von Biologischen und Chemischen Waffen in zwei Übereinkommen konkretisiert.

Teilweise werden in jüngster Zeit jedoch auch Konventionelle Waffen in die Internationale Diskussion einbezogen, wie z. B. bei der Ächtung von Personenminen. Zunehmend spielen auch die mit in Konflikten mit Abstand am häufigsten verwendeten Kleinwaffen eine Rolle.

2.1 Massenvernichtungswaffen

2.1.1 Atomwaffen

Der Atomwaffensperrvertrag (NVV) 1968 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet, beschränkt den Besitz von Atomwaffen auf die USA, Sowjetunion, Frankreich; Großbritannien und die Volksrepublik China, die zu diesem Zeitpunkt bereits Atommächte sind. Sie verpflichten sich, kein atomwaffentaugliches Material an andere Staaten weiterzuerweitern und eine vollständige Abrüstung ihrer Atomwaffen unter internationaler Aufsicht vertraglich zu vereinbaren. Unterzeichnerstaaten die nicht zu den 5 Atommächten gehören, verpflichten sich in Zusammenarbeit mit der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die den Bau von Atomwaffen verhindern und werden im Gegenzug bei der friedlichen Nutzung unterstützt.

Insgesamt haben bisher 188 Staaten den Atomwaffensperrvertrag und verschiedene Zusatzverträge unterzeichnet. Bisher nicht eingebunden sind Indien, Pakistan und Israel. Nordkorea erklärte 2003 seinen Rückzug aus dem NVV. Auch der Iran droht mit seinem Austritt.

Trotz der allgemeinen hohen Akzeptanz des Vertrages, konnte die weitere Verbreitung von Atomwaffen nicht verhindert werden. Heute verfügen zusätzlich zu den Atommächten von 1968 Indien, Pakistan sowie Israel über Atomwaffen. Nordkorea gibt ebenfalls an Atomwaffen zu besitzen.

Die Ausbreitung von Atomwaffen konnte durch den Sperrvertrag zwar eingeschränkt, jedoch nicht vollständig verhindert werden. Das Bedrohungsszenario hat sich jedoch verändert. Die Atomare Konfrontation zweier Weltmächte im Ost-Westkonflikt wird abgelöst durch die gefühlte atomare Bedrohung aus kleineren Ländern bzw. potentiellen terroristischen Anschlägen. Der Fokus in der öffentlichen Diskussion liegt derzeit auf der potentiellen Bedrohung durch atomwaffenfähiges Material in den Händen von so genannten Schurkenstaaten oder Terroristen.

Jenseits der aktuellen Diskussion muss allerdings festgehalten werden, dass die Atommächte ihr Versprechen zur vollständigen Abrüstung nicht in Ansätzen eingelöst haben. Bis heute liegt kein Plan zur vollständigen Abrüstung der vorhandenen Atomwaffen vor. Pläne wie die bilaterale Vereinbarung zwischen USA und GUS zur Reduzierung der strategischen Atomwaffen sind begrüßenswert und sollten unbedingt auch umgesetzt werden, reichen aber bei weitem nicht aus. Dringend notwendig ist es, einen konkreten Zeitplan für eine vollständige Abrüstung vorzulegen. Hier sind die USA und auch die Europäer in der Pflicht den ersten Schritt zu machen.

Zudem müssen in die Verhandlungen über den vollständigen Abrüstungsplan Staaten mit Atomwaffen ein-

bezogen werden, die nach dem NVV keine Atomwaffen besitzen dürften, bzw. den Vertrag nicht ratifiziert haben, um eine Abrüstung aller real existierenden Atomwaffen zu gewährleisten. Die faktische Anerkennung der Atommacht Indien durch die USA, ohne dass erstere den NVV unterschrieben hat, stellt eine fundamentale Unterhöhnung des Vertragwerkes dar. Die Bundesrepublik muss diese Entwicklung in der Nuclear Supplier Group (NSG) verhindern, indem es seine Zustimmung verweigert.

2.1.2 Biowaffen

Das „Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen“ (BWÜ), was 1975 in Kraft trat, erweitert das in der Genfer Konvention enthaltene Verbot des Einsatzes von biologischen Waffen um ein umfassendes Verbot des Besitzes ebensolcher Waffen. Ihm gehören derzeit 156 Staaten an.

Nur wenige Verstöße gegen die Nichtbesitznorm des Biowaffenabkommens sind nachweisbar. Trotzdem wird dem BWÜ Ineffektivität vorgeworfen, was weniger auf Fakten, denn auf der Befürchtung beruht, dass vor dem Hintergrund verbesserter technischer und wissenschaftlicher Voraussetzungen z.B. in der Gentechnologie und den relativ guten Kontrollmöglichkeiten für Atom und Chemiewaffen eine Verlagerung illegaler Herstellungsaktivitäten auf Biowaffen erfolgen könnte.

Eine eindeutige Schwachstelle des Abkommens ist die fehlende Kontrollinstanz für die tatsächliche Einhaltung des Abkommens. So kann zwar von jedem Mitgliedstaat bei Verdacht des Verstoßes durch einen andern Staat Beschwerde bei den Vereinten Nationen eingelegt werden, jedoch ist der Ablauf der Untersuchung nicht geregelt und es gibt im Gegensatz zum Atom- oder Chemiewaffenabkommens keine Behörde die für die Einhaltungüberprüfung spezialisiert ist. Dieser Missstand wurde von den Staaten erkannt und ein Entwurf für ein Zusatzprotokoll zur Konkretisierung des Abkommens von einer Expertenkommission entwickelt, dessen in Kraft treten jedoch bei der Überprüfungs-konferenz 2001 wegen unüberbrückbarer Gegensätze in den Vertragsstaaten insbesondere auf Bestreben der USA scheiterte. Danach wurden die multilateralen Debatten vorübergehend abgebrochen. Auf der Überprüfungs-konferenz 2006 wurden zwar Fortschritte erzielt, wie sie verbesserte Umsetzung in nationale Gesetzgebung, aber es gibt weiterhin kein Zusatzprotokoll.

Wir fordern, dass die Staaten die Verhandlungen wieder aufnehmen, um schnellstmöglich einen wirklichen Kontrollmechanismus zu beschließen.

2.1.3 Chemiewaffen

Das Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen (CWÜ), das am 29. April 1997 in Kraft trat, verbietet Entwicklung, Herstellung, Besitz, Weitergabe und Einsatz chemischer Waffen. Chemiewaffen-Bestände sind durch die Vertragsparteien zu deklarieren und unter internationaler Aufsicht zu vernichten. Das CWÜ hat 182 Mitgliedsstaaten. Damit umfasst das CWÜ 98% der Weltbevölkerung.

Zur Durchsetzung, Überwachung und Weiterentwicklung des CWÜ gründeten die Vertragsparteien die „Organisation zum Verbot von chemischen Waffen (OVCA)“. Sie hat die Aufgabe die Vertragsstaaten zu überwachen und mit eigenen Inspektoren die Einhaltung des CWÜ zu überprüfen und Chemiewaffen zu vernichten.

Die Besitzerstaaten von Chemiewaffen (GUS, USA, Indien; Libyen und Albanien) verpflichten sich innerhalb einer Frist von 10- 15 Jahren ihre Chemiewaffenbestände zu vernichten. Diese Frist endet spätestens 2012. Alle Ländern liegen hinter dem ursprünglichen Zeitplan zurück, es ist unwahrscheinlich, dass sie die Frist einhalten können.

Ebenso wie beim Biowaffenabkommen sind Kontrollmechanismen schwierig zu definieren, weil die Grundstoffe für chemische und biologische Waffen häufig auch zivile Verwendungen haben. (Dual-Use Güter)

Im bisherigen Abkommen können bei Verdacht des Missbrauches nur an von den Empfangsstaaten deklarierten Orten Kontrollen durchgeführt werden. Kurzfristige Stichproben überall im Vertragsgebiet, die am wirksamsten wären sind bis dato nicht möglich. Dies wäre aber essentiell, um die tatsächliche Wirksamkeit sicherzustellen.

Wir fordern das Vertragswerk um diesen Punkt zu erweitern. Gleichzeitig müssen die Staaten verstärkte Maßnahmen unternehmen, um den Zeitplan noch einzuhalten.

2.2 Konventionelle Waffen

2.2.1 Reduzierung von Kleinwaffen

Jährlich fallen etwa 500.000 Menschen Kleinwaffen zum Opfer. Kleinwaffen sind leicht zu verbreiten und auch durch Kindersoldaten zu bedienen. Dadurch sind sie gerade für irreguläre Truppen von Bedeutung.

UNICEF geht davon aus, dass weltweit etwa 600 Mio. Kleinwaffen vorhanden sind. Besonders nach dem Untergang der Sowjetunion hat die Verbreitung von Kleinwaffen massiv zugenommen. Durch ihren geringen Preis und dadurch, dass es so einfach ist sie zu handeln und zu kaufen verstärken Kleinwaffen die Gewaltneigung von Konflikten. Wirksame Maßnahmen der Rüstungskontrolle sind daher für diese Waffenkategorie besonders wichtig.

Das „Aktionsprogramm der Vereinten Nationen zur Verhinderung, Bekämpfung und Beseitigung des illegalen Handels mit Klein- und Leichtwaffen in sämtlichen Beziehungen“, stellt einen Katalog von Pflichten und Empfehlungen zur Kleinwaffenkontrolle auf nationaler und internationaler Ebene auf. Seit Februar 2004 verhandeln die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in diesem Zusammenhang über ein internationales Instrument zur Kennzeichnung und Nachverfolgbarkeit von Kleinwaffen. Ziel ist es sicherzustellen, dass die Lieferwege illegaler Waffen zuverlässig zurückverfolgt werden können. Zu diesem Zweck sollen die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu verpflichtet werden, die von ihnen produzierten Waffen zu markieren, Waffenregister zu führen sowie bei der Nachverfolgung illegaler Waffenlieferungen zusammenzuarbeiten.

Es ist zu begrüßen, dass die von Kleinwaffen ausgehende Bedrohung Aufnahme in die internationale Debatte gefunden hat. Jedoch konnten die bisherigen Maßnahmen den Handel mit Kleinwaffen kaum einschränken.

Auch Deutsche Firmen sind durch die Vergabe von Waffenlizenzen an den Kriegen der Welt beteiligt. So kamen beispielsweise 2005 in Darfur in Iran mit Deutscher Lizenz gefertigte G3 Gewehre der Firma Heckler & Koch (Oberndorf, Baden-Württemberg) zum Einsatz. Heckler und Koch bemüht sich derzeit um eine neue Ausfuhrlizenz für das Nachfolgemodell G36.

Die bisherigen Initiativen der UN und der OSZE sind wichtige erste Schritte, sie müssen aber dringend fortentwickelt werden, die Kennzeichnung von Waffen ist dabei ein Schritt um den Handel mit Kleinwaffen zu erschweren. Wer die Abrüstung von Kleinwaffen ernst nimmt, darf nicht gleichzeitig Waffenexporteur sein.

2.2.2 Besonders menschenverachtenden Waffengattungen

Das am 2. Dezember 1983 in Kraft getretene VN-Waffenübereinkommen hat zum Ziel, den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen, in erklärten Kriegen und anderen grenzüberschreitenden und internen bewaffneten Konflikten zu beschränken. Sein Ausgangspunkt sind die völkerrechtlichen Grundregeln, wonach an Konflikten beteiligte Parteien kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel der Kriegführung haben und beim Einsatz bestimmter konventioneller Waffen humanitäre Aspekte berücksichtigen müssen.

Das Übereinkommen besteht derzeit aus dem Rahmenvertrag und Protokollen über nicht getarnte Cluster, Minen, Sprengfallen und andere Vorrichtungen Brandwaffen, blind machende Laserwaffen sowie explosive Kampfmittelrückstände. Außerdem ist besonders der Einsatz von „schmutzigen Waffen“ zu nennen. Diese Form von Waffen findet eine immer häufigere Verbreitung. Inzwischen hat die US Regierung zugegeben im ersten Golfkrieg mehr als 300 Tonnen uranhaltige Munition verwendet zu haben. Auch im Krieg 2003 wurde solche Munition verwendet.

Zu diesen besonders menschenverachtenden Waffen sind auch so genannte „Dum Dum Geschosse“ zu zählen, die am Körper zu schwersten Verletzungen führen und eine Wundversorgung fast unmöglich machen.

In dieses Übereinkommen muss dringend das Verbot von Clusterbomben aufgenommen werden. Clusterbomben sind konstruiert um schlimmste Verstümmelungen bei Menschen zu bewirken. Wir fordern in diesem Kontext die Bundesregierung und insbesondere unseren sozialdemokratischen Außenminister auf in dieser Frage ihre halbherzige Haltung aufzugeben und endlich konsequent für ein ausnahmsloses Verbot von Produktion, Lagerung, Handel und Einsatz von Streumunition einzutreten.

2.2.3 Minen

Das Ottawa-Übereinkommen ist das zentrale Vertragswerk zur weltweiten Ächtung von Antipersonenminen (APM) und 1999 in Kraft getreten. Seine wichtigsten Bestimmungen sehen ein umfassendes Verbot von Herstellung, Einsatz, Transfer, Lagerung aller Arten von Antipersonenminen; die Verpflichtung zur Zerstörung bestehender Bestände innerhalb von 4 Jahren und die Verpflichtung zur Räumung innerhalb von 10 Jahren vor. Insgesamt haben 153 Staaten das Abkommen ratifiziert. Bedauerlich bleibt, dass wichtige Staaten wie China, Russland, Indien, Pakistan und die USA weiterhin dem Übereinkommen nicht beitreten wollen. Ihr Beitritt wäre für seine angestrebte weltweite Geltung besonders wichtig.

Der neue Vorstoss im Rahmen des UN Übereinkommens gegen Fahrzeugminen, die ebenfalls eine erhebliche Gefahr für Zivilisten darstellen, vorzugehen, ist zu begrüessen. Allerdings hat das UN Übereinkommen nicht dieselbe Durchsetzungskraft wie das Ottawa-Übereinkommen. Wir fordern eine Integration in das Ottawa-Übereinkommen.

Besonders problematisch ist die Räumung dieser Minen. Insgesamt sind beide Minenarten Kriegsgerät, das in Konfliktregionen oftmals noch Jahrzehnte nach dem eigentlichen Einsatz lagert.

Minen wirken konfliktverlängernd und verursachen oft noch Jahre nach dem Konflikt Tote und Opfer. In vielen Konflikten sind Landminen aufgrund ihrer geringen Kosten und hohen Verfügbarkeit eingesetzt worden.

Auf internationaler Ebene muss darauf hingewirkt werden, dass alle Staaten das Übereinkommen ratifizieren.

2.3 Bewertung bestehender Abrüstungsabkommen

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ist ein ernst zu nehmendes Risiko für den Frieden. Dabei geht die Gefahr nicht nur von diktatorischen Regimen oder Terrororganisationen aus. Der Besitz von Massenvernichtungswaffen eröffnet immer auch die Option ihres Einsatzes. Die Militärdoktrin der USA und die aktuelle NATO-Strategie sehen ihn ganz offen vor. Der Einsatz uranhaltiger Munition und die Entwicklung taktischer Atomwaffen senken die atomare Hemmschwelle. Die willentlich aufrecht erhaltene Teilung der Welt in Atomwaffen-Besitzer und Nicht-Besitzer sowie das unterminierende Verhalten vieler Staaten bei weiteren Verträgen zu Massenvernichtungswaffen fördert ihre Proliferation.

Eine Weiterverbreitung von Atomwaffen kann nur erfolgreich verhindert werden, wenn wie im Atomwaffensperrvertrag festgelegt auch die Atomwaffenstaaten ihre Arsenale vollständig abrüsten. Die derzeitige Debatte um Massenvernichtungswaffen konzentriert sich leider sehr stark auf die Frage, wer zum Besitz berechtigt ist und weniger auf das Gesamtziel die Bestände vollständig zu Vernichten und eine weitere Herstellung zu verhindern. Hier muss ein Umdenken erfolgen.

Es ist zu begrüßen, dass die Bedeutung von Kleinwaffen als tödliche Bedrohung Einzug in die internationale Debatte gehalten haben. Verbindliche Regelungen zur Begrenzung gestalten sich jedoch schwierig, weil mit dem Handel dieser Waffen große Wirtschaftliche Interessen verknüpft sind. Die angestrebte Kennzeichnungspflicht zur Eindämmung des illegalen Handels ist ein erster Schritt in die richtige Richtung reicht bei weitem nicht aus. Ziel muss es sein, die Verbreitung von Kleinwaffen signifikant zu senken und eine grundsätzliche Ächtung des Waffenbesitzes nicht nur in Entwicklungsländern durchzusetzen.

2.4 Weiterentwicklung von Abrüstungsabkommen

2.4.1 Ministerium für Abrüstung in der Europäischen Union

In der Diskussion um die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurden einige Ideen zur Rolle der Union in der Frage der Abrüstung vorgebracht. Der Vorschlag auf Europäischer Ebene eine Agentur zur Rüstungskontrolle zu schaffen ist es wert weiterverfolgt zu werden. Diese Agentur soll darauf achten, dass keine Waffen entwickelt und eingesetzt werden, die gegen einschlägige internationale Abkommen verstoßen und unverhältnismäßig negative Auswirkung auf Zivilpersonen haben. Dazu gehören Splitterbomben, Landminen aber natürlich auch Massenvernichtungswaffen wie etwa atomare, biologische und chemische Waffen.

Weiterhin könnte das neue Modell eines europäischen Amtes für Abrüstung und Konversion entstehen. Dieses Amt soll u.a. einen Stufenplan zur Abrüstung der Waffenarsenale erstellen, nach dem sich die EU-Mitgliedstaaten zu richten haben. Darin soll auch die zivile Umwidmung von militärischen Kapazitäten festgelegt werden, mittels eines europäischen Programms für Konversion und Beschäftigung. Die logische Konsequenz dieser Maßnahmen wären sinkende Militärausgaben. Der so entstehende Überschuss kann zum Ausbau der zivilen Komponente der ESVP eingesetzt werden. Damit die einzelnen Schritte der Abrüstung und Konversion eingehalten werden, soll eine vertragliche Fixierung der degressiven Militärausgaben festgehalten werden.

3.Armeen

3.1 Das antimilitaristische Selbstverständnis

Wir Jusos begreifen uns als AntimilitaristInnen. Wir wollen Armeen langfristig überflüssig machen. Abrüstung bedeutet für uns jedoch nicht Reduzierung von Armeestärken bei gleichzeitiger Maximierung

ihrer tödlichen Wirkung. Wir setzen uns für eine tatsächliche Reduzierung Militärischer Kampfkraft ein. Entscheidend ist für den Abrüstungsprozess, dass sich alle Beteiligten sicher fühlen und nicht plötzlich eine Gruppe militärische Vorherrschaft erhält. Deshalb können Verhandlungen über eine sukzessive Reduzierung von Truppenstärkung sinnvoll sein.

Wir glauben, dass Militäreinsätze keinen nachhaltigen Frieden bringen. Nachhaltiger Frieden kann nur durch präventive konfliktverhindernde Maßnahmen und die zivile Aufarbeitung von entstandenen Konflikten geschaffen werden. Dafür gibt es auch viele verschiedene Einzelmaßnahmen die in einander greifen müssen. Für uns Jusos ist Frieden mehr als die Abwesenheit von Krieg. Ohne die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch den gleichen Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheit und einer gerechten Verteilung von Ressourcen ist Frieden nicht möglich.

Wir wissen, dass wir im Moment von diesem Ziel weit entfernt sind. Abrüstung bedeutet im Moment meistens dass, die Anzahl an Waffen und Soldaten reduziert, aber die Effizienz und die Schlagkraft erhöht wird.

Zwar stellen die verteidigungspolitischen Richtlinien fest, dass eine Gefährdung des Territoriums durch konventionelle Streitkräfte auf absehbare Zeit nicht besteht. Die Schlussfolgerung daraus ist aber keine wirkliche Abrüstung, sondern dass sich ihr Einsatzspektrum wandeln muss. Konfliktverhütung und die vorbeugende Eindämmung von Krisen außerhalb des Bündnisgebietes der NATO werden ausdrücklich als Aufgaben der Bundeswehr definiert. Deutschland soll vorbeugend am Hindukush verteidigt werden.

3.2 Privatisierung von Gewalt

Viele Konflikte folgen inzwischen nicht mehr dem in der Diskussion bisher vorherrschenden Bild der Zwischenstaatlichen Kriege. Privatarmeen nehmen in der Kriegsführung zu.

Privatisierung und Kommerzialisierung sind nicht nur ein Phänomen, das von den lokalen Konfliktparteien wie Warlords ausgeht, sondern welches auch von globalen Akteuren betrieben und von Regierungen und internationalen Organisationen unterstützt wird. Hier spielen insbesondere private Sicherheitsunternehmen (Private Security Companies, PSCs) und Söldnerfirmen (Private Military Companies, PMCs) eine wichtige Rolle, die versuchen sich als rechtschaffende Akteure der Sicherheitspolitik zu etablieren. Die anhaltende Diskussion, ob in Peacekeeping-Operations zukünftig private militärische Unternehmen beteiligt werden sollten, wie vom britischen Außenminister Jack Straw angeregt, zeigt, dass die Kommerzialisierung des Krieges zugleich ein lokales und ein globales Phänomen ist. Diese privaten Gewaltunternehmen fühlen sich weder einem staatlichen Gewaltmonopol verpflichtet, noch sind sie Akteure des Internationalen Systems, sind also frei von Regulierungen des Kriegsvölkerrechts, respektieren nicht völkerrechtliche Normen wie beispielsweise das Prinzip der Einhaltung von Verträgen oder der Respektierung elementarer Menschenrechte. Das einzige Kriterium von Kriegsführung von söldnerhafter Verdingung gegenüber einer kriegsführenden Partei ist der Profit.

Gleichzeitig stellen Verluste der privaten Truppen, kein Problem der Legitimation des Auftrags oder der politischen Rechtfertigung im Herkunftsland dar. Vielmehr genießen viele private Truppen bei ihren Einsätzen Immunität und können damit für begangene Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen im Ausland nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Angebotspalette dieser Firmen reicht von militärischen Operationen über Militärberatung über Beschaffung und militärische Lageanalyse, weiter über logistische Unterstützung bis zum Angebot von Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Konflikt. Sie umfasst Sicherheitsdienste wie den Schutz von Personen und Eigentum, Risikoanalysen in unsicheren Gebieten für Investoren, Forschungen und Informationsbeschaffung im Bereich von Kriminalität, Betrug, Investitionsmöglichkeiten bis hin zur Bearbeitung und Beratung in Fragen von Geiselnahmen.

Private Firmen existieren offiziell in den USA, Südafrika, Großbritannien, Israel, Russland, Angola und Kolumbien. Unter anderem wurden sie in Angola, Afghanistan, dem Irak und im Kongo eingesetzt.

Das neoliberale Konzept, auf Marktmechanismen auch im Sicherheitsbereich zusetzen, stellt die institutionelle Balance zwischen ziviler Kontrolle und professioneller Autonomie für das Militär in Frage.

Ziel muss es daher immer sein, den Kriegsmotor der kommerzialisierten Gewalt zu bekämpfen.

4.Forderungen:

4.1 Rüstungsproduktion

- Langfristig muss jede Art der Waffenproduktion in Deutschland und der Welt verboten werden. Die SPD soll ein Konzept entwickeln, das eine Strategie zum langfristigen Ausstieg aus der Rüstungsindustrie und zum vollständigen Verbot deutscher Rüstungsexporte aufzeigt.
- Verteidigungsausgaben müssen schrittweise in Entwicklungshilfeausgaben umgewandelt werden.
- Um dies zu erreichen sollte im Rahmen der Vereinten Nationen ein Zeitplan erstellt werden, der Abrüstungsstufen zwischen den Staaten verbindlich vereinbart.
- Rüstungsexporte in Krisenregionen und in diejenigen Staaten, die über keine demokratischen Regierungsstrukturen verfügen oder in denen die Wahrung der Menschenrechte nicht grundsätzlich gewährleistet ist, sind sofort zu beenden.
- Das Strafmaß für Verstöße gegen das geltende Recht im Bereich der Rüstungsexporte ist zu verschärfen.
- Jegliche Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermes-Bürgschaften (= Bürgschaften der BRD an Private, die in Krisenregionen investieren wollen) ist sofort zu beenden.
- Neue Verträge im Bereich militärischer Ausstattungshilfen oder internationaler Rüstungszusammenarbeit dürfen nicht länger abgeschlossen werden.
- Die Transparenz im deutschen Berichtswesen über Rüstungsexporte ist auszubauen. Dies gilt unter anderem für eine zeitnähere Publikation der jährlichen Berichte, die Vergleichbarkeit deutscher Angaben mit denen anderer EU-Staaten sowie die Erfassung tatsächlicher Ausfuhren von allen Rüstungswaren und von Dual-Use-Gütern.
- Zudem muss der jährlichen Rüstungsexportberichts optimiert und ausgebaut werden: Verschenkte oder kostengünstig verkaufte Waffen aus Altbeständen von Bundeswehr und NVA müssen mit realistischen Marktpreisen erfasst werden. Der Endverbleib von Gütern muss nachvollziehbar sein, auch wenn sie als Komponenten in Zweitstaaten weiter verbaut werden. Zugleich sind Hersteller, Verwendungszweck und genaue Anzahl des gelieferten Materials offen zu legen.
- Bundestag und Öffentlichkeit sollten sich zeitnah an politischen Erwägungen im Umfeld von anstehenden Rüstungsexporten beteiligen können. Deutsche Rüstungshersteller sollten ihrerseits den Grad an Transparenz erhöhen.
- Die Rüstungsexportrichtlinien sind weiter zu verschärfen. So ist der Export von so genannten dual-use-Gütern (die zivil und militärisch genutzt werden können) einer besseren Kontrolle zu unterwerfen. Gleichzeitig ist die Genehmigung von Rüstungsexporten zukünftig von der Achtung und aktiven Förderung der Menschenrechte durch das Empfängerland abhängig zu machen.
- Die Initiative der britischen Regierung, ein international verbindliches Abkommen über Standards und Regeln für den weltweiten Rüstungstransfer zu erreichen, verdient die Unterstützung von deutscher Seite.

4.2 Die Rolle von Abrüstungsabkommen

- Das langfristige Ziel von Abrüstungsabkommen muss eine Welt ohne Waffen bleiben. Vereinbarungen, die darauf abzielen unerwünschte Länder vom Besitz bestimmter Waffengattungen auszuschließen, den Besitzerstaaten de facto aber den Status quo zubilligen sind für uns nicht akzeptabel. So ist es höchste Zeit, ein generelles Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung von ABC-Waffen umzusetzen und mittelfristig die Vernichtung aller auf dem Territorium der EU befindlichen Massenvernichtungswaffen zu organisieren.
- Der Atomwaffensperrvertrag muss endlich eingehalten und ein Zeitplan zur Abrüstung aller Atomwaffen vorgelegt werden, der sowohl europäische und amerikanische, als auch Atomwaffen in Staaten die laut Sperrvertrag nicht zu Besitz berechtigt sind einbezieht.
- Das Biowaffenübereinkommen muss um Kontroll- und Sanktionsmechanismen erweitert werden. Die Internationalen Gespräche zu diesem Thema müssen dringend wieder aufgenommen werden, um einen gemeinsamen Maßnahmenkatalog zu vereinbaren. Zudem muss die Ächtung von Biologischen Kampfstoffen auch zu einer besseren Kontrolle Nichtstaatlicher Akteure führen. Die aktuelle Debatte um einen Eid für Wissenschaftler, der diese zur Nichtforschung an biologischen Kampfstoffen verpflichtet, muss in den Staaten durch die Strafgesetzgebung bei Verstößen flankiert werden.
- Der Abrüstungszeitplan aus dem Chemiewaffenabkommen muss von allen Staaten eingehalten werden.
- Internationale Abkommen über die Abrüstungen von Massenvernichtungswaffen sind sinnvoll. Darüber darf die Bedeutung von konventionellen Waffen jedoch nicht unterschätzt werden.
- Langfristig sollte ein weltweites Moratorium zu konventionellen Waffen geschlossen werden.
- Der Sperrvertrag zu Antipersonenminen muss um die Internationale Ächtung von Fahrzeug- und Panzer-

- minen erweitert werden. Nach Möglichkeit sollten alle Staaten beiden Abkommen beitreten.
- Langfristig wollen wir eine weltweite Ächtung und ein Verbot von Kleinwaffen erreichen. Dazu muss im ersten Schritt ein Kleinwaffensperrvertrag ausgearbeitet werden, der nach der Registrierung der Waffen ihre schrittweise Vernichtung vorsieht. Wir setzen uns für einen generellen Entwicklungsstopp bei Kleinwaffen ein.
- Munitionslieferungen an irreguläre Truppen müssen verboten werden.
- Die Bundeswehr darf keine Kleinwaffen mehr weitergeben sondern muss ihre gesamten Altbestände verschrotten. Zudem muss die Bundesregierung über die geplante Verschrottung der G3 Gewehre (Ziel 2007) Bericht erstatten. Die UNGA Resolutionen zu Kleinwaffen sollte umgesetzt werden.

4.2.1 Zivile Konfliktprävention statt Rüstung

- Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der EU muss sich eindeutig dem Ziel der Abrüstung verschreiben. Gemeinsames Ziel muss es sein das Rüstungsmaterial innerhalb der EU sukzessive zu reduzieren. Hierfür ist die Schaffung einer Agentur zur Rüstungskontrolle und eines europäischen Amtes für Abrüstung und Konversion, welches einen Stufenplan zur Umsetzung dessen entwirft, sinnvoll. Die Anti-ABC Waffenpolitik muss ein zentrales Element der EU Außenpolitik werden. Außerdem sollte die Europäische Union Nichtmitgliedsstaaten in Abrüstungsdialoge einbeziehen. Besonders die Beziehungen zu Russland müssen genutzt werden, um den Abbau der alten Waffenbestände aus dem kalten Krieg fortzuführen.
- Konflikte können nur verhindert und vermieden werden, wenn es einen guten Kenntnisstand über Ursachen und Eingriffsmöglichkeiten gibt. Viel zu oft werden geopolitische Entwicklungen nicht durch Sicherheitsexperten betrachtet die Gefahren und Bedrohungsszenarien im Blick haben. Wir setzen und für eine Perspektivenverschiebung und für eine Stärkung der Friedensforschung ein.

4.3 Armeen

- Langfristiges Ziel ist die schrittweise Abschaffung aller Armeen.
- Die Umrüstung von Verteidigungsarmeen zu weltweit agierenden Interventionsverbänden lehnen wir ab. Deshalb muss es das erste Ziel sein, die strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit von Armeen sicherzustellen.
- Beteiligung von kommerziellen Gewaltunternehmen wie Private Security Companies (PSC) und Private Military Companies (PMS) ist abzulehnen.
- Deutschland und die EU sollen in einer Selbstverpflichtung die Beteiligung von PSC und PMC in Kriseneinsätzen ablehnen.
- Kurzfristig sollen PSC und PMS ebenfalls Kontrollen unterworfen werden. Zu diesem Zweck ist eine Lizenzierungs- und Genehmigungsverfahren für in Deutschland ansässige Unternehmen einzuführen.
- Für stärkere Kontrollverfahren der PSC und PMS soll sich Deutschland auch in der EU einsetzen.

E4

Ratifizierung des geänderten KSE- Vertrags und Abrüstung

Die Abrüstung ist ein wichtiges Ziel für die Zukunft. Gegen Ende des Kalten Krieges wurde durch den KSE- Vertrag ein erster Schritt in eine friedlichere Welt getan. 2004 ratifizierten Russland, Weißrussland, Kasachstan und die Ukraine den KSE-Vertrag in seiner heutigen Form. Der geänderte Vertrag nach den Veränderungen in der Welt in den 90er Jahren (Auflösung des Warschauer Paktes, Zerfall der Sowjetunion, NATO-Erweiterung) wurde von keinem westlichen Land ratifiziert. Wir fordern einen intensiven und konsequenten Umgang mit dem Thema Abrüstung und die Ratifizierung des geänderten KSE- Vertrags durch die BRD und die restlichen Nato- Staaten.

E6

Peace for Afghanistan Wege aus der Eskalation

Vorbemerkung:

Afghanistan zählt nach der Datenlage internationaler Organisationen zu den Ländern deren Ökonomie und Lebensstandard am wenigsten entwickelt ist. Seit 1979 beherrschen militärische Konflikte oder offener Krieg das Land. In Folge der sowjetischen Militärhilfe für die regierende kommunistische Partei gegen den versammelten Widerstand islamistischer Gruppen, wurde Afghanistan zum letzten Schlachtfeld im Ost-West Konflikt mit einer von den Vereinten Nationen nur zu schätzenden Zahl von zehntausenden Kriegstoten und Millionen von Flüchtlingen.

Trotz des Abzuges der sowjetischen Armee und der Kapitulation der kommunistischen Regierung im Jahr 1992, erlebte Afghanistan eine weitere Kontinuität der Gewalt durch einen andauernden Machtkampf verschiedener lokaler Gewaltakteure. Erst in Folge der terroristischen Attentate vom 11. September 2001, ist Afghanistan wieder in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gelangt. Das radikal islamistische Talibanregime, welche seit 1996 den Großteil des vom Bürgerkrieg zerrissenen Landes beherrschten, wurde als Unterstützer des terroristischen Al-Quaida Netzwerkes identifiziert und innerhalb weniger Wochen durch die Operation Enduring Freedom (OEF) zunächst militärisch vom Grossteil des afghanischen Territoriums vertrieben.

Zur Förderung des sozialen und politischen Wiederaufbaus Afghanistans, initiierten die Vereinten Nationen 2001 auf dem Bonner Petersberg ein breites Bündnis verschiedener afghanischer Akteursgruppen und der internationalen Gemeinschaft welche die Eckpunkte eine neue staatliche Perspektive Afghanistans formulierten und, unter Ausschluss der Taliban, eine Interimsregierung bildeten. In Folge des Petersberger Prozesses wurden bis 2005, neue demokratische Strukturen, über die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung der Loja Dschirga, sowie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erfolgreich etabliert. Daneben gelangen erste Erfolge in der Entwicklungshilfe und besonders in der Neugründung eines öffentlichen Schul-Bildungswesen das auch die Frauen und Mädchens gesellschaftlich integriert. Zur Absicherung dieses staatlichen Wiederaufbaus und wurde 2001/02 die International Stabilization and Assistance Force (ISAF) und die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) begründet.

Analyse:

Afghanistan ist ein rohstoffarmes Land, das allerdings für die Erschließung der Ölreserven des Kaukasus nicht nur für die USA, auch für Deutschland, eine wichtige geostrategische Bedeutung als Transitland besitzt, um Russland als Transitland zu umgehen. Die Verhandlungen Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Taliban-Regim um Öl- und Gaspipelines durch Afghanistan sind zwar nur zögerlich aber sie sind vorangetrieben worden, fanden allerdings mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 ihr Ende. Insofern ist das internationale Engagement zum Wiederaufbau des Landes durchaus durch eigene Interessen geleitet.

Die Restökonomie Afghanistans ist vor allem auf den illegalen Anbau von Schlafmohn und der Produktion von Rohopium gegründet (Geschätzte 40% des afghanischen BIP, 2006). Selbst wenn die Gewinne aus dem Mohnanbau kaum bei den Produzenten verbleiben, ist deren Verdienst größer, als er durch Lebensmittelproduktion generiert werden könnte. Neben den Profiten, die durch die Veredelung von Rohopium und

dem Verkauf von Heroin im Westen geschaffen werden, bleibt eine große Gewinnspanne bei den regional herrschenden Klans (häufig Taliban) die damit ihren Guerillakrieg finanzieren können. Experten schätzen der Anteil des in Afghanistan produzierten Anteils am illegalen Rohopium-Weltmarkt auf über 90%, trotz zum Teil sehr nachhaltiger Zerstörung der Mohnfelder durch die OEF-Streitkräfte. Zur Zerstörung der Anbaufläche und der Pflanzen wurden zum Teil sehr lang- und hochwirksame Herbizide eingesetzt, die Ackerfläche ist somit für Jahre/Jahrzehnte auch für alternative Landwirtschaft verdorben, Menschen sind vergiftet worden.

Ein wichtiges Wesensmerkmal der der Afghanischen Politik ist die Korruption der prowestlichen Karsai-Regierung (formal sind alle Gruppen, außer den Taliban, an der neuen Staatsmacht beteiligt), deren Einfluss allerdings kaum über die Stadtgrenzen der Hauptstadt Kabul hinausreicht. Das restliche Afghanistan – auch der friedlichere Norden – muss als rechtsfreier Raum gelten, in denen Stammes- und Sippenführer mit eigenen Milizen ausgestattet, die Herrschaft ausüben.

Für militärische Aufgaben haben die beteiligten Staaten mehr als das zehnfache der für den Wiederaufbau bereitgestellten Mittel verausgabt. Trotz der militärischen Überlegenheit der Nato-Truppen wird es mittel- bis langfristig keinen militärisch erzwingbaren Frieden in Afghanistan geben.

Im Gegenteil, nach einer politikwissenschaftlichen Studie der hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktlösung durch Matthias Dembinski, erweist sich die rhetorische und faktische Trennung der Parallelmissionen von ISAF/UNAMA und der OEF als zunehmend unglaubwürdig, die eingesetzten Ressourcen für den zivilen Wiederaufbau sind unzureichend. Mit der unglaubwürdigen Trennung der Missionen werden die eingesetzten ISAF-Soldaten als Konfliktpartei wahrgenommen.

Wegen der (euphemistisch ausgedrückt) schleppenden Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort durch die Entwicklungshilfe, bei gleichzeitigen Angriffen durch die OEF, die auch die Zivilgesellschaft trifft, werden den radikalislamischen Taliban Sympathisanten und Anhänger generiert, also das Gegenteil erreicht, was eigentliches Ziel der OEF-Mission ist. Zudem steigt die Unterstützung der Taliban aus dem Ausland.

Dennoch hat die Bundesregierung und der Bundestag, auf diplomatischen Druck von NATO-Bündnisstaaten, 2006 mit einer Aufstockung des Bundeswehrkontingentes und der Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen reagiert.

Mit seiner vernünftigen Forderung nach einer Friedenskonferenz für Afghanistan, bei der auch ‚gemäßigte‘ Taliban beteiligt werden müssten, hat der Parteivorsitzende der SPD, Kurt Beck, in der veröffentlichten Meinung in Deutschland überwiegend Ablehnung und Spott geerntet. Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung eines von Krieg zerrissenen Landes basieren jedoch genau auf einer weitgehenden Beteiligung der herrschenden militärischen Konfliktparteien. Dies ist der Kern jeder Friedenspolitik, wie sie die Vereinten Nationen in der international allgemein anerkannten ‚Agenda für den Frieden‘ 1992 formuliert haben.

Die Militärische Logik durchbrechen

Kern unseres politischen Einsatzes für einen Frieden in Afghanistan müssen die humanistischen Ziele sein, die Menschen in Afghanistan von der Geißel des Krieges zu befreien, deren Überleben zu sichern, deren Lebensverhältnisse zu verbessern und die Menschenrechte zu wahren. Jegliche auf geostrategischen Einfluss und auf die Sicherung von Märkten sowie Rohstoffwegen gerichtete Argumentation lehnen wir entschieden ab.

Langfristig ist ein Abzug aller ISAF-Truppen anzustreben, wenn der politische Zustand dies ermöglicht. Des Weiteren muss ein kritischer Umgang mit dem ISAF-Einsatz gepflegt werden. Das verlangt einen ständigen Evaluationsprozess. Damit die politische Lage stabilisiert werden kann, muss die offensive OEF-Mission enden. Eine ISAF-Beteiligung der Bundeswehr ist deshalb davon abhängig zu machen, dass die NATO-Partner zuerst den OEF-Einsatz einstellen.

Um der Diplomatie eine Chance zu geben fordern wir die einseitige Beendigung der OEF-Mission und den Widerruf der Entsendung der Tornadokampfflugzeuge durch den deutschen Bundestag. Dem noch notwendigen Einsatz von ISAF-Soldaten zur Absicherung des Wiederaufbaus des Landes darf zugestimmt werden, allerdings muss auf die NATO-Verbündeten eingewirkt werden, ebenfalls auf ein Ende der OEF dringen und sie beenden. Die SPD wird aufgefordert, den von ihrem Parteivorsitzenden gewiesenen Weg zu beschreiten, also gleichzeitig mit der konditionierten Zustimmung zum ISAF-Mandat eine unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und/oder der Konferenz of Islamic Countries (CIC) eine internationale und multilaterale Friedenskonferenz einzuberufen, selbstverständlich unter Einbeziehung aller Konfliktparteien. Mit dieser Forderung wenden wir uns natürlich ausdrücklich gegen jegliche Relativierung

der Taliban-Verbrechen. Sie ist aus dem Wissen gespeist, dass sich mittels Ausgrenzungsstrategien kein Frieden bauen lässt.

Wenn nachhaltige Sicherheit und politische Souveränität eines demokratischen Afghanistans das primäre Ziel der internationalen Gemeinschaft ist, muss jetzt die Entscheidungshoheit der afghanischen Institutionen über die grundsätzliche politische Strategie für die Zukunft ihres Landes gestärkt werden. Wenn die internationale Gemeinschaft ihre selbst gewählte Verpflichtung nicht zuwider laufen will, Afghanistan wider zu einem souveränen und stabilen Staatszustand zu verhelfen, muss der mehrheitliche Wunsch der Afghanen nach Frieden realisiert werden. Welche Zugeständnisse und Kompromisse dies von allen Konfliktparteien fordern wird ist heute noch nicht abzusehen. Ebenso wenig gibt es eine Garantie dass die Bereitschaft für politische Verhandlungen eine nachhaltige Friedensgarantie sichern wird. Selbst wenn von allen Konfliktparteien, der politische Wille zum Frieden aufgebracht werden sollte, wird ein Friedensprozess in Afghanistan realistischweise Jahre dauern und in hohem Maße fragil sein. Im Sinne der menschlichen Sicherheit und nachhaltigen Zukunft des demokratischen Afghanistans, ist aber ein fragiler Friedensprozess dem gegenwärtigen eskalierenden Kriegszustand die bessere Option.

Der für Afghanistan zuständige Abteilungsleiter der GTZ, Duve, sagte bei einer Tagung der SPD Hessen-Süd: „Mit unserer Entwicklungshilfe können wir in Afghanistan in 20 Jahren den Entwicklungsstand von vor 30 Jahren erreichen. Allerdings halten mich meine Kolleginnen und Kollegen für zu optimistisch.“ Die Jusos fordern daher das Engagement in der Entwicklungshilfe für Afghanistan deutlich zu erhöhen.

Ausgehend von der Analyse, dass sich die Afghanische Wirtschaft überwiegend auf den illegalen Anbau von Schlafmohn stützt, weil die Bauern nur so das Überleben ihrer Familie zu sichern wissen, und da die Zerstörung von Mohnfeldern nicht nachhaltig sein kann, weil neue Mohnfelder geschaffen werden, gleichzeitig aber die Ackerfläche für alternativen Anbau nach der Vergiftung nicht mehr vorhanden ist, bedarf es einer anderen Strategie. Einerseits muss, um die Gewinnmargen anzugleichen, der Lebensmittelanbau zunächst subventioniert werden, um einen regionalen Lebensmittelmarkt zu schaffen. Außerdem bedarf es einer Abnahmegarantie für produzierte Lebensmittel. Derzeit werden in Afghanistan überwiegend im Ausland produzierte Lebensmittel verzehrt.

Zehn Schritte für einen nachhaltigen Friedensprozess

- 1.) Anerkennung, dass durch die gegenwärtige militärische Eskalation in Afghanistan alle bisher erreichten Erfolge des politischen und gesellschaftlichen Wiederaufbaus essentiell gefährdet sind und durch militärische Mittel der NATO, kein nachhaltiger Frieden für Afghanistan möglich ist.
- 2.) Einsatz aller diplomatischen Mittel und Ressourcen der Bundesrepublik Deutschland, um zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine internationale Friedenskonferenz für Afghanistan zu realisieren, welche eine neue Strategie für einen nachhaltigen Frieden in Afghanistan erarbeiten soll.
- 3.) Die politische Souveränität der Afghanischen Regierungsbehörden, gemäß des Londoner Afghanistan Compact, souverän über die Geschicke ihres Landes zu entscheiden, stärker als bisher zu achten und zu fördern. Der afghanische Senat hat mehrheitlich eine Waffenruhe und die Beendigung der gegenwärtigen NATO-Offensive gefordert, um politische Verhandlungen eröffnen zu können. Wenn die Bundesregierung nicht an Glaubwürdigkeit verlieren will, muss diese Forderung essentieller Bestandteil einer Friedenstrategie für Afghanistan, werden.
- 4.) Beendigung oder zumindest unbefristete Aussetzung der offensiven militärischen Operationen der Operation Enduring Freedom und Widerruf der Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen.
- 5.) Kein Abzug der deutschen ISAF Kontingente aus dem Lande, bis der politische Zustand dies ermöglicht oder ein anderes internationales Mandat die Rolle der Bundeswehr übernehmen kann.
- 6.) Das Engagement sollte stärker als bisher auf den Ausbau von Infrastruktur, Verwaltung, Gesundheit, Bildung und Ausbildung sowie Polizeischulung ausgerichtet sein.
- 7.) Die Soldaten der ISAF dürfen gegenüber der afghanischen Bevölkerung nicht den Anschein erwecken Besatzungstruppen zu sein und müssen alles dafür tun zivile Opfer zu vermeiden. Die ISAF-Truppen dürfen keine Besatzungstruppen sein.
- 8.) Die finanziellen und personalen Investitionen für zivile Entwicklungsprojekte sind deutlich zu, erhöhen, damit die Grundbedürfnisse der Bevölkerung schneller befriedigt werden. Insbesondere Projekte zur Stärkung der Rolle von Frauen müssen noch gezielter gefördert werden. Frauen müssen auf allen Ebenen stärker in die politische Entscheidungsfindung und das gesellschaftliche Leben eingebunden werden.

- 9.) Gezielte Reintegrationsprogramme der Vereinten Nationen müssen auch für alle Kriegsteilnehmer in Afghanistan angeboten werden.
- 10.) Es bedarf einer ehrlichen und transparenten Informationspolitik gegenüber der internationalen Öffentlichkeit.

Der Vorstand der Jusos wird aufgefordert

in den Gremien der SPD und in der Öffentlichkeit für unseren Weg für einen Frieden in Afghanistan zu werben. Hierzu wird eine Fachtagung angeregt und entsprechendes Kampagnenmaterial erstellt.

Um den Gliederungen Argumentationshilfen vor Ort zu geben, werden die Jusomedien (update, Argumentationsheft und Homepage) genutzt. Ein Mustervortrag für Gliederungen der Jusos wird erarbeitet und als download bereitgestellt.



Mehr ist nicht genug – Europas Kraft für gerechtere Entwicklungschancen Sub-Sahara Afrikas nutzen!

Europäische Entwicklungszusammenarbeit: Eine bittere Bilanz

Die derzeitige Situation der Länder des sub-saharischen Afrikas verdeutlicht das Scheitern der europäischen Politiken, wenn es darum geht, Armut im weitesten Sinne und politische Willkürherrschaft zu verhindern. Die Zahl der Länder, die von Entwicklungshilfe-Zahlungen abhängig sind, hat sich bis heute verstärkt: 1975–79: 17, 1980–89: 24, 1990–97: 32. In Zeiten des Ost West Konfliktes ordnete West Europa seine Entwicklungspolitik dem Primat der Sicherheitspolitik unter – verantwortungsvolle Staatsführung oder Armutsreduzierung war höchstens ein Thema der Sonntagsreden. Der Entwicklung in Sub-Sahara Afrika steht der zumindest wirtschaftliche Aufschwung anderer Weltregionen entgegen. In vielerlei Hinsicht, gerade wenn es um die Versorgung der Menschen mit öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheitswesen, Sicherheit oder Trinkwasser geht, ist die Bilanz der Länder jenseits der Sahara schlechter als noch vor 30 Jahren oder stagniert. Apartheid und koloniale Unterdrückung sind seit der Unabhängigkeit Namibias in 1990 zumindest formell vorbei – Absolute Armut, privatisierte Kriege in failed states, AIDS / HIV und andere Krankheiten, Verstädterung und weitflächige Wüstenbildung sind nur einige der aktuellen Probleme. Die Politiken der Europäischen Union, die heute der größte Block im Welthandel ist, haben in einer durch zunehmende Interdependenzen geprägten Welt auch einen starken Einfluss auf Länder Sub-Sahara Afrikas. Im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung will der vorliegende Antrag eben nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit der EU beleuchten, vielmehr geht es darum, die Implementierung eines ganzheitlichen Ansatzes für Entwicklung in Sub-Sahara Afrika zu fordern. Es kann konstatiert werden: Die heutige Politik der EU ist bezogen auf Sub-Sahara Afrika kontraproduktiv, Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit werden durch die Folgen „ranghöherer Politiken“ zerstört, Armutsreduzierung und verantwortungsvolle Staatsführung sind nach wie vor Schlagwörter der Sonntagsreden.

Die immer wieder neue Beschwörung des Zieles, 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, hat seit der Erklärung und Unterzeichnung in 1971 wenig bewirkt. Nachhaltigkeit definieren wir als das Überwinden eines sektoralen Denkens: Wer über Entwicklung spricht, darf sich eben nicht nur auf Entwicklungszusammenarbeit konzentrieren. Der starke Einfluss anderer Politikfelder, der unter Umständen kontraproduktiv ist, muss einbezogen werden, da es ansonsten zu unsinnigsten Allokationen kommt. Zudem führt das 0,7% Ziel zu einer Fixierung auf nominale, monetäre Leistungen, welche Abhängigkeiten sogar verstärken können. Die Erhöhung von Finanztransfers ist ohne die Bewältigung struktureller Hindernisse sinnlos und bestätigt das negative Image der Entwicklungspolitik als Befriedung eines schlechten Gewissens. JungsozialistInnen müssen von daher dafür kämpfen, dass Entwicklungspolitik nicht das ewige und niemals wirksame Korrektiv anderer viel ressourcenstärkerer Politiken ist. Der vorliegende Antrag fordert anhand der Begriffs-Troika Kohärenz, Konditionalität und Konsistenz den strukturellen Umbau europäischer Politiken mit Wirkung auf Sub-Sahara Afrika. Angesichts der Erpressung der inländischen ArbeitnehmerInnen mit dem stereotypen Argument der Globalisierung und der Ausbeutung ganzer Weltregionen im Zuge nicht-reziproker Handelsliberalisierung, Privatisierungen der öffentlichen Güter und mangelnder Sozial- und Umweltstandards lautet für uns nach wie vor der Slogan: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“. Wer soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle fordert, kann nicht akzeptieren, dass

dies innerhalb und eben auch jenseits der mächtigen Bollwerke des Europäischen Binnenmarktes auf der Strecke bleibt.

2. Leitgedanken

Kohärenz

Kohärenz bedeutet, dass die Wirkung aller Europäischen Politikfelder auf Sub-Sahara Afrika Beachtung finden muss. Eine Konzentration auf das Politikfeld Entwicklungszusammenarbeit erscheint uns nicht ausreichend. Vor allem die Betrachtung der EU-Handelspolitik und der EU-Agrarpolitik ist zudem unbedingt erforderlich, da beide Politiken möglichen Erfolgen der Entwicklungszusammenarbeit zugegen laufen. Kohärenz der Politiken ist aus unserer Sicht unmittelbar mit dem Begriffspaar Effizienz und Effektivität vor dem Hintergrund der entwicklungsfördernden Wirkung der Politikfelder verbunden. Auf diese Art und Weise wird mit der einen Hand zerstört, was mit der anderen geschaffen wurde. So laufen die Zielsetzungen der EU Handels- und Agrarpolitik den Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit zuwider. Während im europäischen Binnenmarkt komparative Kostenvorteile abgeschöpft werden können, wird durch Protektionismus die Entwicklung und Diversifikation der Märkte in Sub-Sahara Afrika unterminiert und durch Anreize zu Kapitalflucht und Monokulturenbildung im primären Sektor weiter zurückgeworfen. Als Katalysator wirkt hierbei noch die EU-Agrarpolitik, die trotz der saturierten Märkte die Produktion erhöht und somit die afrikanischen Binnenmärkte durch eine Flut an subventionierten Produkten sabotiert und ihnen im Gegenzug noch den wechselseitigen Marktzugang verwehrt. Diese Fehlentwicklung kann dann nicht durch eine Entwicklungszusammenarbeit korrigiert werden, die sich zudem als unstrukturiert, ziellos und kontraproduktiv erweist und von den selbstformulierten Zielen wie Institutionenförderung und Weltmarktintegration weit entfernt ist.

Konsistenz

Konsistenz bedeutet, dass die Europäische Union ihren Aussagen und Bekenntnissen Taten folgen lassen muss. Papiere wie die jüngst in 2005 verabschiedete Afrika Strategie betonen zahlreiche positive Punkte, welche in der Praxis jedoch nicht umgesetzt werden. Konsistenz ist folglich wesentlich für die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in den Empfängerländern. Angesichts des Erstarkens anderer Wirtschaftsmächte (VR China) ist die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union immer wichtiger, da sich den Empfängerländern zunehmend wieder Alternativen im Bereich der internationalen Kooperation bieten. Die VR China bietet gerade Afrikanischen Autokraten offensiv wirtschaftspolitische Zusammenarbeit ohne politische Konditionen. Angesichts der negativen Bilanz der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit der EU soll nicht die Chance und Verantwortung der EU für Entwicklungschancen in den ärmsten Ländern der Welt ausgeblendet werden. Trotz aller Widersprüchlichkeiten und Inkohärenz – das Image der EU als demokratische Gemeinschaft gibt ihr die Potentialität, glaubhaft Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung als Partner der Entwicklungsländer in den Entwicklungsländern voranzutreiben.

Konditionalität

In der Entwicklungszusammenarbeit beschreibt Konditionalität die Praxis, Entwicklungshilfeleistungen an bestimmte, durch das Geberland formulierte Bedingungen zu knüpfen, um so die politischen, sozialen oder ökonomischen Gegebenheiten des Empfängerlandes über die reine Mittelvergabe hinaus zu beeinflussen; oder mit anderen Worten: um das Empfängerland zu Handlungen zu bewegen, denen es ansonsten nicht ohne weiteres zugestimmt hätte. In der Regel findet man Konditionalitätskonzepte in Beziehungen zwischen ungleichen Partnern, wobei die Abhängigkeit des Nehmerlandes vom Geber der Entwicklungshilfe mehr oder weniger stark ausgeprägt sein kann. Es wäre eine Verkennung der ökonomischen Realitäten, diese internationalen Abhängigkeitsverhältnisse leugnen zu wollen.

Deshalb bekennen wir uns zu einer politischen Konditionalität von Hilfe, die eine verantwortungsvolle Staatsführung in den Ländern Sub-Sahara Afrikas unterstützt und einen politischen Rahmen schafft, um pluralistische Demokratien in diesen Ländern unterstützt. Politische Eliten in Sub-Sahara Afrika verfallen zu oft in Autokratie, politische Programmatik kommt zu oft nicht über pauschale Entwicklungsbeschwörungen hinaus. Konditionalität kann helfen, positive Reformkräfte in den jeweiligen Ländern zu unterstützen. Verantwortungsvolle Staatsführung steht aus unserer Sicht für die Grundwerte der Sozialdemokratie und der internationalen Arbeiterbewegung: Recht auf gewerkschaftliche Organisation, soziale Anforderungen, möglichst gleiche Verteilung des Reichtums, politische Mitbestimmung aller gesellschaftlicher Gruppen, flächendeckende Daseinsvorsorge und Schutz der Umwelt. Dies darf jedoch nicht zur Schaffung doppelter Standards führen. Geberländer dürfen keine Konditionen aufstellen, die im eigenen Land nicht oder nicht ausreichend umgesetzt werden. Konditionalität darf aus unserer Sicht nicht ein Machtmittel der westlichen Industriestaaten sein, um neoliberale Wirtschafts Anpassung in den Empfängerländern durchzusetzen. Eine solche Konditionalität des Washington Consensus hat Entwicklungserfolge in Empfängerländern jahrelang sabotiert, durch forcierte Privatisierung Staatsvermögen ruiniert und ist heute

noch verantwortlich für extreme ungleiche Reichtumsverteilung und die Ausbeutung der Armutsgruppen und der natürlichen Ressourcen in den Ländern Sub-Sahara Afrikas.

3. Politik-Forderungen

Armutsreduzierung effektiv!

Armutsbekämpfung gilt spätestens seit den Millennium Development Goals der Vereinten Nationen als das Kernziel einer effizienten Entwicklungszusammenarbeit. In erster Linie bedeutet Armut für uns einen Mangel an elementaren Grundbedürfnissen wie Nahrung, Kleidung, Obdach, den es entschieden zu bekämpfen gilt. Doch um Wege aus dieser Krise zu finden, reicht es nicht aus, sich nur auf monetäre Kennzahlen und dementsprechende Transferleistungen zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang ist für uns das Gedankenkonstrukt und die Entwicklungsdefinition des indischen Nobelpreisträgers Armatya Sen maßgebend, der zum Ausdruck brachte: „Poverty is a deprivation of capabilities“, was meint, dass Armut vor allem ein Mangel individueller Wahl- und Verwirklichungsmechanismen ist. Sen definiert die Befreiung des Menschen aus Armut also nicht rein materiell, sondern macht deutlich, dass Arme keinerlei politische Möglichkeiten haben, ihre Interessen zu Vertreten. Effiziente Entwicklungszusammenarbeit sollte aus unserer Sicht also die Unfreiheiten der marginalisierten Gruppen durchbrechen.

Deshalb fordern wir:

- Armutsreduzierung beginnt mit einer konsequenten Entschuldungspolitik. Die Staaten des Pariser Clubs müssen den Staaten Afrikas eine Entschuldung anbieten, die nicht dem Konditionalitätskonzepts des Washington Consensus unterworfen ist sondern eine Perspektive und die Fähigkeit zu einer selbstbestimmten und gerechten Entwicklung fördern. Wir fordern zudem eine internationale Steuer auf Devisentransaktionen als Mittel der globalen Umverteilung, um damit internationale Maßnahmen der Armutsreduzierung zu finanzieren.
- Armutsreduzierung ist in einem langfristig tragfähigen Rahmen (Nachhaltigkeit) nur durch Stärkung und Emanzipation der Marginalisierten und Armen zu realisieren. Projekte müssen hierfür vor allem auf Bildung, Gesundheitsfürsorge und –prävention, lokale Selbstverwaltung und die Förderung der Stellung der Frauen abzielen. Frauen in Afrika verfügen aufgrund ihrer Tätigkeiten im Haushalt und zur Versorgung der Familie eher über ökonomische Managementqualifikationen als Männer. Frauen können somit eine Schlüsselrolle als Multiplikatorinnen im Entwicklungsprozess einnehmen. Privatisierung und Liberalisierung der Versorgung mit Grundbedürfnissen aufgrund externen Drucks durch Geberorganisationen erachten wir als verwerflich.
- Armut bedeutet nicht nur einen Mangel an materiellen Grundgütern sondern vor allem einen Mangel an individuellen Wahl- und Verwirklichungsmöglichkeiten. Die politische und kulturelle Armut spielt eine zentrale Rolle im Leben der Betroffenen, da sie keinerlei politische Möglichkeiten haben, ihre Interessen zu Vertreten und selbst ihre Situation zu verbessern. Die materielle Verengung des Armutsbegriffs muss um Armut als Schwäche, Abhängigkeit und Erniedrigung erweitert werden. Die marginalisierten Armutsgruppen müssen im Fokus einer armutsorientierten Entwicklungszusammenarbeit stehen, um die Unfreiheiten dieser Gruppen zu durchbrechen.
- Es fehlt nicht nur an Geld und Grundgütern sondern auch an Rechten, Wissen, Einfluss und dem Zugang zu Ressourcen. Neben der Orientierung an Grundbedürfnisse müssen also auch Grundrechte einbezogen werden.
- Eine Orientierung am Wirtschaftswachstum als Indikator für die Armutsreduzierung wird unserem Armutsbegriff nicht gerecht. Entwicklungszusammenarbeit auf Basis des Prinzips „Wachstum um jeden Preis“ ist nicht effektiv und ist dem Prinzip der nachhaltigen Entwicklung entgegenlaufend. Ein Mehr an Wachstum kann am Ende sogar weniger an Entwicklung bedeuten. Augenmerk sollte vor allem auf ein Wachstum der Lebensgüter und Chancen der marginalisierten Armutsgruppen gelegt werden (pro-poor growth).

Europäische Handelspolitik überdenken!

Wir kritisieren, dass die EU-Entwicklungszusammenarbeit vor allem eine auf die AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik; circa zwei Drittel aller Entwicklungsländer) beschränkte Handelspolitik durch Handelspräferenzen ist. Diese Handelspräferenzen – vor allem durch steigendes Zollniveau mit Anstieg des Verarbeitungsgrades eines Gutes - haben in den letzten Jahrzehnten die Diversifizierung der Ökonomien der AKP-Staaten sabotiert, da vorwiegend europäische Güter gegenüber denen der AKP-Staaten stärker protegiert wurden und somit nur Monokulturen im primären Sektor für die AKP-Staaten wirtschaftlich waren. Während in den Achtzigern die Entwicklungsländer ihre Zölle im Zuge der Strukturanpassung gesenkt haben, blieben bezüglich der EU zahlreiche Ausnahmegenehmigungen, z. B. für den Agrarsektor, erhalten.

Deshalb fordern wir:

- Die Praxis der nicht-reziproken Handelsliberalisierung und des Europäischen Protektionismus darf nicht durch die European Partnership Agreements (EPAs) fortgesetzt werden, nachdem dies durch die WTO

eigentlich unterbunden werden sollte.

- EPAS dürfen nicht regionale wirtschaftliche Integration in Sub-Sahara Afrika unterlaufen, denn eine solche Integration läge auf dem Niveau annähernd wirtschaftlich gleich starker Ökonomien. So werden heimische und regionale Märkte die sich noch Stabilisation befinden, unfairem Wettbewerb ausgesetzt. Dies betrifft gerade die zu Dumping-Preisen abgesetzten Agrarprodukte der EU.
- Sensible Bereiche, welche aus sozialen Gesichtspunkten durch die EU protegiert werden, müssen auch in den Entwicklungsländern geschützt werden können. Gerade im Übergang im Zuge von Handelsliberalisierung staatlicher Industrien müssen Anpassungsfristen eingeräumt werden, die politische und soziale Destabilisierung in den Entwicklungsländern verhindern. Die westlichen Länder leisten sich solche Fristen auch.
- Es muss auf der Mikroperspektive für potentielle Investoren attraktiv sein, das in die Entwicklungsländer geflossene Kapital auch im entsprechenden Land in eine Exportproduktion zu investieren. Hierzu müssen tarifäre und nicht-tarifäre Hemmnisse seitens der EU abgebaut werden.

Europäische Agrarpolitik reformieren!

Ein Blick auf den Haushalt der EU verdeutlicht, dass fast 50 % seines Volumens für Zahlungen an EU-Landwirte aufgewendet wird. Schlagzeilen zu Überproduktion der EU-Landwirtschaft stellen zugleich effiziente politische Steuerung in diesem Politikfeld in Frage. Die provokante Feststellung, dass die Kühe in der EU mehr Unterstützung erhalten, als die Hälfte der Weltbevölkerung zum Leben zur Verfügung steht verdeutlicht die gewaltigen Kosten dieses Protektionismus und erweitert den Gedanken um eine moralische Dimension.

- Wir lehnen ab, dass die Europäische Union landwirtschaftliche Überproduktion und landwirtschaftlich minderwertigen Erzeugnissen, z. B. Schlachtabfällen, durch Exportsubventionierung auf dem Weltmarkt künstlich verbilligt. Dies führt zur Sabotage der landwirtschaftlichen Produktion in afrikanischen Ländern und gefährdet deren Versorgungssicherheit.
- Importzölle auf Agrarprodukte ermöglichen es landwirtschaftlichen Produzenten in Afrika nicht, ihre absoluten Kostenvorteile abzuschöpfen. Deshalb fordern wir die Öffnung der EU-Märkte für landwirtschaftliche Produzenten in Sub-Sahara Afrika.
- Wir fordern Fahrpläne zum verbindlichen Abbau von Subventionen und Begünstigungen der Landwirte in der EU, weil es hier nicht um die Abfederung eines Strukturwandels sondern um die reine Erhaltung einer groß-landwirtschaftlichen Überproduktiv in der EU geht. Diesem Klientelismus gegenüber einem einzelnen Berufsstand muss endlich Einhalt geboten werden!

Positiv- statt Negativmaßnahmen!

Good Governance, ist eine allumfassende wie nebulöse Formulierung der Geberstaaten, die als Kondition des Cotonou-Vertrages, der vor allem Zollkonditionen zwischen Europa und den AKP-Staaten) regelt, seit 2000 seitens der EU gegenüber den Staaten Sub-Sahara Afrikas im Zuge der AKP-Partnerschaft angewendet wird. Dieser ist jedoch seinerseits durch einen Mangel an international Good Governance, den als größten Block des Welthandels maßgeblich auch die EU mitzuverantworten hat, eingeschränkt. Während die EU Rechtsstaatlichkeit in Entwicklungsländern einfordert, erwirkt sie im Rahmen der WTO immer wieder Ausnahmeregelungen und praktiziert auch nicht WTO-konforme Praktiken. Während die EU als Musterbeispiel regionale Integration fördern will, verhindert sie diese durch die Ausrichtung der ärmsten Entwicklungsländer auf den EU-Markt durch Sonderkontingente anstatt beispielsweise inter-afrikanischem Handel freien Lauf zu lassen. Konditionalisierung der Transfers muss folglich konkreter gefasst werden um wenig beliebiger gehandhabt zu werden. Als selbstverständlich erscheint uns, dass im Zuge einer Zusammenarbeit Positivmaßnahmen dominieren.

Bezüglich der negativen Konditionalisierung fordern wir:

- Kürzungen oder die Einstellung von Zahlungen sollten nur bei Verstößen gegen Minderheiten, demokratischen Grundrechten und Menschenrechten erfolgen. Negative Konditionalisierung erscheint uns auch gerechtfertigt, wenn die Politik des Empfängerlandes offensichtlich und gezielt nicht die Berücksichtigung sozialer Teilhabe und der Armutsbekämpfung verfolgt.
- Negative Konditionalisierung kann aus unserer Sicht nicht vertreten werden, wenn die EU mit zweierlei Maß misst. Wenn Verstöße gegen genannte Prinzipien in Ländern, die für die EU von hoher ökonomischer Bedeutung sind, nicht reglementiert werden, kann eine Berücksichtigung der Grundsätze sich nicht nur auf die „Schwächeren“ beschränken.

Bezüglich der positiven Konditionalisierung fordern wir eine weite Umstrukturierung der Finanzierung, der sektoralen Ausrichtungen und der Kooperationspartner.

- Der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) sollte in den Haushalt der EU integriert werden und somit parlamentarisch kontrollierbar gemacht werden. Zumal ist die heutige Situation, dass alle Mitgliedsstaaten einem jeweiligen EEF Projekt zustimmen müssen, nicht erforderlich. Hiermit werden vor allem Partikula-

- rinteressen der ehemaligen Kolonialmächte bedient.
- Bezüglich der sektoralen Ausrichtung der Projekte muss eine Orientierung auf armutsreduzierende Wirkung erfolgen.
 - Der Europäische Entwicklungsfond sollte bei den Projekten und der Projektdurchführung die Zivilgesellschaft einbinden. Die Beschränkung auf Verträge mit den Regierungen schließt die Zivilgesellschaft aus, diese erscheint jedoch bezüglich der Demokratieförderung und der Erfolgskontrolle der Projekte unabdingbar. Eine Zustimmung der Regierung der Empfängerstaaten bei EEF Projekten sollte durch einen Entscheidungsprozess, der alle betroffenen stakeholder einbindet, ersetzt werden. Nur so kann Eigenverantwortung garantiert werden, welches gerade bei den großen EEF Projekten fehlt. Bezogen auf Projekte welche aus Haushaltslinien finanziert werden, sollte die notwendige Duldung durch die Regierungen in den Empfängerländern gänzlich abgeschafft werden. Nur so kann Zivilgesellschaft in autokratisch regierten Ländern gestärkt werden.
 - Der Verwaltungsaufwand der Projekte muss gesenkt werden. Mittel müssen flexibler eingesetzt werden können. Es kann nicht sein, dass 20-30% der Summen an Beraterfirmen gehen, die ihren Sitz zudem in der EU haben. Zumal müssen die Mittel innerhalb der Projekte flexibler umgewidmet werden können. Der Mittelabfluss muss schneller erfolgen.
 - Die Evaluierung der Maßnahmen muss auf eine unabhängige Basis gestellt werden. Es ist geradezu ein schlechter Scherz, dass die Evaluierung heute durch die Beraterfirmen erledigt wird, welche die Maßnahmen selbst durchführen. Hierfür sollten Gremien geschaffen werden, welche aus Vertretern aller beteiligten Akteure aus Geber- und Empfängerländern bestehen.

17	UB Frankfurt: NPD verbieten	104
----	---	------------

Der Bundesinnenminister wird aufgefordert, ein Verbot der NPD zu prüfen und gegebenenfalls ein Verbotsverfahren einzuleiten. Da das BVerfG hohe Hürden aufgelegt hat, um eine Partei zu verbieten (es dürfen keine „V-Leute“ in wichtigen NPD-Positionen stehen), werden in einem ersten Schritt alle Tätigkeiten der Exekutive eingestellt, die das BVerfG untersagt hat. Der Verfassungsschutz bezieht nämlich nur einen Teil seiner Informationen aus dieser Quelle.

Gleichzeitig stellt eine unbeobachtete NPD zwar eine größere Gefahr dar, allerdings beobachtet der Verfassungsschutz fast ausschließlich. Er hindert damit die NPD nicht an ihren Aktivitäten. Zumal V-Leute nicht als gesicherte Quelle dienen können, da es unter ihnen eine Anzahl an „Maulwürfen“ gibt, die das Geld als „Sonderfinanzspritze“ verstehen und alle wichtigen Mitteilungen an den VS mit ihrer Führung absprechen.

Einem Verbot der NPD steht das BVerfG positiv gegenüber, solange die V-Leute abgezogen werden. Es stellt ein wirksames Mittel das gegen den Nazismus in der deutschen Gesellschaft vorzugehen. Denn die Möglichkeit wie vorher die NSDAP die Parlamente zu stürmen ist auf Jahre hinaus eher unrealistisch. Allerdings kann sich die NPD über die besonderen Schutzbestimmungen für Parteien gut absichern und den Parteiapparat und die Gelder aus der öffentlichen Wahlkampfveranstaltung nutzen um aktiv für ihre Ziele zu werben. Auch hat sich die „NPD“ als „Marke“ und Bündniszentrum für freie Kameradschaften etabliert.

Die Beschneidung rechter Propaganda- und Aktionsmöglichkeiten durch ein NPD-Verbot wiegt wesentlich schwerer, als die Befürchtung NPD-Nachfolgestrukturen schwerer kontrollieren zu können.

J

Justiz, Inneres, Verbraucherschutz

J1	Bundesvorstand: Freiheit statt Terrorismus – Terrorbekämpfung darf nicht zur Waffe werden	106
J2	Bezirk Nord-NDS: Öffentliche Sicherheit	110

1. Innpolitische Auswirkungen

1.1 Analyse / Ausgangslage

Die Anschläge auf das World Trade Center im September 2001 lösten weltweit eine Welle von Diskussionen und Gesetzgebungsverfahren aus, die dazu dienen sollen, die Gefahr terroristischer Anschläge zu bannen. In Deutschland wurden bis zum heutigen Tag eine Reihe von Gesetzgebungsverfahren angestoßen, von denen die bekanntesten sicherlich die Antiterrorgesetze sind, bzw. das nach dem ehemaligen SPD-Innenminister benannte „Schily-Paket“. Die meisten dieser Gesetze werden kritisiert, weil sie eine Reihe von Grundrechten der BürgerInnen einschränken. Mehrfach wurden Gesetze zwar von der Rot-Grünen bzw. später Großen Koalition beschlossen, hielten jedoch der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit nicht stand.

Datenweitergabe und Vorratsdatenspeicherung

Im Zuge der Antiterrorgesetze wurden der Datenschutz, sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis weiter eingeschränkt. Hierbei geht es derzeit vor allem um die Vorratsdatenspeicherung, die nachträgliche Ermittlungen in den Kundendaten von Telekommunikationsanbietern ermöglichen sollen. Bis dato ist eine Speicherung von Daten ohne bestimmten Zweck nicht zulässig, weil sie gegen den Datenschutz verstößt. Ein Antrag zur Vorratsdatenspeicherung, wurde 2005 in den Bundestag eingebracht, dort aber abgelehnt. Nichtsdestotrotz ist diese Thema noch nicht vom Tisch. Eine vom Europäischen Parlament verabschiedete Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung muss bis spätestens 2009 in nationales Recht umgewandelt werden. Es liegt ein Gesetzentwurf des Bundeskabinetts vor, der spätestens im Herbst 2007 im Bundestag beschlossen werden soll. Der Gesetzesvorschlag beinhaltet eine prophylaktische Speicherung der Verbindungsdaten aller Telefon- und Internetkommunikation für 6 Monate.

Anti Terrordatei

Die am 1.12.2006 von der großen Koalition beschlossene Antiterrordatei, ist eine Vernetzung von Daten verschiedener, bisher untereinander getrennter Behörden, wie z.B. Polizei, Zoll und Geheimdiensten, zum Zwecke der Ermittlung potentieller TerroristInnen. Gesammelt werden sämtliche Angaben über Personen, über die sich durch Querverweise ein Verdacht auf geplante Attentate erhärten könnte. Mit der Anlage der Datei wird faktisch die verfassungsmäßige Trennung von Polizei und Geheimdiensten, die als Lehre aus den Erfahrungen im dritten Reich gezogen wurde, beendet. Deshalb wird auch dieses Gesetz möglicherweise einer Prüfung, die bis jetzt jedoch nicht erfolgt ist, durch das Bundesverfassungsgericht nicht standhalten.

Luftsicherheitsgesetz

Nach einer stark emotional aufgeladenen Debatte, die sich insbesondere auf die Regelungen zum Abschuss von Flugzeugen konzentrierte, wurde dieser letztlich vom Bundesverfassungsgericht als unzulässig erklärt, da zum einen die Bundeswehr keine Legitimation für Einsätze im Inland besitzt und zum anderen aufgrund der Unantastbarkeit der Menschenwürde das Leben der Flugzeuginsassen nicht gegen das der möglichen Terroropfer am Boden aufgerechnet werden dürfte.

Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, avancierte zum Lieblingskind vieler selbsternannter Terrorismusbekämpfer. Dahinter verbirgt sich bei einigen die Unions-PolitikerInnen auch die Intention, die von ihnen auf Landesebene vorgenommenen (Personal-)Einsparungen bei der Polizei durch SoldatInnen - die der Bund bezahlt – auszugleichen. Die Trennung zwischen Bundeswehr und Polizei hat aber ihren Sinn: SoldatInnen werden nicht dafür ausgebildet, in Straftaten zu ermitteln, komplexe Situationen in Ruhe und besonnen zu klären oder Menschen mit konkreten Anliegen weiterzuhelfen. Sie können die Anforderungen, die an PolizistInnen bestehen, nicht erfüllen. Öffnet man das Grundgesetz erst einmal dahingehend, dass der Einsatz von beispielsweise Abfangjägern möglich wäre, wie im Luftsicherheitsgesetz vorgesehen, so würde dieser Schritt auch dem Einsatz der Bundeswehr auf deutschem Boden Tür und Tor öffnen. Der Gedanke, dass deutsche Truppen und deutsche Panzer auf den Straßen für Ruhe und Ordnung sorgen, ist ein Gedanke aus düsteren Zeiten, der zu Recht von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes verworfen wurde.

Verschärfung des AusländerInnenrechts

Bei den Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz konnte die Union weitere Verschlechterungen für Nicht-EU-BürgerInnen durchsetzen. Es wird die Möglichkeit einer Abschiebungsanordnung geschaffen. Wenn die Innenministerien der Länder und des Bundes aufgrund einer solchen Anordnung ab-

schieben, gibt es künftig Rechtsschutz nur noch in einer gerichtlichen Instanz. Falls der Vollzug an Abschiebungshindernissen scheitert (Folter, Todesstrafe), sollen Meldeauflagen, Einschränkungen der Freizügigkeit und strafbewehrte Kommunikationsverbote erhöhte Sicherheit bringen. Für „Hassprediger“, die öffentlich schwere Verbrechen billigen oder dafür werben, wird ein besonderer Ausweisungstatbestand geschaffen. Dasselbe gilt für kriminelle Schleuser. Sie werden künftig zwingend auszuweisen sein, wenn sie zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden. Schließlich soll es künftig vor jeder Einbürgerung eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz geben.

Debatte um das Folterverbot

Sogar das Folterverbot wurde im Zuge der Diskussion um Terrorismusbekämpfung schon in Frage gestellt. Bis dato hatte diese zumindest in der Gesetzgebung glücklicherweise keine Auswirkungen.

1. 2 Bewertung, Forderungen

Antiterrorgesetzgebung schafft keine Sicherheit

Es ist ein Irrglaube, zu denken, verschärfte Sicherheitsgesetze würden die Gefahren eines neuerlichen terroristischen Anschlages gänzlich ausmerzen. Allein in einem totalitären Überwachungsstaat mit vollkommener Kontrolle über alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Medien und das ganze öffentliche und private Leben wäre dies möglich. Die Erfolge der oben genannten Maßnahmen bei der Verhinderung von Terroranschlägen in Deutschland sind nicht nachweisbar. Fakt ist jedoch, dass mit der Antiterror-Gesetzgebung auch eine Verschärfung der Maßnahmen gegen Straftaten kommt, die nicht im Zusammenhang mit Terrorismus stehen. Durch die Anti-Terror-Gesetzgebung wurden der Schutz der BürgerInnenrechte im erheblichen Maße reduziert. Oftmals hat man den Eindruck, dass der Weg in den Überwachungsstaat in Kauf genommen wird für einen scheinbaren Zugewinn an Sicherheit vor Terrorismus. Die zusätzlichen Maßnahmen produzieren vor allem im Bereich Luftsicherungsgesetz und Antiterrordatei nicht unerhebliche zusätzliche Kosten.

Gesellschaftliche Auswirkungen / Gefahren

Die negativen Folgen des Kampfes gegen den Terror beschränken sich jedoch nicht nur auf den innenpolitischen Bereich. Bereits vorhandene Vorurteile gegen Muslime werden durch einen generellen Terrorverdacht noch verschlimmert. Die irrationale „Islamphobie“ in Deutschland nimmt zu und erschwert hier lebenden Muslimen den Alltag.

Die Angst vor Terrorismus in Deutschland wird zudem genutzt, um politisch unliebsamen Gruppen zu schaden. Jüngstes Beispiel sind die unter angeblichem Terrorismusverdacht durchgeführten rein präventiven – also unabhängig von jedem konkreten Verdachtsmoment durchgeführten Hausdurchsuchungen bei politisch linksorientierten GegnerInnen des G 8 Gipfels. In der Debatte der Feuilletons um Christian Klars Grußwort zur Rosa Luxemburg Konferenz wurde Kapitalismuskritik mit terroristischer Aktivität gleichgesetzt. Grundrechten wie politische Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit werden gesellschaftlich immer engere Grenzen gesetzt, die Terrorismusangst ist ein Feind jeder Toleranz und damit unserer demokratischen Prinzipien.

Die Grund- und BürgerInnenrechte sind Grundlage dafür, dass der Mensch sich frei entfalten kann. Niemand kann in Freiheit leben, wenn er Sorge haben muss, dass Details aus dem Privatleben mitgehört, gefilmt und gespeichert werden. Der Überwachungsstaat und eine wenig tolerante, verängstigte Gesellschaft üben einen Konformitätsdruck aus, der Freiheit in Form von politischen und individuellen Alternativen einschränkt.

Folterverbot durchsetzen

Menschen- und Bürgerrechte müssen universelle Geltung haben, auch für Personen, die verdächtigt werden, eine Straftat begangen zu haben oder begehen zu wollen. Die Infragestellung des Folterverbots stellt den Grundwert unserer Verfassung in Frage: Die gleiche absolute Würde jedes Menschen.

Das Folterverbot gilt daher immer, überall und für jeden Menschen. Der Ausdruck Folter bezeichnet „jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, um sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr oder einem Dritten begangene Tat zu bestrafen, um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen oder aus einem anderen, auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis verursacht werden. Der Ausdruck umfasst nicht Schmerzen oder Leiden, die sich lediglich aus gesetzlich zulässigen Sanktionen ergeben, dazu gehören oder damit verbunden sind“ (Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Art. 1 Abs. 1). Der Einsatz

von Folter fördert die Ermittlungen nicht, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass die unter Folter erhaltenen Informationen den Tatsachen entsprechen. Aus diesen Gründen müssen die deutschen Sicherheitsbehörden die Kooperation mit staatlichen oder privaten Diensten im In- und Ausland, die körperliche und/oder seelische Folter anwenden, unverzüglich beenden. Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf, international auf die endgültige und ausnahmslose Abschaffung der Folter zu dringen und national für die Einhaltung des Folterverbots Sorge zu tragen, gegebenenfalls mit einer Erhöhung des Strafmaßes bei Foltereinsatz.

Rechtsstaatliche Mittel bei Strafverfolgung wie Prävention

Bei präventivem Handeln der Polizei und Geheimdiensten muss eine neue, intensive Debatte geführt werden, darüber, was diese Maßnahmen für Auswirkungen haben und wie ein „Anscheinsverdacht“ genau zu definieren ist. Allgemeine Merkmale wie die der Rasterfahndung sind nicht ausreichend. Auch ein qualifizierter Anscheinsverdacht darf in einem Rechtsstaat aber weder zu vorbeugendem Freiheitsentzug noch zu Abschiebung berechtigen.

„Vorbeugende Haft“ widerspricht dem Grundgedanken des Strafrechtes. Die Vorbereitung von Straftaten – zumindest von solchen wie Terroranschlägen etc. ist strafbar. D.h. wer konkret einen Anschlag vorbereitet, kann gegebenenfalls in Untersuchungshaft genommen und in einem normalen Prozess zu einer Haftstrafe verurteilt werden.

Prävention von Terrorismus muss allgemeiner ansetzen, um nachhaltig Wirkung zu entfalten. Nicht Abschreckung wird die Terrorgefahr verringern. Durch staatlich geförderte demokratisch motivierte Bildung, Aufklärung und Sozialarbeit sowie durch Maßnahmen zur Integration benachteiligter Menschen wird dem Terrorismus der Boden entzogen. Keine Privatisierung staatlicher Gewalt: Eine Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols dürfen wir nicht zulassen. Mit Sorge beobachten wir das Vordringen privater Sicherheitsanbieter in staatliche Aufgabenbereiche. Die abschreckenden Beispiele amerikanischer Sicherheitsfirmen, deren private Söldnerarmeen im In- und Ausland polizeiliche Aufgaben mit zum Teil fatalen Folgen übernehmen, machen deutlich, dass Sicherheit keine einkommensabhängige Ware sein darf, deren Bereitstellung gewinnorientierten Privat Anbietern überlassen wird.

Datenschutz

Wir lehnen den zunehmenden Ausbau von Abhörmöglichkeiten, von Videoüberwachung und von Datenspeicherung ab. Sie führen nicht zu mehr Sicherheit, sondern schränken lediglich Bürgerechte ein. Vielmehr steigt aber mit deren Ausbau der Speicherung und Abfrage von Daten die Gefahr, dass die Ergebnisse missbräuchlich oder fehlerhaft verwendet werden.

Wir halten an der Trennung zwischen Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr fest. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir genauso ab wie gemeinsame Einrichtungen von Polizei und Geheimdiensten.

2. Terrorismus und die Auswirkungen auf die Internationale Politik

2.1 Status quo: Terror als globales Problem – ohne globale Lösung?

Spätestens mit den Anschlägen von New York und Washington am 11. September 2001 wurde der sogenannte internationale Terrorismus in den maßgeblichen politischen Diskursen als globales Problem der internationalen Politik bezeichnet. Zwar lassen genauere Untersuchungen einzelner terroristischer Organisationen oft Zweifel an der globalen Ausrichtung aufkommen, jedoch lässt sich beobachten, dass sich – zumindest auf deklaratorischer Ebene – in den vergangenen gut fünf Jahren in der internationalen Staatengemeinschaft eine gegenhandlungsleitende Sichtweise durchgesetzt hat, nach der es sich beim Terrorismus um eine globale Herausforderung handelt, die einer globalen Reaktion bedarf.

Entsprechend einer solchen Konstruktion des Terrorismusproblems erklärten die USA dem internationalen Terrorismus unmittelbar nach den Terroranschlägen einen globalen Krieg. Die Bekämpfung der Taliban in Afghanistan seit Oktober 2001, der im März 2003 initiierte Regimewechsel in Irak, die Einrichtung von Geheimgefängnissen und des Strafgefangenenlagers von Guantánamo, die Anwendung von Foltermethoden, die in den Nationalen Sicherheitsstrategien der USA von 2002 und 2006 formulierte so genannte „Präemptions-Doktrin“, die Praxis der Entführung von Terrorverdächtigen sowie die jüngsten Bombenangriffe auf mögliche Stützpunkte von Al-Qaida-Terroristen in Somalia im Januar 2007 – all dies sind bisherige Aspekte und Stationen dieses schwerpunktmäßig mit militärischen und geheimdienstlichen Mitteln durchgeführten, zeitlich un- und örtlich vage begrenzten, US-geführten globalen Anti-Terror-Krieges.

Es ist augenfällig, dass die Vereinten Nationen in diesem Prozess nur bedingt berücksichtigt wurden. Im Fall des Afghanistan-Krieges und, mehr noch, im Fall des Irak-Krieges nahm die UNO eine weltpolitische Randstellung ein. Weder waren die Militäraktionen gegen Afghanistan durch den Sicherheitsrat autorisiert, noch war der Irak-Krieg durch eine entsprechende Sicherheitsrats-Resolution völkerrechtlich legitimiert. Und auch die Bildung einer globalen Anti-Terror-Koalition durch die USA vollzog sich nicht im Rahmen der multilateralen Mechanismen des UN-Systems.

Die Bedrohung durch globalen Terrorismus wird teilweise instrumentalisiert. Innerstaatliche Auseinandersetzungen werden als Krieg gegen den Terror bezeichnet, um so repressive Maßnahmen auf internationalem Parkett salonfähig zu machen. Kriege gegen den Terror werden zur Durchsetzung geostrategischer Interessen benutzt. Zum Teil werden despotische Regime unterstützt, weil diese Kooperation im Kampf gegen den Terror anbieten.

2.2 Problemanalyse

Die Verfolgung von sogenannten „Terroristen“ findet weitgehendst unter Ignorierung von nationalem und internationalem Recht oder im rechtsfreien Raum statt. Rechtsicherheit ist jedoch zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Bekämpfung von Kriminalität. Diese muss auch international wieder hergestellt werden. Unilaterale Alleingänge verschärfen internationale Konflikte und sind deshalb abzulehnen. Jedoch gibt es für die Terrorismusbekämpfung auch auf multilateraler Ebene einige Hürden.

In ihrer derzeitigen Form ist die UNO nur bedingt dafür geeignet in Konflikte zwischen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren einzugreifen. Mit der globalen Bearbeitung des internationalen Terrorismusproblems sind deswegen große Schwierigkeiten verbunden, weil die normativen, institutionellen und diskursiven Handlungssysteme, derer es für einen funktionierenden Problembearbeitungsprozess bedarf, selbst nicht hinreichend funktionsfähig sind. Hierfür liegen dem im Wesentlichen drei Problemkomplexe zugrunde:

Erstens wird die globale Bearbeitung des Terrorismusproblems aufgrund der spezifischen Charakteristika des Problemgegenstands „Terrorismus“ erschwert. Weil das Phänomen des Terrorismus sehr diffus und nicht vorhersehbar ist, weil es völkerrechtlich nur in Ansätzen verregelt und kaum weltweit einheitlich konzeptuell zu erfassen ist, ist es äußerst schwierig, den Terrorismus im Rahmen eines globalen Problembearbeitungssystems wie der UNO zu bearbeiten.

Zweitens: Problematisch sind in diesem Zusammenhang insbesondere die äußerst mangelhafte Ausstattung des UN-Institutionensystems mit den notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, die unzureichenden Sanktions- und Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten sowie die Sonderrolle, die der Sicherheitsrat im Global Governance-System der Vereinten Nationen spielt.

Drittens hat sich im Kontext globaler Terrorismusbekämpfung die (in Bezug auf die Verteilung militärischer Machtressourcen) unipolare Struktur des internationalen Systems als strukturelle Ursache für die Dysfunktionalität des bestehenden Global Governance-Systems erwiesen. Vor dem Hintergrund systemischer Unipolarität haben die USA im Zuge des als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 erklärten globalen „Kriegs gegen den Terror“ das bestehende sicherheitspolitische Global Governance-System hegemonialisiert und marginalisiert und damit in seiner Funktionsfähigkeit nachhaltig eingeschränkt.

2.3. Maßnahmen im Rahmen der UN

Zur Erhöhung der Funktionalität des globalen Normensystems könnten insbesondere die folgenden Maßnahmen beitragen: die Einigung auf eine globale Terrorismusdefinition, die Verabschiedung einer umfassenden internationalen Anti-Terrorismus-Konvention, die Aufnahme des „Terrorismus“ als völkerrechtlichen Straftatbestand in das Statut des IstGH und insgesamt die Schaffung eines präzisen völkerrechtlichen Regelungsrahmens für die Gewaltanwendung durch nicht-staatliche Akteure.

Die Funktionsfähigkeit des globalen Institutionensystems könnte signifikant erhöht werden durch den Aufbau einer globalen Anti-Terrorismus-Organisation, durch eine Erhöhung der Ressourcen und Kapazitäten sowie die Stärkung der Autonomie und Handlungsfähigkeit der bestehenden Anti-Terror-Organen Counter –Terrorism Committee (CTC) und Terrorism Prevention Branch (TPB) und durch eine Reform des UN-Systems, die darauf abzielt, die UNO zu einer gleichermaßen effektiven und legitimen Problembearbeitungsorganisation zu machen. Die VN müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und bei der Umsetzung der Reform Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte beachten. So müssen Individuen, die von belastenden Maßnahmen betroffen sind, ausreichende Rechtsschutzmöglichkeiten erhalten.

Das globale Diskurssystem schließlich könnte funktionsfähiger gemacht werden durch die Erhöhung der Input-Legitimität des Sicherheitsrats, die stärkere Berücksichtigung der Perspektive der Generalversammlung, durch eine erhöhte Partizipationsoffenheit des Terrorismusdiskurses.

2.4 Terrorismusbekämpfung muss menschlich bleiben

Durch Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen ist eine Abkehr von unilateralen Willkürsystemen möglich, ganz gleich welcher Staat diese ausführt. Es gilt, auch angesichts komplexer Situationen den Grundkonsens der Internationalen Staatengemeinschaft aufrecht zu erhalten und Regeln zu etablieren, in denen die Verfolgung international agierender Krimineller möglich ist, ohne die Sicherheit und das Leben tausender zu gefährden.

Rechtssicherheit ist ein entscheidendes Element bei der Bekämpfung von Kriminalität. Ein vernetztes Vorgehen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft kann bei den Ermittlungen gegen Terrorverdächtige sinnvoll sein. Terroristische Gewalt soll und muss jedoch weiterhin grundsätzlich auf nationalstaatlicher Ebene mit polizeilichen Mitteln geahndet werden.

Prävention von sogenanntem „internationalem Terrorismus“ muss jedoch vor allem auch allgemeiner ansetzen, um nachhaltige Wirkung zu entfalten. Nicht Abschreckung wird die Terrorgefahr verringern. Nur durch verstärkte Maßnahmen zur Vermeidung von Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung in der Welt wird dem Terrorismus der Boden entzogen.“

Der Schutz der Menschenwürde bleibt Maßstab unseres politischen Handelns. International gilt genauso wie innenpolitisch, dass die Einschränkung von Menschen und Bürgerrechten und auch der Angriff gegen das Leben von Menschen nicht zu tolerieren ist. Terrorbekämpfung darf keinen höheren Stellenwert als der Schutz von Menschenrechten und Menschenwürde haben. Die Inkaufnahme von Kollateralschäden bei der Terrorbekämpfung muss sofort eingestellt werden. Sicherheit kann man nicht mit Menschenleben erkaufen.

J2

Öffentliche Sicherheit

Neue Ära der Sicherheitspolitik nach dem 11. September

Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 haben eine neue Ära der terroristischen Aktivitäten und der sicherheitspolitischen Reaktionen auf diese eingeleitet. Die islamischen Fundamentalisten führen ihre Angriffe auf zivile Ziele wie Bürogebäude und den öffentlichen Personenverkehr ohne Vorwarnung und ohne die Fokussierung auf bestimmte Zielpersonen wie hochrangige FunktionärInnen aus Politik oder Wirtschaft aus. Ihr Ziel besteht darin, den störungslosen Ablauf des zivilen Lebens zu unterbrechen und unter den BürgerInnen Unsicherheit auszulösen und zu verstärken. Die Menschen in den westlichen Gesellschaften sind in Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September sowie die auf den Zugverkehr in Madrid und den öffentlichen Personennahverkehr in London verunsichert. Die Politik reagiert auch in Deutschland mit einer veränderten Innen- und Sicherheitspolitik. Unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September verabschiedete die damalige rot-grüne Bundesregierung die so genannten Anti-Terror-Gesetze. Diese Gesetzespakete aus den Jahren 2001 und 2002 enthielten beispielsweise schärfere Überprüfungen im Flugverkehr und den Zugriff auf die Bankdaten verdächtiger Personen. Diese Sicherheitsgesetze liefen nach fünf Jahren aus und wurden in diesem Jahr von der großen Koalition ergänzt und verlängert. Nicht nur die unmittelbar nach dem 11. September formulierten Maßnahmen, sondern auch die nachfolgenden Regelungen in der deutschen Innen- und Sicherheitspolitik schränkten und schränken also die Grundrechte ein.

Der Trend zur Beschränkung der im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte hat hingegen nicht nach den Anschlägen auf das World Trade Center begonnen, sondern setzt sich seit den 1970er Jahren fort. Ob als Reaktion auf den Terrorismus der RAF, Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität oder im Kampf gegen den internationalen Terrorismus – die zunehmenden Eingriffe in die individuellen Grundrechte hebeln die Balance des Grundgesetzes zwischen Freiheit und Sicherheit aus. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit begründet dabei die Einschränkungen der Freiheitsrechte. Diese Entwicklung hat mit der sicherheitspolitischen Reaktion auf die Anschläge des internationalen Terrorismus jedoch eine neue

Qualität erreicht. In Deutschland bestehen andauernde Versuche, die persönlichen Freiheitsrechte immer weiter zurück zu drängen. Ob die Pläne zur Online-Durchsuchung oder der verfassungswidrige Befehl zum Abschuss entführter Passagierflugzeuge – die Freiheit muss in den beschlossenen Regelungen sowie den innenpolitischen Plänen der vermeintlichen Sicherheit weichen.

Balance zwischen Freiheit und Sicherheit

Der Kern des Rechtsstaats besteht in der Gewährleistung der Freiheit der/s Einzelnen. Das Grundgesetz schreibt daher jedem Menschen unveräußerliche Grundrechte zu und verpflichtet den Staat, diese zu bewahren.

Diese Freiheitsrechte sind für jede und jeden Einzelnen, aber auch für den Erhalt von Rechtsstaat und Demokratie sehr wichtig. Jeder Mensch braucht einen privaten Bereich, in den niemand eingreifen darf, um sich zurückziehen und sich ohne Einschränkung persönlich entwickeln zu können. Dazu gehört, dass Jede/r seine Meinung sagen, telefonieren, E-Mails- und Briefe schreiben kann, ohne dass der Staat davon Kenntnis nimmt. Werden diese individuellen Grundrechte eingeschränkt, so wird nicht nur der private Raum von jeder/m Einzelnen begrenzt. Die Beschränkung der Freiheitsrechte wirkt sich weiterhin auf die Funktionsfähigkeit von Demokratie und Rechtsstaat aus. Denn wer befürchtet, seine Meinungsäußerungen und Kommunikation werden staatlich überwacht und registriert, der verändert möglicherweise aus Unsicherheit und Angst vor negativen Folgen seine Verhaltensweise. Die Kritik an der Beschränkung der Grundrechte und der Einsatz für die Freiheit der/s Einzelnen erfordern aber die uneingeschränkte Kommunikation zwischen Aktivisten und die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung. Auch das Engagement in Parteien, Vereinen und Verbänden sowie die offene Diskussion und damit die Kernbestandteile der Demokratie leben von dem Schutz dieser Rechte.

Der Staat muss jedoch nicht nur die Freiheitsrechte der/s Einzelnen, sondern auch die Sicherheit der Allgemeinheit gewährleisten. Freiheit und Sicherheit können in einem möglichen Widerspruchsverhältnis zueinander stehen. Das Grundgesetz hat daher eine Balance zwischen diesen Werten hergestellt. Freiheit ist für uns die Grundlage und die Idee einer friedlichen Gemeinschaft. Sie zu schützen obliegt dem Staat als unabhängigen Dritten im Sinne eines Gesellschaftsvertrages. Sicherheit steht ihr nicht entgegen, sondern ist Bestandteil dieser Freiheit. Sie kann nur dort entstehen, wo Freiheit des Einzelnen durch die Freiheit des Anderen begrenzt ist und eine gemeinsame Verpflichtung zur Achtung der Freiheit des jeweilig anderen Grundlage ist. Eine ausgewogene Freiheit im ursprünglichem Sinne gewährleistet eine maximale Sicherheit. Diese beiden Begriffe stehen nicht im Widerspruchsverhältnis. Vielmehr ist Sicherheit ein Bestandteil einer ausgewogenen Freiheit und wird gerade durch sie gewährleistet. Ein Grundrecht auf Sicherheit kann es deswegen nicht geben. Freiheit ist die Grundlage für ein sicheres Zusammenleben. Es ist Aufgabe des Staates dies zu gewährleisten. Staatliche Maßnahmen haben sich an diesem Prinzip zu orientieren.

Der Rechtsstaat gewährleistet die Einhaltung dieser Balance. So reagiert im Rechtsstaat beispielsweise die Polizei auf konkrete Verdachtsmomente. Erst, wenn sich der Verdacht gegen eine Person erhärtet, werden Ermittlungen gegen diese aufgenommen. Diese Ermittlungen können dann dazu führen, dass die Freiheitsrechte der oder des Betroffenen eingeschränkt werden, also beispielsweise die Polizei eine Personenüberprüfung vornimmt. Die Entwicklung in der Innen- und Sicherheitspolitik verläuft jedoch weg von den Prinzipien des Rechtsstaats und hin zu der Logik des Präventionsstaats. Der Präventionsstaat versucht, bereits vor der Straftat und dem Vorliegen konkreter Verdachtsmomente gegen Personen der Gefahr für die allgemeine Sicherheit vorzubeugen. Dies betrifft beispielsweise die Überprüfung von Flugpassagieren oder die Abfrage von Bankdaten auf Grundlage der Anti-Terror-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung. Das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit wird auf diese Weise zu Ungunsten der Freiheit verschoben. Das Balanceverhältnis des Grundgesetzes wird somit ausgehebelt.

Der Präventionsstaat verletzt das rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Diesem nach muss ein Eingriff in die Freiheitsrechte verhältnismäßig zu der mutmaßlichen Straftat erfolgen. Die Bewertung sicherheitspolitischer Regelungen muss sich an dem Verhältnis des Nutzens für die Sicherheit zu dem Schaden für die Freiheit orientieren. Grundrechtsbeschränkende Maßnahmen müssen daher sorgfältig und unabhängig auf dieses Verhältnis evaluiert und die Ergebnisse als Entscheidungsgrundlage für die Weiterführung oder Ausweitung zu Grunde gelegt werden. Dabei kann es niemals eine 100%-ige Sicherheit geben. Werden die Freiheitsrechte vollständig abgeschafft, so besteht trotzdem weiterhin das Risiko der organisierten Kriminalität oder von Terroranschlägen durch internationale Netzwerke. Lediglich die Freiheitsrechte würden in diesem Fall dem totalen Überwachungsstaat weichen.

Der Rechtsstaat würde auf diese Weise ausgehöhlt. Bestimmen Polizei und Geheimdienste über die Überwachung von Personen ohne konkrete Verdachtsmomente, so wird die Gewaltenteilung unterlaufen. Im demokratischen Rechtsstaat beschließt der Gesetzgeber innen- und sicherheitspolitische Regelungen, die von der Polizei und anderen Behörden umgesetzt werden. Diese Regelungen legen fest, in welchen konkreten Fällen sie angewendet werden sollen. Ob die Polizei diese Regelungen richtig anwendet, darüber entscheiden dann zuletzt unabhängige Gerichte. Präventive Maßnahmen können jedoch vom Gesetzgeber nicht auf bestimmte Fälle eingeschränkt werden, da potentiell jede/r BürgerIn jede Straftat verüben kann. Die Handlungsfähigkeit der ausführenden Behörden wird damit gegenüber dem Gesetzgeber gestärkt, da diese entscheiden, wann sie die Ermittlungsmethoden anwenden. Eine Überprüfung durch unabhängige Gerichte ist in diesem Fall ebenfalls nicht möglich, da die oder der Überwachte nicht weiß, dass sie oder er staatlich überwacht wird. Der Rechtsstaat und die Gewaltenteilung müssen daher gegenüber dem Präventionsstaat geschützt, die im Grundgesetz festgelegte Balance zwischen Freiheit und Sicherheit muss gewährleistet und wiederhergestellt sowie einer weiteren Einschränkung der Freiheitsrechte entgegengewirkt werden.

Begriff der Sicherheit

In der allgemeinen, öffentlichen Diskussion wird die Bezeichnung „Innere Sicherheit“ verwendet. Dieser Ausdruck entstand in den 1970er Jahren und bezeichnet die Sicherheit des Staates und seiner Einrichtungen vor Terrorismus. Der Ausdruck „Innere Sicherheit“ steht daher für einen verkürzten Sicherheitsbegriff. Denn öffentliche Sicherheit beinhaltet nicht nur den Schutz vor Straftaten, sondern umfasst vielmehr auch die Sicherheit vor staatlichen Eingriffen in die Grundrechte und die soziale Sicherheit. Die öffentliche Sicherheit in einer Gesellschaft setzt sich also aus der individuellen und allgemeinen Sicherheit vor Kriminalität und terroristischen Anschlägen, der Sicherheit der persönlichen Freiheitsrechte und der Sicherheit vor Armut, Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg zusammen.

Folglich kann es nicht gelingen, öffentliche Sicherheit auf der Grundlage eines Sicherheitsbegriffs herzustellen, der einseitig die Sicherheit vor Straftaten bedeutet. Stattdessen muss zunächst die Balance zwischen der allgemeinen Sicherheit vor Kriminalität und Terrorismus und der Sicherheit der Freiheitsrechte im Grundgesetz gewährleistet sein. Um jedoch tatsächlich die öffentliche Sicherheit zu fördern, muss darüber hinaus die soziale Sicherheit einbezogen werden. Denn sowohl Kleinkriminalität, organisierte Kriminalität, als auch der internationale Terrorismus können soziale Ursachen haben.

Armut und Perspektivlosigkeit bilden eine ideale Grundlage für die Entstehung von Kriminalität und die Arbeit von Terrorgruppen. Der umfassende Sicherheitsbegriff muss daher Grundlage für politische Lösungskonzepte in der Innen- und Sicherheitspolitik sein. Eine gute Sicherheitspolitik muss an den Ursachen von Kriminalität und Terrorismus ansetzen. Folglich ist es erforderlich, im Inland wie im Ausland Maßnahmen zur Prävention auszuweiten und zu stärken. Die Sicherheitspolitik muss deshalb im Inland immer mit den Bereichen Bildungs- und Sozialpolitik gedacht werden. In der Perspektive auf das Ausland muss eine Verknüpfung mit der Entwicklungspolitik erfolgen. Denn nur, wenn der weltweite Wohlstand gerecht verteilt und Armut und Perspektivlosigkeit wirksam bekämpft werden, kann der internationalen Kriminalität und dem Wirken von terroristischen Gruppen die Grundlage entzogen werden.

Aktuelle Debatten in der Innen- und Sicherheitspolitik

Die öffentliche Debatte über die Sicherheitslage in Deutschland und angemessene Reaktionen auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zeichnet sich jedoch durch den einseitigen Verweis auf die allgemeine Sicherheit vor Straftaten wie Anschlägen aus. Die Wortmeldungen vieler RechtspolitikerInnen und allen voran des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble wägen tatsächliche Gefahren und die angemessenen Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohungen nicht sinnvoll gegeneinander ab. Stattdessen zeichnen sie ein Bild der ständigen und akuten Bedrohung der Sicherheit aller BürgerInnen nicht nur durch terroristische Anschläge, sondern auch durch die organisierte Kriminalität. Die Unsicherheit in der Bevölkerung wird dadurch unnötig und nicht angemessen verstärkt. Es entsteht der Eindruck, die Menschen sollen weiter und weiter verunsichert werden, um zusätzliche sicherheitspolitische Maßnahmen durchsetzen zu können. Das prominenteste Beispiel dafür stellt die Warnung Wolfgang Schäubles vor Anschlägen mit atomar verseuchtem Material, die so genannten „schmutzigen Bomben“, dar. Diese Verunsicherung der BürgerInnen muss beendet werden. Die Darstellung der Gefahren für die öffentliche Sicherheit muss den realen Bedrohungen entsprechen und darf nicht übertrieben werden. Die sicherheitspolitischen Reaktionen auf diese Gefahren müssen ferner in einem nachvollziehbaren Verhältnis zu diesen stehen.

Zudem dürfen die getroffenen Regelungen in der Innen- und Sicherheitspolitik die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte nicht verfassungswidrig einschränken. Diese rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit wird in den Plänen des Bundesverteidigungsministers Franz Josef Jung zum Abschluss von Passagierflug-

zeugen im Terrorverdachtsfall missachtet. Nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Abschussermächtigung im Rahmen des Luftsicherheitsgesetzes für rechtswidrig und unvereinbar mit der Menschenwürde erklärte, beruft sich Franz Josef Jung nun auf den übergesetzlichen Notstand, der angeblich dann bestehe, wenn höhere Werte wie Rechtsstaat und Demokratie geschützt werden müssten. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig erklärt, dass der Schutz des Lebens der Menschen an Bord einer entführten Passagiermaschine nicht eingeschränkt werden darf. Ein Abwägen zwischen menschlichem Leben und der Sicherheit des Staates darf es niemals geben.

Gleiches gilt für die Vorschläge des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble für die gezielte Tötung von Terroristen und die präventive Sicherungsverwahrung von Terrorverdächtigen. Ideologisch speisen sie sich aus einer extrem rechtskonservativen Staatsauffassung. Diese definiert die Auseinandersetzung mit Terroristen als Kriegszustand und stellt zum Schutz des Staates auch die Menschenwürde zur Disposition. Diese Vorstöße sind ebenso unvereinbar mit den Prinzipien des Rechtsstaats wie der Angriff auf entführte Passagierflugzeuge. Sie verstoßen gegen die Unschuldsvermutung und die gerichtliche Kontrolle der Maßnahmen von Polizei und Geheimdiensten. Wer ohne Prozess und rechtswirksames Urteil präventiv in Gewahrsam genommen wird, erfährt eine unzumutbare Einschränkung seiner Freiheitsrechte. Deshalb muss die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung insbesondere auch bei Regelungen zur Abwehr terroristischer Gefahren Geltung behalten.

Seit langem möchten CDU und CSU zudem die Bundeswehr im Inland einsetzen, um Terroranschläge abzuwehren. Vorgesehen ist, im Rahmen einer Grundgesetzänderung die Armee zum Objektschutz und zur Abwehr konkreter Gefahren einsetzen zu können. Der Einsatz der Bundeswehr in Innern ist bisher im Grundgesetz ausschließlich bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen sowie im Verteidigungs- und Spannungsfall möglich. Weder können die bewaffneten Streitkräfte jedoch die Aufgabe der Terrorabwehr besser als die Polizeikräfte leisten, noch darf eine Veränderung der grundgesetzlichen Aufgabenteilung zwischen Polizei und Armee erfolgen. Der Einsatz der Bundeswehr im Inland muss daher abgelehnt werden. Die Polizei muss darüber hinaus zur Ausführung ihrer Aufgaben eine bessere personelle und materielle Ausstattung erhalten.

Im Weiteren kann eine Tendenz zur Zentralisierung der Sicherheitsbehörden und zur stärkeren Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Geheimdiensten festgestellt werden. Seit diesem Jahr können Polizei und Geheimdienste zum Beispiel auf die gemeinsame Anti-Terror-Datei zugreifen. In dieser Datei sind Informationen über terrorverdächtige Personen gespeichert, die Angaben über Familienstand, Religionszugehörigkeit, Bildungsabschlüsse oder Bankverbindungen enthalten. Auf diese Weise wird das Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten verwischt. Genau diese Entwicklung jedoch wollte der Grundgesetzgeber auf Grund der Erfahrungen in der deutschen Geschichte verhindern. Die Zusammenarbeit der beiden Sicherheitsbehörden mit grundlegend unterschiedlichen Aufgaben lehnen wir daher ab und fordern die Beibehaltung des Trennungsgebotes ein.

Viele Pläne für sicherheitspolitische Maßnahmen setzen darüber hinaus bei persönlichen Daten an. Zu diesen gehören neben elektronischen Daten wie Dateien auch Informationen über die individuelle Kommunikation über E-Mail, Telefon und Handy sowie Angaben über die Bewegungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Flugzeug oder dem Auto. Bereits beschlossen wurde bereits die Einführung des digitalen Passfotos wie Fingerabdrucks bei der Neuausstellung von Reisepässen. Das Foto wird elektronisch im örtlichen Passregister gespeichert und darf automatisiert durch Polizei- sowie Ordnungsbehörden abgerufen werden. Der digitale Fingerabdruck wird nicht behördlich gespeichert. Eine bundesweite Datenbank biometrischer Daten soll es zwar nicht geben. Dennoch besteht die Gefahr eines Missbrauchs dieser Daten, insbesondere im Zeitraum zwischen Erhebung der Fingerabdrücke und Passherstellung. Mit der Vorratsdatenspeicherung wird zudem eine EU-Richtlinie umgesetzt, welche die vorsorgliche Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten vorsieht. In Niedersachsen wurde beispielsweise sogar ein Landesgesetz zur präventiven Telefonüberwachung beschlossen, das später vom Bundesverfassungsgericht kassiert wurde. Weitere Vorschläge von Innenminister Wolfgang Schäuble beinhalten die Speicherung und Verwendung der LKW-Mautdaten zur Verfolgung von Straftaten sowie die Online-Durchsuchung von Computern verdächtiger Personen. Zu den Freiheitsrechten eines Menschen gehören jedoch die Rechte auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung. Dies bedeutet, dass Jede/r selbst bestimmen kann, wer welche Informationen über die eigene Person erhält. Der Staat muss deshalb dafür Sorge tragen, dass nur wirklich notwendige Daten gespeichert und überdies sensible Daten besonders geschützt werden. Deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung bei Telekommunikations- und Mautdaten sowie die Online-Durchsuchung ab. Die Einführung elektronischer Pässe muss des Weiteren rückgängig gemacht werden.

Neben den angeregten und bereits beschlossenen sicherheitspolitischen Maßnahmen zeigt sich eine deutliche Verschärfung in Bezug auf das Vorgehen durch die Sicherheitsbehörden. Dies verdeutlichte sich insbesondere im Vorfeld und während der Proteste gegen den G8-Gipfel in diesem Jahr. Bereits während der Vorbereitung der Demonstrationen wurden die Räume von G8-KritikerInnen durchsucht und Computer beschlagnahmt. Am Rande der Gipfelproteste wurden dann DemonstrantInnen in Gewahrsam genommen und

über viele Stunden gegenüber ihren Anwälten abgeschirmt. Darüber hinaus wurde zum Ausspähen der Lager von G8-KritikerInnen Tornados der Bundeswehr eingesetzt, deren Flüge nicht vom Bundesverteidigungsminister selber legitimiert worden waren. Wir Jusos lehnen diese Missachtung von Freiheitsrechten und verfassungsrechtlichen Bestimmungen ab und kritisieren das Vorgehen der Sicherheitskräfte.

Unserer Auffassung nach, schränken die vorgeschlagenen und bereits beschlossenen innen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität und terroristische Aktivitäten die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte unverhältnismäßig ein und höhlen damit den Rechtsstaat aus. Darüber hinaus schaffen diese kaum ein Mehr an Sicherheit und setzen an den Symptomen und nicht an den Ursachen von Kriminalität und Terrorismus an.

Forderungen

Das kurzfristige Ziel der Jusos besteht daher darin, eine weitere Einschränkung der Grundrechte durch die Regelungen in der Innen- und Sicherheitspolitik zu verhindern und die Beschränkungen der Freiheitsrechte soweit wie möglich rückgängig zu machen.

Wir Jusos fordern im Weiteren die SPD auf, sich diesem kurzfristigen Ziel zu verpflichten. Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder müssen sich in der Regierungszusammenarbeit in der großen Koalition für den Schutz der Grundrechte einsetzen und sich deutlich von den innenpolitischen Vorschlägen der Union abgrenzen.

Unser langfristiges Ziel bleibt jedoch, das umfassende Konzept der öffentlichen Sicherheit zu etablieren, das Sicherheit vor Straftaten, den Schutz der Freiheitsrechte und soziale Sicherheit vereint. Es kommt uns Jusos darauf an, dass Sicherheit möglichst weitgehend durch die Bekämpfung der Ursachen von Unsicherheit und Verbrechen hergestellt wird. Der staatliche Eingriff darf nur das letzte Mittel sein. Vorher sind alle sozial-, wirtschafts-, bildungs-, gesellschafts- und entwicklungspolitischen Handlungsmöglichkeiten anzuwenden.

Doppelstrategie 2.0

Der Einsatz für den Erhalt und den Ausbau der Freiheitsrechte und gegen unverhältnismäßige Einschränkungen der Grundrechte vereint kritische und linke BürgerInnen, Gruppierungen, Vereine und Verbände in unserer Gesellschaft. Wir Jusos beteiligen uns deshalb insbesondere im Rahmen der Doppelstrategie an der Planung und Durchführung von Aktionen und Demonstrationen gegen die Beschränkung der Grundrechte. Wir arbeiten darüber hinaus mit Bündnispartnern zusammen, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und die gleiche und ähnliche Positionen zur Innen- und Sicherheitspolitik vertreten und beteiligen uns an der Bewegung gegen die Eingriffe in die Freiheitsrechte.

03	LV Sachsen: Delegiertenberechnung zum Juso-Bundeskongress	116
----	---	------------

03

Delegiertenberechnung zum Juso-Bundeskongress

Die Delegiertenberechnung zum Juso-Bundeskongress erfolgt unter Ausnutzung der höchstmöglichen Anzahl von Grundmandaten. Alle weiteren Mandate werden nach dem Adams-Verfahren auf die Bezirke verteilt.

Der Bundesvorstand setzt sich dafür ein, dass zum nächsten Bundeskongress auch die sogenannten „Mitglieder mit Teilrechten“ bzw. nur `Juso-Mitglieder` bei der Berechnung des Delegiertenschlüssels Berücksichtigung finden.

Von der Bundesgeschäftsstelle wird sichergestellt, dass nur Mitglieder zur Berechnung des Delegiertenschlüssels herangezogen werden, welche das 35. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Die teilweise auftretende fehlerhafte Zuordnung der 35-Jährigen zu den Jusos durch die Mavis wird behoben.

Der Antrag O3 wird an den Bundesausschuss überwiesen.

R

Resolutionen

R2	LV Berlin: Resolution Bleiberechtsregelung	118
R3	Jusos und MJS Frankreich: Resolution EADS	119

Die Situation

Mehr als 180 000 Menschen lebten im Jahr 2006 in Deutschland – ohne festen Aufenthaltsstatus. Eine Rückkehr in die Herkunftsländer ist ihnen verbaut, und das aus verschiedensten Gründen. Sei es, weil in ihrer Heimat nach wie vor Bürgerkrieg oder sonstiges Elend herrscht, sei es weil ihr Heimatstaat ihnen die Einreise verwehrt. Zudem – was ist eigentlich der „Heimatstaat“, wenn jemand seit vielen Jahren in Deutschland lebt?

Rund ein Drittel von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Mehr als 100 000 von ihnen lebt seit mehr als sechs Jahren in Deutschland, davon fast 70 000 seit mehr als acht Jahren. Gemeinsam ist ihnen allen: Eine sichere Lebensperspektive haben sie nicht. Sie sind „geduldet“, ein juristisch korrekter Terminus, der zugleich die ganze Unhaltbarkeit der Situation deutlich macht. Die „Duldung“ muss mehrmals im Jahr verlängert werden, nie ist sicher, ob nicht doch die Ausweisung und Abschiebung aus Deutschland erfolgt. Eine Arbeitsaufnahme ist so gut wie unmöglich, der Schulbesuch der Kinder schwierig.

Dieser Zustand ist nicht haltbar. Alle Versuche der letzten Jahre, hier - wie in einigen anderen europäischen Ländern geschehen – eine Regelung zu finden, die eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für diese Menschen ermöglicht, sind gescheitert.

Der Beschluss der Innenministerkonferenz vom Herbst 2006 sowie die Regelungen des Bundesgesetzgebers vom Frühjahr 2007 haben nur für einen Teil dieser Menschen eine Verbesserung ihrer Lage gehabt.

Nötig ist aber eine schnelle und möglichst alle betroffenen Menschen erfassende Lösung.

Die Forderungen

Wir Jusos fordern daher:

- Reduzierung der Ausschlussgründe!
- Es kann nicht sein, das unter Verweis auf „Täuschung über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände“ oder „Verzögerung oder Behinderung aufenthaltsrechtlicher Maßnahmen“ ein dauerhafter Aufenthalt für die betroffene Person sowie für die ganze Familie ausgeschlossen wird. Wer nicht erheblich straffällig wurde, muss die Chance auf einen festen Aufenthaltstitel bekommen!
- Verkürzung der geforderten Aufenthaltsdauer!
- „Geduldete“, sonstige Ausreisepflichtige sowie Asylbewerber müssen nach 5 Jahren ein Bleiberecht erhalten
- Familien, schwer kranke und behinderte Menschen sollten nach einer kürzeren Frist eine Aufenthaltsmöglichkeit bekommen
- Unbegleitete Minderjährige sollten nach 2 Jahren ein Aufenthaltsrecht bekommen
- Menschen, die als Opfer rassistischer Angriffe in Deutschland traumatisiert oder verletzt wurden, müssen ein sofortiges Bleiberecht erhalten
- Keine Verknüpfung von Aufenthaltsrecht und Beschäftigungsverhältnis!
Eine Arbeitsstelle darf nicht Voraussetzung für die Gewährung eines Bleiberechts sein. Wir uns gilt umgekehrt: Erst Bleiberecht, dann Arbeitssuche. Für eine Verlängerung des Aufenthaltsrechts muss dann ausreichend sein, sich ernsthaft um eine Arbeitsstelle bemüht zu haben
- Ausnahmen von der Lebensunterhaltungspflicht
Von der Pflicht, für den eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können, sind grundsätzlich Schüler, Auszubildende und Studierende auszunehmen. Gleiches muss für alte, kranke oder traumatisierte Menschen gelten
- Deutschkenntnisse ermöglichen, nicht voraussetzen!
Wer mit einer „Duldung“ in Deutschland lebt, hat meist keinerlei Zugang zu Sprachkursen. Deutschkenntnisse dürfen keine Voraussetzung für den Aufenthalt sein.
Unsere Forderung: Zugang zu einem Sprachkurs für alle!

Jeder Mensch hat das Recht auf eine Zukunft!

Considering the recent revelations of the French financial market authority as regards 1200 alleged cases of insider trading by top shareholders and executives, who sold shares in the months preceding the disclosure of major delays to the Airbus A380 plane in June 2006;

Considering that in April 2006, Lagardère and Daimler jointly announced that they would each sell 7.5 percent of EADS as part of a strategic decision to lower their exposure and that this move had been cleared by the French government;

Considering that the French state bank Caisse des Dépôts bought a 2.25 percent stake in EADS from Lagardère, only to see the value of its shares fall rapidly after EADS announced the Airbus production delays in June and that CDC now considers filing a complaint against EADS for deceitful information ;

Considering the restructuring programme "Power 8" which aims at reducing production costs for EADS by 2.1bn euros a year by 2010 by selling 6 production sites and cutting 10,000 of the 55,000 jobs in.

MJS France and Jusos Germany condemn:

- a severe case of mismanagement of a company that belongs to Europe's industrial jewels
- an intolerable case of enrichment of the management at the expense of the workers. While the managers are freed of any kind of accountability, the workforce should pay for their mistakes through the implementation of the Power 8 plan
- the involvement of the French authorities at the highest level who knew about the construction delays but kept silent and thereby wasted the Caisse des Dépôts' public money just to protect the private financial interests of Mr Lagardère, who happens to be a close friend of Nicolas Sarkozy's

Therefore MJS France and Jusos Germany call for:

- the European workforce of EADS to resist national arguments and to unite and to fight for a proper representation on the company's board in order to have a say in decision-making within the company
- a revision of the 1994 European Works Council Directive, which should include a better definition of information and consultation, a more precise framework for the timing and quality of the information transmitted, clear rules on the participation of both technical and trade union experts, and the right to training for members. MJS France and Jusos Germany strongly demand an appropriate representation of trade union and workers' representatives in the decision-making process of European companies
- a real European industrial policy that requires deep changes to the EU's budget, stability and growth pact, competition and trade policy.

Beendet den Völkermord in Darfur - Jetzt!

Überblick

In der westsudanesischen Provinz Darfur findet der erste Völkermord des 21. Jahrhunderts statt. Seit dem Jahr 2003 sind ungefähr 400.000 Menschen ermordet worden, mehr als 2 Millionen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Die UNO bezeichnet die Situation in Darfur als die größte humanitäre Katastrophe der Welt. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit Haftbefehle gegen hohe Regierungsmitglieder der sudanesischen Regierung erlassen.

Für den ersten Völkermord des 21. Jahrhunderts ist in erster Linie die sudanesischen Regierung in Khartoum verantwortlich, welche eine akribisch geplante Politik von Mord, Terror und Vertreibung in Darfur betreibt. Von Beginn an wurden hierbei unschuldige Zivilisten das Ziel von Mord, Terror, und Massenvergewaltigung. Ziel dieser Politik ist die Auslöschung afrikanischer Volksgruppen. Die Situation in Darfur ist nach wie vor geprägt von einem Klima exzessiver Gewalt und Gesetzlosigkeit. Wir wollen uns durch Nichthandeln angesichts der derzeitigen Lage im Sudan nicht mitschuldig machen an den Verbrechen und uns deutlich von solchen Mächten, die aufgrund sicherheitspolitischer oder wirtschaftlicher Interessen die derzeitige Regierung im Sudan stützen, abgrenzen. Trotz deutscher Präsidentschaft in EU und G8 während des ersten Halbjahres 2007 war der erste Völkermord des 21. Jahrhunderts kein Thema für die Schwarz-Rote Bundesregierung. Deshalb fordern wir den Schutz der Zivilbevölkerung, die Organisation einer politischen Lösung und die Strafverfolgung der Kriegsverbrecher.

Schutz der Zivilbevölkerung:

Trotz eines vom UNO Sicherheitsrats beschlossenen Verbots offensiver militärischer Flüge über Darfur (Resolution 1591) bombardiert die Regierung in Khartoum weiterhin Zivilisten.

Zur Verbesserung der katastrophalen humanitären Lage fordern wir:

- Die Unterstützung der AU-UN Hybridtruppe durch die Bundesregierung. Dies umfasst finanzielle, logistische, technische und personelle Komponenten. Soldaten der Bundeswehr beteiligen sich wenn geboten am Schutz der Zivilbevölkerung.
- Eine Erhöhung des diplomatischen Drucks auf das Regime in Khartoum mit dem Ziel, humanitären Organisationen den ungehinderten und sicheren Zugang zu allen Zivilisten in Not zu ermöglichen.
- Deutschland muss sein politisches Gewicht innerhalb der UN für eine konsequente Durchsetzung des in Resolution 1591 beschlossenen Verbots aller offensiven militärischen Flüge einsetzen.
- Eine Aufstockung der humanitären Hilfe für die betroffenen Menschen in Darfur, dem Tschad sowie der Zentralafrikanischen Republik.

Organisation einer politischen Lösung:

Ein nachhaltiger Frieden im Sudan ist nur durch die Organisation und Unterstützung einer politischen Lösung zu erreichen.

Zur Organisation einer politischen Lösung fordern wir:

- Die Bundesregierung soll eine/n Sonderbeauftragte/n einsetzen, der das Parlament und die Öffentlichkeit über die humanitäre, politische und militärische Lage informiert. Die deutsche Bundesregierung muss auf eine einheitliche europäische Positionierung zu Darfur dringen.

- Deutschland muss seinen Einfluss innerhalb der EU und UN geltend machen, um gezielte Sanktionen gegen das Regime in Khartum einzusetzen.
- Deutschland muss sich innerhalb der EU für ein Einfrieren der Visa-Erteilung an sudanesischen Regierungsmitglieder und ihre Familien einsetzen.
- Deutschland muss den Druck auf die Volksrepublik China im Konzert der EU erhöhen, um diese, um diese zu einer härteren Haltung gegenüber dem Sudan zu bewegen. Sollten politische Bemühungen fruchtlos bleiben, müssen weitere Druckmittel - beispielsweise einen Boykott der Olympischen Spiele in Peking - erwogen werden.
- Deutschland soll sich an einer finanziellen Unterstützung zum zivilen Wiederaufbau Darfurs und der nationalen Versöhnung der beteiligten Stämme beteiligen, um eine Zukunftsperspektive für die Region aufzubauen. Hierzu zählen auch Programme zur Aufarbeitung der traumatischen Erlebnisse der Betroffenen.
- Die Bundesregierung soll eine Diskussion zum Umgang mit Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit initiieren. Die politischen Implikationen der von Deutschland im Jahr 2005 anerkannten weltweiten „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect) gegenüber bedrohten Völkern müssen definiert werden.

Strafverfolgung der Kriegsverbrecher:

In Darfur wurden und werden nach wie vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwere Kriegsverbrechen begangen. Der International Strafgerichtshof in Den Haag hat diesbezüglich bereits erste internationale Haftanträge gegen hochrangige Regierungsmitglieder der sudanesischen Regierung gestellt.

- Deutschland muss den Internationalen Strafgerichtshof aktiv bei der Anklage der Kriegsverbrecher zur Seite stehen, dies gegebenenfalls finanziell unterstützen.
- Deutschland muss weitergehende wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen die Regierung in Khartum einleiten, wenn diese die vom Internationalen Strafgerichtshof Angeklagten nicht umgehend ausliefert.

IN1	Bundesvorstand: Die solidarische Mehrheit ist links	121
IN2	BZ Braunschweig, Nord-Niedersachsen, Weser-Ems, Hannover: Schwarz-gelb ist schlecht für die Menschen	125
IN3	BZ Braunschweig, Nord-Niedersachsen, Weser-Ems: Die Bahn gehört uns!	127
IN4	LV Berlin: Kein Zentrum gegen Vertreibung. Nirgendwo	129
IN5	LV Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen, Bayern: Solidarität gegen rechts	129
IN7	LV Berlin, BZ Braunschweig: Keine Armutslöhne bei der Post - Post-Mindestlohn sofort!	130

Die SPD nach dem Hamburger Parteitag

Auf dem Hamburger Parteitag haben die Delegierten, die Parteibasis und die Parteispitze endlich wieder begonnen ein geschlossenes Profil abzugeben. Von dem Parteitag ist das Zeichen, wenn auch in noch zu geringem Umfang, ausgegangen, wieder mehr auf das Soziale zu setzen und die Aufgabe Aller in der Partei muss es sein dafür zu sorgen, dass der Aufschwung auch bei den Menschen ankommt. Die Verlängerung des ALG 1 ist dabei jedoch nur ein erster Tropfen auf den heißen Stein, weitere Maßnahmen, die wir Jusos seit langem fordern, müssen folgen. Es darf sich nicht länger eine Politik eines neoliberal-angestrichenen dritten Weges durchsetzen. Wir Jusos fordern von daher eine klar inhaltliche Abkehr von marktorientierten Theorien der neuen Mitte à la Anthony Giddens und ein Abrücken von den daraus abgeleiteten Thesen des Schröder-Blair Papiers, die einen enormen Einfluss auf die Politik der Agenda 2010 ausgeübt haben. Wir brauchen vielmehr eine Politik die sozialdemokratische Grundpositionen auf die heutigen Gegebenheiten übersetzt um eine bürgernah-soziale Politik für die Menschen in unserem Land und in Europa zu machen. Die Trennlinien in dieser inhaltlich-theoretischen Debatte zwischen einer marktradikalen und einer konsequent sozialdemokratischen Politik müssen innerhalb der Partei klar gezogen werden. Das haben insbesondere die Debatten im Vorfeld des Hamburger Parteitags und um das neue Grundsatzprogramm gezeigt. Die Partei darf nicht konturlos irgendwo zwischen Agenda 2010 und Erneuerung von links stecken bleiben, sondern muss wieder konsequent ihr sozialdemokratisches Profil stärken.

Unserer Kritik am Bremer Entwurf ist zum Teil gefolgt worden. Das Hamburger Programm ist in vielen Punkten deutlich linker konnotiert worden, als dies nach der Vorlage des Bremer Entwurfs zu erwarten war. Das lag auch daran, dass es mit engagierten Diskussionen in den Unterbezirken, Bezirken und Landesverbänden gelungen ist, zahlreiche Verbesserungen und Konkretisierungen zu erkämpfen. Beispielhaft ist es den Jusos im Gleichstellungskapitel erstmals seit Jahren wieder gelungen, eine gleichstellungspolitische Debatte in der Sozialdemokratie anzustoßen.

Das Hamburger Programm bietet gute Anknüpfungspunkte, um mit unseren Positionen daran anzusetzen. Der Aufruf zu einer sozial gerechten Globalisierung einschließlich einer Regulation der Finanzmärkte, die inhaltliche Unterlegung des sozialen Projekts Europa sowie die klaren Aussagen zu einem chancengleichen und integrativen Bildungssystem sind für uns Ansporn, diese Positionen nun auch konkret in der SPD zu verankern. Wir Jusos werden uns in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass sozialdemokratische Programmatik nicht nur Lippenbekenntnis bleibt, sondern auch in von der SPD verantwortete Regierungspolitik einfließt. Allerdings wissen wir, dass trotz der zahlreichen inhaltlichen Erfolge auch das „Hamburger Programm“ für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten weitaus nicht das Ziel aller Träume sein kann. Für eine emanzipatorische und fortschrittliche Politik gilt es, auch weiterhin an den Punkten, an denen wir uns mit unseren Vorstellungen nicht durchsetzen konnten, um Mehrheiten für diese zu werben und somit die Mutterpartei tatsächlich als Original im politischen Spektrum des Demokratischen Sozialismus aufzustellen.

Mit den vom Hamburger Parteitag ausgehenden Signalen ist es in Ansätzen gelungen, endlich wieder etwas zur Entspannung des Verhältnisses zwischen SPD und Gewerkschaften beizutragen. Nun müssen wir Jusos gemeinsam mit anderen linken Teilen der Sozialdemokratie dafür kämpfen, dass die Impulse des Hamburger Parteitags längerfristig wirken. Die Öffnung hin zu gewerkschaftlichen Positionen darf nicht zu einem kurzfristigen taktischen Manöver im Vorfeld des Bundesparteitags verkommen. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I war weit mehr als eine sozialpolitisch sinnvolle und notwendige Maßnahme. Sie hat auch das Spielfeld sozialdemokratischer Programmatik erweitert und damit die Basis dafür gelegt, dass die SPD sich weiteren Wählermilieus öffnen kann. Denn das wichtigste Ziel für die SPD in den nächsten zwei Jahren sollte es sein, sich aus ihrem 30%-Turm zu lösen. Dafür muss die SPD inhaltlich, organisatorisch und personell wieder kampagnenfähig werden.

Mit dem Hamburger Parteitag hat sich die Partei von der Umfesselung der Agenda 2010 gelöst. Wir Jusos haben uns stets differenziert mit der Agenda 2010 auseinandergesetzt. Unsere ablehnende Haltung zum Sozialabbau, unsere Kritik an den Steuergeschenken für Unternehmen stand eine offene und unterstützende Haltung der Gleichstellungs- und Familienpolitik sowie der Reform der Bundesagentur für Arbeit gegenüber. Klar ist aber auch: Die Aufstiegsversprechen der Agenda 2010 standen stets auf tönernen Füßen und haben sich für breite Bevölkerungsschichten nicht erfüllt:

- Das Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ wurde nie wirklich finanziell und inhaltlich unterlegt. Nach wie vor ist die soziale Herkunft entscheidend für den Bildungserfolg.
- Das Versprechen „Aufstieg durch Aufschwung“ konnte nicht eingelöst werden. Stattdessen erleben wir

heute einen Aufschwung, der an breiten Bevölkerungsschichten vorbeigeht. Materielle Teilhabe am Aufschwung ist also abhängig von politischer Rahmensetzung, die in der Agenda zu kurz kam.

- Das Versprechen „Chancen der Globalisierung“ hat die Menschen nie erreicht. Denn die Gefahren, Risiken und negativen sozialen Folgen der Globalisierung betreffen mittlerweile auch in Deutschland und Europa eine Masse an Beschäftigten. Sie und ihr sozialer Status sind zunehmend abhängig von spekulativen Finanzmärkten die ganze Industrie- und Unternehmenszweige im Interesse des kurzfristigen Profits bedrohen. Die Agenda-Anrufung der „Herausforderung Globalisierung“ wurde gerade vom sozialdemokratischen Arbeitnehmermilieu häufig als zynisch empfunden.

Diese fehlgeschlagenen Grundannahmen der Agenda 2010 hat die SPD emotional, materiell und sozial vom Lebensgefühl ihrer Wählermilieus entfernt. Mit der Linkspartei entstand eine neue politische Formation, die genüsslich diese Lücke der Agenda-SPD aufgefüllt hat – zum nachhaltigen Schaden der Volkspartei SPD.

Wir Jusos glauben, dass Vergangenheitsbewältigung der SPD nicht weiterhilft. Will die SPD nach vorne kommen, muss sie sich von den Grundannahmen der Agenda 2010 verabschieden. Wir brauchen eine Vorwärtsstrategie, die soziale Gerechtigkeit, ökonomische Leistungsfähigkeit und ökologische Erneuerung in Einklang bringt. Mit dem Hamburger Parteitag ist dafür die Grundlage gelegt.

Den Parteitag ernst nehmen – Prüfsteine für eine sozialdemokratische Politik in der großen Koalition

Die Beschlüsse des SPD-Parteitages müssen sich nun in der Regierungspolitik der großen Koalition wieder finden und gegenüber den Koalitionspartnern durchgesetzt werden. Nach dem Koalitionsausschuss am Montag, den 12.11. hat sich gezeigt: Die Union und Kanzlerin Merkel betreiben offenen Wortbruch, um ihrer Klientel die Pfründe zu sichern. Das Vorgehen insbesondere beim Post-Mindestlohn hat die Glaubwürdigkeit der Koalition schwer erschüttert. Dies kann nicht folgenlos bleiben. Aus unserer Sicht hat sich die Geschäftsgrundlage der großen Koalition nachhaltig verändert. Die SPD ist nun nicht mehr gezwungen, sich ihrerseits an jegliche Absprachen des Koalitionsvertrages zu halten. Bei einem Verzicht auf eine Teilprivatisierung der Bahn AG kann damit sofort begonnen werden. Darüber hinaus erwarten wir, dass

- die Finanzierung der geplanten Verlängerung der ALG-I-Bezüge für ältere Arbeitslose jetzt schnell umgesetzt wird und zwar nicht zu Lasten jüngerer Arbeitsloser oder Frauen.

- der von Verdi ausgehandelte Mindestlohn für alle Beschäftigten der Postdienstleister doch noch nach dem Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt wird. Davon darf die SPD nicht abrücken. Das Mindestarbeitsbedingungs-gesetz muss nach sozialdemokratischen Vorstellungen novelliert werden.

- die Beschäftigungschancen älterer ArbeitnehmerInnen verbessert und der Rentenzugang flexibilisiert wird, um die negativen Folgen der Rente mit 67 spürbar abzumildern. Solange die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer immer noch so miserabel ist, halten wir an einer Ablehnung der Rente mit 67 als faktische Rentenkürzung fest.

- LeiharbeiterInnen gegenüber den Stammbesetzungen (auf deren Niveau) gleichgestellt werden.

- die SPD eine Initiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft ergreift und die Betreuungsprämie ablehnt.

- auf eine Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG verzichtet wird. Private Investoren dürfen keinerlei Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Bahn bekommen.

- die Pläne von Innenminister Schäuble, massive Eingriffe in die Grundrechte vorzunehmen nicht umgesetzt werden. Plänen, die Bundeswehr im Innern einzusetzen, darf die SPD nicht zustimmen.

Diese Koalition hat jedoch keine Zukunft, wenn die Union weiterhin Zusagen nicht einhält, einseitig SPD-Projekte blockiert und versucht, alle gemeinsamen Erfolge der Regierung alleine zu beanspruchen. Gute eineinhalb Jahre vor dem offiziellen Wahltermin sind von ihr große Sprünge kaum mehr zu erwarten.

Nach dem Wortbruch der Union ist für uns Jusos deshalb klar: Das Ende der großen Koalition ist eingeleitet. Die SPD darf sich nicht mehr auf Absprachen der Union verlassen, sondern muss ihre eigene Agenda bestimmen. Landesverbände und Bezirke, Fraktionen und Regierung müssen auf gemeinsame Kampagnenfelder orientiert werden.

Auf dem Weg nach 2009

Für die kommenden Wahlauseinandersetzungen macht der Hamburger Bundesparteitag Hoffnung. Linke Volkspartei kann die SPD über programmatische Glaubensbekundungen hinaus allerdings nur dann sein, wenn sie tatsächlich für die Interessen der arbeitenden und Arbeit suchenden Menschen eintritt. Es bleibt dabei: Dies erfordert ein vertrauensvolles und partnerschaftliches Bündnis mit den Gewerkschaften auf Augenhöhe. Die Entscheidungen des Parteitages können aber die Basis dafür sein, dass sich zwischen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wieder ein vertrauensvolleres Verhältnis entwickelt.

Wir kämpfen mit der SPD für ein fortschrittliches linkes Projekt auf Bundesebene. Was und wer zukünftig „links“ ist, muss allerdings immer wieder neu entlang unserer Grundwerte dekliniert werden. Nicht jede Formation und politische Kraft mit einem linken Image oder Selbstbild kann tatsächlich als links klassifiziert werden. Politische Bündnispartner und parlamentarische Mehrheiten müssen deshalb anhand von Inhalten und nicht anhand von äußeren Zuschreibungen gebildet werden.

Mehrheiten jenseits der Union erringen

Das oberste Ziel für die SPD muss es sein, bei der nächsten Bundestagswahl nicht nur die Mehrheit zu erringen, sondern eine Koalition jenseits der Union zu ermöglichen.

Die Politik der großen Koalition der letzten Jahre zeigt deutlich auf, wie begrenzt die politischen Schnitt-

mengen zwischen SPD und den Unionsparteien sind. Die Gemeinsamkeiten sind heute aufgebraucht. Fortschrittliche Politik lässt sich mit den Unionskräften nicht gestalten; es muss schon als Erfolg verbucht werden, wenn weitere marktradikale Einbrüche, wie beispielsweise bei der Gesundheitsreform und der ArbeitnehmerInnenrechte, vermieden werden können.

Auch mit der wirtschaftsliberalen FDP ergeben sich für uns kaum Perspektiven für eine gemeinsame, sozial gerechte Politik. Zwar gibt es in der Innen- und Rechtspolitik und insbesondere bei den Bürgerrechten Gemeinsamkeiten. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die FDP zu ihrem liberalen Bürgerrechtsanspruch unter einem Minister Westerwelle auch in Regierungsverantwortung weiterhin stehen würde. Die Differenzen in den zentralen Politikfeldern Bildung, Wirtschaft, Finanzen, Soziales oder Steuern sind aber unüberbrückbar groß.

Auch die Grünen sind zunehmend sozial- und wirtschaftspolitisch liberal. Übereinstimmungen zwischen SPD und Grünen gibt es zwar nach wie vor insbesondere bei der Umwelt-, Gesellschafts-, Innen- und Außenpolitik. Gemeinsamkeiten in der Steuer- und Sozialpolitik sind aber mit den an ihrem von gut verdienenden AkademikerInnen geprägten bürgerlichen WählerInnenmilieu orientierten Grünen kaum mehr zu finden. Es verwundert deshalb nicht, dass Grüne und Unionsparteien auf vielen Ebenen zurzeit Gemeinsamkeiten ausloten und so jeweils versuchen, ihre Koalitionsoptionen auszuweiten.

Die Linkspartei befindet sich zurzeit noch im Findungsprozess. Sie ist sowohl inhaltlich-programmatisch als auch in der strategischen Ausrichtung noch vieles ungeklärt und offen: In der Außenpolitik und auch in der Sozialpolitik (z.B. Grundeinkommen) vertritt die Linkspartei unverantwortliche und rückwärtsgegangene Positionen. Zudem stellt sich die Lage der Partei in den einzelnen Ländern und im Bund sehr unterschiedlich dar. Die Linkspartei besteht aus einer Drei-Parteien-Koalition: Aus den westdeutschen Lafontaine-Jüngern, die die alte BRD zurückwünschen, aus der ostdeutschen Linkspartei, die nichts anderes als eine inhaltlich diversifizierte Volkspartei ist, und der Berliner Linkspartei, die ultrapragmatische Regierungspolitik verfolgt. Während sie in den ostdeutschen Ländern weitgehend gefestigt ist und teilweise in Regierungsverantwortung steht kämpft sie im Westen noch um ihre flächendeckende Existenz. Solange die Linkspartei ihre inhaltlichen und strategischen Fragen noch nicht beantwortet hat, sind Koalitionsüberlegungen mit ihnen rein wahrarithmetische Überlegungen.

Die Linke ist eine politische Konkurrentin der SPD. SPD und Linke kämpfen nicht nur teilweise um die gleichen WählerInnengruppen, sondern auch um die Dominanz innerhalb der Gewerkschaften und der Vertrauenskörper in den Betrieben. Dies ist für viele GenossInnen und KollegInnen vor Ort eine sehr schwierige Situation.

Eine aggressive und unsachliche Abgrenzung von der Linken auf Bundesebene hilft mittelfristig nicht weiter, sondern führt die SPD im Fünfparteiensystem in eine einseitige Abhängigkeit von den Unionsparteien. Wir suchen deshalb die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linken und fordern dies auch von der Parteiführung ein. Wir weisen wie bei anderen Parteien auf Differenzen hin, verleugnen aber auch nicht die inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Eines können Wahlerfolge und das hohe öffentliche Interesse an der Linken jedenfalls verdeutlichen: Der Bedarf der Menschen an einem Gegenentwurf zum konservativen und neoliberalen Gesellschaftsmodell ist so stark wie lange nicht mehr.

Fragen über Koalitionen können zu reinen Rechenspielen verkommen. Wir wollen fortschrittliche politische Projekte entwickeln und gesellschaftlich verankern. Vor einer Diskussion über mögliche Koalitionen muss daher eine Diskussion darüber stehen, was die Eckpfeiler einer modernen sozialistischen politischen Strategie sein müssen.

Umso dringlicher ist ein überparteilicher Diskurs der Kräfte, die das Projekt einer neuen sozialen Übereinkunft im Sinne eines modernen demokratischen Sozialismus verfolgen. Deshalb muss es jetzt darum gehen, mit den Kräften der gesellschaftlichen Linken in eine Diskussion über linke Zukunftsprojekte in den Austausch zu treten und eine gesellschaftliche Mehrheitsfähigkeit für diese Projekte zu organisieren. Zu diesen Kräften gehört trotz aller inhaltlichen Unterschiede auch die Linkspartei. Dort wo sich eine Zusammenarbeit anbietet, werden wir uns von einzelnen persönlichen Vorbehalten nicht an einer fortschrittlichen Politik hindern lassen.

„Nah bei den Menschen“: Linke Projekte jetzt aufbauen

Um bereits jetzt ein Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl zu formulieren, ist es noch zu früh. Angesichts des aktuellen Verhaltens der Union in der Koalition muss die SPD aber auch kurzfristig in der Lage sein, Erfolg versprechend in eine Wahlauseinandersetzung gehen zu können. Wir und die SPD müssen jetzt die Grundlagen für eine moderne, gerechte Politik im Interesse der arbeitenden und Arbeit suchenden Menschen legen und so die Kampagnenfähigkeit der SPD wieder herstellen. Zentrale Projekte, die sozialdemokratische Programmatik in Politik umsetzen, müssen jetzt für die Zeit nach der großen Koalition formuliert werden:

- „Gute Arbeit“ kann für die SPD zum Leitbegriff für eine moderne ArbeitnehmerInnenpolitik entwickelt werden. Einige Bausteine dazu sind ein bundesweit einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro, die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“, eine rigidere Regulierung von befristeten Arbeitsverhältnissen, deutliche Verbesserungen beim ALG II, Sicherung und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung sowie eine Regulierung des Berufsbildungssystems, die allen Ausbildungsplatzsuchenden einen qualitativ hochwertigen und den eigenen Interessen entsprechenden Ausbildungsplatz garantiert. Wir wollen Unternehmen, die nicht ausbilden, zur Finanzierung von

Ausbildungsplätzen heranziehen.

- Die SPD muss die Partei sein, die für gesellschaftlichen Fortschritt steht. Dazu gehört ein Umbau der Sozialversicherungen, der den Versichertenkreis ausweitet, weitere Einkommensarten heranzieht und so zu einer Ausweitung des Solidarprinzips und einer stärkeren Umverteilung von oben nach unten beiträgt. („Prinzip Bürgerversicherung“) Dazu ist es auch notwendig, deutlich konsequenter für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten, insbesondere auch mit einer gesetzlichen Quotenregelung für Führungskräfte in der Privatwirtschaft. Und schließlich muss endlich der Ausstieg aus der Wehrpflicht eingeleitet werden.

- Die SPD muss den im Hamburger Programm verankerten Umbau der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung bis 2009 konzeptionell umsetzen und zur Beschlussreife bringen.

- Das Schlagwort des vorsorgenden Sozialstaats muss mit Leben gefüllt werden. Dies bedeutet zum einen, dass der vorsorgende Sozialstaat nicht ohne den nachsorgenden Sozialstaat gedacht werden kann. Zum anderen muss der vorsorgende Sozialstaat für eine sozialdemokratische Politik stehen, die an den menschlichen Bedürfnissen ausgerichtet ist und die öffentliche Dienstleistungen für alle Menschen bereithält. Konkret also für eine Politik, die in den qualitativen Ausbau öffentlicher Infrastruktur mit gleichem Zugang für alle investiert, die die Kinderbetreuung ausbaut, die die Familien (in erster Linie Frauen) bei der häuslichen Pflege durch kommunale Unterstützungsleistungen entlastet und die Gesundheitsdienstleistungen bedarfs- und flächendeckend anbietet.

- Die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik erfordert einen handlungsfähigen Staat – und ein handlungsfähiger Staat benötigt verlässliche Einnahmen. Nach den letzten Veränderungen im Steuersystem ist es jetzt an der Zeit, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und große Vermögen und hohe Einkommen wieder stärker zu belasten. Wie die Entwicklung bei der Vermögensverteilung zeigt, sind die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes und der Reform der Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer genauso überfällig wie die Abschaffung des Ehegatten-Splittings. Und zu einem handlungsfähigen Staat gehört für uns auch dazu, dass Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge öffentlich angeboten werden. Der neoliberale Trend der Privatisierung öffentlicher Betriebe muss deshalb auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gebrochen werden. Außerdem sollten bereits vorgenommene Privatisierungen darauf geprüft werden, ob diese sinnvoll waren oder es gesamtgesellschaftlich nicht nützlicher wäre, diese durch Verstaatlichung wieder rückgängig zu machen.

- Die SPD muss die Partei der solidarischen Gesellschaft sein. Den Angstdebatten der letzten Jahre – seien es die Themen Asyl und Einwanderung, Terrorismus oder Kriminalität – gilt es, einen nüchternen und sachlichen Umgang entgegen zu stellen. Eckpunkte sind eine konsequente Antidiskriminierungspolitik, die tatsächliche rechtliche Gleichstellung aller in Deutschland lebenden Menschen unabhängig ihrer Herkunft und damit der Zugang auch zu politischer Partizipation und Teilhabe, sowie eine Innenpolitik die sich bei der Wahl ihrer Mittel nur am tatsächlich notwendigen orientiert, und klaren Abstand zu polizeistaatlichen Vorstellungen hält.

- Die SPD muss die migrantischen Milieus erreichen. Daher muss die SPD sich zur Lebenswelt von Migrantinnen und Migranten öffnen und die Integrationspolitik zu einem ihrer Schwerpunkte machen.

- Eine sozialdemokratische Politik kann nicht nur durch Reformen auf nationaler Ebene erreicht werden. Es gilt ein soziales Leitbild von Europa durchzusetzen und die Europäische Union zu einer wirklichen Gestaltungsebene auszubauen. Wir brauchen eine Regierung die auch nach Außen die Interessen der Bevölkerung und nicht nur der Aktiengesellschaften und Anleger vertritt. Nur wenn es auf internationaler Ebene gelingt wirksame Kontroll- und Einwirkungsinstrumente für die Finanzmärkte durchzusetzen, kann es gelingen, die Interessen der Beschäftigten wahrzunehmen. Die SPD muss wieder als ein eindeutiger Garant gegen militärische Abenteuer stehen und die internationale Solidarität mit Leben füllen.

Wir sind davon überzeugt: Eine solche sozial gerechte und Politik ist mehrheitsfähig. Sie ist nah bei den Menschen, ihren Bedürfnissen, Problemen und Sorgen. Die solidarische Mehrheit ist links. Wenn die SPD dafür glaubwürdig und überzeugend eintritt, dann stehen die Chancen gut, dass die Sozialdemokratie auch nach der nächsten Bundestagswahl die Politik auf Bundesebene in Verantwortung gestalten kann.

Die kommende Bundestagswahl wird so zur Richtungsentscheidung – für die SPD und für die Gesellschaft. Unsere Richtung ist klar: Links.

Seit März 2003 wird Niedersachsen von einer Koalition aus CDU und FDP regiert. Jetzt neigt sich die Legislaturperiode dem Ende zu und für die Menschen in Niedersachsen fällt die Bilanz verheerend aus. Die CDU-FDP-Regierung hat es in kürzester Zeit geschafft, die Lebenssituation vieler Menschen nachhaltig zu verschlechtern. Christian Wulf, sein Kabinett und die Regierungsfraktionen verantwortet eine konservative, marktradikale, elitäre und unsoziale Politik. Niedersachsen ist ein weiterer Beweis dafür, dass Regierungsverantwortung der CDU für breite Teile der Bevölkerung Ausgrenzung und Abstieg bedeutet.

- Am katastrophalsten für die Menschen wirkt sich die Bildungspolitik auf die Zukunftsperspektive junger Menschen aus. Erst wurden die Klassen vergrößert, die Lernmittelfreiheit abgeschafft, die Unterrichtsstunden gesenkt und der Förderunterricht gestrichen. Dann wurde das dreigliedrige Schulsystem weiter zementiert und die Durchlässigkeit nach oben verringert. Das ganze gipfelte in einem Verbot von Errichtung neuer Gesamtschulen, so dass heute über 40% der bei Gesamtschulen angemeldeter Schülerinnen und Schüler abgelehnt werden mussten.

- Ähnlich ignorant fällt die Hochschulpolitik der Niedersächsischen Landesregierung aus. Kurz bevor die allgemeinen Studiengebühren von 500 Euro eingeführt worden sind, wurden den Universitäten durch das Hochschuloptimierungsgesetz 50 Millionen Euro aus ihren Etats gestrichen und an vielen Standorten Fachbereiche gestrichen.

- Gerade Beamte und Beschäftigten des Landes Niedersachsen mussten massive Einbußen hinnehmen, ihre Gehälter wurden gekürzt und ihre Arbeitszeit verlängert. Die Ausbildungsplatzzahlen wurde heruntergefahren und die Übernahme in den öffentlichen Dienst nach der Ausbildung von einer Garantie zum Glücksspiel. Gleichzeitig fehlt es in vielen Bereichen am nötigsten Personal.

- Privatisierung um jeden Preis ist eines der Leitmotive dieser Regierung, die Landeskrankenhäuser wurden verkauft und die Unternehmensbeteiligungen des Landes stehen gerade nur nicht zur Debatte, weil die Landtagswahl ansteht. Durch die Reform des kommunalen Wirtschaftsrechts und eines neuen Vergabegesetzes werden auch die Kommunen zunehmend dazu gezwungen ihre Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Markt preiszugeben und Entscheidungen nicht mehr an den Interessen vor Ort auszurichten, sondern sich nur noch nach den marktliberalen Maßstäben richten müssen.

- Mehrfach wurde seitens der Regierung Wulff in den letzten Jahren das Land Niedersachsen als Atomklo ganz Europas angepriesen. Gorleben, Schacht Konrad und Co. stellen für Wulff, Sander und Konsorten aus ideologischen Gründen „sichere Endlager“ dar, obwohl unabhängige Studien immer wieder etwas anderes aussagen. Ohne Rücksicht auf Umwelt und Anwohner soll hier der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ durch Präsentation eines vermeintlichen „Endlagers“ unterstützt werden.

- Die schwarz-gelben Landesregierung hat in ihrer Regierungsverantwortung für Niedersachsen den ohnehin finanzschwachen Kommunen durch das Zusammenstreichen des kommunalen Finanzausgleichs weiteren Spielraum genommen. Hinzu kommen Kürzungen bei Verbänden und sonstigen Institutionen in Form von Zuschusstöpfen auf Landesebene, die sich kommunal auswirken. Diese Kürzungen treffen folglich Initiativen, Einrichtungen und Vereine, die vor Ort zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen.

Die vielfältigen Beispiele zeigen eines ganz deutlich: Die CDU/FDP-Landesregierung schafft systematisch die Grundlagen einer solidarischen Gesellschaft ab. Mit all ihrem politischen Handeln stellen CDU und FDP Niedersachsen ins Abseits. Gekürzt wird vor allem überall da, wo es um unserer aller Zukunftschancen geht und wo Bedürftige die Unterstützung einer solidarischen Gesellschaft benötigen.

Damit können wir Jusos uns nicht abfinden. Wir tragen dazu bei, diese furchtbare Politik der Konservativen und Liberalen am 27. Januar 2008 zu beenden. Wir kämpfen in Niedersachsen für einen Regierungswechsel und eine Niedersachsengerechte Politik.

Wir wollen:

- Der Mangel an Ausbildungsplätzen muss durch ein Sofortprogramm umgehend gemindert werden.
- Einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Krippen- und Kindergartenplätze für alle.
- Eine gemeinsame Beschulung bis Klasse 10 mit individueller Förderung und ohne Angst vor Sitzen bleiben und Abschlusung. Die Lernmittelfreiheit muss wieder eingeführt werden.
- Den Zugang für alle zu Universitäten und Fachhochschulen ohne Gebühren und Beiträge.
- Einen Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge muss und ausreichende Investitionen in die Infrastruktur.
- Ein neues Vergabegesetz. Dieses muss die Einhaltung von Tariflöhnen, von Sozial- und Umweltstandards sowie die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sicherstellen.
- Eine ausreichende Finanzausstattung für die Kommunen.
- Eine gezielte Wirtschaftsförderung, die auf ein nachhaltiges Wachstum setzt.
- Ein klares Bekenntnis zum Atomausstieg und eine faire Suche nach Endlagerstätten.
- Ein Ende der Kürzungen in allen sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen.
- Einen fairen Umgang mit den Beamten und Beschäftigten des Landes. Die Personalpolitik muss sich am Bedarf orientieren und nicht mehr weiter zusammengestrichen werden.
- Den Wiederaufbau der Landeszentrale für politische Bildung.

Wir wollen CDU und FDP zurück in die Opposition schicken!

Wir wollen, dass die SPD die Zukunft Niedersachsens bestimmt!

Wir wollen, dass Wolfgang Jüttner Ministerpräsident wird!

Wir Jusos lehnen eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG ab. Die Bahn ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie garantiert für viele Menschen Mobilität und ist unersetzlicher Bestandteil der deutschen Infrastruktur. Sie bildet das logistische Rückrad der der Wirtschaft und ist selbst einer der größten Arbeitgeber Deutschland. Wer eine mobile Gesellschaft ökologischer gestalten will braucht die Bahn.

Getrieben von der momentanen Hegemonie neoliberalen Gedankenguts entzieht sich der Bund immer mehr seiner Gemeinwohlverpflichtung und verliert durch die Privatisierungen immer weiter an Kontrolle an der Daseinsvorsorge seiner BürgerInnen. Der neoliberale Trend der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge muss gebrochen werden. Es geht hier um den Ausverkauf eines in 170 Jahren aus fast ausschließlich öffentlichen Mitteln aufgebauten, nachhaltigen Verkehrssystems aus rein ideologischen Gründen!

Einrichtungen der Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Hand bleiben. Die bisherigen Privatisierungen in Deutschland haben ihre im Vorfeld versprochenen Vorteile nicht gehalten. Privateigentum kann die Gemeinwohlverpflichtung des Staates nicht herstellen, denn ehemalige Bundesunternehmen sind nach einem Börsengang nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern dem Interesse ihrer Kapitaleigner verpflichtet. Darunter leiden nicht nur die vielen Millionen Kunden, die auf die Bahn angewiesen sind, sondern auch die knapp 230.000 Beschäftigten der Bahn.

Aus diesem Grund ist der geplante Börsengang der Deutschen Bahn zu stoppen! Der Bund muss die Kontrolle über die Bahn behalten, um weiter Einfluss auf die Verkehrsentwicklung hierzulande zu haben. Nur so ist eine Zuverlässigkeit der Bahnverbindungen – vor allem in der Fläche – zu gewährleisten. Schon jetzt werden weite Teile der Bevölkerung am Bahnverkehr gehindert, da ganze Bahnverbindungen gestrichen werden oder Taktzeiten halbiert werden. Die Erfahrungen mit privatisierten Bahnen in anderen Ländern lassen befürchten, dass nach einer Privatisierung vor allem Renditeziele zum Unternehmensziel wird, die Attraktivität der Bahn aber stark nachlassen wird: Das Angebot wird auf rentable Fernverbindungen zwischen großen Wirtschafts- und Ballungsräumen konzentriert, Wartungs- und Modernisierungsarbeiten werden reduziert. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen!

Wir Jusos fordern, dass der Bund alleiniger Eigentümer der Deutschen Bahn AG bleibt. Der Bund muss die Kontrolle über die Deutsche Bahn AG behalten, um weiter Einfluss auf die Verkehrsentwicklung hierzulande zu haben. Das Gegenteil wäre angebracht, der Bund als Eigentümer sollte sich bei den Zukunftsentscheidungen über die Infrastruktur nicht aus der Hand geben, sondern stärkeren Einfluss ausüben und dafür Sorge tragen, dass es in allen Regionen eine angemessene Versorgung durch die Bahn gibt. Nur so ist die Zuverlässigkeit der Bahnverbindungen – vor allem auf Nebenstrecken – zu gewährleisten.

Das Schienennetz gehört – wie das Autobahnnetz und das Wasserwegenetz – zu den unverzichtbaren Bestandteilen unserer Daseinsvorsorge. Dies bedeutet, dass der Bund eine mittel- und langfristige Finanzierung von Unterhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten hat. Daran würde auch eine Kapitalprivatisierung nichts ändern. Zwar würde dies eine kurzfristige Finanzspritze bringen, die aber in keinem Verhältnis zum Wert der Bahn steht. Es gibt keinen Grund Vermögen des Staates zu verschenken.

Sie muss wieder zur Bahn der Bürgerinnen und Bürger gemacht werden und Strukturen schaffen, die ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber Auto und Flugzeug verbessern. Es muss die Ausrichtung der Bahn geändert werden und nicht die Besitzer.

Wir Jusos wollen den Fortbestand des integrierten Konzerns Deutsche Bahn, der die ökonomischen und ökologischen Anforderungen der Zukunft erfüllt. Dies ist nur zu gewährleisten, wenn die Entscheidungsgewalt beim Bund verbleibt.

Wir begrüßen, dass mit dem Entschluss des Hamburger Parteitages verhindert wurde, dass die Interessen der Bahnkunden und der Bahnbeschäftigten nicht zu Gunsten von Finanzinvestoren geopfert wurden. Trotzdem lehnen wir jede Form der Privatisierung ab. Wir werden auch kein Ausweichen auf den Verkauf der Bahntöchter akzeptieren. Die Bahn darf nicht zerschlagen werden, dies ist den Beschäftigten nicht zuzumuten. Wir wollen eine Bahn die sichere Arbeitsplätze bietet, ihre Beschäftigten angemessen entlohnt und gute Arbeitsbedingungen garantiert.

Die Bahn muss als ein Unternehmen erhalten bleiben, alles andere würde den Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und die soziale Sicherheit der Beschäftigten gefährden. Wir wollen ein Unternehmen, in dem die gesamte Belegschaft für ihre Interessen eintreten kann. Nur wenn alle Beschäftigten gemeinsam für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen streiten, wird dies langfristig zum Erfolg führen. Forderung nach verschiedenen Tarifverträgen für die gleichen Tätigkeiten mit unterschiedlichen Leistungen in einem Unternehmen gefährden letztlich die Interessen aller Beschäftigten.

Wenn es noch weitere Initiativen einzelner Berufsgruppen gibt, sich aus der solidarischen Gemeinschaft des DGBs herauszulösen, wird dadurch auf Dauer die Tarifautonomie gefährdet. Spartenbewegungen, die sich nicht um die Belange anderer Mitarbeiter im gleichen Betrieb kümmern handeln unsolidarisch, mögen ihre Forderungen auch noch so berechtigt sein.

IN4

Kein Zentrum der Vertreibung. Nirgendwo.

Wir Jusos wenden uns entschieden gegen die Bestrebungen der Bundesregierung ein „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin zu errichten. Die Grundthese dieses Projektes des revanchistischen Bund der Vertriebenen ist es, dass jede Vertreibung von Menschen, ungeachtet aller Begleitumstände, ein Verbrechen sei und dass die Umsiedlung der Deutschen ähnlich wie die der Armenier eine solche gewesen ist.

Die zweite Grundthese ist, dass jedes „Volk“ eine gemeinsame historische Erfahrung hätte und dass der deutschen historischen Erfahrung das angemessene Gedenken an die Umsiedlungen fehle. Die Deutschen sollen hauptsächlich gedenken, dass Deutsche umgesiedelt und damit angeblich zu Opfern wurden. Es geht den „Vertriebenen“ dabei letztlich um eine Gleichsetzung aller Verbrechen des Nationalsozialismus, inklusive der Shoa, mit ihrem eigenen Schicksal.

Die „Vertriebenen“ haben mit diesem Projekt erreicht, dass ihre Geschichtsdeutung öffentlich kaum noch hinterfragt wird. Die Umsiedlungen werden als „Vertreibungen“ bezeichnet und die historisch fragwürdigen Zahlen des BdV als Fakten übernommen. Es ist mittlerweile gesellschaftlicher Konsens, die „Vertriebenen“ als Opfer zu betrachten. Wir stellen uns diesem Konsens offensiv entgegen und wollen die Selbstverständlichkeit skandalisieren, mit der die deutsche Geschichte umgeschrieben und antimodernen Ideologemen wie Heimat und „Volksgruppen“ eine Wahrhaftigkeit zugesprochen wird!
Wir wollen kein Zentrum gegen Vertreibung. **Nirgendwo!**

IN5

Solidarität gegen Rechts

Wir sind solidarisch mit all jenen, die couragiert und mutig gegen Rechtsextremismus und Faschismus eintreten. Die NPD hatte gegen Arno Hamburger, Ulrich Maly, Thomas Silberhorn, Konstantin Wecker und eine Vielzahl unbekannter Konzerteilnehmer Anzeige erstattet, weil diese die Partei als „rechtsextrem“ und „verbrecherisch“ bezeichnet haben. Unseren Freundinnen und Freunden in Bayern und anderswo danken wir für ihren bemerkenswerten Einsatz. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Durch den Eintritt in den demokratischen Pluralismus hat sie sich auch dem politischen Meinungskampf zu stellen. Sie selbst macht hiervon sehr aggressiven Missbrauch. Auf Kundgebungen und Veranstaltungen gehören Wörter wie „Verräter“ oder „illegale Einwanderer“ zum „guten Ton“. Hass und Hetze gegen Migrantinnen und Migranten, Andersgläubige, Schwule und Lesben und auch politisch Andersdenkende, so auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, werden damit bewusst geschürt.

Die Ehre dieser gesellschaftlichen Gruppen wird hier oftmals aufs Größte verletzt. Auch die Seele der Sozialdemokratie, die unter den Folgen des Nationalsozialismus schwer zu leiden hatte, wird dadurch schwer getroffen. Gemeinsam wollen wir ein deutliches Zeichen setzen. Natürlich ist es rechtens, dass jedeR Anzeige erstatten kann. Aber nicht jedeR muss ja auch Recht bekommen. Die Jusos halten die NPD für eine verbrecherische Partei. Als Demokratinnen und Demokraten ächten wir diesen Zustand. Courage beginnt insbesondere da, wo eigene Nachteile in Kauf genommen werden. Wir unterstützen Arno Hamburger (SPD-Stadtrat und Vorsitzender der israelischen Kultusgemeinde in Nürnberg), Ulrich Maly (Oberbürgermeister von Nürnberg), Thomas Silberhorn (CSU-Bundestagsabgeordneter) und Konstantin Wecker (Liedermacher aus München), als auch die mitangezeigten „unbekannten Konzertbesucher“. Wir begrüßen, dass die Ermittlungen gegen Hamburger, Maly und Silberhorn bereits eingestellt wurden. Jedoch muss dies auch für die Ermittlungen gegen Wecker und die „unbekannten Konzertbesucher“ gelten. Sie haben von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht.

Wir wollen nicht, dass Menschen kriminalisiert werden, weil sie für den Schutz der Verfassung und der Demokratie eintreten. Hier werden die Falschen als Verbrecher angezeigt!

Ab dem 01.01.2008 soll das Briefmonopol, also das Exklusivrecht der Deutschen Post AG, Briefe bis zu einem Gewicht von 50 Gramm zu befördern, fallen. Wir halten dies für einen Fehler, die Versorgung mit Postdienstleistungen ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und hat somit in staatlicher Verantwortung zu erfolgen. Nach der Freigabe des Briefmonopols wird der Wettbewerb in dieser Branche im Wesentlichen über den Abbau von Sozialstandards und insbesondere durch die Absenkung der Löhne erfolgen. Noch befindet sich der ganz überwiegende Teil der in diesem Bereich tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Davon ausgenommen sind die Angestellten der privaten Zustelldienste. Hier liegt im ganz überwiegenden Maße prekäre Beschäftigung vor, nach Angaben des WSI sind Bruttostundenlöhne von knapp über 5 Euro keine Seltenheit. Nach dem Wegfall des Briefmonopols wird also der durch die Teilliberalisierung begonnene Verdrängungswettbewerb massiv verstärkt, auf die Deutsche Post AG wird Druck ausgeübt, selbst die Arbeitskosten massiv zu senken. Die Liberalisierung der Postdienstleistungen würde damit durch Lohndumping unmittelbar auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Um die Liberalisierung der Postdienstleistungen sozial zu flankieren, hat sich die Bundesregierung darauf verständigt, durch die Aufnahme der Branche ins Entsendegesetz einen branchenspezifischen Mindestlohn zu schaffen. Dazu hat der Arbeitgeberverband Postdienste, dem die Deutsche Post AG angehört, mit ver.di einen Tarifvertrag abgeschlossen, der regional spezifische Mindestlöhne zwischen 8,00 und 9,40 EUR vorsieht. Die Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung.

Die Gegner eines Post-Mindestlohns machen jedoch auch mobil. Dazu haben sich unter Führung von Florian Gerster, dem ehemaligen Leiter der Bundesanstalt / Bundesagentur für Arbeit, maßgeblich die PIN AG und weitere Postdienstleister in einem eigenen Arbeitgeberverband organisiert. Aus gewerkschaftspolitischer Sicht ist jedoch besonders besorgniserregend, dass von diesem Arbeitgeberverband ausgehend auch eine eigene, „gelbe“ Gewerkschaft gegründet wurde, die Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste. Begleitet wird dies von einer medialen Kampagne von erheblichem Ausmaß. Besonders hervor tun sich hierbei die Zeitungen des Axel-Springer-Konzerns. Die Axel Springer AG hält die Mehrheit an der PIN AG, die mit 7000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zweitgrößter Anbieter von Postdienstleistungen ist.

Die Argumente dieser Medienkampagne hat sich nun die CDU/CSU zu eigen gemacht. So wird vorgebracht, die Kriterien des Entsendegesetzes seien nicht erfüllt, der ausgehandelte Tarifvertrag würde einen zu geringen Anteil der Beschäftigten erfassen. Außerdem sei der Tarifvertrag nicht abgeschlossen worden, um gerechte Arbeitsbedingungen und Löhne auszuhandeln, sondern die Wettbewerber auszuschließen.

Diese Argumente sind haltlos. Für die Postbranche muss ein Mindestlohn eingeführt werden, um einen Wettbewerb um die schlechtesten Arbeitsbedingungen und die geringste Entlohnung zu verhindern. Wir respektieren auch in Fragen von Mindestlöhnen die Tarifautonomie. Gerade in einem Wirtschaftssektor, in dem ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad sowie verbindliche Tarifstrukturen bestehen, kann dabei auch eine Mindestlohnregelung im Rahmen des Entsendegesetzes getroffen werden.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, umgehend das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf Briefdienstleistungen auszuweiten. Nach der Liberalisierung des Postmarkts darf es keinen Wettbewerb um immer niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen geben.

**Der Kampf hat begonnen.
Die Alternative:
Soziale Gerechtigkeit!**

**Beschlussbuch
Juso-Bundeskongress 2008**

*10. bis 12. Oktober, Weimar/CongressCentrum Neue
Weimarhalle*



	Seite	
A	<i>Arbeit & Gute Ausbildung</i>	5
A 1	Bundesvorstand Prekäre Beschäftigung abschaffen – gute Arbeit für alle!	5
A 11	BZ Nord-NDS Keine Spaltung in Beschäftigte erster und zweiter Klasse	17
B	<i>Bildungs- und Forschungspolitik</i>	27
B 1	Bundesvorstand Bildung: Gerecht und Gut!	27
B 2	BZ Nord-NDS Bildung	39
B 12	BZ Hannover Stoppt „McKita“ – Keine Förderung von kommerziellen Kita-Anbietern mit öffentlichen Mitteln	42
C	<i>Chancengleichheit & Sozialpolitik</i>	44
C 1	Bundesvorstand Für eine linke Sozialpolitik – Zum „Fordern und Fördern“ beim Arbeitslosengeld II	44
C 4	LV Berlin Solidarität statt Kampf der Generationen	58
D	<i>Daseinsvorsorge & Gesundheitspolitik</i>	78
D 1	Bundesvorstand Privatisierung – Mittel von gestern, Gestaltungstod von morgen	78
D 2	Bundesvorstand Falsche Weichenstellung bei der Bahn	91
E	<i>Europa</i>	95
E 1	Bundesvorstand Europa verändern – Die Alternative heißt soziale Gerechtigkeit/ Europa-Wahlkampfplattform	95
F	<i>Frieden und Internationales</i>	106
F 1	Bundesvorstand Stoppt die Massenvernichter – Kleinwaffen umfassend abrüsten	106
F 2	Bundesvorstand Decent Work Weltweit	116
G	<i>Gleichstellungspolitik</i>	129
G 1	Bundesvorstand Gleichstellung – jetzt!	129

J	<i>Justiz- und Innenpolitik</i>	150
J 1	Bundesvorstand Autoritärem Gesinnungsstrafrecht entgegenzutreten: § 129 a, b abschaffen!	150
K	<i>Kampf gegen rechts</i>	155
K 2	LV Schleswig-Holstein Verbot des rechtsextremen Heimattreue Deutsche Jugend e.V. (HDJ)	155
K 6	LV RLP Erstklassige Fans tragen kein „Thor Steinar“	155
M	<i>Migration & Integration</i>	157
M 2	LV NRW, BZ Hessen-Süd Gleiche Rechte, gleiche Chancen – Die Integration als eine der Zukunftsaufgaben in unserem Land begreifen und endlich angehen!	157
N	<i>Nachhaltige Wirtschafts- und Steuerpolitik</i>	180
N 2	LV NRW Finanzmärkte regulieren! Nachhaltiges Wachstum fördern, Kurzfristorientierung verhindern!	180
N 6	LV RLP Die Unternehmenssteuerreform der Großen Koalition – keine GROSSE Reform! – Flat Tax: Nein Danke!	192
R	<i>Resolutionen</i>	205
R 1	LV NRW Moderne sozialdemokratische Wirtschaftspolitik – der Weg zur Guten Arbeit	205
R 3	Bundesvorstand Abrüstung jetzt! Deutschland und Frankreich müssen Vorbilder in der Abrüstungspolitik werden	216
R 4	Bundesvorstand Freiheit statt Angst – Gegen den Überwachungswahn	217
S	<i>SPD - Anforderungen an die Partei</i>	219
S 1	Bundesvorstand Unsere Anforderungen an die Aufstellung der Sozialdemokratie für die Bundestagswahl 2009	219
T	<i>Thesendiskussion</i>	226
T 1	Bundesvorstand Für eine Linke der Zukunft – 63 Thesen zu jungsozialistischer Politik	226
U	<i>Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik</i>	281

Beschlüsse Bundeskongress 2008, Weimar

U 1	Bundesvorstand Nachhaltig in die Zukunft	281
U 8	BZ Braunschweig, BZ Mittelfranken Kein Ausstieg aus dem Ausstieg – Atomkraft ist keine Lösung!	295
I	<i>Initiativanträge</i>	302
I 3	LV Berlin Erbschaftssteuer erhalten – Umverteilungsspielräume nutzen!	302
I 8	LV NRW Antworten auf die Finanzmarktkrise: kurzfristig stabilisieren, danach regulieren!	303
I 9	LV NRW Aus ökologischen und ökonomischen Gründen: Komprimierung von Änderungsanträgen!	304
I 10	LV Saarland Atomstrom = Ökostrom = unverschämter geht es nicht!	305

A

Arbeit & Gute Ausbildung

A1 – Bundesvorstand

Prekäre Beschäftigung abschaffen – gute Arbeit für alle!

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist das Thema Arbeit zentral. Arbeit schafft die grundlegenden Werte in Form von Produkten und Dienstleistungen. Arbeit ermöglicht Teilhabe an diesen gemeinschaftlich produzierten Werten und soziale Teilhabe an der Gesellschaft. Arbeit ist zentral für das Leben jedes Menschen.

Die kapitalistische Gesellschaft wird bestimmt durch den Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Dieser produziert soziale Ungleichheit. Wir wollen diese Gesellschaft überwinden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der jede/r selbstbestimmt leben und arbeiten, sich persönlich entfalten und seine individuellen Fähigkeiten vollständig entwickeln kann. Nur eine solche Gesellschaft ermöglicht sozialen und ökonomischen Fortschritt. Deshalb setzen wir uns für Arbeit zu guten Bedingungen und sichere Beschäftigung mit individuellen Entwicklungsperspektiven im hier und jetzt ein. Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung.

Der DGB-Index *Gute Arbeit* befragt in jedem Jahr Beschäftigte nach ihren Anforderungen an und Einstellungen zur Erwerbstätigkeit. In der Sonderauswertung „Arbeitsqualität aus Sicht von jungen Beschäftigten unter 30 Jahren“ aus dem Jahr 2007 wünschten sich zuallererst 99 % der Befragten ein „ausreichendes leistungsgerechtes Einkommen“ sowie 95 % „Arbeitsplatzsicherheit“. Dicht gefolgt von „guten Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten“. Gute Arbeit zu haben bedeutet also insbesondere auch für junge Menschen zunächst, ein ausreichendes und ein als gerechte empfundenes Gehalt zu bekommen, über einen sicheren Arbeitsplatz zu verfügen und sich weiterqualifizieren- und entwickeln zu können. Hinzu kommen ausreichende Anerkennung für die geleistete Arbeit, die Entwicklung sozialer Beziehungen über die Beschäftigung sowie eine angemessene, jedoch nicht übermäßige Belastung.

Die Prekarisierung der Arbeitswelt – Dimensionen und Wirkungen

Die seit den 1980er Jahren festzustellende ‚Erosion des Normalarbeitsverhältnisses‘ hat in den vergangenen Jahren an erheblicher Dynamik gewonnen. Unter ‚Normalarbeit‘ wird dabei eine unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung verstanden, durch deren Lohn oder Gehalt zumindest der eigene Lebensunterhalt, in der Regel aber auch der der gesamten Familie bestritten werden kann. Dieses meist von Männern ausgeübte Arbeitsverhältnis war zumindest bis tief in die 1980er Jahre hinein das deutlich dominierende ‚Familienernährermodell‘, welches von den Jusos aufgrund der damit einhergehenden indirekten Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt auch kritisiert wurde.

Zwar ist dieses Modell für viele noch immer Realität, doch ist der Anteil dieser unbefristet Vollzeitbeschäftigten zwischen 1985 und 2000 von 67 auf nur noch gut 50 % gesunken. Auf der anderen Seite haben sich so genannte ‚atypische‘ Beschäftigungsverhältnisse deutlich ausgeweitet: Teilzeitbeschäftigung, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Niedriglöhne, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und unbezahlte Kettenpraktika bestimmen mehr und mehr das Bild. Atypisch Beschäftigte verdienen oft weniger, werden zum Teil von der betrieblichen Mitbestimmung ausgeschlossen, erhalten weniger Sozialleistungen, schlechteren Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen und ihre Stellen sind oftmals unsicherer als bei Vollzeitbeschäftigten im Normalarbeitsverhältnis. Atypische Beschäftigung ist deshalb oft auch prekär.

Quer durch alle ‚atypischen‘ Beschäftigungsverhältnisse sind BerufseinsteigerInnen oder junge Beschäftigte in besonderem Maße von ihnen betroffen: Rund ein Drittel aller jungen Berufstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung waren bereits einmal arbeitslos oder verfügten nur über einen befristeten Arbeitsvertrag. Jeder Fünfte war mindestens einmal nur teilzeitbeschäftigt und jeder Zehnte war als LeiharbeiterIn beschäftigt. Dies macht deutlich: Atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind insbesondere für junge Beschäftigte längst Massenphänomene. Die Daten zeigen auch: Eine abgeschlossene Berufsausbildung allein schützt nicht mehr vor prekärer Arbeit.

Zudem sind Frauen überdurchschnittlich häufig von atypischen Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Dies betrifft vor allem zwei Bereiche: Frauen arbeiten weitaus häufiger in Teilzeit als Männer. Für viele Frauen scheint Teilzeitarbeit eine Möglichkeit zu sein, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können. Damit wird aber auch deutlich, dass die Familienarbeit in der Regel noch immer hauptsächlich von Frauen erledigt wird und sie dafür auf einen Teil ihres Einkommens verzichten. Damit haben sie nicht nur heute weniger Einkommen, über das sie frei verfügen können, sie verzichten auch auf einen breiteren Sozialversicherungsschutz und sind weiterhin von ihren Partnern bzw. Ehemännern abhängig. Frauen stellen auch einen weitaus größeren Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor als an den Beschäftigten insgesamt. Ebenso gelingt ihnen der Aufstieg aus dem Niedriglohnsektor weniger häufig als

Männern. Prekäre Beschäftigung und Armutslöhne sind also insbesondere ein Problem von Frauen.

Die beschriebenen Veränderungen in der Arbeitswelt stehen den Interessen der ArbeitnehmerInnen diametral gegenüber. Die Diskrepanz zwischen Wünschen der Beschäftigten und der erlebten Wirklichkeit im Arbeitsalltag führt zu einer steigenden Abstiegsangst breiter sozialer Schichten. Atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse sind keine Einzelphänomene mehr, sondern stellen für viele Beschäftigte akute Gefahren oder perspektivische Bedrohungen dar. Bis in die ‚Mittelschichten‘ hinein ist es nicht mehr nur die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, sondern zusätzlich die Sorge, auch mit einem Arbeitsplatz sich selbst oder die Familie nicht mehr ernähren zu können. Viele ArbeitgeberInnen nutzen diesen Umstand aus und erhöhen den Leistungsdruck auf ihre Beschäftigten. Nicht ohne Grund stellen psychische Krankheiten wie überhöhter Stress vor allem für Männer schon längst einen der wichtigsten Krankheitsgründe dar.

Die Prekarisierung von immer mehr Beschäftigungsverhältnissen hat auch zur Folge, dass von den Unternehmen der Marktdruck und ein Teil des unternehmerischen Risikos zunehmend an die Beschäftigten abgegeben wird. So tragen immer häufiger die Beschäftigten als LeiharbeiterInnen oder befristet eingestellte ArbeitnehmerInnen das Risiko schwankender Auftragslagen.

Die Prekarisierung der Arbeitswelt führt auch zu einer Veränderung in der Machtbalance zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen: Mit der Angst vor einem drohenden Arbeitsplatzverlust sind viele Beschäftigte bereit, auch schlechtere Arbeitsbedingungen wie etwa niedrigere Löhne in Kauf zu nehmen, wenn dafür der (sichere) Arbeitsplatz nicht aufgegeben werden muss. Damit wird die Stellung der Betriebsräte und Gewerkschaften geringer. Durch prekäre Arbeitsverhältnisse entsteht somit auch ein Druck auf das gesamte Tarifgefüge.

Auch die gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ausbaus prekärer Beschäftigung sind keineswegs so positiv wie neoklassische ‚WirtschaftsberaterInnen‘ dies weismachen wollen: Die deutsche Wirtschaft konnte in den vergangenen beiden Jahren einen deutlichen Aufschwung vermelden. Ursächlich dafür war aber nicht eine stärkere Konsumnachfrage, sondern eine deutliche Ausweitung der Investitionsnachfrage. Auch mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit wurde die Nachfrage der KonsumentInnen nicht deutlich angekurbelt. Nun drohen aufgrund einer schlechteren Weltkonjunktur einbrechende Exporte und ein Einbrechen der Investitionsnachfrage. Bleibt die Binnennachfrage weiterhin schwach, droht eine Rezession. Gründe hierfür liegen in der Prekarisierung der Arbeitswelt selbst: Erstens sind zwar viele neue Jobs entstanden, davon aber etliche im Niedriglohnsektor, so dass die Erwerbseinkommen nicht viel höher (oder sogar niedriger) sind als die vorherigen Transferleistungen. Zusätzliche Nachfrage entsteht dabei nicht. Zweitens neigen viele prekär Beschäftigte aufgrund der Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse zu einer höheren marginalen Sparneigung und

konsumieren einen geringeren Anteil ihres Einkommens. Auch damit sinkt die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Und drittens reduziert der Druck auf das gesamte Tarifgefüge die Lohnquote trotz höherer Tarifabschlüsse in diesem Jahr immer weiter. Ausdruck dieser Entwicklung sind die im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 um 0,8% gesunkenen Reallöhne pro Kopf.

Die Prekarisierung der Arbeitswelt ist also Ausdruck eines veränderten Kräfteverhältnisses von Arbeit und Kapital zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen. Durch die Politik der Agenda 2010 wurde die Ausweitung atypischer Beschäftigungsformen in Deutschland deutlich befördert. Wir Jusos sind nicht bereit weiter zuzuschauen, wie sich auf dem Arbeitsmarkt immer mehr menschenunwürdige Verhältnisse durchsetzen. Hier müssen wir uns in den politischen Kampf für konkrete staatliche Regulierungen begeben. Unser Ziel muss es sein, den heute prekär und atypisch Beschäftigten eine gesicherte und gute Arbeit zu ermöglichen.

Der Prekarisierung politische Regulierung entgegensetzen!

Prekäre Beschäftigung ist sehr vielfältig. Im Folgenden möchten wir die negativen Auswirkungen der am meisten verbreiteten Formen prekärer Beschäftigung skizzieren und Forderungen für eine politische Regulierung aufstellen.

Wir wollen die Situation der betroffenen Beschäftigten verbessern und ihnen die Perspektive auf eine menschenwürdige Arbeit zu eröffnen.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse

Junge ArbeitnehmerInnen sind überproportional häufig von Befristung betroffen. Einmal wegen ihres jugendlichen Alters – mit jungen Menschen werden eher befristete Verträge geschlossen – und dann, weil sie häufig BerufseinsteigerInnen sind. Dabei sind sowohl ArbeitnehmerInnen mit unter- als auch solche mit überdurchschnittlicher Qualifikation besonders von Befristung betroffen. ArbeitnehmerInnen mit mittleren beruflichen Ausbildungsabschlüssen sind unterdurchschnittlich häufig in einer befristeten Stelle beschäftigt. Viele ArbeitgeberInnen nutzen befristete Arbeitsverträge, um den Kündigungsschutz teilweise zu umgehen. Befristete Arbeitsverhältnisse bergen erhebliche Einschränkungen für die betroffenen ArbeitnehmerInnen. Durch häufig wechselnde Arbeitsverhältnisse sind die ArbeitnehmerInnen zu erhöhter Mobilität gezwungen. Die Entlohnung, die Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die soziale Situation im Betrieb sind in den meisten Fällen schlechter als in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. In der Langzeitbetrachtung ist die Nutzung befristeter Beschäftigung zudem prozyklisch. In Zeiten guter Konjunktur werden besonders viele befristete Stellen geschaffen, die wieder verloren gehen, wenn die Konjunktur

nachlässt. Hier ist eine erhebliche Gruppe von ArbeitnehmerInnen vorhanden, die dauerhaft zwischen Arbeitslosigkeit und befristeter Beschäftigung hin und her wechseln. Für diese hat sich durch die Befristung der prekäre Status verfestigt. Befristete Beschäftigungen bringen also ein Risiko der Arbeitslosigkeit mit sich: Zwischen 10 und 15% der befristet Beschäftigten stehen ein Jahr später ohne Arbeit da bzw. sind nicht erwerbstätig.

- Um den Übergang von befristeten Beschäftigten in reguläre Arbeitsverhältnisse zu gewährleisten, treten wir für einen **Anspruch von befristet Beschäftigten auf bevorzugte Einstellung** ein. Dabei soll neben einer Informationspflicht der ArbeitgeberInnen über freie Stellen gegenüber den befristet Beschäftigten auch ein Anspruch darauf eingeführt werden, bevorzugt bei der Besetzung der unbefristeten Arbeitsplätze berücksichtigt zu werden, wenn keine betrieblichen Gründe entgegenstehen.
- Darüber hinaus muss das **Teilzeit- und Befristungsgesetz so geändert** werden, dass Befristungen ohne Sachgrund zukünftig verboten sind. Der Sachgrundkatalog des § 14 Abs. 1 TzBfG muss auf seine Sozialverträglichkeit hin überprüft werden, dies betrifft insbesondere die Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium (Nr. 2) und die Befristung zur Erprobung (Nr. 5).
- Wir treten für die **Aufhebung des Befristungsgrundes** nach §14 Abs.1 Nr.7 TzBfG (Vergütung des Arbeitnehmers aus Haushaltsmitteln, die haushaltsrechtlich für eine befristete Beschäftigung bestimmt sind) ein. Hier handelt es sich um eine ausschließlich auf den öffentlichen Dienst bezogene Regelung. Für eine solche Sonderbehandlung des öffentlichen Dienstes gibt es keinerlei Notwendigkeit. Gerade der öffentliche Arbeitgeber sollte beispielhaft in der Gestaltung seiner Arbeitsverhältnisse sein und die fortschreitende Tendenz zu unsicheren Arbeitsverhältnissen stoppen, und nicht noch durch Sonderregelungen fördern. Gerade im Bereich des öffentlichen Dienstes und insbesondere im Bildungs- und Hochschulbereich sind inzwischen kaum noch unbefristete Arbeitsverhältnisse zu finden.

Leiharbeit

Die Leiharbeitsbranche in Deutschland boomt. Mitte 2007 waren bundesweit 731.152 Leiharbeitskräfte in 21.000 Leiharbeitsunternehmen beschäftigt. Dies entspricht 2,4% der sozialversicherungspflichtigen Jobs. Hintergrund des offenbar auch 2008 anhaltenden Wachstums der Leiharbeit ist nicht nur der konjunkturelle Aufschwung, sondern auch die Veränderung der gesetzlichen Grundlage. Besonders junge Menschen sind von Leiharbeit

betroffen. Jede/r zehnte zwischen 18 und 34 Jahren war bereits einmal in einem Leiharbeitsverhältnis beschäftigt.

Die Lage der LeiharbeiterInnen ist jedoch mehrfach prekär: Sie verdienen in der Regel weniger als ihre festangestellten KollegInnen im selben Unternehmen, sind von den Möglichkeiten der Mitbestimmung und Weiterbildung weitgehend ausgeschlossen und müssen damit rechnen, von heute auf morgen ihren Arbeitsplatz zu verlieren, da mit dem Ende der ‚Entleihung‘ häufig auch der Arbeitsvertrag mit dem entsprechenden Leiharbeitsunternehmen endet. Gleichzeitig werden LeiharbeiterInnen von ihren fest angestellten KollegInnen auch als reale ‚Bedrohung‘ wahrgenommen, da die ArbeitgeberInnen die Möglichkeit der nahezu unbegrenzten Einsatzmöglichkeiten von LeiharbeiterInnen dazu nutzen, Druck auf das gesamte Tarifgefüge auszuüben. Damit sinkt auch die Solidarität der Beschäftigten in den Unternehmen insgesamt.

Auslöser für die massive Ausweitung der Leiharbeit war eindeutig die fast vollständige Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung durch die Hartz-Gesetze 2003. Diese Fehlentwicklung auf dem Arbeitsmarkt muss dringend korrigiert werden.

- Deshalb fordern wir Jusos schnellstmöglich eine Re-Regulierung der Leiharbeit. Die wichtigsten Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der Leiharbeit sind unserer Ansicht nach die gesetzliche Durchsetzung des Prinzips „equal pay“ / „equal treatment“ (gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen für Leiharbeitskräfte) ohne die Möglichkeit durch Tarifverträge abzuweichen, die Wiedereinführung des Synchronisations- und Wiedereinstellungsverbots sowie eine gesetzliche Höchstesatzfrist für den Einsatz von Leiharbeitskräften.

Teilzeitarbeit

Unter dem Sammelbegriff „prekäre Beschäftigung“ fällt auch die sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeit. Im Mai 2003 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von den 7,9 Mio. Teilzeiterwerbstätigen in Deutschland zwei Drittel (66%) überwiegend von ihrem Einkommen aus der Teilzeitarbeit. Lag die Teilzeitquote zu Beginn der 1990er Jahre noch bei rund 15 %, war im Jahr 2006 jeder dritte ArbeitnehmerIn nicht mehr vollzeitbeschäftigt. Zwar entspricht dieser Anwuchs in vielen Fällen auch dem Wunsch der ArbeitnehmerInnen, gleichzeitig arbeiten aber insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern auch viele Menschen ‚unfreiwillig‘ in Teilzeit. Problematisch ist an dieser Beschäftigungsform neben dem geringeren und häufig nicht existenzsichernden Einkommen auch der unzureichende Sozialversicherungsschutz bei längerer Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter.

Diese Daten widersprechen der verbreiteten Annahme, dass Teilzeitkräfte in der Regel anderweitig finanziell und sozial abgesichert sind und lediglich dazu verdienen. Im Gegenteil

bringt diese Entwicklung mit sich, dass eine wachsende Zahl der Betroffenen kein existenzsicherndes Einkommen erzielt und nicht in ausreichendem Umfang für die Absicherung im Alter vorsorgen kann. Daneben besteht auch das Problem der Unterbeschäftigung, also der ungewollten Teilzeittätigkeit. Im Zeitraum von Januar 2005 bis Januar 2006 stieg der Anteil der Unterbeschäftigten an allen Erwerbstätigen um drei Prozentpunkte von 10,9% auf 13,9%. Fast jeder siebte Erwerbstätige hätte somit im Januar 2006 bei entsprechender Vergütung gern mehr gearbeitet.

Viele der Probleme, die aus der Stellung von Teilzeitbeschäftigten in den Unternehmen resultieren, wie die unzureichende Einbindung in Arbeitsprozesse, der fehlende Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen, die fehlende Anerkennung aufgrund der „Anwesenheitskultur“ in Unternehmen müssen in der konkreten Organisation der Arbeitsprozesse in den Betrieben durch die Betriebsräte gelöst werden.

Grundsätzlich muss im Rahmen einer veränderten Arbeitszeitpolitik die starre Unterteilung in Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverhältnisse überwunden werden. Viele Vollzeitbeschäftigte haben heute den Wunsch, zumindest phasenweise weniger zu arbeiten, viele Teilzeitbeschäftigte arbeiten unfreiwillig in Teilzeit. Perspektivisch müssen sich Arbeitszeitregime durchsetzen, in denen der zeitliche Umfang der zu leistenden Arbeit den individuellen Bedürfnissen in der jeweiligen Lebensphase entspricht.

Besteht in einem Betrieb der Bedarf für eine Vollzeitstelle, so müssen in Teilzeit angestellte ArbeitnehmerInnen Rechtsanspruch auf Vollzeittätigkeit erhalten.

Geringfügige Beschäftigung

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind auf eine maximale monatliche Einkommensgrenze von derzeit 400 € begrenzt. Die ArbeitnehmerInnen entrichten auf die so genannten Mini-Jobs weder Steuern, noch Sozialabgaben. Auch wird ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis nicht auf weitere Einkommen angerechnet. Die ArbeitgeberInnen bezahlen für jeden Mini-Job eine Abgabepauschale von 25 %. Die Neujustierung der Mini-Jobs hat dazu geführt, dass frühere Vollzeitstellen in mehrere durch Steuer- und Abgabentlastung subventionierte ‚Mini-Jobs‘ aufgeteilt wurden. Mit dieser Subventionierung liegt in Deutschland de facto eine Form des Kombi-Lohns vor. Junge Menschen und Frauen sind besonders häufig geringfügig beschäftigt. Im Dezember des Jahres 2007 bestanden 7,1 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung stehen in Zusammenhang. Im Jahr 2006 arbeiteten 29,7 % der von prekären Löhnen betroffenen ArbeitnehmerInnen in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis. Und 78,9 % der geringfügig Beschäftigten erhielten wiederum prekäre Löhne.

Zunächst erreichen geringfügig Beschäftigte durch ihre Tätigkeit kein Einkommen, von dem ein auskömmliches und selbstbestimmtes Leben möglich ist. Darüber hinaus ist es für die Betroffenen problematisch, dass die Beschäftigung in einem Mini-Job meist weder ein sicheres Arbeitsverhältnis darstellt, noch die Teilhabe an betrieblicher Mitbestimmung sowie der sozialen Sicherung ermöglicht.

- Zunächst fordern wir daher, dass für alle Beschäftigte ein bundesweiter, gesetzlicher, branchen-, alters- und qualifikationsunabhängiger Mindestlohn von mindestens 7,50 € eingeführt wird. Die Höhe des Mindestlohnes muss jährlich überprüft und angepasst werden. Dazu fordern wir die Einsetzung einer Kommission ähnlich der Low Pay Commission in Großbritannien, in der Sozialpartner und Wissenschaft verpflichtende Anpassungen der Höhe des Mindestlohnes ausarbeiten. Vom erarbeiteten Einkommen muss man Leben müssen. Der Mindestlohn muss ein soziokulturelles Existenzminimum abdecken.
- Darüber muss der Niedriglohnbereich sozial zu reguliert und langfristig vollständig abgeschafft werden. Wir wollen hier in enger Verbindung mit unseren Anforderungen für die Ausgestaltung des öffentlichen Beschäftigungssektors ein politisches Konzept für die Reform des Niedriglohnsektors erarbeiten.
- Als erste Maßnahme müssen jegliche Erwerbsarbeiten in Zukunft steuer und sozialabgabenpflichtig werden. Ausnahmen soll es hierfür nicht geben.

Der Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren ist unter anderem auch auf die veränderte Vermittlungspraxis der Arbeitsagenturen im Zuge der Hartz-Gesetze zurück zuführen, nach der jede Arbeit, sofern sie nicht sittenwidrig ist, zumutbar ist. Demnach können Arbeitslose auch zur Annahme eines Mini- oder Midi-Jobs gezwungen werden. Da mit diesen Jobs der Lebensunterhalt nicht selbst bestritten werden kann, sind diese Arbeitnehmerinnen weiterhin auf ergänzendes ALG II angewiesen. Diese staatliche Subventionierung prekärer Beschäftigung ist abzulehnen, ebenso wie das „Abschieben“ angeblich nicht vermittelbarer Langzeitarbeitsloser in die so genannten 1-Euro-Jobs oder andere kurzfristige Maßnahmen. Sinnvoller ist es dagegen, Beschäftigte mit niedrigen Gesamteinkommen zu entlasten. Diese Entlastung kann aber nicht wie derzeit im Rahmen der Mini/Midi-Jobs am Status eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses festgemacht werden, sondern muss die gesamten Einkünfte umfassen, um eine zielgerichtete Entlastung tatsächlich einkommensschwacher Haushalte herbeizuführen. Ein Element einer solchen Entlastung kann über eine progressive Staffelung der ArbeitnehmerInnen-Beiträge zu den Sozialversicherungen bei gleichzeitigen

vollen Sozialversicherungsansprüchen bis zu einer Grenze, ab der der volle Beitragssatz geleistet werden muss, vorgenommen werden. Durch die gleichzeitige volle Erhebung der ArbeitgeberInnen-Beiträge sowie die Einführung des Mindestlohns besteht in einem solchen Fall auch keinerlei Anreiz für die ArbeitgeberInnen, sozialversicherungspflichtige Jobs wie derzeit in mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aufzuspalten

- Wir Jusos fordern stattdessen für Menschen, für die mittel- bis langfristig keine Vermittlungschance in den regulären Arbeitsmarkt besteht, eine wirkliche (geförderte) Beschäftigungsperspektive im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) zu schaffen und ihnen so eine Lebensplanung über die nächste von der Arbeitsagentur verordnete Maßnahme hinaus zu ermöglichen. Zur Finanzierung ist insbesondere zu prüfen, wie Sozialleistungen mit aktiven Mitteln zur Wiedereingliederung gemeinsam genutzt werden könnten und in welcher Weise die Wirtschaft an den Kosten von Arbeitslosigkeit beteiligt werden muss. Dies würde das System auf eine dauerhafte, stabile Finanzierungsgrundlage stellen. Klar muss jedoch sein, dass es sich bei den so neugeschaffenen Beschäftigungsverhältnissen um Angebote an die Arbeitslosen handelt. Modellen die den Bezug des ALG II im Sinne eines „Workfare“-Ansatzes generell an Beschäftigung knüpfen wollen, lehnen wir ab. Wir wollen auch nicht ein Billiglohnverhältnis durch ein anderes ersetzen. Daher müssen die neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig ausgestaltet und nach Tarif bzw. den branchenüblichen Löhnen entlohnt werden. Potentielle Zielgruppe sollen hauptsächlich Arbeitslose aus dem Rechtskreis des ALG II sein, die derzeit in 1-Euro-Jobs vermittelt werden. Um ein bloßes Abschieben „unbequemer“ Arbeitsloser zu verhindern, ist diese Zielgruppe genau zu definieren. Bei jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren und Menschen ohne Berufsausbildung muss deren Qualifizierung im Vordergrund stehen. Darüber hinaus müssen Aufstiegsperspektiven entwickelt werden. Sei es innerhalb des Systems oder durch einen Wechsel in den regulären Arbeitsmarkt. Dies steht nicht im Widerspruch zu einer grundsätzlichen Entfristung geförderter Beschäftigung, sondern soll sicherstellen, dass die Zielgruppe nicht von der beruflichen Weiterbildung ausgeschlossen wird. Wir wollen keine reguläre Beschäftigung verdrängen, sondern neue schaffen. Daher ist, bei der Identifizierung möglicher Tätigkeitsfelder, eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und kommunalen Gesellschaften sinnvoll und notwendig.

Selbstständige

Seit den 1980er Jahren ist der Anteil der Selbstständigen an den Beschäftigten von 7,5 auf 10 % angestiegen. Gleichzeitig hat sich die Art der selbstständigen Tätigkeit verändert. So ist jede/r zweite Selbstständige ein/e so genannte „Solo-Selbstständige/r“ d.h. sie/ er beschäftigt keine weiteren ArbeitnehmerInnen. Ein verbreitetes Phänomen ist die Scheinselbstständigkeit. Unternehmen verlagern dauerhafte Tätigkeiten von abhängig Beschäftigten auf formal Selbstständige. Oftmals arbeiten diese Scheinselbstständigen nur für diesen eine/n ArbeitgeberIn. In diesen Fällen liegt ein Missbrauch der Beschäftigungsform vor. Es dient dann ausschließlich dazu, um das Unternehmensrisiko auf den Beschäftigten zu verlagern. Häufig wechseln Beschäftigte auf diese Weise in ihrem Erwerbsverlauf zwischen Phasen der abhängigen und der selbstständigen Beschäftigung. Selbstständige Beschäftigung kann auch prekär sein. Nicht nur dann, wenn offensichtlich Scheinselbstständigkeit vorliegt und Arbeitsplatzsicherheit sowie Mitbestimmung versagt werden. Auch nimmt die Zahl der Selbstständigen zu, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Seit 2003 fördert die Agentur für Arbeit die Existenzgründung in so genannten Ich-AGs. 2004 wurden 171.000 dieser selbstständigen Tätigkeiten begonnen. Untersuchungen haben ergeben, dass nur 17 % dieser Ich-AGs ein existenzsicherndes Einkommen erreichen.

Die in der prekären Selbstständigkeit Beschäftigten sind häufig nur unzureichend sozial abgesichert. Insbesondere der Aufbau einer sozialen Sicherung für das Alter ist oftmals nicht möglich.

- Wir fordern daher, dass alle Selbstständigen in die gesetzlichen Sozialversicherungen einbezogen werden. Die Gesetzlichen Kranken- und die Soziale Pflegeversicherung sollen in solidarische Bürgerversicherungen umgebaut werden. Alle BürgerInnen sollen in der BürgerInnenversicherung versichert und alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden. Die gesetzliche Rentenversicherung muss in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, um alle Beschäftigten abzusichern. Die Arbeitslosenversicherung soll in eine Arbeitsversicherung umgestaltet werden, die alle Erwerbstätigen einbezieht. So wollen wir insbesondere auch Selbstständige gegen Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit versichern.

Gute soziale Absicherung der Selbstständigen muss auch auf europäischer Ebene gelten. Deshalb dürfen Regulierung wie die E101 Bescheinigung und mangelnde Kontrolle nicht zu Lohndumping und schlechter Arbeit führen.

Praktika nach abgeschlossener Berufsausbildung

Eine spezielle Form der prekären Beschäftigung findet seit Jahren sehr hohe Beachtung in der öffentlichen Debatte und in den Medien. Dabei handelt es sich um AbsolventInnen von

berufsqualifizierenden Ausbildungen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung als PraktikantInnen eine nicht oder nur sehr schlecht bezahlte Beschäftigung aufnehmen. Sie werden von Unternehmen oft wie reguläre Beschäftigte eingesetzt. Wir Jusos sind nicht für ein Verbot von Praktika; Praktika können in einer Ausbildung wichtige Einblicke in das Arbeitsleben vermitteln. Wir sind aber der Ansicht, dass Praktika in der Regel vor oder während einer Ausbildung absolviert werden sollten, um den Missbrauch von PraktikantInnen als (schlecht- oder unbezahlte) reguläre Arbeitskräfte zu unterbinden.

In den Medienberichten entsteht meist der Eindruck, dass es sich bei der „Generation Praktikum“ nur um HochschulabsolventInnen handeln würde. Ohne Zweifel sind viele der betroffenen AbsolventInnen eines Hochschulstudiums. Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in Auftrag gegebene Studie zeigt jedoch, dass AbsolventInnen einer beruflichen Ausbildung in weit größerem Maße nach ihrem Ausbildungsabschluss Praktika aufnehmen als HochschulabsolventInnen. Während von den HochschulabsolventInnen nach Abschluss ihres Studiums 24% noch mindestens ein Praktikum absolviert haben, sind es bei den AbsolventInnen einer betrieblichen Ausbildung 19%, bei den AbsolventInnen einer schulischen Ausbildung sogar 31%. Insgesamt haben von den beruflich qualifizierten jungen Beschäftigten 20% mindestens einmal ein Praktikum gemacht.

Wir Jusos begrüßen zwar, dass sich das BMAS dem Missbrauch von Praktika annimmt. Die vom Ministerium eingeleiteten Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus; sie werden weitgehend ohne Wirkung bleiben. Wir haben gegen den Missbrauch von Praktika als reguläre Arbeitskräfte bereits auf dem Bundeskongress 2006 in Saarbrücken umfangreiche Forderungen beschlossen:

- Ein Praktikum darf nicht länger als drei Monate dauern;
- Jedes Praktikum von Menschen in Ausbildung ist mit mind. 300 Euro/Monat zu vergüten (Ausnahmen für „Schnupperpraktika“, die weniger als einen Monat dauern, können getroffen werden);
- Jedes Praktikum von AbsolventInnen einer Berufsausbildung oder eines Studiums ist mit mind. 600 Euro/Monat zu vergüten;
- Für jedes Praktikum wird ein Praktikumsvertrag abgeschlossen, in dem insbesondere Dauer, Vergütung, Arbeitszeit sowie Ausbildungsziele festgeschrieben werden;
- Nach dem Praktikum muss ein qualitatives Arbeitszeugnis ausgestellt werden. Dies beinhaltet mindestens: Dauer, Tätigkeitsfeld, Bewertung des Absolventen. ;
- Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitszeit etc. richtet sich nach den Regelungen für die im gleichen Betrieb beschäftigten ArbeitnehmerInnen;

- Die Einrichtung von Praktikumsstellen muss vom Betriebsrat bzw. Personalrat genehmigt werden;
- Eine Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gekoppelt an ein vorher zu absolvierendes Praktikum muss unterbunden werden; in der Regel sind solche Praktika nachträglich als reguläres Ausbildungs-/Beschäftigungsverhältnis zu bewerten.
- Wir erwarten, dass die SPD, ihre Gliederungen, Fraktionen und Abgeordneten PraktikantInnen nur nach den oben genannten Regeln beschäftigen. Der Parteivorstand gibt hierfür einen Leitfaden heraus.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass insbesondere eine gesetzlich festgeschriebene Befristung und Mindestvergütung von Praktika die wirkungsvollsten Maßnahmen gegen den Missbrauch von PraktikantInnen als reguläre Beschäftigte darstellen. Wir erwarten vom SPD-geführten Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dass es noch in dieser Wahlperiode eine entsprechende Initiative ergreift.

Erwerbstätige Menschen wünschen sich sichere Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen sowie Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in ihrer Tätigkeit. Wir Jusos wollen uns politisch dafür einsetzen, dass diese berechtigten Ansprüche der Beschäftigten erfüllt werden. Jeder Mensch hat das Recht auf gute Arbeit. Insbesondere junge Menschen müssen auf eine sichere Perspektive und garantierte Entwicklungsmöglichkeiten bauen können. Die Gewerkschaften und die betriebliche Mitbestimmung sind in vielen Bereichen nicht mehr alleine in der Lage, für alle Beschäftigten menschenwürdige Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Deshalb fordern wir politische Regulierung für die unterschiedlichen Bereiche prekärer Beschäftigung ein und setzen uns für die Umsetzung unserer Positionen ein.

A11 - BZ Nord-NDS

Keine Spaltung in Beschäftigte erster und zweiter Klasse

Hintergrund:

Keine Branche wächst derzeit so schnell wie die Leiharbeit. Etwa die Hälfte aller neu geschaffenen Stellen im Jahr 2006 ist in diesem Bereich entstanden.

Flexible Beschäftigungsform oder Notlage des Normalarbeitsverhältnisses? Diese Frage kommt bei dem Thema Leiharbeit ganz schnell auf. Politik und Wirtschaft propagierten „Zeitarbeit“ in den letzten Jahren immer wieder als das Mittel um Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen. Seit 1972 ist Leiharbeit in Deutschland gesetzlich geregelt. Eine große Mehrheit vor allem in den großen Industriegewerkschaften war sich über lange Zeit einig in der Weigerung, Tarifverträge mit der Leiharbeitsbranche abzuschließen. Es sollte keine Abweichung von den erkämpften Standards abgeschlossen werden. Man befürchtete, damit eben jene Unternehmensstrategien zu stärken, die darauf zielen, reguläre Festanstellungen zugunsten von Leiharbeitskräften zurückzudrängen und die Kernbelegschaften immer mehr unter Druck zu setzen. Genauso wenig wollte man dazu beitragen, Belegschaften durch den Einsatz von Leiharbeitern zu fragmentieren und damit das zentrale gewerkschaftliche Druckmittel Streik zu gefährden. Die gewerkschaftliche Ablehnung hat denn auch über lange Zeit in etlichen Betrieben Leiharbeit erschwert. Zunächst in Übereinstimmung mit Parteien, staatlicher Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht war Leiharbeit nicht nur bei Gewerkschaften verpönt, sondern auch politisch unerwünscht. Bis 1967 war sie gänzlich verboten, um dann 1972 im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz streng reglementiert erlaubt zu werden. Seitdem sind die Schutzbestimmungen des Gesetzes auf Betreiben von Branche und entleihenden Unternehmen sukzessive gelockert und abgebaut worden.

Seit 1990 nehmen Gewerkschaften und SPD eine pragmatische Haltung gegenüber der Leiharbeit ein. Unternehmen suchen zunehmend jenseits des Normalarbeitsverhältnisses nach Flexibilisierungsmöglichkeiten, um z.B. auf Veränderungen im Arbeitsvolumen reagieren zu können. Der Einsatz von Leiharbeitskräften erspart den produzierenden Unternehmen aufwändige Such- und Entlassungskosten. Das Beschäftigungsverhältnis hat allerdings eine ganz besondere Charakteristik. Der Arbeitsplatz befindet sich im Entleihbetrieb. Die geleistete Arbeitskraft ist also faktisch an die Einheit „Entleihbetrieb“ gebunden. Die Entlohnung und das soziale Gefüge der KollegInnen sind dem/r Betroffenen aber nur schwer zugänglich, denn der Arbeitgeber ist die Verleihfirma. Von dieser Art der Beschäftigung verspricht man sich eine

höhere Flexibilität der Unternehmen. Die Handlungskontexte von Beschäftigten in solchen atypischen Arbeitsformen erreichen eine neue Qualität; Unsicherheitszonen vergrößern sich in hohem Maße, Arbeitsqualität, Entlohnung und Sozialintegration sind Faktoren auf die kein Einfluss mehr genommen werden kann. Eine Integration oder Teilhabe an Entscheidungsprozessen kann nicht stattfinden. Mitbestimmung ist hier gar nicht erst möglich. Grundsätzlich gilt die Mitbestimmung nach BetrVG, für Beschäftigte der Verleihbranche erweist sich die Wahl eines Interessenvertreters als schwierig, da die Arbeit ausschließlich in anderen Firmen geleistet wird und die Branche außerdem von einer hohen personellen Fluktuation geprägt ist. Somit entfremdet sich der/die Arbeiter/in nicht nur von dem Produkt, sondern zunehmend von der Arbeitsleistung im Allgemeinen. Die einzige Größe die zwar versucht wird zu beeinflussen, jedoch von der einzelnen Person abhängig ist, ist die Arbeitskraft. Die Faktoren Zeit und Qualität werden von dem zuständigen Weisungsbefugten (Entleiher) festgelegt, oft auch ohne Wissen seines Überlassungsvertragspartners. Dieser hat weder den Einblick in die Arbeit noch Möglichkeiten, über das AÜG hinaus, Einfluss zu nehmen.

In Zeiten der beschleunigten und finanzgetriebenen Kapitalentwicklung hat sich die Flexibilität zum Schlüsselwort für das betriebliche Überleben hervorgetan. Politik und Wirtschaft sahen sich gezwungen mehr Druck auf den Arbeitsmarkt auszuüben und begannen zahlreiche Reformen. Doch Flexibilisierung von Arbeit ist nicht notwendigerweise immer und für alle Beteiligten ein positiver Prozess. Zuletzt hatten die rot-grüne Bundesregierung mit der Hartz-Kommission Leiharbeit auch mit dem Instrument „Personal Service Agentur“ (PSA) zentralen Stellenwert für die Arbeitsmarkt-Reformen zugewiesen. Nachdem die PSA nicht den vom SPD Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement versprochenen Effekt gebracht haben, kann dieser Versuch als gescheitert betrachtet werden. Mit Hilfe „vermittlungsorientierter Leiharbeit einen größeren Teil der Arbeitslosen wieder in Dauerbeschäftigung zu bringen“, ist nicht gelungen. Wesentliche Schutzbestimmungen wie Begrenzung der Überlassungshöchstdauer, Befristungsverbot, Wiedereinstellungsverbot, Synchronisationsverbot wurden gestrichen. Mit dem Misserfolg der Personal Service Agenturen ist aber nur die von der Arbeitsmarktpolitik geförderte Variante der Leiharbeit gescheitert. Als Branche insgesamt erlebt sie seit Jahren einen enormen Aufschwung, der zunächst als Zuwachs von Arbeitsplätzen auf allen Seiten Beifall finden könnte. Erst ein zweiter, kritischerer Blick gibt Aufschluss über die Gründe für diesen Boom.

Schon die Bezeichnung an sich ist umstritten. Der Begriff „Zeitarbeit“ wird von der Branche selbst favorisiert. Er klingt modern und wird mit Flexibilität verbunden. Die Gewerkschaften sprechen dagegen von „Leiharbeit“. Der Begriff beinhaltet schon eine Kritik, indem verdeutlicht wird, dass hier Menschen wie Dinge verliehen werden. Flexibilität durch Leiharbeit ist für die Arbeitskräfte in aller Regel erzwungene Anpassung. In der Betriebswirtschaftslehre wird auch der Begriff „Personal-Leasing“ verwendet. Hier steht eine Flexibilisierung der Kosten im

Vordergrund der Betrachtung, wie bei den anderen Produktionsfaktoren auch. Der juristische Begriff schließlich lautet „Arbeitnehmerüberlassung“. Er kennzeichnet das Dreiecksverhältnis zwischen dem Arbeitgeber, der hier als Verleiher auftritt, indem er seine ArbeitnehmerInnen einem Dritten, dem Entleiher, für eine bestimmte Zeit überlässt. Diese Überlassung wird in einem Überlassungsvertrag geregelt. Die Leiharbeitskraft bleibt beim Verleihunternehmen beschäftigt, unterliegt aber für die Zeit des Einsatzes dem Direktionsrecht der Entleihfirma. Dabei gilt das Betriebsverfassungsgesetz auch für die LeiharbeiterInnen, nach drei Monaten Einsatz bekommen sie automatisch auch ein aktives Wahlrecht im Entleihbetrieb.

Aktuelle und historische Entwicklung

Derzeit sind rund 2,4% der sozialversicherungspflichtigen Jobs Leiharbeitsverhältnisse. Das klingt nicht viel. Wenn man sich allerdings den Anstieg der Leiharbeit in der Gesamtwirtschaft ansieht, wird schnell klar, dass Handlungsbedarf besteht. Mitte Juni 2007 gab es laut Bundesagentur für Arbeit rund 731.000 LeiharbeiterInnen. Der Maschinenbau, eine Branche die zur Zeit konjunkturell boomt, führt diese Bilanz mit 58.000 Leiharbeitskräften an. Von 2005 bis 2006 stieg die Zahl der Leiharbeiter um 34%. Und von Mitte 2006 bis Mitte 2007 legte sie noch mal um über 20% zu. Aber auch der Einsatzbereich hat sich in geringem Maße verschoben. LeiharbeiterInnen werden weiterhin tendenziell in Großbetrieben eingesetzt. Während sie früher aber fast ausschließlich im Fertigungsbereich eingesetzt wurden, finden sich die Arbeitsplätze auch in Verwaltungen und im Ingenieurwesen wieder. Doch wofür werden sie letztendlich eingestellt? Auf die Frage, mit welchen Mitteln sie auf Auslastungsschwankungen reagieren, gaben die meisten Unternehmen Überstunden, Arbeitszeitkonten, Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung und befristete Arbeitsverträge an. Erst an sechster Stelle wird Leiharbeit genannt. In der Praxis fügt sich die Form der Leiharbeit jedoch hervorragend in die üblich genannten Flexibilisierungsmaßnahmen ein.

Es ist jedoch unschwer nachvollziehbar, dass aus gewerkschaftlicher Perspektive nicht in die Loblieder der Branche eingestimmt wird. Skeptisch muss man gegenüber dem Versprechen neoliberaler Arbeitsmarktpolitik, Leiharbeit für viele Arbeitslose zur Brücke in eine Festanstellung mit Langfristperspektive zu machen, bleiben. In einer sich neu formierenden Welt mit oft prekärer Arbeit bleibt es nicht aus sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Das Bild von Arbeit und Bedingungen an diese hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark gewandelt. Wachsender Wohlstand für den Großteil der Beschäftigten und ein ausgebautes Sozialsystem mit hohen Standards entwickeln sich langsam zur Geschichte. Dieses scheinbar unerschütterliche „Modell Deutschland“ mit seinem sozialen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit zeigt seit geraumer Zeit Risse, die fortwährende Massenarbeitslosigkeit in Zeiten der Globalisierung hat den „Rheinischen Kapitalismus“ zu mindestens in Frage gestellt. Die

über Jahre erkämpften Rechte und Standards der abhängig Beschäftigten sind bedroht. Gründe und Interessen für solche Umwälzungen sind benennbar: Arbeitsmärkte werden durch globalisierte Finanzregime, die Kapital in Internet-Geschwindigkeit global flüssig halten, für Produktion und Absatz weltweit mobilisiert und gegeneinander in Stellung gebracht, Standortentscheidungen werden in ungekannter Schnelligkeit für nahezu beliebige Orte auf dem Globus getroffen und bei Aussicht auf noch höhere Rendite auch wieder verworfen. Zeigen nationale, regionale oder lokale Arbeitsmärkte nicht die geforderte Kombination profitabler Merkmale, sehen sie sich vom Entzug der jeweiligen Arbeitsplätze, d.h. dem Abzug des Kapitals bedroht (vgl. Bochum: Opel, Nürnberg: AEG usw.). Standorte und ihre Belegschaften werden erpressbar, der Druck auf bislang gesichert scheinende Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen wächst, Standortsicherungen oder Beschäftigungsgarantien lassen sich – wenn überhaupt – nur noch befristet für Kernbelegschaften erreichen. Jedwede Form der Flexibilisierung wird zur Voraussetzung für den Verbleib der Arbeitsplätze. Angst wirkt disziplinierend und lässt auch merklich geringere Bezahlung, weniger Absicherung und schlechtere Arbeitsbedingungen noch akzeptabel erscheinen. So wirkt Prekarisierung auf das ganze Gefüge von Beschäftigung. Entscheidend für das nach wie vor schlechte Bild von Leiharbeit ist die prekäre Wirklichkeit dieser Arbeitsverhältnisse. Daran haben auch die Tarifverträge nichts geändert. Gerade in den letzten Jahren, seit mit dem verschärften Druck auf Arbeitslose die Devise „jede Arbeit ist besser als keine“ durchgesetzt wurde, haben sich die Bedingungen im Bereich gewerblicher Leiharbeit für Geringqualifizierte stark verschlechtert. Aus der in Brüssel seit langem diskutierten EU Richtlinie wurden die Grundsätze „equal pay / equal treatment“ für LeiharbeiterInnen in die Neufassung des AÜG übernommen, wonach LeiharbeiterInnen zu gleichen Bedingungen beschäftigt werden sollen wie die ArbeitnehmerInnen im jeweiligen Entleihbetrieb. Was wie die Erfüllung aller gewerkschaftlichen Forderungen aussah und auch entsprechend in die Medien lanciert wurde, erwies sich jedoch als schöner Schein, denn das Gesetz gestattete zugleich, per Tarifvertrag von diesen Prinzipien abzuweichen. Als erster nutzte ein regionaler Leiharbeitgeber-Verband die neuen Möglichkeiten und schloss einen Tarifvertrag zu äußerst schlechten Bedingungen mit der „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen“ ab. Somit gerieten die DGB-Gewerkschaften in Zugzwang. Damit nicht auch alle anderen Arbeitgeber diesem Tarifvertrag beiträten, mussten sie selbst aktiv werden und in Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden eintreten. Nach einer solchen Vorlage war es natürlich sehr schwer überhaupt noch einen besseren Abschluss organisieren zu können. Mit den Branchenverbänden BZA (große Leiharbeitsunternehmen) bzw. dem IGZ (mittelständisch) saßen auf der anderen Seite des Tisches Interessen, denen der schwache gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit die geringe Durchsetzungsmacht der DGB-Tarifgemeinschaft in der Leiharbeit nicht unbekannt waren. Nach einigem Vorgeplänkel, bei dem die ungleichen Kräfteverhältnisse schon deutlich wurden, schloss die

Tarifgemeinschaft der DGB-Gewerkschaften im Mai 2003 einen Tarifvertrag mit dem IGZ ab, im Juni 2003 mit dem BZA.

Somit gab es eine flächendeckende Standardisierung der Arbeitsentgelte und anderer Arbeitsbedingungen im Sektor Leiharbeit. Des Weiteren wurde aber die tendenzielle Benachteiligung der Leiharbeitskräfte festgelegt. Es gibt zwar hin und wieder Verleihfirmen, die über den üblichen Tarif zahlen, allerdings bedeuteten die abgeschlossenen Verträge eine Festlegung der Lohnungleichheit von Stammbeschaft und Leiharbeitskräften. Der Einstiegslohn der untersten Lohngruppe im Leiharbeitsbereich ist wenig existenzsichernd. Der Tarifvertrag zwischen dem christlichen Gewerkschaftsbund und der mittelständischen Vereinigung der Zeitarbeitsfirmen für Ostdeutschland sieht einen Lohn von 5,60 Euro vor. Dies entspricht einem monatlichen Entgelt von rund 850 Euro. Der Tatbestand der Lohnarmut liegt nach Zahlen der IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) im Osten bei 1.034 Euro.

Ein politischer Einschnitt waren vor allem die Hartz-Reformen. Nie wurden seit der ersten Fassung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes 1972 die rechtlichen Grundlagen der Zeitarbeit so gravierend verändert wie mit der Novellierung 2003. In dieser Neufassung steckt eine neue Definition der arbeitsmarktpolitischen Funktion von Leiharbeit. Mit Inkrafttreten des derzeit gültigen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) zum 1.1.2003 entfielen wesentliche Beschränkungen der Leiharbeit. Mit ihnen hatte einerseits verhindert werden sollen, dass der Verleihbetrieb das unternehmerische Risiko auf die Leiharbeitskräfte abwälzt. Andererseits sollten Stammbeschaften davor geschützt werden, durch Leiharbeitskräfte ersetzt zu werden.

1. Die Beschränkung der Überlassungshöchstdauer (= Einsatzzeit beim Entleihbetrieb) wurde schrittweise verlängert: von 3 auf 6 Monate (ab 1985), von 6 auf 9 Monate (ab 1994), von 9 auf 12 Monate (ab 1997), von 12 auf 24 Monate (ab 2002). Ab 2003 gibt es keine Beschränkung mehr.
2. Das Befristungsverbot, mit dem befristete Beschäftigungsverhältnisse zwischen Verleiher und Leiharbeitskraft sowie Kettenarbeitsverträge untersagt waren, entfällt nun ebenfalls.
3. Das Wiedereinstellungsverbot, das es der Zeitarbeitsfirma untersagte, innerhalb von 3 Monaten nach (durch Kündigung des Verleihers) beendetem Arbeitsverhältnis die Arbeitskraft wieder einzustellen, wird im neuen AÜG aufgehoben. Ursprünglich sollte damit gesichert werden, dass das Arbeitsverhältnis zum Verleiher den Arbeitseinsatz beim Entleiher überdauert.
4. Das Synchronisationsverbot, das es dem Verleiher untersagte, die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses mit der Leiharbeitskraft auf die Zeit der erstmaligen Überlassung an einen Entleiher zu beschränken, wird gestrichen.

Auch das gesetzliche Verbot von Wiederholungsbefristung greift nicht, da Leihfirmen nach Ablauf einer gewissen Pause oft die gleiche wieder einstellen.

Ausblick und Anforderungen

Nach Angaben des IAB wächst Leiharbeit rasant und vor allem in den Betrieben, in denen sie vorher schon intensiv genutzt wurde. Leiharbeit ist besonders im verarbeitenden Gewerbe und hier besonders in der Metallindustrie verbreitet. Der "Klebeffekt", also der Anteil der LeiharbeiterInnen, die in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, ist mit ca. 13 Prozent gering. Die Bundesregierung stellte in ihrem zehnten Bericht über Erfahrungen bei der Anwendung des AÜG fest; „dass es sich nicht immer um zusätzlich neue Arbeitsplätze handelt. Besonders bei Großbetrieben sind Tendenzen erkennbar, Stammpersonal durch Leiharbeitskräfte zu ersetzen. Zum Teil werden MitarbeiterInnen entlassen, um sie über hauseigene Verleihfirmen zumeist zu ungünstigeren Tarifbindungen in den alten Betrieb zurück zu entleihen“. Es konnten noch zahlreiche weitere Mängel festgestellt werden. „So führt der häufige Wechsel des Einsatzortes nicht selten zu Problemen bei der Erstattung von Fahrtkosten oder Verpflegungsmehraufwand.“ Zudem sind damit nicht nur zusätzliche körperliche, sondern auch soziale Belastungen verbunden, wie eine Integration im Entleihbetrieb bei kurzer Überlassungsdauer nicht stattfindet.

Die Europäischen Sozialpartnerverhandlungen zur Leiharbeit sind im Frühjahr 2001 gescheitert. Die Gewerkschaften hatten EU-weit von den Arbeitgebern gefordert, einen Gleichbehandlungsgrundsatz hinsichtlich der Entlohnung der Leiharbeiter in einer europäischen Sozialpartner-Vereinbarung anzuerkennen. Die Verhandlungen waren Ende März an der Weigerung der Arbeitgeber gescheitert, diesen Grundsatz anzuerkennen. Dabei war in 10 von 15 Mitgliedsstaaten der Union die Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmern mit den Beschäftigten im Einsatzbetrieb schon weitgehend in Gesetz oder Tarifvertrag verankert. Diesen Grundsatz als Mindeststandard auf europäischer Ebene festzuschreiben, hätte damit nur der bereits weitgehend gängigen Praxis in der Mehrzahl der europäischen Mitgliedstaaten entsprochen. Auch in Ländern mit liberalen Regelungen zur Arbeitnehmerüberlassung hat der Gleichbehandlungsgrundsatz hinsichtlich des Entgeltes meist einen festen Stellenwert.

Bereits 2002 hat die EU eine Richtlinie zum Schutz von Leiharbeitskräften vorgelegt. Die Länder konnten sich bis heute nicht auf gemeinsame Standards verständigen. Zuletzt scheiterte eine Einigung an Deutschland und Großbritannien im Dezember 2007. Dieser geänderte Vorschlag sah eine Umsetzungszeit von zwei Jahren, mit einer Überprüfung der Anwendung nach fünf Jahren vor. Das Argument der politischen Rechten, in Deutschland sei Leiharbeit viel strikter geregelt als in anderen EU-Staaten, trifft nicht zu. In den Niederlanden gibt es eine klare Regelung, dass überlassene ArbeitnehmerInnen so zu bezahlen sind wie vergleichbare Kräfte

im Einsatzunternehmen. Nach einem bestimmten Zeitraum ist die Leiharbeitsfirma dazu verpflichtet, den/die Arbeitnehmer/in dauerhaft zu beschäftigen.

Leiharbeit ist ein sinnvolles Instrument, wenn die Kernfunktionen beachtet werden. Zur Zeit ist dies noch eine besondere Art der Beschäftigung, die allerdings zahlreiche negative Begleiterscheinungen hat. Wir verlangen deshalb Nachbesserung und unterstützen den Gewerkschaftsrat in seinen Forderungen zur Arbeitnehmerüberlassung.

Equal Pay/Treatment

In vielen Unternehmen geht es beim Einsatz von Leiharbeit längst nicht mehr um die Abdeckung von Auftragsspitzen oder den Ausgleich saisonaler Auftragschwankungen, sondern um systematische Kostensenkung durch Lohndumping. Der Unterschied der Jahresgehälter zwischen Leiharbeitern und Stammbesetzung beträgt bis zu 20 000 Euro. Ein Beitrag zur privaten Altersvorsorge liegt nicht im Budget; Altersarmut ist vorprogrammiert. Nach Erhebungen des DGB im Rahmen des „Index Gute Arbeit“ ist die Gruppe der Geringverdiener unter Leiharbeitern wesentlich größer als unter Festangestellten. Rund 60 % der Leiharbeiter und fast 95 % der LeiharbeiterInnen verfügen über ein monatliches Bruttoeinkommen von weniger als 1500 Euro, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Unter Festangestellten verdienen nur 30 % der Männer und 48 % der Frauen ähnlich wenig. Auch der Urlaubsanspruch der Leiharbeitskräfte ist oftmals geringer.

Weiterbildung findet bei ArbeitnehmerInnen in atypischer Beschäftigung nur sehr wenig statt. Insgesamt kostet das Unternehmen eine Leiharbeitskraft wesentlich weniger als eine zusätzliche Facharbeitskraft. Dies erhöht den Druck auf die Stammbesetzung und löst damit eine Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen aus. Die Unterschiede in den Arbeitsbedingungen sind nicht auf betriebliche oder persönliche Merkmale, wie Qualifikation oder Alter, zurückzuführen, sind also unmittelbar mit dieser Art der Beschäftigung gekoppelt. Die Selbsteinschätzung gibt einen klaren Aufschluss über Arbeitsbedingungen. „Gute Arbeit“ gibt es nur für 2% der Leiharbeitskräfte und 56% bewerten sie schlicht als schlecht. Befristete Beschäftigte bewerten ihre Arbeit deutlich besser als Leiharbeitskräfte, obwohl sich auch hier im Vergleich zu unbefristet Beschäftigten ein negativer Gesamtindex herauskristallisiert.

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss so geändert werden, dass nach einer von den Tarifpartnern des Entleihbetriebes festzulegenden angemessenen Einarbeitungszeit für Leiharbeitnehmer die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für Stammarbeitskräfte. Von dieser Regel soll dann nicht mehr durch Tarifvertrag abgewichen werden können.

Gleichstellungsgrundsatz

Das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes gilt auch für ArbeitnehmerInnen! Wir akzeptieren keine Spaltung zwischen Stammebelegschaft und LeiharbeiterInnen. Weder bei Entgeltberechnung noch bei betrieblichen Leistungen wie Betriebsrente oder Weiterbildung. Der Gesetzgeber muss Klarheit bei den Gleichbehandlungsgrundsätzen von §9 Nr.2 AÜG herstellen. Eine betriebliche Abweichung darf nur unter Beachtung des Günstigkeitsprinzips erfolgen.

Verbot von Ablösesummen und Zeitlimits

Es ist sicherzustellen, dass Leihbeschäftigte jederzeit von einem entleihenden Betrieb in die Stammebelegschaft übernommen werden können. Ablösesummen oder Zeitlimits durch das Verleihunternehmen sind daher strikt zu verbieten

Maximale Verleihzeit

Die Überlassung von ArbeitnehmerInnen muss wieder befristet werden. Heute ist es möglich, reguläre Arbeitsplätze unbefristet durch Leiharbeit zu ersetzen. Dies wird dem eigentlichen Sinn von Leiharbeit, der Abfederung von Produktionsspitzen, aber nicht gerecht. In diesem Zusammenhang muss ebenso die Möglichkeit geschaffen werden, dass LeiharbeiterInnen bei einer Überschreitung der Fristen das Recht auf eine Festanstellung bekommen.

Quotenregelung

Forderungen der Gewerkschaft nach einer Höchstquote für LeiharbeiterInnen in einer Belegschaft müssen politisch unterstützt werden. Für kleine und mittlere Betriebe sind Ausnahmeregelungen zu finden. In jedem achten Betrieb, der Leiharbeit nutzt, sind bereits mehr als 20% der Beschäftigten Leiharbeitskräfte. (Stand 02.08)

Synchronisations-, Befristungs- und Wiedereinstellungsverbot

Leiharbeitsunternehmen müssen verpflichtet sein ArbeitnehmerInnen dauerhaft zu beschäftigen und nicht das Arbeitsverhältnis an die Dauer des Verleihvertrages zu koppeln oder den gleichen Arbeiter nach einer Flautezeit wieder einzustellen. Es liegt in der Natur der Sache, dass es eine Nichteinsatzzeit für den Arbeitnehmer gibt. Dieses Risiko darf nach § 11 Abs.4 AÜG auch nicht auf den Arbeitnehmer umgeschichtet werden. Die Überbrückungskosten sind Bestandteil des Verrechnungssatzes mit den Entleihbetrieben.

Mindestlohn im Arbeitnehmerentsendegesetz (auch für ausländische Betriebe)

Die Leiharbeitsbranche muss in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aufgenommen werden. Ziel ist die Allgemeinverbindlicherklärung des existierenden Mindestlohn-Tarifvertrages, der zwischen den Tarifvertragsparteien abgeschlossen wurde. Am 30. Mai 2006 hat die Tarifgemeinschaft des DGB mit BZA und IGZ einen Mindestlohntarifvertrag abgeschlossen. Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz durch Dumpingabschlüsse der so genannten christlichen Gewerkschaften und der sich abzeichnenden Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU ist eine untere Grenze der Entlohnung unabdingbar. Der Mindestlohntarifvertrag kann jedoch erst wirken (auch für ausländische Leiharbeitsbetriebe), wenn die Leiharbeitsbranche in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aufgenommen wird.

Grundsätzlich fordern wir die Einführung eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohns, der dann auch für die Leiharbeitsbranche gilt.

Mitbestimmung

Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats in den Entleihbetrieben müssen gestärkt werden, insbesondere bezüglich der Kontrolle eines ordnungsgemäßen Einsatzes der LeiharbeiterInnen und des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit im Betrieb. Dem Entleiherbetriebsrat muss bei Verstößen des Verleihers gegen Bestimmungen des AÜG, gegen § 9 Nr. 2 und beim Einsatz auf Stammarbeitsplätzen, ein Zustimmungsverweigerungsrecht nach § 99 Abs. 2 BetrVG eingeräumt werden.. Denn wenn im Betrieb ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis möglich ist muss dies bevorzugt in Betracht gezogen werden. Daneben ist § 14 AÜG dahin zu ergänzen, dass bei Betriebsvereinbarungen im Entleiherbetrieb zwingend das Günstigkeitsprinzip gelten muss. Des Weiteren muss die Anzahl der Leiharbeitskräfte zur Mandatsberechnung des Betriebsrates des Entleihunternehmens zählen, denn Betriebsräte sind für alle ArbeiterInnen in ihrem Unternehmen zuständig.

Bei hoher Fluktuation von LeiharbeiterInnen im Betrieb könnte die Berechnung der Betriebsratsgröße über die Zugrundelegung des jährlichen Durchschnitts geschehen.

Weiterbildung für LeiharbeiterInnen

Leiharbeitsfirmen sollen über eine Lohnsummenumlage zur Finanzierung eines Weiterbildungsfonds für Leiharbeiter herangezogen werden. Vorbilder sind die Niederlande, Italien, Spanien, Portugal und Frankreich.

Außerdem fordern wir eine grundsätzliche Neubestimmung der Begriffe „Betriebszugehörigkeit“ und „ArbeitnehmerInnen“. Durch Leiharbeit dürfen keine originären Rechte von ArbeitnehmerInnen ausgehöhlt oder abgeschwächt werden. Deshalb muss der Einsatz von Leiharbeit in bestreikten Betrieben verboten sein.

Arbeitsschutz

Auch im Bereich des Arbeitsschutzes besteht Nachholbedarf. So zeigt eine Untersuchung, dass über 60 % der LeiharbeiterInnen Lärm ausgesetzt waren, doppelt so viele wie bei den Stammbeschäftigte. So wird Arbeits- und Gesundheitsschutz oft vernachlässigt, obwohl die Tätigkeiten der LeiharbeiterInnen im Durchschnitt belastender sind. Regelmäßige arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen finden fast gar nicht statt. 58 % werden nicht einmal über Gefährdungs- und Schutzmaßnahmen informiert. 35 % bekommen eine mangelhafte Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt. Von der Bundesregierung wurde festgestellt: „Leiharbeiter sind erfahrungsgemäß wegen der häufig wechselnden Arbeitsplätze, den damit zwangsläufig verbundenen unterschiedlichen Arbeitsanforderungen und veränderten Arbeitsabläufen einer höheren Gefährdung ausgesetzt als die Arbeitnehmer, die regelmäßig an ihnen bekannten Einsatzorten arbeiten. Dies erfordert höhere Anstrengungen bei der Umsetzung des Arbeitsschutzes.“ Da der Arbeitgeber für den Schutz zuständig ist, aber das Entleihunternehmen die Arbeitsbedingungen festlegt, können sich Forderungen nur an beide Vertragspartner richten.

B

Bildungs- und Forschungspolitik

B 1 – Bundesvorstand

Bildung: Gerecht und Gut!

Die Bundesregierung veranstaltet dieses Jahr am 22. Oktober einen groß angekündigten „Qualifizierungsgipfel“ in Dresden. Mit diesem inszenierten Event versucht Bundesbildungsministerin öffentlichkeitswirksam die magere Bilanz ihrer Amtszeit zu verdecken.

Bildungspolitisch hat die große Koalition wenig Konkretes vorzuweisen. Die wenigen positiven Initiativen mussten von der SPD gegenüber der Union hart durchgesetzt werden. Trotz Kanzlerinnen-Reden über die „Bildungsrepublik“ – die gravierenden Mängel des Bildungssystems werden von dieser Bundesregierung nicht angegangen. Im Vorfeld des Qualifizierungsgipfels ist für uns Jusos der Zeitpunkt gekommen, die bildungspolitische Regierungspolitik zu beurteilen.

Bildung in Deutschland aktuell

Der Bildungsbericht der Bundesregierung 2008 hat wieder einmal gezeigt: Das Bildungssystem in Deutschland ist hochgradig sozial selektiv und qualitativ schlecht. Diese lange bekannte Gewissheit wird mit jedem Bildungsbericht aufs Neue bestätigt. Doch das Problem wird nicht durch Wegsehen gelöst. Deshalb ist es in einem ersten Schritt wichtig, die Fakten genauer zu betrachten.

- Trotz der Investition von Milliarden im Bereich der frühkindlichen Bildung stehen in den westdeutschen Bundesländern noch immer nicht ausreichend Plätze zur Verfügung. Die Versorgungsquote liegt (in Westdeutschland) nur bei mageren 10%.
- Das gegliederte Schulsystem führt bei viel zu vielen Schülerinnen und Schülern zu Perspektivlosigkeit. Insbesondere der Hauptschulabschluss ist kaum geeignet, jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Außerdem verlassen noch immer viel zu viele SchulabgängerInnen die Hauptschule ohne Abschluss. 2006 waren es rund 76000.

- Rund ein Viertel der SchulabgängerInnen stecken in sinnlosen und überflüssigen Warteschleifen. Diese wirken demotivierend und führen zu meist zu keinem qualifizierenden Schul- und Berufsabschluss. Die Zahl der StudienanfängerInnen steigt trotz steigender Anzahl der Studienberechtigten nicht. Ursache hierfür sind flächendeckende Zulassungsbeschränkungen als Folge zu geringer Studienkapazitäten. Zusätzlich verstärkt wird diese Entwicklung durch die abschreckende Wirkung allgemeiner Studiengebühren, wie sie in den unionsgeführten Ländern eingeführt worden sind.
- Nur ein Prozent der zugelassenen Studierenden haben ihre Hochschulzugangsberechtigung über eine berufliche Bildung erworben, obwohl es in jedem Bundesland unterschiedlich ausgestaltete Verfahren gibt, durch das auch beruflich Gebildeten die Aufnahme eines Studiums ermöglicht wird. Dies zeigt: Durchlässigkeit ist faktisch nicht vorhanden.
- Die Weiterbildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit aber auch der Wirtschaft sinken seit Jahren.

Diese Zahlen sind Kennzeichen eines schlecht funktionierenden Systems. So abstrakt diese Zahlen auch klingen mögen, was sie bedeuten ist dramatisch. Das sozial selektive und qualitativ schlechte Bildungssystem zerstört in Deutschland jedes Jahr die Perspektive von tausenden jungen Menschen. Auch ihnen werden viele Chancen verbaut. Bildung verkommt zu einem knappen Gut. Bildung als Möglichkeit zur Emanzipation, Bildung als Selbstzweck verliert immer mehr an Bedeutung und wird sogar belächelt. Wir Jusos wissen: dies ist falsch. Ohne eine qualitativ hochwertige Bildung für alle, ohne einen Stopp der sozialen Selektivität werden Perspektiven zerstört und Bildung wird nur noch als Voraussetzung zum Nachgehen einer anspruchsvolleren Erwerbstätigkeit angesehen. Dies beeinträchtigt nicht nur das einzelne Individuum, sondern wirkt negativ auf die gesamte Gesellschaft: Denn eine Gesellschaft, in der Bildung nur noch als Qualifikation begriffen wird, aber selbst im Hinblick auf diesen Aspekt nicht funktioniert, verliert die Fähigkeit zur kritischen Reflexion und stumpft ab.

Nicht labern! Handeln!

Über die Bewertung des Bildungssystems herrscht bei allen relevanten politischen Akteuren weitgehende Einigkeit: Das Bildungssystem ist schlecht und bedarf dringend Verbesserungen. Alle wesentlichen politischen Akteure, auch die Union unter Führung von Angela Merkel, bekennen sich zur Notwendigkeit einer solchen Verbesserung und werden deshalb bildungspolitisch aktiv.

Als Antwort auf die bestehenden Probleme im Bildungssystem geht Angela Merkel auf „Bildungsreise“, um dann anschließend im Herbst einen „Qualifizierungsgipfel“ abzuhalten und eine „Bildungsrepublik Deutschland“ zu fordern. Bisher fiel Angela Merkel vor allem dadurch auf, dass sie sich verbal politischen Themen verschrieb und auf die besondere Bedeutung aufmerksam machte, dann gut aussehende Bilder produzierte, um dann das Thema unvollendet schnell wieder fallen zu lassen. Vor diesem Hintergrund lässt sich schnell erahnen, welche Konsequenzen die Aktivitäten der Kanzlerin auch dieses Mal nur entfalten werden.

Doch die Aktivitäten der Union sind nicht nur heuchlerisch und unehrlich. Bei der Betrachtung der Aktivitäten in einzelnen bildungspolitischen Bereichen wird schnell klar, dass die derzeitige Bildungspolitik nicht dazu geeignet ist, die Bildungssituation nachhaltig zu verbessern. Stattdessen drohen durch sie eher die Ungerechtigkeiten im Bildungssystem verfestigt zu werden.

Bildungskompetenzen für den Bund

Die Union war es, die in den zähen Verhandlungen im Vorfeld der Föderalismusreform I, massiv den Abbau von Bildungskompetenzen für den Bund gefordert hat. Nachdem sich die SPD weigerte, diesen Schritt mitzugehen, hat die Union das gesamte Projekt blockiert und es so schließlich doch geschafft, ihren parteipolitischen Kopf durchzusetzen. Bei den letzten verbliebenen (schwachen) Kompetenzen des Bundes, der Kompetenz zur Regelung der Studienabschlüsse und Hochschulzugänge¹, sperrt sich die Union ebenfalls. Die SPD will einheitliche Studienabschlüsse und Hochschulzugänge, die Union möchte diese Bundeskompetenz nicht gebrauchen. Diese Aspekte müssen bei der Bewertung der bildungspolitischen Aktivitäten der Kanzlerin mitberücksichtigt werden. Ihre Partei möchte keine gemeinsamen Kraftanstrengungen des Bundes und aller Bundesländer. Die Bundesländer werden darin unterstützt – allein, damit sich die einzelnen Landesregierungen profilieren können - ihr eigenes Bildungs-Süppchen zu kochen. Es ist daher schlicht unehrlich und heuchlerisch, wenn Frau Merkel nun mit großen Worten nun in diesem Politikfeld verbal aktiv wird.

Solange dies nicht geschehen ist, fordern wir Jusos einheitliche Schul- und Studienabschlüsse, in welchen die bundesweite Vergleichbarkeit gewährleistet ist. Auch wenn die Bildungskompetenzen bei den Ländern liegen, darf dies auf keinen Fall einen Unterschied in den Anforderungen der Schulen und Universitäten zur Folge haben.

¹ Eine „Abweichungskompetenz“, d.h. der Bund kann eine einheitliche Regelung erlassen, die Länder können aber ein abweichendes Gesetz erlassen.

Bildungspolitik für alle, nicht nur für eine Elite!

Das bildungspolitische Grundverständnis der Union ist vor allem auf die Förderung von Eliten ausgerichtet. Deutlich wird dies – neben zahlreichen verbalen Bekundungen – auch am Beispiel Studienfinanzierung: Nachdem die Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan, die zu Amtsantritt das BAföG als „Auslaufmodell“ bezeichnete, im Jahr 2007 noch eine Niederlage erlitt, als die SPD die Erhöhung der BAföG-Sätze durchsetzen konnte, verwirklicht sie aktuell wieder stärker ihre eigenen bildungspolitischen Vorstellungen. Feilschte sie bei den Verhandlungen über die BAföG-Erhöhung noch um jede Million, die den förderungsbedürftigen Studierenden nicht (!) zur Verfügung gestellt werden sollte, waren und sind für die Förderung von so genannten „Begabten“ kontinuierliche Erhöhungen der finanziellen Mittel problemlos möglich. So wurde die Anzahl der mit einem Stipendium geförderten Studierenden zwischen 2005 (11.000 StipendiatInnen) und 2008 (16.400) um ca. 50% erhöht. Für die Förderung einiger weniger werden also umfangreiche Mittel bereitgestellt, während ein Großteil der jungen Menschen, die ein Studium beginnen wollen oder bereits studieren, auf Einkünfte aus Nebenjobs angewiesen sind, weil das BAföG nicht ausreicht oder vermutlich aus finanziellen Gründen zunächst einmal überhaupt kein Studium aufnehmen. Gleichzeitig haben die unionsregierten Länder erhebliche neue finanzielle Belastungen durch die Einführung von Studiengebühren verursacht. Dies alles führt dazu, dass Bildung immer stärker den ohnehin schon Privilegierten vorbehalten bleibt.

Die SPD unterstützt diesen Trend der Elitenförderung. Zwar sieht sie die Förderung von Eliten nicht als alleinentscheidend an und kämpft parallel (siehe die letzte BAföG-Erhöhung) auch für die Förderung von sozial Schwächeren. Sie unterstützt aber genauso alle Programme zur „Spitzenförderung“. Wir JUSOS fordern einen verbindlichen Rechtsanspruch auf Studienfinanzierung für alle, weg von einem elitären Stipendienmodell. Es gibt keine Eliten, sondern nur Leute, die von besonders günstigen Umständen (frühe Förderung, kulturelles Kapital usw.) profitieren. Wir wollen, dass alle gleichermaßen Zugang zu guter Bildung erhalten.

Frühkindliche Bildung ausbauen!

Eine frühzeitige Förderung von Kindern fördert ihre Zukunftschancen, ihre Integration und sorgt für eine langfristige Sicherung der Gleichstellung. Durch eine qualitativ hochwertige vorschulische Bildung und durch soziales Lernen in Kindertageseinrichtungen können außerdem unterschiedliche Voraussetzungen der Kinder, die durch unterschiedliche soziale Familienhintergründe bedingt sind, ausgeglichen werden. Zudem wirkt sich ein Ausbau der

frühkindlichen Bildung positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auf die Beschäftigung aus.

Die Union pflegt bei der Frage der Kinderbetreuung noch immer ihr traditionelles Familienverständnis. Zwar war es verhältnismäßig fortschrittlich, dass sich die Familienministerin der Union, Ursula von der Leyen, für einen Ausbau der Betreuungsplätze von Kindern unter 3 Jahren einsetzte, bei der Diskussion um das Elterngeld zeigte sich jedoch, dass die Union ihre traditionellen Rollenvorstellungen nicht überwunden hat, indem sie sich einer Einführung von „Partnermonaten“, die einen Anreiz für die Betreuung von Kindern durch beide Elternteile bedeutete, widersetzte. Dass jedoch überhaupt die Grundbereitschaft besteht, die frühkindliche Bildung zu verbessern, ist eine begrüßenswerte Entwicklung. Die SPD setzt sich ebenfalls sehr massiv für den Ausbau der frühkindlichen Bildung ein. Gegen den Widerstand der Union konnten sie einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr ab dem Jahr 2013 durchsetzen. Dies führt zu einem massiven Ausbau der Betreuungskapazitäten.

Wir Jusos begrüßen diese erfreuliche Entwicklung. Sie geht uns aber nicht weit genug. Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung gilt: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, wir fordern deshalb eine vollständige Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten und Kindergärten. Im Übrigen kommt es für uns nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität der Bildung an. Hier fordern wir insbesondere eine bessere Ausbildung der ErzieherInnen. Für uns ist zudem klar: Wenn man durch eine frühe Förderung unterschiedliche Voraussetzungen ausgleichen will, darf Kinderbetreuung nicht nur freiwillig stattfinden. Wir fordern deshalb einen verpflichtenden Kindergartenbesuch ab dem dritten Lebensjahr.

Die Gliedrigkeit des Schulsystems auflösen: Für die Gemeinschaftsschule!

Die Aufteilung der GrundschülerInnen nach der vierten bzw. nach der sechsten Klasse auf die verschiedenen Schulformen ist eine der wesentlichsten Selektionsstufen im deutschen Bildungssystem. Der Bildungsweg der SchülerInnen wird bereits in einem Alter festgelegt, in dem sie noch stark von der Erziehung durch die Eltern geprägt sind. Die Kinder von Eltern, mit eher geringer Bildung und wenig Einkommen, haben es damit deutlich schwerer, Zugang zu höherer Bildung durch eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als Kinder aus bildungsnäheren und einkommensstärkeren Familien. Damit reproduziert das mehrgliedrige Schulsystem gesellschaftliche Ungleichheiten immer wieder aufs Neue. Mit der Einführung der Gesamtschule ist in einigen Bundesländern ein erster Einbruch in das dreigliedrige Schulsystem gelungen. In der Folge hat sich die Bildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund und bildungsfernen Milieus erhöht.

Die Konservativen halten weiterhin an einem gegliederten Schulsystem fest. Eine Einteilung junger Menschen auf Haupt- und Realschulen, Gymnasien für Privilegierte und Sonderschulen entspricht einem elitären Weltbild. Die aus dieser Differenzierung entstehenden gesellschaftlichen Strukturen sollen bewusst beibehalten und nicht aufgelöst werden. Eine solche Politik zielt bewusst darauf ab, Menschen vom Zugang zu höherer Bildung abzuhalten und ist inakzeptabel.

Die SPD kämpft für die Einführung der Gemeinschaftsschule. Aber auch die Chancen, die sich aus einer solchen richtigen Politik eröffnen, die nebenbei auch bei der Bevölkerung immer mehr Sympathie erhält, werden durch Inkonsequenz und Unehrlichkeit vertan. Zunächst ist in diesem Zusammenhang die Tatsache zu nennen, dass die SPD nicht offensiv genug für diese Politik eintritt. Stattdessen wirkt es mitunter so, als wolle sie diese Forderung durch umschreibende Formulierungen wie „Eine Schule für alle!“ kaschieren. Viel schlimmer noch ist, dass die SPD ihre Politik da, wo sie es könnte, nicht umsetzt. In Berlin hätte sie die Möglichkeit zusammen mit der Linkspartei die Gemeinschaftsschule einzuführen, in Rheinland-Pfalz könnte sie es sogar alleine. Geschehen ist in beiden Ländern zu wenig. Diese Unehrlichkeit und Inkonsequenz führt – nicht zu Unrecht – zu massiver Unglaubwürdigkeit. Besonders kritikwürdig sind Bestrebungen, innerhalb entgegen den Beschlüssen des Hamburger Parteitag es ein zweigliedriges System zu etablieren.

Wir Jusos wollen diese soziale Selektion auflösen und das mehrgliedrige Schulsystem abschaffen! Wir fordern stattdessen die Einführung einer Gemeinschaftsschule, in der alle SchülerInnen gemeinsam unterrichtet werden. Wie internationale Vergleichsstudien zeigen, haben in einer solchen Schulform sowohl leistungsschwächere als auch leistungsstärkere SchülerInnen einen größeren Bildungserfolg als in einem differenzierten Schulsystem. Wir Jusos wollen, daher die flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen. Der Erfolg der Gemeinschaftsschule ist bewiesen, wir brauchen keine Modellprojekte und keine Tests mehr. Die SPD steht daher in der Pflicht, wann immer sie Regierungsverantwortung in einem Bundesland trägt, die Umstellung der Schulstruktur voranzutreiben.

Für eine Öffnung der Hochschulen!

BildungspolitikerInnen aller Parteien fordern die Ausweitung der Kapazitäten an den Hochschulen, damit mehr Studierende einen Studienplatz erhalten können. Dies hat allerdings noch keine Auswirkungen auf die Realität. Dadurch, dass in erster Linie die Bundesländer für die Zulassungsregelungen und die Finanzierung der Studienplätze zuständig sind, wird die Frage der Kapazitäten zu sehr von fiskalischen Gesichtspunkten geleitet. Durch die Einigung

auf eine anteilmäßige Finanzierung neuer Studienplätze durch den Bund im Rahmen des Hochschulpakts ist zumindest die Hoffnung entstanden, dass die Studienplätze real steigen.

Für uns Jusos ist klar: Alle müssen das Studium aufnehmen können, das sie möchten. Ein Bildungssystem kann nicht gerecht sein, solange es Menschen, die ein Hochschulstudium absolvieren könnten und das auch möchten, die Perspektive eines Hochschulstudiums verbaut. Deshalb fordern wir den massiven Ausbau der Studienplatzkapazitäten und den Abbau aller Zulassungsbeschränkungen. Stattdessen muss das Beratungssystem der Hochschulen verbessert werden, damit potentielle Studierende selbst besser einschätzen können, ob und wenn ja, welches Studium für sie geeignet ist.

Uns ist bewusst, dass ein solches Ziel aufgrund jahrzehntelanger Unterfinanzierung der Hochschulen nicht von heute auf morgen umzusetzen ist. Kurzfristig fordern wir daher eine Beseitigung der größten Ungerechtigkeiten. Im Rahmen des Hochschulpakts II müssen Bund und Länder erneut einen massiven schrittweisen Ausbau der Kapazitäten der Hochschulen beschließen und durchführen. Bei den Zulassungsregelungen fordern wir bundesweit einheitliche Regelungen, damit innerhalb eines ungerechten Systems SchülerInnen einzelner Bundesländer nicht auch noch besonders benachteiligt werden. Außerdem muss die Öffnung der Hochschulen für Personen mit beruflicher Bildung vorangetrieben werden. Lippenbekenntnisse sind hier nicht genug. Wir wollen, dass im Rahmen einer beruflichen Ausbildung die Allgemeinbildung einen höheren Stellenwert erlangt. Die Fähigkeiten, die Menschen im Rahmen einer Berufsausbildung erwerben, müssen sich in der Berechtigung widerspiegeln, ein Hochschulstudium aufnehmen zu dürfen.

Aufgrund der Einführung des gestuften Studiensystem mit den zwei Abschlüssen - Bachelor und Master - kommt es jedoch nicht nur auf die erste Zulassung zur Hochschule an, also für einen Bachelor-Studiengang, sondern auch auf den Übergang zum Master. Denn hierfür hat die Kultusministerkonferenz im Jahr 2003 beschlossen, dass neben einem Bachelor-Abschluss noch besondere Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen Master-Studienplatz zu erhalten. Die besonderen Zulassungsvoraussetzungen können zum Beispiel eine gewisse Abschlussnote, eine zusätzliche Prüfung oder auch schlicht eine Übergangsquote sein. Dies führt dazu, dass viele Bachelor-AbsolventInnen die Hochschule verlassen müssen, obwohl sie eigentlich einen Master-Abschluss machen möchten. Das entspricht nicht der Idee des Bologna-Prozesses. Die gestuften Studiengänge sollten das Studium flexibler machen, nicht zu einer Ausdünnung des Studiums führen. Wir fordern deshalb einen Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz für alle Bachelor-AbsolventInnen.

Hochschulen auch sozial öffnen!

Wenn es um die Partizipation an Bildung geht, darf man nicht nur auf die formelle Zulassung achten. Genauso wichtig ist es, die finanziellen Voraussetzungen für die Teilhabe an Bildung zu schaffen. Niemand darf aufgrund fehlender finanzieller Voraussetzungen von Bildung ausgeschlossen werden. Für die Union ist diese Problematik nicht existent. Sie setzt voll auf die Förderung Hochbegabter. Die Teilhabe an Bildung von Personen mit niedriger sozialer Herkunft ist für sie nicht relevant. Deshalb belässt sie es dabei durch verzinsten Kredite die theoretische Möglichkeit zu schaffen, an Bildung teilzuhaben. Kredite schrecken aber junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab, weil mit ihnen die Aussicht auf eine erhebliche Verschuldung beim Start ins Berufsleben verbunden ist. Außerdem sind sie ungerecht. Durch sie werden die Studierenden mit einkommensschwächeren Eltern aufgrund der fälligen Zinszahlungen gegenüber solchen aus einkommensstärkeren Familien benachteiligt.

Die SPD erkennt die Problematik durchaus. Sie hat gemeinsam mit Jusos und Juso-Hochschulgruppen für eine Erhöhung der Elternfreibeträge beim BAföG gekämpft und für eine Erhöhung der Bedarfssätze. Sie hat sich hier gegenüber der Union durchgesetzt.

Wir Jusos fordern, dass es nicht bei dieser einmaligen Erhöhung bleibt. Die Erhöhung war notwendig, weil die BAföG-Sätze jahrelang nicht an die allgemeine Preisentwicklung angepasst wurden, also real gesunken sind. Deshalb fordern wir kurzfristig, dass die BAföG-Sätze automatisch an die allgemeine Preisentwicklung angepasst werden. Doch darüber hinaus ist auch das BAföG-System an sich problematisch: es ist elternabhängig. Deshalb haben immer wieder viele keinen BAföG-Anspruch, obwohl ihre Eltern kaum in der Lage sind, ihre Kinder finanziell zu unterstützen. Dieses Problem ist strukturell, denn es wird immer wieder Studierende geben, die genau in diesem Bereich liegen. Deshalb fordern wir langfristig eine bedarfsdeckende, elternunabhängige Studienfinanzierung in Form eines Vollzuschuss.

Die Selektion nicht verschärfen – Studiengebühren verhindern!

Sämtliche unionsgeführten Bundesländer haben Studiengebühren eingeführt. In allen anderen Bundesländern würde sie Studiengebühren einführen, wenn es die dafür erforderlichen Mehrheiten gebe. Die Union will durch Studiengebühren die soziale Selektion verschärfen. Durch Studiengebühren wird Bildung zu einem knappen Gut, das man sich nur so sparsam wie möglich, also nur in dem Umfang, wie es für die Qualifikation für einen Beruf notwendig ist, durch Bezahlung verschafft. Das widerspricht unserem Bildungsverständnis. Studiengebühren führen außerdem dazu, dass sich viele überhaupt kein Studium mehr leisten können, oder nur durch einen Kredit finanzieren könnten, der wiederum eine zusätzliche finanzielle Belastung nach dem Einstieg in den Beruf bedeutet und deshalb viele von der Aufnahme eines Studiums abhält.

Die SPD steht glaubhaft für die Nicht-Einführung bzw. die Abschaffung von Studiengebühren ab dem ersten Semester. Wo immer die SPD an einer Landesregierung beteiligt ist, hat sie dort die Einführung allgemeiner Studiengebühren verhindert. Hervorzuheben ist hier, die Abschaffung der (Langzeit-) Studiengebühren in Hessen durch die hessische SPD unter Führung von Andrea Ypsilanti als erstes und wichtigstes Projekt nach ihrem Wahlerfolg.

Auch wenn die SPD für die Nichteinführung bzw. Abschaffung von Studiengebühren kämpft, wird durch die Befürwortung von Langzeitstudiengebühren durch große Teile der SPD das grundsätzlich positive Bild getrübt. Beispielsweise hat Rheinland-Pfalz trotz SPD-geführter Regierung ein als „Studienkonten“ bezeichnetes System von Langzeitstudiengebühren eingeführt. In anderen Bundesländern fordern sozialdemokratische Bildungspolitiker völlig offen Langzeitstudiengebühren. Diese Positionierung ist aus zwei Gründen fatal: Erstens wird auch durch ein solches System Bildung zu einer Ware gemacht, für die grundsätzlich bezahlt werden muss. Lediglich die konkreten Folgen werden durch die Gewährung einiger kostenloser Semester abgemildert. Das ändert jedoch nichts am Grundansatz, der damit ein Einfallstor für jedwede Form der Behandlung von Bildung als Ware und Wirtschaftsgut ist. Zweitens ist diese Forderung auch strategisch fatal, denn sie verhindert, dass die SPD als die „Partei gegen Studiengebühren“ wahrgenommen wird. Im hessischen Landtagswahlkampf, in dem die SPD gegen jedwede Form von Studiengebühren gekämpft hat, hat diese Positionierung zu einem sehr guten Bild bei Studierenden oder potentiell Studierenden geführt und damit maßgeblich zum Erfolg der SPD beigetragen. Da eine solch konsequente Ablehnung von Studiengebühren jedoch nicht in der gesamten Partei verbreitet ist, wird die SPD nicht als „Anti-Studiengebühren-Partei“ wahrgenommen.

Wir fordern deshalb, dass die SPD in Zukunft geschlossen gegen jedwede Form von Studiengebühren eintritt. Bildung darf nicht zur Ware werden. Bildung ist ein öffentliches Gut, das öffentlich über ein gerechteres Steuersystem finanziert werden muss.

Bologna richtig umsetzen – das Bachelor- /Master-System reformieren!

Die Umstellung der Studienstruktur im Zuge des Bologna-Prozesses auf die Abschlüsse Bachelor und Master kann – richtig umgesetzt – viele Vorteile für Studierende mit sich bringen. Bildungsbiographien können beispielsweise flexibilisiert werden, indem beispielsweise zwischen dem BA und dem MA eine Zeit lang etwas anderes gemacht wird, die Möglichkeiten, ein Studium im Ausland aufzunehmen könnten erhöht werden usw.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Nicht nur, dass der Zugang zum Master begrenzt ist, auch die Qualität vieler Studiengänge ist mangelhaft. Anstatt neue Studiengänge zu konzipieren

wurden nämlich vielerorts die Inhalte der bisherigen Studiengänge in die neue Studienstruktur gestopft. Eine messbar deutlich nach oben geschnellte Arbeitsbelastung verbunden mit einem enormen psychischen Stress, der bei vielen Studierenden ernsthafte Spuren zurücklässt und die AbbrecherInnenquoten steigen lässt, sind die Folge. Ein solches Studium erfüllt seinen Zweck nicht mehr. Statt in ihrem Studium aufzugehen, empfinden viele das Studium nur noch als ein für die berufliche Laufbahn notwendiges Übel. Selbstverwirklichung, politisches oder soziales Engagement neben dem Studium bleiben auf der Strecke. Ursache dieses Problems ist zum einen eine chronische Unterfinanzierung der Hochschulen und zum anderen die Unfähigkeit vieler Hochschulgremien, vernünftige Studiengänge zu konzipieren. Dies betrifft Länder, in denen Union oder SPD frü die Hochschulpolitik verantwortlich sind gleichermaßen.

Deshalb wollen wir eine Reform des Bologna-Prozesses. Die Politik muss hinsichtlich der Umsetzung der Studiengänge klare Vorgaben bezüglich der Arbeitsbelastung und Strukturierung der Studiengänge machen. Ebenso sind der zunehmenden Verschulung und Formalisierung (Anwesenheitslisten etc.) des Studiums entgegen zu wirken. Gleichzeitig müssen den Hochschulen die hierfür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Beim Übergang vom Bachelor zum Master wurde eine neue Gläserne Decke eingezogen. Frauen nehmen deutlich seltener als Männer nach ihrem Bachelor-Abschluss einen Masterstudiengang auf. Hier müssen Politik und Hochschulen geeignete Maßnahmen treffen, um Frauen und Männern einen gleichen Zugang zu Bildung zu ermöglichen; ein Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz wäre dafür ein erster Schritt.

Bildung geht nicht zu Ende – Für ein Recht auf Weiterbildung

Wir leben in einer Zeit, in der der ökonomische Druck der Wirtschaft auf die Beschäftigten zunimmt. Massenarbeitslosigkeit erhöht die Bereitschaft vieler, auch unzumutbare Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Gleichzeitig verfolgen Unternehmen eher kurzfristige Interessen. Im Bereich der Bildungspolitik hat dies die negative Konsequenz, dass Menschen ihrer persönlichen Weiterbildung im Vergleich zur Erwerbs- und Reproduktionsarbeit eine eher geringe Priorität einräumen. Wir Jusos sehen deshalb die Tarifparteien und – im Hinblick auf eine Mindestsicherung – auch den Staat in der Verantwortung, einen Weiterbildungsanspruch für alle Beschäftigten herzustellen. Die Union ist beim Thema Weiterbildung vollständig ihren Wirtschaftsflügel verfallen und setzt auf private Finanzierung. Die SPD hat die Bedeutung von

² Nähere Ergebnisse hierzu zeigt die Studierbarkeitsumfrage der Studierendenvertretung der Humboldt-Universität in Berlin, die die Arbeitsbelastung in den neuen Studiengängen erfasst hat. Infos unter www.studierbarkeit.de.

Weiterbildung durchaus erkannt. Bei ihren Forderungen und ihrer Durchsetzung ist sie aber nicht konsequent und offensiv genug.

Wir Jusos fordern deshalb weiterhin die staatliche Garantie eines Mindestumfangs von einem Tag Weiterbildungsanspruch pro Monat Betriebszugehörigkeit, der durch Tarifverträge erweitert werden kann. Da Weiterbildung aktuell zudem zumeist privat finanziert wird, was die Inanspruchnahme von Weiterbildung für ArbeitnehmerInnen unattraktiv bis unmöglich macht, fordern wir die Einführung einer Arbeitsversicherung.

Auch die Möglichkeit des zweiten Bildungswegs darf bei Weiterbildung nicht außer Acht gelassen werden.

Es ist dringend notwendig auch hier eine finanzielle Unterstützung zu gewährleisten, sowie den Anspruch auf Bildungsurlaub in diesem Rahmen zu erweitern und Aktionen zu starten, die den Zweiten Bildungsweg als Chance für mehr Bildung in das öffentliche Bewusstsein rücken.

Aus diesem Grund fordern wir eine einheitliche elternunabhängige BAföG-Förderung über den gesamten Bildungsabschnitt Zweiter Bildungsweg inklusive folgendem Studium ein, auch wenn das konsekutive Masterstudium erst nach dem 30. Lebensjahr aufgenommen wird.

Des Weiteren wollen wir das bundeseinheitlich der derzeit bestehende Anspruch auf Bildungsurlaub explizit auf die (Abitur-)Prüfungen des Zweiten Bildungswegs ausgeweitet wird und in diesem Zusammenhang der Anspruch auf Bildungsurlaub nicht erst ab einer bestimmten Anzahl von Beschäftigten, sondern jeder und jedem zu steht, egal wie viele in dem Betrieb arbeiten.

Außerdem müssen Lösungen entwickelt werden, die nicht nur auf den ersten Bildungsweg abzielen, sondern Wege aufzeichnen, wie die Besonderheiten in den Ansprüchen des Zweiten Bildungsweges in bestehende und neu entwickelte Bildungskonzepte integriert werden können.

Über die expliziten Chancen und den Reformbedarf des Zweiten Bildungswegs muss eine öffentliche Debatte geführt werden.

Berufliche Bildung

Im Bereich der beruflichen Bildung ist die Bundesregierung ideen- und weitgehend initiativlos. Und das, obwohl dies der Bildungsbereich ist, wo der Bund mit dem BBIG nach der Föderalismusreform noch über die größten Kompetenzen verfügt. Der Bund versucht nicht einmal ernsthaft die quantitativen und qualitativen Probleme der beruflichen Bildung in Deutschland anzugehen. Auf die Ausbildungsplatzmisere gibt es neben dem gescheiterten Ausbildungspakt nur immer wieder neue Sonderprogramme wie z.B. den Ausbildungsbonus, die zwar in Einzelfällen wirken mögen, die aber keine systematische Lösung der Probleme

bieten. Vor allem aber führen sie dazu, die Unübersichtlichkeit im Übergangssystem zwischen Schul- und beruflichen Ausbildungssystem weiter zu erhöhen. Wir fordern von der SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern endlich etwas gegen den systembedingten Mangel an Ausbildungsplätzen zu unternehmen und eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen.

Auch auf die Qualitätsprobleme im Ausbildungssystem gibt es keine wirksamen Initiativen der Regierung. Stattdessen handelt die Bundesbildungsministerin fahrlässig, wenn es um die Zukunft des Berufsbildungssystems geht. Der Prozess zum EQF und seine nationale Umsetzung würde ein Handeln erfordern, das die Stärke der deutschen Berufsausbildung – die Beruflichkeit – garantiert. Eine unverantwortliche kleinteilige Modularisierung konnte zum Glück verhindert werden, doch wirkliche Initiativen auch auf europäischer Ebene, um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Berufsausbildung im integrierten europäischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten, fehlen bisher.

Wir fordern von der SPD ein klares Bekenntnis zu einer qualitativ hochwertigen Berufsausbildung für alle SchulabsolventInnen. Wir lehnen deshalb zweijährige Schmalspurausbildungen ab und fordern, dass sie zukünftig vom Bundesarbeitsminister nicht mehr genehmigt werden.

Für mehr Entschlossenheit in der Bildungspolitik

Diese Beispiele verdeutlichen ein Grundproblem der SPD in der Bildungspolitik. Sie hätte die Möglichkeit, sich gegenüber der Union, die bildungspolitisch offensiv ihr klar elitäres Gesellschaftsverständnis durchsetzen möchte, abzugrenzen. Gerade bei denjenigen WählerInnen, die grundsätzlich für die SPD zu gewinnen wären, würde eine solche Abgrenzung sehr positiv aufgenommen werden. Diese Chance wird aber durch einen inkonsequenten bildungspolitischen Kurs verspielt. Die SPD müsste konsequent für vollständige Durchlässigkeit im Bildungssystem, eine qualitative Verbesserung des Bildungssystems und den Abbau sozialer Hürden eintreten, also sozialdemokratische Bildungspolitik betreiben. Stattdessen tut sie dies nur ansatzweise und macht darüber hinaus keinerlei Anstalten, sozialdemokratische Bildungspolitik umzusetzen. Dies führt dazu, dass das Bildungssystem ungerecht bleibt bzw. seine Ungerechtigkeit noch erhöht wird und die SPD zusätzlich eine wichtige Profilierungschance ungenutzt lässt.

Die reale Ausgestaltung der SPD-Bildungspolitik erweckt zudem den Eindruck, dass sie sich faktisch von einem wirklich emanzipatorischen Bildungsverständnis mehr und mehr verabschiedet. Zwar kommuniziert sie ein solches Verständnis natürlich weiterhin verbal nach außen und betont etwa, dass Bildung keine Ware werden darf. Betrachtet man aber die faktische Politik, sieht man, dass teilweise Langzeitstudiengebühren befürwortet werden, die

Wichtigkeit eines bedarfsdeckenden BAföGs nicht anerkannt und die Hochschulbildung auf eine Berufsausbildung reduziert wird. Dies wird mittelfristig dazu führen, dass sich Bildung mehr und mehr an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert. Dies jedoch wäre eine fatale Entwicklung, die tendenziell zu einer Entmündigung der BürgerInnen führt. Nur die Sozialdemokratie kann diese Entwicklung, die von Konservativen und Liberalen eher forciert wird, aufhalten. Deshalb muss die SPD endlich einsehen, dass halbherzige „Abwehrkämpfe“ zu nichts führen. Stattdessen sollte sie sich endlich voll auf sozialdemokratische Bildungspolitik besinnen und mit ganzem Einsatz für ein qualitativ hochwertiges und sozial gerechtes Bildungssystem kämpfen. Es ist zudem ein Gebot der Demokratie, dass die SPD alle Versuche, eine irgendwie festgelegte Elite zu fördern entgegen wirkt und stattdessen konsequent in allen Bildungsbereichen sicherstellt, dass allen Menschen der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung ermöglicht wird.

B 2 - BZ Nord-NDS

BILDUNG = BUNDESSACHE

Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Bildung unabhängig von der Herkunft für alle gleichermaßen zugänglich ist. Der deutsche Bildungsföderalismus, der den Ländern nach der Föderalismusreform noch einmal erweiterte Kompetenzen in Fragen der Bildung einräumt, steht diesem Gleichheitsprinzip entgegen. Deshalb muss die Bildungskompetenz von den Ländern zum Bund übertragen werden. Ein bundesweites Zentralabitur, das auf einheitlichen Prüfungen beruht, lehnen wir dabei ab. Stattdessen muss die Eigenverantwortung der Schulen gestärkt werden, damit bundeseinheitliche Normen eine an den örtlichen Gegebenheiten orientierte Umsetzung erfahren.

Antragsbegründung

Die Aufteilung von Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss immer nach dem Grundsatz der Subsidiarität erfolgen, Kompetenzen den staatlichen Ebenen zugestanden werden, deren Handeln die wirkungsvollste Umsetzung leisten kann. Im Falle der Bildung besteht, ausgehend vom Subsidiaritätsprinzip, ein massiver Reformbedarf. Mit der 2006 beschlossenen Föderalismusreform haben die Länder die nahezu vollkommene Kompetenz in Bildungsfragen erhalten. Der Bund verfügt lediglich noch über Rechte im Bereich der Hochschulzulassung, der Hochschulabschlüsse und dem betrieblichen Teil der beruflichen Bildung. Anstatt sich sinnvolle bundeseinheitliche Bildungsstandards zum Ziel zu setzen, wurde der einzigartige deutsche Bildungsföderalismus noch einmal gestärkt. Der UN-

Sonderberichterstatter für Bildung, Vernor Muñoz, kritisierte bei seiner Bestandsaufnahme 2006 neben dem dreigliedrigen Schulsystem vor allem die weitreichenden Länderkompetenzen. Der deutsche Bildungsföderalismus stehe vor allem der Vergleichbarkeit und der Mobilität entgegen. Tatsächlich hat die Bildungskompetenz der Länder dazu geführt, dass sich in Deutschland 16 eigenständige Bildungssysteme mit jeweils eigenen Schulstrukturen, Lehrplänen, Lehrerausbildungen und Besoldungen entwickelt haben. Der deutsche Bildungsföderalismus, welcher für die meisten ausländischen Beobachter nur schwer nachzuvollziehen ist, bringt spürbare Nachteile mit sich. Angefangen bei einem Umzug von einem Bundesland in ein anderes. Bei Eltern mit schulpflichtigen Kindern kann sich als Problem ergeben, dass die Kinder mit einer anderen Schulform konfrontiert werden (Beispiel: Wechsel vom Gymnasium in die Orientierungsstufe) oder dass sie sich aufgrund unterschiedlicher Lehrpläne auf einem anderen Wissensstand befinden als ihre Mitschüler. Auch im Hochschulbereich ergeben sich Probleme in der Flexibilität. Hier erschwert der Föderalismus beispielsweise gemeinsame Studiengänge von Hochschulen aus unterschiedlichen Ländern. Gerade von der Wirtschaft wird im Globalisierungsprozess mehr Mobilität und Flexibilität gefordert. Eine Abschaffung des Bildungsföderalismus würde daher nicht nur Einschränkungen für Schüler und Studenten beseitigen, sondern wäre zugleich ein wirtschaftlich kluger Schritt.

Ein weiteres Problem des Bildungsföderalismus ist die mangelnde Vergleichbarkeit der Abschlüsse, sowohl im schulischen als auch im Hochschulbereich. Mit der Initiierung des Bologna-Prozesses haben sich die EU-Regierungschefs darauf verständigt, vergleichbare Bildungsstandards innerhalb der Union zu schaffen. Zu diesem Zweck wurden u.a. die Bachelor- und Master-Studiengänge beschlossen. Stellt man das deutsche Bildungssystem dem Bologna-Prozess gegenüber, so ergibt sich der offensichtliche Widerspruch zwischen dem Bemühen um Einheit einerseits und dem Beharren auf Unabhängigkeit andererseits. Ein Beleg für die ungleiche Wertigkeit gleicher Abschlüsse innerhalb Deutschlands ist, dass einige Unternehmen bei gleichen Abschlüssen offenkundig Bewerber aus bestimmten Bundesländern anderen vorziehen.

Die Erkenntnis, dass Deutschland langfristig nur durch einheitliche Bildungsstandards im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig sein kann, hat sich offenbar auch auf Länderebene durchgesetzt, jedoch nicht zu den entsprechenden Konsequenzen geführt. Statt der Abgabe von Bildungskompetenzen an den Bund haben die Länder die Kultusministerkonferenz (KMK) ins Leben gerufen, welche aufgrund des Prinzips der Einstimmigkeit jedoch zumeist nur wenig konkrete Rahmenrichtlinien auf Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners beschließt. Dass es auch bei der Föderalismusreform 2006 nicht zu einer weitgehenden Übertragung der Bildungskompetenz auf den Bund gekommen ist, lässt sich nicht zuletzt mit dem Stellenwert der Bildung als letzte bedeutsame Länderdomäne begründen.

Die Berufung auf kulturelle Traditionen darf nicht dazu führen, dass notwendige Anpassungen an eine veränderte Realität blockiert werden. Der Verweis auf die Sicherung der kulturellen Vielfalt ist generell fragwürdig, da die Bundesländer bis auf wenige Ausnahmen keine historisch gewachsene Einheit darstellen und somit zu hinterfragen ist, ob es überhaupt so etwas wie eine niedersächsische, nordrhein-westfälische oder sachsen-anhaltinische Kultur gibt. In diesem Zusammenhang ist weiterhin fraglich, ob die Schaffung eines dreigliedrigen oder eingliedrigen Schulsystems oder die unterschiedliche Besoldung von Lehrkräften als Ausdruck kultureller Individualität betrachtet werden können.

Ein weiteres Argument gegen das föderale Bildungssystem, das von Befürwortern auch als Pro-Argument angeführt wird, ist der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Bildungssystemen. Die finanziellen Voraussetzungen der Länder sind so unterschiedlich, dass der Wettbewerb für die finanzschwachen zermürend ist. Auch der Wettbewerb zwischen den Schulbuchverlagen ist zu hinterfragen, wenn sich die Schüler am Ende mit mehr als einem Dutzend verschiedener Bücher den in großen Teilen gleichen Lernstoff aneignen.

Zuletzt sei noch dem Argument, ein einheitliches Bildungssystem führe zu einer Einheitsmeinung, das Beispiel Frankreichs entgegengesetzt, wo einheitliche Lehrpläne der Entwicklung einer kulturellen und politischen Vielfalt nicht entgegengestanden haben.. Betrachtet man die Schullandschaft in Deutschland, so kann man gar feststellen, dass die meisten Landesregierungen in den letzten Jahren keine Anstrengung unterlassen haben, die Schulen durch strenge Richtlinien in ihrer Eigenverantwortung zu beschneiden. Die Lösung für eine Stärkung der schulischen Selbstverwaltung liegt also nicht in der Beibehaltung der Bildungskompetenz der Länder, sondern in einer Stärkung der kommunalen Schulträger und der Schulen selbst.

Ziel einer notwendigen Reform des Bildungswesens muss es sein, bundeseinheitliche Bildungsziele zu formulieren ohne den Schulen ihren individuellen Gestaltungsspielraum auf dem weg dorthin zu nehmen.

B 12 - BZ Hannover

Stoppt „McKita“ – Keine Förderung von kommerziellen Kita-Anbietern mit öffentlichen Mitteln

Wir Jusos bekennen uns zu der in vielen Kommunen vorhandenen Trägerlandschaft von Kitas durch den Staat und an dem Gemeinwohl orientierten Kita-Betreibern wie AWO, Kirchen, Elterninitiativen und Vereinen. Hierzu gehören auch von Betrieben eingerichtete Kitas. Die Zulassung und Finanzierung von ausschließlich kommerziell Kita-Betreibern lehnen wir hingegen ab. Die Gliederungen der SPD und die Fraktionen im Landtag und Bundestag sowie unsere RegierungsvertreterInnen in der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die von der Bundesfamilienministerin vorgeschlagene Bezuschussung privatgewerblicher Kita-Anbieter mit öffentlichen Mitteln verhindert wird.

Begründung

Die Bundesfamilienministerin plant, dass zukünftig die Länder entscheiden dürfen, ob sie auch gewerbliche Betreiber für staatlich geförderte Kindertagesstätten zulassen. Diese Pläne werden von uns Jusos abgelehnt. Bisher ist die Trägerschaft einer Kindertagesstätte in Niedersachsen an die Anerkennung als „Freier Träger der Jugendhilfe“ gebunden. Nach Aussage der Ministerin sei eine ausreichende Kita-Versorgung vor allem im Krippenbereich nur mit kommerziellen Trägern zu erreichen. Dieser Ansicht muss widersprochen werden. Mit ausreichender finanzieller Unterstützung durch Bund und Land sind kommunale und bewährte freie Träger durchaus in der Lage, ein ausreichendes und hochwertiges Kita-Angebot vorzuhalten. Viele Städte wie z. B. Hannover oder Göttingen sind ein gutes Beispiel dafür, dass eine finanzschwache Kommune eine hervorragende Kinderbetreuung aufbauen kann.

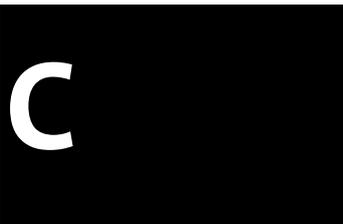
Auch die von allen Seiten gewünschte Förderung von Betriebskindertagesstätten war unter den bisherigen Bedingungen gut möglich. Freie anerkannte Träger der Jugendhilfe, die damit professionelle pädagogische Standards erfüllen, haben bisher in Zusammenarbeit mit Privatunternehmen hervorragende Kinderbetreuungsangebote geschaffen.

Die Konkurrenz von kommerziellen Anbietern um die öffentliche Finanzierung gefährdet langfristig die Existenz der bewährten freien Kita-Träger, weil es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen kann. Die Kontrolle der pädagogischen Qualität, wie sie über Leistungs- und Budgetverträge durch die Kommunen mit den freien Trägern erfolgt, wäre

Beschlüsse Bundeskongress 2008, Weimar

bei kommerziellen, auf Profit ausgerichteten Anbietern schwierig. Außerdem wären Niedriglöhne für die Betreuungskräfte zu befürchten.

Die Betreuung und Bildung von Kindern ist eine öffentliche Aufgabe. Sie darf nicht kommerzialisiert werden!



C 1 neu – Bundesvorstand

Für eine linke Sozialpolitik – Zum „Fordern und Fördern“ beim Arbeitslosengeld II

Ein Kernstück der neoliberalen Ideologie, die in den letzten zehn Jahren hegemonial war, ist der Gedanke, dass man die Krise am Arbeitsmarkt zumindest abdämpfen kann, wenn man auf die Erwerbslosen nur genug Druck ausübt. „Fordern und Fördern“ heißt die Devise, dank derer der „versorgende Sozialstaat“ abgeschafft und „moderne Arbeitsagenturen“ geschaffen werden sollten. Das Grundprinzip, nachdem die Massenarbeitslosigkeit personifiziert und zu einem individuellen Versagen umdefiniert wird, setzt darauf, das Individuum zu aktivieren, damit es sich fit für den Markt macht.

Für die Sozialdemokratie ist es – trotz oder gerade wegen des eigenen Beitrages zu den Reformen - angezeigt, eine vorläufige Bestandsaufnahme dieses Systemumbaus vorzunehmen. Das Ergebnis ist verheerend.

Anders als gedacht und gewollt führt das Prinzip des „Fordern und Fördern“ nicht zu hoch qualifizierten, hoch flexibilisierten und hoch motivierten Personen, sondern zu gebrochenen Menschen. Nicht selten leiden die Betroffenen darunter, ihre Arbeitslosigkeit nicht als gesellschaftliches Problem sondern als individuelles Versagen wahrzunehmen.

Kernstück der Arbeitsmarktreformen, die unter Agenda 2010 in die Geschichte eingegangen sind und noch heute Partei und Gesellschaft beschäftigen, war die Idee des „Fordern und Fördern“. Eine Bestandsaufnahme muss folglich auch genau dort anfangen.

Zur Idee des Förderns

Auf der Seite des Förderns stehen in erster Linie materielle Leistungen wie die Grundsicherung oder Angebote zur Aus- und Weiterbildung. Letztere beschränken sich abhängig von den kommunalen Gegebenheiten häufig auf Bewerbungstrainings. Eine direkte soziale Förderung in Hinsicht auf prekäre Lebensbedingungen geschieht nicht, außer man zählt die Aufforderung,

sich bei externen Beratungsangeboten zu melden, hinzu. Somit entsteht eine enorm problematische Situation, wenn die Fachkräfte beim Jobcenter aufgrund spezifischer psychosozialer Problematiken des/der BedarfsempfängerIn an die Grenzen des Maßnahmenangebots stoßen sowie selbst für eine soziale Beratung in dieser Form nur marginal ausgebildet wurden. Eine bedarfsgerechte Beratung im Zusammenhang mit tatsächlichen und angebrachten Fördermechanismen wird durch Sanktionsmechanismen abgelöst, denen auch die ausführenden Fachkräfte selbst machtlos gegenüber stehen, ja sogar sich selbst in einem solche Falle als „Opfer des Systems“ betrachten. Im Zusammenspiel mit den oft mangelhaften Lebensbewältigungsmechanismen der KlientInnen wirken Druck und Zwang eher exklusionsbeschleunigend als integrierend.

Das über die eigenen Fähigkeiten definierte Selbstwertgefühl der BedarfsempfängerInnen, das oft in Jahrzehnten der Erwerbsarbeit angesammelt wurde, wird systematisch zerstört. Schließlich und endlich ist nicht der Verlust des Arbeitsplatzes das Problem, sondern der Mensch. Die erworbene berufliche Qualifikation ist unbrauchbar (Umschulung), die soziale Kompetenz mangelhaft (psychologische Beratung) und die Selbstdarstellung katastrophal (Bewerbungstrainings).

Am Ende können die Betroffenen nicht mehr zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung unterscheiden. Negative Erfahrungen prägen das Selbstbild, was oft zu destruktiven Blockaden führt. Jede weitere staatliche Aktivierungsmaßnahme wird nur als nächste individuelle Defizitanalyse verstanden.

Hinzu kommen die vielfältigen Sanktionen und Druckmittel der Arbeitsagenturen und der damit verbundene finanzielle Absturz, der zu einer weiteren (nicht nur gefühlten) Exklusion führt.

Durch viele Teile der Agenda-Politik wurden gesellschaftliche Probleme individualisiert und zum persönlichen Defizit umdefiniert. So richtig das Ziel ist, Menschen nicht allein zu lassen, durch Qualifizierungsangebote und sonstige Unterstützung auch neue Perspektiven jenseits des alten Erwerbsverhältnisses zu schaffen, so falsch und gefährlich ist es, den Staat nur noch als Fitnessstudio für den Arbeitsmarkt zu begreifen und Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem zu erklären.

Besondere Probleme im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit

In den letzten Jahren hat sich im Verlauf der Umsetzung des SGB II gezeigt, dass entgegen allen Annahmen ein Großteil der BedarfsempfängerInnen im ALG II – Bezug verbleibt und in Arbeitsmarkt-integrativen Maßnahmen seine Runden zieht. Dies widerspricht eindeutig den erwarteten Anforderungen an die Reform: Es ist leider Fakt, dass die derzeit angewandte

„Aktivierungspolitik“ und darin enthaltene Instrumente wie „1-Euro-Jobs“ für die meisten BedarfsempfängerInnen nicht zu einer regulären Arbeit führen, sondern gerade die Gruppe der Langzeitarbeitslosen sich immer mehr auf den Dauerbezug von Transferleistungen einrichten muss.

Die sogenannten „Vermittlungshemmnisse“ der BedarfsempfängerInnen sind so heterogen und multifaktoriell begründet, dass es schwer ist, sie in allgemeinen Kategorien zusammenzufassen. Dennoch geschieht dies in der ARGE bzw. den im SGB II genannten Vermittlungsorganisationsformen. Grundlage hierfür ist die bereits erwähnte Aktivierungsthese, die Arbeitslosigkeit und auch die Schuld daran individualisiert; andere Faktoren, wie die immer schneller voranschreitende Entwertung von Bildungsabschlüssen oder Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmen werden ausgegrenzt.

Die Agentur für Arbeit weist ihre MitarbeiterInnen an, die im Bezug stehenden BürgerInnen in Kategorien einzuteilen, die sich auf die Integrationsfähigkeit in den Arbeitsmarkt beziehen. Gemäß diesen Betreuungsstufen werden die Maßnahmen aus dem Maßnahmenkatalog herausgegriffen, der für die Region zur Verfügung steht. Dabei ist zu beachten, dass kofinanzierte Maßnahmen bzw. Maßnahmen der Agentur immer belegt sein müssen, d.h. offene Stellen gefüllt werden müssen, egal ob die/der betroffene HilfeempfängerIn für die spezifische Maßnahme geeignet oder gewillt ist.

Zur Idee des Forderns

Die Instrumente des Förderns korrespondieren mit der Idee des Forderns. Es wurde und wird suggeriert, dass ein Großteil der arbeitslosen Menschen nicht arbeiten wolle und deshalb über Sanktionen dazu gezwungen werden müsse. Der stärkere Druck gegenüber arbeitslosen Menschen ist Ausdruck von Nützlichkeitserwägungen. Wer nicht bereit ist, sich nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten in die Gesellschaft einzubringen – wobei „Einbringen“ stets mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt wird – soll auch kein bzw. wenigstens weniger Geld bekommen. Die rot-grüne Arbeitsmarktpolitik war in der Folge nicht nur Ausdruck einer Debatte, die ihre widerlichste Erscheinung in der „Sozialschmarotzer-Diskussion“ gefunden hat, sondern hat der Ausbreitung von Nützlichkeitsgedanken Vorschub geleistet.

Was hier letztlich geschieht, ist die Aufkündigung humanistischer Grundprinzipien, die ihren Ausdruck u.a. in der Menschenwürdegarantie in Art. 1 Abs. 1 GG gefunden hat. Jeder Mensch hat in diesem Land eine Existenzberechtigung, unabhängig von seiner nach welchen Kriterien auch immer definierten Nützlichkeit. Dieses Recht, was z.B. auch in einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf ein „sozio-kulturelles Existenzminimum“ mündet, ist in

keinerlei Weise an die Erwerbsfähigkeit oder -bereitschaft gekoppelt, sondern einzig an die Kategorie „Mensch“.

Marktprinzipien wie Nützlichkeit und Verwertbarkeit auf Menschen anzuwenden, hat gravierende gesellschaftliche Konsequenzen. So wächst die Abwertung gegenüber Langzeitarbeitslosen dramatisch wie Umfragen zeigen. Knapp die Hälfte der in der Studie, die von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Universität Bielefeld) unter dem Titel „Deutsche Zustände“ 2007 herausgegeben wurde. Befragten sind der Auffassung, dass Arbeitslose in Wirklichkeit gar nicht an einem Job interessiert seien. Ein Drittel der Befragten sagt, dass sich unsere Gesellschaft Menschen, die nicht mehr nützlich sind, nicht mehr leisten könne. Dies bedeutet, dass Marktkriterien von Nützlichkeit und Effizienz zunehmend auf das Zusammenleben von Menschen übertragen werden. Drei Viertel der Befragten gaben an, sich darum zu bemühen, in zwischenmenschlichen Kontakten abzuwägen, was ihnen der Kontakt zu der jeweiligen Person gibt. 33,3 % vertreten, dass sich die Gesellschaft unnützliche Menschen nicht mehr leisten könne und fast 40 % sind sich darin einig, dass in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager genommen werde.

So alarmierend diese Zahlen sind, so zeigen sie deutlich, dass unsere Gesellschaft nicht mehr nur in wirtschaftlicher Hinsicht als Marktwirtschaft betrachtet werden muss. Der Begriff der „Marktgesellschaft“ scheint zunehmend angebracht, weil Kriterien wie Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effektivität mehr und mehr Eingang in soziale Zusammenhänge bekommen. Dieser Entwicklung muss die Sozialdemokratie vehement entgegen treten.

Politische Konsequenzen

Aus den skizzierten Entwicklungen müssen politische Konsequenzen gezogen werden, und gerade die Sozialdemokratie steht hierbei in Verantwortung. Die SPD ist es, die für soziale Gerechtigkeit, für den Aufstieg ärmerer Bevölkerungsgruppen und für eine politische Interessensvertretung alle jener, die keine große Lobby und kein großes Vermögen im Hintergrund haben, steht. Dieser Anspruch darf nicht aufgegeben werden. Ganz im Gegenteil: Die SPD muss hier für einen konsequenten, selbstkritischen und mutigen Kurs stehen, denn gerade in diesem Bereich hat die SPD in den letzten Jahren an Glaubwürdigkeit verloren.

1. Förderung braucht Arbeitsplätze

Die beschriebenen Entwicklungen machen deutlich: Fördern macht nur Sinn, wenn das angestrebte Ziel vorhanden ist. Selbstverständlich ist, dass Menschen nur weiterqualifiziert

werden, wenn sie dieses auch möchten. Einen Zwang zur Arbeit oder zur „Förderung“ lehnen wir ab. Ist dies nicht der Fall, führt dies ausschließlich zur Frustration der betroffenen Personen und verkehrt sich damit ins Gegenteil. Sich die Förderung von Arbeitslosen auf die Fahne zu schreiben und sich gleichzeitig nicht darum zu kümmern, dass es auch Arbeitsplätze gibt, macht eben keinen Sinn. Und trotz Aufschwung muss zur Kenntnis genommen werden, dass dieser nicht überall ankommt. Im Juli 2008 waren in Deutschland immer noch 3,21 Millionen Menschen arbeitslos. Davon beträgt die Zahl der Langzeitarbeitslosen 37 %. Zentral bei jedweder Idee des Förderns muss sein, dass die betroffenen Menschen selber über ihre zukünftige Tätigkeit entscheiden können. Arbeit ist ein zentraler Faktor für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ein wichtiger Punkt wenn es um die Gestaltung des eigenen Lebens geht.

Aufgrund dieser wichtigen Rolle ist der Staat in der Verantwortung am Ziel der Vollbeschäftigung festzuhalten. Ein wichtiger Punkt in der Beschäftigungspolitik bleibt für uns deshalb der öffentliche Beschäftigungssektor, neben der Tatsache, dass die Wirtschaft durch umfassende Maßnahmen in die Pflicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genommen werden muss. Viele gesellschaftliche Aufgaben werden heute den einzelnen Menschen aufgebürdet, weil sie am Markt zu wenig Profit erwirtschaften. Diese Aufgaben im Zuge eines öffentlichen Beschäftigungssektors anzubieten, würde vielen Menschen eine neue Perspektive ermöglichen und die Lebensqualität der Gesamtgesellschaft erhöhen. Und die Förderung und Qualifizierung von Arbeitslosen würde in vielen Fällen nicht ins Leere laufen.

2. Das Sanktionssystem abschaffen

Der Sanktionskatalog in § 31 SGB II sieht mehrere Stufen der Sanktionierung vor. In einer ersten Stufe kann es eine Kürzung von 30 % des Regelsatzes geben, wenn der Betroffene z.B. eine Eingliederungsvereinbarung nicht abschließt oder seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Erscheint der/die Betroffene nicht bei einem ihm auferlegten Termin wie z.B. ärztlichen Untersuchungen kann eine Kürzung von 10 % erfolgen. Bei der ersten wiederholten Pflichtverletzung erfolgt eine Kürzung um 60 % und danach um 100 %. Erwähnung muss dabei finden, dass auch die Fortsetzung eines unwirtschaftlichen Verhaltens trotz Belehrung die Sanktionierungen in Gang setzen kann. Nicht nur die Frage, nach welchen Kriterien das bestimmt werden soll, sondern ebenso der Widerspruch zu dem Bild eines selbstbestimmten und freien Bürgers drängt sich in dieser Formulierung auf.

Die Existenzberechtigung eines jeden Menschen findet seinen Niederschlag u.a. in dem verfassungsrechtlichen Anspruch auf ein Existenzminimum. Das Existenzminimum liegt derzeit mit dem ALG II – Regelsatz bei 351 Euro. Es widerspricht jedweder Logik, auf der einen Seite zu behaupten, man bräuchte 351 Euro um die elementarsten Dinge wie Essen, Trinken,

Körperhygiene etc. bewerkstelligen zu können, und Menschen, die nicht genügend Bewerbungsschreiben vorweisen können oder womöglich eine psychologische Beratungsstunde vermieden haben, sollen mit einem bis zu 100 % gekürzten Regelsatz über die Runden kommen. Außerdem muss politisch dem Einzug von Nützlichkeitsabwägungen in zwischenmenschliche Beziehungen entgegengewirkt werden. Wer im Grundgesetz die Würde des Menschen postuliert, der muss auch dafür einstehen, dass kein Mensch in diesem Land unter dem Existenzminimum lebt, aus welchen Gründen auch immer. Sanktionen, die ein Leben unterhalb des Existenzminimums bedeuten, darf es nicht geben.

3. Ende der Diskriminierungen von jungen Menschen

Menschen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, unterliegen im SGB II insbesondere an zwei zentralen Punkten einer Ungleichbehandlung.

Nach § 20 Abs. 2 a SGB II brauchen sie die Zustimmung des kommunalen Trägers um das Elternhaus zu verlassen. Haben sie diese nicht und ziehen trotzdem aus, wird ihr Regelsatz um 80 % gekürzt. Das stellt nicht nur eine eklatante Ungleichbehandlung dar, sondern widerspricht auch der Idee eines selbstbestimmten Lebens für jeden Menschen.

Liegt eine Voraussetzung nach § 31 Abs. 1 bis 4 SGB II vor, setzt sich nicht das sonstige Sanktionssystem in Gang, sondern sie bekommen umgehend nur noch Leistungen nach § 22 SGB II, d.h. Leistungen für Unterkunft und Heizung. Bei Wiederholung erfolgt die Kürzung um 100 %. Begründet wird diese Ungleichbehandlung damit, dass junge Menschen nach § 3 Abs. 2 SGB II bevorzugt vermittelt werden und einer besseren Betreuungsrelation unterliegen. Unabhängig davon, dass die unverzügliche Vermittlung von jungen Menschen eventuell noch als Anspruch aber auf keinen Fall als Realität beschrieben werden kann, gibt es keinen sachlichen Grund für eine derart eklatante Ungleichbehandlung in so einer elementaren Frage wie der Befriedigung existentieller Bedürfnisse.

Bei Menschen bis zu 25 Jahren entscheidet sich in der Regel viel hinsichtlich der Frage, was das Verhältnis zur Gesellschaft, zur Erwerbsarbeit etc. angeht. Deshalb ist es richtig, bei Jugendlichen darum zu kämpfen, dass sie Chancen auf gute Bildung, gute Ausbildung und gute Arbeit bekommen. Die verschärften Sanktionen führen jedoch zum Gegenteil, weil sie Jugendlichen vermitteln, sich anzupassen und für den Arbeitsmarkt verwertbar zu sein oder weniger Geld, d.h. weniger wert zu sein. Die speziellen Sanktionen für Jugendliche müssen endlich ersatzlos gestrichen werden. Genauso wichtig ist es aber auch, dass junge Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, so darf zum Beispiel die Mitgliedschaft in einem Sportverein nicht zur unüberwindbaren Hürde werden.

4. Leichter Einstieg in den ALG II – Bezug

Ein Übergang in den Bezug des Arbeitslosengeldes II darf nicht mit bürokratischen Hürden wie bisher versehen sein, so dass ein Großteil der Hilfebedürftigen erst gar keinen ALG II – Antrag stellt und damit die eigene soziale Situation maßgeblich verschlechtert.

Der Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen darf nicht durch kostenintensive Verwaltungsakte und Formularterror verstellt werden und muss für jede/n BürgerIn gleichberechtigt zugänglich sein. Gerade im Bereich der Existenzsicherung ist dies immanent wichtig.

5. Regelsatz erhöhen

Anfang 2008 waren 10,6 Prozent der Bevölkerung in Deutschland von Leistungen des Arbeitslosengeldes II (ALG II) abhängig. Betroffene erhalten im Rahmen des Arbeitslosengeldes II Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts setzen sich aus zwei Komponenten zusammen. Zunächst zahlt die jeweilige Kommune den tatsächlichen Aufwand für Unterkunft und Heizung. Darüber hinaus deckt die Agentur für Arbeit über die steuerfinanzierten Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts weitere Bedarfe ab. Dies betrifft einmalige Anschaffungen wie Elektrogeräte, aber auch laufende Bedürfnisse für Ernährung, Kleidung, Energie und Teilnahme an der Gesellschaft. Die volle Regelleistung beträgt derzeit 351 € pro Monat. Dies ist der ALG II-Regelsatz für Erwachsene. Die Höhe des Regelsatzes ist bei der Einführung des ALG II anhand von Annahmen über den monatlichen Bedarf festgelegt worden. Der Regelsatz ist an die Rentenentwicklung gebunden. Jährlich steigt das ALG II zum 01. Juli prozentual mit der Rentenerhöhung.

Jedoch entspricht die Rentenentwicklung in keinem Fall einem Ausgleich der Inflation. In der Rentenberechnung spielen ganz andere Faktoren wie der Demographieausgleich und die Lohnentwicklung eine Rolle. Der Rentenwert als Maßstab für die Erhöhung des ALG II führt daher in jedem Jahr zu einem realen Kaufkraftverlust bei den EmpfängerInnen. Der Regelsatz von 351 € reicht zur Bedarfdeckung weiterhin nicht aus. Bereits die laufenden Ausgaben für Ernährung, Kleidung und Energie verbrauchen den monatlich zur Verfügung stehenden Betrag. Auf Elektrogeräte und andere größere Haushaltsausgaben anzusparen, ist darüber hinaus nicht möglich. Eine gesellschaftliche Teilhabe fällt vollkommen aus.

Der monatliche Regelsatz muss dem sozio-kulturellen Existenzminimum entsprechen. Der ALG II-Regelsatz muss die laufenden Kosten und einmaligen Anschaffungen abdecken und darüber hinaus die Teilhabe am gesellschaftlichen Zusammenleben ermöglichen. Deshalb muss der

ALG II-Regelsatz deutlich angehoben werden. Eine Neufestlegung muss sich an dem wirklichen Bedarf orientieren. Die Höhe des Regelsatzes ist eine politische Entscheidung. Der Bundestag soll den ALG II-Regelsatz so erhöhen, dass dieser den wirklichen Bedarf deckt. Der Bundestag passt den Regelsatz jährlich an.

Wohnkosten wie auch Wohnnebenkosten müssen während des Bezuges durch die Agentur für Arbeit übernommen werden und zur monatlichen Auszahlung addiert werden. Die Bewilligungsgrenzen hierfür müssen weit angehoben werden. So muss sich die Grenze zur Übernahme der Mietkosten beispielsweise dynamisch an den durchschnittlichen regionalen Mietkosten orientieren und kann aufgrund der Besitzstandswahrung im Einzelfall auch darüber liegen. Zu den Nebenkosten müssen auch Energiekosten und v.a. Stromkosten und Warmwasserbereitung zählen. Die Bewilligungsgrenze für den Energieverbrauch muss sich ebenfalls dynamisch am regionalen Durchschnitt des privaten Energieverbrauchs orientieren.

Durch die Agentur für Arbeit müssen Schulungen über Energiesparmaßnahmen und Maßnahmen zum Umweltschutz angeboten werden und den BedarfsempfängerInnen auch der Raum zur Durchführung solcher Sparmaßnahmen eingeräumt werden.

6. Einen eigenen Regelsatz für Kinder

Anfang 2008 erhielt jedes siebte Kind in Deutschland Leistungen aus dem Arbeitslosengeld II. Kinder erhalten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 60 Prozent, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres 80 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene. Dieser Betrag soll alle Ausgaben von Ernährung, Kleidung und Körperpflege bis zu Bildung und Gesundheit decken.

Tatsächlich besitzen Kinder jedoch höhere Bedürfnisse als sie durch die anteilige Regelleistung abgedeckt werden. Gerade in der Phase des Heranwachsens benötigen Kinder und Jugendliche eine gesunde und ausgewogene Ernährung und häufig neue Kleidung. Zudem bildet der anteilige Regelsatz im ALG II den Bedarf für Lernmaterialien und weitere Bildungsausgaben wie Nachhilfe nicht ab. Auch zusätzliche Gesundheitsausgaben, die von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht übernommen werden, sind nicht berücksichtigt.

Wir fordern daher die Einführung eines eigenen Regelsatzes für Kinder. Dieser muss den vollständigen Bedarf von Kindern und Jugendlichen abdecken. Zusätzlich zu den Kosten für Ernährung und Kleidung müssen daher Bildungsausgaben vollständig enthalten sein. Diese umfassen insbesondere auch alle Lernmaterialien und die Teilnahme an der Schulspeisung. Darüber hinaus soll eine Einmalzahlung für die Anschaffung von Lernmitteln zum Schuljahresbeginn erfolgen.

Ferner fordern wir, die flächendeckende Einführung der Lernmittelfreiheit!

Außerdem fordern wir die Bezahlung eines Schulstarterpakets, frühkindliche Förderung durch verpflichtende und kostenfreie Kinderbetreuung, gesundheitliche Vorsorge- und Untersuchungsmaßnahmen im Kindergarten, Einführung der integrierten Gesamtschule im Ganztagsbetrieb, Ernährungskunde als Unterrichtsfach, kostenfreies Mittagessen, für alle Kinder und Jugendliche, verpflichtende Eltern-LehrerInnen-Gespräche und spezielle Ausbildungsförderungsprogramme für sozialbenachteiligte Jugendliche.

7. Verstärkung der Hilfemaßnahmen für Langzeitarbeitslose – Mehr Zeit zur Lebensbewältigung

Die BedarfsempfängerInnen des SGB II sind meist größeren Lebenskrisen bzw. krisenhaften Lebensverhältnissen unterworfen. Entsprechend benötigen diese BürgerInnen mehr Zeit für sich, reagieren auf zu hohe Anforderungen mit längerer Krankheit. Sie benötigen Unterstützung und Hilfe am Arbeitsplatz, wie auch bei persönlichen Problemen bis hin zur Bewältigung von alltäglichen Hürden wie z.B. bürokratischen Vorgängen. Hier ist ein Verbund von Fürsorge-Systemen gefragt. Angefangen von aufsuchender sozialer Arbeit (z.B. Hausbesuche) bis hin zu freiwilligen Beratungsangeboten verbunden mit der medizinischen Versorgung.

Auch Begleitung in Arbeit und Unterstützungsangebote am Arbeitsplatz (v.a. nach dem Ende einer längeren Arbeitslosigkeit) müssen stärker ausgebaut und ggfs. neu im Integrationsprozess implementiert werden.

Die Agentur für Arbeit hat für einen solchen Fürsorge-Verbund innerhalb jeder Kommune zu sorgen, diesen aufzubauen, aufrecht zu erhalten und durchgehend sinnvoll zu ergänzen.

Maßnahmen für Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, wie Arbeitsprojekte zur beruflichen und sozialen Rehabilitation, müssen verstärkt ausgebaut und gefördert werden. Hieran hat sich maßgeblich die Wirtschaft zu beteiligen.

Ein schrittweiser Abbau der Vermittlungshemmnisse zusammen mit einer engen sozialen Betreuung ermöglicht die neue Grundsteinlegung für ein zukünftiges Erwerbsleben. Unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration ist die verstärkte Beteiligung der KlientInnen am eigenen Hilfeprozess. Die derzeitige Verfahrensweise läuft dem zuwider und stellt eine Entmündigung der Hilfebedürftigen dar.

Die durch das SGB II implementierte und in der Öffentlichkeit weiterhin propagierte Individualisierungsthese der Arbeitslosigkeit muss öffentlich endgültig als widerlegt angesehen werden, nachdem sie sozialwissenschaftlich bereits unzählige Male entkräftet wurde. Dieser Umstand muss sich folglich auch in der Gesetzgebung widerspiegeln.

8. 1-Euro-Jobs abschaffen / reguläre Jobs im öffentlichen Sektor wiederbeleben / Förderstellen schaffen!

Viele Menschen sind in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. 1-Euro-Jobs) beschäftigt, in denen sie trotz aller Kontrolle meist Arbeiten nachgehen, die über „zusätzliche und gemeinnützige Hilfsarbeiten“ hinausgehen. In GeBeGe's (Gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaften) wird diese Entwicklung ad absurdum geführt. BürgerInnen verrichten 1-Euro-Jobs wie Gebäudereinigung oder HausmeisterInnendienste mit 30 Wochenstunden, die sie genauso über öffentliche Stellen erfüllen könnten. Letztere wurden allerdings in den letzten Jahren nachweislich abgebaut. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden.

1-Euro-Jobs bilden einen weiteren Auswuchs prekärer Arbeit auf dem Arbeitsmarkt und müssen abgeschafft werden. Dagegen müssen Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor wieder ausgebaut werden, so dass der Raubbau der letzten Jahre beendet und endlich wieder ausgeglichen wird. Denn gerade in diesem Sektor wurde nachweislich reguläre Beschäftigung verdrängt. Im Übrigen sind spezielle Förderstellen für Langzeitarbeitslose zu entwickeln, in denen durch eine pädagogische, medizinische und psychologische Betreuung und Qualifizierung ein an die jeweiligen Bedürfnisse angepasste Arbeitssituation geschaffen wird.

9. Zumutbarkeit

Nach den Vorgaben des Sozialgesetzbuches II (SGB II) ist EmpfängerInnen des Arbeitslosengeldes II jede Arbeit zumutbar. Auch dann, wenn sie Ausbildung und früherer Beschäftigung nicht entspricht, wenn sie deutlich weiter entfernt ist, als der letzte Arbeitsort und, wenn die Arbeitsbedingungen schlechter sind, als bei der letzten Tätigkeit. Lehnen die Betroffenen die Aufnahme oder Fortführung zumutbarer Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit ab, greifen die Sanktionsmechanismen. Stufenweise wird dann die monatliche Zuwendung gekürzt.

Die betroffenen Menschen müssen folglich Beschäftigungen aufnehmen, die weder den durch ihre Qualifikation berechtigten Wünschen und Erwartungen entspricht, eine Tätigkeit in der Nähe des persönlichen Lebensmittelpunktes ermöglicht, noch gute Arbeitsbedingungen gewährleistet. Tatsächlich vermittelt die Agentur für Arbeit auch in prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Befristung und Niedriglohn bzw. geringfügige Beschäftigung. Die Zumutbarkeitskriterien des ALG II fördern also prekäre Beschäftigung, da die Betroffenen diese annehmen müssen oder ansonsten sanktioniert werden. Gleichzeitig de-

qualifiziert eine solche Politik Arbeitslose, wer länger fachfremd arbeitet, schafft später kaum noch den Sprung zurück in den Beruf, in dem er ausgebildet wurde.

Wer zudem sein Lebensort zwangsweise verlassen muss, verliert darüber hinaus seine sozialen Netzwerke. Befristete persönliche Beziehungen werden zur Normalerfahrung der Betroffenen. Damit wird eine Chance auf Reintegration zusätzlich erschwert.

Die Zumutbarkeitskriterien müssen verändert werden. Die Agentur für Arbeit soll in „Gute Arbeit“ vermitteln. EmpfängerInnen des ALG II dürfen nicht gezwungen werden, eine Arbeit gegen ihren Willen anzunehmen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Beschäftigung nicht ihrer Qualifikation entspricht, sehr weit entfernt ist und die Arbeitsbedingungen schlechter sind als in der vorherigen Tätigkeit. Die Ablehnung darf nicht zu finanziellen Einbußen führen.

Aber auch im Bereich des SGB III muss sich etwas ändern. Entsprechend den genannten Forderungen müssen auch hier die Zumutbarkeitskriterien verändert werden: beispielsweise die Regelungen zur Verlagerung des Wohnsitzes im §121 SGB III.

10. Mehr ArbeitnehmerInnenrechte für ArbeitsvermittlerInnen

Ein Betreuungsverhältnis von 1:250 – Befristete Verträge – Umsetzungsnot der Vorgaben der Arbeitsagentur (z.B. Sanktionszahlen) – keine oder eine wirkungslose MitarbeiterInnen-Vertretung: All das ist Alltag für die SachbearbeiterInnen der ARGE n bzw. der im SGB II genannten Vermittlungsorganisationsformen. Oft fehlt sogar die nötige Ausbildung, um überhaupt mit der Klientel Beratungsgespräche führen zu können. ARGE-MitarbeiterInnen, die ihren Beruf mit viel Engagement betreiben und den BedarfsempfängerInnen wirklich helfen wollen – beispielsweise durch Verzögerung von Sanktionen oder aufwendige Vermittlungs- und Beratungsarbeit – werden zwischen persönlichen Grenzen und dem systemischen Druck der Agentur zerrieben.

Insgesamt miserable Zustände, die v.a. den Menschen schadet, denen eigentlich geholfen werden soll: den ALG II – BezieherInnen. Die Ansprüche, die bei der Umsetzung der Hartz IV – Reform formuliert wurden, können in keinsten Weise umgesetzt werden. Die Agentur für Arbeit selbst ist eine Institution, die ihre MitarbeiterInnen unter miserablen Umständen arbeiten lässt.

Runter mit der Fallzahl – hoch mit den Angestelltenzahlen: Dies gilt als Fundament für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung, da nur so eine tatsächliche Beratung und Betreuung gewährleistet werden kann.

Mehr Zeit und Freiraum für Beratung und soziale Hilfe: Vorgaben oder Anhalte, wie lange ein Beratungsgespräch dauern darf, darf es nicht geben.

Viele engagierte ArbeitsvermittlerInnen verzweifeln an der derzeitigen Fördersystematik. Sie bemerken, dass sie ihren KlientInnen nicht wirklich helfen können und versuchen mancherorts kreativ Wege zu gehen, die nicht der von der Agentur vorgegebenen Vermittlungspraxis entsprechen. Vielfach widersprechen sie auch der geforderten Sanktionspraxis und wenden dieses Mittel der „Aktivierung“ nur selten an. Diese engagierten VermittlerInnen sehen sich einem höheren systemischen Druck ausgeliefert als ihre „angepassten“ KollegInnen. Sie werden in MitarbeiterInnengesprächen aufgefordert, mehr zu sanktionieren, die Maßnahmeplätze besser zu belegen oder die eine oder andere Handlungsweise abzustellen.

Dies stellt in keinster Weise eine professionelle Verfahrensweise dar. Gerade ArbeitsvermittlerInnen müssen individuell an die Bedürfnisse der BedarfsempfängerInnen eine berufliche Integration planen und begleiten können und dürfen nicht durch institutionellen Druck eingeschränkt werden. Wir widersprechen eindeutig dieser Praxis in der Arbeitsvermittlung und fordern mehr Freiraum für die MitarbeiterInnen. Damit dieser Freiraum vollständig und sinnvoll genutzt werden kann, ist jedoch eine berufliche Professionalisierung der VermittlerInnen dringend notwendig.

Professionelle Ausbildung und Vorbereitung auf den Berufsalltag:

Sozialpädagogische Einflüsse in der Arbeit mit und der Beratung von Langzeitarbeitslosen sind nicht zu übersehen. Diese müssen sich auch in der Ausbildung, Berufsvorbereitung und ständigen Weiterbildung (z.B. Sozial-Trainings) bemerkbar machen. Eine reine Verwaltungsausbildung, wie sie vielfach vorliegt, ist bei weitem nicht hinreichend. Zudem ist eine regelmäßige Supervision einzuführen.

Keine befristeten Arbeitsverträge mehr:

Die ArbeitsvermittlerInnen selbst andauernd in einer unsicheren Arbeitssituation zu belassen, ist nicht hinnehmbar. Dies hat weitreichende negative Auswirkungen auf ihre Arbeit. Befristungen in deren Arbeitsverträgen müssen der Vergangenheit angehören.

11. Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften

Die derzeitige Verfahrensweise im Hinblick auf die Einteilung der HilfeempfängerInnen in Bedarfsgemeinschaften und damit der Beschneidung der einzelnen Ansprüche muss abgeschafft werden. Durch eine solche Einteilung wird eine gegenseitige Abhängigkeit innerhalb eines Haushaltes erzeugt, die dem Bild einer modernen, emanzipierten Gesellschaft

zuwider läuft und eine Diskriminierung von Frauen weiter vorantreibt. Vermögen und Einkünfte innerhalb eines Haushaltes sind zu trennen.

Den damit zusammenhängenden Veränderungen insbesondere für Familien muss mit geeigneten Mitteln entgegnet werden, so dass vor allem eine ausreichende Versorgung der Kinder sichergestellt ist.

Zudem dürfen Kinder und Jugendliche (U25) in keinster Weise für die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern zur Verantwortung gezogen werden, schon gar nicht monetär. Ein Fall von Arbeitslosigkeit in der Familie darf nicht zur Armutsfalle für die ganze Familie werden.

12. Vermittlung

Bei der Agentur für Arbeit sind feste BetreuerInnen für die LeistungsempfängerInnen zuständig, oft FallmanagerInnen oder persönliche AnsprechpartnerInnen (pAp) genannt. HilfeempfängerInnen werden im ersten Beratungsgespräch in mehrere Betreuungsstufen eingeteilt, die sich auf die Integrationsfähigkeit in den Arbeitsmarkt beziehen, beispielsweise: integrationsfähig – Förderungsbedarf – Stabilisierungsbedarf – integrationsfern. Die/ der Betreuer/in führt also mit der/ dem Betroffenen eine Art Standortbestimmung nach dem Vorbild eines Profilings durch. Anhand eines Fragenkatalogs ordnet die/ der Vermittler/in den so genannten „Kunden“ einer Personengruppe zu. Während die KlientInnen der niedrigsten Betreuungsstufe nach Einschätzung der Vermittlerin bzw. des Vermittlers meist schnell und ohne spezifische Förderung zurück auf den Arbeitsmarkt finden, sollen bei den höheren Betreuungsstufen erst integrative und aktivierende Maßnahmen ergriffen werden. Die höchste Betreuungsstufe genießt paradoxerweise meist die geringste Beachtung. Anstatt hier verstärkt eine Förderung und Sozialberatung anzusetzen, wird eine Integration in den Arbeitsmarkt bereits als aussichtslos betrachtet. Für jede Kundengruppe steht eine Auswahl von Instrumentengruppen, so genannten „Handlungsprogrammen“, und einzelner standardisierter Instrumente, den Produkten, zur Verfügung. Diese werden wie bereits anfangs erwähnt aus einem Maßnahmenkatalog meist rausgefischt, ohne dass eine Bedarfsorientierung geprüft wurde. Maßnahmen müssen gem. den Weisungen der Agentur besetzt werden mit wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der BedarfsempfängerInnen.

Zunächst ist die Zuordnung der Betroffenen in Kundengruppen natürlich höchst subjektiv, ein Fragebogen spiegelt oftmals nicht die Realität wieder. Das wesentliche Problem besteht in Verbindung mit der vorschnellen Einteilung in Betreuungsstufen darin, dass diese Kategorisierung einem Individualisierungsgrundsatz absolut entgegen läuft. Zudem bestehen

in der Praxis wenige bis gar keine Ausstiegsmöglichkeiten für die BedarfsempfängerInnen innerhalb der Betreuungsstufen.

Wir lehnen diese Logik der Fördersystematik bei der Agentur für Arbeit ab. Statt der Kategorisierung in Betreuungsstufen und der Anwendung standardisierter Fördermaßnahmen fordern wir eine individuelle Beratung und Förderung für die Betroffenen ein. Ziel einer gerechten wie sinnvollen Vermittlungstätigkeit muss es sein, jeden Menschen so zu fördern, dass er eine Beschäftigung aufnehmen kann, die er gerne macht und die ihm eine Existenzgrundlage sichert.

13. Privatvermögen / Besitzstandswahrung

Privatvermögen und -eigentum dürfen nicht durch eine Lebenskrise wie Arbeitslosigkeit bedroht werden. Die aktuelle Verfahrensweise innerhalb des SGB II geht bis hin zum Verkauf von Lebensversicherungen unter Wert. So gerät die fragile soziale Stabilität der BedarfsempfängerInnen noch weiter ins Wanken, sie werden noch einmal zusätzlich diskriminiert. Die Schuldenspirale wird weiter angekurbelt.

Mit dieser Verfahrensweise muss Schluss sein! Hierzu gehört auch die Abschaffung von Zwangsumzügen, die beispielsweise dadurch hervorgerufen werden, dass die schon vor der Arbeitslosigkeit bezogene Mietwohnung nicht der derzeitigen Bewilligungsnorm entspricht und aufgrund dessen von der zuständigen Behörde nicht oder nicht vollständig unterstützt wird. Dies wird zu einer gefährlichen Schuldenfalle für die Betroffenen.

Auch Wohneigentum muss über den bisherigen Grenzen gesichert bleiben. Eine eventuelle Schuldentilgung des Hauskredits darf nicht zur Schuldenfalle werden, wobei die Agentur für Arbeit unterstützend tätig werden muss.

Arbeitslosigkeit darf keinen sozialen Abstieg bedeuten.

C4 - LV Berlin

Solidarität statt Kampf der Generationen

Scheinargumente für den Sozialabbau

Die Debatten über den demografischen Wandel und Generationengerechtigkeit bedrohen heute viele der sozialstaatlichen Errungenschaften. Die teilweise mit Scheinargumenten geführten Debatten und die vermeintlich dahinter steckenden Katastrophen sollen bei Diskussionen um den Sozialstaat erhalten. Leider haben auch innerhalb der politischen Linken neoliberale Argumentationsstrukturen Einzug gehalten. Wir JungsozialistInnen müssen Antworten auf die wirklichen Herausforderungen des demografischen Wandels finden und die Deutungshoheit über den Begriff Generationengerechtigkeit durch eine solidarische Interpretation gewinnen. Diese muss die dringenden Fragen zukünftiger Generationen, wie einer lebenswerten Umwelt, einer funktionierenden Demokratie und vor allem einem intakten Sozialstaat, in den Fokus rücken. Gerechtigkeit ist für uns Jusos keine Verteilungsfrage zwischen jung und alt. Gerechtigkeit ist in erster Linie eine Frage der Verteilung zwischen arm und reich. Es geht also zuerst um die Einkommens- und Vermögensverteilung – unabhängig vom Alter. Daran entscheiden sich auch die Möglichkeiten sozialer Teilhabe. Wir wollen keine Umverteilung von der älteren Generation zur jüngeren Generation, sondern eine Umverteilung von reichen zu ärmeren Menschen und von Kapitaleinkünften zu Arbeitseinkommen. Wir setzen der Diskussion über Generationengerechtigkeit die Solidarität der Generationen entgegen.

Herausforderung Demografie

Die Bevölkerungsstruktur einer Gesellschaft ist von vielen Faktoren abhängig. Direkt wird sie u.a von der Geburtenrate, der Lebenserwartung und den Aus- und Einwanderungsbewegungen bestimmt. Diese Größen sind dabei nicht statisch sondern von politischen Entscheidungen beeinflussbar. Soziale Faktoren, Lebens- und Teilhabechancen und die Werte einer Gesellschaft haben einen großen Einfluss und können wiederum von politischen Entscheidungen maßgeblich geprägt werden.

Dabei zeichnet sich die Debatte in der Öffentlichkeit durch ihre einseitige Fokussierung auf die angeblich, durch die Emanzipation der Frau bedingte, zu niedrige Geburtenrate und der gestiegenen Lebenserwartung in Deutschland aus. Gebetsmühlenartig wird dazu regelmäßig wiederholt, dass immer weniger Erwerbstätige immer mehr RentnerInnen finanzieren müssten.

Viele andere Aspekte werden ausgespart:

- Auch mehr Kinder und Jugendliche würden mehr Kosten für die Gesellschaft bedeuten.
- Mehr Erwerbstätige in guter Arbeit, eine höhere Frauenerwerbsquote sowie eine verstärkte Zuwanderung können den Mindereinnahmen im System entgegenwirken.
- Produktivitätssteigerungen könnten auch zu Mehreinnahmen innerhalb der Sozialversicherungssysteme führen und diese entlasten

Mehr Solidarität in der Generationengerechtigkeitsfrage

Mit der, von neoliberaler Seite als Kampfbegriff missbrauchten, „Generationengerechtigkeit“ wird versucht, die soziale Ungleichheit zwischen den Generationen zu verorten. Die Ungleichheit innerhalb der Generationen zwischen den sozialen Schichten wird hingegen als nicht-existent dargestellt bzw. die ständige Verschärfung der sozialen Schieflage verharmlost. Anstelle des zentralen Problems der generellen Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung wird ein Generationenkonflikt, also ein „Krieg der Generationen“ propagiert. Damit versucht man die politische Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit zwischen die Generationen zu verschieben, um die Gesellschaft für einen widerstandslosen Umbau des Sozialstaates nach neoliberalen Vorbild zu gewinnen.

Die aktuelle Debatte im Zuge der Föderalismusreform II um eine Schuldenbremse ist nur ein Beispiel, wie unter dem Deckmantel der Generationengerechtigkeit der Staat entmachtet und interventionistische Politik delegitimiert werden soll. Umverteilung innerhalb der Klasse von Alt nach Jung oder andersrum ist der falsche Weg! Die politische Linke darf sich von der eigentlichen Gerechtigkeitsfrage nicht abbringen lassen: der sozialen Gerechtigkeit.

Behauptung I: Unsere Sozialversicherungssysteme sind mit ihren bisherigen Leistungen nicht mehr finanzierbar!

Forderungen nach einer Verschlinkung der Sozialversicherungssysteme gehen zur Lasten der zukünftigen Generationen, denen dadurch eine marode Versorgung hinterlassen wird. Eine solche Entwicklung hilft nur denen, die sich eine private Vorsorge leisten können.

Das Problem der Sozialversicherungssysteme liegt für uns nicht auf der Ausgaben- sondern auf der Einnahmenseite. Anstatt Leistungen zu kürzen oder in die private Vorsorge abzuschieben und so die soziale Absicherung weiter dem Markt zu überlassen, muss die Einnahmenseite erweitert werden. In den letzten Jahren wurden vor allem die ArbeitgeberInnen von Beitragszahlungen entlastet – vor allem dadurch, dass immer mehr Leistungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Sozialversicherungen herausgenommen wurden und nun von den ArbeitnehmerInnen zusätzlich privat abgesichert werden müssen. Diese

Fehlentwicklung muss dringend korrigiert werden. Private Versicherungsformen, mittels Kapitaldeckung organisiert, sind gerade nicht den gesetzlichen umlagefinanzierten Sozialversicherungen überlegen. Die kapitalgedeckten Systeme funktionieren nur augenscheinlich stabil, da sie gleich mehrfach selektiv wirken. Sie schließen Personen mit geringem Einkommen und schlechtem Gesundheitszustand aus. Somit versichern die privaten Versicherungsunternehmen zu einem überwiegenden Teil lediglich „gute Risiken“. Wir halten diesen ungerechten Versicherungsvarianten unsere solidarischen Systeme entgegen, die es ermöglichen allen BürgerInnen einen Schutz vor elementaren Lebensrisiken zu bieten.

Die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen hat sich – auch aus Gerechtigkeitserwägungen – bewährt und muss schnellstens wieder hergestellt werden. Hinzu kommt, dass sich SpitzenverdienerInnen der Solidarität durch eine Flucht in private, kapitalgedeckte Versicherungen entziehen können. Das Kernproblem der Sozialversicherungen ist also ein Verteilungsproblem: Die ArbeitgeberInnen wurden durch die letzten Reformen einseitig entlastet, während die ArbeitnehmerInnen mit niedrigen und mittleren Einkommen durch in Folge von Leistungskürzungen zusätzlich notwendig gewordene private Absicherungen einseitig mehr belastet werden. Anstatt Leistungen aufgrund des Arguments zu geringer Einnahmen zu kürzen, muss zunächst die Beitragsbasis nach dem Prinzip der BürgerInnenversicherung ausgeweitet und die Beitragsbemessungsgrenzen stark erhöht werden. Die solidarische BürgerInnenversicherung schließt nicht nur neue Personengruppen wie Selbständige oder Beamte mit ein, sondern auch Einkommensarten wie die aus privaten Kapitalerträgen, welche sozialversicherungspflichtig werden müssen.

Für uns Jusos bedeutet eine solidarische Gesellschaft aber auch, dass jedeR nur soviel in die Sozialversicherungssysteme einzahlt, wie es sein/ihr Gehalt hergibt. Deshalb wollen wir prüfen, ob progressive Sozialversicherungsbeiträge oder Freibeträge bei den Sozialabgaben sinnvoll sind, um untere Einkommensgruppen zu entlasten und höhere Einkommensgruppen stärker zu belasten. Private Vorsorge darf nicht Teil des Sozialsystems sein. Der Sozialstaat muss jedem Menschen, egal ob er oder sie es sich leisten kann privat vorzusorgen, eine gute Versorgung bieten. (Arbeits-) Unfälle, Krankheit oder Pflegebedürftigkeit, die Versorgung eines Menschen darf nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen. Von privaten Vorsorgepflichten sind gerade sozialschwache Teile unserer Gesellschaft betroffen, da hier die eigene Vorsorge nicht möglich ist. Eine gute Versorgung, die alle allgemeinen Lebensrisiken versichert, muss auch in Zukunft Teil des staatlichen Sozialsystems sein.

Behauptung II: Die Kürzungen der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung waren nötig, um diese auch für künftige Generationen zu sichern!

Die Prozesse von Arbeit und Wirtschaft haben sich in den letzten zwanzig Jahren nachhaltig und unumkehrbar gewandelt.

Die Politik hat es in der Vergangenheit versäumt, diesem Wandel gerecht zu werden, und die Arbeitslosenversicherung an die geänderten, nicht mehr linearen Erwerbsbiographien anzupassen. Eine Absicherung muss heutzutage Brüche in Erwerbsbiographien absichern, anstatt Sozialabbau weiter voran zu treiben und den Druck auf ArbeitnehmerInnen weiter zu erhöhen.

Gute Arbeit bedeutet für uns die Überwindung vom reinen Mittel zum Leben hin zur Selbstverwirklichung. Gute Arbeit ist also erst dann erreicht, wenn Arbeit selbst das erste Lebensbedürfnis geworden ist und es gilt: JedeR nach seinen/ihren Fähigkeiten, jedeR nach seinen/ihren Bedürfnissen. In unserer Gesellschaft ist gesicherte Arbeit vielmehr auch ein wichtiger Schlüssel zu aktiver Teilhabe an der Gesellschaft, unter Anderem deshalb lehnen wir Ansätze wie das Grundeinkommen ab. Die zunehmende Prekarisierung sorgt für steigenden Druck innerhalb der ArbeitnehmerInnen, der zunehmend auch unter der ArbeitnehmerInnenschaft geschürt wird.

Durch die sich schnell wandelnden Anforderungsprofile verlieren erworbene Qualifikationen schnell an Wert. Deshalb stellt Weiterbildung für uns ein Kernelement staatlicher Aufgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik dar. Die Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen muss aktiv und fortlaufend in das Erwerbsleben integriert werden, nicht erst im Falle der Arbeitslosigkeit. Weiterbildung muss als Teil der allgemeinen Qualifizierung staatlich garantiert werden. Flexible Arbeitszeitkonten können helfen, Weiterbildung ins Berufsleben zu integrieren und Leih- und Zeitarbeit zu minimieren. Selbständige Beschäftigung ist nicht gleichbedeutend mit Krisenresistenz. Auch die Gruppe der Selbständigen bedarf deswegen des sozialstaatlichen Schutzes. Die derzeitige Arbeitslosenversicherung schließt nur abhängig Beschäftigte ein. Eine an die aktuelle Erwerbssituation angemessene Absicherung muss auch Selbstständige berücksichtigen.

Der demographische Wandel muss als Chance für eine umfassende Gleichstellung der Geschlechter genutzt werden. Durch den Rückgang an männlichen Facharbeitskräften erweitern sich die Möglichkeiten für Frauen – auch in ehemals männerdominierten Tätigkeitsfeldern - Fuß zu fassen. Um diese Entwicklung zu verstetigen, muss sie auch politisch unterstützt werden. Dabei geht es den Jusos in erster Linie darum, die Gleichstellung und Emanzipation von Frauen weiter voranzutreiben, indem Frauen die gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit in allen Bereichen ermöglicht und gefördert wird. Tatsache ist aber, dass große Teile der Reproduktionsarbeit nach wie vor von Frauen erledigt werden, eine gleichmäßige Arbeitsteilung der Geschlechter besteht nicht. Um die Frauenerwerbsquote zu erhöhen, muss folglich auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Kinder dürfen nicht länger zum zwangsläufigen Karriereknick führen, der Wiedereinstieg ins Berufsleben auf

gleicher Stufe muss besser abgesichert werden. Dazu gehören aber auch flexible Arbeitszeiten und allgemeine Arbeitszeitverkürzungen, die Männern und Frauen Familie und Beruf parallel zueinander ermöglichen.

Für uns Jusos bietet die Arbeitsversicherung eine Antwort auf diese Herausforderungen. Die Arbeitsversicherung bietet zudem die Chance, bestehende Förderungen wie BAFöG, Elterngeld oder das Arbeitslosengeld in eine Versicherung zu integrieren.

Behauptung III: Um im Alter gut leben zu können, müssen wir alle länger arbeiten und vor allem privat vorsorgen!

Das bisherige Rentensystem baut auf einem Generationenvertrag auf, demzufolge die Kinder ihre Eltern im Alter versorgen. Das aktuelle Problem scheint dabei zu sein, dass es zu wenige Erwerbstätige gibt, die zu viele nicht mehr Erwerbstätige versorgen müssen. Viele RentnerInnen leben schon heute in Armut. In der Altersarmut zeigt sich das gravierende Problem des deutschen Rentensystems: Das Rentensystem sichert insbesondere GeringverdienerInnen oder Menschen mit unterbrochener Erwerbsbiografie keinen existenzsichernden Rentenanspruch. Menschen mit geringen Einkommen müssen heute mit der Gewissheit leben, auch im Alter nahe am Existenzminimum zu leben. Das bisherige Rentensystem basiert folglich nicht auf Solidarität innerhalb der Generation, sondern auf durch einkommensabhängige Beitragszahlungen erworbene individuelle Rentenansprüche. Durch die Riesterreform wurde die paritätische Finanzierung der Rentenversicherung endgültig aufgekündigt. Ein Ziel der Reform war es, ein Ansteigen der Rentenversicherungsbeiträge auf über 20 Prozent zu verhindern. Dies wurde durch den in die Rentenanpassungsformel integrierten ‚Nachhaltigkeitsfaktor‘ erreicht, der langfristig dazu führen wird, dass das Nettorentenniveau sinkt. Die so entstehende Versorgungslücke soll durch eine staatlich subventionierte zusätzliche private und Altersvorsorge – der sogenannten ‚Riester-Rente‘ – geschlossen werden. Die Folge ist, dass der ArbeitgeberInnenanteil auf einen Anteil von maximal 10 Prozent eingefroren wurde, zum ArbeitnehmerInnenanteil von 10 Prozent aber zusätzlich eine private Altvorsorge hinzukommt, an deren Finanzierung sich die ArbeitgeberInnen nicht beteiligen. Die junge Generation ist also nicht entlastet worden, sondern trägt lediglich den ArbeitgeberInnenanteil der Beitragssteigerung mit.

Was bleibt, ist eine reine Umverteilung von den ArbeitnehmerInnen zu den ArbeitgeberInnen. Das Problem ist also nicht der Sozialstaat. Das Problem ist der Rückzug von Unternehmen und Vermögenden aus der solidarischen Finanzierung des Sozialstaats. Deshalb wurden gerade die einkommensschwachen Haushalte durch die Riester-Umstellung besonders belastet, da sie wegen fehlendem Vermögen und zu geringem Einkommen, um die ergänzende private Rentenversicherung zu finanzieren, unter der faktischen Rentenkürzung besonders leiden und

nicht privat vorsorgen können. Die Antwort darauf kann nur in einer Rückkehr zu einer solidarischen Finanzierung liegen.

Oft leben diese Menschen zudem in der Angst im Falle von Arbeitslosigkeit auf ALG II Niveau zu rutschen, was den Verlust von Ersparnissen bedeuten kann. Da diese Regelung nicht wohlhabende RentnerInnen, sondern insbesondere Alleinerziehende trifft, muss die Grenze der vor der Anrechnung auf das ALG II sicheren Ansparungen deutlich angehoben werden. Gerade für Frauen, die im Vergleich zu Männern immer noch deutlich weniger verdienen, ist das Risiko im Alter in Armut zu leben deutlich angestiegen.

In den letzten Jahren gelang es nicht, bei Tarifverhandlungen den Verteilungsspielraum voll auszuschöpfen, also Lohnsteigerungen in Höhe der Produktivitätssteigerung zuzüglich der Inflationsrate durchzusetzen, mit der Folge sinkender Realeinkommen. Ein kapitalgedecktes System bietet hierbei keinen Fortschritt auf dem Weg zu einem solidarischen Rentensystem. In erster Linie unterscheidet es sich von seiner ganzen Art kaum von dem bisherigen Umlagesystem, die private Vorsorge des/r Einen ist der Wohnungskredit des/r Anderen. Allerdings ist ein durch die Finanzmärkte gestütztes System immer von mehr Risiken belastet, für die im Zweifel der Staat einspringen muss. Die derzeitige Finanzmarktkrise mit den Milliardenabschreibungen zeigt eindrucksvoll, wie hoch diese Risiken sind. Eine Umstellung hin zu einem kapitalgedeckten System bedeutet zudem, dass dem staatlichen System Geld entzogen wird, das stattdessen in den internationalen Finanzmarkt fließt. Wir Jusos lehnen eine weitere Teilprivatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung ab.

Der Staat muss dort aktiv umverteilen, wo keine eigene Vorsorge möglich ist und die eigenen Anwartschaften nicht für ein würdiges Leben im Alter reichen. Der Sozialstaat muss allen Menschen durch eine über dem Existenzminimum liegende Mindestrente ein würdiges Leben im Alter ermöglichen.

Am Prinzip der beitragsfinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung halten wir fest. Wir wollen aber die Solidarität in der Rentenversicherung stärken. Dazu möchten wir nach dem Prinzip der Bürgerversicherung weitere Einkommensarten zur Finanzierung heranziehen. Wir halten aus diesem Grund eine verstärkte zusätzliche Finanzierung der Renten über Steuermittel für sinnvoll und gerecht.

Wir Jusos möchten die gesetzliche Rentenversicherung zu einer verlässlichen Alterssicherung für alle Erwerbstätigen ausbauen und deshalb alle Erwerbstätige – also z.B. auch Beamte und Selbstständige – einbeziehen. Die gesetzliche Rentenversicherung muss es grundsätzlich allen Leistungsempfängern ermöglichen, im Alter ihren gewohnten Lebensstandard fortzuführen – sie muss verhindern, dass der Renteneintritt gleichbedeutend mit einem sozialen Abstieg wird. Bei der Berechnung der Rentenansprüche müssen Aus- und Weiterbildungszeiten, Eltern- und Pflegezeiten u.ä. genauso wie Erwerbszeiten berücksichtigt werden.

Eine aus den Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung finanzierte Mindestrente, die deutlich über dem Existenzminimum liegt, muss dafür Sorge tragen, dass Menschen mit

geringem Einkommen oder zu kurzen Einzahlungszeiten im Alter nicht in Armut leben. Die Rentenzahlungen für Menschen, die keine eigenen Rentenansprüche erworben haben, sollten aus Steuermitteln finanziert werden.

Behauptung IV: Mit dem demografischen Wandel droht der Zusammenbruch der Pflegesysteme. Um dies zu verhindern, muss die Gesellschaft diese Aufgabe gemeinsam tragen!

Pflegearbeit wird in den Familien meist von Frauen erledigt, ganz egal ob es sich um die eigenen Angehörigen handelt oder die des Partners. Das bedeutet eine dreifache Belastung. Durch zweimalige Unterbrechung der Einzahlung in das Rentensystem durch Kinderbetreuung und Pflege sowie eine meist schlechter entlohnte Arbeit, die oft nicht oder nicht ausreichend sozial absichert, steigt das Risiko später in Armut zu leben, deutlich an. Dies begünstigt eine Abhängigkeit vom Mann/ Partner.

Der enorm ansteigende Pflegebedarf der nächsten Jahre darf deshalb nicht allein von Frauen in Familien getätigt werden. Pflegearbeit muss in höherem Maß auch von Männern getätigt werden, was ein Umdenken der Gesellschaft erfordert. Die Finanzierung des steigenden Pflegebedarfs darf nicht nur beitragsfinanziert durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen finanziert werden. Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe braucht auch einen wachsenden Anteil an Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen.

Um gute Pflege gewährleisten zu können, muss die Ausbildung von Pflegekräften qualitativ verbessert und Pflege langfristig professionalisiert werden. Die mangelnde Qualität der professionellen Pflege, wie sie heute in vielen Pflegeheimen anzutreffen ist, geht neben der häufig fehlenden Ausbildung auch auf die massive Überlastung des Pflegepersonals zurück. Schichtarbeit, eine zu geringe Personaldecke und eine viel zu geringe Entlohnung führen oft zu psychischer und physischer Überlastung. Die Leidtragenden sind hier neben dem Pflegepersonal und dessen Angehörigen vor allem die Pflegebedürftigen. Eine optimale Versorgung dieser Menschen ist unter den derzeitigen Bedingungen nicht gegeben. Deshalb muss der Beruf des/der PflegerIn sowohl in seinem gesellschaftlichen Ansehen als auch in der Entlohnung und den darüber hinausgehenden Arbeitsbedingungen aufgewertet werden und der Personaleinsatz erhöht werden. Auch Pflegebedürftige haben ein Anrecht auf gute Pflege und ein menschenwürdiges Leben! Die Qualität von Pflege darf dabei nicht nur aus Sicht der pflegenden Angehörigen und der sozialstaatlichen Organisation betrachtet werden. Wichtig ist auch die aktive Einbeziehung der zu Pflegenden. Ziel ist es, eine möglichst weitgehende Autonomie der Gepflegten über ihre eigenen Lebensumstände zu bewahren oder wiederherzustellen. Dies beinhaltet den Erhalt von Autonomie trotz gesundheitlicher Einschränkungen ebenso wie Autonomie gegenüber entmündigender Pflege, gleich ob diese

durch anonyme Heim- und Pflegestrukturen oder die "gut gemeinte Entmündigung" im Rahmen der eigenen Familie geschieht.

Menschen, die ihre Angehörigen selber betreuen, müssen in der Regel ihre berufliche Tätigkeit einschränken oder ganz aufgeben. Nicht nur aus Sicht der Betroffenen, sondern auch für die Sozialsysteme stellt dies ein Problem dar. Private PflegerInnen, die auf diese Art und Weise ihren Arbeitsplatz verlieren, zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge mehr. Über den momentanen Verdienstaufschlag hinaus, erleiden sie auch Nachteile im Hinblick auf ihre Rentenansprüche. Darüber hinaus leidet auch die Solidargemeinschaft, da die Sozialversicherungsbeiträge fehlen. Außerdem muss Pflege, die in der Familie verrichtet wird, nicht zwangsläufig liebevoller sein. Ursachen sind hierfür keinesfalls fehlende Zuneigung, sondern vielmehr eine 24 Stunden dauernde Belastung der pflegenden Personen ohne die Möglichkeit abzuschalten. Soziale Kontakte gehen verloren, der Wiedereinstieg ins Berufsleben ist meist nur schwer möglich. Um diese Problemlagen zu verhindern oder zumindest zu minimieren, müssen vielfältige Angebote geschaffen werden, um eine optimale Versorgung der zu pflegenden Person und der betroffenen Angehörigen sicher zu stellen.

Wir fordern die Anrechnung von familiär erbrachten Pflegeleistungen für die Rente. Dazu gehört aber auch eine von staatlicher Seite angebotene Pflegeberatung für Angehörige, die auch über Alternativen zur familiären Pflege informiert.

Langfristig muss der Weg hin zu professioneller, qualitativ hochwertiger Pflege führen. Der Staat hat hierbei die Pflicht, Pflegeplätze in ausreichender Zahl zu Verfügung zu stellen und ambulante Pflege sowie innovative Pflegeformen wie (kommunale) Pflegeagenturen, Alterswohngemeinschaften, Demenzwohngemeinschaften, betreutes Wohnen oder Mehrgenerationenhäuser aktiv zu fördern. Dazu gehört auch die steuerliche Begünstigung von HauseigentümerInnen, die ihre Immobilien an solche Einrichtungen vermieten. Pflege soll nicht zwangsläufig innerhalb der Familie sondern qualitativ hochwertig in der Gesellschaft stattfinden. Ein Platz in einem Pflegeheim darf nicht länger vom Geldbeutel des/r Pflegebedürftigen oder dem der Kinder abhängen. Der Staat muss auch hier durch Umverteilung allen Menschen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen.

Behauptung V: Nur ein auf Wettbewerb basierendes Gesundheitssystem ist in der Lage die ansteigenden Kosten, verursacht durch den demografischen Wandel, noch zu retten!

Die Kostensteigerungen in den letzten Jahren im Gesundheitswesen vor allem auf den medizinisch-technischen Fortschritt zurückzuführen. Um eine qualitativ hochwertige Versorgung der Versicherten zu ermöglichen – und nicht nur einen Mindestleistungskatalog abzudecken – ist es erforderlich diese Ausgabensteigerungen im solidarischen System zu

finanzieren. Auch die Veränderungen in der Arbeitswelt, der stetig wachsende Druck auf ArbeitnehmerInnen und die zunehmende Prekarisierung der Arbeit sind als Ursachen zu benennen. Auch die Ausgaben für Kinder und Familienversicherungen werden bewusst aus den Statistiken herausgelassen, um das Problem der Kostensteigerungen auf die älteren Generationen zu schieben. Im Zusammenhang mit Kostensteigerungen im Gesundheitswesen müssen auch die Pharmakonzerne in die Betrachtung einbezogen werden, die durch eine einseitige Profitausrichtung die Preise für Medikamente stetig erhöhen. Diese Preiserhöhungen werden vor allem durch so genannte Scheininnovationen (me-too Präparate) und lange Patentlaufzeiten hervorgerufen.

Gerade im Bereich der Krankenversicherung zeigt sich das Dilemma des Sozialsystems am Allerdeutlichsten. Die, die es sich leisten können und zudem gesund sind in privaten Kassen versichert. Die gesetzlichen Kassen können diesen Einnahmenverlust nur durch erhöhte Beiträge abfedern.

Gesundheit ist in Deutschland ein Indikator von Wohlstand, wer arm ist wird häufiger krank. Die gesetzlichen Kassen müssten folglich mit weniger Geld mehr Versorgung leisten. Eine solidarische Versicherung im Gesundheitssystem ist mit den privaten Kassen nicht möglich. Deshalb streben wir mittelfristig die Abschaffung der privaten Krankenversicherung an. Die Änderungen infolge der letzten Gesundheitsreform haben die, sowieso schon kaum vorhandene, Solidarität innerhalb des Gesundheitssystems auch innerhalb der gesetzlichen Kassen untergraben. Durch neue Wahltarife wird Umverteilung von Alten/ Kranken hin zu Gesunden betrieben. Wer gesund ist zahlt weniger, kranke Menschen werden für ihr Leiden noch finanziell benachteiligt. Die traditionelle Beitragssolidarität ist aufgelöst. Für uns Juso bleibt die Antwort auf die Probleme im Gesundheitssystem die solidarische BürgerInnenversicherung, nach der sich alle BürgerInnen, vor allem auch BeamtenInnen und die Besserverdienenden, die sich bislang mit privaten Krankenversicherungen dem Solidarsystem entziehen, in den gesetzlichen Krankenversicherungen versichern müssen. Das System der paritätischen Finanzierung durch ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen bleibt dabei bestehen. Die Beitragshöhe bemisst sich allein am Einkommen des/r Versicherten und entspricht somit der individuellen Leistungsfähig. Das Prinzip der Versicherungsäquivalenz besteht auch in der Sozialversicherung nicht in seiner ökonomischen Reinform. Grundsätzlich ist es aber notwendig, um eine Mehrheit für die solidarische Finanzierung der Sicherungssysteme zu erhalten. Dies gilt für SpitzenverdienerInnen ebenso wie für Menschen mit geringem Einkommen.

Dazu ist es jedoch notwendig, Fehlentwicklungen der letzten Jahre wieder rückgängig zu machen. Durch die Praxisgebühr werden insbesondere Menschen in einer prekären sozialen Lage davon abgehalten, im Krankheitsfall eine/n ÄrztIn aufzusuchen. Vermeintlich fallen dadurch Kosten für das Gesundheitssystem weg, tatsächlich steigen die Kosten jedoch dramatisch an, wenn Krankheiten zu spät diagnostiziert und behandelt werden. Um diese

Prozesse umzukehren, muss innerhalb des Gesundheitssystems das Augenmerk auf der kostenlosen Vorsorge liegen. Dazu gehören flächendeckende Impfungen genauso wie Krebsvorsorge oder ausreichende krankengymnastische Behandlungen.

Für uns Jusos muss weiterhin der soziale Aspekt von Gesundheitsversorgung im Mittelpunkt stehen. Standardisierte Abrechnungsprozesse in Form von Fallpauschalen führen zu einer Enthumanisierung der Gesundheitsversorgung und belasten ÄrztInnen und PatientInnen gleichermaßen. Krankheit und Genesung darf nicht innerhalb bestimmter Prozesse berechnet werden, wo jede Abweichung von der Norm zu Rechtfertigungsdruck auf Seiten der ÄrztInnen oder zu frühen Entlassungen der PatientInnen führt.

Wie auch im Bereich der Pflege ist das Personal im Gesundheitswesen deutlich überlastet. Eine Krankenschwester, die im Nachtdienst für eine Station verantwortlich ist, und auf der anderen Seite ihre Familie nicht von ihrem Lohn versorgen kann, gerät schnell an die Grenzen der Belastbarkeit. Studien im Gesundheitswesen belegen eindeutig, dass psychische Erkrankungen aufgrund von steigender Überlastung deutlich zunehmen. Auch in der ÄrztInnenschaft, insbesondere im Bereich der Krankenhäuser, kann nicht mehr von „guter Arbeit“ gesprochen werden. Gerade im Osten Deutschlands herrscht in den ländlichen Regionen eine dramatische medizinische Unterversorgung, da ÄrztInnen und Schwestern/Pfleger für deutlich mehr Arbeit deutlich weniger Gehalt verdienen. Die Bereitschaft in die unterversorgten Regionen zu gehen, ist dementsprechend gering. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann in diesem Zusammenhang keine Rede sein. Die Arbeitsbedingungen für das gesamte medizinische Personal sind insbesondere in Krankenhäusern insgesamt unzumutbar. Die Arbeitsbelastung ist oft nahe oder liegt sogar über den gesetzlich zulässigen Höchstgrenzen. Gleichzeitig ist die Bezahlung vergleichsweise niedrig. Wir wollen, dass auch für Pflegepersonal und ÄrztInnen eine normale Arbeitswoche mit vollem Ausgleich aller Überstunden und eine angemessene Bezahlung gelten.

Behauptung VI: Haushaltskonsolidierung ist die erste Priorität für eine generationengerechte Politik.

In den letzten Jahren wurde das Argument der Generationengerechtigkeit dazu genutzt, den Abbau der Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden und die Vermeidung der Aufnahme von neuen Krediten zur ersten Priorität zu machen. Sozial gerechte und „nachhaltige“ Politik, die kommende Generationen nicht belastet, wäre nur dann möglich, wenn ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden könne.

Dieses Konsolidierungsargument wurde vor allem für die Rechtfertigung von Einsparungen im Bildungs- und Sozialsektor, der Erhöhung der Mehrwertsteuer und Privatisierungen genutzt, gleichzeitig wurden Möglichkeiten zur Umverteilung von oben nach unten verschenkt und teilweise sogar im Gegenteil Besserverdienende entlastet, indem direkte Steuern

(Erbchaftssteuer, Vermögenssteuer, Ansenkung des Spitzensteuersatzes) für sie zum Teil drastisch gesenkt wurden.

Wir Jusos lehnen diese Politik ab. Für uns kann die Haushaltskonsolidierung nicht die erste Priorität politischen Handels sein! Zwar ist die Staatsverschuldung sowohl für die heutigen, als auch für die kommenden Generationen eine Belastung. Ein schwacher Staat ohne jegliche politische Gestaltungsmöglichkeiten, von Privaten zugrunde gerichtete Infrastrukturen, ein desolates Bildungswesen und um sich greifende Armut ist für kommende Generationen aber ein viel schwereres Erbe. Die Haushaltskonsolidierung-um-jeden-Preis-Politik muss ein Ende haben!

Wenn sich Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung bieten, muss klar sein: Konsolidierung kann nicht bedeuten, dass notwendige, wichtige und sinnvolle Ausgaben vernachlässigt werden. Sozialdemokratische Haushaltspolitik heißt nicht, dass der Staat nicht sparsam mit seinen finanziellen Ressourcen umgehen soll. Bei überflüssigen oder gar schädlichen Ausgaben, wie zum Beispiel Rüstungsausgaben, kann durchaus eingespart werden. In der Vergangenheit wurde jedoch in der Regel genau an den falschen Stellen (z.B. Sozialstaat, Bildung) gespart. Das darf nicht so fortgesetzt, sondern muss rückgängig gemacht werden. Dazu ist es auch notwendig, dass Einnahmen an den richtigen Stellen erhöht werden. Die Staatsausgaben müssen durch gerecht verteilte Steuerbelastungen ausgeglichen, Umverteilungsspielräume genutzt werden. Die Steuerbelastung von Besserverdienenden und Unternehmen muss steigen, die von Geringverdienern sinken. Darüber hinaus dürfen in einer angespannten Haushaltslage die direkten Steuern nicht gesenkt werden.

Die letzten Jahrzehnte haben eindrucksvoll gezeigt, dass vor allem Privatisierungen kein probates Mittel zur Konsolidierung sind, sondern lediglich einmalig Geld in die öffentlichen Kassen spülen, sich jedoch mittel- und langfristig sowohl als finanzielle Verlustgeschäfte für den Staat erweisen, als auch die für alle wichtigen Infrastrukturen gefährden und zugrunde richten. Heutige und kommende Generationen brauchen funktionierende und gut ausgebaute Infrastrukturen zu angemessenen Preisen. Zudem kann der Staatshaushalt von den Einnahmen aus staatlichen Infrastrukturunternehmen profitieren, die Verschleuderung von Staatseigentum für kurzfristige Haushaltskalkulationen ist ein Raubbau am Gemeinwohl. Die Privatisierungswelle der vergangenen Jahre und Jahrzehnte muss ein Ende haben, die wenigen Infrastrukturen, die noch in staatlichem Besitz sind, müssen das auch bleiben. Statt weiterhin zu privatisieren, müssen Möglichkeiten zur Wiederverstaatlichung genutzt werden, auch wenn dafür kurzfristig hohe Neuverschuldungen in Kauf genommen werden müssen.

Behauptung VII: Auf dem Arbeitsmarkt tobt ein Kampf der Generationen.

Alle Generationen stehen auf dem Arbeitsmarkt zurzeit vor großen Problemen. Für SchulabgängerInnen werden von den Betrieben längst nicht genügend Ausbildungsplätze zur

Verfügung gestellt, viele warten jahrelang auf eine Stelle, die Zahl der AltbewerberInnen steigt. Der Ausbildungspakt hat daran kaum etwas geändert, die Steigerung der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze bleibt sogar hinter den in ihm festgehaltenen Erwartungen zurück. Diejenigen, die eine Ausbildung abgeschlossen haben, werden immer häufiger nicht übernommen und haben zum Teil große Probleme den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Ältere wiederum sind statistisch wesentlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Wiedereinstieg in ihren Beruf ist für diese ArbeitnehmerInnen wesentlich schwerer, viele Unternehmen stellen ausschließlich jüngere Menschen ein, die häufig für weniger Geld arbeiten.

Der Arbeitsmarkt geht zudem noch viel zu wenig auf die Bedürfnisse von älteren Menschen ein. Es muss klar sein: Nicht jede Form von Arbeit kann in jedem Alter verrichtet werden. Für ältere ArbeitnehmerInnen muss altersgerechte Arbeit geschaffen werden, die diese körperlich meistern können und die auf ihre Bedürfnisse eingeht. Gleichzeitig müssen Programme wie die Altersteilzeit weiter gefördert werden. Menschen und ihre Arbeitsplätze sind unterschiedlich. Der Eintritt in das Rentenalter muss flexibel gestaltet werden und sich den Bedürfnissen jeder Arbeitnehmerin/jedes Arbeitnehmers anpassen. Ein flexibler Eintritt in die Rentenzeit muss ermöglicht werden, verschiedene Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse, manche Menschen möchten früher aus dem Erwerbsleben aussteigen, andere möchten länger arbeiten, für alle diese Menschen muss es Möglichkeiten geben, dann in die Rentenzeit einzusteigen, wenn es für sie angemessen ist. Gleichzeitig muss ein Missbrauch dieser für ArbeitnehmerInnen geschaffenen Flexibilität durch die Betriebe verhindert werden. Ein Abbau von Arbeitsplätzen, indem Druck auf ArbeitnehmerInnen ausgeübt wird, sich früher verrenten zu lassen, muss verhindert werden.

Generell hat die Verunsicherung aller ArbeitnehmerInnen, unabhängig von ihrem Alter, in den letzten Jahren stark zugenommen. Diese Verunsicherung darf von niemandem dazu genutzt werden, im Sinne des Begriffes der Generationengerechtigkeit ältere und jüngere Menschen auf dem Arbeitsmarkt gegeneinander auszuspielen. Das Problem darf nicht sein, dass – je nach Perspektive – die Älteren oder die jüngeren den jeweils anderen die Stellen wegnehmen, oder mehr verdienen oder für zu wenig Geld arbeiten, sondern dass es zu wenig gute Arbeit gibt und die Betriebe nicht dazu bereit sind, ihre ArbeitnehmerInnen angemessen zu bezahlen. Der Arbeitsmarkt kann – genauso wie die gesamte Gesellschaft - nur mit einem Miteinander der verschiedenen Generationen funktionieren.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels klagen immer mehr ArbeitgeberInnen über den angeblich daraus resultierenden Fachkräftemangel. In einer immer älter werdenden Gesellschaft gäbe es in Zukunft zu wenige fähige ArbeitnehmerInnen für die Betriebe. Dieser Fachkräftemangel ist aber nicht eine Folge des Demografischen Wandels, sondern ein hausgemachtes Problem. Die Betriebe verbauen sich selbst jede Chance auf zukünftige Fachkräfte, wenn sie sich aus ihrer ureigenen Verantwortung ziehen und nicht ausbilden. Hier

müssen die Unternehmen wieder in die Pflicht genommen werden. Wir fordern eine Ausbildungsplatzumlage, alle Betriebe, die nicht ausbilden, müssen in einen Ausbildungsfond einzahlen, mit dem dann nicht nur Betriebe, die mehr ausbilden unterstützt werden können, sondern auch Alternativen zur dualen Ausbildung wie rein schulische Ausbildungen finanziert werden können.

Außerdem müssen männlich dominierte Arbeitsbilder überwunden und Frauen endlich gleichgestellt in den Arbeitsmarkt integriert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Chancen, die mit der verringerten Anzahl an männlichen Facharbeitskräften verbunden sind, konsequent genutzt werden. Zurzeit befinden sich die Frauen die arbeiten, noch immer überdurchschnittlich häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen, erhalten noch immer im Durchschnitt ein Viertel weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen und haben in den Betrieben noch immer geringere Aufstiegschancen, obwohl sie weder schlechtere noch niedrigere Bildungsabschlüsse haben als Männer. Damit werden sie, obwohl sie arbeiten, noch immer in Abhängigkeitsverhältnisse zu ihren, möglicher Weise vorhandenen, Partnern gedrängt, die sich durch entsprechend ihrer Einkünfte niedrige Renteneinkünfte bis in die Rentenzeit fortsetzen. Um es Frauen zu ermöglichen, gute Arbeitsplätze zu erhalten und ihre Aufstiegschancen zu erhöhen, fordern wir die Einführung einer Quote in der Wirtschaft.

Behauptung VIII: Akademikerinnen bekommen zu wenig und zu selten Kinder und schaden damit den Sozialsicherungssystemen.

Familienstrukturen sind als sozial und kulturell erlernte Strukturen veränderbar und sie haben sich in den letzten Jahren auch stark verändert. Dabei vollzieht sich der Wandel von Rollenzuschreibungen unterschiedlich schnell und in unterschiedlichem Ausmaß. Als Jusos begrüßen wir den Wandel von tradierten Rollenzuschreibungen, die Frauen in unserer Gesellschaft strukturell in nahezu allen Lebensbereichen diskriminieren, hin zu einer emanzipativen selbstbestimmten Lebensführung von Frauen und Männern auch in familiären Zusammenhängen. Dieser Wandel ist jedoch gesellschaftlich nicht unumkämpft, die Versuche konservativer PolitikerInnen und MeinungsmacherInnen, die Zeit zurückzudrehen, müssen wir als feministischer Richtungsverband bekämpfen.

Noch immer lebt der größte Teil der Bevölkerung in traditionellen Familienstrukturen (oder strebt diese an) mit einem i.d.R. männlichen Hauptverdiener und einer i.d.R. weiblichen Nebenverdienerin. Damit kommt der Frau bestenfalls die Rolle der Zuverdienerin zu, Abhängigkeiten vom Ehemann/Freund werden, auch durch die niedrige Entlohnung und die fehlende soziale Absicherung, strukturell gefestigt. Wir Jusos wollen, dass diese Abhängigkeitsstrukturen aufgelöst werden.

Neben einem traditionellen Familienbild konnten sich in den letzten Jahren auch andere Formen des Zusammenlebens etablieren. Homosexuelle PartnerInnenschaften, feste

Lebensgemeinschaften mit zwei voll erwerbstätigen PartnerInnen, Alleinerziehende, familienähnliche Wohngemeinschaften, Singlehaushalte etc. werden zunehmend anerkannt. Besonders häufig werden jedoch Menschen, aus diesen Gruppen mit Problemen konfrontiert: So finden sich beispielsweise Alleinerziehende in einer finanziell hoch problematischen Situation und die Betreuung der Unter-3-Jährigen ist in der Bundesrepublik kaum gewährleistet. Um Männern und Frauen gleichermaßen und gleichgestellt den doppelten Lebensentwurf zu ermöglichen, fordern die Jusos eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, den qualitativen und quantitativen Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch für Unter-3-Jährige ebenso wie den Ausbau der außerhäuslichen Pflegemöglichkeiten. Reproduktionsarbeit darf nicht länger alleinige Angelegenheit von Frauen bleiben.

Der demografische Wandel ist keine der Hauptursachen für den Wandel von Familienstrukturen aber neue Rollenbilder wirken sich auf das Zusammenleben von Generationen, die Bevölkerungsstruktur und soziale und wirtschaftliche Aspekte unserer Gesellschaft aus. Durch den demografischen Wandel müssten Frauen eigentlich bessere Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt haben und durch ihre gute Ausbildung auch den Weg in die Führungsetagen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft finden. Dies ist nach wie vor nicht der Fall, Frauen befinden sich häufiger in prekären Jobs ohne soziale Absicherung und in Bereichen ohne Aufstiegsmöglichkeiten als Männer; mittlere und höhere Führungsetagen bleiben für Frauen, die verantwortungsvolle Aufgaben wahrnehmen wollen, immer noch weitgehend verschlossen. Dadurch zeigt sich einmal mehr, dass es sich im Arbeitsmarkt um tradierte und fest verankerte Strukturen handelt, die Frauen benachteiligen. Diese Situation kann nur verbessert werden, wenn wir diese Strukturen, z.B. mit einer verbindlichen Quote für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aufbrechen.

Insbesondere Akademikerinnen wird oft vorgeworfen, sie würden zu wenige Kinder bekommen. Diese Argumentation impliziert, dass AkademikerInnenkinder die „besseren“ Kinder sind. Damit einher geht die Annahme, dass sich der Bildungsstand vererbt. Eine solche Argumentation kapituliert vor der sozialen Spaltung in unserem Land. Als JungsozialistInnen wollen wir alle Kinder, egal aus welchem sozialen Milieu und Umfeld, bestmöglich fördern und ihnen eine umfassende Bildung ermöglichen. Wir brauchen nicht mehr Kinder in der Bundesrepublik, wir müssen uns aber um alle Kinder besser kümmern, unabhängig von sozialer Herkunft oder Religion. Als Jusos lehnen wir eine Bevölkerungspolitik ab und setzen uns für eine emanzipierte und emanzipatorische Familienpolitik ein.

Behauptung IX: Durch die Konzentrationsprozesse der Bevölkerung in Städten können Infrastruktureinrichtungen im ländlichen Raum nicht mehr finanziert werden.

Mittlerweile wohnen ca. 50% der Menschen in der Bundesrepublik in Städten. Wie stark Landstriche und Städte vom demografischen Wandel und von Wegzügen betroffen sind und darauf reagieren müssen, variiert im Bundesgebiet enorm.

Insbesondere west- und süddeutsche Großstädte mit guten Arbeitsmarktchancen verlieren kaum an EinwohnerInnen und können eventuelle Verluste durch Zuzüge aufgrund ihrer Attraktivität ausgleichen. Hier stellen sich weniger Fragen des Rückbaus als vielmehr der Gentrifikation und insbesondere des Filtering-Down. Da EinwohnerInnen, die es sich leisten können, schnellstmöglich Problembezirke verlassen, kommt es zunehmend zu einer Konzentration sozialer Problemlagen in diesen Bezirken. Die „Durchmischung“ dieser Stadtteile geht sukzessive zurück, soziale Spannungen fokussieren sich in diesen Bereichen und sind schwerer aufzufangen. Lösungen können hier im Rahmen des Quartiersmanagements und durch Strategien der Sozialen Stadt gefunden werden.

Die größeren Städte in den neuen Bundesländern müssen sich mit dem Rückgang von Bevölkerungszahlen auseinandersetzen, der demografische Wandel und der Wegzug zahlreicher Menschen seit 1990 sind hier spürbar. Durch den Rückbau von „Neubau“gebieten und die Umgestaltung von Siedlungsstrukturen versuchen die Städte ihre Attraktivität zu erhöhen und mit der veränderten Situation umzugehen.

Noch schwieriger gestaltet sich die Situation in strukturschwachen und/oder ländlichen Gebieten, insbesondere wenn Siedlungen nicht in der Nähe von Mittelzentren oder größeren Städten liegen. Besonders drastisch zeichnet sich diese Entwicklung in ostdeutschen ländlichen Gebieten ab. Oft vergessen wird bei der Debatte um diese Gebiete, dass auch hier ArbeitnehmerInnen, SchülerInnen und Kinder gibt. Zwar ist die Bevölkerung in diesen Gebieten durchschnittlich älter als in anderen Bereichen, auch die Bedürfnisse Jüngerer müssen jedoch beachtet werden. Dabei geht es nicht darum, eine Generation gegen die andere auszuspielen, vielmehr müssen Konzepte erarbeitet werden, die eine gleiche Teilhabe aller an der Gesellschaft ermöglichen.

Bei Infrastrukturbelangen sind zahlreiche Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens betroffen. So müssen Mehr-Generationenhäuser oder Mehr-Generationen-Wohnanlagen ebenso wie alternative Wohnmodelle (z.B. Alters-WG'n) auch in strukturschwachen Regionen angeboten werden. Kleinteilige Modelle sind flexibler zu gestalten und können leichter den jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden. Auch im Pflegebereich sind solche dezentralen Strukturen stärker zu fördern. Oft kann in strukturschwachen Bereichen kaum noch die Gesundheitsversorgung gewährleistet werden: monatelange Wartezeiten in weit entfernten Städten sind mittlerweile in etlichen Regionen der Republik die Regel und nicht die Ausnahme. FachärztInnen stellen ihre Kompetenz kaum im ländlichen Raum zur Verfügung. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann hier keine Rede mehr sein. Der quantitative Ausbau von ÄrztInnenhäusern, auch in kleinen Städten oder Dörfern muss gefördert werden, auch das Gemeindeschwestermodell kann eine Option zu einer verbesserten Versorgung darstellen. Um

die Erreichbarkeit von Kleinzentren besser zu bewerkstelligen, muss der ÖPNV die sozialräumliche Struktur stärker berücksichtigen. Als Zielgruppe des ÖPNV müssen SeniorInnen, Kinder, Jugendliche und Frauen stärker in den Blick genommen werden, der vollzeitangestellte Mann verfügt auch im ländlichen Raum i.d.R. über ein eigenes Auto und legt den Weg zur Arbeit auf diese Weise zurück.

Durch den Rückgang von SchülerInnenzahlen werden zunehmend Schulen geschlossen. Dies ist der falsche Weg! Zumindest die Grundschulzeit müssen Kinder wohnortnah unterrichtet werden, wenn nötig durch das Zusammenlegen mehrere Jahrgänge. Durch die Etablierung von Gesamtschulen könnte zukünftig auch in strukturschwachen Regionen ein wohnortnaher Unterricht auch in höheren Klassen gewährleistet werden. Schulgebäude sollten darüber hinaus stärker als sozio-kulturelle Zentren wahrgenommen werden, in denen die Menschen zusammenkommen können. Kulturelle Angebote, z.B. durch Kooperationen mit Theatern aus der Umgebung, können hier ihren Raum finden. Schule muss sich öffnen!

Daneben könnten Kindertagesstätten Schulräume zur Betreuung der Kinder erhalten, auch im ländlichen Raum müssen Kinderbetreuungsmöglichkeiten bestehen, um so Frauen und Männern einen doppelten Lebensentwurf zu ermöglichen.

Eine generationengerechte Infrastrukturpolitik reagiert auf den demografischen Wandel mit dezentralen Lösungsstrategien, die allen Generationen gerecht werden und sie nicht gegeneinander ausspielen. Eine Leuchtturmpolitik, die sich nur auf wenige Gebiete konzentriert, lässt Menschen in anderen Regionen im Stich. Dies kann nicht Ziel jungsozialistischer Politik sein.

Behauptung X: Bei weniger Kindern muss auch weniger in das Bildungssystem investiert werden.

Seit Anfang der 1990er Jahre ist auch in Berlin ein deutlicher Rückgang der Anzahl der Neugeborenen zu beobachten. Dies gilt insbesondere für den Ostteil der Stadt, wo die Geburtenrate in der Folge der politischen Wende geradezu eingebrochen ist. So verzeichnete das Statistische Landesamt im Jahr 1990 noch rund 37.500 Geburten in Berlin, im Jahr 1991 waren es nur noch rund 30.500 Neugeborene. Dies bedeutet einen Rückgang um fast 20% innerhalb nur eines Jahres. In anderen ostdeutschen Bundesländern war der Rückgang aber noch erheblich größer – so zum Beispiel in Sachsen, wo er rund 50% betrug. Seit 1991 liegt die Anzahl der Neugeborenen in Berlin weitgehend konstant bei rund 29.000 Kindern. Dabei hat sich der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund auf mehr als 25% eines Altersjahrgangs erhöht. Dies stellt auch besondere Anforderungen an die Bildungspolitik. Der Rückgang der Geburten bedeutet zeitversetzt auch einen Rückgang der SchülerInnenzahlen. Konkret bedeutet dies, dass zwischen 1997 und 2007 in Berlin die Zahl der SchülerInnen von rund 410.000 auf knapp 350.000 zurückgegangen ist. Dies entspricht einem Rückgang von rund 15%,

der wegen der zeitlichen Verzögerung in den nächsten Jahren aber noch größer werden dürfte. Dies wird deutlich, wenn man nur die Entwicklung der Zahl der SchulanfängerInnen betrachtet: Gab es 1997 noch fast 34.000 ErstklässlerInnen, so waren es im Schuljahr 2006/2007 nur noch etwas mehr als 24.000. Dies bedeutet einen Rückgang von rund 30%. Dies liegt aber nicht nur an der demografischen Entwicklung, sondern wurde durch die Abwanderungen aus Berlin im Laufe der 1990er Jahre erheblich verstärkt. Da die Verteilung der SchülerInnen nach der Grundschule auf die verschiedenen Schulformen weitgehend konstant geblieben ist, ist bereits in den kommenden Jahren mit einem deutlichen Rückgang der Zahl der AbiturientInnen und somit der potenziellen StudienanfängerInnen zu rechnen. Dies erscheint vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen und einem „Studierendenberg“ wenig plausibel. Für uns Jusos ist eine umfassende Bildung Voraussetzung für eine emanzipatorisch-kritische Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb muss eine umfassende Bildung für alle ermöglicht werden. Berufsqualifizierung ist für uns nur ein Aspekt von Bildung. Durch die bestehenden Zugangsbeschränkungen und sozialen Hürden werden die wenigen noch geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren den Weg an die Hochschulen nicht finden. Zusätzlich zu den sinkenden Geburtenraten und entsprechender Abnahme der SchülerInnenzahlen steuern wir bei gleichbleibender Studierquote auf einen horrenden Fachkräftemangel zu. Auch wenn das Verhindern eines Fachkräftemangels für uns nicht der Hauptgrund für eine Verbesserung des Bildungssystems ist, müssen wir diesen Umstand für uns nutzen. Entsprechend kann und muss die demographische Entwicklung als Druckmittel benutzt werden, um unsere Forderung nach einem durchlässigen Bildungssystem endlich durchzusetzen. Denn nur wenn wir es schaffen, mehr Menschen eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben zu lassen und ihnen ein Studium zu ermöglichen, werden wir dem Fachkräftemangel entgegen wirken können.

Allerdings darf man dabei nicht vergessen, wie lange es dauert, bis sich der Einbruch der Geburtenzahlen auf den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems niederschlägt. Denn der Geburtenjahrgang von 1991 stellt erst im Jahr 2010 den Großteil des Abiturjahrgangs. Einen Vorgeschmack auf die anstehenden Entwicklungen geben die diesjährigen Diskussionen um einen drohenden Mangel an Auszubildenden, wobei im Bereich der Beruflichen Ausbildung die so genannten AltbewerberInnen und der gestiegenen Anteil an AbiturientInnen, die demografischen Auswirkungen überlagern.

Bisher ist der Zugang zu Bildung stark begrenzt. SchülerInnen werden beispielsweise bereits nach der Grundschule faktisch durch „Einteilung“ auf Haupt- oder Realschule vom Erwerb der allgemeinen Hochschulreife ausgeschlossen, der Zugang zum Studium ist restriktiv gestaltet und droht durch die Einführung von Bachelor und Master noch verschärft zu werden und auch im Bereich der beruflichen Bildung sind die Kapazitäten zu gering. Deswegen fordern wir einen Ausbau der Bildungskapazitäten und eine Abschaffung aller Zugangsbeschränkungen. Jede und jeder hat das Recht optimal gefördert zu werden und die Bildung in Anspruch zu nehmen,

die er/sie möchte. Um trotzdem eine Qualitätsverbesserung (z.B. kleinere Klassen, individuelle Betreuung, Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund) zu erreichen fordern wir deshalb eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben.

Darüber hinaus besteht in diesem gesellschaftlichen Wandlungsprozess die Chance, progressive Schulkonzepte wie Gemeinschaftsschulen und jahrgangsübergreifende Lernformen durchzusetzen. Dies ist besonders im ländlichen Raum dringend notwendig, um eine gute Schulversorgung für die geringere Anzahl von SchülerInnen zu gewährleisten. Haben sich diese Konzepte erst einmal etabliert, könnte es auch leichter werden, sie im städtischen Raum umzusetzen und damit das gegliederte Schulsystem zu überwinden. Dabei reicht die Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems mit Gymnasium und "Restschule" nicht aus, da damit die Probleme der sozialen Selektion nicht überwunden, sondern weiter fortgeschrieben werden. Vielmehr müssen wir so bald wie möglich zu Gemeinschaftsschulen kommen, die diese Selektionsmechanismen nicht mehr beinhalten. Damit verbunden ist ein Mehr an Chancengleichheit für alle, was über das Bildungssystem hinaus auch eine Zunahme an sozialer Mobilität nach oben bedeutet und damit eine große Chance für die gesamte Gesellschaft darstellt.

Behauptung XI: „Der letzte Deutsche“ – unser Volk stirbt aus!

Die im Demografie-Diskurs immer wieder aufgestellte Behauptung, dass Deutschland auf lange Sicht, die arbeitsfähige Bevölkerung ausgeht, hat mehrere Ebenen und wird auf unterschiedliche Art und Weise geführt. Während also ein Teil der WirtschaftsvertreterInnen sich vor den Konsequenzen der selbstverschuldeten Fachkräftemangel durch gezielte Einwanderung von „nützlichen AusländerInnen“ drücken wollen, benutzen andere den Diskurs, um mit der völkischen Parole vom sterbenden Volk oder vom „Raum ohne Volk“ nationalistische Stimmungen zu machen. Dabei wird ignoriert, dass einer seit Jahrzehnten stetig steigenden Produktivität der deutschen Wirtschaft kontinuierlich abnehmende Beschäftigtenzahlen in den Unternehmen gegenüberstehen. Dies bedeutet, dass mit immer weniger arbeitenden Menschen immer mehr produziert wird. Da ein Ende dieser Entwicklung nicht abzusehen ist, bestehen gerade aus ökonomischer Sicht keinerlei Notwendigkeiten zu einer Erhöhung der Geburtenrate.

Während in den 70er Jahren eine solche Agitation in der Öffentlichkeit kaum vorstellbar war, ist eine biologistisch begründete Bevölkerungspolitik nun offen gesellschaftlicher Konsens. Notwendig für diese Bevölkerungspolitik ist die Verfügungsgewalt über den Frauenkörper. Den Frauen wird in dieser Diskussion häufig die eigene Sexualität abgesprochen, indem sie als biologische Reproduzentinnen der Nation instrumentalisiert werden. Vermittelt wird dies mit der Forderung nach einer Stärkung der Familie als „Keimzelle der Nation“ mit tradierter Rollenverteilung.

Neben der rassistischen Angst der Mehrheitsgesellschaft „auszusterben“, befürchtet man von den als völkisch zugeschriebenen „Anderen“ „übernommen“ zu werden. Dies manifestiert sich zum Beispiel im institutionalisierten Rassismus der deutschen Asylgesetzgebung, welcher von einer Mehrheit der Gesellschaft getragen wird. Diese Abschottungspolitik wird auch auf europäischer Ebene durch ein dichtes Netz an Abschiebeknästen und mit einer eigenen dazu gegründeten „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten“ insbesondere auch mit deutscher Hilfe forciert.

Auch die Debatte über die eine neue Form der Integrationspolitik in Deutschland zeichnet sich durch Angst und Vorurteile gegenüber den hier lebenden Menschen anderer Herkunft aus. Anstatt das menschlichen Lebens an sich als höchstes Gut zu erachten, müssen sich gerade ZuwanderInnen aus nicht europäischen Ländern einem menschenverachtenden Nützlichkeitsdenken unterwerfen. Die Ungerechtigkeit wird dadurch noch verschärft, dass den wenigsten ZuwanderInnen die Bildungs- und Berufsabschlüsse, die sie in ihren Heimatländern erworben haben, in Deutschland anerkannt werden. Sie sind daher gezwungen, als ein Heer von billigen Arbeitskräften für Industrie und Gewerbe in eher gering qualifizierten Berufen zu arbeiten. Parallel dazu wird die Einwanderung von gut ausgebildeten und „sofort einsetzbare Arbeitskräften“ beschleunigt. Diese Verwertungslogik ist nicht nur menschenverachtend, sondern in zweifacher Sicht kontraproduktiv. Erstens würde man den wirtschaftlich schon schwächeren Ländern die Fachkräfte entziehen und zweitens die Integrationspolitik, in der Annahme, dass man „fertige Arbeitskräfte importiert“ weiterhin vernachlässigt.

Wir JungsozialistInnen lehnen jede Art von nationalistischer Bevölkerungspolitik kategorisch ab. Wir wollen in einer Welt ohne Grenzen leben, in der kein Mensch irgendwo „illegal“ ist. Wir wollen das „Aussterben“ nicht durch Migration kompensieren, sondern fordern das Grundrecht auf globale Migration bedingungslos ein!

Behauptung XII: Gefahr „RentnerInnendemokratie“: ältere Generation „plündern“ die Jüngeren „aus“.

Zurzeit wird oft über die Gefahr der RentnerInnen-Demokratie oder die Regierung der „Alten“ geredet. Prompt melden sich „Demokratieexperten“ aus dem RCDS mit der Forderung nach einer Veränderung des Wahlrechts: Den unproduktiven Bevölkerungsgruppen, darunter auch RentnerInnen, soll das Stimmgewicht bei Wahlen, je nach Nützlichkeit, gemindert werden. Wieder ein sinnloser Diskurs, wie die in der Vergangenheit vom JU-Vorsitzenden angestoßene Debatte, um das Nichtbezahlen von künstlichen Hüftgelenken bei über 85-jährigen.

Eine Gefahr für unsere Demokratie besteht gewiss, die hat aber sicher nichts mit dem demografischen Wandel zu tun, Ältere machen nicht automatisch Lobbypolitik für ihre eigene Generation. Die Probleme sind die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft in die abgehängte Unterschichten und den Wohlhabenden, die Missachtung des Wunsches nach

mehr sozialer Gerechtigkeit seitens mehr als drei Viertel der Gesellschaft und die immer weiter greifende Sachzwanglogik in allen Parteien, die den Menschen Glauben macht, dass Politik und somit die Demokratie nichts bewegen kann.

Ist die Frage nach dem Glauben an die Demokratie nicht eine der wichtigen, berechtigten Fragen, wenn es darum geht, zukünftigen Generationen eine intakte Gesellschaft zu hinterlassen? Ein vermeintlich schuldenloser Staat ohne Demokratie wird den zukünftigen Generationen sicher nicht lieber sein, als andersrum, denn der Wert der Demokratie ist nicht in Geld zu messen!

D

Daseinsvorsorge & Gesundheitspolitik

D 1 - Bundesvorstand

Privatisierung – Mittel von gestern, Gestaltungstod von morgen

Wir Jusos streiten für eine Gesellschaft, in der allen Menschen gleichen Zugang haben zu denjenigen Gütern und Dienstleistungen, die für ein Leben in Selbstbestimmung notwendig sind. Wir sind überzeugt, dass der Staat nicht nur vermeintliche Kernaufgaben, also Sicherheit und Schutz des Staates und seiner Bürger selbst, übernehmen muss. Kern unseres Verständnisses von Staat ist auch seine Aufgabe, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Diesem Auftrag wird er unter anderem dann gerecht, wenn Aufgaben in öffentlicher Verantwortung und unter demokratischer Kontrolle und Gestaltung übernommen werden.

Vollprivatisiert ins 21. Jahrhundert? Eine Bestandsaufnahme

In den vergangenen Jahren wurde diese Funktion des Staates zunehmend ausgehöhlt. Auf allen Ebenen wurden in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere seit den 1990er Jahren öffentliche Güter und Aufgaben privatisiert, also aus der öffentlichen Hand in private Verfügungsgewalt übertragen. Dahinter stand und steht zum Teil die Vorstellung, privatrechtliche Organisationsformen seien Garant für die effizientere und günstigere Erbringung der jeweiligen Aufgabe. Vor allem aber dienten insbesondere Veräußerungen öffentlicher Güter dazu, kurzfristig finanzielle Mittel in den Haushalt der jeweiligen föderalen Ebene zu spülen.

In der BRD geriet der Vorgang der Privatisierung von Staatseigentum durch die sogenannte zweite Postreform, durch die im Jahr 1994 die Deutsche Bundespost in ihren Bestandteilen Postdienst, Postbank und Fernmeldedienst jeweils in die Rechtsform der AG überführt und damit zunächst formell privatisiert wurde, in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Tatsächlich wird materiell in Deutschland seit Ende der 50er Jahre privatisiert, indem Unternehmen und Unternehmensanteile aus Staatseigentum veräußert werden.

Die große Welle der Privatisierungen rollt indes in der Tat seit den 1990er Jahren. Auf Bundesebene kam es in dieser Zeit zu vielen Vollprivatisierungen, unter anderem der Berliner Industriebank AG, der Deutschen Außenhandelsbank AG, der Deutschen Stadtentwicklungsgesellschaft AG, der Gemeinnützigen Deutschen Wohnungsbaugesellschaft AG, der Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH (Rest in 2006), der Autobahn Tank & Rast AG und der Bundesdruckerei GmbH. Die Privatisierung von VIAG und VEBA zur heutigen EON AG zog sich ebenso über mehrere Jahre hin wie die Privatisierung der ehemaligen Bundesbahn. Zudem wurden große Teile des Staatseigentums der DDR nach der Wiedervereinigung durch die Treuhandanstalt veräußert. Auch in den Ländern und ganz besonders in den Kommunen standen die Zeichen auf Privatisierung, die weit über den formellen Vorgang der Umwandlung eines Eigenbetriebs in privat-rechtliche Rechtsformen hinausging. Betroffen waren alle Bereiche, darunter Wasserversorgung, Entsorgung von Abwasser und Müll, Krankenhäuser, ÖPNV, Verkehrsprojekte, sozialer Wohnungsbau und Sport- und Kultureinrichtungen.

Insbesondere die europäische Integration setzte die Rahmenbedingungen für ein politisches Klima, das Privatisierungen nicht nur als zulässig, sondern darüber hinaus als gewünscht und wirtschafts- und ordnungspolitisch geboten erschienen ließ. Zwar kam und kommt der Europäischen Gemeinschaft keine eigene Kompetenz zur Frage der Organisation von Aufgaben der Daseinsvorsorge zu. Doch sowohl die auf Liberalisierung angelegten Römischen Verträge als auch die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza zur europäischen Einigung mit ihrer Ausrichtung auf Binnenmarkt und Wettbewerb waren so angelegt, dass die Europäische Gemeinschaft und später Union die Rolle als Motor der Privatisierung übernahm. Währungsunion und Finanzmarktintegration trugen weiter dazu bei, die Ziele Deregulierung und Flexibilisierung zu schärfen und umzusetzen. Auch die Kommission und der Europäische Gerichtshof förderten diese Entwicklung durch deutliche Positionierungen zur Anwendung der Wettbewerbsregeln auf staatlich wahrgenommene Aufgaben, die die öffentliche Daseinsvorsorge erheblich unter Druck setzte.

Im europäischen Vergleich nahm die große Privatisierungswelle in den 1980er Jahren in Großbritannien ihren Anfang, das in kurzer Zeit den überwiegenden Teil der Staatsunternehmen wie Telekommunikation, Gas und Transportwesen veräußerte. Zwischen 1985 und 1996 erzielte England dadurch Privatisierungserlöse von über 100 Milliarden US-Dollar. Länder wie Frankreich oder Deutschland zogen später nach.

Die Motive der jeweiligen Privatisierungsakteure sind vielfältig. Wohl immer ist das Interesse und die Argumentation darauf gerichtet, durch Veräußerungserlöse finanzielle Mittel in den jeweiligen Haushalt zu spülen und damit - freilich nur kurzfristige - Handlungsspielräume der öffentlichen Hand zu sichern bzw. zu erschließen. In der Erklärung nach außen sind es oft Sanierungs- und Modernisierungserfordernisse, die in der Darstellung durch Private besser und effizienter umgesetzt werden können. Dahinter stehen vielfach jedoch zugleich ein

missverständenes Subsidiaritätsprinzip im Sinne des Privat vor Staat (Bsp. Banken und Verkehr), ein hohe Durchsetzungsfähigkeit privater Lobbyisten (Bsp. Ver- und Entsorgung) oder der Wunsch einzelner Entscheidungsträger nach einem teuren Prestigeobjekt (Bsp. kommunales "Spaßbad").

Die Welle bricht - Widersprüchliche Tendenzen

Neuerdings jedoch hat die Entwicklung ihre bis dahin weitgehend gleichförmige Bewegung eingebüßt. Auf vielen Ebenen und in unterschiedlicher Ausprägung mehrt sich die Erkenntnis, dass die Privatisierung öffentlicher Güter und Aufgaben keine adäquate Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen darstellt, dass Verkaufserlöse nur kurzfristig die öffentlichen Kassen erleichtern, umgekehrt aber erhebliche materielle und immaterielle Werte aus der Hand gegeben werden, dass der Markt nicht automatisch alles besser, günstiger und bürgerfreundlicher anbieten kann. Deshalb mehrt sich insbesondere in den Städten und Gemeinden der Widerstand gegen Privatisierungen öffentlichen Eigentums - häufig mit Erfolg, wie Bürgerbegehren und -entscheide gegen Verkäufe von Stadtwerken etc. beweisen.

In jüngster Zeit mehren sich Beispiele, in denen Städte und Gemeinden nicht nur - zum Teil in interkommunaler Zusammenarbeit - neue öffentliche Aufgaben erschließen, sondern auch vormals privatisierte Einrichtungen in die öffentliche Hand zurückholen. Rekommunalisiert wird insbesondere in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Bauhöfe. Insbesondere die Einführung der Doppik als Methode der kommunalen Haushaltsführung hat die Voraussetzung geschaffen, die Gemeinden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten handeln zu lassen. Gekoppelt mit den vielfach schlechten Erfahrungen durch die Privatisierung sowie dem Wunsch und der Notwendigkeit, neue und kontinuierliche Einnahmen zu erschließen, führt dies zu einem Umdenken in den Kommunen.

Doch wenn bereits von Trendwende und kippende Stimmung gegen die Privatisierung gesprochen wird, ist dies verfrüht. Auch viele Kommunen privatisieren weiterhin. CDU- und CDU/FDP-regierte Bundesländer bringen durch geplante oder bereits in Kraft getretene Gesetzesänderungen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Bedrängnis. Und nicht zuletzt: Allen Widerständen der Öffentlichkeit zum Trotz werden weitere Privatisierungen in Ländern und Bund auch mit sozialdemokratischer Unterstützung durchgesetzt - das Beispiel Deutsche Bahn ist dabei eines der eklatantesten.

Der derzeitige Trend ist daher allenfalls widersprüchlich zu nennen. Privatisierung und ihre Folgen bleiben also Feld politischer Auseinandersetzung.

Formen und Folgen von Privatisierung

Privatisierung bezeichnet als Schlagwort die Übertragung öffentlicher Güter oder Aufgaben und die Verantwortung dafür auf Private, häufig durch Veräußerung. Hinter dem Oberbegriff verbergen sich jedoch verschiedene Formen von Privatisierung, die zum Verständnis voneinander zu trennen sind, auch wenn sie in der Praxis häufig gleichzeitig auftreten.

Formelle Privatisierung bezeichnet die Änderung der Rechtsform einer ursprünglich öffentlich-rechtlich organisierten Einrichtung, also etwa die Umorganisation der städtischen Wasserwerke in eine Stadtwerke GmbH. Damit muss nicht eine Veräußerung einhergehen, so dass die Gemeinde auch die hundertprozentige Eigentümerin sein kann. Hier werden oft Argumente der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zur Begründung der Umwandlung angeführt. Entscheidend für die politische Bewertung einer formellen Privatisierung sind Transparenz und Kontrolle der Entscheidungen im dann privatrechtlichen Unternehmen sowie die Einhaltung von Standards insbesondere im Bereich der Rechte und Entlohnung der Beschäftigten.

Durch die sogenannte Finanzierungsprivatisierung werden private Mittel zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Aufgaben oder Güter herangezogen. Darunter fallen Kommunalkredite und viele Modelle des Public-Private-Partnership. Diese Form der Privatisierung muss differenziert betrachtet werden: Public-Private-Partnership wird in der politischen Diskussion all zu gerne, häufig auch von Teilen der SPD, als der neue dritte Weg zwischen traditioneller Eigenerbringung einer Leistung durch den Staat einerseits und der vollständigen Privatisierung andererseits angepriesen, von dem alle Beteiligten nur profitieren könnten. Public-Private-Partnership ist jedoch kein neuer Weg, sondern häufig nur der kompromissfähige Zwischenschritt zu einer vollständigen Privatisierung. Wie weitgehend sie ist, hängt entscheidend davon ab, wie durch sie die Eigentumsverhältnisse, die Verfügungsbefugnis und die Kontrolle über das betreffende Gut ausgestaltet werden.

Unter funktionaler Privatisierung versteht man die Übertragung einer bisher öffentlichen Aufgabe an private Dritte oder auch das Zulassen weiterer Anbieter neben der öffentlichen Hand auf einem dadurch entstehenden Markt. Es ist das Feld der zentralen Auseinandersetzung um Privatisierung, denn hier wird der Kampf darum ausgetragen, welche Aufgaben und Güter öffentlich angeboten und dem Markt entzogen werden müssen und welche im Wettbewerb von Staat und Privat oder rein privatwirtschaftlich organisiert denkbar sind. Es geht hier um die elementare Frage der Definitionshoheit über den Begriff der Öffentlichen Daseinsvorsorge und das Verständnis von Staat und seinen Aufgaben, an dem sich jungsozialistische und sozialdemokratische Vorstellungen von konservativen und liberalen abgrenzen.

Materielle Privatisierung schließlich bedeutet Verkauf und Übereignung von staatlichen Gütern an Private, was sowohl ganze Einrichtungen als auch nur Unternehmensteile oder -anteile umfassen kann. Hierunter fällt auch das sogenannte Sale-and-lease-back, bei dem eine öffentliche Sache veräußert, übereignet und sodann zum Gebrauch vom neuen (privaten) Eigentümer gemietet wird - damit ist es mehr als Finanzierungsprivatisierung, weil für die Mittel, die in die öffentliche Kasse fließen, das Eigentum an einem öffentlichen Gut aufgegeben wird.

Insbesondere funktionale und materielle Privatisierung zeitigen vielfältige Folgen, deren Gegenwert meist in nicht mehr als einer kurzfristigen Erleichterung des öffentlichen Haushalts besteht. Bei umfassender aber auch bei einer nur teilweisen Privatisierung verbleiben nur die defizitären Bereiche in der öffentlichen Hand, weil an diesen kein privatwirtschaftliches Interesse besteht. Das sind regelmäßig jedoch diejenigen Einrichtungen, die von besonderer Bedeutung für Chancengleichheit auch im Bereich von Bildung, Kultur und Sport haben. Quersubventionierungen zu deren Gunsten sind dann nicht mehr möglich, weil Einrichtungen fehlen, die die dafür erforderlichen Mittel erwirtschaften. Die öffentliche Hand selbst bringt sich um ihre Handlungsspielräume durch Verlust regelmäßiger Einnahmen und um die Mittel und Einrichtungen zur Gestaltung.

In den privatisierten Bereichen fehlt es vielfach an Transparenz und Kontrolle, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, und nicht selten werden die Preise entgegen anderslautender Absicht nicht niedriger, sondern höher. Und obwohl der Wettbewerbsgedanke regelmäßig Rechtfertigung von Privatisierungen ist, entwickeln sich in der Folge Monopole und Oligopole, die - Beispiel Energiesektor - den Markt zum Nachteil von Leistung, Kosten und zukunftsfähiger Weiterentwicklung der Versorgung beherrschen.

Von Privatisierung betroffen: Privat vor Staat vor Chancengleichheit

Beispiel Sparkassen

In Deutschland ist eine Debatte um die Privatisierung des Sparkassenwesens im Gange, die insbesondere von CDU- und FDP-geführten Landesregierungen befeuert wird.

Charakteristisch für das Deutsche Bankwesen ist die sog. „Drei-Säulen-Struktur“, die im Kreditwesengesetz (KWG) geregelt ist. Danach bestehen Genossenschaftsbanken (Kreditgenossenschaften und genossenschaftliche Zentralbanken), öffentlich-rechtliche Institute (Sparkassen und Landesbanken) und Kreditbanken (Private Geschäftsbanken).

Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sind die Landesbanken und die Sparkassen. In Deutschland gibt es rund 500 Sparkassen. Für den Geschäftsbetrieb der meisten Sparkassen gilt das Regionalprinzip: Das Geschäftsgebiet einer Sparkasse bildet im Allgemeinen das Gebiet ihres kommunalen Trägers. Sparkassen sind in Deutschland im Regelfall Anstalten des öffentlichen Rechts. Träger einer Sparkasse ist in diesem Fall eine kommunale Gebietskörperschaft (Stadt, Landkreis) oder ein kommunaler Sparkassenzweckverband (Zusammenschluss mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften zum gemeinsamen Betreiben einer Sparkasse).

Sowohl historisch als auch in der derzeitigen Struktur übernehmen die Sparkassen Aufgaben der Daseinsvorsorge: Die Sparkassen wurden meist im 19. Jahrhundert gegründet, um ärmeren Teilen der Bevölkerung die (sichere) Möglichkeit zu eröffnen, zwecks Risikoversicherung im Alter oder bei Krankheit Kapital zurückzulegen. Die Institute unterlagen aus diesem Grund strengen Geschäftsbeschränkungen, die sich im Laufe der Jahrzehnte nach und nach aufgelockert haben. Heutzutage sind die Sparkassen in ihrem Status mit dem einer Universalbank vergleichbar.

Hauptaufgabe der Sparkassen ist es, der Bevölkerung Möglichkeiten zur sicheren und verzinslichen Geldanlage zu bieten und die örtlichen Kreditbedürfnisse zu befriedigen. Die Sparkassen stellen die Versorgung der Bevölkerung ihres Geschäftsgebietes mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen sicher. Sie fördern zudem die allgemeine Vermögensbildung. Die Institute sind dem Gemeinnutz verpflichtet, doch nicht gemeinnützig im steuerlichen Sinn. Im Gegensatz zu privaten Banken ist bei Sparkassen grundsätzlich die Erzielung von Gewinn nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Leitmotiv ist die Gemeinwohlorientierung. Ein erzielter Gewinn wird, soweit er nicht durch Rücklagenbildung im Vermögen der Sparkasse verbleibt, an den Träger (Zweckverband, Landkreis, Stadt) ausgeschüttet oder von der Sparkasse direkt für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt. Förderschwerpunkte sind Schulen, das regionale Gemeinwesen, Natur und Umwelt sowie Jugend und Sport. Viele Sparkassen haben zudem Stiftungen gegründet, die vielfach karitative Zwecke fördern. Zudem sind Sparkassen Arbeitgeber mit sicheren Arbeitsverhältnissen und hoher Ausbildungsquote und stellen im Gegensatz zu vielen privaten Bankern auch Schulabgänger mit Fachoberschul- und Fachhochschulreife ein.

Die Aufgabenerfüllung der Sparkassen gerät durch die zunehmend scharfen Privatisierungsforderungen unter Druck. Während die Vorhaben bei den geplanten Veräußerungen der Landesbanken unschwer erkennbar sind, erfolgt der Privatisierungsangriff auf die Sparkassen versteckter, nämlich schrittweise: So soll nach dem Willen etwa der nordrhein-westfälischen Landesregierung zukünftig das Trägerkapital Sparkassen im städtischen Haushalt ausgewiesen werden. Auch wenn das Trägerkapital zunächst nicht handelbar ist, ist die erste Grundlage für künftige Privatisierungsmaßnahmen gelegt. Zudem ist die Gemeinnützigkeitsbindung von Sparkassenausschüttungen im Visier der Gesetzesreform - auch dies kann als Stellschraube pro Privatisierung enttarnt werden, denn

andere Begründungen sind gerade im Hinblick auf den eigentlichen Auftrag der Sparkassen und ihrer öffentlich-rechtlicher Träger nicht denkbar.

Auch im Bankenwesen zeigt der Blick zum europäischen Privatisierungsvorreiter Großbritannien die konkreten Folgen von Privatisierung: Ab 1980 wurde mit der Fusion und dem Verkauf der Sparkassen eine weit verzweigte Infrastruktur lokal verankerter Kreditinstitute aufgegeben – mit negativen Konsequenzen für Bevölkerung und Wirtschaft in den Regionen vor Ort. Der Wettbewerb ist reduziert, weil die Sparkassen fehlen. Drei Millionen Briten haben kein Girokonto mehr, d.h. sind vom bargeldlosen Zahlungsverkehr ausgeschlossen.

Ohne ein Girokonto sind Menschen aber von vielen Dienstleistungen abgeschnitten. Kaum ein Arbeitgeber ist noch bereit, seinem Arbeitnehmer eine Lohntüte auszuhändigen, keine Miete wird bar entrichtet. Bareinzahlungen auf fremde Konten sind wiederum vielerorts mit Gebühren belastet und benachteiligte Bevölkerungsteile zusätzlich. Auch staatliche Transferleistungen stellen auf ein Girokonto des Leistungsempfängers ab.

Für uns Jusos sind die Sparkassen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, denn:

- sie gewährleisten ortsnah die geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Menschen und sind dabei nicht hauptsächlich Gewinnerzielung angelegt,
- sie sind Partner der regionalen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes und des Handwerks,
- sie unterstützen Kommunen bei Maßnahmen der Strukturpolitik
- sie fördern gemeinnützige Vorgaben im Sport-, Kultur- Sozial- und Jugendbereich.

Bei einer Privatisierung von Sparkassen blieben die regionale Wirtschaft, die Kunden, das bürgerschaftliche Leben, viele Vereine und gemeinnützige Initiativen, die ohne das große finanzielle Engagement der Sparkassen nicht mehr existieren könnten, auf der Strecke. Mit einem Wegfall des Geschäftsstellennetzes einhergehen würde ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen. Gerade die Verankerung in der Fläche ist aber für die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen unabdingbar.

Beispiel Wohnungswirtschaft

Die Wohnung gehört wie Nahrung und Kleidung zu den Grundbedürfnissen des Menschen. In der öffentlichen Daseinsvorsorge spielt sie daher eine besondere Rolle. Der Staat muss bezahlbaren Wohnraum vorhalten, um allen Bevölkerungsteilen ein menschenwürdiges Leben mit Rückzugsmöglichkeit in eigene Räume zu ermöglichen. Das gilt umso mehr in Gebieten, in

denen der private Wohnungsmarkt ein adäquates Angebot für alle Einkommensgruppen nicht zur Verfügung stellt.

Durch sozialen Wohnungsbau kann die öffentliche Hand zudem ihren Gestaltungsauftrag erfüllen und den Anforderungen besonderer Lebenslagen gerecht werden, indem sie etwa barrierefreie Wohnungen oder auch preiswerten Wohnraum für Auszubildende und Studierende schafft.

Von 1949 bis Ende 2006 stellte dazu der Bund auf Grundlage des Art. 104a Abs. 4 GG i.V.m. Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) den Ländern Finanzhilfen in wechselnder Höhe zur Verfügung. Im Zuge der Föderalismusreform I ist die soziale Wohnraumförderung in die Gesetzgebungskompetenz der Länder übergegangen. Für die Jahre 2007 bis 2013 zahlt der Bund noch jährlich ca. € 518 Mio. Kompensationsleistungen an die Länder, danach soll die Notwendigkeit dieser Transferleistungen überprüft werden.

Soziale Wohnungsbaubestände wurden in den letzten Jahren in Ländern und Kommunen im großen Stil veräußert - zumindest dieser Trend ist ungebrochen. Zu verlockend sind aus Sicht der Handelnden die hohen Einnahmen beim Verkauf kompletter Gesellschaften (sei es im Ganzen oder in Einzelteilen) an private Investoren, die auf einen Schlag den Haushalt aus den langjährigen Engpässen und Überschuldungen herausführen können.

Doch so groß wie die Einnahmen sind die Gefahren der Veräußerung. Auch wenn die neuen Eigentümer kaufvertraglich häufig auf gewisse soziale Aspekte und Bindung an bestehende Vorgaben verpflichtet werden, liegt darin keine tragfähige Absicherung. Kein Investor kauft Wohnungsbestände und investiert in Sanierung und Modernisierung, wenn er sich keinen Gewinn erwartet. Tausende Mieterinnen und Mieter vormals in öffentlichem Eigentum stehender Wohnungen sehen daher in einem Kernbereich ihrer Lebensführung einer ungewissen Zukunft entgegen. Ebenso unklar ist, mit welchen Mitteln Länder und Kommunen, die ihre Bestände verschleudert haben, die ihnen obliegenden Gestaltungsaufträge erfüllen sollen.

Wir sagen: Die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraumes für alle gehört zu den Aufgaben des Staates! Nur wenn die öffentliche Hand selbst über Bestände verfügt, kann er wirklichen sozialen Wohnungsbau betreiben und zugleich andere Aufgaben zur Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenlebens erfüllen. Nicht zuletzt ist die öffentliche Hand als Inhaber von Wohnungsgesellschaften Auftraggeber für die Bauwirtschaft und kann damit entscheidende wirtschaftliche Impulse gerade auf kommunaler und regionaler Ebene setzen.

Beispiel ÖPNV

Nach dem Regionalisierungsgesetz ist „die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr [...] eine Aufgabe der Daseinsvorsorge“. Bis auf das Landesgesetz zum ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern wird der Begriff der Daseinsvorsorge im Bezug auf den ÖPNV in allen Gesetzen der Bundesländer ausdrücklich genannt. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gehört die Bereitstellung des ÖPNV jedoch (nur) zu den freiwilligen Aufgaben im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung.

Am ÖPNV zeigt sich deutlich der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat. Der ÖPNV wird zwar häufig noch als kommunaler Eigenbetrieb organisiert, doch vielerorts bestellt die Kommune bereits nur noch eine Leistung wie den ÖPNV, und ein privates Unternehmen erbringt dann diese. Der ÖPNV arbeitet zu ca. 70 % kostendeckend, im ländlichen Raum ist dieser Prozentsatz jedoch noch weitaus geringer. Insbesondere private Anbieter sehen sich häufig vor der Aufgabe, dem Anspruch, hohe Gewinne zu erwirtschaften, und gleichzeitig ihren am Gemeinwohl orientierten Aufgaben, wie dem Ausbau und der Wartung von Schienen und Verkehrswegen, gerecht zu werden. Dieses Spannungsverhältnis wird häufig zu Lasten der Fahrgäste gelöst - vor allem durch steigende Tarife; Kosten werden zudem durch ein dünneres Streckennetz und schlechtere Taktungen gespart.

Doch auch Kommunen sparen mit dem Argument der leeren Kassen immer mehr ein. Hinzu kommt der Druck von der EU-Ebene, die eine größere Eigenwirtschaftlichkeit des ÖPNV verlangt. Bisher wurde die Eigenwirtschaftlichkeit in gewissen Maßen durch eine interne Querfinanzierung gewährleistet. Die Einnahmen aus stark frequentierten Linien und Strecken wurden mit den Defiziten aus weniger stark frequentierten Linien und Strecken verrechnet. Vielfach halfen Verkehrsbetrieben, die Teil der örtlichen Stadtwerke sind, auch die Gewinne der anderen Sparten (Gas, Wasser, etc.).

Durch die EU-Rechtsprechung und die Liberalisierung des Energiesektors der vergangenen Jahre ist in diesen Bereich Bewegung gekommen. Denn zum einen standen bzw. stehen die Stadtwerke unter einem enormen Privatisierungsdruck, zum anderen zwangen Urteile des EuGH die Kommunen dazu, darüber nachzudenken, ob eine Ausschreibung ihrer einzelnen Strecken geboten sein würde, was dazu geführt hätte, dass attraktive Strecken mit Gewinnmöglichkeit an Private Anbieter gegangen wären und die unattraktiven durch die vormals kommunalen Betriebe hätten bestückt werden müssen. Auf Grund der Option kurzfristiger Mehreinnahmen werden jedoch genau diese gewinnbringenden Strecken vermehrt an private Unternehmen verkauft.

Wir Jusos begrüßen daher die Tendenz auf europäischer Ebene, bei der Ausschreibung von Strecken, das sogenannte „bundling“ zuzulassen, also die Verknüpfung von attraktiven und weniger attraktiven Linien bei der Vergabe. Zudem ist eine Kommune nach europäischem Recht berechtigt, bei Ausschreibungen bestimmte Standards festzuschreiben (tarifliche Entlohnung, Umweltstandards in Bussen, etc.). Damit erhält sich die Kommune zumindest den Einfluss auf die Bedingungen der Leistungserbringung. Zum Teil werden private Mitbieter dadurch sogar ausgeschaltet, weil dies die Attraktivität der Übernahme schmälert.

Auch bei der Organisation von ÖPNV in kommunaler Verantwortung gilt aber für uns: Eigenwirtschaftlichkeit ist nicht das entscheidende Kriterium! Weder müssen Beförderungsentgelte so hoch sein, dass sie kostendeckend sind, noch dürfen wenig gewinnbringende Strecken und Linien eingespart werden. Zentrales Ziel ist Mobilität für alle, zu erschwinglichen Preisen.

Die Jusos lehnen Privatisierungen von kulturellen Einrichtungen ab. Mit dem Argument „leerer“ Kassen und stark belasteter Haushalte werden die Ausgaben für Kultur stets immer wieder diskutiert und in Frage gestellt und in Folge dessen häufig stark gekürzt. Kulturelle Einrichtungen und ihre Angebote wie Theater, Museen und Opern müssen allen Menschen, unabhängig vom Einkommen, gleich gut zugänglich sein. Privatisierungen führen zu der Übertragung von Marktmechanismen auf kulturelle Angebote und einer damit einhergehenden Ausrichtung auf das „zahlungskräftige Publikum“. Die Kulturlandschaft der Verwertungslogik des Marktes ausgeliefert werden. Kulturelle Angebote sind keine Ware mit einem „Marktwert“. Über die öffentliche Hand muss sichergestellt werden, dass jedem und jeder der Zugang zu einem flächendeckendem, qualitativ hochwertigem, verlässlichen, vielfältigen und bezahlbaren Kulturangebot ermöglicht wird. Neben dem finanziellen Aspekt wird der Zugang zu Kultur häufig durch eine subjektive Hemmschwelle erschwert. Breite kulturelle Bildung, beispielsweise durch Schulen, und eine Auswahl an möglichst niedrigschwelligen Kulturangeboten können hier Abhilfe schaffen. Wie im „Hamburger Programm“ formuliert, stehen wir weiterhin für eine deutliche Förderung von kulturellen Aktivitäten und Angeboten ein. Professionelle Arbeit, aber auch Engagement von Laien im kulturellen Bereich müssen unterstützt und gefördert werden. Dazu gehören sowohl ideelle als auch finanzielle Hilfeleistungen.

Was wir gegen Privatisierung haben - den Gegentrend stärken

Der Glaube der Menschen daran, dass Privatisierung und Wettbewerb zugleich weniger Bürokratie und günstigere Preise bedeuten, ist weitgehend aufgebraucht. Die Versprechungen der Privatisierer haben sich nicht erfüllt, stattdessen sind für den Staat die

Handlungsspielräume enger, für die Menschen die Preise vielfach höher und für die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen schlechter geworden. Beschäftigte privater Betriebe, die vormals öffentliche Aufgaben übernehmen, erhalten regelmäßig weniger Lohn als Beschäftigte im öffentlichen Dienst, wie die jüngste Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation belegt. Privatisierte Bereiche sind zudem häufig demokratiefreie Räume.

Deshalb lehnen wir die Privatisierungswellen der letzten Jahre in Bund, Ländern und Kommunen ab. Aufgaben und Güter der Daseinsvorsorge gehören in öffentliche Verantwortung, unter demokratische Kontrolle und müssen am Gemeinwohl orientiert sein. So können wirtschaftliche Prozesse gesteuert, neue Felder erschlossen und Innovationen gefördert werden. Marktkräfte allein können nicht die notwendigen Dienstleistungen und den Zugang zu ihnen sicherstellen. Deshalb muss der Staat auf allen Ebenen an der Bereitstellung, Regulierung, Organisation, Finanzierung und Förderung solcher Dienstleistungen stark beteiligt sein.

Wir stellen uns der Devise des Privat vor Staat entgegen, denn wir wollen die elementaren Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Selbstbestimmung des Einzelnen nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Wir wollen Handlungs- und Gestaltungsspielräume zurückgewinnen, weil sich nur Reiche einen schwachen Staat leisten können.

Das Interesse, der Bedarf und die Akzeptanz öffentlicher Aufgaben wächst. Zudem hat sich die Erkenntnis, dass die entscheidenden Impulse für Innovation und industriellen Umbau nicht nur vom Markt ausgehen, in manchen Bereichen schon durchgesetzt: Eine neue ökologische Industriepolitik ist nicht denkbar ohne die Langfristorientierung durch Staat und eine stärkere Gewichtung öffentlicher Träger.

Deshalb sind wir überzeugt: Die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ist eine der zentralen Aufgaben des Staates, um Chancengleichheit zu verwirklichen. Dabei umfasst die Öffentliche Daseinsvorsorge diejenigen Bereiche, in denen Marktversagen behoben werden muss. Sie dient damit als Instrument, um kapitalistische Verwerfungen zumindest teilweise auszugleichen.

Öffentliche Daseinsvorsorge muss sich daher an folgenden Kriterien orientieren:

- gleichberechtigter, diskriminierungsfreier Zugang aller Bürgerinnen und Bürger,
- flächendeckendes, an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot zu angemessenen Preisen,
- demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung.

Um öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken, braucht es Alternativen zur Privatisierung:

Wir rekommunalisieren die Daseinsvorsorge!

Die Beispiele aus Städten und Gemeinden können Schule machen. Das System der Haushaltsführung eröffnet neue Handlungsoptionen, weil zurückgekaufte Einrichtungen als Vermögenswerte bilanziert werden. Theoretisch muss dies sogar den Rückkauf durch Darlehensaufnahme ermöglichen. Rekommunalisierte Betriebe garantieren den Gemeinden fließende Einnahmen, neue Gestaltungsräume und demokratischen Einfluss. Zugleich liegt darin der erste Schritt, Monopole dezentral aufzubrechen.

Eine Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge bedarf aber auch einer Stärkung der kommunalen Finanzen. Hierdurch können kommunale Handlungsspielräume wieder zurückgewonnen und neu erschlossen werden

Wir wollen einen Staat als Pionier!

Die makroökonomische Bedeutung der wirtschaftlichen Betätigung des Staates (insbesondere der Kommunen) ist groß: Sie ist ein Mittel der Investivpolitik, sie fördert Wertschöpfung und entfaltet Beschäftigungswirkung. Neue Felder im Bereich ökologischer, sozialer und kultureller Dienstleistungen zu erschließen, stärkt den Staat in seiner Pionierrolle und ist das Mittel, einer gewinnorientierten Kurzfristperspektive eine langfristige Perspektive des qualitativen Wachstums entgegen zu setzen und zugleich Innovationsmotor zu sein.

Wir stärken die Daseinsvorsorge in Europa!

Die Auseinandersetzung um den Begriff der Öffentlichen Daseinsvorsorge ist für den europäischen Kontext vor allem im Hinblick auf die Wettbewerbsordnung zentral. Die Frage, was "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" sind, wird auch auf dieser Ebene geführt. Das Europäische Parlament fordert seit langem Rechtssicherheit in diesem Punkt, um vor allem Kommunen ihr Handeln zu erleichtern. Um den grundlegenden Anforderungen und Kriterien an öffentliche Daseinsvorsorge zu genügen, setzt sich die Fraktion der SPE für eine größtmögliche Vielfalt bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen auf kommunaler Ebene ein. Definition, Organisation und Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge soll den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben.

Wir fordern ein besseres Vergaberecht!

Die Ausschreibungspflicht bestimmter Aufgaben ist geltendes Recht. Wenn der Staat Aufträge vergibt, muss er nicht zugleich auch ihre Vorstellungen von Standards und die Kontrolle darüber aus der Hand geben. Die Vergabe von Aufgaben kann die öffentliche Hand an die Erfüllung von ökologischen und sozialen Standards, an eine bestimmte Entlohnung und die Gleichstellung der Geschlechter knüpfen. Dafür müssen die notwendigen bundes- und landesrechtlichen Normen erlassen werden. Das europäische Vergaberecht ermöglicht dies seit langem, es wird Zeit, dass das deutsche Vergaberecht nachzieht!

Wir denken in Alternativen!

Daseinsvorsorge muss nicht notwendigerweise unter direkter Beteiligung des Staates erbracht werden. Diese Vorstellung widerspräche unserem Verständnis von Staat, der nicht per se das Gute tut. Zudem übernimmt bereits jetzt der sogenannte intermediäre Sektor einen großen Teil der öffentlichen Aufgaben. Insbesondere im Bereich der sozialen Dienste, der Gesundheitswirtschaft und der Betreuung bieten Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen und Initiativen Leistungen an. Sie sind überwiegend nicht gewinnorientiert und auf staatliche Förderung finanziell und strukturell angewiesen. Wir Jusos wissen, dass hier wichtige Aufgaben verantwortlich übernommen werden. Aus unserer Sicht stellt dies einen positiven Aspekt des Subsidiaritätsprinzips dar, weil gerade in kleineren Einheiten viel Innovationspotenzial steckt. Kleine Einheiten können dem einzelnen Menschen und daher unserer Vorstellung von der Möglichkeit pluraler Lebensentwürfe häufig besser gerecht werden. Dies gelingt jedoch nur dann, wenn dieser Bereich nicht der demokratischen Regulierung und Kontrolle entzogen und die Finanzierung auch aus öffentlichen Mitteln gesichert ist.

Jusos denken weiter: Für uns sind auch neue Formen von Gemeinwirtschaft als zusätzliche Alternative zur öffentlicher Daseinsvorsorge und privater Organisation denkbar. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche schließt auch eine Ausweitung von Selbstverwaltung durch ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und KundInnen mit ein.

Die Stimmung kippt! In Bund, Ländern und Gemeinden gibt es immer dann, wenn es konkret wird, deutliche Mehrheiten gegen Privatisierungsvorhaben. Kommunalpolitiker fordern ein stärkeres Gewicht der kommunalen Daseinsvorsorge - und handeln entsprechend. Auf europäischer Ebene geht die Auseinandersetzung um die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse weiter und wird von der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament im Sinne einer Stärkung geführt. Wir Jusos stellen uns an die Seite derjenigen, die Privatisierung erkannt haben als Mittel von gestern, das zum Gestaltungsstod von morgen führt. "Privatisierung is' nicht" - diese Botschaft gehört auch in künftige Wahlprogramme der SPD.

D 2 - Bundesvorstand

Falsche Weichenstellung bei der Bahn

I.

Die Bundesregierung hat beschlossen, angesichts der Finanzmarktkrise den ursprünglich für den 27. Oktober 2008 geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG zu verschieben. Wir Jusos begrüßen, dass die Bahn jetzt nicht weit unter Wert verschleudert werden soll. Eine Verschiebung alleine reicht aber nicht: Wir Jusos halten die Kapitalprivatisierung der Bahn für einen politischen Fehler – der Börsengang muss endgültig abgesagt werden! Wir werden die nun gewonnene Zeit nutzen, um gemeinsam mit unseren Bündnispartnern die Bahnprivatisierung doch noch zu verhindern.

Schon der auf dem Hamburger Bundesparteitag gefundene Kompromiss war (im Nachhinein gesehen) eine strategische Fehlentscheidung. Der Kompromiss, Teile der Bahn mit stimmrechtlosen Vorzugsaktien (so genannte „Volksaktien“) zu veräußern, wurde von den PrivatisiererInnen in unserer Partei nie akzeptiert.

Das nun vom Parteirat beschlossene und von Bahn und Bundesregierung umgesetzte Privatisierungsmodell entspricht dem vom Bundesfinanzministerium nur wenige Tage nach dem Hamburger Parteitag präsentierten Holdingmodell. Es erfüllt nicht einmal die vier zentralen Kriterien des Parteitagsbeschlusses: Private Investoren werden deutlichen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Bahn erhalten, es werden ausschließlich Stammaktien mit Stimmrecht ausgegeben, der Erhalt des integrierten Konzerns ist nicht gewährleistet und die Infrastruktur wird nicht in Bundeseigentum überführt, sondern wird Eigentum der Deutschen Bahn AG sein.

Verkehrspolitisch gibt es keine stichhaltigen Argumente, die für eine Kapitalprivatisierung sprechen. Schon jetzt zeigen sich in der Unternehmenspolitik der Deutschen Bahn AG die Auswirkungen des anstehenden Börsengangs. Dies zeigt sich daran, dass die Bahn seit Jahren ihr Streckennetz ausdünnt, dass sie in den letzten fünf Jahren trotz Milliardengewinne sechs Preiserhöhungen durchgeführt hat und laufend ihren Service verschlechtert. Die jüngsten Ankündigungen zur Preiserhöhung im kommenden Dezember sowie die Einführung einer Servicepauschale bei Bedienung am Schalter haben zu Recht Empörung ausgelöst.

Das Verfahren war vor dem Hintergrund der innerparteilichen Demokratie nicht akzeptabel. Der Beschluss entsprach weder überwiegenden Meinung der Parteibasis noch der Mehrheit der Bevölkerung. Die SPD hat ihre Glaubwürdigkeit als eine Partei, die die öffentliche Daseinsvorsorge garantiert, verloren. Die SPD hat so leichtfertig ein inhaltliches Profilierungsthema vertan, das für die Sozialdemokratie im Parteienwettbewerb zum Alleinstellungsmerkmal hätte werden können. Die SPD wurde zur Partei, die gegen die

Mehrheit ihrer Mitglieder und gegen die Mehrheit der Bevölkerung die Bahnprivatisierung durchsetzte.

II.

Wir Jusos haben uns bereits beim Bundeskongress 2007 in Wolfsburg eindeutig ablehnend zur geplanten Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG positioniert. Mit unserer Kampagne „Bahnprivatisierung: Is' nicht!“ haben wir versucht, die Bahnprivatisierung zu verhindern. Dieses Ziel haben wir offensichtlich nicht erreicht.

Auch wenn wir unser politisches Ziel leider nicht erreicht haben, hatten wir mit der Kampagne auch Erfolge. Die Kampagne hat gezeigt, dass wir Jusos auch kurzfristig kampagnenfähig sind – und zwar bundesweit und auf allen Ebenen der Partei. Wir Jusos kämpften in zahlreichen Ortsvereinen und Unterbezirken, in fast allen Bezirks- und Landesverbänden und natürlich auf Bundesebene. Es gelang uns auf zahlreichen Landesparteitagen und in SPD-Landesvorständen, Beschlüsse gegen eine Privatisierung der Bahn durchzusetzen.

Und wir haben nicht alleine gekämpft, sondern gemeinsam mit unseren BündnispartnerInnen im Bündnis „Bahn für Alle“. Die gemachten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit in einem breiten Bündnis kann für weitere politische Auseinandersetzungen genutzt werden. Das Bündnis „Bahn für Alle“ war ein erfolgreiches Labor für den Austausch unterschiedlicher politischer Kulturen, das Auffinden neuer Kampagnenwege und der Schaffung neuer gesellschaftlicher Bündnisse. Zu wünschen wäre, dass diese Struktur die Zusammenarbeit sogenannter alter und neuer sozialer Bewegungen auch bei anderen politischen Themen stärkt.

Neben diesen organisatorischen und bündnispolitischen Erfolgen konnten wir aber auch im Kampf gegen Privatisierungen Erfolge erzielen. Mit der Kampagne gegen die Bahnprivatisierung ist es gelungen, die PrivatisierungsbefürworterInnen in der Berichterstattung in die Defensive zu drängen. In den Medien wurde lange Zeit sehr wohlwollend und parteiisch über die Bahnprivatisierung berichtet. Im Laufe der Kampagne gelang es immer stärker, privatisierungskritische Argumente zu etablieren und die öffentliche Debatte mit Sachkenntnis und klaren Botschaften zu dominieren. Die noch vor kurzem dominante neoliberale Privatisierungsideologie hat so ihre Deutungshoheit verloren. Dies wird Folgen haben. Steigender Druck auf die Beschäftigten der Bahn, Preiserhöhungen und Einschränkungen des Schienenverkehrs werden in Zukunft mit der Bahnprivatisierung in Verbindung gebracht werden. Ein Prozess permanenter kollektiver Bewusstseinsbildung wurde so in Gang gesetzt, die Privatisierungsideologie in der öffentlichen Debatte zurückgedrängt. Das gibt Mut für die Abwehr weiterer Privatisierungsvorhaben und bei der Auseinandersetzung um die Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

III.

Wir Jusos haben bis zum Schluss gegen die Bahnprivatisierung gekämpft. Doch mit gezielten Fehlinformationen, mit einer Vermischung von Sach- und Personalfragen gelang es den PrivatisierungsbefürworterInnen um Steinbrück und Hansen die Bahnprivatisierung und ihre Eigeninteressen innerparteilich durchzusetzen. Dieser politische Fehler lässt sich kurzfristig nicht korrigieren, der Börsengang von 24,9 Prozent der „ML AG“ lässt sich vorerst nicht mehr verhindern.

Der Schienenverkehr ist und bleibt für uns Jusos unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge, seine Zukunft darf nicht den Renditeinteressen privater Investoren ausgeliefert werden. Deshalb haben wir folgende Forderungen:

- Die Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG muss aufgrund aktueller Entwicklungen ausgesetzt werden. Bei einer Bahnprivatisierung im aktuellen Börsenumfeld drohen Mindereinnahmen in Milliardenhöhe. Die Zeit der Aussetzung muss genutzt werden, um nochmals grundsätzlich über die Bahnprivatisierung zu diskutieren.
- Wenn sich der Börsengang in dieser Wahlperiode trotz unseres Widerstandes nicht verhindern lässt, dann muss die SPD eine über 24,9 Prozent hinausgehende Privatisierung verhindern. Dazu fordern wir Jusos eine klare und eindeutige Festlegung im Bundestagswahlprogramm und im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung im nächsten Koalitionsvertrag. Wir Jusos stehen weiterhin für eine Bahn im vollständigen öffentlichen Eigentum.
- Der Bund muss endlich seine Aufgabe als (Mehrheits-) Eigentümer der Bahn ernsthaft wahrnehmen und seine Interessen – und die Interessen der Allgemeinheit – gegenüber der Deutschen Bahn AG und ihrem Management durchsetzen. Dazu müssen auch die Aufsichtsratsmandate mit geeigneten Personen besetzt werden.
- Die Bahnprivatisierung darf nicht grundlegende Vertretungsrechte der ArbeitnehmerInnen aushebeln. Vor einem Börsengang muss sichergestellt sein, dass die bisher geltende 50-Prozent-Beteiligung von ArbeitnehmerInnenvertreterInnen im Aufsichtsrat nicht nur für die rund 2.500 Beschäftigte der DB ML gilt, sondern auch für die 115.000 Beschäftigte in den Tochterunternehmen der DB ML.
- Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung muss transparent und öffentlich gemacht werden. Da die Bundesregierung in der Vergangenheit oft genug gezeigt hat, dass sie nicht willens (bzw. nicht in der Lage ist), die Bahn zu steuern, sollte der Bundestag über diese Vereinbarungen entscheiden.

Beschlüsse Bundeskongress 2008, Weimar

- Spätestens wenn private Investoren bei der Bahn einsteigen, muss der Schienenfernverkehr politisch reguliert werden. Keine Region darf vom Fernverkehr abgekoppelt werden.

E

Europa

E 1 – Bundesvorstand

Europa verändern – Die Alternative heißt soziale Gerechtigkeit

I. Wie steht es um Europa vor der Wahl?

Am 7. Juni 2009 findet zum siebten Mal die Direktwahl des Europäischen Parlamentes statt. In 2009 sind erstmals die Bürgerinnen und Bürger aller 27 EU Mitgliedsstaaten aufgerufen das neue Parlament zu wählen - so viele waren es noch nie. Blickt man zurück auf die Geschichte Europas ist dies ein historischer Moment. Nachdem hunderte Jahre Krieg, Vertreibung und Zerstörung das Leben auf dem europäischen Kontinent prägten, tragen die Mitgliedstaaten der EU heute ihre Konflikte untereinander friedlich aus. Dennoch steht Europa vor großen Herausforderungen. Die gescheiterten Referenden in Frankreich, den Niederlanden und zuletzt in Irland sind Ausdruck einer länger anhaltenden Vertrauenskrise der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt. Dies zeigt auch die geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen. Zwar hätte der Vertrag von Lissabon zu mehr Demokratie und mehr Macht für das Europäische Parlament geführt. Er wird aber vor der Europawahl nicht mehr in Kraft treten. Deswegen mag Europa zwar in der Krise sein, aber ein Ende des europäischen Projektes ist das noch nicht. Auch ohne Lissabon hat Europa eine Zukunft!

Den europäischen Parteien ist es bisher nicht gelungen in europapolitischen Themen zu polarisieren und die unterschiedlichen Vorstellungen über die Zukunft Europas hervorzuheben. Gab es Ende des letzten Jahrzehnts noch eine linke Mehrheit unter den Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU und im Europäischen Parlament ist diese hin zu einer übermächtigen Mehrheit der Konservativen und neo-liberalen Kräfte gekippt. Auch wenn bisher selbst mit einer linken Mehrheit Projekte wie das Soziale Europa nicht entschlossen genug angegangen wurden, ist dies unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen unmöglich geworden. Daher brauchen wir wieder eine linke Mehrheit im Europäischen Parlament, um ein anderes Europa zu schaffen. Dies geht nur mit einer starken Sozialdemokratischen Partei Europas der SPE. Wir wollen diese Partei zur Mitgliederpartei ausbauen und ein klares linkes Profil für diese Partei entwickeln und mit einem gemeinsamen Wahlprogramm zur Europawahl antreten. Wir

verstehen die Europawahl als Chance verlorenes Vertrauen in Europa und in die SPD und die SPE zurück zu gewinnen. Die Europawahl ist daher eine Chance verlorenes Vertrauen in Europa und in die SPD zurück zu gewinnen.

Gründe für die Vertrauenskrise

Die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger ist derzeit, dass Europa nur der wirtschaftlichen Integration seiner 27 Mitgliedsstaaten dient. Politische Integration mit einem wirklichen demokratischen Anspruch oder gar soziale Integration fehlt bisweilen nahezu vollständig. Angesichts eines weiteren Auseinanderdriftens von Arm und Reich, zunehmend prekären Beschäftigungsverhältnissen und Massenarbeitslosigkeit verlieren die Menschen das Vertrauen in dieses Europa. Sie halten aber nicht die europäische Idee an sich für falsch, sondern die derzeitige Politik der EU.

Beschäftigung und Wachstum nehmen zu, trotzdem geht es vielen Menschen schlechter. Die Jobs die geschaffen werden, sind häufig prekäre Beschäftigungsverhältnisse. D.h. es wird ein Lohn gezahlt, der nicht zum Leben reicht, die Verträge sind befristet oder es ist ein Leiharbeitsverhältnis. Dies ist wahrlich kein Problem, das auf Deutschland begrenzt ist. Es ist längst in allen anderen EU Mitgliedsstaaten zu einer Realität geworden. Insbesondere junge Menschen sind davon betroffen.

Zur gleichen Zeit stehen in der EU Liberalisierung und Marktfreiheiten immer noch an erster Stelle der politischen Agenda. Die Dienstleistungsrichtlinie ist ein Beispiel dafür. Der Handel mit Dienstleistungen führt dazu, dass die öffentliche Daseinsvorsorge unter Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck gerät. Die Auswirkungen sind vor allem auf kommunaler Ebene zu spüren. Eine klare Definition für Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Ausklammerung dieser aus der Dienstleistungsfreiheit fehlen nach wie vor in der EU.

Wir Jusos wollen uns mit den Verhältnissen nicht zufrieden geben und kämpfen unter dem Motto „die Alternative heißt soziale Gerechtigkeit“ an der Seite der SPD für ein anderes, ein sozialeres Europa. Wir sind uns der Herausforderung bewusst im Superwahljahr 2009 mit vielen Landtags-, Kommunal- und schließlich der Bundestagswahl einen Europawahlkampf zu bestreiten. Dies bietet aber auch eine Chance das Thema Soziale Gerechtigkeit nicht nur als

lokales oder nationales Thema zu sehen, sondern diese Idee zu europäisieren. Gemeinsam wollen wir daher bis zum 7. Juni 2009 und darüber hinaus für ein Europa kämpfen, das die folgenden Bedingungen erfüllt:

- Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das Mindestbedingungen im Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrecht, sowie Mindestsozialstandards garantieren kann und Finanzmärkte effektiv reguliert!
- Wir wollen ein Europa des Friedens, das den ersten Schritt ergreift und Abrüstung umsetzt.
- Wir wollen in keiner Festung Europa mehr leben, ein Grundrecht auf Asyl in ganz Europa und eine gerechte und multilaterale Handelspolitik!

II. Wir wollen ein soziales Europa

Vorfahrt für soziale Themen!

In der derzeitigen europäischen Politik herrscht eine Art Vorfahrt für mehr Marktfreiheit, Deregulierung und Privatisierung vor. Diese Logik muss durchbrochen und um eine Regelung für eine gleichberechtigte Vorfahrt für soziale Themen ergänzt werden. Somit müssen alle politischen Entscheidungen aller EU Institutionen daraufhin überprüft werden, ob sie zum Abbau von Arbeitslosigkeit, zur sozialen Integration und anderen sozialen Fortschritten beitragen können. Dies wird ergänzt durch eine Pflicht für eine sozialpolitische Folgeabschätzung für neue Gesetzesvorhaben der EU. Nur durch eine grundsätzliche Neuorientierung der EU Politik wird es gelingen ein soziales Europa zu verwirklichen. Wir fordern daher die Aufnahme einer solchen Sozialklausel in den EU Vertrag!

Mehr und bessere Jobs für Europa sowie eine effektive Regulierung der Finanzmärkte!

Wir brauchen mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa durch Investitionen in Bildung und Ausbildung. Dafür ist zunächst aber eine stabile gesamtwirtschaftliche Lage notwendig.

Die globale Finanzmarktkrise, die zuletzt durch den teilweisen Zusammenbruch des US Immobilienmarktes ausgelöst wurde, hat allen vor Augen geführt wie schnell durch internationale Verflechtung auch in Europa Arbeitsplätze und Einkommen in Gefahr geraten. Daher ist es notwendig ein stabiles staatlich reguliertes Finanz- und Bankensystems zu haben. Europa muss sich darüber hinaus auch global für eine effektivere Regulierung der Finanzmärkte und Finanzmarktinstrumente einsetzen. Gesamtwirtschaftliche Stabilität heißt auch, dass auftretende Krisen möglichst schnell überwunden werden. Bei einem konjunkturellen Abschwung ist es daher wichtig, dass der Staat ein Investitionsprogramm auflegt, um drohenden Arbeitsplatz- und Einkommensverlust zu verhindern. Hierzu bedarf es eines flexiblen Wachstums- und Stabilitätspaktes auf europäischer Ebene, der den Mitgliedsstaaten die Flexibilität gibt auch eine vergleichsweise hohe kurzfristige Neuverschuldungspolitik zu verfolgen. Diese Politik muss ergänzt werden durch ein Handeln der Europäischen Zentralbank, das sich nicht nur am Ziel der Preisstabilität, sondern auch an den Zielen eines hohen Wachstums und der Vollbeschäftigung orientiert. Wir fordern daher eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für mehr fiskalische Flexibilität und eine Europäischen Zentralbank die auch dem Ziel der Vollbeschäftigung und des möglichst hohen, qualitativen Wachstums verpflichtet ist!

Schaffung sozialer Mindeststandards in ganz Europa!

Das „race to the bottom“ um möglichst niedrige Sozial- und Arbeitsbedingungen in Europa bringt etablierte Sozialsysteme in Europa zunehmend unter Druck. Verstärkt wird diese Tendenz durch eine Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, der diesen Wettbewerb noch weiter anheizt, als begrenzt. Somit sind beispielsweise Tariftreueklauseln in öffentlichen Vergabegesetzen nichtig, wenn sie die Dienstleistungsfreiheit in Europa behindern. Einer solchen Entwicklung muss Einhalt geboten werden durch die Schaffung sozialer Mindestnormen. Daher fordern wir die Einführung eines europäischen Mindestlohns, der sich am jeweiligen nationalen Durchschnittslohn orientiert. Wir fordern darüber hinaus die Einhaltung einer Höchstarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche in ganz Europa ohne so genannte „opt-out“ Klausel, die es einigen Mitgliedsstaaten erlaubt auch höhere Arbeitszeiten gesetzlich zuzulassen. Durch eine Obergrenze von 40 Stunden erhöht sich die Produktivität der ArbeitnehmerInnen. So werden sich die gesundheitliche Situation und die Arbeitsbedingungen für viele ArbeitnehmerInnen in Europa deutlich verbessern. Außerdem brauchen wir eine Mindestbesteuerung von Unternehmen in Europa. Dafür ist eine einheitlich Bemessungsgrundlage und ein Mindeststeuersatz nötig. Ein soziales Europa braucht die Einhaltung bestimmter sozialer Mindestbedingung!

Für ein demokratisches Europa und klare einklagbare Grundrechte

Brüsseler Politik wird bisweilen als Bürokratie und top-down Politik wahrgenommen. Nach wie vor wird in der Kommission der Illusion eines unabhängig von parteipolitischen Positionen existierenden europäischen Allgemeininteresses angehangen. Europa muss daher mehr Demokratie wagen und in seinen vertraglichen Grundlagen fest verankern, sonst verliert es seine Legitimität. Das Parlament muss wie im Lissabonner Vertrag vorgesehen mehr Mitspracherecht und Entscheidungsrecht in Sachen Budget, Kommission und bei der Gesetzgebung erhalten. Um demokratische Mitbestimmung zu stärken, reicht jedoch die Stärkung des Parlaments nicht aus. Wir brauchen europäische einklagbare Grundrechte. Es muss erreicht werden, dass es einen verbindlich geschriebenen Grundrechtskatalog gibt. Nur so ist transparent und eindeutig bestimmt, auf welche Rechte die BürgerInnen sich berufen können. Die Grundrechte- Charta muss verbindlich werden und die Möglichkeit des Rechtsweges eröffnen. Wir Jusos sind überzeugt, dass ein soziales Europa auch ein demokratisches Europa sein muss!

Mitbestimmung in Europa ausbauen!

Ein Soziales Europa kann nur mit starken und handlungsfähigen Gewerkschaften verwirklicht werden. Dafür brauchen wir eine institutionelle Stärkung der Mitbestimmung und der Gewerkschaften in den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Union. Ein Mindestniveau beim Streikrecht und die Gründungsfreiheit für Gewerkschaften müssen in allen EU Staaten eingehalten werden. Dies sind die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die nach wie vor nicht allen 27 EU Staaten umgesetzt sind. In sogenannten europäischen Kapitalgesellschaften (SE) muss Mitbestimmung in Anlehnung an das deutsche Modell ermöglicht werden. Hinzukommt der Ausbau und die institutionelle Stärkung der Eurobetriebsräte EBR. Die entsprechenden europäischen Regelungen müssen dahin gehend überarbeitet werden. Sie müssen auch sicherstellen, dass transnationale Kollektivvereinbarungen rechtsverbindlich werden. Wir fordern daher mehr Mitbestimmung in transnationalen europäischen Unternehmen und Konzernen!

Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen!

Auf allen politischen Ebenen erleben wir eine Zunahme von Privatisierungen ehemaliger öffentlicher Einrichtungen. Die Auswirkungen bekommt man vor allem auf der kommunalen Ebene zu spüren, wo Bäder geschlossen werden oder der Bus kaum noch zu bezahlen ist. Ein

Grund für die Zunahme der Privatisierungen ist die Politik der rechtliberalen Parteien in der Europäischen Union. Hier wird definiert, was so genannte „Dienstleistungen von öffentlichem Interesse“ sind. Dienstleistungen, die nicht „von öffentlichem Interesse sind“ unterliegen bestimmten Wettbewerbsregelungen. So darf der Staat bspw. diese Dienstleistungen nicht mehr alleine erbringen, sondern muss auch private Anbieter zu lassen. Dies erhöht in vielen Fällen den Privatisierungsdruck auf bestimmte Einrichtungen. Ist eine ehemalige öffentliche Institution erst einmal privatisiert, steigen schnell die Preise oder unrentable Einrichtungen werden geschlossen. Eine breite Definition der Dienstleistungen von öffentlichem Interesse ist daher nötig. Für uns Jusos gehören dazu neben der Versorgung mit Energie und Wasser und der Entsorgung von Abfall eine Verkehrsinfrastruktur einschließlich der Transportmittel, ein Gesundheitssystem und soziale Sicherung im Allgemeinen, Bildung, Wohnraum und Wohnungsbau, Bank- und Kreditwesen, Sport- und Kultureinrichtungen und weitere Dienstleistungen ökologischer und kultureller Art. Wir fordern die genannten Dienstleistungen als Dienstleistungen von öffentlichem Interesse zu definieren und diese vor Privatisierung europaweit zu schützen!

Für eine bessere Gleichstellungspolitik in Europa!

Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt nicht überall in Europa. Im Gegenteil noch immer sind es Frauen die systematisch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Das gilt auch, wenn Mann und Frau dieselbe Arbeit verrichten. Dies ist umso erstaunlicher als, dass längst eine EU Gleichstellungsrichtlinie existiert, die das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit zum europäischen Standard macht. Dieser Standard wird jedoch nach wie vor unterlaufen. Es ist daher notwendig die Gleichstellungsrichtlinie in den EU Mitgliedsstaaten konsequenter umzusetzen. Dabei muss auf europäischer Ebene der Druck auf die Mitgliedstaaten erhöht werden, die bisher die Richtlinie nicht oder nur teilweise in nationales Recht umgewandelt haben. Darüber hinaus fordern wir die Einführung von Quoten von mindestens 40 % für die Führungsebene von großen Unternehmen. Nur wenige Frauen sitzen heute in den wenigen Führungspositionen europäischer Unternehmen. Das liegt nicht daran, dass Frauen für solche Jobs nicht qualifiziert sind, sondern weil sie systematisch an der Erlangung solcher Positionen gehindert werden. Eine solche Quotenregelung wurde bereits erfolgreich in Norwegen eingeführt. Ein soziales Europa muss die Gleichstellung der Geschlechter sicherstellen und die konsequente Umsetzung der Gleichstellungsrichtlinie in Europa verfolgen!

Für eine EU Haushaltspolitik mit Zukunft

Noch immer übersteigen die EU-Ausgaben für Landwirtschaft die Investitionen in Bildung und Ausbildung um ein Vielfaches. Zur gleichen Zeit ist der Bedarf in der EU für Investitionen in die Infrastruktur (Strom, Mobilität, Daseinsvorsorge, soziale Sicherungssysteme, Bau von Schulen) vor allem in den neuen EU Mitgliedsstaaten deutlich gestiegen. Daher muss sich diese politische Schwerpunktsetzung in der EU Haushaltspolitik deutlich ändern! Um unserem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Europa näher zu kommen und um Dumping zu verhindern sowie den Strukturwandel sozial zu gestalten ist eine Umwidmung der Agrarmittel in Strukturfördermittel nötig. Desweiteren müssen die bereitstehenden Forschungsmittel der EU erhöht werden und verstärkt in Zukunftstechnologien wie bspw. Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energien investiert werden. Gleichzeitig sollen die Mittel für Aus- und Weiterbildung erhöht werden. Wir Jusos fordern, dass die bisherigen Landwirtschaftsbeihilfen in großem Umfang zu Strukturfördermitteln umgewidmet werden.

III. Europa muss für Frieden stehen!

Abrüstung muss im Zentrum der gemeinsamen Europäischen Außenpolitik stehen!

In den letzten Jahren fand ein Politikwechsel statt, von einer immer nur versprochenen Abrüstung, hin zu einer offenen Aufrüstung. Der Rüstungswettlauf hat bereits begonnen. So planen die USA seit einigen Jahren an ein Raketenschild, das die Vereinigten Staaten vor Langstreckenraketen schützen soll. Dafür sollen Außenposten in Europa entstehen: In Tschechien soll ein Frühwarnsystem installiert werden; in Polen werden US-Abwehrraketen stationiert. Wir Jusos sagen nein zu einem US-Raketenschild und einem erneuten Rüstungswettlauf.

Aber auch im Vertrag von Lissabon, dem letzten großen Versuch die EU zu reformieren, fand sich folgender Satz „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“. Schon eingerichtet wurde deshalb die Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung. Alle ihre Ziele, nämlich Rüstungsforschung und Entwicklung effizienter zu gestalten, einen Europäischen Markt für Rüstungsgüter zu schaffen und durch eine langfristige Bedarfsplanung Rüstungsbestände zu optimieren, sorgen effektiv für eine Aufrüstung Europas. Wir brauchen keine Agentur für Rüstung, sondern ganz im Gegenteil wir fordern eine Agentur für Abrüstung.

In der Rüstungsproduktion steht Europa mit an der Spitze: Deutschland, Großbritannien und Frankreich gehören zu den fünf größten Rüstungsnationen bei der Produktion von konventionellen Waffen. Die 34 größten Rüstungsfirmen Westeuropas verkauften 2006 Rüstungsgüter im Wert von 92,1 Milliarden \$. Allein der Umsatz den EADS 2006 mit dem Verkauf von Rüstungsgütern erzielte betrug 12,6 Mrd. \$.

Aber nicht nur in der Produktion ist Europa leider vorne mit dabei, sondern auch in der Aufrüstung. Im Jahr 2007 gaben die Europäer 370 Milliarden US Dollar für Rüstungsgüter aus. Auch hier belegt Europa nach den USA den zweiten Platz. Wir brauchen eine Politik die Abrüstung wirklich umsetzt. Wir brauchen eine strengere Kontrolle für Rüstungsgüter.

Fast 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gibt es weltweit noch immer über 32.000 atomare Sprengköpfe, über 900 Atomwaffen lagern in Europa. Aus den Folgen des ersten Abwurfs der Atombombe über Hiroshima am 6. August 1945 wurde nichts gelernt. Ungefähr 80 Prozent der bis dahin unbeschädigten Stadt wurden zerstört und über 150.000 Menschen sofort getötet. Weitere 110.000 Menschen starben innerhalb weniger Wochen an den Folgen der radioaktiven Verstrahlung, zahlreiche weitere an Folgeschäden in den Jahren danach. Einen Atomkrieg kann niemand gewinnen. Den atomaren Erstschatz weiter als militärische Möglichkeit zu diskutieren, zeugt von Menschenverachtung. Wenn Europa glaubwürdig in Abrüstungsverhandlungen auftreten will, muss es den ersten Schritt machen. Es reicht nicht andere Staaten wie z.B. Nordkorea oder den Iran – vollkommen zu Recht - an den Pranger zu stellen.

Europa muss ein Zeichen setzen und Atomwaffenfreie Zone werden. Keine Atomwaffen für niemanden!

Friedliche Konfliktlösung nicht nur in Sonntagsreden

Die Prävention von Konflikten wird immer mehr reduziert auf Gespräche und offizielle Tagungen und damit Stück für Stück in der Öffentlichkeit als wirkungslos und ineffektiv dargestellt. Prävention ist nicht Dialog, sondern soll Dialog ermöglichen. Prävention schafft ein Umfeld in dem es möglich ist Konflikte gewaltfrei zu lösen. Prävention bedeutet z.B., internationale Gesetze zu schaffen und dieses auch mit Leben zu füllen, in dem sie eingehalten werden. Dazu muss die UN handlungsfähiger werden. Abrüstungsverträge müssen von allen Staaten eingehalten werden. Prävention bedeutet auch, dass eine gerechte

Weltwirtschaftsordnung angestrebt wird, von der alle Menschen profitieren. Dieses Ziel muss sich auch in der europäischen Außenpolitik- aber insbesondere bei entwicklungspolitischen Projekten wieder finden. Wir fordern hier einen Politikwechsel. Wir arbeiten an einem Europa das sich wirklich für friedliche Konfliktlösung einsetzt.

IV. Wir wollen in keiner Festung Europa leben!

Fluchtgründe bekämpfen

Mit dem Thema Migration wird Angst geschürt. Migranten werden für Kriminalität und sozialen Abstieg verantwortlich gemacht. So werden oft die Migranten bekämpft und nicht die wirklichen Gründe für die Flucht. Wir arbeiten für ein Europa, das die Fluchtgründe bekämpft:

Europa muss an einer gerechten Weltwirtschaftsordnung mitbauen. In der gemeinsamen Außenpolitik muss sich die EU für die Verankerung sozialer und ökologischer Standards weltweit einsetzen und Investitionen in die soziale Infrastruktur fördern. Das gilt für die Verhandlungen auf der Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) genauso wie für die zwischenstaatlichen Abkommen, welche die EU im Zuge ihrer Partnerschaftspolitik abschließt. Ein wichtiger Baustein für mehr Gerechtigkeit weltweit ist die Frage von „Menschenwürdiger Arbeit“, die auch von europäischen Firmen im Ausland umgesetzt werden muss.

Auch das Klima unserer Erde verändert sich und hat die fortschreitende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zur Konsequenz. Diese Zerstörung wiederum führt immer offensichtlicher zu sozialer Ungerechtigkeit und einer Minderung der Überlebenschancen von großen Teilen der Weltbevölkerung. Somit ist zunehmende Umweltverschmutzung und Klimaveränderung ein immer wichtiger werdender Fluchtgrund. Um nur einige Auswirkungen aufzuzählen: die Wüste wächst und beraubt viele Menschen ihrer Lebensgrundlagen, viele Menschen haben keinen Zugang zu sauberen Trinkwasser oder erkranken schwer an den Folgen von Smog. Die EU muss diese Probleme ernst nehmen und dafür Lösungen in ihrer Außenpolitik erarbeiten, z.B. durch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs oder alternativer Energiegewinnung weltweit. Wir fordern ein Europa, das Hunger, Armut menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und die Zerstörung der Umwelt weltweit bekämpft.

Wir wollen ein Ende der Festung Europa

Die Grenzen Europas wurden zu einer Festung ausgebaut. Mit der Drittstaatenregelung kann die EU Flüchtlinge, die über ein angeblich sicheres Land in die EU einreisen, dorthin zurück abschieben. Als so genannte Drittstaaten gelten auch Libyen, Marokko oder Mauretanien. Mit dem Ziel möglichst viele Flüchtlinge davon abzuhalten Europa auch nur zu betreten, werden hier Länder zu sicheren Demokratien erklärt die keine sind, mit fatalen Folgen für die Flüchtlinge. Seit 2004 koordiniert die europäische Agentur Frontex die europäischen Außengrenzen. Flüchtlingsboote werden von Frontex schon im internationalen Gewässer aufgebracht und in afrikanische Küstenländer zurück verfrachtet.

Dies sind nur zwei von vielen Beispielen wie die EU sich gegen Flüchtlinge abschottet. Diese Politik unterstützt vor allem die organisierte Kriminalität ohne deren Hilfe nur wenige es heute noch schaffen die EU überhaupt zu betreten. Diese Politik bekämpft die Flüchtlinge und nicht die Fluchtgründe. Diese Politik führt mit zu den tausenden von Toten an der Europäischen Grenze.

Eine Gemeinschaft bestehend aus 27 Demokratien, die sich der Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet hat, muss diese Werte auch an ihren Grenzen umsetzen. Wir brauchen sichere Wege in die EU für Flüchtlinge.

Im Haager Programm hat sich die EU vorgenommen bis 2010 ein gemeinsames Asyl-System zu schaffen. Alle bisherigen Vorschläge in diesem Bereich zeigen deutlich, dass es nicht darum geht ein wirkliches Grundrecht auf Asyl zu verankern. Vielmehr steht im Vordergrund die Frage, wohin mit den Flüchtlingen, welches Land muss sie aufnehmen. Der Mittelpunkt des gemeinsamen EU-Asyl muss für uns ein anderer sein: eine sichere Möglichkeit nach Europa zu kommen für die verfolgten Menschen und ein faires Asylverfahren für alle. Wir kämpfen für ein europäisches Grundrecht auf Asyl.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und dennoch werden Flüchtlinge in vielen Fällen in Europa als Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie werden in Camps untergebracht, zu denen keine NGO und kein Rechtsanwalt Zugang hat (Italien), sie dürfen in vielen Fällen nicht mal entscheiden was sie essen wollen (Deutschland), oder landen in überfüllten Massenunterkünften die nicht die hygienischen Mindeststandards erfüllen. Dies steht im Gegensatz zur Allgemeinen Menschenrechtserklärung die einen "Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließlic

Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet" (Art. 25) einfordert.

Wir fordern eine menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen. Eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik muss hier Standards setzen.

Die Frage nach der Nützlichkeit von Migranten wird innerhalb der EU zu oft unwidersprochen gestellt. So subventioniert die EU auf der einen Seite Anti- Einwanderungsspot in verschiedenen afrikanischen Ländern, die junge Auswanderungswillige davon abhalten sollen sich auf den Weg Richtung EU zu machen. Auf der anderen Seite wird an einer Blue Card für Höchstqualifizierte gearbeitet. Allerdings soll auch diese Card an einen Arbeitsplatz gebunden werden, bei längerer Arbeitslosigkeit droht die Abschiebung. Nur wer ein Gehalt bezieht, das dreimal so hoch ist wie der Mindestlohn/der gültige Sozialhilfesatz soll eine Chance auf die Karte haben. Wir werden uns weiterhin gegen jede Debatte über die Nützlichkeit von Menschen stellen. Zuwanderung ausschließlich für Hochqualifizierte ist mit uns nicht zu machen.

V. Unser Europa-Wahlkampf

Wir Jusos führen einen eigenständigen Wahlkampf. Wir wollen deutlich machen, dass es soziale Alternativen zu der jetzigen Ausgestaltung Europas gibt. Mit den drei Themen „Soziales Europa“, „Europa des Friedens“ und „Keine Festung Europa“ kämpfen wir für bestimmte politische Projekte.

Jenseits dieser konkreten Projekte setzen wir uns für die Vision der Vereinigten Staaten von Europa ein. Konkrete politische Projekte und Mut zur Vision - beides muss in unserem Wahlkampf deutlich werden. Wir führen unseren Wahlkampf in kritischer Solidarität mit der SPD. Zentral ist dabei, dass wir keinen Jubelwahlkampf machen werden, sondern einen inhaltlichen Jugendwahlkampf unter unserer Führung im Willy-Brandt-Haus bestreiten werden. Dabei werden wir eigenständig, lautstark und kämpferisch auftreten. Denn für Europa gilt: Europa verändern. Die Alternative heißt soziale Gerechtigkeit.

F

Frieden und Internationales

F 1 – Bundesvorstand

Stoppt die wahren Massenvernichter – Kleinwaffen umfassend abrüsten

Einleitung

Bis zu 800.000 Menschen verlieren jährlich ihr Leben durch den Einsatz von Kleinwaffen. Damit ist diese Waffenkategorie zweifellos die Waffengattung, durch deren Einsatz weltweit die meisten Opfer zu beklagen ist. Während über die Beschränkung und den Abbau von atomaren, biologischen und chemischen Waffen bereits seit Jahrzehnten verhandelt wird, sind Kleinwaffen und leichte Waffen ein relativ neues Thema auf der Agenda der Rüstungskontrolle. Dabei gelten sie aufgrund ihrer leichten Verfügbarkeit und Handhabung als die eigentlichen Massenvernichtungswaffen in Gewaltkonflikten. Kleinwaffen sind weit verbreitet und leicht zu beschaffen und kommen deshalb in Krisen und Konflikten häufig zum Einsatz. Trotz der großen Gefahr, die von dieser Waffengattung ausgeht, schreiten Abrüstungsbemühungen nur sehr langsam voran. Verschiedene Faktoren beeinflussen die Wirkung von Kleinwaffen. Abrüstungsansätze müssen die Faktoren, die die Verbreitung von Kleinwaffen begünstigen, in Betracht ziehen.

Faktor - Anzahl an Waffen

Weltweit hat sich die Einstellung der Gesellschaft gegenüber Kleinwaffen geändert. Die Zahl der Kleinwaffen hat sich stark vergrößert. Besonders die Zahl der Waffen in zivilem Besitz ist gestiegen. Etwa 650 Millionen Kleinwaffen befinden sich weltweit in zivilem Besitz. Das sind rund 75 Prozent aller registrierten Waffen. Allein die Bürger der USA haben 270 Millionen. Insgesamt gibt es mindestens 875 Millionen Kleinwaffen auf der Welt – dies entspricht dem Gesamtwert aller zivilen, militärischen und für die Strafverfolgung bestimmten Kleinwaffen. Zivilisten beschaffen sich zunehmend schlagkräftigere Waffen. Die Beziehung zwischen Pro-Kopf-Vermögen und Waffenbesitz zeigt eindeutig, dass sich mit steigendem Volksvermögen auch der Schusswaffenbesitz erhöht, solange keine gesetzlichen Regelungen dieser

Entwicklung entgegenstehen. Die Proliferation von zivilen Schusswaffenbeständen wird sich in voraussehbarer Zukunft deshalb wahrscheinlich nicht verringern. In den meisten Ländern befindet sich die Mehrheit aller Schusswaffen nicht in Regierungsbesitz, sondern in zivilen Händen. Bei den meisten Auseinandersetzungen kommen keine Waffen aus Regierungsbesitz zum Einsatz. Obwohl die Forschung über die Gefahren, die von zivilen als auch staatlichen Kleinwaffen ausgehen, weiterer systematischer Untersuchungen bedarf, wird deutlich, dass zivile Schusswaffenbestände das Kleinwaffenphänomen in immer größerem Maße beeinflussen. Die Umsatzsteigerung am Verkauf ziviler Kleinwaffen ist zum Teil auf geänderte Gesetze, die den legalen Handfeuerwaffenbesitz vereinfachen, zurückzuführen.

Faktor - Lizenzproduktion

Produktion mit und ohne Lizenz setzt den Erwerb von Produktionstechnologie durch einen Hersteller voraus, der diese Technologie vorher nicht besaß. Obwohl dies nicht unbedingt zu einer allgemeinen Steigerung der produzierten Waffenzahlen führen muss, bedeutet es jedoch eine Weitergabe von Produktions-Know-how an eine größere Anzahl von Akteuren. Mit der Verbreitung dieser Fachkenntnisse steigt das Risiko, dass Kleinwaffen in die falschen Hände geraten. Einmal weitergegeben kann transferiertes Produktions-Know-how nicht mehr zurückgeholt werden. In der Weitergabe der Technologie liegt ein hohes Risiko für die Abrüstungsbemühungen. Bereits heute lässt sich ein Trend in den Empfängerländern erkennen, in eigene Produktionsmöglichkeiten von Kleinwaffen zu investieren. Lässt sich eine Reduktion der Waffenmenge politisch in den Herstellerländern durchsetzen, versiegt der Nachschub in Empfängerländern, können diese ihn durch lokale Produktion ersetzen.

Die meisten Lizenzabkommen betreffen die Herstellung von militärischen Gewehren, Sturmgewehren, Karabinern, Handfeuerwaffen und Maschinengewehren. Die lizenzierte Produktion von Munition und leichten Waffen ist relativ selten. Der Grund dafür ist, dass die Munitionsherstellung normalerweise nicht auf komplexen Verfahren beruht und nur geringe Forschungs- und Entwicklungskosten benötigt, die leicht von Lizenzgebühren und Royalties (Nutzungsgebühren) überschritten werden können. Dies hat zur Folge, dass die Munitionsherstellung relativ unkontrolliert ablaufen kann.

Die Bundesrepublik Deutschland verbietet den Transfer von Produktionstechnologien in Länder, in denen bewaffneter Konflikt herrscht oder der Ausbruch eines solchen Konflikts bevorsteht. Auf regionaler Ebene untersagt der EU Code of Conduct ihren Mitgliedstaaten, Herstellungslizenzen an Länder zu vergeben, denen vorher bereits eine derartige Lizenz von einem anderen EU-Staat verweigert wurde.

Faktor - niedrige Preise

Niedrigere Waffenpreise erhöhen das Risiko, dass ein Bürgerkrieg ausbricht, unabhängig von anderen Faktoren der Konfliktwahrscheinlichkeit. Je wirksamer die Regulierungsmaßnahmen eines Landes sind, desto höher sind die Waffenpreise. Länder mit durchlässigeren Grenzen haben in der Regel niedrigere Waffenpreise. Dies gilt besonders für Länder in Afrika, wo poröse Grenzen es den Lieferanten erlauben, der Nachfrage schnell zu begegnen. In der Regel fallen Waffenpreise in einem Land, dessen Nachbarn ihre militärischen Ausgaben erhöhen, vermutlich wegen der daraus resultierenden Waffenproliferation. Überschusswaffen in Post-Konflikt-Szenarien tragen dazu bei, dass Waffenpreise niedrig bleiben. Sie erhöhen auch für geraume Zeit noch die Wahrscheinlichkeit, dass in der Region neue Konflikte ausbrechen.

Faktor - Neubeschaffung durch Militär - Überschussweitergabe

Der Anschaffung neuer Waffen wohnt eine kritische Dynamik inne: neue Einkäufe verlegen Überschussbestände. Dieser Überschuss an vorhandenen (gebrauchten) Waffenbeständen wird hauptsächlich an die ärmeren Staaten der Welt weitergeliefert, die wohlhabenderen Staaten verlassen sich in ihrer Mehrheit lieber auf neue Waffensysteme. Entscheidend ist, dass die Produktion von neuen Kleinwaffen und der Handel mit vorhandenen Beständen voneinander abhängen. Dieser Effekt zwischen der Waffen-Beschaffung der reichen Staaten und den dadurch ausgelösten Notwendigkeiten, sich von vorhandenen Beständen zu trennen, setzt sich zu den ärmeren Käufern fort. Einige der bedeutendsten Käufer haben für die kommenden zehn bis 15 Jahre umfangreiche Einkaufsprogramme angekündigt. Diese Einkäufe werden den Handel mit vorhandenen, überschüssigen Beständen anregen.

Werden die überschüssigen Lagerbestände nicht durch freiwillige Zerstörung aus dem Umlauf gezogen, werden diese Waffen voraussichtlich die Bestände der ärmeren Staaten der Welt verstärken, also in Länder gelangen, in denen die Sicherheit oft ungenügend ist, deren Regierungen häufig instabil sind, und in denen bewaffnete Konflikte häufiger vorkommen.

Faktor - Munitionsschieberei

In Ländern mit prekärer Sicherheitsarchitektur, wo Korruption zum Alltag gehört, beschaffen sich nicht-staatliche Akteure Munition häufig auf illegale Weise aus den Beständen staatlicher Sicherheitskräfte. Dieses Verhalten steht im direkten Gegensatz zu sukzessiven und anhaltenden Entwaffnungsinitiativen, die bewaffnete Konflikte in diesen Ländern stoppen sollen. Das Problem der Munitionsschiebereien muss deshalb verstärkt frontal angegangen

werden, wenn Sicherheitskräfte davon abgehalten werden sollen, zur bewaffneten Gewalt beizutragen.

Faktor - Transfer

Transfers von Kleinwaffen, leichten Waffen und Munition werden häufig nicht legal oder verantwortungsbewusst gehandhabt, auch wenn ihr Transport vorab ordnungsgemäß angemeldet wurde. Auch genehmigte Transfers können gegen internationales Recht und Gewohnheitsrecht verstoßen — einschließlich Menschenrechts- oder Konfliktbezogene Normen. Transfers können, durch Diebstahl oder Umleitungen der Waffen zu unautorisierten Empfängern, auch ein erhöhtes Risiko einschließen oder sogar verantwortungslos sein. Daher fallen auch illegale* Transfers unter von Regierungen autorisierte Transporte, wenn z.B. in Empfängerländer geliefert wird, die bewiesenermaßen eine negative Bilanz auf dem Gebiet der Menschenrechtsverletzungen haben, selbst in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, oder bei denen das Risiko der Entwendung erheblich ist. Geheimhaltungsmaßnahmen seitens vieler Regierungen verhindern oft die Feststellung, ob exportierende Staaten verantwortungsvoll handeln, wenn sie Kleinwaffenlieferungen in Länder autorisieren, die derart erhöhte Risiken darstellen. Es muss ganz klar auf die Verantwortung des Staates verwiesen werden, Waffentransfers zu unterlassen, die zum Missbrauch führen könnten.

Mindestens 60 Staaten genehmigten im Zeitraum 2002–2004 in 36 Länder Waffenlieferungen, die man durchaus als verantwortungslos einstufen könnte. Der Diebstahl von mehreren hunderttausend Kleinwaffen, die von den Vereinigten Staaten in den Irak transferiert wurden, sowie von zehntausenden Schuss Munition, die seit 2003 von südafrikanischen Friedenssicherungstruppen an Burundi geliefert wurden, demonstrieren eindrucksvoll, dass eine politische Notwendigkeit nach höherem Verantwortungsbewusstsein und für Maßnahmen besteht, die sicherstellen können, dass die Bemühungen, Konflikte zu beheben, nicht unabsichtlich unterlaufen werden. Gegen UN-Waffenembargos, die für alle UN-Mitglieder rechtsverbindlich sind, wird routinemäßig verstoßen, wie sich 2006 an regierungsautorisierten, aber heimlichen Waffentransfers in den Libanon, nach Somalia und in den Sudan darstellen lässt.

** Begriffsdefinitionen*

Autorisierte Transfers sind Transfers, die von mindestens einer Regierung autorisiert wurden.

Unverantwortungsvolle Transfers, also Graumarkt-Transfers, sind Transfers, die zwar von einer Regierung autorisiert, die aber trotzdem von zweifelhafter Legalität sind— wenigstens in Bezug auf internationales Recht (erhebliches Risiko des Missbrauchs), oder in einem anderen Sinn verantwortungslos (erhebliches Risiko der Entwendung und Weiterleitung an unautorisierte Bezieher).

Illegale Transfers sind synonym mit Schwarzmarkt-Transfers. Beide Begriffe bezeichnen Transfers, die von keiner Regierung autorisiert wurden.

Illizite Transfers umfassen sowohl verantwortungslose als auch illegale Transfers (Grau-/Schwarzmarkt).

Heimliche Transfers sind solche, bei denen Regierungen ihre Beteiligung verbergen— meist, aber nicht immer, weil sie illizit sind.

Faktor - Transferkontrollen

Die Verhinderung von illizitem* Kleinwaffenhandel hängt von der Kontrolle legaler Transfers ab. Mangelndes Verantwortungsbewusstsein bei legalen Transporten öffnet immer wieder Tür und Tor für illegale Aktivitäten. Deswegen muss das Verantwortungsbewusstsein der handelnden Parteien bei legalen Transfers deutlich erhöht werden, solange ein komplettes Verbot des Waffenverkaufs an Privatleute noch nicht umgesetzt werden kann.

Nichtstaatliche Akteure

Die Frage, ob Transfers von Klein- und leichte Waffen an nichtstaatliche Akteure verboten werden sollten, ist ein heftig umstrittenes Thema.

Eine Meinung besagt, dass nichtstaatliche Akteure, die von der jeweiligen Regierung ihrer Heimatstaaten nicht autorisiert sind, Waffen zu importieren, Grund zu größerer Beunruhigung darstellen.

Einige Regierungen bestehen jedoch nach wie vor darauf, dass in bestimmten Fällen auch ein Waffentransfer an nicht autorisierte nichtstaatliche Akteure gerechtfertigt sei.

Verantwortlichkeit

Die existierenden Verpflichtungen, denen die Staaten auf dem Gebiet der Kleinwaffentransfers unterliegen, sind bereits sehr umfangreich. Zu den relevanten, verbindlichen Rechtsnormen gehören direkte Transferbeschränkungen, sowie die Regel, dass Staaten sich einer Verletzung des internationalen Rechts ‚mitschuldig‘ machen, wenn sie sich in Waffentransfers betätigen, ohne ein bekanntes (oder erkennbares) Risiko des Missbrauchs zu berücksichtigen.

Die Staaten müssen weiterhin darauf hingewiesen werden, diese Regelungen einzuhalten. Um den Druck zu erhöhen, müssen Verstöße schärfer geahndet werden. Ein Mittel hierzu ist das UN Feuerwaffenprotokoll.

Das UN Feuerwaffenprotokoll

Das UN Feuerwaffenprotokoll nimmt zwei Bereiche der Transferproblematik in Angriff. Zum einen versucht es den illegalen Handel mit Schusswaffen zu unterbinden, indem es die zwischenstaatliche Strafverfolgung erleichtert. Zum anderen verpflichten sich Unterzeichnerstaaten an Privatleute verkaufte Waffen zu kennzeichnen und eine Datenbank über die Verkäufe zu führen. So können in Zukunft Verkäufe die zu anderen als den vorgesehen Zielen gelangen, nachgewiesen werden. Hierbei setzt das Protokoll auf zwischenstaatliche Aktivitäten. Als Kontrollinstrument fungiert die gegenseitige Überwachung. Staaten, die Zweifel an der Korrektheit der Waffengeschäfte eines anderen Unterzeichnerstaates haben, können ein Sanktionsverfahren einleiten, dass bis zum Internationalen Gerichtshof führt. Allerdings können Unterzeichnerstaaten die Internationale Gerichtsbarkeit explizit ausschließen. Damit versucht das Feuerwaffenprotokoll, den Druck auf verantwortungsvolles Handeln beim legalen Transfer zu erhöhen. Die Wirksamkeit dieses Kontrollmechanismus muss sich allerdings erst noch erweisen. Insbesondere das Element der zwischenstaatlichen Kontrolle könnte zu Problemen führen. Beim Biowaffenabkommen waren die Erfahrungen mit dem Kontrollsystem der gegenseitigen Anzeige eher unbefriedigend. Eine internationale Kontrollorganisation wie die Atomenergiebehörde erreicht einen höheren Wirkungsgrad und birgt weniger diplomatischen Sprengstoff.

Das Feuerwaffenprotokoll ermöglicht einige Fortschritte. Besonders die Europäische Union hat den Prozess vorangetrieben und die Regelungen bereits in EU Gesetzgebung übernommen. Jedoch haben viele Staaten, wie die GUS und die USA bis dato noch nicht ratifiziert. Ob die Markierung von Waffen jedoch tatsächlich zu einer Reduzierung des Kleinwaffenbestandes führt, ist zu bezweifeln.

Faktor – Interessenpolitik

Die Verbreitung von Kleinwaffen hat auch politische Ursachen. Nicht selten werden Waffen an unsichere Staaten geliefert, weil diese Staaten zeitweise als Bündnispartner betrachtet werden. Dies war nicht zuletzt während des Ost-West Konflikts ein wichtiger Weg zur Verbreitung von Kleinwaffen, aber auch nach dem 11. September hat die USA gezielt eine Bündnispolitik verfolgt, die die Lieferung von Kleinwaffen an ihre Bündnispartner in bei der Durchsetzung ihrer globalen Interessen, einschließt.

Die Waffenkontrolle im Inland, die nachweislich Auswirkungen auf Kleinwaffenabrüstungsbemühungen hat, konnte wegen Druck aus den Nationalstaaten nicht Teil der gegenwärtigen internationalen Abkommen zur Kleinwaffenbegrenzung werden.

Forderungen

Langfristig fordern wir den Verzicht auf Kleinwaffen in Privatbesitz weltweit

Der einzig sichere Schutz gegen den Einsatz von Kleinwaffen ist der vollständige Verzicht auf die Herstellung, den Handel und Besitz von Kleinwaffen weltweit. Damit ein solches Szenario Realität werden kann, sind viele Schritte von Nöten. Gerade die Milliarden bereits im Umlauf befindlicher Waffen stellen dabei in großes Hindernis dar.

Grundsätzlich wollen wir, dass Kleinwaffen nicht mehr von Privatleuten benutzt werden können. Die Verwendung innerhalb staatlicher Gewalt soll auf den Polizeieinsatz beschränkt bleiben und dort streng reglementiert werden.

Die Herstellung von Kleinwaffen wäre demzufolge allein für den Polizeigebrauch zulässig. Sie sollte nicht Teil der Privatwirtschaft sein, sondern staatlicher Hoheit obliegen, damit illegale Verkäufe verhindert werden können. Der Weiterverkauf von Kleinwaffen kann nur erfolgen, wenn im Empfängerland eine Verwendung im Polizeidienst sichergestellt werden kann.

Unser Ziel ist eine Welt ohne Kleinwaffen. Leider sind die aktuellen politischen Debatten um Kleinwaffen weit davon entfernt, dass eine solche Forderung in Kürze Realität werden kann. Wir halten deshalb an unseren langfristigen Forderungen fest, ohne darauf zu verzichten kurz- und mittelfristige Schritte in die richtige Richtung einzufordern.

Während sich auf der deklaratorischen Ebene der internationalen Regime zur Kleinwaffenabrüstung einiges getan hat, kommt die Umsetzung nur schleppend in Gang. Trotz der Einigung auf politisch verbindliche Standards, mangelt es an Sanktionsmöglichkeiten und

einer der rechtlichen Verpflichtung der Staaten die Aktionsprogramme in nationale Gesetzgebung zu übernehmen. Zudem müssen neben der konkreten Kleinwaffenkontrolle auch die Ursachen für die Nachfrage nach Kleinwaffen bekämpft werden. Deshalb braucht eine wirksame Kleinwaffenbekämpfung den Kampf gegen Armut, Unterentwicklung, mangelnde Staatlichkeit und das organisierte Verbrechen.

Mittel- und Kurzfristig fordern wir

Waffenmenge reduzieren

Die Bemühungen der Vereinten Nationen gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen müssen stärker auf das Ziel ausgerichtet werden, die Zahl im Umlauf befindlicher Kleinwaffen zu reduzieren. Der Versuch, Kleinwaffen nicht in die Hände von Kriegsparteien gelangen zu lassen, reicht nicht aus. Auch die Verringerung ihrer absoluten Menge ist nötig. Bereits im Umlauf befindliche Kleinwaffen in Privatbesitz müssen eingesammelt und vernichtet werden. Solche Programme sind abhängig von dem Willen zur Entwaffnung oder Anreizen zur Entwaffnungsbereitschaft und kosten Geld. Die vereinten Nationen benötigen hier die Unterstützung der Industrienationen und Herstellerländer.

Aufbauend auf dem EU Konzept für „Disarmament, Demobilisation and Reintegration“ von 2006, was auf eine Entwaffnung von Konfliktparteien in regionalen Konflikten abzielt, kann die Europäische Union hierbei eine wichtige Rolle übernehmen.

Die Bundesregierung sollte den Verteidigungsetat ab 2009 um 10 Prozent abzusenken und die frei werdenden Gelder in Konversionsinitiativen und Abrüstungsmaßnahmen sowie in die Stärkung der Kapazitäten der zivilen Konfliktbearbeitung investieren.

Waffen verteuern – Entwaffnungsprogramme auch finanziell stärken

Staaten, die das Ziel einer reduzierten Kleinwaffenverbreitung unterstützen, sollten versuchen, die Einkaufspreise für Waffen zu erhöhen. Je billiger eine Waffe zu haben ist, desto größer ist die Chance, dass sie sich massenhaft verbreitet. Eine Verteuern von Waffen kann beispielsweise durch eine erhöhte Besteuerung von Waffenverkäufen erreicht werden. Die eingenommenen Steuern könnten in Entwaffnungsprogramme reinvestiert werden. Auch im Rahmen der Abrüstungsbemühungen der Vereinten Nationen sollte eine Finanzierungsoption für Entwaffnungsprogramme entwickelt werden. Die Herstellerländer müssen ihrer besonderen Verantwortung dabei gerecht werden.

Wirksamere Transferkontrollen

Kurzfristig muss die Wirksamkeit von Handelsverboten mit Krisenregionen drastisch erhöht werden. Auch über Umwege dürfen keine Waffen in Krisengebiete gelangen. Hierbei kann eine Stärkung im Kampf gegen das organisierte Verbrechen hilfreich sein, wie sie im UN Feuerwaffenprotokoll vorgesehen ist. Das UN Feuerwaffenprotokoll muss so schnell wie möglich von weiteren Staaten ratifiziert und umgesetzt werden. Die Bundesregierung sollte auf Staaten, die das Protokoll bis dato nicht ratifiziert haben, wie z.B. die USA und die GUS, diplomatischen Druck ausüben.

Mittelfristig könnten die Annahme eines generellen „Non-Transfers“ Gebots innerhalb eines internationalen Rahmens mit der Möglichkeit gewisser Ausnahmen in „hard cases“, die klar von der internationalen Gemeinschaft definiert werden, ein Weg sein, auf ein generelles Transferverbot von Kleinwaffen zuzuarbeiten.

Zum anderen müssen aber auch mögliche Schlupflöcher, um Handelsbeschränkungen zu umgehen, dringend gestopft werden. Die Kennzeichnungspflicht von in den Privatbesitz verkauften Kleinwaffen kann nur wirksam sein, wenn die Kennzeichnungsmerkmale fälschungssicher sind und eine Verfolgung von Verstößen gegen diese Regelungen konsequent eingefordert wird.

Die vereinten Nationen können die Wirksamkeit des Feuerwaffenprotokolls stärken, indem sie ein internationales Regimes für die Registrierung und Nachverfolgung von Kleinwaffen unter dem Dach der Vereinten Nationen einrichten, statt dies in der Verantwortung der Einzelstaaten zu belassen. Die illegale Produktion, Handel und die ungehinderte Verbreitung von Kleinwaffen können dadurch besser bekämpft werden.

Die Bundesregierung kann durch die rechtsverbindliche Umsetzung der bislang nur politisch verbindlichen Entscheidungskriterien und Maßstäbe des EU-Verhaltenskodex für konventionelle Waffenausfuhren und einen unverzüglichen Stopp der Gewährung von Staatsbürgerschaften für Rüstungsexportgeschäfte ein Signal setzen, die weltweite Verbreitung deutscher Rüstungstechnologie drastisch zu erschweren.

Verschärfte Transferkontrollen für Lizenzverfahren

Besonderes Augenmerk gilt der Herstellung von Waffen in Lizenzverfahren.

- Abkommen, die den Waffenexport in unsichere Staaten reglementieren, müssen auf den Export von Herstellungs-Know-how ausgeweitet werden.
- Auch für die Munitionsherstellung müssen Lizenzverfahren eingerichtet werden, um die unkontrollierte Ausbreitung zu verhindern.
- Der ursprüngliche Transfer von Lizenzabkommen muss besser kontrolliert werden, damit Technologiediebstahl verhindert wird.

Der EU Code of Conduct, der den EU-Staaten untersagt, Herstellungslizenzen an Länder zu vergeben, denen bereits in von einem EU Land die Herstellung untersagt wurde, muss auf die ganzen Vereinten Nationen ausgeweitet werden, um effektiv gegen Waffenproliferation vorzugehen.

Weiterverkäufe stoppen

In den nächsten Jahren stehen bei einer Reihe von Armeen neue Waffenkäufe an. Altwaffen dürfen keinesfalls weiterverkauft, sondern müssen vernichtet werden. Selbiges gilt für konfiszierte Waffen und solche, die aus Abrüstungsaktionen nach der Beendigung von Kriegshandlungen stammen. Gerade auf die größeren Waffenverkäufe, die in den nächsten Jahren in einigen Ländern stattfinden, müssen wir größeres Augenmerk legen, und politischen Druck zur vollständigen Vernichtung der Altwaffen aufbauen.

Prävention stärken

Die Forschung und Entwicklung von Abrüstungsinitiativen muss gestärkt werden. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, eine unabhängige Expertengruppe zu berufen, die für die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen für die Rüstungskontrolle und Rüstungsminderung systematisch untersucht und die Vorschläge unterbreitet, wie durch präventive Maßnahmen der Abrüstungsprozess gestärkt werden können. Die Fälschungssicherheit von Waffenkennzeichnungen könnte ein erstes Forschungsprojekt sein.

Auf Europäische Ebene könnte die Europäische Rüstungsagentur zu einer Abrüstungsagentur umgewidmet werden und diese Aufgabe als Alternatives Projekt betreuen.

F 2 – Bundesvorstand

Decent Work Weltweit

Probleme und Herausforderungen

Globalisierung

Eine globalisierte Wirtschaft ist kein neues Phänomen. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die wirtschaftliche Verflechtung durch internationale Handels- und Finanzströme weit fortgeschritten. Auch die derzeit zu beobachtende Krisenhaftigkeit des Kapitalismus kann nicht überraschen. Beispielsweise lösten im Jahre 1929 unter anderem Kapitalflucht und der Börsencrash in New York eine Weltwirtschaftskrise aus. Heutzutage tritt die Globalisierung als Beschleunigung des Prozesses wirtschaftlicher Verflechtung auf, der von Deregulierung, Deinstitutionalisierung und Voluntarisierung von Arbeitsstandards begleitet wird. Daraus ergeben sich besondere Herausforderungen an eine nationale und internationale Regulierung und Institutionalisierung von Arbeitsstandards, um soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Lateinamerika ist auf dem Weg eigene, neue Wege im Umgang mit globaler Wirtschaftsentwicklung zu suchen. In immer mehr Ländern dieser Region gibt es linksgerichtete Regierungen, zuletzt durch den Machtwechsel in Paraguay und der Regierungsübernahme Fernando Lugos. Dabei ist zu erkennen, dass in den verschiedenen Staaten höchst unterschiedlich definiert wird, was „links“ bedeutet. Einerseits streiten die Regierungen von Venezuela, Bolivien, Ecuador oder Kuba für deutlich antiliberalen Praktiken und fordern die drastische Zurücknahme von Deregulierungsmaßnahmen, vor allem im Bereich der Agrarwirtschaft. Zu den regionalen Wortführern zählen Hugo Chávez und Evo Morales, die mit der ALBA (Alternativa Bolivariana para la América) ein Vertragssystem zwischen Kuba, Bolivien und Venezuela aus der Taufe gehoben haben, welches auf Solidarität, einer Wiederbelebung des Naturaltauschs – vor allem des venezolanischen Erdöls – und einer Absprache bei Investitionsplänen basiert, denen eine staatszentrierte Logik zugrunde liegt. Demgegenüber stehen die Regierungschefs Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien, Michelle Bachelet in Chile, Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien, Tabaré Vázquez in Uruguay oder Alan García in Peru. Sie stehen für eine demokratisch-pragmatische Linke, die ebenfalls nach Alternativen zum Neoliberalismus sucht, die Vorstellung einer industriellen Koordinierung mit planwirtschaftlichem Charakter, wie es die ALBA vorsieht, aber ablehnt. Vor allem Brasilien ist im Hinblick auf seine Wirtschaftswachstumsrate und das Handelsvolumen daran interessiert, Exporte zu vereinfachen und deren Regulierung zu liberalisieren. Als zehntgrößte

Volkswirtschaft der Welt sind die Interessen auf dem Weltmarkt deutlich von einer Entwicklung zum „Global Player“ bestimmt und man sieht sich von Ideen der ALBA eher beschränkt.

Historisch gesehen hat die Integration der lateinamerikanischen Wirtschaft in Regionalsysteme und globale Märkte große Wenden hinter sich. Nach der Befreiung des Subkontinents im 19. Jahrhundert von den bis dahin herrschenden Kolonialmächten wandten sich die neu entstandenen Staaten einer kontinentalen Integration zu, die eine größere Unabhängigkeit in der Welt bedeuten sollte. Schon damals wurden neben stark politischen auch wirtschaftliche Bestrebungen zur Einführung einer Zollunion betrieben, auch wenn die Entstehung einer „Patria Grande“ als Staatenverbund letztendlich eine Utopie blieb.

Wirtschaftliche Erwägungen wurden während und nach dem Zweiten Weltkrieg stärker in den Mittelpunkt der Anstrengungen um Kooperationsmodelle gestellt. Integration sollte als „Instrument zur Positionierung im Globalisierungsprozess“ gesehen werden. In den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts wurden regionale Industrialisierungspläne mit massiver Steuerung und damit einhergehender Abschottung nach außen erstellt, die eine wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten Region begünstigen sollten. Allerdings scheiterte die hoch ambitionierte Zielstellung vor allem an Streitigkeiten über die Standorte von Industrieansiedlungen. Unter den Militärdiktaturen wurde eine Wende hin zu einem radikalen neoliberalen Modell vollzogen. Märkte wurden geöffnet, Staatsunternehmen verkauft und Arbeitsrechte dereguliert. Die Zeit endete mit der Ölkrise, stagnierendem Wirtschaftswachstum, steigenden Zinsen und einer damit verbundenen Verschuldung. Anfang der 1980er Jahre wurde die neue Idee des offenen Regionalismus zum marktwirtschaftlichen Reformmodell in Lateinamerika. Dies bedeutete zunächst eine Kehrtwende in der Regionalpolitik der Länder, begünstigte aber das Wiederaufleben der Idee von Bündnissystemen. Beispiel dafür ist die Gründung des Mercosur 1991 als Verband, der sich sowohl regional stark macht, als auch auf die neuen Bedingungen der Globalisierung Antwort zu finden versucht. Dabei stand die Integration der Wirtschaft neben den subregionalen Kooperationen mit Nachbarn im Zusammenhang mit verstärkter Eingliederung in die Weltwirtschaft. Es konzentrierte sich alles zunehmend auf die globalen Märkte, Strukturaufbau innerhalb der Bündnisse stand derweil nicht auf der Tagesordnung.

Bis in die 1990er Jahre sind die Ansätze des offenen Regionalismus als Schwerpunkt geblieben, vor allem wenn es um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel und bei der Attraktivitätssteigerung für ausländische Investoren geht. Die bestehenden Integrationsblöcke blieben aber als Raum für gemeinsame Verhandlungspositionen, um so auch vermehrten Einfluss in den multilateralen Verhandlungen weltweit zu garantieren.

Mit der Herausbildung der beiden Alternativen ALBA (Bolivarianische Alternative für die Völker unseres Amerika) und der Unasur (Union Südamerikanischer Nationen), einer demokratisch-gemäßigten Verbindung auf Initiative Brasiliens, sind in den letzten Jahren verschieden große Abstände zum Regionalismus geschaffen worden: ALBA setzt wieder vermehrt auf regionale Integrationsprojekte und stößt dabei, auch im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit den Industrialisierungsplänen der 1950er Jahren, auf wenig Gegenliebe der lateinamerikanischen Partner. Die am 23. Mai 2008 gegründete Unasur hat es sich zum Ziel gesetzt, soziale Ungleichheit und Armut zu bekämpfen und langfristig eine der EU vergleichbare regionale Integration zu erreichen. Mittelfristig werden aber zunächst Probleme gelöst werden, wie das Verhältnis zu Mercosur und Andenpakt. Der Beitritt Venezuelas unter Chávez wird weitere Spannungen bringen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die lateinamerikanische Region seit langem versucht, ein geeignetes Konzept für die Integration in die globalen Weltmärkte zu finden. Mit den neuen linksgerichteten Regierungen scheint Bewegung in die Debatte zu kommen – die Rolle des Mercosur und der kleineren Bündnisse sind aber noch nicht vollständig definiert.

Informeller Sektor

Die Beschäftigungsrate im informellen Sektor in den Ländern der so genannten Dritten Welt verharrt auf hohem Stand, wenn sie nicht sogar steigt. In Lateinamerika betrifft dies im Durchschnitt ungefähr die Hälfte aller Beschäftigten. Dies birgt eine Vielzahl von Problemen, die gravierende Auswirkungen auf die sozioökonomische Situation der Länder haben.

Vor allem im Dienstleistungsgewerbe ist die Zahl derer sehr hoch, die ohne formalen Arbeitsvertrag und ohne die damit oftmals verbundene staatliche soziale Absicherung arbeiten. Diese Art von Beschäftigung herrscht in den so genannten Kleinen und Mittleren Unternehmen (PYME) vor, die von Familien betrieben werden. Sie ist rechtlich weder geregelt, noch begründet sie einen Anspruch auf Leistungen des Staats in Form von Renten-, Kranken- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Eine niedrige Organisationsebene, kleinere Produktionserträge und die Beschäftigung von Familienangehörigen ist charakteristisch für solche Beschäftigung, die in den Staaten Mittel- und Südamerikas eine Größe angenommen hat, die nicht mehr überschaubar ist.

Probleme gibt es einerseits bei den Beschäftigten im informellen Sektor selbst. Sie sind auf ihr Privatkapital angewiesen, können sich wirtschaftlich nicht weiter entwickeln und sind vollkommen auf sich selbst angewiesen. Sie gehören oft zur gesellschaftlichen Unterschicht, haben keine sicheren Einkommensperspektiven und leben oft in prekären Wohnverhältnissen.

Eine Integration in die zumeist nur rudimentär und überwiegend privat finanzierten sozialen Sicherungssysteme der Staaten findet praktisch in keiner Weise statt. Sie sind im Krankheitsfall oder der Berufsunfähigkeit auf Eigenkapital angewiesen, welches meist nicht vorhanden ist. Somit birgt die Beschäftigung im informellen Sektor ein hohes Risiko unter die Armutsgrenze zu fallen.

Für den Staat bedeutet der informelle Sektor Einnahmeausfälle und fehlende Kontrollmöglichkeiten. Abgaben der Bürgerinnen und Bürger durch Sozialbeiträge und Steuern gehen verloren, woraus folgt, dass Sozialsysteme am fehlenden Geld scheitern. Die Exportwirtschaft wird durch die starke Konzentration des informellen Sektors auf den Binnenmarkt geschwächt, es fehlt an Kapital für Technologie und Investitionen. Die fehlende Kapitalakkumulation des Staates verhindert somit Wachstum und Wohlstand der Gesellschaft. Gleichzeitig ist der informelle Sektor für viele Menschen die einzige Chance am Arbeitsleben teilzuhaben. Wichtig ist es deshalb, informelle Beschäftigung zu bekämpfen und nicht die informell Beschäftigten.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsmigration

Dank des anhaltenden Wachstums der Wirtschaft in den lateinamerikanischen Staaten ist die Armut und damit eng verbunden die Arbeitslosenquote seit 1990 stetig gesunken. Laut der Lateinamerika-Wirtschaftskommission Cepal der Vereinten Nationen schafften im Jahr 2006 mehr als 14 Millionen Menschen den Sprung über die Armutsschwelle. Im Zeitraum 2003-2007 erreichte Lateinamerika im Durchschnitt ein Wirtschaftswachstum von 4,5%. Dies ist vor allem dem hohen Preisanstieg bei Exportschlagern wie Soja, Silber und Kupfer zu verdanken. Argentinien konnte die Arbeitslosenquote von 17 auf 10% verringern, Peru, Chile, Ecuador, Honduras minderten die Zahlen um mindestens 5 Prozentpunkte.

Auf der anderen Seite ist nirgendwo anders auf der Welt die Spalte zwischen Arm und Reich höher als in Mittel- und Südamerika. Während beispielsweise Arbeiter in Mexiko nicht mehr als 2 Dollar Gehalt am Tag zur Verfügung haben, verdient der reichste Mann der Welt, wohnhaft in Mexiko, rund 45000 Dollar pro Minute. Damit entspricht sein Vermögen sattem 7% des mexikanischen Bruttoinlandprodukts!

Beobachter der Vereinten Nationen appellieren angesichts des starken Wirtschaftswachstums und der guten Konjunktur weiter an die Staaten, die Schere zu schließen und Arbeitsbeschaffungsprojekte zu starten. Staaten wie Venezuela unter Hugo Chávez bemühen sich mit Armutsprogrammen auch darum, den informellen Sektor zu formalisieren und staatliche Sozialprogramme zu installieren. Zuletzt hat Chile wichtige Schritte in Richtung

Rentenreform und Absicherung getan und das private Rentenversicherungssystem abgeschafft, das Altersarmut und soziale Ungleichheit nicht nur nicht verhinderte, sondern im Gegenteil verschärfte. Im Juli 2008 trat an seine Stelle ein steuerfinanziertes Mischsystem aus privater und staatlicher Altersvorsorge, deren Leistungen aus Grundrente, Invaliditätsrente und Rentenzuschüssen bestehen.

Sicherlich ist eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von „nur“ 10% eine positive Errungenschaft der letzten Jahre. Dennoch sind weiterhin große Probleme im Rahmen der Armutsbekämpfung zu erkennen. Vor allem in Staaten mit schlechter Entlohnung und fehlender staatlicher Unterstützung ist Arbeitsmigration ein Thema. Immer noch versuchen tausende Menschen die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten von Amerika zu überwinden, um in den USA bessere Arbeit zu finden.

Imperialistische Freihandelspolitik

Seit Jahren wird von den Vereinigten Staaten von Amerika der Versuch unternommen, eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) zu schaffen. Mit dem teils radikalen Links-Schwung in den lateinamerikanischen Staaten ist dies in weite Ferne gerückt. Vor allem, aber nicht nur, weil sich Venezuela weiterhin weigert, solche Kooperationsabkommen zu unterzeichnen.

Umso mehr gewinnt für die USA eine bilaterale Handelspolitik an Bedeutung. Nach dem chilenisch-bus-amerikanischen Freihandelsabkommen (TLC) von 2003 und den hierauf folgenden Verträgen mit Honduras, El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica wächst der Druck auf andere Staaten, eine Zusammenarbeit nicht weiter zu verweigern.

Die gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA ist unterdessen zu einem – so die Meinung von Beobachtern und Experten – Abkommen á la carte verkommen. Nach einem Treffen im US-amerikanischen Miami ist es seit Januar 2005 jedem Land selbst überlassen, welche Vertragsbestandteile es für sich übernimmt, die Wirkung ist für die USA fatal gering. Zuletzt kamen die Verhandlungen über die ALCA beim dem Gipfel von Mar del Plata ins Stocken, weil mehrere Staaten zentrale Vertragsbestandteile ablehnten.

Verlängerte Werkbank für den Welthandel

Freie Produktionszonen (ZFI) sind kein auf Lateinamerika beschränktes Phänomen. Seit den 1970er Jahren bis heute werden sie von neoliberaler Seite Entwicklungsländern im internationalen Standortwettkampf empfohlen. Freie Produktionszonen haben sich auf die

Übernahme von einem oder zwei Arbeitsschritten in der Produktionskette spezialisiert. Die Rohstoffe oder das Vorprodukt können zollfrei eingeführt werden, sie werden dann vor Ort weiterverarbeitet und können anschließend zollfrei ausgeführt werden. Als zusätzlicher Anreiz werden von den Regierungen oftmals befristete Steuernachlässe angeboten und auch die Fabriken stehen schon zum Einzug bereit. Freie Produktionszonen prägten auch den Begriff von der verlängerten Werkbank.

In Lateinamerika dominieren die ZFI noch heute die Exportwirtschaft in Mittelamerika, insbesondere in Honduras, El Salvador, Guatemala und Nicaragua. Die Textilindustrie ist mit Abstand das wichtigste Zugpferd dieser Freihandelszonen. In den Maquilas der Textilindustrie arbeiten vor allem junge Frauen unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen zu Niedriglöhnen. Dennoch geraten die Mittelamerikanischen Maquilas immer mehr unter Druck, in China sind die Löhne noch niedriger. Dies zeigt die Schwäche dieses Modells. Die ZFI bietet keinen Raum für Entwicklungen und Innovationen, die Länder bleiben konstant auf dem Level der 1970er Jahre. Zudem begeben sie sich in eine Abhängigkeit von westlichen Industrieländern, denn so einfach eine Betriebsansiedelung möglich ist, genauso schnell und einfach ist eine Absiedelung. Dieser ständige Druck führt dazu, dass Gewerkschaften kaum Fuß fassen können und dass Arbeitsrechte ständig zur Disposition stehen.

Dies zeigt, dass sich trotz der Bewegung in Lateinamerika einige Regionen nicht weiterentwickelt haben. Damit Lateinamerika endlich den Sprung schafft, muss eine andere Entwicklungsstrategie von der EU zugelassen werden. Die Freien Produktionszonen sind nicht der richtige Weg.

Ungleichbehandlung und Diskriminierung

Die Ursachen für Ungleichbehandlung sind vielfältig, besonders am Arbeitsmarkt wird diese deutlich. Zu den Hauptfaktoren und besonderen Herausforderungen gehören die Bekämpfung von Armut und sozialem Ausschluss auf dem Arbeitsmarkt. Die bisherige wirtschaftliche Dynamik den Ländern Lateinamerikas hat es nicht vollbracht einen Großteil der Bevölkerung in formale und faire Arbeitsverhältnisse zu bringen. Nach wie vor schaffen Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und niedrige Löhne einen sozialen Ausschluss von den Arbeitsmärkten, der gemeinsam mit einer fehlenden sozialen Sicherung wiederum eng verknüpft ist mit Armut und Diskriminierung. Dieser Zirkel aus prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen ist nur schwer zu durchbrechen.

Obwohl in den letzten Jahren Gesetze zur Gleichberechtigung gegen Ungleichheit und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der ethnischen Herkunft verabschiedet

wurden, herrschen Ungerechtigkeiten vor, die oft mit Faktoren einhergehen, die wiederum Strukturen sozialer Ausgrenzung, ökonomischer Integration und Armut bedienen. In Lateinamerika gehören 40 Prozent der Bevölkerung indigenen oder afrikanischen Volksgruppen an. Sie bilden auch aufgrund ihrer Herkunft die ärmsten Bevölkerungsanteile. So sind in Honduras beispielsweise 87 Prozent der indigenen Bevölkerung Analphabeten, die Brasilianer afrikanischer Herkunft arbeiten vorrangig in prekären Arbeitsverhältnissen und in Peru verdient ein Arbeiter gemischter Abstammung 70 Prozent weniger als ein „weißer Arbeiter“, während ein indigener Arbeitnehmer noch einmal 40 Prozent weniger Lohn erhält. Besonders junge Menschen, die zum Teil mittlerweile die Mehrheit an Arbeitskräften bilden, sind von einer zukunftssträchtigen Arbeitswelt ausgeschlossen. Sie finden sich vielmehr oft in prekären Arbeitsverhältnissen wider bzw. sind von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen.

Gender

Frauen – und dabei im Besonderen die indigenen und farbigen Frauen – sind überwiegend in informellen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Hinzu kommt, dass sie in Sektoren arbeiten, in denen die niedrigsten Löhne gezahlt werden, die niedrigste soziale Sicherheit und die geringste Möglichkeit der Interessenartikulation und -organisation bieten. Obwohl sich die Zahl von Frauen in urbanisierten Räumen in der Arbeitswelt Lateinamerikas stetig seit 1990 bis 2002 von 43 auf 49 Prozent erhöht hat, stehen sie noch immer strukturellen Schwierigkeiten gegenüber in ein Arbeitsverhältnis einzutreten und dieses zu halten. Obwohl die Emanzipation der Frau mit ihrer Beteiligung am Arbeitsleben einherging, herrschen noch immer soziale und ökonomische Ungleichheit. Forderungen nach gleicher Bewertung der gearbeiteten Arbeit, das Überkommen einer gebrachter Geschlechterrollen und der Verteilung der häuslichen Pflichten und Aufgaben auf beide Geschlechter sind aktueller denn je. Frauen verdienen noch immer vielfach weniger als Männer. So verdienten Frauen im Jahr 2000 noch immer nur 66 Prozent des Gehaltes ihres männlichen Arbeitskollegen trotz einer möglicherweise besseren Ausbildung. Um die Gehaltslücke ausgleichen zu können, bedarf es einer vier Jahre längeren (Schul-) Ausbildung der Frau. Die Herausforderung einer gleichberechtigten Arbeitsmarktpolitik verlangt neutrale Instrumente, welche die Ungleichheit nicht noch verstärken soll.

Die Partizipation der Frauen in Ländern Lateinamerikas in der Arbeitswelt hat nicht zwangsläufig auch zu einer veränderten Stellung in den Familien geführt. So verändern sich traditionelle Geschlechterrollen nur allmählich und somit auch deren Aufgaben innerhalb der Familien.

Die besonderen Bedürfnisse und der Schutz von werdenden Müttern sowie nach der Geburt am Arbeitsplatz sind oft nur unzureichend durchgesetzt.

Häufig werden Frauen und Kinder Opfer sexueller Gewalt und Ausbeutung. Die Realität von sexueller Belästigung und Gewalt sowie von Sklaverei und Menschenhandel. Im Bereich der Prostitution sind das keine Ausnahmen und bedauerliche Randphänomene, sondern Ausdruck und Folge der miserablen Stellung von Frauen und Kindern in der Wirtschafts- und Arbeitswelt vieler armer Staaten, auch in Lateinamerika.

Decent Work umsetzen!

Die Formalisierung von Arbeitsverhältnissen

Die zentrale Herausforderung einer Formalisierung von Arbeitsverhältnissen ist eine nachhaltige Armutsbekämpfung und die Integration in bzw. Schaffung sozialer Sicherungssysteme. Um dieses Ziel zu erreichen muss im Mittelpunkt der Bemühungen eine Institutionalisierung der Arbeitsverhältnisse stehen. Oftmals bestehen in den einzelnen Ländern fortschrittliche Rechtsordnungen. Der Unterschied zwischen gesetztem Recht und der Rechtswirklichkeit ist aber fast immer eklatant. Trotzdem sind rechtliche Vorkehrungen zum Schutz informell Beschäftigter in jedem Fall ein Ansatzpunkt, wenn er auch allenfalls nur am Anfang stehen kann. Die Bemühungen zu einer Formalisierung sind auch darauf gerichtet, das Steueraufkommen in den betroffenen Staaten zu erhöhen. Nur so kann die Staatsquote erhöht werden und wichtige Grundrechte wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung als öffentliche Güter bereitgestellt werden. Gleichzeitig müssen die Regierungen ihre Deregulierungspolitik stoppen und die Praxis beenden, ehemals im öffentlichen Dienst Beschäftigte in prekäre Arbeitsverhältnisse zu drängen. Gesetze gegen Leiharbeit müssen verabschiedet und implementiert werden.

Staaten dürfen Arbeitsschutznormen nicht nur beschließen, die Rechte der ArbeitnehmerInnen müssen staatlicherseits durch Inspektionen überprüft werden. Entsprechende Arbeitsrechtsnormen sind die Voraussetzung für ein geregeltes Verfahren zur Inspektion. Die Kapazitäten für solche Inspektionen müssen gestärkt und VertreterInnen der Beschäftigten beteiligt werden.

So genannte Mikrounternehmen beschäftigen einen großen Teil der in der informellen Ökonomie tätigen ArbeitnehmerInnen. In den Ländern Südamerikas arbeiten im Durchschnitt 65% der Beschäftigten in Mikrounternehmen ohne Arbeitsvertrag. Das gilt ebenso für die Landwirtschaft und den häuslichen Sektor. Die notwendigen Investitionen in reguläre

Arbeitsverhältnisse können sie sich zu einem überwiegenden Teil nicht leisten. Sie können durch Mikrokredite unterstützt werden, um Kapazitäten und Kenntnisse aufzubauen, um reguläre Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Sozialversicherungen für alle ArbeitnehmerInnen und ihre Angehörigen

Zu „Guter Arbeit“ (Decent Work) gehört die Absicherung elementarer Lebensrisiken. Sind arbeitende Menschen und ihre Angehörigen von Armut und Elend bedroht, ist eine solidarische Gesellschaft als Grundbedingung für Frieden oft nicht vorhanden. Eine Absicherung elementarer Risiken für alle Menschen ist grundlegendes Menschenrecht und muss von allen Gesellschaften und Staaten oder ggf. von regionalen oder globalen Kooperationen umgesetzt werden. Wo sie nicht vorhanden sind, müssen in Lateinamerika nachhaltige staatliche Sicherungssysteme zur Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Altersrentenversicherung eingeführt werden.

Gleichberechtigung in der Arbeitswelt

Die Nichtdiskriminierung ist einer der vier Hauptaspekte der Kernarbeitsnormen der ILO und betrifft auf den Arbeitsmärkten der so genannten „Dritten Welt“ vor allem die Rechte von aufgrund ihres Geschlechts diskriminierten Frauen. Es muss hier wie überall eine Arbeitsumgebung geschaffen werden, die ihnen gleiche Chancen und Entlohnung bietet, die ihnen spezifisch passenden Gesundheitsschutz bietet. Schwangerschaft ist ein frauenspezifisches „elementares Risiko“, dem überall durch Mutterschutz und Kündigungsschutz begegnet werden muss, um Diskriminierung zu verhindern. Mutterschaft führt in den patriarchal strukturierten Gesellschaften weltweit zu einer Mehrfachbelastung der Frauen. Erziehung muss mehr als gemeinsame Aufgabe der Geschlechter und als Aufgabe der gesamten Gesellschaft behandelt werden, entsprechende Hilfen und Betreuungseinrichtungen sind staatlicherseits zu fördern und einzurichten.

Die Lohndiskriminierung ist weltweit zu bekämpfen und abzuschaffen, von diesem alten Ziel sind wir nach wie vor weit entfernt.

Frauen sind häufiger von informellen Arbeitsverhältnissen betroffen. Sie sind seltener organisiert bzw. in wichtigen Positionen in Organisationen wie Gewerkschaften oder auch Unternehmen. Darum sind ihre Belange häufig nicht im Blickfeld der verhandelnden und entscheidenden Personen. Diesem Defizit muss mit Quotierungen und inhaltlicher Gender Mainstreaming Politik begegnet werden.

Frauen müssen Zugang zu allen Bereichen der Arbeitswelt und allen (Aus-) Bildungswegen bekommen. Hierzu muss Politik und Gesellschaft darum kämpfen alte Rollenvorstellungen und diskriminierende Strukturen in den patriarchalen Gesellschaften abzuschaffen.

Frauen leisten nicht nur unterbezahlte und besonders prekäre Arbeit, z.B. in Heimarbeit oder als Hausangestellte. Frauen arbeiten weltweit auch vielfach UNBEZAHLT, weil typische Frauentätigkeiten (reproduktive Arbeit) nicht als berufliche Beschäftigung organisiert sind.

Menschenhandel und sexualisierter Gewalt – auch im wirtschaftlichen Bereich - muss staatlicherseits konsequent der Kampf angesagt werden und entsprechend das staatliche Gewaltmonopol zurückerobert werden.

Nationale und überregionale Integration von Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in Lateinamerika gerieten im Zuge neoliberaler Reformen im letzten Jahrzehnt nicht nur politisch in die Defensive, sondern litten auch unter einer strukturellen Schwäche: Der geringe Organisationsgrad mit zudem rückläufigen Mitgliederzahlen, Zersplitterung und dem Fehlen eines schlagkräftigen Dachverbandes führten zu einer nur noch untergeordneten Rolle der Gewerkschaften in einigen lateinamerikanischen Ländern.

Die Internationale Gewerkschaftslandschaft befindet sich im Umbruch: Seit der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Jahr 2006 stehen traditionelle Gewerkschaftsorganisationsformen auf dem Prüfstand, neue regionale Verbände befinden sich in der Gründung.

Erst die Amtsübernahme von mehr und mehr linken Regierungen eröffnete den Gewerkschaften neue Handlungsspielräume, sodass schließlich Verhandlungen über eine neue regionale Dachorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) für Lateinamerika aufgenommen werden konnten.

Die beiden Hauptakteure sind die Organización Regional Interamericana de Trabajadores (ORIT) und die Central Latinoamericana de Trabajadores (CLAT) – zwei Organisationen, deren Beziehung in der Vergangenheit hauptsächlich von Konkurrenz und Konflikten geprägt war. Neben organisatorischen Fragen, nach Finanzen oder der Zusammensetzung des zukünftigen Vorstands, stehen vor allem grundsätzliche Fragen im Zentrum der Verhandlungen, zum Beispiel nach regionalen Politikansätzen und ausreichender Präsenz in der Fläche.

Auf der politischen Agenda des neuen Dachverbandes wird zwangsläufig die Umsetzung der ILO Kernarbeitsnormen ein Thema sein, da es in diesen Bereichen in ganz Lateinamerika noch große Defizite gibt, der Bereich Kinderarbeit sei hier besonders zu nennen.

Ein Ziel zu erreichen gelingt selten allein. Nicht nur in der Politik bedarf es überregionaler wie – nationaler Zusammenarbeit. Gerade auch für die sozialen Bewegungen und besonders die Gewerkschaften. Multinational agierenden Konzernen müssen transnational agierende Gewerkschaften entgegentreten, um die Interessen der ArbeitnehmerInnen effektiv vertreten zu können. Einen Orientierungsrahmen für ganz Lateinamerika bietet der MERCOSUR. Voraussetzung hierfür ist die effektive Organisation auf unteren Ebenen. Ziel muss es sein, die lateinamerikanischen Gewerkschaften zu unterstützen.

Nur durch Konkretisierung und Vernetzung der bestehenden und berechtigten Forderungen kann es zu ihrer Umsetzung kommen. Zudem kann so die Zielgruppe gezielter angesprochen und ein höherer Organisationsgrad der Gewerkschaften erreicht werden. Dies wiederum erhöht die Schlagkraft.

Mit dem entsprechenden Druck und internationaler Unterstützung werden die ArbeitnehmerInnenrechte in Lateinamerika nicht mehr zu ignorieren sein können.

Regeln für die Globalisierung

Um den jetzigen Privilegiertenkreis zu durchbrechen und Teilhabe für alle zu erreichen, bedarf es klarer Regeln für die Globalisierung. Es gilt Alternativen jenseits von Privatisierung und Deregulierung aufzuzeigen und eine Entwicklung in Richtung Demokratie, Freiheit und der Verwirklichung des Rechts auf Wohnung, Nahrung, Bildung, angemessene Arbeit und Umweltschutz möglich zu machen.

Wir fordern eine Abkehr von der bisherigen imperialistischen Freihandelspolitik der Industrienationen. Anstatt die bisher unterprivilegierten Länder mit Unterstützungsleistungen „ruhig zu stellen“ geht es vielmehr darum eine gerechte neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen. Die Verfügung der Bevölkerung über die Ressourcen, Rohstoffe und Produktionsmittel muss Grundlage für diese neue Weltwirtschaftsordnung sein.

Dennoch soll dies zunächst keine Abkehr von den laufenden Unterstützungsbestrebungen bedeuten, sondern vielmehr den Fokus verstärkt auf den Aufbau von demokratisch legitimierten Finanz- und Sozialstrukturen in den unterprivilegierten Ländern lenken.

Hierbei darf „Demokratisierung“ nicht zur Legitimation jedweder Handlungen werden, viel wichtiger ist es, auf eine internationale Umsetzung der Menschenrechte und eine Etablierung von gerechtem Sozial- und Arbeitsrecht hinzuarbeiten.

Vormachtbestrebungen einzelner Staaten der Welt, darunter auch Deutschland, und die daraus resultierenden Konfliktsituationen können nur von einer starken und reformierten UNO eingedämmt werden. Auch Problemlagen der Gesundheits-, Anti-Drogen- und Flüchtlingspolitik können nur noch in den verschiedenen internationalen Verbänden geregelt werden.

Deutschland muss hier eine positive Rolle spielen und sich sowohl auf europäischer- als auch auf internationaler Ebene für den Vorrang ziviler Mittel einsetzen.

Im Sinne der internationalen Solidarität muss es unser Ziel sein ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte der globalen Ordnung gleichberechtigt und gerecht zu behandeln und gestalten.

Einklagbarkeit von sozialen Rechten (intern. Sozialgericht)

Um die Forderung nach sozialen Rechten international vertreten zu können, muss deren Einklagbarkeit möglich gemacht werden. Hierfür bedarf eines Internationalen Sozialgerichtshofes (ISG), der nach dem Modell des Internationalen Strafgerichtshofes funktioniert.

Die alleinige Schaffung eines solchen Gerichtshofs bringt jedoch nicht den erhofften Nutzen, wenn dieser nicht mit umfangreichen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet ist und diesen über die effektive Unterstützung der Vereinten Nationen kein Nachdruck verliehen werden kann.

Nur mit einer derartigen Institution wird es möglich sein, nachhaltig Druck auf multinational agierende Konzerne auszuüben und so unterdrückte und ausgebeutete Menschen zu ihrem Recht kommen zu lassen.

Der ISG wird ein wichtiges Mittel sein, auf die Unanfechtbarkeit von Menschen-, Sozial- und Umweltrecht aufmerksam zu machen. Zudem würde er mit entsprechender Kopplung an ein internationales Exekutivorgan entscheidend die Handlungsmacht der Vereinten Nationen erhöhen.

ECOSOC stärken

Um die Stellung der UN zu stärken bedarf es einer Reform ihrer Institutionen und Strukturen. Über die Tatsache hinaus, dass über eine Neustrukturierung des Sicherheitsrates entschieden werden muss, muss die Handlungsmacht der Vereinten Nationen vor allen Dingen in sozialen Fragen gestärkt werden. Anstatt lediglich Handelsblockaden zu erheben müssen die UN Mittel erhalten Forderungen nach Menschen- und Sozialrechten bindend durchzusetzen und Konfliktsituationen weitestgehend friedlich zu lösen. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) muss ein deutlich stärkeres Gewicht bekommen und Wege und Instrumente erhalten, Forderungen wie die Milleniumsziele o.ä. effektiv durchzusetzen.

Wichtige Richtschnur im Kampf für international gültiges Arbeitsrecht sind die internationalen Kernarbeitsnormen („Core Labour Standards“, CLS), die von der „International Labour Organisation“ (ILO) festgelegt wurden. Hinter ihnen darf kein Unternehmen zurückbleiben. Hierbei handelt es sich um fundamentales Arbeitsrecht welches vor allen in Entwicklungs- und Schwellenländern dringend umgesetzt werden muss. Besonders westliche Konzerne, die ihre Standorte verlagern erfahren ihre Profitsteigerung vor allen Dingen aus Nichteinhaltung der CLS. Um öffentlich Druck auszuüben ist dementsprechend auch Engagement in Deutschland von Nöten. Wir Jusos streben deshalb eine Kampagne an, CLS bekannt zu machen und auf eine ungleiche Weltordnung und die entscheidende Bedeutung internationalen Arbeitsrechts aufmerksam zu machen.



Gleichstellungspolitik

G 1 - Bundesvorstand **Gleichstellung – jetzt!**

Die heutige Gesellschaft ist noch immer eine patriarchal geprägte Gesellschaft. Trotz der großen Erfolge der Frauenbewegung, die sich in entsprechenden Rechtsvorschriften, aber auch in einer gesellschaftlichen Öffnung niedergeschlagen haben, sind wir noch immer auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft, in der sich Lebenswege nicht an der Geschlechtergrenze entscheiden.

Die Wirkungsmechanismen innerhalb unserer Gesellschaft, die Frauen gleichen Zugang zu Macht und Einfluss, aber auch (zu bestimmten Bereichen) der Erwerbsarbeit verwehren, sind subtiler geworden. Deshalb ist die gläserne Decke für viele zuerst Fiktion, dann aber - spätestens mit eigenen Kindern – Realität.

Arbeit bildet einen wichtigen Baustein zur gesellschaftlichen Integration und Partizipation. Diese Möglichkeit darf niemandem auf Grund seines/ ihres Geschlechtes, seiner /ihrer Herkunft, der sexuellen Orientierung und seines / ihres Lebensentwurfes, beispielsweise als (allein-) erziehendeR Vater oder Mutter, pflegendeR AngehörigeR etc. verwehrt bleiben. Gute Arbeit ist für uns Jusos ein fundamentales Recht eines jeden Menschen. Arbeit und das damit verbundene Einkommen sichert in unserer Gesellschaft die Möglichkeit, einerseits ein weitgehend freies, selbstbestimmtes und unabhängiges Leben führen zu können, andererseits Anerkennung zu erfahren und an relevanten (sozialen oder produktiven) gesellschaftlichen Prozessen und Auseinandersetzungen direkt zu partizipieren/ beteiligt zu sein.

Die Diskriminierung von insbesondere Frauen vollzieht sich auf dem Arbeitsmarkt auf verschiedenen Ebenen:

Strukturell werden Frauen durch die Aufteilung in bezahlte und unbezahlte Arbeit benachteiligt und systematisch ausgegrenzt. Gleichzeitig findet durch die horizontale Segmentierung des Arbeitsmarktes, d.h. die Aufteilung von Berufen in typisch männliche und typisch weibliche und damit verbunden unterschiedliche monetäre Bewertung, sowie die vertikale Machtverteilung innerhalb der Berufsgruppen, weitere Diskriminierung statt. Die

„weibliche“ Arbeit, die am Markt erbracht wird, wird niedriger bewertet und so entstehen ungleiche Zugangschancen zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und darüber vermittelt politischer Macht.

Dabei werden Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt in doppelter Hinsicht strukturell diskriminiert: als Frau und als Migrantin. Zur Kategorie „weibliche Arbeit“ tritt die Ethnisierung von Arbeitssegmenten die ebenfalls mit einer geringen gesellschaftlichen und daraus resultierenden geringen monetären Bewertung einhergeht

Diese Mechanismen greifen ineinander und verstärken sich gegenseitig. Will man diese Mechanismen und Praktiken aufbrechen, so muss man auf den verschiedenen Ebenen ansetzen, jedoch nicht mit bloßen Einzelmaßnahmen, sondern mit einem Gesamtpaket, dessen Einzelreformen gegenseitig verstärkend wirken und nur in der Verzahnung wirksam Diskriminierung abbauen. Dabei darf jedoch nicht, wie in den letzten Jahren vielfach auf Bundesebene praktiziert, allein die familienpolitische Dimension im Vordergrund stehen. Gleichstellung geht weit über den privaten Bereich hinaus, hat ihre eigenen Instrumente und muss gleichzeitig als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen angewendet werden.

Der Diskriminierung ein Ende setzen – Gleichstellung verwirklichen.

1) Private Arbeit fair teilen

Arbeit(szeit) fairteilen

Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sind zwischen den Geschlechtern noch sehr unterschiedlich verteilt.

Noch immer stecken hauptsächlich Frauen beruflich zurück, um Arbeit in Haushalt und für die Familie zu leisten. Noch immer ist es zu meist das Problem der Frauen, Berufstätigkeit und Haushalt zu vereinbaren sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern. Reproduktionsarbeit ist Voraussetzung von Erwerbsarbeit. Auch darum ist die Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern sehr unterschiedlich verteilt. Die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit von Frauen liegt mit 30,8 Stunden pro Woche knapp 10 Stunden unter denen der Männer (40,2) Stunden³.

Bei der Teilzeitarbeit zeigt sich die größte Diskrepanz zwischen der wöchentlichen Arbeitszeit von Frauen und Männern, 85 % der Teilzeitarbeitenden sind weiblich. Besonders auffällig dabei

³ ikro ensus 200 .

ist, dass vor allem arbeitende Frauen mit Kindern eine Beschäftigung im Teilzeitmodell wählen. 28% der Paarhaushalte wählen das Vollzeit (Mann)/Teilzeit (Frau)-Modell, nur 3% praktizieren dieses unter umgekehrten Vorzeichen Mehr als die Hälfte aller arbeitenden Frauen mit Kindern arbeiten in dieser Form, in anderen Ländern, beispielsweise in Portugal oder Finnland, sind es nur 7 – 8 Prozent. Hier wird deutlich: Der recht hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland steht ein recht geringes Arbeitsvolumen von Frauen in bezahlter Arbeit gegenüber. Studien zeigen, dass die Vollzeiterwerbstätigkeit bei Frauen zu Gunsten von Teilzeitarbeit gesunken ist.

Dies ist nicht nur für die eigenständige Versorgung von Frauen heute problematisch, sondern wirkt sich auch auf die Lohnersatzleistungen (ALG I und Elterngeld), aber auch besonders auf die Rentenansprüche aus.

Fragt man Frauen und Männer nach ihren Wunscharbeitszeiten, so liegen diese bei 37 Wochenstunden bei den Männern und bei 27 (West) bzw. 34 (Ost) Wochenstunden bei den Frauen. Gefragt nach dem bevorzugten Modell nennen viele Frauen das Vollzeit (Mann)/Teilzeit (Modell) (IAB Werkstattbericht 2002). Diese Wünsche sind zum einen zwar für die Orientierung politischer Vorschläge wichtig, sie spiegeln aber auch gesellschaftliche Realitäten und Rahmenbedingungen (wie z. B. unzureichende Betreuungsmöglichkeiten und lange Arbeitswege) wieder, an denen sich Frauen und Männern bei ihren Antworten in Umfragen orientieren.

- **Erwerbsarbeit gerecht verteilen/ Geschlechtergerechtes Zweiverdiener-Innenmodell.**

Um die Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern gerechter aufzuteilen bedarf es einer staatlich flankierten (Wochen)-Arbeitszeitverkürzung. So kann zum einen den Wünschen von Frauen und Männern entsprochen werden, weniger zu arbeiten und zum anderen mehr ist es möglich, gesellschaftliche Gleichheit und Partizipation zu verwirklichen. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass Arbeitszeitverkürzung über Flexibilisierung zu Gunsten der ArbeitnehmerInnen genutzt wird, sondern zu einem Gewinn an Zeitsouveränität führt. Tarifliche und betriebliche Modelle, die über die staatliche allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit hinaus gehen, sichern dieses ab und verlagern die Verhandlungen über Arbeitszeit von der repressionsanfällige individuelle Ebene auf die betriebliche bzw. tarifpartnerschaftliche. Bestrebungen einer Arbeitszeitverlängerung ist auf allen Ebenen entschieden entgegen zu treten.

- **Diskussionen über Zeitsouveränität weiterführen.**

Weitere Modelle, die mehr Zeitsouveränität in Bezug auf längere Lebensphasen (Arbeitszeitkonten u.ä.) schaffen, sind zu diskutieren und unter einem gleichstellungspolitischen Blickwinkel zu bewerten.

Ein weiteres Indiz für die ungleiche Verteilung von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit zeigt sich bei der Betrachtung des Arbeitsstunden- und Überstundenvolumens auf Vollzeitstellen. Vor allem in der Familiengründungsphase, also zwischen Ende zwanzig und Ende dreißig Jahren, geht die Schere beim Überstundenvolumen zwischen Mitarbeiterinnen und Arbeitnehmern massiv auseinander. In dieser Zeit ist bei Arbeitnehmerinnen durchschnittlich ein deutlicher Einbruch in der Arbeitszeit festzustellen. Dies hat Auswirkungen sowohl auf die Aufteilung von Erwerbs- und Hausarbeit, also von bezahlter und unbezahlter Arbeit, als auch auf Karrierewege und die damit verbundenen Entgelteinbußen. Überstundenregelungen sind durch die Begrenzung der Wochenhöchst Arbeitszeit im Arbeitszeitgesetz sowie in Richtlinien der europäischen Union zu finden, die jüngst die mögliche Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden heraufgesetzt hat. Dies hat weder etwas mit einer Förderung von Gleichstellung noch mit Guter Arbeit zu tun.

Überstunden regulieren. Auch aus gleichstellungspolitischen Gründen treten wir für eine Regulierung von Überstunden ein. Die Anzahl der Überstunden pro Woche muss stärker als bisher beschränkt werden. Außerdem ist ein Ausgleich in Freizeit, der höher liegt als die Anzahl der Überstunden in einer bestimmten arbeitswissenschaftlich fundierten Frist zu gewährleisten.

Auf dem Weg zu einer Neubewertung aller Arbeit ist die paritätische Verteilung von Reproduktions- und Produktionsarbeit auf beide Geschlechter unabdingbar. Bei der Umstrukturierung in einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt darf das Augenmerk nicht einseitig auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt werden, dennoch ist dies ein nicht zu vernachlässigender Aspekt. Nur wenn der Arbeitsmarkt familienfreundlich gestaltet wird, können alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen zu gleichen Teilen auf ihm partizipieren.

Die gleiche Partizipation beider Geschlechter an Arbeit – was sowohl die unbezahlte, als auch bezahlte Arbeit einschließt – ist eine wichtige Voraussetzung einer gleichberechtigten Gesellschaft. Um die paritätische Aufteilung von Erwerbs- und Hausarbeit voranzutreiben, bedarf es struktureller und gesellschaftlicher Veränderungen:

Das von der Großen Koalition eingeführte Elterngeld hat Perspektiven zu einer gleicheren Verteilung der Erziehungsarbeit und in der Folge auch der Erwerbsarbeit zwischen den

Geschlechtern geschaffen. Allerdings ist die Aufteilung der Eltern(geld)zeit immer noch stark zu Ungunsten der Frauen verzerrt. Der Beitrag der Männer beschränkt sich häufig lediglich auf die zwei vorgeschriebenen „Vätermonate“, während Frauen weit überwiegend die restlichen 12 Monate auf ihre Erwerbstätigkeit verzichten. Die Koppelung des Elterngeldes an das zuvor erzielte Einkommen hat die Einkommensausfälle verringert, die durch den Verzicht des (wegen der traditionellen Einkommensverteilung) häufig besser verdienenden Vaters auf Erwerbstätigkeit entstehen. Dadurch sind die Anreize, die Erziehungsarbeit zu Ungunsten der Mutter aufzuteilen, verringert worden. Wir Jusos begrüßen die Zunahme der Elterngeldanträge von Vätern, allerdings reichen die bisher erzielten Fortschritte nicht aus.

Außerdem hat die mit dem Elterngeld verbundene Absenkung des Erziehungsgeldes zum jetzigen Sockelbetrag teils massive soziale Auswirkungen im Bereich der GeringverdienerInnen und nicht erwerbstätigen Eltern gehabt. Das Elterngeld ist daher auch immer aus sozialen Gründen kritisch zu sehen, da es die Schere zwischen Arm und Reich weiter aufmacht.

Das Elterngeld muss dringend weiterentwickelt werden, um eine weitere Gleichverteilung der Erziehungsarbeit zu schaffen. Wir fordern daher:

- **50/ 50 – Aufteilung der Elternzeit:** Die Elternzeit muss paritätisch zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden, sofern nicht ein Elternteil alleinerziehend ist. Nur wenn beide Elternteile die gleiche Zeitdauer in Anspruch nehmen, wird das Elterngeld vollständig gezahlt. Diese stärkere Verpflichtung erleichtert insbesondere Männern, sich gegen tradierte Rollenzusprechungen des Umfeldes und des Arbeitsmarktes durchzusetzen und sich an der Familienarbeit zu beteiligen. Um den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, fordern wir, dass gebührenfreie Kinderbetreuung ab der Geburt angeboten wird.
- **Anhebung des Berechnungssatzes:** Da auf Grund struktureller Mechanismen und der geschlechterspezifischen Berufswahl noch immer das männliche Elternteil häufig der Hauptverdiener ist, muss die Vergütung von 67 Prozent des Einkommens der letzten zwölf Monate auf 80 Prozent angehoben werden.
- **Höhere Grundvergütung des Elterngeldes:** Um einkommensschwächere Eltern, StudentInnen und andere wenig oder nicht erwerbstätige Eltern nicht zu benachteiligen, fordern wir Jusos darüber hinaus, die Aufstockung des Grundbetrages des Elterngeldes.

Zu einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört viel mehr als die Finanzierung der ersten vierzehn Monate. Denn die Entscheidung für ein Kind hängt von vielen Faktoren ab. Unsichere Arbeitsverträge mit kurzer Laufzeit ohne ausreichenden Kündigungsschutz sowie eine zunehmende projektbezogene Einstellung auf Honorarbasis verhindern beständige und

langfristige Lebensplanungen von Männern und Frauen. Die wirtschaftlich häufig geforderte Flexibilität kann das Aufbauen längerer und somit tendenziell kinderreicherer Beziehungen erschweren und die Angst davor, nach der Elternzeit nicht mehr vollkommen in den alten Beruf einsteigen zu können, dadurch den Anschluss an Technik und Betrieb verloren zu haben oder zukünftig mit einem Kind nicht mehr in vergleichbaren Positionen eingestellt zu werden, erschweren die Integration verschiedener Lebensentwürfe und die Realisierung eines Lebens mit Erwerbstätigkeit und Kindern.

- **Ausbau und Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung:** Um die Realisierung eines Lebensentwurfes, in dem Erwerbstätigkeit und Familie vorkommen, zu ermöglichen und beiden Geschlechtern die Möglichkeit zur Partizipation durch Arbeit zu geben, müssen gebührenfreie, flächendeckende, an (Schicht-)Arbeitszeiten orientierte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote ab Null geschaffen werden.
- **Professionalisierung vormals privater Arbeit:** Durch die Zunahme der Frauenerwerbsquote wird der Bedarf an qualifizierter Kinderbetreuung und Haushaltsunterstützung immer größer, da vor allem Frauen sich noch immer vor der Aufgabe sehen, den Spagat zwischen Familie und Beruf zu meistern. Gleichzeitig werden immer mehr Menschen immer älter, so dass ein erhöhter Nachfragebedarf an Pflegekräften entsteht. Hierbei gibt es allerdings das Problem der Ethnisierung von Haushaltsarbeit: personen- und sachbezogene Dienstleistungen von Haushaltsarbeiterinnen, in (fast ausschließlich) rechtlich nicht abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen, werden zu einem erheblichen Teil von Migrantinnen erbracht. Diese Arbeitssituation ist prekär. Gerade in diesem Arbeitsbereich findet die Unterstellung der Eignung von Frauen durch so genanntes weibliches Arbeitsvermögen, in Kombination mit Nationalstereotypen, die fachliche Qualifikation unterstellen, Anwendung. Die Konsequenz sind neuartige Ungleichheitsverhältnisse, in denen sich geschlechts- und ethnizitätsspezifische Diskriminierungen und Ungleichheiten gegenseitig verstärken. In Deutschland sind diese Berufe noch immer vergleichsweise schlecht angesehen. Dies muss sich ändern! Darüber hinaus muss familiär geleistete Pflegearbeit stärker als bisher entlohnt und angemessen bei der Berechnung der Rentenzeiten berücksichtigt werden. Professionalisierung heißt auch, dass haushaltsnahe Dienstleistungen verstärkt durch einen öffentlichen Sektor angeboten werden und somit bisher private unentgeltliche Arbeit bezahlt und sozial abgesichert wird. Dadurch entstehen Freiräume für die Einzelnen. In anderen Ländern, z.B. in Dänemark, gibt es bereits Modelle wie care- und service Zentren. Hier gilt es, mit eigenen Konzepten anzusetzen und diese weiter zu entwickeln. Wichtig hierbei ist, dass auch haushaltsnahe Dienstleistungen Ausbildungsberufe sind und entsprechender Qualifikation bedürfen.

- **Ausbau der Pflegezeit:** Der Arbeitsmarkt muss flexibler werden, neben der Möglichkeit zu „Sabbaticals“, muss auch stets die Möglichkeit bestehen, relativ kurzfristig auf Veränderungen im privaten Umfeld zu reagieren ohne gänzlich aus dem Arbeitsmarkt heraustreten zu müssen.

Hausfrau- und Ernährermodell ab- und Gleichberechtigung schaffen

Das Sozialsystem in Deutschland stützt die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Um Erwerbs- und Reproduktionsarbeit gleichsam auf die Geschlechter zu verteilen, bedarf es struktureller Reformen. Durch die Beibehaltung des Ehegattensplittings, die abgeleitete Versicherung der Ehegattin / des Ehegattens und ähnlicher Instrumentarien werden Anreize zur Erwerbsarbeit insbesondere von Frauen vernichtet. Die Herabwürdigung von Frauenerwerbstätigkeit als Zuverdienst und kleines Taschengeld für die Familie halten wir Jusos für völlig veraltet. Dazu fördert und verstärkt dieses Modell die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen. Denn das Ehegattensplitting rechnet sich vor allem dann, wenn eine große Lohndifferenz zwischen den Ehepartnern besteht und bestärkt zusätzlich Personalchefs/-chefinnen in ihrem Bild, dass eine Frau mit Kindern nur mitverdient, wohingegen ein Mann mit Familie diese ernähren muss. Dies spiegelt sich in den Gehältern deutlich wider.

Das klassische Ernährermodell mit Zuverdienerin muss endlich ausgedient haben!

- **Strukturelle Hemmnisse der Gleichstellung abschaffen:** Wir fordern daher die Abschaffung des Ehegattensplittings zu Gunsten einer Individualbesteuerung sowie die Abschaffung der abgeleiteten Versicherung des Ehegattens / der Ehegattin. Beide Geschlechter müssen individuell auf dem Arbeitsmarkt konsequent sozial, ökonomisch und in allen Bereichen ohne Diskriminierung integriert sein.
- **Eigenverantwortung von EhepartnerInnen stärken.** Darüber hinaus muss die Eigenverantwortung des Ehegattens / der Ehegattin gestärkt werden. Wir begrüßen daher die Reform des Unterhaltsrechts. Mit dieser wurde die Lebensstandardklausel weitgehend abgeschafft, damit ist sicherlich ein Anreiz für beide Ehepartner gesetzt, nicht auf ihre finanzielle Eigenständigkeit zu verzichten, um sich im Falle einer Scheidung, nicht all zu weit vom vorherigen Lebensstandard zu entfernen. Wir weisen weiter darauf hin, dass die Abschaffung der Lebensstandardklausel sich jedoch erst bei der Abschaffung des Ehegattensplittings voll positiv auswirken kann.
- **Anrechnung von Rentenansprüchen.** Auch wenn die Professionalisierung weiter Teile der Reproduktionsarbeit unser Ziel ist muss kurzfristig der unbezahlten Arbeit,

die zu meist von Frauen geleistet wird, Rechnung getragen werden, beispielsweise in der verstärkten Anrechnung der Rentenansprüche. Denn die schlechte oder nicht erfolgte Entlohnung für bestimmte Tätigkeiten führt nicht nur zu gegenwärtigen Problemen, wie der finanziellen Abhängigkeit von der/ dem PartnerIn, sondern auch zu zukünftigen. Da Rentenansprüche in Deutschland durch Beitragsfinanzierung erworben werden, sind vor allem Frauen im Rentensystem durch geringere Löhne, ein geringeres Arbeitsstundenvolumen und häufige Unterbrechungen der Erwerbsbiografie benachteiligt. Daraus resultiert häufig Altersarmut. Menschen, die während ihrer Erwerbsbiografie systematisch benachteiligt wurden, dürfen dies nicht und dann in vielleicht noch härterer Form im Alter zu spüren bekommen.

Auch das Private ist politisch

Auch wenn der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für mehr Selbstbestimmung und Wahlfreiheit schaffen kann, so sind dies zum einen häufig Angebote um ein bestimmtes gesellschaftliches (Rollen)bild zu stärken, zum anderen bleibt noch immer viel Raum für private Entscheidungen, die althergebrachten Rollenmustern Vorschub leisten. Wer letzten Endes trotz gleich aufgeteilter Arbeitszeit und ggf. Haushaltsunterstützung welche Hausarbeit erledigt, bleibt der freien Entscheidung jedes Einzelnen überlassen.

Jedoch kann die Gesellschaft versuchen, für diesen Bereich ein Bewusstsein zu schaffen, so dass bestimmte Praktiken nicht einfach übernommen, sondern reflektiert und gegebenenfalls geändert werden können.

- **Unentgeltliche Arbeit sichtbar machen.** Zusätzlich zum regulären BIP soll ein BIP berechnet werden, was die unentgeltliche Arbeit mit abbildet.

Die Reproduktion von traditionellen Geschlechterrollen erfolgt meist durch die Orientierung an Vorbildern z.B. in der eigenen Familie oder aus den Medien. Die Sozialisation in Schule als auch in der Familie und dem persönlichen Umfeld tragen dazu bei, dass bestimmte Handlungen reproduziert werden oder aber auch neue Handlungsformen entstehen.

Um hier eine verstärkte Reflektion zu fördern und eine Abkehr von Rollenbildern zu unterstützen, fordern wir

- dass Geschlechterrollen in Kindertagesstätten, Schule, Ausbildung und Hochschule hinterfragt und zu ihrer Überwindung beigetragen wird; die Lehrenden sind entsprechend auszubilden.

- dass Angebote in der Elternberatung gemacht werden, wie Kinder abseits traditioneller Geschlechterrollen erzogen werden können.
- dass die Vermittlung von Rollenbildern durch die Medien kritisch diskutiert und die Darstellung alternativer Lebensentwürfe eingefordert wird.

2) Segregation des Arbeitsmarktes nach männlichen und weiblichen Berufen aufheben und Vergeschlechtlichung von Berufen rückgängig machen

Schon vor Einsetzen der Industrialisierung gab es eine Ungleichverteilung der Arbeit, die häufig mit physiologischen Unterschieden begründet wurde. Doch mit der Trennung des Arbeitsortes vom Wohnort entstanden zwei stark verschiedene Lebensbereiche. Zum einen die Arbeit und die Produktion von Gütern und zum anderen das Private und darin die Reproduktion des Lebens. Der Frau wurde die Reproduktionsarbeit zugewiesen, dem Mann die Lohnarbeit. Die Reproduktionsarbeit erfüllt im kapitalistischen System wichtige Aufgaben: sie stabilisiert und reproduziert das System und die dafür notwendigen Botschaften, Werte und Pflichten. Sie ist daher notwendige Voraussetzung für Erwerbsarbeit.

Die klassische Teilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern zeigt sich noch heute auf dem Arbeitsmarkt. So sind Frauen heute vor allem in den Bereichen erwerbstätig, die zur klassischen Reproduktionsarbeit gezählt werden bzw. dieser stark ähneln. Männliche Arbeitnehmer arbeiten in diesen Bereichen eher selten. Über 80 Prozent der Erwerbstätigen im Gesundheits- und Sozialwesen sind beispielsweise Frauen und im Erziehungswesen stellen sie knapp zwei Drittel der Beschäftigten. Bezeichnend in diesem Kontext ist auch, dass ca. die Hälfte aller Akademikerinnen im Schulwesen tätig ist. Die im Reproduktionsbereich anfallenden Arbeiten werden zu meist gesellschaftlich wenig wertgeschätzt, bieten kaum oder wenig Aufstiegschancen und werden vergleichsweise gering entlohnt. Im Falle der Hausarbeit, die zu einem Großteil von Frauen geleistet wird, der Pflege bedürftiger Angehöriger oder der Erziehung der eigenen Kinder wird geleistete Arbeit oft überhaupt nicht entlohnt.

Berufswahl – noch immer geschlechtsspezifisch

Bei der Wahl eines Berufes spielt die traditionelle Rollenverteilung häufig eine entscheidende Rolle. So wählen Frauen noch immer Berufe, die ihnen als gut vereinbar mit ihrer Rolle als

Hausfrau und Mutter erscheinen. Wohingegen viele Männer sich für Berufe entscheiden, die sich dazu eignen eine Familie zu ernähren.

Im Gegensatz zu Männern wählen Frauen ihre Ausbildungsberufe aus einem sehr viel geringeren Spektrum. Über die Hälfte aller Frauen entscheiden sich für einen der zehn beliebtesten Ausbildungsberufe, zu denen vor allem Berufe des Dienstleistungssektors gehören. Bei Männern ist es nur ein gutes Drittel. Auch die Auswahl der Studienrichtung unter studierenden Frauen ist eher eingeschränkt.

Um die geschlechtsspezifische Auswahl von Berufen zu durchbrechen, bedarf es bestimmter Instrumente. Wir Jusos fordern daher:

- **Sensibilisierung von Lehrerinnen und Lehrern/ Förderung von verschiedenen Interessen der SchülerInnen:** In der Schule wird der Grundstein dafür (mit-)gelegt, worin junge Menschen ihre Interessen und auch ihre Stärken sehen. Die Aufgabe der Schule ist es, ein vielfältiges und nicht geschlechtsspezifisches Interesse zu schaffen, Mädchen und Jungen ihr „Können“ auch in als „untypisch“ empfundenen Bereichen hervorheben und sie darin zu bestärken, dieses Wissen und Können auszubauen.
- **den Ausbau von Maßnahmen wie „Girls Day“ und „Boys Day“:** Durch den Ausbau von Maßnahmen wie des „Girls Day“ bzw. „Boys Day“ soll jungen Menschen die Gelegenheit gegeben werden, in geschlechterstereotypisch ungewöhnliche Berufe hineinzuschauen und somit den Horizont ihres Berufswahlspektrums zu erweitern. Die jährliche Durchführung des „Girls Day“ bzw. „Boys Day“ muss verpflichtend sein und darf nicht nur auf eigenem Engagement der SchülerInnen bauen. Dabei darf es jedoch nicht sein, dass Mädchen an diesem Tag bloß durch Betriebe geschleust werden. Eine eingehende Beratung und Begleitung des Tages ist notwendig, als auch eine Einbettung in den Unterricht im entsprechenden Jahrgang. Einen Boys Day halten wir nicht nur bezüglich einer Erweiterung des Berufswahlspektrum für wichtig, sondern geschlechtsspezifische Berufswahl findet von beiden Geschlechtern statt. Für einen Boys Day müssen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist dabei, zu beachten, dass die Hinzunahme des „Boys Day“ nicht zur Tradierung von geschlechtertypischer Berufswahl führt. Es muss kontrollierbar bleiben, wer welchen Beruf besucht. „Girls Day“ und „Boys Day“ terminlich zu trennen, könnte dafür eine Lösung bieten.
- **Verbindliche Regelungen für den MINT- Bereich.** In den Bereichen Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften und Technik sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Die bisherigen Anstrengungen des Bundesministeriums auf

diesem Gebiet sind von Aufklärung und freiwilliger Selbstverpflichtung geprägt. Auch für diesen Bereich gilt: Nur verbindliche Zielvorgaben schaffen es, den Frauenanteil zu erhöhen. Eine Zielquotierung heißt, dass die Beweislast, beim Unternehmen liegt. Sie müssen nachweisen, warum sie die Zielquotierungen nicht erfüllen können.

- **Zielquotierungen bei Ausbildungsplätzen.** Ein ähnliches Modell wäre auf Ausbildungsplätze anzuwenden, um die geschlechtsspezifische Berufswahl aufzubrechen und Betriebe in den Einstellungsverfahren zu sensibilisieren.
- **Verbesserte Berufsberatung bei der Agentur für Arbeit:** Noch immer ist die Berufsberatung von Rollenstereotypen geleitet. Dies muss durchbrochen werden, um ein größeres Spektrum an Berufen und Studiengängen in das Blickfeld der Schulab-gängerInnen zu rücken. Jungen Männern und Frauen müssen Alternativen zu den geschlechtsstereotypischen Ausbildungsberufen aufgezeigt werden sowie Zuspruch und Hilfe darin erhalten, auch geschlechtsuntypische Wege einzuschlagen. Auch in der Job-Vermittlung lassen sich die BeraterInnen zu oft von Geschlechterstereotypen leiten, bestimmte Jobs werden Frauen oder Männern aufgrund überkommener Rollenvorstellungen gar nicht erst angeboten. Arbeitsangebote müssen zukünftig geschlechtsneutral den Arbeitssuchenden angeboten werden. Dazu müssen BerufsberaterInnen sensibilisiert und qualifiziert werden.

Die schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt und das mangelnde Angebot an Ausbildungsplätzen wirkt sich insbesondere negativ auf Frauen aus, obwohl diese zumeist die besseren Schulabschlüsse vorweisen können und auch bei der Suche eines Ausbildungsplatzes zumeist aktiver und flexibler sind als ihre männlichen Altersgenossen. Besonders erschreckt, dass vor allem diejenigen Frauen, die in eine Ausbildung in einer überwiegend männlich dominierten Branche ergreifen wollen, Schwierigkeiten haben, dort einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Eine Konsequenz aus dem schlechten Lehrstellenangebot ist, dass vor allem Frauen häufig eine rein schulische Ausbildung wählen, sich mit ihrer Zweit- oder Drittwahl zufrieden geben oder aber die Zeiten in so genannten „Warteschleifen“ an Berufsschulen überbrücken, die nicht berufsqualifizierend wirken. Bei jungen Frauen mit Migrationshintergrund gestaltet sich die Ausbildungslage im Dualen System noch schlechter als bei Frauen deutscher Herkunft. Ungeachtet der verbesserten Bildungsabschlüsse ist der Anteil jungen Frauen mit Migrationshintergrund in einer Dualen Ausbildung seit Mitte der 1990er Jahre rückläufig.

Hier werden schon beim Übergang zwischen Schule und Arbeitsmarkt grundlegende Ungleichheiten geschaffen, die sich im späteren Erwerbsleben auswirken.

- **Ausbildung für alle.** Wir fordern daher die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, eines Rechts auf Ausbildung und Verbesserung der schulischen Ausbildung: Wir Jusos räumen der Schaffung von Ausbildungsplätzen im Dualen System oberste Priorität ein, doch dort, wo Ausbildungsplätze fehlen, muss auf eine zweite Säule, die schulische Ausbildung, zurückgegriffen werden.

Vergeschlechtlichung von Berufen rückgängig machen

Berufe sind geschlechtlich besetzt. Damit verbunden ist auch eine Abstufung der Berufe nach gesellschaftlichem Ansehen und in der Entlohnung sowie den Aufstiegsmöglichkeiten.

Historisch hat sich die Identifikation von Berufen mit einem bestimmten Geschlecht als wandelbar erwiesen. Früher galt der Sekretär als typisch männlicher Beruf, als ein Berufstand mit hohem Ansehen und damit verbunden auch mit relativ guter, also hoher Entlohnung. Je mehr Frauen in diesen Bereich vorstießen, desto geringer wurde zum einen das Ansehen und zum anderen die Entlohnung. Heute gehört der SekretärInnenberuf meist in der unspezifizierten Form zu den niedrig entlohnten Berufsgruppen. Nur noch bestimmte SekretärInnen, wie der/ die GeneralsekretärIn einer Partei, der / die UN-SekretärIn u.ä. sind mit hohem Ansehen und Entgelt verbunden – und zumeist von Männern besetzt. Dies ist nur ein Beispiel, ähnliches ließe sich an vielen anderen Berufen aufzeigen.

Sogenannte Frauenberufe bzw. Männerberufe werden jedoch nicht nur durch die Dominanz eines Geschlechtes konstruiert, sie werden auch teilweise vor dem Hintergrund der Legitimation aufgrund biologischer Faktoren geschaffen. So wird die Eignung des „weiblichen Wesens“ z.B. für Pflege- und Sorgearbeit, aus der natürlichen Gebärfähigkeit, abgeleitet. Auch die sogenannten typischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Empathie oder soziale Kompetenz allgemein, leisten einer solchen Einteilung Vorschub. Damit einhergeht, dass gesellschaftliche eine Bewertung dieser Fähigkeiten vorgenommen wird. Zwar werden soziale Kompetenzen immer wichtiger, jedoch werden die harten Kompetenzen wie Durchsetzungsfähigkeit, Rationalität usw. eher den Männern zugeschrieben und in Entscheidungen bei denen es um die Auswahl von Führungspersonal geht, höher bewertet. Alle Stereotypen schränken Menschen in ihrer Entfaltung ein. Viele Frauen und Männer wollen und können überkommenen Rollenvorstellungen nicht entsprechen und leiden unter diesen gesellschaftlichen Anforderungen. Die Arbeit am Menschen wird durchgängig, auch in den Berufsbildern der Tarifparteien, geringer bewertet als die Arbeit an Maschinen und technischen

Apparaturen. Dies mit fatalen Folgen für die Entlohnung von Frauen, die den Pflegebereich beispielsweise dominieren.

Schritte hin zu einer Auflösung der Vergeschlechtlichung von Berufen:

- **Berufsbilder erweitern.** Die Berufsbilder müssen so erweitert werden, dass hier eine höhere Bewertung der Arbeit am und für Menschen stattfindet. Allgemein müssen sie auf ihre geschlechtsspezifischen Wirkungsmechanismen hin überprüft werden (siehe unten).
- **Parität schaffen.** Eine annähernde Parität von Frauen und Männern in einem bestimmten Beruf wirkt der geschlechterstereotypen Besetzung von Berufsbildern entgegen. Deshalb muss bei gleicher Eignung das unterrepräsentierte Geschlecht zwingend eingestellt werden.
- **Ausbildungsberufe:** Die unterschiedlichen Arbeitsfelder auf denen Frauen und Männer arbeiten, bedürfen unterschiedlicher Qualifikation. Frauen arbeiten häufig im Dienstleistungssektor. Hier wird häufig auf eine formale und zertifizierte Ausbildung verzichtet und stattdessen un- oder angelerntes Personal in häufig prekären Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt wird. Die Schaffung von Ausbildungsberufen mit festen Berufsbildern und der daran orientierten LohnEinstufung verhindern prekäre Beschäftigung. So kann zum einen ein ausreichender Lohn gesichert werden als auch eine Aufwertung von Dienstleistungsberufen stattfinden. Zusätzlich muss z.B. im Erziehungs- und Pflegebereich auch zur besseren Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen stattfinden. Dies bedeutet nicht zwingend ein Hochschulstudium als Ausbildung, gezielte Fortbildungen sind hier ebenso denkbar.
- **Bewerbungen neutralisieren.** Um einer ersten, auf Vorurteilen basierenden Auswahl von BewerberInnen vorzubeugen, sind Bewerbungen ohne Angabe des Namens, des Geschlecht, aber auch der Nationalität und ohne Bild zu stellen.

3) Die Hälfte der Macht den Frauen

Die gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen an Macht und Einfluss ist Voraussetzung für Gleichstellung und eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Leider sind wir auch in den gesellschaftlichen Eliten noch weit davon entfernt.

52,7 % der SchulabgängerInnen mit Hochschulberechtigung sind Frauen (2006), bei den StudienanfängerInnen sind es dann 49,2% (2006)⁴, bei den AbgängerInnen ähnlich viele. Durch die Einführung zulassungsbeschränkter Bachelor- und Masterstudiengänge ist im Hochschul- und Wissenschaftssystem eine weitere gläserne Decke eingezogen worden, die zu einem deutlichen und immer früheren Rückschritt in der Bildungsbeteiligung von Frauen führt. Stellen bei den Studienanfängerinnen und -anfängern eines Bachelors Frauen rund die Hälfte aller Studierenden, so sind es bei den Masterstudentinnen und -studenten nur noch ein gutes Drittel.

Eine C4-Professur hatten 2004 lediglich knapp 10% inne⁵.

- **Quotenregelungen im Wissenschaftsbetrieb:** Wir Jusos fordern die Einführung einer verbindlichen Quote. Der Prozentsatz der Promoventinnen, wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Juniorprofessorinnen und Habilitandinnen in den einzelnen Fachrichtungen muss mindestens dem Prozentsatz der weiblichen AbsolventInnen der jeweiligen Studiengänge entsprechen. Bei der Besetzung von Professuren ist eine Frauenquote von mindestens 40-Prozent anzustreben
- **Geschlechterparitätisch besetzte Berufungskommissionen**
- **Gender Mainstreaming im Wissenschaftssystem:** Instrumente des Gender Mainstreamings wie beispielsweise dem Gender-Budgeting müssen verbindlich Anwendung finden, so muss die Vergabe von Landes- und Drittmitteln für Forschung und Lehre verbindlich an Gender-Aspekten gekoppelt sein.

In der Wirtschaft sieht es noch schlimmer aus. 45% der Beschäftigten insgesamt sind Frauen, in der obersten Leitungsebene sind es dann noch 25 % (West 23%, Ost 30%) (siehe Graphik Frauen in Betrieben der Privatwirtschaft). Und wenn man in die DAX-30 Vorstände schaut, findet sich insgesamt eine Frau! Unter den 160 Aktiengesellschaften der wichtigsten deutschen Börsenindizes sind nur in 16 Vorständen Frauen vertreten, der Frauenanteil beträgt damit gerade einmal 2,5%, meist sind jedoch bloße Männerrunden anzutreffen. In den Aufsichtsräten zeigt sich ein ähnliches Bild: Immerhin beträgt die Frauenquote in mitbestimmten Unternehmen 10,5%, davon 124 ArbeitnehmerInnenvertreterinnen und 27 Vertreterinnen der AnteilseignerInnen. Dahingegen liegt die Quote in nicht mitbestimmten Betrieben bei lediglich 3%.⁶ In anderen Ländern zeigt sich ein deutlich anderes Bild, insbesondere in Norwegen, wo 2004 verbindliche Quoten für Aufsichtsräte eingeführt wurden. Von Kompetenzverlust in den Räten, ein oft gehörtes Argument gegen die Quotierung, jedoch keine Spur. Diejenigen

⁴ <http://www.bundestag.de/di/21/td/16/080/160801/df>

⁵ <http://www.coekler.de/df/0/uls/200/20/2/df>

⁶ [arion](#) [ekes](#) [es](#) [hle](#) [chter](#) [erteilung](#) in [ufsichtsräten](#) und [vorständen](#) 2008.

Unternehmen mit den meisten Frauen in den Spitzengremien kamen auf einem Gewinn, der über 48% über dem Durchschnitt lag.⁷

Unter Rot-Grüne wurde aufgrund ähnlicher Zahlen Ende der 90er, über ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft diskutiert. Nach großen gesellschaftlichen Diskussionen und Gegenwind aus der Wirtschaft wurde aus dem Gesetz 2001 die „Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“. Eine freiwillige Vereinbarung, deren Wirksamkeit alle zwei Jahre überprüft werden sollte und deren „solange“ Klausel dafür sorgen sollte, dass bei nicht erfolgreicher Umsetzung weitere Initiativen der Bundesregierung ergriffen werden.

Es besteht weiterhin aktiver Handlungsbedarf. Freiwillige Vereinbarungen stoßen zum einen an ihre Grenzen und zum anderen kann der Prozess hin zu einer Gleichstellung durch verbindliche Vereinbarungen beschleunigt werden. In anderen Ländern ist dies bereits Realität. In den USA überwachen staatliche Stellen die Umsetzung der Gleichstellungspläne in Unternehmen, in der Schweiz haben Frauenverbände ein Verbandsklagerecht, in Norwegen wurde gerade trotz des bereits vergleichsweise hohen Anteils von Frauen in Führungspositionen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft verabschiedet mit verbindlichen Quoten für Frauen in Aufsichtsräten mit starken Sanktionen. An qualifizierten Frauen, die die Anforderungen an die entsprechenden Ämter erfüllen, mangelt es nicht.

- **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.** Wir halten an der Forderung nach einem effektiven Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft fest, das sich an den folgenden Leitlinien orientieren muss:
 - Klare Vorgaben zur Förderung der Chancengleichheit durch effektive Zielvorgaben für die Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie verbindliche Gleichstellungspläne in Betrieben.
 - Quotenregelungen von mindestens 40 % für die Führungsebene von großen Unternehmen
 - Gleichstellungsbeauftragte mit effektiven Rechten und Kompetenzen, die Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen initiieren und kontrollieren.
 - Bessere Rechte bei konkreten Benachteiligungen, wie z.B. ein diskriminierungsfreies Auswahlverfahren bei Einstellungen und Beförderungen.

⁷ SZ 2□3.2008.

- Wirksame Sanktionen durch ein Verbandsklagerecht für Frauenverbände und Gewerkschaften sowie Sanktionen bei Verstößen gegen vereinbarte Gleichstellungsziele.
- Die Bindung der öffentlichen Auftragsvergabe an Maßnahmen zur Chancengleichheit – vorerst unter Berücksichtigung der europäischen jüngsten Rechtsprechung.
- Eine Gleichstellungskommission auf Bundesebene in Anlehnung an internationale Vorbilder.
- Effektive Regelungen zur Beseitigung von Lohndiskriminierung und zum Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.
- **Veränderung der Europäischen Rechtslage.** Die Bindung von öffentlichen Aufträgen an Tariftreue oder Gleichstellungsanforderungen muss möglich sein. Dahinter muss die Gewährleistung unternehmerischer Freiheiten zurückstehen. Deshalb fordern wir die europäische Gesetzgebung auf, auf eine Veränderung der entsprechenden Rechtsvorschriften in den Verträgen hinzuwirken.
- **Staat als Vorbild.** In den Unternehmen, in denen der Staat bei der Besetzung von Aufsichtsräten mitbestimmt, muss zwingend eine Mindestquotierung von 40% eingehalten werden. Nur so kann bereits jetzt glaubwürdig Gleichstellung umgesetzt werden.

Der Öffentliche Dienst als Vorbild – Gleichstellung erreicht?

Der Bund und auch die einzelnen Bundesländer besitzen seit Anfang/ Mitte der 1990er Jahre eigene Gleichstellungsgesetze für den Öffentlichen Dienst, die unterschiedlich weitgreifende Regelungen aufstellen. Nach § 8 des Gleichstellungsgesetzes für Bundesbehörden beispielsweise gilt, dass Frauen, sofern sie in einzelnen Bereichen unterrepräsentiert sind, bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen, der Einstellung, Anstellung und beruflichem Aufstieg bei gleicher Qualifikation bevorzugt zu berücksichtigen sind, es sei denn in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen. Und auch Führungspositionen sind als Teilzeitstellen auszuschreiben. Doch trotz Gleichstellungsgesetze können wir auch im öffentlichen Dienst nicht von Gleichstellung sprechen. Es zeigt sich auch im Öffentlichen Dienst eine klare Trennung der Geschlechter. Auch wenn in der Quantität eine ungefähre Parität der Geschlechter festzustellen ist, zeigt sich doch in vielen Behörden, dass ein Großteil der Frauen in Teilzeitmodellen arbeitet und die meisten Frauen im einfachen bzw. mittleren Dienst eingruppiert sind. Darüber hinaus ist der geteilte Arbeitsmarkt auch vielerorts kennzeichnend für den Öffentlichen Dienst. So arbeiten viele Frauen (im höheren Dienst)

insbesondere in geschlechterstereotypisch eher weiblich zu geordneten Bereichen wie Gesundheit, Soziales und Kultur, wohingegen in den Bereichen der Hoheitsaufgaben, wie Finanzen und Inneres wenig Frauen in Führungspositionen zu finden sind. Mit den Gleichstellungsgesetzen für den öffentlichen Dienst ist eine gute Ausgangsbasis für die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt gegeben, doch steht die tatsächliche Gleichstellung noch aus.

- **Quotenregelung.** Wir Jusos fordern daher eine konsequentere Einstellung des unterrepräsentierten Geschlechtes, eine Quotenregelung in allen Bundesländern für die Vergabe von Ausbildungsplätzen sowie von Beförderungen und finanzierten Weiterbildungen, während der Arbeitszeit. Insbesondere der Unterrepräsentation eines Geschlechtes auf Führungspositionen muss konsequent entgegengewirkt werden. Nur so kann der öffentliche Dienst seiner Vorbildfunktion gerecht werden!
- **Gender-Mainstreaming.** Gender-Kompetenz in den Verwaltungen muss noch stärker und über alle Hierarchiestufen hinweg, ausgebaut werden. Prinzipien wie Gender-Mainstreaming mit Instrumenten wie dem Gender-Budgeting und Gender-Check müssen überall Anwendung finden!
- **Ausschreibungen und Gleichstellung verbinden.** Wir fordern das die Aktivitäten und Erfolge eines Unternehmens in der Gleichstellung als ein wesentliches Kriterium zur Auftragsvergabe herangezogen wird.
- **Geschlechtergerechte Sprache durchsetzen.** Alle öffentlichen Dokumente sind geschlechtergerecht zu formulieren. Die Umsetzung ist zu kontrollieren.

4) Bewertung der Arbeit erneuern

Lohndiskriminierung entgegen wirken

In Deutschland beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern durchschnittlich 22%. Dieser Unterschied ist teilweise auf Strukturmerkmale wie geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ausbildung, in Beruf und der Tätigkeit, den Erwerbsjahren und ähnlichem zurückzuführen. Doch rechnet man alle diese Strukturdaten heraus, bleibt noch immer ein unerklärter Teil der Einkommensunterschiede, die lediglich dem Geschlecht zuzuschreiben sind und damit einen Diskriminierungstatbestand darstellen.

Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre so stellt man fest, dass im Westen Deutschlands die Gehaltsschere zumindest nicht weiter auseinander ging, wohingegen dies in den östlichen Bundesländern leider festzustellen war. Auch dahingehend findet offensichtlich eine Angleichung der Bundesländer statt, jedoch in die falsche Richtung.

Je älter die Beschäftigten sind, desto größer ist der Lohnunterschied. Während Frauen im Alter von bis zu 24 Jahren etwa 7,8 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen, wächst die Differenz bei der Altersgruppe zwischen 25 und 35 Jahren bereits auf 17,5 Prozent an. Der Einkommensrückstand wird bei Frauen ab 55 Jahren besonders deutlich: Sie verdienen rund 26,7 Prozent weniger.⁸ Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen ist das Qualifikationsniveau von jüngeren Frauen höher und erziehungsbedingte Berufsunterbrechungen spielen hier nur eine untergeordnete Rolle. Bei älteren Frauen wirkt sich dies, d.h. erziehungsbedingte Berufsunterbrechung und die damit verbundenen Karriereachteile stärker aus. Aber selbst bei gleichen Berufsjahren nimmt der Lohnunterschied zu, je mehr Berufsjahre beide Geschlechter aufzuweisen haben.

Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahren, auch dank der Reformen von Rot-Grün eine Wachstumsbranche. Dies ist jedoch in keinem Fall positiv zu bewerten, folgt daraus doch, dass nicht existenzsichernde Löhne und prekäre Tätigkeiten mit all den negativen Konsequenzen für sowohl die jetzige Lebensführung als auch die zukünftige soziale Absicherung.

Von den vollzeitbeschäftigten GeringverdienerInnen sind 60% Frauen, d.h. ihr Bruttoeinkommen lag unter 1779 € (West) bzw. 1323€ (Ost).⁹ Unter den Frauen arbeitet fast jede dritte, bei den Männern nur jeder 10. im Niedriglohnbereich.¹⁰ Zusammengenommen mit den oben geschilderten geringeren Arbeitszeiten heißt das, dass Frauen in viel geringerem Maße in der Lage sind, sich eine finanziell selbstständige Existenz aufzubauen.

- **Mindestlohn.** Daher setzen wir uns für einen gesetzlichen, branchenunabhängigen Mindestlohn von mindestens 7,50€ ein. Da insbesondere Frauen im Niedriglohnsektor arbeiten profitieren sie davon überproportional und die Gehaltsdifferenz wird verringert.
- **Niedriglohnsektor regulieren und langfristig abschaffen.** Für eine Regulierung des Niedriglohnsektors und eine Abschaffung der Minijobs.

⁸ <http://www.institut-fuer-arbeit-und-qualifikation.de/onlinefrage-der-bundesagentur-fuer-arbeit-markt-forschung-und-berufshilfe>

⁹ B Juni 2008.

¹⁰ Institut für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen 2008.

Tarifverträge diskriminierungsfrei gestalten

Der Grundsatz „Gleiches Entgelt bei gleichwertiger Arbeit“ ist aufgrund europäischer wie nationaler gesetzlicher Vorschriften (Entgeltrichtlinie, Vertrag von Nizza, BGB § 612) theoretisch eingelöst. Dennoch führen viele betriebliche und tarifvertragliche Praktiken dazu, dass Entgeltdiskriminierung stattfinden. So tragen Tarifverträge dazu bei, dass Entgeltdiskriminierung nach dem Geschlecht stattfindet. Vergleicht man z.B. die Berufsbeschreibung einer Schreibkraft mit der einer LagerarbeiterIn, so zeigt sich eine klare Unterbewertung der Schreibkraft. Bei dieser ist als Anforderung lediglich der Punkt „abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung oder gleichwertige Ausbildung, auch erworben durch mehrjährige anderweitige Qualifikation“ aufgeführt. Wohingegen bei dem/ der LagerarbeiterIn folgende Punkte zu finden sind

„Vorkenntnisse aufgrund aufgabenbezogener Unterweisung oder Einarbeitung, fallweise längere Berufspraxis; erhöht Anforderungen an Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit; erhöhte, fallweise große Belastung unterschiedlicher Art; erhöhte Verantwortung für Betriebsmittel und/ oder Arbeitsprodukt“. Aus diesen unterschiedlichen Beschreibungen ergibt sich bei einem Entgelt für die Schreibkraft von 1.715,77€ (2001) und 2.042,16 € (2001) für den/ die LagerarbeiterIn eine Differenz von 326,39€. Der These, dass auch eine Schreibkraft fallweise großer Belastung ausgesetzt ist oder aber auch sie erhöhte Verantwortung trägt (z.B. wenn sie dafür Verantwortlich ist, wichtige Briefe fristgerecht an die richtigen EmpfängerInnen zu versenden), würde kaum jemand widersprechen. Doch tauchten genau diese Beschreibungen in der Tätigkeitsbeschreibung nicht auf und begründen damit Entgeltungleichheit.

- **Berufsbilder überarbeiten.** Die Tarifparteien sind aufgefordert, die Berufsbilder auf ihre geschlechtsspezifische Wirkung überprüfen und entsprechend einem geschlechtsneutralen Berufsbild umarbeiten.
- **Geschlechtsneutrale Bewertungsverfahren.** Bei der Bewertung von Arbeit müssen geschlechtsneutrale Bewertungsverfahren eingesetzt werden. In der Schweiz beispielsweise wurde dazu bereits ein arbeitswissenschaftlich fundiertes System entwickelt. Nun ist es an den TarifpartnerInnen ein ähnliches diskriminierungsfreies System zur Arbeitsbewertung auch für Deutschland zu entwickeln und einzusetzen.

5) Offene Diskriminierung? Offensiv bekämpfen!

Neben diesen mehr oder weniger versteckten Diskriminierungen sind offene Diskriminierung und Sexismus ein großes Problem in unserer Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Auch wenn sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz durch das Beschäftigtenschutzgesetz sowie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geregelt werden, besteht in diesem Bereich noch akuter Handlungsbedarf. Der geschlechtergerechter Arbeitsmarkt muss frei von versteckter und offener Diskriminierung sein. Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ist eine unterschiedliche Behandlung auf Grund des Geschlechtes nur zulässig, sofern das Geschlecht die unverzichtbare Bedingung wegen der Art der auszuübenden Tätigkeit bildet. Auf Grund der schon länger in Deutschland geltenden Beweislastumkehrung in diesen Fällen trägt der Arbeitgeber/ die Arbeitgeberin im Prozess die Darlegungs- und Beweislast. Das ist eine grundsätzlich positiv zu bewertende Handhabung, da diese durch die erleichterte Beweislastführung, tendenziell ermutigend wirkt, eine Anzeige zu erstatten. Doch muss auch hier der bzw. die Diskriminierte die Diskriminierung als eine solche erkennen und dann auch wirklich zur Anzeige bringen.

Häufig werden Diskriminierung und sexuelle Belästigungen als Lappalie, Spaß oder persönliche Überempfindlichkeiten von außen, aber auch von den Betroffenen selber abgewertet. Aus Angst vor negativen Konsequenzen wie Spott der Kolleginnen und Kollegen, Verlust des Arbeitsplatzes oder des eigenen Ansehens schweigt ein Großteil der Betroffenen. Im geschlechtergerechten Arbeitsmarkt sehen wir Jusos keinen Platz für sexistische Sprüche und Witze, unerwünschten Körperkontakt und zweideutige Einladungen. Sexuelle Belästigung von Frauen ist ein eindeutiger Machtmissbrauch des dominierenden Geschlechtes. Um diesem vorzubeugen, muss schon frühzeitig ein Problembewusstsein bei allen Geschlechtern geschaffen werden.

- **AGG weiterentwickeln.** Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geht uns Jusos nicht weit genug. Neben der Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes, wird darin auch Diskriminierung auf Grund der ethnischen Herkunft, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verboten. Doch müssen schärfere Sanktionen bei erfolgter Diskriminierung folgen können.
- **Weiterentwicklung auf europäischer Ebene.** Die Ausdehnung der Antidiskriminierungsrichtlinie auf das Zivilrecht wird momentan u.a. von Deutschland blockiert. Eine starke EU-Richtlinie würde das AGG auf europäischer Ebene absichern und allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ihre

Rechte vor dem Europäischen Gerichtshof einzuklagen. Der umfassende Diskriminierungsschutz für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Alter, einer Behinderung, ihrem Glauben oder ihrer sexuellen Orientierung ist ein Menschenrecht. Wir Jusos unterstützen die Initiative „Ganz Europa ohne Diskriminierung“ und fordern die Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben.

Wir Jusos begrüßen außerdem den Beschluss des Europäischen Parlaments, Sexismus und Rollenstereotype aus den Medien zu verbannen und fordern die Verbindlichkeit dieser Richtlinie für alle Mitgliedsstaaten. Wir fordern die Bundesregierung auf Kampagnen zu entwickeln, die gegen sexistische Beleidigungen und entwürdigende Darstellungen von Frauen und Männern in der Werbung und im Marketing vorgehen.

6. Fazit

Gleichberechtigung und Gleichstellung ist möglich. Viele Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch. Ein Gesamtkonzept für Gleichstellung muss endlich vom Bundesfrauenministerium aufgegriffen und in Angriff genommen werden. Fast alle Ministerien sind in ihren Politiken davon betroffen und müssen ihrerseits Gesetzesinitiativen anstrengen. Nur so kann es gelingen, geschlechtsspezifische Diskriminierung abzubauen. Aber auch die Tarifparteien sind aufgefordert ihren Beitrag zu leisten. Zu guter letzt obliegt es auch allen gesellschaftlichen Institutionen das Geschlechterverhältnis zu reflektieren und zu verändern. Nicht zu letzt auch bei uns selbst.

J

Justiz- und Innenpolitik

J 1 – Bundesvorstand

Autoritärem Gesinnungsstrafrecht entgegentreten: § 129 a, b abschaffen!

Vorab

Die Versuche, politische Opposition zu kriminalisieren und mithilfe der Justiz mundtot zu machen, gab und gibt es in zahlreichen Ländern immer wieder. Aussagekräftig über den Zustand der Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit eines Landes ist der Umgang mit politisch Andersdenkenden.

Justizförmige Verfahren beinhalten immer die Selbstbeschränkung von Macht, da der Ausgang offen ist. In autoritären Systemen fehlt diese Selbstbeschränkung und die Ergebnisse von politischen Verfahren stehen von vorneherein fest. Einer freiheitlichen Ordnung, in der Demokratie und Freiheit durch entsprechende rechtsstaatliche Absicherung gewährleistet sind, läuft dieses zu wider.

Der § 129 a, b StGB stellt für uns ein Beispiel für Gesinnungsstrafrecht dar, dass unseren Vorstellungen an rechtsstaatlicher Absicherung in einer freiheitlichen Demokratie nicht gerecht wird. Deshalb fordern wir die Abschaffung des § 129 a, b StGB.

Worum geht es?

Bestraft wird nach § 129 a StGB, wer eine terroristische Vereinigung gründet oder unterstützt, in ihr Mitglied ist oder für sie wirbt. Maßgeblich ist der Zweck der Vereinigung, terroristische Taten zu begehen. Dabei reicht es aus, wenn dies nicht der Hauptzweck ist, sondern lediglich als notwendig angesehen wird, um andere weitergehende Ziele zu erreichen.

Werden die geplanten Delikte verwirklicht, sind sie durch andere Straftatbestände bereits erfasst. Der zusätzliche Strafgrund wird mit der besonderen Gefährlichkeit, die sich aus der organisierten Struktur der Gruppe ergebe, begründet. Demnach stellen bereits die

Organisationsdelikte im Vorbereitungsstadium der eigentlichen Tat, noch vor Versuchsbeginn, ein Verbrechen dar.

Bedeutsam sind insbesondere auch die weitreichenden Ermittlungsmaßnahmen der §§ 101 a ff StPO, die an den Verdacht einer Strafbarkeit aus § 129 a StGB anknüpfen. Diese greifen damit bei dem Verdacht der hier bezweckten Straftat zum einen früher als bei Verdacht einer „einfachen“ Begehung der Tat. Zum andern sind hier weitreichendere Maßnahmen möglich als bei der tatsächlichen Begehung der Tat. Zu den Sonderbefugnissen gehören die Post- und Telekommunikationsüberwachung, langfristige Observationen, Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern, geringere Verteidigerrechte, Postkontrollen, die Rasterfahndung, der große Lauschangriff hinsichtlich von Wohnungen etc. Oftmals wird zunächst nach §§ 129, 129 a StGB ermittelt, was umfangreiche Ermittlungen beinhaltet, um dann lediglich „normale“ Straftaten anzuklagen. Es liegen damit massive Eingriffe durch die Ermittlungsmaßnahmen der §§ 101 a ff StPO in die Grundrechte der Betroffenen und Dritter vor, die mit dem Verdacht der Strafbarkeit nach § 129 a StGB ermöglicht werden. Er fungierte als „Einschüchterungsparagraph“, der mit Hausdurchsuchungen, erleichternde Untersuchungshaft und höheren Kontrollmöglichkeiten bei den Betroffenen und ihrem Umfeld nicht selten zu Verängstigung und in den seltensten Fällen zu tatsächlichen Verurteilungen führte. In den Jahren 1980 bis 1996 kam es zu mehr als 6000 Verfahren. In der gesamten Zeit kam es jedoch lediglich zu sechs Urteilen, die sich ausschließlich auf den § 129 a StGB stützten. In 95 % der Verfahren kommt es noch nicht einmal zur Anklage. Dass die Kriminalisierung der Betroffenen existenzbedrohend sein kann, ist offensichtlich. Traumatische Folgen bei Hausdurchsuchungen, Ermittlungen am Arbeitsplatz, monatelange Überwachungen und zuletzt die Untersuchungshaft als massivste Einschränkung individueller Freiheit mit der Nicht-Möglichkeit der Erwerbsarbeit, der Nicht-Existenz bei Familie, Kindern und Freunden können sich massiv auf die betroffenen Menschen auswirken. Daneben sind solche Verfahren mit zahlreichen Beschlagnahmen mit den entsprechenden Auswirkungen auf Redaktionsgeheimnis etc. verbunden.

Rückblick

Die Geschichte der Strafbarkeit von bloßen Mitgliedschaften (sogenannten Organisationsdelikten) geht ins 18. Jahrhundert zurück. 1798 gab es den ersten Erlass zur Verhütung und Bestrafung geheimer Verbindungen, um der Ausbreitung der Französischen Revolution entgegenzutreten. Dem folgte 1818 eine preußische Verordnung gegen „Geheime Gesellschaften“ nach, auf dessen Grundlage auch die erste Datei über missliebige Personen entstand. Im Reichsstrafgesetzbuch von 1871 gab es dann den § 129, nach dem „die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigung gehört, Maßregeln der Verwaltung

oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern und zu entkräften“. Dieser wurde dann im Zusammenspiel hauptsächlich gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt. In der Weimarer Republik wurde der §129 um weitere Vorschriften ergänzt. Die Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung politisch unliebsamer Personen waren damit vielfältig.

Nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus setzten die Alliierten die Staatsschutzbestimmungen außer Kraft. 1951 wurde dann jedoch ein neues Staatsschutzrecht beschlossen. Ursprünglich war lediglich die Bildung einer kriminellen Vereinigung strafbar. In § 129 StGB hieß es dann, dass auch die „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ unter Strafe steht. Später wurde dem die Tatbestandsalternative des Werbens hinzugefügt. Unter Unterstützung wird die erfolgreiche Beihilfe zur Gründung bzw. Fortführung einer Vereinigung verstanden, während die Werbung als erfolglos gebliebener Versuch gewertet werden kann. Vor dem Verbot der KPD im Jahre 1956 diente der §129 StGB im Zusammenspiel mit § 90 a StGB (Verstöße gegen die verfassungsmäßige Ordnung) zur Bekämpfung der KPD und ihrer AnhängerInnen.

Im Zusammenhang mit der 68er Bewegung wurde der § 129 StGB nicht nur gegen die aus der APO hervorgegangenen kleinen Gruppen, die dem „bewaffneten Widerstand“ positiv gegenüberstanden und/oder praktizierten, sondern gegen zahlreiche weitere Personen angewandt. Das Personal für die Verfassungsschutzämter und der Staatsschutzabteilungen des BKA wurden drastisch erhöht. 1976 wurde der § 129 a StGB erlassen, der in systematischer Analogie zum § 129 StGB die Bildung, Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung unter Strafe stellte.

Faktisch hatte der § 129 a StGB zahlreiche Konsequenzen. Er fungierte als Instrument der Vereinfachung strafprozessualer Beweisführung. Überall dort, wo eine konkrete individuelle Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, konnten Straftaten wie ein Mord über die Konstruktion einer Vereinigung auch Personen, die der Mitgliedschaft bezichtigt wurden, zur Last gelegt werden. Der § 129 a stellte die Grundlage für die sogenannten isolierenden Haftgründe („Isolationshaft“) dar. Er diente als Ermittlungsparagraf, da mit ihm die Polizei erhebliche strafprozessuale Sonderermittlungsbefugnisse zur Hand bekam.

Im Jahre 1986 wurde die Strafdrohung erhöht und neue Katalogstraftaten dem §§ 129, 129 a StGB zugefügt. Unter Rot-Grün ist der § 129 b StGB hinzugekommen, der die Mitgliedschaft oder Unterstützung einer ausländischen Vereinigung unter Strafe stellt. Bei Gruppen außerhalb Europas muss das Bundesjustizministerium die Strafverfolgungsbehörden zur Ermittlung ermächtigen. Ein Novum in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte, was die

Verquickung von Strafverfahren und politischer Opportunität auf die Spitze treibt. Gleichzeitig hat Rot-Grün den § 129 a StGB entschärft, in dem im Falle bestimmter Straftaten die Tat dazu bestimmt sein muss, dass sie „die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern, eine Behörde oder internationale Organisation rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt zu nötigen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Staates...zu beseitigen oder erheblich zu beeinträchtigen, und (wenn sie) durch die Art ihrer Begehung oder ihre Auswirkungen einen Staat...erheblich schädigen kann“. Darüber hinaus wurde der Begriff des Werbens gestrichen, wenn es sich um reine Sympathiewerbung handelt.

Unsere Kritik am § 129 a, b StGB

Die Organisationsdelikte stellen einen Fremdkörper im deutschen Strafrecht dar, da sie eine konkrete Tat des Beschuldigten nicht erforderlich machen, sondern die angebliche Gesinnung des Beschuldigten ausreichen lassen. § 129 a, b StGB kollidiert mit dem Bestimmtheitsgebot aus Art. 103 Abs. 2 GG und des Schuld- und Tatstrafrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG.

Die §§ 129, 129 a, b StGB sind Normen des Strafrechts, die „eine Strafbarkeit bereits weit im Vorfeld der Vorbereitung konkreter strafbarer Handlungen“ (BGH 28, 148, 11.10.1978) begründen. Handlungen, die im Vorfeld strafbarer Handlungen liegen, sind all jene wie Reden, Treffen, legale Dinge kaufen, die eben „normalerweise“ keine Strafbarkeit begründen können. Die Strafbarkeit liegt in einem Stadium, wo ein konkreter Bezug zur Verwirklichung einer individuellen Rechtsgutbeeinträchtigung nicht vorliegt. Die Abgrenzung zwischen legalem Handeln und dem Delikt verschwimmt und ist schwer zu bewerkstelligen. Es werden Elemente des repressiven Strafrechts mit denen der präventiven Gefahrenabwehr vermischt, die in die Zuständigkeit der Polizei und der Länder fallen.

Solche Normen bedürfen weit gefasste und unbestimmte Rechtsbegriffe. Schließlich führen nicht konkrete Handlungen in Form von Rechtsverletzungen zur Strafbarkeit, sondern der konkreten Handlungen unterstellte Sinn. Sämtliche Tathandlungen können als Anknüpfungspunkt gewählt werden, da das Tatschuldrecht verlassen und lediglich auf den subjektiven Entschluss des Täters abgestellt wird. Die potentielle Weite des Anwendungsfeldes, der Mangel an objektiven Tatbestandsmerkmalen und die Konturlosigkeit begründen weitere Zweifel an der Zulässigkeit dieser Norm.

So wird der Paragraph von vielen als „Schnüffelparagraph“ bezeichnet, weil er sehr weitreichende Möglichkeiten zur staatlichen Überwachung in einem vom Staat zu definierenden Personenkreis beinhaltet, gegen die sich der/die Betroffene mangels Kenntnis

des Verfahrens nicht wehren kann. Allein der Kontakt mit einer verdächtigen Person kann zur Folge haben, um in die Ermittlungen des Staatsschutzes zu gelangen. Zudem hat der Generalbundesanwalt die Zuständigkeit und die Verfahren finden vor den Staatsschutzkammern bzw. –senaten der Oberlandesgerichte statt. Dies hat zur Konsequenz, dass eine Instanz wegfällt und lediglich die Revision vor dem BGH und keine Berufung möglich ist. Untersuchungshaft wird darüber hinaus ohne Haftgrund angeordnet. Faktisch haben die §§ 129, 129 a, b StGB die Funktion einer Ersatzstrafe durch eine staatliche Repression der Betroffenen, die an den sonstigen gerichtlichen Verfahrenskontrollen und –sicherungen vorbei läuft.

Wie weiter?

Die liberalen Kräfte im 19. und 20. Jahrhundert kämpften für eine Begrenzung des strafrechtlichen Staatsschutzes auf die Verteidigung gegen Angriffe auf die staatliche Ordnung (Hochverrat) und den Schutz die Integrität (Landesverrat). Die autoritär orientierten Strömungen machten es sich zum Ziel den Präventivkampf gegen politische Abweichler zu führen. Dabei wurden nicht selten auf Elemente zurückgegriffen, die vordemokratische Gesellschaften kennzeichneten, wie z.B. Strafbarkeit weit im Vorfeld konkreter Rechtsverletzungen, Sonderzuständigkeiten und strafprozessuale Besonderheiten.

Wir sagen, es ist an der Zeit, autoritärem Gedankengut mal wieder deutlich den Kampf anzusagen. Der § 129 a, b StGB ist Ausdruck autoritären Gesinnungsstrafrechts und gehört deshalb abgeschafft.

K

Kampf gegen rechts

K 2 - LV Schleswig-Holstein

Verbot des rechtsextremen Heimattreue Deutsche Jugend e. V. (HDJ)

Die Jusos fordern die Bundesregierung auf, die „Heimattreue Deutsche Jugend e. V.“ zu verbieten.

Begründung:

Die HDJ ist die wichtigste Vorfeldorganisation der NPD und gilt als Nachfolge-/Ersatzorganisation der bereits 1994 verbotenen Wiking- Jugend, die ein extrem völkisches, antisemitisches Weltbild, ohne Furcht vor Konsequenzen öffentlich vertreten hat. Die HDJ ist die Kaderschmiede für den Parteinachwuchs der NPD, in der Kinder und Jugendliche in Lagern ideologisch geschult und militärisch zu strammen Neonazis gedrillt werden. Es reicht also nicht aus der „Heimatreuen Deutschen Jugend e. V.“ die Uniformen zu verbieten, zumal diese das Uniformverbot längst bewusst nicht ernst nimmt und dieses ignoriert. So lange die HDJ nicht endgültig verboten ist, wird die HDJ auch weiterhin ihre Uniformen tragen und die Zuständigkeit wird mal vom Bund als Ländersache oder umgekehrt abgewiesen.

K 6 - LV RLP

Erstklassige Fans tragen kein „Thor Steinar“

Die Jusos sprechen sich dafür aus, das Tragen von Kleidungsstücken, deren Herstellung, Vertrieb und/oder Zielgruppen in der rechtsextremen Szene angesiedelt sind, flächendeckend auf Vereinsgeländen, bei Wettkämpfen oder bei Spielbegegnungen zu verbieten. Dies bezieht sich ausdrücklich auch auf Kleidungsstücke aller Marken, die einschlägige rechtsextreme Versände und Läden beliefern, selbst wenn diese Marken auch in „regulären“ Geschäften

erhältlich sind. Dieses Verbot soll in Form einer Änderung der Stadionordnungen, gemeinsam mit den Vereinen, mit Fanprojekten und Fans erreicht werden.

Das Innen- und Justizministerium wird aufgefordert, eine ständig zu aktualisierende Liste mit betroffenen Marken zu erstellen, die als eine Orientierungshilfe für diese Verbote dienen kann. Wichtig zu erwähnen ist, dass von einem solchen Verbot nur eindeutig rechtsextreme Marken wie Thor Steinar, Consdaple oder Masterrace fallen, von Nazis instrumentalisierte Marken wie Lonsdale oder Fred Perry davon jedoch nicht betroffen sein dürfen.

So soll für das Problem rechter Fankultur sensibilisiert werden. Eine mögliche Abwehrhaltung bei den Fans, wie sie durch das Anstreben von staatlicher Repression zu erwarten wäre, soll durch das gemeinsame Handeln verhindert werden. Eine mögliche Verbots-Kampagne ist daher durch Aufklärungsarbeit und gemeinsame Aktionen mit Vereinen, Fans und Fanprojekten zu begleiten.

Begründung:

Das Problem rechtsextremer Fankultur zeigt sich nicht nur in den unteren Spielklassen. Auch in Profiligen sehen sich StadionbesucherInnen immer wieder Gruppen und einzelnen Personen mit eindeutig rechten Marken und Symbolen gegenüber. Dies sorgt nicht nur für ein mulmiges Gefühl bei nicht rechtsextrem denkenden Menschen, es ist auch Teil eines Normalisierungs- und Integrationsprozesses rechter Kultur und Präsenz in der Gesellschaft.

Sicherlich wird ein Verbot eindeutig rechter Marken das Problem von Neonazis im Stadion nicht lösen können. Vermutlich wird es auch nicht mehr sein können als ein Symbol. Aber dennoch und gerade ist es wichtig, Symbole zu setzen und zu zeigen, dass wir rechtes Gedankengut, rechten Lifestyle und rechtes Auftreten nicht akzeptieren. Und zwar in keinem Lebensbereich.

Schon einige Profivereine wie Werder Bremen, Borussia Dortmund, St. Pauli oder Mainz 05 sind den Weg gegangen, in ihren Stadionordnungen das Tragen rechtsextremer Klamotten bei ihren Veranstaltungen zu verbieten. Leider befinden sie sich damit aber immer noch in der Minderheit. Wir Jusos sehen es als unsere Aufgabe, dieses Thema verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen und gemeinsam mit Vereinen und Fans zu erreichen die Stadien frei von Nazikleidern zu halten.

Wichtig zu erwähnen ist, dass von einem solchen Verbot nur eindeutig rechtsextreme Marken wie Thor Steinar, Consdaple oder Masterrace fallen, von Nazis instrumentalisierte Marken wie Lonsdale oder Fred Perry davon jedoch nicht betroffen sein dürfen.



Migration & Integration

M 2 - LV NRW, BZ Hessen-Süd

Gleiche Rechte, gleiche Chancen – Die Integration als eine der Zukunftsaufgaben in unserem Land begreifen und endlich angehen!

Die Diskussion um das Thema „Integration“ gehört aktuell zu den heikelsten politischen Debatten. Mehr als 15 Millionen Menschen in der Bundesrepublik haben einen „Migrationshintergrund“, sind also selbst im Ausland geboren, oder haben nähere Verwandte, die dort geboren worden sind. Die Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist mittlerweile auch bei vielen Konservativen angekommen.

Mit diesem Konsens geht auch ein Wandel in der Begrifflichkeit einher: der Begriff „Ausländer“, diente der pauschalen Bezeichnung aller Menschen die nicht bio-deutscher Herkunft waren. Mittlerweile dominieren die Begriffe „MigrantIn“ oder „Mit Migrationshintergrund“, ohne das klar ist wer damit gemeint ist: die Menschen die tatsächlich nach Deutschland migriert sind, ihre Kinder oder Enkelkinder? Wir JungsozialistInnen sind uns der ausgrenzenden und auch diskriminierenden Wirkung aller dieser Begriffe bewusst, denn das Bestehende wird durch Begriffe produziert und manifestiert.

Solange Menschen jedoch aufgrund rassistischer Strukturen in unserer Gesellschaft strukturell benachteiligt werden, ist es unsere Aufgabe dagegen zu kämpfen. Wir sind bemüht die Deutungshoheit im Integrationspolitischen Diskurs über neue Begrifflichkeit zu erlangen, die die vermeintliche Differenz nicht reproduzieren.

Trotzdem stellen wir fest, dass sich der Schwerpunkt der Debatte in den letzten Jahren verschoben hat. Für eine kurze Zeit sah es so aus, als könnte sich tatsächlich eine Diskussion entwickeln, die eine Perspektive für die Gestaltung der Bundesrepublik als pluraler Einwanderungsgesellschaft erarbeiten könnte. Bestandteile eines solchen Programms wie beispielsweise eine nachhaltige Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts unter anderen durch Hinnahme von Doppelstaatsangehörigkeiten oder auch Maßnahmen zum Abbau

sozialer Benachteiligungen von Migrantinnen und Migranten wurden jedoch nie in die Tat umgesetzt.

Stattdessen wird der Diskurs vor allem von der Angst vor „islamistischem“ Fundamentalismus und Terrorismus, vor (Jugend-) Kriminalität und „Parallelgesellschaften“ beherrscht.

Unabhängig von der starken Fokussierung auf den Islam bleibt die Diskussion über Integration dabei im Kern eine auf den türkischstämmigen Teil der Migrantinnen und Migranten bezogene Debatte. Vorurteile und Diffamierungen, die aktuell den Islam treffen wie beispielsweise der Vorwurf der kulturellen Rückständigkeit und der angeblichen Unvereinbarkeit mit „westlich-abendländischen Werten“ – was auch immer das sein mag – wurden früher bereits auf Türkinnen und Türken abgeladen. Inhaltlich bietet die Diskussion um eine „Integrationsfähigkeit“ des Islam daher alt bekanntes in neuem Gewand.

Die Schieflage der Diskussion wird auch am Stichwort „Leitkultur“ deutlich. Meist bleibt unklar, was der Verwender unter dem Begriff „Leitkultur“ überhaupt meint. „Die“ eine Kultur gibt es in Deutschland schließlich nicht.

Der schwerreiche Steuerhinterzieher aus dem Nobelvorort wird wohl wenige kulturelle oder sonstige Vorlieben mit dem Arbeitslosen aus einer anderen Gegend der Stadt teilen. Was hier die Leitkultur sein soll, weis niemand. Offensichtlich ist, dass soziale Stellung die persönlichen Einstellungen und kulturellen Praktiken eines Menschen wesentlich stärker beeinflusst, als die ethnische Herkunft oder die Religionszugehörigkeit.

Hinzu kommt: Definiert man die „Leitkultur“ schlicht mit der durch das Grundgesetz beschriebene Verfassungsordnung, so wird es wirklich banal. Die fast absolute Mehrzahl der Menschen in diesem Land respektiert die Verfassung und hält sich an die allgemeinen Gesetze – unabhängig vom ethnischen Hintergrund. Das ständige Herumreiten auf der Frage nach der Gesetzes- und Verfassungstreue von MigrantInnen wirkt hier ausgrenzend und verletzend.

Zudem scheint es vielen gerade konservativen PolitikerInnen nicht in den Kopf zu gehen, dass Menschen durchaus eine, zwei, oder mehrere Identitäten zugleich haben können – sei es als Facharbeiter, Liebhaber und Fußballfan, oder als Moslem, Deutscher, Fußballfan, Heimwerker und noch als vieles mehr. Niemand muss sich zwangsläufig entweder als „Deutscher“ oder „Türke“ fühlen. Und selbst wenn, so sagt dies noch überhaupt nichts darüber aus, welche konkreten gesellschaftlichen Einstellungen sich daraus ergeben. Ähnlich fragwürdig sind auch die Diskussionen über sogenannte „Parallelgesellschaften“.

Dass in manchen Stadtteilen mehr Menschen mit Migrationshintergrund leben als in anderen, ist eine Banalität. „Parallelgesellschaft“ soll dann sein, wenn Menschen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund sich nur noch in Zusammenhängen aufhalten, in denen alle anderen denselben ethnischen Hintergrund haben. Nur – auch dies ist banal – entscheidend dafür, wo jemand wohnt und mit wem jemand den Alltag verbringt ist in erster Linie, zu welcher sozialen Schicht jemand gehört. Probleme in Stadtteilen entstehen in erster Linie aus Armut und sozialer Ausgrenzung, und das betrifft die Menschen dort unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

Die Diskussion über „Parallelgesellschaften“ ist daher scheinheilig. Sucht man den Kern der Argumentation vieler Warner vor der „Parallelgesellschaft“, so reduziert sich die Argumentation oft schlicht auf die Feststellung, in einer bestimmten Gegend wohnen zu viele „Ausländer“. Dies hat aber mit soziologischen Betrachtungen und tatsächlichen Problemen nichts mehr zu tun.

Diese Scheinheiligkeit zeigt sich auch am Umgang mit dem Bau von Moscheen. Eigentlich ein Zeichen dafür, dass sich Menschen dauerhaft einrichten wollen, wird der Bau von Moscheen oft bekämpft. Auch hier geht es meist weniger um die Frage, ob Muslime in Deutschland leben. Entscheidend scheint für viele MoscheebaugegnerInnen, dass Muslime auch sichtbar ihren Glauben leben wollen, und sich nicht mehr mit Hinterhofmoscheen begnügen wollen.

Die eigentliche gesellschaftliche Herausforderung gerät durch diese Debatten vollends in den Hintergrund: Die Rolle der Mehrheitsgesellschaft – also jener gesellschaftlichen Mehrheit ohne Migrationshintergrund – wird nicht in den Blick genommen.

Dabei wäre es an der Zeit, über institutionelle Diskriminierungen, beispielsweise im Aufenthaltsrecht und bei Familienzusammenführungen nachzudenken. Das deutsche Schulsystem gibt Kindern mit Migrationshintergrund kaum eine Chance, auch auf dem dualen Ausbildungsmarkt herrscht ethnische Ungleichheit, also strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen. Die Arbeitslosigkeit ist unter Migrantinnen und Migranten deutlich höher. Der Umgang von Behörden und Polizei mit Migranten ist oft grob und von oben herab.

Trotz der Erkenntnis, dass die Einbürgerung ein deutliches Zeichen eines Menschen dafür ist, hier in Deutschland auf Dauer seinen Lebensmittelpunkt zu sehen, bleiben die Einbürgerungsbedingungen hart. Von hier geborenen und beschulten Menschen ohne deutschen Pass eine Sprachprüfung vor der Einbürgerung zu verlangen, ist eine Erniedrigung. Hinzu kommt der öffentliche, nur auf tatsächliche oder vermeintliche Defizite der Zuwanderer fokussierende Diskurs, der die Rolle der Mehrheitsgesellschaft konsequent ausblendet.

Nach wie vor wird der Themenkomplex Integration gerne zu Wahlkampfzwecken benutzt. Dabei geht es mitnichten darum, um die besten Möglichkeiten zur Herstellung von Chancengleichheit zu streiten, sondern um die schlichte Bedienung rassistischer Vorbehalte.

Multi-kulturell statt Leitkultur

Die global anstehenden Probleme und Gestaltungsaufgaben setzen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, mit unterschiedlichen Sichtweisen und Problemansätzen voraus.

Wir brauchen multi-kulturelle Ansätze und Vorgehensweisen. Dabei sind die Stärken und Besonderheiten verschiedener Kulturen zu beachten, zu schätzen und zu nutzen. Wir setzen uns für die Verbundenheit von Kulturen und Nationen ein und unterscheiden uns damit auch vom konservativen Ansatz der „Leitkultur“. Integration bedeutet keine uneingeschränkte Anpassung an bestehende Umstände, sondern die Erneuerung der bestehenden Verhältnisse durch den Einfluss von außen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist Grundlage für das Zusammenleben unsere Menschen in unserem Land. Die pauschale Unterstellung, dass viele MigrantInnen sich nicht an das Grundgesetz halten, lehnen wir ab.

Überhaupt keine Rolle spielt das Sicherheitsbedürfnis der MigrantInnen. Die Medien regierten verwundert über die heftigen Reaktionen und Spekulationen vieler türkischer Medien nach dem Hausbrand in Ludwigshafen im Februar 2008. Völlig außer acht blieb dabei, dass in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahren über 130 Menschen durch rechtsextreme Angriffe getötet wurden, unter anderem auch durch Brandanschläge auf Häuser. Die öffentliche Diskussion kreist um vermeintlich kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund. Tatsächlich als Gruppe von Gewalt bedroht sind in Deutschland aber nach wie vor Menschen, die eben nicht zur gesellschaftlichen Mehrheit gehören. Dem Sicherheitsbedürfnis vieler MigrantInnen ist durch ein konsequentes auch polizeiliches Vorgehen gegen Rechtsextremisten Rechnung zu tragen.

Wir wollen uns deshalb bewusst von einer Diskussion abgrenzen, die nur die Migrantinnen und Migranten als Adressaten von „Maßnahmen zur Integration“ versteht.

Für uns ist vielmehr klar: In erster Linie muss die Mehrheitsgesellschaft ihre Hausaufgaben machen. Integration wird nur dann gelingen, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle Menschen in diesem Land geschaffen sind.

Bildungswesen

Das deutsche Bildungssystem ist so selektiv wie kaum ein zweites in der industrialisierten Welt. Arbeiterkinder haben deutlich geringere Chancen auf gute Schulabschlüsse als Kinder wohlhabender Elternhäuser.

Migrantinnen und Migranten sind besonders häufig sozial benachteiligt. Allein deshalb schon schneiden sie bei den Bildungsabschlüssen wesentlich schlechter ab als der Durchschnitt der SchülerInnen ohne Migrationshintergrund.

Im Schuljahr 2006/ 2007 besuchten insgesamt 897 700 ausländische Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende Schulen. Der Anteil betrug damit durchschnittlich 9.6 %. In Hauptschulen liegt der Anteil mit 19,2 % deutlich höher, in Realschulen mit etwa 7,7, % und Gymnasien mit 4,3 % deutlich darunter. Etwa 19.2 % der Schulabsolventen ohne deutschen Paß verlassen die Schule ohne Abschluss. Das Abitur erreichen lediglich 4,1 %, ein Anteil, der in den letzten 10 Jahren kaum Veränderung erfahren hat. Mit 2,9 % ist der Anteil von Menschen mit ausländischem Pass, die ihr Abitur in Deutschland gemacht haben, an deutschen Hochschulen erschreckend gering.

SchülerInnen mit Migrationshintergrund weisen zudem teilweise einen anderen Förderungsbedarf auf als SchülerInnen ohne Migrationshintergrund. Diesen Bedürfnissen wird das deutsche Bildungssystem nicht gerecht.

Forderungen:

Bausteine einer erfolgreichen Integration

Wenn uns Integration tatsächlich wichtig ist, müssen wir ebenfalls die Kernfrage beantworten: Stellen wir hierfür finanzielle Mittel zur Verfügung?

Neben einem notwendigen Umdenken und der Offenheit für Neuerungen steht und fällt an dieser Frage der Integrationserfolg.

Frühkindliche Förderung

Schwierigkeiten denen SchülerInnen mit Migrationshintergrund begegnen, kann bereits durch eine gezielte frühkindliche Förderung begegnet werden. Sie setzen frühzeitig in der Entwicklung der Kinder an, sodass Defizite nicht verstärkt, sondern rechtzeitig behoben werden.

Die Teilnahme an frühkindlichen Förderungsmaßnahmen ermöglicht zudem eine frühzeitige Begegnung von SchülerInnen mit und ohne Migrationshintergrund. Mit dem Ergebnis, dass die SchülerInnen den Umgang miteinander frühzeitig lernen. Damit diese Förderung alle Kinder

unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erreicht fordern wir gebührenfreie Kitaangebote sowie die Einführung einer Kindergartenpflicht ab dem 3. Lebensjahr.

Die Kindertagesstätte als Schnittstelle der Beziehung zwischen Familien und der deutschen Gesellschaft muss genutzt werden, um weitere Integrationsmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind besonders die Eltern über Projekte und Initiativen anzusprechen. Das von Essen erfolgreich kopierte Rotterdamer Projekt „Stadtteilmütter“ sollte flächendeckend umgesetzt werden. Hier bereiten sich Mütter und hoffentlich auch Väter auf die anstehenden Module (beispielsweise ‚Wir lernen die Uhr, Farben, Tiere etc.‘) vor, damit sie diese mit ihren Kindern in ihrer Muttersprache üben können, während dies in den Kindergärten auf deutsch spielerisch gelernt wird. Gleichzeitig werden Eltern zwangsläufig mit anderen Eltern vernetzt.“

Im Gegensatz zur heutigen Situation sind die Kosten für Sprachförderung anteilig von Bund, Länder und Kommunen zu übernehmen.

Sprachförderung

Die Einführung von Sprachförderung in den Kindertagesstätten ist umzusetzen. Wir wollen, den Besuch von Kindertagesstätten kostenlos und verpflichtend machen, denn gerade sozial benachteiligte Kinder (häufig solche von Eltern mit Migrationshintergrund) besuchen keine Kindergärten. Fehlt der Kindergartenbesuch, können alle dortigen Maßnahmen auch nicht greifen.

Vermeehrt SchülerInnen mit Migrationshintergrund beherrschen die deutsche Sprache nur fehlerhaft. Die Beherrschung der Sprache ist aber eine notwendige Voraussetzung um erfolgreich am Schulleben teilnehmen zu können. SchülerInnen die Sprachdefizite aufweisen müssen zusätzlich sprachlich gefördert werden. Das kann unter anderem durch gezielten Sprachunterricht sowohl im Kindergarten als auch später in der Schule passieren. Sprachförderung darf jedoch nicht nur in abgesonderter Form stattfinden, sondern muss integraler Bestandteil eines jeden (Fach-)Unterrichts sein. Hierbei muss der Ansatz sein die deutschen sowie die muttersprachlichen Sprachfähigkeiten zu fördern. Dies muss sowohl im elementarsprachlichen wie auch im fach- und hochsprachlichen Bereich geschehen. Aus diesem Grund sehen wir in der Sprachförderung eine Aufgabe, die von Institutionen frühkindlicher Bildung bis in die Sekundarstufe II hineinreicht.

In Schulen, in denen SchülerInnen vornehmlich den gleichen Migrationshintergrund aufweisen, soll zusätzlicher Unterricht in der Muttersprache ermöglichen Schulhalte an SchülerInnen zu vermitteln und sie nicht aufgrund ihrer Sprachdefizite zurückfallen zu lassen.

Sprachförderung von Erst- und Zweitsprache muss institutionsübergreifend erfolgen und darf sich nicht nur auf die SchülerInnen allein beschränken. Wir Jusos unterstützen daher Programme wie das Modellprojekt „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ (FörMig), das auf zweisprachige, institutionsübergreifende Sprach- und Bildungsförderung, die auch die Eltern der SchülerInnen miteinbezieht, abzielt. Die Finanzierung dieses und ähnlicher Modellprojekte, die bei „Förmig“ beispielsweise momentan paritätisch von den zehn teilnehmenden Bundesländern und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen wird, darf 2009 nicht ersatzlos auslaufen. Wir Jusos fordern eine Fortführung und Erweiterung solcher Projekte.

Förderung von Zweisprachigkeit

Viele MigrantInnen sind bilingual aufgewachsen oder beherrschen eine andere als die deutsche Sprache. Die Fähigkeit eine weitere Sprache zu sprechen ist eine hervorragende Kompetenz die gefördert werden muss. Dabei muss ein Augenmerk auch auf die Ausbildung der schriftsprachlichen Kompetenz in der Erstsprache gelegt werden.

Die Integration von MigrantInnen sollte nicht zum Verlust zusätzlicher sprachlicher Kompetenzen führen, sondern im Gegenteil gefördert und erhalten werden. Diese Förderung kann durch bilingualen und sprachintegrativen Fachunterricht sowie zusätzlichen Sprachunterricht in der Schule erreicht werden.

Die Vermittlung von Lehrkompetenzen in den Bereichen Zweisprachigkeit und Sprachförderung muss integraler Bestandteil der LehrerInnenausbildung jeglicher Fachrichtungen an den Universitäten sowie in der ErzieherInnenausbildung werden. Bereits ausgebildeten LehrerInnen und ErzieherInnen müssen diese Kompetenzen durch gezielte Weiterbildungen vermittelt werden.

Diversifizierung der Lehrkörper

Um diese Sprachdefizite zu beheben, brauchen wir sowohl im Kindergarten als auch in der Schule Personal mit Migrationshintergrund und zusätzlichen qualitativ hohen Sprachkenntnissen. Die Fähigkeiten dieses Personals können die Integration von MigrantInnen und die Akzeptanz durch die anderen Kinder und SchülerInnen fördern. Sie können damit einmal als Ansprechpartner für alle Kinder, Schüler- und LehrerInnen dienen und gegebenenfalls auf spezielle Probleme von Kinder und SchülerInnen mit Migrationshintergrund besser eingehen, sowie ihre zusätzliche Sprachkompetenz in die Vermittlung von Lehrinhalten einbringen.

Darüber hinaus können sie eine gewisse Vorbildfunktion erfüllen. Insbesondere im Schulsystem müssen daher LehrerInnen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden.

Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Lehrer

Mit der Diversifizierung der Lehrkörper muss gleichzeitig eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz von LehrerInnen einhergehen. Die Spannungen die beim aufeinandertreffen von SchülerInnen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen entstehen können erfordern die Fähigkeiten der LehrerInnen sie zu erkennen und mit ihnen umgehen zu können. Hier müssen LehrerInnen vermittelnd und erklärend tätig werden.

Die tatsächliche Präsenz von MigrantInnen in unserer Gesellschaft und ihre Präsenz in den Schulen erfordert außerdem die Kenntnis der LehrerInnen um die kulturellen Hintergründe großer Gruppen von MigrantInnen in Deutschland. Diese Kompetenzen müssen LehrerInnen durch gezielte Weiterbildungen und in ihrer Ausbildung vermittelt werden. Weiter sollten an Schulen LehrerInnen speziell mit der Aufgabe betraut werden anderen LehrerInnen beratend zur Seite zu stehen und die Integrationsarbeit in den Schulen zu betreuen.

Abschaffung des Religionsunterrichts

Eine Abschaffung des Religionsunterrichts ist nicht nur auf Grund der Tatsache der Trennung von Staat und Kirche, sondern aus Gründen der Gleichbehandlung aller Religionen unumgänglich. Religion soll durch ein gemeinsames konfessionsunabhängiges und neutrales Fach „Ethik“ ersetzt werden. Dadurch wird nicht nur die Koedukation gefördert sondern auch Vorurteile abgebaut.

Ein gemeinsames Fach „Ethik“ ist aus unserer Sicht die einzige Lösung, in einer von verschiedenen Religionen geprägten Gesellschaft gemeinsame Werte, Moral und Lebensgrundlagen zu vermitteln. Religionsunterricht ist unzeitgemäß und diskriminiert all diejenigen, in deren Religion kein spezieller Unterricht angeboten wird. Kirche und Staat sind rechtlich getrennt und dies sollte auch in der Praxis so durchgeführt werden.“

Koedukation

Die Frage ob alle SchülerInnen an Schulveranstaltungen teilnehmen müssen oder die Eltern sie aus religiösen Gründen entschuldigen dürfen ist geprägt von dem Spannungsverhältnis zwischen elterlichem Erziehungsrecht und staatlichem Bildungsauftrag.

Die Spannung entsteht dadurch, dass auf der einen Seite SchülerInnen die nicht an diesen Veranstaltungen teilnehmen die Möglichkeit der vollständigen Teilhabe am Schulleben verwehrt bleibt.

Auf der anderen Seite durch eine verpflichtende Teilnahme möglicherweise religiöse Überzeugungen der Schülerin oder des Schülers und der Eltern verletzt werden.

Letztlich überwiegen dennoch der Bildungsauftrag des Staates und die Relevanz einer Partizipationschance jeder Schülerin und jedes Schülers. Die Teilnahme an Schulveranstaltungen betrifft einen wichtigen Bereich des Schullebens und ist ein wichtiger Aspekt für die Integration jeder/s einzelnen Schülerin/Schülers in die Klassengemeinschaft.

Da aber die praktische gewaltsame Durchsetzung der Teilnahme gegen den Willen der Schülerin und des Schülers unangemessen erscheint müssen die LehrerInnen versuchen die freiwillige Teilnahme durch einen Dialog mit den Beteiligten zu erreichen.

Repräsentanz von MigrantInnen in Schulbüchern

MigrantInnen sind noch immer in Schulbüchern unterrepräsentiert. Die Personen- und Gesellschaftsdarstellungen in den Schulbüchern spiegeln die gesellschaftlichen Realitäten häufig nicht wieder und damit wird den SchülerInnen eine verzerrte Wahrnehmung vermittelt. Deswegen fordern wir, dass MigrantInnen in Schulbüchern entsprechend ihrer Präsenz in der Gesellschaft dargestellt werden.

Anerkennung von Schulleistungen/Abschlüssen/Eingliederung von Schulkindern

Ein weiteres Integrationshindernis stellt die Nichtanerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse dar. Qualifizierte MigrantInnen können häufig nicht auf ihren bereits erworbenen Qualifikationen aufbauen, sondern müssen den gesamten Schul- oder Ausbildungsweg neu bestreiten. Als Folge setzen MigrantInnen häufig ihre Schul- oder Berufslaufbahn nicht fort, sondern orientieren sich in niedriger qualifizierte Berufe. Um MigrantInnen den Zugang zum qualifizierten Arbeitsmarkt nicht zu verschließen, sollten bereits erworbene Qualifikationen anerkannt und mangelnde Fähigkeiten durch punktuelle Weiterbildungen ausgeglichen werden. Die Anerkennung von Schulabschlüssen ist auch für SchulerInnen entscheidend, die sich noch im Schulalter befinden. Sie sollten in Klassen mit gleichaltrigen eingegliedert werden und nicht aufgrund ihres Migrationshintergrundes in eine niedrigere Klasse oder in eine leichtere Schulform verwiesen werden.

Arbeitsmarkt

Trotz gleich guter formaler Bildung haben MigrantInnen deutlich schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Dies führt faktisch zur ethnischen Abschließung in stark nachgefragten Ausbildungsberufen. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben primär in

unattraktiven Berufen mit niedriger Entlohnung und geringem Karrierepotenzial gute Ausbildungschancen. Zudem werden die Jugendlichen über fehlende soziale Netzwerke oder geringere Einbindung in diese und mittels der Auswahlkriterien der Betriebe, die den sozialen Hintergrund und die Orientierung berücksichtigen, diskriminiert. Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden störende Sozialisationsfaktoren und durch sie bedingte Verhalten unterstellt, insbesondere unzureichende Kenntnis der „deutschen (Betriebs)Kultur“ und das Fehlen von Fertigkeiten, die außerhalb der Bildungsinstitutionen erworben werden. Gerade unter jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu jungen Menschen ohne Migrationshintergrund deutlich höher. Sie finden sich deutlich stärker in schulischen Ausbildungen oder berufsvorbereitenden Maßnahmen wieder.

Dies liegt zum einen daran, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich schlechtere Bildungschancen und damit auch vermehrt schlechtere oder keine Bildungsabschlüsse besitzen. Da die Anforderungen an die formalen Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber in den letzten Jahren stets gestiegen sind, folgt hieraus ein großes Problem für diese Gruppe.

Richtig ist sicherlich, dass der Übergang von der Schule in den Beruf auch dadurch erschwert wird, dass die Eltern oft nicht mit dem deutschen Schul- und Berufsbildungssystem vertraut sind. Zudem fehlen meist persönliche Beziehungen zu Betrieben oder Ausbildern, die oft bei der Suche nach einer Lehrstelle behilflich sind.

Oft fehlt zudem der Blick dafür, welche Berufe eigentlich zu den eigenen Fähigkeiten und Wünschen am besten passen würden.

Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit auch von Menschen mit Migrationshintergrund bei gleichem Bildungsstand wie bei Mehrheitsdeutschen höher. Wer einen nicht „deutsch“ klingenden Nachnamen hat, hat es schon bei der Vorauswahl unter den Bewerbungen schwer.

Für junge Frauen mit Kopftuch kommt das Problem hinzu, das viele Arbeitgeber aus Angst vor vermeintlich abwehrenden Reaktionen ihrer Kunden von einer Einstellung einer jungen Frau mit Kopftuch absehen, obwohl diese vielleicht im konkreten Fall die besten Qualifikationen besitzt.

Zugleich lässt sich beobachten, dass auch im Bereich der höher und hochqualifizierten Menschen mit Migrationshintergrund die Arbeitslosigkeit höher ist als unter Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft.

Hier lässt sich nicht mehr davon sprechen, dass der Grund für die schlechte Stellung auf dem Arbeitsmarkt auf den mangelnden schulischen und oder beruflichen Qualifikationen beruht.

Näher liegender ist hier vielmehr, von grundlegenden Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt auszugehen.

Daher fordern wir:

Der Migrationshintergrund von Menschen darf kein Nachteil auf dem Arbeitsmarkt und bei der Verwirklichung der eigenen beruflichen Pläne sein!

Die Arbeitsämter müssen gemeinsam mit freien Trägern verstärkt auf Unternehmen zugehen und Vorurteile abbauen! Wir fordern Kampagne der Arbeitsämter; mit verstärkter Einbeziehungen der Migrantenselbstorganisationen, die Vorurteile bei Unternehmen abbaut, und dafür sorgt, dass die Herkunft des Menschen oder seiner Vorfahren keine Rolle bei der Entscheidung über die Jobvergabe spielt!

Schon in der Schule ist darauf zu achten, dass die Berufsberatung für den Übergang in den Beruf passend ist, und jungen Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich die ganze Bandbreite der interessanten Tätigkeiten präsentiert.

Außerdem sollen die Arbeitsagenturen verstärkt Ausbildungsplätze in von MigrantInnen betriebenen Unternehmen aquirieren!

Ein Mittel und eine Hilfestellung wäre ein Handbuch für von MigrantInnen betriebene Unternehmen zum Thema „Wie bilde ich jemanden aus?“

Wenn, dann kann der Migrationshintergrund von Menschen eine Ressource sein, ein Nachteil darf aus ihm nicht gemacht werden!

So kann die Bilingualität der MigrantInnen viel stärker genutzt werden, beispielsweise von Firmen bei Geschäftsbeziehungen zu den Herkunftsländern der Migranten bzw. von deren Vorfahren.

Quotenregelung für den Öffentlichen Dienst

Zwar kann der Migrationshintergrund für sich kein Einstellungsgrund sein. Angesichts der Tatsache, dass Menschen mit Migrationshintergrund in den Berufen des öffentlichen Dienstes kaum vorkommen, ist aber der Handlungsdruck groß.

Öffentlicher Dienst muss mit gutem Beispiel voran gehen! Der Öffentliche Dienst ist eine der zentralen Schnittstellen im Alltag zwischen Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat. Eine

stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst hätte zur Folge, dass Herkunftsdeutsche mit Migrantinnen und Migranten in alltäglichen Situationen stärker in Kontakt treten würden. Migrantinnen und Migranten könnten sich besser mit der Mehrheitsgesellschaft identifizieren.

Wir fordern daher die Öffentliche Hand auf, bis zum Jahr 2011 bei den jährlichen Neueinstellungen mindestens so viele Menschen mit Migrationshintergrund – bei gleicher Qualifikation wie die anderen Bewerberinnen und Bewerber - einzustellen, wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung des jeweiligen Gebiets entspricht.

Sollte diese freiwillige Quote bis zum Jahr 2011 nicht erreicht werden, so ist eine gesetzliche Regelung zu finden, die eine einheitliche Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“ (etwa des Statistischen Bundesamtes) zur Grundlage haben muss und die in ihrer Innen- und Aussenwirkung in einer Weise eingeführt und dargestellt wird, die verhindert, dass es gerade bei diesem in der Gesellschaft so emotional diskutierten Thema zu Stigmatisierungserscheinungen kommt.

Begleitend dazu ist ein Förderprogramm aufzulegen, das Menschen mit Migrationshintergrund gezielt für Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst anspricht und gegebenenfalls weitere Qualifizierungen anbietet. Flankierend dazu müssen Anstrengungen unternommen werden, die die Stigmatisierungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund abbauen.

Private Unternehmen, die Menschen mit Migrationshintergrund zumindest entsprechend ihrem Anteil an der lokalen Bevölkerung entsprechend anstellen, sind bei öffentlichen Ausschreibungen zu bevorzugen.

Unter der Voraussetzung einer deutlich höheren Ausbildungsquote, welche über Jahre hinweg für die Steigerung der Lehrstellenanzahl sorgte, ist eine Herabsenkung der Verdienstgrenzen für qualifizierte Zuwanderer vorzunehmen. Gleichzeitig ist zu verhindern, dass aufgrund dieser Herabsenkung ein Lohndumping auf Kosten hier lebender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfindet.

Die klugen Köpfe sind stärker einzubinden, weiterhin sind ausreichend Perspektiven für ihre persönliche Lebensplanung zu bieten. Dabei hat jeder, der in Deutschland eine abgeschlossene Hochschulausbildung getätigt hat eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Diese gilt auch für seinen engsten Familienkreis. Der Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft ist ebenfalls unter erleichternden Bedingungen zu gewähren. Alle in Deutschland ausgebildeten Fachkräfte einzubeziehen.

Zur Lage von Migrantinnen

Migrantinnen werden in Deutschland zweifach diskriminiert: als Migrantin und als Frau.

Bei gleichen Bildungsabschlüssen ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen mit Migrationshintergrund und einem Hochschulabschluss doppelt so hoch wie unter Frauen ohne Migrationshintergrund. Unter jungen Frauen mit Migrationshintergrund ohne akademischen Abschluss ist die Situation noch dramatischer.

Hinzu tritt ein öffentlicher Diskurs, der Frauen mit Migrationshintergrund vor allem eine Opferrolle zuweist: Das Bild der unterdrückten Frau – das sich zumeist auf die muslimische Frau konzentriert. Das Kopftuch wird dabei als Symbol zur Unterdrückung der Frauen instrumentalisiert. Bücher über Zwangsehen füllen die Buchhandlungen. Die Berichterstattung über sogenannte Ehrenmorde nimmt breiten Raum ein, und schafft es bis in die Talkshowrunden und Hauptnachrichtensendungen.

Die Diskussion über Unterdrückung, Patriarchat, sowie Zwangsheirat und Ehrenmorde nimmt momentan einen breiten Raum in der öffentlichen Debatte ein. Ohne Zweifel ist jeder Mord verwerflich und fürchterlich. Riskant ist bei dieser Debatte allerdings, dass durch kulturalistische Argumentationen und die Fokussierung auf die „unterdrückte muslimische Frau“ der Blick auf die realen Probleme der Migrantinnen und eigentlichen Ursachen versperrt bleibt – mit der Folge der Reproduktion von ethnizitäts- und geschlechtsspezifischen Stereotypen, die in verzerrte Debatten und falschen Rückschlüssen münden. Zudem werden Migrantinnen als monolithischer Block dargestellt. So wird der Blick für die diversifizierte Realität von Migrantinnen verzerrt.

Die spezifischen sozioökonomischen Lebensverhältnisse von Migrantinnen sind für deren Zukunftschancen entscheidend. Migrantinnen finden sich überproportional oft in unterprivilegierten Gesellschaftsschichten wieder.

Hinzu kommen zum Teil spezifische Macht- und Gewaltverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Hier wird die ökonomische (und oftmals rechtliche) Abhängigkeit von Migrantinnen zementiert; und hauptsächlich auf tradierte Geschlechterrollen mit der Frau als Mutter und dem Mann als Ernährer der Familie festgeschrieben.

Gerade Frauen mit Migrationshintergrund sind von schlechten Arbeitsbedingungen, vor allem schlechterer Bezahlung sowie der Abschiebung auf Minijobs betroffen.

Dabei gilt es zu erkennen: Die Kritik am islamischen Frauenbild – das die öffentlichen und politischen Debatten beherrscht – ist im Kern eine Kritik am patriarchalischen Gesellschaftsbild – das sich auch in allen Religionen und bürgerlich-konservativen Gruppen wiederfindet. Die Forderung nach einem selbstbestimmten Leben für Frauen, ist eine Forderung, für die auch die feministische Bewegung in Deutschland seit Jahrzehnten kämpft.

Deutlich wird: Die ohnehin schwierige Ausgangssituation für eine weibliche Emanzipation in Deutschland verkompliziert sich bei Migrantinnen zusätzlich durch die Diskriminierung, die sie durch die Mehrheitsgesellschaft als Migrantin erfährt!

Daher fordern wir:

Wer will, dass Frauen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, muss die realen Möglichkeiten dafür schaffen!

Die beruflichen Beschäftigungs- und Aufstiegschancen für Frauen mit Migrationshintergrund müssen verbessert werden! Dies kann nur über einen Abbau von Diskriminierungen vor allem am Arbeitsmarkt gelingen. Wir fordern daher eine konsequente Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes gerade auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere auch Sachen Entlohnung!

Eine tatsächliche Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur dann herstellen lassen, wenn innerhalb der Familien ein modernes Geschlechterverhältnis Einzug hält.

Dieses gilt es durch ein flächendeckendes Netz von Betreuungseinrichtungen abzusichern.

Frauen, die im Wege der Familienzusammenführung nach Deutschland kommen, müssen eine eigenständige und vom Status des Ehemanns unabhängige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis vom ersten Tag an erhalten.

Denn auch mit Blick auf die Migrantinnen gilt: Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden!

Medien und MigrantInnen

In einer Gesellschaft in der die Medien neben der Legislative, der Judikative und der Exekutive als vierte Gewalt gelten, nehmen die Medien und ihre Berichterstatter eine besondere Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung ein und tragen eine dementsprechende Verantwortung.

Sie gelten als Sprachrohr der Bürger und zugleich Informant. Sie dienen als Spiegelbild der Gesellschaft und können deshalb die Bürger näher aneinander bringen, aber sie auch auseinandertreiben.

Schaut man sich die gängigen Tageszeitungen an, so erkennt man, dass sich bestimmte Schlagzeilen immer mehr häufen:

- „Die Integration ist gescheitert“
- „MigrantInnen ziehen sich in ihre Parallelgesellschaften zurück“
- „Der Islamismus ist auf dem Vormarsch“
- „Unter den MigrantInnen herrscht ein latenter Deutschenhass“

Durch diese mit Mehrheit negativen Berichterstattungen bildet sich der Leser seine Meinung und assoziiert zwangsläufig Einwanderung und Integration mit etwas Negativen.

Die positiven Beispiele gehen durch die Menge der negativen Berichterstattungen unter und die Gesellschaft konzentriert sich stattdessen auf die Verfehlungen.

Die MigrantInnen haben darunter am meisten zu leiden, da sie als die Schuldigen gebrandmarkt sind.

Einseitige Entscheidungsebenen haben eine einseitige Berichterstattung zur Folge, welchem entgegengewirkt werden muss.

Denn: Medien können gar kein Spiegelbild der Gesellschaft sein, da sie die Zusammensetzung dieser gar nicht korrekt wiedergeben!

Es herrscht ein Mangel an Ausgewogenheit zwischen Vertretern der Mehrheitsgesellschaft und Vertretern der Minderheiten.

Stellen MigrantInnen innerhalb der Gesellschaft einen nicht niedrigen Anteil dar, so gehen sie bei den Medien nahezu vollkommen unter.

Einige nehmen zwar aktiv am Mediengeschehen teil, doch müssen sie immer wieder als Positivbeispiel angeführt werden, um so den Mangel ausgleichen zu können

In den letzten Jahren hat sich eine breit gefächerte Szene aus Zeitungen und Zeitschriften entwickelt, die entweder von ausländischen Unternehmen für Migrantinnen und Migranten in Deutschland als Zielgruppe entwickelt wurden, oder die von Menschen mit Migrationshintergrund in

Deutschland gegründet wurden.

Daher fordern wir:

Mehr Repräsentanz von MigrantInnen in den Medien für eine ausgeglichene Berichterstattung!

Hier sind gerade die öffentlich-rechtlichen Sender gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Es gibt viele Menschen mit Migrationshintergrund, die als freie JournalistInnen arbeiten, oder auf dem Weg dahin sind. Es gäbe keine für die Stellen geeigneten MigrantInnen ist ein reine Schutzbehauptung. Die Fernseh- und Radiosender haben bei ihrer Einstellungspolitik die Realität der Einwanderungsgesellschaft zu berücksichtigen!

Ergänzend dazu fordern wir mehr journalistische Förderprogramme für MigrantInnen.

Die in den letzten Jahren entstandenen Medien von Migrantinnen und Migranten sind als Teil der deutschen Medienlandschaft ernst zu nehmen und zu beachten.

Nicht nur die negativen Berichterstattungen dürfen beachtet werden. Positivbeispiele müssen denselben Raum bekommen. Die verzerrende, stets nur Probleme und Negativbeispiele in den Vordergrund rückende Berichterstattung muss aufhören!

Zudem gilt: Keine Ethnisierung der Berichterstattung! Die ethnischen Unterschiede dürfen in den Berichterstattungen keine Rolle spielen. Die wahren Ursachen von sozialer und gesellschaftlicher Exklusion müssen benannt werden!

Wir fordern, dass die Lebensrealität der Einwanderungsgesellschaft auch in der Journalistenausbildung ankommt. In Zusammenarbeit u.a. mit Migrantenselbstorganisationen soll mit den Journalistenverbänden und den Ausbildungsstätten für Journalisten ein Konzept entwickelt werden, wie angehenden Journalisten ein differenzierter und klischeefreier Zugang zu den Themen Migration und Integration ermöglicht werden kann.

Politikerstatements tragen zur Verschärfung der Lage bei oder entschärfen diese. Gerade die sozialdemokratischen Politikerinnen und Politiker sind dazu aufgerufen, durch Wortwahl und eine sensible Art im Umgang mit dem Thema Integration sowie den Anliegen der Migrantinnen und Migranten zu einem gesellschaftlichen Klima beizutragen, in dem pauschale Vorurteile abgebaut und Anerkennung für Migrantinnen und Migranten geschaffen wird.

In einer von uns gewünschten multikulturellen Gesellschaft hat eine Benachteiligung aufgrund eines Migrationshintergrunds nichts zu suchen. Die konsequente Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes ist deshalb zu befolgen. Dabei ist vor allem stärker auf die gesetzlichen Möglichkeiten hinzuweisen, sodass benachteiligte Menschen über ihre Rechte ausreichend informiert sind und sich zu wehr setzen können.

Die frühe Begegnung zwischen Kindern mit und ohne eine Migrationsherkunft ist anzustreben. Vor allem in der Freizeit sollte die Möglichkeit bestehen gemeinsam Zeit verbringen zu können. Dabei sind öffentliche Angebote im Rahmen der Kinder- und Jugendpflege zu bestehen sowie Vereinsangebote zu fördern.

Um einen verstärkten interkulturellen Austausch in Vereinen zu schaffen, ist die Förderung von Vereinsarbeit auszuweiten. Dabei gilt es insbesondere die Vereinsförderung auch unter dem Aspekt der Integration zu betrachten und auf solche Angebote besonders einzugehen.

Dem noch immer bestehenden Alltagsrassismus ist zu begegnen. Die Gesellschaft muss durch eine Kampagne gegen diesen sensibilisiert werden.

Kommunale Integration/Institutionen

Damit kommunale Integration erfolgreich ist, braucht es unterschiedliche Maßnahmen:

Um individuelle und maßgeschneiderte Maßnahmen in der Kommune anzubieten, ist eine Kenntnis der Herkunft der MigrantInnen unabdingbar. Hierzu müssen Daten erhoben werden, wie sich diese Menschen wo in der Kommune auf die verschiedenen Herkunftsländer und -regionen verteilen. Wir fordern die Entwicklung differenzierter Integrationskonzepte für Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund und Lebensalter, um zielorientierte Angebote zu entwickeln, die der Integration tatsächlich förderlich sind. Integration setzt nicht nur bei Kleinkindern an, sondern setzt sich über die Familien fort bis hin zu herkunftsspezifischen Angeboten für SeniorInnen.

Vor Realisierung dieses Konzepts muss ohne Frage eine Bestandsaufnahme stehen, die die finanzielle Situation im Bereich Integration darstellt. Die aktuellen Ausgaben in der Kommune müssen auf ihren Sinn und Zweckhaftigkeit hin überprüft und eine mögliche Umverteilung und Neuorientierung analysiert werden. Dennoch werden höhere Ausgaben im Bereich Integration unabdingbar sein, um erfolgreiche individuelle Maßnahmen realisieren zu können. Dabei muss aber auch klar sein: Eine gescheiterte Integration kostet um Einiges mehr.

Unser Konzept zur Integration in der Kommune sieht vor, dass die Menschen mit den verschiedensten Migrationsgeschichten bei der Planung und Umsetzung von Projekten ohne Einschränkung einbezogen werden. So fordern wir exemplarisch eine Vernetzung und

Zusammenarbeit von Verbänden, Vereinen, Initiativen und Unternehmen zur Initiierung und Förderung von Projekten.

Gerade Akzeptanz ist ein wichtiger Schritt für die Integration in unsere Gesellschaft. Diese wird nicht nur in Kindergärten und Schulen, sondern wird auch durch Austausch innerhalb der Kommune / des Stadtteils vermittelt. Aus diesem Grund fordern wir, dass vermehrt Projekte initiiert werden, die besonders diesen Austausch fördern. Raum für derartige Projekte ist nicht nur in Kindergärten oder Schulen zu finden und zu suchen, sondern auch in anderen Begegnungsstätten, wie z.B. Jugendhäusern oder Sportvereinen. In diesem Zusammenhang fordern wir den Erhalt und die Förderung von Jugendhäusern und Sportstätten. Gemeinsame Veranstaltungen im Stadtteil können ein friedliches Zusammenleben und die kulturelle Vielfalt lancieren und einen interreligiösen Dialog initiieren.

Verwaltung

Es gibt viele Ansatzpunkte, um Menschen mit Migrationsgeschichte das Leben in den Kommunen zu vereinfachen und somit ihre Integration zu fördern, denn oft nehmen sie nötige Hilfe nicht an und bleiben mit ihren Problemen alleine in ihrem direkten Lebensumfeld, ohne zu wissen, dass sich dies auf die nachfolgende Generation auswirkt. Als ersten Schritt fordern wir die Anstellung von mehrsprachigen MitarbeiterInnen in öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. der Stadtverwaltung, um Sprachbarrieren zu beheben und so eine bessere Ansprache von Menschen mit Migrationsgeschichte zu ermöglichen.

Partizipation

Ein weiterer wichtiger Schritt für die Integration von MigrantInnen ist, ihnen die Teilnahme an demokratischen Entscheidungen zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem die Kommunalwahl, ebenso aber auch Bürgerentscheide – diese Entscheidungen haben direkt vor Ort Auswirkungen auf das Leben. Aus diesem Grund fordern wir ein Kommunales Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen, die ihren ersten Wohnsitz seit mindestens vier Jahren in Deutschland haben.

Darum beteiligen wir Jusos uns an der Kampagne „Hier wo ich lebe, will ich wählen!“, die 2007 von der LAGA, AWO, Landesjugendring, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Caritas, Diakonie und anderen gestartet wurde. Darüber hinaus muss der Ausländerbeirat als eigenständiger ordentlicher Ratsausschuss installiert werden. Mit diesem Schritt kann sowohl eine

Aufwertung erfolgen als auch eine Animation der Menschen mit Migrationsgeschichte, sich vermehrt und intensiver für ihre eigenen Belange einzusetzen. Leben im Stadtteil.

Das Erscheinungsbild verschiedener Stadtteile bzw. Bezirke führt häufig dazu, dass Menschen ohne Migrationsgeschichte in angeblich „bessere“ Gegenden wechseln. Dies erschwert den MigrantInnen die Integration, da hier kein interkultureller Austausch mehr stattfinden kann. Wir fordern daher eine Aufwertung dieser Stadtteile durch bauliche Maßnahmen und Aufwertung und Ausbau von Grünanlagen. Dies dient dem kulturellen Austausch. Durch eine derartige Aufwertung wird der Stadtteil auch wieder attraktiv für Menschen, die es für gewöhnlich eher in andere Stadtteile oder Städte zieht. Bei der Planung dieser Stadtteilaufwertungen stellt die Partizipation von MigrantInnen im Prozess eine wesentliche Grundbedingung dar. Zudem müssen in diesem Rahmen Überlegungen angestellt werden, bezahlbaren Wohnraum für Familien zur Verfügung zu stellen.

Neben der baulichen Stadtteilaufwertung sind Begegnungsstätten in den Stadtteilen eine weitere Möglichkeit, um Integration zu fördern, z.B. in Form eines Cafes oder Treffpunkts mit diversen Angeboten, wie einer Kinder- und Hausaufgabenbetreuung durch ältere MitbürgerInnen mit oder ohne Migrationsgeschichte. Derartige Begegnungsstätten sollten mit multikulturellem Personal ausgestattet sein, um die genannten Sprachbarrieren und andere Hemmnisse, wie insbesondere Vorurteile, abzubauen.

Dialog mit der Polizei schaffen

Ein besserer Dialog zwischen Polizei und vor allem Jugendlichen mit einer Migrationsherkunft ist zu ermöglichen. Es sind neue Planstellen bei der Polizei zu schaffen, die vorwiegend für solche Dialoge zuständig sind. Gleichzeitig ist vermehrt auf Präventionsprojekte Wert zu legen, um auch vorbeugend Maßnahmen ergreifen zu können.

Im Rahmen der Polizeiausbildung ist auf die Erlernung von interkultureller Kompetenz mehr Wert zu legen. Insgesamt ist ein besserer Dialog auch in die Arbeit von Streetworkern und Sozialpädagogen einzubetten.

SeniorInnen

Auch über das Leben im Alter müssen sich Kommunen verstärkt Gedanken machen. Viele Gastarbeiter kommen jetzt in das Rentenalter. Oft können herkömmliche Alten- oder Pflegeheime nicht die Ansprüche der SeniorInnen mit Migrationshintergrund gerecht werden. Gerade SeniorInnen mit muslimischen Glauben haben besondere Ansprüche. Wir fordern, dass sich die Alten- und Pflegeheime auf diese SeniorInnen einstellen und das Essen speziell zubereiten, Gebetsräume zur Verfügung stellen und die Hinweisschilder auf verschiedene

Sprachen anbringen. Sinnvoll ist auch das Personal auf dieses Klientel umzustellen und zu schulen. Politische Partizipation

Von politischen Entscheidungen ist die Mehrzahl der MigrantInnen in der Bundesrepublik ausgeschlossen.

Dies hat Gründe:

Die Mehrzahl der Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik besitzt keinen deutschen Pass. Dies führt zu einem weitgehenden Ausschluss von politischen Gestaltungsmöglichkeiten.

Auch Migrantinnen und Migranten mit einer Staatsangehörigkeit der Europäischen Union können nur bei Europawahlen sowie auf kommunaler Ebene wählen. Von Entscheidungen auf Bundesebene bleiben auch sie ausgeschlossen.

Zumindest nach ihrem rechtlichen Status können nur Migrantinnen und Migranten, die einen deutschen Pass besitzen, alle demokratischen Partizipationsrechte wahrnehmen.

Es dominiert in der Öffentlichkeit die Diskussion über Migrantinnen und Migranten die Illusion von einer Integrationsverweigerung der Mehrheit der MigrantInnen. Dabei ist eine gleichberechtigte Diskussion über weitere Schritte hin zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft noch lange nicht erreicht. Diese würde vor allem voraussetzen, dass die Mehrheitsgesellschaft auch bereit ist, Forderungen und Vorwürfe von Seiten der Migranten ernsthaft zu diskutieren.

Dies ist momentan nicht der Fall. Beispiel ist die Reaktion der meisten Medien auf die Boykott-Drohung einiger Migrantenselbstorganisation in Richtung auf den „Integrationsgipfel“ der Bundesregierung im Sommer 2007. Suggestiert wurde, dass die Verbände den angebotenen „Dialog auf Augenhöhe“ mit der deutschen Politik ablehnen. Nur – ein Dialog auf Augenhöhe kann erst dann statt finden, wenn alle Beteiligten rechtlich gleichgestellt sind und damit – zumindest theoretisch – dieselben Zugangsmöglichkeiten zum politischen Entscheidungsprozess haben wie die Mehrheitsgesellschaft. Dies ist gerade nicht der Fall. Deutlich wird dies auch, wenn man auf den Auslöser der Boykott-Drohungen blickt: Nämlich die Verschärfung der Nachzugsrechte zu türkischen Ehepartnern in der Bundesrepublik.

Kurz: Themen, die für den Integrationsprozess von MigrantInnen wichtig sind, werden nur aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft heraus beleuchtet und diskutiert. Dies führt zu Handlungs- und Lösungsvorschlägen, die einerseits an der Lebensrealität der MigrantInnen vorbeigehen (Verzerrung der Diskussionen), andererseits aber auch nur an die MigrantInnen

adressiert sind. Das von vielen MigrantInnen als paternalistische Bevormundung seitens der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommene Verhalten fördert Abgrenzungstendenzen und behindert zusätzlich die Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft.

Die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten besitzt nach wie vor keinen deutschen Pass. Die Folge ist ein grundsätzlich unsicherer rechtlicher Aufenthaltsstatus. Das Recht zum Verbleib in Deutschland hängt vom Wohlwollen der (deutschen) Mehrheitsgesellschaft ab, da die gesetzlichen Regelungen, die dem Aufenthalt zugrunde liegen, jederzeit wieder geändert werden können.

Die Diskussion über Integration ist ein Diskurs der Mehrheit über eine weitgehend rechtlich und sozial schlechter gestellte Minderheit. Anders gesagt: ein Diskurs, den die Dominanzgesellschaft über die Marginalisierten führt.

Von einem Diskurs auf Augenhöhe kann dann gesprochen werden, wenn der Migrationshintergrund nicht mehr zugleich rechtliche und soziale Benachteiligung der Diskutanten bedeutet.

Auch die Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in den etablierten Parteien und politischen Institutionen ist gering.

Zwar gibt es mittlerweile von der Europa- bis hin zur kommunalen Ebene in allen Parlamenten deutsche Abgeordnete mit Migrationshintergrund. Diese bilden aber eine Ausnahme. Repräsentativ für den Anteil der MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung ist dies bei weitem nicht.

Zwar gibt es mittlerweile gerade auch in der SPD und den Jusos eine wachsende Zahl von Mitgliedern mit Migrationshintergrund. In höheren Funktionen sucht man nach ihnen aber vergeblich. Ein Blick auf den SPD-Parteivorstand oder den Juso-Bundesausschuss genügt.

Zwar haben mittlerweile viele Unterbezirke und Stadtverbände der SPD und der Jusos Arbeitskreise zum Thema Integration eingerichtet.

Dabei muss gelten: MigrantInnen sind weder per se noch alleine für Integrationspolitik verantwortlich.

Eine Strategie, wie es die Partei und unser Verband schaffen können, tatsächlich allen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bundesrepublik unabhängig von ihrer Herkunft eine politische Heimat zu bieten, existiert nicht.

Für manche jungen Menschen mit Migrationshintergrund ist dies Grund genug, sich in Migrantenselbstorganisationen zu organisieren. Diese haben unterschiedliche politische, soziale, kulturelle oder religiöse Ziele. Gemein ist den meisten dieser Organisationen, dass sie ihren Fokus auf ein Engagement in Deutschland und nicht auf das Herkunftsland ihrer Eltern gelegt haben, womit sie deutlich ihre Bereitschaft und ihren Anspruch zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe in Deutschland untermauern.

Oftmals handelt es sich bei den MSO um relativ neue und wenig finanzstarke Organisationen ohne rechtlichen Status. Aufgrund des fehlenden rechtlichen Status (im Sinne von rechtlicher Nichtanerkennung der Organisationen als zivilgesellschaftliche Akteure) bleibt ihnen der Weg zur finanziellen Unterstützung und politischen Anerkennung somit aufgrund struktureller und rechtlicher Hindernisse versperrt. In der Folge müssen diese Verbände stärker als viele Jugendorganisationen der Mehrheitsgesellschaft ohne hauptamtliche Unterstützung auskommen, was ihren Aktionsradius wesentlich einschränkt.

Die Verbände leisten wichtige politische Arbeit in Richtung Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft. Sie sind ein potenzieller Bündnispartner für eine fortschrittliche Integrationspolitik und für die Jusos und die SPD. Daher fordern wir:

Die SPD muss die Migrantinnen und Migranten als seriöse Zielgruppe anerkennen. Dies geht über die Produktion mehrsprachiger Flyer in Wahlkämpfen deutlich hinaus.

Ziel muss sein, Migrantinnen und Migranten in aussichtsreichen Positionen auf die Wahlvorschläge der SPD für die Parlamente zu bekommen, und ihren Anteil in den Gremien der Partei zu erhöhen.

Ein erster Schritt wäre, dass die Parteivorsitzenden auf allen Ebenen das Thema Integration auf die politische Tagesordnung setzen, und deutlich machen, dass sie selbst für eine stärkere Öffnung der Partei hin zu Menschen mit Migrationshintergrund stehen.

Außerdem muss die SPD endlich einen umfassenden fortschrittlichen Diskurs über Integration als Querschnittsthema entwickeln und diesen in alle Gremien tragen.

Auch wir JungsozialistInnen müssen dieses Politikfeld und die Menschen in den Fokus unserer Debatten rücken. Integrationspolitik darf auch bei uns nicht länger Randthema bleiben.

Leitbild wäre hier ähnlich des Gender Mainstreaming das eines „Mainstreaming Integration“.

Des Weiteren fordern wir Jusos die kompletten bürgerlichen Rechte für alle Menschen, die mindestens vier Jahre ihren rechtmäßigen Aufenthalt in der Bundesrepublik haben. Dies bedeutet die Einführung eines Ausländerwahlrechts auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.

Wir fordern eine erleichterte Einbürgerung. Staatsbürgerschaftstests und Verfassungstreueprüfungen sowie Sprachtests lehnen wir ab!

Wir fordern die doppelte Staatsbürgerschaft: Bei der Einbürgerung ist nicht die Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit zu verlangen!

Wir fordern die finanzielle und politische Aufwertung von Integrationsräten in den Kommunen!

Wir fordern die finanzielle und politische Aufwertung von Migrantenselbstorganisationen. Sie sind wichtig um gesellschaftliche und politische Anliegen von Menschen mit Migrationshintergrund in die öffentliche Diskussion einzubringen. Gerade für die Sozialdemokratie können sie Bündnispartner für die Entwicklung von fortschrittlicher Politik in Deutschland sein.

N

Nachhaltige Wirtschafts- und Steuerpolitik

N 2 - LV NRW

Finanzmärkte regulieren! Nachhaltiges Wachstum fördern, Kurzfristorientierung verhindern!

1. Einleitung

Seit Januar 2008 erleben wir eine der heftigsten Finanzkrisen in der neueren Geschichte. Kommentatoren wie der ehemalige Präsident der Federal Reserve Bank, Alan Greenspan, sprechen von der schwersten Finanzkrise seit 1945. Ausgelöst durch eine Immobilienkrise in den USA infiziert sie Banken und Börsen rund um den Globus.

Die Konsequenz: Derzeit müssen die Steuerzahler und Zentralbanken mehrere Banken mit Milliardenbeträgen vor dem Zusammenbruch bewahren. Im Frühjahr 2008 stufen Wirtschaftsforschungsinstitute, die Deutsche Bundesbank, Internationaler Währungsfonds und EU-Kommission die positiven Wachstumsprognosen von ursprünglich mehr als 2 % auf ca. 1,5% zurück. Die globale Finanzmarktkrise hat die deutsche Realwirtschaft erreicht. Weitere schwere Konsequenzen sind absehbar.

In dieser Situation werden zwei Kernelemente des finanzgetriebenen Kapitalismus deutlich, wie er in den westlichen Industriestaaten in den vergangenen zwei Jahrzehnten durchgesetzt wurde: grenzenlose Kapitalströme, die häufig selbst die wenigen verbliebenen Regeln missachten, und die besondere Krisenanfälligkeit dieser Form des Kapitalismus.

Die Jusos wollen die aktuelle Krise zum Anlass nehmen, die Entwicklungen zu analysieren und den Handlungsbedarf sozialdemokratischer Politik aufzuzeigen. Dabei geht es uns nicht um einen moralischen Fingerzeig, wie ihn Franz Müntefering einst in seiner Heuschreckendebatte bedeutete. Nötig ist eine nüchterne Analyse. Politische Weichenstellungen haben die Ursachen dieser Krise ermöglicht. Nun brauchen wir politische Antworten.

2. Spekulation statt Investition – die fehlgeleitete Dynamik des finanzgetriebenen Kapitalismus

Die jüngere Wirtschaftsgeschichte ist geprägt von wechselnden Phasen der Deregulierung und Reregulierung des Finanzsystems. Die letzte große Phase der Deregulierung ist Anfang der 1930er Jahre mit der Großen Depression bzw. dem Untergang der Demokratie in vielen Ländern beendet worden. Heute weisen bedeutende Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, insbesondere in den USA, auf die besorgniserregenden Parallelen zwischen den 1920er Jahren und der aktuellen Entwicklung hin. Hieraus lassen sich wichtige Lehren ziehen, wobei die theoretisch-wissenschaftliche Dimension von der politökonomischen unterschieden werden muss.

Die fragwürdige theoretische Begründung der Finanzmarktderegulierung

Auf theoretischer Ebene entspringt die Forderung nach Deregulierung der neoklassischen Annahme, freie Finanzmärkte neigten aus sich heraus zu Effizienz. Diese Annahme galt bis zur „Keynesianischen Revolution“ Mitte der 1930er Jahre als gesichertes Erkenntnis. Danach wurde sie für mehrere Jahrzehnte allgemein als widerlegt betrachtet. Erst die „monetaristische Gegenrevolution“ der 1970er Jahre hat der neoklassischen Effizienzmarkthypothese wieder Auftrieb verliehen. Sie lässt sich sowohl auf den Unternehmenssektor wie auf den privaten Haushaltssektor anwenden, d.h. nach dieser Sichtweise werden sowohl unternehmerische Produktions- und Investitionsentscheidungen als auch private Konsum- und Sparentscheidungen durch deregulierte Finanzmärkte am besten befördert.

- Unternehmen erzeugen nach dieser Sichtweise genau dann den größten gesamtgesellschaftlichen Nutzen, wenn sie sich möglichst stark am Shareholder Value orientieren. Aktienkurse spiegeln demnach die Gewinnerwartungen von Unternehmen realistisch wieder. Gutes Management wird durch hohe Aktienkurse belohnt, schlechtes durch niedrige bestraft. Nur freie Aktienmärkte, in denen es keine regulatorischen Hürden für feindliche Übernahmen und kurzfristige Aktienumsätze gibt, werden das Management zu einer möglichst effizienten Mittelverwendung mit entsprechend positiven gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekten disziplinieren. Weitere Anreize erhalten Manager durch die Koppelung ihrer Vergütung an Aktienkurse (z.B. durch Aktienoptionen). Hohe Aktienkurse werden Investitionen stimulieren, niedrige Aktienkurse weisen darauf hin, dass „zu viele“ (ineffiziente) Investitionen vorgenommen werden. Abweichung der Aktienkurse von den

„Fundamentalwerten“ ist auf Dauer nicht möglich, da die Marktteilnehmer effizient mit den vorhandenen Informationen umgehen.

- Ähnliches gilt für die Kreditvergabe (Konsumentenkredite, Hypothekenkredite) an die privaten Haushalte. In effizienten Kreditmärkten würden Individuen nur dann Kredit erhalten, wenn die Kreditgeber ihre Fähigkeit zu künftigem Schuldendienst für ausreichend halten. Auf freien Märkten wird es längerfristig nicht zu einer unangemessenen Kreditexpansion bzw. zu einer allgemeinen Kreditklemme kommen können. Vielmehr bedeutet etwa ein Rückgang der Sparquote in Verbindung mit einer verstärkten Verschuldung der privaten Haushalte, dass von den rationalen Marktteilnehmern eine positive künftige Produktivitäts- und Einkommensentwicklung erwartet wird, die die Bedienung der aufgenommenen Schulden ermöglichen wird.

Diese Hypothesen sind theoretisch umstritten und empirisch kaum belegt. Insbesondere weisen mittlerweile selbst prominente frühe Vertreter des Shareholder Value-Konzepts darauf hin, dass die Fixierung auf kurzfristige Finanzmarktkennzahlen (Aktienkurs, Gewinn pro Aktie) zu einer obsessiven Kurzfristorientierung des Managements führt. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Manager in großem Umfang langfristig rentable Investitionen zu Gunsten kurzfristiger Finanzmarktergebnisse unterlassen. Außerdem führt die mit der Finanzmarktorientierung verbundene zunehmende Ausschüttung von Gewinnen (Dividenden, Aktienrückkäufe) dazu, dass den Unternehmen liquide Mittel zur Investitionsfinanzierung fehlen.

Auch im Bereich der Kreditvergabe an private Haushalte kann eine exzessive Kurzfristorientierung zu negativen gesamtwirtschaftlichen Effekten führen. Wenn Banker einen gewichtigen Teil ihrer Vergütung über leistungsbezogene Bonuszahlungen beziehen, können sie einen Anreiz haben, sehr riskante Kreditvergaben zu veranlassen. Dieses Problem wird durch die im Zuge der Deregulierung zunehmende Unübersichtlichkeit im Bereich innovativer Finanzprodukte verstärkt. Außerdem können viele Banken davon ausgehen, im Ernstfall von der Zentralbank oder der Regierung im Interesse der Finanzsystemstabilität gerettet zu werden. Die erwartete Vergesellschaftung von Verlusten verführt aber dazu, im Kampf um private Gewinne übertriebene Risiken einzugehen.

Diese im Kern keynesianischen Ergebnisse sind mittlerweile wieder selbstverständlicher Teil eines neuen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams. Da jedoch die Finanzmarktderegulierung bis jüngst fortschreitet – weitgehend unabhängig von parteipolitischen Konstellationen –, scheint es notwendig, auch Erklärungen im politischen Prozess selbst zu suchen.

Finanzmarktderegulierung als Ergebnis von Lobbyismus?

Auf politischer Ebene ist Finanzmarktderegulierung in der Geschichte typischerweise mit einer wachsenden Einflussnahme entsprechender Lobbygruppen einhergegangen. In den USA waren die zuständigen Regierungsvertreter sowohl in den 1920er Jahren als auch in der jüngeren Vergangenheit eng mit dem Bankenwesen verbunden. Beispielsweise war der wirtschaftspolitische Berater und Finanzminister unter Bill Clinton, Robert Rubin, vor seiner Tätigkeit in der Regierung stellvertretender Vorstandsvorsitzender der großen Investmentbank Goldman Sachs. Später wurde er Vorsitzender der Bankengruppe Citigroup. Deren Gründung war erst möglich geworden, nachdem 1999 eine der wichtigsten Regulierungsmaßnahmen aus Roosevelts „New Deal“, der Glass-Steagall Act von 1933, abgeschafft worden war. Dieses Gesetz hatte verhindert, dass Banken sich am Investmentgeschäft beteiligen. Die Deregulierung in diesem Bereich hat maßgeblich zur Kreditexpansion im Zuge des Booms minderwertiger Hypothekenkredite in den letzten Jahren beigetragen. Auch der aktuelle US-Finanzminister, Henry Paulson, war früher Investmentbanker und Vorstandsvorsitzender bei Goldman Sachs.

Auch in Deutschland ist der Einfluss der Finanzbranche auf die Politik unübersehbar. Ehemalige Minister und Kanzler, gerade auch der rot-grünen Bundesregierung, stehen heute auf den Gehaltslisten großer Finanzdienstleister wie Hedge Fonds oder Versicherungen.

Zu diesen Prozessen gab es in der Geschichte und gibt es auch heute Gegenbewegungen. Franklin D. Roosevelt richtete sich mit seinem „New Deal“ ausdrücklich gegen die Lobbyinteressen der Finanzbranche. Der aktuelle Präsidentschaftswahlkampf in den USA dreht sich ansatzweise um ähnliche Themen. In Deutschland ist die Gegenbewegung bislang noch schwach.

Die jüngste Welle der Finanzmarktderegulierung in Deutschland

In Deutschland waren die Maßnahmen der jüngsten Deregulierungsphase im Finanzsystem besonders weitgehend. Hierzu gehören im weiteren Sinne u.a.:

- 1991: Abschaffung der Börsenumsatzsteuer
- 1997: Abschaffung der Vermögensteuer
- 1998: Legalisierung von Aktienrückkäufen, Managementvergütung über Aktienoptionen
- 2000 und 2008: Senkung der Körperschaftsteuer (von 40 % auf 25 % und dann 15 %) und der Kapitaleinkommensteuern
- 2001: Subventionierung privater Finanzdienstleister im Zuge der „Riester-Rente“

- 2002: Senkung der Steuer auf Veräußerungsgewinne bei Kapitalanlagen (von 40 % bzw. auf 0 % bei Kapitalgesellschaften, durch Halbeinkünfteverfahren bei Privatpersonen)
- 2004: Legalisierung von Hedge Fonds, Aufweichung der Grenzen zwischen Investmentfonds und Hedge Fonds
- 2007: Zulassung und steuerliche Förderung von REITs (börsennotierte Immobilienfonds)
- 2008: steuerliche Förderung von Private Equity Fonds

Es kann keine Rede davon sein, dass Deutschland durch die Globalisierung zu diesen Deregulierungs- bzw. Subventionsmaßnahmen gleichsam gezwungen worden wäre. Im Gegenteil: Maßnahmen wie die Abschaffung der Börsenumsatzsteuer oder der Steuer auf Veräußerungsgewinne sind im internationalen Vergleich eher ungewöhnlich. Auch die Steuerleichterungen für Kapitalgesellschaften und Private Equity Fonds erscheinen im internationalen Vergleich als unnötig und teilweise extrem.

Die Gefahren der Finanzmarktderegulierung und die Notwendigkeit der Reregulierung

Generell zeigt die Geschichte, dass die Finanzmarktderegulierung ihren Anspruch der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsförderung nicht zu erfüllen im Stande ist. In den USA hat Finanzmarktderegulierung sowohl in den 1920er Jahren als auch in der jüngeren Vergangenheit zu einer nicht nachhaltigen kreditfinanzierten Finanzspekulation sowie zu einer starken Zunahme des kreditfinanzierten privaten Konsums geführt. Unternehmen neigen dazu, ihr Interesse von der realen Investitionstätigkeit auf Finanzinvestitionen (feindliche Übernahmen, Aktien(rück)käufe, Konsumentenkredite, etc.) zu verlagern.

Typisch für Phasen der Finanzmarktorientierung sind auch die Deregulierung der Arbeitsmärkte und eine schwache Einkommensentwicklung bei der großen Masse der Bevölkerung. Allerdings können die privaten Haushalte die Deregulierung des Kreditvergabengeschäfts sowie den tendenziellen Anstieg von Finanz- und Immobilienvermögen dazu nutzen, ihren Konsum verstärkt über Kredit zu finanzieren. Allein dies erklärt, warum in den USA sowohl in den 1920er Jahren als auch in der jüngeren Vergangenheit der private Konsum zur beherrschenden Stütze der wirtschaftlichen Dynamik werden konnte, obwohl die realen Einkommen der breiten Masse der Bevölkerung jeweils stagnierten. Nach der offiziellen Statistik ist die private Sparquote in den USA seit einigen Jahren sogar negativ.

Eine solche Abhängigkeit der gesamtwirtschaftlichen Dynamik von kreditfinanziertem Konsum ist aber nicht nachhaltig und beschwört Finanzkrisen herauf. In den 1930er Jahren folgte somit auf die Große Depression die Einsicht, dass die Masseneinkommen (Reallöhne) stärker steigen müssen, damit die Güternachfrage den Angebotskapazitäten folgen kann, ohne dass sich die privaten Haushalte übermäßig verschulden müssen.

In Deutschland ist es im Bereich der Finanz- und Arbeitsmärkte in der jüngeren Vergangenheit zu einer weitgehenden Annäherung an das finanzmarktdominierte US-amerikanische System gekommen. Unternehmen müssen sich immer stärker am Shareholder Value-Konzept orientieren und führen verstärkt Finanzinvestitionen durch, während die reale Investitionstätigkeit schwach ist. Insbesondere durch die radikale Abschaffung der Steuer auf Veräußerungsgewinne bei Kapitalgesellschaften ist die Gefahr feindlicher Übernahmen besonders groß geworden. Die Unternehmen nutzen zunehmend die neuen gesetzlichen Möglichkeiten wie Aktienrückkäufe oder Managementvergütung über Aktienoptionen. Durch die gezielte gesetzgeberische Förderung von Hedge Fonds und Private Equity Fonds werden auch nicht börsennotierte Unternehmen auf eine permanente Fixierung auf die kurzfristige Rentabilität festgelegt, da sonst Unternehmensübernahmen drohen.

Anders als in den USA gleichen die privaten Haushalte in Deutschland ihre stagnierenden bzw. rückläufigen Realeinkommen aber nicht durch eine verstärkte Kreditfinanzierung des Konsums aus. Im Ergebnis ist die private Binnennachfrage insgesamt (Investitionen und Konsum) seit Jahren überaus schwach. Zugleich ist das deutsche Finanzsystem Krisen im Ausland in besonderem Maße ausgesetzt: Da inländischer Privatsektor und Staat kaum Finanzierungsmittel nachfragen, sind deutsche Banken sehr stark im Ausland engagiert und waren somit beispielsweise durch die jüngste Hypothekenkrise in den USA in besonderer Weise betroffen.

Der 2005 nach langer Stagnationsphase einsetzende Aufschwung ist nun durch die Finanzmarktkrise bedroht. Die Exportdynamik scheint nicht nachhaltig den privaten Konsum anzuregen. Die Reallöhne sind sogar während des Aufschwungs weiter gesunken – ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Damit längerfristig die binnenwirtschaftlichen Nachfragekomponenten (v.a. private Investitionen und Konsum) wieder einen regelmäßigen und kräftigen Wachstumsbeitrag leisten können, sind sowohl eine Reregulierung des Finanzsystems als auch eine kräftigere Entwicklung der Masseneinkommen sowie eine stärker wachstumsorientierte makroökonomische Politik notwendig.

3. Finanzmärkte politisch regulieren – in Deutschland, Europa und global

Vor der eigenen Haustür beginnen: Das deutsche Finanzsystem ist faktisch unterreguliert!

Die Regulierung des deutschen Finanzmarktes ist im letzten Jahrzehnt von zwei Entwicklungen getrieben worden. Erstens wurde es den Banken durch die Liberalisierung auf europäischer und internationaler Ebene ermöglicht, nationale Regulierungen zu umgehen. Dies wurde von der deutschen Regierung massiv mit voran getrieben. Zweitens ist der nationale Regulierungsrahmen hauptsächlich auf Basis von Selbstverpflichtungen, „Best Practices“ oder den allseits beliebten (weil wirkungslosen) „Codes of Conduct“ entwickelt worden. Wir brauchen auf nationaler Ebene eine klare und durchsetzungsfähige Regulierung. Diese muss die Umgehung von nationalen Regelungen verhindern und gleichzeitig auf europäischer und internationaler Ebene eine Reregulierung vorantreiben. Ziel muss es sein, dass das Banken- und Finanzwesen wieder der realen Wirtschaft und der Vermögensmehrung der Normalverdiener dient.

Spekulation begrenzen, eine Börsenumsatzsteuer wieder einführen. Hierdurch würden kurzfristige Vermögensverschiebungen relativ zu langfristigen Anlagen teurer werden. Dies könnte zur Verringerung spekulativer Kursmanipulation durch Großanleger beitragen. Bis 1991 gab es in Deutschland eine Börsenumsatzsteuer von 1-2,5 Promille des Kurswertes je nach Wertpapierart. Zwar würde durch die Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer allein das Problem der übermäßigen Spekulation längst nicht vollständig beseitigt. Jedoch würde eine solche Umsatzsteuer gewährleisten, dass Finanzmarktakteure stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt würden. Bei einer Wiedereinführung mit einem Satz von 0,5 Prozent wie in Großbritannien würden zusätzlich bis zu 14 Milliarden Euro Steuereinnahmen generiert werden. Eine Börsenumsatzsteuer ist ein zentrales Instrument um die Volatilität – also die Transaktionsgeschwindigkeit – der Kapitalmärkte zu reduzieren und ist somit ein wichtiges Element zur Stabilisierung dieser.

Langfristorientierung fördern, Aktienstimmrecht ändern. Das Aktienstimmrecht sollte in Abhängigkeit von der Haltedauer ausgeübt werden müssen. Investoren sollten Anreize haben, langfristig in Aktien zu investieren und im Sinne einer langfristigen Strategie in das Unternehmen zu wirken. Entsprechend setzen wir uns für ein zeitlich gestaffeltes Aktienstimmrecht gemäß der Haltedauer der Aktien ein. Dies würde die kurzfristige Einflussnahme erschweren und es somit Aufsichtsräten und Vorständen ermöglichen, in längeren Zeithorizonten zu handeln.

Öffentlichen Bankensektor stärken. Durch seine regionale Verankerung sollte es die vorrangige Aufgabe des öffentlichen Bankensektors sein, für Kredite und Finanzdienstleistungen für kleine und mittlere Unternehmen sowie ArbeitnehmerInnen zu sorgen. Der öffentliche Bankensektor ist im vergangenen Jahrzehnt unter erheblichen Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck geraten mit dem Ziel, die Sparkassen als dritte Säule des deutschen Bankensystems zu schwächen. Dieser Trend ist umzukehren. Öffentliche Banken haben in spekulativen internationalen Finanzgeschäften nichts zu suchen. Wir brauchen öffentliche Banken, die einen noch stärkeren Fokus auf lokale und regionale Investitionsfinanzierung legen, anstatt in hoch riskanten internationalen Spekulationsgeschäften aktiv zu sein. Gerade in Zeiten von Finanzmarkturbulenzen und drohender Kreditklemme durch die Privatbanken muss der öffentliche Bankensektor die Funktion eines Puffers erfüllen und dazu beitragen, den Kreditfluss an gesunde Unternehmen zu verstetigen.

Transparenz steigern. Banken können zurzeit über die Konstruktion von Zweckgesellschaften, teilweise in Steueroasen wie Luxemburg oder Liechtenstein, riskante Kreditgeschäfte außerhalb der Bilanzen vollziehen. Die Einrichtung und das Risiko aus solchen Zweckgesellschaften müssen in den Bilanzen klar ersichtlich sein. Banken mit öffentlichem Anteil sollten diese verboten werden.

Veräußerungsgewinne besteuern. Die selbst für die Finanzmarktlobby überraschende Aufhebung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen durch Rot-Grün ist rückgängig zu machen. Gerade für institutionelle Anleger kommt es bei Unternehmenskäufen und -veräußerungen nicht auf das langfristige Engagement im Zielunternehmen an, sondern der kurzfristige Umschlag von Eigentumstiteln und die damit verbundenen Konsequenzen für die Unternehmen (s.o.) gehören schlicht zu ihrer Geschäftsstrategie. Und die Gewinne daraus sind, ebenso wie bei anderen Unternehmen, zu besteuern.

Aktienrückkäufe und kreditfinanzierte Sonderdividenden beschränken. Unternehmen finanzieren einen Großteil ihrer Investitionen über interne Finanzierungsmittel. Aktienrückkäufe und Dividendenzahlungen kommen kurzfristig den Aktionären (und ggf. Managern über an Finanzmarktkennzahlen ausgerichteten Bonuszahlungen) zugute, aber sie verschlechtern die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen. Private Equity Fonds streben in einigen Fällen eine höhere Rendite durch kreditfinanzierte Sonderdividenden an. Diese Praktiken müssen stärker begrenzt oder verboten werden.

Keine steuerliche Förderung von Hedge Fonds und Private Equity Fonds. Die Aktivitäten dieser Finanzinvestoren sollten vielmehr stärker kontrolliert und beschränkt werden. Indiskutabel ist es, wenn das Geschäftsmodell dieser Fonds auf staatlicher Förderung durch

Steuererleichterungen basiert. Die Überschuldung von Zielunternehmen muss verhindert werden, z.B. durch eine effektive Zinsschranke.

Mindestreserven auf alle Finanz- und Sachaktiva. Hierbei müssten Banken abgestuft nach jeweiliger Wert- und Risikoentwicklung Mindestreserven bei der zuständigen Zentralbank hinterlegen. Die Zentralbanken könnten bei einer Zuspitzung der Marktlage diese Reserveanforderungen antizyklisch variieren und so Anreize zu Spekulation bzw. Panikreaktionen dämpfen.

Europäische Regeln für einen integrierten Finanzplatz Europa schaffen!

In Europa besteht seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 ein Markt ohne Binnengrenzen, der u.a. die Kapitalverkehrsfreiheit umfasst. Mit zahlreichen Initiativen hat die EU-Kommission die Durchsetzung dieser Kapitalverkehrsfreiheit durch einheitliche Marktbedingungen vorangetrieben, seit 1995 insbesondere durch den Financial Services and Action Plan. Mit der Einführung des EURO 2001 und der Umsetzung der Finanzdienstleistungsrichtlinie (MifID) 2004 ist ein stark integrierter europäischer Kapitalmarkt entstanden. Diesem weitgehend liberalisierten Markt steht jedoch eine undurchsichtige Vielfalt von nationalen Aufsichtsbehörden und Befugnissen gegenüber. Diese Aufsichtsbehörden werden in einem aufwendigen Ausschusssystem koordiniert. Ihre unterschiedliche Funktionsweise wird jedoch auch angesichts der aktuellen Krise deutlich: Während in Spanien die zuständige Zentralbank den Handel mit verbrieften Immobilienkrediten einschränkte, verzockten sich vor allem deutsche und britische Bankhäuser auf dem amerikanischen Markt – ohne Einspruch der jeweiligen Aufsichtsbehörden. Hier ist eine einheitliche europäische Finanzmarktaufsicht gefordert. Sie muss anhand einheitlicher Regeln (z.B. über Transparenz- und Eigenkapitalvorschriften) Akteure wie Ratingagenturen sowie in Europa angebotene Finanzprodukte genehmigen und kontrollieren.

Neben der institutionellen Schwäche einer zersplitterten Finanzmarktaufsicht bei immer enger europäisch agierenden Banken und Anlegern sind auch regulative Maßnahmen zur Begrenzung der Exzesse auf den Kapitalmärkten nötig. Die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem europäischen Binnenmarkt sowie die Rückwirkungen des Finanzsektors auf die Realwirtschaft auf eben diesen sind die wichtigsten Gründe für eine stärkere Regulierung auf europäischer Ebene. So wäre ein System von Mindestreserven, die Finanzinstitute bei der Europäischen Zentralbank hinterlegen müssen, wenn sie bestimmte Finanzgeschäfte tätigen, ein wirksames und variables Instrument, um deren Spekulationsucht zu bremsen. Auch eine Einschränkung des Weiterverkaufs von Kreditrisiken ist möglich, wenn etwa durch europäische Bilanzierungsvorschriften mindestens 20% des weiterveräußerten

Forderungsvolumens im emittierenden Institut noch bilanzwirksam (und damit haftungsrelevant) erfasst werden müssen.

Globale Kooperation beginnen!

Globalisierte Finanzmärkte brauchen gerechte und globale Regeln. Die Zeiten von freiwilligen Selbstverpflichtungen und internationalem Regulierungsvakuum müssen vorbei sein. Die internationalen Finanzmärkte müssen wieder dem Menschen und seinem Wirtschaften dienen und nicht der kurzfristigen milliardenfachen Profitmaximierung einiger weniger. Das was die Steuerzahler zurzeit in die Stabilisierung der Finanzmärkte geben müssen, ist vorher von den Bankern in die eigene Tasche gewirtschaftet worden. Gewinne werden privatisiert, Verluste vergesellschaftet.

Steueroasen aktiv bekämpfen. Die zahlreichen Offshore-Finanzzentren geben Finanzmarktinvestoren die Möglichkeit, jedwede Regulierung und Transparenz zu unterlaufen. So werden Risiken versteckt, Steuern hinterzogen und kriminelle Gelder gewaschen. Der Postkasten hierfür steht zwar juristisch auf irgendeiner Karibikinsel, in Monaco oder Liechtenstein, Investmentbanken und Anwaltskanzleien steuern diese Geschäfte jedoch von Frankfurt oder London. Diese Doppelbödigkeit muss beendet, die direkte oder indirekte Beteiligung an solchen Geschäften international verboten werden. Steueroasen müssen diplomatisch wie wirtschaftlich sanktioniert werden. Staaten mit eigenen Off-Shore-Zentren auf dem Territorium, wie Großbritannien, die USA oder Frankreich, müssen diese abschaffen. Wir brauchen eine Staatengruppe, die sich klar von solchen Praktiken distanziert und Kapitalverkehrskontrollen für Staaten einführt, die keine anspruchsvolle Regulierung und Offenlegung vorweisen können oder die solche Offshore-Zentren weiterhin unterstützen. Unternehmen und Finanzdienstleister, die weiterhin mit solchen Finanzzentren handeln wollen, müssten höheres Eigenkapital hinterlegen bzw. Sonderabgaben leisten.

Wir halten an der Tobin Tax zur Stabilisierung der internationalen Kapitalmärkte fest und verbinden die zu erzielenden Steuereinnahmen mit der Finanzierung wichtiger entwicklungspolitischer Zielsetzungen.

Die zunehmend multipolare Weltordnung mit den aufstrebenden Schwellenländern China, Indien und Brasilien macht eine neue internationale Koordination der Geldpolitiken notwendig. Die einseitig manipulierten Wechselkurse zur Förderung nationaler Exportstrategien, wie etwa durch China, führen zu gefährlichen Verzerrungen im internationalen Handelssystem. Im Krisenfall sind einzelne Zentralbanken zudem überfordert. In der aktuellen Krise hat die Koordination der Zentralbanken zwischen Europa und den USA gezeigt, dass gemeinsames Vorgehen zumindest kurzfristig Stabilisierungserfolge bringt. Ein international ausgewogenes Währungssystem sollte über den IWF vereinbarte

Wechselkurskorridore und Regeln zur koordinierten Intervention auf den Geldmärkten beinhalten. So können nationale Alleingänge, die in einer globalisierten Wirtschaft oft negative Folgen haben, vermieden werden.

4. Neuorientierung der makroökonomischen Politik

Die Reregulierung des Finanzsystems muss mit einer angemessenen Makropolitik flankiert werden. Deutschland bzw. die Europäische Währungsunion liegen hier im wirtschaftswissenschaftlichen wie –politischen Bereich weit hinter den internationalen Standards zurück. In so unterschiedlichen Ländern wie den USA, Großbritannien oder Schweden gilt es als Selbstverständlichkeit, dass die Geld- und Fiskalpolitik einen wichtigen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung und damit letztlich zum langfristigen Wachstum leisten müssen. In Europa setzt das Maastricht-Regime der staatlichen Fiskalpolitik enge Grenzen. Deutschland bleibt zudem bei den öffentlichen Investitionen systematisch hinter dem Durchschnitt der entwickelten Industrieländer zurück. Die Europäische Zentralbank verfolgt eine einseitige Inflationsbekämpfungspolitik, während andere Zentralbanken ausdrücklich auch Wachstumsziele verfolgen.

Verfehlt ist der Vorwurf, eine expansive Geldpolitik – wie in den letzten Jahren in den USA – sei verantwortlich für die Entwicklung von Finanzkrisen. In der Vergangenheit war eine expansive Geldpolitik problemlos mit Finanzsystemstabilität vereinbar, da entsprechende Regulierungsvorkehrungen verhinderten, dass niedrige Zinsen zur Ausweitung der Spekulation auf Grundlage hoher Schuldenhebel führten. Erst die Deregulierung des Finanzsystems hat dazu geführt, dass die Zinspolitik nicht mehr zielgenau auf den realwirtschaftlichen Prozess durchgreifen kann, sondern perverse Nebeneffekte im Finanzsystem entwickelt (etwa Liquiditäts- und Solvabilitätskrisen bei privaten Haushalten und Banken im Zuge der Kreditverbriefung).

Eine Reregulierung des Finanzsystems schafft zwar die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen ihren Fokus wieder stärker auf die realwirtschaftliche Investitionstätigkeit richten und eine Überschuldung der privaten Haushalte vermieden wird. Letztlich wird die Investitions- und Kreditnachfrage der Unternehmen sich jedoch nur dann angemessen entwickeln können, wenn die Unternehmen eine entsprechende Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und insbesondere der inländischen Konsumnachfrage erwarten. Daher gilt es, neben einer pragmatischen Geld- und Fiskalpolitik auch wieder zu einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik zu kommen, d.h. der Verteilungsspielraum aus längerfristigem Produktivitätsfortschritt und Inflation sollte jeweils ausgeschöpft werden, damit die realen Masseneinkommen im Einklang mit den volkswirtschaftlichen

Angebotskapazitäten wachsen. Deutschland nimmt mit der drastischen Lohnzurückhaltung der letzten Jahre eine internationale Außenseiterposition ein. Dies erklärt die seit langem stagnierende Konsumnachfrage.

Wachstum ist kein Selbstzweck. Vielmehr bittet es die Chance, um gesellschaftliche Verteilungskonflikte zu entschärfen. Auch würde ein kräftigeres Wachstum über einige Jahre dazu führen, dass sich das politische Klima in Deutschland normalisiert. Die positiven Verteilungseffekte kräftigen Wachstums sind jedoch kein Automatismus, sondern müssen weiterhin politisch erkämpft werden. Viele renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger aus dem Ausland sind erschrocken darüber, wie sehr die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte in Deutschland auf Strukturreformen und Kürzungen von sozialen Leistungen fixiert ist.

5. Herausforderungen für uns Jusos: einseitige Wirtschafts- und Finanzpolitik aufbrechen

In der aktuellen Finanzmarktkrise möchten wir Jusos aufzeigen, wie ungerecht und wenig nachhaltig der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ist. Längst rufen auch diejenigen nach staatlichen Eingriffen, die sonst politisches Handeln zur Gestaltung von Wirtschaftsprozessen ideologisch ablehnen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben Stellenstreichungen trotz Rekordgewinnen. Die Mittelschicht erodiert, immer mehr Menschen sind trotz wachsenden gesamtwirtschaftlichen Reichtums vom Abstieg bedroht.

Die Einseitigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland gefährdet den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Die Deregulierung des Finanzsystems spielt hierbei eine herausragende Rolle. Die Beeinflussung der Regierungsarbeit durch den Lobbyismus der Finanzbranche ist makroökonomisch schädlich und belastet die Demokratie.

Hier gilt es, in den kommenden Wahlauseinandersetzungen 2009 und 2010 eine gründliche Analyse und Alternativen aufzuzeigen, die deutlich über eine moralische Geißelung einzelner Akteure hinausgehen. Mit dieser Positionsbestimmung wollen wir Jusos hierzu einen Beitrag leisten und die Diskussion innerhalb der SPD vorantreiben.

Für uns ist klar: Die Ungerechtigkeit und die Instabilität sind nicht dem Fehlverhalten einzelner Anleger oder Banken geschuldet, sondern gehören zwingend notwendig in die Logik des aktuellen Kapitalismusmodells. Daher bedarf es politischer Regulation, um ungerechte und ineffiziente Auswüchse zu überwinden und Entwicklungen hin zu einem sozial gerechten und nachhaltigen Wirtschaftsmodell in die Wege zu leiten. Die Richtung der SPD in den

vergangenen Jahren ist hier dem Diktat der Kapitalmarktlobby und des neoliberalen Mainstreams gefolgt. Dieser Kurs ist zu korrigieren! Wir brauchen eine funktionale und linke Antwort auf die Krise des finanzgetriebenen Kapitalismus!

Dabei ist uns bewusst, dass dies nur mit gesellschaftlichen Mehrheiten gelingen kann. Mit einfachen Parolen und blinder Umverteilung ohne Rücksichtnahme auf die komplexen wirtschaftlichen Implikationen auf den Finanzmärkten lassen sich weder Mehrheiten noch funktionale Lösungen für eine solche Politik finden. Diese differenzierte Haltung müssen wir in der Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie z.B. aus der globalisierungskritischen Bewegung, oder anderen linken Parteien konstruktiv in die Debatte einbringen.

Nicht zuletzt ist für uns Jusos wichtig, dass die Diskussion sachlogisch auch europäisch und international in der sozialistischen Bewegung geführt werden muss. Wir begrüßen daher die Anstrengungen der SPE, auf europäischer Ebene eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte voranzubringen. Auch wollen wir als Jusos innerhalb von ECOSY die Diskussion im Sinne unserer oben beschriebenen Positionen vorantreiben.

N 6 - LV RLP

Die Unternehmensteuerreform der Großen Koalition – keine GROSSE Reform! – Flat Tax – Nein Danke!

Die Große Koalition aus Union und SPD hat eine Unternehmenssteuerreform auf den Weg gebracht, deren Geist genau dem aktuellen Mainstream in der wirtschaftspolitischen Debatte entspringt. Mit der Reform wird der Versuch unternommen, allen Lobbygruppen entgegenzukommen, ohne dabei den Blick objektiver über die Scheuklappen des vermeintlichen internationalen Steuerwettbewerbs hinaus zu richten.

Steuer- und Abgabenstruktur in Deutschland

Vergleicht man die Steuer- und Abgabenstruktur Deutschlands mit anderen OECD Ländern, stellt sich heraus, dass der Anteil an Steuern an der Gesamtbelastung in Deutschland

unterdurchschnittlich ist – stärker hingegen ist der Abgabenanteil. Das Steueraufkommen in Deutschland ist eher gering.

Jedoch sind die Steuersätze, die tarifliche Belastung, vergleichsweise hoch. Das hat wiederum negative Anreizwirkungen auf Firmen, die in Deutschland investieren wollen, da diese oftmals nicht die effektive Abgabenlast im Blick haben (Leuchtturmeffekte), sondern nur die nominalen Sätze. Zudem führt eine solche hohe tarifliche Belastung¹¹ zu einer hohen Grenzbelastung gerade zusätzlicher Investitionen von Firmen, die schon am Standort engagiert sind. Hierher rührt auch die unterschiedliche Bewertung von Steuerbelastungen im internationalen Vergleich. Im Vergleich des Verhältnisses von tatsächlich gezahlten Unternehmenssteuern zum BIP liegt Deutschland im unteren Mittelfeld der OECD Staaten. Vergleicht man hingegen eine standardisierte Investition, die ein Unternehmen in verschiedenen Staaten tätigen kann, schneidet Deutschland, wegen den hohen tariflichen Belastungen deutlich schlechter ab. Diesen Unterschied sollte man in der steuerpolitischen Debatte vor Augen haben, statt Deutschland per se als Hochsteuerland zu bezeichnen.

Die Gewinnbesteuerung von Kapitalgesellschaften besteht in Deutschland aus der Körperschafts- und Gewerbesteuer und dem zusätzlichen Solidaritätszuschlag. Die Gesamtbelastung beträgt somit 38,65%, was einen der höchsten Werte der EU darstellt. Jedoch ist die Bemessungsgrundlage vergleichsweise schmal, was zu den geringen Effektivbelastungen führt.

Die Forderungen der SPD

Eine aufkommensneutrale Reform der Unternehmenssteuer sollte jedoch oberstes Ziel einer erneuten Reform der Unternehmensbesteuerung sein. Eine pauschale Entlastung der Unternehmen, wie sie mit der Reform aus dem Jahre 2001 geschehen ist, lehnte die Parteispitze ab und wurde dabei von einem eindeutigen Parteiratsbeschluss unterstützt. Eines der Hauptargumente gegen eine weitere Schmälerung der Steuerneinnahmefähigkeit war, dass es keinen Automatismus zwischen niedrigeren Steuern und der Schaffung neuer Arbeitsplätze – das haben uns die letzten Jahre der Steuerreformen der neoliberalen Dekaden gezeigt.

Die Umsetzung sieht aber leider anders aus. Die steuerlichen Belastungen werden auf unter 30% verringert und es werden Steuerausfälle von fünf Milliarden Euro jährlich toleriert. So wird der Satz der Körperschaftsteuer von nun 25 auf 15 Prozent sinken. Daneben wird eine Senkung

¹¹ Tarifliche Belastung meint den zu zahlenden Steuersatz. Die reale Belastung (Steuerschuld) ist aber meist geringer, da die Bemessungsgrundlage auf der der Steuersatz angesetzt wird nicht der komplette Satz des Unternehmens ist.

der Gewerbesteuermesszahl angestrengt. Diese Maßnahmen sollen die Anreize zur Gewinnverlagerung bei gleichzeitigem Verlustgeltungsmachen verringern.

Deutlich höhere Steuerausfälle

Teile der SPD-Fraktion, der DGB und andere Organisationen weisen jedoch darauf hin, dass die Ausfälle deutlich höher ausfallen und langfristiger sein könnten. Die im Gesetzentwurf angepeilten 5 Milliarden Euro Entlastungen für die Unternehmen treffen nur bei voller Jahreswirkung der Reform zu – also wenn alle Umsetzungen solche Wirkungen entfalten, wie sie vom Ministerium prognostiziert wird. Diese Prognosen sind zudem sehr unsicher – schnell wird die 5 Milliarden Hürde gerissen und die Steuerausfälle können deutlich höher ausfallen.

Im Entwurf finden sich denn aber auch deutlich abweichende Größen, welche im Finanzministerium festgestellt wurden. Die durchschnittliche jährliche Steuererleichterung für Unternehmen liegt demnach bei 5,946 Milliarden Euro bis zum Jahre 2012. Rechnet man die durchschnittlich 843 Millionen Euro hinzu, die den Kommunen jährlich entgehen, ist man bei etwa insgesamt 6,8 Milliarden Euro entgangenen Steuereinnahmen. Die Kommunen werden für Verluste aus der Gewerbesteuer und den ihm zustehenden Einnahmen aus Steueranteilen, die im Zuge der Reform verringert werden, auf jeden Fall kompensiert werden.

Was viele kritische Stimmen bereits angemahnt haben, wird in den Ausführungen des Entwurfs auch sehr deutlich – schnell kann aus den angenommenen 6,5 Milliarden ein viel größerer Verlust entstehen. Zwar bleibt man bei der Reform im bisherigen System der Besteuerung und ändert es nicht grundlegend, wie zum Beispiel bei der letzten großen Steuerreform unter Rot-Grün – aber dennoch gibt es einige erhebliche Störgrößen in der Rechnung.

Das Wirtschaftswachstum, und damit das Wachstum der steuerlichen Bemessungsgrundlage, ist sehr positiv prognostiziert. Klar ist: einige wenige Zehntel Prozentpunkte weniger Wachstum führen zu starken Einnahmeausfällen.

Hier fordern wir Jusos die klare Einhaltung des SPD-Parteiratsbeschlusses, der eine Aufkommensneutralität vorsieht. Langfristig müssen gerade Unternehmen wieder einen größeren Anteil am Gesamtsteueraufkommen aufbringen. Der Unternehmensanteil ist in den letzten Jahren zu Lasten des Anteils der Einkommensteuer sowie der indirekten Steuern am Gesamtaufkommen gesunken. Nur wenn das Gesamtsteueraufkommen angemessen steigt, kann der Staat seine gesamtgesellschaftlichen Aufgaben auch leisten – ein an die Substanz gehender internationaler Steuerwettbewerb ist nur kontraproduktiv. Das hier große

Einkommen und Vermögen sowie Unternehmensgewinne stärker herangezogen werden müssen steht für uns Jusos außer Frage.

Fraglich bleibt auch, ob es gerade nach der fatalen rot-grünen Unternehmensteuerreform von 2001 notwendig ist, Personengesellschaften zum Beispiel durch eine Thesaurierungsbegünstigung¹² weiter zu entlasten. In der Realität treten durch die Veranlagung mit der Einkommenssteuer nur bei sehr großen Personenunternehmen steuerliche Belastungen jenseits der 38% auf – dann besteht zudem aber auch immer die Möglichkeit der Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft (zum Beispiel einer GmbH). Diese weitere Entlastung ist schlicht aus politischer Motivation geschehen – eine ökonomische Notwendigkeit gibt es hingegen nicht. Gar von einer „Mittelstandslücke“ bei dieser Reform zu sprechen, offenbart schiere Kompetenzlosigkeit.

Den „bereitwillig steuerzahlenden Gutunternehmer“ gibt es schlicht nicht

Wichtiger sind aber die Prognosen, die der Entwurf über die Rückführung von Unternehmensgewinnen nach Deutschland macht – ob die Unternehmen ein solch hohes Maß und „Gutmenschentum“ mitbringen und ihre Gewinne zur Freude des Fiskus wieder hier versteuern, darf als fraglich bewertet werden. Auf jeden Fall ist es eine große Unbekannte.

Die Unternehmensverbände haben bereits angekündigt, bei einigen Maßnahmen des Entwurfs, die zentral für die Gegenfinanzierung der Steuersatzsenkung sind, nachverhandeln zu wollen. Ihnen gehen die Entlastungen noch nicht weit genug.

Besondere Kritik üben sie am neuartigen Instrument der Zinsschranke. Sie soll verhindern, dass Unternehmen Investitionen mittels Fremdkapital im Ausland tätigen und ihre Aufwendungen im Inland steuerlich mindert geltend machen, ohne dabei aber Erträge im Inland zu versteuern. Eine im Grunde längst überfällige Regelung, die dem Geschäftsgebaren vieler großer, international tätiger Kapitalunternehmen einen wirksamen Riegel vorschiebt.

Dieses Instrument muss aber so ausgestaltet sein, dass es greifen kann. Liegt die Schranke zu hoch, ist sie wirkungslos und die Praktiken gehen ungehindert weiter. Hier wollen die Unternehmensverbände ansetzen – große Steuerausfälle wären gerade hier vorprogrammiert. Da der Entwurf auf Kante gezimmert wurde, ist aber auch nicht mehr viel Spielraum, die Ausfälle einzudämmen. Hier gilt es politischen Druck aufzubauen.

Die deutsche Unternehmenssteuerreform aus Europäischer Perspektive

¹² Wenn Personengesellschaften eine Niederlassung in einem anderen Land haben, sollen sie Steuererleichterungen erhalten.

Mit der von Roland Koch und Peer Steinbrück ausgearbeiteten Unternehmensteuerreform, ist man angetreten, das „deutsche Steuersubstrat“ langfristig zu sichern und die nominelle Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften im Vergleich zu den europäischen NachbarInnen „wettbewerbsfähig“ zu gestalten.

Das Steuersubstrat, damit ist die Bemessungsgrundlage der Unternehmensteuer gemeint, sei in Gefahr, da multinationale Unternehmen ihre Gewinne flexibel in andere Länder transferieren und im Inland steuerfrei bleiben. Verschärfend wirkt noch die Tatsache, dass Unternehmen ihre Fremdkapitalkosten, also die zu zahlenden Zinsen auf Kredite, im Inland als Aufwand in der Steuerbilanz abziehen konnten, auch wenn die Investition gar nicht im Inland stattfand.

Auch befände man sich mit den anderen Mitgliedsstaaten, vornehmlich mit den mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten in einem Steuerwettbewerb, durch den man gezwungen sei, die Sätze der Unternehmensbesteuerung zu senken. Dieses Mantra hört man Land auf Land ab durch alle Polit – Talkshows zu genüge.

Dass beide Ziele mit der jetzigen Reform verfehlt werden könnten und die Reform den Steuerwettbewerb – das sprichwörtliche „race to the bottom“ – verschärfen könnte, wird dabei aber nicht mitbedacht.

Steuerwettbewerb geht nicht von neuen Mitgliedsstaaten aus

Als die MOE Staaten der EU beitraten und ihre Unternehmenssteuern knapp unter 20% festsetzten, taten sie das in erster Linie, um Unternehmen die Ansiedlung schmackhaft zu machen. Verständlich, denn mit besonders moderner Infrastruktur konnten sie in der Regel gar nicht und mit hoch qualifizierten Arbeitskräften nur selten werben.

Ein absolut normaler Vorgang in der Erweiterungsgeschichte der EU. So hat Irland in den 1980ern seine Sätze der Unternehmensbesteuerung nach dem EU-Beitritt massiv gesenkt und die Mindereinnahmen durch Mittel der Strukturfonds der EG ausgleichen können. Diese Mittel wurden dann intensiv in erster Linie für Investitionen im Bildungssystem und in die Infrastruktur des Landes eingesetzt. Das Ergebnis war ein stabiler Konvergenzprozess Irlands hin zu den entwickeltsten Ländern der EU. Zwar sind die Sätze der Unternehmenssteuern in Irland im Vergleich noch niedriger als im Durchschnitt der EU 15 – aber die reale Belastung der Unternehmen hat durch Erweiterungen der Bemessungsgrundlage zugenommen. *Das zeigt klar, dass gute Infrastruktur auch über Steuern bezahlt werden muss.*

Die Investitionsentscheidung eines Unternehmens orientiert sich bekanntlich nicht allein in der realen Steuerbelastung, schon gar nicht einzig an der Höhe der nominalen Sätze. Vielmehr sind harte Standortfaktoren wie der Zustand der Infrastruktur (Verkehrsnetze, Bildung, Verwaltung etc.) und die Qualifikation der MitarbeiterInnen, die ausschlaggebenden Entscheidungskriterien. Deshalb ist der Standort Deutschland absolut wettbewerbsfähig, was man nicht zuletzt auch an der hohen Exportquote ablesen kann. Unverständlich, geradezu heuchlerisch kommen die Lobbygruppen daher, die die Mär von der zu großen Belastung des Unternehmenssektors abspulen und im selben Atemzug den Exportweltmeister BRD huldigen. Wettbewerb wird und darf eben nicht bloß um die Kosten veranstaltet werden – vielmehr brauchen wir einen Wettbewerb um die Qualität des Standortes.

Die Gefahr besteht darin, dass die neuen Mitgliedsländer den Pfad den Irland seinerzeit eingeschlagen hatte, nicht mehr nehmen können. Das liegt daran, dass die EU für die zwölf neuen Beitrittsländer der letzten Erweiterungsrounden etwa dieselbe Mittelhöhe bereitgestellt hat, als noch zum Beitritt von Portugal und Spanien. De facto haben die MOE Staaten jeweils nicht genug finanzielle Mittel, um sie in zukunftsorientierte Projekte zu investieren.

In dieser Situation senken nun die hoch entwickelten Länder „Kerneuropas“ ihre nominalen Steuersätze. Beziehungsweise viel wichtiger, sie senken die absolute Belastung der Unternehmen. Die logische Konsequenz dieser Politik ist, dass die neuen Mitgliedsstaaten ihrerseits die Belastungen für Unternehmen weiter senken werden. Sie konnten die Zeit seit 1.1.2005 bzw. 1.1.2007 ja noch nicht nutzen, um in Infrastruktur zu investieren, um so für Unternehmen attraktiv zu werden. Nicht die neuen Beitrittsländer sind also Motor des Steuerwettbewerbes, sondern die wirtschaftlich starken Länder der EU sind es!

Die deutsche Haltung hat aber auch zusätzlich Auswirkungen auf die EU 15. So hat Frankreich unter seinem mittlerweile neuen Präsidenten Nicolas Sarkozy bereits wenige Wochen nach dem bekannt werden der deutschen Reformpläne angekündigt, seinerseits die Belastungen der heimischen Unternehmen zu senken. Ein wenig erinnert das an den Preiskampf der Telefonanbieter – man müsse immer zehn Euro billiger als der Branchenführer sein, so die Aussagen der KonkurrentInnen der Firma mit dem großen magenta „T“. Diese, von betriebswirtschaftlichem Kalkül durchsetzte Mentalität, hat sich längst in der steuerpolitischen Diskussion breit gemacht.

Die Debatte um den Standortwettbewerb geschieht zum großen Teil auch ohne Not. Zwar gibt es einige prominente Beispiele, in denen Werke in Deutschland geschlossen wurden und in den MOE Staaten wieder aufgebaut wurden. Dies geschieht aber laut Untersuchungen¹³ aber viel

¹³ vgl. Böckler & Puls 2000

weniger häufig, als in den Medien dargestellt. Sicher wird diese Androhung aber auch immer gerne von den Unternehmen selbst angeführt, um zum Beispiel Löhne oder Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu drücken. Eine Berichterstattung über Unternehmen, die sich bewusst hier ansiedeln bzw. wieder zurückgekehrt sind sucht man, trotz anderer Realität, vergeblich.

Konvergenzprozesse sozial und gerecht gestalten

Vielmehr müsste den „jungen“ EU-Staaten die Möglichkeiten gegeben werden, in ihre Infrastruktur zu investieren. Dies bedeutet, dass das Budget der EU in der Regionalförderung bzw. insgesamt größer werden muss.

Schon heute machen die Einnahmen der Besteuerung von Kapitalgesellschaften nur etwa 14% des Gesamtsteueraufkommens in Deutschland aus – bei gleichzeitigem ständig ansteigenden Anteil von indirekten Verbrauchssteuern, die sozial degressiv wirken, da der Anteil an gezahlten Steuern bei kleinere Einkommen größer wird. Bei einer sozialdemokratischen Steuerreform wäre die Frage angebracht, ob der Anteil, den die Unternehmen am Steueraufkommen leisten, wirklich groß genug ist, um ihn weiter zu senken. Gerade in Anbetracht dessen, dass der Steueranteil aus Einkommen aus unselbstständiger Arbeit stetig gewachsen ist und somit eine direkte Diskriminierung von Lohneinkommen und damit Lohnarbeit als gesellschaftlicher Wertschöpfung stattfindet. Wenn zentrale Anliegen von sozialdemokratischer Politik, zum Beispiel der Kinderbetreuung und Ausbau der Ganztagschulen, unter einem allgemeinen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden, ist es nicht an der Zeit, über Steuererleichterungen für SpitzenverdienerInnen und Großkonzerne nachzudenken.

Ein wichtiger Schritt im Sinne einer Harmonisierung der europäischen Unternehmensbesteuerung ist eine vereinheitlichte Steuerbasis bei gleichzeitigem Festlegen von Mindeststeuersätzen. Alleine nur die Vereinheitlichung der Steuerbasis, wie sie die Europäische Kommission ins Auge fasst, würde zu einem noch stärkeren Druck und eine Verschärfung des Wettbewerbes um die niedrigsten Steuersätze führen.

Die Mindestsätze oder Korridore müssen dabei nicht das Minimum der derzeit zu zahlenden Steuersätze sein. Im Gegenteil – sicherlich ließe sich mit moderat höheren Sätzen mehr Anreize für die MOE Staaten schaffen, noch mehr in ihre Infrastruktur zu investieren. Dies muss aber von der europäischen Staatengemeinschaft unterstützt werden, was bislang noch in einem zu geringen Umfang der Fall ist. In einer so optimal ausgestalteten Situation, profitieren von diesen Regelungen dann alle Beteiligten: Konvergenz hin zu mehr Wohlstand in der gesamten EU.

Deutscher Reformbeitrag wenig zielführend

Dazu trägt die deutsche Unternehmenssteuerreform aber nichts bei. Im Gegenteil - Deutschland erhöht den Druck auf die neuen Mitgliedsstaaten, ihrerseits die Steuersätze weiter zu senken. Wenn es ein Ziel der Reform war, die Steuersätze in ein europäisches Mittelfeld zu bringen, stellt sich die Frage, wie lange sie Mittelfeld bleiben werden, wenn die nächste Runde der Unternehmensteuersenkungen in den MOE Staaten eingeleitet wird. Und was dann? Dann bedienen sich FinanzministerInnen - egal welcher Couleur - wieder derselben Argumenten wie in der jetzigen Diskussion und senken die Steuern abermals.

Wo diese Spirale aufhört vermag man jetzt nicht zu sagen. Fakt ist jedoch, dass dabei mittelfristig nur die Großunternehmen gewinnen werden. Langfristig aber gibt es jedoch nur VerliererInnen.

Fehlen den Staaten wichtige Mittel zu Investitionen in die Zukunft z.B. in Bildung, Forschung, Infrastruktur, Subventionierung von Unternehmen zur Stützung neuer Entwicklungen etc. steht die viel gepriesene Wettbewerbsfähigkeit Europas, auf die die InitiatorInnen der Reform hinzielen, auf dem Spiel. Denn Unternehmen investieren nicht in Schulen und Universitäten und in Schienen- und Straßennetze und viele andere Infrastrukturprojekte, die über ihr Werksgelände hinausgehen. Die geringere Attraktivität Europas, die daraus folgt, führt zu geringeren Investitionen, einhergehend mit weniger Arbeitsplätzen und einem geringeren Wohlstand, womit zum einen ein engerer Verteilungsspielraum und mehr soziale Ungleichheit verbunden sind.

Ziel einer europäischen Unternehmensbesteuerung

Wir Jusos müssen gemeinsam mit unseren PartnerInnen die Diskussionen um eine europäische Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung dazu nutzen, um die Körperschaftsteuer zu einer „EU-Steuer“ zu machen. Würden die Einnahmen der Körperschaftsteuer, oder Steueranteile daraus, dem EU-Budget zufließen, über welches das Parlament die Erhebungshoheit hat, wären viele Probleme aus sozialdemokratischer Sicht gelöst oder zumindest eher zu lösen. Der Steuerwettbewerb um die niedrigsten Sätze der Unternehmensbesteuerung unter den EU-Staaten wäre beendet. Die EU verfügte über ein eigenes Budget. Da die EU stets betont, dass das eine Prozent des gesamten EU-BIP, welches sie als Haushalt zur Verfügung hat, bei weitem nicht ausreicht, um die notwendige Strukturpolitik zu machen, müsste sie entsprechend auch die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer hochhalten. Eine Minimalsteuer, wäre somit ausgeschlossen.

Auch wenn man den Staaten eine eigene Besteuerung von Körperschaften, zusätzlich zur EU-Steuer bewilligen würde, wäre der Steuerwettbewerb hin zum Bodensatz wirksam unterbunden. Unternehmen würden europaweit wieder mehr zur gerechten Finanzierung der notwendigen Staatstätigkeit herangezogen werden.

Keine Flat Tax für Kapitaleinkommen!

Im Fahrwasser der Unternehmenssteuerreform der Großen Koalition ist eine Quellabgeltungsteuer auf Kapitalerträge beschlossen worden. So soll ab dem 01.01.2009 eine Abgeltungssteuer in Höhe von pauschal 25 Prozent auf alle Kapitaleinkünfte ohne Spekulationsfrist und auf private Veräußerungsgeschäfte eingeführt werden. Bislang werden Kapitaleinkünfte mit der individuellen Einkommenssteuer versteuert und sind somit auch der progressiv-umverteilenden Besteuerung unterworfen. Voraussetzung ist, dass diese Kapitalerträge auch in der Steuererklärung angegeben werden – bleibt das aus, entzieht sich der/die Steuerpflichtige der Kapitalbesteuerung auf illegaler Weise. Eine Kontrolle seitens der Finanzämter ist nur unvollständig möglich, da es keine Pflichtmitteilungen/Kontrollmitteilungen über Kapitalerträge - wie zum Beispiel beim Bezug von Einkommen aus unselbstständiger Arbeit selbstverständlich - gibt.

Nach der Reform sollen die Finanzinstitute automatisch bei Kapitaleinkünften wie Zinsen die fällige Steuer an die Ämter überweisen – bei Dividenden sind es die Aktiengesellschaften selbst. Die Steuerschuld ist bei einer Abgeltungssteuer dann aber auch abgegolten – daher rührt der Name.

Für BezieherInnen kleiner Kapitaleinkünfte bleibt zwar die Möglichkeit der nachträglichen Veranlagung, wenn ihr individueller Steuersatz unter 25 Prozent liegt. Auch ist weiterhin die Erteilung von Freistellungsaufträgen bis zum Sparerfreibetrag möglich. Dieser wurde aber bereits in den letzten Jahren wiederholt und zum letzten Mal zum 01.01.2007 stark gekürzt.

Quellabgeltungsteuer rückgängig machen!

Durch eine pauschale Abgeltungssteuer gibt man die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit auf, was eine unserer Grundpositionen der Besteuerung darstellt. Einkünfte aus Arbeit werden somit gegenüber Kapitaleinkünften weiter diskriminiert.

Wahlziel der SPD bei den Bundestagswahlen 2009 muss sein, die Quellabgeltungsteuer rückgängig zu machen und stattdessen auf automatisierte Kontrollmitteilungen zu setzen.

Von Seiten der Politik, zu allererst von UnionspolitikerInnen, wurde erfolgreich versucht, ein Junktum zwischen der Unternehmensteuerreform (2008) und der Einführung der Quellabgeltungsteuer (ab 2009) zu spannen. Das dürfen wir auf keinen Fall so hinnehmen, das eine Reformfeld ist nämlich gar nicht zwangsläufig mit dem Gelingen des anderen verknüpft. Es gilt politischen Druck aufzubauen, hier nachzubessern.

Keine einheitliche Quellsteuer

Ein einheitlicher Steuersatz auf Kapitalerträge von 25% entspricht nicht unseren Gerechtigkeitsvorstellungen. Der Grundsatz „Starke Schultern tragen mehr“ beziehungsweise „Vermögende tragen mehr“ zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben bei, muss auch hier weiterhin gelten.

Wir Jusos erteilen denjenigen eine Absage, die davon reden, eine Quellabgeltungsteuer sei einfacher und mit weniger Bürokratie bei der Erhebung verbunden.

Das Argument einer Vereinfachung durch die Abgeltungsteuer kann nicht überzeugen, da die Pläne einen Fortbestand von Sparerfreibetrag und Freistellungsaufträgen sowie ein Veranlagungswahlrecht und sogar eine Kirchensteuerpflicht trotz angeblicher Anonymität vorsehen.

Bei Anonymität wird die Anwendung des heute zumindest teilweise umgesetzten Wohnsitzprinzips bei der Verteilung der direkten Steuern weiter erschwert, die horizontale Verteilung des Steueraufkommens ist daher verzerrt. Zu befürchten ist eine Verschiebung des Steueraufkommens zu Ungunsten von Ländern mit geringer Bankendichte oder nur wenigen ansässigen Kapitalunternehmen.

Es existieren stattdessen bereits praktikable Alternativen zur Quellbesteuerung bei Beibehaltung des progressiven Leistungsprinzips.

Die automatisierte Übermittlung der Höhe der Kapitalerträge an den Fiskus, die auch schon diskutiert wurde, aber schnell wieder vom Tisch war, weil KapitaleignerInnen ihre Pfründe zu sichern wusste, stellt hier eine praktikable und wirksame Möglichkeit dar. Die personelle Zuordnung erfolgt dabei über die einmalig zugewiesene Steuernummer. Die Banken und Kreditinstitute hätten damit den gleichen Aufwand wie bei einer Abgeltungssteuer. Steuerhinterziehung wird genauso verhindert wie beim aktuellen Vorschlag.

Kontrollmitteilungen statt Ungerechtigkeit in der Besteuerung

Warum soll das Finanzamt mittels Kontrollmitteilungen nicht genau wie bei Einkünften aus unselbständiger Arbeit auch darüber Informationen erhalten, wie viel Kapitalerträge jemand erhält? Die Antwort: Es gibt keinen Grund.

Man kann verstehen, dass mit der Quellabgeltungsteuer Steuerhinterziehung verhindert werden soll – nur würde beim derzeitigen Vorschlag noch weniger in Kassen des Fiskus fließen als in der heutigen Situation. Unter diesen Voraussetzungen das System der synthetischen¹⁴ Einkommensteuer aufzugeben ist blanker Aktionismus, der in die Hände wohlhabender BürgerInnen spielt, die dann noch weniger zum Gesamtsteueraufkommen beitragen würden. Außerdem bedeutet es eine weitere Diskriminierung von Einkommen aus unselbstständiger Arbeit gegenüber Kapitaleinkünften – die Information über die Höhe des Arbeitslohns wird schon immer ohne an irgendwelche Datenschutzerwägung bloß einen Gedanken zu verschwenden an die Finanzbehörden weitergegeben.

Den SparerInnenfreibetrag Anfang des Jahres nahezu auf 750€ zu halbieren hat nicht etwa dazu geführt, dass große KapitaleignerInnen stärker zur Kasse gebeten würden – ganz im Gegenteil. Diese Maßnahme hat dazu geführt, dass gerade Personen mit einem kleinen und mittleren Einkommen und wenigen Rücklagen nun jährlich zur Kasse gebeten werden. Ein weiterer Schritt in diese falsche Richtung wäre die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes auf Kapitalerträge.

Die Profiteure der Reform

Persönlich profitieren von der Abgeltungsteuer hauptsächlich BezieherInnen sehr hoher Einkommen, bei denen bisher Kapitalerträge mit dem Einkommensteuerspitzensatz von 47,4815 v.H. belastet werden. Je niedriger das Einkommen ist, desto geringer fällt auch die Entlastung aus. Liegt die Einkommensteuergrenzbelastung unter 25 v.H. kommt es zu keiner Verbesserung gegenüber dem Status quo.

Sachlich ist die Steuerentlastung bei denjenigen Kapitalerträgen am höchsten, die bislang nicht vom Halbeinkünfteverfahren profitieren. Die Auswirkungen der Abgeltungsteuer unterscheiden sich also je nach persönlicher Einkommenssituation und Struktur des Anlagevermögens.

Besonders kritisch anzumerken ist, dass die Abgeltungssteuer die Auffassung von Steuergerechtigkeit in der Bevölkerung verletzt. Es gibt keinen Grund, warum jemand der sein

¹⁴ Diese Form der Einkommenssteuerung acht keinen Unterschied zwischen verschiedenen Einkunftsarten. Das zu versteuernde Einkommen wird als Summe aller Einkünfte gebildet und dann eine progressiven Steuersatz unterworfen.

¹⁵ Sittensatz, 3 % Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag

Einkommen mit einer vierzigstündigen Arbeitswoche bestreitet, mehr Steuern zahlen sollte, als jemand, der für sein Zinseinkommen in gleicher Höhe keinen Finger zu rühren braucht.

Wir wollen Steuergerechtigkeit.

Dazu gehört für uns der Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen als schwache, und das nicht nur absolut, wie im Falle einer einheitlichen Quellabgeltungssteuer, sondern auch relativ durch mit dem Einkommen steigende Steuersätze.

- Progressivität war bisher das Merkmal der Einkommensbesteuerung und soll es auch für alle Einkunftsarten bleiben. Kapitalerträge dürfen hier keine Sonderrolle einnehmen.
- Zu Steuergerechtigkeit gehört auch, dass diejenigen, die Steuern zu zahlen haben, dies auch tun. Wir fordern die Einführung eines ähnlichen Systems wie bei den Einkommen durch Erwerbsarbeit auch bei Einkommen aus Vermögen. Verbindliche, automatisierte Mitteilungen der Kreditinstitute an die Finanzämter sind technisch machbar und müssen umgehend eingeführt werden.

Eine Senkung der Steuersätze auf Kapitaleinkommen in Deutschland führt keineswegs dazu, dass im Ausland liegende Vermögen hier versteuert werden. Die AnlegerInnen größerer Vermögen werden ihr ins Ausland transferiertes Geld nicht wieder zurückverlagern. Ein Transfer nach Deutschland würde zudem einer Erklärung der Steuerhinterziehung in den vergangenen Jahren gleichkommen.

Einen Zugriff auf ausländische Konten von hier Steuerpflichtigen hat die Quellabgeltungssteuer freilich nicht – an der Quelle setzt sie nur an, wenn die dem deutschen Fiskus bekannt ist.

Des Weiteren ist auf die möglichen Auswirkungen auf die Einkommenskonzentration hinzuweisen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass die deutsche Einkommensverteilung, trotz des angestrebten Einkommensausgleiches über das Steuer- und Sozialsystem, stark konzentriert ist und dieses Phänomen nicht zuletzt auf sehr hohe Kapitaleinkommen zurückzuführen ist. Eine Steuersenkung für die Kapitaleinkommen hätte daher beträchtliche negative Verteilungswirkungen, mit denen die ohnehin durch Marktprozesse bedingte Zunahme der Einkommensungleichheit weiter rasant verschärft würde.

Wechselwirkungen mit der Unternehmenssteuerreform

Die Abgeltungsteuer ist privaten Kapitalerträgen vorbehalten. Werden Erträge aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften im Betriebsvermögen eines Einzelunternehmers oder durch einen „natürlichen“ Mitunternehmer vereinnahmt, kommt es zu einem modifizierten Teileinkünfteverfahren. Danach sind Dividenden, GmbH-Gewinnanteile und entsprechende Veräußerungsgewinne zu 60 v.H. in den steuerpflichtigen Gewinn einzubeziehen. Für sonstige betriebliche Kapitalerträge ergeben sich keine Änderungen.

Unternehmen werden Gewinne also nicht thesaurieren, sondern ausschütten, wenn deren Wiederanlage in Unternehmen steuerlich diskriminiert ist. Nach der Ausschüttung wird dieses Geld an die Unternehmen in Form von Darlehen zurückfließen, da Zinsen nur der Abgeltungssteuer von 25 v.H. zzgl. Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer unterliegen.

Mit Inkrafttreten der Regelung ist mit erheblichen Verlagerungen von Eigenkapitalfinanzierung zu Fremdkapitalfinanzierung zu rechnen. Ökonomisch ist dies gerade kontraproduktiv, da die Engpässe der Unternehmensfinanzierung in Deutschland bei der Eigenkapitalausstattung liegen.

Diese Regelung steht somit im Widerspruch mit einer weiteren Zielsetzung des Gesetzentwurfs der Unternehmenssteuerreform, wonach die Fremdfinanzierung von Unternehmen durch die Einführung einer Zinsschranke eingeschränkt werden soll.

Wir Jusos lehnen Steuererleichterungen nicht per se ab. Doch zum einen müssen Steuererleichterungen gerade in Anbetracht der zunehmenden Armut und ungleichen Reichtums- und Einkommensverteilung verteilungspolitisch so wirken, dass diese Ungleichheiten abgebaut statt vergrößert werden. Zum anderen muss die staatliche Handlungsfreiheit und insbesondere die des Sozialstaats durch ein entsprechendes Steueraufkommen gesichert werden. Nettoentlastungen wirken hier kontraproduktiv und tragen nicht zu einer gesamtgesellschaftlich positiven Wohlstandsentwicklung, sondern nur zur Akkumulation von Kapital und Vermögen bei einigen wenigen bei.

R

Resolutionen

R 1 - LV NRW

Moderne sozialdemokratische Wirtschaftspolitik – der Weg zur Guten Arbeit

Einleitung

Nach einer lange andauernden wirtschaftlichen Stagnation hat Deutschland in den vergangenen Jahren eine Phase mit stärkeren Wachstumsraten und einem Rückgang der Arbeitslosenquote erlebt. Bundesregierung, ArbeitgeberInnen und ein Teil der ÖkonomInnen bejubeln die Strukturreformen der Agenda 2010 als ursächlich für den neuerlichen Erfolg der deutschen Volkswirtschaft. Einige Beobachter, wie der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier oder Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Institut, sprechen sogar von einem neuen deutschen Wirtschaftswunder. Bundeskanzlerin Merkel behauptet: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an“ und fordert zur Fortsetzung der so genannten Strukturreformen auf.

Eine nüchterne Betrachtung der materiellen Situation und der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung lässt jedoch die von interessierter Seite verbreitete Begeisterung an der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland in einem anderen Licht erscheinen. Wie eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, ist die Mittelschicht in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich geschrumpft. Die politisch umkämpfte „Mitte der Gesellschaft“ erodiert, während sich in der neuen Unterschicht und in der Klasse der Superreichen Parallelgesellschaften entwickeln. Diese Tendenz wurde durch die verbesserte Wachstumsentwicklung der letzten Jahre nicht gebremst: Zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte sind die Reallöhne sogar während einer Aufschwungphase gesunken.

Nach nur etwas mehr als zwei Jahren des Aufschwungs ist dieser nun unter anderem durch die internationale Finanzmarktkrise bedroht. Dies gilt umso mehr, als Deutschland durch seine

extreme Exportorientierung in besonderem Maße von der ausländischen Nachfrage abhängig ist. Die inländische Konsumnachfrage hingegen hat – im Gegensatz zu früheren Aufschwungphasen – in den letzten Jahren kaum einen Beitrag zum Wachstum geleistet. Dies kann angesichts der schwachen Entwicklung der realen Masseneinkommen sowie der Verunsicherung der Menschen durch die effektive Kürzung von wichtigen Sozialleistungen wie Arbeitslosenunterstützung und Rente kaum überraschen.

Die Jusos wollen die aktuelle Diskussion um den Aufschwung zum Anlass nehmen, die längerfristigen Tendenzen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland genauer zu analysieren und den Handlungsbedarf sozialdemokratischer Politik aufzuzeigen. In der wirtschaftspolitischen Debatte bei den Jusos und in der SPD herrscht derzeit eine Art Vakuum: Zwar wächst angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Realitäten vielerorts der Zweifel an der Agenda-Politik. Andererseits liegt kein konsistentes Alternativprogramm vor, das die Sozialdemokraten vereinen würde. Zu dieser notwendigen Debatte möchten die Jusos mit dieser Positionierung einen Beitrag leisten. Die Jusos sind der Auffassung, dass das im Hamburger Programm formulierte Ziel der „Guten Arbeit“ nicht allein durch arbeitsmarktpolitische Reformen im engeren Sinne zu erreichen ist. Vielmehr bedarf es eines konsistenten wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeptes, in dem eine pragmatische Makrosteuerung eine gewichtige Rolle einnimmt. Im Vergleich zum Ausland ist die Bedeutung von makroökonomischer Politik in der deutschen Wissenschaft und Politik bisher in erschreckender Weise unterbeleuchtet.

Tradition sozialdemokratischer Wirtschaftstheorie

Nach neoliberaler Ansicht war die Entlastung der Unternehmen in Deutschland von angeblich zu hohen Lohnkosten und Steuerabgaben Voraussetzung für den Aufschwung der letzten Jahre. Um Deutschland dauerhaft zu einer kräftigeren Investitionsdynamik und stärkerem Wirtschaftswachstum bei geringerer Arbeitslosigkeit zu verhelfen, sei eine weitere Verfolgung dieses Wegs der Angebotspolitik alternativlos.

Die ausschließliche Fokussierung auf so genannte „Strukturreformen“ widerspricht jedoch den traditionellen Aussagen sozialdemokratisch ausgerichteter Wirtschaftstheorie. Diese empfiehlt nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch auf der Grundlage von makroökonomischen Effizienzüberlegungen eine Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum aus Produktivitätswachstum und Inflation mittelfristig ausschöpft und zudem über das Steuersystem gerade die einkommensschwachen Haushalte fördert. Der Grund ist, dass Löhne aus Sicht der Unternehmen nicht nur Kosten darstellen, sondern gleichzeitig die wichtigste Grundlage für die private Konsumnachfrage sind. Überdies konsumieren

einkommensschwache Haushalte einen vielfach größeren Anteil ihres Einkommens als reiche Haushalte (die Sparquote des ärmsten Zehntels der Deutschen ist negativ, diejenige des reichsten Zehntels lag 2003 bei über 20%).

Zwar sind für die Unternehmen zweifellos auch Kostengesichtspunkte von Bedeutung. Eine kräftige Ausweitung ihrer Produktionskapazitäten (Investitionen) lohnt sich für sie jedoch nur dann, wenn sie sich einer entsprechend kräftigen Güternachfrage gegenüber sehen. Diese wird in einem großen Land wie Deutschland vor allem im Inland durch die Binnennachfrage erzeugt: Allein auf den privaten Konsum entfallen fast 60 % des Bruttoinlandsprodukts.

Weiterer Bestandteil einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sind neben der Unterstützung einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik und einem progressiven Steuersystem der pragmatische Einsatz von makroökonomischer Stabilisierungspolitik (Geld- und Fiskalpolitik). Nur wenn Unternehmen mit einer permanent dynamischen Nachfrageentwicklung konfrontiert sind, werden sie im Kampf um Marktanteile entsprechend kräftig investieren, woraus sich wiederum im Zuge des kräftigeren Produktivitätswachstums positive Angebotseffekte ergeben.

Diese grundlegenden Pfeiler sozialdemokratischer Wirtschaftstheorie sind in der jüngeren Vergangenheit zu Lasten einer einseitigen Politik der Kostenentlastung für die Unternehmen vernachlässigt worden.

Erfolge der rot-grünen Wirtschaftspolitik und die Debatte um den jüngsten Aufschwung

Die angebotsorientierten Reformen der rot-grünen Bundesregierung haben einige wichtige Verbesserungen erzielt, zum Beispiel durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Hierdurch ist die Arbeitsvermittlung effizienter geworden. Jedoch ist es abwegig, die Strukturreformen als ursächlich für den jüngsten Aufschwung auszumachen. Vielmehr ist das Auf und Ab von konjunkturellen Boom- und Schwächephasen seit Jahrhunderten Teil des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems. Auch war das Wachstum im jüngsten Aufschwung in historischer Betrachtung keinesfalls besonders hoch.

Interessanterweise war der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts während des jüngsten Aufschwungs (Ende 2004 bis Ende 2007, also nach den „Strukturreformen“) hinsichtlich Verlauf und Stärke dem vorherigen Aufschwung (Anfang 1998 bis Anfang 2001, also vor den „Strukturreformen“) sehr ähnlich. Es bietet sich also ein Vergleich dieser beiden

Wachstumsperioden an, wie er jüngst vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung systematisch durchgeführt wurde.

Besonders auffällig ist, dass der jüngste Aufschwung in hohem Maße unbalanciert war. Der reale private Konsum nahm kaum zu, dafür war der Export der wesentliche Wachstumsmotor. Im vorangegangenen Aufschwung waren die Wachstumsbeiträge der verschiedenen Nachfragekomponenten noch deutlich ausgeglichener gewesen. Erklärt wird die aktuelle Spaltung zwischen Exportwachstum und binnenwirtschaftlichem Wachstum unter anderem durch die seit langem schwache bzw. sogar rückläufige Entwicklung der realen Nettolöhne und -gehälter. Dieser fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte, aber er schwächt die Konsumnachfrage. Letztere wird zudem durch die zunehmend verbreitete Angst vor Altersarmut im Zuge der Schwächung der gesetzlichen Rentenversicherung negativ beeinträchtigt. Als Ergebnis von Umverteilung und Verunsicherung steigt die durchschnittliche Sparquote in Deutschland in den letzten Jahren gegen den internationalen Trend in den reichen Industrieländern wieder an.

Zwar ist die Arbeitslosenquote zuletzt tatsächlich deutlich zurückgegangen. Anders als das Volumen der gearbeiteten Stunden ist jedoch die Zahl der Beschäftigten in diesem Aufschwung sogar schwächer gestiegen als im letzten. Zudem hat sich auf Grund der demographischen Entwicklung das Arbeitsangebot verringert, was für sich genommen zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote führt. Ein immer größerer Teil der ArbeitnehmerInnen befindet sich zudem in prekären Beschäftigungsverhältnissen, z.B. Leih- und Zeitarbeit.

Bundesregierung und ein Teil der Ökonomen hatten prognostiziert, der Aufschwung werde nach einiger Zeit von der Exportwirtschaft auf den privaten Konsum übergreifen, wenn der Rückgang der Arbeitslosigkeit die Gesamtkaufkraft der ArbeitnehmerInnen trotz schwacher Reallohnentwicklung stärkt und bei den Menschen Optimismus und Konsumlaune verbreiten wird. Hiervon kann jedoch aus den genannten Gründen bislang keine Rede sein. Auch ohne die aktuelle internationale Finanzmarktkrise wäre es also überaus fraglich gewesen, ob der jüngste Aufschwung in eine sich selbst tragende binnenwirtschaftliche Expansion mit dynamischer Konsumnachfrage gemündet hätte. Insgesamt ist nicht zu erkennen, dass die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Steuersenkungspolitik der letzten Jahre die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheidend befördert hätte.

**Herausforderung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik für die Zukunft:
exzessive Lohnzurückhaltung und einseitige Steuersenkungspolitik im**

Interesse Deutschlands und der Europäischen Währungsunion stoppen! Pragmatische Makropolitik entwickeln!

In Zukunft wird es darauf ankommen, durch eine pragmatische Berücksichtigung nachfrageseitiger Faktoren dauerhaft zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen. Der internationale Vergleich zeigt, dass deutsche Unternehmen kein Wettbewerbsproblem durch zu hohe Lohnkosten oder eine zu starke Steuerbelastung haben. Im Gegenteil: Die Lohnentwicklung war in den letzten zehn Jahren vor dem jüngsten Aufschwung schwächer als in allen anderen Staaten der EU, und die effektive Steuerbelastung für die Unternehmen ist geringer als in vergleichbaren, makroökonomisch dauerhaft deutlich erfolgreicherer Industrieländern.

Die Aufrechterhaltung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist im Zeitalter der Globalisierung eine nicht zu unterschätzende Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Deutschland darf aber insbesondere in seiner Rolle als größtes Land in der Europäischen Union den internationalen Lohnzurückhaltungs- und Steuersenkungswettbewerb in Zukunft nicht unnötig und überdies zum eigenen Schaden weiter vorantreiben! Vielmehr ist eine funktionale Makrosteuerung Grundlage für langfristigen wirtschaftspolitischen Erfolg.

Um die künftigen Herausforderungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik zu erkennen, wollen wir – jenseits der aktuellen Diskussion um den jüngsten Aufschwung – den Blick auf die wichtigsten Fehlentwicklungen der Vergangenheit richten.

Abkehr von übermäßiger Lohnzurückhaltung!

Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen seit Mitte der 1970er Jahre um etwa 10 Prozentpunkte gesunken. Über die Hälfte dieses Absinkens ist auf die Lohnentwicklung seit 1993 zurückzuführen. Gleichzeitig war eine zähe Investitionsschwäche bei hoher Arbeitslosigkeit festzustellen. Zwar lässt sich keine unmittelbare Kausalität zwischen diesen Beobachtungen ableiten. Dennoch legt ein Blick auf die Statistik den Verdacht nahe, dass die übermäßige Lohnzurückhaltung in Deutschland auf Grund der Schwächung der Binnennachfrage makroökonomisch schädlich war.

Häufig wird argumentiert, die Globalisierung erlaube überhaupt keine kräftigen Lohnsteigerungen mehr. Allerdings kann die Lohnzurückhaltung in Deutschland auch im internationalen Vergleich nur als überzogen bezeichnet werden. Angaben der Europäischen Kommission zu Folge sind zwischen 1995 und 2004 die Reallöhne in Deutschland um 0,9 %

gesunken, während sie im EU-Durchschnitt um 7,4 % gestiegen sind. In Schweden sind die Reallöhne im gleichen Zeitraum um 25,4 % gestiegen, in Großbritannien um 25,2 % und in den USA um 19,6 %. Gemessen an den Lohnstückkosten, die die Arbeitskosten ins Verhältnis zur Arbeitsproduktivität setzen, sieht die Entwicklung ähnlich aus: Deutschland weist die schwächste Lohnstückkostenentwicklung vergleichbarer EU-Staaten auf.

Auch eine genauere Betrachtung der Lohnstruktur legt die Vermutung nahe, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht mit zu hohen Löhnen bestimmter Bevölkerungsgruppen erklärt werden kann. Zahlen der Europäischen Kommission zeigen, dass der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich bereits im Jahr 2000 über dem europäischen Durchschnitt lag. Danach ist er weiter deutlich gestiegen.

Das Anwachsen des Niedriglohnbereichs kann jedoch nicht in erster Linie mit Qualifikationsmängeln der ArbeitnehmerInnen erklärt werden. Eine Untersuchung der Deutschen Bundesbank kam kürzlich zu dem Ergebnis, „dass die Behauptung, in Deutschland sei die Arbeitsmarktlage der häufig als ‚gering qualifiziert‘ eingestuften Personen außergewöhnlich schlecht, empirisch nicht klar belegbar ist.“ So ist der Anteil der „gering Qualifizierten“ an den Erwerbspersonen (ArbeitnehmerInnen + Arbeitslose) zwischen 25 und 64 Jahren nach der Statistik der OECD in Deutschland mit nur 13 % im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrig. Zahlreiche anerkannte Studien aus der Arbeitsmarktforschung beziffern den Anteil von formal qualifizierten Personen im Niedriglohnbereich mit über 60 %. Selbst junge Akademiker trifft dieses Problem, und ca. 40 % der Hochschulabsolventen sehen sich vor dem Einstieg in das Berufsleben gezwungen, zunächst mindestens ein Praktikum zu absolvieren. Generell gilt: Wenn zu wenige Arbeitsplätze entstehen, drängen selbst qualifizierte Personen in prekäre Beschäftigung. Arbeit ist in Deutschland nicht zu teuer.

Regierungen und Parlamente haben keinen unmittelbaren Einfluss auf die Lohnpolitik, die in Deutschland in der Hand der Tarifparteien liegt. Sozialdemokraten müssen jedoch Solidarität mit den Gewerkschaften zeigen, wenn es um eine stabilitäts- und wachstumsfördernde Lohnpolitik geht, die sich an der langfristigen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität orientiert. Durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes in der Vergangenheit ist die Verhandlungsposition der Gewerkschaften deutlich geschwächt worden. Unter anderem durch die Einführung eines Mindestlohnes muss sozialdemokratische Politik den weiteren Ausbau des Niedriglohnbereichs verhindern.

Außerdem sind Reformen in der Bildungspolitik dringend nötig, um Chancengleichheit zu realisieren, Arbeitslosigkeit zu reduzieren und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten zu verbessern. Das dreigliedrige Schulsystem ist nicht länger in der Lage, die gewünschten Bildungserfolge zu gewährleisten. Folglich ist eine Reform des dreigliedrigen Schulsystems hin

zum integrierten Schulsystem unerlässlich. Individuelle Förderung und kostenlose Bildung von der U3-Betreuung/Kindergarten bis zur Hochschule sind Garanten für eine höhere Qualifizierung der Menschen.

Keine weiteren Steuerentlastungen für Unternehmen und Reiche!

Neben den Löhnen sind Steuern ein wichtiger Bestandteil unternehmerischer Kosten. Häufig wird argumentiert, Deutschland habe hier einen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland. In der Tat lag die nominale Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland lange Zeit relativ hoch. Allerdings wurde bereits durch die Unternehmensteuerreform im Jahr 2001 und die verschiedenen Schritte der Einkommensteuerreform bis 2005 der maximale nominale Grenzsteuersatz auf Unternehmensgewinne (inklusive Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag) für Kapitalgesellschaften von 51,8 % auf 38,6 % und für Personenunternehmen von 54,5 % auf 45,7 % gesenkt.

Angesichts der beobachteten makroökonomischen Entwicklung ist es überaus fraglich, ob von diesen Steuersenkungen positive Wachstumswirkungen ausgegangen sind. Vor allem kann keine Rede davon sein, dass deutsche Unternehmen nach diesen Steuersenkungen im internationalen Wettbewerb benachteiligt gewesen wären. In der Tat ist auf Grund zahlreicher „Steuerschlupflöcher und -gestaltungsmöglichkeiten“ die effektive Steuerbelastung für deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich gemäß Statistiken von OECD und Europäischer Kommission als niedrig einzustufen. Deutschland nimmt auch insofern eine Sonderstellung im internationalen Vergleich ein, als hier der Anteil der von Körperschaften entrichteten Steuern am Bruttoinlandsprodukt seit den 1970er Jahren gesunken ist. Im EU-Durchschnitt ist dieser Anteil gestiegen, auch noch während der 1990er Jahre.

Dennoch hat die Große Koalition nun eine weitere Steuerentlastung für Unternehmen und Kapitaleinkommensbezieher vorgenommen. Die nominale Steuerlast für Körperschaften wird auf unter 30 % gesenkt, Zinsen und Dividenden werden künftig mit einer einheitlichen Abgeltungssteuer von 25 % belastet, statt wie zuvor mit dem individuellen Einkommenssteuersatz nach Maßgabe des Halbeinkünfteverfahrens. Insgesamt droht ein Steuereinnahmenverlust von 6 – 8 Milliarden Euro pro Jahr.

Genauso wie die Unternehmen beteiligen sich die reichen Privathaushalte zu wenig am Steueraufkommen. Bemerkenswert sind die Zahlen des Statistischen Bundesamtes, wonach sich der Anteil der Steuern aus Kapitaleinkommen und Vermögen an den gesamten Steuereinnahmen seit den frühen 1980er Jahren etwa halbiert hat! Gleichzeitig ist die relative

Steuerlast für ArbeitnehmerInnen kontinuierlich gestiegen, was zusätzlich zur sinkenden Lohnquote die Entwicklung der Masseneinkommen und des privaten Konsums belastet hat.

Ein aktuelles Thema sind die geplanten Entlastungen im Bereich der Erbschaftssteuer. Bereits das gültige Steuerrecht nimmt in nicht ausreichendem Maße die hohen Vermögen in die Pflicht. Schätzungsweise werden in Deutschland jährlich 200 bis 250 Milliarden Euro vererbt, aber nur ein kleiner Bruchteil dieser Vermögenssumme wird zur Berechnung der Erbschaftssteuer herangezogen. Im internationalen Vergleich wird in Deutschland eine der geringsten Erbschaftssteuern erhoben. Der Erbschaftssteueranteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt gerade einmal 0,18 %. Der Anteil der Erbschaftssteuer am Gesamteinkommen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen beträgt nur 0,5 %. Somit wird Deutschland im internationalen Vergleich nur von Österreich und der Schweiz unterboten. Andere Länder wie Frankreich, Großbritannien, Niederlande oder USA weisen doppelt bis teilweise dreifach so hohe Steuereinnahmen aus Erbschaften und Schenkungen auf.

Die von der Bundesregierung geplante Aufhebung der Erbschaftssteuer für Unternehmen, die mindestens 10 Jahre weitergeführt werden, ist abzulehnen. Die schon heute existierenden Steuerentlastungen für Unternehmen bieten keinen Spielraum für weitere Unternehmensentlastungen und (Erbschafts-)Steuergeschenke. Die diversen Steuersenkungen der Vergangenheit haben keinen spürbaren positiven Effekt auf die Investitionstätigkeit und die Konsumnachfrage entfaltet.

Im Fazit sind die gesamtgesellschaftlichen Vorteile der Steuersenkungspolitik der letzten Jahre überaus zweifelhaft. Die Nachteile sind mehr als deutlich: Die Finanzierungsgrundlage für öffentliche Investitionen im Bereich der Bildungs- oder Infrastrukturpolitik verschlechtert sich, Sozialleistungen „müssen“ angesichts „leerer Kassen“ gekürzt werden. Die Steuervergünstigungen für Unternehmen und Reichen führen unter dem Strich nicht zu mehr Investitions- oder Konsumnachfrage.

Kostensenkungswettbewerb in der Europäischen (Währungs-)Union beenden!

„Deutschland greift uns an“. Unter diesem Titel brachte der nationale französische Radiosender France Inter im Januar 2007 einen Bericht über die Lohn- und Steuerpolitik in Deutschland. Im europäischen Ausland wird die wiederholte deutsche „Exportweltmeisterschaft“ vor allem deswegen mit Sorge betrachtet, weil diese zu Recht auch auf das schwache Lohnwachstum in Deutschland in den letzten Jahren zurückgeführt wird. Dadurch hat sich ein Wettbewerbsvorteil für deutsche Unternehmen ergeben, der

insbesondere gegenüber Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion zum Tragen kommt.

Nach dem Wegfall von innereuropäischen Wechselkursen bedeutet die im Vergleich zum europäischen Ausland schwache Lohnentwicklung in Deutschland eine reale Abwertung. Wenn Länder wie Frankreich oder Spanien, in denen die Löhne zuletzt stärker gestiegen sind als in Deutschland, auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen sie ihrerseits ebenfalls Lohnzurückhaltung üben. Falls Deutschland selbst dann noch an einer exportorientierten Wachstumsstrategie festhalten will, müsste die Lohnzurückhaltung hierzulande daraufhin noch stärker ausfallen, damit der ursprüngliche Wettbewerbsvorteil wieder hergestellt wird. Diese Logik heizt einen Lohnsenkungswettbewerb an, der für die Sozialdemokratie nicht akzeptabel sein kann.

Besonders problematisch ist es, wenn ein Lohnsenkungswettbewerb vom größten Land in der Währungsunion forciert wird. Für ein großes Land ist die Binnenwirtschaft relativ bedeutsamer als die Exportwirtschaft. Gleichzeitig ist die binnenwirtschaftliche Entwicklung eines großen Landes für die makroökonomische Entwicklung seiner Nachbarländer von großer Wichtigkeit. Unter einer überzogenen Lohnmoderation zugunsten der Exportwirtschaft (und unter einer wachstumsfeindlichen prozyklischen Finanzpolitik) leidet daher Deutschland im Speziellen ebenso wie Europa als Ganzes.

Eine koordinierte solidarische Lohnpolitik in Europa etwa in Form eines einheitlichen Mindestlohnes erscheint für die nähere Zukunft nicht realistisch. Deutschland darf aber den Lohnsenkungswettbewerb nicht zum Schaden der eigenen Bürger und der europäischen Freunde unnötig antreiben.

Dieselbe Logik gilt für die Unternehmenssteuerpolitik. Deutschland darf in Zukunft seine europäischen Partner nicht mit weiteren Steuersenkungen unter Druck setzen. Hierauf könnten diese ihrerseits nur mit eigenen Steuersenkungen reagieren; die alte Wettbewerbssituation wäre wieder hergestellt; ein Steuersenkungswettlauf wäre das Ergebnis. Das wollen wir Sozialdemokraten nicht!

Anpassung an die internationalen Standards in pragmatischer Makrosteuerung!

Die makroökonomische Politik in Deutschland bzw. in der Europäischen Währungsunion bleibt weit hinter internationalen Standards zurück. Ausländische Politiker und Wissenschaftler sind

immer wieder erstaunt über die Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland. In so unterschiedlichen Ländern wie den USA, Großbritannien oder Schweden gilt es als Selbstverständlichkeit, dass die Geld- und Fiskalpolitik einen wichtigen Beitrag zur konjunkturellen Stabilisierung und damit letztlich zum langfristigen Wachstum leisten muss. In Europa setzt das Maastricht-Regime der staatlichen Fiskalpolitik enge Grenzen. Deutschland bleibt zudem bei den öffentlichen Investitionen systematisch hinter dem Durchschnitt der entwickelten Industrieländer zurück. Die Europäische Zentralbank verfolgt eine einseitige Inflationsbekämpfungspolitik, während andere Zentralbanken ausdrücklich auch Wachstumsziele verfolgen.

Nach den vornehmlich angebotsorientierten Maßnahmen der letzten Jahre muss die Wirtschaftspolitik in Zukunft vor allem die Gestalt einer auf Wachstum ausgerichteten Steuer- und Finanzpolitik annehmen. Mit öffentlichen Investitionen können Arbeitsplätze geschaffen werden und Impulse für private Investitionen in demokratisch festzulegenden, gesellschaftlich wünschenswerten Bereichen gegeben werden.

Die hierfür notwendigen Mittel sollten aus einer stärkeren Besteuerung von Kapitaleinkommen, Vermögen und Arbeitseinkommen insbesondere gut verdienender MitbürgerInnen bezogen werden. Somit entsteht auch neuer Spielraum für finanzpolitische Eingriffe zur Verhinderung von Rezessionen. Staatliche Konjunkturpolitik und eine kräftige öffentliche Investitionstätigkeit bleiben auch im 21. Jahrhundert wichtiger Bestandteil moderner Wirtschaftspolitik. Hierüber entwickelt sich international zunehmend ein wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Konsens.

„Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen“: die längerfristigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik nicht aus den Augen verlieren!

Wachstum kann für Sozialdemokraten kein Selbstzweck sein. Natürlich müssen angesichts der aktuellen Verteilungssituation die Einkommen gerade der Schwächsten in der Gesellschaft gestärkt werden. Dies geht nur mit Wachstum, wenn gesellschaftliche Verteilungskonflikte nicht eskalieren sollen. Forderungen nach einem sofortigen Übergang zu einer Strategie des Negativwachstums, z.B. aus globalisierungskritischen Kreisen, sind daher mit Skepsis zu begegnen.

Längerfristig muss es aber dennoch Ziel von Sozialdemokraten sein, eine kritische und grundsätzliche Diskussion darüber anzustoßen, inwieweit Wachstum gesellschaftlich wünschenswert und ökologisch vertretbar bleibt. Verbesserte Produktionsmöglichkeiten müssen sich letztlich immer darin legitimieren, dass sie dem einzelnen Menschen dienen,

indem sie sein Leben angenehmer, sicherer und freier machen. Die langfristige Aufgabe der jungen Generation wird es sein, die richtige Übersetzung von Produktivitätsfortschritten in Wachstum, Arbeitszeitverkürzung und Umweltschutz zu definieren.

Schlussfolgerungen

Wir Jusos

- Wollen eine intensivere Debatte über alternative wirtschaftspolitische Strategien bei den Jusos und in der SPD
- Sehen im jüngsten Aufschwung keine Bestätigung oder Rechtfertigung der Agenda 2010 bzw. der angebotsorientierten Kostensenkungspolitik
- Stellen fest, dass das Ziel der „Guten Arbeit“ nur durch eine funktionale Makropolitik erreicht werden kann
- Lehnen Forderungen nach sofortigem Übergang zu einer Strategie des Negativwachstums ab, aber fordern mittelfristig eine Diskussion über eine angemessene Umsetzung von Produktivitätsfortschritten in Wachstum, Arbeitszeitverkürzung und Umweltschutz
- Fordern die Einführung eines Mindestlohns und weiterer Reregulierungen für den Arbeitsmarkt, insbesondere im Bereich „prekärer Beschäftigungsverhältnisse“ wie Leih- und Zeitarbeit
- Fordern ein integriertes Schulsystem und kostenlose Bildung für alle, um individuelle Beschäftigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu verbessern
- Fordern einen größeren Beitrag von Unternehmen und reichen Privathaushalten am Steueraufkommen insbesondere durch Reformen im Bereich des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und bei der Erbschafts- und Vermögenssteuer
- Fordern den pragmatischen Einsatz konjunkturpolitischer Instrumente wie eine antizyklische Finanzpolitik von Bund und Land statt Schuldenbremsen für die öffentlichen Haushalte

- Fordern eine Erhöhung der Investitionen von Bund, Land und Kommunen auch zur Stärkung der regionalen Wirtschaft

Fordern eine makroökonomische Koordinierung auf europäischer Ebene durch politischen Dialog und schließlich durch eine Reform des Vertrags von Maastricht.

R 3 – Bundesvorstand

Abrüstung jetzt! Deutschland und Frankreich müssen Vorbilder in der Abrüstungspolitik werden

In einer Rede vor dem diplomatischen Korps in Paris hat sich der französische Präsident Nicolas Sarkozy für ein starkes Frankreich in einem starken Europa eingesetzt, das in der Lage sein soll, mit den Vereinigten Staaten auf Augenhöhe umzugehen.

Seine zentrale Forderung bestand darin, durch die Militarisierung Europas ein neues Mächtegleichgewicht zu schaffen. Dies erfordere eine mächtige Militärpräsenz der Europäischen Union in der Welt, und dabei müsse Frankreich die Führungsrolle übernehmen. Sarkozy forderte die weitere Entwicklung der europäischen Rüstungs- und Sicherheitskapazitäten.

Diesen Aufrüstungsbestrebungen und diesem blinden Nationalismus erteilen die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in Deutschland und Frankreich eine klare Absage und fordern die deutsche Regierung auf, sich diesen Plänen entschieden zu widersetzen.

Jusos und MJS kämpfen gemeinsam für ein Europa des Friedens, in dem Abrüstung und nicht Aufrüstung im Zentrum gemeinsamer Europäischer Außenpolitik steht. Vor allem Frankreich und Deutschland als größte Rüstungsexporteure Europas sind gefordert, diesen Weg vorbildhaft zu gehen und das Zeitalter der Abrüstung einzuleiten.

Noch immer lagern 384 Atomsprengköpfe in Frankreich, die Sarkozy als „Lebensversicherung der Nation“ betrachtet. Doch Atomwaffen sind keine Lebensversicherung, sondern Waffen des Terrors. Auch in Deutschland lagern im US-Stationierungsort Büchel in Rheinland-Pfalz immer noch ca. 20 taktische Atomwaffen, die der NATO zur Verfügung stehen. Laut aktuellen Informationen von Atomwaffenexperten in den USA und in Deutschland sind die bisher zusätzlichen 130 US-Atomwaffen von dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein abgezogen

worden. Die Bundesluftwaffe hält dort auf dem Atomwaffenstützpunkt Kampfflugzeuge bereit, um im so genannten »Ernstfall« im Rahmen der nuklearen Teilhabe jene Atomwaffen zu ihrem Einsatzort fliegen zu können.

Als Beitrag zur weltweiten Abrüstung und um glaubwürdig mit Staaten verhandeln zu können, die eventuell glauben, Atomwaffen würden ihnen Sicherheit bieten, sollte Deutschland und Frankreich auf diese Waffen verzichten. Es ist doppelzünftig, von anderen zu verlangen, auf Atomwaffen zu verzichten, während man selbst noch auf die atomare Abschreckung setzt.

Wir fordern die deutsche und die französische Regierung auf, sich international für einen Vertrag einzusetzen, der einen Verbot und die Abschaffung aller Atomwaffen vorschreibt. Als erster Schritt erwarten wir vor allem von der deutschen Bundesregierung, dass sie Einfluss auf die fünf Atommächte ausübt, um den Nichtverbreitungsvertrags (NPT) zu stärken. Seine Regeln müssen international eingehalten und das Kontrollregime ausgebaut werden.

Darüber hinaus erwarten wir einen bladigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland.

Wir Jusos und MJS stehen heute und morgen für eine Friedensmacht Europa. Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

R 4 – Bundesvorstand

Freiheit statt Angst – Gegen den Überwachungswahn

Im Rahmen des europaweiten Aktionstags „Freiheit statt Angst – Gegen den Überwachungswahn“ findet am 11. Oktober in Berlin eine Demonstration statt. Die zentralen Forderungen sind der bessere Schutz der Privatsphäre und die Überarbeitung aller seit dem 11. September 2001 beschlossenen Sicherheitsgesetze.

Die Jusos unterstützen den Demonstrationsaufruf und erklären ihre Solidarität mit den Zielen der AktivistInnen. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament darüber hinaus auf, im Sinne dieser Ziele zu handeln.

Denn für uns Jusos steht fest: Wir wollen die Grundrechte besser schützen, weitere Einschränkungen verhindern und die bestehenden Einschränkungen bei den Freiheitsrechten soweit wie möglich rückgängig machen.

Doch stattdessen schränken immer neue Sicherheitsgesetze die persönlichen Freiheitsrechte ein. Vier aktuelle Beispiele:

- Das Gesetz zur **Vorratsdatenspeicherung** schreibt seit Anfang des Jahres vor, dass die Verbindungsdaten von Telefon, Handy und E-Mails für sechs Monate bei den Telekommunikationsunternehmen gespeichert werden müssen. Festgehalten wird also, wer mit wem, wann in Kontakt steht.
- Die Europäische Kommission und der Europäische Rat planen eine **Datenerhebung von FlugpassagierInnen** nach dem Vorbild des Abkommens mit den USA.
- Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Justizministerin Brigitte Zypries haben im März den so genannten Terrorfahndungsvertrag zum **Datenaustausch zwischen den USA und Deutschland** unterzeichnet.
- Das Kabinett hat diese Woche beschlossen, eine Grundgesetzänderung anzustreben, die den **Einsatz der Bundeswehr im Innern** erlaubt. Das ist für uns in keinerlei Weise akzeptabel und wir werden in der SPD dafür kämpfen, dass diese Änderung mit der Sozialdemokratie nicht zu machen ist.

In diesem Sinne senden wir der Demonstration solidarische Grüße und werden weiterhin mit vielen BündnispartnerInnen gegen den Überwachungsstaat und für eine offene und tolerante Gesellschaft streiten.



SPD - Anforderungen an die Partei

S 1 – Bundesvorstand

Anforderungen an die Aufstellung der Sozialdemokratie für die Bundestagswahl 2009

Situation der SPD ein Jahr vor der Wahl

Die Sozialdemokratie hat stürmische und schwierige Zeiten hinter sich. In den letzten Monaten wurde die Außendarstellung vor allem durch einen Machtkampf innerhalb der Parteiführung und der Auseinandersetzung um die Kanzlerkandidatur 2009 dominiert, gute inhaltliche Initiativen, so z.B. die Initiative gegen Kinderarmut, blieben so unbeachtet. Der Umgang in Teilen der Partei war von Misstrauen und Illoyalität geprägt. Der Parteivorsitzende Kurt Beck konnte sich nicht mehr auf die notwendige solidarische Unterstützung durch alle relevanten Parteiteile verlassen. Kurt Beck wurden so Entscheidungs- und Handlungsspielräume genommen, seine Arbeit als Parteivorsitzender wurde unnötig erschwert. Die Illoyalitäten gegen Beck waren unerträglich und der Sozialdemokratie unwürdig, sie haben nicht zur oft eingeforderten Geschlossenheit der Partei beigetragen.

Kurt Beck hat den Parteivorsitz in einer Phase übernommen, in der die Partei politisch und programmatisch ausgelaugt war. In den Regierungsjahren ist die SPD einen Weg gegangen, der dem neoliberalen Mainstream dieser Jahre entsprochen hat. Der Versuch, über die Konstruktion einer neuen Mitte und eines aktivierenden Sozialstaats eine Politik zu etablieren, die mit scheinbar traditionellen Werten und Instrumenten sozialdemokratischer Politik aufräumte, führte dazu, dass die SPD in großen Teilen ihrer StammwählerInnenschaft an Vertrauen und Rückhalt einbüßte. Viele traditionelle Wählerinnen und Wähler wanderten ab, das für unsere Partei bedeutende Verhältnis zu den Gewerkschaften wurde stark belastet. Innerparteilich wurde diese Politik autoritär und hierarchisch von oben durchgesetzt mit gravierenden negativen Auswirkungen.

Mit dem Hamburger Parteiprogramm hat Kurt Beck in der SPD überhaupt erst wieder eine tragfähige Basis für die Arbeit der Partei geschaffen. Das Hamburger Programm spiegelt die Gesamtpartei wider, es ist sicherlich kein Programm der Parteilinken. Mit der Verankerung des demokratischen Sozialismus bietet es aber auch für die Parteilinke und uns Jusos viele Anknüpfungspunkte. Es bietet eine Grundlage für die inhaltliche Arbeit in den nächsten Jahren, es ist die Grundlage, um in der SPD über die Regierungspolitik der großen Koalition und der rot-grünen Vorgängerkoalition hinausgehend eine Politik der sozialen Gerechtigkeit zu entwickeln. Das neue Grundsatzprogramm gibt vielen SPD-Mitgliedern, die in den letzten Jahren (ver-)zweifelten neue Hoffnung und Zuversicht.

Auch viele weitere Beschlüsse des Hamburger Parteitags sind ein wichtiges Signal für die inhaltliche Aufstellung der SPD in den kommenden Jahren. Beispielsweise gelang es, mit den Beschlüssen zu Guter Arbeit, zu ALG-I-Zahlung für ältere ArbeitnehmerInnen oder zur Rentenpolitik die bisherige SPD-Regierungspolitik weiterzuentwickeln und deutliche Akzente für mehr soziale Gerechtigkeit zu setzen. Diese – von Kurt Beck gegen Widerstände entschieden durchgesetzte – teilweise Abkehr von zentralen Positionen bisheriger SPD-Regierungspolitik führte mit zu einer merklichen Entspannung des Verhältnisses zu den Gewerkschaften. Das für die Sozialdemokratie so wichtige Verhältnis zu den Gewerkschaften hatte gerade unter der Führung von Schröder/Müntefering massiv gelitten, während dieser Zeit ging viel Vertrauen verloren. Die Beschlüsse des Hamburger Parteitags haben deshalb für die Zukunft der Sozialdemokratie eine herausragende Bedeutung.

Der Hamburger Parteitag versöhnte große Teile der SPD-Mitglieder und der Gewerkschaftsführungen mit der Partei, der Parteitag bereitete die Basis, verlorengegangenes Vertrauen in traditionellen SPD-WählerInnenmilieus zurückzugewinnen. Es war Kurt Becks Verdienst, dass auf dem Hamburger Parteitag in zahlreichen Punkten Kompromisse gefunden wurden, in denen sich alle Teile der Partei wiederfinden konnten. Auf dem Parteitag wurden viele der Entscheidungen mit großer Mehrheit getroffen. Doch ein Teil der Partei hat die getroffenen Vereinbarungen nach dem Parteitag nie akzeptiert und mitgetragen. Das war sicher ein Grund für die Entwicklungen einer solch porösen Vertrauensbasis.

Trotz einer jetzt wahrnehmbar größeren Geschlossenheit nach außen: Das Selbstverständnis der SPD und zentrale strategische Entscheidungen sind nach wie vor ungeklärt. Wir JungsozialistInnen sind davon überzeugt: Die SPD wird nur als Mitgliederpartei und linke Volkspartei in der Lage sein, auch längerfristig fortschrittliche soziale Politik umzusetzen.

Im Parteienwettbewerb wird die SPD aus eigener Stärke heraus nur mit dem Profil einer linken Volkspartei wieder Gestaltungsmacht erringen können. Wir müssen jetzt deutlich machen,

dass die SPD (wieder) für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit steht. Dazu gehört auch eine kritische Betrachtung der Regierungspolitik und die Bereitschaft an den Punkten Veränderungen vorzunehmen, die ungerechte Verwerfungen nach sich gezogen haben. Wir dürfen kein Milieu abschreiben und müssen gerade für diejenigen ein attraktives Politikangebot bereithalten, die uns nach der Bundestagswahl 1998 nicht mehr ihr Vertrauen gegeben haben. Wir brauchen eine klare Ausrichtung auf ArbeitnehmerInneninteressen und eine Politik für diejenigen, die in der Gesellschaft auf solidarische Unterstützung angewiesen sind.

Zusätzlich brauchen wir auch ein besonderes Angebot an die junge Generation und Frauen. Diese Gruppen waren es, die die SPD auch bei den vergangenen Wahlen überdurchschnittlich gewählt haben. Wir müssen deutlich machen, dass es darum geht, eine Partei der Emanzipation und Gleichstellung zu sein.

Um neues Vertrauen in verlorengegangenen WählerInnenmilieus zurückzugewinnen, muss die SPD ihre Politik klar an den Interessen der ArbeitnehmerInnen und nicht an einer diffus umrissenen bürgerlichen „Mitte“ ausrichten. Die SPD muss Antworten auf die Frage formulieren, wie im derzeitigen Entwicklungszustand der Gesellschaft soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden kann. Die Aufstellung in Richtung 2009 ist zentral und deshalb wollen wir uns als Jusos frühzeitig in die Debatte einbringen.

Zum Konzept der linken Volkspartei gehört auch ein innerparteilicher Pluralismus mit starken Parteiflügeln. Die SPD-Politik der letzten Jahre mit ihrer einseitigen Orientierung auf eine so genannte „Mitte“ hat jedoch das Profil der SPD als linke Volkspartei gefährdet, da oft wider den Interessen großer Teile der sozialdemokratischen WählerInnenschaft gehandelt wurde.

Als linke Volkspartei wird die SPD nur dann existieren können, wenn sie sich als Mitgliederpartei versteht. Mitgliederpartei heißt, die Parteimitglieder ernst zu nehmen und in Willensbildungsprozesse mit einzubeziehen, nicht, sie vor vollendete Tatsachen zu stellen. Mitgliederpartei heißt, Politik in der Partei und ihren Gremien und Gliederungen, in der Diskussion mit den Mitgliedern zu entwickeln und vielfältige Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen. Die vielen engagierten SPD-Mitglieder müssen die Möglichkeit haben, in wichtigen Fragen wirklichen Einfluss auf die SPD-Politik zu nehmen. Ein Rückfall in den alten hierarchisch-autoritären Führungsstil wäre für die Mitgliederpartei SPD fatal.

Die SPD lebt davon, dass die Mitglieder eine hohe Identifikation mit ihrer Partei aufweisen und dass sie stolz auf ihre SPD sind. Dazu gehört aber nicht nur die aus ihrer Sicht richtige oder zumindest vertretbare Politik und der innerparteiliche Diskurs, die Mitglieder müssen sich als solche auch geschätzt fühlen. Einer Ausrichtung der Partei, die als bloße Wahlkampftruppe und

Plakateausteller gesehen wir, erteilen wir eine Absage. Eine Programmpartei, wie es die SPD ist, lebt neben dem Diskurs auch vom kulturellen Miteinander und gegenseitigen Respekt.

Die neue Führungsspitze steht vor großen Herausforderungen, der Erfolgsdruck ist für sie – auch wegen der Art und Weise des Wechsels – sehr groß. Wir Jusos werden sehr kritisch beobachten, ob der neuen Parteispitze wirklich an einem geschlossenen und einigen Auftreten der Partei gelegen ist. Nach den letzten Entwicklungen ist für uns Jusos klar: Geschlossenheit kann es nur geben, wenn sich die gesamte Partei in der inhaltlichen Ausrichtung wiederfindet und diese nicht autoritär von oben vorgegeben wird.

Nach wie vor ungeklärt ist, wie sich die SPD strategisch im Fünf-Parteiensystem verordnet. Neu im parlamentarischen System der Bundesrepublik ist die Etablierung der Linkspartei. Wir Jusos haben seit langem vor einer Blockadehaltung und einem künstlichen Antikommunismus gegenüber der Linkspartei gewarnt und einen sachlichen Umgang mittels einer inhaltlichen Auseinandersetzung eingefordert. Die Strategie des Ignorierens und Tabuisierens ist gescheitert. Die SPD darf sich nicht im Fünf-Parteien-System zerreiben lassen, sondern muss offensiv für ihre Positionen streiten und damit alle anderen Parteien unter Druck setzen.

Mit dem Personalwechsel darf kein programmatischer Rückschritt verbunden sein. An der inhaltlichen Ausrichtung wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob der SPD mit dem Personal der Schröder-Regierung wirklich ein erfolgreicher Aufbruch gelingt. Dies fällt uns im Moment schwer zu glauben.

Für uns ist klar: Die Alternative heißt soziale Gerechtigkeit.

Ansprüche an den SPD-Wahlkampf

Koalitionsaussagen sind erst nach einem Vergleich der politischen Ziele und nach Sondierungsgesprächen sinnvoll; eine Koalitionsaussage vor einer Wahl ist eine Entmündigung der WählerInnen. Dazu gehört auch die vorherige Ablehnung einer möglichen Zusammenarbeit mit einzelnen demokratischen Parteien. Deshalb fordern wir Jusos von der SPD, 2009 auf eine Koalitionsaussage zu verzichten. Erst in den Koalitionsverhandlungen kann es darum gehen, auszuloten, mit welcher Partei oder mit welchen Parteien wir ein Maximum unserer Forderungen und Inhalte umgesetzt bekommen. Daran wird sich letztendlich die Glaubwürdigkeit der SPD entscheiden. Das erwarten die Menschen von uns.

Wir Jusos werden für unsere Inhalte und die SPD einen engagierten Wahlkampf führen und dabei insbesondere unsere AltersgenossInnen ansprechen. Niemand kann dies besser als wir Jusos. Wir Jusos haben in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass wir organisatorisch gut aufgestellt und kampagnenfähig sind. Auch in den vergangenen Wahlkämpfen waren wir immer der Aktivposten der Partei, der mit neuen Ideen und viel Engagement Mehrheiten in unserer Generation gewonnen hat.

Das Vertrauen der jungen Generation kann nur gewonnen werden, wenn bei den Inhalten sowie bei der Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung die Interessen der jungen Generation berücksichtigt werden. Wir unterstützen junge, linke KandidatInnen bei ihrer Bewerbung um ein Bundestagsmandat. Aus diesem Grund nominieren wir stellvertretend die ehemaligen Vorsitzende der Jusos Andrea Nahles, Niels Annen und Björn Böhning als Kandidatin und Kandidaten für ein Bundestagsmandat und werden sie dabei unterstützen.

Wir stellen aber auch Ansprüche an die SPD. Wir fordern einen transparenten, auf Beteiligung setzenden Prozess bei der Erstellung des Wahlprogramms. Die SPD muss ihre Politik gemeinsam diskursiv und unter Einbeziehung der Gliederungen und Gremien entwickeln. Und wir wollen nicht einfach nur für einen Wahlsieg arbeiten, wir wollen auch mitbestimmen, was danach passiert. Deshalb stellen wir Anforderungen an ein SPD-Wahlprogramm, mit dem wir in die Debatten der nächsten Monate gehen wollen.

Für soziale Gerechtigkeit: Unsere Anforderungen an das Wahlprogramm

Das zentrale Problem, dem die Sozialdemokratie begegnen muss, ist die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland. Wir fordern deshalb von der SPD einen Wahlkampf und eine Politik mit der zentralen Botschaft soziale Gerechtigkeit ein.

- **Soziale Gerechtigkeit heißt Gute Arbeit.**

Anliegen der SPD ist es, gute Arbeit Realität werden zu lassen. Dazu gehört der gesetzliche Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro ebenso wie die Regulierung der Leiharbeit.

- **Soziale Gerechtigkeit heißt Gleichstellung:**

Die SPD setzt sich für echte Gleichstellung in einer geschlechtergerechten Gesellschaft ein. Dazu gehört die gleiche Teilhabe an Macht und Einfluss von Frauen und Männern. Deshalb ist ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft notwendig. Auch der immer noch nicht realisierte Grundsatz des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit muss endlich durch echte Anstrengungen durchgesetzt werden. Wir wollen eine gerechte Aufteilung von Erwerbs- und

Sorgearbeit und fordern daher die Rückkehr der Arbeitszeitverkürzung auf die politische Agenda.

▪ **Soziale Gerechtigkeit heißt Chancengleichheit verwirklichen.**

Die SPD kämpft für Chancengleichheit. Hierbei spielt der Bildungsbereich eine zentrale Rolle. Wir wollen einen Ausbau der frühkindlichen Bildung, längeres gemeinsames Lernen und die Kostenfreiheit des gesamten Bildungsweges und damit auch ein gebührenfreies Studium. Wir wollen allen Menschen die Chance auf eine Berufsausbildung geben. Deshalb fordern wir ein individuelles Recht auf Ausbildung.

▪ **Soziale Gerechtigkeit heißt Umverteilung.**

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und eine Anpassung der Einkommenssteuer halten wir für unverzichtbar. Darüber hinaus muss das Ehegattensplitting endlich abgeschafft werden.

▪ **Soziale Gerechtigkeit heißt die Grundversorgung mit Energie sichern.**

Die steigenden Energiepreise zeigen die soziale Dimension von Energiepolitik. Es war ein Fehler, in diesem Bereich zu privatisieren. Es müssen Maßnahmen entwickelt werden, wie die Rekommunalisierung von Stadtwerken erleichtert werden kann. Darüber hinaus muss es einen vergünstigten Einstiegstarif geben. Außerdem ist für uns als Jusos klar, dass es keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben darf: Atomenergie ist keine Alternative.

▪ **Soziale Gerechtigkeit heißt menschenwürdige Absicherung.**

Die Verantwortung für Arbeitslosigkeit liegt nicht bei jedem Einzelnen. Sie ist ein gesellschaftlich verursachtes Problem, das auch gesellschaftlich gelöst werden muss. Deshalb wollen wir, dass arbeitslose Menschen in unserer Gesellschaft menschenwürdig leben können, nicht ausgegrenzt werden und ihnen geholfen wird. Dazu müssen wir den Regelsatz erhöhen und die Sanktionen gegen arbeitslose Menschen abschaffen. Um Kinderarmut zu begegnen, ist ein eigenständiger Regelsatz für Kinder erforderlich. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung in die Arbeitsversicherung umwandeln, um Unterbrechungen in der Erwerbstätigkeit abzusichern. Im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung muss endlich das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung durchgesetzt werden.

▪ **Soziale Gerechtigkeit erfordert regulierte Finanzmärkte**

Die aktuelle Entwicklung an den Finanzmärkten zeigt: Das Finanzsystem ist unterreguliert. Es wird klar, dass Banken nie private Unternehmen sein können. Sie sind immer quasi-öffentlich und müssen deshalb streng reguliert werden. Die staatliche Rettung von maroden Banken darf nicht zur Folge haben, dass die Risiken ausschließlich von öffentlichen Haushalten

übernommen werden, Management und Anteilseigner aber weitgehend ungeschoren davonkommen. Wir fordern deshalb in diesem Fall die Verstaatlichung der Banken.

▪ **Gerechte Politik bedeutet auch internationale Solidarität**

Ein Großteil der Konflikte weltweit gründet sich auch auf soziale Konflikte, auf die ungleiche Verteilung von Reichtum und Besitz zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb der jeweiligen Staaten. Soziale und wirtschaftliche Entwicklung kann nur dort stattfinden, wo Frieden herrscht und umgekehrt Frieden kann nur herrschen wo soziale Ungleichheiten wirksam bekämpft werden, d.h. der soziale Friede als Ziel angestrebt wird. Deshalb muss eine Friedenspolitik die nachhaltig sein will, insbesondere soziale Ungleichheiten bekämpfen. Um diesen sozialen Frieden weltweit voranzutreiben, bedarf es einer internationalen Umverteilung. Wir fordern endlich eine Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens durchzusetzen. An den Millenniumszielen muss festgehalten werden, deren Umsetzung lief bisher leider mangelhaft.

▪ **Sozialdemokratie heißt Kampf gegen Rechts**

Der Kampf gegen Rechts ist zentral. Dies bedeutet, selbst aktiv zu werden aber auch Projekte gegen Rechtstremismus finanziell und langfristig abzusichern. Dafür muss sich die Sozialdemokratie einsetzen, denn antifaschistisches Engagement darf nicht politischen Konjunkturen unterworfen sein.

▪ **Sozialdemokratie heißt kein Überwachungsstaat**

Grund- und BürgerInnenrechte sind Grundlage dafür, dass Menschen sich frei entfalten. In den letzten Jahren gab es eine Entwicklung hin zu einem stärkeren Überwachungsstaat. Dieser Entwicklung entgegen zu treten und für eine offene und tolerante Gesellschaft zu werben, ist Aufgabe der Sozialdemokratie.

Es gibt viel zu tun. Ohne die SPD wird es keinen sozialen Fortschritt geben. Deshalb haben wir als Sozialdemokratie die Aufgabe, uns darauf zu verständigen, wie die Situation der Menschen verbessert werden kann. Dies müssen wir konsequent umsetzen.

T

Thesendiskussion

T 1 - Bundesvorstand

Für eine LINKE der ZUKUNFT Thesen zu jungsozialistischer Politik

Kapitel I :: Intro

These 01

Voraussetzungen linker Politik heute

Für linke Politik standen die Vorzeichen in den letzten Jahren schlecht. Der realexistierende Sozialismus war gescheitert und eine Alternative zum Kapitalismus damit scheinbar diskreditiert. Dem entsprach, dass die Behauptung des „There is no Alternative“-Prinzips (TINA) der Konservativen von den linken Kräften des Parlamentarismus übernommen und für das links-liberale Bürgertum als vermeintlich entideologisierte Politikform des einzig Möglichen serviert wurde.

Auf der anderen Seite wuchs bei vielen links politisch Interessierten die Überzeugung, Parteipolitik führe zwangsläufig zu Konformismus, Opportunismus und Karrierestreben. Als Beweis mussten ehemalige 68er herhalten, die sich von alten Idealen abgewandt und diese nunmehr als spannende Geschichten ihrer Jugend abtaten.

Die Früchte der Politik der scheinbaren Alternativlosigkeit und Sachzwänge sind heute allgegenwärtig: soziale Spaltung, Armutszunahme, prekäre Beschäftigungssituationen. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, diese Zustände zu akzeptieren. Das bedeutet nicht, dass die Skepsis junger Menschen gegenüber Parteipolitik abgenommen hat, aber damit haben sich die Vorzeichen und Chancen für linke Politik geändert.

These 02

Wohin wir gehen

Jungsozialistische Politik trägt die Überzeugung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, um ein freies und gleiches Leben für alle zu verwirklichen. Wir gehen davon aus, dass nur wenn Freiheit, Gleichheit und Solidarität erkämpft werden, eine menschliche Gesellschaft verwirklicht werden kann. Wir wissen, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität noch nicht erreicht sind, sondern der Kampf um sie die Aufgabe der sozialistischen Bewegung ist. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Wir JungsozialistInnen und Jungsozialisten gehen davon aus, dass jeder Mensch für sich erstrebt, ein vollkommenes Leben zu führen. Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus. Die Grundwerte waren der Maßstab, an dem sich SozialdemokratInnen als Teil der ArbeiterInnenbewegung gemessen haben. Sie sind die Grundlage für den politischen Erfolg, den die SPD als Partei immer wieder erzielen konnte.

Wir Sozialistinnen und Sozialisten geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir wollen, dass es den Menschen besser geht. Daher streiten wir für eine Überwindung der Verhältnisse, in denen der Mensch ausgebeutet wird und die nach wie vor in historisch wandelbarer Gestalt fortbestehen.

Den demokratischen Sozialismus zu erreichen, ist dauernde Aufgabe. Ihn exakt zu definieren, ist unmöglich. Es ist eine unmögliche Aufgabe und nicht wünschenswert, eine Vision bis ins kleinste Detail aus den heutigen Verhältnissen heraus zu beschreiben. Diese Verhältnisse werden nicht nur von uns heute geformt, sondern formen auch uns und unsere Vorstellungswelten. Für uns ist aber wichtig klar zu stellen, dass das derzeitige System ein System der Ungleichheiten ist und wir deshalb nach anderen Formen des Zusammenlebens suchen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Kritik am bestehenden System zu formulieren und aus dieser Kritik die Kraft zu schöpfen, für eine andere gesellschaftliche Verfasstheit zu kämpfen. Es hilft nicht, wenn ein „ArbeiterInnenführer“, eine „linke Elite“ oder eine „Avantgarde“ der Gesellschaft ein Modell aufzwingen will. Die Diskussion darüber, wie eine Gesellschaft anders aussehen kann, sehen wir als Teil unseres Kampfes. Ziel ist eine demokratische Verständigung über die Frage, wie eine andere Gesellschaft aussehen und organisiert werden kann. Die Vision ist nur durch Menschen und ihre Überzeugung verwirklichbar. Daraus ergibt sich jedoch auch, dass jetzt nicht feststeht, was am „Ende“ dieses Überwindungsprozesses kommt. Sozialismus ist also ein Ergebnis offener demokratischer Prozesse, die sich an unserem Bild vom Menschen und unseren Grundwerten orientieren.

Mit diesem Papier wollen wir eine innerverbandliche Verständigung über jungsozialistische Politik erreichen und eine Standortbestimmung über jungsozialistische Politik vornehmen.

Kapitel II :: 40 Jahre „Linkswende“ der Jusos – Kontinuität im Wandel

These 03

Selbstverständnis der Jusos

Seit der auf dem Münchner Juso-Bundeskongress 1969 mit der demonstrativen Abwahl des damaligen Bundesvorsitzenden vollzogenen „Linkswende“ verstehen sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD sowohl als eigenständige linke Jugendorganisation als auch als sozialistischer Richtungsverband in der SPD. Dieses doppelte Selbstverständnis prägt die Jusos trotz vielfältiger Brüche in den vergangenen Jahrzehnten auch heute noch.

Trotz aller Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen des Verbandes eint die Jusos seit der Linkswende die Überzeugung, dass der „demokratische Sozialismus“ des SPD-Grundsatzprogramms nur durch eine grundlegende Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation Wirklichkeit werden kann. Dabei gab es im Verband unterschiedliche Einschätzungen in der Analyse des realexistierenden Kapitalismus, in der Frage der Strategie antikapitalistischer Gesellschaftsveränderung und in der Bewertung der Rolle der Sozialdemokratie. Diese Differenzen wurden in äußerst heftigen Flügelkämpfen ausgetragen, ohne jedoch das gemeinsame sozialistische Selbstverständnis der Jusos in Frage zu stellen.

These 04

Die Linkswende und die Jusos in den 70er Jahren

Ausgangspunkt der Linkswende der Jusos war das Wiederaufbrechen der kapitalistischen Krisenhaftigkeit in der BRD Mitte der sechziger Jahre, das den Glauben an die immerwährende Prosperität der „Wirtschaftswunder“-Jahre erschütterte. Im Zuge der antiautoritären Studierendenrevolte strömten massenhaft junge kritischer Studierende und SchülerInnen in die SPD. Die Reformeuphorie zu Beginn der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt wirkte als Katalysator für gesellschaftsverändernde Bestrebungen vor allem in der Jugend.

Nach der vollzogenen Linkswende bildeten sich bei den Jusos Anfang der 70er Jahre unterschiedliche Flügel heraus. Während die „reformsozialistische“ Strömung (im Juso-Jargon „Refos“) sich die Überwindung des Kapitalismus durch schrittweise „systemüberwindende Reformen“ durch eine SPD-Regierung vorstellte, beharrten andere Teile der Jusos auf einer „Mindestschwelle der Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, unterhalb dieser alle

Reformen der kapitalistischen Gesellschaftsform verhaftet bleiben und immer wieder in Frage gestellt werden würden.

Unterschiedliche Auffassungen gab es in der Einschätzung des Strukturwandels der kapitalistischen Gesellschaft. Die im „Hannoveraner Kreis“ zusammengeschlossene Juso-Linke orientierte sich in ihrer Strategie an der vor allem aus Frankreich übernommenen Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ („Stamokap“), die davon ausging, dass sich der Kapitalismus durch die immer stärkere Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu einem von einigen wenigen Monopolen beherrschten System entwickelt hätte, bei dem sich die Monopole den formal demokratisch organisierten Staatsapparat zunehmend unterordnen würden. Gegen diese Theorie wandte sich vor allem die Strömung der „AntirevisionistInnen“, die einen monopolistischen Strukturwandel der kapitalistischen Gesellschaft bestritten, da dieser durch die kapitalistische Konkurrenz immer wieder gesprengt werden würde. Aus diesem Grunde wurde auch die der Stamokap-Theorie immanente Strategie antimonopolistischer Bündnisse zwischen ArbeiterInnenklasse, nichtmonopolistischen Kapitalgruppen und kleinbürgerlichen Zwischenschichten verworfen.

Unterschiedliche Auffassungen gab es schließlich in der Einschätzung der Rolle der SPD und in der Bedeutungszumessung der beiden Seiten der „Doppelstrategie“. Die ReformsozialistInnen stellten Parteiarbeit in der SPD und Arbeit in sozialen Bewegungen unvermittelt nebeneinander. Die „AntirevisionistInnen“ hielten die Politik der SPD für unaufhebbar reformistisch an die kapitalistische Gesellschaftsformation gebunden und sahen deshalb die zentrale Aufgabe der Jusos alleine in der Entfaltung autonomer Gegenmachtpositionen außerparlamentarischer Basisbewegungen. Die Juso-Linke betrachtete die „Doppelstrategie“ als einen Hebel für die „prinzipiell lösbare Kampfaufgabe“, die SPD zu einer „wirklich sozialistischen“ Partei zu machen. Mit der Stärkung des in realen Klassenkämpfen wachsenden sozialistischen Bewusstseins in der ArbeiterInnenklasse würde sich dieses auch in der SPD, die man als „reformistische Arbeiterpartei“ ansah, durchsetzen.

In den „Herforder Thesen“ zur Arbeit von Marxisten in der SPD von 1980 entwickelte die Juso-Linke die Theorie des „demokratischen Übergangs zum Sozialismus“, der sich durch das Bekenntnis zum Mehrparteiensystem, zur garantierten Meinungs- und Organisationsfreiheit vom Realsozialismus in der Sowjetunion, der DDR und den anderen Ländern in Mittel- und Osteuropa abhob. Der Untermauerung dieser Unterscheidung diene auch die bei den Jusos in den 80er Jahren verbreitete Rezeption des „Austromarxismus“ in der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegsperiode.

These 05

Die Jusos in den 80ern

In den 80er Jahren zeigten sich gesellschaftliche Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft selbst: Der wirtschaftlicher Strukturwandel im Zuge der wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen, die Auflösung traditioneller ArbeiterInnenmilieus im Prozess der zunehmenden Individualisierung, die Entstehung neuer sozialer Bewegungen jenseits des unmittelbaren Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, die Entstehung der Partei der Grünen. Diese Entwicklungen zerstörten alte Gewissheiten und führten wie in anderen Teilen der bundesdeutschen Linken auch bei den Jusos zu strategischen Neuausrichtungen. Diese bezogen sich unter anderem auf ein neues Verständnis des Verhältnisses Ökonomie und Ökologie, auf die „Zukunft der Arbeit“ (bei der sich Teile des Juso-Verbandes zu einem die Erwerbsarbeit relativierenden „Recht auf Faulheit“ bekannten) und vor allem – unter dem Begriffspaar „Sozialismus und Feminismus“ – auf eine neue Bewertung der Geschlechterverhältnisse für eine emanzipatorische Gesellschaftsveränderung.

Mit der „jugendpolitischen Orientierung“ versuchten die Jusos in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine spezifische Antwort auf die zunehmende Individualisierung im Kapitalismus zu geben, in der auch ihre Rolle als Jugendverband wieder stärker in den Mittelpunkt der Aktivität gerückt werden sollte. Strategischer Ausgangspunkt war die Analyse einer im Zuge verlängerter Ausbildungszeiten sich herausbildenden eigenständigen Jugendphase im Kapitalismus. Die gewachsenen Lebensansprüche der Jugendlichen wurden als eine emanzipatorische Potenz begriffen, ihre Verteidigung gegen die kapitalistische Zurichtung als Hebel zur Gewinnung der Jugendlichen für sozialistische Politik.

These 06

Die Jusos in den 90ern

Das Dilemma dieser emanzipatorisch gedachten Neuausrichtungen sozialistischer Strategie bei den Jusos war ihr zeitliches Zusammentreffen mit dem Zusammenbrechen der realexistierenden Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft im Jahre 1989. Trotz aller Distanzierung der Jusos vom Sozialismus-Modell in Osteuropa, waren auch die Jusos von dessen Zusammenbruch betroffen.

Die Vorstellung einer möglichen grundsätzlichen Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsform schien insgesamt diskreditiert.

Was in der Juso-Strategiediskussion in der zweiten Hälfte der 80er Jahre als Modernisierung sozialistischer Politik gedacht war, geriet jetzt unbeabsichtigt zu einem Element der Defensive sozialistischer Vorstellungen. Schon die als Nachfolge-Projekt der Herforder Thesen gedachten „53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus“ von 1989 hatten in versuchter Aufhebung des „Gegensatzes von Reformismus und revolutionärem Sozialismus“ zur zentralen Aufgabe von SozialistInnen erklärt, sich aktiv reform-politisch „in die nächste Phase kapitalistischer Entwicklung einzuschreiben“. Nun geriet der Sozialismus in der Grundsatzerklärung der Juso-Linken von 1991 (in abgewandelter Form auch als Grundsatzerklärung des gesamtdeutschen Juso-Verbandes 1991 vom Potsdamer Bundeskongress beschlossen) gar zur Aufgabe, „in den ökonomischen, sozial-kulturellen und politischen Verhältnissen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die Grundlagen für einen entwickelten Sozialismus so weit wie möglich auszubauen.“ In dieser Vorstellung verwischten sich die grundlegenden Unterschiede zwischen kapitalistischer und der sozialistischer Gesellschaft. Und die „jugend-politische Orientierung“ der Jusos in den 80er Jahren verwandelte sich in den 90er Jahren mit der Konzeption der „Jugend-linken“ von einer auf die Gesellschaft gerichteten Strategie zu einem rein organisationspolitischen Ansatz eines Bündnisses von Jugendverbänden.

These 07

Die Jusos in den 2000ern

Die Ende der 90er Jahre und Anfang dieses Jahrzehnts geführte neue Strategiediskussion bei den Jusos unter dem Titel „Neue Zeiten denken!“ versuchte schließlich aufbauend auf den Debatten von Anfang der 90er Jahre, die sich im Zuge der neuen Kommunikationstechnologien und der New Economy abermals verstärkende Individualisierung der Gesellschaft, die vor allem die Jugendgeneration prägt, in einem Ansatz aufzunehmen, in dem „Ansprüche auf eigene Leistungserbringung“ mit dem Wunsch nach solidarischen Gesellschaftsverhältnissen miteinander verbunden werden sollten. Damit war dieser Ansatz zugleich Widerspiegelung und Antwortversuch auf die im Umfeld von Gerhard Schröder für die Politik der rot-grünen Bundesregierung entwickelten Strategien der „neuen Sozialdemokratie“ mit ihrer Verbindung von „Innovation und Gerechtigkeit“. Ziel dieser Strategie war es, eine neue Koalition zwischen Gewinnern und Verlierern der aktuellen gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüche zu bilden, deren Grundgedanke der der Solidarität sein sollte. Der Begriff der „Leistung“ wurde zu einem positiv bewerteten Begriff, wobei seine kapitalistische Formbestimmtheit unhinterfragt blieb. Im sozialdemokratischen Diskurs rund um die Hartz-Gesetzgebung und das Prinzip des „Fördern und Fordern“ wurden jetzt auch soziale Ansprüche an die Erbringung von „Gegenleistungen“ der Menschen gebunden. Bei den Jusos wurde darüber hinaus über den Umgang mit veränderten Erwerbsbiographien diskutiert. Grundlage der Analyse war, dass sich Erwerbsleben verändert und die Menschen nicht mehr ihr ganzes Erwerbsleben im gleichen

Betrieb verbringen. Die Orientierung war dabei auf den Umbau des Sozialstaates gerichtet, um insbesondere Brüche in den Lebensläufen abzusichern.

These 08

Die Jusos heute

Linke Ideen waren in den letzten Jahrzehnten in der Defensive. Mit Versuchen der Relativierung sozialistischer Positionen und der Anpassung an vermeintliche Sachzwänge hatte auch der Juso-Verband zu kämpfen. Umso bemerkenswerter ist es, dass trotz all dieser Schwierigkeiten die Jusos mehrheitlich links geblieben sind. Dass sich in den letzten Jahrzehnten sozialistische Grundvorstellungen der Jusos in Form einer die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse überwindenden Zielorientierung mehrheitlich erhalten haben, dann rührt das auch daraus, dass die Widersprüche kapitalistischer Logik und der auf ihre systemimmanente Gestaltung gerichteten Politik der SPD Menschen stets aufs Neue zu Widerstand in Form sozialer Bewegungen herausfordert. An diesen sozialen Bewegungen waren und sind die Jusos immer wieder beteiligt gewesen: Kampf gegen die Abschaffung des Asylrechts Anfang der 90er Jahre, Kampf gegen die Militarisierung deutscher Außenpolitik durch die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen, globalisierungskritische Bewegung, Proteste gegen „Hartz IV“ und die „Agenda 2010“.

Die „Doppelstrategie“ der Jusos bestätigt sich auf diese Weise als immer wieder aktualisierter Impuls, sich nicht mit den bestehenden Verhältnissen abfinden zu wollen, sondern diese zu verändern.

Als Jusos haben wir heute mit Schwierigkeiten in der politischen Organisation zu kämpfen. Viele junge Menschen engagieren sich nicht links. Dass sie nicht in der SPD aktiv werden, hat mit vielen Problemen der SPD zu tun. Gleichzeitig gilt es hierbei aber auch selbstkritisch mit der politischen Praxis unseres Verbandes zu sein. Ein vielfältiger Verband in der Mitgliedschaft ist anzustreben und dafür lohnt es zu kämpfen. Gleichzeitig stehen wir vor einem Dilemma: Die Bedeutungszunahme der sozialen Frage führt dazu, dass sich weniger junge Menschen politisch engagieren. Viele fühlen sich EinzelkämpferInnen um Praktika, Auslandskennntnisse, schnelle Abschlüsse etc. und sehen für sich nicht den Weg der kollektiven Organisation. Gleichzeitig brauchen wir das Engagement von mehr jungen Menschen, um den Druck auf die Lebensbiographien durch politisches Handeln in Form von sozialstaatlichen Absicherungen entgegenwirken zu können.

Die tatsächliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse erfordert also stets aufs Neue eine zeitgemäße Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die Entwicklung einer diese Gesellschaft überwindenden politischen Strategie.

Kapitel III :: Don't fight the player, fight the game

These 09

Kapitalismus als Totalität

Kapitalismus ist das dominante Strukturprinzip der Gesellschaft. Die ihm innewohnende Logik und Dynamik der Verwertung durchzieht alle Lebensbereiche und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander.

Diese Totalität des Kapitalismus determiniert auch seine Gegnerschaft. Weder kommunal verwaltete Schwimmbäder noch das besetzte Haus mit Volksküche untergraben die Strukturmerkmale der Verwertungslogik. Sie sind im besten Fall erkämpfte Rettungsringe der Vernunft im Meer der Unvernunft.

Um die inneren Zwänge der kapitalistischen Produktionsweise hinreichend darstellen zu können, müssen die strukturierenden Gegensätze näher betrachtet werden. Diese Gegensätze stellen sich nicht personifiziert dar, sondern müssen als Strukturelemente in ihrer Abstraktheit begriffen werden. Der Kapitalismus hat bewiesen, dass er sich immer wieder auf neue Bedingungen einstellen konnte und seine Strukturprinzipien mit neuem Gesicht erhalten konnte. Die jeweiligen Strukturen spiegeln sich in permanenten Auseinandersetzungen der AkteurInnen wieder. Die Rolle der AkteurInnen ist durch die historische Konstellation bestimmt und umgekehrt bestimmen die Auseinandersetzungen der AkteurInnen und die Ergebnisse dieser Prozesse die Strukturen immer wieder neu.

Kapital und Arbeit als Antagonismus bedingen sich gegenseitig und lassen sich nicht hierarchisieren. Im Folgenden wird aber versucht, sie einzeln zu charakterisieren.

These 10

Das Kapital

Triebkraft kapitalistischer Gesellschaft ist die Suche nach immer neuen

Verwertungsmöglichkeiten für das eingesetzte Kapital. Dies ist der entscheidende Unterschied zu nicht kapitalistisch strukturierten Gesellschaften: die Vermehrung des eingesetzten Kapitals ist das eigentliche Ziel der Produktion. Dabei bildet das Kapital keinen homogenen Block. Im Gegenteil: unterschiedliche Einzelkapitale stehen in Konkurrenz zueinander und treiben sich durch die Entwicklung immer neuer Produktionsweisen und Waren gegenseitig an.

Durch Innovation bei Produkten und Produktionsweise ist es möglich, in der Konkurrenz zu bestehen und überdurchschnittlichen Profit zu erwirtschaften. Daher braucht es einen wachsenden Kapitalstock, um zumindest mit der durchschnittlichen Produktion mithalten zu können. Ein Ausbrechen aus dieser Logik bedeutet dabei den Verlust an eigenen Produktionsmöglichkeiten und damit des eigenen Kapitals. Der eigentliche und logisch notwendige Zweck der Produktion ist nicht die Bedürfnisbefriedigung, sondern die Vermehrung des eingesetzten Kapitals.

Diese Entwicklungen geschehen im Kapitalismus weder starr noch linear. Denn die Konkurrenz der einzelnen Kapitale bringt nicht nur immer wieder Neues hervor, sie führt notwendigerweise auch zum Zusammenbruch einzelner Kapitalisten, Wirtschaftszweige oder ganzer Volkswirtschaften. Dies geschieht immer dann, wenn mit den eingesetzten Mitteln nicht der notwendige Profit erwirtschaftet werden kann und so das im Laufe der Zeit akkumulierte Kapital nicht mehr der Kapitallogik entsprechend eingesetzt wird. Dieses wird dann von anderen Kapitalen aufgesammelt und es kommt zu einer zunehmenden Konzentration der Produktionsmittel. Wenn dies in größerem Umfang geschieht kommt es zur Machtverschiebung innerhalb der Kapitalfraktionen.

These 11

Die Arbeit

Arbeit besitzt einen Doppelcharakter. Zum einen ist sie lohnabhängige Erwerbsarbeit, die in Entfremdung und Ausbeutung Tauschwert schafft. Zum anderen ist sie Tätigkeit, die Gebrauchswerte schafft und durch welche sich die Menschen in produktiver Tätigkeit selbstverwirklichen können. Denn nur wenn erkannt wird, dass die spezifische Form der Arbeit im Kapitalismus – die Erwerbsarbeit – diejenige ist, über welche Ausbeutung, Fremdherrschaft und Last vermittelt wird, kann der Kampf für eine Humanisierung der Erwerbswelt aussichtsreich aufgenommen werden. Um das Notwendige zu produzieren, ist die Gesellschaft weiterhin auf Arbeit angewiesen.

Nur durch Arbeit entsteht im Produktionsprozess mehr als die Summe der einzelnen Teile. Im

Kapitalismus nimmt die Arbeit die Form von Lohnarbeit an, durch die Mehrwert geschaffen werden kann. Gewinn fließt in der Regel nicht denjenigen zu, die ihre Arbeitskraft veräußern, sondern jenen, welche die Produktionsmittel zur Verfügung stellen.

Arbeit ist Ausbeutung, denn im Kapitalismus haben die ArbeitnehmerInnen lediglich die formale Freiheit zu entscheiden, wem und zu welchem Preis sie ihre Arbeitskraft verkaufen. Tatsächlich aber sind sie dazu gezwungen sie zu verkaufen, da sie nicht im Besitz von Produktionsmitteln sind und nur durch Lohnarbeit ihren Lebensunterhalt sichern können. Im Kapitalismus haben die ArbeiterInnen die formale Freiheit zu entscheiden, wem und zu welchem Preis, sie ihre Arbeitskraft verkaufen, sind tatsächlich aber dazu gezwungen, sie zu verkaufen, da sie nicht im Besitz von Produktionsmittel sind und nur durch Lohnarbeit ihren Lebensunterhalt sichern können. Dabei treten sie zwangsläufig in Konkurrenz um Arbeitsplätze. Dies ist ein weiteres strukturierendes Element des Kapitalismus.

Über die Stellung innerhalb der Produktion wird jedem seine gesellschaftliche Stellung zugewiesen, aber auch die Selbstwahrnehmung definiert. Deshalb ist in der kapitalistischen Gesellschaft Erwerbsarbeit auch für den einzelnen Menschen und die Gestaltung seines Lebens zentrales Element. Dennoch baut auch der Kapitalismus darauf, dass unentgeltlich Reproduktionsarbeit geleistet wird, was meist für Frauen eine doppelte Vergesellschaftung bedeutet.

Im Kapitalismus kommt es nicht auf die Befriedigung der Menschen an, sondern ausschließlich auf den Profit. Diese Logik breitet sich in allen Lebensbereichen aus. Die gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen werden zu Verhältnissen von Sachen, die alle dem Wertgesetz unterliegen. Das System der Lohnarbeit funktioniert nur, wenn die Menschen einerseits durch ihren Lohn ihre Arbeitskraft reproduzieren können und andererseits sie auch genug „Freizeit“ haben, um ihre Arbeitskraft ausreichend regenerieren zu können. Diese Reproduktionsarbeit ist notwendige Bedingung für die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus.

Die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel und der Zwang der Lohnabhängigen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, ist die Grundlage dafür, dass der bei der Produktion entstehende Mehrwert nicht ihnen, sondern den KapitaleigentümerInnen zu Gute kommt. Mehrwert ist der Wert, den ArbeiterInnen durch ihre Arbeit in ein Produkt stecken und der über den Ersatz für die Arbeitskraft, d.h. den Lohn, und den Wert der eingesetzten Produktionsmittel hinausgeht. Der systemimmanente Innovationsdruck zwischen den Unternehmen sorgt dafür, dass die notwendige Arbeitszeit sinkt. Die Konkurrenz der ArbeiterInnen untereinander beeinflusst die Verteilungsverhältnisse zugunsten des Kapitals. So besteht die Tendenz dafür, dass der Mehrwert im Verhältnis zum

Lohn der ArbeiterInnen anwächst.

Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse ist dabei im Kapitalismus nicht festgelegt, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, um Bedingung und Organisation von Arbeit, um die Frage nach Entlohnung und darum, was an Qualifikation und Reproduktionsarbeit notwendig ist, um die eigene Arbeitskraft herzustellen und zu erhalten. Zur Arbeit gehört auch der Erhalt der eigenen Arbeitskraft.

Der Erwerbsarbeit kommt dabei in unserer Gesellschaft eine große Bedeutung für das Selbst- und Fremdbild zu. Vielfach werden gesellschaftlich notwendige Arbeiten, wie Pflege, Kindererziehung und ehrenamtliches Engagement weder materiell noch immateriell ausreichend gewürdigt.

These 12

Der Traum vom neutralen Staat

„[I]mmer übersetzt der Staat den objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion in politische Form. In Zeiten von Krise und sozialer Unruhe tritt dies krude und unverbrämt zu Tage; es zeigt sich darüber hinaus in den Präventivstrategien, die darauf gerichtet sind, die Krise einzudämmen oder besser zu verwalten. Aber es gilt auch für den ‚Normalfall‘ einer friedlichen und befriedeten Reproduktion, die innerhalb und vermittels der Institutionen vor sich geht.“ (Johannes Agnoli)

Im Staat verdichten sich die Kräfteverhältnisse der Klassen, das macht ihn zum Austragungsort für Kämpfe der widerstreitenden Interessen. „Den“ Staat gibt es nicht. Staatlichkeit ist jeweils das Produkt der bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse. Staat und gesellschaftliche Verhältnisse zwischen Klassen und Gruppen beeinflussen sich gegenseitig: Über- und Unterordnung spiegeln sich in den Institutionen und Apparaten des Staates wider, der Staat selbst nimmt durch seine vielfältigen Handlungsformen Einfluss auf das Gefüge der Produktions- und Klassenverhältnisse.

Kapitalismus braucht keinen bürgerlichen Rechtsstaat, er kann aber nützlich sein. Demzufolge ist der Staat nicht nur Rechtsstaat, der einen formalen Rahmen setzt und die Einhaltung dieses Rahmens durch sein Gewaltmonopol absichert. Im Kapitalismus sind dem Staat bestimmte Aufgaben zugewiesen.

Staatsbildung und die Existenz von Nationen waren und sind Voraussetzung für die

Funktionsfähigkeit des Kapitalismus. Eine grundlegende Funktion des Staates ist die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. Dies geschieht durch ökonomische Tätigkeiten, Gesetze und das Gewaltmonopol. Auch in der gegenwärtigen Phase ökonomischer Globalisierung sichert der Staat die neoliberalen Interessen institutionell und ideologisch ab ('innere Sicherheit', Standortfaktoren, 'Festung Europa', Agenda 2010, etc.). Er ist Garant der materiellen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation. Ob Bildung, Infrastruktur oder die Durchsetzung nationaler Interessen mittels Kriegen, der Staat erfüllt die ihm zugedachte Funktion als Dienstleister des Kapitals. Er kann auch gar nicht anders. Durch die strukturelle Abhängigkeit von ökonomischer Prosperität durch die Steuereinnahmen ist es schlichter Eigennutz, die ökonomische Verfasstheit strukturell gewalttätig und notfalls militärisch abzusichern.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Hier und Jetzt durchaus Akzentverschiebungen möglich sind. Zu den Basisaufgaben bürgerlicher Rechtsstaaten gehört der Soziale Frieden ebenso wie die Autobahnzufahrt zum Industriegebiet.

Der Staat ist nicht einfach das Instrument der herrschenden Klasse, die ihrerseits von Konflikten um die Vorherrschaft geprägt ist, sondern stellt ein Terrain von Auseinandersetzungen dar. Noch immer ist Staatlichkeit für gesellschaftliche Gestaltung im kapitalistischen System entscheidend. Wer für eine fortschrittliche Politik kämpft, muss offensiv in die Auseinandersetzung um die Rolle und die Aufgaben des Staates gehen. Für Jusos ist die Bedeutung des Staates daher stets ambivalent.

These 13

Kapitalismus und andere Ungleichheiten

Neben dem Kapitalismus gibt es noch weitere Strukturen, die verhindern, dass Menschen in dieser Gesellschaft frei und gleich miteinander leben. Patriarchale Strukturen führen dazu, dass es noch immer ungleiche Verhältnisse zwischen Frauen und Männern gibt. Rassistische und antisemitische Diskriminierung sind Realität in diesem Land.

Nicht richtig ist es davon auszugehen, dass es sich hier um Wirkmechanismen handelt, die losgelöst nebeneinander stehen. Die Zuordnung der unbezahlten Reproduktionsarbeit an Frauen hat einen entscheidenden Anteil an der Stabilität der kapitalistischen Ordnung gehabt. Rassistische Ideologien wurden benötigt, um imperialistische Kriege gegen andere Länder zu führen.

Deshalb ist es nötig, nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern auch gegen weitere Ungleichheiten wie Rassismus und Patriarchat zu kämpfen. Entscheidend ist zu verstehen, wie sich Kapitalismus aktuell, wie sich ein Mechanismus wie das Patriarchat darstellt und in

welchem Verhältnis sie gegenwärtig zueinander stehen.

Kapitel IV :: Politischer Kampf

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern.“

(Karl Marx)

These 14

Es hat keinen Sinn zu warten, bis es besser ist

Die Analyse der gesellschaftlichen und ökonomischen Verfasstheit muss schonungslos sein. Niemandem ist geholfen, wenn unter falschen oder verkürzten Grundannahmen Hoffnungen auf grundsätzliche Überwindung des Bestehenden geweckt werden.

Im selben Rhythmus mit den zyklischen Krisen des Kapitalismus wird gerade aus Teilen der Sozialdemokratie regelmäßig entweder der Moral der UnternehmerInnen, vergangener Prosperitätskonstellationen oder der Gestaltungskompetenz der Politik gedacht. Wenn dahinter mehr steckt als ein taktisches Argument im aktuellen Diskurs, bricht sich das Ur-Dilemma der Sozialdemokratie Bahn: Das Denken und Handeln in der oben beschriebenen Totalität, verbunden mit der Sehnsucht nach Vernunft und Gerechtigkeit.

Als Jusos müssen wir die Beschränktheit unseres Handlungsrahmens kennen, um erfolgreich zu sein. Nur wer weiß, welche Kämpfe man im Bestehenden mit den politischen Mitteln gewinnen kann, ist vor der Kapitulation in Anbetracht der Wirklichkeit gefeit.

Nur wer versteht, nach welchen Gesetzen der Kapitalismus funktioniert, kann im Hier und Jetzt für Gestaltungsperspektiven, Reformen und soziale Standards kämpfen. Gleichzeitig wissen wir, dass dieses System von Menschen gemacht und somit auch von Menschen wieder überwunden werden kann. Der Behauptung der Alternativlosigkeit dieser Gesellschaftsordnung werden wir deshalb auf jeder Ebene entgegenreten.

Das ist anstrengend.

Es setzt voraus, dass wir in der Lage sind, neben Schule/Uni/Job, Familie, FreundInnen und dem Spaß des Lebens und nicht zuletzt neben dem Sog der Partei in Ämter und dem Kleinklein der Tagespolitik, die Kritik am Grundsätzlichen nicht aufzugeben, den Austausch zu suchen mit

gesellschaftlichen BündnispartnerInnen und Scheuklappen abzulegen, die gerne den Blick verstellen.

Aber es lohnt sich, da die Wirklichkeit in all ihrer Unvernunft Menschen braucht, die sich nicht nur auf die Ebene der Kritik zurückziehen, sondern gegen die alltäglichen Zustände das solidarische Prinzip setzen und sich nicht zu fein sind, auf allen Ebenen den zähen Kampf um Akzentverschiebungen zu führen.

These 15

Die SPD

Mit dem Hamburger Programm hat die SPD sich zum demokratischen Sozialismus bekannt. Die SPD ist derzeit keine sozialistische Partei.

Ohne die SPD wird es jedoch keine progressive Politik in diesem Land geben. Deshalb engagieren wir uns in der SPD und sind ein Teil von ihr. Wir kämpfen als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in und um die SPD. Das heißt auch, für progressive Mehrheiten innerhalb der SPD zu werben.

Dazu gehört aber auch, dass wir offensiv dafür kämpfen, viele andere linke Kräfte von der Notwendigkeit eines sozialistischen Engagements in der SPD zu überzeugen. Gemeinsam mit progressiven Kräften wollen wir für unsere Positionen innerhalb der SPD kämpfen.

These 16

Die SPD aktuell

Mit dem Hamburger Programm hat sich die SPD zum demokratischen Sozialismus bekannt. In den Regierungsjahren ist die SPD einen Weg gegangen, der dem neoliberalen Mainstream in gefolgt ist.

Der Versuch, über die Konstruktion einer neuen Mitte und eines aktivierenden Sozialstaats eine Politik zu etablieren, die mit scheinbar traditionellen Werten und Instrumenten sozialdemokratischer Politik aufräumte und an ihre Stelle scheinbar Modernes setzte, ist in mehrfacher Hinsicht gescheitert.

Letzten Endes hat sich Rot-Grün der eigenen Basis beraubt, in dem die konkrete Regierungspolitik diese Basis negierte. Die Grundannahme, die zu dieser Fehleinschätzung der tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten führte, lag in der Vorstellung, die alte Klassengesellschaft habe sich überlebt. Die sozialen Gegensätze wurden stattdessen als

Ergebnis unterschiedlicher Leistungsbereitschaft interpretiert. Folgerichtig bestand die politische Aufgabe darin, Arbeitslose zu „aktivieren“ und, wenn es sein musste, eben auch durch Sanktionen zur Aufnahme niedrig entlohnter und unsicherer Arbeit zu animieren. Dadurch hat sich das Verhältnis zu unseren traditionellen BündnispartnerInnen, wie den Gewerkschaften, enorm verschlechtert. Neue fortschrittliche BündnispartnerInnen wurden mit der Politik der „Neuen Mitte“ nicht gewonnen. Inhaltlich ist diese Politik offensichtlich gescheitert. Eine Zunahme sozialer Spaltung, fehlende soziale Aufstiegsmöglichkeiten und eine unwürdige Behandlung für jene, die in eine soziale Notlage gerutscht sind, sind Entwicklungen, die am Ende langjähriger SPD-Regierungsbeteiligung stehen.

Innerparteilich hat dieser Weg die Partei zerrissen. Austritte, Frustration, Enttäuschung und der Verlust der Überzeugung, in dieser Partei Entscheidungen beeinflussen zu können, waren die Folge. Hinzukam eine Entfremdung zwischen FunktionärInnen und Basis. Gesellschaftlich hat die SPD in diesen Jahren an Zustimmung eingebüßt. Schlechte Wahlergebnisse und das massive Sinken der Mitgliederzahl sind Ausdruck dessen. Das Scheitern von Rot-Grün ist damit auch das Scheitern derjenigen, die linke Theorie- und Strategiebildung bloß als unnützen Ballast herabgewürdigt haben und sich stattdessen in postmoderner Beliebigkeit ergingen.

Dies heißt konkret und auch mit Blick auf die letzten Jahre sozialdemokratischer Regierungspolitik: Ja, die Eigenverantwortung des/der Einzelnen ist eine wichtige Säule der Solidarität und auch der Würde. Aber: Bedingung jeder Forderung nach Eigenverantwortung ist konsequenterweise, dass der solidarische Staat die Voraussetzungen für eigenverantwortliches Handeln des Einzelnen schafft. Geschieht dies nicht, verletzt der Staat seine Fürsorgepflicht. Außerdem: Der Markt macht nicht jede/jeden zum Gewinner, nicht jede gesellschaftlich wertvolle Tätigkeit wird von ihm nachgefragt. Marktverlierer/innen dürfen für ihre Lage nicht individuell schuldig gemacht werden, denn ihre Situation ist Folge des Marktversagens. Soziale Leistungen können deshalb niemals ausschließlich an erbrachte Leistungen der Empfänger/innen gekoppelt werden! Für uns darf ferner soziale Gerechtigkeit nicht in den Gegensatz zu sozialer Gleichheit gestellt werden. Die Politik der Senkung staatlicher Einnahmen vor allem auf Kosten sozialer Leistungen lehnen wir deshalb ab.

Im Zuge der Globalisierung entwickelte sich ein Diskurs um Dritte Wege der Sozialdemokratie, der versuchte, sozialdemokratische Ziele unter den neuen Bedingungen – globalisierten Märkten – zu verwirklichen. Wir wissen: Das Suchen neuer Wege sozialdemokratischer Politik ist immer wieder notwendig. Doch ist aus unserer Sicht entscheidend, dass Veränderungen nie die drei Grundwerte- die Zieldimensionen -, sondern immer die Instrumente unserer Politik – die Wege -, betreffen dürfen.

All jenes hat in der SPD dazu geführt, dass sich zwei Seiten gegenüber stehen: Jene, die ein „Weiter So“ wollen und jene, die nach einer neuen Politik für soziale Gerechtigkeit suchen. Dieser Richtungsstreit ist für die Zukunft der Sozialdemokratie entscheidend.

Wir glauben, dass diese Grundsätze in regulierten Märkten auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stoßen. Sie haben uns 1998 zur Regierungsverantwortung gebracht. In den folgenden Jahren wurde in der SPD jedoch versäumt, eine nachhaltige Diskussion über Wege und Ziele der sozialdemokratischen Politik – ein neues Grundsatzprogramm – zu erarbeiten. Die SPD hat mit dem Hamburger Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 den langen Weg der Programmdiskussion endlich erfolgreich abgeschlossen. Diesem Programm in den kommenden Jahren auch Leben einzuhauchen und es in einzelnen Politikfeldern durch zu deklinieren, dazu wollen wir Jusos stets mahnen.

Unsere Linie ist dabei klar: Der SPD muss es gelingen, Antworten auf die Frage zu formulieren, wie im derzeitigen Entwicklungszustand der Gesellschaft soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit verwirklicht und diese konsequent umgesetzt werden können.

Wir sehen es als jungsozialistische Aufgabe an, die Diskussion um die richtigen Antworten auf allen Ebenen anzufachen und mitzuführen. Es notwendig, hier Druck auf die Partei mit gezielten Kampagnen und Aktionen aufzubauen. Der politische Streit um die besten Konzepte in unserer Partei ist dabei ein notwendiger Motor, um die Partei weiter zu entwickeln. Kontroversen beleben die Partei und schwächen sie nicht. Ein Unterdrücken von Debatten führt im Gegenteil dazu, dass sich Genossinnen und Genossen frustriert zurückziehen. Das darf es nicht geben. Letzten Endes muss die SPD als linke Volkspartei hier Konzepte vorlegen, die sich auch in der Regierungspraxis widerspiegeln. Deshalb wissen wir, dass internationalistische Zusammenarbeit mit SozialistInnen und SozialdemokratInnen aus anderen Ländern unbedingt ein stärkeres Gewicht bekommen muss, um sozialdemokratische Politik auf den Ebenen zu verwirklichen, wo sie die stärkste Durchschlagkraft besitzt.

These 17

Die SPD und Parteiensystem

Das deutsche Parteiensystem ist in Bewegung gekommen. Während lange Zeit die Orientierung auf einer Zwei-Parteien-Koalition lag, erscheint dies zunehmend aussichtslos. Es besteht allerdings weiterhin die Gefahr einer schwarz-gelben Mehrheit, solange es die SPD nicht schafft, sich bei Wahlen kontinuierlich über 30% festzusetzen.

Unser Ziel ist es, eine linke Politik mehrheitsfähig zu machen. Dabei können die Entwicklungen der letzten Jahre nicht unberücksichtigt bleiben. Die Grünen als langjährige Verbündete der

SPD haben sich zunehmend zu einer bürgerlichen und wirtschaftsliberalen Milieupartei gewandelt. Wir müssen in Zukunft genau darauf achten, inwieweit wir mit ihnen progressive Politik real umsetzen können. Die CDU/CSU steht in den meisten Politikfeldern, wie der sozialen Gerechtigkeit, Innenpolitik oder Antifaschismus, unseren Vorstellungen diametral entgegen. Eine linke Politik ist mit ihr nicht durchsetzbar. Gleiches gilt für die derzeitige FDP. Einzige Ausnahme bei einer Zusammenarbeit mit der FDP könnte der Bereich der BürgerInnenrechte sein, in dem es durchaus Schnittstellen gibt.

Neu im parlamentarischen System der Bundesrepublik ist die Linkspartei. Dies hängt zum einen mit der besonderen Situation nach der Wende zusammen. Die PDS erfüllte hier eine besondere Funktion, insbesondere im Osten der Republik. Zum anderen hat die Politik der SPD unter Schröder und in der Großen Koalition dazu beigetragen, dass sich die Linkspartei mittlerweile auch im Westen etablieren konnte. Hinzukam der Umgang mit der PDS und der WASG, der sich durch Scheuklappen und Abschottung auszeichnete und sich so der inhaltlichen Auseinandersetzung verwehrt. Die Agenda 2010-SPD sorgte durch die konkreten Auswirkungen ihrer Politik für eine beschleunigte Auflösung bereits angegriffener Parteibindungen. Eine weitere Auswirkung sozialdemokratischer Regierungspolitik der letzten Jahre ist der Verlust der Glaubwürdigkeit in vormals sozialdemokratischen Milieus.

Die SPD der Agenda 2010 hat auf der linken Seite des politischen Spektrums viel Platz gelassen, so dass sich im bundesdeutschen Parteiensystem die Linkspartei entfalten konnte.

Faktisch müssen wir in der mittelfristigen Perspektive mit einem Fünf-Parteien-System umgehen. Ziel innerhalb dieser Neukonstellation muss es natürlich sein, für eine stärkere SPD zu kämpfen, aber auch, ein linkes Zukunftsprojekt zu entwerfen und für dessen konkrete Umsetzung zu kämpfen. Dazu werden wir sowohl mit den noch vorhandenen progressiven Kräften der Grünen als auch mit denen der Linkspartei eine inhaltliche Auseinandersetzung beginnen und ausloten, ob diese Parteien für ein solches Projekt bereit sind.

These 18

Gewerkschaften

Die kapitalistische Gesellschaft prägt der Widerspruch von Kapital und Arbeit. Wir stellen uns als JungsozialistInnen in den durch diesen Widerspruch produzierten Konflikt klar auf die Seite derjenigen, die darauf angewiesen sind, als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Die Gewerkschaften als Interessensorganisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind damit unser natürlicher BündnispartnerInnen. Eine politische Strategie von links kann nicht an den Gewerkschaften vorbei definiert werden. Gesellschaftliche

Veränderung kann es nur im Zusammenspiel von Sozialdemokratie und Gewerkschaften geben.

Allerdings stehen auch die Gewerkschaften vor schwierigen Herausforderungen. Der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals muss eine Internationalisierung der Politik entgegengesetzt werden. Dies schließt eine konsequente Internationalisierung der Interessensvertretung von ArbeitnehmerInnen ein. Hier entsteht für jungsozialistische Politik eine große Chance. Die Chance besteht darin, dass wir die nationalstaatlichen Hemmnisse von Politik, die in der Vergangenheit auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung immer wieder zu reaktionären Entwicklungen geführt haben, endlich auflösen können.

Wirkliche internationale Kooperation findet bei Gewerkschaften derzeit nur in seltenen Fällen statt. Gerade im Zuge von Standortverlagerungen mit der zeitgleichen Verlagerung von Arbeitsplätzen ist ein nachvollziehbares nationalstaatliches bzw. standortbezogenes Denken festzustellen. Dies wird eine schwierige Aufgabe. Es führt aber an einem dauernden Versuch kein Weg vorbei, wenn wir unsere Ideale auch in praktische Politik umsetzen möchten. Deshalb werden wir uns in Zukunft vehement dafür einsetzen, an einer Internationalisierung der ArbeiterInnenbewegung zu arbeiten. Wir wollen mehr als einen reinen „Struktur-Internationalismus“. Wir wollen einen „Internationalismus der Praxis“ entwickeln. Weg von standortnationalistischen Argumentationsmustern hin zu einer Politik für alle Menschen unabhängig von Wohnort, Herkunft, Hautfarbe.

Eine immer größer werdende Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern organisiert sich nicht mehr gewerkschaftlich. Dies betrifft zum einen Prekär Beschäftigte: Sie sind in vielen Fällen nicht oder nur unwirksam an der betrieblichen Mitbestimmung beteiligt. Eine gewerkschaftliche Organisierung wird darüber hinaus von vielen ArbeitgeberInnen gezielt verhindert. Außerdem fühlen sich viele Arbeitslose von den Gewerkschaften nicht angemessen repräsentiert. Des Weiteren organisieren sich zunehmend starke Berufsgruppen in Spartengewerkschaften und entziehen sich damit dem solidarischen Arbeitskampf. Der Grund für diese Entwicklung liegt zum einen in der Veränderung der Arbeitsgesellschaft mit dem Trend zu atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen selbst. Zum anderen aber haben es die Gewerkschaften in einigen Bereichen auch versäumt, die Interessen der ‚atypisch‘ Beschäftigten oder eben Nicht-Beschäftigten angemessen in ihre strategische Ausrichtung aufzunehmen. Deutlich ist aber auch, dass es auf der anderen Seite auch Positiv-Beispiele gibt und der Trend der abnehmenden Mitgliederzahlen gestoppt und sogar ins Gegenteil umgekehrt werden konnte. Klar ist aber, dass die Gewerkschaften nur dann stark sein können, wenn sie alle oder zumindest den überwiegenden Teil der Beschäftigten organisieren können. Wollen die Gewerkschaften weiterhin ein bedeutender gesellschaftlicher Akteur bleiben,

müssen Antworten auf die Fragen einer besseren politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung von prekär Beschäftigten, neuen Berufsgruppen und Arbeitslosen und auch auf die Herausforderung der internationalen Organisierung gefunden werden. Gleichzeitig gilt es auch, die Stellung der Gewerkschaften bei der Mitbestimmung und in den Tarifverhandlungen zu stärken. Wir sehen unsere Aufgaben darin, im Schulterschluss mit den Gewerkschaften für unsere gemeinsamen Forderungen zu kämpfen und gleichzeitig die inhaltliche Diskussion über eine zeitgemäße ArbeitnehmerInnen-Organisierung zwischen Jusos, der SPD und den Gewerkschaften in kritischer Solidarität zu führen.

These 19

Soziale Bewegungen

Die Protestformen und die Herangehensweise an politisches Engagement haben sich mit der studentischen Bewegung von 1968 massiv verändert und erweitert. Die in den Jahrzehnten nach 1968 entstandenen „Neuen sozialen Bewegungen“ prägen mittlerweile das politische Geschehen in Deutschland mit.

Das Spektrum politischer Beteiligung ist breiter geworden, und es ist regional sehr unterschiedlich. Dies ist Ausdruck veränderter Klassenlagen, die sich heute komplexer darstellen als noch zu Hochzeiten des Fordismus. Die IndustriearbeiterInnenschaft als Kern der ArbeiterInnenklasse dominiert nicht mehr alleine linkes politisches Engagement. Ein Großteil der sozialen Bewegungen verfolgen meist nur Teilziele und definieren sich als Ein-Punkt-Bewegungen (Umwelt-, Friedens- oder Frauenbewegung). Sie können so wesentlich kampagnen- und ergebnisorientierter Plattformen für gesellschaftliche Beteiligung als Organisationen wie politische Parteien und auch wir Jusos bieten. Wir wollen darum kämpfen, dass wir wieder Ansprech- und BündnispartnerIn für die AkteurInnen sozialer Bewegungen werden.

Allerdings sehen wir in der Fokussierung auf nur wenige politische Teilbereiche nicht die Antwort auf differenziertere Gesellschaften der Gegenwart. Nur wer einzelne Politikbereiche in gesellschaftliche Zusammenhänge stellt, wird am Ende eine gesamtgesellschaftliche Perspektive entwickeln können. Nichtsdestotrotz sehen wir auch viele positive Ansatzpunkte bei den „Neuen sozialen Bewegungen“ und wollen mit ihnen gemeinsam und solidarisch für unsere Ziele eintreten.

Einerseits bieten sie enormes Know-How auf den Politikfeldern, für die sie sich einsetzen. Andererseits können wir von ihnen und ihren Aktionsformen und Vorschlägen lernen. Ziel von uns Jusos muss es deshalb sein, in diesen sozialen Bewegungen für eine

gesamtgesellschaftliche Emanzipation zu kämpfen und deutlich zu machen, dass mit dem Erreichen von Teilzielen nicht alle gesellschaftlichen Probleme gelöst sind.

Doch nicht jede soziale Bewegung ist per se emanzipatorisch und progressiv. Zum einen gerieren sich auch reaktionäre Kräfte immer wieder als soziale Bewegungen. Diese müssen wir aktiv bekämpfen. Zum anderen gibt es soziale Bewegungen, die ein progressives Anliegen haben, aber in denen reaktionäre Strömungen mitwirken. Nicht selten gleitet z. B. eine verkürzte Kapitalismuskritik in Antiamerikanismus, Antisemitismus und Nationalismus ab. Unsere Aufgabe kann es daher niemals sein, Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen nur um der Zusammenarbeit Willen zu suchen. Wir müssen genau prüfen, ob wir die Kernanliegen dieser Bewegungen mit unseren Idealen vereinbaren können. Es geht darum, innerhalb der Bewegung für progressive Ansätze und gegen reaktionäre Argumentationsmuster zu streiten. Das wollen wir in Zukunft offensiv und selbstbewusst tun.

These 20

Die Doppelstrategie

Die Doppelstrategie bleibt zentraler Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Das bedeutet für uns, dass wir uns neben der Parteiarbeit auch in sozialen Bewegungen verankern wollen. Wir wollen beides miteinander verbinden und zu einem Politikansatz emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung zusammenfügen.

In den letzten Jahren haben sich Jusos die Verankerung in den sozialen Bewegungen vernachlässigt und uns sehr stark auf die Partei fokussiert. Wir haben bei unserem verstärkten Engagement in der SPD erfahren, dass dieses nicht ausreicht, wenn wir konkret Politik umsetzen und bestimmen möchten. Es muss deshalb in Zukunft darum gehen, BündnispartnerInnen im außerparlamentarischen Raum zu suchen und uns in den sozialen Bewegungen wieder stärker zu verankern.

Dies bedeutet, den inhaltlichen Austausch mit uns nahe stehenden Gruppen zu suchen, in Bündnissen mitzuarbeiten, verlässlicher Ansprechpartner sein, aber eben auch deutlich und selbstbewusst für unsere politischen Überzeugungen einzutreten.

Innerhalb der Partei müssen wir deutlich machen, dass wir gegebenenfalls nicht nur Forderungen als Jusos stellen, sondern hinter diesen Forderungen gesellschaftliche Kräfte stehen. Verlässlich zu sein, heißt auch, gemeinsame Forderungen der Bewegung zu vertreten, auch wenn wir damit auf innerparteiliche Schwierigkeiten stoßen.

Gerade im Falle von Repression gegen linke Bewegungen haben wir als Jusos eine besondere Verantwortung. Dabei gilt das Prinzip der Solidarität innerhalb der gesellschaftlichen Linken.

Als Jusos müssen wir darum kämpfen, dass die SPD den realen Bezug zu den sozialen Bewegungen wiederherstellt. Es ist auch unsere Aufgabe, beide Seiten wieder in Kontakt miteinander zu bringen.

Kapitel V :: Gegenwärtige Entwicklungen des Kapitalismus

„Die proletarische Klasse führt ihren Kampf nicht nach einem fertigen, in einem Buch, in einer Theorie niedergelegten Schema. Der moderne Arbeitskampf ist ein Stück Geschichte, ein Stück sozialer Entwicklung. Und mitten in der Geschichte, mitten im Kampf lernen wir, wie wir kämpfen müssen...Das erste Wort der politischen Kämpfer ist, mit der Entwicklung der Zeit zu gehen und sich jederzeit Rechenschaft abzulegen über die Veränderung in der Welt wie auch über die Veränderung unserer Kampfstrategie.“ (Rosa Luxemburg)

These 21

Relevante Phänomene

Kapitalismus ist ein dynamisches System. Es verläuft niemals linear oder starr. Es wandelt sich ständig. Vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, bestimmte Phänomene gegenwärtiger Entwicklung zu untersuchen und zu fragen, welche politischen Antworten dies erfordert.

Globalisierung, soziale Polarisierung und eine veränderte Arbeitswelt bestimmen aktuell das gesellschaftliche Zusammenleben. Diese drei Phänomene gilt es also besonders zu analysieren.

Unterkapitel I :: Globalisierung

These 22

Standortfaktoren

Das neoliberale Versprechen der Globalisierung, allen freien Zugang zum Markt zu gewähren, wurde nicht erfüllt. Ungleiche Verteilungsstrukturen haben innerhalb und zwischen den Staaten zugenommen. Auch die Ungerechtigkeit in der internationalen Arbeitsteilung hat nicht abgenommen. Noch immer sind viele Staaten Rohstofflieferanten für westliche Industrienationen.

Seit Beginn der Industrialisierung, insbesondere aber in den letzten Jahrzehnten, haben sich die Kosten für Warentransport und Kommunikation durch technische und politische Entwicklungen stark reduziert.

Im Rahmen der WTO und ihrer Vorläufer sind Zölle und nicht tarifäre Handelshemmnisse abgebaut worden. Damit ist die Bedeutung natürlicher Konkurrenzgrenzen zwischen verschiedenen Standorten gesunken. Die Folge: Produktionskosten können nun unmittelbarer miteinander verglichen werden.

Die Qualifikation der Beschäftigten für die Entwicklung und Leitung der Produktion nimmt auf der einen Seite an Bedeutung zu. Auf der anderen Seite werden komplizierte Produktionsabläufe durch den technischen Fortschritt und Digitalisierung an immer mehr Standorten möglich. Als Folge dieser Entwicklung sind heute die beeinflussbaren Standortfaktoren wie Bildung, Infrastruktur, Lohnkosten und Subventionen bedeutsamer als die natürliche Standortausstattung mit Rohstoffen und Energievorkommen.

Die Globalisierung wird gleichzeitig flankiert durch eine Debatte, die das TINA-Prinzip und die neoliberale Ideologie zum Dogma erhebt. Diese Debatte dient nur dazu, die dem kapitalistischen System innewohnenden Systemzwänge zu verschleiern, die nationale Ökonomien unter einen qualitativ neuartigen Anpassungsdruck an die globalisierten Standards von Produktivität und Rentabilität setzten.

Allerdings sind der Mobilität Grenzen gesetzt. So kann das Kapital nicht beliebig zwischen verschiedenen Standorten wählen. Insbesondere bei der Hochwertproduktion muss der Zugriff auf bestimmte Qualifikationsprofile, Basistechnologien und Infrastrukturen vorhanden sein, die tatsächlich nicht an allen Orten existent ist. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung schafft damit eine neue Qualität von Kapitalmobilität als auch von Standortabhängigkeit bestimmter Produktionsschritte. Die freie Austauschbarkeit der Standorte gehört damit zu den Mythen der Globalisierungsdiskussion. Gleichzeitig ist nicht zu unterschätzen, dass sich die Möglichkeiten zur Auslagerung durch die beschriebenen Entwicklungen vergrößert haben.

These 23

Finanzmärkte

Die gestiegene Bedeutung der Faktoren Zeit, Geld und Unsicherheit für die Wertschöpfung führen zu einer neuen Dynamik der aktuellen kapitalistischen Formation. Die Finanzmärkte konnten einen starken Bedeutungszuwachs verzeichnen und sind mittlerweile stark von der Güterproduktion entkoppelt. Die Bedingung dafür war der Zusammenbruch der weltwirtschaftlichen Regulierungssysteme, insbesondere des Bretton-Woods-Regimes, dass zwischen 1944 und 1973 durch feste Wechselkurse und den US-\$ als Weltleitwährung die

internationalen Handels- und Finanzbeziehungen stabilisiert hat. Auch der Abbau von Kapitalverkehrskontrollen zählt hier dazu.

Infolge mangelnder Investitionsmöglichkeiten und der daraus entstehenden Unsicherheit wurden von den Kapitaleignern hoch spekulative Investitionsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten erschlossen und neue Kapitalbeschaffungsinstrumente sind entstanden. Wegen fehlender Regulierung war es möglich, hoch spekulative Investitionen auf den Kapitalmärkten zu erschließen und neue risikoreichere Kapitalbeschaffungsinstrumente zu schaffen. Dadurch haben die Finanzmärkte einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Darüber hinaus hat sich ihre Rolle als Informationsverarbeitungsmaschinen, die Auskunft über die ertragreichsten Anlagemöglichkeiten über entsprechende Renditekennziffern bieten, gewandelt. Durch die Durchschlagskraft institutioneller Investoren sind Renditeziele und konkrete Verwertungsbedingungen nur noch lose gekoppelt. Dabei tritt die eigentliche Information über die Renditepotenziale einer Anlagemöglichkeit in den Hintergrund. Die gestiegene Mobilität von Kapital ermöglicht die Nutzung auch von kleinsten Schwankungen der Profitabilität von Anlagemöglichkeiten, von Informationsvorsprüngen. Was zählt, sind die Erwartung-Erwartungen auf den Märkten, diese ordnen die Investitionsentscheidungen und bewirken über ihre gegenseitige Abhängigkeit massive Schneeballeffekte, deren Auswirkungen ganze Volkswirtschaften über Jahre hinweg ruinieren können. Dadurch hat sich das Verhältnis von Eigentum und Kontrolle neu ausgerichtet.

Eine Veränderung der Eigentumsstrukturen ist zu beobachten. Dies hat zur Folge, dass sich auch innerhalb der Unternehmen Entscheidungsstrukturen verändert haben. Eine einseitige Ausrichtung auf den maximalen kurzfristigen Profit führt dazu, dass nachhaltige und längerfristige Entwicklungen weniger berücksichtigt werden. Einen weiteren Schub hat diese Entwicklung durch die Entstehung der „New Economy“ mit ihrem vorläufigen Höhepunkt zum Jahrtausendwechsel erhalten, da sie hohe Erwartungs-Erwartungen bei niedrigem Kapitaleinsatz versprochen haben. Die Verschiebung von Eigentum und Kontrolle sowie die insbesondere der Shareholder Value folgende Logik der derzeitigen kapitalistischen Formation haben den Druck auf den "Faktor Arbeit" im Produktionsprozess erhöht und zum Wandel der Arbeitsgesellschaft selbst beigetragen.

These 24

Konkurrenz von Staaten

Die Kräfteverhältnisse haben sich zu Gunsten der KapitaleignerInnen verschoben. Damit hat der Nationalstaat scheinbar vielfach an Bedeutung verloren. Das transnationale Kapital reorganisiert die Kapitalakkumulation, bindet sich nicht an einzelne Standorte und zwingt die

Staaten dazu, diese Akkumulationsdynamik durch Deregulierung, Privatisierungen und Abbau staatlicher Umverteilung zu unterstützen. Dadurch entsteht zunehmender Druck auf bestehende Standards der Regelungen von Arbeitszeit, Urlaub, ArbeitnehmerInnenrechte und Mitbestimmung, sowie Steuererhebung und soziale Sicherungssysteme. Auch innerhalb der EU haben sich die Kräfteverhältnisse zu Gunsten neoliberaler Logiken verschoben. Gleichzeitig kommen neue Arenen der Aushandlungen hinzu. So ist die nationale zwar weiterhin die zentrale Arena der Interessensauseinandersetzung, aber zunehmend verlagern sich Entscheidungen aber auf die exekutive Ebene der „Staatschefs“. Auch innerhalb der EU geben die Staats- und Regierungschefs immer noch den Ton an, das Parlament verbleibt weitgehend einflusslos. Dadurch entzieht sich ein Großteil der Entscheidungen der unmittelbaren Legitimation durch die Bevölkerung. Mit dem Schwinden der demokratischen Legitimation schwindet auch die Legitimation der weiteren europäischen Entwicklung insgesamt. Die Verschiebung eines Teils der Macht auf die internationalen und supranationalen Ebenen führt zu einem Funktionswandel des Staates. Es kann nicht generell von einem Rückzug des Staates aus der Gesellschaft gesprochen werden, auch wenn sich die Formen staatlicher Regulierung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche enorm verändern. Der Staat bleibt Kern dieses neuen Systems mehrerer Ebenen, aber demokratische Beteiligung wird dabei zurückgedrängt.

Das neoliberale Paradigma des „schlanken Staates“ lässt sich daher lediglich auf den Abbau von Institutionalisierung im traditionellen Sozialstaat beziehen, nicht jedoch auf die generelle Zurücknahme staatlicher Interventionspolitik. In anderen Bereichen, zum Beispiel bei innerer und äußerer Sicherheit, wird die Politik im Staat zunehmend autoritär. Die Sicherung privater Eigentumsrechte und der Neuaufbau solcher Rechte durch Privatisierung, der verstärkte Druck, seine Arbeitskraft trotz großer Arbeitslosigkeit auf dem Markt zu verkaufen, sind Ausdruck einer solchen Politik.

Darüberhinaus geraten die persönlichen Freiheitsrechte zunehmend unter Druck. Seit den Anschlägen auf das World-Trade-Centre und das Pentagon am 11. September 2001 hat sich die Sicherheitsgesetzgebung deutlich verschärft. Mit drohender Terrorismusgefahr wird die rechtsstaatliche Balance zwischen Freiheit der/des Einzelnen und der allgemeinen Sicherheit verschoben. Der präventive Überwachungsstaat erhält mehr und mehr Einzug. Das ist nicht hinnehmbar. Vorhandene Unzufriedenheit über zunehmende staatliche Überwachung greifen wir auf und beteiligen uns mit gesellschaftlichen AkteurInnen am Kampf gegen die Beschränkung von Freiheitsrechten.

These 25

Vorhandene Spielräume nutzen

Zuerst ist festzuhalten, dass die Gestaltbarkeit im nationalstaatlichen Rahmen nicht Geschichte ist, sondern die Leugnung dieser Regulierungsebene als Instrument zur Verhinderung sozialer Gestaltung und Fortschritte eingesetzt wird. Nationalstaatliche Spielräume müssen weiterhin genutzt werden.

Vor allem muss auf die Standortkonkurrenz der Nationalstaaten mit einer neuen Form der internationalen Zusammenarbeit geantwortet werden. Gegen den neoliberalen Trend zur Deregulierung müssen neue Regulierungsschritte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene unternommen werden, um politische Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen. Dazu zählen wir die Stabilisierung der Wechselkurse und Zinssätze, die Tobin Tax, Steuerharmonisierung, eine wirksame Kontrolle und Regulation der Kapitalmärkte, Festlegung sozialer und ökologischer Mindeststandards.

Gesellschaftliche Kräfte müssen mobilisiert werden, um Spielräume gegen die Durchkapitalisierung und marktförmige Zurichtung aller Lebensbereiche zu erkämpfen. Dabei geht es um die gesellschaftliche Auseinandersetzung, was dem Markt übertragen wird und was gesellschaftlich verantwortet werden muss. Die gesellschaftlichen und politischen Kräfte müssen dabei die Bedingungen der Mehrebenen-Staatlichkeit annehmen, wenn sie handlungsfähig sein wollen.

Ziel muss es dabei sein, konkrete Bereiche aus der globalisierten Konkurrenzökonomie herauszulösen und in die Verfügungsgewalt der Gesellschaft zurückzugeben. Der Standortlogik ist also auch dadurch Widerstand entgegenzusetzen, dass der Zurichtung des Alltags und der Lebensräume nach den Kriterien globaler Konkurrenz die Menschen ihre Bedürfnisse entgegenstellen und sich die notwendigen Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben aneignen.

Wir verstehen Staat und Markt nicht als zwei voneinander abgegrenzte - oder nach neoliberaler Logik abzugrenzende - Räume. Staatliche Regulierung greift beständig in wirtschaftliche Prozesse ein, und wird von diesen beeinflusst. Der Staat kann und muss intervenieren, und zwar in dem Sinne, dass er selbst in wirtschaftliche Prozesse eingreift, sie eigenständig gestaltet und Impulse setzt. Der Staat wird dadurch zum gestaltenden Akteur der Ökonomie und überlässt nicht den Markt dem freien Spiel der Kräfte. Er erhält und schafft sich seine eigene Handlungsfähigkeit. Das ist der Gegenentwurf zum sogenannten schlanken Staat, der nach neoliberaler Paradigma den Staat sich auf seine behaupteten Kernaufgaben beschränken lässt.

Unterkapitel 2 :: Der Prekarisierung der Arbeitswelt entgegenreten

These 26

Veränderungen

Die Veränderungen in der kapitalistischen Formation haben sich in einer Umstrukturierung der Produktion niedergeschlagen. Durch den Glauben an unbegrenztes Wachstum und damit verbundene Profite war die Produktion früher an den zwei Größen Arbeitszeit und Arbeitsentgelt ausgerichtet. Heute richtet sich die Produktionsplanung an einem vorgegebenen Gewinnergebnis aus. Die Arbeitszeit bzw. der Weg zu diesem Ergebnis bleibt der einzelnen arbeitenden Person überlassen. Dies hat nicht nur Folgen für die innerbetriebliche Produktionsplanung, sondern manifestiert sich durch innerbetrieblichen Konkurrenz und Übertragung von Risiko und Managementaufgaben auf die Belegschaft im konkreten Arbeitsalltag der abhängig Beschäftigten.

Das Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses erodiert auch in den Traditionsbereichen der industriellen Produktion. Sein Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist kontinuierlich am Schwinden. Der grundlegende Widerspruch zwischen den Zielen des Kapitals und der Arbeit tritt in der Zeit der Krise noch offener zu Tage. Ebenso wird durch eine Aufweichung von Kernarbeitszeiten die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit zunehmend brüchig. Die Ungleichheit in der Verteilung von Arbeit nimmt weiter zu. Während es bei den Vollzeitbeschäftigten wieder einen Trend zu ansteigenden tatsächlichen Wochenarbeitszeiten gibt, sind andere gezwungen, in prekären Beschäftigungsformen oder unfreiwilliger Teilzeittätigkeit weniger zu arbeiten, als sie es sich persönlich wünschen.

Prekarierte Beschäftigung heißt, dass die Entlohnung oftmals zu gering zum Lebenserhalt ist, die betriebliche Mitbestimmung oder der Kündigungsschutz eingeschränkt oder nicht gegeben ist oder es keine ausreichende soziale Sicherung gibt. Die Lebensrealität vieler Menschen ist davon gekennzeichnet, dass sie sich permanent von einem Auftrag zum nächsten hangeln müssen, in denen erkämpfte Errungenschaften wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubsgeld nicht der Realität entsprechen. Die ArbeitgeberInnen flexibilisieren die Beschäftigungsverhältnisse und verlagern auf diese Weise das Unternehmensrisiko zum Teil auf die ArbeitnehmerInnen. Aufgrund der Regelungen wie beispielsweise zur Leiharbeit gibt es in vielen Betrieben zudem eine Konkurrenz innerhalb der Belegschaft. Die Gefahr der Entsolidarisierung wächst. Die ArbeiterInnen werden zum ArbeitskraftunternehmerInnen. Massenarbeitslosigkeit bewirkt, dass Menschen, die arbeiten können und wollen, vom

Erwerbsleben ausgeschlossen und so gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Arbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen nicht nur einen sinkenden Lebensstandard, sondern zunehmend auch Not und gesellschaftliche Isolation. Schon allein die Bedrohung von Arbeitslosigkeit wirkt in weite Teile der Gesellschaft und schürt Existenzängste, erhöht den Druck auf ArbeitnehmerInnenrechte und die Gestaltung von Arbeit.

Auch in geschlechtsspezifischer Hinsicht liegt eine Ungleichverteilung vor. Frauen partizipieren nach wie vor weniger als Männer an Erwerbsarbeit, erhalten selbst bei gleicher und gleichwertiger Arbeit eine deutlich geringere Entlohnung als Männer, ihre Aufstiegschancen sind deutlich niedriger. Frauen sind weit überproportional in Teilzeitarbeit oder geringfügig beschäftigt und somit von prekären Beschäftigungsverhältnissen betroffen.

These 27

Neuorganisation von Interessen

Wir bleiben dabei: Die kapitalistische Ökonomie orientiert sich nicht an den wirklichen Interessen der Menschen. Sie funktioniert nach der ihr eigenen Verwertungslogik.

Gesellschaftlicher Fortschritt findet dort statt, wo sich diese Ansprüche erfolgreich artikulieren und durchsetzen. Angesichts von veränderten Beschäftigungsformen müssen wir politisch daran arbeiten, wie die Interessen derjenigen, die außerhalb klassischer Beschäftigungsformen arbeiten, vertreten werden können. Die klassische Form: ein Betrieb und eine Gewerkschaft trifft heute die Lebensrealität vieler ArbeitnehmerInnen nicht mehr. Dabei ist eine Interessensvertretung all jener dringender denn je. Es gehört zu den Grundbedingungen linker Politik, auf das (auch oftmals von den Beschäftigten gewollte) Aufbrechen klassischer Erwerbsbiographien zeitgemäße Antworten zu finden.

These 28

Sozialistische Wirtschaftspolitik

Wir Jusos stehen für eine sozialistische Wirtschaftspolitik. Kern dieser Politik ist die Verelendung der Gesellschaft im jetzigen System zu verhindern und zeitgleich die kapitalistische Marktwirtschaft zu überwinden.

Linkskeynsianistische Politik ist für uns ein Mittel im jetzigen Wirtschaftssystem die Verelendung zu verhindern, durch ihren systemstabilisierenden Charakter kann sie jedoch

nicht ohne zusätzliche Maßnahmen als sozialistische Wirtschaftspolitik bewertet werden. Kern dieser Politik sind einerseits eine pragmatische Konjunktur- und Wachstumspolitik, und andererseits eine längerfristige Strategie der Humanisierung des kapitalistischen Systems.

Wir widersprechen der neoliberalen Ansicht, wonach die weitere Entlastung der Unternehmen in Deutschland von angeblich zu hohen Lohnkosten und Steuerabgaben Voraussetzung für künftige Wachstumserfolge ist. Die ausschließliche Fokussierung auf so genannte „Strukturreformen“ widerspricht einer sozialdemokratisch ausgerichteten Wirtschaftstheorie und -politik. Diese empfiehlt nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch auf der Grundlage von makroökonomischen Effizienzüberlegungen eine Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum aus Produktivitätswachstum und Inflation mittelfristig ausschöpft und zudem über das Steuersystem gerade die einkommensschwachen Haushalte fördert. Zwar sind für die Unternehmen zweifellos auch Kostengesichtspunkte von Bedeutung. Eine kräftige Ausweitung ihrer Produktionskapazitäten (Investitionen) lohnt sich für sie jedoch nur dann, wenn sie sich einer entsprechend kräftigen Güternachfrage gegenüber sehen.

Weiterer Bestandteil einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik sind der pragmatische Einsatz von makroökonomischer Stabilisierungspolitik (Geld- und Fiskalpolitik). Nur wenn Unternehmen mit einer permanent dynamischen Nachfrageentwicklung konfrontiert sind, werden sie im Kampf um Marktanteile entsprechend kräftig investieren, woraus sich wiederum im Zuge des kräftigeren Produktivitätswachstums positive Angebotseffekte ergeben. Die in wirtschaftlichen Schwächephasen unvermeidlich steigenden Haushaltsdefizite des Staates werden in Phasen kräftigeren Wachstums wieder verringert. Das geldpolitische Mandat der Europäischen Zentralbank sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union geben bislang wenig Spielraum für stabilisierungspolitische Maßnahmen und müssen daher entsprechend reformiert werden.

Längerfristig können wir Jusos uns jedoch nicht mit einer reformierten Makrosteuerung zufrieden geben. Wachstum kann für SozialdemokratInnen kein Selbstzweck sein.

Zwar müssen angesichts der aktuellen Verteilungssituation die Einkommen gerade der Schwächsten in der Gesellschaft gestärkt werden. Dies geht nur mit Wachstum, wenn gesellschaftliche Verteilungskonflikte nicht eskalieren sollen. Forderungen nach einem sofortigen Übergang zu einer Strategie des Negativwachstums, z.B. aus globalisierungskritischen Kreisen, sind daher mit Skepsis zu begegnen.

Längerfristig muss es aber dennoch Ziel von Sozialdemokraten sein, eine kritische und grundsätzliche Diskussion darüber anzustoßen, inwieweit Wachstum gesellschaftlich

wünschenswert und ökologisch vertretbar bleibt. Verbesserte Produktionsmöglichkeiten müssen sich letztlich immer darin legitimieren, dass sie dem einzelnen Menschen dienen, indem sie sein Leben angenehmer, sicherer und freier machen. Einen hoch aktuellen Orientierungsrahmen bieten hierbei die „Schlussbetrachtungen über die Sozialphilosophie“ von John Maynard Keynes in seiner „Allgemeinen Theorie“, in der vier mehr oder weniger langfristige Ziele benannt werden:

1. eine gleichmäßige Einkommensverteilung,
2. internationale Solidarität zur Vermeidung von Wirtschaftskriegen und militärischen Auseinandersetzungen,
3. die demokratische Steuerung der Investitionstätigkeit in gesellschaftlich gewünschten Bereichen sowie schließlich
4. die Nutzung des Produktivitätsfortschritts zur Überwindung der materiellen Knappheit und zur Ermöglichung von individueller Entfaltung auch außerhalb der marktwirtschaftlichen Güterproduktion.

Der Staat sollte zwar kurzfristig sich in die Besitzverhältnisse der Produktionsmittel einmischen und durch eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien die Macht des Marktes brechen um Verelendung zu verhindern. Grundsätzlich ist jedoch eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft unser Ansatz, um die kapitalistische Marktwirtschaft zu überwinden. Die Grundidee der Genossenschaften, der Besitz der Produktionsmittel durch die Gemeinschaft der ArbeitnehmerInnen ist das Ziel, welches wir auch auf die restlichen Betriebe übertragen wollen.

Parallel dazu wollen wir im verstärkten Maße Konsumgenossenschaften (Stromeinkaufsgemeinschaften) aufbauen, um dadurch Widersprüche des Systems nutzen zu können, um die Marktprinzipien zu überwinden. Der Staat soll diesen Aufbau von Konsumgenossenschaften finanziell unterstützen.

These 29

Staatliche Regulierung erkämpfen

Wir sind nicht bereit zuzuschauen, wie sich auf dem Arbeitsmarkt immer mehr unwürdige Verhältnisse durchsetzen. Hier müssen wir uns in den politischen Kampf für konkrete staatliche Regulierungen begeben. Ein effektiver Kündigungsschutz, klar definierte Bedingungen für Praktika, soziale Regulierungen, die helfen, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse nicht verdrängt werden, das Eindämmen von Leih- und Zeitarbeit

sowie die soziale Regulierung bzw. langfristige Abschaffung des Niedriglohnbereichs können wir nur mit politischem Druck erreichen.

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Produktivitätssteigerungen muss die individuelle durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten kontinuierlich verkürzt werden. Die führt zu einer gerechteren gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit und Einkommen (auch zwischen den Geschlechtern) und trägt zur Beschäftigungssicherung bei. Wohlstandsgewinn muss auch im Zuwachs an erwerbsarbeitsfreier Zeit gesehen werden. Dies kommt auch dem Bedürfnis der Beschäftigten nach mehr Zeitsouveränität entgegen.

Unterkapitel 3 :: Gespaltene Gesellschaft

These 30

Soziale Ungleichheit und Kapitalismus

So sehr wir uns in Verband, Partei und Gesellschaft auch anstrengen werden, soziale Gleichheit werden wir im Bestehenden nie erreichen. Der Kapitalismus produziert dabei die Ungleichheit nicht mangels besserer Organisation, sondern als Folge seiner ihm innewohnenden Gesetzmäßigkeit.

Konkurrenz kennt nur GewinnerInnen und VerliererInnen. Der soziale Ausgleich, die Deckelung allzu großer Lohngefälle oder die Mitbestimmung im Betrieb: All das muss politisch erkämpft werden, weil es den direkten Verwertungsgesetzen zuwiderläuft.

Die Geschichte hat gezeigt, dass der Kampf für Mitbestimmung, Teilhabe und gerechte Löhne bisher kein Sargnagel des Systems war. Im Gegenteil. Die Paradoxie des Kapitalismus zeigt sich genau darin, dass diese empirischen Prosperitätsfaktoren bis aufs Messer bekämpft wurden, obwohl doch gerade dadurch erst die Akzeptanz des Systems für einen Großteil der Menschen erreicht wurde.

Keinesfalls darf Konsequenz dessen sein, es auf immer schlechtere Bedingungen – im Sinne der Verelendungstheorie – geradezu ankommen zu lassen. Es darf auch nicht entmutigen, sondern soll uns nur zeigen, dass wirkliche Solidarität, Gleichheit und Freiheit nur jenseits des Kapitalismus Realität werden kann.

These 31

Schwindende soziale Sicherheit

Langfristige Arbeitsverträge, streng reglementierte Entlassungsregeln, festgelegte Arbeitszeiten- und Löhne konstituierten das männliche Normalarbeitsverhältnis als gesellschaftliche Norm in den reichen entwickelten Industrienationen. Diese Entwicklung war geprägt durch industrielle Massenproduktion und große staatliche Investitionen. Mit dem durch die wirtschaftlichen Bedingungen und der ausgeprägten Leistungsorientierung ermöglichten sozialen Aufstieg war eine beispiellose Ausweitung der beruflichen Kompetenzen der klassischen Arbeiterklasse verbunden. Gleichzeitig wurden Teilhabeansprüche entwickelt und ein gewisses Maß an sozialer Sicherung garantiert. Die Aushandlungsprozesse zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen wurden zunehmend verrechtlicht und dadurch Sozialdemokratie und Gewerkschaften eingebunden. Dies waren die Grundpfeiler eines relativen Wohlstands.

Durch die Strukturveränderungen in der Wirtschaft wurde Arbeit stetig prekärer und die individuelle wirtschaftliche Sicherheit ist durch schlechtere Arbeitsbedingungen und die Bedrohung von Arbeitslosigkeit abgelöst worden. Gleichzeitig wurden die westlichen Industrienationen zunehmend von neoliberalen Prinzipien durchzogen, was zum Wandel vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat geführt hat. Anstatt soziale Sicherheit zu bieten, wurden die Rechte der ArbeitnehmerInnen zurückgenommen und gesellschaftliche Risiken auf die Einzelnen übertragen.

Es ist aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass auch in einer relativen Prosperitätsphase Unterdrückungsmechanismen wirkten. Alternative Lebensentwürfe konnten sich in der Enge dieser Prosperitätskonstellation nicht wirklich entfalten, Werte wie Selbstverwirklichung passten nicht in dieses Gesellschaftsbild. Des Weiteren traten neue Werte, wie das Streben nach Selbstverwirklichung hinzu. Frauen wurden auf die Rolle der Mutter mit Hinzuverdienerin-Funktion reduziert.

Für uns Jusos kann das politische Ziel unserer Arbeit deshalb nicht bedeuten, lediglich die alten Regulationsmechanismen wiederzubeleben.

These 32

Folge: Soziale Polarisierung

Die Folge der beschriebenen Entwicklung ist, dass die Seite der ArbeitnehmerInnen zunehmend in die Defensive geraten ist und es immer schwieriger wurde, soziale Standards zu verteidigen.

So hat die soziale Ungleichheit rapide zugenommen. Armutsstrukturen verfestigen sich und sozialer Aufstieg wird immer schwerer möglich. Die Menschen im „oberen“ Drittel haben recht gesicherte Chancen und Lebensperspektiven. In der „Mitte“ der Gesellschaft ist die Verunsicherung angekommen. In der Hoffnung auf den langfristigen Erhalt des Lebensstandards werden immer mehr Einbußen akzeptiert. Dadurch geht der Abwärtstrend für viele los. Im „unteren“ Drittel verfestigt sich die soziale und gesellschaftliche Abkoppelung.

Gleichzeitig zeichnet die Entwicklung der Einkommen und Vermögen ein klares Bild.

Der Anteil aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen hat in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen; im Gegenzug sinkt der ArbeitnehmerInnenanteil. Die untere Hälfte der Haushalte verfügt insgesamt nur über vier Prozent des gesamten Nettovermögens. Das reichste Fünftel besitzt rund zwei Drittel. Noch gravierender ist die Verteilung des Produktivkapitals. Drei Prozent der Bevölkerung besitzen 90 Prozent. Auch die Kluft zwischen Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und Unternehmensgewinnen ist gewachsen. Die Lohnspreizung nimmt vor allem wegen der wachsenden Zahl der atypisch Beschäftigten zu.

In den 1970er Jahren lebten ein Fünftel der Alleinerziehenden unterhalb der relativen Armutsgrenze, heute sind es mehr als doppelt so viele. Jeder Achte lebt unterhalb der Armutsgrenze. Die Verteilungsfrage ist nicht nur die Frage danach, was man sich alles leisten kann, sondern bestimmt das gesamte Leben der Betroffenen und ihrer Kinder. Dies geht soweit, dass sogar die Lebenserwartung von der Höhe des Einkommens abhängt.

Das deutsche sozial selektive Bildungssystem befördert diese Entwicklung. In Deutschland hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen und ethnischen Herkunft ab, wie sonst nirgendwo. Es besteht in unserer Gesellschaft ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Einkommen und Teilhabemöglichkeiten.

These 33

Ein menschenwürdiges Leben für alle

Diese Gesellschaft produziert Armut. Armut führt zum Verlust eines selbstbestimmten Lebens. Wir kämpfen dafür, dass Armut nicht entsteht. So lange es diese jedoch noch gibt, kämpfen wir in dieser Gesellschaft dafür, dass jeder Mensch trotzdem menschenwürdig leben kann. Dies ist gegenwärtig nicht gewährleistet.

Jedem Bürger/jeder Bürgerin ist ein menschenwürdiges Leben unabhängig von seiner Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Menschen, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,

das es ihnen ermöglicht menschenwürdig zu leben, sind von staatlicher Seite in angemessener Seite zu unterstützen.

Darüber hinaus muss das Prinzip „Fordern und Fördern“ verändert werden. Das Förderelement funktioniert oftmals nicht, sondern demoralisiert die Betroffenen. Eine unterstützende Politik muss die Selbstbestimmung jedes Menschen über eine Tätigkeit in den Mittelpunkt stellen. Fördern macht nur Sinn, wenn zu etwas gefördert wird, was auch vorhanden ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der solidarisch und demokratisch über die zu verrichtenden Tätigkeiten entschieden wird. Eine Fokussierung auf die Notwendigkeit des „Förderns“ dient der Ablenkung von der Tatsache, dass in Wahrheit viel zu wenige Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorhanden sind. Gleichzeitig gibt es viele öffentliche Aufgaben, die derzeit brachliegen. Notwendig ist der Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors.

Das Prinzip des Forderns mit seinem ausufernden Sanktionskatalog wird dem Anspruch an die Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht gerecht. Druck und Repression auf jene, die sich sowieso schon in einer schwierigen Situation befinden sind keine Instrumente linker Sozialpolitik. Vielmehr widersprechen sie den Grundprinzipien des Humanismus.

Die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen werden durch Sanktionen und Druck verschlechtert. Dies muss unterbunden werden.

These 34

Bildungspolitik

Bildung ist für uns ein Wert an sich und wichtige Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Das kapitalistische System begreift Bildung vor allem als Qualifikation, weshalb immer die Gefahr besteht, dass Bildung hierauf reduziert wird. Für uns muss dagegen der emanzipatorisch-kritische Aspekt Maßstab für gute Bildung sein. Auch wenn eine Forderung nach guter Bildung für alle auf allen Ebenen ein Einsatz für bessere Verwirklichungsmöglichkeiten im Kapitalismus bedeutet, ist klar, dass Bildung alleine das Konkurrenzsystem Kapitalismus nicht überwinden wird. Bildung wird auch bestehende Ungleichheiten niemals abschaffen können, denn die kapitalistische Konkurrenz lebt gerade von diesen Ungleichheiten. Bildungssysteme können aber durchaus unterschiedlich durchlässig gestaltet werden. Deshalb ist ihre Reform ein wichtiger Schritt zu stärkerer Gleichheit, jedoch kein Ersatz sondern lediglich Ergänzung zu einer Sozialpolitik, die für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft sorgt. Der Weg dahin für uns Jusos ist klar: Die Abschaffung des selektiven Bildungssystems. Weiter muss jegliche Art von Bildung vom 0. Lebensjahr bis zum Lebensende für alle zugänglich und kostenlos sein.

Bildung ist ein wichtiges Instrument zur Reproduktion von Arbeitskraft, denn für die meisten Tätigkeiten im Produktionsprozess müssen Qualifikationen erst durch Bildung erworben werden. Bildung bedeutet aber nicht nur Qualifikation, sondern auch in erster Linie Hinterfragen und Weiterdenken und ist so für die selbstbestimmte Entwicklung des Menschen zentral. Bildung ermöglicht also die Teilhabe am Produktionsprozess, ist aber gleichzeitig auch ein wichtiges emanzipatorisches Instrument. Nur mit neuem Wissen und neuen Fertigkeiten lässt sich die eigene Unmündigkeit überwinden. Bildung dient damit der Selbstverwirklichung.

Bildung ist in die Logik des kapitalistischen Systems integriert. Solange die meisten Menschen darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, beeinflusst der Grad an Bildung bzw. Qualifikation direkt den Preis ihrer Arbeitskraft. Wer über mehr Bildung verfügt, hat auch mehr Möglichkeiten bei der Gestaltung des eigenen Lebens. Doch auch auf den Inhalt kommt es an: Nicht jede Art von Wissen und nicht alle Fertigkeiten sind gleich verwertbar. Die Logik des Kapitalismus fördert deshalb die Tendenz, sich möglichst „marktgerecht“ zu bilden.

Schnittstellen zwischen einzelnen Bildungsabschnitten tragen zudem zur Teilung der Gesellschaft bei, denn beim Übergang von einer Stufe zur nächsten findet Selektion statt. Der beschränkte Zugang zu Kinderkrippe und Kindergarten, das dreigliedrige Schulsystem, fehlende Ausbildungs- und Studienplätze, eine Verkürzung von Studienzeiten und Verknappung von höheren Studienabschlüssen und stark reglementierte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen auf jeder Stufe nicht nur neue Ungleichheiten, sondern reproduzieren auch noch die alten. Dadurch wird Bildung zum vermeintlich objektiven Rechtfertigungsgrund für vorhandene Ungleichheiten.

These 35

Umverteilung von oben nach unten organisieren

Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten ist für uns zur Verwirklichung unserer Gerechtigkeitsvorstellungen notwendig, um Freiheit und Solidarität zu ermöglichen. Sozialstaat ist ein wesentliches Instrument, um Umverteilung zu organisieren.

Über das Einkommenssteuersystem muss wieder mehr Umverteilung stattfinden. Dafür muss der Spitzensteuersatz erhöht werden, bei gleichzeitiger Anpassung der Progression, so dass kleine und mittlere Einkommen nicht stärker belastet werden. Zudem muss die Erbschaftssteuer ausgebaut, die Vermögenssteuer wiedereingeführt und die Mehrwertsteuer sozial gerecht gestaltet werden. Insbesondere gilt es des Weiteren auch Unternehmensgewinne und Finanzspekulationen zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen.

In den Sozialversicherungssystemen gibt es einen Trend zur Privatisierung und dem Abbau von Leistungen. Dem treten wir entgegen. Wir sind für eine solidarische Finanzierung und gegen eine Leistungsbegrenzung. Unsere Instrumente sind die solidarische BürgerInnenversicherung und die Arbeitsversicherung, die immer wieder neue Perspektiven schafft für alle.

These 36

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in unserem Verständnis eine der zentralen Aufgaben des Staates, um Chancengleichheit zu erreichen. Dazu gehören Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pflege, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Kommunikation und Information, Wohnraum, Sparkassen, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und Kultureinrichtungen. TrägerInnen der öffentlichen Daseinsvorsorge können über staatliche Institutionen hinaus gesellschaftliche, gemeinnützige Kräfte sein. Beispielsweise im Rahmen alternativer Wirtschaftsformen genossenschaftlich, gemeinnützig organisierte TrägerInnen. Auch hierfür muss der Staat Freiräume schaffen.

Würden diese Bereiche dem Markt überlassen, könnten viele Menschen ihr Leben nicht würdig gestalten und wären von der Gesellschaft ausgegrenzt. Deshalb ist es Ziel, dass der Staat den Zugang für alle zu diesen Schlüsselbereichen garantiert. Wo es erforderlich ist, sprechen wir uns für eine Vergesellschaftung der Bereiche aus, die nur unter öffentlicher Kontrolle unseren Ansprüchen entsprechen können. Nur wenn allen Menschen ein gleicher Zugang zu bestimmten Gütern garantiert wird, sind gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Durch die eigene Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen und Gütern wird das Allgemeinwohl durch demokratische Kontrolle sichergestellt.

Kapitel V :: Feminismus

These 37

Patriarchat

Die kapitalistische Gesellschaft ist geprägt von Widersprüchen. Unterdrückung und Ungleichbehandlung gehören zu den prägenden Elementen und zeigen sich in vielfältigen Erscheinungsformen. Patriarchale Strukturen prägen auch im 21. Jahrhundert die gesellschaftlichen Verhältnisse unabhängig von Staatsform und Wirtschaftsweise. Es ist nicht

zu leugnen, dass die Frauenbewegung in den letzten Jahrzehnten viel erkämpft hat. Dennoch gilt es festzuhalten: Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse sind auch über hundert Jahre nach den Anfängen der Frauenbewegung ungleich zugunsten der Männer verteilt. Die Erscheinungsformen des Patriarchats sind jedoch bei globaler Betrachtung unterschiedlich stark ausgeprägt. Selbst in Staaten, in denen Frauen formal gleiche Rechte haben wie Männer, sind patriarchale Strukturen noch nicht aufgebrochen, geschweige denn überwunden. Die zentralen Positionen von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht werden ganz überwiegend von Männern besetzt. Frauen werden gesellschaftlich und beruflich nur subtiler, nicht aber weniger diskriminiert.

These 38

Diskriminierung heute

Die männlich strukturierte Gesellschaft zeigt sich auf sämtlichen Ebenen. Für Frauen ist der Weg in führende Positionen in Wirtschaft, Forschung und Lehre, Politik und Kirche schwerer. Sie erhalten weniger Lohn obwohl sie im Vergleich zu Männern gleich- oder besserqualifiziert sind. Frauen sind weitaus häufiger in Teilzeit, ohne Sozialversicherungspflicht oder in befristeten Arbeitsverhältnissen zu Niedriglöhnen beschäftigt - vor allem Frauen sind arm trotz Arbeit. Die Sorgearbeit in der Familie wird immer noch zum größten Teil von Frauen getragen und ihnen durch die Gesellschaft als scheinbar naturgegeben zugeschrieben. Steuer- und Sozialsysteme sind auf den Mann als Ernährer und Versorger zugeschnitten. Frauen spielen nur als „Zuverdienerin“ eine Rolle, hier werden Abhängigkeiten gestärkt und nicht aufgebrochen. Es sind regelmäßig Frauen, die Opfer von Gewalt und Belästigung, von körperlicher und seelischer Unterdrückung sind. Auch Männer, die dem klassischen Rollenverständnis nicht entsprechen, sehen sich immer wieder Diskriminierungen ausgesetzt. Damit wird eine individuelle freie Entfaltung durch patriarchale Strukturen für beide Geschlechter wesentlich erschwert. Überkommene Rollenbilder und die Zuschreibung geschlechtsspezifischer Eigenschaften und auch sexueller Orientierung sind längst noch nicht überwunden. Hinzu kommen ethnizitäts- bezogene Stereotype die Frauen in doppelter Hinsicht diskriminieren: als Frau und Migrantin.

These 39

Kapitalismus und Patriarchat

Kapitalismus und das Patriarchat sind Herrschaftssysteme, die auf Ungleichbehandlung, Unterdrückung und Ausbeutung aufbauen. Jedes System, das auf ungleiche Verteilung von Macht und Wohlstand und Erhalt dieses Zustandes ausgelegt ist, bedient sich des

patriarchalen Prinzips. Deshalb dienen Kapitalismus und Patriarchat einander als sich gegenseitig stützende und schützende Prinzipien. Die ungleiche Verteilung und Bewertung von Produktions- und Reproduktionsarbeit und die damit einhergehende Benachteiligung von Frauen ist Ausdruck davon.

Eine Gesellschaftsordnung, die das kapitalistische Prinzip überwindet, ist nicht notwendig eine, in der sich die Frauenfrage erledigt hat. Allerdings kann nur in einer Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Unterdrückung verzichtet, auch Gleichheit der Geschlechter erreicht werden. Die Gleichstellung der Frauen ist deshalb Teil unseres Kampfes für den Demokratischen Sozialismus. Der Kampf für den Demokratischen Sozialismus kann aber niemals den Kampf für die Gleichstellung ersetzen.

These 40

Perspektive

Wir Jusos erstreben eine Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht ein scheinbar männliches Prinzip das leitende ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der das Geschlecht keine Rolle mehr spielt in dem Sinne, dass alle Menschen die gleiche Freiheit leben können - ein Leben in Selbstbestimmung und ohne starre Rollenbilder, unter gleicher Teilhabe an Macht und Einfluss, ohne geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Sexismus.

Die Gleichheit der Geschlechter ist grundlegende Idee einer auf Emanzipation angelegten Strategie. Dabei geht es nicht um Negierung von Individualität oder das Ignorieren unterschiedlicher Betroffenheiten. Nur die Gleichheit von Lebenschancen und Voraussetzungen schafft jedoch überhaupt erst die Bedingung, um Verschiedenartiges leben zu können. Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung sind unsere grundlegenden Ziele. Dazu bedarf es der Veränderung von Strukturen. Solange die patriarchalen Strukturen nicht überwunden sind, bedarf es zudem gezielter Instrumente, die die Benachteiligung von Frauen ausgleichen.

These 41

Strategie

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist ebenso prägendes Strukturmerkmal des Patriarchats wie die geringe Beteiligung von Frauen an gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht. Wir brauchen daher eine sanktionierte Regelung für die Teilhabe von Frauen an

Führungspositionen, die Quote in allen Bereichen ist ein wesentliches Instrument, um Gleichstellung flächendeckend und praktisch umzusetzen. Wir brauchen ein Steuer- und Sozialrecht, das individuelle Lebensentwürfe fördert und absichert und nicht das männliche Familienernährermodell. Eine Privilegierung der Ehe durch das Recht lehnen wir ab. Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die existenzsichernde Beschäftigung schafft, und einen Arbeitsmarkt, auf dem gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt wird. Wir brauchen eine berufliche Bildung, die weder typisch weiblich, noch typisch männliche Berufsbilder produziert. Die Medienlandschaft ist zu einem großen Teil durch Sexismus und Rollenstereotype geprägt und somit jeder täglich damit konfrontiert. Wir fordern, dass Medien sich jenseits dieser Bilder bewegen müssen, damit bestehende Verhältnisse hinterfragt werden und Sexismus nicht salonfähig bleibt. Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting müssen als praktizierte Gleichstellungsmaßnahmen überall Anwendung finden. Wir brauchen eine emanzipatorische Familienpolitik, in der Elternzeit zwingend von Vätern und Müttern je zur Hälfte übernommen wird. Der (zeitweilige) Ausstieg aus dem Berufsleben ist ein Risiko für die individuelle Absicherung und stärkt wiederum innerfamiliäre Abhängigkeiten. Dieses Risiko dürfen zukünftig nicht mehr hauptsächlich die Frauen tragen.

Verantwortung für Familie und gleiche Chancen im Beruf sind dann für alle möglich, wenn Arbeitszeiten gerechter verteilt und allgemein kürzer werden.

These 42

Feminismus

Die derzeitigen Debatten um den Feminismus des 21. Jahrhunderts sind zwiespältig.

Es ist gut und richtig, dass - bei früheren und aktuellen Versuchen des Roll-Backs und der Umkehr der Verhältnisse - Frauenfrage und Feminismus wieder zurück und neu auf der öffentlichen Tagesordnung sind.

Wir wehren uns jedoch gegen den Versuch, Feminismus auf das Feuilleton zu reduzieren. Dem Vorhaben, Generationen der Frauenbewegung und des Feminismus gegeneinander auszuspielen, erteilen wir eine Absage. Unsere Verbündeten finden wir überall da, wo die Frauenfrage das politische Handeln bestimmt.

Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

Kapitel VI :: Antifaschismus

These 43

Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit von Menschen ist. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus, einer Volksgemeinschaftsideologie sowie dem Glauben an die Durchsetzung seiner Vorstellungen durch Gewalt, sei es durch den starken Staat oder durch eigenes Handeln, wie es im Falle brennender Asylbewerberheime oder militante Neonazis zu sehen war. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.

These 44

Formen des Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist kein ausschließliches Jugendproblem. Das Potential an rechtsextremen Einstellungen ist in der gesamten Gesellschaft und das heißt auch in sämtlichen Altersgruppen hoch. Inwieweit es für rechtsextreme Gruppierungen gelingt, dieses abzugreifen, ist unterschiedlich. Seit der Wiedervereinigung ist allerdings zu beobachten, dass die radikale Rechte vor allem im Ostteil des Landes in ein Vakuum stoßen konnte, dass durch das Fehlen progressiver gesellschaftlicher AkteurInnen entstand. Die Wahlerfolge der NPD und die schleichende Etablierung rechtsextremen Kleidungsstils bei Jugendlichen sind Indiz dafür, dass rechtsextreme Einstellungen von der sogenannten Mitte der Gesellschaft akzeptiert und von dieser selbst produziert werden.

Trotz ihres desolaten Zustands ist die NPD eines der größten Probleme in diesem Zusammenhang. Die öffentlichen Mittel helfen der NPD, ihre Strukturen zu verstetigen. Daneben wird die Zusammenarbeit mit der militanten Neonaziszene intensiviert. Partei und „freie Kräfte“ vermischen sich indes sehr stark. So bettet die NPD die von freien Kräften aufgebauten sozialen Netzwerke gezielt ein und stärkt somit ihre Organisationskraft.

NPD-Kader geraten wegen Körperverletzungs- und Volksverhetzungstatbeständen immer wieder in den Fokus der Strafverfolgungsbehörden. Gebietsweise konnte die NPD ihr Drei-Säulen-Konzept vom Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente umsetzen, dort gibt

es No-Go-Areas, welche in dem Ausmaß ohne die bestehenden Kameradschaftsstrukturen und deren Netzwerke nie hätten möglich sein können

Neben dem Fokus auf Nationalsozialismus arbeitet die NPD mit der sozialen Frage, wie zum Beispiel bei ihren Versuch, auf die globalisierungskritische Bewegung anlässlich des G-8-Gipfels in Heiligendamm im Jahr 2007 aufzuspringen. Die rechtsextreme Kapitalismuskritik ist keine Fratze oder Vertuschung, sondern fußt auf der Angst vor einer Gefährdung ihrer Ideologeme Volk und Nation. Die propagierten völkischen Lösungsansätze sind nicht nur falsch, sondern bedeuten konsequent gedacht, für viele Menschen das sichere Todesurteil.

These 45

Gegenstrategien

Die wichtigsten Elemente bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus sind die Aufklärung und die Förderung einer antifaschistischen Gegenkultur. Momentan leidet die öffentlich geförderte antifaschistische Arbeit darunter, dass sie einerseits politischen Konjunkturen und andererseits spezifischen haushaltspolitischen Konstellationen unterworfen ist. Damit ist es schwierig, eine nachhaltige Unterstützung auf die Beine zu stellen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist aber nur wirkungsvoll, wenn er eine langfristige Strategie verfolgt. Eine Lösung, um die finanziellen Mittel kontinuierlich zu sichern, ist eine Bundesstiftung für Demokratische Kultur.

Ein gut vorbereitetes NPD-Verbotsverfahren, der auf staatlich alimentierte NPD-Kader als V-Leute verzichtet, ist eine Möglichkeit, rechtsextreme Strukturen effektiv zu schwächen.

Kampf gegen Rechtsextremismus heißt vor allem, selbst aktiv zu werden. Diejenigen, die antifaschistische Politik nicht nur als Lippenbekenntnis vor sich her tragen, sondern in praktische Politik umsetzen, haben unsere Solidarität. Wir empfinden es als Doppelmoral, wenn zum einen wie im Rahmen des Aufstands des Anständigen von offizieller Seite zum Kampf gegen Rechts aufgerufen wird und zum anderen diejenigen, die dann aktiv werden, Strafverfahren kassieren. Ein Ende der Kriminalisierung antifaschistischen Engagements ist für uns zwingend. Wir verurteilen die ständigen Diffamierungskampagnen gegenüber AntifaschistInnen und Linksalternativen, die das Ziel haben, Repression zu legitimieren und unliebsamen kritischen Projekten die Existenzgrundlage zu entziehen. Grundlage dafür ist das Konzept des politischen Extremismus, welches von einer „vernünftigen“ politischen Mitte ausgeht. Dies relativiert sich nicht nur die wachsenden Ungleichheitstheorien, wie Rassismus und Antisemitismus, in der Gesellschaft sondern setzt zudem Antifaschismus mit Nazismus gleich.

Daneben gilt es, die Problematik stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken: Rechtsextremismus ist nicht nur dann dramatisch, wenn die NPD wieder einen Wahlsieg errungen hat, ein jüdischer Friedhof geschändet wurde oder ein besonders brutaler Angriff auf MigrantInnen stattgefunden hat. Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches und dauerhaftes Problem.

These 46

Rassismus

Rassismus soll vermeintlich oder tatsächlich wahrgenommene Unterschiede als Kriterien für die Zugehörigkeit zu einer Gruppe rechtfertigen. Damit geht eine Diskriminierung aufgrund dieser Zugehörigkeit einher.

Rassismus spiegelt sich in der gesamten Gesellschaft in unterschiedlichen Formen wieder. Sei es durch Wohlstandschauvinismus und Fremdenfeindlichkeit oder durch verbale Entgleisungen von Personen des öffentlichen Lebens oder in großen deutschen Zeitungen zu Zeiten sportlicher Großereignisse wie der Fußballweltmeisterschaft. Insbesondere die Zuwanderungsdebatte wird immer wieder von rassistischen Zwischentönen, gerade von PolitikerInnen, überlagert. Rechtspopulistisches Gedankengut versucht zudem besonders über die direkte Auseinandersetzung vor Ort über Moscheebauten zunehmend Zugang zum Diskurs der bürgerlichen Mitte zu finden und gezielt vorhandene islamfeindliche Ressentiments zu nutzen. Wir Jusos setzen uns für ein Menschenbild ein, das frei ist von Nützlichkeitsabwägungen. In einer offenen Gesellschaft, so wie wir sie fordern, ist kein Platz für Diskriminierung und Rassismus. Dafür muss ein offensiver Kampf um das gesellschaftliche Klima stattfinden.

These 47

Flüchtlingspolitik

Ebenso muss es aber ein Umdenken im staatlichen Umgang mit Flüchtlingen und Menschen ohne deutsche StaatsbürgerInnenschaft geben. Unser Ziel bleibt eine Gesellschaft ohne Grenzen. Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben dort zu leben, wo sie wollen und fordern ein globales Recht auf Migration ein. Alles, was dazu beiträgt, dass Menschen daran gehindert werden, in dieses Land zu kommen, findet unsere Kritik.

Wir wollen, dass das Asylrecht im Grundgesetz wiederhergestellt wird und kämpfen für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen. Das Schnellverfahren am Flughafen, die Residenzpflicht und Abschiebegefängnisse sind für uns nicht akzeptabel und gehören abgeschafft.

These 48

Antisemitismus

Im Gegensatz zum Rassismus wird im Antisemitismus das Judentum nicht nur mit Unterlegenheitsmerkmalen gekennzeichnet, sondern auch als gefährlicher Akteur des globalen Finanzkapitals gegen das einheimische produktive Kapital gesehen.

Die Shoa mit über sechs Millionen industriell ermordeten Jüdinnen und Juden war ein unfassbarer, entsetzlicher Tiefpunkt des jahrhundertealten Antisemitismus und eine spezielle Folge des vor allem in Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbreiteten völkischen Antisemitismus. Der Holocaust wurde in seiner vernichteten Qualität erst möglich, weil die AntisemitInnen das Konstrukt einer „jüdischen Rasse“ schufen, die, im Gegensatz zum religiösen Antijudaismus, nur durch Vernichtung beseitigt werden könne. Diese Denktradition gibt es vor allem im deutschen Antisemitismus noch immer.

Antisemitismus ist auch heute noch eine ernstzunehmende Gefahr. Ausdruck finden diese Überzeugungen zum einen in Opfer-Täter-Verdrehungen, geschichtsrevisionistischen Meinungen, die vor allem im rechtsextremen Spektrum von der Relativierung des Holocaust bis zur Leugnung desselben reichen. Weltverschwörungstheorien kursieren, die Jüdinnen und Juden in den Mittelpunkt dunkler Machenschaften rücken und ihnen als Kollektiv den Griff nach der Weltherrschaft und Unterdrückung anderer unterstellen. Aber auch außerhalb ausgewiesener Rechtsextremisten gibt es Aussagen aus der Mitte der Gesellschaft, die verlangen, die Erfahrungen des Holocaust zu relativieren und einen „Schlusstrich“ unter die Geschehnisse zu setzen. Für uns existiert eindeutig die Verantwortung dafür zu sorgen, dass solche Verbrechen nie wieder passieren. Auch heute ist es leider in Deutschland eine Tatsache, dass Synagogen, jüdische Kindergärten und andere jüdische Einrichtungen von der Polizei geschützt werden müssen. Daher kann es aus unserer Sicht keinen Schlusstrich geben.

These 49

Antisemitismus in Form von Israelkritik

Innerhalb der politischen Kultur Deutschlands wird offener Antisemitismus nicht mehr als legitime politische Meinung anerkannt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein konsistenter Antisemitismus nach wie vor in der deutschen Gesellschaft virulent ist und der Antisemitismus statt eines offenen Bekenntnisses zur Judenfeindschaft über andere Ventile artikuliert wird. So kann Kritik, die am Staate Israel geübt wird, ein Ventil für Antisemitismus sein. Darüber hinaus sind Vergleiche der israelischen Politik heute mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik der Jahre 1933-45 für uns nicht akzeptabel.

Der Versuch, sich der deutschen Täterrolle zu entledigen, indem überzogene Kritik am Staate Israel formuliert und im Nahost-Konflikt einseitig Stellung zugunsten der Palästinenser bezogen wird, ist ein Beispiel für ein solches Ventil. Der Nahost-Konflikt ist weitaus komplexer und nicht in einfachen schwarz-schweiß-Bildern beschreibbar. Oftmals geht aber die gesellschaftliche Diskussion gerade in diese Richtung. Gerade aus der deutschen Gesellschaft werden den Israelis Methoden innerhalb dieses Konfliktes vorgeworfen, die mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik der Jahre 1933-45 assoziiert werden. Darüber hinaus akzeptieren wir es aber auch nicht, dass sich die deutsche Politik seiner besonderen Rolle in der Region durch eine einseitige Stellungnahme im Nah-Ost-Konflikt entledigt. Eine einseitige Stellungnahme zu Gunsten einer der Parteien verfälscht die Tragweite des Konflikts.

Wir sehen unsere politische Verantwortung darin, in der Gesellschaft und vor allem in der gesellschaftlichen Linken für ein differenziertes Israelbild zu werben. Wir Jusos denken weiter und setzen uns gerade mit unserem Projekt WBC für eine für beide Seiten gerechte, politische Lösung des Nahost-Konflikts ein. Wir sind für das Existenzrecht Israels und für einen palästinensischen Staat. Die Zweistaatenlösung ist für uns das politische Ziel, da wir der Überzeugung sind, dass zwei stabile, demokratische Staaten die grundlegende Voraussetzung für Sicherheit sind. Gruppierungen, die sich mit der Hamas oder anderen radikalislamistischen Bewegungen solidarisieren oder das Existenzrecht Israels negieren, stellen für uns keine BündnispartnerInnen dar. Die Bekämpfung des Antisemitismus muss auch dort mit Konsequenz geführt werden, wo er sich als scheinbar legitime Kritik am Staat Israel tarnt. . Antisemitismus ist in allen seinen Formen das Gleiche: eine menschenverachtende, mörderische Ideologie.

Kapitel VIII :: Internationalismus - Antimilitarismus

These 50

Internationalismus

Wir Jusos sehen uns als sozialistischen, feministischen und internationalistischen Richtungsverband. Das bedeutet die internationale Arbeit ist Teil der tag täglichen Arbeit des ganzen Verbandes. Unsere Ideen und unser Kampf hören nicht an den Landesgrenzen auf. Wir Jusos denken international.

Wir arbeiten an einer Bewegung internationaler Solidarität. Wir Jusos wissen, dass wir Veränderungen nur in Kooperation mit anderen fortschrittlichen Organisationen auf regionaler und internationaler Ebene, erreichen können. Deshalb engagieren wir uns in internationalen

Organisationen wie der IUSY, der ECOSY und mit unserem Projekt WillyBrandtCentrum in Jerusalem.

Wir setzen uns ein für eine gerechte Weltordnung. Der globale Kapitalismus in seiner heutigen Form produziert wenige GewinnerInnen und viele VerliererInnen. Eine Produktionsweise die allein auf Gewinnmaximierung basiert, nimmt keine Rücksicht auf soziale und ökologische Folgewirkungen und widerspricht damit einer nachhaltigen Entwicklung. Es geht deshalb darum die Globalisierung nicht nur zu gestalten, sondern diese Welt nachhaltig zu verändern. Eine andere Welt ist notwendig.

Die Spaltung der Welt konnte bis jetzt nicht überwunden werden. Die Nord-Süd Frage stellt sich heute immer noch, die zum Millennium ausgerufenen Ziele, die Armut zu halbieren oder z.B. mehr Menschen den Zugang zu sauberen Trinkwasser zu gewähren, werden aller Wahrscheinlichkeit nicht eingelöst werden können. Entwicklungshilfe ist deshalb für uns keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbst bestimmtes Leben in Würde. Nach diesem Ziel muss Entwicklungshilfe ausgerichtet werden und nicht nach den Interessen der deutschen Wirtschaft, wie das oft der Fall ist.

These 51

Friedenspolitik

Der Kampf gegen die Militarisierung der Gesellschaft stand immer schon im Mittelpunkt unserer Organisation. Die Anfänge der Jusos waren geprägt durch den Kampf gegen den Ersten Weltkrieg. Gegen den Burgfrieden mit dem Kaiser und den bürgerlichen Parteien und den aufkommenden Nationalismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg hieß die Parole „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“.

Kriege werden nicht aus altruistischen Gründen geführt. Um als SozialistIn und AntmilitaristIn (wohlgemerkt nicht als PazifistIn) den Charakter einer militärischen Auseinandersetzung zu bestimmen, müssen die ökonomischen Grundlagen und die weltpolitische Rolle der beteiligten Staaten sowie der nichtstaatlichen Akteure analysiert werden.

These 52

Militarisierung der deutschen Außenpolitik

Heute im Jahr 2008 sind wir konfrontiert mit einer rasanten Normalisierung des Krieges als legitimes Mittel der deutschen Politik.

Die Strategie der kontinuierlichen Gewöhnung an die weltweiten Bundeswehreinätze 1992 in Kambodscha, 1993 in Somalia, 1995 mit der SFOR in Bosnien hatte Erfolg. Die Akzeptanz gegenüber militärischen Einsätzen stieg in der Bevölkerung mit jedem Mal. Das Ziel Deutschlands, auf der internationalen Ebene nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch eine gleichberechtigte Rolle zu spielen, war mit der Beteiligung am Kosovo-Krieg endgültig erreicht. Der Kosovo-Krieg war ein Wendepunkt der deutschen Außenpolitik, da sich Deutschland das erste Mal in der Nachkriegs-Ära an einem Angriffskrieg beteiligt hat. Diesen Kriegseinsatz hat unter Rot-Grün stattgefunden und wurde von Rot-Grün innenpolitisch durchgesetzt. Dort wurde letztlich erfolgreich versucht, die Zustimmung der Bevölkerung mit einer besonders bekämpfenswerten Legitimationsstrategie, indem Hitler- und Auschwitz-Vergleiche über die deutsche Medienlandschaft hinwegrollten, zu erreichen.

Seither geht es nicht mehr um eine Grundsatzfrage, sondern darum ob und wann. Ja zu Afghanistan und nein zum Irak, so lässt sich kurz die Politik der Sozialdemokratie im Moment charakterisieren.

These 53

„Neue Kriege“

Legitimiert wird diese Wende durch ein neues Bild des Krieges, das Bild eines sauberen Krieges soll gezeichnet werden. Man spricht von chirurgischen Eingriffen und zielgenauem Bomben. Das wahre Gesicht des Krieges soll vertuscht werden.

Oberste Priorität hat es inzwischen nach Außen den Schein zu wahren. Das Risiko von Bildern toter Soldaten, die das schöne Bild scheinbar ungefährlicher Kriege stören könnten, wird durch Luftkriege oder durch Vergabe von gefährlichen Aufträgen an private Söldnerfirmen minimiert.

Die Realität sieht anders aus: Es gibt keinen neuen Krieg, kein humanes Gesicht des Krieges. In mehr als 40 Staaten herrscht derzeit Krieg oder Bürgerkrieg. Das in den Genfer Konventionen niedergelegte Prinzip der Unterscheidung zwischen SoldatInnen und ZivilistInnen wird in den heutigen Kriegen weitgehend missachtet. Am Anfang des vorigen Jahrhunderts waren 95 Prozent der Kriegsoffer Soldaten. Inzwischen stieg der Anteil der zivilen Opfer auf 90 Prozent.

Russland und die USA sprechen inzwischen auch offen von Aufrüstung, nachdem jahrelang unter dem Deckmantel der Professionalisierung von Armeen aufgerüstet wurde. Selbst der nukleare Erstschatz findet sich in offiziellen Papieren wieder. Auch die Staaten der EU sind zentral an Aufrüstung beteiligt. Angriffskriege werden heute nicht mehr geächtet.

These 54

Bundeswehr

Es fehlt heute an einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Militär. Ziel ist die Schaffung einer neuen Normalität des Militärs, öffentliche Gelöbnisse sind ein Ausdruck dessen.

In Deutschland wird die Bundeswehr mehr als Friedenshelfer und Brunnenbauer gesehen, als als das, was sie ist: eine Armee. Das Hamburger Parteiprogramm ist nur voll des Lobes über die Bundeswehr. Kritische Töne sind unerwünscht. Für uns ist das Militär Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Wir arbeiten langfristig an einer Welt ohne Militär.

Des Weiteren gilt für uns: jeder hat das Recht, den Dienst an der Waffe zu verweigern. Wir setzen uns darüber hinaus für die Abschaffung der Wehrpflicht ein.

These 55

Rolle von Entwicklungspolitik

Im Zuge der neuen Militärstrategie wird die Entwicklungspolitik immer mehr in die Einsatzplanung miteinbezogen.

NGOs übernehmen Stück für Stück militärische Aufgaben, wenn sie sich z.B. um ZivilistInnen in besetzten Gebieten kümmern.

Entwicklungspolitik wird aber auch als Argument für Kriegseinsätze herangezogen. Der Schutz von NGOs vor Ort wird zum offiziellen Grund Militär zu stationieren, wie es z. B. in Afghanistan geschehen ist.

Wir lehnen eine Militarisierung der Entwicklungspolitik ab.

Entwicklungspolitik ist für uns aber mehr als nur Engagement von NGOs. Entwicklungspolitik steht für uns SozialistInnen unter dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Dazu gehört nicht nur die Sicherheit des Landes oder der Region, sondern vor allem die Hilfe beim Aufbau von Strukturen. Dies bedeuten der Aufbau von Infrastruktur, Wirtschaft und Bildung, sowie die Verbesserung des Zugangs zu essentiellen Ressourcen wie Wasser, Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Im Zentrum muss die Armutsbekämpfung stehen. Dafür muss die Zivilbevölkerung vor Ort einbezogen werden. Entwicklungspolitik kann aber nicht nur als Korrektiv der anderen Politikfelder gesehen werden. Vielmehr ist damit die nachhaltige Durchdringung allen politischen Handelns mit entwicklungspolitischem Denken gemeint. Vor allem gilt dies für Europäische Handels- und Agrarpolitik. Deshalb fordern wir fairen Handel, auch mit den ärmsten Regionen dieser Welt und den Abbau der Agrarsubventionen. Das Ziel muss dabei echte Armutsbekämpfung, und nicht nur die Steigerung des Wirtschaftswachstums sein.

These 56

Nationalismus

Eng verbunden mit der Frage der Militarisierung war und ist die Frage des Nationalismus und des Chauvinismus. Wir Jusos lehnen es ab, uns in unseren Ideen und Zielen auf ein Land zu beschränken. Unser Ziel bleibt die perspektivische Überwindung von Nation und Nationalismus.

Wir Jusos sind internationalistisch. Wir verlieren die Folgen von Politik nicht aus dem Blickfeld, wenn sie die Landesgrenzen überschreite. Wir machen Politik für Menschen – für Menschen weltweit. Für uns gibt es kein legitimes deutsches Interesse. Wer für Frieden kämpfen will, der muss auch nein sagen zu Standortwettkämpfen. Wir stehen ein für eine gerechte Welt.

These 57

Prävention

Prävention wird immer mehr degradiert auf Gespräche und offizielle Tagungen und damit Stück für Stück delegitimiert und als wirkungslos dargestellt. Prävention ist nicht Dialog, sondern soll Dialog ermöglichen. Prävention schafft ein Umfeld, in dem es möglich ist, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Prävention bedeutet, eine internationale rechtliche Regulierung zu schaffen und dieses auch mit Leben zu füllen.

Wir stehen für die Fortführung einer aktiven und zivilen Friedenspolitik wie sie in Deutschland durch Willy Brandt geprägt worden ist. Für uns als Jusos ist klar, das Krieg niemals wieder ein legitimes Mittel der Politik sein darf und treten national wie international für dessen Ächtung ein.

Wir stehen ein für Systeme der kollektiven Sicherheit, wie die UN. Um diesen Anspruch gerecht zu werden muss die UN aber handlungsfähiger werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Geld für zivile Konfliktlösung ausgegeben wird als für Aufrüstung und wir kämpfen für die Ausweitung und Einhaltung von Abrüstungsverträgen im Rahmen der internationalen Organisationen.

Prävention bedeutet, dass eine gerechte Weltwirtschaftsordnung angestrebt wird, von der alle Menschen profitieren.

These 58

Ein soziales Europa

Wir Jusos haben als internationalistischer Richtungsverband immer für die Integration der europäischen Staaten gekämpft. Die Überwindung der europäischen Nationalstaaten war dabei stets unser Leitbild. Die Nationalstaaten sind noch nicht überwunden, dennoch ist Europa heute bereits in vielen Bereichen Realität. Europa muss uns Jusos aber mehr sein als ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion. Das heutige Europa der 27 Mitgliedsstaaten muss ein soziales Europa sein.

Um eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Sozialleistungen in Europa zu verhindern, brauchen wir soziale Mindestnormen auf europäischer Ebene. Wir Jusos fordern daher ein System europäischer Mindestlöhne, eine europäische Höchstarbeitszeit und eine EU einheitliche Mindestbesteuerung von Unternehmen durch eine EU-Körperschaftsteuer. Wir fordern darüber hinaus auch die Demokratisierung der europäischen Wirtschaft durch Mitbestimmung in den Betrieben. Wir setzen uns daher für die Schaffung Europäischer Betriebsräte ein.

Europa ist nach Innen heute weitgehend ein Europa ohne Grenzen. Nach Außen ist Europa aber zu einer Festung geworden. Aus Entwicklungsländern ist es nahezu unmöglich geworden, nach Europa zu reisen, geschweige denn einzuwandern. Diese Entwicklung betrachten wir mit großer Sorge und fordern daher die Öffnung der Außengrenzen der Europäischen Union.

Der Demokratisierungsprozess der europäischen Union muss fortgesetzt werden, um ein Europa für die Menschen und nicht für Wirtschaftsinteressen zu schaffen. Wir Jusos setzen uns für die umfassende legislative Kompetenz des Parlamentes ein. Es ist ein demokratisch legitimes Gremium, das die Bürgerinnen und Bürger Europas vertritt und muss deshalb die Entscheidungsbefugnisse zugesprochen bekommen, anstelle der nur indirekt legitimierten Exekutivorgane.

Wir Jusos haben als internationalistischer Richtungsverband immer für die Integration der europäischen Staaten gekämpft. Die Überwindung der europäischen Nationalstaaten war dabei stets unser Leitbild. Die Nationalstaaten sind jedoch noch nicht überwunden, dennoch ist Europa heute bereits in vielen Bereichen Realität. Ohne die europäische Dimension können viele Aufgaben wie beispielsweise der Klimawandel gar nicht mehr bewältigt werden. So stehen die europäischen Staaten vor ähnlichen Problemen, die nur gemeinsam effektiv gelöst werden können.

Europa muss für uns Jusos aber mehr sein als ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion, denn wirtschaftliche und soziale Integration sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb müssen auch auf europäischer Ebene Systeme des sozialen Ausgleichs geschaffen werden um den Standortwettbewerb einzudämmen, der soziale und ökologische Standards ruiniert.

Soziales Europa: Das geht am Besten durch die Solidarisierung der Arbeitnehmerschaft auf europäischer Ebene. Deshalb fordern wir, Betriebsräte und die arbeitende Bevölkerung in ihren Rechten zu stärken und Eurobetriebsräte und europäische Gewerkschaften auszubauen. Wir kämpfen gegen die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte und fordern stattdessen Mindestnormen im Arbeitsrecht auf europäischer Ebene. Dazu zählen Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten und europäische Konten für Leistungsansprüche aus Sozialkassen.

Die EU braucht nach unserem Verständnis eine steuerpolitische Kompetenz um Steuerdumping innerhalb der Union zu stoppen. Wir setzen daher für Mindeststeuersätze in der EU ein um eine Harmonisierung der Steuern zu erreichen. Die Geldpolitik der EZB muss überdacht werden. Wir wollen, dass sich die Geld- und Fiskalpolitik nicht mehr einseitig auf die Geldwertstabilität konzentriert.

Leider wird Europa, obwohl es für die Öffnung der Grenzen steht, nach Außen immer mehr zur Festung Europa, anstatt eine multikulturelle Union zu werden. Wir Jusos kritisieren daher scharf die zum Teil unmenschliche Flüchtlingspolitik der EU. Internationale Solidarität sollte nationale und kontinentale Grenzen überwinden. Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern muss ein größeres Gewicht bekommen.

Wir wollen eine europäische Partei werden! Die SPE soll die Mutterpartei aller europäischen SozialdemokratInnen werden. Die Forderung nach einer sozialdemokratischen europaweiten Bewegung darf nicht weiter eine Phrase bleiben. Die SPE muss gestärkt werden. Den neoliberalen und neokonservativen Kräften, dem durch die Lissabon Strategie zum Selbstzweck erhobenen Wettbewerbsparadigma und der einseitigen, auf die wirtschaftliche Integration bezogene Einigung kann nur eine schlagfertige und kraftvolle sozialdemokratische Bewegung auf Europäischer Ebene entgegen treten. Wir müssen der Vorreiter der Politisierung Europäischer Politik sein.

Kapitel IX :: Die Ökologie und die Linke

These 59

Ökologie innerhalb der Sozialdemokratie

In der Vergangenheit waren es in besonderem Maße die Jusos, die ökologische Fragestellungen in die Sozialdemokratie herein getragen haben. Ohne die Jusos wäre es fraglich, ob die SPD heute so vehement für den Atomausstieg kämpfen würde. Doch ist es uns bisher nicht gelungen, Ökologiepolitik stringent innerhalb einer gesamtgesellschaftlichen Analyse zu entwickeln. Als SozialistInnen glauben wir nicht daran, dass eine Rückkehr zu einer „ursprünglichen“ Lebensweise die Lösung des Problems ist. Das stellt vielmehr eine reaktionäre Antwort auf die drängenden Fragen im Umweltbereich dar. Dies war der Denkfehler vieler AktivistInnen der Ökologieszene. Mittels solcher Konzepte versucht mittlerweile auch die politische Rechte an die Umweltbewegung anzudocken.

These 60

Schwierigkeit linker Ökologiepolitik

Linke Umweltpolitik bewegt sich in verschiedenen Spannungsfeldern. Dazu gehört, dass der technische Fortschritt einerseits einen höheren Lebensstandard, eine höhere Mobilität und bessere Kommunikation und damit Fortschritt im Interesse der Menschen geschaffen hat. Andererseits baut dieser technische Fortschritt aber auch auf der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf, einer der Quellen des menschlichen Reichtums. Linke Umweltpolitik muss deshalb darauf abzielen, die technische Entwicklung so weiterzuführen, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verbunden mit weiterem Wohlstand erreicht werden kann. Dies schließt auch ein, dass die Länder des Südens zum westlichen Lebensstandard aufschließen können. Umweltpolitik kann und darf nicht als Argument gegen die Entwicklungschancen der Länder des Südens verwendet werden. Die „Versöhnung“ von technischem Fortschritt mit der Ökologie ist möglich. Sie setzt aber politisches Handeln voraus. Marktmechanismen können sie nicht schaffen.

Die umweltpolitischen Folgen dieser Entwicklung können wir allerdings trotzdem nicht außer Acht lassen. Der globale Klimawandel und der Einfluss der Menschheit auf selbigen ist heutzutage naturwissenschaftlicher Konsens. Wir können diese Entwicklung nicht mehr aufhalten, sondern allenfalls abmildern. Um dies zu erreichen, bedarf es gewaltiger Anstrengungen, bei denen den westlichen Industrieländern als Hauptverursachern bis dato die primäre Verantwortung zukommt.

Die zu erwartenden Folgen des Klimawandels sind vielfältig und werden verschiedene Konsequenzen haben. Während die Erwärmung für einige Regionen der Welt zu besseren landwirtschaftlichen Bedingungen und mehr Niederschlag führen wird, sind für andere Gegenden verheerende Folgen wie Dürre, Überschwemmung und extreme Wetterereignisse zu erwarten. Fakt ist, dass die sich entwickelnden Länder im Äquatorbereich die gravierendsten Konsequenzen der globalen Erwärmung zu ertragen haben werden, obwohl sie minimal zu dieser beigetragen haben.

Außerdem stehen wir vor der Herausforderung, dass die aufstrebenden Schwellenländer mit hohen Wachstumsraten ihre Industrialisierung vorantreiben und in immer stärkerem Ausmaß die lokale und globale Umwelt belasten.

Als Sozialistinnen und Sozialisten stehen wir für eine Umweltpolitik ein, die sich ihrer sozialen Folgewirkungen bewusst ist und versucht, diese zu vermeiden oder, wo dies nicht möglich ist, durch Umverteilungspolitik auszugleichen.

Wir fordern für alle das gleiche Recht auf Teilhabe. Dies schließt Mobilität und Teilhabe am technischen Fortschritt für alle ein, unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Deswegen wollen wir, dass für alle Energie bezahlbar bleibt. Wir wissen aber auch, dass durch die kurzfristige Profitlogik des Kapitalismus politische Handlungslosigkeit in die ökologische Katastrophe führen würde. Klimaveränderungen und Umweltprobleme sind langfristigen Zeitspannen unterworfen. Das Klima verhält sich träge, das heißt, Effekte politische Maßnahmen sind teilweise erst in 30 Jahren spürbar.

Diese langen Zeiträume widersprechen der immanenten Logik des Kapitalismus. Seine zuvor erwiesene Flexibilität, auf Veränderungen zu reagieren, wird deshalb voraussichtlich im umweltpolitischen Bereich ins Leere laufen. Das erfordert politische Reaktionen. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel zu organisieren und zu fördern. Die Impulse müssen von links kommen, da sich ansonsten neue gesellschaftliche und soziale Spaltungen entlang der Ökologiefrage auftun werden. Das Dilemma sozialistischer Politik ist aber, dass wir bisher noch keine überzeugenden Antworten von links auf diese Entwicklungen formulieren konnten.

These 61

Linke Ökologiepolitik

Wir wollen eine moderne Umweltpolitik, die sich nicht gegen den technischen Fortschritt richtet, sondern auf ihn aufbaut und ihn fördert. Wir möchten nicht, dass dies zu

Entwicklungshindernissen für die Weltregionen außerhalb der westlichen Hemisphäre führt. Das bedeutet aber auch, dass damit die reichen, entwickelten Staaten eine besondere Verantwortung haben. Trotz aller Diskussionen, dass die Verknappung fossiler Brennstoffe scheinbar auf den „Energiehunger“ aufstrebender Staaten wie China und Indien zurückzuführen ist, bleibt festzuhalten, dass der mit Abstand größte pro Kopf Energieverbrauch immer noch in den entwickelten Industriestaaten erfolgt. Die Folgen spüren vor allem die Menschen in den armen Regionen dieser Welt. Wir wollen internationale Abkommen, die zu geringeren CO₂-Emissionen und mehr Umweltschutz führen und fordern eine sinnvolle Gestaltung des globalen Emissionshandel. Wir sind uns zugleich aber bewusst, dass zuallererst Handlungsbedarf bei uns selbst besteht, bevor wir mittels Machtpolitik, Abkommen und mit dem moralischen Zeigefinger sozialen Fortschritt für Menschen aus anderen Weltregionen erschweren, indem wir ihnen das verweigern, was wir selbst zuvor für uns beansprucht haben.

Heutige ökologische Probleme sind sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene immer stärker Probleme der sozialen Gerechtigkeit und Teilhabe. Der Zugang zu natürlichen Ressourcen wird kontinuierlich erschwert. Elektrizität, Wärme, saubere Luft und sauberes Wasser sind in weiten Teilen der Welt Luxusgüter und könnten dies unter Einfluss des Klimawandels in immer größerem Maße werden. Unser Selbstverständnis als internationalistischer Richtungsverband gebietet uns, hier mit progressiven Vorschlägen für eine neue ökologische Gerechtigkeit zu kämpfen.

Die wechselseitigen Abhängigkeiten der globalisierten Welt zeigen sich besonders im Energie- und Rohstoffbereich. Machtpolitisches Kalkül führt häufig zu mangelnder zwischenstaatlicher und internationaler Solidarität. Wir Jusos wollen diesen Zustand der Abhängigkeiten überwinden.

These 62

Konkrete Handlungsansätze

Wir wollen den technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschheit nutzen. Wir müssen Konzepte dafür entwickeln, wie Technologie nicht kurzfristigen Profiten nutzt, sondern vernünftig, Energie schonend und den Lebensstandard erhaltend zum Einsatz kommen kann.

Der sich beschleunigende Klimawandel muss bekämpft werden. Deutschland und Europa kommt hierbei die Pflicht zu, Treibhausemissionen drastisch zu senken. Gleichzeitig haben wir die finanziellen Möglichkeiten, den ökologischen Umbau unserer Energiewirtschaft und

unserer industriellen Landschaft voran zu treiben. Notwendig wird eine rasche Steigerung der Energieeffizienz im privaten, kommerziellen sowie industriellen Bereich.

Bei der Energieerzeugung liegt die Zukunft in den erneuerbaren Energien. Für den Übergang in das „solare Zeitalter“ basierend auf Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft, nachhaltiger Biomasse und weiteren fortschrittlichen Energieträgern brauchen wir jedoch Brückentechnologien. Da wir die risikoreiche und letztendlich teure Atomenergie ablehnen, verbleiben hierfür einzig die fossilen Energieträger Kohle, Gas und Erdöl.

Um diesen Wandel zu ermöglichen, muss die Energiewirtschaft grundlegend umgestaltet und in öffentliche Verantwortung überführt werden. Die Erfahrungen mit den liberalisierten Energiemärkten zeigen, dass diese weder zu ökologischem Fortschritt noch zu günstigeren Preisen geführt haben. Um eine dezentrale und damit ökologischere Energieversorgung bei gleichzeitig bezahlbaren Preisen aufzubauen, ist daher eine Verstaatlichung der zentralen Energieumwandlung und der Übertragungsnetze sowie eine Rekommunalisierung der lokalen Energieumwandlung, der Energieverteilung und -belieferung notwendig.

Essentieller Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe ist Mobilität. Diese muss für alle gewährleistet werden. Dabei kommt dem öffentlichen Personennahverkehr eine besondere Rolle zu. Dieser muss als Element der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten, gefördert und ausgebaut werden.

Die Bildungsanstrengungen im ökologischen Bereich müssen entscheidend verbessert werden. Nur wer ausreichend informiert ist, kann am technischen Fortschritt teilnehmen und im eigenen Interesse einen Beitrag zur Energieeffizienz leisten. Alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche müssen natürliche Ressourcen auf effizienteste Art und Weise nutzen.

Ökologische Industriepolitik stellt für uns einen richtigen Ansatz dar. Neben der kontinuierlichen Modernisierung bestehender Wirtschaftszweige müssen zusätzliche fortschrittliche Technologien von staatlicher Seite aktiv gefördert werden. Die Rolle des Staates als Pionier ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

Wir verwahren uns gegen Maschinenstürmerei in dem Glauben, eine Lösung der Umweltproblematik sei nur durch den Verzicht auf erreichten Lebensstandard und technischen Fortschritt möglich. Genauso verwahren wir uns vor einem undifferenzierten quasireligiösen Glauben, dass technischer Fortschritt automatisch die Lösung der Umweltproblematik mit sich bringe. Es kommt erstens darauf an, unkalkulierbare Folgen des technologischen Fortschritts zu benennen und zu begrenzen, und zweitens, den Fortschritt in einem aufklärerischen und im

Sinne der Vernunft zum Wohle der Menschheit zu nutzen. Dies schließt seine umweltpolitischen Auswirkungen mit ein.

Kapitel IX :: Zum Finale

These 63

Kollektiv und Individuum

„Alle unsere Bemühungen um Befreiung waren bedingt vom Versuch, die Vorherrschaft der Autoritäten abzuwerfen und endlich dorthin zu gelangen, wo wir selbst zu urteilen und zu bestimmen hatten. Dabei gerieten wir immer wieder vor die von oben, die uns erklärten, wir wüssten nicht, was das Richtige für uns sei und dass deshalb die Führung für uns handeln müsse...

Dies ist es, was ich sagen wollte. Dass keine Gleichheit vorhanden ist. Dass wir immer, so sehr wir uns auch um Unabhängigkeit bemühen, auf jemanden stoßen, der uns vorschreibt, was wir zu tun haben. Dass wir unaufhörlich reglementiert werden. Dass alles, was uns vorgesetzt wird, noch so richtig sein kann, und dass es doch falsch ist, solange es nicht von uns, von mir selbst kommt.“ (Peter Weiss)

Sozialistische Politik bei den Jusos stellt das Individuum vor Schwierigkeiten, mit denen wir solidarisch und unterstützend umgehen müssen. SozialistIn zu sein heißt heute, in der Gesellschaft eine AußenseiterInnenrolle einzunehmen. Viele politische Kämpfe werden aus der Defensive geführt und/oder verloren. Die Auseinandersetzung mit dieser Schwierigkeit sollte nicht nur individuell erfolgen, sondern gehört auch zu einer solidarischen gemeinsamen politischen Arbeit.

Die Praxis sozialistischer Politik hat einen Moment von Befreiung, weil sie zeigt, dass über Grenzen unserer Gesellschaft hinaus gedacht werden kann. Es zeigt, dass es auch andere Menschen gibt, die ebenfalls die Verhältnisse überwinden wollen, deren Schranken jedes Individuum irgendwann im Laufe seines Lebens zu spüren bekommt.

Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kollektive auch Zwang und Druck ausüben können. Das Spannungsverhältnis von Kollektiv und Individuum ist uns bewusst, kann jedoch zu keiner Seite aufgelöst werden.

Politik braucht die Organisation im Kollektiv und braucht das selbstbestimmte Individuum. Gemeinsam sozialistische Politik zu machen hat auch deshalb ein befreiendes Moment, weil in ihr bereits auch überwunden werden kann, was wir bekämpfen.

Bewertungen von Menschen nach kapitalistischer Leistungslogik, Ausgrenzung aufgrund sexueller Orientierung, Sexismus und andere Diskriminierungsformen haben bei uns keinen Platz.

SozialistInnen in der SPD leben im Widerspruch. In der Partei werden SozialistInnen häufig als Linksaußen wahrgenommen. Innerhalb der gesellschaftlichen Linken sehen wir uns vielerorts dem Vorwurf des Opportunismus ausgesetzt. Ersteres birgt die reale Gefahr der Anpassung an vermeintliche machtpolitische Zwänge. Dabei geht es nicht darum, pauschal Vorwürfe gegen Individuen zu erheben. Vielmehr müssen wir Strukturen schaffen, in denen dieser Gefahr begegnet werden kann. Das bedeutet vor allem, verbindliche und kollektive Zusammenhänge zu schaffen, die dem Anpassungsdruck innerhalb von parteipolitischen Strukturen entgegenwirken können.

Zweiteres, d.h. der Opportunismusvorwurf, birgt die Gefahr des Rückzugs aus der gesellschaftlichen Linken. Hier hilft nur die Einsicht in die Notwendigkeit des Austausches und der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Bündnispartnern.

Die Auflösung des Widerspruchs lag in der Vergangenheit für einige im Austritt. Das ist ein Trugschluss. Politisch Handeln in der derzeitigen Gesellschaft kann nicht widerspruchsfrei erfolgen, weil wir uns auf Regeln, Mechanismen und Bedingungen einlassen müssen, die nicht die unseren sind. Dies wäre auch in anderen Parteien, Verbänden, Initiativen und Gruppen der Fall. Ohne ein Eingehen auf die Widersprüchlichkeit sozialistischer Politik im Kapitalismus wäre jedoch politisches Handeln in der Gegenwart nicht möglich. Deshalb gilt es, in den Widersprüchlichkeiten tagtäglich darum zu kämpfen, die grundsätzliche Orientierung auf eine andere Gesellschaft zu erhalten und dennoch im Hier und Jetzt für Veränderungen zu kämpfen.

Wir wollen im Hier und Jetzt zeigen, dass Solidarität möglich ist und in der Überwindung des Kapitalismus Freiheit, Gleichheit und Solidarität verwirklichen. Wir wissen, dass im kapitalistischen System ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle Menschen nicht möglich ist. Konkurrenz von Menschen und Staaten, soziale Selektion, eine zunehmende soziale Polarisierung, das Patriarchat, Diskriminierung, Faschismus: viele gesellschaftliche Realitäten sind so widerwärtig, dass sie nicht zu ertragen sind.

Uns ermutigt aber unser Ziel, unser Wissen um unsere politische Strategie stimmt uns zuversichtlich. Politik ist nie alternativlos. Viele Alternativen kennen wir, andere wollen wir noch entwickeln.

Gemeinsam wollen wir unsere Vision verwirklichen: den demokratischen Sozialismus.



Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik

U 1 – Bundesvorstand

Nachhaltig in die Zukunft

Wir Jusos betrachten Klimawandel und Umweltschutz nicht als von anderen Politikfeldern getrennte Themen. Neben dem Schutz unserer Erde, unseres Lebensraumes und der knapper werdenden Ressourcen geht es für uns auch ganz explizit um die Einbettung von klima-, energie- und umweltpolitischen Maßnahmen in eine nachhaltige, zukunftsorientierte Industriepolitik. Ohne diese Herangehensweise sind notwendige, tiefgreifende Veränderungen der Energiewirtschaft und der Industrielandschaft nicht vermittelbar. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Aspekt der ökologischen Gerechtigkeit zu. Von der kommunalen über die staatliche bis hin zur globalen Ebene bedeutet dies, dass bei allen klima-, energie- und umweltpolitischen Forderungen die soziale Gerechtigkeit nicht vergessen werden darf.

Wir wollen beweisen, dass Klima- und Umweltpolitik nicht im Gegensatz zu Wirtschafts- und Industriepolitik steht. Dem Vorurteil, dass eine ökologische Politik beschäftigungsfeindlich ist, setzen wir den Ansatz „Klimawandel, Energiewirtschaft und ökologische Industriepolitik“ entgegen. Wir sind keine Umweltbewegung, und wir sind keine Industrielobbyisten. Wir sind die politische Jugendorganisation, die sich mit einem integrierten Konzept für einen zukunftssicheren Umbau der Energiewirtschaft und eine nachhaltige ökologische Industriepolitik einsetzt. Nur so können wir soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Erfolg und den Schutz unser natürlichen Lebensgrundlagen erreichen.

„Agenda 21- der Kampf geht weiter“

1992 unterzeichneten 172 Staaten bereits ein Abkommen zur Entwicklungs- und Umweltpolitik, welches als Agenda 21 in die Geschichte einging. Dabei ist den auch geblieben, eine internationale Absichtserklärung von Vorbildcharakter (neben ökologischen Standards sind auch herausgehende soziale Standards definiert) die von keinem der unterzeichneten Staaten

wirklich umgesetzt wurde.

In diesem Zusammenhang seien lobenderweise die local-action, agenda 21-Gruppen erwähnt, die sich zum Ziel gesetzt haben die Ziele der Agenda21 wirkungsvoll im privaten und kommunalen Umfeld (umfassendes Fair-Trade-Versorgung, Vermeidung von Flächenversiegelung etc.) zu erfüllen.

Natürlich haben auch wir große Kritik an den Teilen der Agenda 21 (Befürworter der Gentechnik und der Atomenergie), aber es gilt mehr als dringend die positiven Aspekte der Agenda21 endlich umzusetzen. Hierbei müssen wir der gesamten Bundesrepublik, sowie auch den linken Parteien ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen.

Der globale Klimawandel

Der Klimawandel ist in den vergangenen Jahren auf allen Ebenen der Politik auf die Agenda gekommen. Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zum globalen Klimawandel, die eine deutliche Zunahme extremer Wetterereignisse, die Zerstörung von Ökosystemen, ein Anstieg des Meeresspiegels, Dürren durch die Verknappung von Süßwasser und Hungersnöte sowie riesige Flüchtlingsströme prognostizieren, sind im IPCC-Bericht der Vereinten Nationen deutlich geworden. Dies macht Maßnahmen, die einen Anstieg der Temperatur um maximal 2°C begrenzen, notwendig.

Unter den ersten Auswirkungen mussten schon viele Menschen leiden, und viele werden folgen. Selbst mit größten Anstrengungen ist eine Umkehr dieser Entwicklung unwahrscheinlich. Aber einem weiteren Anstieg kann noch entgegengewirkt werden. Die zunehmenden Naturkatastrophen und die Verödung vormals fruchtbarer Flächen treffen vor allem die Regionen, die am wenigsten zur Verursachung des Klimawandels beigetragen haben. Der Prozess beschleunigt sich durch die industrielle Aufholjagd immer weiterer Volkswirtschaften. Der Klimawandel ist aber nicht die einzige Folge 150-jähriger industrieller Ausbeutung der Natur. Neben Umweltverschmutzung und Artensterben werden für immer mehr Menschen der schrumpfende Fischbestand und eine Verknappung des Frischwassers zum existenziellen Problem. Auch die Pro-Kopf Emissionen verschiedener Länder zeigen deutlich, dass die Industriestaaten verpflichtet sind, sehr weitgehende Klimaschutzanstrengungen zu unternehmen, bevor sie Ähnliches von den Entwicklungsländern fordern können. Der Klimaschutz ist also eine globale Aufgabe, dessen Motor Europa sein sollte. In den westlichen Industriestaaten sind diese Auswirkungen noch kaum zu spüren. Hier sind die Menschen vor allem durch steigende Energie-, Nahrungs- und Rohstoffpreise betroffen.

Das Klima schützen zu wollen, ist dabei mittlerweile zum Standardschlagwort im Programm aller deutschen Parteien geworden. Oft wird dahinter aber nur altbekannte Interessenpolitik

versteckt. Nirgends wird dies so deutlich wie beim Atomenergiefetischismus der Union. Symbolpolitik hilft jedoch nicht weiter. Wir brauchen ein wirkliches Umdenken in der Ausgestaltung unserer Gesellschaft. Wir brauchen den Wandel zu einer nachhaltigen Industriepolitik und zum sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Nachhaltigkeit heißt für uns Jusos, Wohlstandsmehrung ökologisch verträglich und sozial gerecht zu gestalten.

Ein grundsätzlicher Wandel wird nur bei Erhalt und Ausbau des Wohlstandes gelingen. Nachhaltige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie nicht gegen die Interessen der Menschen wirkt. Alle Menschen haben das Recht auf Zugang zu Energie und Ressourcen, es darf nicht darum gehen, Menschen auszuschließen, sondern Möglichkeiten und Anreize für einen nachhaltigeren Umgang mit Ressourcen zu schaffen. Alle Menschen haben aber auch die Aufgabe, ihren persönlichen Lebensstil in Bezug auf Mobilität, Bauen und Wohnen, Konsum und VerbraucherInnenverhalten im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz zu überprüfen. Alle Klimaschutzmaßnahmen würden wenig Effekt erzielen, wenn nicht die gesamte Gesellschaft einen aktiven Beitrag leistet. Dem Staat kommt in diesem Zusammenhang die Verpflichtung zu, den Menschen in diesem Land entsprechende Alternativen aufzuzeigen und diese aktiv zu fördern. Das Ziel ist eine klima- und umweltschonende Gesellschaft, in der der bisherige Lebensstandard für alle Menschen erhalten und ausgebaut werden kann.

Dem Klimawandel kann wirklich konsequent jedoch nur begegnet werden, wenn eine Umstellung der Lebens- und Produktionsweise Hand in Hand mit konsequentem technologischem Fortschritt geht. Wir wollen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und ökologische Weiterentwicklung der Industrie. Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze. Wir brauchen einen nachhaltigen Energiewandel mit realistischem Übergang, in dem gewährleistet ist, dass die nötige Energie für Private und Unternehmen konstant zur Verfügung steht. Aktive Klima- und Umweltpolitik bringt neue Arbeitsplätze.

Die Herausforderungen des Klimawandels können nur global gelöst werden. Deutschland und Europa müssen dabei die Vorreiterrolle einnehmen und immer neue Initiativen starten, nachhaltiges Wirtschaften voranzutreiben und andere Regionen daran teilhaben zu lassen.

Klimawandel global bekämpfen

Wenn der Klimawandel wirksam bekämpft werden soll, geht dies nur international. Auf dem Weg zu internationalen Vereinbarungen gilt es, möglichst viele Staaten und vor allem die Hauptverursacher der Veränderungsprozesse einzubinden und klimawirksame Ergebnisse zu

vereinbaren. Die Einhaltung dieser Vereinbarungen sind aber nie die Grenze des Machbaren, sie sind lediglich Mindestverpflichtungen, die es nicht nur zu erreichen, sondern größtmöglich zu übertreffen gilt.

Auf dem UN-Gipfel in Rio de Janeiro 1992 wurde mit der Klimarahmenkonvention der erste wichtige Schritt hin zu internationalen Vereinbarungen zum Klimaschutz vollzogen. Das Kyoto-Protokoll sollte 1997 die Industriestaaten zur Reduktion ihres CO₂- und Methanausstoßes verpflichten. Dies trat jedoch erst 2005 in Kraft, als ausreichend Staaten dieses ratifiziert hatten. Bisher gibt es noch keine Nachfolgeregelung für die nach 2012 auslaufenden Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls. Eine verbindliche völkerrechtliche Vereinbarung für die Intensivierung nach 2012 ist bei der Bekämpfung des Klimawandels unerlässlich. Dabei kann ein bloßes Ausweiten des Emissionshandels nicht genügen. Vielmehr gilt es weitere Reduktionsverpflichtungen zu erzielen. Die Jusos fordern die Bundesregierung auf, sich bei der nächsten Klimakonferenz im Dezember diesen Jahres in Posen, sowie 2009 in Kopenhagen, für das Zustandekommen eines Post-Kyoto-Protokolls mit verbindlichen, verschärften Treibhausgasreduktionszielen und einen Sanktionskatalog einzusetzen!

Neben der nachhaltigen Umgestaltung der westlichen Industriestaaten ist die größte Herausforderung, die Bedürfnisse aufstrebender Wirtschaftsregionen mit dem Klimaschutz zu verbinden. Wenn diese Regionen durch Klimaschutzvereinbarungen ihr Wachstumspotential gefährdet sehen, werden sie sich erst gar nicht am Klimaschutz beteiligen.

Die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Klimawandels müssen daher in den Industriestaaten geschaffen werden. Sie müssen Vorreiter bei der Verminderung von Emissionen sein. Dies heißt, Vereinbarungen auch im kleineren Rahmen zu schließen, die über die bestehenden Verpflichtungen hinausgehen; dabei ist insbesondere die Europäische Union gefordert. Dies wird nur durch Innovationen und neue technische Möglichkeiten der Energiegewinnung und Produktion gelingen. Diese neuen Technologien müssen auch allen anderen Staaten zur Verfügung stehen. Es nützt nichts, wenn die hier durch Windräder ersetzten alten Kraftwerke anderswo wieder aufgebaut werden. Der Technologietransfer muss gefördert werden.

Von den durch den Klimawandel verursachten Katastrophen sind insbesondere jene Regionen betroffen, die kaum zum Klimawandel beigetragen haben und oft nicht die Mittel haben, die Folgen abzumildern. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines internationalen Klimakatastrophenfonds', der unter dem Dach der UN organisiert werden soll. Die Mittel des Fonds' haben die Verursacher aufzubringen. Dies bedeutet eine Aufteilung der nötigen Mittel

proportional zu den Emissionen der Vergangenheit.

Deutschland und Europa als Vorbilder

Klimawandel kann man nicht durch Appelle bekämpfen. Eine Lösung ist es weder, auf diejenigen zu hoffen, die sich Klimafreundlichkeit leisten können, noch an diejenigen vom technologischen Fortschritt, Kulturgütern oder Mobilität auszuschließen, die es sich nicht leisten können.

Wir unterstützen daher die Absichten der Bundesregierung und der EU den CO₂-Ausstoss drastisch zu reduzieren. Dies ist notwendig, um die Erwärmungsobergrenze von 2° Celsius nicht zu überschreiten. Eine europaweite CO₂-Reduktion um 30% bis 2020 und eine weitere Reduktion um 60 – 80% bis 2050 ist alternativlos und sollte von Deutschland auf allen politischen und wirtschaftlichen Ebenen unterstützt werden. Wir fordern darüber hinaus, dass diese Ziele, soweit technisch möglich, noch weiter verschärft werden. Deutschlandweit sollen alle Kommunen und Wirtschaftsbetriebe im Rahmen ihrer Möglichkeiten hierzu einen substanziellen Beitrag leisten. Die öffentliche Hand sollte hierbei, bspw. bei der Modernisierung der Liegenschaften und Fuhrparks, eine Vorbildrolle übernehmen.

Die Teilhabe aller Menschen an Mobilität und insgesamt dem erreichten Lebensstandard muss gewährleistet bleiben, schon bestehender Ausschluss – gerade von Menschen in den Ländern des Südens – muss überwunden werden. Dort, wo Preiserhöhungen aus Umweltvorschriften nicht zu vermeiden sind – zum Beispiel im Zuge des CO₂-Emissionshandels oder auch durch Effizienzvorgaben für bestimmte Produkte – ist ein entsprechender sozialer Ausgleich vorzusehen. Dies ist grundsätzlich besser möglich, wenn das Ordnungsrecht und nicht Marktmechanismen oder Lenkungssteuern zur ökologischen Fortentwicklung genutzt werden

Eine sinnvolle Möglichkeit zur Sicherstellung von Zugang zu Elektrizität und Wärme für alle Bürgerinnen und Bürger ist die Einführung eines Energieeffizienztarifs. Dieser beinhaltet die Sicherung der Grundversorgung in Höhe von 500 kwh pro Kopf und Jahr zu einem sozial verträglichen Fixpreis. Der darüber hinaus gehende Energieverbrauch würde dann im Rahmen eines solchen Tarifs progressiv ansteigen. Im Ergebnis wäre die Grundversorgung für alle gesichert, und gleichzeitig wäre ein starker Anreiz für Energieeffizienz gegeben. Zur Anbietung eines solchen Tarifs müssen sowohl die privaten als auch die kommunalen Energieversorger gesetzlich verpflichtet werden.

Wir wollen den technologischen Fortschritt zum Wohle der Menschheit nutzen. Wir müssen Konzepte dafür entwickeln, wie Technologie nicht nur kurzfristigen Profiten nutzt, sondern

vernünftig, energieschonend sowie den Lebensstandard erhaltend und ausbauend zum Einsatz kommen kann. Dabei reicht es aber nicht, darauf zu warten, bis die Industrie von sich aus sinnvolle Fortschritte erreicht. Außerdem ist technologischer Fortschritt nicht per se positiv, alle Erneuerungen gilt es auch auf ihre Gefahren hin zu überprüfen und zu bewerten.

Nachhaltige Industriepolitik und Effizienzsteigerung

Auf Wachstum und Wohlstand können und wollen wir nicht verzichten. Deshalb muss das Ziel verfolgt werden, Wachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch so weit wie möglich zu entkoppeln. Ein Rückbau der Industriegesellschaft ist dabei jedoch der falsche Weg. Ökologische Industriepolitik stellt für uns einen richtigen Ansatz dar. Neben der kontinuierlichen Modernisierung bestehender Wirtschaftszweige müssen zusätzliche fortschrittliche Technologien von staatlicher Seite aktiv gefördert werden. Die Rolle des Staates als Pionier ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung des Klimawandels ist es, die Energieeffizienz in allen Bereichen immer weiter zu erhöhen. Neben mehr Forschungsförderung müssen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten in diesen Bereichen ausgebaut werden. Innovationen sind der Schlüssel zu mehr Energieeffizienz, dafür werden staatliche Investitionen in Forschung nicht ausreichen. Ein wirkliches Umsteuern zu einem nachhaltigen Wirtschaften wird es nur geben, wenn die Unternehmen in die Pflicht genommen werden, bei ihren Produkten auf niedrigeren Verbrauch und nachwachsende Rohstoffe zu setzen. Ein gutes Instrument ist hierfür ein umfassendes Top-Runner-Programm nach japanischem Vorbild. Das Programm sieht einen maximalen Energieverbrauch von Produkten bis zu einem bestimmten Zieljahr vor. Als Grundlage stützt man sich auf die zu dieser Zeit mit marktgängiger Technologie erreichbaren Energieverbräuche von Elektrogeräten.

Wir wollen den Emissionshandel ausbauen. Gemäß den technischen Möglichkeiten sollen die Zertifikate weiter verknappt und damit weitere Emissionseinsparungen ermöglicht werden. Damit werden Investitionen und Innovationen in die Vermeidung von Emissionen durch wirtschaftliche Anreize belohnt.

Die bisherige Ausgestaltung des Emissionshandels hat zu erheblichen Zusatzgewinnen insbesondere bei den Unternehmen der Energiewirtschaft und gleichzeitig zu erheblichen Preissteigerungen geführt. Wir wollen daher von der bisherigen kostenlosen Vergabe der Emissionsrechte zu einer Vollversteigerung übergehen. Dadurch werden die Zusatzgewinne abgeschöpft, ohne dass es zu weiteren Preissteigerungen kommt. Die erzielten Einnahmen aus der Vollversteigerung sollen dazu genutzt werden, die sozialen Folgewirkungen der durch den

Emissionshandel bedingten Preissteigerungen abzufedern. Besonderes Augenmerk ist dabei auf ALG-II-BezieherInnen, GeringverdienerInnen, BezieherInnen von niedrigen Renten oder anderer Sozialleistungen zu legen. Diese Gruppen können häufig die Anschaffung von modernen, energie- und damit kostensparenden Geräten nicht finanzieren und sind so von steigenden Energiepreisen besonders betroffen.

Die Gesamtmenge der jährlich zur Verfügung stehenden Treibhausgasemissionen darf nicht ansteigen, sondern muss kontinuierlich sinken. Dieses System ist verbindlich und muss bei Missachtung zu Sanktionen führen. Das Grundprinzip ist dabei, dass jedes Unternehmen verpflichtet ist, für die gesamten Emissionen seiner Anlage Emissionszertifikate zu besitzen. Diese werden staatlich zugeteilt. Der Faktor wird in den kommenden Jahren weiter verringert. Das heißt, Unternehmen erhalten für ihre Emissionsmengen nicht mehr die entsprechende Anzahl an Zertifikaten kostenlos zugeteilt, sondern eine geringere Anzahl. Die Unternehmen stehen dann vor der Wahl, entweder zusätzliche Zertifikate zu kaufen oder in neue Technologie zu investieren, um Emissionen einzusparen und keine zusätzlichen Zertifikate kaufen zu müssen. Emissionen weniger, so dass es überschüssige Zertifikate besitzt, dürfen diese gehandelt werden. Dadurch wird ein hoher Investitionsanreiz gesetzt. Der Emissionshandel befördert gleichzeitig die Entwicklung neuer Technologien. In der zukünftigen Wirtschaftswelt, in der CO₂-Emittenten höhere Produktionskosten für die CO₂-intensive Wertschöpfung in Kauf nehmen müssen, werden nur die Unternehmen bestehen können die auf energieeffiziente Produktionswege setzen um ihre Waren zu erzeugen. Diese Güter werden Absatzmärkte finden, wenn sie einen möglichst geringen CO₂-Fußabdruck (engl. Carbon Footprint) aufweisen und somit günstiger werden.

Hierbei muss Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen und die bereits erreichten Erfolge im Aufbau einer EE-Industrie verstetigen. Schon heute arbeiten landesweit mehr als 250.000 Menschen direkt oder indirekt in der Branche der Erneuerbaren Energien. Bis 2020 kann diese Zahl aufgrund der nationalen und im Besonderen der internationalen Nachfrage nach innovativen deutschen EE-Produkten auf bis zu 500.000 Beschäftigte steigen. Das weltweite Umsatzpotenzial für EE-Produkte im Jahr 2020 liegt nach Schätzung des DIW bei knapp 300 Mrd. Euro. Durch seine schon jetzt gute Positionierung in dieser Branche wird die deutsche EE-Industrie von dieser Entwicklung entscheidend profitieren. Neben der Maschinenbau-, Stahl-, Automobil- und Chemiebranche etabliert sich die EE-Wirtschaft als neue Säule der deutschen Industriepolitik. Diese Entwicklung begrüßen wir und fordern eine größtmögliche Förderung dieser zukunftsfähigen Branche.

Weitere Bereiche in denen Deutschland bereits heute an vorderster Stelle im Bereich der effizienten ökologischen Industrie forscht und produziert sind:

- Energieeffizienztechnologien
- Recycling- und Abfalltechnologien
- Mobilität- und Verkehrstechnologien
- Wasser- und Abwassertechnologien
- Umwelttechnisches Engineering/Grüne Anlagentechnik
- Life Science/weiße Biotechnologie
- Nanotechnologie
- Ökodesign, Bioplastik und Bioraffinerie

Viel Energie kann auch in Privathaushalten eingespart oder durch regenerative Energiequellen selbst erzeugt werden. Hier werden enorme Potenziale noch nicht genutzt. Durch Sanierungen lassen sich über 50 Prozent davon einsparen. Aufklärungskampagnen zur Energie- und Wasserverbrauchsoptimierung sind ein sinnvoller Schritt, um ein ökologisches Bewusstsein in der Bevölkerung zu wecken. Um dieses zu beschleunigen, müssen die Förderprogramme zum Aufbau von Photovoltaikanlagen und zur energetischen Gebäudesanierung fortgeführt und ausgebaut werden. Dies sind vor allem Maßnahmen, bei denen Bund, Länder und Kommunen als Vorbilder vorangehen müssen. Um dieses allen Kommunen zu ermöglichen, ist ein gesondertes Förderprogramm notwendig. Ergänzend sollten gesetzliche bzw. satzungstechnische Regelungen nach dem Marburger Modell (oder ggf. in einer abgewandelten Version, wenn dieses juristisch in der konkreten Form nicht möglich ist) in Angriff genommen werden. In der Marburger Satzung ist vorgesehen, dass ab dem 1. Oktober 2008 alle Neubauten mit Sonnenkollektoren ausgestattet werden müssen. Bei bereits bestehenden Gebäuden ergibt sich diese Pflicht bei einem Anbau bzw. spätestens mit Austausch der Heizungsanlage bzw. einem neu gedeckten Dach. Diese zwingende Regelung, die das Werben für ein umweltfreundliches Verbraucherverhalten fankieren soll, ist das richtige Mittel ein Umdenken zu beschleunigen.

Oft sind die energiesparsamsten Produkte teurer als andere Modelle. Auch wenn diese im Laufe ihres Gebrauchs Energiekosten einsparen, bleibt der Anschaffungspreis für viele Verbraucher die entscheidende Größe.

Ökologische Forschungs- und Industriepolitik muss eine neue gesamtgesellschaftliche Anstrengung werden. Dazu ist eine intensive Bildung und Ausbildung weiter Bevölkerungsteile in diesem Bereich von Nöten. An Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten müssen das Wissen und die Erforschung dieser Wissens- und Produktionsfelder entscheidend verbessert werden. Dort muss auch das Klimabewusstsein und das Bekenntnis zu Energieeffizienz gelehrt werden.

Nachhaltige Energieerzeugung

Energie ist die Grundvoraussetzung moderner Gesellschaften. Wir stehen bei der Stromgewinnung für einen umfassenden Wandel zu regenerativen Energien. Wenn die genannten Ziele bei der Bekämpfung des Klimawandels erreicht werden sollen, bedarf es großer Anstrengungen. Der großflächige Umbau der Energiewirtschaft hat bereits begonnen: 2007 wurden 14,2% des deutschen Stroms aus Wind, Wasser und Sonne gewonnen. Die Bundesregierung hat die Vorgabe gegeben den Anteil bis 2020 auf 30 Prozent aufzustocken, dies kann nur ein Minimalziel sein. Wir wollen einen schnelleren Wechsel zu erneuerbarer Energie. Wir wollen noch in diesem Jahrhundert die fossilen Energieträger vollständig ersetzen.

Die Vorteile von erneuerbaren Energieformen liegen für uns Juros dabei klar auf der Hand:

Viele Potenziale, die die erneuerbaren Energien bieten, sind noch kaum genutzt und erforscht. Insbesondere die Wirkungsgrade und Speichertechnik gilt es weiter zu verbessern. Vor allem die Gewinnung in Großanlagen steckt noch in den Kinderschuhen. Die Erneuerbaren Energien ermöglichen eine weitgehend dezentrale, lokale Energieproduktion. Viele kleine bis mittelgroße Energieerzeuger können ein dichtes nationales wie internationales Netz bilden. Dieses ist effizient, kostengünstig, bedarfsgerecht und sicher. Ergänzend sollten an ausgewählten Standorten in Europa, entsprechend den geographischen Gegebenheiten, EE-Großanlagen gebaut werden (Gezeitenkraftwerke und Off-Shore Windenergie in Atlantik, Nord- und Ostsee, sowie große Solarenergieanlagen in Südeuropa und Nordafrika) und mit einem europäischen Energienetz „Super-Grid“ verbunden werden. Diese EE-Großanlagen, die virtuell zusammen geschalteten, dezentralen EE-Anlagen und neue Speichertechnologien sind in der Lage eine saubere, sichere Energieversorgung zu jeder Zeit zu gewährleisten. Hierfür sind außerdem weitreichende Investitionen in die Energienetze zur Verbindung der Energieproduktionsstätten mit den industriellen Zentren notwendig.

Wir brauchen einen Mix aus allen Möglichkeiten der erneuerbaren Energie. Sonne, Wind, Wasser und Erdwärme sind unerschöpfliche Ressourcen. Im Gegensatz zu Kohle, Erdöl und Uran ist Wind kein endlicher Rohstoff und, da er von der Erde selbst „produziert“ wird, vollkommen umweltfreundlich. Ein großer Vorteil der Windenergie liegt darin, dass sie überall eingesetzt werden kann. Sachsen-Anhalt beispielsweise kann mittlerweile 39% des Strombedarfes mit Windkraft decken und das als Bundesland, das nicht an der Küste liegt.

Moderne Windkraftanlagen sind leistungsstark, leise und effizient. Im Energiemix der Zukunft spielen sie eine wichtige Rolle. Dabei gilt es regionale Potentiale sinnvoll zu nutzen, nicht überall wo Platz ist, ist auch ein Windrad sinnvoll. In vielen Regionen ist das Re-Powering das

Mittel der Wahl, um die Leistungsfähigkeit bestehender Anlagen zu vergrößern.

Auch auf Biomasse kann nicht verzichtet werden. Sie bietet gerade auf regionaler Ebene große Möglichkeiten, mit Biogasanlagen, gekoppelt mit Fernwärmenetzen, Energieautonomie zumindest teilweise herzustellen. Im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energieformen steht die Biomasse aber nicht unbegrenzt zur Verfügung. Ihre Nutzung zur Energiegewinnung begegnet zudem häufig ethischen Bedenken, wenn durch die massenhafte Vergasung oder Verheizung Nahrungsmittel verteuert werden oder in Entwicklungsländern Regenwälder zum Anbau von Hochenergiepflanzen abgeholzt werden. Biomasse der zweiten Generation, die in Bioreaktoren aus Haushaltsabfällen, Holzresten und Stroh erzeugt werden kann, stellt jedoch eine sinnvolle Ergänzung der Primärenergiezeugung dar. Um in diesem Bereich eine transparente Herkunft der Biomasse zu garantieren, fordern wir einen Zertifizierungsprozess mit Gütesiegel. Bis ein solcher Prozess in Kraft getreten ist, muss ein Importmoratorium für Biomasse aus Entwicklungsländern mit Tropenwäldern verhängt werden.

Die Sonne stellt eine nach menschlichen Maßstäben unerschöpfliche Energiequelle dar. Solarenergie ist praktisch überall verfügbar, moderne Solarzellen erreichen auch bei bedecktem Himmel noch eine gute Leistung. Photovoltaikanlagen eignen sich besonders zur dezentralen Energieversorgung. Im Bereich der Solarenergie ist allerdings vor allem die Solarthermie in den letzten Jahren immer interessanter geworden. Parabolrinnenkraftwerke bieten hohe Leistungen und können durch Wärmespeicherung rund um die Uhr Strom erzeugen. Besonders im europäischen Verbund kann Solarthermie ein wichtiger Bestandteil des Energiemix werden. Das Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrt (DLR) geht davon aus, dass in den Ländern des Mittelmeerraumes bis 2050 fossile Energien weitgehend durch erneuerbare Energien abgelöst sein werden, wobei die Solarthermie dort mehr als doppelt so viel Strom produzieren wird wie die anderen regenerativen Energieträger zusammen.

Neben dem klimarelevanten Effekt durch erneuerbare Energieformen bietet dieser Wechsel noch weitere Chancen. Ein Großteil dieser Energie wird dezentral gewonnen die sowohl Privaten als auch Kommunen die Möglichkeit bietet, sich von den Energiekonzernen unabhängig zu machen. Bei der Entwicklung der Sonnen- und Windenergiebranche wird nach wie vor durch hohe Wachstumsraten deutlich, welches große Arbeitsmarktpotential jetzt und zukünftig in ihnen steckt.

Der Wechsel zu regenerativen Energieträgern ist ein Prozess, der gestaltet werden muss. Für den Übergang ins solare Zeitalter sind fossile Energieträger deshalb unentbehrlich, um die Grundlastversorgung zu sichern. Um die Umweltbelastungen durch die Anlagen zu reduzieren müssen alle bestehenden und besonders die neuen Produktionsstätten konsequent auf

Effizienz und die Verringerung des CO₂-Ausstoßes hin modernisiert bzw. geplant werden. Niedrig-Emissions-Kraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung/Fernwärme, optimierte Anlagentechnik und Blockheizkraftwerke sind Technologiebeispiele für eine effektivere Nutzung der fossilen Energieträger. Dezentrale Blockheizkraftwerke stehen direkt bei den Verbrauchern und ermöglichen einen wesentlich höheren Wirkungsgrad der Energienutzung als dies von Großkraftwerken erreicht wird. Die bei der Stromproduktion entstehende Wärmeenergie kann sofort in den angeschlossenen Wohneinheiten genutzt werden. Bei dezentralen BHKW ist ein größerer Energiemix möglich, als dies durch ein Großkraftwerk geschehen könnte.

Ein sofortiger Ausstieg aus der Stein- und der Braunkohle ist mit großen Risiken verbunden. Überließen wir speziell die Schächte der Steinkohle sich selbst, würden sie innerhalb kürzester Zeit verfallen, eine Wiederverfügbarmachung wäre derart kostenintensiv, dass eine Absage an die heimische Steinkohle endgültig wäre. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass im Jahr 2012 die sogenannte Optionsklausel bei der Förderung des Steinkohlebergbaus gezogen und der Förderzeitraum nicht verkürzt wird. Der Wechsel zu regenerativen Energieträgern ist ein Prozess, der Zeit braucht. Für den Übergang sind fossile Energieträger unentbehrlich, um die Energieversorgung zu sichern. Solange fossile Energieträger genutzt werden, müssen die Anlagen auch modernisiert und erneuert werden. Wo alte Anlagen ersetzt werden und Emissionen eingespart werden können, bleibt auch der Neubau moderner Kraftwerke in Verbindung mit Fernwärmenetzen sinnvoll. Dadurch können auch die Verbraucherpreise niedriger gehalten werden. Die Verbesserung der Wirkungsgrade und Kraft-Wärme-Kopplung bieten noch erhebliches Einsparpotenzial. Die Forschung in diesem Bereich lohnt sich, gerade auch um moderne Anlagen exportieren zu können.

Die vermeintlich viel versprechenden Lösungen zur CO₂-Sequestrierung sehen wir kritisch, da diese Technologie wenig erforscht und ihre Umsetzung daher in naher Zukunft unrealistisch ist. Durch ausgedehnte CO₂-Lagerstätten entstünde eine neue, potentiell verheerende Endlagersituation. Außerdem widerspricht sie dem Gedanken der Umgestaltung der Industriegesellschaft. Die Sequestrierung droht zum Vorwand zu werden, um in der Energiewirtschaft so weiterzumachen wie bisher. Denn: Durch die Sequestrierung - gelinge sie tatsächlich - wäre das langfristige Festhalten an fossilen Energieträgern die Folge. Auf Grund deren Endlichkeit und den daraus resultierenden Folgen lehnen wir dies ab.

Die Atomenergie ist für uns keine Alternative. Mit uns gibt es keinen Ausstieg aus dem Ausstieg. In der gegenwärtigen Debatte um Energiepreise erleben wir wiederum die volle Breitseite der Mythen der Atomlobby, Atomenergie sei billiger, sicher und unerschöpflich. Wir wissen, dass dies nicht stimmt. Die Atomindustrie ist massiv gefördert. Schon heute werden Atomkraftwerke immer wieder, teilweise auch monatelang vom Netz genommen. Auch in

deutschen Kraftwerken kommt es ständig zu Störfällen, bei denen größere Katastrophen mehr durch Zufall als durch Vorsichtsmaßnahmen verhindert worden. Nach wie vor gibt es weltweit keine dauerhafte Lösung für den Atommüll. Und natürlich ist Uran nicht unerschöpflich. Wir wollen den deutschen Ausstieg als Vorbild zu etablieren und andere davon zu überzeugen, die Atomreaktoren abzuschalten.

Rolle der Energieversorger

Aktuell spüren die Menschen vor allem die steigenden Energiepreise. Eine Grundversorgung mit Strom und Wärme muss für jeden bezahlbar bleiben. Deshalb fordern wir neben der Preisregulierung die spekulationsbedingte Verteuerung durch Kontrolle und Regulierung der Strombörse zu beschränken.

Um zu hohen Energiepreisen entgegenzuwirken, muss das Monopol der vier großen Energiekonzerne gebrochen werden. Hierfür sind zwei Schritte notwendig. Zum einen muss die kommunale Autonomie gestärkt werden. Dafür muss es wieder mehr Möglichkeiten zur Re-Kommunalisierung und wirtschaftlicher Eigentätigkeit geben. Eine besondere Rolle muss hierbei den demokratisch kontrollierten Stadtwerken zukommen. Sie sind der Motor der dezentralen Energieversorgung und sollten gesetzlich entscheidend gestärkt werden. Versuche, die Gestaltungsfreiheit der Stadtwerke zu begrenzen, wie dies etwa in NRW mit der Änderung des § 107 der Gemeindeordnung geschehen ist, lehnen wir ab.

Stadtwerke produzieren Energie nah bei den Menschen, können sich den lokalen Gegebenheiten am besten anpassen und garantieren Preisstabilität und demokratische Kontrolle. Energieversorgung, wie auch die Abfallwirtschaft und der ÖPNV, gehören für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sollten jetzt wie zukünftig von den Kommunen bzw. den kommunalen Verbänden organisiert werden. Eine besondere Rolle kommt dabei dem ÖPNV zu, der eine umweltschonende Mobilität für alle garantiert. Dieses System sollte ausgebaut, gefördert und nicht privatisiert werden. Jede Privatisierung engt hier den Handlungsspielraum unnötig ein. Es gibt bereits erste Beispiele, wo kleinere Siedlungsgebiete aus eigener Kraft durch gezielte Investitionen in alternative Energien vom „Strom von außen“ unabhängig geworden sind. Perspektivisch könnten ein Teil der teuren Überlandleitungen mit hohen Kapazitäten überflüssig gemacht werden; die Störanfälligkeit der Energieversorgung würde gesenkt.

Als halb-öffentliche Alternative bietet sich eine Kooperation städtischer Betreiber mit Umweltverbänden an, wie das z.B. bei der Naturstrom AG, einer Ausgründung von Umweltverbänden in Kooperation mit den Stadtwerken Hannover, bereits geschehen ist.

Daneben beinhaltet unser energiepolitisches Leitbild die Selbstorganisation der Energieversorgung. Verbraucher schließen sich vermehrt zu Erzeugergemeinschaften zusammen, die als Verein oder auch als Genossenschaft organisiert sind. Hierbei wird der durch den Verkauf erzielte Gewinn teilweise sofort wieder in die Erzeugung grünen Stroms aus Biomasse, Wasser- und Windkraft, sowie Solarenergie investiert. Auch können zum Beispiel Photovoltaikanlagen von privaten Betreibergemeinschaften auf den Dächern städtischer Gebäude installiert werden. Auf diese Art und Weise werden öffentliche und private Bemühungen wirksam gekoppelt.

Wo es keine regionale Versorgung gibt, kann die Einrichtung und Förderung von Verbrauchsgemeinschaften eine Alternative bieten. Zum anderen müssen die Energienetze in staatliche Hand überführt werden.

Die oligopole Dominanz der vier großen Energiekonzerne E-On, RWE, Vattenfall und EnBW schadet sowohl der Energiesicherheit und dem Energiepreisniveau, als auch dem Klimaschutz. Notwendige Modernisierungsmaßnahmen im Stromnetz sind seit Jahren überfällig.

Die Trennung von Netz und Erzeugung bzw. Vertrieb ist zudem eine wesentliche Voraussetzung für einen verbesserten Netzzugang von neuen Anbietern und damit für mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt. Die bisher praktizierte Methode des „Unbundling“ bei Verzicht auf eigentumsrechtliche Trennung der beiden Sparten hat nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Zudem argumentieren die Netzbetreiber, die erzielbare Rendite im Netzgeschäft werde durch die Regulierungsbehörden zu niedrig angesetzt, so dass für entsprechende Investitionen kein externes Kapital zu beschaffen sei. Insofern kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die Energieversorger ausreichend Mittel für die Netzsicherheit und deren Ausbau investieren. Langfristige und strategische Anleger auf privater Seite und auch die öffentliche Hand, kämen mit den zugelassenen Renditen dagegen sehr gut aus. Daher ist es auch aus Gründen der Versorgungssicherheit geboten, für eine eigentumsrechtliche Trennung der Sparten Netz und Erzeugung/Vertrieb zu sorgen.

Der derzeitige mehr als unzureichende Zustand muss durch die Neutralisierung der Stromnetze überwunden werden. Zu diesem Zweck sollten die deutschen Strom- und Gasnetze in öffentliche Hand überführt werden. Nur auf diesem Weg wird sichergestellt, dass alle Wettbewerber faire Zugangsmöglichkeiten zu den Energienetzen haben und ihre Produkte anbieten können.

Notwendig ist bereits jetzt die zügige Modernisierung und der Ausbau der Energienetze. Hierbei werden auch neue Leitungstrassen notwendig sein. In diesem Zusammenhang soll sie die Bedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien durch virtuelle Kraftwerksverbände

und dezentrale Energieversorgung verbessern und zugleich den Netzausbau auf das unbedingt Notwendige begrenzen.

Nachhaltige Mobilität

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung einer freien Gesellschaft, aber auch ein Hauptverursacher von Treibhausgasen. Um in diesem Bereich Klimaschutz voranzutreiben, gilt es Verkehr und Transport besser zu organisieren, Effizienzsteigerungen in der Antriebstechnik voranzutreiben und den ÖPNV auszubauen.

Die Bahn ist das klimafreundlichste Verkehrsmittel. Umso verheerender ist die Entscheidung der Bundesregierung, sie zu privatisieren. Nichtsdestotrotz muss es das Ziel bleiben, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Insbesondere der Transport von Waren kann über die Schiene noch massiv ausgebaut werden. Der Luftverkehr auf europäischer Ebene muss in den Emissionshandel miteinbezogen werden.

Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs ist eines der zentralen Elemente, um die Emissionen von der Straße zu reduzieren. Der ÖPNV soll dabei auf besonders umweltfreundliche Antriebstechniken setzen. Um dies zu gewährleisten, müssen weitere Privatisierungen in diesem Bereich auf jeden Fall verhindert werden. Egal wie groß die Verbesserungen im Bereich des ÖPNV auch sein werden, er wird den motorisierten Individualverkehr nicht ersetzen können, gerade in ländlichen Regionen.

Für viele ist das Auto wie kein anderes Produkt Sinnbild für individuelle Freiheit in unserer Gesellschaft und die Automobilproduktion einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Die deutschen Automobilhersteller haben in der Vergangenheit gezeigt, dass Emissionseinsparung bei ihren Entwicklungen kaum eine Rolle gespielt hat. Es gilt sie dazu zu verpflichten dies zukünftig zu ändern. Wie erfolgreich dies geschehen kann, hat die Geschichte des Katalysators gezeigt. Die geplante Festschreibung der Reduzierung des durchschnittlichen CO₂-Emissionen neuer Pkw bis 2012 auf 120g/km ist hierfür der richtige Weg. Nach dem Jahr 2012 müssen diese Grenzwerte weiter gesenkt werden. Des Weiteren sprechen wir uns für eine Umstellung der Kfz-Steuer auf den CO₂-Ausstoß aus.

Ziel muss sein, einen Individualverkehr sicherzustellen, der so schnell wie möglich vollständig auf elektrischen Antrieben aufbaut. Die in den letzten Jahren auf dem Markt angekommenen Hybridantriebe sind hierbei nur der erste Schritt. Auch Biokraftstoffe, so nachhaltig sie auch erzeugt sein mögen, sind allenfalls eine Brückentechnologie da diese weiterhin Abgase verursachen. Elektroautos, gespeist aus regenerativen Energien, und die entsprechende

Infrastruktur sind die Zukunft der individuellen Mobilität!

„Global Justice“ - den Rucksack packen

Das wichtigste Zukunftsthema ist die gerechte Aufteilung der Ressourcen, allen voran Wasser. Wasser ist ein Grundrecht und jeder Mensch muss Zugang zum Wasser besitzen. Aufgrund der zunehmenden Verschwendung von Wasser fordern und fördern wir ein Maßnahmenpaket um unnötigen Wasserverbrauch einzudämmen. Der Verbrauch von Wasser muss auch an soziale Kriterien gekoppelt sein. Die massenhafte Verseuchung und Verschwendung von Grundwasser durch Industrie und Luxusobjekte (zum Beispiel Golfplätze) darf nicht einfach hingenommen werden, sondern muss mit hohen Sonderabgaben unattraktiv gemacht werden.

U 8 - BZ Braunschweig, BZ Mittelfranken

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg – Atomkraft ist keine Lösung!

Die Jusos in der SPD sprechen uns ohne wenn und aber gegen die Atomkraft aus. Mit uns wird es keinen Ausstieg aus dem Ausstieg geben! Wir kämpfen mit unserer Politik für eine nachhaltige und umweltverträgliche Energiepolitik und setzen uns für die Nutzung und Förderung erneuerbarer Energieformen ein.

Die Atomkraft ist keine Zukunftsenergie, sie ist auch keine Lösung der derzeitigen Probleme, wie Energiesicherheit, Rohstoffknappheit und gestiegene Rohstoffpreise. Im Gegenteil, die Atomkraft schafft noch mehr Probleme.

Atomkraft rettet das Klima nicht!

Oft wird in letzter Zeit von der Atomlobby die besondere „klimaschonende Wirkung“ von AKWs betont und die Aufgabe der Atomkraft darin gesehen, fossile Energieträger abzulösen. Wäre dies ernsthaft das Ziel, würde eine Verlängerung der Laufzeit bestehender AKW jedoch lange nicht ausreichen: Allein um zehn Prozent der fossilen Energie bis zur Mitte dieses Jahrhunderts durch Atomkraft zu ersetzen, müssten weit mehr als 1.000 Atomkraftwerke rund um die Welt neu gebaut werden (Quelle: BMU). In der Projektion für eine vollständige Ablösung von fossilen Energieträgern ergibt sich damit laut UN-Umweltprogramm ein weltweiter Bedarf von 4.000 neuen AKWs.

Atomkraft schneidet im Vergleich mit einigen anderen Formen der Energieerzeugung sogar schlechter beim Klimaschutz ab. Das Argument, Atomkraftwerke seien gut für das Klima, kann man nur verwenden, wenn man weder die Uranförderung, den nötigen Transport des Rohstoffes, Bau und Unterhalt des Kraftwerkes die Verteilung des Stroms noch die zusätzliche erforderliche Wärmeerzeugung berücksichtigt – und dazu noch „klimafreundlich“ einseitig durch „wenig CO₂“ ersetzt. Diese Argumentation ist jedoch mehr als fraglich, da sie engstirnig und scheinheilig ist. Und die Auswirkungen auch nur eines GAUs auf Umwelt und Klima, sowie die Enlagerfrage ignoriert diese Argumentation ebenfalls.

Atomkraft ist nicht unerschöpflich!

Auch Atomkraft ist nicht unendlich. Wird die heutige Nutzung beibehalten, reichen die weltweiten Uranvorkommen noch maximal für 60-70 Jahre (Quelle: Greenpeace und BMU). Kernenergie ist somit keine zukunftsfähige Energiequelle! Bei einer Intensivierung der Nutzung wird der Vorrat hingegen nur geschätzte 30-40 Jahre reichen und somit sogar früher erschöpft sein als andere konventionelle Energiequellen. Bei einer Uranknappheit droht zusätzlich ein Ressourcenkampf und in der Konsequenz eine immense Preissteigerung, die in der derzeitigen Diskussion ausgeblendet wird.

Atomkraft ist also keine nachhaltige Energiequelle, und somit auch kein Mittel gegen steigende Energiepreise.

Atomkraft ist nicht sicher!

Unfälle in Atomkraftwerken passieren nicht nur in Ländern der ehemaligen Sowjetunion, wo angeblich die veraltete Technik Schuld ist. In den letzten Jahren gab es Unfälle in Schweden und Frankreich, wo Radioaktivität ausgetreten ist und auch in Deutschland gab es Zwischenfälle, die leicht in einer Katastrophe hätten enden können. Besonders bei den älteren Atommeilern ist die Liste der meldepflichtigen Ereignisse laut Bundesumweltamt lang. 2001 kam es zum Beispiel im AKW Brunsbüttel zu einer Wasserstoffexplosion in der Sicherheitszone. Experten, die den Unfall anschließend im Auftrag des Umweltministeriums untersuchten, kamen zu dem Ergebnis, dass dieser Unfall bis zur Kernschmelze mit radioaktiver Verstrahlung hätte führen können, wenn er nur geringfügig anders verlaufen wäre. Egal wie gut und sicher die Technik angeblich ist, man kann nie das Risiko eines Super-GAUs ausschließen und dieses Risiko ist, egal wie klein es auch sein mag, einfach zu groß.

Und selbst ohne Störfall birgt die Atomkraft Gefahren für Mensch und Natur. Atomkraftwerke belasten durch die Abgabe aufgeheizten Kühlwassers die Flora und Fauna benachbarter Flüsse teils stark. Ökosysteme geraten so ins Ungleichgewicht und werden nachhaltig geschädigt.

Die Belastung durch Strahlung im Umfeld von Atomanlagen ist signifikant höher als im normalen Mittel. Als Folge kann in betroffenen Regionen eine deutliche Erhöhung der Leukämiefälle festgestellt werden.

Wie andere Großkraftwerke auch beeinflussen Atomkraftwerke durch ihre Kühltürme das Klima der umliegenden Regionen. Generell steigt die Luftfeuchtigkeit, was zu erhöhter Wolken- und Nebelbildung und dadurch weiter zu reduzierter Sonneneinstrahlung führen kann. Besonders für die Landwirtschaft können dadurch Schäden entstehen. Neubauten von AKW können regionale Klimata deutlich verändern.

Hinzu kommt, dass Atomkraftwerke, allein durch ihr Zerstörungspotenzial, theoretisch auch immer ein lohnenswertes Ziel für Terroranschläge sind.

Atomkraft ist nicht sauber!

Jedes Jahr entstehen in deutschen Atomkraftwerken 400 Tonnen hoch radioaktiver Abfall. Was mit diesen, über tausende von Jahren strahlenden Abfällen geschehen soll, ist bisher nicht im Geringsten geklärt. Die Lösung des Endlagerproblems wird in die Zukunft verschoben und der atomare Müll wird zwischengelagert. Seit Juni 2005 dürfen keine Brennelemente zum Zwecke der Wiederaufbereitung mehr ins Ausland gebracht werden. Dies führte jedoch nicht zu einer Reduzierung der Atommüllproduktion sondern füllt die bestehenden Zwischenlager nur schneller auf. In Deutschland existieren zur Zeit 16 Zwischenlager, davon 12 direkt an den Atomkraftwerken. Einer Hochrechnung von Greenpeace zufolge werden sich im Jahre 2030 24.000 m³ hoch radioaktiver Müll angesammelt haben, dessen Lagerung und Sicherstellung bis heute nicht geklärt sind.

Das Zwischen- Endlager Gorleben

Der durchlöchernte Salzstock Gorleben stellt jetzt seit mehr als 25 Jahren die Legitimation dafür dar, dass in Deutschland Atomenergie produziert werden kann. Er liefert den Entsorgungsnachweis für die gesamte deutsche Atomenergieproduktion. Bis heute befindet sich allerdings kein Atommüll in Gorleben. Das Erkundungsberkwerk Gorleben ist unter Fachleuten sehr umstritten. Es gibt bis zum heutigen Tag eine große Anzahl von Gutachten,

die die Eignung von Gorleben als Endlager bestreiten. Leider gibt es fast genau so viele Gutachten, die dem Salzstock Gorleben Endlagereigenschaften bescheinigen.

Allerdings bestärken die Vorfälle im Atommülllager Asse 2 die Bedenken bezüglich der Eignung Gorlebens als Endlager – auch hier ist schon Wasser eingedrungen.

Das „Atommülllager“ Asse 2

Berichte über die Einsturzgefahr und radioaktive Laugen im Untergrund durchziehen seit Langem die Schlagzeilen über das sog. Forschungsbergwerk. Asse 2 war angeblich für die Ewigkeit gebaut und schon nach 40 Jahren am Ende. In der Asse lagern 126.000 Fässer schwach und mittelradioaktiven Materials. Nach Aussagen der Betreiber war die Asse bisher trocken und sicher. Zur Zeit fließen aber täglich 12 Kubikmeter Salzlauge in die Asse. Der Zufluss kann nach Aussage des Betreibers nicht gestoppt werden. In der Salzlauge wurde erstens eine Strahlenbelastung festgestellt und zweitens bedroht die Salzlauge die Stabilität der Asse im Allgemeinen, da es zu einem Aufweichen der Wände und Pfeiler führt. Das austreten radioaktiver Flüssigkeit im Salzstock Asse wirft die Frage auf, ob Salzstöcke die geeigneten Stätten sind, unseren Zivilisationsmüll die nächsten 1000 Jahre zu lagern. Asse II wird zur Zeit faktisch zum Endlager, da die Bergung / Rückholung immer unwahrscheinlicher wird. Die Frage, ob wir der nächsten Generation einen verschuldeten Staat überlassen wollen, wird von der aktuellen Führungsriege der Politik verneint, dieselben Personen haben jedoch kein Problem den nächsten 20 Generationen einen riesigen Berg atomaren Mülls aufzubürden.

Atomkraft stärkt Monopole!

Als sozialistischer Jugendverband lehnen wir die Atomkraft auch auf Grund ihrer monopolistischen Strukturen ab, da sie die Konzentration des Kapitals steigert. Nur große Konzerne – unterstützt durch den Staat – können Atomkraftwerke bauen. In Deutschland teilen 4 Betreiber den Markt für Atomstrom unter sich auf. Um ein Atomkraftwerk zu bauen, muss ein sehr hohes Investitionsvolumen aufgebracht werden, was nur großen Konzernen möglich ist. Auf der anderen Seite sind dezentrale Energieversorger in der Lage mit weit geringeren Investitionen Energie zu produzieren. Die Förderung der Atomkraft von Seiten des Staates ist somit auch ein direkter Beitrag zu gesteigerter Kapitalakkumulation. Dabei ist die Atomkraft teurer als andere Energiequellen, da ein AKW je installierter Kilowattleistung fünfmal so viel kostet, wie ein modernes Gaskraftwerk. Ein Atomkraftwerk rechnet sich somit allein durch staatliche Milliardensubventionen – es lebt von der Übernahme des Investitionsrisikos durch den Staat. Die Atomkraft wird durch die Konzerne aber trotzdem gefordert, weil es nach Abschreibung die Eigenschaft hat, nur noch Gewinn zu erwirtschaften,

der dann in die Taschen der Energiekonzerne fließt. Dies erklärt auch die mit Nachdruck geführte Kampagne der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung. Atomstrom ist eine relativ bequeme Art und Weise Geld zu verdienen. Denn trotz der überproportional hohen Investitionskosten liebäugeln die betreffenden Konzerne mit Neubauten. Durch Abschreibung der Investitionskosten und den zu erwartenden Gewinn ist es eine sehr sichere Investition und die Gefahren brauchen die Konzerne nicht zu fürchten. Die Versicherung für den Fall eines Unfalls wird auf die Allgemeinheit abgewälzt, da die Risiken nur zu einem Bruchteil versichert werden müssen und auch für die Entsorgung der Steuerzahler aufkommt. Allein die Stilllegungskosten für das Atommülllager Morsleben sollen sich auf 1,5 Mrd. Euro belaufen. Insofern ist die Atomkraft gerade weil sie so gefährlich ist, eine ideale Kapitalanlage; nirgends sonst würde der Staat derart für die Risiken aufkommen. Nur bei der Atomkraft sind die Risiken – von der Verstrahlung einzelner Menschen, über die radioaktive Verseuchung von Flüssen bis hin zum Super-GAU mit der dauerhaften Verstrahlung ganzer Regionen – derart hoch, dass der Staat zwangsläufig einspringen muss.

Atomkraft schafft keine Arbeitsplätze!

Atomanlagen haben im Vergleich zu anderen Anlagen wenig Beschäftigte. Allerdings sind diese Arbeitsplätze besonders sicher, da auch nach der Schließung der Atomkraftwerke noch ein jahrelanger Rückbau der Anlagen notwendig ist. Vom Atomausstieg sind in Deutschland über einen sehr langen Zeitraum 38.000 Arbeitsplätze betroffen, im Bereich der erneuerbaren Energien arbeiteten im Jahr 2006 214.000 Menschen. Schon eine Gegenüberstellung dieser beiden Zahlen verdeutlicht, dass Kernenergie wesentlich geringere positive Impulse auf den Arbeitsmarkt ausübt, als dies die erneuerbaren Energien tun. Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist der Totalausstieg aus der Atomenergie mit einem gleichzeitigen Ausbau der erneuerbaren Energien eine win-win Situation. Dies führt zu einem Anstieg der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien und macht Deutschland energiepolitisch unabhängiger.

Atomkraft schafft keine Versorgungssicherheit

Während die Atomkraftwerke bisher vor allem als sogenannte Grundlastkraftwerke funktioniert haben, die den Grundbedarf an Energie bereitstellen und damit das Niveau des niedrigsten Verbrauchs innerhalb eines Tages abdecken, wird diese Grundlast heute bereits ausreichend von Windkraftanlagen abgedeckt. Lediglich an windarmen Tagen muss die Energieproduktion flexibel ergänzt werden – immer komplementär zum durch Windkraft erzeugten Strom, sodass sich in der Summe die (konstante) Grundlast ergibt. Atomkraft erweist sich in dieser neuen Situation als zu unflexibel und wird somit als Grundsicherung

überflüssig. Für die Absicherung der Spitzen eignet sie sich aufgrund ihrer Trägheit ebenfalls nicht, zumal in heißen Sommern Atomkraftwerken aufgrund ihres Kühlwasserbedarfs die Abschaltung droht, wenn das Wasser der Flüsse zu heiß wird. Das zuverlässige Abdecken der Stromspitzen können nur Kohle und Gas, sowie zunehmend speicherbare Wasserkraft übernehmen. Atomkraft ist eine Idee von gestern, die den modernen Anforderungen flexibler Energieversorgung nicht mehr gewachsen ist.

Atomkraft ist nicht friedlich!

Bei der Atomenergie hängen zivile und militärische Nutzung immer direkt und untrennbar zusammen. Spätestens mit der Erschöpfung der Uranvorräte und dem damit verbundenen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft würde jedes Atomkraftwerk direkt waffenfähiges Material produzieren. Aber auch schon heute ist durch die sogenannte Wiederaufbereitung von Kernbrennstoff und Brutreaktoren eine enge Verknüpfung gegeben.

Wer die Verbreitung von Nuklearwaffen unterbinden bzw. diese Waffen langfristig ganz abschaffen will, muss sich also auch von der sogenannten zivilen Nutzung der Kernenergie trennen. Diese und die militärische Nutzung der Kernenergie sind lediglich zwei Seiten derselben Medaille.

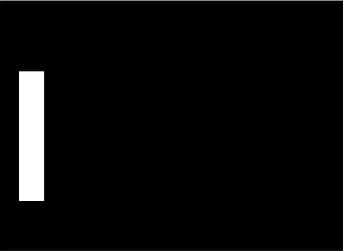
Atomkraftwerke helfen den Entwicklungsländern nicht!

Atomkraft kann kein Modell für Entwicklungsländer sein, da ihnen zuerst einmal das Kapital fehlt, diese Projekte umzusetzen. Doch auch wenn sich ein Investor finden sollte, kommt Atomkraft aufgrund der Kühlwasserabhängigkeit für heiße Gegenden sowieso nicht in Frage. Gerade für aufstrebende Schwellenländer, die ihren Energiesektor forciert ausbauen wollen, ist die Versuchung jedoch zunächst groß. Da sie „auf einen Schlag“ eine große Menge an Energie erzeugen können. Andererseits möchte niemand gerne eine Anhäufung von AKW in Krisenregionen erleben. Auch entwicklungspolitisch ist es somit wichtig diesen Ländern gangbare Alternativen aufzuzeigen. Die Technologieentwicklung ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass es möglich wird, die Phase der Grundsicherung durch Atomkraft zu überspringen und sofort auf erneuerbare Energien zu setzen. Besser als der Glaube an diese Idee ist jedoch ein vorgelebtes Beispiel. Die Symbolwirkung von Deutschland als Industrieland mit weit überdurchschnittlichem Energieverbrauch, dass auf Atomkraft verzichtet, ist dabei nicht zu unterschätzen. Schon aus diesem – sicherheits- und entwicklungspolitischen Grund müssen die Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Atomkraft ist kein Trend und auch nicht unverzichtbar!

Der weltweite Trend zur Atomkraft ist schlicht nicht vorhanden. In Europa sind lediglich 2 AKWs in Planung (Finnland und Frankreich), während 2007 7 AKW vom Netz genommen wurden. Auch verzichteten viele europäische Länder z.B. Dänemark, Österreich, Italien, Estland, Griechenland, Lettland, Luxemburg, Norwegen und Portugal nach wie vor komplett auf Atomkraft. Desweiteren planen wie Deutschland ebenfalls Schweden und Belgien sowie Spaniens sozialistische Regierung den Ausstieg aus der Atomenergie.

Und im Übrigen: Schon heute ist Atomstrom nicht unverzichtbar. Fünf Kernkraftwerke sind inzwischen ohne sichtbare Konsequenzen zeitweise abgeschaltet worden. Etwa Biblis A, das vom Herbst 2006 bis zum Frühjahr 2008 sowie von Mai bis September 2008 nicht am Netz war. Dieser Strom fehlte offensichtlich niemandem.



Initiativanträge

I 3 - LV Berlin

Erbschaftssteuer erhalten – Umverteilungsspielräume nutzen!

Derzeit befindet sich eine Novellierung des Erbschaftssteuergesetzes im Gesetzgebungsverfahren. Wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 07.11.2006 zur Frage der Berechnung des Wertes von zu vererbendem Vermögen ist hier eine verfassungsgemäße Überarbeitung des Erbschaftssteuergesetzes notwendig. In den vergangenen zwei Jahren kam es zu einer Vielzahl von Verständigungsversuchen innerhalb der Großen Koalition, wie eine solche Erbschaftssteuerreform aussehen kann. Insbesondere hat die SPD-Bundestagsfraktion in Vertrauen auf die Zustimmung der Union zur Reform des Erbschaftssteuerrechtes auch der Unternehmenssteuerreform und damit einer weitreichenden Entlastung von Unternehmen zugestimmt. Am Donnerstag, 9. Oktober 2008 ist eine weitere Verhandlungsrunde gescheitert. Die 3. Lesung des Gesetzes soll am 17.10.2008 stattfinden, einen Tag vor dem Bundesparteitag.

Hinsichtlich des aktuellen Gesetzgebungsverfahrens fordern wir die CDU/CSU auf, ihren Widerstand gegen die verfassungsgemäße Neufassung des Erbschaftssteuergesetzes aufzugeben. Hierbei darf es zu keinen Einbußen hinsichtlich des Steueraufkommens kommen, auch die angestrebte weitere Privilegierung von Betriebsvermögen ist nicht akzeptabel.

Für uns ist die gerechte Besteuerung ererbten Vermögens ein zentraler Bestandteil eines solidarischen Steuersystems. Hohe Privatvermögen sind ein besonderes Kennzeichen individueller Leistungsfähigkeit und sind deshalb gesondert zu besteuern. Mittelfristig ist deshalb die Erbschaftssteuer auszubauen und für einen höheren Ertrag zu sorgen. Daneben muss eine verfassungsgemäße Wiedereinführung einer Vermögenssteuer erfolgen. Damit können dringend benötigte zusätzliche Investitionen der Länder in Bildung und Infrastruktur ermöglicht werden.

Ohne eine politische Einigung im aktuellen Gesetzgebungsverfahren läuft die Erhebung der Erbschaftssteuer zum 31.12.2008 aus. Sollte diese Einigung nicht zustande kommen, fordern wir den Parteivorstand auf, die Koalition mit der CDU/CSU zu beenden.

I 8 - LV NRW

Antworten auf die Finanzmarktkrise: kurzfristig stabilisieren, danach regulieren!

Nach den turbulenten Ereignissen auf den internationalen Finanzmärkten während den letzten Wochen ist das Modell des Finanzmarktkapitalismus endgültig diskreditiert. Wachstum, Beschäftigung und nicht zuletzt der soziale Frieden sind unmittelbar bedroht. Hieraus sind aus Sicht der Jusos zwei Lehren zu ziehen: Kurzfristig müssen die Finanzmärkte zügig stabilisiert werden, um die schlimmsten realwirtschaftlichen Verwerfungen zu vermeiden. Danach beginnt dann die eigentliche Aufgabe für sozialdemokratische Politik: Es sind dringend Maßnahmen zu ergreifen, die künftige Finanzmarktkrisen vermeiden helfen und wieder eine stabile und sozial progressive gesamtwirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Einige Notfallmaßnahmen können ohne große Kosten für den Steuerzahler und ohne die Sozialisierung von Verlusten einzelner Banken durchgesetzt werden. Hierzu gehört zum einen das Aussetzen von prozyklisch wirkenden Regulierungsmaßnahmen wie die (ohnehin reformbedürftigen) Eigenkapital-Standards nach Basel II. Ebenso sollte eine weitgehende Garantie für die Spareinlagen der privaten Haushalte ausgesprochen werden. Bei Rettungsaktionen einzelner Finanzinstitute muss generell gelten, dass die Aktionäre von in Schieflage geratenen Finanzinstituten den größten Anteil der Konsequenzen ihres Fehlverhaltens zu tragen haben. Wenn der Staat faule Schuldtitel aufkauft, muss im Gegenzug eine Übertragung von Eigentumsrechten an den betroffenen Banken stattfinden. Hierdurch erhält der Staat die Möglichkeit, von künftigen Gewinnen zu profitieren und kann Einfluss auf das Management der Banken ausüben. Im Fall von staatlichen Bürgschaften sollte eine Bürgschaftsgebühr erhoben werden.

Grundsätzlich muss der Staat aber – bei allen moralischen Bedenken – systemrelevante Banken in Schieflage vor dem Bankrott bewahren: Ein allgemeiner Vertrauensverlust in den reibungslosen Zahlungsverkehr sowie eine Kreditklemme sind für die Gesellschaft mit noch höheren Kosten verbunden als die „Rettung“ einzelner Banken!

Im Gegenzug sind zur Förderung eines endlich wieder sozial fortschrittlichen und makroökonomisch funktionalen Wirtschaftsmodells nach der Überwindung der Krise weitgehende Reformen notwendig. Insgesamt geht es darum, den Finanzsektor auf seine eigentliche Aufgabe zurückzuführen, nämlich die solide Überprüfung von Kreditwürdigkeit, Kreditvergabe und Überwachung der Kreditverwendung. Finanzalchimie hat hierbei keinen Platz, sondern das Hauptaugenmerk des Finanzsektors muss auf der Finanzierung von langfristig ausgerichteten Realinvestitionen liegen. Im Einzelnen sind dabei unter anderem folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Einführung eines „Finanz-TÜV“, der intransparente und dubiose Finanzprodukte verbietet und über die Einhaltung von Transparenzstandards wacht
- Rigorose Beschränkung des außerbörslichen und außerbilanziellen Handels
- Regulierung und Aufsicht von Finanzinstituten unabhängig von ihrer Rechtsform, einschließlich Hedge-Fonds, Investmentfonds, Private-Equity-Fonds
- Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer bzw. einer umfassenden Finanztransaktionssteuer zur Verringerung der Spekulationstätigkeit und zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben
- Verstärkte europäische/internationale Kooperation bei der Finanzaufsicht.

I 9 - LV NRW

Aus ökologischen und ökonomischen Gründen: Komprimierung von Änderungsanträgen!

Wir fordern die für die Organisation eines Bundeskongresses Verantwortlichen dazu auf, Änderungsanträge aus ökologischen und ökonomischen Gründen deutlich zu komprimieren. Alle Änderungsaufträge zu einem Antragsbereich sollen gruppiert und zusammengefügt werden, um Papier und Geld zu sparen, sowie die Übersicht für die Delegierten zu verbessern.

I 10 - LV Saarland

Atomstrom = Ökostrom = unverschämter geht es nicht!

Im Juni 2008 wurden die ersten Meldungen bekannt, dass im Niedersächsischen Atommülllager Asse II nicht alles so läuft, wie es sich die Bürger und Bürgerinnen unserer Republik vorstellen. Erst nach intensivem Druck der Niedersächsischen SPD wurde eine umfangreiche Untersuchung in Auftrag gegeben, diese sollte die Folgen für Umwelt und Klimaschutz klären. Die zuständigen Ausschüsse haben auch in der Sommerpause weiter getagt und so langsam lässt sich das traurige Geschehen erahnen. Die Befürchtungen, die sich im Verlauf der Ausschussberatungen ergaben, wurden, nach ausführlichen Auswertungen des zur Verfügung stehenden Materials, noch übertroffen.

Die bis jetzt ersichtlichen, erschütternden Mängel lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es gab nie eine geeignete, funktionsfähige und sichere „Asse II“.
2. Die Bevölkerung ist über Jahre hinweg über die Voraussetzungen und die grundsätzliche Eignung des Salzstocks Asse II als Forschungsstandort für schwach- und mittelradioaktiven Müll getäuscht worden. Die Verantwortlichen für dieses jahrzehntelange Täuschungsmanöver sind bekannt. Es handelt sich um das HMGU (Helmholz-Zentrum München für Gesundheit und Umwelt) sowie das LBEG (Landesbergamt) und das NMU (Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz).
3. Die Laugenzutritte im angeblich trockenen Bergwerk sind bereits seit den 60er-Jahren bekannt. Der Laugensumpf vor Kammer 12 seit 20 Jahren. Der Umgang mit radioaktiven Abfällen ist nicht sachgemäß erfolgt, so sind bereits korrodierte und beschädigte Fässer eingelagert worden. Besonders erschreckt in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass unter Einlagerung hier ein unachtsames Abkippen aus Laderschaufeln verstanden wird, welches auf Fotos festgehalten wurde.
4. Kommunikation, Steuerung und Kontrolle waren mangelhaft. Defizite wurden leichtfertig in Kauf genommen. So fehlt bis heute eine Störfallanalyse. Die Rechtsgrundlage wurde eigenwillig ausgelegt und die Prüfung nach Atom- und Strahlenschutzrecht hat in Gänze gefehlt. Maßnahmen erfolgten seit Jahren

ungenehmigt, Strahlenschutzanweisungen entsprachen nicht den üblichen Standards, außerdem führten eigenmächtige Baumaßnahmen zu heute unkalkulierbaren Risiken.

5. Der Umgang mit der austretenden radioaktiven Salzlauge erfolgte nicht nach bestehenden Standards und zu allem Überflus noch rechtwidrig. Es gibt nachweislich Kontakt von Lauge mit radioaktiven Abfällen.

Leider ist aufgrund der komplexen Baustruktur davon auszugehen, dass noch längst nicht alle Mängel der Öffentlichkeit bekannt sind. Fest steht, dass der eingeschlagene Weg zur lückenlosen Aufklärung richtig und wichtig ist. Die bisher schon aufgedeckten, schwerwiegenden Missstände lassen keinen anderen Schluss zu, als den, dass der jetzige Betreiber, die HMGU mit sofortiger Wirkung abgesetzt werden muss. Die Ankündigung vom 04.09.2008, dass die Aufsicht und Betreuung der Asse II künftig durch das BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) erfolgen soll, begrüßen die Jusos sehr. Diese Konsequenzen dürfen aber nicht die Einzigsten bleiben. Die Kontrolle und das gesamte Verfahrensmanagement der Asse II müssen künftig völlig neu gestaltet werden. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir durch die Erfahrungen, die schon jetzt aus der Asse II gezogen werden können, wieder um Jahrzehnte zurückgeworfen wurden, ja sogar wieder fast am Anfang stehen. Die Suche nach einem geeigneten Endlager muss ergebnisoffen, transparent und vor allem zielorientiert geführt werden. Die Ergebnisse aus der Asse II haben zudem das Salzstock Endlager Gorleben stark in Zweifel gestellt.

1. Die Aufklärungsarbeiten im Atommülllager Asse II müssen vollständig und ohne Rücksicht auf unangenehme Entdeckungen fortgeführt werden, hierfür ist vorwiegend die Landesregierung und ihre angehängten Ministerien verantwortlich. Zudem muss insbesondere die Betreibergesellschaft dazu gezwungen werden, dass der Vertuschung der Fakten ein Ende bereitet wird.
2. Die Landesregierung muss ihr Scheitern eingestehen. Sie muss mit sofortigem Beginn sicherstellen, dass die zukünftigen Arbeiten an der Asse II in höchstem Maß gewissenhaft, zuverlässig und rechtssicher erfolgen.
3. Die Einlagerung und Lagerung von atomar verseuchtem Material darf nicht mehr nach den Gesetzmäßigkeiten des Bergrechts geschehen, sondern nach dem Atom- und Strahlenschutzgesetz.
4. Alle anstehenden Kosten im Bergwerk Asse II und in allen anderen Atommülllagern müssen ab sofort auf die einlagernden Gesellschaften und Institutionen umgelegt werden. Der Deckmantel der Forschung zur Entledigung der Beseitigungskosten muss für die Emittenten fallen.

5. Der zukünftige Betreiber wird per Gesetz dazu gezwungen, dass er eine lückenlose Störfallliste zu führen hat. Der Minister wird zudem aufgefordert, vierteljährlich dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz in öffentlicher Sitzung über die weiteren Entwicklungen in der Asse II zu berichten. Die Landesregierung muss ab sofort eine ordnungsgemäße Fachaufsicht sicherstellen.
6. Das Versuchsendlager Asse II war und ist keine Forschungseinrichtung, sondern faktisch ein atomares Endlager. Das weitere Verfahren muss daher nach dem Atomrecht und seinen Anforderungen gestaltet werden.
7. Mit allen Beteiligten muss ein „Zukunftskonzept Asse II“ entwickelt werden, um gemeinsam Verantwortung für eine langfristige, sichere und zuverlässige Lösung zu übernehmen.
8. Ein Einstürzen der Asse II aufgrund des starken Wassereintruchs muss verhindert werden.
9. Die Suche nach einem geeigneten Endlager für Atommüll muss nach den Erkenntnissen aus der Asse II von vorne beginnen. Hierbei müssen alle Gesteinformationen, im gesamten Bundesgebiet in Betracht gezogen werden. Es kann nicht sein, dass die Ministerpräsidenten, die am lautesten für die Verlängerung von Atommeilern streiten, die sind, die bei der Endlagerfrage sagen: „Bei uns aber bitte nicht“.

Gemeinsam Mehr

**Beschlussbuch
Juso-Bundeskongress 2009**

*19. bis 21. Juni, München/Messe München GmbH
M,O,C Veranstaltungs- und Ordercenter*



Beschlüsse	Seite
A <i>Arbeitsprogramm</i>	4
A 1 Bundesvorstand Für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Entschieden handeln – gerecht erneuern!	4
B <i>Beschäftigung & Gute Arbeit</i>	25
B 1 Bundesvorstand Mitbestimmung ausbauen – ArbeitnehmerInnen stärken	25
B2/ LV Berlin/LV NRW	41
B 3 Gute Löhne für alle – für eine Neuordnung des Niedriglohnssektors	
B 6 LV Bremen Arbeitsversicherung jetzt einführen!	48
D <i>Daseinsvorsorge & Kommunal- und Verkehrspolitik</i>	51
D1/ LV Berlin/LV NRW	51
D2 Mobilität sichern; verkehrspolitisch umdenken-neue Wege fahren!	
D8 LV Baden-Württemberg Public Private Partnership/Öffentliche Private Partnerschaft	64
E <i>Europa & Internationales</i>	69
E 1 Bundesvorstand Adeus Lissabon! Für eine progressive Beschäftigungsstrategie für die EU	69
E 8 LV NRW/ LV Schleswig-Holstein Neuanfang für einen anderen Nahen Osten. Kontinuität in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern	76
F <i>Finanzmarkt-, Wirtschaftspolitik, Kapitalismuskritik</i>	89
F 1 Bundesvorstand Systemerror – Zu Finanzmärkten, der Krise und dem Kapitalismus	89
F 2 LV Bayern Der Goldrausch ist zu Ende!	96
G <i>Gleichstellungspolitik</i>	101
G 4 LV Rheinland-Pfalz Solidarische Lebensgemeinschaften für alle	101

I	<i>Initiativanträge</i>	104
I1	Bundesvorstand Gemeinsam mehr!	104
I4	LV Schleswig-Holstein Finger weg von Artikel 19 Abs. 4 GG!	111
I7	Bundesvorstand Situation der SPD nach der Europawahl	111
I8	Bundesvorstand Development for Freedom – Our War on Poverty	117
I9	Bundesvorstand Gemeinsam Bildungshürden niederreißen	120
J	<i>Jugend-, Daten- und Verbraucherschutz</i>	121
J1	Bundesvorstand Notwendigkeit eines effektiven Datenschutzes	121
K	<i>Kein Überwachungsstaat</i>	128
K1	LV RLP Aus den Augen, aus dem Sinn?“ – Gegen eine Zensur des Internets und für ein entschlossenes, wirkungsvolles Vorgehen gegen Kinderpornographie	128
L	<i>Leben ohne Nazis</i>	137
L1	Bundesvorstand Rechtsextremismus umfassend bekämpfen!	137
M	<i>Migration & Integration</i>	157
M1	Bundesvorstand Kein Mensch ist illegal!	157
O	<i>Organisationspolitik</i>	160
O1	LV Sachsen Her mit der richtigen Quote – Schluss mit dem Blödsinn	160
R	<i>Resolutionen</i>	161
R1	Bundesvorstand 40 Jahre Linkswende – Jusos als eigenständiger linker Jugendverband	161
S	<i>Sonstige Anträge</i>	164
S9	Hessen-Süd Anrechnung stoppen! - Ferien- und Nebenjobs für Kinder in Bedarfsgemeinschaften ermöglichen!	164

A

Arbeitsprogramm

A1 – Bundesvorstand

FÜR DEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU DER GESELLSCHAFT. ENTSCHIEDEN HANDELN – GERECHT ERNEuern!

Bundesarbeitsprogramm 2009 bis 2011 –

I) Prolog: Freiheit, Gleichheit und Solidarität

Wir Jusos wollen ein Leben in Selbstbestimmung für alle. Sozialer und ökonomischer Fortschritt bedarf der persönlichen Entfaltung und Entwicklung individueller Fähigkeiten auf Basis ökonomischer Sicherheiten. Wir wollen die Freiheit von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialer Stellung und ihren Vorlieben gleiche Möglichkeiten und die gleiche Teilhabe an Wohlstand und Macht haben. Dies ist nur in einer solidarischen Gesellschaft denkbar, die über den Tellerrand hinausblickt und weltweit für Frieden und Solidarität eintritt.

Unsere Vision einer besseren Gesellschaft ist der demokratische Sozialismus. Als Teil der Linken kämpfen wir dafür in und außerhalb der SPD. Die Doppelstrategie der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen müssen wir dafür fortführen und ausbauen.

II) Die Welt im Jahre 09

Der Neoliberalismus ist am Ende. Er weiß es nur (noch) nicht. Seine Verfechterinnen und Verfechter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft haben den Karren an die Wand gefahren. Sie müssen zunehmend das Versagen neoliberaler Instrumente zugeben. Das System als Ganzes wird aber dennoch von weiten Teilen der (politischen) Eliten nicht kritisiert. Stattdessen muss der Staat

einspringen. Verluste werden sozialisiert – Gewinne bleiben privatisiert. Das ist für uns nicht akzeptabel.

Was ist geschehen?

Im Oktober des vergangenen Jahres kam es zu einem Schock auf den internationalen Finanzmärkten und die internationale Finanzarchitektur stand kurz vor dem Zusammenbruch. Gleichzeitig brachen die Aktienmärkte ein und die Realwirtschaft schlittert immer weiter in eine Weltwirtschaftskrise.

Bei der Beurteilung der Finanzkrise dringt die Frage nach dem Auslöser immer weiter in den Vordergrund und verdrängt die entscheidende Frage nach den Ursachen. Es wird versucht, die Krise auf Gier und das Fehlen „ehrlicher Kaufleute“ oder auf Staatsversagen zurückzuführen. Auf Grundlage solcher Einschätzungen wird es keine wirkungsvollen Veränderungen geben. Die Ursachen der Finanzkrise liegen in den Wirkungsweisen des Kapitalismus und der stetig zunehmenden ungleichen Verteilung der Vermögen, Einkommen und Löhne.

Durch die Deregulierung und den Bedeutungszuwachs seit den 1970er Jahren haben die Finanzmärkte eine so dominante Stellung in der wirtschaftlichen Basis eingenommen, dass sie gegenwärtig Krisen dieses Ausmaßes produzieren. Diese Entwicklung war nur auf Grund politischer Entscheidungen möglich. Kurz- und mittelfristig muss es sowohl internationale, europäische als auch nationale Schritte zur Bewältigung der Krisen geben. Es ist richtig, für eine soziale Bewältigung von Krisen zu sorgen und sich dafür einzusetzen, dass dem Kapitalismus soziale Regeln gegeben werden. Grundsätzlich kommen wir jedoch nicht umhin, den Kapitalismus als Ganzes der Kritik zu unterziehen. Langfristig ist es eine Illusion, von einem krisenfreien Kapitalismus auszugehen.

Der totale Zusammenbruch wurde durch massive Rettungspakete aller Industriestaaten sowie großer Geldspritzen und Zinssenkungen der Notenbanken verhindert. In Deutschland ist der Kern, neben veränderten Bilanzierungsregeln, der Finanzmarktstabilisierungsfonds. Diese Notmaßnahme hat den Bankencrash zwar verhindert, aber bei weitem nicht alle Probleme gelöst, wie die Fälle HRS und Commerzbank gezeigt haben. Dort wurde viel Steuergeld in die Rettung der Banken gesteckt, ohne Einflussmöglichkeiten des Staates zu schaffen. Die bisherigen Aktivitäten der Bundesregierung zielen vor allem darauf ab, die bisherigen Eigentumsverhältnisse zu erhalten.

Das Fenster zu einer alternativen Politik ist gegenwärtig groß. Der Marktradikalismus ist gescheitert. Das müssen auch seine ehemaligen VerfechterInnen eingestehen. Gleichzeitig ist offen, wie es weitergeht. Es ist keine Naturgegebenheit, dass sich dabei eine linke und soziale Politik durchsetzen wird.

Vielmehr steht zu befürchten, dass es nach einem kurzen Aufflammen von kritischen Stellungnahmen ein Zurück zur Marktorientierung und einem „Weiter so“ gibt. Derzeit ist nicht zu sehen, dass die Krise dazu führt, dass es eine Wiederbelebung von linker und solidarischer Organisierung gibt oder die politische Linke an Zustimmung rasant gewinnt. Internationale Solidarität ist eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen linker Politik in einer globalisierten Welt. Jeglichen nationalistischen Protektionismus lehnen wir ab. Wir sehen es als die entscheidende Aufgabe der Jusos an, zum einen für die Verankerung grundsätzlicher Kapitalismuskritik und zum anderen für verbindliche soziale Regeln im Hier und Jetzt zu kämpfen. Inwieweit dies der gesamten gesellschaftlichen Linken gelingen wird, ist entscheidend für die Zukunft der politischen Linken, aber auch für die Gesellschaft insgesamt.

II) **SPD: Neues Jahrzehnt – neue Politik?**

Die SPD steht mitten im Richtungswahlkampf. Zu Beginn des Jahres hat sie die Kampagne „Das neue Jahrzehnt“ ausgerufen. Eine echte Aufarbeitung mit den zurückliegenden elf Jahren der Regierungsbeteiligung, zuletzt in der großen Koalition, ist dem jedoch nicht vorausgegangen.

Der SPD ist es in den letzten Jahren kaum gelungen, die Umsetzung eigener Projekte oder die Vorstellung ihrer Ziele als eigenen Erfolg zu verbuchen (Beispiele Kinderbetreuung, Klimaschutz). Umgekehrt hat sie in der großen Koalition Vorhaben mitgetragen und vorangetrieben, die entweder ursprünglichen Ankündigungen zuwiderliefen (Beispiele Mehrwertsteuer, Gesundheitsfonds) oder zumindest der Haltung breiter Teile der eigenen Partei widersprachen (Beispiele Unternehmenssteuer, Rente mit 67, Bahnprivatisierung). Die Beschlüsse des Hamburger Parteitags, der zum Teil kritisch mit den Reformschritten der vorangegangenen Jahre umging und insbesondere beim Arbeitslosengeld I nachbesserte, fanden in der Tagespolitik und dem Regierungshandeln kaum Entsprechung. In der eigenen Partei und im weiteren Umfeld machte sich deshalb Verunsicherung breit. Die Krise der SPD ist deswegen auch eine Krise der politischen Glaubwürdigkeit. Politische Forderungen, die wie der Mindestlohn auf breite Unterstützung stoßen, bilden die Ausnahme.

Es ist darüber hinaus bisher noch nicht gelungen, das Dilemma in der Fünf-Parteien-Realität zu lösen. Eine souveräne Haltung zwischen der Union und der Linkspartei hat die SPD noch nicht gefunden. Das einst verlässliche Reform-Bündnis mit den Grünen ist derzeit allein voraussichtlich nicht mehrheitsfähig und zudem im Hinblick darauf, dass auch die Grünen keinen Koalitionspartner kategorisch ausschließen, keine politische Selbstverständlichkeit. Die Annäherungsversuche an die

FDP haben bislang zumindest keine sichtbaren Erfolge gezeigt. Zudem liegen die Haltungen von FDP und SPD zur derzeitigen Wirtschaftskrise diametral auseinander.

Zudem hat die SPD das eigene Selbstverständnis bisher nur unzureichend geklärt. Meint sie es ernst mit den Zuschreibungen Mitgliederpartei und linke Volkspartei, so muss das im Vorfeld der Bundestagswahl deutlich werden. Das Ziel muss darin bestehen, verlorene WählerInnenmilieus zurück zu gewinnen. Dies kann nur gelingen, wenn die inhaltliche Aufstellung der SPD die Richtungsentscheidung zwischen dem bürgerlichen Lager und der SPD betont und die sozialdemokratischen Positionen als die sozial gerechtere Alternative überzeugen können. Das SPD-Regierungsprogramm kann als ein erster Versuch in dieser Richtung interpretiert werden. Der Entwurf des Regierungsprogramms zeigt auch, dass die Agenda-SPD mit ihrem Politikrezept der neoliberal inspirierten Deregulierungen, (Teil-) Privatisierungen, Sozialabbau und Steuersenkungen im oberen Einkommensbereich keine Antworten auf die Wirtschaftskrise zu bieten hat. Folgerichtig werden im Programm zahlreiche Korrekturen des SPD-Regierungshandelns der letzten Jahre in Aussicht gestellt. Leider bleibt das Wahlprogramm in den Punkten Vermögenssteuer und Schuldenbremse hinter den Erwartungen zurück.

Die SPD muss den Spagat schaffen, zugleich Volkspartei zu sein und das Alleinstellungsmerkmal für soziale Gerechtigkeit zu haben. Hauptgegner kann dabei nur die CDU/CSU sein, denn die SPD wird überhaupt nur dann in der Frage der Regierungsbildung die entscheidende Rolle spielen, wenn sie mehr Stimmen gewinnt als die Union.

Die zukünftige strategische Ausrichtung und personelle Aufstellung der Partei wird sich nach der Bundestagswahl voraussichtlich neu entscheiden. Darauf werden wir uns vorbereiten. Die SPD-Politik in den letzten Jahren war für uns oft eine Zumutung. Die Politik wandte sich oftmals gegen die Interessen der eigenen Wählermilieus der ArbeitnehmerInnen, Arbeitssuchenden, sozial Schwachen, RentnerInnen und jungen Menschen. Dies war mit eine der Ursache für die zahlreichen Parteiaustritte und schlechten Wahlergebnisse der letzten Jahre. Eine der großen Herausforderungen wird es sein, dafür zu kämpfen, dass die SPD verstärkt auf ein sozialeres Profil setzt und dafür Sorge zu tragen, dass es nach der Bundestagswahl kein Zurück zur oft an den Neoliberalismus angelehnten sozialdemokratischen Regierungspolitik der letzten Jahre gibt.

III) Die Jusos im Jahre 09

Der Juso-Verband ist klar links orientiert. Das Interesse an linker Politik ist groß. Das zeigte sich auch am großen Zuspruch, den der Linkskongress und die Linkswende09 erfahren haben. An der erfolgreichen Linksorientierung werden wir anknüpfen und sie fortführen. Wir werden uns verstärkt bemühen, die linke Grundorientierung zu konkretisieren. Die kommende Herausforderung wird sein, linke Inhalte stärker in die Partei hineinzutragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Profil der SPD als linke Volkspartei geschärft wird. Darauf wollen wir einen Schwerpunkt unserer Arbeit legen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der letzten Jahre war die Erneuerung der Doppelstrategie. Dies ist an vielen Punkten gelungen! Zum Beispiel innerhalb der Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ in Bezug auf die Gewerkschaften, im Rahmen der Linkskongresse und bei der Kampagne „Abrüstung jetzt!“. Bei unserer Kampagne gegen die Bahnprivatisierung war das Engagement im Bündnis „Bahn für Alle“ für uns eine große Unterstützung. Im Integrationsbereich haben wir durch die Netzwerkstelle Integration und beim Kampf gegen den Überwachungsstaat neue Kontakte knüpfen können. Hier muss kontinuierlich weitergearbeitet werden und in anderen Themenbereichen bspw. im Bereich Gleichstellung, Antifa weiter an Kontakten gearbeitet werden. Diese müssen über Veranstaltungen und Veröffentlichungen von Artikeln dem Verband zugänglicher gemacht werden, so dass auch auf den anderen Gliederungsebenen der Jusos Bündnisarbeit intensiviert werden kann.

Die Kampagnen „Gute Arbeit“ und „Bahnprivatisierung ist nicht“ haben gezeigt, dass der Verband an Themen gemeinsam arbeiten kann und auch will. Nur durch konstruktive Mitarbeit und Partizipation können Kampagnen in die Breite des Verbandes getragen werden. Das wollen wir fortführen und ausbauen. Das große Potenzial an Genossinnen und Genossen, die über die kommunale und Landesebene hinaus arbeiten möchten, ist jedoch noch nicht erschöpft. Das Bewusstsein, gemeinsam an einer Idee, an einem Projekt zu arbeiten und ein gemeinsamer Verband zu sein, der solidarisch und loyal miteinander umgeht, gilt es auch weiterhin in der Arbeit und im Umgang miteinander zu bestärken.

Zum ersten Mal sind die Jusos bei einer Bundestagswahl für den gesamten Jugendwahlkampf der SPD zuständig. Als Jugendverband der SPD werden wir in diesem Wahlkampf eigene inhaltliche Akzente setzen und für ein klares linkes Profil der SPD kämpfen. Denn Wahlkampf ist für uns mehr als bloße Jubelveranstaltung in roten T-Shirts.

Dies wollen wir nutzen. Wir werden zeigen, dass wir die Kompetenz und die Fähigkeiten haben, einen engagierten Jugendwahlkampf zu führen. Wir wollen den Wahlkampf aber auch nutzen, um

unsere Organisation und unsere Infrastruktur auszubauen und um neue Mitglieder für die Arbeit bei den Jusos zu gewinnen.

Es wird in Anbetracht der Wirtschaftskrise und der zunehmenden Zukunftsängste nicht einfacher werden, junge Menschen zu organisieren. Wir müssen jungen Menschen deutlich machen, dass wir Zukunftsvorstellungen von einer besseren Gesellschaft haben, in der sie sicher und selbstbestimmt leben können. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass die SPD diese Perspektive ebenfalls bietet. Dafür werden weitere Anstrengungen nötig sein, der Kampf um linke Mehrheiten lohnt diese Bemühungen allemal.

IV) Unsere Kampagne: Linke Politik – wir werden konkret!

Die Krise, ihre Folgen sowie die Überwindung der Krise werden in den nächsten Jahren eine der größten politischen Herausforderungen und Auseinandersetzungen bleiben. Dies wird sich auch in der Schwerpunktsetzung bei unserer politischen Arbeit wiederfinden.

Bisher wurde vor allem kurzfristiges Krisenmanagement betrieben. Die nächste Bundesregierung wird die (makroökonomischen) Weichen für die Zeit nach der Krise, vielleicht für die nächsten Jahrzehnte stellen. Es ist offen, wie es nach der Krise weiter geht. Die aktuelle Krise wird langfristige Folgen haben.

Wir wollen nicht, dass die neoliberale Party nach der Krise weitergeht. Diese Krise wurde erst durch das System des Kapitalismus verursacht. Wir werden diese Krise als Anlass für eine zentrale Kampagne nehmen und Alternativen zu dem System des Kapitalismus aufzeigen. Wir kämpfen für eine andere, für eine linke Politik in und nach der Krise.

Wir wollen linke Alternativen zur bisherigen Politik entwickeln und aufzeigen. Dies verstehen wir als Weiterentwicklung bzw. Konkretisierung unserer Diskussion über die Frage, was heute links ist.

Das bedeutet:

Wir werden die Ursachen und Folgen der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise analysieren und benennen. Wir werden uns im Verband darüber verständigen, was konkrete linke Antworten auf die Krise sind, vor allem in den Bereichen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Wir wollen den Austausch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, mit Gewerkschaften, BündnispartnerInnen und WissenschaftlerInnen weiterhin suchen.

Wir kämpfen in der SPD für unsere Projekte und Ideen.

Konkret werden wir im Jahr 2010 eine Kampagne zu der Frage „Linke Politik – wir werden konkret!“ durchführen. In unseren Perspektivprojekten wollen wir das Thema inhaltlich mit verschiedenen Schwerpunkten bearbeiten. Darüber hinaus soll es eine Kampagnenconvention im Frühjahr geben und einen Kongress zum Kampagnenabschluss Ende des Jahres 2010.

Wir wollen also zum einen innerhalb des Verbands nach Antworten suchen, zum anderen aber auch mit unseren so gefundenen Antworten in die Gesellschaft und in die Partei hineinwirken. Wir legen deshalb Wert auf eine enge kontinuierliche Vernetzung mit externen BündnispartnerInnen und wollen außerdem auch immer wieder zu konkreten einzelnen Themen unsere Positionen in der Partei und in der Gesellschaft verbreiten.

Die Perspektivprojekte der Kampagne

1) Perspektivprojekt "Europa, Frieden und Internationales"

Die Jusos sind ein internationalistischer Jugendverband. Für uns ist die internationale Solidarität ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit.

Wir werden versuchen für die Untergliederungen Anknüpfungspunkte an die internationale Arbeit zu organisieren, die Arbeit in den internationalen Gremien zu begleiten und den Verband thematisch auf diesem Feld weiterzubringen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist auch auf internationaler Ebene das bestimmende Thema. Trotz vieler markiger Worte gibt es im Moment noch keine ernstzunehmenden Initiativen die internationalen Organisationen zu reformieren. Dies wäre aber ein wichtiger Schritt um der Krise zu begegnen.

Auch fehlt im Moment ein Gesamtüberblick darüber wie sich die Krise international auswirkt. Thesen, dass im Moment nur die Industrieländer von der Krise betroffen sind und die Entwicklungsländer gestärkt aus der Krise hervorgehen werden, lassen sich durch Zahlen nicht belegen. Besonders diskutiert wird die Frage, was wird aus China und den anderen Schwellenländern?

Auch in Zeiten der Krise gelten für uns die Millennium Development Goals. Wir werden weiter für die gerechte Verteilung von Geld, Ressourcen und Macht kämpfen. Die Krise darf weder in Deutschland noch international zu sozialen Kürzungen führen.

Barak Obama hat eine neue Dekade der atomaren Abrüstung ausgerufen. Damit hat sich die öffentliche Debatte in den letzten Monaten zu unseren Gunsten gedreht. Wir werden das Thema Abrüstung deshalb auch in den nächsten zwei Jahren begleiten, in wie weit den Worten Taten folgen und ob Abrüstung nicht doch eine qualitative Aufrüstung bedeutet, in dem alte Waffen verschrottet werden und dafür neue Waffen gekauft werden. Die Arbeit mit den in den letzten zwei Jahren gewonnen Bündnispartnern werden wir fortsetzen.

Nach der Neuwahl des europäischen Parlaments werden wir wissen wie viel Gestaltungsmacht wir in Europa haben. Das im Wahlkampf proklamierte „Europa muss sozialer werden“ muss nun umgesetzt werden.

Allerdings besitzt das Europäische Parlament immer noch nicht alle demokratischen Rechte, deshalb muss im so genannten Post-Lissabon Prozess eine Demokratisierung der Europäische Union eingefordert werden.

Inhaltliche Schwerpunkte

Finanzkrise

Als PP Europa, Frieden und Internationales werden wir uns aktiv in die Kampagne „Linke Politik – wir werden konkret!“ einbringen:

Welche Veränderungen brauchen wir auf internationaler Ebene? Welche Regulierungen müssen auf internationaler Ebene ansetzten und welche Institutionen können diese umsetzen und überwachen? Wie müssen sich internationale Institutionen auch ändern? Ein Weiter So im Bezug auf den IWF, die Weltbank, die WTO und bei Basler Ausschuss für Bankenaufsicht darf es aus unserer Sicht nicht geben. Und wie können wir die UN als Gesamtorganisation reformieren und stärken?

Was sind die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ärmsten der Armen, droht in einigen Ländern eine neue Hungerkrise? Welche Folgen hat die Krise auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen?

Wirft die Krise die Schwellenländer wieder ein Stück zurück oder können sie ihren Status halten und ausbauen, so wohl im Bezug auf wirtschaftliche Entwicklung als auch um erkämpfte politische Gestaltungsräume? Ist die G20 die neue G7?

Länderschwerpunkt Asien

Als Jusos haben wir nur wenige direkte Kontakte nach Asien. Dies liegt vor allem an dem Fakt, dass wir in vielen Ländern keine Partnerorganisationen haben. Wir wollen uns deshalb in den nächsten zwei Jahren mit dem Kontinent Asien inhaltlich auseinandersetzen.

Das Hauptproblem Asiens ist die fehlende Demokratisierung in fast allen Ländern. Deutlich wird dies wenn man sich ansieht welchen Weg Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken gegangen sind, insbesondere im Kaukasus und den Staaten Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgisien. Wir wollen uns ansehen wie sich diese Staaten seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelt haben und welche Potentiale für eine Demokratisierung wir sehen.

Im letzten Jahr hat sich der Juso Bundesvorstand zu ersten Mal mit der Jugend der Kommunistischen Partei Chinas getroffen. Am Ende der Reise haben wir beschlossen uns weiter mit China auseinanderzusetzen, um auch regimekritische Stimmen, z.B. von ArbeiterInnen, NGOs oder ExilantInnen zu hören. Neben dem fehlen von demokratischen Strukturen auf allen Ebenen, stellt sich in China vor allem die soziale Frage. Neben der sozialen spielt jedoch auch die ökologische Frage ebenfalls eine bedeutende Rolle. Voraussichtlich wird China die USA im nächsten Jahr im CO₂-Ausstoß überholen und wird damit der größte Emittent der Welt sein. Mit den ökologischen Folgen nicht nur für China, sondern auch für die anderen Teile dieser Welt, werden wir uns intensiv beschäftigen. Wir wollen thematisieren, wer überhaupt am wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre teilhatte und wen die Wirtschaftskrise trifft. Welche Zusammenhänge es zwischen fehlenden Demokratischen Strukturen und der soziale Frage gibt?

Der Iran hält an seinem Atomprogramm fest, daran hat die Führung in den letzten Jahren keinen Zweifel aufkommen lassen. Die USA hat nun ihre Strategie gegenüber dem Iran geändert, vom proklamierten Schurkenstaat hin zum Dialogangebot. Wir Jusos vertreten seit langen Jahren die Forderung: keine Atomwaffen für Niemanden. Wir wollen uns deshalb noch einmal umfassender mit der Frage, welche Rolle spielt der Iran für die internationale Abrüstung befassen.

Europa

Nach der Europawahl kommt es nun darauf an die EU Kommission unter politischen Druck zu setzen und sich verstärkt für eine soziale Agenda in Europa einzusetzen. Die Privatisierungs- und Deregulierungsstrategien haben zu einer Schwächung der makroökonomischen Stabilität geführt und eben nicht die erhofften nachhaltigen Wachstumseffekte gehabt. Wir brauchen soziale Mindeststandards in Europa und werden uns dafür während der kommenden Legislaturperiode des

Europäischen Parlamentes stark machen. Im Kern muss eine europäische Beschäftigungspolitik stehen, die den Abbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen vorsieht. Eine solche Politik darf nicht nur über die Methode der offenen Koordinierung verfolgt werden, sondern muss verbindlicher für die Mitgliedsstaaten der EU werden. Außerdem wollen wir konkrete sozialpolitische Felder wie Gesundheitsversorgung oder Rente auf ihren EU-Bezug hin diskutieren und auch hierzu konkrete Vorschläge in den nächsten zwei Jahren erarbeiten.

In Anbetracht der Ratifizierungskämpfe um den Vertrag von Lissabon kommt der Debatte um ein demokratisches Europa in den nächsten zwei Jahren wieder eine hohe Bedeutung zu. Wir werden die institutionellen Zukunftsoptionen der EU nach dem Lissabon-Vertrag (oder dessen endgültigem Scheitern) diskutieren, und dabei u. a. die Möglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit beleuchten.

Weil wir ein offenes Europa wollen, werden wir auch die Entwicklungen in der Europäischen Migrations- und Asylpolitik weiter kritisch begleiten. Wir werden Druck machen auf die Umsetzung einer menschenwürdigen, einheitlichen europäischen Flüchtlingspolitik und eines wirklichen europäischen Grundrechts auf Asyl.“

Frieden

Der Kampf um Frieden bleibt ein dauerhaft wichtiges Thema in der Agenda der Jusos. Wir haben uns in den letzten 2 Jahren intensiv und auf allen Ebenen für mehr Abrüstung eingesetzt und uns damit Gehör verschafft. Trotzdem hat die Rüstungsspirale noch immer kein Ende gefunden. Gerade deswegen werden wir auch in den kommenden 2 Jahren am Ball bleiben und immer wieder konkrete Schritte hin zu einer echten qualitativen Abrüstung fordern. Gerade hier wollen wir die Zusammenarbeit mit den gewonnenen Bündnispartnern stärken.

Zu den Hauptaufgaben des Arbeitskreis Frieden gehört die inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Kriegen und Konflikten. Hier wollen wir in den nächsten zwei Jahren einen Rückblick auf die Kriegseinsätze der letzten Jahre wagen und eine politische Bewertung vornehmen.

Wir Jusos setzen uns für eine Stärkung des Multilateralismus in der Außenpolitik ein. Wir wollen Internationale Institutionen stärken. Deshalb müssen wir uns auch mit der Frage auseinandersetzen, wie und in welchen Institutionen Sicherheitspolitik heute innerhalb internationaler Bündnisse organisiert wird und welche Auswirkungen dies auf die fortschreitende Militarisierung der Außenpolitik hat.

WBZ

Das WBC Jerusalem steht auf den Grundsätzen der Jusos. Auf Basis des Zivilen Friedensdienstes mit dem Anspruch der doppelten Solidarität und der kritischen Auseinandersetzung mit beiden Seiten ist das WBC seit 2003 eine wichtige politische Initiative. Wir Jusos führen Nahost-Debatten nie abstrakt und losgelöst von der Realität vor Ort.

In den letzten Jahren wurde das Zentrum politisch gestärkt und hat viele der gestellten Ziele erreicht: Mit dem Hauskauf in Jerusalem hat die Arbeit eine langfristige Perspektive bekommen. Das Projekt ist im Verband lebendiger geworden, die Kommunikation in die Jusos hinein wurde ausgebaut und durch trilaterale Projekte und Delegationsfahrten mit verschiedenen Landesverbänden im Verband breit bekannt. Auch die Einbeziehung der IFM SEI und der deutschen Falken hat dazu seinen Teil beigetragen.

Die Arbeit des WBC ist heute wichtiger als je zuvor. Friedliche Konfliktlösungen in Israel und Palästina wieder voranzubringen, braucht eine Plattform für politischen Diskurs, Austausch, Bildung und Arbeitsressourcen. Nur im WBC ermöglichen wir es unseren Partnern der Arbeiterpartei Jugend, der Meretz und der Fatah Youth sich zu begegnen. Wir wollen diesen Dialog in Zukunft noch stärken und unsere Partner mehr in die Pflicht nehmen. Das WBC soll vermehrt auch Ausgangspunkt friedenspolitischer Initiativen sein und in unsere Partnerorganisationen hineinwirken. Der AK Nahost/WBC unterstützt das WBC bei dieser Arbeit und bildet die Brücke der Jusos nach Jerusalem.

2) Perspektivprojekt „Die Verteilungsfrage neu stellen!“

Die Finanz- und Wirtschaftskrise entstand vor allem durch unregulierte Finanzmärkte und stagnierende Masseneinkommen. Ein Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise ist die weltweite massive Umverteilung von unten nach oben bei der Primär- als auch der Sekundärverteilung. So sind sowohl in den USA als auch in Deutschland die Einkommen der ArbeitnehmerInnen kaum gestiegen, sie mussten oftmals sogar Kaufkraftverluste hinnehmen. Zusätzlich wurden Besserverdienende und Kapitaleinkommen steuerlich entlastet.

Aber auch jetzt mitten in der Krise stellt sich insbesondere die Verteilungsfrage: Wer bezahlt die Auswirkungen der Krise?

In diesem Perspektivprojekt wollen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie hoch werden die Kosten der Krise sein. Welche Instrumente stehen uns zur Verfügung hier die Kosten sozial gerecht umzuverteilen. Wo greift das Verursacherprinzip? Die Krise darf nicht zu Einschnitten im sozialen Netz führen.

Aufgrund der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen haben wir eine immer stärkere Polarisierung. Wenige mit viel Reichtum stehen vielen mit wenig Reichtum gegenüber. Armut führt nicht nur zu materieller Not, sondern auch zu sozialer Ausgrenzung, die sich in schlechteren Bildungschancen und immer geringer werdenden Partizipationsmöglichkeiten an unserer Gesellschaft manifestiert. Es ist an der Zeit, dass endlich wirksam gegengesteuert wird. Dies wird nur gelingen, wenn man die Verteilungsfrage neu aufmacht.

Als erste Reaktion auf die Krise wurden von der Bundesregierung Konjunkturprogramme aufgelegt. Dies war ein Schritt in die richtige Richtung, doch mit einer sozialen und koordinierten Binnenmarktpolitik hatten die Konjunkturprogramm I und II wenig zu tun.

Wir müssen für uns definieren:

Wie funktioniert eine zielorientierte makroökonomische Konjunktursteuerung im Zusammenspiel mit der Forderung nach mehr Gerechtigkeit?

Eine Frage ist dabei die Verbesserung der Sekundärverteilung über die Steuer- und Abgabepolitik. Wir wollen eine Steuerpolitik, die arme Menschen ent- und reiche Menschen mehr belastet, damit der Staat die nötigen Mittel zur Investition zum Beispiel in Bildung und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge hat.

Zentral ist für uns zudem die Bekämpfung von Armut. Dabei spielt die Ausgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme eine bedeutende Rolle. Mit der Finanzkrise begann auch ein leichtes Umdenken bei der Altersversorgung, nachdem einige Menschen ihre private Altersvorsorge an den Aktienmärkten verloren haben. Auch heute ist noch nicht ganz geklärt in wie weit Menschen bei privaten Lebensversicherungen Einbußen hinnehmen müssen. Wir wollen deshalb diskutieren wie wir die gesetzliche Rentenversicherung stärken und Altersarmut entgegenwirken können. Die soziale Frage kann jedoch nur hinreichend beantwortet werden, wenn zu der fiskalischen Perspektive eine sozial-integrative eingenommen wird. Deshalb soll innerhalb des Perspektivprojektes auch die Thematik des öffentlichen Beschäftigungssektors diskutiert werden, wobei hier auch der Aspekt der Integration durch den Arbeitsmarkt und die individuelle Bedürfnisorientierung berücksichtigt werden muss.

3) Perspektivprojekt „Wirtschaft – ökologisch, demokratisch und sozial steuern!“

In den letzten Jahren wurde eine Politik des freien Marktes gefahren. Diese ist gescheitert. Ziel muss es nun sein, dass Wirtschaft nicht mehr unreguliert existieren kann, sondern Stück für Stück mehr am Gemeinwohlinteresse ausgerichtet wird.

So soll in diesem Projekt zunächst die Frage behandelt werden, warum der Kapitalismus krisenhaft ist und wie konkret die gegenwärtige Krise erklärt werden kann. Für die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise werden im Moment viele Erklärungsansätze geliefert. Diese bleiben jedoch sehr oberflächlich oder werden um die gewünschte Lösung herum gebastelt. Die Seite, die eigentlich am bestehenden System höchstens kosmetische Korrekturen vornehmen will, bemüht die moralische Frage: die Gier der Investmentbanker führte uns in diese Krise. Und auf der linken Seite wird oftmals pauschal nach mehr Regulierung gerufen, ohne zu erklären wo. Für eine fundierte Kritik brauchen wir eine gemeinsame Analyse, wo für uns die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise liegen. Wir brauchen gegenwärtig mehr als einen Schritt in die richtige Richtung, wir brauchen eine Neugestaltung des Systems. Deshalb wollen wir uns in diesem Perspektivprojekt damit auseinandersetzen, welche grundlegenden Änderungen notwendig sind.

Als zweiter Punkt soll diskutiert werden, wie dafür gesorgt werden kann, dass Wirtschaft sich stärker sozialen Anforderungen unterordnen. Wirtschaftsdemokratie und alternative Formen des Wirtschaftens wie z.B. Genossenschaften werden hier eine zentrale Rolle spielen. Hierzu zählt auch die Frage, welche Bereiche dem Markt entzogen, wie staatliches Handeln in diesen Sektoren organisiert sein soll und in welcher Form der Staat seiner Unternehmertätigkeit im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und wichtiger Wirtschaftssektoren nachkommen kann.

Als dritten Punkt wollen wir die Frage von keynesianistischer Wirtschaftspolitik thematisieren. Sie stellt für uns eine Antwort auf die Krise dar, mit der mehr soziale Gerechtigkeit im Hier und Jetzt verwirklicht werden können. Konkret wollen wir fragen, wie Antworten auf einen Strukturwandel und eine gezielte Investitionspolitik ausgestaltet werden kann. Hierbei wollen wir einen Schwerpunkt auf ökologische Fragen legen.

Wir wollen den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Dazu braucht es die Energiewende von links und diese verlangt den deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. Hieraus entsteht neben den klimapolitischen Vorteilen außerdem erhebliches Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenzial. Unser Ziel ist eine möglichst energie- und rohstoffeffiziente Gesellschaft, die sich auf dem Weg in ein solares Zeitalter auf zukunftsweisende Wirtschaftszweige spezialisiert und gleichzeitig in den

vorhandenen Industriesektoren auf größtmögliche Innovation setzt. Einhergehend fordern wir den schnellstmöglichen Umbau unserer Energiewirtschaft hin zu dezentralen Infrastrukturen mit demokratisch kontrollierten Stadtwerken, den Ausbau von regenerativen Energien und eine deutliche Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Hierzu gehört auch der schnellstmögliche Umstieg unseres Verkehrswesens auf Elektromobilität und die Rückbesinnung auf die Stärken des ÖPNV.

Kampagnen-Convention und Kongress

Anfang des Jahres 2010 und unser Kongress zum Kampagnenabschluss Ende 2010 sind große Veranstaltungen. Die Kampagnenconvention wollen wir als eine Unterbezirks-Konferenz ausgestalten. Der Kongress soll eine öffentliche Veranstaltung für an linker Politik interessierte junge Menschen sein.

V) Weitere Vorhaben

Auch über die Kampagne hinaus beschäftigen wir uns mit zahlreichen Projekten.

1) Jugendwahlkampf

Im Sommer 2009 nimmt der Wahlkampf für uns einen zentralen Platz ein.

Wir Jusos sind der Aktivposten im Wahlkampf. Wir werden für die SPD einen engagierten Wahlkampf führen und dabei insbesondere unsere AltersgenossInnen ansprechen. Wir stellen aber auch Ansprüche an die SPD. Schließlich können wir nur glaubhaft für die SPD streiten, wenn wir uns auch mit den zentralen inhaltlichen Forderungen der SPD identifizieren können.

Um junge Menschen anzusprechen, muss die SPD erstens Antworten auf die Fragen geben, die sich für junge Menschen in ihren Biographien stellen. Das heißt, man muss an die Lebensrealitäten wie Schule, Ausbildung, Studium und Job anknüpfen. Zweitens müssen aber ebenso Antworten auf die großen Fragen der Zeit gegeben werden, da junge Menschen sich mit dem Lauf der Welt selbstverständlich beschäftigen.

Erstmalig führen wir Jusos den gesamten Jugendwahlkampf der SPD. Klar ist für uns, dass wir keinen Jubel-Wahlkampf führen, sondern einen Wahlkampf für bestimmte politische Projekte.

2) Innerverbandliche Bildungsarbeit

Politische Bildung ist Träger von Werten und Traditionen, vermittelt inhaltliche Grundlagen und spielt bei der Schaffung von Partizipation und innerverbandlicher Demokratie eine ganz entscheidende Rolle. Politische Bildung ist die Grundlage jeder Kampagnenfähigkeit und „Schlagkraftherhöhung“ des Verbandes. Das Ziel der Bildungsarbeit ist der Generationenaufbau von links.

Dabei ist eine stärkere Koordinierung der innerverbandlichen Bildungsangebote zwischen den Bezirks- und Landesverbänden sowie den in den letzten Jahren entstandenen Angeboten des Bundes notwendig. Wir wollen einen ReferentInnen-Pool aufbauen.

Die Modulreihe „Politdiplom“ hat sich bewährt und wird 2010 mit einem weiteren Durchgang fortgesetzt. Sie bietet eine fortschrittliche Verbindung von theoretischen und organisatorischen Kompetenzen in Form einer Grundlagenschulung. Weiter intensiviert werden Verbindungen zu Kooperationspartnern. Auch hier muss die Doppelstrategie umgesetzt werden. Der Bedarf nach diesem Angebot ist spürbar gewachsen und auch der Anspruch an Folgeveranstaltungen. Dem wollen wir Rechnung tragen und das Angebot den Bedürfnissen des Verbandes entsprechend weiterentwickeln.

Auch in strukturschwachen Regionen des Verbandes wollen wir die politische Bildungsarbeit durch aktive Unterstützung oder eigene Angebote vor Ort ermöglichen.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Gleichstellung der Geschlechter. Die Bildungsmaßnahmen sollen deshalb paritätisch nach Geschlechtern besetzt werden. Gender-Dialoge sollen soweit möglich Bestandteil aller Bildungsangebote werden. Gleichstellung wird bei allen Bildungsangeboten des Bundesverbandes eine wichtige Rolle spielen. Im Rahmen der Verbandsschule werden wir Gender-Trainings veranstalten. Gender-Mainstreaming muss in allen Bildungsmaßnahmen des Bundesverbandes mitgedacht- und umgesetzt werden. Spezielle Angebote an junge Frauen, bei denen theoretische Aspekte des Feminismus erörtert werden können und bei denen junge Frauen die Möglichkeit erhalten, Politik ohne Männer zu diskutieren, werden weiterentwickelt und umgesetzt. Bei der Einladung von ReferentInnen wie auch beispielsweise bei der Besetzung von Podien wird sich um eine paritätische Besetzung nach Geschlecht bemüht.

2008 haben wir nach dem Wahlkampfcamp 2005 wieder ein Sommercamp durchgeführt, dass auf großen Zuspruch gestoßen ist. Es leistete einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und innerverbandlichen Kultur. 2009 werden wir ein Wahlkampfcamp im größeren Rahmen

veranstalten. Wir möchten dann in 2010 wieder ein Juso-Sommercamp anbieten. Dabei werden wir das Angebot so gestalten, dass es im Schwerpunkt für Neumitglieder attraktiv ist.

3) Publikationen

Die Publikationen des Verbandes spielen eine entscheidende Rolle und haben sich bewährt. Das Argumente-Heft soll so fortgeführt werden. Es ist zum einen Bestandteil der innerverbandlichen Bildungsarbeit. Zum anderen ist es der Ort, an dem inhaltliche Diskussionen in grundsätzlicher Weise geführt und politische Schwerpunkte gesetzt werden. Es soll weiterhin eine Redaktion geben. Es ist anzustreben, dass sich die Öffnung zu den sozialen Bewegungen auch im Argumente-Heft wiederfindet und die inhaltliche Auseinandersetzung gerade auch über dieses Medium geführt wird. Auch das Update-Heft soll fortgeführt werden. Es ist das Medium, mit dem auf aktuelle Geschehen eingegangen werden kann, in dem alle Verbandsteile über politische Aktivitäten berichten können und über das der Informationsfluss gewahrt ist.

Neben diesen Publikationen werden wir in den nächsten zwei Jahren für einige Bereiche unsere Positionen in Broschüren niederschreiben. Dies ist besonders wichtig wenn wir neue Partner ansprechen wollen.

4) Online-Bereich

Das Internet gewinnt zunehmend an Bedeutung in der politischen Kommunikation. – und zwar nicht nur im Wahlkampf. Wir Jusos sind gut aufgestellt. Seit dem Relaunch von jusos.de verfügen wir über eine zeitgemäße Homepage, die zusammen mit dem neuen Blog die Basis für alle weiteren Online-Aktivitäten bildet. Der Juso-Bundesverband ist in allen relevanten Social-Communities mit eigenen Angeboten präsent.

Das Internet verändert auch die Arbeit im Juso-Verband. Ereignisse finden inzwischen meist sofort ihren Weg in soziale Netzwerke, und (Micro-)Blogs. Die Kommunikation erfolgt zunehmend dezentral und ungesteuert. Wir sind uns der dadurch entstehenden Risiken insbesondere für den Schutz der Privatsphäre bewusst, wir Jusos begreifen dies aber auch als eine Chance, die politische Kommunikation zu enthierarchisieren und in einen direkteren Austausch zu treten. Die Online-Kommunikation kann natürlich nicht unsere Gremien und Versammlungen ersetzen. Internetplattformen bieten uns aber die Möglichkeit, kostengünstig größeren Teilen des Verbands partizipieren zu lassen und Kommunikationsschwellen zu senken. Allerdings sind die relativ neuen Online-Instrumente bisher bei uns noch kein fester und integrierter Teil der Verbandsarbeit. Daran werden wir zukünftig verstärkt arbeiten – ein Zurück in die „Offline-Welt“ ist für uns auch nach der Wahlkampfzeit undenkbar.

Konkrete Vorhaben:

- Unsere Homepage jusos.de wird dem Verband und der Öffentlichkeit alle zentralen Informationen zu unserer politischen Arbeit bereitstellen. Wir werden verstärkt Arbeitshilfen online zur Verfügung stellen.
- Im Blog des Juso-Bundesverbands wird der Bundesvorstand mehrmals wöchentlich aktuelle Artikel posten. Wir nutzen den Blog, um in einen Dialog zu treten.
- Wir sind in den relevanten sozialen Netzwerken präsent und nutzen diese als zusätzlichen, niedrigschwelligen Kommunikationskanal.

5) Antifaschistische Arbeit

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus spielt in den nächsten zwei Jahren in unserer politischen Arbeit eine große Rolle.

Klar ist für uns, dass wir eine politische Strategie auf drei Ebenen verfolgen. Dies ist erstens die Ebene der Prävention. Damit meinen wir Aufklärung und die deutliche Abgrenzung zu jedweder rassistischer, antisemitischer oder nationalistischer Äußerung. Zweitens geht es um die Ebene der Förderung. Antifaschistische Arbeit ist zu fördern und nicht zu kriminalisieren. Zivilgesellschaftliche Projekte müssen finanziell und langfristig gefördert und abgesichert werden. Drittens sind die vorhandenen Instrumente der Repression konsequent zu nutzen.

Antifaschistische Arbeit bedarf auch theoretischer Grundlagen. Diese zu vermitteln soll Aufgabe der „Netzwerkstelle“ sein. Sie übernimmt in diesem Bereich die innerverbandliche Bildungsarbeit auf der Ebene des Bundesverbandes.

In den nächsten zwei Jahren wird unser Schwerpunkt auf der Unterstützung, Bündelung und Vernetzung antifaschistischer Arbeit vor Ort und mit unseren BündnispartnerInnen liegen. Die Koordination dieser Aufgaben und die Mobilisierung zu Großveranstaltungen ist im Zuständigkeitsbereich der „Netzwerkstelle“.

Wir wollen die direkte Vernetzung der im Bereich Antifa aktiven Jusos fördern, hierfür werden wir ein Vernetzungsseminar Antifa durchführen.

6) Feministische Arbeit

Der Verband ist nach wie vor männlich geprägt. In den Landes- und Bezirksverbänden stehen nur in wenigen Fällen Frauen an der Spitze, in den Unterbezirken sieht es nach wie vor ähnlich aus wie in den letzten Jahren. Dabei sind nicht die Frauen in unserem Verband das Problem, sondern dominant-männliche Verhaltensmuster und Politikstile. Wir müssen aufhören, den aktiven Frauen ins unserem Verband vorzuwerfen, sie seien zu wenige und nicht aktiv genug! Vielmehr müssen wir unser Verhalten selbst reflektieren und auf diskriminierende Aspekte überprüfen. Die angesprochenen Gender-Dialoge und –Trainings bieten dafür einen vielversprechenden Auftakt.

Das Thema Gleichstellung- und Geschlechtergerechtigkeit wird im Verband sehr unterschiedlich behandelt. Während in manchen Bezirken und Landesverbänden regelmäßig zu dem Themenbereich getagt wird und es feste Institutionen und Programme (Gender- und Gleichstellungsarbeitskreise, Frauen- und Sexismuskommission, Frauennetzwerk, Mentoringprogramm) gibt, findet das Thema in anderen Bereichen kaum Berücksichtigung. Nach wie vor ist es mit Vorurteilen besetzt, und auch Diskriminierung und Sexismus sind in unserem Verband teilweise noch Realität. Feministische Arbeit bei den Jusos wird für verbandsweite Aktivitäten durch den Bundesvorstand betreut. Autonome Frauenzusammenhänge und die Information der gleichstellungspolitisch Engagierten in den Landesverbänden fand über eine yahoogroup und einen Newsletter statt. Dies werden wir fortführen.

Sowohl Frauen als auch Männer sollen am Thema Gleichstellung/ Feminismus mitarbeiten können. Ein Netzwerktreffen, das/der mindestens einmal im Jahr an einem Wochenende stattfindet und bei dem möglichst viele Interessierte zusammenkommen können, ist hier eine sinnvolle Alternative. Dieses Netzwerk werden wir weiter verfestigen durch weitere Beteiligungsformen (Internetplattform, Telefonkonferenzen, E-Mail-Verteiler etc.), welche regelmäßig bedient werden.

Darüber hinaus muss die Bündnisarbeit intensiviert werden. Sinnvoll ist es dazu, BündnispartnerInnen extra oder zu Netzwerktreffen (s.o.) und sonstigen Verbandsveranstaltungen noch gezielter einzuladen. Dabei sind insbesondere sowohl die gewerkschaftlich aktiven Frauen und Frauen aus der (internationalen) Freiwilligenarbeit als auch der Aspekt der feministischen Kultur mit einzubeziehen.

Wir dürfen die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten in den letzten Jahren nicht vernachlässigen. Sowohl pop-feministische Argumente als auch den Gender-Ansatz müssen wir in unseren Diskussionen berücksichtigen. Nur wenn wir diese Aspekte wahrnehmen, können wir für uns beanspruchen, eine Diskussion auf der Höhe der Zeit zu führen. Wo Pop-Feminismus an

kulturellen Tradierungen ansetzt, bietet Gender-Mainstreaming die Chance Gleichstellung in institutionalisierter Politik und Verwaltung konkret umzusetzen. Die fängt bei uns selbst an: nur wenn wir Gleichstellung in allen Themengebieten thematisieren und ernsthaft diskutieren, können wir Feminismus und Gleichstellungspolitik in der Breite des Verbandes verankern. Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming sind keine peripheren Anhängsel, sie gehören ins Zentrum der Debatten bei den Jusos.

Feminismus muss als Querschnittsaufgabe behandelt werden: in der Arbeit der Perspektivprojekte, indem Gender-Dialoge in jedem Perspektivprojekt durchgeführt werden sollen, als Bestandteil der Kampagne, mit Gleichstellungsworkshops beim Sommercamp und einem Gender-Training als Teil des Politdiploms.

7) Integrationspolitische Arbeit

Das „Werkstattgespräch Integration“ als Ort für Austausch mit diversen anderen Verbänden sowie interessanten Einzelpersonen hat sich bewährt. Das Thema muss jedoch in unserem Verband stärker gesetzt werden. Es findet sich nicht in der Arbeit sämtlicher Untergliederungen wieder und auch die SPD-Programmatik ist an vielen Punkten verbesserungsbedürftig.

Als konkrete Aufgaben für die nächste Zeit sehen wir die Sensibilisierung des Verbandes für das Thema. Inhaltlich soll das Thema durch das Bereitstellen von Informationen und der Vorbereitung von Anträgen in den Verband getragen werden. Im Rahmen eines Netzwerkes, das vom Bundesvorstand koordiniert wird, soll der Dialog zwischen ExpertInnen aus den Bezirken, VertreterInnen von Migrantenselbstorganisationen und WissenschaftlerInnen im Rahmen des „Werkstattgesprächs Integration“ und einem gemeinsamen Seminar mit BündnispartnerInnen vertieft werden. Wir werden zudem unsere Debatten in die Partei tragen. Integration soll zudem Querschnittsthema sein.

Inhaltliche Themen, an denen wir arbeiten wollen, sind insbesondere die politische Partizipation von MigrantInnen, Antidiskriminierungspolitik und die Frage des Aufenthalts- und Bleiberechts.

8) Bildungspolitik

Bildungserfolg ist in Deutschland wie in kaum einen anderen entwickelten Staat von der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung abhängig. Über das Bildungssystem wird der soziale Status reproduziert. Wir kämpfen für ein offenes, durchlässiges und gerechtes Bildungssystem, das allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildungserfolg bietet.

Bildungspolitik ist eines der zentralen Politikfelder auf der Landesebene. Spätestens seit der Föderalismusreform hat der Bund nur noch sehr eingeschränkte Kompetenzen. Dies zeigt sich bei

uns auch in der innerverbandlichen Arbeit, wir geben aber unseren Anspruch an eine bundesweite bildungspolitische Agenda nicht auf.

Die Bildungspolitik ist ein Bereich, der vor allem von den Juso-Landesverbänden und Unterbezirken bearbeitet wird. Als Juso-Bundesverband werden wir diese Arbeit soweit möglich unterstützen und uns für eine koordinierte Positionierung der Jusos in grundsätzlichen Fragen einsetzen. Dies wollen wir in Form einer Netzwerkstelle bewerkstelligen. Da die Berufliche Bildung beim Bundesforschungsministerium angegliedert ist und diese somit Bundessache ist, sollte sich auch der Bundesverband der Jusos mit dieser Thematik auseinandersetzen. Denn gerade die Duale Ausbildung, die ein erfolgreiches Zukunft versprechendes Ausbildungssystem in Theorie und Praxis darstellt, wird immer wieder von Unions und FPD Kreisen in Frage gestellt. Deshalb müssen die Jusos hier immer wieder klarstellen das an der Dualen Ausbildung im Kern nicht gerüttelt werden darf.

Die Hochschulpolitik wird vor Ort an den Hochschulen, in den Bundesländern und auf Bundesebene in erster Linie von den Juso-Hochschulgruppen bestritten. Wir werden weiterhin mit den Hochschulgruppen konstruktiv zusammenarbeiten und uns – wie in den letzten Jahren üblich – gegenseitig bei unserer Arbeit unterstützen.

9) SchülerInnen-Arbeit

Das Interesse an Juso SchülerInnenarbeit ist nach wie vor groß, doch die Strukturen haben sich vor Ort verändert. Eine autonome SchülerInnenarbeit findet nur noch in wenigen Landesverbänden statt.

Die unterschiedlichen Ansprüche an Juso SchülerInnenarbeit sollen in einer Netzwerkstelle des Juso-Bundesvorstandes gebündelt werden. Ein regelmäßig erscheinender Newsletter soll den Informationsfluss zwischen den Interessierten sicher stellen. Außerdem soll es eine eigene Unterseite auf jusos.de für Juso SchülerInnen geben. Der Juso SchülerInnenkongress soll jährlich parallel zum Perspektivwochenende stattfinden.

Ziel ist dabei, die Strukturen vor Ort zu stärken, damit die Hürden für die Etablierung neuer Juso SchülerInnen-Gruppen gesenkt werden können. Feste AnsprechpartnerInnen in den Landesverbänden und Bezirken können hilfreich sein, den ersten Kontakt mit den Jusos niedrigschwelliger zu gestalten und praktische Hilfestellung zu leisten. Unser Ziel ist, mehr Schülerinnen und Schüler zur Mitarbeit in Juso SchülerInnengruppen zu bewegen.

10) Inneres

Das Feld der „Inneren Sicherheit“ gewinnt, bedingt durch neue und schärfere „Sicherheitsgesetze“, intensiven Austausch persönlicher Daten durch Sicherheitsbehörden und privatwirtschaftliche Akteure und damit verbundene Einschränkungen in individuelle Freiheitsrechte, zunehmend an Bedeutung in der Gesellschaft und im Verband.

Im Perspektivprojekt „Rechtsextremismus, Inneres, Demokratie und Migration“ haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren intensiv mit grundsätzlichen Fragen zur „Inneren Sicherheit“ auseinandergesetzt und diese immer wieder mit aktuellen Geschehnissen in Verbindung gebracht. In den kommenden zwei Jahren wollen wir die Arbeit in diesem Bereich mit einer Netzwerkstelle institutionell verankern und möglichst viele, die im Verband an diesem Thema arbeiten, zusammenbringen. Wir werden der Inneren Sicherheit einen eigenen Verantwortungsbereich im Bundesvorstand widmen, der die thematische Arbeit im Verband koordiniert. Zu dieser koordinierenden Arbeit gehört es zudem, den Verband über aktuelle Entwicklungen zu informieren, die inhaltliche Debatte im Verband zu führen und Impulse für die Weiterentwicklung der Juso-Positionen zu geben.

Die Doppelstrategie wird auch weiterhin einen großen Stellenwert bei unserer Arbeit erfahren. Neben politischen Mehrheiten, auch über die Parteigrenzen hinweg, bauen wir den Kontakt zu unseren BündnispartnerInnen aus, um gemeinsam auch gesellschaftliche Mehrheiten zu organisieren und zu nutzen. Wir tauschen uns kontinuierlich mit unseren BündnispartnerInnen im Themenbereich Innere Sicherheit aus. Einmal im Jahr organisiert die Netzwerkstelle eine Veranstaltung für TeilnehmerInnen aus dem Kreis der BündnispartnerInnen sowie Interessierten im Verband. Ziel des Treffens ist der Austausch über aktuelle politische Entwicklungen im Themenbereich und die Vernetzung der Aktiven.

VI) **Perspektive**

Derzeit besteht die Chance, dass sich nachhaltig in unserer Gesellschaft etwas nach links verändert. Diese Chance wollen wir Jusos nutzen. Diese Chance wollen wir in der SPD nutzen und uns aktiv in die Auseinandersetzung um die inhaltliche Ausrichtung der Sozialdemokratie einbringen. Diese Chance wollen wir in der Gesellschaft nutzen und uns in gesellschaftliche Diskussionen, in soziale Bewegungen und Initiativen einbringen.

Wir wissen: Diese Welt ist von Menschen gemacht und von Menschen veränderbar. Es gibt eine Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung. Für diese kämpfen wir und nennen sie demokratischen Sozialismus.

B

Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1 - Bundesvorstand

Mitbestimmung ausbauen – ArbeitnehmerInnen stärken Für eine zeitgemäße Mitbestimmung in Deutschland und Europa

1. Einleitung: Mitbestimmung als Teil der Wirtschaftsdemokratie

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist Kernbestandteil sozialistischer Politik. Ziel ist es, durch Wirtschaftsdemokratie für den Einzelnen Befreiung in Arbeit zu erreichen. Für uns Jusos ist Wirtschaftsdemokratie damit ein ganzheitliches Konzept und geht weit über ordnungs- und prozesspolitische Wirtschaftspolitik hinaus. Unter Wirtschaftsdemokratie verstehen wir ökonomische Strukturen und Verfahren, die an Stelle autokratischer Strukturen treten, und die demokratische Mitbestimmung aller bzw. der ökonomisch Betroffenen gewährleisten. Dazu gehört demokratisch legitimierte Globalsteuerung zur Verständigung darüber, wie in unserem Gemeinwesen „gewirtschaftet“ werden soll (inklusive der Frage nach Vergesellschaftungen, genossenschaftlichen und anderen gemeineigentumsbasierten Unternehmensformen) ebenso, wie die Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene in allen Bereichen eines Unternehmens durch gemeinschaftliche Vertretung der MitarbeiterInnen im Betrieb oder über Gewerkschaften.

Uns Jusos ist bewusst, dass zur Wirtschaftsdemokratie mehr gehört, als „nur“ die Forderung nach mehr Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen. Dennoch spielt diese für uns Jusos eine große Rolle bei der Umsetzung von Wirtschaftsdemokratie. Dabei lehnen wir die rein funktionalistische Betrachtung und von Verwertungslogik geprägte Sichtweise auf innerbetriebliche Mitbestimmung ab. Für uns gehört aufgrund der Forderung nach Demokratisierung aller Lebensbereiche die Implementierung demokratischer Mitwirkungsrechte auch in der Wirtschaft dazu – getreu nach dem Motto „Demokratie hört nicht am Werkstor auf“! Über die Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen können die ArbeitnehmerInnen direkt Teilhabe und Mitgestaltung über den Produktionsprozess, die herzustellenden Produkte und die Geschäftsstrategien ausüben. Natürlich

geht es auch darum, Mitbestimmung als Schutzrecht und Stärkung des Faktors Arbeit gegenüber dem Kapital zu etablieren. Darüber hinaus geht es bei der Mitbestimmung um überbetrieblich organisierte ArbeiterInnen- und ArbeitnehmerInneninteressen, die von den Gewerkschaften gebündelt werden.

2. Geschichte der Mitbestimmung

Die Geschichte der Mitbestimmung ist geprägt von erkämpften Fortschritten, von erlittenen Rückschritten, Kompromissen, aber auch enttäuschten Erwartungen.

Wurzeln

Mit der beginnenden Industrialisierung und der Herausbildung eines Industrieproletariats wurde auch die Frage aufgeworfen, ob die eigentlichen ProduzentInnen, die ArbeiterInnen nicht auch Einfluss auf die Bedingungen der Produktion haben sollten. Dabei spielte die Frage der Sozialisierung bereits eine große Rolle.

Erste rechtspolitische Ansätze gab es 1848: In der verfassunggebenden Nationalversammlung gab es einen Minderheitenentwurf, in dem die Forderung nach demokratischen Elementen in den Betrieben festgelegt wurde. Dieser hatte aber keine realen Auswirkungen, da die Verfassung niemals in Kraft trat und es selbst innerhalb der Versammlung keine Mehrheit für diese Forderung gab. Die inkonsequente Haltung der bürgerlichen Eliten zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verhinderte eine Aufnahme.

In der Folgezeit bis zum Ersten Weltkrieg konnte Mitbestimmung nur in wenigen Betrieben durch meist harte Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Schon damals zeichnete sich ab, dass KapitaleignerInnen nur dann zu Zugeständnissen im Bereich Mitbestimmung bereit sind, wenn damit in ihrem Sinne Schlimmeres vermieden werden kann.

Mitbestimmung gegen Burgfrieden

1916 trat das Gesetz des Vaterländischen Hilfsdiensts in Kraft. Es sah Arbeiterausschüsse für alle kriegswichtigen Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten vor. Damit sollte die bröckelnde Zustimmung der ArbeiterInnen für die kaiserliche Kriegspolitik dadurch wiedergewonnen werden, dass die ArbeiterInnen stärker eingebunden werden.

Revolution, Aufbruch und Enttäuschung

Nach der Revolution 1918 stellte sich nach der Überwindung des Feudalismus im Staat die Frage, wie die Wirtschaft neu zu organisieren sei.

Eine Option war, die von der politischen Linken präferierte Sozialisierung wesentlicher Wirtschaftszweige sowie der Banken. Eine andere Option war, das Prinzip von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung unangetastet zu lassen und dafür demokratische Kontrolle in Betrieb, Unternehmen und Gesamtwirtschaft einzuführen. Letzteres Modell setzte sich durch. Zum Teil wurde von SozialistInnen damit argumentiert, dass die ArbeiterInnen durch die Mitbestimmung langfristig erst in die Lage versetzt werden, Betriebe in Eigenregie zu führen.

In der Weimarer Verfassung 1919 und im Betriebsrätegesetz 1920 wurde das System von Betriebsräten kodifiziert. Es gab heftige Auseinandersetzungen im Zuge der Beratungen. Kritikpunkte daran war u.a., dass der Rätegedanke dadurch aufgegeben wurde, weil keine jederzeitige Abwahl der Betriebsratsmitglieder im Gesetz aufgenommen wurde. Ein anderer genereller Kritikpunkt am Betriebsratssystem ist, dass ein betriebliches von Gewerkschaften unabhängiges System tendenziell zu einer zu starken betrieblichen Einbindung und zur Schwächung überbetrieblicher gewerkschaftlicher Kämpfe führt.

Die betriebliche Praxis zeigte, dass zum einen die ArbeitgeberInnen die neuen Zustände weitgehend nicht akzeptierten und zum anderen die oben genannte Kritik nicht vollkommen aus der Luft gegriffen war, zumindest in Einzelfällen.

Betriebsgemeinschaft und Betriebsführerschaft im NS-Regime

Für die NSDAP waren Betriebsräte und Mitbestimmung Ausdrucksformen des Marxismus, der zu bekämpfen sei. So wie es in der Volksgemeinschaft keine Unterschiede geben darf, so kann es nach Verständnis der Nazis auch in der Wirtschaft keine Interessengegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital geben. Eine These, der viele Unternehmer schon aus eigenem Interesse zustimmen konnten. Das Betriebsrätegesetz wurde durch das Gesetz zur Ordnung der Nationalen Arbeit außer Kraft gesetzt und die Auflösung der Gewerkschaften betrieben. Wie im Staat übernahm ein Betriebsführer (der Unternehmer) das Kommando.

1945: Hoffnung und Restauration der alten Eliten

Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus wurde klar, wie tief die Unternehmer in diese Diktatur verstrickt waren. Daher wurde schnell der Ruf nach demokratischer Kontrolle und nach Sozialisierung laut. Diese Hoffnungen wurden durch mehrere Landesverfassungen gestärkt, die beides vorsahen. Schnell wurden diese Hoffnungen aber enttäuscht. Unter der Regierung Adenauer kam es zu einer personellen und inhaltlichen Restauration der alten Eliten und zum Zurückdrängen demokratischer Bestrebungen in der Wirtschaft. 1951 wurde die Montanmitbestimmung, also die Unternehmensmitbestimmung in den Großbetrieben des Bergbaus und der Schwerindustrie eingeführt. Wesentliche Antriebsfeder war, dass die rüstungsrelevanten Industrien, die u.a. besonders eng mit dem Nazi-Regime verbunden waren, stärker unter demokratische Kontrolle gebracht werden sollten. Daher ist bis heute die Mitbestimmung in diesen Bereichen weitergehend als in anderen Unternehmen. Das 1952 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz, das zum einen erstmals auf Bundesebene die betriebliche Mitbestimmung und für die nicht zur Montanindustrie gehörenden Firmen die Unternehmensmitbestimmung regelte, blieb inhaltlich sowohl hinter den Erwartungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie als auch hinter den Regelungen des Betriebsrätegesetzes von 1920 zurück. Nur durch Streiks und Mobilisierung konnten die Gewerkschaften eine Mitbestimmung auf Unternehmensebene durchsetzen. Trotz einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit für eine stärkere Kontrolle der Unternehmen und eine Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen verhinderten die konservative Regierung und die wiedererstarkten UnternehmerInnen weitergehende Lösungen.

Mehr Demokratie wagen

Erst mit der Stärkung der politischen Linken innerhalb der Gesellschaft und der brandtschen „Mehr Demokratie“-Politik konnten wesentliche Verbesserungen durchgesetzt werden. Unter heftigsten Protesten der Konservativen und der Unternehmerschaft wurde 1972 das Betriebsverfassungsgesetz und 1976 die Unternehmensmitbestimmung reformiert. Dies führte zu wesentlichen Verbesserungen und zur Ausweitung der Mitbestimmungsfelder.

In der Folgezeit kam es nur noch zu wenigen Verbesserungen. So wurde mit den Jugend- und Auszubildendenvertretungen eine eigene Interessenvertretung für diese spezielle Beschäftigtengruppe in das Gesetz aufgenommen. Mit der Reform 2001 wurden auch geschlechterpolitische Belange in das Gesetz aufgenommen (z.B. durch eine Quotenregelung und die Aufnahme der Gleichstellung in den Aufgabenbereich der Interessenvertretungen).

Die Jusos forderten über die durchgesetzten Fortschritte hinaus eine wesentliche substantielle Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung. Weitergehende Initiativrechte des Betriebsrats

wurden eingefordert sowie die Ersetzung des Dogmas der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“, die hauptsächlich den Betriebsrat an einer konsequenten Interessenvertretung hindert.

Insbesondere unter der konservativen Regierung in den Achtziger Jahren wurden einzelne Regelungen zurückgenommen oder zumindest verschlechtert.

Insgesamt ist es trotz der Reform 2001 zu keiner deutlichen materiellen Ausweitung der Mitbestimmung seit den 1970er Jahren mehr gekommen. Vielmehr ist sowohl die betriebliche als auch die Unternehmensmitbestimmung immer wieder starken Anfeindungen und Kampagnen der Konservativen und Neoliberalen ausgesetzt. Auch die Bekenntnisse führender Sozialdemokraten zur Mitbestimmung können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es kaum einen Impuls für eine Ausweitung der Demokratie innerhalb der Wirtschaft gibt.

Auf EU-Ebene gibt es mit den Europäischen Betriebsräten seit den 90er Jahren erste Ansätze für eine Mitbestimmung auf internationaler Ebene. Diese haben aber im wesentlichen nur Informationsrechte und bieten die Möglichkeit zum Austausch zwischen Interessenvertretungen eines Unternehmens in verschiedenen Ländern.

Die Geschichte zeigt, dass ein Mehr an Demokratie in der Wirtschaft zum einen dann durchsetzbar ist, wenn eine gesellschaftliche Mehrheit hinter dieser Forderung steht. Unabhängig von den agierenden Personen in der Politik braucht es ein Bündnis mit den Gewerkschaften, fortschrittlichen sozialen Bewegungen, um aus einem aufgeschlossenen öffentlichen Meinungsbild einen realen Fortschritt zu machen. Gerade Krisenzeiten können ein solches Umfeld hervorbringen. Die Geschichte hat aber auch gezeigt, dass man sich immer des Widerstands von konservativ-liberaler Seite sicher sein kann.

3. Analyse: Sachstand und Herausforderungen

3.1. Sachstand

Mitbestimmung im Betrieb/ Betriebsräte

In den alten Bundesländern werden fast 50% der Beschäftigten durch Betriebsräte vertreten, in Ostdeutschland sind es 40%. Fast jeder zehnte Betrieb hat einen Betriebsrat. Jedoch variiert dies stark nach Betriebsgröße. Fast 90% der großen Betriebe mit über 500 Beschäftigten haben einen Betriebsrat, bei kleineren Betrieben fehlt oft die Vertretung der MitarbeiterInnen: nur jeder 17. Betrieb unter 50 Beschäftigten „leistet“ sich einen Betriebsrat. An Stelle von Betriebsräten oder als Ergänzung haben manche Unternehmen Runde Tische, die aber bei weitem nicht so viele Beschäftigte erreichen.

Betriebsräte besitzen zwar starke Mitbestimmungsrechte in sozialen Angelegenheiten wie bei Regelungen der Pausen-, Urlaubs-, oder Arbeitszeiten, jedoch ist die Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten – wenn es beispielsweise um Versetzungen oder gar Entlassungen geht – sowie in wirtschaftlichen Angelegenheiten sehr stark eingeschränkt. So sind Arbeitgeber nur verpflichtet nach einer Kündigungserklärung den Betriebsrat anzuhören. Das Zustimmungsverweigerungsrecht die der Betriebsrat in personellen Angelegenheiten aussprechen kann, kann der Arbeitgeber beim zuständigen Arbeitsgericht ersetzen lassen.

Auch wenn es um die Verlagerung oder Schließung von Produktionsstandorten geht, haben Betriebsräte keine Mitspracherechte. Sie können zwar Sozialpläne aufstellen, die den Kolleginnen und Kollegen häufig höhere Abfindungen einbringen. Die Tatsache, dass der Arbeitsplatz als solcher und damit verbunden die soziale Absicherung und ein zentraler Punkt, über den sich Mensch definiert, verloren geht, ist jedoch unabänderlich.

Mitbestimmung in Europa

Die Mitbestimmung in Europa ist sehr unterschiedlich ausgestaltet. In den meisten Ländern gibt es eine Betriebsvertretung nur in Unternehmen mit mehr als 35 MitarbeiterInnen, in einigen Ländern schon ab weniger, in anderen gilt das Recht für alle ArbeitnehmerInnen.

Auf europäischer Ebene können in Unternehmen mit mindestens 1000 Beschäftigten in der Europäischen Union und jeweils mindestens 150 Angestellten in zwei Mitgliedsstaaten Eurobetriebsräte (EBR) gegründet werden. Ihre Gründung erfolgt auf Initiative der ArbeitnehmerInnen. Auf ihren Antrag bei der Unternehmensleitung bildet sich ein „besonderes Verhandlungsgremium“. Der Antrag muss von mindestens 100 Beschäftigten aus zwei Mitgliedsstaaten oder ihren VertreterInnen unterzeichnet sein. Sodann muss aus jedem Mitgliedsstaat, in dem das Unternehmen einen Betrieb unterhält, ein Beschäftigter in das Verhandlungsgremium entsandt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen erfolgt die Gründung eines Eurobetriebsrates. Haben die Verhandlungen nach 3 Jahren keinen Erfolg, kann der EBR per Gesetz gegründet werden. Die Eurobetriebsräte sind jedoch kein Mitbestimmungsorgan, sondern überwiegend Beratungsorgan. In nahezu fast allen großen und mittleren Betrieben existieren bereits Eurobetriebsräte, bei kleineren Unternehmen besteht europaweit jedoch noch Nachholbedarf.

Tarifverträge

Überbetriebliche Tarifverträge sind nicht die Regel. Wohingegen in Westdeutschland gut die Hälfte der Beschäftigten in den Genuss eines überbetrieblichen Tarifvertrags kommt, ist es im Osten nur gut ein Drittel. Unter Firmentarifverträgen laufen rund 7% (W) /13% (O) der MitarbeiterInnen. Auch wenn damit noch viele ArbeitnehmerInnen und ArbeiterInnen ohne Tarifvertrag arbeiten, so orientieren sich doch oft auch nicht tarifgebundene Unternehmen an den gültigen Tarifverträgen der Branche/ Region.

Jedoch ist insgesamt ein Rückgang der Flächentarifbindung festzustellen (in den letzten 13 Jahren um knapp 15%).

Streiks in Deutschland und Europa

Fast 1,6 Millionen Beschäftigte haben sich 2008 an Streiks beteiligt. Damit ist die Zahl der Streikenden gegenüber 2007 um eine Million angewachsen. Allerdings ging die Zahl der Streiktage zurück: 542.000 Arbeitstage fielen durch Arbeitskampfmaßnahmen inklusive Warnstreiks aus. Insgesamt ist ein Trend zu mehr Streiks festzustellen, jedoch sind diese relativ kurz. Als Grund dafür werden das aggressivere Agieren der ArbeitgeberInnenverbände genannt, deren Druckpotential u.a. durch das in §116 des Arbeitsförderungsgesetzes festgeschriebene Instrument der „Kalten Aussperrung“ unnötig erhöht wird und der deshalb abgeschafft werden sollte sowie die gewachsene Konfliktbereitschaft der Beschäftigten in Anbetracht der gestiegenen „Zumutungen“. Auch die Zersplitterung der Tariflandschaft trägt zu mehr Streiks bei. Im internationalen Vergleich ist Deutschland jedoch ein relativ streikarmes Land. In Frankreich und Italien beispielsweise finden relativ häufiger Streiks statt, auch die Möglichkeit des Generalstreiks besteht dort.

Bereits 1947 führten die Alliierten aus diesem Grund eine paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten der Eisen- und Stahlindustrie ein, die noch heute im Montan-Mitbestimmungsgesetz gilt. In den folgenden Jahren versuchten Gewerkschaften zum Teil leider erfolglos die vollparitätische Mitbestimmung auch in den übrigen Branchen politisch durchzusetzen. So werden im Mitbestimmungsgesetz zwar die Hälfte der Aufsichtsratsposten jeweils von ArbeitnehmerInnen und Anteilseignern/Aktionären entsandt, jedoch setzt das doppelte Stimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden, der in der Regel immer von den Kapitaleignern gestellt wird, die formell bestehende Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern faktisch außer Kraft. Auch das 2004 in Kraft getretene Drittelbeteiligungsgesetz, in dem die ArbeitnehmerInnen nur ein Drittel der Aufsichtsratspositionen innehaben, zeigt wiederum Tendenzen, die Arbeitnehmer aus basisdemokratischen Entscheidungsprozessen auszuschließen. Diese Gesetzesmerkmale lehnen wir konsequent ab!

3.2. Herausforderungen der Mitbestimmung

In Anbetracht hoher Arbeitslosigkeit und steigender internationaler Konkurrenz, ist die Mitbestimmung zunehmend in die Defensive geraten. Es ging nur noch darum, Arbeitsplätze zu erhalten, weniger darum, die Qualität der Arbeit auch durch den Ausbau der Mitbestimmung zu verbessern. Im Zuge der Debatte um Gute Arbeit, die von den Gewerkschaften und auch von der Sozialdemokratie geführt wurde, war und ist Mitbestimmung ein Qualitätsmerkmal. So findet sich auch im SPD-Regierungsprogramm das klare Bekenntnis zum Recht auf die Wahl von Betriebsräten und das Bekenntnis zu starken Gewerkschaften wieder. Im Gegensatz zum Mainstream der letzten Jahre wird von einer Stärkung des deutschen Mitbestimmungsmodells gesprochen, auch im Sinne der Stärkung eines der Grundpfeiler der deutschen Marktwirtschaft.

Mitbestimmung in der Wirtschaftskrise

Gerade im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, die auch auf die Kurzfristorientierung der Unternehmen zurückzuführen ist, gewinnt die Debatte um eine stärkere Beteiligung von ArbeitnehmerInnen neuen Auftrieb. Da Beschäftigte tendenziell die langfristige Existenzsicherung des Unternehmens im Blick haben, ist eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Aufsichts- und Betriebsrates in der Diskussion. In Anbetracht der momentanen gesellschaftlichen Debatten besteht zumindest ein größerer Korridor für die Durchsetzung solcher Forderungen als dies noch vor einem Jahr der Fall gewesen wäre. Zuletzt beschränkten sich die Bekenntnisse der SPD zur Mitbestimmung lediglich auf die defensive Verteidigung des Status-Quo. Nun fordert auch die SPD einen Mindestkatalog an zustimmungspflichtigen Geschäften eines Unternehmens gesetzlich festzuschreiben wie dies beispielsweise in Österreich und in den Niederlanden bereits geschehen ist.

Mitbestimmungsfreie(ere) Zonen

Durch unterschiedliche Unternehmensmodelle, wie die Auslagerung von Tochtergesellschaften und die Verlagerung des Verwaltungssitzes von Unternehmen ins Ausland, wurden mitbestimmungsfreie Zonen geschaffen. Auf europäischer Ebene gibt es zwar die Möglichkeit Eurobetriebsräte einzurichten, doch machen zum einen bei weitem nicht alle Betriebe davon Gebrauch, noch kann man bei den europäischen Betriebsräten von wirklichen Mitbestimmungsgremien sprechen, wie wir sie in Deutschland kennen. Zudem entsteht durch die Aufspaltung des Unternehmens zusätzlich das Problem, dass nicht alle MitarbeiterInnen eines Konzerns an der Wahl des konzernweiten Aufsichtsrats beteiligt werden. Komplexere Unternehmensstrukturen tragen damit dazu bei, die Kapitaleseite noch unabhängiger zu machen.

Auch die rasant gestiegene Zahl der LeiharbeiterInnen hat dazu geführt, dass weniger Beschäftigte die Möglichkeit der betrieblichen Mitbestimmung haben. Bisher werden diese nicht vom Entleihbetrieb vertreten, womit der Spaltung von Kernbelegschaft und LeiharbeiterInnen Vorschub geleistet wird – auch eine bequeme Art der Unternehmen, bestehende Mitbestimmungsrechte auszuhöhlen und die ArbeitnehmerInnenseite zu schwächen.

Aushöhlung des Flächentarifvertrags

Der zunehmenden Aushöhlung von Flächentarifverträgen wird durch verschiedene Entwicklungen Vorschub geleistet. Zum einen organisieren sich ArbeitnehmerInneninteressen zunehmend in berufshomogenen ArbeitnehmerInnenvertretungen, so wie dies zum Beispiel bei der Bahn zu beobachten ist. Dies mag zwar eine Bündelung der Interessen erleichtern und erhöht auch ggf. die Chance der Durchsetzung der individuellen Interessen in Tarifaufeinandersetzungen, spaltet jedoch die Belegschaften bzw. die ArbeitnehmerInnenschaft und ermöglicht es so nur einigen wenigen an positiveren Lohnabschlüssen zu partizipieren. Auf der anderen Seite versuchen ArbeitgeberInnenverbände und einzelne Betriebe immer öfter aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage betriebliche Bündnisse abzuschließen oder weitreichende Öffnungsklauseln durchzusetzen, beides untergräbt Flächentarifverträge, wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen.

Gestiegener Qualifizierungsbedarf

Die komplexeren Produktionsbedingungen erfordern durch die Spezialisierung der einzelnen Tätigkeiten einen erhöhten Qualifizierungsbedarf. Da es hier jedoch um sowohl individuelle Qualifizierungsbedürfnisse als auch unternehmerische Personalplanung geht, ist es wichtig, dass die MitarbeiterInnen nicht nur individuell, sondern auch durch ihre kollektiven Vertretungen mit in die Entscheidung einbezogen werden. Das gilt für den Betriebsrat auf der Betriebsebene ebenso wie für die Gewerkschaften beispielsweise im Rahmen der Tarifverhandlungen.

Beteiligung am Produktivvermögen

Die Beteiligung am Produktivvermögen wurde in der Vergangenheit beispielsweise über MitarbeiterInnenaktien oder andere Unternehmensbeteiligungen sichergestellt. Auch der Investivlohn, der in verschiedenen rechtlichen Ausgestaltungen bereits existiert, stellt eine Beteiligung der MitarbeiterInnen am Unternehmensgewinn dar. Diese „innovativ“ anmutende Konstruktion, die die Produktivkräfte gleichzeitig zu BesitzerInnen des Produktivvermögens machen (wenn auch eines geringen Teils) bergen jedoch mehrerlei Risiken. Zum einen wird das

unternehmerische Risiko teilweise auf die Beschäftigten verlagert, was insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten problematisch ist, da ein Teil des Lohns in Form von, dann weniger wertvollen, Kapitalanteilen ausgezahlt wird. Zudem schmälert dies die Chancen, angemessene, am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnforderungen durchzusetzen und so eine stabile Lohnentwicklung zu erreichen. Der Kapitalwert eines Unternehmens wird an den Aktienmärkten bestimmt. Auf die marktwirksamen Entscheidungen der Unternehmensführung haben die ArbeitnehmerInnen aber in der Regel gar keinen Einfluss. Nur in den wenigsten Fällen besteht eine Mitwirkung im Unternehmensvorstand über eine/n sogenannte/n ArbeitsdirektorIn. Aus diesen Gründen stehen wir dem Konzept des Investivlohns kritisch gegenüber. Eine kollektive Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann aber eine sinnvolle Weiterentwicklung der Mitbestimmung und ein Element der Wirtschaftsdemokratie sein, wenn es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelingt jegliches Risiko auszuschließen und gleichzeitig eine stärkere Mitsprache bei Unternehmensentscheidungen zu ermöglichen.

4. Forderungen

4.1. Betriebliche Mitbestimmung

Gemeinschaftsbetrieb definieren

Um die Wirkung der betrieblichen Mitbestimmung sicherzustellen und darüber hinaus zu verbessern, müssen zunächst die rechtlichen Vorschriften angepasst werden. Dazu ist es als erstes erforderlich, dass gesetzlich klar festgelegt wird, wann ein Gemeinschaftsbetrieb mehrerer Unternehmen vorliegt. Das ist nötig, damit der Gesamtbetriebsrat die Anliegen aller Beschäftigten wirksam vertreten kann. In der Vergangenheit haben ArbeitgeberInnen immer wieder Betriebe in mehrere Unternehmen aufgespalten. Das Ziel dieses Vorgehens bestand unter anderem darin, die Mitbestimmung zu schwächen.

Freistellung auch in kleinen Betrieben

Darüber hinaus müssen die Betriebsratsmitglieder auch bei kleineren Betrieben mit einer Beschäftigtenzahl von unter 200 MitarbeiterInnen zumindest teilweise für ihre Arbeit frei gestellt werden. Bei einer Betriebsgröße von 50 bis 100 Beschäftigten sollen die Mitglieder des Betriebsrates von 25 Prozent, bei 101 bis 199 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von 50 Prozent ihrer Arbeitszeit frei gestellt werden.

Kompetenzen ausweiten

Die Kompetenzen des Betriebsrates sollen zudem ausgeweitet werden. Zukünftig soll der Betriebsrat auch bei Fragen der Beschäftigungssicherung beteiligt werden müssen. Die Schwelle zur Einberufung einer Betriebsversammlung soll im Weiteren abgesenkt werden. Bisher müssen 25 Prozent der Belegschaft zustimmen, um die Versammlung durchzuführen. Die Zustimmungsgrenze soll jedoch auf einen Anteil von 15 Prozent der Beschäftigten verringert werden.

Praktische Arbeit des Betriebsrates verbessern

Auch für die praktische Arbeit des Betriebsrates wollen wir Verbesserungen erreichen. So soll es künftig möglich sein, zu jedem Gespräch einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers mit der ArbeitgeberInnenseite ein Mitglied des Betriebsrates hinzuziehen. Letztlich muss es gesetzlich vorgeschrieben werden, dass den Betriebsratsmitgliedern die freie Nutzung der Kommunikationsmittel am Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Internationalisierung Rechnung tragen

Angesichts der Internationalisierung des Wirtschaftens entsteht eine immer größer werdende Anzahl international agierende Konzerne mit Standorten in mehreren Ländern. Die Konzernbetriebsräte koordinieren die Interessen der ArbeitnehmerInnen auf der Ebene des Gesamtkonzerns. Den Mitgliedern des Konzernbetriebsrates kommt somit eine wichtige Aufgabe zu. Denn häufig müssen sie gegenläufige Interessen der unterschiedlichen Standorte zu einer Stimme der ArbeitnehmerInnenseite bündeln. Deshalb fordern wir,

- dass die Bildung von Konzernbetriebsräten verpflichtend vorgeschrieben wird sowie,
- dass die Konzerne bei länderübergreifenden Kontakten zwischen den Mitgliedern der Konzernbetriebsräte die Kosten übernehmen müssen.

LeiharbeiterInnen mitzählen und Zustimmungsverweigerungsrecht einführen

Die Ausweitung atypischer Beschäftigungsformen stellt die Betriebsräte vor neue Herausforderungen. Der Anteil von LeiharbeiterInnen und befristeten ArbeitnehmerInnen im Betrieb nahm vor dem Entstehen der Wirtschaftskrise bedeutend zu. Bleiben die zu Grunde liegenden Gesetze unverändert erhalten, so wird sich diese Entwicklung im nächsten Aufschwung wiederholen. Die Interessen der atypisch Beschäftigten im Unternehmen zu vertreten, stellt die Betriebsräte jedoch bereits heute aus zwei Gründen vor schwere Aufgaben. Zum einen zählen die

Beschäftigten im Falle der LeiharbeiterInnen nicht bei der Berechnung der Betriebsratsmandate mit. Um die Betreuung der LeiharbeiterInnen durch den Betriebsrat sicher zu stellen, müssen also zunächst auch die zeitweise im Betrieb Beschäftigten bei der Mandatsberechnung mitzählen. Zudem stehen sich die Interessen der Stammelegschaft und der atypisch Beschäftigten oftmals gegenüber. So haben die fest Angestellten berechnete Sorge vor der Verdrängung fester Stellen durch flexible Beschäftigungsverhältnisse. Als Voraussetzung für eine wirksame Interessenvertretung auch für die atypisch Beschäftigten und eine Regulierung dieser Beschäftigungsverhältnisse auf der betrieblichen Ebene müssen die Beteiligungsrechte des Betriebsrates zuallererst ausgeweitet werden. Den Betriebsräten muss deshalb ein Zustimmungsverweigerungsrecht bei der Einstellung von ArbeitnehmerInnen in Leiharbeitsverhältnissen und bei der Ausstellung zeitlich befristeter Verträge sowie von Werkverträgen eingeräumt werden.

Der Weg zur Gleichstellung

Auch wenn es durch das Minderheitengesetz in den Betriebsräten nun vorgeschrieben wird, dass das Geschlecht, welches in der Belegschaft in der Minderheit ist, zumindest in diesem Anteil auch im Betriebsrat vertreten sein muss, sieht die gleichgeschlechtliche Teilhabe in diesem Gremium doch äußerst dürftig aus. Schließlich liegt die Frauenquote in Betriebsräten nur bei ca. 25%. Besonders ist jedoch dabei nicht nur ausschließlich auf die Anzahl der Frauen zu achten sondern auch auf welcher Position die Frauen in Betriebs- und Personalräten vertreten sind. Denn der Vorsitz eines Betriebsrats ist häufig noch Männersache. Viele Vorsitzende argumentieren, dass sie sich doch nun um die Integration der Frauen in der Belegschaft „bemüht haben“ und sie nun aus Dankbarkeit zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt werden sollen. Damit solche offenen Diskriminierungen Einhalt geboten werden können, fordern wir auch in Betriebsräten eine Ersetzung des Minderheitengesetzes durch eine Quotenregelung, bei der Betriebsräte mindestens einen 40%igen Frauenanteil haben müssen.

Jugendauszubildendenvertretung (JAV) auch für Ausbildungsbetriebe

Die berufliche Ausbildung findet in zunehmendem Maße auch in außerbetrieblichen Ausbildungsstellen statt. Zum einen erfolgt die Berufsausbildung in Verbundausbildungen mehrerer Träger. Zum anderen gliedern große Unternehmen ihre Auszubildenden oftmals in eigene Ausbildungsbetriebe aus. Die Gründung einer eigenen Interessenvertretung, der Jugendauszubildendenvertretung (JAV), erfordert jedoch das Vorhandensein eines Betriebsrates. Bei der Verbundausbildung kann die Möglichkeit eine JAV einzurichten durch die Umsetzung des §50 des Berufsbildungsgesetzes mit einer Rechtsverordnung ermöglicht werden. Wir fordern, diese Rechtsverordnung zu erlassen. Im Falle der Ausbildungsbetriebe wollen wir es rechtlich ermöglichen,

eine JAV auch ohne bestehenden Betriebsrat zu gründen. Denn auch die Auszubildenden, die ihre Ausbildung in eigenen Betrieben erfahren, sollen ihre Anliegen über ein von ihnen gewähltes Gremium vertreten können. Mit ihren Interessen können sie sich jedoch nicht wie vorgesehen an den Betriebsrat des Ausbildungsbetriebes wenden. Deshalb sollen sie ihre Forderungen dem Gesamt- bzw. dem Konzernbetriebsrat vortragen dürfen. Bestehen solche Mitbestimmungsorgane nicht, so wollen wir, dass die Jugendauszubildendenvertretungen das Vortragsrecht gegenüber der Unternehmensleitung erhalten.

Des Weiteren muss es bei Jugendvertretungen, die mehr als 9 Mitglieder umfassen, möglich sein, ein Mitglied für die Tätigkeiten in der Jugendvertretung komplett freizustellen. Ab einer Jugendvertretung von 11 Mitglieder sollen dann 2 und ab 13 Mitglieder 3 JugendvertreterInnen von ihrer eigentlichen Tätigkeit komplett freigestellt werden. Voraussetzung für diese Freistellung ist, dass der JugendvertreterIn bereits seine Ausbildung abgeschlossen hat.

Weiterhin muss die Jugendvertretung Mitwirkungsrechte bei Einstellung und Übernahme von Auszubildenden bekommen.

Die tatsächliche Einflussnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen ist in der JAV jedoch zum Teil sehr stark eingeschränkt. So entsenden sie zwar eine/n VertreterIn in den regelmäßig stattfindenden Betriebsratssitzungen. Dort hat sie/er jedoch nur ein Recht auf Anhörung und kein Stimmrecht. Ein Stimmrecht wird dem/der VertreterIn nur in Angelegenheiten gewährt, die überwiegend jugendliche ArbeitnehmerInnen und Azubis unter 25 Jahren betreffen. Dies verstößt unserer Auffassung nach gegen die demokratische Partizipation von InteressensvertreterInnen, die nur aufgrund ihrer Minderheit nicht mit gleichen demokratischen Grundrechten ausgestattet werden. Damit werden sie als demokratische Vertretung zweiter Klasse eingestuft. Viele MitgliederInnen der JAV kommen teilweise zum ersten Mal in Kontakt mit demokratischen Grundwerten. Durch ihre nur eingeschränkten demokratischen Grundrechte könnten einige JAVlerInnen zu der Annahme kommen, demokratische Entscheidungsprozesse seien hinderlich, um eine gerechte Entscheidung herbeizuführen, weil sie von dieser Einflussnahme größtenteils ausgeschlossen werden. Damit solche Gedankengänge keinen Einzug erhalten, fordern wir ein festes Stimmrecht von VertreterInnen der JAV in den Betriebsräten. Getreu dem Motto: Mehr Demokratie wagen!

4.2. Mitbestimmung im Unternehmen

Reform der Mitbestimmungsrechte

Es gilt festzuhalten, dass es abgesehen vom Montan-Mitbestimmungsgesetz keinerlei Gesetze gibt, die eine Vollparität zwischen Arbeitgeber und –nehmer gewährleisten. Dieses Gesetz trifft jedoch nur auf Kapitalgesellschaften zu, die ihren hauptsächlichen Umsatz im Bergbau und in der Eisen- und Stahlerzeugenden Industrie tätigen. Allerdings ist es zwingend erforderlich in der gesamten Wirtschaft – unabhängig von der Branche – diese Kontrollfunktion einzuführen. Denn nach wie vor gilt, dass Arbeiter den gesamten Reichtum der Gesellschaft schaffen, ohne dass sie entscheiden dürfen, was damit geschieht und dabei nur einen Bruchteil der erbrachten Leistung als Lohn bzw. Gehalt erhalten. Daher vertreten wir die Auffassung, dass alle Aufsichtsräte von beiden volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gleichermaßen vertreten sein müssen.

Ein weiteres Problem bezieht sich auf die Unternehmensgröße: In Deutschland beschränkt sich die vorgenannte Mitbestimmung auf Kapitalgesellschaften, die eine bestimmte Größe vorweisen. So findet das Drittelbeteiligungsgesetz erst bei mindestens 500, das Montan-Mitbestimmungsgesetz bei mehr als 1000 und das Mitbestimmungsgesetz bei über 2000 Beschäftigten Anwendung. Wir sind der Meinung, dass die Anzahl der Mitarbeiter nicht entscheidend dafür sein darf, ob und in welchem Maß demokratische Strukturen innerhalb eines Unternehmens aufgebaut werden können. Daher sprechen wir uns ausdrücklich auch bei Kapitalgesellschaften mit weniger als 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für die Einrichtung eines Aufsichtsrats aus und fordern darüber hinaus die Ersetzung des Drittelbeteiligungs- und des Mitbestimmungsgesetzes durch die Ausweitung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes auf alle Branchen.

Kontroll- und Beratungsfunktion verbessern

Um die Kontroll- und Beratungsfunktion des Aufsichtsrates zu verbessern, wollen wir darüber hinaus gesetzliche Vorgaben für den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festlegen. In diesen Fällen ist dann die Zustimmung des Aufsichtsrates erforderlich. Zwar ist es seit 2002 gesetzlich vorgeschrieben, einen solchen Katalog zwischen Aufsichtsrat und Vorstand zu vereinbaren. Jedoch weichen die Inhalte der Kataloge in den Unternehmen deutlich voneinander ab. Deshalb fordern wir, die Vorschriften für die Inhalte und die Gestaltung der Kataloge gesetzlich zu regeln. Damit soll ein einheitliches Mindestmaß der Ausgestaltung erreicht werden. Darüber hinaus wollen wir das Unternehmensinteresse ins Aktienrecht aufnehmen. Das Unternehmensinteresse umfasst neben den Anliegen der Aktionäre des Weiteren die Interessen der ArbeitnehmerInnen sowie der Allgemeinheit. Der Vorstand soll zukünftig in seiner Arbeit diesen Interessen laut Gesetz verpflichtet sein.

Quotierte Aufsichtsräte:

Wir leben in einer Gesellschaft, die gleichermaßen aus Frauen und Männern besteht. Und dennoch: In den Kontrollgremien deutscher Unternehmen haben Frauen kaum etwas zu sagen. Weibliche Aufsichtsräte sind hierzulande nur selten zu finden. Dabei könnten Frauen gerade für mehr Sachverstand in den Gremien sorgen, sofern sie entsprechend qualifiziert sind. Da Frauen aber offenkundig noch immer in der von Männern dominierten Gesellschaft unterdrückt werden und in etlichen Unternehmen unterrepräsentiert sind, ist es notwendig mit einer Frauenquote die gesamte Gesellschaft auf diese Missstände aufmerksam zu machen und Frauen in Unternehmensbezogenen Entscheidungsprozessen zu integrieren. Zurzeit sind nur knapp 11% der Aufsichtsratsposten von Frauen besetzt. Wenn man die Zusammensetzung analysiert, kommt man zu dem Schluss, dass die Seite der Anteilseigner gar nur rund 3% der ihnen zur Verfügung stehenden Aufsichtsratsposten an Frauen vergibt. Mit einer Frauenquote in Aufsichtsräten wird nicht nur diesem für uns unerträglichen Zustand ein Ende gesetzt. Gleichzeitig wird die gesamte Gesellschaft auf die unerträgliche Situation in der ihr innewohnenden patriarchalischen Herrschaft aufmerksam gemacht. Es besteht gleichzeitig die Notwendigkeit, entsprechende Qualifizierungsprogramme für Frauen und Männer stärker zu fördern. Falls dies in Kapitalgesellschaften nicht durchgeführt wird, müssen harte Sanktionen wie die Löschung und Auflösung dieser Gesellschaften folgen. Länder wie Norwegen und Spanien haben dies bereits erkannt und eine Frauenquote in Aufsichtsräten realisiert. Jetzt liegt es an uns, diese Forderung auch in Deutschland durchzusetzen!

Bei Standortentscheidungen soll wie beim VW Gesetz eine 2/3 Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder generell nötig sein. So können Standortentscheidungen nie ohne Zustimmung der Arbeitnehmer getroffen werden. Diese Regelung soll im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden.

Ausländische Standorte einbeziehen

Letztlich muss die Situation aufgelöst werden, dass Beschäftigte an ausländischen Standorten eines Unternehmens weder für den Aufsichtsrat kandidieren, noch diesen wählen dürfen. Wir wollen, dass die Beschäftigten an den ausländischen Standorten eines Unternehmens ihre Interessen gleichberechtigt vertreten können. Deshalb wollen wir auch für diese ArbeitnehmerInnen das aktive und passive Wahlrecht für den Aufsichtsrat herstellen.

4.3. Mitbestimmung in Europa

Die betriebliche Mitbestimmung sowie die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an Entscheidungen in Unternehmen erfolgt in der Europäischen Union auf zwei Ebenen. Zunächst legen die Mitgliedsstaaten Regeln für die Mitbestimmung in den nationalen Grenzen fest. Die Vorschriften weichen von Land zu Land voneinander ab und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Regelungsweite. Seit 1994 können darüber hinaus zudem Eurobetriebsräte (EBR) gegründet werden. Das hat die Europäische Union mit einer Richtlinie entschieden, die Deutschland 1996 in nationales Recht umgesetzt hat.

Eurobetriebsräte

Die Eurobetriebsräte sind bisher in wirtschaftlichen Angelegenheiten zuständig, die mindestens zwei Betriebe in zwei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union betreffen. Zudem muss er mindestens einmal pro Jahr über die Entwicklung der Geschäftslage informiert werden. Darüber hinaus muss er auf Verlangen angehört werden.

Wir fordern,

- die Eurobetriebsräte in ihrer Funktion zu stärken. Die bisher weitgehend auf Beratungsaufgaben festgelegten Gremien sollen in ihren Mitbestimmungsrechten aufgewertet werden.
- die Anzahl der Eurobetriebsräte zu erhöhen, indem u.a. die Frist bis zur Einrichtung bei stockenden Verhandlungen verkürzt wird sowie die Beschäftigungsschwellen zur Einrichtung von EBRs gesenkt werden.
- die Einführung von Mindeststandards für die Mitbestimmung in den Mitgliedsstaaten. Das Ziel besteht in der institutionellen Stärkung der Mitbestimmung in den Nationalstaaten.

B 2/B 3 - LV Berlin/LV NRW

Gute Löhne für alle – für eine Neuordnung des Niedriglohnsektors

1. Arm trotz Arbeit

„Arm trotz Arbeit“ – mit diesem Slogan kämpfen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit mehreren Jahren für die Einführung von Mindestlöhnen. Mit gutem Grund. „Arm trotz Arbeit“ ist mittlerweile für fast jeden vierten abhängig Beschäftigten bittere Realität: Waren 1995 nur 15 Prozent aller Beschäftigten dem Niedriglohnsektor zuzuordnen, stieg deren Anteil im Jahr 2006 auf 22 Prozent. Knapp sieben Millionen Beschäftigte bezogen damit einen Lohn, der weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns umfasste. Damit ist der Niedriglohnsektor längst nicht mehr ein Phänomen, das nur wenige betrifft - im europäischen Vergleich ist dieser Bereich sogar überdurchschnittlich groß. Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors einher geht eine weitere generelle Verschiebung der primären Einkommensverteilung. Während die oberen Lohn- und Einkommensgruppen in den vergangenen Jahren deutliche Zuwächse hinlegen konnten, mussten die unteren Gruppen Lohneinbußen hinnehmen. Auch am vergangenen wirtschaftlichen Aufschwung konnten die unteren und mittleren Einkommensgruppen nicht hinreichend partizipieren, vielmehr setzte sich die Umverteilung von unten nach oben in noch größerem Maße fort. Betrachtet man nur die Einkommen der abhängig Beschäftigten, so lässt sich dabei sogar feststellen, dass in Deutschland – anders als in allen anderen europäischen Ländern – in den vergangenen zehn Jahren Reallohnverluste zu verzeichnen sind. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors ist damit nur die sprichwörtliche ‚Spitze des Eisbergs‘, nur ein besonders deutliches Zeichen für eine immer stärker wachsende Einkommensungleichheit.

Gleichwohl muss die Neuordnung des Niedriglohnsektors ganz oben auf der politischen Tagesordnung bleiben. Denn der durchschnittliche Niedriglohn betrug im Westen 6,89 Euro und im Osten sogar nur 4,86 Euro – Löhne, von denen bei einer Vollzeitbeschäftigung noch nicht einmal Alleinstehende leben, geschweige denn, eine Familie ernähren können. Das ist nicht nur ungerecht, sondern führt auch dazu, dass etliche dieser Beschäftigten aufstockendes Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen müssen – so sie von der Bürokratie und den rigiden Anspruchsvoraussetzungen nicht abgeschreckt werden. Im vergangenen Jahr bezogen so immerhin 1,3 Millionen abhängig Beschäftigte aufstockendes Arbeitslosengeld II, was für die Betroffenen nicht nur entwürdigend ist,

sondern auch erhebliche Kosten verursacht. Damit besteht – aller Rhetorik auch der SPD zum Trotz – in Deutschland de facto ein allgemeines Kombilohnmodell.

Auffällig ist, dass ArbeitnehmerInnen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen besonders häufig von Niedriglöhnen betroffenen sind. So ist der Anteil von Teilzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor fast doppelt so hoch wie der der Vollzeitbeschäftigten. LeiharbeiterInnen tragen auch ein deutlich höheres Risiko, für Armutslöhne zu arbeiten. Besonders hoch ist der Anteil der Niedriglöhner unter den geringfügig Beschäftigten – vier von fünf MinijobberInnen und damit 2,5 Millionen Beschäftigte arbeiten für einen Niedriglohn. Besorgnis erregend ist dieser Umstand insbesondere deshalb, weil die Zahl der geringfügig Beschäftigten seit den rot-grünen Arbeitsmarktreformen von vier auf nunmehr sieben Millionen geradezu explodiert ist. Beschäftigte in Minijobs sind damit mehrfach prekär beschäftigt: Sie erhalten in der Regel niedrige Löhne, sind nicht voll sozialversichert und haben zusätzlich meistens nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Die damit verbundenen Hoffnungen, über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse einen ‚Brücken- oder Klebeffekt‘ in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu gewährleisten, haben sich dagegen nicht erfüllt. Viel mehr scheinen viele ArbeitgeberInnen das Modell zu nutzen, um vorherige reguläre Beschäftigungsverhältnisse in mehrere Minijobs zu splitten und damit über die staatliche Subventionierung dieser Beschäftigungsverhältnisse in Form einer pauschalen Sozialversicherungsabgabe für den Arbeitgeber sowie einer Befreiung der Beschäftigten von den Abgaben die Löhne zu drücken. Damit handelt es sich zum einen um ein weiteres Kombilohnmodell, denn auch wenn die Beschäftigten keinen direkten Lohnzuschuss erhalten, so erhalten sie durch die Befreiung der Sozialversicherungsabgaben eine indirekte Subventionierung. Zum anderen handelt es sich auch noch um eine besonders ineffiziente Form der Subventionierung: Im Niedriglohnsektor sind Menschen in ganz verschiedenen Lebenssituationen beschäftigt. Durch die Kopplung an das einzelne geringfügige Beschäftigungsverhältnis und nicht an das Gesamteinkommen werden so nicht nur Menschen, die sich in einer schwierigen ökonomischen Situation befinden (Alleinerziehende, etc.), gefördert, sondern auch zum Beispiel (in der Regel) Frauen, deren Ehemänner über ein hohes oder zumindest ausreichendes Einkommen verfügen, SchülerInnen, deren Finanzierung über die Eltern abgesichert ist, oder RentnerInnen, die sich ihre Rente über den Minijob aufbessern wollen. Die Förderung setzt also – jenseits aller grundsätzlichen Problematik eines Kombilohns – noch nicht einmal an der individuellen Bedürftigkeit der Betroffenen an, sondern bezieht sich allein auf das einzelne Beschäftigungsverhältnis.

Auffällig ist weiterhin, dass nicht alle Beschäftigten gleichermaßen von Niedriglöhnen betroffen sind. So sind knapp 60 Prozent aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor Frauen, während sie nur knapp 40 Prozent an allen Vollzeitbeschäftigten stellen. Ebenso sind junge Beschäftigte doppelt so

häufig von Niedriglöhnen betroffen, wie ihre älteren KollegInnen. Und auch für ostdeutschen Beschäftigten gilt weitaus häufiger ‚Arm trotz Arbeit‘ als für ihre westdeutschen KollegInnen. Gleichzeitig muss die Annahme, im Niedriglohnsektor arbeiteten nur Unqualifizierte als Irrglaube abgetan werden. Vielmehr gilt: Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors sinkt deren Anteil sogar. Knapp drei Viertel der zu Niedriglöhnen Beschäftigten verfügen heute zumindest über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Dennoch gilt auch: Wer zumindest über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügt, der kann den Niedriglohnsektor schneller wieder verlassen, wer über einen Hochschulabschluss verfügt hat die besten Karten.

II Schwäche der Gewerkschaften und fehlerhafte Politik

Diese Entwicklung fußt auf zwei Gründen. Zum einen vermögen es die Gewerkschaften in einigen Branchen nicht mehr, ausreichend hohe Löhne zu verhandeln. Zum anderen wurden in den vergangenen Jahren aber auch politische Entscheidungen getroffen, die die Ausweitung des Niedriglohnsektors zumindest begünstigen.

Während die Gewerkschaften in den industriellen Bereichen noch über ausreichend Organisationskraft verfügen, um für ihre Mitglieder zumindest verteilungsneutrale Ergebnisse in den Tarifverhandlungen zu erzielen, können sie dies in weiten Teilen des Dienstleistungssektors nicht mehr gewährleisten. Dabei spielen mehrere Entwicklungslinien Hand in Hand. Erstens ist im Zuge der Tertiarisierung der Wirtschaft generell eine Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors festzustellen, so dass auch die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Lohnabschlüsse in diesem Bereich zunimmt. Zweitens handelt es sich im Dienstleistungsbereich häufig um kleinere oder mittlere Unternehmen, deren Beschäftigte aufgrund der hohen Differenz der Interessen schwerer zu organisieren sind. Zudem existiert in diesen Betrieben oftmals nicht einmal ein Betriebsrat, der in den industriellen Bereichen noch immer eine hohe institutionelle Anbindung an die Gewerkschaften garantiert. Und drittens ist im Zuge der Individualisierung der Gesellschaft insgesamt eine sinkende Bindungskraft der Gewerkschaften in Form fallender Mitgliederzahlen festzustellen. Zwar haben einige Gewerkschaften im vergangenen Jahr eine erfreuliche Trendwende vermelden können – die Verluste der vergangenen Jahre kann das aber nicht ausgleichen. Klar ist aber, dass die Gewerkschaften nur dann hohe Tarifabschlüsse verhandeln können, wenn sie über eine ausreichende Basis verfügen und die Beschäftigten ihrer Branchen organisieren können.

Es wäre jedoch vermessen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors generell und ausschließlich auf die Schwäche der Gewerkschaften zurückzuführen. Vielmehr hängt deren Verhandlungsmacht auch

von den institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen ab. In den letzten zwanzig Jahren dominierte in der Bundesrepublik ein neoklassisch dominierter Ansatz in der Wirtschaftspolitik. Dieser führt eine zu hohe Arbeitslosigkeit auf zu hohe Löhne insbesondere in den unteren Lohngruppen zurück. Da es sich bei Arbeitslosen häufig um formal weniger gut ausgebildete Menschen handele, so die Argumentation, müsse gerade durch den Aufbau eines Niedriglohnssektors dieser Personengruppe eine Beschäftigungschance gewährt werden. Nur wenn in den unteren Lohngruppen die Löhne hinreichend niedrig seien, sei auch Vollbeschäftigung möglich. Zu hohe Löhne sind in dieser Argumentation auf institutionelle Rahmenbedingungen wie etwa arbeitsrechtliche Bestimmungen oder die Höhe der Lohnersatzleistungen zurückzuführen, die einer Ausweitung des Niedriglohnssektors entgegenstehen, da entweder die Ausweitung niedrig entlohnter Beschäftigung verhindert werde oder der Anreiz auch zu niedrigen Löhnen zu arbeiten zu gering sei.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse schaffte die Politik in den vergangenen zehn Jahren Rahmenbedingungen, die die Ausweitung des Niedriglohnssektors – wenn auch in der öffentlichen Debatte unausgesprochen – gerade zum Ziel hatten. Wesentliche Eckpfeiler dabei waren:

Mit der Ausweitung der Leiharbeit wurde zugleich festgelegt, dass vom Grundsatz der gleichen Bezahlung von LeiharbeiterInnen und fest Angestellten durch Tarifvertrag abgewichen werden kann. Damit wurde die Tür für niedrigere Tarifabschlüsse im diesem Sektor weit aufgestoßen. Denn es liegt auf der Hand, dass für die Gewerkschaften die Interessen der LeiharbeiterInnen aufgrund ihrer Heterogenität schlechter zu organisieren sind als die der fest angestellten in den größeren Betrieben. Damit wurde der Bereich der Leiharbeit – gewollt oder ungewollt – zu einem Einfallstor für den Niedriglohnssektor.

Mit der Neujustierung der Mini- und Midijobs wurde eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse explizit verfolgt. So wurde die Grenze für geringfügige Beschäftigung deutlich angehoben, zugleich erfolgte eine deutlich stärkere Subventionierung insbesondere in bezug auf die Steuerpflichtigkeit dieser Beschäftigungsverhältnisse. Damit wurde implizit ein Kombilohn-Modell vorgelegt, das es vielen ArbeitgeberInnen attraktiv machte, normale sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten in mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aufzusplitten und die Subventionierung in Form von geringeren Löhnen zu kassieren. Dabei liegt auch hier auf der Hand, dass die Interessen der geringfügig Beschäftigten für die Gewerkschaften abermals schlechter zu organisieren sind.

Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II und der Veränderungen der Anspruchsvoraussetzungen wurde explizit die Erhöhung des Zwangs zur Arbeit verfolgt. Durch eine (für einige Betroffene) niedrigere Lohnersatzleistung sollte die Aufnahme auch einer geringer entlohnten Tätigkeit attraktiver werden, durch die Verschärfung der Zugangsvoraussetzungen sind Arbeitslose nahezu gezwungen, (fast) jede Tätigkeit aufzunehmen, auch wenn sie gering entlohnt ist. Damit wurde direkt auch eine Ausweitung der Beschäftigung im Niedriglohnsektor forciert und indirekt auch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften geschwächt, da ihre Mitglieder in Tarifverhandlungen größere Angst vor dem Argument der ArbeitgeberInnen haben müssen, bei einem zu hohen Lohnabschluss ArbeitnehmerInnen zu entlassen. Damit sinkt die Streikfähigkeit der Gewerkschaften und die Möglichkeit, höhere Tarifabschlüsse zu erzielen, abermals.

III Für mehr Gerechtigkeit und ein ausgewogenes Wachstum

Die Probleme des Arbeitsmarktes bestehen nicht in zu hohen Löhnen. Vielmehr hat die deutsche Niedriglohnstrategie in den vergangenen Jahren zu einer einseitigen Exportorientierung geführt und die Binnennachfrage nachhaltig geschwächt. Diese Strategie mag in Zeiten einer florierenden Weltkonjunktur zum Teil aufgehen und die Arbeitslosigkeit senken – vorausgesetzt Unternehmen investieren ihre Gewinne in Arbeitsplätze - gerade in Zeiten einer Weltwirtschaftskrise belastet sie den Arbeitsmarkt aber umso mehr, da über die Binnennachfrage kein Ausgleich erfolgen kann. Doch nicht nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist diese Strategie nicht nachhaltig sondern führt auf lange Sicht nur zu einem internationalen Konkurrenzkampf um die niedrigsten Löhne. Wir machen uns deswegen für eine Strategie, die ein balanciertes Wachstum verfolgt, stark. Dabei sind wir uns bewusst, dass sich eine solche Strategie auch nicht in der ausschließlichen Forderung nach höheren Löhnen für alle erschöpfen darf. Vielmehr muss es gelten, den Arbeitsmarkt mit all seinen Besonderheiten zu berücksichtigen. Uns ist klar, dass es gerade im Bereich der konsumorientierten und sozialen Dienstleistungen eine ‚Produktivitätslücke‘ gibt, durch die bei zu hohen Löhnen Arbeitsplätze vernichtet oder die Entstehung neuer Arbeitsplätze verhindert werden würde. Unser Ziel bleibt es aber zugleich, dass alle, die einer bezahlten Vollzeittätigkeit nachgehen, von ihrem Einkommen leben können müssen. Deshalb kann es für die Neuordnung des Niedriglohnsektors aus unserer Sicht nicht das einzige, richtige Instrument geben. Vielmehr muss die SPD nach der Bundestagswahl ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das für gerechte Löhne für alle sorgt, die Entstehung neuer Arbeitsplätze fördert und allen Perspektiven für den Aufstieg eröffnet. Ein solches Maßnahmenpaket muss aus unserer Sicht aus folgenden Bausteinen bestehen:

–Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro pro Stunde verhindert Armutslöhne in allen Branchen. Wir wissen, auch ein Stundenlohn von 7,50 Euro ist nicht viel. Es muss im Bewusstsein bleiben, dass der Mindestlohn eine absolute Untergrenze ist, unter der nichts geht. Die Höhe des Mindestlohnes muss regelmäßig überprüft werden. Er beendet zugleich das derzeitige Wirrwarr und Kompetenzgerangel bei der Festlegung von Mindestlöhnen in den einzelnen Branchen. Mindestlöhne – das zeigen Erfahrungen aus den meisten europäischen Ländern – behindern die Tarifautonomie nicht, sondern setzen eine klare Grenze nach unten und führen insgesamt zu einer Erhöhung des Lohnniveaus. Vom erarbeiteten Einkommen muss man leben müssen. Der Mindestlohn muss das soziokulturelle Existenzminimum abdecken. Auch konnte bislang nirgendwo nachgewiesen werden, dass durch die Einführung von Mindestlöhnen Arbeitsplätze vernichtet werden, vielmehr ist davon auszugehen, dass durch die Erhöhung der Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen zusätzliche Binnennachfrage und damit auch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Außerdem entsprechen Mindestlöhne der sozialdemokratischen Vorstellung, dass jede und jeder von seiner Arbeit auch leben können soll.

–Im Bereich der Zeit und Leiharbeit muss der europaweite Grundsatz des ‚Equal Pay‘ endlich durchgesetzt werden. Damit wird nicht nur der Missbrauch der Leiharbeit zu Ersetzung der Stammbeschaften eingedämmt, sondern auch ein Einfallstor für niedrigere Löhne geschlossen. Denn es ist ökonomisch nicht haltbar, dass für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich hohe Löhne gezahlt werden. Wenn für die Stammbeschaft ein Lohn gezahlt werden kann, macht das deutlich, dass die Tätigkeit für diesen Lohn hinreichend produktiv sein muss. Deshalb führen niedrigere Löhne der LeiharbeiterInnen nur zu einer Umverteilung zu den Kapitaleignern der Unternehmen und der Leiharbeitsfirmen. Die Durchsetzung des ‚Equal-Pay-Grundsatzes‘ ist durch einen Federstrich am Arbeitnehmerüberlassungsgesetz möglich: Die Möglichkeit der Abweichung durch Tarifvertrag muss wieder abgeschafft werden.

–Vollkommen neu geordnet werden muss der Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Wir fordern eine Abschaffung der Mini- und Midijobs in ihrer derzeitigen Form.

–Wir halten es für sinnvoll, die unteren Einkommensgruppen auch staatlicherseits zu entlasten und einen Teil der Sozialversicherungsabgaben zu übernehmen. Deshalb schlagen wir vor, in einer Zone von 0 bis 2.000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen die Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen progressiv ansteigen zu lassen, so dass erst bei 2.000 Euro monatlichem Einkommen der volle Sozialversicherungsbeitrag von derzeit rund 20 Prozent gezahlt werden muss. Die Arbeitgeberseite zahlt dabei unabhängig von der Höhe des Einkommens den vollen

Sozialabgabensatz. Gleichzeitig sind aber alle diese Beschäftigten voll versichert, so dass die Differenz über den Bundeshaushalt an die Sozialversicherungsträger gezahlt werden muss. Durch ein solches Modell werden Beschäftigte in den unteren Einkommensgruppen deutlich entlastet, gleichzeitig wird aber durch die Bezugnahme auf das gesamte (Haushalts-) Einkommen die ineffiziente Subventionierung der derzeitigen Regelungen abgeschafft sowie der Anreiz für ArbeitgeberInnen, die Subventionierung in Form von Lohnsenkungen ‚mitzunehmen‘ minimiert.

–Bei der Vermittlung von Arbeitslosen - vor allem bei Beziehenden von ALG II - muss der teils rigide Zwang zur Arbeit neu justiert werden. Zwar muss der Grundsatz, der der Vermittlung in Arbeit Vorzug vor dem Bezug von Leistungen gibt, aufrecht erhalten werden - gleichzeitig muss aber auch der Grundsatz des SGB II beachtet werden, der zum Ziel hat, die Bedürftigkeit zu beenden: Beschäftigung, die für sich allein nicht zum Leben ausreicht und den fortdauernden Bezug von „ergänzenden Leistungen“ nach dem SGB II notwendig macht, weitet den Niedriglohnsektor aus und holt die Menschen nicht aus der Bedürftigkeit. Sie ist daher abzulehnen. Vielmehr muss es das Ziel sein, in Tätigkeiten zu vermitteln, die einen ausreichenden Lohn und damit auch ein selbstbestimmtes Leben gewährleisten.

–Gerade im Bereich der sozialen Dienstleistungen wie etwa Kinder- oder Altenbetreuung besteht aus unserer Sicht ein enormer gesellschaftlicher Ausbaubedarf und damit ein erhebliches Beschäftigungspotential. Gleichzeitig handelt es sich hier um Tätigkeiten, für die auf dem freien Markt aufgrund der hohen Preise keine hinreichende Nachfrage erzeugt werden kann. Deshalb müssen diese Bereiche staatlich organisiert und finanziert werden. Wir fordern die SPD deswegen auf, das bereits seit Jahren diskutierte Konzept eines ‚sozialen Arbeitsmarkts‘ zu konkretisieren und damit Beschäftigungsmöglichkeiten für viele Arbeitssuchende zu schaffen.

–Auch wenn eine abgeschlossene Berufsausbildung keine Garantie ist, nicht für Niedriglöhne arbeiten zu müssen, eröffnen Bildungschancen noch immer die beste Aus- und Aufstiegsmöglichkeit aus dem Niedriglohnsektor. Deshalb muss der Bereich der Weiterbildung konsequent ausgebaut werden. Erforderlich ist ein Programm, das gerade den im Niedriglohnsektor Tätigen Perspektiven eröffnet und es ihnen möglich macht, neben ihrer Erwerbstätigkeit an Weiterbildungsangeboten teilzunehmen. Hierfür ist auch zu prüfen, ob die Weiterbildungsmaßnahmen bzw. –förderungen der Arbeitsagenturen für diesen Personenkreis geöffnet werden können.

Nur mit einer solchen Gesamtstrategie kann eine perspektivische Überwindung des Zustands ‚Arm trotz Arbeit‘ gelingen. Davon profitieren alle: Die Beschäftigten können von ihrem Einkommen ein Leben in Würde führen, die Binnennachfrage wird nachhaltig gestärkt und die staatlichen Ausgaben

für ergänzende Sozialleistungen sinken. Wir sind überzeugt: Gerechte Löhne für alle und wirtschaftliche Dynamik – das ist kein Widerspruch sondern ergeben gemeinsam eine Medaille ohne Kehrseite.

B 6 – LV Bremen

Arbeitsversicherung jetzt einführen!

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren tiefgreifend verändert. Die früher klassische Erwerbsbiographie eines Arbeitnehmers mit 40 Berufsjahren, oft beim gleichen Arbeitgeber, gehört der Vergangenheit an. Für Frauen, war dies ohnehin nie Realität.

Stattdessen nehmen so genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse zu. Besonders häufig sind die Menschen davon zu Beginn und am Ende ihres Berufslebens betroffen. Für sie bleiben oft nur Praktika, befristete Arbeitsverhältnisse oder Leiharbeit. Damit atypische Beschäftigung nicht zu prekärer Beschäftigung wird, müssen die sozialen Sicherungssysteme den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung tragen und die bestehenden Modelle der Absicherung von Risiken für Erwerbstätige verändert und weiterentwickelt werden.

Hierfür ist die Arbeitsversicherung das richtige und notwendige Mittel. Sie sichert das soziokulturelle Existenzminimum für jedermann und ermöglicht den erstmaligen Einstieg, sowie die Reintegration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, in dem diese gefördert und unterstützt werden. Unterbrechungen im Erwerbsleben, seien diese durch Arbeitslosigkeit, Elternzeiten, Weiterbildung oder durch andere Gründe bedingt, sollen von der Arbeitsversicherung aufgefangen werden.

Damit diese Ziele erreicht werden können, fordern wir die Einführung einer Arbeitsversicherung, die auf die folgenden Elemente aufbaut:

1. Erwerbstätigenversicherung

Die Arbeitsversicherung bezieht auch BeamtInnen und Selbstständige mit ein. Sie sichert so alle Erwerbstätige ab und beteiligt alle an ihrer Finanzierung. Dadurch werden die Sozialsysteme solidarisch finanziert und arbeitsmarktpolitische Leistungen und eine soziale Absicherung für Selbstständige entstehen. Gerade vor dem Hintergrund, dass in heutigen Erwerbsbiografien auch Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung in Kauf genommen werden müssen, passt sich ein solches Prinzip der jeweiligen Lebensbiografie an und ist somit auch ein wirksamer Schutz vor Altersarmut

2. Ausbildungsgarantie

Ohne Ausbildung sind die Chancen für einen Berufseinstieg gleich null. Daher muss die berufliche Erstausbildung in das Modell der Arbeitsversicherung integriert werden und es muss garantiert sein, dass jeder/jede junge Erwachsene eine qualifizierende berufliche Erstausbildung erhält. Dies kann z.B. durch die Realisierung der Umlagefinanzierung erreicht werden.

3. Rechtsanspruch auf lebenslange Weiterbildung und Qualifizierung

Mit der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses sind auch Wechsel des Arbeitsplatzes oder des Berufsfelds häufiger geworden. Diese stellen hohe Anforderungen an die Flexibilität der Beschäftigten und sind immer auch mit dem Risiko eines beruflichen Abstiegs verbunden. Aber auch innerbetrieblich verändern sich die Anforderungen ständig. Dadurch erhöht sich die Notwendigkeit zur Weiterbildung.

Derzeit ist die Weiterbildungsbeteiligung höchst ungleich verteilt. Dabei bilden sich Beschäftigte die von Arbeitslosigkeit stärker bedroht sind, z.B. Ältere und Geringverdiener, deutlich seltener weiter, als Besserverdienende und junge Menschen. Um heute benachteiligten Beschäftigtengruppen einen leichteren Zugang zur Weiterbildung zu eröffnen, ist die Arbeitsversicherung ein wirksames Instrument. Sie schafft einen sozialstaatlichen Rahmen für die Organisation und Finanzierung von unterschiedlich motivierten individuellen Weiterbildungsbedürfnissen und gibt den Beschäftigten so die Möglichkeit, ihre Erwerbsbiographie selbst zu bestimmen.

Dazu müssen berufliche, außerberufliche und öffentliche Maßnahmen miteinander verzahnt sein und so ausgestaltet werden, dass sie den unterschiedlichen Ansprüchen der Menschen in verschiedenen Phasen des Lebens Rechnung tragen.

4. Gleichstellung der Geschlechter

Das derzeitige System der sozialen Sicherung ist in weiten Teilen nicht geschlechtergerecht und entspricht nicht den Ansprüchen junger Berufstätiger, die für ihren Beruf nicht auf Familie verzichten wollen. Darüber hinaus werden Frauen im derzeitigen System der Weiterbildung benachteiligt, da viele Weiterbildungsmaßnahmen an Erwerbstätigkeit gekoppelt sind. Für Bezieherinnen von ALG II ist der Weg in Weiterbildungsmaßnahmen auf Grund der Regelungen über die Bedarfsgemeinschaften oft ganz versperrt. Die Arbeitsversicherung muss daher Einkommensverluste im Falle von Erziehungszeiten verringern, Möglichkeiten der Qualifizierung

schaffen und eine eigenständige soziale Absicherung garantieren.

5. Zweiteilung zwischen ALG I und ALG II überwinden

Durch das ALG II und die Zunahme atypischer Beschäftigung schrumpft der Anteil an Berechtigten für das sozialversicherungsrechtliche ALG I und der Anteil derjenigen, die auf die Fürsorgeleistung des ALG II angewiesen sind. Wir wollen, dass alle Personen in die Arbeitsversicherung aufgenommen werden.

6. Finanzierung

Die Finanzierung der Arbeitsversicherung muss aus einem Mix aus Beiträgen, Steuern und tariflichen Finanzierungsmodellen erfolgen. Dabei sind die Unternehmen an der Finanzierung paritätisch zu beteiligen. Der größte Teil der Förderinstrumente im Rahmen der Arbeitsversicherung wird wie heute von der Bundesagentur beglichen. Hinzu kommt ein erhöhter Steuerzuschuss durch den Bundeshaushalt zur Ausweitung der Finanzierung von Übergängen im Erwerbsleben.

Im Gegenzug sind Subventionen, wie das Ehegattensplitting oder andere Maßnahmen, die von den Arbeitgebern in der Vergangenheit genutzt wurden, um Menschen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, abzuschaffen und die freiwerdenden Mittel zur Finanzierung der Arbeitsversicherung heranzuziehen. Die hohe Steuerfinanzierung der Arbeitsversicherung ist schon deshalb notwendig, weil die Einbeziehung von Selbständigen und die neuen Beschäftigungsformen andernfalls die Einnahmeseite erodieren lassen würde.

Die Finanzierung der Weiterbildung erfolgt auf Grundlage eines Fondsmodells, in das alle Unternehmen einzahlen.

Die Arbeitgeberbeiträge sollen in eine Wertschöpfungsabgabe umgewandelt werden. Dies würde arbeitsintensive Unternehmen entlasten und die verhältnismäßig hohe Belastung des Faktors Arbeit, gegenüber dem Faktor Kapital, verringern. Für die Wertschöpfungsabgabe wird die Wertschöpfung eines Betriebes als Beitragsbasis herangezogen. Mit in die Berechnung hineinfließen sollen Abschreibungen, Gewinne, Fremdkapitalzinsen, Mieten, Pachten und Steuern. So würde nicht mehr ausschließlich die Lohnsumme eines Unternehmens als Bemessungsgrundlage dienen, sondern seine ökonomische Leistungsfähigkeit.

D

Daseinsvorsorge & Kommunal- und Verkehrspolitik

D 1/D 2 - LV Berlin/LV NRW

Mobilität sichern; verkehrspolitisch umdenken-neue Wege fahren!

1.1 Einleitung

Individuelle Mobilität nimmt in unserer Gesellschaft eine ebenso große Rolle ein, wie es die Mobilität von Kapital und Informationen tun. Unsere Gesellschaft ist weiterhin durch die Trennung von Arbeit und Privatem gekennzeichnet. Produktion und Reproduktion finden nicht mehr an einem Ort statt, so dass räumliche Distanzen überwunden werden müssen, damit das einzelne Individuum in einer Gesellschaft an mehreren Bereichen partizipieren kann. Mobilität trägt dabei überhaupt erst dazu bei, dass in unserer Gesellschaft anfallende Anforderungen und Aufgaben wahrgenommen werden können. Bei der heutigen Ausgestaltung der räumlichen Mobilität handelt es sich in der Regel um Mobilität i.S.d. „Personalisierten Individual-Verkehr“ (PIV). Spätestens seit den 50er / 60er Jahren, mit dem Aufkommen von Automobilen, die für jedermann zu bezahlen waren und mit der beginnenden Möglichkeit sich in (west) Europa nahezu frei zu bewegen, hat das eigene Auto nicht nur einen gewissen gesellschaftlichen Status für alle dargestellt, sondern einen tatsächlichen Gewinn an Lebensqualität ermöglicht. Dennoch gab es in der Vergangenheit bereits ein Hinterfragen dieser Entwicklungen. So wandte der Städtebau der BRD sich bereits in den 1970er Jahren von dem Konzept der autogerechten Stadt ab, wodurch der PIV verstärkt aus den Innenstädten heraus gehalten werden soll.

Die Anzahl der Wege, die ein Mensch am Tag zurücklegt, ist seit langem konstant, doch ist die Länge der zurückgelegten Wege drastisch angestiegen. Laut der Studie „Mobilität in Deutschland 2002“, die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in Auftrag gegeben worden ist, werden im Alltagsverkehr in Deutschland täglich 270 Millionen Wege zurückgelegt, wobei das Auto als Verkehrsmittel mit 165 Millionen Wegen die größte Bedeutung hat. Im Vergleich dazu werden mit Bus oder Bahn täglich nur insgesamt 20 Millionen Wege zurückgelegt. Von den insgesamt

zurückgelegten Wegen entfällt nur knapp ein Fünftel auf die Wege zu bzw. von der Arbeit, der weitaus größere Teil der Wege wird im Freizeitbereich, zur Erledigung privater Angelegenheiten und zur Begleitung anderer Personen zurückgelegt. Mobilität hat daher eine große soziale Komponente und dient der Inklusion in und der Partizipation an allen Bereichen der Gesellschaft. Wir verstehen dabei Mobilität nicht als reine Raumüberwindung, also der Zahl an zurückgelegten Kilometern, sondern als Möglichkeit seinen Lebensraum nutzen, erleben und in ihm, in der Gesellschaft, partizipieren zu können. Hieraus wird deutlich, dass der Mobilität eine wichtige soziale Komponente zu Teil wird.

Für uns Jusos ist es daher vor allem Aufgabe des Staates, Mobilität für alle Menschen, unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Geldbeutel und ihrer individuellen Alltagsgestaltung, zu gewährleisten. Die (noch nicht beendete) rasante Steigerung der Energiepreise bei gleichzeitiger Stagnation der Realeinkommen und die zunehmende Realisierung der Umweltschäden durch den PIV stellen uns Jusos vor die Frage, wie wir in Zukunft Mobilität für alle Bürger realisieren wollen. Mobilität umfasst natürlich mehr als die Fortbewegung mit Fahrzeugen; zusätzliche Fortbewegungsmöglichkeiten, wie das Fahrrad, das Zulußgehen oder die gemeinschaftliche Nutzung privater Verkehrsmittel, müssen in einem nachhaltigen, ganzheitlichen Mobilitätskonzept zusammengefasst werden. In diesem soll der ÖPNV die entscheidende Rolle spielen, worauf wir uns in diesem Antrag fast ausschließlich beziehen mochten. Nichtsdestotrotz ist ein integratives, ganzheitliches Mobilitätskonzept nicht aus den Augen zu verlieren. In diesem soll der ÖPNV die entscheidende Rolle spielen.

1.1.1 Die Kosten der Mobilität

Mobilität hat ihren Preis. Zu Anschauungszwecken werden die Kosten in drei Bereiche eingeteilt, 1. die Kosten für die öffentliche Hand, 2. die individuellen Kosten für die Teilnahme am Verkehr, 3. die externen Kosten, welche nicht in 1. und 2. berücksichtigt wurden. Die Aufzählungen sind beispielhaft und nicht abschließend.

1.1.2 Kosten der öffentlichen Hand

Ohne an dieser Stelle mit Zahlen jonglieren zu wollen, sei vor allem auf folgende Kosten verwiesen: die Verkehrsinfrastruktur, also Straßen, Lichnanlagen, Brücken, Tunnel etc. verschlingt große Summen des staatlichen Haushaltes. Mit zunehmender Verkehrsauslastung nehmen diese Kosten zu. Ebenso entstehen Kosten für die Verkehrsüberwachung (bsp. Polizei) und die Verkehrssicherung (bsp. TÜV, aber auch Verkehrsplanung etc).

1.1.3 Kosten für das Individuum

Für die Teilnahme am PIV ist ein Kraftfahrzeug notwendig, hierfür entstehen Anschaffungskosten. Der Unterhalt eines PKW wird momentan mit durchschnittlich 400 Euro im Monat angegeben (Versicherung, Steuern, Wartung, etc). Hinzu kommen die Kraftstoffkosten.

Im urbanen Raum beeinträchtigen zudem Lärm und Abgase, die durch den PIV entstehen, die Lebensqualität massiv. Ebenso der Stress, der bei einzelnen PIV-NutzerInnen, insbesondere im viel befahrenen urbanen Raum, durch Stau etc. entsteht. Schließlich muss auch die Gefahr für Leib und Leben betrachtet werden- im Straßenverkehr sterben jährlich rund 50000 Menschen, die Zahl der Verletzten übersteigt diese noch.

Externe Kosten

Diese stellen die größten Kosten und das größte Problem des PIV dar. Zum einen findet sich hier einer der größten Posten, die Umweltbelastung. Würden alle Kosten, die aufgrund der Umweltbelastung durch die Herstellung von Fahrzeugen und Infrastruktur entstehen, und zusätzlich noch die Kosten durch die Energiegewinnung (also noch nicht mal den Verbrauch) berücksichtigt werden, wäre der PIV für das Individuum wahrscheinlich gar nicht mehr zu finanzieren. Diese Kosten entstehen jedoch unweigerlich und sie werden auch in unterschiedlichen Maßen von der Bevölkerung (global) getragen. Hier stellt sich die Frage nach der Verteilung der Kosten. Wir Jusos fordern eine stärkere, zweckgebundene Umlage von externen Kosten in ihrer genauen Entsprechung auf den Verursacher/ die Verursacherin. Dort, wo die Umlage externen Kosten keine Lenkungsfunction zur Minderung externer Kosten einnimmt, fordern wir die Einführung von anderen, angemessenen Steuerungsinstrumenten. Dabei darf jedoch nicht aus den Augen verloren werden, dass Mobilität für alle bezahlbar sein muss und zu gewährleisten ist. Eine pauschale Umlegung der externen Kosten auf die VerursacherInnen kann daher unter sozialen Aspekten nicht zielführend sein.

Neben den externen Kosten durch die Umweltbelastung kommen externe Kosten durch die Verkehrsnutzung hinzu. Vor allem Staus verursachen jährlich volkswirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe.

Insbesondere bei der Minimierung der hier entstehenden externen Kosten muss hier auf ein ganzheitliches Verkehrskonzept, das Verkehrsplanung, Stadtplanung und andere Bereiche miteinschließt, erstellt werden.

2 Die Finanzierung

Der Staat finanziert seine Ausgaben für den PIV durch verschiedene Steuern und Abgaben. Die wichtigsten hierbei sind die Mineralölsteuer und die KFZ Steuer. Diese Belastungen sind jedoch nicht gleich verteilt. Die Mineralölsteuer wird pauschal auf den Liter Sprit aufgeschlagen, ist also linear an

den Verbrauch gekoppelt. Dadurch zahlen Einkommenschwache wie -Starke den gleichen „Steuersatz“. Bei der KFZ-Steuer wird über eine Hubraum- und Schadstoffabhängige Besteuerung versucht, einen Teil der externen Kosten zu internalisieren. Dies klappt aber nur begrenzt, wie beispielsweise die hohe Beliebtheit von SUVs aufgrund der niedrigen Besteuerung gezeigt hat. Schlussendlich sind die Einnahmen (wie bei allen Steuern) nicht zweckgebunden, kommen also nicht unbedingt dem Ausbau von Mobilitäts-Infrastruktur zugute (was wir an dieser Stelle auch ausdrücklich nicht fordern). Außerdem besteht die Gefahr, dass umweltschonendes Autofahren immer mehr zu einem Luxusgut wird. Dort, wo kurz- und mittelfristig das Auto noch immer unabdingbar sein wird, um Mobilität zu realisieren, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, dass umweltschonendes Fahren nicht nur Einkommensstarken möglich ist und damit zu einem Statussymbol heranreift. Die staatliche unterstützte Nachrüstung, wie beispielsweise bei Rußpartikelfiltern, reicht hier nicht aus. BesitzerInnen von Autos, die hohe externe Kosten verursachen, müssen diese auch stärker tragen als BesitzerInnen umweltschonender Fahrzeuge. Schon bei der Anschaffung muss ein Anreiz dahingehend gesetzt werden, das umweltschonendere Auto zu erwerben, so dass auch die Automobilindustrie stärker als bisher gezwungen ist, kostengünstig umweltschonendere Fahrzeuge zu entwickeln und allgemein zugänglich zu machen. Letztendlich ist der Staat auch Teilhaber an den verschiedensten Autoherstellern, jedoch ist es bis heute nicht gelungen diese zu einem wirklichen Umdenken in der Automobilherstellung zu bringen. Angesichts der auftretenden Kosten müssen wir uns jedoch durchaus die Frage stellen, ob individuelle Mobilität in unserer heutigen Form überhaupt noch (für das Individuum und die Gesellschaft) sinnvoll bezahlbar ist. Und falls nicht, stellt sich die Frage, ob wir überhaupt von tatsächlicher Mobilität sprechen sollten.

3 ÖPNV – DIE Alternative zum PIV

Mobilität wird in ihrem Standard stets am PIV gemessen. Eine wirkliche Alternative zum PIV stellt heute vor allem der ÖPNV dar, mit eventuellen kurz- und mittelfristigen Alternativen durch nahverkehrliche Mitfahrzentralen und Car-Sharing. Fraglich ist, ob der ÖPNV als Alternative zum PIV weniger kostenintensiv (für Individuum und Gesellschaft) ist und ob dieser in der Lage wäre, umfassende Mobilität zu garantieren. Entscheidender Vorteil des ÖPNV ist, dass dieser nicht nur Personen mit Führerschein, Fahrtüchtigkeit und Zugriff auf einen PKW zur Verfügung steht, sondern grundsätzlich allen.

Darüber hinaus muss immer berücksichtigt werden, dass viele Menschen, insbesondere junge und alte Menschen, nicht zuletzt auf Grund der finanziellen Kosten des PIV und die zu erfüllenden Voraussetzungen für die Nutzung des PIVs, auf Angebote wie den ÖPNV angewiesen sind. ÖPNV darf also nicht nur von der Seite, der UmsteigerInnen diskutiert werden. Es ist Aufgabe des Staates

Mobilität und damit Partizipation für alle Menschen zu gewährleisten und dem ÖPNV kommt darin eine besondere, auch sozialpolitische Rolle zu.

3.1 ÖPNV ist und bleibt eine Aufgabe der Daseinsvorsorge

Wer jedoch finanziert den ÖPNV und gestaltet ihn als wirkliche Alternative zum PIV? Nach dem Regionalisierungsgesetz ist „[...] die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr [...] eine Aufgabe der Daseinsvorsorge“. Bis auf das Landesgesetz zum ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern, wird der Begriff der Daseinsvorsorge im Bezug auf den ÖPNV in allen Gesetzen der Bundesländer ausdrücklich genannt. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gehört die Bereitstellung des ÖPNV jedoch (nur) zu den freiwilligen Aufgaben im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung. Doch wie definiert sich eine „ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen“? Anhaltspunkte hierfür sind in dem Begriff der Daseinsvorsorge enthalten: Es existieren verschiedene Definitionen von Daseinsvorsorge, die zumeist folgende Elemente enthalten: a) den gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang aller Bürgerinnen und Bürger, b) ein flächendeckendes, an qualitativen Standards orientiertes, dauerhaftes und verlässliches Angebot zu angemessenen Preisen sowie c) die demokratische Kontrolle und öffentliche Verantwortung. Dabei können Leistungen wirtschaftlicher wie nicht-wirtschaftlicher Art erbracht werden. In welcher Handlungsform „Staat“ öffentliche Aufgaben organisiert, ist offen, solange sie sich an den genannten Kriterien ausrichtet.

3.1.1 Finanzierung des ÖPNV

Am ÖPNV zeigt sich deutlich der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat. Der ÖPNV wird zwar häufig noch als kommunaler Eigenbetrieb organisiert, doch vielerorts bestellt die Kommune bereits nur noch eine Leistung wie den ÖPNV und ein privates Unternehmen erbringt diese dann. Der ÖPNV arbeitet zu ca. 70 % gewinndeckend, im ländlichen Raum ist dieser Prozentsatz jedoch weitaus geringer. Insbesondere private AnbieterInnen sehen sich häufig vor der Aufgabe, dem Anspruch hohe Gewinne zu erwirtschaften gerecht zu werden und gleichzeitig ihren, am Gemeinwohl orientierten Aufgaben, wie dem Ausbau und der Wartung von Schienen und Verkehrswegen nachzukommen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dieser Zwiespalt häufig zu Lasten von Fahrgästen und Mobilität gelöst worden ist. Doch auch Kommunen sparen mit dem Argument der leeren Kassen immer mehr ein. Hinzu kommt der Druck von der EU-Ebene, die eine größere Eigenwirtschaftlichkeit des ÖPNV verlangt. Bisher wurde die Eigenwirtschaftlichkeit in gewissen Maßen durch eine Querfinanzierung gewährleistet. Die Einnahmen aus stark frequentierten Linien und Strecken wurden mit den Defiziten aus weniger stark frequentierten

Linien und Strecken verrechnet. Eine Vergabe von Aufträgen oder ein Verkauf von Konzessionen allein für die lukrativeren Linien würde dem Prinzip folgen, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Dieser Weg ist falsch. Er ist für die Zukunft des ÖPNV eine Gefahr, weil er für die kommunalen Aufgabenträger die ohnehin schwierige Finanzierungssituation des ÖPNV noch verschärft.

Ebenso falsch ist es, Kosteneinsparungen über Lohndumping zu betreiben. Selbst kommunale Unternehmen haben mittlerweile Tochterunternehmen gegründet, um darüber die Löhne und Gehälter zu drücken. Qualitativ hochwertiger und damit attraktiver Nahverkehr braucht aber motivierte Beschäftigte. Deshalb gilt auch für den ÖPNV: Guter Lohn für gute Arbeit. Und das heißt für die Aufgabenträger, soziale Standards für die Beschäftigten von den Verkehrsunternehmen einzufordern.“

Für uns Jusos ist klar, dass Eigenwirtschaftlichkeit nicht das entscheidende Kriterium sein darf! Weder müssen Beförderungsentgelte zwingend so hoch sein, dass sie kostendeckend sind, noch dürfen wenig gewinnbringende Strecken und Linien eingespart werden. Im Bereich der Mobilität und des ÖPNV darf es nicht nur darum gehen, ein gewinnbringendes Verkehrsangebot zu schaffen, sondern auch dort Mobilität zu gewährleisten, wo sie auf den ersten Blick nicht rentabel ist.

Ferner fordern wir die Einführung von sogenannten Sozialtickets. Diese sollen auch sozialschwachen Mitgliedern unserer Gesellschaft, Schülern, Auszubildende und Studenten die Möglichkeit geben den ÖPNV nutzen zu können. Noch sind ihrer Mobilität durch die hohen Ticketpreise Grenzen gesetzt. Die Finanzierung erfolgt durch die Länder.

3.1.2 Daher fordern wir:

Grundsätzlich müssen die einzelnen Bundesländer und Kommunen Lösungen finden, wie sie einen ÖPNV organisieren, der Mobilität für alle gewährleistet. Doch zur grundsätzlichen Finanzierung des ÖPNV fordern wir Jusos:

–die wichtigste Säule der Finanzierung des ÖPNV müssen Steuern und andere staatliche Abgaben bilden. Wie so häufig ist die Ausgestaltung des ÖPNV nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage des politischen Willens in diesen Bereich zu investieren.

–darüber hinaus fordern wir eine stärkere Umlegung der externen Kosten, die durch den PIV entstehen, auf die Verursacherinnen und Verursacher, die vor allem in den Ausbau von Mobilität i.S.d. ÖPNV investiert werden muss,

–die Einführung einer Nahverkehrsabgabe von Unternehmen, die zweckgebunden in den ÖPNV investiert werden muss, ähnlich dem französischen Vorbild des „Versement transport“. Unternehmen profitieren vom ÖPNV dadurch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dank des ÖPNV zur Arbeit anreisen können und ggf. auch Kundinnen und Kunden den Weg zu dem Unternehmen finden können. In Frankreich ist der „Versement transport“ von allen ArbeitgeberInnen mit mehr als neun Beschäftigten zu zahlen und beträgt zwischen rund einem und zwei Prozent der Lohnsumme.

–ÖPNV wird zur Zeit zu einem Teil über Ticket- und Fahrkartenerlöse finanziert. Um die Attraktivität des ÖPNV zu steigern fordern wir die verstärkte Forderung von „Job-Tickets“ und andere Vergünstigungen für ArbeitnehmerInnen in ortsansässigen Unternehmen. Um hier Preispolitik sozialvertraglich und unter lenkungspolitischen Aspekten steuern zu können ist es einmal mehr wichtig, dass sich Kommunen nicht aus der Erbringung der Leistungen wie des ÖPNV zurückziehen.

–Die wichtigste Säule der Finanzierung des ÖPNV dürfen keinesfalls Fahrkarten sein. Wir Jusos fordern einen kostenlosen ÖPNV. Dies ist allerdings nur durch einen ÖPNV in öffentlicher Hand zu erreichen. Als Hauptsäule der Finanzierung müssen Steuern und andere staatliche Abgaben dienen, welche dann über eine neu zu schaffende Finanzierungsstruktur bis in die Kommunen hinein verteilt werden sollen.

3.1.3 Mobilität für alle gewährleisten! - Attraktivitätssteigerung des ÖPNV

Eines der Hauptprobleme des ÖPNV ist sein schlechtes Image. Häufig ist er besser als sein Ruf. Dennoch sind verschiedene Maßnahmen nötig, um die allgemeine Zugänglichkeit zu gewährleisten und der ÖPNV damit eine wirkliche Alternative zum PIV darstellen kann. Als Kriterien kommen für uns vor allem in Frage: die Erreichbarkeit, die Transportmöglichkeiten und die Kosten (nach allen drei oben genannten Punkten). Um diese Kriterien zu erfüllen, bedarf es Veränderungen bei der konkreten Ausgestaltung des ÖPNV, die wir jedoch nur bundesweit gültig in Ansätzen umreißen können.

4 Anforderungen an ÖPNV

3.1 Erreichbarkeit

Hier muss zuerst eine Unterscheidung nach urbanen und ländlichen Räumen gemacht werden. Grundsätzlich verursacht der PIV die meisten Kosten und Probleme in dicht besiedelten urbanen Räumen. Hier sind neue Lösungen notwendig. Die Erreichbarkeit des individuellen Fahrzeugs scheint klar : Bestenfalls steht es vor der Tür und wartet auf Nutzung. Jedoch ist auch dieses beileibe nicht

immer der Fall- die Parkplatzsituation in vielen Städten zwingt häufig AnwohnerInnen zur Nutzung von Parkhäusern. Das ist mit weiteren Kosten verbunden und schränkt die Erreichbarkeit ein. Beim ÖPNV ist es anders- hier muss sich ein Fahrender/ eine Fahrende zu einer bestimmten Zeit an einer Haltestelle (oder Bahnhof) befinden. Dabei spielen zwei Werte eine entscheidende Rolle: der Weg zur Haltestelle und die Ausgestaltung dieser sowie die Taktung des Verkehrs. Bei entsprechender Nähe und Taktung kann die Erreichbarkeit von PIV und ÖPNV annähernd gleich sein. Gleiches gilt natürlich auch bei der Ankunft.

3.1.1 Gender und ÖPNV

Die Mobilitätsbedürfnisse von Personen werden durch ihre jeweiligen Lebenssituation mit den daraus resultierenden Anforderungen geprägt. ÖPNV, der die Mobilität aller Menschen gewährleisten will, muss sich an den Bedürfnissen aller Geschlechter orientieren. Auf Grund der gesellschaftlichen Rollenverteilung unterscheiden sich die Mobilitätsbedürfnisse zwischen Männern und Frauen häufig noch gravierend. Noch immer arbeiten Frauen vermehrt in Teilzeitberufen und leisten einen Großteil der Reproduktionsarbeit. Damit sind sie häufig vor andere Aufgaben, und damit verbunden auch vor andere Streckenbewältigungen, als viele Männer gestellt. Während vor allem Männer in der „klassischen Aufgabenverteilung“ den ÖPNV nutzen, um weite Strecken auf direktem Wege, beispielsweise von der Haustür zur Arbeit in der nächstgelegenen Stadt, zurückzulegen, kombinieren Frauen häufig Wege und Aufgaben miteinander. Daraus resultieren ganz andere Ansprüche an den ÖPNV, denen Rechnung getragen werden muss, insbesondere dann, wenn bedacht wird, dass zum einen Frauen insgesamt die Hauptnutzerinnen des ÖPNV sind und zum anderen diese Wege – wie einleitend erwähnt- den Großteil der täglich zurückgelegten Wege ausmachen. Dadurch dass der ÖPNV sich jedoch vor allem an dem vermeintlichen Ideal des vollzeitbeschäftigten Mannes orientiert, dies wird unter anderem deutlich an der Taktung der Verkehrsmittel und dem Ausbau der Schnellfahrstrecken, entstehen Mobilitätszwänge. Der ÖPNV genügt nicht den alltagsweltlichen Ansprüchen und wird daher, sofern es finanziell leistbar ist, vermehrt von Frauen durch den PIV ersetzt. Die direkte Konkurrenz von ÖPNV und PIV zeigt sich auch hier deutlich. Wie oben aufgezeigt, ist die individuelle Mobilität in der heutigen Form, die vor allem durch den Einsatz von Autos bestimmt ist, für das Individuum ebenso wie für die Gesamtgesellschaft, eigentlich kaum noch bezahlbar und sinnvoll. Daher muss alles dafür getan werden, dass der ÖPNV eine ernsthafte Alternative zum Auto darstellt und durch ihn die vollständige Mobilität aller Menschen mit ihren verschiedensten Bedürfnissen gewährleistet wird. Unterschiedlichen Bedürfnisse, Geschwindigkeiten und Zeitrhythmen dürfen jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen in einem Verkehrssystem berücksichtigt und integriert werden. Dies gilt nicht nur für die Betrachtung von Geschlecht und ÖPNV, sondern auch beispielsweise bei der Betrachtung von Altersgruppen, die den ÖPNV vorrangig nutzen etc.

3.1.2 Daher fordern wir hier:

- der generelle Ausbau des ÖPNV, so dass der ÖPNV für alle und in angemessenen Abständen erreichbar ist,
- der weitere Ausbau, der örtlichen , Schnell- und Expresstrecken,
- eine stärkere Erschließung des Nahraumes, im urbanen Raum beispielsweise durch den Ausbau von Stadtteilbussen, der Taktverkehr muss so gestaltet werden, dass Mitarbeiter großer Unternehmen mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihren Arbeitsplätzen gelangen können.
- eine vorausschauende Stadtplanung, die Verkehrsnetze und die Gewährleistung von Mobilität im Blick hat,
- eine auch am Freizeit- und Reproduktionsalltag orientierte Linien- und Streckenführung der Verkehrsmittel,
- eine Überprüfung und Änderung der Taktung der Verkehrsmittel, so dass sich diese nicht nur an dem vermeintlichen Ideal der 40-Stunden-Woche orientiert und das Umsteigen von einem Verkehrsmittel in ein anderes ohne längere Wartezeiten möglich ist,
- eine Überprüfung und ggf. Veränderung der Verortung von Haltestellen, so dass mit ihnen leichter Ziele des Freizeit- und Reproduktionsalltags erreicht werden können,
- einen verstärkten Ausbau des Nachtverkehrs. Mobilität muss weitgehend Tageszeiten unabhängig realisiert werden können. So müssen beispielsweise auch nachts Ziele der Freizeitgestaltung durch den ÖPNV angemessen erreicht werden können. Aber auch das Erreichen anderer Ziele muss zu Fahrgast-schwächeren Zeiten gewährleistet werden. Beispielsweise durch den Einsatz von Kleinbussen, die, durch ihren geringeren Benzinverbrauch, auch häufiger und zwischen den Taktzeiten der anderen Verkehrsmittel eingesetzt werden können oder durch den Einsatz von Sammeltaxen im Nachtverkehr, die stets zu einer bestimmten Zeit, jedoch nur auf Bedarf fahren, ist ein flexibleres, schnelleres und sichereres Fortkommen auch nachts, früh morgens und feiertags möglich.

- Die Tarifsysteme übersichtlicher zu gestalten, sodass jedem Bürger die Preisermittlung über auch Betreiber Grenzen hinweg ermöglicht wird. Hierzu sind Informationsveranstaltungen zum Tarifsystem wünschenswert.

3.2 Transportmöglichkeiten

Hier kommt es sehr auf die Spontanität an. Grundsätzlich ist der Transport (von Gütern und Personen) durch den ÖPNV kostengünstiger und schneller. Bei kleinen und vor allem: spontanen Transporten (bsp. Einkauf) ist der Transport durch den PIV jedoch komfortabler. ÖPNV sollte sich daher immer am Komfortanspruch des PIV orientieren. Hier spielt die Erreichbarkeit die entscheidende Rolle. Haltestellen müssen so angelegt werden, dass beispielsweise der Weg zwischen Supermarkt, der Haustür und der Haltestelle gut für alle Menschen zu meistern ist. Gleichzeitig muss hier der Grundsatz der „Stadt der kleinen Wege“ berücksichtigt werden. So muss auch durch die Streckenführung der Verkehrsmittel von vornherein ein einfaches, unkompliziertes Umsteigen ohne lange Wartezeiten ermöglicht werden. Dazu kommt, dass Fahrzeuge und Haltestellen für alle Menschen erreichbar und nutzbar sein müssen. Haltestellen und Fahrzeuge müssen daher barrierefrei gestaltet sein.

Hier zeigt sich jedoch auch die Wichtigkeit von Zusammenarbeit zwischen Verkehrs- und Stadtplanung.

Städte und Ortschaften müssen langfristig verstärkt so geplant werden, dass an einem Ort möglichst viele Dinge zu erledigen sind. Dies darf jedoch nicht zu einer Einschränkung der weiter gefassten regionalen Mobilität führen.

4.2.1 Daher fordern wir hier:

- den vermehrten Einsatz von Niedrigflurbussen sowie Niedrigflur-S- und U- und Straßenbahnen
- den vermehrten Einsatz von Bussen/Bahnen mit Rampen
- die Ausstattung aller S- und U-Bahnhöfe mit Fahrstühlen, deren Funktionstüchtigkeit sichergestellt sein muss,
- das barrierefreie Erreichen von Haltestellen,
- den Einsatz von Verkehrsmitteln, die genug Stauraum für Einkäufe, Kinderwagen usw. bieten.
- Weiterhin befürworten wir Begleitdienste für Menschen mit Behinderungen.

- Im Gegenzug sind 1.Klasse-Angebote in Zügen des Nahverkehrs abzuschaffen, sofern keine andere Möglichkeiten zur Bereitstellung zusätzlicher Sitzplätze je Zugeinheit zeitnah möglich sind.

Zusätzlich neben dem Zugang zu Verkehrsmitteln und Haltestellen müssen diese dem Sicherheitsempfinden der fahrenden Personen genüge leisten. Abgelegene oder einsame und schlecht beleuchtete Haltestellen, weite Wege zwischen Haustür und Haltestelle sowie als einsam empfundene Haltestellen mindern die Attraktivität des ÖPNV. Insbesondere im Nachtverkehr, sofern er denn angeboten wird, wird der ÖPNV häufig als unsicher und unkomfortabel empfunden. Hier muss im ländlichen Raum, vor allem durch geschulte FahrerInnen, die Übergriffe und Belästigungen als solche erkennen und im Zweifelsfall eingreifen können und pädagogische Maßnahmen zur Gewaltprävention Abhilfe geschaffen werden. Des Weiteren kann hier ein vielfältiger und Varianten reich ausgestalteter ÖPNV, der aus Bahnen, Bussen, Sammeltaxen usw. besteht, Abhilfe schaffen und das subjektive Sicherheitsempfinden stärken. Videoüberwachung im ÖPNV als Mittel zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens lehnen wir ab.

5. Infrastruktur

In Deutschland gibt es im Eisenbahnbereich ein starkes Gefälle zwischen wenigen Hochleistungsstrecken zwischen den Ballungszentren und parallelen Bahnstrecken mit niedrigen Ausbaustandards, die überwiegend dem regionalen Verkehr dienen. Eine zukunftsweisende Eisenbahninfrastrukturpolitik muss sicherstellen, dass

- die vorhandenen Eisenbahninfrastrukturkapazitäten unabhängig von den Eigentümern optimal ausgenutzt werden.
- die Ausbauplanungen für Eisenbahninfrastruktur durch ein unabhängiges Gremium mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, verladender Wirtschaft, Fahrgastverbänden, Eisenbahnverkehrsunternehmen und Eisenbahninfrastrukturunternehmen entwickelt und den Politikern aus den Ländern und dem Bund für die Erstellung des Bundesverkehrswegeplanes vorgelegt werden. Der Ausbau von Eisenbahninfrastruktur muss dabei unabhängig von den eigentumsrechtlichen Strukturen durchgeführt werden. Oberste Kriterien müssen die volkswirtschaftliche Gesamteffizienz und die Gesamteffizienz des europäischen Eisenbahnnetzes sein. Bei der Finanzierung von Ausbaumaßnahmen im Bereich privater Infrastruktur sind ebenso wie bei der Finanzierung staatlicher Infrastruktur mit den Infrastrukturbetreibern Leistungsvereinbarungen mit Sanktionen (vorzuhaltende Kapazitäten, Zustand der Infrastruktur, Trassenpreise,...) abzuschließen.

- der Rückbau von Infrastrukturkapazitäten wie Gleise, Weichen und Bahnsteigen, die aktuell nicht benötigt werden darf nur in absoluten Ausnahmefällen genehmigt werden (z.B. wenn eine Ersatzstrecke gebaut wird, ein Verloader nicht mehr existiert und eine erneute Aufnahme der Verladetätigkeiten durch städtebauliche Änderungen nicht mehr möglich ist)
- die höhengleichen Bahnübergänge langfristig alle technisch gesichert werden und neue technisch gesicherte Bahnübergänge über reguläre Verfahren (Planfeststellungsverfahren, Raumordnungsverfahren etc.) genehmigt werden. Kurzfristig sind an allen schlecht einsehbaren und technisch nicht gesicherten höhengleichen Bahnübergängen Stoppschilder für den Straßenverkehr aufzustellen.
- Bahnsteige bedarfsgerecht und zeitnah verlängert werden. Hierfür sind die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Bei allen Um- und Ausbauten von Bahnsteiganlagen ist auf eine behindertengerechte (für Gehbehinderte, Rollstuhlfahrer und Blinde geeignete) Zuwegung zu den Bahnsteigen zu achten. Im Einzelfall ist zu untersuchen, ob technisch gesicherte, höhengleiche Bahnsteigzugänge wirtschaftlicher als Unter- oder Überführungen sind.
- an allen Bahnhöfen ohne Fahrkartenverkauf durch Personal der Erwerb von Fahrscheinen an einfach bedienbaren und für Rollstuhlfahrer und Sehbehinderte geeigneten Automaten möglich ist, sofern nicht in allen dort verkehrenden Zügen entsprechende Möglichkeiten zum Fahrkartenerwerb gegeben sind.
- In Gebieten mit Streusiedlungen, in denen kein öffentlicher Straßenpersonenverkehr ökologisch sinnvoll ist, ausreichend Parkplätze für den privaten Individualverkehr an Bahnhöfen errichtet werden.

6. Kosten des ÖPNV

Bei den Kosten gibt es erhebliche Unterschiede zum PIV. Zwar sieht es bei den öffentlichen Kosten (fast) ähnlich aus- auch hier muss eine Infrastruktur angeboten werden (unabhängig, ob sie jetzt teurer oder billiger wäre), diese muss überwacht und gesichert werden. Beim Schienenverkehr sind die Kosten für die Infrastruktur des PIV geringer, dahingegen reduzieren sich die Kosten für die Verkehrsüberwachung beim ÖPNV stark. Entscheidend sind jedoch die Individuellen Kosten- sie reduzieren sich auf eine Fahrkarte. Vor allem die Anschaffungskosten fallen weg, nicht unbeachtlich ist auch der Wegfall persönlicher Risiken im Straßenverkehr. Bei den externen Kosten haben wir bei der Umweltbelastung teilweise gleiche Probleme, jedoch ist der Transport von Gütern und Menschen durch den ÖPNV wesentlich energieeffizienter, dadurch reduzieren sich die externen Kosten erheblich. Dazu kommt der bessere Verkehrsdurchsatz- während man im Berufsverkehr regelmäßig im Stau steht, kann einem beim ÖPNV schlimmstenfalls eine Verspätung zusätzliche Kosten verursachen. Der Vorzug des ÖPNVs gegenüber des PIV ist daher langfristig kostengünstiger

und ein zwingender Baustein eines umwelt- und sozialverträglichen Verkehrssystems. Um den Vorsprung des ÖPNV hier jedoch zu gewährleisten, sind weitere technische und organisatorische Verbesserungen zu fördern und zu realisieren. ÖPNV kann also in vielen Bereichen den PIV ersetzen. Hinsichtlich der Kosten ist es sowieso nicht sicher, ob wir z.Zt. noch von unbegrenzter Mobilität sprechen können. Zwar ist fraglich, ob sich eine Gesellschaft von „ihren“ Autos trennen will, jedoch haben ebenso viele Leute begriffen, dass sie auch ohne Auto mobil sein können; langfristig sogar mobiler.

7. Die Zukunft – neue Urbanität

Der Ausbau und die Optimierung des ÖPNV können aber bei der Debatte um eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik in den Städten nur die Spitze des Eisberges darstellen. Die Umsetzung der Mobilität für alle ist eine übergreifende Aufgabe, die auch die Stadtplanung und Raumordnung mit einbeziehen muss. So muss auf langer Sicht das Konzept der Städte mit verändert werden. Verkehrsvermeidende Siedlungsstrukturen wurden bereits auf der HABITAT II-Konferenz der Vereinten Nationen im Juni 1996 gefordert. Die Zersiedelung des Raumes und die fortschreitenden Suburbanisierungsprozesse machen die Mobilität immer schwerer umsetzbar, sodass man das Auflösen der Stadtstrukturen, auch im Hinblick auf die Umsetzbarkeit öffentlicher Daseinsvorsorge, entgegenwirken muss. Es muss eine Abkehr erfolgen von Versorgungseinrichtungen auf der „grünen Wiese“, wie sie im Besonderen in den neuen Bundesländern erfolgen bzw. erfolgt sind. Städte müssen zudem vermehrt das bereits angesprochene Konzept „Stadt der kurzen Wege“ verfolgen, die eine Nutzungsmischung in den Quartieren einbezieht. Hierdurch können Konzentrationen des Verkehrs auf Tageszeiten und Richtungen entgegen gewirkt werden.

D 8 – LV Ba-Wü

Public Private Partnership/Öffentlich-Private Partnerschaft

1. Einleitung

Public Private Partnership (PPP) ist derzeit in aller Munde. Die Bundesregierung ermutigt in ihrer „Innovationsoffensive“ Kommunen unter anderem dazu, PPP-Projekte zu realisieren, da mit ihnen modernes und effizientes Verwaltungshandeln ermöglicht werden könne. Auch die EU treibt PPP beständig nach vorn. Angesichts mangelnder finanzieller Spielräume kommunaler Kassen und des Investitionsbedarfs zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur von 700 Milliarden Euro in den Kommunen stößt die Idee des Public Private Partnership auf offene Ohren. Auf allen Ebenen in der Bundesrepublik werden inzwischen PPP-Projekte geplant bzw. umgesetzt. Dies ist keine neue Erscheinung, aber die Intensität in der PPP-Projekte nach geplant bzw. durchgeführt werden, hat eine neue Qualität erreicht.

Rund 80 % der PPP-Projekte finden im Gemeindebereich statt. Im Jahr 2002 führten nach einer Studie 62 % der befragten Kommunen PPP in der Energieversorgung, 53 % im Nahverkehr, 43 % in der Wasserversorgung und 30% in der Abfallentsorgung durch. Auf Länderebene sind insbesondere die Bereiche der Justizvollzugsanstalten und der Straßenbauverwaltung inzwischen von PPP-Prozessen betroffen. Und auf Bundesebene existieren beispielsweise im Verteidigungsbereich, dort etwa im Bekleidungswesen, der Truppenverpflegung oder der Instandhaltungslogistik, einige PPP-Projekte.

2. Definition

Public Private Partnership umfasst allgemein gesehen, unterschiedliche Konstrukte der Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure. Dabei wird zwischen Institutionellem PPP und Vertrags-PPP unterschieden. Bei ersterem gründen die öffentliche Hand und mindestens ein Privater eine gemeinsame Gesellschaft. Wohingegen beim Vertrags-PPP die öffentliche Hand Auftraggeber ist und eine Dienstleistung oder den Betrieb einer öffentlichen Einrichtung an einen Privaten vergibt.

3. PPP – Win-Win Situation für Private Investoren und Öffentliche Hand?

PPP wird in der politischen Diskussionen all zu gerne, häufig auch von Teilen der SPD, als der neue dritte Weg zwischen traditioneller Eigenerbringung einer Leistung durch den Staat einerseits und der vollständigen Privatisierung andererseits angepriesen, von dem alle Beteiligten nur profitieren könnten. PPP ist jedoch kein neuer Weg, sondern eine alternative Spielart der Privatisierung und häufig nur der kompromissfähige Zwischenschritt zu einer vollständigen Privatisierung. (Teil-)Privatisierungen ermöglichen häufig kurzfristige finanzielle Handlungsspielräume für die öffentliche Hand. Kommunen, Land und Bund erhoffen sich durch PPP aus finanziellen Engpässen, durch Einsparungen bei laufenden Kosten und Investitionskosten, herauszufinden und Investitionsstaus dadurch aufzulösen. Neben dem finanziellen Aspekt spielt bei der Umsetzung von PPP-Projekten jedoch häufig auch die Vorstellung, dass die Privatwirtschaft Dienstleistungen prinzipiell leistungsfähiger und kostengünstiger anbieten könnte, eine entscheidende Rolle. Doch die Erfahrungen mit (Teil-)Privatisierung der letzten Jahre haben dies nicht selten grundsätzlich widerlegt und somit gezeigt, dass (Teil-)Privatisierungen keine Alternative sein können!

Das Interesse von Unternehmen und privaten Finanzinvestoren an PPP basiert auf verschiedenen Motiven. Auf Grund fortbestehender Überakkumulation und fehlender Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals dienen (Teil-)Privatisierungen und die Etablierung neuer Eigentumsrechte der Erschließung neuer Verwertungsbereiche. Dadurch dass PPP-Verträge meist über einen langen Zeitraum abgeschlossen werden, bieten sie privaten Trägern eine relative Sicherheit und verringern ihr unternehmerisches Risiko. Dazu können Unternehmen häufig von einem Imagegewinn, der Legitimation durch die öffentlichen Partner und den neu gewonnenen Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen und Prioritätensetzungen profitieren.

4. Und wer verliert?

4.1 KundInnen, ArbeitnehmerInnen

Die Erschließung neuer Märkte ist stets mit dem Streben nach Umsatzsteigerungen und Gewinnen verbunden. Da hoheitliche Aufgaben oder Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. mit Gemeinwohlorientierung durch PPP an private Träger mitübergehen, ist es hier besonders dramatisch, wenn das Ziel der Anbietung einer Leistung nicht mehr der gleichberechtigte, diskriminierungsfreie Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu einem flächendeckenden, an qualitativen Standards orientierten, dauerhaften und verlässlichen Angebot zu angemessenen Preisen ist, sondern sich an Gewinn und Profit orientiert.

Gewinnmaximierung kann beispielsweise hier durch Preiserhöhung und die Streichung defizitärer Angebote erreicht, ebenso wie auch durch den Wegfall von Arbeitsplätzen oder die Senkung der Lohnzahlungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht werden. Darüber hinaus besteht auch immer die Gefahr, dass durch (Teil-)Privatisierungen ArbeitnehmerInnenrechte wie die Möglichkeit zur Mitbestimmung reduziert werden.

4.2 „Der“ Staat

Ein grundsätzliches Manko von PPP-Projekten, das die schöne Idee der Win-Win-Situation beider Seiten aushebelt, ist die sehr ungleiche Gewinn- und Risikoverteilung in ihnen. Zwar ist Risikoverteilung in PPP-Projekten grundsätzlich vertraglich gestaltbar. Doch bei Nicht-Erfüllung der Aufgaben fallen die ausstehenden Aufgaben wieder an die öffentliche Hand zurück, da diese beispielsweise bei Kern-Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge verpflichtet ist, diese zu erbringen. Durch vorher investierte Kosten in das PPP-Konstrukt und die Abgabe des Know-Hows, fehlt dieses in der öffentlichen Verwaltung und erschwert sowie verteuert die Wiederrücknahme.

Im Gegensatz dazu geht der private Investor grundsätzlich stets ein kalkulierbares Risiko ein. Darüber hinaus ist der Legitimationsschaden, den Kommune, Land und Bund durch nicht funktionierende PPP-Konstrukte erleiden können, wenn durch den privaten Vertragspartner die Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht erfüllt werden, nicht zu unterschätzen.

Durch PPP-Konstrukte manifestiert sich der Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat, der immer mehr Aufgaben und damit einen Teil seiner Steuerungskompetenzen abgibt. Dadurch dass private Träger, die über keine demokratische Legitimation verfügen, als Kooperationspartner als Gegenleistung für die Erbringung ihrer Leistungen ein nicht zu unterschätzendes Mitspracherecht haben, schränkt sich die öffentliche Hand stark in ihrem Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Durch die nicht- oder nur ungenaue Offenlegung der abgeschlossenen Verträge wird die öffentliche Kontrolle mit Blick auf Interessen des privaten Trägers begrenzt. Gewählten MandatsträgerInnen können somit Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten immer weiter entzogen werden. Dies ist besonders dramatisch, wenn bedacht wird, dass durch PPP-Verträge langfristige Bindungen eingegangen werden, die alternative Optionen fast unmöglich machen und öffentliche Mittel über einen langen Zeitraum hinweg binden. PPP-Projekte sind stets eine langfristige Entscheidung, bei denen Fehlentscheidungen und Änderungen der ökonomischen und gesamtgesellschaftlichen Situation nur selten Berücksichtigung finden können und damit die (finanziellen) Handlungsspielräume der öffentlichen Hand auf lange Dauer stark einschränken können.

Darüber hinaus kann PPP dazu beitragen, bereits gesunkene, finanzielle Spielräume der öffentlichen Hand auch auf kurze Sicht weiterinzugewinnen. Eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung einer attraktiven und preiswerten öffentlichen Infrastruktur durch Kommunen, Bund und Land ist die Quersubventionierung. So wird beispielsweise gerne defizitärer ÖPNV durch Gewinne der Stadtwerke ausgeglichen. Wenn gewinnträchtige Bereiche, die besonders attraktiv für private Träger sind, von diesen betrieben werden bzw. sie an diesen eine Gewinnbeteiligung besitzen, mangelt es der öffentlichen Hand an Spielräumen zur Quersubventionierung. Der kurzfristige Gewinn der durch PPP für die öffentliche Hand erzielt werden kann, steht damit in keinem Verhältnis zu seinen langfristigen negativen Auswirkungen.

PPP-Projekten darf daher keine oberste Priorität eingeräumt werden und ihre langfristigen Auswirkungen sind stets genau zu prüfen, bevor ein PPP-Konstrukt einer anderen Finanzierungsart vorgezogen wird. Darüber hinaus müssen mindestens folgende Voraussetzungen gewährleistet sein, sollte die Realisierung von PPP-Projekten angedacht werden

- Zeitliche Beschränkung der Verträge auf maximal zehn Jahre
- Gewährleistung demokratischer Kontrolle:
 - Ab einem bestimmten finanziellen Volumen bzw. einer bestimmten Anzahl an betroffenen BürgerInnen müssen Plebiszite durchgeführt werden.
 - Verträge sind öffentlich zu machen.
 - Der Rechtsstand muss in Deutschland liegen.
- Vertragliche Festlegung von Lohn-, Sozial- und Umweltstandards
- Keine Querfinanzierung über staatliche Banken
- Harte Vertragsstrafen für Investoren
- Versicherungspflicht für Insolvenzrisiko
- Bereiche von fundamentalem Gemeininteresse, d.h. Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Kranken- und Altenpflege, Verwahrung und Betreuung von Straffälligen, Sicherheit und Finanzverwaltung, müssen von PPP unberührt bleiben.

5. Es gibt sie doch! – Die Alternativen zu PPP

Für uns Jusos bleibt die Eigenerstellung die wichtigste Alternative. Wir wollen keinen schlanken Staat, der sich – wenn überhaupt noch - auf die Rolle des Bestellers von Diensten zurückzieht und sich in Abhängigkeit von privaten Investoren begibt. Die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungsspielräume müssen erhalten bleiben, so dass sichergestellt ist, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu bestimmten Gütern erhalten. Bei der Eigenerstellung ist darüber hinaus die demokratische Kontrolle gewährleistet.

Um die Eigenerstellung zu finanzieren und den Investitionstau bei der öffentlichen Infrastruktur zu mindern, müssen Finanzierungswege gefunden werden. Ggf. die Einführung und Erhöhung von bestimmten Steuern, die Schaffung von spezifischen Abgaben und Budgetumschichtungen können hier Lösungswege sein.

Eine weitere Alternative zu PPP-Projekten sehen wir Jusos in der Kooperation zwischen Gebietskörperschaften. Gemeinsame Ressourcen können gebündelt und damit besser genutzt werden. Da beide Partner öffentliche Aufgaben oder Dienstleistungen garantieren müssen, ist eine gleichmäßige Risikoverteilung hier eher möglich als in PPP-Projekten. Darüber hinaus sind beide Partner einer demokratischen Kontrolle unterzogen.

(Teil-)Privatisierungen, auch unter dem Deckmantel Private Public Partnership, sind für uns Jusos keine Alternative und nicht mit einem auf Nachhaltig- und Langfristigkeit ausgelegten staatlichen Handeln vereinbar! Ziele kurzfristiger Haushaltskonsolidierungen dürfen nicht zu Lasten der demokratischen Kontrolle, der Legitimität, der ArbeitnehmerInnen, des Angebots und des gleichberechtigten Zugangs und der Bevölkerung zu diesen Dienstleistungen im Allgemeinen gehen!

E

Europa & Internationales

E 1 – Bundesvorstand

Adeus Lissabon! Für eine progressive Beschäftigungsstrategie für die EU

Ausgangslage

In den meisten EU-Mitgliedsstaaten bestand die bisher vorherrschende Wirtschaftspolitik im Wesentlichen aus der Einführung möglichst niedriger Unternehmenssteuern, der Absicherung niedriger Inflationsraten sowie der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Diese Politik hat kurzfristig zu einem erhöhten Wirtschaftswachstum in der EU geführt. Die gegenwärtige globale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt jedoch, dass diese Politik langfristig auf Kosten der Stabilität der europäischen Volkswirtschaften betrieben wurde. Mit anderen Worten das dieser Politik zugrundeliegende Wirtschaftsmodell, der Neoliberalismus, ist gescheitert.

Bereits vor Beginn der Finanzmarktkrise 2008 hatte die Wirtschaftskrise schon begonnen. Von den vergleichsweise hohen Wachstumsraten in 2006 und 2007 konnten nur wenige profitieren. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum deutlich gesunken, aber die prekären Beschäftigungsverhältnisse haben deutlich zugenommen. In der EU-15 sind die Anteile teilzeitbeschäftigter bzw. befristet beschäftigter Personen von 1997 bis 2008 von 16,7 auf 21,0 % bzw. von 12,4% auf 14,4 % gestiegen. Alleine in Deutschland arbeiten 14% der ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Löhne in diesem Bereich reichen häufig nicht aus um ein Leben in Würde zu finanzieren. In EU-Staaten mit ausgebauten Sozialsystemen ist die Abhängigkeit von ergänzenden Sozialleistungen gestiegen. So ist bspw. die Zahl der so genannten Hartz IV-Aufstocker zwischen 2007 und Ende 2008 um mehr als 40 Prozent gestiegen. Auch die Reallohnentwicklung ist in Europa mehr eher moderat ausgefallen. So lagen die Steigerungen in 2007 bei lediglich 0,5 Prozent europaweit. Die Zuwachsraten des Bruttosozialproduktes sind somit im Wesentlichen auf der Kapitaleseite hängen geblieben, was sich auch durch die gestiegenen Unternehmensgewinne im Euroraum belegen lässt.

Diese Entwicklung hat zu einem Auseinanderdriften der Einkommensschichten geführt. Die besonders hohen Einkommen im Euroraum sind deutlich gestiegen, während die mittleren und vor allem die niedrigen Einkommen in den letzten Jahren deutlich gesunken sind. Somit konnten nur wenige vom kurzen wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Warum gerade dies bereits zu der gegenwärtigen Wirtschaftskrise geführt hat, wird deutlich, wenn man sich das Konsumverhalten von BezieherInnen sehr hoher Einkommen ansieht. BezieherInnen hoher Einkommen geben einen viel geringeren Anteil ihres Geldes für Konsum aus als bspw. BezieherInnen sehr niedriger Einkommen. Letztere sind gerade zu gezwungen ihr gesamtes Einkommen für Konsum auszugeben. Steigen nun die besonders hohen Einkommen in einer Volkswirtschaft weiter und sinken die niedrigeren Einkommen, verringert sich der gesamtwirtschaftliche Konsum. Dies führt irgendwann zu einer Nachfragekrise. Die Grundlage für diese Krise wurde aber schon vor 2008 gelegt.

Langfristig muss daher wieder ein Weg zu einer nachhaltigeren Wirtschaftspolitik gefunden werden. Im Kern einer solchen Politik steht die Schaffung gesamtwirtschaftlicher Stabilität, ein Wirtschaftswachstum, das schonend mit den natürlichen Ressourcen umgeht und gute Arbeit schafft. Diese Idee ist nicht neu. Bereits zu Beginn dieses Jahrzehnts wurde diese Politik in der Lissabon- Strategie formuliert.

Die Lissabon-Strategie der EU – wie eine historische Chance verspielt wurde

Die Lissabon-Strategie steht in einer langen Reihe politischer Auseinandersetzungen um ein soziales Europa. Denn die Linke auf europäischer Ebene kämpft schon seit langem dafür, die auf Marktschaffung ausgerichteten europäischen Integration um eine soziale Dimension zu ergänzen. Diese Bemühungen sind im Wesentlichen nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Stattdessen wurden mit dem Binnenmarktprojekt und der Wirtschafts- und Währungsunion im Zenit neoliberaler Vorherrschaft die wesentlichen Weichen der europäischen Integration auf rechts gestellt.

Diese Situation schien sich im Laufe der 1990er Jahre zu ändern. Angesichts der Legitimationskrise der EU in Folge des Maastrichter Vertrags und der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit rückte die Linke das Thema Beschäftigung stärker in den Fokus europäischer Politik. Mit einem eigenen Beschäftigungskapitel im Amsterdamer Vertrag und der neu eingeführten Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) sind unter dem Eindruck wachsender sozialdemokratischer Mehrheiten in den Institutionen der EU erstmals konkrete Instrumente zur Koordination nationaler Beschäftigungspolitiken entstanden. Von einer genuin europäischen Beschäftigungspolitik, die auch den Mangel an Nachfrage nach Arbeitskräften wirtschaftspolitisch bekämpft, konnte dabei jedoch keine Rede sein.

Mit dem Gipfel von Lissabon im Frühjahr 2000 sollte sich dies verbessern, schließlich waren eine Reihe von Mitte-Links-Parteien in der EU in Regierungsverantwortung gewählt worden. Zum Zeitpunkt des Lissabonner Gipfels waren sozialdemokratische Parteien an 11 der damals 15 Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten beteiligt, darunter die Regierungschefs der größten Staaten: Blair, Jospin und Schröder. Doch die sozialdemokratische Mehrheit wurde nicht für eine wirklich wirksame und progressive Beschäftigungsstrategie genutzt! Zwar klingt die Grundausrichtung der neu geschaffenen Lissabon-Strategie zunächst gut und in weiten Teilen zustimmungsfähig: Wachstum und Beschäftigung sollen im Vordergrund stehen und gute Vollbeschäftigung („more and better jobs“) durch ein jährliches Wachstum von 3% BIP erreicht werden. Ziel dieser integrierten Großinitiative war es, die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, und gleichzeitig sozial- und umweltpolitische Fortschritte zu erzielen. Als Verfahren für diese ambitionierte Zielstellung wurde die Offene Methode der Koordinierung (OMK) geschaffen, eine rechtlich unverbindliche Koordination nationaler Maßnahmen unter Vereinbarung und regelmäßiger Überprüfung gemeinsamer Zielmarken.

Jedoch ändert sich das Bild, sobald man die Lösungsvorschläge betrachtet. Neben begrüßenswerten Schritten wie dem Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur der EU sowie der Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, ihre Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsausgaben zu erhöhen, geschlechterspezifische Unterschiede abzubauen und Diskriminierung zu bekämpfen, entpuppt sich die Strategie auf der Instrumentenseite nämlich vor allem als Ansammlung angebotsseitiger und neoliberaler Lösungsansätze.

Da der Lissabon-Strategie die Analyse zu Grunde liegt, dass die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationstätigkeit europäischer Unternehmen im weltweiten Vergleich zu gering sei, stand dieser Aspekt bei allen Fragen im Vordergrund. Die grundsätzliche begrüßenswerte Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik war von Anfang an zu marktlastig und instrumentell gedacht. Sozialpolitik wird lediglich unter dem Aspekt der „Aktivierung“ und Kostensenkung gedacht, anstatt von den Bedürfnissen der auf Transferzahlungen und Dienstleistungen angewiesenen Menschen her. Auch Arbeitslosigkeit wird als Mangel an Qualifikationen und Folge von „Inflexibilität“ der Arbeitsmärkte interpretiert. Dementsprechend sollen ArbeitnehmerInnen besser qualifiziert werden und gleichzeitig die Löhne und Sozialleistungen gekürzt sowie der Kündigungsschutz abgebaut werden. Qualitative Aspekte wie Arbeitsplatzsicherheit oder Mitbestimmung werden in der Lissabon-Strategie komplett ausgeblendet, stattdessen wird die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen sogar gefördert. Zudem wird die Beschäftigungspolitik der auf Wettbewerbsfähigkeit abzielenden EU-Wirtschaftspolitik weitgehend untergeordnet. Und auch Umweltpolitik wird

im Lissabon-Prozess nur so lange geduldet, wie sie nicht im Widerspruch zur Profiterwartung der Unternehmen steht. Letztlich strotzt der Instrumentenbaukasten der Lissabon-Strategie trotz aller sozialen Rhetorik von neoliberalen Konzepten.

Dieser schon in der ursprünglichen Fassung der Lissabon-Strategie enthaltene Deregulierungs- und Flexibilisierungsimpuls verbunden mit dem Dogma der Wettbewerbsfähigkeit wurden durch die konservativ-liberale Barosso-Kommission radikalisiert und widerstrebender Tendenzen entledigt. Der „Neubeginn für die Strategie von Lissabon“ der Kommission und des Europäischen Rates im Jahr 2005 war in Wahrheit eine neoliberale Revision unter Ausblendung der sozial- und umweltpolitischen Ambitionen der Strategie. Dadurch wurde die Strategie auf eine angebotsorientierte Arbeitsmarktstrategie reduziert, die in erster Linie den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten propagiert. Als Paradebeispiel dafür kann die Dienstleistungsrichtlinie („Bolkesteinrichtlinie“) gelten, die ganz im Sinne der revidierten Lissabon-Strategie den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten im Dienstleistungssektor vorantrieb.

Schon nach wenigen Jahren wurden einige der Lissabon-Ziele selbst von VerfechterInnen der Strategie preisgegeben oder verwässert. Inzwischen ist klar: die Lissabon-Strategie ist in Gänze gescheitert. Die historische Chance, die EU mit sozialdemokratischen Mehrheiten auf einen sozialen und nachhaltigen Wachstumspfad zu bringen, wurde verspielt. Anstatt zum wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum der Welt zu werden, hat die EU in den 2000er Jahren neben kurzen Boomphasen auch lange Jahre der Stagnation erlebt und befindet sich aktuell in einer tiefen Rezession.

Gründe für das ökonomische Scheitern der Lissabon-Strategie

Die Gründe für das Scheitern der Lissabon-Strategie sind vielfältig. Einerseits ist die „Offene Methode der Koordinierung“ ungeeignet, eine wirkliche Abstimmung zwischen den Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsstaaten untereinander und mit der europäischen Ebene zu bewirken. Das Grundübel des wirtschaftspolitischen Gefüges der EU, die mangelnde Makrokoordination zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik, wird von ihr nicht ansatzweise behoben. Die Lissabon-Strategie hat sich auch zu keinem Zeitpunkt vom Stabilitätskorsett der Wirtschafts- und Währungsunion befreit. Die Geldpolitik der EZB bleibt lediglich dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet und der Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt in seiner Wirkungsweise unflexibel und prozyklisch. Angesichts zentralisierter Geldpolitik und beschränkter Investitionsspielräume begeben sich die Mitgliedsstaaten in einen schädlichen Steuer- und Lohnsenkungswettbewerb. Diese Fehlentwicklungen sind durch die Lissabon-Strategie nicht korrigiert worden, sondern wurden im Gegenteil als „Strukturreformen“ begrüßt.

Andererseits wird durch die geringen Investitionen (Folge der restriktiven Geldpolitik und mangelnden Absatzerwartungen) und die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse eine zentrale Stärke der europäischen Ökonomie, die hohe Arbeitsproduktivität, untergraben. Flexibilisierung schafft schlecht bezahlte, mangelhaft ausgestattete und unterdurchschnittlich produktive Jobs. ArbeitnehmerInnen in prekären Beschäftigungsverhältnissen konsumieren daneben weniger als diejenigen in regulären Jobs. Die dadurch beförderte mangelnde Binnennachfrage im hoch integrierten Wirtschaftsraum der EU, die durch kompetitive Lohnsenkungen noch befördert wird, wirkt sich auch negativ auf das Gesamtwachstum der EU aus. Mit dem Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten lässt sich eine dynamische Wirtschaft nicht erreichen, von Verteilungsfragen ganz zu schweigen.

Grundsätzlich enthält die Lissabon-Strategie eine Reihe von Zielkonflikten, die die heterogene Interessenkonstellation repräsentiert, die hinter ihr steht. Gute Arbeit, sozialer Fortschritt und ökologische Nachhaltigkeit sind aber eben nicht einfach Abfallprodukte steigender Wettbewerbsfähigkeit, sondern müssen oft genug gegen Verwertungsinteressen erkämpft werden. Die Lissabon-Strategie krankt neben der Fehleinschätzung der Krisenursache auch an der Tatsache, dass die Ziele der einen Seite nicht mit den Instrumenten der anderen zu erreichen sind. Deshalb muss eine erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungsstrategie in der EU andere Instrumente wählen.

Grundlage für eine erfolgreiche Beschäftigungsstrategie

Die Grundidee der Lissabon Strategie nachhaltiges Wachstum in Europa zu fördern ist nach wie vor richtig. Aus der Umsetzung der Strategie müssen jedoch Schlussfolgerungen für eine neue erfolgreiche europäische Beschäftigungspolitik gezogen werden. Dazu müssen jedoch ein paar politische Grundlagen geschaffen werden.

Zunächst ist daher eine Methode zu finden, wie die europäische Beschäftigungspolitik verbindlicher gemacht werden kann. Dazu muss ein anderes Verfahren als die „Offene Methode der Koordinierung“ gefunden werden. Besser und zielführender wäre es, bestimmte Richtlinien für eine Beschäftigungspolitik durch das Parlament und den Ministerrat vorzugeben und diese dann in nationalen Beschäftigungsstrategien verbindlich umzusetzen.

Daneben braucht eine Beschäftigungsstrategie auch eine gewisse gesamtwirtschaftliche Stabilität. Die Stabilität lässt sich durch eine verbesserte gesamtwirtschaftliche Steuerung auf europäischer Ebene erreichen. Bisher findet kaum eine Koordinierung von Haushaltspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten statt. Dies zeigt sich insbesondere bei den Konjunkturpaketen, die in allen EU-Mitgliedsstaaten zur Bekämpfung des gesamtwirtschaftlichen Konsumeinbruchs erfolgt sind.

Maßnahmen dieser Pakete sind kaum aufeinander abgestimmt gewesen. Durch den europäischen Binnenmarkt und die einheitliche Währung im Euroraum kann durch eine abgestimmte Politik viel effektiver der Krise entgegen gesteuert werden.

Eine koordinierte Fiskalpolitik reicht jedoch nicht aus. Die EU Mitgliedsstaaten müssen mehr Flexibilität in der Haushaltspolitik bekommen, um in einer Krise auch notfalls mit einem Anstieg der Staatsverschuldung kurzfristige Nachfrageimpulse zu setzen. Das lässt der bisherige Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU nur bis zu einer Obergrenze der Nettoneuverschuldung von 3% des BSP zu. Diese Regelung ist zu starr und muss daher reformiert werden.

Gesamtwirtschaftliche Steuerung heißt aber auch das Einbeziehen der Geldpolitik. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank EZB darf sich nicht alleine am Ziel der Geldwertstabilität orientieren. Die Geldpolitik muss im Zweifel auch eine höhere Inflation zulassen, um mehr Beschäftigung und ein höheres Wirtschaftswachstum zuzulassen.

Um Nachfragemangel und Investitionsstau zu überwinden, die zentrale Ursachen für die Arbeitslosigkeit in der EU darstellen, braucht die EU auch eine bessere finanzielle Ausstattung. In der EU müssen eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung sowie Mindestsätze gefunden werden. Hieraus muss eine eigenständige Finanzquelle für die EU abgeleitet werden. Unter der Voraussetzung, dass die EU stärkere demokratische Legitimation erhält und eine vollwertige europäische Regierung mit kontrollierendem Parlament aufweist, sollte sie neben der eigenen Steuerquelle auch die Möglichkeit bekommen, Kredite aufzunehmen.

Diese Elemente bilden zusammen eine Grundlage für eine erneuerte und erfolgreiche Beschäftigungspolitik der Europäischen Union. Darauf müssen natürlich viele einzelne Maßnahmen aufbauen, die tatsächlich mehr und vor allem bessere Arbeitsplätze in der EU schaffen.

Forderungen

Wir Jusos fordern daher die Bundesregierung, die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament und die EU Kommission auf sich für eine neue europäische Beschäftigungspolitik einzusetzen. Kern dieser Politik muss es sein:

1. Die Investitionen in Bildung und Forschung in der EU deutlich zu erhöhen. Mindestens 5% des BSP der EU muss bis zum Jahre 2015 für Forschung und Bildung aufgebracht werden.

2. Wir brauchen mehr soziale Sicherheit für ArbeitnehmerInnen in Europa. Grundvoraussetzung für die Entwicklung neuer Technologien und Innovationen sind hoch motivierte MitarbeiterInnen. Dafür brauchen diese soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen. Eine neue Beschäftigungsstrategie muss daher die Arbeitsqualität ebenso zum Schwerpunkt machen wie den Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen in Europa. Dafür sind starke europäische Gewerkschaften wichtig und der Erhalt bzw. Schaffung der Tarifautonomie in ganz Europa. Diese Tarifautonomie muss durch eine europäische Mindestlohnpolitik ergänzt werden. Nur durch einen Zuwachs an Reallöhnen wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder steigen. Der Lohnsenkungswettbewerb in der EU muss ein Ende nehmen!
3. Die vorhandene Arbeit in Europa muss besser verteilt werden. Steigende Überstunden und Massenarbeitslosigkeit passen nicht zusammen. Wir brauchen daher eine europäische Arbeitszeitrichtlinie, die maximale Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden beschränkt.
4. Darüber hinaus muss die Beschäftigungsquote von Frauen deutlich erhöht werden. Bis 2020 muss der Anteil von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt gleich sein. Vor allem in den Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen müssen die Positionen durch Frauen besetzt werden. Wir fordern daher das Norwegische Modell bei dem eine Frauenquote für Aufsichtsräte in Unternehmen gesetzlich festgeschrieben ist.

Ein Ausbau der regenerativen Energiequellen schafft Arbeitsplätze und führt zu mehr Nachhaltigkeit in der Gewinnung von Energie. In den so genannten green technologies und den green jobs steckt noch viel Potential. Um dieses Potential voll ausschöpfen zu können sind weitere öffentliche Investitionen in die Weiterentwicklung dieser Technologien nötig.

E 8 - LV NRW, LV Schleswig-Holstein

Neuanfang für einen anderen Nahen Osten. Kontinuität in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern.

Der Gaza-Krieg zu Beginn dieses Jahres und die Neuwahlen in Israel haben den Nahen Osten einmal mehr in den Blickpunkt der internationalen Politik gerückt. Die Vorzeichen für einen Prozess des gewaltfreien Dialoges derzeit keine Positiven zu sein. Die verheerende Bilanz der Auseinandersetzung macht deutlich, wie dringend ein Kurswechsel in der Politik im Nahen Osten und kontinuierliche Solidarität mit unseren Partnern nötig ist.

Wir Jusos setzen uns seit Jahren für eine nachhaltige und gerechte Lösung des Nahost-Konfliktes, einem der Schlüsselkonflikte unserer Zeit, ein. Unser Projekt Willy Brandt Center Jerusalem leistet seit mehr als 10 Jahren durch Verständigungsarbeit einen Beitrag zur zivilen Konfliktbewältigung in der Region. Wir bekräftigen vor dem Hintergrund der jüngsten Eskalation unsere Grundsätze der Gewaltfreiheit, der Verteidigung der Menschenwürde und des internationalen Rechts und der doppelten Solidarität.

I. Neue Realitäten nach dem Gaza-Krieg und den israelischen Wahlen

1.1 Die Palästinensischen Gebiete nach dem Gaza-Krieg

Die politische und soziale Situation in den Palästinensischen Autonomiegebieten ist nach dem Gaza-Krieg verheerend. In Gaza wurden über 1.000 Menschen getötet, über 20.000 Gebäude zerstört und die Wirtschaft durch die Blockade zum Erliegen gebracht. Unabhängig von der Frage der Verantwortung für die Eskalation der Situation und der Frage nach einer Unvermeidbarkeit der kriegerischen Auseinandersetzung ist es uns wichtig, dass definierte Maßstäbe und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Anwendung finden. Beide KonfliktpartnerInnen haben in dieser Auseinandersetzung humanitäres Völkerrecht und Kriegsrecht (Genfer Konvention) verletzt. Wir verurteilen "jede Form der Gewalt gegen ZivilistInnen" sowie "jede Art von Terrorismus" (UN-Resolution 1860).

Vorrangiges Ziel muss nun die Stabilisierung der brüchigen Waffenruhe sein. Wir glauben, dass mittelfristig eine Waffenruhe nur halten kann, wenn Israel auf der einen Seite keine Raketen auf den Süden mehr fürchten muss und die Menschen in Gaza auf der anderen Seite eine wirtschaftliche

und politische Perspektive geboten bekommen. Die Tatsache, dass es der Hamas gelingt, Waffen über Ägypten in den Gaza Streifen zu schmuggeln und damit israelisches Gebiet zu beschießen, ebenso wie die ungemindert rigide Blockadepolitik Israels, führten immer wieder zu Eskalationen zwischen den beiden Seiten. Der Teufelskreis, in dem auf den Beschuss israelischer Städte Israel mit einer schärferen Abriegelung des Gaza Streifens oder einer militärischen Intervention reagiert und die darauf folgende Verschlechterung der humanitären Situation von der Hamas zur Legitimierung ihres Handelns genutzt wird, muss durchbrochen werden. Nur mit dem Durchbrechen dieser Logik kann mittelfristig für die israelische Bevölkerung im Süden Sicherheit garantiert und für die PalästinenserInnen im Gaza Streifen mit einer Lockerung der Blockade eine bessere humanitäre Situation geschaffen werden. Daher muss der Warenhandel mit Gaza erleichtert und Schmuggel-Tunnel überflüssig gemacht werden. Wir fordern die schnellstmögliche Umsetzung des „Agreement on Movement and Access“, das die Öffnung von Warenübergängen nach Gaza, eine Verbindung zwischen Gaza und der Westbank und die Erleichterung der Bewegungsfreiheit in der Westbank vorsieht, sowie die Wiederaufnahme der EU-Grenzmission BAM Rafah zur Sicherung der Grenzübergänge. Im selben Maße fordern wir die strikte Einhaltung der Waffenruhe auf palästinensischer Seite ein – von allen palästinensischen Parteien. Der Waffenschmuggel muss unterbunden und die Grenzsicherung auf ägyptischer Seite daher verstärkt international unterstützt werden.

Im Ergebnis hat die Militäroffensive eine neue Situation der Perspektivlosigkeit für die Bevölkerung des Gaza-Streifens hinterlassen. Es ist davon auszugehen, dass die HauptverliererInnen der Militäroffensive die verhandlungsbereiten Kräfte auf beiden Seiten sind. Umfragen belegen, dass die Hamas im Gaza-Streifen politisch geschwächt aus den Auseinandersetzungen hervorgeht, während die Unterstützung in der Westbank gestiegen ist. Eine Schwächung der Hamas im gesellschaftlichen Ansehen wurde somit nicht erreicht. Im Gegenteil hat die frühe Parteinahme von Präsident Abbas gegen die Hamas-Politik in Gaza unter den PalästinenserInnen weiter Misstrauen gegen die Fatah geschürt. Eindeutig haben die Folgen des Gaza-Kriegs damit nur eines bewiesen: Mit militärischen Mitteln kann kein dauerhafter Fortschritt erzielt werden.

Auch im Westjordanland ist die Lage weiterhin angespannt. An den massiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen konnte auch der in Annapolis angestoßene Prozess nichts ändern. Eine der größten wirtschaftlichen Hürden stellt immer noch die stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit dar, zu der – besonders um Jerusalem – noch ein verstärkter Siedlungsbau Israels hinzukommt. Auf der anderen Seite mangelt es in der palästinensischen Gesellschaft immer noch am Verständnis für demokratische Kultur, was durch den Boykott der gewählten Hamas noch zusätzlich verstärkt und mit viel Unverständnis aufgenommen wurde.

1.2 Situation der Fatah

Generell ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Eliten unabdingbar. Die Schwäche unserer Partnerorganisation Fatah ist besonders auf ein Versagen der Eliten in der Partei und das nach dem Tod von Arafat entstandene Machtvakuum zurückzuführen. Besonders korrupte Strukturen und Misswirtschaft in der Fatah, der Polizei und der Bürokratie der PA sowie die Uneinigkeit innerhalb der Partei trugen schlussendlich zur anschließenden Wahlniederlage 2006 bei. Die aktuelle Führungsebene konnte den Vertrauens- und Ansehensverlust in der Gesellschaft nicht bremsen und zeigte sich in den vergangenen Jahren politisch sehr schwach. Es fehlt der Fatah aber auch eine klare Vorstellung, wie junge PolitikerInnen in die Mutterpartei integriert werden sollen, was sich in einer überalterten Führungsstruktur manifestiert. Wir unterstützen daher die Fatah Youth Organisation darin, die Rolle der Jugendlichen in der Fatah zu stärken.

Die Jusos begleiten diesen Prozess seit langem und fordern weiterhin ein baldmöglichstes Abhalten des 6. Kongresses und weitere demokratische Reformen. Dies gebieten nicht nur unsere gemeinsamen demokratischen Grundsätze, sondern auch die Überzeugung, dass nur durch diese Legitimation die Politik der Fatah und seine Führungsebenen wieder an Ansehen gewinnen können.

1.3 Rolle der Hamas

Die Hamas als islamistische Partei ist mit ihrer religiösen und antisemitischen Charta eine Partei, die in keiner Weise unseren politischen noch gesellschaftlichen Vorstellungen entspricht. Antisemitische Verschwörungstheorien sowie Hetze gegen Juden und den Staat Israel sind gefährliche Aspekte dieser Organisation. Es ist ein erklärtes Ziel der Hamas israelische ZivilistInnen durch Kassam-Raketen zu töten. Ziel dieser Organisation ist die Vernichtung des Staates Israel. In ihrem Kampf schreckt sie selbst davor nicht zurück die eigene Zivilbevölkerung zu instrumentalisieren und als einen „menschlichen Schutzschild“ zu missbrauchen. In ihrer Charta lehnt sie das Existenzrecht Israels ab und leugnete in der Vergangenheit wiederholt den Holocaust. Auch die Machtübernahme in Gaza hat gezeigt, wie die Hamas mit politisch und gesellschaftlich Andersdenkenden umgeht, GegnerInnen verfolgt und die Rechte von Frauen und Minderheiten nicht anerkennt. Dies ist auch in Zukunft nicht akzeptabel.

Die Ereignisse seit dem Wahlsieg der Hamas haben jedoch gezeigt, dass sie eine wichtige Position im palästinensischen Machtgefüge eingenommen hat. Die Hamas ist mittlerweile tief verwurzelt und

genießt breite Unterstützung in der Bevölkerung. Der internationale Boykott der Hamas und insbesondere der Einheitsregierung vom März 2007 konnten die Organisation nicht ernsthaft schwächen, sondern verstärkten im Gegenteil die innerpalästinensischen Machtkämpfe. Folge war die gewaltsame, illegale Machtübernahme in Gaza, die zur Schwächung der säkularen Kräfte in Palästina und besonders im Süden zur Verschlechterung der Sicherheitssituation für den Staat Israel führte.

Eine neue internationale Politik muss dieser veränderten Ausgangslage Rechnung tragen. Die Hamas bleibt vorerst die wichtigste Kraft im Gaza-Streifen und ist eine politische Realität. Ein ernsthafter israelisch-palästinensischer Friedensprozess ist nicht mehr möglich, solange die PalästinenserInnen politisch gespalten bleiben. Nachhaltige Ergebnisse und innerpalästinensische Fortschritte im internationalen Interesse und dem Interesse Israels sind mit einer Politik der internationalen Isolation nicht erreichbar. Aktuell scheint nur eine Regierung der nationalen Einheit mit Beteiligung aller relevanten politischen Organisationen dieses Problem adäquat beantworten zu können.

Grundsätzlich muss man zudem feststellen, dass die Hamas jenseits aller radikalen Rhetorik durchaus zu pragmatischer Politik fähig ist. Im Rahmen der nationalen Einheitsregierung 2007 unterzeichnete sie etwa das von Saudi-Arabien vermittelte „Mekka-Abkommen“, das als Basis der Fatah-Hamas-Regierung diente. Dieses Dokument bekannte sich zur Anerkennung Israels unter den Bedingungen der Friedensinitiative der Arabischen Liga und erkannte die von der PLO mit Israel unterzeichneten Abkommen an. Dieser Schritt zeigt, dass ein kontinuierliches Werben für die Anerkennung Israels und der Zweistaatenlösung auch gegenüber der Hamas in Zukunft fortgesetzt werden muss und sie in diesen Dialog einzubinden ist.

1.4 Israel und die Linke nach den Neuwahlen

Der Ausgang der Neuwahlen zur israelischen Knesset war für die Linke in Israel ein Schock: Die Arbeitspartei ist auf einem historischen Tiefstand angekommen und Meretz mit nur drei Sitzen wesentlich geschwächt. Die neugeformte israelische Regierung ist ein Bündnis um den gegenüber dem Friedensprozess mit den Palästinensern sehr kritisch eingestellten Netanjahu mit der israelischen Arbeitspartei, dem Rechtspopulisten Lieberman und weiteren rechten oder religiösen Parteien. Dass die Arbeitspartei innerhalb der Regierung Akzente im Friedensprozess setzen kann, ist daher unwahrscheinlich. Daher war der Eintritt in die Koalition innerhalb der Partei heftig umstritten. Viele Parteimitglieder gehen eher von einem „politischen Ausverkauf“ der Parteiwerte und einem Ansehensverlust aus, besonders da man sich im Wahlkampf stark von dieser Koalition distanziert hatte. Fünf von dreizehn Laborabgeordneten haben der Koalitionsregierung in der

Knesset die Zustimmung versagt und bilden jetzt eine Opposition innerhalb der Fraktion. Eine Abspaltung der Koalitionskritiker von der Fraktion ist nicht unwahrscheinlich. Zumindest vier der Abgeordneten ziehen diesen Schritt in Erwägung.

Ebenso festzustellen ist ein der palästinensischen Gesellschaft analoger Prozess in Israel: Die UnterstützerInnen der Friedensverhandlungen werden auch auf israelischer Seite für den Gaza-Krieg und selbst für den Konflikt mit der Hisbollah verantwortlich gemacht und mussten politisch Tribut zollen. Besonders in Israel ist als Folge der Zweiten Intifada und des Scheiterns von Camp David der Glaube an Verhandlungslösungen verloren gegangen. Das Scheitern der Friedensgespräche in Camp David zerstörte den Glauben an PartnerInnen auf der palästinensischen Seite und entzog der politischen Linken die politische Basis. Davon hat sich die Linke bis heute nicht erholt.

Seit der Zweiten Intifada hat sich auf beiden Seiten eine Tendenz herausgebildet, die im Kern darauf hinausläuft, immer weniger Verständnis für die jeweils andere Perspektive aufbringen zu wollen. Der Wunsch nach bloßer physischer Separation ist seither allgegenwärtig und größer als die Hoffnung auf dauerhaften und stabilen Frieden. Im Lichte dieser Analyse wird die neue Regierung kaum Handlungsfähigkeit in der Konfliktlösung zeigen, hierzu fehlt bei zentralen AkteurInnen nicht zuletzt der politische Wille. Eine Lösung des Konflikts ist mit Netanjahu und Lieberman weiter in die Ferne gerückt. Der notwendige Kurswechsel, ein Ende der Siedlungs- und Besatzungspolitik sowie Zugeständnisse im Hinblick auf die Zweistaatenlösung werden nicht Ziel der neuen israelischen Regierung sein.

Dieser politischen Lage kann nur mit einer Doppelstrategie begegnet werden: Durch unsere Kooperation mit unseren PartnerInnenorganisationen im Rahmen des Willy Brandt Centers wollen wir friedensbereite Kräfte in Israel stärken und aufzeigen, dass ein friedenspolitischer Weg langfristig die einzige Chance bietet. Die israelische Gesellschaft lehnt auch weiterhin die Zweistaatenlösung nicht ab, erwartet aber konkrete Ergebnisse und eine Verbesserung der Sicherheitslage. Wir glauben, dass dies langfristig nur durch Kooperation ermöglicht werden kann. Gerade deshalb müssen wir aber auch auf einen stärkeren internationalen Druck von Seiten Amerikas und der EU setzen, um trotz der schwierigen politischen Konstellation den Prozess nicht abrechnen zu lassen. Eine Pause im Friedensprozess ist weder im Interesse Israels noch Palästinas.

1.5 Veränderte Internationale Parameter

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft war in der Nahost-Frage zuletzt keine konstruktive. Angemessene und ausreichende Versuche zur Verhinderung einer Eskalation oder gar einer Verlängerung der Waffenruhe im Dezember 2008 gab es nicht. Der Annapolis-Prozess war allein in der zeitlichen Anlage zum Scheitern verurteilt. Das Nahost-Quartett hatte es nicht geschafft oder war gar nicht Willens, mehr Druck auf die beiden Konfliktparteien zu legen, um überhaupt die als ersten Schritt in der Roadmap verlangten „vertrauensbildenden Maßnahmen“ von beiden Seiten einzufordern. Die Roadmap, die auch im Annapolis-Prozess eine wichtige Grundlage darstellte, bleibt weiterhin ein wichtiges Dokument, das einen Rahmen für konkrete Friedensverhandlungen legt. Es mangelt ihr aber vor allem an klar formulierten Zielvorgaben, insbesondere in der Frage der Endstatusthemen, und somit an der notwendigen Verbindlichkeit. Dies verdeutlichte Annapolis einmal mehr.

Wir fordern daher die internationale Gemeinschaft auf, die Lehren aus diesen der Roadmap immanenten Problemen und der aktuellen politischen Lage zu ziehen: Das Nahost-Quartett muss eine Erklärung initiieren, welche die wesentlichen Parameter für die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts skizziert, um so die nötige Verbindlichkeit für beide Seiten zu schaffen. Als zweiten Schritt muss das Quartett einen Mechanismus entwickeln, der die Bereitschaft beider Seiten anhand vorgegebener Kriterien kontrolliert. Die Etablierung eines Anreiz- und Sanktionsmechanismus würde den bisher mangelnden Druck auf die Regierungen legen, um wirkliche Fortschritte erzielen zu können.

Eine besondere Rolle kommt dabei der neuen Regierung in den Vereinigten Staaten zu. Den von Obama eingeschlagenen Weg des Dialogs im Nahen Osten begrüßen wir ausdrücklich. Ihm müssen nun aber weitere Schritte folgen, die auch vor der Abkehr von tradierten Haltungen nicht zurückschrecken. Denn besonders den USA wird die Aufgabe zukommen, wichtige Verbindungen mit Israel zu nutzen, um Zugeständnisse einzufordern und den Versöhnungsprozess in Palästina zu stützen.

Die Internationale Gemeinschaft muss die palästinensische Regierung und Präsident Abbas durch die Unterstützung beim Aufbau des Sicherheitssektors und durch finanzielle und logistische Unterstützung in die Lage versetzen, das staatliche Gewaltmonopol wieder herzustellen. Die Entwaffnung und Demokratisierung der Hamas bleibt ein notwendiges Ziel, um Sicherheit für Israel dauerhaft zu gewährleisten. Durch eine aktive und präventive Entwicklungspolitik muss den Milizen der ideologische und soziale Nährboden entzogen werden. Israels gezielte Unterstützung der PA

beispielsweise durch Grenzöffnungen ist dabei notwendig. Ohne Israels aktive Politik können europäische Initiativen nicht wirken. Ziel muss es sein, die Hamas als politische Kraft einzubinden, Verhandlungen zu beginnen und gleichzeitig deren bewaffneten Arm in Gänze abzubauen. In Palästina wird nur ein nationaler Dialog aller Kräfte jede internationale Anstrengung mit Erfolg krönen. Die Fatah wird aufgefordert, zu neuen Gesprächen mit der Hamas über eine Einheitsregierung bereit zu sein. Ebenso ergeht die Aufforderung, die bisher indirekten Gespräche zwischen Israel und Syrien weiterzuführen.

Die Waffenlieferungen an die Hamas müssen beendet werden. Dazu ist ein Waffenembargo und die Aufklärung bzw. Kontrolle des Embargos unerlässlich. Wir fordern Syrien und den Iran auf, sich nicht militärisch und mit Waffenunterstützung an dem Konflikt mit Israel-Palästina zu beteiligen. Des Weiteren wollen wir auch mit unserer konkreten Arbeit vor Ort weiter den internen Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess der Fateh unterstützen. Die Fateh muss ein glaubwürdiger Vertreter für die Palästinenser sein, um den moderaten Weg zur Beendigung der Besatzung, nämlich durch Verhandlungen, zu stärken.

1.6 Europas Einfluss stärken

Die EU hat im Nahen Osten in den vergangenen Jahren keine überzeugende Rolle gespielt. Seit der Verabschiedung der Roadmap-Initiative hat die EU stetig an Einfluss verloren und sich zuletzt immer mehr auf die Vergabe von humanitärer und Wiederaufbauhilfe beschränkt. Während des Krieges in Gaza war die EU einmal mehr zu keiner gemeinsamen Erklärung in der Lage.

Die Europäische Union muss ihre guten Verbindungen in die Region wieder zur Erreichung politischer Initiativen und zur Durchsetzung von Zielen einsetzen und sich selbst nicht nur auf die Vergabe von Entwicklungsgeldern beschränken. Insbesondere die oben beschriebene „Blaupause“ zur Einkreisung der auf dem Tisch liegenden Lösungsansätzen sowie die verstärkte Sanktionierungs- und Kontrollfunktion muss führend von Europa erarbeitet werden. Ein erstes positives Zeichen ist die Erklärung des Europäischen Rates vom 30. Dezember 2008, welche die politischen Einigungsanstrengungen zwischen Hamas und Fatah ausdrücklich lobt. Die Anerkennung einer Einheitsregierung in den Palästinensischen Autonomiegebieten durch die EU wäre eine wichtige Abkehr von den Fehlern der letzten Jahre. Wir fordern die EU auf, aktiver am Prozess teilzunehmen, dabei aber nicht allein die USA zu unterstützen, sondern mit einer gemeinsamen Stimme neue Anstöße zu geben.

Die Vereinten Nationen müssen als legitimer Raum für Verhandlungen gestärkt werden. Langfristig ist ein umfangreiches Stabilisierungskonzept notwendig, das die Grundlage einer Friedensordnung im Nahen Osten bildet. Die Konfliktparteien müssen dieses unter Vermittlung der Vereinten Nationen oder des Nahost-Quartetts erarbeiten. Hier müssen politische, humanitäre, diplomatische und wirtschaftliche Instrumente ineinander greifen und eindeutig im Vordergrund stehen. Dieser Plan muss sowohl die kurzfristigen humanitären Hilfsmaßnahmen, aber auch die langfristige Stabilisierung in der Krisenregion ermöglichen.

Unter dem Dach der Vereinten Nationen muss eine „Konferenz für Sicherheit und Entwicklung“ stattfinden. Ziel muss es sein, Abrüstungsstrategien für den Nahen Osten zu entwickeln und gemeinsame Sicherheitsinteressen zur erarbeiten. Die Idee der KSZE spielte eine zentrale Rolle als vertrauensbildende Maßnahme und zur De-Eskalation des Kalten Krieges. Hieraus können Lehren auch für Nahost gewonnen werden. Wichtig hierbei ist, dass alle relevanten AkteurInnen, wie es mit der Annapolis Konferenz bereits versucht wurde, an einen Tisch zu bekommen. Besonders Ägypten, Syrien, der Libanon und der Iran spielen eine bedeutende Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt und tun es auch in der aktuellen Eskalation. Die Jusos plädieren wie ihre Dachorganisation IUSY dafür, den Nahost Konflikt als einen Konflikt der Region zu betrachten. Dies erfordert umfangreiche, komplexe und langfristige Strategien.

Vor allem Syrien verfügt durch die Bündnisse mit der Hisbollah und der Hamas über ein hohes Störpotenzial in der Region. Gleichzeitig ist das säkulare Regime in Damaskus aber im Hinblick auf seine eigenen Interessen in einen größeren Lösungsansatz integrierbar, denn es ist ideologisch nicht in der Achse Hisbollah-Hamas-Iran verortet und, wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, auch gesprächsbereit.

Syrien hat angekündigt, mit dem neuen US-Präsidenten Obama bei der Schaffung einer Friedensordnung im Nahen Osten zu kooperieren. Die Gespräche zwischen Syrien und Israel müssen daher mit internationaler Unterstützung fortgesetzt werden. Eine zügige Einigung im Verhältnis der beiden Länder inklusive einer Lösung für die Golanhöhen ist momentan wahrscheinlicher als eine Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt. Ein stabiler Frieden mit Syrien würde den Einfluss des Iran auf die Region massiv schwächen, wobei das Ende der iranisch-syrischen Verbindungen von einem Prozess der stärkeren Einbindung und internationalen Akzeptanz Syriens herrühren sollte und nicht als derzeit unerfüllbare Vorbedingung an Syrien gestellt werden kann.

II. Solidarisch für eine junge, linke Perspektive in Israel und Palästina.

2.1. Situation der Jugend in Israel und Palästina

Als sehr junge Gesellschaften stellt die Altersgruppe zwischen 18 und 35 die Mehrheit der palästinensischen und der israelischen Bevölkerung dar. Der Alltag der jungen Menschen ist auf beiden Seiten vor allem durch Denk- und Handlungsmuster bestimmt, die durch gegenseitiges Misstrauen und Gewalt geprägt sind. Spätestens seit der zweiten Intifada gibt es so gut wie keinen Raum für Austausch und Kontakt mehr zwischen jungen Israelis und PalästinenserInnen. Die Bereitschaft sich mit der anderen Seite auseinanderzusetzen schwindet und wird von der eigenen Gesellschaft tabuisiert und kritisiert.

Auf israelischer Seite lässt sich eine verstärkte Entpolitisierung der Jugend beobachten. Dies ist unter anderem auf die politischen Führungskrisen und den ergebnislosen Friedensprozess zurückzuführen, die zu einem Vertrauensverlust gegenüber der Handlungsfähigkeit der politischen AkteurInnen geführt haben. Auch die schwierige wirtschaftliche Lage lastet in besonderem Maße auf der jungen Generation.

Auf der palästinensischen Seite ist die Jugend von der sozialen und politischen Situation sowie von den innerpalästinensischen Konflikten besonders hart betroffen. Trotz ihrer zahlenmäßigen Mehrheit ist die Beteiligung von jungen Menschen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen gering. Ihre Handlungsmöglichkeiten und Lebensperspektiven werden begrenzt durch autoritäre und antidemokratische Strukturen sowie durch die Besatzungsrealität. Trotz hohen Bildungsstandes sind die Chancen auf entsprechende Beschäftigungsverhältnisse und berufliche Entwicklungschancen minimal. Dies führt zu einer massiven Abwanderung von qualifizierten jungen Palästinensern in die arabischen Nachbarstaaten oder in die USA.

Zukunftspessimismus äußert sich bei jungen Israelis wie PalästinenserInnen in der mangelnden Bereitschaft, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten einzufordern und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund stehen unsere PartnerInnenorganisationen Young Labor, Young Meretz und Young Fatah insgesamt vor besonders schwierigen Herausforderungen.

Die Partizipationsmöglichkeiten von jungen Nachwuchskräften in den Fatah-Strukturen sind durch den weiterhin ausstehenden 6. Generalkongress der Fatah-Bewegung blockiert. Die mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten ziehen auch eine Aufschiebung des eigenen Wahlkongresses und damit auch eine Blockierung der Erneuerung des eigenen Personals sowie einer programmatischen

Reformierung nach sich. Dies verhindert auch eine Überwindung der Fragmentierung innerhalb des Verbandes. Young Fatah wird es damit unmöglich gemacht, sich als starker Jugendverband zu profilieren und damit die Chance vergeben sich als Sprachrohr für Interessen junger PalästinenserInnen einzusetzen.

Young Labour und Young Meretz stehen nach der Wahlniederlage vor der Notwendigkeit einer innerparteilichen Neuausrichtung. Auch mehrere Monate nach der Wahl befindet sich vor allem die Meretz Partei weiterhin in der Schockstarre. Eine strategische Antwort auf den Vertrauensverlust in der Bevölkerung ist bisher nicht zu erkennen. Young Meretz ist nach dem herausragenden Engagement ihrer Aktivist:innen im Wahlkampf vor die Aufgabe gestellt, diese nach der vernichtenden Niederlage erneut zu motivieren und für ein dauerhaftes Engagement an sich zu binden. Darüber hinaus sehen sie sich in der Verantwortung als Impulsgeber für die strategische Neuorientierung der Mutterpartei.

Mit dem Beitritt in die rechtsgerichtete Regierungskoalition unter Netanjahu steht die Laborpartei vor einer inneren Zerreißprobe. Young Labor hat sich frühzeitig klar gegen eine Koalitionsbeteiligung ausgesprochen und unterstützt die Opposition innerhalb der Fraktion. Sie sehen sich seitdem heftiger innerparteilicher Kritik von Seiten der Parteiführung um Ehud Barak ausgesetzt. Gleichzeitig erfährt Young Labor für diese Positionierung starken Zuspruch von Seiten ihrer eigenen Aktivist:innen. Die zukünftige Entwicklung der Partei erscheint derzeit gänzlich ungewiss. Young Labor nimmt dabei derzeit im Neuformierungsprozess der Partei eine aktive Rolle ein.

2.2 Rolle der Jusos

Das Existenzrecht des Staates Israel muss auch in Zukunft unumstößlicher Pfeiler in der Deutschen Außenpolitik bleiben. Nicht zuletzt der Gaza-Krieg hat gezeigt, dass oft vorschnell absolute Haltungen und unreflektierte einseitige Positionen eingenommen werden. Dieser Einseitigkeit erteilen wir als Jusos eine klare Absage. Die Diskussionen sind Teil des Konflikts, nicht Teil einer Lösung.

Das Existenzrecht Israels muss sich auch in Zukunft in der deutschen Außenpolitik widerspiegeln. Die Rechte der PalästinenserInnen sind aber kein Gegensatz zu dieser Position, sondern leiten sich daraus ab. Sie bedingen und ergänzen einander. Wir sind der Überzeugung, dass nur ein lebensfähiger und florierender Staat Palästina für Israel wirkliche Sicherheit bringen kann. Daher arbeiten wir auch in Zukunft entlang dieser beiden Maxime. Nicht mit einseitigen Solidaritätsbekundungen, sondern mit einer solidarischen Unterstützung aller Menschen,

Leidtragenden des Konflikts auf beiden Seiten und vor allem unserer politischen PartnerInnen können wir Teil der Lösung sein – nicht des Konflikts. Nur durch eine kritische Auseinandersetzung mit Regierung und Gesellschaft auf beiden Seiten können wir linke Kräfte stärken.

Die Grundlage unserer politischen Lösungsansätze bildet die Idee einer Zweistaatenlösung. Auch wenn andere Konzepte denkbar oder „visionärer“ wären, ist sie in der heutigen Lage die einzig akzeptierbare Lösung für Israelis und PalästinenserInnen. Den Konfliktparteien andere Vorstellungen von außen aufzustülpen halten wir für nicht zielführend. Basis für die Aufstellung von konkreteren Verhandlungen muss nach unserer Ansicht weiterhin die Roadmap sein. Die Initiative der Arabischen Liga von Beirut 2002 sollte in Zukunft einen wichtigeren Platz auch in der israelischen Politik erhalten. Zudem müssen Verhandlungen über die Kernfragen der Grenzen, Jerusalems, der Sicherheit, des Wassers und der palästinensischen Flüchtlinge konkretisiert und mit mehr – auch internationalem –

Nachdruck verfolgt werden. Ausgangslage hierfür können die Vorschläge der Genfer Initiative aber insbesondere auch die Clinton-Parameter von 2000 sein.

2.3 IUSY

Die Jusos sind ein internationalistischer Verband. Wir setzen uns in Europa und global in unserem Dachorganisationen ECOSY und IUSY für die Stärkung der sozialdemokratischen und sozialistischen Idee, für Verständigung und Dialog ein. Unser Internationalismus entspringt der Überzeugung, gemeinsame Lösungen zu finden, multilaterale Institutionen zu stärken und Solidarität walten zu lassen. Als internationale sozialistische Dachorganisation hat IUSY das Willy-Brandt-Center als Plattform für dieses Selbstverständnis unterstützt. Es ist Anlaufpunkt für Delegationen aus der ganzen Welt und wird von SozialistInnen und SozialdemokratInnen als Möglichkeit genutzt, jenseits des diplomatischen Parketts mit jungen Menschen aus Israel und Palästina über die täglichen Herausforderungen und Anforderungen in Kontakt zu kommen. Wir wollen das WBC als internationale Plattform ausbauen. Wir wollen verschiedene Perspektiven und Ansätze kennen lernen und Expertise für alle Kräfte bieten, die auf eine gewaltfreie, friedliche Lösung des Nahostkonflikts hinarbeiten.

Die aktive Beteiligung unserer Schwesterorganisationen auf der ganzen Welt ist dafür wertvoll und ausdrücklich erwünscht. Das WBC ist ein internationales Center.

IUSY spiegelt und verinnerlicht die Einbindung unterschiedlicher Positionen. IUSY fühlt sich dem Ausgleich und der Kooperation verpflichtet. Als Mitgliedsorganisationen aus Israel und Palästina haben Labour, Meretz und Fateh in der IUSY eine besondere Rolle als Taktgeber- und SchrittmacherIn

für Lösungen. Diese Erwartungshaltung ist nicht einseitig. IUSY wird auf internationaler Ebene und in den Mutterparteien alle Anstrengungen unterstützen, die PartnerInnen zu stärken und für kooperative Lösungen in der Sozialistischen Familie zu werben.

2.4 Das Willy Brandt Center Jerusalem

Das WBC Jerusalem steht für die genannten Grundsätze der Jusos. Mit der Einrichtung und der Arbeit des Willy Brandt Centers in Jerusalem haben die Jusos in den vergangenen Jahren nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch ihre Solidarität mit linken, friedensbereiten Kräften auf beiden Seiten des Konflikts bewiesen. In Kooperation mit den IUSY-Mitgliedsorganisationen vor Ort stehen die Jusos für eine linke und gewaltfreie politische Perspektive im Nahen Osten ein.

Das Willy Brandt Center geht auf einen Partnerschaftsvertrag zurück, in dem Jusos, Young Labor und Young Fateh 1996 den gemeinsamen Willen bekundeten, in Jerusalem einen Ort der Begegnung und des Dialogs einzurichten. Seit 2003 ist mit Young Meretz ein weiteres IUSY Mitglied der Partnerschaft beigetreten. Was anfangs noch als entfernte Vision erschien, konnte im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes 2003 mit dem Bezug eines Hauses, das sich symbolträchtig auf der sogenannten Grünen Linie befindet, in die Realität umgesetzt werden. Seitdem arbeitet ein trilaterales Team bestehend aus jungen Deutschen, Israelis und Palästinensern im Willy Brandt Center.

Über die letzten Jahre konnte sich das Willy Brandt Center als Anlaufstelle für politische Bildung und als geschützter Raum für Begegnung und Dialog in Jerusalem etablieren. Inzwischen stützt sich die Arbeit des Zentrums auf drei Hauptsäulen. Die erste Säule bilden die Aktivitäten im Rahmen des Kooperationsprojektes der politischen Partnerorganisationen, welche auf die 1996 geschlossene Vereinbarung zurückgehen. In der zweiten Säule konnte im Juni 2007 ein Projekt mit Jugendverbänden unter dem Dach des International Falcon Movement / Socialist Educational International (IFM SEI) implementiert werden. Öffentliche politische und kulturelle Veranstaltungen in der dritten Säule machen das Willy Brandt Center zu einem lebendigen Ort der Diskussion, des Austauschs und der Begegnung für politische und zivilgesellschaftliche Akteure. Die Kooperation der politischen Partner unter dem Dach des Willy Brandt Center hat sich über die vergangenen Jahren gefestigt und die Zusammenarbeit wurde trotz schwieriger politischer Realitäten fortgesetzt und ausgebaut. Dies hat sich nicht zuletzt während des Gaza-Krieges zu Beginn des Jahres unter Beweis gestellt.

Die Arbeit mit den PartnerInnen verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Zum einen unterstützt das WBC die Partner als MultiplikatorInnen sozialistischer Politikentwürfe und als mögliche zukünftige Entscheidungsträger bei der inhaltlichen und strategischen Weiterentwicklung ihrer Verbandsarbeit:

- Gemeinsam mit den israelischen Partner wurden Seminarreihen und Einzelmaßnahmen entwickelt und durchgeführt, die sich neben Fragen von Organisationsentwicklung, Medien oder Kampagnenführung auch mit Themen wie Umwelt, soziale Ungleichheit und natürlich Lösungsperspektiven im Nahostkonflikt beschäftigt haben.
- Mit dem Projekt „Youth for a democratic change“ wurde gemeinsam mit der Fateh Jugend ein Programm zur demokratischen Reformierung des Verbandes und der Strukturentwicklung aufgelegt. 2008 nahmen 40 ausgewählte TeilnehmerInnen aus der gesamten Westbank an einem intensiven Seminarprogramm und einem Austausch mit den Jusos teil.

Zum zweiten werden im Rahmen trilateraler Projekte und Bildungsmaßnahmen Räume für Begegnung und Dialog geschaffen. Junge Israelis und Palästinenser erhalten im Austausch mit Jusos die Gelegenheit sich mit den Realitäten und Wahrnehmungen der anderen Seite auseinanderzusetzen. Im letzten Jahr fanden ungefähr 10 trilaterale Begegnungen vor allem im Rahmen von Delegationsreisen statt, von denen alle beteiligten Seiten profitiert haben. Viele Juso-Landesverbände und Unterbezirke haben sich in diesen Maßnahmen eingebracht und für eine immer breitere Verankerung des WBC im Verband gesorgt. Die erfolgreiche Arbeit in diesen beiden Arbeitsschwerpunkten wollen wir auch in Zukunft fortsetzen und weiter ausbauen.

Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir uns den oben dargestellten aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Das Willy Brandt Center bietet als gemeinsame Plattform den Raum für einen gemeinsamen Austausch linker Politikkonzepte, die Formulierung gemeinsamer politischer Initiativen und die Entwicklung neuer kreativer Strategien zur Unterstützung nötiger Reformprozesse in den Verbänden und Mutterparteien.

Gemeinsam engagieren wir uns im WBC solidarisch für

- die Unterstützung unserer politischen Partner als Reformmotoren ihrer Mutterparteien auch gegen innerparteiliche Widerstände.
- die Formulierung linker Politikentwürfe und ihre Verankerung in unseren Gesellschaften
- die praktische Erfahrbarkeit von Dialog und internationaler Solidarität und die Stärkung dialogbereiter Kräfte auf beiden Seiten des Konflikts

die Erzeugung politischen Handlungsdrucks für eine konkrete Umsetzung der Zweistaatenlösung.

F

Finanzmarkt-, Wirtschaftspolitik, Kapitalismuskritik

F 1 – Bundesvorstand

Systemerror – Zu Finanzmärkten, der Krise und dem Kapitalismus

Derzeit herrscht die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, weltweit brechen die Märkte ein und alle Prognosen sagen weitere Abschwünge voraus. Nach der Lehmanpleite im Oktober 2008 schien wie aus dem Nichts heraus alles zusammenzubrechen, was Marktradikale in den letzten Jahren gepredigt hatten. Die Finanzmärkte versprachen nicht unablässlich steigende Gewinne, sondern drohten die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund zu reißen. Nur durch bis dahin unvorstellbare Rettungsmaßnahmen der Staaten wurde der totale Finanz-Crash verhindert. Die internationalen Finanzgeschäfte erholen sich nur langsam, während die Realwirtschaft weltweit in eine der tiefsten Rezessionen der Geschichte abgleitet. Überall finden Debatten über die Ursachen und die Nötigen Konsequenzen aus der Krise statt. Dies ist die Schlüsseldiskussion der nächsten Monate und Jahre, in die wir Jusos uns einmischen.

Trotz der Entlarvung des Neoliberalismus als Weg in die größte Krise bleiben seine AnhängerInnen auf den Machtpositionen sitzen. Nach einem kurzen Schock, haben sie schnell wieder ihre alten Parolen vorgebracht und die Schuld einem Staatsversagen zugeschoben. Den Ruf nach dem Staat als Retter sehen sie nicht als Eingeständnis in das Versagen ihrer Ideologie, sondern nur als notwendigen Zwischenschritt, um anschließend wieder zu den alten Verhältnissen zurückzukehren. Sie werden um ihren Einfluss und ihre Interessen weiterhin kämpfen. Dem werden wir uns entgegenstellen.

Die Krise

Krisen sind im Kapitalismus keine Ausnahme, sondern elementarer Bestandteil der Produktionsweise und werden immer wiederkehren. Es sind Phasen, in denen die Kapitalakkumulation ins Stocken gerät und Strukturanpassungen erfolgen, bei denen sich insbesondere die Machtverhältnisse auf der Kapitaleseite verschieben. Egal, wie der Kapitalismus gestaltet ist, langfristig ist es eine Illusion, Krisen zu verhindern. Es ist richtig, für eine soziale Bewältigung von Krisen zu sorgen und sich dafür einzusetzen, dass dem Kapitalismus soziale Regeln gegeben werden. Grundsätzlich kommen wir jedoch nicht umhin, den Kapitalismus als Ganzes der Kritik zu unterziehen.

Gerade jetzt muss es darum gehen, den Kapitalismus als Herrschafts- und Unterdrückungssystem in Frage zu stellen. Das kapitalistische System ist von Menschen gemacht und kann auch von den Menschen überwunden werden. Das Potenzial emanzipatorischer Bildung und kritischer Wissenschaft muss dabei stärker in den Fokus gerückt werden. Die Möglichkeit und die Notwendigkeit sind gegeben, Alternativen zu diskutieren, neue Wege zu finden und Perspektiven des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen!

Hierzu müssen wir uns in die konkreten sozialen Verteilungskämpfe einmischen.

Entscheidend ist es darüber hinaus, die Ursachen der gegenwärtigen Krise zu benennen. Es wird versucht, die Krise auf Gier einiger Manager und „Finanzhai“ sowie das Fehlen „ehrlicher Kaufleute“ oder auf Staatsversagen zurückzuführen. Auf Grundlage solcher Argumente wird es keine wirkungsvollen Veränderungen geben. Die Ursachen der Finanzkrise liegen in den Wirkungsweisen des Kapitalismus. Dessen aktuelle Spielregeln und die daraus resultierenden Folgen haben uns zu der heutigen Lage geführt. Durch der damit einhergehenden Deregulierung und den Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte haben sie eine so dominante Stellung in der wirtschaftlichen Basis eingenommen, dass sie gegenwärtig Krisen dieses Ausmaßes produzieren. Auch dadurch kam es zu immer krasserem Verteilungsunterschieden auf allen Ebenen. Sowohl innerhalb der Volkswirtschaften hat die Verteilung des Reichtums von den kleinen Arbeitseinkommen hin zu den großen Kapitaleinkommen stattgefunden als auch zu weiterer Kapitalkonzentration in den Industrieländern geführt. Durch die kurzfristige Renditeorientierung fanden weniger Investitionen in die Realwirtschaft, sondern profitversprechende Finanzmarktprodukte statt. Auch die internationalen Handelsbilanzdifferenzen haben die Spekulation immer weiter angeheizt. Seit den 70er Jahren müssen in allen Industrienationen wachsende Einkommensunterschiede, ein sinkender Anteil der Lohneinkünfte am Volkseinkommen, stagnierende Reallöhne und sinkende Sozialleistungen beobachtet werden.

Die Ausweitung des neoliberalen Dogmas auf alle gesellschaftlichen Bereichen, hat dazu beigetragen, dass diese Entwicklungen nicht in Frage gestellt wurden bzw. politische Alternativen diskutiert wurden. Die jetzigen Verhältnisse sind Produkt der Kräfteverhältnisse sowie der Entscheidungen politischer Akteure.

Auslöser der Finanzkrise war die US-Subprimkrise. In den USA wurden in großem Ausmaß Hypothekendarlehen an SchuldnerInnen mit geringer Bonität zum Immobilienbau oder –erwerb vergeben, oft als 100%+x Finanzierung. Dies funktionierte, so lange die Zinsen niedrig blieben und die Immobilienpreise stiegen. Mit steigenden Zinsen und den fallenden Immobilienpreisen ab Mitte 2006 wurden die Belastungen der KreditnehmerInnen größer und es kam zu einem drastischen Anstieg der Zahlungsausfälle und Zwangsversteigerungen. Die kreditvergebenden Banken haben die Kreditforderungen zur Risikodiversifikation und Befreiung von Eigenkapital für Neugeschäfte über Investmentbanken verkauft. Diese Derivate wurden von den Ratingagenturen mit AAA/AA bewertet und fanden deshalb reißenden Absatz. So wurden aus den langfristigen Risiken kurzfristig handelbare Finanzmarktprodukte. Aber vor allem wurden die Risiken intransparenter und nicht mehr abgesichert. Die Investitionen von Banken und Fonds in diesem Bereich waren nur mit geringem Eigenkapital hinterlegt und über Kredite finanziert. Im Sommer 2007 wurden diese Finanzmarktprodukte aber teilweise in den Ratings herabgestuft und verloren an Wert. Dies führte zu den ersten Problemen bei einigen Hedge-Fonds, der IKB und Sachsen LB. Im März 2008 mit dem Zusammenbruch von Bear Stears und der Verstaatlichung der US-Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac verschärfte sich die Krise weiter (in Deutschland Hypo Real Estate). Bis dahin handelte es sich nur um Fehlinvestitionen, die einzelne Banken in Liquiditäts- oder gar Solvenzprobleme geführt hatten. Erst mit dem Schock der Lehman-Pleite wurden die Finanzmärkte grundsätzlich gefährdet.

Im Investmentbereich ist es üblich gewesen, ohne großen Eigenkapitalanteil zu investieren und langfristige Risiken über kurzfristigen Handel und Wertsteigerung der Investitionen zu finanzieren. Dafür sind insbesondere kurzfristige Kredite notwendig, die sich die Banken gegenseitig gegeben haben. Diese Kredite galten als sicher, da sich die Banken untereinander vertrauten und das Kreditausfallrisiko als minimal betrachtet wurde. Mit der Lehman-Pleite war dieses Vertrauen allerdings plötzlich verschwunden und der Interbankenmarkt kam zum Erliegen. Damit waren auf einen Schlag nicht mehr nur diejenigen Institute betroffen, die in US-Immobilien-Derivate investiert hatten, sondern alle.

Die Reaktion

Der totale Zusammenbruch wurde nur durch massive Rettungspakete aller Industriestaaten sowie großer Geldspritzen und Zinssenkungen der Notenbanken verhindert. Gemeinsame Aktionen auf internationaler Ebene hat es nicht gegeben, lediglich eine Absprache über den Rahmen der nationalen Aktionen. Trotz aller Bekundungen, dass eine neue Finanzmarktarchitektur notwendig sei, sind die bisher vereinbarten Veränderungen der G20 in London hinter allen Erwartungen zurückgeblieben.

In Deutschland ist der Finanzmarktstabilisierungsfonds mit 480 Milliarden Euro für Garantieübernahmen im Innerbankenverkehr und für die Rekapitalisierung in Not geratener Banken ausgestattet. Trotzdem läuft der Interbankenmarkt nur sehr schleppend an und für viele, gerade kleinere Unternehmen, ist es schwer, an Kredite zu kommen. Durch die klar bestimmte zeitliche Begrenzung des Bankenrettungsschirms beinhaltet diese Strategie noch zahlreiche Risiken. Das Hauptproblem an der Strategie der Bundesregierung ist aber, dass nicht die Aktivierung der notwendigen Bankgeschäfte das oberste Ziel ist, sondern der Erhalt der alten Eigentümerstrukturen. Dadurch werden die Gewinne weiterhin privat eingestrichen, während die Risiken und Verluste durch die SteuerzahlerInnen getragen werden müssen. Wenn der Staat mit vielen Milliarden, wie bei der HRE oder Commerzbank, diese am Leben erhält, muss er dafür auch die Entscheidungsmacht und Beteiligung an zukünftigen Gewinnen haben. Dabei haben aber die Beispiele einiger Landesbanken gezeigt, dass es zum einen entscheidend ist, wem die Bank gehört, zu anderen welche Geschäftspolitik verordnet wird.

Die Lage in der Realwirtschaft ist ebenfalls erschreckend. Als „Exportweltmeister“ ist Deutschland von der einbrechenden Weltkonjunktur besonders betroffen. Ein erhebliches Sinken der Wirtschaftsleistung und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit wird vorausgesagt. Es hat lange gedauert, bis die Bundesregierung reagierte und die Konjunkturprogramme 1 und 2 sind sehr widersprüchlich. Kurzfristigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen sind der geeignete, um dem drohenden konjunkturellen Abschwung und dem damit verbundenen Arbeitsplatzverlust entgegenzuwirken. Dabei darf es aber nicht darum gehen, jetzt um jeden Preis Geld in alle möglichen Projekte Geld zu stecken. Langfristig müssen wir dafür sorgen, dass die Binnennachfrage gestärkt wird. Hierzu müssen die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgebaut und saniert werden, von denen möglichst viele Menschen profitieren. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auch auf klimaschonende Maßnahmen gelegt werden. Leider wird auch ein großer Teil der Mittel des Konjunkturpaketes in Maßnahmen gesteckt, die nicht weiter helfen. Die Mittel für die Steuersenkungen, die von CDU und CSU durchgesetzt wurden, sind nicht nur

Verschwendung, sondern werden die Möglichkeiten für einen Ausbau der Daseinsvorsorge in der Zukunft noch weiter einschränken. Dazu trägt auch die Aufnahme der Schuldenbremse im Grundgesetz bei.

Es ist aber auch klar, dass kein Konjunkturprogramm die strukturellen Probleme auf dem deutschen Binnenmarkt lösen kann. Durch stagnierende oder teilweise auch sinkende Reallöhne und dem ständig vorangetriebenen Sozialabbau wurde die Binnennachfrage immer schwächer. Dies wird gerade in der Krise besonders deutlich, in der der Exportbereich schwächelt. Deshalb ist die Erhöhungen des Kindersatzes bei Hartz IV ein richtiger Schritt, reicht aber noch lange nicht aus. Die Binnenkonjunktur muss über weitere Maßnahmen gestärkt werden.

Wir begrüßen die Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze. Insbesondere der Weg über Qualifizierungsmaßnahmen ist richtig. Mit der Ausweitung der Kurzarbeit und der Umweltprämie konnten kurzfristig weitere Massenentlassungen verhindert werden, aber diese Maßnahmen werden noch in diesem Jahr immer weniger Wirkung erzielen. Falls die erwartete Erholung der Konjunktur nicht schon 2010 eintritt, wird es spätestens Ende 2010 zu einer massiven Erhöhung der Arbeitslosigkeit kommen. Dies würde zusätzlich krisenverschärfend wirken und massive Auswirkungen gerade für diejenigen haben, die nach einjährigem Verbleib im ALG I dann auf ALG II angewiesen sind.

Die Krise wird in den nächsten Monaten und Jahren die Politik bestimmen. Immer mehr Menschen werden betroffen sein. Nun gilt es, sowohl die Folgen der Krise abzumildern, als auch strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Was nun?

1. Keine einzige soziale Errungenschaft ist vom Himmel gefallen, weil die ArbeitgeberInnen so wahnsinnig spendable Zeitgesellen sind. Alles musste erkämpft werden. Wenn jetzt endlich mal mehr Leute aus dieser Lethargie mit den Verhältnissen erwachen und anfangen, ihre Interessen selbst zu vertreten, ist das richtig. Sozialer Protest kann sich auch reaktionär äußern – standortnationalistisch oder rassistisch. Dagegen muss man sich offensiv zur Wehr setzen. Aber: Jetzt ist Zeit zu kämpfen. Dafür müssen wir als Linke Druck in den Parteien machen und wir müssen auf die Straße gehen. Sonst wird nach der Krise alles so weitergehen, wie bisher.

2. Als linker Jugendverband müssen wir jetzt in die Diskussion über konkrete Projekte eintreten, wie Wirtschaft Stück für Stück an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Das haben wir uns in unserer Kampagne vorgenommen. Die Diskussion mit den Gewerkschaften ist dabei für

uns von besonderer Bedeutung. Nicht nur die Frage nach alternativen Wirtschaftsformen, sondern auch von Wirtschaftsdemokratie ist zentral. Dabei denken wir zum einen in die Richtung, wie mehr Bereiche dem Markt entzogen und gesellschaftlich organisiert werden können. Zum anderen diskutieren wir über einen Ausbau der Mitbestimmung und wie die Entscheidungsgewalt über die Unternehmensstrategie in die Hände der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geholt werden kann. Auch die Frage nach einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik muss gestellt werden. Faktisch geht es um die Machtfrage in der Wirtschaft. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten, primär und sekundär. Primäre Umverteilung erreichen wir durch die Orientierung am Ziel der Vollbeschäftigung sowie eine dauerhafte Steigerung der Reallöhne und der Sozialleistungen. Dies muss Grundlage politischen Handelns sein. Die Ausrichtung der Geldpolitik an Beschäftigungskriterien, der Ausbau eines Öffentlichen Beschäftigungssektors, die Rücknahme der Privatisierungen der vergangenen Jahrzehnte und eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind hier Handlungsoptionen. Zudem brauchen wir endlich eine weitreichende fiskalpolitische Umverteilung, die höhere Einkommen, Kapitaleinkünfte und nicht zuletzt Unternehmen stärker belastet. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, dass ökologische und soziale Innovationen sowie Technologien staatlich gefördert werden.

3. Es ist für uns untragbar, dass gegenwärtig die Verluste sozialisiert und die Gewinne privat eingestrichen werden. Wenn der Staat einspringt, muss das mit entsprechenden Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie einer Beteiligung am Gewinn einhergehen.

4. Angesichts der massiven Summen, die der Staat in die Banken gesteckt hat, ist es für uns unabdingbar, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit behält. Dafür muss er die finanziellen Möglichkeiten haben. Deshalb treten wir für eine stärkere Belastung von hohen Einkommen und Vermögen ein. Dazu zählen

- die Abschaffung der Quellabgeltungssteuer und die Rückkehr zu einer synthetischen Einkommensbesteuerung
- die Einführung von Kontrollmitteilungen durch die Banken,
- die Einführung einer Börsenumsatzsteuer,
- die stärkere Besteuerung von höheren Einkommen im Rahmen der Einkommensteuer ohne dabei die Mittelschichten stärker zu belasten,
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und
- ein höheres Aufkommen aus der Erbschaftssteuer.

5. Die Konjunkturprognosen wurden noch mal krass nach unten korrigiert. Dies darf aber nicht ohne politische Reaktion bleiben. Die Regierung muss hier ihre Maßnahmen entsprechend korrigieren, ergänzen und weiter gegensteuern. Deshalb sprechen wir uns für ein Konjunkturpaket III mit kurzfristigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Kommunen aus. Auch die Lohnpolitik muss dazu beitragen, dass die Binnenkonjunktur gestützt wird. Lohnzurückhaltung wirkt kontraproduktiv und krisenverschärfend. Dazu ist es auch notwendig, eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes etwa durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns oder die Beschränkung von Leiharbeit vorzunehmen, um den Druck auf das Lohngefüge zu vermindern. Ebenso müssen nicht nur aus konjunkturpolitischen Gründen, sondern auch weil es sozialstaatlich geboten ist, die Transfereinkommen erhöht werden.

6. Klar ist für uns, dass eine neue internationale Finanzmarktarchitektur notwendig ist. Dabei denken wir nicht nur an neue Transparenz- und Bilanzregeln, sondern insbesondere an das Verbot von bestimmten Spekulationsgeschäften, die tobin tax, das aktive Bekämpfen von Steueroasen, ein internationales Währungssystem und Regeln zur koordinierten Intervention auf den Geldmärkten.

7. Auf europäischer Ebene halten wir eine europäische Finanzmarktaufsicht für erforderlich. Diese muss gemeinsam mit einer europäischen Ratingagentur aufgrund einheitlicher Regeln über Transparenz- und Eigenkapitalvorschriften die Akteure und Finanzmarktprodukte kontrollieren und genehmigen, bevor sie auf den Markt kommen. Des Weiteren brauchen wir Mindestreserven, welche die Finanzinstitute bei der EZB hinterlegen müssen, diese sollen je nach Risiko genauso wie die Eigenkapitalquoten gestaffelt sein. Kredite sollen nicht mehr zu 100% weiterverkaufbar sein, 20% des Risikos sollen beim Aussteller bleiben. Des Weiteren muss die EZB dazu verpflichtet werden, ihr Handeln nicht nur auf Preisstabilität, sondern auch auf Wachstum und niedrige Arbeitslosigkeit auszurichten.

8. Finanzsektor teilweise verstaatlichen

Der Finanzmarkt hat eine wichtige Funktion für das Funktionieren der Wirtschaft. Investitionen, die auch für die gesamte Gesellschaft notwendig sind, können nur getätigt werden, wenn die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Funktion hat der zunehmend abgekoppelte Finanzsektor in den vergangenen Jahrzehnten nicht mehr übernommen und so zur Entstehung der aktuellen Krise beigetragen. Jetzt stehen wir vor einer doppelten Herausforderung: Erstens muss das durch die Krise verloren gegangene Vertrauen zwischen den Banken wiederhergestellt werden, damit eine ausreichende Kreditversorgung wieder garantiert werden kann. Zweitens hat die Krise offene Diskussionen darüber, welche Funktion der Finanzsektor in Zukunft für Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen soll, wieder möglich gemacht. In diese Debatten müssen wir uns jetzt entschieden einmischen und Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Finanzmärkte einbringen. Das Prinzip der gesellschaftlichen Nutzenmaximierung muss vor individuellem Profit stehen.

F 2 – LV Bayern

Der Goldrausch ist zu Ende!

Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA begann eine der größten Krisen des modernen Kapitalismus. Die an den Finanzmärkten weitgehend unreguliert gehandelten Finanzprodukte sind zu kaum überblickbaren Risiken geworden, die längst auch die Realwirtschaft, d.h. die Bereiche der Wirtschaft, in denen ein wirklicher Mehrwert produziert wird, beeinflussen.

Sämtliche Industrienationen stehen heute vor dem Scherbenhaufen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte: Die in den 1980er Jahren unter den Begriffen „Thatcherism“ und „Reagonomics“ eingeleiteten Wirtschaftsreformen im angelsächsischen Raum, die als deregulierende Konzepte in den neunziger Jahren von Helmut Kohl, aber teilweise auch unter Rotgrün in Deutschland umgesetzt wurden, haben Konsequenzen gezeitigt, die es nach den zugrundeliegenden Theorien nicht geben dürfte. Das freie Spiel der Finanzmärkte, in der neoklassischen Ökonomie häufig als Standardbeispiel für funktionierende Märkte verwendet, sind Auslöser der größten weltweiten Wirtschaftskrise seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und widerlegen so eindrucksvoll die These, dass freie Märkte und das „individuelle Streben nach (materiellem) Wohlstand“ am Ende eben den größtmöglichen Wohlstand für die gesamte Gesellschaft generieren müssen.

Die politische Linke hat auch in Zeiten der Krise den wirtschaftsliberalen Heilsbringern wenig entgegenzusetzen. Zu stark hat man selber in den letzten zehn Jahren auf die Selbstheilungskräfte des Marktes gesetzt, zu sehr wurde auch in der Sozialdemokratie die Marktgläubigkeit als Monstranz vorneweg getragen. Die gesellschaftliche Linke und mit ihr die Sozialdemokratie hat, anders als Reagan, Thatcher und – mit Abstrichen – Helmut Kohl, kein Konzept für eine Reform der sogenannten sozialen Marktwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte. So folgt die Linke, allen voran die Gewerkschaften wie auch die SPD, einer pragmatischen Politik, die die Krise kurzfristig (und teuer) mit staatlichen Hilfen überbrücken will, um anschließend in ein freudiges „weiter so!“ einzustimmen.

Die bisher getroffenen Maßnahmen deuten in diese Richtung: Eine wirtschaftlich und ökologisch zumindest zweifelhafte Abwrackprämie, die Diskussion über eine Schuldenbremse im Grundgesetz, ein von der CSU durchgesetztes Steuersenkungsprogramm, der wohl kaum vermeidbare Einstieg des Staates bei Automobilkonzernen usw. Unabhängig davon, dass jede einzelne Maßnahme durchaus politisch sinnvoll sein mag, so sind die angesprochenen Maßnahmen dennoch wirtschaftlich unwirksam oder wirken in eine falsche Richtung. Auch wenn die Anerkennung der

Nachfragekomponente durch die bisher stark angebotspolitisch orientierten WirtschaftspolitikerInnen generell begrüßenswert ist, so kann die Generierung von kurzfristiger Automobilnachfrage durch die privaten Haushalte die Tatsache der bestehenden Überkapazitäten in diesem Wirtschaftssektor nicht lösen. Die Vernichtung von funktionsfähigen Wirtschaftsgütern zum Zwecke der Erzeugung neuer Nachfragen erscheint bei genauerer Betrachtung sogar pervers. Insbesondere, wenn man die Ökobilanz dieser Maßnahme in die Überlegungen einbezieht. Die von der Union als Vorbereitung zum Bundestagswahlkampf durchgesetzten Reduzierungen der Einkommensteuer in Verbindung mit der künftigen Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge dürften die Krise sogar noch verschärfen. Durch den Verlust von Einnahmen des Staates reduziert sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dem Wirtschaftskreislauf wird Nachfrage entzogen, da durch eine Reduktion der Einkommensteuer insbesondere die BezieherInnen von höheren Einkommen profitieren, die bereits jetzt eine relativ hohe Sparquote haben. Der gewünschte Effekt ist hier eher parteipolitisch zu suchen als wirtschaftspolitisch sinnvoll.

Die aktuelle Debatte über die Einführung einer Schuldenbremse zeigt deutlich, dass der Neoliberalismus nicht tot ist. Wiederum, ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien, wird damit von den Marktgläubigen versucht, dem Staat Fesseln anzulegen. Man dürfe den Kindern und Kindeskindern keine Schuldenberge hinterlassen, der Staat müsse sich auf einen Nachwächterstaat zurücknehmen. Wir Jusos Bayern lehnen eine Schuldenbremse ab.

Sinnvolle Maßnahmen hätten in den vergangenen Jahren zuhauf ergriffen werden können. Alle hätten eine sinnvolle Ausweitung der Binnennachfrage, die gerade in Deutschland chronisch schwächelt, zur Konsequenz gehabt und würden nun die Folgen der Krise für Deutschland reduzieren.

Wir Jusos Bayern fordern:

- Re-Regulierung der globalen Finanzmärkte:
 - Änderungen im Bilanzrecht für mehr Transparenz aller Risiken, Verluste und Gewinne
 - Stärkere staatliche Aufsicht und Kontrolle über Rating-Agenturen, Haftung der Rating Agenturen
 - Erhöhung des Eigenkapitalanteils von Unternehmen
 - Regulierung von Hedge-Fonds und ähnlichen Produkten
 - Versorgung der Wirtschaft mit benötigten Krediten zu realistischen Zinssätzen sicher stellen

- Anbieten von fairen Konten und Krediten zu gleichen Bedingungen für Alle
 - Schaffung einer Umfassenden und gerechten Bürgerversicherung von Allen für Alle
-
- Prinzipiell ist an privaten Beteiligungen an Unternehmen nichts auszusetzen. Das Problem ist vielmehr die Absicht und die Renditeerwartung. Unter anderem können gerade junge Firmen von dieser Art der Beteiligung profitieren, wenn Ihnen von Banken kein oder nur wenig Kredit gewährt wird. Allerdings hat sich gezeigt, dass die meisten Privat-Equity-Firmen (PEF) nicht an langfristigen, strategischen Investitionen sondern an schnellem Profit interessiert sind. Private Equity kann für Unternehmen von Vorteil sein. Allerdings benötigt dieser Sektor genaue Regularien. Unter anderem dürfen PEF nur zu einem gewissen Grad Anteile an dem Unternehmen erwerben, Mindesthaltefristen der Anteile bis zu einer möglichen Veräußerung, Besteuerung der Gewinne aus dem Investment vor Ort. Zudem dürfen Kredite, die für den Anteilskauf an einem Unternehmen aufgenommen wurden, nicht auf das Unternehmen übertragen werden.
 - Es muss ein international verpflichtendes Regelwerk für die Eigenkapitalvorschriften für Banken nach dem Vorbild von Basel II unter Einschluss der USA geschaffen werden. Die Probleme auf den Finanzmärkten resultieren unter anderem auch aus der Tatsache, dass die USA Basel II bislang nicht umgesetzt haben. Ein solches weltweites Regelwerk erleichtert aber die Risikoeinschätzung aller am Markt beteiligten Teilnehmer. Gleichzeitig muss ein solches Regelwerk aber sicherstellen, dass es anders als Basel II nicht prozyklisch wirkt.
 - Alles muss in die Bilanz. In Zukunft dürfen keine Werte mehr außerhalb der Bilanz geführt werden. Bisher konnten Banken usw. Bereiche in sog. Zweckgesellschaften auslagern und diese dann nicht in die eigene Bilanz aufnehmen. Mit dieser Praktik muss Schluss sein. Wenn man etwas vor der Bilanz und somit vor Prüfungen und Investoren verstecken muss, ist das nicht nur verdächtig, sondern im hohen Maße Betrug. Und diesen gilt es dann zu bestrafen. Risiken müssen verpflichtend in einem standardisierten Schema dargelegt werden.
 - Wer einen Kredit vergibt, trägt auch das Risiko. Generell begrüßen die Jusos Bayern das Risikobegrenzungs-gesetz welches im Juni 2008 im Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Allerdings ist dieses noch nicht ausreichend. Das Handeln von Krediten bedarf der vorherigen Zustimmung der Kreditnehmer. Ohne deren Zustimmung verbleibt der Kredit beim vergebenden Institut. Bei Veräußerungen von Firmenkrediten muss, ebenso wie bei Privatkrediten, ein Teil des Risikos bei dem ursprünglichen Kreditgeber in der Bilanz verbleiben. Ein Zinsaufschlag auf sog. Kreditverträge mit Abtretungsverbot ist unzulässig.
 - Leerverkäufe sind reine Spekulation und können den wahren Marktpreis vernebeln. Die Spekulation auf Aktienkurse kann dazu führen, dass auf die Aktien Druck in Form von

Behauptungen, Krisenmeldungen usw. ohne Bestand ausgeübt wird um einen entsprechenden Kurs zu bekommen. Leerverkäufe dienen keinem volkswirtschaftlichen Zweck sondern im Gegenteil führen sie dazu die realen Preise im Sinne der Angebots- und Nachfragesystematik durch Spekulation ungerechtfertigt steigen oder sinken. Sie sind deswegen zu verbieten.

- Steueroasen sind Regionen mit Gesellschaften und nicht vorhandenen Kontrollgremien die mit der Absicht, sich und seine Geschäfte vor den Kontroll- und Steuervorschriften anderer Länder zu verbergen. Einheitliche Steuersätze in den Regionen, z. B. Einheitssteuern in der EU für Kapitalerträge usw., würden zu einer Eindämmung führen. Im zweiten Schritt müssen diese Offshore-Plätze stillgelegt bzw. geächtet werden. Firmen die z. B. im Europäischen Raum u.a. mit Finanzprodukten handeln wollen, dürfen keinen Sitz auf einem dieser Offshore-Finanzplätze haben.
- Für Staatsfonds müssen die gleichen Offenlegungsregelungen gelten wie für Privat-Equity-Fonds.
- Eine massive Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland
 - Erhöhung der Reallöhne, vor allem für BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen. Das schließt deutliche Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst als positives Beispiel mit ein. Außerdem muss durch eine sinnvolle Regulierung des Arbeitsmarktes ein positives Umfeld für eine Erhöhung der Reallöhne geschaffen werden.
 - Erhöhung der Hartz IV-Sätze, dazu eigenständiger Satz für Kinder und Jugendliche
 - Ausbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors
 - Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro, der regelmäßig an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden muss.
 - Verwirklichung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, d.h. massive Eindämmung von Leiharbeit, keine Diskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter
 - Einführung der BürgerInnenversicherung
 - Abschaffung der Rente mit 67, des demografischen Faktors etc. Erhöhung der niedrigen und mittleren Renten
- Stärkung der Konjunktur:
 - Konjunkturprogramm III in Deutschland, dabei kann über eine Änderungen der Umsatzsteuer diskutiert werden; es darf aber keine Schnellschüsse bei der Umsatzsteuer geben, die die Ausgestaltung noch unlogischer als bisher machen
 - Abstimmung der Investitionsprogramme innerhalb der EU

- Steuern – Schuldenbremse:
 - Ablehnung der Schuldenbremse
 - Verteilung der Kosten, starke Schultern müssen mehr tragen. Deshalb Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Börsenumsatzsteuer, Tobin-Tax

- Internationale Solidarität:
 - Entwicklungs- und Schwellenländer sind besonders von der Krise betroffen, da sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen. Daher bedarf es einer internationalen Abstimmung der Hilfen und Reformen der Weltbank und des IWF.

Bad Banks – nur nach unseren Regeln

Bad Banks – nur nach unseren Regeln

Wir Jusos begrüßen die getroffenen Regelungen zu Bad Banks. Wichtig ist nun, eine Regelung zu finden, was bei einem Insolvenzfall einer Bank mit eigener Bad Bank und den daraus resultierenden Forderungen des Bundes wg. der dann zu leistenden Garantien und weiteren entstehenden Kosten passiert. Hierzu begrüßen wir den Vorschlag der SPD einer Einführung einer allgemeinen Restrisiko-Umlage (technisch gesehen eine Sonderabgabe) für die gesamte Finanzbranche. Auch diejenigen, die kein Gift gekauft haben, profitieren von der Hilfe, die der Bund jetzt leisten. Das schafft Vertrauen in einen ganzen Sektor der Volkswirtschaft für alle Finanzmarktteilnehmer. Und es ist Solidarität unter den Finanzwirtschaft gefragt, dass sich auch alle daran beteiligen.

Denn es ist auch weiterhin klar, dass Verluste von Kredit- und Finanzinstituten nicht sozialisiert werden.

Diese Form der Solidarität soll auch dann noch gelten, wenn die Krise bewältigt worden ist, um solidarisch evtl. Verluste des Staates durch notwendigerweise eingelöste Bürgschaften zu begleichen inkl. aller für den Staat entstandenen Kosten.

G

Gleichstellungspolitik

G 4 – LV Rheinland-Pfalz

Solidarische Lebensgemeinschaften für alle!

Die Jusos fordern, die Regelungen der eingetragenen Lebenspartnerschaft an die der Ehe anzugleichen und so eine Gleichstellung zu erreichen. Alle Paare sollen die Möglichkeit haben, solidarisch zusammenleben zu können.

Außerdem soll das Modell als Option für gemischt-geschlechtliche Paare geöffnet werden.

Echte Gleichstellung

Die Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes durch die Rot-Grüne Bundesregierung im Jahr 2001 war ein großer Schritt zur Modernisierung des deutschen Personenstandsrechts hin zu mehr Gleichstellung und Akzeptanz homosexueller Paare.

Trotzdem bleiben die Rechte in vielen Bereichen hinter denen der Ehepaare zurück. So kommen steuerliche Vergünstigungen lediglich Ehepaaren zugute und nicht Lebenspartnerschaften. Das Ehegattensplitting ist eine Form der steuerlichen Begünstigung heterosexueller Lebenspartnerschaften. Mit dessen Hilfe wird die Ehe als Institution zementiert. Tradierte Rollenmuster wie die „Einverdiener Ehe“ werden begünstigt.

Wir Jusos lehnen das Ehegattensplitting auch aus diesen Gründen ab. Solange das Ehegattensplitting noch gilt, fordern wir, dass eingetragene Lebenspartnerschaften gleichbehandelt werden.

Weiterhin bestehen auch Benachteiligungen im Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht. So werden eingetragene Lebenspartner im Erbfall weiterhin in die Steuerklasse III eingeordnet – also die Steuerkategorie für Fremde. Diese unverständliche Differenzierung muss aufhören. Zwar ist der persönliche Freibetrag für eingetragene Lebenspartner genauso hoch wie der für verwitwete Ehepartner, jedoch resultieren aus der unterschiedlichen Kategorisierung von Ehen und Lebenspartnerschaften verschiedene Freibeträge. Die Jusos befürworten die Umwandlung der

Erbschaftssteuer in eine Nachlasssteuer – d. h. die einheitliche Versteuerung vor der Aufteilung der Erbteile anstatt der Staffelung nach Verwandtschaftsgrad.

In einigen weiteren Bereichen wie z.B. im Beamtenrecht haben zwar BeamtInnen mit EhepartnerInnen besondere Rechte, nicht jedoch BeamtInnen mit LebenspartnerInnen.

Auch können homosexuelle Paare keine Kinder adoptieren; lediglich Einzeladoptionen sind möglich. Nach geltendem deutschem Recht ist zudem eine Stiefkindadoption nicht rechtens – mit allen resultierenden Konsequenzen für den nicht erziehungsberechtigten Elternteil.

In den meisten Regenbogenfamilien gibt es allerdings leibliche Kinder eines Elternteils, die aus früheren heterosexuellen Beziehungen stammen. Eine Adoption des Kindes ist ausgeschlossen, wodurch eine erhebliche Benachteiligung im Falle einer Trennung zustande käme. Daher fordern wir Jusos eine Beendigung der Ungleichbehandlung bei Familienzuschlägen, bzw. Familientarifen und eine Gleichstellung in namens-, sozial- und steuerrechtlichen Angelegenheiten. Alles andere widerspricht einer modernen Vorstellung von Familie und muss geändert werden. Familie ist dort, wo Menschen füreinander da sind.

Wir fordern, die bestehenden Diskriminierungen im Lebenspartnerschaftsgesetz zu tilgen und eine echte Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft zu erreichen. Dies gilt vor allem für die Bereiche Adoption, Steuerrecht und Erbrecht.

Bei dem Wunsch eines solidarischen Zusammenlebens gibt es keine Unterschiede. Daher müssen die Rechte, die sich aus einer eingetragenen Lebenspartnerschaft ergeben, an die Rechte, die an die Ehe anknüpfen, angeglichen werden.

Öffnung der Lebenspartnerschaft für gemischt-geschlechtliche Paare

Das derzeitige Modell der eingetragenen Lebenspartnerschaft erkennt zwar Rechte gleichgeschlechtlicher Paare an, stellt aber tatsächlich eine Sonderpartnerschaft neben der Ehe dar. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind aber kein „Sondermodell“, sondern genauso wie gemischt-geschlechtliche Partnerschaften eine „normales“ Lebensmodell. Diese „Normalität“ kann aber nur in der zusätzlichen Öffnung der Lebenspartnerschaften für gemischt-geschlechtliche Paare zum Ausdruck kommen.

Weiter entspricht das Modell der Ehe nicht mehr der heutigen Lebenswirklichkeit in Deutschland. Immer mehr Paare leben ohne Trauschein zusammen und der Anteil der geschiedenen Ehen steigt weiter.

Dieser Realität würde das Modell der reformierten Lebenspartnerschaft gerecht werden. Auch gemischt-geschlechtliche Paar sollen diese Option, neben der Ehe, in freier Entscheidung wählen können. Dabei besteht die Möglichkeit der gegenseitigen Absicherung, auch bis an das Lebensende. Gleichzeitig wird aber das komplizierte, teure und für alle Beteiligten belastende Verfahren der Scheidung vermieden. Die Trennung kann einfacher im gegenseitigen Einverständnis durchgeführt werden.

Um eine echte Gleichstellung der Modelle des Zusammenlebens zu erreichen, muss dieses alternative Modell auch gemischt-geschlechtlichen Paaren offen stehen. Als Beispiel für die praktizierte Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren können Länder wie Spanien und Frankreich herangezogen werden.

Initiativanträge

I 1- Bundevorstand

Gemeinsam mehr

Am 27. September steht eine Richtungsentscheidung in dieser Gesellschaft an. Wir wollen, dass es dabei eine Mehrheit für eine solidarische, soziale und progressive Politik gibt. Deshalb kämpfen wir für linke Antworten auf die Krise und für eine starke SPD am 27. September.

Die Ausgangslage ist schwierig. Das Ergebnis der SPD bei den Europawahlen ist enttäuschend. Die SPD hat es nicht geschafft, Wählerinnen und Wähler für die Sozialdemokratie zu mobilisieren. Die Erklärung für die Ausgang der Europawahl lediglich im der niedrigen Wahlbeteiligung zu suchen und bei dieser Feststellung stehen zu bleiben, greift zu kurz. Hier ist eine tiefergehende Analyse notwendig. Fehlende Mobilisierung hat politische Gründe.

In der politischen Diskussion ist die Analyse und der Umgang mit der Krise zentral. Der Marktradikalismus ist gescheitert, jetzt müssen Antworten für die Zeit nach der Krise gegeben werden. Eine automatische Mehrheit für linke progressive Ansätze gibt es jedoch in Anbetracht der Wirtschaftskrise nicht. Mehrheiten müssen hier hart erkämpft werden. Einer Politik des „Weiter wie bisher“ muss eine Politik für eine solidarische Gesellschaft entgegengestellt werden. Unterschiede müssen deutlich benannt werden – auch aus einer Großen Koalition heraus. Die SPD hat mit dem Regierungsprogramm einen Anfang gemacht. Doch dies wird nicht ausreichen. Wir brauchen deshalb im Bundestagswahlkampf eine stärkere Zuspitzung, die Richtungsunterschiede müssen deutlich werden. Programmatisch muss die Verteilungsfrage in den Vordergrund gestellt werden. Gerade in Anbetracht milliardenschwerer Staatshilfen stellen sich die Menschen die Frage, wer die Kosten der Krise tragen soll und welche sozialstaatlichen Sicherheiten sie auch in Zukunft haben werden. Hier muss die SPD ansetzen und endlich ihr Versprechen von mehr sozialer Gerechtigkeit und für mehr Gleichheit in der Gesellschaft einlösen. Sie muss die Unsicherheit und Ängste der Menschen aufgreifen und darauf Antworten bieten. Es darf nicht nur darum gehen, nur ein paar neue Regeln für die Finanzmärkte zu beschließen. Wir werden bei der Bundestagswahl nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Menschen von unserer Vorstellung zu überzeugen, wie wir die Gesellschaft aus der Krise heraus gestalten wollen. Wir brauchen nicht nur einen Rettungsplan, sondern eine Zukunftsperspektive, nicht nur einzelne Projekte, sondern ein Gesamtkonzept. Wir

wollen Wohlstand, von dem alle profitieren, mehr soziale Gerechtigkeit, eine nachhaltig ausgerichtete Wirtschaft, mehr Demokratie in allen Bereichen, die wirkliche Gleichstellung der Geschlechter und ein offenes und freies Miteinander.

Wir wollen gemeinsam mehr.

Im Wahlkampf wollen wir den Unterschied zwischen einem verantwortungsbewussten staatlichen Handeln, sozialer Regulierung und dem Marktradikalismus eines schlanken Staates deutlich machen.

1) Soziale Gerechtigkeit vs. Marktradikalismus

A) Gemeinsam mehr Gerechtigkeit

Die soziale Ungleichheit in Deutschland wächst. Die SPD muss der sozialen Spaltung mit einer Politik für soziale Gerechtigkeit entgegentreten. Die Forderungen im Programm zur Bundestagswahl müssen sich zu einem Konzept für soziale Gerechtigkeit verbinden. Aber es reicht nicht aus, diese Forderungen ins Programm zu schreiben und damit Wahlkampf zu treiben. Sie müssen nach der Wahl auch im politischen Handeln und in politischen Entscheidungen Niederschlag finden damit die SPD wieder glaubwürdig wird.

Wir wollen eine Kindergrundsicherung, einen eigenen Kinderregelsatz im ALG II und die regelmäßige Überprüfung der ALG II – Regelsätze und eine bedarfsgerechte Erhöhung auf das Niveau der Pfändungsfreigrenze. Wir setzen uns weiterhin für eine sanktionsfreie Existenzsicherung ein.

Innerhalb des Sozialversicherungssystems wollen wir zunächst die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, die auch Zeiten der Weiterbildung absichert, umbauen.

Wir wollen weiterhin die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung in eine solidarische Bürgerversicherung überführen, in der sich alle BürgerInnen nach ihrer Leistungsfähigkeit an der solidarischen Finanzierung beteiligen.

Der Sozialstaat muss zuletzt allen Menschen durch eine über dem Existenzminimum liegende Mindestrente ein würdiges Leben im Alter ermöglichen. Eine aus den Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung finanzierte Mindestrente, die deutlich über dem Existenzminimum liegt, muss dafür Sorge tragen, dass Menschen mit geringem Einkommen oder zu kurzen Einzahlungszeiten im Alter nicht in Armut leben.

Die sozialpolitischen Maßnahmen sollen durch ein gerechtes Steuersystem flankiert werden, das jeden nach seiner Leistungsfähigkeit in Verantwortung nimmt und zu einer gerechteren Verteilung beiträgt. Die Entwicklung durch Steuerreformen gerade obere Einkommen stärker zu entlasten, muss umkehrt werden. Der Spitzensteuersatz muss erhöht werden. Auch die Unternehmen müssen wieder stärker in die Steuerpflicht genommen werden. Pauschale Steuersenkungen lehnen wir ebenso ab.

B) Gemeinsam mehr Finanzmarktregulierung

Wir wollen die Vormachtstellung der Finanzmärkte brechen. Dies kann nicht mit moralischen Appellen erreicht werden, sondern nur mit klaren Regeln und effektiver Kontrolle. Die Ursache der jetzigen Krise sind die Spielregeln des Kapitalismus und die ständig ungerechter werdende Verteilung. Wir wollen eine neue Weltfinanzordnung, die die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschen in den Vordergrund zu stellt und nicht die Interessen der Spekulanten schützt. Dazu gehört für uns die Eindämmung von Spekulation durch Verbote hoch riskanter Geschäfte, die Begrenzung von Risikoverbriefungen, Beschränkungen für Hedge Fonds und Private Equity, die Trockenlegung aller Steueroasen sowie ein „FinanzTÜV“, der alle Finanzmarktprodukte auf ihre Zulässigkeit überprüft. Des Weiteren müssen Finanzmarkttransaktionen auf nationaler und internationaler Ebene besteuert werden.

C) Gemeinsam mehr gute Infrastruktur

Wir wollen einen verantwortungsvollen Staat. Die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Dazu gehören Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pflege, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, öffentlicher Transport und Stadtwerke, Kommunikation und Information, Wohnraum, Sparkassen, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und Kultureinrichtungen. Wenn diese Bereiche dem Markt überlassen würden, könnten viele Menschen ihr Leben nicht würdig gestalten und wären von der Gesellschaft ausgegrenzt. Für diese Aufgaben sind vor allem die Kommunen zuständig, um dies zukünftig zu garantieren, ist es vor allem notwendig, die Kommunen mit einer verlässlichen Finanzbasis auszustatten und den Privatisierungsdruck von ihnen zu nehmen. Deswegen setzen wir uns vor Ort gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter z.B. durch PPP Modelle ein.

„Eine nachhaltige Verkehrspolitik braucht die Bahn zu 100 % in öffentlichem Besitz, die einen preisgünstigen, attraktiven, flächendeckenden und sicheren Schienenverkehr anbietet. Die Privatisierung der Bahn hätte gravierende negative Folgen für den Bahnverkehr. Die Bahn würde ihre Geschäftspolitik dann noch stärker auf eine hohe Rendite ausrichten.“

D) Gemeinsam mehr gute Arbeit und Ausbildung

In Anbetracht der Krise darf es uns jetzt nicht nur darum gehen, Arbeitsplätze zu erhalten, sondern wir müssen weiterhin darum kämpfen, dass die Menschen auch gute Arbeit haben. Dazu gehört ein gesetzlicher Mindestlohn ebenso wie eine starke Mitbestimmung. Gerade ein größerer Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führt dazu, dass sich Unternehmen langfristig ausrichten und sich nicht an kurzfristigen Profiten orientieren.

Prekär Beschäftigte geraten gerade in der Krise besonders unter Druck. Nicht nur deswegen werden wir für einen Abbau prekärer Beschäftigung kämpfen, Equal Pay für LeiharbeiterInnen einfordern und uns gerade im Sinne junger Menschen dafür einsetzen, dass Befristungen die Ausnahme und nicht die Regel bei Arbeitsverträgen sind.

Junge Menschen brauchen auch Sicherheit für ihre Berufsausbildung. Die Berufsausbildungsgarantie ist hier ein richtiger Weg. Dennoch wollen wir weiter gehen und halten an einer Ausbildungsumlage fest.

2) Gemeinsam mehr Offenheit statt Abschottung

Die Debatte um Integration muss sich endlich wieder auf das Wesentliche konzentrieren: Integration heißt für uns, Chancengleichheit und Teilhabe für alle Menschen in diesem Land herzustellen – unabhängig von ihrer Herkunft.

Ein kommunales Wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass ist ein erster Schritt hin zu mehr politischer Teilhabe. Zugleich ist die Einbürgerung zu erleichtern. Einbürgerung und Wahlrecht stehen am Anfang eines Integrationsprozesses, nicht am Ende. Wir sprechen uns für die Hinnahme von Mehrstaatigkeit und gegen die aktuell verlangten Einbürgerungstests aus.

Noch immer machen Diskriminierungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt eine der größten Hürden für mehr gesellschaftliche und soziale Teilhabe aus. Die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund ist auch bei gleicher Qualifikation höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Wir fordern eine konsequente Anwendung der Antidiskriminierungsgesetze am Arbeitsmarkt.

Der öffentliche Dienst muss hier ein Zeichen setzen, und bei seinen Personalplanungen Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt einstellen.

Wir wollen eine liberalere Bleiberechtsregelung in Deutschland. So lange es weiterhin so ist, dass es Menschen gibt, die sich aufenthaltsrechtlich illegal in Deutschland aufhalten, sollte sich die SPD dafür einsetzen, dass diese Menschen trotzdem eine Gesundheitsversorgung erhalten und Kinder Kindertagestätten und die Schule besuchen können. Wir wollen, dass die SPD sich für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik einsetzt. Es muss gewährleistet werden, dass Flüchtlinge auch eine angemessene materielle Existenzsicherung erhalten, und nicht durch Residenzpflicht und Gutscheinregelung gegängelt werden.

3) Gemeinsam mehr gute Bildung für alle

Über Bildungschancen wird im deutschen Schulsystem zu früh entschieden. Wir wollen längeres gemeinsames Lernen und bessere individuelle Förderung. Wir wollen die verfassungsrechtlichen Spielräume voll ausschöpfen, um die Länder bei der Verbesserung des Schulsystems durch den Bund zu unterstützen. Den Ausbau der Ganztagschulen wollen wir weiter fördern.

Studiengebühren sind weder ein Instrument zur Verbreiterung der Mittelbasis einer Hochschule noch zur Sanierung eines Landeshaushaltes. Studiengebühren tragen zur selektiven Wirkung des Bildungssystems bei und werden von uns abgelehnt. Das BAföG ist immer noch das wichtigste Instrument, um Menschen ohne ausreichenden materiellen Hintergrund ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Die Erhöhung der BAföG-Sätze und Freibeträge in der letzten Legislatur waren ein wichtiger Schritt um das soziale Ungleichgewicht an den Hochschulen ein Stück weit zu korrigieren. Als nächstes muss nun ein Automatismus implementiert werden, der die jährliche Anpassung der Sätze und Freibeträge an die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung gesetzlich vorschreibt, um Studierenden finanzielle Sicherheit zu bieten. Ebenso ist eine Abschaffung der Altersgrenze des BAföG dringend notwendig. Die Umstellung der Studienstruktur auf Bachelor/Master darf nicht zu einer organisierten Studienverkürzung führen. Ein Rechtsanspruch auf einen Studienplatz in einem Masterstudiengang für alle Bachelor-AbsolventInnen ist deshalb dringlich geboten. Die Vergabe von Studienplätzen gleicht inzwischen einer Lotterie. Der Bund muss den Hochschulzugang bundesweit einheitlich regeln.

4) Gemeinsam mehr Gleichstellung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist weiterhin eine Baustelle.

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch immer nicht eingelöst. Die Forderung einer SPD nach einer Prüfstelle, die Lohnmessungen bei Unternehmen veranlassen kann, unterstützen wir ebenso wie die Forderung nach der Kopplung öffentliche Aufträge an den

Grundsatz geschlechtergerechter Lohn. Dennoch werben wir für eine gesetzliche Regelung, die verbindliche Diskriminierungschecks vorschreibt.

Der Benachteiligung von Frauen muss zusätzlich mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft entgegengewirkt werden. Die 40%-Quote für Frauen in Aufsichtsräten werden wir vehement vertreten. Der Kurs der Union, lediglich auf freiwillige Vereinbarungen zu setzen, ist gescheitert.

Auch die Erweiterung des Elterngeldes trägt zur Gleichstellung bei, auch wenn der Grundsatz 50:50 noch nicht annähernd eingelöst ist, trägt eine Erweiterung der Elternmonate um 2 Monate zu einer besseren Verteilung von Familienarbeit bei.

Die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings und die Kappung des Splittingvorteils für hohe Einkommen sind ein erster Schritt, überkommene Rollenmuster, die strukturell vom Steuersystem gestützt werden, aufzubrechen. Wir fordern aber weiterhin die Abschaffung des Ehegattensplittings.

5) Gemeinsam mehr Konsequenz im Kampf gegen Rechts

Für die SPD ist der Kampf gegen Rechts zentral. Wir werden es nicht akzeptieren, dass zunehmend rassistische und antisemitische Einstellungsmuster in die Mitte der Gesellschaft vorrücken, Menschen in Angst leben müssen, Opfer rechtsextremer Schlägertrupps zu werden. Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus werden in jeder Facette von der Sozialdemokratie offensiv bekämpft.

Jede Bürgerin und jeder Bürger ist aufgefordert, selbst aktiv zu werden. Daneben gilt es, Projekte gegen Rechts langfristig und finanziell abzusichern. Antifaschistisches Engagement darf nicht politischen Konjunkturen unterworfen sein. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Bundesstiftung für demokratische Kultur.

Ein großes Bedrohungspotential geht von der rechtsextremen NPD aus. Ein gut vorbereitetes NPD-Verbotsverfahren, das auf staatlich alimentierte NPD-Kader als V-Leute verzichtet, ist eine Möglichkeit, rechtsextreme Strukturen effektiv zu schwächen.

6) Gemeinsam mehr erneuerbare Energien statt Atomkraft

Wir wollen den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Die Energiewende von links verlangt einen noch deutlicheren Ausbau der Energieerzeugung durch erneuerbare Energieträger. Investitionen in erneuerbare Energien sind sowohl ökologisch als auch ökonomisch nötig. Sie bietet nicht nur Chancen für neue Arbeitsplätze, sondern auch für dezentrale und demokratischere Strukturen. Dafür ist es unerlässlich, die Energienetze modernisiert und in eine staatliche Netzgesellschaft überführt

werden. Auch wenn eine Übergangsphase ins solare Zeitalter notwendig ist, bleibt es dabei – nur ohne Atomkraft! Atomenergie birgt unkalkulierbare Gefahren und bis heute ist noch keine Lösung für die Lagerung des Atommülls in Sicht. CDU und FDP stehen für die Renaissance der Atomenergie. Dem stellen wir uns entgegen, weil wir keine Risikotechnologie von Gestern für die Herausforderungen von Morgen brauchen!

7) Gemeinsam mehr BürgerInnenrechte statt Überwachungsstaat

Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Bürgerinnen und Bürger frei bewegen können und nicht in Angst vor staatlicher Überwachung leben. Den Trend, die Freiheitsrechte mit dem Hinweis auf die Herstellung vermeintlicher Sicherheit einzuschränken, lehnen wir ab. Aus diesem Grund möchten wir eine Evaluation zusätzlicher staatlicher Eingriffsbefugnisse in Polizei- und Geheimdienstgesetzen, die seit 2001 hinzugefügt wurden.

Im Bereich des Datenschutzes wollen wir uns eine Ausweitung des Datenschutzgesetzes, sowohl für den Datenaustausch zwischen Behörden, privaten sowie öffentlichen Unternehmen und zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten. Dazu gehören zum einen umfassende Meldepflichten gegenüber Betroffenen bei der (dauerhaften) Speicherung persönlicher Daten mit Zustimmungserfordernis bei deren Weitergabe und deutlich höheren Strafen bei Missachtung derartiger Vorschriften. Zum anderen bedarf es exakt formulierter Voraussetzungen im internationalen Datenaustausch, die inländische Vorgaben für die Datenweitergabe nicht unterschreiten dürfen.

8) Gemeinsam mehr Abrüstng

Wir wollen in einer friedlichen Welt gemeinsam leben, deswegen ist es notwendig endlich wieder abzurüsten. Im Bereich der internationalen Politik ist für uns ein aktives Engagement für eine weltweite Abrüstung zentral. Wir wollen die Wiederbelebung der weltweiten Abrüstungsinitiativen. Dazu gehört für uns in erster Linie ein Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und Europa. Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Darüber hinaus gilt es aber auch, die konventionelle Rüstung wieder einzuschränken. Insbesondere Kleinwaffen richten tagtäglich unvorstellbares Grauen an und stehen gerade in Krisenregionen scheinbar uneingeschränkt zur Verfügung. Deswegen stehen wir für einen Stopp der Rüstungsexporte.

I 4 – LV Schleswig-Holstein

Finger weg von Artikel 19 Abs. 4 GG!

Die Jusos lehnen jedwede Einschränkung des Zugangs zum Recht für Bedürftige, insbesondere eine Einschränkung der aktuellen Regelungen zur Beratungshilfe, ab. Sie fordern alle Verantwortlichen der SPD in Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung auf, entsprechende Gesetzesbestrebungen zu verhindern.

Soweit ein Anstieg der Inanspruchnahme der Beratungshilfe zu verzeichnen ist, so liegt dies an der mangelhaften Ausführung der Gesetze durch die Verwaltung – für diese zeichnet der Staat verantwortlich. Jedwede Bestrebung, die Beratungshilfe zu begrenzen statt der Wurzel des Übels beizukommen, ist menschenverachtend und wird dem Grundrecht auf freien Zugang zum Recht aus Art. 19 Abs. 4 GG nicht gerecht

I 7 – Bundesvorstand

Situation der SPD nach der Europawahl

Wir Jusos kämpfen in der SPD für unsere Ziele. Wir führen engagierte Wahlkämpfe. Wir kämpfen auf Parteitagern um ihre programmatische Ausrichtung. Wir stehen im Dialog mit jungen Menschen für unsere Politik. Nicht selten aber entspricht das Regierungshandeln der SPD nicht unseren Vorstellungen an sozialdemokratische Positionen. Deshalb kritisieren wird dort, wo es nötig ist, ohne jedoch unsere Zugehörigkeit und Verbundenheit der SPD in Frage zu stellen. Progression lebt von konstruktiver Kritik, diese ist notwendig, um Erneuerung zu ermöglichen.

Bei den Europawahlen 2009 hat die SPD ein historisch niedriges Ergebnis bei einer bundesweiten Wahl eingefahren. In Anbetracht von 20,8% Stimmenanteil bei sehr geringer Wahlbeteiligung hat es die SPD offensichtlich nicht geschafft, Wählerinnen und Wähler geschweige denn Mehrheiten für die Sozialdemokratie zu mobilisieren. Lediglich 5.471.703 Menschen haben für die SPD gestimmt. Im bürgerlichen Lager hat die Union zwar deutlich verloren, dagegen konnte sich die FDP um 4,9 Prozentpunkte verbessern.

Die Erklärung für den Ausgang der Europawahl lediglich im der niedrigen Wahlbeteiligung zu suchen und damit eigentlich die Schuld den Wählerinnen und Wählern zuzuschreiben ist unzureichend insbesondere auch deshalb, weil die Wahlbeteiligung gegenüber 2004 sogar leicht gestiegen ist. Es ist notwendig die Ergebnisse vor dem Hintergrund der Sozialdemokratie der letzten 10 Jahre zu analysieren und die politischen Motive zu ergründen. Nur auf Grundlage einer solchen

Analyse können wir die Herausforderung annehmen, die SPD wieder zur starken linken Volkspartei zu beleben, die es schafft, gesellschaftliche Mehrheiten für ihre Politik der sozialen Gerechtigkeit zu mobilisieren.

Die Wahlergebnisse der SPD seit 1998 und die programmatische Entwicklung in Regierungsverantwortung

Die Europawahlen wurden immer auch als nationale Denkmahlwahlen genutzt. Bundespolitische Themen haben die europapolitischen überlagert. Nach der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 erreichte die SPD bei der Europawahl 1999 in Anbetracht des Kosovo-Krieges, der von Teilen der Bevölkerung als völkerrechtswidrig angesehen wurde und mit dem die rot-grüne Koalition das Tabu des deutschen Angriffskrieges brach, lediglich 30,7%. Auch die Diskussion um die Neuausrichtung der Partei im Rahmen eines „Dritten Weges“ und die Orientierung auf die sogenannte „Neue Mitte“ taten ihr übriges. Deregulierung, dem Wohlfahrtsansatz (Wohlstandsmaximierung durch Konkurrenzgleichgewichte), die Verlagerung der Verantwortung auf das Individuum und die veränderte Rolle des Staates waren Grundpfeiler des Third Way, wie er u.a. auch von New Labour propagiert und von Antony Giddens und Bodo Hombach vorgedacht sowie im Schröder-Blair-Papier niedergeschrieben wurde. Das Markt- und Wettbewerbsprinzip wurde per se als Ziel an sich zur freien Entfaltung gebracht. Dass Märkte ökonomisch Ungleichheit und damit sozialpolitische Verwerfungen produzieren, wurde nicht mehr kritisch bewertet, sondern wurde gar zur neuen ordnungspolitischen Zielmarke erkoren – Ungleichheit fördere ökonomische Entwicklung und damit Wachstum. Die Sozialdemokratie des Dritten-Weges kapitulierte schlicht vor den gesellschaftlichen stark organisierten Interessen und sah ihr Heil in einer Politik, die Klassengegensätze verschärfte, Einkommen immer ungleicher verteilte, und Lebenschancen faktisch einschränkte, obwohl man mit einer Überbetonung der Bildungspolitik doch eigentlich „Chancengerechtigkeit“ erreichen wollte. Denn man blendete völlig aus, dass Teilhabe auch materieller Voraussetzungen bedarf. Obwohl sich dann bei der Bundestagswahl die SPD unter Schröder (auch in Abgrenzung zu einem Kanzlerkandidaten Stoiber) mit 38,5% behaupten konnte, fiel sie bei den Europawahlen 2004 auf ein historisches Tief von 21,5%. Damals gingen viele Genossinnen und Genossen davon aus, dass damit die Talsohle erreicht sei. Ein großer Anteil der Stammwählerinnen und –wähler sowie Teile des ureigenen Klientels gingen bei dieser Wahl verloren und konnten wenn auch mit qualitativen Unterschieden zwischen der Bundestagswahl und den Europawahlen nicht dauerhaft wiedergewonnen werden. Die Wahl 2004 stand maßgeblich unter dem Eindruck der Debatte um die AGENDA 2010, die Gerhard Schröder im Frühjahr 2003 vorgestellt hatte und die heftigste Proteste auslöste. Beinhaltete sie doch die Abkehr von bisherigen Sozialstaatsprinzipien und stellte an die Stelle des fürsorgenden Sozialstaates den aktivierenden Sozialstaat. Die vorher theoretisch

diskutierte Neue Mitte-Politik wurde damit zum von der Parteibasis nicht zu hinterfragenden Regierungshandeln, die mittels Basta-Habitus letztendlich durchgesetzt wurde. Das Scheitern der SPD in NRW 2005 und die daraufhin stattfindenden Neuwahlen im Bund beendeten die rot-grüne Koalitionsregierung und brachten die SPD in eine Große Koalition. Hier wurden dann gemeinsam mit dem Koalitionspartner Entscheidungen getroffen, die den Wahlversprechen explizit widersprachen und zuwiderliefen (Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsfonds) und somit die Glaubwürdigkeit der Partei weiter erschütterten.

Das Glaubwürdigkeitsproblem der SPD

Die SPD hat seit Jahren in der Öffentlichkeit ein Glaubwürdigkeitsproblem. Zwischen den Regierungs- und Wahlprogrammen der SPD mit einem linken Profil und dem tatsächlichen Regierungshandeln klafft eine große Lücke. Auf der einen Seite tritt die SPD für eine Stärkung der Konjunktur und einen handlungsfähigen Staat ein, auf der anderen Seite beschließt sie in Bundestags und Bundesrat mit großer Mehrheit die Schuldenbremse, die durch ihre Verankerung im Grundgesetz einen tiefgreifenden Einschnitt darstellt. Sie ist sowohl makroökonomisch unsinnig, sowie demokratisch fragwürdig und auch unter dem sozial- und verteilungspolitischen Perspektive höchst problematisch. Und sie ist nur ein Beispiel für die große Widersprüchlichkeit von politischer Absichtserklärung und Regierungshandeln. Statt für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, ist auch unter SPD-Regierungsverantwortung die Umverteilung zu Ungunsten der LohnempfängerInnen, von „unten nach oben“ nicht verhindert, sondern teilweise sogar befördert worden. Weitere Beispiele wie die Rente mit 67 zeigen, dass unter dem Deckmantel sozialdemokratischen Regierungshandelns neoliberale Politik nicht verhindert, sondern sogar aktiv betrieben wurde.

Gerade vor Wahlen hat die SPD immer wieder ein starkes linkes Profil gezeigt, jedoch die Umsetzung dessen und den Kampfeswillen in der Koalition in weiten Teilen vermissen lassen. Deswegen muss sich die SPD mittlerweile auch die Frage gefallen lassen, warum sie gerade in der Regierungszeit vor der Großen Koalition nicht den gesetzlichen Mindestlohn, die Regulierung der Finanzmärkte, die Bürgerversicherung u.a. durchgesetzt hat. Die SPD muss die Inhalte, die sie einfordert, auch konsequent in Regierungspolitik umsetzen. Dieser Mangel wird zu Recht kritisiert und mit Wahlenthaltung oder Wählerwanderung bestraft.

Selbst Parteitagebeschlüsse, wie zur Bahnprivatisierung haben eine verschwindend geringe Halbwertszeit – ganz zu schweigen von den Voten von Landesparteitagen. Der Parteiführung wird ein Votum von der Basis regelrecht abgetrotzt. Anschließend beschlossene Zusagen werden dann schlicht nicht eingehalten. Wer will da ernsthaft glauben, die Basis für Wahlkämpfe für die eigene Politik zu gewinnen.

Die SPD muss endlich den Widerspruch zwischen Programmatik und Regierungshandeln aufheben und die innerparteiliche Willensbildung ernstnehmen.

Die SPD im Fünf-Parteiensystem

Seit klar ist, dass *Die Linke* kein kurzfristiges Phänomen ist, das man einfach aussitzen und durch Ignorieren marginalisieren kann, sondern dass sich die Linkspartei im politischen System bislang erfolgreich etabliert hat, ist der Umgang mit ihr bestenfalls verunsichert zu nennen. Statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Linkspartei als politischem Faktor auf allen Ebenen wird sie von den etablierten demokratischen Parteien, allen voran der SPD, entweder ignoriert oder dämonisiert. Von Vorwürfen der Politikunfähigkeit über Verweise auf die SED-Vergangenheit bis zur ständigen Beschwerde, man würde aus populistischen Gründen das Blaue vom Himmel herab versprechen, wird die Partei medienwirksam eigentlich permanent mit herablassenden Kommentaren bedacht.

Die notwendigen Schlussfolgerungen aus der sich ergebenden Arithmetik in den Parlamenten, vor allem jenseits des bürgerlichen Lagers, scheinen sich nämlich nicht durchzusetzen.

Dass die alten Koalitionsoptionen höchstwahrscheinlich nicht mehr tragen werden, ist eine gerne im Munde geführte Binsenweisheit, aber das Verhalten im Umgang oder die Denkmuster im Bezug auf politische Konstellationen zur Regierungsbildung werden, wie mit Scheuklappen, nicht in Betracht gezogen und in der Debatte auch nicht zugelassen. Die Öffnung, die mit Kurt Beck für die Landesverbände vorangetrieben wurde, wird aber, aus Angst vor dem politischen Gegner auf bürgerlich-konservativer-liberaler Seite, personellen „Passungsproblemen“ sowie einer kategorischen-reflexartigen Ablehnung und Auseinandersetzung auf Bundesebene wieder karikiert. Die albern anmutende Abgrenzung der möglichen Koalitionsoptionen im letzten Kapitel des Regierungsprogramms tut ihr übriges. Noch dazu, wo man vorher so stark von Finanzhaien und Mindestlohnverweigerern abgegrenzt hat. Ein ernsthaftes Bestreben, größtmögliche Teile der eigenen Programmatik umzusetzen (eben Mindestlohn, Bürgerversicherung, Finanzmarktregulierung...), darf in Anbetracht dessen zumindest in Zweifel gezogen werden. Das Klima der permanenten Konfrontation und die damit einhergehenden Verletzungen auf beiden Seiten führen trotz der teilweise vorhandenen Bemühungen der Annäherung natürlicherweise zu sehr verhärteten Fronten. Dies bedeutet jedoch nicht, die Linke unkritisch zu sehen, die Kritik an der Außenpolitischen Ausrichtung, dem teilweise fremdenfeindlichen und protektionistischen Aktionismus sowie der mangelnden gleichstellungspolitischen Ausrichtung, um nur wenige Punkte zu nennen, haben wir in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht. Perspektivisch ist die reflexartige Ablehnung jedoch schädlich für sozialdemokratische Machtoptionen und ganz im Sinne

der Konservativen. Wenn wir die hohen Ansprüche an eine Koalition mit der Union stellen würden, wie sie von uns für ein Zusammengehen mit der Linken gestellt werden, müssten wir die Große Koalition augenblicklich verlassen. Der Eindruck manifestiert sich, dass die unüberwindlichen Gräben vielmehr zwischen alten, kontrahierenden Männern bestehen, als zwischen den programmatischen Positionen. Die junge Generation von GenossInnen in beiden Parteien sind hier schon weiter – also scheint es für die Grabenkämpfe durchaus eine biologische Lösung zu geben. Diese derzeitige strategische Ausrichtung der Partei verspielt machtpolitische Chancen und grenzt die strategische Offenheit unnötig ein. Die Glaubwürdigkeit, dass Beste für die Menschen tun zu wollen und einen realen Gestaltungsanspruch zu haben, kann durch eine solche Ausrichtung ebenfalls erschüttert werden.

Ein Ablegen der ideologischen Scheuklappen ist nötig, eine Debatte über Koalitionsoptionen spätestens nach der Bundestagswahl für die Zeit nach 2010 unabdingbar. Auch weitere Optionen, wie Minderheitenregierungen, die bislang meist nicht in Betracht gezogen wurden, aber in anderen Ländern üblich sind, sind zu diskutieren, um die SPD aus der strategischen Falle der Großen Koalition zu befreien.

Die neue alte Mitte – Rezept der WählerInnenansprache von morgen?

Bei der Wählerorientierung ist die sogenannte Mitte der Gesellschaft immer wieder strategisches Ziel. Dieser „Fetisch“ wurde unter Gerhard Schröder unter dem Begriff „Neue Mitte“ eingeführt und hat die Partei seitdem nicht losgelassen. Erneuert wurde die Mitteorientierung sofort nach der Europawahl.

Die SPD hat sich immer auch als Partei für diejenigen verstanden und sich an deren Seite gestellt, die sozialen Abstieg erfahren oder Angst davor haben. Sie hat sich aber auch als Partei verstanden, die Themen setzen konnte und Menschen dafür mobilisierte. Dies hat eine über 145jährige Tradition. Heute ist die SPD jedoch weit davon entfernt, Menschen zu mobilisieren. Dies kann ihr nur gelingen, wenn sie gerade in Anbetracht der Krise die Richtungsunterschiede zwischen den Parteien, zwischen dem bürgerlich-liberal-konservativen Lager und dem sozialdemokratischen Lager deutlich macht. Nur durch Zuspitzung der Themen und Benennung der Schwächen des neoliberalen Konzepts ist eine Mobilisierung denkbar. Um es mit George Lekoff zu sagen „Eine politische Mitte gibt es nicht.“ Vielmehr muss es uns darum gehen, linke Alternativen zu formulieren und die Menschen durch unsere Konzepte zu erreichen und überzeugen.

Die Weltwirtschaftskrise oder die Krise des Neoliberalismus

Im momentanen politischen Diskurs ist die Analyse, die Ursachenforschung und der Umgang mit der Krise zentral. Oftmals geht leider es nur um die Frage, wie kurzfristig die schlimmsten Folgen verhindert werden können. Die Frage der Systemkritik wagt sich kaum jemand zu stellen. Aufgrund dessen bleiben auch langfristige Lösungskonzepte aus.

Auch wenn die Krise bisher noch nicht bei vielen Menschen persönlich angekommen ist, nimmt bei immer mehr Menschen die Angst und Unsicherheit zu, selbst von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg betroffen zu sein. Dabei ist aber festzustellen, dass diese Entwicklungen nicht erst durch die Krise entstanden sind, sondern parallel mit dem Erstarken der Marktradikalen in den letzten 20 Jahren zugenommen haben. Mit der Liberalisierung der Märkte, immer weiterer Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ist ein immer stärkerer Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte einhergegangen. Im Zuge dessen ist nicht nur die materielle Verteilung von Vermögen immer ungleicher und ungerechter geworden, sondern gleichzeitig sind auch die Einflussmöglichkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie und ihren Vertretungen immer weiter zurück gedrängt worden. Der Marktradikalismus und die mit ihm verbundene Ideologie hat sich aber nicht nur auf den ökonomischen Bereich beschränkt, sie hat sich in allen gesellschaftlichen Bereichen ausgeweitet und beinhaltet im Kern, dass jeder alleine für sich verantwortlich ist und sich gegen alle anderen durchsetzen muss.

Die Wahl hat jedoch gezeigt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise hat eben nicht zu einer automatischen Stärkung des linken Lagers und zu einem Abstrafen der Neoliberalen und Marktradikalen geführt. Dies ist europaweit fest zustellen und kein Spezifikum der deutschen Sozialdemokratie. Dennoch waren und sind die Positionen, die die Sozialdemokratie für ein soziales Europa vertreten hat, richtig. Diesen Kurs einer progressiven Politik für finanzmarktliche Regulierung und soziale Sicherheit gilt es auch im Bundestagswahlkampf weiter zu verfolgen. Mit dem Zusammenbrechen der US-Immobilienblase und dem Crash auf den internationalen Finanzmärkten ist die Ideologie der Marktradikalen ins Wanken geraten.

Bei der Bundestagswahl wird sich entscheiden, ob es eine neue Bundesregierung geben wird, die für eine Politik eines „Weiter wie bisher“ steht, oder eine, die aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und einen Wechsel zu einer solidarischen Gesellschaft vollzieht.

Wir stehen für ein klares linkes Profil der SPD und sind bereit, dieses in der Gesellschaft zu verteidigen und für Mehrheiten einer progressiven sozialdemokratischen Politik zu kämpfen.

I 8 – Bundesvorstand

Development for Freedom – Our War on Poverty

Resolution zum IUSY-Festival 2009

Die Sozialdemokratie und die ArbeiterInnenbewegung haben mehr für die Menschen erreicht, als alle anderen gesellschaftlichen Bewegungen weltweit. Seit mehr als 200 Jahren sind unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir füllen diese Werte auch im 21. Jahrhundert mit Leben und geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Wir wollen, dass es den Menschen besser geht.

Wir SozialistInnen und SozialdemokratInnen wissen, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität noch nicht erreicht sind, sondern der Kampf um sie dauernde Aufgabe ist. Daran hat sich auch heute nichts geändert.

Gegründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hat sich unsere Bewegung für die Verbesserung der Arbeit- und Lebensbedingungen, für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche und für Völkerverständigung eingesetzt. Der Kampf gegen den sich ausbreitenden Faschismus, der im Untergrund geführt werden musste und viele junge SozialistInnen das Leben gekostet hat, ist bis heute unser Auftrag.

Wir wissen, dass unsere Aufgaben nicht an Landesgrenzen halt machen, sondern die Internationale für Menschenrechte kämpft. Es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten in aller Welt, die vor und während der NS-Zeit gegen die Bedrohung des Faschismus, gegen Antisemitismus und Rassismus kämpften. Es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten in aller Welt, die in den Befreiungskämpfen auf der Seite derer standen, die Unterdrückung und Diktatur abschaffen wollten. Und es waren junge Sozialistinnen und Sozialisten in aller Welt, die sich zusammen mit Salvador Allende, Willy Brandt, Olof Palme und vielen Anderen für eine gerechte Welt, eine Welt ohne Armut engagiert haben und heute noch engagieren.

Der Kampf der ArbeiterInnenbewegung – deren Teil wir sind - ist international.

Wir Jusos sind ein internationalistischer Verband. Die Internationale Solidarität ist für uns eine Verpflichtung, dieser Anspruch findet sich Tag für Tag in unserer Arbeit wieder.

Mit der Globalisierung waren viele Versprechungen verbunden, von denen heute kaum jemand mehr spricht. Die Gegensätze zwischen dem Norden und dem Süden sind gewachsen und in vielen Ländern ist die Armut gestiegen.

Von mehr Wohlstand für alle ist nichts zu sehen. Wir arbeiten für eine gerechte Welt und eine andere Politik. Schritte auf diesem Weg sind für uns der Kampf für Arbeitnehmer(innen)rechte weltweit, eine grundlegende Reform der Welthandelspolitik, Gesetze gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und einen wirklichen Schuldenerlass für den Süden. Wir wollen eine Weltwirtschaftsordnung, die nicht die reichen Länder reicher macht und die armen Länder ärmer.

Viele ökonomische und soziale Probleme wie der Abbau der Arbeitslosigkeit können nur international gelöst werden, will man sich nicht in einem nationalistischen Standortwettkampf wieder finden, Landkreis gegen Landkreis, Land gegen Land.

Ein reiches Industrieland wie Deutschland muss helfen, Krieg und Hunger, Armut und Krankheit zu verhindern und die Zukunft ökologisch zu gestalten. Es geht deshalb darum, die Globalisierung nicht nur zu gestalten, sondern auch solidarisch zu verändern!

Entwicklungszusammenarbeit ist für uns keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbst bestimmtes Leben – jeder Mensch soll in Würde leben können und selbst entscheiden, was er /sie aus seinem oder ihrem Leben machen will - dies ist unser Ziel. Es geht nicht, dass Entwicklungspolitik immer mehr privaten Organisationen überlassen wird, der Staat muss auch hier Verantwortung übernehmen.

Die Einschränkung der Grundrechte ist keine Antwort auf den internationalen Terrorismus. Für uns gilt: Wir Jusos tolerieren keine Straftat, die im Namen des Internationalen Terrorismus begangen wurde und fordern die Verfolgung der Straftäter durch staatliche Strafverfolgungsbehörden und die Justiz. Die Demokratie kann aber nicht dadurch verteidigt werden, dass demokratische Rechte abgebaut werden. Die Einschränkung von Rechten auf Grund der innerstaatlichen Terrorismusbekämpfung lehnen wir ab.

Wir setzen uns aktiv für den Frieden ein. Krieg ist keine Lösung. Wir glauben, dass militärische Einsätze keinen dauerhaften Frieden schaffen können. Wir wollen eine Politik, die Kriege und Krisen verhindert. Ein Schwerpunkt unserer konkreten internationalen Arbeit ist das Willy-Brandt-Center

(WBC) in Jerusalem. Wir arbeiten im WBC mit unseren PartnerInnen an einer gewaltfreien Lösung des Nahostkonflikts. Wo die große Politik versagt, halten wir den Dialog zwischen PalästinenserInnen und Israelis aufrecht. Wo die Mauer gebaut wird, treffen wir uns zum Dialog. Im Team mit unseren Schwesterorganisationen sowohl aus Israel und aus Palästina kämpfen wir gegen Vorurteile, Hass und Gewalt im Geiste Willy Brandts.

Jeder hat das Recht, den Dienst an der Waffe zu verweigern. Die Wehrpflicht gehört abgeschafft. Wer Frieden schaffen will, muss verhindern, dass immer mehr Waffen produziert und in Umlauf gebracht werden. Eine Industrie, die von Rüstungsgütern lebt, trägt zu Gewalt und Krieg auf der Welt bei. Wir wollen ein weltweites Verbot der Verbreitung von Klein- und Kleinstwaffen. Wir wollen die Ächtung von Massenvernichtungswaffen und Anti-Personen-Minen, die auch gegen Zivilisten eingesetzt werden. Das Ziel der „Globalen Null“, einer Welt ohne Atomwaffen, behalten wir fest im Blick.

Wir Jusos sagen Ja zu Europa. Gleichzeitig sagen wir aber auch klar, dass dieses Europa sich radikal ändern muss. Wir brauchen endlich ein soziales Europa. Bisher hat sich die Europäische Union nur für die Wirtschaft eingesetzt, viele Gesetze hatten und haben einen negativen Einfluss auf den Alltag der Menschen. Wir streiten für einen Sozialpakt für Europa, in dem endlich die sozialen Defizite überwunden werden. Außerdem braucht die EU mehr Demokratie. Das Europäische Parlament muss ein wirkliches Parlament mit allen Rechten werden. Wir sagen Nein zur Festung Europa. Eine progressive Migrationspolitik darf niemals Flüchtlinge kriminalisieren, sondern muss an den Ursachen für Flucht ansetzen. Deshalb setzen wir uns aktiv gegen die immer stärker werdende Abschottung Europas ein. Wichtige Schritte sind für uns die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl und ein Ende der Repression gegen Flüchtlinge, wie zum Beispiel die unwürdige Unterbringung in Lagern.

Frauen verdienen die Hälfte der Welt! Armut ist immer noch weiblich. Frauen haben seltener Zugang zu Bildung als Männer. Frauen haben seltener einen Arbeitsvertrag, sie arbeiten damit oft in vollkommener Rechtlosigkeit. Gewalt gegen Frauen gilt oftmals als Kavaliersdelikt oder als vollkommen legitim. (Die Liste ist noch viel länger). Deshalb setzen wir uns für Gleichberechtigung weltweit ein.

Gemeinsam Internationale Solidarität erkämpfen. Unsere Ziele brauchen AktivistInnen. Denn es geht nicht darum, ob eine andere Welt möglich ist – sondern dass wir eine andere Welt brauchen.

Internationale Solidarität konkret

Auf dem IUSY-Festival 2009 in Zánka werden wir gemeinsam mit 5000 GenossInnen aus der ganzen Welt klar machen, dass Wachstum und Fortschritt nicht gegeneinander, sondern miteinander funktioniert, dass wir nicht weniger, sondern mehr Kooperation und Zusammenhalt brauchen. Es werden wieder die Progressiven, die SozialistInnen und SozialdemokratInnen sein, die die stärkste und überzeugendste Idee der Welt leben und demonstrieren werden. Die Kraft der Internationalen Solidarität.

I 9 – Bundesvorstand

Gemeinsam Bildungshürden niederreißen!

Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahren von vielen Veränderungen erschüttert worden. Vor allem die schwarz-gelben Landesregierungen haben mit Umstrukturierungen und Bildungsgebühren neue Hürden in der ohnehin schon hoch selektiven Bildungslandschaft eingezogen. Massive anhaltende Proteste wie beispielsweise gegen Studiengebühren oder gegen die schlechte Bezahlung der ErzieherInnen haben gezeigt, dass Beschäftigte und Studierende die Veränderungen nicht hinnehmen.

Gerade die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass wettbewerbsorientierte Entscheidungskriterien auf keinen Fall ihre Anwendung in staatlichen Bereichen wie Bildung finden sollten. Bildungserfolg ist in Deutschland wie in kaum einen anderen entwickelten Staat von der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung abhängig. Über das Bildungssystem wird der soziale Status reproduziert.

Wir Jusos unterstützen den bundesweiten Bildungsstreik und erklären den Protestierenden unsere Solidarität. Wir rufen dazu auf, die Gelegenheit des Bildungsstreiks aktiv zu nutzen, um eine ernsthafte Diskussion über die Zukunft des Bildungssystems in Deutschland zu führen. Eine große Anzahl an PartnerInnen, wie Gewerkschaften, SchülerInnen- und Studierendenvertretungen und Parteien haben sich gemeinsam mit uns der Initiative des Bildungsstreiks in vielen lokalen und überregionalen Bündnissen zusammengeschlossen. Für uns sind die Alternativen zur derzeitigen Situation klar: Wir kämpfen für ein offenes, durchlässiges und gerechtes Bildungssystem, das allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildungserfolg bietet. Um dies zu erreichen, fordern wir eine Abschaffung sämtlicher Bildungsgebühren von der Kita bis zur Hochschule und eine Stärkung der demokratischen Mit- und Selbstverwaltungsstrukturen.

J

Jugend-, Daten- und Verbraucherschutz

J 1 – Bundesvorstand

Notwendigkeit eines effektiven Datenschutzes

Mit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1983 wurde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das sich unmittelbar aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht ableitet, anerkannt. Seitdem ist es auch als sogenanntes „Datenschutz-Grundrecht“ bekannt. Persönliche Daten dürfen demnach nur erhoben und verarbeitet werden, wenn dies entweder mit dem Willen der Betroffenen erfolgt oder es auf einer klaren gesetzlichen Grundlage beruht. Auch zunächst freiwillig weitergegebene Daten sind vor unkontrollierter Weitergabe und damit gesteigerter Missbrauchsanfälligkeit nicht sicher.

Das heute geltende Datenschutzgesetz ist mittlerweile fast dreißig Jahre alt. Neue Formen der Datenweitergabe und –verarbeitung gebieten dringenden Handlungsbedarf. Die Ausweitung des Datenschutzgesetzes auf die Privatwirtschaft ist, in Hinblick auf zunehmenden Datenhandel zu Marktforschungs- und Werbezwecken, dringend angezeigt. Bonussysteme vieler Unternehmen sind längst riesige Sammelsurien von Adressen, persönlichen Vorlieben, Reiseverhalten oder Einkaufsgewohnheiten der KundInnen.

Eine Reihe von Datenskandalen der letzten Monate, etwa bei der Deutschen Bahn, der Telekom, der Drogeriekette Müller oder Daimler, um nur einige Beispiele zu nennen, verdeutlichen auch den Handlungsbedarf im Rahmen des ArbeitnehmerInnendatenschutzes.

Der nun auf den Weg gebrachte Entwurf für ein neues Datenschutzgesetz geht zwar auf viele Probleme neuerer Datenverarbeitungsmöglichkeiten ein und bindet erstmals auch die Privatwirtschaft. Es bietet jedoch nur unzureichenden Schutz gegen Datenmissbrauch und geht an vielen Stellen nicht weit genug, etwa durch Selbstverpflichtungen von Unternehmen statt eindeutiger gesetzlicher Vorgaben.

Ein Gesetz, das auch persönliche Daten für ArbeitnehmerInnen schützt, ist in dieser Legislaturperiode nicht in Aussicht.

Aus diesen Gründen formulieren wir im Folgenden unsere Anforderungen für einen effektiven Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung in Form datenschutzrechtlicher Bestimmungen zum Schutz für VerbraucherInnen und ArbeitgeberInnen.

Moderner VerbraucherInnendatenschutz in Deutschland

Appelle der Politik an Unternehmen zur Selbstverpflichtung im Rahmen eines Datenschutz-Audits sehen wir Jusos als unzureichend an. BürgerInnen wie Unternehmen gleichermaßen brauchen zur Orientierung im Bereich des VerbraucherInnenschutzes klare und verbindliche Regelungen, deren Einhaltung auch durch gesetzliche Sanktionierungen garantiert werden muss. In diesem Sinne unterstützen wir eine Anpassung des Datenschutzes in Deutschland an moderne Gegebenheiten im Entwurf zum neuen Bundesdatenschutzgesetz. Gleichzeitig dringen wir darauf, die notwendigen Regelungen nicht durch Widerspruch von einseitig regressiv argumentierenden Lobbyverbänden der Verwässerung zu unterwerfen und fordern im Gegenteil Nachbesserungen für die VerbraucherInnen im Sinne einer gesellschaftlich ausgewogenen Gesetzgebung.

Datenerhebung und Kopplungsverbot

Zum Abschluss von Verträgen darf es in keinem Fall Voraussetzung sein, der Weiterverbreitung von Daten zuzustimmen, soweit dies nicht der direkten Vertragsabwicklung dient. Eine optionale Zustimmung des Kunden/der Kundin kann unabhängig von den Bedingungen des Vertrages in einem „opt-in“-Verfahren erfolgen. Ein formloser Widerruf der Einwilligung der Datennutzung, bzw. eine Löschung der Daten auf formlosen Antrag muss jederzeit möglich sein. Ein Kopplungsverbot beschränkt auf Unternehmen mit „marktbeherrschender Stellung“, wie im bisherigen Entwurf des neuen Bundesdatenschutzgesetzes intendiert, lehnen wir als unzureichend ab. Die Erhebung von Daten muss auch beim Abschluss von Vertragsvereinbarungen unter der Prämisse der Datensparsamkeit zu erfolgen. Eine optionale Datenerhebung, die nicht unmittelbar zur Erfüllung der Vertragsvereinbarungen notwendig ist, hat zu unterbleiben.

Datenspeicherung und –weitergabe

Bei der Speicherung von persönlichen VerbraucherInnendaten ist ein hohes Maß von Sorgfalt und Sicherheit zu gewährleisten, um unberechtigte Zugriffe und illegale Verbreitung zu vermeiden. Unternehmen müssen verpflichtet werden bei der Speicherung von VerbraucherInnendaten die gleichen Sicherheitsmaßstäbe anzulegen, wie bei der Sicherung von Betriebsgeheimnissen. Wenn Daten nicht mehr zur Erfüllung von Verträgen notwendig sind, müssen diese unverzüglich gelöscht werden. Einer weiteren Speicherung von Daten kann durch die VerbraucherInnen zugestimmt

werden. Diese Zustimmung zur weiteren Datenspeicherung kann sich maximal auf einen Zeitraum von drei Jahren beziehen, danach ist das Einholen einer neuen, schriftlichen Speicherungszustimmung notwendig.

Der Verlust oder der illegale Zugriff auf Daten ist den Betroffenen gegenüber sofort anzuzeigen. Für die Weitergabe von Daten außerhalb eines vertraglich erfassten Verwendungszweckes muss generell das schriftliche Einverständnis der VerbraucherInnen vorliegen. Dies gilt insbesondere auch in der Frage des grenzüberschreitenden Datenverkehrs. Personenbezogene Daten aus dem Ausland dürfen nur unter dem Einverständnis der Betroffenen empfangen und verwendet werden.

Illegaler Datenhandel oder nicht genehmigte Verwendung von Daten muss mit abschreckenden Geldbußen geahndet werden, die die möglichen Gewinne mindestens um 100% übertreffen sollen.

Zur Ermittlung, ob Daten legal oder illegal erworben wurden, und zum besseren Überblick über die BesitzerInnen von Datensätzen von privaten Adressen etc. fordern wir bei adressierten Werbematerialien eine Herkunftsangabe der verwendeten Datensätze. So kann einerseits Missbrauch durch illegalen Datenhandel eingeschränkt werden, andererseits können die BürgerInnen die Verwendung ihrer Daten kontrollieren und bei Bedarf eine Einsicht und Löschung einfordern. Dabei dürfen für die BürgerInnen keine weiteren Kosten entstehen.

Übergangsfristen verkürzen

Die zum Teil geplanten Übergangsfristen für einzelne Regelungen nach der Verabschiedung des neuen Datenschutzgesetzes von drei Jahren sind angesichts der beabsichtigten Reaktion auf aktuelle Datenskandale nicht angemessen. Wir fordern eine schnelle praktische Umsetzung des Gesetzes mit einer maximalen Übergangsfrist von sechs Monaten.

Dateneigenschutz

Zwar muss der Staat die Grundlage für den Schutz der persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger in Gestalt restriktiver gesetzlicher Bestimmungen schaffen. Es ist jedoch für den freiheitlichen Staat dann nur schwer möglich, einzugreifen, wenn Menschen ihre Daten freiwillig und ohne Grund der Öffentlichkeit preisgeben.

In den letzten Jahren hat sich gerade im Internet eine Kommunikations- und Informationskultur entwickelt, bei der darum gerungen wird, möglichst viele persönliche Informationen „online“ zu stellen. Es wird als Fortschritt und Innovation begriffen, dass man mittels weniger Mausklicke zahlreiche Informationen über teils fremde Menschen erhalten kann.

Soziale Netzwerke (engl.: „social networks“) wie „StudiVZ“ , „facebook“ oder „Wer kennt wen“ gewinnen auch weiterhin an Bedeutung. Die Erhebung, Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten bedarf einer Einwilligung des Betroffenen, die aber gemäß § 4a Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) nur wirksam ist, wenn sie auf der freien Entscheidung des Betroffenen beruht. Die Einwilligung erfolgt meist freiwillig und genau darin liegt das Problem. Nutzer der genannten Webportale sind sich der Bedeutung dieser Entscheidung und der Gefahren, die damit verbunden sind, nicht bewusst.

Daten, die einmal ins Internet gestellt wurden, bleiben ewig im Netz gefangen. Nicht umsonst wurde der Satz „Das Internet vergisst nichts“ geprägt. Es ist für den Einzelnen zudem kaum durchschaubar, welche seiner Daten nunmehr an welche Stelle weitergegeben wurden.

Daher fordern wir, dass es bei diesen Portalen grundsätzlich keine automatische Datenweitergabe gibt. Insbesondere darf die auch sonst kostenfreie Nutzung der Portale nicht an die Einwilligung in die Weitergabe geknüpft werden. Auch in diesem Bereich ist das Koppelungsverbot strikt anzuwenden.

Wenn man das Rechtsverhältnis zwischen dem User und dem Betreiber des „social networks“ als zumindest „vertragsähnliches Vertrauensverhältnis“ im Sinne des § 28 I Nr. 1 BDSG begreift, so darf es doch in keinem Fall zulässig sein, dass die Daten für geschäftliche oder andere wirtschaftliche Zwecke verwendet werden. Dies widerspricht der „Zweckbestimmung“ des Verhältnisses gemäß § 28 I Nr. 1 BDSG eklatant, da die Netzwerke regelmäßig und typischerweise für Freizeit Zwecke genutzt werden.

Wir fordern neben rechtsförmigen Handeln zur Durchsetzung der zum effektiven Datenschutz notwendigen Maßnahmen zusätzlich eine engagierte und umfassende Aufklärungsarbeit. Die Anbieter entsprechender Portale sollen angehalten und notfalls verpflichtet werden, über die Folgen der übermäßigen Preisgabe höchstpersönlicher Daten zu informieren. Bei der Abfrage von Daten im Rahmen der Anmeldung in den Internetportalen soll die höchste Datenschutzstufe die Standard-Einstellung sein. User müssen zudem angehalten werden, dass jene Einstellung auch beizubehalten ist, bei der nur ein ausgewählter Personenkreis Zugang zum persönlichen Profil hat. Die Betreiber müssen verpflichtet werden, alle eingestellten Daten bei der Accountschließung eines Teilnehmers zu löschen.

Auch von Seiten der Politik und der Schulen – bei denen ohnehin vereinzelt die Vermittlung von Medienkompetenz vorgesehen ist – muss auf den sorgsamsten Umgang mit entsprechenden Plattformen ausführlich hingewiesen werden.

Um zudem die jugendlichen User zu schützen, ist es notwendig, dass für jugendgefährdende Seiten Werbeverbote verhängt werden.

Datenschutz für ArbeitnehmerInnen

Schon in den 1980er wurde die Notwendigkeit für ein ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetz erkannt. Seitdem sind, bedingt durch neueste technische Entwicklungen, Arbeitszeiten und Leistungen, schlicht das gesamte Verhalten am Arbeitsplatz, absolut einsehbar geworden.

Durch den Einsatz von Video- und PC-Kontrollsystemen sind ArbeitnehmerInnen vielerorts dauerhafter Überwachung ihrer ArbeitgeberInnen ausgesetzt. Im Interesse effektiven Persönlichkeitsschutzes bedarf es hier klarer gesetzlicher Regelungen zum Schutz informationeller Selbstbestimmung und in Abwägung mit berechtigten Interessen der ArbeitgeberInnen. Ziel eines ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetzes muss es sein, Missbrauch und auch Zufälligkeiten sowie ungesteuerte Informationen über den/die EinzelneN möglichst ausschließen.

Darüber hinaus schafft Transparenz bei der Datenverarbeitung Vertrauen und verbessert so das Klima am Arbeitsplatz.

Wir fordern daher die zeitnahe Verabschiedung eines ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetzes. Es soll ArbeitgeberInnen verpflichten, stärkere Verantwortung für den Datenschutz zu übernehmen. Sie haben die technischen Voraussetzungen und finanziellen Mittel für einen optimalen Schutz der ArbeitnehmerInnendaten zur Verfügung zu stellen.

Effektiver Datenschutz bedeutet aber auch, dass bei Verletzung der gesetzlichen Regelungen individuelle und kollektive Unterlassungsansprüche zur Verfügung stehen müssen, die unter bestimmten Voraussetzungen auch Schadenersatzansprüche gegen ArbeitgeberInnen nach sich ziehen. Unrechtmäßig erhobene Daten sind in jedem Fall unwirksam, das heißt, sie dürfen bei rechtlichen Auseinandersetzungen nicht gegen die/den ArbeitnehmerIn verwendet werden. Darüber hinaus muss ein ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetz auch spürbare Sanktionen vorsehen, die vor allem präventiven Charakter zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen haben.

Betriebliche Mitbestimmung

Außerdem fordern wir, die Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung bei der Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung mit und ohne den Einsatz moderner Techniken zu verbessern. Dazu gehören auch die Inanspruchnahme externer Beratungskapazitäten sowie die ausreichende Ausstattung mit entsprechenden Mitteln.

Der betrieblichen Interessenvertretung müssen dazu die gleichen technischen Kommunikationsmöglichkeiten mit den ArbeitnehmerInnen offen stehen wie den ArbeitgeberInnen selbst.

Zur Durchsetzung ihrer Rechte aus dem ArbeitnehmerInnendatenschutzgesetz müssen der betrieblichen Interessenvertretung die Möglichkeiten der zwingenden Mitbestimmung zur Verfügung stehen. Die Anrufung spezieller, paritätisch besetzter Schiedsstellen soll fester Bestandteil der zwingenden Mitbestimmung werden. Die Schiedsstellen sind auch hilfreich für Beschäftigte ohne DatenschutzbeauftragteN, solche mit unklarem Status und für Ratsuchende. Sie sollen Anlaufstellen für Beschwerden, Informationen und zur Beratung werden.

Datenschutzbeauftragte

Wesentliches Element des ArbeitnehmerInnendatenschutzes ist die Bestellung einer/eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten. Wir fordern diese ab fünf Beschäftigten eines Betriebes, wobei die Bestellung und Abberufung der Datenschutzbeauftragten an das betriebliche Mitbestimmungsrecht gebunden sein soll.

Zur effektiven Aufgabenwahrnehmung bedarf es einer vollen Unabhängigkeit zum/zur ArbeitgeberIn. Diese soll durch die hinreichende personelle und sachliche Ausstattung sowie einen umfassenden Kündigungsschutz der Datenschutzbeauftragten garantiert werden.

Die Aufgabenzuweisung muss neben der fortwährenden Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen und betrieblichen Datenschutzbestimmungen auch die kontinuierliche Information der Beschäftigten und die Zusammenarbeit mit der betrieblichen Interessenvertretung beinhalten.

Den betrieblichen Datenschutzbeauftragten muss es gestattet sein, neben der Inanspruchnahme betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten, im Falle eklatanten oder fortwährenden Gesetzesverstößes, die zuständigen staatlichen Einrichtungen zu informieren.

Datenschutz bei der Bewerbung

Persönlichkeitsrechte müssen schon bei der Bewerbung gewahrt sein. Das heißt, dass Fragen einen Bezug zur angestrebten Tätigkeit aufweisen müssen. Eine Datenerhebung bei Dritten darf außerdem nur mit Zustimmung der Betroffenen erfolgen. Die betriebliche Interessenvertretung ist auch im Bewerbungsverfahren einzubeziehen.

Datenschutz für die Dauer des Arbeitsverhältnisses

Besonderes Augenmerk ist auf die Gewährleistung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung während der Dauer der Beschäftigung zu richten. Oberste Maxime ist auch hier die Datensparsamkeit. Dies bedeutet auch, dass die Möglichkeit bestehen muss, nicht mehr benötigte persönliche Daten der ArbeitnehmerInnen innerhalb bestimmter Fristen löschen oder sperren zu lassen.

Es ist für uns selbstverständlich, dass KundInnen- und ArbeitnehmerInnendaten getrennt von einander geführt werden. Die Datenweitergabe bei Auftragsdatenverarbeitungen der Unternehmen bedarf immer der Zustimmung der Betroffenen oder ist auf Basis einer kollektiven Vereinbarung zu regeln.

Die Überwachung mittels PC-Kontrollsystemen darf nur bei begründetem Interesse der ArbeitgeberIn und nur mit Bezug auf arbeitsinterne Abläufe und betriebsbedingte Kommunikation erfolgen. In diesem Falle ist die Kontrolle transparent durchzuführen, etwa durch Hinweise bei der Datensynchronisation und allgemein durch Informationen über „Ob“ sowie „Art und Weise“ der Überwachung. URL-Speicherungen im Internetverkehr sollen generell untersagt werden.

Ähnliche strenge Voraussetzungen sind an die Videoüberwachung im Betrieb zu legen. Eine optische Überwachung von ArbeitnehmerInnen durch Videokameras lehnen wir dabei grundsätzlich ab. Arbeitsbereiche, die dabei ausschließlich von ArbeitnehmerInnen genutzt werden sind deshalb von Videoüberwachungsmaßnahmen auszunehmen. In Bereichen in denen sich KundInnenbereiche und ArbeitnehmerInnenbereiche vermischen (z.B. in Verkaufs- und Geschäftsbereichen), müssen klare Regelungen eingehalten werden. Dazu gehören die Zustimmungspflicht des Betriebsrats, die Unterrichtung der betroffenen ArbeitnehmerInnen und die Löschung der gespeicherten Videomaterials innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen. Ebenso muss sichergestellt sein, dass die gespeicherten Daten nur zum Zwecke der Aufklärung von KundInnendelikten (wie z.B. Diebstahl) genutzt werden und nicht zur Überwachung der ArbeitnehmerInnen.

K

Kein Überwachungsstaat!

K 1 - LV Rheinland-Pfalz

Aus den Augen, aus dem Sinn?“ – Gegen eine Zensur des Internets und für ein entschlossenes, wirkungsvolles Vorgehen gegen Kinderpornographie

Familienministerin Ursula von der Leyen teilte im Januar 2009 mit, dass zusammen mit dem BKA und den großen deutschen Internet Providern Internet-Inhalte gefiltert und gesperrt werden sollen. Als Ziel wurde damit der Kampf gegen Kinderpornographie verbunden, weswegen ausschließlich Seiten, die kinderpornographische Inhalte enthalten gesperrt werden sollen. In mehreren anderen Ländern, z.B. Dänemark und Finnland existieren bereits seit längerer Zeit Internetsperren. In Deutschland soll das BKA Listen mit zu filternden Seiten erstellen und diese an die Internetzugangs-Provider übermitteln. Die Internetzugangs-Provider werden gezwungen die entsprechenden Seiten zu sperren und Nutzer auf eine „Stopp“-Seite umzuleiten.

Da eine solche Sperrung derzeit gesetzlich noch nicht geregelt ist, Ministerin von der Leyen jedoch sehr auf eine Umsetzung der Sperrung drängt, wurde am 17. April 2009 auch ohne gesetzliche Grundlage ein Vertrag mit fünf großen deutschen Internet-Providern unterzeichnet. Zeitgleich fand eine Mahnwache mit mehreren hundert Personen statt. Hierzu hatten unter anderem der Chaos Computer Club, der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und der Verein MissbrauchsOpfer Gegen InternetSperren (MOGIS) aufgerufen.

Die gesetzliche Regelung soll in diesem Jahr noch folgen. Weswegen trotzdem freiwillige Verträge unterzeichnet werden mussten, bleibt ein Rätsel und ist wohl lediglich mit Wahlkampfaktionismus zu erklären. Durch das „Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen“ sollen alle größeren Provider in Deutschland verpflichtet werden, die vom BKA vorgegebenen Seiten zu sperren, eine Sperrverpflichtung für Schulen, Hochschulen und Behörden ist jedoch nicht vorgesehen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde am Mittwoch, dem 22. April 2009 vom Bundeskabinett gebilligt.

Dieser Entwurf hielt zu den anfänglichen Plänen des Familienministeriums einige tiefgreifende Änderungen bereit: So sollen Zugriffe auf gesperrte Seiten nun doch bei den Betreibern geloggt werden. Dies bedeutet die Speicherung aller Daten, die für eine Rückverfolgung wichtig sind, u.a. die IP-Adresse, obwohl dieses Verfahren eigentlich von vorne herein ausgeschlossen wurde. Zudem wird den Providern freigestellt, mit welchem technischen Verfahren sie die Internetseiten sperren wollen; eine Reaktion auf den berechtigten Vorwurf, dass eine DNS-Sperre, wie vorerst vorgesehen, mit einfachsten Mitteln zu umgehen ist.

Eine Umsetzung des vollautomatischen Sperrverfahrens soll voraussichtlich im Oktober 2009 erfolgen.

Weiterer Ausbau der Befugnisse des BKA

Nach der letzten Novelle des Bundeskriminalamts-Gesetzes im Rahmen des „Gesetzes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt“, in der das BKA zu einer umfassenden Überwachungsbehörde ausgebaut wurde, soll es nunmehr mit weiteren Befugnissen ausgestattet werden. Vorgesehen ist, dass das BKA eine so genannte Sperrliste führt, in der Domainnamen, Internetprotokoll-Adressen und Zieladressen von Telemedienangeboten, die Kinderpornographie enthalten, aufgeführt sind. Selbst solche Telemedienangebote, die auf Seiten verweisen, die Kinderpornographie enthalten, werden demnach in dieser Liste geführt. Diese Sperrliste soll täglich aktualisiert und den Internetzugangs-Providern übermittelt werden. Diese werden dann gezwungen den Zugriff auf entsprechende Seiten innerhalb von sechs Stunden zu sperren.

Das Magazin c't schreibt hierzu:

„Dieses Vorgehen scheint auf den ersten Blick in Ordnung, schließlich darf die Polizei zur Gefahrenabwehr ohne richterliche Anordnung tätig werden. Doch normalerweise muss danach eine Prüfung stattfinden, die im Falle der Internet-Sperren nicht vorgesehen ist. Im Gegenteil: Da die Liste Links auf Kinderpornografie enthält, muss sie geheim bleiben. Weder Privatpersonen noch Verbraucherschützer oder Journalisten dürfen nach gesperrten Seiten suchen oder die Rechtmäßigkeit einer Sperrung überprüfen.

Niemand kann kontrollieren, ob die gesperrten Seiten nach Entfernung der beanstandeten Inhalte wieder freigeschaltet werden. Ein derart undurchsichtiger, unkontrollierbarer Mechanismus ist

*bedenklich, weil die Sperrmaßnahmen Grundrechte wie Informationsfreiheit und allgemeine Persönlichkeitsrechte berühren.*¹

Unverhältnismäßigkeit der Maßnahme

Es ist auch Aufgabe politischer EntscheidungsträgerInnen und schließlich des Gesetzgebers, der Verfassung Geltung zu verschaffen. Nicht erst das Bundesverfassungsgericht ist dazu berufen, sich mit Grundrechten und der verfassungsmäßigen Vertretbarkeit eines staatlichen Aktes zu beschäftigen. Die Grundrechte binden gemäß Art.1 III GG vielmehr Gesetzgeber, Exekutive und Rechtssprechung gleichermaßen. Daher muss sich die Internetzensur an grundrechtlichen Maßstäben messen lassen. Dazu gehört insbesondere die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme.

Eine Internetzensur als Mittel zur Bekämpfung der Kinderpornographie ist absolut ungeeignet und damit schon aus diesem Grund unverhältnismäßig. Die Sperrliste birgt die Gefahr, dass auch völlig legale Telemedienangebote ins Visier des BKA gelangen und so daran gehindert werden, ihre Inhalte frei zu veröffentlichen, wie es jedoch die Rundfunkfreiheit gewährleistet.

Diese Grundrechtseinschränkungen müssten die ungerechtfertigt Betroffenen natürlich dann hinnehmen, wenn ein höheres Rechtsgut - in diesem Fall das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die körperliche Unversehrtheit der Kinder - dem entgegen steht und dadurch geschützt wird. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Sperrung einzelner Internetseiten führt nicht dazu, dass auch nur ein Kind weniger missbraucht wird. Auch kann es das Angebot an kinderpornographischen Materialien in keiner Weise verringern. Dies haben langjährige Erfahrungen im Umgang mit solchen Sperren in den skandinavischen Ländern bereits gezeigt. Eine derart ungeeignete Maßnahme kann daher nicht den Eingriff in die Grundrechte unbeteiligter Anbieter und User rechtfertigen.

Die Ungeeignetheit ergibt sich zudem daraus, dass die vorgesehenen Sperren zum Großteil mit einfachsten Mitteln und Techniken zu umgehen sind. Selbst für den technisch wenig versierten Internetuser und Pädokriminellen ist es daher weiterhin kein Problem, Zugang zu den Seiten zu erhalten.

Weiterhin ist unklar, was mit einmal gesperrten Internetseiten passiert. Die InhaberInnen solcher Seiten haben lediglich die Möglichkeit, sich beim Provider zu erkundigen, der wiederum nur zur Nachfrage über den Grund der Sperrung beim BKA berechtigt ist. Eine juristische Möglichkeit eine gesperrte Seite wieder aus der Sperrliste zu entfernen ist aktuell nicht vorgesehen. Wie soll sich beispielsweise ein Betreiber verhalten, dessen Seite unberechtigterweise gesperrt wurde oder der Opfer eines Hackerangriffs wurde, wodurch kinderpornographisches Material auf der Seite abgelegt

¹ c't magazin - Magazin für Computertechnik, Ausgabe 9/2009, Seite 20

wurde? Eine weitere Befürchtung gründet sich auf den Erfahrungen anderer Länder mit Internetsperrlisten: vormals „geheime“ Sperrlisten werden nicht lange geheim bleiben. So sind Sperrlisten durch Hacker bereits mehrfach veröffentlicht worden und damit frei zugänglich. Pädokriminelle haben damit eine dezidierte Auflistung nicht nur der URLs sondern auch der IPs zu kinderpornographischen Inhalten. Dies darf in keinem Fall passieren! Außerdem bietet der Gesetzentwurf Möglichkeiten die Sperren in vielfältiger Weise zu erweitern, entsprechende Stimmen sind bereits mehrfach laut geworden.

Technisch fragwürdig

Jedem Computer, der mit einem Netzwerk verbunden ist (Internet, lokales Netzwerk usw.) wird eine IP-Adresse zugewiesen, welche als eine Art Anschlussnummer zu verstehen. Jetzt ist es möglich auf einem Computer z.B. eine Webseite laufen zu lassen (zu „hosten“) und dieser Seite dann eine namentliche Adresse (z.B. www.seitenname.de) zuzuweisen.

Ein Zugriff auf eine Internetseite funktioniert so, dass der User die namentliche Adresse in seinen Browser eintippt. Der Browser nimmt dann Verbindung einem DNS-Server auf (in der Regel der des eigenen Internetanbieters), von diesem Server wird dann geprüft, welcher IP die eingegebene Adresse entspricht. Der Server besitzt also eine Art "Telefonbuch", in dem er nachschauen kann welche IP-Adresse z.B. www.seitenname.de aktuell hat. Dieses Telefonbuch ist dynamisch und ändert sich ständig. Somit ist gewährleistet, dass z.B. bei einem Ausfall eines Servers und dem Ersatz durch einen anderen Servers, der eine andere IP besitzt, die Internet-Seite trotzdem zu erreichen ist.

DNS-Sperre (präferierte Methode des Familienministeriums):

Eine DNS-Sperre greift genau an diesem Punkt an: Wenn der Internetuser eine Anfrage schickt (z.B. Eingabe des Namens der Internetseite in die Adressleiste des Browsers oder Klicken auf einen Link) und der DNS-Server mit einer entsprechenden Sperr-Liste ausgestattet ist, schickt er den User nicht auf die entsprechende IP-Adresse, sondern auf die Sperrseite des Internetanbieters, also in diesem Fall auf die „Stopp“-Seite des BKA.

Diese Technik ist natürlich noch etwas komplexer als hier beschrieben, jedoch reichen diese Ausführungen um das Grundprinzip zu verdeutlichen. Und das ist immer gleich und recht simpel aufgebaut. Daher ist es auch recht einfach diese Sperren zum umgehen: Zum einen ist es möglich direkt die IP-Adresse einzugeben, also beispielsweise statt www.seitenname.de einfach z.B. 12.123.34.100 oder man benutzt einen DNS-Server, der nicht mit Sperrlisten gefüttert wurde. Hierfür

gibt es genug Auswahl! Unter 30 Sekunden ist es möglich einen Windows-PC bei den Interneteinstellungen auf einen neuen DNS-Server einzustellen, wie ein YouTube-Video beweist.

IP-Sperren:

Man kann statt der URL auch direkt die IP des Servers sperren. Problematisch ist dabei jedoch, dass unter einer IP auch mehrere Webseiten (hunderte bis tausende) zu erreichen sind. Wenn man jetzt diese IP des entsprechenden Servers sperrt, wären auch alle anderen (unter Umständen auch legale) URLs nicht erreichbar. Zudem können IP-Adressen natürlich auch geändert werden.

Deep Packet Inspection:

Diese Methode wird auch in China eingesetzt. Dabei wird quasi jedes Daten-Paket, welches durch das Internet verschickt wird, nach Schlüsselwörtern durchsucht. Wenn gewisse Wörter gefunden werden, wird an beide TeilnehmerInnen der Verbindung (Sender und Empfänger) ein TCP-RST-Paket verschickt was zum Abbau der Verbindung führt. Diese Methode funktioniert nur wenn die Übertragung auch entsprechende Wörter enthält und unverschlüsselt passiert. Mit einer sicheren, verschlüsselten Übertragung ist dies nicht möglich. Anbieter solcher Dienste (z.B. per VPN - Virtual Private Network) gibt es seit der Einführung der Vorratsdatenspeicherung genug und sind sogar teilweise kostenlos.

Im Gesetzentwurf werden kleinere Internetanbieter und öffentliche Einrichtungen von einer Sperrpflicht ausgenommen. Betrachtet man alleine diesen Aspekt werden die Pläne zur Internetsperrung noch unsinniger, da die Umgehung der Sperrungen noch weiter vereinfacht wird.

Entschlossen gegen Kinderpornographie und sexuelle Misshandlung

Sehr heftig ist Frau von der Leyen allen GegnerInnen ihrer Zensurpläne begegnet. Diese hatte sie des Öfteren als „Mittäter“ oder als „Befürworter der Vergewaltigung von Kindern“ bezeichnet. Diese Diffamierung und polemische Argumentation müssen wir in aller Entschlossenheit zurückweisen. Den Druck in dieser Weise auf gesellschaftliche Akteure oder „Unterzeichnungs-unwillige“ Internetprovider zu erhöhen, sich der Forderungen des Bundesfamilienministeriums anzuschließen, ist an unangemessenem Verhalten kaum zu überbieten. Zudem wird auf diese Weise eine professionelle Auseinandersetzung mit diesem Thema im Keim erstickt.

Eher könnte man auf der anderen Seite den Vorwurf gegen Frau von der Leyen erheben, dass sie durch diese Argumentationsweise ein unglaublich wichtiges Thema nach Jahren der Untätigkeit missbraucht, um Wahlkampf zu betreiben und durch die Hintertür die Infrastruktur für eine

umfangreichere Internetzensur zu implementieren. Aber auch diese Vorwürfe – auch wenn sie berechtigt sein mögen – werden einer angemessenen Auseinandersetzung mit der Thematik und der Wahl eines geeigneten Vorgehens nicht gerecht und dürfen nicht für einen politischen Streit erhalten. Damit ist den Opfern sexueller Misshandlung erst recht nicht geholfen.

Gerne argumentiert Frau von der Leyen damit, dass es einen „Markt“ im Internet für kinderpornographisches Material gebe und dieser durch die Zugriffsverhinderung der User empfindlich geschädigt werde. Die Zahlen, auf die sich die Familienministerin bezieht sind jedoch nicht in geringster Weise nachgewiesen. Zudem wurde das Bild eines „Internet“-Marktes von SzenekennerInnen bereits mehrfach widerlegt². Der Austausch von Kinderpornographie geschehe nicht oder in den seltensten Fällen über kommerzielle Internetangebote, sondern vielmehr über Tauschbörsen, Newsgroups, Chaträumen, Gratisbereichen des Usenet oder auch E-Mail-Verteiler. Folglich müssten Mittel zur Eindämmung dieses Austausches genau an diesen Punkten angreifen. Eine Internetzensur wäre in diesem Fall allerdings das falsche Mittel, sondern vielmehr direktes kriminalpolizeiliches Eingreifen gefragt.

Hinzu kommt, dass ein wirkungsvolles Vorgehen gegen Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten nicht darin bestehen kann den „Weg mit einem Stopp-Schild zu versperren“. Vielmehr müssen die tatsächlichen Vertriebswege für diese Inhalte gesperrt werden und schnell und flexibel auf neue Vertriebswege reagiert werden. Hierzu gehört die Löschung von entsprechenden Inhalten auf betroffenen Servern. Das Argument, diese Inhalte wären nicht in der Reichweite der Ermittlungsbehörden, da sie im Ausland in legaler Weise auf den Servern lägen, kann durch einen kurzen Blick auf die veröffentlichten Sperrlisten anderer Länder leicht widerlegt werden: Auf der finnischen Sperrliste etwa sind größtenteils in den USA gehostete Inhalte geführt, gefolgt von Australien, den Niederlanden und Deutschland. Alles Länder, in denen Kinderpornographie unter Strafe steht und somit gegen diese Inhalte ermittlungstechnisch vorgegangen werden könnte. Ein Versuch der Organisation Carechild, die die Provider der auf einer Sperrliste aufgeführten Internetseiten aufforderte die kinderpornographischen Inhalte zu löschen, war innerhalb kürzester Zeit hocheffektiv: bereits einem Tag sind 80% der genannten Internetseiten gelöscht worden und somit nicht mehr erreichbar³. Bei den übrigen 20% lag keine Verletzung geltenden Rechts vor. Dieses Experiment hat gezeigt, dass ein gezieltes Vorgehen gegen die betroffenen Inhalte hochwirksam ist. Eine Sperrung der Seiten stellt somit lediglich nur eine Placebo-Lösung dar und ist mit Vehemenz abzulehnen. Schlimmer noch: eine solche Zensur könnte dazu führen, dass Inhalte nur noch gesperrt werden, eine strafrechtliche Verfolgung jedoch ausbleibt.

² c't magazin - Magazin für Computertechnik, Ausgabe 9/2009, Seite 21

³ c't magazin - Magazin für Computertechnik, Ausgabe 9/2009, Seite 22

Eine Aufforderung an die Provider zur Löschung hätte einen weiteren Vorteil: die Inhalte könnten noch einmal überprüft werden, ob es sich tatsächlich um bedenkliches Material handelt.

Ein o.g. Vorgehen erfordert natürlich einen größeren Personaleinsatz bei den Ermittlungsbehörden wie auch eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen Kinderpornographie und sexuelle Misshandlung. Beides sind zentrale Bestandteile unserer Forderungen.

Unvorhersehbare Folgen einer Zensur

Bereits nach dem ersten Verkünden der Zensurpläne durch das Bundesfamilienministerium meldeten sich weitere Interessenten für eine Ausweitung der Sperrung über kinderpornographische Inhalte hinaus. So meldete besonders die Musikindustrie zwecks des Kampfes gegen Urheberrechtsverstöße Interesse an der Sperrung von Musik-Tauschbörsen an, und die „Sperr-Wunschliste“ wurde mit der Zeit immer länger. Bedenkt man den Druck der LobbyistInnen wird es nur eine Frage der Zeit sein bis weitere Inhalte außer Kinderpornographie für die Öffentlichkeit gesperrt werden. Dieser Entwicklung müssen wir bereits in den Anfängen entgegen treten. In Ländern, die bereits über eine Internetsperrung verfügen, wurden Seiten gesperrt, die sich nur kritisch zu der etablierten Sperrung äußern, sowie auch Seiten, die gegen die „allgemeinen guten Sitten“ (Belgien)⁴ verstoßen.

Als besonders bedenklich ist das nun geplante Logging der Zugriffe auf eine gesperrte Seite einzustufen. Jeder unschuldige Internetuser kann durch Zufall auf solche gesperrten Seiten gelangen (z.B. durch SPAM-Mails, gezieltes Mobbing, usw.) und dadurch in die strafrechtliche Verfolgung gelangen. Dies zieht enorme persönliche Konsequenzen, wie die gesellschaftliche Ächtung als „Kinderschänder“, nach sich, auch wenn dieses Verfahren am Ende keine Schuld beweist. Somit steigt auch die Unsicherheit jedes Internetusers – das freie Surfen wird durch die Angst, von Repression betroffen zu sein, selbst eingeschränkt.

Zudem wird die Datensammelwut des Staates nach der Vorratsdatenspeicherung und dem BKA-Gesetz weiter vorangetrieben: der/die „gläserner BürgerIn“ im Internet wird immer mehr zur Wirklichkeit. Die Zensurpläne der Regierung können zur Grundlage für eine flächendeckende Internetüberwachung werden.

⁴ www.carechild.de

„Auch der neue Entwurf für ein Zugangserschwerungsgesetz ist abzulehnen.“

Am 17. Juni 2009 wurde im Wirtschaftsausschuss des Bundestages ein neuer Gesetzesentwurf beschlossen, der am Tag darauf im Bundestag verabschiedet wurde. Dieses Vorgehen macht noch einmal deutlich in welcher Art und Weise Sicherheitsgesetze in den letzten Jahren durchgepeitscht werden. So wurde auch das BKA-Gesetz in einem unheimlichen Tempo beschlossen, ohne dass die Öffentlichkeit hinreichend darauf hätte Einfluss nehmen können.

Der Entwurf entstand nach Angaben der SPD-Bundestagsfraktion im Austausch mit der Internet-Community. Dass dies zu keinem ausreichenden Ergebnis geführt hat, erkennt man daran, dass die Community – allen voran der AK Zensur – nach der Veröffentlichung des Entwurfes den Kontakt zur Fraktion abgebrochen hatte. Das neue „Zugangserschwerungsgesetz“ sieht einige Änderungen zum letzten Gesetzentwurf vor:

- Das BKA soll durch ein sog. Expertengremium kontrolliert werden. Dies soll aus JuristInnen mit Richteramt befähigung bestehen und beim Bundesdatenschutzbeauftragten ansässig sein. Dieser hatte sich bereits nach Bekanntgabe dieser Pläne ablehnend geäußert. Das Gremium soll mindestens halbjährlich zusammentreten und die vom BKA nun täglich erstellten Sperrlisten stichprobenartig auf Rechtmäßigkeit überprüfen.

Ein derartiges Gremium kann jedoch nichts daran ändern, dass die Befugnisse des BKA weitreichende sind. Die Einsetzung einer Kontrollinstanz scheint hier vielmehr nur der Befriedigung der berechtigten öffentlichen Kritik nach rechtsstaatlicher Nachvollziehbarkeit zu dienen. Dies kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es für die beteiligten Seitenbetreiber, deren URL auf der Sperrliste vermerkt ist, an effektiven Rechtsschutzmöglichkeiten fehlt. Denn eine stichprobenartige Kontrolle, wie sie ein Gremium der vorgesehenen Art allenfalls gewährleisten soll, garantiert keinesfalls rechtsstaatlich unabdingbare Einzelfallentscheidungen. Zudem sind die Kriterien, anhand derer die Rechtmäßigkeitskontrolle stattfinden soll, bislang nicht klar und der/dem BürgerIn, insbesondere damit den Betroffenen, nicht nachvollziehbar. Die Jusos geben sich nicht mit diesem Entwurf zufrieden und lehnen Internetsperren vom Grundsatz her weiterhin ab.

- Der Grundsatz „Löschen statt Sperren“ wird nicht befolgt und stattdessen durch „Löschen und Sperren“ ersetzt. Es ist unklar, weswegen immernoch nicht eine effektive Löschung im Mittelpunkt steht und stattdessen lediglich Durchführbarkeitsüberlegungen angestellt werden. Würde tatsächlich eine Löschung der schrecklichen Inhalte von betroffenen Servern angestrebt, wie von den GegnerInnen der Sperrungen gefordert, so wäre eine gesetzliche Verankerung von Sperrlisten sinnlos. Auch das Argument, dass Inhalte auf außereuropäischen

Servern nicht hinreichend bekämpft werden können, ist nach einem neuen Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nicht mehr haltbar. Für uns Jusos ist klar: wir wollen keine Scheinlösungen anstreben, sondern kriminelle Inhalte im Internet wirksam bekämpfen! Sperrungen und Stopp-Schilder verfolgen dieses Ziel nicht.

- Statt einer Änderung des Telemediengesetzes soll nun ein Spezialgesetz verankert werden, das sogenannte Zugangerschwerungsgesetz. Dieser Schritt kann nur als Ablenkungsmanöver angesehen werden. Auch so wird nicht verhindert, dass später weitere Sperrinhalte hinzukommen. Ist ein Gesetz erst einmal verabschiedet, ist es leichter es zu ändern, als ein neues zu schaffen. Die Gefahr, dass die Sperrungen bald auf andere Inhalte wie z.B. Musik oder Spiele ausgedehnt wird, ist nicht gebannt. Auch die Befristung und die angedachte Evaluation des Gesetzes sind nichts Neues in der Gesetzgebungspraxis und werden nun als „großer Vermittlungserfolg“ dargestellt.
- Der Zugriff auf die virtuellen „Stopp-Schilder“ soll nach dem neuen Gesetzentwurf vorerst nicht zur Strafverfolgung genutzt werden. Jedoch werden auch weiterhin alle Zugriffe beim Provider geloggt. Die Möglichkeit diese Daten den Ermittlungsbehörden dennoch zur Verfügung zu stellen, drohen in absehbarer Zeit im Nachhinein den Weg in das Gesetz zu finden.

Diese Punkte verdeutlichen, dass wir Jusos auch den neuen Gesetzesentwurf ablehnen müssen, da auch hier eine umfangreiche Zensurinfrastruktur aufgebaut wird, in der sich bald auch andere Inhalte wiederfinden werden – allen Beteuerungen der Koalition zum Trotz.

Wir fordern:

die sofortige Rücknahme des am 18.06.2009 vom Bundestag beschlossenen Zugangerschwerungsgesetzes.

eine personelle Aufstockung der Ermittlungsbehörden zur Bekämpfung von Kinderpornographie und sexueller Misshandlung von Kindern

eine voranschreitende (internationale) Zusammenarbeit von Ermittlungsbehörden, Verbänden und Providern zur direkten Löschung von kinderpornographischen Inhalten im Internet bzw. auf den betroffenen Servern und eine wirkungsvolle Strafverfolgung der UrheberInnen dieser Inhalte.

L

Leben ohne Nazis

L 1 – Bundesvorstand

Rechtsextremismus umfassend bekämpfen!

In der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise sehen wir die Gefahr, dass es als Reaktion auf die Gefahr des sozialen Abstiegs bzw. des faktischen sozialen Abstiegs eine Verstärkung von reaktionären Ideologien gibt. Standortnationalismus, Rassismus und Antisemitismus sind dabei Stichpunkte. Rechtsextremismus stellt für uns die radikale Entsprechung, die sich oftmals gewaltsam äußert, von Ungleichheitsideologien dar, die sich in der Mitte unserer Gesellschaft finden. Durch die Krise sehen wir sowohl die Gefahr einer Zunahme von reaktionären Ideologien in der Mitte als auch von rechtsextremen Engagement in Form von Gewalt. Deshalb müssen wir den Fokus zum einen auf die Ideologie als solche legen und zum anderen gegen die Rechtsextremen aktiv sein.

Aus diesem Grund werden wir zunächst rechte Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus behandeln. Im Anschluss setzen wir uns damit auseinander, wie Rechtsextreme versuchen, die soziale Frage zu behandeln. Danach werden der intellektuelle Rechtsextremismus und die Burschenschaften, die autonomen Nationalisten und die rechten Parteien untersucht. Am Schluss wird erörtert, wie der Kampf gegen rechts zu führen ist.

Der Begriff Rechtsextremismus ist für uns problematisch, da er suggeriert, es gebe eine "demokratische" Mitte und links und rechts davon "extreme" Ränder, die es zu bekämpfen gilt. Wir denken nicht in Extremen. Aufgrund der gängigen Benutzung des Begriffs Rechtsextremismus verwenden wir ihn trotz Bedenken für all die Erscheinungsformen von rechter Gewalt, militanten Nazis, Parteien wie der NPD etc.

I.1 Ideologie: Rassismus

Rassismus liegt immer dann vor, wenn bestimmte Merkmale von Menschen (z.B. Hautfarbe, Asylbewerber zu sein usw.) mit bestimmten Eigenschaften gekoppelt werden (z.B. wenn von der Hautfarbe oder Herkunft auf die geistige, kriminelle oder sexuelle Energie o. ä. geschlossen wird) und durch diese Konstruktion eine Bewertung entsteht.

Man unterscheidet den genetischen Rassismus, bei dem gelerntes Verhalten als angeboren unterstellt wird, und den kulturellen Rassismus, bei dem Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche anderer als abweichend von der herrschenden Norm deklariert werden.

Der kulturelle Rassismus hat in der in der Theoriedebatte der 70er Jahre der Neuen Rechten eine Umdeutung und Begriffsverschiebung hin zum Ethnopluralismus erfahren.

Als Ethnopluralismus bezeichnet man das in Frankreich entwickelte und von Pierre Krebs vom deutschen Thule-Seminar im deutschsprachigen Raum popularisierte Konzept des „Rassismus ohne Rassen“. Nicht mehr Rassen kämpfen um die Vorherrschaft („Survival of the fittest“ - Sozialdarwinismus), sondern Kulturen und Ethnien stehen einander unvereinbar gegenüber. Sie sind unveränderlich, natürlich und statisch. Durch Migration kommt es zur „Verwässerung“ und Zerstörung angestammten Kulturraums, der vom „Volk“ verteidigt werden muss. Hier kann man deutliche Anklänge an die „Blut und Boden“-Ideologie des Nationalsozialismus ausmachen.

Die Intellektualisierung des rassistischen Diskurses hat zur Folge, dass der Ethnopluralismus sehr anschlussfähig an Ängste und Befürchtungen der Mehrheitsgesellschaften wird. Die Neuen Rechten haben mit diesem Konzept ein Theorem entwickelt, das in Teilen, oft unwissentlich, auch von Demokraten und Linken rezipiert wird. Und hier liegt genau die große Gefahr: Denn vom Gedanken der Kulturverteidigung zum Spruch „Ausländer raus!“ bis zur Unterschriftensammlung gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft sind es nur kleine Schritte.

Oftmals versuchen Rechtsextreme über rassistische Parolen gerade für junge Leute, die erstmal nichts mit dem Hitlerfaschismus zu tun haben wollen, Anschlüsse herzustellen. Insbesondere ein kulturalisierender Rassismus in Gestalt von Anti-Moscheebau-Konflikten erweist sich dabei als wirkungsmächtige „Modernisierungsstrategie“ der extremen Rechten. Durch den rechtspopulistischen Appell an den *common sense* soll der militant-revolutionäre Habitus abgelegt werden. Die „Neue Rechte“ funktioniert somit besonders erfolgreich im lokalen Raum, in dem unterschiedliche Ausprägungen rechtspopulistischer BürgerInnenbewegungen existieren. Doch eine rechtspopulistische Kulturalisierung wird jedoch auch aus der Mitte der Gesellschaft selbst heraus erzeugt und von all jenen mit besonderer Intensität geführt, welchen der Konservatismus der CDU

als zu „sozialdemokratisch“ erscheint. Der Rechtspopulismus als neue „BürgerInnenbewegung“ ist vor allem ein Resultat einer allgemeinen Diskursverschiebung in den letzten Jahren nach rechts und kann in den nächsten Jahren verstärkt das Vakuum zwischen Konservatismus und Neonazismus füllen.

Ein weiteres Element des Rassismus ist in der Ausländerfeindlichkeit zu sehen, wobei man nicht von einer abstrakten Feindschaft gegenüber AusländerInnen ausgehen kann. Rechtsextremisten trennen nämlich auf der einen Seite zwischen beispielsweise Schweden, Italienern, Spaniern, Franzosen, Holländern usw. und auf der anderen Seite zwischen Türken, Afrikanern usw.

Wir Jusos müssen frühzeitig eine Kulturalisierung der Politik und der damit verbundenen Ethnisierung von sozialen Konflikten, die nicht mehr auf materielle Interessen, sondern auf die Wahrung kollektiver Interessen zurückgeführt werden, verhindern, indem wir die gesellschaftlichen Konflikte wieder repolitisieren. Als Jusos lehnen wir jede Form des Rassismus ab. Alle Menschen sind unabhängig von ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Staatsbürgerschaft gleich.

I.2 Ideologie: Antisemitismus

Unter Antisemitismus bezeichnet man heute alle historischen Erscheinungsformen der Judenfeindschaft. Juden werden dabei nicht mehr primär über ihre Religion definiert, sondern als Volk, Nation oder Rasse, die sich aufgrund ihres "semitischen" Ursprungs von den Indogermanen oder Ariern unterscheidet. Antisemitismus äußert sich in einer Vielzahl von Ressentiments wie der „große Einfluss von Juden auf wirtschaftliche und politische Entscheidungen“.

Es gibt unterschiedliche Formen von Antisemitismus.

Während der rassistische Antisemitismus Juden von Natur aus als böse und minderwertig ansieht, behauptet politischer Antisemitismus ihr verschwörerisches Wirken zur Beherrschung der Welt. Der religiöse Antisemitismus bezieht sich auf die Ablehnung des Judentums als Religion an sich. Der soziale Antisemitismus nimmt auf unterstellte, "judenspezifische" Machenschaften Bezug. Besondere Betrachtung sollen hier der sekundäre Antisemitismus und der antisemitische Antizionismus erfahren.

Der sekundäre Antisemitismus ist dadurch bestimmt, wie sich die Deutschen der NS-Vergangenheit und der sich daraus erwachsenen historischen Verantwortung stellen. Aus der Diskrepanz zwischen dem Wunsch zu vergessen bzw. nicht daran erinnert zu werden und der beständigen Konfrontation

mit den deutschen Verbrechen ergibt sich ein neues Vorurteilmotiv, das sich zum Teil in der Form revitalisierter traditioneller Vorwürfe an die Juden äußert (Rachsucht, Geldgier, Machtstreben). Die Forderung nach einem Ende der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust vermischt sich insgesamt zugleich mit Abwehr- und Aufrechnungsstrategien.

Bei der "Schlusstrich"-Forderung wird die historische Verantwortung für den Holocaust und die besondere Verantwortung der Deutschen für das Erinnern an die Untaten in Bezug auf das heutige jüdische Leben in Deutschland und für den Staat Israel geleugnet. Die Projektion angeblicher Unversöhnlichkeit "der Juden" führt zu antisemitischen Einstellungen - oder bestärkt diese zumindest. Ein Element des sekundären Antisemitismus ist darüber hinaus die Holocaust-Leugnung oder -Relativierung.

Beim Antizionismus geht es um einen spezifischen Bezug zum Staat Israel. Er ist eine Variante des Antisemitismus und auf die Ablehnung des Staates Israel bezogen.

Heute steht der Begriff des Zionismus für das inhaltliche Selbstverständnis des seit 1948 bestehenden Staates Israel. Im Umkehrschluss versteht man unter "Antizionismus" die Negierung des Existenzrechts des Staates Israel.

Historisch gesehen lassen sich drei Formen des Antizionismus unterscheiden. Eine religiös-orthodoxe Strömung des Judentums lehnt nach wie vor die Existenz Israels ab, weil der Judenstaat aus deren Perspektive von Gott und nicht von den Menschen geschaffen werden sollte.

Als antizionistischer Antisemitismus wird zum einen die rigorose Ablehnung bei den fundamentalen Israel-Feinden im arabischen Raum bezeichnet. Die von den Antizionisten dieser Position geforderte Zerschlagung Israels geht einher mit einer Diskriminierung der Juden. Antisemitische „Israelkritik“ ist dann gegeben, wenn zum einen Israel dämonisiert wird, in dem der Staat beispielsweise mit Nazi-Deutschland verglichen und zum anderen wenn das Existenzrechts Israels in Frage gestellt wird.. Darüber hinaus gilt „Israelkritik“ dann als antisemitisch, wenn doppelte Standards für Juden und Israelis gelten, die sonst für niemanden gelten. Bei Islamisten entspringt sie im Antizionismus, rechtsextreme Propaganda wird durch antizionistische Haltungen ergänzt.

Dabei ist besonders im urbanen migrantisch geprägten Raum eine Querfront aus antizionistischem Antisemitismus und originär deutschem Antisemitismus zu beobachten. In der jungen Generation findet mit der Standard-Beleidigung „Du Jude“ eine zunehmende Enthemmung statt. Hier entsteht eine Presche in der Tabuisierung von Antisemitismus, in die der alte Antisemitismus, der moderne Rechtsextremismus und der antizionistische Antisemitismus einbricht.

Als Jusos lehnen wir jede Form des Antisemitismus ab. Alle Menschen sind, unabhängig ihrer religiösen Zugehörigkeit und Herkunft, gleichwertig. Wir setzen uns in besonderem Maße für eine Bekämpfung derartiger Vorurteile ein und warnen zugleich vor undifferenzierter Kritik am Staate Israel, weil dabei immer die Gefahr besteht, antisemitische Ressentiments durch antizionistische Parolen zu befördern. Die historische Verantwortung bedarf der fortwährenden Auseinandersetzung.

Es gilt, gegen antisemitische Einstellungen in allen Bevölkerungsschichten vorzugehen und Einstellungsmuster, die das Judentum als Volk, Nation oder Rasse definieren, zu bekämpfen.

I.3 Nationalismus

Die Bedeutung des Wortes „Nationalismus“ hat eine Kongruenz zwischen Nation und politischer Herrschaft (territorial-rechtlich) als Ziel, also die Bestrebung nach nationaler Selbstbestimmung. Nationalistische Bewegungen können in diesem Sinne also zum Beispiel auch Freiheitskämpfer oder Antiimperialisten gegen Fremdherrscher und Besatzer sein. Das politisch angestrebte internationale System wäre hier das System der Nationalstaaten, welches aktuell vorherrscht, dessen Anfang jedoch erst Ende des 18. Jahrhunderts entstanden ist, und in seiner ideologischen Konsequenz jeder Nation einen eigenen Staat zugesteht. Dies beinhaltet aber auch eines der zentralen Probleme dieses Modells.

Eine weitere Bedeutung des Wortes „Nationalismus“ meint aber auch die Überhöhung der eigenen Nation und reicht vom „positiven“ Gefühl zur eigenen Nation (Patriotismus) bis zum Stellen der eigenen Nation über andere (Chauvinismus).

Das Spektrum dieses Nationalismusbegriffes beginnt also an dem Punkt, an dem etwa die nationale Sprache oder Kultur als etwas im Vergleich mit anderen Nationen höherwertiges gesehen wird (also durchaus dort, wo man von der „politischen Mitte“ spricht) und reicht bis zur Unterdrückung oder gar Vernichtung von Menschen und anderen Nationen. Die Grenzen eines positiv definierten Nationalismus, also als Bejahung der eigenen Nation, und eines negativ definierten, als Verneinung anderer Nationen, sind fließend.

In den letzten Jahren gab es immer mehr den Versuch, die Nation „Deutschland“ positiver zu besetzen und einen „unverkrampten“ Umgang mit deutschen Nationalfarben und -fahnen durchzusetzen.

Wir halten die Erinnerung an die deutsche Geschichte wach. Im Namen der deutschen Nation ist unendliches Leid über die Welt gebracht worden. Vor diesem Hintergrund ist ein „unverkrampfter Umgang“ mit deutscher Symbolik immer kritisch zu hinterfragen.

Wir Jusos sind internationalistisch. Nationen sind für uns kein positiver Bezugspunkt, sondern letztlich wollen wir Eine Welt ohne Nationen.

Die gegenwärtige Krise zeigt zudem, dass immer mehr politische Fragen eben nicht mehr national gelöst werden können. Der Weg der supranationalen Organisationen geht dabei in die richtige Richtung. Die Globalisierung darf aber nicht nur wirtschaftlich, sondern muss auch vor allem politisch erfolgen. Wir lehnen die im nationalistischen Modell inhärenten exkludierenden Elemente ab, weil wir nicht wollen, dass die Lebenschancen und Perspektiven eines Menschen von seiner Herkunft abhängen. Der Wert eines Menschen zeichnet sich nicht über seine Nationenzugehörigkeit aus, ebenso wenig der Wert von Kultur, Sprache oder anderen menschlichen Produkten oder Merkmalen.

II. Rechtsextremismus und die soziale Frage

Die Strategie der extremen Rechten im Hinblick auf die soziale Frage lässt sich kurz auf den Punkt bringen: spalten, ausgrenzen, aufhetzen!

Die wachsende soziale Ungleichheit versuchen sie zu nutzen, um zwischen „*Deutschen*“ und „*Ausländern*“ zu polarisieren: „*Wir oder die*“, „*Sozialstaat oder Einwanderungsstaat*“. Ziel ist es, soziale Konflikte „*völkisch aufzuladen*“, einen Gegensatz von „*die oder wir*“ zu konstruieren. Klar ist dabei: „*Wir*“ sind „*die Deutschen*“ und „*die*“ sind „*die Fremden*“, „*die Ausländer*“ oder „*die Juden*“. Es geht der NPD und den RechtsextremistInnen um die „*Nationalisierung der sozialen Frage*“.

Am Ende sind alle, die sich gegen Rechtsextremisten einsetzen oder die Ideologie nicht unterstützen, Opfer dieser Polarisierung. Die Rechtsextremen unterscheiden hier nur zwischen „*Freund*“ und „*Feind*“.

Der Rechtsextremismus stützt sich bei seiner Instrumentalisierung der sozialen Frage zur Spaltung, Ausgrenzung und Aufhetzung im Wesentlichen auf zwei Themen. Diese sind die Massenarbeitslosigkeit und eine völkisch und antisemitisch aufgeladene Kapitalismuskritik.

Beim Thema Arbeitslosigkeit sieht die Argumentation der extremen Rechten so aus: „*Die Ausländer*“ nehmen „*uns Deutschen*“ die Arbeitsplätze weg. Hier wird deutlich, dass die Rechtsextremen

spalten. Es sind angeblich „die Ausländer“, die „den Deutschen“ die Arbeitsplätze wegnehmen. Es wird eine Außengruppe definiert, gegen die man kämpfen muss und denen man das Arbeiten quasi verbieten sollte, damit „die Deutschen“ genug Arbeit haben.

Bei der völkisch und antisemitisch aufgeladenen Kapitalismuskritik geht es den Neonazis und auch der NPD nicht darum den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben. *„Arbeit für Millionen – statt Profite für Millionäre“* bedeutet nicht allen Menschen ein menschenwürdiges Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, frei von ökonomischen Zwängen, zu ermöglichen. Die Nazis konstruieren auch hier eine Innen- und die Außengruppe. Nationale Identität ersetzt hier soziale Identität, in dem eine klassenübergreifende Volksgemeinschaft konstruiert wird.

Oftmals kommt hierbei Antisemitismus und die Unterscheidung in das „gute und deutsche“ schaffende Kapital und das „böse“ raffende Kapitals. Dies wird begleitet entweder über Personifizierungen und die Verwendung von antisemitischen Stigmata (z.B. Hakennase) oder über das Polemisieren gegen die sogenannte „Ostküste“ oder Israel. Hier sitzt angeblich das „jüdische Weltkapital“ und beutet die Menschheit, insbesondere „die Deutschen“, aus. Hier sind nicht „Ausländer“ allgemein schuld sondern vor allem „die Juden“.

Im Rahmen dessen findet man auch oft rechte Globalisierungskritik. Die hebt insbesondere auf die Gefährdung von Volk und Heimat durch eine stärkere internationale Verflechtung ab.

Alle Konzepte der extremen Rechten laufen auf ähnliche Aspekte hinaus: Ausplünderung und Vertreibung „nicht-passender“ Bevölkerungsgruppen, Belohnung der „Deutschen“ aus der Beute mit sozialpolitischen Wohltaten, Kontrolle und Bestrafung der Kontakte zu „ausländischen“ Menschen über einen rigiden Polizeistaat, Kontrolle und Bestrafung aller Beziehungen, insbesondere Handel über nationale Grenzen hinweg. National geht folglich nur brutal.

Für uns als Jusos ist klar: die Ursache für soziale Ungleichheit, für Arbeitslosigkeit und für Armut liegt in unserer Wirtschaftsordnung. Die Konstruktion einer nationalen Volksgemeinschaft verschleiert die sozialen Gegensätze, die es innerhalb der Gesellschaft gibt. Sozialer Ungleichheit kann man nur begegnen, wenn man erkennt, dass es eine soziale Spaltung gibt und man in der Interessensauseinandersetzung klar auf Seite derer steht, die wenig haben.

Als Internationalistinnen und Internationalisten haben wir außerdem das Wohl der gesamten Welt im Blick und nicht nur das derjenigen, die zufällig innerhalb bestimmter Grenzen leben.

III. 1 Intellektueller Rechtsextremismus und Burschenschaften

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Bemühungen, die ideologischen Grundlagen rechtsextremer Einstellungen zeitgemäß anzupassen, um im Diskurs der intellektuellen Bevölkerungsschicht an Raum zu gewinnen. Neben dem gezielten Ausbau von rechtsintellektuellen Presseorganen spielt hierbei vor allem auch die Gewinnung studentischer Nachwuchs-Rechtsextremisten eine entscheidende Rolle. Träger dieser Bestrebungen sind an den Universitäten weniger direkt rechtsextreme Parteien und gewaltbereite Kameradschaften, sondern Burschenschaften und rechte studentische Initiativen, die sich nicht zwingend personell und ideologisch, wohl aber im Habitus und Sendungsbewusstsein von den nichtuniversitären rechtsextremen Organisationen unterscheiden. Während in der NPD und bei den Kameradschaften durchaus intellektuellenfeindliche und antibourgeoise Einstellungen zu finden sind, verstehen sich die universitären Organisationen am rechten Rand als intellektuelle wie ökonomische Elite Deutschlands, deren Bestrebungen in der Tradition der „konservativen Revolution“ zu verstehen sind. Die gesellschaftliche Akzeptanz von bürgerlichem Rechtskonservatismus als legitime politische Einstellung, durch ihre Verbundenheit zu Wirtschaft und Politik und dem Verweis auf eine vorgeblich freiheitliche Geschichte im Rahmen der Entstehung des deutschen Nationalstaats im 19. Jh. verschafft diesen autoritären, sexistischen und chauvinistischen Gruppen die Möglichkeit der ungehinderten Rekrutierung und Werbung für ihre gesellschaftlichen Ziele.

Ähnliches gilt für die elitären, rechtskonservativen Zirkel, wie dem vom NS-Richter und ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Hans Filbinger gegründetem Studienzentrum Weikersheim, oder der parteiunabhängigen rechtskonservativen Denkfabrik Institut für Staatspolitik (IfS), in denen sich CDU und NPD Mitglieder gleichermaßen bewegen. Der fließende Übergang von rechtskonservativen und rechtsextremistischen Einstellungen in diesem intellektuellen Milieu wird medial vom Presseorgan Junge Freiheit getragen, das intensive Verknüpfungen mit dem IfS aufweist. Daneben gibt es scheinbar zivilgesellschaftliche Organisationsgruppen wie die Konservativ-Subversive Aktion (KSA), die den „linken Meinungsmainstream“ in Deutschland durch rechte „Schüler“-zeitungen wie der Blauen Narzisse bekämpfen und durch medienorientierte Aktionen, wie z.B. gegen den linksintellektuellen Schriftsteller Günter Grass auffallen wollen.

Unser Ziel ist es, den in diesen Organisationen verfolgten „Rechtskonservatismus“ als bürgerlich-geschönte intellektuelle Grundlage eines modernen Rechtsextremismus zu enttarnen und effektiv zu bekämpfen. Aktiver Widerstand gegen die Akzeptanz dieser Gruppen an den Universitäten und in der Gesellschaft muss z.B. über Aufklärung und Einsatz gegen die aus diesen Gruppen kommende Bestrebungen zur Normalisierung eines neuen Deutschen Nationalismus unter dem verschleiern den Begriff Patriotismus in der öffentlichen Debatte geleistet werden. Die bisher bereits teilweise erfolgreichen Bemühungen der JungsozialistInnen, die praktisch bestehende ideologische

Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft und gleichzeitigen SPD-Mitgliedschaft auch in eine formell anerkannte Unvereinbarkeit umzuwandeln, sind weiter voran zu treiben.

III. 2 Neonazi-Kameradschaften

Die Organisationsform in Neonazi-Kameradschaften stellt heute die bekannteste, außerparteiliche Organisationsform von Rechtsextremisten dar. Sie ist an sich eine sehr junge Organisationsform und ist die direkte Reaktion auf die Organisationsverbote zu Beginn der 1990er Jahre durch die Innenminister durch Bund und Länder. Damals wurden als Reaktion auf die rassistischen Ausschreitungen in mehreren deutschen Städten ein Großteil der damals bekannten neonazistischen Organisationen wie die Wiking-Jugend oder die Freiheitlich Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten.

Aufbauend auf sozialdarwinistischen und militaristischen Vorstellungen sind Kampf und Gewalt konstitutive Elemente der Szene, die sich hauptsächlich gegen AntifaschistInnen und von der Gesellschaft gemachten Randgruppen und AußenseiterInnen richten und bis zum Mord reichen. Zu beobachten sind zum einen mehr oder minder spontane Gewalttätigkeiten aber auch gewalttätige Übergriffe vor oder nach Kundgebungen und geplante Anschläge und Überfälle.

In den Kameradschaften finden zudem militärische Schulungen statt, die von Leistungsmärschen und Kampfsport bis hin zu Wehrsportübungen mit Abfeuern scharfer Waffen reichen. Kein Zufall ist, dass bei Razzien in der Neonazi-Szene immer wieder Waffenlager entdeckt werden. Mit Combat 18 soll das neonazistische Blood-and-Honour-Netzwerk über einen eigenen bewaffneten Arm verfügen haben / verfügen.

Die vor Ort verankerten Zellen ohne formelle Struktur und Führung erschweren den staatlichen Organen die Beobachtung und Kontrolle. Wurde ein bundesweit aktiver Verein verboten, war seine gesamte Struktur und Führung betroffen. Vorsitzende und Funktionsträger konnten nicht sofort wieder politisch aktiv werden, ohne den Verdacht zu erregen, eine verbotene Nachfolgeorganisation zu betreiben. An die Stelle einer verbotenen Kameradschaft ohne formelle Führung, Ämter und Posten und überhaupt Mitgliedslisten kann im Prinzip sofort eine Neugründung unter anderem Namen treten.

Ebenso sinkt bei diesen Kameradschaften die (Hemm-)Schwelle der Beteiligung, da man seine Mitgliedschaft nicht in Form eines formellen Beitritts anzeigen muss. Die verbindenden Elemente sind gemeinsame Aktionen, Besuche von rechten Demonstrationen und Konzerten sowie das Ausüben von Gewalt.

Die Haltung der Kameradschaften zur NPD ist im ständigen Wechsel begriffen. So gibt es immer wieder Phasen, in der Kameradschaften die Zusammenarbeit mit der Partei ablehnen, weil sie sie als verbürgerlicht, verbonzt und zu wenig radikal ansehen. Ebenso gibt es Phasen verstärkter Zusammenarbeit. In anderen Bereichen stellen die Kameradschaften die NPD komplett. Die NPD grenzte sich lange gegenüber den Neonazi-Strukturen ab. Erst unter dem Vorsitz von Günter Deckert (1991-1996) öffnete sich die Partei und bot den Neonazis politische Mitwirkungsmöglichkeiten als Ersatz für ihre verbotenen Organisationen. Unter dem heutigen Vorsitzenden Udo Voigt wurde die Zusammenarbeit intensiviert. Die NPD profitiert vor allem in Wahlkämpfen von der Zusammenarbeit. Ohne die Kameradschaften wären flächendeckende Plakatierungen und Hauswurfsendungen nicht möglich. Neonazis werden bis in die Bundesspitze gezielt in die Vorstände eingebunden. In (aktuellen) Vorstand sitzen mit Thomas „Steiner“ Wulff, Thorsten Heise zwei bekannte Akteure der freien Kameradschaftsszene.

Ein wichtiges Aktionsfeld der Neonazi-Kameradschaften ist die sogenannte Anti-Antifa Arbeit. Dabei geht es um das Ausspähen des politischen Gegners und das Sammeln von Informationen. Dazu gehört u.a. das Fotografieren und Filmen von Gegendemonstranten der eigenen Kundgebungen und das Anlegen von „Feindkarten“, die auch mal im Internet auftauchen können. Ziel der Arbeit ist die Einschüchterung demokratischer Kräfte. Gelingt dies nicht, wird versucht, Gegen-Rechts – Gruppierungen zu diffamieren. Nachbarn werden z.B. per großflächig verteilter Flugblätter aufgefordert, die deutschfeindlichen Umtriebe“ des Nachbarjugendlichen zu beenden, demokratische Gegenkultur nicht selten „extremistischer Aktivitäten“ verdächtigt mit der Forderung, ihnen die für ihre Arbeit benötigten Mittel und Räume zu streichen. Auch Gewaltandrohung und Anwendung dient nicht selten dem Ziel, dass Vermieter aus vermeintlicher Sorge um die Öffentliche Ruhe und ihr Eigentum letztendlich den Forderungen der Rechtsextremen nachgeben.

Straßenaktivitäten wie Kundgebungen und Demonstrationen, martialisch auch Kampf um die Straße genannt, gehören zu den zentralen politischen Aktionsformen der Rechtsextremen. Die Häufigkeit kann durchaus variieren. Phasen beinahe wöchentlicher Demonstrationen wechseln sich mit Phasen der Konzentration auf einige wenige Demonstrationen mit zentraler Bedeutung ab.

Den Rechtsextremen ist, auch wenn sie bisweilen kleinere Erfolge feiern können, der Weg in und der Weg über die traditionellen Medien meist verwehrt. Deshalb ist für sie eine eigene Medienarbeit besonders wichtig, gerade für den proklamierten Kampf um die Köpfe.

Die Veröffentlichungen der Rechtsextremen lassen sich hinsichtlich ihrer Funktion unterscheiden:

Auf der einen Seite gibt es Blätter für die Weiterbildung und Schulung der Mitglieder, auf der anderen Seite Publikationen die sich an die Bevölkerung richten. Zielobjekt sind insbesondere SchülerInnen, die mit sehr modern wirkenden und z.T. professionell gemachten Publikationen für die rechte Szene interessiert werden sollen. Auf der einen Seite werden dort typische Lebenslagen und Probleme von Jugendlichen angesprochen (wobei auf diese natürlich völkische Antworten abgeboten werden), auf der anderen Seite aber auch knallharte Neonazi-Parolen verbreitet.

Letztes Standbein rechtsextremer Medienarbeit bildet der Versuch, trotz Ablehnung der freien Presse als „Systempresse“ dort auch präsent zu sein. Erfolge können sie meist dort feiern, wo die Journalisten wenig informiert sind über die rechte Szene vor Ort, sich falsche Vorstellungen machen oder schlichtweg einfach sorglos.

Ziel der Neonazi-Kameradschaften ist vordringlich die Verankerung ihres Gedankenguts in der Bevölkerung, die Normalisierung und Gewöhnung an ihre Positionen, wie es in den Positionspapieren („Schafft befreite Zonen“) und Strategien (4-Säulenstrategie) verkündet wurde.

III. 3 Freie Nationalisten (FN)

Pauschale Aussagen über die "freien Nationalisten" fallen schwer, da sich die Szene durch einen hohen Grad an Individualität ausweist.

Generell ist aber zu sagen, dass sie ähnliche wie Kameradschaften organisiert sind, nämlich -formal- führungs- und strukturlos. Nichts desto trotz, zeichnen sich auch in diesen Gruppen, wie in den Kameradschaften immer Führungspersonen auf. Ähnlich zu diesen ist ihre Arbeitsweise, häufig arbeiten und treten sie auch mit diesen, wie auch mit der NPD und anderen Parteien vor Ort auf, was von den jeweiligen, lokalen Verhältnissen vor Ort abhängt.

Nach außen wirken sie politisch aktiver als andere frei Gruppen, scheinbar ist auch ihre Gewaltaffinität geringer als in der gefestigten Kameradschaftsszene. Das heisst aber nicht, dass nicht einzelne "Mitglieder" im Rahmen ihres politischen Engagements oder bei Ausschreitungen auf der Seite der Autonomen Nationalisten (s.u.) wiederzufinden sind.

Der fehlende bundesweite Überbau ermöglicht es den FN ihre eigene politischen Agenda zu setzen, fernab von Parteirasön lassen sich hier Inhalte selbst bestimmen und Forderungen, seien sie moderater oder radikaler als in den Parteien, aufstellen.

Politisch werden häufig soziale, zum Teil auch traditionell politisch eher linke Inhalte verwendet, mit

einem neuem, nationalem Hintergrund versehen und auf die Bevölkerung losgelassen. Hartz IV Kritik, wie Kapitalismus- und Globalisierungskritik ist wie bei der NPD, mit den gleichen verkürzten und nationalen Lösungsvorschlägen auch bei den FN wiederzufinden.

Viele der Gruppen versuchen durch ihr Auftreten gezielt jugendliche anzusprechen und bedienen sich hierbei durch den Einsatz von modernen Medien oder spektakulären oder öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Viele der Gruppen ähneln sich in ihrem öffentlichem Auftreten bei ihren "Heimatseiten" oder beim Kleidungsstil.

Von Seiten der FN werden auch szeneninterne Medienproduktionen betrieben, die neben Flyern und Schablonen auch Filme herstellen, die zum Teil von technisch hoher Qualität sind.

III. 4 Autonome Nationalisten (AN)

Sie sind die jüngste Entwicklung innerhalb des extrem rechten Spektrums und für die letzten Gewaltschlagzeilen aus der Szene verantwortlich und seither auch im öffentlichen Diskurs wiederzufinden. Seit 2002 sind sie in Deutschland nachweisbar und genießen nach wie vor Zulauf.

Die Gruppen der autonomen Nationalisten sind ähnlich -formal- strukturlos aufgebaut wie die Kameradschaften und die freien rechten Gruppierungen. Jedoch sind einige Merkmale zu konstatieren, die sie von den anderen Gruppierungen unterscheiden.

Im Regelfall sind sie die deutlich jünger und haben eine ausgeprägte Affinität zu öffentlicher Gewalt. Ihre Transparente, ihre englischen Slogans und ihre Accessoires kommen der vorherrschenden Jugendkultur näher, als das der Fall bei dem eher angestaubten Auftreten der NPD der Fall ist. Für Einsatzkräfte, aber auch politische Gegner und Passanten ist es deutlich schwerer zu erkennen, zu welchem pol. Spektrum gehören, seitdem sie den Kleidungsstil von linksautonomen, in nur leicht geänderter Form, übernommen haben. Dies, gepaart mit ihrer Bereitschaft -vor allem auf Demonstrationen- Gewalt auszuüben macht sie sehr gefährlich, vor allem für politische GegnerInnen, MigrantInnen und JournalistInnen. Auf den letzten beiden 1. Mai Demonstrationen in Hamburg (2008) und Dortmund (2009) ließ die rechte Szene das zum Vorschein treten, was die NPD seit langem versucht zu unterdrücken: Ihren Hang zu Gewalt.

Denn es gilt zu konstatieren, dass die AN keine abgeschlossene Gruppen innerhalb des rechtsextremen Spektrums sind, vielmehr speisen sich ihre "Mitglieder" aus den Kameradschaften, den freien Nationalisten, den Jungen Nationalen sowie den rechten Hooligans.

Zwei Arten von Engagement sind hierbei zu unterscheiden: Die eine ist das zusammentreffen bei Aktionen und Demonstrationen, um den rechten schwarzen Block zu bilden, die andere ist

ganzjährige und konstante politische Arbeit, ähnlich wie bei den anderen freien Kräften. Diese ist meist nur in Metropolregionen wiederzufinden.

Die AN machen aber aus der Ablehnung der Organisationsform in Parteien keinen Hehl, sondern verachten ganz klar die Spiessbürgerlichkeit dieser "alten Herren", trotz häufiger Personalunion.

Die politischen Ziele der "Altnazis", dass vorherrschende System zu reformieren lehnen sie ganz klar ab und fordern eine nationale Revolution, was sie auch näher zu den Jung Nationalen bringt.

Denen, und anderen freien Kräften innerhalb der NPD haben sie es auch zu verdanken, dass sich die NPD nicht ohne weiteres von den AN lossagen können, wie einst Udo Voigt es versuchte ("Unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke sind es nicht!" - was er kurze Zeit zurücknehmen musste).

Zur politischen Arbeit der AN fällt, wie auch in anderen freien Kräften die Antif-Antifa-Arbeit, in der politische Gegner, RichterInnen und StaatsanwältInnen sowie JournalistInnen versehen mit persönlichen Daten katalogisiert werden.

Selbst wo es noch keine Kameradschaften im engeren Sinne gibt, besetzen rechts orientierte Jugendcliquen öffentliche Räume, Gaststätten und Diskotheken, Jugendzentren und drücken alternative Jugendkulturen an den Rand. Der Zielpunkt, ein konkurrenzloses Angebot „nationaler Jugendarbeit“ zu schaffen ist mancherorts bereits erreicht.

Unterstützt wird dieses Hegemoniebestreben durch neue Formen sozialer Exklusion, hervorgerufen durch wirtschaftliche Marginalisierungen, Desintegration und Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe, sowohl was Zugang zu sozialen Netzen betrifft, als auch zu Gütern wie Gesundheit, soziale Leistungen und Institutionen der Zivilgesellschaft.

III.3 Rechtsextreme und rechtsradikale Parteien

In Deutschland gibt es drei rechtsextreme Parteien, die NPD, die DVU und die Republikaner.

a) Die NPD

Die NPD hat dabei als mitgliederstärkste Partei hat sie derzeit etwa 7.200 Mitglieder. Die NPD ist in allen Bundesländern mit Landesverbänden vertreten, Vorsitzender ist seit 1996 Udo Voigt. Die NPD verfügt über einen Jugendverband, die Jungen Nationaldemokraten, und eine Frauenorganisation, den Ring Nationaler Frauen.

Mit dem Einzug in die Landtage von Sachsen (2004; 9,2%) und Mecklenburg-Vorpommern (2006; 7,3%) konnte sie ihre Strukturen ausbauen und festigen.

Momentan steht die Partei unter erheblichem finanziellen Druck: aufgrund fehlerhafter

Rechenschaftsberichte macht die Verwaltung des Bundestages eine Strafzahlung von 2,5 Millionen Euro geltend.

Die Parteispitze rund um Voigt landet derzeit lediglich wegen gerichtlicher Auseinandersetzungen in der Presse. So nahm der ehemalige Schatzmeister der NPD Erwin Kemna 700.000 Euro aus der Parteikasse für seine private Firma und wurde deshalb wegen Untreue zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Parteichef Udo Voigt, Parteisprecher Klaus Beier und Vorstandsmitglied Frank Schwerdt Erhielten Bewährungsstrafen wegen Volksverhetzung und Beleidigung. Sie hatten im Jahr der Fußball-WM 2006 auf einem Terminplaner den dunkelhäutigen Ex-Nationalspieler Patrick Owomoyela diskriminiert und beleidigt.

Zur Europawahl tritt die NPD nicht an und hält sich damit an den zwischen DVU und NPD vereinbarten Deutschlandpakt.

Die NPD hat ein nationalistisches, völkisches Programm. Sie strebt die „Macht über Staat und Wirtschaft“ an, um eine „Volksgemeinschaft“ und ein neues „Deutsche(s) Reich“ zu errichten. Ziel der NPD ist die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaats. In den Äußerungen führender Parteimitglieder wird immer wieder die Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie deutlich.

Ein Verbot der NPD scheiterte 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht aufgrund formeller Mängel des Verfahrens: hochrangige Parteifunktionäre arbeiteten als V-Leute für den Verfassungsschutz. Ihnen wurden einige der belastendsten verfassungsfeindlichen Aussagen zugerechnet.

Gefährlich ist die NPD aber vor allem durch ihre Verflechtung mit den freien Kräften.

b) Die DVU

Trotz einer Mitgliederstärke von etwa 7.000 ist die DVU eine Phantompartei. Aufwändige Materialschlachten mit populistischer Stimmungsmache haben der DVU den wiederholten Einzug in den Landtag von Brandenburg beschert. Die Kandidat/innen traten vor der Wahl ebenso wenig in Erscheinung wie nach ihrer Wahl als Abgeordnete.

Die Partei vertritt ebenso wie die NPD vor allem über ihre Publikation National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung offen rassistische, antisemitische, revisionistische und demokratiefeindliche Inhalte. Durch eine innere Umstrukturierung mit ihrem neuen Vorsitzenden besteht die Gefahr der Entstehung einer zweiten mächtigen rechtsextremen Partei neben der NPD. Im Falle einer NPD-Insolvenz wird sich diese Gefahr vergrößern.

c) Die REP

Die Republikaner besitzen derzeit etwa 5500 Mitglieder. Seit 2006 wird die Partei vom Verfassungsschutz nicht mehr in ihrer Gänze im Verfassungsschutzbericht geführt, sondern es werden nur noch einzelne Teile als rechtsextremistisch eingestuft. Die Republikaner spielen derzeit bundespolitisch keine bedeutende Rolle und sind nur noch in einzelnen Kommunalparlamenten vertreten. Im Gegensatz zu NPD und DVU ist es der Partei nicht gelungen, in den ostdeutschen Bundesländern Fuß zu fassen. Von den beiden Parteien grenzen sich die Republikaner offiziell ab, intern gab es aber bei einzelnen Gelegenheiten Wahlabstimmungen. Auch die Republikaner vertreten ausländerfeindliche und revisionistische Positionen.

d) sonstige Parteien

Neben den genannten rechtsgerichteten Parteien gelingt es insbesondere auf kommunaler Ebene immer wieder auch anderen rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien bzw. Zusammenschlüssen Mandate zu erzielen. Dabei handelt es sich einerseits um verschiedene Pro-Parteien und auf der anderen Seite um Tarnlisten – meist im Umfeld der rechtsextremen NPD.

Als Beispiele für die sog. Pro-Parteien wären hier u.a. die Bürgerbewegung *pro Köln*, die *Pro-Bürger-Partei* sowie die *Pro Deutsche Mitte – Initiative Pro D-Mark* zu nennen. Bei letzterer handelte es sich um eine rechtskonservative Partei, welche bis 2007 bestand. Pro DM erzielte zum Beispiel bei der Landtagswahl in Sachsen 1999 mit 2,1 Prozent der Stimmen aus dem Stand ein durchaus beachtliches Ergebnis. Auch die Pro-Bürger-Partei stellte eine rechtspopulistische Partei dar, welche von 2003 bis 2005 existierte. Bei der Bürgerbewegung pro Köln handelt es sich um eine Wählergruppe, bei der rechtsextreme Bestrebungen offensichtlich sind. Die nach eigenen Angaben 450 Mitglieder umfassende Partei ist mit fünf Mandaten in Fraktionsstärke im Kölner Stadtrat vertreten.

Unter dem Namen Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) wurden in den 1980er Jahren in mehreren Bundesländern aus dem Umfeld der NPD rechtsgerichtete Wählergruppen gegründet. Die erste BIA wurde 1980 in Wattenscheid gegründet. Im gleichen Zeitraum wurde u.a. in Recklinghausen eine BIA gegründet. Vor allen Dingen in Bayern ist die BIA immer wieder auch bei Kommunalwahlen erfolgreich. So sitzt zum Beispiel in Nürnberg der Landesvorsitzende der bayerischen NPD, Ralf Ollert, für die BIA im Stadtrat.

IV Arbeit gegen Rechts

a) Strategien gegen rechtsextreme Parteien

Zur Bekämpfung rechtsextremer Parteien sind unterschiedliche Strategien nötig.

1. Aufklärung

Nicht nur die direkte Stimmabgabe für rechtsextreme Parteien ist gefährlich. Auch Nichtwählen kann diesen helfen. Gerade rechtsextreme Parteien können ihre Wähler/innenschaft mobilisieren und profitieren damit vom Zuhausebleiben vieler Menschen. Hier ist deutlich zu machen, wer nicht wählt, kann rechten Parteien Vorschub leisten.

Deshalb sind antifaschistische Projekte, die Aufklärungsarbeit vor Ort leisten, nachhaltig in ihrer Arbeit finanziell zu unterstützen. Gezielte Wähler/innenansprache soll die Chance, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, aufzeigen. Nicht zuletzt sind alle wahlkämpfenden Genossinnen und Genossen aufgefordert, im anstehenden Wahlkampf klare Kante gegen rechts zu zeigen – am Infostand und in Wahlveranstaltungen.

2. Verbot

Die Möglichkeit des Parteienverbots muss gegen Rechtsextremismus genutzt werden. Wir Jusos fordern weiterhin: Die NPD muss verboten werden.

3. keine Zusammenarbeit

Eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit Vertreter/innen rechtsextremer Parteien wird es für Mandatsträger/innen der SPD nicht geben. Vielmehr sollte es einen parteiübergreifenden Konsens geben, mit rechtsextremen Parteien niemals zusammenzuarbeiten. Dazu zählt bei uns auch, nicht mit Zeitungen wie der Jungen Freiheit und anderen Medien zusammenzuarbeiten, die eine Brückenfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus/ Rechtsextremismus ausüben.

4. Nazis raus

Immer wieder nutzen rechtsextreme Parteien öffentliche Räume für ihre menschenverachtende Propaganda. Aufmärsche, Nazikonzerte oder Veranstaltungen im Rathaus – den Kommunen fehlt oft scheinbar die Handhabe, solche Zusammenkünfte zu verhindern. Aber es gibt Möglichkeiten, den Neonazis keinen Raum zu geben. Beispielsweise kann die Hausordnung verändert oder entsprechende Verträge geschlossen werden können. Deshalb fordern wir Schulungen der SPD für kommunale Mandats- und VerantwortungsträgerInnen. Außerdem müssen Schulungsprogramme

für die Verwaltung entwickelt und durchgeführt werden. Neonazis sind von öffentlichen Straßen, Plätzen und Räumen fern zu halten.

Wir fordern die Menschen vor Ort auf, rechtsextreme Veranstaltungen nicht unbeantwortet zu lassen und zu ignorieren. Je größer die Aktion von rechts, desto größer muss die Gegenveranstaltung sein. Dafür braucht es Bündnisse aller demokratischen Akteure. Nur so kann den Rechtsextremen klar gemacht werden, dass sie mit ihrer Meinung allein dastehen und sich nicht auf eine schweigende Mehrheit berufen können. Diese Veranstaltungen sind umso wichtiger, je bürgerlicher und familienfreundlich sich NPD und die rechte Szene besonders bei ihren Presse- und Sommerfesten zeigen wollen.

b) Kampf gegen Rechts

Bildung spielt im Kampf gegen Rechtstextremismus eine zentrale Rolle. Dabei ist einmal die Schule gefragt, in den Lehrplänen eine angemessene Behandlung des Nationalsozialismus aber auch die aktuellen Erscheinungsformen von Rechtstextremismus, Rassismus und Antisemitismus fest zu verankern. Letztlich geht es um die Dekonstruktion dieser Ideologien. Eine Schwerpunktsetzung auf die Vertreibung in den Lehrplänen lehnen wir ab.

Belehrung kann niemals die eigene Erfahrungen, besonders im Schulalltag, ersetzen. Veränderungen müssen daher besonders am „heimlichen Lehrplan“ - dem Umgang miteinander - ansetzen. In unseren Schulen passiert wenig, was den Schülerinnen und Schülern demokratische Werte nahe bringen könnte. Mit einem Blick auf mögliche Ursachen von Rechtsextremismus bei Jugendlichen, ist es doppelt wichtig, Jugendliche teilhaben zu lassen und ihnen Möglichkeiten zur freien Gestaltung ihres Lebensraumes zu übertragen. Um die Demokratie im Großen verstehen zu können und daran mitwirken zu wollen, ist es nötig, im Kleinen (z.B. in der Schule) gelernt zu haben, welchen Wert Demokratie wirklich hat. Um die demokratische Kultur zu stärken, wollen wir eine feste Verankerung und einen Ausbau der SchülerInnen-Mitbestimmung. Außerdem ist es eine Frage der politischen Bildung und einer guten Förderung der Gedenkstätten, eine aktive Erinnerungskultur und eine demokratische Kultur gegen Rechtsextremismus zu fördern. Gedenkstätten sind für uns zuallererst Orte des Gedenken und dürfen nicht als Therapieanstalten für auffällig gewordene rechte Jugendliche missbraucht werden.

Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, aber erfordert für die besonderen Erscheinungsformen im Jugendbereich einen entsprechenden Umgang. Für uns ist klar, dass Jugendarbeit gegen Rechts nicht-rechte Alltagskultur unterstützen muss. Damit meinen wir auch eine finanzielle Unterstützung. Viel zu oft war es in der Vergangenheit so, dass alternative

Jugendliche in ihrem Engagement behindert oder kriminalisiert wurden. Alternative Jugendzentren und Räume für alle Jugendlichen außer Nazis sind bereitzustellen und zu fördern.

Auch die Finanzierung vieler zivilgesellschaftlicher Projekte steht all zu oft auf der Kippe.

Die bestehenden Programme gegen Rechtsextremismus reichen bei weitem nicht aus, um die dringend benötigte Hilfe vor Ort zu gewährleisten. Und unter einer konservativen Regierung fallen sie gar komplett dem Rotstift zum Opfer. Denn nach wie vor dramatisiert die CDU zwar die Gefahr, die durch den internationalen Terrorismus bestünde, bagatellisiert und leugnet dagegen rechtsextreme Gewalt. Für viele Projekte bedeutet aber auch die Förderung durch ein Bundes- oder Landesprogramm bürokratischen Antragsaufwand, der dringend benötigte Ressourcen für die antifaschistische Arbeit bindet. Wir fordern eine Bundesstiftung für demokratische Kultur, die antifaschistisches Engagement unabhängig von politischen Konjunkturen fördert.

Zur Eindämmung bedarf es der materiellen Umverteilung und eine Politik, die es Menschen ermöglicht wieder in allen gesellschaftlichen Teilbereichen mitzuwirken und sie nicht etwa „Ausgeschlossenen“-Netzwerken zurück lässt. Diese allgemeine Forderung von uns hat beim Kampf gegen Rechts noch einmal eine zusätzliche Bedeutung.

Weiterhin kann der Kampf gegen die rechte Hegemonie vor Ort nur von einer funktionierenden Zivilgesellschaft erfolgreich geführt werden. Hier müssen die Rahmenbedingungen stimmen, freiwilliges Engagement muss die nötige Anerkennung zu teil werden, rechtliche Vorgaben, z.B. im Versicherungsschutz, im das Spenden- und Stiftungsrecht müssen unterstützend wirken und die spezifischen Hürden für Benachteiligte und Ausgegrenzte müssen abgebaut werden. Ebenso bedarf ehrenamtliches Engagement professionelle Unterstützung und verlässlicher Ansprechpartner auf staatlicher Seite. Aber bei allen Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements darf nicht vergessen werden, dass der Staat in den letzten Jahren massiv im Bereich der Jugendarbeit gekürzt hat. Diese Kürzungen müssen rückgängig gemacht werden.

Wir wollen, dass die SPD aktiv Träger einer alternativen Zivilgesellschaft ist und um den vorpolitischen Raum kämpft. Dabei ist die Zusammenarbeit mit den Falken, der AWO, den Naturfreunden, Sportvereine etc. zentral. Auch Rechtsextremisten bewegen sich in zivilgesellschaftlichen Strukturen. Nicht selten wurde bekannt, dass bekannte RechtsextremistInnen in Vereinen und Initiativen für die Jugendarbeit verantwortlich waren. Wir fordern die Vereine und Verbände auf, rechtsextreme Kader in ihren Reihen nicht zu dulden sondern auszuschließen.

Wir fordern die Menschen vor Ort auf, nach ihren jeweiligen Möglichkeiten den Kameradschaften den Spaß an der Politik zu verderben. Wenn sie für ihre Feiern kein Bier mehr bekommen, oder der Wirt ihnen den benötigten Raum nicht vermietet, oder das Sommerfest flach fallen muss, weil ihnen niemand die vorgeschriebenen Toilettenhäuschen liefert, er im Verein keinen Sport mehr machen darf, wird das den ein oder anderen Mitläufer vielleicht zum Umdenken bewegen.

Ein weiteres Problem der Arbeit gegen rechts vor Ort besteht in der Erkenntnis, ein Problem zu haben. Bei keinem anderen Thema sind die Reflexe, es zu verdrängen größer als beim Thema Rechtsextremismus. Aus rechtsextremen Gewalttaten werden dann meist schnell „normale (Kneipen-) Schlägereien unter Jugendlichen, aus geschulten rechten Kadern ganz normale Jugendliche, aus Anschlägen auf Friedhöfe, Denkmälern und rechten Schmierereien „normaler“ jugendlicher Vandalismus. Die Stadt / der Ort hat keine rechte Szene, denn die Rechtsextremisten wohnen immer woanders / kamen von außerhalb. Die offiziellen staatlichen Berichte bilden die Situation häufig nur lückenhaft ab, so stehen beispielsweise im bayerischen Verfassungsschutzbericht nur ein Bruchteil der aktiven Kameradschaften und Strukturen. Antifaschistischen Gruppen fällt es vor Ort vielfach schwer, sich Gehör zu verschaffen und die Bevölkerung für die Bedrohungen zu sensibilisieren. Wir erwarten, von unseren sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen, dass sie sich für antifaschistische Projekte einsetzen und offensiv rechte Probleme und Strukturen vor Ort nicht verschweigen, sondern offensiv ansprechen. Wir erwarten vom Verfassungsschutz, sich im Bereich der politischen Bildung zurückzuziehen. Gerade dort muss er zivilgesellschaftlichen Akteuren Freiraum geben.

Wir fordern die Journalistenverbände und –Akademien auf, ihre Mitglieder weiterzubilden und im Umgang mit der rechten Szene zu sensibilisieren, um nicht rechtsextremer Propaganda Vorschub zu leisten. Ebenso die Träger der politischen Bildung. Wir fordern Redaktionsleitungen und Verlage dazu auf, dafür zu Sorgen, dass über Rechtsextremismus berichtet wird, ohne den Rechtsextremisten ein Podium für die Propaganda zu liefern. Wir fordern sie zudem auf, Recherche über der rechten Szene zu unterstützen und ihre JournalistInnen gegenüber diffamierenden Leserbriefen und Zuschriften in Schutz zu nehmen. Wir fordern besonderen Schutz für JournalistInnen, die wegen ihrer Arbeit ins Visier der Rechtsextremisten geraten sind.

Wir fordern deshalb ehrliche Berichte der staatlichen Organe sowohl was Strukturen, als auch Straftaten und die Sicherheitslage betreffen. Wir fordern darüber hinaus, zivilgesellschaftliche Gruppen so mit finanzieller Unterstützung auszustatten, um entsprechende Dokumentationen über Vorfälle verfassen zu können.

Die Mittel für den Schutz der Opfer müssen stärker erhöht werden. Wir fordern die Menschen auf, sich mit allen Opfern rechter Gewalt zu solidarisieren. Der überfallene Punk oder Obdachlose verdient die gleiche Solidarität wie ein „bürgerliches Opfer“ rechter Gewalt.

Nicht selten versuchen Rechtsextremisten Räume für ihre Veranstaltungen und Rechtsrock-Konzerte unter falschem Vorwand (Geburtstag, Verlobung) anzumieten und setzen auf die Überrumpelung der WirtInnen oder die Angst um ihr Eigentum. Wir fordern die umfassende Aufklärung der WirtInnen über bekannten Maschen der Rechtsextremisten. Wir fordern die Polizei auf, WirtInnen sobald sichere Hinweise vorliegen vor den vermeintlich harmlosen Mietern zu warnen und den Schutz deren Eigentums zu gewährleisten.

Wir fordern die umfassende Weiterbildung aller PolizistInnen über alle Erscheinungsformen des heutigen Rechtsextremismus.

Wir fordern die konsequente Anzeige von rechten Straftaten und eine zügige Bestrafung der ermittelten TäterInnen. Dazu fordern wir eine bessere Ausstattung der Staatsanwaltschaften. Wir fordern dass die gegen Rechtsextremisten verhängten Straf- und Bußgelder Initiativen zugute kommen, die den Rechtsextremismus bekämpfen. Die Feinde der Verfassung sollen helfen, ihre Gegner zu finanzieren.

Wir fordern die strafrechtliche Ahnung verbotener Propaganda. Wir fordern die sofortige Entfernung rechter Propaganda, insbesondere Schmierereien und Aufkleber aus dem Stadtbild.

Wir fordern die konsequente Bestreifung rechter Treffpunkt und Versammlungsorte durch Zivil- und uniformierte Streifen.

Repressive Maßnahmen sollten aber nur dort zum Einsatz kommen, wo gegen Gesetze verstoßen wird, die Sicherheit für Leib, Leben, Gesundheit gefährdet ist und der Zugang zu öffentlichen Räumen.

Zivilgesellschaft braucht ihrerseits Raum. Wir fordern ein Ende der Versuche, unter dem Vorwand der Bekämpfung des Rechtsextremismus, demokratische Grundrechte einzuschränken wie zuletzt bei den Versammlungsgesetzen einzelner Länder.

Wir fordern die konsequente Unterstützung antifaschistischer Gruppen vor Ort durch Räumlichkeiten, Ressourcen und verlässliche Ansprechpartner von Seiten der Gemeinden und Stadtverwaltungen.

Wir fordern den konsequenten Schutz antifaschistischer Veranstaltungen. Drohungen und Verleumdungen von Recht dürfen nicht zum Anlass genommen werden, wichtige Projekte abzusagen. Der demokratische Rechtsstaat darf vor Drohungen nicht kuschen.

Wir fordern ein Ende der Diffamierungen antifaschistischer Projekte und linksalternativer Strukturen, die nur das Ziel haben, Repression zu legitimieren und unliebsamen kritischen Projekten die Existenzgrundlage zu entziehen.



Migration & Integration

M 1 - Bundesvorstand

Kein Mensch ist illegal!

I. In Deutschland leben nach Schätzungen zwischen 100.000 und einer Million Menschen, die sich nach den geltenden Gesetzen nicht hier aufhalten dürfen. Dinge, die für Menschen deutscher Staatsbürgerschaft völlig selbstverständlich sind – zum Zahnarzt oder in die Schule zu gehen – sind für sie nicht oder nur unter schwierigsten Bedingungen möglich. Denn durch jeden Kontakt mit staatlichen Stellen wächst die Gefahr, dass ihr Aufenthalt entdeckt wird und damit die Abschiebung droht.

Dass Menschen ohne die Wahrung der elementarsten Grundrechte in Deutschland leben, ist für uns nicht hinnehmbar!

Unser Menschenbild akzeptiert es nicht, dass Menschen je nach ihrer Herkunft unterschiedliche Freiheiten und Rechte haben. Die Menschenwürde gilt für alle, egal wo sie her kommen. Niemandem darf vorgeschrieben werden, wo er zu leben hat.

II. Eine konkrete Maßnahme zur Verbesserung von Flüchtlingen ohne Aufenthaltspapiere ist die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus. Egal ob Menschen seit einiger Zeit in Deutschland leben, es ihnen nicht möglich ist, in ihr Herkunftsland zurückzukehren, ihre Familie hier wohnt oder hier Kinder bekommen haben, ihnen soll ein Bleiberecht eingeräumt werden. Nicht hinnehmbar sind Bedingungen, die auf Nützlichkeitsabwägungen beruhen. Ein Arbeitsplatz sollte keine Voraussetzung für ein Bleiberecht sein.

Selbstverständlich muss auch Opfern von Menschenhandel ein Bleiberecht gewährleistet werden. Unter der Garantie, dass sie nach einer Zeugenaussage nicht abgeschoben werden, ist ein effektives Vorgehen gegen kriminelle Schleuserbanden und Zwangsprostitution möglich.

Unerträglich ist auch die Situation der „geduldeten“ Menschen. Da sie, z.B. aus humanitären Gründen nicht in ihre Heimat zurückkönnen, dürfen sie zwar in Deutschland bleiben, erhalten aber auch keinen Aufenthaltstitel, sie werden lediglich geduldet. Dieser Zustand stellt eine extreme psychische Belastung dar und dauert mitunter mehrere Jahre.

Wir fordern, dass die Praxis der Kettenduldungen abgeschafft wird und Menschen mit einem sogenannten Abschiebehindernis ein Aufenthaltstitel eingeräumt wird.

III. Momentan wird die Situation von Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus vor allem durch die staatliche Übermittlungspflichten erschwert. Jede staatliche Stelle ist verpflichtet, den illegalen Aufenthaltsstatus an die Ausländerbehörde zu melden.

Daraus ergeben sich folgende Problemstellungen.

1) Arbeit:

Der gespaltene Arbeitsmarkt bietet die Grundlage für eine Doppelmoral im Umgang mit illegaler Beschäftigung, von der letztlich auch insbesondere illegalisierte Menschen erfasst werden. Jeder Mensch hat das Recht, selbst zu entscheiden, wie und wo er leben will. Denn die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften ist der wichtigste Faktor für die Existenz eines Angebotes von arbeitsbereiten Menschen, die sogar bereit sind, für ein geringes Einkommen einen nahezu rechtlosen Zustand auf sich zu nehmen. Das restriktive Einwanderungsrecht generiert billige Arbeitskräfte. In unserer kapitalistischen Marktwirtschaft gibt es Interessen, die an diesem Zustand nichts ändern wollen. Dabei spielt die Übermittlungspflicht öffentlicher Stellen eine große Rolle: zwar besteht der Anspruch auf Arbeitslohn unabhängig vom Aufenthaltstitel, jedoch können die Menschen den Anspruch nicht einklagen. Denn die Richter/innen am Arbeitsgericht sind als öffentliche Stellen verpflichtet, die Tatsachen zu übermitteln, die einen Hinweis auf eine aufenthaltsrechtliche Illegalität geben.

2) Bildung:

Ob illegalisierte Kinder berechtigt bzw. verpflichtet zum Besuch von allgemeinbildenden Schulen sind, richtet sich nach den jeweiligen Schulgesetzen. Die Schulleitung ist ebenso wie die Leitung einer Kindertagesstätte eine öffentliche Stelle, die der Übermittlungspflicht unterliegt. In der Auslegung der Mitteilungspflicht gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern.

3) *Gesundheit:*

Illegalisierte Menschen sind unbedingt auf niedrigschwellige und anonyme medizinische Angebote von kommunalen Gesundheitsämtern oder Straßenambulanzen angewiesen, denn sie sind nicht krankenversichert. Eine medizinische Behandlung von illegalisierten Menschen in Krankenhäusern ist, sollten sie selbst zahlen, wegen der ärztlichen Schweigepflicht weitgehend risikofrei. Sollte allerdings eine Kostenübernahme durch das Sozialamt oder bei Jugendlichen durch das Jugendamt notwendig sein, steigt das Entdeckungsrisiko sehr.

Besonders schwierig ist für illegalisierte Frauen eine Schwangerschaft. Können sie die Kosten für die Geburtsvorbereitung und die Geburt nicht selbst aufbringen, sind sie gezwungen, ihre Anonymität gegenüber den Behörden aufzugeben. Können sie das Geld aufbringen, sind die Krankenhäuser verpflichtet, die Neugeborenen dem Standesamt anzuzeigen. Daraus lässt sich die Existenz einer Mutter unschwer erraten.

Standesämter gehen unterschiedlich bei der Ausstellung der Geburtsurkunden um.

Während in einigen Kommunen keine Geburtsurkunde ohne vorherige Auskunft der Ausländerbehörde ausgestellt wird, werden in anderen Standesämtern die Geburtsurkunden ausgestellt, und die Meldung an die Ausländerbehörde erfolgt erst, nachdem die Frauen das Amt mit der Urkunde verlassen haben.

Erhalten die werdenden Müttern, insbesondere wenn eine Risikoschwangerschaft vorliegt, problemlos eine Duldung, endet diese allerdings mit Ende des Mutterschutzes. Nicht selten werden Frauen in den kostengünstigeren Schwangerschaftsabbruch aus finanziellen Erwägungen gedrängt.

4) *Illegalität von Helfenden:*

Die Rechtslage von illegalisierten Menschen berührt auch die der Helfenden. So kann die Hilfe gegenüber illegalisierten Menschen strafbewehrt sein.

Hier geht es z.B. um Ärzt/innen oder Erzieher/innen.

Zwar wurde mit der letzten Änderung des Zuwanderungsrechts die entsprechende Regelung im Aufenthaltsgesetz aufgehoben, allerdings kommt hier weiterhin eine Strafbarkeit nach dem Strafgesetzbuch in Betracht.

III) Forderungen

Die Beschreibung macht deutlich, wie sehr die Übermittlungspflicht die sozialen Rechte der Flüchtlinge beeinträchtigt. Ein normales Leben wird nahezu unmöglich. Dabei bleibt der praktische Nutzen dieser Vorschrift gering.

Um den Menschen ein Leben ohne Angst und Unterdrückung zu ermöglichen, fordern wir die Abschaffung der Übermittlungspflicht nach Paragraph 87 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz.

Hinsichtlich der Strafbarkeit von Helfenden fordern wir eine Klarstellung der bestehenden gesetzlichen Regelung.

Wir Jusos wollen eine fortschrittliche Flüchtlingspolitik, die Freiheit, soziale Rechte und die Menschenwürde im Blick hat und nicht auf Nützlichkeitsgedanken beruht.

Kein Mensch ist illegal!



O 1 - LV Sachsen

Her mit der richtigen Quote – Schluss mit dem Blödsinn

Die Jusos fordern den SPD Bundesvorstand auf, die bisher in der Arbeitsgemeinschaft „Jusos“ übliche Frauenquote auch in die nunmehr für die Jusos gültigen Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften der SPD aufzunehmen und damit für alle Gliederungen der Jusos wieder verbindlich zu machen.

Wir fordern zudem die SPD auf, das Wahlstatut in der Form zu ändern, dass für die gesamte SPD eine Frauen- statt einer Geschlechterquote gilt.

R

Resolutionen

R 1 – Bundesvorstand

40 Jahre Linkswende – Jusos als eigenständiger linker Jugendverband

Vor 40 Jahren wurde in München auf dem Bundeskongress die Linkswende, die noch heute das Selbstverständnis der Jusos prägt, eingeläutet. Mit der Wahl von Karsten D. Voigt zum Bundesvorsitzenden der Jusos ging die Zeit der Jusos als braver Verbund parteitreuer Nachwuchspolitiker dem Ende entgegen. Seither verstehen wir uns zugleich als eigenständige linke Jugendorganisation und als sozialistischer Richtungsverband in der SPD. Unsere politische Praxis und unser politischer Anspruch beruhen auf der so genannten „Doppelstrategie“, die die Arbeit in den Gremien und Ortsvereinen der SPD und das Mitwirken in den außerparlamentarischen sozialen Bewegungen verbindet. Seit dem Bundeskongress 1969 in München erheben wir Jusos den Anspruch, auch abseits vom Parteimainstream eigene Programmatiken zu entwickeln und in Partei und Gesellschaft zu tragen. Nur weil wir in vier Jahrzehnten auf unserer Eigenständigkeit beharrt und diese auch in harten innerparteilichen Konflikten verteidigt haben, konnten wir oftmals programmatische VorreiterInnen für die Partei sein.

Wie kam es zur Linkswende?

In den 60er Jahren wurde der Glaube an ein dauerndes Wirtschaftswunder durch Krisenerscheinungen erschüttert. Gleichzeitig entstand die StudentInnenbewegung und mit ihr strömten zahlreiche SchülerInnen und Studierende mit ihren antiautoritären Überzeugungen in die SPD. Zu Beginn der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt gab es eine Reformeuphorie, die besonders in der Jugend zu beobachten war. Dem entsprechend gab es immer größeren Widerstand gegen eine brave Parteijugend innerhalb der SPD und der Jusos, so dass es eine Frage der Zeit war, bis dieser Widerstand sich in einem anderen Programm, einem anderen Vorstand und dann einer anderen Politik bei den Jusos entwickelte. Wir Jusos kämpften damals wie auch heute noch für eine

Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche und bezogen das insbesondere unter dem Begriff der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien auf die Wirtschaft.

Wie ging es weiter?

Nach der vollzogenen Linkswende gab es verschiedene Strömungen bei den Jusos. Es gab die reformsozialistische Strömung, die Refos genannt wurde. Sie wollten den Kapitalismus durch schrittweise „systemüberwindende“ Reformen überwinden. Im Hannoveraner Kreis schloss sich die Juso-Linke zusammen, die der aus Frankreich übernommenen Theorie des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap“) anhing. Diese gingen davon aus, dass der Kapitalismus eine immer stärkere Konzentration des Kapitals hervorbringe und diese Monopole würden den formal demokratisch organisierten Staatsapparat zunehmend unterordnen. Die „AntirevisionistInnen“ wiederum lehnten dies ab, da nach ihrer Auffassung die kapitalistische Konkurrenz selber die Monopolisierungstendenzen immer wieder sprengen würde.

Die Meinungsstreitigkeiten manifestierten sich stets auch in Auseinandersetzungen um größere Juso-Papiere, in denen um Analyse und politische Strategie gestritten wurde.

Die „Herforder Thesen“ zur Arbeit von Marxisten in der SPD von 1980, die von der Juso-Linken entwickelt wurden, zeichneten sich durch ein Bekenntnis zur Meinungs- und Organisationsfreiheit aus. Sie entwickelten deshalb eine klare sozialistische Alternative zur Realität in der Sowjetunion und der DDR. Außerdem wurde in den Thesen die Theorie des „demokratischen Übergangs zum Sozialismus“ vertreten.

In den 80er Jahren wirkten die neuen sozialen Bewegungen auch auf die Jusos. Die Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegung spielten eine große Rolle. In den „53 Thesen des Projekts Moderner Sozialismus“ von 1989 wurde insbesondere unter dem Begriffspaar „Sozialismus und Feminismus“ eine neue Bewertung der Geschlechterverhältnisse für eine emanzipatorische Gesellschaftsveränderung vorgenommen.

Mit der „jugendpolitischen Orientierung“ versuchten die Jusos, ihre Rolle als Jugendverband wieder zu stärken. Mit einer im Zuge verlängerter Ausbildungszeiten sich herausbildenden eigenständigen Jugendphase wurden gewachsene Lebensansprüche der Jugendlichen konstatiert. Diese wurden als eine emanzipatorische Kraft begriffen, da die Verteidigung von Selbstbestimmung gegen die kapitalistische Vereinnahmung als Hebel zur Gewinnung der Jugendlichen für sozialistische Politik gesehen wurde.

Anfang der 90er Jahre beschäftigte die Jusos die Wiedervereinigung in einer politischen Dimension, in der das Scheitern des Realsozialismus zu analysieren und daraus die Konsequenzen gezogen werden mussten. Manifestiert wurde dies auf dem Potsdamer Bundeskongress 1991 mit der Grundsatzerklärung des gesamtdeutschen Jusos-Verbandes, die bis heute gilt.

Und heute?

Trotz aller Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen des Verbandes einte die Jusos seit der Linkswende in der Mehrheit die Überzeugung, dass der „demokratische Sozialismus“ des SPD-Grundsatzprogramms nur durch eine grundlegende Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsformation Wirklichkeit werden kann. Das rührt vor allem daraus, dass durch die Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung und der auf systemimmanente Gestaltung gerichteten Politik der SPD, Menschen stets aufs Neue zu Widerstand in Form von Protest, sozialen Bewegungen und Widerstand herausgefordert werden. Diese Grundüberzeugungen haben die Jusos durch die Annahme der Thesen „Für eine Linke der Zukunft“ 2008 nochmals eindrucksvoll bestätigt.

Dafür und für einen sozialistischen, feministischen, internationalistischen und antifaschistischen Jugendverband heute und in Zukunft zu kämpfen, ist unser täglicher Antrieb. Wir wissen: Nichts ist naturgegeben, alles lässt sich verändern. Deshalb sind wir alle gemeinsam als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten aktiv und kämpfen für den demokratischen Sozialismus

S

Sonstige Anträge

S 9 – BZ Hessen-Süd

Anrechnung stoppen! - Ferien- und Nebenjobs für Kinder in Bedarfsgemeinschaften ermöglichen!

Gerade in den Ferien und in der Freizeit nutzen Jugendliche die Gelegenheit, durch kleinere Tätigkeiten ihr Taschengeld aufzubessern. Egal, ob es sich dabei um einen Nebenjob als Zeitungsausträger oder in einem anderen Bereich handelt. Junge Menschen machen damit ihre ersten Erfahrungen im Berufsleben und lernen neben dem tagtäglichen Alltag in der Schule auch Praxiserfahrung kennen.

Für Kinder von Arbeitslosengeld II Empfängern rechnen sich solche Nebentätigkeiten finanziell jedoch kaum. Durch die Anrechnung von Einkommen ab einer Höhe von 100 Euro zur Bedarfsgemeinschaft bleibt den Jugendlichen bei einem 400-Euro Job gerade einmal 160 Euro übrig. Dies führt zu steigender Frustration in Verbindung mit ALG II und ist letztlich ein Hemmnis für die Aufnahme von Nebenjobs. Gleichzeitig wird ein Erfolgsgefühl, sich etwas durch Arbeit leisten zu können verhindert.

Wir fordern, dass Kinder und junge Erwachsene die in Bedarfsgemeinschaften leben nicht länger schlechter gestellt werden als alle anderen. Einnahmen aus geringfügiger Beschäftigung oder Ferienjobs dürfen nicht mit den Regelsätzen der Bedarfsgemeinschaften verrechnet werden. Die Regelungen, die für Kinder und junge Erwachsene aus Nicht-Bedarfsgemeinschaften getroffen wurden, (Wenn das Gesamtjahresnetto von 7.680 Euro zzgl. Werbungskosten und Sozialversicherungsbeiträge übersteigt, muss das Kindergeld durch die Eltern zurückgezahlt werden.) müssen auch für Kinder und junge Erwachsene aus Bedarfsgemeinschaften gelten.

LINKS. KONKRET. GERECHT.

**Beschlussbuch
Juso-Bundeskongress 2010**

18. bis 20. Juni, Essen/CCE Congress Center Essen



1	Inhaltsverzeichnis	
2		
3	A2	Wer hat, dem gibt Schwarz-Gelb – nicht mit uns! S. 3
4	B1	Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors S. 5
5	B4/7	Hartz und weiter? – Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik ist möglich! S. 7
6	B11	Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten verhindern,
7		Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stärken! S. 21
8	C1	Wider die nationale Denke – für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft S. 25
9	C4	Gegen die Bagatellisierung rechter Gefahren – keine Zustimmung zur
10		Extremismusthese S. 32
11	E3	Für einen nachhaltigen Frieden in Afghanistan! S. 37
12	F1	Die solidarische digitale Gesellschaft S. 51
13	G4	Der Mythos der Freiwilligkeit – Wege aus der Prostitution schaffen S. 70
14	I1	Links. Konkret. Gerecht Update zum Arbeitsprogramm 2010 S. 77
15	I2	Mit einem solidarischen Wachstumspfad für Europa aus der Krise S. 86
16	I3	Widerstand gegen das Schwarz-gelbe Sparpaket! S. 96
17	I4	Bildungsstreik -Es geht weiter bis die Forderungen erfüllt sind! S. 101
18	I5	Jusos fordern Unterstützung für Gauck S. 104
19	J1	Links 2010 – Jugend. Gesellschaft. Veränderung S.105
20	K1	Systemerror – Bitte starten Sie neu! S. 115
21	K2	Gerecht umverteilen. Steuereinnahmen erhöhen – staatliche Aufgaben
22		finanzieren S. 131
23	M1	Gleichberechtigte Partner! Unsere Unterstützung für Vereine Jugendlicher mit
24		Migrationshintergrund S. 155
25	N1	Energie- und Rohstoffeffizienz steigern – Für Arbeitsplätze, Klimaschutz
26		und soziale Gerechtigkeit! S. 158
27	W1	Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen! S. 168
28		



Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Wer hat, dem gibt Schwarz-Gelb – nicht mit uns!

2 Die Jusos lehnen die von der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte drastische
3 Erhöhung des einkommensunabhängigen Teils der Stipendien der Begabtenförderungswerke
4 ab. Wie die im September erschienene Studie des Hochschulinformationssystems gezeigt hat,
5 stammen zwei Drittel der durch die Begabtenförderungswerke geförderten Studierenden aus
6 Akademikerhaushalten. Sie schaffen es ohnehin bereits häufiger bis zur Hochschulreife und
7 nehmen ein Studium auf.

8

9 Viele der durch die elf großen Stiftungen geförderten Studierenden könnten auch ohne ein
10 Stipendium problemlos ein Studium aufnehmen – was sich auch daran erkennen lässt, dass sie
11 überproportional oft bereits das elterliche Heim verlassen haben.

12

13 Aus diesen Gründen lehnen wir auch das von der Regierungskoalition geplante nationale
14 Stipendiensystem grundsätzlich ab. Es ist ein sozial selektives Instrument zur Spitzen- und
15 Elitenförderung und somit keine unterstützenswerte Säule für ein Studienfinanzierungssystem
16 der Zukunft.

17

18 Diese Zahlen zeigen uns Jusos außerdem, dass ein Stipendiensystem mit seinen
19 Leistungsanforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber sowohl im akademischen als
20 auch im persönlichen Bereich keine Alternative zum BAföG darstellt. Erstes Ziel des BAföG
21 muss es sein, möglichst vielen Kindern aus einkommensschwachen Familien ein
22 Hochschulstudium zu ermöglichen. Hierfür halten wir es für nötig, das BAföG als
23 bedarfsdeckenden Vollzuschuss zu Gewähren. Die Aussicht, nach dem Studium zunächst
24 einen Schuldenberg von bis zu 10.000 € abzahlen zu müssen, hält erwiesenermaßen besonders
25 Kinder aus bildungsfernen Schichten vom Studium ab. Daneben ist es unabdingbar, die
26 inzwischen viel zu niedrigen Freibeträge zu erhöhen, um wesentlich mehr junge Menschen

1 finanzielle Unterstützung für ihre Ausbildung zukommen zu lassen. Langfristig muss jedeR
2 durch eine entsprechende finanzielle Unterstützung die Möglichkeit bekommen, ein Studium
3 unabhängig von dem Einkommen seiner Eltern aufzunehmen.

4

B1

Bundeskongress Essen

18.-20.Juni 2010

Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors

2 Der Bundesparteitag möge beschließen, zur Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand, zur
3 Weiterleitung an die Bundestagsfraktion:

4

5 I) Die Jusos fordern die SPD und die Fraktionen in Bundestag, Landtagen und
6 Kommunalparlamenten auf, ein Konzept eines öffentlichen Beschäftigungssektors für
7 Langzeitarbeitslose zu entwickeln und auf die Umsetzung desselben hinzuarbeiten. Dieser
8 Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) soll unseren Anforderungen an Gute Arbeit (vor
9 allem Mindestlohn, Mitbestimmung, Sozialversicherungspflicht) gerecht werden. Der ÖBS
10 erfüllt die Kriterien der Gemeinwohlorientierung, ist keine Zwangsmaßnahme für den/die
11 BetroffeneN. Er ist als neu geschaffene Arbeitsstelle zusätzlich und ersetzt dadurch keine
12 bisher bestehenden Beschäftigungsverhältnisse. Perspektivisch verfolgen die Jusos die
13 Zusammenführung der bestehenden Zersplitterung in mehrere Arbeitsmärkte zu einem
14 sogenannten integrativen Arbeitsmarkt.

15 II) Die Finanzierung erfolgt über die Bündelung der bisherigen gesamtstaatlichen Ausgaben
16 für Langzeitarbeitslose (ALG II, Hilfen zur Unterkunft und den Entgelten für die bisherigen
17 Maßnahmen nach §§16ff SGB II) auf lokaler Ebene. Die Einbeziehung weiterer
18 Fördermittel, z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds wird überprüft. Dies geschieht in der
19 Überzeugung, dass es humaner, effektiver und effizienter ist, sinnvolle und anspruchsvolle
20 Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zur Schließung etwaiger
21 Finanzierungslücken sind Fördermittel bereitzustellen, die von kommunalen
22 Beschäftigungsprojekten abrufbar sind.

23 III) Träger öffentlich geförderter Beschäftigung sind die Kommunen selbst oder im Einklang
24 mit den gesetzlichen Bestimmungen gemeinnützige Einrichtungen (Wohlfahrtsverbände,
25 Sozialverbände, Vereine, Bürgerinitiativen). Dabei ist es wichtig soziale

1 Beschäftigungsunternehmen als festen Bestandteil des ÖBS zu verankern und ihnen damit
2 eine gesetzlich wie auch wirtschaftlich gewollte Rolle zu zuteilen. Es besteht
3 Rechenschaftspflicht gegenüber einem regionalen Gremium aus Gewerkschaften,
4 Arbeitgebern und Kommune, dieses ist Organisator und Koordinator von
5 Beschäftigungsprojekten. Dabei muss auch geklärt werden, inwieweit auf dem ÖBS auch
6 marktnahe Tätigkeiten generiert werden können, damit nicht nur Nischenarbeiten und
7 Substitute von regulärer Erwerbsarbeit gestützt werden, die weder dem Erhalt der
8 Beschäftigungsfähigkeit noch die Durchlässigkeit zum sog. ersten Arbeitsmarkt erhöhen.

9 IV) Mögliche Beschäftigungsfelder: 1. Ausbau von soziokultureller Infrastruktur (z.B.
10 Beratungsstellen, Archive, Frauenhäuser, Fanprojekte, Nachbarschaftstreff, Ateliers). 2.
11 Jugend- und altersbezogene Tätigkeiten (z.B. Kinderbetreuung außerhalb der KITA-
12 Öffnungszeiten, Erhöhung der Mobilität für Menschen mit Behinderungen, ergänzende
13 pflegerische Tätigkeiten, Streetwork, Ausbau Schulsozialarbeit). Die durch die Verkürzung
14 der Zivildienstzeit wegfallenden Zivildienststellen können durch eben jene Beschäftigten des
15 ÖBS ersetzt werden. Es gilt darauf zu achten, die bereits in diesen Bereichen bestehenden
16 Arbeitsplätze nicht zu entwerten. Gleichzeitig sollte auch ein Mindestqualitätsanspruch an der
17 geleisteten Arbeit durch die Beschäftigten im ÖBS gegeben sein. Da in einem ÖBS auch
18 immer der Aspekt der sozialen Hilfe v.a. mit Blick auf die sozial-integrative Ausrichtung
19 sowie die Gemeinwohlorientierung mitgedacht werden muss, sind die jeweiligen
20 Beschäftigungsangebote hinsichtlich dieses Aspektes zu überprüfen. Dieser kann
21 beispielsweise in einer besonderen Tätigkeitsorganisation oder einer zusätzlichen sozialen
22 Betreuung erfüllt werden, wobei dies dem Beschäftigungsträger grundsätzlich frei gestellt ist
23 und innerhalb einer Konzeption dargelegt werden muss.

24

B4/7

Bundeskongress

18.-20.Juni 2010 Essen

Hartz und weiter? – Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik ist möglich!

2

3 **Kein Ende der Diskussion!**

4 Kaum eine politische Reform der letzten Jahre hat die öffentliche Debatte so sehr bestimmt
5 wie die Gesetze zur Modernisierung des Arbeitsmarkts der rot-grünen Bundesregierung.

6

7 Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Hartz IV-Regelsätzen für
8 Erwachsene und Kinder ist erneut eine intensive Diskussion über die Zukunft
9 arbeitsmarktpolitischer Reformen und die menschenwürdige Existenzsicherung von
10 Erwerbslosen entbrannt. Während einerseits Neoliberale wie Guido Westerwelle erwerbslosen
11 Menschen pauschalen Unwillen zur Arbeit unterstellen und eine Verschärfung der
12 bestehenden Restriktionen verlangen, erschöpfen sich andererseits Vorschläge in der
13 richtigen, aber unzureichenden Forderung nach höheren Regelsätzen oder einem plumpen
14 „Hartz IV muss weg“.

15

16 Gleichzeitig hat das Zusammenspiel aus Arbeitszwang und zunehmender Deregulierung des
17 Arbeitsmarktes eine Expansion prekärer Beschäftigung zur Folge. Die Bundestagswahlen
18 2009 haben der SPD nochmals vor Augen geführt, dass die Hartz-Reformen zu einem großen
19 Vertrauensverlust geführt haben. Grund dafür ist kein Kommunikations- sondern ein
20 neoliberales Ideologieproblem der Sozialdemokratie.

21

22 Die SPD tut sich dagegen schwer mit der Debatte um die Zukunft von Arbeitsmarktpolitik
23 und sozialstaatlicher Alternativen. Zum einen stellt sie sich zwar gegen Vorschläge, die eine
24 weitere Verschärfung von Hartz IV fordern, zum anderen hält sie jedoch immer noch
25 weitgehend an den von ihr selbst beschlossenen und gescheiterten Arbeitsmarktreformen fest

1 und ist zu einer schonungslosen Analyse nicht bereit. Öffentlich (zu Recht sehr kritisch)
2 wahrgenommen wurde lediglich der Vorschlag von Hannelore Kraft, Langzeitarbeitslosen mit
3 einem „symbolischen Aufschlag“ für freiwillige und gemeinnützige Jobs zu „helfen“.

4

5 Mit dem Präsidiumsbeschluss „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ wurde ein Auftakt zur Debatte
6 gemacht, der zwar teilweise in die richtige Richtung weist, aber nach wie vor erhebliche
7 Lücken aufweist, das Ausmaß sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik in den vergangenen
8 Jahren nicht hinreichend analysiert und hinter dem notwendigen Reformbedarf insbesondere
9 bei der Ausgestaltung des ALG II zurückbleibt.

10

11 Dabei ist mittlerweile, sieben Jahre nach der Einführung der „Hartz-Reformen“, klar, dass
12 viele Konzepte gescheitert sind. Während einerseits das Armutsrisiko und die Angst vor
13 einem Abrutschen in die Langzeitarbeitslosigkeit massiv angestiegen sind, ist zeitgleich die
14 Einkommensschere weiter auseinandergegangen. Deutlich angestiegen ist der
15 Niedriglohnsektor, während die Zahl sozialversicherungspflichtiger
16 „Normalarbeitsverhältnisse“ parallel gesunken ist.

17

18 An der Notwendigkeit einer inhaltlichen Erneuerung der SPD nach dem katastrophalen
19 Wahlergebnis zur Bundestagswahl besteht indes kein Zweifel. Die SPD muss an erster Stelle
20 in ihrem originären Politikfeld, der sozialen Gerechtigkeit, neue Glaubwürdigkeit erlangen,
21 wenn sie als linke Volkspartei wieder gesellschaftliche Deutungshoheit und parlamentarische
22 Mehrheitsfähigkeit erlangen will. Dazu ist eine Arbeitsmarktpolitik erforderlich, in deren
23 Mittelpunkt die Teilhabe aller Menschen steht: durch eine aktive Beschäftigungs- und
24 Qualifizierungspolitik, gute Arbeit und die menschenwürdige Absicherung gegen
25 Arbeitslosigkeit steht. Gleichzeitig ist – gerade angesichts der Folgen der Wirtschaftskrise –
26 die Entwicklung einer solidarischen Arbeitsmarktpolitik die notwendige Voraussetzung, um
27 der neoliberal-rechten Bundesregierung eine wirksame Alternative entgegen zu setzen. Wir
28 Jusos wollen diesen Prozess intensiv begleiten und uns auf allen Ebenen in die Debatte
29 einbringen.

30

31 **Kein Neubeginn ohne Analyse: Ergebnisse rot-grüner Reformpolitik**

1 Mit den Hartz-Reformen, deren Leitbild „Fördern und Fordern“ sowie „Eigenaktivitäten
2 auslösen - Sicherheit einlösen“ war, wurde der Paradigmenwechsel vom aktiven zu einem
3 aktivierenden Sozialstaat vollzogen. Der/die moderne, innovative und flexible BürgerIn solle
4 mehr Eigenverantwortung und Initiative übernehmen für die er/sie belohnt und im Notfall
5 abgesichert werden würde. Staatliche Unterstützung beschränkt sich danach vorrangig auf den
6 Aufbau individuellen Humankapitals, um die marktgerechte Verwertbarkeit des Individuums
7 und dessen Bestehen in der politisch forcierten Wettbewerbsgesellschaft sicherzustellen.
8 Arbeitslosigkeit ist demnach ein individuelles und kein gesellschaftliches Problem mehr.

9

10 Um die „Schuld“ erwerbsloser Menschen an ihrer Arbeitslosigkeit zu unterstreichen, wurden
11 diese nun unter der Parole des „Förderns und Forderns“ und unter Androhung der stufenweise
12 Kürzung der ALG II-Bezüge (bis zu 100%) dazu gezwungen, jedes unterbreitete
13 Beschäftigungsangebot anzunehmen. Mit den neuen Zumutbarkeitsregelungen wurden
14 Marktkriterien wie „Nützlichkeit“ oder „Verwertbarkeit“ auf das Zusammenleben von
15 Menschen angewandt wurden und damit die Menschenwürdegarantie in Frage gestellt.

16

17 Effekt dieses Ansatzpunktes ist eine Stigmatisierung und Ausgrenzung erwerbsloser
18 Menschen. Am Ende einer langen Kette aus Sanktionen und Zumutbarkeiten, die den Druck
19 zur Arbeitsaufnahme erhöhen sollen, steht der gebrochene und gedemütigte Mensch. Seinen
20 Rechten entzogen und als „Kunde“ einen oktroyierten Vertrag – der
21 Eingliederungsvereinbarung – zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einwilligen muss,
22 da diese sonst qua Verwaltungsakt umgesetzt werden kann. Dieses Zwangsprinzip steht
23 diametral zum Prinzip der Eigeninitiative, da sie unterstellt, dass es diese Motivation nicht
24 gäbe.

25

26 Gerade der Zwang, Einbußen bei der Entlohnung, dem Qualifikationsanspruch einer
27 Arbeitsstelle oder räumliche Mobilität aufzuweisen, die sich in den Zumutbarkeitsregelungen
28 im SGB II und in abgeschwächter Form im SGB III manifestieren, sind volkswirtschaftlich
29 unvernünftig. Menschen sind in ihren gelernten Berufen in der Nähe ihres Wohnorts
30 motivierter, flexibler einsetzbar und produktiver. Mit der Sanktionskeule in der Hand wird
31 versucht, genau diese Zumutbarkeitskriterien umzusetzen.

1

2 Das Versprechen der „Förderung“ hingegen wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft eingelöst
3 und begrenzte sich auf zeitlich eingeschränkte Qualifizierungsangebote. Mit der Umstellung
4 der Weiterbildungsangebote für erwerbslose Menschen wurden die Mittel der BA für
5 Weiterbildung von 2002 bis 2004 um die Hälfte gekürzt, 50.000 WeiterbildnerInnen von
6 freien Trägern auf einen Schlag in die Arbeitslosigkeit geschickt – und damit eine gesamte
7 Branche in den Ruin getrieben.

8

9 Die Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe hat zugleich das Ungerechtigkeitsempfinden bei
10 abhängig Beschäftigten deutlich erhöht. Wenn auch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und
11 Arbeitslosenhilfe ein richtiger Schritt war, so hat aber die deutliche Verkürzung der
12 Bezugsgrenze beim Arbeitslosengeldes (heute ALG I) auf grundsätzlich 12 Monate sowie die
13 Kürzung des Vermögensfreibetrages dazu geführt, dass die Angst vor Arbeitslosigkeit
14 unmittelbar mit dauerhaftem gesellschaftlichen und materiellen Abstieg verknüpft wurde. Das
15 sozialstaatliche Prinzip der Lebensstandardsicherung wurde durch Hartz IV weitgehend
16 abgeschafft: Mit der Hartz IV-Reform war es nunmehr egal, ob einE ArbeitnehmerIn zwei
17 oder zwanzig Jahre lang beschäftigt war, ein Rückfall auf die „Grundsicherung“ galt für alle
18 ArbeitnehmerInnen unter 50 Jahren. Der Kreis der potenziell von Armut bedrohten
19 Menschen wurde so deutlich erweitert und erfasst nunmehr breite gesellschaftliche Schichten.
20 Das Vertrauen der abhängig Beschäftigten und erwerbslosen Menschen in einen gerechten
21 und Teilhabe sichernden Sozialstaat wurde damit nicht nur erschüttert, sondern nachhaltig
22 verspielt.

23

24

25 **Jobwunder Hartz-Reformen?**

26

27 Im März 2003 begründete Gerhard Schröder die Agenda 2010 und die darin enthaltenen
28 Hartz-Reformen damit, dass es nur so möglich sei „wieder an die Spitze der wirtschaftlichen
29 und sozialen Entwicklung in Europa zu kommen“. Im Februar 2002 beauftragte die rot-grüne
30 Regierung die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ damit,
31 Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, mit denen die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2005

1 um zwei Millionen abgebaut werden kann.

2

3 Eine ausschließlich angebotsseitige Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose von Opfern zu Tätern
4 undefiniert, kann keinen Erfolg haben. Die Konzentrierung auf Mismatch-Arbeitslosigkeit
5 und das Ausblenden struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit aufgrund einer
6 schwachen Binnenkonjunktur sind deutlich sichtbare Mängel des Reformversuches.

7

8 Die BefürworterInnen der Agenda-Reformen beziehen sich oftmals auf die positive
9 Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 2005 bis 2008 und sehen darin den Erfolg der
10 sozialdemokratischen Arbeitsmarktreformen bestätigt. Bei dieser Argumentation bleibt
11 natürlich offen, warum der Arbeitsmarkt zwischen Inkrafttreten von Hartz I und II im Jahre
12 2002 bis 2005 eher stagnierte oder sich gar zum Negativen entwickelte.

13

14 Bei der quantitativen Betrachtung fällt auf, dass die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB
15 III wesentlich stärker zwischen 2005 und 2009 sank als im Rechtskreis des SGB II. Zwischen
16 2003 und 2006 ging die Zahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sogar zurück.
17 Entgegen dem Umfang der Arbeitslosigkeit hat sich die Lage im Hinblick auf den Bestand
18 der Langzeitarbeitslosigkeit und der durchschnittlichen Dauer einer Arbeitslosigkeitsperiode
19 seit den Hartz-Reformen signifikant verschlechtert. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen stieg
20 von 34,8% (2003) auf 40,3% (2007). Die durchschnittliche Dauer einer abgeschlossenen
21 Arbeitslosigkeitsperiode ist von 37,4 Wochen (2003) auf 42,1 Wochen (2007) angewachsen.
22 Trotz guter konjunktureller Entwicklung waren rund 5,575 Millionen Menschen, inklusiver
23 verdeckter Arbeitslosigkeit und „stiller Reserve“, ohne Erwerbsarbeit.

24

25 Ebenso ist unter qualitativen Gesichtspunkten fraglich, wohin die ehemaligen Arbeitslosen
26 gingen. Es zeigt sich, dass nur ein Bruchteil die Arbeitslosigkeit in Richtung ersten
27 Arbeitsmarkt beendete. Die Zahlen der Abgangsquoten in den zweiten Arbeitsmarkt steigen
28 seit 2003 stetig und auch die Abgänge, bspw. in den Vorruhestand, steigen an.

29

30 Die Hartz-Reformen haben auch nicht, wie oft behauptet, zum Beschäftigungsaufschwung in

1 Deutschland beigetragen. Vielmehr hat ein besonders kräftiger weltweiter konjunktureller
2 Aufschwung zwischen 2005 und 2008 zu mehr Beschäftigung geführt. Reallohnverluste,
3 atypische Beschäftigung und sinkende Transferleistungen haben sich eher blockierend auf
4 einen stärkeren und nachhaltigen Aufschwung des Arbeitsmarktes ausgewirkt. Im
5 internationalen Vergleich zeigt sich auch, dass die Flexibilität des Arbeitsmarktes keine
6 positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung hat.

7

8 **Leiharbeit und Niedriglöhne**

9 Neben dem Umgang mit erwerbslosen Menschen hat die rot-grüne Reformpolitik zu
10 erheblichen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Während die Anzahl der
11 „NormalarbeitnehmerInnen“ von 1998 bis 2008 um eine Million gesunken ist, gab es im
12 gleichen Zeitraum einen Anstieg von 1,5 Millionen atypischen Arbeitsverhältnissen. Diese
13 Entwicklung ist primär das Ergebnis politischer Steuerung – etwa durch die Ausweitung der
14 Leiharbeit oder die Schaffung eines Niedriglohnsektors. Sie hat zu erheblichen
15 Einkommensunterschieden und einem massiven Anstieg prekär Beschäftigter geführt:
16 Atypisch Beschäftigte verdienen im durchschnittlich ein Drittel weniger als regulär
17 Beschäftigte.

18

19 Die massive Lockerung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durch die rot-grüne Koalition
20 hat den Bereich der Leiharbeit explodieren lassen. Seit 2004 hat sich die Zahl der
21 LeiharbeiterInnen mehr als verdoppelt – die Befürchtung, dass Unternehmen das an sich
22 richtige Instrument (um Produktionsengpässe in Boomphasen abzufedern) missbrauchen, um
23 Personalkosten einzusparen und reguläre Stellen abzubauen, hat sich bestä- tigt. Durch
24 Tarifverträge im Zeitarbeitsbereich wurde (trotz des formalen Festhaltens am Equal-pay-
25 Prinzip) ermöglicht, dass LeiharbeiterInnen weniger verdienen als Stammebelegschaften. Nicht
26 zuletzt infolge der Wirtschaftskrise wurde die prekäre Situation von LeiharbeiterInnen
27 deutlich, die als erste entlassen wurden. In den nächsten Monaten besteht nunmehr die
28 Gefahr, dass die konjunkturelle Erholung nach der Krise vor allem durch LeiharbeiterInnen
29 abgedeckt wird – und damit neue reguläre Beschäftigungsverhältnisse gar nicht erst entstehen.

30

31 Mit der Hartz-Gesetzgebung und insbesondere der Einführung von Mini- und Midijobs

1 wurde zugleich bewusst ein Niedriglohnsektor geschaffen. Dieser Sektor, den Gerhard
2 Schröder als „einen der besten in Europa“ lobte, hat dazu geführt, dass mittlerweile 6,5
3 Millionen Menschen im Niedriglohnbereich arbeiten – das ist mehr als jedeR fünfte abhängig
4 Beschäftigte. Betroffen sind davon insbesondere Frauen, junge Beschäftigte sowie Menschen
5 mit Migrationshintergrund. Der Stundenlohn im Niedriglohnbereich hat sich seit den 90er
6 Jahren real sogar verringert und lag im Jahr 2007 bei 6,88 Euro (West) bzw. 5,60 Euro (Ost).
7 Etwa 3,3 Millionen Menschen (oder 10% aller Beschäftigten) arbeiten in Deutschland
8 mittlerweile zu einem Stundenlohn von unter 6 Euro.

9 Aber auch im Bereich der selbstständigen Beschäftigung haben die Reformen für fatale
10 Entwicklungen gesorgt. Mit Konstruktionen wie der "Ich AG" wurde das selbstständige
11 Arbeiten als NiedrigentlohnteR staatlich direkt gefördert. Das Leitmotiv der Reformen, durch
12 stärkeren Druck auf Arbeitssuchende und weniger Sicherheiten für Arbeitende, mehr
13 Menschen in Beschäftigung zu bringen, führte auch unter den Selbstständigen zu einer großen
14 Angst vor dem sozialen und gesellschaftlichen Abstieg und damit zu einer erhöhten
15 Bereitschaft zur Selbstausbeutung. Unter den Selbstständigen – aber auch im wachsenden
16 Bereich der Scheinselbstständigkeit – sind prekäre Einkommen vielfach die Realität.

17

18 **Sozialdemokratischer Neubeginn: Für eine menschenwürdige, solidarische** 19 **Arbeitsmarktpolitik**

20 Aus dem Dornröschenschlaf erwacht, fordert die SPD im Vorfeld der Wahlen in Nordrhein-
21 Westfalen erstmals umfangreiche, konkrete inhaltliche Reformen der Arbeitsmarktpolitik.
22 Diese Auseinandersetzung mit den Entscheidungen der Regierungsjahre begrüßen wir
23 ausdrücklich. Auch wenn die SPD damit von ihrem alten Kurs abrückt, bleibt sichtbar, dass es
24 keinen vollständigen Abschied vom „alten“ Denken geben wird.

25

26 Die Arbeitsmarktreformen waren ein wichtiger – und nach Jahren der arbeitsmarktpolitischen
27 Stagnation unter der Regierung Kohl – längst überfälliger Schritt für eine Reform des
28 Arbeitsmarktes. Viele möglicherweise positive Intensionen sind jedoch gescheitert. Weder die
29 Gewährung der Leistungen aus einer Hand kann als wirklich geglückt bezeichnet werden,
30 noch die stärkere Förderung von ehemaligen SozialhilfeempfängerInnen verläuft erfolgreich-

31

1 Weiterhin ist seit 2005 die Arbeitslosigkeit zwar deutlich gesunken, jedoch ist dies weniger auf
2 die Reformen, als auf die bessere konjunkturelle Situation zurückzuführen. Gleichzeitig ist der
3 Anteil der Normalarbeitsverhältnisse deutlich gesunken, neue Arbeitsverträge wurden v.a. im
4 prekären Bereich abgeschlossen. Auch dazu haben die Arbeitsmarktreformen beigetragen. Ein
5 Erfolg ist das nicht. Weiterhin wurde der Druck auf die Löhne, nicht nur durch die globalen
6 Märkte sondern auch durch die Zwangsmechanismen in der Grundsicherung, forciert.

7

8 Wir wollen den sozialdemokratischen Neubeginn – Jetzt! Die neoliberale und
9 sozialdarwinistische Hetze gegen angeblich „arbeitsunwillige“ oder ökonomisch nicht
10 „nützliche“ ALG II- BezieherInnen ist reiner Zynismus gegenüber all jenen Menschen, die
11 unverschuldet in Arbeitslosigkeit geraten sind. Richtig ist stattdessen: Arbeitlose Menschen
12 wollen erneut eine Beschäftigung finden. Dies zeigen mittlerweile auch Untersuchungen, die
13 deutlich machen, dass sich erwerbslose Menschen meist auch jenseits der Angebote von
14 Arbeitsagenturen um eine Beschäftigung bemühen, um ihre materielle Situation zu verbessern
15 und eine würdevolle Perspektive zu haben. Sie wollen nicht auf Grundsicherung angewiesen
16 sein, sondern durch eine Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

17

18 Für uns Jusos liegt die Ursache von Arbeitslosigkeit nicht in individuellem Verschulden,
19 sondern in zu wenigen Arbeitsplätzen und der falschen Verteilung von Arbeit – und ist damit
20 Ergebnis einer mangelhaften Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Wenn
21 die SPD glaubhaft als eine Partei wahrgenommen werden will, die bessere Bildung und gute
22 Arbeit und die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg aller umsetzen kann, muss sie sich
23 von den Hartz- Dogmen lösen und solidarische Alternativen aufzeigen.

24

25 Unser Ziel ist, dass die SPD langfristig wieder gesellschaftliche Deutungshoheit und
26 parlamentarische Mehrheiten erlangen kann. Dazu muss sie zunächst aus ihrer
27 Oppositionsrolle heraus eine ehrliche Analyse der arbeitsmarktpolitischen Reformen
28 veranlassen und sich zugleich zu den Fehlentwicklungen bekennen. Wir begrüßen die
29 entsprechende Ankündigung des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und der Parteispitze,
30 diese Diskussion gemeinsam mit allen Gliederungen führen zu wollen und werden uns darin
31 auch intensiv einbringen. Wir Jusos fordern zugleich, dass dazu die bestehenden

1 wissenschaftlichen Gutachten und Evaluationen von Hartz I-IV in eine schonungslose
2 Analyse einbezogen werden. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften und Sozialverbände in
3 diesen Prozess eingebunden werden. Mit ihnen gemeinsam muss auch mittelfristig ein
4 Konzept für eine solidarische Arbeitsmarktpolitik entwickelt werden, mit dem die SPD
5 Menschen begeistern und gesellschaftliche Solidarität verwirklichen kann.

6

7 Wir fordern eine ehrliche Auseinandersetzung der SPD mit den Arbeitsmarktrefor-
8 men. Grundlage ist notwendigerweise eine ehrliche Analyse der Stärken, aber insb. der Schwächen
9 der Reformen. Wir wollen uns nicht länger Fehlentscheidungen schön reden, sondern endlich
10 die Basis für eine ernstgemeinte Reform der Arbeitsmarktpolitik schaffen. Grundlegendes
11 Verständnis muss sein, dass Arbeitslosigkeit strukturelle und nicht nur individuelle Ursachen
12 hat. Auf dieser Basis müssen arbeitsmarktpolitische Entscheidungen getroffen werden.

13

14 Leitbilder einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik sind für uns Jusos Menschenwürde,
15 Gleichheit und Solidarität. Eine Arbeitsmarktpolitik, die sich an diesen Leitbildern orientiert,
16 muss ein Leben in Würde und die Teilhabe aller Menschen gewährleisten. Dazu ist eine
17 kurzfristige Korrektur der bestehenden Sozialgesetzgebung genauso notwendig wie ein neuer
18 sozialdemokratischer Gesellschaftsentwurf.

19

20

21 **Kurzfristige Forderungen an sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik**

22 Als Oppositionspartei muss sich die SPD zu den offenkundigen Fehlentwicklungen
23 positionieren und in die aktuelle Debatte um die anstehende Novellierung der Hartz IV-
24 Regelungen eingreifen. Dazu sind insbesondere folgende Aspekte entscheidend:

25

26 Höhere Regelsätze für ein menschenwürdiges Leben

27

28 Die SPD muss sich für eine deutliche Anhebung der Regelsätze einsetzen, die eine
29 menschenwürdige Existenzsicherung ermöglichen. Die Regelsätze müssen verhindern, dass
30 Menschen auf Dauer „abgehängt“ und in strukturelle Armut gedrängt werden, aus der sie sich

1 nicht mehr befreien können. Insbesondere bei der Berechnung eines eigenständigen
2 Regelsatzes für Kinder müssen Mittel für Bildung und soziale Teilhabe eingeplant werden. In
3 diesem Zusammenhang halten wir Jusos auch an unserer Forderung nach einer Erhöhung und
4 vereinfachter Zuweisung des Kinderzuschlags fest.

5

6 Größere Anschaffungen wie eine Waschmaschine, aber auch notwendige Leistungen etwa
7 aufgrund von chronischer Krankheit oder Behinderung müssen durch die Wiedereinführung
8 von Einmalleistungen ermöglicht werden, soweit die Einbeziehung solcher Leistungen in den
9 Regelsatz nicht praktikabel gelöst

10 werden kann.

11

12 Um die Menschenwürde und gesellschaftliche Teilnahme über haushaltstechnische
13 Erwägungen zu stellen, fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Kommission, die
14 Empfehlungen zu den Regelsätzen erarbeitet.

15

16 Ausweitung des ALG I-Bezuges

17

18 Um die berechtigten Absteigsängste von Beschäftigten abzubauen, muss der Grundsatz der
19 Lebensstandardsicherung bei Arbeitslosigkeit wieder stärker berücksichtigt werden. Die
20 Bezugszeiten des ALG I müssen deshalb deutlich verlängert werden. Darüber hinaus muss
21 die Anerkennung des Vermögens aus früherer Berufstätigkeit deutlich ausgeweitet werden –
22 denn für den Fall der Arbeitslosigkeit haben ArbeitnehmerInnen in die
23 Sozialversicherungssysteme eingezahlt. Die etwa für die Altersversorgung angesparten
24 Vermögen dürfen nicht beschnitten werden. Die Ausweitung des ALG I darf nicht zulasten
25 der jüngeren ALG I - Bezieher gehen.

26

27 Abschaffung der Sanktionen im ALG II

28

29 Arbeitslosigkeit lässt sich nur wirksam bekämpfen, wenn ihre Ursachen untersucht und

1 behoben werden. Ursache für Arbeitslosigkeit sind nicht die erwerbslosen Menschen selbst,
2 die ganz im Gegenteil in der Regel wieder eine Beschäftigungsmöglichkeit finden wollen. Vor
3 diesem Hintergrund sind Sanktionen und Restriktionen reine Mechanismen der Schikane; sie
4 lösen kein arbeitsmarktpolitischen Problem, sondern verschärfen die Abstiegsängste von
5 Menschen und die gesellschaftliche Spaltung zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen.
6 Die im SGB II enthaltenen Sanktionen verstoßen gegen unser Verständnis von
7 Menschenwürde und sind mit einem sozialdemokratischen Menschenbild unvereinbar. Wir
8 fordern deshalb die Abschaffung der bestehenden Sanktionsmechanismen nach § 1 SGB II.

9

10 Die Abschaffung der Zumutbarkeitskriterien und Sanktionsregelungen und damit die
11 Aufhebung des Arbeitszwangs sind Basis für eine linke, progressive Arbeitsmarktpolitik. Die
12 Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften ist nicht nur aus feministischer Perspektive
13 notwendig, auch die Anrechnung des Einkommens von PartnerInnen und Kindern auf das
14 Einkommen der/s Hilfebedürftige/n lehnen wir ab. Die Abschaffung der „Stallpflicht“ für
15 unter 25jährige ist darüber hinaus dringend erforderlich.

16

17 Öffentlichen Beschäftigungssektor ausbauen

18

19 Wir Jusos setzen uns für den weiteren Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors ein. Wir
20 wollen Menschen Existenz sichernde Arbeit ermöglichen und längerfristig
21 Beschäftigungsperspektiven auch auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder herstellen. Dazu dürfen
22 nicht die Kosten für LeistungsempfängerInnen gegen die für öffentliche Beschäftigung
23 gegengerechnet werden. Wir fordern insbesondere die sozialdemokratisch geführten Länder
24 auf, dem erfolgreichen Berliner Beispiel zu folgen und öffentliche Beschäftigung auszuweiten.“

25

26 Arbeitspolitik gestalten

27

28 Über die menschenwürdige Absicherung bei Arbeitslosigkeit hinaus muss sich die SPD
29 intensiv für eine Regulierung von Arbeit einsetzen. Gute Arbeit ist nicht durch
30 Selbstverpflichtungen und Absichtserklärungen eines angeblich sozialen Marktes möglich. Sie

1 kann nur durch klare gesetzliche Regelungen zugunsten von ArbeitnehmerInnen umgesetzt
2 werden.

3

4 Die Intension der stärkeren Mitbestimmung begrüßen wir. Allerdings ist die reale Umsetzung
5 nach wie vor fraglich. Auch hier gilt es, nach Konkretisierungen zu suchen. Selbst in Betrieben
6 mit ausgeprägten Mitbestimmungsstrukturen zeigen sozialwissenschaftliche Studien auf, dass
7 das sog. Co-Management eine stärkere Orientierung der Beschäftigtenvertretung an
8 betrieblichen Belangen als an Beschäftigteninteressen zur Folge haben kann. Eine stärkere
9 Beteiligung der Belegschaften ist in diesen Fällen nur bedingt gewährleistet.

10

11 Leiharbeit re-regulieren!

12

13 Eine stärkere Absicherung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist unabdinglich. Leiharbeit
14 steht hier nur exemplarisch für viele Beschäftigungsverhältnisse, die zu niedrig entlohnt oder
15 unsicher sind, kaum Aufstiegs-, Mitbestimmungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten.
16 Für Leiharbeitsbeschäftigte muss der Grundsatz „equal pay und equal treatment“ gelten.
17 Neben der gleichen Entlohnung, sind betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die
18 Integration in den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu garantieren. Die
19 Sicherheit des Arbeitsplatzes muss außerdem über den Einsatz in einem Entleihbetrieb hinaus
20 gesichert sein. Die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes ist dringend notwendig.
21 Eine Millionen Menschen in Deutschland erhalten zusätzlich zu ihrem Lohn aufstockende
22 Leistungen durch die Grundsicherungsträger. Diesen Zustand lehnen wir ab. Die permanente
23 Subvention von Unternehmen durch das Hartz IV-Regime und den Niedriglohnsektor,
24 motiviert Unternehmen geradezu das Niedriglohnsegment massiv auszubauen.

25

26 Gleiche Löhne für gleiche Arbeit!

27

28 Die Notwendigkeit einer gleichen Entlohnung bei gleicher Arbeit gilt nicht nur für
29 LeiharbeiterInnen. Vor allem Frauen verdienen fast ein Viertel weniger als Männer. Die
30 Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind im Jahr 2009 sogar

1 angestiegen. Die Gründe für die ungleiche Einkommensverteilung sind äußerst vielfältig; sie
2 wurzeln aber in den traditionellen Geschlechterrollen, die Frauen die Kinder- und
3 Familienrolle zuschreiben und Männer als „Alleinernährer“ ansehen. Neben der besseren
4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Einrichtung flächendeckender und kostenfreier
5 Angebote zur Kinderbetreuung und einer geschlechtsneutralen Berufsberatung fordern wir
6 insbesondere die Aufnahme eines Verbots der Lohnungleichheit inklusive einer
7 Beweislastumkehr zugunsten der diskriminierten Person im Allgemeinen
8 Gleichbehandlungsgesetz.

9

10 Wo formale Regelungen zur Überwindung des gender pay gap möglich sind, müssen diese
11 umgesetzt werden. Deshalb fordern wir die Gleichbehandlung von Frauen und Männern
12 insbesondere auch bei Tarifverhandlungen und im öffentlichen Dienst durch die Festsetzung
13 geschlechtsunabhängiger und diskriminierungsfreier Bewertungssysteme.

14

15 Die Gleichstellung von Frauen stellt in unserer Gesellschaft nach wie vor ein zentrales
16 Aufgabengebiet dar. Wir Jusos haben bereits eine Vielzahl an Vorschlägen für dieses
17 Politikfeld. Auch die Arbeitszeitverkürzung hat einen zentralen Stellenwert, wenn man die
18 Integration von Frauen am Arbeitsmarkt, außerhalb prekärer Beschäftigung, stärken möchte.

19

20 Mindestlohn

21

22 Ziel der von der neoliberalen Bundesregierung losgetretenen Lohnabstandsdebatte ist, durch
23 die Losung der „Leistungsgerechtigkeit“ NiedrigverdienerInnen gegen Arbeitslose
24 auszuspielen. Unter Rückgriff auf inakzeptabel geringe Löhne von Millionen
25 ArbeitnehmerInnen fordern Westerwelle, von der Leyen und Co. noch niedrigere Hartz IV-
26 Sätze, härtere Sanktionen und Arbeitszwang für arbeitslose Menschen. Diese Debatte
27 entbehrt nicht jeder Grundlage – Beispielrechnungen etwa des Paritätischen
28 Gesamtverbandes machen deutlich, dass selbst GeringverdienerInnen mehr Geld erhalten als
29 ALG II-EmpfängerInnen. Vor allem wird durch diesen menschenverachtenden „race to the
30 bottom“ bewusst verschwiegen, dass die Löhne von prekär Beschäftigten menschenunwürdig
31 sind. Deshalb fordern wir weiterhin die Einführung eines allgemeinen, einheitlichen und

1 gesetzlichen Mindestlohns, um das Lohndumping nach unten zu stoppen. Gemeinsam mit
2 den Gewerkschaften fordern wir deshalb einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro, der nach
3 seiner Einführung regelmäßig angepasst werden muss.

4

5 Verbindliche Regeln für Praktika

6

7 Nach wie vor werden Praktika häufig als kostengünstiger oder unvergüteter Ersatz für reguläre
8 Beschäftigung missbraucht. Praktika vor und während der Ausbildung müssen jedoch
9 Ausbildungszwecken dienen und dürfen keine regulären Arbeitsplätze ersetzen. Wir halten
10 deshalb fest an der Forderung nach einer gesetzlichen Regelung von Praktika, die den
11 Abschluss eines Vertragsverhältnisses (u.a. zu Praktikumsinhalten und -ablauf, zur Dauer der
12 Arbeitszeiten, der Höhe der Vergütung sowie einem Urlaubsanspruch) vorschreibt. Praktika
13 müssen mit monatlich mindestens 300 Euro vergütet werden sowie auf die Dauer von drei
14 Monate begrenzt werden. AbsolventInnen müssen nach ihrer Berufsausbildung bzw. ihrem
15 Studium bei Praktika einen Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro erhalten. Auch bei
16 AbsolventInnen müssen Praktika Ausbildungszwecken dienen und dürfen nicht zum
17 Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen oder zu Lasten einer regulären Beschäftigung
18 missbraucht werden.

19

20 Langfristig Arbeitsversicherung einführen!

21 Langfristig wollen wir eine solidarische Arbeits- bzw. Beschäftigtenversicherung einführen,
22 um Brüche in der Erwerbsbiographie abzufedern. Dazu gehört insbesondere die Einbeziehung
23 aller Menschen in die Sozialversicherungssysteme und das verbriefte Recht auf Weiterbildung
24 und Qualifikation.

B11

Bundeskongress Essen

18.-20. Juni 2010

Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten verhindern,
Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stärken!

In den vergangenen Jahren haben immer wieder Gerichtsurteile für Aufsehen und öffentliche Diskussionen gesorgt, in denen die Kündigungen von Arbeitsverhältnissen aufgrund von vermeintlichen Vermögensdelikten, die bloß einen unbedeutenden wirtschaftlichen Schaden nach sich zogen, rechtlich gebilligt wurden. Oftmals handelte es sich hierbei um sogenannte Verdachtskündigungen, bei denen die individuelle Tat gar nicht nachgewiesen werden konnte.

Hinter diesen Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten, wie etwa beim Verzehr von Lebensmitteln, die ohnehin für den Abfall bestimmt waren oder auch beim bloßen Verdacht der Mitnahme eines Brotes durch einen Teigmacher, steckt dabei in der Regel nicht der durch den Arbeitgeber geltend gemachte Vertrauensverlust in den Arbeitnehmer. Häufig war der jeweilige Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber aus anderen Gründen, wie zum Beispiel seiner Betriebsratsaktivität, ein Dorn im Auge und er suchte bloß einen Grund, um sich von dem ihm unbequemen Mitarbeiter zu trennen. Dieser Praxis ist Einhalt zu gebieten! Die Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten muss wesentlich erschwert werden.

Der Ausgangspunkt: Das Bienenstichurteil des Bundesarbeitsgerichts und die daraus folgende Rechtsprechung

Im Jahre 1984 hatte das Bundesarbeitsgericht über die Entnahme und den Verzehr eines Stückes Bienenstich aus einer Verkaufstheke durch eine Angestellte zu entscheiden. Dabei stellte es fest, dass auch die Unterschlagung geringwertiger Eigentumswerte des Arbeitgebers durch den Arbeitnehmer grundsätzlich eine ordentliche Kündigung und sogar eine fristlose Kündigung rechtfertigen könne. Eventuelle Besonderheiten des Einzelfalles, wie etwa eine lange Betriebszugehörigkeit des Arbeitnehmers oder sein hohes Lebensalter und die damit verbundenen schlechten Perspektiven einen neuen Arbeitsplatz zu erhalten müssten dann in einem zweiten Schritt erfolgen. Hierzu müsse eine umfassende Güter- und

Interessenabwägung zwischen den schützenswerten Interessen des Arbeitnehmers und denen des Arbeitgebers erfolgen. Diese nahm das Bundesarbeitsgericht aber nicht selbst vor, sondern verwies an die Vorinstanz zurück.

In der Folge sind dann die Gerichte der niederen Instanzen diesen Vorgaben gefolgt. Allerdings gab es große Unterschiede zwischen den einzelnen Gerichten, hinsichtlich der Gewichtung einzelner Belange, im Rahmen der Interessenabwägung.

Dies änderte sich erst, als im Jahr 2000 erneut ein solcher Fall zum Bundesarbeitsgericht gelangte, welches erstmalig selbst eine Interessenabwägung vornahm. In diesem Fall ging es um einen ICE-Steward, bei welchem bei einer Taschenkontrolle 3 Kaffeebecher, 2 Schinkenpackungen und 1 Liter Pflanzenöl im Gesamtwert von 19,97 DM gefunden wurde.

Demnach habe der Arbeitnehmer durch sein Verhalten in erheblicher Weise das Vertrauen des Arbeitgebers gebrochen und seine Obhutspflicht für dessen Eigentum verletzt. Dies sei unabhängig vom Wert der Sachen so und führe zu einem irreparablen Vertrauensverlust. Deswegen wurde sogar die außerordentliche Kündigung bestätigt. Im Fall kam erschwerend hinzu, dass der Steward tarifvertraglich eigentlich unkündbar war.

Das Bundesarbeitsgericht stellte im Ergebnis also fest, dass auch in Fällen, in welchen die sogenannten Sozialdaten, also Betriebszugehörigkeit, Lebensalter usw. des Arbeitnehmers eigentlich für diesen sprachen, gleichwohl die fristlose Kündigung möglich ist und die Interessen des Arbeitgebers überwiegen.

Nach dieser höchstrichterlichen Entscheidung gab es auch in den niederen Instanzen kaum noch Urteile, in welchen eine Kündigung in gleichgelagerten Fällen für unwirksam erachtet wurde. Häufig reichte bereits der Verdacht einer solchen Tat für die Kündigung aus.

Das Problem: Kündigung eigentlich nur als ultima ratio

Eigentlich gilt aber im Arbeitsrecht, dass die verhaltensbedingte Kündigung stets nur als ultima ratio, also letztes Mittel erfolgen soll oder darf. Normalerweise erfordert dies eine vorherige Abmahnung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber, welche eine Hinweiskfunktion erfüllt, dass das Verhalten unerwünscht sei und eine Ermahnungs- und Warnfunktion, dass bei Wiederholung des Verhaltens eine Kündigung erfolgen wird. In den

vorliegenden Fällen vertraten die Gerichte aber in Anlehnung an das Bundesarbeitsgericht, dass ausnahmsweise keine Abmahnung erforderlich sei. Begründet wurde dies vor Allem mit dem Hinweis, dass die Verletzung des Vertrauens des Arbeitgebers in den Arbeitnehmer bei Eigentumsdelikten derart stark sei, dass dem Arbeitnehmer keine zweite Chance einzuräumen ist. Außerdem handele es sich bei den Delikten um so offensichtlich rechtswidriges Verhalten, dass eine Ermahnung und ein Hinweis an den Arbeitnehmer nicht nötig ist.

Beide Begründungen vermögen allerdings nicht zu überzeugen! Häufig handelte es sich ja gerade um Fälle in denen die Eigentumsverletzung nicht evident war. Von einem offensichtlich strafrechtlich relevanten Verhalten kann zumindest in Fällen wie etwa bei dem Verzehr von für den Abfall bestimmten Waren oder Resten eines Kuchenbuffets nicht ausgegangen werden.

Doch selbst in den Fällen, in welchen die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens für den Arbeitnehmer zu erkennen gewesen wäre, kann eine Abmahnung nicht entbehrlich sein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Mitnahme von etwas Käse, einer Tasse Kaffee oder ein paar Maultaschen so schwerwiegend sein soll, dass eine zweite Chance für den Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann. Gerade in diesen Fällen kann sich doch gerade die Ermahnungsfunktion und Hinweisfunktion der Abmahnung voll entfalten und ihren Sinn erfüllen. Dies gilt vor allem auch dann, wenn der Arbeitnehmer bereits seit einer langen Zeit im Betrieb des Arbeitgebers angestellt war, ohne dass es zuvor zu einem solchen Verhalten gekommen ist.

Die Lösung: Änderung der gesetzlichen Normen

Deswegen muss der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Arbeitsrecht wieder gestärkt werden, um solchen Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten vorzubeugen und der Kündigungsschutz zu erhöhen.

Die Normen der einschlägigen Gesetze, wie etwa der § 1 KSchG oder § 626 BGB sind dahingehend zu verändern, dass fortan bei erstmaligen Bagatelldelikten des Arbeitnehmers keine Kündigung und schon gar keine fristlose Kündigung mehr möglich ist. Dies kann in etwa durch das zwingende Erfordernis einer Abmahnung erreicht werden. Der dazu in den

Bundestag durch die SPD-Fraktion eingebrachte Gesetzesentwurf (BT-Drucks. 17/648) vom 09.02.2010 geht in die richtige Richtung und ist zu unterstützen. Denkbar ist aber auch die Kriterien, welche im Rahmen der Interessenabwägung zu berücksichtigen sind, klar im Gesetz zu definieren und dabei herauszustellen, welchen Abwägungskriterien ein höheres Gewicht haben sollen und welche ein geringeres. Sofern man dabei die lange Betriebszugehörigkeit und ähnliche Sozialdaten als wichtig einstuft, ist dem Ziel der Verhinderung von Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten gedient.

Unschuldsvermutung ins Arbeitsrecht

Ein besonders schwerwiegendes Problem waren und sind außerdem die Verdachtskündigungen. Der Fall „Emily“ hat deutlich gezeigt, dass die bisher im Arbeitsrecht bestehenden Regelungen im Zweifel gegen die Beschäftigten ausgelegt werden. ArbeitgeberInnen nutzen den Vorwurf einer Straftat (Diebstahl, Betrug, etc.) als geschickte Möglichkeit, Angestellten günstig fristlos kündigen zu können.

Die bislang von der Rechtsprechung nicht geregelte, aber akzeptierte Verdachtskündigung muss durch Gesetz ausgeschlossen werden. Auch im Arbeitsrecht hat der Grundsatz der Unschuldsvermutung zu gelten. Es ist nicht zu tolerieren, dass der bloße Verdacht einer Straftat für eine Kündigung ausreichen soll. Der Arbeitgeber muss die volle Beweislast tragen für das Vorhandensein der Kündigungsgründe. Indizien dürfen nicht ausreichend sein.



2 Eine neue Debatte muss aufbrechen

3 Im letzten Jahr hat sich Deutschland selbst gefeiert und produzierte eine Wiederbelebung des
4 deutschen Nationalgefühls, wie es einzigartig in der Nachkriegsgeschichte war. In diesem Jahr
5 wird dieses Gefühl, durch die Fußball-WM und den Eurovision-Song-Contest, in dem die
6 deutsche Teilnehmerin eine sogenannte nationale Mission zu erfüllen hatte, aufrechterhalten.
7 Vorboten sind die rassistischen Hetztiraden gegen Griechenland in Teilen der deutschen
8 Presse und Fußball-Spieler, die mit einem Foul der Nation angeblich großen Schaden
9 zufügen würden. Die Geschichte Deutschlands mit ihren unbeschreiblichen Gräueltaten hat
10 die Nachkriegsgeneration gezeichnet. Im Nationsozialismus stellten sich "Deutsche" in der
11 Wertigkeit über "Nicht-Deutsche" und stellten sich in Konkurrenz um Lebensgüter der
12 "deutschen Rasse". Diese menschenverachtende Ideologie legitimierte die
13 NationalsozialistInnen zum Expansionskrieg, zu den Ostfeldzügen und der Ausbeutung der
14 besetzten Gebiete, der Zwangsarbeit, der nach Naziideologie, nicht ins Weltbild passende
15 Menschen, sowie den massenhaften Morden an ihnen. Folglich wurde der offene
16 Nationalismus in der Nachkriegsgesellschaft abgelehnt und prägte scheinbar eine ganze
17 Nachkriegsgesellschaft.

18

19 In den aktuellen Diskursen wird suggeriert, man könne wieder stolz auf sein Land sein. Es
20 wird dabei weder thematisiert worauf genau man stolz sein sollte, noch der nie abwesende
21 Nationalstolz. Die kritische Analyse war bisher nur ungenügend. Es besteht die Gefahr, dass
22 der Nationalstolz einfach Normalität wird.

23

24 Uns Jusos ist es wichtig, diesen Prozess nicht einfach passieren zu lassen, sondern genau diese
25 kritische Hinterfragung in der Gesellschaft, in unserer Partei und bei uns selbst anzustoßen.
26 Dabei wollen wir eine Diskussion führen, in der nicht Politik den Ton angibt, sondern in der
27 reflektiert und respektvoll argumentiert wird.

28 Die Mahnung der Vergangenheit

1 Die geringe Ausprägung des nationalen Stolzes in Deutschland ist dabei kein historischer
2 Zufall sondern vielmehr eine nachvollziehbare Konsequenz aus der geschichts-
3 wissenschaftlichen und biographischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Der nationale
4 Stolz war kein Beiklang der Nazi-Ideologie, er war ein zentraler Bestandteil. Deutsch-sein
5 hatte hier in seinem direkten Umkehrschluss das nicht-deutsch-sein zur Folge. Die
6 NationalsozialistInnen unter Hitler stellten „Deutsche“ in ihrer Wertigkeit über „Nicht-
7 Deutsche“, die nach der Nazi-Ideologie weniger Wert waren und in der Konkurrenz um
8 Lebensgüter mit der „deutschen Rasse“ standen. Diese menschenverachtende Ansichtsweise
9 verwandt das Naziregime zur Legitimation des Expansionskrieges, der Ostfeldzüge und der
10 Ausbeutung der besetzten Ostgebiete, der Zwangsarbeit der nach Nazi-Ideologie nicht
11 arischen Menschen sowie der massenhafte Mord an ihnen. Da die Propaganda und das
12 Überheben des Deutsch-Seins einen treibenden Motor für die Akzeptanz dieser
13 menschenverachtenden Handlungen in der Gesellschaft darstellte, war folgerecht die
14 Abweisung des deutschen Nationalismus in der Nachkriegsgesellschaft zu verstehen.

15 **Nationen sind nur erfunden**

16 Nationen sind imaginierte politische Gemeinschaften. Sie sind keine zeitlosen, natürlichen
17 Einheiten, sondern historisch variable Konstrukte. Um Nationalstaaten bzw. Räume
18 abzutrennen von anderen, werden Grenzen gezogen. Diese Grenzen sind nur menschlich
19 konstruiert, was dadurch am deutlichsten wird, dass sich Grenzen im historischen Zeitverlauf
20 verändert haben oder vielmehr verändert wurden. Dass der eine Raum Deutschland ist und
21 der andere Raum ein Nachbarstaat hat keine natürliche Begründung, es liegt nicht an dem
22 Fakt, dass sich die Landschaft oder die Kultur dort abgrenzen würden. Der einzige Grund ist
23 die subjektive menschliche Handlung, die diese Grenze genau an dieser Stelle gezogen hat.
24 Oftmals wird versucht eine Eingrenzung durch geographische Faktoren zu begründen.
25 Aktuell kann dies im Integrationsprozess der Europäischen Union beobachtet werden, wo
26 versucht wird, das Ende der räumlichen Integration in einer geographischen Begründung zu
27 suchen und somit die Entscheidungsverantwortung von sich zu weisen. Dieser falsche
28 Naturdeterminismus führt dazu, dass subjektive und interessensgeleitete Meinungen unter
29 dem Deckmantel der Objektivität versteckt werden, um sie als die einzig sinnvolle
30 Handlungsmöglichkeit dar zu stellen. Die Gefahr dieser Abgrenzung besteht genau in diesem
31 Geodeterminismus. Grenzen werden als naturgegeben wahrgenommen und konstruieren
32 hierüber vermeintlich homogene Gesellschaften, die sich von anderen abgrenzen.

1

2 Diese vermeintlich objektive Andersartigkeit birgt stets die Gefahr, dass Menschen die eine
3 konstruierte Gemeinschaft über die andere konstruierte Gemeinschaft stellen. Dies war in der
4 Vergangenheit ein Kernpunkt für kriegerische Auseinandersetzungen und für die „Blut-und-
5 Boden-Ideologie“, die ein zentrales Element des sogenannten Dritten Reiches und auch
6 heutiger Neonazis darstellt.

7 **Die Nation, eine Worthülse**

8 Eine interessante Beobachtung ist zu machen, wenn man danach fragt, was Deutsch-Sein
9 bedeutet? Ist es gebunden an eine Sprache, an eine gemeinsame Kultur, an „deutschen“
10 Wesensmerkmalen? Was Deutsch-sein also ausmacht und nicht ausmacht ist nicht festgelegt.
11 Und wenn es festgelegt wäre, so könnte man dies auch schnell widerlegen. Wenn die CDU
12 auf ihrem Parteitag beschließt die Sprache in Deutschland ist deutsch, also eine Verknüpfung
13 von Deutsch-Sein mit dem deutschen Sprachraum herstellt, dann kommen schnell Zweifel an
14 dieser einfachen Deckungsgleichheit. Beispielsweise leben sorbisch-sprechende Menschen
15 auch in Deutschland. Genauso zählt sich die deutsch-sprachige Gemeinde in Belgien zu
16 Belgien. Eine solche einfache Verbindung ist also nicht her zu stellen. Worin kann also dann
17 das Deutsch-Sein begründet werden. Die Antwort hierauf ist relativ simpel. Es gibt keine
18 Eigenschaften. Nationale Identitäten sind leere Worthülsen die keinen wirklichen Inhalt
19 haben. Die Crux ist, dass diese auch undefiniert und leer bleiben müssen, da nur so sich eine
20 gesamte große Gruppe in ihm wiederfinden kann. Wäre er nicht im Grunde inhaltsleer und
21 würde spezifische Eigenschaften definieren, wäre es nicht möglich eine große Gruppe durch
22 diesen repräsentieren zu lassen.

23

24 **Die Nation, ein mächtiges Konstrukt**

25 Obwohl Nationen als künstlich und willkürlich begriffen werden können, sind sie nicht
26 „unwirklich“. Im Gegenteil: Gerade im Zustand staatlicher Apparate sind Nationen äußerst
27 wirkmächtig. Sie sind die Basis der Zuteilung substanzieller Rechte und Pflichten wie
28 Staatsangehörigkeit, Anspruchsberechtigungen und Aufenthaltsstatus. Die Zugehörigkeit zur
29 „Nation“ entscheidet selbst in liberal-demokratischen Staaten wie Deutschland darüber, ob
30 man einreisen darf, sich frei bewegen darf, wählen darf, arbeiten darf oder soziale Leistungen
31 in Anspruch nehmen darf. Daher darf die Analyse des Nationalismus nicht abstrakt bleiben,

1 sondern muss stets die konkreten Umstände von Einschließung und Ausschluss
2 verdeutlichen.

3 **Die Gemeinsamkeit: Die Abgrenzung**

4 Wenn eine Nation in sich so heterogen ist, wenn eine Nation eine sinnleere Worthülse ist,
5 dann zeigt es sich, dass es schwer, wenn nicht unmöglich, ist sich über Gemeinsamkeiten zu
6 definieren. Eine Nation definiert sich folglich nicht über Gemeinsamkeiten, sondern über
7 ihre Abgrenzung zu anderen, die gemeinsame Abgrenzung vom vermeintlich Fremden.
8 Besonders problematisch werden diese Tendenzen, wenn nicht mehr reflektiert wird, dass
9 diese Grenzziehungen nur fiktiv und durch den Menschen konstruiert sind und somit als
10 etwas Feststehendes, Natürliches wirken. Darüber hinaus zeigt sich die Abgrenzung auch in
11 unserem Wirtschaftssystem. Die Erfindung der Nation ist eng mit der Entstehung des
12 Kapitalismus verbunden. Die Nation sichert die Funktionsweise des Kapitalismus durch den
13 bürgerlichen Staat ab und korrigiert die offensichtlichen Klassenunterschiede durch den
14 Appell an die "nationale Schicksalsgemeinschaft". Im Sinne des kapitalistischen
15 Konkurrenzgedankens treten die Nationen auf dem Weltmarkt "gegeneinander" an und
16 entscheiden somit über die Konkurrenzchancen der Einzelnen. Auch der deutsche
17 Nationalismus entstand nicht zuletzt durch ökonomische Abschirmung. Als einer der
18 geläufigsten Formen des Nationalismus ist der Protektionismus, gerade in der aktuellen Krise,
19 von entscheidender Durchschlagskraft. Die Sicherheit der Individuen hängt ganz real vom
20 ökonomischen Schicksal des nationalen Standorts ab.

21 Als Gegenstück zur globalen Bedrohung tritt die klassenübergreifende "nationale Solidarität"
22 als neue gemeinsame Identität ein. In Großbritannien fordern GewerkschafterInnen "British
23 Jobs for British Workers". Auch in Deutschland geriet Jürgen Rüttgers in die Kritik, weil er
24 den rumänischen ArbeiterInnen Faulheit und Unpünktlichkeit vorwarf.

25 Durch solche Aussagen wird versucht, auf Kosten anderer eine national beschränkte
26 Solidarität zu produzieren. Wer aber internationale Solidarität will, darf nicht in nationalen
27 Grenzen denken.

28 **Homogene Gesellschaften – das Konstrukt**

29 Das Denken in nationalen Kategorien induziert zudem eine vermeintliche Homogenisierung
30 einer Gesellschaft. Keine Gesellschaft ist homogen, sodass folgerecht auch nicht von einer
31 deutschen Kultur oder von deutschen Interessen die Rede sein kann.

1 Kulturen sind nicht homogen und auch nicht konstant, sie sind individuell und verändern sich
2 ständig, sie überschneiden sich und nehmen Elemente der anderen auf wodurch sie sich
3 wieder weiter entwickeln. Der Schutz einer Kultur, einer deutschen Kultur, ist folglich
4 nonsense, da durch die Inhaltsleere nicht definiert werden kann, was deutsch in einer
5 deutschen Kultur sein soll (siehe das Fehlen einer festen allgemeingültigen Definition), und
6 weil versucht wird homogene Kulturgemeinschaften zu konstatieren, die wohl nie so
7 bestanden haben und auch nie so bestehen werden. Der Schutz einer deutschen Kultur dient
8 demnach nur dem Schüren von Ängsten einer vermeintlichen Überfremdung und das
9 Abgrenzen und das Höher-Stellen seiner Kulturvorstellung gegenüber einer anderen.
10 Diskriminierungen, Marginalisierungen und gewalttätige Übergriffe sind die Folge. Diese
11 Gefahren bestehen im einen für die abgegrenzte Gesellschaft, außerhalb der eigenen, aber
12 diese Gefahren bestehen auch für die Mitglieder der Gesellschaft selbst. Diese geraten unter
13 der konstruierten Homogenität unter einen Uniformitäts- und Anpassungsdruck.
14 Lebensentwürfe, persönliche Eigenschaften und Vorstellungen die von der dominanten
15 abweichen, werden als anormal bezeichnet und marginalisiert. Ein Leben in einer
16 pluralistischen Gesellschaft, in der die Menschen keinen Anpassungsdruck an „deutsche
17 Eigenschaften“ erleiden müssen, ist an dieser Stelle nicht möglich.

18 **Ablenkung von Problemen**

19 Nationalgefühl birgt auch immer die Gefahr Probleme und Missstände in einer Gesellschaft
20 zu kaschieren und zu rechtfertigen. Angesichts des Deutschlands-Trubels im Rahmen der
21 Welt- und Europameisterschaften bekommt man schnell den Eindruck, dass Nationalgefühl
22 als kollektives Antidepressivum wirkt. In einer Gesellschaft, in der durch die
23 Individualisierung von Lebensrisiken und der damit verbundene Aufkündigung des
24 solidarischen Gesellschaftsprinzips, der soziale Zusammenhalt bedroht ist, braucht es ein
25 alternatives Kriterium der kollektiven Identifikation. So gewinnt Nationalität als ein solches,
26 für jeden und jede leicht zugängliches Identifikationsmerkmal an Bedeutung. Das
27 Wiedererstarren nationaler Identität und der Abbau des Sozialstaates in den vergangenen
28 Jahren sind von daher zwei Seiten ein und derselben Medaille.

29 In keinem anderen OECD Land hat sich die Einkommens- und Vermögensverteilung in den
30 letzten Jahren so gravierend auseinanderentwickelt, wie in Deutschland. Wissenschaftliche
31 Studien sprechen von der Existenz einer Unterschicht, dem Prekariat. Während ein
32 Niedriglohnssektor entsteht, explodieren ManagerInnengehälter. Die Teilnahme an

1 demokratischen Prozessen, zum Beispiel Wahlen, ist drastisch gesunken. Dies alles zeigt uns:
2 Gleichheit – materiell oder politisch – ist in Deutschland auf dem Rückzug. Wettbewerb und
3 Ungleichheit in unserem Land produziert GewinnerInnen und in immer höherem Maß aber
4 VerliererInnen. Nicht umsonst warnen kluge Köpfe wie Gesine Schwan vor gesellschaftlichen
5 Unruhen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erleben wir das Angebot des
6 Nationalgefühls als einen Kittungsversuch einer auseinanderdriftenden Gesellschaft. Das
7 beste Beispiel hierfür ist die Kampagne "Du bist Deutschland" der Initiative neue soziale
8 Marktwirtschaft.

9

10 Es ist von daher unser Auftrag, dem Abbau des Sozialstaates entgegenzutreten und für eine
11 Annäherung an Einkommens- und Vermögensgleichverteilung einzustehen. Der Schlüssel in
12 der Bekämpfung einer nationalen Überhöhung liegt eben in der sozialen Absicherung, der
13 Bereitstellung hinreichender Ausbildungsplätze und der Überwindung der Bildungsmisere.
14 Auch müssen wir aufpassen, an welchen Stellen Keile in das Prinzip der Solidarität getrieben
15 werden. Ist der demographische Wandel nicht viel zu sehr längst zum Peitschwort für einen
16 erfundenen Generationenkonflikt geworden, mit dem weitere Ungleichheiten gerechtfertigt
17 werden? Von all diesen gesellschaftlichen Problemen wird abgelenkt durch die lustvolle
18 Betonung einer neuen, nationalen Identität.

19 **Wir Jusos**

20 Wir Jusos lehnen nationalistische Denkmuster und Praktiken ab. Unser Verband braucht
21 keine nationale Symbolik. Wir stellen der nationalen Denke eine universalistische gegenüber.
22 Wir Jusos streben den Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht über die Abgrenzung zu
23 anderen an. Wir akzeptieren die Pluralität einer Gemeinschaft und streiten in dieser für einen
24 sozialen Zusammenhalt, da dies unsere Überzeugung ist.

25 Wir setzen uns dafür ein, den staatlichen Raum durch einen demokratischen und öffentlichen
26 Diskurs zu gestalten. Hierfür befördern wir die politische und materielle Gleichheit aller.

27 Wir leben in Deutschland, aber wir betonen, dass diese Grenzziehung nur eine subjektive
28 vom Menschen konstruierte ist. Deutschland ist eine administrative Einheit in der wir leben.

Wir Jusos sind gemeinsam mit der SPD Teil der Sozialistischen Internationalen. Deshalb
treten wir entschieden für ein solidarisches, transnationales Miteinander ein, in dem JedeR

die Chance zur freien Entfaltung seiner selbst erhält. Wir folgen nicht unreflektiert dem aufkommenden nationalen Stolz. Wir kritisieren ihn, wir mahnen und wir lehnen ihn ab. Und wir machen dies nicht nur uns selbst deutlich, wir tragen dies auch in die SPD und in die Gesellschaft hinein. Wir wollen den demokratischen Diskurs anregen über die sozialen Probleme, die ursächlich sind für die derzeitige soziale Spaltung und dem damit einhergehenden wachsenden Nationalgefühl. Gerade in der globalisierten Welt, in der die Auswirkungen der Politik auch jenseits von Nationalgrenzen wirken, ist die Abschottung fatal. Wir beteiligen uns offensiv und vor allen Dingen kritisch an der aufkommenden Debatte um Assimilationsdruck, Fremdenhass und Marginalisierungen keine Chance zu lassen.



2 In ihrem Koalitionsvertrag schrieben die Koalitionäre aus Union und FDP nieder, dass sie
 3 „die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als
 4 „Extremismusbekämpfungsprogramme“ unter Berücksichtigung der Bekämpfung
 5 linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts
 6 der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ beabsichtigen.

7

8 Gleichzeitig wurde das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ aufgefordert, sich stärker als
 9 bisher allen Formen des „Extremismus“ zu widmen. Auch der Opferfonds der
 10 Bundesregierung beim Bundesgerichtshof soll in Zukunft für alle Opfer von „Extremismus“
 11 vorhanden sein. Für die Bekämpfung des „Linksextremismus“ und des „islamistischen
 12 Extremismus“ will Bundesministerin Schröder zusätzlich zwei Millionen Euro zur Verfügung
 13 stellen.

14

15 Ebenso von Kristina Schröder kam der Vorstoß, Initiativen gegen „Rechtsextremismus“, die
 16 vom Bund gefördert werden, durch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz überprüfen zu
 17 lassen. Ihre Denkweise ist bezeichnend für viele Konservative.

18

19 Damit nutzen Konservativen – und leider auch der innenpolitische Sprecher der SPD-
 20 Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz – für ihre Argumentationsstrategie die sogenannte
 21 „Extremismustheorie“, die davon ausgeht, dass es eine politisch unbedenkliche „Mitte“ der
 22 Gesellschaft gäbe und abweichend dazu die jeweiligen „Extremismen“ unterschiedlicher
 23 Couleur (Links-, Rechts-, Islamistisch), die es zu bekämpfen gilt.

24 Der schwarzgelbe Politikwechsel im vergangenen Jahr brachte eine Neuausrichtung der
 25 bisherigen so genannten Rechtsextremismusbekämpfung mit sich. Wurden unter Rotgrün
 26 zivilgesellschaftliche Initiativen durch die Zuwendungsprogramme „Civitas“, „Entimon“ und
 27 „Xenos“ sowie in der großen Koalition Gebietskörperschaften durch die
 28 Zuwendungsprogramm „Vielfalt tut gut“ und „Kompetent. Für Demokratie“ gefördert, die

1 Maßnahmen gegen rechte Gewalt und rechte Gesinnungen entwickelten und umsetzten,
2 werden nun zusätzliche Mittel zur Bekämpfung des laut Verfassungsschutzbericht
3 sogenannten „Links“- und „Ausländerextremismus“ bzw. „Islamismus“ in einem allgemeinen
4 Mitteltopf zur Extremismusbekämpfung bereitgestellt. Des Weiteren ist in der Diskussion,
5 Mittel in Höhe von sechs Millionen Euro zur Bekämpfung von Nazistrukturen im Osten nun
6 so umzuschichten, dass auch antifaschistische und islamistische Strukturen bekämpft werden
7 sollen. Dies ist faktisch eine Kürzung der Mittel zur Bekämpfung von Nazistrukturen.
8 Letztendlich befinden sich theoretische Konstrukte wie die herrschaftsfreie Gesellschaft im
9 gleichen Topf wie der völkisch nationalistische Staat. Die nazistische Ideologie wird durch
10 diese Gleichsetzung mit anderen Erscheinungen zum Randproblem einer demokratischen
11 Gesellschaft erklärt, die von Rechten und Linken gleichermaßen bedroht werde. Tatsächlich
12 handelt es sich bei den so genannten Extremismen um sehr unterschiedliche Phänomene, die
13 in unterschiedlichen sozialen und lokalen gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen
14 Motiven auftreten und in keinem Zusammenhang zueinanderstehen.

15 Darüber hinaus setzt diese einfache Unterscheidung voraus, dass die ‚gute‘ politische
16 Mitte von der Mehrheit der Gesellschaft repräsentiert wird und sich klar vom ‚bösen‘
17 Extremismus abgrenzt. Die Naziideologie wird zu einem Randproblem der Extremist_innen
18 erklärt, die angeblich in keinem Zusammenhang zur moralisch ‚guten‘ Mitte stehe. Dem ist
19 aber nicht so: Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ und „Blick in
20 die Mitte“ haben nachgewiesen, dass nazistische Einstellungen in allen
21 Gesellschaftsschichten, Altersklassen und Bundesländern gleichermaßen vorkommen.
22 Insbesondere Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus sind dabei besonders verbreitete
23 Einstellungsmuster. Gleichzeitig ist das Paradigma der extremistischen Bedrohung der
24 Gesellschaft Ausdruck eines autoritären Staatsverständnisses, das andere Meinungen, jenseits
25 der durch staatliche Akteur_innen definierten politischen Mitte, nicht zulässt. Die Strategie
26 einer allgemeinen Extremismusbekämpfung beruht also weniger auf wissenschaftlichen
27 Analysen, sondern vielmehr auf einer politischen Ideologie. Diese Ideologie nimmt jeglicher
28 Gesellschaftskritik die Möglichkeit, verbreitet zu werden, indem die entsprechenden
29 Personen kriminalisiert werden. Wir glauben aber, dass eine Demokratie nur funktionieren
30 kann, wenn in ihr ein kritischer Diskurs stattfinden kann. Eine kritische Meinung gegenüber
31 dem parlamentarischen System oder dem bestehenden Wirtschaftssystem ist noch lange nicht
32 demokratiefeindlich. Ein demokratisches System muss sich ständig neu erfinden und
33 definieren können. Es darf nicht im Stillstand verharren und muss sich stets selbst

1 reflektieren. Nur so kann ein System Abbild der Gesellschaft sein. Die Extremismusformel
2 verbannt das demokratische System jedoch in den Stillstand, indem sie diese Selbstreflektion
3 verhindert und in der Konsequenz auch jede Weiterentwicklung unmöglich macht.¹ Der
4 Verfassungsschutz greift in seiner Extremismusformel auf eine Definition zurück, die weder
5 durch das Grundgesetz, ein anderes Gesetz oder durch ein Urteil abgesichert wird, noch
6 allgemein anerkannt. Der Begriff entstammt der Exekutivverwaltung. Hierbei sind die
7 Folgen auf die politische Bildung verheerend. Beispielsweise veranstaltete die Landeszentrale
8 für politische Bildung Sachsen-Anhalt kürzlich mit verschiedenen Stiftungen eine
9 Lehrer_innenfortbildung in Halle an der Saale unter dem Titel: „Diktaturvergleich als
10 Methode der Extremismusforschung – Hingucken: Sowohl nach rechts als auch nach links“.
11 Es ist offensichtlich, dass es hier um den Vergleich zwischen dem DDR- und NS-Regime
12 ging. Auch rechte Gruppierungen stellen solche Vergleiche an, um in Sinne der
13 Wortergreifungsstrategie vom Rechtsradikalismus zu linken Verfehlungen hin abzulenken.
14 Analyse, Kritik und Bewertung von Nationalsozialismus und Stalinismus müssen beide
15 erfolgen, jedoch getrennt voneinander. All dies steht für uns Jusos außer Frage. Die
16 Gleichsetzung vermeintlicher Extremismen führt nicht nur in die Irre, sie führt auch zu
17 absurden Situationen: In Sachsen beispielsweise gab es das erste “Bündnis gegen
18 Extremismus” – mit Beteiligung der NPD. Denn das Motto “gegen Extremismus” konnte die
19 NPD unterstützen, weil sie sich selber als gewaltlos ansieht und es doch aus ihrer Sicht vor
20 allem gegen gewalttätig „Linke“ und „Ausländer“ ging. Eine unklare Positionierung zur
21 Extremismusdebatte unterstützt das Anliegen von Kristina Schröder, nazistisch motivierte
22 Straftaten auf „Hakenkreuzschmierereien“ zu reduzieren und antifaschistisches Engagement
23 zu kriminalisieren – die Hausdurchsuchen bei beteiligten antifaschistischen Organisationen
24 durch die Dresdner Polizei vor der erfolgreichen Blockade in Dresden 2010 bieten einen
25 Vorgeschmack. Im Vorfeld der Demonstration in Dresden hat der sächsische Landtag das
26 Versammlungsrecht eingeschränkt, indem Demonstrationen an Erinnerungsorten der
27 nationalsozialistischen und kommunistischen Herrschaft verboten werden können. Nach
28 Informationen der grünen Bundestagsfraktion sollen alle Initiativen, die bisher öffentliche
29 Zuwendungen für ihre Arbeit gegen Rechtsradikalismus erhielten, sollen nach Meinung der
30 Bundesregierung vom Verfassungsschutz untersucht werden. Damit würden alle
31 antifaschistischen Initiativen unter Generalverdacht gestellt. In der Öffentlichkeit wird den

31

¹ Aus urheberrechtlichen Gründen müssen Punkt vier und fünf aus dem auf dem Bundeskongress angenommenen Änderungsantrags des LV Bayern gestrichen werden.

1 ‚Randalierer_innen vom 1. Mai‘ mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als dem Alltagsrassismus
2 durch Institutionen und rassistisch motivierten Übergriffen. In diesem Sinne lehnen wir jede
3 Form der Repression ab. Repression bedeutet Unterdrückung und Hemmung von Personen
4 aufgrund ihres politischen Hintergrundes und ihres Weltbildes. Repression bedeutet für die
5 betroffenen Personen zum Teil schwerwiegende persönliche Folgen. So wird versucht, durch
6 Repression Menschen gezielt und systematisch einzuschüchtern, zu diskreditieren und aus der
7 Gesellschaft auszuschließen. Dies ist sowohl eine psychische als auch physische Belastung für
8 jede und jeden. Wir lehnen dieses Instrument ab, da wir, als DemokratInnen, immer
9 versuchen müssen, Mehrheiten im Diskurs zu finden. Aus diesem Selbstverständnis heraus ist
10 es unmöglich Repression anzuerkennen und zu fördern. Stattdessen muss es eine breite
11 Unterstützung antifaschistischer Initiativen geben, statt ihnen gegenüber den
12 Generalverdacht auszusprechen. Darüber hinaus darf antifaschistisches bürgerschaftliches
13 Engagement nicht kriminalisiert werden. Aktionen des zivilen Ungehorsams müssen von
14 breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen und unterstützt werden. Im gleichen Atemzug ist
15 es die Aufgabe jedes Einzelnen, aber auch jeder Organisation, Initiative oder Institution, dass
16 von ihnen keine Eskalation ausgeht. Die strategische Neuausrichtung der Bundesregierung,
17 nun „Ausländer“- , „Links“- und „Rechtsextremismus“ zu bekämpfen, könnte zudem
18 Akteur_innen antifaschistischer Initiativen entmutigen. Wir Jusos lehnen die
19 Extremismusthese ab. Die Zusammenfassung der verschiedensten Gegner_innen unter den
20 Begriff „Extremismus“ bringt für die Auseinandersetzung mit diesen ungleichen
21 Einstellungen keinen Erkenntnisgewinn, sondern be- und verhindert die Auseinandersetzung
22 vor Ort und lädt zum massiven Missbrauch durch Verharmloser und Relativierer ein. Wir
23 wenden uns gegen jede Form des Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Sexismus und
24 Chauvinismus, egal von wem sie ausgeht!

25

26 Wir fordern stattdessen:

- 27 • die strukturelle Stärkung und finanzielle Förderung antifaschistischer Initiativen mit
28 ihren zahlreichen, diversen Projekte in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung,
29 Ausstiegshilfen, Beratung, in der Netzwerk- und Infrastrukturentwicklung und in der
30 Opferhilfe!
- 31 • mehr Programme der schulischen Bildung gegen Rassismus, Chauvinismus,
32 Antisemitismus, Sexismus und andere nazistische Einstellungsmuster, auch durch
33 Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsradikalismus. Politische

1 Bildungsarbeit darf nicht von den ordnungspolitischen Vorstellungen des
2 Verfassungsschutzes beeinflusst werden, sondern muss von der Zivilgesellschaft selbst
3 getragen werden!

- 4 • keine Kriminalisierung antifaschistischen Engagements wie in Dresden Anfang 2010.
- 5 Antifaschistischer Widerstand ist keine Straftat, sondern unsere Pflicht!
- 6 • die Unterstützung antifaschistischen Engagements!
- 7 • die nachhaltige Verdrängung von Nazis aus den Parlamenten!

8

9 Künftig wollen wir Ideologien konkret benennen („Rassismus“, „Sexismus“, „Nationalismus“,
10 „Antisemitismus“; „Feminismus“, „Sozialismus“, „Internationalismus“ usw.) und nicht mehr
11 auf ein politisches Achsenmodell mit zwei Extremen reduzieren. Die Begriffe
12 „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Ausländerextremismus“ werden wir daher nach
13 Möglichkeit nicht mehr verwenden. Es ist jedoch für uns kein Hinderungsgrund in
14 antifaschistischen Bündnissen mitzuarbeiten, die in ihrem Namen den Begriff
15 „Rechtsextremismus“ tragen (z.B. „Jena gegen Rechtsextremismus“).

16



Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Für einen nachhaltigen Frieden in Afghanistan!

2 Die Debatte um den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr hat für uns Jusos einen
3 entscheidenden Mangel: es wird stets nur diskutiert, welcher Art der Einsatz ist (Krieg oder
4 nicht), was die Bundeswehr machen darf, wie viele SoldatInnen eingesetzt werden und bis zu
5 welchem Datum der Abzug erfolgen soll. In Afghanistan muss eine Kehrtwende vollzogen
6 werden. Nur mit einer Abkehr von dem bisherigen Primat des Militärischen, hin zu einem
7 zivilen Aufbau, gibt es noch eine Chance für das Land und seine Bevölkerung. In der
8 „Petersberger Übereinkunft“ von 2001 ist festgestellt, dass folgende Ziele mit dem
9 Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan verbunden sind:

10

- 11 - Beendigung des Konfliktes
- 12 - Nationale Aussöhnung der afghanischen Bevölkerung
- 13 - Dauerhafter Frieden
- 14 - Förderung der Achtung der Menschenrechte
- 15 - Nationale Souveränität Afghanistans
- 16 - Territoriale Unversehrtheit
- 17 - Das Recht des afghanischen Volkes seine politische Zukunft im Einklang mit den
18 Grundsätzen des Islam, der Demokratie, des Pluralismus und der sozialen
19 Gerechtigkeit selbst zu bestimmen.

20

21 Von einer politischen Erfüllung dieser Zielsetzung sind alle Beteiligten in Afghanistan weit
22 entfernt. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit Alternativstrategien zu den aktuellen,
23 militärisch geprägten Szenarien dringend geboten.

24

25 **1. aktuelle Situationsbeschreibung**

1 Afghanistan ist heute ein extrem unsicherer Ort. Die Sicherheitslage hat sich seit 2005
2 beständig verschlechtert. Die Zahl der getöteten Zivilpersonen unter der afghanischen
3 Bevölkerung erreichte nach VN-Angaben im Jahr 2009 ihren höchsten Stand. Die
4 Aufbauarbeit und die entwicklungspolitischen Projekte sind fast vollständig zum Erliegen
5 gekommen. Die „internationale Schutztruppe“ unter Führung der NATO hat es bisher nicht
6 geschafft, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau des Landes zu gewährleisten. Auch die
7 Lage der Frauen und Mädchen, die allgemeine Menschenrechtssituation sowie der
8 wirtschaftliche- und politische Aufbau des Landes bleiben hinter den gesteckten Zielen weit
9 zurück.

10

11 • **unverhältnismäßiges Agieren des Militärs**

12 Gerade die „Unverhältnismäßigkeit“ der Kriegsführung in Afghanistan trägt maßgeblich zur
13 Verschärfung der Sicherheitslage bei. Der sehr oft überzogene Einsatz von Gewalt, vor allem
14 auch in Form von Luftangriffen, führt zu immer größeren Opferzahlen und einer
15 mangelnden Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Zielen. Dies gilt nicht nur
16 für den US-geführten OEF-Einsatz, sondern auch immer stärker für den von der NATO
17 geführten Einsatz der ISAF. Die Grenzen zwischen dem Kampfeinsatz der OEF und der
18 Internationalen Schutztruppe ISAF verschwimmen dabei immer mehr. Sowohl OEF als auch
19 ISAF führen immer häufiger Luft- und Artillerie-Angriffe durch. Dies stellt einen klaren
20 Bruch des humanitären Völkerrechts dar, da gerade bei solchen Fernangriffen nicht klar
21 zwischen „Feinden“ und Zivilisten unterschieden werden kann. Der verstärkte
22 Kampfeinsatzcharakter des ISAF Einsatzes zeigt sich auch darin, dass neue Rekruten des
23 afghanischen Militärs nun von der ISAF direkt im „Feld“ ausgebildet werden sollen. Dies
24 bedeutet, dass die ISAF unter dem Deckmantel der Ausbildung verstärkt mit afghanischen
25 Sicherheitskräften in Kampfeinsätze verwickelt sein wird.

26

27 • **steigende Zahl ziviler Opfer**

28 Die stetige Eskalation der Gewalt in Afghanistan zeigt sich auch darin, dass die Zahl ziviler
29 Opfer im Zeitraum zwischen Januar und Juni 2009 erstmals 1000 Tote überschritten hat.
30 Dies bedeutet einen Zuwachs um 24 Prozent im gleichen Zeitraum zu 2008 und um 48
31 Prozent zu 2007.

32 Auch führen die verstärkten Angriffe in Pakistan - vor allem von US Einheiten - dort
33 ebenfalls zu sehr hohen Opferzahlen. Diese tragen dazu bei, dass sich der Krieg auf die ganze

1 Region ausweitet. Dies hat bereits dazu geführt, dass sich Aufständische, die bisher auf
2 afghanischer und pakistanischer Seite unabhängig von einander agierten,
3 zusammengeschlossen haben und nun gemeinsame Operationen durchführen. Diese
4 gemeinsame Bewegung von Aufständischen hat großen Rückhalt in der örtlichen
5 Zivilbevölkerung, der mit jedem weiteren zivilen Opfer weiter steigt. Aus diesen Gründen
6 zieht auch der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
7 VENRO den Schluss: „Die stetige Eskalation und die regionale Ausbreitung der Kämpfe
8 sowie der schwindende Rückhalt des NATO-Einsatzes in der Zivilbevölkerung sprechen
9 dafür, dass der Afghanistan-Krieg militärisch nicht zu gewinnen ist. Auch innerhalb des
10 Bündnisses mehren sich deshalb Stimmen für einen baldigen Truppenabzug.“

11

12 • **Zweitrangigkeit des zivilen Aufbaus**

13 Der Grund für das Scheitern, der internationalen Gemeinschaft ist liegt vor allem darin zu
14 suchen, dass humanitäre und entwicklungspolitische Ziele in Afghanistan konsequent
15 militärischen Zielen untergeordnet wurden. Ziviler Aufbau findet, wenn überhaupt nur
16 nebenbei statt. Für das Militär sind die Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland
17 beispielsweise dreimal so hoch, wie für den zivilen Aufbau. Der größte Teil der Mittel für
18 Afghanistan fließt zudem in die Provinzen, die von militärischem und strategischem Interesse
19 für die NATO Staaten sind. Das Militär sichert nicht, wie vorgesehen, den zivilen Aufbau ab,
20 sondern die zivilen Organisationen sind militärischen Zielen untergeordnet und müssen
21 teilweise als Legitimation für das Militär herhalten. Die militärische Strategie und nicht der
22 zivile Aufbau sind das Primat der Politik in Afghanistan.

23

24 • **zivil-militärische Zusammenarbeit**

25 Die so genannte „zivil-militärische Zusammenarbeit“ zwischen Militär und
26 Entwicklungshilfeorganisationen ist keine Zusammenarbeit zwischen gleichen Partnern,
27 sondern eine Farce. Gerade die Entwicklungsorganisationen selbst lehnen diese Zivil-
28 Militärische „Zusammenarbeit“ ab. Sie sehen sich durch die Präsenz des Militärs zum in ihrer
29 Arbeit gehindert oder gar gefährdet. Auch wollen sie nicht als Feigenblatt der westlichen
30 Kräfte in Afghanistan dienen, um die militärischen Einsätze zu legitimieren. Vor allem die
31 institutionalisierten militärischen Aufbaueinsätze wie die „Provincial Reconstruction Teams“
32 (PRT) werden von den NROs abgelehnt, da diese Militärisches und zivilen Aufbau
33 vermischen und so die Unabhängigkeit der NROs in Frage stellen und damit auch die

1 Sicherheit der Aufbauhelferinnen- und -helfer gefährden. Auch stehen bei vielen PRT
2 Projekten nicht die Menschen vor Ort im Vordergrund, sondern vielmehr die Sicherheit und
3 Legitimität der eigenen Soldatinnen und Soldaten. So betreibt die Bundeswehr eigene
4 Hilfsprojekte um die „Herzen und Köpfe“ der Menschen zu gewinnen, um so vermeintlich
5 die Akzeptanz der eigenen Truppen zu erhöhen.

6

7 • **Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte**

8 Auch die Ausbildung der Afghanischen Sicherheitskräfte geht nur schleppend voran und
9 trägt teilweise sogar zur Verschärfung der Sicherheitslage bei. Unabhängig von der Zahl der
10 Ausbilderinnen und Ausbilder, die nicht ausreicht, um die angestrebte Zahl an einheimischen
11 Sicherheitskräften auszubilden, gibt es noch weitere große Probleme. Ein Grundproblem ist,
12 dass die meisten Afghaninnen und Afghanen sich nicht aus Überzeugung dazu bewegen
13 lassen, den Dienst in Polizei und Armee anzutreten, sondern vielmehr aus reiner Not und
14 Armut oder auch aus Machtmotiven handeln müssen. Dies wird von den westlichen Staaten
15 gezielt ausgenutzt. So wird der Dienst an der Waffe offen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
16 angepriesen. Daneben ist die sogenannte Polizeiausbildung in der Regeln nicht mehr als ein
17 Crashkurs zur Rekrutierung von Paramilitärs. In sechs Wochen bildet man keine Polizist(-
18 inn)en aus, die eine zivile Staatsordnung gewährleisten sollen, zumal wenn die Bewerber/-
19 innen oft über kaum Bildung verfügen. Die Länge und Ausrichtung der Ausbildung deutet
20 nicht darauf hin, dass eine wirkliche Polizeifunktion der Ausgebildeten angestrebt wird. Auch
21 ist die Bezahlung der afghanischen Sicherheitskräfte verhältnismäßig schlecht, was dazu
22 führt, dass sich die in Afghanistan allgegenwärtige Korruption besonders stark auf den
23 Sicherheitsapparat auswirkt. Gleichzeitig sinkt durch die korruptionsbedingte Willkür und
24 dem Machtmissbrauch der afghanischen Sicherheitskräfte deren Akzeptanz in der
25 Bevölkerung immer stärker. Dies wird von Aufständischen ebenfalls genutzt, um mehr
26 Rückhalt in der Bevölkerung zu erlangen. Zu dem nutzen viele kriminelle Gruppen und
27 Taliban die finanzielle Notlage des Sicherheitspersonals aus, um diese gegen höhere
28 Bezahlung für sich arbeiten zu lassen. Das bestehende Ausbildungssystem produziert somit
29 letztlich selbst neue gut ausgebildete „Gegner“.

30 Daraus lässt sich folgern, dass wahre Sicherheit und Terrorbekämpfung nicht durch eine
31 quantitative Verstärkung des Sicherheitspersonals, sondern gerade durch eine deutliche
32 qualitative Verbesserung der Polizeiausbildung und vor allem Ursachenbekämpfung erreicht

1 wird. Dies bedeutet in erster Linie Armutsbekämpfung und die Schaffung einer nachhaltigen
2 Perspektive für die Menschen in Afghanistan.

3

4 • fehlende Einhaltung der Menschenrechte

5 Ganz zu schweigen von der gesellschaftlichen Situation, steht die rechtliche Situation von
6 Frauen und Mädchen in Afghanistan immer noch weit hinter den ursprünglichen Zielen
7 zurück. Gerade auch staatliche Behörden handeln bewusst gegen bereits bestehende Gesetze
8 oder üben selbst Menschenrechtsverletzungen insbesondere gegen Frauen und Mädchen aus.
9 Beispielsweise werden Frauen verhaftet und eingesperrt, die vor ihren Männern geflohen sind.
10 Mehr als die Hälfte der inhaftierten Frauen sitzt wegen so genannter „moralischer
11 Verbrechen“ in den afghanischen Gefängnissen. Auch weigerte sich die afghanische
12 Regierung lange Zeit, das Gesetz zum Schutz vor sexueller Gewalt zu unterzeichnen.

13

14 • gescheiteter Staatsaufbau

15 Auch der Staatsaufbau hat in Afghanistan weitgehend versagt. Durch die Einbindung von
16 bekannten Kriegsverbrechern aus den 80er und 90er Jahren in den Sicherheits- und
17 Staatsapparat und die bis in höchste Regierungskreise verbreitete Korruption ist das
18 Vertrauen der Bevölkerung und auch das möglicher ausländischer Investoren in die Regierung
19 sehr schwach. Auch die offensichtliche Wahlfälschung bei der Wiederwahl Karsais, die vom
20 Westen geduldet wurde, trägt nicht zu weiterer Vertrauensbildung bei und zeigt, dass von
21 einer Demokratisierung Afghanistans nicht gesprochen werden kann. Neben der Korruption
22 ist die Drogenökonomie ein großes Problem für die Ausbildung eines funktionierenden
23 Staatswesens. Afghanistan hat etwa 90 Prozent Weltmarktanteil im Opiumhandel, welcher
24 noch vor der Korruption der wichtigste Wirtschaftszweig in Afghanistan darstellt. Durch die
25 Beteiligung hochrangiger Staatsvertreter am Drogenhandel und durch die hohe
26 Gewaltkriminalität, die mit diesem verbunden ist, wird der Aufbau rechtstaatlicher
27 Strukturen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes weiter eingeschränkt.

28

29 • fehlende Entwicklung

30 Afghanistan leidet immer noch unter großen Entwicklungsdefiziten. Das Land ist eines der
31 ärmsten Länder der Welt und belegt im Human Development Index (HDI) der vereinten
32 Nationen den Platz 181 von 182. Dies liegt, abgesehen von den im Vergleich zu den

1 militärischen Ausgaben geringen Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit auch an der
2 Art und Weise, wie mit den Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit verfahren wird.
3 Der zivile Aufbau leidet vor allem darunter, dass sich die Hilfen und Projekten oft nicht an
4 den Bedürfnissen der Menschen und an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Auch
5 fließen die meisten Gelder in die Ballungsräume wie nach Kabul oder in der
6 Weltöffentlichkeit schnell vorzeigbare Leuchtturmprojekte, anstatt in zusammen mit der
7 afghanischen Zivilgesellschaft gestaltete langfristige und nachhaltige Projekte vor Ort. Es gibt
8 keine einheitliche Koordinierung und Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit. Die
9 Geberstaaten gestalten unabhängig von einander eigenständige Programme, die sich teilweise
10 sogar gegenseitig überschneiden und parallele Strukturen schaffen. Der afghanische Staat ist
11 mit der Aufnahme von Mitteln zur Durchführung des Aufbaus überfordert. Somit versickern
12 viele Mittel im afghanischen Staatsapparat. Die meisten Projekte werden über die Köpfe der
13 Bevölkerung hinweg durchgeführt, ohne diese dabei einzubinden.

14

15 • keine politische Konzeption für Afghanistan

16 Von Anfang an gab es weder eine (entwicklungs-) politische Gesamtkonzeption für
17 Afghanistan und die Region, noch sind im Vorfeld des Konflikts alle diplomatischen und
18 zivilen Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Die NATO-Partner verfolgten und verfolgen
19 nach wie vor höchst unterschiedliche Ansätze hinsichtlich der Verbindung ziviler und
20 militärischer Mittel, die sich oft konterkarieren. Nachbarländer wie Pakistan und Iran werden
21 kaum miteinbezogen. Die deutschen SoldatInnen selbst sehen oft nicht den Sinn hinter dem
22 Einsatz. Quellen aus der Bundeswehr zufolge erfüllen die Soldatinnen und Soldaten auch
23 nicht mehr ihre Funktion der militärischen Sicherung, sondern sind größtenteils mit ihrer
24 eigenen Absicherung beschäftigt. Gerade in der zuvor relativ friedlichen Region der
25 deutschen Bundeswehr häufen sich mittlerweile die Gefechte mit „Aufständischen“, die sich
26 mehr und mehr strategisch auf den Norden konzentrieren.

27 Terrorismus kann nicht mit Militär bekämpft werden!

28 Militärische Gewalt kann nicht das Mittel zur Lösung eines Problems wie des Internationalen
29 Terrorismus oder eines „schlechten Regimes“ sein. Deutschlands und Europas internationale
30 Verantwortung sollte nicht in der Unterstützung der „Operation Enduring Freedom“ liegen.
31 Eine Weiterführung dieser „Operation“ sehen wir als Ausdruck der Hilflosigkeit und
32 Verantwortungslosigkeit der beteiligten Nationen. Vielmehr gilt es Frieden und friedliche

1 Konfliktlösung international durchzusetzen und rechtlich zu verankern. Dies muss das Ziel
2 deutscher und europäischer Außenpolitik sein.
3 Militär kann das Problem des internationalen Terrorismus weder beseitigen noch abmildern.
4 Im Gegenteil bewirkt das militärische Eingreifen der NATO in andere Länder eine anti-
5 westliche Stimmung, die dem Terrorismus Zulauf verschafft. Imperialistisches Handeln und
6 darin begründete Armut, Ausbeutung und Unterdrückung ist eine der Hauptursachen für
7 Gewalt und Terror. Menschenrechtsverletzungen an vermeintlichen oder tatsächlichen
8 Terroristen, wie in Guantanamo Bay oder anderen Geheimgefängnissen in Drittstaaten,
9 tragen ihr übriges dazu bei, um die westliche Doppelmoral hinsichtlich Menschenrechte und
10 Demokratie aufzuzeigen.

11

12 **2. Forderungen**

13 • **Von der militärischen Strategie abkehren!**

14 Die militärische Strategie ist gescheitert. Eine Abkehr von dieser Strategie ist überfällig. Die
15 Entsendung von Truppen wird nicht dazu verwandt, ein sicheres Umfeld für den
16 Wiederaufbau zu schaffen. Vielmehr werden die Maßnahmen des zivilen Aufbaus als
17 Rechtfertigung für militärisches Vorgehen genutzt. Dabei wird diese Strategie der schnell
18 vorzeigbaren Ergebnisse als Beweis für vermeintlich aufrechte Bemühungen um den Frieden
19 benutzt.

20

21 Daraus folgt, dass wenn der zivile Aufbau und der Friedensprozess in Afghanistan
22 vorankommen soll, die Organisationen, die den zivilen Aufbau vornehmen und nicht das
23 Militär, diejenigen sein müssen, die das Handeln in Afghanistan bestimmen.
24 Entwicklungszusammenarbeit darf nicht mehr für militärstrategische Überlegungen
25 instrumentalisiert werden.

26

27 Wir fordern: Das Militär soll schnellstmöglich aus Afghanistan abgezogen werden. Zivile
28 Mittel für Aufbau und Entwicklung haben für uns klar Vorrang vor militärischen Mitteln.
29 Offensive Kampfeinsätze sind bis zum vollständigen Abzug ausgeschlossen.

30

31 • **Aufbauhilfe an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten!**

32 Der Aufbau kommunaler Strukturen muss zentraler Bestandteil der Wiederaufbauhilfe sein.
33 Eine zentralisierte Entscheidungsstruktur, wie sie bisher praktiziert wird, ist abzulehnen. Der

1 Wiederaufbau wird derzeit nicht zusammen mit der Bevölkerung, sondern für sie gemacht.
2 Dies hat zur Folge, dass die Förderung funktionsfähiger afghanischer Verwaltungsstrukturen
3 ausbleibt.

4 Es mangelt an Vertrauen in die Regierung Karsai und in ihre Fähigkeit, die Armut, die
5 mangelnde Rechtsstaatlichkeit und das Problem ineffizienter staatlicher Strukturen zu
6 bekämpfen.

7 Eine neue und gemeinsame Strategie für den Aufbau Afghanistans muss aus der Perspektive
8 der Jusos den Aufbau funktionierender lokaler, staatlicher und zivilgesellschaftlicher
9 Strukturen beinhalten. Dies muss im Einvernehmen mit und unter der Nutzung von lokalen
10 Akteuren geschehen. Die Bevölkerung muss sehen, dass es eine Entwicklungsperspektive
11 gibt, in die sie eingebunden ist und an der sie mitwirken kann und soll. Dies kann erreicht
12 werden, indem Projekte zusammen mit der afghanischen Bevölkerung geplant, verantwortet
13 und fertig gestellt werden.

14 In dem Prozess einer gemeinsamen Strategie des Westens für Afghanistan sollte dieser sich
15 vor allem an diverse grundlegende Prinzipien halten und die kulturelle Tradition
16 Afghanistans entsprechend berücksichtigen. Der Westen sollte nicht nur militärisch-
17 ökonomische, sondern auch moralische Stärke zeigen. Das Engagement von außen muss dazu
18 dienen, die militärische, polizeiliche, ökonomische vor allem aber die moralische und
19 kulturelle Kraft der Afghaninnen und Afghanen und der afghanischen Institutionen zu
20 stärken. Gleichzeitig gilt: Afghanisches Recht muss auch für die westlichen Militärs,
21 Polizistinnen und Polizisten sowie für Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer
22 gelten.

23 Wir fordern: Partizipative Prozesse sollen gefördert werden. Entwicklungshilfe muss sich an
24 den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten. Dies geht nur wenn man mit ihr in Dialog tritt
25 und mit ihr zusammen Projekte durchführt und nicht per „Top-Down-Prinzip“ aus
26 westlicher bzw. militärstrategischer Sicht vermeintliche Notwendigkeiten der Bevölkerung
27 aufbürdet. Es muss klar definiert werden, welche humanitären und entwicklungspolitischen
28 Ziele überhaupt in Afghanistan verfolgt werden. Diese müssen in ein umfassendes
29 Entwicklungskonzept für Afghanistan eingebettet werden. Eine kontinuierliche Überprüfung,
30 beispielsweise mit einem halbjährlichen Fortschrittsbericht, kann dabei helfen, die Situation
31 transparenter zu gestalten.

32

33 • **Aufbauhilfe auf das gesamte Land ausdehnen! Armutsbekämpfung Vorrang geben!**

1 Afghanistan ist mehr als nur Kabul. Eine Strategie für Afghanistan kann auch nur dann
2 erfolgreich sein, wenn sie die Landbevölkerung nicht ausschließt. Es zeigt sich, dass die
3 ländlichen Gebiete bei der Verteilung von Entwicklungshilfe relativ benachteiligt werden.
4 Der hier lebende Großteil der afghanischen Bevölkerung wird gegenüber der städtischen
5 Minderheit vernachlässigt. Die Müttersterblichkeit hier ist die höchste der Welt. Die
6 Durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 43 Jahren und die Erwerbslosenquote bei 50 bis
7 70 Prozent. Aus dieser wirtschaftlichen Not heraus, findet auf dem Land der Drogenanbau
8 statt. Hier herrschen die Warlords und die Taliban stoßen auf einen erhöhten Zuspruch, da
9 sie der Bevölkerung Schutz versprechen oder sie mit Gewalt hinter sich zwingen.

10 Der Widerstand in Afghanistan kann nicht mit Gewalt, sondern kann nur an den Ursachen
11 bekämpft werden. Diese sind vor allem das martialische Auftreten westlicher Soldatinnen und
12 Soldaten, die hohen zivilen Opferzahlen, die lange Dauer der militärischen Präsenz, die
13 Strategie der Angst der Taliban und nicht zuletzt die große und bleibende Armut in
14 Afghanistan. Die Herstellung von Sicherheit und die Bekämpfung der Armut müssen daher
15 oberste Priorität haben. Den Menschen muss eine Lebens-Perspektive geboten werden.

16 Wir fordern: Entwicklungszusammenarbeit darf nicht auf einzelne Leuchtturmprojekte in
17 den größeren Städten beschränkt bleiben. Sie muss auf das gesamte Land ausgedehnt werden.
18 Die Armutsbekämpfung auf dem Land mit Ernährungs-, Grundbildungs-, Basisgesundheits-
19 und Beschäftigungsprogrammen muss im Vordergrund einer nachhaltigen Strategie zum
20 Wiederaufbau stehen.

21

22

23 • **Auf Gewalt verzichten! Interessenausgleich schaffen!**

24 Wir fordern: Der Einsatz von Waffen kann nur zur Verteidigung und zur Sicherung
25 staatlicher Institutionen unter absoluter Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols legitim
26 sein. Ansonsten muss auf Gewalt verzichtet werden. Es gilt das Prinzip der Koexistenz und
27 der Kooperation.

28 Die westliche Akzeptanz aller gesellschaftlichen Kräfte Afghanistans, welche auf Gewalt
29 verzichten und die afghanischen Gesetze anerkennen, ist Voraussetzung für diesen Prozess.
30 Die „Gemeinsame Sicherheit“ ist ein wichtiger Faktor der Aufbaustrategie. Sie fordert durch
31 das Instrument des Dialogs auch Sicherheitsbedürfnisse von Gegnern in die eigene
32 Sicherheitsstrategie einzubeziehen.

1 Um eine friedliche Koexistenz der unterschiedlichen Gruppierungen in Afghanistan zu
2 erreichen und somit das Land zu befrieden, muss der Versuch unternommen werden,
3 Verhandlungen mit aufständischen Gruppierungen aufzunehmen. Ohne den Versuch, an die
4 Dialogbereitschaft der Afghanen zu appellieren, die gegen die Besetzung des Landes durch
5 die internationalen ISAF-Truppen ankämpfen, ist das Ziel des zivilen Wiederaufbaus
6 dauerhaft gefährdet. In den Verhandlungen sollte den Aufständischen eine klare
7 wirtschaftliche und politische Alternative aufgezeigt werden, allerdings auch
8 unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden, dass Dialog und Zusammenarbeit an die
9 Akzeptanz und Erfüllung unverhandelbarer Bedingungen geknüpft sind.

10 Ebenso muss mit den Nachbarstaaten eine Sicherheitsstrategie verhandelt und vereinbart
11 werden, welche einerseits Afghanistan, andererseits allen seinen Nachbarn Rechnung trägt.

12 Ein gleichberechtigter innerafghanischer Interessenausgleich bedeutet zudem Machtteilung
13 und Armutsminderung sowie ein faires Steuer- und Abgabensystem.

14 • Amnestie für Kriegsverbrecher aufheben!

15 Wir fordern die Rücknahme der Resolution des Unterhauses von 2007, die zum Ziel hat,
16 allen Afghaninnen und Afghanen, die in den Jahren des Bürgerkrieges Kriegsverbrechen und
17 Menschenrechtsverletzungen begangen haben, Straffreiheit zu gewähren.

18 Der Wortlaut dieser Resolution besagt: „Alle Kriegsgegner von einst sollen einander vergeben
19 und nicht mit rechtlichen Mitteln belangt werden. (...) Keine Gruppe oder politische Partei
20 soll von der Amnestie ausgeschlossen werden.“ Dieser Beschluss verhindert eine angemessene
21 und sorgfältige Auseinandersetzung mit den Verbrechen und dem Prinzip, dass Verbrechen
22 für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden. Dadurch wird die Amnestie zu einem
23 Schlag ins Gesicht für all die Afghaninnen und Afghanen, die jahrelang unter
24 Kriegsverbrechen gelitten haben.

25 Dieser Beschluss bringt dem Land nicht, wie einige des Kriegsverbrechens beschuldigte
26 Abgeordnete des Parlaments meinen, Versöhnung und Frieden. Auch der befürchtete
27 Rückfall in Bürgerkriegszeiten durch die Verfolgung lang zurückliegender Straftaten, wird
28 nicht eintreffen. Im Gegenteil: Für den schwierigen und langfristigen Prozess nationaler
29 Aussöhnung und Friedensschaffung ist es unverzichtbar, Kriegsverbrecher vor Gericht zu
30 stellen. Dies gilt auch für Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie
31 Regierungsmitglieder, die sich in großer Zahl Kriegsverbrechen zu Schulden haben kommen
32 lassen oder ehemalige Angehörige von bewaffneten Gruppen sind.

1 Die Resolution ist darüber hinaus ein Verstoß gegen die afghanische Verfassung und gegen
2 die Genfer Konvention, deren Unterzeichner Afghanistan ist, die allen Staaten auferlegt,
3 Kriegsverbrechen zu ahnden und Kriegsverbrecher strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen
4 und deren Unterzeichner Afghanistan ist.

5 Beispiele anderer Länder bezüglich der Aufarbeitung der Vergangenheit zeigen, dass jeder
6 erfolgreiche Prozess nationaler Aussöhnung voraussetzt, dass die Stimmen der Opfer gehört
7 werden. Ihrer Entscheidung obliegt die Vergebung. Diese kann nicht durch einen
8 Parlamentsbeschluss ersetzt werden.

9 Die Resolution des Unterhauses ist ein wichtiges, aber grundfalsches Signal für viele
10 Afghaninnen und Afghanen. Sie ist nicht nur geeignet, den jungen Versöhnungsprozess von
11 Beginn an scheitern zu lassen. Sie wird auch den – aufgrund der fragilen Sicherheitslage
12 ohnehin erschütterten – den Glauben vieler Afghaninnen und Afghanen an die Demokratie
13 weiter unterhöhlen.

14

15 • **Frauenrechte stärken!**

16 Kriegserlebnisse, Armut, fehlende Sicherheit aufgrund der andauernden Kämpfe, Gewalt in
17 der Familie, massive Menschenrechtsverletzungen und umfassende Rechtlosigkeit prägen das
18 Leben der Frauen in Afghanistan. Die Präsenz der internationalen Schutztruppen hat die
19 Lage der Frauen nicht wesentlich, sondern höchstens punktuell verbessert.

20 Das hat Gründe: „Die Anzahl an zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich ausdrücklich für
21 Frauen einsetzen, ist verschwindend gering. Allein bei den deutschen Ausgaben für
22 Afghanistan gehen etwa drei Viertel in den militärischen Einsatz und nur ein Viertel in den
23 zivilen Aufbau; Gelder gezielt für Frauenprojekte nehmen davon wiederum nur einen
24 Bruchteil ein.“

25 Diese Zahlenverhältnisse zeigen, dass die Relevanz der Frauenrechte in der internationalen
26 Gemeinschaft zwar immer wieder betont wird, faktisch jedoch kaum Relevanz hat. Ohne die
27 Stärkung der Frauen wird es jedoch nicht gelingen, den sozialen und wirtschaftlichen Ausbau
28 des Landes voran zu treiben.

29 Wir fordern daher: Beim zivilen Aufbau des Landes sollen die Frauen oberste Priorität
30 erhalten. Frauen sollen in allen wirtschaftlichen und staatlichen Schlüsselpositionen
31 ausgebildet werden, um sie gesellschaftlich unabkömmlich zu machen. In allen Städten sollen
32 Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen eingerichtet werden, die Frauen bei

1 Gewalterfahrungen aufnehmen und juristisch beraten. Politikerinnen sind besonderen
2 Bedrohungen ausgesetzt. Ihnen soll besonderer Schutz zur Verfügung gestellt werden.

3

4 • **Keine Ausrichtung an ökonomischen Interessen dulden! Das Umfeld Afghanistans in den**
5 **Aufbau mit einbeziehen!**

6 Auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma in Afghanistan darf man auch Gründe
7 für den Konflikt, welche sich z.B. aus der Geologie des Landes ergeben, nicht außer Acht
8 lassen. Ebenso ist der kulturelle Unterschied mit Bezug auf verschiedene Glaubensrichtungen
9 in der Region nicht unerheblich. Nicht zuletzt spielen aber auch die Ausbeutung fossiler
10 Brennstoffe in den Nachbarstaaten und die wirtschaftlichen Interessen verschiedenster
11 Staaten und Konzerne, darunter auch Deutschland, eine wichtige Rolle.

12 Afghanistan ist ein Binnenstaat und hat Grenzen mit den ehemaligen Teilrepubliken der
13 Sowjetunion: Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan sowie China, Iran, Pakistan, der
14 Region Kashmir und damit auch mit Indien. Hinzu kommt ein großer Einfluss durch Saudi-
15 Arabien, das maßgeblich - finanziell und ideologisch - den Kampf der Mudschaheddin gegen
16 die Sowjetunion unterstützt und gefördert hat. Afghanistan ist durch die gemeinsame
17 paschtunische Bevölkerung mit Pakistan und die Unterstützung militanter Islamisten im
18 Kaschmir durch den pakistanischen Geheimdienst ISI in den pakistanisch-indischen Konflikt
19 eingebunden. Die unmittelbaren Nachbarstaaten Russland, China, Pakistan und Indien sind
20 Atomwaffenstaaten oder zumindest Atomwaffen besitzende Staaten.

21 Gesteigertes Interesse an einem „befriedeten“ und kontrollierbaren Afghanistan dürften
22 jedoch die Mächte haben, welche auch ein Interesse an der Ausbeutung der Rohstoffe am
23 Ostufer des Kaspischen Meeres, genau genommen Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan
24 haben, wo große Öl- und Gasvorräte liegen. Allein die Gasreserven von Turkmenistan gelten
25 als die größten der Welt. Der kürzeste Weg für ihren Export führt über Afghanistan und
26 Pakistan zum Arabischen Meer.

27 Problematisch für einen Frieden in Afghanistan ist das rücksichtslose Vorgehen aller Akteure,
28 welche nicht gemeinsam, sondern auch etwa innerhalb der NATO gegeneinander agieren,
29 um so den größtmöglichen Einfluss auf die Region zu erlangen und den damit verbundenen
30 Zugang zu Öl und Gas zu erhalten sowie den geographischen Verlauf der Pipelines zu
31 bestimmen.

32 Solange einzelne Akteure sich um die Vorherrschaft in Afghanistan bemühen, wird es keine
33 gemeinsame Strategie zur Befriedung des Landes geben. Die Aussicht auf Frieden wird

1 vermutlich erst dann steigen, wenn der Zugang zu Rohstoffen für die ausländischen Kräfte in
2 Afghanistan keine Rolle mehr spielt.

3 Wir fordern: Beim Aufbau Afghanistans soll die gesamte Region eingebunden werden. Der
4 Aufbau darf nicht einzelne Gruppen oder Staaten dazu befähigen, sich an den Ressourcen der
5 Region zu bereichern.

6

7 • **Flüchtlingsschutz ausbauen!**

8 Die Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen muss sich an den Standards der Genfer
9 Flüchtlingskonvention (GFK) orientieren. Das heißt, Asyl muss allen Flüchtlingen gewährt
10 werden, die wegen Verfolgung oder begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund ihrer
11 „Rasse“, Religion, Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe
12 oder ihrer politischen Überzeugung nicht in ihrer Heimat Afghanistan bleiben konnten oder
13 können. Die Unterzeichnerstaaten der GFK, darunter Deutschland sowie sämtliche Staaten
14 der Europäischen Union haben sich zu der Aufnahme von Flüchtlingen im Sinne der
15 genannten Kriterien verpflichtet. Deutschland soll hier seiner Verantwortung als eines der
16 reichsten Länder gerecht werden. Die Asylverfahren müssen dabei fair und offen gestaltet und
17 die Dauer verkürzt werden, damit den Flüchtlingen so schnell wie möglich geholfen werden
18 kann. Die Kriterien der GFK dürfen weiterhin nicht durch eine restriktive Auslegung
19 unterlaufen werden, wie dies bereits in einigen Ländern geschieht. Die teilweise bereits
20 begonnene Abschiebung afghanischer Flüchtlinge lehnen wir ab. Auch müssen Flüchtlinge
21 aus Afghanistan, unabhängig vom offiziellen Status des Krieges in Afghanistan voll als
22 Kriegsflüchtlinge anerkannt werden. Dieser Status darf nicht aufgehoben werden, solange in
23 Afghanistan, auch in einzelnen Landesteilen, noch kriegerische Auseinandersetzungen
24 geführt werden. Auch ist die Situation von hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen, die
25 sich in Lagern, wie im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet befinden, dramatisch. Es
26 mangelt an den grundlegendsten Dingen, wie Nahrung, sauberem Wasser und medizinischer
27 Versorgung. Zudem sind gerade Frauen in den Lagern vor gewalttätigen und sexuellen
28 Übergriffen kaum geschützt.

29 Wir fordern:

30 Allen Afghaninnen und Afghanen muss auf ihren Wunsch hin in Deutschland Asyl gewährt
31 werden – unabhängig von Bestimmungen wie der Drittstaaten-Regelung. Des Weiteren
32 fordern wir, weitere humanitäre und finanzielle Hilfe für die afghanischen Flüchtlinge sowohl
33 innerhalb Afghanistans, als auch in den Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten. Dabei muss

1 ein besonderes Augenmerk auf die Situation der weiblichen Flüchtlinge sowie der von
2 Waisenkindern gelegt werden.

3

4 • *Bessere Betreuung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien gewährleisten!*

5 Individuelle Folgen für den Einzelnen, der sich entschieden hat, Soldat zu werden, werden im
6 Kreise der Familie zu kollektiven Folgen und bei zunehmender Ausweitung von Einsätzen
7 und der damit einhergehenden Normalisierung des Kriegszustandes zu gesellschaftlichen
8 Folgen. Das beste Beispiel, wohin das bei einem größer werdenden Militärapparat führen
9 kann, findet sich in den USA. Eine Politik, die die Außenpolitik zunehmend militarisiert und
10 Krieg mehr und mehr als legitimes Mittel zur Konfliktlösung anerkennt, lehnen wir ab.
11 Allerdings ist diese Politik noch verwerflicher, wenn sie sich mit den Folgen unzureichend
12 auseinandersetzt und damit eine Militarisierung und Traumata in Teilen der Gesellschaft und
13 letztlich beim Einzelnen unbeantwortet lässt.

14 Was mit Menschen im Krieg passiert, zeigen nicht nur die zivilen Opfer, sondern auch
15 verletzte und psychisch kranke Soldatinnen und Soldaten, die aus dem Konflikt in ihre
16 jeweiligen Länder zurückkehren. Sowohl in Vorbereitung, als auch während des Einsatzes,
17 insbesondere aber im Nachhinein, muss den besonderen gesundheitlichen Risiken, denen sich
18 Soldatinnen und Soldaten im Zuge eines Auslandseinsatzes ausgesetzt sehen, in
19 angemessener Weise Rechnung getragen werden.

20 Wir fordern: Allen Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien müssen eine intensive
21 psychologische Betreuung erhalten. Die Soldatinnen und Soldaten, die im Anschluss an einen
22 Auslandseinsatz nicht mehr arbeitsfähig sind, müssen für die Dauer ihrer Arbeitsunfähigkeit
23 im materiellen Sinne bestmöglich abgesichert sein.

24

25

26



2 Gute Netzpolitik ist notwendig, aber längst nicht ausreichend. Der Begriff der Netzpolitik
3 bezieht sich bisher hauptsächlich auf den Kampf für mehr Datenschutz im Internet und die
4 Förderung freier Inhalte. Was darüber hinausgeht, mag vielleicht in Teilen der Blogosphäre
5 angesprochen werden; ein breiter gesellschaftlicher Dialog findet jedoch nicht statt. Dieser ist
6 aber dringend nötig! Keine Partei hat einen Gesamtentwurf für die digitale Gesellschaft, die
7 teilweise parallel, manchmal jedoch auch ergänzend, existiert. Menschheitsgeschichtlich
8 betrachtet ist die fortlaufende Vernetzung mit der Einführung des Buchdrucks vor einigen
9 Jahrhunderten vergleichbar.

10 Während vor einigen Jahren häufig davon gesprochen wurde, dass Menschen abends am PC
11 in eine „virtuelle Welt abtauchen“, so ist diese virtuelle Welt nun überall präsent. Viele sind
12 mit Smartphones permanent online, „stets verfügbar“. Dabei muss die Online-Identität nicht
13 der eigenen Identität entsprechen. Das Paradox: so stark wie die eine Realität über
14 Jahrtausende reglementiert und sich in ihren Bewegungsmustern sozial manifestiert hat, so
15 unbeschränkt und teils ungeordnet ist die andere. Dies erzeugt bei (teilweise) konservativ
16 Denkenden einen reflexartigen Drang nach Regulation und Überwachung. Doch die
17 Vernetzung ist gerade erst am Anfang. Die Frage ist und bleibt: Ist die Gesellschaft darauf
18 vorbereitet? Mit welchem Gesellschaftsentwurf kann Politik die Digitale Gesellschaft
19 solidarisch machen?

20 Die Veränderungen, die die neuen Kommunikationsformen und das Internet bringen, sind
21 äußerst zahlreich. Sie betreffen beinahe jeden Politikbereich. Schon deshalb ist es nicht
22 möglich, das Thema für sich alleine zu betrachten. Netzpolitik ist die Auseinandersetzung in
23 verschiedenen Themenfeldern mit den Aspekten, die betroffen sind. Netzpolitik bedeutet
24 dabei auch die Auseinandersetzung mit einer grundsätzlichen Veränderung unserer
25 Gesellschaft: Informationen sind heutzutage nicht mehr per se vergänglich. Es bedeutet
26 keinen Aufwand mehr, Informationen langfristig zu erhalten, die zuvor mühevoll in Archiven

1 eingelagert werden mussten. Die Technik für Server und Internetkommunikation ist schon
2 heute billig und die Preise sinken weiter.

3 Konnte man konkrete Ansätze der SPD-Netzpolitik bis 2005 zwar nicht als revolutionär, aber
4 immerhin als progressiv beschreiben, produzierte die Große Koalition viele enttäuschte
5 Gesichter, vor allem in der Webcommunity. Die beiden Schlagwörter Netzsperrern und
6 Online-Durchsuchungen reichen bereits aus, um die (Online-)Popularität der SPD in den
7 vergangenen Jahren aufzuzeigen. Neben der derzeit heiß diskutierten zentralen Speicherung
8 von ArbeitnehmerInnendaten war die Sozialdemokratie auch an der datenschutzrechtlich
9 problematischen Einführung der zentralen Steuernummer, der elektronischen
10 Gesundheitskarte und der Vorratsdatenspeicherung, von der einige sogenannte
11 InnenexpertInnen immer noch nicht abgekommen sind, beteiligt.

12 Mit der Zustimmung zu den von der CDU initiierten Netzsperrern war die SPD außerdem an
13 dem Aufbau eines riesigen Zensurapparates im Internet beteiligt, der nicht nur angesichts der
14 Wirksamkeit seiner eigentlichen Intention zu hinterfragen ist. Es ist unklar, was tatsächlich
15 gesperrt wird und wie die Überwachungsmechanismen funktionieren. Tatsächlich
16 stattfindender Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, was einst Zweck des Gesetzes war,
17 wird dadurch nicht verhindert.

18 Auch im Bereich des Leistungsschutzrechts hat die SPD wesentliche Änderungen
19 mitgetragen, die die Vervielfältigung von Informationen einschränken und Großkonzernen,
20 Anwaltskanzleien und Verwertungsgesellschaften neue Geschäftsfelder durch die Möglichkeit
21 von Massenabmahnungen eröffneten.

22 Vergessen darf man dabei aber nicht, dass es sich bei der Sozialdemokratischen Partei
23 Deutschlands weiterhin um eine Volkspartei handelt, deren Mitglieder, so wie der
24 Gesamtschnitt der Bevölkerung, das Internet vermutlich hauptsächlich zum regelmäßigen
25 Abruf von E-Mails nutzt. Ähnliches gilt bei den Jusos: Zwar sind Jusos aufgrund ihrer
26 Altersstruktur deutlich netzaffiner, einen Entwurf für die solidarische digitale Gesellschaft
27 sind aber auch wir schuldig.

28 Mit der Einrichtung des Gesprächskreises „Netzpolitik und digitale Gesellschaft“ beim
29 Parteivorstand und der entsprechenden Arbeitsgruppe in der Bundestagsfraktion sehen wir
30 sozialdemokratischer Netzpolitik gespannt und hoffnungsvoll entgegen.

1 Wir Jusos drängen darauf, dem Gesprächskreis die Möglichkeit der direkten Antragsstellug
2 zu geben und damit die Beschlusslages des Bundesparteitags zu einem Forum Netzpolitik
3 vollständig umzusetzen.

4 **Jusos wollen die solidarische digitale Gesellschaft**

5 Die Juso-Positionen auf Bundesebene sind bisher sehr übersichtlich. Wir lehnen Netzsperrn
6 ab und sprechen uns gegen eine Zensur des Internets aus. Auch Überwachungsbefugnissen
7 und Abhörmaßnahmen über das Internet („BKA-Gesetz“) stehen wir ablehnend gegenüber,
8 ebenso wie der massenhaften Speicherung von Telekommunikationsdaten im Rahmen der
9 Vorratsdatenspeicherung. In einer sehr umfassenden Beschlusslage zum Datenschutz hat auch
10 der ArbeitnehmerInnenschutz bei der Nutzung von Computern am Arbeitsplatz eine
11 Rolle gespielt. Darüber hinaus haben Jusos aber auch sehr grundlegende Dinge zum
12 Datenschutz in der Privatwirtschaft angesprochen, bei der wir beispielsweise auch die zentrale
13 Speicherung personenbezogener Daten, wie es jetzt bei ELENA der Fall ist, ablehnen. Zur
14 Datensparsamkeit wird aufgefordert.

15 Daneben gibt es zahlreiche weitere, auch grundsätzliche Beschlusslagen der Landesverbände,
16 die in der Arbeit des Bundesverbandes bisher eher wenig Berücksichtigung gefunden haben.
17 Dazu gehören die Anträge zur SchülerInnendatenbank und SchülerInnen-ID. Auch dort
18 spielt die zentrale Speicherung personenbezogener Daten eine Rolle, ebenso die staatliche
19 Pflicht zur Datensparsamkeit.

20 **Digitale Gesellschaft braucht Medienkompetenz**

21 Unsere Schulsysteme verfolgen das Ziel, Wissen und Kompetenzen zu vermitteln. Dies ist
22 und wird auch vermutlich weiterhin die Kernaufgabe bleiben. Doch wie wichtig ist es, das
23 Wissen zu vermitteln, das Wissen zu erhalten, sowie dieses qualitativ zu klassifizieren und
24 einzuordnen? Wird überhaupt Medienkompetenz vermittelt? Wir brauchen einen ehrlichen
25 Diskurs darüber, ob die von allen Seiten proklamierte Wissensgesellschaft tatsächlich das
26 Resultat der Entwicklung sein wird – oder ist der nächste Schritt eine
27 Wissenszugangsgesellschaft?

28 Es ist dringend nötig, Kindern und Jugendlichen die Kompetenz zu vermitteln, selbst
29 entscheiden zu können, welche Inhalte gut für sie sind. Wir lehnen es ab, mit Mitteln für
30 klassische Massenmedien Webinhalte zu bewerten. Daraus ergibt sich folgerichtig, dass die

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD die Altersklassifizierung von Webinhalten,
2 so gefordert in dem Entwurf zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages
3 (JMStV), ablehnen. Statt dieser Restriktionen muss die Medienpädagogik verbessert werden;
4 Lehrerinnen, Lehrer und Eltern in der Vermittlung von Medienkompetenz besser vorbereitet
5 werden.

6 Die Novellierung des JMStV sieht vor, dass Webinhalte in die Stufen „ab 0 Jahren“, „ab 6
7 Jahren“, „ab 12 Jahren“, „ab 16 Jahren“ und „ab 18 Jahren“ eingeordnet werden. Websites, die
8 erst für Besucherinnen und Besucher ab 16 Jahren freigegeben sind, sollen nur zwischen 22
9 Uhr und 6 Uhr aufrufbar sein. Diese Forderung ist technisch nicht als ernsthaft einzustufen.
10 Diese Forderung gilt für alle Seiten, somit bspw. auch für private Blogs. Anbieter solcher
11 Inhalte sehen sich in der novellierten Fassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages
12 ernsthaften juristischen Problemen konfrontiert, sobald eine Besucherin oder ein Besucher
13 Inhalte auf die Seite stellt, die nicht mehr der angegebenen Klassifikation entsprechen.

14 Das Verfahren, bestimmte Inhalte nur nachts anzubieten, hat sich bei Fernsehfilmen
15 durchgesetzt. Diese unterscheiden sich eklatant vom Internet, da der Inhalt des Films vor der
16 Ausstrahlung bekannt ist. Das Internet ist jedoch ein Echtzeitmedium. Diese
17 „Sendezeitbeschränkung“ ist unter Betrachtung der weltweiten Vernetzung mit verschiedenen
18 Zeitzonen nicht praktikabel und auf Webcontent nicht anwendbar.

19 Altersklassifikationen ermöglichen ebenso die Errichtung einer Zensurinfrastruktur, die den
20 Zugriff auf entsprechende Seiten regelt. Ein solches System, ebenso die Altersklassifizierung
21 von Webinhalten, lehnen Jusos ab.

22 **Digitale Gesellschaft heißt Teilhabe**

23 Ein Zugang zum Internet wird in der Gesellschaft vorausgesetzt. Ob Jobangebote, die
24 Erledigung der Schulaufgaben oder Schnäppchenjagd: ohne Web ist man der Depp. Aber der
25 Breitbandzugang ist keinesfalls flächendeckend gewährleistet, permanenter Zugang zum
26 Internet an jedem Ort („online everywhere“ bzw. „always online“) für viele Menschen
27 momentan noch Utopie. Der Zugang zu Informationen muss ein Grundrecht ohne Wenn
28 und Aber werden. Aber auch die Gefahren des „always online“ müssen wir uns bewusst
29 machen und verhindern, dass unsere ständige Verbindung mit dem Netz zum Mittel wird,
30 uns zu überwachen.

1

2 Da es sich beim Internet unmittelbar um einen solchen Informationszugang handelt, muss
3 jeder Mensch in Deutschland Zugang zum Internet erhalten. Wir lehnen somit auch Three-
4 Strikes-Modelle ab, wodurch Menschen der Zugang zum Netz verwehrt werden kann.

5 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD fordern, dass jeder Mensch in
6 Deutschland Zugang zum Internet erhalten muss.

7 Die weltumspannenden Kommunikationsnetze, allen voran das Internet, werden für unseren
8 Alltag immer wichtiger, und immer mehr Dienste – wie Fernsehen und Telefon – nutzen
9 diesen Kommunikationsweg. Gleichzeitig stellen wir fest, dass das Kommunikationsnetz in
10 der Hand weniger großer Unternehmen ist. Diese betreiben das Netz und den Netzausbau
11 selbstverständlich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ländliche Gebiete, in
12 denen Breitbandzugang für die Haushalte nur schwerlich die Investitionskosten deckt,
13 geraten zusehends ins Hintertreffen und die „digitale Kluft“ verbreitert sich. Der Staat soll
14 den Netzausbau forcieren und ihn als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreifen. Wir
15 fordern ebenso, dass ein flächendeckender Breitband-Zugang zum Internet verfügbar ist.
16 Einen ersten Schritt in Richtung Versorgung mit schnellerem Internetzugang hat die
17 Bundesnetzagentur mit ihren Vertragsbedingungen bei jüngst versteigerten Frequenzen getan.
18 Die Unternehmen mussten mit der Ersteigerung dieser Frequenzen zusichern, den
19 Breitband-Ausbau im ländlichen Raum voranzutreiben. Wir Jusos sprechen uns entschieden
20 dafür aus, auch zukünftig über die Bundesnetzagentur dafür Sorge zu tragen, den Ausbau den
21 schnellen Internetzugangs auch im ländlichen Raum zu forcieren und diese digitale Kluft zu
22 überwinden.

23 Denn: Der Zugang zum Internet wird heute als vorausgesetzt angenommen. Auch
24 Arbeitsagenturen fordern Ihre „Kunden“ auf, im Internet nach Stellenangeboten zu suchen.
25 Selbst kostengünstige Angebote von Internet Service Providern überstrapazieren die monetäre
26 Ausgangslage vieler Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II. Das Internet
27 aber ist das Medium für Informationen und Kultur im 21. Jahrhundert und ein wichtiger
28 Bestandteil des Alltags. Somit muss ein freier Zugang für jeden Menschen in einer
29 angemessenen Geschwindigkeit möglich sein.

30 Gleichzeitig wird das Internet jedoch von unterschiedlichen Menschen unterschiedlich

1 genutzt. Insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Behinderung haben
2 Schwierigkeiten, das Internet zu nutzen. Wir wollen, dass allen Menschen ein barrierefreier
3 Zugang ermöglicht wird.

4 Darüber hinaus können durch Netzbetreiber missliebige – etwa weil konkurrierende – Inhalte
5 ausgeblendet oder benachteiligt werden. Der Zugriff auf angebotene Dienste soll aber allen zu
6 gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen. Hierfür ist das gesetzliche Festschreiben der
7 Netzneutralität, also eine Trennung von Infrastruktur und Dienst, nötig. Dem Staat, in Form
8 der Bundesnetzagentur (BNA), muss die Kontrolle über die Infrastruktur obliegen. Dies
9 bedeutet nicht, dass die BNA die genaue Netzkonfiguration steuert, sondern dass sie die
10 Einhaltung des Trennungsgebots jederzeit überprüfen kann und prüft.

11 Netzneutralität bezeichnet die Möglichkeit, dass jede/r auf das gleiche und umfassende
12 Internet zugreifen darf. Dies ist zurzeit in manchen Bereichen nicht der Fall: Viele
13 Mobilfunkanbieter sperren bestimmte Dienste aus. Voice over IP (VoIP) ist nicht oder nur
14 gegen Aufpreis zugänglich. Bei drahtgebundenen Internetzugängen gibt es ähnliche
15 Beschränkungen: Filesharingdienste werden bei größeren Internetservice Providern (ISP) in
16 Zeiten hoher Trafficauslastung künstlich gedrosselt. Dies ist technisch nur durch Deep
17 Package Inspections möglich, d.h. Datenpakete werden nach bestimmten Merkmalen
18 durchsucht; bestimmte Ports oder Paketcharakteristika (bspw. sehr kleine Pakete wie bei
19 VoIP verwendet) geben Aufschluss über den Inhalt, wenn nicht sogar der Inhalt direkt
20 durchsucht wird. Verglichen mit dem klassischen Briefversand kommt dies der Öffnung des
21 Umschlags durch die Post gleich. Nachdem die Post den Umschlag geöffnet hat, entscheidet
22 diese, wie schnell das Paket weitergeleitet wird und wann es somit bei der/dem EmpfängerIn
23 ankommt. Wir Jusos lehnen Deep Package Inspections ab. Eine komplette Gleichbehandlung
24 von Daten ist technisch nicht möglich, da dadurch Dienste wie VoIP oder Video on Demand
25 nicht ausführbar wären. Eine gewisse Dienstgüte (QoS = Quality of Service) ist im Web
26 unerlässlich. Jusos fordern ein Verbot der Paketauswertung mit Ausnahme der IP-Schicht.
27 Für das Zusenden und den Wegeverbund (Routing) der Daten, ebenso mögliche
28 Priorisierung (QoS), sind dort ausreichende Informationen vorhanden, ohne den Inhalt
29 auswerten zu müssen. Verglichen mit der klassischen Post sind das genau die Informationen,
30 die auch auf dem Umschlag zu finden sind: AbsenderIn, EmpfängerIn und Größe des Pakets.

1 **Digitale Gesellschaft verlangt gute Medienpolitik**

2 Dass MedienvertreterInnen aus der klassischen Printbranche über die Entwicklung des
3 Internets nicht gerade erfreut sind, ist bekannt. Aber auch hier sei eine dialektische
4 Betrachtung empfehlenswert: Woher nahmen VerlegerInnen das Recht für Informationen
5 (die zusätzlich mit Werbung verziert waren!) Geld zu nehmen? Niemand käme auf die Idee
6 für die werbefinanzierten Privatfernsehsender oder Spiegel Online auch noch Geld zu
7 bezahlen. Antithese: Gäbe es ohne „paid content“ (dazu zählen also auch die öffentlichen-
8 rechtlichen Fernseh- und Rundfunksender, sowie die klassische Tageszeitung) überhaupt
9 noch „gute“ Informationen?

10 Die weltweite Veröffentlichung im Internet ist heute (fast) gratis zu haben. Niemand muss
11 mehr VerlegerIn werden, um seine/ihre Meinung oder seine/ihre Informationen kundzutun.
12 Dadurch verlieren zum Beispiel VerlegerInnen, die zuvor das gedruckte Wort verbreiteten, an
13 Bedeutung. Sie sind heute gezwungen, gegenüber dem Internet einen echten Mehrwert zu
14 bieten, wenn ihre Branche überleben will. Die klassische Medienbranche verliert im
15 sogenannten Web 2.0 ebenfalls an Bedeutung. Jeder kann heute kostenlos Informationen
16 verbreiten. Es ist ohne Schwierigkeit und Prominenz möglich, seine Meinung zu publizieren,
17 ohne dass es einer journalistischen Anstellung bedarf. Wo Journalismus eine Kanalisierung
18 bedeuten, bedeutet die fehlende Kanalisierung basisdemokratische Meinungsäußerung. Jeder
19 Mensch kann seine Meinung gleichermaßen verbreiten. Meinungen können nicht mehr
20 durch Nicht-Veröffentlichungen unterdrückt werden.

21 Diese Basisdemokratie bedeutet aber auch einen Machtverlust des klassischen Journalismus:
22 Im Internet können die Zeitungen nur schwer durchsetzen, weshalb ihr Werk verdient,
23 bezahlt zu werden, während andere (zumeist BloggerInnen) Informationen kostenlos zur
24 Verfügung stellen.

25 Jusos lehnen das in dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung geforderte
26 Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab.

27

28 Die schwarz-gelbe Koalition plant, dass Verlage weitgehende Monopolrechte erhalten, die
29 über das ihnen von den Autoren übertragene Urheberrecht hinausgehen. Das geplante neue
30 Leistungsschutzrecht wäre ein Verbotsrecht, es wäre nicht an eine bestimmte
31 Schöpfungshöhe gebunden und nicht mit den im Urheberrecht vorgesehenen Schranken

1 versehen. Die Folge wäre, dass die Inhaber eines solchen Rechts z.B. Zitate verbieten könnten
2 - für die Pressefreiheit und die demokratische Öffentlichkeit ein nicht hinnehmbarer
3 Zustand. Die Autoren wären in ihrem Recht eingeschränkt, eigene Artikel ein zweites Mal an
4 anderer Stelle zu veröffentlichen.

5
6 Im Falle dass die Verleger durch das neue Leistungsschutzrecht die Möglichkeit haben,
7 Hyperlinks auf Presstexte zu verbieten. Hyperlinks sind das "Bindegewebe" des Internets,
8 ohne sie ist die zentrale Ressource der Informationsgesellschaft nicht mehr nutzbar.

9
10 Die Presseverleger wollen eine eigene Verwertungsgesellschaft der Verlage ("Presse-GEMA")
11 gründen. Diese hat die Aufgabe, Internetnutzer, Suchmaschinenbetreiber u.s.w. zum
12 Abschluss von Lizenzvereinbarungen zu bewegen und von ihnen die fälligen Gebühren
13 einzutreiben. Angesichts von Millionen InternetnutzerInnen und zahllosen genutzten
14 Presseartikeln ist es wahrscheinlich, dass es auf Pauschalabgaben hinauslaufen wird, also eher
15 eine "Presse-GEZ". Zunächst sollen dem Vernehmen nach nur "gewerbliche Nutzer" zahlen,
16 was aber die Frage der Abgrenzung aufwirft. Wie werden Freiberufler behandelt? Wie die
17 Angestellten eines Unternehmens, die in der Pause privat surfen? In jedem Fall sind nicht nur
18 Unternehmen wie Google betroffen, sondern alle Branchen und jede Unternehmensgröße,
19 dazu jede öffentliche Einrichtung und natürlich auch Bildungseinrichtungen.

20
21
22 Von dem neuen Leistungsschutzrecht soll offenbar nur der von Presseverlegern bereitgestellte
23 Online-Journalismus begünstigt werden. Genauso wichtig für die öffentliche
24 Meinungsbildung ist Qualitätsjournalismus, der von öffentlich-rechtlichen Sendern erstellt
25 wurde, von Blogs oder von bürgerschaftlichen Initiativen und Vereinen. Das neue
26 Leistungsschutzrecht würde also auch in den Wettbewerb der Medien untereinander
27 eingreifen und nicht den Urheber selbst schützen und stärken.

28
29 Angesichts der Risiken und Nachteile des vorgeschlagenen Leistungsschutzrechts für
30 Presseverleger sollte der Vorschlag abgelehnt werden. Es ist zunächst zu prüfen, inwieweit
31 Qualitätsjournalismus im Internet der Förderung bedarf, und welche Möglichkeiten der
32 Finanzierung alternativ dazu in Frage kommen könnten.

33

1 Im Gegensatz zu den klassischen Medien ist das Internet, wie bereits bei der
2 Altersklassifizierung erwähnt, ein Echtzeitmedium. Der Informationsvorsprung von
3 JournalistInnen, die am Abend schon verarbeiten, was andere erst am nächsten Tag erfahren,
4 ist dahin. Zugleich bedeutet Echtzeit aber auch, dass das Redaktionieren und Kontrollieren
5 von Inhalten nicht permanent möglich ist.

6 **Digitale Gesellschaft ist auch Innenpolitik**

7 Die neuartige Informationsverbreitung lässt die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger
8 auf neue Art und Weise in den Vordergrund rücken. Die Grundrechte, etwa die
9 informationelle Selbstbestimmung und das Briefgeheimnis, bekommen in den neuen
10 Strukturen neue Aufgabenfelder und neues Gewicht. Das bedeutet nicht, dass die zugrunde
11 liegende Innenpolitik plötzlich zur Netzpolitik würde. Wohl allerdings bedeutet die
12 technische Entwicklung, dass wir durch die veränderten Gegebenheiten unsere Grundrechte
13 stärken müssen. Wir wollen keinen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger überwacht und
14 kontrolliert. Die Unschuldsvermutung ist hierbei Symbol eines modernen Staats: Der Staat
15 soll seine BürgerInnen bei einem freien und selbstbestimmten Leben unterstützen. Dabei
16 steht fest, dass Kontrolle, Überwachung und Zensur einem freien und selbstbestimmten
17 Leben im Wege stehen: Wem bekannt ist, dass er oder sie überwacht wird, verhält sich anders
18 – vollkommen unabhängig davon, ob er oder sie etwas zu verbergen hat.

19 Mit der vorauseilenden Selbstzensur, der sogenannten Schere im Kopf, bemüht man sich,
20 angepasst und der vermeintlichen Norm entsprechend zu verhalten. Alternative, abweichende
21 Verhaltensweisen zensieren sich auf diese Weise selbst. Es steht zu befürchten, dass so auf
22 Dauer bestimmte Themen, Ideen und Verhaltensmuster gänzlich verschwinden.

23 Im konservativen Verständnis steht die Schutzaufgabe des Staates im Zweifel über jedem
24 Grund- und Menschenrecht. Bereits heute hat das Bundesverfassungsgericht mehrere
25 Gesetze für nichtig erklärt die wenig Sicherheit gebracht haben, aber viele Freiheitsrechte
26 verletzt. Aktuellstes Beispiel ist die Vorratsdatenspeicherung: für die Möglichkeit der
27 Überwachung und Kontrolle der BürgerInnen sollte hier das Grundrecht des
28 Fernmeldegeheimnisses geopfert werden.

29 **Digitale Gesellschaft benötigt Schutz des Individuums**

30 Wurde man früher einer Straftat bezichtigt, war der persönliche Ruf in dem eigenen Dorf

1 meist unabhängig vom Ausgang des Prozesses beschädigt. Im schlimmsten Falle half ein
2 Umzug in eine andere Stadt, um einen privaten, aber auch beruflichen Neustart zu versuchen.
3 Heutzutage wäre ein anderer Planet angebracht. Unabhängig von Wahrheitsgehalt,
4 Zustimmung der/des Betroffenen und unmittelbaren Zweck der Informationen bleiben
5 Informationen auf Dauer erhalten und abrufbar. Wir Jusos fordern deshalb eine stärkere
6 informationelle Selbstbestimmung für jeden Menschen. Zugleich muss für den Datenschutz
7 sensibilisiert werden. Jeder Mensch sollte wissen, welche Daten er oder sie an welcher Stelle
8 und zu welchem Zweck von sich preis gibt, und bewusst darüber entscheiden. Jeder muss -
9 leicht und ohne besonderes Fachwissen oder großartige Bemühungen - auch erfahren können,
10 wohin welche Daten beispielsweise vom Online-Formular verschickt werden, welche
11 Verarbeitungsprozesse sich wieso anschließen und in welcher Form die jeweiligen Adressaten
12 der Daten mit diesen zur Lagerung und Aufarbeitung verfahren.

13 Außerdem müssen die bisherigen Auskunftsrechte gestärkt werden: Gerade Behörden wenden
14 sich heute oftmals, wenn sie Auskunft erteilen sollen. Hier muss im Bereich des
15 Bundesdatenschutzgesetz nachgefasst werden: Die Auskünfte, die jedem zustehen, müssen
16 auch wirklich erlangbar sein. Die grassierende „Datensammelwut“ von Unternehmen und
17 öffentlichen Stellen gilt es durch einen neuen Modus der Rechtfertigung zur Datensammlung
18 zu ersetzen.

19 Ein aktuelles Beispiel für diese behördliche Datensammelwut stellt das Gesetz zum
20 Elektronischen Einkommensnachweis (ELENA) dar. Mit seinem Inkrafttreten am 1. Januar
21 2010 hat sich der Datenhunger des Staates eine weitere Vorratskammer geschaffen.
22 ArbeitgeberInnen müssen nun für ihre Angestellten Angaben auf mehr als 40 Seiten an die
23 zentrale Speicherstelle der deutschen Rentenversicherung übermitteln. Gewerkschaften und
24 ArbeitnehmerInnen wehren sich genauso gegen ELENA wie ArbeitgeberInnen, die mit der
25 Erfassungsbürokratie zu kämpfen haben. Ankündigungen von Verfassungsklagen und auch
26 Bedenken des Bundesdatenschutzbeauftragten stoßen bei der Bundesarbeitsministerin
27 allerdings auf taube Ohren, denn von der Leyen stellt ELENA nicht in Frage und nimmt
28 allenfalls kleine Korrekturen in Detailfragen vor. Die Kritik bleibt berechtigt und auch die
29 SPD muss sich gegen ELENA aussprechen.

30

31 Hochsensible Daten von über 40 Millionen abhängigen Beschäftigten sollen mit ELENA
32 nun zentral und auf Vorrat gespeichert werden, obwohl nicht klar ist, ob diese Daten jemals

1 gebraucht werden, da sie nur im Falle eines Antrages auf Sozialleistungen abgerufen werden
2 müssen.

3

4 Die Gestaltung der Datenabfrage gibt Raum für eine Diskriminierung der
5 ArbeitnehmerInnen, da in den Protokollen lediglich die Arbeitgeber zu ihrer Einschätzung
6 nach „berechtigten“ oder „unberechtigten“ Streiks oder nach den Gründen von
7 Abmahnungen gefragt werden.

8 Zudem ist die Gefahr des Missbrauchs dieser Daten enorm, da auch die von der
9 Bundesregierung vorgesehenen Verschlüsselungssysteme mit einer individuellen
10 Schlüsselkarte immer angreifbar sind. Zudem ist es lediglich eine Frage des politischen
11 Willens, die Nutzung der vorrätigen Daten über das jetzt veranschlagte Maß hinaus zu
12 nutzen. Das dafür von Seiten der Bundesregierung Gründe, etwa Kriminalitätsbekämpfung,
13 gefunden werden können bezweifeln wir nicht.

14 Für uns Jusos ist daher klar: in einer solidarischen Digitalen Gesellschaft darf es keine
15 Vorratsdatenspeicherung geben, denn der Schutz des Individuums steht für uns über den
16 Forderungen nach Bürokratieabbau. Deshalb ist ELENA sofort zu stoppen und das bisherige
17 System - die dezentrale Speicherung und Abfrage nur im Bedarfsfall - wieder herzustellen.

18

19 **Digitale Gesellschaft muss Datenkraken an die Leine legen**

20

21 Global agierende Unternehmen wie Google sammeln riesige Mengen an Daten über uns. Ein
22 Problem dabei ist, dass wir immer und immer wieder dem Geschäft mit unseren Daten
23 zustimmen;

24 dies tun wir, indem wir über die Suchmaschine suchen, Mails mit GoogleMail senden,
25 GoogleDocuments verwenden, unsere Routen mit GoogleMaps planen oder auch nur auf
26 Seiten surfen, die mithilfe von GoogleAnalytics unsere Interessen auswerten.

27

28 Google und andere große Unternehmen wie Facebook hat vor allem ein kommerzielles
29 Interesse an unseren Daten. Mit ihnen lässt sich viel Geld verdienen.

30 Und je genauer die jeweiligen Unternehmen uns kennen, umso maßgeschneidertere
31 Werbeangebote können sie uns machen.

1 Aus diesem Grund liegt auch die von uns geforderte Datensparsamkeit gar nicht in ihrem
2 Interesse.

3 Auch die Diskussion um Google StreetView zeigt, dass Google andere Vorstellung von
4 Persönlichkeitsrechten hat, als es uns lieb ist: Das Unternehmen macht mit seinen
5 Kamerawagen Photos von Gebäuden und Straßenzügen, ohne vorher jemals eine Erlaubnis
6 eingeholt zu haben. Wer sein Haus nicht im Netz haben will, kann sich ja hinterher
7 beschweren und dann darauf hoffen, dass das Unternehmen die bereits gemachten und
8 gespeicherten Bilder wieder unkenntlich macht.

9

10 Und Google macht nicht nur Photos, sondern scannt auch alle unverschlüsselten Wlan-
11 Netze. Diese Tatsache ist an sich schon beunruhigend. Doch Google speichert auch alle zu
12 dem Zeitpunkt des Vorüberfahrens über die drahtlosen Netze versendeten Daten: also
13 Millionen von Emailfragmenten, Informationen über aufgerufene Homepages...

14

15 Als dieses Vorgehen durch Zufall bekannt wurde, entschuldigte sich Google. Das sei nicht
16 beabsichtigt gewesen, ein Programmierfehler.

17

18 Aber was passiert, wenn ein solches Unternehmen mehr über uns weiß, als wir es uns in
19 unseren schlimmsten Überwachungsstaatsdystopien ausmalen (erklärtes Ziel von Google ist
20 es, uns irgendwann einmal antworten zu können, bevor wir überhaupt eine Frage formuliert
21 haben müssen)? Wie wollen wir mit Unternehmen umgehen, die sich nicht um unsere
22 Rechtsvorstellungen scheren, die so mächtig sind, dass unser Recht für sie nicht gilt? Wie
23 wollen wir unsere Daten im weltweiten Netz schützen, wenn Unternehmen sich
24 demokratischen Entscheidungen entziehen?

25 **Digitale Gesellschaft bedeutet informationelle Selbstbestimmung**

26 Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist schon 1983 vom
27 Bundesverfassungsgericht beim Volkszählungsurteil „erfunden“ worden. Es ergibt sich auch
28 aus Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention: „Jedermann hat Anspruch auf
29 Achtung seines Privat- und Familienlebens, seiner Wohnung und seines Briefverkehrs.“ Das
30 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss ins Grundgesetz aufgenommen
31 werden. Auf diese Weise kann Klarheit für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden,
32 dass dieses Grundrecht auch für sie konkret gilt. Das bisherige Richter-Recht wird zum

1 Beispiel in Schulen nicht durchgenommen, wohingegen das Grundgesetz und die
2 Grundrechte Gegenstand des Schulunterrichts sind. Wenn das Grundrecht auf
3 informationelle Selbstbestimmung Verfassungsrang erhält, so kann das Bewusstsein der
4 BürgerInnen für dieses Recht gestärkt werden. Den für 2011 geplanten Zensus lehnen wir
5 Jusos ab. Bei dieser Volkszählung sollen Verfahren zum Einsatz kommen und unter anderem
6 dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung widersprechen. Der sogenannte
7 registergestützte Zensus will Daten, die zu Zwecken der Verwaltung erhoben wurden, unter
8 einer eindeutig identifizierbaren Personenkennziffer zentral sammeln. Zudem sollen als
9 Stichprobe etwa 10% der Einwohner_innen direkt und zwangsweise befragt werden, dabei
10 sollen auch sensible Daten wie etwa die Religionszugehörigkeit erfasst werden. Das Ergebnis
11 wäre eine umfassende Datenbank über alle in Deutschland lebenden Menschen.

12 **Digitale Gesellschaft heißt, die Unschuldsvermutung ernst zu nehmen**

13 Bei den jüngsten Sicherheitsgesetzen wie Vorratsdatenspeicherung und BKA-Gesetz ist die
14 Unschuldsvermutung verloren gegangen. Dies darf nicht geschehen: Die
15 Unschuldsvermutung muss wieder in den Vordergrund gestellt werden. Beobachtet und
16 verfolgt darf erst werden, wenn ein begründeter Verdacht einer Straftat besteht. Ein
17 Generalverdacht über alle Bürgerinnen und Bürger zu legen ist nicht hinzunehmen. Aus
18 diesem Grunde fordern wir die SPD-Fraktion des Bundestags auf, sich einem neuen
19 Vorratsdatenspeicherungsgesetz entgegenzustellen. Vorratsdatenspeicherung bedeutet die
20 Profilbildung der Daten aller Bürgerinnen und Bürger – verdachtsunabhängig. Es darf aber
21 nur dann gespeichert werden, wenn ein Verdacht besteht. Deshalb: Diese Datenspeicherung
22 darf nicht wiederkehren. Auf den Internetangeboten von Juso-Landesverbänden und vom
23 Juso-Bundesverband sollen IP-Adressen, wie rechtlich vorgeschrieben, nur gespeichert
24 werden, wo diese zur Dienstleistung oder zu Abrechnungszwecken notwendig sind. IP-
25 Adressen sind als "Telefonnummer des Internets" eindeutige Identifikationsnummern und
26 daher schützenswerte personenbezogene Daten. Ihre Speicherung außerhalb von
27 Dienstleistung und Abrechnungszwecken ist unzulässig (§15 Telemediengesetz).

28

29 Bei der Auswahl der Dienste, die für Internetangebote genutzt werden, legen wir besonderen
30 Wert auf den korrekten und sensiblen Umgang mit Benutzerdaten. Unsere Websites werden,
31 wo sinnvoll, durch eine Erklärung zum Datenschutz ergänzt.

32

1 **Digitale Gesellschaft nutzt freie Software und offene Standards**

2 Wir setzen uns für eine Förderung offener Standards und freier Software ein.

3 Offene Standards bieten durch ihre internationale Normierung die Möglichkeit, eine
4 entsprechende Datei mit einer Vielzahl von Programmen zu öffnen und zu bearbeiten.
5 Hierdurch bricht man einerseits die heutzutage weit verbreiteten de-facto-Softwaremonopole
6 und schafft Kompatibilität zwischen Anwendungen. Außerdem ermöglichen offene Standards
7 die digitale Archivierung von Daten, weil das Dateiformat nicht von einem einzigen
8 Hersteller abhängt.

9 „Freie Software“ nennt man Programme, die von allen verwendet, bearbeitet und
10 weiterverbreitet werden dürfen. Sie sind damit gesellschaftliches Allgemeingut. Durch ihre
11 Offenheit kann Freie Software sehr schnell erweitert, verbessert und korrigiert werden, was zu
12 hoher Stabilität und Sicherheit führt. Außerdem macht freie Software unabhängig von
13 Monopolanbietern.

14 Langfristige Vorteile freier Software für die Verwaltung können schnelle Verfügbarkeit und
15 guter Support, sowie geringere Kosten sein. Der verstärkte Einsatz freier Software an
16 öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Hochschulen kann darüber hinaus zu ihrer
17 weiteren Verbreitung beitragen. Um eine Umstellung zu erleichtern, sollte ab sofort
18 vorzugsweise plattformunabhängige Software eingesetzt werden.

19 Wir setzen uns ebenfalls für eine kostenfreie Bereitstellung von öffentlichen Daten und
20 Informationen in maschinenlesbaren, offenen Formaten ein. Dies gilt für Behörden,
21 Regierungen in Bund und Land, sowie Rathäusern in Städten. Insbesondere gilt dies ebenso
22 für Informationen aus der Partei, dem Juso-Bundesverband und untergeordneten
23 Gliederungen und betrifft beispielsweise Terminankündigungen oder Beschlüsse.
24 Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit werden wir für alle Initiativen als
25 Richtschnur verstehen und in der konkreten Ausgestaltung berücksichtigen. Der Zugang zu
26 rudimentären Informationen wie Terminen und aktuellen Beschlusslagen einzelner
27 Gliederungen im Internet ist teilweise durch Unübersichtlichkeit der Website erschwert.
28 Einige Informationen sind auch gar nicht zugänglich, obwohl diese in ihrem Status als
29 „öffentlich“ einzustufen sind.

1 Wir Jusos wollen im Allgemeinen mehr Transparenz im Regierungs- und
2 Verwaltungshandeln, damit die Öffentlichkeit die Arbeit der Regierung und Verwaltung
3 besser nachvollziehen, weiterverarbeiten, analysieren und bewerten kann. Wir werden
4 dadurch die Partizipation fördern und wollen gut informierte Bürgerinnen und Bürger (bzw.
5 Verbandsmitglieder) in die Gestaltung unserer Demokratie (und insbesondere unseres
6 Verbands) einbeziehen, von ihnen Verbesserungsvorschläge aufnehmen und Innovationen
7 beisteuern lassen. Wir wollen so die Zusammenarbeit mit und in der öffentlichen Verwaltung
8 bzw. den Vorständen effizienter gestalten. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von
9 Behörden und Vorständen auf allen Ebenen und in Partnerschaft und Kooperation mit
10 externen Einrichtungen setzt die Bereitstellung von Informationen und Daten in offenen und
11 verarbeitungsfähigen Formaten voraus. Die Idee des Open Government Data wird damit
12 berücksichtigt. Somit sind Daten der öffentlichen Verwaltung vollständig, zeitnah, für alle
13 zugänglich, maschinenlesbar im standardisierten Format und lizenzfrei auf den Websites der
14 Verwaltung als Primärquelle für alle zugänglich.

15 **Digitale Gesellschaft braucht ein modernes Urheberrecht**

16 Das Urheberrecht ist in den letzten Jahren zugunsten der Verwertungsindustrie (und nicht
17 etwa der Künstlerinnen und Künstler) und zu Lasten von Rechten der Verbraucherinnen und
18 Verbraucher verzerrt worden. Damit wird auf der einen Seite ein überholtes Geschäftsmodell
19 gefördert. Auf der anderen Seite werden Verbraucherinnen und Verbraucher kriminalisiert,
20 bei Verstößen mit unverhältnismäßig hohen Strafen belegt und von einer Bande von
21 Abmahnkanzleien verfolgt.

22 Wir wollen eine Förderung von Geschäftsmodellen, die im digitalen Zeitalter funktionieren.
23 Wir wollen ein Verwertungsmodell, das die Einnahmenverteilung zugunsten der
24 Urheberinnen und Urheber verbessert und das kulturelle Werke breit zugänglich macht und
25 sichert. Zugleich müssen wir uns fragen, ob der oder die Werkschaffende nicht doch selbst
26 entscheiden können muss, wer sein Werk nutzt. Wem gehören Werke, Inhalte und
27 Kulturgüter?

28 Die Diskussion um eine Kulturfltrate könnte der öffentlichen Diskussion dabei wertvolle
29 Impulse geben.

1 **Digitale Gesellschaft heißt mehr Demokratie**

2 Die SPD muss sich der Entwicklung an der netzpolitischen Basis stellen. Eine Ignoranz eben
3 jener durch die Parteispitze ist nicht nur auf Wahlen bezogen unklug, sondern verhindert
4 auch eine nötige Weiterentwicklung der Partei. Allerdings kann ein Dialog nur auf gleicher
5 Ebene passieren. Arroganz – egal von welcher Seite – muss unterbunden werden. Es ist
6 begrüßenswert, dass durch die Vernetzung in sozialen Netzwerken oder anderen Online-
7 Formen bestimmte Wünsche und Forderungen besser und stärker artikuliert werden können.

8 Durch die digitale Online-Kommunikation ist einerseits der Zugang zu Informationen für
9 alle Menschen mit Zugang zum Internet radikal einfacher geworden. Andererseits bietet das
10 Internet diesem Menschen die Möglichkeit, sich in den Online-Teilöffentlichkeiten zu
11 äußern und ihre Meinung zu verbreiten. Wir wissen, dass allein diese technischen
12 Möglichkeiten allein noch keinen demokratischen Diskurs in den Online-Öffentlichkeiten
13 hervorbringen, an dem jedeR partizipieren und so Einfluss auf Öffentlichkeit und damit auf
14 (Zivil-)Gesellschaft und Politik nehmen kann. Jedoch sind sie die notwendige Voraussetzung
15 für gleiche Partizipations- und Kommunikationschancen aller Menschen mit Zugang zu den
16 Internet-Diensten. Zusätzlich zu diesen technischen Voraussetzungen sind allerdings noch
17 viele weitere Bedingungen zu erfüllen, die zu so weit wie möglich hierarchiefreien Diskursen
18 beitragen. Welche diese Bedingungen sind und wie sie politisch hergestellt werden können,
19 müssen wir im Rahmen der Entwicklung eines Entwurfes für die solidarische Digitale
20 Gesellschaft diskutieren.

21 Für uns Jusos ist klar: Die Entwicklung zu einer solchen Gesellschaft muss die enormen
22 demokratischen Poteziale der Online-Kommunikation ausnutzen. Denn in unserem Entwurf
23 einer solidarischen Digitalen Gesellschaft ist das zentrale Leitmotiv das, dass allen Menschen
24 die gleichen Chancen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe offenstehen müssen.

25

26 **Wählen am Computer bedeutet nicht mehr Demokratie**

27 Wir fördern E-Partizipation, Online-Petitionen und weiteren Möglichkeiten der Online-
28 Meinungsbildung, lehnen jedoch den Einsatz von Wahlcomputern, somit auch Online-
29 Wahlen, bei demokratischen und geheimen Wahlvorgängen, insbesondere bei Personen- und
30 Listenwahlen, ab. Dies gilt sowohl für Wahlen innerhalb des Verbands oder Partei, aber auch
31 für überparteiische Entscheidungsprozesse wie beispielsweise Wahlen zum Europäischen

1 Parlament, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

2 Auch wenn in der Netzgesellschaft häufig Onlinewahlen gefordert werden sind diese
3 abzulehnen. Der Einsatz von Wahlcomputer (im speziellen Fall Wahlcomputer der Firma
4 NEDAP) bei der Bundestagswahl 2005 wurde bereits vom Bundesverfassungsgericht als
5 verfassungswidrig eingestuft. Der sogenannte „NEDAP-Hack“ zeigt, dass der entsprechende
6 Wahlcomputer innerhalb von 60 Sekunden grundlegend manipuliert werden kann. Ähnliche
7 Manipulationen sind auch für Wahlcomputer anderer Firmen (bspw. Diebold) zu
8 beobachten.

9 Online-Wahlen sind bei geheimen Wahlen folgerichtig ebenso abzulehnen. Da bei diesen
10 sogar zwei „Wahlcomputer“ im Einsatz sind (Client des Wählers, Server des Wahlvorstands)
11 gelten o.g. Argumente. DoS-Attacken („Denial of Service“) stellen eine möglichen
12 Manipulationsverfahren dar, die im Internet weit verbreiten sind. Ferner existiert ein
13 Übertragungsmedium zwischen den Computern, das von Dritten auf einfacherweise
14 manipuliert werden kann und entsprechende Netzwerkpakete geändert werden können.

15 Wahlcomputer werden von Expertenorganisationen - wie dem Chaos Computer Club (CCC)
16 - und auch von Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft abgelehnt.

17 Der Antrag lehnt explizit nicht den Einsatz von Online-Wahlen bei nicht-geheimen
18 Wahlvorgängen oder Petitionen ab. Eine öffentliche Unterschriftenliste sichert die Abgabe
19 der Stimme zu. Ebenso ist eine Petition nichts Bindendes.

20 **Die SPD in der Digitalen Gesellschaft**

21 Die Möglichkeiten der (inner-)parteilichen Partizipation mittels Online-Medien in der SPD
22 aber auch bei den Jusos liegen noch immer brach. Die aktuellen Instrumente werden von der
23 Parteispitze nicht im Sinne der multilateralen Kommunikation mit Parteimitgliedern und
24 Öffentlichkeit genutzt sondern werden bei genauerer Betrachtung als ein weiterer top-down-
25 Kommunikationskanal genutzt.

26

27 Wir brauchen dringend einen Diskurs, wie wir die Möglichkeiten nutzen können, sowohl
28 Mitglieder als auch Nichtmitglieder in Diskussionen innerhalb und mit der SPD
29 einzubinden. In dieser Diskussion müssen wir auch zu einer kritischen Bewertung der
30 aktuellen Online-Instrumente, aber auch der anderen parteieigenen Medien und ihrer

1 inhaltlicher Gestaltung kommen. Am Ende des Diskurses muss eine umfassende
2 Kommunikations- und Partizipationsstrategie für Jusos und SPD stehen, die inklusiv,
3 multilateral und stetig weiterzuentwickeln ist. Die Möglichkeiten der Online Kommunikation
4 und -Partizipation sind dabei sowohl für den innerparteilichen Bereich zu denken, als auch
5 für die allgemeine Öffentlichkeit. Die Gestaltung der Online-Aktivitäten und Netz-
6 Angebote von SPD und Jusos sind für uns ein entscheidender Baustein einer
7 innerparteilichen Erneuerung, die es mit dem Konzept der Mitgliederpartei ernst meint.
8 Denn für uns muss die SPD - auch und gerade in einer solidarischen Digitalen Gesellschaft -
9 die Partei sein, die durch ihre Mitglieder gestaltet wird und nicht durch politische Eliten.
10 Online Medien eröffnen uns hier ein enormes Potenzial, das es konsequent zu nutzen gilt.
11 Wir Jusos wollen diesen für die SPD wichtigen Diskurs mitgestalten und unsere Erfahrungen
12 und unser Wissen als "digital natives" einbringen.

13 **Digitale Gesellschaft ist die Gesellschaft**

14 Während das 20. Jahrhundert als Jahrhundert der globalen Gesellschaft bezeichnet werden
15 kann, so ist unter Umständen die digitale Gesellschaft der Begriff für die nächsten Jahrzehnte.
16 Die beschriebenen Politikfelder sind nur eine kleine Auswahl, die man um Umweltpolitik,
17 Wirtschaftspolitik, u. v. m. erweitern könnte. Dieser Antrag soll darauf aufmerksam machen,
18 dass ein Aufspringen auf den oberflächlichen „Netropolitik-Zug“ nicht die Lösung sein kann.
19 Wir, die SPD, müssen als erste Partei ein Gesamtkonzept vorlegen, bei dessen Erarbeitung
20 jeder mitmachen kann. Das Desinteresse der Webverdrossenen muss aufhören, ebenso wie
21 die Arroganz der „Webelite“, die auch häufig ohne Sachkenntnisse über technische und
22 fachliche Dinge schwadroniert. Die jetzt aufkommende Euphorie und der existente
23 Netropolitikenthusiasmus dürfen nicht verpuffen, sondern müssen in einen breiten
24 parteiinternen Dialog getragen werden. Auch in einem Ortsverein mit einem
25 Durchschnittsalter jenseits der 60 und wenig netzaffinen Genossinnen und Genossen (die
26 beiden Eigenschaften bedingen sich aber nicht automatisch), soll und muss darüber
27 gesprochen werden, wie wir uns eine digitale Gesellschaft vorstellen. Die Gefahr ist jedoch
28 groß, das Thema als TOP „en vogue“ zu instrumentalisieren oder Flickschusterei durch
29 Kopieren der Positionen anderer zu betreiben. Es wäre daher klug, einen Gesellschaftsentwurf
30 in Form einer „digitalen Gesellschaft“ vorzulegen. Dieser Antrag kann nur der Beginn sein.
31 Diese Diskussionen werden Zeit brauchen. Zeit, die sich die Partei nehmen muss. Jusos
32 müssen dabei Taktgeber sein. Ein Lichtblick gibt es aber bereits: Wir haben in unserer Partei

1 Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft – jetzt auch mehr und mehr aus der digitalen.

2

G4

Bundeskongress Essen

18.-20.Juni 2010

Der Mythos der Freiwilligkeit – Wege aus der Prostitution schaffen!

2 Von Würde und Freiwilligkeit

3 Prostitution gilt als das älteste Gewerbe der Welt. Denkt man jedoch darüber nach, sie als
4 einen Beruf wie jeden anderen anzuerkennen, stößt man schnell auf grundsätzliche
5 Fragestellungen. Prostitution, das bedeutet im Normalfall, dass ein Mann sich den Körper
6 einer Frau kauft. Gegen Geld vereinbart er mit ihr, wie er über ihren Körper verfügen kann.
7 Fasst man diesen Verkauf als freiwillige und autonome Entscheidung der Frau auf, so ergibt
8 sich kein Widerspruch zu dem im Grundgesetz bestimmten freien und selbstverantwortlichen
9 Menschen. Obwohl auch Männer Sexarbeit leisten, bspw. als Callboys oder bei
10 Escortservices, wollen wir uns hier auf den oben beschriebenen häufigsten Fall der
11 Prostitution konzentrieren.

12 Im Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu
13 achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Gerade bei der
14 Prostitution ist die Beantwortung der Frage, ob das freiwillige Verkaufen seines Körpers eine
15 Verletzung dieses Würdebegriffes darstellt, schwierig und umstritten. Die Definition der
16 Würde als überpersonales, ethisches Prinzip steht einem individualistischen
17 Selbstbestimmungsansatz gegenüber. Auf der einen Seite rutscht man leicht in eine staatlich
18 aufgedrückte Moralisierung des Privaten, die darüber hinaus unklar lässt, wo sich die Grenzen
19 der menschlichen Würde befindet und inwieweit es legitim ist, das Kollektiv über die Würde
20 oder Würdelosigkeit des Individuums und seiner Handlungen zu urteilen. Auf der anderen
21 Seite ist die Freiwilligkeit von außen nie vollständig zu erfassen und die tatsächliche
22 Selbstbestimmung über die eigenen Würde objektiv so kaum feststellbar. Als Minimalkonsens
23 lässt sich festhalten, dass die Würde des Menschen da auf jeden Fall verletzt wird, wo sich ein
24 Mensch unfreiwillig prostituiert.

25 Uns ist bewusst, dass Prostitution in der heutigen Gesellschaft regelmäßig zur massiven
26 Menschenrechtsverletzungen und entwürdigenden Zuständen führt. Dennoch stellt dies

1 unseren Anspruch an eine Gesellschaft dar, in der jedeR selbstbestimmt leben kann. Solange
2 wir nicht in einer solchen leben, muss sich das Handeln darauf richten, Prostituierte sozial
3 abzusichern, zu schützen und die Bedingungen so zu gestalten, dass sie so selbstbestimmt und
4 frei wie möglich handeln können. Ein Verbot würde ihre Situation nicht verbessern, eine
5 Kontrolle und ein gesetzliche Regelungen, die den Frauen selbst dienen, wären dann nicht
6 möglich.

7 Daher stellt sich die Frage nach der tatsächlichen Freiwilligkeit. Eine autonome
8 Entscheidung muss eine echte Wahlfreiheit voraussetzen. Dies steht aber dem Armutsdruck,
9 den viele dieser Frauen empfinden, konträr gegenüber. Oft sind Frauen durch ihre
10 auswegslose Lebenssituation einer wirklichen Alternative beraubt. Ärmliche Verhältnisse und
11 eine mangelhafte Ausbildung eröffnen wenig Zukunftsperspektiven. Dies vereitelt eine echte
12 Wahlfreiheit.

13 „Die“ Prostituierte gibt es nicht

14 Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, von der Prostituierten zu sprechen. Wie so oft gestaltet
15 sich die Situation viel facettenreicher, als sich durch allgemeine Aussagen erfassen ließe.
16 Natürlich gibt es die Prostituierten, die sich trotzdem bewusst für ihre Tätigkeit entscheiden.
17 Viele dieser Frauen sind selbstbestimmt in ihrer Arbeit, sie arbeiten ohne Zuhälter und in
18 kleineren Gemeinschaften über so genannte Stundenwohnungen, die sie gemeinsam
19 angemietet haben.

20 Leider trifft dies auf den Großteil der Frauen jedoch nicht zu. Immer noch werden Frauen
21 aus osteuropäischen Ländern und Ländern der dritten Welt eingeschleust. Im Zuge der EU-
22 Osterweiterung hat es sich gerade für osteuropäische Frauen vereinfacht, hier zu arbeiten.
23 Problematisch daran ist, dass es weitaus schwieriger geworden ist, erzwungene Aufenthalte als
24 solche zu enttarnen und einzugreifen. Die Akteur greifen hier auch mittlerweile zu
25 raffinierteren Maßnahmen, stellen sich den Frauen als Liebhaber vor und erreichen und
26 überreden sie so zu einer Reise nach Deutschland. Gerade diese Frauen sind es, die oft
27 bildungsfern sind, kein deutsch sprechen und sich so, einmal angekommen, aus ihrer
28 Situation kaum selbst befreien können. Hier von freiwilliger Entscheidung zu sprechen ist
29 schierer Hohn.

1 **Männerdominierte Ausbeutung**

2 Fakt ist, dass die wenigsten Prostituierten selbstständig und unabhängig arbeiten. Im
3 Allgemeinen besteht ein starkes Abhängigkeitsverhältnis der Frau zu ihrem Zuhälter, aber
4 auch zum/zur BordellbetreiberIn. Das bedeutet nicht nur, dass sie von diesen in ihrer
5 Entscheidungsfreiheit eingeschränkt und unter Druck gesetzt wird, Dinge zu tun, zu denen
6 sie sich selbst nicht entscheiden würden, das bedeutet vor allem auch, dass sie einen
7 beträchtlichen Teil ihres Entgeltes an diese abtreten muss. Das geht schon so weit, dass sie
8 allein eine hohe Miete für ein Zimmer im Bordell bezahlen muss.

9 Die neuesten Entwicklungen machen die prekäre Situation der Frauen umso deutlicher.
10 Flatrate-Bordelle sind die neueste Entwicklung. Dort bezahlt der Besucher einen einmaligen
11 Tageseintritt, der ihm dann über Verpflegung, Alkohol bis hin zu den Frauen alles eröffnet,
12 was er möchte. Die Vorgaben an die Prostituierten von Seiten der Bordellbetreiber sind hier
13 besonders streng und unmenschlich: Oft ist es ihnen verboten sich zu bekleiden oder sich in
14 Gruppen zusammenzufinden, vor allem aber müssen sie meist alles mit sich machen lassen,
15 was der Kunde verlangt, da es in der Flatrate ja inbegriffen ist. Der Vertrag wird hier direkt
16 zwischen dem Kunden und dem/der BordellbetreiberIn geschlossen – die Prostituierte wird
17 daran nicht beteiligt, sie bzw. ihre Leistung wird zum bloßen Vertragsgegenstand, der im
18 Gesamt-Flatrate-Tarif enthalten ist. Diese Bordelle bauen dabei oft das Image eines
19 Wellness-Centers auf und versuchen so, neue Kundschaft in der Mitte der Gesellschaft
20 anzusprechen. Es soll suggeriert werden, dass ein Aufenthalt zur Mittagspause mit dem
21 Geschäftspartner durchaus erwünscht ist. Die Situation der Frauen wird so weiter
22 bagatellisiert.

23 **Die Nachfrage bleibt**

24 Die Problematik der Prostitution und der damit verbundenen Frage der Ausbeutung versus
25 Selbstbestimmung wird in verschiedenen Ländern verschiedentlich angegangen. In Schweden
26 beispielsweise ist Prostitution nicht verboten, aber sie gilt als Männergewalt gegen Frauen.
27 Dementsprechend werden nicht die Prostituierten, sondern die Freier als die Nachfrager
28 bestraft. Auch Norwegen und Großbritannien orientieren sich an diesem Modell. Ziel dieser
29 politischen Maßnahme soll es vor allem sein, eine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung
30 herbeizurufen und nicht die Prostituierten sondern die Freier zu kriminalisieren.

31 Dies Maßnahme mag ihre Vor- und Nachteile haben, fest steht: Ohne Nachfrage gäbe es die

1 ganze Problematik nicht. Sie wird wahrscheinlich immer bestehen. Klar ist jedoch auch, dass,
2 solange die sozialen Verhältnisse keine echte Wahlfreiheit und Selbstbestimmung zulassen, es
3 immer Frauen geben wird, die ihren Körper verkaufen. D. h politische Maßnahmen müssen
4 auf beiden Seiten ansetzen. Eine Kriminalisierung der Prostitution führt nur dazu, dass der
5 Markt in den Untergrund verlagert wird. Die Situation der Frauen wird damit sicher nicht
6 verbessert. Die Nachfrage bleibt. Dies war ja auch Intention des Prostituiertengesetzes der
7 rot-grünen Bundesregierung 2002.

8 **Die Intentionen des Prostituiertengesetz (ProstG) 2002**

9

10 Mit der Verabschiedung des ProstG sollte die Rechtstellung von Prostituierten deutlich
11 verbessert werden, indem freiwillige Prostitution legalisiert und reguliert werde. Es sollte
12 unter anderem Folgendes erreicht werden:

- 13 • Prostitution ist nicht mehr sittenwidrig. Dies hat zur Folge, dass Prostituierte ihr
14 vereinbartes Entgelt rechtswirksam einfordern und sich bei Krankenversicherung,
15 Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung anmelden können.
- 16 • Jede Prostituierte kann entscheiden, ob sie selbstständig oder als Angestellte arbeiten
17 möchte.
- 18 • Arbeitslose Prostituierte erhalten Arbeitslosengeld, wenn sie innerhalb der
19 vergangenen 3 Jahre mindestens 12 Monate beschäftigt waren und
20 Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben.
- 21 • Die Bereitstellung von Zimmern im Bordell ist nicht strafbar, soweit der Bordellier
22 den Prostituierten nicht vorschreibt, welche "Dienstleistungen" sie zu erbringen
23 haben.
- 24 • Den Prostituierten steht ein Anspruch auf Umschulung zu.
- 25 • In der Begründung des Gesetzes wurden außerdem Maßnahmen zur Förderung der
26 Ausstiegsmöglichkeiten empfohlen.
- 27 • Freiwillige und erzwungene Prostitution soll besser unterschieden werden können.

28 **Ein Blick in die Realität**

29 Prostitution ist trotz der Legalisierung weiterhin ein Gewerbe der Anonymität und
30 Verschwiegenheit. Und obwohl die Intentionen des Prostituiertengesetzes gut waren, hat sich

1 die Lage vieler Prostituerter eher verschlechtert:

- 2 • Das Rotlichtmilieu, das seit Jahren darauf bedacht ist, sein Image zu verbessern, hat
3 durch das ProstG eine Scheinlegalität bekommen, hinter der sich nach Einschätzung
4 der Kripo hochkriminelle Netzwerke verstecken. Durch die Legalisierung ist es der
5 Polizei nicht mehr so einfach möglich, groß angelegte Razzien durchzuführen.
- 6 • Dadurch, dass das Verhältnis zwischen Prostituierten und Zuhältern bzw.
7 Bordellbetreibern weitgehend reguliert worden ist, hat sich die Rechtsposition
8 letzterer als ArbeitgeberInnen mit Weisungsbefugnis eher gestärkt und die der
9 Prostituierten deutlich geschwächt. Dies führt zu Urteilen, die Bordellbetreibern und
10 Zuhältern Dinge zubilligen, die vorher als Zuhälterei eingestuft und bestraft worden
11 wären.
- 12 • Viele Frauen in der Prostitution möchten weiterhin heimlich arbeiten, was dazu führt,
13 dass sich kaum eine Handvoll der Frauen als „Prostituierte“ bei der Krankenkasse oder
14 Rentenversicherung angemeldet hat.
- 15 • Es sind keine Klagen vor Zivilgerichten wegen nicht gezahlter Entgelte bekannt.

16 Mit dem Gesetz geht allerdings auch einher, dass sich Freier beim Kauf von Sexualität auch
17 moralisch in ihrem Handeln legitimiert sehen und somit eine höhere gesellschaftliche
18 Akzeptanz erfahren.

19 **Möglichkeit zur Selbstbestimmung geben!**

20 Nach wie vor ist eines der größten Probleme die fehlende Selbstbestimmung der Frauen und
21 ihre gleichzeitige Abhängigkeit von ausbeuterischen, männlichdominierten und kriminellen
22 Kreisen.

23 Unser oberstes Ziel muss es sein, den Frauen eine Möglichkeit zur Partizipation, aber vor
24 allem auch den Weg zum Ausstieg zu ermöglichen. Wer weder die Sprache des Landes
25 spricht, in dem sie lebt, noch sich über die eigenen Rechte bewusst ist, die kann niemals
26 selbstbestimmt handeln. Deshalb müssen zuerst Verhältnisse geschaffen werden, in denen
27 dies möglich ist.

28 **Unsere Forderungen**

- 29 • Prostitution ist kein normales Beschäftigungsverhältnis wie jedes andere. Der
30 Gesetzgeber muss daher festlegen, dass es unabhängig von der Vertragsart (selbständig

1 oder angestellt) kein Weisungsrecht im Bereich der sexuellen Intimsphäre geben kann.
2 Weisungen von Zuhältern und Bordellbesitzern dürfen nicht die Unverletzlichkeit der
3 Intimsphäre einschränken. Das Abhängigkeitsverhältnis zum Zuhälter und
4 Bordellbetreiber muss durchbrochen werden. Alles, was über die Vermietung von
5 Zimmern hinausgeht, ist sexuelle Ausbeutung und muss der Kontrolle der Polizei
6 unterliegen. Das erleichtert auch die Identifizierung von Menschenhandelsopfern.

- 7 • Das Rechtsverhältnis muss zwischen Prostituerter und Freier direkt bestehen.
8 Verträge, die der Freier mit der/m BordellbetreiberIn abschließt und damit über die
9 Prostituierte verfügt, müssen verboten werden.
- 10 • Das Betreiben eines Bordells soll als Gewerbe angemeldet werden, für das eine
11 Konzession erforderlich ist, wie es bei dem Betreiben einer Gaststätte bereits heute
12 geregelt ist. Dies ermöglicht zum einen die Überprüfung der Zuverlässigkeit des
13 Betreibers/ der Betreiberin, vor allem aber Kontrollen durch die Gewerbeaufsicht
14 während des Betriebs. Der Vergleich mit den Gaststätten zeigt, wie gering bisher die
15 Anforderungen sind.
- 16 • Damit die soziale Absicherung Prostituerter auch in selbstständiger Arbeit
17 gewährleistet ist, müssen wir auch hier für die BürgerInnenversicherung eintreten. Als
18 Alternative oder Übergangslösung kann eine Sozialkasse für Prostituierte eingerichtet
19 werden, nach dem Vorbild der Künstlersozialkasse, die sich um die Versicherung des
20 jeweiligen versicherungspflichtigen Personenkreises kümmert und diese berät.
- 21 • Die regelmäßige Pflichtuntersuchung von Prostituierten verbunden mit psycho-
22 sozialen Beratungsangeboten in den Gesundheitsämtern muss wiedereingeführt
23 werden. Die vielerorts leider abgeschaffte Pflichtuntersuchung ist schon von daher
24 nötig, weil sich Geschlechtskrankheiten wegen des von den Freiern favorisierten
25 ungeschützten Geschlechtsverkehrs im Milieu immer weiter verbreiten. Außerdem ist
26 ein regelmäßiger Gang zum Gesundheitsamt für die Frauen oft die einzige
27 Möglichkeit, sich Zuhältern und Bordellbetreibern wenigstens zeitweise zu entziehen
28 und so Hilfsangebote zu erkennen und wahrzunehmen.
- 29 • Arbeitsvermittlung rund um die Prostitution muss weiterhin ausgeschlossen sein.
30 Prostitution darf nicht als zumutbare Option der Sicherung des Lebensunterhaltes
31 gelten.
- 32 • Letztlich muss die Möglichkeit zum Ausstieg oberstes Ziel aller Maßnahmen bleiben.
33 Ausstiegswillige Frauen müssen es leicht haben, Ausstiegshilfen und Programme

1 wahrzunehmen und an Qualifikationsmaßnahmen und Förderprogramme
2 teilzunehmen.

- 3 • Die Bundesregierung muss das Thema aus dem Verborgenen holen und durch eine
4 große öffentlichkeitswirksame Kampagne über Menschenhandel, entwürdigende
5 Formen von Prostitution und Kinderprostitution die Freier in die Pflicht nehmen,
6 hinzusehen, Verantwortung zu übernehmen. Freier von Zwangsprostitution müssen
7 bestraft werden.

8

-
- 2 • Auf dem Bundeskongress 2009 haben wir Jusos ein Arbeitsprogramm für zwei Jahre
3 beschlossen. An diesem Programm halten wir fest. Die Entwicklungen seit dem Juni
4 2009 machen aber an einigen Stellen neue Punkte und andere Schwerpunktsetzungen
5 notwendig.
- 6 •
- 7 • **1. Jusos und SPD nach der Bundestagswahl**
- 8 • Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der
9 Bundesrepublik erzielt und musste nach elf Jahren Regierungsbeteiligung den Gang in
10 die Opposition antreten. Der SPD ist dabei quitiert worden, dass sie in der
11 Regierungszeit zentrale sozialdemokratische Positionen aufgegeben und eine Politik
12 betrieben hat, die den Interessen und den Grundüberzeugungen der Wählerinnen und
13 Wähler der SPD an vielen Punkten entgegenstand. Vor allem konnte der Grundwert
14 der sozialen Gerechtigkeit nur selten in konkretes Regierungshandeln übersetzt
15 werden. Damit ist insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpolitik angesprochen, aber
16 auch etwa in der Friedens- und in der Innenpolitik waren – gemessen am
17 Grundsatzprogramm der Partei – Fehlentwicklungen festzustellen. Agenda 2010,
18 Hartz IV, die Rente mit 67, oder der Krieg in Afghanistan sind die zentralen Begriffe,
19 die den Bruch zwischen der sozialdemokratischen Regierungspolitik und den
20 Wählerinnen und Wählern symbolisieren.
- 21 • Dieser Bruch konnte auch durch ein in seinen Grundaussagen sozialdemokratisches
22 Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 nicht mehr gekittet werden. Zwar
23 entsprachen viele Aussagen der SPD, z.B. die BürgerInnenversicherung oder der
24 Mindestlohn, den Wünschen der Wählerinnen und Wähler. Diese nahmen der SPD
25 aber nicht mehr ab, dass sie diese Positionen auch tatsächlich umsetzen würde. Zu
26 häufig waren zuvor Aussagen vor der Wahl und Regierungshandeln nach der Wahl
27 auseinandergeklafft.
- 28 •

- 1 • Für uns Jusos besonders bedenklich ist das Abstimmungsverhalten der jungen
2 Wählerinnen und Wähler. In der Gruppe der 25 bis 35-jährigen ist die SPD nur noch
3 drittstärkste Kraft hinter der FDP geworden, insgesamt gab es in keiner Zielgruppe so
4 große Verluste wie bei den Wählern und Wählerinnen unter 35 Jahren. Profitiert
5 haben davon die drei kleinen Parteien zu etwa gleichen Anteilen. Offensichtlich
6 konnten sie glaubwürdiger eine Zukunftsidee für junge Menschen vermitteln. Dieses
7 schlechte Abschneiden kann aber nicht den Jusos zugerechnet werden. Dieses
8 schlechte Abschneiden ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Sicherlich dazu
9 beigetragen hat die geringe Glaubwürdigkeit der SPD-Politik der vergangenen Jahre
10 sowie die Haltung in einigen für insbesondere Jugendliche relevanten
11 Themenbereichen wie der Netzpolitik.
- 12 • Wir Jusos haben bis zum Schluss engagiert Wahlkampf geführt. Dabei waren wir
13 nicht nur vor Ort bei Aktionen, Veranstaltungen, Infoständen etc. präsent, sondern
14 haben als Jusos auch eigene Themen gesetzt und eine Mittlerrolle zwischen
15 Jugendlichen und der Partei eingenommen. Seit der Bundestagswahl haben wir
16 erfreulicherweise steigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Dennoch müssen wir
17 feststellen, dass es uns in der Tat häufig nur unzureichend gelingt, politikferne Milieus
18 anzusprechen. Es wäre aber ein Trugschluss zu glauben, dass diese jungen Menschen
19 in einer Zeit, in der politische Botschaften immer stärker massenmedial vermittelt
20 werden, allein durch die Jusos zurückgewonnen werden können. Vielmehr braucht es
21 hierfür eine Partei, die eine eigenständige Vision für die Zukunftschancen junger
22 Menschen hat und dies auch personell widerspiegelt.
- 23 •
- 24 • Die neue Bundesregierung zeigt seit der Wahl, dass sie eine Politik gegen die
25 Interessen der Mehrheit der Menschen macht. Es vergeht dabei kaum eine Woche, in
26 der nicht ein neues unsoziales Projekt in die Debatte gebracht wird. Massive
27 Steuerentlastungen der Wohlhabenden und die finanzielle Ausblutung der
28 Kommunen, die Einführung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen,
29 Mehrwertsteuersenkungen für Hoteliers, der Ausstieg aus dem Atomkonsens, der
30 mangelnde Wille zu Regulierungen der Finanzmärkte und die (vorerst noch verbal)
31 zunehmende Militarisierung in der Afghanistan-Debatte sind dabei nur einige
32 Beispiele. Jedes dieser Projekte wird von der Mehrheit der Menschen abgelehnt.
33 Gleichzeitig kann die SPD davon aber gemessen an aktuellen Umfragen nicht

1 ausreichend profitieren. Auch im SPD-Kernland NRW konnte zwar ein
2 Wahlergebnis eingefahren werden, mit dem hinreichend deutlich wurde, dass die
3 Menschen die schwarz-gelbe Politik ablehnen. Gleichzeitig handelte es sich aber nicht
4 um einen deutlichen Wahlsieg der SPD, lag sie doch am Ende immerhin noch hinter
5 der Union und verlor gegen dem bereits schlechten Ergebnis 2005 nochmals massiv an
6 Stimmen.

7 •

8 • Das alles macht deutlich, dass es nicht ausreichen wird, sich auf die Fehler der
9 schwarz-gelben Bundesregierung zu verlassen, wie es einige in der Partei zu hoffen
10 scheinen. Es reicht nicht aus, nur das geringere Übel zu sein. Vielmehr muss die SPD
11 wieder die besseren Konzepte haben, diese auch glaubwürdig vertreten und mithin
12 treibende Kraft in der Opposition sein. Dazu ist eine glaubwürdige Abkehr von den
13 Inhalten, die den Vertrauensverlust bei den Wählerinnen und Wählern verursacht
14 haben, also insbesondere von Rente mit 67, Hartz IV und Kriegseinsätzen, notwendig.
15 Der Erneuerungsprozess der SPD wird nicht erfolgreich sein, wenn er sich wie aktuell
16 darauf beschränkt, Personen auszutauschen und mit anderer Rhetorik und neuem
17 Diskussionsstil wesentlich die Inhalte der 11 Jahre Regierungszeit zu verteidigen. Die
18 SPD braucht nach wie vor eine grundlegende inhaltliche Neuaufstellung und eine
19 Redemokratisierung der Entscheidungsprozesse – (suggestive) Fragebögen sind dafür
20 nicht adäquat.

21 •

22 • Wir wissen: Das alles braucht Zeit und geht nicht von heute auf morgen. Die SPD
23 muss aber den eingeschlagenen Weg der inhaltlichen Erneuerung konsequent weiter
24 gehen und diesen durch Projekte in den Ländern, in denen wir an der Regierung
25 beteiligt sind, flankieren. Nur wenn wir es schaffen, dass wir die Partei sind, die unter
26 anderem die Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule
27 tatsächlich durchsetzen und jungen Menschen ein Recht auf Ausbildung garantieren,
28 können wir verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Dazu gehört aber auch, dass
29 wir unsere Inhalte auch personell darstellen können. Die personelle Erneuerung darf
30 nicht auf die Parteispitze begrenzt bleiben. Vielmehr muss sich die Partei in ihrer
31 ganzen Breite personell darstellen. MigrantInnen, ArbeitnehmerInnen, aber auch
32 Jüngere müssen stärker beteiligt werden.

33 •

- 1 • Auch wir Jusos müssen unserer neuen Rolle als Oppositionsjugend gerecht werden.
2 Wir werden die inhaltliche Erneuerung der SPD kritisch begleiten. Wir werden
3 natürlich auch mit aller Kraft gegen die neoliberale Politik der schwarz-gelben
4 Bundesregierung kämpfen. Dabei ist unser Vorteil, dass der Kontakt zu sozialen
5 Bewegungen und außerparlamentarischen BündnispartnerInnen nie abgerissen ist.
6 Zwar war der Umgang in Regierungszeiten nicht immer einfach. Wir haben und
7 werden uns davon aber nicht abhalten lassen, gemeinsam mit anderen für eine
8 gerechte Gesellschaft zu kämpfen. Dabei können wir – das haben die vergangenen
9 Monate gezeigt – auch Brücken für unsere Partei bauen, die an einigen Stellen keine
10 Anknüpfungspunkte mehr hatte. Dazu müssen wir aber auch unsere
11 Kampagnenfähigkeit, die wir im Bundestagswahlkampf unter Beweis gestellt haben,
12 ausbauen und für die außerparlamentarische Oppositionsarbeit nutzen.
- 13 •
- 14 • **2. Die Erneuerung der SPD voran bringen**
- 15 • Wir Jusos werden uns massiv eine inhaltliche Erneuerung der SPD einfordern und
16 unsere Positionen in diesen Erneuerungsprozess einbringen. Nach unserer Auffassung
17 muss es bei dieser Veränderung darum gehen, soziale Gerechtigkeit wieder zum
18 Kernthema der SPD zu machen. Dafür ist die Korrektur der Positionen bei der Rente
19 mit 67 und bei Hartz IV eine vordringliche, aber keinesfalls ausreichende Bedingung.
20 Die Aufgabe der SPD besteht darin, den offenkundigen Grundwiderspruch der
21 neoliberalen Modernisierungspolitik offensiv zu artikulieren und Partei zu ergreifen
22 für die sozialstaatlich geprägten Überzeugungen einer Bevölkerungsmehrheit (der
23 Staat als Garant der sozialen BürgerInnenrechte und der gerechten Verteilung).
- 24 •
- 25 • Gleichzeitig müssen wir auch die organisatorische Erneuerung mit dem Ziel stärkerer
26 Partizipationsmöglichkeiten und vor allem einer Verbindlichkeit der in
27 demokratischen Verfahren gefallenen Beschlüsse vorantreiben. Dabei werden wir
28 sowohl an die Diskussionen in den Zukunftswerkstätten anknüpfen und unsere
29 Vorstellungen dort einbringen als auch eigene Positionen entwickeln. Hierzu werden
30 wir über die thematischen Verantwortlichkeiten im Bundesvorstand hinaus einen
31 Diskussionsprozess im Verband sicherstellen. Das stellen wir unter anderem durch das
32 Aufgreifen aktueller Themen im Rahmen unserer Verbandsdebatten und der
33 Perspektivwochenenden (aktuelle Stunde) sicher. Wir werden unsere Positionen auf

1 allen Ebenen in den Erneuerungsprozess einbringen. Hierfür ist der Bundesparteitag
2 im September die erste wichtige Station. Wir müssen aber darüber hinaus auch in der
3 ganzen Breite des Verbandes aktiv sein. Nur wenn es uns gelingt, unsere Positionen
4 auch in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Landesverbänden / Bezirken
5 einzubringen und gemeinsam an einem Strang ziehen können, wir erfolgreich sein.
6 Hierzu werden wir einen regelmäßigen Austausch mit den Bezirken und
7 Landesverbänden sicherstellen. Außerdem werden wir im Winter, im Rahmen eines
8 zweitägigen Bundesausschusses, für uns Jusos ein Zwischenfazit des
9 Erneuerungsprozesses ziehen und unsere Aufstellung für die nächsten Monate
10 festlegen. Zusätzlich werden wir einzelne Themen auch gemeinsam mit
11 BündnispartnerInnen voranbringen.

12 •
13 • **3. Jusos als Opposition – unsere Doppelstrategie fortsetzen**
14 • Wir Jusos wollen neben der Erneuerung der Partei auch die außerparlamentarische
15 Oppositionsarbeit fortsetzen und intensivieren. Wir haben schon in den letzten Jahren
16 erfolgreich mit unserer Doppelstrategie gearbeitet. Deshalb können wir an unsere
17 guten Kontakte durch unsere Bündnisarbeit anknüpfen. Unter anderem in den
18 Bereichen ‚Innere Sicherheit‘, ‚Atomausstieg‘, Finanztransaktionssteuer oder der
19 antifaschistischen Arbeit waren wir in den vergangenen Monaten an vielen Aktionen
20 beteiligt. Das wollen wir fortsetzen und dabei auch die Mobilisierungsfähigkeit des
21 Verbandes steigern.

22 •
23 • Wir wollen unseren Dialog mit den Jugendgewerkschaften und unseren anderen
24 PartnerInnen der ArbeiterInnenjugend intensivieren. Wir streben an, dass es hier zu
25 einem regelmäßigen Austausch kommt und gemeinsame Kampagnen und Strategien
26 entwickelt werden. Insbesondere das Thema Ausbildung nimmt hierbei eine
27 gewichtige Rolle ein. Mit unseren Inhalten, wie beispielsweise, Mindestlohn für
28 Auszubildende, Ablehnung von
29 • Modularisierungen, Forderung einer Ausbildungsplatzumlage, und Stärkung der
30 • Mitbestimmungsrechte von Auszubildenden stehen wir solidarisch zu den sich in
31 Ausbildung befindenden Jugendlichen. Ebenso wollen wir zu einem regelmäßigen
32 Austausch mit den Jugendorganisationen der beiden anderen Oppositionsparteien im
33 Bundestag kommen. Dabei ist klar, dass hierbei nicht in allen Fragen gleich ein

- 1 Konsens herrschen wird. Wir wollen aber die Möglichkeit nutzen, Gemeinsamkeiten
2 zu identifizieren und suchen dabei die punktuelle Zusammenarbeit.
- 3 •
- 4 • Für die Oppositionsarbeit sehen wir Jusos zwei Schwerpunkte: die Finanzmarktkrise
5 und die anstehende Spardebatte auf europäischer und nationaler Ebene.
- 6 • Bisher ist außer großen Worten in Sachen Regulierung der Finanzmärkte nicht viel
7 passiert. Die G-20 erweist sich als handlungsunfähig trotz langer Debatten besteht
8 kein Konsens darüber, wie die VerursacherInnen der Krise an den Kosten beteiligt
9 werden. Mit der Bankenabgabe der Bundesregierung müssen wir allein 15 Jahre
10 warten und sparen, um uns die direkte Rettung der Commerzbank leisten zu können.
11 Aber auch auf anderen Feldern steht die Diskussion immer noch ganz am Anfang: das
12 vom Kabinett vorgelegte Papier zur Bankenaufsicht ist vollkommen unzureichend und
13 es ist zum heutigen Zeitpunkt vollkommen unklar wann es verabschiedet werden soll.
14 Hier müssen wir die Bundesregierung, zusammen mit BündnispartnerInnen vor uns
15 hertreiben. Die Kampagne zur Finanztransaktionssteuer ist dabei ein guter
16 Ansatzpunkt.
- 17 •
- 18 • Zur Rettung der Finanzmärkte und des Euros sind inzwischen Milliardenbeträge
19 geflossen, die von den Staaten bezahlt werden müssen. Gibt es keine Änderungen in
20 dem ungerechten deutschen Steuersystem, werden diese Beträge hauptsächlich von
21 den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt. Anstatt die wahren Schuldigen
22 zu benennen, kündigt Angela Merkel an, dass einige Länder -auch Deutschland- über
23 ihre Verhältnisse gelebt hätten und wir deshalb einen harten Sparkurs brauchen. Die
24 ersten vorliegenden Vorschläge zeigen deutlich, dass hier wieder alte neoliberale
25 Vorschläge auf den Tisch kommen. Hier müssen wir Widerstand leisten. Gleichzeitig
26 ist es wichtig, die Frage nach einem gerechten Steuer-, Bildungs- und Sozialsystem,
27 also kurz: die soziale Frage, hervorzuheben und dabei zu betonen, dass es neben den
28 Herausforderungen im Bildungssystem auch um materielle Voraussetzungen
29 gesellschaftlicher Teilhabe gehen muss
- 30 •
- 31 • Auch aus wirtschaftspolitischer Sicht läuft die Debatte vollkommen verquer. Es wird
32 verschwiegen, dass das deutsche Wachstumsmodell, das jahrelang rein auf
33 Exportüberschüsse gesetzt hat, seinen Teil zur jetzigen Krise beigetragen hat.

1 Stattdessen werden einseitige Schuldzuweisungen erhoben. Den ohnehin
2 fragwürdigen Euro-Stabilitätspakt zu verschärfen oder gar die deutsche
3 Schuldenbremse der ganzen EU aufzuzwingen, geht in die komplett falsche Richtung.
4 Ein europaweites Sparprogramm würde den Binnenmarkt schwächen und die Krise
5 verstärken.

- 6 •
- 7 • Deshalb ist es gerade jetzt unerlässlich, der Diskussion im Verband auch durch eine
8 europäische Perspektive neue Impulse zu geben. Denn vor allem aus europapolitischer
9 Perspektive ist der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg der
10 Renationalisierung der Europapolitik mehr als alarmierend. Besonders auch vor dem
11 Hintergrund, dass das was jetzt in Europa auf den Weg gebracht wird, viele Jahre,
12 wenn nicht gar Jahrzehnte, die politischen Bereiche Handel, Finanzmärkte und die
13 Wirtschaftspolitik prägen werden. Außerdem ist es von entscheidender Bedeutung,
14 dass wir eine verstärkte inhaltliche Rückkopplung in die ECOSY schaffen. Wir
15 werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb der SPD die Diskussion über die
16 zukünftige inhaltliche Gestaltung der SPD-Europapolitik und der europäischen
17 Sozialdemokratie nach dem schlechten Abschneiden bei der Europawahl
18 weitergeführt wird.

- 19 •
- 20 • Die Jusos sind ein linker Jugendverband und somit politischer Bezugspunkt für
21 fortschrittliche jugendkulturelle Bewegungen. Das soll sich nicht nur in einer
22 jugendorientierten Außendarstellung des Verbandes zeigen, sondern auch in seinen
23 Inhalten. Mit dem Kongress ‚Links 2010 – Veränderung durch Bewegung‘ und dem
24 Thesenpapier haben wir den Auftakt für unsere jugendpolitische Diskussion gemacht.
25 Dabei werden wir aber nicht stehen bleiben. Wir wollen deshalb im Rahmen unserer
26 Oppositionsarbeit einen Schwerpunkt auf die Auswirkungen der Finanzkrise und der
27 schwarz-gelben Kürzungspolitik für junge Menschen setzen. Schon jetzt ist etwa klar,
28 dass auf dem Arbeitsmarkt besonders junge Menschen von den Auswirkungen der
29 Krise betroffen sind. Das Augenmerk der europäischen und nationalen Politik muss
30 sich jetzt deshalb noch viel stärker auf die prekäre Situation von Jugendlichen richten.
31 Diese Neuausrichtung ist bisher jedoch bei den Initiativen der EU-Kommission und
32 auch bei der schwarz-gelben Bundesregierung nicht zu erkennen. Ebenso werden die
33 zu befürchtenden massiven Sparprogramme auch zu Lasten der jüngeren Generation

1 gehen, indem etwa Investitionen in Bildung zurückgefahren werden. Für uns ist es
2 dabei wichtig, den aufgenommenen Dialog mit BündnispartnerInnen und anderen
3 Jugendorganisationen fortzusetzen. Wir wollen auch den gesamten Verband
4 mitnehmen und eine Handreichung für entsprechende Dialogformen vor Ort zur
5 Verfügung stellen. Außerdem werden wir die aufgeworfenen Probleme bis zum
6 Frühjahr 2011 in vier Veranstaltungen vertiefen und dabei gemeinsam mit
7 BündnispartnerInnen Ansätze für politische Alternativen diskutieren. Jede dieser
8 Veranstaltungen wird in einer der vier großen Regionen Nord / Süd / Ost / West
9 stattfinden, damit mehr Jusos die Möglichkeit zur Beteiligung an unserem
10 Diskussionsprozess haben. Dabei ist klar, dass die Teilnahme an diesen
11 Veranstaltungen für alle Jusos aus dem gesamten Bundesgebiet möglich sein wird.

12 •
13 • Wir werden diesen Prozess mit einem großen Jugendkongress im Frühjahr 2011
14 abschließen und dort die Ergebnisse unserer Überlegungen noch einmal gemeinsam
15 mit vielen Verbandsaktiven, aber auch mit uns politisch nahe stehenden jungen
16 Menschen diskutieren. Damit möchten wir an die Erfolge unserer letzten Kongresse
17 anschließen und zugleich aber auch sicherstellen, dass die Ergebnisse dieser
18 Veranstaltung festgehalten und dem Verband für die weitere Arbeit zur Verfügung
19 gestellt werden.

20 •
21 • **4. Den Verband weiter entwickeln**
22 • Wir werden als Bundesverband die Bildungsarbeit noch stärker unterstützen, denn sie
23 ist ein wichtiges Element der Integration von Neumitgliedern in unseren Verband.
24 Dazu werden wir die auf dem Treffen der Bildungsverantwortlichen geforderte
25 Online-Plattform für eine bessere Vernetzung der Bildungsangebote der Bezirke und
26 Landesverbände umsetzen.

27 • Damit wird diesen ermöglicht, sich über Seminarkonzepte, Materialien,
28 ReferentInnen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung auszutauschen und, sofern
29 gewünscht, auch wechselseitig TeilnehmerInnen in Seminare zu entsenden.
30 Außerdem werden wir auch als Bundesverband den Ausbau unserer Verbandsschule
31 forcieren und dadurch die Angebote der Landesverbände unterstützen. Neben den
32 bisherigen Elementen Politdiplom, Sommercamp, Grundlagenseminare und
33 Unterstützung für die Teilnahme an Seminare unserer BündnispartnerInnen werden

1 wir ein neues Angebot für Mitglieder, die bereits seit einiger Zeit Verantwortung in
2 unseren Strukturen übernommen haben, schaffen. Dabei geht es sowohl um eine
3 inhaltliche Schulung als auch um die Vermittlung methodischer Kompetenz. Ein
4 Ansatz dafür könnte eine Winterschule sein, auf der in verschiedenen Workshops
5 sowohl inhaltliche als auch methodische Aspekte vertieft werden.

- 6 •
- 7 • Wir wollen junge Frauen noch stärker fördern als bislang, denn auch unser Verband
8 ist von tatsächlicher Gleichstellung im Sinne einer ausgeglichenen Repräsentanz
9 beider Geschlechter in allen Strukturen noch weit entfernt. Deshalb werden wir neben
10 den schon geplanten Veranstaltungen in diesem Bereich weitere differenzierte
11 Angebote entwickeln und damit den unterschiedlichen Ansprüchen der verschiedenen
12 Ebenen des Verbandes Rechnung tragen. Es muss dabei gelten, ebenso
13 Neueinsteigerinnen wie auch bereits aktive junge Frauen im Verband gezielt zu
14 fördern. Wir werden hierzu ein konkretisiertes Konzept bis zum Bundesausschuss im
15 November vorlegen. Dazu werden wir unsere bisherige Arbeit, auswerten, z.B. die
16 Beteiligung von Frauen und Männern, die Initiativen und Maßnahmen, die wir
17 unternommen haben sowie Publikationen, die das Thema Gleichstellung aufgreifen,
18 und die Vorschläge, die unter anderem auf dem Feminismuskongress 2008 gemacht
19 wurden, berücksichtigen.

- 20 •
- 21 • Unser Verband ist bunt und besteht aus vielen unterschiedlichen Zielgruppen:
22 SchülerInnen sollen sich bei uns ebenso gut aufgehoben fühlen wie junge Frauen,
23 Auszubildende oder BerufseinsteigerInnen. Deshalb werden wir ein Konzept für eine
24 verbesserte Zielgruppenansprache entwerfen. Dazu gehört auch, dass wir eine
25 Diskussion über unsere Strukturen und Arbeitsweisen führen müssen, um wieder
26 mehr junge Menschen für uns zu gewinnen. Ebenso müssen wir eine Strategie
27 entwerfen, mit der wir Milieus, die wir derzeit nicht (oder nicht mehr) für eine
28 Mitarbeit gewinnen können, wieder für uns zu begeistern. Ein Ansatzpunkt dafür ist
29 auch der weitere Ausbau der Online-Kommunikationsformen. Wir wollen unsere
30 Angebote künftig auch noch stärker dazu nutzen, die innerverbandliche
31 Meinungsbildung voranzubringen.

32

12

Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Mit einem solidarischen Wachstumspfad für Europa aus der Krise

2 Die Krise von Griechenland ist kein isoliertes Problem. Dies wird schon dadurch deutlich,
3 dass unmittelbar der gesamte Euroraum betroffen war und weitere Länder drohen Problem
4 bei der Kreditbeschaffung durch schlechtere Ratings zu bekommen. Griechenland war nur
5 der aktuelle Auslöser, das Grundproblem ist das wirtschaftliche Ungleichgewicht im
6 Euroraum und fehlende Abwehrmechanismen gegen Spekulationsangriffe. Die aufgelegten
7 Rettungspakete können nur die akute Gefahr vorläufig abmildern. Die derzeitige Strategie
8 der Krisenbekämpfung orientiert sich nicht an dem Grundproblem, sondern richtet sich vor
9 allem nach den Einzelinteressen der wirtschaftsstarken Länder der EU. Für die
10 Unterstützung mussten die Griechen Sparmaßnahmen in riesigem Ausmaß zusichern. Damit
11 wird aber nicht erreicht, dass Griechenland zukunftsfähig aufgestellt wird, sondern die
12 Volkswirtschaft geschädigt. Es gibt nun immer mehr Stimmen, die einen solchen rigiden
13 Sparkurs allen EU-Mitgliedern aufzwingen wollen. Dies wäre verehrend für den europäischen
14 Wirtschaftsraum. Schuldenabbau und ausgeglichene Haushalte sind mit Sicherheit
15 erstrebenswerte Ziele, aber wenn man sie bedingungslos durchsetzen will, wird dies den
16 gegenteiligen Effekt haben. Zum einen bewirkt das Aufschieben von nötigen Investitionen in
17 soziale Sicherheit, Infrastruktur und Bildung nicht nur schlechtere konjunkturelle
18 Entwicklungen, sondern verbaut zum anderen auch vielen Menschen Chancen für ihre
19 Zukunft. Um aus dieser Krise herauszukommen ist eine koordinierte Wachstumspolitik in
20 Europa notwendig und gerade Deutschland muss mit seinem großen
21 Handelsbilanzüberschuss seinen Beitrag dazu leisten.

22 Deutschland hatte in den vergangenen Jahren enorme Exportüberschüsse, diese wurden zum
23 einen auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und zum anderen zu Lasten europäischer Nachbarn
24 erzielt. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen
25 muss umgekehrt werden. Es ist eine Politik für stärkere Binnennachfrage notwendig. Dies ist
26 nicht nur die Angelegenheit der Tarifparteien. Der Staat muss dies zum einen über das
27 Steuer- und Abgabensystem vorantreiben und zum anderen Impulse für Innovation und
28 Wachstum setzen. Dies ist in der aktuellen Lage nur durch Schulden zu finanzieren. Für

1 einen funktionierenden europäischen Wirtschaftsraum muss Deutschland das Ziel eines
2 außenwirtschaftlichen Gleichgewichts verfolgen. Dadurch wird nicht nur die ungerechte
3 Verteilung in Deutschland abgemildert, sondern auch die gesamteuropäische
4 Binnennachfrage angeregt.

5 Das Krisenmanagement der Bundeskanzlerin bei der aktuellen Krise war alles andere als ein
6 effektives. Insbesondere die Verzögerungstaktik der Regierung im Hinblick auf die
7 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist unverantwortlich. Sie hat Deutschland
8 international isoliert und Spekulationen auf den Finanzmärkten weiter angeheizt.

9 Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe
10 aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine
11 Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch- und
12 Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutschen Medien über
13 Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken. Und das, obwohl offensichtlich
14 war, dass die griechische Regierung, die unter Führung der sozialdemokratischen PASOK
15 dazu auch noch erst seit einige Monaten im Amt ist, bereits harte Einschnitte und
16 Sparmaßnahmen angekündigt und beschlossen hatte. Schon vor der Parlamentswahl im
17 vergangenen Oktober war klar, dass die griechische Regierung nicht darum herum kommen
18 wird, lange bevor die Krise die heutigen Ausmaße annahm.

19 Diese beschlossenen Maßnahmen verlangen nicht nur der griechischen Bevölkerung viel ab,
20 sondern werden auch eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes und somit der
21 Haushalte verhindern. Dies haben auch die Unruhen gezeigt. Wieder sind es die, die Krise
22 nicht verursacht haben, die diese bezahlen müssen. Sicherlich hätte sich auch Giorgos
23 Papandreou dafür mehr Unterstützung von der deutschen Regierung gewünscht.
24 Insbesondere darin, dass selbst wenn viele der Probleme hausgemacht sind, das Grundübel
25 dieser Krise die Lage und Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte ist und dem
26 Treiben ein Ende gesetzt werden muss.

27 Die Hinhaltetaktik der Deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die
28 zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen getriebene überhöhte
29 Zinsen bezahlt werden müssen sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang
30 gesetzt werden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen als sie
31 sonst hätten ausfallen müssen.

32 Im Ergebnis musste im Eilverfahren ein Milliardenpaket zu Griechenland in Höhe von 22
33 Milliarden Euro verabschiedet und wenige Tage später ein noch viel größeres Paket in Höhe

1 von 148 Milliarden Euro auf den Weg gebracht werden. Und aufgrund der katastrophalen
2 Kommunikation der Bundesregierung wurde von Ihr auch noch der Eindruck erweckt, dass es
3 sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht
4 um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen
5 SteuerzahlerInnen gut verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die
6 griechische Regierung und das griechische Parlament weitreichende Maßnahmen ergriffen
7 haben, sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt
8 hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

9 Die großen Differenzen innerhalb der Koalition bzgl. der weiteren Maßnahmen zur
10 Regulierung der Finanzmärkte haben die Bevölkerung noch weiter verunsichert. Während
11 zunächst verschiedene Regierungsmitglieder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
12 kategorisch abgelehnt hatten wollte sich die Kanzlerin auf einmal für die Einführung
13 einsetzen. Dazwischen widersprachen sich Schäuble und Seehofer über die Vorgehensweise
14 und die FDP funkte immer wieder dazwischen. Und das obwohl der Koalitionsausschuss sich
15 schon dafür ausgesprochen hatte.

16

17 **Sparprogramm Griechenland**

18 Mitte Februar hat Griechenland sein erstes Sparprogramm veröffentlicht, das unter dem
19 Namen „Programm für Stabilität und Entwicklung (PSA)“ firmiert und unter dem Druck der
20 Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission mehrmals verändert wurde. Das Ziel
21 des Sparprogramms war es innerhalb von 3 Jahren das Haushaltsdefizit auf 3% zu begrenzen
22 und damit allein im Jahr 2010 eine Verringerung des Haushaltsdefizits um 9,6 Milliarden
23 Euro, die jeweils zur Hälfte über Einsparungen und Mehreinnahmen finanziert werden
24 sollen, zu erzielen. Heute gibt es nachdem sich die Situation am 28. April noch einmal
25 deutlich verschärft hat schon das zweite Sparprogramm.

26 Das Gesamtpaket hat an einigen Stellen durchaus eine soziale Komponente, so soll versucht
27 werden die ausstehenden Beiträge der Arbeitgeber für die Sozialkassen (im Moment 35%)
28 einzutreiben, die Erbschafts- und Schenkungssteuer soll erhöht werden, es soll eine
29 Besteuerung der Dividenden geben und die Einnahmen der orthodoxen Kirche sollen
30 besteuert werden.

31 Dennoch die großen Lasten tragen Menschen mit geringem Einkommen und
32 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dabei sehen sich gemäß den von Eurostat für das
33 Jahr 2008 veröffentlichten Daten in Griechenland 20% der Bürger mit der Gefahr von Armut

1 konfrontiert. Der EU-Durchschnitt liegt bei 17%. Mit diesen Maßnahmen dürfte die Armut
2 in Griechenland steigen.
3 Dies gilt insbesondere für die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 23%. Auch die
4 geplanten Privatisierungen von Unternehmen und die Streichung von Privilegien für
5 staatliche Unternehmen, werden diese Gruppen besonders treffen. So stieg auf Grund der
6 Maßnahmen schon der Strompreis deutlich an. Hochrechnungen gehen davon aus, dass die
7 Rentenreform (Neuberechnung, höheres Rentenalter, Einschränkung der Frühverrentung) zu
8 Rentenkürzungen um die 20-30% führen wird. Dabei liegt die Durchschnittsrente in
9 Griechenland bei 520€. Auch das Einfrieren aller Löhne im öffentlichen Dienst für die
10 nächsten drei Jahre trifft Geringverdiener am Härtesten.
11 Gleichzeitig schwächt dieses Sparprogramm die breite Bevölkerungsschichten trifft den
12 Binnenmarkt. Dies trifft Griechenland besonders, hier trägt der private Konsum 70% zum
13 BIP bei. Erholt sich die Wirtschaft nicht, sondern wird weiter geschwächt, so sinken die
14 Steuereinnahmen weiter. Wird nun der Sparkurs weiter verschärft kann dies in einer
15 Abwärtsspirale münden.
16 Am Beispiel Griechenland zeigt sich sehr deutlich, dass im Zuge der Spardebatten alte
17 neoliberale Vorschläge aus den Schubladen gezogen werden, nicht aber versucht wird
18 strukturelle Probleme anzugehen und dass nicht die Verursacher den Hauptteil der Kosten
19 tragen.

20

21 **Die internationale Perspektive**

22 Vom 25. bis 27. Juni treffen sich die G8 und die G20 Regierungschefs zum Doppel-
23 Gipfeltreffen in Kanada. Hier soll die internationale Regulierung der Finanzmärkte
24 fortgesetzt werden. Die G20 ist im Zuge der Finanzmarktkrise zum wichtigsten Akteur auf
25 internationaler Ebene aufgestiegen, die UN dagegen befindet sich komplett im Abseits.
26 Damit spielt die Perspektive der Entwicklungsländer auch offiziell keine Rolle.
27 Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich in Kanada nichts bewegen wird. Die
28 Zugeständnisse an die Banken werden von Treffen zu Treffen größer. In allen wichtigen
29 Punkten gibt es keinen Konsens: dies gilt für die Finanzaufsicht, die Regulierung von
30 Hedgefonds und Ratingagenturen, die Frage wie Derivate besser kontrolliert werden können
31 und wie mit den Haushaltsdefiziten die auf Grund der Finanzmarktkrise enorm gestiegen
32 sind umgegangen wird. Die USA und viele Schwellenländer befürchten, dass ein strikter

1 Sparkurs in Europa – vor allem in Deutschland - die Konjunktur abwürgen wird. Sie wollen
2 Sparprogramme erst im Aufschwung antizyklisch auflegen.
3 Das gleiche gilt für die Frage, wie wird der Finanzmarktsektor an den Kosten der Krise
4 beteiligt. Dieser Punkt wurde vom letzten Gipfel auf das Treffen in Kanada vertagt. Im
5 Moment gibt es drei Vorschläge die sich in der Diskussion befinden:

6 **Die Bankenabgabe:** Der Internationale Währungsfond hat den G20 Ländern eine erweiterte
7 Bankenabgabe (Financial stability contribution) vorgeschlagen. Hier würden nicht nur
8 Banken, sondern auch verschiedene Finanzmarktakteure einen Fond für zukünftige
9 Bankenrettungen finanzieren. Dieser Vorschlag scheint vom Tisch zu sein, zu unterschiedlich
10 sind die verschiedenen nationalen Fonds die sich in der Diskussion befinden. So setzt die
11 USA mit ihrer „financial crisis responsibility fee“ auf eine Abgabe die nicht nur von den
12 Banken, sondern z.B. auch von anderen Akteuren wie Brooker zu zahlen ist, welche die
13 Verbindlichkeiten als Bemessungsgrundlage nimmt und direkt in den Haushalt fließt. Die
14 Deutsche Bankenabgabe bezieht sich nur auf Banken und das Geld fließt in einen Fond der
15 für zukünftige Bankenrettungen zur Verfügung stehen soll. Bisher ist nur geplant in Toronto
16 Prinzipien festzulegen, an denen sich die Länder orientieren sollen, wenn sie individuell eine
17 Bankenabgabe einführen wollen.

18 **Die FAT (Finanzaktivitätssteuer):** Neu ins Spiel gebracht wurde die FAT, eine Steuer auf
19 Vergütungen und Gewinne von Finanzinstitutionen. Der Vorschlag blieb an vielen wichtigen
20 Punkten sehr vage, vor allem was das Aufkommen betrifft. Die Finanzaktivitätensteuer wird
21 oftmals als Ersatz für die Finanztransaktionssteuer gesehen, dabei zielt sie auf vollkommen
22 unterschiedliche Sachverhalte ab, hat keinerlei Lenkungswirkung und dürfte vom
23 Aufkommen her deutlich hinter die Finanztransaktionssteuer zurückfallen.

24 **Finanztransaktionssteuer:** Wir Jusos fordern weiterhin die Einführung einer
25 Finanztransaktionssteuer (FTS). Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen werden bei der FTS
26 sämtliche Transaktionen und Finanztitel (Devisen, Aktien, Anleihen oder Derivate)
27 besteuert, egal ob sie an der Börse oder außerhalb gehandelt werden.

28 Die Finanztransaktionssteuer stabilisiert die Finanzmärkte, in dem sie bestimmte
29 Spekulationen unattraktiv macht. Zum Beispiel sind Wetten auf Kurse an den Finanzmärkten
30 deshalb so interessant, weil oftmals nicht die gesamte Handelssumme aufgebracht werden
31 muss, sondern nur eine Sicherstellung. Diese Sicherstellung beträgt nur einen Bruchteil der
32 Summe der gehandelten Produkte. Grundlage für die Berechnung der Finanztransaktions-

1 steuer ist aber die gesamte Handelssumme. Damit würde die Steuer in einigen Fällen über
2 den der Gewinne liegen.

3 Auch die Praxis, hundertfach in kürzester Zeit - meist durch Computerprogramme gesteuert
4 - Aktien, Anleihen oder Derivate zu kaufen und zu verkaufen mit dem Ziel die Kurse zu
5 beeinflussen, würde oftmals unrentabel werden. Da die Gewinne in vielen Fällen geringer
6 wären, als die Finanztransaktionssteuer, die bei jedem Kauf und Verkauf fällig wird.

7

8 Beide Beispiele führten in der Vergangenheit oftmals zur extremen Destabilisierung von
9 Kursen.

10 Darüber hinaus stellt die FTS ein Stückchen Steuergerechtigkeit wieder her. Während wir im
11 Alltag auf jedes Produkt, welches wir kaufen Mehrwertsteuer bezahlen, ist der Handel mit
12 Finanzprodukten bisher steuerfrei.

13 Gleichzeitig wird das Geld dringend benötigt um endlich Armut und Klimawandel zu
14 bekämpfen oder die Daseinsvorsorge hier vor Ort nicht nur zu sichern, sondern auszubauen.

15 In der Diskussion sind Steuersätze von 0,1%, 0,05% oder von 0,01%. Das Österreichische
16 Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat in ihrer Studie über die
17 Finanztransaktionssteuer (FTS) auch die Erträge dieser Steuer berechnet. Dabei geht das
18 Institut davon aus, dass mit der Einführung der FTS die Zahl der Käufe und Verkäufe
19 zurückgehen wird. Würde man die Steuer mit einem Steuersatz von 0,1% in Europa
20 einführen, lägen die Einnahmen zwischen 3,26% und 1,25% des nominellen BIP, je nachdem
21 um wie viel die Transaktionen auf den Finanzmärkten zurückgehen. Geht man von einem
22 Mittelwert von 2,2% aus wären das nach aktuellem Stand 273 Milliarden Euro.

23 Die FTS würde insgesamt zu mehr Transparenz führen, denn wir würden damit wieder
24 Finanzströme erfassen, die außerhalb der Börse gehandelt werden. Vielfach ist der Handel
25 außerhalb der Börse eine Black Box, das beste Beispiel hierfür ist der Handel mit
26 Kreditderivaten.

27 Wir Jusos erwarten vom G20 Gipfel dass endlich konkrete Vereinbarungen getroffen
28 werden.. Dies betrifft insbesondere:

29 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene
30 • Eine wirkliche handlungsfähige Finanzmarktaufsicht, die einer demokratischen
31 Kontrolle unterliegt und nicht den Finanzmarktakteuren überlassen wird.

- 1 • Eine konkrete Strategie wie alle Derivate entweder über Börsen oder Clearingstellen
2 gehandelt werden können. Es darf keine Ausnahmen geben, der over-the-counter
3 Handel muss der Vergangenheit angehören.
- 4 • Ratingagenturen dürfen im ersten Schritt keine Bewertungen mehr abgeben, wenn sie
5 zu vor das Unternehmen oder die Bank beraten haben. Gleichzeitig muss es
6 internationale Richtlinien für die Bewertungen geben, die auch kontrolliert und
7 sanktioniert werden können.
- 8 • Es muss die Möglichkeit geben Hochrisiko-Produkte und bestimmte Hedgefonds zu
9 verbieten.

10 Dies sind nur Minimalanforderungen zur Regulierung der Finanzmärkte. Aber das sind die
11 Schritte die endlich gegangen werden müssen und sie zeigen wie wenig bisher passiert ist.

12

13 **Eurozone stabilisieren, weitere Krisen verhindern**

14 Neben einer Finanzmarktregulierung müssen auch weitere Weichen gestellt werden, damit
15 sich eine solche Krise nicht wiederholt. Die aktuelle Krise muss für einen Kurswechsel, von
16 der Liberalisierungsunion hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen
17 Integration, genutzt werden. Die Ungleichgewichte in der Eurozone müssen solidarisch
18 verringert werden. Die Griechenlandkrise gefährdet nicht den Euro, sondern die
19 Konstruktionsmängel des Euros selbst, sind maßgeblich für die Griechenlandkrise
20 mitverantwortlich für die Probleme der Griechen. Die bloße Orientierung an der
21 Geldwertstabilität ohne Rücksicht auf Wachstums- und Beschäftigungseffekte hat
22 insbesondere Länder mit Leistungsbilanzdefiziten immer weiter belastet. Europa braucht eine
23 bessere wirtschaftspolitische Koordinierung. Die einseitige Fixierung auf Sparprogramme und
24 die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit treibt Europa nur immer weiter in die Krise. Es
25 wäre der falsche Weg, die EU nun zu einer Sanktionsebene umzubauen, um in allen Staaten
26 Sparkurs durchzudrücken. Nur eine koordinierte europäische Wachstumsstrategie kann
27 Europa zukunftsfähig aufstellen. Dazu braucht es auch eine gemeinsame Finanz- und
28 Investitionspolitik. Massive Leistungsbilanzungleichgewichte können nicht länger
29 unberücksichtigt bleiben. Länder mit Überschüssen in der Handels- und Leistungsbilanz
30 müssen ihren Binnenmarkt zu stärken. Wir brauchen mehr institutionelle Kooperation, um
31 die Spekulationsattacken gegen einzelne Länder präventiv zu unterbinden.

32

- 1 - **Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik:** Wir brauchen eine
2 Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedstaaten. Wir
3 haben zwar einen gemeinsamen Binnenmarkt und eine Währungsunion, aber keine
4 koordinierte Politik. Nur durch ein abgestimmtes europäisches Vorgehen können wir
5 in der Zukunft schnell und effektiv auf mögliche Krisen reagieren.
6
- 7 - **Europäischer Stabilisierungsfond:** Statt der diskretionären und verzögerten
8 Mechanismen im Fall Griechenlands brauchen wir einen institutionellen
9 Mechanismus, etwa einen Europäischen Stabilisierungsfond, der in Notsituationen
10 und bei rasch steigenden Refinanzierungszinsen umgehend zur Unterstützung fähig
11 ist. Ein solcher Fond könnte aus einer gemeinschaftlich erhobenen Steuer oder analog
12 zum IWF über Einlagen finanziert werden. Dieser muss demokratisch kontrolliert
13 und nicht in irgendwelche Zweckgesellschaften mit weitreichenden Kompetenzen
14 ausgegliedert werden. Allerdings müssen die Bedingungen der Inanspruchnahme
15 dieses Mechanismus hinreichend unattraktiv sein, damit kein Land bewusst riskant
16 wirtschaftet und auf die Hilfe des Fonds rechnet.
17
- 18 - **Eurobonds:** Eine weitere Option besteht in der Emmittierung von europäischen
19 Anleihen (Eurobonds) deren Zinsen den (gewichteten) Durchschnittsbonitäten der
20 Eurostaaten entspräche. Somit könnten Spekulationen gegen die Staatsanleihen
21 einzelner anfälliger Länder unterbunden werden. Da auch dieses Verfahren
22 missbrauchsanfällig ist, ist eine starke Konditionierung nötig.
23
- 24 - **Außenwirtschaftlicher Stabilitätspakt:** Nicht nur die Haushaltsdefizite, sondern auch
25 die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EU müssen endlich in den
26 Blick genommen werden. Eine Idee hierfür ist ein außenwirtschaftlicher
27 Stabilitätspakt, der als Ergänzung zum bisherigen Regelwerk der EWU exzessive
28 Defizite oder Überschüsse in der Leistungsbilanz überwacht und sanktioniert. Somit
29 wird auch die oft krisenwirksame Verschuldung des Privatsektors mit einbezogen, die
30 in öffentlichen Defiziten nicht sichtbar wird. Konsolidierung muss in beide
31 Richtungen erfolgen. Die Anpassungslast darf nicht nur bei den Schuldnern liegen,
32 sondern auch bei den Geberländern. Noch dazu würde dieses Verfahren

1 Dumpingstrategien erschweren, die auf eine Exportorientierung um jeden Preis
2 abzielen.

3
4 - **Reform des SWP:** Es steht außer Frage, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt
5 (SWP) in seiner derzeitigen Form versagt hat. Es wäre aber in der Konsequenz
6 unangebracht, seine derzeitigen Regeln nach dem Motto „more of the same“ einfach
7 zu verschärfen. Denn die Problem der Sanktionsmechanismus im SWP sind und
8 bleiben seine Prozyklik. Akut verschuldeten Ländern im Konjunkturtief Geldstrafen
9 aufzubrummen, ist kontraproduktiv und kann krisenverschärfend wirken. Deshalb
10 muss das willkürlich festgelegte 3%-Kriterium reformiert werden. Eine sinnvolle
11 Regelung müsste an einem langfristigen Kriterium orientiert sein die das
12 Ausgabenwachstum analog zum Wirtschaftswachstum begrenzt, dabei jedoch keine
13 durch Einnahmesteigerungen finanzierten Mehrausgaben ausschließt. Außerdem
14 muss der Sanktionmechanismus so verändert werden, dass er nicht unmittelbar
15 fiskalisch wirksam wird, etwa durch ein Strafmoratorium, um die notwendige
16 Sanktionszahlung in der nächsten Boomphase zu entrichten. Wenn die Reformen
17 ökonomisch unbedenklich sind, sind sie auch politisch besser durchsetzbar.

18
19 - **Automatische Stabilisatoren:** Mittelfristig brauchen wir Mechanismen, die anstelle
20 der nicht mehr zur Verfügung stehenden Währungsabwertungen in der Lage sind, die
21 asynchronen Konjunktursprünge in den Eurostaaten abzufedern. Solche automatische
22 Stabilisator müssen so gestaltet werden, dass Länder in Boomphasen
23 Ausgleichszahlungen an Länder in ökonomischen Krisenphasen leisten, aber über den
24 Konjunkturzyklus jedes einzelne Land im Saldo genauso viel in das System einzahlt,
25 wie es herausbekommt. Denkbar wäre etwa eine europäische
26 Basisarbeitslosenversicherung oder ein größeres EU-Budget, aus dem
27 Stabilisierungsleistungen erbracht werden. Wichtig ist aber die autonomieschonende
28 und demokratisch legitime Ausgestaltung eines solchen Mechanismus.

29
30 - **EZB reformieren:** Ziel einer nachfrageorientierten Geldpolitik muss zunächst die
31 Demokratisierung der EZB sein. Die DirektorInnen sollten vom EP mit qualifizierter
32 Mehrheit gewählt werden. Neben das Kriterium der Geldwertstabilität müssen das
33 nachhaltige Wachstum, der hohe Beschäftigungsstand und das außenwirtschaftliche

1 Gleichgewichts gestellt werden. Notwendig sind eine expansive Geldpolitik bei
2 Deflationsgefahr und ein Eingreifen auf Devisenmärkten bei Aufwertungsdruck des
3 Euro. Die nun eingeführte Möglichkeit zur Anleiheaufnahme sind zwar ein richtiger
4 Schritt, reichen aber noch lange nicht aus.

5



Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Widerstand gegen das Schwarz-gelbe Sparpaket!

2 Ohne Zweifel steht die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates auf dem Spiel. Doch wenn
3 wie von Schwarz-Gelb geplant die öffentlichen Haushalte durch Ausgabenkürzungen saniert
4 werden sollen, werden Zukunftsinvestitionen und damit Wachstumsperspektiven gefährdet.
5 Wachstumsperspektiven. Das ist eine Kampfansage gegen soziale Gerechtigkeit. Wir Jusos
6 lehnen das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Sparpaket ab. Es ist
7 ökonomisch unsinnig und weist eine starke soziale Schieflage auf.

8

9 Mit dem Sparpaket zeigt die Regierung ihr wahres Gesicht: Es ist eine Koalition neoliberaler
10 Parteien. Merkels bisher gefühlte sozialdemokratische Fassade ist nun nach der NRW-Wahl
11 weg. Hervor kommt die neoliberale CDU-Vorsitzende Merkel, die bereits in Dresden ihre
12 Partei den massiven Abbau des Sozialstaats hat beschließen lassen und die nun mit dem
13 Sparpaket Sozialleistungen massiv zusammenstreicht. Bis 2014 sollen insgesamt 81 Mrd.
14 Euro eingespart werden, alleine im kommenden Jahr 11 Mrd. Euro. Durch das Sparpaket
15 werden sich die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands und Europas weiter verschärfen und
16 der Staatshaushalt wird weiter destabilisiert. In einer Wirtschaftskrise die Staatsausgaben zu
17 reduzieren, führt zu wirtschaftlicher Stagnation und in der Folge nicht zu einem Rückgang,
18 sondern zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits. Die Steuereinnahmen brechen weg und die
19 Sozialausgaben steigend aufgrund von Arbeitslosigkeit. Dies wird auch der zentrale Effekt der
20 schwarz-gelben Sparpolitik sein.

21

22 Mit dieser Deflationspolitik in Deutschland verschärft die Bundesregierung gleichzeitig die
23 wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Europäischen Union. Die reale Abwertung
24 Deutschlands wird die anderen EU-Mitgliedsstaaten zwingen, ihrerseits drastische
25 Sparmaßnahmen zu ergreifen, um die Konkurrenzfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu
26 verteidigen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird in der Folge massiv einbrechen. Ein
27 Sparwettbewerb in Europa vergrößert die Wirtschaftskrise.

1 **Schwarz-gelber Sozialabbau**

2 Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant Kürzungen im Sozialbereich in historischem
3 Umfang: Kürzungen beim Übergang von ALG I in ALG II, die Streichung des
4 Heizkostenzuschusses, Kürzungen beim Elterngeld für Normalverdienende, die komplette
5 Streichung des Elterngeldes für ALG-II-EmpfängerInnen, Streichungen bei
6 Förderleistungen der Arbeitsagenturen oder der Wegfall der Rentenzahlungen für ALG-II-
7 EmpfängerInnen sind Sozialabbau in Reinform, die vor allem die Schwächsten der
8 Gesellschaft treffen.

9 Längerfristig können Merkels kurzfristige Einsparungen noch richtig teuer werden:
10 Einsparungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik führen langfristig zu höheren Kosten. Wenn
11 für Arbeitslose heute keine Rentenbeiträge bezahlt werden, fehlt das Geld in der
12 Rentenversicherung und ihre Alterssicherung muss später aus Steuermitteln finanziert
13 werden. Und die Rechnung geht zu Lasten der Kommunen: Wenn Langzeitarbeitslose keine
14 Rentenansprüche erwerben, fallen sie im Alter in die von den Kommunen zu finanzierende
15 Grundsicherung.

16 Alleine die konkret aufgeführten Sozialkürzungen machen 2011 in Merkels Sparpaket 5 Mrd.
17 Euro aus. Wenn Einsparungen vorgenommen werden sollen, dann sollte dies bei den
18 schwarz-gelben Klientelgeschenken, bei Privilegien und Begünstigungen der
19 Besserverdienenden und Vermögenden geschehen, nicht aber zu Lasten von Arbeitslosen,
20 Gering- und Normalverdienern!

21 **Besserverdienende und Vermögende bleiben weitgehend verschont**

22 Doch ausgerechnet bei den Besserverdienenden, bei großen Vermögen und Erbschaften, bei
23 Kapitaleinkünften sieht die Regierungskoalition keine zusätzlichen Belastungen vor. Die
24 angeführten Belastungen der Unternehmen sind schwammig, vage und unsicher und sollen
25 vor allem von der sozialen Schieflage des Pakets ablenken. Konkrete Konzepte, die für eine
26 schnelle Umsetzung nötig wären, fehlen. Dagegen sind die Einschnitte in der
27 Arbeitsmarktpolitik, beim ALG II oder beim Elterngeld sehr konkret und schnell umsetzbar.
28 Beispiel Beteiligung der Finanzbranche: Die konkret genannte Bankenabgabe ist eine
29 Sonderabgabe für einen Branchenfonds, die nichts zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt.
30 Die darüber hinaus versprochenen „weiteren Maßnahmen“ bleiben unbestimmt.

1 Rätselhaft bleibt auch, wo die Bahn jährlich 500 Mio. Euro Dividende erwirtschaften soll.
2 Der aggressive Privatisierungskurs von Mehdorn hat ein marodes Netz, schlecht gewartete
3 Fahrzeuge und unsinnige Prestigeprojekte hinterlassen.
4 Eine wirklich angemessene Belastung der besserverdienenden schwarz-gelben Klientel hätte
5 bedeutet, als erstes Klientelgeschenke und Steuerprivilegien im Umfang von 5,6 Mrd. Euro
6 zurückzunehmen, wie beispielsweise die unsinnige Mehrwertsteuersenkung auf
7 Hotelübernachtungen.

8 **Mehr Staatseinnahmen sind nötig**

9 Auf der Einnahmeseite ist die Bundesregierung blind: Einen Staatshaushalt kann man auch
10 über die Einnahmeseite sanieren. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die
11 Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent hätten etwa die gleichen Wirkungen wie
12 das beschlossene Programm. Diese Maßnahmen wären nur sozial ausgewogener. Und sie
13 würden die Konjunktur nicht so stark destabilisieren. Denn während die geplanten
14 Sozialkürzungen fast eins zu eins zu Konsumausfällen führen werden, wirken
15 Steuererhöhungen bei den Wohlhabenden aufgrund von deren höherer Sparquote deutlich
16 weniger auf den Konsum und damit auch weniger auf die Konjunktur. Damit zeigt sich, dass
17 die Bundesregierung auch gesamtwirtschaftlich blind ist und die Nachfrageseite vollkommen
18 außer Acht lässt. Man verlässt sich einfach darauf, dass über einen starken Export der Ausfall
19 der Binnennachfrage kompensiert werden kann.

20

21 **Nötig ist konjunkturstabilisierende Haushaltspolitik**

22 Alle Erfahrung zeigt: Aus einer Haushaltskrise kann man sich nicht herausparen. Man kann
23 nur aus ihr herauswachsen. Deshalb muss, statt eine die Konjunktur destabilisierende
24 Sparpolitik zu verfolgen, die staatliche Haushaltspolitik weiter auf Konjunkturunterstützung
25 ausgerichtet werden. Deutschland und Europa haben im vergangenen Jahr den tiefsten
26 Konjunkturreinbruch seit dem zweiten Weltkrieg erlebt. Auf niedrigem Niveau hat sich die
27 Lage nun stabilisiert, sie ist aber immer noch sehr labil. Eine restriktive Sparpolitik gerade in
28 Deutschland wird dazu führen, dass es mit der Konjunktur weiter abwärts geht.
29 Die Bundesregierung muss die Bundesregierung durch öffentliche Investitionen und weitere
30 Programme die Konjunktur weiter stützen. Erst wenn die derzeitige Depression durch einen
31 stabilen Aufschwung abgelöst worden ist, kann das Haushaltsdefizit zurückgeführt werden –
32 dann aber überwiegend auf der Einnahmen- und nicht auf der Ausgabenseite des Staates.

1
2 Deutschland hat auch – anders als einige andere EU-Staaten – kein akutes
3 Verschuldungsproblem. Deshalb ist das Gerede von der vordringlichen
4 Haushaltskonsolidierung mitten in der Krise Unsinn. Deutschland muss seiner
5 Verantwortung für die Konjunktur in der Europäischen Union gerecht werden. Das wird aber
6 nicht aufgehen. Denn nahezu alle Staaten in Europa sparen gerade gleichzeitig ihre
7 Haushalte zusammen, was einen massiven Nachfrageausfall bedeutet. Das außereuropäische
8 Ausland wird den gesamteuropäischen Nachfrageausfall nicht kompensieren können.

9 10 **Schuldenbremse bleibt unvernünftig**

11 Die von uns Jusos immer wieder zu recht kritisierte Schuldenbremse zeigt jetzt ihre wahre
12 Dramatik. Es war einer der größten Fehler der SPD-Regierungsbeteiligung in der Großen
13 Koalition diesem engstirnigen und nicht nachhaltigen Konzept nicht nur zuzustimmen,
14 sondern es aktiv zu forcieren. Wir wissen: Es kann kein nachhaltiger Weg sein,
15 Staatsausgaben dauerhaft über höhere Schulden zu finanzieren. Der Staat braucht aber die
16 Möglichkeit, in besonderen Zeiten in den Wirtschaftskreislauf eingreifen zu können. Die
17 Schuldenbremse nimmt diesen finanzpolitischen Gestaltungsspielraum. In einer Phase, in der
18 alle europäischen Länder ihre Haushalte gleichzeitig drastisch zusammenkürzen, wäre es
19 eigentlich an Deutschland, das ein Viertel der europäischen Wirtschaftsleistung erbringt,
20 gegenzusteuern und einem dramatischen Nachfrageausfall entgegenzuwirken. Denn in
21 anderen Ländern gibt es weitaus dramatischere Haushaltssituationen als in Deutschland.

22 **Jetzt Widerstand mobilisieren!**

23 Gewerkschaften und auch die SPD haben entschlossenen Widerstand gegen das Sparpaket
24 der Bundesregierung angekündigt. Richtig so. Und klar ist auch: Wir Jusos werden bei allen
25 Protesten ganz vorne mit dabei sein. Denn das beschlossene Sparpaket verschärft die soziale
26 Schieflage erneut und ist auch eine Bedrohung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.
27 Nicht nur die unmittelbar Betroffenen werden die Auswirkungen zu spüren bekommen, wir
28 alle sind die Leidtragenden eines neoliberalen Dilettantismus.

29 **Wir fordern von der SPD:**

- 30 • eine aktive und breite Unterstützung der außerparlamentarischen Proteste und Solidarität
31 mit den von den Einsparungen Betroffenen.
- 32 • Alle zustimmungspflichtigen Teile des Pakets im Bundesrat abzulehnen.

- 1 • Im Bundestag das Sparpaket der schwarz-gelben Regierung abzulehnen und um die
2 Gestaltungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, Gesetzesentwürfe zur Wiedereinführung der
3 Vermögenssteuer, zur Erhöhung der Erbschaftsteuer und für einen höheren Spitzensatz
4 bei der Einkommenssteuer einzubringen, die die Staatseinnahmen mindestens im
5 gleichen Umfang erhöhen.
- 6 • Einen Antrag zur Abschaffung der Schuldenbremse im Bundestag einzubringen, um
7 zumindest deutlich zu machen, dass man aus den eigenen Fehlern gelernt hat.
- 8 •

14

Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Bildungsstreik -
Es geht weiter bis die Forderungen erfüllt sind!

- 2 • Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahren von vielen negativen Veränderungen
3 erschüttert worden. Vor allem die schwarz-gelben Landesregierungen haben mit
4 Umstrukturierungen und Bildungsgebühren neue Hürden in der ohnehin schon hoch
5 selektiven Bildungslandschaft eingezogen. Doch auch die Bundesregierung räumt der
6 Bildung keine Vorfahrt ein. Die Ausgaben für Bildung stagnieren, beziehungsweise
7 werden real weniger. Unsinnige Stipendiensysteme fördern Eliten und mit den
8 Bundesländern kann keine sinnvolle Einigung über Bildungskompetenzen und die
9 Erhöhung der Bildungsausgaben erzielt werden.
- 10 •
- 11 • Im letzten Jahr fanden massive dezentrale Proteste statt, die gebündelt unter dem Namen
12 „Bildungsstreik“ zusammengefasst wurden. Im Sommer, als über 270.000 Menschen auf
13 die Straße gingen, und im Herbst sorgten die Proteste für erhöhte mediale
14 Aufmerksamkeit. In der Gesellschaft beflügelte dies eine breite Debatte über die
15 desaströse Lage des Bildungssystems – ein klarer Erfolg der vielen Aktionen. In der Folge
16 erklärten auch Politikerinnen und Politiker parteiübergreifend ihr Verständnis für die
17 Proteste und kündigten Reformen an.
- 18
- 19 • Doch passiert ist wenig, vielmehr haben sich die Zustände oftmals noch verschlechtert.
20 Deshalb rief das Bildungstreikbündnis vom 7. bis zum 11. Juni - ein Jahr nach den letzten
21 gemeinsamen dezentralen Bildungsdemos und der letzten Bildungsstreikwoche –
22 abermals zum streiken auf. In den Augen von zahlreichen Schülerinnen und Schülern,
23 Studierenden, Auszubildenden, Eltern, Lehrenden, Gewerkschaften und
24 Bildungsverbänden hatte sich viel zu wenig getan – die meisten Versprechen wurden im
25 Kompetenzgerangel zwischen Parteien, Ländern und Bund mit Nichten eingehalten.
- 26 •
- 27 • Am 10. Juni, also mitten in der Bildungsstreikwoche und nur einen Tag nach den erneuten
28 Demos, scheiterte der so genannte Bildungsgipfel. Vorher war immer wieder das Ziel

1 ausgelobt worden, bis 2015 die Investitionen in Bildung und Forschung auf 10 Prozent
2 des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Dieses wichtige Ziel wurde verfehlt. Wie
3 unverzichtbar es gewesen wäre, erheblich mehr Geld in Bildung zu investieren, belegte
4 dann auch postwendend ein neuer Bildungsbericht, der am 17. Juni erschien. So kommt
5 der Bericht zu dem Schluss, dass es im deutschen Bildungswesen einen „erheblichen
6 Umbauebedarf“ gibt und in der Bundesrepublik erheblich weniger Geld für Bildung
7 ausgegeben wird, als in den meisten anderen Industrienationen.

8 •

9 • Wir Jusos stellen anlässlich der letzten, immer noch nötigen, Streikwoche und der
10 Beratungsresistenz in vielen Bereichen der Politik, fest: Merkels Projekt der
11 Bildungsrepublik ist beerdigt – der Streit über die Erhöhung der Bildungsausgaben
12 konnte trotz drei Bildungsgipfeln nicht beigelegt werden. Abermals blieb nur die peinliche
13 Vertagung des Punkts, wie bis 2015 das sogenannte „10-Prozent-Ziel“ erreicht werden
14 kann.

15 •

16 • Wir Jusos bekennen uns weiterhin solidarisch mit den Bildungstreikenden und beteiligen
17 uns auch selbst an den friedlichen Protesten. Wer bessere Bildung will, muss dafür auch
18 auf die Straße gehen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen lange noch nicht aus!

19 •

20 • Deshalb kämpfen wir weiter für eine gute und gebührenfreie Bildung für alle. Dazu
21 gehört die Bereitstellung von genügend Kapazitäten und mehr Mitbestimmung in allen
22 Bildungsbereichen. Wir brauchen aber auch eine bedarfsgerechte Finanzierung von
23 Bildung und keine irrsinnigen Steuerreformen und Sparprogramme von Schwarz-Gelb,
24 die insbesondere Ländern und Kommunen die Finanzbasis für dringend benötigte Mittel
25 entziehen.

26 •

27 • Zudem muss es in der Bundesrepublik endlich eine einheitliche Bildungspolitik geben,
28 anstelle eines Flickenteppichs. Auch eine kritische und von Wirtschafts- und
29 Militärinteressen unabhängige Bildung und Forschung muss erreicht werden. Außerdem
30 fordern wir mehr BAföG, für eine größere Bezugsgruppe und perspektivisch eine
31 elternunabhängige Förderung. In den Schulen wollen wir zudem die Kopfnote
32 abschaffen, längeres gemeinsames Lernen, den „Ganztag“ durchsetzen und eine Abkehr
33 von verkürzten Schulzeiten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11

Wir brauchen eine dringende Überarbeitung des Bachelor- und Masterstudien-systems, eine nachhaltige Frauenförderung, die Öffnung der Hochschulen für BerufspraktikerInnen, die Abkehr vom „nationalen Stipendienprogramm“, die Abschaffung der Hochschulräte und den Erhalt der Fächervielfalt

-
- Für uns sind die Alternativen zur derzeitigen Situation klarer denn je: Wir kämpfen für ein offenes, kostenfreies, durchlässiges und gerechtes Bildungssystem, das allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildungserfolg bietet. Und wir werden solange weiterkämpfen, bis unser Ziel erreicht ist!

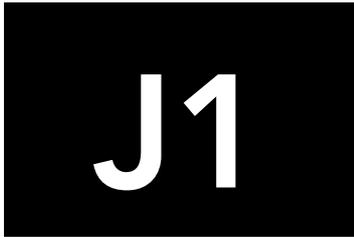
15

Bundeskongress Essen
18.-20-Juni 2010

Jusos fordern Unterstützung für Gauck

-
- 2 • Die Jusos fordern die Wahlfrauen und -männer auf bei der Wahl des Bundespräsidenten
3 am 30.6. nicht zwingend der Parteilinie treu zu bleiben, sondern ihre Entscheidung von
4 der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung abhängig zu machen.
- 5 • Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet nach aktuellen repräsentativen
6 Umfragen die Wahl Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten. Ihrer Meinung nach steht
7 dieser Kandidat für die Freiheit, für die ehemaligen DDR-Bürger und die deutsche
8 Einheitsbewegung. Er selbst bezeichnet die Freiheit als Leitstern seines Lebens. Aus
9 diesem Grund verfügt Joachim Gauck nach Meinung der Jusos als einziger Kandidat über
10 Ansehen in allen gesellschaftlichen Schichten der Bevölkerung.
- 11 • In dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit, die von angekündigten enormen
12 Sparmaßnahmen geprägt ist, kann nur ein parteiunabhängiger Bundespräsident, der von
13 der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, dieses Amt einnehmen.
- 14 • Da der Bundespräsident nicht direkt von der Bevölkerung gewählt werden kann, legen die
15 Jusos allen Vertretern der Bundesversammlung ans Herz Joachim Gauck bei der
16 Bundespräsidentenwahl zu unterstützen und somit der Mehrheitsmeinung der
17 Bevölkerung zu folgen.

18



2 Die SPD hat bei der Bundestagswahl bei den jungen Wählerinnen und Wählern ein
3 dramatisch schlechtes Ergebnis erzielt. Noch nicht einmal jeder fünfte junge Mensch hat die
4 SPD gewählt, in einigen Altersgruppen ist die Sozialdemokratie nur noch drittstärkste Kraft.
5 Deshalb muss sich die SPD damit auseinandersetzen, wie es gelingen kann, junge Menschen
6 für die Ideen der Sozialdemokratie zu begeistern. Dabei sind insbesondere wir Jusos gefragt:
7 Wir müssen die Impulse für die Erneuerung der SPD und in die gesamte Gesellschaft hinein
8 geben. Mit diesem Papier machen wir den Aufschlag für diese Diskussion.

9 **Die Jugend.**

10 Immer mehr Studien beschäftigen sich mit „der Jugend“ und versuchen Muster,
11 Charaktergruppen, Interessensgruppen zu bilden. Ein schwieriges Unterfangen, bedenkt man
12 doch, dass heute anstelle der großen Jugendbewegungen viel mehr die Individualität, viele
13 Szenen und Stile getreten sind. Die Jugend gibt es also nicht. Die Situationen von jungen
14 Leuten sind ebenso verschieden wie ihre Weltanschauungen.

15 Während die Phase der Jugend noch in den 50er Jahren nur wenige Jahre andauerte, hat sich
16 diese in der Folge immer längerer Ausbildungszeiten heute auf 10 bis 20 Jahre verlängert.
17 Junge Menschen fühlen sich heute immer länger als Jugendliche, gewinnen durch einen
18 späteren Berufseinstieg immer später ökonomische Unabhängigkeit und verlagern auch die
19 Gründung einer Familie immer weiter nach hinten. Auch wenn sie heute teilweise weniger als
20 früher durch beengende Moralvorstellungen, autoritäre Vorgesetzte oder unüberwindbare
21 Landesgrenzen in ihrer Selbstbestimmung beschränkt werden, sehen sich junge Leute heute
22 stärker als zuvor einer Gesellschaft gegenüber, die sie durch permanente
23 Verwertungsansprüche in ihrer Entfaltung einschränkt. Verändert hat sich auch die
24 gesellschaftliche Realität: Auch durch neue Medien, einer Welt die ständig in Bewegung ist
25 und vor allem durch die riesige Informationsflut, haben sich die Meinungsbildung und die
26 Überzeugungen von jungen Menschen grundlegend geändert. Die junge Generation wächst
27 in einer Zeit auf, die durch eine Zunahme gesellschaftlicher Spaltung, stärkeren

1 Konkurrenzdruck und abnehmende Aufstiegschancen geprägt ist.

2 Junge Menschen sind nicht unpolitisch. Wir haben es jedoch mit drei Trends zu tun, gegen
3 die wir ankämpfen wollen. Im Vergleich zu früheren Generationen sinkt erstens das Interesse
4 an Parteipolitik und politische Parteien im Allgemeinen bei jungen Menschen rapide,
5 insbesondere bei ärmeren Menschen. Gerade der letzte Sachverhalt ist unzweifelhaft auf
6 gesellschaftliche Entwicklungen rückführbar, muss aber besonders von der Sozialdemokratie
7 angegangen werden. Die Skepsis, ob zweitens die politischen Prozesse im Allgemeinen und
8 die SPD drittens im Besonderen ihre Interessen wirklich vertreten und die herkömmliche
9 Parteipolitik Ort für Engagement sein kann.

10 Als Jugendorganisation der SPD haben wir den Anspruch Missstände zu benennen und
11 Lösungen abzuleiten. In diesem Papier möchten wir die Lebensrealitäten von Jugendlichen
12 abbilden und Forderungen formulieren um gegen Leistungsdruck, Unsicherheit und
13 Ausgrenzung zu kämpfen.

14 Wir wollen Verhältnisse verändern und wollen dafür den notwendigen politischen Druck
15 außerhalb aber auch innerhalb der Sozialdemokratie aufbauen.

16 **Die Gesellschaft.**

17 Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen junge Menschen aufwachsen haben
18 sich dramatisch verändert: Der Siegeszug des Neoliberalismus in den vergangenen zwanzig
19 Jahren hat zu einer zunehmenden Spaltung innerhalb der Gesellschaft geführt. Einkommen
20 und Vermögen sind immer ungleicher verteilt, der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse
21 hat zugenommen, soziale Leistungen wurden gekürzt oder gleich ganz abgeschafft. Das
22 ‚Jahrzehnt der Entstaatlichung‘ hat dem Staat die Ressourcen entzogen, gestaltend tätig zu
23 werden.

24 Dass die Gesellschaft sich aber so stark verändert hat, fordert gerade bei jungen Menschen
25 einen hohen Preis. Dabei entsteht ein enormer Leistungsdruck von der Grundschule bis spät
26 in das Berufsleben, mit teilweise verheerenden Konsequenzen. Hinzu kommt die
27 Unsicherheit über die nahe und ferne Zukunft, im privaten wie auch im beruflichen quer
28 durch alle Schichten des Landes. Die klaren Perspektiven aus vergangenen Tagen stehen bei
29 jungen Menschen heute nicht in der Lebensplanung. Die Perspektivlosigkeit und der hohe
30 Konkurrenzdruck führen für viele auch zur Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben.

1 Viele finden sich in der Gesellschaft nicht wieder und suchen vergebens nach Ihrem Platz in
2 derselben. Zwar gehen junge Menschen mit diesen Phänomenen unterschiedlich um und
3 kommen aus ihrer Sicht mal besser und mal schlechter damit zurecht. Trotzdem sind
4 Leistungsdruck, Unsicherheit und Ausgrenzung im Alltag aller jungen Menschen präsent. Es
5 entspricht unserem Selbstverständnis, diese Phänomene zu bekämpfen.

6 **Generation unter Druck**

7 Der Druck steigt. Sich gestresst, unter Zeitdruck und ermattet zu fühlen, ist ein Grundgefühl
8 von Jugendlichen. In der globalisierten Wissensgesellschaft wird Jugendlichen vermittelt, dass
9 sie mithalten müssen. Druck kommt nicht nur von den eigenen Eltern, die sich um die
10 Zukunft der Kinder Sorgen machen. Druck kommt nicht nur von den eigenen Eltern,
11 LehrerInnen und Vorgesetzten, sondern auch von den eigenen FreundInnen, den
12 MitschülerInnen und KommilitonInnen. Die leistungsorientierte Gesellschaft verlangt eben,
13 dass „aus einem etwas wird“. Jugendliche müssen einer gesellschaftlichen Erwartungshaltung
14 gerecht werden, die immer höhere Anforderungen stellt. Wie äußert sich dies und wie gehen
15 Jugendliche damit um?

16 Der Druck nimmt permanent zu, weil Schul- und Studienzeiten bei gleichbleibendem
17 Lernpensum immer weiter gekürzt werden und Ausbildungsplätze fehlen. Immer mehr Stoff
18 muss in immer kürzerer Zeit geschafft werden. Junge Menschen sollen so schnell und so
19 perfekt wie möglich, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Durch die Fülle an
20 Unterrichtsstoff in den Schulen bleibt wenig Zeit für Vertiefung oder Reflexion der Inhalte.
21 Zentralabitursysteme begrenzen häufig die Möglichkeiten von SchülerInnen und
22 LehrerInnen eigene Schwerpunkte zu setzen. Die Umstellung auf das Bachelor- und
23 Mastersystem an den Universitäten führt zu ähnlichen Phänomenen. Für das
24 Auswendiglernen vieler Einzelheiten in kurzer Zeit ohne die Gesamtzusammenhänge zu
25 diskutieren, gibt es inzwischen auch einen Namen: „Bulimielernen“: Aufnehmen, in der
26 Prüfung auskotzen und möglichst schnell wieder vergessen. So funktioniert das System.
27 Übergreifend. Auch in den Berufsschulen gibt es inzwischen Bestrebungen durch
28 „Modularisierungen“ des Systems der dualen Ausbildung diese bestimmte Form des Lernens
29 zu forcieren. Hierdurch wären auch die Ausbildungsberufe insgesamt in Gefahr, da nicht jede
30 Firma alle Module anbieten müsste. Auszubildende würden so nicht mehr umfassend
31 ausgebildet sondern nur für die Belange der jeweiligen Ausbildungsfirma fit gemacht.

1 Diesen strikten Verhältnissen entspricht eine schlechte Finanzierung des Bildungssystems. Zu
2 große Klassen an den Schulen, Massenveranstaltungen an den Hochschulen, fehlende
3 individuelle Förderung und zu wenig Lehrpersonal von der Kinderbetreuung bis zur
4 Hochschule. Auch an den Berufsschulen fallen viele Unterrichtsstunden einfach aus.

5 Die Folgen sind nicht überraschend: Viele Jugendliche halten dem Druck nicht stand. Sie
6 zerbrechen an ihm. Alkohol- oder Drogenexzesse, fehlendes soziales, kulturelles und
7 politisches Engagement, Gewalt, psychische Krankheiten oder einfach nur absolute Aufgabe
8 jeglicher Hoffnung, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, sind die Folgen der
9 Leistungsgesellschaft. 25% der Jugendlichen rechnet man der „Generation chancenlos“ zu.
10 Ihnen wird durch das hochselektive Bildungssystem und die fehlende soziale Gerechtigkeit
11 gar nicht erst die Fähigkeit zugeschrieben, in dieser Leistungsgesellschaft zu bestehen. Sie
12 sind der „Übriggebliebenen“ des durch und durch auf Leistung und Herkunft orientierten
13 Systems.

14 Was entsteht dabei für eine Generation von Jugendlichen? Eine Generation, die
15 ausschließlich lernt, sich für den Konkurrenzkampf mit in der Leistungsgesellschaft
16 aufzurüsten? Eine Generation, deren Engagement nicht mehr belohnt wird, sofern es nicht in
17 das vorgegebene Leistungsschema passt? Die nur lernen, lernen, lernen und denen die
18 Möglichkeit genommen wird sich über Schule, Universität und Berufsschule hinaus zu
19 engagieren?

20 Die Folge ist, dass die junge Generation entsteht, die zunehmend nur an sich selbst denken
21 kann. Wichtig wird: die eigene Karriere, der eigene Vorteil, das eigene Fortkommen. Was auf
22 der Strecke bleibt, ist der Wunsch und die Möglichkeit die eigene Gesellschaft selbst
23 solidarisch zu gestalten.

24 **Generation in Unsicherheit**

25 Wenn es für junge Menschen eine Sicherheit gibt, dann ist es die, dass die langfristige
26 Planung sowohl im beruflichen als auch damit einhergehend im privaten Bereich zunehmend
27 unmöglich wird. Dies beginnt mit der Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz
28 nach dem Abschluss der Schule. Noch immer gibt es – gerade in Zeiten eines wirtschaftlichen
29 Abschwungs – viel zu wenige Ausbildungsplätze, so dass längst nicht alle jungen Menschen
30 einen für sie passenden Ausbildungsplatz erhalten. In der Konsequenz müssen viele

1 BewerberInnen in ‚Warteschleifen‘ Zeit überbrücken, um oftmals erst nach einigen Jahren
2 einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Auch die Suche nach einem passenden Studienplatz ist
3 bedingt durch die Deregulierungspolitik und die oftmals intransparenten Aufnahmeverfahren
4 der Hochschulen nicht unbedingt leichter. Zusätzlich steht durch die Einführung der
5 konsekutiven Studiengänge und die Beschränkung der Kapazitäten längst nicht für alle
6 Bachelor-AbsolventInnen ein passender Masterstudienplatz zur Verfügung.

7 Wer aber das Glück hat, einen Studien- oder Ausbildungsplatz zu erhalten, der oder die steht
8 nach dem Abschluss der Ausbildung vor dem nächsten Problem. Während es früher üblich
9 war, die meisten Lehrlinge zu übernehmen, ist dies schon längst keine weit verbreitete Praxis
10 mehr. Und ebenso ist der Abschluss eines Studiums schon längst nicht mehr die
11 Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt. Der Erhalt einer unbefristeten Vollzeitstätigkeit mit einer
12 angemessenen Entlohnung ist derzeit nur für die wenigsten jungen Menschen erreichbar.
13 Vielmehr sind die so genannten atypischen Beschäftigungsformen, viele dabei im Bereich
14 prekärer Beschäftigung, gerade für die junge Generation nicht mehr eine Randerscheinung
15 sondern ein Massenphänomen: Mehr als die Hälfte der BerufseinsteigerInnen erhalten nur
16 einen befristeten Arbeitsvertrag, ebenso sind Leiharbeit oder geringfügige
17 Beschäftigungsverhältnisse mit meist schlechter Entlohnung für viele junge Menschen der
18 Einstieg in den Arbeitsmarkt. Ebenso sind fast alle BerufseinsteigerInnen von kürzeren oder
19 längeren Phasen der Arbeitslosigkeit betroffen und genießen in diesem Fall aufgrund zu
20 weniger Beitragsjahre kaum Schutz durch die Arbeitslosenversicherung. Gerade für
21 HochschulabsolventInnen, aber auch für junge Menschen mit einer abgeschlossenen
22 Berufsausbildung, sind zudem oftmals mehrere – wenn überhaupt dann schlecht bezahlte –
23 Praktika die Voraussetzung um überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden. Insgesamt bedeutet
24 dies auch, dass von BerufseinsteigerInnen heute eine immense Mobilität erwartet wird: Wer
25 einen guten Job finden möchte, muss bereit sein, notfalls auch mehrmals den Wohnort zu
26 wechseln. Der erschwerte Berufseinstieg trifft dabei aber eben nicht nur schlechter
27 ausgebildete junge Menschen, sondern ist für fast alle BerufseinsteigerInnen die Realität.

28 Die beängstigende Realität hat tief greifende gesellschaftliche Konsequenzen. Eine
29 langfristige Lebensplanung ist für junge Menschen kaum noch möglich. Dies betrifft auf der
30 einen Seite das Privatleben: Wenn Familien immer später gegründet werden und
31 Kinderwünsche – wenn überhaupt – immer später verwirklicht werden, dann mag dies auch
32 eine Folge dieser Unsicherheit sein. Ebenso droht durch den Anspruch der hohen Mobilität

1 auch eine zunehmende Vereinsamung, müssen doch bei jedem Wohnortwechsel soziale
2 Beziehungen aufgegeben oder eingeschränkt werden. Auf der anderen Seite erschwert diese
3 gesellschaftliche Realität auch ein langfristiges gesellschaftspolitisches Engagement. Gerade
4 in Parteien, in denen Erfolge oftmals erst durch längerfristiges Engagement verwirklicht
5 werden können, führt dies zu einem Rückgang der Mitarbeit junger Menschen.

6 Die zunehmende Angst vor der Zukunft und die Angst vor dem sozialen Abstieg ist eine der
7 großen Auswirkungen. Dabei geht es um mehr als eine gefühlte Angst, denn die prekären
8 Arbeitsverhältnisse bieten keinen Schutz. Bei jedem Auslaufen eines befristeten
9 Arbeitsvertrags kommen Zweifel, ob es mit der Übernahme klappt oder man eine neue Arbeit
10 bekommt. Jugendliche, die in einer Krise nicht auf die finanzielle Unterstützung ihrer Eltern
11 bauen können, landen sehr schnell im ALG II Bezug, bei dem sie auch noch besonderen
12 Sanktionsmöglichkeiten unterworfen sind. Im Grundsatz sind beide Varianten für die
13 individuelle Lebensgestaltung junger Menschen nicht wünschenswert.

14 **Generation ausgeschlossen**

15 Ausgrenzung hat in dieser Gesellschaft viele Gesichter und trifft auch junge Menschen. Für
16 Kinder, die in bestimmten Stadtteilen aufwachsen, deren Eltern nicht Akademiker sind, ist es
17 ungleich schwerer, später mal das Leben zu führen, dass sie möchten. Vielmehr ist es so, dass
18 sie von Anfang an das Gefühl der Ausgrenzung erfahren. Ihre Eltern haben weniger Geld,
19 können sich die Klassenfahrten, die neuen Turnschuhe und den Kinobesuch nicht leisten.

20 Ihre konkrete Erfahrung in dieser Gesellschaft besagt, dass ihnen etliche Türen verschlossen
21 sind und sie ihrer Lage auch durch große Anstrengungen nur selten entkommen können. Die
22 Älteren finden keine Ausbildungsplätze oder welche, in denen sie als billige Arbeitskräfte
23 ausgebeutet werden. Von der Mehrheitsgesellschaft werden sie als die sowieso Gescheiterten
24 behandelt, die dümmer, fauler und unfähiger sind. Wenn Menschen mit
25 Migrationshintergrund betroffen sind, kommt noch eine zusätzliche Diskriminierung hinzu.
26 Ihre Wahrnehmung von der deutschen Gesellschaft ist, dass sie dort nicht gewollt sind und
27 unter der permanenten Gefahr rauszufliegen leben. Lehrende die sich rassistischer
28 Ressentiments bedienen, diese schüren und offen oder versteckt diskriminieren, Leute, die in
29 der U-Bahn irritiert gucken oder auf der Straße die Seite wechseln gehören zum traurigen
30 Alltag vieler Jugendlicher.

1 Das Gefühl der Chancenlosigkeit wird Kindern und Jugendlichen auch im Schulsystem schon
2 früh vermittelt: Das gegliederte Schulsystem teilt auf in „Gewinner“ und „Verlierer“.
3 Gymnasiasten stehen formal alle Wege offen: Sie können studieren und haben auf dem
4 Ausbildungsmarkt größere Chancen als andere. Realschüler müssen um gute Chancen auf
5 dem Ausbildungsmarkt kämpfen und Hauptschüler erfahren früh, dass sie beim Kampf um
6 einen Ausbildungsplatz kaum eine Chance haben. Die Hauptschule ist vielerorts zu einer
7 „Restschule“ verkommen. Das deutsche Bildungssystem ist hoch selektiv und durch die
8 Ausgrenzung von Menschen gekennzeichnet.

9 Die Zweiteilung in Privilegierte und den Rest zeigt sich auch in der Organisation der
10 tertiären Bildung: Die Hochschulbildung sollte eine öffentliche Aufgabe sein, die staatlich
11 wahrgenommen wird. Wer Abitur hat, hat einen einklagbaren Rechtsanspruch auf ein
12 Hochschulstudium. Die berufliche Ausbildung überlässt die Gesellschaft der Wirtschaft, die
13 die Ausbildungsplätze nach Marktprinzipien verteilt. Wenn das Angebot nicht reicht, hat der
14 nachfragende Jugendliche Pech gehabt – für sie gibt es dann oft nur noch perspektivlose
15 Warteschleifen. Es mangelt an Durchlässigkeit besonders zwischen den Bereichen der
16 allgemeinen und der beruflichen Bildung, es mangelt an einer durchlässigen Form des
17 gemeinsamen Lernens für alle.

18 Ein Teil der Jugendlichen nimmt sich als außerhalb der Gesellschaft stehend wahr. Sie haben
19 den Eindruck, noch nicht einmal Hoffnungen an ein Leben in dieser Gesellschaft haben zu
20 können, da sie davon überzeugt sind, es eh nicht leben zu können.

21 Die reaktionäre Antwort auf diesen Befund ist die Argumentation, dass die Jugendlichen
22 selber schuld sind und mehr Repression notwendig ist. Wir sagen: Es ist ein Armutszeugnis
23 für eine Gesellschaft, wenn sie Jugendliche mit einer derartigen Perspektivlosigkeit ins Leben
24 entlässt. Wir wollen, dass alle junge Menschen Träume, Hoffnungen und Wünsche an ihr
25 Leben formulieren und realisieren können und Rahmenbedingungen vorfinden, die ihre
26 individuelle Entfaltung ermöglichen.

27 **Veränderung.**

28 Wir Jusos sind Teil dieser Generation. Wir erleben die vielen Probleme unserer Generation
29 selbst jeden Tag. Wir Jusos haben auf einige Probleme junger Menschen bereits Antworten
30 entwickelt, an anderen Bereichen müssen wir weiterarbeiten. Doch die Jugend hat das

1 Vertrauen in die Politik verloren, sie glaubt nicht mehr, dass sie ihre Probleme lösen kann.

2 Vor allem bezweifeln sie, dass solidarische Lösungen der richtige Weg sind.

3 Das liegt auch daran, dass in den letzten Jahren solidarische Lösungen Stück für Stück
4 diskreditiert und als nicht tragfähig dargestellt wurden. Dem stellen wir ein positives
5 Gesellschaftsbild entgegen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der junge Menschen
6 Entfaltungsmöglichkeiten haben und nicht nur dem tagtäglichen Druck nach immer besseren
7 Leistungen ausgesetzt sind. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jungen Menschen
8 Perspektiven und Sicherheit gegeben werden. Und wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der
9 alle jungen Menschen ihren Platz haben.

10 Um eine solche Gesellschaft zu erreichen brauchen wir:

- 11 • Ein Bildungssystem, das alle Jugendliche nicht nur mit der bestmöglichen Ausbildung
12 auf den Arbeitsmarkt entlässt, sondern in dem es Zeit für Tiefgang und Reflexion gibt
13 und in dem der Zeitverkürzungswahn ein Ende findet, in dem Platz ist für kritisches
14 Denken und in dem soziale und humanitäre Werte vermittelt werden. Ein
15 Bildungssystem also, welches auch durch seine öffentliche finanzielle Ausstattung in
16 der Lage ist, jungen Menschen größtmögliche Gestaltungsspielräume für eine
17 selbstbestimmte Bildung zu gewährleisten. Selbstbestimmt bedeutet auch, dass
18 strukturelle und organisatorische Hürden systematisch abgebaut werden und
19 zergliederte Bildungsinstitutionen Stück für Stück miteinander verschmelzen, um
20 Segregationsmechanismen auszuschließen. Vor allem müssen aber die Kapazitäten im
21 Bildungssystem durch staatliche Mittel und gute Konzepte so erweitert werden, dass
22 individuelle Förderung ermöglicht wird und alle die Bildung erhalten können, die sie
23 sich wünschen, es also keine Schranken, Hürden, oder Begrenzungen mehr gibt.
- 24 • Ein Bildungssystem, in dem gemeinsames Lernen im Vordergrund steht und keine
25 Selektion vorgenommen wird.
- 26 • Eine Arbeitsmarktpolitik, in der allen jungen Menschen ein Recht auf Ausbildung
27 zukommt, ein gut bezahltes, unbefristetes Beschäftigungsverhältnis wieder der
28 Normalfall wird und in der Übergänge zwischen verschiedenen Phasen der
29 Erwerbstätigkeit gestaltet werden können.
- 30 • Eine Sozialpolitik, die auf Umverteilung setzt und allen Menschen eine Partizipation
31 am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

- 1 • Eine Kinder- und Jugendpolitik, durch die Freiräume für die selbst bestimmte
2 Entwicklung geschaffen werden. Das heißt, dass flächendeckend eine qualitative und
3 quantitative Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet werden muss, die
4 den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Ansprüchen der Nutzerinnen
5 und Nutzer gerecht wird.

- 6 • Eine Politik, die gezielt auf die Bedürfnisse und Ansprüche von jungen Frauen
7 eingeht und ausgerichtet ist und diese aktiv, systematisch und strukturiert fördert.
- 8 • Eine Partizipations- und Beteiligungskultur, die Kinder und Jugendliche als
9 gleichwertige und gleichberechtigte Partnerinnen und Partner in allen
10 Zusammenhängen begreift und sie dementsprechend einbezieht. Wir möchten
11 Teilhabe gewährleisten, die mit dem Bild der Erwachsenengesellschaft bricht.

12

13 Vor diesen Herausforderungen stehen wir. Um Sachkompetenz und somit Vertrauen und
14 Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen zu können, müssen wir uns als Sozialdemokratie den
15 Lebensrealitäten junger Menschen weiter nähern und mit ihnen darüber vermehrt in den
16 Dialog treten. Dies setzt den Einsatz geeigneterer Dialogformen voraus, die nicht partei-,
17 sondern jugendgerecht sind. Wir müssen den Jugendlichen wieder zuhören und offen sein
18 für Anregungen, Ideen und Konzepte aufnehmen und in unsere politischen Vorhaben
19 integrieren. Wenn sie nicht zu uns kommen, treffen wir uns mit ihren Organisationen oder
20 gehen zu ihnen. Denn nur mit ihnen zusammen können wir glaubwürdige Antworten auf die
21 drängenden Probleme formulieren und uns auf dem aktuellen Stand der Themen und
22 Konflikte halten. Das wäre dann im Idealfall eine gute Ausgangsposition, um Mehrheiten in
23 der Partei zu finden und zusammen in Bündnissen den Druck auf die schwarz-gelbe
24 Bundesregierung zu erhöhen. Um das zu erreichen, müssen wir zunächst einmal die
25 Lebensrealitäten der Jugendlichen einfangen, die Jusos durch die Zusammenarbeit mit
26 außerparlamentarischen Bündnispartnern weiter öffnen und deutlich machen, dass wir für die
27 Verbesserung der Lebenssituation von jungen Menschen kämpfen. So können wir die jungen
28 Menschen wieder für unsere Politik begeistern.

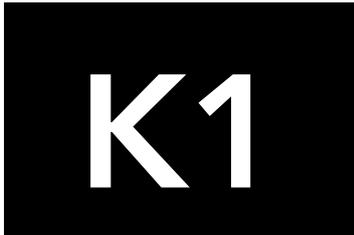
29 Um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben sich auch neben der Schule und des
30 Studiums in Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Friedensbewegung und
31 politischen Parteien zu engagieren, müssen sich die politischen Verantwortungsträger von der
32 immer weiter voranschreitenden Ökonomisierung der Bildungspolitik verabschieden. So

1 können wir nicht nur junge Menschen zum Mitmachen bei den Jusos anregen, sondern auch
2 den gesellschaftlichen Trends, wie der Entsolidarisierung und dem Egoismus in Teilen der
3 jungen Generation entgegenwirken.

4 Gerade wir Jusos haben in den letzten Jahren erste und auch in vielen Bereichen klare
5 Antworten auf die drängenden Probleme der Jugendlichen, die von ihrer Grundhaltung den
6 solidarischen Werten der Sozialdemokratie nahe stehen, entwickelt. Wohingegen die SPD in
7 den letzten Jahren keinen konsequenten Kurs und keine klare Sprache gefunden, um sich von
8 der Union und der FDP im Bildungsbereich und in der Sozialpolitik abzusetzen. Die SPD
9 hat jetzt in der Opposition die Chance das zu ändern und sich bundesweit zum Beispiel mit
10 ihren politischen Ideen Gehör zu verschaffen. Wir Jusos müssen dazu beitragen die SPD zu
11 einer neuen Klarheit und zu mehr Mut in der Bildungspolitik zu verpflichten.

12 Viele dieser inhaltlichen Antworten müssen in den nächsten Monaten in Auseinandersetzung
13 mit Wissenschaft, Partei und Zivilgesellschaft gefunden werden. Dieses Papier ist ein Anfang
14 hierfür.

15



2 Im Oktober 2008 musste die Menschheit erneut zur Kenntnis nehmen, dass der Kapitalismus
3 krisenhaft ist. Wir erlebten die schwerste Rezession der Nachkriegszeit. Quasi täglich kamen
4 neue Banken und Unternehmen hinzu, die vom Staat gerettet werden wollten. Dabei
5 versuchte einige PolitikerInnen, den Bürgerinnen und Bürgern eifrig zu erklären, dass nicht
6 das System schuld sei sondern das unmoralische Verhalten von BankerInnen und anderer
7 Beteiligter an den Finanzmärkten.

8 Dabei war es bestenfalls naiv zu glauben, dass ein paar Appelle an die Moral und das
9 Versprechen der Finanzbranche, die fragwürdigsten Finanztransaktionen nicht mehr
10 durchzuführen, ausreichen um künftige Krisen zu vermeiden. Ganz im Gegenteil: Der
11 kapitalistischen Gesellschaftsform sind Krisen systemimmanent,

12 Solange die politische Linke keine überzeugenden Konzepte parat hat, wie ein anders System
13 funktionieren kann, scheint der Kapitalismus für die Mehrheit der Menschen alternativlos zu
14 sein. Dennoch ist es erstaunlich, dass trotz der vielen Bekundungen und Ankündigungen zur
15 stärkeren Regulierung der Finanzmärkte, eben dies nicht geschah. Ein öffentlicher Aufschrei
16 über dies Ausbleiben erfolgte nicht. Es ist nicht hinnehmbar, dass diejenigen, die die
17 Hauptakteure der Krise sind, weil sie permanent auf mehr Markt, Deregulierung und
18 Privatisierung gedrungen haben, noch immer in ihren Sesseln sitzen und der Gesellschaft
19 erzählen, was sie zu tun und zu lassen hat. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Verluste der
20 Banken von der Gemeinschaft aufgefangen werden, während die Gewinne weiter privat
21 eingestrichen werden. Dabei wird der Anschein geweckt, es gäbe keine Möglichkeit, dies
22 anders zu organisieren.

23 Auch verbindliche internationale Regeln für die Finanzmärkte lassen auf sich warten. Die
24 internationale Staatengemeinschaft hat zwar schon mehrfach weitreichende Ankündigungen
25 gemacht, geschehen ist bislang aber wenig. Schlimmer noch: Der Verweis auf ausstehende
26 internationale Regulierungen dient gerade in Deutschland dazu, die eigene Untätigkeit zu

1 begründen, obwohl es durchaus auch Instrumente gibt, die die Nationalstaaten einsetzen
2 können. Es muss festgestellt werden: Statt für internationale Standards zu kämpfen, hat
3 gerade der IWF mit seiner Einmischung in entwicklungspolitische Fragen in Dutzenden
4 Ländern katastrophale Ergebnisse erzielt. Ziel müsste es sein, dies alles komplett aufzurollen,
5 weltweite Regulative und Institutionen zu schaffen, die demokratisch legitimiert sind und in
6 der Lage sind, Regeln weltweit durchzusetzen.

7 Will man dem politischen Gegner etwas entgegensetzen, der innerhalb von einem Monat die
8 bundesdeutsche Öffentlichkeit von „der Markt muss es allein regeln“ zu „der Staat muss die
9 Verluste abfedern“ bis „wir machen weiter wie bisher, als sei nichts geschehen“ gebracht hat,
10 führt nichts an einer Organisierung von Gegenmacht vorbei. Dass dies gegenwärtig so
11 schwerfällig ist, mag auch Ausdruck davon sein, dass die die Deutungshoheit durch die
12 Ideologie der Alternativlosigkeit auch in der politischen Linken Früchte getragen hat. Nicht
13 mehr und nicht weniger als diese Versatzstücke endlich wieder hinter sich zu lassen und
14 deutlich, hart und kämpferisch die Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer
15 Gesellschaft aufzunehmen, ist Kernanliegen von uns Jusos.

16 Dabei sehen wir die Auseinandersetzung mit den Ursachen der aktuellen Krise und den
17 daraus zu ziehenden notwendigen Schlussfolgerungen auch innerhalb der SPD für einen
18 enorm wichtigen Schritt zur programmatischen Neuaufstellung der Partei. Denn es war auch
19 die Politik der SPD, die ihren Teil zur Entstehung der aktuellen Krise beigetragen hat. Dabei
20 darf es aber nicht darum gehen, bei der Analyse der Fehlentscheidungen stehen zu bleiben,
21 vielmehr wollen wir dazu beitragen, einen positiven Zukunftsentwurf zu gestalten, der
22 deutlich macht, dass es politische Alternativen gibt.

23 2. Der Weg in die Krise

24 Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist nichts Neues. Vielmehr zeigt ein Blick in die
25 Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise, dass der Kapitalismus immer wieder Krisen
26 produziert hat. Sie sind dem Kapitalismus inhärent.

27 Neu ist auch nicht, dass jede Krise ihr Äquivalent im ideologischen Diskurs findet. Wie
28 vermittelt man die ausgerufene Alternativlosigkeit in Anbetracht kollabierender
29 Nationalökonomien? Wie legitimiert man ein System, dass dem einzelnen Menschen
30 regelmäßig seine Ohnmacht vor den Gesetzen des Marktes aufzeigt und ihn, wenn es ihn

1 nicht verhungern lässt, in den riesigen Pool der Arbeitslosen und Gescheiterten wirft, wo er
2 den Beckrand erreichen will oder im Falle einer positiven Konjunkturentwicklung wieder
3 rausgefischt wird?

4 Die verschiedenen ideologischen Deutungen haben bis auf wenige Ausnahmen eines gemein:
5 An den Rahmenbedingungen des Systems darf nicht gerüttelt werden.

6 Auch die vorherrschende Deutung, das Problem auf die Finanzsphäre zu reduzieren, ist nicht
7 neu. Neu ist auch nicht, dass sie die Gefahr birgt, an antisemitische Versatzstücke von
8 schaffendem und raffendem Kapital anzuknüpfen. Dass sie analytisch falsch und politisch
9 verheerend ist, kann nicht oft genug hervorgehoben werden.

10 Deshalb ist es so notwendig wie richtig, den Blick auf die wirklichen Ursachen der Krise zu
11 legen.

12 Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus liegt in seiner eigenen Systemlogik begründet.
13 Grundlegendes Ziel ist die Produktion von Mehrwert, der durch die Entwicklung der
14 Produktivkraft der Arbeit (etwa durch den Einsatz neuer Technologie) aus der Sicht der
15 Unternehmen immer weiter gesteigert werden soll. Damit wird der Produktionsumfang bei
16 gleichem Einsatz von Arbeit gesteigert. Dem steht auf der anderen Seite eine
17 gesamtwirtschaftliche Nachfrage gegenüber, die sich im wesentlichen aus der Nachfrage der
18 Beschäftigten sowie den Investitionen der Unternehmen zusammensetzt. Die Nachfrage der
19 Beschäftigten steht aber in unmittelbarem Zusammenhang mit deren Entlohnung: Indem die
20 Unternehmen versuchen, die Löhne zur Steigerung des Mehrwerts, zu senken, sinkt
21 gleichzeitig die Konsumkraft der abhängig Beschäftigten. Hierzu kommt noch, die aufgrund
22 der durch Lohndruck gesunkenen Nachfrage geminderte Investitionstätigkeit der
23 Unternehmen. Da aber durch die steigenden Gewinne immer mehr Kapital
24 Anlagemöglichkeiten „sucht“ wird immer mehr Kapital auf die Finanzmärkte geschwemmt.
25 Die höhere Rendite als in der Realwirtschaft, die diese Geldvermögen regelmäßig einbringen,
26 kann aber auf lange Sicht nur zu Lasten der Realwirtschaft und den Vermögen der
27 „normalen“ Konsumenten stattfinden. Das bedeutet unterm Strich eine Verteilung von
28 Produktivvermögen hin zu Geldvermögen, sowie eine Verteilung von Unten nach Oben.
29 Wenn sich das Finanzkapital regelmäßig mehr vom Kuchen holt, als dieser größer wird, hat
30 es auf lange Frist auch einen immer größeren Anteil am Kuchen. Die daraus resultierende

1 hohe Verschuldung der Unternehmen und die der Konsumenten führt nahezu zwangsläufig
2 in eine Schuldenkrise.

3 Dementsprechend traten gerade zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise im 19.
4 Jahrhundert regelmäßig Krisen auf. Während, es im Zuge des Nachkriegsbooms in den 50er
5 und 60er Jahren zu Wohlstandsgewinnen für die allermeisten Bevölkerungsteile kam und man
6 den Glauben hatte, durch eine keynesianisch orientierte makroökonomische Globalsteuerung
7 den Kapitalismus endgültig gezähmt zu haben, änderte sich dies mit den Krisen der 70er
8 Jahre erneut grundlegend: Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus war eben nicht beseitigt, die
9 Arbeitslosigkeit stieg eklatant.

10 Die Expansion der Finanzmärkte kann aus dieser Perspektive nur im Zusammenhang mit den
11 diesen Krisentendenzen der Realwirtschaft in den 70er Jahren und damit einhergehenden
12 politischen Weichenstellungen verstanden werden. Die Probleme der Realwirtschaften
13 werden meist auf die Kombination von nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten infolge
14 zunehmender Konkurrenz und einem Ende des Nachkriegsbooms zurückgeführt. Politisch
15 wurde 1973 das System der festen Wechselkurse aufgehoben, der Kapitalverkehr Schritt für
16 Schritt liberalisiert und so der Weg dafür geschaffen, dass die Profitklemme in der
17 Realwirtschaft durch Aktivitäten auf den Finanzmärkten kompensiert wurde. Auch dadurch
18 ist es zu deutlicheren Verteilungsunterschieden auf sämtlichen Ebenen gekommen. Es hat
19 eine Umverteilung zugunsten der großen Kapitaleinkommen und Industrieländer und
20 zulasten der kleinen Arbeitseinkommen gegeben.

21 Eine politische Folge dieser Krise war die Diskreditierung des keynesianischen Paradigmas
22 durch die neoliberale Wende zuerst in Großbritannien und den USA zu Beginn der 80er
23 Jahre. Nun glaubte man wieder, nur durch eine weitgehende Liberalisierung der Märkte seien
24 Wohlstandsgewinne zu erwarten. Eine Schwächung der Gewerkschaften, die zu niedrigen
25 Lohnabschlüssen führten, ein Abbau sozialer Sicherungssysteme, eine Liberalisierung der
26 Finanzmärkte und eine marktorientierte Entwicklungshilfepolitik durch den IWF und die
27 Weltbank sind die deutlichsten Ausprägungen dieser neoliberalen Wende.

28 Damit aber waren die nächsten Krisen gleichsam vorprogrammiert: Wenn die weltweite
29 Nachfrage durch eine Umverteilung der Einkommen von unten nach oben mit der
30 Ausweitung der Produktionskapazitäten nicht mithalten kann, dann muss das Kapital neue

1 Anlageformen auf den Finanzmärkten suchen. Schon zum Ende der 80er Jahre und vor allen
2 Dingen in den 90er Jahren waren erneut die ersten schwereren Krisen zu verzeichnen. Sie
3 fanden gleichwohl weder in den USA noch in Europa statt, vielmehr waren Lateinamerika
4 und Asien betroffen, in denen Spekulanten ganze Volkswirtschaften ruinierten. Aus diesen
5 Krisen hätte man Lehren ziehen können, stattdessen gab es jeweils kurzfristige Interventionen
6 internationaler Institutionen, die aber nicht die weltweiten Ursachen der Krisen bekämpften,
7 sondern nur an den Symptomen arbeiteten und damit die Krisen nur aufschoben.

8 Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist eine Folge dieser Entwicklung. Zwar mag der
9 Krisenauslöser tatsächlich in waghalsigen Finanztiteln in den USA gelegen haben, die
10 wirklichen Ursachen der Krise reichen aber tiefer. Wir Jusos sind der Ansicht, dass neben der
11 Deregulierung der Finanzmärkte auch die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen
12 und Vermögen sowie gravierende Ungleichgewichte im Außenhandel verantwortlich sind.

13 Bedingt durch die neoliberale Wende, die ihren Ausdruck in Deutschland etwa durch die
14 Liberalisierung des Arbeitsmarktes, einer Einschränkung sozialer Sicherheit sowie einer
15 deutlichen steuerlichen Entlastung der Wohlhabenden fand, ist die Lohnquote in den
16 vergangenen Jahren deutlich gesunken. Damit aber ging eine systematische Schwächung der
17 Binnennachfrage einher, da die Beschäftigten eben weniger Geld für Konsumzwecke zur
18 Verfügung hatten. Damit aber gingen geringere Gewinnerwartungen der Unternehmen
19 einher, so dass diese weniger Investitionen tätigten. In der Folge floss viel Kapital auf die
20 Finanzmärkte, da hier die Renditeerwartungen – auch durch die Etablierung neuer
21 ‚innovativer‘ Finanzprodukte deutlich höher waren. Die Umverteilung von Einkommen und
22 Vermögen war aber nicht nur ein deutsches Phänomen – wenngleich es hier besonders
23 deutlich ausgeprägt war. In anderen Ländern wie insbesondere den USA aber eben auch in
24 Griechenland kompensierten die Konsumenten dagegen die Einkommenseinbußen mit einer
25 höheren Verschuldung, in den USA etwa war die Sparquote zu Beginn des neuen
26 Jahrtausends sogar negativ. In der Folge waren die privaten Haushalte zum einen
27 überschuldet, zum anderen führte genau diese Entwicklung zum Auslöser der
28 Finanzmarktkrise: Der Konsum in den USA (und anderen Staaten) war nur auf hohem
29 Niveau zu halten, weil die Privathaushalte bedingt durch Liberalisierungen der Finanzmärkte
30 manchmal ausgehend von weiter steigenden Immobilienpreisen Kredite ohne weitere
31 Sicherheiten gewährt bekamen, die dann zu Paketen geschnürt und weiter verkauft wurden.
32 Als dann die Immobilienpreise sanken, war die Krise gleichsam vorprogrammiert.

1 Dass es in den Jahren vor der Krise trotz dieser Entwicklungen zu einem realen
2 wirtschaftlichen Wachstum in den meisten Industrieländern gekommen ist, hängt genau mit
3 dieser Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte in einigen Ländern zusammen.
4 Denn so wurde der Konsum eben nicht nur in diesen Ländern stabilisiert, sondern auch in
5 den großen Exportnationen: Das deutsche Wachstum in den Jahren vor der Krise lag fast
6 ausschließlich in einem Wachstum des Exportsektors begründet. Damit einher gingen
7 massive außenwirtschaftliche Ungleichgewichte – denn etwa in den USA wurden deutlich
8 mehr Waren importiert als exportiert. Im Umkehrschluss verschuldeten sich also die USA in
9 hoher Form bei den deutschen Unternehmen. Damit aber war auch das deutsche Wachstum
10 mehr als fragil und das Übergreifen der Krise auf die deutsche Wirtschaft nur noch eine Frage
11 der Zeit.

12 3. Der Umgang mit der Krise

13 In den Tagen, Wochen und Monaten nach der Krise wurden vorher fast unbegreifliche
14 Rettungspakete unterschiedlichster Staaten und Staatengemeinschaften geschnürt. Dabei
15 muss eine Bewertung des staatlichen Krisenmanagements zwiespältig ausfallen.

16 Für Neoliberale unbegreiflich, trugen die makroökonomischen und arbeitsmarktpolitischen
17 Interventionen und Impulse des Staates Früchte. Die Krise gibt uns Recht und hat klar
18 bewiesen, dass der Staat ein zentraler Akteur im Wirtschaftskreislauf ist und die
19 gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch und insbesondere davon abhängt, wie staatliche
20 Politik Prioritäten setzt und handelt. Entgegen der vergangenen Jahrzehnte in denen der
21 Staat nicht weg war, sondern sich bewusst in Privatisierungs- und Deregulierungspolitiken
22 erging, handelte er in der jetzigen Krise zugunsten wirtschaftlicher Stabilität und
23 Beschäftigungssicherung.

24 Die Kurzarbeit verhinderte einen eklatanten Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie er in anderen
25 Ländern zu beobachten war. Waren in Deutschland vor der Krise im März 2008 3.507.000
26 Menschen arbeitslos gemeldet, sind es zwei Jahre später im März 2010 3.568.000. Die
27 Kurzarbeitregelung erfreute sich einer hohen Inanspruchnahme. Sie nimmt zwar ab, ist aber
28 nach wie vor hoch. Auch wenn sie zwischen Mai (1.516.000 Arbeitnehmer) und Dezember
29 2009 (810.000 Arbeitnehmer) um 47 Prozent zurückging, ist ihre im Frühjahr 2010 erfolgte
30 Verlängerung richtig gewesen.

1 Die für 2008, 2009 und 2010 insgesamt etwa 68 Milliarden Euro umfassenden Impulse der
2 Konjunkturpakete I und II stimulierten die Wirtschaft und konnten so Investitions- und
3 Auftragsausfälle aus dem Privaten Sektor zumindest in Teilen ausgleichen. Allerdings
4 beinhalteten die Konjunkturpakete zu wenig Impulse, um neben einer Stabilisierung der
5 konjunkturellen Nachfrage und der Beschäftigung auch die ökologische Modernisierung
6 voranzutreiben. Damit ist eine zentrale Erkenntnis dieser Krise: Der Staat kann auch in einer
7 globalisierten Wirtschaft steuernd eingreifen und die Gesellschaft gestalten.

8 Diesen größtenteils gelungenen makroökonomischen und arbeitsmarktpolitischen
9 Interventionen steht die ernüchternde Erkenntnis gegenüber, dass die Krise für den
10 Kapitalismus keine Zäsur darstellt, sondern dieser vielmehr gestärkt aus der Krise
11 hervorgehen kann. Er ist ungebremst und kann nun zusätzlich davon ausgehen, im Ernstfall
12 gerettet zu werden, und die Kosten der Rettung sozialisieren zu können.

13 Dabei wären die Ansatzpunkte zu einer grundlegenden wirtschaftspolitischen Umsteuerung
14 vorhanden gewesen: Die größte Ungerechtigkeit der Krise ist dementsprechend, dass die
15 Kosten der Krise nicht von den Verursachern getragen werden. Sie wurden vielmehr umgelegt
16 auf finanziell schwächere Personen, die ein erhöhtes Arbeitsplatzrisiko und bedingt durch die
17 notwendige höhere Staatsverschuldung und dem deutschen Konsolidierungswahn in Zukunft
18 sinkende Sozialleistungen und Löhne zu tragen haben werden müssen. Dabei hätte durchaus
19 die Möglichkeit bestanden, die entstandenen Ungleichgewichte bereits in den ersten
20 Kriseninterventionen zu begegnen: Finanztransaktionssteuer, wirksame Bankenabgaben und
21 zukünftige Gewinnbeteiligungen sind nicht erfolgt.

22 Eine weitere Chance wurde verpasst, in dem die finanziellen staatlichen Garantien für
23 Banken und Unternehmen nicht mit mehr staatlicher, also letztlich öffentlicher
24 Einflussnahme verbunden wurden. Der Staat nahm zwar eine aktive Rolle in der Krise ein,
25 von einem Primat der Politik kann aber nicht die Rede sein. Bloße Verwaltung und
26 Konservierung bestehender Strukturen und Leitbilder herrschte vor, wo das Durchsetzen von
27 wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit gefragt gewesen wäre. Dies
28 kündigte sich allerdings bereits zu Beginn der Krise an. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz
29 wurde in kürzester Zeit durchgesetzt, SoFFin und Wirtschaftsfonds wurden installiert, alles
30 ohne demokratische Willensbildung und Kontrolle. Dies erinnerte eher an ein
31 Notstandsregime, als an ein demokratisches System.

1 In der Entwicklung und Etablierung wirksamer Mechanismen und Institutionen zur
2 Krisenvorbeugung versagten die große Koalition und die schwarz-gelbe Regierung vollends.

3 Es erfolgte kein Bruch mit der Rolle des Finanzmarktes als eigenständiger und abgekoppelter
4 Profitsektor; die Finanzmärkte wurden durch die staatliche Eingriffe letztlich nicht gebremst,
5 sondern stabilisiert und gerettet. Das Zocken auf den Finanzmärkten geht bereits weiter. Der
6 Unterschied zur Zeit vor der Krise ist lediglich, dass die Finanzinstitute und Banken in
7 Deutschland davon ausgehen können, im Falle einer erneuten Krise wieder gerettet werden zu
8 können. Der Staat richtete sich nicht, wie es nötig gewesen wäre, gegen die Märkte, sondern
9 knüpft an seine Politik mit und für die Märkte an die Vor-Krisenzeiten an. Die
10 Eigentumsverhältnisse sind dementsprechend unverändert und keine der maßgeblichen De-
11 Regulierungsgesetze der Vor-Krisenzeit wurde zurückgenommen.

12 Die Kurzfrist-Orientierung des staatlichen Krisenmanagements wird außerdem daran
13 deutlich, dass der Staat massiv geschwächt aus der Krise hervorgeht. Die Staatsverschuldung
14 ist stark angestiegen, zahlreiche Kommunen sind bereits handlungsunfähig und der
15 Bundeshaushalt wurde dank der Schuldenbremse in Ketten gelegt, welche eine aktive Rolle
16 des Staates in Zukunft nahezu verhindern. Anstatt die Handlungsfähigkeit des Staates durch
17 eine veränderte Einnahmepolitik und eine Beteiligung der Banken an den Krisenkosten zu
18 erhöhen, beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung weitere Einnahmeausfälle aufgrund
19 überflüssiger und Klientel orientierter Steuersenkungen. Aus der gesellschaftlichen
20 Umverteilung in den letzten Jahrzehnten zu Gunsten der oberen Zehn-Prozent, die
21 mitverantwortlich war für die Krise, wurden so keine Lehren gezogen. Die weiteren
22 Einkommenssteuersenkungspläne der FDP und der Einstieg in die Kopfpauschale in der
23 Gesundheitspolitik lassen vielmehr Gegenteiliges erwarten.

24 Kurzum: der Staat versäumte in seinem Krisenmanagement aus den drei maßgeblichen
25 Gründen für die Krise - Ungleichheit in der Einkommensverteilung, Ungleichgewichte im
26 Außenhandel und Unterregulierung der Finanzmärkte - die nötigen Konsequenzen zu
27 ziehen.

28 **4. Unsere Forderungen**

29 Wir Jusos wollen das kapitalistische System überwinden und den demokratischen Sozialismus
30 erreichen. Er bildet für uns das Ziel unserer Politik und eine Gesellschaft der Freien und

1 Gleichen ist Richtschnur für unser Handeln und unsere Forderungen. Dies vor Augen
2 müssen jetzt die richtigen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gezogen
3 werden. Dabei sehen wir fünf entscheidende Punkte: Erstens müssen die Konsequenzen der
4 Wirtschaftskrise für die Beschäftigten weiter abgefedert werden. Zweitens müssen die
5 Finanzmärkte endlich tiefgreifend reguliert werden. Drittens muss die krasse
6 Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland und in der Welt beseitigt
7 werden. Viertens brauchen wir internationale Kooperation und keinen Lohndumping-
8 Wettbewerb. Und fünftens muss unsere Wirtschaft umfassend demokratisiert werden.

9 **1. Politik für Beschäftigung**

10 Auch wenn die Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt bislang nicht so deutlich zu
11 spüren sind, wie dies zu befürchten war, ist die Gefahr bislang nicht gebannt, zumal die
12 bisherigen Erfolge auch auf erfolgreiche politische Intervention zurückzuführen sind. Eine
13 tatsächliche konjunkturelle Erholung wird aber aller Voraussicht nach noch einige Zeit
14 benötigen. Zudem haben gerade jüngere Beschäftigte, die in prekären Arbeitsverhältnissen
15 steckten, das Nachsehen gehabt und sind nach der Ausbildung nicht übernommen worden
16 oder wurden entlassen. Die Politik muss deshalb in den kommenden Monaten und Jahren
17 weiterhin die politischen Rahmenbedingungen setzen, um Beschäftigung zu erhalten und zu
18 schaffen. Dazu gehören nach unserer Meinung:

- 19 • Das derzeitige Kurzarbeitergeld muss bis zu einer tatsächlich nachhaltigen Erholung
20 auf dem Arbeitsmarkt weitergeführt werden. Wir fordern die Bundesregierung zu
21 einer regelmäßigen Überprüfung auf, noch kann nicht abgesehen werden, wie lange
22 dieses Instrument benötigt wird. Dazu muss auch die Bundesagentur für Arbeit
23 endlich ausreichend finanziert werden. Spekulationen über die Umwandlung des
24 Bundeszuschusses in ein Darlehen sind dabei nur ein durchsichtiger Versuch, die
25 Schuldenbremse zu umgehen. Vielmehr wird die Bundesagentur auch in den
26 kommenden Jahren einen Zuschuss aus Steuermitteln benötigen, auch deshalb lehnen
27 wir die diskutierten Steuersenkungen ab.
- 28 • Statt durch Steuersenkungen die öffentlichen Haushalte dauerhaft zu belasten, muss
29 die Konjunktur auch durch eine Weiterführung öffentlicher Investitionsprogramme
30 stabilisiert werden. Wir schlagen vor, dass mindestens in den kommenden beiden
31 Jahren ein Volumen von mindestens 20 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt wird, um
32 öffentliche Infrastruktur und vor allem Investitionen in Bildung zu ermöglichen. Der

1 Bedarf ist gerade angesichts der angespannten Lage der Kommunen immens.
2 Investitionen haben dazu einen unmittelbaren konjunkturellen Impuls, wohingegen
3 Steuersenkungen nur zum Teil wirksam werden können.

- 4 • Wir unterstützen die Tarifpartner darin, in ihren Tarifverträgen kurzfristig der
5 Sicherung von Beschäftigung Priorität zu geben. Jedoch darf dieses Bemühen nicht
6 dazu führen, die Entwicklung der Reallöhne unter den Produktivitätszuwächsen zu
7 belassen. Deshalb muss im öffentlichen Dienst mit einer Signalwirkung
8 vorangegangen werden und angemessene Lohnabschlüsse vereinbart werden.
- 9 • Da junge Menschen von der Krise am meisten betroffen waren, muss kurzfristig ein
10 Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt werden. In diesem müssen die
11 entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente so angewendet werden, dass
12 möglichst alle jungen Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung kommen. Ein wichtiger
13 Bestandteil ist für uns dabei auch die Stärkung des Zweiten Bildungswegs.

14 2. Finanzmärkte endlich richtig regulieren

15 Auch wenn mit der Griechenland-Krise Europa und die Welt bereits zum zweiten Mal
16 innerhalb von zwei Jahren kurz vor dem Abgrund standen, ist bislang wenig oder gar nichts
17 erfolgt, um die Finanzmärkte wieder angemessen zu regulieren und Zocker-Geschäfte zu
18 untersagen. Wir fordern deshalb eine umfassende Regulierung auf allen Ebenen. Es ist dabei
19 richtig, dass viele Maßnahmen am sinnvollsten auf der internationalen Ebene getroffen
20 werden können. Das ist aber gleichzeitig kein Argument, um im eigenen Land die Hände in
21 den Schoß zu legen. Grundsätzliches Ziel einer Neuordnung der Finanzmärkte muss eine
22 Orientierung der Rendite- und Wachstumsziele des Finanzsektors an den Zahlen der realen
23 Wirtschaft sein, um künftige Blasen zu verhindern. Deshalb fordern wir:

- 24 • Wir brauchen die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer, um auf der
25 einen Seite Spekulationsgeschäfte teurer zu machen und auf der anderen Seite die
26 Verantwortlichen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Die Jusos unterstützen daher
27 auch ein EU-weites Referendum über die Besteuerung von Finanztransaktionen.
28 Solange dies auf internationaler Ebene nicht durchsetzbar ist, kann eine solche Steuer
29 etwa als Börsenumsatzsteuer in einem ersten Schritt aber auch in Deutschland und die
30 Finanztransaktionssteuer in Europa eingeführt werden.
- 31 • Aber auch andere steuerpolitische Beschlüsse, die der Liberalisierung der
32 Finanzmärkte in Deutschland Vorschub leisteten, bedürfen der Revision: Wir

1 brauchen wieder eine Gewinnbesteuerung von Gewinnen bei der Veräußerung von
2 Unternehmensanteilen, ebenso müssen Hedge- und Private Equity Fonds wieder in
3 die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden.

- 4 • Sowohl die systematische zu gute Bewertung von Lehman Brothers als auch die real
5 unbegründete Herabstufung Griechenlands haben gezeigt, dass das System der
6 privaten Ratingagenturen durch eine öffentliche Europäische Ratingagentur ergänzt
7 werden muss. Die Bewertungen der öffentlichen Europäischen Ratingagentur
8 entscheiden über den Marktzugang. Es muss sichergestellt werden, dass die öffentliche
9 Europäische Ratingagentur einer demokratischen Kontrolle unterliegt. Ebenso müssen
10 die privaten Ratingagenturen stärker reguliert werden. Dazu gehört vor allem eine
11 regelmäßige und öffentlich zugängliche Qualitätsüberprüfung der Ratingverfahren.
12 Ratingagenturen dürfen Unternehmen nicht gleichzeitig beraten und bewerten.

13 Langfristig sind Ratingagenturen jedoch in Gänze abzuschaffen, da durch sie die
14 Risikobewertung, Hauptaufgabe eines jeden Kreditinstituts bei der Kreditvergabe, ausgelagert
15 wird. Im Extremfall kann eine falsche Bewertung Panik auf den Märkten auslösen und ganze
16 Volkswirtschaften in den Ruin treiben, was bei dezentralen Bewertungen wesentlich
17 unwahrscheinlicher würde. Ferner fordern wir die Neufassung der Eigenkapitalvorschriften
18 vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II).

- 19 • Die Ereignisse der letzten Jahre haben auf beeindruckende Art und Weise
20 unterstrichen, dass die Eigenkapitaldeckung der Finanzinstitute offensichtlich noch
21 nicht ausreichend ist, um größere Schwierigkeiten zu vermeiden. Vor einigen Jahren
22 noch als zukünftiges Stabilitätswunder für Banken propagiert, hat sich inzwischen
23 herausgestellt, dass die Vorschriften bei weitem nicht ausreichend sind. Es muss dabei
24 berücksichtigt werden, dass es eine einheitliche Pflicht für eine
25 Mindestkernkapitalquote geben muss, die deutlich über der nationalen 4%-Quote der
26 deutschen Solvabilitätsverordnung und des Kreditwesengesetzes liegt. Die
27 Risikobewertung muss im Rahmen neuer Eigenkapitalvorschriften in Zukunft mit
28 größerer Vorsicht erfolgen: Während hochspekulative Finanzprodukte und
29 Kreditvergaben besonders streng bewertet werden müssen, muss auch auf
30 mittelständischen Unternehmen geachtet werden, die bei Vorlage von guten
31 Konzepten und Umsetzungsplänen ihre Kredite zu gleichbleibenden Konditionen
32 erhalten sollen. Die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen wird dazu führen, dass
33 die Banken beim Kauf hochspekulativer Finanzprodukte mit größerer Vorsicht agieren

1 und immer häufiger davon absehen. Zusätzlich muss die Arbeit der Bankenaufsicht in
2 den Staaten der Welt häufiger, konsequenter und strenger geschehen, um zu
3 gewährleisten, dass die Kreditinstitute die Vorschriften nicht auf geschickte Art und
4 Weise umgehen. Dies ist nur durch ein international verpflichtendes Regelwerk für
5 alle Länder dieser Welt möglich. Ratingagenturen dürfen Unternehmen nicht
6 gleichzeitig beraten und bewerten.

- 7 • Alles muss in die Bilanz. In Zukunft dürfen keine Werte mehr außerhalb der Bilanz
8 geführt werden. Bisher konnten Banken usw. Bereiche in sog. Zweckgesellschaften
9 auslagern und diese dann nicht in die eigene Bilanz aufnehmen. Mit dieser Praktik
10 muss Schluss sein. Wenn man etwas vor der Bilanz und somit vor Prüfungen und
11 Investoren verstecken muss, ist das nicht nur verdächtig, sondern im hohen Maße
12 Betrug. Und diesen gilt es dann zu bestrafen. Risiken müssen verpflichtend in einem
13 standardisierten Schema dargelegt werden.
- 14 • Leerverkäufe unterstützen Spekulationen, da das einzusetzende Kapital im ersten
15 Schritt gering oder gleich null ist. Dies ermöglicht großangelegte Aktionen gegen zum
16 Beispiel Staatsanleihen oder Währungen. Gleichzeitig erhöhen sie die
17 Krisenanfälligkeit, da sie die wahren Kosten oftmals vollkommen unkalkulierbar
18 machen. Der Zusammenbruch des Hedge Fonds LTCM zeigte die Folgen schon
19 1998 deutlich. Mit einem Eigenkapital von 5 Mrd. US\$ tätigte der Fond Geschäfte in
20 Höhe von 1.300 Mrd. US\$. Die US-Zentralbank musste eine Rettungsaktion starten
21 um das internationale Finanzsystem vor einem Kollaps zu bewahren. Leerverkäufe
22 sind deshalb zu verbieten.
- 23 • Derivate wie die Credit Default Swaps (Kreditversicherungen) sind wichtige
24 Instrumente für Spekulationen. Um hier mehr Transparenz herzustellen, müssen alle
25 Derivate an der Börse gehandelt werden. Ausnahmen darf es nicht geben.
26 Hochspekulative Derivate müssen verboten werden.
- 27 • Steueroasen sind Regionen mit Gesellschaften und nicht vorhandenen
28 Kontrollgremien die mit der Absicht, sich und seine Geschäfte vor den Kontroll- und
29 Steuervorschriften anderer Länder zu verbergen. Einheitliche Steuersätze in den
30 Regionen, z. B. Einheitssteuern in der EU für Kapitalerträge usw., würden zu einer
31 Eindämmung führen. Im zweiten Schritt müssen diese Offshore-Plätze stillgelegt
32 bzw. geächtet werden. Firmen die z. B. im Europäischen Raum u.a. mit
33 Finanzprodukten handeln wollen, dürfen keinen Sitz auf einem dieser Offshore-

1 Finanzplätze haben. Dies gilt insbesondere für Hedge-Fonds: 55% sind in Offshore-
2 Finanzplätzen registriert, um sich der Kontrolle zu entziehen.

- 3 • Wir brauchen mehr Regeln für eine Orientierung an einer wirtschaftlich nachhaltigen
4 Entwicklung statt am Shareholder Value im deutschen Unternehmensrecht. Dazu
5 kann etwa das Aktienrecht entsprechend erweitert werden. Ebenso müssen die
6 Vergütungen von ManagerInnen an eine solche langfristige Strategie angepasst
7 werden. Letztlich ist auch ein Kopplung des Aktien-Stimmrechts an die Haltedauer
8 der Aktien eine sinnvolle Maßnahme um der Kurzfrist-Orientierung
9 entgegenzutreten.

- 10 • Investment-Fonds stehen in scharfer Konkurrenz zueinander und überbieten sich
11 gegenseitig in ihren Vorstellungen an die zu erwartende Rendite. Diesen Druck geben
12 sie an die Unternehmen weiter. Ihre tragende Rolle am Shareholder Value
13 manifestiert sich in dem von ihnen verwalteten Vermögen, welches beständig
14 zunimmt. Gleichzeitig agieren die aggressivsten Fonds nahezu ohne Regeln an den
15 Märkten. Daher benötigen wir klare Regulierungsmaßnahmen, welche - anders als in
16 EU-Entwürfen derzeit diskutiert - bspw. deutlich höhere Eigenkapitalvorschriften
17 und auch eine strenge Obergrenze bei der zusätzlichen Aufnahme von Krediten
18 beinhalten müssen. In der Vergangenheit finanzierten einige Fonds
19 Unternehmensübernahmen überwiegend mit Krediten, diese dabei eingesetzten
20 Kredite wurden anschließend ohne Rücksichtnahme auf eine drohende
21 Überschuldung ihrem Übernahmeziel übertragen. Die Erzielung kurzfristiger
22 Gewinne bei gleichzeitig ständiger Vergesellschaftung der negativen Folgen darf nicht
23 länger toleriert bleiben.

24 3. Mehr für die Mehrheit – gerecht und wirtschaftlich sinnvoll

25 Die in den letzten beiden Jahrzehnten drastisch zugenommene Ungleichheit in der Verteilung
26 von Einkommen und Vermögen muss endlich wieder korrigiert werden. Es ist zum einen nur
27 gerecht, wenn alle am steigenden wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben. Zum anderen führt
28 eine höhere Gleichverteilung auch zu einer stärkeren Binnennachfrage und vermeidet damit
29 eine Blasenbildung überschüssigen Kapitals. Die Aushandlung der Primäreinkommen ist und
30 bleibt Sache der Tarifpartner. Die Politik muss aber die richtigen Rahmenbedingungen
31 setzen, um die Rolle der Gewerkschaften zu stärken. Dazu gehören:

- 1 • Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50
2 Euro pro Stunde.
- 3 • Eine Regulierung der Leiharbeit vor allem durch den Grundsatz des Equal Pay mit
4 dem Ziel, die Leiharbeit wieder auf ihre Funktion, die Abfederung von
5 Produktionsspitzen zurückzuführen. Damit wird Lohndumping via Leiharbeit
6 verhindert.
- 7 • Die Abschaffung der Mini- und Midijobs. Stattdessen soll der
8 ArbeitnehmerInnenanteil der Sozialversicherungen bis zu einem monatlichen
9 Bruttoeinkommen von 2.000 progressiv ansteigen. Die Differenz soll über den
10 Bundeshaushalt an die Sozialversicherungen gezahlt werden.
- 11 • Eine Reform der Regelungen zur Arbeitslosenversicherung. Dabei müssen auf der
12 einen Seite die bestehenden Sanktionen abgeschafft werden. Zum anderen bedarf es
13 eines deutlich höheren Regelsatzes für Arbeitslose. Nicht das Arbeitslosengeld ist zu
14 hoch – die Löhne sind zu niedrig!
- 15 • Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der reguläre
16 Beschäftigung zu guten Löhnen sichert.
- 17 • Außerdem muss der Staat über das Steuer- und Abgabensystem wieder zu einer
18 stärkeren Korrektur der Einkommen und Vermögen beitragen. Dazu brauchen wir:
- 19 • Eine stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen, Einkommen aus Kapital und
20 Vermögen. Diese zusätzlichen Einnahmen können dann für zusätzliche öffentliche
21 Investitionen genutzt werden. Zu Refinanzierung dieser Maßnahmen sollten vor allem
22 die riesigen Geldvermögen, die in Deutschland durch die extremen Ungleichgewichte
23 in der Außenhandelsbilanz entstanden sind, stärker herangezogen werden.
- 24 • Die Stärkung des öffentlichen Rentensystems mit dem Ziel, die RentnerInnen
25 regelmäßig am steigenden Wohlstand zu beteiligen. Hierzu ist eine Anpassung der
26 Beitragsbemessungsgrenze sowie die Anrechnung weiterer Einkommensarten
27 notwendig.

28 4. Internationale Solidarität statt Lohndumping

29 Die deutsche Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre war eindeutig am Ziel der Steigerung
30 der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft orientiert. In der Folge konnte
31 Deutschland enorme Exportüberschüsse verzeichnen – auf Kosten gerade der europäischen
32 Partnerländer. Eine solche Entwicklung ist aber aus gleich zwei Gründen nicht nachhaltig.

1 Auf der einen Seite ist das deutsche Wachstum stark von der Entwicklung auf den
2 Weltmärkten abhängig. Auf der anderen Seite verpflichtet Deutschland als größte
3 Volkswirtschaft in der EU gleichsam auch zu einem immer stärkeren Druck auf die Löhne,
4 da durch die gemeinsame Währung keine Auf- oder Abwertungen mehr möglich sind. Auch
5 diese Strategie hat zur Wirtschaftskrise beigetragen: Als die Konjunktur weltweit einbrach
6 war Deutschland am stärksten betroffen und konnte auch selbst nichts zur
7 binnenwirtschaftlichen Stabilisierung Europas beitragen. Deshalb muss sich die deutsche
8 Wirtschaftspolitik wieder auf das Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts
9 verpflichten. Dazu können folgende Instrumente verwendet werden:

- 10 • Die Förderung einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Nachfrage durch eine
11 gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen.
- 12 • Die gezielte Förderung von Technologien für eine nachhaltige binnenwirtschaftliche
13 Entwicklung insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien.
- 14 • Die kurzfristige Inkaufnahme von öffentlichen Defiziten, um als größte europäische
15 Volkswirtschaft, die gesamteuropäische Binnennachfrage anzuregen.
- 16 • Die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, um damit die öffentlichen
17 Investitionen zu stärken, die wesentlich von diesen getragen werden.

18 **5. Mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft**

19 Die Wirtschaftskrise hat auch gezeigt, dass in einer am Shareholder-Value orientierten
20 Wirtschaft kein Raum mehr für eine wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der
21 Beschäftigten und der Allgemeinheit ist. Deshalb brauchen wir auch eine Stärkung der
22 Demokratie in der Wirtschaft auf allen Ebenen. Gerade die letzten 40 Jahre haben gezeigt,
23 dass das Dogma der Rendite nicht ausreicht um das Wirtschaften am Allgemeinwohl zu
24 orientieren. Der Anspruch auf Macht über das gemeinsam erwirtschaftete
25 Produktivvermögen muss öfter und deutlicher erhoben wurde. Gerade die Demokratisierung
26 der Ökonomie, des Herrschaftsinstruments „Kapital“, stellt eine Grundbedingung für eine
27 emanzipatorische Gesellschaft dar. Auf dem Weg hin zu einer demokratischeren
28 Wirtschaftsordnung fordern wir folgende Maßnahmen als erste Schritte:

- 29 • Eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte insbesondere bei
30 Unternehmensverkäufen.

- 1 • Eine Vereinheitlichung der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten, die an den
2 derzeitigen Regelungen der Parität in der Montanmitbestimmung verankert sind
3 sowie eine Ausweitung der Befugnisse der Aufsichtsräte durch einen gesetzlichen
4 Mindestkatalog.
- 5 • Die Stärkung der Einflussnahme von Europäischen Betriebsräten durch eine
6 Reformierung der entsprechenden EU-Richtlinie
- 7 • Als Folge von Rationalisierung und des Produktivitätsfortschrittes muss
8 Arbeitszeitverkürzung sein bzw. die bessere Aufteilung von Arbeit. Die gesetzliche
9 Wochenarbeitszeit von 48 Stunden muss gesenkt werden. Für Unternehmen müssen
10 steuerliche Anreizmodelle festgesetzt werden, in denen Arbeitszeitsenkungen mit der
11 Kompensation von Personaleinstellungen belohnt werden.
- 12 • GewerkschaftsfunktionärInnen müssen, wenn sie im Auftrag ihrer Gewerkschaft
13 handeln, unangekündigt Zutritt zu jedem Betrieb haben. Dazu gehört die Möglichkeit
14 mit jedem/jeder Beschäftigten in den Betrieben das Gespräch unter vier Augen zu
15 suchen, ohne, dass für die Beschäftigten Nachteile entstehen. Das soll dazu führen den
16 Organisationsgrad in Betrieben zu verbessern.

17 Wirtschaftsdemokratie umfasst für uns eine starke Gemeinwohl- und Nachhaltigkeits-
18 orientierte Regulierung von Märkten sowie die Gewährleistung einer gerechteren Verteilung
19 und nicht zuletzt die Mitgestaltung der wirtschaftlichen Entscheidungen und Zielsetzungen
20 auf der Makro-, Meso und Mikroebene. Die genauere Ausgestaltung unseres Konzepts von
21 Wirtschaftsdemokratie werden wir zum nächsten Bundeskongress vorlegen.

22 Nur in einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus wird es ein Leben in Freiheit, Gleichheit
23 und Solidarität für alle Menschen geben. Aber auch im Hier und Jetzt können
24 Veränderungen durchgesetzt werden, die zu einer Verbesserung für die Menschen führen.
25 Deshalb kämpfen wir darum. Wir wissen: Eine andere Politik, eine andere Welt, eine andere
26 Gesellschaft sind möglich!

K2

Bundeskongress Essen

18.-20.Juni 2010

Gerecht umverteilen. Steuereinnahmen erhöhen – staatliche Aufgaben finanzieren.

1 Anspruch und Realität des deutschen Steuersystems

2 Der Staat hat vielfältige Aufgaben. Entgegen den Vorstellungen der Neoliberalen vom
3 schwachen Nachtwächterstaat, fallen unserem politischen Selbstverständnis nach dem Staat
4 vielfältige Aufgaben hinzu. Als Sozial- und Rechtsstaat hat er für uns vor allem die Aufgabe,
5 seinen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben in Würde, das heißt frei von
6 äußeren Zwängen, Armut und Not, und kultureller Partizipation zu ermöglichen.

7 Dazu gehören beispielsweise die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur, Sozialleistungen
8 und die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheitsfürsorge,
9 Pflege, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Kommunikation und
10 Information, Wohnraum, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und Kultureinrichtungen. Er hat
11 allgemein die Aufgabe, den Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben frei von
12 äußeren Zwängen zu ermöglichen.

13 Zur Finanzierung dieser Aufgabe benötigt der Staat ausreichend Finanzmittel, die vor allem
14 durch Steuern, aber auch Abgaben generiert werden. Von dieser Einnahmehasis hängt es ab,
15 ob staatliche Aufgaben noch ausreichend erfüllt werden können und in welchem Umfang und
16 Maße der Staat diese Leistungen bereitstellt.

17 Ziel einer jeden Steuerreform muss es sein, zum einen die finanzielle Handlungsfähigkeit des
18 Staates sicher zu stellen, zum anderen das Redistributionsziel, also Umverteilung, im Blick zu
19 haben und letztlich ökonomisch sinnvoll steuernd in Marktprozesse einzugreifen.

20 Derzeit ist die Haushaltslage auf allen politischen Ebenen angespannt. Die öffentlichen
21 Haushalte sind seit Jahren defizitär. Als Ursachen dafür werden die durch
22 Massenarbeitslosigkeit verursachten Einnahmeausfälle und Kosten, genannt,. Hinzu kommen
23 neuerdings die Kosten der Wirtschaftskrise. Jedoch selbst in den Zeiten vor der Krise, in den

1 Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs gelang es kaum Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen
2 zu halten. Von einem antizyklischen Sparen noch gar nicht zu sprechen. Ursache dafür ist
3 eine seit Jahren fehlgerichtete Steuerpolitik, die Steuersenkung als
4 Wirtschaftsförderungsinstrument ansieht und damit eine Scheinnotwendigkeit darstellt. Die
5 Steuersenkungsdebatten zielen auf einen schlanken Staat nach (neo-)liberalen Vorstellungen.
6 Es fehlt seit Jahren der politische Wille, die Einnahmebasis zu verbreitern. Stattdessen fehlen
7 durch die Steuersenkungsrunden seit 1998 in erheblichem Umfang Mittel im öffentlichen
8 Haushalt, die wiederum mit Kürzungen auf der Ausgabenseite einher gehen. .

9 Alleine die rot-grüne Steuerreform ab dem Jahr 2000 hatte 2005 Einnahmeausfälle von rund
10 43 Milliarden Euro zur Folge, das Defizit der öffentlichen Haushalte war knapp 32
11 Milliarden Euro höher, als es ohne Steuersenkungen gewesen wäre. Entgegen der
12 vorherrschenden Annahme, dass Steuersenkungen Wirtschaftswachstum generieren, ließ die
13 umfangreiche Entlastung von Unternehmen und Haushalten das Bruttoinlandsprodukt aber
14 nur um gerade 1,1 Milliarden Euro steigen.

15 Für weitere Steuerentlastungen besteht angesichts dieser Situation kein Spielraum.
16 Stattdessen werden zur Finanzierung der in den vergangenen Jahren ausgebliebenen
17 öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung weitere
18 Mittel benötigt. Auch im internationalen Vergleich erscheint dies notwendig, hier liegt
19 Deutschland im OECD-Vergleich bei Ausgaben für Bildung und öffentliche Infrastruktur
20 jeweils höchstens im Mittelfeld. Dementsprechend ist auch die Steuer- und Abgabenquote
21 Deutschlands im internationalen Vergleich keinesfalls so hoch, wie in der öffentlichen
22 Debatte häufig vertreten wird – Deutschland liegt mit seiner Gesamtabgabenquote im
23 internationalen Mittelfeld. Es besteht hier also ein vergleichbar großer Spielraum zur
24 Finanzierung der gesellschaftlich gewünschten Aufgaben.

25 Gleichwohl hat Deutschland in Europa eine Vorreiterrolle. Die größte Volkswirtschaft des
26 Euro-Raums beeinflusst mit all ihren Entscheidungen erheblich die Wirtschaft umliegender
27 Nationen. Steuersenkungen der Bundesregierung führen maßgeblich zum Handlungszwang
28 umliegender Volkswirtschaften. So setzt sich ein Steuerwettbewerb in Gang von dem die hohen
29 Einkommen profitieren und alle Staaten gemeinsam an Handlungsspielräumen verlieren.

1 **Zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit in Deutschland**

2 Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Gut 14 Prozent der
3 Bevölkerung verdienen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens und sind somit
4 akut von Armut gefährdet.

5 Die Verteilung der Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik wird immer
6 ungleicher. Insbesondere Anfang und Mitte der 2000er Jahre stieg die Ungleichheit in
7 Deutschland stärker an als in anderen OECD-Staaten. Die Armuts- und Reichtumsberichte
8 der Bundesregierung zeigen zwei Entwicklungen auf: Zum einen nimmt die Ungleichheit der
9 Primärverteilung, also die Verteilung der am Markt erzielten Einkommen, stetig zu. Lange
10 Zeit war die strukturelle Arbeitslosigkeit sowie der kontinuierliche Anstieg der
11 Arbeitslosigkeit in konjunkturellen Talfahrten Motor dieser Entwicklung. Nun stehen wir vor
12 der Situation, dass trotz des Abbaus von Arbeitslosigkeit durch den Aufschwung bis zum
13 Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Herbst 2008, die Ungleichverteilung der
14 Markteinkommen weiter zugenommen hat. Grund hierfür ist die durch die
15 arbeitsmarktpolitischen Reformen der rot-grünen Bundesregierung bedingte Ausweitung
16 prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Expansion des Niedriglohnssektors und die
17 Lohnzurückhaltung der letzten Jahre. Die überbordenden Managergehälter sind hier also
18 lediglich eine statistische Randerscheinung – was nicht heißt, sie kritiklos im Raum stehen zu
19 lassen.

20 Insgesamt hat der Anteil der Lohneinkommen am BIP stetig abgenommen und liegt
21 mittlerweile bei rund 54% - gegenüber 60% 1990 (und 66% in den 70er Jahren). Diese
22 Verschiebung der Primärverteilung wird verstärkt durch die zunehmende Lohnspreizung, also
23 die ungleiche Verteilung der Lohneinkommen in Folge der Ausweitung des
24 Niedriglohnssektors.

25 Bedeutender ist aber die Zunahme der Ungleichverteilung der Sekundäreinkommen, also der
26 Einkommen, die nach Eingriffen des Staates mittels Steuer- und Transfersystem zur
27 Verfügung stehen. Dazu beigetragen haben die Steuerreformen in den verschiedenen
28 Bereichen in den letzten Jahren (Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Einführung einer
29 Abgeltungssteuer, Erhöhung der Mehrwertsteuer) sowie Kürzungen bzw.
30 Leistungseinschränkungen bei den Sozialtransfers (ALG I und ALG II, Teilprivatisierung
31 der gesetzlichen Rente etc.). Zudem werden Vermögen immer weniger besteuert u.a. durch

1 den Wegfall der Börsenumsatzsteuer 1991, der Vermögenssteuer 1997; der Reform der
2 Erbschaftssteuer zuletzt 2008 und zahlreiche Begünstigungen für bestimmte
3 Beteiligungsformen.

4 Der Sozialstaat wirkt zwar immer noch. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass
5 die Schere zwischen Arm und Reich trotzdem immer weiter auseinander driftet.

6 Grundlage einer gerechten Steuerreform muss es also außerdem sein, eine stärkere
7 Angleichung der Unterschiede bei Einkommen und Vermögen zu erreichen. Dabei gilt im
8 Steuerrecht der Grundsatz, dass die Lasten nach Leistungsfähigkeit verteilt werden. Im
9 Einkommenssteuerrecht heißt das, dass höhere Einkommen nicht nur absolut mehr zahlen,
10 sondern auch dass auch die relative Belastung steigt, je höher das Einkommen ist. Damit wird
11 der Grundsatz „Starke Schultern tragen mehr als Schwache“ auf zwei Ebenen verwirklicht.
12 An diesem Grundsatz halten wir fest.

13 Wir lehnen deshalb Versuche, eine Flattax oder ein Steuersystem mit wenigen Stufen
14 einzuführen, ab.

15 **Makroökonomische Folgen**

16 Steuernachlässe für Haushalte und Unternehmen finanzieren sich nicht selbst. Kürzt der Staat
17 gleichzeitig Ausgaben, geht das Wachstum zurück. Steuersenkungen reißen Löcher in die
18 öffentlichen Haushalte, stimulieren das Wirtschaftswachstum aber kaum. Verringerte Sätze
19 bei Einkommen- und Gewinnsteuern haben zwar eine positive Wirkung auf Nachfrage und
20 Produktion. Die daraus erwachsenden Zusatzeinnahmen für Fiskus und Sozialversicherungen
21 können die ursprünglichen Einnahmeausfälle aber im Normalfall nicht annähernd
22 ausgleichen. Gar kein positiver Effekt bleibt übrig, wenn der Staat gleichzeitig Ausgaben
23 kürzt, um die Steuersenkung nicht durch höhere Verschuldung kompensieren zu müssen:
24 Dann bremst die Finanzpolitik das Wirtschaftswachstum, statt es zu stützen – abgesehen von
25 den problematischen Effekten auf die Einkommensverteilung, die dadurch verstärkt werden.

26 **Direkte statt indirekte Steuern**

27 Wir ziehen direkte Steuern indirekten Steuern vor. So hat z.B. die Mehrwertsteuer keine
28 verteilungspolitisch wünschenswerte Steuerungswirkung. Zwar betrifft sie alle Haushalte mit
29 demselben Steuersatz. Da aber Haushalte mit einem geringen Einkommen einen größeren
30 Anteil ihres Einkommens für Konsumausgaben verwenden, werden sie von

1 Verbrauchssteuern z.B. auf Lebensmittel überproportional betroffen. Haushalte mit höherem
2 Einkommen können einen größeren Anteil ihres Einkommens zur Vermögensbildung
3 verwenden. Die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte (nicht ermäßigter Satz) hatte
4 damit zusätzlich zu den Einkommenssteuerreformen negative Verteilungswirkungen.

5 **Steuern sind kein notwendiges Übel, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit**

6 Die Erhebung von Steuern wird in der gesellschaftlichen Debatte oftmals nur als Belastung
7 empfunden. Ein gerechtes Steuersystem muss hier vor allem durch eine höhere
8 verteilungspolitische Steuergerechtigkeit überzeugen. Dazu gehört auch, Steuerhinterziehung
9 endlich angemessen aufzuklären und zu ahnden. Die Straffreiheit von Selbstanzeigen darf
10 nicht weitere Praxis sein.

11 Die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und Umverteilung sind ausreichend legitime
12 Gründe, um die Erhebung von Steuern zu begründen. Ein positives Steuerverständnis kann
13 aber nur mit einem zu schaffenden positiven Verständnis von Staatsaufgaben einhergehen.
14 Um eine höhere Akzeptanz für Steuern zu schaffen, muss deshalb die Notwendigkeit von
15 Steuern mit den sinnvollen Ausgaben verdeutlicht werden. Eine Vereinfachung des
16 Steuersystems gerade hinsichtlich der Ausnahmetatbestände kann ebenfalls zu höherer
17 Akzeptanz des Steuersystems führen.

18 **Für ein gerechteres Einkommenssteuersystem!**

19 Die progressive Einkommensbesteuerung ist eines der wichtigsten staatlichen Instrumente,
20 um Unterschiede in den Lebensverhältnissen, wenn nicht zu nivellieren, wenigstens doch
21 anzugleichen.

22 Dazu ist der Staat immer weniger in der Lage, weil die Einkommensbesteuerung an
23 Einflussgröße verloren hat. Grund hierfür sind die Reformen der letzten Jahre. Sie entlasteten
24 in großem Maße vor allem überproportional die oberen Einkommensgruppen.

25 Die Debatte um Steuerbelastung und Steuersenkungen bei der Einkommenssteuer ist stark
26 von Interessen geleitet. Diese Debatte nutzt vor allem SpitzenverdienerInnen. Der allergrößte
27 Teil der Menschen in Deutschland hat von weiteren Steuersenkungen keine oder nur sehr
28 geringe finanzielle Vorteile. Dem gegenüber stehen aber gravierende Nachteile, wenn
29 staatliche Angebote und Leistungen weiter reduziert, gekürzt oder gestrichen werden. In
30 Folge der vergangenen Steuersenkungen zahlen BezieherInnen niedriger und mittlerer

1 Einkommen wenig oder gar keine Steuern. Weitere Entlastungen sind in diesen
2 Einkommensbereichen nur bei den Sozialabgaben denkbar. Wir Jusos haben dazu bereits den
3 Vorschlag gemacht, den ArbeitnehmerInnenanteil der Sozialversicherungen bis zu einem
4 monatlichen Bruttoeinkommen von 2.000 Euro progressiv ansteigen zu lassen - die Differenz
5 soll über den Bundeshaushalt an die Sozialversicherungen gezahlt werden (Buko 2009,
6 Beschluss B2/3).

7 Weitere Entlastungen bei der Einkommenssteuer lehnen wir deshalb ab, eine stärker
8 umverteilende Wirkung und ein höherer Ertrag aus der Einkommenssteuer halten wir für
9 dringend geboten.

10 **Der Tarifverlauf:**

11 Die Debatte um eine Reform der Einkommenssteuer erschöpft sich häufig in der isolierten
12 Betrachtung einzelner Abschnitte der Progressionskurve oder einzelner Merkmale wie z.B.
13 des Spitzensteuersatzes. Um aber einen gerechtere Verteilung der Lasten wie auch ein
14 insgesamt höheres Aufkommen zu erreichen, müssen alle Abschnitte der Progressionskurve in
15 den Blick genommen werden.

16 **Grundfreibetrag**

17 Sinn des Grundfreibetrages ist es, das Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Wir halten
18 daran fest, dass sich der Grundfreibetrag nach dem Existenzminimum richtet. Allerdings sind
19 Existenzminimum und damit der Grundfreibetrag unserer Auffassung nach deutlich zu
20 niedrig angesetzt. Nach dem 7. Existenzminimumbericht für das Jahr 2010 beträgt das
21 Existenzminimum für Alleinstehende 8.004 Euro pro Jahr, der steuerliche Freibetrag liegt bei
22 7.664 Euro. Dies ist als sozio-kulturelles Existenzminimum nicht ausreichend. Wir fordern
23 deshalb ein deutlich höheres Existenzminimum, das tatsächlich nicht nur die materielle
24 Existenz, sondern auch soziale und kulturelle Teilhabe absichert.

25 Dabei gibt das Urteil des Bundesverfassungsgericht zur Berechnung der ALG II Regelsätze
26 auch Orientierung für die Gestaltung des Grundfreibetrags. Das Bundesverfassungsgericht
27 hat sich klar zu einer steuer- und sozialrechtlichen Systematik bekannt, die nicht von einem
28 schlichten materiellen Existenzminimum, sondern von einem soziokulturellen
29 Existenzminimum ausgeht. Dessen Nebenrechnung findet derzeit statt. Unseres Erachtens
30 nach sind dazu mindestens 9000 Euro pro Person notwendig, entsprechend ist auch der

1 Grundfreibetrag dann entsprechend anzuheben. Künftig ist dieser Betrag entsprechend der
2 Inflation anzupassen.

3 Von einer Erhöhung des Grundfreibetrages profitieren auch die Bezieher hoher Einkommen
4 direkt. Vor dem Hintergrund der Entlastungswirkung auf kleine und mittlere Einkommen ist
5 dies jedoch vertretbar.

6 Progressionszonen

7 Wir Jusos wollen am progressiven Tarifverlauf festhalten; Stufentarife wie von der FDP
8 gefordert lehnen wir ab.

9 Für uns ist wichtig, mit der Einkommenssteuer zukünftig wieder höhere Erträge zu erzielen.
10 Auf den ersten Blick wünschenswerte Veränderungen am Tarifverlauf der Einkommenssteuer
11 können schnell für den Fiskus sehr teuer werden.

12 Unser Ziel bleibt es, dass wirtschaftlich Stärkere eine wesentlich höhere Steuerlast tragen als
13 wirtschaftlich Schwächere. Nach den ganzen Entlastungen der letzten Jahre - gerade auch
14 von SpitzenverdienerInnen - ist es nun an der Zeit, mit einem höheren Spitzensteuersatz
15 hohe Einkommen stärker zu belasten. Dabei ist jedoch die Besonderheit des deutschen
16 Steuersystems zu berücksichtigen, dass auch Personengesellschaften über die
17 Einkommenssteuer veranlagt werden.

18 Die Höhe des Eingangssteuersatzes möchten wir aus politischen Gründen unverändert lassen.

19 Wir möchten mit unserer Reform den Mittelstandsbauch abschwächen und dafür hohe und
20 Höchsteinkommen stärker zur Verantwortung ziehen. Dafür wird der Progressionsverlauf
21 verschoben, d.h. Einkommensgrenzen werden ebenso wie die Ecksteuersätze angepasst.

22 Beispielhaft kann das folgendermaßen aussehen:

23 Die erste Progressionszone beginnt bei 9001 Euro mit 14%. Dies liegt fast 1000 Euro über
24 dem derzeitigen Stand, wodurch untere Einkommen von der Einkommenssteuer
25 ausgeschlossen werden.

26 Zur Gegenfinanzierung wird die zweite Progressionszone angehoben und verlängert, so dass
27 ab 75.700 ein Grenzsteuersatz von 53 Prozent greift. Künftig soll bereits ab einem

1 Einkommen von 125.000 der zusätzliche Aufschlag von 3 Prozentpunkten durch die
2 „Reichensteuer“, also ein Grenzsteuersatz von 56 Prozent, greifen. Soweit sich dadurch
3 zusätzliche Mehreinnahmen ergeben, sollen diese zum Teil genutzt werden, um den Knick in
4 der Progression abzuflachen.

5

6 **Einkommen gleich behandeln**

7

8 Nach dem Einkommensteuergesetz der Bundesrepublik werden sieben Arten von
9 Einkommen für natürliche Personen unterschieden: Einkünfte aus der Land- und
10 Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbstständiger Arbeit, aus nicht selbstständiger
11 Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte.
12 Bislang werden diese Einkunftsarten steuerlich unterschiedlich behandelt. So ist
13 beispielsweise (bei maximaler Besteuerung) das Einkommen aus Kapitalvermögen einer
14 geringen Steuer unterworfen, wie die Einnahmen, die ArbeitnehmerInnen aus der nicht
15 selbstständigen Tätigkeit erzielen.

16

17 Wir fordern, dass diese Ungleichbehandlung behoben wird. Die Einkommen aus allen
18 Einkunftsarten müssen der gleichen progressiven Besteuerung unterworfen werden. Eine
19 Bevorzugung von Gewinnen aus Spekulationen und Verzinsung gegenüber wertschaffender
20 Arbeit darf es nicht geben.

21 **Ehegattensplitting abschaffen.**

22 Das Steuerrecht in seiner jetzigen Form zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs-
23 und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und verfestigt Abhängigkeiten, weil es
24 einseitig das Modell der Alleinernährer-Ehe bevorzugt. Durch die gemeinsame Veranlagung
25 der Ehepartner und die Anwendung des Splittings, stellt das deutsche Steuerrecht den
26 gleichwertigen Doppelverdienst beider Partner schlechter als das Familieneinkommen mit
27 Zuverdienst. Je höher die Einkommensdifferenz und das Bruttoeinkommen, desto größer ist
28 der Splittingvorteil.

29 Das Ehegattensplitting ist daher weder gerecht noch fortschrittlich. Das Ehegattensplitting
30 fördert nicht Familien, sondern einseitig die Ehe als Versorgungsmodell. Bereits 1998 hat das
31 Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass das Ehegattensplitting nicht als
32 Familienförderung zu rechtfertigen ist.

1 Zudem hat es verteilungspolitisch folgende Fehllenkungen:

- 2 • Haushalte mit einem großen Einkommensunterschied beider Partner und hohem
3 Bruttoeinkommen profitieren überproportional
- 4 • Durch den Splittingvorteil werden im Ergebnis Ehen in den alten Bundesländer
5 übermäßig bevorzugt: Über 90% der für den Splittingvorteil aufgewandten Mittel
6 fließen hier her.
- 7 • mit dem Ehegattensplitting wird der steuerrechtliche Grundsatz der Besteuerung nach
8 Leistungsfähigkeit ausgehebelt, da man annimmt, dass Haushalte mit einem
9 Jahreseinkommen von 80.000 Euro ungeachtet der Verteilung der Erwirtschaftung
10 unter den Ehepartnern, gleich leistungsfähig sind. Dabei wird auch von einer
11 gleichberechtigten gemeinsamen Nutzung des Geldes ausgegangen, die empirisch so
12 nicht bewiesen ist und auch durch die Vereinbarung einer Zugewinnsgemeinschaft als
13 Güterstandsform unterwandert (Gütertrennung mit Zugewinnausgleich) wird.
- 14 • Das Modell der Ehe wird zementiert und gestützt durch diesen steuerlichen Anreiz.
15 Während andere Lebensentwürfe benachteiligt werden. Es besteht de facto ein
16 finanzieller Drang zur Hochzeit für viele Menschen mit ungleichen Einkommen.

17 Wir wollen Kinder unabhängig von der Form des Zusammenlebens ihrer Eltern fördern und
18 Frauen und Männern nicht durch einseitige Bevorzugung in ein bestimmtes Modell drängen.

19 Deshalb muss das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung abgelöst werden, die
20 jedoch die Kinder steuermindernd berücksichtigt. Dies muss verteilungspolitisch neutral
21 geschehen, d.h. dass insbesondere Familien mit niedrigen Einkommen, die bisher vom
22 Splittingvorteil profitieren, nicht schlechter gestellt werden. Da für Partnerschaften im
23 Sozialrecht z.B. bei Hartz IV Bedarfsgemeinschaften bestehen, muss dieser Pflicht auch
24 steuerrechtlich eine Entlastung entgegen stehen, die beispielsweise durch
25 Freibetragsregelungen ausgestaltet werden kann. Damit würde auch dem
26 verfassungsrechtlichen Gebot, dem Schutz der Ehe, und Familie in ausreichender Form Folge
27 geleistet und zudem nicht gegen das Verbot der mittelbaren Diskriminierung (GG Art 3,
28 Abs. 2) verstoßen.

29 **Jedes Kind ist gleich viel finanzielle Unterstützung wert**

30 Bei der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern wollen wir die Ungleichbehandlung durch

1 Kinderfreibetrag und Kindergeld beenden. Für uns haben bei der staatlichen Förderung von
2 Kindern zwar Sachleistungen (wie kostenlose Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen)
3 Priorität, trotzdem ist auch eine finanzielle staatliche Unterstützung von Kindern geboten.
4 Der bisherige Kinderfreibetrag soll mit dem Grundfreibetrag der Kinder zu einem
5 Kindergrundfreibetrag zusammengeführt werden. Hierbei wird der Teil des Grundfreibetrags
6 des Kindes, der nicht durch Einkommen des Kindes ausgeschöpft wird, auf die Eltern
7 übertragen. Damit wird die Möglichkeit, Einkommen der Eltern auf die Kinder zu
8 übertragen, deutlich reduziert (was insbesondere bei hohen Kapitaleinkommen bisher
9 „rentabel“ ist).

10 **Abschreibungsmöglichkeiten reduzieren und gerechter gestalten**
11

12 Im Zuge einer Reform der Einkommenssteuer müssen auch die Steuerabzüge und Freibeträge
13 überprüft werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass insbesondere die abhängig
14 Beschäftigten nicht mehr belastet werden.

15 Deshalb lehnen wir beispielsweise die Streichung der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags-
16 und Nachtzuschlägen ab. Zwar handelt es sich hierbei um eine nicht erwünschte Subvention
17 von ArbeitgeberInnen, die Arbeit zu diesen Zeiten anordnen. Bei der derzeitigen
18 wirtschaftlichen Lage ist aber nicht erkennbar, dass es den ArbeitnehmerInnen gelingen
19 könnte, nach einer Abschaffung der Steuerfreiheit die notwendigen Erhöhungen der
20 Zuschläge durchzusetzen, die ihnen ein konstantes Nettoeinkommen garantieren. Daher
21 würde eine solche Streichung die ArbeitnehmerInnen stärker belasten und ist abzulehnen.

22 Auch die Streichung der Entfernungspauschale lehnen wir ab. Zwar fördert diese auch die
23 Zersiedlung, indem sie die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort subventioniert. Dies
24 kann aber nicht durch Kürzung der Entfernungspauschale ausgeglichen werden, sondern nur
25 durch eine Strukturpolitik, die Arbeitsplätze an den Wohnorten der Menschen schafft. Eine
26 Abschaffung der Entfernungspauschale dagegen bestraft jene, die aufgrund der derzeitigen
27 Strukturpolitik zum Pendeln gezwungen sind.

28 Wo immer möglich, ist die Abzugsfähigkeit bestimmter Beträge von der Steuerschuld
29 gegenüber der Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zu bevorzugen. Dies
30 verringert die Bevorzugung von Bezieherinnen und Beziehern höherer Einkommen, die bei

1 einer Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zusätzlich vom niedrigeren
2 Grenzsteuersatz profitieren. Dies gilt z.B. bei der Abzugsfähigkeit von
3 Sozialversicherungsbeiträgen bzw. den entsprechenden privaten Versicherungen oder der
4 Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-Rente).

5 Vermögensbesteuerung

6 1) Vermögenssteuer verfassungskonform wiedereinführen

7 Seit 1997 ist die Vermögenssteuer in Deutschland ausgesetzt. Zuvor hatte sie in den alten
8 Bundesländern Gültigkeit.

9 Im Vergleich zur OECD wird Vermögen in Deutschland relativ niedrig besteuert. In den
10 vergangenen Jahren lag der Anteil der vermögensbezogenen Steuern bei ungefähr 0,9% des
11 BIP, der OECD-Durchschnitt betrug ungefähr 2% des BIP, in den USA sogar um die 3%,
12 was vor allem auf eine relativ hohe Besteuerung von Grund zurückzuführen ist.

13 Die niedrige Quote in Deutschland hat verschiedenen Gründe:

14 Die Neuregelungen bei der Erbschaftssteuer, der niedrige Bewertungswert bei der
15 Grundsteuer und die Aussetzung der bisherigen Vermögenssteuer haben dazu beigetragen,
16 dass die vermögensbezogenen Steuern relativ niedrig sind.

17 Zuletzt betrug der Steuersatz der Vermögenssteuer 0,75% bei hohen Freibeträgen.

18 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

19 1995 hat das Bundesverfassungsgericht nicht die Vermögenssteuer an sich, sondern die
20 Bewertung innerhalb der Vermögenssteuer für verfassungswidrig erklärt. Die Bewertung von
21 Grundvermögen entsprach gegenüber der Bewertung von Geldvermögen nicht dem
22 Grundsatz der wirtschaftlichen Gleichbehandlung. Grundvermögen wurde massiv
23 unterbewertet. Dies hätte zur Folge haben können, dass Vermögen, um Steuern zu sparen,
24 vor allem in Grund und Immobilien angelegt würde, womit die Steuer Einfluss auf die
25 gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung, sprich die Anlageform genommen hätte. Auch die
26 Freistellung von Familienvermögen und die Gesamtbelastung wurde im Urteil kritisiert und
27 der sogenannte Halbteilungsgrundsatz, nach dem die Gesamtbelastung des Ertrags durch die
28 Vermögenssteuer und die übrigen Ertragssteuern in der Nähe „der hälftigen Teilung zwischen
29 privater und öffentlicher Hand“ (BVerfG, Beschluss vom 22. 6. 1995 - 2 BvL 37/ 91

1 (Lexetius.com/1995,4 [2001/8/224]) verbleiben solle, aufgestellt. Dieser
2 Halbteilungsgrundsatz wurde später vom Verfassungsgericht wieder in Frage gestellt und
3 besitzt momentan in der steuerlichen Rechtsprechung keine Legitimität mehr.

4 Eine verfassungsgemäße Wiedereinführung der Vermögenssteuer kann also nur über eine
5 veränderte Bewertung der einzelnen Vermögensarten geschehen, so dass der Grundsatz der
6 wirtschaftlichen Neutralität gewahrt bleibt. Darauf konnten die Parteien sich in den letzten
7 Jahren nicht einigen. Da das Vermögenssteuergesetz nur ausgesetzt und deshalb jedoch
8 weiterhin in Kraft ist, können die Länder momentan jedoch keine eigenen Vermögenssteuern
9 erheben. Für eine Wiedereinführung ist also der Bundesgesetzgeber und - aufgrund der
10 konkurrierenden Gesetzgebung - der Bundesrat gefordert, wobei der Bundesgesetzgeber den
11 Vermögensbegriff definiert und die Bewertungsgrundlagen regelt.

12 **Vermögen und Bewertung**

13 Vermögen kann in Geld- und Sachvermögen aufgeteilt werden. Wohingegen bei
14 Geldvermögen weniger die Bewertungsproblematik, als die Erfassbarkeit (Steuerflucht,
15 ausländische Anlagen, fehlende Kontrollmöglichkeit der Finanzämter) als Problematik im
16 Vordergrund steht, ist bei Sachvermögen die Bewertung schwierig.

17 Zu Sachvermögen zählen: Betriebsvermögen, Grundvermögen, immatrielles Vermögen wie
18 Lizenzen und Patente, Naturvermögen sowie Haushalt- und Gebrauchsvermögen. Aufgrund
19 des Verfassungsgerichtsurteils ist bei einer Neuregelung der Vermögenssteuer das übliche
20 Haushaltsvermögen, also die Wohnung und das Gebrauchsvermögen, von der Steuer
21 freizustellen.

22 Als Möglichkeiten der Bewertung des Sachvermögens stehen das Sachwertverfahren und das
23 Ertragswertverfahren zur Auswahl.

24 Beim Ertragswertverfahren werden die zukünftigen zu erwartenden Erträge kapitalisiert, das
25 heißt es werden, aufgrund von theoretischen Annahmen und finanzmathematischen
26 Methoden, die zukünftigen Erträge kalkuliert.

27 Das Sachwertverfahren (auch Substanzwertverfahren) zielt auf die vergangenen
28 Anschaffungs- oder Herstellungskosten, wobei hier entweder die ursprünglichen Kosten nach
29 dem Niederstwertprinzip oder die möglichen Wiederbeschaffungspreise berücksichtigt

1 werden.

2 Zur Frage des Bewertungsverfahrens tritt die Frage nach dem Verwaltungsaufwand, der in
3 Relation zum Ertrag stehen würde. Je einfacher jedoch ein Verfahren ist, desto anfällig ist es
4 gegenüber abweichenden Einzelfallbewertungen. Hier bestünde die Möglichkeit einer
5 Öffnungsklausel, nach der eine abweichende geringere Bewertung des Vermögens gegenüber
6 der einheitlichen Festsetzung möglich wäre.

7 Als relativ praktikabel könnte sich eine Bewertung von Immobilien- und Grundvermögen
8 durch den Bodenwert sowie dem Gebäudewert nach dem fortgeschriebenen
9 Normalherstellungskosten bei Eigenheimen und dem Ertragswertverfahren bei vermieteten
10 Objekten erweisen.

11 Um eine Erfassung des Geldvermögens zu gewährleisten sind Änderungen insoweit
12 vorzunehmen, dass verpflichtende Kontrollmitteilungen von Banken möglich sind – wie sie
13 auch beim Lohneinkommen aus unselbstständiger Arbeit selbstverständlich sind. Auch eine
14 internationale stärkere Koordination der Erfassung von Vermögen sowie eine Trockenlegung
15 von Steueroasen ist notwendig, um eine gerechte Besteuerung zu erreichen. Wir halten am
16 synthetischen Einkommensbegriff fest und fordern die Privilegierung von Kapitalvermögen
17 durch die Quellabgeltungssteuer wieder abzuschaffen.

18 **Vermögenssteuer gerecht gestalten**

19 Vermögen soll stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Bereits
20 ab einem Steuersatz von einem Prozent und einem Freibetrag von 500.000€ würde das
21 Aufkommen nach einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung rund 16 Mrd. € betragen
22 (Daten von 2002), andere Schätzungen gehen von 10 Mrd. bis 20 Mrd. aus. In Anbetracht
23 der zu finanzierenden staatlichen Aufgaben wäre sogar bei einem Aufkommen unter 10 Mrd.
24 ein Beitrag zu mehr steuerlicher Gerechtigkeit. Erstens wären Mehreinnahmen zu
25 verzeichnen und zweitens würde ein weiterer Beitrag zu einer gerechten Verteilung der
26 Steuerlast und zur Umverteilung geleistet.

27 Deshalb fordern wir:

- 28 • die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von 1%. Dabei
29 sollen erhebliche Freibeträge (zwischen 500.000€ und 1 Million bei individueller

- 1 Besteuerung) berücksichtigt werden. Gemeinsame Anlagen werden, soweit dies nicht
2 anderweitig geregelt ist, nach dem hälftigen Grundsatz geteilt. Gebrauchsvermögen
3 wie Hausrat, selbstgenutztes Wohneigentum, Auto etc. wird von der Steuer freigestellt.
- 4 • Für Betriebsvermögen sind Regelungen zu finden, die den Fortbestand des
5 Unternehmens sowie Arbeitsplätze sichern, aber gleichzeitig keine Mitnahmeeffekte
6 seitens der UnternehmeneignerInnen erzeugen.
 - 7 • Bei der Bewertung ist sicherzustellen, dass dem Grundsatz der wirtschaftlichen
8 Neutralität Rechnung getragen wird. Ein Vorschlag dazu wurde oben diskutiert.

9 **Gesellschaftliche Akzeptanz für die Vermögenssteuer schaffen**

10 Sensibel ist die Höhe der Gesamtbelastung des Einkommens- und Vermögens. Obwohl der
11 Halbteilungsgrundsatz außer Kraft ist, ist dennoch zu berücksichtigen, dass eine
12 Gesamtbelastung jenseits der 50% als problematisch, nicht nur von den Betroffenen
13 wahrgenommen wird, und so die Verwendungsfrage immer mehr Bedeutung gewinnt.

14 Auch ist der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Vermögensaufkommen in den letzten
15 Jahren stetig gewachsen, was durch die Reformen in verschiedenen Bereichen begünstigt
16 wurde. Um dem Leistungsprinzip im Steuerrecht zu entsprechen und eine stärkere
17 Umverteilung zu erreichen, müssen Vermögen einen stärkeren Beitrag leisten. Sinnvolle
18 gemeinschaftliche öffentliche Aufgaben können so finanziert, die grundgesetzliche
19 Eigentumsverpflichtung kann so eingelöst werden.

20 **2) Erbschafts- und Schenkungssteuer verteilungsgerecht reformieren**

21 Erbschaften und Schenkungen sind aus Perspektive des Erben individuelle und durch Geburt
22 bedingte Glücksfälle, die kaum mit dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit in Einklang
23 gebracht werden können. Personen, denen hohe Erbschaften zufallen, sind meist doppelt
24 privilegiert: Aufgrund ihrer Herkunft aus relativ reichen Familien verfügen sie über
25 wesentlich bessere Bildungs- und damit auch Einkommenschancen. Ein hohes Einkommen
26 wiederum bietet per se bessere Möglichkeiten der Vermögensbildung – schließlich können
27 einkommensstarke im Gegensatz zu anderen Haushalten vergleichsweise mehr Geld sparen
28 und so Vermögen bilden. Im Erbfall können dann meist die Haushalte, die sowieso schon
29 über ein hohes Einkommen verfügen, auch noch einen zusätzlichen hohen Vermögenszufluss
30 verbuchen. Unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit ist deshalb eine
31 angemessene und umverteilend wirkende Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen

1 geboten.

2 **Entwicklung der vergangenen Jahre**

3 Die Diskussion der vergangenen Jahre war von der Umsetzung des Urteils des
4 Bundesverfassungsgerichts vom November 2006 geprägt. In diesem wurde die
5 Verfassungswidrigkeit der bisher geltenden Erbschaftsbesteuerung festgestellt. Anlass hierzu
6 war vor allem die Frage der Bewertung der Erbmasse bei der Vererbung von Grundeigentum.
7 Bis zum 31.12.2008 musste deshalb eine verfassungskonforme Novellierung der
8 Erbschaftssteuer zustande kommen. Diese erfolgte im Dezember 2008 durch die Große
9 Koalition. Zentrale Elemente waren eine Bewertung von Immobilien mit dem tatsächlichen
10 Wert bei gleichzeitiger Erhöhung der Freibeträge. Betriebsvermögen wurde dann
11 erbschaftssteuerfrei gestellt, wenn über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg betrachtet die
12 Lohnsumme konstant bleibt.

13 Das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer dürfte sich damit in den kommenden Jahren
14 erheblich reduzieren. Die SPD ist damals in die Verhandlungen mit dem Ziel eingestiegen,
15 das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer zu erhöhen, jedenfalls aber die Novelle
16 aufkommensneutral zu gestalten. Bedauerlicherweise konnte sich hier die CDU/CSU
17 durchsetzen, da die SPD hier in einer schwachen Verhandlungsposition war: Bei einem
18 Scheitern der Verhandlungen zur Novelle die Erbschaftssteuer – mit dem gedroht wurde und
19 für das sich insbesondere in der CDU/CSU-Fraktion eingesetzt wurde – hätte die
20 Erbschaftssteuer insgesamt ab dem 1.1.2009 nicht mehr erhoben werden dürfen.

21 Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung wird die Zielvorstellung
22 formuliert, die Regelungen zur Erbschaftssteuer zu entbürokratisieren, sie „familiengerechter,
23 planungssicherer und mittelstandsfreundlicher“ zu machen. Mit den Ländern sollen
24 Verhandlungen über eine Regionalisierung der Erbschaftssteuer hinsichtlich der Steuersätze
25 und Freibeträge aufgenommen werden. An konkreten Forderungen wird nur eine
26 Reduzierung des Steuersatzes für die Geschwister des Erblassers und deren Kinder angestrebt.
27 Beim Übergang von Unternehmen soll die Haltefrist verkürzt und die erforderliche
28 Lohnsumme reduziert werden. Diese Forderungen wurden im Rahmen des sog.
29 „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ im Dezember 2009 zum Teil bereits umgesetzt.

1 Erbschaftssteuer gerecht weiterentwickeln.

2 Für uns ist klar: Große Vermögen müssen stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher
3 Aufgaben herangezogen werden. Im internationalen Vergleich ist das
4 Erbschaftssteueraufkommen in Deutschland ausgesprochen niedrig – bei geschätzt 100
5 Milliarden Euro, die jährlich in Deutschland vererbt werden, liegt der Ertrag aus der
6 Erbschaftssteuer bei derzeit etwa 4 Milliarden Euro. Gleichzeitig ist privates Vermögen in
7 Deutschland in großem Maße in der Hand Weniger konzentriert. Deshalb streben wir
8 insgesamt eine Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftssteuer an, Zielmarke könnten
9 hier etwa 12-15 Milliarden Euro sein.

10 Zur Aufkommenssteigerungen sind Änderungen bei Freibeträgen und Steuersatz erforderlich.

11 Seit der Erbschaftssteuerreform von 2008 wurde die Vererbung von selbstgenutztem
12 Wohneigentum an den Ehegatten oder Lebenspartner steuerfrei gestellt, ebenso bei der
13 Vererbung an die Kinder, sofern die Wohnfläche des Hauses unter 200 qm liegt. Dies halten
14 wir weiterhin für richtig. Allerdings besteht durch diese Privilegierung des Wohneigentums
15 nicht mehr der Bedarf an sehr hohen Freibeträgen (derzeit bei Ehegatten und Lebenspartnern
16 500.000 Euro, bei Kindern 400.000 Euro). Die Freibeträge sind dementsprechend auf
17 300.000 Euro bei Lebenspartnern, 240.000 Euro bei Kindern etc.) abzusenken. Dabei sind
18 eheähnliche Gemeinschaften der Ehe gleichzustellen.

19 Die Erbschaftssteuer wird progressiv besteuert. So liegen die Steuersätze derzeit bei
20 Ehepartnern zwischen 7% bei einem Vermögen von 75.000 Euro bis hin zu einem maximal
21 Steuersatz von 30% bei Vermögen ab 26 Millionen Euro (50% bei Nichtverwandten). Dieser
22 maximale Steuersatz von 30% bzw. 50% soll künftig nicht erst ab einem Vermögen von 26
23 Millionen Euro, sondern bereits ab 10 Millionen Euro gelten. Die weiteren Stufen müssen
24 entsprechend angepasst werden.

25 Wir halten es grundsätzlich für ein legitimes Anliegen, den Übergang von Betriebsvermögen
26 gesondert zu regeln. Die Fälligkeit der kompletten Erbschaftssteuer zu einem Stichtag kann
27 Unternehmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, überfordern. Die derzeit
28 bestehende völlige Freistellung von der Erbschaftssteuer bei Erhalt der Lohnsumme halten
29 wir aber für eine überzogenes Steuergeschenk. Ein Teilerlass von 50% bei Erhalt des Betriebs
30 über zehn Jahre bei gleichzeitiger Stundungsmöglichkeit der restlichen Erbschaftssteuer bei

1 wirtschaftlichen Schwierigkeiten, halten wir für ausreichend, um die besonderen Belange der
2 Unternehmen zu berücksichtigen und gleichzeitig zu verhindern, dass es attraktiv wird,
3 Unternehmen nicht fortzuführen um der Erbschaftssteuerpflicht zu entgehen.

4 Die Erbschaftssteuer muss weiterhin eine bundesweit einheitlich erhobene Steuer bleiben,
5 einer Regionalisierung treten wir klar entgegen. Die Freibetragsregelungen sind bereits
6 großzügig genug gestaltet, um den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen
7 Bundesländern gerecht zu werden. Die Erbschaftssteuer einem Wettbewerb um die
8 niedrigsten Steuersätze zwischen den Bundesländern zu überlassen, lehnen wir ab.

9 Um einer Umgehung der Erbschaftssteuer durch gestückelte Schenkungen zu Lebzeiten
10 vorzubeugen, wird die Schenkungssteuer in bisheriger Form fortgeführt. Danach bestehen
11 jeweils für zehn Jahre die gleichen Freibeträge wie bei der Erbschaftssteuer. Auch die
12 Steuersätze sind entsprechend anzupassen.

13 **Gesellschaftliche Akzeptanz für die Erbschaftssteuer schaffen**

14 Bei den Diskussionen um die Erbschaftssteuer muss berücksichtigt werden, dass es sich hier
15 um ein gesellschaftlich hoch emotional diskutiertes Thema handelt. Die Erbschaftssteuer ist
16 eine unbeliebte Steuer. Ihre gesellschaftliche Wahrnehmung ist davon geprägt, dass auch
17 Erblasser, deren Erben durch die verschiedenen Freibetragsregelungen nicht oder nur in
18 geringem Ausmaß betroffen sein werden, um eine reine Aneignung der Lebensleistung durch
19 den Staat fürchten. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Erbschaftssteuer zu erhöhen,
20 muss in der öffentlichen Debatte die Bedeutung für die Herstellung von Chancengleichheit
21 z.B. durchs Bildungssystem deutlich gemacht werden.

22 **3) Umsatzsteuern und Verbrauchsteuern**

23 In den letzten Jahren ist die Umsatzsteuer zunehmend zur „Ersatzsteuer“ geworden, die
24 regelmäßig erhöht wurde, wenn dem Staat Einnahmen fehlten, oft wegen Senkungen bei den
25 Einkommens- und Unternehmenssteuern. Binnen 20 Jahren ist der reguläre Satz der
26 Umsatzsteuer so von 14 Prozent auf mittlerweile 19 Prozent gestiegen.

27 Wie alle Verbrauchssteuern wirkt auch die Umsatzsteuer regressiv. Mit zunehmender Höhe
28 des Einkommens nimmt der Konsum relativ ab, entsprechend sinkt auch die proportionale
29 Belastung durch Verbrauchssteuern. Dieser Effekt wird auch nicht dadurch beseitigt, dass

1 sich mit steigendem Einkommen der Konsum zunehmend zu Gütern verlagert, die dem
2 regulären Umsatzsteuersatz unterliegen, während bei niedrigerem Einkommen stärker Güter
3 aus dem Bereich des ermäßigten Satzes konsumiert werden. Der regressive Effekt bleibt.
4 Deshalb ist für uns Jusos die Umsatzsteuer keine geeignete Steuer, um die Finanzprobleme
5 des Staates zu lösen.

6 Statt, wie dies unter schwarz-gelb absehbar ist, die Umsatzsteuer immer weiter zu erhöhen,
7 fordern wir mittelfristig eine Senkung der Sätze. Für eine sozial gerechte Steuerpolitik muss
8 der Staat wieder überwiegend aus Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern
9 finanziert werden, die an der Leistungsfähigkeit und nicht am notwendigen Konsum
10 ansetzen.

11 Über die Jahrzehnte ist die Abgrenzung zwischen dem regulären und dem ermäßigten
12 Steuersatz zunehmend willkürlich geworden und kaum noch nachvollziehbar. Schwarz-gelb
13 hat mit der Zuordnung von Hotel-Übernachtungen zum ermäßigten Steuersatz die
14 Intransparenz noch verstärkt. Die willkürliche Abgrenzung führt zu Marktverzerrungen und
15 lädt auch zu – oft auch unfreiwilligem – Steuerbetrug ein, z.B. wenn in einer Bäckerei beim
16 belegten Brötchen zwischen dem Verzehr in der Bäckerei (regulärer Tarif) und dem Verzehr
17 außerhalb der Bäckerei (ermäßigter Tarif) unterschieden werden muss, oder wenn Milch und
18 Milchmixgetränke dem ermäßigten Satz unterliegen, andere Getränke aber dem regulären
19 Satz.

20 Dieser Wildwuchs muss durch eine Strukturreform bereinigt werden. Alle Waren, die zum
21 täglichen Bedarf gehören sollen dem ermäßigten Tarif unterliegen, alle anderen Artikel dem
22 regulären Tarif. Für Abgrenzungsprobleme (z.B. bei der Gastronomie) muss eine
23 transparente Regelung gefunden werden.

24 Ähnliche wie die Umsatzsteuer sind auch andere weiteren Verbrauchsteuern, wie die
25 Mineralöl- oder die Tabaksteuer, bei staatlichen Einnahmeproblemen regelmäßig erhöht
26 worden. Bei diesen beiden Steuern häufig auch deshalb, weil ihre Anpassung nicht der
27 Zustimmung des Bundesrates bedarf.

28 Einige dieser Steuern dienen ausdrücklich neben der Einnahmeerzielung auch
29 Steuerungszwecken. Dies ist in Einzelfällen auch erfolgreich. Meist sind aber
30 ordnungspolitische Beschränkungen (z.B. Vorschriften für den Kraftstoffverbrauch bei

1 Neufahrzeugen) oder die Förderung von Alternativen (z.B. des öffentlichen Nahverkehrs) bei
2 der Steuerung deutlich effektiver als eine Verbrauchsteuer (im Beispiel die Mineralölsteuer).
3 Zusätzlich wirken diese Maßnahmen, anders als die Verbrauchsteuern, meistens nicht oder
4 zumindest nicht so stark sozial regressiv. Steuern sollten daher nur dort zu
5 Steuerungszwecken eingesetzt sind, wo andere, sozial ausgewogenere Mittel
6 (Ordnungspolitische Maßnahmen oder direkte Subventionen) nicht zur Verfügung stehen.

7 Wir sprechen uns grundsätzlich gegen weitere Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern aus.
8 Auch hier ist im Gegenteil wie bei der Umsatzsteuer zu prüfen, ob die Steuern nicht gesenkt
9 und über die Vermögens-, Einkommens- und Unternehmenssteuern refinanziert werden
10 können. Die Steuerungswirkung sollte soweit möglich über Ordnungspolitik und Förderung
11 von Substituten erfolgen.

12 4) Einführung einer Finanztransaktionssteuer

13 Notwendigkeit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer

14 In den letzten 30 Jahren konnten wir auf den Weltfinanzmärkten eine gigantische Zunahme
15 der Transaktionsvolumina beobachten. Diese resultiert zum einen aus den
16 Finanzinnovationen, wie den neuen Derivaten aller Art und zum anderen aus der
17 permanenten Geschwindigkeitszunahme des Finanzhandels. Hierbei hat nicht nur die
18 kurzfristige Volatilität von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen zugenommen,
19 sondern auch das Ausmaß ihrer längerfristigen Schwankungen. Diese Entwicklungen, die
20 sich gegenseitig bedingen und begünstigen haben zu der heutigen komplizierten für Laien
21 kaum durchschaubaren Situation auf den Finanzmärkten geführt.

22 Selbst Staaten, deren Währung man als relativ stabil betrachtete, haben einem entschlossenen
23 Angriff vieler Spekulanten auf die nationalen Währungsreserven wenig entgegenzusetzen, wie
24 das Beispiel der Asienkrise im Jahr 1997 zeigt. Dabei zeigt sich, dass selbst in den
25 schlimmsten Krisen noch verdient wird. Aus dem aktuellen Finanzkollaps Griechenlands sind
26 zahlreiche Trader mit großen Gewinnen herausgegangen.

27 Dieses Spekulieren auf den Ruin von Staaten und Unternehmen mag zwar moralisch
28 verwerflich sein, ist jedoch vollkommen legal, wird weltweit fast ungehindert vollzogen und
29 ist dabei enorm profitabel. Ein simples Instrument um kurzfristigen und zumeist
30 volkswirtschaftlich schädlichen Spekulationen entgegen zu wirken ist die

1 Finanztransaktionssteuer, für die bereits Keynes 1936 und Tobin 1978 eingetreten sind.

2 Eine Finanztransaktionssteuer verteuert eine Spekulation umso mehr, je kürzer ihr
3 Zeithorizont ist. Kurzfristige destabilisierende Spekulationen würden dadurch enorm
4 verteuert, während langfristige Investitionen kaum betroffen wären. Dadurch wäre eine
5 Stabilisierung der Finanzmärkte vorprogrammiert, da plötzlich langfristiges Agieren
6 lohnender würde als kurzfristiges Spekulieren. Weiterhin würden sich hieraus klare fiskalische
7 Vorteile ergeben. Aufgrund der gigantischen Summen, die täglich gehandelt werden, wären
8 enorme Steuererträge zu erwarten. Für Deutschland beliefen sich die Erträge bei einem
9 Steuersatz von 0,1% auf ca. 43,3 Milliarden Euro jährlich.

10 Den Kritikern die behaupten, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
11 unrealistisch ist und zur Abwanderung von Transaktionen in andere Finanzstandorte zur
12 Folge haben würde, kann entgegengehalten werden, dass England mit dem wichtigsten
13 Finanzstandort Europas London bereits die sogenannte „Stamp Duty“ -
14 Aktientransaktionssteuer – von 0,5% eingeführt hat ohne nennenswerte Abwanderungen
15 beklagen zu müssen. Darüber hinaus wäre die Abdeckung von 99% aller Transaktionen auf
16 dem europäischen Markt bereits dann möglich, wenn lediglich Deutschland, England und die
17 Schweiz, mit den drei wichtigsten Börsen Europas: London, Frankfurt und Zürich, sich für
18 die Einführung der FTS entscheiden würden. Um die FTS global wirkungsvoll greifen zu
19 lassen müssten sich darüber hinaus nur noch die U.S.A. mit New York und Japan mit der
20 Tokioter Börse anschließen.

21 Die Finanztransaktionssteuer ist fiskalisch notwendig, politisch umsetzbar und darüber hinaus
22 wirtschaftlich sinnvoll. Es fehlt nur noch der Mut sie wirklich in die Tat umzusetzen. Wir als
23 Jusos wollen diesen Mut beweisen!

24 Zur Einführung einer wirkungsvollen Finanztransaktionssteuer fordern wir die Besteuerung
25 des Handels mit sämtlichem Finanzwerte wie zum Beispiel Aktien, Anleihen, Derivate sowie
26 den Handel mit Devisen. Diese Steuer würde dazu beitragen, kurzfristige Spekulationen
27 unattraktiver zu machen. Wir verzichten hierbei ganz bewusst darauf, Ausnahmen für
28 Finanzgeschäfte zuzulassen, die der Volkswirtschaft nicht per se schaden. Zum einen würde
29 dadurch die Diskussion wofür Ausnahmen gemacht werden sollten derart aufgemacht
30 werden, dass eine Aushöhlung der FTS zu befürchten ist. Weiterhin ist der Steuersatz der

1 FTS derart niedrig, dass er bei einfachen und langfristig angelegten Finanzgeschäften kaum
2 zu Buche schlägt und diese somit nicht verhindern dürfte.

3 Insbesondere zu berücksichtigen ist hierbei auch der außerbörsliche Handel mit Derivaten,
4 der sogenannte „Over the Counter“ Handel, der bilateral zwischen zwei Partnern abläuft.
5 Dieser stellt den sehr viel größeren Anteil am kurzfristigen Handel mit Derivaten und
6 verdient damit auch besondere Aufmerksamkeit bei der Besteuerung.

7 Der Anfangssteuersatz ist bei 0,01% anzusetzen mit der Möglichkeit der flexiblen Steigerung
8 und Senkung. Ziel ist zunächst ein Steuersatz von 0,5%, der durch langsame Anpassung
9 erreicht werden soll. Nach jeder Anpassung ist die Wirkung der FTS auf den Finanzmarkt
10 genau zu untersuchen, inwiefern kurzfristige und schädliche Geschäfte eingeschränkt und
11 dennoch langfristige Finanztransaktionen ermöglicht werden.

12 **Gemeindefinanzen**

13

14 Die Kommunen sind als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge von entscheidender
15 Bedeutung. Sie garantieren die Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger und ermöglichen
16 in wichtigen Bereichen die Teilhabe am öffentlichen Leben in den Städten.

17

18 Die Politik der vergangenen Jahre hat die Finanzsituation der Kommunen nicht gestärkt,
19 sondern zunehmend geschwächt. Während vermehrt Aufgaben auf die Kommunen
20 übertragen wurden, sind die kommunalen Einnahmen durch diverse Reformen der
21 Unternehmenssteuern, Veränderungen der Gewerbesteuerumlage und einen teilweise
22 ungenügenden ausgestalteten kommunalen Finanzausgleich zurückgegangen.

23

24 Zunehmend wird Steueraufkommen durch Zuweisungen von Bund und Ländern ersetzt.
25 Dadurch gerät die finanzielle Autonomie der Kommunen und damit die Grundlage der
26 kommunalen Selbstverwaltung in Gefahr.

27

28 Starke Kommunen und eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge bedürfen
29 eigenständiger Finanzquellen. Deshalb ist eine Verbesserung der Aufkommenssituation und
30 damit der allgemeinen Finanzlage der kommunalen Haushalte unerlässlich.

31

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

Grundsteuer

Die Grundsteuer besteuert den Grund- bzw. Immobilienbesitz. Sie wird direkt von den Kommunen erhoben und soll der Beteiligung des Immobilien- und Grundbesitzes an den Infrastrukturleistungen der Kommunen sicherstellen und stellt eines der wichtigsten konjunkturabhängigen Steueraufkommen der Gemeinden dar. Die Grundlage ihrer Erhebung sind die bei Hauptfeststellungen ermittelten Einheitswerte der jeweiligen Grundstücke.

In ihrer Bemessungsgrundlage, die anhand von Einheitswerten erhoben wird liegt auch der größte Kritikpunkt an der Grundsteuer. Die Einheitswert basiert in den alten Ländern auf der "Wertbasis 1964" und in den neuen Ländern, sofern vorhanden, auf der "Wertbasis 1935". Die Spreizung zwischen Einheitswert und Verkehrswert ist mittlerweile extrem geworden.

Die Grundsteuer trägt nicht zu einer verteilungspolitisch wünschenswerten Weise zur Umverteilung der bestehenden Vermögensverhältnisse bei. Insbesondere durch die volle Übertragbarkeit der Grundsteuerbelastung vom Immobilienbesitzer auf die MieterInnen im Zuge der Betriebskostenumlage wird hier keine direkte Besitzbesteuerung vorgenommen sondern eine Art indirekte Wohnsteuer erhoben, die alle BürgerInnen ohne Ansehen ihrer Vermögenssituation trifft.

Da in der Zeit 1964 bis heute extreme strukturelle Veränderungen in den Stadtquartieren stattgefunden haben, könnte eine Neuanpassung der Einheitswerte einen Belastungsschub bei der Grundsteuer um mehrere Hundert Prozent mit sich bringen, der vollständig an die MieterInnen weitergegeben werden würde.

Insbesondere da die gesellschaftliche Heterogenität unserer Städte zunehmend durch ein steigendes Boden- und damit Mietpreisgefälle bedroht ist, könnte eine Anpassung der Grundsteuer in vielen Fällen der gesellschaftlichen Entmischung der Städte und der residentiellen Segregation unterschiedlicher Bevölkerungsschichten zusätzlicher Antrieb verliehen werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Ein Umbau der Grundsteuer erfordert das Verbot der Anrechnungsmöglichkeit der Grundsteuerabgabe als Betriebskosten auf die Mieten. Dieses steht dem eigentlichen Sinn der Grundsteuer, einer direkten Besteuerung von Grund- bzw. Immobilienbesitz entgegen und wandelt die Grundsteuer in eine indirekte Steuerbelastung, eine Art Wohnsteuer für alle BürgerInnen.

Grundsätzlich ist der Umbau der Grundsteuer in eine Flächennutzungssteuer anzustreben. Hierzu ist eine höhere Differenzierung der Steuererhebungsklassen notwendig. Diese muss über eine bloße Aufteilung in agrarisch (A) und baulich (B) genutzte Flächen hinausgehen und die Nutzungsformen der Flächennutzungspläne gerecht werden. So ist eine Unterscheidung der baulichen Nutzung in gewerbliche Nutzung und Wohnnutzung notwendig.

Die Kopplung der Grundsteuerbemessung bei Wohnnutzung an individuellen Flächenverbrauch erscheint zudem sinnvoll. Seit den 1950er Jahren lässt sich der zunehmende Anstieg der durchschnittlichen Wohnfläche pro Person feststellen, wobei sich die durchschnittlichen Haushaltsgröße verkleinerte. Hoher persönlicher Flächenbedarf bei geringer Haushaltsgröße ist gerade in gut erschlossenen, innerstädtischen Gebieten Kennzeichen finanzkräftiger Haushalte, die zunehmend größere oder mittlere Haushalte, mit geringerer finanzieller Ausstattung verdrängen. Der daraus resultierenden Entmischung der Stadtgebiete soll die Steuerungswirkung einer flächenbedarfsorientierten Grundsteuer als ergänzender Faktor entgegengesetzt werden. Daher ist eine stärkere Belastung des hohen individuellen Flächenbedarfs verteilungspolitisch sinnvoll.

Ebenfalls kann durch eine Steuerungsgröße die die Ausnutzung der zulässigen Geschossflächenzahl und strukturpolitischen gewollten Wohnverdichtung positiv beeinflusst werden.

Die Umgestaltung der Grundsteuer zu einer Flächennutzungssteuer würde auch die Bemessungsgrundlagen Steuer verändern und somit eine Abkehr von der problematischen Bemessung mit Einheitswerten ermöglichen.

1 **Gewerbsteuer**

2

3 Gewerbesteuern sind eine der wichtigsten Einkommensquellen der Kommunen. Statt sie
4 abzuschaffen, wie von der Schwarz-Gelben Bundesregierung geplant, müssen sie ausgebaut
5 und ihr Aufkommen verstetigt werden. Problematisch ist für die Kommunen die hohe
6 Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen. So bedarf es neben einer Steigerung
7 insbesondere einer Verstetigung der Gewerbesteueraufkommens.

8

9 Wie lehnen die Pläne der schwarz-gelben Koalition ab, die Gewerbsteuer abzuschaffen und
10 durch Zuschläge auf die Einkommens- und die Körperschaftssteuer sowie einen höheren
11 Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer zu ersetzen. Öffentliche Daseinsvorsorge braucht
12 starke Kommunen mit neuem Handlungsspielraum und keine abhängigen öffentlichen
13 Haushalte.

14

15 Die Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Zinsen nach §8 GewStG zur
16 Bemessungsgrundlage der Gewerbsteuer muss erhalten bleiben und der Bemessungsanteil
17 wieder ausgebaut werden.

18

19 Die Einbeziehung der sogenannten freien Berufe in die Gewerbsteuer ist zu erreichen.
20 Freiberufler, wie Ärzte, Anwälte, Steuerberater, selbstständige Ingenieure profitieren in
21 starken Maße von denen durch die Städte zu Verfügung gestellte Infrastruktur und müssen
22 zu deren Finanzierung mit herangezogen werden. Entsprechenden Freibeträgen können
23 verhindern, dass Selbstständige mit geringem Einkommen über die Maßen belastet werden.

24

25 Mittelfristig soll die Gewerbsteuer durch Einbeziehung auch der Lohnsummen mit einem
26 separaten kommunalen Hebesatz zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer
27 weiterentwickelt werden.

28

29 Klar ist für uns: Steuern müssen positive Umverteilungswirkungen im Sinne einem Mehr an
30 Gleichheit haben und gleichzeitig die Finanzierung des Gemeinwesens sicherstellen. Nur
31 wenn man dabei an verschiedenen Stellschrauben ansetzt und nicht einem blinden
32 Steuersenkungswahn folgt, können diese Ziele erreicht werden.

M1

Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Gleichberechtigte Partner! Unsere Unterstützung für Vereine
Jugendlicher mit Migrationshintergrund

1 In den politischen Debatten der letzten Jahre wurde oft beklagt, dass die Stimme von
2 Menschen mit Migrationshintergrund nur selten zu hören sei. Oft wird diese Aussage mit der
3 Aufforderung an Migrantinnen und Migranten verbunden, sich doch mehr in
4 gesellschaftliche und politische Debatten einzumischen.

5

6 Übersehen wird dabei oft, dass ein „Dialog auf Augenhöhe“ zwischen Menschen mit und
7 ohne Migrationshintergrund nach wie vor schwierig ist. Wer beispielsweise kein Wahlrecht
8 hat, oder mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland lebt, hat nur wenige
9 Möglichkeiten, politisch mitzudiskutieren und vor allem mitzuentcheiden. Zudem fällt auf,
10 dass sich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der politischen Diskussionen immer dann
11 mit einer Akzeptanz von Forderungen von Menschen mit Migrationshintergrund schwer tun,
12 wenn diese pointiert oder fordernd, und nicht als bescheidene Bitte vorgetragen werden.
13 Übersehen wird auch, wie politisiert Menschen mit Migrationshintergrund oft sind und wie
14 hoch die Bereitschaft zur politischen und gesellschaftlichen Mitarbeit ist.

15

16 In den letzten Jahren haben sich in der Bundesrepublik eine Vielzahl von „Vereinen
17 Jugendlicher mit Migrationshintergrund“ (VJM) entweder neu gegründet, oder sind stark
18 gewachsen. Die Bandbreite der Interessenlagen und Ziele dieser Vereine ist groß. Sie reicht
19 von kulturellen oder religiösen Zwecken bis hin zu explizit politischen Ansprüchen. Immer
20 mehr Vereine lösen sich aus der engen Anlehnung an einen Erwachsenenverband, und legen
21 den Fokus der eigenen Arbeit zunehmend auf die Situation in Deutschland selbst.

22

23 Die große Mehrzahl dieser Vereine und Verbände findet sich auf lokaler Ebene. Ob es um
24 Hausaufgabenhilfe, Volkstanz- oder Musikgruppe, sportliche Aktivitäten oder eine Initiative
25 zu einem politischen Thema geht: Die Bandbreite der Aktivitäten ist ähnlich groß wie bei
26 den etablierten Vereinen.

27

1 Sehr problematisch ist für viele dieser Verbände, dass die Arbeit nahezu ausschließlich
2 ehrenamtlich erledigt werden muss. Hauptamtliche Strukturen fehlen fast vollständig, die
3 Fluktuation der ehrenamtlich Aktiven ist groß, so dass Organisationswissen immer wieder
4 von neuem aufgebaut werden muss.

5

6 Zusätzlich problematisch ist, dass die Beantragung und Abrechnung von öffentlichen Mitteln
7 zur Förderung der eigenen Arbeit ohne professionelle Unterstützung kaum zu bewältigen
8 sind; hier beißt sich die Katze gewissermaßen in den Schwanz: Um nachhaltige Förderung in
9 Anspruch nehmen zu können, wäre professionelles Know-how im Verein notwendig – dieses
10 lässt sich aber nur durch finanzielle Förderung gewinnen.

11

12 Trotzdem ist es einigen VJM in den letzten Jahren gelungen, auf Landes- und Bundesebenen
13 funktionierende Strukturen zu schaffen. In einigen Ländern und einer ganzen Reihe von
14 Städten und Landkreisen sind VJM zudem Mitglieder der jeweiligen Jugendringe. Auf
15 Bundesebene ist mit der djo–Deutsche Jugend in Europa ein Dachverband u. a. von VJM
16 Mitglied, und auch im Vorstand des Deutschen Bundesjugendrings vertreten. Der Bund der
17 Alevitischen Jugendlichen (BDAJ) ist Anschlußverband des DBJR.

18

19 Im Blickfeld der etablierten Politik sind diese Verbände jedoch bislang kaum angekommen.
20 Sie werden weder regelmäßig von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern besucht, noch
21 als wirkliche Bündnispartner begriffen. Dabei bietet gerade das Feld der VJM vielfältige
22 Anschlussmöglichkeiten für die politische Arbeit sowie für gesellschaftliches Engagement auf
23 allen Ebenen.

24

25 Es gilt daher, die Verbände bei ihrem Weg in die etablierte (mehrheits-)deutsche
26 Jugendverbandslandschaft zu unterstützen und als gleichberechtigte Akteure auch im
27 politischen Feld zu begreifen. Dies wird nur dann erfolgreich sein können, wenn die für die
28 Jugendverbandsarbeit bereitgestellten finanziellen Mittel ausgeweitet werden, da es hier
29 gerade nicht zu einem Ausspielen von bereits lange etablierten Jugendverbänden und
30 Verbänden Jugendlicher mit Migrationshintergrund kommen darf.

31

32

33

1 Wir Jusos fordern daher:
2
3 - die Bundesregierung sowie die Landesregierungen auf, die finanziellen Mittel für die
4 verbandliche Jugendarbeit insgesamt zu erhöhen;
5
6 - für VJM spezielle Fördermöglichkeiten zu schaffen, die auch für Verbände ohne
7 hauptamtliche Unterstützung zugänglich sein müssen. Um solche Mittel akquirieren zu
8 können, muss bereits das Antragsstellungsverfahren finanziell unterstützt und sonstige
9 Hürden beim Zugang zu Förderungen abgebaut werden;
10
11 - Politik, Verwaltung, politische Parteien und Verbände auf, VJM als wichtigen Bestandteil
12 der Jugendverbandslandschaft und damit der Zivilgesellschaft in Deutschland zu begreifen
13 und zu unterstützen;
14
15 - die Integration von VertreterInnen von VJM in Gremien der Jugendarbeit (bei allgemein
16 jugendrelevanten Themen, aber auch bei migrationsspezifischen Fragestellungen) unter
17 Berücksichtigung derer kleineren personellen/finanziellen Ressourcen weiter voranzubringen;
18
19 - eine stärkere Förderung von Modellprojekten, die Konzepte zum Empowerment von VJM
20 entwickeln;
21
22 - eine Veränderung der die Partizipation von VJM erschwerenden Gesetzgebung. Daher ist
23 die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle in Deutschland lebenden Menschen
24 nötig. Diskriminierende vereinsrechtliche Regelungen zu „Ausländervereinen“ sind
25 abzuschaffen;
26
27 Wir Jusos begreifen Verbände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als
28 Bündnispartner auf allen Ebenen!
29 Unser Anspruch ist, Menschen mit Migrationshintergrund nicht mit ihren vermeintlichen
30 Defiziten als Objekte von politischer Fürsorge, sondern als gleichberechtigte Akteure in der
31 Politik anzusprechen. Die Stärkung von Vereinen Jugendlicher mit Migrationshintergrund ist
32 hier ein wichtiger Schritt..-

33



2 Wir Jusos setzen uns für den schnellstmöglichen Wandel der deutschen Energiewirtschaft hin
3 zu erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz, die demokratische Kontrolle der
4 Energienetze und dezentrale Infrastrukturen ein. Durch die gewaltigen Herausforderungen
5 des globalen Klimawandels ist es unser aller Pflicht die Treibhausgasemissionen in
6 Deutschland bis 2020 um min. 40% gegenüber 1990 zu senken. Bis 2050 muss eine
7 Reduktion von min. 80% in allen Industrieländern erreicht sein um schwerste
8 Naturkatastrophen, die Zerstörung von Ökosystemen und globale sozio-ökonomische Krisen
9 zu verhindern.

10 Neben dem zwingend erforderlichen Umdenken in der Art und Weise wie Energie erzeugt
11 und verteilt wird, muss jedoch auch ein Umdenken beim Energieverbrauch stattfinden. Im
12 Zentrum der medialen wie politischen Aufmerksamkeit steht jedoch nach wie vor ersteres.
13 Neben der Angebotsseite muss endlich auch die Nachfrageseite berücksichtigt und
14 gleichberechtigt gewichtet werden. Die Gesamtmenge der produzierten Primärenergie darf
15 nicht unbegrenzt steigen, da jede Form der Energieerzeugung mit Belastungen für unsere
16 Umwelt verbunden ist. Denn: für die Errichtung jeder Art von Energieproduktionsstätte ist
17 der Einsatz von Rohstoffen notwendig und Eingriffe in unseren natürlichen Lebensraum sind
18 an den betreffenden Standorten unumgänglich.

19 **Die Vorteile einer besseren Energieeffizienz**

20 Für die Steigerung der Energieeffizienz, d. h. einen geringeren Verbrauch von Elektrizität,
21 Wärme und Kraftstoff, sprechen zahlreiche Argumente. Sowohl ökonomisch als auch
22 ökologisch ist es die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Überall dort wo Energie-
23 und damit einhergehend Rohstoffeinsparungen möglich sind, macht sich dies unmittelbar
24 finanziell bemerkbar. Dies gilt für die einzelnen Privathaushalte, das Gewerbe und die
25 Industrie und ebenso für die Volkswirtschaft als Ganzes. GeringverdienerInnen und deren
26 Familien sind in der Regel die Ersten, die unter steigenden Energiepreisen leiden und die sich
27 am wenigsten damit arrangieren können – hierauf müssen gerade wir, als

1 SozialdemokratInnen, besonderes Augenmerk legen. Für das produzierende Gewerbe ergibt
2 sich aus weniger Energie- und Rohstoffverbrauch eine höhere Produktionseffektivität und
3 daraus folgend wettbewerbsfähigere Preise. Für jeden Einzelnen ergibt sich daraus die soziale
4 Dimension der Energieeffizienz: je niedriger die Kosten für Energie, desto höher ist der
5 Spielraum für anderweitige Ausgaben wie Bildung, Kultur, gesunde Ernährung, Kleidung,
6 Mobilität und Freizeit.

7 Deutschland ist als rohstoffarmes Land derzeit massiv von Energieimporten aus teilweise
8 politisch höchst instabilen Ländern abhängig. Dies trifft insbesondere auf die Gasimporte aus
9 Russland und die Erdölimporte aus dem Nahen Osten zu. Alternative Importmöglichkeiten
10 sind entweder extrem kostspielig, ökologisch unsinnig oder ebenfalls politisch unsicher. Die
11 Verringerung des Energiebedarfs trägt also, im Zusammenspiel mit Fortschritten auf der
12 Angebotsseite, zur Steigerung der Versorgungssicherheit bei. In der Vergangenheit haben die
13 Ölkrisen 1973 und 1979/80, sowie in den letzten Jahren die Gasstreitigkeiten zwischen
14 Russland und der Ukraine, gezeigt, dass Rohstoffe und Energieabhängigkeit als geopolitisches
15 Druckmittel eingesetzt werden. Sich aus den damit zusammenhängenden Zwängen zu
16 befreien ist zusätzliche Motivation für einen geringeren Energieverbrauch.

17 Mehr Energieeffizienz trägt – im Zusammenspiel mit dem Ausbau der erneuerbaren
18 Energien – außerdem dazu bei, dass veraltete Technologien wie die Atomkraft überflüssig
19 werden. Bereits mit den jetzt vorhandenen technischen Potentialen kann dafür gesorgt
20 werden, dass die Hochrisikotechnologie Atomkraft zu einem Relikt der Vergangenheit in
21 unserem Land wird. Kalkar hat es vorgemacht: ein Freizeitpark in der Atomruine ist weitaus
22 konfliktfreier als Kernkraftwerke, Castor-Transporte und Wiederaufbereitungsanlagen. Für
23 diese Erkenntnis muss auch bei unseren europäischen Partnern und auf globaler Ebene
24 entschieden worden werden.

25 Zuletzt sind die ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Potentiale von verbesserter
26 Energieeffizienz zu nennen. Seit Jahren gilt das Mantra, dass Deutschland und Europa in
27 einer globalisierten Wirtschaftswelt nur durch „ihre Köpfe und Ideen und die Kraft der
28 Innovation im Dienstleistungs- und Hochtechnologiebereich“ bestehen können. Neben der
29 bereits erwähnten Rohstoffarmut werden hierbei zumeist die Lohnstückkosten als „Nachteil“
30 gegenüber den aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländern angeführt. Ein Wettlauf
31 nach unten bei den Sozialstandards ist für uns keine Option. Eine gegenteilige Entwicklung

1 und die Befreiung aus der Armut überall auf der Welt hingegen das Ziel. Für den
2 europäischen Wirtschaftsraum und den Erhalt der Industriearbeitsplätze gerade in
3 Deutschland ist deswegen neben einer guten Bildungslandschaft der technologische
4 Fortschritt im Energieeffizienzbereich von gewaltiger Bedeutung. Dieser kommt, bei
5 entsprechendem Technologietransfer, letztendlich auch aufstrebenden Wirtschaftsnationen
6 zu Gute. Das rasante globale Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat die Nachfrage
7 nach Rohstoffen drastisch erhöht. Einhergehend (sowie massiv beeinflusst durch die virtuelle
8 Nachfrage des Finanzmarktkapitalismus) stiegen die Rohstoffpreise in immer größere Höhen.
9 Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur eine kurze Atempause. Bedingt durch die
10 steigende Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer werden die Preise nach
11 Überwindung dieser, nächsten Kapitalismuskrise erneut massiv steigen. Daher muss es unser
12 Ziel sein die Energie- und Rohstoffkosten zu minimieren.

13 Durch eine nachhaltige Ausrichtung der Wirtschafts- und Industriepolitik können zahlreiche
14 neue Produktionsfelder und Dienstleistungsmöglichkeiten erschlossen werden. Für den
15 Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstands für die Menschen in unserem Land ist die
16 Zukunftsperspektive deshalb eine ökologische und sozial gerechte Wirtschaftspolitik
17 basierend auf dem Prinzip höchstmöglicher Energie- und Rohstoffeffizienz.

18 **Die internationale Dimension**

19 Ein positiver Effekt der Globalisierung ist die teilweise Überwindung von Isolationismus und
20 Nationalismus. Es wird mittlerweile auf breiter internationaler Ebene verstanden, dass die
21 diversen Lebenswelten auf diesem Globus auf unzähligen Ebenen miteinander verknüpft
22 sind. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Klima- und Energiepolitik. Rein nationales
23 Vorgehen ist daher der falsche Weg. Uns wäre nicht damit gedient, wenn Deutschland der
24 permanente Musterschüler in ökologischen Fragen wäre (er ist es bei weitem nicht), wenn
25 sich gleichzeitig anderswo auf der Welt entgegen gesetzte Trends vollziehen. Daher muss es
26 Anspruch der deutschen Politik sein, die ökonomischen und ökologischen Vorteile des
27 errungenen technologischen Fortschritts auch anderen Ländern zu ermöglichen. Dabei ist
28 eine mehrstufige Vorgehensweise sinnvoll, bei der für Einigkeit in der wirtschaftspolitischen
29 Strategie auf europäischer Ebene geworben wird. Während gleichzeitig der sozio-ökologische
30 Wandel hierbei von uns vorangetrieben wird, sollte jedoch auch auf globaler Ebene für die
31 Prinzipien der Nachhaltigkeit geworben werden. Mit bloßem Werben ist es jedoch nicht
32 getan, weswegen Instrumente entwickelt werden müssen um moderne

1 Energieeffizienztechnologien in Entwicklungs- und Schwellenländer transferieren zu können
2 ohne dass die eigene ökonomische Basis gefährdet ist. Ein Modell hierzu sind beispielsweise
3 die Clean Development Mechanisms im Rahmen des Kyoto-Protokolls.

4 **Einsparpotentiale für unser Land**

5 Im Jahr 2009 wurde in Deutschland Primärenergie (Strom, Wärme, Kraftstoff) mit dem
6 Äquivalent von rund 455,2 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten verbraucht. Hiervon
7 entfielen 34,7% auf Mineralöl, 21,8% auf Erdgas, 11,0% auf Steinkohle, 11,3% auf
8 Braunkohle, 11,0% auf Kernenergie, und 8,9% auf erneuerbare Energien (Quelle: AG
9 Energiebilanzen). Dies entspricht einem Treibhausgasausstoß von ca. 878 Millionen Tonnen,
10 bei einem Rückgang von 8,4% gegenüber 2008. (Quelle: Umweltbundesamt). Studien des
11 Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, von McKinsey und des Prognos Instituts
12 gehen unabhängig voneinander davon aus, dass durch wirtschaftliche, d. h. gewinnbringende,
13 Energieeffizienzmaßnahmen 110 bis 130 Mio. Tonnen bis 2020 eingespart werden können.
14 McKinsey hat außerdem berechnet, dass zusätzlich 14 Mio. Tonnen mit Kosten zwischen 0
15 und 20 Euro pro Tonne verwirklicht werden können.

16 Einsparpotentiale bestehen generell in allen drei Sekundär- sowie Nutzenergiekategorien
17 Strom, Wärme und Kraftstoffe. Um gewichtige Effizienzwerte erreichen zu können muss
18 demnach auch in allen drei Bereich angesetzt werden.

19 Diese Daten beziehen sich einzig und allein auf die Treibhausgasreduktionen durch
20 Energieeffizienz. Werden die Einsparpotentiale des energiewirtschaftlichen Umbaus auf der
21 Angebotsseite hinzugerechnet, rückt das Gesamtziel einer Treibhausgasreduktion um 40% bis
22 2020 in den Bereich des technisch und wirtschaftlich Möglichen und Sinnvollen.

23 **Politische Ausgangslage**

24 Die SPD hat in Regierungsverantwortung die Energiewende einleiten können. Sowohl bei
25 der Produktion, als auch bei der Energieeffizienz. In erster Linie zu nennen ist hierbei das
26 2007 beschlossene integrierte Klima- und Energieprogramm. Deutlich wurde, dass die
27 Sozialdemokratie die Grünen als treibender Faktor in der Klima- und Energiepolitik abgelöst
28 hat. Es zeigt sich darüber hinaus, dass es gelang zahlreiche Projekte gegen den Widerstand
29 der Unionsparteien in der großen Koalition durchzusetzen. Trotz teilweise gegenteiliger
30 medialer Darstellung, war die Umwelt- und Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland

1 lange Zeit rot. Neben der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird der Sozialdemokratie
2 zunehmend auch in ökologischen Fragen große Kompetenz zugesprochen. Die Verbindung
3 zwischen diesen und weiteren Politikfeldern glaubhaft herstellen zu können muss auch
4 weiterhin der zentrale Anspruch sozialdemokratischer Politik sein.

5 Die schwarz-gelbe Bundesregierung unter „Führung“ von Angela Merkel betreibt eine
6 konzept- und kopflose Umwelt- und Energiepolitik. Innerhalb der Union herrscht
7 weitgehende Uneinigkeit über den weiteren Weg in der Energiepolitik. Gleichzeitig wird für
8 den Herbst 2010 an einer neuen energiepolitischen Strategie für Deutschland gearbeitet, die
9 Schlimmes befürchten lässt. Pseudo-Klimapolitiker wie Merkel und Umweltminister Röttgen
10 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass schwarz-gelb plant viele der rot-grünen
11 Errungenschaften auf diesem Gebiet wieder zunichte zu machen. Der Atomausstieg wird in
12 Frage gestellt, der Ausbau der erneuerbaren Energie wird behindert und gebremst, finanzielle
13 Zusagen an Entwicklungsländer zum Klimaschutz werden nicht eingehalten und auch im
14 Bereich der Energieeffizienz werden keine zukunftsweisenden Anstrengungen unternommen.
15 Die Umweltpolitik in Deutschland befindet sich im ungeordneten Rückzug.

16 Uns Jusos kommt daher die Aufgabe zu, in die Sozialdemokratie mit nachhaltigen und
17 zukunftsfähigen Konzepten hineinzuwirken. Gerade im Interesse junger Menschen und der
18 nachfolgenden Generation müssen wir uns für ein energie- und rohstoffeffizientes
19 Wirtschaftsmodell einsetzen. Die Frage nach der Ausgestaltung dessen, ist eine soziale Frage.
20 Die SPD muss in der Lage sein auf diesem Gebiet mit schlüssigen Konzepten die
21 Bundestagswahl 2013 zu gewinnen.

22 **Die Zeit zu Handeln ist jetzt!**

23 Wie erwähnt sind die Grundlagen für die Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland
24 gelegt. Wichtige Schritte wurden beispielsweise mit dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
25 gegangen. Diese vorhandenen Maßnahmen müssen verstetigt und verbessert werden. Es
26 kommt hierbei auf den richtigen Mix von Anreizsetzung und ordnungspolitischen Eingriffen
27 an. Werden die angebotenen Anreize von Bevölkerung und Wirtschaft angemessen
28 ausgenutzt ist diese Variante vorzuziehen. Wird jedoch deutlich, dass der
29 gesamtgesellschaftlich vorhandene Wille eines klima- und energiepolitischen Wandels nicht
30 über Anreizregulierung erreichbar ist, müssen Gesetze die notwendigen Maßnahmen in sozial
31 verträglichem Maße durchsetzen. Dabei darf nicht vernachlässigt werden, dass es gerade

1 finanziell schlechter gestellten Menschen, oft nicht möglich ist in effizientere Technologien
2 oder modernere Standards zu investieren, da gerade die Anschaffung solcher Geräte sehr
3 kostenintensiv ist und sie sich oft erst nach einigen Jahren rechnen würden. Sozial
4 Benachteiligte gilt es zusätzlich zu den Regelsätzen, mehr als bisher, bei der Anschaffung von
5 effizienteren Geräten zu unterstützen. Schließlich sind auch sie es, die am meisten unter
6 hohen Stromrechnungen leiden.

7 Hierbei ist auch anzumerken, dass jegliche Form der Energieeffizienzsteigerung wie ein
8 Konjunkturprogramm wirkt indem es die Nachfrage nach Handwerksdienstleistungen,
9 modernen Produkten und Energiedienstleistungen spürbar erhöht, wenn diese auch für breite
10 Bevölkerungsschichten finanzierbar sind.

11 Die Jusos fordern, dass sich alle Mitglieder und Gremien der SPD in den Kommunen, den
12 Ländern, auf der Bundesebene und in Europa für folgende Forderungen einsetzen:

13 **Unsere Forderungen im Bereich der Neubauten und der Bestandsgebäude**

14 **1.**

15 Am Ziel den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25% zu
16 steigern muss festgehalten werden. Die entsprechende finanzielle Förderung dieser Anlagen
17 muss aufrechterhalten und ausgebaut werden. Unser Ziel für 2030 ist ein weiterer Anstieg der
18 KWK auf 50%.

19 **2.**

20 Die derzeitige Energieeinsparverordnung für Neubauten sieht eine Energieeffizienz-
21 steigerung in zwei Stufen um jeweils 30% in den Jahren 2008/2009 und 2012 vor. Wir
22 fordern, dass spätestens ab 2020 jeder Neubau den Qualitäten eines Passivhaus und ab 2030
23 eines Nullenergiehauses entsprechen muss. Die technischen Möglichkeiten hierzu sind bereits
24 heutzutage gegeben. Dazu müssen diverse technische und bauliche Elemente zum Tragen
25 kommen: Wärme- und Kälte­dämmung, Photovoltaik- und Solarthermieanlagen,
26 geothermische Hausanschlüsse, intelligente Strom-, Gas-, und Wasserzähler,
27 Regenwassernutzung, etc. Entsprechende Bauvorhaben für private oder gewerbliche Zwecke
28 sollen über die KfW-Bank mit zinsgünstigen Krediten gefördert werden.

1 3.

2 Für den Wohngebäudebestand müssen schnellstmöglich dieselben Energieeffizienz-standards
3 erreicht werden. Hierzu ist zuerst ein bedarfsorientierter Energiepass von Nöten, der den
4 Namen auch verdient. Den Mieterinnen und Mietern muss es möglich sein schnell und
5 unbürokratisch die Energiebilanz des Gebäudes zu erfahren. Kommt ein Vermieter seinen
6 Verpflichtungen aus der Energieeinsparverordnung nicht nach, haben die Mieter das Recht
7 die Miete pauschal zu kürzen um die erzwungenermaßen höheren Energiekosten
8 auszugleichen. Die Kosten für die energetische Gebäudesanierung dürfen nicht auf die Miete
9 umgelegt werden. Bei der Sanierung soll insbesondere auch der sozial geförderte
10 Wohnungsbau nicht zu kurz kommen, damit die Mietnebenkosten in Zeiten steigender
11 Energiepreise auch für Einkommensschwache bezahlbar bleiben.

12 4.

13 Die öffentliche Hand muss finanzielle Anreize zur energetischen Gebäudesanierung setzen.
14 Dies kann über einen Sonderfonds oder verbesserte Steuerabschreibungsmöglichkeiten
15 geschehen. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm muss fortgeführt und jährlich um min.
16 500 Mio. Euro aufgestockt werden. Vergleichbar mit dem Stufensystem bei Neubauten sollen
17 zusätzlich gesetzliche Mindestanforderungen definiert werden. Das Ziel muss sein den
18 Energieeffizienzgrad des Wohngebäudebestands in Deutschland bis Mitte dieses
19 Jahrhunderts um min. 50% zu steigern.

20 5.

21 Bei der energetischen Gebäudesanierung kommt der öffentlichen Hand eine Vorreiter- und
22 Vorbildfunktion zu. Deutschlandweit dürfen keine öffentlichen Gebäude mehr gebaut werden
23 die nicht mindestens den Energieeffizienzstandards eines Niedrigenergiehauses entsprechen.
24 Ab 2020 müssen öffentliche Gebäude so geplant und gebaut werden, dass sie mehr Energie in
25 die Netze einspeisen als sie selbst verbrauchen. Wichtig ist, dass alle Kommunen hierbei
26 mitziehen, das heißt weniger finanzkräftige Gemeinden müssen unterstützt werden.
27 Langfristig soll das Top-Runner-Prinzip auch in der Energieeinsparverordnung verankert
28 werden, so dass der höchste erreichte Standard zur Minimalforderung wird.

29 6.

30 Die Gebäude von Gewerbe, Industrie und Einzelhandel bieten besondere Potentiale zur
31 Energieeinsparung, sind aber oftmals auch große Energiekonsumenten. Für Neubauten und

1 geplanten modernisierungsarbeiten soll jeder gewerbliche Betrieb den besten
2 Effizienzstandards seiner üblichen Branche entsprechen. Hier müssen für die entsprechenden
3 Branchen Richtlinien eingeführt werden. Als Anreize soll von staatlicher Seite
4 (Umweltbundesamt o. Ä.) ein Energie- und Rohstoffeffizienzsiegel mit strikten Grenzwerten
5 für Unternehmen eingeführt werden. Unternehmen die dieses Siegel nach einem strengen
6 Energieaudit erhalten haben, kommen daraufhin in den Genuss einer Körperschafts- oder
7 Unternehmenssteuerreduzierung. Hierdurch wird ein dreifacher finanzieller Anreiz geboten:
8 erstens durch die Steuerreduzierung, zweitens durch die eingesparten Energiekosten und
9 drittens durch die Möglichkeit die ökologische Wirtschaftsweise vermarkten zu können.

10 **Unsere Forderungen für Haushaltsgeräte und Produktionsanlagen**

11 1.

12 Bei den Haushaltsgeräten, aber auch bei größeren Produktionsanlagen, brauchen wir strenge,
13 wirksame und dynamische Öko-Design Richtlinien. Diese müssen sowohl auf nationaler, wie
14 auch auf europäischer Ebene schnellstmöglich umgesetzt werden. Als Instrument zur
15 Förderung der Energie- und Rohstoffeffizienz sowie der Innovationskraft der Unternehmen
16 dient hierbei das Top-Runner Programm nach japanischem Vorbild. Für die
17 VerbraucherInnen ist es zudem von besonderer Bedeutung, dass eine leicht verständliche und
18 möglichst präzise Produktinformation in Form von Energieeffizienzsiegeln besteht. In
19 Zukunft muss jedoch nicht nur der Energiebedarf beim Betrieb, sondern auch der CO₂-
20 Fußabdruck bei der Herstellung des Produkts ausgezeichnet werden (Lebenszykluskosten).

21 2.

22 Alle Menschen haben das Recht auf energieeffiziente Haushaltsgeräte und die damit
23 einhergehenden Einsparpotentiale. Dies trifft insbesondere auch auf wirtschaftlich schlechter
24 gestellte Bevölkerungsgruppen zu. Die Kommunen sind hierbei in der Pflicht eine fundierte
25 Energieberatung anzubieten. Um das Bewusstsein für Energieeffizienz zu erhöhen sollen an
26 alle Haushalte von LeistungsempfängerInnen kostenlose Energiestarterpakete (mit
27 Energiesparlampen, abschaltbaren Steckdosen, Produktinformationen, Strommessgerät, etc.)
28 ausgeben werden. Damit Strom in Zukunft nicht zum Luxusgut wird, sind Programme der
29 öffentlichen Hand zur Unterstützung beim Erwerb von energieeffizienten
30 Haushaltsgroßgeräten, wie z.B. die Ausgabe von Einkaufsgutscheinen durch die kommunalen
31 Versorger oder alternativ eine entsprechende Einmalzahlung als Zuschuss zum Hartz-IV-

1 Regelsatz, nötig.

2 **Unsere Forderungen für den Verkehrsbereich**

3 1.

4 Generell ist der ÖPNV dem motorisierten Individualverkehr vorzuziehen. Hierzu muss dieser
5 ausgebaut und entscheidend verbessert werden. Gleichzeitig sollte der ÖPNV steuerlich
6 spürbar besser gestellt werden.

7 2.

8 Um den Übergang zur Besteuerung nach CO₂-Ausstoß sozialverträglich zu gestalten, gilt für
9 Personenkraftwagen, deren Erstzulassung zum Zeitpunkt der Einführung der neuen
10 Besteuerung länger als 10 Jahre zurückliegt weiterhin die Besteuerung nach Hubraumgröße.

11 3.

12 Die Steuerabzugsfähigkeit von Dienstwagen darf nur noch gegeben sein, wenn diese
13 Dienstfahrzeuge höchsten Effizienzstandards entsprechen. Die Besserverdienenden in unserer
14 Gesellschaft müssen neben ihrer sozialen auch ihrer ökologischen Verantwortung gerecht
15 werden. Ein steuerabzugsfähiges Dienstfahrzeug darf nur noch maximal 130 Gramm CO₂
16 pro 100 KM ausstoßen. Dieser Wert sinkt alle fünf Jahre um 10 Gramm. Die
17 LeistungsträgerInnen in unserer Gesellschaft müssen neben ihrer sozialen auch ihrer
18 ökologischen Verantwortung gerecht werden.

19 4.

20 Der Lkw-Verkehr auf den deutschen Autobahnen stößt an die Grenzen der Belastbarkeit.
21 Dennoch wird er bis 2020 deutlich zulegen. Die Lkws legen zwar nur ein Zehntel aller
22 gefahrenen Kilometer zurück, produzieren aber mehr CO₂ und andere meist krebserregende
23 Schadstoffe als die Pkws. Bis heute gibt es keinen CO₂-Grenzwert pro gefahrenen Kilometer
24 der als verbindlich für die Lkw-Hersteller festgelegt wurde. Darüber hinaus werden die Lkws
25 auf lange Sicht nicht mit elektrischer Energie fahren. Daher fordern wir diesen notwendigen
26 verbindlichen CO₂-Grenzwertausstoß für Lkws, der von unabhängigen wissenschaftlichen
27 Institutionen ermittelt wird, bis 2015 einzuführen. Weiter fordern wir ab 2015 eine
28 Mautgebühr für LKWs die sich nicht ausschließlich nach der Achsanzahl und dem Gewicht
29 richtet, sondern auch den CO₂-Mehrausstoß gegenüber dem von uns geforderten Grenzwert
30 berücksichtigt.

1 Generell fordern wir, dass mehr Güter auf der Schiene transportiert werden.
2 Dies ist nicht nur effizienter und billiger, sondern spart im Gegensatz zur
3 Beförderung mit LKW auch deutlich CO² ein und wird zu einer erheblichen
4 Entlastung der Autobahnen führen.

5 **Unsere Forderungen für die Bildungslandschaft**

6 Alle genannten Maßnahmen sind sinnlos, wenn ein verstärkt ökologisches Denken &
7 Handeln, nicht in den Köpfen der heranwachsenden Generation ankommt. Hier reicht es
8 nicht aus allein finanzielle Anreize und ressourcenschonende Gesetze zu schaffen! Deshalb
9 fordern wir zusätzlich für die Ausbildung junger Menschen an Schulen & Hochschulen:

10 1.

11 Die Vermittlung von Umweltbewusstsein muss so früh wie möglich im Schulalltag etabliert
12 sein. Dabei reicht es nicht aus, Probleme der Rohstoffversorgung, das
13 verantwortungsbewusste Umgehen mit Rohstoffen und eine energieeffiziente – ökologische -
14 Lebensweise am Rande von bereits bestehenden Fächern anzureißen. Das Vermitteln dieser
15 wichtigen Inhalte soll in Zukunft fest in den Lehrplan der Fächer wie Biologie, Chemie oder
16 den Sozialwissenschaften enthalten sein!

17 2.

18 Eine weitere zentrale Rolle kommt den Hochschulen als Forschungs- und (!)
19 Lehrinstitutionen zu. Ökologisch-innovative Studiengänge oder Fachrichtungen wie
20 Umweltmanagement, Georessourcenmanagement, Energietechnik um nur wenige zu nennen,
21 müssen personell und finanziell so ausgestattet sein, dass mit einer Zunahme der Entwicklung
22 in den oben beschriebenen Gebieten auch in Zukunft zu rechnen ist.

23 Unser Ziel ist es, den Wissensstand in diesen Fachgebieten immer weiter auszubauen,
24 innovativ zu denken und stets dabei die eigene Verantwortung gegenüber den kommenden
25 Generationen nicht zu missachten! Unser Ziel ist es Deutschland zu einem sozial-
26 ökologischen Wirtschaftsstandort orientiert an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu machen!

27



2 Wehrpflicht und Zivildienst abschaffen!

3 Schwarz-Gelb ist sich in vielen Fragen nicht ganz so einig, wie es sich einige sowohl
4 innerhalb der Bevölkerung aber auch innerhalb der Koalitionsparteien vor der Wahl
5 gewünscht haben. So auch wenn es um den Umgang mit dem Wehrdienst und den
6 Zivildienst geht.

7 Die FDP hatte sich in Ihrem „Deutschlandprogramm“ sehr klar und deutlich für eine
8 Abschaffung der Wehrpflicht ausgesprochen. Die CDU dagegen hält felsenfest an der
9 Wehrpflicht fest. So war man gespannt wie beide Parteien zum einem gemeinsamen Nenner
10 kommen und PolitikerInnen beider Parteien ließen keinen Zweifel daran, dass man auch zu
11 einer Einigung kommen würde. Wenn Meinungen zu einem bestimmten Punkt so weit
12 auseinander liegen, so waren unsere Befürchtungen damals, dass es zu einer nicht
13 zufriedenstellenden Kompromisslösung kommen würde. Und so kam es auch. Im
14 Koalitionsvertrag beschlossen die KoalitionärInnen, dass beide an der Wehrpflicht festhalten
15 wollen und Wehr- sowie Zivildienst ab dem 01.01.2011 auf sechs Monate verkürzt werden
16 soll.

17 Ernüchternd mussten die Beteiligten - Bundeswehr und Wohlfahrtsverbände - feststellen,
18 dass damit niemanden geholfen ist. Bei einer Grundausbildung von 3 Monaten, in manchen
19 Bereichen des Zivildienstes sogar länger, ist eine Verkürzung auf 6 Monate mehr als töricht.
20 An dieser Stelle hatte die FDP nicht den Mut den konsequenten Schritt zu gehen und zu
21 ihrem Wahlprogramm zu stehen.

22 Grundsätzlich wäre eine Verkürzung der Dienstzeit zu begrüßen, wenn man diese als
23 Einstieg in den Ausstieg verstehen könnte. Doch die Entscheidung ist eben nur reine
24 Kompromisslösung, die letztendlich einerseits die Situation verschärft, in dem die Ausbildung
25 ad absurdum geführt wird, der Personalwechsel bei den Zivildienststellen noch häufiger
26 stattfinden wird und andererseits ein System aufrecht erhält, dass ungerecht ist und einen tief

1 greifenden Einschnitt in die Lebensplanung junge Männer darstellt.

2 Die Wohlfahrtsverbände haben bereits angekündigt, dass eingehend geprüft werden soll, ob
3 man das Instrument Zivildienst überhaupt noch einsetzen will. Kritisch betrachtet verwundert
4 dieser Sinneswandel jedoch schon, wurde die letzten Jahre doch gerade von diesen Verbänden
5 immer wieder kolportiert, unser Sozialsystem würde zusammenbrechen, sollte der Zivildienst
6 abgeschafft werden.

7 Bei der Bundeswehr wiederum hält man sich bedeckt auch wenn der Bundeswehrverband
8 durchaus Kritik an dem sog. W6 (Wehrpflicht in 6 Monaten) geäußert hat. Ankündigungen,
9 aufgrund der verkürzten Zeit den Wehrpflichtigen den Urlaub zu streichen, haben gerade den
10 Interessensverband der SoldatInnen und Grundwehrdienstleistenden (GWDL) auf den Plan
11 gebracht. Sie befürchten einen höheren Druck auf die GWDLs und schlechte Bedingungen.
12 Auch wenn wir als Jusos die Wehrpflicht abschaffen wollen, darf es bei einem Erhalt der
13 selbigen nicht zu schlechteren Bedingungen kommen. Schon heute sind GWDL gegenüber
14 ZDL in einigen Bereichen schlechter gestellt.

15 Die Wehrpflicht ist nicht nur sicherheitspolitisch oder aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten
16 nicht mehr zu rechtfertigen. Zudem können durch den Wegfall des Zivildienstes könnten
17 zahlreiche reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, insbesondere sozialen bzw.
18 pflegerischen Bereich geschaffen werden. Allein der Bund wird nach eigenen Angaben durch
19 einen verkürzten Zivildienst tatsächlich bis zu 170 Millionen Euro einsparen wird.

20 Deshalb fordern wir Jusos weiterhin die Wehrpflicht und den Zivildienst abzuschaffen oder
21 zumindest auszusetzen. Stattdessen müssen sozialpflichtige Freiwilligendienste, wie das
22 Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) , das Freiwillige Kulturelle Jahr(FKJ) oder das Freiwillige
23 Ökologische Jahr (FÖJ), im In- und Ausland ausgebaut werden. Doch die Regierung hat kein
24 langfristiges Konzept für Freiwilligendienste und nimmt ausschließlich kosmetische
25 Korrekturen vor, wie etwa den Vorschlag der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes. Wir
26 lehnen eine solche Option ab, weil sie einmal mehr die Pflichtdienste zementiert und die
27 freiwerdenden Gelder aus der Dienstverkürzung nicht den Freiwilligendiensten zu Gute
28 kommen lässt. Auch die geplante Streichung der Möglichkeit, dass anerkannte
29 Kriegsdienstverweigerer Freiwilligendienste leisten, lehnen wir ab. Beide schwarz-gelbe
30 Vorhaben schwächen die Freiwilligendienste, die wir stärken wollen.

1 **Freiwilligendienste ausbauen!**

2 Auch wenn wir den Zivildienst ablehnen, so sind wir uns durchaus bewusst, welche positiven
3 Effekte er auf die Persönlichkeitsbildung haben kann und welchen Nutzen er in vielen
4 Bereich auch für die Gesellschaft bringt. Unsere Kritik richtet allerdings gegen den Zwang
5 und den Eingriff in die Lebensplanung junge Männer.

6 Wir glauben fest daran, dass auch ohne den Zwang viele junge Menschen sich freiwillig für
7 eine überschaubare Zeit in den Dienst der Gesellschaft stellen würden. Dies zeigt schon heute
8 die hohe Nachfrage, insbesondere bei jungen Frauen, die nicht für den Zivildienst oder
9 Wehrdienst heran gezogen werden müssen. Diese Bereitschaft muss unterstützt und ebenso
10 anerkannt werden.

11 Die gestiegene Nachfrage führt mittlerweile zu Engpässen so, dass nicht ausreichend Plätze
12 zur Verfügung stehen. Die Mitteln, die durch eine Abschaffung des Zivildienstes frei werden
13 würden, müssten daher explizit für den Ausbau der Freiwilligendienst eingesetzt werden.

14 Darüber hinaus müssen die Freiwilligendienste deutlich attraktiver werden. Dies betrifft auch
15 die Vergütung. Auch wenn in den meisten Dienstformen Freiwillige ein Taschengeld oder
16 andere monetäre Gratifikationen bekommen sowie teilweise Sozialversicherungsbeiträge
17 gezahlt werden, reicht es für viele nicht aus, um in dieser Zeit den Lebensunterhalt zu
18 sichern. Dies gilt insbesondere dort, wo die Länder äußerst geringe Entschädigungen zahlen,
19 die zum Leben nur mit Unterstützung der Eltern ausreichen. Schon heute werden
20 Freiwilligendienste vor allem von jungen Menschen aus wohlhabenden Elternhäusern und
21 mit hohen Bildungsabschlüssen nachgefragt. Jugendliche aus einkommensschwächeren
22 Haushalten, solche mit Hauptschulabschluss , aber auch solche mit Migrationshintergrund,
23 nehmen die Angebote seltener wahr, auch aus finanziellen Gründen. Ein Freiwilligendienst
24 darf kein Luxus für Begüterte werden, deshalb muss die Vergütung steigen.

25 Freiwillige Dienste müssen an jeder Stelle im Lebenslauf attraktiv sein, unabhängig vom
26 beruflichen Werdegang und sozialer Situation. Aufgrund dessen ist es wichtig, dass die
27 Konzeption dahingehend verändert wird, dass ein Einstieg in dessen Dienst jederzeit möglich
28 ist und keine Nachteile entstehen, d.h vor allem auch die Übergänge in und aus dem Dienst
29 sinnvoll abgesichert werden. Damit ein besonderer Nachteil behoben wird, ist dafür zu
30 Sorgen, dass während des Dienstes Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden.

1 Es geht jedoch nicht darum, den freiwilligen Dienst auf eine „Arbeit gegen Geld“ zu
2 reduzieren, sondern darum, die Dienstzeit einigermaßen finanziell abzusichern. Es darf nicht
3 zu einer Monetarisierung der Freiwilligendienste bzw. zu Schaffung eines Niedriglohnssektors
4 für soziale Dienstleistungen kommen. Freiwilligendienste sind Bildungsdienste und keine
5 Minijobs! Dieser Charakter muss sich in der Programmbegleitung und bei der
6 Qualitätskontrolle widerspiegeln.

7 Die momentane Unterfinanzierung des FSJ hat dazu geführt, dass bei vielen Stellen keinerlei
8 Zuschüsse für Wohnkosten bezahlt werden und so Stellen nur noch als auf zu
9 HeimschläferInnenstellen angeboten werden. Bei der Umstrukturierung des Zivildienstes in
10 Freiwilligendiensten ist dar auf zu achten, dass Wohnkosten in angemessener Weise getragen
11 werden. Ein Ausbleiben solcher Zuschüsse verhindert, dass junge Menschen nach ihrer
12 schulischen Ausbildung den ersten Schritt in ein selbstständigeres Leben wagen können.
13 Genauso wichtig wie die Vergütung ist jedoch die gesellschaftliche Anerkennung des
14 freiwilligen Dienstes. Diese soll bspw. durch die Ausgabe eines „Freiwilligenausweises“, der
15 Vergünstigungen oder die Kostenfreiheit sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten
16 Angeboten ermöglicht geschehen. Wird dem Dienst eine Ausbildung im gleichen Bereich
17 angehängt, so sollen BewerberInnen bevorzugt oder eine Anrechnung des Dienstes
18 gewährleistet werden.

19 Freiwilligendienste schaffen einen Rahmen für den Erwerb sozialer, personaler und
20 instrumenteller Kompetenzen und ermöglichen die Erschließung bis dato unbekannter
21 Lebenswelten. Sie bieten vielen jungen Menschen erstmals die Möglichkeit, sich durch
22 konkretes Handeln jenseits des Lernumfelds der Schule/der Ausbildung zu bewähren und
23 soziale Verantwortung zu übernehmen. Und sie regen zum bürgerschaftlichen Engagement
24 an. Ehemalige Freiwillige engagieren sich nach ihrem Dienst im Durchschnitt häufiger als
25 andere ehrenamtlich.

26 Bei der letzten Evaluierung von Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen
27 Ökologischen Jahres (FÖJ) gaben jeweils ca. 90% der befragten Freiwilligen an, dass sie
28 sowohl viele fachliche Kenntnisse erworben, als auch Dinge gelernt hätten, „die keine Schule
29 vermitteln kann“. Daher sind gerade die pädagogischen Aspekte eines solchen Dienstes
30 elementar. Obwohl vieles durch den Dienst erlernt wird, ist eine pädagogische Betreuung
31 notwendig. Allerdings werden die Pauschalen für die pädagogische Begleitung, die aus dem

1 Kinder- und Jugendplan des Bundeshaushaltes finanziert werden, seit 2001 nicht erhöht.
2 Gleichzeitig machen die Träger seit mehreren Jahren darauf aufmerksam, dass die Ausgaben
3 für Bildungsangebote auf ihrer Seite deutlich gestiegen sind.

4 Um die Qualität der Jugendfreiwilligendienste als Bildungsdienste zu erhalten und weiter
5 auszubauen, müssen die Pauschalen erhöht werden, insbesondere die des FSJ, die unter denen
6 des FÖJ liegen. Auch hier könnten die frei werdenden Mittel eingesetzt aus der Verkürzung
7 oder gar auch der Abschaffung der Pflichtdienste eingesetzt werden.

8 **Engagement kann man nicht erzwingen**

9 Wir Jusos setzen uns seit Jahren gegen Pflichtdienste ein. Wir betrachten sie als
10 ungerechtfertigter Einschnitt in die Lebensplanung junger Männer und lehnen daher auch
11 jede Bestrebung nach einer allgemeinen Dienstpflicht ab.

12 Diese Position ist aber auch darin begründet, dass wir der Auffassung sind, dass Engagement
13 und den Einsatz für andere Menschen nicht erzwungen werden kann, sondern gesellschaftlich
14 gefördert und anerkannt werden muss. Es ist Aufgabe des Staates, dies zu fördern. Durch die
15 Verknüpfung von informeller Bildung und der Übernahme konkreter gesellschaftlicher und
16 sozialer Verantwortung schaffen wir ein stärkeres Bewusstsein für eine gerechtere
17 Gesellschaft. Dies gilt in gleichen Maßen für die Inlands- wie auch die Auslandsdienste.

18 Zusammen mit unsere BündnispartnerInnen bleiben wir daher dabei: Nein zu
19 Zwangsdiensten, Ja zur Förderung freiwilligen Engagements für alle.

Beschlussbuch
Juso-Bundeskongress 2011
„Gerecht für alle“

*25. -27.November in der Musik- und Kongreßhalle
Lübeck*



Inhaltsverzeichnis

A1 Gerecht für alle.....	4
B13 Generation unter Druck – Übergänge in den Arbeitsmarkt gestalten	24
B14 Keine Verlängerung der „Vermittlungsgutscheine“. BA stärken!.....	27
C1 Noten abschaffen – Bewertung gerecht gestalten!	29
C2 Privatschulen überwinden!.....	31
C4 Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft	33
C8 Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich	38
C10 Qualität der Wissenschaft politisch unterstützen	39
C11 Herzlichen Glückwunsch – 40 Jahre BAföG	40
C14 Umdenken bei der Hochschulfinanzierung	42
D2 Dresden Nazifrei unterstützen! - Nazis blockieren! - Zivilgesellschaft stärken!.....	45
D3 Kein Platz für Faschismus bei den Jusos und in der SPD	49
E1 Hoch die Internationale Solidarität!	53
E4 Neue Wege beschreiten – Die Bundeswehr abschaffen!.....	70
F2 Gleichstellung – Wider den Rollback	83
E5 Offenes Europa statt Zäune und Abfangboote: Für eine fortschrittliche europäische Migrations- und Asylpolitik.....	89
G1 Gerecht für alle. Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung.....	101
G8 Pflege solidarisch gestalten!.....	115
G13 Ersthelferversorgung am Unfallort verbessern.....	123
I1 Die soziale Frage im Netz stellen - digitale Ungleichheit überwinden	125
K1 Linke Wirtschaftspolitik.....	131
K2 Europa gerecht für alle. Die Zukunft des Euroraums solidarisch gestalten.....	141
K3 Öffentliche Investitionen: Wir wissen, was wir tun.....	150
M1 Chancengleichheit und Teilhabe – Integrationspolitik bei den Jusos.....	157
M5 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) – Für einen menschenwürdigen Umgang mit AsylbewerberInnen	169

N7 CCS- und CCR verhindern einen nachhaltig orientierten ökologischen Fortschritt.....	172
O1 Die SPD: Programmatischer, Offener, Weiblicher, Jünger	175
S2 Abschaffung der Maklerprovision für Wohnungssuchende	192
S3 Gleiches Recht für Alle!	193
V4 Verkehrslärm	201
INI 1 SPD konsequent erneuern – für einen Politikwechsel.....	203
INI 2 Nazi-Verbrechen aufklären, Nazis bekämpfen!.....	206
INI 3 Solidaritätserklärung.....	210
INI 4 Wir fordern: Trainee Stellen der Bundestagsfraktion angemessen vergüten!.....	211
INI 5 „Staatstrojaner abschaffen – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen – Grundrecht auf digitale Privatsphäre gewährleisten“	212

1 **A1 Gerecht für alle**

2 **Bundesvorstand**

3

4 **Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2011 – 2013**

5

6 Wir erleben eine Zeit der Umbrüche und der Widersprüche. Die Welt und Europa stecken in einer
7 Krise, die noch längst nicht überwunden ist. Der Siegeszug des Neoliberalismus ist obwohl er als
8 Ideologie in Bedrängnis geraten ist, in der tatsächlichen Politik hingegen keineswegs gestoppt. Unsere
9 Gesellschaft spaltet sich immer deutlicher. Viele werden ausgegrenzt. Viele haben sich auch
10 zurückgezogen und den innerlichen Abschied von der Demokratie und der Politik genommen. Einige,
11 weil sie es sich leisten können, andere, weil sie den Glauben an die Veränderbarkeit gesellschaftlicher
12 Verhältnisse verloren haben. Das betrifft auch und gerade junge Menschen. Trotz aller
13 Lippenbekenntnisse sind wir von gleichen Chancen für alle noch weit entfernt. Diese Gesellschaft
14 lässt viele junge Menschen auf der Strecke zurück. Und die, die von Haus aus reich an Chancen sind,
15 gehen häufig lieber ihren eigenen Weg, anstatt andere mitzunehmen.

16 Wir leben in Zeiten, in denen Alternativen gefragt sind. Wenn der Finanzmarktkapitalismus sein
17 Scheitern offenbart, wenn sich immer mehr Menschen aus unserer Gemeinschaft verabschieden, wenn
18 junge Menschen den Glauben an solidarische Lösungen verlieren, dann reicht es nicht aus, die gleiche
19 Politik mit anderen Nuancen zu machen. Dann muss man klare Alternativen benennen. Wir Jusos
20 bekennen uns zur Idee des Demokratischen Sozialismus, zur Idee einer Gesellschaft, in der alle
21 Menschen frei und gleich sind und solidarisch für einander eintreten.

22 Wir wollen diese Gesellschaft verändern. Wir wissen: Die Welt wird nicht automatisch gerechter,
23 wenn die SPD in der Regierung ist. Sondern, wenn wir es schaffen für unsere Idee der Gerechtigkeit
24 gesellschaftliche Bündnisse und Mehrheiten zu schmieden. Viele sind in anderen Organisationen und
25 Bündnissen aktiv und teilen dieselben Grundwerte wie wir. Wir wollen deshalb möglichst viele
26 mitnehmen und gemeinsam mit ihnen für einen echten Politikwechsel kämpfen. Das gilt für uns vor
27 der Wahl wie nach der Wahl.

28

29 I Die Herausforderungen unserer Zeit

30 Wir haben es derzeit mit drei großen Herausforderungen zu tun: Die größte Wirtschafts- und
31 Finanzkrise ist keineswegs vorüber, sondern wir stecken mittendrin. Wir erkennen Anzeichen einer

1 Erosion unserer Demokratie und zugleich eine zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft. Und wir
2 haben es mit einem tiefen Vertrauensverlust junger Menschen in die Sozialdemokratie zu tun.

3

4 1. Von der Finanz- zur Eurokrise

5 Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise war vor allem durch drei Ursachen bedingt. Durch die globale
6 Umverteilung von unten nach oben ist viel überschüssiges Kapital gebildet worden, dem eine weltweit
7 sinkende Massennachfrage gegenüber stand. Durch die Deregulierung der Finanzmärkte wurden
8 Anlagemöglichkeiten geschaffen, die immer riskanter wurden und keinen oder kaum
9 realwirtschaftlichen Bezug mehr hatten. Und durch die enormen Ungleichgewichte im Außenhandel
10 war das wirtschaftliche Wachstum sowohl der Überschuss- als auch der Defizitländer gleichsam labil
11 und für den Übersprung der Krise auf die Weltwirtschaft anfällig.

12 Das Eingreifen der Staaten in der Krise hat den Kollaps verhindern können. Das zeigt auf der einen
13 Seite, dass der Staat noch immer ein handlungsfähiger Akteur sein kann. Auf der anderen Seite aber
14 handelte es sich bei diesem Eingreifen nicht um ein Aufbrechen der kapitalistischen Strukturen,
15 sondern um die Sicherung sowohl des Systems als auch der maßgeblichen Profiteure des
16 Finanzmarktregimes. So wirksam die Bekämpfung der Krisensymptome gewesen sein mögen, so
17 wenig hat sich aber an den Rahmenbedingungen geändert. Weder wurden die Finanzmärkte
18 konsequent reguliert, noch ist eine Bekämpfung der globalen Ungleichheit und der Ungleichgewichte
19 in Sicht. Dies zeigt, dass die neoliberale Hegemonie nicht gebrochen ist. Schlimmer noch: Die
20 Gelder, die die Staaten in der Krise in die Hand genommen haben, verbleiben als Staatsschulden der
21 Allgemeinheit, während von einer stärkeren Beteiligung der Verursacher an der Krise abgesehen wird.
22 Wenn heute von der Euro-Krise gesprochen wird, dann mögen einige der aufgeworfenen Probleme,
23 wie die Staatsschulden in Griechenland zum Teil hausgemacht sein. Doch die anderen sogenannten
24 Krisenländer hatten vor der Finanzmarktkrise weder eine hohe Staatsverschuldung noch ein hohes
25 öffentliches Haushaltsdefizit, sondern teilweise sogar Staatsüberschüsse – bei einer zunehmenden
26 Verschuldung des privaten Sektors. Wenn aber nun die Misswirtschaft der Staaten als Ursache
27 benannt wird, verschleiert dies die wirklichen Gründe. Es war die Finanzkrise und die neoliberale
28 Ideologie des schlanken Staates mit einem Wettlauf um die günstigsten Steuern, die hauptsächlich zur
29 Handlungsunfähigkeit beigetragen haben. Die Rezepte der Staatengemeinschaft gegen diese Krise
30 sind altbekannt: Durch horrende Sparmaßnahmen und Sozialkürzungen sollen die Staaten gerettet
31 werden – sie werden aber nur immer stärker in den Strudel gerissen, alle Wachstumsimpulse werden
32 abgewürgt. Mit diesem Programm werden klare Interessen vertreten: Zentral ist nicht ein besseres
33 Leben für viele Menschen, sondern die Sicherung der Kapitaleigner.

34 Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ist die globale Klimakrise fast vollständig aus dem
35 öffentlichen Bewusstsein gerückt. Dabei sind die Probleme alles andere als gelöst: Wenn es nicht in

1 den kommenden Jahren gelingt, den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren, steht uns ein weltweiter
2 Klimakollaps mit gravierenden Folgen bevor. Der Kapitalismus wird dieses Problem nicht beseitigen –
3 er ist durch seine Profitlogik und damit seine auf kurzfristige Zeiträume orientierten Zyklen auch hier
4 eine der Ursachen. Lässt man dem Spiel freien Lauf, dann werden wie üblich die Profite privatisiert,
5 während die Kosten verallgemeinert werden. Die bisherigen Schritte der internationalen
6 Staatengemeinschaft dazu sind unbefriedigend. Es reicht weder aus, allein nationalstaatliche Schritte
7 zu gehen, noch die Verantwortung auf die internationale Ebene zu schieben. Hinter der Klimafrage
8 stehen weltweite Verteilungskonflikte, die überwunden werden müssen. Dabei spielt auch die
9 veränderte Staatenordnung eine Rolle, die sich etwa in den G20 zeigt. Durch den Aufstieg der
10 Schwellenländer und das wachsende Selbstbewusstsein regionaler Hegemonialstaaten sehen die
11 kapitalistischen Kernstaaten der Nordhalbkugel ihre Vorherrschaft in Gefahr und müssen andere
12 Interessen integrieren.

13

14 2. Gesellschaftliche Spaltung und die Krise der Demokratie

15 In einer Zeit, in der sich demokratische Umwälzungen weltweit ausbreiten, nimmt die Demokratie in
16 Deutschland als Folge der gesellschaftlichen Spaltung Schaden. Im Zuge der ökonomischen
17 Entwicklungen und politischer Entscheidungen geht es heute einem großen Teil der Bevölkerung in
18 diesem Land schlechter als noch vor 15 Jahren. Die Reallöhne sind gesunken, atypische und prekäre
19 Beschäftigung hat sich massiv ausgeweitet, Sozialleistungen wurden gekürzt und staatliche Leistungen
20 gestrichen. Das ist die empirisch messbare Seite. Hinzu kommt ein bis in die Mittelschicht reichendes
21 Gefühl der zunehmenden Ungerechtigkeit und Unsicherheit, egal, ob es individuell zutreffen mag
22 oder nicht. Gab es früher den gesellschaftlichen Konsens, dass die, die Vollzeit erwerbstätig sind, von
23 ihrer Arbeit leben können und Chancen auf den Aufstieg haben, gilt dieser heute schon längst nicht
24 mehr. Und war es früher eine Selbstverständlichkeit, dass es eine angemessene soziale Absicherung für
25 die großen Lebensrisiken gibt, wurde auch dies mehr und mehr eingeschränkt. Trotz einer formalen
26 theoretischen Zustimmung als beste Staatsform sind die Erosionen des Vertrauens in die Demokratie
27 und damit in die Politik unverkennbar. Immer weniger Menschen glauben, dass Politik überhaupt
28 noch in der Lage ist, gesellschaftliche Zustände zu verändern. War das Vertrauen in politische
29 Parteien immer schon eingeschränkt, ist es heute auf einem historischen Tiefstand. Das Gefühl „Wir
30 hier unten – ihr da oben“ nimmt zu. Das zeigt sich in durchschnittlich niedrigerer Wahlbeteiligung als
31 noch vor zehn Jahren, das zeigt sich in Protesten gegen einzelne Projekte, das zeigt sich aber auch in
32 der zunehmenden Einschätzung, die Demokratie sei nicht in der Lage, die Probleme der Menschen
33 zu lösen. Die schlimmste Ausprägung dieses Vertrauensverlustes ist die Zunahme rassistischer,
34 chauvinistischer und antisemitischer Einstellungen. Rund ein Viertel aller Menschen muss als
35 ausländerfeindlich bezeichnet werden, immerhin noch ein Fünftel teilt chauvinistische Ansichten. Das

1 alles sind Denkweisen, die schon immer latent vorhanden waren. Das Problem sind eben nicht nur die
2 Nazis, sondern auch die an den Stammtischen weit verbreiteten alltagsrassistischen Einstellungen.
3 Wenn wir Jusos über die Probleme unserer Demokratie diskutieren, dann reicht es für uns nicht aus,
4 nur über neue oder andere Beteiligungsverfahren und einem mehr an direkter Demokratie zu
5 sprechen. Natürlich können mehr direkte Entscheidungen der Menschen zu einer Wiederbelebung
6 der demokratischen Kultur führen. Allerdings gibt es auch bei direkter Demokratie und
7 Bürgerbegehren ungleiche Beteiligungschancen. Dies muss kritisch ausgewertet werden. Wir müssen
8 aber auch Antworten auf drei andere Fragen geben.

9 Erstens muss es uns darum gehen, was heute überhaupt noch demokratisch entschieden werden kann.
10 Die Politik hat selbst dazu beigetragen, dass durch Privatisierungen, Steuersenkungen und damit
11 verbundenem staatlichem Leistungsabbau die Spielräume für demokratische Entscheidungen geringer
12 geworden sind. Zudem haben sie jahrelang selbst im Chor mit vielen anderen predigt, dass die Politik
13 gar nicht mehr die Möglichkeit hat, Entscheidungen zu treffen, sondern diese quasi von höheren
14 Mächten alternativlos vorgegeben sind. Wenn wir Jusos über Demokratie sprechen, dann muss es uns
15 auch immer um diese materielle Seite gehen, dann müssen wir mehr Demokratie auch als Weg
16 verstehen, unsere Idee des Demokratischen Sozialismus zu verwirklichen.

17 Zweitens muss es uns aber auch um die Frage der Teilhabe gehen. Für uns Jusos und die meisten
18 Menschen ist für die gesellschaftliche Integration Erwerbsarbeit zentral. Viele Menschen haben sich
19 aus der Gesellschaft verabschiedet und nehmen auch an unserer Demokratie nicht (mehr) teil. Das ist
20 auf der einen Seite eine soziale Spaltung. Rund ein Zehntel unserer Gesellschaft gehört zum
21 abgehängten Prekariat. Viele dieser Menschen leben in Armut, haben keine Arbeit, sind verschuldet
22 und haben kaum Bildungschancen. Etliche sehen für sich keine Perspektiven und haben das Vertrauen
23 in die Veränderbarkeit von gesellschaftlichen Zuständen verloren. Für ein reiches Land ist das ein
24 Skandal. Auf der anderen Seite erleben wir aber auch immer wieder andere Ausschlussmechanismen.
25 Auch wenn wir in unserem Kampf für Gleichstellung in den letzten 150 Jahren ein Stück voran
26 gekommen sind, ist die Gleichheit von Frau und Mann noch längst nicht erreicht. Frauen verdienen
27 noch immer durchschnittlich weniger, haben geringere Aufstiegschancen und sind in den
28 gesellschaftlichen Entscheidungspositionen unterrepräsentiert.

29 Dazu gehört auch, dass wir endlich eine fortschrittliche Debatte über die Einwanderungsgesellschaft
30 führen. Noch immer ist nicht einmal Konsens, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, das
31 Zielgesellschaft von vielen Millionen Neuzugewanderten ist und auch in Zukunft bleiben soll. Dabei
32 ist diese Land inzwischen weit mehr, nämlich eine Einwanderungsgesellschaft in dem Sinne, dass aus
33 MigrantInnen Niedergelassene geworden sind, die selbst und deren Nachfahren in dieser Gesellschaft
34 ihren Lebensmittelpunkt haben und diese Gesellschaft vielfältiger machen. JedeR fünfte EinwohnerIn
35 Deutschlands hat einen Migrationshintergrund, bei Kindern unter drei Jahren sogar jedes dritte. Viele

1 Menschen mit Migrationshintergrund gehören heute der zweiten oder dritten Generation ehemaliger
2 ArbeitsmigrantInnen- oder Flüchtlingsfamilien an, sie haben keine Migrationserfahrung und für sie
3 ist die „Heimat“ ihrer (Groß)Eltern nur noch eine unbekannter Ort. Sie alle begehren Teilhabe und
4 Anerkennung, aber werden oftmals diskriminiert und ausgeschlossen, ob im Bildungssystem, auf dem
5 Arbeitsmarkt oder beim Zugang zu Leitungsfunktionen. Die politische Teilhabe von Menschen mit
6 Migrationshintergrund ist durch formelle und informelle Hürden eingeschränkt. Sie finden eine
7 Gesellschaft vor, die ihnen oftmals nicht die Möglichkeit einräumt, sie politisch gestalten zu dürfen.
8 Jedoch werden oft gerade nicht die Institutionen und Praktiken der Mehrheitsgesellschaft in Frage
9 gestellt, die die gemeinsame Teilhabe aller Menschen hemmen, sondern die Menschen mit
10 Migrationshintergrund und ihre vermeintliche „Integrationsverweigerung“ selbst. Oft werden dabei
11 soziale Probleme, die unabhängig von der Frage des Migrationshintergrundes existieren, ethnifiziert
12 und kulturalisiert. Dadurch erhöhen anhand von Identitäten ausgetragene Konflikte zunehmend die
13 Komplexität sozialer Kämpfe.

14

15 Und drittens begreifen wir Demokratie nie nur als ein Konvolut von Normen, Dokumenten und
16 Verfahren, sondern als lebendigen Prozess der Auseinandersetzung um die gemeinschaftliche
17 Veränderung der Gesellschaft. Demokratie ist eine Lebensmaxime und berührt alle gesellschaftlichen
18 Teilbereiche. Weder ist sie auf den Plenarsaal beschränkt, noch macht sie vor dem Werkstor oder der
19 Schultür halt. Wer die Demokratie durch Kontrolle und Überwachung, durch Einhegung der
20 Zivilgesellschaft und Ausgrenzung und Kriminalisierung von KritikerInnen gegenwärtiger
21 Verhältnisse zu verteidigen vorgibt, trägt sie tatsächlich zu Grabe. Unsere Demokratie ist eine
22 zivilgesellschaftliche, die neben parteipolitischer und parlamentarischer Arbeit auch aus Bündnissen
23 auf der Straße erwächst. Auch ziviler Ungehorsam kann ein Mittel der Demokratie sein. Unsere
24 Demokratie trägt nicht nur Nadelstreifen, sondern auch Kapuzenpulli.

25

26 3. Eine Generation in Unsicherheit

27 Alle diese Entwicklungen haben auch konkrete Auswirkungen auf junge Menschen. Dabei gibt es
28 nicht ‚die‘ Jugend oder ‚die‘ junge Generation, genauso wenig wie es die mittlere oder die ältere
29 Generation gibt. Auch bei jungen Menschen gibt es ärmere und reichere, unterschiedliche
30 Wertorientierungen und verschiedene Lebensstile. Was aber für alle gilt, ist, dass sich die Phase der
31 Jugend immer weiter verlängert hat. Mag es in früheren Zeiten für die meisten noch einen klaren und
32 frühen Schritt von der Jugend ins Erwachsenenleben gegeben haben, sind die Übergänge inzwischen
33 fließend. Das liegt auch an veränderten Bildungs- und Erwerbsbiographien. Natürlich gibt es noch die
34 ‚klassischen‘ Wege. Für andere gilt aber: Heute eine Ausbildung zu machen, bedeutet noch lange
35 nicht, morgen kein Studium aufzunehmen und zwischenzeitlich erwerbstätig zu sein. Einen ersten Job

1 zu haben bedeutet noch lange nicht, eine gesicherte Anstellung fürs Leben zu haben. Und eine
2 Familie lässt sich auch während der Studien- oder Ausbildungsphase gründen. Ob man sich
3 jugendlich oder erwachsen fühlt, ist eine Frage der Einstellung und keine des Lebensalters mehr.

4 Junge Menschen sind heute mit drei miteinander verwobenen Entwicklungen konfrontiert:
5 Unsicherheit, Leistungsdruck und zumindest die Angst vor Ausgrenzung und Abstieg. Die Sorge um
6 die eigene ökonomische Zukunft ist nicht ohne Grund das Top-Thema junger Menschen. Bereits die
7 Schulphase ist immer wieder von der Unsicherheit und der Angst vor dem Abstieg in eine andere
8 Schulform geprägt. Nach dem Schulabschluss ist für viele längst nicht klar, wie es weiter gehen soll.
9 Die Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz gestaltet sich zumindest schwierig, teilweise
10 auch als unlösbares Problem, die Beschränkung zu den Masterstudienplätzen baut nun eine weitere
11 Hürde auf. Und auch nach der Ausbildung erhalten viele – quer durch alle Bildungsschichten – nicht
12 gleich den Berufseinstieg, den sie wünschen. Unbezahlte Praktika, befristete und andere prekäre
13 Beschäftigungsverhältnisse sind eher die Regel als die Ausnahme. Die Zahl der psychischen
14 Erkrankungen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Viele haben Angst vor sozialem
15 Abstieg und Ausgrenzung. Für einige ist diese aber bereits in ihrer Jugend bittere Realität. Und der
16 soziale Aufstieg ist nicht zuletzt aufgrund des deutschen Schulsystems noch immer immens schwer,
17 kann von vielen nicht erreicht werden und wird mit Resignation beantwortet.

18 Junge Menschen gehen mit diesen Problemen ganz unterschiedlich um, es gibt aber zwei
19 übergreifende Trends: Auf der einen Seite schwindet die Bereitschaft zur Mitarbeit, zum anderen der
20 Glaube an kollektive Lösungen gesellschaftlicher Probleme. Junge Menschen sind aber nicht
21 unpolitisch, in den vergangenen Jahren hat das Interesse an politischen Themen sogar eher
22 zugenommen. Viele sind auch im weitesten Sinne politisch engagiert, doch in den seltensten Fällen in
23 einer Partei. Aber viele junge Menschen sind für uns Jusos erreichbar, sie teilen unsere Ziele und
24 Werte. Sie ordnen sich selbst im politischen Spektrum eher links ein und halten unsere ‚klassischen‘
25 Themen wie Bildung, Arbeit und soziale Sicherheit für enorm wichtig. Gleichzeitig treten aber auch
26 neue Themen hinzu. Die Frage des Datenschutzes stellt sich im digitalen Zeitalter neu. Gleiches gilt
27 für den Zugang zum Netz und der drohenden digitalen Spaltung. Dabei hat die Diskussion über
28 Netzpolitik in den letzten zwei Jahren zur Herausbildung von ExpertInnengruppen geführt, die
29 männlich dominiert und gleichstellungspolitisch meist blind ist, jedoch eine bisher inaktive Gruppe
30 aktiviert und politisiert hat. Auch für uns gilt es nun eine kontinuierliche Befassung mit
31 entsprechenden politischen Themen umzusetzen und die Diskussion zu verstetigen. Die diskutierten
32 Themen und Fragen sind keine, die sich rein auf Fragen des Netzes beschränken. Vielmehr bedeutet
33 die zunehmende Digitalisierung und Durchdringung der Gesellschaft mit modernen Informations-
34 und Kommunikationstechnologien einen Wandel, der bestehende Gesellschaftsbilder,
35 Wertvorstellungen und etablierte Abläufe und Verfahren ins Wanken bringt. Es gibt keine

1 Lebensbereiche mehr, die nicht von diesem gesellschaftlichen Wandel durchdrungen sind. Allein mit
2 dem Begriff der Netzpolitik wird deutlich, dass Fragen der ‚Digitalen Revolution‘ für junge Menschen
3 an Bedeutung gewonnen haben. Die etablierten Parteien – inklusive der SPD – haben in den
4 vergangenen Jahren einen erheblichen Vertrauensverlust in diesem Politikfeld erfahren müssen.
5 Oftmals wirken sie unfähig, die aufgeworfenen Fragen auch nur zu verstehen.

6 Das alles ist für uns Chance und Herausforderung zugleich. Wir müssen es schaffen, eine neue
7 gesellschaftliche Koalition zu schmieden. Wir machen Politik mit und für WeltverbessererInnen. Wir
8 kümmern uns um diejenigen, die sozial abgehängt sind. Aber wir müssen auch diejenigen ins Boot
9 holen, die sich emanzipieren und ihren eigenen Weg gehen wollen und für die ‚neue‘ Themen eine
10 hohe Bedeutung haben. Das bedeutet nicht, der Individualisierung das Wort zu reden. Sondern
11 unseren Begriff der Freiheit, die auch immer Freiheit von materiellen Zwängen ist, mit Leben zu
12 füllen.

13 II Jusos und die SPD

14 Die SPD befindet sich immer noch im Erneuerungsprozess - auch wenn dieser Prozess immer mehr
15 in den Hintergrund und tatsächliche und scheinbare Wahlerfolge in den Vordergrund rücken. Im
16 Erneuerungsprozess gehen einige Entscheidungen in die richtige Richtung. Doch es fehlt noch immer
17 eine klare Linie. Wichtige Entscheidungen stehen noch aus. Deshalb ist für uns der Bundesparteitag
18 2011 eine wichtige Wegmarke. Viel Hoffnung wurde von unserer Seite in den Erneuerungsprozess
19 gelegt, doch gerade was demokratische Verfahren betrifft wurden wir an vielen Punkten enttäuscht.
20 Zum Beispiel lagen viele grundlegende Anträge erst kurz vor dem Antragsschluss vor. Eine echte
21 Diskussion wird so schwierig. Wir Jusos haben immer zu Recht eine inhaltliche, personelle und
22 organisatorische Erneuerung eingefordert. Wir brauchen Fortschritte in allen Bereichen. Es gibt eine
23 inhaltliche Erneuerung an bestimmten Punkten, doch diese werden in vielen Fällen nicht vom
24 Spitzenpersonal mitgetragen.

25 Der Erneuerungsprozess ist mit dem Parteitag im Dezember nicht abgeschlossen. Es bleiben immer
26 noch inhaltliche Fragen offen, die beantwortet werden müssen. Und um die strategische Erneuerung
27 wird weiter gekämpft. Sehen wir uns weiter als linke Volkspartei oder konzentrieren wir uns auf einige
28 Kernmilieus. So kritisch der Begriff „linke Volkspartei“ in der Geschichte der SPD oftmals war, so
29 wichtig bleibt für uns das Bekenntnis, dass die SPD für große Teile der Gesellschaft kämpft und zwar
30 für die Unter- und die Mittelschicht. Es reicht eben nicht sich auf den Facharbeiter und eine Mitte
31 der Gesellschaft zu stützen. Wir brauchen dieses gesellschaftliche Bündnis zwischen Unter- und
32 Mittelschicht.

33 Die SPD sieht sich wieder im Aufwind. Doch von der offensichtlichen Schwäche von Schwarz-Gelb
34 profitieren wir zu wenig. Es gelingt uns selten, deutlich zu machen, dass die SPD alternative
35 Lösungsvorschläge hat. Oftmals kommen wir in der öffentlichen Diskussion nicht vor. Zu groß ist das

1 Misstrauen. Auf vielen Feldern sind wir nicht sprachfähig und es gibt keinen Konsens innerhalb der
2 Partei. Auf diese Schwäche mit einer Ausrichtung auf Personen zu antworten ist der falsche Weg. Wir
3 müssen Alternativen erarbeiten und uns Stück für Stück das Vertrauen der Bevölkerung als Partei
4 zurück erkämpfen.

5 Wir Jusos haben in den vergangenen Jahren ein erfolgreiches Stück Wegstrecke zurückgelegt.
6 Entgegen dem Trend haben wir unsere Mitgliederzahl stabil halten können. Offensichtlich ist ein
7 eigenständiger linker Jugendverband attraktiv für junge Menschen. Im Zuge der Parteireform waren
8 wir Jusos an vielen Stellen Vorbild für unsere Partei. Wir gehen auf junge Menschen zu und halten die
9 Hürden für die Mitarbeit zu gering wie möglich. Wir passen unsere Arbeitsstrukturen immer wieder
10 neuen Herausforderungen an. Der Juso-Bundesverband hat in den vergangenen Jahren mit den
11 Basiskongressen ein neues Format etabliert, bei dem möglichst viele Mitglieder mitdiskutieren
12 können. Wir haben im inhaltlichen und organisatorischen Reformprozess unserer Partei viele Akzente
13 setzen können. Und wir haben unsere Bündnisarbeit fortlaufend verbessert. Darauf ruhen wir uns aber
14 nicht aus. Auch wir müssen unsere Arbeitsweise fortlaufend verändern und unsere Strukturen auf den
15 Prüfstand stellen. Wir müssen die Kommunikation mit unseren Mitgliedern verbessern und mehr
16 Partizipationsmöglichkeiten schaffen. Wir müssen stärker gemeinsam an einem Strang ziehen und
17 kampagnenfähiger werden. Und wir müssen unsere Bildungsarbeit immer wieder dem Bedarf unserer
18 Mitglieder anpassen. Dabei ist es vor allem wichtig, unsere Angebote in enger Absprache mit den
19 Landesverbänden und Bezirken zu entwickeln.

20

21 III Unsere Kampagne 2011 -2013

22 Wir Jusos wollen diese Gesellschaft verändern und das Leben für viele besser machen. Dazu müssen
23 wir Antworten auf die genannten Herausforderungen geben und konkrete Reformprojekte benennen,
24 die uns unserem Ziel näherbringen. Wir wollen unsere Reformprojekte auch Wirklichkeit werden
25 lassen. Deshalb werden wir uns auch in den Bundestagswahlkampf 2013 mit unseren Inhalten
26 einmischen und wollen erneut den Jugendwahlkampf organisieren. Ein Wahlerfolg der SPD ist für
27 uns aber kein Selbstzweck. Diese Welt und diese Gesellschaft werden nicht automatisch gerechter,
28 wenn die SPD regiert. Sondern nur, wenn wir auch gesellschaftliche Mehrheiten für unsere
29 Vorschläge organisieren. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit anderen in die Erstellung des SPD
30 Wahlprogramms einbringen und danach an unseren erarbeiteten Forderungen festhalten und sie im
31 Bündnis mit anderen einfordern.

32 Wir werden unsere inhaltlichen Schwerpunkte in drei Projektgruppen erarbeiten, die zwei bis dreimal
33 jährlich tagen. Jeder Landesverband und Bezirk entsendet eineN DelegierteN in jede dieser
34 Projektgruppen. Anders als bislang müssen die Landesverbände und Bezirke niemanden dauerhaft
35 entsenden, sondern können von Fall zu Fall neu entscheiden, wer teilnehmen soll. Der

1 Bundesvorstand benennt pro Projektgruppe ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten mitarbeiten
2 sollen. Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit
3 einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projekts leisten können. Alle Projektgruppen haben
4 folgende Aufgaben:

5 Sie arbeiten zu den Themen vorhandene Positionierungen der Jusos auf und machen Vorschläge zur
6 Weiterentwicklung.

7 Sie bereiten den Basiskongress im Frühjahr 2012, den wir als öffentlichen Start unserer Kampagne
8 verstehen, inhaltlich mit vor. Die Ergebnisse des Basiskongresses fließen in die weitere Arbeit ein.

9 Sie bereiten eine verbandsöffentliche Fachkonferenz im Sommer/Herbst 2012 vor, in der die Themen
10 der Projektgruppe vertieft werden.

11 Sie legen dem Bundeskongress 2012 einen Leitantrag vor, in dem die Ergebnisse der
12 Projektgruppenarbeit enthalten sind und konkrete Anforderungen an das Wahlprogramm der SPD
13 formuliert werden.

14 Sie beteiligen sich an der inhaltlichen Vorbereitung von Wahlwerkstätten, die wir im Frühjahr 2013 in
15 Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken organisieren wollen.

16 Sie beteiligen sich an der inhaltlichen Vorbereitung des internationalen Arbeiterjugendtreffens im Jahr
17 2013, das wir gemeinsam mit den Falken organisieren.

18 Um die Rückkopplung mit den Landesverbänden und Bezirken zu verbessern, wird sich künftig der
19 Bundesausschuss (ergänzt um die Landes- und Bezirksvorsitzenden) jeweils im Anschluss an die
20 Sitzungen der Projektgruppen im Rahmen eines Verbandstages treffen.

21 Wir organisieren unsere Arbeit in folgenden drei Projekten:

22

23 1. Eine neue Weltwirtschaftsordnung

24 Die ökonomische Basis ist die Grundlage für die Verhältnisse in denen wir arbeiten und leben. Sie ist
25 der wichtigste Ansatzpunkt zur Umsetzung unserer politischen Vorstellungen. Wir beschränken uns
26 dabei nicht nur auf die Alltagspolitik und mittelfristige Projekte, sondern denken auch immer die
27 Systemfrage mit. Dafür muss als Konsequenz aus der Weltwirtschaftskrise ein neues Leitbild für eine
28 gerechtere Weltordnung in sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung entwerfen und
29 damit ein Gegenmodell zur neoliberalen Hegemonie aufstellen. Es muss darum gehen, die
30 Finanzmärkte sinnvoll zu regulieren, Umverteilung – hierzulande wie global – zu organisieren und die
31 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu reduzieren. Damit verbunden müssen auch Strategien zur
32 Entwicklung von Binnen- und Exportmärkten sein. Wir müssen dabei herausarbeiten, welche
33 konkreten Auswirkungen die Krise auf das Leben vieler Menschen hatte, wir müssen die Folgen der
34 Krise thematisieren und dabei auch die Geschlechterperspektive einbeziehen. Wir brauchen aber auch

1 Antworten, wie wir vor dem Hintergrund der Klimakrise ein neues Prosperitätsmodell für
2 Deutschland und Europa entwickeln wollen. Dabei müssen wir einen ebenen-übergreifenden Ansatz
3 anwenden und unsere Konzepte von der Kommune über Land, Bund, Europa und global aufeinander
4 abstimmen. Konkret geht es um folgende Fragestellungen:

5 Wie stellen wir dem internationalen Finanzkapitalismus wirksame demokratische Institutionen
6 entgegen? Auf welchen Ebenen muss was konkret geregelt werden?

7 Wie sorgen wir weltweit für mehr Gerechtigkeit, wie bekämpfen wir vor allem die sich immer weiter
8 öffnende Schere zwischen Arm und Reich?

9 Wie stellen wir uns eine stärkere europäische Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik vor? Wie soll
10 die Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung genau aussehen?

11 Was tun wir gegen die weltweite Klimakrise? Wie bereiten wir uns auf die anstehenden
12 internationalen Verhandlungen in den kommenden beiden Jahren vor und welche Positionen wollen
13 wir Jusos in die Debatte einbringen? Was tun wir gegen die weltweite Klimakrise? Welchen Einfluss
14 haben die Konferenzen Rio + 20 und UN-Klimakonferenz in Durban?

15 Wie kann ein nachhaltiges Wachstumsmodell für Deutschland und Europa aussehen? Welche
16 Perspektiven sehen wir für die Industriepolitik?

17

18 2. Mehr Demokratie und Teilhabe

19 Wir Jusos müssen die großen demokratischen Fragen unserer Zeit beantworten: die Ermöglichung der
20 gesellschaftlichen Teilhabe aller, die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die demokratische
21 Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft in unserem Land und die weltweite Demokratisierung.
22 Demokratie ist für uns nie allein eine Sache von staatlichen Institutionen und Verfahren, sondern
23 muss immer sowohl materiell betrachtet als auch zivilgesellschaftlich gelebt werden. Teilhabe für alle
24 kann nur dann gelingen, wenn nicht die Anpassung einer Minderheit an die von ihnen nicht
25 hinreichend mitgestalteten Normen einer Mehrheitsgesellschaft verlangt wird, sondern sich
26 Gesellschaft *insgesamt* verändert und der neuen Vielfalt all ihrer Mitglieder anpasst. Wir wollen mehr
27 Demokratie für alle wagen – hier und weltweit. Dazu müssen wir uns folgenden Fragen widmen:

28 Wie schaffen wir die Voraussetzungen für weitergehende Demokratisierung der Gesellschaft? Welche
29 Rolle sollen direktdemokratische Verfahren dabei spielen?

30 Wie bewerten wir die neuen Formen zivilgesellschaftlicher Demokratie- und Protestkultur? Wo sehen
31 wir PartnerInnen in diesen Bewegungen? Unter welchen Umständen ist ziviler Ungehorsam für uns
32 legitim?

33 Wie gehen wir weltweit mit der Demokratie um und wie können wir Demokratisierungsbewegungen
34 unterstützen?

1 Mit welchen Formen gesellschaftlicher Spaltung sind wir heute konfrontiert und wie können wir sie
2 überwinden? Welche Rolle spielen materielle und nicht-materielle Aspekte bei der Ermöglichung von
3 Teilhabe? Wie gehen wir mit Konflikten um, die anhand von Identitäten wie Herkunft, sexueller
4 Orientierung, Geschlecht oder Religion spalten?

5 Welche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verhindern heute die gleichberechtigte
6 Teilhabe aller Menschen in unserem Land. Wie stellen wir Jusos uns Antidiskriminierungsarbeit und
7 -politik vor?

8 Wie muss ein Bildungssystem aussehen, das Menschen mit Migrationshintergrund Zugangs- und
9 Aufstiegschancen sichert, und wie gelingt eine bessere Teilhabe von Menschen mit
10 Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt?

11 Wie steigern wir die politische Partizipation von bisher nicht hinreichend repräsentierten Gruppen,
12 vor allem Menschen mit Migrationshintergrund?

13

14 3. Mehr Möglichkeiten für alle

15 Wir Jusos werden den Anliegen der jüngeren Generation Gehör verschaffen. Junge Menschen stehen
16 unter enormen Druck. Aber sie wollen ihr Leben selbst gestalten und die Freiheit haben, sich
17 entscheiden zu können, was sie tun möchten und was nicht. Wir werden deshalb ein Leitbild für eine
18 Gesellschaft erarbeiten, in der alle jungen Menschen die Freiheit haben, ihren Lebensweg so zu
19 organisieren, wie sie es möchten. Dabei wissen wir, dass es wirkliche Freiheit nur geben kann, wenn
20 gleichzeitig die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.
21 Wir wenden uns gegen die pseudo-liberale Vorstellung, die unter Freiheit nur eine formale rechtliche
22 Gleichheit und die Abwesenheit von Regulierung versteht. Wir wollen stattdessen, dass ein einmal
23 eingeschlagener Weg nicht in der Sackgasse mündet. Wenn wir über ein solches Leitbild sprechen,
24 dann handelt es sich um einen Gesamtansatz, der nicht bei einzelnen Politikfeldern stehen bleibt. Wir
25 wollen uns konkret mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

26 Wie organisieren wir ein Bildungssystem, das qualitativ hochwertig ist, niemanden zurücklässt und
27 wirkliche Durchlässigkeit gewährleistet?

28 Wie schaffen wir genügend gute Ausbildungsplätze, wie soll die berufliche Bildung aus unserer Sicht
29 organisiert sein und wie gehen wir mit dem Übergangssystem um? Wie muss die berufliche
30 Weiterbildung aus unserer Sicht organisiert werden? Wie sorgen wir für einen guten Berufseinstieg,
31 der nicht in der Prekarität endet?

32 Was können wir von den sozialen Jugendprotesten in Europa und weltweit lernen?

33 Was müssen wir an unseren sozialen Sicherungssystemen ändern, um auch alternative
34 Erwerbsbiographien zu ermöglichen?

1 Wie unterstützen wir junge Menschen bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebensentwürfe?
2 Für welche Formen von Partnerschaft müssen die rechtlichen Bedingungen verbessert werden? Wie
3 unterstützen wir junge Menschen, die Kinder haben wollen besser? Wie schaffen wir mehr Freiräume
4 für Privates (Lebensarbeitszeit)?

5 Wie erreichen wir wirkliche Gleichstellung auch für junge Frauen? Was muss die Politik konkret tun,
6 um Chancengleichheit im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt zu fördern?

7 Wie können wir Engagement von jungen Menschen besser unterstützen? An welchen Stellen
8 benötigen sie eine bessere Förderung, sei es beim gesellschaftlichen Engagement während Schule,
9 Ausbildung und Studium, sei es im Rahmen eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres?

10

11 IV Gesellschaft verändern heißt Bündnisse schließen

12 Wir Jusos sind kein Wahlkampfverein für die SPD. Uns geht es darum, das Leben für viele Menschen
13 besser zu machen. Mit dieser Meinung stehen wir nicht allein. Neben unserer Arbeit in der SPD
14 haben wir im Rahmen unserer Doppelstrategie auch immer Bündnisarbeit gemacht. Wer diese
15 Gesellschaft verändern möchte, macht das am besten gemeinsam mit anderen. Denn wir wissen:
16 Parlamentarische Mehrheiten mögen eine notwendige Bedingung für die Veränderung
17 gesellschaftlicher Verhältnisse sein. Die hinreichende Bedingung aber ist die Organisation von
18 gesellschaftlichen Mehrheiten für unsere Projekte. Wir Jusos wollen deshalb an unserer Bündnisarbeit
19 festhalten und sie ausbauen. Wir verstehen Bündnisarbeit als Querschnittsaufgabe für alle
20 Arbeitsbereiche. Wir wollen auf Veranstaltungen des Bundesverbandes Bündnispartner in unsere
21 Arbeit einbinden. Wir wollen uns in allen Arbeitsbereichen an Kampagnen unserer Partner beteiligen
22 und gehen offen auf sie zu. Bündnisarbeit heißt dabei für uns auch immer, dass man nicht immer alle
23 Positionen von befreundeten Organisationen teilen muss. Das können wir aushalten und das sehen wir
24 auch als Chance.

25 Deshalb werden wir auch das erfolgreich gestartete „Änder das!“-Bündnis mit der DGB Jugend, den
26 Falken, der Grünen Jugend, dem AWO Jugendwerk, der Naturfreundejugend, der BUND Jugend
27 und dem Bund der Alevitischen Jugendlichen fortsetzen. Wir wollen dieses Bündnis nach Möglichkeit
28 erweitern und zu einer Plattform ausbauen, die 2013 einen echten Politikwechsel aus Perspektive der
29 jüngeren Generation einfordert. Um an unseren gemeinsamen Forderungen zu arbeiten, werden wir
30 uns auch im Sommer 2012 an einer größeren Veranstaltung des Bündnisses beteiligen.

31

32 V Weitere Arbeitsbereiche

33

34 1. Feministische Arbeit bei den Jusos

1 Die erfolgreiche Arbeit der Netzwerkstelle Feminismus soll weitergeführt werden. Die Netzwerkstelle
2 ist für alle Interessierten offen. Sie trifft sich mindestens einmal im Jahr. Ziel der Netzwerkstelle ist es,
3 die Arbeit der Bezirke und Landesverbände sichtbar zu machen und ihren Austausch untereinander zu
4 gewährleisten. Aktuelle feministische Themen sollen dort diskutiert und Ideen für Projekte entwickelt
5 werden. Dabei werden wir uns mit folgenden Themen auseinandersetzen:

6 Feminismus weiterentwickeln: Feminismus hat sich in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt.
7 Nicht nur, aber auch die Möglichkeiten der neuen Medien haben dazu entscheidend beigetragen. Wir
8 Jutos wollen uns mit diesen Entwicklungen in einem jungsozialistischen Sinne auseinandersetzen.

9 Teilhabe für alle gewährleisten: Anstatt den bestehenden Trend zu einem „Elitenfeminismus“, der
10 mehr Teilhabe für einige wenige, gut ausgebildete junge Frauen fordert, müssen wir Antworten darauf
11 finden, wie wir mehr Gleichstellung für alle Frauen erreichen können. Ein selbstbestimmtes Leben
12 von Frauen muss unser Ziel sein. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist zentral für die
13 Gleichstellung der Geschlechter insgesamt.

14 **Feminismus in einer heterogenen Gesellschaft:** Frauen mit Migrationshintergrund sind nicht nur von
15 Sexismus betroffen, sondern auch von Ausgrenzung und Rassismus. Junge Frauen haben andere
16 Lebenslagen und Probleme als ältere, arme Frauen andere als materiell abgesicherte. Diese
17 Unterschiede zwischen Frauen, die auch zu unterschiedlichen Formen der Diskriminierung führen,
18 wollen wir in den Blick nehmen und passende politische Antworten für mehr Gleichstellung finden.

19 Echte Partnerschaftlichkeit umsetzen: In vielen Diskussionen hat sich der Begriff
20 „Partnerschaftlichkeit“ als Ziel der Gleichstellungspolitik etabliert. Für uns gilt es nun, diesen mit
21 Leben zu füllen.

22 Die Bündnisarbeit soll fortgesetzt und ausgebaut werden. Hierfür wollen wir die neuen feministischen
23 Bewegungen ebenso einbeziehen, wie traditionelle Partnerorganisationen und Gewerkschaften.
24 Einladungen zu Veranstaltungen gehören für uns ebenso zur Zusammenarbeit dazu wie gemeinsame
25 Workshops und ein inhaltlicher Austausch. Die Zusammenarbeit mit der ASF soll weiter ausgebaut
26 werden. Auch am Bar-Camp der Partei wollen wir uns weiterhin beteiligen. Im Rahmen des
27 Bündnisses „Änder das“ wollen wir ein Seminar gemeinsam mit der Grünen Jugend und ggf. anderen
28 zu feministischen Schwerpunktthemen der jeweiligen Verbände anbieten.

29

30 Unsere Materialien und Aktionselemente zum Thema Feminismus wollen wir erweitern. Unser Ziel
31 ist es, Jutos für die feministische Arbeit zu interessieren, zu sensibilisieren und Forderungen nach
32 außen sichtbar zu machen.

33

34 2. Internationale Arbeit

1 Die Diskussion von internationalen Themen soll künftig als Querschnittsthema in allen 3
2 Projektgruppen integriert sein. Der Bundesvorstand ist dafür verantwortlich auf Bundesebene
3 internationale Themen zu bearbeiten, die internationalen Projekte durchzuführen sowie unsere
4 inhaltliche und organisatorische Arbeit innerhalb der ECOSY, des DNK und der IUSY zu gestalten.
5 Das WBC als Jusos Projekt ist ebenfalls vom Bundesvorstand aktiv zu begleiten.

6 Das Willy-Brandt-Center in Jerusalem nimmt für die Jusos eine zentrale Rolle ein. Die Arbeit des
7 Fördervereins wird vom Bundesvorstand aktiv begleitet. Die Zusammenarbeit mit unseren Partnern
8 vor Ort ist regelmäßig im Bundesvorstand zu thematisieren. Der Bundesvorstand erarbeitet ein
9 Konzept, wie interessierte Jusos in die Arbeit des Fördervereins stärker eingebunden werden können.
10 Darüber hinaus sollen es Seminarangebot geben für Interessierte des Verbandes zum Thema „Der
11 Konflikt im Nahen Osten“ sowie für Jusos, die das WBC besucht haben und an weiteren
12 Informationen interessiert sind.

13 Wir intensivieren den bilateralen Kontakt zu unseren PartnerInnen in Brasilien und Chile um die
14 regionale Entwicklung Lateinamerikas politisch zu untersuchen. In Chile stehen dabei die sozialen
15 Kämpfe um Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge im Vordergrund, in Brasilien interessiert
16 besonders die Veränderung der globalen Macht- und Tauschbeziehungen durch den Aufstieg der
17 Schwellenländer. Mit unseren Partnerorganisationen in Nordafrika und den Philippinen analysieren
18 wir die weltweiten Perspektiven des demokratischen Wandels. Gerade die Revolutionen und
19 Demokratisierungsprozesse in den arabischen Ländern stehen erst am Anfang, ihr positiver Ausgang
20 ist ebenso möglich wie das Umschlagen in bewaffnete Konflikte und Bürgerkriege. Zudem werden die
21 Partnerschaften und Austausche der Bezirke und Landesverbände weiterhin aktiv vom Bundesverband
22 unterstützt.

23 Als Jusos bringen wir im Verband der Jungen Europäischen Sozialisten unsere Positionen für ein
24 friedliches, soziales und demokratisches Europa ein. Die Arbeit in der ECOSY ist eine Gelegenheit
25 für uns, uns Europaweit mit SozialistInnen und SozialdemokratInnen auszutauschen und für ein
26 gemeinsames linkes Projekt in Europa Verbündete in unserer Generation zu finden. Gleichzeitig
27 bringen wir über die ECOSY unsere Positionen in die Debatten der SPE und der S&D Fraktion im
28 Europäischen Parlament aktiv ein. Wir wollen die ECOSY noch stärker dabei unterstützen im
29 Europäischen Diskurs Debatten zu prägen. Besonders am Herzen liegt uns in den kommenden zwei
30 Jahren noch einmal die Kampagne für das Soziale Europa als Alternative zur reinen Wirtschaftsunion.
31 ECOSY ist ein Dachverband. Dennoch wollen wir, dass ECOSY auch für die Basis der Jusos
32 erfahrbar ist, weshalb wir auch weiterhin Mitgliederaktivitäten wie die die ECOSY Summercamps in
33 der Arbeit unseres Verbandes verankern wollen.

34 Wir möchten in der IUSY erreichen, dass sich die Organisation inhaltlich und programmatisch
35 weiterentwickelt. Das „Global Manifesto“ ist dazu ein erster Schritt und muss ausgebaut werden. Den

1 Reformprozess in der SI wollen wir zusammen mit der IUSY vorantreiben. Wir unterstützen aktiv den
2 Prozess der IUSY, demokratische Bewegungen in der Welt zu unterstützen. Die Arbeit der IUSY soll
3 im Juso-Verband sichtbar sein.

4 Die BKI hat die Aufgabe alle international Interessierten im Verband zu vernetzen und ihren
5 Austausch zu gewährleisten. Internationale Themen und Projekte der Untergliederungen sollen
6 vorgestellt und diskutiert werden. Darüber hinaus sollen die Arbeit in der ECOSY, IUSY und im
7 WBC sowie die bilateralen Austausche durch die BKI vorbereitet und begleitet werden. Aktuelle
8 internationale tagespolitische Themen sollen ebenso bearbeitet werden, wie die Frage der Rolle der
9 Jusos und Partei im internationalen Bereich.

10 Die BKI tagt an mindestens zwei Terminen im Jahr ein ganzes Wochenende lang. Sie organisiert
11 wenn möglich eine thematische Fachkonferenz pro Jahr. Zusätzlich soll es jeweils ein Treffen
12 derjenigen Mitglieder der BKI, die auch in den Projekten arbeiten, am Rande der Verbandstage
13 geben. Die Delegation zur BKI orientiert sich an derjenigen der Projekte. Landesverbände und
14 Bezirke delegieren je eine Person, vorzugsweise die jeweilige Leitung der Landesarbeitskreise bzw. -
15 kommissionen Internationales oder Europa. Hinzu kommen ExpertInnen, die vom Bundesvorstand
16 benannt werden. Sie wird durch eine hauptamtliche Internationale Sekretariatsstelle im Bundesbüro
17 unterstützt.

18 Die Außen- und Europapolitik der SPD in der Vergangenheit nicht hinreichend programmatisch
19 akzentuiert. Wir müssen in Hinblick auf die Entwicklung des Bundestagswahlprogrammes 2013
20 wesentliche Programmbausteine entwickeln, die ein klares Profil der SPD in der internationalen und
21 europäischen Politik darstellen. Wie sieht sozialdemokratische Friedenspolitik unserer Ansicht nach
22 heute aus? Welche Position nimmt die SPD gegenüber aktuellen Konflikten ein? Welche europäische
23 Vision hat die SPD? Welche Rolle sieht die SPD für Deutschland in einer zunehmenden multipolaren
24 Welt vor

25

26 3. Antifaschistische Arbeit bei den Jusos

27 Wir Jusos kämpfen entschlossen und konsequent gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus,
28 Nationalismus, Homophobie und jede andere Form von Menschenfeindlichkeit. Wir wollen in einer
29 Gesellschaft leben, in der diese Einstellungen geächtet und marginalisiert werden. Deshalb wollen wir
30 selbst präventiv dazu beitragen, diesen menschenfeindlichen Einstellungsmustern entsprechende
31 Argumentationsweisen entgegenzusetzen. Politisch setzen wir uns dafür ein, dass Projekte gegen diese
32 Einstellungsmuster finanziell gefördert werden. Die Kürzungen, die durch die Bekämpfung
33 vermeintlichen „Linksextremismus“ entstanden sind, müssen rückgängig gemacht werden, stattdessen
34 muss die Förderung dringend ausgeweitet werden. Den Extremismusbegriff, der solchen
35 Maßnahmen zugrunde liegt, lehnen wir ab und unterstützen daher auch die Bemühungen um die

1 Abschaffung der sog. „Demokratieerklärung“ (Extremismusklausel), durch die zivilgesellschaftliches
2 Engagement gegen Rechts unter Generalverdacht gestellt wird. Wir wollen weiterhin auch alle
3 rechtlichen Mittel ausschöpfen, um Nazis zu bekämpfen. Wir fordern ein Ende der Kriminalisierung
4 von antifaschistischem und antirassistischem Engagement. Leider ist der Kampf gegen Rechts auch in
5 der SPD nicht gewonnen. Die menschenverachtenden Thesen des Rechtspopulismus werden von
6 einem Teil der SPD-Mitglieder akzeptiert oder sogar unterstützt. Hiergegen müssen wir
7 Aufklärungsarbeit leisten und dem Rassismus die Grundlage entziehen.

8 Konkret bedeutet dies für die Arbeit im Juso-Bundesverband: Wir wollen weiterhin für
9 antifaschistische Projekte mobilisieren und gemeinsam mit anderen Organisationen gegen Nazis
10 protestieren. Dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den
11 größten Naziaufmarsch zu verhindern. Wir werden auch zukünftig als Jusos unseren Beitrag dazu
12 leisten, den Nazis nicht die Straße zu überlassen und uns innerhalb des Bündnisses engagieren und
13 breit gegen den Aufmarsch mobilisieren. Wir werden aber auch an anderen Stellen, an denen
14 Naziaufmärsche von überregionaler Bedeutung geplant bei der Mobilisierung dagegen unterstützen.
15 Dafür richten wir einen Fonds ein, durch den die Unterbezirke unterstützt werden, wenn die für
16 Aktivitäten gegen Nazis Materialien oder Veranstaltungen organisieren. Damit unterstreichen wir vor
17 dem Hintergrund der aktuellen Debatte über Rechtsextremismus und –terrorismus unsere
18 ungebrochene antifaschistische Kampfbereitschaft.

19 Gerade bei der antifaschistischen Arbeit sind die Vernetzung der Antifa-Verantwortlichen der
20 Landesverbände und Bezirke, sowie der Austausch mit Bündnispartnern von besonderer Bedeutung.

21 Dies erfolgt über die Netzwerkstelle Antifa, sie dient zur Koordinierung der verschiedenen Aktionen
22 und zum Informationsaustausch untereinander.

23 Außerdem wollen wir auch die Vernetzung mit Antifa-Aktiven aus anderen Mitgliedsverbänden von
24 ECOSY und IUSY vorantreiben. Hierbei werden wir die Kooperation mit der SJÖ ausbauen.

25

26 4. Juso-SchülerInnen

27 Die Juso-SchülerInnen kämpfen für ein gerechtes Bildungssystem. Um das zu erreichen muss das
28 gegliederte Schulsystem abgeschafft und Gemeinschaftsschulen eingeführt werden. Wir brauchen
29 Schulen, die Werte fördern und Schülerinnen und Schülern Spaß am lebenslangen Lernen vermitteln,
30 das über stures Auswendiglernen weit hinausgeht und somit Lebenskompetenz bedeuten soll. Es geht
31 um inklusive Ganztags-Gemeinschaftsschulen, in denen bereits in der Idee Chancengleichheit
32 gedacht und in der Umsetzung praktisch erlebbar wird.

33 Die erfolgreiche Arbeit der Juso SchülerInnen muss fortgeführt werden. Dafür wird eine JSG
34 Bundeskoordination, bestehend aus gleichberechtigten Sprechern und Sprecherinnen, eingesetzt. Sie
35 wird die Interessen der Juso-SchülerInnen vertreten, die Arbeit der Juso-SchülerInnen vernetzen,

1 beim Aufbau neuer SchülerInnen-Gruppen unterstützen und Workshops, Seminare und Kongresse
2 auf Bundesebene vorbereiten. Einmal jährlich findet der JSG Kongress statt. Auch in der kommenden
3 Amtszeit, muss die Vernetzung eine große Rolle einnehmen. Deshalb sollen bei Veranstaltungen des
4 Juso Bundesverbandes, wenn sinnvoll, auch ein Treffen der Juso-SchülerInnen stattfinden. Um die
5 inhaltliche Arbeit zu stärken werden auf Bundesebene inhaltliche Kongresse angeboten, die auch offen
6 sind für nicht Juso-Mitglieder. Auf den Großveranstaltungen (Camps, Linkskongresse) des Juso
7 Bundesverbands bieten die Juso-SchülerInnen Workshops an.

8 Um den Aufbau von Juso-SchülerInnen-Gruppen zu unterstützen entwickelt die JSG
9 Bundeskoordination Veranstaltungsformate, die vor Ort verwendet werden können. Es soll auch eine
10 schriftliche Hilfestellung zur JSG Arbeit geben. Die Öffentlichkeitsarbeit soll weiter verstärkt werden,
11 der Vorstellungsflyer, die Homepage, die Facebook Page und der youtube channel sollen fortgeführt
12 werden. Es soll weiter Artikel in allen Juso-Publikationen zum Thema Bildung und Schule geben.
13 Neu soll es einen offenen Newsletter für alle Juso-SchülerInnen geben.

14

15 5. Netzpolitik

16 Die sog. „digitale Revolution“ ist insbesondere bei jungen Menschen in immer mehr Lebensbereichen
17 präsent. Als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist es daher unsere Aufgabe, die Konturen
18 jungsozialistischer Politik einer solidarischen digitalen Gesellschaft sichtbar zu machen. Netzpolitik
19 darf sich nicht nur darauf beschränken, aktuelle Entwicklungen und Themen zu begleiten und sich
20 dazu zu positionieren. Diese Gesellschaft muss gestaltet werden und dazu bedarf es Visionen und
21 Idealen, die sich an unseren Grundwerten orientieren. Für diese Gestaltung müssen wir die Relevanz
22 netzpolitischer Fragen in anderen Politikfeldern deutlich machen. Dazu gehören insbesondere
23 Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir werden deshalb für die kommenden beiden Jahre eine
24 Netzwerkstelle einrichten, die vom Bundesvorstand geleitet wird. Bis zu zweimal jährlich wird es
25 zudem ein Treffen der netzpolitisch Aktiven geben. Wir werden uns dabei mit folgenden
26 Themenkomplexen auseinandersetzen:

27 Die digitale Gesellschaft ist ungleich! Die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ist abhängig von
28 Bildung und ökonomischen Ressourcen. Wie wir mit staatlichem Handeln die Teilhabemöglichkeiten
29 sicherstellen und ausbauen, ist essentiell für die solidarische Gestaltung der digitalen Gesellschaft. Die
30 zentrale Frage lautet also: Wie wollen wir die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft sichern?

31 Auch die Reproduktion von Geschlechterungleichheit findet in der digitalen Sphäre ihre Fortsetzung.
32 ProduzentInnen und KonsumentInnen von digitalen Angeboten sind vornehmlich männlich. Der
33 Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter ist auch eine Auseinandersetzung die wir online
34 führen müssen.

1 Die Nutzung des Internets und die damit einhergehenden Risiken gerade für unerfahrene
2 NutzerInnen, insbesondere bei Fragen des Datenschutzes beim alltäglichen Umgang, müssen durch
3 sinnvolle Rahmenbedingungen möglichst weit begrenzt werden und den Betroffenen möglichst nahe
4 gebracht werden. Diese zumeist gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen an aktuelle Bedürfnisse
5 und Entwicklungen angepasst werden.

6 In der digitalen Sphäre entstehen neue Formen von Arbeit und Ökonomie. Wie können wir in diesem
7 Zustand die soziale Absicherung für Selbstständige gestalten und wie können wir abhängig
8 Beschäftigte vor der unzumutbaren Vermischung von Arbeit und Privatem schützen? Und wie gelingt
9 es uns schließlich, die Interessen von NutzerInnen (möglichst einfacher Zugang zu Inhalten), sowie
10 AnbieterInnen und AutorInnen (insbesondere bei Fragen des Urheberrechts) gerecht gegeneinander
11 auszugleichen?

12 Transparenz und Offenheit und nicht Geheimniskrämerei und Entmündigung werden zu den
13 bestimmenden Faktoren im Verhältnis zwischen Staat und BürgerIn. Wie wollen wir diese Offenheit
14 ermöglichen und unterstützen?

15

16 6. Verbandsschule

17 Politische Bildung ist Träger von Werten und Traditionen, vermittelt inhaltliche Grundlagen und
18 spielt bei der Schaffung von Partizipation und innerverbandlicher Demokratie eine ganz
19 entscheidende Rolle. Dabei vermitteln wir als sozialistischer, feministischer und internationalistischer
20 Verband nicht nur Kompetenzen sondern auch Werte für unterschiedliche Zielgruppen unseres
21 Verbands. Das Ziel der Bildungsarbeit ist der Generationenaufbau von links. Die Aufgabe des
22 Bundesverbandes besteht darin, qualifizierte Angebote zu schaffen, die in den Landesverbänden nicht
23 in Gänze geleistet werden können und der Koordinierung des Austausches zwischen den
24 Landesverbänden und Bezirken. Der Bedarf nach Bildungsangebot ist nach wie vor vorhanden und
25 auch der Anspruch an Folgeveranstaltungen. Dem wollen wir Rechnung tragen und das Angebot den
26 Bedürfnissen des Verbandes entsprechend weiterentwickeln. Dabei ist es von besonderer Bedeutung,
27 die Angebote und Bewerbungsverfahren an den jeweiligen Zielgruppen zu orientieren.

28 Die Modulreihe „Politdiplom“ hat sich bewährt und wird 2012 mit einem weiteren Durchgang
29 fortgesetzt. Sie bietet eine fortschrittliche Verbindung von theoretischen und organisatorischen
30 Kompetenzen in Form einer Grundlagenschulung. Gerade auf die Themen Gleichstellung und
31 Anforderungen für die Arbeit vor Ort soll noch intensiver eingegangen werden.

32 In diesem Jahr wurde erstmals die Herbstakademie durchgeführt. Sie richtet sich an FunktionärInnen,
33 um zentrale Themenfelder der Juso-Arbeit bei einem viertägigen Seminar intensiv zu behandeln und
34 Platz für Diskussionen und Theorieschulungen bieten, die in der Alltagsarbeit oft zu kurz kommen. In
35 der Wahlperiode sollen mindestens zwei Vergleichbare Angebote gemacht werden.

1 Zusammen mit der AsF und der FES wird eine Seminarreihe für Funktionärinnen angeboten. Mit
2 diesem Funktionärinnenprogramm sollen Frauen bewusst für eine Laufbahn in der Politik begeistern
3 werden. Das Programm soll bewusst patriarchalen Strukturen in Verband, Partei und Gesellschaft
4 entgegenwirken. Daneben sollen die erfolgreichen Neumitgliederseminare für Frauen fortgeführt
5 werden. Die Seminare können auch an andere Veranstaltungen angedockt werden.

6 Die Vernetzung der innerverbandlichen Bildungsarbeit erfolgt über das Bildungs-Wiki und
7 mindestens ein Treffen der Bildungsverantwortlichen in der Wahlperiode. Gerade das Wiki
8 funktioniert nur, wenn sich die Landesverbände und Bezirke an dem Projekt beteiligen.

9

10 7. Ab in die Öffentlichkeit

11 Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit verfolgen wir auch künftig zwei Ziele: Wir wollen auf der einen
12 Seite unsere Mitglieder über die Aktivitäten des Bundesverbandes bestmöglich informieren und
13 Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen. Auf der anderen Seite wollen wir aber stärker noch als bisher
14 auch junge Menschen von uns, unserer Arbeit und unseren Themen überzeugen. Das bedeutet für uns
15 konkret:

16 Wir werden unser Verbandsmagazin ‚Update‘ reformieren. Zukünftig soll es in höherer Auflage und in
17 einem anderen Format erscheinen. Das Update dient weiterhin zur Information unserer Mitglieder,
18 kann in Zukunft aber auch als Werbematerial für die Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke vor
19 Ort dienen. Darüber hinaus werden wir unseren Bestand an Informationsmaterialien kontinuierlich
20 aktualisieren und ausbauen. Wir halten am bewährten Konzept der Argumente-Hefte fest. Sie dienen
21 dazu, Interessierten innerhalb und außerhalb des Verbandes einen tieferen Einblick in ein Leitthema
22 zu ermöglichen. Wir wollen die Argumente-Hefte aber künftig stärker an den Themen unserer
23 Kampagne orientieren. Jede Projektgruppe wird mindestens ein Heft mitgestalten.

24 Wir Jusos nutzen konsequent die Möglichkeiten des Web. Wir werden unsere Homepage aber künftig
25 stärker für Nicht-Mitglieder optimieren und Module entwickeln, die für sie auch einen praktischen
26 Mehrwert haben. Unsere thematisch orientierten Newsletter behalten wir bei. Ebenso werden wir
27 auch künftig die sozialen Netzwerke als Kommunikationsmöglichkeit stark nutzen. Dazu gehört auch,
28 dass wir unsere Veranstaltungen und Aktionen mit Bildern und Filmen dokumentieren. Wir wollen
29 auch den unteren Gliederungen stärker die Möglichkeit geben, Bilder und Filme über eigene
30 Aktionen zu veröffentlichen. Wir wollen deutlich machen: Wir sind ein aktiver Verband!

31 Wir wollen die Möglichkeiten des Internet auch nutzen, um bessere Beteiligungsmöglichkeiten und
32 mehr Transparenz bereitstellen zu können. Wir werden darüber hinaus mit dem Juso-
33 Bundesausschuss beraten, auf welchen Wegen wir eine verbesserte Kommunikation mit unseren
34 Mitgliedern sicherstellen können.

1

2 8. Partei- und Verbandsreform

3 Die SPD hat in diesem Jahr ihre organisatorische Parteireform auf den Weg gebracht. Erklärtes Ziel
4 ist es aber nicht, den Reformprozess mit dem Bundesparteitag zu beenden, sondern ihn in den
5 kommenden beiden Jahren fortzusetzen. Wir Jusos werden diesen Prozess weiterhin konstruktiv
6 kritisch begleiten. Unsere Prinzipien dabei bleiben: Wir wollen eine starke Mitglieder- und
7 Programmpartei, wir wollen mehr innerparteiliche Demokratie und wir wollen eine Partei, in der auch
8 junge Menschen gerne mitarbeiten möchten.

9 Wir Jusos haben in der Vergangenheit unsere Arbeitsweise laufend weiterentwickelt und müssen sie
10 auch zukünftig immer wieder neu auf den Prüfstand stellen. Mit der eingeschlagenen Parteireform
11 konnten wir Verbesserungen für uns durchsetzen. Damit wollen aber auch wir uns nicht bequem
12 zurücklehnen, sondern die kommenden Monate dazu nutzen, unsere eigenen Strukturen und Prozesse
13 zu prüfen und zu verbessern. Wir wollen einen Verband, in der es vielfältige
14 Beteiligungsmöglichkeiten gibt und in dem Strukturen die Arbeit fördern und nicht behindern.
15 Deshalb wird im ersten Schritt eine Potentialanalyse des Verbandes erstellt. Auf dieser Grundlage
16 werden wir einen Prozess organisieren, in dessen Rahmen konkrete Vorschläge unter breiter
17 Beteiligung der Unterbezirke und Kreisverbände sowie des Bundesausschusses diskutiert werden
18 können. Die Abstimmung über diese konkreten Änderungsvorschläge erfolgt auf dem Juso-
19 Bundeskongress 2012.

20

21 VI Wir wollen gerecht verändern

22 Für uns Jusos ist klar: Wir wollen mehr Gerechtigkeit für alle. Wir wollen nicht nur darüber reden,
23 sondern diese Gesellschaft konkret verändern. Wir wollen ein besseres und stärkeres Europa und eine
24 gerechtere Weltordnung als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir wollen eine
25 Demokratie und Gesellschaft, an der alle Menschen teilhaben können. Wir wollen Zukunftschancen
26 und mehr Freiheit für alle jungen Menschen. Wir werden uns Nazis weiterhin konsequent in den
27 Weg stellen. Wir wollen unserem Anspruch als internationalistischer Verband weiterhin gerecht
28 werden. Und wir hören erst auf zu kämpfen, wenn Gleichstellung nicht nur auf dem Papier, sondern
29 in der Realität verwirklicht ist. Das alles sind große Aufgaben. Aber wir stehen mit unseren Ideen
30 nicht allein. Und wir sind ein großer Verband. Wir werden uns in den nächsten beiden Jahren diesen
31 Aufgaben widmen und dafür sorgen, dass das Leben für viele Menschen besser wird. Gemeinsam sind
32 wir stark.

33

1 **B13 Generation unter Druck – Übergänge in den** 2 **Arbeitsmarkt gestalten**

3 **LV Thüringen**

4 Die Lage ist prekär – wir sind längst nicht über den Berg!

5 In die aktuellen Debatten um die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik hat vor allem eines Einzug
6 gehalten: Leiharbeit. Zwar lässt der Diskurs erkennen, dass sich Debatten um Sozialschmarotzer
7 inzwischen tatsächlich überholt haben, einen Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik gibt es
8 allerdings nach wie vor nicht. Vielmehr werden nach wie vor bestimmte gesellschaftliche Gruppen
9 besonders hohe Chancen bei der gelingenden Arbeitsmarktintegration zugeschrieben. Gerade für
10 jüngere Beschäftigte und Erwerbslose wird ein überwiegend positives Bild gezeichnet. Weniger
11 Schüler_innen drängen auf den Ausbildungsmarkt, in einigen Teilen Deutschlands gibt es sogar mehr
12 Ausbildungsplätze als potentielle Auszubildende. Mit mehr Qualifizierung soll denen, die es über den
13 ersten Bildungsweg nicht schaffen später in den Arbeitsmarkt begleitet werden. Fachkräftemangel und
14 demografischer Wandel werden damit nicht nur zum Retter des Arbeitsmarktes gemacht, sie
15 verschleiern auch, dass es junge Menschen gibt, die von diesen Veränderungen nicht profitieren.

16 Dass die Integrationschancen für junge Menschen nicht die besten sind, zeigt ein Blick auf die
17 aktuelle Arbeitsmarktsituation. Der Anteil der Berufseinsteiger_innen mit befristeten Arbeitsverträgen
18 ist überdurchschnittlich und steigt stetig, in der Leiharbeit sind junge Menschen ebenfalls deutlich
19 stärker repräsentiert als andere Altersgruppen und Praktika auch nach dem Berufsabschluss sind heute
20 keine Seltenheit mehr. Umso schwerer ist der Arbeitsmarktsituation aber für diejenigen, die weniger
21 gute Ausgangschancen mitbringen.

22 **Bildung ist längst nicht mehr der Schlüssel zum gesellschaftlichen Aufstieg. Selbst gut ausgebildete**
23 **junge Menschen haben heute keine sicheren Chancen mehr auf den Traumjob. Befristungsketten,**
24 **Teilzeit, geringfügige Beschäftigung oder Praktika stehen bei dem Weg in den Arbeitsmarkt auf der**
25 **Tagesordnung. Für uns Jusos ist dieser Zustand unhaltbar. Wir wollen uns einsetzen für eine**
26 **Gesellschaft, in der jede_r die Chance auf einen guten Arbeitsplatz hat.**

27 Jung, dynamisch, schwer vermittelbar

28 Längst nicht alle jungen Menschen sind bestens auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes
29 vorbereitet. Nicht nur, weil eine sichere Integration häufig nur eine langfristige Perspektive ist,
30 sondern weil multiple Problemlagen – fernab fehlender oder ungeeigneter Qualifikation – wie Sucht,
31 Schulden, Gewalterfahrungen, soziale Herkunft, Gesundheit oder Straffälligkeit die Konzentration
32 auf Erwerbsarbeit schwierig machen.

1 Die Antwort auf diese Gruppe ist das mit den Hartz-Reformen eingeführte „Fordern und Fördern“.
2 Qualifikation, Weiterbildung und soziale Begleitung sollen durch staatlichen Druck ergänzt werden.
3 Wer als nicht arbeitswillig eingestuft wird sanktioniert, jeder noch so schlechte Job gilt als zumutbar.
4 Unter dem Vorwand, junge Menschen sollen sich nicht in der Arbeitslosigkeit einrichten werden sie
5 besonders gefordert.

6 Diesen Anforderungen der Arbeitsverwaltung stehen wenige wirkliche Arbeitsmarktchancen
7 gegenüber und auch die Möglichkeiten der Arbeitsverwaltung den Jugendlichen bei der Begleitung in
8 den Arbeitsmarkt beschränkt. Eine Maßnahme folgt der anderen, um zu verhindern, dass sie weiter in
9 der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Nicht nur die Qualität dieser Maßnahmen, auch ihr
10 Vermittlungserfolg ist zweifelhaft. Die tatsächlichen Probleme der Zielgruppe bearbeiten sie nicht.

11 Vor diesem Hintergrund läuft der staatlich ausgeübte Druck nicht selten ins Leere. Häufig haben
12 diese Jugendlichen mit dem System der staatlichen Regelförderung abgeschlossen, da sie sie bereits
13 mehrfach erfolglos in Anspruch genommen haben. Sie fühlen sich vom System Arbeitsmarktpolitik
14 enttäuscht und nicht verstanden. Das Ergebnis ist eine Häufung vom Misserfolgserlebnissen, die sich
15 nicht selten nahtlos an die Schulzeit anreicht. Der Verlauf ihrer Biografien bringt sie immer weiter vom
16 ersten Arbeitsmarkt weg.

17 **Die Anforderungen junger Menschen beim Übergang in den Arbeitsmarkt sind vielfältig. Druck und**
18 **steigende Leistungsanforderung seitens staatlicher Institutionen lösen nicht den Anspruch junge**
19 **Menschen in das Erwerbsleben zu begleiten; sie schlagen fehl. Es ist auch unsere Aufgabe, gerade für**
20 **diese jungen Menschen eine Antwort und eine Perspektive für gesellschaftliche Integration zu**
21 **formulieren.**

22 Wir brauchen Perspektiven

23 Eine Veränderung der Förderung junger Menschen bedeutet vor allem eine Veränderung der
24 Förderpraxis in der Arbeitsverwaltung. Will sie den Ansprüchen der Jugendlichen gerecht werden,
25 heißt dies in erster Linie sich auf ihre Perspektive und Anforderung einzulassen. Standardmaßnahmen
26 für Bewerbungstrainings werden diesen Anspruch nicht einlösen können. Vielmehr geht es darum
27 tatsächlich die Problemlagen jeder_s Einzelnen zu identifizieren und entsprechend darauf zu
28 reagieren. Eine stärkere soziale Unterstützung ist in diesem Zusammenhang unabdingbar. Erst wenn
29 die sozialen Problemlagen des jungen Menschen gelöst sind, kann er sich vollständig seiner
30 beruflichen Integration widmen.

31 Um dies zu erreichen muss die Durchführung von Integrationsmaßnahmen weg von einem starren
32 System der festen Kurse, mit fixierten Lerninhalten und Quoten seitens der Jobcenter. Darüber hinaus
33 müssen die Projektziele der SBG-II-Maßnahmen an die regionalen Arbeitsmarktbedingungen
34 angepasst werden. Nicht zuletzt müssen auch immer wieder angewandte Geschlechterstereotype bei
35 der Berufswahl hinterfragt werden: jungen Frauen und Männern müssen Alternativen zu etablierten

1 Rollenvorstellungen angeboten bekommen anstatt diese in geschlechertypische Maßnahmen zu
2 vermitteln.

3 Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die auch diejenigen in den Mittelpunkt stellt, die
4 gesellschaftlicher Unterstützung und Solidarität besonders benötigen. Maßnahmen zur beruflichen
5 Integration müssen den individuellen Bedürfnissen entsprechen um erfolgreich zu sein. Wir setzen
6 uns dafür ein, dass jede_r eine echte Chance am Arbeitsmarkt bekommt.

7

1 **B14 Keine Verlängerung der „Vermittlungsgutscheine“. BA** 2 **stärken!**

3 **BZ Hessen-Süd**

4
5 Antragstext:

6 Die SPD Bundesfraktion wird aufgefordert sich gegen die Verlängerung der
7 „Vermittlungsgutscheine“ oder deren Übernahme in das Regelinstrumentarium einzusetzen.
8 Zusätzlich soll aktiv gegen die Kürzungen in der Bundesagentur für Arbeit vorgegangen werden.

9
10 Begründung:

11 Seit einigen Jahren gibt es nun Vermittlungsgutscheine, die durch Arbeitsagenturen und Jobcentern
12 verteilt werden. Diese können die Vermittlungsgutscheine an Arbeitssuchende ausgeben, womit man
13 sich bei den privaten Arbeitsvermittlungen einen Arbeitsplatz sozusagen „erkaufen“ kann. Dabei
14 bekommen die privaten Arbeitsvermittlungen eine Vergütung von 2000-2500€. Eine erste Rate in
15 Höhe von 1 000 Euro wird nach einer sechswöchigen und der Restbetrag nach einer sechsmonatigen
16 Dauer des Beschäftigungsverhältnisses an die Vermittler gezahlt. Die Form der
17 Vermittlungsgutscheine läuft zum 31. Dezember 2011 aus.

18 Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit hat zuletzt
19 eine sehr interessante und ausführliche Studie zum Vermittlungsgutschein veröffentlicht.

20 Daraus resultierend konnte von 2004-2007 jährlich ca. 60.000 Arbeitssuchende vermittelt werden.
21 Das sind weniger als 10 Prozent der ausgegebenen Vermittlungsgutscheine. Eine Beschäftigung wird
22 oft ohne seine Nutzung aufgenommen. Inhaber von Gutscheinen waren eher Arbeitslose mit besseren
23 Beschäftigungschancen. Diese Positivauswahl hat sich zwischen 2004 und 2007 verstärkt.

24 Die geringe Einlösungsquote der Vermittlungsgutscheine von 7 bis 9 Prozent erklärt die Studie
25 folgendermaßen:

26 „Arbeitslosengeld-II-Empfänger haben dieselben Chancen auf einen Job mit Einlösung des
27 Gutscheins wie andere Arbeitslose. Sie bleiben nach der Einlösung jedoch mit geringerer
28 Wahrscheinlichkeit für mindestens ein halbes Jahr beschäftigt.

29 Aufseiten der privaten Arbeitsvermittlungen bestehen Selektionsmechanismen, die systematisch zum
30 Ausschluss bzw. zur Aufwandsminimierung für manche Gruppen von Arbeitslosen führen. Viele
31 Gutscheininhaber suchen sich deshalb selbst eine Stelle oder finden sie mit Unterstützung der
32 Arbeitsagentur oder Grundsicherungsstelle. Ihre Zahl übersteigt zu jeder Zeit die Zahl derjenigen, die
33 mit Einlösung des Gutscheins einen neuen Job finden.“

1

2 Wie oben schon erwähnt gibt es große Unterschiede zwischen ausgegebenen und genutzten
3 Vermittlungsgutscheinen. Beachtenswert ist zudem die Analyse aus dem Bericht, dass „benachteiligte“
4 Gruppen trotz erhöhtem finanziellen Anreiz unterdurchschnittlich von Vermittlungsgutscheinen
5 profitieren. Sie werden kaum durch private Anbieter vermittelt.

6

7 Der Bericht stellt darüber hinaus fest, dass die Verbleibdauer im Betrieb von mit
8 Vermittlungsgutschein vermittelten Personen geringer ist als die von Personen, die ohne Gutschein
9 vermittelt wurden. Dieser Sachverhalt legt Mitnahmeeffekte und Missbrauch nahe (auch der Spiegel
10 in seiner Ausgabe 01/2011 „Die Hartz-Fabrik: Das Geschäft mit der Arbeitslosigkeit brummt.“
11 Kritisierte diese Praktiken).

12 Aber bevor die Regierung und im speziellen Frau von der Leyen daraus lernt und entsprechende
13 Maßnahmen einleitet, verschlimmert sie die Problematik. Die Bundesagentur für Arbeit erhält
14 drastische Kürzungen und die privaten Arbeitsvermittlungen sollen ausgebaut werden. Dadurch
15 resultieren nicht nur weitaus höhere Ausgaben, sondern man vernichtet auch Arbeitsplätze im
16 öffentlichen Dienst und weiterhin in den Unternehmen, die deren hochqualifizierte und auf das
17 Unternehmen geschnittene Personalabteilung einfach fallen lassen.

18 Die Frage lautet daher - Wie wollen wir den Staat in Zukunft sehen? Als Versorger oder Zuschauer?

19

1 **C1 Noten abschaffen – Bewertung gerecht gestalten!**

2 **Juso-SchülerInnen über Bundesvorstand**

3

4 Kein Schubladendenken

5 In Deutschland werden die SchülerInnen anhand eines Zahlen- und Punktespektrums von 1-6 bzw.
6 0-15 bewertet. Durch diese Notengebung werden SchülerInnen in Schubladen gesteckt. Hieraus
7 ergeben sich zahlreiche Probleme. Zum Einen werden die Ziffernnoten den individuellen Stärken und
8 Schwächen der SchülerInnen nicht gerecht. Zum Anderen geben sie kein aussagekräftiges Bild über
9 die Leistungen und Bemühungen der SchülerInnen wieder. Es ist nicht möglich, die Hintergründe für
10 die Vergabe der Noten zu erkennen. Des Weiteren stellen Noten ein Druckmittel dar. Es entsteht ein
11 Lernen um der Noten willen, anstatt eines Lernens um des Verständnisses willen. Bei schlechten
12 Noten führt dieses Bewertungssystem zu Frustrationen.

13 In einigen Bundesländern ist es Gang und Gebe, dass Noten für Sozialverhalten und
14 Leistungsbereitschaft vergeben werden. Auch diese Noten werden häufig dazu verwendet, Druck auf
15 die SchülerInnen auszuüben. Es gibt außerdem keine objektiven Bewertungskriterien für diese Form
16 von Noten.

17 Was tun?

18 Um diese Missstände zu beseitigen fordern wir Juso-SchülerInnen das jetzige Notensystem durch ein
19 neues, individuelleres System zu ersetzen.

20 Eine Möglichkeit wäre es anstelle von Zahlen individuelle Fließtexte von den LehrerInnen erstellen zu
21 lassen. Durch diese Texte werden die LehrerInnen dazu verpflichtet sich intensiver mit den Stärken
22 und Schwächen der SchülerInnen auseinanderzusetzen. Zudem werden so genannte Portfolios erstellt.
23 Diese stellen eine Sammlung verschiedener erbrachter Leistungen in der Schule dar und ermöglichen
24 es den SchülerInnen gemeinsam mit den LehrerInnen ihre Fortschritte aufzuzeigen. Die individuellen
25 Texte zeigen den SchülerInnen, wie sie effektiv Defizite aufarbeiten können. Hier muss ein gezielter,
26 ausgebauter und hochwertiger Förderunterricht angeboten werden, der konkret auf die SchülerInnen
27 eingeht. Das Bewertungssystem soll durch Selbstreflexion- und Selbstbewertungsmethoden ergänzt
28 werden. Diese Methoden sind der Wertung der Lehrer_innenbewertung und der Portfolios
29 gleichrangig.

30 Der lange Marsch

31 Diese Forderungen können nur sinnvoll umgesetzt werden, wenn einige Vorleistungen erfüllt sind.

32 Zu den individuellen Berichten fordern wir Verantwortliche für die einzelnen Jahrgänge der Schulen,
33 die die von den KollegInnen verfassten Berichte auf ihre Individualität hin überprüfen, damit ebenso

1 nichtssagende Floskeln keine Chance haben und die Individualität der Berichte gesichert ist. Damit
2 die LehrerInnen besser auf die einzelnen SchülerInnen eingehen können, müssen kleinere Klassen mit
3 einer maximalen Größe von 15 SchülerInnen geschaffen werden. Auch muss den LehrerInnen mehr
4 Zeit für die intensivere Befassung mit den SchülerInnen eingeräumt werden, um Individualität zu
5 gewährleisten. Wir fordern daher die Pflichtstundenzahl der LehrerInnen zu senken. Hierfür ist es
6 unabdingbar, dass mehr Lehrkräfte eingestellt werden. In der Aus- und Fortbildung der LehrerInnen
7 muss besonderer Wert auf eine pädagogische und methodische Ausbildung gelegt werden, damit die
8 Lehrkräfte den neuen Herausforderungen gewachsen sind. Weiterhin ist für Hochschulen ein
9 Regelwerk einzuführen, welches die Hochschulzugangsberechtigung anhand der neu eingeführten
10 Bewertungsmaßstäbe festlegt.

11 Hierfür muss mehr in das Schulsystem investiert werden. Der Parteivorstand geht mit seinem
12 Steuerkonzept zwar in die richtige Richtung, dennoch muss hier konsequenter gedacht und gehandelt
13 werden, denn nur durch gute Bildung gibt es gesellschaftlichen Wohlstand!

14

1 **C2 Privatschulen überwinden!**

2 **Juso-SchülerInnen über Bundesvorstand**

3
4 Der Juso-Bundeskongress möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und zur Weiterleitung an
5 die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

6
7 Wir Juso-Schülerinnen fordern schon lange die eine Schule für Alle. Dem jedoch steht seit
8 Jahrzehnten eine stetig ansteigende Zahl von SchülerInnen, die eine Privatschule besuchen entgegen.
9 Unser Ziel ist die beste Schule als reguläres, staatliches Angebot.

10
11 Von 1992-1993 bei 445.609 PrivatschülerInnen stieg die Zahl bis 2009/10 auf 704.632. Das zeigt
12 zum einen, dass immer mehr Menschen Alternativen zum katastrophalen staatlichen Schulsystem
13 suchen, und ist zum anderen ein Beleg für die zunehmende soziale Spaltung unserer Gesellschaft.

14 Statistiken zeigen nämlich, dass an Privatschulen überdurchschnittlich Kinder aus
15 AkademikerInnenfamilien, beziehungsweise bildungsnahen Haushalten und finanziell privilegierten
16 Milieus vertreten sind. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung besuchen 11,6% Kinder aus
17 einkommensstarken Haushalten (das sind laut der Studie 150% des Medians) eine Privatschule,
18 während der Gesamtanteil der PrivatschülerInnen nur bei 7,8% liegt. Von allen SchülerInnen mit
19 Migrationshintergrund sind nur 4% auf einer Privatschule, bei jenen ohne Migrationshintergrund liegt
20 der Anteil bei 9%. Privatschulen stellen somit eine Gefahr für das Gelingen des Projektes
21 Gemeinschaftsschule dar, weil sie als eine Art Exil für Bessergestellte fungieren.

22 Besonders kritisch sehen wir Privatschulen in kirchlicher bzw. religiöser Trägerschaft. Es darf nicht
23 sein, dass aufgrund des religiösen Glaubens der Eltern Kindern allgemeines Wissen vorenthalten wird
24 und z.B. im Biologieunterricht die Evolutionslehre nicht gelehrt wird. Allgemein gültige und
25 bewiesene wissenschaftliche Erkenntnisse müssen allgemeines Lehrgut werden und an allen Schulen
26 zwingend zum Lehrplan gehören.

27
28 Das Miteinander unterschiedlicher Milieus ist essentiell für die Chancengerechtigkeit im
29 Bildungssystem. Nur wenn Kinder sowohl aus bildungsfernen, als auch bildungsnahen, sowohl mit, als
30 auch ohne Migrationshintergrund, sowohl aus einkommensschwachen, als auch einkommensstarken
31 Haushalten gemeinsam in einer Schule lernen, kann sich die Idee der Gemeinschaftsschule entfalten,
32 bei der Schwächere von Stärkeren, und Stärkere von Schwächeren profitieren.

33

34 Für mehr Vielfalt an unseren Schulen!

1 Privatschulen verletzen oftmals den Grundsatz der Gebührenfreiheit, der für den gesamten
2 Bildungsbereich gelten sollte, weil Bildung unserer Auffassung nach keine Frage des Geldbeutels sein
3 darf, sondern ein Menschenrecht ist. Wer im Bildungsbereich nach sozialen Faktoren selektiert,
4 schwächt den Zusammenhalt in der Gesellschaft, indem er den Aufstiegsglauben vieler Milieus
5 zerstört und eine freie und selbstbestimmte Zukunft dieser Menschen konterkariert.

6

7 Unser Bildungssystem weist eine Fülle von Defiziten auf, und das nicht erst seit gestern. Deshalb
8 erscheinen Privatschulen aktuell für viele Eltern noch als eine pädagogische Alternative im Sinne
9 besserer Bildung ihrer Kinder. Um Privatschulen überflüssig zu machen, müssen wir das staatliche
10 System erheblich verbessern. Dafür wäre es notwendig, bewährte alternative pädagogische Konzepte
11 von Privatschulen in staatliche Schulen zu integrieren, die zur Verbesserung des Bildungsangebots an
12 staatlichen Schulen beitragen könnten, und von ihnen zu lernen. Außerdem muss die dauerhafte
13 Unterfinanzierung des öffentlichen Bildungssektors beendet werden. Das bedeutet für uns eine
14 deutliche Erhöhung des Bildungsetats!

15 Sprich: Privatschulen weg, gutes staatliches Schulsystem her!

16

17 Kurz: Damit die Privatschulen langfristig überflüssig werden, brauchen wir höhere Investitionen in
18 Bildung –Investition in Schule ist immer auch Investition in Zukunft!

19

1 **C4 Medienkompetenz in der digitalen Gesellschaft**

2 **LV NRW**

3
4 Wir erleben gegenwärtig einen Wandel der Medien und des Umgangs mit Medien, der uns
5 gesellschaftlich vor neue Herausforderungen stellt. Mit der Digitalisierung dringen die neuen Medien
6 in immer neue Bereiche des Lebens ein und werden allgegenwärtig. Gleichzeitig verändern sich die
7 klassischen Medien, um auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Insbesondere die so
8 genannten ‚neuen‘ Medien entwickeln im Zuge dieser Veränderungen Formen und Inhalte, die in
9 ihrem Umfang und in ihrer Qualität völlig neu sind und einen veränderten Umgang mit ihnen
10 erfordern. In den vergangenen Jahren und Monaten ist uns an vielen Stellen vor Augen geführt
11 worden, dass der kompetente Umgang mit Medien keine Selbstverständlichkeit ist und eine
12 Verbesserung dieser Situation in vielen Bereichen der digitalen Gesellschaft die Selbstbestimmung der
13 Menschen stärken kann. Nur kompetente MediennutzerInnen können sinnvoll vor Gefahren
14 geschützt werden und gleichzeitig die Chancen dieses Medienwandels ergreifen.

15 Datenschutzskandale weisen nicht nur auf Mängel auf Seiten der Unternehmen und Anbieter hin,
16 sondern zeugen auch von einem sehr sorglosen Umgang mit persönlichen Daten in digitalen Medien.

17 Die Debatte rund um die gescheiterte Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) hat
18 gezeigt, dass verschiedene Generationen die Risiko- und Gefährdungspotentiale digitaler Medien
19 unterschiedlich bewerten.

20 Abmahnungen und Abzocke im Internet vergegenwärtigen uns, dass etablierte Muster der
21 Einschätzung von vertrauenswürdigen Partnern in neuen Kommunikationstechnologien nicht
22 funktionieren.

23 Phänomene wie Cyber-Mobbing und die naive Präsentation persönlicher Daten und Informationen
24 zeigen, dass das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit unter Druck gerät und die Reichweite
25 individueller Handlungen nicht immer korrekt eingeschätzt wird.

26 Der lässige Umgang mit Quellen und der Bezug von Informationen und decken ein mangelndes
27 Verständnis für die Qualität und Relevanz von (vermeintlichen) Fakten auf.

28 Demokratische Beteiligung über digitale Verfahren wie Online-Votings, Diskussionsforen oder
29 OpenData-Initiativen können nur genutzt werden, wenn Unsicherheiten und Ängste durch Wissen
30 abgebaut werden können.

31 Wir streben daher eine umfassende Auseinandersetzung in der Gesellschaft mit Fragen der
32 Medienkompetenz an. In allen Generationen und gesellschaftlichen Schichten kann durch eine
33 verbesserte Medienkompetenz ein sicherer, souveräner und selbstbestimmter Umgang mit Medien

1 erreicht werden, der die Menschen zu kompetenten NutzerInnen der gesellschaftlich verbreiteten
2 Technologien macht.

3 Unser Verständnis von Medienkompetenz greift dabei auf einen breiten Medienbegriff zurück und
4 unterscheidet nicht zwischen vermeintlich klassischen und neuen Medien. Medien durchdringen unser
5 Leben on- und offline und stellen uns vor große Herausforderungen. Medienkompetenz ist in
6 unserem Verständnis eine vielschichtige Kompetenz, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt.
7 Medienkompetenz zielt dabei gleichermaßen auf Inhalt und Technik der Medien ab. Wir
8 unterscheiden dabei vier Ebenen:

9 1) Was sind Medien, was tun sie und welche Zugangsmöglichkeiten gibt es?

10 2) Wie erhält man durch Medien Informationen, worin unterscheiden sich verschiedene
11 Medien(typen), wer macht Medien und warum?

12 3) Medienkritik und Medienreflexion, Medien hinterfragen und bewerten

13 4) Medien gestalten

14 **Vermittlung von Medienkompetenz als gesellschaftliche Aufgabe**

15 Zentral für die Vermittlung von Medienkompetenz ist das Ziel, Kindern und Jugendlichen Sicherheit
16 in der Nutzung und im Umgang mit Medien zu vermitteln und sie so zu souveränen AnwenderInnen
17 nach ihren eigenen Bedarfen zu machen. Zentrale Voraussetzung für den kompetenten Umgang mit
18 Medien ist ihre unmittelbare Erfahrbarkeit. Broschüren und andere Werbematerialien können nicht
19 das Vermitteln, was ein Austesten und Ausprobieren der eigenen Fähigkeiten in geschützten
20 Umgebungen und unter fachkundiger Begleitung ermöglicht.

21

22 ErzieherInnen in Kindergärten und Kindertagesstätten müssen für Fragen der Kinder und Eltern zu
23 Medien und Mediennutzung ansprechbar sein. Bereits kleine Kinder müssen die Möglichkeit haben,
24 mit erfahrenen ErzieherInnen über ihre Medienerfahrung zu sprechen und Eltern müssen kompetente
25 Ansprech-partnerInnen bei Unklarheiten zur Mediennutzung ihrer Kinder haben. Um dies auch
26 nachhaltig zu gewährleisten müssen entsprechende Elemente in die bereits jetzt sehr gute Ausbildung
27 der ErzieherInnen aufgenommen werden. Kindergärten und Kindertagesstätten sind ein Ort in dem
28 Medienkontakt spielerisch vermittelt werden muss, um Kindern diese Bereiche erfahrbar zu machen –
29 ohne bereits Medienkompetenz im engeren Sinne zu vermitteln zu müssen.

30

31 LehrerInnen müssen den jeweiligen Alters- und Lernniveaus angemessene Lern- und
32 Erfahrungsangebote mit verschiedenen Medien machen. Medienkompetenz muss ein wichtiger
33 Baustein schulischer Bildung werden, um Kindern das Hineinwachsen in eine von Medien geprägte
34 Gesellschaft zu erleichtern. Wir streben eine Weiterentwicklung des klassischerweise vor allem

1 technisch geprägten Informatik-Unterrichts zu einem Medien-Unterricht, der technische und
2 inhaltliche Fragen und Diskussionen verbindet. In Berufsschulen und in der betrieblichen Ausbildung
3 müssen die geschaffenen Grundlagen dann berufs- und anforderungsspezifisch weiterentwickelt
4 werden. Die technische Ausstattung von Schulen muss so aufgestellt werden, dass Medien- und
5 Informatikunterricht für alle SchülerInnen zur Regel wird und nicht kleinen Gruppen mit
6 Vorkenntnissen und/oder Spezialinteressen vorbehalten bleibt. Medien müssen durch alle Alters- und
7 Schulstufen hindurch ein kontinuierlicher Bestandteil des Unterrichts sein. Dazu müssen auch
8 Computer und entsprechende Software zu Lehrmitteln erklärt und in Lehrpläne eingebaut werden,
9 um eine Finanzierung über die Landeshaushalte sicherzustellen und die Ausstattung von Schulen
10 nicht von der Haushaltslage der Kommunen abhängig zu machen.

11

12 Schulische Maßnahmen sind ein zentraler Bestandteil der Förderung von Medienkompetenz, sind
13 aber strukturell an bildungspolitische Anforderungen gebunden. Daher müssen in der
14 außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls entsprechende Angebote geschaffen werden.
15 Kinder- und Jugendliche müssen Gelegenheit haben, sich unter kompetenter Begleitung im Netz
16 auszuprobieren und bei Unsicherheiten AnsprechpartnerInnen haben und Hilfestellung bekommen.
17 Hierzu notwendige Qualifikations- und Qualitätsrichtlinien müssen in Zusammenarbeit mit den
18 Trägern der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden. Über die
19 Landesjugendämter könnten solche Fortbildungen organisiert werden, entsprechende Möglichkeiten
20 sind zu prüfen.

21

22 In der LehrerInnen-Ausbildung an Universitäten muss die Vermittlung von Medienkompetenz im
23 pädagogischen Begleitstudium institutionalisiert werden. Die Verankerung von
24 Medienkompetenzbildung im den gesetzlichen Grundlagen der LehrerInnenbildung und den
25 Prüfungsordnungen ihrer Studiengänge ist dafür unerlässlich. Medien sind für angehende
26 LehrerInnen nicht nur Werkzeug sondern auch Unterrichtsinhalt und sie müssen beide Seiten der
27 Nutzung an ihre zukünftigen SchülerInnen weitergeben können. Je nach Status und Form der
28 Medienkompetenzbildung in Schulen ist die Einrichtung eines Ergänzungsfaches Medienkompetenz
29 zu prüfen und Weiterbildungsangebote oder Aufbaustudiengänge für bereits tätige LehrerInnen sind
30 einzurichten. In Studienfächern jenseits der LehrerInnenausbildung müssen insbesondere Fragen der
31 Informationsbeschaffung und Medienreflexion intensiv diskutiert werden, um einen
32 eigenverantwortlichen Umgang mit Wissen und Informationen zu erreichen. Bücher und gedruckte
33 Materialien sind nicht mehr die alleinige Quelle für Informationen und Hintergründe. Digitale
34 Medien nehmen hier in allen Disziplinen eine zentrale Rolle ein. Die Einschätzung der Qualität von

1 Informationen und die Weiterverarbeitung von technisch flüchtigen Quellen müssen in allen
2 Studienfächern erlernt werden.

3

4 Medienkompetenz muss auch durch die Wahl der Lehrmittel vermittelt werden. Wo möglich (und
5 fachgerecht) müssen verstärkt frei zugängliche Materialien verwendet werden (Open Educational
6 Ressources). Im informationstechnischen Unterricht sollte wo möglich, freie Software verwendet
7 werden.

8

9 Auch jenseits von Schule, Ausbildung und Hochschule müssen bessere Angebote zur
10 Medienkompetenz entstehen. In Volkshochschulen und öffentlichen Bibliotheken ist eine
11 hervorragende Infrastruktur vorhanden, um allen Generationen und gesellschaftlichen Schichten
12 entsprechende Angebote zu machen. Das betrifft vor allem Angebote an Eltern und Großeltern, um
13 diese selbst zu kompetenten NutzerInnen zu machen, damit sie ihren Kindern und Enkeln auf
14 Augenhöhe begegnen können. Nicht zuletzt müssen auch EntscheidungsträgerInnen aus Politik und
15 Verwaltung Anlaufstellen haben, um sich mit neuen Entwicklungen in der Mediennutzung und im
16 Medienangebot auseinander zu setzen, so dass sie jederzeit Gelegenheit haben, die digitale und
17 digitalisierte Alltagswelt von Kindern und Jugendlichen aus deren Perspektive zu erfahren. Nur
18 kompetente NutzerInnen können auch kompetente EntscheiderInnen sein.

19 Medienkompetenz kann aber nur durch aktive Nutzung auch in demokratische und kulturelle
20 Teilhabe münden. Bürgerinitiativen in diesem Bereich und insbesondere Bürgermedien müssen aktiv
21 gefördert und ihnen in der Medienlandschaft genügend Raum geben werden. Über entsprechend
22 unterstützte und niedrigschwellige Angebote kann hier Teilhabe gesichert werden. Die notwendige
23 Infrastruktur und Rahmenbedingungen müssen von Bund und Ländern gestaltet werden, um auch
24 außerschulische Medienkompetenzförderung nicht von den kommunalen Haushalten abhängig zu
25 machen.

26

27 Die vermittelten Inhalte in allen Bereichen Medienkompetenz sind regelmäßig zu überprüfen und
28 weiterzuentwickeln, da der technischen Wandel regelmäßig neue Fragen und Debatten zu Tage
29 bringt. Medienkompetenz und Medienbildung kann nie auf gesichertes Wissen zurückgreifen,
30 sondern ist mit einem sich ständigen wandelnden Phänomen befasst.

31

32 Medienkompetenz ist kulturelle Kompetenz. Damit Kinder und Jugendliche sich in der digitalen
33 Gesellschaft als mündige BürgerInnen bewegen und an Arbeit, Bildung, Politik, Kultur und
34 Gesellschaft teilhaben zu können, müssen entsprechende Grundlagen vor Ort geschaffen werden.

- 1 Medienkompetenz kann Eigenverantwortung stärken und die staatliche Aufgabe vom utopischen Ziel
- 2 des absoluten Schutzes hin zu einem angemessenen Risikomanagement verändern.
- 3

1 **C8 Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich**

2 **LV Brandenburg**

3

4 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

5

6 Die Jusos setzen sich für eine allgemeine Kindergartenpflicht für Kinder zwischen 3-6 Jahren ein. Die
7 Kindergartenplätze müssen für jedes Kind kostenfrei sein. Außerdem fordern wir ein kostenfreies,
8 gesundes Mittagessen.

9

10 Antragsbegründung:

11 Laut der Verordnung zur Durchführung der Sprachstandsfeststellung und kompensatorischen
12 Sprachförderung vom August 2009 sind Kinder verpflichtet, an dem Verfahren zur
13 Sprachstandsfeststellung teilzunehmen, wenn sie für das folgende Schuljahr in der Schule angemeldet
14 werden müssen und ihre Wohnung oder ihr gewöhnlicher Aufenthaltsort sich bis zum 31. Oktober im
15 Jahr vor der Einschulung im Land Brandenburg befindet. Die Sprachstandsfeststellung findet im Jahr
16 vor der Einschulung statt. Wird ein Sprachförderbedarf festgestellt, muss das Kind an einem
17 Sprachförderkurs in einer Kindertagesstätte teilnehmen. Leider zeigt sich in der Praxis, dass auf
18 Grund einer fehlenden Kita- bzw. Schulpflicht immer wieder Kinder durch das Raster dieser
19 Sprachtests bzw. Sprachförderung fallen und somit teilweise Sprachrückstände bei der Einschulung
20 aufweisen. Solche Unterschiede in der frühkindlichen Entwicklung und Bildung sollten verhindert
21 werden, um jedem Kind die gleichen Startmöglichkeiten zur Einschulung mitzugeben. Hierdurch soll
22 verhindert werden, dass einzelne Kinder unter ihren Sprachrückständen leiden und somit schon beim
23 Schuleintritt eine Ungleichheit bei den Bildungschancen besteht. Als positive Effekte am Besuch der
24 Kita sind vor allem soziale Integration sowie das Erlernen von sozialen Kompetenzen (wie zum
25 Beispiel den Umgang mit Konflikten) anzuführen. Weiterhin werden die Kinder im Bereich der
26 elementaren Bildung gefördert. Dazu gehören Aussprache, Grundverständnis für Zahlen sowie
27 motorische Abläufe. Das Ideal der Chancengleichheit ist anzustreben!

28

1 C10 Qualität der Wissenschaft politisch unterstützen

2 LV Sachsen-Anhalt

3
4 Die Jusos/die SPD bekennen/bekannt sich zur Unabhängigkeit der Wissenschaft und werden/wird
5 dies in ihrem politischen Handeln unterstützen. Insbesondere wird das *Thesenpapier der Gäste des 4.*
6 *Berliner Wissenschaftsgesprächs der Robert Bosch Stiftung* vom 25. November 2009 zur Wahrung von
7 Integrität und Qualität der Wissenschaft begrüßt. Folgende Punkte des Papiers bedürfen dabei
8 politischer Zuarbeit, für die sich die Jusos/die SPD einsetzen werden/wird:

9
10 „*Grundsätzlicher Erkenntnisgewinn braucht dauerhafte Grundfinanzierung*“: Auch akademischen
11 Einrichtungen muss ein angemessener Umgang mit finanziellen Mitteln zugetraut werden.
12 Politischen Erwartungen nach finanziellen Gewinnen und einer Ausrichtung an hauptsächlich
13 ökonomischen Kriterien ist aber eine klare Absage zu erteilen.

14 „*Mehr Gewicht legen auf inhaltliche Beurteilung von wissenschaftlichen Leistungen*“: Qualität von
15 Konzepten und Projekten und nicht ausschließlich rein quantitative Kriterien müssen als Indikatoren
16 bei der Vergabe von Forschungsmitteln stärker berücksichtigt werden.

17 „*Gute Forschung braucht Zeit*“: Die akademischen Einrichtungen müssen die finanziellen
18 Möglichkeiten haben, Projekt- und Arbeitsvertragslaufzeiten auch nach dem Forschungsinhalt und
19 nicht nur nach dem Umfang des Budgets bestimmen zu können.

20 21 Begründung:

22
23 Wissenschaft und Forschung sind die Motoren der gesellschaftlichen, technischen und
24 wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land und legen die Grundlage für den wichtigsten uns noch
25 verbleibenden Rohstoff: Bildung und die damit verbundene Innovationsfähigkeit. Richten wir
26 Wissenschaft und Forschung zu sehr an wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Interessen aus, was die
27 Entwicklungen der vergangenen Jahre vermuten lassen, droht eine Drosselung dieser Motoren, die
28 Deutschland im internationalen Wettbewerb ins Abseits zu drängen droht. Die Politik ist deshalb in
29 der Pflicht, der Wissenschaft ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und sie nicht aus
30 finanzpolitischer Perspektive unter dem Deckmantel der Effizienzsteigerung in ein ökonomielastiges
31 Korsett zu zwingen. Mit dem *Thesenpapier der Gäste des 4. Berliner Wissenschaftsgesprächs der Robert*
32 *Bosch Stiftung* vom 25. November 2009 hat die Wissenschaft selbstständig Verbesserungsbedarf von
33 eigener Seite angemeldet. Die Politik sollte darauf eingehen und ihren Teil dazu beitragen.

1 **C11 Herzlichen Glückwunsch – 40 Jahre BAföG**

2 **BZ Hessen-Nord**

3 Bundesweit erhalten 29% der Studierenden Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
4 (BAföG). 1971 wurde unter der Kanzlerschaft Willy Brandts das BAföG eingeführt, um mehr
5 Menschen die Chance zu geben zu studieren. Innerhalb der letzten 40 Jahre entwickelte sich das
6 BAföG zu einer wahren (sozialdemokratischen) Erfolgsgeschichte.

7 Doch in der Gesellschaft der letzten 40 Jahre hat sich viel verändert. Viel mehr Menschen studieren
8 und finanzieren ihr Studium aus unterschiedlichsten Quellen. Ein Großteil ist abhängig von den
9 Eltern und erfährt durch sie finanzielle Unterstützung. Andere gehen neben dem Studium oder der
10 Ausbildung arbeiten. Ein kleinerer Teil verschuldet sich mit so genannten Studienkrediten.

11 Wir müssen die Instrumente der Studienfinanzierung der Realität anpassen. Daher fordern wir:

12 das BAföG muss erhalten bleiben

13 Die BAföG-Zahlungen ermöglichen vielen Menschen erst die finanzielle Grundlage für weitergehende
14 Bildung wie ein Studium. Es garantiert somit Chancengleichheit zu ermöglichen. Daher stehen wir
15 zum BAföG als wichtigste Finanzierungssäule für Studierende.

16

17 Das BAföG muss angemessen erhöht werden

18 Die Erhöhung der Förderung muss an die Inflation gekoppelt werden. Das BAföG wurde teilweise
19 mehrere Jahre nicht erhöht. Die Ansprüche waren damit nicht mehr ausreichend. Das muss verhindert
20 werden.

21

22 Für ein Eltern-unabhängiges BAföG

23 Die Chance vieler Menschen auf ein Studium hängt sehr oft von der Finanzierungsbereitschaft der
24 Eltern ab. Um unser Ziel der Chancengleichheit zu erreichen, müssen wir garantieren, dass
25 unabhängig von der Zahlungsbereitschaft der Eltern ein Studium möglich ist. Vor allem überschuldete
26 Eltern können ihre Kinder nicht immer adäquat finanzieren. Aus unserer Sicht darf ein Studium nicht
27 vom Willen der Eltern abhängen.

28

29 BAföG flexibilisieren

30 Das BAföG muss an die Anforderung der Gesellschaft angepasst werden. Die wesentlich
31 berufsorientierte Studienstruktur Bachelor und Master erfordern Veränderungen. So muss die
32 Altersgrenze (30 Jahre) abgeschafft werden sowie die Förderung von Teilzeitstudierenden ermöglicht
33 werden. Wir fordern eine verstärkte Anerkennung studentischer, ehrenamtlicher Tätigkeit. Aus

1 diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement bei der Studienförderung
2 durch das BAföG anerkannt wird und in bezug auf die Förderungshöchstdauer angerechnet werden
3 kann.

4

5 Das BAföG ist kein Kredit

6 Unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls wurden 50% der BAföG-Zahlung in einen zinslosen Kredit
7 umgewandelt, der zurückgezahlt werden muss. In manchen Fällen starteten Studierende mit über
8 20.000€ Schulden in ihren Beruf. Das lehnen wir ab. Das BAföG ist eine Förderungsleistung und
9 kein Kredit.

10

11 BAföG statt Deutschlandstipendium

12 2% aller Studierenden in Deutschland erhalten ein Stipendium. Das ist äußerst wenig und somit keine
13 Säule für die Finanzierung des Studiums. Wir fordern eine Konzentration auf das BAföG, statt neue,
14 unsinnige Stipendiensysteme -wie z.B. das Deutschlandstipendium- zu entwickeln. Soziale
15 Gerechtigkeit, statt ausgrenzendes Leistungsprinzip!

16

17 BAföG ist mehr als eine Studienförderung

18 Auch angehende Meister/innen und Schüler/innen oder Teilnehmer/innen an Ausbildung außerhalb
19 der teilstaatlichen Berufsausbildung wie z.B. Ergo- und Physiotherapeut/innen können bisher unter
20 bestimmten Bedingungen BAföG erhalten. Die bisherige Auswertung war ein richtiger Schritt, muss
21 aber nach den oben genannten Forderungen weiter ausgebaut werden.

22 Das BAföG ist klar eine Erfolgsgeschichte. Damit es das auch bleibt braucht es Reformen, die es
23 anzupacken gilt.

24

1 **C14 Umdenken bei der Hochschulfinanzierung**

2 **LO Bremen**

3

4 Die Jusos fordern eine Verbesserung der Hochschulfinanzierung durch

5 Aufhebung des Kooperationsverbots und Beteiligung des Bundes an der öffentlichen Finanzierung der
6 Hochschulen,

7 Zurückdrängung von (privaten und öffentlichen) Drittmitteln für die Forschung durch weitgehende
8 öffentliche Ausfinanzierung und

9 langfristige Überwindung von privaten Drittmitteln für die Lehre (z.B. in Art von
10 Stiftungsprofessuren).

11 Durch eine Abschaffung des Kooperationsverbots wird der Weg geebnet für eine (Mit-) Finanzierung
12 der Hochschulen durch den Bund, welche im Gegensatz zu kurz- bis mittelfristigen
13 Projektfinanzspritzen à la Hochschulpakt oder Exzellenzinitiative zu einer besseren
14 Grundfinanzierung der Hochschulen und damit der wirklichen Unabhängigkeit von Forschung und
15 Lehre sorgen kann.

16 Warum eine andere Hochschulfinanzierung?

17 Die Hochschulen in Deutschland leiden an chronischer Unterfinanzierung. Durch kurz- und
18 mittelfristige Finanzspritzen durch Hochschulpakt und Exzellenzinitiativen mag sich diese Situation
19 an einzelnen Hochschulen durch zusätzliche Mittel des Bundes verbessert haben, jedoch kommen vor
20 allem letztere Gelder meist nur bei den Hochschulen an, die sowieso schon über einen gewissen Ruf
21 verfügen. Was wir benötigen, ist eine Aufstockung der Mittel in der gesamten Breite der
22 Hochschullandschaft. Jede Förderung (welche nicht unter Einbringung zusätzlicher Gelder, sondern
23 oftmals lediglich durch Umverteilung der vorhandenen Gelder stattfindet) einzelner "exzellenter"
24 Hochschulen schafft ein noch stärkeres Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Standorten.

25 Aufhebung des Kooperationsverbots

26 Seit der Föderalismusreform I, welche im Jahr 2006 in Kraft getreten ist, wurde das sogenannte
27 "Kooperationsverbot" im Grundgesetz festgeschrieben. Die Aufgabenteilung der Länder (Art. 104a)
28 wird beschränkt durch die Befristung der projektgebundenen Mittelvergabe durch den Bund (Art.
29 104b Abs. 2 Satz 2), was im politischen Diskurs als allgemeines Kooperationsverbot aufgefasst wird,
30 da es dauerhafte Finanzierung von Länderaufgaben, wie bspw. der Bildung und der Hochschulen,
31 durch den Bund unterbindet. Durch den Art. 91b hat die Regierung es geschafft, die Schuldenbremse
32 für kurz- und mittelfristige Programme, wie die angesprochene Exzellenzinitiative und den

1 Hochschulpakt zu umgehen und die zeitlich begrenzte Förderung von "Wissenschaft und Forschung"
2 (die Lehre wird nicht explizit erwähnt) zu ermöglichen.

3 Das Kooperationsverbot stellt somit eine Hürde für die dauerhafte Ausfinanzierung der Hochschulen
4 durch den Bund dar. Eine solche Finanzierung ist aus mehreren Gründen besonders notwendig, da (a)
5 die Länder nicht in der Lage sind, die Hochschulen voll auszufinanzieren, (b) durch Studiengebühren
6 und standortbedingte Unterschiede in den wissenschaftlichen Schwerpunkten eine zum Teil sehr
7 starke Zu- und Abwanderung von Studierenden zwischen den Ländern stattfindet, welche nur durch
8 eine regionsübergreifende Finanzierung und Bildungsplanung handhabbar wäre. Hiermit geht die alte
9 Forderung einher, dass das Geld den Studierenden folgen soll und nicht umgekehrt.

10 Zurückdrängung von (privaten und öffentlichen) Drittmitteln

11 Der Wettkampf um Drittmittel schafft ein akademisches Klima des Wissenskonzums, in welchem
12 akademisches Wissen produziert und konsumiert werden kann. Nicht selten werden
13 WissenschaftlerInnen bei ihrer Einstellung oder Berufung besonders nach ihren bisher erworbenen
14 Drittmitteln ausgewählt. Bekannte Hochschulrankings, wie beispielsweise das CHE, benutzen die
15 Höhe von Drittmitteln als Kennzeichen für die "Qualität" einer Hochschule. Dabei handelt es sich im
16 Kern bei der privaten Drittmittelvergabe um nichts anderes als um Sponsoring von
17 Wissensproduzenten. Um besonders viele Drittmittel einzuwerben, muss man demnach die Gunst der
18 Vergabestellen oder Unternehmen gewinnen, was auch dazu führt, dass kritische Themen einem
19 immer breiter werdenden akademischen Mainstream weichen müssen.

20 Die Autonomie der Hochschulen wird auch durch die öffentlichen Mittel der Deutschen
21 Forschungsgemeinschaft gewährleistet. Wir wollen aber die Grundfinanzierung der Hochschulen
22 deutlich erhöhen, um die stark gestiegene Abhängigkeit von Drittmitteln zu reduzieren. Zudem muss
23 bei der Berufung von Professor/innen darauf hingewirkt werden, dass Lehre eine gleichwertige Rolle
24 spielt wie Forschungsgelder. So wird langfristig die Abhängigkeit von Drittmitteln von unten nach
25 oben zurückgedrängt.

26 Langfristige Überwindung von privaten Drittmitteln für die Lehre

27 Die öffentliche Vergabe von Drittmitteln für die Forschung scheint jedoch das kleinere Übel zu sein,
28 wenn man sich den immer stärker werdenden Bereich der privaten Finanzierung der Lehre anschaut.
29 Professuren und Lehrstühle, welche durch Unternehmen finanziert werden, sind nicht zu akzeptieren,
30 da sie einen klaren Eingriff in die Autonomie der Hochschulen darstellen. Hier geben profitorientierte
31 Betriebe Geld an öffentliche Einrichtungen und können dadurch indirekt (durch Lehrstuhlname, etc.)
32 Einfluss auf Studium und Lehre nehmen. Eine wirklich emanzipatorisch-akademische Ausbildung
33 zeichnet sich jedoch gerade durch die Freiheit von solchen Einflussnahmen aus. Die Bildung
34 kritischer Menschen, die sich in ihrer Erkenntnis- und Meinungsbildung nicht dem politischen,

- 1 wirtschaftlichen oder kulturellen Mainstream beugen, stellt den ursprünglichen Auftrag der
- 2 Hochschulen dar.
- 3

1 **D2 Dresden Nazifrei unterstützen! - Nazis blockieren! -** 2 **Zivilgesellschaft stärken!**

3 **LV Sachsen**

4
5 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

6
7 **Dresden Nazifrei unterstützen! - Nazis blockieren! - Zivilgesellschaft stärken!**

8
9 Wir Jusos verstehen uns als Teil des Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ und werden uns
10 auch 2012 wieder personell und finanziell an der Kampagne beteiligen. Im Rahmen unserer
11 Möglichkeiten setzen wir uns in der SPD und gegenüber weiteren Partnern wie Gewerkschaften und
12 zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Unterstützung von „Dresden Nazifrei!“ ein.

13
14 Nach 2010 ist es uns 2011 im Rahmen des Bündnisses „Dresden Nazifrei!“ gemeinsam mit unseren
15 PartnerInnen aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, anderen
16 Parteien und Jugendverbänden sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen erneut
17 gelungen, Europas größten Naziaufmarsch in Dresden zu verhindern. Grundlage für diesen Erfolg
18 war der klar formulierte und transparente Aktionskonsens. Mittels massenhaften Menschenblockaden
19 wollten wir solidarisch mit allen die unsere Ziele teilten die Demonstration der Nazis verhindern,
20 ohne das von unseren Aktionen Eskalation ausgehen sollte. Unser koordiniertes Vorgehen und die
21 Entschlossenheit tausender AktivistInnen, viele von Ihnen Jusos aus dem gesamten Bundesgebiet,
22 ermöglichten es uns, dies am Tag selbst in die Tat umzusetzen. Erst durch die Blockaden von
23 „Dresden Nazifrei!“ ist es gelungen, die Dynamik rechter Aufmärsche in Dresden zu brechen – wir
24 werden deshalb an der Aktionsform der massenhaften Menschenblockaden festhalten.

25 Mit den erfolgreichen Blockaden von „Dresden Nazifrei!“ haben wir alle darüber hinaus ein
26 bundesweites Referenzobjekt für den Umgang mit Neonaziaufmärschen geschaffen. Viele lokale
27 Bündnisse haben seitdem Teile des Aufrufs übernommen und den Mut gefunden, von der
28 Aktionsform friedlicher Massenblockaden Gebrauch zu machen. Vielfach konnten dafür auch neue
29 Bündnispartner gewonnen und viele Bürgerinnen und Bürger aktiviert werden. Für uns steht daher
30 fest, dass dem Aufmarsch in Dresden weiterhin besondere Bedeutung zukommt, der wir mit unserer
31 Mitarbeit im Bündnis gerecht werden wollen. Aber Nazis gibt es nicht nur in Dresden. Wir werden
32 darüber hinaus im Rahmen unserer organisatorischen Möglichkeiten überall dort aktiv werden, wo
33 Nazievents mit überregionaler Bedeutung durchgeführt werden sollen.

1

2 Auch nach einem neuerlichen Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches die Hürden
3 für die Erfüllung des Straftatbestands der Nötigung durch Blockaden erhöhte, bleibt die Aktionsform
4 der Blockade Bestandteil juristischer Diskussionen und Auseinandersetzungen. Für uns steht indes
5 fest, dass Blockaden ein legitimes Mittel zivilen Ungehorsams gegen Neonazi-Aufmärsche sein
6 können. Die Wahl der Mittel bedarf in jedem Einzelfall einer gesonderten Begründung vor dem
7 Hintergrund unverrückbarer universeller Normen. Für uns bleibt dabei klar, dass angesichts des
8 nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs der daraus folgende kategorische Imperativ gilt, „Denken
9 und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches Geschehe“¹.
10 Wir werden deshalb nicht tatenlos zusehen, wenn Neonazis die Grundlagen unserer demokratischen
11 Gesellschaft bedrohen und die Errichtung eines autoritären Führerstaates befördern wollen. Dem
12 Versuch, die Meinungsfreiheit zu missbrauchen um ihre Abschaffung zu fordern, werden wir auch
13 künftig ein deutliches „Wehret den Anfängen!“ entgegensetzen.

14

15 Damit erteilen wir nicht nur neonazistischen Bestrebungen eine klare Absage, sondern treten offensiv
16 für eine demokratische Gesellschaft ein und senden all jenen ein deutliches Zeichen unserer
17 Solidarität, die sich von Neonazis bedroht fühlen müssen. Gleichzeitig zielt die Wirkung unseres
18 Protestes über den konkreten Ort und die konkrete Zeit des Aufmarschs hinaus. Blockaden
19 neonazistischer Demonstration sind Teil unseres Bestrebens, klare Schranken dafür zu setzen, was
20 legitimer Weise an menschenfeindlichen und geschichtsrevisionistischen Äußerungen in unserer
21 Gesellschaft vertreten werden kann. Darüber hinaus nehmen wir der bundesweiten rechten Szene
22 zentrale Events zur internen Vernetzung, gegenseitigen Bestärkung und außenwirksamen
23 Selbstdarstellung. Wir wollen nicht, dass Neonazis ungehindert Demonstrationen durchführen
24 können, die ihnen zur Nachwuchsrekrutierung dienen und ihnen helfen, organisierter und
25 selbstbewusster den Alltag in ihren Herkunftsstädten und -gemeinden zu prägen.

26

27 Ziviler Ungehorsam bleibt für uns immer eine individuelle Gewissensentscheidung jedes/r Einzelnen.
28 Diese bedarf schwerwiegender Gründe. Wir engagieren uns in Bündnissen um Bürgerinnen und
29 Bürgern einen organisatorischen Rahmen zur Verfügung zu stellen, in dem sie ihrer individuellen
30 Gewissensentscheidung zur Beteiligung an Aktionen zivilen Ungehorsams öffentlichkeitswirksam
31 Ausdruck verleihen können. Diese Bündnisarbeit ist eine Voraussetzung, die erfolgreiche Aktionen
32 zivilen Ungehorsams überhaupt erst ermöglicht. Wir wollen nicht unvorbereitet in Aktionen zivilen

¹Theodor W. Adorno, Negative Dialektik. Frankfurt am Main, 1966

1 Ungehorsams gehen. Daher wollen wir uns in Blockadetrainings auf diese Aktionen vorbereiten, um
2 einer Eskalation präventiv entgegenzuwirken.

3

4 Wir Jusos wenden uns gegen die Diskreditierung und Kriminalisierung zivilgesellschaftlichen
5 Engagements und die in Teilen vollkommen unverhältnismäßigen Reaktionen auf Aktionen zivilen
6 Ungehorsams. Wir stellen uns solidarisch an die Seite der Betroffenen. Bürgerrechte sind für uns nicht
7 verhandelbar. Die vielfach rechtswidrigen Ermittlungsmethoden im Nachgang der Dresdner
8 Blockaden zeigen einmal mehr, wie wichtig das Einstehen für politische Grund- und Freiheitsrechte
9 ist. Auch im Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ werden wir deshalb gemeinsam mit den
10 Betroffenen juristisch und politisch gegen die Repression vorgehen. Die durch Staatsanwaltschaft und
11 Polizei ergriffenen Maßnahmen sind nicht in allen Fällen das suggerierte wertneutrale
12 Verwaltungshandeln, für das sie ausgegeben werden. Vielmehr verstehen wir sie vielfach als Teil der
13 politischen Auseinandersetzung um die Legitimität von Blockaden und zivilen Ungehorsam.

14

15 Gleichzeitig hat sich auch die Intensität der Debatte über die Legitimität von Blockaden und anderen
16 Formen zivilen Ungehorsams erhöht, was nicht zuletzt am repressiven staatlichen Umgang mit
17 derartigen Aktionen deutlich wird. Neben „S 21“ und „Castor Schottern!“ stand dabei im vergangenen
18 Jahr insbesondere „Dresden Nazifrei!“ im Fokus einer bundesweiten Auseinandersetzung, in der
19 wesentliche und grundsätzliche Fragen unseres Demokratieverständnisses verhandelt werden. Es geht
20 dabei um die Frage, ob sich Demokratie in der Akzeptanz repräsentativ-demokratischer Prozeduren
21 und abstrakter juristischer Normen erschöpft, oder ob diese durch Bürgerengagement und eine aktive
22 Zivilgesellschaft ergänzt werden müssen. Dazu gehört auch die Frage, ob die Bürger in erster Linie auf
23 die Werte und Normen des Grundgesetzes oder auf Gefolgschaft gegenüber dem Staat verpflichtet
24 sind. Für uns ist dabei klar, dass eine aktive Zivilgesellschaft die bessere Versicherung gegen
25 antidemokratische Bestrebungen ist als ein ausgebauter Polizeiapparat.

26

27 Gemeinsam ist allen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, dass die beteiligten Menschen die
28 Verantwortung für sich und ihre Gesellschaft nicht delegieren möchten, sondern selbst unmittelbar
29 aktiv werden, um an gesellschaftlichen Prozessen zu partizipieren und diese mitzubestimmen. Häufig
30 werden auf diesem Weg viele Menschen politisiert und befähigt, sich Angebote zur selbstbestimmten
31 politischen Teilhabe zu erschließen. Gerade im Kontext von Antinaziprotesten gelingt es dabei
32 regelmäßig, viele junge Menschen zu aktivieren und zum Einsatz für die Grundwerte ihrer
33 Gesellschaft zu bewegen. Wir Jusos halten den aktiven Einsatz der BürgerInnen für ihre Gesellschaft
34 für einen wichtigen Wert und sind deshalb Teil von Bewegungsprozessen. Durch unsere politische
35 Verortung kann es uns dabei gelingen, höhere Legitimität für Anliegen von außerparlamentarischen

1 Bewegungen zu generieren. Mit unseren ausgebauten Organisationsstrukturen können wir zudem
2 wichtiges Know-How in Bündnisprozesse einbringen, zur weiteren Vernetzung beitragen und eine
3 wichtige Stütze sein, um Bündnisarbeit auf Dauer zu stellen.

4

5 Im Sinne der Doppelstrategie setzen wir uns außerdem dafür ein, dass die SPD als Bürgerrechts- und
6 Freiheitspartei Argumente und Inhalte außerparlamentarischer Bewegungen aufnimmt und
7 bürgerschaftliches Engagement ernst nimmt und unterstützt. Für Sozialdemokratinnen und
8 Sozialdemokraten muss klar sein, dass ein demokratischer Rechtsstaat auf Proteste seiner Bürger
9 andere Antworten als Tonfa, Pfefferspray und Wasserwerfer finden muss. Wir fordern die Mitglieder
10 der SPD und ihre Mandatsträger_innen nachdrücklich auf, das Bündnis „Dresden Nazifrei!“ öffentlich
11 und aktiv zu unterstützen.

12

13 Der bundesweite Diskurs über die Legitimität der durch „Dresden Nazifrei!“ angestoßenen Prozesse
14 ist für uns zusätzliche Motivation, das Bündnis weiter aktiv mitzutragen. Die erreichten Erfolge im
15 Kampf gegen den z.Z. bundesweit bedeutsamsten Event der rechten Szene werden wir durch
16 kontinuierliche Weiterarbeit sichern. Gemeinsam werden wir uns auch weiterhin gegen die
17 Kriminalisierung unseres legitimen Protestes wenden und für unsere Bürgerrechte kämpfen. Deshalb
18 heißt es für uns auch nächstes Jahr: Let's do it again! Nazis in Dresden blockieren – gemeinsam,
19 solidarisch und entschlossen!

20

1 **D3 Kein Platz für Faschismus bei den Jusos und in der SPD**

2 **LV NRW**

3
4 Die Jusos fordern den SPD-Parteivorstand sowie den Parteirat auf, einen Unvereinbarkeitsbeschluss
5 zwischen der SPD-Mitgliedschaft und der „Föderation der Demokratischen Türkischen
6 Idealistenverein in Deutschland e.V.“ (ADÜTF), der ATB und der ATIB, auch genannt „Ülkücü“
7 („Idealisten“) oder „Bozkurt“ („Graue Wölfe“) zu fassen.

8
9 Begründung:

10
11 Der Einfluss extrem rechter und ultranationalistisch-islamischer türkischer Organisationen ist in den
12 vergangenen Jahren bundesweit gewachsen.

13 In Deutschland sind unter anderem *ADÜTF* (Föderation der Idealistenvereine in Europa), *ATB*
14 (Europäisch-Türkische Einheit) und *ATIB* (Türkisch Islamische Union Europa) aktiv. Ein Teil ihres
15 Erfolgskonzepts ist, dass die lokalen Mitgliedsvereine häufig als türkische Selbsthilfeorganisationen
16 etablieren konnten. Sie haben Einfluss auf Kultur- und Elternvereine, Fußballclubs und Moscheen –
17 und damit auf das soziale Leben der türkischsprachigen Bevölkerung in Deutschland. Dass die
18 Vereine von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte akzeptiert werden, ist eine wichtige Basis für
19 diesen Erfolg. Gleichzeitig verbreiten die Gruppen nationalistische Ideologien und schüren auch
20 Konflikte mit ethnischen Minderheiten. Es handelt sich um eine neue Form von Rechtsextremismus,
21 nämlich den „ethnischen Nationalismus“.

22 Die „Föderation der Demokratischen Türkischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.“, nachfolgend
23 nur noch als Ülkücü bezeichnet, sind eine Gruppierung türkischer NationalistInnen die sich für die
24 „besonders türkischen Eigenschaften“ der Türcinnen und Türken einsetzen, ihre Verbreitung fördern
25 wollen und in letzter Konsequenz für ein Großtürkisches Reich, das fiktive Reich „Turan“ eintreten.
26 „Turan“ erstreckt sich vom Balkan bis zur „Behringstraße“. Dieses Ziel findet sich auch in den
27 Symbolen der Bewegung wieder; die rote Flagge mit den drei Halbmonden steht hierbei für die
28 Eroberung der drei islamischen Kontinente (Afrika, Europa und Asien). Bei der Verfolgung des Ziels
29 schrecken sie weder vor Gewalt noch Volksverhetzungen zurück.

30 Der Gründer der Organisation, Alperlan Türkes, konzentrierte sich in den 60er Jahren hauptsächlich
31 darauf für sich und seine Ziele zu werben. Mit der Gründung von Kommandolagern, den „Grauen
32 Wölfen“, wurde Jugendlichen eine politische, wie auch militärische Ausbildung vermittelt und
33 schließlich die Partei MHP gegründet. In Hochzeiten hatten diese Lager um die 100.000 Mitglieder.

1 Wie in allen Teilen Europas und weltweit, erstarkte 1968 die Linke-Bewegung. Gegen diese
2 Bewegung führten die „Grauen Wölfe“ zunehmend Gewaltaktionen durch. Zu den verfolgten
3 gehörten neben Jüdinnen und Juden, Christinnen und Christen, Linken, Kommunistinnen und
4 ChristInnen, sowie Kurdinnen und Kurden auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

5 Der Verfassungsschutz NRW's erläutert in einer Publikation „Türkischer Extremismus“, dass die
6 Ülkücü-Bewegung auch in Deutschland mit ca. 7000 Mitgliedern vertreten ist und ihr Verhalten sich
7 der Deutschen Neonazistische Szene im Bezug auf den Nationalsozialismus ähnelt. Tausende weitere
8 besuchen die Einrichtungen, Moscheen, Sportvereine, Kulturvereine der Bewegung.

9 Die Ülkücü zeichnen sich dabei intern durch eine strenge Hierarchie aus, die einem Führerkult
10 gleicht, wobei ihre Organisation faschistoide Züge annimmt. Bei einer Moscheeeinweihung 1995 in
11 Berlin überreichten die Ülkücü türkische Ausgaben von Hitlers Hetzschrift „Mein Kampf“, wie das
12 *Zentrum Demokratische Kultur in ihrem Bericht* „Demokratiegefährdende Phänomene in Kreuzberg und
13 Möglichkeiten der Intervention - ein Problemaufriss“ hinweist. Dergleichen wiederholte und
14 wiederholt sich regelmäßig in der Türkei wie hierzulande, somit ist davon auszugehen, dass die
15 Ülkücü Sympathien für den Nationalsozialismus empfinden und offen dazu stehen. Der Gründer der
16 Bewegung und „ewiger Führer“ Alperlan Türkes sieht sich in direkter Nachfolge zu Adolf Hitler.

17 Darüber hinaus weisen die Ülkücü ein hohes Maß an türkischem Nationalismus auf, was bei weitem
18 das Niveau des Patriotismus verlassen hat, da sie glauben, das Türkische Volk und seine
19 Eigenschaften, welche sie selbst definieren, das höchste zu erreichende Gut sei und stehe deshalb auf
20 natürlicher Weise über andere Völker. Die Verbreitung des Türkischen sowie die Errichtung eines
21 imperialen Panturkistischen Großreiches, sind erklärtes Ziel. Dies untermauern sie mit einem sehr
22 martialischen Schwur, der besonders in seiner Endung den Imperialismus dieser Organisation
23 verdeutlicht, aber auch die rassistische ideologische Richtung aufzeigt:

24

25 *„Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge*

26 *Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein*

27 *Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen*

28 *Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus fortführen*

29 *Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut*

30 *Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist*

31 *Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht wanken,*

32 *wir werden siegen, siegen, siegen*

33 *Möge Allah die Türken schützen und sie erheben“*

34

1 Alles Vorgenannte allein würde schon die Erkenntnis rechtfertigen, dass die Ülkücü gegen den
2 Prozess der Integration der türkischen Minderheit in Deutschland in die Gesamtdeutsche Gesellschaft
3 hetzen, sich dazu antidemokratisch gebären, doch der Verfassungsschutz weist darüberhinaus noch auf
4 die hohe Gewaltbereitschaft, die unter ihren Mitgliedern herrscht, hin.

5

6 *„Ihre Ideologie lebt wesentlich von Feindbildern. "Innere" und "Äußere" Feinde werden permanent*
7 *thematisiert. Am Beispiel des Kurdenkonflikts wird den Verschwörungstheorien entsprechend ein Komplott der*
8 *ausländischen Feinde beschrieben. Dabei wird eine Kollaboration zwischen Kurden und Israel (den Juden)*
9 *behauptet. Ebenso wird die gesamte Entwicklung im Nordirak mit Verschwörungstheorien erklärt.*
10 *Bezüglich der Kurden beschreibt die Bewegung die kombinierten Gefahren des Kommunismus, Separatismus*
11 *und Zionismus. Anhand dieses Konfliktes kann sie alle möglichen Feindbilder, von den Griechen bis zu den*
12 *Amerikanern auflisten und Ängste in der Bevölkerung über Bedrohungsszenarien und verschiedene*
13 *Variationen der Verschwörungstheorien wachrufen. Vor diesem Hintergrund bietet die Bewegung der Grauen*
14 *Wölfe, mit ihrer ethnisch (rassistisch)-nationalistisch orientierten, stark islamisch gefärbten Ideologie, mit*
15 *ihrer Gewaltbereitschaft und den am Führerprinzip ausgerichteten totalitären Strukturen Nährboden auch*
16 *für islamistisch geprägte extremistischen Bewegungen.“*

17

18 Betroffen sind davon alle, die als Feindbild für die Ülkücü erhalten. Immer wieder finden sich
19 verdeckte, oder sogar offene Aufrufe zur Gewalt an Andersdenkenden.

20 Wir als SozialdemokratInnen und JungsozialistInnen dürfen nicht zulassen, dass Menschen, welche
21 eine rassistische und faschistoide Ideologie verfolgen sich in etablierten Organisationen unter dem
22 Deckmantel der Seriosität niederlassen.

23 Mit aller Härte gehen die Ülkücü dabei gegen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor, stören
24 aber auch in Deutschland Linksdenkende Türkinnen und Türken bei Veranstaltungen. In der Türkei
25 führen ihre Hetzen zu teils blutigen Auseinandersetzungen mit Toten während in Deutschland das
26 Verhalten der Organisation den Separatismus fördert.

27 Bei der SPD und den Jusos werden wir niemals akzeptieren, dass gegen Andersdenkende oder
28 KurdInnen, ArmenierInnen, Juden und Jüdinnen, AmerikanerInnen, Homosexuelle und
29 Linksdenkende gehetzt wird.

30 Der Versuch der Türkischen Nazis die CDU, aber auch die SPD zu unterlaufen geht an einigen
31 Stellen auf. Das deutsch-türkische-Forum (DTF) der CDU ist bereits in der Presse gewesen wegen
32 einiger Mitglieder aus dem türkischen rechtsextremen Spektrum.

33 Wir als Jusos sagen deshalb, dass solch eine Organisation niemals mit der Mitgliedschaft in der SPD
34 vereinbar sein kann, denn wer SPD-Mitglied werden will und ist, ist sich bewusst, dass sich die SPD

1 für ein Deutschland der Völkerverständigung mit Vielfalt und Toleranz einsetzt. Volksverhetzungen
2 ganz gleich gegen welche Ethnien oder Glaubensgemeinschaften, Übergriffe gegen Linksdenkende
3 und Homosexuelle und Imperialistische Wunschvorstellungen längst vergangener Epochen werden bei
4 der SPD nicht toleriert. Eine gutgemeinte Offenheit für Migrantorganisationen wie den Ülkücü ist
5 hier an der falschen Stelle.

6 Für die Jusos gilt: Wir dulden keinen Rassismus, Nationalismus oder Faschismus egal welcher
7 Couleur er ist! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

8

1 **E1 Hoch die Internationale Solidarität!**

2 **Bundestvortrag**

3

4

5 1. Entstehung und Entwicklung der Entwicklungspolitik in Deutschland

6 Die Idee einer, im weitesten Sinne als Entwicklungszusammenarbeit zu definierenden, internationalen
7 Anstrengung zur Modernisierung großer Teile als rückschrittlich betrachteter Regionen der Erde,
8 entstand nach dem Zweiten Weltkrieg als Mittel der US-amerikanischen Außenpolitik zur Sicherung
9 der eigenen internationalen Interessen und Stabilisierung der weltweiten Sicherheitslage.

10

11 Deutschland folgte Anfang der 1960er Jahre. Damals wurde angenommen, dass sich Wohlstand allein
12 durch trickle-down Effekte und Anbindung an die Weltwirtschafts- und Finanzstrukturen einstellen
13 würde. Übersehen wurden dabei nicht nur regionale und kulturelle Unterschiede, sondern auch der
14 ungleiche Zugang zu Ressourcen und Bildung. Diese Politik muss heute als gescheitert angesehen
15 werden, denn sie führte höchstens lokal zu Erfolgen, großteils sogar zur Armutsausbreitung und als
16 Gegenstück dazu zu Wohlstandszuwachs in den Geberländern.

17

18 Als Gegenreaktion zu diesem alten Leitbild von Entwicklung entwickelte sich eine
19 kapitalismuskritische Idee, die auf Umverteilung in der postkolonialen Zeit setzte. Die ökonomisch-
20 globale Schwerpunktsetzung verschob sich zugunsten einer sozial-individuellen. Der Schwerpunkt lag
21 auf der Versorgungsgewährleistung mit Nahrung, Unterkunft, Gesundheit, Bildung und politischer
22 Teilhabe. Durch die Ölkrisen, welche zu starker Verschuldung vieler Entwicklungsländer führten, als
23 auch durch Faktoren wie die Ausbreitung von AIDS und zunehmender Umweltzerstörung,
24 verschärfte sich die Situation in weiten Teilen der Welt noch weiter und gipfelte in zahlreichen
25 Staatskrisen südamerikanischer und afrikanischer Länder, so dass Entwicklungszusammenarbeit über
26 Jahre hinweg erfolglos blieb.

27

28 Ab 1992 erfolgte Entwicklungspolitik zunehmend unter zumindest theoretischer Beachtung der
29 sozialen und politischen Situation eines Landes, sowie Achtung der Menschenrechte und der Rolle
30 der Frau. Nachhaltigkeit, Dezentralisierung und good governance gelten als die zentralen Begriffe und
31 Entwicklungszusammenarbeit soll vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein. Ein ideologisches
32 Gesamtkonzept fehlt, so dass Ansätze und Leitbilder der letzten Jahrzehnte oft miteinander verknüpft
33 oder parallel betrieben werden. Dem bereits 1970 formulierten und 2005 von der EU neu bekräftigten

1 Ziel Gelder in Höhe von 0,7 % des BIP für Entwicklungshilfe bereitzustellen, hinkt man immer noch
2 eklatant hinterher: Deutschland erreichte 2010 gerade einmal 0,38 %. Im Zuge der aktuellen
3 Wirtschaftskrise und Einsparungspolitik leidet auch gerade der Etat für
4 Entwicklungszusammenarbeit, ohne Hoffnung auf baldige Kehrtwende. Doch selbst bei dem Geld,
5 welches tatsächlich aufgewendet wird, kann die Verwendung kritisiert werden. Von politischer Seite
6 erscheint die Arbeit des BMZ als hätte es die letzten 50 Jahre nicht gegeben:
7 Wirtschaftszusammenarbeit steht wieder im Fokus.

8

9

10 2. Was bedeutet Entwicklung für uns?

11 Als internationalistischer Jugendverband wollen wir nicht nur die Gesellschaft in Deutschland
12 verändern. Unsere Vorstellungen der Selbstbestimmung (Emanzipation) der Menschen gelten
13 weltweit. Jeder Mensch soll in Würde leben und sein Leben selbst gestalten können. Deshalb kämpfen
14 wir für eine sozialistische, demokratische und feministische Gesellschaft. In der kapitalistischen
15 Gesellschaft in der wir heute leben, ist dieses Ziel nicht zu verwirklichen. Damit geht es uns nicht um
16 Mildtätigkeit, sondern dass wir ein gutes Leben für alle fordern und dafür kämpfen. Es reicht uns
17 eben nicht wenn jeder am Tag eine Schüssel Reis zum Essen bekommt. Das spiegelt sich auch in
18 unserem Ansatz an Entwicklungspolitik wieder:

19

20 Demokratisierung

21 Wer die Selbstbestimmung der Menschen fordert, muss auch die Demokratisierung der
22 Entwicklungspolitik fordern. Das bedeutet, dass Ungleichgewichte in Partnerschaften abgebaut
23 werden müssen. So müssen zum Beispiel die Geberländer gemeinsam mit den Entwicklungsländern
24 über die Mittelverwendung entscheiden. Auch die Kontrolle über die Verwendung muss gemeinsam
25 erfolgen. Hier spielen aus unserer Sicht internationale Institutionen wie die UN Organisationen eine
26 wichtige Rolle. Die Mitbestimmung endet allerdings nicht bei der Beteiligung der Staatsregierungen,
27 auch die betroffenen Menschen der Projekte vor Ort müssen diese mit gestalten können.
28 Wenn wir davon ausgehen, dass Entwicklungspolitik ein gemeinsames Projekt aller Länder ist, dann
29 müssen gemeinsame Entscheidungen von allen mitgetragen werden.

30

31 Auch muss Entwicklungspolitik darauf hinwirken, dass Staaten wieder mehr Gestaltungsmacht
32 bekommen. Sei es, sie zu unterstützen auf einen Weg zu einem stabilen Haushalt oder beim Aufbau
33 von demokratischen Strukturen. Dabei ist Demokratiep politik auch immer Sozialpolitik. Korruption
34 lässt sich zum Beispiel nicht ohne ein wirksames Sozialversicherungssystem bekämpfen.

1

2 Demokratisierung bedeutet aber auch, dass es keinen finalen Entwicklungspfad gibt. Das bedeutet, es
3 gibt viele Wege zum Ziel und das Ziel ist nicht von vornherein festgelegt. Die Menschen müssen in
4 der jeweiligen Situation selbst entscheiden, was sie wollen, wo sie Schwerpunkte setzen. Das Ziel wird
5 immer wieder neu definiert. Es gibt keinen Zielpunkt, an dem wir das Projekt für erledigt erklären.

6

7 Gerechtigkeit:

8 Entwicklungspolitik beschränkt sich aus unserer Sicht nicht auf den Bau von Krankenhäusern und
9 Brunnen. Wir brauchen eine weltweite Umverteilung von Vermögen, um Gerechtigkeit zu
10 verwirklichen. Dies muss sich in der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik wieder
11 spiegeln. Wir brauchen eine Industrialisierung der Entwicklungsländer, denn die bisherige
12 internationale Arbeitsteilung (Rohstofflieferanten und Produzenten) führt zu Abhängigkeiten und zu
13 Ungleichheiten zwischen den Ländern. Gleichzeitig kämpfen wir für eine Demokratisierung der
14 Wirtschaft weltweit. Grundsätzlich muss die Wirtschaft der Allgemeinheit dienen. In diesem Sinne
15 findet Entwicklungspolitik in allen Politikfeldern statt.

16 Gleichzeitig darf Entwicklungspolitik nicht nur ein Reperaturbetrieb sein.
17 Entwicklungspolitik muss die Strukturen grundlegend verändern und nicht nur von Notlage zu
18 Notlage hetzen.

19

20 Gerechtigkeit bedeutet auch, dass wir uns Interessenskonflikten aktiv stellen. Zum Beispiel zwischen
21 dem Recht eines jeden auf Elektrizität und dem Bau von Großstaudämmen. Dass wir versuchen
22 Alternativen zu entwickeln und so den Slogan eines nachhaltigen Fortschritts und Wachstums mit
23 Leben zu füllen. Eine Umweltpolitik, darf zu keinem Fortschrittsverzicht von Entwicklungsländern
24 führen. Und Wachstum darf nicht die Lebensgrundlagen von Menschen zerstören.

25

26 Entwicklungspolitik soll die Menschen stärken, es geht nicht nur darum, Notlagen zu überwinden.
27 Das Ziel ist es, dass jeder Mensch selbstbestimmt sein Leben gestalten kann. Dafür braucht es unter
28 anderem finanzielle Sicherheit, den Zugang zu Daseinsvorsorge, aber auch eine emanzipatorische
29 Bildungspolitik, die Menschen zum kritischen Denken erzieht.

30

31

32 3. Außenhandel, Freihandel und Ökonomie

33 Entwicklungspolitik wird zu einem nicht unerheblichen Teil durch handels- und finanzpolitische
34 Maßnahmen bestimmt. Ausgangssituation ist dabei immer noch ein eklatantes Ungleichgewicht von

1 wirtschaftlicher Stärke und damit verbunden technischen, wissenschaftlichen und finanziellen Mitteln,
2 die zu einem für die Entwicklungsländer negativen Machtgefälle führt. Auswirkungen zeigt dies zum
3 Beispiel bei der fortschreitenden Freihandelspolitik, die inzwischen oft nicht mehr nur von der
4 Welthandelsorganisation WTO, binational zum Beispiel von Deutschland, sondern zwischen
5 Freihandelszonen und einem Drittstaat ausgehandelt werden, wie die zahlreichen Handels- oder
6 Kooperationsabkommen der EU deutlich zeigen. Die Verhandlungsspielräume der Akteure und
7 Aktrizen, gerade, wenn es sich nicht um Länder mit vergleichbarer Wirtschaftsleistung handelt,
8 werden dadurch noch weiter minimiert. Auch wenn kein Land zum Abschluss eines
9 Freihandelsabkommens gezwungen ist, erscheint ein solches auf den ersten Blick attraktiv. Tatsächlich
10 fallen dadurch Zölle und nichttarifäre Handelsbeschränkungen. Die Folge sind wechselseitige
11 Export- und Importsteigerungen und verstärkter Kapitalfluss. Dies kann zu positiven Auswirkungen
12 nicht nur auf die Wirtschaften, sondern auch auf die Arbeitsmarktsituation und damit zur finanziellen
13 Besserstellung der Bevölkerung führen. Je größer jedoch die strukturelle Ungleichheit zwischen den
14 beiden Ökonomien ist, desto wahrscheinlicher ist auch das Risiko, dass Vorteile des Abkommens nur
15 für die entwickeltere Wirtschaft bestehen. Betriebe, gerade kleiner- und mittelständischer Art, können
16 sich nicht gegen die vielfältig besser ausgestattete ausländische Konkurrenz wehren.
17 Großunternehmen, die sich behaupten können, mehren vor allem das Vermögen von Eliten oder
18 ausländischer Investoren und nicht der breiten Bevölkerungsschicht. Sie sind es aber oft gerade, die an
19 dem Abschluss von Handelsabkommen maßgeblich beteiligt sein. Statt Angleichung der
20 Lebensverhältnisse werden strukturellen Nachteile und Abhängigkeiten weiter verfestigt.

21

22 Erschwerend hinzu kommt die spezielle Behandlung der Landwirtschaft, welche oftmals den einzigen
23 Teilwirtschaftsbereich darstellt, in dem Produkte der Entwicklungsländer tatsächlich konkurrenzfähig
24 sind. In Abkommen wird der Sektor aber zumeist ausgenommen oder durch hohe interne und
25 Export-Subventionen der EU oder anderer Industrieländer künstlich besser gestellt. Die
26 Agrarsubventionen führen aber nicht nur zu einer Gleichstellung der Marktpreise landwirtschaftlicher
27 Produkte in den unterschiedlichen Ländern, sondern drücken den Preis der europäischen im
28 Endeffekt sogar unter den Erzeugerpreis in den Entwicklungsländern, welche selbst zur Unterlassung
29 sämtlicher Subventionen eigener Produkte verpflichtet werden. Zu spüren bekommen das vor allem
30 Kleinbauern und -bäuerinnen. Das Ergebnis dieser Politik sind eine eigentlich unrentable und
31 kostenintensive Agrarwirtschaft in den Industriestaaten und die Zerstörung vital wichtiger
32 Landwirtschaft, so wie Importabhängigkeit der Entwicklungsländer.

33

34 Aktuelle Handelspolitik stellt sich damit mehr als protektionistische Maßnahme dar, die eine
35 tatsächliche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern nur als oberflächlichen

1 Deckmantel benutzt. Durch die Verhinderung von wirtschaftlicher und politischer Selbständigkeit
2 steht sie im diametralen Gegensatz zu den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit.

3

4 Wir Jusos fordern daher:

5 ein radikales Umdenken im Bereich der Handelsleitlinien. Nachhaltigkeitsaspekte und soziale
6 Auswirkungen auf die Gesellschaft durch Handelsabkommen müssen offen thematisiert und
7 Lösungsmöglichkeiten zu beidseitigem Vorteil Grundlage der Abkommen werden. Dazu gehört es
8 den Entwicklungsländern gleiche Rechte zuzugestehen, wie sie sich auch Deutschland oder die EU
9 herausnimmt. Entwicklungsländer müssen in der Lage sein, ihre Wirtschaftspolitik aktiv selbst zu
10 gestalten und nicht nach Interessen anderer auszurichten. Das beinhaltet auch die Möglichkeit,
11 Exportbeschränkungen oder Importkontingente festzulegen.

12 Wir fordern außerdem den Abbau von europäischen Subventionen landwirtschaftlicher Produkte, um
13 Entwicklungsländern eine realistische Chance auf einen eigenen funktionierenden Agrarsektor zu
14 schaffen und damit die Versorgungssicherheit im jeweiligen Land zu sichern, als auch die
15 Möglichkeit, effektiven wirtschaftlichen Nutzen für die eigene Volkswirtschaft zu ziehen.

16 Süd-Süd-Kooperationen untereinander können eine Alternative zu stark strukturell unterschiedlichen
17 Handelskooperationen zum gegenseitigen Nutzen und breiter Wohlfahrtsförderung sein.

18 Eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Förderung von Entwicklungsländern können
19 Direktinvestitionen sein. Jedoch entfällt nur ein Bruchteil der weltweit eingesetzten
20 Direktinvestitionen auf Entwicklungsländer. Um das Risiko von finanziellen Verlusten gering zu
21 halten, werden Investitionen meist an den Abschluss von Investitionsschutzabkommen (Bilateral
22 Investment Treaties) gekoppelt. Da gerade die ärmeren Regionen der Welt Finanzspritzen aus dem
23 Ausland dringend benötigen, werden die Konditionen der Schutzabkommen meist von den
24 Geberländern bestimmt. Da Kapital und damit die Möglichkeit Direktinvestitionen zu tätigen
25 zugunsten weniger verteilt ist, die Notwendigkeit von Finanzhilfen aber in vielen Ländern besteht,
26 kommt es zu race to the bottom Effekten zum weiteren Nachteil der Entwicklungsländer.
27 Investitionen führen zwar tatsächlich zu einem kurzfristigen Finanzauffluss und auch können Technik
28 und Wissenschaftstransfer für das Empfängerland von Vorteil sein. Mittel- und langfristig fließen
29 Gewinne jedoch meist wieder aus dem Land ab. Hochproblematisch ist außerdem, dass für die
30 Investitionen das jeweilige Rechtssystem nicht gilt, sondern die im Vertrag ausgehandelten
31 Grundlagen, so wie die Möglichkeit des Investors das Empfängerland vor internationalen
32 Schiedsgerichten zu verklagen. Daraus folgt, um Schadensersatzforderungen zu entgehen, die
33 Verengung nationaler Handlungsspielräume. Durch die Verträge wird außerdem ein Umgehen
34 nationaler Schutzrechte, gerade im Bereich Umwelt und Arbeitsbedingungen, ermöglicht. Dies hat
35 nicht nur fatale Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Natur des Empfängerlandes, sondern

1 kann auch zum Abbau von Standards in der gesamten Region führen, um konkurrenzfähig zu werden.
2 Am Markt treffen sich dann im Endeffekt die bereits grundsätzlich strukturell bessergestellten
3 ausländischen Unternehmen, die weiter bevorteilt werden, auf einheimische Betriebe. Insgesamt lässt
4 sich so feststellen, dass Direktinvestitionen Vorteile für beide Seiten erbringen können, wenn die
5 Rahmenbedingungen nicht zu einseitiger Bevorteilung führen. Vermögensanlagen im Ausland sollten
6 daher Teil einer breit aufgestellten Entwicklungspolitik sein, soweit sie den beiderseitigen Nutzen
7 deutlich vor einseitiger Vorteilsnahme des Geberlandes stellen. Gerade um fragile Staatsgewalt und
8 instabile politische Verhältnisse nicht weiter zu erschüttern, muss auch bei
9 Investitionsschutzabkommen die staatliche Handlungsfähigkeit geschützt und aufrecht erhalten
10 werden. In keinem Fall darf durch diese Abkommen eine Unterwanderung der in
11 Entwicklungsländern sowieso schon oft minimalistisch ausgestalteter Arbeitnehmer- und
12 Umweltschutz unterwandert werden. Direktinvestitionen haben einen großen Einfluss auf die
13 Situation im Empfängerland und müssen daher in die Zielrichtungen von
14 Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Nur durch einen solch breiten Ansatz kann
15 Entwicklungspolitik tatsächlich Erfolge erzielen.

16

17 5. Entwicklungspolitik und Klimawandel

18 Der Klimawandel und die mit ihm einhergehend Erderwärmung bedrohen zunehmend das Leben, die
19 Gesundheit und die Existenzgrundlage von Millionen Menschen des globalen Südens. Der Umgang
20 mit den Folgen des Klimawandels für Menschen und Umwelt ist eine der drängenden
21 Zukunftsaufgaben für die internationale Gemeinschaft. Besonders an die
22 Entwicklungszusammenarbeit stellen sich neuen Herausforderungen.

23

24 Vor diesem Hintergrund ist essentiell, zum einen die Emission von Treibhausgasen einzudämmen
25 und zum anderen eine Anpassung an veränderte Umweltbedingungen vorzunehmen.

26

27 Obwohl für den bisherigen Klimawandel vor allem die Industrieländer verantwortlich sind, befindet
28 sich der Großteil der am härtesten betroffenen Länder in der so genannten Dritten Welt. Zwar sind
29 auch Auswirkungen der Erderwärmung in Mitteleuropa und Nordamerika zu erwarten und zum Teil
30 bereits zu spüren, doch die Intensität ist geringer und die sozialen Auswirkungen aufgrund der
31 besseren wirtschaftlichen Lage und Infrastruktur besser zu beherrschen. Es ist daher folgerichtig und
32 nur gerecht, dass auf den letzten UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen und Cancun die
33 Einrichtung eines Anpassungsfonds beschlossen wurde.

34

1 Genauso wie der Klimawandel eine Bedrohung für die Entwicklung darstellt, kann auch die
2 Einschränkung der nutzbaren Energieressourcen für die armen Länder ein Hindernis darstellen. Auch
3 hier ergriff die internationale Gemeinschaft bereits Maßnahmen, z.B. mit dem grünen Klimafonds
4 oder Geldern für Klimaschutz. Ein wichtiger Schritt in diesem Sinne ist die Entkopplung von
5 Wachstum und Ressourcenverbrauch, insbesondere fossiler.

6
7 Angesichts der Endlichkeit der Erdölvorkommen dieser Erde und als Maßnahme gegen den
8 Klimawandel gibt es Bestrebungen den motorisierten Verkehr mittels Aggrotreibstoffen weniger
9 klimaschädlich und unabhängig von fossilen Brennstoffen zu gestalten. Im Bereich der
10 Energiepflanzen sind große Zuwächse in den Anbauflächen zu verzeichnen. Oftmals handelt es sich
11 dabei um neu entstehende Felder, die vorherige natürliche Landnutzungen verdrängen oder die Äcker
12 von Kleinbauern zusammenlegen. In vielen Fällen werden auch die Wohnorte indigener
13 Bevölkerungen zerstört oder durch große Feldflächen zerschnitten und den Menschen der Zugang
14 zum Lebensnotwendigen erschwert.

15 Damit sind die Aggrotreibstoffe ein Grund für die Preissteigerungen von Lebensmitteln. In den
16 Industrieländern konnten diese größtenteils abgefangen werden. Menschen in Entwicklungsländern,
17 die den größten Teil ihrer finanziellen Mittel für Lebensmittel ausgeben, können dies nicht. Auch
18 politische Lösungen wie Subventionen oder Ausfuhrzölle stehen diesen Ländern oft nicht zur
19 Verfügung beziehungsweise werden durch das Weltwirtschaftssystem und internationale
20 Finanzverpflichtungen unterbunden.

21
22 Daher fordern wir Jusos
23 dass die Industrieländer mehr Mittel als bisher für Maßnahmen der Klimaanpassung zur Verfügung
24 stellen

25 dass verbindliche und ambitioniertere Reduktionsziele für Klimagase auf internationaler Ebene
26 festgelegt werden

27 Klimaflüchtlinge aufgenommen werden

28 Sparsamere Motorisierung und alternative Antriebsformen sind ein Ausweg, um Mobilität auch
29 weiterhin sicher zu stellen. Es darf dabei keine Konkurrenz zwischen Energiepflanzen und
30 Nahrungsmitteln geben.

31 Entwicklungsländern muss im Fall von negativen Auswirkungen der Lebensmittelpreise auf die
32 Ernährung ihrer Bevölkerung die Möglichkeit eingeräumt werden, für die jeweilige Dauer gezielte
33 Schutzmaßnahmen (zum Beispiel Exportkontingente und Importbeschränkungen) einzuleiten.

34 Technologietransfer für einen nachhaltigen und ökologischen Weg zum Wohlstand .

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

6. Armut bekämpfen

Die Definition von Armut ist keine statistische, sondern eine politische Frage. Über die Frage wer ist arm, hält eine Gesellschaft fest, was für ein Leben in Würde notwendig ist. Geht es nur um das reine Überleben oder hat jeder Mensch das Recht auf Zugang zu Kultur, Bildung, Gesundheitseinrichtungen und einer Wohnung mit sanitären Einrichtungen. Oder hat er das Recht auf viel mehr?

In Deutschland wird die Armut meistens relativ erhoben. Das heißt, als arm gilt, wessen Lebensstandard erheblich unter dem des Durchschnitts liegt. Die UNO und die Weltbank arbeiten mit dem Konzept der absoluten Armut. Als absolut arm galt, wer weniger als einen US Dollar pro Tag zur Verfügung hat. 2008 hat die Weltbank ihre Statistik überarbeitet. Die Schwelle für extreme Armut liegt nun bei 1,25 US Dollar am Tag. Diese Form der Definition hat natürlich erhebliche Schwächen. Sie bildet nicht die Kaufkraft ab. Es bleibt unklar, was man sich für einen Dollar am Tag kaufen kann. Und sie sagt nichts darüber aus ob die Menschen Zugang zu Bildung, Gesundheitseinrichtungen oder zu sauberem Trinkwasser haben.

Im September 2000 einigten sich 189 Staaten auf die Millenniumserklärung. Der Beginn des neuen Millenniums wurde zum Anlass genommen, globale Probleme gemeinsam in Angriff zu nehmen. Das große gemeinsame Ziel ist es, die Armut zu bekämpfen. 2001 wurden auf Grundlage der Millenniumserklärung konkrete Ziele formuliert, die bis 2015 erreicht werden sollen, die Millennium Development Goals (MDG). Auf acht MDGs haben sich die Staaten geeinigt: die Bekämpfung von Armut und Hunger, Bildung für alle, Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Gesundheit von Müttern und Kindern stärken, HIV/AIDS bekämpfen, ökologische Nachhaltigkeit und hinter dem Begriff der global partnership versteckt sich die Finanzierungsfrage.

Für jedes MDG wurden Teilziele definiert, um die Fortschritte messbar zu machen. Für das MDG „Armut und Hunger zu bekämpfen“ gibt es drei Teilziele.

Teilziel 1: Zwischen 1990 und 2015 die Anzahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben, zu halbieren. 1990 waren dies 30% der Weltbevölkerung.

Teilziel 2: Zwischen 1990 und 2015 die Anzahl an Menschen die hungern zu halbieren.

Teilziel 3: Vollbeschäftigung in gute Arbeit für alle erreichen, auch für Frauen und Jugendliche.

1 Wie weit sind die Staaten mit ihren Versprechungen gekommen?
2 Nachdem die Weltbank ihre Zahlen neu berechnet hat, geht man heute davon aus, dass 1,4 Milliarden
3 Menschen von weniger als 1,25 US Dollar pro Tag leben müssen. Damit weichen die Zahlen deutlich
4 von den 2005 Veröffentlichungen ab. Damals lag die Zahl bei 879 Millionen (bei einer Grenze von einem
5 US Dollar pro Tag), das Ziel, die extreme Armut zu halbieren, rückte in greifbare Nähe. Mit der
6 neuen und wesentlich ehrlicheren Berechnung, gibt es einen Rückgang von 1,8 Milliarden Menschen
7 in extremer Armut auf 1,4 Milliarden. Damit liegt noch ein langer Weg vor den Staaten dieses Ziel zu
8 erreichen. Vor allem berücksichtigen diese Zahlen noch nicht die Preisexplosionen bei den
9 Grundnahrungsmitteln und die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Studien gehen davon aus,
10 dass 2009 die Zahl der Menschen in extremer Armut um 55 bis 90 Millionen Menschen höher liegen
11 wird, als dies bisher erwartet wurde. Dennoch geht die UN davon aus 2015 das Teilziel zu erreichen,
12 dass „nur“ noch 15% der Weltbevölkerung in extremer Armut leben.

13

14 Wirft man einen zweiten Blick auf die Statistik, dann zeigt es sich, wie wichtig es ist die Höhe der
15 Armutsgrenze in Frage zu stellen. Setzt man die Grenze auf 2 Dollar pro Tag fest, dann leben
16 insgesamt 2,6 Milliarden Menschen in Armut.

17

18 2009 hatten 62% aller Männer und Frauen in den Entwicklungsländern eine Beschäftigung, hierzu
19 zählt auch eine Beschäftigung im informellen Sektor. 1990 waren es 63%. Die Finanz- und
20 Wirtschaftskrise hat ihre Spuren hinterlassen. Besonders betroffen waren alle asiatischen Länder,
21 während in Afrika die Zahlen sogar leicht angestiegen sind.

22 Problematisch bleibt der unterschiedliche Zugang zum Arbeitsmarkt. 2007 hatten 77% der Männer
23 und 49% der Frauen in den Entwicklungsländern eine Beschäftigung. In vielen Regionen sind die
24 Unterschiede noch größer. Gleichzeitig führt die Aufnahme von Arbeit in vielen Fällen nicht zu
25 einem Ausbruch aus der Armut. 31% Prozent der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (2005)
26 mussten von weniger als 1,25 US Dollar pro Tag leben. 2008 waren es noch 26%. Im MDG Bericht
27 2011 weist die UN darauf hin, dass vor allem Frauen die Verlierer der Finanzmarktkrise sind. Sie
28 konnten von der wirtschaftlichen Erholung in den Entwicklungsländern nicht profitieren. Prekäre und
29 informelle Beschäftigungsverhältnisse haben im Zuge der Krise zugenommen. 60% aller
30 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen waren 2009 im informellen Sektor beschäftigt, sei es als „Solo-
31 Selbstständige“ oder mithelfende Familienangehörige ohne eigenes Einkommen. Sowohl vom Ziel der
32 Vollbeschäftigung, als auch vom Ziel der Guten Arbeit sind wir weit entfernt. Die Finanz- und
33 Wirtschaftskrise hat die Ärmsten der Welt besonders hart getroffen.

34

1 Bei der Bekämpfung von Hunger wurden kaum Fortschritte erzielt. Zwar sank die Prozentzahl der
2 unterernährten Menschen von 1990 bis 2007 von 20% auf 16%. Doch wirft man einen Blick auf die
3 absoluten Zahlen, so zeigt sich dass diese gestiegen sind. 1990 waren 817 Millionen Menschen
4 unterernährt, 2007 waren es 830 Millionen. Auf Grund der extrem gestiegenen Preise für
5 Grundnahrungsmittel in Folge der Finanzmarktkrise ist davon auszugehen, dass heute noch mehr
6 Menschen unterernährt sind. Die FAO schätzt die Zahl der unterernährten Menschen in 2009 auf
7 eine Milliarde.

8

9 Der MDG Report 2011 hat auch Erfolge zu verzeichnen. Die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter 5
10 ist von 12,4 Millionen in 1990 auf 8,1 Millionen in 2009 gefallen. Immer weniger Menschen
11 infizieren sich mit HIV seit 1997. Es waren 2009 aber noch 2,6 Millionen Menschen. Durch eine
12 bessere Finanzierung und Kontrolle konnten die Todesfälle bei Malaria um 20% gesenkt werden.

13 Dennoch profitieren nicht alle von den positiven Entwicklungen. Es gibt große Unterschiede in der
14 Entwicklung auf dem Land und in den Städten. Und die Mitglieder der Gesellschaft, die am
15 verletzlichsten sind, sei es auf Grund des Geschlechts, des Alters, der Ethnie oder einer Behinderung,
16 sind oftmals ausgeschlossen von Verbesserungen. Die größten Fortschritte machen diejenigen, die an
17 der Armutsgrenze leben, für die ärmsten Kinder zum Beispiel gibt es die geringsten Verbesserungen.
18 In vielen Ländern ist die Ungleichverteilung von Reichtum noch gestiegen.
19 Kaum Fortschritte gibt es bei den sanitären Einrichtungen. 2,6 Milliarden Menschen haben keinen
20 Zugang zu Toiletten. Vor allem im südlichen Asien gibt es hier kaum Fortschritte. Am Weltwassertag
21 (22. März 2011) erklärte der UN Generalsekretär Ban Ki-Moon, dass im letzten Jahrzehnt die Zahl
22 der Stadtbewohner, die zuhause oder in ihrer direkten Umgebung kein Leitungswasser haben, um 114
23 Millionen gestiegen ist.

24

25 Ein Blick auf die MDGs zeigt, dass die Ärmsten der Armen die Verlierer bei der Wirtschafts- und
26 Finanzmarktkrise sind. Sie werden in den informellen Sektor auf dem Arbeitsmarkt zurückgedrängt
27 oder müssen Arbeit zu Hungerlöhnen akzeptieren. Der Kampf gegen den Hunger scheinen wir gerade
28 wieder zu verlieren. Die Spaltung in dieser Welt nimmt trotz der teilweise positiven Erfolge immer
29 weiter zu.

30

31 Wir Jusos fordern:

32 Das Versprechen im 21. Jahrhundert Armut ernsthaft zu bekämpfen und zu beenden, muss wieder auf
33 die politische Tagesordnung genommen werden. Die MDGs finden sich in der allgemeinen

1 Berichterstattung kaum noch wieder und auch in unserer Partei wird dieser Frage nicht der
2 Stellenwert eingeräumt, den sie verdient.

3 Eine wirkliche Regulierung der Finanzmärkte. Dies gilt vor allem für die Rohstoff- und
4 Lebensmittelmärkte. Genauso wichtig ist es aber, die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten. Wenn
5 wir die Millennium Development Goals erreichen wollen, dann brauchen wir mehr Mittel. Die
6 Einführung einer Finanztransaktionssteuer könnte hier zu mehr Gerechtigkeit führen. Sie darf nicht
7 nur dazu genutzt werden, die Haushaltslöcher in den Industrieländern zu füllen.

8 Um die finanzielle Handlungsfähigkeit von Entwicklungsländern zu stärken, brauchen sie unsere
9 Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Steuersystemen. Dieser Punkt wird in der
10 Entwicklungsarbeit und der Arbeit der Weltbank und des IWF kaum berücksichtigt. Vor allem muss
11 es darum gehen, Steuersysteme so zu gestalten, dass jeder seinen gerechten Anteil zahlt. Vor allem die
12 Vermögenden in diesen Ländern müssen ihren Beitrag zahlen. Die Umverteilung von Reichtum ist
13 auch in den Entwicklungsländern selbst ein wichtiger Schritt.

14 Wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern wird nur gelingen, wenn wir
15 Entwicklungsländer nicht auf die Rolle der Rohstofflieferanten reduzieren. Die von der EU
16 verabschiedete Rohstoffinitiative nimmt aber auch noch auf diesem Feld Entwicklungsländern
17 Spielräume Entwicklung zu forcieren. Die Außenpolitik der EU muss sich grundlegend ändern. Wir
18 fordern als ersten Schritt eine Rücknahme der Rohstoffinitiative und eine Reform der Gemeinsamen
19 Agrarpolitik der EU. Ziel der Agrarpolitik muss die Ernährungssicherheit weltweit sein.

20 Investitionen in Infrastruktur müssen gestärkt werden. Der IWF muss von der jahrelangen
21 praktizierten Privatisierungspolitik Abstand nehmen. Es kann nicht sein, dass Kredite nur vergeben
22 werden, wenn Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert werden. Vor allem das zunehmende
23 Gefälle zwischen den Städten und dem ländlichen Raum muss angegangen werden.
24 Infrastrukturmaßnahmen, wie der Bau von Gesundheitszentren werden von den MDGs nur indirekt
25 erfasst. Hier muss die UN einen größeren Fokus darauf legen.

26 Im Bereich der Beschäftigung müssen Frauen deutlich mehr in den Vordergrund rücken. Gute Arbeit
27 ist für nur sehr wenige Realität. Hier ist die von der ILO verabschiedete Konvention zum Schutz von
28 Hausangestellten ein wichtiger Schritt. Diese muss von möglichst vielen Staaten unterzeichnet
29 werden. Aber es müssen weitere Bereiche folgen. Die meisten Frauen sind nach wie vor mithelfende
30 Familienangehörige ohne eigenes Einkommen. Sie benötigen dringend mehr Rechte. Gesetzliche
31 Diskriminierung, vor allem im Erbrecht, müssen abgebaut werden. Auch hier kann eine ILO
32 Konvention ein erster Schritt sein.

33 Die Formalisierung von Beschäftigung muss ein Schwerpunkt werden. Beschäftigte im informellen
34 Sektor haben keine Sicherheiten, können kein Entgelt einklagen und jeder Krankheitstag ist für sie ein

1 hohes Risiko, noch tiefer in die Armut abzurutschen. Die in den Entwicklungsländern zunehmende
2 Scheinselbstständigkeit (Kurzeitverträge) muss genauso bekämpft werden.

3 Im Kampf gegen Hunger muss die FAO (Food and Agricultural Organisation der UN) finanziell
4 besser ausgestattet werden, um alle Soforthilfeprogramme umsetzen zu können. Im Kampf gegen
5 Hunger darf es nicht zu einer Prioritätensetzung kommen. Gleichzeitig zeigt der Kampf gegen
6 Hunger, wie wichtig der Aufbau eines Sozialsystems ist. Denn auch in vielen Schwellenländern
7 hungern Menschen, ein Beispiel dafür ist Indien, hier waren 2010 24,1% der Menschen von Hunger
8 betroffen. Indien könnte es sich leisten, dass niemand in diesem Land hungern muss.

9

10 7. Genderfragen

11 Der Großteil der bestehenden Entwicklungstheorien klammert den Aspekt der
12 Geschlechterverhältnisse aus, obwohl diese einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung von
13 Staaten und Regionen haben. Patriarchale Strukturen in einer Gesellschaft sind wie Korruption und
14 Klientelismus ein Entwicklungshindernis.

15 Tradierte Rollenbilder, die auch in den Köpfen des Nordens noch nicht überwunden sind, verursachen
16 eine gesellschaftliche Arbeitsteilung, die den Frauen den privaten und unbezahlten Bereich zuordnet.
17 Die Folge ist eine Trennung des privaten und öffentlichen Raums. Daher wird der öffentliche Raum
18 nur von Männern gestaltet. Frauen und ihre spezifischen Bedürfnisse und Ideen bleiben unsichtbar.
19 Dies spiegelt sich auch in der wirtschaftlichen Situation wieder. Erschwerend hinzu kommt, dass
20 selbst Beschäftigungen, die andernorts gegen Entgelt verrichtet werden, gerade in der Landwirtschaft,
21 als typische unbezahlte Frauenaufgaben aufgefasst und dadurch dem Sektor der Lebensgrundlage
22 sichernden Erwerbstätigkeit entzogen werden. Der gering ausgeprägte formelle Sektor wird von
23 Männern dominiert, während der informelle Sektor vorwiegend durch Frauen bestimmt wird. Daher
24 gehen Maßnahmen, die sich nur auf den formellen Sektor konzentrieren an den Frauen vorbei.

25

26 Bereits in den 70ern erkannte die internationale Gemeinschaft diese Probleme und versuchte, mit
27 verschiedenen Methoden eine geschlechtergerechte Entwicklungspolitik zu etablieren. Durch die
28 neoliberalen Reformen der 90er wurden viele Errungenschaften der vorangegangenen Jahrzehnte
29 zunichte gemacht. Ein Blick auf die Lage vor Ort zeigt, dass die gravierenden sozialen Probleme in
30 den Entwicklungsländern zum Entstehen basisdemokratischer Frauengruppen geführt haben. Dies
31 darf nicht dazu führen, dass die Verantwortung zur Lösung der Probleme auf diese Selbsthilfegruppen
32 abgewälzt wird.

33

1 Frauen sind oft Opfer von Gewalt. Diese Aussage trifft auf die ganze Welt zu, aber in besonderer
2 Härte auf die Länder des Südens. Vor allem in afrikanischen Entwicklungsländern werden junge
3 Frauen beschnitten oder dem sogenannten breast ironing unterzogen. Hier darf sich die internationale
4 Gemeinschaft nicht auf kulturelle Unterschiede berufen, sondern muss das Menschenrecht auf
5 körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung als dominierende Grundlage ihrer Maßnahmen
6 verwenden. Erst Anfang dieses Jahrtausends gelang es der internationalen Gemeinschaft eine
7 verbindliche Definition für Menschenhandel zu finden. Da besonders Frauen Opfer von
8 Menschenhandel werden, sollte die Strafverfolgung und der Umgang mit den Betroffenen gender-
9 sensibel erfolgen. Das zuständige Personal sollte entsprechend geschult sein.

10

11 Im Bereich der Bildung werden Mädchen und Frauen häufig strukturell diskriminiert. Fast
12 Zweidrittel aller Analphabeten weltweit sind Frauen. Dabei hat sich gezeigt, dass sich für Kinder
13 Wissen und Bildungsgrad der Mutter deutlich positiver auf ihre Entwicklung und Lebensweg
14 auswirkt, als der ihres Vaters. Ohne eine gewisse Grundbildung ist sozialer Aufstieg, gesellschaftlicher
15 Einfluss und politische Teilhabe unmöglich. Entwicklungspolitik muss gerade auch im
16 Bildungsbereich Mädchen und Frauen gezielt fördern.

17

18 Die Hälfte der Menschen, die migrieren um Arbeit zu finden, sind Frauen. Oftmals sind das
19 diejenigen, welche in ihren Herkunftsländern eine gewisse Ausbildung erfahren haben, dann aber in
20 den Zielländern in den frauentypischen Niedriglohnssektoren eingestellt werden. Der Umgang mit
21 Arbeitsmigrant_innen ist bisher nicht gender-sensibel.

22

23 Besonderen Gefahren sind offen homosexuell lebende Menschen ausgesetzt. In vielen Ländern des
24 Südens ist das Ausleben ihrer sexuellen Orientierung strafbar, führt zur gesellschaftlichen Isolation
25 und wird teilweise mit dem Tode geahndet. Eine Mehrheit von reaktionären Staaten hat bewirkt, dass
26 die Hinrichtung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität nicht mehr von der UNO verurteilt
27 wurde. Menschen, die aufgrund dieser Verfolgungen in den Norden geflüchtet sind, müssen sich
28 teilweise einem erniedrigenden Test unterziehen lassen oder ihre sexuelle Orientierung wird von
29 Behörden in Zweifel gezogen.

30

31 Die Zusammenlegung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeitsorganisationen in Deutschland
32 brachte einen großen Rückschritt mit sich. Der Vorstand des neuen Verbandes besteht ausschließlich
33 aus Männern und vor allem die Abteilungen unter weiblicher Leitung wurden abgebaut.

34

1 Daher fordern wir Jusos:

2 Gute Entwicklung bedarf gleicher Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen und
3 politischen Leben. Die entwicklungspolitischen Organisationen der Bundesrepublik Deutschland
4 müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Eine paritätische Besetzung der Vorstände und
5 Abteilungsleitungen ist unabdingbar.

6 Geschlechtergerechte Entwicklungspolitik muss sich auch dem informellen Sektor zuwenden, in dem
7 vor allem Frauen arbeiten. Eine reine Fokussierung auf den formellen Sektor bevorzugt einseitig
8 Männer.

9 Gender Mainstreaming muss überall angewandt werden. Alle Maßnahmen und Projekte müssen vor
10 Anwendung auf ihre Folgen für das Verhältnis von Männern und Frauen geprüft werden.

11 Die Menschenrechte müssen der Maßstab sein, an dem sich das Handeln der Weltgemeinschaft
12 orientiert. Angeblich kulturell bedingte menschenverachtende Praktiken sollten geahndet und
13 unterbunden werden.

14 Bildungsangebote müssen gezielt für Mädchen und Frauen entwickelt und durchgeführt werden, um
15 die strukturelle Benachteiligung zu überwinden.

16 Wir Jusos stehen für ein Asylrecht für alle. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung
17 fliehen müssten, dürfen nicht zusätzlichen rassistischen und homophoben Zumutungen ausgesetzt
18 werden. Hier müssen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Behörden sensibilisiert werden.

19

20 8. Entwicklungspolitik unter schwarz-gelb

21 Fassunglos waren viele als bekannt wurde, dass gerade Dirk Niebel das Bundesministerium für
22 wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übernehmen sollte. Denn vor der Wahl wollte
23 Niebel das Ministerium noch abschaffen. Heute steht das Ministerium noch, doch einiges hat sich
24 geändert. Dies machte schon der Koalitionsvertrag deutlich:

25 *Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit müssen besser aufeinander*

26 *aufbauen und optimal ineinander greifen. Entwicklungspolitische Entscheidungen müssen die Interessen der*
27 *deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes,*

28 *angemessen berücksichtigen. Bei Auftragsvergabe sollen die Auslandshandelskammern über die Aufträge der*
29 *Entwicklungsorganisationen rechtzeitig informiert*

30 *werden.*

31 *(Zitat Koalitionsvertrag)*

32

1 Kurz gefasst soll deutsche Entwicklungspolitik deutschen Interessen dienen. Dies bekam vor kurzem
2 auch der „globale Fond zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria“ zu spüren. Der globale
3 Fond ist eine private Organisation die Spenden sowohl bei Regierungen als auch bei Privatpersonen
4 (Bill Gates) einsammelt. Die Verteilung erfolgt über lokale Strukturen in den Entwicklungsländern.
5 Als der globale Fond selbst aufdeckte, dass ein kleiner Teil seiner Mittel vor Ort veruntreut wurde,
6 nahm dies Niebel zum Anlass die Zahlungen der Bundesregierung zu stoppen. Dabei geht es in
7 diesem Konflikt nicht um die Korruption - die vom Fond selbst aufgedeckt wurde- , sondern dass über
8 das multilaterale Konstrukt der deutsche Beitrag nicht mehr klar erkennbar ist. Steuergelder sollen nur
9 direkt ausgegeben werden. Nur wenn erkennbar ist was Deutschland macht, könne Deutschland
10 davon profitieren. Diese Erfahrung mussten auch andere Projekte machen.

11

12 Im Haushalt des BMZ finden sich auch Projekte, die nicht dem Bereich der Entwicklungspolitik
13 zuzuordnen sind. Damit sind vor allem Projekte wie diese gemeint: Siemens darf in Vietnam eine U-
14 Bahn bauen, weil Deutschland die Differenz zwischen dem billigsten Angebot und dem Angebot von
15 Siemens zahlt (86 Millionen Euro) oder die 48 Millionen, die das BMZ zahlt, damit eine große Werft
16 eine Fähre im Wert von 100 Millionen liefern darf. Alles Mittel, die offiziell als Entwicklungshilfe
17 deklariert sind.

18

19 Auch vom Ziel 0,7% des BIP für entwicklungspolitische Zusammenarbeit auszugeben, ist die
20 Bundesregierung weit entfernt. Zwar wird der Haushalt um 113 Millionen erhöht, nachdem er
21 allerdings vorher gekürzt wurde. Und für die folgenden Jahre sind schon Kürzungen angekündigt.
22 Dabei hatte Deutschland im Zuge der Verhandlungen rund um die Millennium Development Goals
23 versprochen, dieses Ziel bis 2015 zu erreichen. Wirklicher Kampfeswille für seinen Haushalt war bei
24 Niebel nicht zu erkennen.

25

26 Wenn man sich die Politik Niebels ansieht, dann kann mit Recht die Frage gestellt werden, wie viel
27 entwicklungspolitische Zusammenarbeit, wie wir sie uns vorstellen, findet im BMZ eigentlich noch
28 statt.

29

30 Viel Leidenschaft hat Niebel allerdings bei der Personalpolitik im BMZ an den Tag gelegt. So hat er
31 Parteifreunde und alte Bekannte mit Jobs versorgt. Die FDP sieht in diesem Ministerium nur einen
32 Selbstbedienungsladen.

33

1 Das größte Projekt von Niebel ist allerdings die Zusammenlegung der GTZ (Deutsche Gesellschaft
2 für Technische Zusammenarbeit), dem DED (Deutschen Entwicklungsdienst) und Inwent
3 (Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungs gGmbH) zur GIZ (Deutsche Gesellschaft für
4 Internationale Zusammenarbeit). Damit werden alle staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen zu
5 einem Unternehmen zusammengefasst, dass zu 100% dem Staat gehört. Weltweit wird die GIZ über
6 17.000 Beschäftigte haben.

7 Ziel ist es Doppelstrukturen abzubauen und Gelder in Millionenhöhe einzusparen. Auch soll die
8 Zersplitterung der Strukturen in der Entwicklungspolitik aufgehoben werden. Deutschland soll mit
9 einer Stimme sprechen, deshalb soll es auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt
10 geben.

11

12 Auch in der GIZ ist die neue Entwicklungspolitik der FDP spürbar. Public-private Partnership soll
13 eine wichtige Rolle spielen. Vor allem der deutsche Mittelstand soll endlich von der deutschen
14 Entwicklungspolitik profitieren. Die Ziele der GIZ haben nichts mit Idealismus zu tun, sondern es
15 geht darum, den Umsatz zu steigern. Das Ziel ist die Weltmarktführerschaft auf dem Markt der
16 Entwicklungshilfe. Diese politische Einstellung findet sich auch in den Strukturen wieder. Weshalb
17 man zwar die Zusammenlegung positiv bewerten kann, aber die Umsetzung kritisch sehen muss.

18

19 Daher fordern wir Jusos:

20 Wir brauchen eine grundsätzliche Diskussion über die Aufgaben von Entwicklungspolitik. Es geht
21 nicht um Charity oder um die Unterstützung der deutschen Wirtschaft. Sondern, dass aus unserer
22 Sicht jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Würde hat. Dieses Recht müssen wir gemeinsam
23 durchsetzen.

24 Es dürfen keine Aufträge von deutschen Unternehmen mit Geldern aus dem Etat für
25 entwicklungspolitische Zusammenarbeit gesichert werden, die keinen Mehrwert für die
26 Entwicklungsländer haben, der begründet warum gerade diese deutsche Firma den Auftrag
27 bekommen sollte.

28 Wir brauchen multilaterale Projekte in der Entwicklungspolitik, vor allem müssen lokale Strukturen
29 mit einbezogen werden und zwar nicht nur in der Beraterfunktion. Es darf in der Entwicklungspolitik
30 nicht um einen Beliebtheitscontest gehen, sondern Aufgaben müssen definiert und gemeinsam
31 angegangen werden.

32 Bis 2015 muss Deutschland endlich das Ziel, 0,7% des BIP für entwicklungspolitische
33 Zusammenarbeit auszugeben, erreichen. Vor allem, da wir dieses Ziel 1970 zugesagt haben.

1 Das GIZ muss sich dem Ziel nicht nur rhetorisch verpflichten Entwicklung weltweit zu fördern.
2 Unternehmenspolitische Umsatz- und Renditeziele dürfen nicht im Mittelpunkt einer
3 gemeinnützigen Organisation stehen. Hilfe muss dort erfolgen wo sie gebraucht wird und nicht dort
4 wo es Gelder dafür gibt. Dafür muss sich natürlich auch vor allem Politik des BMZ ändern, da die
5 GIZ nur Auftragnehmer ist.

6

1 **E4 Neue Wege beschreiten – Die Bundeswehr abschaffen!**

2 **LV Berlin**

3

4 **Die Bundeswehr im fundamentalen Wandel**

5 Die Wehrpflicht ist nicht abgeschafft – sie ist ausgesetzt. Aus antimilitaristischer Perspektive ergeben
6 sich dadurch neue Herausforderungen, um weiterhin gegen eine Militarisierung von Politik und
7 Gesellschaft vorzugehen. Aktuelle Debatten um akute Nachwuchssorgen bei der Freiwilligenarmee
8 Bundeswehr und die gleichzeitige Intensivierung von Werbemaßnahmen geben einen Vorgeschmack
9 auf die Folgen der umfassendsten Umstrukturierung und Neuausrichtung des deutschen
10 Militärapparates seit Bestehen der Bundeswehr. Das Aussetzen der Wehrpflicht steht in
11 unmittelbarem Zusammenhang mit der Bundeswehrreform und kann nicht ohne diese verstanden
12 werden.

13 Mit der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ist ein Stück denkwürdiger bundesdeutscher
14 Geschichte zu Ende gegangen. De facto gehören Musterung, Einberufung und die verpflichtende
15 Ausbildung an der Waffe für junge Männer der Vergangenheit an – genauso wie die Verweigerung,
16 der Zivildienst und die scheinbar ewigen Debatten um Wehrgerechtigkeit und den Sinn und Unsinn
17 von Zwangsdiensten. Es bleiben Probleme zur Legitimation der Bundeswehr, insbesondere bei
18 Auslandseinsätzen, der Pluralisierung von globalen Sicherheitsbedrohungen und die Frage, ob und
19 inwieweit militärische Gewalt als politisches Instrument zur Lösung von Konfliktsituationen weltweit
20 gerechtfertigt sein kann.

21 Umso mehr bedarf es einer kritischen Analyse der Neuausrichtung der Bundeswehr, der Sicherheits-
22 und Verteidigungspolitik sowie der zukünftigen Rolle des Militärs in einer Zeit der intensiven
23 Globalisierung.

24

25 **Analyse**

26 Die Neuausrichtung der Bundeswehr: Transformation einer Verteidigungsarmee in eine flexible
27 Interventionsarmee

28

29 Mit dem Ende des Kalten Krieges ist eine grundlegende Reform der Bundeswehr, die über bloße
30 Strukturänderungen hinausgeht, notwendig geworden – soweit sind sich Politik und Militärs einig.
31 Längst hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass keine singuläre Reform ausreicht, um den
32 Veränderungsbedarf zu decken. Im Anschluss an die Empfehlungen der sogenannten „Weizsäcker-
33 Kommission“ für eine Neustrukturierung der Streitkräfte im Jahr 2000 und den Bedingungen des

1 „Kriegs gegen den Terror“ befindet sich die Bundeswehr offiziell in einem ständigen
2 Transformationsprozess.

3 Die derzeitige, noch vom ehemaligen Bundesminister für Verteidigung zu Guttenberg angestoßene
4 Neuausrichtung der Bundeswehr ist der militärischen Erkenntnis geschuldet, dass die bisherigen
5 Strukturen der Bundeswehr, inklusive der Wehrpflicht, nicht dem von politischer Seite geforderten
6 Anforderungsprofil einer global einsetzbaren Einsatzarmee entsprechen. Die sicherheitspolitischen
7 Zielsetzungen Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung haben praktisch die vom
8 Grundgesetz geforderte Landesverteidigung abgelöst.

9 Tatsächlich stößt die Bundeswehr derzeit aber mit maximal 7000 Soldat_innen im Einsatz
10 personaltechnisch an ihre Grenzen. Gleichzeitig sorgen in Deutschland 250 000 Soldat_innen an fast
11 400 Standorten für „Präsenz in der Fläche“. Mit den aktuellen Reformbemühungen soll die
12 Bundeswehr konsequent auf Auslandseinsätze und deren spezifische Herausforderungen an
13 Verwaltung, Material und Personal getrimmt werden. Dabei sollen nicht nur Bürokratie abgebaut,
14 Standorte geschlossen und die Zahl der Soldat_innen auf maximal 185 000 reduziert werden, sondern
15 ebenfalls die Einsatzbereitschaft erhöht und die Nachwuchsgewinnung verstärkt werden.

16 „Vom Einsatz her denken“: Unter diesem Ansatz stehen alle derzeit geplanten Maßnahmen, die
17 Bundeswehr in eine global einsetzbare Interventionsarmee zu transformieren. Dabei sollte nicht
18 vergessen werden, dass dieser grundlegende Wandel maßgeblich von der Politik initiiert worden ist
19 und auch weiterhin getragen und forciert wird.

20

21 Militarisierung der Außenpolitik

22

23 Für die Durchsetzung der Interessen Deutschlands als „starke Nation in der Mitte Europas“ wird die
24 Bundeswehr – mit einem breiten politischen Konsens – als „unentbehrliches Instrument“ der Außen-
25 und Sicherheitspolitik und als Grundlage des nationalen „Selbstbehauptungswillens“ verstanden.
26 Während Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr noch vage von der Landesverteidigung als
27 Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO geprägt sind, wird beispielsweise der Zugang zu einem
28 „freien und ungehinderten Welthandel“ unverhohlen zu den deutschen Sicherheitsinteressen gezählt,
29 welche notfalls militärisch durchzusetzen und zu wahren seien.

30 Die zur Doktrin mutierte Erkenntnis, dass „Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt“
31 werde, markiert den vorläufigen Höhepunkt dieses Paradigmenwechsels in der deutschen Außen- und
32 Sicherheitspolitik. Die Rechtmäßigkeit von sogenannten „out-of-area“-Einsätzen der Bundeswehr ist
33 dabei bereits 1994 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden.

34

1 Die NATO – Allianz im Wandel oder ohne Zukunft?

2

3 Die Bundeswehr ist weiterhin fest in bestehende NATO-Strukturen integriert. Doch wie die
4 Wehrpflicht kann auch die NATO als Relikt des Kalten Krieges bezeichnet werden. Die NATO gab
5 in den letzten Jahren ein ambivalentes Bild ab: Zum einen ist die NATO immer noch ein
6 handlungsfähige Organisation, mit deren Hilfe sich der Westen seine militärischen wie
7 wirtschaftlichen Interessen durchsetzen kann. Zum anderen offenbaren sowohl die Mitgliedsstaaten
8 mit ihren mitunter divergierenden Interessen und Entscheidungen ein tief greifendes Zerwürfnis. Die
9 NATO hat ihren bisherigen Zusammenhalt verloren. Davon zeugen nicht nur unklare Zielsetzungen
10 und fehlende Lösungskonzepte auf neue Sicherheitsbedrohungen, sondern auch ein weiterhin
11 ungeklärtes Verhältnis zu Russland.

12 Längst verfolgen die USA die Strategie einer globalen Sicherheitsarchitektur jenseits des alten
13 Konstrukts NATO, um Demokratie, Menschenrechte und offene Marktwirtschaften selbst in
14 entfernteste Erdteile exportieren zu können.

15 Daher steht für uns fest: Die NATO muss langfristig überwunden werden.

16

17 Militarisierung der EU

18

19 Auch die Europäische Union erfährt eine beachtliche Militarisierung ihrer Strukturen und Politiken.
20 Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ist integraler Bestandteil der
21 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Militärische Kooperationen zwischen
22 EU-Ländern, die Europäische Verteidigungsagentur und die Grenzschutzagentur FRONTEX sind
23 Ausdruck des Bestrebens, der EU eine starke militärische Handlungsoption und eine eigene Armee
24 zur Verfügung zu stellen. Schon seit langem kann die EU unabhängig von der NATO bei
25 internationalen Krisen und Konfliktsituationen militärisch eingreifen. Der Vertrag von Lissabon
26 enthält gar eine Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedstaaten, ihre „militärischen Fähigkeiten
27 schrittweise zu verbessern“ (Art. 28(3)).

28

29 Aufrüstung und Waffenexporte

30

31 Die deutsche Rüstungsindustrie konnte ihre Exporte in den letzten fünf Jahren um 70 Prozent
32 steigern, sodass die Bundesrepublik zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur geworden ist. Wie
33 skrupellos nach Profiten gegiert wird, hat erst wieder der intransparente Leopard-Deal mit Saudi-
34 Arabien vor Augen geführt. Heute sind die Verteidigungsausgaben der drittgrößte Posten nach

1 Arbeit/Soziales und der Bundesschuld. Im Vergleich zu Bereich Bildung umfasst er heute das
2 Dreifache. Allein in den letzten Jahren hätten für die 243 NH90-Hubschrauber 1654 Grundschulen
3 (mit Sporthalle), für die A400-Transportflugzeuge 572 Berufsschulen, für die acht U212-U-Boote
4 1666 Kindergärten und für die drei F124-Fregatten 236 Studierendenwohnheime (à 200 Plätzen)
5 gebaut werden können.

6

7 Militarisierung der Gesellschaft

8

9 Die Aussetzung der Wehrpflicht ist zweifelsfrei ein wichtiger Schritt, der Militarisierung der
10 Gesellschaft zu begegnen. Der Verbreitung militaristischer Einstellungen und vergleichbaren
11 Gedankenguts ist damit aber keineswegs ein Riegel vorgeschoben: Vielmehr ist die Gefahr eines
12 undemokratischen Militärapparats, der viel zitierte „Staat im Staate“, fehlende gesellschaftliche
13 Kontrolle und mangelnde Reflektion über die Bundeswehr mit der Aussetzung der Wehrpflicht eher
14 gestiegen.

15 Vielfach sind wir uns nur unzureichend bewusst, wie stark die Bundeswehr in unserem Alltag präsent
16 ist und wie stark sie Diskurse in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit bestimmt: Für viele ist sie
17 in Form ihrer Wehrdienstzeit ein Teil ihres Lebensweges gewesen, sie tritt fast täglich in den
18 (Nachrichten-) Medien im Zuge der Kriegsberichterstattung in Erscheinung, für viele ist die Kaserne
19 ein Bestandteil ihres Wohnortes, die Bundeswehr ein „sicherer“ lokaler Arbeitgeber,
20 Bundeswehrangehörige gehen regelmäßig in Schulen, es finden öffentliche Gelöbnisse statt, sie macht
21 einen Teil des politischen Zeremoniells in der Bundesrepublik aus und nicht zuletzt kooperiert sie mit
22 Hochschulen. Dort erhofft sie sich zusammen mit der Rüstungsindustrie „nützliches“ Know-How und
23 qualifizierten Nachwuchs zu finden. Die Bundeswehr hat sich in die Lebenswirklichkeit unserer
24 Gesellschaft hinein gedrängt.

25 Der Führungsstab der Bundeswehr hat dabei im Auge, gerade für junge Menschen so attraktiv wie
26 möglich zu erscheinen. Angesichts der häufig prekären Arbeits- und Ausbildungsmarktsituation
27 erliegen ihr viele junge Erwachsene. Auch die abschreckende Wirkung der Studiengebühren und die
28 Angst vor einer ungewissen Zukunft treiben Menschen in ihre Arme und ihr vermeintlich attraktives
29 Studienangebot.

30 An den Standorten Hamburg und München werden fern von dem, was wir uns als selbstbestimmtes
31 Studium vorstellen, ihre Nachwuchskräfte herangezogen. Erschreckend waren die Zahlen, die von
32 dem wenig kritischen bundeswehreigenen Sozialforschungsinstitut nach langem Zurückhalten
33 vorgelegt wurden: Ungefähr achtzig Prozent stimmten einer der sechs Positionen der „Neuen
34 Rechten“ voll und ganz zu. Solche Entwicklungen gefährden partiell unsere Demokratie.

1

2 Die Grundprobleme hinter den nationalen Armeen

3

4 Das stehende Herr bildet einen essentiellen Bestandteil des Nationalstaats. Es wird bis heute als
5 gängiges Mittel der Außenpolitik angesehen und genutzt – auch wenn hin und wieder die
6 Sprachregelung eine andere ist. Die Zahlreichen Auslandseinsätze der Bundesrepublik (Afghanistan,
7 Horn von Afrika etc.) dokumentieren die Militarisierung der Außenpolitik. Hinter militärischen
8 Einsätzen stehen auch klare nationale und wirtschaftliche Interessen. Nicht selten werden humanitäre
9 Ziele vorgeschoben und wirtschaftliche Absichten wie die Rohstoffsicherung bestritten, wobei die
10 Europäische Union heute schon damit beginnt, diese Kriegsgründe als legitim zu erklären. Wir lehnen
11 Kriege ab, die dazu dienen sollen, nationale und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen! Von
12 Verteidigungskriegen kann schon lange keine Rede mehr sein. Gerade am Beispiel des Kampfes gegen
13 den Terrorismus wird ersichtlich, wie stark zivile Mittel und Wege vernachlässigt werden und ein
14 erfolgloser Kampf mit Waffen ausgetragen wird. Bis zum heutigen Tag gehört die militärische
15 Option zum Standardrepertoire der nationalstaatlichen Planspiele. Die Bundesrepublik kündigt sogar
16 ganz offen an, sich noch häufiger an militärischen Operationen beteiligen zu wollen, um an Einfluss
17 zu gewinnen. Diese Konkurrenz, bei der sich selbst innerhalb von Bündnissen Nationalstaaten immer
18 wieder in den Vordergrund schieben wollen, muss beendet werden. Wir fordern eine internationale
19 partnerschaftliche Kooperation ein, die darauf zielt, Institutionen zu schaffen und zu stärken, in denen
20 nationalstaatliche Interessen zurücktreten. Das Nationalstaats-Konzept, was auf der Abgrenzung und
21 Konkurrenz beruht, um eine Gemeinschaftsidentifikation zu schaffen, steht der friedlichen
22 Konfliktlösung im Weg. Das Militär bildet einen Grundstein des Nationalstaates. Wir fordern
23 entsprechend unseres internationalistischen Verständnisses Alternativen zur nationalen Armee
24 umzusetzen!

25

26 Unser Weg zu einer langfristigen Abschaffung der Bundeswehr

27 Für neue Wege im Umgang mit dem Militär

28

29 Die Analyse der jüngsten Entwicklungen zeigt eins deutlich: Die Bundeswehr muss dringend
30 reformiert werden, was auch kaum ein politischer Akteur mehr bestreitet. Die Legitimationskrise als
31 Verteidigungsarmee lässt sich nicht mehr wegdiskutieren. Die handwerklich und konzeptionell
32 schlechte Reform, die von der schwarz-gelben Bundesregierung gerade versucht wird, potenziert das
33 Problem der Militarisierung in unterschiedlichsten Sphären noch weiter. Der sich langsam
34 formierende Protest – zum Beispiel gegen die Bundeswehr an Schulen – spricht eine deutliche
35 Sprache. Leider trägt die SPD-Fraktion die „Reform“ in weiten Teilen mit und beschränkt sich auf

1 Detailkritik. Von Seiten der Grünen und Der Linken kommt zwar Kritik, aber ohne ein
2 zukunftsweisendes Konzept dahinter. Eine solche Reform muss jedoch als letzliches Ziel haben, die
3 Bundeswehr überflüssig zu machen. Wir sind folglich als antimilitaristischer Verband gefragt, deutlich
4 zu machen, dass das Thema nicht länger ignoriert werden darf – also es weder als bloße als
5 verwaltungstechnische Umstrukturierung abgetan werden kann noch nur antimilitaristische
6 Traditionspflege betrieben werden kann! Wir fordern neue, weitreichende Pläne!

7

8 Sofortige Maßnahmen

9 Die Gesellschaft konsequent entmilitarisieren

10

11 Das Militär kann niemals losgelöst von der Gesamtgesellschaft betrachtet werden. Auf der einen Seite
12 trägt das Militär eigene Prinzipien in die zivile Gesellschaft, auf der anderen Seite darf sich das Militär
13 nicht von der Gesellschaft abkoppeln, sodass das politische Primat verloren geht.

14 Die Bundeswehr ist wie jeder größere militärische Verband autoritär mit einer strengen Hierarchie
15 organisiert, die auf die gezielte Gewaltanwendung bis hin zum Töten ausgerichtet ist. Um eine
16 entsprechend motivierte Truppe zu erhalten, ist es aus Sicht der Militärs notwendig, diese Grundsätze
17 durchgehend positiv zu konnotieren. Der Raum für Kritik wird dabei erheblich reduziert – teilweise
18 bis zur de facto Auflösung. In einer gänzlich militarisierten Gesellschaft würde schließlich die
19 militärische Gefolgschaft zum allumfassenden Ideal. An der deutschen Geschichte lassen sich die
20 dramatischen Auswirkungen – zum Beispiel im wilhelminischen Kaiserreich und der NS-Diktatur –
21 studieren. Sobald Militär stilisiert wird, widerspricht das unserer Vorstellung einer pluralistischen,
22 toleranten und demokratischen Gesellschaft. Unsere klare Forderung lautet deshalb, das Militärische
23 so eng wie nur irgendwie möglich auf sein Aufgabenbereich zu beschränken, d.h.

24

25 Es dürfen keinerlei öffentliche Bundeswehrveranstaltungen stattfinden, bei denen sie für sich einseitig
26 werben kann. Öffentliche Gelöbnisse, Messeauftritte oder Militärshows jeglicher Art lehnen wir ab.
27 Sie dienen als Bühne, um sich mit erheblichem Werbepotenzial einseitig zu präsentieren. Vielfach ist
28 noch nicht einmal ein Protest dagegen erlaubt. Beispielsweise versucht die Bundeswehr Jahr für Jahr
29 den Gedenktag zum 20. Juli 1944 für sich zu vereinnahmen, indem sie vor dem Bundestag
30 aufmarschiert. Es ist wichtig, an die militärischen Widerstandskämpfer wie Graf Schenk von
31 Stauffenberg, die doch noch ihre Verantwortung erkannten und mit dem Hitler-Attentat den Krieg
32 stoppen wollten, zu erinnern. Aber eine Heroisierung und Glorifizierung, wie sie in den letzten Jahren
33 betrieben wird, blendet die Hintergründe gänzlich aus, dient der Geschichtsklitterung der
34 Bürgerlichen und hilft dabei sogar Schuld zu relativieren. Mit dem Versuch sich auch noch in die
35 Kontinuität des militärischen Widerstands zu stellen, überspielt die Bundeswehr ihre ihre personellen

1 und strukturellen Kontinuitäten zur Wehrmacht. Für uns sind solche Aufmärsche vor dem Bundestag
2 oder andernorts nicht hinnehmbar!

3

4 Das Militär darf nicht zu einem Bestandteil ziviler Einrichtungen und Räume werden. Die
5 Institutionen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland soll die Bundeswehr
6 kontrollieren. Rituale wie der Zapfenstreich verletzen das Trennungsgebot. Ohnehin muss das
7 öffentliche Zurschaustellung von militärischer Symbolik so weit wie möglich eingeschränkt werden –
8 weder in der Kleinstadt vor der örtlichen Kaserne oder in Form von Uniformen außerhalb des
9 Dienstes. Neben der symbolischen Ebene nimmt in diversen Institutionen des militärische Einfluss
10 zu. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Zivilklauseln beispielsweise an Hochschulen ein, die
11 es ausschließen, dass Rüstungsforschung betrieben wird und somit die Bundeswehr als Geldgeber
12 diktieren kann. Stattdessen müssen gerade kritische Projekte gegenüber der Bundeswehr gefördert
13 werden, da sie über einen finanziellen und institutionellen Vorteil verfügt.

14

15 Ein besonders sensible Sphäre, die mehr und mehr in den Blick der Bundeswehr rückt und
16 momentan zur Nachwuchswerbung sehr offensiv angegangen wird, sind Bildungseinrichtungen. Wir
17 sprechen uns gegen jedwede Werbemaßnahme der Bundeswehr aus, die sich an Jugendliche richtet.
18 Ob sie nun in der Schule oder über Medien erfolgt, ist dabei unerheblich. Die Botschaft, dass
19 Soldat_in ein ganz normaler Beruf sei, was undifferenziert von pädagogisch geschulten Jungoffizieren
20 oder durch eine ausgefeilte Marketingkampagne suggeriert wird, soll zur Gewöhnung an Militär
21 beitragen und damit Kritik erschweren. Vor allem der Veranstaltungsort Schule legitimieren das
22 Anliegen der Bundeswehr so indirekt. Dabei widersprechen diese Aktivitäten ganz klar dem
23 Bildungsauftrag von Schulen, der schließlich die Erziehung zu gewaltfreien Konfliktlösung und
24 Frieden vorsieht. Deshalb muss es einen Schulunterricht geben, der vielmehr die kritische
25 Auseinandersetzung fördert! Daher fordern wir eine Aufhebung jeglicher Kooperationsvereinbarungen
26 zwischen der Bundeswehr und den Schulministerien der Bundesländer.

27

28 Alle diese ersten Schritte sollen dazu beitragen, dass die Welle der Militarisierung sich nicht weiter
29 ausbreiten kann und zurückgedrängt wird. In den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene
30 ist ein zügiges Handeln gefragt. Der militärische Bereich muss aus dem zivilen herausgehalten werden.
31 Dabei muss definiert und überdacht werden, was zum militärischen Bereich, also zu den politisch
32 verordnenden Aufgaben, zählt. So wird heute noch regelmäßig die Bundeswehr zu
33 Katastropheneinsätzen wie dem Deichbau bei Hochwasser gerufen. Da die Truppenzahl reduziert
34 wird und nicht mehr flächendeckend Bundeswehrstandorte vorgesehen sind, muss damit begonnen
35 werden, zukünftig sicherzustellen, dass das Technische Hilfswerk (THW) und die Feuerwehr auch in

1 angespannten Lagen ohne Bundeswehreinheiten handlungsfähig bleiben. Auch wenn die Bundeswehr
2 nicht mehr zur Verteidigung des Bundesgebiets eingesetzt werden muss, sondern einem neuen
3 Sicherheitsverständnis folgt, darf sie keinesfalls für polizeiliches Aufgaben im Inneren herangezogen
4 werden. Wir geben allen immer wieder erhobenen Forderungen nach Bundeswehreinsätzen im
5 Inneren eine klare Absage! Terroristische Bedrohungen mit militärischen Einheiten verringern zu
6 wollen, ist unsinnig und höchstgefährlich. Dabei würde Freiheit geopfert und durch vermeintlich
7 effizientere autoritäre Strukturen aus dem militärischen Arsenal ersetzt werden. Eine Kultur der Angst
8 würde geschürt! Nie wieder darf Militär als gezieltes Instrument zur Absicherung von Herrschaft
9 eingesetzt werden können!

10

11 Mittelfristige Maßnahmen

12 Das Militär bestmöglich kontrollieren – Militär neu denken

13

14 Das Militär darf sich nicht von der Gesamtgesellschaft entkoppeln und somit wieder zu eine Gefahr
15 für das Gemeinwesen zu werden. Aus der Geschichte lässt sich diese Lehre ziehen: Im wilhelminisch
16 Kaiserreich und in der Weimarer Republik agierte die Reichswehr zeitweise als „Staat im Staate“. Das
17 bisherige Gegenmittel hieß Wehrpflicht mit dem „Staatsbürger in Uniform“, also dem Leitbild der
18 „Inneren Führung“. Das moderne Massenheer sollte über die Wehrpflicht in vielen Ländern mit der
19 zivilen Gesellschaft verkoppelt werden. Doch schon seit der Endphase des Kalten Krieges, als die
20 Armee und die Wehrpflicht Schritt für Schritt schrumpfen konnten, kann längst kein
21 gesellschaftlicher Querschnitt mehr gewährleistet werden. Auch am Ende der Wehrpflichtzeit in
22 Deutschland war bereits der Charakter einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee erreicht. Die
23 Wehrpflicht ist wie in vielen anderen Ländern längst kein probates Mittel mehr und ein Zurück ist
24 weder militärisch noch gesamtgesellschaftlich wünschenswert. Wenn es um die an sich richtigen Idee
25 der „Inneren Führung“ geht, wird aber nur allzu leicht vergessen, dass sie in der Praxis viele Grenzen
26 hat: Das Prinzipien wie Befehl und Gehorsam bestehen weiterhin – lediglich bei eindeutig nicht
27 gerechtfertigten Anweisungen kann ohne Konsequenzen verweigert werden. Es handelt sich also mehr
28 um ein theoretisches Konstrukt. Die Grundrechte von Soldat_innen bleiben eingeschränkt und Streiks
29 sind folgerichtig ausgeschlossen. Gerade Wehrpflichtige haben sehr selten den Wehrbeauftragten
30 kontaktiert. Wir sind der Auffassung, dass die bisherigen Kontrollmechanismen unzureichend sind.
31 Vorfälle in den Auslandseinsätzen (Totenkopf-Skandal und Bombennacht von Kundus), auf der
32 Gorch Fock, in deutschen Kasernen (makabere Kriegsspiele und Misshandlungen) oder selbst die
33 politischen Einstellungen in den Bundeswehruniversitäten stehen für höchst problematische
34 Entwicklungen in den letzten Jahren. Die vielen Rücktritte von Verteidigungsministern belegen die
35 dauerhaften Probleme. Bisher existieren keine Konzepte, die sicherstellen könnten, dass eine nationale

1 Armee nicht zum Problem für das Gemeinwesen wird, weil es sich entkoppelt. Vom Militär geht
2 immer ein potenzielles Risiko aus. Für die Übergangszeit, also bis Alternativen zum nationalen
3 stehenden Militärverbänden gefunden wurden, müssen folgende Schritte konsequent umgesetzt
4 werden:

5

6 Das Militär, so auch die Bundeswehr, muss einer engen politischen Kontrolle unterliegen. Der
7 Terminus „Parlamentsarmee“ wird in Deutschland häufig bemüht. Es ist dem Bundestag aber nur
8 schwer möglich den Bundeswehr-Komplex zu überblicken. Zusammen mit dem Wehrbeauftragten
9 muss ein ständiger Kontrollausschuss eingesetzt werden. Der Verteidigungsausschuss reicht trotz
10 seiner Untersuchungsausschussfunktion für diese Aufgabe allein nicht aus.

11

12 Innerhalb der Bundeswehrverwaltung, auch im Verteidigungsministerium, muss weiterhin
13 gewährleistet sein, dass es nicht eine Befehlskette gibt, sondern alle entscheidenden Stufen mindestens
14 doppelt ausgelegt sind. So kann eine gegenseitige Kontrolle stattfinden. Wir lehnen das Vorhaben der
15 schwarz-gelben Bundesregierung ab, aus Finanz- und Effizienzgründen dieses Prinzip abzuschaffen.
16 Der Generalinspekteur der Bundeswehr und der Wehrbeauftragte des Bundestags sind als
17 Beschwerde- und Kontrollinstanzen nicht ausreichend. Um eine zuverlässige und für alle SoldatInnen
18 gut und schnell erreichbare Kontroll- und Beschwerdeinstanz zu schaffen, fordern wir die Einrichtung
19 von Ombudsstellen. Diese sollen an allen Standorten der Bundeswehr eingerichtet werden und
20 außerhalb der Befehlskette stehen. Sie müssen umfassende Ermittlungsrechte haben, um
21 Verfehlungen und Missstände konsequent verfolgen und abstellen zu können. Außerdem muss
22 versucht werden, die „Innere Führung“ als Konzept so weit wie möglich auszubauen. Zum Beispiel
23 muss es möglich werden, jederzeit aus der Bundeswehr auszusteigen, ohne als Deserteur zu gelten.
24 Genauso muss eine freie Meinungsäußerung auch für Soldat_innen uneingeschränkt gegeben sein.

25

26 Von politischer Seite müssen klare Vorgaben gemacht werden: Es besteht die berechnete
27 Befürchtung, dass Personen mangels anderer beruflicher Aussichten den Weg zur Bundeswehr finden
28 und so die Armee zu einem Ort der sozialen Ausgrenzung wird. Folglich sollten politische Vorgaben
29 nur über eine Mindesttruppenstärke zur Erfüllung der notwendigen Aufgaben getroffen werden.
30 Darüber hinaus sollten jedoch physische und psychische Mindeststandards – angelehnt an die
31 Auswahlverfahren für den polizeilichen Dienst – für die konkrete Truppenstärke der Bundeswehr
32 ausschlaggebend sein.

33 Wir fordern Programme ein, die gegen die zweifellos vorhandenen nationalistischen, rassistischen,
34 antisemitischen, xenophoben, geschichtsrevisionsistischen, homophoben und sexistischen Tendenzen in
35 der Bundeswehr arbeiten können. Aufgrund diverser Vorfälle, die teilweise jährlich im Bericht des

1 Wehrbeauftragten aufgelistet sind, wird in der Bundeswehr sehr darauf geachtet, dass solche
2 Einstellungen und Verhaltensweisen systematisch gelehrt werden, statt ihnen entgegen zu treten.
3 Immer noch sind Soldatinnen mit massiven Problemen konfrontiert. Programme und Schulungen
4 sind dringend notwendig!

5

6 Zukünftig wird es für die Bundeswehr nicht mehr nötig sein, flächendeckend im Bundesgebiet präsent
7 zu sein. Außerdem kann die Kasernierung zurück gebaut werden, weil die bisherigen Szenarien der
8 Landesverteidigung hinfällig geworden sind. Die Bundeswehr braucht keine Sonderrechtszonen mehr.
9 Es sollte daneben nicht mehr jeder Standort über ein Depot an scharfen Waffen verfügen. Ohnehin
10 wird die Anzahl der Standorte weiterhin verringert werden müssen. Das ganze Bild und das
11 Selbstverständnis der Streitkräfte müssen sich deutlich wandeln. Es wird auch kein Weg daran
12 vorbeiführen, einige Versorgungs- und Infrastrukturleistungen nicht mehr selbst bereitzustellen. Die
13 Aufgaben, die unverzichtbar sind, aber nicht explizit militärisch sind, sollten nach Möglichkeit von
14 Zivilangestellten ausgefüllt werden. Der Status des/der Soldat_in sollte auf eine möglichst kleine
15 Gruppe begrenzt werden! Gerade der Übergang vom Soldat_in-Sein zum zivilen Berufstätigkeit muss
16 erleichtert werden.

17

18 Die Bundeswehr umfasst heute ca. 250000 Soldat_innen, wovon 7000 gleichzeitig in „out-of-area“-
19 Einsätze geschickt werden können bzw. befinden. Selbst offiziellen Stellen des
20 Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr bestätigen, dass 150000 Soldat_innen für die
21 gegenwärtigen Aufgaben reichen würden. Folgerichtig muss es zu einem zügigen Rückbau kommen.
22 Nachdem Umbau der gesamten Gestalt der Bundeswehr sollte die Gesamtzahl noch deutlich niedriger
23 liegen. Schlussendlich hängt die Zahl nicht von fixen Vorgaben ab, sondern von der Bereitschaft und
24 den Anforderungen an den Bewerber_innen-Kreis. Die Bundeswehr sollte in einem für Frieden
25 engagierten Land nicht den drittgrößte Haushaltsposten mit ca. 30 Mrd. € einnehmen!

26

27 Militär im Allgemeinen und die Bundeswehr im Besonderen braucht ein neues Selbstverständnis:
28 Nicht nationale und nicht wirtschaftliche Interessen dürften die Einsätze der Bundeswehr leiten.
29 Wenn sie den Frieden als Ziel vor Augen hat, müssen die Zuständigen eingestehen, dass Militär
30 immer ein Teil des Problems ist. Folgerichtig müsste das eigene Ziel der Bundeswehr sein, dazu
31 beizutragen, überflüssig zu werden!

32

33 Da aufgrund der sicherheitspolitischen Gegebenheiten nur ein Rückbau der Bundeswehr vernünftig
34 ist, müssen deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden, für Regionen und ehemalige

1 Soldat_innen frühzeitig Alternativen zu finden. Zahlreiche Standorte müssen geschlossen werden.
2 Dringend müssen Investitionsprogramme aufgelegt werden, um die betroffene Regionen zu fördern,
3 aber auch den Übergang ins zivile Berufsleben für ehemalige Soldat_innen zu erleichtern. Langfristig
4 werden dies aber nachhaltigere Ausgaben sein, als weiterhin Geld in Wehrtechnik zu stecken. Die
5 Bundesrepublik Deutschland trägt Verantwortung für alle Rüstungsproduktion, die auf ihrem
6 Territorium oder mit ihrer Hilfe betrieben wird. Der drittgrößte Waffenexporteur, die Bundesrepublik
7 Deutschland, hat jüngst mit der geplanten Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien wieder ihren
8 verantwortungslosen Umgang offenbart. Anscheinend gibt es keine signifikanten Grenzen bei der
9 Lizenzvergabe für Rüstungsproduktion und -export. Eine wirkliche Kontrolle findet nicht statt! Der
10 Aufrüstung muss sofort Einhalt geboten werden! Stattdessen muss weltweit abgerüstet werden,
11 solange für ein Land keine existenzielle Bedrohung besteht. Die Bundesrepublik und Europa müssen
12 folgerichtig unverzüglich abrüsten! Nicht länger darf mit Krieg und Streben von Menschen nach einer
13 perfiden kapitalistischen Logik Gewinne erzielt werden!

14 Trotz aller Maßnahmen, um das Militär zu kontrollieren, es abzurüsten und die Auswirkungen auf die
15 Gesellschaft einzudämmen, bleiben die Ursachen bestehen, die das Militär immer noch zu einem
16 häufig genutzten Instrument machen. Deshalb muss jetzt damit begonnen werden, ganz neue Wege
17 zu bestreiten!

18

19 Langfristige Maßnahmen

20 Regionale Armeeverbände können höchstens ein Zwischenschritt sein

21

22 Eine Option sich von nationalen Armeen zu lösen, bestünde darin regionale Armeeverbände
23 aufzubauen. Es gibt schon lange Pläne, eine europäische Armee zu schaffen, um die Kräfte zu bündeln
24 und sich auf eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verständigen. Eine begleitende
25 EU-Truppe zu den einzelnen nationalen Streitkräften würde die Probleme nicht lösen, sondern
26 lediglich die Möglichkeit einer militarisierten Außenpolitik für die EU-Staaten vergrößern. Alle
27 nationalen Armeen in Europa durch ein europäisches Militär zu ersetzen, wäre hingegen ein Schritt in
28 die richtige Richtung, weil so alle europäischen Staaten zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit
29 verpflichtet würden und nationalstaatliche Interessen zurücktreten müssten. Jedoch neigt heute die
30 Europäische Union (EU) schon dazu, die gleichen Fehler wie die klassischen Nationalstaaten zu
31 begehen: Sie versuchen ihre Stärke gegen andere Regionen und internationale Akteure mit dem
32 militärischen Potenzial auszuspielen. Genauso betreiben multinationale Konzerne wie EADS auf
33 europäischer Ebene eine enorme Militärrüstung und exportieren weltweit. Ein Schlüsselthema auf
34 europäischer Ebene ist stets die Energiesicherheit – nicht selten tauchen dabei militärische
35 Gedankenspiele auf. Alle Streitkräfte Europas zu einer Armee zu vereinen, wäre ein Zwischenschritt,

1 aber nicht unser Ziel! Eine Bedingung für diesen Schritt ist die vollständige Kontrolle einer solchen
2 Armee durch das Europäische Parlament. Zudem muss bei der Zusammenlegung zu einer
3 europäischen Armee eine spürbare Abrüstung stattfinden.

4

5 Wann wird Militär noch gebraucht?

6

7 Eine Alternative wäre die konsequente Abschaffung aller Armeen – weltweit! Dem halten wir
8 entgegen, dass es Verhältnisse geben kann, indem ein Gewalteinsatz unausweichlich wäre. Die
9 Gefahren einer ausschließlichen Appeasement-Politik oder eines Wegschauens im Falle eines
10 (drohenden) Genozids wie in Ruanda sind aus der Geschichte hinlänglich bekannt. Deshalb müssen
11 wir uns bewusst sein, dass es immer wieder zu Grenzfällen kommen kann. Es erfordert einen
12 politischen Verständigungsprozess über die Fälle, die ein Eingreifen erfordern. Als Grundlage muss
13 nach unserem Verständnis die UN-Charta dienen. Die Vereinten Nationen (UNO) müssen für diese
14 Aufgabe ausgebaut werden. Bündnisse wie die NATO sind nicht dazu in der Lage, sicher zu
15 garantieren, nicht selbst zum Aggressor zu werden, weil sie selbst ein Teil der weltweiten
16 Ungleichverteilung ist. Es müssen die Maßgaben des Kapitels VII. der UN-Charta gelten.
17 „Peacekeeping“, „Peacemaking“ und „Peace enforcement“ im Sinne der UN-Charta müssen weiterhin
18 möglich sein. Daneben bleibt es eine Herausforderung für die Weltgemeinschaft als auch mit
19 polizeilichen Maßnahmen für Einzelstaaten, das Aufkommen von privaten Armeeverbänden zu
20 unterbinden. Außerdem ist es einigen Staaten, die – im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland –
21 existenziell bedroht werden, noch nicht möglich auf ihr Militär zu verzichten.

22

23 Der Weg zu einer Welt ohne nationale Armeen

24

25 Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort damit zu beginnen, die Militarisierung im Inneren und
26 Äußeren zu stoppen und ihr entgegen zu arbeiten! Gerade in der Außenpolitik müssen endlich
27 Diplomatie und die Entwicklungszusammenarbeit in den Mittelpunkt gestellt werden. Die
28 Konfliktursachen müssen weltweit bekämpft werden, was nur über einen Wandel des
29 Weltwirtschaftssystems und der gegenseitigen Beziehungen in der Realität werden kann. Die
30 militärische Option darf der Bundesrepublik nicht mehr zur Verfügung stehen. Mit der Umsetzung
31 der beschriebenen Maßnahmen wird es langfristig möglich sein, die Bundeswehr abzuschaffen. Die
32 internationale Verantwortung muss die deutsche Gesellschaft über ihre zivilen Außen- und
33 Entwicklungspolitik gerecht werden. Ein kleineres militärisches Kontingent sollte den Vereinten
34 Nationen (UNO) zukünftig zur Verfügung gestellt werden. Dies muss allerdings von einem Umbau
35 der Entscheidungsgremien begleitet werden, damit eine tatsächliche Handlungsfähigkeit im Krisenfall

1 besteht. Die Demokratisierung des UN-Sicherheitsrates ist dafür ebenso unumgänglich. Alle
2 Kommandogewalt gibt die Bundesrepublik Deutschland dazu ab und übernimmt nur ihre
3 Finanzierung. Die Soldat_innen unterliegen nicht mehr der deutschen Befehlsgewalt. Dieser Schritt
4 sollte innerhalb der nächsten dreißig Jahre vollzogen sein. Damit würde die Bundeswehr aufhören zu
5 existieren. Bisher hält die Bundesrepublik 1000 Soldat_innen in Form eines „Standby Arrangements“
6 für UN-Einsätze vor – für die NATO gar 5000. Jedoch sind die Zusagen an die UNO für die
7 Mitgliedsstaaten nicht bindend, was bereits Einsätze der UN-Friedenstruppen scheitern ließ.
8 Unabhängig davon muss sich ein Wandel innerhalb der UN vollziehen: Die Entscheidungsgremien
9 müssen reformiert und innerhalb dieses Prozesses demokratisch legitimiert werden. Projekte wie das
10 UN-Parlament müssen wieder auf die Tagesordnung. Mehr Kraft muss auf die internationale
11 Konfliktlösung gerichtet werden. Wir brauchen die UN als starkes kollektives Sicherheitssystem,
12 sodass Systeme kollektiver Selbstverteidigung wie das der NATO überflüssig werden. Für
13 unausweichliche Fälle eines militärischen Eingreifens muss bei Abschaffung der Bundeswehr neben
14 den bisherigen sogenannten Blauhelmtrouppen – wie ursprünglich 1949 geplant – ein eigener
15 Militärverband aufgebaut werden – ähnlich wie es Roméo Dallaire nach dem missglückten Ruanda-
16 Einsatz forderte. Dieser Weg ermöglicht eine Welt ohne nationale Armeen! Dass dies möglich ist,
17 auch zunächst als Sonderweg, haben die Beispiele Costa Ricas und des NATO-Mitglieds Island
18 gezeigt.

19

20 Uns geht es um eine wirkliche Alternative. Die Zustände in der Welt und der Bundesrepublik
21 Deutschland zeigt, dass neue Wege längst überfällig sind. Längst ist die Militarisierung in unserem
22 Alltag angekommen und die Bundeswehr sowie die deutsche Rüstung schüren gewaltsame Konflikte.
23 Wir fordern eine neue Politik ein, die sich auf Zusammenarbeit stützt und die Konfliktursachen
24 angeht. Die militärische Option steht dem heute allzu oft im Weg. Als antimilitaristischer Verband
25 fordern wir deshalb konsequent die Abschaffung der Bundeswehr!

26

1 **F2 Gleichstellung – Wider den Rollback**

2 **LV Bayern**

3

4 **1. Analyse**

5 In den letzten Jahren hat Frauenpolitik kaum noch stattgefunden. Seit der Frauenministerin Renate
6 Schmidt konzentriert sich die Politik fast ausschließlich auf die Familienpolitik, die vielfach mit
7 Frauenpolitik gleichgesetzt wird. Mit den Frauenministerinnen Ursula von der Leyen und Kristina
8 Schröder hat sich dies jeweils nochmals verschärft. Ein wichtiger Erfolg der Frauenbewegung, nämlich
9 genau die Trennung von Frauen- und Familienpolitik – und damit die Abkehr davon, Frauen nur auf
10 die Rolle als Hausfrau und Mutter zu reduzieren – wird damit zurückgedreht.

11 Die Gleichsetzung von Frauen- mit Familienpolitik suggeriert, Frauen könnten nur dann ein erfülltes
12 Leben führen, wenn sie Kinder bekommen. Von Konservativen, aber teilweise auch in der SPD wird
13 dies auch ganz offen so formuliert. Dass auch Frauen das Recht auf Lebensentwürfe haben, in denen
14 Kinder nicht vorkommen, wird nicht (mehr) zugestanden oder zumindest ausgeblendet. Gegenüber
15 dem traditionellen konservativen Verständnis, dass Frauen nur in der Mutterrolle glücklich werden
16 können, gibt es nur einen (allerdings wesentlichen) Fortschritt: Frauen wird nun zugestanden, dass sie
17 neben (!) der Familie nun auch einem Beruf nachgehen dürfen. Deshalb wird Wert auf den Ausbau
18 von Kinderbetreuung gelegt.

19 Der Fokus der frauenpolitischen Diskussionen alleine auf die Erwerbsarbeit und die Vereinbarkeit von
20 Erwerbsarbeit und Kindern erhöht den gesellschaftlichen Druck auf Frauen: Familienarbeit (nicht nur
21 mit Kindern) ist nach wie vor Frauensache. Dies zeigt sich auch darin, dass die Diskussion um die
22 Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach wie vor Männer nicht in den Blick nimmt. Dass zu
23 Kindern auch Väter gehören, die an der Familienarbeit beteiligt werden müssen, scheint weitgehend
24 ausgeblendet. Von Frauen wird nun erwartet, beides, Familien- und Erwerbsarbeit, leisten zu können.

25 Diese erhöhten Erwartungen erhöhen auch die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns an der doppelten
26 Anforderung. Dieses Scheitern wird als individuelles Versagen interpretiert – sowohl von der
27 Gesellschaft als auch häufig von den Betroffenen selbst. Und sie wird auch beantwortet damit, dass
28 eine Frau, die Beruf und Familie nicht zusammenbringe, sich dann eben auf die Familie zurückziehen
29 solle – schließlich stünde ihr der Mann als Ernährer zur Verfügung, Erwerbsarbeit diene ja nur der
30 zusätzlichen Selbstverwirklichung und sei verzichtbar. Auch diese These stößt bei Frauen, die an der
31 Doppelbelastung scheitern, auf erstaunliche Akzeptanz.

32 Das konservative Frauenbild ist so zwar leicht modernisiert worden (um die Zulässigkeit der
33 Berufstätigkeit), besteht aber ansonsten fort und stößt wieder auf immer größere Akzeptanz;
34 Lebensentwürfe von Frauen, in denen Kinder nicht vorkommen, entsprechend auf immer größere

1 Ablehnung. Auch nicht heterosexuelle Lebensentwürfe werden immer noch gesellschaftlich
2 diskriminiert.

3 Das Zurückdrehen errungener Fortschritte in der Frauenpolitik zeigt sich noch in einem weiteren
4 Feld. Die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen wird in der öffentlichen Debatte zunehmend
5 mit dem Verweis darauf relativiert, dass Männer mittlerweile deutlich stärker benachteiligt seien als
6 Frauen. Auch bei Linken verfängt gerade dieser Aspekt. Empirisch untermauert werden soll das
7 Argument damit, dass Frauen mittlerweile die besseren (Hoch-)Schulabschlüsse und mittlerweile auch
8 Berufsabschlüsse aufweisen. Aus dem Blick gerät, dass dies a) teilweise auch an überlieferten
9 Rollenbildern liegt (nämlich z.B. der Zuschreibung von „fleißig“ an Frauen), b) in der Forschung
10 bisher keine belegte Erklärung existiert, dass dies auf Diskriminierungen im Bildungssystem
11 zurückzuführen ist und c), dass sich diese „Diskriminierung“ (so man unbedingt dieses Wort wählen
12 will) außerhalb des Bildungssystems zum Beispiel im Erwerbsleben nicht fortsetzt, sondern im
13 Gegenteil umkehrt.

14 Mit dem Verweis auf die Bildungsabschlüsse wird versucht zu konstruieren, dass sich die
15 gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen absehbar von selbst auflösen werde und Frauenpolitik
16 daher überflüssig sei. Diese These ist durchaus auch bei jungen Frauen populär. Empirisch belegt ist
17 sie aber nicht.

18 Die Arbeit gegen gesellschaftliche Diskriminierung von Frauen wird so systematisch diskreditiert.
19 Stattdessen wird versucht, eine gesellschaftliche Benachteiligung von Männern zu konstruieren. Auch
20 diese lässt sich empirisch nicht belegen, bildet aber die Grundlage für zahlreiche Initiativen zur
21 „Jungenarbeit“, für die Ablehnung von Mechanismen wie der Quote und von Frauenpolitik insgesamt.

22 Natürlich muss feministische Politik auch bei Männern ansetzen, dies haben Linke immer vertreten.
23 Dabei geht es aber darum, Frauenpolitik zu ergänzen. Die männlichen Rollenerwartungen sollen
24 aufgelöst und es soll auch Männern ermöglicht werden, sich „unmännlich“ zu verhalten – sei es, indem
25 sie sich bei der Familienarbeit engagieren, sei es, indem sie „Frauenberufe“ ergreifen oder nur, indem
26 sie das männliche Bild des „einsamen Helden“ nicht akzeptieren. Das, was aktuell unter „Jungenarbeit“
27 verstanden wird, verfolgt diese Ziele aber nicht sondern ist im Gegenteil ein Versuch, Frauenpolitik zu
28 ersetzen.

29

30 Die politische Linke diskutiert im Bereich der Frauenpolitik (zumindest im linken Mainstream) fast
31 ausschließlich über Erwerbsarbeit. Dabei geht es wesentlich darum, wie es Frauen ermöglicht werden
32 kann, sich in der männlichen (Erwerbs-)Gesellschaft durchzusetzen. Weitere Themen, die für die
33 Durchsetzung der Gleichstellung zentral sind, werden ausgeklammert. Die Linke scheint vergessen zu
34 haben, dass eine gerechte Gesellschaft mehr ist, als nur den beruflichen Erfolg von Frauen zu
35 ermöglichen, und dies noch dazu durch möglichst optimale Integration in die männlich dominierten

1 Strukturen. Feminisierung bedeutet unter anderem auch, die männlich dominierten Vorstellungen – in
2 der Erwerbsarbeit u.a. permanente Leistungsbereitschaft, Erfolg durch Härte, das Verfolgen eigener
3 Interessen statt denen der Gesellschaft – zu überwinden und durch ein sozialer orientiertes
4 Gesellschaftsbild zu ersetzen – und dies eben nicht nur im Erwerbsleben, sondern insgesamt in der
5 Gesellschaft. Darum muss sich die Linke wieder kümmern. Dies erfordert ausdrücklich, auch die
6 Männer in den Blick zu nehmen und ihnen ebenso zu ermöglichen, ihr Rollenbild zu verlassen, ohne
7 Diskriminierung befürchten zu müssen.

8 Die Linke muss wieder ein umfassendes Verständnis von Frauenpolitik entwickeln, das über die
9 Erwerbsarbeit hinausgreift. Natürlich ist Erwerbsarbeit ein zentrales Thema, das Frauenpolitik in den
10 Blick nehmen muss. Die Teilhabe am Erwerbsleben entscheidet wesentlich über gesellschaftlichen
11 Status und Akzeptanz, Erwerbsarbeit ist zentral für die Selbstverwirklichung von Menschen. Wenn
12 Politik aber suggeriert, Gleichstellung in der Gesellschaft sei unmittelbar über Gleichstellung im
13 Erwerbsleben zu erreichen, provoziert sie das Scheitern von Gleichstellungspolitik. Denn dann bleibt
14 es bei der Doppelbelastung von Frauen mit Erwerbs- und Familienarbeit, bei der Diskriminierung in
15 anderen gesellschaftlichen Feldern und den strikten Rollenzuschreibungen. Gerade die Überforderung
16 von Frauen durch die Doppelbelastung beantworten Frauen aber immer stärker auch mit Rückzug und
17 der Ablehnung von Frauenpolitik. Statt die gesellschaftlichen Strukturen in den Blick zu nehmen, die
18 verantwortlich sind, wird der Rückzug in die Familie positiv besetzt. Damit wird der Rollback in der
19 Frauenpolitik gerade erst ermöglicht.

20 Wir Jusos wissen, dass das zugeschriebene Geschlecht heutzutage noch immer einen Einfluss auf die
21 Lebensrealität hat, der sich nicht leugnen lässt, gleichwohl konstatieren wir aber auch, dass das
22 Denken im Gegensatzpaar Mann/Frau fatale Konsequenzen hat. Allzu leicht verfängt man in dem
23 Automatismus, die Differenzierung in der Form zu betreiben, dass Erwartungen an
24 Geschlechterrollen die Folge sind. Dem Individuum gerecht zu werden, bleibt damit unmöglich und
25 in einem weitaus größeren Maße wird die Heterogenität der Gesellschaft, in der wir leben,
26 vernachlässigt.

27

28 **2. Bildung, Erziehung und Bewusstseinsbildung**

29 Der Kampf gegen Geschlechter-Stereotypen und für die Gleichstellung muss in der Bildung und
30 Erziehung beginnen. Erzieherinnen und Erzieher genauso wie Lehrerinnen und Lehrer müssen daher
31 in ihrer Ausbildung für die Gender-Fragen sensibilisiert werden und pädagogische Konzepte lernen,
32 mit denen diese thematisiert werden können. Gender-Fragen müssen wesentlicher Inhalt der
33 Erziehungs- und Lehrpläne wie der Unterrichtskonzepte werden.

34 Gerade in Fächern, die stark von Geschlechter-Stereotypen geprägt sind – Mathematik und
35 Naturwissenschaften/Technik als typische „Männer“- , Sprachen, Kunst und Musik als typische

1 „Frauen“-Fächer, müssen Unterrichts-Methoden zum Tragen kommen, die diese Rollenzuweisungen
2 aufbrechen. Dazu kann es auch gehören, vorübergehend die Koedukation aufzuheben.

3 Wir sprechen uns ausdrücklich dagegen aus, im frühkindlichen und im Primärbereich des
4 Bildungswesens Männerquoten festzulegen. Es spricht nichts dagegen, Männer verstärkt zu
5 ermutigen, pädagogische Berufe auch in diesem Bereich zu ergreifen. Es gibt aber keine fundierten
6 Argumente dafür, dass der hohe Frauenanteil an diesen Berufsgruppen für den schlechteren
7 Schulerfolg von Männern verantwortlich ist. Daher werden Quotierungen das Problem nicht lösen.
8 Erfahrungen zeigen auch, dass bei einer besseren Bezahlung der Berufe im frühkindlichen und
9 Primärbereich der Männeranteil „von selbst“ steigt. Eine solche bessere Bezahlung und auch
10 Ausbildung ist auch wegen der hohen pädagogischen Verantwortung angemessen.

11 Die unterschwellige Festsetzung von „Frauen“- und „Männer“-Fächern in der Schule setzt sich auch
12 bei der Ausbildungs- und Studienwahl fort. Während Männer häufiger technische Berufe oder
13 Studienfächer ergreifen, zieht es Frauen häufig in den sozialen Bereich. Die (auch implizite)
14 Thematisierung solcher Stereotypen im Unterricht ist ein Weg, dies aufzubrechen. Notwendig ist aber
15 auch, die Berufs- und Studienberatung zu sensibilisieren und die Ausbildung an Berufs- und
16 Hochschule zu verändern. Denn gerade hier wird Frauen in Männerberufen häufig sehr direkt
17 mitgeteilt, dass das gewählte Fach „nichts für Frauen“ sei (gleiches findet auch umgekehrt statt, wenn
18 auch in geringerem Umfang). Solche offenen Diskriminierungen dürfen nicht mehr stattfinden und
19 müssen entsprechend sanktioniert werden.

20 Um die Zuweisung von „Frauen“- und „Männer“-Fächern an den Hochschulen aufzubrechen,
21 sprechen wir uns auch für die Quotierung der Personalstellen in der Hochschul-Hierarchie aus. Diese
22 Quoten müssen fakultäts- oder fachspezifisch sowie für alle Qualifikationsstufen einzeln gelten, nicht
23 nur hochschulweit. Nur dann kann sichergestellt werden, dass die Rollenzuweisungen tatsächlich
24 aufgebrochen werden. Daneben müssen Auswahlverfahren für Qualifikationsstellen wie für
25 Professuren transparent gestaltet und die Frauenbeauftragten beteiligt und mit einem Vetorecht
26 ausgestattet werden, wenn gegen Gleichstellungsvorgaben verstoßen wird.

27 Überprüft müssen auch die hochschuleigenen Zulassungsverfahren, die nicht ausschließlich an die
28 Note der Hochschulzugangsberechtigung anknüpfen. Auch hier besteht ein wesentliches Einfallstor
29 für geschlechtsspezifische Diskriminierung. Entsprechend sind die Frauenbeauftragten in die
30 Zulassungsverfahren einzubeziehen. Um dies wahrnehmen zu können, müssen die Frauenbeauftragten
31 erheblich besser mit Personal und Finanzmitteln ausgestattet werden.

32

33 **3. Erwerbsarbeit**

1 Gleichstellung in der Erwerbsarbeit zu erreichen, bleibt zentral für die Durchsetzung von
2 Gleichstellung insgesamt. Leider ist es auch während der rot-grünen Bundesregierung nicht gelungen,
3 hier wesentliche, gesetzlich verankerte Fortschritte zu erreichen.

4 Es bleibt bei unserer Forderung, für die Privatwirtschaft ein Gleichstellungsgesetz zu schaffen sowie
5 die Gleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder (vor allem in Bayern) auszubauen. Die Stellung
6 der Frauenbeauftragten muss geschaffen bzw. verstärkt werden, und sie muss mit einem Vetorecht bei
7 Stellenbesetzungen ausgestattet werden. Verstöße gegen die Grundsätze der Gleichstellung im Betrieb
8 müssen mit erheblichen Sanktionen belegt und zumindest bei einer entsprechenden Stellungnahme
9 der Frauenbeauftragten mit einer Beweislastumkehr versehen sein.

10 Ein Gleichstellungsgesetz muss auch die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen beseitigen,
11 soweit sie auf unterschiedliche Einstufung gleichwertiger Tätigkeiten zurückzuführen sind. Der
12 Grundsatz „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ muss gesetzlich gelten. Damit dies von den
13 Betroffenen selbst und den Gewerkschaften überprüft werden kann, müssen Unternehmen die
14 Gehaltsgruppen und die zentralen Einstufungsmerkmale innerbetrieblich sowie gegenüber den
15 Gewerkschaften offenlegen. Neben dem Lohn müssen auch für weitere Merkmale (wie z.B.
16 Befristungen, Zuschläge, Qualifizierungsmaßnahmen) die Gleichbehandlung gerichtlich überprüfbar
17 festgeschrieben werden.

18 Wir fordern, für Führungsgremien in großen Unternehmen eine verbindliche Quotenvorgabe von 40
19 Prozent zu erlassen, die mindestens für Vorstand und Aufsichtsrat (bzw. analoge Gremien bei anderen
20 Rechtsformen) gelten muss. Das Nicht-Einhalten der Vorgabe muss deutlich mit Sanktionen belegt
21 sein.

22 Frauen sind überproportional häufig in Mini- und Midijobs, in Niedriglohnbereichen sowie anderen
23 prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Deshalb sind die Einführung eines gesetzlichen
24 Mindestlohns sowie die strikte Regulierung prekärer Beschäftigung auch gleichstellungspolitisch
25 notwendig. Minijobs sollen nur noch in eng umrissenen Grenzen zulässig sein, entsprechend den 1999
26 eingeführten und im Zuge der Hartz-Gesetzgebung wieder aufgehobenen Regelungen.

27

28 **4. Familienarbeit**

29 Wir wollen eine gleichmäßige Aufteilung der Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und die
30 Ermöglichung vielfältiger Lebensentwürfe auch jenseits des traditionellen, überkommenen
31 Familienbildes. Dazu ist zunächst Bewusstseinsbildung, beginnend im Bildungssystem, notwendig.

32 Im Bereich der Kindererziehung ist die Teilung der Familienarbeit durch eine verpflichtende hälftige
33 Teilung der Elternzeit sicherzustellen. Wir sprechen uns strikt gegen die Einführung eines
34 „Erziehungsgehaltes“ aus. Im Gegenteil fordern wir eine Professionalisierung der Erziehungsarbeit

1 durch ganztägige, verpflichtende und kostenlose Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Dies dient
2 nicht nur der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, sondern stellt auch eine
3 frühe Förderung junger Menschen sicher.

4 Wir sprechen uns nach wie vor für die Abschaffung des Ehegattensplittings und andere
5 steuerrechtlicher Vorschriften aus, die die historische Alleinverdienerehe subventionieren.

6 In den letzten Jahren ist das Thema der Pflege von Familienangehörigen stärker in den Fokus der
7 Politik gerückt. Auch hier wird vor allem Frauen die Aufgabe zugeschrieben, sich um pflegebedürftige
8 Verwandte zu kümmern. Formal beziehen sich die vorgeschlagenen Gesetze zwar auch auf Männer,
9 die begleitende Kommunikation stellt aber fast ausschließlich auf Frauen und deren Verpflichtung zu
10 interfamiliärer Solidarität ab.

11 Es kann nicht sein, dass die in den letzten Jahren errungenen – sowieso nicht sonderlich großen –
12 Erfolge bei der Teilung der Erziehungsarbeit nun dadurch zunichte gemacht werden, dass bei Frauen
13 die Erziehungs- nun durch kostenlose Pflegearbeit ersetzt wird. Wir sprechen uns grundsätzlich für
14 professionelle Pflegedienstleistungen und eine entsprechende Ausstattung der sozialen
15 Pflegeversicherung aus. Die notwendigen Pflegeleistungen dürfen nicht Familienangehörige
16 aufgebürdet werden

17

18 **5. Gesellschaftliche Gleichstellung**

19 Auch für die weitere gesellschaftliche Gleichstellung ist vor allem Bewusstseinsbildung notwendig, die
20 Politik beeinflussen muss, aber nicht vorschreiben kann. Es ist aber Aufgabe von Politik, den
21 gesellschaftlichen Diskurs darüber zu führen, wie Geschlechterstereotype z.B. in Medien transportiert
22 werden. Ebenso ist die vorhandene Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft anzusprechen.

23 Ein zentrales Thema bleibt der Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie. Wir sprechen uns für
24 den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und anderen Institutionen aus, die
25 der Gewalt gegen Frauen entgegenwirken. Das Gewaltschutzgesetz war ein Erfolg, muss aber wo
26 notwendig verbessert werden. Es ist auch Aufgabe der Politik, der zu beobachtenden Verharmlosung
27 von sexueller Gewalt (und insbesondere der völlig überzogenen Diskussion um Männer als Opfer von
28 Vergewaltigungsvorwürfen) entgegenzutreten.

29

30 **6. Gleichstellung in SPD & Jusos**

31 Für den Bereich der politischen Partizipation fordern wir die verbindliche Festlegung von
32 Quotenvorgaben für Parteigremien und für Wahllisten; das Nicht-Einhalten von Quotenvorgaben
33 muss ein Grund sein, Wahllisten abzulehnen. Die SPD selbst muss konsequenter als bisher die
34 Einhaltung der Quotierung und vor allem des Reißverschlusses bei Wahlen beachten.

35

E5 Offenes Europa statt Zäune und Abfangboote: Für eine fortschrittliche europäische Migrations- und Asylpolitik

Bundesvorstand

*„Full respect and promotion of fundamental rights, belongs to the value “Humanity”.
It is the most important corner stone of modern European border management.“*

FRONTEX General Report 2008, S. 5

– Schlaglichter auf die humanitäre Situation an Europas Außengrenzen

An den Grenzen der Europäischen Union ist die humanitäre Katastrophe zur alltäglichen Realität geworden. Fast 18.000 Tote entlang der europäischen Grenzen hat die italienische NGO Fortress Europe seit 1988 gezählt. Dieses Jahr hat das Sterben seinen Höhepunkt erreicht. Denn gerade nach Umwälzung in den arabischen Ländern machen sich die Menschen aus oder über die nordafrikanischen Ländern verstärkt auf den Weg über das Mittelmeer nach Europa. Viele bezahlen diesen Weg mit dem Leben. Die Liste der untragbaren Zustände an Europas Außengrenzen ist aber noch länger.

Beispiel Lampedusa, Italien: Aufgrund seiner geographischen Lage und der unzureichenden Unterstützung durch die italienische Regierung können die MigrantInnen und Flüchtlinge auf dieser italienischen Mittelmeerinsel nicht ausreichend versorgt werden. Trotz der organisierten Überführungen nach Sizilien und auf die italienische Halbinsel wurde eine kritische Grenze erreicht, als Ende März 2011 die Lebensmittelvorräte ausgingen. Einige Tage später ereignete sich das Drama um den Schiffbruch eines jener überfüllten Flüchtlingsboote im italienischen Küstengewässer, bei dem 250 Menschen ums Leben kamen. Mittlerweile kommt es gar zu Ausschreitungen und Gewalt gegen die Flüchtlinge.

Beispiel Evros, Griechenland. An der türkisch-griechischen Land- und Flussgrenze im Evros-Gebiet, werden durch griechische Behörden mit Unterstützung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX aufgegriffene Personen in Flüchtlingslager an der Grenze gebracht und bis zu sechs Monate inhaftiert. Die humanitären Zustände dort sind menschenunwürdig und beschämend. Sie sind so katastrophal, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Abschiebungen dorthin untersagt hat. Wenn die griechische Regierung aus rechtlichen Gründen nicht abschiebt entlässt sie mit einem Ausweisungsbescheid, der die Ausreise binnen eines Monats vorschreibt. Viele MigrantInnen ziehen daher als Illegalisierte weiter nach Westen. Schon heute leben im Großraum Athen Schätzungen zufolge mehr als eine Million Illegalisierte im rechtlosen Zustand.

Beispiel Ceuta und Melilla, Spanien. Die spanischen Exklaven an der nordafrikanischen Seite der Straße von Gibraltar sind immer wieder Anlaufpunkte für MigrantInnen gerade aus westafrikanischen

1 Staaten. Unbesehen ihres möglichen Flüchtlingsstatus werden sie von Soldaten und meterhohen
2 Stacheldrahtzäunen an der Einreise in die zum spanischen Staatsgebiet zugehörigen Städte gehindert.
3 Beim Versuch die Zäune in einer kollektiven Aktion zu überwinden starben 2005 mindestens vierzehn
4 Menschen, einige davon als Folge von Schussverletzungen durch spanische und marokkanische
5 Grenzbeamte.

6 Anstatt diese und weitere schlimmste Menschenrechtsverletzungen in gemeinsamer Anstrengung
7 abzuwenden, schottet sich die Europäische Union immer mehr ab. An der östlichen Grenze entsteht
8 eine moderne Grenzanlage, im Süden ist die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX im Einsatz. Die
9 Außengrenzen werden immer gefestigter, die EU immer schwerer erreichbar, gerade auch für die
10 Menschen im Süden. Viele von Ihnen begeben sich auf den oft lebensgefährlichen Weg über immer
11 riskantere Routen über das Mittelmeer, weil die EU die legalen Einreisemöglichkeiten drastisch
12 eingeschränkt hat. Von den Sonntagsreden, in denen europäischen Regierungsspitzen den Menschen
13 Nordafrikas Unterstützung bei ihren demokratischen Umwälzungen versprochen haben, ist dann
14 nichts mehr zu hören.

15 Diese wiederholte Verletzung von Menschenrechten oder das Verwehren des Zugangs zu
16 international verbindlich vereinbartem Flüchtlingsschutz sind keine Einzelfälle. Sie sind nicht auf das
17 Versagen Einzelner zurückzuführen, oder auf Willkür, oder allein auf die Überforderung der Staaten
18 an den Rändern der EU, sondern hat auch systematische politische Ursachen. Die Selbstverortung der
19 EU als Wertegemeinschaft mit humanitären Grundsätzen wird zum Hohn, wenn die Staats- und
20 RegierungschefInnen eine solche humanitäre Katastrophe vor Europas Küste und innerhalb der
21 Flüchtlingsballungspunkte in der EU einfach geschehen lassen. Es ist höchste Zeit zu handeln.

22 **Kein Mensch ist illegal – auf dem Weg zu einer globalen Bewegungsfreiheit**

23 Nicht jeder Mensch, der seine Heimat verlässt, flieht. Viele Menschen reisen freiwillig aus, um an
24 einem anderen Ort zu arbeiten, zu lernen oder bei ihrer Familie zu sein (Migration). Andere jedoch
25 sind durch Krieg, Hunger, Armut, Naturzerstörungen oder Klimafolgen sowie aufgrund politischer,
26 religiöser oder geschlechtsspezifischer Verfolgung gezwungen, ihrem bisherigen Lebensmittelpunkt
27 den Rücken zu kehren (Flucht). Da es kaum legale Einwanderungsmöglichkeiten für Menschen aus
28 nicht OECD-Staaten in die EU gibt, nehmen viele Menschen, die primär migrieren wollen, einen
29 anderen Weg und hoffen auf Anerkennung als Flüchtling. Aber auch für Menschen, die nach der
30 international anerkannten Genfer Flüchtlingskonvention unzweideutig als Flüchtlinge anzuerkennen
31 wären, ist eine Anreise und ein Anerkennungsverfahren in der EU oft nicht möglich. Die restriktive
32 Politik der Europäischen Union beschränkt beide Optionen der Einreise massiv.

33 Diese Situation ist nicht nur humanitär unerträglich, sie stellt auch in grundlegender Weise
34 international garantierte Grundrechte und den universellen Anspruch auf Freiheit und Demokratie in
35 Frage. Das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit innerhalb von Nationalstaaten und aus ihnen heraus im

1 Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben. Es ist Ausdruck der Idee
2 einer freiheitlichen globalen Ordnung, in der sich die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des
3 Individuums verwirklicht.

4 Nicht erst seit dem Herbst 1989 wissen wir, dass Freizügigkeit und Demokratie zusammen gehören.
5 Das Recht zu wählen muss auch das Recht beinhalten, den Lebensmittelpunkt selbst zu bestimmen.
6 Wirkliche kollektive Selbstbestimmung braucht die Option eines individuellen Auswegs aus dem
7 gegebenen politischen Gefüge. Mauern und Stacheldrähte behindern die Verwirklichung echter
8 Demokratie. Das Recht auf Freizügigkeit ist zudem Verwirklichungsvoraussetzung für andere
9 Grundrechte, denn die Rechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit oder auf Zugang zu Nahrung
10 und Wasser sind in einigen Gegenden dieser Welt bloß leere Worte.

11 Neben diesem politischen Eigenwert hat die Bewegungsfreiheit auch sozialen und ökonomischen
12 Nutzen. Das globale Reichtumsgefälle, das ganz wesentlich im historischen Kolonialismus und in
13 zeitgenössischen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnissen begründet liegt, könnte durch
14 Bewegungsfreiheit verkleinert werden. So kann Migration die globalen Einkommensdisparitäten
15 vermindern und dazu beitragen, dass jedeR die eigenen Fähigkeiten dort einsetzen kann, wo sie am
16 meisten gebraucht werden. Moralisch, politisch und ökonomisch ist ein Recht auf globale
17 Bewegungsfreiheit daher anzustreben.

18 Jedoch wird dieses Recht heute durch ein internationales Regime der geographischen Zonierung und
19 Zuweisung von Statusdifferenzen untergraben und seine Verwirklichung verhindert. Das
20 Zusammenwirken von Nationalitätenlogik und restriktiver Migrationspolitik scheidet Menschen in
21 Gruppen unterschiedlicher Wertigkeit und Rechte. Mögen Hochqualifizierte in den Ländern des
22 globalen Nordens manchmal noch willkommen sein und politisch Verfolgte im Einzelfall Asyl
23 erhalten, so können diejenigen, die vor Armut und Hunger fliehen, aber auch der Unfreiheit und
24 Perspektivlosigkeit starrer Gesellschaftsordnungen entkommen wollen, nicht mit einem herzlichen
25 Empfang rechnen. Sie werden oft zurückgewiesen, gedemütigt und kriminalisiert. Diejenigen, die ihre
26 Identitätsnachweise in blanker Not verloren oder aber sich ihrer willentlich entledigt haben, stehen am
27 unteren Ende der Hierarchie. Diese „sans papiers“ sind das Lumpenproletariat der Neuzeit – rechtlos,
28 schutzlos und Opfer staatlicher und privater Willkür.

29 Eine solche Menschauswahl machen wir nicht mit. Wir kennen keine „legalen“ und „illegalen“
30 MigrantInnen. Kein Mensch ist illegal. Eine Gesellschaft ohne Grenzen bleibt unsere Vision. Wir
31 wissen, dass uns die momentanen Verhältnisse für die Verwirklichung dieses Ziels vielfältige Kämpfe
32 abverlangen werden. Aber wir schöpfen Kraft aus dem Wissen, dass universelle Freizügigkeit keine
33 utopische Illusion ohne historische Präzedenz ist. Im Inneren vieler Nationalstaaten ist Freizügigkeit
34 selbstverständlich und sie ist mittlerweile auch international erprobt. Wer etwa hätte vor 60 Jahren
35 gedacht, dass man sich in einem Großteil Europas heute weitgehend frei bewegen und niederlassen

1 darf? Gerade der normative Anspruch einer Welt ohne Grenzen verpflichtet uns, auch im Hier und
2 Jetzt nach kurz- und mittelfristigen Wegen zu suchen, die uns diesem Ziel näher bringen.

3 **Wir fordern:**

4 **Ein globales Recht auf Bewegungsfreiheit schrittweise zu verwirklichen**

5 **Das Ziel einer Welt ohne Grenzen als Maßstab an die kurz- und mittelfristigen Reformen der**
6 **Migrations- und Asylpolitik anzulegen**

7 **Vorerst Abschluss von Freizügigkeitsabkommen, um Menschen eine freie Einreise zu gewährleisten**

8

9 **Eine fortschrittliche europäische Migrations- und Asylpolitik**

10 Die politischen Hürden für eine globale Bewegungsfreiheit sind groß. Deswegen müssen in
11 Vorbereitung und im Sinne einer globalen Bewegungsfreiheit schon heute Maßnahmen getroffen
12 werden, die Leid verhindern und Menschen eine Perspektive geben.

13 **Legale Migration ermöglichen: Chancen schaffen**

14 Die hohe Zahl an Flüchtlingen aus Nicht-OECD-Staaten in die EU ist auch ein Spiegelbild der
15 mangelnden Möglichkeiten zur legalen Einreise. Eine quantitativ bedeutende legale Einwanderung
16 muss möglich sein. Nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, sondern weil es weder
17 humanitär, noch sozial oder ökonomisch akzeptabel ist, zwischen einem alternden Europa und einer
18 im Schnitt jüngeren und migrationswilligen Bevölkerung in einigen Teilen Afrikas Mauern zu
19 errichten. Dabei lehnen wir eine Nützlichkeitsauswahl nach (beruflicher) Qualifikation oder anderen
20 Eigenschaften ab. Sie würde den Menschen zum Wirtschaftssubjekt reduzieren. Auch sind
21 qualifizierte Menschen in den sich entwickelnde Ökonomien wichtig um gesellschaftlichen Reichtum
22 und seine gerechte Verteilung überhaupt erst zu ermöglichen. Allerdings kann legale Migration in
23 wirtschaftlich stärkere Staaten richtig verstanden oftmals auch entwicklungsfördernd sein, weil diese
24 den Kompetenzaufbau fördert und zusätzliche Finanztransfers in sich entwickelnde Länder
25 ermöglicht.

26 Für Menschen die in Europa leben, deren Familien aber außerhalb Europas leben, muss der der legale
27 und dauerhafte Nachzug von Familienmitgliedern in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen
28 möglich sein. Die unkomplizierte und schnelle Anerkennung von Berufsqualifikationen und
29 Abschlüssen, sowie der kostenlose Zugang zu Sprach- und berufsqualifizierenden Kursen müssen
30 ebenso möglich sein, damit Zugewanderte an allen Lebensbereichen teilhaben können.

31 Auch staatsbürgerrechtlich müssen Änderungen her, die eine globale Bewegungsfreiheit vorbereiten.
32 Das allgemeine Wahlrecht für alle erwachsenen Menschen, die dauerhaft in einem Staat leben, muss
33 ebenso durchgesetzt werden, wie die grundsätzliche Möglichkeit, zwei oder mehr Staatsbürgerschaften
34 zu erwerben. Die Erlangung einer Staatsbürgerschaft darf dabei keine weiteren Hürden aufweisen, als

1 einen gewissen Zeitraum in einem Land gelebt zu haben. Als Zwischenschritt muss das kommunale
2 Wahlrecht für alle unverzüglich gewährleistet werden.

3 **Wir fordern:**

4 **Den Ausbau legaler Einwanderungsmöglichkeiten in die EU auf breiter Front**

5 **Anerkennung ausländischer Abschlüsse und**

6 **Familiennachzug umfassend erleichtern**

7 **Die Möglichkeit mehrfacher Staatsbürgerschaften und das allgemeine Wahlrecht für alle mit**
8 **ständigem Wohnsitz in einem Land**

9 **Die Entbürokratisierung, sowie den Ausbau der Kapazitäten entsprechender Behörden, um jedem**
10 **Menschen eine Prüfung eines Asylantrags zu garantieren.**

11

12 **Illegalisierung von Migration: Leid und Kriminalisierung beenden**

13 Schätzungen zufolge leben bis zu 7 Millionen irreguläre MigrantInnen in der EU. Oft werden sie als
14 „Illegale“ abwertet und in die Nähe von Kriminellen gerückt, eine Sichtweise die verkennt, dass
15 Menschen niemals illegal sind, sondern Normen und rechtliche Kontexte sie zu Illegalen machen. Die
16 Gründe für einen irregulären Status in der EU sind sehr unterschiedlich und reichen von illegaler
17 Einreise bis hin zum Auslaufen eines vormals gültigen Aufenthaltstitels.

18 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus sind meist Menschen mit keinen oder wenig Rechten. Die
19 ständige Bedrohung staatlichen Zugriffs und Ausweisung wird oft von privatwirtschaftlicher und
20 sexueller Ausbeutung und anderer Gewalt verschärft. Insbesondere die strafrechtlich sanktionierte
21 Meldepflicht über den illegalen Aufenthaltsstatus, die für Ärztinnen und Ärzte, Lehrerinnen und
22 Lehrer sowie andere im Rahmen ihres Berufs helfende Personen gilt, verschärft diese Situation. Die
23 Sonderregeln sind abzuschaffen damit diese Menschen Illegalisierten genauso helfen können wie
24 denjenigen mit regulärem Aufenthaltsstatus.

25 Dem rechtlosen Zustand ist schnellstmöglich zu begegnen, indem allen Menschen, die illegal in
26 Europa leben im Rahmen einer Amnestie Straffreiheit, einen unbefristeten Aufenthaltstitel und eine
27 Arbeitserlaubnis ermöglicht wird. Darüber hinaus müssen Menschen ohne Papiere in das Programm
28 der legalen Migration aufgenommen werden.

29 Flüchtlinge und Asylsuchende, Studierende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen
30 zudem grundsätzlich einen unbegrenzten Aufenthaltstitel und eine unbegrenzte Arbeitserlaubnis
31 erhalten, auch wenn sie (noch) nicht planen, im Zuge der regulären Migration in Europa zu bleiben.

32 **Wir fordern:**

33 **Legalisierung von momentan illegalen Migrant_innen und die Straffreiheit von der irregulären**
34 **Einreise**

1 **Unbegrenzte Aufenthaltstitel von Anfang an**

2 **Keine Kriminalisierung von humanitären Helfenden**

3

4 **Europäischen Grenzschutz an Menschenrechten ausrichten**

5 Der fortschreitende europäische Integrationsprozess umfasst auch die Außenpolitik und die
6 Grenzsicherung der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Um den Schutz der Außengrenzen besser zu
7 koordinieren wurde 2004 die Agentur FRONTEX gegründet. Im Laufe der Zeit haben sich die
8 Aufgaben von FRONTEX kontinuierlich erweitert. Heute stellt FRONTEX eine Mischung aus
9 Grenzschutz und Geheimdienst dar, da die Agentur auch Risiken in den Grenzanlagen analysiert. Die
10 Grenzsicherung der Europäischen Union nimmt immer mehr paramilitärische Züge an. Systematische
11 Verletzungen von Menschenrechten und internationalen Verträgen sind ein wesentliches Merkmal der
12 EU-Grenzkontrollen. Darüber hinaus unterliegt FRONTEX, einer der Hauptakteure bei der
13 europäischen Grenzsicherung, keiner parlamentarischen Kontrolle und arbeitet bewusst intransparent.
14 Eine fortschrittliche und demokratische Grenzkontrolle sieht anders aus! Es darf nicht sein, dass der
15 Grenzschutz von Staaten systematisch gegen Menschenrechte und internationale Abkommen
16 verstößt.

17 Grundsätzlich ist die Europäisierung der Grenzsicherung der EU zu begrüßen, weil sie die
18 Möglichkeit bietet, überall einheitliche menschenrechtliche Standards zu etablieren. Jedoch geht der
19 Auftrag der Behörde in die falsche Richtung. Anstatt als Notrettungsinstanz und einheitliche erste
20 Anlaufstelle für ein gesamteuropäisches Migrations- und Asylsystem zu dienen, zielt FRONTEX auf
21 Flüchtlings“abwehr“ ab. Die Kritik am Vorgehen von FRONTEX, etwa unterlassene Hilfeleistung bei
22 sinkenden Flüchtlingbooten oder die Teilnahme an menschenunwürdiger Behandlung von
23 inhaftierten MigrantInnen in Griechenland, lassen sich nicht durch die Verankerung der Behörde auf
24 europäischer Ebene erklären, sondern durch diesen kategorische falschen Auftrag. Eine Stärkung und
25 bessere finanzielle Ausstattung einer auf Flüchtlingsabwehr getrimmten Behörde kann nur dann
26 tatsächlich zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage führen, wenn dieser Auftrag grundlegend
27 geändert wird. Die jüngsten Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung
28 des Menschenrechtsschutzes durch FRONTEX sind dahingehend nicht weitgehend genug, weil sie
29 keine unabhängige Überwachung gewährleisten.

30 Eine einfache Abschaffung von FRONTEX mit einem Zurück zur vollständigen nationalen
31 Sicherung der Außengrenzen ohne europäische Kontrolle und Rechtfertigungspflicht ist vor dem
32 Hintergrund offener Binnengrenzen widersinnig und nicht anzustreben, auch weil nationale
33 Grenzsicherungen oft keine humanitären Standards einhalten. Zurzeit teilt FRONTEX sich die
34 Befugnisse bezüglich des europäischen Grenzschutzes mit den Nationalstaaten. Diese Mischung lässt
35 die Grenzkontrolle insgesamt intransparent und unübersichtlich erscheinen. Wenn es gelänge, dass

1 FRONTEX einer vollständigen Kontrolle durch das Europäische Parlament und der Europäischen
2 Kommission unterläge, sollten die Mitgliedsstaaten den Schritt wagen und sämtliche Befugnisse der
3 Kontrolle der EU-Außengrenzen an FRONTEX abgeben. Dies wäre ein enormer Schritt auf dem
4 Weg des europäischen Integrationsprozesses. Es reicht jedoch nicht aus, nur Befugnisse zwischen
5 politisch-administrativen Ebenen zu verschieben. Gleichzeitig muss die Grenzkontrolle transparenter
6 und demokratischer gestaltet werden. Beide Organe der Europäischen Union, Parlament,
7 Kommission und den Rat der Europäischen Union, müssen über die konkrete Ausgestaltung der
8 Grenzkontrollen entscheiden und deren demokratischen und transparenten Charakter überwachen.
9 Dies bedeutet auch, dass das Parlament über die Haushaltsmittel von FRONTEX entscheiden wird.
10 Zudem soll eine Ombudsperson konkret für die Einhaltung menschenrechtlicher Standards
11 verantwortlich sein. Dadurch würde die Möglichkeit entstehen, die Arbeit von FRONTEX offen zu
12 legen und demokratischer zu gestalten.

13 Darüber hinaus muss sich auch die grundsätzliche Ausgestaltung der Grenzkontrollen ändern. Die
14 Kontrolle der eigenen Grenzen darf keine paramilitärischen Züge annehmen. Es darf nicht sein, dass
15 Menschen wegen ihrer Staatsangehörigkeit gewaltsam an Grenzüberschreitungen gehindert werden.
16 Jeder Person, die Asyl ersucht oder medizinische oder anderweitige Hilfe benötigt muss der Zugang
17 zu den entsprechenden Einrichtungen ermöglicht werden. Des Weiteren darf der Grenzschutz der
18 EU nicht das internationale Seerecht verletzen. Dies bedeutet, dass Schiffe zur Grenzsicherung nur in
19 den eigenen Hoheitsgewässern eingesetzt werden dürfen und nicht in internationalen Gewässern.

20 Dies sind nur Zwischenschritte, die jedoch eine signifikante Veränderung in den bestehenden
21 Verhältnissen darstellen würde. Die fortschreitende Demokratisierung der europäischen
22 Grenzkontrollen muss schlussendlich das Ziel verfolgen, eine Europa zu schaffen, dass sich als
23 Gesamtstaat versteht und auf Grenzkontrollen verzichtet.

24 **Wir fordern:**

25 **Auftrag von FRONTEX grundlegend ändern: Flüchtlingsschutz statt Flüchtlingsabwehr**

26 **FRONTEX unter die Kontrolle des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission
27 und einer Ombudsperson stellen**

28 **Grenzkontrolle in die Hand der Europäischen Union geben, wenn demokratische und transparente
29 Gestaltung gewährleistet ist**

30 **Haushaltsmittel von FRONTEX müssen durch das Europäische Parlament festgelegt und überwacht
31 werden**

32

33 **Asylpolitik: Hohe und einheitliche Schutzrechte verwirklichen**

1 Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollen Menschen, die aufgrund ihrer Religion, ihrer
2 Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, rassistischer Diskriminierung
3 oder ihrer politischen Überzeugung Verfolgung erfahren, aufnehmen und ihnen Schutz bieten. Hierzu
4 sind sie sowohl völkerrechtlich, wie auch europarechtlich verpflichtet. Für uns Jusos bleibt der Zugang
5 der Menschen zu Asyl und einem gerechten Asylverfahren deshalb von zentraler Bedeutung. Als
6 Asylgründe müssen neben den klassischen auch die Flucht vor nichtstaatlicher Verfolgung anerkannt
7 werden, ebenso wie die Flucht von Kriegs- und Konfliktschauplätzen, von Hungerkatastrophen, von
8 Verwüstung, von anderen ökologischen Katastrophen sowie die Flucht vor geschlechtsspezifischer
9 Verfolgung und solche aufgrund der sexuellen Orientierung.

10 Die Anerkennung gleicht bisher jedoch einem Glücksspiel. Die europäischen Staaten haben zwar mit
11 der Dublin-II-Verordnung geregelt, welches Land für den jeweiligen Flüchtling zuständig ist, es gibt
12 jedoch immer noch keine einheitlichen europäischen Standards in der Asylpolitik. Durch das
13 derzeitige Dublin-II-Verfahren (auch Drittstaatenregelung genannt), das getrennt vom eigentlichen
14 Asylverfahren staatfindet, wird festgelegt, in welchem Land Flüchtlinge einen Antrag auf Asyl stellen
15 können. Somit soll sichergestellt werden, dass ein Flüchtling nicht mehrfach Anträge innerhalb der
16 europäischen Union stellt (sog. „Asylum-Shopping“) oder gar ohne inhaltliche Prüfung der jeweiligen
17 Anträge von Mitgliedsstaat zu Mitgliedsstaat geschoben wird (auch bezeichnet als „refugees in orbit“).
18 Im Sinne der Schutzbedürftigkeit der AsylbewerberInnen soll also derjenige Mitgliedsstaat Schutz
19 bieten, den die Flüchtlinge als ersten „sicheren“ Staat betreten. Damit soll verhindert werden, dass
20 Mitgliedsstaaten, die aufgrund ihres Sozial- und/oder Asylsystems besonders „attraktiv“ erscheinen,
21 übermäßig belastet werden.

22 Mit dem Inkrafttreten der Dublin-II-Verordnung begann jedoch eine Entwicklung in die
23 gegensätzliche Richtung. Besonders die Länder an den südlichen EU-Außengrenzen fühlen sich heute
24 von hoher Migration und gestiegenen Zugangszahlen von Flüchtlingen überfordert oder regelrecht
25 „bedroht“. Dies ist jedoch nicht der einzige Kritikpunkt an der sogenannten „Drittstaatenregelung“.
26 Immer wieder machen Menschenrechtsorganisationen darauf aufmerksam, dass jedes Land seine
27 eigene nationale Asylpolitik betreibt; von gemeinsamen Schutzstandards oder einer einheitlichen
28 Entscheidungspraxis ist die EU weit entfernt. Die Schutzquoten zwischen den einzelnen Staaten
29 klaffen erheblich auseinander. Der Zugang zu Asyl, sowie ein menschenwürdiger Aufenthalt innerhalb
30 der Staaten der Europäischen Union darf nicht davon abhängen, welches Land zuerst betreten wird.
31 Für uns Jusos ist deshalb klar, dass die „Drittstaatenregelung“ gescheitert ist. Deshalb fordern wir die
32 Abschaffung dieser Verordnung, sowie die Einführung einheitlicher Schutzstandards und gleiche
33 Kriterien für die Erteilung von Asyl in allen Mitgliedsländern der EU! Solange die Verordnung noch
34 in Kraft ist, muss zumindest die Überstellung in Länder, die die Menschenrechte der Asylsuchenden
35 nicht gewährleisten können, vollständig unterbleiben.

1 Die Staaten der EU stehen nicht nur in der Verantwortung, schutzsuchenden Menschen
2 entsprechende Hilfestellung zu gewährleisten, sondern ebenfalls Solidarität mit den anderen
3 Mitgliedsländern zu zeigen, wenn diese sich mit einem erhöhten Anstieg von Flüchtlingen
4 konfrontiert sehen. Zu oft wird jedoch vergessen, dass Asylsuchende ebenfalls Menschen mit
5 verschiedenen Neigungen, Fähigkeiten und Wünschen sind. Nicht nur die wirtschaftlichen Standards,
6 sondern eben auch die kulturellen, sprachlichen oder auch sozialen Gründe sind ausschlaggebend für
7 die Entscheidung der AsylbewerberInnen, in welchem Land sie einen Antrag auf Asyl stellen wollen.
8 Das Leben im Exil wird für viele wesentlich erträglicher, wenn sie frei entscheiden können, wo sie
9 leben und wenn sie die Möglichkeit haben, mit Verwandten oder Freunden in Kontakt zu bleiben.
10 Wir Jusos lehnen es deshalb ab, dass AsylbewerberInnen wie Menschen zweiter Klasse behandelt
11 werden und nicht frei entscheiden können, in welchem Land sie Zuflucht suchen. Die quotierte
12 Zuteilung der AsylbewerberInnen auf Mitgliedsstaaten der EU darf deshalb keine Lösung im Sinne
13 eines sozialen und offenen Europas sein.

14 Um solidarisch im Sinne der Europäischen Union zu handeln und um eine größere politische
15 Akzeptanz der Flüchtlinge in den Ländern zu fördern, setzen wir uns jedoch für finanzielle
16 Ausgleichszahlungen während der Asylbeantragungsphase ein. Dies wäre aus unserer Sicht ein
17 gerechterer Beitrag zu einem „Solidaritätsmechanismus“ innerhalb der EU als eine weitgehend
18 willkürliche Zuteilung von AsylbewerberInnen.

19 Sobald aus AsylbewerberInnen anerkannte Flüchtlinge geworden sind, hört die Zwei-Klassen-
20 Behandlung jedoch nicht auf. Auch anerkannte Flüchtlinge, die dauerhaft in der EU leben werden,
21 genießen keine Freizügigkeit innerhalb der europäischen Union. Das heißt, sie können nicht, wie
22 andere UnionsbürgerInnen die uneingeschränkte Reise- und Arbeitsfreiheit nutzen. Dies darf jedoch
23 nicht auf Kosten der Teilhabemöglichkeiten von Flüchtlingen in den einzelnen Ländern geschehen.
24 Wir Jusos fordern deshalb: Für anerkannte Flüchtlinge müssen die gleichen Rechte wie für alle
25 UnionsbürgerInnen gelten!

26 Neben der freiwilligen Rückkehr und dem Asyl gibt es noch eine dritte dauerhafte Lösung für
27 Flüchtlinge. Das „Resettlement“, also die dauerhafte Neuansiedlung von Flüchtlingen in einem zur
28 Aufnahme bereiten Drittstaat, der ihnen vollen Flüchtlingsschutz gewährt und ihnen die Möglichkeit
29 bietet, ein neues Leben aufzubauen. Bislang bieten nur einige Staaten Resettlement-Programme an,
30 durch die jedes Jahr eine festgelegte Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen wird. Die jährlich
31 angebotenen Kontingente liegen jedoch weit unter dem Bedarf. Wir fordern deshalb, dass von den
32 Staaten der EU regelmäßig Kontingente für die dauerhafte Neuansiedlung von Flüchtlingen zur
33 Verfügung gestellt werden und diese Praxis nicht länger nur fallweise und anlassbezogen stattfindet.

34 **Wir fordern:**

35 **Die Abschaffung der Drittstaatenregelung (Dublin II-Verordnung)**

1 Einheitliche Schutzstandards, Verfahren und Kriterien für die Aufnahme von Flüchtlingen, die ein
2 hohes Schutzniveau garantieren

3 Finanzielle Ausgleichszahlungen während der Asyl-Beantragungsphase unter den verschiedenen
4 Mitgliedsstaaten

5 Freizügigkeit für anerkannte Flüchtlinge in der EU

6 Regelmäßige „Resettlement“-Kontingente

7

8 Ex-Territorialisierung der Migrationsproblematik beenden, Fluchtursachen gemeinsam bekämpfen

9 Bereits seit einigen Jahren findet sich in der europäischen Migrationspolitik die Tendenz diese nicht
10 mehr nur in oder zwischen den europäischen Staaten zu betreiben, sondern vermehrt Nachbarländer
11 einzubeziehen. Dies ist grundsätzlich ein begrüßenswerter Ansatz; ist Migration doch auch ein
12 interkontinentales Phänomen, für das auf allen Ebenen Lösungen gefunden werden müssen.
13 Problematisch ist aber die Ausgestaltung dieser internationalisierten Migrationspolitik, die oft rein an
14 europäischen Interessen ausgerichtet ist und die bekannte Abschottungspolitik weiter betreibt. Jedes
15 EU-Partnerschafts- und Assoziierungsabkommen enthält inzwischen Klauseln zu Migration. Zumeist
16 wird Migration dort jedoch nur unter dem Aspekt der innereuropäischen Sicherheit behandelt. Heute
17 baut die EU in vielen Nachbarländern den nationalen Grenzschutz auf, bildet Grenzpolizei aus und
18 unterstützt den Bau ihrer Infrastruktur. Wir fordern eine Abkehr von dieser Politik!

19 Mittelpunkt dieser Migrationspolitik mit Drittstaaten stellen die Rückführungsabkommen dar, welche
20 die EU inzwischen mit zahlreichen Ländern geschlossen hat und als einzigen Zweck haben diese dazu
21 zu verpflichten ihre Staatsangehörigen, die in der EU nicht mehr gewollt werden, wieder
22 aufzunehmen. Einen besonderen Tiefpunkt erreicht diese Art der Migrationspolitik durch die
23 Bestrebungen der EU in den Rücknahmeabkommen auch dazu zu verpflichten DrittstaatlerInnen
24 rückführen zu können, bei denen höchsten die Reiseroute über das jeweilige Land, oder sogar gar
25 keine Verbindung zu dem Staat besteht, frei nach dem Sankt-Florians Prinzip. Dies ist nicht nur
26 völkerrechtlich fragwürdig, sondern auch menschenverachtend!

27 Um solche Staatsverträge abzuschließen scheut die EU in ihren Verhandlungen auch nicht vor
28 Zuckerbrot und Peitsche zurück: So werden im Gegenzug zum Beispiel Finanzhilfen oder großzügige
29 Visaerleichterungen in Aussicht gestellt und Länder damit unter Druck gesetzt den Konditionen
30 zuzustimmen. Eine Politik, die weder in ihrer Art noch in ihrer Zielsetzung den menschenrechtlichen
31 Standards entspricht, welche die EU ansonsten gerne von anderen einfordert.

32 In der aktuellen europäischen Migrationsdebatte befinden sich Vorschläge wie die Errichtung von
33 Ausreisezentren in afrikanischen Ländern, in denen Menschen vor Ort die Gelegenheit gegeben
34 werden soll sich zum Beispiel über Einwanderungsmöglichkeiten zu informieren oder Asylanträge zu

1 stellen. Zu begrüßen wäre dies, sollten die Menschen in jenen Ländern ernsthaft die Chance haben in
2 die EU zu gelangen und dadurch nicht mehr den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer oder
3 die griechische grüne Grenze antreten müssen. Stellt man dem jedoch die äußerst restriktive
4 Einreisepolitik der EU entgegen, die in den letzten Jahren durch immer höhere Hürden bei
5 Asylgewährung, Visaausstellung oder sonstigen legalen Aufenthaltstiteln gekennzeichnet ist, erscheint
6 dies äußerst fragwürdig und wird wohl kaum als realistische Hilfe für die Migrationswilligen dienen
7 können.

8 Auch die seit 2004 diskutierten Auffanglager entlang der afrikanischen Mittelmeerküste finden noch
9 immer viele Befürworter. Zweck dahinter ist die Verlagerung der Flüchtlingslager, welche sich
10 momentan auf europäischem Boden befinden und immer wieder durch ihre katastrophale humanitäre
11 Situation in die Schlagzeilen geraten, auf den afrikanischen Kontinent, um sich der Problematik selbst
12 zu entledigen und nicht länger die Verantwortung für die Menschen tragen zu müssen. Das der
13 Zustand und die Bedingungen für Flüchtlinge in diesen Ländern noch weitaus schlechter sind und
14 dort kaum rechtlicher Schutz für sie besteht, wird dabei schweigend in Kauf genommen. Klar ist, dass
15 es mit uns solche Auffanglager nie geben wird!

16 Die Europäische Union braucht endlich ein umfassendes Konzept, welches auch die Interessen der
17 Migrationswilligen beachtet. Migration ist kein sicherheitspolitisches Tätigkeitsfeld, sondern ein
18 sozialpolitisches. Dazu müssen gemeinsam mit den Nachbarländern die Ursachen der Flucht
19 bekämpft werden und Lebensbedingungen geschaffen werden, die Flucht unnötig machen. Das im
20 aktuellen Strategiepapier zur europäischen Nachbarschaftspolitik die Förderung von Demokratie,
21 Menschenrechten und Verbesserung der Lebensbedingungen eine neue hervorgehobene Rolle
22 zugestanden wird ist ein richtiger Schritt in diese Richtung. In wie fern die vorgeschlagene Errichtung
23 einer europäischen Stiftung für Demokratie Erfolge zeigen wird bleibt abzuwarten.

24 Grundsätzlich begrüßenswert ist außerdem das Inaussichtstellen von Mobilitätspartnerschaften und
25 Visaerleichterungen nach dem EU Visa Code für eine Vielzahl von Staaten, wie es in der diesjährigen
26 Mitteilung zu Migration deutlich wird. Schattenseite ist dabei jedoch, dass dies nur für Studenten,
27 Wissenschaft und Wirtschaft gelten soll. Alarmierend ist dieser sich auf EU-Ebene immer weiter
28 durchsetzende Nützlichkeitsgedanke von Migration, der sich unverblümt in Aussagen zeigt, wie: „The
29 EU's workforce is ageing and labour shortages will develop in specific areas. Our neighbourhood has
30 welleducated, young and talented workers who can fill these gaps.“ (KOM(2011) 303: 14). Natürlich
31 soll es auch jungen ausgebildeten Menschen möglich sein in die EU zu migrieren, wenn sie dies
32 tatsächlich wollen, die EU-Außenpolitik sollte sich aber an dem Ziel orientieren dies jedem Nicht-EU
33 Bürger zu ermöglichen.

34 **Wir fordern:**

1 **Bekämpfung von Fluchtursachen als zentrale Aufgabe der internationalen EU-Migrationspolitik im**
2 **Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik**
3 **Ausarbeitung eines umfassenden Migrationskonzeptes unter Einbeziehung der Interessen**
4 **migrationswilliger Menschen**
5 **Keinen weiteren Abschluss und die Kündigung von internationalen Abkommen, die Länder**
6 **verpflichten fremde Staatsangehörige aufzunehmen**
7 **Abkehr von der Verbindung und Ausnutzung von EU-Sicherheitsinteressen mit anderen Bereichen**
8 **der EU-Außenbeziehungen wie Migrationspolitik**
9 **keine Auffanglager in EU-Nachbarländern**
10 **umfassende Visaserleichterungen allen interessierten Staaten ermöglichen**
11
12 **Fazit**
13 **Noch immer bietet die Vereinheitlichung der Migrations- und Asylpolitik in der EU eine große**
14 **Chance den menschenrechtlichen Anspruch der Union Wirklichkeit werden zu lassen. Ein Zurück in**
15 **die Zeit der nationalen Schlagbäume wird es nicht geben. Das Verlangen nach Migration wird nicht**
16 **sinken. Es liegt an der Europäischen Union, ob sie weiter Massengräber an ihren Außengrenzen**
17 **dulden will und somit jegliche Wertgebundenheit politischen Handelns pervertiert. Oder ob sie**
18 **Vorreiterin wird auf dem Weg zu einer Welt, in der jeder Mensch seine eigene Heimat frei wählen**
19 **kann. Wir Jusos werden für ein offenes, solidarisches und humanitäres Europa streiten.**
20

1 **G1 Gerecht für alle. Für eine solidarische und gerechte**

2 **Alterssicherung**

3 **Bundestagsvorstand**

4 Einleitung

5 Für das Wahlergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2009 war die von der SPD in den
6 Regierungsjahren verantwortete Rentenpolitik eine der wesentlichen inhaltlichen Ursachen. Die
7 Rentenreform im Jahr 2000 führte zu einem Paradigmenwechsel. Seither stehen im Fokus der
8 Rentenpolitik in erster Linie stabile und niedrige Beiträge. Die bisher verfolgten Ziele der
9 Armutsfestigkeit und der Lebensstandardsicherung traten dagegen in den Hintergrund.
10 Lebensstandardsicherung und armutsfeste Renten wurden zuvor über Jahrzehnte alleine durch die
11 gesetzliche, paritätisch über eine Umlage finanzierte Rente gewährleistet. Mit der Rentenreform von
12 2000 und der Einführung der Riesterrente wurde dies aufgegeben. Mit der Erhöhung des gesetzlichen
13 Renteneintrittsalters auf 67 Jahren entgegen anderer Versprechen im Wahlkampf verspielte die SPD
14 einen großen Teil ihres Vertrauens in der Rente.

15 Die SPD inhaltlich erneuern bedeutet also auch eine Neuausrichtung der sozialdemokratischen
16 Rentenpolitik.

17 Grundsätze

18 Für ein Leben in Würde – auch im Alter

19 Alle Menschen sollen – auch im Alter – ein Leben in Würde haben. Niemand soll im Alter in Armut
20 leben müssen, niemand vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sein. Das müssen die sozialen
21 Sicherungssysteme in jedem Fall gewährleisten, unabhängig von der bisherigen Biografie. Altersarmut
22 ist in einem so wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik Deutschland ein sozialpolitischer
23 Skandal.

24 Für die meisten Menschen sind nach wie vor die gesetzlichen Rentenzahlungen die wichtigste
25 Einkommensquelle im Alter. Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch zukünftig ein Leben
26 ohne Armut ermöglichen.

27 Gute Rente geht nur mit Guter Arbeit

28 Die Rente ist die Lohnersatzleistung im Alter. Sie wird durch das Erwerbseinkommen über Beiträge
29 finanziert. Während andere Einkünfte wie z.B. Kapitaleinkommen oder Mieteinnahmen nach
30 Renteneintritt weiterhin zur Verfügung stehen, soll durch die Rente das mit dem Renteneintritt
31 wegfallende Erwerbseinkommen grundsätzlich ersetzt werden. Die Rente ermöglicht so, dass
32 Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch ihre Erwerbsarbeit verdient haben, im Alter ihren
33 Lebensstandard halten können und nicht finanziell – und damit auch oft gesellschaftlich – absteigen.

1 Zwischen der Höhe des Einkommens in der Erwerbsphase und damit den eingezahlten
2 Rentenbeiträgen und den Rentenansprüchen besteht – trotz aller Veränderungen an der Rentenformel
3 – ein unmittelbarer Zusammenhang: Wer einzahlt sammelt Anwartschaften; wer viel einzahlt, erhält
4 im Alter auch eine hohe Rente. Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Rentenversicherung ist auch
5 in diesem Äquivalenzprinzip begründet.

6 Nicht alle gesellschaftlichen Probleme lassen sich deshalb über die Rentenversicherung lösen. Wer
7 sein Erwerbsleben lang zu niedrigsten Löhnen gearbeitet hat oder lange Zeit arbeitslos war und so nur
8 wenig in die Rentenkasse einzahlen konnte, erhält später auch nur eine geringe Rente. Deshalb sind es
9 auch besonders Frauen, die im Alter in Armut leben müssen. Auch hier muss der Sozialstaat
10 eingreifen und allen Menschen ein würdiges Leben im Alter ermöglichen. Aber Altersarmut ist nicht
11 allein ein rentenpolitisches Problem, sondern in erster Linie ein Problem des Arbeitsmarktes – was ein
12 ganzes Erwerbsleben lang falsch gelaufen ist, lässt sich nicht einfach am Schluss über die
13 Rentenversicherung lösen. Für Menschen ohne ausreichende Rentenansprüche werden wir auch in
14 Zukunft eine (steuerfinanzierte) Grundsicherung im Alter benötigen, die ein menschenwürdiges
15 Leben gewährleistet. Die mittel- und langfristig wirksamsten Instrumente gegen Altersarmut sind
16 jedoch höhere und gerechte Erwerbseinkommen, gute Arbeit und Vollbeschäftigung: Unser Ziel ist
17 nicht die Verdrängung ins Rentensystem, sondern die Integration ins Erwerbsleben.

18 Der demografische Wandel ist nicht der Tod eines Rentensystems, wenn man ihn nicht dazu macht
19 In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurde allzu oft das Gespenst des demografischen
20 Wandels heraufbeschworen, um Kürzungen in den Sozialversicherungssystemen zu legitimieren.
21 Gerade in Debatten um Reformen des Rentensystems wurde häufig das Argument bemüht, die
22 Finanzierung wachsender RentnerInnengenerationen könne durch immer weniger Erwerbstätige in
23 einer alternden Gesellschaft nicht mehr geleistet werden.

24 Richtig ist zunächst, dass demografische Wandelprozesse stattfinden – allerdings ist dies kein neues
25 Phänomen, und sie sind wesentlich weniger gravierend als dargestellt. Bevölkerungsentwicklung hängt
26 von vielen Faktoren ab, neben der Geburtenrate spielen etwa auch Migrationsbewegungen eine nicht
27 zu unterschätzende Rolle. Mittelfristige demografische Prozesse sind schwer vorherzusehen, die viel
28 zitierten Horrorszenarien sind aber äußerst unwahrscheinlich.

29 Zudem werden in der Debatte viele weitere wichtige Aspekte ausgespart. Die Zahl der Erwerbstätigen
30 in einer Volkswirtschaft hängt nicht allein von der demografischen Entwicklung ab, vielmehr wird sie
31 auch durch die Erwerbsbeteiligung von Frauen und der Arbeitslosenquote bestimmt. Mehr
32 Erwerbstätige in guter Arbeit, eine gerechte Verteilung innerhalb der Generationen, eine höhere
33 Lohnquote und eine höhere Frauenerwerbsquote können den Mindereinnahmen im System, die durch
34 den demografischen Wandel auftreten könnten, entgegenwirken. Und schließlich hat die

1 Lohnentwicklung wesentlichen Einfluss auf die Rentenentwicklung und die Finanzierbarkeit des
2 Rentensystems.

3 Es gibt keinen Generationen- sondern einen Verteilungskonflikt

4 Die Rente wird immer von der aktiven Erwerbsgeneration an die Rentnerinnen- und
5 Rentnergeneration gezahlt; die Jüngeren zahlen für die Älteren. Trotzdem leben nicht die Älteren auf
6 Kosten der Jüngeren: Die heutigen Rentnerinnen und Rentner haben während ihrer Erwerbsphase in
7 die Rentenversicherung eingezahlt und damit nicht nur die Renten ihrer Elterngeneration finanziert,
8 sondern auch einen Rechtsanspruch auf Rentenzahlungen erworben – und die heute Erwerbstätigen
9 zahlen ein, um selbst einen Rentenanspruch abhängig vom eigenen Einkommen zu erwerben.

10 Gerechtigkeit ist für uns Juros nie eine Frage zwischen Jung und Alt, sondern immer zwischen Arm
11 und Reich. Es geht also zuerst um die Einkommens- und Vermögensverteilung – unabhängig vom
12 Alter. Daran entscheiden sich auch die Möglichkeiten sozialer Teilhabe. Wir wollen keine
13 Umverteilung von der älteren Generation zur jüngeren Generation, sondern eine Umverteilung von
14 reichen zu ärmeren Menschen und von Kapitaleinkünften zu Arbeitseinkommen. Wenn heute junge
15 Menschen zu wenig Einkommen zur Verfügung haben, liegt dies nicht daran, dass die ältere
16 Generation auf ihre Kosten lebt, sondern dass Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt
17 sind.

18 Die Rentenhöhe ist eine Verteilungsfrage – allerdings nicht zwischen den Generationen. Die Höhe
19 der heutigen Rentenzahlungen hängt unmittelbar von der Höhe der aktuellen Einkommen ab;
20 Rentensteigerungen von der Entwicklung der Löhne und Gehälter. Von höheren Arbeitseinkommen
21 und gesellschaftlicher Umverteilung profitieren also sowohl die Jüngeren, heute Erwerbstätigen als
22 auch die Rentnerinnen und Rentner.

23 Das Umlagesystem ist besser als sein Ruf

24 Die Rentenzahlungen eines bestimmten Jahrgangs können immer nur aus dem erwirtschafteten
25 Volkseinkommen des jeweiligen Jahres aufgebracht werden. Dies gilt unabhängig von der
26 Finanzierung des Rentensystems – egal ob aus Beiträgen oder Steuern, ob umlagefinanziert oder
27 kapitalgedeckt.

28 Das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung wird immer wieder in Frage gestellt. Doch
29 trotz aller Kritik an der Umlagefinanzierung über Beiträge: Sie hat nach wie vor viele Vorteile und ist
30 einer kapitalgedeckten Rente oder einer steuerfinanzierten Alterssicherung deutlich überlegen.

31 Eine Umstellung des Rentensystems auf ein Kapitaldeckungsverfahren hätte zur Folge, dass die heute
32 Erwerbstätigen nicht nur weiterhin die Renten der gegenwärtigen RentnerInnengeneration, sondern
33 auch den Aufbau des eigenen individuellen Kapitalstocks finanzieren müssten – sie wären ohne
34 zusätzliche Leistungen doppelt belastet.

1 Die Forderung nach einer Kapitaldeckung des Rentensystems wurde lange Zeit mit wesentlich
2 höheren erreichbaren Renditen begründet – in der Rürup-Kommission ging man gar von 4%
3 Kapitalrendite aus. Doch solche hohen, weit über den wirtschaftlichen Wachstumsraten liegenden
4 Renditeerwartungen lassen sich (wenn überhaupt) nur durch eine weitere Umverteilung hin zu
5 Kapitaleinkommen realisieren. Der Vergleich mit der Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung
6 berücksichtigt im Übrigen nicht, dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur Altersrenten,
7 sondern auch Erwerbsminderungsrenten ohne Risikoprüfung und Gesundheitsausschluss umfassen.

8 Die Finanzmarktkrise schließlich dürfte inzwischen jedem die Risiken von Anlagen am Kapitalmarkt
9 verdeutlicht haben. Das Umlagesystem hat sich als wesentlich krisenfester bewährt.

10 Auch gegen eine vollständig steuerfinanzierte Rente spricht vieles: Das Prinzip der paritätischen
11 Finanzierung und der Selbstverwaltung würden weiter ausgehöhlt, sie würde nicht mehr dem
12 Äquivalenzprinzip folgen, sondern könnte nur eine Grundrente absichern. Vor allem aber wäre eine
13 steuerfinanzierte Rente noch stärker von der Kassenlage und dem politischen Klima abhängig,
14 während die beitragsfinanzierte Rente dem grundgesetzlichen Eigentumsschutz unterliegt und so
15 staatlicher Disposition weitgehend entzogen ist. Weder eine steuerfinanzierte Grundrente als alleinige
16 staatliche Altersabsicherung, noch eine Ablösung des Umlageverfahrens durch Kapitaldeckung stellen
17 geeignete Instrumente zur Altersversorgung dar.

18 Steuerfinanzierung für gesamtgesellschaftliche Aufgaben

19 Die aus den Beitragszahlungen der Erwerbstätigen finanzierte Rentenversicherung ist in allererster
20 Linie eine Lohnersatzleistung für ehemals Erwerbstätige, die in die Rentenkasse eingezahlt haben.
21 Daneben gibt es noch viele weitere, gesellschaftlich wünschenswerte Aufgaben und Ziele. Dazu zählen
22 z.B. Rentenansprüche aus Erziehungs- und Pflegezeiten oder die Aufstockung zu niedrigerer Renten.
23 Diese gesellschaftlichen Aufgaben dürfen nicht alleine von den Beitragszahlenden finanziert werden.
24 Dazu muss es (weiterhin) eine Steuerfinanzierung geben. Schon heute sind die Einnahmen der
25 Rentenkasse zu ca. einem Drittel Steuermittel.

26 Probleme des Rentensystems

27 Demographischer Wandel: Mythen und Fakten

28 Um den Einfluss demografischer Entwicklungen ranken sich viele Mythen, die zunächst plausibel
29 klingen, der tatsächlichen Entwicklung aber in keinem Fall gerecht werden. Zunächst wird häufig
30 propagiert, nur ein Umlagemodell würde voraussetzen, dass Erwerbstätige die Renten finanzieren, der
31 Umstieg auf kapitalgedeckte Altersvorsorge wäre der einzige Weg, das demografische Problem zu
32 lösen. Es ist dagegen eine ökonomische Wahrheit, dass in Volkswirtschaften immer die arbeitende die
33 nicht-arbeitenden Generationen finanzieren muss. Ob dies mit einem Umlagesystem geschieht oder
34 dadurch, dass private Anleihen am Kapitalmarkt umgesetzt werden, entlastet nicht kommende
35 Generationen, sondern sorgt lediglich für eine Privatisierung des Risikos und eine Entsolidarisierung

1 des Systems. Im Übrigen muss die arbeitende Generation nicht etwa nur die RentnerInnengeneration
2 finanzieren, sondern auch nachwachsende Generationen bis diese ihrerseits in Erwerbsarbeit
3 einsteigen.

4 Ein weiterer Mythos ist, dass die Unterfinanzierung der Sozialsysteme vom demografischen Wandel
5 verursacht wurde und sich durch ihn verschärfen würde. Richtig ist, dass bei der aktuellen
6 Entwicklung von Erwerbsbeteiligung, Reallöhnen und Lohnquoten eine drastische Unterfinanzierung
7 der Sozialsysteme zu beobachten ist. Dies liegt aber vor allem daran, dass die Wohlstandverteilung in
8 den vergangenen Jahren und Jahrzehnten dazu geführt hat, dass einerseits Einkommen immer
9 ungerechter verteilt sind, andererseits aber die hohen Einkommen nicht oder zu gering an der
10 Finanzierung der Sozialsysteme beteiligt werden. Die Lohnquote ging kontinuierlich zu Gunsten der
11 Kapitaleinkommen zurück. Die Unterfinanzierung der Sozialsysteme ist keine Verteilungsfrage
12 zwischen, sondern innerhalb der Generationen.

13 Drittens wird behauptet, dass kommende Generationen das aktuelle Leistungsniveau der
14 Rentenversicherung nicht aufrechterhalten könnten. Dagegen ist durchaus zu erwarten, dass eine
15 steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen, beschäftigungsorientierte Arbeitsmarktpolitik, Migration
16 und Produktivitätssteigerungen die demografischen Effekte durchaus kompensieren könnten, wenn
17 die Wohlstandsverteilung innerhalb der Generationen verändert würde.

18 Die Debatten um demografischen Wandel und das Dogma der Beitragsstabilität haben sich in den
19 vergangenen Jahren und Jahrzehnten mit der Einführung von immer stärker greifenden
20 Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel auch konkret niedergeschlagen. Zunächst der Blüm'sche
21 demografische Faktor, seit dem Jahr 2005 dann der Nachhaltigkeitsfaktor haben die Entwicklung der
22 Rentenhöhe immer stärker von der Lohnentwicklung entkoppelt und das Prinzip der
23 Lebensstandardsicherung somit in Frage gestellt. Statt die tatsächlichen Probleme, wie etwa sinkende
24 Lohnquoten, stagnierende Reallöhne, Arbeitslosigkeit und Niedriglohnsektor anzugehen oder die
25 Beitragsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu verbreitern, wurde unter dem Scheinargument
26 der Generationengerechtigkeit eine Rentensenkungspolitik betrieben.

27 Herabsenkung des Leistungsniveaus als politische Entscheidung

28 Die Ziele Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit des gesetzlichen Rentensystems wurden
29 spätestens mit der Einführung von Dämpfungsfaktoren und dann schließlich der dritten Säule der
30 Alterssicherung zu Gunsten einer wie auch immer gearteten Beitragsstabilität aufgegeben. Dieser
31 Wandel wurde zum einen vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der
32 Analyse, dass u.a. die hohen Lohnnebenkosten daran schuld seien, sowie zum anderen aus Angst vor
33 den Folgen des demographischen Wandels getroffen. Der Gestaltungswille, diese Ziele innerhalb der
34 gesetzlichen Rentenversicherung umzusetzen, wurde in Anbetracht dieser vermeintlichen Sachzwänge
35 aufgegeben, die ArbeitnehmerInnen dadurch einseitig belastet.

1 Im Zuge dessen ist in Anbetracht der geringeren Finanzausstattung der gesetzlichen
2 Rentenversicherung mit einer Beitragssatzobergrenze von 22% und durch die Einführung von
3 Dämpfungsfaktoren, die letztlich die Rentenentwicklung von der Lohnentwicklung abkoppelten, ein
4 geringeres Rentenniveau zu erwarten. Berechnungen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Rückgriff auf
5 Daten der deutschen Rentenversicherung zeigen, dass nach einem Sicherungsniveau von
6 durchschnittlich 53% in den Jahren 1997 bis 2007 2023 mit einem Rentenniveau von etwas mehr als
7 46% zu rechnen ist,² was nicht mehr der Lebensstandardsicherung entspricht und für viele aufgrund
8 ihrer Erwerbsbiographien auch keine Armutsfestigkeit mehr verspricht.

9 Auch im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit dieser sogenannten Brutto-Ersatzrate weit
10 unter dem OECD-Durchschnitt, der für Niedrigverdienst eine durchschnittliche Ersatzrate von
11 72,2%, bei mittlerem Verdienst von 59% und bei höherem Verdienst von 54,2% aufweist.³ Dies zeigt,
12 dass mit einem politischen Gestaltungswillen durchaus ein höheres Rentenniveau erreichbar ist,
13 jedoch muss dazu die Beitragssatzfixierung aufgegeben und die Beiträge merklich erhöht werden. die
14 FES geht hier von einem Beitragssatz um 27%-28% aus.⁴

15 Rente mit 67 und Arbeitsmöglichkeiten für ältere Beschäftigte

16 Im Zuge der Debatte um den demographischen Wandel und die Finanzierung der
17 Rentenversicherung wurde unter der schwarz-roten Bundesregierung mit einem SPD-Arbeitsminister
18 die Rente mit 67 beschlossen, was eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab 2012 von 65
19 auf 67 zur Folge hat. Faktisch wird bereits heute das Renteneintrittsalter nicht erreicht, die
20 Beschäftigungsquote sozialversicherungspflichtiger 63jähriger liegt bei 12,5%, bei 64jährigen bei
21 lediglich 5,7%.⁵ De facto würde die Anhebung der Altersgrenze für den Renteneintritt also zu
22 Rentenkürzungen führen, da ein vorzeitiger Renteneintritt mit monatlichen Abschlägen führt.

23 Momentan geht fast die Hälfte der Erwerbstätigen mit Abschlägen in die Rente. Die wenigsten
24 (weniger als ein Drittel) der Rentenneweintritte kommen zudem direkt aus dem Berufsleben,⁶ viele
25 haben vorher Phasen der Arbeitslosigkeit durchgemacht, was sich zusätzlich negativ auf das
26 Rentenniveau niederschlägt. Zwar zeigen Studien, dass die körperliche Belastung in den letzten 30
27 Jahren fast unverändert geblieben ist, jedoch haben die psychischen Belastungen enorm zugenommen,
28 was zusätzlich das Erreichen der Altersgrenze für den Renteneintritt erschwert. In den Bau- und
29 Baunebenberufen beträgt zum Beispiel der Anteil älterer (55-64 Jahre alt) lediglich 10%, bei den

2 Vgl. Klaus Heinrich Deding et al.: Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente, Bonn 2009. (FES-Publikation WISO direkt), S. 15f.

3 Vgl. ebd. S. 20.

4 Vgl. ebd. S. 34.

5 Vgl. Gerhard Bäcker et al.: Rente mit 67?! Argumente und Gegenargumente, Bonn 2009, (FES-Publikation WISO direkt) S. 25.

6 Vgl. Tanja Zähle et al.: Erwerbsverläufe beim Übergang in den Ruhestand, o.O. 2009, S. 587. (aus: WSI-Mitteilungen 11/2009)

1 Büroberufen und kaufmännischen Angestellten 13,6% und in den nicht approbierten
2 Gesundheitsberufen 8,9%.⁷

3 Auf dem Arbeitsmarkt herrscht noch immer eine Altersdiskriminierung vor, so dass die
4 Beschäftigungschancen bereits ab Mitte 50 sinken. Geringe Qualifikationen verschärfen das Problem.
5 Der Bericht der Bundesregierung zu den Beschäftigungschancen Älterer spricht euphorisch von einer
6 „besonders positiven Entwicklung“⁸, weist aber gleichzeitig eine Beschäftigungsquote von 60-
7 64jährigen von 23% in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen aus.⁹

8 Untauglichkeit der Riester-Rente

9 2001 wurde unter der damaligen rot-grünen Regierung die staatlich geförderte private Alterssicherung
10 eingeführt und somit das Spektrum der staatlich geförderten Renten um die sogenannte private Säule
11 erweitert. Die Riester-Rente diente dem Ziel, auf der einen Seite den Beitragssatz zur gesetzlichen
12 Rentenversicherung zu stabilisieren, da nun nur noch die ArbeitnehmerInnen für diesen Teil der
13 Rente aufkommen sollten.

14 Diese Reformen führten nicht nur zu einer Individualisierung der Alterssicherung und somit zu einer
15 Individualisierung eines gesamtgesellschaftlichen Risikos – sondern auch zu einer einseitigen
16 Besserstellung der Arbeitgeberposition. Angesichts der geführten Standortdebatte und allen
17 Auswüchsen um Lohn(neben)kosten, scheint dies nur allzu offensichtlich Ausfluss eines neo-liberalen
18 Mainstreams gewesen zu sein. Das Versprechen hierüber das Ziel der Lebensstandardsicherung
19 billiger als im Umlageverfahren zu erreichen, hat sich als Schimäre erwiesen. Gleichzeitig sollte dem
20 erwarteten sinkenden Rentenniveau in Anbetracht demographischer Veränderungen Rechnung
21 getragen werden.

22 Von der damaligen Regierung als alternativloser Schritt verkauft, sorgte diese Reform indirekt dafür,
23 dass das sinkenden Rentenniveau eine sich selbst erfüllende Prophezeiung wurde, da dem gesetzlichen
24 Rentensystem Finanzmittel entzogen wurden. Gleichzeitig blieb die Belastung auf Seiten der
25 ArbeitnehmerInnen fast gleich, da sie alleine für die Finanzierung der privaten Rente aufkommen
26 müssen.

27 Jedoch hat die Riester-Rente in mehrerlei Hinsicht ihr selbst gestecktes Ziel verfehlt. Die Rürup
28 Kommission ging ihrer Zeit von einer Kapitalverzinsung von 4% aus. Dieses Renditeziel wurde aber
29 schlicht nur in seltenen Fällen erreicht – in der Regel bleiben die Renditeraten unter der Marke von
30 4%. Man muss also nicht einmal die aktuelle Finanzkrise in Feld führen, um auf diese eklatante
31 Fehleinschätzung hinzuweisen. Zum einen ist durch die Abhängigkeit von den Finanzmärkten und

7 Die Werte beziehen sich auf die Jahre 2003-2008. Vgl. Markus Holler et al.: Zu jung für die Rente – zu alt für den Job?, in spw 2/2011, S.27.

8 BMAS: Aufbruch in eine altersgerechte Arbeitswelt, Berlin 2010, S.5.

9 Vgl. ebd., S. 6.

1 verschiedene Änderungen der Riester-Rente die Rentabilität, d.h. der Ertrag im Verhältnis zum
2 eingesetzten Kapital, relativ gering. Beispielsweise erhält ein Mann, der von seinem 35. bis 67.
3 Lebensjahr jährlich 1200,-€ eingezahlt hat, eine garantierte private Rente von 187,-€ monatlich¹⁰ in
4 heutigen Preisen, wobei hier die staatlichen Zulagen fast vollständig durch die Fixkosten der Anbieter
5 aufgefressen werden.¹¹

6 Betrachtet man die angestrebten 22% Versicherungsbeitrag, die paritätisch von ArbeitgeberInnen und
7 ArbeitnehmerInnen zu je 11% erbracht werden und zählt die 4% des Bruttolohns der
8 ArbeitnehmerInnen, der für geförderte Riesterprodukte erbracht wird, in die Betrachtung ein, ergibt
9 sich ein ganz anderes Bild. Der faktische Beitragssatz für die Alterssicherung der ArbeitnehmerInnen
10 beträgt somit 15%, der der ArbeitgeberInnen lediglich 11%. Betrachtet man zudem, dass die
11 gewährten Steuersubventionen selbst zum größten Teil durch die Einkommensteuerpflichtigen
12 finanziert werden, ist der Umverteilungseffekt noch negativer.

13 Zudem ist dieses System gerade durch die Abhängigkeit von den Finanzmärkten nicht krisenfest. Ein
14 größerer Anteil der privaten Altersvorsorge an der Gesamtvorsorge hätte fatale soziale Wirkungen
15 nach sich ziehen können. Das umlagegestützte gesetzliche System hingegen birgt durch seine
16 Konstruktionsweise keinerlei Anlagenrisiko. Der Staat subventioniert, mittels Steuerverzicht, die
17 ArbeitnehmerInnen, die bis zu 4% ihres Bruttolohns bei der privaten Versicherungswirtschaft anlegen.
18 Dies ist nichts anderes als eine Seitenzahlung an die private Versicherungsgesellschaft, die äußerst
19 kritisch zu bewerten ist. Öffentliche rentenversicherungsträger dürfen keine dieser Produkte auflegen,
20 obwohl die dazu im Stande sind und, im Gegensatz zur privaten Konkurrenz, keinen Gewinnanteil an
21 der Anlage einbehalten müssten. Also für die ArbeitnehmerInnen günstiger wären.

22 Volkswirtschaftlich gesehen ergeben sich zudem durch den künstlichen Impuls auf die Sparquote, je
23 nach Modellrechnungen, erhebliche negative Effekte auf das Wirtschaftswachstum und
24 Beschäftigung, da die private Binnennachfrage im großen Maße geschwächt wird. Folgen die bei der
25 Einführung der kapitalgedeckten Komponenten in die Alterssicherung nicht hinreichend bedacht
26 wurden. Zudem bewirken (teil-)privatisierte, kapitalgedeckte schlicht eine Erhöhung des
27 Kapitalvolumens, welches teilweise weltweit nach renditeträchtigen Anlageformen sucht und dabei
28 immer riskantere Geschäfte eingeht. Die Konsequenz einer solchen Entwicklung konnten wir nicht
29 zuletzt in den Folgen der internationalen Finanzkrise beobachten.

30 Zudem ist mittlerweile fraglich, ob die Riesterrente überhaupt gerade für die von Niedrigstrenten
31 betroffenen Bevölkerungsgruppen eine Absicherung bietet, da davon ausgegangen wird und Studien

10 Vgl. Axel Kleinklein: Zehn Jahre Riester-Rente: Eine ernüchternde Rentabilitätsanalyse, Bonn 2011 (FES-Publikation WISO direkt)

11 Vgl. Prof. Dr. Andreas Oehler.: Alles „Riester“? Die Umsetzung der Förderidee in der Praxis, Gutachten im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e. V., o.O. 2009, S. 17.
(http://www.vzbv.de/mediapics/altersvorsorge_gutachen_oehler_12_2009.pdf)

1 dies auch belegen, dass diese aufgrund des knappen Haushaltsbudgets keine Riester-Verträge
2 abschließen und somit auch nicht in den Genuss der staatlichen Förderung kommen. Insgesamt haben
3 lediglich etwas mehr als 50% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Riestervertrag, die
4 Hälfte schöpft dabei die Förderung nicht aus.¹²

5 Zudem haben gerade Einkommenschichten, die aufgrund ihrer Einkommenslage weniger auf
6 staatliche Zuschüsse angewiesen sind, Vermögensanlagen in Riester-Verträge umgeschichtet, um
7 somit die Förderung zu erhalten.

8 Damit sind die gegenläufige umverteilende Wirkung der Riester-Zulagen und somit auch die
9 Verfehlung des Ziels, das prognostiziert sinkende Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung
10 abzusichern, offensichtlich.

11 Betriebsrenten füllen die Lücke auch nicht

12 Auch wenn Betriebe zusätzliche Altersvorsorge aufbauen, können sie die oben beschriebene
13 Deckungslücke der gesetzlichen Altersvorsorge nicht aufwiegen.

14 Dies gilt einerseits bezüglich der Höhe der Betriebsrenten als auch ihrer Reichweite, da viele
15 ArbeitnehmerInnen durch ihre Erwerbsbiographie z.B. prekäre Beschäftigungsphasen, Beschäftigung
16 in Betrieben ohne das Angebot der Betriebsrenten u.ä. gar nicht auf die zweite Säule der
17 Alterssicherung zurückgreifen können. So ist das Angebot an Betriebsrenten in größeren Betrieben
18 wahrscheinlicher als in mittleren oder kleinen Betrieben, Frauen sind auch hier gegenüber Männern
19 benachteiligt und in den ostdeutschen Bundesländern findet man unabhängig von der Betriebsgröße
20 nur wenige Firmen, die Betriebsrenten anbieten.

21 Zudem ist im Gegensatz zu früher festzustellen, dass die arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente
22 erheblich an Bedeutung verloren hat, so dass größtenteils lediglich eine steuerlich begünstigte, alleinig
23 von den ArbeitnehmerInnen finanzierte Entgeltumwandlung stattfindet.¹³ Laut Bundesregierung
24 haben circa 50% der Beschäftigten eine betriebliche Altersvorsorge¹⁴, andere Studien gehen von
25 lediglich 20% aus.¹⁵

26 Niedriglöhne und andere prekäre Arbeitsverhältnisse, unstete Erwerbsbiographien

27 Zwar ist das sogenannte Normalarbeitsverhältnis für viele noch immer Realität, doch ist der Anteil
28 dieser unbefristet Vollzeitbeschäftigten zwischen 1985 und 2000 von 67% auf nur noch gut 50 %
29 gesunken. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das Rentensystem.

12 Vgl. Klaus Heinrich Dedring et al.: Rückkehr zur lebensstandardsichernden und armutsfesten Rente, Bonn 2009. (FES-Publikation WISO direkt), S. 17.

13 Vgl. IG Metall Vorstand: Für einen neuen Generationenvertrag, Frankfurt am Main 2009, S. 8.

14 Vgl. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=2968>

15 Vgl. <http://www.fr-online.de/politik/durchschnittsrente-984-euro-im-monat,1472596,3209444.html>

1 Auf der anderen Seite haben sich so genannte ‚atypische‘ Beschäftigungsverhältnisse deutlich
2 ausgeweitet: Teilzeitbeschäftigung, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Niedriglöhne, Minijobs,
3 Scheinselbstständigkeit und unbezahlte Kettenpraktika bestimmen mehr und mehr das Bild.
4 Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind meist prekäre Arbeitsverhältnisse, mit somit auch deutlich
5 geringeren Sozialabgaben und später daher geringerem Rentenleistungsniveau für die langfristig
6 atypisch Beschäftigten. Quer durch alle ‚atypischen‘ Beschäftigungsverhältnisse sind
7 BerufseinsteigerInnen oder junge Beschäftigte in besonderem Maße von ihnen betroffen: Rund ein
8 Drittel aller jungen Berufstätigen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung waren bereits einmal
9 arbeitslos oder verfügten nur über einen befristeten Arbeitsvertrag. Dies macht deutlich: Atypische
10 und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind insbesondere für junge Beschäftigte längst
11 Massenphänomene. Die Daten zeigen auch: Eine abgeschlossene Berufsausbildung allein schützt
12 nicht mehr vor prekärer Arbeit.

13 Unstete Erwerbsbiografien und niedrige Löhne führen zwangsläufig später zu geringen
14 Rentenzahlungen. Die heute prekär und zu Niedriglöhnen Beschäftigten sind die zukünftig von
15 Altersarmut bedrohten.

16 Altersarmut von Frauen

17 Von dem niedrigen Rentenniveau und Niedrigrenten sind insbesondere Frauen betroffen. Aufgrund
18 der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich des Lohns mit einem Gender Pay
19 Gap von nahezu 25%, den geringeren Karrierechancen, dem hohen Anteil, den Frauen an den
20 Teilzeitbeschäftigten und atypisch Beschäftigten stellen, den Erwerbsunterbrechungen durch
21 Arbeitslosigkeit, aber insbesondere Kindererziehungs- und Pflegezeiten, haben Frauen ein geringeres
22 Absicherungsniveau als Männer, bei einem durchschnittlich prognostizierten Leistungsniveau knapp
23 über 40%. Außerdem kommen Frauen wie oben bereits erwähnt, durch die geringere soziale
24 Absicherung ihrer Tätigkeiten weniger Gelegenheit, Betriebsrenten abzusichern. Die prekäre
25 Situation im Alter wird durch die höhere Lebensdauer von Frauen sowie ihre häufigere Betroffenheit,
26 pflegebedürftig zu sein, verschärft.

27 Die durchschnittliche Rente einer Frau liegt bei knapp 60% der durchschnittlichen männlichen Rente
28 mit etwas mehr als 520€. Der Gender Pay Gap des Arbeitsmarktes verdoppelte sich im Alter also fast.

29 Die Analyse der Gründe von weiblicher Altersarmut macht jedoch deutlich, dass nicht nur
30 rentenpolitische Reformen für eine bessere Absicherung im Alter sorgen müssen, sondern vor allem
31 ein Abbau der Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt und familienpolitische Weichenstellungen,
32 die die traditionelle Rollenverteilung nicht weiter bevorzugt oder gar fördert.

33 Unsere konkreten Forderungen

34 Wir Jusos wollen die Gesetzliche Rentenversicherung weiterentwickeln. Wir orientieren uns dabei an
35 den Zielen der Lebensstandardsicherung und der Armutsfestigkeit. Die Rente muss wieder zu dem

1 werden, wofür sie ursprünglich gegründet wurde: Ein verlässliches System, das auch im Alter ein gutes
2 Leben für alle gewährleistet. Um diese Ziele zu erreichen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

3 Die Rente sichert im Alter das wegfallende Einkommen aus Erwerbsarbeit, sie orientiert sich deshalb
4 in ihrer Höhe nach dem im Erwerbsleben erzielten Einkommen. Deshalb muss jede Rentenreform auf
5 dem Arbeitsmarkt beginnen. Wer sein Leben lang zu Niedriglöhnen arbeiten muss, wird auch in der
6 Rente nicht viel bekommen. Deshalb ist der Kampf gegen Niedriglöhne und andere prekäre
7 Beschäftigungsverhältnisse und die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses nicht nur aus
8 arbeitsmarkt-, sondern auch aus rentenpolitischen Gründen notwendig. Dazu sind mindestens die
9 Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns, die Regulierung der Leiharbeit, die
10 Einschränkung der Minijobs und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung notwendig. Dies ist
11 besonders für Frauen dringend notwendig. Schließlich ist Altersarmut in Deutschland vor allem auch
12 deshalb weiblich, weil Frauen signifikant häufiger gebrochene Erwerbsbiografien aufweisen und im
13 Niedriglohnssektor beschäftigt sind. Zusätzlich müssen sich die Reallöhne wieder deutlich stärker nach
14 oben entwickeln. In den vergangenen Jahren sind die Einkünfte aus Gewinnen und Vermögen
15 explodiert, die Arbeitseinkünfte sind dagegen bestenfalls stagniert. Wenn hier eine Trendwende
16 gelingt, sichert das nicht nur ausreichende Rentenansprüche im Alter, sondern stabilisiert auch ganz
17 kurzfristig die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung.

18 Wenn in der öffentlichen Debatte nunmehr sogar über die Rente mit 69 fabuliert wird, blendet dies
19 die Tatsache aus, dass viele Menschen aus gesundheitlichen Gründen schon lange vor dem heutigen
20 Renteneintrittsalter aus dem Erwerbsleben scheiden müssen. Und auch hier handelt es sich nicht
21 zuallererst um ein Problem, das in der gesetzlichen Rentenversicherung geklärt werden muss.
22 Vielmehr müssen die Unternehmen dazu gezwungen werden, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
23 wirklich ernst zu nehmen und ein Gesundheitsmanagement zu praktizieren, das es allen Beschäftigten
24 ermöglicht, das Renteneintrittsalter erreichen zu können. Wenn heute nur ein Fünftel der Betriebe
25 über ein solches Gesundheitsmanagement verfügt, ist das ein Skandal. Wir fordern deshalb ein
26 erweitertes Recht für Betriebsräte, entsprechende Programme einfordern und in der Umsetzung
27 kontrollieren zu können. Gleichzeitig müssen die Sozialversicherungsträger verpflichtet werden,
28 regelmäßige Kontrollen insbesondere auch in kleineren Betrieben ohne Betriebsrat durchzuführen.

29 Wenn heute das durchschnittliche Renteneintrittsalter aus gesundheitlichen oder anderen Gründen
30 weit unter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter von 65 liegt, dann ist und bleibt die Rente mit 67 in
31 der beschlossenen Form nichts anderes als eine Rentenkürzung und gehört deshalb abgeschafft oder
32 zumindest ausgesetzt. Wir Jusos haben nichts gegen eine Diskussion über das Renteneintrittsalter
33 verbunden etwa mit einer Flexibilisierung der Altersgrenzen und einer stärkeren Bezugnahme auf die
34 Lebensarbeitszeit. Dazu müssen aber zunächst die faktischen Voraussetzungen geschaffen werden, um
35 zunächst einmal das heutige gesetzliche Eintrittsalter zu erreichen. Eine Flexibilisierung darf nicht zur

1 weiteren Senkung des Rentenniveaus führen. Wir machen uns deswegen dafür stark, die
2 Arbeitsverhältnisse so zu humanisieren, dass alle Menschen länger gesund leben und arbeiten können.
3 Für diejenigen, die trotzdem früher in Rente gehen müssen, wollen wir die damit bei der Rente
4 verbundenen Abschläge reduzieren.

5 Die Diskussion über die Rente mit 67 hat in den vergangenen Jahren den Blick auf das Kernproblem
6 der gesetzlichen Rentenversicherung teilweise verstellt. Wenn die derzeitige Rentenformel inklusive
7 der Dämpfungsfaktoren beibehalten wird, werden die Renten in den kommenden Jahren erheblich
8 sinken und das politisch gesteuert. Wenn – wie aufgezeigt – gerade die unteren und mittleren
9 Einkommensgruppen nicht privat vorsorgen (können) und Betriebsrenten eher die Ausnahme als die
10 Regel sind, droht vielen Menschen die Altersarmut und das Ziel der Lebensstandardsicherung wird
11 verfehlt. Wir Jusos fordern daher eine kurzfristig eine Stabilisierung der Rente auf dem derzeitigen
12 Sicherungsniveau und mittelfristig die Abschaffung aller Dämpfungsfaktoren, so dass das
13 Leistungsniveau wieder auf der Höhe vor den Reformen 2001 liegt. Uns ist klar: Das kostet Geld und
14 wir müssen das Ziel der Beitragssatzstabilität aufgeben. Dieses Ziel war aber ohnehin schon immer
15 Augenwischerei. Denn heute müssen die Beschäftigten zehn Prozent in die Gesetzliche
16 Rentenversicherung zahlen und noch einmal vier Prozent privat vorsorgen, wollen sie ihren
17 Lebensstandard sichern. Die so genannte Riester-Rente ist und bleibt damit nichts anderes als ein
18 Aufbrechen der paritätischen Finanzierung. Wir sind der Meinung: Auch die Unternehmen müssen
19 ihrer Verantwortung gerecht werden. Studien zeigen, dass auch in 20 Jahren mit einem paritätisch
20 aufgebracht Beitragssatz von 26 Prozent eine lebensstandardsichernde Rente möglich wäre. Für die
21 Versicherten würde sich das lohnen, hätten sie doch wieder die Sicherheit einer auskömmlichen
22 Rente. Mit einem solchen Modell würden die Beschäftigten sogar um einen Prozentpunkt entlastet.
23 Sobald die gesetzliche Rentenversicherung wieder alleine für eine auskömmliche Rente sorgt, kann
24 auch auf die ohnehin ineffiziente Subventionierung von privaten Riester-Verträgen verzichtet und das
25 Geld besser in der gesetzlichen Rentenversicherung für versicherungsfremde Leistungen genutzt
26 werden. Auch in der Entgeltumwandlung dürfen keine weiteren Verträge mehr abgeschlossen
27 werden. Die Entgeltumwandlung reduziert die Zahlungen in die Sozialversicherungssysteme sowie
28 Steuerzahlungen und entlastet vor allem Arbeitgeber von diesen Zahlungen. Die Dominanz der
29 Beitragsstabilität in den Debatten über die Zukunft der gesetzlichen Rente verstellt die Bedeutung des
30 Umlagesystems für alle Generationen. Wenn durch eine Rückkehr zur Parität und damit
31 einhergehend auch einer Abkehr von der Förderung privater Altersvorsorge die Finanzierungsbasis der
32 gesetzlichen Rentenversicherung verbreitert wird und zu Gunsten der Abschaffung der
33 Dämpfungsfaktoren die Beiträge steigen, bedeutet dies im Gegenzug für die Mehrheit der
34 Bevölkerung vor allem eines: eine stabile, zukunftssichere solidarische Altersversorgung, die den
35 individuellen Lebensstandard sichern und Altersarmut verhindern kann.

1 Aus Sicht der Jusos muss die gesetzliche Rentenversicherung alleine für die Erhaltung des
2 Lebensstandards sorgen. Gleichwohl begrüßen wir zusätzliche Programme in Form sogenannter
3 Betriebsrenten, die die Tarifpartner in den vergangenen Jahren verstärkt eingeführt haben. Auch wenn
4 derzeit nur die wenigsten Beschäftigten über eine Betriebsrente verfügen, bedarf es einer besseren
5 gesetzlichen Regulierung. Es muss gewährleistet sein, dass die gezahlten Arbeitgeberbeiträge ab dem
6 ersten Jahr der Zahlung in eine andere Betriebsrente mitgenommen werden können. Gerade bei
7 kleineren und mittleren Unternehmen, die selbst über noch keine Betriebsrente verfügen, muss der
8 Staat die Tarifpartner stärker bei der Einführung entsprechender Systeme unterstützen.

9 Wer aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsleben scheiden muss, muss auch zu einem
10 früheren Zeitpunkt als beim Erreichen des Renteneintrittsalters einen Anspruch auf eine
11 Rentenzahlung haben. Dies gewährleistet die derzeitige Erwerbsminderungsrente nur unzureichend.
12 Wir fordern deshalb einen erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente. Sie muss für alle
13 zugänglich sein, die faktisch keine Chance auf den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt haben. Ebenso
14 müssen die bisher praktizierten Abschläge abgeschafft werden. Wer krank ist, muss einen vollen
15 Rentenanspruch erhalten. Wir wollen aber kein neues Programm zum Beschäftigungsabbau für
16 ArbeitgeberInnen haben. Deshalb muss arbeitsmarktpolitisch garantiert werden, dass die
17 Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt über Reha-Maßnahmen und Weiterbildung auch im Alter
18 garantiert wird. Kann der Staat diese Garantie nach einer bestimmten Zeit nicht einlösen, muss der
19 Zugang zur Erwerbsminderungsrente gewährleistet sein.

20 Wir Jusos sind für flexible Übergänge in die Rente. Deshalb muss die schon bestehende Teilrente
21 verbessert und transparenter gemacht werden. Ältere Beschäftigte müssen die Möglichkeit haben, ab
22 einer bestimmten Altersgrenze (z.B. ab 60) eine Teilrente in Anspruch zu nehmen und ihre
23 Arbeitszeit entsprechend zu reduzieren. Dafür aber bedarf es auch eines gesetzlichen Anspruchs auf
24 einen Teilzeitarbeitsplatz. Die dann erforderlichen Rentenabschläge müssen in dieser Zeit oder in
25 anderen Phasen des Erwerbslebens durch zusätzliche eigenständige Zahlungen ausgeglichen werden
26 können.

27 Die meisten Erwerbsbiographien verlaufen nicht mehr geradlinig, eine 40 jährige unbefristete und
28 ausreichend bezahlte Vollzeitstelle bei einem Arbeitgeber wird mehr und mehr die Ausnahme. Phasen
29 von Arbeitslosigkeit, Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen unterbrechen das Erwerbsleben.
30 Die Ausweitung des Niedriglohnsektors hat zudem dazu geführt, dass selbst Menschen, die ihr Leben
31 lang gearbeitet haben, im Alter auf Grundsicherung zurückfallen. Die gesetzliche Rentenversicherung
32 muss diese gebrochenen Erwerbsbiografien und Niedriglohnbeschäftigung zumindest zum Teil
33 auffangen, um auch in Zukunft dem Anspruch der Lebensstandardsicherung gerecht zu werden. Dazu
34 sollen in Zukunft Beiträge aus Erwerbstätigkeit unabhängig von der tatsächlichen Höhe der
35 Beitragszahlungen auf 0,75 Punkte aufgewertet werden. Damit erreichen wir eine Aufwertung von

1 Beiträgen aus Niedriglohnbeschäftigung und würdigen die Lebensleistung der Beschäftigten. Um
2 gebrochene Erwerbsbiografien aufzufangen, sollen zudem Jahre des ALG-I-Bezugs, der
3 Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen auf 0,75 Beitragspunkte aufgewertet werden,
4 Phasen des ALG-II-Bezugs auf 0,65 Beitragspunkte. Allerdings soll diese Absenkung von 0,75
5 Beitragspunkten auf 0,65 Beitragspunkten erst nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit erfolgen. Wir
6 erreichen damit, dass gebrochene Erwerbsbiografien die Anwartschaften aus den übrigen
7 Beitragsjahren nicht soweit abwerten, dass Menschen im Alter auf Grundsicherungsniveau
8 zurückfallen. Da es sich hierbei um gesamtgesellschaftliche Anliegen handelt, muss die Finanzierung
9 der Mindestentgeltpunkte über entsprechende Steuerzuschüsse erfolgen.

10 Die steuerfinanzierte Grundsicherung muss denjenigen Menschen, die trotz der Aufwertung der
11 Beitragszeiten keine ausreichenden Rentenanwartschaften ansammeln konnten, ein würdiges Leben
12 im Alter sichern. Sie muss deshalb deutlich angehoben werden. Gleiches gilt für die
13 Vermögensfreibeträge.

14 Die gesetzliche Rentenversicherung umfasst derzeit nur die abhängig Beschäftigten mit Ausnahme der
15 BeamtInnen. Wir wollen die Rentenversicherung mittelfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung
16 ausbauen, in der alle Beschäftigten versichert sind. Damit schaffen wir auch die Möglichkeit für einen
17 flexiblen Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses. In einem ersten Schritt müssen wir die
18 Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren, die derzeit noch ohne ein
19 verlässliches System der Alterssicherung sind. Dies sind vor allem Selbstständige, die über einen kleinen
20 Betrieb und ein geringes Einkommen verfügen.

21

1 **G8 Pflege solidarisch gestalten!**

2 **LV Berlin**

3

4 Die Gesellschaft verändert sich. Seit den 1980er Jahren brechen Strukturen auf, die die Menschen
5 vormals in ihren Möglichkeiten der Selbstentfaltung und der aktiven gesellschaftlichen Partizipation
6 beschränkten – scheinbar. An vielen Stellen scheint dies eine zutreffende Beschreibung der Realität zu
7 sein – denken wir nur an die zunehmende Beteiligung von Frauen im Erwerbsleben und an das
8 Aufbrechen klassischer Formen der Familiensolidarität. Doch der damit einhergehende soziale und
9 demographische Wandel stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen, die vor wenigen
10 Jahrzehnten undenkbar gewesen sind. Im Bereich der Hilfe für pflegebedürftige Menschen tritt dieses
11 Problem besonders offen zutage.

12 **Anforderungen der modernen Gesellschaft**

13 Viele Menschen entscheiden sich heute gegen die klassische Einverdiener-Familienstruktur. Sie
14 entscheiden sich gegen eigene Kinder oder die Kinder entscheiden sich, das Haus der Eltern zu
15 verlassen und ein eigenes Leben in einer anderen Stadt oder in einem anderen Land aufzubauen. Viele
16 Menschen finden ihren Lebensmittelpunkt dort, wo sie für sich ein höchst mögliches Maß an Freiheit
17 und Entfaltungsmöglichkeiten vorfinden. Gleichzeitig haben sie das Glück, dass sie älter werden und
18 gesünder bleiben, als noch die Generationen davor. Trotzdem sind heute 2,37 Millionen Menschen
19 auf die Pflege durch andere Menschen angewiesen und im Jahr 2030 werden es voraussichtlich schon
20 über 3 Millionen Menschen sein.

21 Die klassische Form der Betreuung pflegebedürftiger Menschen, also die selbstorganisierte häusliche
22 Pflege durch EhepartnerInnen, Kinder oder Verwandte stößt an den Anforderungen einer modernen
23 Gesellschaft an ihre Grenzen. Insbesondere Frauen, die ohne hin schon unter einer Doppelbelastung
24 in Beruf und Familie stehen (eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter in der Familienarbeit
25 schon noch in weiter Fernen zu sein), sind mit der Zusätzlichen Aufgabe der Betreuung und Pflege
26 weiterer Angehöriger vollkommen überlastet. Die Mitarbeit der „neuen Männer“, die seit vielen
27 Jahren herbeigerufen werden, ist bislang nicht erkennbar. Die Pflegenden, die sich mit der steigenden
28 Lebenserwartung der Pflegebedürftigen über Jahre und Jahrzehnte dem/der Bedürftigen annehmen
29 müssen, leiden früher oder später selbst an physischen und psychischen Erkrankungen und sind am
30 Ende selbst auf die Hilfe anderer angewiesen.

31 Eine linke Politik, die sich den gesellschaftlichen Fortschritten der vergangenen Jahre verpflichtet fühlt,
32 muss auf diese Probleme Antworten finden. Im Zentrum steht die Selbstbestimmung der/des
33 Einzelnen, deren persönliche Freiheit nur in einer solidarischen Gesellschaft verwirklicht werden
34 kann.

1 Die gesetzliche Pflegeversicherung

2 Das zunehmende Bewusstsein, dass die Pflege bedürftiger Menschen kein individuelles Problem
3 darstellt, führte im Jahr 1994, nach über 20jähriger Diskussion, zur Einführung der sozialen
4 Pflegeversicherung (GPV) als eigenständige Säule der Sozialversicherung. Die Pflegeversicherung, die
5 von 69,77 Millionen Versicherten, also von knapp 90 Prozent der gesetzlich versicherten Bevölkerung
6 getragen wird, stellt eine gesamtgesellschaftlich getragene Hilfe für pflegebedürftige Menschen bereit.
7 *Leistungsberechtigt sind Pflegebedürftige, die dauerhaft wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen*
8 *Krankheit oder Behinderung auf erhebliche Hilfe bei der täglichen Lebensführung angewiesen sind.* Hier gilt
9 der Grundsatz, dass die ambulante vor der stationären Pflege in Anspruch zu nehmen ist. Dabei
10 können die Versicherten zwischen Sach- und Geldleistungen in der ambulanten Pflege wählen.

11 Aber auch in der Pflegeversicherung sind Selbständige, BeamtInnen und andere, schon aus der
12 gesetzlichen Krankenversicherung ausgenommene, Gruppen nicht dabei. Da es sich bei diesen
13 Menschen insbesondere um gut und besser Verdienende handelt, fehlen der GPV erheblich finanzielle
14 Mittel.

15 Die Leistungsberechtigung, oder vielmehr die Höhe der Leistungen durch die GPV, ergeben sich
16 nach den so genannten Pflegestufen, die durch den medizinischen Dienst festgestellt werden. Dabei
17 werden die Pflegebedürftigen in vier pauschale Stufen eingeteilt:

18 Pflegestufe 0: Pflegebedarf bei Demenzkranken

19 Pflegestufe I: erheblicher Pflegebedarf, einmal täglich

20 Pflegestufe II: Schwerpflegebedürftig: dreimal täglich

21 Pflegestufe III: Schwerstpflegefälle mit 24-stündigem Pflegebedarf

22 Anhand dieser Einteilung werden auch die finanziellen Mittel an die Pflegebedürftigen vergeben, die
23 aber nicht ausreichend bemessen sind. Anders als in der Krankenversicherung gilt in der GPV nicht
24 das Bedarfsprinzip. Das heißt, dass unabhängig von dem tatsächlichen Bedarf nur pauschale Geld-
25 oder Sachleistungen ausgegeben werden, die in der ambulanten Pflege in aller Regel nicht an den
26 tatsächlichen Bedarf heranreichen. Hier entstehen Finanzierungslücken, die oft durch das eigene
27 Einkommen, das Einkommen der Angehörigen oder letzten Endes durch die Sozialhilfe abgedeckt
28 werden müssen. Diese „Hilfen zur Pflege“ werden durch die Sozialämter und somit durch die
29 Kommunen aufgebracht. So wird ein Teil der finanziellen Belastungen den Kommunen übergeholfen
30 anstatt sie in der Pflegeversicherung abzubilden.

31 Ein Beispiel: Eine Pflegebedürftige Person mit Pflegestufe I muss in Berlin für das tägliche Essen
32 11,34 Euro an einen ambulanten Pflegedienst bezahlen. Das sind im Monat ca. 340 Euro. Dieser
33 Betrag kann ohne weiteres durch die 440 Euro Sachleistungen durch die GPV abgedeckt werden.
34 Doch eine betroffene Person muss zusätzlich noch weitere Leistungen wie die tägliche Körperpflege,

1 Mobilitätshilfe, Haushaltshilfe usw. in Anspruch nehmen. Somit erhöht sich der gesamt Betrag der zu
2 bezahlenden Leistungen schnell auf über 1000 Euro. Die offenen 600 Euro muss der/die Betroffene
3 aus eigener Tasche bezahlen oder von den Angehörigen bekommen. Nicht zuletzt müssen die
4 Angehörigen, und hier trifft das wieder insbesondere die Töchter oder Schwiegertöchter, sich fortan
5 zusätzlich um die pflegebedürftige Person kümmern, weil die finanziellen Mittel nicht ausreichend
6 sind, für sämtliche Leistungen einen professionellen Pflegedienst zu beanspruchen.

7 An dem Beispiel, welches nicht frei erfunden sondern aus der Lebenswirklichkeit von 936.223
8 Pflegebedürftigen in Stufe I (stand 31.12.2009) entspricht, wird sehr deutlich, dass ein
9 menschenwürdiges und an der persönlichen Freiheit der/des Pflegebedürftigen und der Pflegenden
10 orientiertes Leben noch in weiter Ferne ist.

11 Wenn die ambulante Pflege nicht mehr ausreicht, dem/der Betroffenen ein angemessenes Niveau an
12 Pflegeleistungen zuteil werden zu lassen, da muss die betroffene Person auf vollstationäre Pflege
13 zurückgreifen. Aber auch im Bereich der stationären Versorgung stoßen Pflegebedürftige auf
14 erhebliche Probleme. Ein Platz in einem Pflegeheim kostet zwischen 1.650 Euro und 3000 Euro. Je
15 nach Höhe des Entgeltes variieren auch die angebotenen Leistungen der Pflegeeinrichtung, wie z.B.
16 die zur Verfügung stehende Zeit für eine bedürftige Person. Gehen wir wieder von einer Person aus,
17 der Leistungen der Pflegestufe I zustehen, so bekommt diese 1.023 Euro im Monat. Selbst wenn sie
18 jetzt die kostengünstigste Unterbringung in Anspruch nimmt, muss sie über 600 Euro an
19 Eigenleistungen erbringen. Hat die Person besondere Anforderungen oder möchte in einer
20 bestimmten Pflegeeinrichtung, z.B. weil Freunde in der Nähe wohnen, die 3000 Euro monatlich
21 kostet untergebracht werden, muss sie einen Eigenbeitrag von fast 2000 Euro leisten – und hat dann
22 noch nicht mal die eigenen Konsumbedürfnisse abgedeckt.

23 Der scheinbare Anreiz durch die fehlende Bedarfsdeckung der Pflegeversicherung, die
24 kostengünstigste Unterbringung zu wählen, führt schnell zu einer Abwärtsspirale in der sich nicht nur
25 die Qualität der Pflege, sondern auch die Arbeitsbedingungen der im Pflegesektor Beschäftigten
26 immer weiter nach unten schrauben.

27 Hier muss jungsozialistische Politik ansetzen. Die persönlich Freiheit und die Möglichkeit der
28 gesellschaftlichen Teilhabe für die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen dürfen nicht vom
29 eigenen Geldbeutel abhängig sein. Hier ist die Gesellschaft als Ganzes gefragt, solidarische Lösungen
30 zu finden und diese auch in die Tat umzusetzen.

31 **Anforderungen an eine progressive Pflegepolitik**

32 Bevor ein konkreter Vorschlag für die Organisation der Pflegeversicherung erfolgen kann, muss klar
33 sein, welche Anforderungen wir an eine zukunftssichere, solidarische und umfassende Organisation
34 der Pflege haben. Für uns Jusos muss ein gutes Pflegeversicherungssystem:

35 **1. Gesamtgesellschaftlich getragen sein:**

1 Die Fürsorge für pflegebedürftige Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und ein
2 wesentlicher Bestandteil der sozialen Absicherung. Eine Privatisierung des Risikos, auf die Pflege
3 durch andere angewiesen zu sein, darf es nicht geben. Eine umfassende, bedarfsgerechte und
4 würdevolle Pflege zu erhalten ist ein Recht eines jeden Menschen und muss daher von der
5 Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

6 **2. Solidarisch finanziert werden:**

7 Eine Finanzierung guter Pflege für alle, die darauf angewiesen sind, kann es nur geben, wenn sich alle
8 gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung beteiligen. Die
9 Bereitstellung einer umfassenden Absicherung im Pflegefall kann nur dann funktionieren, wenn
10 ausreichend Finanzierungsmittel bereitstehen. Eine Individualisierung des Risikos lehnen wir auch bei
11 der Pflege ab.

12 **3. Zukunftssicher sein:**

13 Vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung steigt absehbar auch der Bedarf an
14 Pflegeleistungen. Eine progressive Pflegepolitik stellt auch in Zukunft die Finanzierung einer guten
15 Pflege für alle, die darauf angewiesen sind, sicher.

16

17 **4. Alle Menschen absichern:**

18 Alle Menschen, die auf die Pflege durch andere angewiesen sind, müssen von einem
19 Pflegeversicherungssystem abgesichert werden und die Pflege erhalten, die sie benötigen. Die Qualität
20 der Pflegeleistungen, auf die man im Bedarfsfall zurückgreifen kann, darf nicht vom Geldbeutel
21 abhängen.

22 **5. Gute Pflege gewährleisten:**

23 Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, müssen auf gute Pflege zurückgreifen können, die ihre
24 Bedürfnisse ernst nimmt, ihre Würde wahrt und möglichst viel Eigenständigkeit ermöglicht. Die
25 Pflegeleistungen müssen den tatsächlichen Pflegebedarf des Einzelnen abdecken und den Betroffenen
26 zu einem würdevollen, eigenständigen und selbst bestimmten Leben verhelfen.

27 **6. Gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sicherstellen:**

28 Auch diejenigen, die die Pflege der Betroffenen leisten, müssen gute Bedingungen und soziale
29 Absicherung vorfinden. Dazu gehören gute Rahmenbedingungen, wie ausreichend Zeit für die Pflege
30 jedes Einzelnen und eine angemessene Dokumentation, genauso wie gute Löhne auf Basis des
31 Mindestlohnes auf Höhe der Forderungen des DGB, angemessene Arbeitszeiten, soziale Absicherung
32 und Weiterbildungsmöglichkeiten. Dies muss auch für Zivil- und Freiwilligendienstleistende gelten.
33 Wir lehnen auch jegliches Schulgeld für eine Ausbildung im Pflegebereich ab. Gerade im

1 Pflegebereich sind Schulgelder absurd. Sie sorgen für einen noch größeren Fachkräftemangel und sind
2 sozial ungerecht.

3 **7. Angehörige entlasten:**

4 Eine progressive Pflegeversicherung begreift die Pflege darauf angewiesener Menschen als
5 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört, dass Angehörige von Pflegebedürftigen bei der
6 Fürsorge entlastet und bei der Vereinbarkeit ihres Lebens (inklusive ihres Berufs) mit der Pflege aktiv
7 unterstützt werden.

8

9 **8. Geschlechtergerecht sein**

10 Familienarbeit, dazu gehört auch die Pflege Angehöriger, muss geschlechtergerecht verteilt werden.
11 Eine progressive Pflegeversicherung verhindert, dass Pflege die tradierten Geschlechterrollen
12 manifestiert und Frauen einseitig belastet werden.

13 **Finanzierung der Pflegeversicherung**

14 Um zu gewährleisten, dass der steigende Bedarf an Pflege auch in Zukunft finanzierbar bleibt, muss
15 langfristig die Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung auf breitere Beine gestellt werden.
16 Insgesamt muss klar sein, dass das Gesamtaufkommen für Pflegeleistungen deutlich steigen muss,
17 erstens um eine bedarfsgerechte Pflege für alle auf einem höheren Niveau zu ermöglichen und
18 zweitens um den steigenden Bedarf an Pflege aufzufangen. Gleichzeitig muss eine solidarische
19 Finanzierung und eine Absicherung aller Menschen sichergestellt werden.

20 Wir fordern daher den Umbau der Pflegeversicherung zu einer BürgerInnenversicherung. Das
21 bedeutet zunächst, dass alle Menschen in die gesetzliche Pflegeversicherung einbezogen werden, die
22 privaten Pflegekassen werden dadurch mittelfristig überflüssig. Beiträge zur Pflegeversicherung
23 werden danach aus allen regulären Einkünften akquiriert, zusätzlich zu den bisher schon inkludierten
24 Einkünften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einbezogen werden Einkünfte:

25 aus Selbstständigkeit

26 aus handwerklicher Tätigkeit

27 aus geringfügiger Erwerbstätigkeit

28 von Beamtinnen und Beamten

29 von Vorstandsmitgliedern von Aktiengesellschaften

30 von öffentlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern

31 von Berufsständlerinnen und Berufständlern (z.B.: ApothekerInnen, ArchitektInnen, ÄrztInnen,
32 RechtsanwältInnen) und

33 aus Kapitalerträgen

1 aus Vermietung und Verpachtung

2 Wir halten an der paritätischen Finanzierung zwischen ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnen
3 fest. Bei BeamtInnen trägt der Staat als Arbeitgeber die ArbeitgeberInnenbeiträge. Selbstständige, die
4 weniger als den Durchschnittslohn einnehmen, zahlen nur den ArbeitnehmerInnenanteil, der
5 ArbeitgeberInnenanteil wird für sie aus Steuern finanziert.

6 Die paritätische Finanzierung muss in allen Bundesländern gelten. In Sachsen zahlen die
7 Arbeitnehmer 0,5% mehr, weil, nur noch dort der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag gilt. Die
8 Anzahl der Feiertage ist aber ohnehin von Bundesland zu Bundesland verschieden. Die Jusos fordern
9 daher die Abschaffung dieser Ungleichbehandlung.

10 Eine zusätzliche Verbreiterung der Beitragsbasis wird durch die langfristige Abschaffung der
11 Beitragsbemessungsgrenze erreicht. Somit werden alle anhand ihrer Leistungsfähigkeit an der
12 Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung beteiligt.

13 Auch in der Pflegeversicherung müssen zudem Finanzierungslücken durch eine stärkere steuerliche
14 Querfinanzierung ausgeglichen werden, die vielfältig organisiert werden soll. Dies führt sowohl zu
15 einer weiteren und generell gewünschten Umverteilungswirkung und stabilisiert das System darüber
16 hinaus erheblich.

17 Es gilt für alle Personen unabhängig von der Anzahl der Kinder der gleiche Beitragssatz zur
18 Pflegeversicherung. Der bisherige Beitrag für Kinderlose ist abzuschaffen. Daraus folgt, dass Kinder
19 jedoch später nicht mit ihrem Einkommen für die Pflegekosten der Eltern haftbar gemacht werden
20 können.

21 Die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, eine zusätzliche verpflichtende Säule zur
22 Finanzierung der Pflegeversicherung in Form einer privaten möglicherweise kapitalgedeckten
23 Zusatzversicherung einzuführen lehnen wir entschieden ab.

24

25 **Individuelle bedarfsdeckende Pflege statt individualisierter Pflegenotstand**

26 Wir Jusos wollen, dass auch im Pflegefall die Gesellschaft als Ganzes ihren Auftrag wahrnimmt,
27 soziale Absicherung für alle zu verwirklichen. Die Pflegeversicherung muss deshalb, wie die
28 Krankenversicherung bereits heute, auf das Bedarfsprinzip aufbauen, also die Leistungen, die ein
29 Pflegebedürftiger tatsächlich benötigt, erbringen. Finanzierungslücken, die beispielsweise durch das
30 eigene Einkommen oder durch Angehörige ausgeglichen werden müssen, darf es nicht geben. Dies
31 macht ein deutlich höheres Gesamtaufkommen für Pflegeleistungen nötig, das wie oben beschrieben
32 akquiriert werden soll.

33 **Ambulant vor stationär – ein Paradigma gegen die Selbstbestimmung**

1 Viele der über 2 Millionen Pflegebedürftigen wollen lieber in ihren eigenen vier Wänden bleiben,
2 selbst wenn sie auf Hilfe von außen angewiesen sind. Dies den Menschen so lange wie möglich zu
3 gewähren, ist ein wichtiger Grundsatz. Trotzdem werden durch die gegenwärtige Organisation der
4 ambulanten und stationären Pflege falsche Anreize gesetzt, die durch scheinbare
5 Wirtschaftlichkeitskriterien dafür sorgen, dass oft die Angehörigen für die Betreuung und Pflege
6 aufkommen müssen. Ein Grund dafür sind vor allem fehlende finanzielle Mittel. Hier werden
7 ambulante und stationäre Pflege gegeneinander ausgespielt.

8 Gerade deswegen lohnt es sich über einen quantitativen und vor allem qualitativen Ausbau der
9 stationären Pflegeeinrichtungen nachzudenken. Pflegebedürftige Menschen, die aus wirtschaftlichen
10 Gründen nicht in der Lage sind, eine stationäre Unterbringung in Anspruch zu nehmen, werden um
11 ihre Selbstbestimmung beraubt. Wenn das letzte bisschen Ersparnis dafür aufgewendet werden
12 müsste, dieses vielleicht sogar nicht ausreicht, die stationäre Pflege zu bezahlen, dann leiden darunter
13 die Betroffenen genauso wie ihre Angehörigen. In der gegenwärtigen Situation werden die Menschen
14 alleine gelassen. Sie müssen sich entscheiden, alles Geld in eine mehr oder minder angemessene
15 Pflegeleistung zu investieren oder vom gesellschaftlichen Leben, insbesondere aus ökonomischen
16 Gründen, vollkommen ausgeschlossen zu sein.

17 Eine bessere Möglichkeit, freiwillig in eine Pflegeeinrichtung zu gehen, würde allen Betroffenen
18 helfen und ihnen ihre Entscheidungsfreiheit zurückgeben. Dazu müssten die Leistungen der GPV an
19 die Bedürfnisse der Menschen angepasst werden. Das heißt konkret, dass die GPV ihren
20 Leistungskatalog, insbesondere für die stationäre Pflege, erweitern muss. Wenn die Finanzierung für
21 den oder die Einzelne/n angebrachte Pflegeleistung über dem bisherigen Satz liegt, so muss das
22 System so ausgestaltet werden, dass der Spielraum für die bedarfsgerechte Finanzierung da ist. Damit
23 dies wiederum nicht zu immer weiter steigenden Kosten der Pflegedienstleistung führt, muss der Staat
24 eine regulierende Funktion bei der Preisbildung der PflegeanbieterInnen, die aber keinesfalls negativ
25 in die Tarifautonomie und die Lohnstruktur des Pflegesektors eingreift, ausüben. Außerdem muss sich
26 die öffentliche Hand, angesichts der immer weiter steigenden Zahl von Pflegebedürftigen Personen,
27 über den Auf- und Ausbau eines öffentlichen Pflegesektors Gedanken machen, um ein Unterangebot
28 an Pflegeplätzen, das zwangsläufig zu steigenden Preisen führt, zu verhindern.

29 **Arbeitsbedingungen im Pflegesektor**

30 Die Beschäftigten im Pflegesektor sind häufig mit besonders schlechten Arbeitsbedingungen
31 konfrontiert. Wir begrüßen ausdrücklich den als allgemeinverbindlich erklärten Mindestlohn für
32 Pflegenden, jedoch ist dies nur ein erster Schritt in Richtung gute Arbeit. Um die Beschäftigten
33 wirksam vor ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zu schützen, muss mehr passieren. So muss Leih-
34 und Zeitarbeit re-reguliert werden, die besonders häufig im Bereich der Pflegekräfte zum
35 Lohndumping genutzt wird. Darüber hinaus sind die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen der

1 Pflegekräfte arbeitnehmerInnenfreundlich zu gestalten, getrennte Schichten zu verbieten und der
2 Schichtbeginn familienfreundlich zu planen. Um in der ambulanten Pflege den übermäßigen
3 Zeitdruck zu verhindern, muss pro Arbeitstag eine Pufferzeit von 20 Minuten eingeplant werden.

4 Den Mitarbeiterinnen in den Pflegeberufen ist eine hinreichende vertikale und horizontale Aufstiegs-
5 und Wechselperspektive zu gewährleisten. Das heißt einerseits, dass ein umfassendes
6 Weiterbildungsangebot den Aufstieg innerhalb eines Zweiges der Pflege ermöglicht. Andererseits
7 sollte die Ausbildung der Pflegeberufe dahingehend modularisiert werden, dass alle Auszubildenden
8 die gleiche Grundausbildung erhalten und sich erst im zweiten oder dritten Lehrjahr auf einen
9 bestimmten Zweig spezialisieren. Dies ermöglicht z.B. einer Altenpflegerin einen späteren Wechsel zu
10 einer Tätigkeit als Kinderkrankenschwester wenn eine entsprechende Zusatzqualifikation erworben
11 wird.

12 Bei allen staatlichen oder teilstaatlichen Pflegeanbietern muss der Einfluss der öffentlichen Hand zu
13 Gunsten der Beschäftigten voll ausgeschöpft werden. Die Auftragsvergabe der Pflegekassen an private
14 Anbieter muss nach Kriterien der guten Arbeit erfolgen.

15 Langfristig ist zudem zu prüfen, inwieweit der Pflegesektor sich zur Etablierung eines breiten
16 öffentlichen Beschäftigungssektors eignet und auf das Zurückgreifen auf private Anbieter verzichtet
17 werden kann.

18 Wir fordern die Bündelung und die Zusammenarbeit der bestehenden Pflegeverbände, welche
19 gemeinschaftlich als Lobby für stationäre Pflegeheime und ambulante Dienste auftreten sollen.
20 Weiterhin fordern wir, dass die Pflegesätze durch ein pauschales Verfahren insgesamt deutlich
21 angehoben werden. Die Interessensvertretung der Pflegewirtschaft ist idealerweise durch die
22 Gründung einer Pflegekammer sicherzustellen.

23

1 **G13 Ersthelferversorgung am Unfallort verbessern**

2 **LV Saar**

3

4 Nach einem Unfall ist die Ersthelferversorgung ein essentieller Bestandteil in der sogenannten
5 Rettungskette, da die ersten Minuten nach einem Unfall oft über Leben oder Tod entscheiden.

6 In Deutschland erlangt man meist erst beim Erwerb des Führerscheins Kenntnisse in Erster Hilfe.
7 Hierzu schreibt die Fahrerlaubnisverordnung (FeV)¹⁶ den Besuch eines Kurses der Lebensrettenden
8 Sofortmaßnahmen (LRSM) vor.

9 Die Anwesenheit an einem Kurs, welcher in vier Doppelstunden à 90 Minuten abgehandelt wird,
10 reicht aus, um den benötigten Schein zu erhalten.

11 Eine Prüfung über das Gelernte ist nicht erforderlich.

12 Ebenso wird eine Auffrischung dabei nur als Empfehlung vorgeschlagen, ist aber gesetzlich nicht
13 vorgeschrieben.

14

15 Im Bundesdurchschnitt liegt der Besuch eines solchen Kurses 15 Jahre zurück. Hinzu kommt, dass
16 rund 21 % der Bevölkerung über keinerlei Ersthelferkennnisse verfügen.¹⁷

17

18 Einer Studie der Abteilung Notfallmedizin des Klinikums der Universität München¹⁸ zufolge, sind
19 über 60 % aller Ersthelferinnen und Ersthelfer, welche einen LRSM Kurs besucht haben, nicht in der
20 Lage eine ausreichende Erstversorgung am Unfallort zu leisten.

21 Vor allem bei schwerwiegenden Verletzungen, welche eine HLW¹⁹ oder die Lagerung in der Stablen
22 Seitenlage erfordern, sinkt die Anzahl der richtigen Ausführungen.

23 Dies liegt häufig in der Angst vor Fehlern begründet, welche aus unzureichender Vorbereitung und
24 schlechten Kenntnissen resultiert.

25 **Wir fordern daher:**

26 Ein intensives Grundseminar zu Beginn der Fahrausbildung, welches nicht auf einen Tag
27 konzentriert, sondern zeitlich sinnvoll verteilt sein soll, in dem alle wichtigen theoretischen und

16 Paragraphen 19 ff (Stand: 07.01.2011): für die Klassen A, A1, B, BE, M, S, L und T

17 Stand: 2000

3 K. Burghofer¹ · M. Köhler^{1, 3} · E. Stolpe^{1, 2} · C.K. Lackner^{1, 2}

1 Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement, Klinikum der Universität München, München

2 Luftrettungsstation RTH Christoph 1, Städtisches Krankenhaus München-Harlaching, München

3 Klinik für Anästhesiologie – Innenstadt, Klinikum der Universität München, München

http://www.inm-online.de/pdf/forschung/2007_N_R_BUR_Erste_Hilfe.pdf

19 Herz-Lungen-Wiederbelebung

1 praktischen Informationen vermittelt werden. Das Gelernte wird als Teil der theoretischen
2 Führerscheinprüfung abgefragt.

3 Zusätzlich fordern wir die Einführung eines dreistündigen, kostenfreien Crash-Kurses, in dem das
4 Wichtigste nochmal ins Gedächtnis gerufen wird. Dieser ist jeweils im Abstand von fünf Jahren zum
5 vorangegangenen Kurs zu absolvieren²⁰ und endet mit einem Test am Ende des Kurses.

6 Darüber hinaus fordern wir, dass ein System für zuverlässige Erste-Hilfe-Ausbildung entwickelt wird.
7 Dies könnte z.B. an der Schule realisiert werden, durch jährlich für alle SchülerInnen ab der 8. Klasse
8 stattfindende Kurse, so dass jedeR SchulabgängerIn die Grundpraktiken zuverlässig erlernt hat.

9 Durch diese Maßnahmen wird die Angst vor Fehlern am Unfallort minimiert und somit die
10 Ersthelferversorgung verbessert, wodurch ein Notfall seltener zum Tod führen wird.

11 **Begründung erfolgt mündlich.**

12

20 Hierbei gilt das Ende des jeweiligen Kalenderjahres als Frist.

1 **I1 Die soziale Frage im Netz stellen - digitale Ungleichheit**

2 **überwinden**

3 **LV NRW**

4

5 Seit Beginn der 1990er Jahre sind das Internet, die Digitalisierung und die so genannten ‚neuen‘
6 Medien zum Motor einer neuen Aufklärung verklärt worden. Mit der Möglichkeit ohne großen
7 Ressourcen-Aufwand zu MeinungsmacherInnen zu werden und über barrierefreie
8 Kommunikationsmöglichkeiten sollte die Gesellschaft weiter demokratisiert und eine „fünfte“ Gewalt
9 etabliert werden. Viele in die digitale Revolution gesteckte Erwartungen sind seitdem enttäuscht und
10 das Ziel einer gerechteren Gesellschaft ist auch durch das Internet nicht erreicht worden. Demokratie
11 kann erst durch digitale Prozesse und moderne Kommunikationsmittel erweitert werden, wenn auch
12 ein hinreichender Teil der Gesellschaft einen Netzzugang und die notwendigen Kompetenzen zur
13 Nutzung der Möglichkeiten hat.

14 Bei der Gestaltung der digitalen Gesellschaft dürfen wir ihre sozialen Aspekte nicht aus den Augen
15 verlieren. Im Internet spiegeln sich viele soziale Differenzen, die insgesamt in der Gesellschaft
16 herrschen. Betrachtet man einschlägige Statistiken fällt auf, dass der typische Internetnutzer männlich,
17 weiß, hochgebildet und unter 35 Jahren ist und somit sämtliche Stereotype und Ungleichheiten in der
18 Online-Welt genauso wirken, wie offline. Mit der Breitbandkluft kommt noch eine weitere
19 Ungleichheit hinzu, die große Metropolen und Ballungsgebiete von kleineren und ländlicheren
20 Gebieten trennt. In der digitalen Gesellschaft herrschen Ungleichheiten, die nachhaltige negative
21 Konsequenzen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben werden, wenn wir ihnen nicht
22 politisch begegnen und auch im Internet die soziale Frage stellen. Bildungs- und
23 einkommensschwache Schichten und der ländliche Raum werden in der aktuellen gesellschaftlichen
24 Entwicklung abgehängt und erfahren gegenüber den Metropolregionen und sozioökonomisch gut
25 ausgestatteten Schichten massive Nachteile in der gesellschaftlichen Teilhabe.

26

27 **Die digitale Kluft hat Konsequenzen**

28 Wenn in der modernen Demokratie immer öfter Projekte angestoßen werden, um über das Internet
29 Bürgerbeteiligung zu sichern (Bürgerhaushalte, Diskussionsforen oder Abstimmungen), dann ist nicht
30 länger sicher gestellt, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Chancen haben an diesen Projekten zu
31 partizipieren. Internetnutzung ist ein Luxusgut, denn sie kostet ökonomische Ressourcen, die nicht für
32 die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts aufgebracht werden kann. Bürgerinnen und Bürger ohne

1 entsprechende Ressourcen können an diesen Formen der politischen Beteiligung nicht teilhaben und
2 werden immer weiter aus dem Fokus von Politik gerückt.

3 Für die Suche nach Stellenangeboten wie für mögliche Bewerbungen sind Internetzugänge und
4 entsprechend Fähigkeiten in der Nutzung von digitaler Technik von immer größerer Bedeutung. Viele
5 Stellen werden bereits heute nur noch online veröffentlicht und/oder Bewerbungen werden nur noch
6 in digitaler Form akzeptiert. Der nächste Schritt ist erreicht, wenn weitere Stufen des
7 Bewerbungsprozesses online durchgeführt werden, um die Ressourcen der Unternehmen zu schonen
8 und gleichzeitig die technischen Kompetenzen der BewerberInnen zu testen. Ohne entsprechende
9 technische Ausstattung und Sicherheit in der Nutzung dieser Technik werden damit bestimmte
10 Gruppen systematisch von diesen Angeboten ausgeschlossen. Im Zuge der immer weiter
11 fortschreitenden Digitalisierung von Informationen droht diese Kluft sich immer weiter zu
12 vergrößern.

13 In Schulen und Hochschulen wird von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein
14 Mindestmaß an technischer Kompetenz und Infrastruktur voraus gesetzt. Hausaufgaben beinhalten
15 die eigenständige Recherche im Internet, medial unterstützte Präsentationen gehören bei Referaten zu
16 den Selbstverständlichkeiten und Seminarinhalte werden nur noch digital zur Verfügung gestellt. Wir
17 begrüßen den Einsatz von digitalen Medien in der Bildung, aber ohne entsprechende Kompetenzen
18 und/oder Infrastruktur werden SchülerInnen bereits früh von ihren besser ausgestatteten
19 KlassenkameradInnen abgehängt und Studierende mit Referaten ohne mediale Unterstützung erhalten
20 möglicherweise Punktabzüge. Schulen und Hochschulen fordern dabei Dinge ein, die sie selbst
21 aufgrund schlechter Infrastruktur nur in begrenztem Rahmen leisten und bieten. Bildungserfolg wird
22 damit auch auf technischer Seite von der individuellen ökonomischen Ausstattung von Schülern und
23 Studierenden abhängig.

24 Auch innerparteilich wird die digitale Kluft zum Problem in Zeiten, in denen zunehmend
25 Informationen und Ankündigungen über Mailinglisten und Webseiten angeboten werden und
26 traditionelle Angebote wie Briefe und Telefonanrufe als zusätzlicher Aufwand wahrgenommen
27 werden. Für ehrenamtliche Arbeit in Politik und Gesellschaft können die Chancen, die in dieser
28 verbesserten technischen Infrastruktur stecken aber nur von denen genutzt werden, die über diese
29 Ressourcen verfügen. Menschen ohne PC und Internetzugang müssen ihr Engagement weiterhin mit
30 Stift und Papier organisieren und geraten so ins Hintertreffen gegenüber WettbewerberInnen, die
31 digitale Angebote schaffen.

32 Informationen sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts – und um diesen Rohstoff ist ein Wettbewerb
33 entbrannt, der die zentralen gesellschaftlichen Debatten prägt. Wenn wir weiterhin am Ziel einer
34 solidarischen digitalen Gesellschaft arbeiten wollen, müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen, die
35 digitale Kluft zu schließen. Wir JUSOS fordern daher eine umfassende politische Strategie, die allen

1 Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeiten und Chancen der Teilhabe an der modernen
2 Gesellschaft bietet.

3

4 **Die digitale Spaltung verhindern**

5 Die Netzinfrastruktur in Deutschland muss flächendeckend so ausgebaut sein, dass allen Haushalten
6 die Möglichkeit gegeben wird, einen leistungsfähigen Anschluss zu nutzen, der die Wiedergabe und
7 Nutzung zeitgemäßer Netzinhalte ermöglicht und einen gleichen Zugang ermöglicht. Die in den
8 vergangenen Jahren im Rahmen von LTE-Versteigerungen gesetzten Bedingungen für Provider sind
9 zu überprüfen, so dass auch jenseits von Ballungsgebieten eine entsprechende Abdeckung und
10 Versorgung erreicht wird. Der grundgesetzlich festgeschriebene Auftrag der Schaffung gleicher
11 Lebensverhältnisse muss auch für Breitbandzugänge, Mobilfunkabdeckung und dazugehörige
12 Infrastruktur gelten und darf nicht nur ökonomischen Kriterien und den Interessen der Provider
13 folgen. Breitbandversorgung muss in die Universaldienst-Regulierung aufgenommen und gesetzlich
14 verankert werden. Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes liefert im Bereich Breitband
15 geringe Gebühren in Ballungsgebieten auf Kosten der Infrastruktur im ländlichen Raum und lässt die
16 Kluft weiter wachsen – hier ist ein politisches Eingreifen dringend notwendig.

17 Haushalten, die von staatlichen Unterstützungsleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts
18 abhängig sind, muss die Möglichkeit gegeben werden, eine technisch angemessene Infrastruktur zur
19 Nutzung des Internet anzuschaffen, auf einem aktuellen Stand zu halten und im Bedarfsfall zu
20 ersetzen. Die entsprechenden Pauschalen für die Nutzung von Telekommunikations- und
21 Informationsdiensten bedürfen einer Erhöhung, um zeitgemäße Anschlusskosten zu decken. Die
22 Kosten für Ausstattung und ggf. notwendige technische Schulung müssen unabhängig von der Höhe
23 der variablen Bezüge sichergestellt sein und als erstattungsfähige Kosten der Wohnungsausstattung
24 gewährt werden, so dass keine zusätzliche Belastung für die Betroffenen entsteht. Nur so kann die
25 gesellschaftliche Exklusion von EmpfängerInnen von staatlichen Unterstützungsleistungen gestoppt
26 werden, die massiv vom Zugang zu Informationen abhängt.

27 In öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. Bibliotheken, Rathäuser und Volkshochschulen)
28 müssen frei zugängliche Internetterminals und W-Lan Access Points zur Verfügung stehen, um
29 interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der barrierefreien Informationsbeschaffung
30 zu geben. Wenn Bund, Länder und Kommunen Prozesse organisieren, die auf Online-Partizipation
31 fußen, muss parallel eine Möglichkeit eingerichtet werden, diese Angebote auch für Menschen
32 zugänglich zu machen, die zu Hause über keine entsprechende technische Ausstattung oder die
33 notwendigen Kompetenzen verfügen, um eine echte BürgerInnenbeteiligte zu ermöglichen. Über
34 Schulungsangebote an Volkshochschulen muss ein Angebot bereit gestellt werden, dass eine
35 eigenständige und kompetente Nutzung des Internet für alle Generationen und Schichten erlernbar

1 macht. Um die Attraktivität kommunaler Angebote bei Kinder- und Jugendarbeit zu erhöhen, muss
2 auch hier eine entsprechende technische Ausstattung bereit gestellt werden.

3 In Schulen müssen Computer-Räume auf den aktuellen technischen Stand gebracht und gehalten
4 werden, um dort mehr tun zu können als Tabellenkalkulation und Schreibmaschinen-Kurse.
5 SchülerInnen muss die Nutzung dieser Räumlichkeiten auch außerhalb des regulären Schulunterrichts
6 (z.B. in AGs und in Freistunden) möglich sein, um das Internet und die digitale Welt eigenständig zu
7 entdecken. In allen Schultypen und Altersstufen müssen der Umgang und die Nutzung von digitalen
8 Medien zum Standard werden und dürfen nicht von den Möglichkeiten des Elternhauses abhängig
9 sein. LehrerInnen muss die Möglichkeit einer regelmäßigen digitalen Weiterbildung gegeben werden.

10 Maßnahmen in Infrastruktur und Netzzugang können ihre Wirkung nur entfalten, wenn gleichzeitig
11 die Inhalte und Services diskriminierungsfrei angeboten und abgerufen werden können.
12 Netzneutralität ohne Dienstklassen muss daher in Deutschland dringend gesetzlich verankert
13 werden. Die Aufgabe der Netzneutralität würde ein Zwei-Klassen-Internet zur Folge haben, in dem
14 der Zugang zu Informationen und Wissen von ökonomischen Faktoren bestimmt und die
15 gesellschaftliche Spaltung noch vertiefen würde. Neben der Umsetzung in der Bundesrepublik müssen
16 hier auch endlich europäische Initiativen folgen, um ein nationalstaatliches Kleinklein zu verhindern.

17 Kluge Forschungspolitik muss in die Potenziale der digitalen Wirtschaft investieren und sich verstärkt
18 mit den Chancen und Risiken für ArbeitnehmerInnen, die durch eine zunehmende Digitalisierung
19 der Arbeitswelt entstehen, auseinandersetzen. Die digitale Gesellschaft ist weiterhin eine stark
20 monopolistisch geprägte Gesellschaft, insbesondere was die Standardisierung von Software betrifft.
21 Eine politische Stärkung und ein deutliches Bekenntnis zu freie Software in der Verwaltung von
22 Bund, Ländern und Kommunen und in öffentlichen Einrichtungen würde diesen Monopolen Einhalt
23 gebieten und gleichzeitig Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit erhöhen. Durch die standardmäßige
24 Nutzung von Open-Source-Software in öffentlichen Einrichtungen würde zudem eine weitere
25 technische Barriere abgesenkt. Nur frei verfügbare und quelltextoffene Software kann gleiche
26 Voraussetzungen im Privaten wie in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen schaffen, die
27 das Wissen um die Bedingungen von Software weniger abhängig von ökonomischen Voraussetzungen
28 und Ressourcen machen würde.

29 Der Zugang zu Wissen und Informationen darf aber nicht bei der Verbesserung der Infrastruktur für
30 NutzerInnen stehen bleiben. In der digitalen Gesellschaft ergeben sich Verbreitungswege für Wissen
31 und Informationen, die bisher massiv von ökonomischen Interessen gesteuerte Zugangsmöglichkeiten
32 demokratisieren können. Insbesondere Open Access-Verfahren für Ergebnisse gesellschaftlich
33 geförderter Forschung können hier einen wichtigen Beitrag leisten und müssen ausgebaut werden. Die
34 Erstverwertung via Open Access muss zum Standard werden und darf nicht als Nebenprodukt
35 eigentlich kommerziell gesteuerter Verbreitungswege gesehen werden. Der Zugang zu Informationen,

1 Wissen und Bildung ist auch von deren Bereitstellung abhängig und ist ein entscheidendes Merkmal
2 der Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe. Daher ist auch der Zugang zu sogenannten
3 verwaisten und vergriffenen Werken ein Teil des Kampfes gegen die digitale Ungleichheit. Verwaiste
4 und vergriffene Werke müssen der Gesellschaft mit Hilfe digitaler Technologien zugänglich und
5 rechtssicher nutzbar gemacht werden.

6 Die solidarische digitale Gesellschaft ist demokratisch. Zu demokratischer Kultur gehört aber auch die
7 Waffengleichheit zwischen den Akteuren. Daten aus Politik und Verwaltung müssen den Menschen
8 zugänglich sein, um Entscheidungen beurteilen und sich Meinungen bilden zu können. Der Zugang
9 zu diesen Daten darf aber nicht nur Eingeweihten und ExpertInnen möglich sein, sondern ist ein
10 wesentlicher Bestandteil einer modernen und demokratischen Kultur. Open Data Portale bieten eine
11 hervorragende Möglichkeit eine Öffnung und Transparenz von Politik zu ermöglichen. Etablierte
12 Macht- und Herrschaftsstrukturen können hier aufgelöst und das Verhältnis von Herrschenden und
13 Beherrschten neu ausgerichtet werden. Besonders auf kommunaler Ebene biete sich eine
14 Weiterentwicklung von Online-Beteiligungsmöglichkeiten, Online-Service-Angeboten und
15 eGovernment an.

16 Die digitale Spaltung in Abgehängte und kompetente NutzerInnen, in Outsider und Insider, gilt es zu
17 überwinden – dies nicht nur hinsichtlich des technischen Zugangs zum Netz, sondern auch in der
18 Nutzung des Netzes. Daher fordern wir endlich ein barrierefreies Netz zu realisieren, welches von
19 allen NutzerInnen, unabhängig von deren körperlichen, sozialen oder technischen Möglichkeiten
20 uneingeschränkt (barrierefrei) genutzt werden kann. Dafür sind technische und gesellschaftliche
21 Veränderung gleichermaßen notwendig. Die Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV)
22 ist zu überarbeiten, an aktuelle Standards anzupassen und regelmäßig auf ihre Kompatibilität mit
23 neuen Entwicklungen zu überprüfen. Insbesondere die Einrichtungen und Körperschaften der Länder
24 müssen verpflichtet werden die BITV endlich umzusetzen. Auch nicht-staatliche Angebote sind
25 häufig nicht barrierefrei und es müssen politische Maßnahmen getroffen werden, die digitale
26 Gesellschaft in allen Dimensionen barrierefrei zu gestalten. Web-Angebote aller Art müssen
27 zukünftig barrierefrei und nach Maßgabe der BITV gestaltet werden. Dazu sind auch entsprechende
28 Schulungen von AutorInnen und InhabereInnen notwendig. Auch sprachliche Barrieren
29 verhindern regelmäßig eine freie und gleiche Nutzung von Online-Angeboten. Web-Angebote,
30 insbesondere von Behörden öffentlichen Rechts, müssen multilingual angeboten werden. Menschen
31 nichtdeutscher Herkunft (politische Flüchtlinge, EU-Ausländer) müssen Onlinedienste verstehen
32 können. Um Akzeptanz für diese Maßnahmen und die ihnen vorausgehenden tabuisierten Probleme
33 zu schaffen, kann z.B. von staatlicher Seite durch Prämien und öffentliche Förderung eine
34 Popularisierung barrierefreier Webangebote geschaffen werden.

1 Das Ziel einer solidarischen digitalen Gesellschaft scheitert aktuell noch an einer massiven
2 Ungleichverteilung von Ressourcen und einer digitalen Spaltung der Gesellschaft. Diese Ungleichheit
3 zu überwinden und auch in der digitalen Gesellschaft soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, muss das
4 Ziel jungsozialistischer und sozialdemokratischer Netzpolitik werden.

5

1 **K1 Linke Wirtschaftspolitik**

2 **Bundesvorstand**

3 Die ökonomische Basis ist eine der zwei entscheidenden Grundlagen für die Verhältnisse, in denen
4 wir arbeiten und eine der Grundlagen für die Verhältnisse in denen wir leben. Sie ist der wichtigste
5 Ansatzpunkt zur Umsetzung unserer politischen Vorstellungen. Wir beschränken uns dabei nicht nur
6 auf die Alltagspolitik und mittelfristige Projekte, sondern denken auch immer die Systemfrage mit.
7 Dabei verstehen wir Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als ein zusammenhängendes System, das
8 sich historisch durch die Produktivkraftentwicklung und die Auseinandersetzung verschiedener
9 Interessen herausgebildet hat. Man kann den Kapitalismus nicht ohne die Rolle des Staates verstehen
10 und ebenso kann nicht durch einfache Entscheidungen unser Wirtschaftssystem verändert werden.
11 Gerade die vergangenen Jahre mit den zugespitzten Krisen haben gezeigt, wie abhängig das derzeitige
12 Wirtschaftssystem vom staatlichen Eingreifen ist. Die Bewältigung der Krisen ist die aktuell größte
13 Herausforderung. Unser Anspruch ist es aber nicht, zu den Verhältnissen vor der Finanzkrise 2008
14 zurückzukommen, sondern das Potential des Wandels in der Krise zu nutzen, um auch grundsätzliche
15 Veränderungen herbeizuführen, wieder ein Primat der Politik durchzusetzen und die
16 Kräfteverhältnisse zu Lasten der Kapitaleseite und zu Gunsten der Teilhabe der Menschen zu
17 verschieben. Die zentralen Ziele sind die Verbesserung des Wohlstands der Menschen,
18 gesellschaftlicher Fortschritt und eine gerechte und somit gleiche Verteilung dieses Wohlstands, ohne
19 die natürlichen Lebensgrundlagen zu vernichten. Es geht darum, Ökonomie sozial, demokratisch und
20 nachhaltig umzugestalten. Daraus leiten sich die Ansatzpunkte unserer Strategie ab, die voneinander
21 abhängen und sich gegenseitig bedingen – Vollbeschäftigung, ökologische Ausrichtung der Industrie,
22 Umverteilung und Demokratisierung.

23 Die Erwerbsarbeit steht bei unserem Ansatz im Zentrum, nur durch menschliche Arbeit werden
24 Werte geschaffen, sie ist die Grundlage für Versorgungssicherheit und Wohlstand. Arbeit ist die
25 treibende Kraft um Fortschritt zu erreichen.

26 In einer kapitalistischen Gesellschaft ist der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital das
27 zentrale Auseinandersetzungsfeld zur Veränderung der Gesellschaft. Wird das Kräfteverhältnis in der
28 Arbeitswelt verschoben, hat dies Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Hier müssen unsere
29 Vorschläge ansetzen, ansonsten kümmern wir uns oftmals um die Symptome und nicht um die
30 Ursachen. So läuft eine Diskussion über Altersarmut, die sich nur auf das Rentensystem fokussiert und
31 die Arbeitsmarktpolitik vernachlässigt ins Leere. Die Hauptauseinandersetzung ist allerdings die
32 Frage, wie der Wert den die Arbeit schafft verteilt wird. Hier geht es nicht nur um Tarifpolitik,
33 sondern zum Beispiel auch um die Frage wer zahlt Steuern und wofür werden sie verwendet. Die
34 Erwerbsarbeit nur auf Arbeitsmarktpolitik zu beschränken ist falsch.

1 In einer arbeitsteiligen Gesellschaft wie der unseren, wird über die Erwerbsarbeit nicht nur die
2 Stellung des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft die Macht- und Reichumsverteilung vermittelt,
3 sondern sie ist auch zentral für gesellschaftliche Teilhabe und Fortschritt. Durch die Teilhabe an
4 einem Prozess, der die natürlichen Lebensgrundlagen schafft und Verbesserungen der
5 Lebensbedingungen anstrebt, wird soziale Anerkennung vermittelt. Teilhabe am Arbeitsmarkt schafft
6 deshalb auch gesellschaftliche Teilhabe, Erwerbslosigkeit bedeutet dagegen Ausgrenzung.
7 Diskussionen um die Abwertung von Erwerbsarbeit stehen den Bedürfnissen von Menschen entgegen
8 und hebeln weder kapitalistische Ausbeutungsmechanismen aus, noch haben sie gesellschaftlich
9 emanzipatorisches Potential. Daher lehnen wir jedes, wie auch immer geartetes bedingungsloses
10 Grundeinkommen ab. Wir wollen, dass sich jeder Mensch im Rahmen seiner Fähigkeiten produktiv
11 daran beteiligt, die gesellschaftlich notwendige Arbeit zu erbringen. Vollbeschäftigung ist damit Ziel
12 solidarischer und progressiver Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Vollbeschäftigung ist aber auch
13 die beste Voraussetzung, um den Einfluss der ArbeitnehmerInnen zu stärken. Dies gilt es durch
14 Sozialpolitik und Ausbau der Mitbestimmung zu begleiten.

15 Es wird die Aufgabe der Jusos sein, die konkreten Projekte für das Erreichen dieses Zieles zu
16 erarbeiten und unsere Positionen zu einem geschlossenen Projekt zusammenzuführen. Um dies
17 zielgerichtet voranzutreiben, brauchen wir eine klare Richtlinie unserer Politik. Nicht nur in den
18 Diskussionen mit einigen unserer BündnispartnerInnen wird immer wieder deutlich, dass zwar
19 grundsätzliche Einigkeit über das abstrakte Ziel, die Überwindung des Kapitalismus besteht, dem aber
20 sehr unterschiedliche Grundannahmen, Politikverständnisse und Strategieansätze zu Grunde liegen.
21 Auch innerhalb der Jusos spiegeln sich diese Unterschiede wieder. Mit diesem Antrag soll die
22 Voraussetzung dafür geschaffen werden, in den nächsten Jahren an konkreten Forderungen zu
23 diskutieren und sich dabei nicht immer wieder im Grundsätzlichen zu verlieren.

24 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Ziele, die wir mit unserer Wirtschaftspolitik
25 verwirklichen wollen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle am Wohlstand und dessen Produktion
26 gerecht und selbstbestimmt beteiligt sind. Die Herausforderungen unserer Zeit kann nicht mit
27 Stückwerk begegnet werden. Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise, zunehmende
28 Verteilungsungerechtigkeit innerhalb einzelner Länder, aber auch global, Prekarisierung der
29 Arbeitswelt und der Klimawandel können nur bewältigt werden, wenn bei den Lösungsansätzen alle
30 Ebenen, von der Kommune bis hin zu den internationalen Institutionen, einbezogen werden. Wenn
31 wir wirklich etwas bewegen wollen, hilft uns allein das Ausmalen einer Wunschgesellschaft nicht
32 weiter. Wir müssen unsere Ansätze aus dem Bestehenden heraus entwickeln und über Erfolge und
33 Überzeugung Mehrheiten für ein anderes Wirtschaften gewinnen. Wir setzen auf kollektive Lösungen
34 und ein solidarisches Miteinander bei der Bewältigung der Probleme, Individuen können alleine die
35 Gesellschaft nicht verändern, uns geht es gerade um die gemeinsame Lösung der Probleme, um damit

1 die Voraussetzung für eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen. Die Bedingungen dafür sind ein
2 Bekenntnis zur Zentralität der Erwerbsarbeit, dem Primat der Politik und der staatlichen
3 Handlungsfähigkeit. Die Kerninstrumente heißen Demokratisierung aller Lebensbereiche, auch der
4 Wirtschaft, und Umverteilung von oben nach unten.

5

6 **Deutschlands aggressive Wirtschaftspolitik als Krisenursache!**

7 Die westlichen Industrienationen stecken in einer schweren Krise. Diese ist Folge einer
8 jahrzehntelangen Politik der Liberalisierung und Deregulierung, die mit dem Versprechen eines
9 hohen Wachstums und Wohlstandes für alle verkauft wurde, tatsächlich aber zu höherer
10 Krisenanfälligkeit des Wirtschaftssystems und einer massiv ungleichen Einkommens- und
11 Vermögensverteilung geführt hat.

12 Zentrale Aspekte dieser Politik waren – auch unter sozialdemokratischen Regierungen weltweit – das
13 Zurückdrängen des Staates als Akteur in der Wirtschaft sowie eine Deregulierung der nationalen
14 Arbeits- und der internationalen Güter- und Finanzmärkte. Dies hat – gerade auch in Deutschland –
15 zu sinkenden Reallöhnen und in der Folge zu einer massiven Verschiebung der
16 Einkommensverteilung hin zu den KapitalbesitzerInnen geführt. Folge ist eine hohe Konzentration
17 der Vermögen bei gleichzeitig rückläufigen Renditen in der Realwirtschaft, die unter einer durch die
18 niedrigen Löhne bedingten Wachstumsschwäche leidet. Für Vermögen wurden daher Anlageformen
19 mit hohen Renditen auf den Finanzmärkten gesucht, die zunehmend riskanter ausgestaltet wurden.
20 Dies hat zu mehreren spekulativen Blasen geführt, in der Finanzkrise ab 2007 ist dieser Prozess
21 kumuliert. Die Finanzkrise wiederum hat die Eurokrise ausgelöst, aber nicht alleine verursacht.

22 Die aktuelle Politik ist geprägt von hektischem Handeln der Regierungen, um die Auswirkungen der
23 Krise zu bekämpfen, ohne dabei die tatsächlichen Ursachen anzugehen. Der marktradikale
24 Mainstream in Wirtschaftswissenschaft und Politik versucht zu vermitteln, „zu hohe“ Staatsschulden
25 von Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland oder der USA seien die zentrale
26 Ursache der Krise. Dem folgen Lösungskonzepte, die vor allem darauf ausgerichtet sind, dem Staat
27 die „Droge Geld“ zu entziehen und die Krise zu nutzen, um den Staat erneut massiv zurückzubauen.

28 Die bisherigen politischen Lösungskonzepte, gerade der schwarz-gelben Bundesregierung und der
29 EU-Kommission, folgen diesem Mainstream und versuchen, mit massiven Sparauflagen oder der
30 europaweiten Verankerung einer Schuldenbremse, der Doktrin des Staatsrückbaus zu folgen. Diese
31 Maßnahmen sind aber weder geeignet, die Wirtschaft in Europa zu stabilisieren und die
32 Finanzmärkte zu beruhigen, noch die Euro-Zone für die Zukunft sicher aufzustellen. Wenn dies
33 Pläne so fortgesetzt würden, hätte dies nur zur Folge, dass immer mehr Euro-Staaten
34 handlungsunfähig werden und der Druck auf die einzelnen Länder durch die Finanzmärkte immer

1 größer wird. Dadurch wird der Euro nicht stabilisiert, sondern werden nur noch weitere Länder in den
2 Abwärtssog geraten und damit auch wieder die Banken in eine neue Krisensituation gebracht.

3 Zentrale Ursache der „Euro-Krise“ ist die Fehlkonstruktion des Euro-Raums, bei der, neoliberalen
4 Vorstellungen von Deregulierung folgend, die Währungsunion nicht von einer Wirtschaftsunion
5 begleitet wurde. Dies hat zu massiven Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen Entwicklung
6 geführt, bei der gerade Deutschland durch eine aggressive Außenhandelspolitik die eigene Wirtschaft
7 auf Kosten schwächerer Staaten gefördert hat, was diese nun in die Krise geführt hat.

8 Kernelemente der deutschen Politik zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit waren staatlich
9 eingeforderte Lohnzurückhaltung, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes (Gerade unter Rot-Grün
10 mit den Hartz-Gesetzen), sowie die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme (z.B. Riester-
11 Rente). Vor allem im Dienstleistungs-, aber auch im produzierenden Sektor (u.a. bedingt durch
12 Leiharbeit), ist die Lohnentwicklung im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarländern am
13 schlechtesten. Folge davon war eine schwächelnde Binnennachfrage, während gleichzeitig der Export
14 massiv gesteigert wurde. Das hat katastrophale Auswirkungen, da die anderen Mitgliedsstaaten der
15 Währungsunion Leistungsbilanzunterschiede nicht mehr mit Währungsabwertungen ausgleichen
16 konnten und damit immer größere Leistungsbilanzdefizite aufbauen mussten. Es war von vornherein
17 klar, dass es nicht gut gehen kann, wenn die größte Volkswirtschaft in einer Währungsunion diese
18 systematisch dazu nutzt, um Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen Mitgliedsländern
19 aufzubauen. Die deutsche Politik hat die Eurokrise provoziert.

20 Der Euro wurde weitgehend nur unter dem Aspekt diskutiert, die Wechselkurse zwischen den Euro-
21 Ländern abzuschaffen, damit der innereuropäische Handel ohne Wechselkursoszillationen betrieben
22 werden kann. Es ging allein darum, die Vorteile für große exportierende Unternehmen auszunutzen.
23 Die viel wichtigere Eigenschaft des Euros, nämlich Wechselkursspekulationen auf die Währung der
24 Euro-Länder zu verhindern, wurde dabei nie in den Vordergrund gestellt.

25 Lösung der Krise kann es nicht sein, das deutsche Modell der aggressiven Steigerung der
26 Wettbewerbsfähigkeit auf alle Euro-Staaten zu übertragen, wenn alle Staaten versuchen, Löhne zu
27 drücken und damit mehr zu exportieren, führt dies nicht zu einem Ausgleich der
28 Wettbewerbsunterschiede im Euroraum, sondern nur zu wirtschaftlicher Stagnation auf Grund einer
29 ausgeprägten Schwäche der Binnennachfrage.

30 Für eine Überwindung der Euro-Krise und eine dauerhaft stabile wirtschaftliche Entwicklung ist eine
31 Neuorientierung der Wirtschaftspolitik Europas und vor allem Deutschlands notwendig. Die
32 marktradikalen Vorstellungen gehören endgültig auf den Schrotthaufen der Geschichte. Die
33 Sozialdemokratie in Europa muss treibende Kraft bei der Entwicklung einer alternativen
34 Wirtschaftspolitik sein. Diese muss auf eine Stärkung der Binnennachfrage, auf der Förderung eines
35 nachhaltigen Wirtschaftswachstums, auf der Beseitigung der Ungleichgewichte im Euro-Raum und

1 international, auf Reallohnzuwächse und besserer sozialer Absicherung, einer stärkeren Rolle des
2 Staates im Wirtschaftssystem – als Akteur und als Regulator – und einer Demokratisierung der
3 Wirtschaft beruhen. Zentral ist dabei auch die Stärkung der Gewerkschaften und der Machtposition
4 der ArbeitnehmerInnen.

5

6 **Wirtschaft progressiv entwickeln**

7 Die Herausforderung einer progressiven Wirtschaftspolitik liegt in der Verbindung einer auf
8 materiellen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Wirtschaftspolitik mit den
9 Herausforderungen, die sich aus knappen Ressourcen ergeben, sowie mit dem Schutz der natürlichen
10 Lebensgrundlagen. Prämissen sind dabei für uns, dass technologische und wissenschaftliche
11 Fortschritte für alle Menschen und nicht nur für einen (besonders begüterten) Teil zur Verfügung
12 stehen müssen. Keine Perspektive ist es daher für uns, dass zur Schonung der Ressourcen ein Teil der
13 Bevölkerung von Fortschritt und Teilhabe abgekoppelt wird. Ziel muss es daher sein, dass die
14 Wirtschaft materiellen Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe für Alle ermöglicht, ohne dass die
15 natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.

16 In einigen Debattenbeiträgen, die sich ebenfalls mit dem Ziel einer (vermeintlich) progressiven
17 Wirtschaftspolitik befassen, wird der Blick für die Vielfältigkeit dieser Ziele aus den Augen verloren
18 und der Blick stark auf die Schonung der Ressourcen verengt. Daraus wird dann teilweise die
19 (verkürzte) Schlussfolgerung gezogen, die Menschen müssten schlicht auf die Erhöhung des
20 materiellen Wohlstands und auf weitere Bedürfnisbefriedigung verzichten. Argumentiert wird, dass
21 insbesondere in Industrienationen bereits ein ausreichendes Wohlstandsniveau erreicht sei.
22 Dementsprechend könne bei knappen Ressourcen die Güterproduktion reduziert werden. Eine solche
23 Herangehensweise impliziert jedoch, dass der Staat festschreibt, wann ein befriedigendes Maß an
24 Wohlstand erreicht ist. Diese Forderung ist erstens unrealistisch, weil es nicht vorstellbar ist, wie der
25 Staat einen generellen Verzicht auf bestimmte materielle Güter effektiv und umfassend für alle
26 Wirtschaftsbereiche regulieren soll. Sie ist zweitens bevormundend und anmaßend insofern, dass sie
27 allgemein definieren will, welche Bedürfnisse ein Mensch legitimer Weise haben darf. Sie ist drittens
28 zynisch, weil sie gesellschaftlichen und menschlichen Fortschritt behindert. Auch in Industrienationen
29 kann nämlich von einem befriedigenden Niveau an Wohlstand nicht gesprochen werden. Dies zeigt
30 schon das Beispiel der medizinischen Versorgung, wo es wohl nie zu einem ausreichenden Maß an
31 Wohlstand kommen kann. Die Forderung geht – viertens – von der irrigen Annahme aus, dass
32 Wirtschaftswachstum mit Ressourcenverbrauch gleichzusetzen sei. Gerade eine schonendere Nutzung
33 von Ressourcen führt aber dazu, dass letztlich der Arbeitsanteil in der Produktion steigt – das
34 wiederum erzeugt ebenfalls Wirtschaftswachstum. „Verzichtsforderungen“ starten zwar mit einer

1 richtigen Erkenntnis der Ausgangssituation, kommen aber aufgrund falscher Analysen zu falschen
2 Forderungen.

3 Darüber hinaus wird gelegentlich der Versuch unternommen, Wirtschaftswachstum gegen
4 Ressourcen- und Umweltschutz auszuspielen. Daran ist zunächst richtig, dass Ressourcen- und
5 Umweltschonung äußerst wichtige Ziele sind. Auch wir Jusos orientieren uns an diesen Zielen. Falsch
6 ist aber die Annahme, dass sich hieraus ein Widerspruch ergibt. Dass eine wachsende Wirtschaft ein
7 sinnvolles politisches Ziel ist, bedeutet nicht, dass *alles*, was Wirtschaftswachstum generiert, zu
8 begrüßen ist. Natürlich gibt es viele Entwicklungen, die schädlich sind, aber dennoch Wachstum
9 erzeugen. Beispielhaft genannt seien nur der Neubau von Atomkraftwerken oder die Produktion von
10 Rüstungsgütern. Deshalb ist natürlich eine Neudefinition des Fortschrittsbegriffs ohne bloße
11 Wachstumsorientierung und eine umfassende Regulierung der Wirtschaft erforderlich, die dabei auch
12 festlegt, dass Ressourcen sparsam und effizient eingesetzt werden und die Umwelt nicht zerstört wird.
13 Falsch ist dagegen die Annahme, dass nur, weil es auch schädliches Wachstum gibt, Wachstum
14 insgesamt abzulehnen sei. Im Gegenteil: Gerade Maßnahmen, die dem Erhalt der natürlichen
15 Lebensgrundlagen dienen, werden in hohem Maße Wirtschaftswachstum produzieren. Beispielhaft
16 genannt sei hier nur die Energiewende, die in den nächsten Jahren Infrastrukturprojekte in einem
17 erheblichen Ausmaß erfordert. Ressourcen- und Umweltschutz muss also durch Regulierung
18 stattfinden.

19 Wir Jusos treten dagegen für die umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen
20 ein. Dies bedeutet auch eine Erhöhung des materiellen Wohlstands. Dabei müssen alle Menschen das
21 Recht haben, selbst über ihre Bedürfnisse zu entscheiden. Arbeitslosigkeit und ein insgesamt zu
22 geringes Lohnniveau führen aber dazu, dass die meisten Menschen nicht adäquat am Wohlstand, den
23 die Wirtschaft insgesamt produziert, beteiligt werden. Der Reichtum der Gesellschaft ist äußerst
24 ungleich verteilt. Hier bedarf es politischer Steuerung zur Umverteilung des Reichtums. Das
25 Einkommen der Masse der Menschen muss stärker wachsen als Unternehmensgewinne, um eine
26 Angleichung bzw. zumindest eine Annäherung der Lebensverhältnisse zu erreichen. Umverteilung
27 bedeutet dann aber auch, dass den Reichen etwas weggenommen wird. Dabei ist dann mit massiven
28 gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu rechnen. Eine wachsende Wirtschaft schafft dabei
29 Umverteilungsspielräume. Wirtschaftswachstum kann uns deshalb strategisch dabei helfen, unsere
30 Ziele durchzusetzen.

31 Für uns Jusos ist damit klar: Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck. Wirtschaftswachstum bietet
32 aber die besten Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung.
33 Fortschritt kann in einer wachsenden Volkswirtschaft leichter erreicht werden als in einer
34 stagnierenden. Wirtschaftswachstum und Ressourcen- und Umweltschutz schließen sich keineswegs

1 aus. Deshalb wird ein so verstandenes Wirtschaftswachstum Ziel einer progressiven Wirtschaftspolitik
2 sein.

3

4 **Handlungsfähiger Staat und Markt**

5 Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben staatliche Interventionen und keynesianische
6 Nachfragepolitiken ein Comeback erlebt. Die beiden Konjunkturpakete und staatliche Krisenpolitik
7 insgesamt haben in Deutschland für ein hohes Maß an Stabilität gesorgt. Die Krise hat außerdem die
8 neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik der letzten zwei Jahrzehnte delegitimiert und
9 zu einer massiven Vertrauens- und Akzeptanzkrise des gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialmodells
10 in Deutschland geführt. Die Logik der Rendite und Shareholder orientierten Kurzfristigkeit und der
11 neoliberalen Hegemonie gilt es dauerhaft zu durchbrechen. Der Staat hat sich selbst entmachtet und
12 handelte als Agent des Finanzkapitals und nicht des Gemeinwohls. Marktversagen ist von
13 Politikversagen im Sinne fehlender Regulierung und falscher Prioritätensetzung nicht zu trennen,
14 auch deswegen brauchen wir eine aufgeklärte politische Debatte um Staat und Markt, die diese im
15 Zusammenhang und nicht getrennt betrachtet.

16 Die Lehre der Vergangenheit ist es, dass das Setzen auf Marktlogiken und Selbstheilungskräfte des
17 Marktes nicht zu mehr Gemeinwohl und gesellschaftlichen Fortschritt geführt hat. Vielmehr wurde
18 die Krisenhaftigkeit des Marktes noch verstärkt und die gesellschaftliche Ungleichheit nahm eklatant
19 zu. Widerlegte Marktgläubigkeit und die Ideologie der Entstaatlichung müssen durch ein
20 Staatsverständnis ersetzt werden, das diesen als aktiven, steuernden Akteur begreift.

21 Die Privatisierung zahlreicher Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Sicherung
22 muss beendet werden. Stattdessen brauchen wir frei zugängliche kollektive Güter wie Wasser oder
23 Bildung und gleichheitsorientierte Sozialstaatsreformprojekten wie der Bürgerversicherung, einer
24 diskriminierungsfreien Grundsicherung oder der Erwerbstätigen-versicherung. Darüber hinaus ist der
25 Staat selbst aufgrund seiner Infrastrukturorientierung und seiner hohen Beschäftigungswirkung ein
26 Wirtschaftsfaktor.

27 Der Markt produziert Krisen und Ungleichheit; er ist ökologisch blind. Dennoch kann es nicht um
28 die bloße Überwindung oder Abschaffung des Marktes als solchen gehen. Vielmehr gilt es, seine
29 dynamische Anpassungs- und Innovationsfähigkeit sowie vor allem sein Potential als effizientes
30 Instrument zur Verteilung von Gütern nutzbar zu machen. Dies kann durch einen entsprechend
31 aktiven Staat, umfassende Regulierungs- und Sanktionsmechanismen und wirtschaftsdemokratische
32 Steuerung geschehen. Außerdem wird es Aufgabe des Staates sein, in einer Pionierrolle
33 nachhaltigkeitsorientierte Wachstumssektoren mit Förderprogrammen, öffentlichen
34 Beschaffungspolitiken und regulativer Bevorzugung zum Erfolg zu verhelfen. Es gilt Strukturwandel

1 sozialpolitisch zu begleiten und gestaltend einzugreifen. Dafür setzen wir auch weiterhin auf einen
2 starken industriellen Sektor, statt nur die Potentiale von neuen Dienstleistungen auszubauen.

3 Um dies zu erreichen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. Dafür wiederum ist die
4 fiskalpolitische Freiheit eine Grundvoraussetzung. Dies setzt ausreichende, verlässliche Einnahmen
5 voraus. Schuldenabbau und ausgeglichene Haushalte sind im Grundsatz erstrebenswerte Ziele, aber
6 wenn man sie bedingungslos durchsetzen will, ohne die Einnahmen zu erhöhen, bleibt nur der Weg
7 über die Ausgabenkürzung. Dies führt zu einem Abwürgen der Konjunktur und wird letztlich den
8 gegenteiligen Effekt haben. Mit der Aufnahme der sogenannten „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz
9 wird die Handlungsfähigkeit zukünftiger Bundestags- und Landesparlamentsmehrheiten und in der
10 Folge auch der Kommunen massiv eingeschränkt. Dies widerspricht unserem Demokratieverständnis.
11 Wir fordern deshalb die Abschaffung der Schuldenbremse.

12 Wenn der Staat eine aktivere Rolle übernehmen soll, ist dies nicht gleichzusetzen mit Zentralisierung.
13 Im Gegenteil: Die Kommunalpolitik ist die Ebene, auf der politische Entscheidungen am schnellsten
14 wirken und die BürgerInnen unmittelbar betreffen. Kommunen müssen so ausgestattet werden, dass
15 sie nicht nur zur Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben in der Lage sind, sondern auch weitere soziale
16 Leistungen und die Gestaltung eines lebendigen Lebensumfeldes gewährleisten können. Auch die
17 zunehmende Debatte um Rekommunalisierung stößt auf das Hindernis der klammen Haushalte.
18 Damit Kommunen gestalten können müssen sie mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sein.

19 Eine Stärkung der Kommunen hat ebenfalls den Vorteil, dass hierüber eine stärkere demokratische
20 Gestaltung von wirtschaftlichen Entwicklungen erreicht werden kann. Dabei sind kommunale
21 Wirtschaftsbetriebe ein aktueller Ansatzpunkt. Noch heute ist – trotz der umfangreichen
22 Privatisierungen – der Großteil der Unternehmen in öffentlicher Hand kommunal. Durch diese
23 können sowohl Einnahmen erzielt, als auch die Angebote für Verbraucher besser und günstiger
24 erbracht werden. Dabei kommt es nicht auf die Stellung der öffentlichen Hand als Eigentümer an,
25 sondern auf die Ausrichtung der Unternehmensstrategie am Gemeinwohl. Dies gilt insbesondere für
26 die Energieerzeugung. Der anstehende Umbau zu regenerativen Energien muss vor allem dezentral
27 und kommunal organisiert werden, ohne dass ärmere Menschen zu stark belastet werden. Dabei geht
28 es um öffentliche Stadtwerke, Vernetzung der privaten Kleinanlagen und in Zusammenarbeit mit dem
29 Bund die Übernahme der Netze. Dadurch kann die Monopolstellung der Energiekonzerne verdrängt
30 werden. Die Übernahme von EnBW durch Land und Kommunen kann ein gutes Beispiel für die
31 Anlagen der anderen drei Energiekonzerne sein. Das immer rigider wertende europäische
32 Regelungsregime verhindert tendenziell kommunale Eigenbetriebe. Auf diese Weise wird aber nicht –
33 wie behauptet – der Markt gestärkt. Vielmehr werden häufig für oligopolisierte Unternehmen
34 Absatzmöglichkeiten erzwungen, indem den Kommunen verboten wird, eine bestimmte Leistung

1 selbst anzubieten. Diese EU-Politik trägt planwirtschaftliche Züge zugunsten privater
2 Wirtschaftsunternehmen und wird von uns abgelehnt.

3 Mit einem bei den Kommunen oder Kommunalverbänden angesiedelten öffentlichen
4 Beschäftigungssektor könnten noch weitere wünschenswerte Aufgaben erfüllt und zusätzliche
5 Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein starker öffentlicher Beschäftigungssektor kann Arbeitslosigkeit
6 bekämpfen und strukturpolitische Anreize setzen. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor darf dabei
7 nicht zu einer reinen Arbeitsbeschaffungsmaschinerie werden. Potentiale für öffentliche
8 Beschäftigungssektoren sind zum Beispiel die Pflege- und Gesundheitsbranche. Ziel eines
9 progressiven öffentlichen Beschäftigungssektors ist die Übernahme von Aufgaben, die ohnehin
10 staatlich bezuschusst werden, aber bisher über freie Träger zu Dumpinglöhnen mit privaten Profiten
11 oder gar nicht erbracht werden. Dies ist insbesondere für das Verhältnis des öffentlichen
12 Beschäftigungssektors zum klassischen öffentlichen Dienst wichtig. Grundlage müssen gute
13 Arbeitsbedingungen und tarifliche Entlohnung sein. Dies kann sowohl über direkte kommunale
14 Unternehmungen oder auch in selbstorganisierten Gemeinschaftsunternehmen organisiert werden, die
15 wenn nötig staatlich unterstützt werden.

16

17 **Stärkung der Gewerkschaften**

18 Zu aller erst kommt es in der Lohnfrage darauf an, in welcher Lage sich die Gewerkschaften - unsere
19 natürlichen Partner - befinden, Lohnanstiege durchzusetzen. Es muss uns Jusos immer bewusst sein,
20 dass die Lohnfrage die erste Verteilungsfrage ist. Entscheidend dafür sind Organisationsgrade und die
21 Flexibilität von Beschäftigungsverhältnissen. Es ist nicht neu, dass Leiharbeit und befristete
22 Beschäftigung das Potential für Gewerkschaften, Mitglieder zu organisieren, massiv verschlechtern.
23 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen durch neue Regulierung zurückgedrängt und der
24 Sozialstaat auf die neuen Lebensrealitäten angepasst werden. Flexibilität muss erheblich teurer sein als
25 ein Normalarbeitsverhältnis. Das gilt auch für neu aufgekommene atypische Beschäftigung wie
26 Werksverträge. Viele Unternehmen verfügen über keine betriebliche Mitbestimmung, was die
27 Organisation von Beschäftigten für die Gewerkschaften vor Ort nahezu unmöglich macht. Versuche
28 von Beschäftigten in Betrieben, in welchen kein Betriebsrat existiert, einen solchen zu gründen, hat
29 schon vielfach zu Kündigung der Betroffenen geführt und gleichzeitig den Druck auf den Rest der
30 Belegschaft erhöht, sich zu emanzipieren. Solchen skandalösen Vorgängen soll Einhalt geboten
31 werden, indem ab der Initiative für eine Betriebsratsgründung bis zur Existenz eines Betriebsrats eine
32 die Kündigung von allen Mitarbeiterinnen für diesen Zeitraum nicht möglich ist. Darüber hinaus
33 sollen Gewerkschaftsangestellte unangekündigtes Zutrittsrecht zu Betrieben bekommen, um so den
34 Kontakt zu Beschäftigten herstellen zu können, die in Unternehmen arbeiten, in welchen es keinen
35 Betriebsrat gibt. Dies sind zwei Beispiele, um durch politische Maßnahmen die Rolle der

1 Gewerkschaften wieder zu stärken. Dies alleine wird nicht ausreichen, eine Umkehrung der
2 Kräfteverhältnisse kann nur im Zusammenspiel von Politik und Gewerkschaften gelingen.

3 **Demokratisierung der Wirtschaft**

4 Es ist unser Anspruch, alle Lebensbereiche zu demokratisieren, dazu gehört auch das
5 Wirtschaftssystem. Dafür ist das oft genannte, aber selten ausgeführte Schlagwort
6 Wirtschaftsdemokratie zentral. Meistens erschöpfen sich Diskussionen darüber in Ansätzen der
7 makroökonomischen Steuerung, der Regulierung der Finanzmärkte und der Ausweitung der
8 Mitbestimmung. Sicherlich sind dies alles unverzichtbare Elemente zur Demokratisierung unseres
9 Wirtschaftssystems, allerdings wird dies zum einen nicht genügen, und zum anderen haben derzeit
10 diese Ansätze sehr wenig Aussicht auf Durchsetzung.

11 Um einen Richtungswandel hin zu mehr Wirtschaftsdemokratie zu schaffen, muss in vielen Bereichen
12 gehandelt werden. Neben den oben beschriebenen Ansätzen, der Marktsteuerung, Stärkung des
13 öffentlichen Sektors mit einer starken Rolle der kommunalen und regionalen Ebene und der Stärkung
14 der ArbeitnehmerInnenrechte gehört zur Demokratisierung der Wirtschaft auch die Einführung und
15 Stärkung alternativer Unternehmensformen.

16 Gerade der Ansatz arbeitnehmergeführter Unternehmen im Genossenschaftsmodell wieder für weitere
17 Bereiche zu etablieren, sollte Ziel von Förderpolitik sein. Heute gibt es Genossenschaften de facto nur
18 noch im Banken- und Wohnungsbereich. Besonders der „Exklusivvorteil der Mitglieder“ im
19 Gegensatz zu prekären Arbeitsverhältnissen, ob als Beschäftigte oder in der Selbstständigkeit, macht
20 dieses Modell interessant. Im Sektor der sozialen Dienstleistungen, aber auch bei Teilen des
21 Handwerks oder bei sozialen, kulturellen oder ökologischen Projekten können genossenschaftliche
22 Kooperationen eine Alternative in sicherer Beschäftigung bilden. Dies alles bewirkt zwar noch keinen
23 grundsätzlichen Wandel und kann alleine nicht genügen, weshalb für uns als Jungsozialistinnen und
24 Jungsozialisten klar ist, dass diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen nur eine mittelfristige Lösung
25 darstellen können. Langfristig bleibt unser Ziel eine sozialistische Wirtschaftsordnung, in der sich der
26 Markt an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Die notwendige Demokratisierung aller
27 Lebensbereiche kann es im Kapitalismus nicht geben, weswegen wir für ein demokratisches und
28 sozialistisches Wirtschaftssystem kämpfen. Demokratie als gesellschaftliche Notwendigkeit –
29 Sozialismus als konsequente Demokratie!

30

1 **K2 Europa gerecht für alle. Die Zukunft des Euroraums** 2 **solidarisch gestalten.**

3 **Bundesvorstand**

4

5 Die europäische Integration hat 60 Jahre lang zu Frieden und Wohlstand beigetragen. Geschaffen aus
6 den Schrecken des europäischen Nationalismus ist sie bis heute die weitgehendste politische und
7 wirtschaftliche Kooperation zwischen Nationalstaaten und weist über jene hinaus. Weltweit gilt die
8 Europäische Union als Vorbild für regionale Integration. Trotz aller Defizite gerade im sozialen
9 Bereich ist dieser Ruf berechtigt.

10 Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, von vielen zu Recht als die bisher höchste Stufe
11 der Integration zwischen europäischen Staaten bezeichnet, hat viele Vorteile: Der größere
12 Währungsraum stabilisiert gegen Spekulationen, der Wegfall der Wechselkursschwankungen
13 erleichtert den Handel und die länderübergreifend einheitliche Währung schafft Vorteile für
14 VerbraucherInnen und TouristInnen. Jedoch krankt der Euro seit seiner Gründung am Fehlen einer
15 komplementären Wirtschafts- und Sozialunion einerseits und einer politischen Union andererseits.
16 Diese Kritik am Euro und seinen Institutionen hat die gesellschaftliche Linke schon seit dessen
17 Gründung geäußert. Noch nie ist sie aber so weitgehend anerkannt worden wie heute, da der
18 Euroraum in der tiefsten Krise seit seiner Gründung steckt.

19 Es braucht ein anderes Europa, ein Europa, das wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Gerechtigkeit
20 miteinander vereint. Mit kurzfristigen Hilfspaketen allein ist diese Kursänderung nicht zu haben. Die
21 Verfasstheit des Euroraums insgesamt muss fundamental geändert werden, damit der Euroraum und
22 das europäische Projekt noch eine Zukunft haben.

23 *Die Eurokrise und die institutionelle Verfassung der Europäischen Währungsunion*

24 Die Eurokrise ist zwar eine Konsequenz der großen Finanzmarktkrise, die 2008 in den USA
25 begonnen hat – sie ist aber auch eine Krise, die in den Institutionen des Euroraums angelegt ist. Die
26 „Disziplinierung“ der Regierungen durch die Finanzmärkte zuzulassen ist eine der wesentlichen
27 Grundpfeiler des Euroraums. Der Liberalisierung und Integration der Finanzmärkte, die
28 Zentralisierung der Geldpolitik und der Verzicht auf eine Koordinierung der Fiskal- und Lohnpolitik
29 der Mitgliedsstaaten haben zu wachsenden Auslandsschulden der heutigen Krisenländer geführt und
30 den Finanzmärkten die Möglichkeit gegeben, potenziell jedes Land der Eurozone in die
31 Zahlungsunfähigkeit zu treiben.

32 Das zentrale Problem der Krisenländer sind nicht die staatlichen Defizite und Schulden, sondern die
33 in den letzten Jahren stark gestiegenen Defizite und Schulden der ganzen Volkswirtschaft – neben

1 dem Staat auch den Unternehmen und den Haushalten - gegenüber dem Ausland. Die Defizite aller
2 Sektoren der Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland werden als Leistungsbilanzdefizite bezeichnet.
3 Nur im Fall Griechenlands waren diese Defizite in den Jahren vor der Krise wesentlich durch die
4 Defizite des Staates begründet. In Irland und Spanien haben die Auslandsschulden vor allem wegen
5 der privaten Defizite von Haushalten und Unternehmen zugenommen. Beide Länder haben die auf
6 staatliche Defizite fixierten Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts systematisch eingehalten
7 und ihre staatlichen Schuldenquoten sogar reduziert: Die Regierungen beider Länder erzielten in den
8 Jahren vor der Krise regelmäßig Überschüsse im Staatshaushalt, die staatliche Schuldenstandsquote in
9 Irland lag noch im Jahr 2007 unter 30% des Bruttoinlandsprodukts, und in Spanien unter 40% (in
10 Deutschland lag sie bei etwa 60%).

11 Obwohl beide Länder noch unmittelbar vor der Krise von der EU-Kommission und von den
12 europäischen Finanz- und Wirtschaftsministern als Musterbeispiele für eine Fiskalpolitik im Einklang
13 mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt bezeichnet wurden, sind sie heute hart von der Eurokrise
14 getroffen. Der Grund liegt darin, dass die sich aufgrund der realen Auf- und Abwertungen in der
15 Eurozone und die dadurch entstehenden Leistungsbilanz-Defizite in diesen Ländern
16 privatwirtschaftliche Kreditblasen gebildet haben, die über Auslandsverschuldung finanziert wurden.
17 Als diese mit der globalen Finanzkrise ab 2008 platzten, mussten die Staaten den Unternehmen und
18 Haushalten beispringen, indem sie Banken retteten, den angeschlagenen Immobiliensektor stützten
19 und die ausfallende private Nachfrage durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme stabilisierten.
20 Erst dies hat zum starken Anstieg der Staatsverschuldung geführt, die nun durch SpekulantInnen
21 angegriffen wird.

22 Durch das vollkommene Ausblenden der Leistungsbilanzentwicklungen und der privaten
23 Auslandsverschuldung waren sowohl die VertreterInnen der Europäischen und internationalen
24 Organisationen als auch ‚die Finanzmärkte‘ gegenüber der sich abzeichnenden Krise innerhalb des
25 Euro-Währungsgebietes lange blind. Erneut hat sich gezeigt, dass unregulierte Finanzmärkte eben
26 keine effizient funktionierenden Märkte sind, sondern durch irrationale Übertreibungen
27 Fehlentwicklungen noch befeuern.

28 Bereits die globale Finanzkrise ab 2008 hat gezeigt, wie wenig effizient die Finanzmärkte
29 funktionieren. Im Zuge der Eurokrise insbesondere ab 2010 sind dann die Renditen der
30 Staatsanleihen in den Ländern mit hohen Auslandsschulden massiv gestiegen, weil Anleger ihre
31 Gelder aus diesen Ländern plötzlich abgezogen haben. Auf den Finanzmärkten wurde nun gegen die
32 Staatsanleihen von Regierungen spekuliert, deren Schulden stark gestiegen waren, weil sie für die
33 Folgen der zuvor von den Finanzmärkten maßgeblich beförderten Überschuldung des Privatsektors
34 aufkommen mussten. In Griechenland wurde die Spekulation weiter angeheizt, als bekannt wurde,

1 dass die ehemalige Regierung die Statistiken zur Staatsverschuldung gefälscht hatte. Zudem ist es der
2 griechischen Regierung seit langem nicht gelungen, ein funktionierendes Steuersystem aufzubauen.

3 Mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben die teilnehmenden Staaten die
4 bewusste politische Entscheidung getroffen, wichtige geldpolitische Optionen wie
5 Geldmengensteuerung, Festsetzung von Zinssätzen und Kontrolle des Außenwerts der Währung an
6 eine europäische Institution abzutreten. Da die europäischen Krisenländer die Souveränität über ihre
7 Währung verloren haben, sind sie darauf angewiesen, dass die anderen Mitglieder des Euroraums
8 und/oder die Europäische Zentralbank – über die sie nur begrenzte Kontrolle haben – ihnen die
9 Mittel zur Bedienung ihrer Schulden zur Verfügung stellen. Die EZB hat in der Eurokrise durch den
10 Ankauf von Staatsanleihen und große Flexibilität bei der Refinanzierung von Banken einen
11 wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung geleistet, den die Regierungen der Eurozone nicht erbracht
12 haben. Sie hat damit die restriktive, rein auf Preisstabilität fixierte Politik der Vorkrisenzeit, die die
13 ungleichen Entwicklungen im Euro-Raum und damit das Entstehen der Krise begünstigt hat,
14 korrigiert. Jede Äußerung von Verantwortlichen, die an der Bereitstellung der notwendigen Mittel
15 zweifeln lassen, verschärfen die die Krise in letzter Instanz. Das Agieren der schwarz-gelben
16 Bundesregierung, die sich diesbezüglich mehrfach und teilweise zeitgleich diametral widersprochen
17 hat, war ein Krisenkatalysator par excellence.

18 Würden die Euro-Mitgliedsländer und die EZB öffentlich erklären, dass alle Schulden der
19 Krisenländer garantiert werden und damit die Zahlungsfähigkeit der Krisenländer unter allen
20 Umständen aufrecht erhalten wird, müssten die Anleger auf den Finanzmärkten nicht mehr um
21 Verluste fürchten. Das würde zum Ende der Spekulation und zum sofortigen Fall der Renditen in den
22 Krisenländern führen. Die Politik könnte ihre verlorene politische Souveränität wieder erlangen und
23 Zeit gewinnen, die fundamentalen Ungleichgewichte im Euroraum durch einen kluge
24 Wirtschaftspolitik und institutionelle Reformen anzugehen.

25 *Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum beheben*

26 Auch wenn alle Schulden der Euroraummitglieder garantiert würden, würden die ökonomischen
27 Ungleichgewichte durch die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit weiterhin bestehen bleiben.
28 Die Auslandsschulden würden wegen der Leistungsbilanzdefizite weiterhin wachsen. Nichts führt
29 daher daran vorbei, dass die Leistungsbilanzdefizite (und damit natürlich auch die
30 Leistungsbilanzüberschüsse) in der Eurozone geschlossen werden müssen. Dafür müssen die
31 Krisenländer aber positive Wachstumsaussichten haben. Da in diesen Ländern die Staaten ihre
32 öffentlichen Einnahmedefizite abbauen müssen und durch die gemeinsame Währung keine
33 Abwertung möglich ist, müssen die Wachstumsimpulse vor allem von außen kommen. Das bedeutet
34 vor allem für die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen - und hier vor allem Deutschland -

1 verstärkte Anstrengungen. Damit würde einerseits der Euroraum stabilisiert und andererseits
2 Dumpingstrategien zu Lasten der Beschäftigten verhindert.

3 Dabei ist es zentral, einen wesentlichen buchhalterischen Zusammenhang nicht aus dem Blick zu
4 verlieren: Überschussländer wie Deutschland können nur dann Leistungsbilanzüberschüsse erzielen –
5 also vor allem mehr exportieren als importieren – wenn andere Länder Leistungsbilanzdefizite
6 verzeichnen. Soll es ernsthaft darum gehen, den Krisenländern innerhalb des Euro die Chance zur
7 Verringerung ihrer Leistungsbilanzdefizite und damit ihrer Auslandsschulden zu geben, haben die
8 Überschussländer keine andere Wahl, als ihre Überschüsse im gleichen Maße abzubauen. Soll der
9 Euroraum weiterhin Bestand haben, führt an der solidarisch organisierten symmetrischen
10 Reduzierung der Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Währungsunion schlicht kein Weg
11 vorbei.

12 Dass es zu den steigenden Leistungsbilanzdefiziten und damit steigenden Auslandsschulden der
13 heutigen Krisenländer gekommen ist, hat mehrere Gründe.

14 Erstens haben sich die Wettbewerbsfähigkeit einiger Länder und damit ihre Exportchancen
15 verschlechtert. Ein wichtiger Grund hierfür ist das im Vergleich zu anderen Euroraum-Ländern
16 deutlich stärkere Wachstum der nominalen Lohnstückkosten. Der andere Grund war die propagierte
17 Theorie allein auf Dienstleistungen zu setzen und die Industrie abzubauen.

18 Zweitens hat Deutschland mit systematischer Lohnzurückhaltung die eigene Wettbewerbsfähigkeit
19 zum Nachteil der anderen Eurostaaten verbessert. Der Leistungsbilanzüberschuss wurde auch durch
20 die Reallohnverluste der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen finanziert. Von der
21 Exportorientierung Deutschlands haben eben nicht alle profitiert. Obwohl es im Vorfeld der
22 Euroeinführung Warnungen gab, Leistungsbilanzdifferenzen könnten zu großen Problemen führen
23 wurde dies in Deutschland ignoriert. Folge dieser Politik war unter anderem, dass Deutschland das
24 Inflationsziel der EZB unterschritt.

25 Drittens haben die privaten Finanzmärkte trotz der auseinanderlaufenden Wettbewerbsfähigkeit die
26 Leistungsbilanzdefizite der heutigen Krisenländer ohne Zögern finanziert. Bis zur Krise sind die
27 Zinsen auf staatliche und private Anleihen aller Euroraumländer fast gleich gewesen. Die privaten
28 Finanzmärkte haben also die Risiken aus der immer größeren Auslandsverschuldung und der
29 unterschiedlichen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit nicht gesehen oder nicht sehen wollen – sie
30 profitierten von diesem System.

31 Viertens sind die heutigen Krisenländer seit der Euroeinführung schneller gewachsen als der
32 Euroraum in seiner Gesamtheit, so dass sie stetig mehr Waren und Dienstleistungen importiert als
33 exportiert haben, was sie mit ausländischen Krediten finanziert haben.

34 *Krisenabwehr, soziale und außenwirtschaftliche Stabilitätspakte und institutionelle Reformen für ein*
35 *langfristig erfolgreiches Europa*

1 Der Euroraum muss dringend stabilisiert und reorganisiert werden. Die Alternative ist der
2 Zusammenbruch des Euroraums, der zu fatalen Verwerfungen ökonomischer, sozialer und auch
3 politischer Art in ganz Europa würde. Es ist aber auch nicht zu akzeptieren, dass die gegenwärtige
4 Eurokrise, die in erster Linie durch Verwerfungen im Privatsektor und durch die Ineffizienz
5 deregulierter Finanzmärkte verursacht wurde, nun dazu führt, dass allerorts Kürzungen in den
6 öffentlichen Ausgaben für Beschäftigung, Bildung, Soziales und allgemein die Öffentliche
7 Daseinsvorsorge vorgenommen werden. Staatliche Sparprogramme in allen Ländern des Euroraums
8 würden die soziale Ungleichheit weiter erhöhen und zu einer gesellschaftlichen Spaltung führen, die
9 leicht außer Kontrolle geraten könnte. Mit der Ausweitung der Schuldenbrems auf die Eurozone wird
10 diese Abwärtsspirale nur verschärft und verstetigt. Es muss daher einen Mix geben aus kurzfristiger
11 Krisenreaktion, mittelfristigem Umbau des Euroraums und langfristiger politischer Union. Und wir
12 brauchen dringend eine Umverteilungspolitik, die im ersten Schritt die negative Umverteilung durch
13 die Finanz- und Wirtschaftskrise umkehrt.

14 Kurzfristig sind die Rettungspakete für Griechenland, der Europäische
15 Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilisierungs-Mechanismus (ESM)
16 zu unterstützen und müssen zu wirksamen Kriseninstrumente weiterentwickelt werden. Dazu bedarf
17 es der hinreichenden Aufstockung der Mittel des EFSF und des ESM. Der Rettungsschirm darf über
18 die Ausgabe von Krediten an Krisenländer keine Gewinne erwirtschaften. Kredite mit einem 3%
19 höheren Zinssatz, als ihn der EFSF am Markt aufgenommen hat, wie an Irland, darf es nicht mehr
20 geben. Die Rückzahlungszeiträume müssen deutlich länger werden, um den Krisenländern langfristig
21 Stabilität zu bieten. Hier wurden durch die Überarbeitung des EFSF einige richtige Schritte erreicht.

22 Ihre institutionelle Ausgestaltung muss trotz der Notwendigkeit schneller Bereitstellung von
23 Liquidität im Krisenfall die Haushaltsrechte demokratisch legitimierter Parlamente hinreichend
24 berücksichtigen, etwa über die Einbindung der zuständigen Ausschüsse.

25 Gleichzeitig müssen aber auch die demokratischen Rechte in den Krisenländern geschützt werden.
26 Deshalb geht es in die falsche Richtung die Kredite an die Bedingung zu knüpfen orthodoxe
27 Sparprogramme aufzulegen. Mit Hilfe der bisherigen Sparprogramme wurde der Staat in vielen
28 Ländern auf ein Minimum zurückgedrängt. Die Staatsfeindlichkeit der neoliberalen Ideologie setze
29 sich im Zuge der Diskussion über die Konsolidierung der Haushalte wieder durch. Staatlichen
30 Gestaltungsspielraum wird es für viele Krisenländer auch nach der Krise nicht geben. Wir lehnen
31 Sparprogramme die dem Staat weitreichende Gestaltungsspielräume entziehen ebenso ab, wie
32 Sparprogramme welche die Ungleichheit zwischen arm und reich vergrößern. Wir lehnen jegliche
33 Diskussionen über Sparkommissare von außen mit Durchgriffsrecht oder automatische Sanktionen ab.
34 Gerade in der Krise braucht die Politik Gestaltungsmacht.

1 Hier gibt es bisher auf Europäischer Ebene keine Diskussion und die Forderungen der EU gehen in
2 die andere Richtung. Initiativen, wie die erneute Klage gegen das VW-Gesetz gehen in die falsche
3 Richtung. Damit folgt die EU-Kommission weiter einer liberalen Strategie. Das VW-Gesetz sichert
4 Mitbestimmung und Arbeitsplätze; es muss erhalten bleiben!

5 Daneben ist die Einführung von Eurobonds dringend geboten, also solcher europäischer Anleihen,
6 deren Zinsen den (gewichteten) Durchschnittsbonitäten der Eurostaaten entsprechen. Diese Bonds
7 könnten einen Teil der öffentlichen Schulden der Euroländer vergemeinschaften und somit
8 Spekulationen gegen die Staatsanleihen einzelner anfälliger Länder erschweren.

9 Wir fordern die Schaffung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen. Es ist nicht
10 hinzunehmen, dass private Banken zu Zentralbankzinssatz Geld leihen können und dieses verteuert
11 weiter an Staaten leihen, allerdings ihre toxischen Papiere aktuell bei der EZB als Sicherheit
12 hinterlegen können. Eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen soll dann in Sondersituationen
13 und konjunkturell schwierigen Zeiten den Staaten direkt zu günstigen Konditionen Geld leihen
14 können.

15 Wir brauchen dringend Wachstumsimpulse auf europäischer Ebene, die den Krisenländern die
16 Möglichkeit geben, aus dem Teufelskreis von Verschuldung und Rezession auszubrechen. Dafür wäre
17 es nötig, das gerade die Überschussländer und insbesondere Deutschland Investitionen auf den Weg
18 bringen.

19 **V1:**

20 Kurz vor dem G-20 Gipfel hat die Europäische Union Griechenland ein weiteres Rettungspaket
21 angeboten, das einen Schuldenschnitt beinhaltet. Die Ankündigung des griechischen Präsidenten
22 über das Paket eine Volksabstimmung abzuhalten, wurde von Ausland mit besten Falls mit
23 Unverständnis aufgenommen. In dieser Krisensituation wäre Stabilität das oberste Ziel, so die
24 Kritiker, das Ergebnis einer Volksabstimmung wäre nicht vorherzusehen, dies würde die Märkte
25 beunruhigen. Damit würde die Krise nur noch größer. Auf der anderen Seite beinhaltet das Paket
26 große Einschnitte in den Haushalt und jede Regierung hat das Recht das Volk über Entscheidungen
27 von so einer großen Tragweite abstimmen zu lassen. Am Ende zog der griechische Präsident seinen
28 Vorschlag nach einer Volksabstimmung zurück und legte sein Amt einige Tage später zu Gunsten
29 einer großen Koalition zurück. In der Öffentlichkeit blieb der Eindruck dass die Politik gegenüber der
30 Macht der Märkte machtlos ist. Dies spiegelt sich auch in den neuen Regierungen in Italien und
31 Griechenland wieder, die sich beide damit rühmen vor allem auf Experten von außen zu setzen, als auf
32 Partei-Politiker. Große Teile der Bevölkerung haben die Hoffnung aufgegeben, dass die Politik die
33 Finanzmärkte wirklich in die Schranken weist, sondern hoffen darauf, dass die Schuldenkrise
34 möglichst gut verwaltet wird.

1 Ob der vorgeschlagene Schuldenschnitt in Griechenland wirklich kommt, ist zum jetzigen Zeitpunkt
2 vollkommen unklar. Eines ist aber schon klar, die Auswirkungen auf Griechenland dürften sich in
3 Grenzen halten. Dieser Schuldenschnitt ist kein Befreiungsschlag für Griechenland, egal wie man die
4 Auswirkungen eines wirklichen Schuldenschnitts einschätzt. Allerdings ist schon jetzt absehbar, dass
5 dadurch die Staatsfinanzierung für alle europäischen Staaten nicht sicherer geworden ist. Seit der
6 Verkündung hat es für andere Staaten schlechtere Ratings gegeben, damit müssen sie sich zu immer
7 höheren Zinsen am Markt refinanzieren und geraten damit in Finanzierungsschwierigkeiten. Dies
8 kann den Euro als Ganzes gefährden.

9 Einen Schuldenschnitt für Griechenland, der einer staatlichen Teilinsolvenz gleich käme und somit
10 die Zinsen auch für andere Krisenländer in die Höhe schnellen ließe, lehnen wir ab. Er würde die
11 griechische Wirtschaft vollends zum Erliegen bringen und auch den privaten Bereich jegliche
12 Möglichkeit nehmen neue Impulse zu setzen. Wenn die derzeitigen Regierungen in Europa nicht
13 willens sind, Griechenlands Solvenz zu erhalten, wird auch jedes Versprechen, nach dem
14 Schuldenschnitt zu helfen unglaubwürdig. Ein Schuldenschnitt hätte nicht nur katastrophale
15 Auswirkungen auf die Situation, sondern würde immer weitere Staaten und Banken mit nach unten
16 reißen. Die Finanzmärkte können nur beruhigt, und damit die Finanzierungsmöglichkeiten über den
17 Finanzmarkt erhalten werden, wenn es endlich ein starkes Bekenntnis zum Erhalt des Euros und aller
18 seiner Mitgliedsstaaten gibt. Jede weitere Unsicherheit heizt die Spekulationen gegen einzelne Länder
19 nur weiter an. Ein Schuldenschnitt birgt aber auch die Gefahr eine erneute Bankenkrise zu
20 verursachen und damit auch die starken Länder wieder erheblich zu belasten. Davor schützten auch
21 die bisherigen Abschreibungen und Aufkäufe der EZB nicht, da es nicht auf die realen Bestände in
22 den Büchern der einzelnen Banken ankommt, sondern schon alleine das gegenseitige Misstrauen und
23 die Befürchtung weiterer Staatspleiten ausreicht um eine Kettenreaktion auszulösen. Dies hat die
24 Finanzkrise 2007 gezeigt. Darüber hinaus würden durch Schuldenschnitt auch nicht diejenigen
25 getroffen, die gegen den Euro oder Griechenland spekuliert haben. Die Finanzmärkte müssen auf
26 einem generellen Weg, unabhängig von ihren Beteiligungen in Griechenland mit zur Finanzierung
27 herangezogen werden.

28 Mittelfristig muss die Fiskalpolitik in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und insbesondere
29 in Deutschland in den nächsten Jahren expansiv ausgerichtet werden, um die wachstumshemmenden
30 Effekte der restriktiveren Fiskalpolitik in den Krisenländern abzumildern. Hiermit würde Deutschland
31 bereits mittelfristig im eigenen Interesse und zugunsten der Stabilität des Euroraums seine einseitige
32 Abhängigkeit vom Außenhandel reduzieren und zum Abbau der außenwirtschaftlichen
33 Ungleichgewichte beitragen. Die Finanzierung erhöhter staatlicher Ausgaben sollte dabei
34 vorzugsweise über gezielte Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen erfolgen. Dies

1 sollte im Sinne eines symmetrischen Abbaus von Ungleichgewichten gleichzeitig die Defizitländer im
2 Abbau ihrer Defizite unterstützen.

3 Ein außenwirtschaftlicher Stabilitätspakt für den Euroraum muss diesen symmetrischen Abbau
4 institutionell absichern. Er würde analog zum Stabilitäts- und Wachstumspakt arbeiten und
5 verbindliche Obergrenzen für Leistungsbilanzdefizite und –überschüsse festlegen. Dazu beinhaltet er
6 verbindliche Zeitpläne zur symmetrischen Anpassung von Überschuss- und Defizitländern
7 und wirksame Mechanismen bei Verstoß gegen die Obergrenzen. Zur Unterstützung der
8 Leistungsbilanzangleichung muss der makroökonomische Dialog zur besseren Koordinierung der
9 Lohn- und Fiskalpolitik aufgewertet werden. Weiterhin braucht es vermehrte Investitionen durch die
10 Europäische Investitionsbank und die Struktur- und Regionalfonds zur Unterstützung des
11 Aufholprozesses von Regionen mit Wettbewerbsproblemen. Das Mandat der EZB ist so zu
12 verändern, dass als mindestens gleichrangiges Ziel der Geldpolitik neben der Preisstabilität eine
13 synchrone wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone zu ermöglichen ist.

14

15 Hingegen lehnen wir eine Verschärfung des staatsschuldenorientierten Stabilitäts- und
16 Wachstumspakts, wie sie die aktuellen Beschlüsse („Sixpack“) des Europäischen Parlaments und Rates
17 der EU beinhalten, ab. Damit werden die prozyklischen Wirkungen des Paktes verstärkt und
18 Krisenländer zusätzlich belastet. Auch den Versuchen, den Euroländern eine Schuldenbremse nach
19 deutschem Vorbild aufzuzwingen, erteilen wir eine klare Absage.

20 Blickt man auf die Folgen, welche die versehentliche Abwertung Frankreichs durch die
21 Ratingagenturen hatte und die Versuche den Europäischen Rettungsschirm zu Fall zu bringen, über
22 eine Abwertung Frankreichs, dann wird deutlich, dass wir mittelfristig eine demokratisch kontrollierte
23 europäische Ratingagentur brauchen. Nur die Bewertungen von Ratingagenturen die demokratisch
24 kontrolliert und ihre Bewertungskriterien transparent offen legen sollen für die Erfüllung gesetzlicher
25 Vorschriften herangezogen werden dürfen. Dies gilt sowohl für staatliche Pensionsfonds die ab einer
26 bestimmten Bewertung verkaufen müssen, als auch für Bilanzierungsvorschriften.

27 Um die Dumpingstrategien einzelner Euroländer zu verhindern, die die Ungleichgewichte in der
28 Eurozone befördern, brauchen wir einen sozialen Stabilitätspakt für die EU. Dieser bestehend
29 mindestens aus Mindestanforderungen für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der sich
30 am jeweiligen nationalen Durchschnittslohn orientiert sowie Mindestanforderungen für die nationalen
31 Sozialausgaben in Abhängigkeit von der nationalen Wirtschaftsleistung, für die nationalen
32 Bildungsausgaben und für die Einnahmen aus verschiedenen Steuerarten, insbesondere auf hohe
33 Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne. Außerdem brauchen wir automatischen
34 Stabilisatoren wie eine europäische Basisarbeitslosenversicherung oder ein größeres EU-Budget um
35 asynchrone Konjunktursprünge in den Eurostaaten abzufedern. Die Einführung einer EU-weiten

1 Finanztransaktionssteuer für die Bewältigung der Finanzkrise könnte dazu ebenso beitragen wie zur
2 weltweiten Armutsbekämpfung und zum Klima- und Umweltschutz

3 Langfristig müssen zudem neue institutionelle Vorkehrungen zur Überwindung der sozialen und
4 gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte getroffen werden, damit der Euroraum ein tragfähiges
5 Wirtschaftsmodell entwickelt. Ein solches Wirtschaftsmodell erfordert eine Anpassung des
6 ordnungspolitischen Handlungsrahmens der Tarifpartner in der Eurozone und eine aufeinander
7 abgestimmte Fiskalpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten. Um dies langfristig zu ermöglichen, reicht
8 es nicht aus, dass einzelne Regierungen sich hier (freiwillig) koordinieren, weil die einzelnen Staaten
9 unterschiedliche Interessen verfolgen. Wettbewerb und Konkurrenz widersprechen aber grundsätzlich
10 einer freiwilligen Koordinierung, die konstruktive Kooperation erfordert. Deshalb müssen langfristig
11 auch die Strukturen so verändert werden, dass eine aufeinander abgestimmte Finanz- und
12 Wirtschaftspolitik begünstigt wird.

13 Dazu ist es nötig, Entscheidungen verbindlich auf europäischer Ebene zu treffen. Dafür ist es nicht
14 ausreichend, dass nur Entscheidungskompetenzen verlagert werden, ohne dass die Institutionen
15 angepasst werden. Notwendig ist es auch, dass zusätzlich die europäischen Entscheidungsgremien
16 demokratisiert werden. Im Zentrum dieser Demokratisierung steht für uns das europäische Parlament.
17 Es soll volles Budget- und Initiativrecht erhalten und muss gestärkt werden.

18 Nie war der Zeitpunkt dafür so günstig wie heute. Durch ein abgestimmtes europäisches Vorgehen
19 können wir in der Zukunft schnell und effektiv auf mögliche Krisen reagieren oder ihr Aufkommen
20 im Vorhinein verhindern.

21 Eine solche Strategie ist nicht ohne fundamentale Änderungen in der Verfasstheit der Europäischen
22 Union und ihrer Verträge zu bekommen. Das Projekt der europäischen Integration auf eine neue
23 Ebene zu heben kann auch nicht aus der Portokasse bezahlt werden. Es wird beträchtliche Summen
24 kosten und wird die Staatlichkeit der Mitgliedsstaaten und der EU grundlegend verändern. Über
25 sechzig Jahre nach Gründung der Montanunion ist dies der wahre Lackmustest für ein solidarisches,
26 föderales Europa, das gesamtwirtschaftliche Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet und
27 selbstzerstörerische nationale Egoismen überwindet. Europa gerecht für alle zu gestalten ist die
28 Alternative zu seinem Zerfall.

29

1 **K3 Öffentliche Investitionen: Wir wissen, was wir tun.**

2 **LV NRW**

3
4 Staatliche Investitionspolitik hat in der Diskussion meist ein hohes Potenzial für einen rein
5 ideologischen Schlagabtausch. Obwohl wir Jusos natürlich auch eine klare ideologische Grundhaltung
6 gegenüber staatlichen Investitionen haben, ist Ziel dieses Antrags zu diskutieren, welche staatlichen
7 Investitionen aus unserer Sicht zwingend notwendig sind, um positive Wohlfahrtseffekte zu erzielen
8 und auch um die Akzeptanz von Steuern zu heben.

9 Wir meinen: Nur, wenn immer wieder deutlich gemacht wird, was mit öffentlichen Geldern passiert
10 und warum es notwendig ist, wichtige Investitionen zu tätigen, wird sich die Einstellung zur
11 Erhebung von Steuern verbessern und auch nachhaltiger mit öffentlichen Gelder gewirtschaftet
12 werden.

13 14 **Der vorbeugende Sozialstaat**

15 Verschiedene SozialdemokratInnen, unter anderem Hannelore Kraft, haben inmitten einer
16 krisenhaften Zeit von insolventen Staaten und hyperventilierenden Märkten eine klare Haltung zu den
17 finanziellen Pflichten und Aufgaben des Staats eingenommen. Sie vertreten eine Position, die wir
18 Jusos begrüßen. Ganze Staaten drohen sich derzeit tot zu sparen, wenn soziale Leistungen und
19 öffentliche Investitionen gnadenlos zusammengestrichen werden. An dieser Stelle darf auch nicht
20 vergessen werden, was eine solch rigide Politik für den jüngeren Teil der Gesellschaft bedeutet. Es
21 wird massiv mit der Bildung und Zukunft der jungen Generation gespielt, weshalb wir Jusos uns auch
22 klar mit den friedlichen Protestierenden in Spanien und Griechenland solidarisieren!

23 Die Idee des vorsorgenden Sozialstaats wird derzeit in manchen Bundesländern mutig und
24 entschlossen in die breite öffentliche Diskussion gebracht. Das Thema wurde jedoch weder neu
25 erfunden, noch aus der Not heraus als Begründung für Politik heran gezogen. Dem vorsorgenden
26 Sozialstaat liegt der Gedanke zugrunde, dass Sozialpolitik sich nicht darauf beschränken darf, die
27 Auswirkungen sozialer Notlagen Einzelner auszugleichen, sondern vor allem dafür sorgen muss, die
28 Entstehung solcher Notlagen vorsorgend und im Sinne der gesamten Gesellschaft zu vermeiden.
29 Hierbei werden selbstverständlich die Bereiche Bildung, Erziehung, Gesundheitsvorsorge, Wirtschaft
30 und andere Lebensbereiche eingeschlossen.

31 Während des letzten Jahres wurde die Diskussion um diesen Themenbereich besonders heftig und
32 öffentlichkeitswirksam im Bundesland NRW innerhalb zwischen rot-grüner Koalition und schwarz-
33 gelber Opposition geführt. Es wurden viele Positionen ausgetauscht und interessante Studien

1 angefertigt, welche die Haltung der Jusos bestärken. Eine vielbeachtete Studie bei der Prognos AG²¹,
2 welche die sozialen Folgekosten eindrucksvoll bilanziert und klar macht, wie viel Geld durch
3 durchdachte Investitionen kurz-, mittel- und langfristig eingespart werden kann, wird besonders
4 deutlich. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass mittel- bis langfristig ein Einsparpotenzial von 7,89
5 Mrd. Euro pro Jahr alleine im Bundesland Nordrhein-Westfalen ausgeschöpft werden kann. Zudem
6 würden ohne entsprechende Investitionen jährlich 15,38 Mrd. Euro (bestehend aus 7,7 Mrd. Euro
7 Nettoerwerbseinkommen der Betroffenen, 3,3 Mrd. Euro Einkommenssteuer und 4,45 Mrd. Euro
8 Sozialversicherungsbeiträgen) aufgrund fehlender Berufsabschlüsse verloren gehen. Die Studie rät
9 dringend zur Vermeidung sozialer Folgekosten und rät zu präventiven Strategien, also auch wichtigen
10 Investitionen. Auch Prof. Dr. Stefan Sell, Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und
11 Sozialwissenschaften, kommt in einem Vortrag „Präventive Bildungs- und Sozialpolitik und ihre
12 finanzpolitischen Implikationen“²² zu ähnlichen Schlüssen. Er rät dazu früher zu investieren, damit
13 spätere Reparaturen überflüssig werden: „Sukzessive Umschichtung der Ausgaben von den end-of-
14 pipe-Maßnahmen hin zu den frühen Interventionen“. Dabei weist er auch daraufhin, dass während
15 der Übergangszeiträume eine Doppelfinanzierung der Investitionen und Reparaturen nötig ist. Sogar
16 eine von der CDU in Auftrag gegebene Studie, die eigentlich eine Gegenposition beziehen sollte und
17 dies auch teilweise tut, kommt zu dem Schluss: „Grundsätzlich ist der Ansatz, präventiver
18 Sozialpolitik einen Vorrang gegenüber reaktiven Maßnahmen einzuräumen, sinnvoll. Sowohl aus
19 menschlichen als auch aus rein ökonomischen Gesichtspunkten ist die ex-ante-Verhinderung einer
20 Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen einem meist sehr teuren, langwierigen und häufig
21 äußert persistenten ex-post-Eingriff grundsätzlich vorzuziehen.“²³

22

23 Bereits Herbert Wehner hat in einer Rede von 1978 gesagt, „dass die präventive Funktion der
24 Sozialpolitik ausgebaut werden muss“. Der Sozialstaat solle nicht bloß als „Sanitätskolonne ‚mit dem
25 Pflasterkasten der Entwicklung hinterherlaufen“. Sowohl im Berliner Programm als auch im
26 Hamburger Programm legt die SPD Wert darauf, dass Sozialpolitik vor allem auch einen
27 vorbeugenden Charakter haben soll. Somit trifft ein klares Bekenntnis zur vorbeugenden Sozialpolitik
28 aus investitionspolitischer Sicht nicht nur den Nerv der Zeit, sondern zeigt auch unsere politische
29 Herkunft. Wir Jusos bekennen uns ausdrücklich zur Idee des vorsorgenden Sozialstaats, solange die
30 Präventionspolitik nicht gegen die reaktive Sozialpolitik ausgespielt wird. Für uns ist
31 selbstverständlich, dass Sozialleistungen nicht mit der Begründung gekürzt werden dürfen, dass sich
32 mittelfristig mit Präventionspolitik mehr sparen lässt.

21 Prognos AG: Soziale Prävention – Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Basel 2011.

22 Sell, Prof. Dr. Stefan: Präventive Bildungs- und Sozialpolitik und ihre finanzpolitischen Implikationen. Vortrag bei den
„Gelsenkirchener Gesprächen“ der NRWSPD. Gelsenkirchen 2011.

23 Raffelhüschen, Bernd/ Benz, Tobias: Der Ausbau präventiver Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen. Freiburg 2011.

1 **Der Investitionsbegriff**

2 Der Begriff „Investition“ ist ein häufig missverständener und auch missbrauchter Begriff. Gerade in
3 der politischen Debatte reicht es nicht aus, nur Investitionen in Sachkapital wie Gebäude unter diesen
4 Begriff zu fassen. Auch wichtige staatliche Ausgaben z.B. im Bereich der Bildung, aber auch der
5 präventiven Sozialpolitik sind insoweit Investitionen, als sie den Staat kurzfristig zwar Geld kosten,
6 langfristig aber teils erhebliche Kosten einsparen. Allerdings wäre es eine Verkürzung der Aufgaben
7 von Bildung und Sozialpolitik, diese nur als 'Investitionen in Humankapital' zu betrachten. Einer
8 solchen Formulierung liegt ein Menschenbild zu Grunde, das den Menschen nur als ökonomisch
9 verwertbaren Produktionsfaktor betrachtet; dieses Menschenbild lehnen wir ausdrücklich ab.

10

11 Dessen ungeachtet gilt aber wie schon formuliert, dass Ausgaben für Bildung und Sozialpolitik für den
12 Staat genauso wie 'klassische' Investitionen eine 'Rendite' in Form später eingesparter Kosten
13 abwerfen können. Deshalb ist es ausdrücklich falsch, wenn Konservative und Liberale für derartige
14 Ausgaben eine Neuverschuldung kategorisch ausschließen. Wer so argumentiert, unterlässt im Zweifel
15 wichtige staatliche Ausgaben, die später zu erheblich mehr Kosten staatliche Eingriffe erzwingen.

16 **Zukunftsfelder zur Erhöhung eines langfristigen Wachstumspotenzials**

17 Wichtige Zukunftsfelder für den Einsatz von staatlichen Investitionen liegen praktisch auf der Hand
18 und werden auch gerne in Sonntagsreden beschwört. So zahlen sich Investitionen in Informations-
19 und Kommunikationstechnologie (IKT) zwar erst in einem langfristigen Wirkungshorizont aus, sind
20 jedoch für die Informationsgesellschaft Vorbedingung. Von 1995 bis 2000 konnten in den USA 70
21 Prozent des zusätzlichen Wirtschaftswachstums auf Investitionen in IKT zurückgeführt werden.²⁴
22 Und natürlich zahlen sich auch Investitionen im Bereich Nachhaltigkeit doppelt aus: Auch wenn es
23 für uns Jusos in erster Linie ein Gebot der Vernunft und Menschlichkeit ist, unseren Klima und
24 Umwelt zu schützen, so zahlt es sich dennoch auch wirtschaftlich aus. Schließlich belaufen sich unter
25 der Prämisse des Nichthandelns die zu erwartenden weltweiten Kosten des Klimawandels auf bis zu
26 20 Prozent des globalen Bruttonationalprodukts (BNP); wohingegen Maßnahmen zur Senkung der
27 CO₂-Emissionen mit 1 Prozent des weltweiten BNP zu Buche schlagen. Zudem werden durch
28 diese Investitionen weitere Wachstumspotenziale im Bereich der Forschung und Innovation
29 freigesetzt.²⁵

30

31 **Investitionen im Bildungssektor größte Aufgabe sozialer Prävention**

24 Wochenbericht des DIW unter <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/97609/09-19-1.pdf>

25 Stern, N.: The Stern Review: The Economics of Climate Change. Cambridge MA 2006, www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm.

1 Bildung darf nicht vorrangig unter dem Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit diskutiert werden.
2 Jedem Menschen den Zugang zu bestmöglicher Bildung zu gewährleisten, ist ein zentraler
3 sozialpolitischer Auftrag, weil Bildung die Grundlage für eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft und
4 für die Herausbildung der Persönlichkeit bildet.

5 Dessen ungeachtet hat eine Verbesserung des Bildungssystems natürlich auch positive ökonomische
6 Folgewirkungen. Auch hier wird die Debatte häufig verkürzt. Richtig ist aber, dass eine allgemeine
7 Erhöhung des Bildungsniveaus den Wandel der Erwerbsgesellschaft hin zu immer höher qualifizierten
8 Tätigkeiten unterstützt und damit z.B. dem sogenannten 'Fachkräftemangel' entgegenwirkt. Damit
9 wird wirtschaftliches Wachstum ermöglicht, was für den Staat höhere Einnahmen bedeutet, die eine
10 Art 'Rendite' für die Ausgaben ins Bildungssystem darstellen.

11 So zeigte die Studie der Prognos AG zur Bilanzierung von sozialen Folgekosten deutlich, dass eine
12 Erhöhung der AbiturientInnen-Quote auch das spätere Einkommen und somit natürlich auch die
13 Einnahmen des Staats aus Steuern deutlich ansteigen. Auch der viel zitierte Fachkräftemangel, der
14 von Prognos bis zum Jahr 2030 mit 730.000 Personen angesetzt wurde, würde zu dramatischen
15 Steuereinbußen von 6 Milliarden Euro führen. Zunächst wäre vor allem die Erhöhung der
16 AkademikerInnen-Quote notwendig, um dies zu verhindern, darüber hinaus aber auch die Erhöhung
17 der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

18 Neben diesen für uns wenig überraschenden Erkenntnissen der Prognos-Studie, die uns aber natürlich
19 dennoch auch in unseren bisherigen Beschlussfassungen zu diesem Thema bestärken, möchten wir
20 neben den direkten Effekten, die staatliche Investitionen im Bildungsbereich erzielen, auch die
21 indirekten Effekte, die weit über den Bildungssektor hinaus gehen, betonen.

22 Die Universitäten Köln und Münster haben beispielsweise ihre WirtschaftswissenschaftlerInnen
23 beauftragt, die Wirtschaftskraft ihres wissenschaftlichen Betriebs zu analysieren. Wissenschaft und
24 Forschung sind neben der Innovations- und Ausbildungsfunktion auch für direkte wirtschaftliche
25 Effekte für die Stadt und die Region Köln verantwortlich. Die Wirtschaftskraft der Kölner
26 Wissenschaft beträgt rund 1,25 Mrd. Euro pro Jahr. Die Nachfragewirkung der wissenschaftlichen
27 Einrichtungen beläuft sich dabei auf zirka 600 Mio. Euro Nachfrage, die der Studierenden auf rund
28 620 Mio. Euro sowie die durch wissenschaftliche Kongresse hervorgerufene Nachfragewirkung auf
29 rund 30 Mio. Euro. Die Verteilung der Wirtschaftskraft bzw. Nachfragewirkung auf einzelne
30 Branchen in der Region ergibt folgendes Bild: Rund 400 Mio. Euro Nachfragewirkung wird im
31 Wohnungswesen hervorgerufen, weitere rund 300 Mio. Euro im Einzelhandel und rund 150 Mio.
32 Euro im verarbeitenden Gewerbe. Die übrigen rund 400 Mio. Euro Nachfrage verteilen sich auf

1 weitere Branchen. Das durch die wissenschaftlichen Einrichtungen hervorgerufene
2 Gewerbesteueraufkommen beträgt allein für die Stadt Köln über 11 Mio. Euro pro Jahr.²⁶

3 Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der Analyse der Universität Münster. Die Studie berücksichtigt
4 allerdings weniger die Nachfragewirkung, als die wirtschaftliche Bedeutung der Studierenden in der
5 Stadt Münster. Die von den Studierenden und ihren Besuchern getätigten Ausgaben fließen den
6 jeweiligen ZahlungsempfängerInnen (so z. B. Gastronomie oder Einzelhandel) als Umsatzerlöse zu.
7 Diese setzen die Erlöse für den Kauf von Vorprodukten bzw. Vorleistungen ein, bezahlen ihre
8 Angestellten und konsumieren einen Teil, was wiederum zu Beschäftigung und erneutem Konsum
9 führt. Somit vervielfachen sich die ursprünglichen autonomen Ausgaben durch die innerhalb der
10 städtischen Wirtschaft bestehenden Kreislaufbeziehungen. Es ergibt sich ein Gesamteffekt in Höhe
11 von 3.332 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Münster. Diese Arbeitsplätze werden allein durch die
12 Ausgaben der Studierenden und ihrer Besucher geschaffen.²⁷

13 Somit sind Investitionen im Bildungsbereich nicht nur von einem langfristigen Wirkungshorizont
14 geprägt, sondern haben auch kurzfristig einen messbar positiven Wohlfahrtseffekt für die
15 Gesamtgesellschaft. Insgesamt ist für uns Jusos hiermit eine solide und gute Begründung für eine
16 deutliche Erhöhung öffentlicher Investitionen im Bildungsbereich gegeben, wenn auch diese
17 Investitionen zwischenzeitlich durch Kredite finanziert werden müssten.

18

19 **Beispiel Kommunen: Politische Handlungsfähigkeit sichern**

20 Neben den inhaltlichen guten Gründen für Investitionen sehen wir auch politisch gute Gründe für
21 Investitionen innerhalb des vorsorgenden Sozialstaats. Zuletzt fehlte den Kommunen zunehmend
22 politische Handlungsfähigkeit. Diskussionen um die Kürzungen im kulturellen und sozialen Bereich
23 konnten schließlich nicht mehr sachorientiert geführt werden. Der reine Mangel musste verwaltet
24 werden, der Bewegungsspielraum, um derartige Kürzungen zu verhindern war praktisch gleich Null.
25 Und dennoch können Bürgerinnen und Bürger von der Politik zu Recht erwarten, dass sich die
26 Parteien in ihrem politischen Handeln unterscheiden und ihre Handlungsfähigkeit erhalten.
27 Sukzessive muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder hergestellt werden, damit die Politik
28 wieder in die Lage versetzt wird nachhaltige Investitionen zu tätigen.

29 Handlungsfähige Kommunen sind aber vor allem auch deshalb von hervorragender Bedeutung, weil in
30 den Kommunen ein beachtlicher Prozentsatz der präventiven Maßnahmen geleistet werden muss oder
31 müsste. Vor Ort gewinnt der vorsorgende Sozialstaat weitestgehend sein Gesicht und seine Akzeptanz
32 und hier können Fehlentwicklungen und Folgekosten reduziert werden. Gerade in den Kommunen

26 Erster Kölner Wissenschafts-Wirtschaftsbericht, unter <http://www.portal.uni-koeln.de/2870.html>

27 van Suntum, Lurweg, Spieker: Student Relations – Die ökonomische Bedeutung der Studierenden für die Stadt Münster

1 bedarf es umfassenden Konzepten, beispielsweise muss eine schlüssige Präventionskette von der
2 Betreuung der Eltern vor der Geburt ihres Kindes, bis zum Berufseintritt des Nachwuchses vorhanden
3 sein. So werden die sozialen Folgekosten minimiert und die Chancen der Menschen verbessert
4 vollumfänglich an der Gesellschaft zu partizipieren. Deshalb müssen Kommunen ausfinanziert
5 werden, damit sie nachhaltig investieren können.

6

7 Für die eigenständige Finanzierung der Kommunen war es zentral, dass die SPD im Bund den Erhalt
8 der Gewerbesteuer durchgesetzt hat. Diese muss langfristig zu einer Wertschöpfungssteuer
9 weiterentwickelt werden, um den Kommunen eine vom Konjunkturverlauf unabhängige
10 Finanzierung zu gewährleisten. Auch weitere kommunale Steuern wie die Grundsteuer müssen so
11 weiterentwickelt werden, dass sie höhere Einnahmen für die Kommunen generieren, ohne eine
12 unerwünschte Verteilungswirkung (z.B. über einen Anstieg der Mietpreise) zu verursachen. Die
13 Länder sind aufgefordert, die kommunalen Finanzausgleichssysteme finanziell so auszustatten und so
14 auszugestalten, dass die Kommunen entsprechend ihrer Bereitstellung von Infra- und Sozialstruktur
15 auch gegenüber dem Umland ausfinanziert sind. Die Länder und der Bund müssen die steuerlichen
16 Verteilungsschlüssel der Gemeinschaftssteuer zugunsten der Kommunen verändern. Außerdem muss
17 die zunehmende Übertragung von Aufgaben im sozialen Bereich ohne entsprechende Erhöhung der
18 Finanzausstattung der Kommunen (z.B. beim SGB II) beendet werden.

19

20 **Infrastruktur ausfinanzieren, statt von Substanz leben**

21 Die Infrastruktur ist ein absolut wichtiger Bestandteil der Bundesrepublik. Sie trägt dazu bei, dass das
22 Gemeinwesen funktionieren kann, sorgt für Mobilität, Kommunikation und Wohlstand. Wir sagen,
23 dass man Investitionen in Bildung als mindestens genauso wichtig bewerten muss, wie Investitionen in
24 Infrastruktur. Nichts desto trotz sind infrastrukturelle Maßnahmen wichtig. Verrottende öffentliche
25 Gebäude, kaputte Straßen und Wege – wer die Infrastruktur eines Landes verkommen lässt spart
26 kurzfristig möglicherweise Ausgaben. Doch langfristig ist dieses kurzsichtige Verhalten eine
27 Versündigung an der Gesamtgesellschaft. Wichtige und vor allem in der Entstehung teure, aber
28 wertvolle Infrastruktur, muss dringend erhalten und ausgebaut werden. Jeder Tag, den Investitionen
29 und Sanierungen von Infrastrukturmaßnahmen verschleppt werden, bedeutet das Leben auf Kosten
30 der Substanz unserer Gesellschaft. Und bedeutet vor allem einen Sanierungsstau, der immer größer
31 wird. So werden die Kosten für einzelne Projekte immer größer, je länger man mit
32 Instandsetzungsmaßnahmen wartet. Irgendwann kommt möglicherweise nur noch ein Abriss und
33 Neubau eines Gebäudes oder einer Brücke in Frage. Das treibt die Kosten dann zusätzlich in die
34 Höhe und hat mit präventiver Finanzpolitik gar nichts zu tun. Es herrscht jetzt schon dringender
35 Handlungsbedarf. Alleine in Nordrhein-Westfalen müssen beispielsweise in den nächsten 10 Jahren

1 auf den Autobahnen und Bundesstraßen rund 300 Brücken saniert oder teilweise neu gebaut werden,
2 wie das Verkehrsministerium am 4. Juli²⁸ veröffentlichte. Solche Projekte sind für die Mobilität und
3 Verkehrssicherheit und übrigens auch für die Versorgung mit Gütern, unabdingbar.

4 **Zur Akzeptanz von Steuern**

5 In Nordeuropa ist die Akzeptanz von Steuern unter den Bürgerinnen und Bürger eine merklich andere
6 als in der Bundesrepublik. Die skandinavischen Länder erreichen ihre eindrucksvolle
7 Wirtschaftsleistung mit relativ hohen Steuerlasten. Die Steuern als Anteil am Bruttoinlandsprodukt
8 sind 56 % höher als in Deutschland, mit Sozialabgaben immer noch 12 % höher. Die Lohnsteuer einer
9 Einzelperson ohne Kinder als Anteil am Bruttoeinkommen ist durchschnittlich 8 % höher.²⁹ In
10 Schweden, Dänemark oder Finnland zahlen Spitzenmanager, Investmentbanker und andere
11 Hochbezahlte mehr als 50 Prozent Einkommensteuer. Trotzdem wächst die Wirtschaft. Die
12 Arbeitslosigkeit ist niedrig. Die Unternehmen schreiben gute Gewinne. Und nirgendwo sonst in der
13 westlichen Welt ist der Abstand zwischen oben und unten so gering. Zusätzlich ist auch die Existenz
14 von Steuern unter Bürgerinnen und Bürgern unumstritten – auch, weil staatliche Ausgaben sichtbar in
15 anerkannte gesellschaftliche Aufgaben fließen, wie flächendeckender Kinderbetreuung und guter
16 Bildung.

17

18 **Weitere Forderungen vor diesem Hintergrund**

19 Wir fordern die SPD auf allen Ebenen dazu auf, überall offensiv dafür zu werben, dass die dringend
20 benötigten Steuermehreinnahmen durch entsprechende Steuererhöhungen für Investitionen in dem
21 hier beschriebenen Sinne eingesetzt werden. Wir benötigen erheblich mehr Geld für Bildung,
22 Soziales, Kommunen und Infrastruktur. Wir fordern das Eintreten für die Idee des vorsorgenden
23 Sozialstaats auf allen Ebenen. Die Jusos haben sich immer für einen starken und handlungsfähigen
24 Staat und für eine Umverteilung von oben nach unten eingesetzt. Gerade in wirtschaftlich unsicheren
25 Zeiten sehen wir uns mehr denn je in unserem Ansatz bestätigt, staatliche Investitionen in
26 Infrastruktur und Bildung unabhängig von staatlichen Einnahmen vorzunehmen, um die Zukunft der
27 jungen Generation zu sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

28 Pressemitteilung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes NRW vom
4.07.2011

29 <http://www.jjahnke.net/skan.html>

1 **M1 Chancengleichheit und Teilhabe – Integrationspolitik**

2 **bei den Jusos**

3 **Bundeschvorstand**

4
5 Was „Integration“ für uns bedeutet?

6 In der Bundesrepublik leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Jedes
7 dritte Kind entstammt aus einer Familie, die nach 1950 zugezogen ist. Gleichzeitig werden in der
8 Bundesrepublik täglich Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert – sozial und strukturell.
9 Teile der Mehrheits- oder auch Dominanzgesellschaft reagieren auf die vermeintlich „Andersartigen“
10 mit Skepsis, im schlimmsten Fall mit körperlicher Gewalt und rassistischer Hetze.

11 Dabei ist „Migrationshintergrund“ nicht nur eine statistische Einordnung. Entscheidend für die
12 öffentliche Zuordnung ist nicht so sehr, ob jemand selbst oder die Eltern nach Deutschland migriert
13 sind. In öffentlichen Debatten wird der „Migrationshintergrund“ meist nur dann erwähnt, wenn die
14 Person oder ihre Vorfahren aus muslimisch geprägten Ländern oder dem Mittelmeerraum kommen.
15 Gerade diese Gruppen sind im Alltag besonders benachteiligt, und in erster Linie Adressaten der
16 Aufforderung, sich „kulturell“ der „Mehrheitsgesellschaft“ anzupassen.

17 Wir wollen dagegen keine oktroyierte Integrationspolitik, die Forderungen an einzelne Menschen
18 stellt, die angeblich von einer „deutschen Leitkultur“ abweichen. Aus dem Grundsatz der gleichen
19 Freiheitsrechte für alle ergibt sich für uns auch das Recht, dass Menschen ihr Leben nach eigenen
20 Vorstellungen gestalten können. Zudem: „Die“ eine Kultur „der“ Mehrheitsgesellschaft gibt es in
21 Deutschland nicht. Offensichtlich ist, dass die soziale Stellung, persönliche Einstellungen und
22 Verhaltensweisen eines Menschen, ihn wesentlich stärker beeinflussen als die ethnische Herkunft oder
23 die Religionszugehörigkeit.

24 Hinzu kommt: Definiert man die „Leitkultur“ schlicht mit der durch das Grundgesetz beschriebene
25 Verfassungsordnung, so wird es banal. Die fast absolute Mehrzahl der Menschen in diesem Land
26 respektiert die Verfassung und hält sich an die allgemeinen Gesetze – unabhängig vom ethnischen
27 Hintergrund. Das ständige Herumreiten auf der Frage nach der Gesetzes- und Verfassungstreue von
28 MigrantInnen wirkt hier ausgrenzend, stigmatisierend und verletzend.

29 Zudem haben die meisten Menschen mehrere Identitäten zugleich – sei es als FacharbeiterIn,
30 LiebhaberIn und Fußballfan oder als MuslimIn, ProtestantIn, DeutscheR, StudentIn, HeimwerkerIn
31 und noch als vieles mehr. Niemand muss sich zwangsläufig entweder als „DeutscheR“ oder „TürkIn“
32 fühlen. Und selbst wenn, so sagt dies noch nichts darüber aus, welche konkreten gesellschaftlichen
33 Einstellungen sich daraus ergeben.

1 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichgestellt und solidarisch miteinander leben,
2 die gleichen Rechte und Freiheiten haben – ungeachtet ihrer sozialen, geografischen oder ethnischen
3 Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Diese Freiheitsrechte für alle
4 Menschen zu gewährleisten, bedeutet die Verpflichtung zu politischem Handeln, um eine Gleichheit
5 an Rechten und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten aller zu erreichen.

6 Wir wollen uns deshalb bewusst von einer Diskussion abgrenzen, die nur die MigrantInnen als
7 Adressaten von „Maßnahmen zur Integration“ versteht. Für uns ist vielmehr klar: In erster Linie muss
8 die Mehrheitsgesellschaft sich von der Idee der einseitigen Integration in eine wie auch immer geartete
9 „deutsche Kultur“ verabschieden. Auch wird ein „Zusammenwachsen“ nur dann gelingen, wenn
10 Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen in diesem Land gewährleistet
11 sind! Auch begrifflich machen wir das deutlich, indem wir in der politischen Debatte den Begriff
12 ‚Integrationspolitik‘ durch ‚Teilhabe- und Partizipationspolitik‘ ersetzen wollen.

13

14 **Rassismus und Leitkultur – zur aktuellen Debatte**

15 Dem steht eine öffentliche Debatte gegenüber, die sich vor allem auf die angeblich fehlende
16 „Integrationsfähigkeit“ „des“ Islams konzentriert. Im Kern handelt es sich bei der
17 Integrationsdiskussion damit um eine auf türkei- und arabischstämmige Menschen bezogene Debatte.
18 Vorurteile und Diffamierungen, die aktuell den Islam treffen wie beispielsweise der Vorwurf der
19 Rückständigkeit und der angeblichen Unvereinbarkeit mit „westlich-abendländischen Werten“ – was
20 auch immer das sein mag – wurden früher bereits auf TürkInnen abgeladen.

21 Ähnlich fragwürdig sind auch die Diskussionen über „Parallelgesellschaften“. Dass in manchen
22 Stadtteilen mehr Menschen mit Migrationshintergrund leben als in anderen, ist eine Banalität.
23 „Parallelgesellschaft“ soll dann sein, wenn Menschen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund
24 sich nur noch in Zusammenhängen aufhalten, in denen alle anderen denselben ethnischen
25 Hintergrund haben. Nur – auch dies ist banal – entscheidend dafür, wo jemand wohnt und mit wem
26 jemand den Alltag verbringt, ist in erster Linie, zu welcher sozialen Schicht jemand gehört. Probleme
27 in Stadtteilen entstehen in erster Linie aufgrund Armut und sozialer Ausgrenzung, und das betrifft die
28 Menschen dort unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

29

30 **Zum Stand der Integrationsdebatte in der SPD**

31 Die Sozialdemokratie war in den Integrationsdebatten der letzten Jahrzehnte zu zaghaft: Zwar haben
32 sich SozialdemokratInnen in Stadtteilen und Betrieben an vielen Stellen für die Belange von
33 Menschen mit Migrationshintergrund eingesetzt. Mit Heinz Kühn stellt die SPD im Jahr 1978

1 zudem den ersten Ausländerbeauftragten einer Bundesregierung. Trotzdem wurde zu keinem
2 Zeitpunkt das Thema Integration selbstbewusst und positiv besetzt in der Öffentlichkeit vertreten.
3 Noch immer finden sich auf allen Funktionsebenen der SPD zu wenige GenossInnen mit
4 Migrationshintergrund. Die Debatte um das Sarrazin-Buch zeigte zudem, wie tief auch Teile der
5 Partei von der aktuellen Integrationsdebatte beeinflusst sind. Die SPD droht damit ihre führende
6 Rolle bei der Vertretung von Menschen mit Migrationshintergrund zu verlieren.

7

8 **Politik für Teilhabe und Chancengleichheit**

9 **Integration und Bildung**

10 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden immer noch auf allen Ebenen des
11 Bildungssystems diskriminiert und benachteiligt. Die Jusos haben es sich zum Ziel gesetzt, das
12 Aufstiegsversprechen zu erneuern. Wir erachten Bildung als wichtigen, aber nicht als einzigen
13 Schlüssel für den sozialen Aufstieg. Wir fordern ein Bildungswesen, das einer vermeintlichen
14 „Leitkultur“ und einer unterstellten „Integrationsunwilligkeit“ ein „humanistisches System mit
15 Teilhabegarantie“ entgegenstellt. Wir fordern eine bessere Einbindung von Kindern mit
16 Migrationshintergrund in den Kitaalltag und deshalb eine Kitapflicht bei konsequenter
17 Beitragsfreiheit für Kindertagesstätten und Kindergärten für alle Kinder ab dem 3. Lebensjahr. In der
18 Kindertagesstätte knüpfen sie soziale Kontakte, dort werden auch soziale Kompetenzen gefördert.
19 Dort soll schon früh möglichen Sprachdefiziten durch gezielte Förderung entgegengewirkt werden.
20 Die duale ErzieherInnenausbildung muss ausgebaut werden, um ein Höchstmaß an praktischer
21 Erfahrung zu ermöglichen. Parallel dazu sollte ein neuer Studiengang mit hohen Praxisanteilen
22 entwickelt und etabliert werden. Sowohl in der Ausbildung, wie auch im Studium muss die Erlernung
23 von didaktisch-methodischen Prinzipien des kulturbezogenen Lernens klarer Bestandteil sein.

24 Deutschland missachtet das Recht auf Bildung weiterhin konsequent. So wird Kindern ohne regulären
25 Aufenthaltstitel, Asylbewerbern oder Jugendlichen mit Duldung nach wie vor die umfassende
26 Inanspruchnahme der Bildungsangebote erschwert oder unmöglich gemacht. Dies widerspricht der
27 UN Kinderrechtskonvention. Kindern und Jugendlichen dürfen aufgrund ihres rechtlichen Status
28 keine Zukunftschancen verbaut werden, sie müssen frühzeitig gefördert werden und vollständigen
29 Zugang zum hiesigen Bildungssystem erhalten. Die Jusos fordern daher die vollständige Öffnung
30 deutscher Bildungsinstitutionen für Kinder ohne regulären Aufenthaltstitel.

31 Gerade in der Schule zeigt sich die spezifische Benachteiligung noch einmal sehr deutlich. Das
32 dreigliedrige Schulsystem mit seiner sehr frühen Selektion, führt immer wieder dazu, dass Kinder mit
33 Migrationshintergrund auf dem Bildungsweg abgehängt werden: 40,5 % der Kinder mit
34 Migrationshintergrund besuchen eine Hauptschule (ohne Migrationshintergrund: 14,8%); nur 21,2 %
35 besuchen ein Gymnasium (44,7 %). 17,5 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verlassen die

1 Schule ohne Abschluss (7,2%). Kinder mit Migrationshintergrund werden zudem wesentlich häufiger
2 auf Sonderschulen verwiesen. Dies hat auch gravierende Folgen für ihre Chancen auf dem
3 Arbeitsmarkt und führt dazu, dass viele ohne Ausbildung in die Perspektivlosigkeit gedrängt werden.
4 Wir fordern ein längeres gemeinsames Lernen von Anfang an und zwar für alle Kinder. Das
5 dreigliedrige Schulsystem muss in ganz Deutschland abgeschafft und Gesamtschulen mit ganztägigen
6 Betreuungsangeboten ausgebaut werden. Außerdem fordern wir für jedeN das Recht auf einen
7 Schulabschluss, d.h. dass es für jedeN die Absicherung geben muss, einen Schulabschluss jederzeit
8 kostenfrei nachholen zu können.

9 Doch nicht nur an den Rahmenbedingungen sondern auch in den Schulen selbst muss sich einiges
10 ändern. So darf es nicht schon zu einer Segregation bei der Einteilung in Schulklassen kommen.
11 Klassen in denen einerseits 90 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben und es andererseits
12 Klassen mit 90 % ohne Migrationshintergrund gibt können nicht akzeptiert werden. Außerdem
13 fordern wir mehr SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen, die wie auch LehrerInnen, in
14 ihrer Ausbildung didaktisch-methodische Prinzipien des kulturbezogenen Lehrens und Lernens
15 erwerben müssen.

16 Sprachwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass es Menschen die bereits eine Sprache
17 selbstverständlich sprechen, einfacher fällt, eine weitere Sprache zu erlernen. Sprachförderung darf
18 jedoch nicht nur in abgesonderter Form stattfinden, sondern muss integraler Bestandteil eine jeden
19 (Fach-) Unterrichts sein. Hierbei muss der Ansatz sein, die deutschen sowie die erstsprachlichen
20 Sprachfähigkeiten zu fördern. Deshalb fordern wir den Ausbau der erstsprachlichen Förderung, es
21 muss die Möglichkeit geben die eigene Erstsprache im Unterricht zu erlernen. Mehrsprachigkeit ist
22 eine Bereicherung und sollte auch als eine solche anerkannt werden, daher sollten sie die Möglichkeit
23 haben, ihre Erstsprache in die Hochschulreife einzubringen.

24 Die Anerkennung und Förderung der Mehrsprachigkeit schließt auch eine konsequente finanzielle
25 und personelle Förderung von Deutsch als Zweitsprache ein (DaZ). Die DaZ-Förderung muss bereits
26 in der Kita einsetzen und darf gerade in der Schule mit Blick auf das Beherrschen der Bildungs- bzw.
27 Schulsprache nicht fehlen.

28 Junge Menschen benötigen schon früh Identifikationsfiguren. Etwa jedes dritte Kind in Deutschland
29 hat einen Migrationshintergrund, doch nur ca. 3% aller LehrerInnen. Dabei könnten gerade diese eine
30 solche Funktion übernehmen, in dem sie einerseits die Ansprüche ihrer SchülerInnen besser verstehen
31 können und gleichzeitig, als Positivbeispiel wahrgenommen werden können. Deshalb fordern wir
32 Länder, Schulen und Hochschulen dazu auf, mehr SchulabgängerInnen mit Migrationshintergrund zu
33 einem Lehramtsstudium zu motivieren, beispielsweise durch Kampagnen und bei gleicher
34 Qualifikation bevorzugt LehrerInnen mit Migrationshintergrund einzustellen.

1 MigrantInnen sind noch immer in Schulbüchern unterrepräsentiert. Die Personen- und
2 Gesellschaftsdarstellungen in den Schulbüchern spiegeln die gesellschaftlichen Realitäten häufig nicht
3 wieder und damit wird den SchülerInnen eine verzerrte Wahrnehmung vermittelt. Deswegen fordern
4 wir, dass MigrantInnen in Schulbüchern entsprechend ihrer Präsenz in der Gesellschaft dargestellt
5 werden.

6 Auch an den Hochschulen, stellen Studierende mit Migrationshintergrund gerade mal 11% der
7 gesamten Studierendenschaft. Auch hier muss es eine stärkere Förderung geben. Durch Kampagnen
8 in und außerhalb der Schule, muss ein Studium auch für Personen aus sozialschwachen Familien, aus
9 denen Kinder mit Migrationshintergrund immer noch sehr oft stammen, attraktiv dargestellt werden.
10 Außerdem muss die Studienförderung wieder umfassender und ein elternunabhängiges BAföG
11 endlich eingeführt werden, um so zumindest die finanziellen Hürden, die ein Studium möglicherweise
12 verhindern, abzuschwächen.

13 **Arbeitsmarkt**

14 Die duale Ausbildung ist ein wichtiger Einstieg in den Arbeitsmarkt für jeden Jugendlichen. Hier
15 folgen schon die ersten Hürden für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die es zu überwinden gilt.
16 Selbst bei gleichen schulischen Leistungen erhalten Jugendliche mit Migrationshintergrund seltener
17 eine Ausbildungsstelle als andere. Diese doppelte Diskriminierung speist sich nicht zuletzt aus
18 bestehenden Vorurteilen. Deshalb ist es gerade auch auf dem Ausbildungsmarkt erforderlich, dass
19 insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund gleiche Chancen auf einen Ausbildungsplatz
20 erhalten. Dies liegt auch daran, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund wesentlich
21 schlechtere Bildungschancen und damit auch vermehrt schlechtere oder keine Bildungsabschlüsse
22 besitzen. Da die Anforderungen an die formalen Qualifikationen der BewerberInnen in den letzten
23 Jahren stets gestiegen sind, folgt hieraus ein großes Problem für diese Gruppe.

24 Als Lösungsansatz wird aktuell versucht mit einem „berufsvorbereitenden Jahr“ und/oder der
25 „Einstiegsqualifizierung“ (EQ) diese, meistens aus sozial schwächeren Mileus, über Umwege in eine
26 betriebliche Ausbildung zu bringen. Doch diesen Optimalfall erreichen die wenigsten und falls doch,
27 führt diese zum größten Teil in die Erwerbslosigkeit oder atypische Beschäftigungsverhältnisse, da sie
28 als minderwertig angesehen wird. Allein im Jahr 2010 sind mehr als 320.000 Jugendliche in den
29 Warteschleifen und Ersatzmaßnahmen des so genannten Übergangssystems gelandet. Wir müssen
30 endlich den Wildwuchs der Warteschleifen lichten und durch ein transparentes, anschlussfähiges
31 Ausbildungssystem ersetzen, dass allen Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie auf dem ersten
32 Arbeitsmarkt bietet.

33 Richtig ist sicherlich, dass der Übergang von der Schule in den Beruf auch dadurch erschwert wird,
34 dass die Eltern oft nicht mit dem deutschen Schul- und Berufsbildungssystem vertraut sind. Zudem

1 fehlen meist persönliche Beziehungen zu Betrieben oder Ausbilderinnen und Ausbildern, die oft bei
2 der Suche nach einer Lehrstelle behilflich sind.

3 Oft fehlt zudem der Blick dafür, welche Berufe eigentlich zu den eigenen Fähigkeiten und Wünschen
4 am besten passen würden. Schon in der Schule ist daher darauf zu achten, dass die Berufsberatung für
5 den Übergang in den Beruf passend ist, und jungen Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich
6 die ganze Bandbreite der interessanten Tätigkeiten präsentiert.

7 Auch ist die Erwerbslosenquote unter Menschen mit Migrationshintergrund bei gleichem
8 Bildungsstand wesentlich höher als der gesamtgesellschaftliche Durchschnitt. Wer einen nicht
9 „deutsch“ klingenden Nachnamen hat, hat es schon bei der Vorauswahl unter den Bewerbungen
10 schwer. Deswegen begrüßen wir die Entwicklung hin zu einer anonymisierten Bewerbung.

11 Zugleich lässt sich beobachten, dass auch im Bereich der gut qualifizierten Menschen mit
12 Migrationshintergrund die Erwerbslosigkeit höher ist als unter Angehörigen der
13 Mehrheitsgesellschaft. Hier lässt sich nicht mehr davon sprechen, dass der Grund für die schlechte
14 Stellung auf dem Arbeitsmarkt auf den mangelnden schulischen und oder beruflichen Qualifikationen
15 beruht. Näher liegender ist hier vielmehr, von grundlegenden Diskriminierungen auf dem
16 Arbeitsmarkt auszugehen.

17 Ebenfalls problematisch ist die oft fehlende Anerkennung von Schul-, Berufs-, oder
18 Hochschulabschlüssen aus dem Ausland. Mehre hunderttausend Menschen in Deutschland können
19 aus diesem Grund ihre erlernten Qualifikationen nicht im Beruf anwenden: Aufgrund des in einigen
20 Branchen bereits virulenten Fachkräftemangels handelt es sich nicht nur um ein soziales Problem für
21 die betroffenen Menschen, sondern auch ein volkswirtschaftliches Problem.

22 Gerade Menschen mit Migrationshintergrund sind zudem überproportional in schlecht bezahlten
23 Tätigkeiten sowie in der Leiharbeit beschäftigt. Die richtige Forderung nach einem gesetzlichen
24 Mindestlohn sowie der Einschränkung der Leiharbeit vor allem durch das Prinzip des „equal pay“
25 würde gerade Menschen mit Migrationshintergrund besonders zu gute kommen.

26 Die Arbeitsagenturen müssen gemeinsam mit freien Trägern verstärkt auf Unternehmen zugehen und
27 Vorurteile abbauen! Wir fordern Kampagnen der Arbeitsagenturen mit verstärkter Einbeziehungen
28 der Migrantenselbstorganisationen, die Vorurteile bei Unternehmen abbauen, und dafür sorgen, dass
29 die Herkunft des Menschen oder seiner Vorfahren keine Rolle bei der Entscheidung über die
30 Jobvergabe spielt!

31 Außerdem sollen die Arbeitsagenturen verstärkt Ausbildungsplätze in von MigrantInnen betriebenen
32 Unternehmen aquirieren! So kann die Bilingualität der MigrantInnen viel stärker genutzt werden,
33 beispielsweise von Firmen bei Geschäftsbeziehungen zu den Herkunftsländern der Migranten bzw.
34 von deren Vorfahren.

1 Die Teilhabe der Migranten wollen und müssen wir auch im öffentlichen Dienst sicherstellen. Wenn
2 wir mal über den Tellerrand hinweg schauen, werden wir sehen, dass Migranten bei Polizei,
3 Feuerwehr, in der Verwaltung und im Schuldienst, in Frankreich und England den Alltag prägen und
4 bei uns dagegen immer noch eine Seltenheit sind. Wenn wir sagen, dass 20 % der Bevölkerung einen
5 Migrationshintergrund hat, so müssen wir auch realisieren, dass sich diese Vielfalt der Bevölkerung
6 auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln sollte. Polizei, Schulen und Ämter müssten
7 nachdrücklicher um Auszubildende und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund werben.

8

9 **Empowerment von Migrantinnen**

10 Migrantinnen werden in Deutschland zweifach diskriminiert: als Migrantin und als Frau. Bei gleichen
11 Bildungsabschlüssen ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen mit Migrationshintergrund und
12 einem Hochschulabschluss doppelt so hoch wie unter Frauen ohne Migrationshintergrund. Unter
13 jungen Frauen mit Migrationshintergrund ohne akademischen Abschluss ist die Situation noch
14 dramatischer. Die spezifischen sozioökonomischen Lebensverhältnisse von Migrantinnen sind für
15 deren Zukunftschancen entscheidend. Migrantinnen finden sich überproportional oft in
16 unterprivilegierten Gesellschaftsschichten wieder.

17 Hinzu kommen zum Teil spezifische Macht- und Gewaltverhältnisse zwischen den Geschlechtern.
18 Hier wird die ökonomische (und oftmals rechtliche) Abhängigkeit von Migrantinnen zementiert; und
19 hauptsächlich auf tradierte Geschlechterrollen mit der Frau als Mutter und dem Mann als Ernährer
20 der Familie festgeschrieben.

21 Wer will, dass Frauen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, muss die realen Möglichkeiten
22 dafür schaffen! Die beruflichen Beschäftigungs- und Aufstiegschancen für Frauen mit
23 Migrationshintergrund müssen verbessert werden! Dies kann nur über einen Abbau von
24 Diskriminierungen vor allem am Arbeitsmarkt gelingen. Frauen, die im Wege der
25 Familienzusammenführung nach Deutschland kommen, müssen eine eigenständige und vom Status
26 des Ehemanns unabhängige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis vom ersten Tag an erhalten.

27

28 **Diskriminierungen konsequent bekämpfen**

29 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat seinen Namen bis jetzt nicht verdient. Es bleibt
30 nicht nur hinter den Erwartungen, sondern auch hinter den Erfordernissen für eine offene und
31 tolerante Gesellschaft zurück. Deshalb hat die EU-Kommission Deutschland zu Recht mit einer
32 Klage beim Europäischen Gerichtshof gedroht. Das AGG muss endlich europarechtskonform
33 gemacht und nicht noch weiter beschnitten werden. Die Mär von der "erdrückenden Bürokratie",
34 welche immer wieder von Neoliberalen und Konservativen artikuliert wird, lehnen wir strikt ab! Ganz

1 im Gegenteil muss es u.a. durch die Einführung eines Verbandsklagerechts weiterentwickelt werden.
2 Politisch müssen darüber hinaus mehr Anstrengungen unternommen werden, in unserer Gesellschaft
3 eine stärkere Akzeptanz für Anti-Diskriminierungspolitik zu etablieren.

4

5 **Zusammenleben im Stadtteil**

6 Das Erscheinungsbild verschiedener Stadtteile bzw. Bezirke führt häufig dazu, dass Menschen ohne
7 Migrationshintergrund in angeblich „bessere“ Gegenden wechseln. Dies erschwert MigrantInnen die
8 Integration, da hier kein interkultureller Austausch mehr stattfinden kann. Wir fordern daher eine
9 Aufwertung dieser Stadtteile durch bauliche Maßnahmen und Ausbau von Grünanlagen. Dies dient
10 dem Austausch. Durch eine derartige Aufwertung wird der Stadtteil auch wieder attraktiv für
11 Menschen, die es für gewöhnlich eher in andere Stadtteile oder Städte zieht.

12

13 Neben der baulichen Stadtteilaufwertung sind Begegnungsstätten in den Stadtteilen eine weitere
14 Möglichkeit, um Integration zu fördern, z.B. in Form eines Cafes oder Treffpunkts mit diversen
15 Angeboten, wie einer Kinder- und Hausaufgabenbetreuung durch ältere MitbürgerInnen mit oder
16 ohne Migrationshintergrund. Derartige Begegnungsstätten sollten mit multikulturellem Personal
17 ausgestattet sein, um die genannten Sprachbarrieren und andere Hemmnisse, wie insbesondere
18 Vorurteile, abzubauen.

19

20 Auch über das Leben im Alter müssen sich Kommunen verstärkt Gedanken machen. Viele
21 Angehörige der ersten Einwanderergeneration kommen jetzt in das Rentenalter. Oft können
22 herkömmliche Alten- oder Pflegeheime nicht die Ansprüche der SeniorInnen mit
23 Migrationshintergrund gerecht werden. Gerade SeniorInnen mit muslimischen Glauben haben eigene
24 Bedürfnisse. Wir fordern, dass sich die Alten- und Pflegeheime auf diese SeniorInnen einstellen und
25 das Essen speziell zubereiten, Nasszellen entsprechend gestalten, Gebetsräume zur Verfügung stellen
26 und die Hinweisschilder auf verschiedene Sprachen anbringen. Sinnvoll ist auch das Personal für
27 dieses Klientel zu sensibilisieren und zu schulen.

28

29 Integrationsprojekte müssen auf lange Zeit angelegt werden, und die Finanzierung darf nicht
30 abbrechen. Soziale Strukturen zu zerschlagen, ist in den Folgekosten erheblich dramatischer als
31 präventive Maßnahmen. Gute Programme vor Ort, welche bereits existieren, sind beispielsweise das
32 Programm Soziale Stadt oder Stadtumbau West. Förderprogramme des Landes oder Bundes, welche
33 sowohl die bauliche Benachteiligung aufgreifen, wie auch soziale Aspekte in benachteiligten
34 Stadtteilen. Ein zentraler Bestandteil ist die Beteiligung der BürgerInnen vor Ort. Oft fehlt es an

1 grundlegenden Dingen wie wohnortnahe Versorgung oder mangelnde Freizeit- und Kulturangebote.
2 Klar ist: Wohnraum muss durch sozialen und öffentlichen Wohnungsbau bezahlbar bleiben und
3 dadurch die Ausgewogenheit im Stadt- oder Ortsteil erhalten oder etablieren und die Verdrängung
4 von sozial Schwächeren verhindert werden. Auch städtebaulich kann man da viel machen, vorsorgen,
5 dass wir bei der Belegung von Sozialwohnungen Ghattobildung vorbeugen und nicht sogar noch selbst
6 befördern.

7

8 **Medien und MigrantInnen**

9 Gerade die Medien haben in den aktuellen integrationspolitischen Debatten keine gute Rolle gespielt:
10 Statt in aller Nüchternheit die Vielfalt der Lebensrealitäten von Menschen mit und ohne
11 Migrationshintergrund in Deutschland zu zeigen, dominierte eine reißerische Berichterstattung. Auch
12 als eigenständige Akteure – sei es als JournalistInnen, ProduzentInnen oder SchauspielerInnen –
13 kommen Menschen mit Migrationshintergrund zu selten vor; wenn, dann oft abonniert auf
14 Integrationsthemen oder die Filmrolle der Migranten vom Dienst. Einen echten Spiegel der
15 Gesellschaft bilden die Medien so nicht.

16 Daher fordern wir: Mehr Repräsentanz von MigrantInnen in den Medien für eine ausgeglichene
17 Berichterstattung! Hier sind gerade die öffentlich-rechtlichen Sender gefordert, mit gutem Beispiel
18 voranzugehen. Ergänzend dazu fordern wir mehr journalistische Förderprogramme für MigrantInnen.
19 Die in den letzten Jahren entstandenen Medien und Projekte von Migrantinnen und Migranten sind
20 als Teil der deutschen Medienlandschaft ernst zu nehmen und zu beachten.

21 Wir fordern, zudem dass die Lebensrealität der Einwanderungsgesellschaft auch in der
22 Journalistenausbildung ankommt. In Zusammenarbeit u.a. mit Migrantenselbstorganisationen soll mit
23 den Journalistenverbänden und den Ausbildungsstätten für Journalisten ein Konzept entwickelt
24 werden, wie angehenden Journalisten ein differenzierter und klischeefreier Zugang zu den Themen
25 Migration und Integration ermöglicht werden kann.

26 Politikerstatements tragen zur Verschärfung der Lage bei oder entschärfen diese. Gerade
27 sozialdemokratische PolitikerInnen sind dazu aufgerufen, durch Wortwahl und einen sensiblen
28 Umgang mit dem Thema Integration sowie den Anliegen der MigrantInnen zu einem
29 gesellschaftlichen Klima beizutragen, in dem pauschale Vorurteile abgebaut und Anerkennung für
30 MigrantInnen geschaffen werden.

31

32 **Politische Partizipation als Grundlage für Integration**

33 Die Möglichkeit zur politischen Teilhabe ist eine grundlegende Bedingung für die gesellschaftliche
34 Teilhabe und Integration von Menschen. Wir setzen uns für die politische Teilhabe aller Menschen

1 und auf allen Ebenen ein. Dazu gehört neben der demokratischen Beteiligung an Wahlen und
2 Abstimmungen auch die gleichberechtigte Partizipation in Vereinen, Verbänden und Parteien. Denn
3 Menschen beteiligen sich an politischen Prozessen – völlig unabhängig von ihrem persönlichen
4 Hintergrund – dann, wenn sie wissen, dass sie politische Veränderungen mitgestalten können.

5 Grundbedingung ist ein einfacher Zugang für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben, zur
6 deutschen Staatsangehörigkeit. Wir wollen deshalb die bestehenden Hürden zur Erlangung der
7 deutschen Staatsbürgerschaft abschaffen. Dazu gehört als erster Schritt die Abschaffung der sog.
8 Optionspflicht. Wir fordern die Einführung der mehrfachen Staatsbürgerschaft. Die bestehenden
9 „Einbürgerungstests“ diskriminieren eine bestimmte Menschengruppe in Deutschland und tragen zur
10 Abschreckung bei. Die Staatsbürgerschaft darf nicht von der erfolgreichen Vorbereitung auf einen
11 Multiple-Choice-Test abhängig gemacht werden. Wir fordern deshalb die Abschaffung der
12 „Einbürgerungstests“!

13 Wir setzen uns darüber hinaus für ein aktives und passives Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden
14 Menschen ein. Dies umfasst Kommunalwahlen, Wahlen zu den Landesparlamenten, Wahlen zum
15 Bundestag, Wahlen zum Europaparlament sowie Volksabstimmungen und Volksentscheide.

16 Die politische Teilhabe erstreckt sich allerdings nicht lediglich auf aktives und passives Wahlrecht.
17 Menschen mit Migrationshintergrund müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt
18 sein – dies gilt auch für Verbände, Vereine und Parteien.

19 Die SPD hat bei der Bundestagswahl insbesondere bei WählerInnen mit Migrationshintergrund
20 deutlich an Stimmen verloren. Während vor wenigen Jahren noch etwa 80% der Wahlberechtigten
21 mit Migrationshintergrund die SPD wählten und sie damit unangefochten an der Spitze lag, hat die
22 Sozialdemokratie auch in dieser Zielgruppe deutlich an Rückhalt verloren.

23 Als Ursachen dieses verlorenen Rückhaltes innerhalb der *community* ist einerseits die fehlende
24 inhaltliche Themensetzung, zum anderen die nicht erfolgte Ansprache durch politische
25 Identifikationsfiguren zu nennen. Gleichzeitig hat die SPD nach integrationspolitischen Erfolgen in
26 der rot-grünen Regierungszeit in der Großen Koalition einer Verschärfung der
27 Einbürgerungskriterien, insbesondere beim Nachzug von EhegattInnen aus der Türkei, nicht
28 widersprochen. Damit hat sie das Vertrauen vieler WählerInnen verloren.

29 Wir Jusos fordern eine inhaltliche Offensive innerhalb der SPD, um Menschen mit
30 Migrationshintergrund wieder ein politisches Zuhause zu bieten. Die offensive Thematisierung
31 zentraler Fragen wie die doppelte Staatsbürgerschaft, das Wahlrecht, gleiche Bildungschancen für alle,
32 die Anerkennung ausländischer Abschlüsse sowie der Wegfall von Einbürgerungshürden muss in der
33 Oppositionsarbeit der kommenden Monate und Jahre von der SPD deutlich und vernehmbar
34 herausgestellt werden.

1 Die SPD ist gefordert, das Thema Integration von der Parteispitze her personell wie auch inhaltlich
2 sichtbarer zu machen, und damit auch die örtlichen Ebenen dazu zu animieren, mehr Menschen mit
3 Migrationshintergrund einen Zugang zur SPD zu bieten.

4

5 **MigrantInnenselbstorganisationen in Deutschland als politische Partner**

6 Die Partizipation von MigrantInnen an der politischen Entscheidungsfindung ist eine wichtige
7 Herausforderung. MigrantInnenselbstorganisationen (MSO) sind hier ein wichtiger Baustein. Aus
8 diesem Grund müssen wir die Arbeit der MSO stärken und politisch aufwerten – sowohl innerhalb
9 der SPD als auch in Regierungsverantwortung in der Kommune, Land oder Bund.

10 MSO können durch ihre Strukturen verlässliche Bündnispartner vor Ort sein, wenn wir sie als
11 gleichwertige PartnerInnen anerkennen. Integrationspolitik darf nicht über die Köpfe der
12 MigrantInnen gestaltet werden, sondern mit ihnen zusammen. MSO können so zum einen eine
13 wichtige Brückenfunktion zwischen MigrantInnencommunities innerhalb der Gesellschaft
14 wahrnehmen, und zum anderen Impulsgeber für politische Entscheidungen sein. MSO können daher
15 auch ein weiterer wichtiger Bündnispartner für Jusos und SPD vor Ort sein.

16 Das Spektrum der MSO ist in den letzten Jahren immer vielschichtiger geworden. Daher ist klar: Als
17 Jusos und als SPD wählen wird unsere eigenen Bündnispartner politisch aus: Dies gilt für MSO
18 ebenso wie für Vereine der Mehrheitsgesellschaft. Eine Zusammenarbeit mit faschistischen
19 Organisationen wie beispielsweise den türkischen „Grauen Wölfen“ ist ausgeschlossen! Für die SPD
20 muss eine differenzierte Betrachtung und die Handhabung klarer Richtlinien für die Partei zum
21 Gebrauch erstellt werden, um die Bewertung der verschiedenen Gruppierungen vornehmen zu können
22 und radikalisierende und faschistische Gruppen klar abzugrenzen.

23 Wir Jusos unterstützen die Arbeit und das Engagement der MigrantInnenselbstorganisationen in der
24 Gesellschaft und fordern eine ausreichende finanzielle Unterstützung dieser Strukturen und eine
25 Förderung der Angebote. Sie sind Teil der Verbände- und Initiativenlandschaft der Bundesrepublik.

26

27 **Unsere Perspektive: „Alle anders – alle gleich!“**

28 MigrantInnen dürfen nicht mit ihren vermeintlichen Defiziten als Objekte sozialdemokratischer
29 Fürsorge, sondern müssen als gleichberechtigte Akteure für sozialdemokratische Politik angesprochen
30 werden. Die SPD wird ihren Anspruch, linke Volkspartei zu bleiben, nur erfüllen können, wenn es
31 gelingt, wieder breiter in der Gesellschaft – und gerade auch in den Milieus von Menschen mit
32 Migrationshintergrund – verankert zu sein.

33 Wir stehen für eine Integrationspolitik, die die Gleichheit aller Menschen und die Solidarität
34 zwischen allen Menschen in den Mittelpunkt stellt!

1 „Alles anders – alle gleich!“ – so lautet unsere Vision von gesellschaftlichem Zusammenleben!

2

1 **M5 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes** 2 **(AsylbLG) – Für einen menschenwürdigen Umgang mit** 3 **AsylbewerberInnen**

4 **LV Bayern**

5

6 Das Asylbewerberleistungsgesetz muss unverzüglich abgeschafft werden. Dieses Gesetz, das seit seiner
7 Einführung 1993 unverändert ist, diskriminiert AsylbewerberInnen und stuft sie zu Menschen zweiter
8 Klasse herab, indem sie u.a. nur 61,8% der Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, die Hartz IV-
9 Empfänger zur Existenzsicherung erhalten, genauer 224,97 €. Anstatt die ohnehin geringen Mittel an
10 die AsylbewerberInnen auszuzahlen, wird der Großteil des Geldes in Form von Sachleistungen
11 gewährt. Dies sind hauptsächlich Essenspakete, die den kulturellen Gepflogenheiten der
12 AsylbewerberInnen nicht im Ansatz entsprechen. Ein erwachsener Mensch erhält somit im Monat in
13 Bayern 40,90 € als „Taschengeld“ in bar. Hygieneartikel und Kleidergutscheine werden ebenfalls nur
14 nach dem Sachleistungsprinzip vergeben (letzere zudem nur zwei Mal jährlich). Daher fordern wir, die
15 Bezüge zumindest auf das Hartz IV-Niveau anzuheben, AsylbewerberInnen sind keine Menschen
16 zweiter Klasse!

17 Des Weiteren wird die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (GU) angeordnet, die sich
18 größtenteils in einem katastrophalen Zustand befinden; eine Auszugserlaubnis wird nur in den
19 seltensten Fällen erteilt. Besonders perfide erscheint die Formulierung des § 7 der Bayerischen
20 Asyldurchführungsverordnung (BayDVAsyl), nach dem die Unterbringung im Sammellager „die
21 Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“ soll. Noch dazu haben die AsylbewerberInnen
22 oft mit Vorurteilen gegenüber AusländerInnen zu kämpfen, was ihnen die Wohnungssuche erschwert.
23 Wir fordern daher, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften abzuschaffen, und im Rahmen
24 des sozialen Wohnungsbaus genügend öffentlich-geförderten Wohnraum zur Verfügung zu stellen,
25 um eine menschenwürdige Unterbringung von AsylbewerberInnen zu garantieren.

26

27 Einen weiteren Missstand des AsylbLG stellt die Residenzpflicht dar, welche besagt, dass
28 AsylbewerberInnen nicht den ihnen zugewiesenen Landkreis verlassen dürfen. Sie verhindert soziale
29 Kontakte und eine menschenwürdige Lebensgestaltung der AsylbewerberInnen, sowie die Teilhabe
30 am öffentlichen Leben in der Gesellschaft. Die Straffälligkeit von AsylbewerberInnen ist
31 hauptsächlich in Verstößen gegen die Residenzpflicht begründet, wodurch Menschen unnötig
32 kriminalisiert werden.

1 Wir fordern auch die Abschaffung des grundsätzlichen Arbeitsverbotes, mit welchem
2 AsylbewerberInnen belegt werden. Arbeitserlaubnisse werden nur unregelmäßig erteilt, und selbst
3 wenn sie erteilt werden, haben es die AsylbewerberInnen auf dem Arbeitsmarkt schwer, denn
4 ausländische Abschlüsse und Qualifikationen werden nur selten anerkannt. Damit werden die
5 AsylbewerberInnen in einen Teufelskreis getrieben: Allzu oft wird ihnen später ihre Arbeitslosigkeit
6 im Rahmen von Abschiebungsverfahren zum Verhängnis. Abgesehen davon ist Arbeit ein wichtiger
7 Faktor der Persönlichkeitsentfaltung und ein Menschenrecht. Die ohnehin meist gut bis sehr gut
8 ausgebildeten AsylbewerberInnen können die schrecklichen Erlebnisse, die ihnen oft widerfahren
9 sind, am besten durch eine eigenständige Erwerbstätigkeit überwinden. Jedenfalls ist es nicht
10 zielführend, die Menschen in ihrer viel zu kleinen Unterkunft zum monate- bis jahrelangen Nichtstun
11 zu verdammen. Daher fordern wir Jusos die flächendeckende Erlaubnis für AsylbewerberInnen, Arbeit
12 aufzunehmen und eine Anerkennung gleichwertiger im (EU-) Ausland erworbener Abschlüsse und
13 Qualifikationen.

14 Der Spracherwerb ist für die erfolgreiche Integration in eine fremde Gesellschaft essentiell. Den
15 AsylbewerberInnen werden jedoch keine Deutschkurse zur Verfügung gestellt, nur im Rahmen von
16 privaten sozialen Einrichtungen können sie je nach Angebot in der jeweiligen Gemeinde teilweise
17 etwas Deutsch lernen. Lediglich Kinder sind von dieser Regelung ausgenommen und dürften die
18 Schule besuchen. Wir Jusos fordern aber Sprach- und Weiterbildungskurse für alle
19 AsylbewerberInnen, um die Weichen für eine gelungene Integration in unsere Gesellschaft möglichst
20 früh zu stellen.

21 Viele AsylbewerberInnen müssen schreckliche Erlebnisse verarbeiten. Sie kommen aus Regionen, in
22 denen oftmals Krieg, Verfolgung, Vergewaltigungen, Menschenrechtsverletzungen und Brutalität den
23 Alltag bestimmen. In den Gemeinschaftsunterkünften werden sie mit diesen Erfahrungen weitgehend
24 alleine gelassen. Es fehlt an medizinisch und psychologisch geschultem Personal, das psychischen
25 Krankheiten und Traumata entgegenwirken könnte. Medizinische Besuche sind nur im Notfall
26 zugelassen, was jedoch nicht dem Bedarf an medizinischer und psychologischer Versorgung gerecht
27 wird. Diesen Missstand gilt es ebenfalls unverzüglich zu beheben, eine Aufnahme der
28 AsylbewerberInnen in die gesetzliche Krankenversicherung wäre eine Möglichkeit.

29
30 Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und in Artikel 16a unseres Grundgesetzes festgeschrieben.
31 Die Asylgesetzgebung muss grundlegend überarbeitet werden; nicht nur politische oder sexuelle
32 Verfolgung dürfen als Asylgrund gelten. Menschen, die das Schlimmste erlebt haben, haben einen
33 Anspruch darauf, in unserer Gesellschaft Zuflucht zu suchen. Daher fordern wir Jusos einen
34 menschenwürdigen Umgang mit AsylbewerberInnen, die notwendigen genannten Verbesserungen
35 und die Abschaffung des *per se* diskriminierenden AsylbLG. Stattdessen sollen alle in Deutschland

- 1 lebenden Menschen nach einheitlichen Regelungen behandelt werden. Eine demokratische
- 2 Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.
- 3

N7 CCS- und CCR verhindern einen nachhaltig orientierten ökologischen Fortschritt

BZ Braunschweig

Die SPD hat in Ihrer Regierungszeit den Weg weg vom Fossilen Zeitalter hin zum Zeitalter der erneuerbaren Energien eingeschlagen. Nun gilt es, diesen konsequent umzusetzen!

In den letzten Jahren hat die Klimaschutzdebatte um eine Senkung der weltweiten CO₂-Emissionen an Bedeutung gewonnen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die europaweit vereinbarte CO₂-Reduktion um 40 Prozent bis 2030 und eine weitere Reduktion um 80 bis 100 Prozent bis 2050 im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Dies ist unserer Meinung nach alternativlos und notwendig.

In der aktuellen öffentlichen Debatte werden die Technologien von CCS (Abscheidung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid) als Heilbringer für die CO₂-Reduktion gepriesen. Dennoch trägt die CCS -Technologie nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen zur Energiegewinnung bei, sondern bestenfalls wird die Emission von CO₂ in die Atmosphäre verringert. Somit wird die Ursache des Problems, also die CO₂-Produktion bei der Energieerzeugung, durch die CCS-Technologie nicht gelöst sondern verschleiert. Wir befürchten, dass das CCS-Prinzip ein Hemmnis sein wird, die festgesteckten Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen.

Deshalb fordern wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten:

1. Wir JungsozialistInnen lehnen grundsätzlich die Abscheidung und Speicherung von CO₂ auf Basis des Prinzips der ökologischen Nachhaltigkeit ab. Eine CO₂-Abscheidung und -Speicherung wird die Ursachen des Problems nicht beheben sondern überdecken!

Wir begrüßen die Ablehnung des CCS-Antrages der konservativ-liberalen Bundesregierung im Bundesrat und fordern deshalb alle SPD-Gliederungen auf, auch im zukünftigen Regierungshandeln, dieses Prinzip zu wahren.

Grundsätzlich muss es um ein Prinzip der CO₂-Vermeidung sowie der Steigerung der Energieeffizienz gehen und nicht darum, den hohen CO₂-Verbrauch durch Scheinlösungen zu verdecken.

1 2. Wir wollen keine Demonstrationsanlagen – und zwar bundesweit. Der im Bundesrat abgelehnte
2 Gesetzesvorschlag bezog sich nicht auf klar abgrenzbare Demonstrationsvorhaben sondern ermöglicht
3 de facto den großflächigen Einsatz der CCS-Technologie. Für uns JungsozialistInnen sind die
4 Risiken, die einerseits mit einer CCS-Erprobung und andererseits mit dem großflächigen Einsatz (laut
5 schwarz-gelbem Gesetz) verbunden sind, zu wenig erforscht und unzureichend kalkulierbar, was auch
6 für die Testphase gilt. Beispielsweise ist die Haftungsfrage für Schäden an Grundeigentum und
7 etwaige Einspruchsmöglichkeiten der Gebietskörperschaften ungeklärt.

8

9 Eine Alternative zu CCS stellt CCR, also die Abscheidung und das Recycling von Kohlendioxid, dar.
10 Bei diesem Verfahren wird das CO₂ in einem neuen Produkt gebunden. Eine Leckagegefahr besteht
11 bei diesem Prozess nur sehr bedingt. Allerdings kann auch dieses stofflich gebundene CO₂ früher
12 oder Später wieder in die Erdatmosphäre gelangen, nämlich dann, wenn der Lebenszyklus des
13 aufnehmenden Produkts dem Ende entgegen geht. Deswegen ist CCR keine Lösung für den
14 vermeidbaren CO₂-Ausstoß im Rahmen der Energieproduktion. Eine Ausnahme könnten flexible
15 Gaskraftwerke sein. CCR darf dabei ausdrücklich nicht dazu führen, dass der weitere Ausstoß von
16 CO₂ bei der Energieproduktion mit CCR legitimiert wird.

17

18 3. Für uns ist die Alternative längst klar: Neben der Steigerung der Energieeffizienz sowie einer
19 Reduzierung des Energieverbrauchs müssen wir vermehrt in den Markt erneuerbarer und neuer
20 Technologien investieren, um einen ökologischen, perspektivischen und sozial verträglichen Ausstieg
21 aus dem atomaren und fossilen Zeitalter einzuleiten.

22

23 4. Wir bekennen uns klar zu unserem Industriestandort, der im Bereich der Forschung sowie im
24 technologischen und industriellen Fortschritt einen Spitzenwert einnimmt. Investitionen in
25 Innovationen im Bereich alternativer und ressourcensparender Produktionsprozesse sowie in die
26 Energieeffizienzsteigerungen im Netz, bei der Energieerzeugung sowie bei Energieverbrauchern
27 müssen getätigt werden, um eine CO₂-Vermeidung zu erwirken. Ein Förderschwerpunkt muss dabei
28 bei energieintensiven Industriezweigen liegen. Gleichzeitig müssen für Industrie, Handwerk und
29 Gewerbe verbindliche Regelungen gefunden werden, damit diese ihren CO₂-Ausstoß reduzieren.
30 Selbstverpflichtungen sind uns nicht genug.

31

32 5. Wir bekennen uns zu dem Ziel, die fossilen Energieträger durch erneuerbare Energien zu ersetzen.
33 Bundesweit wird etwa die Hälfte des Stroms aus Stein- oder Braunkohle gewonnen. Hierzu brauchen
34 wir – wie bei der Atomkraft – perspektivisch eine verbindlich gesetzlich geregelte und ökologisch und

1 ökonomisch vertretbare Auslaufregelung für die Verbrennung fossiler Rohstoffe – wie Stein- und
2 Braunkohle sowie Erdöl und -gas – zur Energiegewinnung.

3 6. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Verbrennung fossiler Rohstoffe für einen
4 Überbrückungszeitraum derzeit noch unvermeidbar ist. In dieser Überbrückungszeit müssen in
5 Zukunft alle bisher genehmigten Stein- und Braunkohlekraftwerke in Kombination mit Kraft-
6 Wärme-Kopplung gebaut sowie ältere Kraftwerke auf Kraft-Wärme-Kopplung umgerüstet werden,
7 um den Wirkungsgrad dieser Technologie zu erhöhen.

8

9 Ein Neubau von Kraftwerken zum Ersatz von alten und ineffizienten Kraftwerken oder zur
10 Abdeckung des Energiebedarfs in der Übergangszeit muss den höchsten Effizienzanforderungen
11 entsprechen. Dafür sind auch hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke in Kombination mit Kraft-
12 Wärme-Kopplung geeignet.

13

1 **O1 Die SPD: Programmatischer, Offener, Weiblicher,** 2 **Jünger**

3 **Bundesvorstand**

4

5 I Wo wir stehen

6 Wir Jusos sind überzeugt: Die SPD muss sich erneuern. Auch organisatorisch. Dies war eine
7 Schlussfolgerung von uns aus dem katastrophalen Bundestagswahlergebnis. Neben der
8 augenscheinlichen Niederlage bei der Bundestagswahl wurden auch so mehr und mehr Umstände und
9 Gegebenheiten deutlich, die viele Mitglieder nicht mehr zufrieden stellen konnten. Dies wiederum
10 hatte verschiedene Gründe, stellvertretend sei die mangelnde Beteiligung bei verschiedenen wichtigen
11 Entscheidungen in der Vergangenheit genannt, wodurch das Gefühl entstand, man könne die Politik
12 der eigenen Partei nicht mehr mitgestalten. Das führte dann durchaus zu Austritten und zu
13 Frustration bei den Aktiven. Auch das war letztlich ein Grund für die Wahlniederlage bei der letzten
14 Bundestagswahl, weil manche Mitglieder die Entscheidungen der Partei nicht als ihre eigenen
15 betrachteten.

16 Insofern ist eine Weiterentwicklung der demokratischen Mittel der SPD eine wichtige Aufgabe, um
17 die Identifikation der Mitglieder mit „ihrer“ SPD zu erhöhen. Doch auch weitere Gründe spielen hier
18 eine gewichtige Rolle, beispielsweise die Beobachtung, dass demokratische Beteiligung oder Ehrenamt
19 in der Bundesrepublik zunehmend punktuell und themenorientiert stattfinden. Es ist für viele, vor
20 allem junge Menschen, eher reizvoll sich zu einem bestimmten Thema zu engagieren oder in einem
21 bestimmten eingegrenzten und überschaubaren Zusammenhang. Auch Senioren gehören zunehmend
22 zu der Gruppe, die sich nach dem Beruf einen Platz suchen, wo sie sich gesellschaftlich, aber klar
23 definiert einbringen können. Zudem ist zu beobachten, dass für punktuelles Engagement, wie
24 beispielsweise in Nichtregierungsorganisationen (engl. NGOs), Frauen sehr affin sind. Aus diesen
25 Gründen ist die Öffnung der Partei für Nicht-Mitglieder und die themenbasierte Mitarbeit wichtig
26 für das Selbstverständnis und das Fortbestehen der SPD. Richtig also, dass wir die Initiative ergreifen
27 und hier in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik voran gehen. Wir begrüßen auch deshalb den
28 nun angestoßenen Prozess zur Parteireform.

29 Nicht alles, was sich bewährt hat, muss über Bord geworfen werden, aber alles muss auf den
30 Prüfstand! Nicht Besitzstandwahren und der Erhalt von eigenen Funktionen darf im Vordergrund
31 stehen, sondern der grundlegende Wille zur Veränderung. Dem muss eine gründliche, ehrliche und
32 vor allem auch breit geteilte Analyse der Lage unserer Partei zu Grunde liegen. Eins muss aber klar
33 sein: Die notwendige strukturelle Reform darf die inhaltliche Erneuerung weder ersetzen noch
34 verdrängen. Wir müssen unser Profil auch inhaltlich deutlicher schärfen. Die beste Organisation hilft

1 nichts, wenn sie inhaltsleer und beliebig ist. Das trifft auf die SPD im Sommer 2011 leider an vielen
2 Stellen zu. Leider sind in der Vergangenheit Inhalte teilweise in den Hintergrund gerückt oder
3 wurden in kleinen Zirkeln entschieden. Das ist für uns nicht akzeptabel. Doch es ist leider nach wie
4 vor so. Die Menschen müssen wieder wissen wofür die SPD steht und wir benötigen deutliche
5 Positionen für unsere linke Politik. Solange dies nicht so ist und solange darüber nicht die Partei breit
6 entscheidet und somit die Entscheidungen auch breit vertreten kann, kann keine Parteireform die
7 SPD wieder zur alten Stärke zurückbringen. Wir betonen also, dass wir uns hinter der
8 Strukturdiskussion zur Parteireform nicht verstecken dürfen und werden. Vielmehr liegt unser
9 Hauptaugenmerk auf den politischen Inhalten. Nur in der Gleichzeitigkeit von struktureller und
10 inhaltlicher Erneuerung kann die Chance liegen, die SPD wieder stark zu machen. Wir Jusos wollen
11 mit diesem Papier unsere Kritik an den bestehenden Strukturen deutlich machen und
12 Lösungsvorschläge für eine strukturelle Veränderung aufzeigen.

13

14 Die SPD hat seit 1998 rund 250.000 Mitglieder verloren und ist damit um ein Drittel geschrumpft.
15 Das liegt zum einen in der generellen Abkehr vieler Menschen vom Engagement in Parteien. Die
16 Menschen sind damit nicht unpolitisch geworden. Sie bringen sich aber manchmal lieber punktuell für
17 eine Sache (und nicht für eine Person) ein. Dies liegt vor allem an den gesellschaftlichen
18 Rahmenbedingungen, insbesondere an einer Entgrenzung von Arbeit und Freizeit. Aber auch, dass
19 viele Menschen Parteien generell nicht mehr daran glauben, dass die Politik ihre Probleme löst. Die
20 gesunkenen Mitgliedszahlen können aber bei der SPD vor allem eindeutig auch auf politische
21 Sachentscheidungen zurück geführt werden. Insbesondere durch die Sozialreformen in der rot-grünen
22 Regierungszeit haben viele die Partei verlassen. Dabei war und ist besonders bedenklich, dass uns viele
23 Bündnispartner aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften etc. den Rücken gekehrt haben. Damit
24 hat die SPD auch die Verankerung in vielen gesellschaftlichen Milieus verloren, eine Verankerung, die
25 wir jetzt wieder mühsam suchen müssen.

26 Bei allem negativen Trend gilt aber: Die SPD hat noch rund eine halbe Million Mitglieder, die sich in
27 der Partei mal mehr und mal weniger ausgeprägt einbringen wollen, die begeistert werden können –
28 oder auch enttäuscht. Dabei gilt: Die Begeisterung und das Engagement für die Sache der SPD ist
29 nicht in erster Linie ein strukturelles sondern vor allem auch ein inhaltliches Problem. Vielen fehlt die
30 sozialdemokratische Erzählung, die Leitlinie für das eigene Engagement, der Grund für das Streben
31 nach einer gemeinsamen Sache.

32 Viele unserer Ortsvereine und Unterbezirke haben sich in den vergangenen Jahren von bundes- und
33 landespolitischen Themen zunehmend zurückgezogen. Oftmals finden nur noch oder hauptsächlich
34 kommunal- oder regionalpolitische Themen eine Beachtung. Das kommt nicht von ungefähr. Gerade
35 in der Regierungszeit wurde die Meinung der Partei oft überhört oder teilweise das Gegenteil von

1 dem betrieben, was in den Ortsvereinen und Unterbezirken Konsens war. Die Basta-Politik wirkt bis
2 heute nach. Viele fragen sich, ob es einen Sinn hat, sich mit überregionalen Fragen zu befassen. Denn
3 bis heute gibt es keine geeignete Feedback-Kultur in der Partei. Wer etwa einen Antrag an den
4 Bundesparteitag stellt, findet diesen im Antragsbuch in der Regel mit dem kurzen Verweis der
5 Erledigung oder Überweisung durch die Antragskommission wieder. Eine Antwort was mit seinem
6 Antrag passiert ist, erhält auch nicht jeder.

7 Gerade auf den höheren Ebenen der Partei bestehen neben den gewählten Gremien auch immer
8 wieder informelle Zirkel. Uns ist klar: So etwas wird es in der Politik immer wieder geben. Wenn aber
9 wie in der Vergangenheit mit diesen Zirkeln Parallelstrukturen geschaffen werden, die die Funktion
10 der gewählten Gremien konterkarieren und entscheidende Beschlüsse medial verkünden, bevor sie die
11 Partei auch nur diskutieren konnte, sind wichtige Teile innerparteilicher Demokratie nicht mehr in
12 Kraft. Die Politik der Partei darf nicht im Regierungsapparat, in der Fraktion oder in Kleinrunden der
13 ‚Spitzenleute‘ entschieden werden. Die gewählten Gremien müssen auch in einer ‚Mediendemokratie‘
14 die Möglichkeit haben, über die Ausrichtung unserer Politik mitzuentcheiden. Die ständig
15 zunehmende Verknüpfung von Sach- und Personalentscheidungen ist in der Tat auf der einen Seite
16 von Medien gemacht. Sie wird aber immer häufiger auch als Machtmittel eingesetzt. Aus unserer
17 Sicht bedeutet dies, wer Sachthemen mit seiner Person und seiner weiteren Arbeit verknüpft,
18 diskreditiert sich selbst.

19 Jede Parteireform muss berücksichtigen, dass die SPD strukturell äußerst heterogen aufgestellt ist. In
20 einigen Teilen der Republik ist keine flächendeckende Vertretung mehr möglich, teilweise gibt es aber
21 auch noch Gegenden, in denen mehrere tausend Mitglieder in einem Unterbezirk oder Kreisverband
22 sind. Und auch wenn die Befragung der Ortsvereine einige Trends aufgezeigt hat, so gilt nicht jeder
23 positive oder negative Trend gleich für alle Ortsvereine und Unterbezirke gleichermaßen. Jede
24 Parteireform muss deswegen darauf achten, dass gut funktionierende Strukturen nicht zerschlagen
25 werden und der Heterogenität der Partei Rechnung getragen wird.

26 Die SPD ist keine Partei der jüngeren und mittleren Generationen. Gerade für diese Gruppen sind
27 die bestehenden Parteistrukturen oftmals partizipationshemmend. Sie kosten viel Zeit, die man in
28 einer Phase der Orientierung, der Bildung, des Berufseinstiegs oder der Familiengründung oftmals
29 nicht hat. Auch das Wohnortprinzip macht für viele das Engagement schwierig. Hat man sich einmal
30 in seinem Ortsverein orientiert, steht vielleicht auch schon der nächste Umzug an. Und bei der
31 Überlassung von Verantwortung auch an jüngere Parteimitglieder zeigt sich eine Zweiteilung der
32 Partei: Muss in den mitgliederstarken Regionen noch die klassische „Ochsentour“ hinter sich gebracht
33 werden, ist es in anderen Regionen die Überlastung durch zu schnelle Vereinnahmung durch die
34 Partei. Dadurch verlieren wir viele Menschen für die aktive Mitarbeit. Und wir versäumen es, auch in
35 den Parlamenten von der kommunalen bis zur Bundesebene alle Altersgruppen hinreichend zu

1 berücksichtigen. Damit verlieren wir auch an Ausstrahlungskraft. Gerade junge Menschen vermissen
2 auch RepräsentantInnen ihrer Generation in der SPD.

3 Die Strukturen und Arbeitsweisen der SPD sind auch immer noch oftmals frauenfeindlich. Die
4 männliche Dominanz in der Partei ist trotz der bestehenden Quote quasi ungebrochen. An allen
5 Stellen, wo die Quote nicht greift oder umgangen werden kann, wird dies praktiziert. Chauvinistisches
6 Verhalten gehört leider immer noch vielerorts zum ‚guten Ton‘. Nur selten werden die eigenen
7 Arbeitsweisen und Methoden auf ihre Geschlechtergerechtigkeit überprüft, viele Rituale wirken eher
8 abschreckend. Es mag zwar ein allgemeiner gesellschaftlicher Zustand sein, dass sich in den Parteien
9 weniger Frauen als Männer engagieren. Es ist aber kein Zustand, auf dem sich die SPD ausruhen
10 kann.

11 Wir Jusos haben in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Vieles von
12 dem, was die Partei anstrebt, praktizieren wir schon seit langem. Wir haben seit mehreren Jahren
13 steigende Mitgliederzahlen, jeder zweite Neueintritt in die SPD ist im Juso-Alter. Wir haben die
14 Türen offen für alle jungen Menschen – Mitglied oder nicht – die mit uns die Gesellschaft
15 mitgestalten wollen. Wir passen unsere Arbeitsformen so an, wie sie vor Ort benötigt werden. Und
16 wir probieren auch immer wieder neue Arbeitsweisen aus. Als einziger linker Jugendverband sind wir
17 bundesweit vertreten. Dabei soll und muss es bleiben.

18

19 II Unsere Zielrichtung

20 Eine Reform macht man nicht um der Reform willen. Man verändert Parteistrukturen nicht, um
21 einfach irgendetwas etwas zu verändern und damit als reformwillig und –fähig zu wirken. Sondern
22 man orientiert sich an Zielen. Wir Jusos verbinden mit dieser Parteireform folgende drei grundlegende
23 Ziele:

24

25 Die SPD muss Mitglieder-und Programmpartei sein. Sie lebt von ihren Mitgliedern. Wir wollen eine
26 Partei, in der lebendig diskutiert wird, von der kommunalen bis zur Bundesebene. Eine Partei, die
27 kontroverse Debatten nicht als ärgerliche Notwendigkeit sondern als Chance zur demokratischen
28 Weiterentwicklung der Gesellschaft sieht. Eine Partei, die stolz auf ihr Programm ist und es in die
29 Realität umsetzen möchte. Eine Partei, in der hunderttausende Menschen für die gemeinsame Sache
30 streiten und in der diese gemeinsame Sache und nicht einzelne Personen im Vordergrund stehen.

31 Die SPD muss mitten in der Gesellschaft stehen. Sie muss auf allen Ebenen den Kontakt zur
32 Gesellschaft halten. Wir wollen eine Partei, die im aktiven Austausch mit den Bürgerinnen und
33 Bürgern, mit anderen Verbänden und Organisationen und sozialen Bewegungen steht. Die die
34 Anliegen der Menschen ernst nimmt und versucht, ihre Sorgen und Probleme in den Parlamenten

1 und Regierungen aufzugreifen. Und eine Partei, in der auch Menschen, die noch nicht Mitglied der
2 SPD sind Lust haben, mitzuarbeiten.

3 Die SPD muss weiblicher und jünger werden. Sie muss ein möglichst breites Bild der Gesellschaft
4 abgeben – nach innen und nach außen. Wenn die SPD für die Gleichstellung von Mann und Frau
5 kämpft, muss die Partei bei sich selbst beginnen. Wir brauchen mehr weibliche Mitglieder und wir
6 brauchen mehr Frauen in Verantwortung. Wenn die SPD auch Politik für die jüngere Generation
7 machen möchte, muss sie deren Meinung ernst nehmen, ihre Strukturen für eine leichtere Mitarbeit
8 verändern und den Anteil junger Menschen in Verantwortung erhöhen. Sie darf junge Menschen
9 dafür aber auch nicht im Regen stehen lassen, sondern muss sie auch auf ihrem Weg unterstützen.

10

11 Bei allen diesen Zielen gilt aber: Die Parteireform kann nur vor Ort gelingen. Sie ist auch kein
12 einmaliger Akt. Nur, wenn wir auf allen Ebenen immer wieder unsere Arbeitsweisen hinterfragen und
13 neu justieren, können wir auf der Höhe der Zeit bleiben. Die anstehenden Beschlüsse auf dem
14 Bundesparteitag können daher nur der Anfang sein. Sie können einen Rahmen bilden, mit dem die
15 Partei auf allen Ebenen erneuert werden kann. Wir Jusos werden dabei an der Spitze der Bewegung
16 stehen, wenn die Reform in die oben skizzierte Zielrichtung geht.

17

18 III Unsere konkreten Vorschläge

19 Wer die Mitglieder- und Programmpartei SPD stärken, die Anbindung an die Gesellschaft erhöhen
20 und die Sozialdemokratie weiblicher und jünger machen möchte, muss zu Veränderungen auch in der
21 Parteiorganisation bereit sein. Unsere konkreten Vorschläge arbeiten sich nicht an den Vorlagen der
22 Parteispitze ab. Wir greifen einzelne Stellen auf und bewerten diese, wollen aber auch eigene
23 Vorschläge in die Debatte einbringen.

24

25 Strukturelle Erneuerung und Verbesserung der Partei

26 Wir wollen die *Bundesparteitage* auf 1.000 Delegierte vergrößern und damit demokratisieren. Von den
27 fünf größeren Parteien hat die SPD hinsichtlich der Delegiertenzahl den kleinsten Parteitag. Das
28 führt aber regelmäßig zu einer Unterrepräsentanz von Nicht-Berufspolitikern. Ein Parteitag darf nicht
29 zu einer Funktionärs-Konferenz verkommen. Dies erfordert auch einen Kulturwechsel bei den
30 Delegiertenwahlen. Die Wahrnehmung eines Delegiertenmandats darf nicht an finanziellen Gründen
31 scheitern. Deshalb dürfen auf Kreis-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene für Parteitage und
32 Delegiertenkonferenzen der Partei sowie aller Arbeitsgemeinschaften von den Delegierten bzw.
33 nachrückenden Ersatzdelegierten keine Teilnahmegebühren erhoben werden. Fahrtkosten und eine
34 gegebenenfalls nötige Unterkunft müssen voll erstattet werden. Bei der Terminierung der Parteitage

1 ist zudem darauf zu achten, dass auch SchülerInnen, Auszubildende, Studierende und
2 ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit der Teilnahme haben. Außerdem fordern wir die schon
3 bestehende Möglichkeit, den *Arbeitsgemeinschaften Delegierte* zuzugestehen, zu nutzen. Auch damit
4 sind weitere gesellschaftliche Zielgruppen automatisch beim Parteitag vertreten. Zudem fordern wir,
5 dass die Antragskommission abgeschafft wird. Bis zu einer Abschaffung der Antragskommission
6 fordern wir den SPD-Bundesvorstand auf, in den Geschäftsordnungen zukünftiger SPD-
7 Bundesparteitage klare Regeln für die Antragskommission insbesondere mit folgendem Inhalt
8 vorzusehen:

- 9 - die Antragskommission darf nur dann Abstimmungsempfehlungen aussprechen, wenn diese eine
10 qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder auf einer Sitzung der
11 Antragskommission erreicht haben
- 12 - die Abstimmungsempfehlungen werden den Delegierten schriftlich und begründet zur Kenntnis
13 gegeben, aber nicht zur Abstimmung gestellt
- 14 - konkrete Textänderungsvorschläge der Antragskommission werden als Änderungsanträge behandelt
- 15 - auf Bundesparteitagen erhält zuerst der Antragssteller das Wort, die Antragskommission
16 gegebenenfalls im Anschluss.

17 Das verhindert in der Schnellebigkeit der Parteitage Verwirrung und falsch verstandene
18 Abstimmungsprozesse. Die sinnvollen Aufgaben der Antragskommission, wie beispielsweise die
19 Vermittlung zwischen zwei Antragsstellerinnen, um den Ablauf des Parteitages zu verbessern, können
20 beispielsweise von einem verbreiterten Präsidium übernommen werden. Wir brauchen einen
21 diskursiven und damit lebendigen Parteitag und keine Show-Veranstaltungen. Werden eindeutige
22 Beschlüsse des Parteitages missachtet, befinden wir uns auf dem schnellsten Weg von der Mitglieder-
23 und Programmpartei zur Honoratioren- und Fraktionspartei. Um die Nachverfolgbarkeit von
24 Anträgen zu verbessern fordern wir außerdem bei Parteitagen auf allen Ebenen eine
25 Beschlusskontrolle als kurzer Tagesordnungspunkt zu etablieren. Oft werden Anträge nicht beim
26 Parteitag behandelt, sondern laufen automatisch aufgrund fehlender Zeit in die Parteiräte. Oder aber
27 sie werden überwiesen an Vorstand, Parteirat, oder Fraktionen. Oder es werden Beschlüsse gefasst, die
28 konkret Gremien zu Handlungen auffordern. Die Realität sieht aber in allen Fällen oft so aus, dass
29 Beschlüsse oder Anträge versanden. In den Fraktionen beispielsweise kommt oft nichts an. Deshalb
30 muss das Präsidium und der Vorstand der jeweiligen Ebene, wo ein Parteitag stattfindet, dafür Sorge
31 tragen, dass alle Beschlüsse und Überweisungen auch entsprechend weitergetragen und behandelt
32 werden. Beim nächsten Parteitag ist den Delegierten eine Ergebnisliste schriftlich auszuhändigen und
33 kurz zu erläutern, wie mit welchen Anträgen oder Beschlüssen umgegangen wurde. Der Parteitag
34 erhält zudem die Möglichkeit durch erneute Beschlüsse Versäumnisse bei der Umsetzung von
35 Beschlüssen oder Behandlung von Anträgen anzumahnen.

1 Wir sind uns bewusst, dass Parteitage als Vollversammlungen auf Unterbezirks- und
2 Kreisverbandsebene nicht zwangsläufig ein besseres demokratisches Mittel darstellen. Es kann zu
3 verzerrenden Mobilisierungswettläufen kommen, Vorteile durch Netzwerke und Geld sind vorstellbar.
4 Außerdem greifen jegliche Quotenregelungen und viele andere partizipationssichernde Maßnahmen
5 bei einer Vollversammlung nicht. Außerdem kann es vorkommen, dass zu einer Vollversammlung
6 weniger Mitglieder kommen, als zu einem Delegiertenparteitag. Dennoch gibt es Gliederungen, bei
7 denen Vollversammlungen funktionieren. Deshalb muss es möglich sein Parteitage in Unterbezirken
8 und Kreisverbänden als Mitglieder- beziehungsweise Vollversammlungen stattfinden zu lassen.

9 Wir wollen die Parteispitze demokratisieren. Wir fordern, das *Präsidium* abzuschaffen und den
10 *Parteivorstand* und *Parteirat* aufzuwerten. Dies gilt auch für untergeordnete Gliederungen. Derzeit
11 existieren drei Gremien, die die gleichen Sachverhalte beraten. Dabei ist eine klare Dominanz des
12 kleinsten Gremiums, des Präsidiums zu beobachten. Die beiden anderen Gremien werden häufig auf
13 Statisten-Rollen zurück gedrängt. Deshalb wollen wir einen Parteivorstand, der die tagespolitischen
14 Beschlussfassungen erledigt, eine Parteispitze, die dessen Arbeit vor- und nachbereitet und einen
15 Parteirat als kleinen Parteitag mit Beschlussrecht, der zwischen den Bundesparteitagen als höchstes
16 Gremium die grundlegenden Beschlüsse tätigt. Den Parteirat als einziges Spitzengremium, in dem
17 auch nicht BerufspolitikerInnen sitzen, halten wir für unverzichtbar. Dafür soll der Arbeitsparteitag
18 zwischen den Bundesparteitagen entfallen.

19 Außerdem brauchen wir einen Innovationsfond, damit innerhalb der Partei vorbildliche Projekte zur
20 Weiterentwicklung und Beteiligung in der Partei ausprobiert und finanziert werden können. Die
21 finanziellen Mittel für diesen Fonds dürfen aber nicht an anderer Stelle fehlen, oder beispielsweise
22 Gliederungen gegeneinander ausgespielt werden.

23 Wir wollen den Mitgliedern mehr Mitspracherechte geben. *Mitgliederentscheide* müssen deshalb
24 vereinfacht werden. Die Quoren müssen sinken und damit die realistische Möglichkeit eines
25 Mitgliederentscheides geben. Außerdem machen wir uns dafür stark, ein Mitgliederbegehren künftig
26 auch online zu ermöglichen. Wir können uns außerdem vorstellen, auch Nichtmitglieder im Rahmen
27 von *BürgerInnenbefragungen* an inhaltlichen Entscheidungen teilhaben zu lassen.

28 Die bestehenden *Arbeitsgemeinschaften* leisten eine unverzichtbare Zielgruppenarbeit für die Partei. Sie
29 sind es, die die Anliegen ihrer Zielgruppe in die Partei einspeisen können und damit – manchmal auch
30 quer zur Parteilinie – eine Identifikation dieser Zielgruppen mit der SPD ermöglichen. Sie dürfen in
31 ihrem Bestand nicht gefährdet werden und sollten erweiterte Rechte, beispielsweise ein
32 Anwesenheitsrecht in Fraktionsvorbesprechungen, erhalten. Bei Bundesparteitagen sollen
33 Arbeitsgemeinschaften zusätzlich zum Rede- und Antragsrecht auch eigenständige Delegierte
34 entsenden. Dementsprechend muss die Anzahl der Bundesparteitagsdelegierten nach gleichem
35 Schlüssel für die Vertreter_innen der AGen erhöht werden. Wir begrüßen es allerdings, neben den

1 Arbeitsgemeinschaften die Gründung von *Themenforen* als neue flexible Form der Arbeit zu
2 ermöglichen. Sie und die Arbeitsgemeinschaften sind eine große Chance, gerade Menschen mit
3 weniger zeitlichen Ressourcen in die Arbeit einzubinden und abseits der klassischen Gremienarbeit
4 ein rein inhaltliches Angebot zu bieten. Diese müssen allerdings auf den jeweiligen Ebenen in der
5 Partei verankert werden, damit sie einen direkten Ansprechpartner haben und nicht in der Luft
6 hängen. Über eine solche Verankerung kann auch eine demokratische Legitimierung erfolgen.
7 Menschen, die sich bereit erklären ein Themenforum zu tragen, werden ermuntert, für dessen
8 Einrichtung zu werden und mit einem Antrag dessen Einrichtung bei dem jeweiligen Vorstand oder
9 der Delegierten/Vollversammlung zu beantragen. Die Themenforen haben Antrags- und Rederecht
10 auf den jeweiligen Parteitag der Gliederungsebenen. Eigene Themenforen-Delegierte für
11 Parteitage, wie vom Parteivorstand vorgeschlagen, lehnen wir aber entschieden ab, denn der Ort der
12 demokratischen Auseinandersetzung um die richtigen Positionen ist die SPD. Für Nichtmitglieder,
13 die um ihre Position kämpfen wollen, ist der Eintritt in die SPD dann der konsequente Schritt. Die
14 Themenforen müssen zudem die nötige finanzielle Ausstattung erhalten und einen
15 Fahrtkostenzuschuss für diejenigen Menschen anbieten, die sich eine Mitarbeit sonst nicht leisten
16 können. Die Foren sollen auf Landes- und Bundesebene auch Online organisiert werden und arbeiten.
17 Sie können ebenfalls regional und kommunal eingerichtet werden. Außerdem fordern wir „Tage der
18 Arbeitskreise“ oder Themenforen, bei denen auf entsprechender Ebene die Themenforen parallel
19 tagen, um den Austausch zu fördern und für gute Anschlussfähigkeit für neue Interessierte zu sorgen.
20 Diese Themenforen sollten allerdings auch als Möglichkeit begriffen werden mehr externe Expertise
21 abzurufen und so auch Expertinnen und Experten langfristig für die SPD zu gewinnen, oder aber
22 zumindest dafür zu sorgen, dass Fachleute gehört und ernst genommen werden. Das kann
23 gewährleisten, dass sie die Positionen der SPD auch extern vertreten, weil sie an der Entstehung
24 mitgewirkt haben.

25 Wir wollen niedrige Hürden für die Mitarbeit in unserer Partei. Die *Gastmitgliedschaft* bzw. Nur-Juso-
26 Mitgliedschaft hat sich bei den Jusos seit Jahren als Konzept bewährt. Wir schlagen vor, diese
27 Gastmitgliedschaft auf alle Arbeitsgemeinschaften und Themenforen auszuweiten, so dass die
28 Gastmitglieder innerhalb der entsprechenden AGen und Foren volle Rechte haben und zukünftig
29 auch in Delegiertenschlüssel mit einberechnet werden. Unser Ziel bleibt dabei natürlich der Wechsel
30 in die Parteimitgliedschaft. Die bisherige Praxis des „Eintritt in die SPD oder Ausschluss bei den
31 Jusos“ nach vier Jahren hat sich aber als unbrauchbar erwiesen. Gastmitglieder treten nicht zu einem
32 fixen Zeitpunkt, sondern aus Überzeugung in die SPD ein. Und die hängt von vielen
33 Rahmenbedingungen ab. Wir begrüßen deshalb die vorgeschlagenen Änderungen bei der Nur-Juso-
34 Mitgliedschaft, die eine Entfristung sowie die Einberechnung der Nur-Jusos in den
35 Delegiertenschlüssel vorsehen. Dafür ist ein symbolischer Mitgliedsbeitrag von einem Euro pro
36 Monat eine parteirechtliche Notwendigkeit. Das akzeptieren wir aber angesichts der qualitativen

1 Verbesserungen bei der Nur-Juso-Mitgliedschaft. Wir werden in den kommenden beiden Jahren
2 gemeinsam mit den Landesverbänden und Bezirken bei der Umsetzung dafür sorgen, dass eine
3 Mitgliedschaft nie an finanziellen oder organisatorischen Hürden scheitert. Dafür entwickeln wir
4 flexible Lösungen.

5 Unterstützerinnen und Unterstützer der SPD gefordert (sic!), sich auch ohne Parteibuch Projekt-
6 Themen- oder Kampagnenbezogen mit der SPD zu engagieren. Wir halten sie monatlich auf dem
7 Laufenden, was in ihrem Umkreis passiert, was ihre SPD vor Ort plant und wo in nächster Zeit eine
8 Demo oder eine Informationsveranstaltung stattfinden wird. Dies könnte durch einen klassischen E-
9 Mail-Newsletter realisiert werden.

10 Wir wollen, dass *Personalentscheidungen* und abschließende Beschlussfassungen über Partei- und
11 Wahlprogramme *exklusive Rechte der Mitglieder* bleiben. Wer die Programmpartei möchte, benötigt
12 auch für öffentliche Ämter Personen, die für das Programm stehen und es in die Realität umsetzen
13 wollen. Wenn dagegen KandidatInnen für öffentliche Ämter auch von Nichtmitgliedern eine eigene
14 Legitimation auch für ihr eigenes Programm erhalten, kann dies zu erheblichen Konflikten und zur
15 Abkehr von der Idee der Programmpartei führen. Ob bei Personalentscheidungen auf allen Ebenen
16 dagegen die *Mitglieder direkt* oder über Delegierte wählen, ist eine Frage, die in jedem einzelnen Fall
17 auf der jeweiligen Ebene selbst geklärt werden muss. Nur die Delegierten eines Parteitags können aber
18 ihr Stimmrecht abgeben, ein Vorstand darf deshalb nicht allein über die Direktwahl entscheiden. Es
19 ist richtig, hierfür ein einheitliches und verbindliches Verfahren zu finden. Sofern aber – wie diskutiert
20 – ausschließlich die Vorsitzenden der jeweiligen Ebene direkt, die restlichen Vorstandsmitglieder aber
21 weiterhin über die Parteitage gewählt werden, entsteht eine weitere Hierarchieebene mit einer
22 deutlichen Stärkung der oder des Vorsitzenden. Das lehnen wir ab. Vielmehr muss gelten: Es muss ein
23 einheitliches Verfahren für alle Vorstandsmitglieder gelten. Aus praktischen Gründen sind daher
24 gerade auf der örtlichen und regionalen Mitgliederversammlungen einer Briefwahl vorzuziehen,
25 wenn alle Mitglieder über den Vorstand mitentscheiden können sollen.

26 Wir unterstützen den Vorschlag, bei der nächsten Bundestagswahl *40 Prozent der Wahlkreise an Frauen*
27 zu geben. Das reicht aber nicht aus, um die Partei weiblicher zu machen. Wir müssen auch unsere
28 Strukturen ändern. Denn gerade bei Einzelwahlen sind es häufig männliche Bewerber, die sich
29 durchsetzen. Deshalb sollte den Gliederungen die Möglichkeit geschaffen werden, auch *Doppelspitzen*
30 einzuführen. Darüber hinaus fordern wir den Einsatz quotierter ErstrednerInnenlisten auf allen
31 Ebenen und in allen Gremien, um die Dominanz einiger weniger in Debatten zu brechen. Die
32 Frauenquote von mindestens 50 Prozent für sämtliche Wahlämter innerhalb der Partei halten wir für
33 unerlässlich, um die Arbeitsformen und die Prozesse innerhalb der SPD zu verbessern.

34 Wir wollen, dass die Partei in den Parlamenten auf allen Ebenen auch von jüngeren Menschen
35 repräsentiert wird. Eine eigene ‚Jugendquote‘ lehnen wir als zu starres und unflexibles Instrument ab.

1 Vielmehr müssen bei jeder Wahl eigene Zielmarken definiert werden. Für die Bundestagswahl 2013
2 fordern wir, dass *40 KandidatInnen unter 40* in aussichtsreichen Wahlkreisen und Listenplätzen
3 kandidieren können. Damit ist es aber nicht getan: Wir erwarten auch eine professionelle
4 Unterstützung durch das Willy Brandt Haus für diese jungen KandidatInnen. Wir brauchen aber auch
5 für alle anderen jungen Mitglieder, die früh in einem öffentlichen oder in einem Parteiamt
6 Verantwortung tragen, bessere kostenfreie oder –günstige Bildungsmöglichkeiten.

7 Wir wollen starke und lebendige Unterbezirke und Kreisverbände. Eine systematische Stärkung der
8 Regioarbeit hilft vor allem mitgliederschwachen Kreisverbänden und Unterbezirken, für die der
9 Aufwand eines Engagements auf Landes- oder Bundesebene wegen der räumlichen Distanz zu groß
10 ist. Wir fordern, dass der Parteivorstand Konzepte entwickelt, um Regios, bzw. Unterbezirksverbände
11 zu stärken, um schlagkräftige Netzwerke auf lokaler Ebene zu ermöglichen.

12 Die Ortsvereine sind wichtige Orte des Parteilebens. Die Ortsvereinsbefragung hat weitestgehend ihre
13 Vitalität gezeigt, aber auch, dass dies von Ort zu Ort sehr unterschiedlich ist. Da wo Ortsvereine nicht
14 mehr arbeitsfähig sind muss darüber nachgedacht werden Ortsvereine zusammenzulegen. Dies scheint
15 uns beispielsweise zweckmäßig, wenn ein ordentliches Vereinsleben mit regelmäßigen
16 Mitgliederversammlungen und Vorstandswahlen nicht mehr möglich ist und so Parteimitglieder ihre
17 Mitgliedsrechte nicht ausüben können. Grundsätzlich ist es wichtig, dass Personalentscheidungen
18 maßgeblich von der Gesamtpartei getroffen werden. Zudem muss die kontinuierliche Mitarbeit in der
19 SPD auch für diejenigen Menschen möglich sein, die sehr mobil sind und häufig ihren Wohnsitz
20 wechseln müssen. Sie können sich nicht auf Dauer an einen Ortsverein binden. Zwar bieten
21 Themenforen und Arbeitsgemeinschaften eine Beteiligungsmöglichkeit, doch wir streben zudem den
22 virtuellen Ortsverein, als anerkannte Struktur an. Es muss möglich sein sich im Internet über eine
23 feste Struktur vernetzen zu können und Anträge zu verfassen.

24 Außerdem fordern wir die Stärkung der Hauptamtlichkeit in dem Sinne, dass die MitarbeiterInnen
25 und ReferentInnen der Partei als wichtiger Rückhalt der Partei betrachtet werden und die
26 Hauptamtlichkeit aus-, statt abgebaut wird, um so beispielsweise auch dort arbeitsfähige Strukturen zu
27 garantieren, wo die SPD das Problem hat, dass sie keine breite Mitgliederstruktur hat.
28 Hauptamtlichkeit bedeutet auch Hilfe zur Selbsthilfe für Ehrenamtliche. Wichtig ist uns, dass es die
29 Möglichkeit gibt zentral Beschwerden und Wünsche an die Partei zu richten. Auch organisatorische
30 Dinge, wie die Aktualisierung von Wohnorten in den Mitgliedsunterlagen können zentral geregelt
31 werden. Außerdem soll es ein Servicetelefon auf Bundesebene geben, wo alle Menschen und speziell
32 Mitglieder auch ein breites Informationsangebot zu Veranstaltungen, Beteiligungsformen uvm.
33 Zugreifen können. Umgekehrt müssen MitarbeiterInnen in den Unterbezirken und Kreisverbänden
34 die Zeit haben sich intensiv um die jeweilige Gliederung zu kümmern. Wir brauchen politische
35 ReferentInnen, auch und gerade in der Fläche. Auch Bildungsarbeit muss so verstärkt dezentral

1 ermöglicht werden. Um die Transparenz in der Partei zu erhöhen fordern wir zudem, dass alle
2 Stellenausschreibungen für alle Parteimitglieder offen und einfach zugänglich sind. Damit aie auch in
3 Zukunft diese Arbeit gut und an den Bedürfnissen der Aktiven orientiert durchführen können,
4 brauchen sie ihren Qualifikationen und Erfahrungen entsprechende Arbeitsverträge, die sich am
5 öffentlichen Tarifsystem orientieren. Guter Lohn für Gute Arbeit muss das Prinzip für die Anstellung
6 bei der SPD sein. Dies gilt auch für Praktika und als Wahlkampfpraktika getarnte Aushilfsjobs.

7 Die Zusammenarbeit mit BündispartnerInnen muss erhalten und ausgebaut werden. Das hat uns stark
8 gemacht und damit haben viele Gliederungen gute Erfahrungen gemacht. Viele Organisationen teilen
9 unsere Ziele, gerade hier muss die Zusammenarbeit gestärkt werden, um einerseits schlagkräftiger die
10 Gesellschaft verbessern zu können und andererseits für die Sozialdemokratie zu werben. Allerdings
11 müssen wir uns auch deutlich von solchen Organisationen abgrenzen und gegen diese eintreten,
12 welche die Werte der Demokratie und der Sozialdemokratie mit Füßen treten. In diesem
13 Zusammenhang müssen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse überprüft werden, damit die SPD sich gegen
14 rechtsextreme Tendenzen deutlich abgrenzt.

15 Die SPD muss Strukturen schaffen, die es allen Mitgliedern ermöglichen, in ihrer alltäglichen Arbeit
16 die europäische Ebene mitzudenken. Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- oder Umweltschutzpolitik sind
17 immer auch von europäischen Interessen beeinflusst. Daher muss es ein wichtiges Anliegen der SPD
18 sein, dass diese Aspekte selbst in der Parteiarbeit vor Ort diskutiert werden und dass der
19 Gestaltungsanspruch nicht auf der Bundesebene endet. Daher fordern wir, dass Politik auf
20 europäischer Ebene aus den Hinterzimmern und weg von punktuellen Austausch geführt wird und
21 einen festen Platz in der Parteiorganisation bekommt. Über formale Gestaltungsangebote wie z.B.
22 Prüfsteine bezüglich europäischer Aspekte, Vorschläge für Verfahrens- und Arbeitsregeln ab der
23 Unterbezirksebene oder auch gezielte Bildungsmaßnahmen für Aktive mit Verantwortung sind hier
24 denkbar. Und auf allen Ebenen der Partei bieten sich heute Möglichkeiten, den Austausch mit
25 Genossinnen und Genossen aus anderen europäischen Ländern zu pflegen, um eigene Positionen zu
26 überprüfen. Auch die Themenforen müssen in ihrem Politikbereich mit der europäischen Ebene
27 umgehen.

28 Wir haben am Anfang dieses Papiers deutlich gemacht, dass eine Satzungsänderung nicht per se zu
29 mehr Beteiligung und einer Demokratisierung führt. Wir müssen in diesem Prozess auch unsere
30 politische Kultur deutlich hinterfragen. Wir müssen Räume schaffen in denen wir offen diskutieren
31 können, weshalb an vielen Stellen die Medien auszuladen sind. Allerdings bestehen wir auch darauf,
32 dass Diskussionen zur Positionsbildung zuerst stattfinden, dann Beschlüsse gefasst werden und diese
33 dann letztlich durch das Spitzenpersonal öffentlich vertreten werden. Eine Aufoktroierung von
34 Positionen durch vorschnelle Äußerungen der Parteispitze lehnen wir ab. Es muss zudem klar sein in
35 welchem Gremium Entscheidungen getroffen werden. Wir müssen grundlegend das Verhältnis

1 zwischen Partei und Fraktion klären und dies nicht nur auf Bundesebene. Aus unserer Sicht ist die
2 Partei der Ort um neue Ideen zu diskutieren und zu beschließen und die Fraktionen der Ort um sie
3 umzusetzen. Dies war während der Regierungsbeteiligung der SPD oftmals anders.

4

5 Bildungsarbeit als Qualifikationsmöglichkeit und Nutzenfaktor mitdenken

6 Zur Parteireform gehört es auch, dass wir unsere Angebote der Bildungsarbeit kritisch hinterfragen.
7 Sicherlich haben wir bereits heute vielfach gute Bildungsangebote, von denen FunktionsträgerInnen
8 profitieren und die sich teilweise offen an Mitglieder richten. Doch diese Angebote sind regional sehr
9 unterschiedlich und werden auch unterschiedlich häufig offeriert. Außerdem gibt es auch Mängel, die
10 beseitigt werden müssen. Das betrifft die Bewerbung der vorhandenen Angebote, aber auch die
11 Palette der Angebote in manchen Bereichen an sich. Die Partei hat die Aufgabe selbst die
12 Weiterbildung ihrer Mitglieder zu gewährleisten und muss intensiv dafür sorgen, dass die Nachfrage
13 nach Bildungsangeboten in der Partei steigt und die Mitglieder sich gerne und intensiv weiterbilden,
14 auch um fortan ihre Meinungen besser in die Partei einbringen und dort vertreten zu können.

15 In diesem Zusammenhang fordern wir, dass die Partei regelmäßig die vorhandenen Bildungsangebote
16 zusammenstellt und breit bei den Mitgliedern bewirbt (das sollte in Kooperation der verschiedenen
17 Ebenen passieren und gebündelt an die jeweils im Einzugsgebiet wohnenden Mitglieder verschickt
18 werden). Denn viele Mitglieder hören nie von verschiedenen Angeboten, obwohl sie diese vielfach
19 interessant fänden oder es bei ihnen sogar eine Initialzündung zur aktiveren Mitarbeit hervorrufen
20 würde. Wir müssen gewährleisten, dass nicht die Funktion darüber entscheidet, ob man
21 Bildungsangebote mitbekommt und an ihnen partizipieren kann oder nicht. Denn umfassende
22 Bildungsarbeit ist der Schlüssel für eine aktive, fachkundige, arbeitsfähige und informierte Partei.
23 Außerdem können breite Bildungsangebote auch ein Anreiz sein in der SPD Mitglied zu werden. Alle
24 müssen wissen, dass sie in unseren Reihen die Möglichkeit auf Qualifikation für den politischen
25 Bereich und darüber hinaus haben. Um die Teilnahme an Parteiangeboten auch planbar zu machen,
26 müssen alle Parteitermine die absehbar sind weit im Voraus geplant und veröffentlicht werden. Das
27 betrifft sowohl Parteitage, als auch Seminare und weitere Termine, wie Regionalveranstaltungen oder
28 BürgerInnenforen.

29 Zudem müssen wir unser bisheriges Bildungsangebot hinterfragen und ausbauen.

30 - Konzepte und Bildungsangebote müssen prinzipiell bereits dort beginnen, wo Interessierte für
31 die SPD begeistert werden sollen. Also müssen auch Menschen Angebote erhalten, die SPD-affin
32 sind, aber noch nicht eingetreten sind.

33 - Der Bereich der Neumitgliederseminare muss ausgebaut werden. Sie müssen regelmäßig
34 stattfinden.

1 - Wichtig ist, regelmäßige Seminarangebote – in inhaltlichen Fragen und auch für die
2 politischen und persönlichen Fertigkeiten – auch den ehrenamtlich Engagierten unserer Partei zu
3 unterbreiten.

4 - Darauf aufbauend benötigen wir Schulungen für FunktionärInnen in Ortsvereinen,
5 Unterbezirken und Kreisverbänden.

6 - Wir brauchen zusätzlich ein breit angelegtes Bildungsprogramm für die gesamte Partei, um
7 Möglichkeiten für weniger frauenfeindliche Arbeitsformen aufzuzeigen. Dazu gehören für uns
8 einerseits flächendeckende Anti-Sexismus-Trainings und Gender-Mainstreaming-Seminare, die
9 männlich geprägten Strukturen und Mechanismen sowie Ansätze zur Veränderung aufzeigen.
10 Andererseits müssen vor Ort Arbeitsformen entwickelt werden, die unsere Strukturen öffnen und uns
11 für alle Menschen attraktiv macht.

12 - Auch ein Angebot für SpitzenfunktionärInnen und MandatsträgerInnen, welche die Partei
13 vielfach nach außen vertreten, gehört zur Gesamtpalette dazu. Wir brauchen auch für alle jungen
14 Mitglieder, die früh in einem öffentlichen Amt oder Parteiamt Verantwortung tragen, bessere
15 kostenfreie oder –günstige Bildungsmöglichkeiten.

16 Insgesamt muss eine fundierte Personalentwicklung und eine Bildung der Mitglieder breit stattfinden.
17 Der Fokus muss dabei auf der Weiterbildung der gesamten Partei liegen. Es müssen inhaltliche
18 Seminare angeboten werden, aber auch organisatorische, sowie solche, welche individuelle Fähigkeiten
19 weiterentwickeln, beispielsweise Rhetorik. Auch spezielle Förderprogramme (Shadowing, Mentoring,
20 Frauennetzwerke) für Frauen sind nach wie vor nötig. Zudem plädieren wir für
21 Patenschaftsprogramme für Neumitglieder, damit neue Genossinnen oder Genossen sich nicht von
22 den Gepflogenheiten in der Partei abgeschreckt fühlen. Die Paten müssen dabei nicht einmal große
23 Positionen inne haben, sie sollen sich nur darum kümmern, dass sich die Neumitglieder wohl fühlen
24 und die wichtigsten Fragen beantwortet werden. Außerdem muss es bei jeder Gliederung
25 Mitgliederbeauftragte geben. Desweiteren fordern wir eine „Task Force Veranstaltungshilfe“, also die
26 Befähigung von vielen Mitgliedern dazu, dass diese dann vor Ort und in ihrem Umfeld dabei
27 behilflich sein können, wenn Gliederungen Veranstaltungen organisieren wollen. Denn die
28 Attraktivität von Veranstaltungen hat vielfach auch etwas damit zu tun, wie sorgsam und professionell
29 diese vorbereitet sind.

30 Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Mitglieder einer Partei ihr höchstes Gut sind. Aus diesem
31 Grund muss die Qualifikation der Mitglieder ein wichtiges Interesse der SPD sein und auch Teil
32 dieser umfassenden Reform.

33

34 Kommunikation muss zukünftig stimmen

1 Eines möchte niemand mehr hören: Das war ein Kommunikationsproblem. Oder: Wir haben nur
2 versäumt das richtig zu erklären. Kein Mitglied, kein SPD-affiner Mensch, keine Bürgerinnen und
3 Bürger dürfen mit derartigen Aussagen abgekanzelt werden. Das führt zu Misstrauen gegenüber der
4 SPD. Es ist die Aufgabe des Spitzenpersonals unserer Partei, aber wo möglich auch die Aufgabe aller
5 Mitglieder, ein Augenmerk auf gute Kommunikation zu legen. Natürlich können Fehler immer
6 vorkommen, aber es darf nicht oft und vor allem nicht mit System passieren. Die Kommunikation von
7 Inhalten gehört zu den Inhalten selbst. Es muss zur Politik, zumal zur sozialdemokratischen, immer
8 dazugehören, dass zu allererst Inhalte in der Partei besprochen werden und diese dann anschließend
9 auch gut erklärt werden können. In diesem Zusammenhang dürfen wir nicht dem Trugschluss
10 aufsitzen, dass Mitglieder der Partei oder der Gesellschaft nicht intelligent genug wären, politische
11 Zusammenhänge auch zu begreifen. Diese weit verbreitete Annahme leistet Politikverdrossenheit
12 Vorschub und beleidigt die Intelligenz weiter Teile der Gesellschaft.

13 Zweifelsohne trägt nicht nur die Politik die Verantwortung an dieser Problematik. Die Welt ist durch
14 moderne Kommunikation und komplexe Zusammenhänge erheblich schnelllebiger und komplexer
15 geworden. Da ist es manchmal schwer Gehör zu finden und komplexe Zusammenhänge darzustellen.
16 Hinzu kommt, dass Medien vielfach „kleine Häppchen“ liefern wollen. Parlamentarische
17 Auseinandersetzungen, ausgiebige Interviews und Erläuterungen waren früher erheblich häufiger in
18 der Berichterstattung zu finden.

19 Damit muss die SPD intern, wie extern umgehen. Sie muss auf einen guten Mix von althergebrachten
20 und neuen Kommunikationsmitteln setzen und dabei darauf achten, dass sie alle Teile der Gesellschaft
21 und der Mitglieder erreicht.

22 Das bedeutet für die interne Kommunikation unter anderem:

23 Alle Möglichkeiten der neuen Medien, beispielsweise Blogs, E-Mails, Internetvideos, Newsletter und
24 der sozialen Netzwerke müssen ausgenutzt werden. Das bedeutet keine schicke Show, es bedeutet alle
25 Informationen müssen transparent und zügig allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. In
26 diesem Zusammenhang fordern wir parteiöffentliche Protokolle von den inhaltlichen Teilen von
27 Vorstandssitzungen, Parteiräten und Parteitagungen auf allen Ebenen. Informationszugang darf aber auch
28 nicht Informationsüberfrachtung bedeuten. Deshalb muss die Partei die bereits möglichen
29 Systematiken ergreifen, um Informationen zielgerichtet an diejenigen zu senden, die diese haben
30 wollen. Hier können wir uns thematische Themenverteiler vorstellen und die Abfrage der Mitglieder,
31 welche Informationen sie haben wollen. Dort müssen die Mitglieder zwischen dem Erhalt aller
32 Informationen bis hin beispielsweise zu thematisch, regional, ebenenbezogen, oder gremienbezogen
33 eingegrenzten Infopaketen wählen können. Zudem ist es wichtig zu betonen, dass bei digitalen
34 Medien die Kommunikation beidseitig funktionieren muss, das bedeutet niemand in der SPD sollte
35 digitale Kommunikation noch als schnelles Verlautbarungsorgan begreifen. Vielmehr bietet sie die

1 Chance auch direkte Rückfragen zu stellen oder Diskussionen zu führen. Das muss intensiv genutzt
2 werden. Auch im Zusammenhang mit Parteitage oder Mitgliederversammlungen sollten die
3 digitalen Möglichkeiten nicht vergessen werden. Wir müssen auf Beschluss-Wikis setzen, wo alle
4 Beschlüsse der letzten Jahre und Jahrzehnte digital schnell gefunden und abgerufen werden können.
5 Auch Diskussionsplattformen im Umfeld der Parteitage sind nötig, genauso wie Antragssoftware,
6 welche die Beratungen erleichtert und Live-Streams und Ticker, die von den Parteitage berichten.
7 Doch vergessen wir bitte trotz der vielen Vorteile der digitalen Kommunikation nicht die Gruppen,
8 die aus finanziellen oder technischen Gründen keinen oder keinen geregelten Zugang zu digitalen
9 Informationen haben, oder das Medium Internet nicht beherrschen. Auch diesen darf keinesfalls ein
10 Nachteil entstehen. Deshalb hat die Partei in der Vergangenheit zwar Briefsendungen, vermutlich
11 auch aus Kostengründen, zurückgefahren, doch ein gewisses Maß an Informierung ist auch auf diesem
12 Wege geboten. Man muss die Mitglieder zumindest wählen lassen (am besten in einer postalischen
13 Abfrage), ob sie Informationen zukünftig digital oder gedruckt erhalten wollen. Die Kosten der daraus
14 entstehenden innerparteilichen Demokratie müssen wir gemeinsam tragen, um eine breite
15 Informierung der Mitglieder zu gewährleisten.

16

17 Der Gedanke der Inklusion muss Einzug in die Parteistrukturen halten. Publikationen der Partei
18 müssen daher auch konsequent in einer Sprache erscheinen, die unseren Ansprüchen an Inklusion
19 umfassend gerecht wird. Darüber hinaus müssen Wege gefunden werden, um auch blinden und
20 gehörlosen Menschen die Mitarbeit in der SPD auf allen Ebenen zu ermöglichen.

21

22 Doch auch das ist nicht alles. Denn Kommunikation funktioniert in zwei Richtungen. Dies mag im
23 digitalen Bereich grundsätzlich möglich sein, reicht jedoch nicht aus. Nichts ersetzt die Diskussion
24 von Angesicht zu Angesicht. Deshalb müssen Informations- aber vor allem
25 Diskussionsveranstaltungen mit der Partei weiter ausgebaut werden. Wer möchte, dass die Partei
26 gemeinsam Inhalte überzeugt vertritt und sich Mitglieder mit „ihrer“ SPD identifizieren, der muss
27 umfassende Angebote anbieten, die Beteiligung nicht nur vorgaukeln und Nachfragen und Gespräche
28 ermöglichen. Daran müssen alle Mitglieder und wo möglich auch Externe teilnehmen können.

29

30 Lebensgefühl SPD

31 Viele Genossinnen und Genossen denken wehmütig an Zeiten zurück, als die SPD als modern und
32 „angesagt“ galt. Wer sagt, dass diese Zeiten vorbei sind? Natürlich gehört es zur Ehrlichkeit dazu zu
33 erkennen, dass viele andere Organisationen eine höhere Attraktivität, Zustimmung und
34 Identifikationskraft haben, als die SPD. Doch das ist nichts, was einfach mit uns passiert, dem wir

1 nicht entgegenwirken können. Vielmehr ist dieser Eindruck und teilweise auch Fakt in höchstem
2 Maße selbstverschuldet. Es gehört genauso zur Parteireform auch diesem Problem offensiv zu
3 begegnen. Das bedeutet weder, dass wir uns zu einer Spaß-Partei entwickeln sollen, noch bedeutet es,
4 dass wir nicht deutliche Positionen beziehen müssten. Doch wir müssen uns darauf besinnen, was die
5 SPD ausmacht. Und dazu gehört es, dass wir in allen Bereichen Positionen haben, diese vertreten
6 müssen und auch bereit sind dies gegen Widerstände zu tun. Wir müssen es schaffen glaubwürdig und
7 selbstbewusst zu sein, ohne dabei eine Arroganz auszustrahlen, dass wir beratungsresistent wären und
8 ohne verbittert zu wirken. Wir müssen die Meinungen und Positionen von Externen Laien und
9 Fachleuten genau hören und in unsere Positionsfindungen einfließen lassen. Obwohl das
10 selbstverständlich klingt ist es oftmals nicht der Fall. Denn ebenso wie innerparteilich gibt es auch
11 darüber hinaus oft nur eine Scheinbeteiligung, welche die Leute schnell durchschauen.

12 Außerdem müssen wir die Partei dringend öffnen. Das geht über Strukturänderungen, wie sie oben
13 beschrieben werden, doch es bedarf auch einer tatsächlichen räumlichen Öffnung, um dies zu
14 untermalen und zusätzliches Interesse an der SPD zu wecken. Deswegen fordern wir, dass die
15 Parteihäuser zu Orten der Begegnung erweitert werden. Das bedeutet, dass die Parteihäuser
16 Anlaufstellen für Mitglieder, aber auch für Nicht-Mitglieder sein müssen und es wo möglich auch
17 räumliche Umgestaltungen geben muss, um Begegnung zu ermöglichen. Beispielsweise können durch
18 eine Präsenzbibliothek, gemütliche Räumlichkeiten zum Lesen und für lockere Gesprächsrunden,
19 Sitzungsräume die - mit Moderationsmaterialien ausgestattet - zunehmend für Diskussionen mit
20 Externen verwendet werden können und einem Werkraum zur Vorbereitung von Aktionen oder
21 Transparenten das bisweilen verbreitete Bild der „miefigen“ Parteihäuser und -strukturen zerstreuen.

22 Und was hindert uns vor allem daran die sicherlich oft unerfreulichen, komplexen und in langen und
23 arbeitsreichen Prozessen erarbeiteten Inhalte mit Überzeugung positiv zu vertreten? Das ist kein
24 Plädoyer Dinge zu beschönigen. Aber wir alle und speziell unser Spitzenpersonal müssen aufhören
25 dauernd zu betonen, wie schwer alles ist und wie arbeitsreich der Alltag ist. Das ist zwar sicher richtig,
26 aber niemand wurde gezwungen sich in der SPD zu engagieren. Vielmehr sollten wir es als Privileg
27 betrachten dieses Ehrenamt oder Hauptamt ausführen zu können. Wir können in einer komplexen,
28 schnelllebigen und oft anstrengenden Welt nicht erwarten, dass wir Mitleid oder überhöhte
29 Anerkennung von anderen bekommen, so bitter das manchmal auch ist. Vielmehr muss der Habitus,
30 der Politikerinnen und Politikern oft innewohnt und oftmals die dauernd arbeitende, alles
31 durchschauende und bedenken tragende Person skizziert, etwas aufgebrochen werden. Wenn wir
32 seriös, inhaltlich fundiert und selbstbewusst unsere Inhalte vertreten, dies aber mit einer gewissen
33 Portion Leichtigkeit schaffen, wird das dem Glauben an die Sozialdemokratie und Politik allgemein,
34 aber auch die Attraktivität der SPD wieder erhöhen.

35

1 Gemeinsam werden wir es schaffen!

2 Die SPD beruft sich auf eine 150jährige Tradition. Manche Unkenrufe sahen diese Tradition nach
3 der verlorenen Bundestagswahl schon enden. Das hat uns geholfen den Ernst der Lage besser zu
4 durchdringen und zu erkennen, dass die Fähigkeit zur Erneuerung, die der SPD innewohnt, dringend
5 abgerufen werden muss. Doch wenn wir gemeinsam die Kraftanstrengung vollbringen uns zu erneuern
6 und vor allem unsere Inhalte zur Grundlage unserer Politik machen, dann ist die SPD zukunftsfähig
7 und wird die politische Landschaft in der Bundesrepublik weiter maßgeblich mitbestimmen. Doch das
8 muss umfassend in allen Bereichen und vor allem tatsächlich passieren. Konzepte zu beschließen und
9 dann in die Schublade zu legen hilft der SPD nicht mehr weiter. Doch wenn wir gemeinsam nach
10 unseren Überlegungen handeln und diese mit guten, progressiven Inhalten unterfüttern, die
11 schließlich im Vordergrund stehen und den Menschen vermittelt, dass die SPD eine linke Volkspartei
12 ist, dann werden wir fortbestehen und auch wieder deutlich erstarren.

13

14 Wir Jusos haben uns in der Vergangenheit organisatorisch und inhaltliche in diesen Prozess
15 eingebracht. Bei der organisatorischen Parteireform konnten wir dabei viele Erfolge erzielen. Auf
16 unseren Vorschlag hin wird das Präsidium abgeschafft. Die Aufwertung des alten Parteirats zum
17 neuen Parteikonvent hat maßgeblich Ideen von uns aufgenommen. Auch die Vergrößerung des
18 Bundesparteitages oder die Einführung von Themenforen ist nicht zuletzt uns Jusos zu verdanken.
19 Die Juso-Mitgliedschaft ist zukünftig entfristet und Nur-Jusos werden endlich in die
20 Delegiertenschlüssel mit einberechnet. Die Hürden für Mitgliederentscheide sind gesenkt worden.
21 Wir haben einige gute Schritte nach vorne gemacht. Jetzt heißt es, dabeibleiben und die Änderungen
22 auch mit Leben füllen. Jetzt heißt es vor allem: inhaltlich nachziehen und die SPD politisch auf neue
23 Füße stellen.

24

1 **S2 Abschaffung der Maklerprovision für** 2 **Wohnungssuchende**

3 **LV Bayern**

4
5

6 **Forderung:** Abschaffung der Maklerprovisionen für private Wohnungssuchende, wenn diese nicht
7 selbst einen Makler für eine Wohnungssuche beauftragt haben.

8

9 **Begründung:** Wohnungssuchende, die privat eine Wohnung mieten oder kaufen möchten, werden
10 sehr oft gezwungen zur üblichen Mietkaution, die man wieder zurück erhält, eine Maklerprovision in
11 Höhe von einer bis zu mehreren Monatsmieten zu bezahlen. Damit können sich viele Bürgerinnen
12 und Bürger bestimmte Wohnungen nicht leisten, da sie zusätzlich noch bis zu mehrere tausend Euro
13 Provision für die Vermittlung einer Wohnung durch eine/n MaklerIn aufbringen müssen, die/den sie
14 selbst nicht einmal beauftragt haben. Diese Unsitte im deutschen Maklerwesen muss endgültig
15 abgeschafft werden, in dem das Gesetz der Regelung zur Wohnungsvermittlung geändert wird.

16

17 Maklerprovisionen werden damit nur noch vom AuftraggeberInnen, in diesem fall der/dem
18 VermieterIn übernommen. Somit wird es für die Wohnungssuchenden fairere Chancen geben,
19 Wohnungen zu mieten (oder zu kaufen), da nicht nur der, der sich die Provision leisten kann, die
20 Chance hat, eine Wohnung zu bekommen.

21

1 **S3 Gleiches Recht für Alle!**

2 **LV Rheinland-Pfalz**

3

4 Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten treten ein, für eine gerechte und pluralistische
5 Gesellschaft. Deshalb fordern wir:

6

7 **Streikrecht und gleiches Arbeitsrecht für alle!**

8

9

10 Das hart erkämpfte Recht, sich Gewerkschaften anzuschließen ist den „kirchlichen
11 ArbeitnehmerInnen“ untersagt. Betriebsräte sind im kirchlichen Arbeitsrecht nicht zugelassen, da das
12 Betriebsverfassungsgesetz innerhalb der entsprechenden Institution nicht greift. Das kirchliche
13 Arbeitsrecht lässt keine Streiks zu. Diese Tatsachen wiegen deshalb besonders schwer, weil
14 Institutionen in kirchlicher Trägerschaft nicht zu Tarifverträgen verpflichtet werden können.

15

16 Das Recht der beiden Großkirchen zur „unterschiedlichen Behandlung wegen der Religion oder
17 Weltanschauung“ wird im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) im §9 garantiert. Allerdings
18 darf nur dann unterschiedlich behandelt werden, wenn „[eine Bestimmte Religion oder
19 Weltanschauung] nach der Art der Tätigkeit eine gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellt“.
20 Das heißt, dass trotz dieses Gesetzes eine Reinigungskraft nicht wegen ihres Kopftuches, ihrer
21 Scheidung, Homosexualität, etc. entlassen werden darf. Die Tätigkeit kann hier keine bestimmte
22 Weltanschauung voraussetzen.

23

24 **§9 AGG**

25 „1) Ungeachtet des § 8 ist eine unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder der
26 Weltanschauung bei der Beschäftigung durch Religionsgemeinschaften, die ihnen zugeordneten
27 Einrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform oder durch Vereinigungen, die sich die
28 gemeinschaftliche Pflege einer Religion oder Weltanschauung zur Aufgabe machen, auch zulässig,
29 wenn eine bestimmte Religion oder Weltanschauung unter Beachtung des Selbstverständnisses der
30 jeweiligen Religionsgemeinschaft oder Vereinigung im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht oder
31 nach der Art der Tätigkeit eine gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellt.

32

1 (2) Das Verbot unterschiedlicher Behandlung wegen der Religion oder der Weltanschauung berührt
2 nicht das Recht der in Absatz 1 genannten Religionsgemeinschaften, der ihnen zugeordneten
3 Einrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform oder der Vereinigungen, die sich die
4 gemeinschaftliche Pflege einer Religion oder Weltanschauung zur Aufgabe machen, von ihren
5 Beschäftigten ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses
6 verlangen zu können.“

7 1,3 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in kirchlichen Einrichtungen nach kirchlichem
8 Arbeitsrecht. Und das bedeutet oftmals zu schlechteren Arbeitsbedingungen und für wesentlich
9 weniger Geld als beispielsweise Beschäftigte, die in anderen Kliniken, KiTas und
10 Altenpflegeeinrichtungen die gleiche Arbeit tun. Damit muss Schluss sein.

11

12 Dem entsprechend fordern wir für diese Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen die gleichen
13 gewerkschaftlichen Rechte wie für alle anderen ArbeitnehmerInnen. Der „Dritte Weg“ des kirchlichen
14 Arbeitsrechts muss abgeschafft werden. Das Recht zum Streik ist zu gewährleisten. Mit der
15 Benachteiligung muss Schluss sein! Mit den vordemokratischen Zuständen muss Schluss sein!

16 **Kirchensteuer hinterfragen, Leistungen sicherstellen.**

17

18 Die steuerrechtliche Sonderstellung von Religionsgemeinschaften muss hinterfragt und wenn möglich
19 abgeschafft werden. Hierzu ist vor allen Dingen zu klären, wie und ob die Aufgaben der Kirchen im
20 weitesten diakonischen Sinne (Pflegeheime, Jugendheime, KiTas, etc.) reibungslos, gegebenenfalls mit
21 Unterstützung des Staates weitergeführt werden können. Es darf nicht passieren, dass
22 ArbeitnehmerInnen der angesprochenen Einrichtungen ihren Arbeitsplatz verlieren, oder fehlende
23 Einnahmen durch die Kirchensteuer zu einer Privatisierung von Bildung und Pflege führen.

24

25 Die wegfallenden Gelder durch die Kirchensteuer, müssen kompensiert werden über eine öffentliche
26 Finanzierung und es müssen Wege gefunden werden, die etwaigen Mittel, welche die Kirchen
27 teilweise in der Vergangenheit noch zugezahlt haben (bspw. das Bereitstellen von Räumen, die
28 Zugabe von Geldmitteln aus Sammlungen, etc.) im Dialog mit den Kirchen sicherzustellen, bzw. zu
29 kompensieren. Eine umfassende und gute Bildung und Pflege vor staatlichem Hintergrund ist dabei
30 unser Ziel. Hierzu wird der Bundesvorstand beauftragt ein schlüssiges Konzept vorzulegen,
31 in dem auch die historischen Staatsleistungen (Konkordate), der §9 AGG, die staatliche Erfassung der
32 Religionszugehörigkeit sowie weitere kirchliche Privilegien auf den Prüfstand gestellt werden.

33

34

1 **Für freie Wissenschaft und Forschung – gegen weltanschauliche Einflussnahme!**

2

3 Konkordatslehrstühle abschaffen, theologische Fakultäten kritisch überprüfen!

4

5 Wir Jusos treten ein für eine freie Wissenschaft und Forschung an staatlichen Bildungseinrichtungen.

6 Deshalb fordern wir:

7

8 **Die Abschaffung aller bestehender Konkordatslehrstühle**

9

10 Alle bestehenden Konkordatslehrstühle sind durch Bundes- und Landesgesetzgebung abzuschaffen,
11 die Schaffung neuer Konkordatslehrstühle ist zu verbieten. Entsprechende Verträge mit der
12 katholischen Kirche sind, soweit dies für die Umsetzung der Forderung erforderlich ist,
13 aufzukündigen.

14

15 Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre hat Verfassungsrang. In Artikel 5, Absatz 3 des
16 Grundgesetzes heißt es:

17

18 „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von
19 der Treue zur Verfassung.“

20

21 Diese Vorgabe ist eindeutig. Nach Artikel 1, Absatz 3 des Grundgesetzes, gilt das Grundgesetz als
22 unmittelbar geltendes Recht:

23

24 „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als
25 unmittelbar geltendes Recht.“

26

27 Vertragliche Vereinbarungen zwischen der katholischen Kirche und den betroffenen Ländern die
28 Konkordatslehrstühle betreffend sind daher verfassungsrechtlich äußerst bedenklich.

29

30 Konkordatslehrstühle diskriminieren im Weiteren nicht-katholische, zumindest skeptische
31 Wissenschaftler. Professuren an staatlichen Hochschulen sind öffentliche Ämter. Der Zugang zu
32 solchen Ämtern darf niemanden aus weltanschaulichen Gründen verweigert werden, dies wird vom
33 Grundgesetz in Artikel 33, Absätze 2 und 3 garantiert:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

„(2) Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.

„(3) Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte, die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sowie die im öffentlichen Dienste erworbenen Rechte sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemandem darf aus seiner Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem Bekenntnisse oder einer Weltanschauung ein Nachteil erwachsen.“

Konkordatslehrstühle widersprechen weiterhin eklatant dem Trennungsgebot des Grundgesetzes, siehe dazu Artikel 137 I WRV/Artikel 140 GG:

„Es besteht keine Staatskirche“

Die Begrenzung des Einflusses der Kirchen auf die theologischen Fakultäten an *staatlichen* Hochschulen

Das Mitspracherecht der Kirchen bei der Besetzung von Professuren an den theologischen Fakultäten staatlicher Hochschulen ist abzuschaffen. Ebenso abzuschaffen ist das Verfahren der Lehrbeanstandung, durch das die Kirchen Staatsbeamten die Lehrbefugnis für das jeweilige theologische Fach an staatlichen Hochschulen wieder entziehen können.

Solange ein konfessions- und kirchengebundener Religionsunterricht an öffentlichen Schulen besteht, hat der Staat für die Ausbildung des Lehrpersonals zu sorgen. Dem Grundgesetz entsprechend muss das in Kooperation mit der Kirche geschehen. Diese Kooperation rechtfertigt in gewisser Weise theologische Fakultäten. Ist der Religionsunterricht jedoch, wie von den Jusos gefordert, abgeschafft, entfällt dieser Rechtfertigungsgrund für die Existenz konfessionsgebundener theologischer Fakultäten an staatlichen Hochschulen. Priester dürfen nicht an staatlichen Hochschulen ausgebildet werden. Dies stellt auch einen vom Grundgesetz garantierten Schutz der Religionsgemeinschaften dar.

1 Die derzeitige Situation widerspricht eklatant dem Trennungs- und Neutralitätsgebot des
2 Grundgesetzes (Artikel 137 I WRV/Artikel 140 GG), sowie der Freiheit von Wissenschaft und
3 Lehre. Siehe dazu die Artikel 5 und 33 des Grundgesetzes, sowie weiterhin Artikel 3 Absatz 3:

4

5 „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner
6 Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt
7 oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

8

9 Auch Artikel 4, Absatz 1:

10

11 „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen
12 Bekenntnisses sind unverletzlich.“

13

14 Die Existenz konfessionsgebundener theologischer Lehrstühle an staatlichen Hochschulen ist generell
15 sehr fragwürdig, da sie eindeutig der Trennung von Staat und Kirche widerspricht. Weiterhin
16 widerspricht sie Artikel 5 des Grundgesetzes, da sie von den betreffenden HochschullehrerInnen
17 „Loyalität“ gegenüber der kirchlichen Lehrmeinung verlangt. Dies ist nicht vereinbar mit den heute
18 allgemein erkannten Wissenschaftskriterien, wie z.B. Zweifel als Erkenntnisprinzip,
19 Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse durch die Vernunft etc.

20 Konfessionsgebundene Theologie ist deshalb nicht als Wissenschaft im Sinne dieser
21 Wissenschaftskriterien zu betrachten.

22 Auch Befürworter theologischer Fakultäten in ihrer jetzigen Form sprechen in diesem
23 Zusammenhang von „Glaubenswissenschaft“.

24

25 Die Existenz von konfessionsgebundenen theologischen Fakultäten an staatlichen
26 Hochschulen erhält ihre Rechtfertigung durch den derzeit noch
27 existierenden konfessionsgebundenen Religionsunterricht, da der Staat, insofern er
28 einen solchen Unterricht anbietet, auch das benötigte Lehrpersonal ausbilden muss.

29

30 **Zur weiteren Erläuterung und Begründung:**

31 **Zu 1. :**

32 Konkordatslehrstühle sind Lehrstühle an staatlichen Hochschulen in nicht-theologischen
33 Fachbereichen, wie beispielsweise Philosophie, Geschichte, Pädagogik, Soziologie und

1 Politikwissenschaft, bei deren Besetzung die katholische Kirche ein Mitspracherecht hat.
2 Konkordatslehrstühle existieren vor allem in Bayern aber auch in NRW(Bonn), BW(Freiburg) und
3 RLP (Mainz). Konkordatslehrstühle wurden begründet durch, wie der Name es schon sagt,
4 Konkordate mit dem Heiligen Stuhl. Zu nennen wäre zB. das Bayernkonkordat von 1924,
5 Anpassungen gab es 1968 und 1974, es wurden jeweils neue Konkordatslehrstühle eingerichtet. Der
6 katholischen Kirche wird bei der Besetzung dieser Lehrstühle ein Mitspracherecht eingeräumt, das so
7 genannte „Nihil Obstat“- in der Praxis bedeutet dies, dass kein Wissenschaftler, der der Lehre der
8 katholischen Kirche grundsätzlich skeptisch gegenübersteht, einen solchen Lehrstuhl besetzen kann.
9 Ein deutlicherer Eingriff in die Freiheit der Lehre und der Wissenschaft, die Freiheit des
10 Bekenntnisses oder Nicht-Bekenntnisses sowie die Freiheit der Hochschulen ist schwer denkbar. Hier
11 besteht dringender Handlungsbedarf im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes und der Wahrung
12 der staatsbürgerlichen Rechte Aller.

13

14

15 **Zu 2.:**

16 Nirgendwo tritt die Verflechtung zwischen dem Staat und den beiden christlichen Großkirchen so
17 deutlich hervor wie bei den konfessionsgebundenen theologischen Lehrstühlen an staatlichen
18 Hochschulen. Um es kurz zu machen: Die Kirche bestimmt die Lehre, der Staat bezahlt. Nicht nur
19 ReligionslehrerInnen werden ausgebildet, sondern auch Priester und PastorInnen. Auf Dauer kann
20 dies in einer pluralen Gesellschaft, in einem weltanschaulich neutralen Staat nach Grundgesetzvorgabe
21 nicht hingenommen werden. Die Forderung nach einem Verbot kirchlicher Einflussnahme bei der
22 Benennung von ProfessorInnen und bei der Frage der Lehrbeanstandung ist ein erster wichtiger
23 Schritt in die richtige Richtung.

24

25

26 **Gegen Zensur von Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit!**

27

28 Forderung nach Abschaffung des so genannten „Gotteslästerungsparagraphen“ § 166 StGB

29

30 Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten treten für eine freie, demokratische und pluralistische
31 Gesellschaft ein. Deshalb fordern wir:

32

33 Die ersatzlose Streichung des § 166 StGB

34

1 § 166 StGB stellt eine Bevorzugung religiöser Menschen dar und verhindert religionskritische Kunst
2 oder Meinungsäußerung.

3

4 Die Abschaffung des § 166 StGB, der in seiner ursprünglichen Fassung aus dem 19. Jahrhundert
5 stammt, öffnet in keiner Weise die Grenzen zur Störung des so genannten „öffentlichen Friedens“.
6 Vielmehr trüge die Streichung des Paragraphen zur Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft bei
7 und würde eine Möglichkeit zu Repression und Zensur abschaffen.

8

9 Menschen die einer Weltanschauungsgemeinschaft zugehörig sind, wie auch diese Gemeinschaften
10 selbst, dürfen von einem weltanschaulich neutralen Staat nicht anders behandelt werden als
11 Nichtreligiöse. Des Weiteren wird jedem Menschen gesetzlicher Schutz garantiert, unabhängig von
12 Weltanschauung oder Bekenntnis. Eine Möglichkeit zur Störung des „öffentlichen Friedens“ würde
13 durch die Abschaffung keineswegs geschaffen.

14

15 Straftatbestände, wie zum Beispiel:

16

17 Beleidigung, § 130 StGB:

18

19 „Die Beleidigung wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe und, wenn die
20 Beleidigung mittels einer Tätlichkeit begangen wird, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit
21 Geldstrafe bestraft.“

22

23 Öffentliche Aufforderung zu Straftaten, § 111 StGB:

24

25 „(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) zu einer
26 rechtswidrigen Tat auffordert, wird wie ein Anstifter (§ 26) bestraft.“

27

28 (2) Bleibt die Aufforderung ohne Erfolg, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder
29 Geldstrafe. Die Strafe darf nicht schwerer sein als die, die für den Fall angedroht ist, daß die
30 Aufforderung Erfolg hat (Absatz 1); § 49 Abs. 1 Nr. 2 ist anzuwenden.“

31

32 Der Volksverhetzungparagraph §130 StGB geht indes noch weiter und schützt explizit religiöse
33 Gruppen:

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

„(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder

2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Schriften (§ 11 Abs. 3), die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden, [...]“.

Wir berufen uns auf Artikel 5 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Meinungsäußerung, der Kunst, der Wissenschaft und der Lehre garantiert. War die Intention der Neufassung des Paragraphen die Vereitelung möglicher Konflikte zwischen Religionsgemeinschaften, so wird er heute fast ausschließlich zur Zensur religionskritischer Publikationen und Kunst gebraucht. Immerhin ist heute der „öffentliche Friede“ rechtlich geschützt und nicht mehr das Bekenntnis.

Sei es das Verbot von Theaterstücken oder Musicals, beispielsweise das bekannt gewordene - und bis heute verbotene - Stück „Das Maria-Syndrom“ von Michael Schmidt-Salomon oder die Zensur von Stunksitzungen in Köln in den Jahren 1993 und 2006, es ist nicht einzusehen weshalb Religionsgemeinschaften durch Repression und Zensur gegen kritische Andersdenkende rechtlich vorgehen können.

Weitere Begründung zu den einzelnen Forderungen, erfolgt, sofern erforderlich, mündlich.

1 **V4 Verkehrslärm**

2 **LV Schleswig-Holstein**

3 Die Bundeskonferenz möge erstens beschließen:

4 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgendes einzusetzen:

5 Die Mittel im Bundeshaushalt für die Ausweitung von Maßnahmen des passiven Lärmschutzes an
6 Schienenwegen sind zu erhöhen. Mittelfristig sind Geräuschemissionen von Schienenwegen durch
7 strengere Grenzwerte und aktiven Lärmschutz einzugrenzen.

8 **Begründung:**

9 Das Bundesverkehrsministerium hat im letzten Jahr das zweite nationale Verkehrslärmschutzpaket
10 vorgestellt. Darin wird die Ausweitung von passivem Lärmschutz an Schienenwegen fortgesetzt. Die
11 fortschreitende Lärmkartierung des Eisenbahnbundesamtes zeigt gleichzeitig die katastrophale
12 Situation an Schienenwegen auf. Bis zu 75 db(A) außen sind von den Anwohnern hinzunehmen.

13

14 Zur Info: Ein normales Fenster dämmt um ca. 25 db(A), bei also übrigen 50 db(A) ist Schlaf nicht
15 ohne ständiges Aufwachen möglich und damit ungesund, führt auf Dauer zu
16 Konzentrationsschwäche, Anfälligkeit für Krankheiten u.v.m.

17 Ein Schallschutzfenster dämmt um ca. 35 db(A) geschlossen. Bei 40 db(A) liegt auch die obere
18 Grenze für gesunden Schlaf. Die meisten Menschen Wachen bei ca. 30 – 40 db (A) auf.

19 Glücklicherweise sind auch die o.g. 75 db(A) die obere Grenze. Zum Schluss sei noch drauf
20 hingewiesen, dass es sich auch bei geschlossenem Fenster für viele Menschen schlecht schlafen lässt.
21 Hier ist der Einbau von Belüftungssystemen vorgesehen.

22 Aufgrund des zunehmenden Verkehrslärms, insbesondere des Schienenlärms durch höhere Zugfolgen
23 und zunehmenden Güterverkehr, der überwiegend nachts abgewickelt wird, sinkt sogar für den
24 Schienenlärm die Akzeptanz der Bevölkerung.

25 Wir stehen weiterhin für eine konsequente Verlagerung insbesondere des Güterverkehrs, auf die
26 Schiene, aber auch für ÖPNV. Das durchzusetzen bedarf aber der Akzeptanz der Bevölkerung und
27 uns muss klar sein, dass dieses Vorhaben die gezeigten Nebenfolgen hat. Dafür müssen wir nun rasch
28 Verantwortung in angemessenem Maß übernehmen. Der Plan des BMV, erst im Jahr 2020 fertig zu
29 sein, ist nicht energisch genug (obgleich mir die im Lärmschutzpaket aufgemachte Rechnung ohnehin
30 fehlerhaft vorkommt).

31 Einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz gibt es derzeit nur bei einer wesentlichen Änderung der
32 Anlage. Weitergehend sollte dieser derzeit mit Blick auf den Haushalt auch nicht sein. Als

- 1 Gegenleistung muss dann aber das Konzept durch freiwillige Leistungen des Staates ausgebaut werde,
- 2 um insbesondere die Brennpunkte rasch abzarbeiten.
- 3 Wir brauchen mehr Verkehr auf der Schiene, das muss es uns wert sein.
- 4

1 **INI 1 SPD konsequent erneuern – für einen Politikwechsel**

2 **Bundeschvorstand**

3

4 2009 wurde die SPD für ihre Regierungspolitik abgestraft. Nach der Bundestagswahl war klar, dass
5 die SPD sich in zentralen Fragen inhaltlich erneuern und Entscheidungen aus der Regierungszeit
6 korrigieren muss. Mit dem Bundesparteitag 2009 hat die Partei diesen Prozess in Angriff genommen,
7 der beim anstehenden Bundesparteitag 2011 vorerst abgeschlossen werden soll. Wir Jusos haben uns
8 in diesen Prozess intensiv eingebracht; viele Vorschläge des Parteivorstands gehen in die richtige
9 Richtung. Die SPD muss – auch in Abgrenzung von Schwarz-Gelb – für einen echten Politikwechsel
10 und wieder für mehr soziale Gerechtigkeit eintreten. Nur kosmetische Korrekturen und vieldeutige,
11 interpretierbare Kompromisse reichen dazu nicht aus.

12

13 Auf dem Bundesparteitag stehen Entscheidungen in drei zentralen Politikfeldern an: In der Steuer-
14 und Finanzpolitik, in der Gesundheitspolitik sowie bei der Alterssicherung.

15

16 Für eine echte Trendwende in der Steuerpolitik

17 Die zahlreichen Steuersenkungen haben dazu geführt, dass die staatliche Handlungsfähigkeit massiv
18 bedroht ist. Viele Kommunen haben inzwischen keinerlei finanzielle Spielräume. Der Staat nimmt in
19 Folge der Steuerreformen jedes Jahr über 50 Mrd. Euro weniger ein. Der deutsche Staat hat kein
20 Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem!

21

22 Die Steuern wurden vor allem für hohe Einkommen, Vermögen, Kapitaleinkünfte und
23 Unternehmensgewinne gesenkt. In der Steuerpolitik ist dringend eine Trendwende nötig, die
24 Steuersenkungen müssen korrigiert werden. Auch wenn wir uns weitergehende Schritte gewünscht
25 hätten: Die Vorschläge des Parteivorstands zur Anhebung des Spitzensteuersatzes und zur
26 Wiedereinführung der Vermögenssteuer gehen in die richtige Richtung.

27

28 An mindestens zwei Stellen sind beim Bundesparteitag aber auf jeden Fall noch Änderungen nötig:

29

30 Wir fordern:

31 die Beibehaltung der sogenannten „Reichensteuer“ als dreiprozentigen Aufschlag auf den
32 Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 125.000 / 250.000 Euro zu versteuerndem
33 Jahreseinkommen.

1 die Rückkehr zur synthetischen Besteuerung. Die Abgeltungssteuer gehört abgeschafft.

2

3 Gesundheitspolitik

4 Im Gesundheitssystem besteht inzwischen in vielen Bereichen faktisch eine Zwei-Klassen-Medizin.
5 Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wurde in den letzten Jahren
6 kontinuierlich reduziert, die Zuzahlungen für PatientInnen stiegen. Gleichzeitig sorgt das
7 unsolidarische Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung dafür, dass sich die
8 Besserverdienenden im Gesundheitssystem der gesellschaftlichen Solidarität entziehen können.

9

10 Mit der Bürgerversicherung hat die SPD einen Reformvorschlag, der in der Bevölkerung auf breite
11 Zustimmung stößt und zur Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin beitragen kann: Alle
12 Einkommen sollen zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden und alle
13 Bürgerinnen und Bürger erhalten die bestmögliche Gesundheitsversorgung.

14

15 Um dies aber konsequent umzusetzen, sind am bisherigen Vorschlag des Parteivorstands mindestens
16 die folgenden Änderungen nötig:

17

18 Wir fordern:

19 die Erweiterung des Leistungskatalogs: Ziel muss es sein, dass diejenigen, die krank sind, ihre Kosten
20 erstattet bekommen. Dazu sind für uns mindestens die vollständige Übernahme von Zahnersatz,
21 Prothesen, Verhütungsmittel, Sehhilfen/Brillen sowie Leistungen für Kinder notwendig.

22 die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung. Dazu müssen die Praxisgebühr und alle
23 Zuzahlungen, die einseitig die Versicherten belasten, abgeschafft werden.

24 die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze - langfristig. In einem ersten Schritt muss die
25 Beitragsbemessungsgrenze aber auf jedem Fall auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht werden.
26 Gleiches gilt für die Pflegeversicherung.

27 die Einbeziehung anderer Einkommensarten und zwar im gerechten Verhältnis zu den Sozialabgaben
28 auf Löhne und Gehälter.

29

30 Rentenpolitik

31 Die von der SPD verantwortete Rentenpolitik war eine der inhaltlichen Hauptgründe für die
32 Wahlniederlage 2009. Die SPD setzte in den Regierungsjahren einen Paradigmenwechsel in der

1 Rentenpolitik durch: Die zuvor konsensualen Ziele Armutsfestigkeit und Lebensstandardsicherung
2 wurden zu Gunsten niedriger Beitragssätze aufgegeben.

3

4 Durch die zahlreichen Rentenreformen (vor allem Riester und Rente mit 67) gewährleistet das
5 Rentensystem inzwischen absehbar für einen großen Teil der Menschen weder eine armutsfeste Rente
6 noch die Sicherung des Lebensstandards im Alter. Eine private Vorsorge ist keine Alternative, sie ist
7 ineffizient, risikoreich und für viele Beschäftigten schlicht nicht finanzierbar.

8

9 Erste Korrekturen an ihrer Rentenpolitik hat die SPD bereits vorgenommen, weitere Änderungen
10 sind jedoch dringend erforderlich:

11

12 Wir fordern:

13 die gesetzliche Rentenversicherung muss armutsfeste Renten und die Lebensstandardsicherung
14 gewährleisten. Wir fordern die Abschaffung aller Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel, so dass
15 das Rentenniveau wieder auf der Höhe vor 2001 liegt.

16 die Rücknahme der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, da auch in den
17 nächsten Jahren nicht mindestens die Hälfte der 60-64jährigen eine sozialversicherungspflichtige
18 Beschäftigung (ohne 400-Euro-Jobs) haben wird.

19 dass die gesetzliche Rentenversicherung auch gebrochene Erwerbsbiografien und
20 Niedriglohnbeschäftigung zumindest zum Teil auffangen muss. Dazu schlagen wir vor, Beiträge
21 unabhängig von der tatsächlichen Höhe der Beitragszahlungen, bei Kindererziehung und Pflege sowie
22 bei Arbeitslosigkeit aufzuwerten, um so die Lebensleistung der Beschäftigten zu würdigen und ein
23 Absinken auf Grundsicherungsniveau zu verhindern.

24

1 **INI 2 Nazi-Verbrechen aufklären, Nazis bekämpfen!**

2 **Bundeschvorstand, LV Berlin**

3
4 In Deutschland wird regelmäßig Gewalt durch Nazis ausgeübt. Aus menschenfeindlichen Motiven
5 heraus werden täglich Menschen angegriffen, teilweise sogar ermordet. Noch mehr Menschen wurden
6 durch die Gewalt verunsichert und verängstigt. Die zufällige Entdeckung des Jenaer Neonazi-
7 Netzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat gezeigt, dass systematische, zielgerichtete und
8 brutale Gewalt von Nazis in den letzten Jahren nahezu unbehelligt ausgeübt wurde und vermutlich
9 weiter ausgeübt werden wird. Dies schockiert uns zutiefst! Dies darf jedoch nicht darüber
10 hinwegtäuschen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein gesamtgesellschaftliches Problem
11 darstellt.

12
13 Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Diese mussten nicht nur den Verlust ihnen nahe
14 stehender Menschen verkraften. Sie mussten es darüber hinaus ertragen, dass Politik, Polizei und
15 Medien die Opfer beschuldigten, in kriminelle Geschäfte verwickelt gewesen und somit selbst für
16 ihren Tod selbst verantwortlich zu sein. Vorverurteilungen durch die Ermittlungsbehörden blendeten
17 die politische Motivation dieser Taten völlig aus. Mitgefühl und ein unbedingter Wille zur
18 Aufklärung der Verbrechen hätte ihnen zugestanden. Dieses Verhalten ist unentschuldigbar.

19 Der in Teilen der Medien und der Politik gebrauchte Begriff „Dönermorde“ für diese Taten ist
20 unpassend und schürt erneut Vorurteile. Wer solche Begriffe verwendet, unterstützt damit die
21 Intention der TäterInnen!

22
23 Die jetzt bekannt gewordenen Taten des Nazi-Netzwerks zeigen ein bisher unbekanntes Ausmaß an
24 Nazi-Gewalt. Gewalttätige Übergriffe von Nazis sind in Deutschland aber kein unbekanntes
25 Phänomen. Allein in Ostdeutschland gab es im Jahr 2010 nach Angaben der Opferberatungsprojekte
26 in den ostdeutschen Bundesländern 730 Gewalttaten von Nazis. Die Dunkelziffer liegt vermutlich
27 noch höher. Seit 1990 sind zudem nach Recherchen der Amadeu-Antonio-Stiftung 182 Menschen
28 von Nazis getötet worden. Vor diesem Hintergrund ist es heuchlerisch, wenn auf die systematische
29 Gewalt von Nazis mit Überraschung reagiert wird. Wer das bisher nicht wusste, wollte es nicht
30 wissen.

31
32 *Nazi-Gewalt gegen linke Projekte – Solidarität mit den Falken*

33

1 Ein Beispiel für Nazi-Gewalt sind die Anschläge gegen das Anton-Schmaus-Haus der Falken in
2 Berlin-Neukölln. Es wurde auch nun schon zum zweiten Mal in diesem Jahr in Brand gesetzt. Große
3 Teile der Einrichtung wurden zerstört. Noch eine Nacht zuvor hatte eine Kindergruppe in dem Haus
4 übernachtet. Es handelt sich also nicht "nur" um Brandstiftung; es wurden auch Menschenleben
5 riskiert. Die TäterInnen wurden noch nicht ermittelt. Für die Falken bedeutet dies einen immensen
6 materiellen Schaden, denn keine Versicherung kommt für alle Schäden auf, zumal auch viele
7 Materialien zerstört wurden, die in mühevoller Eigenarbeit entstanden sind. Hinzu kommt der
8 immaterielle Schaden: Wer sich in Berlin bei den Falken (oder in anderen linken Projekten oder
9 Organisationen) engagiert, muss sich offensichtlich bedroht fühlen. Gewalttätige Überfälle sind kein
10 Einzelfall. Immer wieder gibt es gezielte Verbrechen gegen Personen, die sich links engagieren, ohne
11 dass die Taten aufgeklärt werden. Wir Jusos verurteilen diese Gewalttaten. Die Falken Berlin haben
12 unsere volle Solidarität. Wir dürfen uns von Nazi-Gewalt nicht einschüchtern lassen. Wir müssen
13 zusammenstehen und uns gegenseitig im gemeinsamen Kampf gegen Nazi-Gewalt unterstützen.

14

15 *Konsequenzen ziehen*

16

17 Die nun aufgedeckten Verbrechen zeigen aber noch mehr: Politik, Verfassungsschutzbehörden und
18 die Polizei tragen die Verantwortung dafür, dass die Verbrechen des Neonazi-Netzwerks nicht
19 verhindert oder zumindest frühzeitig aufgeklärt wurden, dass menschenverachtende Einstellungen in
20 unserer Gesellschaft teilweise zunehmen und entsprechende Strukturen nicht effektiv bekämpft
21 werden.

22

23 Die Versäumnisse der letzten Jahre müssen dringend aufgearbeitet und die Fehler beseitigt werden.
24 Daher fordern wir die lückenlose Aufklärung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen
25 Untergrunds“ und dem Agieren der Sicherheitsbehörden. Schon jetzt ist offensichtlich:
26 Verfassungsschutz und Polizeibehörden haben auf allen Ebenen versagt.

27

28

29 *Verfassungsschutz abschaffen*

30

31 Wir dürfen es nicht zulassen, dass Behörden weiterhin blind sind für bestimmte, nämlich rassistische
32 Tatmotive. Ein Verfassungsschutz, der das Problem nicht löst, sondern verschärft, muss abgeschafft
33 werden. Der Verfassungsschutz hat sich zunehmend zu einer eigenständigen Organisation entwickelt,
34 die eigene Interessen besitzt, autonome Ziele verfolgt und augenscheinlich nicht ausreichend

1 kontrolliert wird. Weder kann er seine Ziele effektiv verfolgen, noch kann sein Handeln demokratisch
2 kontrolliert werden. Wo in die Persönlichkeitsrechte von Menschen eingegriffen wird, ist dies aber
3 zwingend erforderlich.

4 Deshalb müssen die Aufgaben des Geheimdienstes unter Beachtung des Trennungsgebots
5 grundlegend überdacht und so weit wie möglich anderen, besser legitimierten staatlichen Behörden
6 zugewiesen werden. Das bedeutet, dass Kriminalitätsbekämpfung und die dafür notwendigen
7 Ermittlungen ausschließlich Aufgabe der Polizei sein darf.

8 Politische Bildung darf keine Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden sein. Das heißt auch, dass
9 Aufklärungs- und Bildungsarbeit in erster Linie den Schulen sowie der Bundeszentrale und den
10 Landeszentralen für politische Bildung obliegen. Eine Neuausrichtung von Lehrplänen, mehr Mittel
11 für die jeweiligen Institutionen und eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit sind hier erforderlich.

12

13

14 *V-Leute-System abschaffen*

15

16 Seit vielen Jahren finanziert der Staat die Strukturen von Nazis, indem sie die Partei NPD über die
17 öffentliche Parteienfinanzierung fördert. Nun hat sich aber gezeigt, dass die Informationen dieser V-
18 Leute offenbar wenig bringen. Natürlich informieren sie munter über die Tätigkeiten der NPD und
19 anderer Organisationen, die mit vom Staat bezahlten V-Leuten zersetzt sind. Aber offenbar hat
20 niemand zu irgendeinem Zeitpunkt Hinweise auf die Existenz einer Terrorzelle gegeben. Dass
21 niemand davon wusste, ist kaum vorstellbar. Dass drei Leute jahrelang polizeilich gesucht im
22 Untergrund leben, funktioniert nur bei einem breiten Netzwerk an Unterstützer_innen. Diese V-
23 Leute sind also offensichtlich weitgehend nutzlos. Aber noch schlimmer: Wie nun immer mehr
24 bekannt wird, werden an die V-Leute Gelder in einem erheblichen Umfang gezahlt. Diese Gelder
25 werden dann zum Aufbau faschistischer Strukturen genutzt. Wir fordern deshalb eine Abschaffung
26 des V-Leute-Systems.

27

28 *Mehr Geld für antifaschistische Projekte*

29

30 Versagt hat aber auch die Politik. Sie kann sich nicht ihrer Verantwortung entziehen. Sie trägt nicht
31 nur die politische Verantwortung für die ihnen unterstellten Behörden, sie hat immer wieder aktiv
32 eine Stimmung erzeugt, die dazu geführt hat, dass die Augen vor rechter Gewalt verschlossen werden.
33 Eklatantes Beispiel ist Bundesministerin Kristina Schröder, die seit ihrem Amtsantritt unerlässlich vor
34 den Gefahren eines sog. "Linksextremismus" warnt. Sie hat es zu verantworten, dass die Gelder für

1 antifaschistische Projekte gekürzt wurden, um Geld für den Kampf gegen einen vermeintlichen
2 "Linksextremismus" bereit stellen zu können. Damit und durch die Einführung der
3 „Extremismusklausel“ hat sie alle antifaschistischen Projekte durch ihre konservative Symbolpolitik
4 unter Generalverdacht gestellt. Dies begünstigt latenten Rassismus in der Gesellschaft umso mehr.
5 Deshalb sind wir gegen jegliche Extremismustheorie und fordern, die Extremismusklausel ersatzlos
6 zurückzunehmen.

7

8 Stattdessen ist es notwendig, mehr Mittel für Projekte gegen Rassismus, Nationalismus und
9 Antisemitismus zur Verfügung zu stellen. Wir fordern eine Gesamtstrategie gegen
10 menschenverachtende Einstellungen in unserer Gesellschaft, vor allem entsprechende
11 Landesprogramme in der gesamten Bundesrepublik. Opferverbände sind zu stärken, politisch
12 motivierte Taten als solche zu identifizieren.

13

14 *NPD-Verbot und Gesamtstrategie gegen Nazis und menschenfeindliche Gesinnungen*

15

16 Zugleich sind die Voraussetzungen für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren schaffen. Ein NPD-
17 Verbot kann jedoch nur ein Baustein sein im Gefüge einer Gesamtstrategie es ersetzt nicht die
18 Auseinandersetzung über rassistische, nationalistische und antisemitische wie antimuslimische
19 Einstellungen und beseitigt vor allem nicht rechte Gewalt.

20 Politik muss zugleich darauf achten, nicht selbst diskriminierende Vorurteile zu schüren, wie dies in
21 der Migrations- und Integrationspolitik oft üblich ist.

22

1 **INI 3 Solidaritätserklärung**

2 **LV Niedersachsen**

3

4 Zeitgleich zu unserem Bundeskongress rollt wieder ein Castortransport ins Wendland. Er bringt 11
5 Behälter mit hochradioaktivem Atommüll, trotzdem durch Messungen am Zwischenlager in
6 Gorleben mehrfach überhöhte Strahlenwerte nachgewiesen worden sind. Eine große Zahl von
7 Polizistinnen und Polizisten wird den Transport in das Zwischenlager in Gorleben geleiten.
8 Demgegenüber steht ein bunter und friedlicher, gesellschaftlich breit getragener Protest. Von der
9 Großdemonstration bis hin zu Blockaden auf der Schiene und auf der Straßenstrecke. Das Wendland
10 wird auch dieses Jahr wieder zu einem Ort des breiten gesellschaftlichen Widerstandes von
11 zehntausenden Demonstrierenden gegen ein Endlager in Gorleben und die Atompolitik der schwarz-
12 gelben Bundesregierung.

13

14 Wir wollen eine möglichst schnelle Abschaltung aller Atomkraftwerke und wir stehen klar an der
15 Seite vieler Initiativen, die sich gegen ein Endlager in Gorleben aussprechen. Durch die ständigen
16 Atommülltransporte ins so genannte „Zwischenlager“ Gorleben werden schleichend Fakten
17 geschaffen. Das Zwischenlager darf nicht auf diese Art und Weise zum Endlager werden. Die
18 Bürgerinnen und Bürger im Wendland wollen endlich eine ehrliche und ergebnisoffene
19 Endlagersuche im gesamten Bundesgebiet, und zwar jetzt!

20

21 Die Standortentscheidung für Gorleben war ihrer Zeit nicht geologisch begründet, sondern politisch
22 motiviert. Gerade weil im Rahmen des überfälligen Anstoßes einer bundesweiten Endlagersuche der
23 Standort Gorleben nicht ausgeschlossen worden ist stellen wir fest: Gorleben ist kein sicheres
24 Endlager! Deswegen sagen wir: Gorleben soll leben!

25 Auch dieses Jahr wird der SPD Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg wieder ein Camp an der
26 Transportstrecke veranstalten. Das Camp soll Versorgung sicherstellen. Kulturelle Veranstaltungen
27 und Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern von Bundes-, Landes-, und Kommunalebene
28 werden auch nicht zu kurz kommen. Viele Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland und
29 Abgeordnete werden anwesend sein, das Camp als Ausgangspunkt für Protest nutzen und für
30 Diskussionen zur Verfügung stehen.

31 Wir erklären uns solidarisch mit den Genossen und Genossinnen im Camp, als auch mit
32 Bündnispartner und Bündnispartnerinnen und den Demonstrierenden im Wendland und fordern ein
33 Ende der Erkundung Gorlebens!

34

1 **INI 4 Wir fordern: Traineeestellen der Bundestagsfraktion**
2 **angemessen vergüten!**

3 **LV NRW**

4

5 Die Traineeestellen der SPD-Bundestagsfraktion müssen den Anforderungen an die Qualifikation der
6 Trainees entsprechend vergütet werden. Wir fordern eine monatliche Vergütung von mindestens 2500
7 Euro brutto.

8

9 Begründung:

10

11 Die SPD Bundestagsfraktion sucht für das Jahr 2012 bis zur Bundestagswahl 2013 Trainees, die mit
12 einem Bruttogehalt von 2000 Euro entlohnt werden sollen. Ihre Arbeitszeit soll dabei 40 Stunden in
13 der Woche betragen, Präsenz in Berlin ist Pflicht. Die Voraussetzung, die genannt werden, um eine
14 solche Traineeestelle zu bekommen, ist ein Masterabschluss oder ein äquivalenter Abschluss. Ein
15 solcher Studienabschluss ermöglicht es jungen Menschen in der Regel ein Einstiegsgehalt zu
16 bekommen, welches dem TVÖD 13 entspricht (für eine Vollzeitstelle ca. 3000 Euro brutto). Dass die
17 Trainees trotz ihrer hohen Qualifikation mit einem deutlich geringeren Gehalt auskommen sollen,
18 können wir als Jusos nicht hinnehmen.

19

20 Wir müssen mit gutem Beispiel voran gehen! Die SPD setzt sich für faire Löhne und gerechte
21 Bezahlung ein. Um glaubwürdig zu erscheinen müssen wir diese Forderungen zu allererst auch bei uns
22 selbst umsetzen.

1 **INI 5 „Staatstrojaner abschaffen – Verantwortliche zur**
2 **Rechenschaft ziehen – Grundrecht auf digitale Privatsphäre**
3 **gewährleisten“**

4 **LV Saar**

5
6 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:
7 zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag

8
9 Wir Jusos sprechen uns konsequent gegen den Einsatz von Software zur Überwachung und Kontrolle
10 der Bürgerinnen und Bürger aus. Wir lehnen deshalb auch den Einsatz einer Software, die „nur“ zur
11 Überwachung der informationstechnischen Kommunikation verwendet werden soll, ab. Zum Einen,
12 weil unter Experten immer noch bezweifelt wird, ob es überhaupt technisch möglich ist eine Software
13 zu programmieren, die den verfassungsmäßigen Anforderungen genügt. Zum Anderen, weil dieser
14 vom CCC aufgedeckte Missbrauch eindeutig belegt, dass Behörden die Ihnen zur Verfügung
15 gestellten Maßnahmen offensichtlich über den legalen Bereich hinaus ausreizen und dagegen keine
16 wirksamen Kontrollmechanismen bestehen.

17 Deshalb fordern wir ein sofortiges Ende der Nutzung und ein Bekenntnis zum Verzicht auf
18 zukünftige Nutzung des Staatstrojaners durch sämtliche staatliche Behörden.

19
20 Das Internet ist, auch aus der Sicht der Jusos, kein rechtsfreier Raum und genau deshalb müssen die
21 für den Trojaner-Skandal verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Es kann und darf nicht
22 sein, dass Behörden mehrere Jahre gegen eindeutige und absichtlich zum Schutz der Bürger_innen
23 formulierte Grundrechte verstoßen und ohne Konsequenzen davon kommen.

24
25 Es muss außerdem in Erwägung gezogen werden, ob nicht auch gegen die Herstellerfirma der
26 Software „DigiTask“ ein Verfahren eingeleitet wird, da diese sich unter Umständen dem Verstoß
27 gegen §202c StGB „Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten“ schuldig gemacht hat.
28 Dies muss geprüft werden und darf nicht unter den Tisch fallen!

29
30 Kontrolle, Überwachung und Zensur stehen für ein grundsätzliches Misstrauen des Staates gegenüber
31 seinen Bewohner_innen und vor allem im fundamentalen Gegensatz zur Freiheit des Menschen!

32 Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass staatliche Bespitzelung mehr Schaden als Nutzen bringt!

1 Wir setzen uns deshalb auch weiterhin für ein freies, selbstbestimmtes Leben und somit auch für ein
2 zensur- und überwachungsfreies Internet ein!

3

4 **Begründung:**

5 27.02.2008 – Urteil des Bundesverfassungsgerichts

6

7 Am 27.02.2008 benannte das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundsatzurteil zu den sog.
8 „Online-Durchsuchungen“ zum ersten Mal explizit das Grundrecht auf Gewährleistung der
9 Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme. Dieses, im Umgangssprachlichen
10 auch als „IT-Grundrecht“ bezeichnete, stellt heute den wichtigsten Pfeiler zum Schutz der
11 Privatsphäre bei Nutzung digitaler, informationstechnischer Systeme dar.

12 Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) stützt sich bei Begründung des Computer-Grundrechts auf
13 das allgemeine Persönlichkeitsrecht aus Art. 2 I i. V.m. Art. 1 I GG , stellt aber auch die Subsidiarität
14 zu den Grundrechten aus Art. 10 und Art. 13 GG, so wie der informationellen Selbstbestimmung
15 heraus. Eine Einschränkung des grundrechtlichen Schutzniveaus ist daher nur in einem sehr
16 begrenzten Rahmen rechtmäßig: So heißt es im oben genannten Urteil „Art. 10 I GG ist hingegen
17 der alleinige grundrechtliche Maßstab für die Beurteilung einer Ermächtigung zu einer „Quellen-
18 Telekommunikationsüberwachung“, wenn sich die Überwachung ausschließlich auf Daten aus einem
19 laufenden Telekommunikationsvorgang beschränkt. Dies muss durch technische Vorkehrungen und
20 rechtliche Vorgaben sichergestellt sein.“ Konkret bedeutet diese Formulierung, dass eine Infiltrierung
21 eines informationstechnischen Systems zur Überwachung von verschlüsselter Kommunikation erlaubt
22 wird, wenn technisch in diesem Fall sichergestellt ist, dass die verwendete Software keine weiteren
23 Funktionen, wie beispielsweise das Nachladen von Modulen zur Aufzeichnung der Tastatureingaben
24 oder das Aktivieren der Webcam eines Rechners, besitzt.

25 Seit diesem Urteil wurde laut Hans-Peter Uhl (CSU) eine solche Software zur Durchsetzung der
26 „Quellen-TKÜ“ in bis zu 100 Fällen angewandt. Ob diese jedoch den verfassungsmäßigen
27 Anforderungen entsprach ist mehr als zweifelhaft.

28

29 08. Oktober 2011 – Befund des CCC

30

31 Am 08. Oktober 2011 veröffentlichte der Chaos Computer Club (CCC) einen rund 20 Seiten
32 umfassenden Bericht, in dem eine ausführliche Analyse einer Software erfolgt, die offensichtlich zur
33 Quellen-TKÜ von verschiedenen Behörden angewandt worden ist.

1 Die erschreckende Erkenntnis des Berichts ist , dass die Software neben der, wenn auch mit hohen
2 Hürden versehenen theoretisch legalen „Quellen-TKÜ“, einen weitaus größeren Funktionsumfang
3 besitzt, als sie verfassungsrechtlich besitzen dürfte.

4 So gibt es eine „versteckte“ Funktion, die es ermöglicht jegliche Art von Software nachzuladen, sprich
5 Module auf dem infizierten Rechner zu installieren. Damit ist die explizit vom BVerfG geforderte
6 Absicherung gegen andere Funktionen als die zulässige „Quellen-TKÜ“ eindeutig und bewusst
7 umgangen worden. Den Ersteller_innen der Software musst ihr verfassungsrechtlich verbotenes
8 Verhalten durchaus bewusst gewesen sein, da diese „Nachlade“-Funktion nicht direkt ersichtlich,
9 sondern in Bruchstücke zerlegt im Code „versteckt“ war.

10 Neben dieser, eindeutig verfassungswidrigen Funktion, gibt es außerdem mehrere Sicherheitslücken
11 innerhalb der Software, die wiederum einen Verwendung im Sinne des Urteils des BVerfG verhindert.
12 Hier wäre beispielsweise die nur sehr schlecht oder zum Teil sogar unverschlüsselte Kommunikation
13 zwischen Trojaner und Server zu nennen.

14

15 Nachdem Seitens der Regierung zuerst jeglicher Einsatz der Software dementiert wurde, kamen nach
16 und nach Details an die Öffentlichkeit, die auf einen eindeutigen und auch bewussten Verstoß gegen
17 die vom BVerfG formulierten Anforderungen hinweisen.

18

19 Die Debatte um den Einsatz der „Quellen-TKÜ“-Software nahm im Laufe der Zeit noch groteskere
20 Züge an, in der auch die CDU/CSU, z.B. durch die Ausführungen des innenpolitischen Sprechers der
21 CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Uhl in gewisser Hinsicht die Masken fallen ließ.

22

23 „Wir wollen keinen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger überwacht und kontrolliert.“

24 Beschluss Antrag F1, Juso Bundeskongress 2010

25

26 „Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.“

27 Thomas de Maizière (CDU) ehem. Bundesinnenminister

28 Mit seinen Äußerungen, der CCC hätte „dem Chaos in seinem Namen alle Ehre gemacht“ hat
29 Friedrich seine Haltung zu dem Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
30 informationstechnischer Systeme sehr gut zum Ausdruck gebracht. Anstatt sachlich auf Kritik
31 einzugehen, diffamiert er die Organisation, die dafür gesorgt hat, dass ein unrechtmäßiges staatliches
32 Handeln öffentlich gemacht wurde. Es wurde sogar laut über strafrechtliche Konsequenzen gegenüber
33 dem CCC nachgedacht. Die Reaktionen der weiteren verantwortlichen Gremien und Akteure/

- 1 Actricen nach der Veröffentlichung des Berichts des CCC waren bezeichnend für die Ignoranz
- 2 sowohl des Innenministeriums als auch des BKA gegenüber Urteilen des Bundesverfassungsgerichts.
- 3
- 4 „Der Code implementiert Werte oder zerstört sie. Er ermöglicht Freiheit, oder er vernichtet sie.“
- 5 Lawrence Lessig

Beschlussbuch

GERECHT

JETZT

ODER NIE

**Bundeskongress der JungsozialistInnen in der SPD
vom 16. bis zum 18. November 2012
in der Messe Magdeburg,
Tessenowstraße 9, 39114 Magdeburg**

www.jusos.de

Inhaltsverzeichnis

Arbeit & Soziales	4
A2 - Rechte der Beschäftigten stärken.....	4
A4 - Für eine familienfreundlichere Arbeitswelt	8
A6 - Leiharbeit bekämpfen!.....	10
A9 - Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil.....	14
A18 - Kindergrundsicherung	15
Bildung, Ausbildung, Jugend & Chancengleichheit	17
B1 - Mehr Möglichkeiten für alle	17
B3 - Schulische Praktika stärken und verbessern!	37
B4 - Unsere Schule: Bildung, Demokratie und Lebenskompetenz.....	41
B8 - Studieren ohne Abitur - Lippenbekenntnisse in die Tat umsetzen!	45
B13 - Chancengleichheit schaffen, BAföG reformieren.....	48
B17 - Friedlichen Fortschritt stärken - Zivilklausel bundesweit einführen!	50
B20 - Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die bestehenden Freiwilligendienststrukturen.....	51
B22 - Freiwilliges Engagement stärken!.....	54
Demokratie, Partizipation & Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen	56
D1 - Demokratie und Teilhabe als verbundene Herausforderungen	56
D5 - Resolution zu den Ludendorffern	77
D6/7 - All inclusive - Gemeinsam in eine inklusive Gesellschaft	78
D13 - Lobbyismus bekämpfen, Transparenz schaffen.....	84
Europa, Frieden & Internationales	85
E1 - Frieden durch Dialog: Unser Willy-Brandt-Center in Jerusalem.....	85
E5 - Für ein Verbot der Hisbollah in der EU!.....	94

E8 - Entschuldung für die Dritte Welt	95
Feminismus, Gleichstellung & Gender.....	98
F2 - Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand einführen	98
F4 - Die Dekonstruktion der Geschlechter und ihre politischen Folgen	100
Kapitalismuskritik, Finanzmärkte & Wirtschaft	106
K1 - Die Zukunft Europas ist unsere Zukunft.....	106
Migration & Integration	118
M1 - Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft für Alle! Lasst uns die Welt zur Heimat machen!	118
M2 - Flughafenverfahren abschaffen! Anwendung des § 18/ §18a Asylverfahrensgesetz einstellen!	123
M3 - Asyl ist Menschenrecht!	125
Netzpolitik, Datenschutz & Inneres.....	128
N1 - Mehr Verantwortung bei der Polizei	128
N13 - 17 Thesen für ein modernes UrheberInnenrecht.....	136
N15 - Leben in der digitalen Gesellschaft	136
N20 - Datenschutz in der digitalen Gesellschaft.....	139
N28 - Indect- Nein Danke!	141
Organisation	142
O1 - Unsere Arbeit weiterentwickeln	142
O9 - Keinen Tag für Deutschland, sondern für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!	151
O10 - Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband "Deutsche Burschenschaften"	153
Sonstiges	154
S2 - Digitale Spartenkanäle erhalten. Für eine kreative Fernsehlandschaft kämpfen.	154
Umwelt, Nachhaltigkeit & Energie.....	155
U18 - Ernährungspolitik	155

Initiativanträge & Resolutionen	174
INI 1 – Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und Europa.....	174
INI 2 – ECOSY jetzt stärken	179
INI 3 – Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – Kein neuer Wein in alten Schläuchen!	181
R 1 – Resolution: Den völkischen Nationalismus in Ungarn bekämpfen!.....	182
R 2 – 20 Jahre danach: Rassismus konsequent entgegenreten!	186

Rechte der Beschäftigten stärken

Die Mitbestimmung gerät durch die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union zunehmend unter Druck. Während auf der einen Seite die Arbeit der international operierenden Unternehmen seit längerem immer wieder erleichtert wird, z.B. bestehen Freiheiten bei der Wahl ihres Verwaltungssitzes und der Rechtsform ihrer Gesellschaft, werden der Mitbestimmung in zunehmendem Maße die Grenzen aufgezeigt. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Wahlfreiheiten, die Auswirkungen auf das für das Unternehmen anzuwendende Recht haben, macht die obligatorische Teilhabe an wichtigen Entscheidungsprozessen, sofern es sie in einem Staat gibt, an den staatlichen Grenzen halt. Während die Entwicklung der Unternehmen somit gestärkt wird, wird die Entwicklung der Mitbestimmung in Europa beschränkt bzw. zurückgedrängt. Jede Schwächung der Unternehmensmitbestimmung ist zudem dazu geeignet, das einseitige Shareholder-Value-Prinzip weiter zu fördern.

Mitbestimmungsrechte in Unternehmen existieren in ihrer heutigen Ausformung auf zwei Ebenen einer Gesellschaft. Einerseits bestehen unternehmerische Mitbestimmungsrechte über Teilhabe an und Einfluss auf Leitungs- und Planungsentscheidungen, denen andererseits betriebliche Mitbestimmungsrechte über sozial und arbeitsorganisatorische Entscheidungen zur Seite stehen, um die Interessen der Beschäftigten bei der Umsetzung der unternehmerischen Entscheidungen zu wahren.

Die Unternehmensebene

Während für den Bereich der Montanindustrie eine echte paritätische Besetzung des Aufsichtsrates vorgesehen ist, befinden sich in den übrigen Mitbestimmungsgesetzen Regelungen, die lediglich eine Drittelung bzw. quasi paritätische Besetzung der Aufsichtsratsposten vorsehen. Somit liegt bei der Mehrheit der Unternehmen bei zentralen Fragen der Unternehmensentscheidungen die letztendliche Entscheidungsmacht auf der Seite der Anteilseigner_innen. Vor allem die Drittelbeteiligung verleiht den Beschäftigten eher symbolische Macht, die jedoch den demokratiepolitischen Mainstream in der EU darstellt. In der ökonomischen Realität werden dadurch die Interessen der Beschäftigten nur eingeschränkt berücksichtigt und sie verlieren dadurch ihren Einfluss auf die Ausübung der Aufsichtsratsfunktionen. Diese Ungleichbehandlung ist nicht hinnehmbar. Eine der Forderungen der Jusos der vergangenen Jahre lautet daher, die Regelungen aus dem Bereich der Montanmitbestimmung auch auf die anderen Wirtschaftsbereiche zu übertragen, um in allen Bereichen die gleichen demokratischen Prinzipien zu etablieren. Diese Forderung ist auch weiterhin zentral für die Jusos, um die Etablierung einer echten Wirtschaftsdemokratie zu ermöglichen.

Unternehmensmitbestimmung in Deutschland

Eine Ausweitung der Montan-Mitbestimmung auf alle Wirtschaftsbereiche kann aber nur dann sinnvoll möglich sein, wenn sie auch in allen Unternehmen in Deutschland Anwendung findet. Die Mitbestimmungsregelungen für in Deutschland ansässige Unternehmen finden nach der derzeit geltenden Gesetzeslage nur auf die Unternehmen Anwendung, die nach deutschem Gesellschaftsrecht gegründet wurden. Jedoch gilt innerhalb der Europäischen

Union die sog. Niederlassungsfreiheit, bei der die Unternehmen ihre ursprüngliche Rechtsform entweder behalten oder diese frei wählen können, egal in welchem Mitgliedsstaat sie ihren Sitz haben bzw. ihren Sitz verlegen.

50

Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zählt derzeit 43 in Deutschland ansässige Unternehmen, die nicht nach deutschem Gesellschaftsrecht gegründet wurden bzw. mit Beteiligung von nicht nach deutschem Gesellschaftsrecht gegründet Unternehmen, auf die die Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung keine Anwendung finden. Im Vergleich dazu gab es im Jahr 2006 nur 17 derartige Unternehmen. Die Anzahl an Beschäftigten, denen die Mitbestimmung nach der aktuellen Rechtslage verwehrt bleibt beläuft sich auf ca. 250.000. Einige Manager_innen von Unternehmen benannten sogar explizit das Ziel der Mitbestimmungsvermeidung, bevor das Unternehmen in eine andere Rechtsform umgewandelt wurde. Hier werden den Beschäftigten ihre zustehenden Mitbestimmungsrechte zielgerichtet vorenthalten.

55

60

Bei einer solch hohen Zahl von Beschäftigten, denen die Mitbestimmung vorenthalten wird, kann keine Rede mehr von mangelndem Regelungsbedarf sein.

65

Unternehmensmitbestimmung und europäisches Gesellschaftsrecht

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union haben zur Harmonisierung ihrer Wirtschaftspolitik vor einigen Jahren neue Gesellschaftsformen eingeführt, die eine supranationale Rechtsform besitzen und demzufolge eine supranationale Mitbestimmung ermöglichen. Mit der Einführung dieser Gesellschaftsformen, der Societas Europaea (SE) und der Societas Cooperativa Europaea (SCE), war es fortan möglich eine grenzüberschreitende Gesellschaft zu gründen. In Bezug auf die Mitbestimmung von Beschäftigten wurde hier lediglich der kleinste gemeinsame Nenner erreicht. Bei Gründung einer solchen Gesellschaft sind Beschäftigte und Unternehmensleitung verpflichtet über das Maß an Mitbestimmung auf Unternehmensebene zu verhandeln. Die Ergebnisse der Verhandlungen gehen grundsätzlich den innerstaatlichen Bestimmungen vor. So ist es möglich, dass die Mitbestimmung auf Unternehmensebene gänzlich fehlt oder eine Erhöhung der Anzahl an Aufsichtsratsmandaten für die Beschäftigten bei steigender Beschäftigtenzahl ausbleibt. Vorgeschrieben ist nur die Regelung von Anhörungs- und Informationsrechten.

70

75

80

Nach einer Auswertung der Hans-Böckler-Stiftung befinden sich derzeit allein 85 von 169 operativ tätigen Europäischen Aktiengesellschaften (SE) in Deutschland. Von diesen 85 Unternehmen beschäftigen 13 mehr als 2.000 Menschen, sodass hier eine paritätische Besetzung der Aufsichtsratsposten vorhanden sein sollte. Dies ist jedoch lediglich in 11 Unternehmen der Fall. 30 SE beschäftigen mehr als 500 Menschen, es verfügen jedoch lediglich 15 über eine Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat. Zudem beschäftigen 42 der 85 Unternehmen weniger als 500 Menschen. Laut HBS lag die Anzahl an Beschäftigten in der Mehrzahl der Unternehmen bei Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft kurz unter den Schwellenwerten für die Einrichtung von Aufsichtsräten mit Beteiligung der Beschäftigten oder der Ausweitung der Mandate für die Beschäftigten nach deutschem Recht. Die Grundsätze des „Schutzes erworbener Rechte“ und des „Vorher-Nachher-Prinzips“, die ein Absinken des Mitbestimmungsniveaus verhindern sollen, führen hier nicht weiter. Die Unternehmen können durch eine Umwandlung verhindern, die Mitbestimmung bei steigender Beschäftigtenzahl einzuführen bzw. den Status quo zu erhalten und einzufrieren. Die Studie zeigt somit, dass auch die Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft dazu geeignet ist, die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Beschäftigten in diesen Unternehmen zu

85

90

95

umgehen.

100 Durch ein solches agieren der Unternehmensführungen wird auch deutlich, dass ein an der
Anzahl der Beschäftigten orientiertes Mitbestimmungsniveau nicht maßgeblich für die
Einführung demokratischer Strukturen und Prozesse sein darf, da dieses zu leicht zu umgehen
ist. Demokratische Teilhabe muss unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten
gewährleistet sein. In einer vermehrt wissensbasierten (Arbeits-)Gesellschaft, in der in
105 zunehmendem Maße Maschinen die Fertigung übernehmen, wäre dies zudem nicht nur
unzeitgemäß, sondern auch falsch.

„Probleme gibt es auch bei jenen Gesellschaften, die „Mutterkonzernen“, die ihren Sitz in
Ländern mit niedrigerem Mitbestimmungsniveau haben, per Beherrschungsvertrag gehören.
Bei ihnen gilt zwar innerhalb der „Tochterfirma“ das jeweilige nationale
110 Mitbestimmungsrecht. Ein Veto des Aufsichtsrat der Tochterfirma kann vom Mutterkonzern
überstimmt werden, da sie die Tochter uneingeschränkt lenken kann. Bei deutschen
Kommanditgesellschaften kann das Mitbestimmungsrecht ausgehebelt werden, wenn die
Komplementärin ihren Sitz in einem Land mit niedrigerem Mitbestimmungsniveau hat. In
Firmen, die nur eine Niederlassung in einem anderen Land haben, wird das
115 Mitbestimmungsrecht ihres Sitzes angewendet. Ein eher hohes Mitbestimmungsniveau gibt
es innerhalb der EU in den skandinavischen Ländern, Deutschland, Tschechien, Slowenien
u.a. In allen anderen Ländern ist es eingeschränkt oder nicht vorhanden. Also kann es für
Angestellte in Deutschland (und anderswo) dazu kommen, dass durch einen
Beherrschungsvertrag oder durch eine Komplementärschaft Mitbestimmungsrechte
120 ausgehebelt werden können, wenn die Gesellschaft ihren Sitz bspw. in Frankreich oder
Bulgarien hat. Dies erleichtert es auch, via nationale Standortpolitik Beschäftigte desselben
Konzerns gegeneinander auszuspielen.

Die betriebliche Ebene

125 Die Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene ist die zweite tragende Säule in den
Unternehmen. Innerstaatlich ist dies anerkannt und hat Niederschlag im
Betriebsverfassungsgesetz gefunden. Auf Ebene der Europäischen Union wird der
Internationalisierung der Konzernstrukturen jedoch noch nicht ausreichend Rechnung
130 getragen. Die Europäische Union ermöglicht zwar in den Richtlinien (EBR-RL, SE/SCE-RL)
die Bildung von Eurobetriebsräten und SE/SCE-Betriebsräten. Diese Betriebsräte sind bisher
jedoch nur in wirtschaftlichen Angelegenheiten zuständig, haben hier keine obligatorischen
Mitbestimmungsrechte, sondern nur Anspruch auf Information und Anhörung. Sie haben
somit zwar Beteiligungsrechte, sind aber letztendlich lediglich Beratungsorgan. Auch wenn
135 sich die Rechte zumindest des EBR mit der Reform der EBR-RL im Jahr 2009 durch
erweiterte Möglichkeiten der frühzeitigen Einflussnahme auf Entscheidungen an das Niveau
der SE/SCE-BR angepasst wurden, ist hier bisher keine befriedigende Ausgestaltung
gefunden worden. Das Niveau der Beteiligungsrechte ist weiterhin maßgeblich von
Verhandlungen abhängig.

140

Was muss passieren

Demokratische Strukturen und politische Teilhabe in Unternehmen können nicht allein vom
individuellen Verhandlungsgeschick bzw. -erfolg eines Gremiums abhängig gemacht werden.
145 Die Gesetzgebenden sind hier in der Pflicht, verbindlich Rahmenbedingungen zu schaffen, in
der größtmögliche Mitbestimmung möglich ist und Gewerkschaften in Tarifverhandlungen

150 für die Rechte der Belegschaften kämpfen können. Die Europäisierung der wirtschaftlichen
Strukturen ist zu einem Problem für die Mitbestimmung der Beschäftigten in den
Unternehmen aber auch für die Gewerkschaften geworden. Unternehmen dürfen keine
mitbestimmungsfreien Zonen sein oder werden. Entgegen den Vorstellungen einer Mehrheit
in den europäischen Entscheidungsgremien dürfen Mitbestimmungsrechte zudem nicht nach
unten harmonisiert werden. Stattdessen ist ein europaweiter Ausbau von
Mitbestimmungsrechten für Beschäftigte sowohl im innerstaatlichen als auch im
Europäischen Gesellschaftsrecht zu erkämpfen.

155 Für uns geht es bei der Forderung nach Mitbestimmung der Beschäftigten in den
Unternehmen nicht um die Frage nach der ökonomischen Effizienz, nicht um einen
„Standortvorteil“ oder mögliche Produktivitätssteigerungen. Die demokratische Teilhabe im
Arbeits- und Wirtschaftsleben durch die Mitbestimmung der Beschäftigten an
160 Entscheidungen über die Bedingungen, unter denen sie arbeiten, ist der zentrale Aspekt einer
demokratisierten Wirtschaft und notwendig, um die gleichberechtigte Berücksichtigung der
Faktoren Arbeit und Kapital sicherzustellen. Neben der Förderung von genossenschaftlich
organisierten Unternehmen, die wir hier als zentral ansehen, um dieses Ziel zu erreichen, ist
die Einführung bzw. Ausweitung (echter) paritätischer Mitbestimmung unabdingbar für die
165 Beschäftigten.

Um demokratische Teilhabe aller Beschäftigten an Entscheidungen in den Unternehmen zu
gewährleisten und ein unterwandern der derzeit geltenden Mitbestimmungsrechte zu
verhindern, fordern wir:

- 170
- die Ausweitung der Prinzipien der Vollparität auf alle Branchen der Wirtschaft
 - die Erstreckung der deutschen Mitbestimmungsgesetze auf alle in Deutschland
ansässigen Unternehmen, unabhängig von der Rechtsform und vom Sitz der
Gesellschaft und keine Erstreckung, wenn das Unternehmen aus Sicht der
175 Arbeitnehmer_innen weiter gehenden Mitbestimmungsgesetzen unterliegt
 - die Einführung der Vollparität auf europäischer Ebene in Unternehmen mit einer
Rechtsform nach europäischem Recht
 - die Abkoppelung der Regelungen zur Einführung der Mitbestimmung von der
Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen und der Art des
180 Beschäftigungsverhältnisses. Alle Beschäftigten müssen die Möglichkeit haben, die
Organe zu wählen
 - die Beteiligungsrechte aufzuwerten und Mitbestimmungsrechte sowohl für
Aufsichtsräte als auch für Betriebsräte einzuführen bzw. auszuweiten
 - die Stärkung europaweites Streikrecht in multinationalen Unternehmen, als auch in
185 europaweiten Branchen

Für eine familienfreundlichere Arbeitswelt

Die Jusos stellen fest: durch die Flexibilisierung im Berufsleben und der Arbeitsverdichtung fehlt es vielen Menschen an einem Gefühl von Sicherheit für die persönliche Lebensplanung. Die Berufsstarter_Innen müssen dabei abwägen und sich möglicherweise entscheiden: eine neue Wohnung, ein Auto, der erste Jahresurlaub oder die Gründung einer Familie, all das und viele andere Punkte können Menschen nicht gleichzeitig realisieren.

Viel zu oft wird heutzutage das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ durch eine Aneinanderreihung von befristeten Verträgen konterkariert.

Dabei werden Wirtschaftslobbyist_Innen nicht Müde das Mantra der gesteigerten Anforderungen an Flexibilität zu wiederholen ohne das es dabei richtiger wird.

Junge ArbeitnehmerInnen und BerufseinsteigerInnen sind heute aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation verunsichert und stellen deshalb ihren Kinderwunsch hinten an. Gut ausgebildete junge Menschen wollen ihren Kindern ein gutes Leben bieten, dazu gehören ein sicherer Arbeitsplatz und ein auskömmliches Einkommen, mit dem Frauen und Männer ihre Familien versorgen können.

Minijobs, Leiharbeit und Befristung der Arbeitsverhältnisse können junge Menschen davon abhalten, sich frühzeitig für Kinder zu entscheiden. Wer sich von Jahresvertrag zu Jahresvertrag hangelt, kann keine Familiengründung mit Kindern planen. Die Gesellschaft kann vor diesem Hintergrund Frauen und Männer nicht für diese nachvollziehbare Entscheidung bestrafen. Wir müssen ihnen vielmehr die Sicherheit geben, die sie brauchen, um sich für Kinder zu entscheiden. Neben vielen richtigen Forderungen wie der nach Mindestlohn, dem Recht auf einen Kindergartenplatz und Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss es vor allem darum gehen, mittelfristig eine wirtschaftliche Planungssicherheit für Haushalte mit Kindern zu schaffen. Die Jusos fordern deshalb:

- Die Abschaffung sachgrundloser Befristungen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Darüber hinaus ist das ‚insbesondere‘ in § 14 I TzBfG in ‚nur dann‘ zu ändern und Befristungsgesetz (TzBfG) zu streichen:
- die Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium erfolgt, um den Übergang des Arbeitnehmers in eine Anschlussbeschäftigung zu erleichtern,
- die Eigenart der Arbeitsleistung die Befristung rechtfertigt
- in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe die Befristung rechtfertigen,
- der Arbeitnehmer aus Haushaltsmitteln vergütet wird, die haushaltsrechtlich für eine befristete Beschäftigung bestimmt sind, und er entsprechend beschäftigt wird
- Umwandlung von nach dem dann geänderten § 14 I TzBfG sachgrundlos befristeten

Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst in unbefristete Arbeitsverhältnisse

- 50
- Gesetzliche Verpflichtung zur Entfristung der Arbeitsverhältnisse in der freien Wirtschaft
- 55
- Verpflichtung der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes zur Einrichtung bzw. Bereitstellung von Förderangeboten zur Wiedereingliederung in den Betrieb nach der Elternzeit
- 60
- Größeres Engagement der Wirtschaft bei der Einrichtung von Betriebskindertagesstätten
- 65
- Lebensarbeitszeitkonten: Das Langzeitkonto dient der Anpassung der Arbeitszeit, die über die Jahresarbeitszeit hinausgeht. Es werden Plusstunden angespart, damit in Lebensphasen, in denen z. B. mehr Zeit für die Familie, Pflege für ältere Angehörige oder für Weiterbildung gewünscht wird, die Arbeitszeit unter Beibehaltung eines gleichmäßigen Gehalts reduziert werden kann. Langzeitkonten ermöglichen auch einen früheren gleitenden Übergang in die Rente
- 70
- Sabbatical: Bei einem Sabbatical erwirkt der_ die Mitarbeiter_in durch den Aufbau von Plusstunden einen Freizeitanspruch, den sie oder er als Freizeitblock von z. B. drei Monaten oder einem Jahr nehmen kann. Während des gesamten Zeitraums bleibt das Einkommen konstant.
 - Flexiblere Arbeitszeitmodelle im Rahmen der unbefristeten Arbeitsverhältnisse wie z.B. mit Anspruch auf Rückkehrrecht zur Vollzeit
 - Die in den Arbeitsverträgen festgeschriebenen Arbeitszeiten müssen konsequent umgesetzt werden.

Leiharbeit bekämpfen!

Einleitung

5 Nachdem wir uns schon seit einiger Zeit für „equal pay“ und „equal treatment“ einsetzen, zeigt uns jedoch die aktuelle Entwicklung, dass das dadurch erhoffte Umdenken - allgemein in der Gesellschaft und speziell in der Wirtschaft - leider nicht stattgefunden hat.

10 Die Verschiebung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital ist allgegenwärtig. Dies spiegelt sich in der Wirtschaftspolitik aber vor allem auch in der Arbeitsmarktpolitik wider. Der immer weiter zunehmende Machtüberhang des Faktors Kapital hat dabei unmittelbare Auswirkungen auf die soziale Polarisierung in unserer Gesellschaft.

Kurzanalyse der sozialen Realität auf dem Arbeitsmarkt

15 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Vergangenheit massiv unter Druck geraten. Es hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Sockelarbeitslosigkeit entwickelt, die sich scheinbar zunehmend auf ein Überangebot an Arbeitskräften in unserer Volkswirtschaft eingependelt hat.

20 Dadurch hat die Wirtschaft einen Vorteil bei der Gestaltung von Arbeitsverträgen bekommen.

Schwächelnde Gewerkschaften

25 Dabei spielt die Schwäche der Gewerkschaften ebenfalls eine tragende Rolle: Der Organisationsgrad der Gewerkschaften des DGB hat seit der Wiedervereinigung vor 20 Jahren stetig abgenommen. So hat sich die Zahl der im DGB organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von fast 12 Millionen auf jetzt knapp 6,16 Millionen Mitglieder (Stand: 2011) fast halbiert. Zugleich nahm die Zahl von „Scheingewerkschaften“ vor allem in den letzten Jahren massiv zu. Diese setzen in den so genannten
30 Gehaltstarifverträge Löhne von zum Teil unter 5 Euro pro Stunde durch.

Verfehlungen in der Arbeitsmarktpolitik

35 Es muss jedoch auch deutlich auf die Fehlentwicklung in der Arbeitsmarktpolitik hingewiesen werden. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ist hierbei wesentlich auch unter der rot-grünen Bundesregierung vorangeschritten. So wurde in der Zeit eine Politik betrieben, die überwiegend dem angebotsorientierten, neoliberalen Mainstream angepasst war. Neben der Lockerung des Kündigungsschutzes, sind vor allem die
40 Arbeitsmarktreformen unter der Leitung von Peter Hartz zu nennen: Der Slogan „Fördern und Fordern“ hat hierbei einen hohen Druck auf Beschäftigungslose ausgeübt. So wurde in der 2. Legislaturperiode des Kabinetts Schröder der Ausbau von prekären Beschäftigungsverhältnissen in Form von 1-Euro- (Hartz IV), Mini- und Midi-Jobs (Hartz II)
45 beschlossen sowie die Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (Hartz I) gelockert, welches die Leiharbeitsverhältnisse bis dato stärker eingeschränkt hatte. Wir

lehnen es strikt ab, dass die Annahme von nicht versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen als zumutbar erklärt wird.

50 **Wo liegen die Probleme der Leiharbeit?**

Neben schlechteren Arbeitsbedingung belastet die LeiharbeiterInnen auch die schlechte Bezahlung. Für die Stammebelegschaft gelten LeiharbeiterInnen als Job-Klauer und so finden diese auch keine Akzeptanz in den Betrieben. Beschäftigte in der Leiharbeit werden zu Menschen zweiter Klasse. Sie haben nur eine geringe Chance, im Betrieb soziale Kontakte aufzubauen.

Resultat der neoliberalen Reformen - Beschäftigung ohne Perspektive

60 Das Ergebnis dieser Verfehlungen ist verheerend. Die Schere zwischen arm und reich geht seit Jahren immer weiter auseinander. Menschen, die in Leiharbeitsverhältnissen stehen, sind in die Perspektivlosigkeit geschickt worden. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt wie Waren hin und her geschoben und verfügen über keinen Kündigungsschutz im ausgeliehenen Unternehmen. Menschen müssen sich zunehmend immer mehr der Wirtschaft anpassen. Die Wirtschaft dient nicht länger den Menschen, vielmehr dienen die Menschen der Wirtschaft. Die dadurch verbundene Machtverschiebung der Faktoren Arbeit und Kapital auf die Kapitalseite, die man auch als Diktatur des Kapitals beschreiben könnte, gilt es zu korrigieren.

70 Ein Leiarbeitender kann selten mehrere Jahre in die Zukunft planen. Gerade auch im Hinblick auf den demographischen Wandel muss darauf verwiesen werden, dass es wenig verwunderlich ist, wenn ein junges Paar es sich aufgrund fehlender langfristiger sozialen Absicherung mehr als einmal überlegt, Nachwuchs zu kriegen.

75 **Bezahlung unter Tarif**

Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmer werden grundsätzlich schlechter bezahlt als die restliche Stammebelegschaft im Unternehmen. Dies kommt dadurch zustande, weil LeiharbeiterInnen keinen Anspruch auf tarifliche Bezahlung haben, die durch Gewerkschaften erkämpft worden sind. Sie sind letztlich im Betrieb, in dem sie ihre Arbeitsleistung erbringen, nur „ausgeliehen“. Bei Protest gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen droht die sofortige Versetzung oder Entlassung. So wird der Leiharbeiter an der kurzen Leine gehalten und ist gezwungen, seine Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

85 Dies trägt letztlich auch zu der Reallohnentwicklung in Deutschland bei. In der Bundesrepublik sind die Reallöhne vom Jahr 2000 bis 2008 um 0,8 Prozent zurückgegangen, wohingegen sie in allen anderen EU-Staaten in den letzten Jahren preisbereinigt gestiegen sind.

90 Auch wenn die Reallöhne im letzten Jahr durch die geringe Inflation leicht gestiegen sind, nimmt Deutschland europaweit in dieser Statistik den letzten Platz ein, was auch auf die Entwicklung der Renten einen negativen Einfluss hat.

95 Letztlich bleibt es für uns untragbar, dass ArbeiterInnen faktisch in Klassen eingeteilt werden! Wir sehen es nicht ein, warum LeiharbeiterInnen schlechter bezahlt werden sollen, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten wie die fest Angestellten. Deshalb sagen wir: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!

100 **Aushebelung der Mitbestimmung**

Viele Betriebe nutzen die Leiharbeit auch, um die betriebliche Mitbestimmung bei sich auszuhebeln. Dazu muss man wissen, dass für die Bestimmung der Größe von Betriebsräten die Anzahl der abhängig Beschäftigten herangezogen wird. Nun gibt es die Möglichkeit diese Anzahl künstlich zu drücken, in dem man zu einer festen Anzahl der Stammbesellschaft, die knapp unter der Schwellengrenze zu einer höheren Anzahl der Betriebsratsplätze liegt, die restlichen ArbeitnehmerInnen aus der Leiharbeit generiert. Damit geraten Betriebsräte unter einem immensen Druck, da sie nicht mehr im Stande sind, die anfallenden Arbeitsprozesse fristgerecht und ordentlich zu erledigen.

Uns ist diese Möglichkeit der Aushebelung der demokratischen Mitbestimmung ein Dorn im Auge. Schließlich stehen wir für die Demokratisierung in allen Lebensbereichen – vor allem in der Arbeitswelt. Wir wollen nicht, dass Demokratie am Werkstor endet!

Fehlende Argumente der Wirtschaft

Die Argumentation seitens der Wirtschaft, die sich deutlich für eine Beibehaltung von Leiharbeit ausspricht, ist nicht haltbar. Leider müssen wir erkennen, dass die überwiegende Mehrheit der Medien jedoch auf diese Argumentationslinie eingeht und sie mit verteidigt, ohne sie einmal grundlegend in Frage zu stellen. Damit wird eine Meinung in der Gesellschaft vorgegeben, die jedweder Logik widerspricht. Hierbei sollen vor allem typische Argumente widerlegt werden, die angeblich für Leiharbeitsverhältnisse stehen.

Es steht die Aussage im Raum, dass Leiharbeit zum Abfang von Produktionsspitzen nötig sei. Ohne sie könnten Unternehmen die kurzfristig benötigten Arbeitskräfte nicht schnell genug einstellen bzw. könnten sich nach der Zeit der starken Auftragseingänge ihrer nicht wieder schnell erledigen. Das heißt mit anderen Worten, dass die Leiharbeit einen entscheidenden Anteil daran habe, die Arbeitslosenquote (zumindest kurzfristig) zu senken. Diese These trifft natürlich nicht zu, da einerseits Unternehmen den Faktor Arbeit verstärkt einsetzen müssen, um ihre Rendite durch die neu anfallenden Aufgaben zu maximieren. Dies ist auch ohne der Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Leiharbeit möglich. Andererseits sieht das so genannte „Kündigungsschutzgesetz“ keine Schranken vor, ArbeiterInnen, die kein halbes Jahr beschäftigt worden sind, fristlos zu entlassen. Es ist letztlich nur eine bequemere Lösung für Unternehmen billige Arbeitskräfte zu organisieren. Die Verfehlung der reinen Angebotsorientierung auf dem Arbeitsmarkt gilt es grundsätzlich - aus dem sozialdemokratischen Grundverständnis heraus – zu hinterfragen.

Diktatur des Kapitals verursacht Krankheiten

Es wird deutlich, dass aus dem Machtüberhang des Kapitals zu einer Unmündigkeit der arbeitenden Bevölkerung hervorgeht. Dieser zunehmenden Druck auf die ArbeiterInnenschaft hat auch unmittelbare Folgen auf den physischen und mentalen Gesundheitszustand vieler Menschen. So ist auch im vergangenen Jahr trotz Wirtschaftskrise die Anzahl der Krankheitstage wieder einmal angestiegen und befindet sich auf dem höchsten Stand seit 2003. Davon sind jedoch nicht nur LeiharbeiterInnen sondern auch andere unbefristet Beschäftigte bisweilen sogar auch Manager betroffen. Vor allem hervorzuheben ist die steigende Anzahl an psychischen Erkrankungen, bei denen die höchste Wachstumsrate zu vermelden ist. Man sieht also, dass das System, welches von einem enormen Leistungsanspruch geprägt ist, die Menschen in allen Berufsgruppen krank macht.

Konsequentes Handeln

- Eine Höchstquote für Leiharbeiter_innen in Betrieben in Höhe von 8% der festangestellten Arbeiter_innen. Leiharbeit dient der Abfederung von

160 Produktionsspitzen. Höheren Produktionszuwächsen als 8% muss Festanstellung folgen.

- Leiharbeiter_innen müssen wie Festangestellte zur Bestimmung der Größe des Betriebsrates mitgezählt werden. Ihnen steht ebenso das aktive und passive Wahlrecht zu.
- Wir fordern ein Synchronisationsverbot. Wir fordern einen Flexibilitätszuschlag für Leiharbeiter_innen in Höhe von 10% des Bruttolohnes.

170 **Durch ein Verbot von Leiharbeit würde vielen Menschen eine Perspektive gegeben, was historisch bedingt schon immer das Ziel sozialdemokratischer Politik gewesen ist. Auch wenn dadurch der Mensch nicht von den Fesseln des Kapitalismus befreit wird, so macht es doch das Leben in der Gemeinschaft lebenswerter und sorgt so für einen stärkeren solidarischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.**

Unterstützung von Kommunen mit hohem Arbeitslosenanteil

Die SPD-Bundestagsfraktion möge einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, der die Finanzierung der Transferleistungen nach dem SGB II neu regelt. Die Transferleistungen nach dem SGB II dürfen nicht länger zu Lasten des kommunalen Haushaltes gehen.

5

Begründung:

Derzeit beteiligt sich der Bund prozentual an bestimmten Leistungen in Abhängigkeit vom Bundesland. Strukturschwache Städte und Gemeinden mit einer hohen Arbeitslosigkeit werden derzeit kaum berücksichtigt. Diese Regionen leiden unter einer Doppelbelastung:

10

1. geringe Einnahmen durch fehlende Arbeitgeber in der Region;

2. hohe Kosten durch daraus folgende Erwerbslose, sowie derer, die im Niedriglohn- und Dienstleistungssektor beschäftigt sind und aufstockend zu ihrem Gehalt Leistungen empfangen müssen.

15

Aus der daraus folgenden Knappheit der kommunalen Haushalte ergeben sich wiederum Einschnitte bei Leistungen der Städte und Gemeinden. Dies hat unter anderem zur Folge, dass Bibliotheken, Schwimmhallen, Jugendeinrichtungen, sowie Sozialleistungen nicht mehr unterstützt oder geschlossen bzw. eingestellt werden müssen. Um diese Aufgaben zu sichern und den Leistungsempfängenden nach SGB II eine soziale Teilhabe zu gewährleisten, gilt es solche Kommunen gesondert zu betrachten und zu entlasten.

20

Kindergrundsicherung

Die Jusos fordern den Bundesvorstand der SPD und die Bundestagsfraktion auf, sich vor dem Bundestagswahlkampf 2013 für eine Reform der Kindergrundsicherung anhand folgender Grundsätze zu positionieren und einzusetzen.

5

Um eine Gleichbehandlung von Kindern zu gewährleisten, muss es eine neue Art von Finanzierung der Kinder und Jugendlichen geben. Statt unterschiedlicher kleiner Transferleistungen, wie Kindergeld oder Kinderzuschlag, fordern wir eine Kindergrundsicherung. Dabei ist es wichtig, dass die Kindergrundsicherung sozial gerecht gestaltet wird.

10

Wir fordern eine Grundsicherung in Höhe von 536 € für jedes Kind ohne Einschränkungen, welche auch nicht auf das ALG II angerechnet wird. Dieser Betrag soll dabei ohne Abschreibungsmöglichkeiten voll auf das Einkommen der Eltern angerechnet und versteuert werden, so dass für Spitzenverdiener eine Nettoleistung von rund 280 € verbleibt, Geringverdiener aber vom vollen Betrag von 536 € profitieren. Dies ist der Betrag, welcher zur Versorgung von Kindern aus verfassungsrechtlicher Sicht nötig ist. Er setzt sich zusammen aus dem sächlichen Existenzminimum von 356 € und den notwendigen Ausgaben für Bildung und Betreuung von derzeit 180 €.

15

Begründung:

20

Eine Grundsicherung für alle Kinder!

25

Auch wenn die Bundesregierung sich darüber uneins ist, Armut ist ein zunehmendes Problem in unserer Gesellschaft und bestimmt die Lebensrealität von vielen Menschen. Insbesondere Kinder sind von dieser Entwicklung betroffen. Geringes Einkommen der Eltern, Knappheit an ideellen und materiellen Ressourcen und Mangel an Lebensperspektiven prägen den Alltag dieser Kinder. Es gibt den aktuellen Zahlen nach mehr als 2,4 Millionen von Armut betroffene Kinder. Die Zahl steigt von Jahr zu Jahr. Trotz unterschiedlicher Ursachen, ist klar, dass Kinderarmut zu ungleichen Chancen führt. Wir müssen gegen diesen Mechanismus der Ungerechtigkeitsreproduktion vorgehen und Mechanismen installieren, die die Situation von Kinder verbessern und Lebensperspektiven produziert.

30

35

Die derzeitige Sachlage zeigt auf, dass die finanzielle Förderung von Kindern je nach der Erwerbssituation ihrer Eltern sehr weit auseinander klafft. Das Sozialgeld für Kinder von Erwerbslosen bzw. Geringverdienern/innen beträgt die Höhe von 215 bis 287 Euro pro Monat.

40

Die Kinder von Erwerbstätigen mit sogenanntem unteren und mittleren Einkommen erhalten monatlich zwischen 184 Euro (für das erste und zweite Kind), 190 Euro (für das dritte Kind) und 215 Euro (für das vierte und alle weiteren Kinder) Kindergeld. Hingegen profitieren die Kinder von Gut- und Spitzenverdiener_innen mit steigendem Einkommen von den steuerlichen Kinderfreibeträgen. Das führt zu Förderung der bereits Privilegierten. Diese Ungleichbehandlung von Kindern ist ungerecht. Der Staat muss jedem Kind gleiche Chancen gewährleisten. Gleiche Chancen bedeuten für uns KiTa-Plätze für alle Kinder unabhängig von dem Geldbeutel der Eltern. Gleiche Chancen bedeuten für uns keine Diskriminierung in der

45

Ausbildung von Anfang an. Aber gleiche Chancen bedeutet auch materielle Teilhabe!

50 Bereits im Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Urteil festgestellt, dass die Methode zur Berechnung der Regelleistungen nach SGB II für Kinder und Jugendliche verfassungswidrig ist. Die Regelleistungen werden nicht nach dem tatsächlichen Bedarf errechnet, sondern anhand der Regelsätze der Erwachsenen. Dazu kommt, dass der zusätzlich entstehende Bedarf z.B. bei chronischen Erkrankungen oder anderen Schwierigkeiten nicht in die Berechnungen mit einbezogen wird. Das kann nicht
55 weiter die Realität unseres Sozialsystems sein.

Wir, die Jusos Bremen, sehen enormen Handlungsbedarf. Es muss grundsätzliche Veränderungen geben, damit Kinder nicht in Armut leben und keine soziale Ungleichheit erfahren müssen!
60

Wir fordern eine Kindergrundsicherung um Kinderarmut zu verhindern!

Mehr Möglichkeiten für alle

1. Möglichkeiten für alle?

5 Wir leben in einer Zeit der gesellschaftlichen Umbrüche und Herausforderungen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise dominiert seit einigen Jahren das politische Handeln und beschränkt die gesellschaftliche Teilhabe. Der Reichtum in der Gesellschaft ist immer ungleicher verteilt, was zu einem Auseinanderfallen der Gesellschaft führt. Dies hat auch konkrete Auswirkungen auf junge Menschen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass es nicht ‚die‘ junge Generation gibt. Auch bei jungen Menschen gibt es ärmere und 10 reichere, unterschiedliche Wertorientierungen und verschiedene Lebensstile. Junge Menschen sind unterschiedlich. Sie haben unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Dies muss eine gute Jugendpolitik berücksichtigen. Was sich aber für viele Jugendliche verändert hat, ist der fließende Übergang in das sog. ‚Erwachsenenleben‘. Während in früheren Zeiten eine Berufsausbildung in der Regel mit etwa 20 Jahren abgeschlossen war und dann mit dem 15 Berufsleben und der Gründung einer Familie begonnen wurde, löst sich dieser klare Schnitt nun bei Vielen immer mehr auf. Zunächst sind eine Ausbildung und ein Studium keine gegensätzlichen Alternativen mehr. Wer eine Ausbildung macht, absolviert vielleicht danach ein Studium. Andere studieren einen Bachelor, finden dann einen Berufseinstieg und qualifizieren sich einige Jahre später mit einem Masterabschluss weiter. So gibt es heute sehr 20 viele unterschiedliche Möglichkeiten einer Bildungs- und Lebensbiographie. Zugleich lösen sich überkommene Lebens- und Familienmodelle auf: Immer mehr Frauen wollen nicht zugunsten von Familie und Kindern auf die berufliche Entwicklung verzichten, gleichzeitig bekommen junge Menschen in ganz unterschiedlichen Lebensphasen Kinder. Manche befinden sich mitten im Studium, andere haben schon mehrere Jahre Berufserfahrung. Diese 25 Entwicklungen sind richtig und müssen weiter vorangetrieben werden. Sie erfordern aber auch die Entwicklung sozialer Bedingungen, die junge Menschen in diesen unterschiedlichen Entwicklungen unterstützen.

30 Junge Menschen sind flexibel. Es ist gut, dass junge Menschen nicht einem einheitlichen Lebensmodell folgen müssen, sondern unterschiedliche Wege für ihr Leben finden. Aber eine solche Auflösung von festen gesellschaftlichen Modellen ist für manche immer auch mit einer gewissen Unsicherheit und Angst verbunden. Es gibt weniger feste Strukturen und höhere Risiken. Ein Teil der jungen Generation sieht diese Herausforderungen gelassen und erkennt in dieser Situation mehr Chancen als Risiken, ein zweiter Teil blickt sorgenvoller in 35 die Zukunft. Und ein dritter Teil ist gesellschaftlich abgehängt und sieht keine Zukunftsperspektiven mehr. Für uns bedeutet dies: Wir wollen junge Menschen darin unterstützen, ihren eigenen Weg zu gehen. Wir wollen niemandem ein Lebensmodell oder einen Lebensstil aufzwingen. Aber wir wollen auch eine Politik machen, die niemanden zurücklässt und allen die Möglichkeit gibt, ihren eigenen Weg zu gehen.

40 Inhaltlich bedeutet dies, dass eine gute Jugendpolitik den Problemen entgegen treten muss, die durch Unsicherheit, Leistungsdruck und tatsächlichem oder befürchtetem sozialem Abstieg entstehen. Viele junge Menschen befürchten schon in der Schule, später keinen Ausbildungsplatz zu finden. Während der Ausbildung wissen sie oft nicht, ob sie eine 45 Festanstellung erhalten. Auch ein Studium bietet keine Sicherheit mehr, die Angst vor aneinander gereihten Endlos-Praktika ist groß. Diese Sorgen beschränken Jugendliche in der

50 Entwicklung von Plänen und in der Verwirklichung ihrer Wünsche und Träume. Eine gute Jugendpolitik muss daher die Flexibilität junger Menschen erhalten und gleichzeitig die Risiken des Lebens absichern. Auch ist der Situation von jungen Migrantinnen und Migranten besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie stehen oft vor Schwierigkeiten und Hindernissen, welche ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren. Ebenso gilt es, den spezifischen Diskriminierungen von jungen Frauen zu begegnen.

55 Strategisch bedeutet dies, dass eine gute Jugendpolitik eine Querschnittsaufgabe zwischen unterschiedlichen Politikfeldern sein muss. Jugendpolitik lässt sich nicht durch feststehende jugendspezifische Instrumente machen. Jugendpolitik erfordert einen politikfeldübergreifenden Ansatz: Der Verbesserung der Bildungspolitik und dem Einstieg ins Arbeitsleben kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Denn noch immer ist die materielle Basis eine entscheidende Voraussetzung, um auch in anderen Lebensbereichen freie Entscheidungen treffen zu können. Gleichzeitig sind aber auch der Ausbau öffentlicher
60 Infrastruktur, insbesondere in den Kommunen, die Familienpolitik und die Gesellschaftspolitik betroffen. Wichtig ist, die unterschiedlichen Instrumente aufeinander abzustimmen. Jugendpolitik ist keine Nische.

65 Die jugendpolitischen Herausforderungen müssen sofort angegangen werden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das Problem massiv verschärft. Sie will den Leistungsdruck in der jungen Generation weiter erhöhen. Ihre bildungspolitischen Maßnahmen, wie zum Beispiel das Deutschland-Stipendium, sind darauf ausgerichtet, eine irgendwie definierte vermeintliche Elite zu fördern. Und arbeitsmarktpolitisch betrachtet sie die enorme Zunahme
70 prekärer Beschäftigungsverhältnisse eher als Errungenschaft, denn als Missstand. Deshalb brauchen wir hier einen radikalen Politikwechsel und müssen klare Alternativen benennen. Diesen wollen wir nach den Bundestagswahlen 2013 gemeinsam mit der SPD erreichen. Deshalb wollen wir bereits jetzt unsere Anforderungen an eine gute Jugendpolitik auf Bundesebene erarbeiten und breit diskutieren.

75

2. Mehr Möglichkeiten für alle – unsere Ziele

Wir Jusos orientieren uns bei unseren jugendpolitischen Forderungen an sechs
80 übergreifenden Zielen:

80

1. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will mehr Autonomie und weniger Angst und Druck

85 Junge Menschen dürfen in ihrer Entwicklung nicht dadurch gehemmt werden, dass sie Angst vor der Zukunft haben. Viele junge Menschen gehen durchaus positiv an ihr Leben heran. Sie haben Lust, sich zu entwickeln, Dinge auszuprobieren und ihren eigenen Weg zu finden. Diese Grundeinstellung wird aber gelähmt, wenn sie Angst vor einer düsteren Zukunft, vor Unsicherheit und Ausgrenzung haben. Das ist eines der größten Risiken für jede und jeden EinzelneN, aber auch für die Gesellschaft an sich. Deshalb muss eine gute Jugendpolitik Risiken absichern und die Angst vor Unsicherheit nehmen. Sie muss gleichzeitig in allen
90 Lebensbereichen Möglichkeiten eröffnen, damit alle selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben führen wollen.

2. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will meine Talente verwirklichen können

95 Junge Menschen haben viel Potential. Gerade während der Kindheit, der Jugend und den jungen Erwachsenenjahren entscheidet sich, was jede und jeder Einzelne aus sich selbst

herausholt. Eine gute Jugendpolitik muss dafür sorgen, dass junge Menschen in dieser Entwicklung nicht künstlich von außen gebremst werden. Das ist leider häufig der Fall, zum Beispiel wenn bereits die Schule die Entwicklung nicht wirklich effektiv fördert, ausbildungswillige Jugendliche in sinnlosen Warteschleifen geparkt werden, Jugendliche aus ökonomischen Überlegungen heraus sich für Ausbildungen oder Studiengänge entscheiden müssen, die ihren Interessen und Talenten nicht entsprechen oder Weiterbildungsmaßnahmen nicht finanziert werden. Diese gesellschaftliche Realität ist fatal. Niemand ist gezwungen, immer mehr und mehr zu leisten. Wir wenden uns klar gegen einen dominierenden Leistungsdruck, wir möchten, dass junge Menschen sich frei entfalten und ihre eigenen Lebensentwürfe verwirklichen können und nicht in ihren Entwicklungen behindert werden.

3. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will mitentscheiden und die Gesellschaft mitgestalten

Junge Menschen beteiligen sich immer weniger an klassischen Politikformen. Sie sind aber nicht unpolitisch. Viele junge Menschen haben politische Vorstellungen und Ideale, aber sie glauben zum Teil nicht mehr daran, wirklich die Gesellschaft verändern zu können. Das ist eine fatale Entwicklung. Wir müssen die demokratische Teilhabe an der Gesellschaft wieder erhöhen. Dazu gehört es auch, jungen Menschen einen unmittelbareren Zugang zu Politik zu gewähren. Wir setzen uns ein für kinder- und jugendgerechte Beteiligungsmöglichkeiten, die jungen Menschen tatsächlich die Möglichkeit geben Gesellschaft zu gestalten.

4. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will gleiche Chancen für junge Frauen

Noch immer werden Frauen in unserer Gesellschaft strukturell diskriminiert. Frauen übernehmen einen überwiegenden Teil der Erziehungs- und Haushaltsarbeit. Sie verzichten viel öfter auf eine berufliche Karriere als Männer. Es existiert eine gläserne Decke, die dazu führt, dass Frauen viel weniger oft in Führungspositionen vertreten sind und Frauen verdienen immer noch deutlich weniger als Männer. Deshalb muss die besondere Diskriminierung von Frauen bei allen politischen Entscheidungen mit berücksichtigt werden. Wir wollen die völlige Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen.

5. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will, dass es egal ist, woher jemand kommt

Immer noch weigern sich viele Menschen anzuerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Sie versuchen, vermeintliche Unterschiede zwischen ‘den Deutschen’ und ‘den AusländerInnen’ oder ‘den MigrantInnen’ zu konstruieren. Für uns ist klar, dass der einzige wirkliche Unterschied darin besteht, dass Menschen mit Migrationshintergrund deshalb massiv diskriminiert werden. Ob bei der Wohnungs- oder Jobsuche, dem gesellschaftlichen Engagement, auf der Arbeit oder im Bildungssystem: Ein Migrationshintergrund verschlechtert die Chancen und grenzt oft aus. Das muss grundlegend geändert werden.

“6. Mehr Möglichkeiten heißt: Ich will, dass niemand zurückgelassen wird.

Auch wenn mittlerweile vielerorts über Barrierefreiheit geredet wird, haben Menschen mit Behinderungen unter weitreichenden Diskriminierungen zu leiden. Durch zahlreiche Selektionsmechanismen im Bildungssystem werden sie vielmals stigmatisiert und von der vermeintlich gesunden Gesellschaft isoliert. Inklusion, die bereits im Kleinkindalter beginnt, schafft gegenseitige Akzeptanz und eröffnet Lebenschancen.”

3. Mehr Möglichkeiten für alle – unsere Forderungen

Kein Mensch muss arm sein!

150

Jugendliche sind oft Thema in der öffentlichen Diskussion - meist jedoch negativ besetzt: Saufen, prügeln und faul abhängen, das sind oft die Begriffe mit denen Jugendliche in Berichten in Zusammenhang gebracht werden. Doch wie ist die Situation der rund 13 Millionen Jugendlichen eigentlich wirklich? Bei vielen Jugendlichen ist die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe nicht gegeben. In den letzten zehn Jahren ist gerade bei jungen Menschen das Risiko gestiegen, in Armut zu fallen. Nach dem DIW ist mittlerweile jeder vierte Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren arm. Dabei sind insbesondere Jugendliche in den Städten betroffen. In Berlin, Bremerhaven, Gelsenkirchen, Leipzig und Nürnberg ist die Armutsquote von jungen Menschen deutlich höher als im Durchschnitt des Bundeslandes. Kommt noch ein Migrationshintergrund dazu, steigt die Armutsgefährdung gleich nochmal, teilweise um das Doppelte, an.

155

160

165

Neben der Bildungspolitik trägt auch unser Sozialsystem zur Ausgrenzung junger Menschen bei: Jugendliche Hartz-IV-EmpfängerInnen, die gegen Auflagen verstoßen, werden mehr als doppelt so häufig sanktioniert, wie über 25-jährige. Vielleicht liegt ein Grund hierfür in den Einsparmöglichkeiten: Bei Jugendlichen unter 25 Jahren werden bei Verstößen die kompletten Bezüge gestrichen, während bei über 25-jährigen nur ein Teil gekürzt werden kann.

170

175

Solche Kürzungen führen zu sozialer Ausgrenzung. Das Leben unter dem Existenzminimum führt zu einer verstärkten Resignation, Wohnungslosigkeit und ein Abdriften in die Illegalität. Diese Rückzugs- und Vereinsamungstendenzen lassen sich auch in der Sinus Jugendstudie ablesen. Demnach leben 7% der 14 bis 17-jährigen in prekären Verhältnissen und haben sich größtenteils mit ihrer Perspektivlosigkeit arrangiert und weitgehend aus der Gesellschaft zurückgezogen.

180

Armut umfasst dabei mehr als nur fehlendes Geld: Wer in Armut lebt, dem fehlen häufig soziale Kontakte. Ohne Job, keine KollegInnen und ohne Geld ist ein Kinobesuch oder ein Abend im Café oder der Disco mit dem Freundeskreis nicht möglich. Armut hat aber auch gesundheitliche Folgen. JedeR dritte Armutsgefährdete verzichtet aus finanziellen Gründen auf Arztbesuche.

Deshalb fordern wir:

185

190

- Unser Ziel ist und bleibt es, allen jungen Menschen ein Leben in ökonomischer Selbständigkeit zu ermöglichen. Sozialleistungen müssen deshalb das sozio-kulturelle Existenzminimum gewährleisten. Wenn junge Menschen sich ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen können, verschlimmert es ihre Lage noch, wenn sie auch den Anschluss an die gesellschaftliche Teilhabe verlieren. Deshalb muss ihnen durch staatliche Zuschüsse diese Teilhabe ermöglicht werden. Es ist klar, dass die momentanen Leistungen dies nicht ermöglichen. Sie müssen deshalb erhöht werden.

195

- Auch junge Erwachsene müssen als Erwachsene behandelt werden. Deshalb muss Schluss sein mit der Diskriminierung von 18-25jährigen bei der Berechnung der Sozialleistungen. Es ist falsch, wenn unter 25jährige automatisch als Teil der Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern gewertet werden. Damit sind junge Menschen gezwungen, weiterhin bei ihren Eltern zu leben

oder sogar wieder dorthin zu ziehen, wenn sie bereits ausgezogen waren und dann auf einmal auf Sozialleistungen angewiesen sind. Ein solches System schränkt die Mündigkeit sowie die Möglichkeit zu einer selbstständigen Entwicklung junger Erwachsener massiv ein. Jung Erwachsene wollen in aller Regel nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Wenn sie in ihrem Leben in eine Situation kommen, in die sie doch auf solche Leistungen angewiesen sind, dann ist es zudem kontraproduktiv, sie zwingend als Teil des elterlichen Haushalts anzusehen, weil dadurch ihre Selbstständigkeit noch weiter eingeschränkt wird. Wir müssen deshalb die Instrumentarien des SGB II und III weiterentwickeln. Dazu gehören neben der Abschaffung von Sanktionen, insbesondere der verschärften Sanktionen für junge Menschen, ein eigenständiger Anspruch auf das Arbeitslosengeld II ohne Anrechnung des Einkommens der Eltern, sowie adäquate Förderinstrumente, die eine langfristige Berufsplanung ermöglichen. Darüber hinaus muss an der Qualität der Arbeitsvermittlung gearbeitet werden.

• Bei der Berechnung der Regelsätze von Sozialleistungen, vor allem ALG II, müssen Bildungsausgaben höher veranschlagt werden. Bildung ist nachweislich das beste Mittel gegen Jugendarmut. Die Ausgaben für Lernmittel, Musikunterricht etc. müssen deshalb angemessen und damit höher als bisher berücksichtigt werden da z.B. eine einzelne Stunde Musikunterricht im Monat nach dem bisherigen Satz dem Kind die Ausgrenzung und das Arm sein im Verhältnis zu den anderen Kindern deutlich vor Augen führt. Einmalig auftretende besondere Belastungen wie die Kosten für die Teilnahme an Klassenfahrten müssen zudem zusätzlich vom Staat übernommen werden. Kinder und Jugendliche, die in armen Familien aufwachsen, sind ohnehin schon benachteiligt. Sie dürfen nicht noch weiter dadurch belastet werden, dass sie aus der Klassengemeinschaft und dem Freundeskreis ausgegrenzt werden.

• Alle Kinder von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen müssen Zugang zu den regulären sozialen Sicherungssystemen erhalten. Ihre medizinische Versorgung muss sichergestellt werden, auch für Jugendliche, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Auch in nicht dringenden medizinischen Fällen muss eine Versorgung sowie Vorsorge garantiert werden. Ebenso müssen sie Recht auf Arbeit und Ausbildung erhalten.

Alle müssen gute Bildung erfahren

Ein gutes und sozial gerechtes Bildungssystem ist die wichtigste gesellschaftliche Herausforderung für die Verbesserung der Situation junger Menschen. Bildung trägt dabei auf zwei Ebenen entscheidend zur positiven Entwicklung junger Menschen bei. Bildung bedeutet natürlich auch Qualifikation. Nur durch Bildung ist es möglich, die Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erlangen, die für viele Berufe Voraussetzungen sind. Dadurch, dass die Anforderungen in komplexen Berufen zunehmen, gewinnt diese Funktion von Bildung zusätzlich an Bedeutung. Bildung bedeutet aber vor allem Emanzipation und Mündigkeit. Sie trägt dazu bei, die Welt besser zu verstehen und kritisch zu hinterfragen, das Interesse für Neues zu wecken und eigene selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Gleichzeitig ist dies auch eine wichtige Funktion für die ganze Gesellschaft. Denn eine Gesellschaft, in der Bildung nur noch als Qualifikation begriffen wird, verliert die Fähigkeit zur kritischen Reflexion und stumpft ab.

Unser Bildungssystem wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht. Es ist zunächst ungerecht, weil es viele junge Menschen systematisch von Bildung ausschließt. Der Zugang zu den verschiedenen Bildungsinstitutionen ist zunächst massiv beschränkt. Es ist für den Einzelnen oder die Einzelnen in Deutschland nicht möglich, die Bildung zu erhalten, die er oder sie

erhalten möchte. Dies beginnt bereits bei den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Zwar ist es Gesetzeslage, dass ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab einem Jahr besteht, doch schon jetzt ist absehbar, dass dieser Anspruch nicht erfüllt werden kann, weil die entsprechenden Kapazitäten nicht bereit stehen. Noch schlimmer ist die Betreuungssituation bei Kindern unter drei Jahren. Hier hängt es meistens von Glück und Beziehungen ab, ob man überhaupt einen Betreuungsplatz erhält. Nachteilig wirkt sich dies vor allem auf Kinder aus bildungsferneren Familien und Familien mit Migrationshintergrund aus. Vor allem sie würden nachweislich am meisten von frühkindlicher Bildung und Förderung profitieren. Auch das Schulsystem ist selektiv: Bereits nach vier bis sechs Jahren werden Kinder auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt. Es ist nachgewiesen, dass zu diesem Zeitpunkt keine seriöse Entscheidung über die tatsächliche zukünftige Leistungsfähigkeit von Jugendlichen getroffen werden kann. Aber selbst wenn man dies könnte, ist eine solche Auswahl und Aussortierung ungerecht, weil somit Jugendliche nicht die Förderung erhalten, die sie brauchen. Diese Selektion im Bildungssystem wird sogar noch an den Hochschulen fortgesetzt. Das muss beendet werden.

Das Bildungssystem ist zweitens unterfinanziert. Die jahrelange gesellschaftliche Verteilung des Reichtums von unten nach oben wurde durch schwarz-gelb noch auf die Spitze getrieben. Vor dem Hintergrund der Krise und der mit ihr verbundenen, scheinbaren ökonomischen Sachzwänge rückt die Frage nach den Zukunftschancen insbesondere junger Menschen wieder einmal mehr in den Hintergrund. Schlimmer noch: Unter dem Vorwand der Generationengerechtigkeit werden massive Investitionskürzungen beschlossen. Für uns ist klar: Das Recht auf gute Bildung, die gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Teilhabe ermöglicht, ist ein Menschenrecht und darf als solches nicht von fadenscheinigen, fiskalischen „Sachzwängen“ abhängig gemacht werden. Wir wollen eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssystems, um so ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem zu ermöglichen.

Deshalb fordern wir:

- Den freien Zugang aller jungen Menschen zu den Bildungsinstitutionen. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule müssen die Bildungsbarrieren abgebaut werden; wir wollen kostenlose Bildung von der KiTa bis zur Hochschule. Der Gesetzesanspruch ab 2013 auf einen KiTa-Platz ab dem ersten Lebensjahr darf dabei nicht nur auf dem Blatt existieren. Der Bund muss da, wo ein KiTa-Platz gebraucht wird, konsequent handeln und ihn zur Verfügung stellen. Dies ermöglicht es auch jungen Eltern, ihre Berufstätigkeit mit der Kindererziehung zu vereinbaren. Der Bund ist dafür verantwortlich, die Länder mit ausreichend Geld auszustatten, damit diese genug KiTa-Plätze, qualitativ hochwertige Schulen sowie Studienplätze für alle, die studieren wollen einrichten können. Alle müssen können dürfen.

- Es bedarf aber Steuerungsmöglichkeiten auf Landes- und kommunaler Ebene, um eine Bildungspolitik zu verwirklichen, die Antworten auf verschiedene Sozialräume und regionale Besonderheiten findet. Die Reform des Studiensystems hat dies auf perfide Art und Weise verdeutlicht: Während das Ziel verfolgt wurde, Studienabschlüsse europaweit aner kennbar zu machen, sieht die Realität so aus, dass Studiengänge noch nicht mal innerhalb Deutschlands anerkannt werden. Deshalb brauchen wir eine Zuständigkeit des Bundes für die Bildungspolitik.

- Die finanzielle Situation von Kommunen muss so verbessert werden, damit diese die

Einrichtungen der kulturellen Bildung besser finanzieren können. Wir brauchen einen kostenlosen Zugang für Jugendliche zu Bibliotheken, staatlichen Museen und anderen staatlichen Kultureinrichtungen.

300

• Deutschland schneidet im internationalen Vergleich bei der Herstellung von Inklusion im Bildungssystem relativ schlecht ab. Wir wollen Inklusion, weil wir die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft gewährleisten wollen. Deshalb müssen wir alle Barrieren, wie insbesondere soziale, infrastrukturelle und finanzielle, beseitigen und überwinden. Dies gilt vor allem für Menschen mit Behinderung sowie für junge Migrantinnen und Migranten. Alle Erziehende und LehrerInnen müssen entsprechend geschult werden. Die Zahl der Fachkräfte mit Migrationshintergrund soll erhöht werden um Vorbildfunktionen zu stärken, Sprachbarrieren zu nehmen und Lerndefizite gezielt zu bekämpfen.

305

310

• Die Berechnung des Bafögs nach dem Einkommen der Eltern führt dazu, dass viele nicht die Möglichkeit bekommen das zu studieren was sie wollen oder gar nicht erst ein Studium beginnen. Die emotionale Hürde die eigenen Eltern zu verklagen, falls diese das Studium nicht finanzieren, ist so hoch, dass viele diesen Weg nicht gehen und stattdessen lieber jobben oder eine Ausbildung machen. Erwachsen zu sein bedeutet unabhängig von den Eltern nach den eigenen Vorstellungen leben zu können. Deshalb fordern wir eine Reformierung des Bafög-Systems.

315

Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze und bessere Ausbildungsbedingungen

320

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich, nicht zuletzt durch den demographischen Wandel und den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften in den vergangenen Jahren entspannt, die weiterhin bestehenden Probleme werden sich jedoch nicht von alleine lösen. Entgegen aller Behauptungen gab es auch im Jahr 2011 eine deutliche Ausbildungsplatzlücke.

325

Rund 647.000 Bewerberinnen und Bewerber standen nur knapp 600.000 offene Ausbildungsplätze gegenüber. 2010 waren immer noch etwa 320.000 Jugendliche in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt. Jugendliche brauchen aber keine „Maßnahme“ sondern einen Ausbildungsplatz. Insgesamt haben derzeit noch rund 1,5 Millionen junger Menschen zwischen 20 und 29 Jahren keinen Berufsabschluss und finden sich auch nicht in einer Berufsqualifizierung. All diese Daten zeigen: Wir haben es noch immer mit einem erheblichen Mangel an Ausbildungsplätzen zu tun. Insbesondere passt das Ausbildungsangebot nicht zu den Berufsbildern, die von Jugendlichen nachgefragt werden.

330

335

Wir brauchen deshalb eine neue Ausbildungsoffensive. Wir wollen eine Ausbildung für alle, die eine berufliche Ausbildung wollen realisieren, die mehr vermittelt als nur die nötigen technischen Fähigkeiten und mehr leistet als die Verbesserung der ökonomischen Verwertbarkeit. Ausbildung muss für uns auch immer einen emanzipatorischen Anspruch besitzen und neben der Vermittlung umfassender beruflicher Qualifikation, zu selbständigem und eigenverantwortlichem Handeln und Arbeiten befähigen. Wir stehen als Jusos weiterhin zu dem in Deutschland seit langem etablierten und gut ausgebauten System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule. Die Kombination aus theoretischem und praktischem Lernen und die vielseitigen und anspruchsvollen Aufgaben durch den hohen Praxisbezug, vermitteln grundlegende Qualifikationen und berufliche Fertigkeiten und zugleich breit angelegtes theoretisches Hintergrundwissen.

340

345

Maßnahmen der Außerbetrieblichen Ausbildung und Übergangsmaßnahmen sollen duale Ausbildung nicht ersetzen sondern nur ergänzen und im Notfall als zusätzliche Ausbildungsmöglichkeit dienen. Es kann nicht sein, dass Übergangsmaßnahmen als Warteschleifen genutzt werden, die die Ausbildungsstatistik bereinigen. Dies geht auf Kosten der beruflichen Perspektiven der betroffenen Jugendlichen. Es ist das duale System in das investiert werden muss und welches mit neuen Konzepten ausgebaut und verbessert werden muss. Wir fordern für alle die einen entsprechenden Ausbildungsberuf ergreifen wollen eine Ausbildungsgarantie im dualen System. Das heißt für uns konkret:

355

- Wer nicht ausbildet wird umgelegt! Wir fordern als Jusos weiterhin die Einführung einer Ausbildungsumlage. Während die Spitzenverbände der Wirtschaft einen Fachkräftemangel beklagen, bilden immer weniger Unternehmen junge Menschen aus. So ist der Anteil der ausbildenden Betriebe 2010 auf 22,5 Prozent gesunken (2009: 23,5 Prozent). Ausbildungsberechtigt waren 2009 immerhin 56,0 Prozent aller Betriebe. Letztlich bedeutet diese Entwicklung, dass immer weniger Unternehmen ihrer Verantwortung für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses nachkommen. Gerade deshalb bleibt ein fairer finanzieller Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Betrieben auf der Tagesordnung, die Forderung nach einer Ausbildungsumlage aktuell. Die Betriebe die nicht ausbilden, sollen sich in angemessener Weise finanziell an der gemeinschaftlichen Organisation von Ausbildung beteiligen.

360

- Die Förderungen von Überbetrieblicher Ausbildung und Ausbildungskooperationen kann eine Möglichkeit sein es gerade auch kleinen und mittleren Betrieben innerhalb des dualen Systems zu ermöglichen allen Ausbildungsinhalten gerecht zu werden, indem einzelne Ausbildungsinhalte beispielsweise in Lehrwerkstätten großer Betriebe oder Ausbildungskooperationen vermittelt werden. So können neue Betriebe für eine Ausbildung gewonnen werden, ohne die Ansprüche an berufliche Bildung zu reduzieren und weiterhin möglichst hohe Qualitätsstandards durchzusetzen. Wir wollen Konzepte entwickeln, um solche Ausbildungsmodelle finanziell wie organisatorisch zu fördern.

375

Leider gibt es immer noch viele Unternehmen, die Auszubildende als billige Arbeitskräfte sehen und den in den Ausbildungsordnungen geforderten Ausbildungsinhalten bei weitem nicht gerecht werden. Gerade in Betrieben in denen auch die Interessensvertretung der Auszubildenden nicht ausreichend gewährleistet ist, werden Ausbildungsinhalte häufig unzureichend oder nur teilweise vermittelt, werden ausbildungsfremde Tätigkeiten angeordnet und kommt es oft zu Verletzungen der Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Wir fordern deshalb auch eine Qualitätsoffensive in der beruflichen Bildung:

385

- Um dem entgegenzutreten bedarf es einer besseren Qualitätssicherung der Ausbildung und damit einer engeren Kontrolle der Ausbildungsbetriebe. Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammern (HWK) und Berufskammern sollen diese Aufgabe erfüllen. Wir wollen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie gut dieses System funktioniert und wie Verbesserungen erreicht werden können.

390

- Einer grundsätzlichen Verkürzung der Ausbildungsdauer von 3,5 Jahre auf generell 3 Jahre und der vermehrten Einführung von 2-Jährigen Ausbildungen stehen wir ablehnend gegenüber. Gerade in den neuen 2-jährigen Ausbildungsgängen findet eine Fokussierung auf einige Tätigkeiten statt, die den Zielen einer breit angelegten Ausbildung entgegen steht.

395

400 ● Berufsschulen müssen als zentrale Lernorte für Auszubildende gestärkt werden. Deshalb fordern wir die bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Berufsschulstandorte. Gerade auch grundlegende Bildung und gesellschaftspolitische Angebote müssen neben hochwertigem fachlichem Unterricht gefördert werden. Die Auszubildenden müssen auch in den Berufsschulen mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten. Weiterhin sollen die Berufsschulen stärker als bisher in die Erstellung der Ausbildungsordnungen und die konkrete Ausgestaltung der Ausbildungspläne mit einbezogen werden.

405 ● Wir wollen die Mitbestimmung von Auszubildenden und jungen ArbeitnehmerInnen in Betrieb und Ausbildung stärken. Daher fordern wir die Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV). Gemeinsam mit dem Betriebsrat ist sie die Interessenvertretung der Jugendlichen und Auszubildenden. Wir wollen die JAV stärken. In Fragen, die die Ausbildung und Übernahme betreffen soll der JAV ein die Möglichkeit eigenständiger Verhandlungen mit dem Arbeitgeber eingeräumt werden. Ihre eigenständige Position soll auch gegenüber den Betriebsräten gestärkt werden. Darüber hinaus soll unabhängig der bestehenden Regelungen im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden, dass neu gewählte Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen in ihrer ersten Amtszeit, auch ohne Zustimmung des Betriebsrats, das Recht auf mindestens zwei Wochen bezahlte Freistellung haben, um Seminare zu besuchen, die zur Bewältigung ihrer täglichen Arbeit benötigt werden. Die Kostenübernahme muss geregelt werden.

420 ● Das Jugendarbeitsschutzgesetz gewährleistet den besonderen Schutz minderjähriger Auszubildender. Das Gesetz, das in seiner Ursprungsform auf das Jahr 1956 zurück geht, soll in seinen Bestimmungen und seiner Sprache modernisiert und verständlicher gestaltet werden. Allen Forderungen, an den Stellschrauben tägliche Arbeitszeit, Arbeitsstunden, Nacht- und Schichtarbeit, wöchentliche Arbeitszeit und Freizeitregelungen zu drehen, und den besonderen Schutz für junge Auszubildende und Jugendliche aufzuweichen, stehen wir ablehnend gegenüber. Ganz im Gegenteil brauchen wir die entschiedene Durchsetzung und Kontrolle der Einhaltung der Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, dass oft genug verletzt oder gedehnt wird.

430 Immer noch gibt es reale Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern bei gleichwertigen Tätigkeiten und die Schlechterstellung von übergehend „weiblichen“ Berufen. Man spricht von einem Gender Pay Gap von 23% Lohnunterschied. Die strukturellen Ungleichbehandlungen, sowie die Lohnunterschiede müssen überwunden werden, damit Chancengleichheit hergestellt werden kann. Auch in der Ausbildung kommt es nach wie vor zur konkreten wie strukturellen Benachteiligung von Frauen und Mädchen. Alle beruflichen Bildungsangebote müssen dahingehend überprüft werden.

435 Ein konkretes Teilproblem stellt das Thema Ausbildung mit Kind dar. Gerade junge Alleinerziehende haben große Schwierigkeiten überhaupt einen Ausbildungsplatz zu erhalten oder den Ausbildungsalltag auf sich gestellt zu organisieren. Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern in den Gewerkschaften konkrete Lösungskonzepte entwickeln. Ein Kind darf kein Ausschluss aus der Berufswelt herbeiführen. Ausreichende Kinderbetreuungsangebote gekoppelt an die Ausbildungsstätten können eine Möglichkeit sein. Bereits in berufsvorbereitenden Angeboten an den Schulen muss jungen Frauen und Männern eine reelle Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre Fähigkeiten am besten in verschiedenen, auch „untypischen“ Berufsfeldern auszuprobieren. Betriebliche Realitäten, die durch die Dominanz eines Geschlechtes geprägt sind, verschrecken junge Frauen wie

auch junge Männer oft. Hier muss gegengesteuert werden.

450 Wer aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund stammt, hat es bei der Suche nach
einem Ausbildungsplatz oft besonders schwer. Die Bewerberbefragung 2006 der
Bundesagentur für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt: Nur 29
Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in den vorangegangenen 15 Monaten
auf Lehrstellensuche waren, hatten Erfolg. Bei den Jugendliche ohne Migrationsgeschichte
455 konnten im gleichen Zeitraum immerhin 40 Prozent eine Berufsausbildung aufnehmen.

Das schlechte Abschneiden im Bewerbungsverfahren hat Konsequenzen: Fast jedeR dritte
BewerberIn aus einer Zuwandererfamilie landet zunächst in einem Übergangsprogramm,
rund jedeR fünfte ist arbeitslos oder jobbt. Im Alter von 25 bis 35 hatten 2005 vier von zehn
MigrantInkinder keinen Berufsabschluss. Immer wieder kann beobachtet werden, dass
460 Jugendliche mit Migrationshintergrund ungeachtet ihrer Qualifikation oft vorzeitig bei der
Bewerberauswahl aussortiert werden. MigrantInnen werden in Deutschland somit bei der
Ausbildungssuche häufig aus fremdenfeindlichen Beweggründen und Vorurteilen
benachteiligt und diskriminiert. Dagegen vorzugehen ist eine gesamtgesellschaftliche
Aufgabe. Um die Benachteiligung zu vermindern, müssen frühzeitig Bewerbungstrainings in
465 den Schulen angeboten, die Berufsorientierung gefördert und das Absolvieren von Praktika
unterstützt werden. Personalverantwortliche sollten für ethnisch und kulturell neutrale
Auswahlverfahren sensibilisiert werden. Wir fordern darüber hinaus die Einführung einer
Zielquote im öffentlichen Dienst für Beschäftigte mit Migrationshintergrund und eine
umfassende Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen auch im
470 Rahmen der Vereinheitlichung durch den EQF und seine nationalen Anwendungen. Bei
Nichteinhalten der Zielquote sind Arbeitgeber_innen im öffentlichen Dienst verpflichtet,
Instrumente einzusetzen, die den Zugang zum Bewerbungsverfahren für Bewerber_innen mit
Migrationshintergrund gezielt fördert. Darüber hinaus müssen MigrantInnen verstärkt in
Führungspositionen befördert werden

475

Schluss mit der Jugendarbeitslosigkeit

Im europäischen Vergleich mag die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland zwar auf den
ersten Blick gering sein. Die angeblich positiven Daten täuschen aber aus zwei Gründen.
480 Erstens werden alle jungen Menschen, die sich im so genannten Übergangssystem befinden,
aus der Statistik heraus genommen. Und zweitens steigt mit dem Sinken der
Jugendarbeitslosigkeit die Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse an. Die geringere
Arbeitslosigkeit wird also mit perspektivlosen und schlecht bezahlten Jobs erkaufte. Wir Jusos
stehen aber dafür ein, dass auch junge Menschen ein Recht auf gute Arbeit haben. Sozial ist
485 nicht, was Arbeit schafft. Sozial ist, was gute Arbeit schafft. Junge Menschen können aus den
unterschiedlichsten Gründen von Arbeitslosigkeit betroffen sein. Es kann deshalb auch nicht
ein Instrument geben, um das Problem aus der Welt zu schaffen. Grundsätzlich gilt aber: Das
beste Mittel gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit ist eine Beschäftigungspolitik, die auf ein
qualitatives wirtschaftliches Wachstum setzt. Wer Ideen wie einer
490 Postwachstumsgesellschaft anhängt, handelt letztlich gegen die Interessen junger Menschen.
Denn es sind immer junge und schlechter gebildete Menschen, insbesondere auch junge
MigrantInnen die in konjunkturellen Krisen als erstes von Arbeitslosigkeit betroffen sind.
Wer aber behauptet, nur mit einer wachstumsorientierten Vollbeschäftigungspolitik das
Problem von Jugendarbeitslosigkeit lösen zu können, greift auch zu kurz. Vielmehr muss
495 auch das gesamte arbeitsmarktpolitische Instrumentarium genutzt und weiterentwickelt

werden:

500 • Wir müssen ein Recht auf einen ersten Schulabschluss kostenlos garantieren. Noch immer verlassen pro Jahr bis zu zehn Prozent der jungen Menschen die Schule ohne Abschluss. Dazu muss auf der einen Seite das Schulsystem verbessert werden. Auf der anderen Seite brauchen wir aber auch ein garantiertes Recht, einen Schulabschluss nachzuholen.

505 • Wir fordern die Einführung der Arbeitsversicherung, in der wir systematisch Aspekte der Bildungs- und Arbeitsförderung integrieren. Unser Ziel ist klar: Phasen von Arbeitslosigkeit werden mehr und mehr zur Normalität und müssen auch kein Unglück sein, sondern können als Phasen der (Neu-) Orientierung genutzt werden. Das muss auch die Arbeitsversicherung berücksichtigen. Wir wollen sogar den Anspruch auf solche beruflichen Auszeiten garantieren. Auch wer sich irgendwann in seinem Leben noch einmal neu orientieren möchte,
510 soll dies tun können.

Für einen besseren Berufseinstieg und gerecht gestaltete Arbeitsbedingungen

515 Nach Ausbildung oder Studium ist den meisten jungen Menschen der Einstieg in ein unbefristetes vernünftig bezahltes Vollzeitverhältnis versperrt. Die meisten jungen Menschen wünschen sich aber genau das. Sie wollen gute Arbeit, von der sie leben können und die eine gewisse Sicherheit mit sich bringt. Stattdessen sind atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse mehr und mehr die Realität. Sei es das un- oder schlecht bezahlte Praktikum, das Traineeprogramm oder Volontariat ohne sichere Anschlussperspektive,
520 Leiharbeit, Minijobs oder ein befristeter Arbeitsvertrag – selten gelingt jungen Menschen ein Berufseinstieg nach ihren Wünschen. Das ist zum einen ein Verlust von Lebensqualität, zum anderen aber auch ein gesamtgesellschaftliches Problem: Klagen darüber, dass immer weniger junge Menschen Kinder haben wollen, werden häufig erhoben – die politischen Konsequenzen daraus aber nicht gezogen. Dabei ist klar: Für die Verbesserung der
525 Arbeitsbedingungen sind nicht nur die Politik, sondern auch die Tarifparteien zuständig. Die Politik muss aber ihre Hausaufgaben machen. Dazu gehören:

530 • Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro um damit den Niedriglohnsektor wirksam einzudämmen.

• Die Regulierung der Leiharbeit, um zu verhindern, dass systematisch feste Arbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt werden. Dazu gehört nicht nur die Durchsetzung des Equal-Pay-Grundsatzes, sondern zusätzlich die Einführung einer Flexibilitätsprämie ähnlich dem
535 französischen Modell (10 Prozent Zuschlag) für LeiharbeiterInnen, die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots, eine enge zeitliche Befristung von Leiharbeit sowie gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten für LeiharbeiterInnen.

540 • Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Es mag eine Menge Gründe geben, ein Arbeitsverhältnis zu befristen. Eine sachgrundlose Befristung ist aber nichts anderes als die Umgehung des Kündigungsschutzes.

545 • Praktika können dazu dienen, berufliche Orientierung zu gewinnen. Sie dürfen aber kein Instrument zur Ausbeutung von jungen Beschäftigten sein. Deshalb fordern wir eine Befristung von Praktika auf maximal drei Monate, einen Anspruch auf eine Praktikumsvergütung in der Höhe von mindestens 500 Euro pro Monat auf Basis einer 35-

Stunden-Woche, sowie ein Praktikumszeugnis.

550 • Lernverhältnisse wie Traineeprogramme oder Volontariate nach einer abgeschlossenen Ausbildung oder Studium können im Einzelfall dazu dienen, auf ein konkretes Berufsfeld besser vorbereitet zu werden. Gleichzeitig handelt es sich aber in der Regel um bereits hoch qualifiziertes Personal. Wir fordern deshalb eine enge rechtliche Beschränkung dieser Lernverhältnisse mit entsprechenden Mindestanforderungen. Dazu gehören etwa eine angemessene Vergütung, ein detaillierter Lernplan sowie eine enge zeitliche Befristung.

555 • Bewerbungsverfahren sind entsprechend der Zielrichtung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes anonymisiert durchzuführen, damit BewerberInnen nicht von vornherein wegen ihres Geschlechts oder eines Migrationshintergrundes von Vorstellungsgesprächen ausgeschlossen werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat die Wirksamkeit dieses Bewerbungsverfahrens im 560 April 2012 bestätigt.

565 • AsylbewerberInnen und geduldete Personen müssen eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die aktuellen Regelungen ermöglichen keinen gelungen Einstieg ins Arbeitsleben, sondern schaffen weitere Hürden.

570 • Es Weiteren muss ein inklusiver und offener Arbeitsmarkt geschaffen werden, damit Menschen, mit Beeinträchtigung nicht in Werkstätten versauern und ihre Fähigkeiten verloren gehen. Auch sie müssen die Chance bekommen ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

575 • Schaffung eines inklusiven und offenen Arbeitsmarktes, indem alle Menschen die gleichen Chancen haben. Daher müssen alle Barrieren beseitigt werden und private Unternehmen mehr in die Verantwortung gezogen werden. Werkstätten sind keine Alternative zum Arbeitsmarkt.

580 • Die Arbeitswelt ist eine vernetzte Welt. Das macht sie an vielen Stellen zwar komfortabler, aber eine solche Entwicklung kann für ArbeitnehmerInnen auch belastend sein, wenn von ihnen ständige Erreichbarkeit verlangt wird und auch im Urlaub das Handy nicht ausgeschaltet bleiben kann. Wir Jusos sehen Staat und Gewerkschaften in der Pflicht, hier für Regeln zu sorgen.

Der Bundesfreiwilligendienst: Nur unter bestimmten Voraussetzungen

585 Wir Jusos wollen, dass sich Menschen in die Gesellschaft einbringen und sich engagieren. Deshalb halten wir die Idee, dass Menschen einen gewissen Lebensabschnitt mit einem solchen sozialen Engagement verbringen grundsätzlich für richtig. Ein solches freiwilliges Jahr ist zudem für viele Menschen auch eine Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen und einen persönlichen Übergang von einer Lebensphase in die nächste zu überbrücken. So 590 werden mehr Möglichkeiten zur Gestaltung des Lebens eröffnet. Wir begrüßen deshalb grundsätzlich den einen staatlich geförderten Freiwilligendienst. Dabei darf aber keine unübersichtliche Bürokratie entstehen. Deshalb müssen hier die bestehenden Länder- und Bundesprogramme zusammengeführt werden. Wir sind uns aber auch der großen Gefahr des Bundesfreiwilligendienstes bewusst: Die Verdrängung von normalen Erwerbsarbeitsplätzen. 595 Wir teilen hier die Sorge der Gewerkschaften, dass viele Unternehmen, Verbände oder Institutionen auf Freiwillige zurückgreifen anstatt normale Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen.

Wir fordern die Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die bereits bestehenden Strukturen der Freiwilligendienste, wie zum Beispiel das FSJ oder das FÖJ. Es sollten bei einem staatlich geförderten Engagementangebot keine konkurrierenden Strukturen aufgebaut werden

Gesundheit als Grundvoraussetzung

Die Frage einer ausreichenden Sicherung im Krankheitsfall betrifft alle jungen Menschen unmittelbar. Mit der Bürger_innenversicherung hat die SPD eine gute Alternative zur Kopfpauschale und ungerechter Regierungspolitik vorgelegt. Aber gerade im jugendpolitischen Bereich sehen wir kurzfristig großen Handlungsbedarf.

Die Familienversicherung darf nicht mit dem 25. Lebensjahr auslaufen. Sie muss bis Erreichen des Masterabschlusses oder endgültigem Abschließen der Berufsausbildung Bestand haben.

Die meisten jungen Menschen sind in der gesetzlichen Krankenversicherung abgesichert. Vor allem für Studierende, die zunächst über ihre Eltern privat versichert sind, ist der Weg in die GKV aber unmöglich, wenn sie nach dem Studium kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis aufnehmen. Sie müssen sich dann teuer privat versichern. Deshalb ist unsere Idee der BürgerInnenversicherung mit einem erleichterten Weg in die GKV zukunftsweisend.

Wir müssen darüber hinaus aber auch über den Leistungskatalog nachdenken. In den vergangenen Jahren wurden etliche Leistungen gekürzt oder gestrichen, was gerade jüngere Menschen mit niedrigem Einkommen zum Teil zu erheblichen Eigenleistungen verpflichtet. Wir fordern deshalb eine Überprüfung des Leistungskatalogs in Hinblick auf die Belastungen junger Menschen.

Vorsorgeuntersuchungen dürfen nicht altersgebunden sein. Krebs- und alle anderen empfohlenen Vorsorgeuntersuchungen müssen allen Menschen, egal welchen Alters, kostenfrei zur Verfügung stehen und auch bekannt gemacht werden.

Auch Ernährung und Sport gehören zur Gesundheitspolitik dazu. Neben Kochunterricht auf den weiterführenden Schulen fordern wir schon im Kindergarten und der Grundschule flächendeckende Ernährungskunde und einen ausgewogenen Sportunterricht. Dabei spielen auch die Erziehungsberechtigten eine wichtige Rolle, da gesunde Ernährung und Sport nicht am Schultor enden, sondern müssen auch zu Hause und in der Freizeit weiter gefördert und unterstützt werden.

Stress und Leistungsdruck sind während der gesamten Schullaufbahn und auch in Studium und Ausbildung ein Problem. Beratungs- und Hilfsangebote im Bereich der Prävention und der Psychologischen Betreuung müssen ausgebaut und weiter bekannt gemacht werden. Auch hier gilt: Aufklärung über die Angebote und ihre Erreichbarkeit und kostenlose Nutzung sind zentrale Erfolgsfaktoren einer guten Präventions- und Gesundheitspolitik.

Drogenpolitik: Gegen Kriminalisierung, für Aufklärung

Wir Jusos setzen uns für eine Legalisierung aller Cannabisprodukte, sowohl für den medizinischen, als auch den privaten Bereich ein. Durch ein Verbot von Cannabis ist kein

Rückgang des Konsums sichtbar, die KonsumentInnen werden aber in die Illegalität getrieben. Auch aus gesundheitlicher Sicht eine Andersbehandlung als Tabak oder Alkohol nicht nachvollziehbar.

650

Cannabis wird immer noch als Einstiegsdroge angesehen und eine Legalisierung hat den angeblichen Effekt, dass der Konsum sprunghaft ansteigt. Zahlen aus den Niederlanden beweisen das Gegenteil. Der Anteil der kiffenden Jugendlichen ist im EU-weiten Vergleich am geringsten.

655

Oft sind KonsumentInnen im Unklaren darüber, was sie kaufen, da der Verkauf keinerlei Kontrolle unterliegt. Nicht alle, die Cannabis verkaufen sind Panscher, aber oft kommt es zu „gestreckten“ Gras, was für die Konsumierenden hochgefährlich sein kann.

660

Findet der Handel in der Illegalität statt, gibt es kein „Vertragsrecht“. Es gilt „das Recht des/der Stärkeren und somit eine Situation, die für uns nicht hinnehmbar ist, da es zu unkontrolliertem Handel und gefährlichen Situationen kommen kann.

665

Dieser Markt muss reguliert werden! Die KonsumentInnen werden nicht in die Illegalität geschoben und ein wirklicher KonsumentInnenschutz ist möglich. Durch so generierbare Steuereinnahmen und wegfallende Kosten für Strafverfolgung kann mehr Geld in Prävention und Drogenaufklärung investiert werden.

Mehr Freiräume und Freizeitangebote für junge Menschen

670

Zu den Lebenswelten junger Menschen gehören sowohl Schule und Arbeit, als auch Freizeit und Familie. Das Ziel unserer Politik ist es nicht, den Menschen Freizeitgestaltung aufzuzwingen, sondern ihnen die Chance zu geben, vielfältige Angebote möglichst niedrigschwellig zu nutzen, aber auch selbst zu schaffen und zu gestalten. Derzeit befinden sich jedoch viele Orte und Angebote für junge Menschen jedoch in schwierigen Situationen. Knappe kommunale Kassen sowie Verdrängungsprozesse wirken sich häufig zuerst auf die Angebote für junge Menschen aus. Ebenso brachte die von Schwarz-Gelb eingeführte Extremismusklausel viele Angebote in Bedrängnis, da, ganz abgesehen von der abzulehnenden Grundintention, deren Bedingungen für Fördermittel große Schwierigkeiten bereiteten und Engagement für Demokratie und Gemeinnsinn erschwerten. Hierin besteht aber eine große Gefahr. Gelingt es der Gesellschaft nämlich nicht, die richtigen Angebote zu schaffen, machen es die, die es nicht sollen: die Nazis. Durch ihre Angebote locken sie junge Menschen, verbreiten ihre menschenverachtenden Thesen und gefährden somit unsere Gesellschaft. Da unser ganzes Gesellschaftssystem und speziell unser jungsozialistisches Verständnis von Antifaschismus und Menschlichkeit geprägt ist, braucht es eine andere Politik. Denn Freizeit ist auch immer ein Ort des sozialen Austausches und Zusammenkommens von Menschen. Räume und Angebote, die niemanden ausgrenzen, sind so auch immer Räume, die frei sind von Sexismus, Homophobie, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung im Allgemeinen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft – Wir wollen Räume, die allen offen stehen. Das heißt für uns: Jugendtreffs und selbstverwaltete Zentren Damit sich Jugendliche frei entfalten können, muss ein breitgefächertes Angebot an Jugendtreffs gewährleistet werden. Es reicht nicht, nur ein Haus am Stadtrand zu haben. Es braucht nutzbare Räume möglichst zentral zu schaffen. Auch die Ausstattung muss modernen Ansprüchen genügen.

695

Jugendtreffs und selbstverwaltete Zentren

700 Um sich frei entfalten zu können, muss ein breitgefächertes Angebot an Jugendtreffs gewährleistet werden. Dabei reicht es nicht, nur ein Haus am Stadtrand zu haben, sondern nutzbare Räume möglichst zentral zu schaffen. Auch die Ausstattung muss modernen Ansprüchen genügen.

705 Junge Menschen müssen in die Gestaltung der Räume mit einbezogen werden. Sie müssen Freiräume zur Selbstgestaltung haben. Sie sollen Verantwortung übernehmen und sich frei von Verboten ausleben können. Bürokratische Hürden sind zurück zu fahren und die selbstverwaltete Jugendarbeit zu stärken. Wo SozialarbeiterInnen vor Ort sind, muss das Ziel Unterstützung und Hilfe bei der Entfaltung junger Menschen sein. Es braucht also sowohl
710 selbstverwaltete Jugendzentren, als auch solche mit pädagogischer Begleitung im Sinne der Jugendhilfe. Sie müssen kommunale Pflichtaufgabe sein. Dafür müssen Jugendzentren finanziell auf stabile Beine gestellt werden. Sie dürfen nicht auf Grund von Schuldenbremsen oder fehlgeleiteter Finanzpolitik gekürzt werden.

Kultur und Freizeit

715 Der öffentliche Raum muss allen Jugendlichen zur Verfügung stehen. Sie müssen ihn nutzen können. Es gilt der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes entgegenzuwirken und den öffentlichen Raum nicht in private Hände zu geben. Wir wenden uns gegen die Verdrängung junger Menschen aus dem öffentlichen Raum und Versuche, Freizeitverhalten durch
720 repressive Maßnahmen (wie allgemeine Aufenthaltsverbote oder allgemeine Alkoholverbote im öffentlichen Raum) zu unterbinden. Es ist Aufgabe der Politik, entstehende Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu moderieren, ohne sich einseitig zugunsten einer Seite zu positionieren. Eine moderierende Politik ermöglicht, dass im Dialog zwischen gleichberechtigten PartnerInnen Lösungen gefunden werden.

725 Vor Ort müssen Kommunen die nötigen Gelder für den Erhalt öffentlicher Freizeitangebote haben. Ein Auspielen von Bibliothek gegen Theater oder Schwimmbad gegen Kulturzentrum darf es nicht geben. Öffentliche Angebote müssen für die Breite der Bevölkerung zugänglich sein. Der Zugang muss also für Jugendliche auch kostenfrei – und
730 somit für alle – möglich sein.

Öffentliche Freizeitangebote müssen auch auf die Veränderung der Lebensrealitäten Rücksicht nehmen. Auch Clubs spielen eine bedeutende Rolle. Eine Verdrängung von Clubkultur aus ganzen Städten ist kein Privatproblem, sondern eine bedeutende
735 Herausforderung der Jugendpolitik. Bei Angeboten für das Lebensumfeld muss aber auch berücksichtigt werden, dass nicht alle immer einen tieferen Hintergrund bei ihrer Freizeitgestaltung wollen. Es bedarf also auch einfacher Möglichkeiten zur reinen Nutzung/zum reinen Konsum.

740 Es ist deshalb notwendig, dass junge Kultur und Infrastruktur kommunale Pflichtaufgabe wird! Von Bundesebene her brauchen wir einen Bundesjugendkulturfond, bei dem sich Projekte, Einrichtungen, Kommunen und einzelne Gruppen auf Förderung bewerben können.

745 Wir fordern zudem ein Ende jeglicher Diskriminierung von jungen MigrantInnen bei ihrem Freizeitverhalten. Dies betrifft ganz besondere Clubs, die ihre Gäste „selektieren“ und dabei besonders oft junge MigrantInnen diskriminieren. Hier muss es Anti-Diskriminierungsstellen

geben, an die sich Betroffene wenden können und die dann gegen ein solches Verhalten von ClubbesitzerInnen vorgehen.

750 Zudem fordern wir die Abschaffung der sog. „Extremismusklausel“, weil sie ehrenamtliches Engagement diskriminiert. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Nazis. Für die Lebensrealität von Jugendlichen ist es deshalb wichtig, dass es eine stärkere öffentliche Förderung von antifaschistischen Projekten gibt. Die Zivilgesellschaft darf nicht daran gehindert, sondern muss darin bestärkt werden, entschlossen gegen Nazis vorzugehen.

755

Gutes Wohnen für Alle

760 Wohnen muss lebenswert bleiben! Wohnraum muss nachhaltig geplant werden, bezahlbar sein und ein lebenswertes Leben ermöglichen. Es darf nicht davon abhängen, wie viel Geld man hat, ob man sich das Leben in einer Stadt, allen voran eine Wohnung dort, leisten kann. Das Ziel unserer Politik ist es daher die Idee einer Stadt für alle. Wir brauchen hierfür gemischte Wohnquartiere. Diese gilt es zu erhalten und zu schaffen. Räumliche Abgrenzung und soziale Entmischung widerspricht unserem Leitbild einer heterogenen Stadt, die geprägt ist durch die Vielfalt und Verschiedenheit der Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten.

765 Unser Ziel ist die Schaffung einer ausgewogenen Mischung zwischen allen verschiedenen Einkommensgruppen, sozialen und kulturellen Hintergründen und der Vielfalt der Lebenssituationen und Lebensentwürfe, die die Stadt prägen. Das heißt für uns, dass Verdrängungsprozesse bekämpft werden müssen, da nur durch ein Miteinander eine solidarische Gesellschaft entstehen kann. Voraussetzung dafür ist: Öffentliche Träger müssen

770 für genügend Wohnraum sorgen und ihn allen, die ihn benötigen, zugänglich machen. Sozialer Wohnungsbau muss vorangetrieben werden und nicht verringert und privatisiert werden. Bausatzungen müssen flächendeckenden Luxussanierungen ganzer Stadtteile einen Riegel vorschieben!

775 Bund und Länder sind beim sozialen Wohnungsbau in der Verantwortung. Sie müssen die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen, damit die Kommunen und Genossenschaften sozial gerechtes Wohnen überall ermöglichen können und überall dort, wo Menschen wohnen wollen, auch preiswerter Wohnraum existiert. Hierfür muss auch das Modell der Wohnungsbaugenossenschaften neu belebt werden, da diese fern von Renditezielen wirtschaften. Der Bund darf zudem seine Flächen nicht mehr meistbietend verkaufen. Er muss gerade Kommunen mit Wohnungsnot entsprechende Flächen kostenlos für den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Auf Bundesebene muss das Mietrecht reformiert werden. Es muss Renditewahnsinn und Preistrieb im Wohnungsmarkt Grenzen setzen. Fortschreitende soziale Entmischung der Städte muss wirkungsvoll bekämpft werden.

780

785 Dem gegenüber gilt es in der Stadtplanung mehr auf inklusive und alternative Wohnformen zu setzen.

790 Die Kommunen müssen mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung handeln. Neben der sozialen Wohnungsbauförderung soll auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften vergünstigte Kredite für die Schaffung von Wohnraum zur Verfügung stellen. Kommunen müssen aber auch in ihrem eigenen Handlungsspielraum tätig werden. Neue Wege bei Belegungsbindungen aber auch Konzeptausschreibungen sind mögliche Wege. So können neben reinen formalen Vorgaben auch inhaltliche Aspekte bei Ausschreibungen eine Rolle spielen. Wer soziale und innovative Aspekte mit einbringt, kann so schon von vornherein Renditeorientierung ausstechen.

795

Ebenso müssen Kommunen wie in Hamburg und München durch ihre Satzungen

Investoren dazu verpflichtet, einen gewissen Anteil sozialen Wohnraums zu schaffen und die Kosten der nötigen Infrastruktur, wie Kita- und Schulgebäude, mitzutragen.

800 Auf kommunaler Ebene müssen auch Mietspiegel erarbeitet werden, die dem Preistrieb bei Mieten Grenzen setzen. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür müssen so angepasst werden, dass dies ihr Hauptzweck wird und nicht das Gegenteil eintritt. Auch alternative Wohn- und Bauprojekte haben ihre Daseinsberechtigung. Es müssen jedoch Voraussetzungen bestehen, in denen selbstverwaltetes und alternatives Wohnen neu
805 entstehen kann. Das Verkommenlassen von Gebäuden statt eine Nutzung durch die Allgemeinheit, ist daher keine nachhaltige Planung. Entsprechende Gebäude müssen für alternative Wohnprojekte nutzbar sein. Ebenso müssen Grundstücke auch kleinteilig angeboten werden, damit Baugemeinschaften zum Zuge kommen können. Gerade für junge Menschen gibt es aber auch spezifische Hürden. Kauttionen und Maklerprovisionen sind für
810 junge Menschen oft nicht bezahlbar. Ebenso sind Bürgschaftserklärungen der Eltern ein Widerspruch zum Weg in ein eigenständiges Leben. Hier brauchen wir rechtliche Regelungen, die dem Einhalt gebieten! Darüber hinaus müssen Wohngemeinschaften endlich von allen VermieterInnen als normal akzeptiert werden. Die Erwartung, es über 20 Jahre mit der gleichen Mietpartei zu tun zu haben, ist nicht zeitgemäß. Für Studierende und Azubis ist
815 ein Rechtsanspruch auf einen Wohnheimplatz einzuführen. Zu dessen Verwirklichung müssen die Studierendenwerke und kommunalen Wohnungsunternehmen schnellstmöglich finanzielle Mittel für den Wohnraumbau zur Verfügung gestellt bekommen. Auch Azubis müssen diese Wohnungen offen stehen. Es wird deutlich: Auf allen Ebenen der Politik muss Sozialdemokratie für eine soziale wohnungspolitische Stadtplanung eintreten. Wir wollen
820 weiter die Möglichkeit schaffen, mögliche Diskriminierungen bei der Wohnungssuche zu melden.

Mobilität für alle

825 Nicht alle Angebote und Wünsche können vor Ort realisiert werden. Umso wichtiger ist es, die Erreichbarkeit von alternativen Angeboten zu gewährleisten. Hier spielt der ÖPNV eine zentrale Rolle.

Der ÖPNV ist der tägliche Ersatz für Autos, für Jugendliche unter 18 ist er oft die einzige
830 Möglichkeit zur Mobilität. Große Teile unserer Generation sind auf ihn angewiesen und nutzen ihn täglich. Gute Verbindungen müssen flächendeckend gewährleistet werden. Auch nachts muss es Angebote geben. Gerade im Ländlichen Raum ist eine regelmäßige ÖPNV Anbindung aktuell nicht gegeben muss aber dringend eingerichtet und gewährleistet werden. Aus all diesen Gründen muss mehr in den Ausbau von ÖPNV investiert werden.

835 Zusätzlich muss die Nutzung von Umweltschonender Mobilität gefördert werden. Dazu gehört neben dem Ausbau von Fahrradwegen auch die Förderung von Car- und Bike-Sharing.

840 Gleichzeitig muss der ÖPNV bezahlbarer werden. Die oft sehr teuren Tickets und komplizierten Tarifsysteme führen dazu, dass viele lieber das Auto statt den Bus nehmen. Wir fordern daher insbesondere für Jugendliche, aber auch andere Bevölkerungsgruppen bezahlbare Zeitfahrkarten wie Semestertickets nach dem Solidarmodell, Auszubildenden- und SchülerInnentickets und allgemeine Sozialtickets.

845 Der ÖPNV ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss stärker gestützt

werden!

850 Für den überregionalen Personenverkehr muss ein gleicher Grundsatz gelten. Die Deutsche
Bahn als Staatskonzern muss auch endlich wieder der Allgemeinheit dienen. Eine
Privatisierung der Bahn muss endgültig ad acta gelegt werden. Die Rentabilität von Strecken
darf nicht oberste Maßgabe sein. Es muss günstiger sein, für lange Strecken den Zug zu
nehmen, als das Auto. Deshalb müssen hier die Preise massiv gesenkt werden. Es müssen
855 Angebote geschaffen werden, um Jugendliche und junge Erwachsene an das Verkehrsmittel
Bahn heranzuführen. In vielen Europäischen Ländern erhalten Menschen unter 26 Jahren
einen Rabatt auf Bahnfahrkarten, beispielsweise 20% in Spanien. Dies macht auch längere
Bahnfahrten für junge Menschen erschwinglich und schafft eine langfristige Bindung an die
Bahn als Reiseverkehrsmittel

860 Viele Kommunen und Dörfer sind so klein, dass es schwer bis unmöglich ist diese an das
ÖPNV-Netz anzubinden. Auch dort leben junge Menschen, für die ein Führerschein leider
nach wie vor die einzige Möglichkeit zu Mobilität ist. Ein Führerschein bedeutet hier Freiheit
und die Möglichkeit zur Teilhabe an Kulturangeboten. Einen Führerschein zu machen ist
jedoch sehr teuer und für viele dieser jungen Menschen ist es sehr schwer finanzielle Mittel
865 dafür aufzubringen. Wir wollen deshalb, dass der Theorieunterricht für einen Führerschein in
Schulen und Berufsschulen abgehalten wird. Außerdem muss es – je nach der
Angebundenheit einer Region an den öffentlichen Personenverkehr – Zuschüsse auch für die
praktische Ausbildung geben.

870 **Mehr Demokratie wagen**

Junge Menschen müssen in Beteiligungsprozesse einbezogen werden und eine Würdigung
ihres Engagements erfahren. Sobald Orte betroffen sind, an denen sich junge Menschen
aufhalten, müssen diese auch vor Entscheidungen einbezogen werden. Denn sie sind
875 ExpertInnen in eigener Sache.

Sie müssen sich Freiräume schaffen und bestehende nutzen können. Jugendliche müssen
konkrete Vorschläge erarbeiten können und diese gleichwertig in die Diskussionen
einbringen dürfen. Öffentliche Räume müssen ihrem Namen gerecht werden und auch
880 transparent verwaltet werden!

Mitbestimmung von Jugendlichen muss vor Ort ausgestaltet werden und von den jungen
Menschen selbst kommen. Jugendbeteiligung ist keine Erziehungsaufgabe und muss immer
bedingungsfrei sein. Dafür braucht sie alle Unterstützung von Seiten der Verwaltung und
885 politischen Entscheidungsträgern. Und besonders Schule sollte ein Ort sein, bei dem
demokratische Jugendbeteiligung auch als Bildungsauftrag verstanden wird und konsequent
auch in der Schule umgesetzt wird.

Jugendparlamente oder Jugendbeiräte sind Beispiele für Jugendbeteiligung vor Ort. Auch
890 hier ist wichtig, dass diese Instrumente nicht abschreckend wirken, weil sie zu formal und
bürokratisch gestaltet werden. Offene Jugendparlamente, bei denen jede und jeder zu dem
Thema kommen kann, das gerade interessiert, sind hier der richtige Weg. Eine Landesstelle
für Jugendbeteiligung kann als KontaktvermittlerIn, InputgeberIn und AnsprechpartnerIn
hilfreich sein wie das Beispiel Brandenburg zeigt. Mindestens ebenso sinnvoll ist jedoch die
895 dezentrale Sicherstellung von Anlaufstellen für die Beteiligung und Partizipation von
Kindern und Jugendlichen. Das bewährte Konzept der Kinder- und Jugendbüros ist hierfür

ein geeignetes Mittel. Als lokale Anlaufstellen bieten sie Kindern und Jugendlichen jeden Alters die Möglichkeit eine selbstbestimmte Form der Unterstützung für eigene Anliegen zu erhalten und fungieren als Scharnier zwischen Politik und Verwaltung einerseits sowie den Kindern und Jugendlichen andererseits. Kinder- und Jugendbüros sichern Grundstrukturen für Partizipation, auf die Modelle wie z.B. Kinder- und Jugendparlamente aufgebaut werden können.

900
905 Wichtig bei allen Formen der Jugendbeteiligung ist Freiwilligkeit und dass die AkteurInnen auf Augenhöhe miteinander sprechen. Denn Mitbestimmung ist keine Frage des Alters!

Wir wollen deshalb nicht nur mehr, sondern auch früher Demokratie wagen. Deshalb fordern wir das Wahlrecht schon ab 16, bei Wahlen auf allen Ebenen. Zudem fordern wir das Wahlrecht auf allen staatlichen Ebenen für MigrantInnen. Kurzfristig ist das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen einzuführen, für die anderen Ebenen müssen Grundgesetz und Landesverfassungen schnellstmöglich angepasst werden.

Ehrenamtliches Engagement fördern

915 Freiwilliges Engagement ist wichtiger Teil einer Gesellschaft und wird dringend gebraucht. Vor allem im kommunalen Umfeld ist das Ehrenamt nicht mehr wegzudenken. Aber Engagement braucht auch gute Rahmenbedingungen. Ehrenamtlich Tätige sind MultiplikatorInnen und Vorbilder. Dazu braucht es aber natürlich auch Freiwilligkeit und Selbstbestimmung beim Ehrenamt. Zu starre Strukturen und Vorschriften oder gar Sanktionen verbieten sich in Zusammenhängen, in denen Menschen ihre Freizeit mit sozialem, sportlichem oder kulturellem Engagement verbringen. Ehrenamtliches Engagement darf staatliche Leistungen in der Daseinsvorsorge oder der Kultur nicht ersetzen, sondern sie nur ergänzen. Politik muss alles tun, um Ehrenamt zu ermöglichen und zu fördern.

Engagement unterstützen

925 Ehrenamt ist immer freiwillig und muss nach Kräften unterstützt werden. Allgemein ist es wichtig, dass die Ehrenamtlichen Gestaltungsmöglichkeiten haben und über entscheidende Themen wie Räumlichkeiten, finanzielle Ausstattung und personelle Ressourcen mitbestimmen können. Denn sie wissen am besten, was sie für ihre Arbeit vor Ort brauchen. Um das zu gewährleisten, müssen die Kommunen so ausfinanziert sein, dass Ehrenamt stattfinden kann und unterstützt wird.

935 Gerade bei Jugendlichen ist Zeit eine knappe Ressource. Sie sind in Schule und Studium stark eingebunden und stehen unter enormen Druck. Sie wollen sich trotzdem ehrenamtlich engagieren, deshalb müssen die Rahmenbedingungen entsprechend gegeben sein. Die flächendeckende Einführung des Teilzeitstudiums, die Abschaffung der Regelstudienzeit, die Anrechnung von ehrenamtlichem Engagement bei der Förderdauer von BaföG und ähnlichem können jungen Menschen bei der Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens behilflich sein. Auch zeitweise Freistellungen von Schule, Ausbildung oder Arbeit müssen ermöglicht werden, um punktuell zeitintensives Engagement realisieren zu können. Hier muss auch der Versicherungsschutz gewährleistet sein.

945 Anerkennung und Wertschätzung ist wichtig. Nonformale Bildung vermittelt nicht nur beruflich relevante Fähigkeiten und Kompetenzen, sondern auch solche, die einen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung leisten und aktive Bürgerschaft fördern. Beispiele hierfür sind

Teamfähigkeit, Selbstorganisation und Verantwortungsbewusstsein. Deshalb muss dieses als elementarer Bestandteil des Zusammenlebens wahrgenommen werden.

950 **Für ein freies Internet**

Ein Leben ohne Internet und Smartphone? Nicht nur für Jugendliche und junge Erwachsene ist das nicht mehr denkbar. Doch wo ein großer Teil unserer Kommunikation stattfindet, wo wir arbeiten, spielen, politisch diskutieren und unserer FreundInnen treffen, brauchen wir Regeln. Deshalb gilt für unsere Netzpolitik: das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Genau wie wir eine Gesellschaft der Freien und Gleichen wollen, wollen wir auch ein Netz, in dem es nicht NutzerInnen unterschiedlicher Klassen gibt oder in dem ein Überwachungsstaat jeden Schritt in der digitalen Sphäre verfolgt. Das Prinzip unserer Netzpolitik ist der Ausgleich der Interessen zwischen NutzerInnen, BetreiberInnen, UrheberInnen und anderen Akteuren im Netz. Bei der Beschränkung des Zugangs zum Netz jedoch ist unsere Position eindeutig: JedeR muss surfen dürfen!

Deshalb ist das Internet unserer Vorstellungen neutral, kennt also keine Prioritäten bei der Datenübertragung, in unserem Internet sind wir frei – nicht von Gesetzen, wohl aber von Überwachung durch Unternehmen oder auch den Staat. Und unser Internet ist auf höchstem technischem Niveau für immer mehr Menschen zugänglich, weil der Staat in den Ausbau der Infrastruktur investiert – auch in ländlichen Gebieten. Wir fordern den kostenfreien Zugang zum Internet auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Gebäuden. In unserem Internet existiert eine zivilisierte Kultur des Austausches und der Kommunikation. Wir glauben nicht, dass Jugendliche durch die Sperrung von bestimmten Inhalten den besten Jugendschutz bekommen, sondern indem sie in der Schule Medienkompetenzen vermittelt bekommen und so zu selbstbewussten NutzerInnen werden. Für uns Jusos haben Transparenz und der Zugang zu gesellschaftlicher Partizipation einen hohen Stellenwert. Deshalb wollen wir einen Staat, dessen Institutionen und Prozesse offen und nachvollziehbar sind und BürgerInnen bei der Entscheidungsfindung einschließen, wo immer möglich. Dazu gehört für uns auch das Open-Data-Prinzip, dessen schnelle Umsetzung wir auf allen staatlichen Ebenen fordern.

4. Mehr Möglichkeiten für alle – unser Weg

Für uns Jusos ist klar: Wir wollen mehr Möglichkeiten für alle jungen Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der junge Menschen wirklich frei und selbstbestimmt über ihren eigenen Lebensweg entscheiden können. Das widerspricht nicht dem Grundgedanken der Solidarität. Denn Freiheit und Solidarität bedingen einander. Wir fordern Solidarität mit jungen Menschen, wir fordern aber auch Solidarität von ihnen ein. Wir wollen keine Verantwortungslosigkeit – junge Menschen können, sollen und müssen mitbestimmen, welchen Weg unsere Gesellschaft nimmt. Mit diesem Beschluss machen wir Jusos klar, was die Politik tun muss, um jungen Menschen mehr Möglichkeiten zu geben. Wir machen uns damit auf den Weg, unsere Forderungen auch einzufordern und umzusetzen. Wir fordern die SPD auf, diesem Projekt den notwendigen Raum im Regierungsprogramm zu geben. Wir Jusos erkennen an, dass wir noch weiter innerhalb der Sozialdemokratie streiten müssen damit die SPD eine progressive Jugendpolitik durchsetzt, die sich an den Bedürfnissen junger Menschen ausrichtet. Und wir werden auch nach der Bundestagswahl dafür eintreten, dass unsere Vorschläge in die Tat umgesetzt werden. Damit 'mehr Möglichkeiten für alle' keine Idee bleibt, sondern Wirklichkeit wird.

Schulische Praktika stärken und verbessern!

5 Derzeit machen Schülerinnen und Schüler – abweichend je nach Schule, Schulform und Bundesland – in der gesamten Schulzeit ein zweiwöchiges Praktikum. Diese Praktika sind meist Betriebspraktika und sollen der Berufsorientierung dienen. Faktisch ist dies aber oft nicht der Fall, denn verschiedene Probleme stellen sich den PraktikantInnen in den Weg und machen es daher nicht immer einfach, ein solches schulisches Praktikum abzuleisten:

10 Fehlende oder nicht ausreichende inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Praktika (keine konkrete didaktische Bearbeitung der Situation von Praktikantinnen und Praktikanten, ungenügende Betreuung, Erkennung und Nutzung der im Praktikum gemachten Erfahrungen seitens der Schulfächer bzw. eine adäquate Einbindung in den Lernprozess findet nicht statt – das Praktikum als außerunterrichtliche Sonderveranstaltung ohne Anbindung).[1]

15 Die Betriebswahl kann die Berufswahl tiefgreifend und überproportional beeinflussen, da sich Betriebe im Nachhinein oft als ungeeignet erweisen. Bei einem einmaligen, zeitlich stark begrenzten Praktikum können solche einzelnen negativen Erfahrungen nicht abgeschwächt oder als Einzelfallprobleme erkannt werden. [2]

20 Den Schülerinnen und Schülern mangelt es an Möglichkeiten fehlende Zukunftspläne unter fachkundiger Anleitung und im passenden Rahmen aufzuarbeiten. Gerade in Zeiten des „Turbo-Abiturs“, wenn Jugendliche unter oder mit knapp achtzehn Jahren auf den Abschluss ihrer schulischen Erstausbildung zusteuern, müssen ihnen Perspektiven aufgezeigt werden, ihnen Möglichkeiten zur Orientierung geboten werden. Das kann nicht in zwei oder gar in nur einer Woche geleistet werden.

25 Die Schülerinnen und Schüler werden ohne eine von Kriterien geleitete Auswahl, nur um des Ableistens des Praktikums willen, auf alle Betriebe, die es im Einzugsgebiet der Schule gibt, verteilt.

30 Diese mannigfaltigen Probleme und Erschwernisse kreieren im Schulalltag ein negatives Bild von Schulpraktika: Schülerinnen und Schüler zeigen sich wenig überzeugt vom Konzept eines schulischen Praktikums oder kommen enttäuscht aus ihrem Praktikum zurück. Daher muss es an allen Schulformen verbesserte und längere Berufspraktika geben.

35 Neben Betriebspraktika müssen auch soziale, ökologische und kulturelle Praktika angeboten werden, um soziale Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern und auch alternative Berufswege aufzuzeigen. Soziale Kompetenzen, Hinführung zum Ehrenamt, Informationen zu Freiwilligen Jahren des Engagements, das sollte Dreh- und Angelpunkt eines Gesellschaftspraktikums in Schulen sein. Flächendeckend werden
40 Gesellschaftspraktika nicht durchgeführt. Das sollte sich ändern! Hat man bei einem solchen Praktikum die Möglichkeit die Gesellschaft verantwortungsvoll mitzugestalten und sozial schwächer Gestellten zu helfen. Ein soziales Praktikum kann zu mehr Hilfsbereitschaft führen und das verantwortliche gesellschaftliche Zusammenleben sichern. Auch werden Hemmschwellen, Vorurteile und Berührungsängste abgebaut. Durch ein gesellschaftliches
45 Praktikum können verschiedene Fähigkeiten erworben werden und Eigenschaften der Praktikantinnen und Praktikanten werden gestärkt. So entwickeln diese ihre Persönlichkeit

weiter: Solidarität, Kooperation, Kommunikation und Engagement. Damit ein Praktikum realitätsnah ablaufen kann, ist eine angemessene Zeit und ein angemessener Rahmen nötig. Daher fordern wir gesellschaftliche Praktika in allen Schulen mit ausgiebiger Vor- und Nachbereitung. Die Gesellschaftspraktika sollten Kernstück eines schulischen Informationsprogramms zur Zeit nach der Schule sein. Ein Modell ist das so genannte Freiwillige Jahr. „Im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) arbeiten die Freiwilligen in sozialen Einrichtungen verschiedenster Art. Im Fokus des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) stehen Umwelt und Natur und wie der Mensch diese schützen kann. Das Freiwillige Jahr in der Denkmalpflege (FJD) widmet sich dem Erhalt des kulturellen und baulichen Erbes. Im Freiwilligen Sozialen Jahr im Politischen Leben (FJP) können junge Menschen Einblicke in politische Prozesse gewinnen und sich in diesem Feld erproben. Im Freiwilligen Jahr in Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit (FJN) haben Jugendliche die Möglichkeit, Erfahrungen im naturwissenschaftlichen Bereich zu sammeln.“ [3]

Das durch das nordrhein-westfälische Landesministerium für Schule und Weiterbildung sowie durch die Bundesagentur für Arbeit finanzierte Projekt „Zukunft erfahren“ bietet u.a. das Modul Sozialpraktikum an. In diesem Modul können Schülerinnen und Schüler die genannten Fähigkeiten gewinnen. Allerdings ist dieses Modul für die Freizeit und auf Basis der Freiwilligkeit gedacht. [4]

Wir wollen, dass es nicht mehr von Geldern, Anträgen, Schulen oder Kommunen abhängig ist, ob eine Schülerin oder ein Schüler ein Gesellschaftspraktikum absolvieren kann. Auch sollten solche auf Freiwilligkeit und Interesse basierten Anliegen nicht in die Freizeit der Schülerinnen und Schüler gelegt werden, oder gar in die Ferien. Ort des Lernens, eines ganzheitlichen Lernens, ist die Schule. Schülerinnen und Schüler mussten in der Vergangenheit deutlich mehr von ihrer Freizeit in Schule und Lernen investieren. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten haben insbesondere darunter zu leiden, wie der 3. Freiwilligensurvey belegt: G8-SchülerInnen engagieren sich zu 41%, während G9-SchülerInnen zu 51% ehrenamtlich engagiert sind. Halbtags Schülerinnen und Halbtags Schüler zu 39% gegenüber 31% der Ganztags Schülerinnen und Ganztags Schülern. Dass Schülerinnen und Schüler ein so engen Zeitrahmen haben, muss nicht heißen, dass man wieder Halbtags Schulen einführen sollte, stattdessen sollte darüber nachgedacht werden, wie und ob Schulen für ein Engagement fördernd sein können. Die Schule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche erreicht werden können, an dem sie die sich bietenden Chancen und Möglichkeiten eines Berufs oder eines ehrenamtlichen Engagements im sozialen, politischen, kulturellen oder gesundheitlichen Bereich kennen lernen können. [5] Das gesellschaftliche Praktikum kann ein Baustein dafür sein.

Ergänzt werden sollten das Berufs- und das Sozialpraktikum nach Möglichkeit – eine Universität, eine Fachhochschule o.ä. in annehmbarer Entfernung und eine entsprechende Kooperationsvereinbarung vorausgesetzt – durch ein bereits an vielen weiterführenden Schulen mit den Abschlüssen Fachhochschulreife und/oder Allgemeine Hochschulreife implementiertes „Praktikum“ in mindestens einem Studiengang der Wahl. Praktikum ist hier in dem Sinne zu verstehen, dass die Schülerinnen und Schüler innerhalb einiger Tage bis zu einer Woche einen Einblick in einen Studiengang bekommen, den sie sich persönlich zu dem Zeitpunkt für die eigene Zukunftsplanung vorstellen könnten. Neben dem Besuch von einführenden Vorlesungen, Vorträgen und Veranstaltungen (z.B. Podiumsdiskussionen) sollten auch direkte Gespräche mit Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten sowie Studentinnen und Studenten ermöglicht werden, um den Schülerinnen und Schülern Eindrücke und Erfahrungen „aus erster Hand“ zur Verfügung zu stellen. Außerdem

100 ist es wichtig, besonders hinsichtlich der Studienplanung mit den örtlichen Arbeitsagenturen zusammenzuarbeiten – dies gilt überdies für andere Formen des Praktikums selbstverständlich auch – um Berufschancen, Spezialisierungsfelder und Interessenschwerpunkte zu erörtern und klarer zu umreißen.

Es müssen bessere Bedingungen für schulische Praktika geschaffen werden, darunter fallen folgende Aspekte:

105 1. Alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland sollen während ihrer Schullaufbahn verpflichtend je ein Betriebspraktikum und ein Gesellschaftspraktikum gemacht haben.

110 2. Jede Schülerin und jeder Schüler muss bei 12 bzw. 13 Jahren Schule mindestens 6 Wochen, bei 10 Jahren Schule mindestens 4 Wochen Praktikum gemacht haben. Die Platzierung dieser verpflichtenden Praktika ist den Schulen freigestellt, sollte aber den Effekt der Berufsorientierung nicht verpassen Es ist ebenfalls freigestellt, ob mehr Praktika angeboten werden.

115 3. Die weiterführenden Schulen, die das Fachhochschulreife und/oder die Allgemeine Hochschulreife als Abschluss anbieten, sollten überdies die Kooperation mit Institutionen der universitären Bildung suchen. Eine Einbeziehung in das in Punkt sieben benannte Netzwerk würde dem Folge leisten. Die Kooperation sollte nach Möglichkeit der Schulen ein ergänzendes, freiwilliges „Praktikum“ für Schülerinnen und Schüler in mindestens einem Studiengang der Wahl ermöglichen. Die Durchführung dieses „Universitätspraktikum“
120 empfiehlt sich in der Sekundarstufe II.

125 4. Es muss eine fundierte Vor- und Nachbereitung innerhalb und außerhalb des Unterrichts geben. Die Fragestellungen zum Praktikum sollten an Interessen von Schülern geknüpft sein, aber wichtige Aspekte der Arbeitswelt bzw. gesellschaftlicher Themen nicht auslassen. Nach dem Praktikum muss jede Schülerin und jeder Schüler einen Bericht anfertigen, der das Praktikum auch auf Aspekte der Berufsorientierung und/oder des sozialen Engagements hin reflektiert und dieser muss von den Lehrerinnen und Lehrern ausgewertet werden. Daneben braucht es auch eine Reflexion und ein Erfahrungsaustausch im Kursverband im Rahmen der Nachbereitung.

130 5. Die Organisation der Praktika sollte nicht den Klassenlehrerinnen und Klassenlehrern aufgebürdet werden, stattdessen müssen sich feste Teams an den Schulen bilden. Dafür müssen entsprechende Möglichkeiten und Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte demnach eine Betreuungslehrerin oder einen
135 Betreuungslehrer haben, die oder der während der gesamten Zeit des Praktikums, wie auch in Phasen der Vor- und Nachbereitung Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner ist.

140 6. Es erfordert die Beteiligung und intensive Absprache der Schule und des Betriebes bzw. der Einrichtung, dass diese in einem bestimmten Rahmen zeitlich und personell zusammenarbeiten. Es ist Aufgabe der Schule, dem Betrieb bzw. der Einrichtung die Ziele zu vermitteln, die mit dem Praktikum verfolgt werden.

145 7. Es müssen ein von Ländern betreute Netzwerk geschaffen werden in dem sich Schulen und Unternehmen zusammenschließen. Als Zusatzqualifikation für die Betriebe können diese sich testen lassen und in einem Raster eingestuft werden, um sich für Schulpraktika attraktiver zu machen. Außerdem haben diese die Aufgabe, ein Vorabprogramm zu erstellen,

damit die Ansprechpartnerin oder der Ansprechpartner sehen kann, ob dieses den Zielvorstellungen eines Praktikums entsprechen, damit sichergestellt ist, dass keine Ausbeutung der Praktikantin oder des Praktikanten geschieht. Es müssen Kriterien erarbeitet werden, die klare Aussagen über einen Praktikumsplatz machen: Wer hat nicht schon von der bzw. dem kaffeekochenden Praktikantin oder Praktikanten gehört? Es muss also geklärt werden, welche Institutionen und Firmen bereit sind Praktikantinnen und Praktikanten aufzunehmen und ob diese auch dafür geeignet sind, Praktika anzubieten.

155 Wenn dann die vorgeschlagenen Formen der Praktika, die soziale Kompetenzen fördern, aber auch der Berufsorientierung dienen und bei Betrieben, die als dafür geeignet eingestuft sind, stattfinden, dann sind gute Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Schülerinnen und Schüler das Angebot an Praktika mit Freude und Spaß annehmen und letztendlich auch wirklich davon profitieren.

160

[1] Vgl.: <http://www.sowi-online.de/methoden/lexikon/praktikum-winkelmann.htm>

165 [2] Vgl.: a.a.O.

[3] Nach: <http://www.ijgd.de/Freiwilliges-Jahr.88.0.html>

170 [4] Vgl.: <http://www.partner-fuer-schule.nrw.de/dev/t3/zukunft-foerdern/module/10-sozialpraktikum.html>

[5] Vgl.: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3.Freiwilligensurvey-Zusammenfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Unsere Schule: Bildung, Demokratie und Lebenskompetenz

I. Analyse

5 Während gerechte Bildungspolitik für benachteiligte Schülerinnen und Schüler keinerlei Aufschub verträgt, ist festzustellen, dass das aktuelle Bildungssystem grundsätzlich stark Reform- und verbesserungsbedürftig ist.

10 Verschiedene Aspekte des aktuellen Bildungssystems laufen unseren Ansprüchen nach Gerechtigkeit und Chancengleichheit linear zuwider. Diese inakzeptablen Aspekte reichen von grundsätzlichen Ideen hinter bildungspolitischen Handlungen, die einer modernen Gesellschaft absolut unangemessen sind, bis hin zu konkreten bildungspolitischen Umsetzungen, die sowohl im Ansatz, als auch in der entsprechenden Art und Weise der Realisierung große Missstände aufweisen, die dringend ausgebessert gehören.

15 Das Risiko von Armut und/oder Arbeitslosigkeit bedroht zu sein wird eindeutig vom Bildungsstand beeinflusst. Parallel zu dieser Tatsache erscheint es zynisch, dass Deutschland sich ganzheitlich noch immer nicht auf den Weg gemacht hat, um Missstände, die zu einer gefährlichen Kluft in Chancen und anschließend konkreten Abschlüssen führen, zu beseitigen.

20 Seit der ersten PISA-Studie 2000 erscheinen jährlich neue Studien, die die schockierenden Befunde von PISA regelmäßig erneuern und bestätigen. Erst kürzlich stellte der sog. „Chancen-Spiegel“, der im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vom Dortmunder Schulentwicklungs- und Forschungs-Institut verfasst wurde, fest, dass es kein einziges der 16 unterschiedlichen Schulsysteme in Deutschland schafft, gleichzeitig gerechte und qualitativ hochwertige staatliche Schulangebote zu realisieren.

30 Dieser Zustand ist eindeutig nicht akzeptabel. Ganz gleich, an welcher Stelle man bildungspolitisch ansetzen möchte – zu verbessern gibt es viel.

35 Von der finanziellen Perspektive aus betrachtet sieht es gewohnt schlecht aus: Die Bundesrepublik Deutschland hat im Jahre 2008 lediglich 4,55% des BIP für Bildung ausgegeben, während sich nur der EU-Durchschnitt auf 5,07% Bildungsausgaben belaufen und Schweden z.B. ganze 6,74% für Bildung ausgegeben hat, obwohl dieser Wert noch nicht einmal das Maximum an Bildungsausgaben darstellt.

40 Durch die frühe Selektion in unserem mehrgliedrigen Schulsystem wird nach wie vor soziale Ungleichheit geschaffen. Zusätzlich führen die unterschiedlichen Ausführungen des Schulsystems in den 16 Bundesländern zu Problemen bei Umzug und Vergleichbarkeit der Abschlüsse innerhalb Deutschlands.

Im Folgenden beschreiben wir unsere Vorstellung von der offenen Architektur eines deutschen Schulsystems, das endlich Chancengleichheit, Gerechtigkeit und moderne Bildung

45 ermöglicht.

Wir fordern unsere Kommunal-, Landes- und BundespolitikerInnen, ihre jeweiligen Fraktionen, sowie den Parteivorstand der SPD im Sinne des sozialdemokratischen Versprechens „Aufstieg durch Bildung“ eindringlich auf, sich wieder auf die traditionellen Werte unserer Partei zu besinnen und auf dem im Folgenden zu beschreibenden Weg mutig und entschlossen voranzuschreiten.

II.I Intro

II.I.I Moderne Bildung

Bildung ist für uns der Schlüssel zu Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und eine gerechte Gesellschaft. Die Befähigung der Menschen zur verwertbaren Arbeitskraft darf niemals im Zentrum von Bildung stehen!

II.I.II Ethisches Grundgerüst

Wir begreifen Schulpolitik als reelle Chance auf eine Gesellschaft, in der die Ideale der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität größtenteils wesentliche Grundpfeiler darstellen. Deshalb fordern wir eine Abkehr vom gegliederten Schulsystem, hin zu einer inklusiven Ganztags-Gemeinschaftsschule. Wir stehen für eine Pädagogik, in der nicht die stupide Reproduktion von Inhalten im Zentrum liegt, sondern die inhaltlichen Interessen der SchülerInnen.

Wir wollen eine Gesellschaft der Gemeinschaft erreichen und für die Schwächeren in der Gesellschaft eintreten. Wir wollen Schulen, die zeigen, wie gemeinsames, gemeinschaftliches, freies, gerechtes, solidarisches, spannendes – modernes Lernen funktionieren kann und funktionieren sollte. Schulen, die Bildungsgerechtigkeit und den Glauben an eine solidarische Gemeinschaft ausstrahlen.

75

II.II Unsere Schule: Bildung, Demokratie, Lebenskompetenz.

80 Die Bundesrepublik Deutschland muss ihre Bildungsausgaben massiv erhöhen.

Der deutsche Bildungsföderalismus ist ein nicht mehr praktikables Relikt aus vergangenen Zeiten und muss beseitigt werden. Kommunen sollen zwar weiterhin über Standorte, Ausstattung, Raumbedarf usw. ihrer Schulen vor Ort entscheiden, die Bildungskompetenz geben die Bundesländer aber an den Bund ab, der einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Rahmen festlegt, in dem eindeutig fixiert ist, welche Modifikationsoptionen für Bundesländer und Kommunen bestehen und welche Bedingungen alle staatlichen Schulen in Aufbau und Umsetzung unbedingt erfüllen müssen.

90 Es muss eine bundesweit zumindest grundgleiche Schulform festgelegt und die deutsche Schullandschaft entsprechend umgestaltet werden. Wir sprechen uns für inklusiv arbeitende Ganztags-Gemeinschaftsschulen aus. Zum weiteren Auf- und Ausbau von Ganztagschulen soll das Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB) wiederholt aufgelegt werden. Die Gemeinschaftsschule soll alle SchülerInnen bis zur Stufe Zehn gemeinsam

- 95 unterrichten und anschließend allen Interessierten den Wechsel in die Oberstufe ermöglichen, in der in Interessensgruppen unterrichtet wird.
- Das Abitur soll bundesweit nach dreizehn Jahren erreicht werden, um Leistungsstress und Leistungsdruck effektiv zu verhindern.
- 100 Es müssen weitaus mehr Lehrkräfte eingestellt werden, um einen Betreuungsschlüssel zu ermöglichen, der individuelle Förderung in kleinen Klassen zulässt.
- Das gesamte Schulsystem, vielmehr das gesamte Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland muss gänzlich kostenfrei gestaltet sein.
- 105 Es müssen ausreichend PsychologInnen und SozialarbeiterInnen in Schulen nach Bedarf zur Verfügung stehen.
- 110 Allen SchülerInnen muss mindestens eine kostenlose, nach gesundheitlichen Aspekten vollwertige Mahlzeit zur Verfügung gestellt werden.
- Die Ausbildung von LehrerInnen muss nach bundeseinheitlichen Standards und mit Fokus auf die pädagogischen Lehrinhalte reformiert werden. Einen weiteren besonderen Stellenwert soll interkulturelles Hintergrundwissen einnehmen, das generell in die LehrerInnenausbildung einfließt.
- 115 Muttersprachlicher Unterricht muss gefördert werden aber auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Schulen sollen dazu angehalten werden, regelmäßige internationale Projektwochen durchzuführen. Die unterschiedlichen Kulturen sollen mit entsprechenden Modulen in die Lehrpläne verankert werden, um Unterschiede kennenzulernen, Hemmschwellen abzubauen und Gemeinsamkeiten zu entwickeln.
- 120 Asylsuchende sowie Flüchtlinge werden von Beginn ihres Aufenthaltes in Deutschland an regulär beschult und fallen unter die Schulpflicht.
- 125 Ein gemeinsamer Ethikunterricht in dem die verschiedenen Religionen unter wissenschaftlichen Aspekten behandelt werden, soll die getrennten Religionsunterrichte generell ersetzen.
- 130 Es muss bereits ab dem Kindergarten eine lebendige Erziehung zur Demokratie stattfinden. Die SchülerInnenvertretungen müssen auf- und ausgebaut werden. Eine SchülerInnenvertretung im Bund muss organisiert werden. Schule muss demokratischer werden. Das bedeutet vor allem, die Stärkung der Stimme der SchülerInnen. Für eine starke Mitbestimmung von SchülerInnen in den Entscheidungsgremien der Schulorganisation muss gesorgt werden! Beispielsweise sollten Schulleitungen durch die Entscheidungsgremien der Schulen demokratisch gewählt werden und nicht einfach vom Schulträger eingesetzt werden.
- 135 Zusätzlich müssen den SchülerInnenvertretungen mehr Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gegeben werden. Hier ist ein allgemeinpolitisches Mandat und eine bessere Finanzierung unabdinglich!
- 140 Die subjektiven Zahlennoten sind durch individuelle Portfolios zu ersetzen, welche gemeinsam erarbeitete Lernentwicklung planen, in denen die individuelle Lernentwicklung

145 betrachtet wird enthalten.

Deutschland trägt durch die eigene Schuld eine besondere Verantwortung, immer und überall gegen Faschismus und Rassismus aktiv zu sein. Schulen sollen ihre SchülerInnen aktiv zum Antifaschismus und zur Antidiskriminierung erziehen. Projekte, wie z.B. „Schule ohne Rassismus– Schule mit Courage“ oder „Schule gegen Homophobie“ sollen eingesetzt und gefördert werden.

Der Bundeswehr muss generell verboten werden, in Schulen für sich zu werben. Sämtliche Verträge zwischen Bundesländern und Bundeswehr diesbezüglich sind unverzüglich aufzulösen.

Ein Kreis aus Sachverständigen soll eine Richtlinie zur Medienkompetenz in Schulen entwickeln, um der voranschreitenden Entwicklung durch die Schule gerecht zu werden.

160 SchülerInnen müssen ein begrenztes Streikrecht erhalten. Kein/e SchulleiterIn und kein Ministerium darf SchülerInnen Meinungsbekundungen in Form von öffentlichen Protesten untersagen.

165 Die von der BRD unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention muss im schulischen Bereich zügig umgesetzt werden. Daher soll ein bundesweites Programm, angelehnt an das IZBB, zum Ausbau inklusiver Schulen eingerichtet werden.

Studieren ohne Abitur – Lippenbekenntnisse in die Tat umsetzen!

5 In Deutschland ist der Anteil der Studierenden ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung (HZB) mit 2,1 % im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (bspw. Schweden: Anteil Studierende ohne klassische HZB beträgt 36 %) immer noch verschwindend gering. Ohne außer Acht zu lassen, dass im europäischen Raum die Vergleichbarkeit von beruflichen Ausbildungen und Abschlüssen trotz des Bologna-Prozesses und der Arbeit am Europäischen Qualifikationsrahmen immer noch sehr schwer ist, fordern wir Jusos nach den offensichtlich zum Papiertiger degradierten Beschlüssen der KultusministerInnenkonferenz (KMK) zur Vereinheitlichung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte aus dem Jahr 2009 und den mangelhaften Versuchen der schwarz-gelben Regierung eines Stipendienprogramms für diese Personengruppe eine bundesweit einheitliche Regelung sowie die flächendeckende Weiterentwicklung des BAföG zur Studienfinanzierung!

15 **Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung**

Der sogenannte „Dritte Bildungsweg“ ist in Deutschland weder eine brandneue Entwicklung, noch eine neue Forderung von Gewerkschaften und fortschrittsgewandten BildungspolitikerInnen.

20 Das Land Niedersachsen hat bereits in den 1970'er Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch Menschen ohne Abitur studieren können. Schon im November 2003 haben sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in einer gemeinsamen Erklärung für eine verbesserte Anerkennung außerhalb der Hochschule erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten für ein Hochschulstudium eingesetzt. Schließlich beschloss die KMK im März 2009 einheitliche Standards für die Anerkennung von beruflicher Qualifikation, die zu einem Studium befähigt und die von den Bundesländern in der Landesgesetzgebung übernommen werden sollten. Selbst das neoliberale, von der Wirtschaft gesteuerte Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) hat sich im September 2009 in einer Studie erstmals mit der Gruppe der sogenannten OA-Studierenden beschäftigt und – natürlich durch die Brille der vom Arbeitsmarkt besser verwertbaren, angeblich höher qualifizierten Abschlüsse – den Gesetzgeber zu notwendigen Modifikationen gemahnt, um beruflich Qualifizierten ein Studium leichter und mit einheitlichen Regelungen zu ermöglichen.

Der DGB, die Einzelgewerkschaften sowie die Gewerkschaftsjugend kämpfen bereits seit Jahrzehnten mit uns Jusos an den zwei Fronten des sozial selektiven deutschen Bildungssystems:

40 1. Alle Schülerinnen und Schüler aus Familien ohne akademische Tradition müssen bereits während der Schulzeit durch längeres gemeinsames Lernen die Möglichkeit haben, eine Hochschulzugangsberechtigung zu erlangen, wenn sie dies möchten.

45 2. Alle beruflich Qualifizierten müssen die Möglichkeit haben, ein Hochschulstudium mit einem Fach ihrer Wahl aufzunehmen, wenn sie es möchten.

Differenzierte und individuell gestaltete Bildungswege gehören für uns Jusos zu einem selbstbestimmten, emanzipierten Leben. Dabei steht für uns die Verwertungsperspektive
50 eines Abschlusses auf dem Arbeitsmarkt nicht an erster Stelle. Bildung ist ein Wert für sich, der jeden Menschen dazu befähigen soll, sein Leben freiheitlich und ohne ökonomische Zwänge zu gestalten – sie ist der Garant für persönlichen und gesellschaftlichen Fortschritt! Die Überwindung von Bildungshürden ist für uns ein wichtiger Gradmesser für eine gerechte Gesellschaft!

55 Die enttäuschenden Zahlen von Studierenden ohne Abitur in Deutschland können deshalb für uns nur eins bedeuten: Die derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind bei weitem nicht ausreichend. Da es sogar immer noch Bundesländer gibt (Brandenburg und Sachsen), die sich bislang weigern, die Beschlüsse der KMK zur Vereinheitlichung des
60 Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte in Landesgesetze umzusetzen, muss es endlich ein Bundesgesetz geben, dass den Hochschulzugang einheitlich regelt.

Neue Perspektiven realisieren, Bildungsgerechtigkeit verwirklichen

65 Eine bundeseinheitliche Regelung kann jedoch nicht alleine eine Gleichstellung der Studierenden ohne Abitur erreichen. Schließlich müssen die Hochschulen in jedem Bundesland ein entsprechendes flächendeckendes Angebot an beruflich Qualifizierte machen. Hier gibt es bereits vereinzelt gute Beispiele, wie gerade eine berufliche Qualifizierung in einem Studiengang explizit berücksichtigt werden kann: An der Universität Hamburg wird
70 der Bachelor-Studiengang Sozialökonomie speziell für Studierende ohne Abitur, aber mit beruflicher Qualifikation angeboten.

Ein Blick auf den Anteil der Studierenden ohne Abitur in Nordrhein-Westfalen, der bei 4,2 %
75 liegt, beinhaltet einen wichtigen Ansatz zur Gleichstellung aller Studierwilligen: Mit der Fernuniversität in Hagen beheimatet Nordrhein-Westfalen die einzige Hochschule Deutschlands, die sich darauf spezialisiert hat, Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge ortsunabhängig und mit einem Minimum an Präsenzphasen anzubieten. Von diesem Angebot profitieren Studierende in ganz Deutschland. Wir Jusos fordern diesem Erfolgsmodell folgend weitere Fernuniversitäten in Deutschland zu etablieren. Selbstredend sollten diese
80 Fernuniversitäten vollständig durch den Bund finanziert werden, da sich die Studierenden über die Grenzen von Bundesländern hinweg einschreiben können. Für die Jusos ist dabei ein gänzlicher Verzicht von Studiengebühren selbstverständlich. Auch an der Fernuniversität Hagen kann man noch längst nicht alle Fachdisziplinen studieren. Kooperationsvereinbarungen zwischen diesen Fernuniversitäten und den anderen
85 Hochschulen in regionaler Nähe könnten dazu dienen, flächendeckend Voll- und Teilzeitstudiengänge zur Aus- und Fortbildung anzubieten, um ein staatliches Studium neben der Berufstätigkeit zu ermöglichen. Zudem könnte von der einschlägigen Erfahrung der Fachdisziplinen vor Ort einerseits und den didaktischen Anforderungen an ein Studium ohne durchgängige Präsenzphase andererseits mittels solcher Kooperationen profitiert werden.

90 Natürlich müssen auch an Universitäten und Fachhochschulen mit „normalen“ Präsenzstudiengängen die Hürden für Studierende ohne Abitur fallen. Deshalb fordern wir Jusos vor Ort an den Universitäten und Fachhochschulen den Abbau von jeglichen Zugangshürden wie Interviews, Tests oder dem Probestudium auf Zeit für beruflich

95 Qualifizierte, die für uns ohnehin nur Instrumente sozialer Selektion darstellen. Zudem
fordern wir die Korrektur der Inhalte der KMK-Vorgaben von 2009 – Abstufungen und die
Einordnung unterschiedlicher beruflicher Qualifikation dürfen nicht dazu dienen, manche
Menschen von einem Studium auszuschließen. Ein unterschiedlicher Erfahrungshorizont
100 (längere Berufserfahrung, Fortbildungen oder ein Meistertitel) sollten sich lediglich in der
Möglichkeit niederschlagen, sich bestimmte erworbene Leistungen für ein Studium
anrechnen lassen zu können. Hierfür fordern wir Jusos eine zentral geregelte
Anerkennungspraxis, die analog zur Anerkennung von ausländischen
Hochschulzugangsberechtigungen oder ausländischen Berufsabschlüssen über die KMK
geregelt werden könnte.

105

Bedingungen für potenzielle StudienanfängerInnen verbessern

110 Die Entscheidung für ein Studium ist – egal ob mit oder ohne formale
Hochschulzugangsberechtigung – immer noch mit finanzieller Unsicherheit und
Entbehrungen einhergehend. Das Stipendienprogramm der schwarz-gelben Bundesregierung,
welches bezeichnenderweise den Namen „Aufstiegsstipendium“ trägt lehnen wir Jusos,
ebenso wie Stipendien zur Studienfinanzierung generell, ab. Alleine die Zahlen der
115 vergebenen Stipendien belegen (im Jahr 2010 nach zwei Jahren Programmlaufzeit waren es
sage und schreibe 3.500 Menschen, die gefördert wurden), dass dieses Instrument der
Studienfinanzierung mangelhaft für die flächendeckende Erhöhung der Quote der
Studierenden ohne Abitur ist. Hingegen ist das Modell BAföG, wie auch abermals von der
aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks aus diesem Jahr bestätigt, das
120 Instrument, um Bildungsteilhabe flächendeckend und bedarfsgerecht zu ermöglichen. Wir
Jusos fordern die längst überfällige Abschaffung der Altersgrenze für die Gewährung von
Bafög, eine von dem Einkommen der Eltern unabhängige Berechnung der Fördersätze und
eine Anpassung der Fördersätze an die realen Lebensumstände beruflich Qualifizierter.

125 Unsere Vorschläge zeigen überdeutlich: Bereits mit einigen wenigen Veränderungen könnten
studierwillige beruflich Qualifizierte wesentlich einfacher ein Studium aufnehmen. Für die
Umsetzung kompletter Chancengleichheit bedarf es vor allem den nötigen politischen Willen.
Bildungsgerechtigkeit ist kein sozialromantischer Traum, sondern kann in die Tat umgesetzt
werden!

Chancengleichheit schaffen, BAföG reformieren

Forderung:

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist zu reformieren. Die Elternfreibeträge müssen signifikant angehoben werden. Dabei sind die Sätze so anzupassen, dass jedem Studierenden eine bedarfsdeckende Ausbildungsförderung zukommt. Ebenfalls muss eine Förderungsmöglichkeit für Teilzeitstudierende geschaffen werden.

Analyse:

Das deutsche BAföG-System ermöglicht schon seit Jahrzehnten jungen Menschen aus weniger finanzstarken Familien und oft bildungsfernen Schichten die Finanzierung eines Studiums. Zurückgehend auf die Brandt-Ära wurden die BAföG-Bezüge unter der Regierung Kohl drastisch gekürzt und letztendlich unter Rot-Grün vollkommen reformiert. Heute beziehen über 800.000 Studierende und Schüler_innen durchschnittlich 389€ der staatlichen Ausbildungsförderung. Doch ein Kernproblem existiert weiter: Die Elternfreibeträge sind zu niedrig, sie erfassen viel zu wenige Studieninteressierte. Gerade junge Erwachsene, deren Eltern der sogenannten Mittelschicht entstammen, also zu „reich“ sind um BAföG zu erhalten und zu „arm“ um ihr Studium problemlos zu finanzieren, werden finanziell überproportional schlechter gestellt. Der Effekt ist absehbar. Während das Bundesausbildungsförderungsgesetz bei den finanzschwachen Familien recht gut wirkt, klafft eine Lücke innerhalb der (unteren) Mittelschicht (also unmittelbar oberhalb der Elternfreibeträge). Dabei ist der Ehrliche der Dumme, weil schon heute oft bei der Berechnung des Einkommens und Vermögens so getrickst wird, dass viele zu Unrecht BAföG erhalten.

Es ist erkennbar, warum die Politik vor einer weitreichenden BAföG-Reform zurückschreckt. Die Zahl der Studierenden steigt Semester für Semester an, die Finanzierung ist ungeklärt und hat schon in der Vergangenheit zu Streit zwischen Bund und Ländern geführt. Jedoch wird für spätestens in zehn Jahren ein Einbruch der Studierendenzahlen prognostiziert.

Ein ähnliches Problem, welches den Studienerfolg beeinträchtigt, ist die finanzielle Förderung von Studierenden im Teilzeitstudium. Diese sind bisher von einer Förderung gemäß BAföG ausgeschlossen, unabhängig davon, ob sie parallel zu ihrem Studium erwerbstätig sind oder nicht.

Nicht jeder Teilzeitstudierende ist gleichzeitig berufstätig, sondern oft liegt der Grund für das Teilzeitstudium in einem stärkeren Flexibilisierungsbedürfnis. Dies kann beispielsweise durch die Erziehung eigener Kinder oder die Pflege kranker oder behinderter Familienangehöriger bedingt sein. Da hierdurch ein enormer Zeitaufwand entsteht, ist ein Teilzeitstudium oft der einzige Ausweg um nicht mit Fortschrittskontrollen zu kollidieren und eventuell sogar Prüfungsansprüche zu verlieren. Um die Studierenden hier nicht zusätzlich zu belasten und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zur Fortsetzung ihres Studiums bei guter Vereinbarkeit mit ihren privaten Verpflichtungen zu geben, ist eine Erweiterung der BAföG-Bezugskriterien auf diese Studierendengruppe notwendig.

Für die notwendige und zunächst kostenintensive Reform werden Bund und Länder

womöglich erst dann die Kraft aufbringen, wenn die Zahl der Studierenden durch den demografischen Wandel wieder massiv sinkt und man versuchen wird einen Mangel an akademisch ausgebildeten Arbeitskräften zu vermeiden. Eine grundlegende Reform dieser beiden Punkte ist aber bereits jetzt notwendig, nicht erst dann, wenn es bereits zu einem Mangel an Hochschulabsolventen bei der Neubesetzung von Arbeitsstellen kommt.

50

Friedlichen Fortschritt stärken - Zivilklausel bundesweit einführen!

Die Verpflichtung zu Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung hat für uns Jusos hohe Bedeutung. Sie wird dort verletzt, wo Forschung nicht dem Fortschritt dient, sondern der Rüstung, dem Krieg oder den Profitinteressen jener, die damit Geld verdienen.

5

Die Jusos unterstützen daher die Bestrebungen der sog. 'Zivilklauselbewegung' für eine dem Frieden dienende Forschung. Sie wirkt an zahlreichen Hochschulstandorten auf die Einführung, den Erhalt oder die Ausweitung einer Selbstverpflichtung zu ziviler Forschung hin. Gleichzeitig kämpft sie für die Verankerung von Zivilklausen in den Hochschulgesetzen – gegen erhebliche Widerstände aus Wirtschaft und konservativen Kreisen, die dies mit Verweis auf die Wissenschaftsfreiheit ablehnen.

10

Für uns Jusos steht fest: Forschung ist frei, aber nicht ohne Verantwortung. Wissenschaftliche Einrichtungen arbeiten im Auftrag der Gesellschaft, die ihnen mittels ihrer demokratischen Organe allgemeine Regeln setzt. Bei der Frage, ob die Erkenntnisse der Forschung das Zusammenleben der Menschen erleichtern oder es stattdessen zerstören, darf der Gesetzgeber nicht schweigen. Die Festlegung der Einrichtungen auf zivile Zwecke ist hier die richtige Antwort.

15

Wir Jusos wissen, dass die Abgrenzung von ziviler und militärisch nutzbarer Forschung nicht immer einfach ist. Uns geht es nicht darum, jede Forschung zu unterbinden, die theoretisch auch militärisch nutzbar sein könnte. Das wäre realitätsfern. Eine gesetzliche Zivilklausel sollte stattdessen eindeutige Rüstungsforschung unterbinden und im Weiteren umgesetzt werden, indem über strittige Dual-Use-Fälle an den jeweiligen Einrichtungen öffentlich diskutiert und entschieden wird. Auf diese Weise können gesellschaftliche Auswirkungen breit analysiert, Absprachen zwischen InteressenvertreterInnen und Einrichtungsleitungen aufgedeckt und die Einhaltung von Veröffentlichungspflichten gewährleistet werden, während die Autonomie der Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewahrt bleibt.

25

Auf Grundlage dieser Überlegungen setzen sich die Jusos bundesweit für die Einführung einer wie folgt lautenden Zivilklausel als Bestandteil der Aufgaben der Hochschulen sowie eine analoge Regelung für die vom Bund und von den Ländern finanzierten Forschungsinstitute ein:

30

Die Hochschulen wirken für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Forschung, Lehre und Studium an den Hochschulen sind ausschließlich friedlichen Zielen und zivilen Zwecken verpflichtet. Über strittige Fälle ist an den Hochschulen öffentlich zu diskutieren und zu entscheiden.

35

Überführung des Bundesfreiwilligendienstes in die bestehenden Freiwilligendienststrukturen

Als die schwarz-gelbe Bundesregierung im letzten Jahr ankündigte die Wehrpflicht auszusetzen, stand auch die Frage im Raum, wie man damit umgeht, dass bei einem solchen Schritt zwangsläufig auch keine Zivildienstleistenden mehr „rekrutiert“ werden. Die Bundesregierung entschied sich unter anderem deshalb ein Freiwilligenprogramm aufzulegen, das zum Ziel hat viele der Zivildienststellen, in dieses neue Format zu überführen und dementsprechend nicht einfach wegfallen zu lassen. Dahinter steckt die Überlegung, dass die Zivildienststellen mittlerweile einen gewaltigen Stellenwert für viele soziale und kulturelle Einrichtungen eingenommen hatten. Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) sollte dementsprechend eine zwangsläufig auftretende Lücke schließen, zumal im Bundeshaushalt die bisherigen Mittel für den Zivildienst bereits vorhanden waren und so schnell und unkompliziert dem neuen Programm zur Verfügung gestellt werden konnten. Aber warum eigentlich einen neuen Freiwilligendienst schaffen, schließlich gibt es seit vielen Jahren Freiwilligenprogramme wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) oder auch das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ)? Diese bestehenden Freiwilligenprogramme leisteten bereits zu Zeiten des Zivildienstes eine wichtige zivilgesellschaftliche Funktion und hätten durch den Wegfall des Zivildienstes eine Aufwertung erfahren können, die leider politisch nicht gewollt war!

Die Folgen dieser neuen Doppelstruktur laufen dem eigentlichen Ziel, junge Menschen einen Einblick in soziale oder kulturelle Einrichtungen zu gewähren und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern, zuwider. Wir haben es hier nicht nur mit einer Doppelstruktur zu tun, die sich anhand des Namens konstruiert, sondern vielmehr zwei unterschiedliche Herangehensweisen: Gibt es in den klassischen Freiwilligenprogrammen einen Dreiklang von Freiwilligen, den Einrichtungen und dem vermittelnden Trägern der Einsatzstellen, wird dieser im BFD aufgelöst. Hierfür wurde extra eine neue Bundesbehörde geschaffen, das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), ehemals Bundesamt für Zivildienst (BAZ), die den BFD unter eine Zentralverwaltung stellt. Das Prinzip, dass örtliche Träger als Mediator zwischen den örtlichen Einsatzstellen und den Freiwilligen fungieren, wird hierdurch massiv torpediert und dies nicht zum Vorteil für die Freiwilligen und die Einsatzstellen. So ist der Träger nicht mehr eigenständiger Vertragspartner, sondern handelt nur noch als eine Art Kommissionär zwischen dem Freiwilligen und der BAFzA. Wer freiwilliges zivilgesellschaftliches Engagement fördern möchte, zugleich allerdings das bewährte Trägerprinzip, das gesellschaftliche Akteure direkt vor Ort einbindet, aushebelt, verfolgt offensichtlich ein ganz anderes Ziel!

Das eigentliche Ziel des BFD wird dann deutlich, wenn man sich seine Entstehungsgeschichte noch einmal etwas genauer anschaut. Weitläufig reden wir davon, dass die Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft wurde. Dies ist aber nicht Fall. Für die Abschaffung der Wehrpflicht wäre eine Grundgesetzänderung notwendig gewesen. Die schwarz-gelbe Regierung hat sich diese allerdings juristisch über eine „Aussetzung“ erspart. Das bedeutet, dass in Deutschland weiterhin die Wehrpflicht und somit auch der verpflichtende Ersatzdienst Bestand hat. Auch wenn die Wehrpflicht zurzeit nicht Anwendung findet, wäre dies durch eine Entscheidung des Bundestages bereits morgen

45 wieder möglich! Die Möglichkeit die Wehrpflicht jederzeit wieder „einzusetzen“, bedeutet
allerdings auch, dass die bisherigen Strukturen weitestgehend beibehalten werden müssen.
Das heißt, dass die Bundesregierung Einrichtungen (bspw. das BAZ, jetzt BAFzA) oder die
Zivildienstschulen) weiter betreibt für den Fall, dass neben der Wehrpflicht auch der
50 verpflichtende Ersatzdienst eines Tages wiederkehrt. Die Bundesregierung betreibt hier
Augenwischerei, denn den großen Schritt, die Wehrpflicht aus dem Grundgesetz zu streichen,
hat sie vertan.

Wir brauchen keine Wehrpflicht und auch keinen verpflichtenden Ersatzdienst. Die
Wehrpflicht ist ein Relikt des Kalten Krieges. Wir lehnen die grundgesetzliche Beibehaltung
55 der Wehrpflicht ab, da durch ein bloßes „Aussetzen“ die mit der Wehrpflicht verbundenen
Gerechtigkeits- und Grundsatzfragen nicht beantwortet sind! Wir halten die Wehrpflicht
weiterhin für verfassungswidriges Verfassungsrecht, da sie nicht nur dem grundgesetzlichen
Wert der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Art. 3 GG) und dem Verbot von
Zwangsarbeit (Art. 12 GG) widerspricht, sondern auch mit seinem Zwangscharakter eklatant
60 der Menschenwürde (Art. 1 GG) entgegen steht. Wir streben daher die Streichung des Art.
12a (Wehr- und Dienstpflicht) an. Dies ist der erste Schritt, um die bestehenden
Freiwilligendienste zu stärken und unnütze Doppelstrukturen durch die Schaffung des BFD
wieder abzuschaffen.

65 Im zweiten Schritt bedarf es einer Neuregelung der bisherigen Verantwortlichkeiten von
Bund und Ländern im Bereich der Freiwilligendienste. Zurzeit werden die bestehenden
Freiwilligendienste hauptsächlich unter dem Aspekt der „Bildung“ gefasst und fallen
deshalb in die Zuständigkeit der Länder. Dass den Freiwilligendiensten eine
Bildungskomponente nicht abzusprechen ist, dafür machen wir uns stark. Zum anderen gilt es
70 allerdings den Aspekt des zivilgesellschaftlichen Engagements stärker zu fassen und dem
Bildungsaspekt zumindest gleichzusetzen. Über dieses Begründungsmuster für die
Freiwilligendienste ist auch eine neue Finanzierungsstruktur möglich. Zurzeit bezuschusst
der Bund zwar bspw. das FSJ oder FÖJ, die Hauptverantwortung für die Finanzierung und
auch die organisatorische Begleitung liegt allerdings bei den Ländern. Diese Praxis hat sich
75 bewährt. Mit Sorge sehen wir daher, dass der Bund nun einen neuen Freiwilligendienst
schafft, der wesentlich höhere finanzielle Anreize setzt und so versucht dem FSJ/FÖJ
Freiwillige abzuwerben! Vielmehr muss es im Sinne der Stärkung des zivilgesellschaftlichem
Engagements dazu kommen, dass der Bund die Länder stärker bei der Finanzierung der
bestehenden Strukturen unterstützt. Dem BAFzA stehen 270 Mio. € im Bundeshaushalt 2012
80 zur Verfügung. Für die bestehenden Strukturen hat der Bund seinen Finanzierungsanteil im
Zuge der Wehrpflichtaussetzung zwar um etwas mehr als 20 Mio. € seit 2010 auf 93 Mio. €
im Haushaltsjahr 2012 erhöht, im Vergleich zur Finanzausstattung des BFDs sind dies
allerdings nur Marginalbeträge. Auch wenn man Freiwilligendienste unter dem Aspekt einer
beruflichen Orientierung für junge Erwachsene fasst, wäre eine stärkere finanzielle
85 Beteiligung des Bundes verfassungsrechtlich wenig problematisch, schließlich besitzt der
Bund im Bereich der beruflichen Bildung mit die letzten bildungspolitischen Kompetenzen
überhaupt! Für uns ist die Argumentation, dass der Bund das FSJ oder FÖJ nicht stärker
mitfinanzieren könne absurd und an den Haaren herbeigezogen.

90 Mit Sorge sehen wir zudem, dass die Bundesregierung über den BFD versucht die
Arbeitslosenstatistik zu schönen. Gibt es für das FSJ/FÖJ eine Altersbegrenzung, wurde diese
beim BFD bewusst nicht getroffen. Prinzipiell sehen wir auch eine Beteiligung älterer
Menschen an Freiwilligendiensten positiv, eine Verschiebung von Langzeitarbeitslosen in
den BFD halten wir allerdings für wenig zielführend. Freiwilligendienste können zwar eine

95 berufliche Orientierung bieten, können allerdings nicht als Ersatz für berufliche
Weiterqualifizierung verstanden werden! Außerdem muss arbeitsmarktpolitisch darauf
hingewirkt werden, dass die geschaffenen Freiwilligendienststellen keine reguläre
Beschäftigung verhindert. Mussten beim Zivildienst aus der Not heraus viele Stellen
100 geschaffen werden, muss es bei den Freiwilligendiensten um Qualität gehen.
Zivildienstleistende als billige Arbeitskräfte gibt es nicht mehr! Und der BFD darf hierfür
auch kein Ersatz sein! Wo die Chance besteht, ehemalige Zivildienststellen in reguläre
Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, muss dies geschehen und nicht durch die
Ersetzung durch Freiwilligendienststellen kompensiert werden. Die Aussetzung der
Wehrpflicht könnte somit auch arbeitsmarktpolitisch positive Auswirkungen haben.

105 Abschließend können wir festhalten, dass wir weder die Wehrpflicht im Grundgesetz
brauchen, noch ein neues Freiwilligenprogramm, das den bisherigen Programmen unnötig
Konkurrenz macht und zudem als eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Erwerbslose
fungieren soll. Wir lehnen den Bundesfreiwilligendienst ab und fordern stattdessen die
110 Auflösung der bestehenden Doppelstruktur in den Freiwilligendiensten und eine Überführung
der finanziellen Mittel des BFDs in die bestehende Struktur der Freiwilligendienste! Nur so
können die Freiwilligendienste ein qualitativ-hochwertiges Angebot sein, das
zivilgesellschaftliches Engagement fördert und zudem berufliche Orientierung bietet. Hier
müssen Kontrollinstrumente geschaffen werden, die verhindern, dass Freiwillige Aufgaben
115 übernehmen, die ausgebildeten Fachkräften vorbehalten sein sollten, und so sich und die
Klientinnen und Klienten überfordern. Partizipationselemente wie die Interessenvertretung
der Freiwilligendienstleistenden müssen finanziell gefördert und auf alle Träger ausgeweitet
werden. Die Rechte der Vertreterinnen und Vertreter der Freiwilligendienstleistenden müssen
dergestalt ausgeweitet werden, dass sie in für Freiwillige relevanten Fragen zu Rate gezogen
120 werden. Außerdem müssen Runde Tische für Freiwilligendienste, an dem Träger, Freiwillige
und Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen zusammenkommen, eingerichtet
und/oder gestärkt werden.

Freiwilliges Engagement stärken!

5
Freiwilliges Engagement bereichert unsere Gesellschaft und ist in Deutschland trotz Flexibilisierungen in den Arbeitsverhältnissen und erhöhtem Leistungsdruck in Schule und Universität immer noch stark ausgeprägt. So engagieren sich in Deutschland rund ein Drittel der Wohnbevölkerung ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden oder Organisationen. Freiwilliges Engagement ist für uns Jusos gesellschaftliche Partizipation, um unsere Gesellschaft an vielen Stellen gerechter, sozialer und vielfältiger zu gestalten. Leider gibt es allerdings in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten Tendenzen, die wir als Jusos so nicht mittragen können und wollen.

10

Abnehmendes Engagement unter Jugendlichen

15
Das freiwillige Engagement im Ehrenamt nimmt unter Jugendlichen ab! Dies ist sehr bedauerlich, die Gründe hierfür sind allerdings klar ausfindig zu machen. So führt die Schulzeitverkürzung des Gymnasiums und die Verschulung des Studiums dazu, dass viele Jugendliche unter einem erhöhtem Leistungsdruck stehen, der direkt dazu führt, dass das ehrenamtliche Engagement unter Jugendlichen stetig abnimmt. Wir Jusos fordern daher die Schulzeitverkürzung von G9 auf G8 rückgängig zu machen und die Studienorganisation soweit zu reformieren, dass es auch Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder möglich
20
wird sich stärker ehrenamtlich zu engagieren. Auch die inhaltliche Konzeption von Schulen, Ausbildung und Studium, muss wieder mehr die Gemeinschafts- und Gesellschaftsaspekte aufgreifen und nicht eine „Welt der Konkurrenz und des EinzelkämpferInnentums fördern. Auch für junge Erwerbstätige ist es schwieriger geworden sich ehrenamtlich zu engagieren. Gerade unter jungen ArbeitnehmerInnen ist prekäre Beschäftigung mittlerweile leider zum
25
Normalfall geworden. Um auch hier die gesellschaftliche Teilhabe durch freiwilliges Engagement wieder zu erhöhen, braucht es Maßnahmen, die dafür Sorge tragen, dass reguläre Beschäftigung ohne ausufernde Befristungen und Flexibilitätsansprüchen wieder zum Normalfall in Deutschland wird!

30

Grenzen von freiwilligem Engagement

Wir Jusos sehen es mit großen Bedenken, dass der Staat sich immer weiter aus seinen Verpflichtungen stiehlt. Für uns ist klar, dass freiwilliges Engagement immer als Ergänzung zur staatlichen Daseinsfürsorge zu sehen ist und nicht zum Ersatz hierfür werden darf. Dies
35
zeigt sich vor allem auf der kommunalen Ebene. Für uns ist es untragbar, dass Bedürftige bspw. auf das freiwillige Engagement der Tafeln angewiesen sind. In einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt müssen Menschen um Essen betteln. Ein unhaltbarer Zustand und ein Versagen des Staates und der Kommunen. Auch wenn bspw. örtliche Fördervereine in die Pflicht genommen werden, um „öffentliche“ Einrichtungen weiter zu betreiben, damit
40
sich der Staat oder die Kommune immer stärker zurückziehen kann, ist aus unserer Sicht unverständlich. Der Staat und die Kommunen müssen endlich wieder für die Daseinsfürsorge einstehen und diese nicht privaten Initiativen überlassen. Deshalb ist es umso wichtiger vor allem die Kommunen finanziell stärker zu unterstützen, damit sie dieser Aufgabe nachkommen können.

45

Gender und freiwilliges Engagement

50 Auch im Ehrenamt gibt es geschlechterspezifische Unterschiede. So engagieren sich Frauen hauptsächlich in Schulen, der Kirche oder im Sozialbereich. Dass gerade freiwilliges Engagement im Sozialbereich mit starken Belastungen korreliert und häufig auch zu Überforderungen führt, trifft somit stärker Frauen als Männer. Wer freiwilliges Engagement fördern will, muss daher die Rahmenbedingungen auch von staatlicher oder kommunaler Seite soweit verändern, dass dieses Engagement stärker wertgeschätzt und die
55 Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit sie eben nicht zur Überforderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen.

Für uns Jusos ist klar, dass freiwilliges Engagement ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen und lebendigen Gesellschaft ist. Gerade deshalb müssen wir uns dafür stark
60 machen, dass das Ehrenamt nicht zur Überforderung der Freiwilligen führt und nicht durch den Staat oder die Kommune für ureigene Aufgaben vereinnahmt wird!

Demokratie und Teilhabe als verbundene Herausforderungen

1. Demokratie und Teilhabe als verbundene Herausforderungen

5 Die Demokratiefrage betritt im frühen 21. Jahrhundert mit mächtigen Schritten erneut die Bühne der Weltpolitik. Die neue Hoffnung auf Demokratie nach dem Sturz autokratischer Regime in den nordafrikanischen Ländern bildet einen scharfen Kontrast zur Ohnmacht demokratisch legitimierter Regierungen im Angesicht der globalen und europäischen Wirtschafts- und Finanzkrisen. In Deutschland fällt die umfassende und zumindest in Teilen neuartige Kritik an der Gestaltung unserer demokratischen Verfahren, Akteur_innen und Kultur ins Auge. Der Forderung nach einem neuen Gemeinsamen in der Demokratie steht aber die zunehmende Zerrissenheit und Spaltung unserer Gesellschaft gegenüber, die sowohl im Ausmaß schwerwiegenderen als auch ihren Mechanismen feingliedriger und vielfältiger ist als zuvor.

15 Mehr Selbstbestimmung, das verlangt größere Gleichheit und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Als sozialistischer Richtungsverband stehen wir Jusos für einen Gesellschaftsentwurf der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Unsere Vision ist eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, eine Gesellschaft, in der alle Menschen ihren Platz finden und an der alle Menschen teilhaben. Demokratie ist für uns nie nur Methode, nie nur Format. Sie ist normative Leitidee für die kollektive Gestaltung der Gesellschaft. Wir richten unsere Politik an unserer Vision aus.

25 Mehr Demokratie ist und bleibt unser Ziel. Sie zu verteidigen und zu verbessern ist alle Mühen wert. Mit dem demokratischen Status Quo sind wir nicht zufrieden, deshalb begrüßen wir die Diskussion darüber wie wir mehr Demokratie erreichen. Die aktuellen Debatten um Parteienkrise, Politikverdrossenheit und Postdemokratie lassen allerdings allzu oft den wohl wesentlichen Makel unserer Demokratie unbeleuchtet, nämlich dass die Stimme der einen so viel lauter als die der anderen ist, weil es jenen an den materiellen Voraussetzungen für demokratische Mitbestimmung zunehmend fehlt. Unsere Demokratie ächzt unter der Ungleichheit ihrer BürgerInnen. Die fortschrittliche Umgestaltung unserer Demokratie, also der Verfahren in denen wir kollektiv verbindliche Entscheidungen über unsere Zukunft treffen, berührt also nie allein Fragen von Prozessen und Transparenz, sondern gerade auch Fragen von Ungleichheit und Ausgrenzung.

35 Demokratie und Teilhabe hängen für uns essentiell zusammen. Wir stellen nicht nur die Frage, wie wann von wem entschieden wird; wir nehmen die Machtverhältnisse in den Blick, die unsere Gesellschaft strukturieren und Voraussetzungen für Teilhabe schaffen, aber eben auch nehmen.

40 2. Gesellschaftliche Spaltung

Von einer Gesellschaft der Freien und Gleichen sind wir weit entfernt. Macht und Ressourcen sind ungleich verteilt. Diese zunehmende gesellschaftliche Spaltung bedeutet im Kern eine Polarisierung von Teilhabe. Denn Teilhabe ist voraussetzungsreich. Die Demokratisierung

45 der Gesellschaft hebt soziale Spaltungen auf.

Mangelnde Teilhabe durch materielle Ungleichheit

50 Materielle Teilhabe war und bleibt der entscheidende Faktor der sozialen Teilhabe. Wer materiell abgesichert ist, nimmt am gesellschaftlichen Leben teil, materielle Ausgrenzung bedeutet soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung. Dies betrifft die Teilhabe am kulturellen Leben genauso wie die an politischen Prozessen. Zahlreiche Untersuchungen belegen diesen Zusammenhang. So steigt die Wahlbeteiligung entlang des Haushaltseinkommens; die Partizipation an direktdemokratischen Instrumenten steigt sogar noch wesentlich ausgeprägter. Ökonomische Ausgrenzung bedeutet immer auch Ausschluss von Mobilität, von Kultur und Freizeit.

Spaltung Arbeit/Kapital

60 Der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ist weiterhin der dominierende Ungleichheitsmechanismus in der modernen Gesellschaft. Anstatt der Abmilderung oder Lösung dieses Widerspruchs zu dienen, haben politische Entscheidungen der Vergangenheit gesellschaftliche Entwicklungen ausgelöst, die diesen Gegensatz noch verstärkt haben. Die Spaltung der Gesellschaft entsteht ökonomisch an der Stelle, an der lohnabhängig Arbeitende bei der Wertverteilung der Produktion benachteiligt werden.

Erwerbsarbeit ist für gesellschaftliche Teilhabe zentral

70 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur für Welterschöpfung, gesamtgesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand entscheidend, sondern auch das zentrale Element sozialer Teilhabe. Und dies in doppeltem Sinne: Einerseits sichert Erwerbsarbeit das eigenständige individuelle materielle Auskommen aller derjenigen, die nicht über Kapital verfügen - und damit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Sie ist damit das zentrale Moment materieller Absicherung, folglich muss sie auch existenzsichernd gestaltet sein. Andererseits ist Arbeit ein entscheidender Bezugspunkt für die individuelle Verortung und Moment gesellschaftlichen Zusammenlebens. Mit der Teilhabe am Arbeitsmarkt geht das Gefühl einher, am gesellschaftlichen Fortkommen beteiligt zu sein, einen Beitrag geleistet zu haben. Der Arbeitsplatz schafft ein soziales Umfeld, strukturiert Gesellschaft.

80 Dementsprechend hat Arbeitslosigkeit gravierende Folgen - auch jenseits der offensichtlichen materiellen Auswirkungen. Erwerbslosigkeit wird begleitet vom Gefühl des Ausschlusses von der Gesellschaft, vom Gefühl, um die Möglichkeit einen eigenständigen Beitrag leisten zu können betrogen worden zu sein. Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, geben häufig im gleichen Zuge auch ehrenamtliche Tätigkeiten, mit denen sie zuvor ihre eigene Freizeit und die von anderen Menschen gestaltet hatten. Der Arbeitsplatzverlust hat auch körperliche Auswirkungen. Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, werden häufiger krank – psychisch wie physisch. Arbeitslosigkeit schafft Ausgrenzung, Arbeit schafft Teilhabe.

90 Fallen Menschen aus der Erwerbsarbeit, muss der Sozialstaat diese folglich auffangen: Er muss einerseits für die materielle Absicherung ihrer Existenz sorgen und andererseits darauf hinwirken, dass sie durch eine neue Erwerbsarbeit weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Gesellschaftliche Teilhabe hat immer die Voraussetzung ökonomischer Teilhabe. Die durch

95 den Widerspruch von Kapital und Arbeit ausgelösten ungleichen Teilhabechancen werden durch einseitige Reaktionen auf Wirtschafts- und Finanzkrisen noch verstärkt. Die gesellschaftlich ungleiche Wertverteilung, die nicht mit der realen Wertbildung übereinstimmt, sorgt so auch für eine ungleiche Verteilung von Teilhabechancen.

100 *Gesellschaftliche Spaltung durch Statushierarchie*

Gesellschaftliche Spaltung wird neben sozioökonomischen Unterschieden auch durch Statusunterschiede, die auf anderen Grenzziehungen beruhen, vorangetrieben. Verschiedene institutionalisierte Muster kultureller Bewertung in unserer Gesellschaft grenzen ab und aus, schaffen Normal und Anders, „Weiß“ und „Schwarz“, Herr und Knecht. Dadurch etablieren diese Muster eine symbolische Ordnung der Ungleichwertigkeit, die sich in Diskriminierung niederschlägt, der Benachteiligung und Herabwürdigung von Gruppen oder Individuen. Wer diskriminiert wird hat weniger Zugang zum Arbeitsmarkt, geringere Bildungschancen und erhält einen geringeren Teil des gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstands.

110 Diskriminierung wird auch über Identitäten transportiert. Identitäten sind veränderbar und stehen nicht fest. Statushierarchien, soziale Machtkonstellationen und politische Kämpfe formieren Identitäten. Wer in einem Land als „coloured“ gilt, wird in anderen Kontexten als „white“ wahrgenommen, wer sich hierzulande als Arbeiterin versteht, kann in Ländern des Südens die Position einer „reichen Ausländerin“ einnehmen, aus einem „Feministen“ kann in Verteilungskämpfen einfach ein „Mann“ werden und umgekehrt. Oft werden Gruppensolidaritäten und Formen kollektiver Benachteiligung erst durch gemeinsames Erleben virulent und politisch wirksam: wer sich nicht bewegt, spürt seine Ketten nicht. Identitäten sind oft fremd zugeschrieben, können aber auch selbst gewählt sein. Gerade im letzteren Fall können sie auch Ausgangspunkt für Emanzipationsbewegungen sein. So können identitär geführte soziale Kämpfe potentiell zu einer gerechten Gesellschaft beitragen, vor allem dann, wenn die Interessen einzelner auch die Interessen aller gesellschaftlich Diskriminierten berücksichtigen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass große soziale Fragen in identitär geführte Kämpfe aufgespalten werden.

125 Gesellschaftliche Statusunterschiede sind nicht samt und sonders Ergebnis sozio-ökonomischer Ungleichheit, aber sie haben fast immer materielle Folgen (Zugang zum Arbeitsmarkt, Aufstiegschancen, Bildungschancen etc.) und vertiefen somit die soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Umgekehrt gilt auch, dass soziale Ungleichheit auf andere Formen gesellschaftlicher Spaltung ausstrahlt. Diskriminierung und materielle Benachteiligung verstärken sich gegenseitig und verfestigen gesellschaftliche Machtverhältnisse. In diese Machtverhältnisse sind wir auch selbst involviert. Am gesellschaftlich positiv beurteilten Ende des Spektrums stehen diejenigen unter uns, die den expliziten und impliziten Normen der bundesdeutschen Gesellschaft entsprechen: idealerweise weiße, heterosexuelle gesunde Männer. Sie genießen in unserer Gesellschaft unausgesprochene Privilegien. Sich dieser bewusst zu machen ist eine Voraussetzung ihrer Abschaffung.

140 Diskriminierungen sind keine Bagatellen. Aus der Perspektive der Betroffenen sind sämtliche Diskriminierungen entwürdigend, weshalb keine Form der Diskriminierung zu tolerieren ist. Wir wollen eine Gesellschaft der Gleichwertigkeit, in der sämtliche Diskriminierungen verschwinden. Richtig ist aber auch, dass Diskriminierungen unterschiedlich große Gruppen in unterschiedlich starkem Maße treffen, in unterschiedlichem Maße Auswirkungen auf die Unversehrtheit eines Menschen haben und somit für uns unterschiedliche Dringlichkeit für

145 politische Interventionen schaffen. Diskriminierung findet in unserer Gesellschaft unter anderem aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität und Orientierung, Herkunft und rassistischer Zuschreibung, Behinderung oder Sprache statt.

150 Grundlegendes Ziel muss dabei eine Überwindung der diskriminierenden und Ungleichheit verursachenden kapitalistischen Gesellschaftsformationen bleiben, um allen Diskriminierungen die sozio-ökonomische Grundlage zu entziehen und deren materielle Konsequenzen auszuschließen. Alle Arten von Ungleichheit und Diskriminierung sind konstitutiv in die Produktionsweise des Kapitalismus eingebunden. Eine notwendige Voraussetzung auf dem Weg, sie zu beseitigen, kann also nur die Überwindung des
155 Kapitalismus sein.

Geschlechterhierarchien und ihre Überwindung

160 Die Gleichstellung aller Geschlechter bleibt unser zentrales Ziel. Partizipation von Frauen in der Gesellschaft ist unser Ziel. Noch immer sind Frauen in all denjenigen Lebensbereichen deutlich unterrepräsentiert, die Prestige, Geld oder Macht bringen. Sei es Politik, Führungsetagen der Privatwirtschaft, Literatur, Journalismus oder Wissenschaft – Frauen stehen deutlich seltener im Fokus der Aufmerksamkeit oder gesellschaftlichen Debatte. Dies führt zu einer Schiefe in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Relevanz und Bedeutung
165 von Männern versus Frauen, die ungerecht und ungerechtfertigt aber einer patriarchalen Gesellschaft systemimmanent ist.

Neben diesen eher latenten Diskriminierungsmechanismen gibt es jedoch auch sehr explizite Auswirkungen der Geschlechterungleichheit. Geschlechterdiskriminierung hat nicht nur den Effekt, dass Frauen weniger wahrgenommen werden, sondern auch knallharte ökonomische
170 Auswirkungen. Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 23% weniger als Männer, sind häufiger in Teilzeit oder dem Niedriglohnsektor beschäftigt, sind schlechter sozialversichert, häufiger von Altersarmut betroffen. Probleme der Partizipation am Arbeitsmarkt und der selbstständigen Lebensabsicherung kumulieren sich in der besonderen
175 Situation Alleinerziehender. Noch immer sind fast 95% aller Alleinerziehenden Frauen. Selbst sehr gut ausgebildete Frauen haben große Schwierigkeiten als Alleinerziehende eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, von der sie sich selbst und ihre Familie ernähren kann. Das eigentlich als emanzipatorischer Akt gedachte neue Unterhaltsrecht, mit dem Frauen kein Anrecht auf eine eigenständige Absicherung durch ehemalige Ehepartner haben, tut sein
180 Übriges um die Situation für Frauen und Kinder zu verschärfen.

Zurzeit wird Gleichstellung vielfach nicht als Selbstverständlichkeit betrachtet, sondern zumeist auf die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben verkürzt, was Frauen weiterhin auf eine Rolle als vermeintliche Mutter reduziert. In dieser Form verliert
185 Gleichstellungspolitik ihren emanzipatorischen Wert, weil sie zu einem Instrument staatlicher Biopolitik verkommt. Dabei wird die Manifestation des universalistischen Prinzips der Männlichkeit betrieben, weil die Funktion als Vater nur eine von vielen Rollen ist, die Männern offen steht. Wir sind sensibel dafür, dass Gleichstellungspolitik mehr erreichen muss, als den Gegensatz von Familien- und Erwerbsleben zu überwinden. Dabei ist uns klar,
190 dass der konventionelle Familienbegriff zu eindimensional ist, ebenso sind wir uns darüber bewusst, dass Lebensentwürfe, in welchen keine Kinder vorkommen, trotzdem von einer progressiven Politik profitieren müssen.

In einer zunehmenden Pluralisierung und Gleichstellung unterschiedlicher

195 Geschlechtsidentitäten sehen wir zudem die Chance, dass statische Geschlechterkategorien nachhaltig verändert werden und ihre Wirkungsmacht verlieren. Dabei verlieren wir nicht aus den Augen, dass der Geschlechterdualismus ein zentrales Moment kapitalistischer Arbeitsteilung ist, weshalb wir weiterhin an Politiken festhalten, die klassischerweise als Frauenpolitiken wahrgenommen werden. Eine emanzipatorische Politik darf nicht verkennen, nach welchen Kriterien die gegenwärtige Gesellschaft strukturiert ist. Gleichsam bleibt die Überwindung des Geschlechts als strukturierende Kategorie des gesellschaftlichen Lebens unser Ziel!

205 Folglich müssen wir auch die Lebenssituation derer, die sich weder eindeutig als „Mann“ noch als Frau“ definieren, sichtbar machen. Dies trifft insbesondere Trans- und Intersex-Menschen, die in unserer Gesellschaft zunehmend pathologisiert und diskriminiert werden. Mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung, bürokratische Verfahren und mangelnde körperliche Selbstbestimmung – wie geschlechtszuweisende Operationen zu Geburt – schließen Menschen, die sich als trans, intersex und/oder queer definieren, nach wie vor in unserer Gesellschaft aus. Gleichzeitig werden heutzutage auch weiterhin Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen und folglich eine andere sexuelle Identität bzw. Orientierung haben, in unserer Gesellschaft diskriminiert.

Die gesellschaftliche Spaltung wächst

215 Ausgehend von diesen Analysen sind die Befunde in der deutschen Gesellschaft fatal. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt seit einigen Jahren messbar und kontinuierlich zu - und politische Weichenstellungen haben diese Entwicklung verschärft. Der im Entwurf zum vierten Armutsbericht angezeigten positiven Entwicklung der oberen Lohngruppen steht eine Verschlechterung der Nettolohnsituation der unteren Einkommensgruppen gegenüber. Daraus folgt auch eine weitere Reduzierung des Anteils dieser Gruppen am Wertprodukt ihrer Arbeit: Unternehmensgewinne und Einkommenssteigerungen der oberen Lohngruppen finden zu Lasten der unteren Einkommensgruppen statt. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die BRD verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen ist. Allerdings werden auch die in dieser Volkswirtschaft produzierten Waren von den lohnabhängig Beschäftigten hergestellt, die wiederum ihrerseits keinen angemessenen Vorteil aus der gesamtwirtschaftlich erfolgreichen Warenproduktion ziehen. Zudem wird viel zu wenig thematisiert, dass diese vermeintliche wirtschaftliche Stabilität durch eine starke Exportorientierung ihren Preis hat. So ist sie möglich, da die ArbeitnehmerInnen seit Jahren zu Lohnzurückhaltung gedrängt werden, um die internationale Konkurrenzfähigkeit von in Deutschland gefertigten Produkten zu gewährleisten. Damit sind die lohnabhängig Beschäftigten die Leidtragenden dieser Export-Strategie.

235 Insbesondere die unteren Lohngruppen werden mit dem Argument der vermeintlichen Konkurrenz ihrer Löhne mit denen insbesondere in Osteuropa und Ostasien stark unter Druck gesetzt. Damit führt die Exportorientierung Deutschlands in der Konsequenz zu einer Verstärkung der Armut bei insbesondere geringqualifizierten ArbeitnehmerInnen, die so durchaus von der Krise betroffen sind, auch wenn sie nicht als Arbeitssuchende in Statistiken auftauchen.

240 Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Armut ist auch in Deutschland ein großes Problem. 12,5 Millionen Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht. Und Armut hat Folgen. Materielle Deprivation führt zu erhöhtem Krankheitsrisiko und der Entfernung aus der Gesellschaft aus Mangel an der Möglichkeit der Partizipation am,

245 zumeist teuren, gesellschaftlichen Leben. Armut ist ein Risiko, das nicht nur einzelne Generationen trifft, sondern über Kumulationsmechanismen vererbbar ist.

Mittlerweile besitzen zehn Prozent der Bevölkerung mit 53 Prozent über die Hälfte des Vermögens der Gesamtbevölkerung. Kapitaleinkommen steigen auch nach der Finanzkrise
250 weiter, nach mehr als einem Jahrzehnt Reallohnstagnation lebt die Breite der ArbeitnehmerInnen finanziell eingeschränkt, während das volkswirtschaftliche Gesamtvermögen wächst. Arbeitseinkommen profitieren wenn überhaupt unterdurchschnittlich von Produktivitätssteigerungen und volkswirtschaftlichem Wachstum. Die Einkommensungleichheit liegt über dem Durchschnitt der OECD-Länder.

255 Die Spaltung des Arbeitsmarktes nimmt ebenfalls zu. Die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse hat zur Etablierung eines Niedriglohnssektors geführt, der stabil große Teile der ArbeitnehmerInnen trotz Erwerbstätigkeit in Armut hinterlässt. Die messbare Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse im vergangenen Jahrzehnt schafft soziale
260 Unsicherheit und allzu oft prekäre Lebensverhältnisse. Ein nachweisbares Unterangebot an Ausbildungsplätzen hinterlässt zehntausende junge Menschen perspektivlos und verwehrt ihnen den Berufseinstieg. Prekäre Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne betreffen dabei vor allem Frauen. Unstete Erwerbsbiographien und niedrige Löhne führen zu wachsender Altersarmut, Lebensleistungen werden allzu oft nicht mehr gewürdigt.

265 Drastische Fehlentwicklungen in der Primärverteilung wie sinkende Lohnquoten und stagnierende Reallöhne werden flankiert durch drastische Verfehlungen in der Sekundärverteilung durch Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Leistungen, sinkenden öffentlichen Investitionen und sinkenden Steuern. Die materielle Spaltung nimmt zu - und
270 damit auch die soziale und gesellschaftliche.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die ungleiche Einwanderungsgesellschaft

275 Auch die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber diskriminierten Gruppen offenbaren die tiefe Spaltung unserer Gesellschaft. Generell weisen diskriminierende Statusbewertungen in den Aussagen der Mehrheitsgesellschaft auf die symbolische Ordnung der Ungleichwertigkeit hin. Eine Möglichkeit diese zu analysieren bietet das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Ausgewählte Ergebnisse aus den entsprechenden Studien der Universität Bielefeld ergeben für 2009 folgendes Bild für Deutschland
280 (gerundet):

Rassismus: 14% stimmen einer Diskriminierung wegen Abstammung zu, 11% unterstützen die Idee der Überlegenheit der „Weißen“.

285 Sogenannte Fremdenfeindlichkeit: 46% behaupten, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben und 24% wollen diese „in die Heimat zurückschicken, wenn die Arbeitsplätze knapp werden“.

290 Homophobie: 29% der Menschen sind gegen eine Erlaubnis gleichgeschlechtlicher Ehen.

Klassischer Sexismus: 21% der Deutschen wollen Frauen auf eine Rolle als Ehefrau und Mutter reduzieren, 14 % auf die der Karrierehelferin des Mannes.

Abwertung von Menschen mit Behinderungen: 12% stimmen zu, dass viele Forderungen von

295 Menschen mit Behinderungen „überzogen“ seien, 6% beklagen zu viele Vorteile für
Menschen mit Behinderungen. Latente und strukturelle Diskriminierungsmechanismen und
alltägliche Stereotype werden von diesen Zahlen allerdings nicht erfasst.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Abwertung der Anderen“ von 2011 belegt breite
300 antisemitische Einstellungen: So stimmen 19,7% zu, dass Jüdinnen_Juden zu viel Einfluss
hätten, 48,9%, dass Jüdinnen_Juden versuchen würden, Vorteile daraus zu erzielen, da sie im
Nationalsozialismus Opfer waren, und 29,4%. Dass Jüdinnen_Juden sich nur um ihre Gruppe
kümmerten. Genauso zeigen 35,6% Verständnis dafür, wenn Jüdinnen_Juden wegen der
305 Politik Israels nicht gemocht würden, und 47,7% werfen Israel einen „Vernichtungskrieg“
gegenüber den Palästinenser_innen vor. In all den genannten Dimensionen sind die Werte
zwar leicht rückläufig, jedoch auf erschreckend hohem Niveau. Diese Einstellungen sind aber
nicht nur symbolischer Natur sondern gehen einher mit materiellen Diskriminierungen in
zentralen Gesellschaftsbereichen, wie etwa ein Blick in die Realität der
Einwanderungsgesellschaft zeigt. So sind Menschen mit Migrationshintergrund noch immer
310 signifikant seltener erwerbstätig als solche ohne Migrationshintergrund (69% zu 78%).
Personen mit Migrationshintergrund sind von einem relativ geringen Einkommen mehr als
doppelt so häufig betroffen. Die Armutsrisikoquote von Personen mit Migrationshintergrund
ist dreimal höher. Auch im Bildungssystem zeigt sich die strukturelle Diskriminierung.
Während 45% der Jugendlichen eines Jahrgangs ohne Migrationshintergrund eine
315 Hochschulreife erreichen, sind es bei denen mit Migrationshintergrund nur 37%. Umgekehrt
erreichen Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich häufiger nur einen
Hauptschulabschluss oder müssen die Schule gar gänzlich ohne Abschluss verlassen. Noch
dramatischer ist die Lage bei Berufsabschlüssen: 45% der Personen mit
Migrationshintergrund haben keinen beruflichen Abschluss, bei solchen ohne
320 Migrationshintergrund sind es nur 16%. Auch die Repräsentanz und Wahrnehmbarkeit in
gesellschaftlich herausgehobenen Positionen ist nicht gegeben. Obwohl aktuell rund 20 % der
in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund haben, sucht man Menschen
mit Migrationshintergrund in den oberen Etagen meist vergeblich. Ob DAX-Vorstände, das
Bundeskabinett oder das Bundesverfassungsgericht: die gesellschaftlichen Elitepositionen
325 sind weiter Domäne der Menschen ohne Migrationsgeschichte. Weniger als vier Prozent der
StadträtInnen in deutschen Großstädten hat einen Migrationshintergrund. In Parteien,
Gewerkschaften und NGOs mangelt es insgesamt Vielfalt. Dieses Defizit ist auch eines der
Repräsentation, also eines der Demokratie. Auch der Bundesvorstand muss hier an sich
arbeiten und sich an seinen eigenen Beschlüssen messen lassen.

330

3. Unsere Forderungen: Teilhabe und Anerkennung

Gesellschaftliche Teilhabe wird über den Arbeitsmarkt organisiert. Wir wollen die
Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen an diesem partizipieren und sich
335 darüber ein auskömmliches Einkommen, für sich selbst, für ihre Familien, für jetzt und fürs
Alter, sichern.

Beschäftigung

340 Wir wollen die Beschäftigungsquote erhöhen. Dafür wollen wir einerseits mehr (gute)
Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig die Anzahl der erwerbstätigen Menschen in
Deutschland deutlich erhöhen. Konzepte wie eine Arbeitszeitverkürzung und die Ausweitung
der öffentlichen Beschäftigung (öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) können helfen,
mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen dabei nicht nur Beschäftigung umschichten

345 sondern ganz gezielt das Beschäftigungsvolumen erhöhen. Wir wissen, es gibt noch viel
gesellschaftlich relevante Arbeit, die bisher nicht getan oder rein ehrenamtlich ausgeübt wird.
Diese wollen wir dem Arbeitsmarkt erschließen. Unser Ziel ist die Vollbeschäftigung.
Gleichzeitig gibt es jetzt schon Sorge vor einem Fachkräftemangel, der Deutschland droht.
350 Dabei wollen wir dafür sorgen, „verborgene Schätze“ besser zu heben. Millionen von
teilweise hoch ausgebildeten Frauen bleiben nach dem ersten Kind dem Arbeitsmarkt für
lange Zeit oder für immer fern, oder kehren nur in Teilzeit in Erwerbsarbeit zurück. udem
wollen wir sowohl für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für Menschen mit
Behinderungen strukturelle Barrieren abbauen und ihnen die Teilhabe am Arbeitsmarkt
erleichtern.

355

Niedriglohnsektor

Der deutsche Niedriglohnsektor treibt Menschen in Armut. Ob Leiharbeit, Mini- oder
Midijobs, befristete oder nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – prekäre
360 Beschäftigung ist für Menschen in zweifacher Hinsicht ein großes Problem. Einerseits führt
prekäre Beschäftigung über schlechte Entlohnung direkt zu problematischen
Einkommensverhältnissen. Andererseits führen diese über fehlende Vorsorge und
Absicherungsleistungen wie Krankenversicherung, Sozialversicherung oder
Rentenanwartschaften auch langfristig zu Armut. Deshalb setzen wir uns gegen prekäre
365 Beschäftigung ein.

Lohnniveau

Partizipation an einer Gesellschaft kostet Geld. Nach Jahren der Lohnstagnation müssen
370 endlich die Löhne in einem angemessenen Maße steigen, damit die ErwirtschafterInnen des
gesellschaftlichen Wohlstands (zumindest teilweise) wieder an diesem teilhaben können!
Deshalb muss das Lohnniveau der Menschen in den nächsten Jahren deutlich ansteigen.
Dafür benötigen wir die politische Stärkung der Tarifparteien. Diese Stärkung muss mit
einem gesetzlichen Mindestlohn flankiert werden.

375

Arbeitszeit

Arbeit und Arbeitszeit ist in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Überstunden und bis zu
60-Stunden-Wochen stehen unfreiwilliger Teilzeit und Arbeitslosigkeit gegenüber. Dies
380 wollen wir ineinander auflösen. Für viele Menschen ist Zeit ein hohes Gut. Wir wollen die
Regelungen und Bedingungen der bisherigen Arbeitszeitgestaltung generell verändern. Die
Arbeit solle dem Menschen dienen und nicht umgekehrt, für diese Bedingungen müssen wir
Arbeit und Arbeitszeit an die Lebensbedingungen der Menschen anpassen können.
Lebensarbeitszeitkonten, Sabbaticals, Auszeiten für Familie, Pflege, Weiterbildung müssen
385 besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dabei bieten z.B. Langzeitkonten oder
Zeitwertkonten Möglichkeiten der lebensphasenorientierten Arbeitszeitgestaltung. Phasen der
Kindererziehung, der Pflege, der beruflichen Neuorientierung oder der Regeneration können
mittels der Konten flexibel und individuell mit der Berufstätigkeit vereinbart werden.
Dennoch stehen diese bisher nur einigen ArbeitnehmerInnen zur Verfügung und werden nicht
390 ausreichend genutzt. Freie Zeitgestaltung ist gerade auch unter dem Gesichtspunkt der
Gleichstellungspolitik zentral. Viele Frauen leider immer noch unter fehlender Flexibilität
und falsch verstandener Anwesenheitskultur.

395 *Umverteilung: Geschlechterhierarchien*

Die Patriarchale Gesellschaft stärkt und stützt die ungleiche sozioökonomische Verteilung und ist gleichzeitig ein Ergebnis dessen. Als feministischer Richtungsverband ist es unser Ziel dies zu überwinden.

400

Wir fordern

• die Abschaffung des Ehegattensplittings, d. h. die Besserstellung von Ehen gegenüber eingetragenen Lebenspartnerschaften und nicht verheiratete Paaren. Letztlich ist die Abschaffung aller exklusiven Vorteile der Ehe unser Ziel.

405

• Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist das Schlagwort der Gleichstellungspolitik seit über hundert Jahren. Trotz aller Anstrengungen haben wir noch immer eine eindeutige Lohnspreizung zu Ungunsten der Frauen. Um dies endlich zu überwinden wollen wir ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen.

410

• die Auszahlung des vollen Elterngeldes nur bei paritätischer Teilung der Elternzeit. Dabei muss es einen Lohnausgleich zum höheren Gehalt der Partnerin oder des Partners geben, um keine Einkommensverluste zu generieren.

415

• die konsequente Weiterentwicklung von Gleichstellungsinstrumenten (Gender Mainstreaming) Gender Budgeting, Diversity Management.

• verpflichtende Quotenregelungen für Aufsichtsräte und Vorstände von 40%.

420

• Wir wollen so viel wie möglich Reproduktionsarbeit, also Kindererziehung, Haushaltsführung, Pflege etc. zu Erwerbsarbeit machen. Dazu wollen wir zB die Kinderbetreuungen ausbauen.

• Trotz einer kurzfristig nötigen gesetzlichen Förderung von Pflegezeit für Familienangehörige ist die Verberuflichung und Professionalisierung von Pflege unser Ziel. Auch diese Reproduktionsarbeit soll mittelfristig zu Erwerbsarbeit werden.

425

Heteronormativität, die ausschließliche Ausrichtung an zweigeschlechtlicher, heterosexueller Partnerschaft, lehnen wir ab; wir akzeptieren und unterstützen die Vielfalt geschlechtlicher und sexueller Identität jenseits der gesellschaftlichen Norm. Wir fordern deshalb

430

• das Recht auf geschlechtliche, sexuelle und allgemein körperliche Selbstbestimmung für alle Menschen in unserer Gesellschaft.

435

• die gleichen umfassenden Adoptionsrechte für nicht-heterosexuelle Paare und die Entwicklung neuer Elternrollen-Konzepte.

• die Aufhebung des Zwangs zu geschlechtsvereindeutigen und geschlechtszuordnenden Operationen bei Neugeborenen.

440

• das Recht zu geschlechtsneutralen Vornamen (ohne geschlechtseindeutigen Zweitnamen).

- 445 • eine stärkere Akzeptanz und Wahrnehmung trans-, intersexueller und queerer Menschen.

Interkulturelle Öffnung

450 Wir wollen eine Politik für Teilhabe und Anerkennung, verstanden als systematische Entgegnung auf die Missachtung und Benachteiligung von diskriminierten Gruppen. Sie erschöpft sich nicht in einzelnen Kompensationsmaßnahmen, sondern zielt auf eine Neugestaltung der Statusordnung unserer Gesellschaft: eine Gesellschaft der solidarisch organisierten Vielfalt. Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft in dem Sinne, dass Menschen in feststehende Kulturen eingeteilt werden, die mit- und nebeneinander leben, 455 sondern eine interkulturelle Gesellschaft, in der kulturelle Selbst- oder Fremdzurechnung keine Rolle mehr für die Lebenschancen spielt. In diesem Sinne wollen wir keine Integration, sondern Inklusion.

460 Wir wollen eine interkulturelle Öffnung gesellschaftlicher Strukturen. Ob im Öffentlichen Dienst, in den Bildungsinstitutionen, im Privatsektor oder in der Politik: die Institutionen der Gesellschaft müssen sich der Vielfalt ihrer Mitglieder anpassen, nicht die Gesellschaftsmitglieder der Einfachheit überkommener Institutionen. Das heißt konkret

465 • Interkulturelles Mainstreaming muss verpflichtend in der öffentlichen Verwaltung durchgeführt und werden und soll finanziell in Verbänden und der Privatwirtschaft gefördert werden.

470 • Die besondere finanzielle Förderung durch den Staat ist dort nötig wo sich die sozialen Probleme einer ungleichen Einwanderungsgesellschaft aufsummieren: im Quartiersmanagement, in sozialräumlich benachteiligten Schulen und Berufsschulen.

475 • Wir befürworten Maßnahmen der besonderen Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund, u.a. durch Zielvorgaben und Zeitpläne zur Erhöhung der Vielfalt im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft.

480 • Interkulturelle Kompetenz muss zentraler Bestandteil der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen werden und auch als fester Bestandteil in den Unterricht aufgenommen werden.

Gleiche Rechte für alle in Deutschland Lebenden

485 Die tatsächliche oder zugeschriebene geographische Herkunft eines Menschen oder seiner/ Vorfahren dient als ein wesentlicher Exklusionsvorwand. Mit Herkunft werden oft Eigenschaften verbunden und Gruppenidentitäten hergestellt. Herkunft ist eine Leitkategorie biologisch und kulturalistisch begründeten Rassismus'. Wir wollen eine anerkennende Gesellschaft in der kein Mensch auf Grund seiner oder ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen Herkunft diskriminiert wird.

490 Sprache ist unser Hauptmittel zur Verständigung. Sprachbarrieren stellen Grenzen der Partizipation an unserer Gesellschaft dar. Die Stereotypisierung und Hierarchisierung von Menschen unterschiedlicher Herkunft führt auch zu der Vorstellung einer unterschiedlichen Wertigkeit von Sprachen. Die in der Hierarchie als hoch angesehenen Sprachen bringen den SprecherInnen Ansehen und werden als zu fördern in Institutionen betrachtet (z.B. Französisch). Kompetenzen in anderen Sprachen (z.B. Türkisch, Arabisch) vermögen das

495 Ansehen einer Person nicht zu erhöhen, oder senken dieses sogar. Wir fordern die Förderung der Zweisprachigkeit in Wort und Schrift. Dabei werden verschiedene Schulen zur Kooperation angehalten, um ein möglichst großes Sprachspektrum anzubieten- Die erzielten Kompetenzen haben auf Wunsch des Kindes im Zeugnis Eingang zu finden.

500 Der Aufenthaltsstatus stellt eine existenzielle Daseinsbedingung für Menschen in unserem Land dar. Menschen ohne legalen oder mit prekärem Aufenthaltsstatus sind von weitreichender strukturellen und gesellschaftlichen Diskriminierung bedroht, haben wenige oder keine Rechte und sind häufig Opfer von wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung. Für uns Jusos ist kein Mensch illegal. Der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer
505 Herkunft, die in besonderem Maße für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge gilt, wollen wir entschieden entgegenreten.

Wir fordern die Novellierung des Bleiberechts, an dessen Ende ein Aufenthaltsrecht für alle Menschen in Deutschland stehen muss. Wir nehmen das Menschenrecht auf freie
510 Wohnortwahl ernst, und wollen Abschiebungen per se verbieten.

Abschiebegefängnisse sind umgehend zu schließen.

Wir Jusos sehen zwei dringende Handlungsfelder. Neben der Verbesserung der
515 Lebensverhältnisse von geflüchteten Menschen in Deutschland muss auch in den Herkunftsländern wichtige Aufbauarbeit geleistet werden.

Unverzüglich einzustellen ist die Durchführung von Abstammungstest bei
520 AsylbewerberInnen, welche im Rahmen des Familiennachzugs angewandt werden.

Die gesetzlichen Hürden für Einbürgerungen müssen gelockert werden und die Vergabe doppelter Staatsbürgerschaften ist stärker zu fördern. Der Optionszwang muss aufgehoben werden.

525 Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) muss unverzüglich abgeschafft werden. Wir fordern die Bezüge vollständig auf die Höhe des ALG II-Satzes anzuheben.

Die Residenzpflicht muss überall abgeschafft werden.

530 Wir wollen mehr öffentlich geförderten Wohnraum für AsylbewerberInnen. Die Gemeinschaftsunterkünfte sind in ihrer derzeitigen Form abzuschaffen. In jeder Unterkunft muss die Sozialbetreuung und Integrationsförderung durch Sozialarbeiter_innen angeboten werden. Diese muss weiter ausgebaut und mit den nötigen Geldmitteln ausgestattet werden.

535 Wir fordern die Einbeziehung von AsylbewerberInnen in die gesetzliche Krankenversicherung und die gleiche medizinische Versorgung für alle.

Wir fordern weiterhin die Abschaffung des grundsätzlichen Arbeitsverbotes. Dies beinhaltet die flächendeckende Erlaubnis für Flüchtlinge, Arbeit aufzunehmen und eine Anerkennung
540 im Ausland erworbener Abschlüsse und Qualifikationen. Sie müssen aktiv unterstützt werden, um eine Arbeit zu finden. Dazu zählen auch entsprechende Nachqualifikationen. Die kürzlich geschaffenen Ansprüche auf eine Äquivalenzprüfung gelten bedauerlicherweise noch nicht flächendeckend.

545 *Gleiche Rechte für Menschen mit Behinderung*

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch in seiner Individualität akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang gesellschaftlich teilzuhaben. Für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung sowie chronischen Erkrankungen bedeutet das konkret die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf allen Ebenen. Dies bedeutet vor allem eine ausreichende finanzielle Ausstattung zur Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems und Arbeitsmarkts, sowie eine umfassende, alle Behinderungen und Mobilitäts- wie Kommunikationssituationen berücksichtigende Barrierefreiheit.

555 *Jusos als demokratischer Verband auf allen Ebenen*

Gesellschaftliche Stathierarchien bilden sich auch in unserem Juso-Verband ab. Wir müssen überprüfen, inwiefern wir durch unsere Strukturen, Anspracheformen und Hierarchien gesellschaftliche Statusunterschiede und somit strukturelle Diskriminierung reproduzieren. Schon heute entgegnen wir dem dort, wo wir es feststellen. Doch ist die Hinterfragung eigener Strukturen ist ein fortwährender Prozess, welcher nie abgeschlossen ist.

565 *Bündnisarbeit*

Für emanzipatorische Bewegungen steht die Tür der Jusos offen. Wir wollen unsere Bündnisarbeit gerade mit den Gruppen intensivieren, deren legitime Anliegen nach Teilhabe und Anerkennung wir teilen, auch wenn unsere Mitglieder in diese sozialen Kämpfe durch eigene Erfahrungen wenig verwickelt sind. Das betrifft gerade MigrantInnenselbstorganisationen, LGBT-Organisationen oder die Vertretungen von Menschen mit Behinderungen innerhalb und außerhalb unserer Partei.

4. Die Krise der repräsentativen Demokratie und ihre Ursachen

Hinweise für eine Krise der Demokratie scheinen deutlich: immer weniger Menschen nehmen an Wahlen teil, die Zahl der Parteimitglieder ist insgesamt stark rückläufig. Damit schwinden Legitimation und Inklusivität der Politik. Partizipation wird für viele Menschen durch fehlende Strukturen und eine aufweichende Norm zur Beteiligung an Wahlen weiter erschwert. Doch dieses Szenario deutet nur teilweise auf eine Krise der Demokratie hin. Während sich einige, insbesondere sozial ‚abgehängte‘ Gruppen tatsächlich aus der demokratischen Beteiligung zurückziehen, hat sich bei der oberen Mittelschicht lediglich die Form der Beteiligung verändert: Volksbegehren, E-Petitionen und andere als ‚unmittelbarer‘ betrachtete Beteiligungsformen und vor allem das Engagement in Initiativen und Interessensgruppen ersetzen dort das ‚klassische‘ Engagement in Parteien, Gewerkschaften oder durch Teilnahme an Wahlen. Die informellen und technisch anspruchsvollen Strukturen, die oftmals mit diesen ‚modernen‘ Instrumenten verbunden sind, bedeuten aber gleichzeitig auch, dass andere Bevölkerungsgruppen noch stärker von der Teilhabe an politischen Entscheidungen ausgegrenzt werden. Die überwiegende Mehrheit hält Demokratie auch immer noch grundsätzlich für einen wichtigen Wert und ein gutes System. Gleichzeitig schnell seit einigen Jahren die Zahl der Klagen vor Verfassungsgerichten in die Höhe, was einer von vielen Hinweisen darauf ist, dass nicht die Demokratie an sich ein Akzeptanzproblem hat, sondern parlamentarische Verfahren immer weniger akzeptiert werden. Die Ursachen für diese nur scheinbar paradoxe Entwicklung sind vielfältig.

595 Allseits beklagt wird die fehlende Glaub- und Vertrauenswürdigkeit der politischen RepräsentantInnen, die durch politische Skandale, Intransparenz und Korruption regelmäßig weiter erschüttert wird, und die so ausgelösten Eruptionen durch die Mechanismen einer skandal- und streitfixierten Mediendemokratie heute heftiger und ausdauernder zu spüren sind.

600

Weil Politik in der globalisierten Welt zunehmend Schwierigkeiten hat, auf Basis von territorial organisierten Gestaltungskompetenzen auch wirklich zu gestalten, kapituliert sie vor der Herausforderung, internationale Übereinkünfte zu entwickeln und zieht sich auf einen überschaubaren nationalistisch-protektionistischen Standpunkt zurück. Auch innerhalb der EU, die für ein solches Handeln eigentlich eine Alternative bieten sollte, sind nationale Egoismen aktuell deutlicher denn je ausgeprägt, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Demokratisierung von EU-Institutionen und Finanzmärkten versäumt wurde.

605

Technokratien der Alternativlosigkeit?

610

Politik wird in immer stärkerem Maße als Feld von ExpertInnen verstanden, welches vermeintlich dem Großteil der von ihr betroffenen Menschen unzugänglich bleibt. In diesem Lichte lässt sich vor allem die Durchsetzung neoliberaler Reformprojekte begreifen, an welchen auch die deutsche Sozialdemokratie mitgewirkt hat. Darüber hinaus zeigt sich aber auch, dass Fragen von gesellschaftlicher Relevanz in elitären Zirkeln entschieden werden; als Beispiel hierfür können Ethikkommissionen angesehen werden, aber auch Regierungen von TechnokratInnen, von denen man sich erhofft, dass sie Europa aus der Krise führen könnten. Die zunehmend komplexeren gesellschaftlichen Entscheidungen, werden öfter an diese ExpertInnen ausgelagert und sind kaum noch Ergebnis sozialer Prozesse. Die prägnanteste Entwicklung dieser Form ist die wachsende Ununterscheidbarkeit politischer Parteien, weil man sich gern postideologisch gibt und damit die Politik des Sachzwangs zur Maxime erhebt.

615

620

Das Ergebnis einer solchen politischen Kultur ist uns aus den letzten Jahren wohl bekannt: Mit dem „Argument“ einer vermeintlichen Alternativlosigkeit zu Kürzungen, Streichungen und Umverteilung von unten nach oben soll Deutschland „fit“ gemacht werden für den internationalen Wettbewerb. Die von dieser Kürzungspolitik Betroffenen werden mit der Aussage abgespeist, es gäbe zum Verrat an ihren Interessen keine Alternative und das komplexe globale Politik- und Wirtschaftsgeflecht verlange harte Einschnitte. Weiter zerstört wird die politische Organisations- und Gestaltungskraft dieser unter Druck geratenen Milieus durch das ständig vorgetragene Mantra, eine prekäre Situation des/der Einzelnen sei durch individuelles Versagen und fehlenden Einsatz selbstverschuldet.

625

630

Konnten Parteien und Gewerkschaften die politische Vertretung dieser Gruppen einst noch leisten, konnten sie ihnen einst noch deutlich machen, dass sie Teil der Arbeiterklasse sind, deren Interessen sich decken und dass es sich für sie einzutreten lohnt, fehlt nun – auch verschuldet durch die Konzentration auf die so genannte „Mitte“ der Gesellschaft – hier ein echtes Gegengewicht zu Konservativen und (Neo-)Liberalen. Unter diesen Vorzeichen schwindet insbesondere bei den am Rande der Gesellschaft stehenden Menschen das Vertrauen in Parteien und Politik und führt zu einer Abkehr von diesen. Zunehmende Nichtrepräsentanz und zunehmende Nichtbeteiligung bedingen sich gegenseitig.

635

640

Neues bürgerliches Selbstbewusstsein der Eliten

Gleichzeitig wächst auf der anderen Seite, gerade unter den gut ausgebildeten und

645 gesellschaftlich gut situierten Menschen das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein, womit eine
gute Kenntnis vor allem der eigenen demokratischen Rechte einhergeht. Auch sind in dieser
Gruppe die Ressourcen zur Überwindung der Hürden für die politische Teilhabe mittels neuer
Partizipationsformen vorhanden. Unter diesen Menschen setzt sich zurzeit die Erfahrung
650 durch, dass sich durch politische Intervention und Partizipation sehr wohl der eigene Wille
durchsetzen lässt.

Parteien sind allerdings nicht das demokratische Mittel der Wahl bei diesen Gruppen. Sie
konzentrieren sich mit ihrer politischen Beteiligung auf projekt- und problembezogene,
häufig temporär existierende Interessengruppen, die für ein ganz spezifisches politisches
655 Anliegen eintreten. Auch die Mitarbeit in NGOs (Nichtregierungsorganisationen) ist für
immer mehr Menschen das bevorzugte Mittel der Partizipation – entgegen dem Trend des
Mitgliederschwunds von Großorganisationen.

Transparenz wird als Grundprinzip der demokratischen politischen Partizipation zurzeit
660 lautstark eingefordert. Und das ist auch gut so, denn nach wie vor sind politische Verfahren
nur schwer nachvollziehbar. Jedoch kann ein transparent machen von allen Gesprächen – das
quasi Verbot der Vertraulichkeit – die Qualität von Politik auch in Mitleidenschaft ziehen.
Gleichzeitig dient die totale Transparenz nicht zwingend dem besseren Verständnis von
665 Prozessen. So kann eine umfassende und nicht eingeordnete politische Kommunikation das
Verständnis von Zusammenhängen auch erschweren. Transparenz als vermeintliche Antwort
auf Unverständnis von komplexen Prozessen, kann keine Hilfe, sondern auch zur Steigerung
der Unklarheit beitragen.

Dass Menschen sich politisch engagieren ist für eine lebendige Zivilgesellschaft existenziell.
670 Durch zivilgesellschaftliches Engagement werden unzählige wichtige Aufgaben erledigt und
das persönliche Engagement ist ein wichtiger Baustein in der demokratischen
Bewusstseinsbildung. Zivilgesellschaftliches Engagement ist deshalb wichtig und muss
gesellschaftlich mehr Anerkennung erfahren. Doch in unseren Augen ist nicht jede Form von
675 Engagement in gleichem Maße ein Beitrag zur Stabilisierung und Entwicklung der
Demokratie. Es gibt einen zunehmenden Trend, die in Interessengruppen wie
Bürgerinitiativen organisierten eigenen Interessen als absolut zu betrachten und ihre
Durchsetzung ohne Rücksicht auf konkurrierende Interessen zu betreiben. Ein durch Parteien
oder in Parlamenten gefundener Ausgleich zwischen konkurrierenden Interessen wird als
680 ‚nicht legitim‘ abgelehnt, auch dann, wenn die eigene Interessensgruppe am Prozess auch
formal beteiligt war (z.B. über Anhörungen). Dies gilt keineswegs für alle
Interessensgruppen, aber für eine zunehmende Zahl.

Nicht jede Form der Partizipation ist gleichermaßen demokratisch

685 Wir Jusos sind deshalb der Meinung, dass die Trends zu einer neuen Form des
demokratischen Verhandeln mit Vorsicht beobachtet werden müssen. Durch sie kann
Demokratie unter Druck geraten. Der Einsatz in BürgerInneninitiativen und anderen
Interessensgruppen ist legitim zur Durchsetzung eigener Interessen. Das Gemeinwohl darf
dabei aber nicht auf der Strecke bleiben. Dies gilt umso mehr, als auch bei der vermeintlich
690 ‚basisdemokratischen‘ Interessensvertretung verschiedene gesellschaftliche Gruppen
unterschiedliche Möglichkeiten haben, ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Politik, die
sich aus den formalen Formen hin zu informellen Aushandlungsprozessen zwischen
Interessengruppen verlagert, ist daher nicht nur intransparenter; sie führt auch zur
Ausgrenzung bestimmter Interessen und bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, die dann

695 keine Berücksichtigung in den getroffenen Entscheidungen mehr finden. In der Politik dürfen
aber nicht diejenigen allein ihre Interessen durchsetzen können, die am lautesten für ihre
Interessen trommeln können. Die Anfälligkeit der Politik für Lobbyinteressen ist damit
genauso impliziert, wie eine zunehmende Entpolitisierung der Gesellschaft – und zwar
derjenigen, die sich nicht auf das Trommeln verstehen.

700 So lässt sich ähnlich wie in der Armut-Debatte auch in der Partizipationsfrage von einer
Schere sprechen, die sich immer weiter öffnet. Auf der einen Seite stehen die politisch
engagierten Menschen, die es verstehen, mit allen den Mitteln des demokratischen
Rechtsstaates für ihre Interessen einzutreten. Auf der anderen Seite findet sich ein
705 wachsender Teil der Gesellschaft, der sich von Politik völlig abgewendet hat und dessen
Interessen so immer weniger Gehör finden.

Der Begriff der "Postdemokratie" hat als Beschreibung für diese Symptome Karriere
gemacht: Demzufolge bestehen die Institutionen der repräsentativen Demokratie (noch) fort,
710 verlieren aber an Legitimität und werden so ausgehöhlt. Die Möglichkeiten zur politischen
Partizipation bestehen nur scheinbar und auch nur scheinbar werden Entscheidungen
demokratisch gefällt.

5. Mehr und bessere, aber repräsentative Demokratie bitte!

715 Wer als Lösung für die beschriebenen Probleme die Weiterverbreitung direkt-demokratischer
Verfahren fordert, verkennet, dass diese neuen Partizipationsformen nicht automatisch zu einer
(Re-)Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse führen. Die Hürden für den
Zugang zu neuen Partizipationsformen sind ungleich höher, die Partizipation auf diesen
720 Wegen ungleich voraussetzungsvoller als die politische Partizipation über die klassischen
Mitbestimmungsformen – vor allem die über Wahlen, die die niedrigste Zugangshürden
aufweisen.

Diese Hürden können – insbesondere bei Online-Verfahren – technisch sein, aber noch
725 deutlicher geben andere Ressourcen den Ausschlag: Zeit und Geld für die Organisation der
Interessen sowie das Know-How über die politischen Beteiligungsmöglichkeiten. Diese
Ressourcen und Voraussetzungen bringen jedoch Menschen in unterschiedlichem Maße mit,
so dass eine Organisation der politischen Entscheidungsfindung ausschließlich über
730 direktdemokratische Verfahren Menschen weiter bevorteilen würde, die über mehr
Ressourcen verfügen. Die Prinzipien der Gleichheit der Stimme und des
Minderheitenschutzes – elementar in einer Demokratie – wäre somit verletzt.

Wir wollen die Stärkung der repräsentativen Demokratie

735 Nicht zuletzt deshalb bekennen wir Jusos uns zur repräsentativen Demokratie, auch wenn
diese Schwächen hat. Wir fordern eine sinnvolle Kombination beider Prinzipien: direkte und
indirekte Demokratie. Vor allem in den unmittelbar wohnortnahen politischen Strukturen und
auch auf Landesebene ist ein Mehr an direkt-demokratischer Interessenaushandlung denkbar
– unter der Berücksichtigung von Quoren. Für die Bundes- und die europäische Ebene
740 erachten wir repräsentative Verfahren als sinnvoller.

Dort, wo Elemente direkt-demokratischer Willensbildung eingesetzt werden sollen, müssen
die organisatorischen und technischen Hürden für BürgerInnenbeteiligung gesenkt werden.
Über das Internet können Plattformen organisiert werden, auf denen auf kommunaler Ebene

745 ein direkterer Einfluss auf das politische Geschehen vor Ort genommen werden kann. Wir
erachten wir vor allem Verfahren für sinnvoll, die das Agenda-Setting ermöglichen, die
Entscheidungen aber in den Händen der gewählten VertreterInnen lassen.

750 Die Möglichkeit zur politischen Teilhabe ist eine grundlegende Bedingung zur
gesellschaftlichen Teilhabe. Die Stimmabgabe bei Wahlen ist dabei die niedrigschwelligste
Möglichkeit politischer Partizipation. Für uns müssen auch junge Menschen
selbstverständlich Zugang zur Artikulation ihrer politischen Interessen haben. Deshalb ist für
uns die Absenkung des Wahlalters ein wichtiger Schritt zur Ermöglichung auch für junge
Menschen, sich als Teil der demokratischen Gesellschaft zu verstehen.

755 Wahlen sind das am wenigsten an Voraussetzungen gebundene und sozial inklusivste
Instrument politischer Partizipation. Deshalb muss es unser Anspruch sein, dass möglichst
viele Menschen durch die Stimmabgabe ihren politischen Willen bekunden, eine Erhöhung
der Wahlbeteiligung ist deshalb unser Ziel. Dafür wollen wir verschiedene Instrumente
760 diskutieren.

Nicht nur in der gesellschaftlichen, sondern vor allem auch in der betrieblichen Sphäre gilt
für uns: Mehr Mitbestimmung wagen! Für uns ist die Demokratisierung der Wirtschaft der
elementare Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit – vor allem was die materielle Teilhabe, damit
765 aber auch was die politische Teilhabe betrifft.

770 Die wachsende Zahl der Klagen vor dem Verfassungsgericht macht deutlich: Wo
BürgerInnen, auch PolitikerInnen, ihre Interessen politisch nicht durchsetzen konnten, greifen
sie mehr und mehr zu juristischen Mitteln. Damit zeigen sie, dass sie die Autorität der
Parlamente nicht akzeptieren. Wir glauben, dass dieser Weg in die Irre führt. Politische
Debatten sollten in Parlamenten – und damit in demokratisch legitimierten Konstellationen –
entschieden werden. Die allerwenigsten Gesetze, die strittig sind, sind auch
verfassungswidrig. Es ist entscheidend, im politischen Kampf die besseren Argumente zu
haben, nicht etwa den längeren Atem durch die juristischen Instanzen. Das gilt auch für die
775 SPD.

Demokratie in Bildungsinstitutionen und politische Bildung

780 Wer eine demokratische Gesellschaft will, muss den Menschen in möglichst allen
gesellschaftlichen Zusammenhängen die Organisation nach dem demokratischen Prinzip
ermöglichen. Das gilt vor allem in Bildungseinrichtungen. Das Bewusstsein für die
staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten kann hier durch seine konsequente Anwendung nicht
nur theoretisch sondern auch praktisch vermittelt werden – und so politisches Empowerment
ausgebildet werden. Deshalb fordern wir, Schulen, Universitäten, Kitas u.a. paritätisch und
785 demokratisch zu organisieren und in allen Lebensbereichen das Prinzip der Mitbestimmung
und Teilhabe zu verankern. Zentral für die politische Beteiligung ist eine Bildung, die den
Wert der politischen Partizipation an Gesellschaft vermittelt. Diese Form politischer Bildung
ist nicht nur von den Schulen zu leisten, sondern auch von Vereinen, Verbänden und
Parteien. Wir fordern deshalb eine bessere finanzielle Ausstattung dieser Organisationen.

790

Neue Politische Kultur: Transparenz und Streitkultur

In der demokratischen Kultur haben sich in den vergangenen Jahren Veränderungen
entwickelt, die eine neue Qualität der Demokratie möglich machen. Transparenz wird mehr

795 und mehr zu einer wichtigen Voraussetzung demokratischer Teilhabe. Dabei darf
Transparenz aber nie reiner Selbstzweck sein, sondern muss immer als qualitative
Eigenschaft eines Prozesses betrachtet werden. Wir fordern Transparenz in politischen
Kontexten konsequent, aber sinnvoll und zielgerichtet umzusetzen.

800 Transparent gemacht werden müssen dementsprechend vor allem Abläufe, Strukturen,
beteiligte AkteurInnen und deren Interessen, sowie Ergebnisse von Politik. Das ist aber nicht
gleichbedeutend mit einem Ablehnen von Verschwiegenheit, Hintergrundgesprächen und
interne Vorbereitungen durch dafür Beauftragte und Delegierte. Wir stellen uns gegen
permanentes und anlassloses Misstrauen gegenüber politischen EntscheidungsträgerInnen
805 genauso wie gegen die grundsätzliche Betrachtung politisch Interessierter als NeiderInnen,
StörerInnen und QuerulantInnen.

Unser Bild von (partei-)politisch Engagierten ist ein anderes: Diese Menschen setzen sich in
ihrer Freizeit für das Gemeinwohl ein, tragen nicht unerheblich zur politischen Bildung bei,
810 sind engagiert für Menschen, die sich selbst nicht für ihre Interessen einsetzen können – und
das überwiegend unentgeltlich und in der Freizeit. Politisches Engagement in Parteien hat
völlig zu Unrecht einen derart schlechten Ruf.

Wir werben für eine Kultur des wechselseitigen Vertrauens. Politik braucht in manchen
815 Phasen einen Schutzraum, wo sich Ideen entwickeln können, ohne gleich spruchreif zu sein,
wo intern Kritik möglich ist und wo vertrauensvoll auch sensible Themen, wie die
Personalfindung, diskutiert werden können. In einer politischen Kultur des Vertrauens sind
geschlossene Räume der Diskussion und des Austausches möglich, ohne dass gleich ein
Verdacht auf die dort Diskutierenden fällt.

820 Unabhängig von diesen Schutzräumen soll zur Nominierung der Bundeskanzlerkandidatin
oder des Bundeskanzlerkandidaten eine Direktwahl durch alle SPD-Mitglieder durchgeführt
werden. Es soll eine tatsächliche Entscheidungsmöglichkeit für die Basis zwischen mehreren
BewerberInnen geben. So kann der Kandidat/die Kandidatin sich der Unterstützung einer
825 breiten Basis in der Partei bewusst sein und die SPD-Mitglieder bekommen die Möglichkeit
einer echten innerparteilichen Mitbestimmung in einer entscheidenden Personalfrage.

Die völlige Transparenz ist aber bei den Zuverdiensten der MandatsträgerInnen ab dem ersten
Euro ist genauso notwendig wie die Einführung eines Anti-Bestechungs-Gesetzes in
830 Deutschland, wie es in anderen Ländern längst üblich ist. Aufgetretene Missstände und
Verfehlungen müssen deutlich gemacht und aufgeklärt werden, sie dürfen aber nicht als
notwendige Bedingung von Politik angenommen werden. Transparenz bedeutet, dass auf
Anfrage Informationen über politische Prozesse und Abläufe zeitnah, barriere- und
diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt werden müssen, aber nicht, dass alle Prozesse
835 und Abläufe permanent und ‘live’ beobachtbar sein müssen. Einmal über das
Informationsfreiheitsgesetz bereit gestellte Auskünfte und Informationen sollen dazu an
zentraler Stelle gesammelt und bereit gestellt werden, so dass BürgerInnen sehen können,
welche Anfragen bereits gestellt wurden und welche Antworten es auf diese Anfragen gab.

840 Zudem fordern wir die staatlichen Institutionen auf allen Ebenen auf, das Prinzip der Offenen
Daten (Open Data) „Öffentliche Daten nützen, private Daten schützen“ rasch in die Tat
umzusetzen.

845 **6. Demokratie weltweit**

Demokratie ist eine globale Erfolgsgeschichte. Aus der inzwischen 2600 Jahre alten Idee einiger griechisch-antiken Kleinstaaten, dass das demos ("Volk") die kratie ("Herrschaft") ausüben sollte sind, nach Ergebnissen des Freedom House Jahresberichts 2011, heute ganze 850 115 Länder als Demokratien zu bezeichnen. Demokratie ist aber auch stets dem Wandel der Zeit unterworfen.

Natürlich entspricht das Demokratieverständnis von damals nicht mehr dem heutigen, welches in jeglicher Hinsicht universeller geworden ist. Natürlich besteht wohl in keinem 855 dieser 115 Staaten eine Demokratie, die unserem Idealbild einer Demokratisierung aller Lebensbereiche entspricht. Natürlich gibt es immer noch eine Vielzahl an Staaten, in denen demokratische Partizipation in weiter Ferne liegt oder in denen Rückschritte hin zu autoritären Herrschaftsstrukturen zu verzeichnen sind. Natürlich lebt eine Demokratie nur, wenn immer wieder und immer weiter Menschen daran teilhaben und dafür kämpfen. 860 Insgesamt zeigt die Geschichte aber, dass sich das Ideal der Herrschaft des Volkes verbreitet und mehr und mehr Staaten demokratische Elemente etablieren. Es gibt heute kaum mehr ein Land, das sich nicht als demokratisch bezeichnen würde. Das bedeutet lange nicht, dass wir tatsächlich in einer demokratischen Welt leben, aber es zeigt eindringlich, welcher Denkweise die bestimmende ist und welcher globale Druck daraus entsteht.

865 *Demokratisierungsprozesse weltweit*

Für uns steht fest: Demokratie ist zentrales Element unserer Vorstellung einer gerechten Welt. Konsequenterweise ist es daher auch unsere Aufgabe Demokratie weltweit zu fördern. 870 Dazu sind die Analyse von Demokratieprozessen, die Definition der Rahmenbedingungen und damit auch Grenzen der Demokratieförderung und die Darlegung der richtigen Mittel und Methoden unabdingbar.

Demokratisierungsprozesse verlaufen nicht linear. Die Entwicklung eines Landes zu einer 875 Demokratie ist vielmehr von zahlreichen destabilisierenden Phasen, Rückschritten oder der Ausbildung defekter Demokratien geprägt. Prinzipiell kann eine Demokratisierung von unten als auch von oben erfolgen. Tatsächlich dauerhaft und erfolgreich ist dies aber nur, wenn ausreichend starke Gesellschaftsgruppen an dem Prozess interessiert sind und ihn fördern. Auf internationaler Ebene lassen sich Demokratisierungsprozesse in Wellen interpretieren. 880 Die ersten beiden Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts und die zweite ab Mitte des 20. Jahrhunderts, hauptsächlich in Europa. Die dritte Welle erfolgte nach 1960 in Südeuropa und Teilen Asiens. Auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion transformierten sich viele Staaten in Richtung Demokratie. In letzter Zeit werden die Umbrüche im arabischen Raum als fünfte Welle diskutiert. Es sind also oft generelle politische oder ökonomische 885 Umschwünge, die solche Transformationen bedingen oder zumindest begünstigen. Umso mehr muss die Stabilität eines Landes bei Einforderung von Demokratie eine Rolle spielen.

Wir sind der Überzeugung, dass alle Menschen ihre Geschicke selbst bestimmen sollten und erachten daher Demokratie an sich als förderungswürdig ungeachtet ökonomischer oder (geo-) 890 politischer Interessen. Es ist für uns unabdingbar, dass die Außenpolitik der europäischen Staaten auf diesem Wert basieren muss.

Für uns steht fest, dass die Art und Weise, wie eine demokratische Gesellschaft organisiert und ausgestaltet wird, nicht fest definiert werden kann, sondern jeweils kontextbezogen vor

895 Ort entschieden werden sollte. Dennoch müssen die Grundanforderungen von freien Wahlen, Gewaltenteilung, demokratischen Staatsinstitutionen und partizipierender Zivilbevölkerung erfüllt sein, um überhaupt von einer Demokratie zu reden. Demokratie ist außerdem nur in einem Rechtsstaat und unter Gewährung von Minderheitenschutz möglich.

900 Wesentliches Merkmal einer Demokratie ist deren Selbstbestimmtheit. Der Impuls zur Demokratisierung muss aus der betroffenen Gesellschaft selbst heraus kommen. Gewaltsame Eingriffe von außen, die ausschließlich der Einführung eines Regime-Change dienen, lehnen wir daher ab. Nichtsdestotrotz sollte und muss eine direkte und indirekte Demokratieförderung stattfinden.

905

Demokratie in der EU

Demokratie ist unserer Überzeugung nach kein Zustand, sondern ein Prozess. Auch die Staaten der EU haben noch nicht das Ende der Geschichte erreicht, sondern müssen noch demokratischer werden. Gerade durch die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung ist das innereuropäische Demokratiedefizit gewachsen. Auch in den Institutionen der EU selbst bestehen Probleme, die nicht bagatellisiert werden dürfen. Sowohl in den politischen Strukturen in Brüssel und Straßburg, insbesondere aber dort, wo das Finanzsystem betroffen ist. Deshalb fordern wir Jusos eindringlich auch für die EU: Mehr Demokratie wagen!

915

Demokratische Bildung und demokratische Strukturen

Aus unserer Sicht kann eine Demokratie nur dann zu einem sich selbstgenerierenden und fortwährendem Prinzip und letztlich zu einer Staatsform werden, wenn für die Bevölkerung die Möglichkeiten geschaffen sind, ein demokratisches Bewusstsein zu bilden. Grundvoraussetzung dafür ist ein Bildungswesen, das für alle offen steht und dem wiederum das demokratische Prinzip zu Grunde liegt. Das heißt also: Nicht nur die Bildungsinhalte, also die Demokratiebildung, ist hier gefragt, sondern auch eine Organisation staatlicher Institutionen, die Partizipation ermöglichen. Beginnend mit der Schul- und universitären Bildung – aber auch konsequent fortgesetzt in der selbstbestimmten Organisation im konkreten Zusammenleben vor Ort.

920

925

Auch in der internationalen Arbeit ist die Organisation funktionierender Strukturen in den zivilgesellschaftlichen Sphären vor Ort nicht das Ziel der Demokratisierung der Gesellschaft, sondern ihr Anfang. Hier können Menschen konkrete Erfahrungen mit dem selbstbestimmten Gestalten ihres unmittelbaren Lebensumfeldes sammeln. So bleibt der Wert der Demokratie nicht theoretisch und wenig fassbar für die Menschen, die beginnen sollen, demokratische Strukturen aufzubauen, sondern wird konkret und damit begreifbar. Für uns Jusos heißt dies für unsere internationale Arbeit die konsequente Förderung von Bildung und Ausbildung in Staaten in denen sich Demokratien entwickeln sollen. Und es verlangt auch die Förderung und den Schutz zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich vor Ort ausbilden.

930

935

Grundlage für diese Strukturen ist wiederum die Absicherung der Menschen vor den häufig noch sehr präsenten Lebensrisiken - Armut, Krankheit, Gewalt. Diesen gilt es strukturell etwas entgegenzusetzen.

940

Wie auch in wohlhabenden Ländern zu beobachten ist, sind Menschen, die aufgrund von Armut am Rande der Gesellschaft stehen, nur bedingt für zivilgesellschaftliches Handeln zu gewinnen. Deshalb hat für uns die Armutsbekämpfung bei der Förderung demokratischer

945 Strukturen einen besonderen Stellenwert. Anders als es in der Vergangenheit in der so
genannten Entwicklungshilfe der BRD üblich war, ist für uns die Strategie der strukturellen
Armutsbekämpfung maßgeblich. Nicht durch Transferleistungen, sondern durch die
Befreiung von ökonomischen Repressionen und Abhängigkeiten wird Armut nachhaltig
950 bekämpft und kann sich ein stabiles Demokratiewesen etablieren. Auch international gilt für
uns die politische Überzeugung, dass eine Umverteilung der Vermögen von oben nach unten
der Schlüssel zu mehr Teilhabegerechtigkeit und damit die Voraussetzung für die
Herausbildung einer demokratischen Zivilgesellschaft sind.

Forderungen an eine weltweite Demokratisierung

955 Als internationalistischer Verband, der Teil der Sozialistischen Internationale ist, haben wir
den Auftrag - aber auch die Chance, unseren PartnerInnenorganisationen überall auf der Welt
bei der Einforderung von demokratischen Strukturen zur Seite zu stehen. Dafür brauchen wir
einen regen Austausch.

960 Über die finanzielle und ideelle Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen in
Institutionen kann durch die Politik Unterstützung geleistet werden. Auch wirtschaftliche
Anreize und das Angebot der Zusammenarbeit in privilegierten Partnerschaften können als
Instrument zur Demokratieförderung eingesetzt werden. Der Einsatz für eine freie Presse und
965 den freien Zugang zum Internet ist elementar für die Förderung demokratische Strukturen.
Auch an dieser Stelle kann durch Unterstützung der Medienlandschaft, oder der
Bereitstellung freier Nachrichtenquellen in demokratische Prozess unterstützt werden.

Daher fordern wir Jusos:

- 970
- zurück zu einer wertebundenen Außenpolitik, die Demokratieförderung als Ziel und nicht bloß Mittel zum Zweck begreift.
 - die Durchsetzung eines regime change rechtfertigt keinen Einsatz militärischer Mittel.
 - 975 ● Die Bevölkerung muss im Rahmen der demokratischen Grundvoraussetzungen selbst über die Ausgestaltung der eigenen Demokratie bestimmen dürfen.
 - Durchführung direkter und indirekter Demokratieförderung.
 - 980 ● eine koordinierte und in ihren Kriterien abgestimmte europäische Demokratieförderung.
 - Bildung als zentrale Voraussetzung um Teilhabe in einer Demokratie zu ermöglichen muss für alle Menschen zugänglich gemacht werden.
 - 985 ● Unterstützung beim Aufbau demokratischer Institutionen.
 - Förderung und/ oder Bereitstellung freier Medien , zum Beispiel durch grenzüberschreitende Ausstrahlung von Radio- oder Fernsehsendungen, Verbreitung von
990 Druckschriften o.Ä..
 - Unterstützung uns politisch nahestehenden Partnerorganisationen zur Förderung einer demokratischen Kultur.

995 • Demokratisierung auch im „eigenen Vorgarten“ der EU

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegungen haben in den letzten beiden Jahrhunderten Demokratie erkämpft und müssen sie auch im 21. Jahrhundert weiterentwickeln. Von unseren Zielen für die Demokratie sind wir noch weit entfernt.

Resolution zu den Ludendorffern

Der Juso Bundeskongress möge folgende Resolution beschließen:

5 „Wir Jusos haben, in Verantwortung vor der Geschichte und der gemeinsamen Geschichte der
Arbeiterbewegung, einen starken antifaschistischen Hintergrund. Jüdinnen und Juden, Sinti
und Roma, Homosexuelle, SozialistInnen, KommunistInnen und SozialdemokratInnen
10 wurden, wie viele andere Andersdenkende und Minderheiten, von den FaschistInnen vor den
blinden Augen der damaligen Bevölkerung Deutschlands verfolgt, gefoltert und getötet. Dies
geschah nur weil sie sich für eine bessere Welt, in der alle Menschen in Freiheit und
Gleichheit leben können, eingesetzt haben. Vor diesem Hintergrund, können wir keine Art
15 von Ausgrenzung und Diskriminierung dulden. Wir setzen uns entschieden für die
universellen Rechte aller Menschen ein. Wir können nicht tolerieren, dass sich seit Jahren in
Dorfmark, mitten im Heidekreis, eine offenkundig faschistische Vereinigung treffen kann.
Wir verurteilen auf das Schärfste die Vermietung von Zimmern an RassistenInnen. Wir
tolerieren nicht, dass ein Großteil der Bevölkerung, auf dem rechten Auge blind, es zulassen
20 kann das sich im Umkreis des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen - Belsen, Holocaust
Leugner und Antisemiten treffen. Wir wollen diese Vereinigung nicht im Heidekreis oder
anderswo haben. Wir unterstützen den selbstverständlichen Protest vieler BürgerInnen gegen
dieses Treffen. Wir erklären uns solidarisch mit allen, die gegen den „Bund zur
Gotterkenntnis“ protestieren werden. Nie wieder soll die braune Saat in Deutschland ihren
Nährboden finden!“

All inclusive – Gemeinsam in eine inklusive Gesellschaft!

Bislang wurde viel über Integration diskutiert, aber nur wenige der daraus resultierenden Maßnahmen haben tatsächlich zu den gewünschten Ergebnissen geführt.

5 Für Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist dieser Umstand nicht hinnehmbar. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen wir uns der Vielfalt in unserer Gesellschaft bewusst sein und vor diesem Hintergrund Mut für einen neuen Gesellschaftsentwurf beweisen. Dieser Gesellschaftsentwurf muss inklusiv sein. Inklusiv bzw. Inklusion bedeutet, dass es nicht zum Ausschluss (Exklusion) von Menschen kommt, die später wieder in die Gesellschaft integriert werden müssen. Der Begriff Inklusion wurde durch die UN-
10 Behindertenrechtskonvention eingeführt und ist seither dauerhaft Bestandteil des politischen Diskurses – insbesondere in der Bildungspolitik.

15 Ende 2006 verabschiedete die UNO-Generalversammlung das Übereinkommen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung. Dieses Übereinkommen wurde bis heute von ca. 125 Staaten ratifiziert, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Durch die Ratifizierung wurde das Übereinkommen geltendes Recht in Deutschland und muss von allen staatlichen Akteuren befolgt werden. Doch leider heißt das nicht gleichzeitig, dass die gut ausgearbeiteten Ziele des Übereinkommens, die wichtige soziale Rechte von Menschen mit Behinderung(en) festschreibt, rasch umgesetzt wurden. Die Konvention definiert die Behinderung eines Menschen nicht als feststehenden Zustand, sondern sondern als eine Wechselwirkung zwischen Menschen mit körperlichen, seelischen, geistigen oder
20 Sinnesbeeinträchtigungen mit verschiedenen einstellungs- und umweltbedingten Barrieren, die die volle und wirksame Teilhabe gleichberechtigt mit anderen an der Gesellschaft behindern können (vgl. Präambel und Art. 11 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen).
25

30 Unser Inklusionsbegriff muss allerdings über den bisher im Diskurs etablierten Begriff hinaus gehen. Wir wollen nicht nur eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung(en) gleichberechtigt und gleichgestellt an der Gesellschaft teilhaben können. Unser Inklusionsbegriff beinhaltet die soziale Inklusion aller Gruppen und Individuen, die bisher nicht gleichgestellt sind. Daher muss unser Konzept einer inklusiven Gesellschaft auf den Fundamenten jungsozialistischer Politik fußen: Emanzipation, Solidarität und Aufstieg durch Bildung.
35

Emanzipation ist notwendig.

40 Unter Emanzipation verstehen wir die kritische Reflexion von gegenwärtigen Verhältnissen. Wenn wir Gesellschaft neu denken wollen, müssen wir uns auch von Teilen der bisherigen Gesellschaftsdefinition lösen. Unsere Gesellschaft in ihrer jetzigen Form ist von Exklusion und Segregation geprägt. Wir sortieren aus, bilden Eliten und lassen Menschen auf der Strecke. Um zu einer inklusiven Gesellschaft zu gelangen, müssen wir die Idee der Integration weiterdenken, denn Integration bedeutet auch immer, dass bestimmte Teile

45 der Gesellschaft als „nicht integrationsfähig“ etikettiert werden. Wir Jusos müssen uns
dahereingestehen, dass nahezu alle bisherigen Integrationskonzepte ihre Wirkung verfehlt
haben. Um diesen neuen Gesellschaftsentwurf zu wagen, müssen wir uns von der
Verwendung des Integrationsbegriffs emanzipieren und ihn von den Migrant*innen lösen,
50 denn meistens wird Integration nur auf diese Bevölkerungsgruppe bezogen. Es sind allerdings
weitaus mehr Menschen, die nicht gleichberechtigt am alltäglichen und kulturellen Leben
teilhaben können. Wir Jusos müssen uns dafür einsetzen Diskriminierung jeglicher Art
zubeenden; sei es wegen des Geschlechts, der Sprache, des kulturellen Hintergrundes, der
sexuellen Identität, der Hautfarbe oder wegen Behinderungen. Diskriminierung verhindert
Solidarität. Unser oberstes Ziel muss jedoch sein, den Solidaritätgedanken zu stärken.

55 **Gesellschaftliche Solidarität (wieder) herstellen.**

Solidarität ist naturgemäß ein Grundpfeiler unseres sozialistischen, feministischen
und internationalistischen Richtungsverbandes. Das diskriminierende dreigliedrige
60 Schulsystem welches seit über hundert Jahren die Kinder nach ihrer sozialen Schicht
selektiert ist immer noch nicht überwunden. Die sozialliberale Bildungsexpansion Anfang der
70er verbesserte die Situation maßgeblich. In den letzten Jahren geraten diese Ziele aber
wieder ins Hintertreffen. Der Bildungssektor wurde immer mehr zu einem Konkurrenzsystem
umgebaut; Schulen und Hochschulen wurden nach wirtschaftlichen Maßgaben gestaltet. Die
Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet, sodass immer mehr Menschen zu
65 wenig haben und diejenigen, die bereits Reichtum besitzen, diesen noch vermehrt haben. Die
Unterstützung für Alleinerziehende, Senior*innen, Migrant*innen und Menschen mit
Behinderungen wurde immer weiter zurückgeschraubt. Der Beistand für die Schwächeren in
der Gesellschaft ist geschwunden. Der Grundwert der Solidarität hat im Alltag an Bedeutung
verloren.

70 Und genau hier muss unser neuer Gesellschaftsentwurf ansetzen.

Solidarität zwischen allen Gesellschaftsmitgliedern muss (wieder) hergestellt werden. Jeder
Mensch muss sich als Teil der Gesellschaft begreifen können. Vielfalt in unserer Gesellschaft
75 muss endlich von all ihren Mitgliedern anerkannt werden. Nur so kann sich ein neues
solidarisches Gesellschaftskonzept entfalten. Solidarität ist Grundvoraussetzung für ein
inklusives Gesellschaftskonzept und somit für die maximale Teilhabe aller
Gesellschaftsmitglieder. Wir müssen anfangen, in allen Lebensbereichen inklusiv zu denken.
Inklusion muss Leitgedanke des Denkens und Handelns sozialdemokratischer Politik sein.
80 Das bedeutet einen Richtungswechsel unserer Politik, jedoch auch für den Alltag eines jeden
Bürgers und einer jeden Bürgerin. Inklusiv gestalten bedeutet, dass nicht wie bei bisherigen
Integrationsbemühungen erst separierte Gesellschaftsteile wieder integriert werden müssen,
sondern, dass jeder und jede von Geburt an gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben
kann.

85 **Inklusion möglich machen: Aufstieg durch Bildung.**

Unser Ziel muss sein, dass Kinder, die in einer Straße wohnen und aufwachsen, das Recht auf
eine gleichberechtigte und wohnortnahe Teilhabe an Bildung, Kultur und Erziehung haben.
90 Von Geburt an gemeinsam bedeutet daher eine Umstellung des Bildungssystems, angefangen
im frühkindlichen Bereich. Kinderkrippen und Kindertagesstätten müssen so ausgestattet
werden, dass es ihnen personell wie räumlich möglich ist Kinder mit Behinderung(en)
adäquat zu betreuen. Dafür müssen Bildungsinstitutionen auch personalstrukturell

95 prinzipiellso ausgestattet werden, dass jedes Kind in der besten Art und Weise gefördert werden kann. SprachpädagogInnen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und Sonderpädagog*innen müssen Kinderkrippen und -gärten als Grundausrüstung zur Verfügung stehen. Nur so kann eine optimale Betreuung eines jeden Kindes ermöglicht werden. Bedarf eine Bildungsinstitution auf Grund besonderen Förderungsbedarfs einzelner Kinder weiterer Unterstützung, so muss ihr diese zur Verfügung gestellt werden.

100

Kinder müssen einen neuen Stellenwert erfahren. Ihre Individualität ist dabei keine Bürde, sondern Inbegriff des gesellschaftlichen Reichtums. Die Individualisierung von Lehr- und Lerninhalten ist somit unumgänglich. Auch im Bildungssystem muss Emanzipation stattfinden. Das dreigliedrige Schulsystem muss überwunden werden. Nur so ist der Weg in eine inklusive Gesellschaft gangbar. Gemeinsames Lernen von der Grundschule bis zum Abitur muss ermöglicht werden. Die Gemeinschaftsschule ist unsere Antwort und zugleich Gegenkonzept zum gegliederten Schulsystem. In weiteren Bildungseinrichtungen muss gezielte zusätzliche Förderung für Kinder mit Bedarf angeboten werden. Genauso wichtig ist jedoch auch die kritische Reflexion des Begabungsbegriffs. Kinder lernen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und mit unterschiedlich großen Fortschritten; sie haben unterschiedliche Stärken und Schwächen. Die Individualität muss sich also auch im Begabungsbegriff wiederfinden und die natürliche Unterschiedlichkeit von Kindern berücksichtigen. In den ersten Lebensjahren wird, unter maßgeblichem Einfluss von Bildungseinrichtungen, ein Gesellschaftsbild vermittelt. Wenn Kinder von Beginn an gemeinsam aufwachsen und das Leben erleben, wird ein Grundstein für Solidarität gelegt. Auch in der Schullaufbahn müssen sich die Bemühungen widerspiegeln, inklusives Denken zu vermitteln und anzuwenden. Auf Schulen treffen somit die gleichen Anforderungen zu, wie auf die Institutionen frühkindlicher Bildung: die personellen und räumlichen Grundausrüstungen müssen den Kindern angepasst werden. Das Recht auf den Besuch einer Regelschule, wie in Artikel 24 der UN Behindertenrechtskonvention geregelt, muss umsetzbar gemacht werden. Gleichberechtigung muss Realität sein. Aktuell sind weniger als 20% der Kinder mit Behinderungen in Regelschulen integriert. Diese Zahl muss schnell und kontinuierlich gesteigert werden. Die Geschichte hat bereits gezeigt, dass der Aufstieg durch Bildung möglich ist. Aufgabe sozialdemokratischer Politik muss es sein, diesen Aufstieg wieder möglich zu machen und zu gewährleisten. Wir Jusos sind davon überzeugt, dass nur durch massive Investitionen ins Bildungssystem der neue inklusive Gesellschaftsentwurf umgesetzt werden kann. Privatisierung des Bildungssystems ist in keiner Weise hinnehmbar; die Finanzierung muss durch den Staat gewährleistet sein. Ein inklusiver Gesellschaftsentwurf ist nicht ohne ein prinzipielles Umdenken im Bildungssystem möglich: Nicht die Kinder müssen sich an die Schule anpassen, sondern die Schulen an die Kinder.

130

Lehrer*innenausbildung umbauen. Erzieher*innen weiterqualifizieren.

135 Ein inklusives Bildungssystem hat besondere Anforderungen an die in den Institutionen arbeitenden Menschen. Besonders sind die Lehrer*innen von dieser Veränderung betroffen. Die LehrerInnenausbildung muss sich daher grundlegend ändern. Der Anteil psychologischer und sonderpädagogischer Inhalte muss gesteigert werden. Studieninteressierte und -anfängerInnen müssen über die Anforderungen an sie und die Situation in inklusiven Schulen aufgeklärt werden. Auch die bereits aktiven Lehrer*innen sollen an verpflichtenden Fortbildungen zu diesem Thema teilnehmen. Gemeinsam mit den an den Schulen ansässigen Psycholog*innen, SonderpädagogInnen und SprachpädagogInnen können die mit neuen Kompetenzen ausgestatteten Lehrer*innen die beste Bildung und

140

145 Förderung für alle Kinder gewährleisten. Gleichmaßen müssen Kommunikationsmittel
Eingang in Ausbildungsplan von Lehrer*innen und auch Erzieher*innen haben.
Gebärdensprache und Brailleschrift sind hier als zentrale Mittel zu nennen. Weiterhin sollen
Erzieher*innen dahingehend weiterqualifiziert, dass Behinderungen frühzeitig erkannt
werden können um beste Förderung und Inklusion von Anfang an zu gewährleisten. Der
150 Staat muss bei allen Inklusionsbemühungen Hilfestellungen leisten. Dies kann beispielsweise
dadurch geschehen, dass spezielle Beratungsstellen für Eltern mit Kindern mit
Behinderung(en) geschaffen werden und umfassende Handreichungen für Lehrer*innen
entwickelt werden.

155 Über folgendes sind wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten uns bewusst:
Emanzipation, Solidarität und Bildung stehen in einem inklusiven Gesellschaftsentwurf in
Abhängigkeit zueinander. Ausgehend von diesen Prinzipien werden wir für eine inklusive
Gesellschaft eintreten und kämpfen. Ein inklusives Gesellschaftskonzept baut auf Bildung
auf, muss jedoch auch in allen anderen Lebensbereichen konsequent durchgesetzt werden.

160 **Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben ermöglichen.**

Die UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet unter anderem die Aussage, dass
Entmündigungen und ähnliche Eingriffe in die persönliche Rechte zu vermeiden sind. Dazu
gehört nach Artikel 29 die Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben. Das Recht auf die
165 Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben ist Teil der Beseitigung sozialer Ungleichheit
zwischen Menschen verschiedenen Alters, Geschlechts, sozialer Herkunft und zwischen
Menschen mit und ohne Behinderung(en). Die Eigenständigkeit und direkten
Partizipationsmöglichkeiten von benachteiligten Gruppen und Individuen zu fördern und zu
unterstützen, um dies zu gewährleisten müssen verschiedene Unterstützungs-
170 undAssistenzleistungen auf- und ausgebaut werden. Wir fordern, dass Wahllokale barrierefrei
zu erreichen sein müssen. Ebenso muss der Wahlvorgang an sich barrierefrei durchzuführen
sein. Jedes Wahllokal soll daher bei jeder Wahl die Wahlschablonen für Sehbehinderte
bereithalten. Für die Erstellung dieser Wahlschablonen fordern wir die Bundesregierung auf
in den Dialog mit Sehbehinderten zu treten, um bundeseinheitliche Wahlschablonen
175 herzustellen. Die dabei entstehenden Kosten muss die Bundesregierung tragen. Darüber
hinaus muss eine echte Wahlfreiheit für alle Menschen hinsichtlich ihres Wohnortes, aber
auch ihres Arbeitsplatzes ermöglicht werden.

180 **Barrierefreiheit im Alltag gänzlich erreichen.**

Die Infrastruktur in den meisten Städten Deutschlands ist für Menschen mit Behinderung(en)
unzureichend ausgebaut. Busse und Bahnen sowie Bahnhöfe und Bus- und Bahnhaltstellen
müssen so gestaltet werden, dass z.B. Rollstuhlfahrer*innen ungehinderte und selbstständige
Mobilität ermöglicht wird. Dies trifft besonders stark auf ländliche Gebiete zu. Auch
185 Rentner*innen leiden unter der unzureichenden infrastrukturellen Ausrichtung auf diejenigen
in der Gesellschaft, die nicht (mehr) so können, wie der Mainstream. Neben schlechter
Ausstattung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist auch der Nahversorgungssektor eine
Herausforderung für Menschen mit Behinderung(en). Wohnortnahe Versorgung mit
Lebensmitteln muss gewährleistet werden. Gerade im Hinblick auf die demographische
190 Entwicklung unserer Gesellschaft gewinnt dieses Argument an Gewicht. Bei (Um-)
Baumaßnahmen müssen inklusive Konzepte bedacht werden. Gehsteige müssen z.B. mit
einem Blindenleitsystem ausgestattet werden, um Menschen mit Sehbehinderungen den
Alltag zu erleichtern. Gleiches gilt für den (Um-)Bau von Gebäuden; dabei spielt es keine

195 Rolle, ob es ein Verwaltungsgebäude, eine Bildungseinrichtung oder ein Supermarkt ist. Die
allgemeingültigen Normen(DIN) für Gebäude, Geräte und Dienstleistungen sind daher so zu
ändern, dass die Barrierefreiheit zum Regelfall wird. Ebenso muss der Umbau von Gebäuden
aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Auch die Orientierung im Straßenverkehr muss sich
für z.B. sehbehinderte Menschen verbessern. Signale an Ampeln, die anzeigen wenn diese
auf grün springen, müssen an jeder Ampel installiert werden. Außerdem müssen an den
200 Verkehrsknotenpunkten von Städten und an den Bus- und Bahnhaltstellen Stadt- und
Fahrpläne in Brailleschrift zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist allgemein die
Verwendung von Gebärdensprache, Brailleschrift und anderen Kommunikationsformen in
allen Lebensbereichen zu akzeptieren und zu fördern. All dies fällt unter den Aspekt des
„Universelle[n] Design“. „Universelles Design“ bedeutet Produkte und Gebäudeteile
205 möglichst so zu entwerfen, dass sie möglichst ohne große Anpassungen von Menschen (mit
Behinderungen) verwendet werden können. Auch bei der Infrastruktur muss inklusives
Denken das Handeln bestimmen. All dies fällt

Vielfalt leben.

210 In einer inklusiven Gesellschaft muss es selbstverständlich sein, dass jeder Mensch ein Recht
auf eine Ausbildung und die freie Berufswahl hat. Die vielfältigen Interessen aller Menschen
müssen geachtet werden und dürfen nicht von Interessen der Wirtschaft und des Marktes
unterdrückt werden. Wir müssen aber noch auf einem ganz anderen gesellschaftlichen
215 Bereich für die Akzeptanz und Normalität von Vielfalt kämpfen: Menschen mit einer anderen
sexuellen Identität als der normativ heterosexuellen müssen in Freiheit leben und entscheiden
können. Unser inklusiver Gesellschaftsentwurf enthält daher die Forderungen nach gleichen
Rechten und gleichen Pflichten für Menschen anderer sexueller Identität. Dafür ist die
Ergänzung des Artikels 3 GG um die sexuelle Identität unumgänglich. Außerdem muss die
220 gänzliche Gleichstellung im Erb- und Steuerrecht und bei der Adoption erfolgen.
Regenbogenfamilien sind Teil der inklusiven Gesellschaft.

Medienrezeption erleichtern.

225 Medien spielen in unserer Gesellschaft eine herausgehobene Rolle. Wir alle sind auf
den Umgang mit dem Computer angewiesen und es ist selbstverständlich geworden
technische Geräte zu nutzen, die den Alltag erleichtern. De facto ist es jedoch so, dass
Menschen mit verschiedenen Behinderung(en) nur in geringem Maße Medien nutzen können.
Die Technik muss dahingehend entwickelt werden, dass Geräte für die entsprechenden
230 Bedürfnisse der Nutzerin/des Nutzers zur Verfügung stehen. Beispielhaft seien hier die
Erweiterung der Fernsehprogramme um Gebärdensprache, Untertitel bei Nachrichten und
das Angebot an Hörfilmen genannt. Ein erster Schritt zur inklusiven Medienrezeption ist,
dass öffentliche Webinhalte barrierefrei zu gestalten und anzubieten sind. Der Ausbau der
genannten Medienformate muss finanziell vom Staat gefördert werden.

235

Konsequent inklusiv – auch auf dem Arbeitsmarkt.

Auch der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt muss sich den Bedürfnissen der
Menschen anpassen. Berufszweige müssen geöffnet, und Menschen mit Behinderung(en) die
240 Möglichkeit gegeben werden sich aktiv am Arbeitsleben zu beteiligen. Es ist jedoch nicht das
Ziel, spezielle Arbeitsstätten für Menschen mit Behinderungen einzurichten. Stattdessen soll
die Möglichkeit, Arbeitsplätze und –inhalte an die entsprechende Arbeitskraft anzupassen
geboten werden. Nur durch maximale Teilhabe auf einem inklusiven Arbeitsmarkt kann es

245 Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden, aus der bisher lebenslangen
Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen zu gelangen. Dass ArbeitnehmerInnen ihrer
gesetzlichen Beschäftigungspflicht nachkommen und mindestens 5% ihrer Arbeitsplätze
durch Menschen mit Behinderung besetzen, muss darum endlich Realität werden. Um diese
Teilhabe zu ermöglichen muss die Unterstützung durch Arbeitsassistent(en) ausgeweitet und
erleichtert, sowie die Eingliederungshilfe ausgebaut werden, auch wenn diese unter
250 bestimmten Bedingungen als Schutzraum fungieren können. Auch Menschen, die wegen Art
oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen
Arbeitsmarkt arbeiten können, haben ein Recht auf berufliche Bildung und Teilhabe am
Arbeitsleben, unabhängig von einem Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer
Arbeitsleistung. Eine Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und nicht „nicht
255 werkstattfähigen“ Menschen, wie sie in einigen Bundesländern in der Praxis vollzogen wird,
ist aufzuheben. Für all diese Aspekte existieren bereits gesetzliche festgelegte Instrumente
(insbesondere SGB IX), deren konsequente Umsetzung zugunsten einer stärkeren
Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung weiterhin ausreichend qualifiziert
und finanziert begleitet werden muss. Der private Sektor darf sich mehr durch geringe
260 Geldbußen davon entbinden lassen, Menschen mit Behinderung(en) einzustellen. Hier
fordern wir eine neue Regelung, die die Privatwirtschaft massiv sanktioniert, sollte sie sich
nicht an gesetzlich vorgegebene Beschäftigungsquoten halten. Gleiches gilt für den
öffentlichen Sektor. Darüber hinaus muss es Menschen mit Behinderung(en) ermöglicht
werden, sich auch in Gewerkschaften einzubringen. Inklusiv bedeutet auch, dass niemand auf
265 Grund ihrer/seiner Ethnie, Geschlechts oder Hautfarbe auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert
wird. Dazu ist die Einführung einer Frauenquote von mindestens 40% in Führungsetagen
notwendig. Außerdem sollen Migrantinnen und Migranten explizit dazumotiviert werden,
Karrieren im öffentlichen Dienst zu verfolgen; die Repräsentation von Migrant*innen z.B. im
Lehrer*innenberuf ist äußerst wichtig für ein inklusives Gesellschaftskonzept.

270

Gemeinsam mit Mut.

Durch die beschriebenen Schritte können wir die maximale Teilhabe schrittweise erreichen
und unsere zersplitterte Gesellschaft einen. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft ist ein
275 langer Weg der kleinen Schritte. Die Botschaft der Inklusion müssen wir in einer Gesellschaft
vermitteln, die immer mehr auf Leistung statt Solidarität setzt. Umfassende Partizipation aller
Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischem- oder kulturellem Hintergrund, der
sexuellen Identität oder Behinderung, ist das Ziel eines inklusiven Gesellschaftskonzeptes.
Die UN Behindertenkonvention und Antidiskriminierungsgesetze bieten die formelle Basis
280 für unseren neuen Gesellschaftsentwurf – nun ist unser Mut gefragt diesen auch zu fordern
und umzusetzen. Innerparteilich ist die SPD mit der Anerkennung der Schwusos und
des Netzwerks „selbst aktiv“ einen Schritt in die richtige Richtung gegangen. Um die
bestmögliche Umsetzung dieser UN-Behindertenrechtskonvention und unseres Konzepts der
inklusive Gesellschaft zu erreichen, müssen wir uns auch immer wieder mit den Betroffenen
285 und Expert*innen austauschen. Dabei sollte uns als Leitgedanke dienen: „Es ist normal
verschieden zu sein.“

Für uns Jusos steht fest: Exklusion war gestern. Jeder Mensch ist wichtig. Für uns gibt es nur
einen Pfad in die Zukunft: nach links und zwar von Anfang an gemeinsam – all inclusive.

Lobbyismus bekämpfen, Transparenz schaffen

Die SPD steht zu ihren Beschlüssen, den finanziellen Hintergrund von InteressenvertreterInnen durch die Einführung eines Lobbyregisters transparent zu machen, sowie die gesetzlichen Regelungen für Parteispenden auch für Parteisponsoring anzuwenden und die Gültigkeit dieser Regelungen auch auf Listenverbindungen auszuweiten. Dabei wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Auch ohne eine gesetzliche Regelung sollen deshalb in der SPD zukünftig

- 10 • sämtliche Parteispenden veröffentlicht werden, auch wenn sie weniger als 10000 Euro betragen und somit keine gesetzliche Veröffentlichungspflicht besteht. Dabei sollen Spenden von Unternehmen, Verbänden, Vereinen etc. namentlich, Spenden von natürlichen Personen, für die keine gesetzliche Veröffentlichungspflicht besteht, in geeigneter Weise anonymisiert veröffentlicht werden,
- 15 • die vollständigen Einnahmen durch Sponsoring, beispielsweise bei Parteitagen, aufgeschlüsselt nach den SponsorInnen veröffentlicht werden und
- 20 • die Geldflüsse zwischen der SPD, ihren Unternehmensbeteiligungen und Dritten soweit veröffentlicht werden, wie es rechtlich möglich und zum Ausschluss einer verdeckten Parteienfinanzierung nötig ist. Die Unternehmen, an denen die SPD beteiligt ist, sollen diesem Transparenzgedanken bei Vertragsschlüssen Rechnung tragen.

Frieden durch Dialog: Unser Willy-Brandt-Center in Jerusalem

1. Unser WBC-Projekt: Von der Vision zur Umsetzung!

1996 war ein bedeutendes Jahr für die internationale Arbeit des Jusos Bundesverbandes. In diesem Jahr wurde ein Partnerschaftsvertrag zwischen den Jusos, der Labour Youth Israel und der palästinensischen Fatah Jugend geschlossen. In diesem Vertrag wurde der gemeinsame Willen festgehalten, in Jerusalem einen Ort zu schaffen, der der trilateralen Begegnung und dem Austausch dient. Die damals auf internationaler Ebene stattfindenden Verhandlungen zum Oslo Friedensprozess bildeten den politischen Rahmen für diese Idee und ihre Umsetzung. Trotz sich immer wieder ändernder Rahmenbedingungen hat dieses Projekt seit über 15 Jahren Bestand und Erfolg. Es war immer mehr als eine abstrakte Idee. Das Willy-Brandt-Center ist ein Ort des täglichen solidarischen Umgangs in gemeinsamer Partnerschaft, in dem junge Menschen getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität zusammenfinden und so die Grundlage für eine gemeinsame Zukunft schaffen. Wir Jusos bekennen uns zu diesem, unserem Projekt.

Die in dem Partnerschaftsvertrag fest gehaltene Vision eines gemeinsamen Projektes konnte mit Hilfe des Zivilen Friedensdienstes 2003 in die Realität umgesetzt werden. Im selben Jahr trat Young Meretz Israel ebenfalls der Partnerschaft bei und das Projekt bezog das Haus in Jerusalem, das sich politisch bewusst auf der sogenannten Grünen Linie befindet. Seit dem Bezug des Hauses, arbeitet dort ein trilaterales Team aus Jusos, Young Labour, Young Meretz und Fatah Youth. Die Arbeit wird durch eine Friedensfachkraft und durch ein/e Freiwillige/n unterstützt. Zahlreiche Juso Delegationen haben das Projekt in den letzten Jahren besucht und auch selbst Treffen innerhalb Deutschlands durchgeführt.

Das Projekt hat sich als Raum für die Zusammenarbeit linker Jugendorganisationen, die sich gemeinsam für den Frieden einsetzen, bewährt. Es hat sich inzwischen auf 3 Säulen ausgeweitet: die erste Säule ist unser Partnerschaftsprojekt bestehend aus den genannten Mitgliedsverbänden der IUSY. Die zweite Säule bildet seit 2007 ein Projekt des International Falcon Movement/Socialist Educational International. Die dritte Säule bildet die Nutzung des Hauses für öffentliche kulturelle und politische Veranstaltungen.

Innerhalb der letzten Jahre und Jahrzehnte haben wir die trilaterale Partnerschaft trotz schwieriger internationaler Bedingungen und trotz immer wiederkehrender finanzieller Unsicherheiten ausgebaut und verstetigt. Mit „Youth for a democratic change“ haben wir zusammen mit der Fatah Youth ein Programm entwickelt, das die demokratische Reform der Organisation und die Strukturentwicklung unterstützen soll. Im Rahmen trilateraler Projekte und Bildungsmaßnahmen werden Räume für den Austausch und Dialog geschaffen, von denen alle Partner nachhaltig profitieren. Die einmal im Jahr stattfindende WBC-Jahreskonferenz bildet einen Höhepunkt unseres Projekts. Sie bietet den Raum dafür, aktuelle Entwicklungen im politischen Diskurs aufzugreifen und zugleich einen regelmäßigen Austausch der Partnerverbände über neue Aktivitäten und Visionen für das Projekt zu gewährleisten.

45 Ein vergleichbares, linkes progressives Projekt, das sowohl Organisationen auf der israelischen, als auch auf der palästinensischen Seite umfasst, gibt es in der Region nicht.

Gemeinsam mit dem Willy-Brandt-Center wollen wir weiterhin in solidarischer Zusammenarbeit:

50

- unsere politischen Partnerinnen und Partner in der Auseinandersetzung um die linke und demokratische Erneuerung ihrer Mutterparteien stärken,
- linke Politikentwürfe gemeinsam formulieren und auch unter schwierigen Rahmenbedingungen für ihre gesellschaftlichen Mehrheiten streiten,
- zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungs- und VerantwortungsträgerInnen die Erfahrung von Partnerschaft und internationaler Solidarität vermitteln.

55

60 Unser politischer Anspruch als Jusos ist es, stetig an der Fortentwicklung des WBC zu arbeiten. Dazu gehört es, unsere politische Beschlusslage in Hinsicht auf unser WBC Projekt regelmäßig zu erneuern und zu diskutieren. Diesen Beitrag soll diese Positionierung leisten.

2. Unser WBC-Projekt: Aktuelle Herausforderungen und Rahmenbedingungen!

65

Der politische Verhandlungsprozess zwischen Israel und Palästina ist seit dem Abbruch direkter Verhandlungen im September 2009 weitestgehend zum Stillstand gekommen. Eine Lösung mit dem Ergebnis zweier selbständiger Staaten in Frieden und Sicherheit ist zurzeit nicht in unmittelbarer Sicht. Von der rechten Regierung Israels um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und Außenminister Avigdor Lieberman gehen zurzeit keine Impulse für Fortschritt im Friedensprozess aus. Gleichzeitig stellen innerpalästinensische Kräfte, die Dialog zwischen PalästinenserInnen und Israelis als 'Normalisierung' der Besatzung diskreditieren und sich in der sogenannten Anti-Normalisierungsbewegung versammeln, eine Bedrohung für den politischen Ansatz unserer Partnerinnen und Partner dar.

75

Im Hinblick auf diese problematischen Rahmenbedingungen erkennen wir, dass die Option einer friedlichen und zukunftsfähigen Zwei-Staaten-Lösung immer schwieriger wird. Gerade deshalb ist die Partnerschaft und das klare Bekenntnis der Partnerinnen und Partner im Willy-Brandt-Center hierzu wichtiger denn je. Junge Menschen stellen die Mehrheit der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung dar. Ihnen kommt eine zentrale Verantwortung zu.

80

2.1 Junge, linke Perspektiven in Israel

85

2.1.1 Die politische Situation unserer Partnerorganisationen

90 Die letzten Wahlen zur israelischen Knesset im Jahr 2009 waren für unsere Partnerinnen und Partner verheerend: Die Arbeitspartei, eine traditionell starke Partei mit langjähriger Regierungsbeteiligung, hat bei dieser Wahl das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Die Meretz-Partei spielt mit nur noch drei Sitzen kaum noch eine Rolle im parlamentarischen Betrieb.

Nachdem der damalige Vorsitzende der Arbeitspartei, Ehud Barak, seine Partei nach der Wahl zunächst in eine Koalition gedrängt hat, die vor allem von Netanjahus rechter Likud-Partei und der Partei Yisrael Beiteinu des Rechtspopulisten Avigdor Lieberman getragen wird, hat er seine Partei Anfang 2011 aus dem Amt des Parteivorsitzenden heraus verlassen. Mit ihm haben fünf der ursprünglich 13 Knesset-Abgeordneten die Fraktion der Arbeitspartei verlassen. Mit acht Sitzen in der Knesset ist die Partei nun nur noch die fünftstärkste Kraft im Parlament. Zugleich eröffnet das Ausscheiden aus der Regierung mit dem Parteiaustritt Baraks die Perspektive für eine inhaltliche Neuausrichtung der Partei.

Die neue Vorsitzende der Arbeitspartei, Shelly Yachimovich, konzentriert sich in der Neuausrichtung ihrer Partei stark auf Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Israel. Auch die Labour Youth stellt diese Fragen anstelle des Konflikts in den Mittelpunkt ihres politischen Wirkens. Während über Jahrzehnte beinahe ausschließlich sicherheitspolitische Fragen wahlentscheidend waren, wurde das Land innenpolitisch einer marktliberalen Deregulierungs- und Kürzungspolitik unterworfen. Hier setzt die Partei an, um soziale Interessen, Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die öffentliche Daseinsvorsorge wieder auf die politische Agenda zu setzen.

Unsere Partnerorganisation Young Labour hat eine zentrale Rolle im innerparteilichen Widerstand gegen den Eintritt in eine rechte Regierung und den politischen Kurs Ehud Baraks gespielt. Wir freuen uns, dass unsere Partnerinnen und Partner sich am Ende innerparteilich in zentralen Fragen durchsetzen konnten.

Gleichzeitig formuliert die Meretz-Partei offensiv die Forderung nach einem neuen Friedensplan. Der von der Parteivorsitzenden Zahava Gal-On vorgelegte Plan sieht unter anderem die Anerkennung des palästinensischen Staates als 194. Mitglied der Vereinten Nationen und die Einigung über alle wesentlichen Fragen des Konflikts auf Grundlage der Grenzen von 1967 innerhalb eines Jahres vor.

125

2.1.2 Linke Perspektiven in der israelischen Gesellschaft

Aus unserer Sicht bietet beides gemeinsam, die klare linke innenpolitische Ausrichtung, die die Menschen innerhalb Israels in den Blick nimmt, gemeinsam mit einem selbstbewussten Auftritt linker israelischer Kräfte im Friedensprozess die Chance, gesellschaftliche Mehrheiten und Vertrauen zurück zu gewinnen und auch mit Blick auf die anstehenden Wahlen im Jahr 2013 eine einheitliche linke Deutungshoheit über Fragen der Innen- und der Sicherheitspolitik herzustellen, die den Fokus auf die politische Rechte löst.

135

Dabei ist die Ausgangslage für die Linke in Israel nicht nur mit Blick auf Wahlergebnisse problematisch. Rückschritte des Friedensprozesses und das immer neue Scheitern der Friedensgespräche von Camp David bis Annapolis haben zu einer Resignation und damit zu einem Misstrauen gegenüber der politischen Linken geführt, die grundsätzlich mit der Dialogbereitschaft zur anderen Seite verbunden wird. Der anhaltende Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen, von dem der Süden Israels betroffen ist, stellt die dort lebenden Menschen vor besondere Herausforderungen, die es ihnen erschweren könnten ein Verständnis für Annäherungen zu entwickeln. Insbesondere ist diese Entwicklung bei jungen Israelis erkennbar. So kommt beispielsweise die im vergangenen Jahr veröffentlichte israelische

140

145 Jugendstudie, die seit 1998 regelmäßig von der Friedrich-Ebert-Stiftung erhoben wird, zu
dem Ergebnis, dass es in dieser Zeit zu einem deutlichen Rechtsruck gekommen sei. So sei
innerhalb der 15 bis 24-jährigen in dieser Zeit die Selbstbezeichnung als “rechts” von 48 auf
62 Prozent gestiegen, während die Positionierung als “links” von 32 auf 12 Prozent
eingebrochen sei. Hier kommt unseren Partnerorganisationen Young Labour und Young
150 Meretz eine zentrale Rolle zu, Vertrauen in linke Antworten zurück zu gewinnen. Auch
hierbei soll das Willy-Brandt-Center eine Unterstützung sein.

Trotz dieser schwierigen Ausgangslage gibt es hoffnungsvolle linke Potentiale in Israel. Das
155 Land hat traditionell starke links-zionistische Bewegungen. Dass diese Potentiale
mobilisierungsfähig sind, hat die soziale Protestbewegung im Sommer 2011 eindrucksvoll
bewiesen. Zeitweise waren 700.000 Demonstrantinnen und Demonstranten auf der Straße,
um gegen hohe Preise für Lebensmittel und Wohnraum, sowie für soziale Gerechtigkeit und
Sozialstaatlichkeit zu demonstrieren. Dieses Ausmaß an Protesten wurde 2012 nicht gehalten,
160 die Ursachen sind aber nach wie vor vorhanden. Es muss unseren Partnerorganisationen jetzt
gelingen zu verdeutlichen, dass linke Parteien und deren Jugendverbände der Kanal sind, um
Forderungen der Protestbewegung aufzugreifen, zu bündeln und politisch zu erkämpfen. Sie
müssen letztendlich Teil der Wahlauseinandersetzung 2013 werden, mit dem Ziel, die
Regierung Netanjahu abzulösen.

165

2.2 Junge, linke Perspektiven in Palästina

2.2.1 Die Situation unserer Partnerorganisation

170

Obwohl Jugendliche und junge Erwachsene einen großen Teil der palästinensischen
Bevölkerung ausmachen, ist ihre politische Partizipation gering. Neben den beengenden und
zum Teil entwürdigenden Auswirkungen der Besatzungsrealität auf ihren Alltag, sind junge
Menschen in Palästina auch von konservativen, stark hierarchischen und oft
175 undemokratischen Strukturen im eigenen Umfeld eingeschränkt. Mangelnde Bildungs- und
Zukunftsinvestitionen und eine defizitäre Demokratisierung der Gesellschaft sind
wesentlichen Voraussetzungen der Palästinensischen Autonomiebehörde.

180 Junge Palästinenserinnen und Palästinenser erleben eine Perspektivlosigkeit, die sich darin
ausdrückt, dass ein hoher Bildungsabschluss keine großen Chancen auf ein entsprechend
qualifiziertes Beschäftigungsverhältnis eröffnet. Dies führt immer wieder auch zur
Auswanderung hoch qualifizierter Palästinenserinnen und Palästinenser.

185 Unsere Partnerinnen und Partner von der Fatah Youth nehmen eine wichtige Rolle in der
Auseinandersetzung um gesellschaftliche Erneuerung ein. Insbesondere in der eigenen
Mutterpartei haben sie in den vergangenen Jahren einen demokratischen Erneuerungsprozess
eingefordert und setzen sich kritisch mit den Eliten der Bewegung auseinander. Dieser
Prozess ist nicht nur für die politische Teilhabe junger Menschen in der Fatah zentral,
190 sondern trägt auch zu neuem Vertrauen innerhalb der palästinensischen Gesellschaft bei. Ein
wichtiger Erfolg dieses Prozesses ist der 6. Generalkongress der Fatah, der Ende 2009 über
20 Jahre nach dem vorigen Parteitag mit demokratischen Wahlen der Gremien stattfand.

195 Das Willy-Brandt-Center hat die Fatah Youth hierbei in den vergangenen Jahren durch das
Projekt ‘Youth for a democratic change’ unterstützt. Durch dieses Projekt wurde in mehreren
Staffeln für eine Vielzahl junger Fatah Mitglieder ein politisches Schulungsangebot
geschaffen, das inhaltliche, strukturelle und organisatorische Kompetenzen vermittelt hat, die
200 unsere Partnerinnen und Partner als Organisation und als junger Teil der Mutterpartei
vorangebracht hat. Das Willy-Brandt-Center soll auch weiterhin ein Ort für politische
Bildungsangebote sein.

205 Unsere Partnerinnen und Partner der Fatah Youth arbeiten aber nicht nur innerhalb der
eigenen Gesellschaft, sie sind gemeinsam mit den israelischen Partnerorganisationen
tragender Teil des Willy-Brandt-Centers. Über die jahrelange Partnerschaft haben sie es
geschafft, Vorbehalte abzubauen und verbinden es, palästinensische Interessen zu
formulieren und zu vertreten und gleichzeitig in einem solidarischen Miteinander mit den
israelischen Partnern und den Jusos politische Ziele zu entwickeln und gemeinsam dafür zu
210 streiten.

Dieser Ansatz wird nicht von allen in der palästinensischen Gesellschaft akzeptiert. Die
AnhängerInnen der tief gesellschaftlich verankerten und immer wieder auftretenden ‘Anti-
Normalisierungsbewegung’ stellen dialogorientierte PalästinenserInnen als “Normalisierer”
215 des Besatzungszustandes dar. Sie veröffentlichen Bilder von PalästinenserInnen, die an
Aktivitäten mit Israelis teilnehmen im Internet und zum Teil kommt es zu Gewalttaten.

Wir erkennen es hoch an, dass unsere palästinensischen Partnerinnen und Partner der Fatah
Youth sich auch im Angesicht dieser schwierigen Situation zur gemeinsamen Partnerschaft
220 bekennen. Auf die hiermit in der täglichen Zusammenarbeit bestehenden Schwierigkeiten
nehmen wir Rücksicht. Wir sehen, dass die Partnerschaft unter wechselnden, oft schwierigen,
gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem auch deshalb möglich ist, da die
israelischen und palästinensischen Partnerorganisationen sich über gemeinsame Positionen
bezüglich der Kernfragen des Konflikts verständigt haben und diese in ihren Gesellschaften
225 offensiv vertreten. Insbesondere die strikte Ablehnung der Siedlungsbewegung durch unsere
israelischen Partnerorganisationen spielt hierbei eine wichtige Rolle.

2.2.2 Die „Anti-Normalisierungs-Bewegung“

230 Zwar reichen die Kräfte der Anti-Normalisierungs-Bewegung bis hinein in Fatah, eine
besondere Problematik für unsere palästinensische Partnerorganisation stellt aber der Druck
dar, der von autoritär-repressiven Bewegungen wie der Hamas erzeugt wird.

235 Diese Organisation beruft sich nach wie vor auf eine islamistische und antisemitische Charta,
in der sie das Existenzrecht Israels ablehnt, hetzt gegen Jüdinnen und Juden und den Staat
Israel. Sie muss weiterhin politisch bekämpft werden. Durch ihre gewaltsame
Machtübernahme nach der ausbleibenden Anerkennung der Einheitsregierung wurde die
eigene Machtstellung im Gaza-Streifen ausgebaut, säkulare Palästinenserinnen und
Palästinenser einem antidemokratischen Gewaltregime unterworfen und nicht zuletzt eine
240 Spirale der Gewalt von Raketenschüssen auf Israel bis hin zum letzten Gaza-Krieg ausgelöst.

Spätestens mit der Einigung zwischen Fatah und Hamas im Jahr 2011 und der Vereinbarung,
eine gemeinsame Regierung zu bilden und demokratische Wahlen durchzuführen ist, klar:
Der eingeschlagene Weg des demokratischen Prozesses muss fortgesetzt werden.

245 Die angekündigten Wahlen sind jetzt von allen Beteiligten und der internationalen
Gemeinschaft einzufordern. Das Ergebnis dieser Wahlen ist anzuerkennen, wenn sie
demokratischen Grundsätzen entsprechen. Alle politisch relevanten Kräfte die dialogbereit
und an einer friedlichen Koexistenz prinzipiell interessiert sind in dem politischen
250 Verhandlungsprozess anzuerkennen und einzubeziehen, sofern diese das Existenzrecht
Israels bedingungslos anerkennen und sich zur Gewaltfreiheit bekennen und diese
durchsetzen. So kann die Sicherheit der israelischen Bevölkerung und die demokratische und
friedliche Entwicklung Palästinas sichergestellt werden. Unsere Partnerorganisation Fatah
Youth wird autoritär-repressive Parteien, insbesondere die Hamas, weiterhin mit politischen
Mitteln bekämpfen.

255 Die aktuellen Proteste in Palästina, die seit August 2012 in der gesamten West Bank
stattfinden, zeigen jedoch, dass die Fatah und linke, dialogbereite Organisationen zunehmend
kritisieren werden und an Vertrauen verlieren, während radikale Positionen und Gruppierungen
neuen Zulauf finden. Auslöser für die Proteste waren Preiserhöhungen, insbesondere für
260 Lebensmittel und Kraftstoff, während Gehälter nicht angehoben wurden, oder in vielen
Fällen gar nicht ausbezahlt wurden. Die Wut der Protestierenden richtet sich insbesondere
gegen Ministerpräsident Fayyad und das Pariser Protokoll, das während der Oslo-
Verhandlungen unterzeichnet wurde und die wirtschaftlichen Kooperationen mit Israel regelt.
265 20 Jahre nach Unterzeichnung der Oslo-Verträge zweifeln immer mehr PalästinenserInnen an
deren Sinnhaftigkeit. Die fehlende Perspektive für die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung
lässt den Rückhalt der Palästinensischen Autonomiebehörde in der Bevölkerung schwinden
und führt zu flächendeckender Frustration, insbesondere unter Jugendlichen. Die Fakten, die
täglich durch den illegalen Siedlungsbau und den damit verbundenen Ausbau von Straßen
und Infrastruktur geschaffen werden, erschweren die Zwei-Staaten-Lösung zunehmend.
270 Hinzu kommen immer mehr Gewalttaten von radikalen SiedlerInnen gegenüber
PalästinenserInnen.

275 All diese Faktoren spielen denjenigen in die Hände, die die oben genannte
Antinormalisierungskampagne vorantreiben und sich gegen jegliche Kooperation mit
israelischen Organisationen aussprechen. Perspektivlosigkeit, fortschreitender Siedlungsbau
und gewalttätige Übergriffe befeuern radikale Gruppierungen und schaden damit unseren
PartnerInnen auf palästinensischer und israelischer Seite.

280 **2.3 Die Rolle der USA**

285 Neue Friedensverhandlungen wären ein wichtiges Signal an beide Gesellschaften, auch um
radikalen Forderungen den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Insbesondere die junge
Generation braucht neue, ernsthafte Signale um aus der scheinbaren Perspektivlosigkeit neue
Wege und Möglichkeiten aufgezeigt zu bekommen.

290 Die traditionell enge Verbindung zwischen den USA und Israel ist in den letzten Jahren
zunehmend angespannt. Das Verhältnis zwischen Obama und der rechten israelischen
Regierung unter Netanjahu ist geprägt von diplomatischen Zwischenfällen und großer
Uneinigkeit bei zentralen Fragen wie dem Baustopp israelischer Siedlungen und den
Bedingungen für Friedensgespräche. Der Obama-Administration gelingt es nicht,
Konditionen an Unterstützung zu knüpfen, um Israel zu Friedensverhandlungen zu bewegen.
So musste Obama beim Siedlungsbaumoratorium, das den Weiter- und Neubau israelischer

295 Siedlungen in der Westbank stoppen sollte, letztendlich erfolglos nachgeben.

In Folge dessen spielen die USA derzeit nicht die bisher gewichtige Rolle des externen Akteurs, der auf beide Konfliktparteien Einfluss nehmen konnte. Hinzu kommt die Situation Obamas vor den US-Wahlen, in der er in seinen Handlungsmöglichkeiten und Äußerungen eingeschränkt ist, um potentielle WählerInnen nicht zu verprellen. In diesem “lame duck Status” der USA bedarf es weiterer Akteure, die Israelis und PalästinenserInnen zu Dialog ermutigen und bei Fortschritten unterstützen.

2.4 Die Rolle der Europäischen Union

305 Die Europäische Union ist bereits ein solcher Akteur, der in letzter Zeit von beiden Konfliktparteien vermehrt nachgefragt wird. Die EU engagiert sich seit Jahrzehnten, zunächst finanziell und deklaratorisch, seit den 1990er Jahren zunehmend politisch in Israel und Palästina und hat sich somit als langfristige und zuverlässige Partnerin bewährt. Insbesondere die Unterstützung beim Aufbau staatlicher Strukturen in Palästina, wie Budgethilfen für die PA oder die EUPOL COPPS-Mission zum Aufbau einer palästinensischen Polizei, haben viel Vertrauen und Anerkennung auf palästinensischer Seite geschaffen. Auf israelischer Seite hat die EU beispielsweise daran mitgewirkt, dass der von der Hamas entführte israelische Soldat Gilad Shalit im Oktober 2011 im Rahmen eines Austauschabkommens frei gelassen wurde.

315 Leider steht sich die EU zurzeit noch selbst im Weg, da es an Kohärenz in der EU-Außenpolitik und diplomatischer Feinfühligkeit fehlt. Die von israelischer Seite zu recht kritisierten Äußerungen der Hohen Vertreterin Catherine Ashton zum Terrorschlag in Toulouse oder israelischen Städten, die fälschlicherweise als Siedlungen bezeichnet wurden, haben Zweifel am sonst positiven Standing der EU aufkommen lassen. Die EU hätte die politischen Möglichkeiten und notwendigen Instrumente, um eine aktivere und gewichtigere Rolle als vermittelnde und unterstützende Partnerin spielen zu können, was sowohl in Israel, wie auch in Palästina, vermehrt gewünscht wird. Jedoch fehlt es im Moment an politischem Willen, die EU-Außenpolitik als Ganzes effektiver zu gestalten und Kompetenzen klarer aufzuteilen. Würde die EU hier mehr Einigkeit und Kohärenz in der Außenpolitik der Mitgliedsstaaten erreichen, könnte sie deutlich mehr erreichen, als es ihr bisher möglich ist.

Grundsätzlich sehen wir es jedoch als wünschenswert an, wenn das Nahostquartett, bestehend aus den USA, Russland, der EU und den UN, gemeinsam wieder aktiv wird. Im Quartett sind deutlich mehr relevante AkteurInnen eingebunden als durch die USA und die EU vertreten. Die 2003 vom Nahostquartett vorgelegte ‘Road map for peace’ kann, wenn auch deutlich verzögert, immer noch als Fahrplan zu einer Zwei-Staaten-Lösung und dauerhaftem Frieden führen.

335 **3. Unser WBC-Projekt: Wo wir hinwollen!**

Wir Jusos stehen für das Existenzrecht Israels. Das muss selbstverständlich für deutsche und europäische Außenpolitik in dem Konflikt sein. Wir sind überzeugt, dass ein eigenständiger, überlebensfähiger palästinensischer Staat in friedlicher Nachbarschaft notwendiges Gegenstück zur effektiven Gewährleistung des israelischen Existenzrechts ist. Als linke Jugendorganisation ist es unser Ziel, linke progressive politische Kräfte in der Region darin zu unterstützen, den Friedensprozess voran zu treiben. Der Friedensprozess und die Umsetzung der Zwei-Staaten Lösung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sowohl die israelische, als auch die palästinensische Gesellschaft in Sicherheit leben kann. Dabei führen

345 wir unsere Debatten über die Entwicklungen in der Region nie abstrakt, sondern immer im
Rahmen einer Partnerschaft, die immer mehr Jusos durch Aktivitäten auf Ebene der
Landesverbände und Unterbezirke aktiv leben. Hieraus entwickeln wir unseren Grundsatz der
doppelten Solidarität.

350 Die Voraussetzungen für die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung werden immer
schwieriger. Um die Perspektive einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung weiterhin offen zu
halten, treten wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern insbesondere für einen
umfassenden Gewaltverzicht aller beteiligten Akteure und den Stopp des weiteren Baus von
illegalen Siedlungen und deren Infrastruktur im Westjordanland ein, da durch diese die
355 Überlebensfähigkeit eines zukünftigen palästinensischen Staates akut gefährdet ist.

Die Anerkennung eines palästinensischen Staates und die Aufnahme dieses Staates in die
Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen halten wir für einen richtigen Schritt, der nach
dem jahrelangen Aufbau von faktischer palästinensischer Staatlichkeit durch den
360 Ministerpräsidenten Salam Fayyad konsequent geworden ist. Im Rahmen des Fayyad-Plans
wurde über mehrere Phasen der Aufbau staatlicher Strukturen verfolgt, der sich unter
anderem auf die Bereiche von Regierungsinstitutionen, Infrastruktur, Sozialpolitik und
Wirtschaftsförderung erstreckte. Eine wechselseitige Anerkennung und die
Vollmitgliedschaft eines palästinensischen Staates in den Vereinten Nationen mit allen damit
365 verbundenen Rechten und Pflichten ermöglicht einen Friedensprozess auf Augenhöhe.

Wir sehen es als Aufgabe an, durch Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit dem
Förderverein des Willy-Brandt Center auf die Ziele des Projekts aufmerksam zu machen. Die
politischen EntscheidungsträgerInnen innerhalb der SPD müssen motiviert werden, sich für
370 den Friedensprozess im Nahen Osten einzusetzen und das WBC-Projekt zu unterstützen. Wir
werden uns dafür einsetzen, dass möglichst viele SPD-Abgeordnete und Funktionäre dem
WBC-Förderverein beitreten.

Als Jusos ist es unsere Aufgabe das WBC-Projekt stetig weiterzuentwickeln. Hierbei dürfen
375 keine Maßnahmen aus finanziellen Erwägungen heraus getroffen werden, den grundlegenden
Charakter eines linken, trilateralen Jugendprojekts in Frage stellen. Gerne wollen wir weitere
linke gesellschaftliche Kräfte in das Projekt einbeziehen. Vorrangig wollen wir hierbei den
Aufbau gewerkschaftlicher Zusammenarbeit unter dem Dach des Willy-Brandt-Centers als
mögliches zukünftiges Projekt vorantreiben.

380

In den letzten beiden Jahren wurden bereits erfolgreich zwei Konzepte auf Bundesebene
verfolgt:

1) Im Rahmen des trilateralen Feminismus-Netzwerks vernetzen sich weibliche Mitglieder
385 der Jusos mit unseren PartnerInnen. Frauen werden oft von vielen gesellschaftlichen und
insbesondere politischen Führungspositionen ausgeschlossen und strukturell diskriminiert.
Das Ziel des Projekts ist die dauerhafte Stärkung der politischen und gesellschaftlichen
Partizipation von Frauen, ihre Einbeziehung in die Beilegung des israelisch-palästinensischen
Konfliktes sowie die Initiierung gleichstellungspolitischer Debatten. Auch die Einbindung
390 von weiteren feministischen AktivistInnen, beispielsweise durch einen politischen Blog,
streben wir an.

2) Durch die Zusammenarbeit auf Leadership-Ebene soll sichergestellt werden, dass neben
vielen Aktivitäten auf Basisebene auch Vorstandsmitglieder der Partnerorganisationen

395 dauerhaft und regelmäßig mit eigenen Maßnahmen in die Aktivitäten des Willy-Brandt-Centers eingebunden sind. Dies stärkt die Debatten sowie die Legitimation des Projekts.

Diese beiden Projekte wollen wir ausbauen und gesellschaftliche Akteure, wenn möglich, einbinden.

400

Durch regelmäßige Teilnahme an den WBC-Jahreskonferenzen, der Unterstützung von Delegationen und den regelmäßigen Austausch mit den PartnerInnen vor Ort soll eine enge Anbindung an den Juso-Verband sichergestellt werden. Im WBC-Förderverein sollen mindestens 2 Juso VertreterInnen die Interessen und Ideen des Juso-Verbands in enger

405

Zusammenarbeit mit dem Juso-Bundesvorstand einbringen. Sowohl die WBC-Friedensfachkraft, als auch die/der WBC- Freiwillige soll durch den Juso Bundesvorstand Unterstützung erhalten.

410

Einmal im Jahr sollen in einem Nahost-Seminar Ideen für die Weiterentwicklung des WBC-Projekts mit Interessierten aus dem Verband diskutiert werden. Wichtig ist, dass die veränderten Rahmenbedingungen vor Ort reflektiert werden und in die Gestaltung des Projekts einfließen. Wir Jusos stehen für den Frieden weltweit und im Nahen Osten. Unsere politischen Ideen und Werte in die praktische Arbeit vor Ort umzusetzen, ist eine der zentralen zukünftigen Herausforderungen.

Für ein Verbot der Hisbollah in der EU!

- Spätestens nach dem auf israelische Touristen gerichteten Terroranschlag im bulgarischen Burgas, bei dem 7 Menschen ums Leben kamen, muss die islamistische Terrororganisation Hisbollah wieder in den Fokus der deutschen Innen- und Außenpolitik gerückt werden. Die
- 5 Hisbollah ist in Deutschland wesentlich daran beteiligt, Spenden für den Terror gegen Israel zu organisieren. So sammelt die schiitische Organisation mittels sogenannter (gemeinnütziger!) Wohltätigkeitsvereine Spenden für „Märtyrerkinder“ und ist darüber hinaus, wie zuletzt beim sogenannten Al-Quds-Marsch am 18.08.2012 bestätigt, maßgeblich daran beteiligt, antisemitische Propaganda gegen Israel zu verbreiten. In Berlin stieg die
- 10 Unterstützerzahl dieser Terror-Organisation gar an. In der gesamten EU kann die Hisbollah nach Schätzungen auf mehrere Tausend Unterstützerinnen und Unterstützer zugreifen, die auf Anordnung des iranischen Regimes oder der Führung im (Süd)-Libanon terroristisch aktiv werden können.
- 15 In der Vergangenheit hat die Organisation bewiesen, dass sie die Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie Gegnerinnen und Gegner des iranischen Regimes als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwendet. In Berlin wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionspolitiker von Anhängern der Hisbollah ermordet. Zwei Jahre später verübten Hisbollah-Terroristen einen Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos
- 20 Aires, bei dem 80 Menschen ermordet und 300 weitere verletzt wurden. Bis zum vermutlichen Anschlag in Burgas, am Jahrestag des Attentates in der argentinischen Hauptstadt, führte die Organisation weitere Anschläge rund um den Globus durch. Der Chef der Hisbollah, Hassan Nasrallah, verteidigte den Terrorismus der Organisation jüngst.
- 25 Die Hisbollah ist eine Terrororganisation, die nicht davor zurückschreckt, in erster Linie Jüdinnen und Juden in aller Welt umzubringen. Alle bisherigen Hoffnungen, wonach die Organisation eine moderate Kraft im Libanon werden könne, haben sich als Trugschluss erwiesen. Die aktuellen Umbrüche im Syrien zeigen auf, dass die Hisbollah die brutale Unterdrückung der syrischen Opposition aktiv unterstützt und wesentlicher Bestandteil der
- 30 Achse Teheran- Damaskus ist. Um von ihrem drohenden Machtverfall im Zuge der regionalen Veränderungen abzulenken, werden militärische Aktionen der Hisbollah gegen Israel erwartet.
- 35 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Hisbollah analog zur Hamas auf die EU-Terrorliste zu setzen und deren Aktivitäten in Deutschland zu verbieten!

Entschuldung für die Dritte Welt

Forderung:

5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung vehement für eine Annullierung der Schulden der Dritten Welt einzusetzen. Die SPD verpflichtet sich, im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der nächsten Bundestagswahl sämtliche notwendigen Maßnahmen zur Entschuldung umzusetzen. Die durch die Entschuldung frei werdenden finanziellen und wirtschaftlichen Mittel müssen verpflichtend für soziale, humanitäre und Bildungszwecke eingesetzt werden und für eine Verbesserung der demokratischen Strukturen sorgen.

10 Entschuldung ist zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Entwicklungspolitik und geht einher mit engagierter Entwicklungszusammenarbeit, deren Ziel u.a. ist, dass Staaten der Dritten Welt letztlich in Eigenverantwortung einen von der Last der Verschuldung befreiten Haushalt gestalten können.

Begründung:

20 *(Anmerkung: Als Zitate angeführte Aussagen entstammen dem Buch „Imperium der Schande“ des Schweizer Sozialdemokraten und ehemaligen UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler.)*

25 Die Verschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer ist der Grund für den jährlichen Tod von Millionen von Menschen weltweit.

Zur Verschuldungssituation der Entwicklungsländer

30 Im Jahr 2005 belief sich die öffentliche Entwicklungshilfe der Industrieländer des Nordens auf 58 Milliarden Dollar. Im gleichen Jahr haben die 122 Entwicklungsländer den Banken des Nordens 482 Milliarden Dollar als Schuldendienst überwiesen. Dies führt dazu, dass der Schuldendienst (Bezahlung der Zinsen und der Tilgungsraten) den Großteil der Ressourcen des Entwicklungslandes verschlingt. Es bleibt kein Geld für soziale Investitionen in z.B. öffentliche Schulen, öffentliche Spitäler/Krankenhäuser, Sozialversicherungen etc.

35 Die Kredite, welche die betroffenen Länder aufnehmen, werden ebenfalls nicht in solche Projekte investiert. Dies liegt zum einen an der Korruption innerhalb der Länder und zum Anderen an der Verquickung der Banken und transkontinentalen Gesellschaften, welche wiederum an der Korruption verdienen und diese daher erhalten wollen. Warum profitieren die transkontinentalen westlichen Privatgesellschaften an der Korruption? Die Korruption führt dazu, dass das Geld der Kredite in Infrastrukturmaßnahmen investiert wird, die fast ausschließlich den westlichen Unternehmen dienen. So werden keine Krankenhäuser und Schulen gebaut, sondern Straßen, die zu den Latifundien der transkontinentalen Gesellschaften führen und es wird in die Errichtung von Binnenluftlinien, den Ausbau von Häfen (dient dem Export der Güter der transkontinentalen Gesellschaften) sowie die Errichtung von Kasernen und Gefängnissen investiert.

Droht einem Land die Zahlungsunfähigkeit, so werden durch Druck des IWF (Internationaler Währungsfonds) die Daumenschrauben angezogen. Wo wird also gespart?

50 „*Niemals im Budget der Armee, der Geheimdienste oder der Polizei. Diese Institutionen sind deshalb besonders wichtig, weil sie die Sicherheit der ausländischen Investitionen garantieren.*“

55 Es wird also bei denen gespart, die sowieso schon fast nichts haben. Die Seuche der Verschuldung trifft aber nicht nur die ärmsten und unterentwickeltesten Länder Afrikas, was das Beispiel Brasiliens veranschaulicht: Brasilien steht auf der Liste der Verschuldeten Länder der südlichen Erdhälfte auf Platz zwei. (Stand 2005)

60 „*Brasilien ist aber gleichzeitig die elftgrößte Wirtschaftsmacht der Erde. Seine Flugzeuge, seine Autos, seine Medikamente sind an der Spitze des technologischen und wirtschaftlichen Fortschrittes. Viele seiner staatlichen und privaten Universitäten zählen zu den besten der Welt. Dennoch leben 44 Millionen Brasilianer in einem Zustand chronischer Unterernährung. Mangelernährung und Hunger töten jährlich direkt oder indirekt zehntausende brasilianische Kinder.*“

65 Der christliche Verein Jubilé 2000, welcher sich für die Entschuldung der Dritten Welt einsetzt, hat berechnet, dass aufgrund der Auslandsschuld 2004 alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren gestorben ist.

70 Obwohl die überwiegende Mehrheit der Schuldnerländer gewissenhaft ihre Auslandsschuld zurückzahlt, wächst diese unaufhörlich an. Für dieses Phänomen, was eine Entschuldung absolut notwendig macht, gibt es mehrere Ursachen. Zum einen sind die meisten Entwicklungsländer Produzenten für landwirtschaftliche Rohstoffe. Die Preise der Rohstoffe sind in den letzten 20 Jahren auf dem Weltmarkt allerdings stetig gefallen. Die Kosten für die
75 Produktionsmittel (wie z.B. Maschinen, Lastwagen, Medikamente usw.) haben sich dafür versechsfacht.

„*Manche Preise wie z.B. der für Kaffee sind gerade zu zusammengebrochen.*“

80 Eine weitere Ursache ist die Korruption und Veruntreuung von Geldern mit Hilfe von Schweizer, Amerikanischen und Französischen Privatbanken. Ein weiterer und wesentlich wichtigerer Punkt als die Korruption ist die Tatsache, dass „*die transkontinentalen Gesellschaften der Lebensmittelindustrie, die internationalen Banken, die transkontinentalen Gesellschaften im Dienstleistungssektor, in der Industrie und im Handel*“ weite Teile der
85 Wirtschaft der Länder der südlichen Erdhälfte kontrollieren. Diese Gesellschaften erwirtschaften in den betroffenen Ländern enorme Gewinne. Diese Gewinne werden aber nur zu einem Bruchteil in der örtlichen Währung in regionale Projekte investiert. Der weitaus größere Teil fließt an die Firmensitze in Europa, Nordamerika oder Japan.

90 Eine weitere Ursache ist, dass die betroffenen Länder für den Weltkapitalmarkt ein Schuldner mit besonders hohem Risiko sind, weshalb die armen Länder dieser Welt wesentlich höhere Zinsen zahlen müssen als z.B. die BRD.

Fazit:

95 All diese Punkte zeigen, dass die Annullierung der Schuld für die Entwicklungsländer nur

der erst Schritt ist. Weitere starke Veränderungen des bestehenden Radikalkapitalismus sind notwendig, um jedem Menschen das Recht auf Leben zu gewährleisten.

100 Jean Ziegler schreibt: *„ Die Verschlechterung der sozialen Infrastruktur ist besonders empörend, wenn man bedenkt, was es bedeutet, wenn Dutzende Millionen Kinder auf Dauer von jeder Schulbildung ausgeschlossen sind. In den 191 Mitgliedsstaaten der UNO haben 113 Millionen Kinder unter 15 Jahren keinen Zugang zur Schule. 62 % von ihnen sind Mädchen.“* (Stand 2007) *„UNICEF hat folgende Berechnung angestellt: Allen Kindern zwischen 6 und 15 Jahren auf der Welt Zugang zur Schule zu ermöglichen, würde die betroffenen Staaten zusammen ungefähr 7 Milliarden Dollar zusätzlich pro Jahr und auf zehn Jahre kosten.“*

Dies entspricht einem Bruchteil der Auslandsverschuldung der betroffenen Länder.

110 Wäre denn eine Annullierung der Schuld wirtschaftlich möglich? Die Antwort lautet ganz klar „Ja“! Der Wert des Schuldendienstes der dritten Welt am gesamten Volkseinkommen der Gläubigerländer beträgt 2%. (vgl. Imperium der Schande, S.91).

115 Die Finanzkrise der Jahre 2000-2002 hat Werte vernichtet, welche *„siebzig mal höher waren als der Gesamtwert der Wertpapiere der Auslandsschuld aller 122 Länder der Dritten Welt“* zusammen. Trotz des vernichteten Kapitals hat sich das Bankensystem in kurzer Zeit erholt.

120 Man kann zwar nicht ausschließen, dass die eine oder andere private Institution Europas oder Amerikas Schaden nehmen wird, doch rechtfertigt dies den Tod von Millionen von Menschen weltweit?

125 *„Eine schlichte Annullierung der gesamten Auslandsverschuldung der Länder der Dritten Welt hätte auf die Wirtschaft der Industrieländer und den Wohlstand ihrer Einwohner praktisch keinen Einfluss.“*

Die transkontinentalen Gesellschaften wehren sich massiv gegen eine Annullierung der Schuld, da dies das „Herrschafts- und Ausbeutungssystem“ von dem diese profitieren, gefährden würde.

130 Jean Ziegler: *„Kurz: Jene, die ganz unten sind, sollen auch ganz unten bleiben. Die Kosmokraten sorgen dafür. Das Überleben des Systems und die von ihnen erzielten astronomischen Profite hängen davon ab.“*

135 Dieses menschenverachtende System gilt es zu bekämpfen; der erste Schritt lässt sich mit der Annullierung der Schuld für die Länder der Dritten Welt tun.

Die Grundwerte der Jusos und der SPD, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, müssen für alle Menschen dieser Welt gelten!

Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand einführen

5 Bisher gilt in Deutschland der gesetzliche Güterstand der **Zugewinnsgemeinschaft**, sofern die Ehepartner nichts Abweichendes (Vereinbarung der Gütertrennung bzw. Gütergemeinschaft, modifizierte Zugewinnsgemeinschaft) im Rahmen eines Ehevertrages vereinbart haben. Der Begriff „Zugewinnsgemeinschaft“ ist irreführend: Während der bestehenden Ehe greift der Grundsatz der getrennten Vermögensmassen. Danach bleibt das Vermögen von Mann und Frau nach der Eheschließung, abgesehen von einzelnen gesetzlich vorgesehenen Vermögensbeschränkungen, getrennt. Jeder Ehepartner verwaltet sein Vermögen selbst. Zum Vermögen jedes Ehepartners gehört dabei sowohl das in die Ehe eingebrachte sowie das während der Ehe hinzuerworbene Vermögen, insbesondere der Arbeitsverdienst.

10 Nach dieser Regelung wird der/die EhepartnerIn, der/die sich der Kindersorge widmet und daher jahrelang keiner oder nur einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen kann, gegenüber dem/der erwerbstätigen EhepartnerIn im vermögensrechtlichen Bereich benachteiligt. Der/Die PartnerIn, der/die über kein oder nur ein geringes Einkommen verfügt, hat während der Ehe eine schwache Verhandlungsposition hinsichtlich der Verwendung des Geldes und keine Möglichkeit, auf Entscheidungen des/der „vermögenden“ Partners/in einzuwirken. Gemeinsames Vermögen entsteht nur hinsichtlich der Haushaltsgegenstände (Begründung von Miteigentum nach Bruchteilen). Erst bei Beendigung der Ehe werden sonstige während der Ehe eingetretene einseitige Vermögensmehrungen ausgeglichen (Zugewinnausgleich). Hier findet der Anteil des/der nicht oder geringfügig beschäftigten Ehepartners/in am erworbenen Vermögen des/der erwerbstätigen Ehepartners/in Berücksichtigung, weil es auch auf der Mitarbeit des/der nicht oder geringfügig beschäftigten Ehepartners/in beruhend angesehen wird. Als Zugewinn wird dabei der Betrag bezeichnet, um den das Endvermögen eines/r Ehepartners/in sein/ihr Anfangsvermögen übersteigt. Wer bei Beendigung der Ehe einen größeren Zugewinn erzielt hat, muss diesen Mehrgewinn in Höhe der Hälfte der Differenz an den/die EhepartnerIn abführen.

25 Der Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft ist insofern grundsätzlich auf die „Hausfrauenehe/Hausmannsehe“ zugeschnitten, also auf Fälle, in denen eine Person allein, möglicherweise bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit, die Kindersorge und die Haushaltsführung übernimmt.

35 Auch der Güterstand der **Gütertrennung** bringt dem/der haushaltsführenden EhepartnerIn sowohl während der Ehe als auch im Falle einer Scheidung nicht die gewünschte Gleichbehandlung. Während der Ehe sind die Eheleute wiederum nicht am Vermögenserwerb des jeweils anderen beteiligt (getrennte Vermögensmassen und eigenständige Verwaltung des Vermögens), so als ob sie nicht miteinander verheiratet wären. Im Fall der Scheidung entstehen ferner keine güterrechtlichen Ausgleichsansprüche vergleichbar der Zugewinnsgemeinschaft. Insofern wird der/die PartnerIn benachteiligt, der/die aufgrund von Familienarbeit keinen oder nur einen geringen Vermögenszuwachs verbuchen kann.

40 Die **Gütergemeinschaft** fußt zwar auf dem Gedanken der Verwirklichung der ehelichen Lebensgemeinschaft im vermögensrechtlichen Bereich, indem sämtliche in die Ehe

45 eingebrachten und in der Ehe erworbenen Vermögenswerte zum gemeinschaftlichen
Vermögen beider Eheleute zählen (Gemeinschaftsgut). Sie wird jedoch kaum frei gewählt,
weil auch voreheliches Vermögen in das Gesamtgut eingeht, was viele Leute hemmt, diesen
Güterstand zu wählen. Auch läuft der Ehepartner Gefahr, für voreheliche Schulden oder
Unterhaltsverbindlichkeiten des Partners zu haften. Im Falle einer Scheidung wird ferner das
50 Vermögen ohne Rücksicht auf seine Herkunft unter den Eheleuten halbiert.

In vielen europäischen Ländern ist demgegenüber der Güterstand der
Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlicher Güterstand vorherrschend. Diese sieht eine
gleichberechtigte Teilhabe der Eheleute am während der Ehe gemeinsam erwirtschafteten
55 Vermögen vor. Während bei der Zugewinnngemeinschaft die Vermögenssphären der Eheleute
während der Ehe getrennt bleiben und somit derjenige/diejenige PartnerIn eine schwächere
Verhandlungsposition hinsichtlich der Vermögensverwendung hat, der/die weniger oder kein
Einkommen hat, werden bei der Errungenschaftsgemeinschaft beide Partner zu gleichen
Teilen MitinhaberIn des während der Ehe gemeinsam bzw. vom jeweils anderen
60 erwirtschafteten Vermögens (Gesamtgut). Dieses Gesamtgut wird während der Ehe
gemeinschaftlich verwaltet. Somit verfügt jedeR EhepartnerIn über eine gleichstarke
Verhandlungsposition. Das voreheliche Vermögen fließt nicht in das Gesamtgut ein. Der
Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft birgt einen weiteren Vorteil: Bei Scheidung
erfolgt die Aufteilung des Gesamtguts durch einfache Teilung jedes Vermögenswertes.
65 Dagegen findet im Falle der derzeitigen gesetzlichen Regelung der Zugewinnngemeinschaft
nur ein wertmäßiger Ausgleich statt, indem nicht jeder einzelne Vermögenswert einfach
geteilt wird, sondern der im Laufe der Ehe erwirtschaftete Zugewinn im Ganzen bestimmt und
zum Ausgleich gebracht wird.

70 Die Errungenschaftsgemeinschaft stellt im Gegensatz zur Zugewinnngemeinschaft eine
Gleichstellung beider Ehepartner während der Ehe hinsichtlich der finanziellen Verwaltung
dar und beseitigt die mangelnde dingliche Mitberechtigung des/der nicht oder wenig
erwerbenden Ehepartners/in. Die Jusos Bayern fordern deshalb, die
Errungenschaftsgemeinschaft als gesetzlichen Güterstand anstelle der Zugewinnngemeinschaft
75 einzuführen.

Die Dekonstruktion der Geschlechter und ihre politischen Folgen

5 Immer wieder wurden und werden wir in den politischen Debatten mit dem hegemonialen Kampf um Begrifflichkeiten, postgender, Geschlechter, Gleichstellung, queer und Dekonstruktion, konfrontiert. Zu diesen wollen und müssen wir Jusos uns sowohl theoretisch als auch politisch-konkret positionieren. Wir wollen versuchen, hier einen ersten Problemaufriss zu leisten und die Debatte innerhalb der Jusos über die verschiedenen Definitionen und
10 Auffassungen sowie politische Handlungsanleitungen anzustoßen.

Während die „Dekonstruktion der Geschlechter“ nach Simone de Beauvoir noch die Trennung von biologischem und sozialem Geschlecht (sex und gender) bedeutete, ging Judith Butler Anfang der 1990iger Jahre einen Schritt weiter. In ihrem bekanntesten Werk „Das Unbehagen der Geschlechter“ beschreibt sie sowohl das biologische als auch das soziale Geschlecht als gesellschaftlich konstruiert. Geschlecht ist laut Judith Butler also eine soziale/kulturelle
15 Kategorie. Die Einteilung in „männlich“ bzw. „weiblich“ keine natürliche, unausweichliche Einteilung, vielmehr entsteht diese dadurch, dass gemäß dieser Zweigeschlechtlichkeit gehandelt wird. Und was konstruiert wurde kann folglich auch wieder dekonstruiert werden. Für Judith Butler sind die Unterschiedlichkeiten der Menschen innerhalb der Geschlechter größer als zwischen den Geschlechtern. Damit werden diese unnötig. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass es so viele Identitäten gibt, wie es Menschen gibt. Doch was bedeutet diese Analyse für unsere tagtägliche politische Arbeit? Wie können wir als Jusos überhaupt noch Gleichstellungs- und Frauenpolitik machen, wenn alle Geschlechter bereits abgeschafft und
20 dekonstruiert haben? Und was bedeutet das für die politische Praxis im Verband?

Geschlechterdekonstruktion in der Politik

Einige Parteien haben dieses Problem für sich bereits gelöst. Die Piratenpartei, hält sich selbst für „Postgender“. Folgt man der Piratenpartei und ihrer vermeintlichen „postgender“-Haltung,
30 gibt es folglich auch keine Geschlechterdiskriminierung mehr. Denn was es nicht gibt, kann auch nicht diskriminiert werden. Gleichstellungspolitische Debatten zu führen, Frauenförderung einzufordern, Machtgefälle zu identifizieren und politische Konsequenzen daraus zu ziehen wird dann gerne als antiquiert diffamiert. Denn nur wer noch in Geschlechtskategorien denkt,
35 kann so argumentieren und wer noch so argumentiert, der hat es demnach einfach noch nicht verstanden. Auch viele andere politische (Jugend)Organisationen bleiben entweder im theoretischen oder im konkreten. Beides zusammen zu bringen ist schwer, die Angst sich an einer Stelle inhaltlich zu verraten oder aufzugeben ist häufig größer als der Wunsch, das Leben der Menschen schon heute und real zu verbessern.

40 Für uns als feministischen Richtungsverband ist eine solch einfache Lösung nicht akzeptabel. Denn selbst obwohl Geschlecht eine konstruierte Kategorie ist, die immer noch vorhandene gesellschaftliche Aufteilung in Zweigeschlechtlichkeit ist wirkmächtig und lässt sich nicht kurzfristig wegdiskutieren. Und nicht nur durchzieht die Strukturierung in Frauen und Männer unsere gesamte Gesellschaft, sie bestimmt ein Machtgefälle – und das betrifft nicht nur abstrakt
45 sondern ganz konkret die ökonomische und soziale Verteilung in unserer Gesellschaft und damit die Lebenschancen, -welten und -realitäten. Davor einfach die Augen zu verschließen

würde bedeuten, untätig in Hinsicht auf Diskriminierung qua Geschlecht zu werden. Diskriminierung geschieht nicht einfach nur aufgrund irgendeines Geschlechtes, sondern
50 aufgrund eines ganz bestimmten Geschlechtes. Natürlich werden auch Männer manchmal auf Grund ihres Geschlechtes diskriminiert. Das dies jedoch umgekehrt in wesentlich höherem Maße vorkommt ist kein Zufall, sondern symptomatisch. Männerdiskriminierung ist ungerecht, Frauendiskriminierung ist strukturell.

55 Auch Menschen die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen oder können oder sich einem anderen Geschlecht zugehörig fühlen, erleben vielfältige Diskriminierungen und werden stigmatisiert. Dem wollen wir mit Sensibilisierungsarbeit sowie politischen Konsequenzen begegnen wie die Aufhebung der sofortigen Geschlechtsbestimmungspflicht von Neugeborenen.

60

Geschlechterdekonstruktion ist unser Ziel

Für uns ist klar: die Dekonstruktion der Geschlechter ist ein wichtiger theoretischer Aspekt in unserem Wertegebäude. Wir wollen, dass alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können.
65 Auf dem Weg zu diesem Ziel sind Debatten darüber, wie, wann und warum Geschlechterkonstruktionen zustande kommen und der Versuch, eine gesellschaftliche Diskussion und Reflektion über diese Fragen anzuregen ein wichtiger Beitrag. Wir wollen, dass Schluss ist mit der Reproduktion von Rollenbildern und Stereotypen und wir verneinen auch nicht, dass das Offenlegen und Zurückdrängen solcher Muster ein Schritt auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit sind!
70

Die Kategorien, die wir theoretisch dekonstruieren, haben jedoch trotzdem reale Auswirkungen auf das Leben von Menschen – selbst wenn wir uns scheinbar von ihnen befreit haben. Diese ungerechten Verteilungen von Lebenschancen wollen wir bekämpfen. Nur die Gleichheit von
75 Lebenschancen und Voraussetzungen schafft die Bedingung um individuelle Lebensmodelle leben zu können.

Deshalb ist die Übertragung unserer theoretischen Erkenntnisse auf unsere real existierende Gesellschaft stets an gewisse Voraussetzungen gebunden.

80

1. Reale Machtkonflikte müssen weiter berücksichtigt werden.

Konflikte zwischen den Geschlechtern haben ganz reale Auswirkungen. Diese gehen über die einschränkende Wirkung der Geschlechtszuweisung hinaus, denn Machtstrukturen in
85 Deutschland und auf der ganzen Welt sind männlich geprägt. Dabei geht es nicht nur um Diskriminierung durch Geschlecht, sondern um Diskriminierung eines bestimmten Geschlechts: Frau. Diese Analyse stellt für uns eine zentrale Ausgangsbasis unserer Politik dar. Das Konstrukt „Frau“ wird nicht nur als Individuum, sondern auch als Gruppe diskriminiert. Das heißt, die Lösung, „so viele Geschlechter wie Menschen“ ist zu einfach um dieses Machtgefälle zu lösen. Diese Prämisse achtend, wollen wir auch Machtkonflikte gegenüber geschlechtlichen Minderheiten thematisieren.
90

2. Gleichstellungspolitik ist mehr als Queer.

95

Häufig wird in der Debatte Queer-Politik und Gleichstellungspolitik versucht voneinander abzugrenzen oder gleichzusetzen. Doch dies kann nicht die Lösung sein. Queerpolitik und

Gleichstellungspolitik stellt keinen Widerspruch dar.

100 Geschlecht spielt in der heutigen Gesellschaft immer noch eine wichtige Rolle und die
Ungleichbehandlungen von Frauen und Männern sind noch nicht überwunden. Aber nicht nur
Frauen werden diskriminiert, sondern auch Menschen, die sich nicht im zweigeschlechtlichen
Rollensystem wiederfinden, erfahren tagtägliche Diskriminierungen.

105 Ziel einer jungsozialistischen Genderpolitik muss es daher sein, zweigleisig vorzugehen und
Queer- und Gleichstellungspolitik zu verbinden.

Dennoch liegt es an uns Jungsozialist_innen, erste Schritte zu gehen, eine progressive
Queerpolitik auch in unseren Verband hineinzutragen und in unseren Strukturen dafür zu
sensibilisieren, durch Aufklärungsarbeit in Seminaren und durch die Einrichtung weiterer
110 Schutzräume, wenn gewünscht.

Dies ist jedoch nur ein Aspekt von Gleichstellungspolitik und Feminismus. Darüber hinaus geht
es uns um konsequente Umverteilungspolitik. Umverteilung von Macht und von Ressourcen.
Von gesellschaftlich definierten Männern zu gesellschaftlich definierten Frauen. Ein
115 Queertheoretischer-Diskurs allein kann geschlechterpolitische Probleme nicht abbilden.

3. Wir müssen weiterhin die Lebensrealitäten von Menschen berücksichtigen und diskutieren.

120 Für die Mehrheit der Menschen geht es nicht in erster Linie darum, sich aus den Ketten ihres
Geschlechtes zu befreien. Sie fühlen sich eigentlich als Mann oder Frau recht wohl in ihrer
Haut. Dies wollen wir nicht pathologisieren sondern akzeptieren es als Ergebnis
gesellschaftlicher und kulturelle Sozialisation. Zur Lebensrealität von Menschen gehören auch
erlebte Diskriminierungen gerade von Homosexuellen oder Menschen, die sich keinem oder
125 einem anderen Geschlecht als Mann oder Frau zuordnen wollen. Diskriminierungen aller Art
sind für uns Jutos ein rotes Tuch und werden bekämpft.

Für die Mehrheit der Menschen ist es auch bei eindeutiger Geschlechtszuordnung virulent,
geschlechtsspezifische Machtverhältnisse anzugreifen, denn ihre Lebensrealität ist sehr direkt
130 und konkret durch sie bestimmt, sei es durch ökonomische Ungleichheit oder die
Einschränkung ihrer Lebenschancen. Viele Menschen wollen mehr Gerechtigkeit und
Gleichstellung der Geschlechter. Dies nehmen wir weiterhin als Leitlinie unserer
Gleichstellungspolitik an.

4. Sozialistische Gleichstellungspolitik muss in der Lage sein, gesellschaftliche Verhältnisse anzugreifen.

Auf dem Weg zu einer gleichgestellten und freien Gesellschaft kommt uns als Verband die
Rolle zu, Konzepte zu entwickeln, um Macht- und Verteilungsfragen konkret anzugreifen. Die
140 Analyse von Lebensrealitäten von Frauen und Männern muss uns zu Politikkonzepten führen.
Gleichstellung kann sich für unseren Verband nicht darin erschöpfen, unsere eigenen Bilder zu
reflektieren und in unserem beschränkten Rahmen Sensibilisierungsarbeit zu leisten. Wir
müssen dafür stehen in unserer Partei und gesamtgesellschaftlich, Politikansätze durchzusetzen,
die die Lebensrealitäten von allen Menschen, im gleichstellungspolitischen Kontext aber vor
145 allem für Frauen zu verbessern. Dazu gehört, diese Lebensrealitäten zu kennen, anzuerkennen,
aufzugreifen und Lösungen zu finden.

5. Diskriminierung muss weiter sichtbar gemacht werden.

150 „Sex-counting“, also das Aufschlüsseln von statistischen Daten anhand des Geschlechts, ist nach wie vor nötig. Nur gendersensible Statistiken ermöglichen uns Informationen über die Ungleichheitsverhältnisse in der Gesellschaft, im Arbeitsleben und in der Politik. Fehlen Daten und Informationen, fehlen Entscheidungsgrundlagen. Geschlecht muss also weiter als Analyse- und Strukturkategorie Anwendung finden.

155

6. Die Dekonstruktion von Geschlechtern darf nicht auf Kosten von Schutzräumen von benachteiligten Gruppen gehen.

160 Diese Schutzräume können sich sowohl auf mehr ideologische Räume, wie z.B. autonome Frauenstrukturen als auch in ganz konkreten, nur einem Geschlecht offen stehenden Räumen wie Wasch- oder Duschräume, beziehen. Wir halten weiterhin an den Möglichkeiten für autonome Frauenstrukturen fest, wann sie sinnvoll erscheinen. Diese können sowohl zum Austausch über spezifische Problemlagen als auch für strategische Absprachen um männlichen Machtzirkeln entgegen zu arbeiten, dienen. Auch sexuelle Diskriminierungen und Übergriffe gegen Frauen sind nicht von der Hand zu weisen. Wenn es also um Schutz von Intimsphäre von Frauen geht, stellen wir diesem ebenfalls ganz praktische Möglichkeiten zur Verfügung.

165

Aus diesen Überlegungen ergeben sich politische Konsequenzen für unsere praktische Arbeit.

170

1. Die Gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau ist weiterhin eine der drei Säulen unserer Juso-Arbeit.

Wir Jusos sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Deshalb machen wir feministische Arbeit. Die Diskriminierung von Frauen zu bekämpfen ist unser Ziel. Herrschaft, Macht und Ressourcen sind in unserer patriarchal geprägten Gesellschaft zu Gunsten der Männer ungleich verteilt. Frauen werden in allen zentralen Bereichen der Gesellschaft strukturell benachteiligt. Frauendiskriminierung ist nicht nur Theorie, sondern ganz real und tagtäglich. Wir erkennen dies an und wollen diese Diskriminierung überwinden. Dafür machen wir Frauen- und Gleichstellungspolitik. Dafür machen wir Realpolitik.

175

180

2. Politik ist mehr als Selbstreflektion.

185 Vielen Bündnisse oder Aktionen geht es vor allem darum, mit hegemonialen Strukturen zu brechen, für Unordnung und Andersdenken zu sorgen. Alternative Denkmuster und –wege aufzuzeigen ist stets ein wichtiger Baustein unserer Juso-Politik gewesen. Wir können und wollen bei Information und Sensibilisierung jedoch nicht halt machen. Ziel einer jungsozialistischen Politik ist es, Herrschaftsverhältnisse zu verändern, Macht und Ressourcen umzuverteilen. Dies wollen wir auch in der Gleichstellungspolitik tun. Unser Ziel ist es also, konkrete Lebensrealität von Menschen zu verändern, die von Frauen zu verbessern. Erst dann wird aus Theorie Politik.

190

3. Wir machen Politik für alle Menschen.

195 Die große Mehrheit der cis-Menschen (Geschlechtsidentität und körperliches Geschlecht stimmen bei ihnen überein), die sich in ihrer Zweigeschlechtlichkeit gut aufgehoben fühlt, wollen wir, solange es nicht zu Diskriminierungen anderer Menschen kommt, nicht missionieren. Diskriminierung und Herabsetzung anderer geschlechtlicher Lebensformen und –

200 realitäten wird dabei von uns natürlich nicht toleriert. Dem Druck von
Geschlechterungerechtigkeit und Frauendiskriminierung, der von so vielen verspürt wird,
begegnen wir mit aller politischen Härte. Dabei wollen wir besonders an den Stellschrauben
drehen, die systematische Geschlechterungerechtigkeit produzieren und somit das patriarchale
System für die gesamte Gesellschaft festschreiben. Struktureller Diskriminierung des
Geschlechtes „Frau“ gilt es politisch zu begegnen und strukturell zu bekämpfen. Diese
205 Diskriminierung sehen wir vor allem in den Sozialversicherungssystemen, dem Arbeitsmarkt
und dem Steuersystem. Gleichzeitig wollen wir Räume und Möglichkeiten schaffen für all die
Menschen, denen das Denkgebäude der Zweigeschlechtlichkeit in all seinen theoretischen und
praktischen Begrenzungen zu eng ist und nach Maßnahmen gegen ihre soziale und
ökonomische Diskriminierung suchen.

210 **4. Wir betreiben weiterhin Sex-counting.**

Bei Anmeldungen zu Veranstaltungen des Juso-Bundesverbandes muss, bei Bedarf, weiterhin
das Geschlecht, angegeben werden. Eine Möglichkeit, dass sich, sobald alle „Männerplätze“ zu
Kongressen belegt sind, findige sonst-immer-Männer anfangen, sich unter „anderes Geschlecht“
215 anzumelden und somit jegliche Idee der Dekonstruktion der Geschlechterkategorien
konterkarieren wollen wir nicht bieten. Wir halten weiter an dem Ideal der ausgeglichenen
Repräsentation der Geschlechter auf unseren Veranstaltungen fest. Wenn nötig auch mit der
Quote. Unter anderem dabei wollen wir aber nach Möglichkeiten suchen, wie wir die
besonderen Bedürfnisse von Transmenschen und Intersexen hinsichtlich der Geschlechterquote
220 berücksichtigen können, ohne dass Cis-Männer dies missbrauchen können und ohne dass die
Frauenquote angetastet wird.

5. Wir halten an der Frauenquote fest.

225 Dies gilt für die Besetzung von Listen, Posten und der Redeliste. Denn auch die
Machtverhältnisse innerhalb unseres Verbands sind weiterhin zweigeschlechtlich aufgeladen,
wie jeder und jede – leider – relativ einfach an den konkreten Zahlen in unseren Strukturen und
Vorständen nachweisen kann.

230 **6. Autonome Frauenstrukturen sind auch in unserem Verband notwendig.**

Sie können dabei helfen, Frauen untereinander zu vernetzen, Schutzräume für Debatten zu
schaffen, die in anderen Kontexten schwierig zu führen sind und Diskussionskulturen zu
verändern. Autonome Frauenstrukturen sollen dabei als Tankstelle dienen, in denen Frauen
235 Kraft für ihre weitere politische Arbeit schöpfen. Solche Strukturen haben aber auch ihre
Schattenseiten. Allzu oft binden sie Kapazitäten von Frauen und entziehen so Ressourcen,
anstatt – was eigentlich ihre Aufgabe sein sollte – Ressourcen freizusetzen. Gerade beim
Einsatz von solchen autonomen Strukturen gilt es Augenmaß zu bewahren und sich am
tatsächlichen Bedarf zu orientieren. Wann immer nach diesen Maßstäben das Bedürfnis sowie
240 die Möglichkeit zur zusätzlichen Bereitstellung von Schutzräumen oder autonomen Strukturen
im LGBTI-Bereich besteht, sind diese einzurichten.

Ziel unserer feministischen Arbeit ist es, Machtstrukturen anzugreifen und zu verändern. Das
Patriarchat als gesellschaftsstrukturierende Größe wollen wir überwinden. Gleichzeitig gibt
245 unser Verband einer Vielfalt der geschlechtlichen Realitäten Raum.

Der Herausforderung von dem Zusammenbringen wissenschaftlicher Gendertheorie und dem

Umsetzen in langfristige Strategie bei gleichzeitigem tagespolitischen Handeln stellen wir uns mutig, auch wenn wir uns den dabei lauenden Schwierigkeiten bewusst sind. Denn, wer die menschliche Gesellschaft will muss die männliche überwinden.

Die Zukunft Europas ist unsere Zukunft

Vor vier Jahren wurde die internationale Finanzwelt durch die Pleite Lehmans und den folgenden Finanz- und Wirtschaftskrisen erschüttert. Seitdem brodeln es an vielen Brennpunkten immer weiter. Mit dem drohenden Zahlungsausfall Griechenlands im Frühjahr 2010 nahm dann auch die durch die Finanzkrise in Gang gesetzte Krise des Euros an Fahrt auf und ist bis heute das bestimmende Thema in Europa. Die Ausweitung der Krise und fehlgeschlagene, beziehungsweise halbherzige Rettungsmaßnahmen haben zu immer weiteren Verschärfungen geführt, so dass mittlerweile die Existenz des Euros und die Idee Europas auf dem Spiel stehen.

Denn neben der Finanz- und Wirtschaftskrise beobachten wir besorgt ein immer größer werdendes Demokratiedefizit. Weitreichende Entscheidungen werden nicht (mehr) in den demokratisch legitimierten europäischen Institutionen getroffen, sondern in Nationalstaatlichen wie z.B. dem europäischen Rat oder sogar nur noch in Teilen davon. Dies führt zu einem Identitätsverlust der BürgerInnen mit Europa. Für uns Jusos ist die Gefährdung der europäischen Idee nicht akzeptabel, wir sehen unsere Zukunft in einem geeinten, friedlichen, solidarischen und fortschrittlichen Europa. Die Dominanz der neoliberalen Grundausrichtung bei der Gründung und der Weiterentwicklung Europas zeigen uns heute, dass Europa grundlegend anders gestaltet werden muss, um gemeinsam auf Krisen reagieren zu können. Um diese Idee der vereinigten Staaten von Europa am Leben zu erhalten und in Zukunft umsetzen zu können, muss es schnellstmöglich eine Politik zur Krisenüberwindung jenseits der Austeritätspolitik geben. Das Primat der Politik zurückerobert und die zukünftige Ausgestaltung Europas entwickelt werden. Nicht nur wegen der Mehrheitsverhältnisse in den europäischen Organen ist Europa für die Mehrheit der Menschen ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, in dem die neoliberale Politik der Mitgliedsstaaten fortgeführt wird. Auch die Sozialdemokratie lässt eine Vision für ein Soziales Europa vermissen. Dies muss zum Kern eines sozialdemokratischen Zukunftskonzepts werden, für das sich Begeisterung entwickeln lässt.

30 Gescheiterte Krisenüberwindung

Bei der Eurokrise schlägt vor allem die Finanz- und Bankenkrise von 2008 durch. Nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA stand das Weltfinanzsystem vor dem Kollaps. Dieser konnte nur durch massive staatliche Rettungspakete abgewendet werden. Anstatt die Finanzmärkte strenger zu regulieren, wurde das Spiel neu eröffnet und die Spekulation mit billigem Geld noch weiter befeuert. Dann hat vor über zwei Jahren die Eurokrise mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands begonnen. In der öffentlichen Debatte werden zurzeit aber fast nur die Staatsschulden als Ursache für die Krise ausgemacht. Dabei wird einfach weggelassen, dass der rasante Anstieg der Schulden auch von der Rettung der Banken und Finanzmärkte herrührt. Dabei wurde das Risiko privater Spekulanten durch die Staaten übernommen und so private Schulden in staatliche Schulden umgewandelt. Mit Spanien und Irland sind zum Beispiel Staaten besonders betroffen, die vor der Finanzkrise einen geringen Schuldenstand hatten. Die Finanzierungsprobleme der kriselnden Länder resultieren aus den sprunghaft gestiegenen Renditen auf ihre Staatsanleihen, weil sie schlechte Ratings

45

bekommen. Dies hat in jedem einzelnen Land sehr unterschiedliche Ursachen.

50 Neben der Finanzkrise hat die Eurokrise auch noch weitere Gründe. Sie liegen vor allem in den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten in der europäischen Union. Diese sind aber nicht allein endogenen ökonomischen Entwicklungen geschuldet, sondern sind auch im Konstitutionsprozess der Europäischen Union als neoliberales Wettbewerbsregime zu finden. Die Ungleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung der verschiedenen europäischen Staaten wurde durch die Europäische Integration jedoch nicht aufgehoben, sondern vertieft. Entgegen neoklassischer Erwartungen erwuchs aus einer gemeinsamen Geldpolitik keine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung. Besonders die Politik der Haushaltskonsolidierung in Folge der Maastricht Verträge und die Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes mit einer gemeinsamen Währung verankerte das europäische Wettbewerbsregime auf Basis einer beschleunigten Standortkonkurrenz. Dabei kam es zu einem immer stärkeren Auseinanderdriften innerhalb des Einigungsprozesses: Der die ökonomische Entwicklung unterstützenden rechtlichen Vollharmonisierung im Waren- und Kapitalverkehr steht eine kaum vorhandene europäische Koordinierung in anderen Politikbereichen gegenüber. Standortkonkurrenz ist vom rechtlich-institutionellen Rahmen also allein dort möglich, wo es keine weitgehende europäische Verrechtlichung gab. Hinzu kommen die Aushebelung nationaler Tarifrechte und des europäischen Streikrechts, was den innereuropäischen Lohnwettbewerb stimulierte. Im europäischen Binnenmarkt mit einer gemeinsamen Währung können Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch die Auf- oder Abwertung der Währung ausgeglichen werden. Nun hat sich in den vergangenen Jahren eine Entwicklung ergeben, die insbesondere von Deutschland angetrieben wurde. In Deutschland ist im Zuge der Agenda-Politik eine aggressive Exportstrategie gefahren worden, mit der die Reallöhne im Schnitt sogar gesenkt wurden. Gleichzeitig kam es in den heutigen Krisenländern zu einer Kapitalflut unter anderem aus Deutschland, da aufgrund der schwachen Binnennachfrage deutsche Investoren andere Anlagemöglichkeiten suchten. Dieser teilweise spekulative Strom frischen Geldes führte zu einem Boom in Bereichen der Wirtschaft, die nicht im internationalen Wettbewerb standen, vor allem der Baubranche. Als dann die Blase platzte, war die Wettbewerbsfähigkeit der Branchen, die mit Unternehmen aus anderen Ländern konkurrieren mussten, bereits stark geschwächt. Die insgesamt relativ hohe Inflation und Lohnstückkostensteigerung in den Krisenländern war also eine direkte Folge der unregulierten Finanzströme innerhalb der Europäischen Union. Im Ergebnis hat insbesondere Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert, andere Länder haben sie verschlechtert und die Ungleichgewichte sind gewachsen.

85 Das Agieren der verantwortlichen PolitikerInnen in den vergangenen zwei Jahren war durch Rumlavieren und auf „Zeit spielen“ geprägt. Dabei spielte insbesondere die schwarz-gelbe Bundesregierung eine verheerende Rolle. Sie konnte ihre Position dabei aber nie halten. Wahrscheinlich hätte uns vieles erspart werden können, wenn es bei dem Bekanntwerden der Probleme Griechenlands ein klares Bekenntnis zum Euro und allen seinen Mitgliedsstaaten gegeben hätte. Gerade durch die verweigerte Hilfe ist die Spekulation gegen einzelne Mitgliedsstaaten und den Euro als Ganzes erst möglich geworden. Griechenland aufzufangen, wäre aus wirtschaftlicher Perspektive keine große Schwierigkeit gewesen, anders sieht es aus, wenn nun die großen Volkswirtschaften Spanien und/oder Italien vollends ins Trudeln geraten.

95 Nach den Vorstellungen der Bundeskanzlerin sollten mit Fiskalpakt und ESM die Voraussetzungen geschaffen sein, um die Krise zu bewältigen. Aber noch bevor die Beschlüsse die Hürde Verfassungsgericht genommen hatten, ist in Deutschland und Europa

die Debatte nach der Reichweite und Wirksamkeit dieser Maßnahmen ausgebrochen. Und dies ist auch vollkommen berechtigt, denn bisher wird das akuteste Problem bei den Maßnahmenkatalogen ausgeklammert. Die Idee eines europäischen Währungsfonds, welcher die Handlungsfähigkeit von Staaten in Krisenzeiten erhält, ist zu begrüßen, seine Ausgestaltung in Form des ESM aber nicht. Mit dem Fiskalpakt soll die vermeintliche Schuldenproblematik radikal angegangen werden. Dahinter stecken vor allem alte ideologische Auseinandersetzungen. Liberale und Konservative haben es geschafft, mit dieser Debatte die Regulation der Finanzmärkte von der Agenda zu nehmen und die Schuld der andauernden Krisen alleine einem Staatsversagen zuzuschreiben. Mit dem Fiskalpakt wird die Handlungsfähigkeit aller europäischen Staaten weiter eingeschränkt und jede Hoffnung auf konjunkturelle Erholung weggespart. Das bedeutet nicht, dass es unangebracht ist, auch den Schuldenstand abzubauen: Aber nur eine Lösung kann keine Antwort auf die verschiedenen Probleme sein. Sicherlich ist es ein Erfolg, dass im Verlauf der Verhandlungen um den Fiskalpakt ergänzende Wachstumsprogramme und die Finanztransaktionssteuer durchgesetzt wurden. Dies sind zwar sehr wichtige Schritte in die richtige Richtung, aber sie werden erst mittelfristig Wirkung entfalten können.

Das bedeutet aber zugleich, dass es einer Entdramatisierung von Staatsschulden entgegen dieser konservativen und liberalen Denkmuster bedarf. Notwendige Investitionen müssen auch weiterhin über Schulden finanziert werden können. Gerade auch um kurzfristig die Abwärtsspirale von immer neuen Sparprogrammen und daraus folgenden weiteren Einbrüchen der Wirtschaft zu durchbrechen, muss – solange noch keine anderen Mittel stehen – die weitere Schuldenaufnahme möglich sein. Das Argument der mangelnden „Generationengerechtigkeit“ kann dabei als falsch entlarvt werden. Es werden nicht nur Schulden, sondern auch damit finanzierte Gegenwerte vererbt. Von einer Verbesserung der Infrastruktur und Investitionen in den Bildungsbereich profitieren alle, auch kommende Generationen. Daraus wird erkennbar, dass sich die Verteilungsfrage nicht zwischen der heutigen und der zukünftigen Generation stellt, zwischen denen dieser Konflikt konstruiert wird, sondern vielmehr die Verteilungsfrage zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb jeder Generation neu gestellt werden muss.“

Die bisherige Krisenpolitik hat nicht zur Überwindung der Krise beigetragen, ganz im Gegenteil, sie hat verheerende Auswirkung für die betroffenen Länder und insbesondere für die dort lebenden Menschen. Mit der Austeritätspolitik werden die Handlungsspielräume vieler Staaten erheblich eingeschränkt. Es fehlen die Mittel um Wachstumsimpulse zu setzen und die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Der Fiskalpakt schreibt eine einseitige Sparpolitik fort, die wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll ist und bereits in der Vergangenheit zur Zuspitzung, statt zur Bewältigung der Krise beigetragen hat. Das einseitige Betreiben einer Politik des Sparens führt zu Kürzungen der Staatsausgaben. Bei Löhnen, Gehältern, Pensionen, Investitionen wird gekürzt. Die Folge ist ein massiver Rückgang des Konsums, die Binnenwirtschaft wird abgewürgt, das Wachstum sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt. Eine Rezession setzt ein. Dies alles führt zu einem weiteren Rückgang der staatlichen Einnahmen und letztlich zu noch mehr Verschuldung. Reine Sparpolitik setzt einen Teufelskreis in Gang, der die Staaten noch tiefer in die Verschuldung führt und große soziale Verwerfungen mit sich bringt. Welche dramatischen Folgen dies hat, ist in allen Krisenländern zu beobachten. Explodierende Arbeitslosenzahlen, Lohnsenkungen, Sozialkürzung und damit eine massive Verelendung von immer mehr Menschen.

Alle bisherigen Maßnahmen haben vor allem eine Zielrichtung – das Vertrauen der Finanzmärkte sollte zurückgewonnen werden. Dies ist nicht nur der falsche Ansatz, sondern

er wurde auch noch ständig aus den eigenen Reihen der Regierung torpediert. Die immer wieder und wieder vorgebrachten Forderungen aus den Koalitionsparteien keine Hilfen mehr zu gewähren, Griechenland aus dem Euro zu werfen und noch heftigere Sparmaßnahmen durchzuziehen, laden nur zu weiteren Spekulationen gegen den Euro ein. Es wird immer deutlicher, dass CDU/CSU und FDP versuchen, sich mit nationalistischen Stammtischparolen zu profilieren und dabei in Kauf nehmen, dass der Euro scheitert. Immer wieder wird die Hilflosigkeit der Bundesregierung deutlich. Bei den letzten entscheidenden Abstimmungen im Bundestag gab es keine Kanzlerinnenmehrheit und nach jeder europäischen Verhandlungsrunde kommt die schärfste Kritik an den Ergebnissen von Merkel aus den eigenen Reihen. Mit dem Mantra des Sparens um jeden Preis und dem Bedienen der Klischees von faulen Südländern bekommen sie aber immer noch starke Umfragewerte. Davon darf sich die Sozialdemokratie aber auf keinen Fall anstecken lassen, sondern muss eine wirkliche Alternative bieten.

160 **Die Krise überwinden**

In den letzten Jahren gab es viele Vorschläge, die besser geeignet wären, um Perspektiven für eine positive Zukunft zu eröffnen. Das einfachste wäre gewesen, unmittelbar nach dem Aufkommen der Probleme in Griechenland, mit aller Deutlichkeit ein Bekenntnis zur Gemeinschaftswährung und dem Willen sie solidarisch zu stützen, abzugeben. Entscheidend ist dafür aber die verfolgte Zielvorgabe. Wir wollen ein solidarisches und soziales Europa und nicht bloß einen Mechanismus der die Wünsche der Märkte erfüllt. Wenn die Verträge die dafür nötigen Instrumente nicht zulassen, muss im Zuge der Neugestaltung Europas das Vertragswerk angepasst werden. Wir brauchen kurzfristig eine Lösung für das Staatsfinanzierungsproblem und Wachstumsimpulse für Europa und gleichzeitig eine Stärkung der demokratischen Elemente Europas sowie eine langfristige Perspektive für die Entwicklung Europas. Leider erfüllt auch das Papier der sozialdemokratischen Troika diese Ansprüche nicht. Es bleibt weit hinter den Erwartungen und den bisher gelaufenen Diskussionen in der SPD zurück. Viele Forderungen gehen in die Richtung, bleiben aber halbherzig.

Handlungsfähigkeit herstellen

Den Finanzierungsproblemen der Krisenstaaten kann nur entgegengewirkt werden, wenn die Staatsfinanzierung im Notfall auch ohne die Finanzmärkte sichergestellt wird. Dies wurde in der Krise schon mehrmals deutlich. Immer wieder hat die EZB - mehr oder weniger autonom - auch gegen ihre Rechte, eingegriffen. Ob nun der Aufkauf von Staatsanleihen oder die Bereitstellung billigen Geldes für die Banken: Ohne diese Eingriffe wäre das System Euro schon längst kollabiert. Sicherlich ist die Art und Weise und die Wirkung dieser Maßnahmen vielfältig zu kritisieren, aber da alle anderen Verantwortlichen nicht gehandelt haben, sind sie zu begrüßen. Diese Ansätze müssen in klare Regeln gegossen werden, um eben auch die negativen Folgen zu minimieren. Dafür gibt es verschiedene Varianten. Bei allen Varianten gibt es jedoch nicht nur massive Widerstände, sondern durch aus auch rechtliche Hindernisse. Wenn aber nichts angegangen wird, steht dem Euro als Gemeinschaftsprojekt keine große Zukunft mehr bevor. Die massiven Ungleichgewichte im europäischen Wirtschaftsraum in Fragen der Staatsverschuldung und der damit einhergehenden Zinssituation bedarf dringend der Abhilfe.

Vor allem von konservativen und rechtspopulistischen PolitikerInnen wird der Austritt einzelner Staaten aus der Eurozone als vermeintlicher Lösungsweg ins Gespräch gebracht und

teilweise vehement eingefordert. Für uns kommt dies nicht in Frage. Ein Austritt von Staaten aus der Eurozone hätte verheerende ökonomische und soziale Folgen nicht nur für die austretenden, sondern auch für die verbleibenden Staaten. Zu erwarten sind neben einem unkontrollierten Staatsbankrott mit nicht absehbaren Folgen im Finanzsystem, massive ,
200 Verschiebungen der Wechselkurse mit davon ausgelösten dramatischen Veränderungen der Handelsbeziehungen sowie Ansteckungseffekte auf andere Staaten unter anderem durch Spekulation auf weitere Austritte. Die Folge wäre eine starke Rezession mit einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Daneben wären auch die politischen Auswirkungen eines Austritts massiv: Erstmals würde der Integrationsprozess der Europäischen Union an einer wesentlichen Stelle umgekehrt. Der Austritt eines Staates hätte fast zwingend den Austritt weiterer Staaten zur Folge. Außerdem ist ein Austritt eines Staates ohne weitere Maßnahmen, die Kernelemente der Europäischen Union in Frage stellen (z.B. Handelsbeschränkungen und Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit) fast undenkbar. Der Schaden für das politische Projekt Europa wäre irreparabel. Ein Scheitern der Europäischen Union insgesamt nicht
205 auszuschließen.

Als eine Lösungsmöglichkeit mindestens für Griechenland, teilweise aber auch für andere betroffene Staaten wird in der politischen Debatte ein (zusätzlicher) Schuldenschnitt vorgeschlagen. Dahinter steht das berechtigte Interesse, denjenigen, die spekulativ Staatsanleihen zu niedrigen Kursen oder zu hohen Zinsen gekauft oder in anderer Form spekulative Geschäfte auf Staatsanleihen getätigt haben, keine hohen Gewinne durch die Maßnahmen zur Unterstützung durch die Krisenstaaten zukommen zu lassen. Ein Schuldenschnitt ist aber auch mit erheblichen Risiken verbunden. Dies gilt einerseits innerhalb des Finanzsystems, weil notwendige Abschreibungen und das Fälligwerden von Kreditausfallversicherungen ein großes Risiko von Insolvenzen bei Finanzinstitutionen und dadurch ausgelöster Ansteckungseffekte entstehen lassen, was die Stabilität des Finanzsystems insgesamt gefährden und staatliche Aufwendungen zur Bankenrettung oder, im Falle einer Bankenpleite, eine Auszahlung der Sparguthaben durch den Staat notwendig machen kann. Zum zweiten wird der Staat, für den der Schuldenschnitt erfolgt auf einige Zeit vom Zugang zur Kapitalmarktfinanzierung abgeschnitten. Zum dritten kann der Schuldenschnitt für einen oder einige Staaten eine spekulative Welle gegen weitere Staaten auslösen, die deren Refinanzierungsfähigkeit zerstören kann.
215
220
225

Wir sehen einen Schuldenschnitt daher kritisch. Er kann unter strikten Bedingungen in Frage kommen, insbesondere einem Sicherstellen der Finanzierung der betroffenen Staaten durch einen europaweiten, staatlich finanzierten Fonds, eine gleichzeitige vorbehaltlosen Garantie der EZB für alle im Euroraum bestehen bleibenden Staatsanleihen und eine sorgfältige Analyse der Folgewirkungen im Finanzsystem und daraus abgeleitete Stabilisierungsmaßnahmen. Können diese Bedingungen nicht erfüllt werden, kommt ein Schuldenschnitt jedoch nicht in Frage.
230
235

Wir sehen aber in jedem Fall den dringenden Bedarf, hohe Spekulationsgewinne auf Staatsanleihen zu verhindern, weshalb auf alle von der EZB garantierten Staatsanleihen nur noch der risikoneutrale Zins gezahlt werden soll. Kommt es zu keinem Schuldenschnitt, sind auch andere Mechanismen zu wählen. Dazu kann ein Zinsschnitt gehören, nachdem auf alle von der EZB garantierte Staatsanleihen nur noch der risikoneutrale Zinssatz gezahlt wird. Auch eine starke Besteuerung von Kursgewinnen bei Staatsanleihen ist zwingend notwendig.
240

Kurzfristig sollte diese Lösungsstrategie durch eine Bankenlizenz für den ESM verfolgt werden. Dieser Weg hat vor allem den Vorteil, dass dies rechtlich am unproblematischsten
245

umgesetzt werden kann. Daneben muss mit einem Schuldentilgungsfond ein Lastenausgleich organisiert werden. Dieser Fond übernimmt die Altschulden der Mitgliedsstaaten über 60% des BIPs und bedient die Verpflichtungen anhand der Fälligkeit. Die dafür nötigen Mittel kommen von den Mitgliedsstaaten und richten sich nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Des Weiteren muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt neu ausgerichtet werden und neben des alleinigen Zieles der Geldwertstabilisierung auch Vollbeschäftigung, Wachstum und ausgeglichene Handelsbilanzen berücksichtigt.

Langfristig muss es jedoch darum gehen, eine wirkliche Fiskalunion zu bilden. Wir brauchen eine bessere Abstimmung in der Wirtschaftspolitik und wirkungsvollere Verteilungs- und Ausgleichsmechanismen, um die Ungleichgewicht in der EU nach und nach auszugleichen. Dafür bedarf es einer europäischen Wirtschaftsregierung. Damit müssten künftig die Länder, die ein hohes außenwirtschaftliches Defizit haben, wie Griechenland, Spanien oder Portugal, Maßnahmen ergreifen, um dieses zu reduzieren. Im Gegenzug müssten aber auch Überschussländer wie Deutschland Anstrengungen unternehmen, die weg von einer ausschließlichen Exportstrategie führen. Dazu müssten Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage etwa durch die Einführung eines Mindestlohns oder stärkeren Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifabschlüssen ergriffen werden.

Um die die Abhängigkeit von den Finanzmärkten zu lösen, gibt es verschiedene Instrumente, die im Idealfall aufeinander aufbauen. Das erste mögliche Instrument um den kriselnden Staaten aus der Klemme zu helfen ist die Einführung von Eurobonds. Dies bedeutet im Kern eine Bewertung des Euroraumes als Ganzes und nicht mehr jedes einzelnen Staates für die Ermittlung der Renditen auf Staatsanleihen. Es gibt verschiedene Modelle, wie dies organisiert werden könnte. Möglicherweise bedeutet dies auch für einige Länder wie Deutschland etwas höhere Kosten für die Refinanzierung an den Finanzmärkten. Diese Mehrkosten kommen aber nicht in die Dimensionen, die jetzt zur Rettung anderer Staaten schon aufgebracht werden. Kein anderes Land hat so sehr von der Einführung des Euros profitiert, wie Deutschland. Eurobonds wurden im vergangenen Jahr oft diskutiert, aber bisher sind sie an vielen Widerständen, insbesondere aus Deutschland gescheitert. Dabei bieten gerade Eurobonds in Verbindung mit einem Altschuldentilgungsfonds die Möglichkeit, die Finanzsituation der Staaten bei entsprechenden Rahmenseetzungen zu entspannen. Dabei geht es erst mal nur darum überhaupt wieder Handlungs- und Entscheidungsspielräume zu eröffnen. Wenn man sich für Eurobonds in einer Fiskalunion entscheidet ist dies aber auch eine Fortsetzung der bisherigen Mechanismen, nur auf einer anderen Ebene.

Die Europäische Zentralbank hat sich nach (zu) langem Zögern dazu entschlossen, Staatsanleihen umfassend zu garantieren. Sie hat dies allerdings von Bedingungen wie staatlichen Sparprogrammen abhängig gemacht, die die Wirksamkeit deutlich abschwächen. Wir halten den Schritt der EZB ausdrücklich für richtig. Wäre er früher erfolgt, hätten damit die Eskalation der Eurokrise und die eingetretenen Ansteckungseffekte wahrscheinlich verhindert werden können. Die bestehenden Bedingungen müssen aber deutlich reduziert werden; der Zugang zur Stabilisierung durch die EZB darf nicht von drakonischen Sparmaßnahmen, Privatisierungen und Sozialkürzungen abhängig gemacht werden. Wir wollen außerdem, dass im EU-Vertrag und den Statuten der EZB verankert wird, dass es die Aufgabe der EZB ist, Mitgliedsstaaten in Zeiten finanzieller Engpässe zu unterstützen und ihr dafür neue Möglichkeiten eingeräumt werden. Diese sind das Recht der EZB auf den Anleihemärkten zu intervenieren und den betroffenen Staaten mit relativ zinsgünstigen Krediten aushelfen zu können.

295

Es bedarf aber auch einer Ausweitung der Einnahmen aller europäischen Staaten und der Europäischen Union. Da ist die Finanztransaktionssteuer ein wichtiges Projekt, das zudem die Möglichkeit zum Einstieg in einen EU- Steuerstaat bietet, der die europäische Politikebene perspektivisch autonomer macht und zudem die leidvolle Nettozahler und Nettoempfänger Debatte abmildern kann. Mit dem Steuersenkungswettbewerb der letzten Jahrzehnte wurde besonders immobiles Kapital zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen, dies führte zu einer massiven Umverteilung der Lasten von oben nach unten und einer massiven Vermögensumverteilung von unten nach oben. Wir fordern daher mobiles Kapital stärker in die Verantwortung zur Finanzierung staatlicher Aufgaben heranzuziehen. Unabdingbar ist die Beendigung des Steuersenkungswettbewerbs, durch eine Koordinierung hin zu einer Vereinheitlichung und Erhöhung der Besteuerung von Unternehmen und großen Vermögen (Mindestbesteuerung). Darüber hinaus müssen schrittweise Steuersysteme europäisch gerechter gestaltet und harmonisiert werden. Desweiteren ist ein einheitliches Steuersystem für Europa perspektivisch anzudenken, um eine gemeinsame Fiskalpolitik zu ermöglichen, denn durch die aktuelle Krise gerät nun die wirtschaftliche Einheit ins Wanken und verstärkt das Nationalgedanken. So ist ein gemeinschaftliches Europa langfristig in Gefahr.

Des Weiteren ist zu beachten das ein vereinheitlichtes/koordiniertes Steuersystem und eine gemeinschaftliche Fiskalpolitik in Europa eingeführt werden muss, um ökonomische und gesellschaftliche Differenzen zwischen den einzelnen Nationalstaaten zu überbrücken und eine solidarische Gemeinschaft zu fördern. Auch müssen Niedriglohnbereiche ausgetrocknet und soziale Sicherungssysteme gestärkt werden. Ein solches europäisches Fiskalregime muss demokratisch legitimiert sein und entsprechend beim Europäischen Parlament angesiedelt werden. Dies alles wollen wir um ökonomische und gesellschaftliche Differenzen zu überwinden.

Wachstums- und Fortschrittsunion

Wir brauchen eine Strategie für nachhaltigen Beschäftigungsaufbau in Europa. Dazu bedarf es nachhaltiger Wachstumsimpulse, durch europaweite Investitionsprogramme. Dabei reichen kurzfristige Strohfeuer nicht aus. Vielmehr müssen die Staaten ihre Ausgaben auf hohem Niveau angleichen, etwa um damit Investitionen in Bildung, soziale Sicherung oder im Bereich nachhaltiger Energie sicherstellen zu können. Dies ist aber gerade in den Krisenstaaten derzeit nicht möglich, deswegen müssen Wachstumsimpulse auch von der europäischen Ebene gemeinschaftlich organisiert werden. Zwar wurden im Zuge der Nachverhandlungen zum Fiskalpakt auch Wachstumspakete beschlossen, diese sind aber bisher weder konkret geworden, noch kann das zu erwartende Volumen ausreichen, um wirklich etwas zu bewirken. Viele der weiteren Vorschläge, wie zum Beispiel die Stärkung der EIB oder Projektfonds können sinnvoll sein, aber sie werden alle nur geringe Effekte bewirken.

Auch wenn der Fiskalpakt durch die Ratifizierung zunächst gilt: Wir halten ihn weiterhin für falsch und wollen ihn so schnell wie möglich abschaffen. Der Fiskalpakt knüpft an der falschen Diagnose an, Ursache der Eurokrise sei eine ausufernde Staatsverschuldung. Er wirkt durch den faktischen Zwang zu massiven Haushaltskürzungen krisenverschärfend und beseitigt staatliche Handlungsfähigkeit nicht nur mit Blick auf eine umfassende Sozialpolitik, eine aktive Beschäftigungspolitik und Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur. Da der Fiskalpakt kurzfristig nicht abzulösen ist, fordern wir seine Ergänzung durch einen Wachstumspakt. Dieser muss es ermöglichen, in den Krisenstaaten in großem Umfang Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme durchzuführen, die insbesondere in den

Bereichen Ökologie, Infrastruktur, Bildung und Soziales investieren.

Um die aktuelle Krise zu bewältigen, ist kurzfristig eine große Anstrengung notwendig. Deshalb schließen wir uns der Forderung des DGBs an und setzen uns für eine einmalige Vermögensabgabe von drei Prozent auf Vermögen von über 500.000 Euro ein. Dadurch sind europaweit bis zu 120 Milliarden Euro zu aktivieren. Im Gegensatz zu einer Steuer kann und soll die Vermögensabgabe zweckgebunden erhoben werden. Die Einnahmen sollen in die Bereiche Ökologie, Infrastruktur, Bildung und Soziales investiert werden. Sie dürfen nicht zum Stopfen allgemeiner Haushaltslöcher gebraucht werden. All diese Maßnahmen setzen nicht nur positive, unmittelbare und nachhaltige Konjunkturimpulse, sondern tragen auch zu mehr Gerechtigkeit bei.

Wir setzen uns für einen Europäischen Zukunftsfonds ein, der unabhängig von nationalstaatlichen Quoten und Interessen der einzelnen Regierungen Projekte und Maßnahmen in Europa fördert und selber anschiebt. Dieser Zukunftsfonds soll dem europäischen Parlament unterstellt werden und die zu beschließenden Ziele Verteilungskriterien und Organisation selbstständig umsetzen. Vordringlich sind dabei Investitionen in die energetische Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energiesparende Maschinen und Anlagen, Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte sowie moderne und die Umwelt schonende Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße sind auch flächendeckende soziale Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Forschungsinstituten ebenso wie Integrationsprojekte als Zukunftsaufgaben zu begreifen. So können Millionen neue, sinnvolle und innovative Arbeitsplätze entstehen. Damit dieser Fonds und eigene Investitionen der Mitgliedsstaaten funktionieren kann, müssen die aktuellen Subventionsvorschriften geändert werden. Wir fordern eine Auflockerung Subventionsverbots, eine Aufhebung aller Privatisierungsverpflichtungen und eine flexiblere Eigenbeteiligungsregelung. Dieser Fonds soll sich aus zwei Quellen speisen, zum einen sollen Mittel für „Nachhaltiges Wachstum“ und der Agrarförderung umgeschichtet werden. Zum zweiten soll die Hälfte der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer in den Fonds fließen. So lassen sich jährlich ca. 50-65 Milliarden Euro mobilisieren. Diese Mittel sind auch notwendig, um eine langfristige Entwicklung Europas zu gestalten.

Durch Demokratie eine europäische Identität schaffen

In den vergangenen Jahren war die Debatte vor allem von der Frage geprägt, inwieweit und welche Kompetenzen an die EU übergehen sollten. Die Voraussetzungen haben sich aber in der Krise grundsätzlich verändert. Über die Rettungspakete wurde auch die nationalstaatliche Souveränität erheblich eingeschränkt. Merkozy ist zum Synonym eines undemokratischen Bündnis in Europa geworden, welches Nationalstaaten ungeniert in ihre Geschäfte hineindiktiert. Mittlerweile ist nicht mehr die entscheidende Frage, auf welche Politikbereiche die europäische Ebenen Einfluss hat, sondern mit welcher Macht und Heftigkeit sie wirkt. Neben der falschen ideologischen Ausrichtung der bisherigen Eingriffe ist der größte Mangel, die fehlende demokratische Legitimation und das Ignorieren des Europäischen Parlamentes.

• Die Institutionen der EU müssen weiter demokratisiert werden und die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene bedarf dringend einer größeren Nachvollziehbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger. Perspektivisch müssen Kompetenzen weg vom Europäischen Rat, hin zum Europäischen Parlament als einziger in ihrer Gesamtheit direkt legitimierter Institution der Europäischen Union verlagert werden. Dies bedeutet auch die uneingeschränkte Gesetzgebungskompetenz

für das EP. Dies umfasst auch eine Ausweitung der Kontroll- und Initiativrechte gegenüber der Kommission. Darüber hinaus soll das EP direktere und weitergehende Kontrolle über alle europäischen Institutionen erhalten sowie eine uneingeschränkte Gesetzgebungskompetenz erhalten. Ziel ist es, eine vom EP abhängige Wirtschaftsregierung zu schaffen. Somit soll die Kommission weitaus weniger Macht bekommen, wie sie zurzeit inne hat.

- Kommission muss entmachtet werden, Wahl der Kommissare durch EP
- Beteiligungspflicht des EP
- Eine ausgeglichene Darstellung der europäischen Bevölkerungsmehrheiten in europäischen Entscheidungsgremien.

410 **Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen**

Von der Krise in der Europäischen Union sind gerade junge Menschen betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Staaten liegt durchgängig weit über 25 Prozent. Die damit verbundene fehlende Zukunftsperspektive delegitimiert das politische System. Deshalb muss die Politik zur Krisenbewältigung gerade auch die Lebensperspektiven junger Menschen in den Blick nehmen. Die Antwort kann aber nicht darin bestehen, vorrangig die Abwanderung junger Menschen aus ihren Heimatregionen in die wirtschaftlich starken Staaten zu fördern: Dies verstärkt die ökonomische Spaltung der Europäischen Union und zerstört soziale Bindungen (dies schließt nicht aus, durch eine bessere Anerkennung von Abschlüssen für diejenigen, die dies wollen, die Beschäftigung in anderen Regionen zu erleichtern). Die Antwort ist auch nicht eine Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte: Dies würde an der Prekarisierung der Lebensverhältnisse junger Menschen nichts verändern, sie im Gegenteil perspektivisch sogar noch verstärken.

Klar ist auch: Einige der von der „Troika“ und vorgeblichen ExpertInnen eingeforderte Maßnahmen zielen geradezu darauf ab, die Jugendarbeitslosigkeit zu erhöhen: Die eingeforderte Anhebung des Renteneintrittsalters und die Verlängerung von Arbeitszeiten verhindern zwangsläufig die Chancen junger Menschen, in die Erwerbstätigkeit einzutreten. Eingeforderte massive Kürzungen in den Staatshaushalten treffen gerade auch Bildung, Qualifizierung und Beschäftigungsprogramme für junge Menschen – neben dem ökonomischen Abschwung, der ebenfalls die Beschäftigungschancen junger Menschen massiv beeinträchtigt. Auch deshalb lehnen wir diese Lösungsansätze ab.

Die Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten ist nicht vorrangig ein Problem mangelnder Qualifikationen, im Gegenteil: Die arbeitslosen jungen Menschen sind zu größeren Teilen sehr hoch qualifiziert.

Wir wollen eine europaweite Ausbildungsgarantie, die sicherstellt, dass jedem jungen Menschen ein Auszubildungsverhältnis angeboten wird, das seinen beruflichen Interessen und Wünschen entspricht. Darüber hinaus fordern wir die Schaffung einer europaweiten Beschäftigungs- und Qualifizierungsgarantie für alle jungen Menschen unter 30, die nach Beendigung von Schule oder Ausbildung in Arbeitslosigkeit geraten. Eine solche Beschäftigungs- und Qualifizierungsgarantie muss sicherstellen, dass jedem jungen Menschen ein Job oder eine Weiterbildung angeboten wird, die seinen beruflichen, zum Teil durch vorheriger Ausbildung geschaffenen, Interessen entspricht und diese entsprechend

fortentwickelt. Die angesprochenen Garantieprogramme müssen dabei qualitativ so ausgearbeitet sein, dass junge Menschen hierdurch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen und sie nicht nur durch zweitklassige, vermeintliche Qualifizierungs-Programme aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen. Bereits jetzt vorhandene, nicht genutzte Milliarden-
450 Mittel aus dem Europäischen Sozialfond gilt es für die Implementierung der Ausbildungs- sowie der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgarantie zu nutzen.

Vorrangig muss es sein, über Konjunkturprogramme Wachstum zu generieren und damit Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. Daneben müssen öffentliche
455 Beschäftigungsprogramme treten, die in gesellschaftlich relevanten Gebieten (Soziales, Gesundheit etc.) die notwendigen Stellen schaffen und vorhandene (oder gerade erst geschaffene) Defizite beheben. Dafür müssen die betroffenen Staaten mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen vor allem auf eine Umverteilung von Arbeit unter anderem durch Arbeitszeitverkürzung
460 abzielen.

Europa als Garant für soziale Gerechtigkeit

Die bisherige europäische Politik beinhaltete vor allem die Verwirklichung von Marktfreiheit, die Folge waren Deregulierung und Privatisierung. Diese Logik muss durchbrochen und um
465 eine soziale Solidaritätsunion zu ermöglichen. Nur durch eine grundsätzliche Neuorientierung der EU Politik wird es gelingen ein soziales Europa zu verwirklichen. Daher wollen wir ein Europa das mindestens folgende Standards für alle hier lebenden Menschen garantiert:

Es müssen auf der europäischen Ebene einklagbare soziale Mindeststandards geben. Dazu gehören europäische Mindestlöhne und Tarifverträge basierend auf der Kaufkraft der
470 Mitgliedsländer, Festgelegte Korridore, wie viel des BIP in Bildung und Soziales investiert werden müssen und eine Stärkung der Betrieblichen Mitbestimmung, gerade für international agierende Unternehmen durch die Europäischen Betriebsräte, die mit Mitbestimmungs- und
475 Initiativrechten ausgestattet sind. Eine verstärkte Zusammenarbeit der Einzelgewerkschaften im europäischen Gewerkschaftsbund soll sie unterstützen.

Es darf keine Verpflichtung oder Druck in die Richtung Privatisierung in den Bereichen, Energie- und Wasser- Ver-/Entsorgung, Abfallbeseitigung, Verkehrsinfrastruktur
480 einschließlich der Transportmittel, Gesundheitssystem und soziale Sicherung, Bildung, Wohnraum und Wohnungsbau, Bank- und Kreditwesen, Sport- und Kultureinrichtungen geben. Diese Leistungen müssen in ein Grünbuch für öffentliche Daseinsvorsorge aufgenommen werde.

485 Europa ein Raum der Politik – Gegenmacht zum Finanzmarktregime

Es wird zwar nach wie vor immer wieder die Notwendigkeit der Regulierung und Beschränkung der Spekulation auf den Finanzmärkten beschworen, aber ein wirklicher Wandel in der Finanzmarktpolitik ist nicht in Sicht. Es bleibt bei wenigen Symbolhandlungen
490 und Absichtsbekundungen ohne wirkliche Auswirkungen. Dies bedeutet, dass es nun genauso weitergeht wie vor der Krise und es nur bei der Frage bleibt, wann und wie stark uns die nächste Krise treffen wird. Wir wollen ein Europa, das sich den Zwängen der Finanzmärkte entzieht und in dem das Primat der Politik bestimmend ist. Sicherlich wäre eine weltweite Regulierung am sinnvollsten, da es aber überall große Widerstände gibt, muss es mindestens
495

unser Ziel sein Europa umzubauen.

Bei der Ausgestaltung der neuen Bankenrettungspläne müssen die richtigen Lehren aus den Maßnahmen und Folgen der Rettungspakete nach der Finanzkrise von 2008 gezogen werden.
500 Diese hatten drei grundlegende Fehler. Zum ersten wurden die Maßnahmen rein nationalstaatlich abgewickelt, so dass es zu neuen Verwerfungen auf dem europäischen Bankenmarkt kam. Zum zweiten wurde die Rekapitalisierung gewährt, ohne Einfluss auf die Strategie der Banken zu nehmen, so dass sie mit dem neuen Kapital die alten Strategien fortgesetzt haben, die mit zur Krise führten. Zum dritten wurden im Ergebnis vor allem
505 private Risiken/Schulden in staatliche Schulden umgewandelt, ohne die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen.

Ein Mechanismus zur Bankenrettung auf europäischer Ebene ist notwendig, er darf aber nicht bedingungslos sein. Er ist nur zustimmungsfähig, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
510

Es muss ein Schritt auf dem Weg zur Bankenunion sein, dies bedeutet einheitliche Bankenrecht und –Aufsicht. In einer europäischen Bankenunion muss die Bankenlandschaft neu strukturiert werden und Kunden- von Investitionsbanken entflochten werden.
515

Es muss klare Verfahren und Regeln für Bankeninsolvenzen geben. Denn ein Rettungsschirm darf die Pleite von Banken nicht ausschließen.

Die Hilfe für einzelne Banken muss an Kontroll- und Eingriffsrechte der Bankenaufsicht gekoppelt werden. Bei neuen Einlagen durch Europa müssen der Höhe entsprechenden Eigentumsrechte an den Hilfegeber übergehen.
520

Die Hilfe für einzelne Banken darf nicht an neue Sparvorhaben für das Land ihres Sitzes gebunden sein.
525

Es muss eine Europäische Bankenabgabe eingeführt werden, bei der alle Banken in den Rettungsmechanismus einzahlen, die auf dem europäischen Markt Handel treiben.

Alle Finanztransaktionen müssen transparent, nachvollziehbar und kontrollierbar sein. Wir wollen keine Spekulationen, die jeden Bezug zur Realwirtschaft verloren haben und nur noch reine Wetten sind. Wir sind uns darüber bewusst, dass die Finanzmärkte gebraucht werden, aber eben nicht alle Auswüchse, die in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind. Daher fordern wir:
530

Eine Börsenpflicht für alle Finanzmarktprodukte und ein Verbot des Over the Counter-Handels. Börsen müssen in Institutionen des öffentlichen Rechtes umgewandelt werden. An europäischen Finanzmärkten dürfen nur noch Akteure handeln, die über eine Banklizenz verfügen. Die Auslagerung von Geschäftsbereichen in Schattenbanken, die die Genehmigung einer Lizenz verhindern würden, führt zu einem Entzug der Lizenz.
540

Alle Finanzmarktprodukte müssen genehmigungspflichtig werden und auf ihre Risiken durch die Börsenaufsicht eingeordnet werden.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln muss komplett verboten werden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben. Dies bedeutet, dass an
545

den Rohstoffbörsen nur noch Akteure zugelassen werden, die an der Verteilung und Verarbeitung der Rohstoffe beteiligt sind.

550 Der Hochfrequenzhandel und ungedeckte Leerverkäufe sind auf Dauer zu verbieten. Kreditausfallversicherungen dürfen nur auf eigene Kredite abgeschlossen werden und dürfen nicht in spekulationsfähigen Paketen weiterverkauft werden.

555 Ratingagenturen bedürfen dringend einer gesetzlichen Regelung. Die Bemessungsgrundlagen ihrer Bewertungen und ggf. folgende Konsequenzen dürfen nicht dem freien Markt und der Tradition finanzmarktlichem Handeln überlassen werden, sondern bedürfen auch gesetzgeberischer und juristischer Kontrolle. Außerdem setzen wir uns dafür ein, konkrete Mechanismen zu entwickeln, um Wertpapiere unabhängig von Ratingagenturen zu bewerten. Lebensversicherer und ähnliche institutionelle Anleger sowie staatlich geförderte Finanzanlagen (wie die Riester-Rente) sollen nur in Produkte investieren dürfen, die dazu
560 zugelassen sind. Ein AAA-Rating soll dafür nicht mehr von Belang sein.

Unser Anspruch an das SPD Regierungsprogramm:

565 Wir sind uns darüber bewusst, dass es noch viele Diskussionen und Überzeugungsarbeit bedarf sowohl in der europäischen Sozialdemokratie, als auch in der Gesellschaft, um diese Ideen zu verwirklichen. Die Gestaltung Europas wird ein längerer Prozess sein. Für die anstehenden Debatten um das SPD Regierungsprogramm ist es für uns aber unverzichtbar, dass neben dem allgemeinen Bekenntnis zu Europa folgende konkrete Forderungen aufgenommen werden:

570

1. Ein massives Sofortprogramm für wirksame Wachstumsimpulse, das durch eine Vermögensabgabe finanziert wird.

575

2. Eine Fortentwicklung der europäischen Rettungsinstrumente jenseits des Sparwahnsinns und wirkliche Hilfe für die Krisenländer, nicht nur für Banken, die als Bedingung für die Unterstützung die Verelendung der Bevölkerung zur Folge hat.

580

3. Die Bildung einer Fiskalunion, die unter bestimmten Konditionen Staatsfinanzierung jenseits der Finanzmärkte ermöglicht.

4. Die Stärkung der demokratischen Elemente, einhergehend mit einer Stärkung des europäischen Parlaments d.h. Ausstattung mit insbesondere mehr Gesetzgebungs-, Wahl- und Kontrollkompetenzen.

Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft für Alle!

Aktuelle Situation

5 Im Jahr 2010 lebten in Deutschland 15.746 Millionen sog. „Menschen mit
Migrationshintergrund“. Darunter fallen „Ausländer mit eigener Migrationserfahrung“
(35,4%), „Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung“ (10%), (Spät-) Aussiedler und
Deutsche mit eigener Migrationserfahrung“ (20,7%), „Eingebürgerter mit eigener Erfahrung“
(11,1%), „Eingebürgerte ohne eigene Erfahrung“ (2,5%) und „Deutsche ohne eigene
10 Erfahrung“ (20,2%) (mindestens ein Elternteil zugewandert oder als AusländerIn in
Deutschland geboren).

Mit diesem hohen Wert liegt Deutschland in der Spitzengruppe der Einwanderungsländer.
Einwanderung ist alltägliche Realität. Gerade die SPD, die vor zwanzig Jahren der
rassistischen Hetze im Vorfeld des „Asylkompromisses“ nicht entgegengesetzt, sondern
15 sogar in vielen befeuert hat, befindet sich in der Verantwortung. Die Forderungen des
„Refugees Protest March“ muss auch in der SPD ankommen.

Es bleibt bisher nur leider dabei, dass die Politik Migrationswillige danach sortiert was der
deutschen Volkswirtschaft nützt. Sowohl bei den Menschen, die nach Deutschland/Europa
20 kommen, als auch bei denjenigen, die schon im Land leben. Ihnen stehen Hürden im Weg,
die „die Deutschen“ nicht zu überwinden haben.

Unsere Grundsätze

25 1. Wir Jusos haben die globale Bewegungsfreiheit als Ideal, eine Begrenzung der Ein- und
Auswanderung lehnen wir ab. Wir wollen Menschen nicht nach ihrem ökonomischen Nutzen
für die deutsche Volkswirtschaft bewerten. Einen Standortwettbewerb (beispielsweise
innerhalb Europas, wie aktuell zu sehen) auf dem Rücken der MigrantInnen und
ArbeitnehmerInnen lehnen wir ab. Migration muss freiwillig und selbstbestimmt erfolgen.
30 Die Hürden die dem entgegen stehen- egal ob im Land, in dem die MigrantInnen leben, oder
in dem in das sie ziehen- wollen wir überwinden.

2. Die „Integrationsdebatte“ in Deutschland ist von einer „Kulturalisierung des Sozialen“
geprägt. Sprache wird als integrationsentscheidend überhöht und im Zuge einer „deutschen
35 Leitkultur“ ausgrenzend verwendet, soziökonomische Integration dadurch politisch
vernachlässigt. Wir Jusos wissen, dass Teilhabe insbesondere über Gute Arbeit und soziale
Sicherheit für alle Menschen, die im Land leben, gelingt.

3. Der deutsche Sozialstaat ist eine wichtige Errungenschaft. Aber der Zugang zu ihm ist
40 nicht allen gleichermaßen gewährt. Soziale Sicherheit ist aber für uns Jusos Vorraumsetzung
für Freiheit und Selbstbestimmung. Gerade MigrantInnen und Menschen mit
Migrationshintergrund brauchen diesen Sozialstaat in besonderer Weise. Wir Jusos wollen
soziale Sicherheit und ein soziokulturelles Existenzminimum für alle Menschen!

45 4. Der deutsche Arbeitsmarkt (sofern es überhaupt einen deutschen Arbeitsmarkt gibt) grenzt
MigrantInnen systematisch aus. Er tut dies über Nachrangigkeitsklauseln, Arbeitsverbote,

50 Nicht-Anerkennung von Abschlüssen und hohe Einbürgerungshemmnisse, die wiederum dazu führen, dass MigrantInnen nicht voll an der Gesellschaft teilhaben können, weil ihnen bestimmte soziale Rechte nicht gewährt werden. Arbeit ist wichtig für die Selbstbestimmung des Menschen, egal woher sie/er kommt! Wir Jusos wollen Gute Arbeit für alle Menschen!

55 5. Soziökonomische Benachteiligung wird „vererbt“. Ein gerechtes Bildungssystem und gute Bildung verhelfen jungen Menschen zum „Ausbruch“ aus diesem Dilemma. So wie wir später zusammenleben wollen, wollen wir auch gemeinsam zur Schule gehen.

60 6. Im politischen System sind MigrantInnen immer noch unzureichend repräsentiert und auch nach Jahren nicht an den Wahlen teilnehmen Das Gelingen einer umfassenden Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft hängt aber entscheidend von deren politischer Partizipation ab.

60 **Hürden, die wir überwinden wollen:**

65 **1. Fluchtursachen und Asylgründe**

65 Ein Großteil der Migration weltweit ist Binnenmigration. Menschen wollen in der Regel nicht weit weg von ihren Familien, ihrer „Heimat“, dort wo Menschen sind, die sie lieben und sie sozialisiert wurden. Oft sind es Zwangssituationen, die sie dazu bewegen, weitere Wege auf sich zu nehmen. Bürgerkriege, humanitäre Katastrophen, Vertreibung, Verfolgung auf Grund von Religion oder Sexualität usw. Aber auch die schlechte sozioökonomische Situation der Menschen, Arbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven im Land zwingen 70 Menschen zur Migration in ein wohlhabenderes Land.

Deshalb fordern wir Jusos die konsequente Bekämpfung der Fluchtursachen. Dazu ist es notwendig eine andere, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu gestalten, die den weniger 75 sozioökonomisch entwickelten Ländern eine realistische Perspektive gibt. Es bedarf weltweiter Umverteilungsinstrumente und Mechanismen. Ansätze hierzu gibt es unter dem Dach der Vereinten Nationen und des IWF, allerdings weit unzureichend ausgestaltet. Auch reichen die Entwicklungsgelder der Industrienationen bei Weitem nicht aus. Wir brauchen endlich die lang versprochenen 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) eines jeden 80 Industrielandes. Neben der Höhe der Entwicklungsgelder ist für uns die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit von großer Bedeutung. Weniger sozioökonomisch entwickelte Länder müssen als gleichberechtigte PartnerInnen verstanden werden. Schutzzölle und andere Hindernisse für den Zugang zu den Märkten der Industrienationen sind abzubauen, da sie die Wirkung der Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit konterkarieren. Darüber 85 hinaus fordern wir Jusos eine Anerkennung „geschlechtsspezifischer Fluchtursachen“, „Umweltkatastrophen“ und „Wirtschaftliche Notsituation“ als Asylgrund, weil diese als Gründe bisher nicht anerkannt werden aber zum größten Teil für Flucht und Migration verantwortlich sind.

90 **2. Außengrenzen Europas**

Die Lage an den europäischen Außengrenzen ist katastrophal und menschenunwürdig für die Betroffenen. Richtig ist: Solange es eine Grenze gibt wird sie „bewacht“ werden. Unter Bewachung verstehen wir nicht das entwürdigende Einsperren in Auffanglager und fehlende 95 humanitäre Hilfe im Mittelmeer. Die Lager sind unmittelbar aufzulösen und menschenwürdige Einreisemöglichkeiten und Strukturen zu schaffen. Weiter müssen mehr

Mittel für die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge bereitgestellt werden. Das Flughafenschnellverfahren muss sofort abgeschafft werden. Es widerspricht allen rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Standards. Die Bundesrepublik Deutschland muss vorangehen und alle Beschränkungen vollständig aufheben.

3. Solidarität innerhalb Europas

Wir Jusos fordern die Ausgestaltung eines europäischen Asylrechts und europäische Solidarität zugunsten der Migrant_innen und Asylsuchenden. Unser Ziel ist ein gemeinsames Asylverfahren mit gleichen Tatbeständen und Regelungen in ganz Europa. Die aktuelle Praxis wird von vielen Partnerländern Deutschlands in der EU, insbesondere denen Südeuropas, als unsolidarisch empfunden und läuft darauf hinaus, dass sich die europäischen Staaten gegenseitig die Verantwortung für Flüchtlinge zulasten dieser zuschieben. Besonders Italien, Spanien und Griechenland sehen sich mit steigenden Herausforderungen konfrontiert. Aufgrund der Dublin-II-Verordnung bestimmen in diesen Ländern besonders restriktive Regelungen den Alltag von Flüchtlingen. Dies kann nicht in unserem Sinne sein. Es ist für uns Jusos selbstverständlich, dass sich alle europäischen Staaten, auch wenn sie nicht direkt betroffen sind, solidarisch mit ihren Partnerländern zeigen müssen, was die Bewältigung steigender Herausforderungen angeht. Der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen muss dabei nicht nur die Maxime sein, an der alle ihr Handeln ausrichten, sondern ist unsererseits auch Kondition für den Harmonisierungsprozess.

Wir fordern ein gemeinsames europäisches Asylverfahren, bei dem auch die Finanzierung von Leistungen bei einer dafür eingerichteten europäischen Behörde angesiedelt ist, die Asylsuchenden unabhängig von ihrem Einreiseland Asyl gewährt. Danach soll für die Flüchtlinge die Möglichkeit geschaffen werden, ihren Aufenthaltsort innerhalb Europas frei zu wählen. Nur so kann die zum Teil grotesk wirkende unterschiedliche Vorgehensweise der EU-Staaten und die Abschiebungen innerhalb der EU im Rahmen der Regelungen nach der Dublin-II-Verordnung beendet werden. Entsprechende Abkommen zwischen der EU und europäischen Nicht- EU- Staaten sind so zu treffen, dass die gleichen, menschenwürdigen Bedingungen für Flüchtlinge in ganz Europa gelten.

4. Hürden des deutschen Sozialstaates

Wir Jusos fordern die Anhebung der Hartz IV-Sätze, sodass sie dem soziokulturellen Existenzminimum in Deutschland entsprechen. Davon würden auch arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund profitieren. Hauptproblem ist aber, dass den Großteil der MigrantInnen der Zugang zu unserem Sozialstaat abgeschnitten ist. Der deutsche Vorbehalt beim Europäischen Führsorgeabkommen, welcher faktisch den Aufenthalt zur Arbeitssuche in Deutschland für Angehörige der Unterzeichnerstaaten unmöglich macht, ist zurück zu nehmen. Die Sozialleistungen für Asylbewerber und Geduldete müssen an die Hartz IV Sätze angeglichen werden. Die Verfügung des Bundesverfassungsgerichts die Sätze auf 90% von Hartz IV zu erhöhen reicht unserer Ansicht nach nicht aus. Es darf keine Menschen zweiter Klasse geben. Das Asylbewerberleitungsgesetz ist abzuschaffen. Den Asylsuchenden müssen das Geld bar ausgezahlt bekommen. Bezugsscheinsysteme lehnen wir entschieden ab. Hilfesuchende Menschen dürfen nicht in Lagern untergebracht oder eingesperrt werden, sondern müssen eigene Wohnungen beziehen dürfen und dabei entsprechend unterstützt werden.

145

5. Hürden des deutschen Arbeitsmarktes

150 Um allen Menschen, die in Deutschland leben und nach Deutschland kommen Gute Arbeit zu ermöglichen, fordern wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50€. Wir fordern die Aufhebung sämtlicher Nachrangigkeitsklauseln und Arbeitsverbote. Das Recht auf Arbeit ist das Mindeste, was jedem Menschen zustehen muss. Dazu sind Änderungen beim Zuwanderungsgesetz, wenn nicht gar die Aufhebung oder Neuformulierung desselbigen notwendig, weil die Arbeitserlaubnis an den Aufenthaltstitel gekoppelt ist. Asylsuchende müssen sofort und nicht erst nach 9 Monaten arbeiten können und es muss gute Arbeit sein. Wem die Qualifikationen fehlen, dem muss eine Ausbildung oder Weiterbildung ermöglicht werden. Auch hier lehnen wir Nachrangigkeitsklauseln ab. 155 Unter der Ausgrenzung des Arbeitsmarktes leiden vor allem Migrantinnen. Sie werden entweder in prekäre Beschäftigung gedrängt oder sogar auf den informellen Arbeitsmarkt. 160 Deswegen muss der Arbeitsschutz und die Rechte von ArbeitnehmerInnen gestärkt werden. Auch wenn innerhalb Europas mittlerweile ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit herrscht, heißt das nicht, dass ArbeitnehmerInnen wirklich gute Arbeit bekommen und selbstbestimmt mobil sind. Soziale Mindeststandards müssen in ganz Europa gelten. Insgesamt müssen Abschlüsse besser anerkannt werden. Viele müssen zu niedrigeren Löhnen arbeiten; weil sie gute Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt bekommen. Eine unbürokratische 165 Kostenübernahme der Gebühren im Anerkennungsverfahren für sozial Schwache zu gewährleisten.

6. Hürden des deutschen Bildungssystems

170 Das deutsche Bildungssystem ist in hohem Maße selektiv und benachteiligt junge Menschen mit Migrationshintergrund. Es fehlt in der Regel an muttersprachlichem Unterricht. Dieser ist aus zweierlei Gründen einzurichten. Zum einen um die inakzeptable Unterteilung von Sprachen in zu fördernde und nicht zu fördernde Sprachkenntnisse aufzubrechen. Zum anderen gibt es Studien, welche nahelegen, dass über Transfereffekte muttersprachliche 175 Alphabetisierung hilfreich zum Erlernen der deutschen Sprache ist. Bereits frühzeitig werden Kinder mit Migrationshintergrund selektiert. Wir JUSOS fordern mehr und flächendeckend muttersprachlichen Unterricht für die Kinder. Wir wollen eine Ganztagschule für alle und das mehrgliedrige Schulsystem überwinden. Mobbing an Schulen muss verhindert werden, 180 das gelingt am besten über starke Aufklärung. So müssen rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen seitens LehrerInnen und SchülerInnen durch starke Aufklärungs,- Projekt, Toleranzbildungsarbeit vorgebeugt werden. Insbesondere Lehrkörper müssen in diesbezüglich sensibilisiert werden und in Fortbildungen sowie im Zuge von Mentoring Handlungssicherheit für den Schulalltag doch auch Hilfestellungen für 185 thematische Arbeit im Unterricht bekommen. Dazu leistet das NDC (Netzwerk für Demokratie und Courage) wichtige Arbeit. Diese Arbeit muss weiterhin finanziell unterstützt und gestärkt werden. Darüber hinaus fordern wir die Anerkennung der Muttersprache als eine weitere Fremdsprache.

190 7. Hürden des deutschen politische Systems

Wir JUSOS setzen uns für ein aktives und passives Wahlrecht für alle mindestens drei Monate in Deutschland lebenden Menschen ein. Dies umfasst Kommunalwahlen, Wahlen zu den Landesparlamenten, Wahlen zum Bundestag, Wahlen zum Europaparlament sowie 195 Volksabstimmungen und Volksentscheide.

Die politische Teilhabe erstreckt sich allerdings nicht lediglich auf aktives und passives Wahlrecht, Menschen mit Migrationshintergrund müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt sein - dies gilt auch für Verbände, Vereine und Parteien.

Flughafenverfahren abschaffen! Anwendung des § 18/ §18a Asylverfahrensgesetz einstellen!

Die Spezialregelung des Flughafenasylverfahrens rückte gemeinsam mit der Grundgesetzänderung von 1993 auf den Plan. Der Asylkompromiss wäre ohne die Unterstützung der SPD nicht möglich gewesen. Diese Grundgesetzänderung war ein fataler Fehler und ist mit den Grundwerten der SPD in keiner Weise vereinbar. Mit Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie ist es geradezu zynisch, dass diese eklatante Einschränkung des Asylrechts mitgetragen wurde. Diese hatte und hat zur Folge, dass Flüchtlinge, die regulär auf dem Landweg einreisen, kein Asylrecht mehr erhalten können (sog. Drittstaatenregelung). Um auch alle anderen Möglichkeiten, wie die Einreise auf dem Luftweg, abzuwehren, wurde das sogenannte Flughafenverfahren eingeführt. Hierbei können Asylsuchende, auch Kinder und minderjährige AsylbewerberInnen, für den Zeitraum dieses Schnellverfahrens inhaftiert werden. Eine „geeignete Unterkunft“ auf dem Flughafengelände ist hierfür Voraussetzung.

Bei einem Asyl-Schnellverfahren ergeht die Entscheidung darüber, ob der Asylantrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt oder die Einreise erlaubt wird, binnen zwei Tagen nach Stellung des Antrags auf Asyl. Anträge werden im Übrigen nie positiv beschieden, die AntragsstellerInnen erhalten lediglich Zugang zum eigentlichen Asylverfahren.

Wenn der Antrag abgelehnt wird, bleiben den Schutzsuchenden nur drei Tage Zeit, Klage beim Verwaltungsgericht und einen Eilrechtsschutzantrag einzureichen. Im Falle einer Abweisung des Eilantrags gegen die Einreiseverweigerung verbleiben die AsylbewerberInnen in der Hafteinrichtung, bis die Abschiebung möglich wird. Es handelt sich um eine der kürzesten – wenn nicht um die kürzeste Einspruchsfrist – im deutschen Rechtssystem.

Der immense Zeitdruck nimmt den geflüchteten, oft schwer traumatisierten Menschen jede Möglichkeit, zur Ruhe zu kommen und damit auch ihre Asylgründe richtig vortragen zu können. Die Umstände der Flucht lassen sie oft verhandlungsunfähig zurück. Ein erschwerter Zugang zu RechtsanwältInnen führt außerdem oft dazu, dass sich die Asylsuchenden nicht ausreichend auf die Anhörung vorbereiten können und verringert damit ihre Aussicht darauf, als Flüchtling in Deutschland anerkannt zu werden.

Die Eile des Verfahrens führt auch immer wieder zu eklatanten Fehlentscheidungen. Die Kürze der Frist zur Einreichung eines Eilantrags lässt den Rechtsweg überhaupt nicht zu. Es ist praktisch nicht möglich, die erforderliche schriftliche Begründung rechtzeitig einzureichen. Die Ablehnung von Eilrechtsanträgen werden bereits ohne schriftliche Begründung rechtskräftig, dadurch können die Betroffenen bereits abgeschoben werden, bevor die Möglichkeit besteht, weiteren Rechtsschutz in Anspruch zu nehmen. Eine Abschiebung wird dann bereits vorgenommen, obwohl die Klage gegen die Entscheidung noch anhängig ist. Von ExpertInnen wie „ProAsyl“ wird das Verfahren deshalb berechtigterweise als „hastig, unfair, mangelhaft“ und „rechtsstaatswidrig“ bezeichnet.

Nun bald 20 Jahre nach Änderung des Grundgesetzes, setzen sich verschiedene SPD-Landesverbände für die Abschaffung des §18 / §18 a AsylverfG ein und eine

45 Bundesratsinitiative wurde auf den Weg gebracht.

Diese wurde beschämender Weise abgelehnt. Scheinbar ist auch nach 20 Jahren kein Bewusstsein für die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden gewachsen.

50 Gerade deswegen fordern wir die Landesverbände auf, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und bei „linken“ Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat eine erneute Initiative anzustrengen.

Tragt es in Eure Kreisverbände, diskutiert vor Ort und stellt Anträge!

55

Wir fordern die Abschaffung des §18 / §18 a AsylverfG und die sofortige Einstellung seiner Anwendung!

Asyl ist Menschenrecht!

Eckpunkte für eine menschenwürdige EU-Asylpolitik

5 Wir JungsozialistInnen sind der festen Überzeugung, dass kein Mensch aufgrund seiner Religion, politischen Einstellung, sexueller Orientierung, Herkunft, Religion, Nationalität, politische Einstellung oder aufgrund seines Geschlechts diskriminiert oder gar Opfer von Gewalt werden darf.

10 Seit ihrer Gründung versucht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands diese Diskriminierung und Gewalt zu verhindern und deren Ursachen zu bekämpfen. Doch gilt dieser Anspruch für uns auch international und macht an den Grenzen der Bundesrepublik keineswegs halt; wir wollen den Opfern von Gewalt und Diskriminierung wirksam Schutz bieten können und kämpfen deswegen für das Menschenrecht auf Asyl.

15 Wir müssen auch erkennen, dass viele Ursachen von Gewalt und Diskriminierung außerhalb Europas von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten zu verantworten sind. Zu oft wurden Diktatoren oder Militärjuntas auch von den Mitgliedsstaaten der EU unterstützt.

20 Wir sind uns der hieraus resultierenden Verantwortung für die betroffenen

Menschen bewusst und wollen dieses nicht nur in Zukunft verhindern, sondern auch die Konsequenzen tragen und die früheren Fehltritte korrigieren.

Die Welt hat sich verändert!

25 Die Gründe für Flucht und damit auch für Asyl haben sich erweitert, die Rechtslage jedoch verengt. Es ist völlig unzureichend, dass Opfer von Diskriminierung und/oder Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung überhaupt nicht im Asylrecht bedacht sind, wobei in über 70 Staaten Homo- und Bisexualität bestraft werden (in 9 Staaten mit der Todesstrafe).
30 Oft müssen AsylbewerberInnen mittels sehr fragwürdiger Methoden ihre homosexuelle Neigung nachweisen

35 Die zunehmende Umweltzerstörung, für welche primär die Industrieländer verantwortlich sind, produziert in den ärmsten Regionen der Welt Dürren und Umweltkatastrophen, welche nicht als Asylgrund anerkannt sind. Da die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für diese Situationen mitverantwortlich ist, müssen auch diese Menschen vom Asylrecht bedacht werden. Unzureichend erfasst sind ebenfalls Opfer nichtstaatlicher Repression, dabei ist der Staat in einigen Ländern (zum Beispiel dem Irak, Kolumbien, DR Kongo etc.) nicht oder nicht willens diesen Menschen zu helfen.

40 Die Stabilisierung von undemokratischen Regimen in der Welt verursacht Flüchtlingsströme, die auch wir indirekt zu verantworten haben.

45 Flüchtlinge nehmen erhebliche Risiken auf sich und müssen oft ihr Hab und Gut veräußern um überhaupt flüchten zu können. Flucht ist nicht nur gefährlich, sie ist weiterhin sehr kostspielig. Es ist daher menschenverachtend, dass diesen Flüchtlingen zum Teil nicht einmal

das Recht zugestanden wird, überhaupt einen Asylantrag zu stellen.

50 Durch die Praxis der Duldung leben viele Flüchtlinge seit Jahrzehnten ohne jegliche Sicherheit über ihren Aufenthaltsstatus in der Europäischen Union.

55 Diese Menschen haben meist keine Chance mehr in ihr Heimatland zurück zu kehren. Ihre Kinder sind in der EU geboren, aufgewachsen und sozialisiert worden. Dass solche Kinder und Jugendlichen früher oder später in für sie völlig unbekannte Länder abgeschoben werden, ist unmenschlich. Das können wir nicht akzeptieren!

60 Natürlich ist unser erster und wichtigster Anspruch die Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen und zu helfen, dass Hunger, Vertreibung, Diskriminierung und Gewalt überwunden werden, jedoch müssen wir uns ganz konkret auch um die heutigen Flüchtlinge kümmern.

Was wir ändern müssen!

65 Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD steht: “Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Wer vor Verfolgung oder Diskriminierung, seien sie staatlich oder nichtstaatlich oder auch geschlechtsspezifisch, fliehen muss, soll in Deutschland Schutz und Zuflucht, schließlich auch einen gesicherten Aufenthalt bekommen. Wir sind für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft.”

70 Die Einzelfallprüfung ist für uns der zentrale Ausgangspunkt für eine an der Menschenwürde ausgerichtete Asylpolitik. Dabei steht das europäische Recht mit seiner Regelung der sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten diesem Ziele absolut zuwider. Die freie Wahl des Staates, indem Asyl beantragt wird ist ebenfalls für uns ein Grundrecht. In diesem Zusammenhang müssen wir auch Fehler der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eingestehen und den Asylkompromiss von 1992 vollständig revidieren. Das Asylrecht in
75 Deutschland darf keinen wiederaufkeimenden Nationalismus und Rechtsradikalismus widerspiegeln, sondern muss auf schutzbedürftige Menschen ausgerichtet sein.

80 Dies bedeutet ebenfalls einen radikalen Verbesserung im Umgang mit AsylbewerberInnen. Wir dürfen schutzbedürftige nicht wie Verbrecher behandeln, weswegen wir als Sofortmaßnahmen fordern:

- Die vollumfängliche Gewährung des verfassungsrechtlich garantierten Grundrechts auf Asyl und eine Rücknahme des sogenannten Asylkompromisses.
- 85 • Die Abschaffung der zentralen EU-weiten Fingerabdruckspeicherung für AsylbewerberInnen.
- Die Unterkünfte haben stets menschenwürdigen Bedingungen zu entsprechen und Ghettoisierungstendenzen müssen verhindert werden.
- Eine effektive Bekämpfung der Menschenschlepperei, durch sichere Einreisemöglichkeiten für Asylsuchende.
- 90 • Sicherheit für die geduldeten Asylbewerber durch ein EU-weites.
- Die Abschaffung der Schnellverfahren am Flughafen und der Abschiebegefängnisse.
- AsylbewerberInnen, die aufgrund ihrer sexuellen Neigung fliehen mussten, erhalten ohne den Nachweis ihrer sexuellen Neigung das Recht auf Asyl.
- 95 • Das Recht auf die Staatsbürgerschaft in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für Kinder von AsylbewerberInnen, die hier geboren oder seit mindestens 3 Jahren

- ihren Aufenthaltsort im jeweiligen EU-Mitgliedstaat haben.
- Einen sofortigen Abschiebestopp in alle Länder, in denen die UN-Menschenrechtskonventionen sowie die Grundsätze der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt werden, wobei die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu beachten ist.
 - Asylsuchende müssen das gleiche Recht auf medizinische Versorgung in Deutschland haben wie StaatsbürgerInnen, weshalb wir eine Versicherung der AsylbewerberInnen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung anstreben.
 - Die angemessene Beschulung und Hilfe für die häufig traumatisierten Kinder von AsylbewerberInnen muss gewährleistet werden.
 - AsylbewerberInnen wird Hilfe beim Spracherwerb gesichert.
 - Den AsylbewerberInnen muss ein Zugang zu unabhängiger kostenfreier Rechtsberatung gewährleistet werden.
 - Hilfesuchende Menschen dürfen nicht in Lagern untergebracht oder eingesperrt werden, sondern müssen eigene Wohnungen beziehen dürfen und dabei entsprechend unterstützt werden.
 - Den Asylsuchenden müssen das Geld bar ausgezahlt bekommen. Bezugsscheinsysteme lehnen wir entscheiden ab.
 - Die menschenunwürdige Residenzpflicht, als ein rassistisches Sondergesetz, muss unverzüglich abgeschafft werden.

Wir fordern ein Ende der Abschottungspolitik und den Eintritt in eine Flüchtlingspolitik, die schutzbedürftigen Menschen Asyl gewährt und effektiv die Fluchtursachen, statt AsylbewerberInnen bekämpft! Unser Ziel ist und bleibt, dass ein globales Recht auf Bewegungsfreiheit verwirklicht wird!

Mehr Verantwortung bei der Polizei

Das staatliche Gewaltmonopol

5 Die Polizei wird in Deutschland von einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger als
schützendes und helfendes Organ angesehen. Viele junge Menschen wissen nicht, was es
bedeutet vor jedem Polizisten / jeder Polizistin Angst haben zu müssen, wie es in vielen Teilen
der Welt bis heute an der Tagesordnung ist und auch in Deutschland einmal war. Die Polizei
hilft in Notsituationen, klärt Straftaten auf und sorgt dafür, dass alle Bürger/innen sich an die
geltenden Gesetze halten. Umso schockierender ist es für viele Menschen, wenn Polizist/innen
10 sich selber nicht an die Gesetze halten oder ihr Gewaltmonopol missbrauchen. Die Bilder von
Dietrich Wagner, der bei den friedlichen Protesten gegen Stuttgart 21 von einem Wasserwerfer
getroffen wurde und seitdem praktisch blind ist, schockierten Deutschland und die Welt. Auch
Bilder und Nachrichten von unverhältnismäßigen Pfeffersprayeinsätzen, festgenommenen
Bundestagsabgeordneten und Polizeibeamt/innen, die scheinbar blindlings auf friedliche
15 Demonstrierende einprügeln, verunsichern viele Menschen und erschüttern den Glauben in die
Polizei. Kommt es zu solchen oder ähnlichen Taten von Seiten der Polizei, bleiben die
Täter/innen oft unbehelligt, da es schwer ist, sie auszumachen, da Polizeibeamt/innen aus
einem kameradschaftlichem Geist heraus oft nicht gegeneinander aussagen oder da die Opfer
Angst haben, sich juristisch zu wehren. Dieser Problematik muss die Politik mit
20 Lösungsansätzen entgegenreten.

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bekennen uns zum demokratisch kontrollierten
staatlichen Gewaltmonopol. In einer rechtsstaatlichen Gesellschaft kann nur der Staat die
Aufgabe der Exekutive übernehmen. Dabei muss die Exekutive zu jedem Zeitpunkt von
25 demokratisch gewählten Organen kontrollierbar entsprechend der Rechtsprechung
strafrechtlich zu verfolgen sein. Ein Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staates schließt eine
Immunität der exekutiven Kräfte nicht mit ein. Um dies zu gewährleisten muss die
demokratische Kontrolle weiter ausgeweitet werden und transparenter gestaltet werden. Wir
fordern daher Kontrollgremien, die mit unabhängigen Expert/innen und Politiker/innen aller
30 Fraktionen besetzt sind, öffentlich tagen und die Arbeit der Polizei überwachen. Diese
Kontrollgremien sollen sowohl auf Bundesebene, als auch auf Ebene der Bundesländer
eingerrichtet und vom Bundestag respektive von den Landesparlamenten eingesetzt werden.

Die Polizei-Ausbildung

35 Die Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten ist die Grundlage, auf der die Arbeit der
Polizei aufbaut. Diese Ausbildung muss mehr auf den Menschen ausgerichtet werden, dem die
Polizei ja letztlich dient. Amnesty International[1] und andere Menschenrechtsorganisationen
haben Deutschland bereits mehrfach für Menschenrechtsverstöße durch Polizeibeamt/innen
40 gerügt. Eine umfassende Menschenrechtsbildung muss daher verpflichtender Bestandteil der
Polizeiausbildung werden. Diese muss von Expert/innen gelehrt und ebenso abgefragt werden,
wie alle anderen Bestandteile der Ausbildung. Die Zusammenarbeit mit externen
Einrichtungen (von Gedenkstätten, Opferberatungen, lokalen Initiativen oder Mobilien
Beratungsteams) muss stark ausgeweitet werden. Die Eignung für den Einsatz in
geschlossenen Einheiten und bei Großeinsätzen, wie z.B. Demonstrationen, der Beamtinnen
45 und Beamten soll fortlaufend in geeigneten Abständen überprüft werden. Des Weiteren sollten

50 Polizist/innen mehr Möglichkeiten zur Entspannung und Stressbewältigung gegeben werden. Dazu sollte es auch mehr (anonyme) Gesprächsmöglichkeiten geben. Das Ziel der Ausbildung muss sein, selbst reflektieren zu können. In der Praxis müssen dafür nötige Widerspruchsräume geschaffen werden.

55 Wir begrüßen die gängige Praxis, dass Polizist/innen bereits in der Ausbildung mit vielen Arten von Einsätzen konfrontiert werden und aktiv daran teilnehmen. Dabei muss aber stets darauf geachtet werden, dass die psychische und physische Gesundheit der Auszubildenden und der Bürger/innen nicht gefährdet wird. Wir halten es für unverantwortlich, dass Auszubildende bereits früh in ihrer Ausbildung in angespannten Situationen, beispielsweise bei Fußballspielen, eingesetzt werden und den gleichen Dienst verrichten, wie voll ausgebildete Beamte/innen. Der psychische Druck kann schnell zu einer Eskalation der Lage führen und bedeutet eine große Gefahr für alle Beteiligten. Die nötige Sensibilität im Umgang mit Opfern von Straftaten muss sich intensiv angeeignet werden. Gerade im Umgang mit Opfern neonazistischer, antisemitischer, rassistischer oder homophoben Gewalt fehlt es an Kompetenz.

65 **Kennzeichnungspflicht**

Bei Einsätzen müssen endlich alle Beamte/innen durch eine individuell eindeutig zuzuordnende einprägsame und gut sichtbare Kennzeichnung, zum Beispiel durch eine rotierende Nummer, erkennbar sein. Die Kennzeichnungspflicht schützt nicht nur Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen, sie entlastet auch Polizeibeamte/innen, die Zeuge/innen einer Straftat durch eine/n andere/n Polizist/in geworden sind und Hemmungen haben gegen diese/n auszusagen. Natürlich muss gewährleistet sein, dass diese Kennzeichnung – zum Schutz der Polizei-Beamte/innen – anonymisiert und rotierend ist und damit keine direkte Verbindung zu dem Beamten bzw. der Beamtin zulässt. Die individuelle, rotierende Kennzeichnung soll derart ausgestaltet werden, dass ein Vertauschen der Kennzeichnung schwierig oder unmöglich ist. Auch sollen sich die Beamtinnen und Beamten nicht durch Ablegen der äußeren Dienstkleidung der Kennzeichnung entziehen können. Deshalb ist auf jedem polizeilichen Kleidungsstück, welches den Großteil des Oberkörpers bedeckt, sowie der Helm entsprechend zu kennzeichnen. Das Vertauschen der Kennzeichnung sowie der Versuch sich dieser zu entziehen ist dienstrechtlich zu ahnden. Wir begrüßen die Vorstöße von Berlin in diese Richtung. Ihre positiven Erfahrungen werden bei der Umsetzung der Kennzeichnungspflicht hilfreich sein. Wir fordern, dass andere Bundesländer dem Beispiel Berlins und Brandenburg nachfolgen. Wir erwarten insbesondere, dass sozialdemokratisch geführte Landesregierungen hier eine Vorbildrolle einnehmen. Ziel muss es sein, dass alle Beamte/innen, die in Deutschland im Einsatz sind, der Kennzeichnungspflicht unterliegen. Wenn es zu Verfehlungen oder gar Straftaten bei Polizist_innen kommt, muss eine dafür zuständige Sonderkommission ermitteln, sodass nicht Kolleg_innen gegen Kolleg_innen ermitteln. Bei weitreichenden Verfehlungen oder gravierenden Fehlleistungen müssen auch die politisch Zuständigen zu ihrer Verantwortung stehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei in geschlossenen Einsätzen in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufgenommen wird.

90 **Ausrüstung**

95 Die Benutzung der Dienstwaffe von Polizeibeamte/innen kann nur die letzte Lösung in gefährlichen Situationen sein und wird auch heute in der Regel so eingesetzt. Polizist/innen müssen im Dienst um sich und andere zu schützen ihre Dienstwaffe zur Hand haben. Bei

100 einem Einsatz in einer Hundertschaft oder einer geschlossenen Einheit ist die Situation jedoch
anders. Hier ist der unmittelbare Kontakt der Polizei zu einer großen Menschenmenge
gegeben. Eine Dienstwaffe ist hier ein zusätzliches Risiko. In unübersichtlichen Situationen
105 kann sie verloren gehen oder entwendet werden, was eine sicherheitstechnische Katastrophe
wäre. Selbst in einer unmittelbaren Bedrohungssituation ist - alleine durch die
Menschenmenge - die Gefahr, dass Unbeteiligte durch den Gebrauch der Waffe zu Schaden
kommen, enorm hoch. Sinnvoller wäre es die Dienstwaffe im Hundertschaftsdienst bzw. in
geschlossenen Einheiten nicht mitzuführen. Zum unmittelbaren Schutz der Beamt/innen und
110 der Bürger/innen sollten stattdessen nur Beamt/innen, die speziell geschult sind und sich im
Hintergrund halten mit einer Dienstwaffe ausgerüstet sein. So kann ein Schutz gewährleistet
werden, ohne die Gefahren unnötig zu erhöhen.

110 Wir fordern, dass eine Alternative zum Pfefferspray gesucht wird, die mit weniger Riskiken
verbunden ist. Zwischen Juni und Dezember 2009 hat es alleine in Deutschland
nachgewiesenermaßen drei Tote durch den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei
gegeben[2], die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich noch höher. Insbesondere für Asthmatiker/innen,
115 Menschen mit Atemwegserkrankungen und Menschen unter dem Einfluss von
Psychopharmaka, Drogen oder Alkohol kann Pfefferspray schnell zu einer gefährlichen –
mitunter sogar tödlichen – Waffe werden. Zu oft wird das Pfefferspray von der Polizei
präventiv, und nicht nur zur direkten Gefahrenabwehr, eingesetzt. Insbesondere fordern wir
ein Verbot der sogenannten „Pepperballs“, also Pfefferspraygeschosse. Solche Geschosse
wurden gegen friedliche Blockaden in Dresden eingesetzt und sind äußerst gefährlich. Eine
120 Passantin wurde 2004 durch so ein Geschoss getötet[3]. Das bereits existierende Verbot von
Gummigeschossen steht in unseren Augen nicht zur Diskussion. Auch den Einsatz von Tasern
und Elektroimpuls Waffen als Bewaffnung von Polizeieinheiten lehnen wir entschieden ab. Die
vielerorts schon eingeführten EKA (Einsatzschlagstock, kurz, ausziehbar) muss
wiederabgeschafft werden, weil er vielfach größere Verletzungen hervorrufen kann als
bisherige Modelle. Er ist lebensbedrohlich.

125 Wir fordern einen deutlich restriktiveren Einsatz von Wasserwerfern bei Demonstrationen
oder Blockaden. Wir befürworten eine rechtliche Regelung, die sich an den österreichischen
Gesetzten orientiert, d.h. sein Einsatz folgt den Regeln des Schusswaffengebrauchs. Wie das
oben genannte Beispiel aus Stuttgart zeigt, kann es durch den Einsatz von Wasserwerfern
130 schnell zu gefährlichen Verletzungen kommen. Aus diesem Grund ist der Einsatz der
Wasserwerfer 10000 generell abzulehnen, da ihre Kraft weit über die der älteren Modelle
hinaus geht und eine deutlich erhöhte Gefahr für die Menschen darstellt. Weiterhin sind beim
Einsatz von Wasserwerfern oft Unbeteiligte gefährdet. Deshalb sollten Wasserwerfer nur
eingesetzt werden dürfen, wenn keine andere Möglichkeit mehr besteht die Situation zu
135 kontrollieren. Der Einsatz sollte als letztes Mittel gewählt werden und ist von einem/einer
Verantwortlichen anzuordnen, der oder die auch im Nachhinein den Einsatz rechtfertigen
können muss. Bei Demonstrationen im Winter wurde von Wasserwerfereinsätzen bei
Minusgraden berichtet. Auch hier liegt eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit oder gar
das Leben von Menschen vor. Den Einsatz bei niedrigen Temperaturen lehnen wir daher
140 generell ab.

Fazit

145 Die Polizei ist wichtiger Bestandteil einer Gesellschaft. Polizeibeamt/innen müssen im Einsatz
geschützt sein. Dabei dürfen aber die Menschenrechte anderer Menschen niemals verletzt
werden. Die momentane Gesetzeslage hat hier zu viele Lücken, die dringend geschlossen

werden müssen. Wir kämpfen gegen Polizeigewalt und für einen verhältnismäßigen und verantwortungsvollen Polizeieinsatz in allen Situationen.

150 [1] siehe z.B. <http://www.amnestypolizei.de/>

[2] siehe: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/moegliche-wechselwirkung-mit-drogen-todesfaelle-nach-pfefferspray-einsatz-a-668996.html>

[3] siehe:
http://www.boston.com/news/local/articles/2005/09/21/in_snelgrove_files_officers_recount_night_of_chaos/?page=full

17 Thesen für ein modernes UrheberInnenrecht

5 Mit der immer weiter fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft stehen wir auch einem weitreichenden Wandel der Lebens-, Produktions- und Konsumverhältnisse gegenüber. Dabei geraten auch immer wieder etablierte Normen und Werte der
10 Industriegesellschaft unter Druck und müssen neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Ein funktionierendes UrheberInnenrecht ist die Voraussetzung, um die kreativen Leistungen Einzelner mit einer Sicherheit auszustatten, die ihnen die Option eröffnet für eingegangene Risiken und eingebrachtes Engagement Wertschätzung und Anerkennung zu erhalten. In den
15 vergangenen Monaten ist immer deutlicher geworden, dass zwischen den existierenden rechtlichen Rahmenbedingungen, den berechtigten Interessen von UrheberInnen und der Lebensrealität von NutzerInnen gesellschaftliche Konflikte existieren. Wir erkennen an, dass die gegenwärtigen Regelungen zum UrheberInnenrecht einer Überarbeitung bedürfen, um sie gesellschaftlicher Realität anzupassen. Eine Reform des UrheberInnenrechts muss zwei gegenläufige Interesse miteinander in Einklang bringen: die UrheberInnen haben ein Interesse daran, von ihrer Hände und Köpfe Arbeit leben zu können – die NutzerInnen haben ein Interesse daran, die Ergebnisse dieser Arbeit mit möglichst wenig Einschränkungen nutzen zu können. Wir nehmen die Anliegen beider Seiten ernst und versuchen einen Ausgleich zwischen ihren Interessen zu finden.

20 Die Diskussion um eine Reform des UrheberInnenrechts erfordert eine umfassende Betrachtung und darf nicht mit heißer Nadel gestrickt werden. Wir wollen mit den folgenden 17 Thesen einen Beitrag zu dieser Diskussion liefern und unsere Position verdeutlichen. Erklärtes Ziel muss ein UrheberInnenrecht sein, das auch für Laien verständlich und nachvollziehbar ist und das klare und eindeutige Regelungen aufweist.

25 1) Menschen müssen die Möglichkeit haben, von ihrer Arbeit zu leben. Die Entlohnung von Arbeit und Produktion setzt eine Anerkennung dieser als Eigentum der Individuen voraus. Etwaige Forderung zur Abschaffung des UrheberInnenrechts lehnen wir daher ab. Wir Juso stehen zur Institution UrheberInnenrecht, weil in ihm ein Schutzrecht der Individuen vor
30 einer vollständigen Ausbeutung durch kapitalistische Verhältnisse realisiert ist.

35 2) Für die Anerkennung von Werken ist es unerheblich, ob es sich um kreative geistige Leistungen oder körperlich-schaffende Arbeit handelt. Entsprechend müssen sich auch Vergütungs- und Entgeltmodelle an den für Arbeit üblichen Kriterien orientieren und individualisiert erfolgen. Die Einführung pauschaler Vergütungsmodelle lehnen wir ab, da sie zu einer Übervorteilung von weniger produktionsintensiven Werken führen, Arbeit entwerten, eine Umverteilung von unten nach oben befördern und unnötige Bürokratien schaffen. Allerdings gibt es qualitativ bedeutende Unterschiede bei den produzierten Gütern. Das durch körperlich-schaffende Arbeit produzierte Gut, sei es ein Kleidungsstück, eine
40 Maschine, oder ein konkret auf Papier realisierter Text, ist materieller Natur und durch die zur Herstellung notwendigen Ressourcen nur begrenzt verfügbar. Das durch kreative geistige Leistung geschaffene Gut, sei es ein Konzept, eine Melodie oder der Inhalt des Textes, ist hingegen nur in seiner Realisierung an Ressourcen gebunden. Durch die damit theoretisch nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit des kreativ-geistig produzierten Gutes entzieht es sich den
45 üblichen ökonomischen Mechanismen, da das Angebot prinzipiell gegen unendlich tendiert. In die Logik der Marktwirtschaft ist es damit nur ungenügend und durch eine künstliche

Begrenzung zu zwingen. Um die kreativ-geistige Arbeit dennoch entsprechend zu würdigen und angemessen zu entlohnen, müssen neue Konzepte entwickelt werden.

50 3) Im Zuge einer UrheberInnenrechtsreform müssen nicht nur die NutzerInnen, sondern auch
die UrheberInnen gestärkt werden. Während Verlage, Musiklabels und Filmstudios hohe
Erträge einfahren, können nur wenige UrheberInnen von ihrer Arbeit leben.
55 Verwertungsverträge beuten UrheberInnen häufig aus, gleichzeitig sind diese aber auf die
Unterstützung durch professionelle Distributionskanäle angewiesen. UrheberInnen und
verwertende Unternehmen und Organisationen sind PartnerInnen, die gleichberechtigt an den
Erträgen ihrer Arbeit beteiligt werden müssen. Dafür ist es unerheblich, ob es sich bei den
60 VerwerterInnen um kommerzielle, gewinn-orientierte Unternehmen handelt oder ob die
Verwertungsrechte über Verwertungsgesellschaften wahrgenommen werden.
Verwertungsverträge dürfen daher nicht einseitig dominiert oder Vergütungspauschalen
einseitig festgesetzt werden, sondern müssen zwischen allen Beteiligten ausgehandelt und im
Konsens entschieden werden. Um die UrheberInnen zu stärken wollen wir Total-Buy-Outs,
bei denen die UrheberInnen sämtliche Verwertungsrechte an die VerwerterInnen abgeben,
zukünftig verhindern.

65 4) Geschäftsmodelle, die ausschließlich oder hauptsächlich auf der Bereitstellung von
urheberrechtlich geschützten Werken basieren müssen vor Bereitstellung der Werke für ihre
NutzerInnen mit den Verwertungsgesellschaften Tarife verhandeln, um die Interessen der
UrheberInnen zu berücksichtigen. Hierbei haben die Verwertungsgesellschaften eine große
70 Verantwortung maßvoll zu agieren. Eine Kommerzialisierung von urheberrechtlich
geschützten Werken ohne entsprechende Berücksichtigung der Interessen der UrheberInnen
lehnen wir ab.

5) Ein zentrales Problem des aktuellen UrheberInnenrechts sind die überlangen Schutzfristen,
die insbesondere vor dem Hintergrund vereinfachter (Re-)Produktionsverfahren von Werken
75 nicht mehr zeitgemäß erscheinen. Die Bindung an den Tod des/der UrheberIn sorgt zudem
für eine nicht überschaubare und nicht nachvollziehbare Dauer dieser Fristen. Analog zum
Patentrecht sollen Schutzfristen von Werken zukünftig vom Zeitpunkt der erstmaligen
Veröffentlichung gelten und eine Dauer von 20 Jahren haben. Die Verlängerung dieser
Schutzfristen nach deren Ablauf soll nur auf gesonderten Antrag und gegen eine Gebühr
80 erfolgen können.

6) Wir wollen das Recht auf Privatkopie erhalten und dabei die Rechte der NutzerInnen dort
stärken, wo von ihnen keine Einschränkung der berechtigten Interessen der UrheberInnen
ausgeht. Das aktive Umgehen von Schutzmaßnahmen zur privaten Nutzung muss straffrei
85 gestellt werden, denn über die Leermedienabgabe wurde hier bereits ein Ausgleich
geschaffen. Kopierschutzmaßnahmen schränken die Nutzungsrechte an erworbenem
Eigentum der NutzerInnen ein. Erworbenene Werke müssen im privaten Rahmen in vollem
Umfang und ohne Einschränkungen nutzbar sein. Davon unabhängig bleibt das Verbot der
unzulässigen Verbreitung urheberrechtlich geschützter Werke.

90 7) Die, das UrheberInnenrecht ergänzenden Nutzungs- und Verwertungsrechte, bedürfen
ebenfalls dringend einer Veränderung. Aus diesen Rechten müssen auch Pflichten entstehen.
Die Verfügbarkeit von kulturellen Werken und das Teilen von Wissen sind elementare
Interessen der Gesellschaft. Machen die InhaberInnen von Nutzungs- und
95 Verwertungsrechten länger als 10 Jahre keinen Gebrauch von ihren Rechten, indem sie deren
Verfügbarkeit nicht gewährleisten, sollen die Rechte zukünftig verfallen und an den/die

UrheberIn zurück gehen.

100 8) In das UrheberInnenrecht muss zukünftig eine Fair-Use-Regel nach US-Vorbild eingeführt werden, welche die nichtkommerzielle Weiternutzung von Werken vereinfacht und einen klaren Rechtsrahmen setzt. Fremde Werke sollen in Ausschnitten in eigenen Werken unter Nennung der Quelle auch ohne die Zustimmung des ursprünglichen Urhebers verwendet werden können. Dabei darf das eigene Werk nicht kommerziell verbreitet werden und muss eine ausreichende Schöpfungshöhe erreichen.

105 9) Das öffentliche Interesse an der Verfügbarkeit von Werken erfordert auch ein Umdenken im Umgang mit sogenannten verwaisten Werken. Nutzungs- und Verwertungsrechte verwaister Werke, bei denen auch nach eingehender Prüfung keinE RechteinhaberIn ausgemacht werden kann, sollen auf eine gemeinnützige Stiftung in öffentlicher Hand übergehen. Aufgabe dieser Stiftung, die z.B. von der Deutschen Nationalbibliothek getragen werden kann, ist es, verwaiste Werke dauerhaft, unentgeltlich und gemeinfrei verfügbar zu machen.

115 10) Vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzeslage ist es nahezu unmöglich verlustfreie Kopien zur Archivierung von Werken anzulegen. Öffentlichen Bibliotheken und Archiven muss das Recht eingeräumt werden, erworbene Werke durch ihnen sinnvoll erscheinenden Maßnahmen zu archivieren und Wissen für kommende Generationen bereit zu halten und zu sichern, ohne dabei der Gefahr einer Repression ausgesetzt zu werden. Das öffentliche Interesse muss auch bei der Archivierung über den kommerziellen Interessen einzelner stehen.

120 11) UrheberInnenrechte dürfen keine Einschränkung für die Nutzung in der Bildung bedeuten. Alle staatlichen und staatlich anerkannten Bildungsinstitutionen müssen das Recht haben, auch urheberrechtlich geschützte Werke kostenfrei für die Zwecke von Forschung, 125 Lehre und Bildung einzusetzen und den NutzerInnen ihrer Institutionen zur Verfügung zu stellen. Die Einschränkung dies nur für bestimmte (An-)Teile von Werken zu ermöglichen, ist nicht praktikabel und führt zum Ausweichen in rechtliche Grauzonen. Zu dieser Nutzung gehört auch die Einräumung eines kostenfreien Zweitverwertungsrechts für Werke, die im Rahmen von Forschung und Wissenschaft erstellt und mehrheitlich aus öffentlichen Mitteln 130 finanziert wurden.

135 12) Wir bekennen uns zum Prinzip von Open Access. Wissenschaftliche Werke, die von der Öffentlichkeit (teil-)finanziert wurden, sollen ihr grundsätzlich auch frei zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für Produktionen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks. Die Inhalte sollen, soweit keine lizenzrechtlichen Regelungen dem entgegen stehen, zukünftig zeitlich unbegrenzt unter CC-Lizenzen (CC BY-NC-ND 3.0) bereitgestellt werden. Bei der Aushandlung neuer Verträge soll entsprechend darauf geachtet werden, dass die Werke unter freien Lizenzen veröffentlicht werden können.

140 13) Der durch ein UrheberInnenrecht zu schützende Sachverhalt sollte ihr sachlicher Gehalt sein und nicht das Verwertungsinteresse. Entsprechend lehnen wir alle Versuche ab, das UrheberInnenrecht mit Bezug auf Einzelfälle durch einschränkende Zusatz- und Sonderrechte, wie z.B. einem Leistungsschutzrecht, zu ergänzen.

145 14) Die Verletzung von UrheberInnenrechten muss verfolgt werden, darf dabei aber die Verhältnismäßigkeit nicht aus den Augen verlieren. Modelle, die eine dauerhaften

Überwachung von Internetanschlüssen und NutzerInnen und/oder ein Verbot der Internetnutzung als Strafmaßnahme vorsehen, sind abzulehnen. Für Fälle mit geringem Unrechtsgehalt muss eine Entkriminalisierung vorgenommen werden. Die Schaffung einer umfassenden Infrastruktur zur Kontrolle von Netzinhalten lehnen wir ab. Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“ und wenden uns gegen die Schaffung einer Sperrinfrastruktur, deren technische Möglichkeiten ohne weiteres auch für Zensurzwecke verwendet werden können. Wir wollen stattdessen über Ländergrenzen hinweg das Löschen von illegalen Inhalten erleichtern.

155

15) Private NutzerInnen sind immer wieder Opfer von professionellen Abmahnagenturen und ähnlichen Dienstleistern. Um solche Geschäftspraktiken einzuschränken, müssen für Streitwerte in nicht-kommerziellen Zusammenhängen Höchstgrenzen eingeführt werden, die dem Sachverhalt angemessen und nachvollziehbar sind. Die Hürden für das pauschale Erteilen von Abmahnungen müssen zudem deutlich erhöht werden, um der Willkür Einhalt zu gebieten. Zudem fordern wir die Abschaffung der StörerInnenhaftung für Zugangsanbieter. Wer weder als TäterIn noch als TeilnehmendeR an der Begehung eines Rechtsverstößes beteiligt ist darf dafür nicht haftbar gemacht werden. Die bestehende Regelung ist außerdem ein massives Hindernis bei der Entwicklung von offenen Netzwerken in Städten und öffentlichen Gebäuden

165

16) Die flächendeckende Nutzung von Creative Commons-Lizenzen wird in Deutschland durch die rechtliche Vorgabe der Exklusivübertragung von Rechten an Verwertungsgesellschaften behindert. Zielführender, zeitgemäßer und im Sinne der UrheberInnen wäre es, Optionen einzuführen, einzelne Werke gezielt von dieser Übertragung auszuschließen und unter eine CC-Lizenz stellen zu können und dennoch weiterhin unter dem Dach der Verwertungsgesellschaften agieren zu können.

170

17) Wir lehnen den Begriff des geistigen Eigentums ab. Beim UrheberInnenrecht geht es nicht um die einseitige Verteidigung von Besitzansprüchen sondern um den Interessenausgleich zwischen den SchöpferInnen immaterieller geistiger Werke und deren NutzerInnen. Es findet seinen grundrechtlichen Ursprung nicht im Eigentumsrecht sondern in den allgemeinen Persönlichkeitsrechten. Die Gleichsetzung immaterieller geistiger Werke mit Sacheigentum stellt eine unzulässige Verkürzung dar, die eine unvoreingenommene Diskussion um das UrheberInnenrecht erschwert. Die Ablehnung des Begriffes ist notwendige Voraussetzung für die Legitimität der in diesem Antrag aufgestellten Thesen.

175

180

Wir erheben mit den aufgeführten Thesen keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind uns des Umstandes bewusst, dass einzelne Thesen einer ausführlichen und eigenständigen Behandlung bedürfen. Nichtsdestotrotz stellen sie für uns entscheidende Eckpunkte einer UrheberInnenrechtsreform dar. Jetzt kommt es darauf an, die verschiedenen Interessensgruppen miteinander in einen Dialog zu bringen und gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, in der alle berechtigten Interessen angemessen berücksichtigt werden. Das Ziel einer zeitgemäßen Reform des UrheberInnenrechts darf nicht aufgegeben werden, auch wenn die anstehenden Debatten anstrengend, kompliziert und langwierig sein werden.

185

190

Leben in der digitalen Gesellschaft

5 Dass die digitalen Medien in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind, ist unbestreitbar. Sie prägen unser Leben, vor allem unsere Kommunikation, aber auch die Art und Weise wie wir arbeiten oder einkaufen immer stärker. Das Internet ragt in viele politische Bereiche hinein, es ein Querschnittsthema, das Arbeit und Wirtschaft ebenso wie Bildung und Kultur oder Polizei und Sicherheit betrifft. Die Politik beginnt sich ausführlich mit dem Thema zu beschäftigen: Der Bundestag hat eine Enquete Kommission zu dem Thema eingesetzt, der SPD Vorstand einen Gesprächskreis, überall im Land wurden netzpolitische AGs gegründet. Die SPD muss nun die Netzpolitik und die Ideen für eine digitale Gesellschaft auf allen politischen Ebenen diskutieren, ob im Ortsverein oder im Europaparlament.

10 Die wesentliche Klammer der Debatte um eine sozialdemokratische Netzpolitik sollten die grundlegenden Werte unserer Partei sein: Demokratie, Freiheit und Solidarität.

15

Teilhabe

20 Das Internet ist ein umfassendes Informationsmedium und -instrument, das zunehmend Chancen in unserer Gesellschaft bestimmt. Deshalb ist die Teilhabe am Internet eine zentrale politische Forderung. Teilhabe bedeutet zunächst, dass alle Menschen in Deutschland den technischen Zugang zum Internet mit einer ausreichenden Bandbreite haben. Insbesondere in den ländlichen Gebieten ist die Versorgung politisch sicherzustellen. Teilhabe heißt in diesem technischen Zusammenhang aber auch, die Netzneutralität zu wahren. Netzneutralität bedeutet, den bisher demokratischen Zugang zum Internet zu erhalten und die kommerziellen Interessen der Netzanbieter zu beschränken. Das Internet hat seine Bedeutung durch den freien und gleichen Zugang aller Anbieter und Nutzer erlangt, eine Beschränkung oder Priorisierung einiger Dienste widerspricht dem Grundgedanken des Internets. Auch eine Besserstellung, im Vergleich zum Normalfall, von einzelnen Diensten lehnen wir ab. Über kurz oder lang wird die Bedeutung des Internets gleichrangig mit anderen Netzen der Daseinsvorsorge wie Strom oder Wasser sein.

30

Wir Jusos fordern:

- Den Zugang zu Breitbandnetzen für alle Menschen inklusive dem Ausbau des Breitbandnetzes in den ländlichen Regionen
- Den Erhalt der Netzneutralität.
- Wir lehnen Netzsperrern ab, Löschen statt Sperren.

35

Medienkompetenz

40

Die digitale Kluft, die zwischen Arm und Reich, aber auch zwischen Jung und Alt sowie zwischen den Geschlechtern besteht, muss geschlossen werden. Für diese Teilhabe über den technischen Zugang hinaus ist vor allem Medienkompetenz erforderlich. Wir müssen Menschen befähigen mit den digitalen Medien umzugehen und zwar Zielgruppen-orientiert. Während die Jüngsten und Junggebliebenen eher Nachhilfe in Sachen Datenschutz und umsichtigem Handeln im Netz brauchen, müssen wir einigen Älteren wohl die

45

50 Berührungängste nehmen und den Umgang mit der Technik lehren, den sich die Jüngeren so
nebenbei aneignen. Generell gilt für alle, dass grundlegendes technisches Verständnis den
Umgang mit dem Internet sicherer machen wird. Die Unwissenheit über die technischen
Zusammenhänge schüren unbegründet Ängste und Unsicherheiten, aber auch
Unbekümmertheit. Hier sind Schulen und Universitäten, aber auch Unternehmen und Medien
gefordert, die Kompetenzen für ein Leben in der digitalen Gesellschaft herauszubilden. Eine
umfassende Bildung, auch in diesem Bereich, war und ist der Schlüssel zum Erfolg unseres
rohstoffarmen Staates.

55

Wir Jusos fordern eine Bildungsoffensive für die digitale Gesellschaft, die

- erstens Schulen und LehrerInnen befähigt, die SchülerInnen auf die digitale Gesellschaft vorzubereiten und
- zweitens die Erwachsenenbildung in Sachen Medienkompetenz forciert

60

Digitale Arbeitswelten

65 Das Internet verändert nicht nur unsere Gesellschaft, auch die Wirtschaft digitalisiert sich
zunehmend. Neben der offensichtlichen Branche der Soft- und Hardwareunternehmen prägt
die Digitalisierung viele andere wirtschaftliche Bereiche und die Arbeitswelt an sich. An
vielen Arbeitsplätzen ist der Computer nicht wegzudenken, die Kommunikation per Mail ist
fest etabliert. Die Warenlogistik wird durch Rechner gesteuert, in jedem Auto steckt mehr
Computer drin als in der ersten Mondfähre. Zum einen gilt es, diese Branchen mit einer
70 klugen Forschungs- und Entwicklungspolitik zu unterstützen. Zum anderen müssen wir
darüber nachdenken, welche Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung
möglich sind. Zusehends gewinnt die mobile Kommunikation an Bedeutung, die
Arbeitnehmer sind jederzeit und überall erreichbar – Fluch und Segen zugleich. Hier müssen
wir einen gangbaren Weg zwischen möglichen flexibleren Arbeitsmodellen, die
75 beispielsweise die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen, und einer
(Selbst-) Ausbeutung der Arbeitnehmer durch immer stärkere Verfügbarkeit finden. Die
Zusammenarbeit über weite Distanzen oder so genanntes Crowd-Sourcing, dass das Wissen
vieler zusammenträgt sind nur der Anfang einer umfassend vernetzten Arbeitswelt. Selbst für
diejenigen Arbeitnehmer, für die das Internet bisher kaum eine Rolle im Alltag spielt,
80 bekommt es durch staatliche Datenerhebung und -verarbeitung wie ELENA eine Bedeutung.

Wir Jusos fordern:

- eine kluge Forschungspolitik, die die Potenziale der digitalen Wirtschaft entwickelt
- sich verstärkt mit den Chancen und Risiken für Arbeitnehmer, die durch eine zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft entstehen, auseinanderzusetzen

85

Datenschutz

90 Wenn nicht nachvollziehbar ist, wer welche persönlichen Daten wie lange speichert oder
sogar weitergibt, ist Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Staatliche Stellen sind gefordert, dem
Grundsatz der Datensparsamkeit zu entsprechen. Vorratsdatenspeicherung ist abzulehnen.
Desweiteren ist in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob ein so genannter Datenbrief oder
Datenauszug ein mögliches Mittel ist, VerbraucherInnen über die Speicherung ihrer Daten
95 bei Unternehmen, Behörden und Institutionen aufzuklären.

Wir Jusos fordern:

- 100 • Die Sicherstellung eines umfassenden Datenschutzes der VerbraucherInnen wie der ArbeitnehmerInnen. Das Prinzip der Datensparsamkeit ist jederzeit anzuwenden.
- Die Einführung eines Datenauszugs zu prüfen, der allen BürgerInnen einmal jährlich mitteilt, welche Daten von ihnen bei Unternehmen, Behörden und Institutionen gespeichert sind
- 105 • Das allgemeine Verbot der Online-Durchsuchungen (sogenannten Staatstrojanern).

Chance für Politik und Verwaltung

Das Internet bietet auch für Politik und Parteien neue Möglichkeiten, mit den BürgerInnen in Kontakt und Austausch zu treten. Die Parteien, aber auch die Verwaltung, insbesondere auf kommunaler Ebene, sind gefordert, sich dem Dialog zu öffnen und die Chancen auszuloten. Öffentliche Daten sollten maschinenlesbar vorhanden einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, um Regierungs- und Verwaltungshandeln transparenter zu machen. Das virtuelle Rathaus mit seinen Service-Angeboten muss weiter ausgebaut werden. Vielfältige Online-Instrumente bieten neue Formen der Beteiligung an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen. Insgesamt bietet das Internet die Chance, schneller, effektiver und reibungsloser mit dem Bürger und der Bürgerin vor Ort zu kommunizieren. Diese Chancen sollten wir nutzen, auch als Partei.

Die Jusos fordern

- 120 • Alle Mandatsträger auf, sich für open data, d.h. für den maschinenlesbaren Zugang zu öffentlichen Daten einzusetzen
- Weitere Entwicklung von Online-Service Angeboten und eGovernment sowie die Prüfung von Online-Beteiligungsmöglichkeiten auf allen politischen Ebenen, auch und vor allem der kommunalen Ebene.
- 125 • Mandatsträger müssen durch verschlüsselte abgesicherte Kanäle erreicht werden können. Dort wo dies schon möglich ist soll dies effizienter umgesetzt werden.

Datenschutz in der digitalen Gesellschaft

1. Informationelle Selbstbestimmung bleibt Bürgerrecht

5 Aufgabe des Datenschutzes ist der Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, also des Rechts einer Person über die Preisgabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten zu entscheiden[1].

10 In der digitalen Gesellschaft sind dank zweier Tatsachen neue Ansätze nötig. Erstens steigt die Menge an personenbezogenen Daten immer weiter an und zweitens ist die Digitale Gesellschaft eine globale Gesellschaft und braucht globale Antworten.

15 Datenschutz, in einer Zeit in der Dateninhaber und Datenerheber immer schwerer zu trennen sind, in der das eigene soziale Umfeld die eigenen Daten missbrauchen könnte, kann durch hergebrachte ordnungspolitische Maßnahmen allein nicht durchgesetzt werden.

2. Transparenz und Kontrolle für die Dateninhaber

20 Jede Person muss größtmögliche Kontrolle darüber haben, was mit ihren Daten passiert. Die Verwerter von personenbezogenen Daten müssen der Person vollständig aufzeigen, was mit den Daten passiert und hierrüber auch vollständige Kontrolle geben. Das Prinzip der Datenvermeidung ist durch die Verwerter konsequent umzusetzen. Erst wenn die Dateninhaber die Erlaubnis für die Nutzung der Daten geben, dürfen diese genutzt werden. Wer Daten dennoch unbefugt erfasst oder nutzt, macht sich strafbar.

25 Was mit den Daten passiert, muss so dargelegt werden, dass eine verständige Person, ohne große Mühe, den vollen Umfang der Nutzung erfassen kann. Ein Widerruf der Einwilligung darf nicht aufwendiger als seine Erteilung sein. Die Person muss die Möglichkeit haben den Umfang der Einwilligung zu sichern. Sie muss weiterhin auf ebenso einfachem Wege vollständig über die erhobenen Daten informiert werden.

30

3. Nationale Gesetze in einem globalen Netz durchsetzen

35 Das Internet ist nicht durch nationalstaatliche Grenzen erfassbar und der "Ort" einer Datenschutzverletzung erstreckt nicht. Seine Nutzer sind dies allerdings schon. Schutzgut des Datenschutzes ist die informationelle Selbstbestimmung sich in Deutschland aufhaltender Personen. Wer dieses Rechts verletzt, also gegen deutsches Datenschutzrecht verstößt, ist dafür zu bestrafen, sobald er sich innerhalb der deutschen Grenzen aufhält. Verantwortliche Organe juristischer Personen haften entsprechend für diese. Auslieferungsabkommen mit anderen Staaten sind entsprechend neu zu verhandeln, so dass bei schweren Verletzungen die Verantwortlichen bestraft werden können. Bußgelder beim Verstoß gegen das Datenschutzgesetz sind nach dem Umsatz des Unternehmens bzw. dem Einkünften der natürlichen Personen zu berechnen.

40

4. Die Rolle der Datenschutzbehörden

45

Die Rolle der Datenschutzbehörden wird in Zukunft in Zukunft sehr viel stärker sein, die

50 Akteure bei der Einhaltung des Datenschutzes zu unterstützen. Auf der einen Seite die
Inhaber der Daten für die Bedeutung des Schutzes der eigenen Daten zu sensibilisieren und
bei der Vermittlung entsprechender Fähigkeiten mitzuwirken. Und auf der anderen Seite den
Nutzern dieser Daten eine einfache Methode der Zertifizierung anzubieten. Des Weiteren ist
ein standardisiertes Stufensystem für die Einwilligung in die Verwendung von Daten zu
entwickeln. Es muss textlich und visuell eindeutig darstellen, was mit den Daten passiert.
55 Dies sorgt für entsprechende Rechtssicherheit auf beiden Seiten. Eine Abweichung zum
Schlechteren ist visuell und textlich zu kennzeichnen und nur unter mit ausdrücklicher
schriftlicher Genehmigung des Dateninhabers möglich. Gleiches gilt für die Übermittlung
von Daten in Länder in denen nicht ein entsprechendes Schutzniveau herrscht.

5. Technik und Inhalten trennen

60 Die Anbieter von Plattformen auf denen Nutzer Daten hinterlassen können, sind verpflichtet
für die technischen Voraussetzungen zur Einhaltung des Datenschutzes zu sorgen. Für die
Verletzung durch Nutzer dieser Plattform haften sie nur bei grober Fahrlässigkeit ihrerseits,
also wenn sie nach Hinweis auf einen Verstoß nach einer angemessenen Zeitspanne nicht gegen
diesen Verstoß vorgehen. Der Verstoß gegen den Datenschutz durch das eigene soziale
65 Umfeld, also auch die Kontakte in sozialen Netzwerken, wird nur auf Antrag hin verfolgt.

6. Datenschutz gilt bundesweit

70 Unterschiedliche Regelungen in einzelnen Bundesländern sind bei einem globalen Medium
hinderlich bei der Effektivität und auch Effizienz des Datenschutzes. Der Datenschutz muss
alleinige Zuständigkeit des Bundes sein. Die Mittel für einen effektiven Schutz unserer Daten
sind bereit zu stellen. Beim Bundeskriminalamt sind die technischen und personellen
Voraussetzungen für die Bekämpfung von Datenschutzverletzungen bereitzustellen.

7. Datenschutz ist Bürgerrecht - weltweit

80 Mittelfristig sind diese Regelungen auf Ebene der EU umzusetzen. Auf internationaler Ebene
sind verstärkt völkerrechtliche Verträge abzuschließen mit Ländern die ein ebensolches
Schutzniveau erreichen. Das Internet ist global und es ist nicht mit nationalen Gesetzen zu
regulieren. Dies verhindert, aber nicht mit gutem Beispiel voranzugehen und weltweit für die
eigenen Überzeugungen zu werben. Ziel können aber nur weltweit verbindliche Regelungen
zum Schutze aller Menschen unserer Welt sein.

[1] BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 15. Dezember 1983, 1 BvR 209/83 u. a. –
Volkszählung –, BVerfGE 65, 1

Indect- Nein Danke!

Was ist Indect?

5 Indect steht für **Intelligent information system supporting observation, searching and detection for security of citizens in urban environment** (deutsch: Intelligente Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung).

10 Es ist ein von der Europäischen Union finanziertes Vorhabens im Bereich der „intelligenten Sicherheitssysteme“. Es startete 2009 und soll fünf Jahre laufen, also bis ins Jahr 2014.

15 Entwickelt wird das System unter Leitung der AGH University of Science and Technology in Krakau, auch eine Firma namens Innotec Data aus Bad Zwischenahn ist an der Entwicklung beteiligt.

20 Indect vereint Informationen aus Überwachungskameras und -drohnen, aus sozialen Medien und von Strafverfolgungsbehörden. Sie werden per Software analysiert und sollen Behörden warnen, wenn Menschen sich auffällig verhalten. Indect dient somit der Generalüberwachung aller EU-BürgerInnen.

Beispiel für das Funktionieren:

25 Ein Mann sucht vor einem Auto länger nach seinem Schlüssel. Da er deshalb länger vor dem Auto verharrt, erscheint sein Verhalten als ungewöhnlich und soll - von einer Drohne oder einer Überwachungskamera aufgenommen - von einer Software ausgewertet werden. Passt das Verhalten der Zielperson in ein Muster, beginnt die Software mit einer Gesichtserkennung und gleicht das Bild nicht nur mit polizeilichen Datenbanken, sondern auch im Internet mit sozialen Netzwerken und Suchmaschinen ab, um das Gesicht zu identifizieren. Gleichzeitig meldet die Software den Vorfall an die Überwacher.

Forderungen:

- Beendigung des Forschungsprojekts Indect
- Keine EU-Mittel mehr für Vorhaben welche die Freiheit der Menschen unverhältnismäßig einschränken
- Offenlegung der bereits vorhandenen Quellen für die wissenschaftliche Verwendung

Unsere Arbeit weiterentwickeln

A) Jusos besser machen

5 Wir Jusos sind ein lebendiger Verband. Viele Genossinnen und Genossen aus ganz Deutschland diskutieren und arbeiten bei den Jusos zusammen. Gemeinsam machen wir Politik, die sich dabei stets an unseren gemeinsamen Grundwerten orientiert: Wir sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband.

10 Das bedeutet, dass wir demokratisch sind. Unsere Mitglieder können sich konkret und praktisch an unseren politischen Vorhaben und Aktionen beteiligen. Sie können mitbestimmen, welche Positionen vertreten und welche Personen Verantwortung in Gremien übernehmen.

15 Das bedeutet auch, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren wollen und nicht nur über sie. Wir sind gesellschaftlich verankert und arbeiten mit vielen gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen zusammen. Wir wollen in der SPD und in der Gesellschaft für eine linke Politik eintreten: Das ist unsere Doppelstrategie!

20 Das bedeutet aber auch, dass wir unsere Zusammenarbeit im Verband immer wieder zur Diskussion stellen. Neue Zeiten bringen neue Möglichkeiten, neue Bedürfnisse, aber auch neue Zwänge. Auf dem Bundeskongress 2011 haben wir in unserem Arbeitsprogramm für die Amtszeit 2011 bis 2013 deshalb beschlossen, eine Diskussion über unsere Strukturen und Arbeitsweisen zu führen und, falls erforderlich, auch entsprechende Änderungen vorzunehmen.

25 Dementsprechend führen wir darüber nun eine breite Debatte bei uns im Verband. Wir haben alle Unterbezirke und Kreisverbände im Rahmen einer Potentialanalyse befragt. Wir haben in unseren Gremien, vor allem im Bundesausschuss, diskutiert und werden das weiter tun. Grundlage für die weitere Diskussion ist dieser "Zwischenstand", der von einer Arbeitsgruppe des Juso-Bundesausschusses erarbeitet wurde. Er ist nur ein Aufschlag, eine Diskussionsgrundlage, um die Diskussion anzuregen.

B) Zur Situation des Verbandes Strukturen

35 Die Strukturen der Jusos sind klar gegliedert. Von der lokalen Arbeitsgemeinschaft über die Unterbezirke, Bezirke/Landesverbände über die Bundesebene sind wir hierarchisch gegliedert. Durch Delegiertensysteme ist die Beteiligungsmöglichkeit der unteren Gliederungen gesichert und eine kontinuierliche Diskussion sichergestellt. Die Jusos sind regional sehr unterschiedlich aufgestellt: einzelne Landesverbände verfügen im Vergleich zu anderen Landesverbänden und Bezirken auch im Vergleich zu ihrer Bevölkerungszahl über erheblich mehr Mitglieder. In manchen Gegenden sind einige Unterbezirke so mitgliederstark wie anderswo ganze Landesverbände.

45 Arbeitsweisen

Wir Jusos arbeiten in festen Strukturen. Alle Gliederungen verfügen über Vorstände, die die Arbeit, auch langfristig, organisieren. Die Verbindlichkeit unserer Strukturen ist hoch. Die Jusos verfügen über feste Orte und Strukturen, in denen Entscheidungen nach vorher festgelegten Regeln getroffen werden. Die starke Reglementierung unserer Arbeit sichert eine kontinuierliche Arbeit, senkt allerdings gerade in höheren Ebenen auch die Möglichkeit für einzelne Mitglieder, sich auch ohne Mandat und langfristiges Engagement einzubringen.

Unsere Stärken

Jusos sind organisationstark. Was wir von langer Hand und mit guter Planung anfassen, das funktioniert. Durch die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten zum Beispiel in Vorständen sind wir sprachfähig nach außen. Wir Jusos sind in der ganzen Republik vertreten, sowohl auf dem Land als auch in den großen Städten. Unsere Mitglieder sind in unterschiedlichen jugendkulturellen Milieus zu Hause. Dadurch haben wir als Organisation einen breiten Horizont. Wenn wir unsere organisatorische Stärke richtig nutzen, können wir wesentlich mehr junge Menschen erreichen als viele andere Jugendverbände. Die breite Verankerung macht sich auch an unseren Inhalten fest. Wir sind zu fast allen Themen sprachfähig. Das macht die Jusos attraktiv und unterscheidet uns von den anderen großen linken Jugendverbänden.

Unsere Schwächen

Unsere Stärken sind auch gleichzeitig unsere Schwächen. Unsere Organisationsstruktur erlaubt uns wenig Flexibilität. Durch unsere Orientierung auf Hierarchieebenen mit Vorständen kann es dazu kommen, dass bei Ausfall von Einzelpersonen ein organisatorisches Vakuum entsteht. Haben wir nicht genügend Zeit zur Vorbereitung, fällt unsere Mobilisierung häufig noch zu schwach aus. Auf kurzfristige Veränderungen reagieren wir nicht immer schnell genug. Unsere Kommunikationskanäle erfordern viel Zeit. Bis der gesamte Verband von einer Kampagne weiß und sie umsetzen kann, ist diese manchmal schon wieder vorbei. Oftmals versendet Kommunikation von unten nach oben und umgekehrt. Auch bilden wir die jugendkulturellen Milieus nicht repräsentativ ab. Gerade zur Gewerkschaftsjugend und zu Auszubildendenvertretungen sollten wir unsere Kontakte ausbauen, um uns auch stärker für nichtakademische Mitglieder zu öffnen.

Ergebnisse Potentialanalyse

Der durchschnittliche Juso-Unterbezirk verfügt über 212 Mitglieder, wobei die Bandbreite zwischen dem Kleinsten (7) und dem größten (3382) Unterbezirk sehr weit ist. Durchschnittlich nehmen an Veranstaltungen der Unterbezirke und Kreise etwa 18 Personen teil, was eine aktive Beteiligung von unter 10 % der Mitglieder ergibt. Die Gruppe der 18 – 25-jährigen stellt den größten Anteil der Aktiven.

Während die Durchführung von internen Veranstaltungen vornehmlich durch den Vorstand oder Vorsitz organisiert wird, sind bei Abendveranstaltungen und Straßenaktionen vor allem kleine Gruppen von Aktiven beteiligt, auch ohne Vorstandsmandat.

Die häufigsten Themen in den Unterbezirken sind Bildungspolitik, Jugendpolitik, Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik. Außen-, Netz- und Geschlechterpolitik spielen die

geringste Rolle bei der Themenwahl in den Unterbezirken.

100 Kontakte zu Bündnispartnern sind selten etabliert. Wenn Kontakt besteht, sind thematische Treffen der Anlass.

Die Kommunikation mit dem Bundesverband läuft am häufigsten über die Internetseite. E-Mail und soziale Netzwerke werden wesentlich seltener genannt. Am geringsten ausgeprägt ist der persönliche Kontakt zur Bundesebene.

105

C) Ziele

110 Bei der innerverbandlichen Meinungsbildung und Positionsfindung bei den Jusos geht es darum, einen zweckmäßigen und guten Ausgleich zwischen möglichst breiter Beteiligung aller am Thema interessierten Mitglieder und der Praktikabilität zu schaffen.

115 Es gilt der/dem einzelnen interessierten Mitglied eine möglichst effektive Partizipationsmöglichkeit an den innerverbandlichen Prozessen zu ermöglichen, aber dabei die satzungsmäßigen Entscheidungsprozesse und vor allem auch –gremien nicht zu unterlaufen.

120 Jede und jeder, der/die sich bei den Jusos engagieren will, muss die Möglichkeit haben, sich möglichst niedrigschwellig und direkt in die inhaltlichen Diskussionen des Verbandes einzubringen und daran zu beteiligen.

125 Politisches Handeln braucht demokratische Legitimation. Demokratische Legitimation bedeutet aber für uns, dass alle die Möglichkeit haben müssen, die Politik des Verbandes mitzubestimmen. Deshalb sind Modelle der Zusammenarbeit, in denen ausschließlich diejenigen, die maximal viel Zeit für die Teilnahme an politischen Prozessen aufbringen können, mitentscheiden, für uns keine Alternative. Verbindliche Entscheidungen sollten daher ab der Bezirks- bzw. Landesebene nach dem Delegiertenprinzip getroffen werden.

130 Wir müssen auch die vorhandenen Gremien und insbesondere ihre Arbeitsweise überprüfen und wo nötig optimieren. Dies gilt auch für die Wechselwirkung von Gremien und ggf. parallele Aufgabenwahrnehmungen.

135 Dies kann zur Anpassung oder Neujustierung der vorhandenen Strukturen, im Rahmen der Möglichkeiten, die uns Parteiengesetz und AG Richtlinien des SPD Parteivorstandes bieten.

Mehrsprachigkeit

140 Die Jusos sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Um zukünftig vermehrt auch junge Menschen mit einem Migrationshintergrund anzusprechen, werden wir unsere Informationsmaterialien in Zukunft ausgewählt mehrsprachig zur Verfügung stellen. Zusätzlich versuchen wir unseren mehrsprachigen Internetauftritt weiter auszubauen.

145

Bundeskongress reformieren

Bundeskongress - transparent und offen

150

Kern des Bundeskongresses ist die politische Willensbildung des Verbandes durch Anträge des Bundesvorstandes, der Landesverbände, Bezirke und Unterbezirke. Unser Ziel ist ein offener Bundeskongress und eine transparentere und nachvollziehbarere Planung des Kongressablaufs und der Antragsberatung. Bereits nach geltender Satzungslage lassen sich
155 beim Ablauf des Juso Bundeskongresses einige verbesserbare Fragen bereits durch organisatorische Veränderungen optimieren.

160

Bereits im Vorfeld von Bundeskongressen sollten möglichst viele zentrale Anträge bereits im Vorfeld online veröffentlicht und diskutiert werden können. Auch Änderungsanträge könnten so vorab gestellt und beraten werden. Schließlich sollte der jeweils aktuelle Ablaufplan des Bundeskongresses nach Möglichkeit auf einer Leinwand ständig angezeigt und nicht nur durch das Präsidium durchgesagt werden. Ferner sollen beschlossene Anträge in einer online abrufbaren und durchsuchbaren Beschlussammlung aufbereitet werden. Dadurch kann sich
165 jede Genossin und jeder Genosse wesentlich einfacher über die Beschlusslagen des Bundesverbandes informieren als bisher.

Rechenschaftsberichte schriftlich

170

Der Bundesvorstand leistet jedes Jahr viel Arbeit und wendet viel Zeit und Kraft auf, um die Mitglieder zu erreichen und die im Arbeitsprogramm gestellten Arbeitsaufträge zu erfüllen. Der Bundesvorstand ist jedoch nicht nur den Delegierten des Bundeskongresses rechenschaftspflichtig, sondern auch allen weiteren Mitgliedern im Bundesverband. Um allen Mitgliedern zu verdeutlichen, welche umfassende Arbeit der Bundesvorstand im Arbeitsjahr geleistet hat und um die Transparenz zu erhöhen, legt der Bundesvorstand zukünftig nach
175 Ende des Arbeitsjahres einen schriftlichen Rechenschaftsbericht vor, der gemeinsam mit dem Antragsbuch veröffentlicht wird.

180

Antragsprioritäten der Landesverbände

185

Um zukünftig stärker auf die Antragswünsche und -forderungen der Landesverbände und Bezirke einzugehen, teilen die Landesverbände und Bezirke zum Antragsschluss des Bundeskongresses eine Prioritätensetzung für ihre eingebrachten Anträge dem Bundesbüro mit.

Bei der Planung der zu behandelnden Anträge berücksichtigen wir, dass von allen LV/BV jeweils mindestens ein Antrag behandelt werden soll.

190

Mitbestimmung der Tagesordnung

195

Zu einem Bundeskongress gehört neben der Antragsberatung, auch thematische Schwerpunktsetzung durch GastrednerInnen und die Wahlen zu unseren Gremien. Das erschwert eine stringente Antragsberatung und die Transparenz für die Landesverbände und Bezirke. Es wäre prinzipiell wünschenswert, wenn bei Bundeskongressen mehr Raum für Antragsberatungen bliebe. So sollen zunächst lokale Grußworte begrenzt und Referate wo

möglich und sinnvoll durch andere Formate ersetzt bzw. stärker in einen inhaltlichen Kontext gesetzt werden.

200 Zur demokratischen Aufstellung wird der Bundesausschuss als koordinierendes Gremium über eine vom Bundesvorstand vorgeschlagene Tagesordnung beraten, die dann vom Bundeskongress beschlossen wird. Der Bundesvorstand wird mindestens eine Woche vor dem Kongress dem Bundesausschuss einen TO-Entwurf vorlegen. Kurzfristige Änderungen werden aber weiterhin möglich sein und vom Tagungspräsidium beschlossen. Diese werden
205 schnellstmöglich den Delegationsleitungen der Landesverbände und Bezirke mitgeteilt.

Orientierung in der Tagesordnung

Zur Erstellung einer sinnvollen und ausgewogenen Tagesordnung sind vor allem die Masse und die Vielfalt der eingegangenen Anträge schwer zu überwindende Hürden. Unter einer ausgewogenen Tagesordnung, die alle Themenfelder und alle einbringenden Verbandsteile berücksichtigt, leidet hauptsächlich die Transparenz und Orientierung auf dem Kongress. Um diesem Problem entgegenzuwirken, wird während der Antragsberatung die Nummer des aktuell behandelten Antrags und die dazugehörigen Änderungsanträge digital angezeigt.
210
215 Zusätzlich werden die anschließenden zu behandelnden Anträge angezeigt.

Änderungsanträge zuordnen

Die durchlaufende Nummerierung der Änderungsanträge und unsortierte Verteilung erschwert gerade bei vielen Anträgen und Änderungen die schnelle und passende Zuordnung für die Delegierten.
220

Deswegen wird die ÄA-Nummerierung verändert: Jeder Änderungsantrag wird dem dazugehörigen Antrag zugeordnet und anschließend fortlaufend nummeriert. Statt "ÄA 111" wird nun vorweg der Antrag genannt: "A1 - ÄA 1", "A1 - ÄA 2", usw. Außerdem wird versucht, die Änderungsanträge je nach Antragsbereich sortiert und geheftet zusammenzufassen und alle Änderungsanträge zu einem Antrag zusammen und je nach Umfang auf einem Blatt auszudrucken und nicht wie bisher pro Ä-Antrag einen extra Ausdruck. Dies reduziert den Arbeitsaufwand der Verteilergruppen und damit auch die Unruhe auf dem Kongress. Um dies zu ermöglichen, wird der Antragschluss für Änderungsanträge vorverlegt und die AntragsstellerInnen angehalten, ihre Änderungsanträge nach Antragsblöcken sortiert einzureichen.
225
230

Das ganze ÄA-System kann durch ein digitales Programm zur Antragsberatung mindestens ergänzt werden, in dem der beratene Antrag auf einer Leinwand und/oder bei Delegierten mit Laptop auf deren Bildschirmen angezeigt wird. Dabei werden zu ändernde Textpassagen farbig hervorgehoben und das Ergebnis der Beratung direkt eingefügt und damit für jede Person direkt ersichtlich. Dieses bei der LDK der Jusos BaWü erprobte System soll bereits beim Bundeskongress in Magdeburg erprobt werden. Auch das System der Nummerierung der Änderungsanträge wird überprüft und ggf. optimiert.
235
240

D) Bundeskongress für Bündnispartner öffnen

In den vergangenen Jahren haben wir uns gemeinsam stärker zu unseren Bündnispartnern geöffnet. Um auch über einzelne Kampagnen hinaus gemeinsame Beschlüsse und Ziele zu beschließen, werden die nicht parteigebundene Bundesverbände von Partnerorganisationen
245

zum Juso-Bundeskongress antragsberechtigt und redeberechtigt.

E) Bundesausschuss reformieren

250

Tagungshäufigkeit

255

Grundsätzlich ist es wünschenswert, wenn der Bundesausschuss häufiger tagen würde, da so den Landesverbänden und Bezirken eine bessere Mitgestaltung der Bundesverbandsarbeit ermöglicht wird. Allerdings gilt festzustellen, dass sowohl das Zeitkontingent als auch die finanziellen Mittel der LV's und Bezirke begrenzt sind. Des Weiteren wurden erst Kürzungen an dem BA angewendet, ein Ausbau der Strukturen ist somit rein finanziell nicht möglich. Alternativ dazu kann der Bundesausschuss, neben den regulären Terminen am Rande der Verbandswochenenden sowie vor größeren Parteiveranstaltungen, sich mit Hilfe von

260

Telefonkonferenzen koordinieren um somit an den Präsenzsitzungen einen größeren Raum für inhaltliche Diskussionen schaffen. Dies würde finanziell keine Mehrkosten bedeuten und bedeutet auch für die Bundesausschussmitglieder weniger Fahrzeiten.

Präsidium des Bundesausschusses

265

Der Bundesausschuss arbeitet aufgrund der flachen Hierarchie und den kurzen Wegen, den die einzelnen Mitglieder zueinander haben sehr gut. Ein fest installierter Vorsitz würde eine zusätzliche Hierarchieebene bedeuten, die effektiv keinen Mehrwert für die Arbeit des Bundesausschusses hat.

270

Weiterhin gilt festzuhalten, dass nicht bereits die Einrichtung eines Vorsitz innerhalb des Bundesausschusses diesen beschlussfähig macht, da der Proporz nicht der realen Verteilung entspricht. Somit entfällt der praktische Nutzen. Allerdings bietet es sich an gerade vor zweitägigen Bundesausschusssitzungen ein Tagungspräsidium zu wählen, welches den geordneten Ablauf sicherstellt.

275

Beteiligung des Landesverbände und der Bezirke

280

Den Landesverbänden und Bezirken wird die Möglichkeit gegeben bis zwei Wochen vor den regulären Bundesausschusssitzungen dem Bundesausschuss Vorschläge zu unterbreiten. Der Bundesausschuss befasst sich nach Möglichkeit mit diesen zeitnah und berät die Anfragen der Landesverbände und Bezirke in seiner Mitte. Die Landesverbände und Bezirke werden über ihre AusschussvertreterIn über die Beratung und die Ergebnisse informiert. Die Arbeit des Bundesausschusses soll für sämtliche Mitglieder nachvollziehbar gemacht werden.

285

Vielfalt leben

290

Die Breite unserer Gesellschaft muss sich in unseren Gremien wiederspiegeln. Knapp 20 % unserer Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund. Künftig muss es unser Ziel sein, mehr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Migrationshintergrund in Gremien, wie bspw. den Bundesvorstand zu wählen. Hierfür müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Menschen mit Migrationshintergrund mehr zu fördern und einzubinden. Nur durch unsere Vielfalt können wir die vielfältige Bevölkerung wirksam ansprechen und vertreten.

295

300

F) Beteiligung organisieren

Grundsätzliches

305 Bei allen Überlegungen über mehr Mitsprache bei Entscheidungen, mehr Beteiligung
inhaltlicher sowie personeller Art ist für uns klar:
Der Bundeskongress ist und bleibt das beschlussfassende Organ der Jusos. Die
Delegiertenschlüssel und der jetzige organisatorische Rahmen bleiben erhalten. Schwerpunkt
310 der Arbeit des Juso Bundesvorstand ist das auf dem Bundeskongress beschlossene
Arbeitsprogramm.

Mitgliederaktivierung

315 Eine der großen verbandsinternen Aufgaben der nächsten Jahre wird es sein, Fortschritte bei
der Mitgliederaktivierung zu machen und den Anteil der aktiven Genossinnen und Genossen
in allen Regionen deutlich zu steigern. Dies gilt nicht nur für naturgemäß eher
strukturschwache Gebiete, sondern muss von allen Gliederungen dauerhaft auf der Agenda
behalten werden.
Wir müssen dem seit Jahren feststellbaren Trend, dass sich junge Menschen weniger in
320 Parteien und deren Jugendverbänden engagieren, entgegenwirken und attraktive politische
Angebote machen, bei denen allen Interessierten ein niedrigschwelliger, verständlicher
Einstieg in die politische Arbeit möglich ist, im dem sie schnell einbezogen werden und sich
beteiligen können.
325 Gerade die Betreuung und Ansprache von Neumitgliedern muss weiter ins Augenmerk der
alltäglichen politischen Arbeit rücken.

Demokratie und Teilhabe hört an den Grenzen zum Netz nicht auf

330 Füge ein: „Das Leben gerade junger Menschen findet zunehmend im Netz statt. Neben
Facebook, linkedin und twitter zeugen auch Arbeitsplattformen wie etherpads oder „Google
hangouts“ von der neuen Lebensrealität unserer Gesellschaft. Dem müssen wir Jusos stärker
Rechnung tragen. Unser Engagement in den sozialen Netzwerken müssen wir deutlich
stärken und ausbauen. Dabei geht es nicht nur um Zielgruppenansprache, sondern auch das
335 Einbinden von medialen Elementen, wie bspw. einer tweetwall bei Veranstaltungen und
Terminen des Bundesverbandes. Es gilt zu prüfen, in wie fern auch etherpads und liquid
feedback mehr Demokratie in diesem Verband ermöglichen können.

340

Verbandinterne Kommunikation:

Wie von den UBs und KVs gewünscht, sollte der Bundesvorstand ergänzend zu den
bisherigen Kommunikationswegen in mehr direkte Kommunikation zu den UBs und KVs
345 treten und hierbei zeitnah und direkt über Aktuelles, Kampagnen und sonstige zentrale

Informationen informieren.

350

Junge Frauen

355

Gerade der Anteil an aktiven jungen Frauen ist in vielen Untergliederungen nicht zufriedenstellend. Politische Angebote, die sich besonders an Frauen richten, müssen ausgebaut und verstärkt forciert werden. Zudem müssen die erprobten Mittel der Ansprache umfassend evaluiert und ausgewertet werden, damit man den Landesverbänden, Bezirken und Unterbezirken möglichst umfassende Tipps und Erfahrungswerte zur Verfügung stellen kann, die diese in ihre politische Arbeit miteinbeziehen können. Diese Instrumente können spezielle Weiterbildungsangebote und Seminare für Frauen sein, aber auch spezielle Mentoringprogramme und autonome Frauenstrukturen, die dem Austausch und der Diskussion dienen sollen.

360

365

Auch das Thema Sexismus darf nicht ausgeklammert werden, wobei es vor allem um Sensibilisierungs- und Awarenessmaßnahmen gehen muss, die zum Standart jeder Untergliederung gehören sollten. Bei beschlussfassenden Veranstaltungen kommt dem Präsidium hierbei eine wichtige Rolle zu. Dieses muss sensibel für sexistisches Verhalten während der Debatte sein, auf dieses hinweisen und je nach Angemessenheit eingreifen.

370

Zusätzliche Beteiligungsformen:

375

Um eine breitere Diskussion zu ermöglichen suchen wir immer nach neuen, auch technischen, Möglichkeiten. So gilt es die Identifikation neuer Themen und Thesen zu ermöglichen und einen Raum für Diskussionen zu schaffen. Dafür halten wir eine Internetplattform für geeignet. Um eine Verbindlichkeit der auf dieser Plattform diskutierten Themen zu erreichen, muss die Möglichkeit eingeräumt sein, von hier aus Anträge zur Befassung an den Bundesvorstand zu stellen. Dieser muss dann in der folgenden Sitzung beraten, welche Stellung er zu dem Antrag beziehen will. Auch wollen wir die geschaffenen Strukturen der Basisbeteiligung über Veranstaltungen wie z.B. Basis-Kongress, Fachkonferenzen, Verbandswochenenden, Sommercamp etc. weiterführen. Auch hier ist zentral, dass die in breiter Beteiligung des Verbands erarbeiteten Thesen und Positionen sich in der Arbeit der Bundesebene wieder finden. Der Bundesvorstand trägt für sein Handeln und seine Inhalte die politische Verantwortung. Aus diesem Verständnis ist es unmöglich, dass externe, direkte Arbeitsaufträge an den Bundesvorstand gerichtet werden können, die sich nicht mit den im Arbeitsprogramm festgelegten Grundlinien vereinbaren lassen. Das einzige Gremium mit der Befugnis direkte Arbeitsaufträge an den Bundesvorstand zu formulieren ist der Bundeskongress.

380

385

390

Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen:

Wir fordern die konsequente Fortführung der gemeinsamen Arbeit mit BündnispartnerInnen und befreundeten Organisationen. Daher fordern wir, dass gemeinsame Erklärungen, Resolutionen, Aktionen und Kampagnen etc. auf Bundeskongressen diskutiert und beschlossen werden können.

395

Unter einer befreundeten Organisation verstehen wir alle Organisationen, die grundsätzlich

für eine Zusammenarbeit mit den Jusos in Frage kommen. Die nicht-partiegebundenen Mitgliedsorganisationen des ÄnderDas-Bündnisses etwa sollen antragsberechtigt sein. Über die Berechtigung weiterer Organisationen, auf dem Bundeskongress Anträge zu stellen, entscheidet der Bundesvorstand.

Keinen Tag für Deutschland, sondern für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

Die Sozialdemokratie ein Grund zum Feiern

5 Im Jahr 2013 wird die SPD 150 Jahre alt. Die Sozialdemokratie ist schon älter und hat viele Wurzeln. Sie hat keine Nationalität, sondern war und bleibt antinationalistisch. Mit dem 23. Mai 1863 begann ein Projekt für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität konkret zu werden. Bis heute sind wir von der Idee des demokratischen Sozialismus geleitet, der keine Grenzen – besonders keine nationalstaatlichen – kennt. Immer wieder traf unser emanzipatorischer Zukunftsentwurf auf massive Hindernisse: „Sozialistengesetze“, und gar die nationalsozialistische Verfolgung. Durch internationale Solidarität konnten auch diese schweren Phasen überstanden werden und der Kampf für eine solidarische Welt ging weiter. Bis heute pflegt die SPD in der Sozialistischen Internationalen oder der SPE ihren Internationalismus. Wir als Jusos gehen dabei im IUSY, Ecosy oder Projekten wie dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem voran. Auch die SPD sollte klar machen: Wir machen keine Politik nationalstaatliche Interessen. Wir machen Politik in unserer globalen Verantwortung! Wir als Jusos gehen mit dem „Workers‘ Youth Festival“ unter dem Motto „UNITED WE MAKE HISTORY – SOLIDARITY NOW!“ voran – die SPD sollte uns folgen!

20 (Selbst-)Kritik ein Teil unseres Grundverständnisses

Immer wieder haben sich auch Politiker_innen in nationalistisches Fahrwasser begeben. Die SPD hat dadurch auch schwere Fehler gemacht: Eine der traurigsten und bis heute andauernden Entscheidungen war die Zustimmung der SPD zum „Asylkompromiss“, der faktisch das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Auf Asyl waren so viele Sozialdemokrat_innen und andere Verfolgte in der Zeit des Nationalsozialismus angewiesen – Willy Brandt war selbst ein Flüchtling. Dieser Kardinalfehler geschah wenige Tage nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen. Die Gewalt wurde nachträglich bestätigt. Die Nation verlangte bestätigt. Zu einer ehrlichen Auseinandersetzung gehört es nach unseren Grundwerten zu fragen und kritisch unsere Politik daran zu messen. Eins ist sicher, der Kampf gegen Ausgrenzungen wie Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Homophobie, Sozialchauvinismus und Nationalismus ist sozialdemokratische Pflicht! Deshalb werden wir in der aktuellen Krise des Kapitalismus Solidarität gegen nationale Konkurrenz stellen.

35 Wir wollen keine „Deutschland“-Tage!

40 Am 16. bis zum 18. August möchte die SPD ein „Deutschlandtreffen“ ausrichten. Den Namen „Deutschlandtreffen“ gebrauchte die SPD schon mehrfach, was kein Grund ist, ihn nicht zu hinterfragen. Auch die SED richtete „Deutschlandtreffen der Jugend“ aus oder es gab das „Deutschlandtreffen der Schlesier“ – um nur Beispiele herauszugreifen. Die Junge Union nennt ihre Kongresse „Deutschlandtage“. In allen Fällen stellten die Veranstalter_innen Deutschland als Nation mit dem Namen in den Mittelpunkt – vor ihrem jeweiligen historischen Hintergrund. Möchten wir diese Tradition fortsetzen? Der Name lässt befürchten, dass es eine Veranstaltung mit schwarz-rot-goldenen Anstrich wird. Ganz im Sinne der

45 Forderung unseres Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel auf den Juso-Bundeskongress 2011
nach einem „neuem Patriotismus“. Wir brauchen keinen „neuen Patriotismus“, sondern einen
Kampf gegen Patriotismus und jede andere Form von Nationalismus. Wir nehmen
ausgrenzendes Ungleichwertigkeitsdenken nicht hin, sondern kämpfen für grenzenlose
Solidarität. Ein "Wir-gegen-die Anderen"-Denken wird es mit uns nicht geben. Wir setzen
50 uns für eine Überwindung des Konstrukts der Nation ein. Auch ein Deutschland, das
behauptete, gelernt zu haben und daher überlegen sei – „man“ also wieder stolz sein könne –,
lehnen wir ab. Die neue nationalistische „Unverkramptheit“ bei den letzten
Fußballmeisterschaften sehen wir enorm kritisch. Der damit verbundene ansteigende
Alltagsrassismus gibt uns leider Recht. Von daher ist der Vorwurf, Vaterland verratende
55 Gesell_innen zu sein, für uns ein Kompliment, wie er es für alle Sozialdemokrat_innen sein
sollte. Wir fordern ein kritisches und emanzipatorisches Feiern des Jubiläums! Für uns bleibt
die Internationale unser Lied, nicht die Nationalhymne! Wir wollen, dass der Festakt
umbenannt wird.

Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband „Deutsche Burschenschaften“

Unvereinbarkeitsbeschluss mit Dachverband „Deutsche Burschenschaften“ und dem Dachverband VdS

- 5 (1) Der Bundesvorstand der JungsozialistInnen in der SPD wird aufgefordert, alle notwendigen Vorbereitungen und Schritte zu unternehmen, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens zur Herbeiführung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses bezüglich einer Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und ihren Arbeitsgemeinschaften und der Mitgliedschaft in einer, in dem Dachverband „Deutsche
- 10 Burschenschaften“ organisierten Burschenschaften und VdSt organisierten Burschenschaften und Verbindungen anzustreben.

Digitale Spartenkanäle erhalten. Für eine kreative Fernsehlandschaft kämpfen.

- 5 Der Programmauftrag öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ist klar umrissen: Information, Bildung und Unterhaltung sind die Grundsätze, auf deren Basis Sendungen von
ARD und ZDF zu gestalten sind. Als Folge der Etablierung privat-rechtlicher
Rundfunkanstalten in Deutschland, stetig expandierender Programmangebote und eines
daraus resultierenden Verlusts der einstigen Monopolstellung öffentlich-rechtlicher
Sendeanstalten, befindet sich deren Programm seit 1984 in einem Spannungsverhältnis von
Qualität und Quote. Die Herausforderung, mit der Ausstrahlung qualitativ hochwertiger
10 Formate ein möglichst breites Publikum zu erreichen, hat durch das zukünftige Leitmedium
Internet sowie auf Grund der Digitalisierung des Rundfunks, neue Dimensionen erreicht.
Nicht zuletzt aus dieser Tatsache lässt sich die Skepsis der Programmverantwortlichen
gegenüber experimentellen Stoffen und innovativen Formaten erklären, die eher selten an
explorierter Stelle im Hauptprogramm platziert sind.
- 15 Einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der kreativen Fernsehlandschaft in Deutschland leisten
die Programme digitaler Spartenkanäle. „Nischenprogramme“ wie *ZDF_neo* oder *Einsfestival*
bieten innovative Fernsehunterhaltung auf hohem Niveau und richten dabei ihre Perspektive
auf junge Zuschauer. Auch dort gelten die Grundsätze Information, Bildung und
Unterhaltung. Ohne Quotendruck ergibt sich jedoch die Möglichkeit, unkonventionelle und
20 spezielle Themen in unterschiedlichen Formaten gezielt aufgreifen zu können. So stellt
beispielsweise *ZDF_neo* die Plattform der Sendung „TVLab“ dar, die dem Publikum eine
vollkommen neue Partizipationsform der Fernseh-Rezeption erschließt. Zuschauer können
hier direkten Einfluss auf die Programmgestaltung nehmen.
- 25 Die Existenzberechtigung der digitalen Spartenkanäle von ARD und ZDF wird ungeachtet
dessen regelmäßig von verschiedener Seite zur Debatte gestellt. Wir Jusos fordern an dieser
Stelle zu einem medienpolitischen Umdenken auf. Qualität und Quote sind nur dann
miteinander vereinbar, wenn eine Grundlage für anspruchsvolle Sendungen besteht!
30 Programmverantwortliche wie Politiker müssen erkennen, dass einseitige Einsparmaßnahmen
zu Lasten dieser Kanäle die Attraktivität des Mediums Fernsehen massiv beschädigen
würden.

Ernährungspolitik

5 Laut aktuellem Report der Welternährungsorganisation (FAO) wächst der Hunger weiter an. Täglich sterben, so der Welternährungsbericht 2011, 37.000 Menschen an den Folgen des Hungers und über eine Milliarde Menschen sind unterernährt. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren.

10 Als die Hungerkrise verschärfender Trend ist das massive Ansteigen der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren auszumachen, welches sich vor allem durch die Spekulation mit Nahrungsmitteln, die Zunahme von Ernteaussfällen wegen klimatischer Extremereignisse, den steigenden Fleischkonsum und die Flächenkonkurrenz mit dem „Agrarsprit“ erklären lässt. Während einige größere Staaten die Folgen der Lebensmittelpreissteigerungen abfedern können, rutschen gerade Entwicklungs- und Schwellenländer, da sie meist stark vom Import abhängig sind, weiter in die Armutsfalle, so der Bericht der FAO. Vor allem der Aufkauf von fruchtbaren Flächen in Entwicklungsländern durch reiche Staaten, Privatpersonen oder 15 Fonds, etwa zu Anbau von Gen-Soja für die Massentierhaltung der Westlichen Staaten oder zum Anbau von Agrarpflanzen zur Produktion von Bio-Kraftstoffen trägt zu einer Verschärfung des Hungers bei. Gleichzeitig besagt der Bericht, dass die Landwirtschaft heute problemlos 9 bis 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. Hunger also kein Problem der 20 Knappheit, sondern ein Problem der Verteilung sowie der verfügbaren Kaufkraft ist. Kurz gesagt: Die derzeitigen Ernährungsstrukturen sind alles andere als nachhaltig.

Für uns Jusos spielt Nachhaltigkeit auch im Bereich Ernährung eine große Rolle für eine gerechte Gesellschaft. Auf dem Weg zu Lösungsansätzen wollen wir auf die aktuell bestehenden Probleme aufmerksam machen und Zusammenhänge aufzeigen. Wir wollen 25 Lösungen finden, die sowohl den weltweiten Überfluss als auch Mangel an Lebensmitteln lindert.

Wir wollen mit diesem Antrag einen Prozess starten, hin zu einer weltweit gerechten und nachhaltigen Ernährungspolitik. Unser Forderungskatalog besteht aus kurzfristigen und 30 langfristigen Forderungen. Eine koordinierte Umsetzung dieser Forderungen wird dazu führen, dass wir eine gerechte und nachhaltige Ernährungspolitik verwirklichen können.

1. Ungerechter Zugang zu Lebensmitteln

35 Untersucht man die Ursachen für den weltweiten Überfluss als auch den Mangel an Lebensmitteln, so wird schnell klar, dass die Probleme von Menschen gemacht sind und somit auch von Menschen gelöst werden können.

Geiz ist Geil

40 In einer Gesellschaft, in der Geiz geil ist und Jede und Jeder für sich selber kämpft, wird wenig über die Auswirkungen des eigenen Handelns und Konsumierens nachgedacht. Der Herstellungsprozess mit seinen Arbeitsbedingungen und die Qualität stehen im Hintergrund solange das Produkt wenig kostet. Wer wenig verdient, hat dabei selten die Wahl und oft nur 45 Zugang zu weniger Qualität.

Hunger

50 Mangelernährung ist ein großes Problem in der Ernährungspolitik, dabei unterscheiden wir qualitative Mangelernährung (Fehlernährung) und quantitative Mangelernährung (Unternährung) beide stehen in engem Zusammenhang mit Armut. Als Fehlernährung bezeichnen wir den Mangel an bestimmten für den Körper notwendigen Nährstoffen, Vitaminen etc. Grund dafür ist zum Beispiel eine unausgewogene Ernährung, diese kann zu schweren Erkrankungen führen.

55

Bei der Unterernährung werden zu wenig Lebensmittel zu sich genommen, diese kann besonders bei Kindern die körperliche und geistige Entwicklung hemmen und die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten fördern, die zum Tode führen können.

60 Verteilung von Lebensmitteln

Die Gründe für diese ungerechte Verteilung von Lebensmitteln sind vielfältig. Vor allem die OECD- Staaten tragen mit ihrem Agrardumping einen großen Teil der Verantwortung. 2008 förderten sie ihre einheimischen Landwirtschaften mit insgesamt 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen. So sind selbst in Afrika Früchte aus vielen OECD-
65 Staaten günstiger zu erwerben als die afrikanischer Bäuerinnen und Bauern. Diese haben so nicht die geringste Chance aufs Existenzminimum zu kommen. Hinzu kommt die Auslandsverschuldung der afrikanischen Staaten, hervorgerufen einerseits durch Agrardumpings, andererseits durch die Strukturanpassungsprogramme.

70

Die Politik des Weltwährungsfonds IWF zerstört die Nahrungsmittelsouveränität in diesen Ländern, durch Förderungen der Exportlandwirtschaft, um Deviseneinkünfte zu erzielen, damit die ärmsten Länder ihre Schulden bei den großen internationalen Banken bedienen können. Doch wo Baumwolle für den Export angebaut wird, kann Essen angebaut werden, um den Hunger zu stillen. Zusätzlich ist es für Hedge-Funds oder Großbanken einfach, mit Spekulationen auf den Agrarrohstoffmärkten schnell Profit zu machen. Als Folge steigen die Grundnahrungsmittelpreise und mit ihr auch die Verteilungsungerechtigkeit, da Lebensmittel so zum „Luxusprodukt“ werden. Laut dem Welternährungsindex der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO sind die Preise für Mais in den
75 letzten 18 Monaten um 73 Prozent gestiegen, für Reis um 64 Prozent und für Getreide um 110 Prozent (Stand 2011).

80

Verteilung von Wasser

85 2010 hat der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution beschlossen, die das Menschenrecht auf Wasser und Sanitäreinrichtungen erklärt. Ein erster Schritt um weltweit auf die Trinkwasserprobleme aufmerksam zu machen.

Die Wasserknappheit in vielen Regionen der Erde ist ein akutes Problem. Laut
90 Weltagrarbericht sei genügend Trinkwasser für die Lebensmittelproduktion vorhanden, doch Wasserknappheit ist die Folge aus Übernutzung, Verschwendung und Vergiftung durch die derzeitigen Formen der Wasserbewirtschaftung.

Der größte Anteil des Trinkwassers wird für die Landwirtschaft aufgebracht. Rund 40% aller
95 Lebensmittel sind laut Weltagrarbericht auf künstlich bewässerten Flächen angebaut. Besonders kritisch ist dabei die Wüstenbewässerung. Vielen Gewässern wird zu viel Wasser

entnommen, z.B. durch den Anbau von Mais und Baumwolle in trockenen Gegenden, sodass sie ihren Wasserstand nicht halten können. Folgen daraus sind Austrocknung von Gewässern, Zusammenbruch von Fischerei sowie Wasser- und Bodenverunreinigungen die zu chronischen Erkrankungen führen können.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Wasser für die Landwirtschaft ist ebenso ungleich verteilt wie der zu Lebensmitteln und Grundbesitz. In der Landwirtschaft gibt es zudem eine Umverteilung von virtuellem Wasser, also dem Wasser, welches zur Erzeugung von Produkten aufgewendet wird, von unten nach oben. So fließt das Wasser aus Entwicklungsländern in großem Maße in die Fleischproduktion der Industriestaaten.

Wasser ist einer der wichtigsten Rohstoffe. Das macht den Handel mit Wasser für private Unternehmen besonders interessant. Obwohl es häufig sauberes Trinkwasser aus dem Wasserhahn gibt, ist Mineralwasser oder Limonade aus Flaschen nicht nur in Europa eine Selbstverständlichkeit, doch auch hier wird teilweise Trinkwasser aus Gebieten abgefüllt, in denen die Bewohner keinen Zugang zu sauberem Wasser haben. Auch die Versorgung mit sauberem Trinkwasser aus Leitungen wird zunehmend zur Ware. Viele verschuldete Kommunen sehen in der Privatisierung der kommunalen Trinkwasserversorgung eine schnelle Geldquelle um Schulden abzubauen. Doch den Preis zahlen die Einwohnerinnen und Einwohner in den Gebühren wieder drauf. Die großen Unternehmen haben dabei selten Interesse an der Instandhaltung der Infrastruktur, Chlor ist als Reinigungsmittel eine kostengünstige Alternative, aber die Wasserqualität sinkt und somit steigt das Erkrankungsrisiko. Viele Städte und Kommunen steuern deshalb hin zu einer Rekommunalisierung der Wasserversorgung.

Sauberes Trinkwasser ist zentral für unser Überleben und steht bei der falschen Wasserbewirtschaftung nicht unbegrenzt zur Verfügung. Drohender oder existierender Wassermangel führt unweigerlich zu Krisen zwischen Staaten und Menschen.

125

Rolle der Lebensmittelindustrie

Rund um die Nahrungskette hat sich weltweit eine Nahrungsmittelindustrie entwickelt. Während bei der Eigenversorgung stets darauf geachtet wird, tatsächlich nur das, was tatsächlich nachgefragt oder benötigt wird, anzubauen, geht die Nahrungsmittelindustrie eher den Weg, künstlich ein Warenüberangebot zu schaffen, um einerseits Marktanteile zu sichern und andererseits Preise zu kontrollieren. So folgt die Nahrungsmittelindustrie stets dem kapitalistischen Ideal der Gewinnmaximierung und des Wettbewerbes um mehr Kunden. Hieraus haben sich industrielle Anbaumethoden entwickelt, die diesen Trend verschärft haben. In diesem Markt können nur die Größten und Stärksten überleben, was zu einem Oligopol in der weltweiten Nahrungsmittelindustrie geführt hat. Wenige Unternehmen regeln hier den Markt unter sich (in Deutschland unter anderem Tchibo Holding AG, Nestlé Gruppe, Dr. August Oetker KG, Procter&Gamble, Unilever, Coca-Cola Organisation, Henkel, Cobana Fruchtring, Kraft Foods, InBev).

140

Da der ideelle Wert der Lebensmittel zunehmend verloren geht, ergänzt sich das Verhalten der Konsumenten immer mehr mit den Produzenten, so dass die Problematik in unserer Überflussesgesellschaft immer weiter befördert und verschärft wird. Dies spiegelt sich sowohl in den Supermärkten, bei denen Woche für Woche Tonnen überschüssiger Nahrung vernichtet wird als auch im eigenen Haushalt, wo die Lebensmittelvorräte anschwellen und

145

bei Bedarf entsorgt werden.

150 Dabei wird vom Verbraucher verkannt, dass sein Handeln auch Folgen für den Anbau und
die Tierhaltung hat. Die industrielle und damit extensive Anbaumethode ist maßgeblich
verantwortlich für Bodenerosionen, Wasserverschmutzung- und Verknappung sowie die
Zerstörung natürlicher Lebensräume von Pflanzen und Wildtieren. Etwa 75 Prozent der
155 weltweiten Entwaldung lässt sich auf die Ausdehnung landwirtschaftlicher Nutzflächen
zurückführen. Zudem hat die exzessive Landwirtschaft einen hohen Wasserverbrauch,
wodurch ganze Regionen von künstlich hervorgerufenen Dürren geplagt werden.
Beispielsweise wird im trockenen Andalusien das Grundwasser legal sowie illegal angezapft,
um Europa und die Welt mit Gemüse und Obst zu versorgen. Die Folgen sind eine drohende
160 Verwüstung Spaniens. Zudem werden die Böden mit dem Einsatz von chemischen Dünge-
und Pflanzenschutzmitteln, das übermäßige Pflügen und den exzessiven Monokulturen stark
belastet und ausgelaugt.

Der Pro-Kopf-Jahresfleischverbrauch ist in Deutschland seit 1950 von etwa 26kg auf über
60kg im Jahr 2010 gestiegen und soll nach OECD-Studien innerhalb der nächsten Jahre auf
165 über 70kg ansteigen. Durch die mangelnde Nachfrage nach höherwertigen und damit teureren
Fleischprodukten, nimmt die Produktion von günstigen Fleischprodukten immer weiter zu.
So kommt es, dass analog zu den Monokulturen der hohe Fleischkonsum in den
Industriestaaten dazu führt, dass immer mehr Mastanlagen und Massentierhaltungen
entstehen. Hier muss man sich über die Folgen solcher Entscheidungen auch Gedanken
170 machen, denn zur Herstellung von einem Kilogramm Rindfleisch werden rund 15.000 Liter
Wasser benötigt. So gern wir uns an Fleischprodukte gewöhnt haben, so nötig ist es, einen
öffentlichen Diskurs über die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des
aktuellen Fleischkonsums zu führen.

Ungleiche Verteilung der Nutzflächen

175 Der unbändige Lebensmittelkonsum führt dazu, dass wir zu jeder Jahreszeit alle Lebensmittel
zur Verfügung haben wollen: Erdbeeren im Winter oder Tomaten und Paprika das gesamte
Jahr über. Wo diese Waren herkommen und unter welchen Bedingungen sie angebaut werden
ist für die KonsumentInnen oftmals nicht ersichtlich. Somit beherrscht der
180 Lebensmittelkonsum der EU sowie der Industriestaaten weite Teile der weltweiten
Nahrungsmittelproduktion

Dies hat unter anderem zur Folge, dass Pflanzen mit hohem Wasserbedarf in potenziell
wasserarmen Regionen angebaut werden, damit sie in unserer Klimazone das ganze Jahr über
185 verfügbar sind. Spätestens an diesem Punkt müssen wir uns die Frage stellen, wie hier ein
Gleichgewicht wiederhergestellt werden kann. Dazu können zum einen für die
KonsumentInnen transparente Produktionsprozesse, verstärkte Aufklärung oder auch die
Verlagerung von Anbausubventionen für Pflanzen, die ursprünglich nicht in unserer
190 Klimazone wachsen hin zu einer Subventionierung von solchen Pflanzen, die an das spezielle
Klima angepasst sind, dienen. Am Ende müsste sichergestellt sein, dass der Ertrag nicht in
einem Missverhältnis zu den verbrauchten Ressourcen steht.

EU-Agrarpolitik

195 Durch die EU-Agrarpolitik nehmen wir aktiv Einfluss auf die weltweite

Nahrungsmittelproduktion. Während wir durch die Agrarsubventionen beispielsweise bei Fleisch, Zucker oder im Bereich der Hülsenfrüchte unseren EU-Binnenmarkt gegenüber Importen aus Entwicklungs- und Schwellenländern abschirmen, berauben wir mit den Exportsubventionen gleichzeitig vielen Menschen in diesen Ländern ihre Existenzgrundlage. Da Kleinbauern und lokale Lebensmittelproduzenten preislich nicht mit den Importprodukten konkurrieren können, wird ihnen so der Zugang zu den eigenen lokalen Märkten beraubt. Sie werden folglich gezwungen – sofern sie Zugang zu den Vertriebswegen erhalten – die Produkte anzubauen, für die in der EU einen Importbedarf besteht. Doch meist bleiben diese Vertriebswege nur lokalen Großbauern oder multinationalen Produzenten offen, was dazu führt, dass Kleinbauern und lokale Lebensmittelproduzenten ihrer Existenzgrundlage gänzlich beraubt werden. Folglich entsteht in diesen Ländern eine massive Abhängigkeit an Nahrungsmitteln aus der EU – eine Selbstversorgung wird verhindert. Wir zementieren mit unserer EU-Agrarpolitik somit die Armut in diesen Ländern.

210

Verteilung von Agrarsubventionen der EU

Die Europäische Union fördert den Agrarsektor über Subventionen aus Steuergeldern. Diese sind für viele Familienbetriebe überlebensnotwendig, um überhaupt mit den Weltmarktpreisen zu konkurrieren. Die Subventionen werden unabhängig von der Art der Bewirtschaftung vergeben, sei es Massentierhaltung oder gar in den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Die Offenlegung der Subventionsempfängenden war lange nicht gewollt, denn zu den im großen Maße Geförderten gehörten nicht die kleinen Landwirtschaftsbetriebe sondern große Unternehmen.

220

RWE zum Beispiel erhielt Förderung für den Kauf von Ackerflächen für den Braunkohletagebau und kassierte für die spätere Rekultivierung erneut ab. Durch den Transport subventionierter Lebensmittel über Binnengewässer hinaus, fließen sogar EU-Subventionen in das Catering auf Kreuzfahrtschiffen oder in Flugzeugen. Deutlich mehr als bäuerliche Betriebe profitiert auch der alte Landadel in großem Maße von den Subventionen aus Steuergeldern. Die Offenlegung der Subventionen empfangenden Betriebe und Unternehmen war eine wichtige Entscheidung um den Verbleib der Subventionen nachzuvollziehen, doch die veröffentlichten Listen geben keinen Hinweis darauf, wofür die Förderung gezahlt wurde.

230

Agrarsprit und Spekulationen um Lebensmittel

Durch die Subvention von Agrarsprit (im Volksmund: Biosprit) wird ein unnötiger Wettbewerb zwischen den Nutzpflanzen ausgelöst. Die Pflanzen, aus denen Agrarsprit gewonnen wird, können nur auf nährstoffreichen Böden angebaut werden und verdrängen dort Nahrungsmittelpflanzen. Dadurch verteuert sich der Preis der Nahrungsmittelpflanzen künstlich – Spekulationen mit diesen Nahrungsmitteln treiben die Preise weiter an. Dies führt zu einer künstlichen Nahrungsmittelverteuerung und -verknappung. Dadurch besteht die Gefahr, dass nicht mehr genug Anbauflächen für die weltweite Nahrungsversorgung bereit stehen. Die Subventionen bieten Landwirten auch den Anreiz, eine Monokultur einzuführen.

240

2. Ist Gentechnik der Ausweg?

In den letzten Jahren ist die Gentechnik immer mehr in den öffentlichen Fokus gerückt, sei es im Bereich der Insulinherstellung, bei der Tierzucht oder in der Lebensmittelindustrie. Unter Gentechnik versteht man ein Verfahren aus der Biotechnologie, bei dem gezielte

245

Eingriffe in das Erbgut (Genom) und damit in die Lebensgrundlage eines jeden Lebewesens erfolgen. Ziel ist es, durch die Rekombination der DNA gentechnisch veränderte Organismen (GVO) herzustellen. So sollen besondere Eigenschaften eines Lebewesens entweder hervorgehoben oder unterdrückt werden. Somit wird bei der Gentechnik nicht nur der Eingriff in die DNA im Reagenzglas als auch an lebenden Organismen vollzogen sowie gezielte veränderte DNA in lebende Organismen eingepflanzt.

Bei der öffentlichen Diskussion wird oft vernachlässigt, dass es verschiedene Bereiche der Gentechnik gibt. Obwohl es große Gemeinsamkeiten zwischen den verwendeten Methoden gibt, wird speziell nach folgendem Anwendungsbereich differenziert:

Rote oder Gelbe Gentechnik

Die Rote oder Gelbe Gentechnik findet Ihre Anwendung bei Organismen mit rotem Blut – beispielsweise bei Wirbeltieren – oder an Zellen aus diesen Organismen. Sie wird vermehrt in der Medizin und in der Pharmaindustrie beispielsweise bei der pränatalen Diagnostik oder in der Gentherapie eingesetzt. Bei der Gentherapie wird versucht, Krankheiten, die durch defekte Gene verursacht werden, durch den Austausch genau dieser Gene zu heilen.

Einen Grenzfall stellt das Klonen von Nutztieren dar. Am Beispiel des Schafes „Dolly“ gibt es immer noch eine Diskussion bei den Gentechnikbefürwortern, ob es sich dabei um Grüne oder Rote Gentechnik handelt.

Weißer oder Graue Gentechnik

Die Weiße oder Graue Anwendung bei Industrieprozessen, bei der durch die Herstellung von bestimmten Verbindungen aus gentechnisch veränderten Mikroorganismen ein Katalysator entstehen soll. Die Graue Gentechnik findet speziell in der Abfallwirtschaft ihre Anwendung. Hier können Biokatalysatoren beispielsweise biochemische Reaktionen katalysieren und neue Stoffwechselprodukte herstellen.

Grüne Gentechnik

In den letzten Jahren ist die Gentechnik vermehrt als Grüne Gentechnik wahrgenommen worden. Die Grüne Gentechnik – Auch Agrogentechnik genannt – wird vorwiegend in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelindustrie eingesetzt mit dem Ziel, den Ertrag der Pflanzen zu steigern.

Weit verbreitet ist die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft, um eine Herbizid Resistenz zu erreichen. Im Fokus der Gentechnik-Forscher sind aber auch beispielsweise nährstoffangereicherte, schadstoffabsorbierende oder dürreresistente Pflanzen. Deren Anwendung ist aber höchst umstritten.

2.1 Fokus grüne Gentechnik

Auf Grund der aktuellen öffentlichen Diskussion werden wir im Weiteren den Fokus auf die Grüne Gentechnik legen, da sie unmittelbar mit den aktuellen Problemen und Ereignissen in der Nahrungsmittelproduktion in Verbindung steht. Dabei ist es notwendig, vorab sich Gedanken über die Pros und Contras zur Grünen Gentechnik zu machen.

2.1.1 Argumente der BefürworterInnen

300 Befürworter der Grünen Gentechnik geben als Hauptargument die Möglichkeit, durch Genpflanzen den Hunger weltweit zu bekämpfen. So sollen mit Hilfe der Grünen Gentechnik die Ernteerträge und dadurch die Produktivität pro Anbaufläche deutlich erhöht werden.

305 Mit der so genannten "Grünen Revolution" soll die Züchtung von Pflanzen gefördert werden, die resistent ist gegenüber Schadorganismen. Denn über 50 Prozent der weltweiten Ernte fällt dem Befall durch Schadorganismen wie Pilzen und Insekten zum Opfer. Weiter sollen Pflanzensorten mit einer Dürre- und Salztoleranz gezüchtet werden. Somit sollen auch Wüsten und wüstenartige Regionen bewirtschaftet werden können. Weitere Argumente sind der verminderte Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel bei Monokulturen sowie die verminderte Bodenerosion durch die pflanzliche Herbizid-Toleranz.

310 Ein Verbot der Gentechnik könne zur Folge haben, dass Forschungsinvestitionen von Unternehmen in Deutschland unterbleiben. Das würde wiederum zur Folge haben, dass die Forschung und Entwicklung der Produkte und deren Produktion ins Ausland und mit ihnen Arbeitsplätze abwandern.

315

2.1.2 Kontra Grüne Gentechnik

320 Gegner der Grünen Gentechnik bezweifeln, dass durch Genpflanzen der Hunger weltweit zu bekämpfen sei. Sie kritisieren, dass Wissenschaftler verhängnisvoll „Gott spielen“, obwohl es genug konventionelle Alternativen gibt.

Kein Kampf gegen den Welthunger

325 Entgegen der Behauptung der Gentechnik-Befürworter hat weder der UN-Weltagrarrat noch das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages bestätigt, dass Gentechnik den Welthunger lindern könne. Vielmehr wird immer deutlicher, dass es bereits jetzt konventionelle Pflanzensorten gibt, die dieselben Eigenschaften wie gentechnisch veränderte Produkte haben.

330 Beispielsweise habe die Gentechnik-Kartoffel Amflora von BASF ähnliche Resistenzgene gegen therapeutisch wichtige Antibiotika wie beispielsweise die konventionellen Kartoffelsorte "Eliane".

Forschungsgelder gehen in die falsche Richtung

335

Unter dem Vorwand, die Grüne Gentechnik zu fördern um den Welthunger zu lindern, werden jährlich unnötige Fördergelder in die Erforschung neuer Gentechniken investiert. Sinnvoller investiert wäre das Geld in der Forschung nachhaltiger Anbaumethoden. Hier sind vor allem Pflanzen gefragt, die sich an die lokalen klimatischen und geologischen Bedingungen anpassen oder bereits angepasst sind.

340

Grüne Gentechnik und ihre Risiken sind nicht beherrschbar - Kontrollen bringen nichts

345 Die von der Politik geforderten besseren Kontrollen von Gensaat sind der verzweifelte Versuch, den Fehler, die Erprobung und Erzeugung von gentechnisch veränderten Pflanzen,

350 einzudämmen. Als Spielball der Multinationalen Unternehmen ist die Politik gefangen
einerseits in der selbstverschuldeten Abhängigkeit der Lebensmittelindustrie-Lobby und
andererseits in der Vertrauenskrise der großen Politik. Dem öffentlichen Druck beugend
werden dann kurzfristige Entscheidungen getroffen, wie das Verbot von Genmais MON810
sowie die Errichtung von gentechnikfreien Zonen.

355 Bereits beim niedersächsischen Pioneer-Skandal im Juni 2010 wurde deutlich, dass
Kontrollen nichts bewirken können. Obwohl es für die gesamte EU ein Anbauverbot für
Gentechnikprodukte gibt, hat das Unternehmen Pioneer damals Landwirte mit Genmais
beliefert.

360 Es ist zentrale Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass die Interessen der Menschen und
nicht der Gentechnik-Industrie berücksichtigt werden. Hier muss ein klares Bekenntnis gegen
Grüne Gentechnik ansetzen und nicht der Ansatz gewählt werden, gentechnikfreie Regionen
einzuführen.

Monopole Entscheiden und verdrängen Wettbewerb - Verdrängungen und Monokulturen

365 Der globale Wettbewerb und der dadurch entstehende Druck, eine nationale sowie
internationale Dominanz aufzubauen, stehen in der Lebensmittelindustrie vor dem Prinzip
einer nachhaltigen Entwicklung. Dieser selbst auferlegte Wettbewerbsdruck hat eine Stufe
erreicht, dass keine Zeit für eine nachhaltige Forschung – die natürlich zeitintensiver ist –
370 mehr aufzubringen ist. Zeit und Geldruck fordert immer schnellere Entwicklungen und so
kommt die Grüne Gentechnik als Heilsbringer immer mehr ins Spiel.

375 Diese Tendenzen greifen stark auf Entwicklungs- und Schwellenländer über, die Abhängig
von Nahrungsmittelexporten in die Industriestaaten sind. Somit verdrängen Monokulturen
immer mehr Kleinbauern in diesen Ländern - folglich sind selbst auch Kleinbauern in der
misslichen Situation, sich den neuen Heilsbringern zu ergeben – sprich auf Gen-Pflanzen zu
setzen. Dies bringt sie in eine unüberwindbare Abhängigkeit durch die Patentrechte der
Firmen, die sich nicht nur auf das Saatgut, sondern weiter auf in Kombination patentiere
Düngemittel sowie Herbi- und Pestizide ausweitet. Es findet eine systematische Ausbeutung
380 und Verdrängung von Kleinbauern auf Grund der hohen Kosten der patentierten Produkte
sowie der langfristigen Verträge statt.

385 Folglich erleben wir in der Landwirtschaft der Entwicklungs- und Schwellenländern die
zunehmende Entwicklung hin zur Konzentration auf profitbringende Pflanzen wie
Baumwolle, Mais, Raps und Soja, die weltweit 99% der gentechnisch veränderten Gewächse
ausmachen. So verdrängen die Monokulturen und nun auch die Gentechnik die Artenvielfalt
vor Ort.

390 Und so schießt sich der Kreis, dass mittlerweile sechs Unternehmen, die eigentlich in der
Chemie-Industrie angesiedelt sind, den Markt gentechnisch manipulierter Pflanzen
beherrscht: Monsanto, Syngenta, Bayer, BASF, Dow und DuPont/Pioneer.

Bedrohung für Flora und Fauna

395 Die größte Bedrohung bei der Grünen Gentechnik ist die Vermengung von konventionellen
und gentechnisch manipulierten Pflanzen und deren Pollen. Für viele Experten ist eine

Vermischung normaler Feldpflanzen mit gentechnisch veränderten Pflanzen unausweichlich, wodurch der Wunsch nach gentechnikfreien Zonen obsolet wird. Besonders insektenresistente Gentechnik-Pflanzen könnten die Biodiversität und Flora gefährden. Denn werden Bienen (aber auch andere Insekten) daran gehindert, ihren Pollenflug zu beenden, so wird die Blütezeit – was ihre Wirkung für das Gleichgewicht in der Natur angeht – massiv gestört.

Vergleichbar mit unzähligen Parallelbeispielen, bei denen Fremdlebewesen nach Einschleppung in intakte Ökosysteme, könnten hier gentechnisch veränderte Pflanzen konventionelle Pflanzen verdrängen und sich stark vermehren, da sie nicht dieselben natürlichen Feinde haben. Bekannt ist auch, dass durch Pollenflug von gentechnisch veränderten Pflanzen sich mit konventionellen auskreuzen können. Die langfristigen Wirkungen oder Schädigungen der Umwelt oder der Einfluss auf Mensch und Tier sind noch gar nicht erst erforscht.

Erste Forschungsergebnisse, wie die vom ungarischen Wissenschaftlers Arpad Pustai, belegen, dass Nahrung aus Genpflanzen Gendefekte und Krebs bei Mäusen auslösen können. Die Gen-Lobby bestreitet und vertuscht diese Ergebnisse vehement mit massiven Medienkampagnen. Weitere Studien hätten zudem ergeben, dass der Verzehr von gentechnisch veränderten Pflanzen gesundheitsschädigend auch bei Säugetieren sein könne.

2.2 Aktuelle Gesetzeslage

In den USA, in Kanada und Argentinien ist der Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen nahezu uneingeschränkt möglich.

In Europa ist der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen weitestgehend erlaubt. Es bedarf aber der Zulassung nach der „Freisetzungsrichtlinie“ sowie der „Lebens- und Futtermittelordnung“. Jedoch wurde bis heute kein Antrag abgelehnt.

In Deutschland gilt trotz des Gentechnikgesetzes von 2008, dass – laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes - auch unbeabsichtigt gentechnisch manipulierte Pflanzen, die ausgesät wurden – umgehend vernichtet werden müssen, um eine weitere Kontamination zu verhindern. Bislang bleiben aber die Landwirte auf den Kosten sitzen.

EU-weite Einheitlichkeit der Gesetzeslage

Seit 1990 gibt es in Deutschland ein Gentechnik-Gesetz. Dies soll neben dem Schutz der Umwelt und Gesundheit einen rechtlichen Rahmen für die Erforschung, Entwicklung, Nutzung und Förderung der Gentechnik schaffen. Die Grundsätze, aber auch einzelne Verfahrensregeln sind durch EU-Richtlinien vorgegeben. Das Gentechnik-Gesetz setzt also die Richtlinien zur „Anwendung von gentechnisch veränderten Mikroorganismen in geschlossenen Systemen“ und die Richtlinie über die "absichtliche Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt" um. Für den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen gelten in allen EU-Mitgliedstaaten die gleichen Rechtsvorschriften.

Das Gesetz setzt einerseits die Vorgaben bezüglich des Umgangs mit gentechnisch Veränderten Organismen in Laboren für Forschung, Entwicklung oder Analytik, sowie auch in Produktionsanlage um. Diese bezeichnet man als geschlossene Systeme.

450 Andererseits regelt es die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen. In den letzten Jahren wurden die Bestimmungen gentechnischen Arbeiten in Labore oder Produktionsstätten betreffend immer wieder gelockert oder gar ganz abgeschafft. Bei gentechnisch veränderten Pflanzen dagegen wurden sie immer strenger, komplizierter und aufwändiger.

Umsetzung der Europäischen Richtlinie zur „Anwendung von gentechnisch veränderten Mikroorganismen in geschlossenen Systemen“ im deutschen Recht

455 So sind seit 2008 gentechnische Arbeiten in der Sicherheitsstufe 1, also Gentechnisch veränderte Organismen "ohne Risiko“ bei den zuständigen Länderbehörden nur noch anzuzeigen. Auch für die gentechnische Arbeiten der Sicherheitsstufe 2 ("geringes Risiko") wird nur noch die Anmeldung vorausgesetzt. Eine Wirkliche Kontrolle über im Labor entstehende „Produkte „ist so nicht wirklich möglich.

Umsetzung der Europäischen Richtlinie über die "absichtliche Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt" im deutschen Recht

465 Besteht also der Wille, gentechnisch veränderte Pflanzen „frei zu setzen“, muss dies laut EU Richtlinie von der zuständigen Behörde, in Deutschland vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit genehmigt werden. Dabei gilt, dass jede Pflanze die freigesetzt werden soll, einzeln betrachtet und bewertet werden muss. Nur wenn nach dem Stand der Wissenschaft keine „unvertretbaren schädlichen Einwirkungen“ - also
470 zum Beispiel eine Auskreuzung des veränderten Gens - zu erwarten sind wird eine Genehmigung erteilt. Oft wird die Genehmigung nur unter bestimmten Auflagen erteilt. Solche Auflagen sollen die Verbreitung der Pflanze in der Umwelt verhindern. Eine völlige Abschirmung des Versuchs gegenüber der Umwelt ist aber rein technisch, trotz Zäune oder Netze, um Tiere abzuhalten, Abstandsflächen oder „Fängerpflanzen“, die Pollen sammeln,
475 nicht möglich.

Konkret bedeutet dies, dass zwar im Labor oder Gewächshaus schon erste Daten über Verhalten und Eigenschaften der neuen Pflanze gewonnen werden können, doch sich erst im Freiland zeigt, ob die Pflanze tatsächlich "funktioniert" und ihren Zweck erfüllt, oder ob sie
480 sogar eine schädigende Wirkung für die Umwelt besitzt. Um dies abschätzen zu können, kann man anfangs nur auf Erfahrungen mit ähnlichen Pflanzen oder Merkmalen und auf biologisches Grundwissen zurückgreifen. Daher wird von Beginn an bei jeder Freisetzung in Testreihen untersucht, ob die Pflanze mit ihrem neuen Merkmal Tiere und Pflanzen schädigt, die Umwelt belastet oder die Bodenfruchtbarkeit mindert.

485

Weiterverarbeitung gentechnisch veränderter Pflanzen nach dem Europäischen Zulassungsverfahren

490 Doch auch die Weiterverarbeitung von gentechnisch veränderten Pflanzen ist gesetzlich geregelt. So gibt es ein europäisches Zulassungsverfahren, in dem die Sicherheit des Produktes durch die Europäische Behörde für Lebensmittel bewertet wird und im Anschluss die EU-Kommission und der Lebensmittelausschuss über dessen Zulassung entscheiden. Zugelassen werden nur die Pflanzen, die keine nachteiligen Auswirkungen auf Mensch und Tier oder Umwelt haben. Auch dürfen die Pflanzen in ihrem Verzehr gegenüber
495 konventionellen Vergleichsprodukten nicht zu Ernährungsmängeln führen. Im Juli 2010 wurden darüber hinaus bereits 6 neue Genmaissorten für den Markt zugelassen, die aus den

USA stammen und in der EU verarbeitet, aber nicht angebaut werden dürfen.

500 Die Verbraucher dürfen nicht irreführt werden, etwa durch das Verschweigen des gentechnisch veränderten Inhaltsstoffes, deshalb müssen alle Endprodukte unabhängig davon, ob der gentechnisch veränderte Organismus in den verarbeiteten Bestandteilen noch nachweisbar ist oder nicht als Lebensmittel mit gentechnischer Veränderung ausgewiesen werden.

505 Doch sind Lebensmittel mit geringfügiger Beimischung von dieser Richtlinie ausgeschlossen und ebenfalls solche Lebensmittel, deren Zutaten und Zusatzstoffe nicht aus, sondern mit Hilfe von gentechnisch veränderten Organismen hergestellt wurden, wie Fleisch, Eier oder Milch von Tieren deren Futtermittel gentechnisch verändert war.

510 **2.3 Politische und gesellschaftliche Einordnung**

Wie sehen die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen aus, unter denen die aktuelle Diskussion um ein Pro oder Contra Gentechnik geführt wird.

515 **Brot für die Welt**

Die Befürworter der grünen Gentechnik sehen in ihr eine Möglichkeit zur Hungerbekämpfung. Eins ihrer Argumente ist die Ertragssteigerung, doch hängt der Ertrag einer Pflanze nicht nur von genetischen Voraussetzungen, sondern vor allem von
520 Umweltfaktoren wie Wasser- und Nährstoffverfügbarkeit ab. Diese sind aber in den am stärksten von Hunger betroffenen Armutsgebieten meist knapp bemessen. Es ist durch Grüne Gentechnik also keine nennenswerte Verbesserung zu erwarten. Eher besteht - auch nach Meinung der Organisation Brot für die Welt - die Gefahr einer weiteren Verschärfung der Hungerproblematik. Daran schuld ist das Patent- und Lizenz-Recht für Gensaat.

525 Denn für viele Kleinbauern sind die Lizenzgebühren unerschwinglich, weil deren Produktion überwiegend für die eigene Ernährung und nicht für einen Markt bestimmt ist. Hinzu kommt, dass noch völlig unklar ist, welche Risiken von Genpflanzen ausgehen und wie unterernährte Menschen auf sie reagieren. Klar ist nur, dass auch die Entwicklungsländer gesetzliche
530 Regelungen benötigen, die ihre Konsumenten und die heimische Landwirtschaft vor den wirtschaftlichen Interessen multinationaler Saatgutunternehmen schützen und das es eine Alternative gibt: Nachhaltige Landwirtschaft. So hat eine Untersuchung von über 200 Projekten im Auftrag von „Brot für die Welt“ und Greenpeace ergeben, dass mit nachhaltigem Landbau unter Armutsbedingungen eine im Vergleich zum traditionellen
535 Regenfeldbau Ertragssteigerungen von 50 bis 100 Prozent möglich sind.

Züchtungsproblematik

540 Die reguläre Züchtung war in den letzten Jahrzehnten auf die Erhöhung des Produktionspotentials, gepaart mit Expansion und Spezialisierung, ausgerichtet. Der Landbau ging somit in eine industrielle Richtung. Die Möglichkeit der genetischen Veränderung von Pflanzen wird von vielen in diesem Prozess als großer Fortschritt angesehen. Doch gerade diese bringen große Gefahren für Mensch und Umwelt mit sich.

545 Die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen birgt die Gefahr, dass sich die neu hinzugefügten Gene ausbreiten und an wilde Verwandte oder Kulturpflanzen benachbarter

Felder weitergegeben werden. Durch diesen Prozess kann eine negative Beeinflussung des Ökosystems erfolgen, sowie auch durch die Wirkung der gentechnisch veränderten Lebensmittel auf sogenannte Nichtzielorganismen wie Nutzinsekten oder Bodenmikroorganismen. Hinzu kommt, dass durch die im gentechnisch veränderten Organismus gebildeten Inhaltsstoffe allergenes Potenzial hervorgerufen wird. Nicht zuletzt führen Auskreuzen der neuen Eigenschaft (horizontaler Gentransfer) auf andere Lebewesen des jeweiligen Biotops je nach der Art der übertragenen Eigenschaft ebenfalls zu negativen ökologischen Effekten.

555

Das Patentrecht untergräbt die öffentliche Forschung

Laut dem Europäischen Patentamt (EPA) ist "Das Patent ist ein Rechtstitel, der dem Patentinhaber das ausschließliche Recht verleiht, die patentierte Erfindung auf einem bestimmten räumlichen Gebiet für eine befristete Zeit zu benutzen, indem er andere u.a. von der Herstellung, dem Verkauf oder dem Gebrauch dieser Erfindung ohne seine Zustimmung ausschließen kann". In Europa haben nationale Patente europaweit denselben Status und dementsprechend dieselbe rechtliche Wirkung. Einmal erteilte Patente gelten für eine Laufzeit von 20 Jahren.

565

Seit Jahren vermehrt sich der Trend hin zur Patentierung von Gentechnik-Produkten. Bei der Grünen Gentechnik führt die Patentierung von Produkten dazu, dass auch Produkte, die das gentechnikveränderte Produkt veredeln sollen, unter diesen Patentschutz fallen. Hierzu zählen beispielsweise Düngemittel sowohl Herbi- und Pestizide.

570

Da sich das Europäische Patentamt von selbst finanziert – also über die Einkünfte aus Verfahrens- und Jahresgebühren für erteilte Patente – besteht natürlich zwischen dem EPA und Industrie eine enge Verflechtung und eine gegenseitige Schutzwirkung: Je mehr Patente erteilt werden, desto höher sind die Einkünfte der Behörde. Umgekehrt: Je mehr Patente auf Produkte eines Herstellers vergeben werden, desto mehr genießt er Marktschutz für seine Produkte. Da meist mit dem Patent auf ein Genprodukt auch das dazu passende Düngemittel sowie die Herbi- und Pestizide patentiert sind, ergibt sich eine vollkommene Abhängigkeit gegenüber einem Unternehmen.

575

Sind Patente erst einmal vergeben, so sind sie in der Regel nicht mehr auszuhebeln. Denn nur die Vertragsstaatenkonferenz ist berechtigt, Änderungen am Text des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) vorzunehmen. Und da alle Parlamente der Mitgliedsländer die Änderungen bestätigen müssen, lassen sich Änderungen des EPÜ letztlich nur in Einstimmigkeit durchsetzen.

585

Einfluss von Großkonzernen am Beispiel Monsanto

Wie die aktuelle Gesetzeslage den Einfluss von Großkonzernen auf die Welternährung ermöglicht, zeigt sich am Beispiel des Gentechnik-Giganten Monsanto. Monsanto ist der einflussreichste Agro-Konzern weltweit. Während sich das Unternehmen als Retter in Sachen Welt-Ernährung und Unterstützer nachhaltiger Landwirtschaft präsentiert, beschreiben Kritikerinnen und Kritiker sein Handeln als 'skrupellos' und 'gierig nach Profit'.

590

Erfolgreich ist der Konzern in den 1960er und 1970er Jahren durch die Geschäfte mit 'Agent Orange' geworden. Im Vietnam-Krieg wurde dieser dioxinhaltige Giftstoff von den USA zur Entlaubung von Wäldern verwendet. Dieses Gift hatte starke gesundheitsschädliche Folgen

595

für die Menschen, wie Krebs, Missbildungen und den Tod von Ungeborenen. Die Gefährlichkeit für Mensch und Tier leugnet das Unternehmen bis heute und schiebt, so zeigen Medienberichte, auch nicht vor Fälschung von Fakten und Vertuschung zurück.

600

Aus dieser Zeit stammt die starke Verbindung des Konzerns zur US-amerikanischen Politik, die ihm Tür und Tor öffnete. Heute gehören dem Unternehmen rund 90% der Gentechnisch veränderten Organismen (GVO) weltweit. Neutrale Untersuchungen der Sicherheit der GVOs fanden in der Vergangenheit nicht statt.

605

Monsantos Machtstrategie

Die vollständige Kontrolle der globalen Landwirtschaft bedarf Verbindungen in vielen Bereichen. Die eng verzahnten Strategien verhelfen dem Unternehmen zum Einfluss.

610

- Kontrolle durch Patente

Den großen Einfluss auf die Agrarwirtschaft hat Monsanto nicht zuletzt durch Patente auf gentechnisch verändertes Saatgut erlangt. Besonders gewinnbringend sind bei den GVO die BT-Technologie als Schutz vor Schädlingen und die Roundup-Ready-Technologie, als Resistenz gegen das Herbizid Roundup, das von Monsanto hergestellt wird.

615

Monsanto macht ein lukrativ klingendes Angebot, indem es höhere Erträge bei geringerem Aufwand versprechen. Diese erlauben es ihm, Knebelverträge mit LandwirtInnen zu machen, die ihr Saatgut kaufen. Denn nicht nur das Saatgut sondern auch die Ernte und die Folgeprodukte sind lizenzrechtlich geschützt. Die Ernte darf also nicht als Saatgut wieder verwendet werden, somit verpflichten sich landwirtschaftliche Unternehmen, für die nächste Ernte neues Saatgut von Monsanto zu kaufen. Dazu schreiben die Verträge vor, die Chemikalien für den Anbau ausschließlich bei Monsanto zu kaufen. Eine Verschwiegenheitsklausel soll verhindern, dass bei Vertragsverletzungen die Öffentlichkeit davon mitbekommt.

620

625

- Übernahme durch Kontamination und Aufkäufe

Die gentechnisch veränderten Pflanzen verdrängen zunehmend einheimische Pflanzen. Durch Bestäubung findet eine Auskreuzung statt und so finden sich veränderte Gene auch in den konventionellen Pflanzen und im Saatgut wieder. Einmal Gentechnisch verändert, ist die Saat für alle Mal kontaminiert. So ist die konventionelle Landwirtschaft hilflos ausgeliefert. Die vermeintliche Ertragssteigerung vernichtet also die einheimischen Pflanzen, die wie z.B. der Mais in Mittelamerika selber robust genug sind.

630

635

Neben durch Kontamination, ist auch der weltweite Kauf von Saatgutfirmen ein Baustein der Machtsteigerung. Monsanto ist mittlerweile der zweitgrößte Saatgutanbieter und der größte Anbieter von gentechnisch verändertem Saatgut.

640

- Erschließung neuer Märkte

Lobbyismus ist ein starkes Mittel, um Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Monsanto wechseln auch in öffentliche Verwaltungen und Kontrollinstanzen und zurück. Zudem sponsert Monsanto beispielsweise Weiterbildungsmaßnahmen, Professuren und Promotionen an Universitäten weltweit.

645

Gegenforschungen werden still gelegt und Forscherinnen und Forscher diskreditiert.

650 Ziel des Unternehmens ist es neue Märkte für ihr Gentechnik-Saatgut zu erschließen. Unter dem Vorwand den 'Welthunger' bekämpfen zu wollen, versucht Monsanto Anbaugenehmigungen zu erlangen. Ist nur ein Teil des Saatguts gentechnisch verändert, tut die Kontamination den Rest. Werden Monsanto-Gene in den Pflanzen gefunden, kann der Gentechnik-Gigant Lizenzgebühren verlangen.

655 Der Großkonzern drängt auch auf den deutschen Markt. Bereits 2004 fand ein sogenannter 'Erprobungsanbau' statt. Die daraus folgenden Ergebnisse wurden in Zusammenarbeit mit Monsanto erarbeitet. Diese zeigen, dass eine Koexistenz zwischen konventionellen und gentechnisch veränderten Maisfeldern mit einfachen Mitteln möglich sei. Eine gentechnische Verunreinigung muss nicht nachgewiesen werden. Den konventionellen Landwirtschaftenden
660 auf benachbarten Feldern wird die Abnahme der kompletten Ernte zum aktuellen Marktpreis angeboten. So hat der Konzern Einfluss auf die gesamte Ernte und der Endverbraucher keine Möglichkeit mehr, zwischen genmanipuliertem und gentechnikfreiem Anbau zu unterscheiden.

665 **3. Lösungsansätze und Forderungen**

Wir wollen eine Gesellschaft, die nachhaltig und bewusst mit Lebensmitteln umgeht. Wir stellen hierzu folgende Forderungen, um eine faire und gerechte Verteilung von Lebensmitteln weltweit zu erwirken, um einerseits den Überfluss an Lebensmitteln
670 einzudämmen und andererseits den Mangel an Lebensmitteln in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu lindern.

Verteilungsfrage neu klären: Agrarsubventionen einschränken

675 Agrarsubventionen sind soweit zurückzufahren und zu dosieren, dass einerseits eine nötige Unterstützung von Bauern und Landwirten stattfindet, um unseren Nahrungsmittelbedarf abzudecken aber andererseits keine Abschirmung gegenüber Agrarprodukten aus Entwicklungs- und Schwellenländern stattfindet. Absolut unterbunden werden soll die Subvention auf Lebensmittelexporte in Richtung Entwicklungs- und Schwellenländer.

680 Die Vergabe von Agrarsubventionen soll dabei an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein, um eine sozial gerechte, bäuerliche, regionale, ökologisch verträgliche und tiergerechte Landwirtschaft zu fördern. Um einen Missbrauch zu verhindern, sollen die Listen mit allen Geförderten mit Angabe von Fördergrund und Förderhöhe öffentlich
685 zugänglich gemacht werden.

Agrarspritianbau kontrollieren

690 Um den Widerspruch zu entkräften, dass der Anbau von Agrarkraftstoffe keinen direkten Einfluss auf Hungersnöte hat, sollen diese nur auf Flächen angebaut werden, auf denen keine Nahrungsmittel oder bedrohte Pflanzenarten wachsen.

695 Unter gewissen Umständen kann der Anbau von Agrarkraftstoffen (Agrar-Sprit und Agrar-Gas) sinnvoll sein: wenn er dort einsetzt wird, wo die nachwachsenden Rohstoffe auch wachsen sowie die Energieausbeute der Pflanzen hoch ist. So ließen sich dezentrale und regionale Agrarkraftstoffnetzwerke schaffen, die vor Ort für den Treibstoffhaushalt sorgen.

In Entwicklungsländern könnten so Kleinbauern und Genossenschaften vor Ort gefördert werden.

700 Wenn Agrarkraftstoffe wirklich „BIO“ sein sollen, dann muss die Ökobilanz stimmen. Agrarkraftstoff-Varianten, die bei der Erzeugung mehr Energie brauchen, als sie bei der Verbrennung bereitstellen, müssen geächtet werden. Sinnvoll ist hierzu ein europäisches / weltweites Zertifizierungssystem zur Unterscheidung von Agrarkraftstoffen und wirklichen Biokraftstoffen. Zusätzlich könnte eine weltweite Quotierung und Zertifizierung landwirtschaftlicher Flächen (vor allem Plantagen) für Agrarkraftstoffe eingeführt werden. So wäre sichergestellt, dass keine Nahrungsmittelpflanzen verdrängt werden und kein Regenwald gerodet wird.

710 Ein sinnvoller Ansatz ist vielmehr die Entwicklungshilfe so umzugestalten, dass die Unterstützung und Forschung in bessere Anbaumethoden etablierter und heimischer Pflanzenarten erfolgt. Nur eine Unterstützung vor Ort mit regionalen und einheimischen Pflanzen sowie moderneren nicht-extensiven Landwirtschaftsmethoden kann den Welthunger lindern.

715 **Verteilungsfrage neu klären: Fair Trade fördern**

720 Fair Trade ist ein gesteuerter Handel, bei dem der Erzeuger für seine Produkte mindestens einen vorab festgelegten Mindestpreis erhält. Somit erhält der Erzeuger einen verlässlichen Mindestpreis – der über dem Weltmarktpreis liegt – wodurch ihm eine Grundsicherung gewährt wird. Im Gegenzug wird der Erzeuger angehalten, vorab vorgeschriebene Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten. Durch das Fair Trade-System wird eine langfristige und stabile Handelsbeziehung zwischen den Händlern und den Erzeugern aufgebaut.

725 Fair Trade ist die Vision ist eine Welt, in der Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung im Zentrum der Handelsstrukturen und-Praktiken stehen, so dass jedeR durch seine Arbeit einen menschenwürdigen Lebensstandard erreichen und sein Entwicklungspotential voll entfalten kann.

730 Der Faire Handel kommt daher nicht mit einem Patentrezept für alle aus, sondern hat unterschiedliche Instrumente, um ProduzentInnen dabei zu unterstützen, ihre eigene Entwicklung in die Hand zu nehmen.

735 Der Fair Trade Handel beschränkt sich hauptsächlich auf Waren, die aus Entwicklungs- und Schwellenländern in Industrieländer exportiert werden. Dies können sowohl handwerkliche Produkte aber auch landwirtschaftliche Erzeugnisse sein. Zurzeit weiter sich der Fair Trade auch auf industrielle Produkte aber auch auf den Touristik-Bereich unter der Bezeichnung „fares Reisen“ ausgeweitet.

740 Die KleinbäuerInnen schließen sich in der Regel in Genossenschaften zusammen, in denen sie an allen wichtigen Entscheidungen direkt und demokratisch beteiligt sind. Neben der Vermarktung der Produkte setzen sich die Genossenschaften beziehungsweise ihre Dachverbände unter anderem für soziale Sicherung, Weiterbildung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen ein. Die Bildungsarbeit des Fairen Handels macht anhand von Waren aus den Ländern des Südens globale Zusammenhänge anschaulich und verständlich. Menschen sollten dazu ermutigt und befähigt werden, in globalen Zusammenhängen zu denken, sich für verantwortungsbewussten Konsum zu entscheiden und sich ihrerseits für

eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzusetzen.

750 Fair Trade setzt auf eine nachhaltige Entwicklung und fordert strenge Umweltkriterien ein. So werden die Natur und auch die Lebensumwelt der ProduzentInnen geschützt und erhalten. In einem weiteren Schritt setzen Betriebe vollständig auf Bio-Produktion um. Und auch hier werden die Produzentinnen und Produzenten von Fair Trade unterstützt. Dreiviertel aller fair gehandelten Waren werden heute ökologisch hergestellt. So wirkt sich der faire Handel doppelt positiv aus.

755 So sind in vielen Regionen Gemeinschaftsprojekte entstanden, die unter anderem „Sauberes Wasser für alle“, kostenlose Betriebskantinen, eine gute medizinische Versorgung, Schulbildung für Kinder und eine Altersvorsorge vorsahen - also Maßnahmen, von denen die gesamte Gemeinschaft profitiert.

760 Nichtsdestoweniger befürworten wir den Grundgedanken, die hinter der Idee des Fairen Handels steckt: Nämlich Millionen von Menschen „des Südens“ in einer maroden und inhumanen Wirtschaftsordnung eine Perspektive und soziale Sicherheit zu bieten. Und das Vorhaben die Bevölkerungen des „Nordens“ über das unmenschliche Voranschreiten des vorherrschenden Kapitalistischen Wirtschaftssystems aufzuklären.

765

Die Vorteile sind unter anderem:

770 Für kleine Erzeuger in Entwicklungs- und Schwellenländern bedeutet der faire Handel nicht weniger als die Sicherung der eigenen Existenz. Sie sind vom Weltmarkt ausgeschlossen und erst durch Fair Trade erschließen sich ihnen weltweite Absatzmärkte.

775 Der Faire Handel ermöglicht es insbesondere den im Welthandel benachteiligten KleinbäuerInnen, unter fairen Bedingungen am Marktgeschehen teil zu nehmen und aus eigener Kraft für einen angemessenen Lebensunterhalt zu sorgen.

780 Die Fair Trade Dachverbände in den Entwicklungs- und Schwellenländern sorgen unter anderem für soziale Sicherung, Weiterbildung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen. Die ökologischen Mindestanforderungen sind ein wichtiger Bestandteil der Fair Trade-Standards. Dazu gehören der Schutz des Wassers und der dazugehörigen Fauna, der Schutz von Wäldern und natürlichen Vegetationsgebieten, der beschränkte Einsatz von Pestiziden, das Verbot von gentechnischer Veränderung sowie die Abfallentsorgung, das Wasserrecycling und die Energieeinsparung.

785 Beim Fairen Handel geht es nicht nur um gute Produkte zu fairen Preisen, sondern auch um die Demokratisierung in den Wirtschaftsstrukturen der Entwicklungs- und Schwellenländern und der Schaffung von Arbeitnehmerrechten. Dies liegt zuletzt nicht nur daran, dass eben die Fair Trade-Betriebe – also die Wirtschaft - das leisten muss, wozu die einzelnen Staaten nicht imstande sind. Nämlich der Schaffung von sozialer Sicherheit und Unabhängigkeit.

790

Arbeitsbedingungen in der industrialisierten Landwirtschaft verbessern!

795 Mit der zunehmenden Industrialisierung der Landwirtschaft verändern sich auch die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft. Die unwürdige Behandlung von Tieren in der Massentierhaltung und der anschließenden Tötung und Verarbeitung in gigantischen Schlachthöfen führen zu einer immer weiteren Entfremdung zwischen Mensch und Tier. Die

Tiere werden zunehmend als Objekte wahrgenommen und die Berichte über Tierquälereien nehmen zu. Hinzu kommt Lohndumping das vor allem von deutschen Schlachthöfen gegen die EU-Konkurrenz betrieben wird. In der Feldwirtschaft werden in immer größeren Betrieben immer weniger Menschen beschäftigt, da die Mechanisierung und Effizienzsteigerung ohne Rücksicht auf Mitarbeiterinnen vorangetrieben werden. Es wird mit sogenannten Lohnunternehmen gearbeitet, die ihre Arbeiter und Maschinen anbieten und mit diesen die Felder der Auftraggeber bearbeiten. Auch hier setzt sich der gegen die Konkurrenz durch, der die Lohnkosten am stärksten nach unten drücken kann. Die Industrialisierung in der Landwirtschaft hat zu teilweise extrem verschlechterten Bedingungen für die Beschäftigten geführt. Hier muss gegengesteuert werden.

Gegen Massentierhaltung – für nachhaltige und artgerechte Tierhaltung

Die Negativmeldungen um Massentierhaltungsanlagen reißen nicht ab und verunsichern die Verbraucherinnen und Verbraucher: Massensterben in den Ställen, der übermäßige Einsatz von Antibiotika. Bedenkt man, dass über 95% der Masttiere behandelt werden und Studien des BUND (Bundes für Umwelt und Naturschutz) ergeben haben, dass ein Großteil aller Geflügelprodukte in deutschen Supermärkten mit Antibiotika resistenten Keimen versetzt sind, so ist ein Handeln notwendig. Wegen den überwiegen unhygienischen Zuständen in den Mastanlagen greifen immer mehr Produzenten zu Antibiotika. Die Folge: Greifen Antibiotika resistente Keime auf den Menschen über, so lassen sie sich nicht mehr wirksam bekämpfen. Deshalb muss der Einsatz von Humanantibiotika in Massentierhaltungen eingeschränkt werden. Das bedeutet, dass nur die mit Bakterien infizierten Tiere mit Antibiotika behandelt werden dürfen. Außerdem muss der Einsatz von Antibiotika in Betrieben mit Massentierhaltung streng kontrolliert werden.

Des Weiteren fordern wir ein Umsteuern bei der Tierhaltung: wir brauchen eine Abkehr von der industriellen Tierproduktion hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft, die eine artgerechte Tierhaltung unterstützt. Nur so ist die Möglichkeit gegeben, hochwertige und gesunde Lebensmittel – unabhängig vom Einkommen – sicher zu stellen. Es steht für uns fest, dass wir nicht wollen, dass Fleisch zum Luxusprodukt wird. Eine Verzichtsdebatte lehnen wir ab. Jedem Menschen muss es möglich sein (wenn gewünscht) weiterhin Fleisch zu konsumieren.“

Gegen Grüne Gentechnik!

Wir bezweifeln stark, dass die Grüne Gentechnik den Welthunger besiegen wird. Das Gentechnik-Prinzip beruht wegen des Patentrechts auf eine Monopolisierung der Nahrungsmittelproduktion, die den Zugang vieler Menschen zu Lebensmitteln einschränkt oder gar hindert. Dass in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Monokulturen immer mehr Kleinbauern ihrer Existenz beraubt werden, ist eine weitere Folge der Grünen Gentechnik, da sie nur in einer extensiven Landwirtschaft profitabel ist. Dies lehnen wir strikt ab. Auch der Bedrohung der Vermengung von konventionellen und gentechnisch manipulierten Pflanzen und deren Pollen stehen wir sehr kritisch gegenüber. Zudem sind die langfristigen Wirkungen oder Schädigungen der Umwelt oder der Einfluss auf Mensch und Tier sind noch gar nicht erst erforscht.

Eine bloße Ausweisung von Gentechnikfreien Zonen reicht nicht aus. Aus unserer Sicht wird vor allem die Umstellung auf eine nachhaltige und naturnahe Landwirtschaft dazu führen können, alle Menschen auf der Erde mit Lebensmitteln zu versorgen sowie den freien und

gerechten Zugang aller Menschen zu ermöglichen.

850 **Fokus auf saisonale Früchte statt auf Ganzjahresangebot**

Um die Überproduktion von Lebensmitteln sowie den weltweiten Transport von Lebensmitteln hin zu den Industrienationen einzudämmen, fordern wir ein gesamtgesellschaftliches Umdenken hin zum Genuss einheimischer und saisonaler Früchte.

855

Ziel muss es sein, dass wasserintensive Pflanzen nicht mehr aus wüstenähnlichen Regionen importiert werden sowie Exotische und saisonale Früchte und Gemüsesorten nicht mehr ganzjährig zur Verfügung stünden. Hier wäre es sinnvoller, auf einheimische oder dem Klima angepasste Pflanzen zu setzen sowie auf Saisonfrüchte und Saisongemüse zu setzen. Dies muss nicht unweigerlich zum Verzicht führen sondern kann eher zu einem bewussten Umgang mit unseren Lebensmitteln führen.

860

Ernährungsbewusstsein stärken

865 Für eine aufgeklärte Gesellschaft, ist es immens wichtig, einen nachhaltig und bewusst mit Nahrungsmitteln umzugehen. Viele Menschen sind sich der Auswirkungen ihrer Ernährungsgewohnheiten nicht bewusst. Europa ist in der Pflicht, Millionen von Menschen „des Südens“ in einer maroden und inhumanen Wirtschaftsordnung eine Perspektive und soziale Sicherheit zu bieten. Dieses Handeln muss sich sowohl in der Bildung und Erziehung

870 bereits bei Kindern als auch in den Medien, in der Werbung und in der Öffentlichkeit wiederfinden.

VerbraucherInnenschutz

875 Aufklärung über die Herkunft von Lebensmitteln ist eine wichtige Aufgabe auch für den Verbraucherschutz. Öffentliche Beratungsstellen sollen dabei die Arbeit vor Ort unterstützen. Um den Menschen Transparenz in der Ernährung zu bieten, ist eine Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln ein gutes Mittel.

880 Solange gentechnisch veränderte Lebensmittel auf dem Markt sind, soll diese Kennzeichnung für Lebensmittel angewendet werden, die unter der Verwendung grüner Gentechnik produziert wurden, sei es das Produkt selbst oder durch Aufnahme der Tiere von genmanipuliertem Futtermittel.

885 Eine soziale Ausgestaltung des VerbraucherInnenschutz heißt dabei auch Mindestanforderungen für Lebensmittel an Qualität, Anbau und Tierhaltung zu definieren und zu kontrollieren. Denn so kann auch Geringverdienenden eine gute Ernährung gewährleistet werden, die dazu auch ökologisch nachhaltig ist.

890 **Vergesellschaftung der Forschung**

Wie bereits dargelegt, untergräbt das Patentrecht die öffentliche Forschung. Unter dem Schutz der Patente können multinationale Unternehmen Ihre Produkte zu monopolähnlichen Bedingungen auf den Markt bringen. Wir streben eine europaweite Vergesellschaftung der

895 Nahrungsmittelforschung an, die das Ziel hat, unabhängig und dem Menschen zu Gute kommende Forschungsprojekte zu verfolgen. Eine zentrale Erfassungsbehörde, die zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Bundesamt für

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, muss die Unabhängigkeit gewährleisten.

900 Über einen Umlagefonds werden alle Unternehmen, die auf dem Europäischen Markt mitwirken möchten, angehalten, die Kontrolle und die Forschung neuer Produkte zu finanzieren. Hier kann die zentrale Erfassungsbehörde alle zu vergebenen oder seitens der Lebensmittelindustrie angefragten Forschungsprojekte vorab nach ethischen Gesichtspunkten evaluieren und den jeweiligen zugelassenen Forschungsinstituten weitergeben.

905 Mit diesem Prinzip finden wir einen Weg weg von der Monopolisierung der Lebensmittelindustrie, die nur das Ziel der Gewinnmaximierung hat, hin zu den menschlichen Bedürfnissen ausgelegten Lebensmitteln. Wir erhalten eine Stärkung der Forschung in den öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise den Universitäten sowie den
910 Landwirtschaftlichen Bundesanstalten.

Ein Ansatz wäre die Intensivierung der Forschung im Bereich des nachhaltigen Anbaus, das im weiteren Verlauf näher beschrieben wird. Im Kampf gegen den Welthunger sind vor allem Pflanzen gefragt, die an die lokalen klimatischen und geologischen Bedingungen anpassen oder bereits angepasst sind. Auch in der Erforschung und Züchtung von Kreuzungen lassen sich erhebliche Fortschritte realisieren.

915

Nachhaltiger und Naturnaher Anbau

920 Unter dem nachhaltigen Anbau versteht man die Landwirtschaftliche Bewirtschaftung unter Berücksichtigung der biologischen Vielfalt, der Produktivität und Vitalität des Bodens sowie der Pflanzen und Tierwelt. Somit geht der nachhaltige Anbau einher im Einklang mit der Natur. Das Prinzip beruht auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen, Tieren und Pflanzen in einem zeitlich unbegrenzt funktionierenden System. Somit ist der
925 nachhaltige Anbau weitreichender als der Bio-Anbau, da neben den gesundheitlichen auch soziale und geopolitische Aspekte berücksichtigt werden.

Durch den nachhaltigen Anbau soll die Nahrungsversorgung der Menschen langfristig sichergestellt werden. Dies soll ohne den Einsatz von chemischen Düngemitteln, Pestiziden, Fungiziden hohe Erträge erzielt werden. Durch organische Dünger, Kompost, Gründüngung und eine vielseitige Fruchtfolge wird die Fruchtbarkeit des Bodens gefördert. Pestizide sind
930 auch nicht nötig, da die Schädlings- und Unkrautbekämpfung durch ökologische Verfahren über Pflanzenpräparate wie Brennnesseljauche oder Algenextrakte oder über das bewusste Einbringen von Viren und Lebewesen erzielt wird. Vorbeugend gegen Krankheiten und
935 Schädlingen werden zudem bevorzugt robuste Sorten angepflanzt.

Der nachhaltige Anbau ist somit ein Gegenmodell zu der vorherrschenden industriell-konventionellen Anbaumethode sowie zur neu aufkommenden Grünen Gentechnik. Durch Klimawandel verändern sich die klimatischen Bedingungen in den einzelnen Regionen. Dies
940 führt zu neuen Herausforderungen in der Nahrungsmittelkette. Hier kann der Austausch aus Erfahrungen mit Früchten aus den einzelnen Regionen dazu führen, dass ein zukünftiger Anbau nur dort stattfindet, wo es nachhaltig Sinn macht. Fernab aller Subventionen ist deshalb zu überlegen, ob Wasserintensive Pflanzen überall angebaut werden müssen.

Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und Europa

Europa steckt in der Krise. Seit Jahren ist sie damit auch hierzulande das dominierende Thema. Wir sind überzeugt: Die europäische Krise ist eine Folge der Finanzkrise seit 2007. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bei ihrer Lösung kläglich versagt. Immer wieder werden zögerlich Schritte erst dann vollzogen, wenn sie unvermeidbar erscheinen. Dabei werden ausschließlich Symptome, nicht aber die Ursachen bekämpft. Gleichzeitig deutet schwarz-gelb die Krise als eine Staatsschuldenkrise, die einzig durch eine unsolide Haushaltspolitik in den südeuropäischen Staaten verursacht worden sei. Immer wieder bedient die Bundesregierung dabei auch gezielt nationalistische und rassistische Ressentiments. Merkels neoliberale Antwort auf die Krise ist ein von außen verordneter harter Konsolidierungskurs. Dieser Kurs führt zu heftigen sozialen Verwerfungen in den südeuropäischen Ländern, verschärft die wirtschaftliche Rezession und ist zudem undemokratisch. Die Wahrheit ist: Die beschlossenen Rettungspakete sichern das Kapital derjenigen, die Staatsanleihen der Krisenländer besitzen. Sie nützen dem Großteil der Menschen in diesen Ländern nichts.

Auch hierzulande macht schwarz gelb eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen. Es mag sein, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland noch positiv ist. Aber die Krise droht bereits auf den deutschen Arbeitsmarkt überzuspringen. Und die allermeisten Menschen haben an der positiven Entwicklung nicht partizipiert. Während die einkommensstarken und vermögenden Schichten kräftige Gewinne verzeichnen können, ist für die Vielen stagnierende Löhne, eine Ausweitung des Niedriglohnssektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie eine Zunahme des Armutsrisikos und damit die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg die alltägliche Lebensrealität. Die soziale Spaltung in Deutschland nimmt zu. Auch gesellschaftspolitisch erleben wir einen Rollback: Statt an die gleichstellungspolitischen Erfolge der vergangenen Jahre anzuknüpfen, führt schwarz-gelb das Betreuungsgeld ein. Statt auch angesichts des demographischen Wandels eine fortschrittliche Zuwanderungsdebatte zu führen, scheut der Innenminister nicht vor regelmäßigem rassistischem Populismus zurück und will das Asylrecht einschränken. Und statt Nazis mit allen Mitteln zu bekämpfen, beschäftigt sich die Familienminister mit dem Phantom des Linksextremismus und schränkt zivilgesellschaftliches Engagement gegen Nazis ein. Der schwarz-gelbe Kurs ist klar: Statt eine Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen, werden einzelne Gruppen gezielt diskriminiert und die gesellschaftliche Spaltung verschärft.

Die Bundesregierung handelt damit auch konsequent gegen die Interessen junger Menschen. Denn auch ihr Leben ist von Unsicherheit und drohender sozialer Spaltung geprägt. Wir wissen: Junge Menschen wollen ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Dazu müssen sie aber die Möglichkeiten haben. Noch immer ist das deutsche Bildungssystem himmelschreiend ungerecht und behindert sozialen Aufstieg. Noch immer gibt es zu wenig gute Ausbildungsplätze. Immer mehr junge Menschen landen nach Studium oder Ausbildung in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Das alles erschwert die eigene Lebensplanung. Nicht ohne Grund erwarten junge Menschen von der Politik, für gute Bildung und Ausbildung, einen sicheren Berufseinstieg und soziale Sicherungssysteme zu sorgen, die eventuelle Brüche in der Biographie abfedern und gegen die großen Lebensrisiken absichern. Junge Menschen erwarten keine Rundum-Versorgung. Sie

erwarten aber, dass die Politik für Rahmenbedingungen sorgt, die eigene Anstrengungen belohnt und allen Chancen einräumt. Auch hier versagt die Bundesregierung.

50 **Wir wollen den Politikwechsel**

Wir Jusos kämpfen deshalb 2013 für einen Politikwechsel mit der SPD. Dieses Land wird nicht nur schlecht, sondern in fast allen Fragen falsch regiert. Wir wollen nicht nur Köpfe auswechseln, wir wollen die Politik auswechseln. Vieles muss anders, fast alles besser gemacht werden. Die Menschen erwarten von der SPD für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Hierzulande, in Europa und in der Welt. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden. Wir haben uns nach der Wahlniederlage 2009 auf den Weg gemacht, das sozialdemokratische Profil zu schärfen. Wir haben mit der Vergangenheit aufgeräumt und richten den Blick nach vorn. Wir haben deutlich gemacht, dass wir verstanden haben: Die SPD braucht ein klares Profil als linke Volkspartei und damit Alternative zur aktuellen Bundesregierung. Das Wahlprogramm muss deutlich machen: Soziale Gerechtigkeit ist für unser Markenkern und die Klammer, die alle Politikbereiche zusammenhält. Dafür brauchen wir auch glaubwürdiges Spitzenpersonal. Wenn wir Erfolg haben wollen, muss ein Schattenkabinett Ausstrahlungsfähigkeit in viele gesellschaftliche Gruppen haben. Wenn wir deutlich machen wollen, dass wir für tatsächliche Gleichstellung stehen, muss die Hälfte des Schattenkabinetts aus Frauen bestehen.

Wir Jusos führen 2013 einen engagierten Jugendwahlkampf. Wir wollen die Mehrheit der jungen Menschen für die SPD begeistern. Wir wollen deutlich machen: Die SPD ist auch die Partei der jüngeren Generation, weil sie wirkliche Perspektiven für junge Menschen schaffen will. Wir kämpfen dafür, dass die SPD stärkste Kraft wird und Peer Steinbrück Bundeskanzler. Wir setzen auf ein möglichst starkes Ergebnis der SPD. Koalitionen nach der Wahl müssen auf Grundlage unseres Programms bewertet werden. Einen Politikwechsel werden wir aber nur erreichen, wenn diese Bundesregierung komplett abgelöst wird. Unser Ziel ist rot-grün. Ausschlüsse von Koalitionsoptionen abseits einer großen Koalition führen uns aber nur erneut in ein Dilemma, das wir 2009 erlebt haben. Wir müssen deutlich machen, dass wir bereit sind, nach der Bundestagswahl alle Koalitionsoptionen zu überprüfen.

80 **10 Punkte für Soziale Gerechtigkeit**

Wir Jusos werden uns diesen Zielen folgend in den kommenden Monaten in die Erarbeitung des Wahlprogramms einbringen. Wir begrüßen den BürgerInnendialog als ergänzende Säule. Denn er zeigt, dass wir die Fragen und Sorgen der Menschen ernst nehmen. Wir brauchen aber ebenso eine klare Zuspitzung für ein Programm, das Soziale Gerechtigkeit als Markenkern hat. Ein solches Programm muss aus unserer Sicht folgende Ziele umfassen:

1. Die SPD zieht die Lehren aus der Krise: Wir müssen den von der Krise betroffenen Ländern eine mittelfristige Perspektive geben. Dazu müssen wir ihre Finanzierung sicherstellen. Dazu dienen Eurobonds und dient eine einmalige hohe Vermögensabgabe, um ein Programm für Wachstum und Beschäftigung, das seinen Namen auch verdient hat. Die Krise hat ihren Ursprung auf den Finanzmärkten, sie müssen endlich umfassend reguliert werden. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist nur ein erster Schritt. Die Krise hat aber auch die Konstruktionsfehler der Europäischen Union deutlich gemacht. Statt eines Fiskalpakts brauchen wir eine Fiskalunion, in der die Fiskalpolitik der Länder

- endlich koordiniert werden. Kurzfristig brauchen wir europäische Mindeststeuersätze für Vermögen und Unternehmen und eine Erhöhung des EU-Budgets, mittelfristig eine europäische Steuererhebungskompetenz, um damit Investitionsprogramme finanzieren zu können. Damit können wir auch dazu beitragen, die erheblichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zurückzuführen, die eine weitere Ursache der Krise sind. Bei allen diesen strukturellen Reformen wollen wir eine Stärkung des Europäischen Parlaments, um die Demokratiedefizite zu beseitigen.
- 105 2. Die SPD will in die Zukunft investieren: Deutschland gibt Jahr für Jahr deutlich weniger Geld für Bildung und Infrastruktur aus als seine europäischen Nachbarländer. In den Kommunen ist der Finanznotstand am deutlichsten sichtbar. Das ist alles andere als nachhaltig und beschädigt die Interessen jüngerer Menschen. Wir fordern ein Investitionsprogramm in Bildung, Infrastruktur und Kommunen. Dafür werden wir die Einkommensstärkeren und Vermögenden wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen müssen. Wir brauchen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Rückkehr zur synthetischen Einkommensbesteuerung, die Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine Reform der Erbschaftsteuer.
- 110
- 115 3. Wir wollen, dass alle Menschen ihre elementaren Bedürfnisse stillen können. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge ist deshalb ein zentraler Bestandteil unserer Politik. Wasser, Wärme, Energie, Wohnungen usw. dürfen nicht zum Spielball privater Marktmechanismen werden. Deshalb muss öffentliche Daseinsvorsorge öffentlich organisiert werden – zu gerechten Preisen und Bedingungen. Die Public-Privat-Partnership-Modelle waren ein Fehler. Es darf nicht sein, dass Kommunen Abwasserleitungen und inzwischen sogar Gefängnisse von Privaten mieten müssen. Deshalb wollen wir einen Rückkauf der privatisierten Infrastruktur sobald das geht. Wir wollen dazu einen "Rekommunalisierungsfonds" schaffen, mit dessen Hilfe auch kleine oder arme Kommunen die Mittel erhalten, die sie zur Rekommunalisierung benötigen.
- 120
- 125 4. Die SPD steht für gute Ausbildung: Eine gute Ausbildung im Dualen System oder im Studium ist eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunftschancen junger Menschen. Die SPD muss sich zu einer Stärkung der beruflichen Bildung bekennen. Dazu gehört zum einen, für ausreichend gute Ausbildungsplätze zu sorgen. Dazu ist die Einführung einer branchenbezogenen Ausbildungsplatzumlage notwendig. Dazu gehört zum anderen die Qualität zu verbessern. Ausbildung darf keine Ausbeutung sein. Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gewerkschaften hierbei stärken. Um allen ein Studium zu ermöglichen, müssen wir ausreichend Studienplätze, insbesondere im Master, zur Verfügung stellen.
- 130
- 135 5. Die SPD will gute Arbeit von Anfang an: Für die meisten jungen Menschen beginnt der Einstieg ins Berufsleben mit Unsicherheit und Prekarität. Dem müssen wir konsequent entgegen treten. Wir brauchen eine Regulierung von Praktika, dazu gehört eine Mindestvergütung sowie eine Begrenzung der Dauer. Praktika nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung lehnen wir ab. Wir brauchen ebenso klare Mindestanforderungen für Volontariate oder Trainee-Programme. Bei ihnen muss das Lernziel im Vordergrund stehen. Wir müssen die Gewerkschaften bei der Frage der Übernahme nach der Ausbildung stärken. Deswegen muss die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden. Und wir müssen Leiharbeit wieder auf ihre Kernfunktion, der Abfederung von Produktionsspitzen zurückführen.
- 140
- 145

- 150 6. Die SPD ist die Gleichstellungs-Partei: Die SPD hat in den vergangenen Jahren gleichstellungspolitische Erfolge erzielen können. Dennoch: Es bleibt noch viel zu tun, bis Frauen und Männer endlich gleichgestellt sind. Wir brauchen ein Gesetz, um die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu erreichen. Wir brauchen eine klare Position gegen das Betreuungsgeld und müssen stattdessen Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend und kostenfrei sicherstellen. Wir wollen das Elterngeld nur noch paritätisch auszahlen. Im Steuerrecht muss das Ehegattensplitting endlich überwunden werden. Und wir fordern eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände von Unternehmen.
- 155
- 160 7. Die SPD sorgt für soziale Sicherheit: Auch und gerade für junge Menschen müssen die großen Lebensrisiken weiterhin solidarisch abgesichert sein. Wir müssen die Sozialversicherungen weiterentwickeln. Wir wollen die BürgerInnenversicherung für die Gesundheit und die Pflege. Und wir müssen den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung wieder erweitern. Gerade für Einkommensschwache ist es ein Unding, wenn Brillen und Zahnersatz privat finanziert werden müssen. Auch junge Menschen wollen ein System der Alterssicherung, das ihnen auch in Zukunft noch Sicherheit gibt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Teil-Privatisierung ein Fehler war. Wir wollen eine Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung, in der das Rentenniveau zumindest auf dem heutigen Stand gesichert wird. Das ist auch gerechter, weil die ArbeitgeberInnen an der Finanzierung beteiligt sind. Und wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, mit der auch Weiterbildung für mehr Menschen ermöglicht wird.
- 165
- 170 8. Die SPD kämpft für Toleranz und Menschenrechte: Die SPD muss deutlich machen: Wir stehen an der Seite derjenigen, die eine Zuwanderungsgeschichte haben. Wir grenzen uns deutlich von den rassistischen Stammtischparolen über angeblich verfehlte Integrationspolitik ab. Das ist zuallererst eine Haltungsfrage. Das muss aber auch an politischen Entscheidungen deutlich werden. Wir wollen nicht nur die doppelte Staatsbürgerschaft ohne Einschränkung gewähren sondern auch das Wahlrecht für alle diejenigen, die schon längere Zeit in diesem Land leben. Und wir wollen, dass Menschenrechte auch hierzulande gelten. Deshalb muss das Asylrecht deutlich liberalisiert werden. Dafür müssen die Kriterien verändert werden. Flüchtling ist nicht nur, wer vom Staat verfolgt wird. Für alle Asylsuchenden muss gelten: Wir wollen ein ausreichendes Auskommen, die Abschaffung der Residenzpflicht und eine Abschaffung des „Flughafenverfahrens“.
- 175
- 180
- 185 9. Die SPD wird Nazis konsequent bekämpfen: Der Kampf gegen Nazis ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er muss aber von der Politik unterstützt werden. Wir fordern deshalb vor allem eine bessere und verlässlichere finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Nazis und die Abschaffung der Extremismusklausel. Die SPD muss deutlich machen: Das Problem sind die Nazis und nicht irgendwelche von Kristina Schröder erfundene „Linksextremisten“.
- 190
- 195 10. Die SPD steht für den Frieden und gerechte Entwicklung: Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss sich stets am Prinzip der friedlichen Konfliktlösung orientieren. Elementarer Baustein davon ist es auch, hierzulande die gigantischen Waffenexporte drastisch einzuschränken. Dazu müssen Waffenexporte verstärkt parlamentarisch kontrolliert werden. Wir fordern eine Abstimmung über alle Waffenexporte im Plenum des Deutschen Bundestags, um Transparenz herzustellen. Die SPD baut mit an einer gerechten Weltordnung. Sie versteht Außenpolitik nicht als Förderung des heimischen

Wirtschaftsstandorts sondern als Beitrag zu Frieden und Entwicklung. Unter einer SPD-geführten Regierung wird Deutschland Vorreiter für ein neues globales Klimaabkommen und wird sein Versprechen, Mittel in Höhe von 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, endlich halten.

ECOSY jetzt stärken

Die Schwäche des demokratischen Sozialismus ist die Stärke des Kapitalismus in Europa. Die zeigt auch die Bewertung der Krise und die Austeritätspolitik, die in Europa gnadenlos derzeit durchgesetzt wird. Wir Jusos fordern seit Jahren ein soziales Europa und die Demokratisierung Europas. Bisher gibt es lediglich Ansätze einer Wachstumspolitik und zarte Forderungen des europäischen Parlaments nach mehr Macht und mehr Budget im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus fehlt der politische Wille, auch wenn es die Ideen gibt, ein soziales Europa zu verwirklichen.

Mit der Kampagne „Rise up!“ haben zehn sozialistische Jugendverbände Europas ein Ausrufezeichen für eine vertiefte politische Zusammenarbeit gesetzt und konkrete Forderungen für ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa aufgestellt.

ECOSY hat in den letzten Jahren mit der *Social Europe for Everyone, Chance for Europe* und *Talking about my Generation* drei Kampagnen organisiert, an deren Konzeption auch Jusos maßgeblich beteiligt waren. Die *Talking about my Generation*-Kampagne der Ecosy war Grundlage für die Durchsetzung der PES Kampagne für eine Youth Guarantee. In der Ausgestaltung dieser Kampagne ist ECOSY treibende Kraft.

Und dennoch: ECOSY muss in Zukunft mehr sein als eine Dachorganisation. Wenn wir in Zukunft bei jeder politischen Vision, bei jeder Forderung Europa mitdenken und ansprechen, dann müssen wir stärker als zuvor auch ECOSY als politische Handlungsebene in allen Politikfeldern begreifen.

Deshalb wollen wir in den nächsten Monaten eine Debatte darüber mit anstoßen welche Praxisänderung, Strukturen und Reformen ECOSY braucht um gestiegenen Erwartungen gerecht zu werden. Dieser Reformprozess soll innerhalb des nächsten Mandats 2013-2015 zu einem Ergebnis kommen.

Folgende Punkte sind dabei zentral für uns:

1. Für uns muss ECOSY der Stachel im Fleisch der SPE sein und linke Politik in Europa voranbringen. An der Seite der ArbeitnehmerInnen, der jungen Generation Krise, Teil einer linken Jugendbewegung, anderer kritischer Organisationen in Europa wollen wir ECOSY sehen, nicht auf der Suche nach einer ominösen „Neuen Mitte“. Wir müssen ECOSY deutlich politisieren und inhaltliche Streits auch nachvollziehbar für unsere nationalen Verbände austragen.

2. Gerade in Zeiten der Krise muss ECOSY mit seinen Strukturen in der Lage sein eine Stimme verbunden mit Krisenanalyse und –Kritik, aber auch konkreten Forderungen in die nationalen Organisationen, bis hin vor Ort, zu haben.

3. Kampagnen müssen deshalb, sollen sie erfolgreich sein, anders organisiert werden und die Gliederungen vor Ort stärker beteiligen. Dazu sind beide Seiten, nationale

45

Organisationen wie auch ECOSY, stärker in der Pflicht.

50 4. Die Demokratisierung europäischer Strukturen ist eine fortwährende Aufgabe. In der
ECOSY entsprechen die althergebrachten Strukturen ihrer Gründerzeit heute nicht mehr
den Anforderungen einer inzwischen sehr gewachsenen und vielfältigen Organisation. Wir
brauchen eine demokratische Reform, die der gewandelten Organisationsrealität
Rechnung trägt ohne bewährte Konsensverfahren zu beschädigen. Unsere Mutterpartei
kann darin Vorbild sein. ECOSY-Kongress-Delegationen sollten mittelfristig dann auch
55 direkt auf Bundeskongressen gewählt werden. Eine Reformkommission auf ECOSY-Ebene
soll sich damit auseinandersetzen.

60 5. ECOSY muss mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Inwiefern ist es jetzt
bereits möglich, dass ECOSY Gelder europäischer Töpfe beantragt. Inwiefern kann im
europäischen Budget Geld für politische Jugendverbände bereitgestellt werden? Inwiefern
kann über mehr gemeinsame Veranstaltungen mit nationalen Mitgliedsverbänden die
Situation verbessert werden?

Für uns Jusos ist darüber hinaus wichtig:

65 1. Wir wollen eine Verbesserung der Kommunikation der zentralen politischen Inhalte von
ECOSY. Das kann einE ECOSY-Vize nicht alleine leisten. Wie diese Verbesserung
aussehen kann ist gemeinsam in der BKI zu erarbeiten. Es geht vor allem um die
Kommunikation in die Breite des Verbandes.

70 2. Wir wollen eine stärkere Präsenz und Unterstützung des/der ECOSY-Vize.

75 3. Wir wollen Kompetenzen und Austauschprogramme, regionale internationale
Strukturen/regionale Bündnisse in die Juso-LVn und UBn eingebunden sind stärker zur
Bündnisarbeit in ECOSY nutzen. NRW-Niedersachsen-Niederlande-Belgien, Saar-Loor-
Lux, Alpen-Internationale, Tschechien-Sachsen, MV-Polen usw. RLP-Russland-Georgien.
Dies ist entscheidend für die Politisierung ECOSYs. Der zentrale Austausch findet über die
BKI statt, muss aber auch durch Präsenz der/des ECOSY-Vize in regionalen Treffen
stattfinden.

80 4. Der nächste Europawahlkampf 2014 muss ein echter europäischer Wahlkampf werden.
Dazu müssen wir den Grundsatzprogrammprozess auf europäischer Ebene stärker auch bei
den Jusos vor Ort verankern, weil auf diesem Grundsatzprogramm auch das Wahlmanifest
der SPE fußen soll. Und es müssen Jusos vor Ort sein, die einen echten europäischen
Wahlkampf mit betreiben und antreiben.

85 Die Krise muss das Fanal sein unsere Kräfte noch stärker zu bündeln. Lasst uns ECOSY
demokratisieren und stärken!

Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - Kein neuer Wein in alten Schläuchen!

5 Im Jahr 2010 ist die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags (JMStV) an der Nicht-Ratifizierung im NRW-Landtag gescheitert. Vorausgegangen war dieser Entscheidung eine intensive und teilweise heftige Diskussion über Sinn und Zweck der Novelle. Die Verfahren, die zur Entwicklung des Vertragsentwurfs genutzt wurden und die Frage, wie man Jugendschutz in der Digitalen Gesellschaft umsetzen kann, standen dabei gleichermaßen in der Kritik.

10 Für 2013 wurde nun vor kurzem ein neuer Anlauf zur Novellierung des JMStV angekündigt und von den RegierungschefInnen der Länder vereinbart. Bisher sind nur wenige Informationen über die geplante Novelle und die zur Diskussion stehenden Inhalte bekannt. Auf Basis der gemachten Erfahrung und unseren Beschlüssen zur Gestaltung der Digitalen Gesellschaft mahnen wir jedoch drei zentrale Punkte für die anstehende Novellierung an.

15

1. Politische Entscheidungen benötigen demokratische Legitimation und parlamentarische Beteiligung. Bei der Vorbereitung des neuen JMStV sind die Landesparlamente von Anfang an am Diskussionsprozess zu beteiligen und etablierte parlamentarische Verfahren zu nutzen.
20 Die Erarbeitung eines Vertragsentwurfs, welcher dann den Parlamenten nur noch zur staatstragenden Beschlussfassung vorgelegt werden, sind einer modernen Demokratie nicht würdig.
2. Die Kritik an der letzten Novelle und die in die Diskussion eingebrachten Alternativen und Konzepte zum Jugendmedienschutz müssen ernst genommen
25 werden. Statt auf Filtersysteme zu setzen, sind die Förderung von Medienkompetenz und der Kompetenzaufbau der NutzerInnen angemessene Ansätze für den Jugendmedienschutz, die auch von ExpertInnen in die Diskussion eingebracht wurden. Bei der Novelle müssen diese Ansätze und Vorschläge ernsthaft berücksichtigt und Fachleute zu diesen Themen angehört werden.
30 Ein einfaches Aufwärmen der gescheiterten Ansätze darf es nicht geben, die Novelle des JMStV muss von Grund auf neu gedacht werden.
3. Technische Filtersysteme zur Überwachung und Einschränkung von Inhalten, unabhängig davon von wem diese zur Verfügung gestellt werden sollen, lehnen wir
35 weiterhin ab. Sie sind keine angemessenen Verfahren zum Jugendmedienschutz. Alle Erfahrung mit entsprechender Software zeigen, dass unerwünschte Nebeneffekte wie ein Over-Blocking der Inhalte nicht ausgeschlossen werden können und die Nutzer sich letztlich nur noch in einer gated-community bewegen. Jugend(medien)schutz ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht an technische Systeme delegiert werden kann.

Resolution: Den völkischen Nationalismus in Ungarn bekämpfen!

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zeigen sich zutiefst bestürzt über die bestenfalls ausbaufähige politische Auseinandersetzung der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union im allgemeinen sowie der deutschen und europäischen Sozialdemokratie im besonderen mit der „nationalen Revolution“ in Ungarn. Der autoritär-völkische Block aus dem Fidesz, der konservativen Partei von Ministerpräsident Victor Orban, und der Jobbik, den ungarischen Faschisten, verfügt seit den Parlamentswahlen von 2010 über mehr als 80% der Sitze im ungarischen Parlament. Das Programm der zum Teil auch offen mit Jobbik zusammenarbeitenden Orban-Regierung ist ein völkisches, das sich durch Geschichtsrevisionismus, Nationalismus, autoritären Etatismus sowie eine antiwestliche, rassistische, antisemitische und antiziganistische Politik auszeichnet.

15 Die Ausgangslage

Schon unter Reichsverweser Miklós Horthy dominierten ab 1920 volksnationale Kräfte die ungarische Politik. In den 1933 im Deutschen Reich an die Macht gekommenen Nationalsozialisten fanden jene einen willkommenen und mächtigen Verbündeten, dem man sich bis 1945 ideologisch mehr und mehr annähern sollte. So beteiligte Ungarn sich am Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Sowjetunion. Unter Ministerpräsident Döme Sztójay wurden zwischen dem 15. Mai und dem 9. Juli 1944 437.000 ungarische Juden nach Auschwitz in die industrielle Massenvernichtung deportiert. Nach dem Sturz Horthys und der Machtübernahme durch die Pfeilkreuzler um Ferenc Szálasi zog sich die wahnhafte Ermordung der ungarischen Juden, von denen nur ein Viertel die Massenvernichtung überlebte, und anderer Gruppen bis zum Ende des 2. Weltkriegs hin.

Nach der Niederwerfung des Nationalsozialismus geriet Ungarn in den stalinistischen Machtbereich. Hier wie anderswo etablierten sich offen "antifaschistische" Regime, unter deren Oberfläche die alten völkischen Ideologien und Vernichtungswünsche gegen JüdInnen sowie Sinti und Roma grassieren konnten. So konnte sich in Folge des Zusammenbruches des Ostblocks ab 1989 keine demokratische Zivilgesellschaft ausbilden, die stark genug gewesen wäre, die eigene völkische, antisemitische und antiziganistische Vergangenheit offen zu thematisieren und jene weit verbreiteten Vorstellungen zu bekämpfen. Von der Weltwirtschaftskrise ab 2007 war Ungarn stark betroffen und schon sehr früh auf finanzielle Zahlungen von EU und IWF angewiesen – im Gegenzug musste die damalige sozialdemokratische Regierung massiven Sozialabbau betreiben, so dass das politische System in eine Legitimationskrise geriet. Auf diesem Pulverfass aus Blut- und Bodenideologien und kapitalistischer Krise gelang den rechten Parteien bei den Parlamentswahlen von 2010 mit offen nationalistischen, antisemitischen und europafeindlichen Kampagnen ein überwältigender Wahlsieg. Seitdem stellen Fidesz und Jobbik etwa 80% der Parlamentssitze und verfügen damit über eine komfortable,

45 verfassungsändernde Mehrheit.

Die "nationale Revolution" seit 2010

50

Kaum ein anderes Land durchläuft derzeit eine ähnlich tiefgehende gesellschaftliche und politische Transformation wie Ungarn. Bereits im Wahlkampf 2010 zeigte sich, wohin der ungarische Weg führen sollte: Sowohl der konservative Fidesz als auch Jobbik stimmten dem Gesetzesvorhaben, die Leugnung des Holocausts unter Strafe zu stellen, nicht zu und verfielen dabei in klassische neonazistische Argumentationsmuster. Um die Gunst der WählerInnen konkurrierten beide Parteien mit offen völkischer Propaganda. So phantasierten sich VertreterInnen beider Parteien herbei, Israel wolle Ungarn erobern und eine kleine "antimagyarische Minderheit" sei bestrebt, das ungarische Volk zu unterjochen. Der Wahlerfolg der Völkischen stellte dabei eindrucksvoll unter Beweis, dass in der ungarischen Bevölkerung ein nationaler bis rechtsradikaler Diskurs hegemonial ist.

60

Mit der verfassungsändernden Mehrheit im Rücken kann Fidesz nun die in den Volksmassen verbreiteten Ideologien und Ressentiments politisch umsetzen und Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus institutionalisieren. Wirtschaftspolitisch fährt die Regierung Orban mit Unterstützung von Jobbik ein Programm, das jenem der Nationalsozialisten ähnelt. Ganz im Duktus eines regressiven Antikapitalismus polemisiert die ungarische Rechte gegen das internationale Finanzkapital, Spekulanten und global orientierte Großkonzerne. Demgegenüber wird vor allem das schaffende nationale Kapital positiv konnotiert. So lehnte Ungarn auch die europäische Sparpolitik ab, pochte auf die Selbstbestimmung des eigenen Volkes und sprach von "wirtschaftlicher Eigenständigkeit".

65

70

Auch in anderen Politikbereichen zeigt sich die geschichtsrevisionistische und nationalistische Wende der ungarischen Gesellschaft. Der Fidesz hat jedes Schamgefühl verloren und verwirklicht die kulturpolitischen Forderungen von Jobbik. Die Lehrpläne und Curricula ungarischer Schulen und Universitäten triefen längst vor antisemitischen und nationalistischen Inhalten, faschistische Schriftsteller aus der Zeit des 2. Weltkrieges werden rehabilitiert, überall im Land Statuen und Gedenktafel zu Ehren Reichsverwesers Horthy aufgestellt. Qua Verfassungsänderung entzieht sich Ungarn jedweder historischer Verantwortung oder Schuld für die Deportationen ungarischer Juden in den Jahren 1944 und 1945. Linke und liberale Oppositionelle werden mitunter als "zionistische Agenten" oder westliche Spione verunglimpft, die oppositionellen SozialistInnen mal als "rote Kapitalisten", mal als "liberal-bolschewistische Landesverräter tituliert". Auch LGBT-Gruppen und FeministInnen werden regelmäßig verunglimpft und in ihrer Arbeit massiv beeinträchtigt. Nicht zuletzt gelang es Fidesz, die Meinungs- und Pressefreiheit massiv zu beschneiden.

75

80

85

90

Ein weiteres Problem stellt die offene Pogrom-Stimmung in weiten Teilen Ungarns gegen Sinti und Roma sowie JüdInnen dar. Im Jahr 2009 wurden alleine neun als "Zigeuner" abgewertete Menschen ermordet, Übergriffe gegen eben jene Minderheiten gehören zur Tagesordnung. Eine besondere Rolle hierbei spielen faschistische Milizen, die oftmals verflochten sind mit der Jobbik-Partei. Die staatlichen Behörden fördern mit ihrem Gefasel

95 von "Zigeunerkriminalität" die aufgeladene Stimmung noch und bereiten damit den rechten
Schlägern bereitwillig den Boden. Wie wenig die eh schon schwache liberale
Zivilgesellschaft dem entgegensetzen kann, beweist das Niederschreien des Budapester
Oberbürgermeisters Demszky während der Gedenkfeierlichkeiten zur Revolution von 1948
100 im März 2012: "Judenschwein, Judenschwein, in die Donau mit dir." Die Minderheit der
Sinti und Roma weiß sich nach Abschaffung ihrer Minderheitenrechte gegen rechte Gewalt
nicht anders zur Wehr zu setzen, als eigene Milizen auszuheben - all dies mitten im Europa
des Jahres 2012.

105 **Die Reaktionen auf den ungarischen Rechtsruck**

In Ungarn selber scheint derzeit niemand wirklich in der Lage, der Regierung Orban
effektiv entgegentreten zu können. Die SozialistInnen sind auch in Folge ihrer Sparpolitik
110 ab 2008 abgewählt worden und im Zuge der antisemitischen Propaganda gegen sie in
weiten Teilen der Bevölkerung diskreditiert. Die oftmals aus dem stalinistischen Spektrum
stammenden Gewerkschaften sind zum Teil zu den Rechten übergelaufen. Eine liberale
Gegenöffentlichkeit gibt es kaum, wie der Prozess gegen sechs oppositionelle ungarische
Philosophen in 2011 beweisen konnte.

115

Auf der Ebene der Europäischen Union ist es bisher erst zwei Mal zu einem wirklichen
Aufschrei gegen die Orban-Regierung gekommen: Zum einen kam es (richtigerweise) zu
einer massiven Kritik an der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit in Ungarn.
120 Zum anderen - und das wesentlich häufiger - wurde Orban für seinen Widerstand gegen die
neoliberale Sparpolitik in Europa gerügt. Wolfgang Schäuble soll ihm auf einer Konferenz
in Budapest sogar zugesichert haben, Ungarn bekäme keine außenpolitischen Probleme,
wenn es die europäischen Sparvorgaben einhalte. Die Europäische Volkspartei (EVP), der
Orbans Partei angehört, macht bisher keinerlei Anstalten, notwendigen Druck auf die ihre
125 Schwesterpartei auszuüben. Die Europäische Union hat es bisher nicht für nötig befunden,
der "nationalen Revolution" in Ungarn auch nur irgendetwas entgegenzusetzen - hier gilt
anscheinend die Schäuble zugeordnete Ansage, solange die Austeritätspolitik nicht
beeinträchtigt werde, sei alles andere egal.

130

Die Jusos fordern daher:

1. Die Europäische Volkspartei (EVP) wird aufgefordert, von ihrer Schwesterorganisation
135 Fidesz sich zu distanzieren und Nationalismus bzw. Rechtspopulismus eine klare Absage
zu erteilen.

2. Die Europäische Union hat dem ungarischen Rechtsruck wirkungsvolle Maßnahmen
140 entgegenzusetzen. Es gilt, die Minderheiten der Sinti und Roma, die ungarischen JüdInnen
und andere von den Völkischen diskreditierten Gruppen vor staatlicher Diskriminierung
und "außerparlamentarischer" Verfolgung zu schützen. Die EU darf kein nationalistisches
Regime in Europa tolerieren und hat massiven politischen Druck auf Ungarn auszuüben.
Die Fraktion der Sozialisten und Demokraten im EU-Parlament hat entsprechende

145 Maßnahmen zu initiieren.

3. Auch die Bundesrepublik Deutschland kann eine offen völkische Regierung in unmittelbarer Nachbarschaft nicht akzeptieren. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat adäquate Schritte einzuleiten, Menschen- und BürgerInnenrechte sowie die Demokratie in Ungarn zu schützen. Hier gilt es, auch koordiniert mit der supranationalen Ebene der EU vorzugehen.

4. Die Sozialdemokratische Partei Deutschland muss auf allen politischen Ebenen Druck auf Ungarn ausüben. Darüber hinaus gilt es, linke, liberal-demokratische und andere oppositionelle PartnerInnen in Ungarn politisch zu unterstützen.

20 Jahre danach: Rassismus konsequent entgegentreten!

5 In der Nacht vom 22. auf den 23. November 1992 griffen zwei Neonazis zwei Wohnhäuser in Mölln mit Molotow-Cocktails an. Die beiden 10 und 14 Jahre alten Mädchen Yeliz und Aise Yilmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan starben im Feuer, im zweiten Haus wurden neun Menschen schwer verletzt. Noch während das Feuer gelöscht wurde, gingen Bekenner_innenanrufe bei der Polizei ein, die mit "Heil Hitler" endeten. Die Täter waren inspiriert durch die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda.

10 Nicht nur die erneuten Hakenkreuz-Schmierereien in Mölln Anfang November 2012 oder die Morde des "Nationalsozialistischen Untergrunds" zeigen uns, dass die Kette rechtsextremistischer Morde, Gewalttaten und Übergriffe nicht abzureißen scheint. Vielmehr scheinen die rechtsradikalen Aktivitäten seit einigen Jahren wieder zuzunehmen.

15 Die Anschläge von Mölln reihen sich in die Vielzahl der rassistischen und menschenfeindlichen Anschläge der 90er Jahre ein und zeigen uns: Neonazismus und Rassismus waren keineswegs nur ein Problem in Ostdeutschland! Es hat uns aber auch gezeigt, wie offen Rassismus geäußert und in die Tat umgesetzt wird.

20 Nun jähren sich die Anschläge in diesem Jahr zum 20. Mal und wir müssen uns fragen: Was hat sich verändert?

Das Vergangene ist nicht tot, es ist noch nicht einmal vergangen.

25 Man geht mittlerweile von 182 Toten durch Nazis aus. Das hat uns gezeigt: Niemand ist vor den Gewalttaten der Nazis sicher - auch heute nicht. Für uns bedeutet es konkret, dass wir den Kampf gegen Rechts entschlossen fortsetzen müssen und dass die Erinnerung an all diejenigen, die ermordet wurden, nicht vergehen darf.

30 Rassismus tötet - Mölln ist kein Einzelfall!

35 Wir müssen nicht nach Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen oder Mölln schauen, um zu sehen, dass Rassismus tötet und menschenfeindliches Gedankengut sich durch alle Kreise der Gesellschaft zieht. Wir stoßen überall und in den unterschiedlichsten Situationen auf Ressentiments und Stigmatisierung. Wir tragen eine Verantwortung, immer wieder aufzuzeigen, dass es sich eben nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass sich Übergriffe wie ein roter Faden durch die Geschichte ziehen. Dem gilt es, entschieden entgegenzutreten!

40 Gemeinsam leben - Die Internationale Begegnungsstätte

Vielerorts wird die Erinnerung aufrecht erhalten. Als Zeichen der Demokratie und des Miteinanders ist das angezündete Haus in Mölln mittlerweile eine internationale Begegnungsstätte für interkulturelles, demokratisches Zusammenleben geworden. Sie bietet

45 Raum, dem Geschehenen zu gedenken und mahnt vor jedem aufkeimenden Rassismus.
Es ist unsere Aufgabe, als Jusos Rassismus schon in seinen Anfängen zu bekämpfen!

||||||| BUNDESKONGRESS IN NÜRNBERG, 6.-8.12.2013 |||||

MORGEN LINKS *leben*

BESCHLUSSBUCH

**BUNDESKONGRESS DER
JUNGSOZIALISTINNEN 2013**

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:

KoKoS

Das KonferenzKoordinationsSystem
KoKoS 2.3, © 2013 Fabian Parsch

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.	6
-----	----------------	---	---

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand	Berufliche Weiterbildung	22
B 10	Saarland	Politischer Streik	29
B 13	Bremen	U25-Sondersanktionen abschaffen	32

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand	Berufliche Ausbildung	34
C 2	Nordrhein-Westfalen	Inklusion – Von Anfang an dabei sein	44

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen

D 1	Berlin	Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!	52
D 3	Braunschweig	Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!	60

E Europa, Frieden & Internationales

E 1	Bundesvorstand	Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014	65
E 7	Bayern	TTIP – so nicht!	72
E 10	Hannover	Kein Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr !	73
E 19	Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz	Die Fesseln der	74

F Feminismus, Gleichstellung & Gender

F 2	Berlin	Trans*rechte sind Menschenrechte!	82
F 4	Baden-Württemberg	Konservative Familienbilder aufbrechen - Moderne Familienpolitik gestalten!	91
F 6	Sachsen-Anhalt	Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen	93

G Generationen, Rente, Soziales & Gesundheit

G 1	Nordrhein-Westfalen	Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik	95
G 3	Weser-Ems	Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten	98

N Netzpolitik, Datenschutz, Inneres & Justiz

N 1	Bayern	Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen	102
N 2	Berlin	Konsequenzen aus dem NSA-Skandal	108
N 6	Sachsen	Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten	112

S Sonstiges

S 7	Schleswig-Holstein	Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!	115
-----	--------------------	---	-----

W Wirtschaft, Finanzmärkte & Kapitalismuskritik

W 1	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand	Europäische Steuerpolitik	118
W 3	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand	Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und vereinfachen	122

INI Initiativanträge

INI 2	Sachsen, Bayern, Berlin, Bremen, NRW, Rheinland- Pfalz, Saarland, Hannover, Weser-Ems, Braunschweig, Thüringen	Zukunft gestalten geht anders!	127
INI 4	Bundesvorstand	Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014 - Heraus zum 8. März!	132

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

A **Arbeitsprogramm**

A 1	Bundesvorstand Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.	6
------------	---	----------

Titel Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm
der Jusos 2013 - 2015.

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Morgen Links Leben Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2013 - 2015.

1

2 **1. Prolog: Wie Wir leben wollen?**

3

4 Eine gerechte Gesellschaft bedeutet für uns, in einer Welt zu leben, in der jeder Mensch sich
5 frei entfalten kann, beste Bildung genießt, und einen erfüllenden Beruf ausüben kann, der
6 genug Zeit für Familie, Ehrenamt und Selbstentfaltung bietet. Haus- und Erwerbsarbeit wird
7 dabei gerecht insbesondere zwischen Männern und Frauen aufgeteilt. Dabei wird für
8 Erwerbsarbeit ein
9 gerechter Lohn gezahlt. Privat lebt jede und jeder nach seinen Vorstellungen, man kann sich
10 stets weiterentwickeln und verändern. Wir leben in Einklang mit unserer Umwelt und unseren
11 Nachbarn. Wir wünschen uns, dass Europa und die Welt zusammenwächst und Frieden ist. Das
12 ist für uns der demokratische Sozialismus. Das dieses Idealbild noch nicht für alle
13 Menschen verwirklicht ist, ist klar. Doch wir werden nicht aufgeben für unsere Ideale zu
14 kämpfen, zu streiten. Unser Ziel ist es, das kapitalistische System zu überwinden. Damit wir
15 endlich morgen links leben.

16

17 **2. Analyse: Die Krise des Kapitalismus**

18

19 **a. Vier Jahre Stillstand in Deutschland und Rückschritt in Europa**

20

21 In den letzten Jahren tobte in Europa eine der schwersten Wirtschaftskrisen der
22 Nachkriegsgeschichte, in Deutschland herrscht aber nach wie vor der Eindruck, davon nicht
23 betroffen zu sein. Die Rettung von Banken und Finanzmärkten hat in Europa viele
24 Volkswirtschaften überfordert und gepaart mit den strukturellen Ungleichgewichten in Europa an
25 den Rand des Bankrott geführt. Der einzige Ausweg war die Hilfe für andere Euro-Länder, die
26 aber nur zu drakonischen Bedingungen erteilt wurde. In Europa herrscht der Sparwahn, die
27 Konjunktur kommt nicht in Tritt. Die von Deutschland dominierte Europapolitik bietet keine
28 Aussicht auf Besserung. In Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so hoch wie noch nie, in den
29 besonders hart betroffenen Ländern wie Griechenland und Spanien fehlt für mehr als die Hälfte
30 der jungen Menscheneine Zukunftsperspektive. Ohne einen neuen Ansatz für eine langfristig
31 tragbare Wirtschafts- und Sozialordnung in Europa wird die Krise weiter andauern und auch
32 Deutschland mit hineinziehen. Momentan kann der wirtschaftliche Einbruch noch mit Exporten
33 nach Nordamerika und Ostasien kompensiert werden, aber auch in diesen Regionen ist die
34 wirtschaftliche Situation fragil. Viele unserer Ansprüche an Europa, ein solidarisches
35 Miteinander, demokratischere Entscheidungsprozesse oder Investitionen Bildung und
36 Infrastruktur haben sich in den vergangenen Krisenjahren zum schlechteren entwickelt.

37

38 Insbesondere im Wahlkampf wurde immer wieder betont, wie gut Deutschland dastehe. Dies

39 gibt die Realität aber nur zu einem Teil wieder, denn die Gesellschaft driftet auch in
40 Deutschland immer weiter auseinander. Wenn auch durch den Export getragen neue
41 Arbeitsplätze entstehen, entsprechen sie doch viel zu oft nicht unserer Vorstellung von „Guter
42 Arbeit“. Lohndumping, Werkverträge, Zeit- und Leiharbeit greifen immer weiter um sich und
43 prekarisieren den Arbeitsmarkt. Davon sind insbesondere junge Menschen betroffen. Für sie
44 bieten solche Beschäftigungsverhältnisse keine Grundlage für den Aufbau der
45 existenzsichernden Zukunft. In einigen Bereichen ist sogar jede Errungenschaft des Kampfes
46 für ArbeitnehmerInnenrechte verschwunden und man kann eher von Sklaven-, als von
47 Erwerbsarbeit sprechen. Bisher fehlt der Politik der Wille und den Gewerkschaften die Kraft,
48 diese Missstände anzugehen. Gleichzeitig wächst in Deutschland aber auch der Reichtum
49 weiter. Die Grenzen innerhalb der Gesellschaft werden nicht nur immer höher, sondern treten
50 auch immer deutlicher zutage. Im alltäglichen Leben wird dies zum Beispiel bei der
51 Ausdifferenzierung von Wohnquartieren, der zunehmenden Entstehung von privaten
52 Bildungseinrichtungen oder auch die Verweigerung der Reichsten an der Beteiligung der
53 Finanzierung der Solidarsysteme deutlich.

54

55 Alle Reformen der letzten Jahrzehnte erfolgten mit, bzw. durch die SPD. Diese hatten einige
56 Folgen, die nicht hinzunehmen sind. Auch die nun von der SPD beschlossenen
57 Nachbesserungen reichen nicht aus, um die Sozialsysteme tragfähig zu machen. Die heutige
58 Arbeitsmarktpolitik setzt fast ausschließlich auf das Einfordern von Engagement und Druck auf
59 das Individuum, ohne die notwendige Förderung zu leisten. Im Gesundheitsbereich herrscht ein
60 Zweiklassensystem bei dem der Leistungskatalog für gesetzlich Versicherte weiter schmilzt und
61 die Belastung für ArbeitnehmerInnen und Patienten steigen. Durch die derzeitige Aufstellung
62 des Rentensystems drohen Armutsrenten und ein so niedriges Niveau, dass die Zweifel am
63 Generationenvertrag weiter wachsen. Die Pflegeversicherung ist unterfinanziert und deckt denn
64 schnell wachsenden Bedarf bei weitem nicht mehr ab.

65

66 Der Sozialstaatsanspruch geht heute aber über die bloße Absicherung von Notsituationen
67 hinaus. Repressive Sanktionssysteme – wie mit dem sogenannten Hartz IV-Gesetz eingeführt –
68 widerspricht ihm gänzlich. Gerade bei Bildung, Kinderbetreuung oder kulturellen Angeboten hat
69 es jedoch nur
70 schleichende Fortschritte gegeben. Die Bereitstellung solcher Angebote obliegt zumeist den
71 Kommunen und gerade denen fehlt das Geld um öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten.
72 Die Schuldenbremse verhindert den Handlungsspielraum für Bund und Länder und sorgt dafür,
73 dass wichtige Investitionen in Infrastruktur nicht getätigt werden können. Ganz besonders
74 deutlich wird dies bei der Energiewende, wobei deren Umsetzung nicht nur an fehlenden
75 finanziellen Mittel hakt, sondern auch an der miserablen politischen Gestaltung und fehlender
76 öffentlicher Akzeptanz einzelner Projekte.

77

78 **b. Stockende gesellschaftliche Erneuerung und Versagen der Sicherheitsorgane**

79

80 Von einer Gesellschaft, die allen Menschen frei und selbstbestimmt ermöglicht, ihren eigenen
81 Lebensentwurf zu verwirklichen sind wir nach wie vor weit entfernt. Beim Thema Gleichstellung
82 von Frauen hat sich in den letzten Jahren kaum etwas bewegt. Noch immer verdienen Frauen
83 ca. 22% weniger als ihre männlichen Kollegen, noch immer sind Frauen kaum in Aufsichtsräten
84 und Vorständen repräsentiert, noch immer arbeiten Frauen häufiger unter prekären
85 Verhältnissen, noch immer wird Familienarbeit fast ausschließlich von Frauen geleistet. Und mit
86 dem Betreuungsgeld setzte schwarz-gelb ihrem Gesellschaftsbild von vorgestern die Krone auf.
87 Überholte Rollenvorstellungen engen alle Menschen in ihrer individuellen Lebensgestaltung ein.
88 Auch für die Gleichstellung von homosexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen
89 besteht nach wie vor deutlicher Handlungsbedarf. Diskriminierungserfahrungen gehören zum
90 Alltag und auch bei gesetzlichen Regelungen sind homosexuelle Menschen weiterhin schlechter
91 gestellt. Die vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen Anpassungen können nicht darüber
92 hinwegtäuschen, dass nach wie vor eine eklatante Benachteiligung von homosexuellen Paaren
93 stattfindet, zum Beispiel im Steuerrecht und im Adoptionsrecht.

94

95 Zu einem freien und selbstbestimmten Leben gehört ein Leben ohne Angst. Nach der
96 Aufdeckung der Verbrechen, die der Nationalsozialistische Untergrund begangen hat, und den
97 quälenden Antworten, die der NSU-Untersuchungsausschuss hervorbringt, muss dies in den
98 Ohren von Menschen mit Migrationshintergrund wie Hohn klingen. Neonazis wurden strukturell
99 und finanziell unterstützt, die Gefahr von rechts kontinuierlich verharmlost. Hinzu kommen

100 Staatsorgane, die Opfer und ihre Freunde und Familien jahrelang diffamiert und mit
101 ungerechtfertigten Anklagen konfrontiert haben. Es war die Rede von Türken-Mafia oder
102 Drogenkriminalität, worin sich die Opfer verstrickt hätten sollen. Das zeigt auch: Rassismus in
103 Deutschland ist kein Randphänomen, das an den sogenannten "rechten Rand" der Gesellschaft
104 verschoben werden kann. Er ist tief in der Mitte der Gesellschaft verankert und hat Struktur
105 sowie Methode. Der Kampf gegen das Extremismusdogma muss fortgesetzt werden.

106

107 Fehlendes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und den Verfassungsschutz sind nicht nur eine
108 Konsequenz aus den Aufdeckungen im Rahmen des NSU-Untersuchungsausschusses,
109 sondern auch aus den Enthüllungen von Edward Snowden über die flächendeckende
110 Überwachung unserer Kommunikationsverbindungen. Diese haben einen massiven Angriff auf
111 unsere Grundrechte offenbart. Die Enthüllungen haben deutlich gemacht, dass staatliche
112 Geheimdienste in einem ungeheuren Umfang in grundrechtsrelevanten Bereichen aktiv sind
113 und dabei in keiner Weise demokratisch kontrolliert werden. Ein riesiger Teilbereich des Staates
114 ist somit nicht demokratisch legitimiert. Mit dem Wegschauen und Achselzucken muss nun
115 endlich Schluss sein!

116

117 **c. Kampf um neuen Hegemonien im globalen Kapitalismus**

118

119 In den letzten beiden Jahren haben die Weiterentwicklung und das oftmalige Scheitern der
120 Demokratiebewegungen in der Arabischen Welt die globale Landschaft am augenfälligsten
121 geprägt. Die anfängliche Freude über die Umwälzung autoritärer Regime ist in vielen Ländern in
122 eine regressive Tendenz umgeschlagen: entweder hin zu neuen Autokratien vielfach
123 islamistischer Prägung oder in gewaltsame Bürgerkriege. Allen voran in Syrien zeugen über
124 hunderttausend Tote und Millionen Flüchtlinge vom blutigen Kampf um die Vorherrschaft in einer
125 neuen Phase der Weltgeschichte. Das Scheitern der sogenannten Internationalen
126 Gemeinschaft und ihrer gegenwärtigen Institutionen, am klarsten dokumentiert im
127 völkerrechtlichen Tabubruch eines grausamen Giftgaseinsatzes, verbunden mit den
128 monatelangen Unklarheiten über die friedensstiftende Rolle UN, hat die Welt an den Rande
129 einer unilateralen militärischen Intervention gebracht. Gerade als es besonders gebraucht
130 wurde, bewies das derzeitige kollektive Sicherheitssystem erneut seine anachronistische und
131 ineffiziente Struktur.

132

133 In den UN haben die Schwellenländer keine angemessene Vertretung. Hingegen sind die
134 großen Schwellen- und spät industrialisierten Länder mittlerweile wichtige Akteure in der
135 globalen Klimapolitik, Finanzpolitik oder als auch neue Geberländer in der internationalen
136 Entwicklungszusammenarbeit. Der Übergang vom Hegemonialkartell der G8 zum neuen
137 Hegemon der G20 stellt exemplarisch die klassischen Nord-Süd-Verhältnisse in Frage. An
138 deren Stelle tritt ein erneuertes Modell von Zentrum und Peripherie im kapitalistischen
139 Weltsystem. Dieser Aufstieg vieler Schwellenländer geht oft mit innergesellschaftlichen sozio-
140 ökonomischen und politischen Verwerfungen einher, die in den letzten Jahren zu heftigen
141 sozialen Protesten geführt haben, etwa in Brasilien oder der Türkei. Die Veränderung des
142 kapitalistischen Weltsystems und die Neuordnung der Hegemoniefrage führt keinesfalls
143 zwangsläufig zu einer Demokratisierung und gerechteren Verteilung, eröffnet aber
144 Möglichkeitsräume für eine wirkmächtige Politik der internationalen Solidarität.

145

146 Mit all diesen Problemen und Entwicklungen werden wir Jusos uns weiter auseinandersetzen
147 indem wir diese Themen medial in der Öffentlichkeit begleiten und gleichzeitig innerhalb der
148 Partei unsere Inhalte und Standpunkte platzieren, damit die Jusos auch außerhalb ihrer
149 zentralen Arbeitsthemen in der Öffentlichkeit und eignen Partei wahrgenommen werden. In
150 den nächsten zwei Jahren stellen jedoch die folgenden Herausforderungen die zentralen
151 Ansatzpunkte unserer Arbeit dar:

152

153 **d. Zerstörung der Ökosysteme und Konzentration der Energieversorgung**

154

155 Die Begrenztheit der Rohstoffe und Erhaltung von Atmosphäre, Meere und Böden bilden den
156 ökologischen Rahmen unserer Produktionsmöglichkeiten. Dieser Rahmen ist gestaltbar und
157 erweiterbar, aber nicht unendlich. Die zunehmende Verknappung zentraler fossiler Ressourcen
158 wird global und vor allem regional zu Engpässen und Preissteigerungen führen. Das
159 Produktionsmaximum leicht verfügbaren Öls („Peak Oil“) wird unsere fossil geprägte
160 Gesellschaft (Produktion, Wohnen, Mobilität) massiv verändern. Das zentrale ökologische

161 Problem ist jedoch die Erschöpfung der Tragfähigkeit der natürlichen Senken, d.h. Atmosphäre,
162 Böden, Ozeane. Der Klimawandel, der Verlust an Biodiversität, die Übersäuerung der Meere
163 und Stickstoffüberschüsse der Böden gefährden die Erdsystemprozesse und verändern sie
164 dauerhaft und teilweise irreversibel. Diese ökologischen Herausforderungen fordern schleuniges
165 und weitreichendes Umsteuern.

166

167 Gleichzeitig ist die Weltgesellschaft vielfach von wachsenden Ungleichheiten und einer
168 Polarisierung der Einkommensverteilung geprägt. Auch die zunehmenden internationalen
169 ökonomischen Verflechtungen und die damit einhergehende Globalisierung haben die
170 wachsende globale Ungleichheit und die persistente Armut nicht eindämmen können. Der
171 Freihandelsfetisch der WTO sicherte in erster Linie die Eigentumsrechte und Interessen
172 international agierender Konzerne. Der Energiebedarf der Industriestaaten ist in den letzten
173 Jahren nicht gesunken, sondern noch gestiegen. Gleichzeitig benötigen Entwicklungs- und
174 Schwellenländer immer mehr Energie, um ihren wachsenden Bedarf zu decken. Vor allem
175 reiche Staaten versuchen daher, ihre Versorgung sicherzustellen und in den
176 energieversorgungsbedingten Konflikten die Handlungshoheit zu behalten.

177

178 Objektive ökologische Handlungszwänge haben verbunden mit dem Druck fortschrittlicher
179 sozialer und politischer Kräfte in Deutschland und weltweit zu einem beginnenden Umsteuern in
180 der Energieproduktion und -versorgung geführt: der Energiewende. Doch der Wechsel im
181 bestehenden System bringt hohe Investitionskosten mit sich. Energiegroßkonzerne ziehen ihre
182 Macht und somit auch ihren Profit aus dem bestehenden Energieproduktionssystem und sind
183 entsprechend hartnäckig. VerbraucherInnen werden durch dieses System und die fehlenden
184 Alternativen in Abhängigkeit getrieben.

185

186 **e. Prekarisierung und Erosion des Normalarbeitsverhältnisses**

187

188 Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt.
189 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und das Normalarbeitsverhältnis sind unter Druck
190 geraten. So genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse aber auch die Ausgliederung
191 zahlreicher Tätigkeiten in Werkverträge greifen um sich. Ausbildungs- und Erwerbsbiographien
192 „zersplittern“ immer stärker. Das alte Modell der Betriebszugehörigkeit von der Lehre bis zur
193 Rente wird zur Ausnahme. Mit der Deregulierung von Leiharbeit und der Förderung von
194 geringfügigen Arbeitsverhältnissen ist in Deutschland ein staatlich geförderter und
195 subventionierter Niedriglohnsektor geschaffen worden. Die Veränderungen auf dem
196 Arbeitsmarkt sind dabei so gravierend, dass bestehende Regulierungssysteme und
197 Schutzmechanismen in vielen Branchen an ihre Grenzen geraten. Das Flächentarifsystem ist
198 unter Druck und das System einer regulierenden Sozialpartnerschaft in zentralen Bereichen von
199 Arbeitgeberseite aufgekündigt.

200

201 Immer mehr lang erkämpfte Mitbestimmungsrechte geraten unter Druck. Betriebliche Solidarität
202 nimmt unter dem Eindruck von zersplitterten Erwerbsbiographien und zunehmend
203 konkurrierenden Tarifgruppen immer weiter ab.

204

205 **f. Die Widersprüche der Europäischen Integration**

206

207 Seit dem Heidelberger Programm von 1925 zählen die „Vereinigten Staaten von Europa“ zum
208 programmatischen Kernbestand der SPD. In der heutigen Situation aber rächt sich, dass die
209 gesellschaftlichen Linke nicht hart genug an einer überzeugenden Erzählung über die Zukunft
210 der Europäischen Union gearbeitet hat. Das hat einerseits die aus der Banken- und Finanzkrise
211 hervorgegangene Krise in der Eurozone gezeigt, die von den
212 Neoliberalen und Konservativen zur Schuldenkrise umgedichtet wurde. Andererseits ist es nicht
213 hinreichend gelungen, den Wert eines offenen Europas der Freizügigkeit zu begründen, als
214 Konservative und Nationalisten Schengen einschränken und die Grenzen wieder hochziehen
215 wollten. Die SPD will die Krise mit einem solidarischen Europa überwinden, weiß aber noch
216 nicht hinreichend, welche Rechte dieses haben soll, wie es funktionieren soll und was wir ihm
217 anvertrauen. Diese Visionslosigkeit stützt den Status Quo in der EU: eine strukturell liberale
218 Konstruktion, die die abhängig Beschäftigten der Mitgliedsstaaten zueinander in
219 Dumpingkonkurrenz stellt und Kapitalbesitzende und Vermögende schützt.

220

221 **3. SPD und Jusos heute**

222

223 **3.1. Die SPD nach den Bundestagswahlen 2013**

224

225 Die Bundestagswahl 2013 war für die SPD ein Misserfolg. Die Opposition der SPD gegen vier
226 Jahre schwarz-gelbe Politik zugunsten Weniger gegen die Interessen Vieler in diesem Land und
227 einem Großteil der EU-Mitgliedsstaaten war nicht hinreichend erkennbar.

228

229 In den letzten vier Jahren ist es auch dank uns Jusos gelungen, die programmatische und
230 inhaltliche Erneuerung in der SPD anzustoßen. Die Bundestagswahl zeigt: die SPD wurde
231 vor allem aufgrund ihres Programms und ihrer Positionen gewählt. Deshalb ist es unerlässlich,
232 die SPD auch weiterhin auf ihr Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit einzustehen zu
233 verpflichten, und ihre Programmatik dahingehend weiterzuentwickeln.

234

235 Das Ergebnis zeigt aber auch: die SPD konnte die verlorene Glaubwürdigkeit, auch bei unseren
236 früheren StammwählerInnen, noch nicht zurückgewinnen. Kurz gesagt: man glaubt uns nicht,
237 was wir sagen. Und es fehlt das dauerhafte Zutrauen der Menschen, dass die SPD die von
238 vielen Menschen unterstützte Programmatik unter Druck von Lobbyinteressen und unter Druck
239 des politischen Gegners auch verlässlich umsetzt. Dieser Mangel an Glaubwürdigkeit ist eine
240 Spätfolge der Agenda-Periode und der Großen Koalition von 2005-09.

241

242 Zudem mangelt es der SPD an einer glaubwürdigen Machtperspektive jenseits der Union. Die
243 SPD ist zum zweiten Mal hintereinander ohne realistische Machtperspektive in eine
244 Wahlauseinandersetzung gegangen – und hat zum zweiten Mal krachend verloren. Wir
245 begrüßen deshalb, dass im Beschluss des Bundesparteitags im November auch die Linkspartei
246 als möglicher Partner für künftige Regierungsbildungen genannt worden ist. Niemals wieder darf
247 sich die SPD

248 bereits im Vorfeld die Möglichkeit verbauen, eine Mehrheit jenseits der Union zu nutzen. Die
249 fraglos vorhandenen Differenzen mit der Linkspartei müssen in einem strategisch konzipierten
250 Dialogprozess thematisiert und verhandelbar gemacht werden. Es ist Aufgabe der Jusos dies in
251 den nächsten Jahren konsequent einzufordern und vorzuleben.

252

253 **3.2. Situation der Jusos**

254

255 Auch bei dieser Bundestagswahl haben die Jusos wieder einen eigenständigen
256 Jugendwahlkampf geführt. Mit unserer Kampagne „Zeit. Für dich. Für Gerechtigkeit.“ ist es uns
257 gelungen deutliche Zuwächse für die SPD zu erzielen, wobei die Ansprache von jungen Frauen
258 noch verbessert werden kann.

259 Das Wahlergebnis hat aber auch gezeigt, dass es keine linke Mehrheit unter den
260 JungwählerInnen gibt. Hiermit müssen wir uns in den nächsten zwei Jahren auseinandersetzen
261 und weiter an unserem Gesellschaftsentwurf für ein gutes linkes Leben arbeiten.

262

263 Aber auch unser Verband muss sich kontinuierlich weiterentwickeln. Die Potentialanalyse hat
264 gezeigt, unsere Mitglieder sind jünger, Jusos übernehmen schneller auch Funktionen in der
265 SPD und die Zeit, die für die Juso-Arbeit aufgebracht werden kann, wird angesichts von
266 stärkeren Anforderungen in Schule, Studium und Beruf weniger. Vieles ist uns in den letzten
267 Jahren schon gelungen: Der Basiskongress bietet mehr Möglichkeiten, direkt an den
268 Diskussionen der Bundesebene teilzuhaben. Auch der Jugendwahlkampf hat gezeigt, dass es
269 uns mit einem zeitgemäßen Auftreten nicht nur gelingen kann, uns selbst zu motivieren,
270 sondern auch Zustimmung bei jungen Menschen außerhalb unseres Verbands zu finden. Daran
271 gilt es weiterzuarbeiten: In der Öffentlichkeitsarbeit genauso wie bei unserer internen
272 Kommunikation und innerverbandlichen Beteiligung an der Meinungsbildung. Mit den
273 Zukunftswerkstätten wollen wir den gesamten Verband in den nächsten zwei Jahren stärker
274 einbeziehen und gemeinsam unseren solidarischen, linken Gesellschaftsentwurf
275 weiterentwickeln.

276

277 Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf das Thema Frauen bei den Jusos legen. Noch
278 immer treten viel weniger Frauen ein, noch immer bekleiden Männer die große Mehrzahl der
279 wichtigen Posten bei den Jusos. Aktive Frauen werden
280 häufig gedrängt, mehrere Funktionen gleichzeitig zu übernehmen, woraus
281 eine hohe Arbeitsbelastung der wenigen aktiven Frauen resultiert. Wir brauchen mehr Frauen in
282 der ersten Reihe!

283

284 4. **Zukunftswerkstatt 2013 – 2015: Ein gutes linkes Leben für Alle**

285

286 Nach dem Bundestagswahlkampf und einem enttäuschenden Ergebnis für die SPD gilt es für
287 uns nun in die Zukunft zu blicken. Denn unsere Gesellschaft wird vielfältiger, Lebensentwürfe
288 sind heute pluralistischer und individueller. Gleichzeitig sind auch die Antworten auf die
289 drängenden gesellschaftlichen Fragen individualisiert worden. Für viele, auch in der Linken,
290 geht es darum was der oder die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Dies
291 spiegelt sich zum Beispiel in der Diskussion um strategischen Konsum wieder. Was fehlt ist ein
292 konsistenter, linker, solidarischer Gesellschaftsentwurf.

293

294 Als sozialistischer Jugendverband ist es deshalb unsere Aufgabe auf diese Fragen zeitgemäße,
295 solidarische Antworten zu finden. Denn wir wollen allen Menschen ein gutes Leben
296 ermöglichen. Wir wollen, dass sie frei und selbstbestimmt entscheiden können, welche Richtung
297 sie einschlagen und wir wollen sicherstellen, dass die nötigen Voraussetzungen hierfür gegeben
298 sind. Gleichzeitig wissen wir: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft.
299 Es reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen
300 einzuräumen und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Das heißt auch, dass wir uns
301 dem immer noch vorherrschenden Trend zur grenzenlosen Individualisierung unserer
302 Gesellschaft nicht blind unterwerfen dürfen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die Aufgabe
303 eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte gesellschaftliche
304 Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht werden können. Das
305 heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlich Ausgeschlossenen,
306 Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance auf ein
307 selbstbestimmtes Leben haben, Solidarität auch bei den ökologischen Herausforderungen,
308 denn auch hier müssen starke Schultern mehr Lasten tragen als schwache. Und Solidarität
309 nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa. Ein gutes linkes Leben für
310 jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die Überwindung systematischer
311 gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.

312

313 Die zentrale Frage, die wir uns deshalb in den nächsten zwei Jahren stellen müssen heißt: Was
314 ist gutes Leben – wenn gutes Leben für alle etwas anderes ist? Wie können wir den Begriff der
315 Solidarität wieder bedeutsam machen? Was ist unser Zukunftsentwurf für eine solidarische und
316 selbstbestimmte Gesellschaft?

317

318 Hierfür werden wir Thesen erarbeiten, die sowohl breit im ganzen Verband diskutiert werden,
319 als auch mit MultiplikatorInnen und unseren BündnispartnerInnen. Der Juso-Bundesvorstand
320 richtet dafür in enger Absprache und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und
321 Bezirken 8 Zukunftswerkstätten aus. Begleitet wird der Diskussionsprozess durch unsere
322 Publikationen und Informationsmedien.

323

324 5. **Unsere Perspektivprojekte**

325

326 Neben den Zukunftswerkstätten, werden wir unsere inhaltlichen Schwerpunkte in drei Projekten
327 erarbeiten, die dreimal jährlich für ein ganzes Wochenende tagen. Diese
328 Verbandswochenenden finden im gesamten Bundesgebiet statt. Die Projekte heißen
329 „Transformation der Wirtschaftsweise“, „Zukunft der Arbeit“ und „Zukunft Europas“. Im Zuge des
330 „lila Fadens“ bearbeitet jedes Perspektivprojekt an jedem Verbandswochenende mindestens
331 einen Arbeitsblock ihres momentanen Arbeitsschwerpunktes zu gleichstellungspolitischen
332 Fragen. Die ebenfalls an jedem Wochenende stattfindende Verbandsdebatte findet zu aktuellen
333 politischen Fragestellungen statt.

334

335 Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und entwickeln diese
336 weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen Diskussionen
337 innerhalb der Partei auf oder stoßen neue an. In den Projekten sollen folgende Fragen
338 bearbeitet werden:

339

340 5.1. **Transformation der Wirtschaftsweise**

341

342 Die Grenzen der natürlichen Umwelt: Ressourcenknappheit

343

344 Wann und unter welchen Umständen werden Ressourcen knapp? Welche Szenarien sind
345 denkbar, welche realistisch? Wie gehen wir mit den sich aus den Szenarien ergebenden
346 Konsequenzen um? Welche Ziele zur höheren Ressourceneffizienz und Ressourcenschonung
347 haben wir, welche Mittel bevorzugen wir national/international? Wie können energie- und
348 ressourcenintensive Industriestandorte gestärkt werden ohne die sozialen und ökologische
349 Aspekte aus den Augen zu verlieren? Welche Perspektiven haben wir für eine Zeit nach der
350 Verfügbarkeit billiger fossiler Rohstoffe? Wollen wir eine post-fossile Gesellschaft und wie soll
351 sie aussehen? Welche weltweiten Instrumente und Mechanismen sind notwendig um die
352 gerechte und ökologisch nachhaltige Nutzung der vorhandenen Ressourcen und
353 (Rest)Bestände der ökologischen Senken zu regeln (Weltklimavertrag, Transferzahlungen,
354 Emissionshandel, Mitigation usw.)?

355

356 Nachhaltige Energiewirtschaft

357

358 Welche Möglichkeiten gibt es um im Rahmen der Energiewende die sich bietenden Chancen
359 eines neuen, nachhaltigen Wirtschaftens effektiv zu nutzen? Welche Rolle spielt der
360 Emissionshandel in einem solchen Konzept, und welche spielen CCS und CCR? Wie können
361 wir in die Energiewende unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit
362 gemäß gestalten? Welche Möglichkeiten bieten sich an, um die Energiewende zu fördern und
363 eine übermäßige Belastung von privaten VerbraucherInnen und Industrie effektiv zu vermeiden;
364 welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Großprojekte und ein System der dezentralen
365 Energieversorgung (Verstaatlichung, Genossenschaftsprojekte etc. ...)? Wie schaffen wir
366 Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz sowohl der Wirtschaft als auch der privaten
367 Haushalte? Wie können wir eine Energieversorgung jenseits von fossil- basierten Energie-
368 Oligopolstrukturen sichern?

369

370 Ungleichheiten überwinden statt fördern

371

372 Welche Möglichkeiten haben wir, um wirksame eine soziale Dimension von Entwicklung in den
373 Institutionen der Weltwirtschaftsordnung zu verankern? Wie genau stellen wir uns eine solche
374 soziale Dimension vor? Wie beurteilen wir Freihandelsabkommen und Fair-Trade, die Rolle der
375 Weltbank, der WTO und des Internationalen Währungsfonds? Wie begegnen wir
376 Ressourcenkonflikten mit den Mitteln ziviler Konfliktbearbeitung? Wie und mit welchen Folgen
377 kann im Zuge der Entwicklungszusammenarbeit das Auslassen fossiler und
378 naturzerstörerischer Entwicklungsschritte bewerkstelligt werden?

379

380 Entflechtung der Wirtschaftsstruktur und Demokratisierung der Wirtschaft

381

382 Wie können Monopole und Oligopole überwunden werden? Wie gehen wir mit Monopolen und
383 der öffentlichen Daseinsvorsorge um (u.a. Re-Kommunalisierungen)? Wie stehen wir zu
384 kommunalen Unternehmen und zu (Teil-)Privatisierungen? Welche Bedeutung haben
385 kommunale Wirtschaftsbetriebe sowie die Gemeinwirtschaft? Welche Rolle sollen
386 Genossenschaften und Belegschaftsunternehmen spielen? Wie kann betriebliche
387 Mitbestimmung gestärkt und wie können ArbeitnehmerInnen über langfristigen
388 Unternehmensentscheidungen maßgeblich entscheiden? Wie schaffen wir den Wandel vom
389 Shareholding zum Stakeholding? Welche Rolle haben öffentliche Banken im Hinblick auf die
390 Steuerung der Kapitalströme? Wie sieht unsere Idee der sozialökologische, demokratische
391 Rahmenplanung und Investitionslenkung aus? Welche Rolle können die regionale sowie die
392 europäische Ebene bei einer makroökonomischen Steuerungspolitik spielen?

393

394 **5.2. Zukunft der Arbeitswelt**

395

396 Arbeitsversicherung

397

398 Mit der Veränderung von Erwerbsbiographien muss auch eine Veränderung der Instrumente der
399 Absicherung von Erwerbslosigkeit einhergehen. Ausgehend von der Analyse, dass bei immer
400 mehr Brüchen in der durchschnittlichen Erwerbsbiographie eine Arbeitslosenversicherung, die
401 auch kurze Phasen der Arbeitslosigkeit stets mit dem Nimbus eines grundsätzlichen sozialen
402 Einbruchs versieht, nicht mehr die zeitgemäße Form von Absicherung bereit hält, ist die Idee
403 der Arbeitsversicherung geboren. Ihre konkrete Ausgestaltung steht aber in vielen Feldern noch
404 aus. Wie soll etwa eine materielle Unterstützungsleistung im Bedarfsfall aussehen? Wer ist

405 wann anspruchsberechtigt und welche Kriterien bestimmen die Leistungshöhe? Können
406 Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten einbezogen werden und wenn ja, wie? Wie können wir
407 echte berufliche Weiterentwicklungs- und Qualifizierungsangebote im Rahmen der
408 Arbeitsversicherung anbieten statt ArbeitnehmerInnen in teilweise nur begrenzt sinnvollen
409 Maßnahmen zu beschäftigen? Wie soll eine solche Versicherung finanziert werden?

410

411 Arbeitszeitverkürzung (& Entgrenzung)

412

413 Die zunehmende Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit und die erwartete dauernde
414 Verfügbarkeit der ArbeitnehmerInnen schafft eine neue Perspektive auf die alte Debatte um
415 Arbeitszeit. Wie können wir in Zukunft noch klare Grenzen ziehen zwischen Arbeit und Freizeit?
416 Welche Arbeitszeitmodelle garantieren eine Regulierung von Arbeitszeit unter den sich
417 wandelnden Bedingungen und Anforderungen der Arbeitswelt? Welche Modelle einer stärkeren
418 Lebensarbeitszeitorientierung halten wir für zielführend und sinnvoll? Ist eine stärkere
419 Bezugnahme in den Rentenversicherungssystemen auf die geleistete Lebensarbeitszeit
420 sinnvoll? Wir wollen auch die Debatte um die Verteilung der gesamtgesellschaftlichen
421 Arbeitsmenge wieder aufgreifen und neu führen. Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung
422 sind so aktuell wie nie.

423

424 Gleichstellung

425

426 Insbesondere wollen wir den Fokus der Diskussion auf Regulationsebenen legen, die in
427 unseren bisherigen Debatten eher zu kurz kamen. Dazu gehört zum Beispiel das Instrument
428 von tätigkeitsbezogenen tarifvertraglichen (Entgelt-)Eingruppierungssystemen, die in einigen
429 Branchen bereits heute die Schere zwischen gewerblichen und indirekten Bereichen geschlossen
430 hat, was erheblich zu einer Schließung der Geschlechterentlohnungsschere innerhalb der
431 jeweiligen Branchen beitragen kann.

432

433 **5.3. Zukunft Europas**

434

435 Die Sprachlosigkeit der europäischen Linken in der sogenannten Eurokrise offenbart ein
436 tieferliegendes Problem hinsichtlich einer linken Vision von Europa. Auch die europäische
437 Sozialdemokratie hat keine einheitliche Erzählung vom „Wohin?“ der Europäischen Integration
438 gefunden. Die „Finalitätsfrage“ nach dem anzustrebenden Zustand der Europäischen Union ist
439 unbeantwortet, sie wurde nachgeordnet und verdrängt. Selbst wir Jusos haben oft versucht sie
440 in einzelnen Politikfeldern isoliert zu beantworten. Hinter den Überschriften vom „sozialen
441 Europa“ stehen aber weiterhin offene Fragen zur Organisation eines solchen. Was sollen die
442 Vereinigten Staaten von Europa sein, welche Form von Föderalismus wollen wir, welchen
443 Kompetenzen sollen wo liegen, wie viel Souveränität soll unter welchen Umständen wohin
444 übertragen werden? Diese Fragen wollen wir für sich genommen und am Beispiel einzelner
445 Politikfelder debattieren:

446

447 Eurokrise

448

449 Die als Eurokrise bezeichnete Krise der Refinanzierung im Euroraum ist
450 noch lange nicht überstanden. Auch wenn bisher noch kaum wirtschaftliche Auswirkungen in
451 Deutschland zu spüren sind, bleibt die große Herausforderung Europa als Ganzes wieder auf
452 einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen. Zwar wurde immer wieder vereinbart und auch
453 beschlossen, dass neben den Sparzwang auch Impulse für Wachstum hinzukommen müssen,
454 diese sind aber genau wie die Finanztransaktionssteuer ausgeblieben. Die Eurorettung und
455 Krisenpolitik muss auf neue Füße gestellt werden, sonst wird sich Europa nicht zum Positiven
456 entwickeln. Es gilt, diese Anstrengungen weiterhin kritisch zu begleiten und eigene Vorschläge
457 zu entwickeln. Ein besonderes Augenmerk muss dabei von uns auf die Bekämpfung der
458 Jugendarbeitslosigkeit gelegt werden.

459

460 Demokratisierung der EU und Öffentliche Daseinsvorsorge

461

462 Wie kann das Europäische Parlament, welches direkt von den BürgerInnen gewählt und somit
463 legitimiert wird, gestärkt werden? Wie können die Kontrollmöglichkeiten der nationalen
464 Parlamente ausgebaut werden?

465

466 Wer bildet das europäische demos? Wo findet der öffentliche Diskurs statt? Es gilt zu
467 bestimmen, wie eine europäische Medienlandschaft aussehen könnte und wie
468 direktdemokratische Elemente und ein europäischer Wahlkampf helfen könnten, Europa zu
469 politisieren, um somit eine umfänglichere Legitimität zu erreichen. Denn für viele Menschen sind
470 die EU und ihre Richtlinien ein Raumschiff mit wenig Bezug zur Realität. Dass diese Vorstellung
471 falsch ist, wird nirgendwo deutlicher als im Bereich der (kommunalen) Daseinsvorsorge. Wir
472 wollen im Projekt regionale Strategien gegen Privatisierung und für Rekommunalisierung
473 diskutieren und konkrete Möglichkeiten dazu aufzeigen.

474

475 Gemeinsame EU-Außenpolitik

476

477 Bis heute hat die EU keine kohärente Außenpolitik entwickelt. Weder die EU, noch die
478 Mitgliedsstaaten, noch SPD oder Jusos haben Antworten auf die kritischen Fragen der
479 Außenpolitik. So ist die Frage der "Responsibility to Protect" letztlich nicht zu Ende diskutiert.
480 Auch ist die Verknüpfung von Entwicklungs- und Außenpolitik immer noch nicht in der Debatte
481 oder gar im Handeln der EU und der Mitgliedsstaaten angekommen. Wir wollen diese Frage
482 grundsätzlich diskutieren und für die Jusos eine entsprechende Position erarbeiten.

483

484 **6. Feminismus**

485

486 Wir Jusos sind und bleiben ein feministischer Richtungsverband. Wir setzen uns dafür ein, dass
487 Frauen in unserer Gesellschaft endlich gleiche Chancen bekommen. Wir wollen, dass alle
488 Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Wir wollen, dass Schluss ist mit der
489 Reproduktion von Rollenbildern und Stereotypen. Ein selbstbestimmtes Leben von Frauen ist
490 unser Ziel. Die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist dabei zentral für die Gleichstellung der
491 Geschlechter insgesamt.

492

493 Beim Thema Gleichstellung droht in den letzten Jahren jedoch ein gesellschaftlicher Rollback.
494 Das Thema Frauenpolitik wird – leider auch in der SPD – immer mehr auf Familienpolitik
495 reduziert. Selbstverständlich ist eine moderne Familienpolitik ein wichtiger Baustein. Die
496 grundlegenden Fragen des Patriachats, der Dominanz von überlieferten Rollenverständnissen
497 und die daraus folgende Diskriminierung vor allem von Frauen in allen Lebensbereichen
498 werden, dürfen jedoch nicht aus dem Blickfeld rücken. Wir Jusos müssen uns als eine
499 Organisation verstehen, die die Diskussion um Frauen- und Gleichstellungspolitik wieder
500 verbreitert. Dazu gilt es zunächst, uns inhaltlich fit zu machen. Denn auch bei uns gibt es viele,
501 die die Gleichstellung der Geschlechter für erreicht und Frauen- und Gleichstellungspolitik eher
502 für ein lästiges Ritual halten, das es zu beseitigen gilt. Deshalb müssen wir das Thema auch bei
503 den Jusos wieder breit zu verankern. Dazu ist es notwendig, das Thema Frauen und
504 Gleichstellung wieder als festen Block und/oder im Sinne des „lila Fadens“ als sich durch den
505 ganzen Ablauf ziehendes Querschnittsthema bei allen Seminaren, Veranstaltungen und
506 Publikationen zu verankern. Feminismus soll deshalb auch inhaltlich in alle drei Projekte
507 integriert werden. Jedes Perspektivprojekt bearbeitet dabei jedes Verbandswochenende
508 mindestens einen Arbeitsblock zu Gleichstellungspolitischen Fragen, ihres momentanen
509 Arbeitsschwerpunktes. Aber unser Verständnis von Feminismus reicht weiter. Längst nicht alle
510 Menschen sehen sich in einer der beiden Kategorien „Mann“ oder „Frau“. Unser langfristiges
511 Ziel ist die Überwindung dieser Kategorien und das Erreichen der Gesellschaft der Freien und
512 Gleichen. Dabei verkennen wir jedoch nicht, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung die
513 Menschen immer noch in diese Kategorien zwingt. Die Überwindung von
514 Geschlechterkategorien kann daher kein Argument gegen die Quote oder andere
515 frauenfördernde Maßnahmen sein.

516

517 Frauen nehmen bei den Jusos zu wenige und zu niedrige Ämter wahr, gleichzeitig müssen die
518 wenigen aktiven Frauen in unserem Verband Mehrfachbelastungen in Kauf nehmen, was deren
519 Arbeit erschwert oder behindert und auch abschreckend für neue weibliche Anwärterinnen ist..
520 Um mehr junge Frauen

521 in Führungspositionen zu bringen wollen wir Frauen gezielt fördern und vernetzen. Dafür
522 werden auf jeder Bundesveranstaltung Frauenvernetzungstreffen stattfinden. Auf jedem
523 Zukunftsprojektwochenende, auf jedem Seminar und Kongress. Ziel ist es, die Anzahl der
524 weiblichen Vorsitzenden in Landesverbänden und Unterbezirken deutlich zu erhöhen. Hier
525 wollen wir Unterstützung bieten. Gemeinsam mit der SPD wollen außerdem wir eine Strategie
526 entwickeln, wie wir vor allem mehr junge Frauen als Mitglieder für die SPD gewinnen können.

527

528 **7. Dialogwerkstätten für eine inklusive Gesellschaft**

529

530 Wir Jusos wollen eine inklusive Gesellschaft und eine vielfältige Gesellschaft, in der jedes
531 Individuum frei und gleich teilhaben kann. Eine solche Gesellschaft finden wir heute nicht vor.
532 Neben der grundsätzlichen Spaltung der Gesellschaft durch Klassenbeziehungen und die
533 soziale Frage finden wir eine Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Diskriminierungen vor:
534 Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, insbesondere auf Muslime sowie Sinti und Roma
535 bezogener Rassismus, Homo- und Transphobie, und Altersdiskriminierung sind nur einige
536 Beispiele. Wir streben eine Gesellschaft der Gleichwertigkeit an, in der sämtliche
537 Diskriminierungen verschwinden. Wir verpflichten uns einer zeitgemäßen humanen
538 Flüchtlingspolitik in Deutschland, Europa und der Welt sowie einer progressiven
539 Migrationspolitik der Anerkennung und Teilhabe und werden uns aktiv für die Entwicklung und
540 Umsetzung gesellschaftlich-politischer Handlungskonzepte einsetzen. Ferner wissen wir auch,
541 dass Diskriminierungen
542 unterschiedlich große Gruppen in unterschiedlich starkem Maße treffen, in unterschiedlichem
543 Maße Auswirkungen auf die Einschränkung der Lebenschancen eines Menschen haben und
544 somit für uns unterschiedliche Dringlichkeit für politische Interventionen schaffen. Wir wollen uns
545 in den nächsten zwei Jahren auf die Handlungsfelder sexuelle Orientierung und sexuelle
546 Identität, Inklusion für Menschen mit Behinderung sowie inklusive Einwanderungsgesellschaft
547 konzentrieren.

548

549 In Zukunft wollen wir daher zum einen ein genaueres Bild über die Beteiligung von Mitgliedern
550 mit Migrationshintergrund in unseren eigenen Strukturen erlangen. Dazu werden wir
551 ausgewählte Vorstände und Delegationen der Jusos über einen längeren Zeitraum hinweg
552 anonymisiert und freiwillig über den Prozentsatz der Jusos mit Migrationshintergrund abfragen.
553 Nach der Sachstandsanalyse wollen wir bei Bedarf Instrumente entwickeln, um mögliche
554 strukturelle Beteiligungshindernisse zu überwinden. Für uns steht jedoch auch die Frage im
555 Vordergrund, wie wir Menschen mit Migrationshintergrund außerhalb unserer Parteistrukturen
556 erreichen und beteiligen können. Deshalb wird der Bundesvorstand gezielt das Gespräch mit
557 Migrationsverbänden suchen und intensivieren.

558

559 Zum anderen wollen wir Strategien und Forderungen noch stärker im Dialog mit
560 selbstorganisierten Betroffenengruppen erarbeiten. Wir werden deshalb Dialogwerkstätten
561 durchführen um unsere Positionen und Forderungen weiterzuentwickeln. Dazu führen wir ein
562 Fachgespräch und ein späteres internes Auswertungs- und Diskussionstreffen für jedes der drei
563 Handlungsfelder an einem gemeinsamen Termin durch.

564

565 Inklusion erzeugt Synergien. Inklusive Infrastrukturen, barrierefrei und gleichzeitig familien- und
566 seniorenfreundlich, sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit von Stadtentwicklung. Ebenso
567 muss Teilhabe an kommunalen Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ermöglicht werden.
568 Ressourcen müssen den Anforderungen der Inklusion angepasst werden. Dabei gilt für uns der
569 Grundsatz, Betroffene zu Beteiligten zu machen.

570

571 Die spezifischen Probleme und Bedürfnisse junger Menschen heben wir dabei stets hervor. Wir
572 suchen den Austausch mit den entsprechenden Arbeitsgemeinschaften und Themenforen in der
573 SPD, sie können für uns dabei wichtige parteiinterne BündnispartnerInnen sein. Externe Partner
574 für unsere Dialoggespräche suchen wir entsprechend ihrer Bedeutung und der Nähe zu
575 unserem Wertekanon aus.

576

577 **8. Internationales**

578

579 **8.1. Austausch und Partnerschaften**

580

581 Zentrales Projekt der internationalen Arbeit des Verbandes bleibt das Willy-Brandt-Center
582 Jerusalem. In den letzten Jahren haben wir daneben unsere bilateralen Partnerschaften auf
583 internationaler Ebene erfolgreich intensiviert, gerade in Regionen mit großen
584 Umwälzungsprozessen. In der kommenden Amtsperiode werden wir ein besonderes
585 Augenmerk auf den Austausch mit folgenden Partnerorganisationen legen: Der CHP-Jugend in
586 der Türkei, dem größten und wichtigsten Land mit EU-Beitrittsperspektive, das aktuell von tiefen
587 inneren Kämpfen um Selbstbestimmung und Demokratie geprägt wird. Und mit der JPT aus

588 Lateinamerikas größtem Land Brasilien, einer Gesellschaft reich an sozialen Spannungen,
589 dessen Kampf um eine sozial-ökologische Transformation zu Recht weltweite Beachtung findet.
590 Daneben wollen wir den Dialog mit progressiven Kräften in Afghanistan fortsetzen, um deutlich
591 zu machen, dass die Unterstützung der Zivilgesellschaft in Afghanistan nicht mit dem Abzug
592 internationaler Truppen enden darf.

593

594 Gerade im Rahmen der Kampagne „Rise up!“ ist uns zudem ein engerer Austausch mit
595 europäischen PartnerInnen zu Themen mit gemeinsamer Handlungsrelevanz gelungen. Wir
596 werden auch in Zukunft den engen Austausch mit Partnerorganisationen aus EU-Staaten –
597 insbesondere im Mittel- und Osteuropäischen Raum und Balkan – suchen und verstärkt auch
598 deren Angebote nutzen.

599

600 **8.2. Thementag**

601

602 Wir richten einmal pro Jahr einen Thementag aus, der ein Thema bearbeitet und die
603 Weiterentwicklung der Beschlusslage ermöglicht. Die Themenkongresse sind verbandsoffen
604 und orientieren sich an den Schwerpunktthemen der internationalen Arbeit des Juso-
605 Bundesverbands: Nahost, Internationale Soziale Bewegungen oder Friedenspolitik.

606

607 **8.3. Strukturen der internationalen Arbeit**

608

609 Zentrales Gremium der internationalen Arbeit des Verbandes ist der Bundesvorstand. Die
610 Umsetzung der internationalen Beschlüsse des Bundeskongresses sowie aktuelle Beschlüsse
611 erfolgen durch den Vorstand. Er gewährleistet auch den Austausch mit unseren VertreterInnen
612 in den Internationalen Organisationen (IUSY, YES, DNK). Diesen Austausch und die
613 Kommunikation ständig zu verbessern, daran werden wir weiter arbeiten, denn nur so gelingt es
614 uns, auch unsere Position innerhalb von YES und IUSY zu stärken. Unsere VertreterInnen in
615 internationalen Gremien spiegeln unsere Juso-Positionen in die internationalen Dachverbände
616 zurück und vertreten diese dort.

617

618 YES wollen wir entsprechend unseres Beschlusses vom letzten Bundeskongress weiter stärken
619 und zu viel mehr machen als nur einer Dachorganisation, die lediglich dem Austausch von
620 Informationen und Bildungsseminaren dient. Wenn wir Europa demokratisieren wollen, müssen
621 wir auch YES demokratisieren.

622

623 Zur Unterstützung der aktuellen internationalen Arbeit des Bundesverbandes und zum
624 Austausch mit den Landesverbänden und Bezirken dient die Bundeskommission Internationales
625 (BKI). Die BKI besteht aus ein bis zwei VertreterInnen pro Landesverband/Bezirk sowie
626 zusätzlich einigen vom Bundesvorstand ernannten ExpertInnen. Die Mitglieder der BKI haben
627 Vorkenntnisse in der internationalen Arbeit im Verband und/oder auf internationaler Ebene
628 sowie vertiefter Kenntnis internationaler Fragen und/oder Regionen. Sie haben die Aufgabe
629 dem Bundesvorstand in aktuellen internationalen Fragen Expertise und Hintergründe
630 zuzuarbeiten und unterstützen die Vorbereitung und Durchführung der Themenkongresse. Die
631 BKI-Treffen koppeln sich an die Thementage und den Kongress zur Europawahl.

632

633 **8.4. Europawahl**

634

635 Wir Jusos werden die Europawahl mit unserer eigenen Jugendwahl-Kampagne begleiten.
636 Gemeinsam mit unseren europäischen Partnerorganisationen werden wir für unsere
637 Vorstellungen eines sozialen, demokratischen und gerechten Europas kämpfen. Als Auftakt der
638 heißen Wahlkampfphase werden wir Ende April 2014 einen Europakongress abhalten, bei dem
639 wir die inhaltlichen Schwerpunkte, die wir auf dem Bundeskongress beschlossen haben, und
640 wesentliche Kampagnenelemente vorstellen. Im Rahmen der Workshops werden wir auch
641 unsere Partnerorganisationen der YES einladen.

642

643 Für die Europakampagne werden wir auf die guten Erfahrungen aus der
644 Bundestagswahlkampagne zurückgreifen. Dies betrifft insbesondere das Layout der Kampagne,
645 welches wir für unsere Materialien beibehalten werden, sowie einzelne Give-aways. Sofern es
646 finanziell möglich ist, werden wir in den letzten Wochen vor der Europawahl mit unserem
647 neugestalteten Juso-Bus eine Bustour durchführen. Es ist zu prüfen, inwiefern der Bus so
648 nachgerüstet werden kann, dass er die grüne Plakette erhält um auch Städte mit einer grünen

649 Umweltzone anzufahren. Diese wird von Bundesebene aus in enger
650 Abstimmung mit den Landesverbänden und Bezirken geplant. Die im Europawahlkampf aktiven
651 Jusos werden wir vernetzen, ihnen Informationen, Materialien und Aktionsvorschläge an die
652 Hand geben. Juso-KandidatInnen bei der Europawahl werden wir besonders unterstützen. Wir
653 wollen auch die Kommunalwahlen 2014 unterstützen, indem wir in den Materialien für den
654 Europawahlkampf auch den kommunale Bezug deutlich machen. Es ist wichtig das den
655 Menschen die Bedeutung und die Auswirkungen der EU-Politik auf ihre Lebensbedingungen in
656 der Kommune deutlich gemacht werden.

657

658 **9. Antifaschismus**

659

660 Wir sind ein antifaschistischer Verband. Das ist ein zentraler Teil unserer Identität und Aktivität.
661 Wir stellen uns überall gegen Nazis und beteiligen uns mit Partnern an Blockaden. Der
662 Bundesverband unterstützt die antifaschistische Arbeit vor Ort mit Materialien und Infos, und
663 wird auch weiterhin zu antifaschistischen Demos mit bundesweiter Bedeutung aufrufen und sich
664 dazu gegebenenfalls in bundesweite Bündnisse einbringen. Unser
665 Ansatz zielt nicht auf Repression, sondern auf den Kampf gegen gruppenbezogene
666 Menschenfeindlichkeit und Geschichtsrevisionismus (wie z.B. die Relativierung sowie Leugnung
667 der Shoah) auf allen Ebenen. In Ausnahmefällen können Organisationsverbote dafür
668 zuträglich sein. Deshalb drängen wir weiter auf ein NPD-Verbot. Auch in der Gedenkarbeit
669 wollen wir stärkere Akzente setzen. Wir werden gemeinsam mit der DGB-Jugend und den
670 Falken am 27. Januar 2015 anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz-
671 Birkenau ein angemessenes Gedenken organisieren.

672

673 In Zukunft wollen wir uns zudem noch stärker mit dem breiter werdenden rechten
674 Parteienspektrum in Deutschland auseinandersetzen und aus dieser Analyse
675 Gegenmaßnahmen ableiten. Antifaschistische Arbeit muss stärker internationalistisch
676 ausgerichtet werden. Wir drängen die SPD weiter dazu die Lehren aus dem Versagen
677 der Sicherheitsbehörden im NSU-Skandal zu ziehen und Inlandsgeheimdienste abzuschaffen.

678

679 **10. Juso-SchülerInnen**

680

681 Die Juso-SchülerInnen sind seit 3 Jahren die Vertretung der SchülerInnen bei den Jusos und
682 fungieren als Sprachrohr dieser in die Jusos und die SPD hinein. Ihr thematischer Schwerpunkt
683 liegt auf dem Bildungsbereich, insbesondere der Schulpolitik. Ihr Ansatz ist, dass die
684 Schülerinnen und Schüler selbst die besten ExpertInnen für Bildungspolitik sind, weil sie die
685 Auswirkungen dieser täglich in der Schule erleben. Die Juso-SchülerInnen lehnen
686 beispielsweise G8 ab und wollen den Bildungsföderalismus überwinden. Sie stehen für ein
687 gerechtes Schulsystem, für die eine Schule für alle, die GewinnerInnen statt VerliererInnen
688 schafft und individuelle Förderung möglich macht. Sie sind eine Untergruppierung der Jusos in
689 Form eines Projekts des Bundesvorstandes. Sie haben eine dreiköpfige, gleichberechtigte
690 Bundeskoordination, die für ein Jahr gewählt und dafür verantwortlich ist, jedes Jahr zwei
691 Kongresse zu veranstalten: Einen Basiskongress und einen Bundeskongress. Ein Mitglied
692 dieser Koordination ist für die Juso-SchülerInnen in den Juso-Bundesvorstand kooptiert. Im
693 neuen Arbeitsjahr wird die Bundeskoordination der Juso-SchülerInnen in Kooperation mit dem
694 Juso-Bundesvorstand ein Richtlinienpapier erstellen welches die Rahmenbedingungen der
695 Juso-SchülerInnen-Arbeit beschreibt, um die Strukturen der Juso-SchülerInnen auch formal zu
696 festigen.

697

698 Jusos auf den Prüfstand – Wer sind wir, was machen wir und wo wollen wir hin?

699

700 Wir JungsozialistInnen müssen uns selbst ständig prüfen, unsere Arbeit reflektieren und stets
701 den Anforderungen der Gegenwart anpassen. Sprechen wir noch die breite Gesellschaft in
702 diesem Land an? Stellen wir ein Angebot für alle Menschen in diesem Land, für Studierende,
703 wie Auszubildende, für Selbstständige, wie für ArbeitnehmerInnen am Band?

704

705 Mit welchen Methoden arbeiten wir, welche Sprache nutzen wir und welchen Stil pflegen wir im
706 Umgang untereinander? Aber auch, sind wir noch auf der Höhe der Zeit? Braucht es neue
707 Beteiligungsformen jenseits des normalen Kreis- und Bezirksverbands, nutzen wir als Verband
708 die technologischen Möglichkeiten der heutigen Zeit aus, oder Bedarf es der Weiterentwicklung,
709 um unsere Generation noch anzusprechen?

710

711 Wir werden unsere Arbeit auf den Prüfstand stellen. Um diese Fragen breit und ergebnisoffen
712 zu diskutieren, möchten wir bei den Basis-Kongressen im kommenden Arbeitsjahr allen
713 Mitgliedern die Möglichkeit geben, ihre Vorstellungen zu formulieren, ihre Erfahrungen der
714 bisherigen Juso-Arbeit zu schildern und ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Jusos auf der
715 Höhe ihrer Zeit bleiben.

716

717 Die Ausbreitung des Internets und der Neuen Medien verändert die Art und Weise unseres
718 Zusammenlebens in beispielloser Weise. Sie ist mit unermesslichen Möglichkeiten, aber auch
719 mit erheblichen Herausforderungen und Gefahren verbunden, auf die wir bislang nicht einmal
720 ansatzweise alle Antworten gefunden haben. Gerade wir als junge Generation wissen, dass der
721 Umgang hiermit längst kein politisches Randthema mehr ist. Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik.
722 Das Internet und digitale Medien lassen sich nicht isoliert vom Zusammenleben in der Welt „da
723 draußen“ betrachten.

724 Im Rahmen eines der Basiskongresse im kommenden Jahr wird sich der Juso Bundesverband
725 damit beschäftigen.

726

727 **11. Gesellschaftlichen Wandel gestalten**

728

729 **11.1. Unsere Arbeitsweise**

730

731 Mit dem Basiskongress ist es uns gelungen ein gut funktionierendes Angebot für viele Jusos zu
732 schaffen. Deshalb wollen wir diesen beibehalten und einmal pro Jahr abhalten. Viele Jusos
733 wünschen sich eine engere Anbindung an den Bundesverband. Wir wollen uns deshalb in enger
734 Rücksprache mit den Landesverbänden und Bezirken auch
735 mit Angeboten direkt an die Unterbezirke und Kreisverbände wenden.

736

737 Unsere inhaltlichen Schwerpunkte bearbeiten wir in den Projektgruppen. Jeder Landesverband
738 und Bezirk entsendet eineN DelegierteN in jede dieser Projektgruppen. Der Bundesvorstand
739 benennt des Weiteren pro Projektgruppe zehn ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten
740 mitarbeiten. Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen
741 Tätigkeit einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projektes leisten können. Die
742 ExpertInnenposten werden zeitnah ausgeschrieben, alle interessierten Jusos können sich
743 bewerben. Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und
744 entwickeln diese weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen
745 Diskussionen innerhalb der Partei auf oder stoßen diese an.

746

747 Um die Rückkopplung der Arbeit des Bundesvorstandes und der Projekte in die
748 Landesverbände und Bezirke zu gewährleisten, findet mindestens zweimal jährlich ein
749 Bundesausschuss (ergänzt um die Landes- und Bezirksvorsitzenden) statt.

750

751 Der Bundesvorstand wird zudem im nächsten Jahr die kostenpflichtige Juso-Mitgliedschaft
752 überprüfen und hinterfragen, ob sich durch die Einführung des Mitgliedsbeitrags die erhofften
753 Veränderungen eingestellt haben, oder ob eine Rückkehr zur kostenfreien Juso-
754 Gastmitgliedschaft angestrebt werden sollte.

755

756 **11.2. Bündnisarbeit**

757

758 Wir wollen diese Gesellschaft verändern, deshalb kämpfen wir in und mit der SPD für linke
759 Politik. Doch wir wissen: Die Welt wird nicht automatisch gerechter, wenn die SPD in der
760 Regierung ist, sondern, wenn wir es schaffen für unsere Idee der Gerechtigkeit gesellschaftliche
761 Bündnisse und Mehrheiten zu organisieren. Viele Menschen sind in anderen Organisationen
762 und Bündnissen aktiv und teilen dieselben Grundwerte wie wir. Wir wollen deshalb möglichst
763 viele mitnehmen und gemeinsam mit ihnen für eine gerechte Gesellschaft kämpfen. Sich
764 verstärkt in Bündnisse einzubringen, die Sichtbarkeit der Jusos zu erhöhen und gemeinsam für
765 unsere Überzeugungen zu streiten - und umgekehrt die Positionen aus der gesellschaftlichen
766 Linken in die Jusos und die Partei zu tragen - wird deshalb eine wichtige Aufgabe in den
767 nächsten zwei

768 Jahren sein. Dies ist unsere Doppelstrategie.

769

770 Die gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und insbesondere den

771 Gewerkschaftsjugenden und der DGB-Jugend werden wir weiter vertiefen. Auch die gute
772 Zusammenarbeit mit unserer Schwesterorganisation SJD - Die Falken werden wir intensiv
773 fortsetzen. Hierfür werden wir
774 uns für die Schaffung eines Jugendgewerkschaftsrates einsetzen, mit dem sich der
775 Bundesvorstand regelmäßig austauscht und gemeinsame Handlungsfelder er- sowie bearbeitet.
776 Doch nicht nur auf der Funktionärsbene müssen die Kontakte mit den Jugendgewerkschaften
777 gestärkt werden. Auch im täglichen Wirken müssen Jusos und junge GewerkschafterInnen
778 zukünftig enger miteinander kooperieren und wieder verstärkt zueinander finden.
779
780 Ein weiterer Schwerpunkt wird der Austausch mit den uns nahestehenden politischen
781 Jugendorganisationen sein. Wollen wir progressive linke Politik durchsetzen, dann braucht es
782 bei der nächsten Bundestagswahl auch eine realistische Machtoption. Wir Jusos fordern seit
783 Jahren ein Ende der Auschließberitis und eine Öffnung der SPD hin zu rot-rot-grün.
784 Voraussetzungen müssen hierfür die Bildung einer stabilen, arbeitsfähigen Regierung, einer
785 stabilen Außen- und Sicherheitspolitik und einer stabilen Finanz- und Haushaltspolitik sein. Dies
786 gilt es
787 auch durch unsere Bündnisarbeit fortzubereiten. Wir werden deshalb den Austausch mit der
788 Grünen Jugend fortsetzen, genauso wie mit Linksjugend.Solid verstärkt suchen und eine
789 Zusammenarbeit ausloten.
790
791 Auch mit jungen WissenschaftlerInnen und Forschungsinstitutionen und Stiftungen wollen wir
792 verstärkt zusammenarbeiten und uns dort Expertise holen.
793
794 Die Expertise unserer BündnispartnerInnen wollen wir in die Projektarbeit integrieren. Deshalb
795 wollen wir versuchen pro Projekt einE ExpertIn aus einem befreundeten Verband für die
796 regelmäßige Mitarbeit zu gewinnen.
797
798 Einen Austausch auf europäischer Ebene über unterschiedliche Erfahrung mit Parteien links
799 der
800 SozialistInnen und SozialdemokratInnen in Europa wollen wir anstoßen.
801 Zu unseren BündnispartnerInnen zählen auch soziale Bewegungen und anderen linke
802 Jugendorganisationen, z.B. aus dem antifaschistischen oder ökologischen Bereich oder aus den
803 Selbstorganisationen junger MigrantInnen. Den Kontakt zu ihnen wollen wir fortführen und
804 intensivieren. Wir kämpfen so auch außerparlamentarisch mit den progressiven Kräften für
805 unsere Positionen.
806
807 **11.3. Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen**
808
809 Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir unsere Mitglieder über die Themen und Aktivitäten
810 des Bundesverbandes informieren, Einblicke in thematische Schwerpunkte und
811 gesellschaftliche Diskussionen bieten, als auch für unsere Inhalte in der Öffentlichkeit werben.
812 Dazu werden wir unsere Printprodukte und unser Onlineangebot weiter verzahnen und
813 kontinuierlich weiterentwickeln müssen. Erste Anregungen hierfür sind: eine gemeinsame
814 Update und Blog Redaktion. Der Blog wird auch mit mehr externen Auftragsbeiträgen und
815 Berichten über Verbandsaktivitäten bespielt und daraus das Update gefüllt. Im Zuge der
816 Weiterentwicklung unserer Öffentlichkeitsarbeit wird der Bundesvorstand hier ein
817 Gesamtkonzept erarbeiten.
818
819 Wir werden unseren Bestand an Informationsmaterialien kontinuierlich aktualisieren und
820 ausbauen.
821
822 Unsere Zeitschrift „Argumente“ dient dazu, Interessierten innerhalb und außerhalb des
823 Verbandes einen tieferen Einblick in ein Leitthema zu ermöglichen. Wir halten an ihrem
824 bewährten Konzept fest und wollen es weiterentwickeln. Ein Call-for-paper-System war ein
825 erster Schritt, weitere Ideen zur Verbesserung und Überarbeitung der „Argumente“ soll eine
826 Redaktion aus dem Juso-Bundesvorstand erarbeiten. Es soll insbesondere als verbandsinterne
827 Debattenplattform gestärkt werden. Den Abonnentenkreis wollen wir um ehemalige Juso-
828 Funktionäre erweitern.
829
830 Wir werden unsere Präsenz in den Sozialen Netzwerken aufrechterhalten und weiterentwickeln.
831 Dafür soll die

832 Onlinegruppe verstetigt werden und insbesondere zur Begleitung von Großveranstaltung und
833 Kampagnen genutzt werden. Wer Mitglied im Onlineteam wird, entscheidet der Bundesvorstand
834 mithilfe einer offenen Ausschreibung einmal jährlich.

835

836 **11.4. Bildungsangebot**

837

838 In den vergangenen Jahren bestand das Bildungsangebot des Bundesverbandes neben den
839 Vorbereitungen auf die Bundestagswahl aus einem Durchlauf des Politdiploms und jährlichen
840 Akademien. Auffällig ist, dass es zunehmend schwieriger wird, die an versierten Zielgruppen zu
841 erreichen, so dass die Bundesangebote mehr Konkurrenz zur Bildungsarbeit der
842 Landesverbände ist, als einen Mehrwert für den Gesamtverband zu erzeugen auf der anderen
843 Seite wollen wir die Bedürfnisse kleiner Landes-/Bezirksverbände besonders berücksichtigen.
844 Daher wird es

845 die Aufgabe des neuen Bundesvorstandes sein, die bisherige Bildungsarbeit zu evaluieren und
846 in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken neu auszurichten. Teil dieser
847 Evaluation soll es auch sein, zu prüfen, inwieweit elektronische/online-Angebote zur stärkeren
848 Partizipation entwickelt werden können.

849 Um die Arbeit der vergangen zwei Jahre des Arbeitsjahres ehrlich zu bewerten, legt der
850 Bundesvorstand zukünftig einen ausführlichen schriftlichen Rechenschaftsbericht vor, der mit
851 dem Antragsbuch allen Delegierten zugeht.

852

853 **12. *Morgen Links Leben!***

854

855 Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind sozialistisch, feministisch und
856 internationalistisch. Dem Antifaschismus sind wir verpflichtet. Das heißt, wir Jusos bekennen
857 uns zur Idee des Demokratischen
858 Sozialismus, zur Idee einer Gesellschaft, in der alle Menschen, unabhängig ihres Geschlechtes,
859 frei und gleich sind und solidarisch für einander eintreten.

860

861 Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren: Wir werden weiter an unserem
862 Gesellschaftsentwurf für ein gutes linkes Leben arbeiten! Wir werden weiterhin unsere
863 Überzeugungen und Positionen in die SPD tragen! Wir werden gemeinsam mit unseren
864 BündnispartnerInnen für eine gerechte und solidarische Gesellschaft streiten! Wir werden
865 unseren Verband kontinuierlich weiterentwickeln und mehr junge Menschen für die Mitarbeit bei
866 den Jusos begeistern! Wir werden Frauen besser fördern und vernetzen – in der Partei und bei
867 den Jusos! Wir werden konsequent weiter gegen Nazis aufstehen und uns gegen Rassismus
868 engagieren! Und wir werden gemeinsam weiterhin für unsere Überzeugung, den
869 demokratischen Sozialismus kämpfen – damit wir morgen links leben!

870

871

872

873

874

875

876

877

878

879

880

881

882

883

884

885

886

887

888

889

890

891

892

B

Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand Berufliche Weiterbildung	22
B 10	Saarland Politischer Streik	29
B 13	Bremen U25-Sondersanktionen abschaffen	32

Titel Berufliche Weiterbildung

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Jugend über Jusos -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Berufliche Weiterbildung

1 1. Unser Verständnis von Weiterbildung

2

3 Weiterbildung und lebenslanges Lernen erlangt in unserer Gesellschaft immer höheren
4 Stellenwert. Immer kürzere technologische Erneuerungszyklen und der viel beschriebene
5 Übergang zur „wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft“ stellen immer größere Ansprüche
6 an die Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen, hochqualifizierte Fachkräfte werden gesucht.
7 Lebenslanges Lernen ist in der beruflichen Realität längst unvermeidbar geworden aber nur für
8 wenige zu realisieren. Die Möglichkeiten der Weiterbildung und der Zugang zu Weiterbildung
9 sind in Deutschland weiterhin mangelhaft.

10

11 Weiterbildung wird heute häufig als Privataufgabe gesehen, der sich jeder eigenverantwortlich
12 und selbstfinanziert zu kümmern habe um sein Potential am Arbeitsmarkt zu verbessern.
13 Weiterbildung ist jedoch viel mehr als das. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch
14 Weiterbildung ist für uns immer mehr als die bloße Verbesserung der eigenen ökonomischen
15 Verwertbarkeit. Weiterbildung soll es ermöglichen sich entsprechend der persönlichen
16 Neigungen und Fähigkeiten beruflich weiter zu entwickeln. Weiterbildung muss gefördert
17 werden, weil Weiterbildung im heutigen Berufsleben unabdingbar ist. Weiterbildung muss
18 flexibel sein, um es in jeder Lebenslage nutzen zu können.

19

20 2. Situation beruflicher Weiterbildung

21

22 Deutschland liegt in Fragen der Weiterbildungsbeteiligung mittlerweile unter dem Durchschnitt
23 der EU Mitgliedsländer. Die Zielmarken der Europäischen Union bis 2010 die
24 Weiterbildungsbeteiligung auf 12,5 % zu erhöhen wurden deutlich verfehlt. Insbesondere
25 vergleichbare Mittel- und Nordeuropäische Länder überholen Deutschland bei
26 Weiterbildungsbeteiligung und betrieblicher Weiterbildung.

27

28 Zunehmend ist auch die soziale Selektivität der Weiterbildung festzustellen. Am häufigsten
29 nehmen gut ausgebildete, junge Männer mit Vollzeitstellen an Weiterbildungsmaßnahmen teil.
30 Je höher der Berufliche Abschluss, desto höher ist die Weiterbildungsbeteiligung. Die
31 Weiterbildungsbeteiligung von Beschäftigten mit hohem Schulabschluss ist mit 64 % (2012)
32 deutlich höher als bei beschäftigten mit maximal Hauptschulabschluss.

33

34 Migrationshintergrund, atypische Beschäftigung, Alter und Geschlecht sind immer mehr ein
35 Hinderungsgrund bei der beruflichen Weiterbildung. Beschäftigte mit Migrationshintergrund
36 werden zunehmend abgehängt. Ihre Weiterbildungsbeteiligung stagniert, während sie bei
37 Beschäftigten ohne Migrationshintergrund in den letzten Jahren steigt. War die
38 Weiterbildungsbeteiligung von Frauen und Männer 2010 fast ausgeglichen so erfolgten jüngste

39 Zuwächse wieder stärker bei den Männern. Insbesondere werden Frauen bei der betrieblichen
40 Weiterbildung deutlich seltener für die Teilnahme an aufstiegsrelevanten Weiterbildungen
41 vorgesehen.

42

43 Das Weiterbildungssystem wird dem Anspruch an Qualifizierung und Kompetenzentwicklung für
44 die Mehrzahl der beschäftigten nicht gerecht. Es profitiert vornehmlich die Gruppe der bereits
45 gut ausgebildeten Fach- und Führungskräfte. Es kristallisiert sich zunehmend auch in Fragen
46 Weiterbildung eine stärker werdende soziale Spaltung in gut ausgebildete
47 Weiterbildungsgewinner und abgehängte, sozial benachteiligte Beschäftigte heraus, die die
48 zunehmende gesellschaftliche Spaltung verfestigt, da Aufstieg durch Weiterbildung gerade
49 durch mangelnde Beratung und fehlende finanzielle Unterstützung für viele unerreichbar wird.

50

51 **3. Allgemeines Recht auf Weiterbildung**

52

53 Wir fordern die gesetzliche Verankerung eines allgemeinen Rechts auf Weiterbildung.
54 Lernzeiten müssen rechtlich garantiert werden. Im Bereich der Erwerbslosenqualifizierung
55 müssen die Angebote qualitativ verbessert und den Bedürfnissen angepasst werden. Nur so
56 lässt sich der Zugang zu Weiterbildung für alle die sich weiter qualifizieren wollen realisieren.

57

58 **4. Lebenslangen Lernens ermöglichen**

59

60 Lebenslanges Lernen umfasst die Summe der Möglichkeiten der formalen, nonformalen und
61 informelle Bildung im beruflichen sowie persönlichen Bereich, die über das gesamte Leben
62 eines Menschen hinweg erreichbar sind. Seit Jahren wird die Notwendigkeit Lebenslanges
63 Lernen als Schlüsselement des Fortschritts und der Wettbewerbsfähigkeit in einer
64 wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft gepredigt. Ohne die ständige Weiterentwicklung
65 und Weiterqualifizierung sei es kaum möglich sich dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt zu
66 behaupten. Was jedoch völlig ungeklärt ist, ist die Finanzierbarkeit lebenslangen Lernens, die
67 notwendige Lebensstandardsicherung im Falle von Verdienstaufschlägen durch – auch längere -
68 Weiterbildungsphasen in der Erwerbsbiographie, sowie die Frage nach der zusätzlichen hohen
69 sozialen Selektivität von Weiterbildung, die durch fehlende gesellschaftlich solidarische
70 Finanzierungskonzepte erzeugt wird.

71

72 Lebenslanges Lernen darf nicht die leere Worthülse bleiben, die es dank mangelnder
73 Finanzierungskonzepte heute noch für viele ist. Es müssen Finanzierungskonzepte im Rahmen
74 der Arbeitsversicherung geschaffen werden um im Sinne einer qualifikationsorientierten
75 Arbeitsmarktpolitik es allen zu ermöglichen sich beruflich oder privat weiter zu entwickeln und
76 weiter zu bilden, Auch organisatorisch muss das derzeit stark segmentierte Bildungswesen
77 durchlässiger gestaltet werden und Lernprozesse in allen Bereichen miteinander verzahnt
78 werden.

79

80 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen muss auch indirekt durch die Förderung von mehr
81 Teilzeitorptionen (auch in Schichtarbeit) und langfristigen Arbeitszeitkontensystemen in den
82 Betrieben unterstützt werden. Dazu müssen tarifvertragliche Regelungen zur langfristigen
83 Verteilung der Erwerbsarbeit über den Lebenslauf entwickelt und gefördert werden, um Zeit zu
84 schaffen für persönliche, berufliche und allgemeinbildende Weiterbildung und Qualifizierung.

85

86 **5. Struktur von beruflicher und persönlicher Weiterbildung**

87

88 Weiterbildung gliedert sich in Deutschland in drei verschiedene grundlegende Komponenten.
89 Zum einen die berufliche Weiterbildung die sich weiter in **persönliche berufliche**
90 **Weiterbildung** und in **betriebliche Weiterbildung** unterscheidet, sowie die **persönliche**
91 **allgemeinbildende Weiterbildung**. Alle dieser drei Säulen gilt es zu stärken und auszubauen.

92

93 **6. Allgemeinbildende Weiterbildung**

94

95 Wichtigster Träger der allgemeinbildenden Weiterbildung in Deutschland sind die

96

97 Volkshochschulen, die einen Großteil der Breitenbildung „zu demokratischen Preisen“ leisten.

98 Wir fordern die spürbare Aufstockung der institutionellen Fördermittel der Volkshochschulen und
99 eine zusätzliche Bundesförderung mit dem Schwerpunkt auf flächendeckenden

100 Angebotsausbau aufzulegen. Insbesondere für die professionelle Durchführung von
101 Alphabetisierungskursen und „Integrationsmaßnahmen“ in ausreichendem Umfang und von
102 gruppenspezifischen Angeboten erfordert die bessere Finanzierung dieser Institutionen und
103 Programme. Vorbild für die Volkshochschulen können auch die skandinavischen
104 Volkshochschulen sein, in denen in Internatsschulen Kurse mit unterschiedlichsten
105 Fachrichtungen angeboten werden.

106

107 Es muss allen möglich sein verpasste Schulabschlüsse kostenlos nachzuholen. Die Chance auf
108 dem zweiten Bildungsweg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern oder vom eigenen finanziellen
109 Leistungsvermögen abhängen, sondern muss allen offen stehen. Daher unterstützen wir das
110 Angebot von Abendrealschulen, Berufskollegs und Abendgymnasien in öffentlicher Hand, deren
111 Besuch kostenlos ist. Leider haben einige Bundesländer diesen Bildungsbereich komplett
112 privaten, kostenpflichtigen Anbietern überlassen. Wir fordern den Aufbau und Ausbau
113 flächendeckender öffentlicher Strukturen und Angebote in Bereich des zweiten Bildungsweges.
114 Dies gilt auch für die Erreichbarkeit der Weiterbildungskollegs, weshalb wir kostengünstige
115 ÖPNV-Tickets für die Studierenden des Zweiten Bildungsweges, ebenso wie für Schülerinnen
116 und Schüler des Ersten Bildungsweges, einfordern. Wir fordern daher auch die Verbesserung
117 der Finanzausstattung der Kommunen, die in der Regel Träger dieser Angebote sind. Die
118 Teilnahme an entsprechenden Angeboten muss vereinfacht und aktiv im Rahmen der
119 Qualifizierungsberatung der Arbeitsversicherung beworben werden.

120

121 Die TeilnehmerInnen müssen im Rahmen der Säule II der Arbeitsversicherung, der Förderung
122 persönlicher und beruflichen Weiterbildung auch weiterhin finanziell zum Beispiel im Rahmen
123 eines Erwachsenen-BAFÖG dabei unterstützt werden allgemeinbildende Bildungsabschlüsse
124 nachzuholen und entsprechend der Lernbelastung beispielsweise ihre Arbeitszeit reduzieren zu
125 können.

126

127 Wir fordern die bundesweite Wiedereinführung von Bildungsfreistellungen für alle
128 ArbeitnehmerInnen. Leider garantieren nicht mehr alle Bundesländern die Zeiten für
129 allgemeinbildende oder auch berufliche Weiterbildung. Wir fordern die Bundeseinheitliche
130 gesetzliche Regelung des Anspruchs auf entsprechende Weiterbildung im bisherigen Umfang
131 von 10 Tagen innerhalb zweier Jahre für Veranstaltungen der allgemeinbildenden oder
132 beruflichen Weiterbildung, sowie die Teilnahme an Veranstaltungen der politischen Bildung. Wir
133 fordern die Ausweitung dieser Weiterbildungszeiten.

134

135 **7.Arbeitsversicherung – Übergang zur qualifizierenden Arbeitsmarktpolitik**

136

137 Die Jusos setzen sich für die Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitslosenversicherung zu
138 einer solidarischen Arbeitsversicherung ein. Grundlage ihrer Arbeit soll die Ausrichtung auf die
139 Umsetzung einer echten integrierten Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik sein. Im Rahmen
140 individualisierter Beratungs- und Qualifizierungsangebote sollen den Betroffenen echte
141 Weiterbildungschancen und dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht
142 werden sowie Qualifizierungsangebote im Rahmen einer persönlichen Kompetenzentwicklung
143 gefördert werden.

144

145 Dieser Antrag soll und kann keine abschließende Behandlung der Versicherungsfunktion der
146 Arbeitsversicherung leisten. Vielmehr soll im Rahmen des Bundesverbandsprojekt Arbeit die
147 dringend notwendige Neuordnung der Absicherung gegen Erwerbslosigkeit diskutiert werden.
148 Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die Grundlage für die Ausrichtung der
149 Arbeitsversicherung auf eine qualifizierte Beschäftigungspolitik legen.

150

151 **7.3. Säule 3 – betrieblicher Weiterbildungsfonds**

152

153 Betriebliche Weiterbildung kommt in Deutschland immer noch zu kurz. Viele Firmen sparen sich
154 die Investition in die Qualifikation ihrer Mitarbeiter und setzen lieber darauf sich kurzfristig auf
155 dem Arbeitsmarkt bedienen zu können. Betriebliche Weiterbildung stagniert in Deutschland seit
156 Jahren oder ist teilweise sogar rückläufig. Studien zeigen das Deutschland im Vergleich zu den
157 anderen Nord- bzw. Westeuropäischen Ländern bei der betrieblichen Weiterbildung deutlich
158 zurückbleibt. 2005 boten etwa 69 Prozent der Unternehmen ihren Beschäftigten Maßnahmen
159 der betrieblichen Weiterbildung an. Dies liegt über dem EU27 Durchschnitt aber hinter den
160 meisten Nord- und Westeuropäischen Länder zurück. Insbesondere Weiterbildungsbeteiligung

161 und Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung lag im Unteren Mittelfeld aller EU27
162 Vergleichsbeispiele.

163

164 Im Rahmen des betrieblichen Weiterbildungsfonds sollen die Unternehmen entsprechend einer
165 vorgegebenen betrieblichen Weiterbildungsquote bezogen auf die Anzahl der Beschäftigten im
166 Unternehmen Beiträge pro weiterzubildender/n ArbeitnehmerIn in den betrieblichen
167 Weiterbildungsfonds einzahlen. Diese erhalten Sie je betrieblicher Weiterbildungsbeteiligung
168 zurückerstattet.

169

170 Besonders gefördert werden sollen aus den Mitteln des betrieblichen Ausbildungsfonds
171 Maßnahmen im Rahmen von überbetrieblichen Weiterbildungskooperationen und
172 zielgruppengerechte Maßnahmen. Auch weitergehende branchenspezifische bzw.
173 tarifvertragliche Regelungen sollen gefördert werden.

174

175 Betriebliche Weiterbildung muss fester Bestandteil einer altersgerechten Personal- und
176 Qualifizierungspolitik werden. Sie ist auch wesentlichen Bestandteil eines aktiven betrieblichen
177 Gesundheitsmanagements. Denn wer heute mit der Ausbildung in einem Betrieb im
178 gewerbliche-technischen Bereich beginnt ist kaum in der Lage den körperlich belastenden
179 Arbeitsanforderungen bis zum Renteneintritt gerecht zu werden. Unternehmen müssen ihren
180 Mitarbeitern Angebote der Weiterqualifizierung bieten und damit – neben der Ermöglichung
181 aufstiegsrelevanter Weiterbildung - auch die Chance geben, sich altersgerecht für Tätigkeiten
182 in Arbeitsvorbereitung, Ausbildung oder konzeptionelle/ organisatorische Tätigkeiten weiter zu
183 qualifizieren. Maßnahmen der altersgerechten Personalpolitik und Weiterqualifizierung sollen
184 aus Mittel des betrieblichen Weiterbildungsfonds gefördert werden.

185

186 **7.4. Säule IV – Ausbildungsfonds und Ausbildungsförderung**

187

188 Ausbildungsförderung und Sicherstellung von Ausbildungsplätzen sowie die Realisierung eines
189 Rechtsanspruchs auf Ausbildung gehören zu den grundlegenden Maßnahmen einer
190 qualifizierungsorientierten Arbeitsmarktpolitik. Trotz gestiegenem Bedarf an qualifizierten
191 Fachkräften finden jedes Jahr immer noch tausende ausbildungswillige Jugendliche keinen
192 Ausbildungsplatz und befinden sich in Übergangsmaßnahmen, die für viele Jugendliche
193 zunehmend zum Abstellgleis werden. Der Anteil der ausbildenden Unternehmen in
194 Deutschland kontinuierlich auf derzeit 21,5 % der Unternehmen gesunken.

195

196 Daher fordern die Jusos im Rahmen der 4. Säule der Arbeitsversicherung einen
197 Ausbildungsfonds einzurichten. Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße
198 ausbilden müssen wieder in die Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der
199 gesamtgesellschaftlichen Aufgabe 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden.

200

201 Die Unternehmen sollen im Rahmen des Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und
202 einer Ausbildungsquote von mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die
203 Mindestanzahl an Auszubildenden im Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen.

204

205 Aus dem Fonds wird ausbildenden Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im
206 Betrieb der Beitrag zum Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen die Überbedarf
207 ausbilden werden so gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und mittelständischen
208 Unternehmen zu stärken. Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht ausbildenden
209 Unternehmen gewonnenen Mitteln sollen Überbetriebliche Ausbildungskooperationen und
210 soziale Ausbildungsprojekte gefördert sowie ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden.
211 Auch soll aus den Mitteln des Ausbildungsfonds die Neustrukturierung des Übergangssystems
212 sowie Ausbildungsförderungsmaßnahmen finanziert werden. Zusätzliche staatliche Mittel sollen
213 die Mittel des Ausbildungsfonds ergänzen und dazu dienen Ausbildungsförderung zu stärken.

214

215 Im Rahmen der Säule IV der Arbeitsversicherung soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen
216 werden, die die individuelle Beratung und Betreuung der Jugendlichen und jungen
217 Erwachsenen, die noch keine Ausbildung begonnen und abgeschlossen haben bis
218 einschließlich des 27 Lebensjahres vor Ort sicherstellt. Unterstützungsleistungen für
219 auszubildenden wie Berufsausbildungsbeihilfe nach SGB III oder Wohngeldzuschüsse sollen
220 ebenfalls über die Zentrale Ausbildungsberatung zu beantragen sein.

221

222 **7.5. Weiterbildungsberatung & Qualitätssicherung**

223

224 Grundlegendes Prinzip in der Ausrichtung der Arbeit der Arbeitsversicherung soll die individuelle
225 Weiterbildungsberatung und individuellen Anforderungen und Bedürfnissen angepasste
226 Kompetenzentwicklung der ArbeitnehmerInnen sein. Dazu bedarf es eines personell wie
227 institutionell gut ausgestatteten regional verfügbaren, flächendeckenden Systems der
228 Weiterbildungs- und Qualifizierungs- sowie Ausbildungsberatung. Dazu sollen die bestehenden
229 Strukturen der Arbeitsagentur weiterentwickelt und Ausgebaut werden. Die MitarbeiterInnen
230 sollen im Rahmen des Umbaus zur Arbeitsversicherung schrittweise in der Beratung und
231 individuellen Betreuung der ArbeitnehmerInnen geschult sowie sie personaldecke entsprechend
232 eines sinnvollen Betreuungsschlüssels aufgestockt werden.

233

234 Ziel ist es mit individuell zugeschnittenem Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen
235 echte berufliche Chancen für die ArbeitnehmerInnen zu entwickeln und sie in Ihrem beruflichen
236 Fortkommen zu unterstützen.

237

238 Wichtiges Ziel ist es auch die Qualität der Weiterbildungsangebote zu sichern und durch
239 Zertifizierungen zu garantieren du einen Überblick in der Vielzahl der unterschiedlichen
240 Angebote zu ermöglichen.

241

242 Ziel muss es auch sein einen möglichst flächendeckend verfügbaren, umfassenden und
243 bedarfsangepassten Angebotskatalog zu entwickeln, der öffentlich ausgeschrieben wird und auf
244 die Durchführung dessen Einzelleistungen sich die Träger der Weiterbildungsleistungen
245 bewerben können. Im Vordergrund muss dabei immer die Qualität des Weiterbildungsangebots
246 stehen.

247

248 Im Rahmen der Umsetzung des nationalen Qualifizierungsrahmens sollen im Rahmen der
249 individuellen Kompetenzentwicklung Zertifizierungsleistungen von nonformal oder informell
250 erworbener Bildung durch die Einrichtungen der Arbeitsversicherung erbracht werden.

251

252 **8. Europäischer Qualifizierungsrahmen und nationale Umsetzung (EQR/DQR)**

253

254 Seit 2008 gilt der Europäische Qualifizierungsrahmen EQR als Empfehlung zu Umsetzung für
255 alle EU Staaten. Er soll als Übersetzungsinstrument die unterschiedlichen beruflichen und
256 akademischen Abschlüsse der einzelnen EU Mitgliedsstaaten zueinander in Beziehung setzen
257 und Vergleichbar machen. Dazu wird in einem nationalen Qualifizierungsrahmen (für
258 Deutschland DQR) jeder der hierarchisch angeordneten Kompetenzstufen des EQR Abschlüsse
259 des jeweiligen EU Mitgliedstaates zugeordnet. In Deutschland konnte man sich auf eine
260 Orientierung an der, mit den beruflichen Qualifizierungen erworbenen Handlungskompetenzen
261 einigen. Der Prozess der Eingruppierung aller beruflichen Abschlüsse auf einheitliche
262 Handlungskompetenzniveaus bietet die Chance mehr gesellschaftliche Mobilität und
263 Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erreichen. Dies ist ein wichtiger Prozess, der nicht rein
264 technokratisch gesehen, sondern dessen gesellschaftspolitische Bedeutung erkannt und der im
265 Sinne der Durchsetzung von mehr Bildungschancen für alle begleitet werden muss.

266

267 **8.1. Eingruppierung Berufsabschlüsse**

268

269 Wir begrüßen die Zuordnung auch von beruflichen Abschlüssen zu höheren Kompetenzstufen
270 und die damit verbundene Anerkennung von beruflicher Bildung als eigenständiger und
271 gleichwertiger Bildungsweg gegenüber akademischer Bildung. Auch in Deutschland lassen sich
272 so Kompetenzen gleichgültig wo auch immer sie erworben wurden, sei es in Ausbildung,
273 Universität oder Betrieb, miteinander vergleichbar machen.

274

275 Wir fordern daher alle Beteiligten auf mit dem beschrittenen Weg fortzufahren und im nächsten
276 Schritt auch Konsequenzen zu ziehen und mehr Durchlässigkeit zwischen beruflichen und
277 akademischen Bildungsweg zu ermöglichen und diese Übergänge aktiv zu fördern und zu
278 unterstützen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu Lebenslangem Lernen und
279 Kompetenzentwicklung.

280

281 Dabei stellt sich auch die Frage nach der, im Zuge der beruflichen Ausbildung erworbenen
282 inhaltlichen Kompetenzen auf konkrete Studieninhalte. Die Jusos fordern hier

283 branchenspezifisch Lösungen und konkrete Anknüpfungspunkte zu erarbeiten, wie in der
284 Ausbildung erworbenes Wissen und Kompetenzen im einen möglichen Studium angerechnet
285 werden kann und der Übergang zwischen beruflichem und akademischen Bildungssystem
286 unterstützt werden kann.

287

288 Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße ausbilden müssen wieder in die
289 Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe
290 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden. Deshalb treten wir seit Jahren für die
291 Einführung der Umlagefinanzierung der Ausbildung ein. Die Unternehmen sollen im Rahmen
292 eines Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und einer Ausbildungsquote von
293 mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die Mindestanzahl an Auszubildenden im
294 Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen. Aus dem Fonds wird ausbildenden
295 Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im Betrieb der Beitrag zum
296 Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen mit Überbedarfsausbildung werden so
297 gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und mittelständischen Unternehmen zu stärken.
298 Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht ausbildenden Unternehmen gewonnenen Mitteln
299 sollen Überbetriebliche Ausbildungskooperationen und soziale Ausbildungsprojekte gefördert
300 und ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden. Ebenso soll aus den Mitteln des
301 Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm finanziert werden um Jugendliche AltbewerberInnen, die
302 derzeit in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt sind, in berufliche
303 Ausbildung zu vermitteln.

304

305 Um Kleingewerbe und strukturell benachteiligte Betriebe oder Regionen nicht unverhältnismäßig
306 zu belasten, werden Betriebe und Unternehmen unter 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
307 davon ausgenommen, dafür aber mit einer Verpflichtung zur Verbundausbildung belegt. Sollten
308 diese dem nicht nachkommen, ist die Abgabe auch auf diese anzuwenden. Sollten nachweislich
309 Ausbildungsplätze angeboten sein, die nicht besetzt werden konnten, sind diese ebenso zu
310 berücksichtigen. Sicherheits- und Nachprüfungsmechanismen müssen eingesetzt werden, um
311 Missbrauch zu verhindern.

312

313 Gerade kleine Betriebe tun sich teilweise schwer alle Anforderungen an die Ausbildung in einem
314 Berufsfeld zu erfüllen und alle Ausbildungsinhalte auch tatsächlich in entsprechender Qualität
315 anbieten zu können. In kleineren und mittleren Betrieben kommt es daher immer wieder zu
316 einseitigen und teilweise ungenügenden Ausbildungen. Mancher Betrieb verzichtet auch auf
317 eine Ausbildung, da die Anforderungen nicht erfüllt werden können. Dennoch ist es gerade im
318 handwerklichen Bereich wichtig, dass die Jugendlichen mit der beruflichen Realität in kleinen
319 Betrieben in Kontakt kommen und zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen können. Die
320 Förderungen von Überbetrieblichen Ausbildungskooperationen ist eine Möglichkeit gerade auch
321 kleinen und mittleren Betrieben innerhalb des dualen Systems zu ermöglichen allen
322 Ausbildungsinhalten gerecht zu werden, indem einzelne Ausbildungsinhalte beispielsweise in
323 Lehrwerkstätten großer Betriebe oder Ausbildungskooperationen vermittelt werden. So können
324 neue Betriebe für eine Ausbildung gewonnen werden, ohne die Ansprüche an berufliche Bildung
325 zu reduzieren und weiterhin möglichst hohe Qualitätsstandards durchzusetzen. Diese
326 Ausbildungskooperationen erhalten die Rückerstattung der Ausbildungsfondsbeiträge während
327 des Aufenthalts der Auszubildenden im Betrieb und sollen zusätzlich aus Mitteln des
328 Ausbildungsfonds unterstützt werden.

329

330 **8.3. Validierung Nonformaler und Informeller Bildung**

331

332 Das System des Europäischen Qualifizierungsrahmens sieht ausdrücklich auch die
333 Berücksichtigung von nonformal oder informell erworbenen Qualifikationen vor. Dabei handelt
334 es sich um Qualifikationen, die nicht im formalen, institutionell gestalteten Prozessen erworben,
335 sondern im selbstorganisierten Studium (Nonformale Bildung) oder im Rahmen des
336 Arbeitsprozesses, im ehrenamtlichen Engagement oder in der Freizeit erworbene
337 Qualifikationen (informelle Bildung).

338

339 Ansatz darf nicht sein durch informelle Lernprozesse im Betrieb betriebliche
340 Weiterbildungsmaßnahmen für erledigt zu erklären. Vielmehr geht es uns um die Anerkennung
341 und Validierung der im Arbeitsprozess und im Rahmen der Arbeitserfahrung erworbenen
342 Kenntnisse und Fähigkeiten, die selbsttätige Weiterbildung und Kompetenzentwicklung der
343 ArbeitnehmerInnen zu honorieren, im Qualifizierungsrahmen aber auch bei Eingruppierungen

344 entsprechend zu berücksichtigen.

345

346 In einem ersten Schritt müssen hierzu Methoden der Zertifizierung und Erfassung nonformal
347 und informell erworbener Bildung entwickelt werden. Mit Hilfe standardisierter Abfrage an
348 Vorgesetzte und Beschäftigte sollen diese im Rahmen von Arbeitszeugnissen und betrieblichen
349 Beurteilungen erfasst und dokumentiert werden. Es müssen im Rahmen der durch die
350 Arbeitsversicherung geförderten Kompetenzentwicklung und individuellen
351 Weiterbildungsberatung Möglichkeiten der Zertifizierung nonformaler und informeller Bildung
352 geschaffen werden.

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

381

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

Titel Politischer Streik

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Politischer Streik

1 **Analyse:**

2

3 In den vergangenen Jahren wurden von politischer Seite aus immer häufiger Reformen und
4 Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, die zu einer deutlichen
5 Abkühlung des sozialen Klimas in Deutschland geführt haben.

6

7 Und auch die politische Partizipation und das Interesse besonders bei jungen Menschen nimmt
8 in den letzten Jahren stetig ab – erkennbar nicht nur an den sinkenden Wahlbeteiligungen.

9

10 Gerade vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wäre es an der Zeit, wieder über andere
11 Möglichkeiten der politischen Beteiligung nachzudenken, die über das „normale“ Volksbegehren
12 hinaus gehen. Denn auch wenn die für ein Volksbegehren notwendigen Unterschriften
13 gesammelt sind gilt dieses in vielen Bundesländern nicht als Verpflichtung für die politischen
14 Akteur*innen die Forderungen umzusetzen, sondern lediglich, sich mit der Thematik zu
15 beschäftigen. Ein gesellschaftliches Mittel, welches tatsächlichen Druck ausüben und eine
16 Kampfansage an politische Entscheidungen sein könnte, gibt es in Deutschland, im Gegensatz
17 zu anderen europäischen Ländern, so bislang nicht.

18

19 Der Arbeitskampf, als Kampfmittel im Tarifstreit gehört seit jeher zu einem der mächtigsten
20 Instrumente, die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen.
21 Wenn es allerdings um gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen geht, die
22 gegen den Willen der Bevölkerung getroffen werden sind die möglichen Formen des Protests
23 sehr stark eingeschränkt.

24

25 Der politische Streik besitzt in der deutschen Geschichte eine herausragende Rolle. So wurde
26 die Novemberrevolution, die das Ende des Ersten Weltkrieges und des Kaiserreiches
27 besiegelte, durch einen politischen Streik von Matrosenverbänden eingeläutet. Auch der
28 Aufstand des 17. Juni 1953, der ebenso eine Verbesserung der politischen Situation zum Ziel
29 hatte, muss an dieser Stelle Erwähnung finden. Im Gegensatz zum Streik bei Tarifkonflikten, der
30 eine konkrete wirtschaftliche Verbesserung mit sich bringen soll, ist die Zielsetzung beim
31 politischen Streik eine andere.

32

33 Das Streikrecht in Deutschland ist momentan nur ein Richterrecht und wird aus dem
34 Grundgesetz (GG) hergeleitet. Im Grundgesetz finden sich außer der Koalitionsfreiheit gemäß
35 Art. 9 Abs.3 nur wenige konkrete Hinweise auf das Streikrecht. Lediglich der im Artikel 20,
36 Absatz 4 verankerte, sog. „Widerstandsparagraph“ kann gegebenenfalls noch als ein Recht auf
37 Streik interpretiert werden. Darüber hinaus gibt es keine explizite Legitimierung des politischen
38 Streiks und auch die angesprochenen Paragraphen sind juristischen Auslegungen vorbehalten.

39 Das geltende „Verbot“ des politischen Streikrechts basiert auf einem Urteil des
40 Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahre 1958, das den politischen Streik als unzulässig
41 betrachtete. Seitdem gab es in Deutschland keine legalen, politischen Streiks mehr.

42

43 Daraus ist allerdings keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht generell vorhanden ist bzw.
44 vorhanden sein müsste. Vielmehr ist es sogar so, dass die Illegalisierung von Beamtenstreiks,
45 wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der
46 Einengung von Streikmöglichkeiten und weiteren Einschränkungen massive Defizite in unserer
47 politischen und wirtschaftlichen Demokratie darstellt. Diese Illegalisierungen, Einschränkungen
48 und Verbote stehen im krassen Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der
49 Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen
50 Arbeiterorganisation (ILO), sowie dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen (Menschenrechts- und)
51 Sozialcharta, was dazu führt, dass Deutschland jedes zweite Jahr von der internationalen
52 Staatengemeinschaft wegen seines restriktiven Streikrechts gerügt wird.

53

54 Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht explizit auf den Abschluss von Tarifverträgen
55 gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung dieser Bestimmungen. Diese Verbote bedrohen
56 unsere Demokratie, da sie die Partizipationsmöglichkeiten der Menschen massiv beschränken.

57

58 Auch von medialer Seite wurde und wird eine zum Teil tendenziös negative Berichterstattung
59 betrieben. Dabei werden Streikmaßnahmen häufig in ein schlechtes Licht gerückt und
60 Kommentare im Sinne der Arbeitgeber*innenverbände, einzelner Arbeitgeber*innen oder
61 wirtschaftsliberaler Teile der Politik verfasst.

62

63 Gerade wegen dieses großen Widerstandes seitens der Arbeitgeber*innenverbände ist es nur
64 mit einer gemeinsamer Anstrengung von Gewerkschaften und Parteien der
65 Arbeiter*innenbewegung möglich, den politischen Streik in Deutschland durchzusetzen.

66

67 Sowohl in den Parteien der Arbeiter*innenbewegung, als auch auf Seiten der Gewerkschaften
68 war die Skepsis gegenüber eines politischen Streikrechts in Deutschland nicht unerheblich.
69 Dennoch entwickelt sich momentan ein breiter Diskurs zu dieser Thematik, der weiter geführt
70 werden muss.

71

72 Unter anderem in europäischen Ländern wie Spanien, Frankreich, Griechenland, die sich in
73 Krisenlagen befinden, gehören Generalstreiks mittlerweile zu einem starken Druckmittel der
74 Bevölkerung. Die Streiks ermöglichen somit eine größere Kontrolle der politischen Institutionen
75 durch das Volk und sind ein zusätzliches Druckmittel gegenüber den Repräsentanten und
76 agierenden politischen Kräften. Politische Streiks zielen im Unterschied zu Demonstrationen
77 nicht nur auf das öffentliche Interesse, sondern auch auf die wirtschaftliche Produktivität und
78 sind diesen somit deutlich überlegen.

79 Der politische Streik ermöglicht es der Arbeiter*innenklasse ihre eigenen Interessen in der
80 Gesellschaft leichter durchzusetzen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zwischen Kapital
81 und Arbeit ein Stück weit in die richtige Richtung zu verschieben.

82

83 Zum jetzigen Zeitpunkt hat Kapital deutlich bessere Möglichkeiten gesellschaftliche Diskurse zu
84 entfachen, zu gewinnen oder diese zu unterbinden. Durch den Einsatz der Medien kann ein
85 enormer politischer Druck aufgebaut werden. Gerade letzteres darf in seiner Wirkung keinesfalls
86 unterschätzt werden, so sind die großen Mediengesellschaften Deutschlands in privater Hand
87 und können die Masse der Menschen beeinflussen. Dazu muss in diesen Medien noch nicht
88 einmal gelogen werden, die bloße Darstellung der Informationen kann bereits manipulativ genug
89 sein, um die gewünschten gesellschaftliche Meinung zu erzeugen.

90

91 Durch das Recht politische Streiks durchzuführen, verbessert sich die Situation der
92 lohnabhängigen Bevölkerung und sie bekommt ein Druckmittel in die Hand, dass ihr sowieso als
93 Grundrecht zusteht und nur durch völkerrechtswidrige Entscheidungen genommen wurde.

94

95 **Daher fordern wir**

96

- 97 • die Entfacherung einer gesellschaftspolitischen Debatte zum Thema „politisches
98 Streikrecht“. Dies kann durch öffentliche Veranstaltungen, Seminar, Workshops, Vorträge
99 und Podiumsdiskussionen gemeinsam mit den Gewerkschaften geschehen. Wir als Jusos

- 100 müssen uns dafür einsetzen, den Diskurs weiter in die Gesellschaft zu tragen und die
101 Bedeutung des politischen Streikrechts hervorzuheben
102 • die Unterstützung der Gewerkschaften bei der Verschärfung und Ausweitung von
103 umfassenden (Arbeits-)Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer*innen
104 • den gemeinsamen Diskurs mit den Gewerkschaften zu suchen und mögliche
105 Handlungsoptionen für die Umsetzung eines politischen Streikrechts in Deutschland zu
106 diskutieren

107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160

Titel U25-Sondersanktionen abschaffen

Antragsteller Bremen

Zur Weiterleitung an Parteikonvent

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

2 -Sondersanktionen a s haffen

1 Die SPD fordert die Abschaffung aller Sanktionen gegen Arbeitssuchende SGB II. In einem
2 ersten Schritt wollen wir die sofortige Abschaffung der zurzeit gültigen, besonders drastischen
3 Sanktionen gegen junge Arbeitssuchende im SGB II. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert,
4 eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

C

Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C 1	Bundesverbandsprojekt Jugend über Juso - Bundesvorstand Berufliche Ausbildung	34
C 2	Nordrhein-Westfalen Inklusion – Von Anfang an dabei sein	44

Titel Berufliche Ausbildung

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Jugend i $\frac{1}{2}$ ber Juso -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Berufliche Ausbildung

1 1. Bedeutung von Ausbildung

2

3 Berufliche Bildung und Ausbildung im dualen System ist für die Erwerbsbiographie der
4 überwiegenden Zahl der ArbeitnehmerInnen in Deutschland von grundlegender Bedeutung und
5 bestimmt die Lebensrealität jährlich tausender Jugendlicher. 2012 waren 824.626
6 Ausbildungsinteressierte Jugendliche offiziell verzeichnet, 551.272 neue Ausbildungsverträge
7 wurden geschlossen. Berufliche Bildung und gute Ausbildungsbedingungen haben für uns
8 daher besonderen Wert. Wir setzen uns entschieden für die Belange Ausbildender in
9 Deutschland und derjenige Jugendlichen die keinen Ausbildungsvertrag erhalten und in
10 Maßnahmen des Übergangssystems abgeschoben werden ein. Wir streben danach berufliche
11 Ausbildung für alle Interessierten zu verwirklichen, in der Jede und Jeder selbstbestimmt und
12 frei von ökonomischem Zwang ein Berufsfeld entsprechend ihrer/seiner Fähigkeiten und
13 Neigungen wählen und umfassend Ausgebildet seinen Weg in der Arbeitswelt beginnen kann.

14

15 Die berufliche Ausbildung ist für viele Jugendliche ein bedeutungsvoller Schritt, der ihr weiteres
16 Leben häufig entscheidend prägt. Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist es daher auch,
17 Jugendlichen eine Entscheidung über die Wahl des Ausbildungsberufes frei von ökonomischen
18 Zwängen zu ermöglichen. Man kann kaum von einer selbstbestimmten und freien Entscheidung
19 sprechen, wenn es nicht die Neigungen und Fähigkeiten der Jugendlichen sind, die über die
20 Berufswahl entscheiden, sondern der Zwang, zumindest irgendeinen Ausbildungsplatz
21 annehmen zu müssen. Das Recht auf freie Berufswahl hat für uns Vorrang vor dem Interesse
22 der Wirtschaftszweige an passgenauer Versorgung mit Nachwuchskräften. Nicht besetzte
23 Ausbildungsplätze sind für uns daher zunächst keine Schreckensvorstellung, sondern Ausdruck
24 eines Angebotes an Ausbildungsplätzen, das deutlich über die Zahl der Ausbildungssuchenden
25 hinausgeht und somit das Recht auf freie Berufswahl erst verwirklicht.

26

27 2. Unser Anspruch an Ausbildung

28

29 Wir wollen eine berufliche Ausbildung realisieren, die mehr vermittelt als nur technische
30 Fertigkeiten und nur auf die Verbesserung der ökonomischen Verwertbarkeit der jungen
31 ArbeitnehmerInnen abzieht. Auch berufliche Ausbildung muss einem emanzipatorischen
32 Anspruch gerecht werden. Sie muss zu selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Handeln
33 befähigen und den Jugendlichen umfassende Qualifikationen im gesamten Spektrum ihres
34 Berufsfeldes vermitteln. Sie muss auch der erste Schritt in die Unabhängigkeit vom Elternhaus
35 garantieren.

36

37 3. Situation beruflicher Ausbildung

38

39 Auch wenn die offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung immer wieder anderes
40 nahelegen und die Ausbildungsplatzlücke sich in den vergangenen Jahren demographiebedingt
41 in Wohlgefallen aufgelöst habe, so gibt es auch heute zahlreiche Jugendliche, die keinen
42 Ausbildungsplatz finden.

43

44 Der Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung verschleiert,
45 dass die tatsächlichen Zahlen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und die derzeit
46 gute Auftragslage der Unternehmen nicht auf den Ausbildungsmarkt durchschlug.

47

48 824.626 Ausbildungsinteressierten, seien es aktuelle BewerberInnen, AltbewerberInnen oder in
49 Warteschleifen geparkten oder gleich ganz als nicht ausbildungsreif abgeschriebene
50 Jugendlichen standen 2012 knapp 551.271 abgeschlossene Ausbildungsverträge gegenüber.
51 Das bedeutet, dass lediglich 66,9 Prozent der ausbildungsinteressierten Jugendlichen einen
52 Ausbildungsplatz finden. Gleichzeitig sind 76.029 BewerberInnen ohne Ausbildungsplatz
53 geblieben und das bei ca. 33.275 offenen Ausbildungsplätzen. Das wird oft mit der mangelnden
54 Ausbildungsreife der Jugendlichen begründet. Häufig sind es aber nicht die BewerberInnen, die
55 nicht ausbildungsreif sind, sondern die Firmen oder Arbeit- und Ausbildungsbedingungen in den
56 jeweiligen Berufen und Betrieben sind so miserabel, dass sich niemand freiwillig dort bewirbt.

57

58 Zusätzlich sind derzeit noch etwa 300.000 (2012) Jugendliche, häufig AltbewerberInnen, in
59 Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt, die sich für sie eher als Abstellgleis,
60 denn als Übergang erwiesen haben. Die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss in der
61 Altersgruppe zwischen 20 bis 29 Jahren ist seit Jahren relativ konstant und liegt 2012 bei rund
62 1,39 Millionen Menschen. Das sind 14,1 Prozent dieser Altersgruppe. Was Jugendliche heute
63 brauchen sind keine weiteren „Maßnahmen“, sondern echte Chancen und Perspektiven für eine
64 berufliche Qualifizierung.

65

66 In den kommenden Jahren wird es grade im hochqualifizierten Bereich einen enormen Bedarf
67 an gut ausgebildeten Fachkräften geben. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze in diesen
68 Bereichen und die Jugendlichen müssen besser auf Ausbildung und Beruf vorbereitet werden.
69 Es kann nicht sein, dass jedes Jahr tausende Jugendliche ohne Ausbildungsplatz da stehen,
70 viele mit „nur“ Hauptschulabschluss keine Chance auf überhaupt einen Ausbildungsplatz haben,
71 dass Jahr für Jahr 60.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir brauchen
72 ein Schulsystem, das die Jugendlichen befähigt, selbstbestimmt über ihr Leben zu entscheiden.

73

74 **4. Ausbildungsplätze sicherstellen**

75

76 Die Arbeitsbedingungen und die Lohnentwicklung haben aus ArbeitnehmerInnensicht in vielen
77 Branchen (nur beispielhaft genannt seien die Pflege und die Gastronomie) in den vergangenen
78 Jahren eine negative Entwicklung genommen. Dies wirkt sich zwangsläufig auf die Qualität der
79 Ausbildung aus. Obwohl deutschlandweit immer mehr Unternehmen den drohenden
80 Facharbeitermangel beklagen sind es bundesweit nur mehr 21,5 % der Unternehmen, die
81 überhaupt noch ausbilden und diese Ausbildungsquote sinkt seit Jahren weiter. Es gilt die
82 Unternehmen, welche finanziell und personell in der Lage sind auszubilden, entsprechend in die
83 Pflicht zu nehmen.

84

85 **4.1. Recht auf Ausbildung**

86

87 Die Jusos fordern die Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf eine mindestens 3 Jährige
88 berufliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu absolvieren. Diese
89 Ausbildungsgarantie für alle ausbildungswilligen Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz
90 finden konnten soll spätestens 2 Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gelten.

91

92 Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die innerhalb dieser Frist keinen Ausbildungsplatz
93 werden im Rahmen eines echten Übergangs- und Berufsvorbereitungssystems
94 anrechnungsfähige Ausbildungsangebote in schulischer oder geförderter Ausbildung gemacht,
95 die sie auf die Aufnahme einer dualen Ausbildung vorbereiten und ihnen reguläre
96 Ausbildungsinhalte vermitteln sollen. Maßnahmen der außerbetrieblichen Ausbildung und
97 geförderte Ausbildung sollen duale Ausbildung in keinem Fall ersetzen sondern nur ergänzen
98 und im Notfall als zusätzliche Ausbildungsmöglichkeit dienen. Ziel bleibt immer die Vermittlung
99 in duale Ausbildung.

100

101 **4.2. Ausbildungsplatzumlage – Ausbildungsfonds**

102

103 Unternehmen, die nicht oder nicht im ausreichenden Maße ausbilden müssen wieder in die
104 Pflicht genommen werden und an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe
105 'berufliche Ausbildung' finanziell beteiligt werden. Deshalb treten wir seit Jahren für die
106 Einführung der Umlagefinanzierung der Ausbildung ein. Die Unternehmen sollen im Rahmen
107 eines Ausbildungsfonds, entsprechend Betriebsgröße und einer Ausbildungsquote von
108 mindestens 10 Prozent verpflichtende Beiträge für die Mindestanzahl an Auszubildenden im
109 Betrieb an den Ausbildungsfonds entrichten müssen.

110

111 Um Kleingewerbe und strukturell benachteiligte Betriebe oder Regionen nicht unverhältnismäßig
112 zu belasten, werden Betriebe und Unternehmen unter 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
113 davon ausgenommen, dafür aber mit einer Verpflichtung zur Verbundausbildung belegt. Sollten
114 diese dem nicht nachkommen, ist die Abgabe auch auf diese anzuwenden. Sollten sie
115 nachweislich Ausbildungsplätze angeboten haben, die nicht besetzt werden konnten, sind diese
116 ebenso zu berücksichtigen. Sicherheits- und Nachprüfungsmechanismen müssen eingesetzt
117 werden, um Missbrauch zu verhindern.

118

119 Aus dem Fonds wird ausbildenden Betrieben, entsprechend der Anzahl der Auszubildenden im
120 Betrieb der Beitrag zum Ausbildungsfonds zurückerstattet, Unternehmen mit
121 Überbedarfsausbildung werden so gefördert. Ziel ist es, insbesondere die Klein- und
122 mittelständischen Unternehmen zu stärken. Mit den aus den übrigen Beiträgen der nicht
123 ausbildenden Unternehmen gewonnenen Mitteln sollen Überbetriebliche
124 Ausbildungskooperationen und soziale Ausbildungsprojekte gefördert und
125 ausbildungsbegleitende Hilfen gestärkt werden. Ebenso soll aus den Mittel des
126 Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm finanziert werden um Jugendliche AltbewerberInnen, die
127 derzeit in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt sind, in berufliche
128 Ausbildung zu vermitteln.

129

130 **4.3. Überbetriebliche Ausbildungskooperationen**

131

132 Gerade kleine Betriebe tun sich teilweise schwer alle Anforderungen an die Ausbildung in einem
133 Berufsfeld zu erfüllen und alle Ausbildungsinhalte auch tatsächlich in entsprechender Qualität
134 anbieten zu können. In kleineren und mittleren Betrieben kommt es daher immer wieder zu
135 einseitigen und teilweise ungenügenden Ausbildungen. Mancher Betrieb verzichtet auch auf
136 eine Ausbildung, da die Anforderungen nicht erfüllt werden können. Dennoch ist es grade im
137 handwerklichen Bereich wichtig, dass die Jugendlichen mit der beruflichen Realität in kleinen
138 Betrieben in Kontakt kommen und zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen können.

139

140 Die Förderungen von Überbetrieblichen Ausbildungskooperationen ist eine Möglichkeit gerade
141 auch kleinen und mittleren Betrieben innerhalb des dualen Systems zu ermöglichen allen
142 Ausbildungsinhalten gerecht zu werden, indem einzelne Ausbildungsinhalte beispielsweise in
143 Lehrwerkstätten großer Betriebe oder Ausbildungskooperationen vermittelt werden. So können
144 neue Betriebe für eine Ausbildung gewonnen werden, ohne die Ansprüche an berufliche Bildung
145 zu reduzieren und weiterhin möglichst hohe Qualitätsstandards durchzusetzen. Diese
146 Ausbildungskooperationen erhalten die Rückerstattung der Ausbildungsfondsbeiträge während
147 des Aufenthalts der Auszubildenden im Betrieb und sollen zusätzlich aus Mitteln des
148 Ausbildungsfonds unterstützt werden.

149

150 **4.4. Übergangssystem**

151

152 Derzeit mündet fast jeder dritte Jugendliche, der eine berufliche Ausbildung anstrebt in einer
153 Maßnahme des Übergangssystems. 2011 befanden sich etwa 294.000 Jugendliche im Dickicht
154 der Warteschleifen. Es kann nicht sein, dass Übergangsmaßnahmen als Warteschleifen genutzt
155 werden um die Ausbildungsstatistik zu bereinigen. Ein großer Teil der Jugendlichen absolviert
156 mehr als eine Maßnahme im Übergangsbereich, die durchschnittliche Verweildauer liegt bei
157 etwa 17 Monaten. Fast jeder 3. Jugendliche ist auch noch nach 2 Jahren noch nicht auf einen
158 betrieblichen Ausbildungsplatz im Rahmen des dualen Systems vermittelt. Dies geht auf Kosten
159 der beruflichen Perspektiven der betroffenen Jugendlichen.

160

161 Wir fordern aus den Mitteln des Ausbildungsfonds ein Sofortprogramm zu initiieren um
162 Jugendliche, die als AltbewerberInnen derzeit in den bisherigen Maßnahmen des
163 Übergangssystems geparkt sind in berufliche Ausbildung zu vermitteln und den
164 Übergangsbereich neu zu gestalten, so dass betroffenen Jugendlichen echte Chancen auf
165 Ausbildung und Qualifizierung ermöglicht werden. Wir fordern die Umgestaltung und
166 Systematisierung des beruflichen Übergangssystems. Es bedarf bundeseinheitlicher Regelung
167 über die Anforderungen und Funktionen des Übergangssystems sowie der zentralen Steuerung
168 und Koordinierung der Maßnahmen.

169

170 Im Rahmen der Arbeitsversicherung muss auch der Übergangsbereich neu geordnet werden.
171 Insbesondere soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, die die individuelle Beratung
172 und Betreuung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die noch keine Ausbildung
173 begonnen und abgeschlossen haben bis einschließlich des 27 Lebensjahres vor Ort sicherstellt.
174 Ziel ist es für alle Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden oder Unterstützung und
175 Förderung in der Ausbildung benötigen einen individuell zugeschnittenen Ausbildungs- und
176 Förderungsplan zu erstellen und Betreuungsangebote sicher zu stellen.

177

178 Ausbildungsinteressierte Jugendliche, die innerhalb der, durch den gesetzlichen Anspruch auf
179 eine berufliche Ausbildung garantierten Frist keinen Ausbildungsplatz finden absolvieren das
180 erste Ausbildungsjahr in einer Berufsfachschule und wechseln in eine duale oder geförderte
181 Ausbildung unter Anerkennung der Ausbildungsinhalte des ersten Ausbildungsjahres. Auch bei
182 einem Besuch einer Berufsfachschule im ersten Ausbildungsjahr muss das Angebot so gestaltet
183 sein, dass eine selbstbestimmte und freie Berufswahl tatsächlich möglich ist. Auszubildende mit
184 erheblichen Vermittlungshemmnissen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu leiden haben sollen
185 gezielt gefördert und auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet werden.

186

187 Ausbildungsbegleitende Hilfen und Modelle der assistierenden Ausbildung müssen in allen
188 Betrieben zum Regelangebot werden und durch erfahrene Ausbilder und Lehrkräfte in enger
189 Absprache mit der Ausbildungsberatung im Rahmen der Arbeitsversicherung vor Ort konzipiert
190 und umgesetzt werden. Auch bedarf es eines sozialpädagogischen Beratungsangebots, das
191 den Jugendlichen bei privaten, beruflichen oder sonstigen Problemen in der Ausbildung
192 unterstützend zur Seite steht.

193

194 Alle Maßnahmen der außerbetrieblichen und geförderten Ausbildung haben als gemeinsames
195 Ziel immer die Vermittlung in duale Ausbildung. Sie sollen nur im Notfall als zusätzliche
196 Ausbildungsmöglichkeit dienen und Jugendlichen einen Einstieg in eine selbstbestimmte
197 Ausbildung ermöglichen.

198

199 **5. Ausbildungsqualität**

200

201 Der zweite Schwerpunkt, neben der Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen en ist die
202 Sicherstellung der Ausbildungsqualität. Wir fordern nicht nur Ausbildungsplätze sondern beste
203 Ausbildungs- und Rahmenbedingungen für alle Auszubildenden. Leider gibt es immer noch
204 Firmen für die Auszubildende in erster Linie billige Arbeitskräfte darstellen, die
205 Ausbildungspläne nicht einhalten, ungenügend ausbilden oder selbst elementaren Regeln des
206 Jugendarbeitsschutzgesetzes verletzen. Dagegen müssen wir vorgehen. Deshalb muss es
207 heißen: beste Ausbildung für alle!

208

209 **5.1. Duales Ausbildungssystem**

210

211 Wir stehen als Jusos weiterhin zu dem in Deutschland seit langem etablierten und gut
212 ausgebauten System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule. Die
213 Kombination aus theoretischem und praktischem Lernen und die vielseitigen und
214 anspruchsvollen Aufgaben durch den hohen Praxisbezug vermitteln grundlegenden
215 Qualifikationen und berufliche Fertigkeiten zugleich mit breit angelegtem theoretischem
216 Hintergrundwissen. Wir fordern für alle die einen entsprechenden Ausbildungsberuf ergreifen
217 wollen eine Ausbildungsgarantie innerhalb des dualen Systems.

218

219 **5.2. Ablehnung generelle Verkürzung der Ausbildungsdauer**

220

221 Einer grundsätzlichen Verkürzung der Ausbildungsdauer von 3,5 Jahre auf generell 3 Jahre und

222 der vermehrten Einführung von 2-Jährigen Ausbildungsberufen stehen wir ablehnend
223 gegenüber. Gerade in den neuen 2-jährigen Ausbildungsgängen findet eine Fokussierung auf
224 einige Tätigkeiten statt, die dem grundlegenden Ziel einer breit angelegten Ausbildung
225 entgegensteht. Erfahrungen haben gezeigt, dass die verkürzten Ausbildungsgänge den
226 inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen mit denen die Jugendlichen in der Arbeitswelt
227 umzugehen haben nicht gerecht werden. Deshalb fordern die Jusos die Beibehaltung der, im
228 Regelfall dreijährigen Ausbildungsberufe und lehnen eine generelle Verkürzung entschieden
229 ab. Wir wollen keine Schmalspurausbildungen, sondern die Vermittlung umfassender beruflicher
230 Kenntnisse sowie breit angelegter Grundlagen und Kompetenzen verwirklichen.

231

232 **5.3. Beibehaltung Berufsprinzip und Ablehnung der Modularisierung**

233

234 Wir stehen zum Berufsprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener
235 Berufsbilder zugunsten einer Modularisierung der beruflichen Ausbildung ab. Die
236 Modularisierung leistet dem Zuschnitt der Ausbildung auf unternehmensspezifische
237 Anforderungen und der reinen Orientierung an der ökonomischen Verwendbarkeit der
238 Auszubildenden für das konkrete Unternehmen Vorschub und steht damit im Widerspruch zu
239 der geforderten Universalität und Vergleichbarkeit der Ausbildung. Wir wollen an dem System
240 vielseitiger und umfassender Ausbildungsberufe festhalten und den Auszubildenden so so größt
241 mögliche vielseitigkeit und umfassende berufliche Bildung in ihrem Berufsfeld bieten. Um im
242 europäischen Rahmen zu einer Vergleichbarkeit der Berufsbilder zu gelangen, befürworten wir
243 die Ausarbeitung europäischer Kernberufe, die in den einzelnen Berufssegmenten gemeinsame
244 Ausbildungsinhalte und Kompetenzen festlegen, welche einen einheitlichen Rahmen für die
245 erforderlichen zu vermittelnden Ausbildungsinhalte darstellen und durch die länderspezifischen
246 Ausbildungsordnungen und Berufsbilder ergänzt und detailliert werden. Um der fehlenden
247 Einschätzungsmöglichkeit der Arbeitgeber*innen hinsichtlich der im Ausland erworbenen
248 Abschlüsse entgegenzuwirken, wurden Entsprechungslisten durch die Europäische Union
249 erstellt. Diese haben jedoch bisher keine Verbindlichkeit und dienen nur als Informationsquelle.
250 Wir fordern verbindliche Listen, um die Chance der Auszubildenden auf einen Arbeitsplatz durch
251 einen verbindlich geprüften und damit anerkannten ausländischen Abschluss zu erhöhen.

252

253 **5.4. Jugendarbeitsschutzgesetz**

254

255 Das Jugendarbeitsschutzgesetz gewährleistet den besonderen Schutz minderjähriger
256 Auszubildender. Das Gesetz, das in seiner Ursprungsform auf das Jahr 1956 zurück geht soll in
257 seinen Bestimmungen und Sprache modernisiert und verständlicher gestaltet werden.

258

259 Allen Forderungen an den Stellschrauben tägliche Arbeitszeit, Arbeitsstunden, Nacht- und
260 Schichtarbeit, wöchentliche Arbeitszeit und Freizeitregelungen zu drehen und den besonderen
261 Schutz für junge Auszubildende und Jugendliche auf zu weichen erteilen wir eine entschiedene
262 Absage. Die Ergebnisse der Bund-Länder Arbeitsgruppe zur Novellierung des
263 Jugendarbeitsschutzgesetzes zeigen deutlich: Ausweitung der Arbeitszeiten und Lockerungen
264 der Schutzbestimmungen führen zu deutlichen Verschlechterung der Ausbildungsergebnisse
265 und zu erheblichen negativen psycho-sozialen Konsequenzen für die Jugendlichen.

266

267 Ganz im Gegenteil fordern wir die entschiedene Durchsetzung und Kontrolle der Einhaltung der
268 Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes, dass oft genug verletzt oder gedehnt wird. Die
269 Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes sollen auf alle Menschen in Ausbildung
270 ausgeweitet werden. Mit der Ergänzung um ein generelles Ausbildungsschutzgesetz sollen in
271 Zukunft alle, die unter 18 Jahre alt sind und/oder in Ausbildung stehen den
272 Schutzbestimmungen unterworfen sein. Ausnahmeregelungen bezüglich Arbeitsbeginn und -
273 ende müssen klar umrissen, nachweislich im Rahmen der Ausbildung erforderlich und durch
274 zeitnahen Freizeitausgleich abgegolten werden. Eine Ausweitung der wöchentlichen
275 Arbeitszeiten ist nicht möglich.

276

277 **5.5. Auszubildenschutz & Qualitätssicherung in der Ausbildung**

278

279 Das Problem besteht in der mangelnden Kontrolle der Ausbildungsbedingungen und der
280 Einhaltung selbst elementare gesetzlicher Regelungen wie des Jugendarbeitsschutzgesetzes.
281 Befragungen der DGB Jugend zeigen, dass es immer noch viele Betrieb gibt, die weder einen
282 Ausbildungsplan einhalten, noch ihre Auszubildenden dauerhaft oder zumindest regelmäßig

283 durch einen Ausbilder betreut werden, wo ausbildungsfremde Tätigkeiten überwiegen und
284 Überstunden selbst für minderjährige Auszubildende zur Tagesordnung gehören. Viel zu oft
285 werden Auszubildende immer noch vor allem als billige Arbeitskräfte gesehen. Auch zeigen die
286 Befragungen, dass die grade in Betrieben zum Problem wird, in denen keine betriebliche
287 Interessensvertretung vorhanden ist.

288

289 Gewerbeaufsichtsämter, die über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten,
290 sind unterbesetzt und überfordert und die, für die Überwachung der Ausbildungsqualität
291 zuständigen Berufskammern sind oft wenig geneigt bei Verstößen gegen die
292 Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten Ausbildungsbedingungen gegen die Unternehmen
293 durchzugreifen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der Berufskammern finanzieren.
294 Erfahrungen zeigen, dass es für die betroffenen Auszubildenden häufig sehr schwierig ist
295 wirkliche Verbesserungen über die eigentlich zuständigen Berufskammern durchzusetzen.

296

297 Die paritätisch mit VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und VertreterInnen der
298 Berufskammern besetzten Berufsbildungsausschüsse, die zuständig sind für alle rechtlichen
299 Belange der beruflichen Ausbildung und die Festlegung von Ausbildungsinhalte und -plänen
300 sind ein wichtiges Element der beruflichen Selbstverwaltung und sollen zur stetigen
301 Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung beitragen. Die Berufsbildungsausschüsse tagen
302 zu selten und verhalten sich meist einseitig arbeitgeberfreundlich. Hierzu trägt auch die
303 mangelnde Unabhängigkeit der zugehörigen ArbeitnehmervertreterInnen bei. Da sie daher
304 keine dauerhafte Kontrolle der Ausbildungsbedingungen und -qualität wahrnehmen können und
305 die Kammern dieser Rolle nur ungenügend nachkommen, soll das bestehende
306 Selbstverwaltungssystem aus Kammern und Berufsbildungsausschüssen ergänzt werden durch
307 eine unabhängige Stelle, die über die Einhaltung der grundlegenden gesetzlichen Regelungen
308 wie des Jugendarbeitsschutzgesetzes, über Ausbildungsbedingungen und Durchführung der
309 Ausbildungspläne wacht.

310

311 Zu prüfen ist diese Kontrollfunktion einer gesetzlichen Auszubildenden bzw.
312 ArbeitnehmerInnenvertretung anzuvertrauen, die ein Gegengewicht zum arbeitgeberdominierten
313 Kammersystem schaffen und regional organisierte Anlaufstelle für alle Auszubildenden, grade
314 auch in Betrieben ohne vorhandene betriebliche Mitbestimmungsstrukturen werden könnte.
315 Hier gilt es im Dialog mit den Gewerkschaften entsprechende Modelle zu entwickeln und im
316 umzusetzen.

317

318 **5.6. AusbilderInnen ausbilden!**

319

320 Im Rahmen der Qualitätssicherung Ausbildung muss auch gewährleistet werden, dass
321 ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten für AusbilderInnen geschaffen und dauerhaft
322 vorgehalten werden müssen, so dass diese sowohl über den neusten Stand der Technik als
323 auch in Fragen didaktischer Konzepte weiterbilden können. Die verpflichtende Einhaltung der
324 Bestimmungen der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) muss wieder zur Regel werden und
325 für neue AusbilderInnen in allen Betrieben verbindlich sein. Erfahrungen haben gezeigt, dass
326 durch die Aussetzungen der AEVO Prüfungen nicht zu nachweislich mehr verfügbaren
327 Ausbildungspersonal und mehr Ausbildungsplätzen geführt haben. Nur gut ausgebildetes
328 Lehrpersonal garantiert die Qualität der beruflichen Ausbildung. Um diese auf Dauer sicher zu
329 stellen, muss das Ausbildungspersonal regelmäßig geschult werden um Kenntnisse wieder
330 aufzufrischen. Auch neue Kompetenzen, wie zum Beispiel Interkulturelle Kompetenz sollen hier
331 erlernt werden. Wir setzen uns für einen verpflichtenden Lehrgang alle 2 Jahre ein. Die Kosten
332 dieser Schulung muss der Arbeitgeber tragen. Dabei muss gewährleistet werden, dass kleine
333 Betriebe nicht (finanziell) überfordert werden.

334

335 **5.7. Stärkung der Berufsschulen**

336

337 Berufsschulen müssen als zentrale Lernorte für Auszubildende gestärkt werden. Deshalb
338 fordern wir die bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Berufsschulstandorte. Gerade
339 auch Grundlegende Bildung und gesellschaftspolitische Angebote müssen neben hochwertigem
340 fachlichen Unterricht gefördert werden. Die Auszubildenden müssen auch in den Berufsschulen
341 mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung erhalten. Weiterhin sollen die Berufsschulen über die
342 Berufsbildungsausschüsse stärker als bisher in die Erstellung der Ausbildungsordnung und die
343 konkrete Ausgestaltung der Ausbildungspläne mit einbezogen werden um die Abstimmung

344 zwischen der Ausbildung im Betrieb und den Inhalten des Berufsschulunterrichts besser zu
345 koordinieren und zu verzahnen.

346

347 Außerdem sollen die Berufsschulen noch enger mit den Gewerkschaften zusammen arbeiten.
348 Sie sind die Partner die Rechte von Azubis vermitteln können und mit denen Rechte von Azubis
349 (mit entsprechendem Organisationsgrad) durchgesetzt werden.

350

351 Für alle Ausbildungsberufe muss die Berufsschulzeit im Blockunterricht möglich werden.

352 Dadurch wird dem großen Problem des Unterrichtsausfalls begegnet und die Auszubildenden

353 wären für diese Zeit komplett von der Arbeit im Betrieb befreit. Für uns Jusos gehören die

354 Berufsschulzeiten inklusive aller Wege- und Pausenzeiten klar zu Ausbildung“ durch „Wir fordern,
355 dass jeder Berufsschultag als Vollzeit-Arbeitstag gewertet werden muss.

356

357 **6. Situation der Auszubildenden**

358

359 **6.1. Gleichstellung**

360

361 Immer noch gibt es reale Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern bei gleichwertigen
362 Tätigkeiten und die Schlechterstellung von Berufen, in denen größtenteils Frauen tätig sind.

363 Man spricht von einem Gender Pay Gap von 22% Lohnunterschied. Auch in der Ausbildung

364 kommt es nach wie vor zur konkreten wie strukturellen Benachteiligung von Frauen und

365 Mädchen. Alle beruflichen Bildungsangebote müssen dahingehend überprüft werden. Wir

366 wollen uns mit der Problemlage auseinandersetzen und Forderungen entwickeln um dem

367 wirkungsvoll entgegen zu treten.

368

369 Ein konkretes Teilproblem stellt beispielsweise das Thema Ausbildung mit Kind dar. Grade

370 junge Alleinerziehende haben große Schwierigkeiten überhaupt einen Ausbildungsplatz zu

371 erhalten oder den Ausbildungsalltag auf sich gestellt zu organisieren. Hier müssen

372 entsprechende Angebote entwickelt werden.

373

374 Bereits in berufsvorbereitenden Angeboten an den Schulen muss jungen Frauen und Männern
375 eine reelle Möglichkeit gegeben werden, sich und ihre Fähigkeiten am besten in verschiedenen,
376 auch „untypischen“ Berufsfeldern auszuprobieren. Betriebliche Realitäten, die durch die

377 Dominanz eines Geschlechtes geprägt sind, verschrecken junge Frauen wie auch junge Männer

378 oft. Hier muss gegengesteuert werden. Insbesondere müssen junge Frauen bei der

379 Berufsberatung gezielt auf die Wichtigkeit ihrer späteren wirtschaftlichen Unabhängigkeit

380 hingewiesen werden. Dies beinhaltet für uns auch, dass ihnen die meist besser bezahlten,
381 männlich dominierten Berufe vorgestellt und die damit verbundenen möglichen Vorteile und

382 Perspektiven aufgezeigt werden. Wir sprechen uns strikt dagegen aus, dass jungen Frauen, wie

383 in einigen Berufsberatungsstellen praktiziert, gezielt „soziale“ Berufe nahe gelegt

384 werden. Zudem muss die Finanzierung von Kampagnen und Aktionen wie dem "Girls Day"

385 gesichert, dabei aber auch weiterentwickelt werden und zukünftig stärker darauf abzielen,
386 besonders Mädchen, männlich dominierte Arbeitsfelder, wie die MINT-Berufe nahezubringen.

387 Gleichzeitig ist es auch besonders wichtig die Konzeption der "Boys Days" zu evaluieren und

388 das Konzept so zu entwickeln, dass Jungen für Berufe, in denen bisher überwiegend Frauen

389 arbeiten, begeistert werden.

390

391 **6.2. MigrantInnen in der Ausbildung**

392

393 Wer aus einem Elternhaus mit Migrationshintergrund stammt, hat es bei der Suche nach einem
394 Ausbildungsplatz oft besonders schwer. Die Bewerberbefragung 2006 der Bundesagentur für

395 Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt: Nur 29 Prozent der Jugendlichen

396 mit Migrationshintergrund, die in den vorangegangenen 15 Monaten auf Lehrstellensuche waren,
397 hatten Erfolg. Bei den Jugendliche ohne Migrationsgeschichte konnten im gleichen Zeitraum

398 immerhin 40 Prozent eine Berufsausbildung aufnehmen.

399

400 Das schlechte Abschneiden im Bewerbungsverfahren hat Konsequenzen: Fast jedeR dritte

401 BewerberIn aus einer Zuwandererfamilie landet zunächst in einem Übergangsprogramm, rund

402 jedeR fünfte ist arbeitslos oder jobbt. Im Alter von 25 bis 35 hatten 2005 vier von zehn

403 MigrantInnen keinen Berufsabschluss. Immer wieder kann beobachtet werden, dass

404 Jugendliche mit Migrationshintergrund ungeachtet ihrer Qualifikation oft vorzeitig bei der

405 Bewerberauswahl aussortiert werden. MigrantInnen werden in Deutschland somit bei der
406
407 Ausbildungssuche häufig aus fremdenfeindlichen Beweggründen und Vorurteilen benachteiligt
408 und diskriminiert. Dagegen vorzugehen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die
409 Benachteiligung zu vermindern, müssen frühzeitig Bewerbungstrainings in den Schulen
410 angeboten, die Berufsorientierung gefördert und das Absolvieren von Praktika unterstützt
411 werden. Auch sprachliche Barrieren stellen eine Art der Diskriminierung da. Deshalb müssen
412 die schriftlichen Lern- & Lehrtexte, wie Unterrichtsmaterialien, Fachliteratur, Arbeitsbögen,
413 Prüfungsaufgaben usw. sprachlich Menschen mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ) entlastet
414 werden. Das Lehrpersonal wird außerdem dazu verpflichtet regelmäßig an DaZ-Schulungen
415 teilzunehmen. Personalverantwortliche sollten für ethnisch und kulturell neutrale
416 Auswahlverfahren sensibilisiert werden und verstärkt MigrantInnen als solche
417 (Personalverantwortliche) miteingebunden werden. Wir fordern darüber hinaus eine
418 umfassende Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen auch im
419 Rahmen der Vereinheitlichung durch den EQR und seine nationalen Anwendungen. Darüber
420 hinaus müssen MigrantInnen verstärkt in Führungspositionen befördert werden.
421
422 Bewerbungsverfahren sind entsprechend der Zielrichtung des Allgemeinen
423 Gleichbehandlungsgesetzes anonymisiert durchzuführen, damit BewerberInnen nicht von
424 vornherein wegen ihres Geschlechts oder eines Migrationshintergrundes von
425 Vorstellungsgesprächen ausgeschlossen werden. Ein entsprechendes Pilotprojekt der
426 Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat die Wirksamkeit dieses Bewerbungsverfahrens im
427 April 2012 bestätigt.

428

429 **6.3. Inklusive Ausbildung**

430

431 Eine erfolgreich abgeschlossene duale Ausbildung verbessert nachhaltig die beruflichen
432 Perspektiven junger Menschen. Dies gilt umso mehr, wenn die Ausbildung in regionalen
433 Betrieben am allgemeinen Arbeitsmarkt absolviert wird. Diese Möglichkeit steht jungen
434 Menschen mit einer Behinderung oder Beeinträchtigung bisher nur in Ausnahmefällen offen.
435 Denn es fehlt sowohl an den passenden Ausbildungsstellen als auch an der hierfür notwendigen
436 Unterstützung für die jungen Menschen und die Betriebe. Deshalb muss ein inklusiver und
437 offener Ausbildungs- und Arbeitsmarkt geschaffen werden. Auch sie müssen die Chance
438 bekommen ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

439

440 **6.4. Auszubildendenvergütung**

441

442 Die Auszubildenden haben während der Ausbildung einen gesetzlich geregelten Anspruch auf
443 eine Auszubildendenvergütung. Sie ist entsprechend dem Lebensalter der Auszubildenden so zu
444 bemessen, dass sie „mit fortschreitender Berufsausbildung, mindestens jährlich, ansteigt.“
445 Dabei soll sie die Ausbildung qualifizierter Nachwuchsfachkräfte sichern und eine Entlohnung
446 darstellen. Sie ist meist tarifvertraglich geregelt, so dass die tarifvertraglich gebundenen
447 Unternehmen sie nach geltender Rechtsprechung maximal um 20 Prozent unterschreiten
448 dürfen. Dies ist für uns Jusos nicht hinnehmbar. Wir fordern eine gesetzliche Regelung zu
449 schaffen, die garantieren muss, dass die Auszubildendenvergütung bei tariflich gebundenen
450 Unternehmen gar nicht unterschritten werden darf.

451

452 Was die Auszubildendenvergütung angeht gibt es eine erhebliche Spreizung zwischen
453 einzelnen Berufsgruppen, aber auch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Ebenfalls
454 bestehen erhebliche regionale Disparitäten bei der Höhe der Auszubildendenvergütung. 2012
455 wurde in der durchschnittlichen Höhe der Auszubildendenvergütung in Ostdeutschland 91 Prozent
456 des Westniveaus erreicht.

457

458 27 Prozent der Auszubildenden müssen neben der Ausbildung noch einem weiteren
459 Arbeitsverhältnis nachgehen um sich ihre Ausbildung finanzieren zu können. Es kann nicht sein,
460 dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen so wenig
461 verdienen, dass die sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Allein schon im Sinne des
462 Ausbildungserfolges muss eine angemessene Auszubildendenvergütung sicher gestellt sein. Daher
463 fordern wir die Einführung einer längst fälligen, gesetzlichen, flächendeckenden
464 Mindestauszubildendenvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-
465 BAFÖG-Satzes..

466

467 **6.5. Mobilität in der Ausbildung**

468

469 Gerade jungen Menschen in Ausbildung steht meist sehr wenig Geld zur Verfügung. Sie sind
470 deshalb darauf angewiesen günstig von A nach B zu kommen um mobil zu sein. Wir setzen und
471 deshalb dafür ein, dass flächendeckend Ausbildungstickets eingeführt werden, ähnlich den
472 Semestertickets für Studierende.

473

474 Viele Kommunen und Dörfer sind so klein, dass es schwer bis unmöglich ist diese an das
475 ÖPNV-Netz anzubinden. Trotzdem müssen Versuche unternommen werden, dies zu
476 realisieren, um allen eine Chance auf Mobilität zu gewährleisten. Auch dort leben junge
477 Menschen, die zu ihrer Ausbildung kommen müssen. Für diese ist ein Führerschein leider nach
478 wie vor die einzige Möglichkeit zu Mobilität. Ein Führerschein bedeutet hier Freiheit und die
479 Möglichkeit zur Teilhabe an Kulturangeboten. Einen Führerschein zu machen ist jedoch sehr
480 teuer und für viele dieser jungen Menschen ist es sehr schwer finanzielle Mittel dafür
481 aufzubringen. Wir wollen deshalb, dass der Theorieunterricht für einen Führerschein in Schulen
482 und Berufsschulen abgehalten wird oder, das Auszubildende bei Bedarf einen Antrag auf
483 Teilfinanzierung ihres Führerscheins stellen können. Außerdem muss es – je nach der
484 Angebundenheit einer Region an den öffentlichen Personenverkehr – Zuschüsse auch für die
485 praktische Ausbildung geben.

486

487 **6.6. Wohnen in der Ausbildung**

488

489 Ein wesentliches Problem mit Blick auf die soziale Situation von Auszubildenden ist der Mangel
490 an bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere in Ballungszentren reicht die Ausbildungsvergütung
491 oft nicht aus, um eine Wohnung am freien Markt zu finden. Das gilt sowohl für ortsansässige
492 Auszubildende, als auch für BlockschülerInnen, die sich nur für bestimmte Unterrichtszeiträume
493 in den Städten aufhalten. Wir brauchen daher einen starken Ausbau der Wohnheimplätze für
494 Auszubildende. Hierbei soll insbesondere auch eine Förderung von Seiten der
495 Bundesministerien erfolgen. Auch müssen bereits existierende Mittel der
496 Wohnungsbauförderung zielgerichtet für Ausbildungswohnzentren Verwendung finden. Zudem
497 müssen Wohnstandards in bereits bestehenden Wohnheimen modernisiert und angeglichen
498 werden. So halten wir beispielsweise Mehrbettzimmer für nicht mehr zeitgemäß. Auf lange Sicht
499 wollen wir bundesweit Auszubildendenwerke etablieren, deren Arbeit in einem Dachverband
500 koordiniert wird, wie es auch bei Studierendenwerken der Fall ist.

501

502 **6.7. Übernahmesituation**

503

504 Umfragen zeigen, nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen hat im Jahr vor ihrem
505 Berufsabschluss eine feste Übernahmezusage und Perspektive im ihrem Ausbildungsbetrieb.
506 Ein Drittel der Jugendlichen hat kurz vor Ihrem Berufsabschluss noch schlicht keine
507 Informationen darüber ob sie im Ausbildungsbetrieb übernommen werden oder nicht. Ohne
508 Berufserfahrung haben die nicht übernommen Jugendlichen es häufig besonders schwer auf
509 dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Jusos fordern daher eine unbefristete Übernahmegarantie
510 für alle Auszubildende. Nicht nur für die Unternehmenbindung, sondern insbesondere auch für
511 den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen Auszubildenden ist dies
512 entscheidend. Eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung sollte hier aber weiterhin der
513 Anspruch sein. Es ist sinnvoll, Übernahme und Übernahmegarantie tarifvertraglich oder durch
514 Betriebsvereinbarungen zu regeln. Solche vernünftigen tarifvertraglichen Modelle existieren in
515 Deutschland bereits in Teilen des Öffentlichen Dienstes sowie in der Metallbranche und sollen
516 beispielgebend sein. Der Abschluss dahingehender Vereinbarung zwischen ArbeitgeberInnen
517 und ArbeitnehmervertreterInnen muss gefördert werden.

518

519 **7. Mitbestimmung in der Ausbildung**

520

521 Der Ausbildungsreport der DGB Jugend zeigt deutlich, wo betriebliche Mitbestimmung und
522 Jugend- und Auszubildendenvertretungen vorhanden sind, sind die Auszubildenden deutlich
523 zufriedener mit Ihrer Ausbildungssituation, werden weniger Verstöße gegen
524 Ausbildungsordnungen und gesetzliche Regelungen registriert und die Interessen der
525 jugendlichen gegenüber dem Arbeitgeber besser vertreten.

526

527 Wir wollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Jugendlichen im Betrieb und in
528 Ausbildungsfragen stärken und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) daher mit
529 weitergehenden Rechten ausstatten. Sie sollen besser als bisher die Belange der
530 Auszubildenden im Betrieb vertreten können. Wir fordern daher die Ermöglichung von
531 Teilfreistellungen für Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen, die jedoch nicht mit dem Ziel
532 einen Berufsabschluss zu erreichen kollidieren dürfen und daher beschränkt bleiben müssen.
533 Sobald mehr als 10 Auszubildende einen Betrieb angehören muss gesetzlich verpflichtend eine
534 JAV gegründet werden. JAV-Vertreter sind nach der Ausbildung zu übernehmen. Die Tätigkeit
535 als Jugend- und AuszubildendenvertreterIn und die erforderlichen rechtlichen Schulungen
536 müssen im Rahmen der Validierung nonformaler und informeller angerechnet und entsprechend
537 zertifiziert werden.

538

539 Wir fordern eine weitere Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung über das BetrVG
540 auch gegenüber dem Betriebsratsgremium. Neben der Möglichkeit Themen einzubringen und
541 mit abzustimmen, muss das Vetorecht der Jugend- und Auszubildendenvertretungen bei
542 ausbildungsrelevanten Themen gestärkt werden.

543

544

545

546

547

548

549

550

551

552

553

554

555

556

557

558

559

560

561

562

563

564

565

566

567

568

569

570

571

572

573

574

575

576

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586

587

Titel Inklusion – Von Anfang an dabei sein

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Inklusion – Von Anfang an dabei sein

1 **Was wir unter Inklusion verstehen...**

2

3 Ausgangspunkt des politischen und gesellschaftlichen Diskurses über Inklusion ist die UN-
4 Menschenrechtskonvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung aus dem Jahr 2006
5 (von der Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifiziert). Es ist wichtig festzuhalten, dass die
6 Konvention kein „Sonderrecht“ für Menschen mit Behinderung darstellt. Sie fordert
7 ausschließlich die selbstverständliche Umsetzung aller anerkannten Menschenrechte auch für
8 Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkungen.

9

10 Jungsozialistische Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und
11 Solidarität. Wir wollen dies durch einen sozialen und gerechten Staat mit gleichen
12 Lebensbedingungen für alle ermöglichen. Ein freies, selbstbestimmtes Leben kann nur erreicht
13 werden, wenn die Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie für
14 alle Menschen unter gleichen Bedingungen möglich ist.

15

16 Nehmen wir unsere Grundwerte und die derzeitige Beschlusslage ernst, so muss eine inklusive
17 Gesellschaft Kernelement unserer politischen Zielsetzungen sein.

18

19 Inklusion ist nämlich die volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, unabhängig
20 von Alter, sexueller Orientierung, Handicap, Hautfarbe, Herkunft oder Geschlechtsidentität! Wir
21 Jusos bekennen uns ausdrücklich zu einem ganzheitlichen Inklusionsbegriff:

22

- 23 • Inklusion ist Gleichstellung! Nach wie vor werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts
24 oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Wir Jusos sind aufgefordert, weiterhin für
25 echte Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu kämpfen.
- 26 • Inklusion ist gemeinsames Lernen! Gleiche Bildungschancen brauchen ein faires und
27 inklusives Schulsystem. Wir Jusos müssen – gerade auch in den Kommunen vor Ort – für
28 gemeinsames Lernen unabhängig von Herkunft, sozialer Situation, Begabung oder
29 Handicap werben.
- 30 • Inklusion ist gute Arbeit! Wir Jusos sind dazu verpflichtet, weiter jegliche Formen prekärer
31 Beschäftigung abzulehnen. Auch vermeintlich ausgeschlossene oder abgehängte
32 Gesellschaftsgruppen haben ein Recht auf gute Arbeit und Ausbildung!
- 33 • Inklusion ist Demokratie! Die Mitwirkung an demokratischen Entscheidungen steht längst
34 nicht allen Menschen offen. Wir Jusos sollten uns dafür einsetzen, mehr Teilhabe zu
35 ermöglichen.

36

37 Inklusion ist auch die volle gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an
38 unserer Gesellschaft. Eine Behinderung entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Menschen
39 mit Beeinträchtigungen und einstellungs- sowie umweltbedingten Barrieren, die sie an der vollen
40 und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft hindern.[1] Wie in Artikel VI der UN-

41 Behindertenrechtskonvention festgelegt, werden Frauen mit Behinderung mehrfacher
42 Diskriminierung ausgesetzt. Gleiches gilt für MigrantInnen. Diesen Menschen ist erhöhte
43 Aufmerksamkeit und Unterstützung zu widmen.

44

45 Im Sinne der generationsgerechten Daseinsvorsorge sollten wir uns aber auch die Frage
46 stellen, was wir unter Inklusion älterer Menschen verstehen. In diesem Antrag stellen wir dar,
47 weshalb es eine UN-Menschenrechtskonvention auch für ältere Menschen geben muss. Die
48 Altersdiskriminierung durch jüngere Menschen kann das Älterwerden erschweren, aber auch
49 ältere Menschen haben Altersstereotype und beziehen diese nicht nur auf andere, sondern
50 auch auf sich selbst.

51

52 Kurz gefasst ist Inklusion Gleichstellung, gemeinsames Lernen, gute Arbeit und Demokratie.
53 Inklusion ist für uns die volle gleichberechtigte Teilhabe auch von älteren Menschen an unserer
54 Gesellschaft.

55

56 **Inklusion bedeutet Recht auf Bildung!**

57

58 Für uns ist das gemeinsame Lernen und Spielen von Kindern mit unterschiedlichsten Stärken
59 und Schwächen Grundlage einer solidarischen Gesellschaft.

60

61 Echte Chancengerechtigkeit ohne Diskriminierung gelingt nur in einem inklusiven
62 Bildungssystem.^[2] Wir stehen Sondersystemen grundsätzlich kritisch gegenüber und
63 befürworten eine inklusive Gesellschaft, in der spezielle KiTas für Kinder mit Behinderungen
64 und Förderschulen die Ausnahme sind und bei ausdrücklichem Wunsch der Eltern besucht
65 werden.

66

67 Zu den Gelingensfaktoren eines inklusiven Bildungssystems gehören für uns auch ganz
68 konkrete Aspekte:

69

- 70 • Inklusive Pädagogik muss obligatorischer Bestandteil jedweder pädagogischen
71 Ausbildung sein. Für bereits ausgebildete ErzieherInnen und LehrerInnen müssen
72 verpflichtende Fortbildungsmodule angeboten werden.
- 73 • Sozialen Kompetenzen muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.
- 74 • Die Kompetenz von HeilpädagogInnen, SchulpsychologInnen, TherapeutInnen,
75 SozialarbeiterInnen und SonderpädagogInnen wird in den Regeleinrichtungen benötigt.
- 76 • Kinder mit Beeinträchtigungen brauchen eine individuelle und bedarfsorientierte
77 Unterstützung. Das können SchulbegleiterInnen oder technische Hilfen sein. Es ist sicher
78 zu stellen, dass die Unterstützung auch an die Ganztagsangebote der Schulen angepasst
79 wird.
- 80 • Medizinische und therapeutische Angebote müssen auch in KiTas und Schulen
81 durchgeführt werden können. Hierfür sind entsprechende Zeiten und Räume bereit zu
82 stellen.

83

84 Bereits in der frühkindlichen Bildung muss begonnen werden den Kindern aufzuzeigen, dass sie
85 alle gleichwertig und gleichberechtigt sind. Allerdings darf es auch nicht bedeuten, dass die
86 Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ausschließlich die Aufgabe der
87 Gesamt-, Sekundar- oder Gemeinschaftsschulen und der dort lernenden Kinder sein soll. Es
88 darf nicht dazu führen, dass die selbst von sozialer Exklusion bedrohten Kinder die behinderten
89 Kinder integrieren. Die therapeutische Unterstützung und intensive Betreuung, die ihnen derzeit
90 zusteht, darf nicht weggenommen und neu verteilt werden. Wiederum sollte es für ExpertInnen
91 wie Großeltern, ehemaligen SchülerInnen und SeniorInnen die Möglichkeiten geben sich in
92 Bildungsangeboten und Betreuung mit einzubringen.

93

94 Bereits während der Schulzeit soll es für die SchülerInnen Bildungsangebote geben zu
95 alternativen Kommunikationsarten wie Lippenlesen oder Gebärdensprachen oder auch
96 technische Kommunikationsmethoden.

97

98 Forschungsarbeiten zu Regenbogenfamilien zeigen deutlich, dass gerade im Kontext Schule
99 Handlungsbedarf besteht. Zum einen ist eine Erweiterung der Aus- und Fortbildungsinhalte
100 unerlässlich, um allen Kindern und Jugendlichen die große Bandbreite von möglichen
101 Familienkonstellationen wertfrei nahezubringen. Gleichzeitig gibt die Auseinandersetzung mit

102 LGBT-Lebensformen allen SchülerInnen die Möglichkeit, sich mit erweiterten Spiel- und
103 Handlungsräumen in Bezug auf Gender auseinanderzusetzen und so selbst möglicherweise zu
104 mehr Freiheit zu kommen. Diese emanzipatorischen Aspekte können bereits in der Kita nutzbar
105 gemacht werden. Denn für einen kreativen Umgang mit „Vielfalt“ ist es nie zu früh.

106

107 Wir wollen allen ein lebenslanges Lernen ermöglichen doch gerade ältere Menschen werden
108 von dem Zugang zu Bildung und Forschung ausgeschlossen, da es keine Stipendien oder
109 andere Fördersysteme für sie gibt. Wir brauchen ermutigende Angebote für Jugendliche,
110 Erwachsene und SeniorInnen, um Bildungsabschlüsse nachzuholen. Informationen und
111 Auskunftstellen zu Bildungsangeboten müssen für alle zugänglich sein. Für SchülerInnen,
112 Studierende und junge ArbeitnehmerInnen müssen die kommunalen Koordinierungsstellen im
113 Übergangssystem Schule - Beruf so umgestaltet werden, dass überall gleiche Standards für die
114 Beratung und Begleitung von Bildungs- und Berufswegen junger Menschen greifen. Hierzu zählt
115 auch die Schaffung einheitlicher Curricula für die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in
116 Schulen. Für Erwachsene und Senioren müssen die Kommunen künftig ebenfalls
117 Beratungsangebote schaffen, um ihnen eine Orientierung über lebenslang mögliche Bildungs-
118 und Qualifikationswege zu bieten. Diese Aufgabe darf nicht ausschließlich der
119 Öffentlichkeitsarbeit privatwirtschaftlicher Bildungsträger überlassen werden.

120

121 **Inklusion braucht Barrierefreiheit!**

122

123 Häufig werden infrastrukturelle, bauliche oder räumliche Barrieren vorgeschoben, wenn es
124 darum geht, Menschen mit Behinderung den vollen Zugang am gesellschaftlichen Leben zu
125 ermöglichen. Eine inklusive Gesellschaft braucht also – ganz grundlegend und anschaulich –
126 Barrierefreiheit.

127

128 Barrierefreiheit ist die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten
129 Lebensbereiche für alle Menschen. Der Zugang und die Nutzung müssen für Menschen mit
130 Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich
131 ohne fremde Hilfe möglich sein.[3] Zu den Lebensbereichen gehören die physische Umwelt,
132 Transportmittel, Information und Kommunikation, einschließlich entsprechender Technologien
133 und Systeme, sowie andere Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit in städtischen und
134 ländlichen Gebieten offenstehen.[4]

135

136 Wir fordern deshalb, dass Barrierefreiheit obligatorischer Bestandteil in den Prüfungen größerer
137 Bauvorhaben ist. Die entsprechende DIN 18040-1 muss demnach fest in der Bauordnung des
138 Landes verankert werden.

139

140 Die Ausbildung von IngenieurInnen und ArchitektInnen bedarf einer entsprechenden
141 Sensibilisierung, damit Baumängel und teure Nachbesserungen bei zukünftigen Bauvorhaben
142 verhindert werden. Außerdem soll ein klares Sachverständigenwesen im Bereich Barrierefreiheit
143 etabliert werden. Nur so können Baumängel und teure Nachbesserungen frühzeitig verhindert
144 werden.

145

146 Sämtliche Förderprogramme von Land und Bund müssen das Thema Barrierefreiheit abdecken
147 und so ausgestaltet sein, dass auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden,
148 Investitionen in eine barrierefreie Infrastruktur tätigen zu können. Wir brauchen in unseren
149 Städten und Gemeinden eine Infrastruktur, die den Ansprüchen einer inklusiven Gesellschaft
150 gerecht wird. Dazu zählen nicht nur Rampen für RollstuhlfahrerInnen sondern zum Beispiel
151 auch Blindenleitsysteme, Ampeln mit akustischen Signalen und die selbstverständliche
152 Verwendung von Gebärdensprache, Brailleschrift und einfacher Sprache in unserer
153 Kommunikation.

154

155 Die Bestandsaufnahmen in vielen Bundesländern zur Klassifizierung von öffentlichen Gebäuden
156 schafft für Menschen mit einer Behinderung die notwendige Transparenz. Wir fordern hier die
157 Bundesländer, den Bund und vor allem private Freizeiteinrichtungen und Unternehmen auf, sich
158 an dieser Bestandsaufnahme zu beteiligen.

159

160 Die persönliche Mobilität für Menschen mit Behinderung ist mit größtmöglicher
161 Selbstbestimmung sicherzustellen[5], deshalb muss, sowohl im städtischen als auch im
162 ländlichen Raum, Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel möglich sein. Außerdem fordern wir,

163 dass barrierefreie Zugänge zu Bahn und Bus an Haltestellen und Bahnhöfen schnellstmöglich
164 flächendeckend bereitgestellt werden. Die Instandhaltung dieser Infrastruktur muss höchste
165 Priorität haben. Auch in öffentlichen Gebäuden wie beispielsweise Schulen müssen die
166 sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden um Inklusion möglich zu
167 machen. Jedes öffentliche Gebäude muss über Ausstattungen, die das 2-Sinne-Prinzip (immer
168 zwei Sinne müssen z.B. Wegweiser wahrnehmen) erfüllen, ausgestattet und jede Etage für alle
169 Personen erreichbar sein. Erst wenn die KISS (keep it short and simple) –Regel und das 2-
170 Sinne-Prinzip umgesetzt sind und alles klar erkennbar und für alle einfach zu erreichen ist, ist
171 ein öffentliches Gebäude barrierefrei. Diese Umwandlung muss verpflichtend an allen
172 öffentlichen Gebäuden stattfinden.

173

174 Inklusion soll das Bewusstsein und die Kompetenz vermitteln die vielfältigen Formen, Quellen
175 und Strukturen von Diskriminierung zu erkennen und diesen aktiv entgegenzuwirken. Inklusives
176 Denken und Handeln sollte für uns eine Selbstverständlichkeit werden, denn es bedeutet jeden
177 mit Respekt zu behandeln. Ebenso stärkt eine gute Kommunikation das Engagement von allen.
178

179 Barrierefreiheit bedeutet nicht nur eine leistungsfähige Infrastruktur, die jedem Menschen
180 ermöglicht, am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen, sondern auch eine
181 institutionelle Barrierefreiheit. Der Ausschluss von Nicht-EU-Bürgern von der Teilnahme an
182 kommunalen Wahlen und Abstimmungen stellt z.B. ein nicht zu rechtfertigendes
183 demokratisches Defizit dar. Hier ist es unabdingbar sich für ein Kommunalwahlrecht für Nicht-
184 EU-BürgerInnen einzusetzen. Außerdem müssen für MigrantInnen, die seit langem in der
185 Bundesrepublik leben, auch die Möglichkeit geschaffen werden an Landes- und
186 Bundestagswahlen teilzunehmen. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft zur
187 Verschaffung eines Willkommensgefühls muss vorhanden sein.

188

189 Aber auch im deutschen Recht sowie in anderen Regelwerken finden sich zahlreiche
190 Altersgrenzen. Vor allem im Berufsrecht und im Recht des öffentlichen Dienstes, im Sozialrecht
191 (hier vor allem im Rentenversicherungsrecht), im Recht des Ehrenamtes und im Recht der
192 kommunalpolitischen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen. Hierzu zählen beispielsweise die
193 Begrenzung des Bafög für Studierende bis 30 Jahre (beim Master bis 35 Jahre), die
194 Altersbegrenzung von Schöffen auf 69 Jahre sowie der „Studententarif“ bei Schwimmbädern,
195 Museen und Ähnliche. Zudem gibt es Altersgrenzen in Satzungen von Vereinen und
196 Verbänden, in Geschäftsbedingungen (z.B. von Finanzinstituten), in Tarifverträgen und in
197 Arbeitsverträgen. Den meisten Altersgrenzen liegt die pauschalisierende Annahme zu Grunde,
198 dass die Leistungsfähigkeit von Menschen mit zunehmendem Alter abnimmt. Altersgrenzen
199 basieren häufig auf gesellschaftlichen Altersbildern- und umgekehrt können Altersgrenzen
200 gesellschaftliche Altersbilder prägen. Hier wird es höchste Zeit, überkommene Altersbilder über
201 Bord zu werfen und sie durch neue zu ersetzen.

202

203 Es ist genauso wenig hinnehmbar, dass etwa der Name, der Geburtsort, die Religion oder das
204 Aussehen schon reichen um anders behandelt zu werden, etwa bei der Wohnungssuche oder
205 Polizeikontrollen. Zwar gibt es in Deutschland mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
206 eine nationale Umsetzung entsprechenden EU-Rechts, doch ist es für von Benachteiligung
207 betroffene Menschen schwer, ihrem Recht auf Grundlage dieses Gesetzes Geltung zu
208 verschaffen. Wir Jusos fordern daher eine niedrighschwellige, flächendeckende
209 Beratungsinfrastruktur. Bisher gibt es beispielsweise in NRW erst in 8 Städten sogenannte
210 Antidiskriminierungsbüros, in denen betroffene Unterstützung erhalten. Auch die gesetzlichen
211 Fristen, innerhalb derer Betroffene etwaige Ansprüche auf Schadensersatz geltend machen
212 können, müssen angehoben werden. Derzeit liegen diese bei zwei Monaten. Schließlich muss
213 im Sinne betroffener Gruppen ein Verbandsklagerecht im AGG integriert werden. Wenn
214 bestimmte Gruppen hinsichtlich ähnlicher Diskriminierungsmerkmale benachteiligt werden,
215 muss die Möglichkeit bestehen, dass Vereine und Verbände in ihrem Namen auf Grundlage des
216 AGG gegen Rechtsverstöße vorgehen. Ebenso fordern wir die Entbürokratisierung, sowie den
217 Ausbau der Kapazitäten entsprechender Behörden, um jedem Menschen eine schnelle und
218 aufgeschlossene Prüfung eines Asylantrags zu garantieren.

219

220 **Gute Arbeit gehört zu einem selbstbestimmten Leben!**

221

222 Die Möglichkeit auf ein freies selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft endet
223 häufig mit Eintritt in die Arbeitswelt. Und dies gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung,

224 sondern vielfach auch für MigrantInnen oder auch Alleinerziehende. Ein inklusiver Arbeitsmarkt
225 ist somit zentrale Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Viele Betroffene werden über
226 Jahre hinweg in Maßnahmen von Bund und Land weitergereicht.

227

228 Das verankerte Recht auf Arbeit ermöglicht Menschen mit Behinderung einen Platz in einer
229 Behindertenwerkstatt. Dies ist für viele Betroffene eine wichtige Perspektive, jedoch darf der
230 Werkstattplatz keinesfalls die einzige Option für beeinträchtigte Menschen sein.

231

232 Die Übergänge zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und Sondereinrichtungen müssen deshalb
233 erheblich optimiert werden. Häufig entfalten Sondersysteme eine Sogwirkung, sodass
234 Potenziale von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ausgeschöpft
235 werden können. Der individuellen Unterstützung beim Übergang Schule-Beruf kommt hier eine
236 wichtige Rolle zu. Des Weiteren muss das duale Ausbildungssystem weiter für Menschen mit
237 Behinderung geöffnet werden.

238

239 Förderung und Qualifizierung von Menschen mit Behinderungen müssen individueller und den
240 Potenzialen der Menschen angepasst werden. Viele Maßnahmen sind stigmatisierend und
241 bieten nur geringe Erfolgsaussichten für den ersten Arbeitsmarkt.

242

243 Es muss uns gelingen, dass alle Betriebe Menschen mit Behinderung als Gewinn betrachten.
244 Die Meisten der 2,8 Mio. Menschen sind im Laufe ihrer Berufstätigkeit behindert geworden. Die
245 teuren Hilfsmaßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, dass die Menschen im Betrieb
246 gehalten werden.[6] Zusätzlich braucht es einen öffentlichen Beschäftigungssektor, der
247 insbesondere den Menschen eine Chance bietet, die bisher nur wenig Perspektiven auf dem
248 Arbeitsmarkt hatten. Aber auch Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht,
249 noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können oder wollen,
250 haben ein Recht auf berufliche Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben. Hier können Werkstätten
251 für behinderte Menschen oder vergleichbare Angebote den geeigneten Raum bieten. Dieses
252 Recht darf allerdings nicht von ökonomischer Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden. Deshalb
253 muss der Begriff „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ in § 136 Abs. 2 Satz 1
254 SGB IX gestrichen werden

255

256 Wir Jusos fordern ein einheitliches Behindertenrecht. Das SGB IX muss um einen Leistungsteil
257 erweitert werden. Viele Menschen mit Behinderung, insbesondere mit Mehrfachbehinderungen,
258 werden völlig unnötig die Sozialhilfe (SGB XXII) gedrängt.

259

260 Bei den Älteren gibt es einen gespaltenen Arbeitsmarkt. Wer als Älterer oder Ältere eine
261 unbefristete Stelle hat, läuft durch den Kündigungsschutz weniger Gefahr, entlassen zu werden
262 als sein jüngerer Kollege. Doch verliert man jenseits der 55 erst einmal seinen Job, ist ein
263 Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt kaum möglich. Somit wächst die Bedeutung des
264 Kündigungsschutzes. Wir brauchen einen Gesinnungswandel, der die Erfahrungen älterer
265 Arbeitskräfte als Kompetenz anerkennt und nicht eine vermeintliche geringe Leistungsfähigkeit
266 an die erste Stelle setzt. Gerade die besondere Sicherung älterer Beschäftigter ist ein Hebel
267 dafür, dass sich ArbeitgeberInnen damit beschäftigen müssen, wie man Arbeit
268 lebensphasengerecht gestaltet, um ältere Fachkräfte zu halten. In vielen Tarifverträgen gibt es
269 gerade für ältere Beschäftigte einen Kündigungsschutz und Verdienstsicherung. Demnach darf
270 älteren Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie des Landes ab dem vollendeten 53.
271 Lebensjahr nicht mehr gekündigt werden. Ihr Entgelt darf ab dem 54. Lebensjahr nicht
272 gemindert werden. Können Beschäftigte aus dieser Altersgruppe den bisherigen regelmäßigen
273 Monatsverdienst nicht mehr erzielen, da sie zum Beispiel aus Alters- oder Gesundheitsgründen
274 aus dem Schichtbetrieb gehen müssen, muss ihnen der Arbeitgeber einen Ausgleichsbetrag
275 zahlen. Diese Regelung darf nicht aufgeweicht werden.

276

277 Für die Jusos bedeutet Inklusion auch eine konsequente Gleichstellungspolitik, so dass sich
278 Männer und Frauen auf Augenhöhe befinden. Noch immer verdienen Frauen in den gleichen
279 Positionen bis 21% weniger als die Männer, sind Frauen heute noch zu oft die
280 "Hinzuverdienerinnen" in Teilzeit und mit Minijob in den Familien. Hier gilt es insbesondere die
281 Hürden für berufstätige Frauen mit Kindern zu verkleinern, eine lückenlose Kinderbetreuung
282 sicherzustellen damit auch mit Kindern normaler sozialversicherungspflichtiger Arbeit
283 nachgegangen werden und somit für sich selbst und die Familie, ob mit Partner oder alleine
284 gesorgt werden kann. Aber auch die Angebote für mobiles Arbeiten müssen weiter ausgebaut

285 werden. Es muss im Interesse der Unternehmen liegen, im Werben um Fachkräfte verstärkt
286 Heimarbeitsplätze für berufstätige Mütter und Väter anzubieten. Die Wirtschaft trägt auch in
287 diesem Bereich eine gesellschaftliche Mitverantwortung. Wo immer es die charakteristischen
288 Anforderungen des Berufs zulassen, müssen ArbeitnehmerInnen einen Anspruch darauf haben,
289 zumindest einen Teil ihrer Wochenarbeitszeit vom heimischen Arbeitsplatz abzuleisten.
290

291 Die Führungsetagen werden noch immer durch Männer dominiert. Doch es darf dort keine
292 unsichtbaren Aufstiegsbarrieren geben. Niemand darf auf Grund des Geschlechts, Hautfarbe
293 und Religion auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Deswegen fordern wir die Einführung
294 einer Frauenquote von 40 % und das Migrantinnen und Migranten in ihren Karrierebemühungen
295 unterstützt werden, in dem unter anderem ausländische Abschlüsse anerkannt werden.
296

297 **Inklusion findet auch im Alltag statt!**

298

299 Aber das Leben besteht nicht nur aus Bildung und Arbeit. Auch Menschen mit Behinderungen
300 haben ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. In
301 Deutschland leben die meisten Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und komplexen
302 Behinderungen in Wohnheimen. Damit sie die Wahlfreiheit über ihren Wohnort bekommen,
303 bedarf es einer Dezentralisierung der Unterstützungssysteme.
304

305 Die Wahlmöglichkeit zwischen stationärer und ambulanter Betreuung darf nicht von der
306 Finanzierung abhängen. Deshalb muss der sogenannte „Mehrkostenvorbehalt“, nach dem
307 ambulante Betreuung auf Dauer nicht mehr Geld kosten darf als stationäre, abgeschafft werden.
308

309 Höheres Alter bedeutet nicht automatisch Hilfsbedürftigkeit. Ältere Menschen werden gebraucht
310 und sie benötigen auch das Gefühl gebraucht zu werden. Sie in Pflege- oder Altenheimen zu
311 isolieren, macht keinen Sinn. Daher fordern wir Jusos die Schaffung eines „dritten Sozialraums“
312 durch einen Baustopp für Pflegeheime und die Umwandlung aller Heime in betreute
313 Wohnungen oder ambulante Versorgung. Damit eingeschlossen sollen auch Generationshäuser
314 oder Alten-WGs sein. Ebenso müssen wir Strukturen schaffen, um die Wünsche der
315 HelferInnen und Hilfesuchenden zusammen zu bringen. Wir brauchen Freiwilligenagenturen,
316 Selbsthilfekontaktstellen und Engagementzentren, um das vielschichtige Engagement zu
317 verbinden und hier auch Möglichkeiten des Austauschs und des gegenseitigen Lernens
318 voneinander zu ermöglichen. So schaffen wir ein gelebtes Miteinander der Generationen.
319 Freiwillig und institutionell unterstützt können ältere Menschen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten
320 weitergeben und nutzen, um der Gesellschaft und jüngeren Menschen zu helfen. Umgekehrt
321 können junge Menschen mit ihrem Tatendrang ältere Menschen in ihrem Lebenswandel
322 unterstützen. So wird ein Verständnis der Generationen füreinander befördert und geprägt,
323 welches durch den Wandel von Familienstrukturen und den großen Problemen für viele
324 Menschen oft in den Hintergrund gerät.
325

326 Nach wie vor ist die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen ein Thema in allen
327 Lebensbereichen. Trotz vieler gesetzlicher Verbesserungen und einer stetig steigenden
328 Intoleranz gegenüber Diskriminierung von Frauen, sind wir noch immer keine gleichberechtigte
329 Gesellschaft.
330

331 Ein zentrales Thema bleibt dabei auch der Schutz von Frauen vor Gewalt in der Familie. Wir
332 sprechen uns für den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und anderen
333 Institutionen aus, die der Gewalt gegen Frauen entgegenwirken. Frauen, die häuslicher Gewalt
334 ausgesetzt sind, brauchen einen Ort, der ihnen eine sichere Zuflucht in der Not bietet und dann
335 eine Möglichkeit aus einer solchen Situation in die Zukunft ohne Gewalt zu gehen.
336

337 Inklusion muss aus unserer Sicht an vielen Stellen stattfinden und ist nicht von heute auf
338 morgen durchsetzbar. Es benötigt Einsatz von allen Seiten und eine stetige Reflexion dessen,
339 was Barriere sein kann und der Überlegung was getan werden kann, um diese abzubauen.
340

341 Die Idee der Inklusion ist keine politische Entscheidung, sondern eine gesellschaftliche
342 Entwicklung. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft kann deshalb nur über breite
343 gesellschaftliche Debatten gelingen. Für diese Diskussion ist die Förderung von inklusiven
344 Kulturangeboten unerlässlich.
345

346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405

[1] Aus der Schattenübersetzung zur UN-BRK, Präambel Teil e).

[2] Art. 24, UN-BRK. In den Schulen werden derzeit weniger als 20 % der Kinder inklusiv beschult.

[3] Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung NRW § 4.

[4] Artikel 9, Schattenübersetzung zur UN-BRK.

[5] Artikel 20, UN-BRK.

[6] Zur Einordnung: Die Rentenversicherung des Bundes gibt jährlich 2,78 Mrd. € zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit von Menschen in NRW aus. Dazu kommen weitere 7 Mrd. € Erwerbsminderungsrente/Berufsunfähigkeitsrente.

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

D

Demokratie, Partizipation & Kampf gegen

menschenfeindliche Einstellungen

D 1	Berlin Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!	52
D 3	Braunschweig Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!	60

Titel Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen –
Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur
Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!

1
2 Der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag enthält
3 wichtige Zwischenschritte hin zu einer effektiven Bekämpfung von Rassismus und
4 Neonazismus. Es sind für uns nur Zwischenschritte, weil wir die Perspektive im
5 Abschlussbericht für eine neue ‚Sicherheitsarchitektur‘ für nicht ausreichend genug erachten.
6 Wir wollen Forderungen des Berichts dennoch zur Beschlusslage der Bundes-SPD machen und
7 die Möglichkeit der schnellen Umsetzung nutzen. Unsere langfristigen Forderungen, unter
8 anderem zur Abschaffung von Inlandsgeheimdiensten, bleiben davon unberührt.
9
10 Im November 2011 flog die Mordserie der rechten Terrorgruppe Nationalsozialistischer
11 Untergrund (NSU) auf. Seitdem sind zahllose erschütternde Details ans Licht gekommen – es
12 werden laufend mehr. Uns schockiert bis heute, wie Behörden sich so verhalten konnten. Selbst
13 in den Medien und weiten Teilen der Gesellschaft mangelt es massiv an Sensibilität. Diese Lage
14 gefährdet Grundfesten eines demokratischen, friedlichen Miteinanders und damit auch die
15 Zukunft von uns allen.
16
17 **Drei Skandale sind genug**
18
19 Gleichzeitig sind wir davon nicht erstaunt, denn diese Probleme sind schon lange Zeit strukturell
20 und institutionell verankert. Zu Beginn der 1990er Jahre herrschten in Deutschland rassistische
21 und sozialchauvinistische Einstellungsmuster vor, die die Unionsparteien durch ihre
22 Hetzkampagnen zum Asylrecht lange vorbereitet hatten. Die etablierten Parteien im Bundestag
23 reagierten mit dem Asylkompromiss zum Jahr 1993 auf die Pogromstimmung, der das
24 umfassende Recht auf Asyl faktisch abschaffte. (Es ist eine Schande der Sozialdemokratie,
25 dass sie ihn durch ihr historisches Einknicken vor den Unionsparteien erst ermöglichte.) Nach
26 der Wiedervereinigung brannten in ganz Deutschland Flüchtlingslager: die Pogrome in Rostock
27 und Solingen sind schreckliche Beispiele dafür. In kurzer Zeit ermordeten Neonazis zahlreiche
28 Menschen, inzwischen sind es mindestens 184 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 (Amadeu-
29 Antonio-Stiftung). Die Geheimdienste, ohnehin fragwürdig genug, sowie die
30 Sicherheitsbehörden, die Innenministerien und die Justiz sind auf dem rechten Auge blind
31 geblieben. Sie verfolgten all dies völlig unzureichend: Viele Täter_innen entkamen, wurde nicht
32 angeklagt oder erhielten niedrige (Freiheits-)Strafen. Der Verfassungsschutz warb zahlreiche V-
33 Leute in der rechten Szene an, allerdings führte dies meist nur zur Finanzierung und zum
34 Aufbau der rechten Szene, während die Führung der V-Leute völlig versagte. Auch in den
35 Jugendzentren herrschte Ahnungslosigkeit. Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit war
36 den Gefahren rechter Strukturen nicht gewachsen und versagte dabei, Alternativen aufzuzeigen
37 und Jugendliche von der rechten Szene fern zu halten. In diesem Klima gedieh der
38 Nationalsozialistische Untergrund. Das ist der erste Skandal.

39

40 Die Mord-, Raub- und Anschlagsserie des NSU-Netzwerkes konnte unbehelligt verübt werden.
41 Die Polizeibehörden suchten über ein Jahrzehnt lang „ausländische Kriminelle“. Einschätzungen
42 der migrantischen Commune, dass Rassismus das Motiv sei, und Zeug_innen-Aussagen
43 wurden nicht weiter verfolgt. Das ist der zweite Skandal.

44

45 Während die unfassbaren Vorgänge in den Strafverfolgungsbehörden und dem
46 Verfassungsschutz aufgeklärt werden sollten, schrederten Verfassungsschutz-
47 Mitarbeiter_innen Akten. Politische Verantwortung übernahm niemand. Das ist der dritte
48 Skandal.

49

50 Jetzt bahnt sich ein vierter Skandal an: Die tatsächlichen Probleme werden nicht erkannt.
51 Stattdessen werden den verantwortlichen Behörden – insbesondere dem Verfassungsschutz –
52 noch mehr Zuständigkeiten und noch mehr Macht übertragen. Ihre Arbeitsweise möchten sie
53 nicht ändern. Sie möchten offensichtlich auch nicht einmal zur Aufklärung beitragen – entgegen
54 dem Versprechen an die Angehörigen der NSU-Opfer. Alle existierenden Kontrollgremien haben
55 versagt. Selbst gegenüber der Untersuchungsausschüsse zeigen einige Behörden einen
56 massiven Unwillen, sich an der Aufklärung zu beteiligen.

57

58 **Kein Extremismusdogma – gegen den (institutionellen) Rassismus auf allen Ebenen**

59

60 Über das eigentliche Problem wird geschwiegen: den Rassismus, den es genauso in den
61 Behörden gibt. Jedes Jahr belegt die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass menschenfeindliche
62 Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft verbreitet sind. Antisemitismus, Rassismus,
63 Sozialchauvinismus oder Homo- und Transphobie können nicht auf so genannte politische
64 „Ränder“ (mit den Richtungen rechts, links und ausländisch) abgeschoben werden. Hier sollen
65 sich laut Verfassungsschutz die „Extremisten_innen“ tummeln und so die vermeintlich gute Mitte
66 umzingeln. Dies basiert auf der unwissenschaftlichen Extremismustheorie. Wie aber die
67 Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigt, ist die Mitte „extrem“: extrem
68 rassistisch, extrem antisemitisch, extrem sozialchauvinistisch, extrem homo- und transphob.
69 Doch der Verfassungsschutz folgt der extrismustheoretischen Sichtweise und verkennt so
70 neonazistischen Terror sowie seine Anknüpfungspunkte in der Mitte der Gesellschaft.

71

72 **Die Anfänge der Aufklärung: Die NSU-Untersuchungsausschüsse**

73

74 Als sich Bönhardt und Mundlos nach einem missglückten Banküberfall töteten und Zschäpe die
75 gemeinsame Wohnung anzündete, flog der Nationalsozialistische Untergrund auf. Der
76 Bundestag setzte zügig einen Untersuchungsausschuss ein. Mehrere Landesparlamente
77 folgten. Der NSU-Untersuchungsausschuss hat nach anderthalb Jahren einen umfassenden
78 Bericht vorgelegt und ausführlich dokumentiert. Während der Untersuchungen stieß der
79 Ausschuss häufig an seine Grenzen, da viele Sicherheitsbehörden in Blockadehaltung standen
80 und Unterlagen verweigerten oder vernichteten. Es handelt sich bei dem parlamentarischen
81 Untersuchungsausschuss um eine äußerst zu würdigende, parteiübergreifende
82 parlamentarische Leistung. Die gesellschaftliche Debatte ist immer noch unzureichend in Gang
83 gekommen.

84

85 **Den Untersuchungsausschuss ernst nehmen und die Empfehlungen umsetzen!**

86

87 Umso wichtiger ist es nun, zügig Konsequenzen zu ziehen. Die Sozialdemokratie schließt sich
88 den Empfehlungen des Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag zur
89 „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“ einschließlich der ergänzenden
90 Stellungnahme (Sondervoten, *im Folgenden kursiv gedruckt*) der SPD-Fraktion an. Die
91 Sozialdemokratie tritt für folgende Forderungen ein und wird dafür Sorge trage, sie in Gesetzen,
92 Vorschriften und Programmen zu verankern. Dies gilt auch für die Ergebnisse und
93 Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse in den Bundesländern.

94

95 **Eine andere Polizei ist nötig!**

96

97 1. Bei allen Fällen, die einen rassistisch oder anderweitig motivierter politischer Hintergrund
98 haben könnten, wird die Polizei verpflichtet diesen zu prüfen und dies zu dokumentieren,
99 sofern es keinen hinreichenden begründeten konkreten Tatverdacht in eine andere

- 100 Richtung gibt. Geben Opfer oder Zeug_innen ein Tatmotiv an („victim centred definition“),
101 wird dieses verpflichtend aufgenommen und angemessen berücksichtigt (nennt das Opfer
102 das Tatmotiv Rassismus, wird dem also nachgegangen). Es findet verpflichtend ein
103 Abgleich mit Informationen des Staatsschutzes und des Verfassungsschutzes statt. Es
104 wird sicher gestellt, dass rassistisch motivierte Taten von der Aufnahme der Anzeige bis
105 hin zum Abschluss des Strafverfahrens verfolgt werden können.
- 106 2. Bei der Polizei wird eine Arbeitskultur geschaffen, die eine Fehlerkultur, Reflexion,
107 Selbstkritik beinhaltet. Dies wird durch Aus- und Fortbildungen und Supervisionen sicher
108 gestellt. Rotation wird ein Führungsinstrument in den Dienststellen.
- 109 3. Alle Straftaten mit Bezug zu rechter Gewalt, insbesondere zum NSU, werden mit
110 Hochdruck untersucht. Dem Bundestag wird hierüber berichtet. Bisher fälschlich nicht der
111 politisch motivierten Kriminalität Rechts zugeordneter Tötungsdelikte und
112 Sprengstoffanschläge werden erneut bewertet.
- 113 4. Der Themenfeldkatalog Politisch motivierte Kriminalität (PMK) wird gemeinsam mit
114 Wissenschaft und Zivilgesellschaft überarbeitet. Polizei und Justiz führen hierzu eine
115 Verlaufsstatistik.
- 116 5. Ermittler_innen verschiedener Fachrichtungen arbeiten so zusammen dass Straftaten
117 deliktsübergreifend richtig eingeordnet werden. Der Staatsschutz hat dabei führende
118 Kader der rechten Szene im Blick.
- 119 6. Eine zentrale Ermittlungsführung wird durch das BKA oder per Staatsvertrag durch eine
120 Landespolizei (im Sammelverfahren) ermöglicht.
- 121 7. Datensysteme werden interoperabel gemacht und den Dienststellen zur Verfügung
122 stehen.
- 123 8. Es bedarf zentral geführter Ermittlungen mit Weisungsrechten für regionale
124 Ermittlungsabschnitte in anderen Bundesländern. Es bedarf eines besseren
125 Verständnisses von deutschlandweit und international agierenden extrem rechten
126 Netzwerken.
- 127 9. Bei der Polizei wird eine Organisationseinheit innerhalb der ermittlungsführenden
128 Dienststelle, die sich der kontinuierlichen und kritischen Evaluation der einzelnen
129 Ermittlungsschritte und Auswertungsergebnisse widmet, eingerichtet.
13010. Es werden unverzüglich Voraussetzungen geschaffen, dass jederzeit eine bundesweite
131 Abklärung möglich ist, wie viele untergetauchte Rechtsextremisten mit Haftbefehl gesucht
132 und welche Straftaten ihnen zur Last gelegt werden.
13311. Die Polizei wird mit Vielfalt kompetent umgehen. Außerdem werden die Bemühungen
134 verstärkt, Menschen verschiedener Herkunft einzustellen.
13512. Interkulturelle Kompetenz wird Teil der Polizeiausbildung. Vorgesetzte der Kriminal- und
136 Schutzpolizei werden darin aus- und fortgebildet. Dies wird evaluiert.
13713. Die Kommunikation mit Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen wird als wichtige
138 Aufgabe gesehen und von eigens geschulten Beamt_innen wahrgenommen.
13914. Opfer, ihre Zeug_innen und Angehörige werden über die bisher bestehenden Pflichten
140 hinaus auf ihr Recht hingewiesen, eine Anwältin_einen Anwalt oder eine Begleitung zur
141 Vernehmung mitzubringen, und zwar in ihrer Muttersprache. Der Hinweis wird
142 dokumentiert.
14315. Die Polizei weist Opfer, ihre Zeug_innen und Angehörige mutmaßlich rassistisch oder
144 anderweitig politisch motivierter Gewalt auf Beratungsangebote auch in freier Trägerschaft
145 und auf Entschädigungsansprüche hin. Dies wird dokumentiert.
14616. Erfolglos bleibende Ermittlungen zu schweren Straftaten werden von anderen
147 Ermittler_innen nochmals geprüft.
14817. Ungelöst eingestellte Ermittlungen werden bei Fortschritten in den Ermittlungsmethoden
149 wieder aufgenommen.
15018. Das BKA berät die Polizeien der Länder bei der Anfragestellung, ob alle
151 Informationsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.
15219. Die Ermittlungen zum NSU sollen in den Aus- und Fortbildungen aller Polizeien und
153 Laufbahnen thematisiert, analysiert und simuliert werden.
15420. Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden wird Teil der Aus- und Fortbildung.
15521. Die Aus- und Fortbildung der Polizist_innen sensibilisiert grundlegend für die Gefahren
156 des Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus. Wissenschaft und Zivilgesellschaft
157 werden dabei einbezogen.
- 158
- 159 *Die SPD-Fraktion ergänzt in ihrem Sondervotum:*
160 *In 5 Jahren gibt es in jeder Polizeidienststelle eine_n Familienkontaktbeamt_in. Diese*

161 *kommunizieren bei rassistischen oder anderen politisch motivierten Gewalttaten mit den Opfern*
162 *und Angehörigen. Sie werden speziell dafür ausgebildet, auch in interkultureller Kompetenz.*
163
164 *Es erfolgt eine wissenschaftliche Einstellungsforschung, die Einstellungsmuster und Vorurteile*
165 *bei der Polizei und deren Auswirkungen auf polizeiliches Handeln beschreibt und erkennbar*
166 *werden lässt, welche strukturellen Faktoren, die Verfestigung solcher Einstellungen*
167 *vorantreiben oder ihnen entgegenwirken können. Die Diversität bei der Personalauswahl wird*
168 *erhöht. Hierzu werden Zielmarken vorgegeben, Bewerbungshemmnisse analysiert,*
169 *zielgruppenorientiertes Personalmarketing betrieben, die Personalentscheider_innen*
170 *fortgebildet. In allen Dienststellen wird auf allen Führungsebenen Diversity Management*
171 *implementiert. Die Achtung des Diskriminierungsverbots bei staatlichem Handeln und die*
172 *Sicherung des diskriminierungsfreien Zugangs zu staatlichen Stellen und Leistungen werden*
173 *zur Führungsaufgabe. Zentraler Bestandteil der Aus- und Fortbildung wird*
174 *Menschrechtsbildung, das Leitbild diskriminierungsfreier Polizeiarbeit und die*
175 *Auseinandersetzung mit Rassismus sowie Interkulturelle Kompetenz. Die Diskurs- und*
176 *Kritikfähigkeit, Reflexion und konstruktive Kritik der eigenen Arbeit der Polizist_innen werden*
177 *erhöht. Aus- und Fortbildungsprogramme werden zusammen mit Wissenschaft und*
178 *Zivilgesellschaft entwickelt.*
179
180 *Es bedarf unabhängiger Beschwerdestellen für polizeiliches Fehlverhalten auf Landes- und*
181 *Bundesebene. Dies sind Ombudsstellen für Bürger_innen und Anlaufstellen für Polizist_innen.*
182 *Die Beschwerdestellen werden nicht in ein Ressort der Exekutive eingebunden, ihre Mitglieder*
183 *vom Parlament berufen und sie werden ausreichend mit Sach- und Personalmitteln*
184 *ausgestattet. Das Beschwerdeverfahren ist kosten- und formlos. Die Beschwerdestellen*
185 *berichten regelmäßig öffentlich und halten mehrsprachige Informationen bereit.*

187 **Justiz neu denken**

188
189 Der Untersuchungsausschuss hat Vorschläge dazu erarbeitet, dass der Nationalsozialistische
190 Untergrund auch aufgrund von Justizversagen so spät aufflog. Die Fraktionen fordern
191 gemeinsam:

- 192
193 1. Für die Zuständigkeitsprüfung des Generalbundesanwalts in Staatsschutzsachen werden
194 Qualitätsstandards entwickelt. Die Prüfung enthält Sachstandberichte und eine
195 Stellungnahme der ermittelnden Stelle.
- 196 2. Die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts wird so ausgeweitet, dass er tätig wird,
197 wenn eine Tat nicht mehr nur „geeignet ist“, sondern auch „geeignet sein kann“ den
198 Bestand eines Staates oder Verfassungsgrundsätze zu beeinträchtigen. Hierzu wird § 120
199 Abs. 2 Nr. 3 Gerichtsverfassungsgesetz geändert.
- 200 3. Die Gesetzgeberin erstellt Regelbeispiele für die Zuständigkeit des
201 Generalbundesanwalts.
- 202 4. Die Informationspflicht der Staatsanwaltschaften der Länder gegenüber dem
203 Generalbundesanwalt wird im Gerichtsverfassungsgesetz geregelt. *Die SPD-Fraktion*
204 *ergänzt: Die Landespolizeien müssen dem Generalbundesanwalt die Ermittlungsakten*
205 *verpflichtend vorlegen (Doppelakten), wenn es sich um die Delikte Mord, Totschlag,*
206 *Körperverletzung mit Todesfolge, Raub mit Todesfolge oder Brandstiftung mit Todesfolge*
207 *handelt und eine politische Motivation nicht ausgeschlossen werden kann, sodass der*
208 *Generalbundesanwalt seine Zuständigkeit prüfen kann.*
- 209 5. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Vorschriften zur Zuständigkeit des
210 Generalbundesanwalts bei allen Phänomenbereichen politisch motivierter Kriminalität
211 gleich angewandt werden. Das heißt, es kann nicht sein, dass bspw. gegen Links schnell
212 ermittelt wird, während der Staat bei Politisch Motivierter Kriminalität Rechts auf dem
213 rechten Auge blind ist.
- 214 6. Die Maßgaben für staatsanwaltschaftliche Sammelverfahren in Nr. 25 der Richtlinien für
215 das Straf- und das Bußgeldverfahren werden nicht zu restriktiv ausgelegt.
- 216 7. Bei Sammelverfahren sollen übernahme- oder abgabewillige Staatsanwaltschaften einen
217 Antrag beim Generalbundesanwalt stellen können. Hierzu wird § 143 Abs. 3
218 Gerichtsverfassungsgesetz geändert. *Außerdem wird von der SPD-Fraktion ergänzt, dass*
219 *der Generalbundesanwalt von Amts wegen einer Landesstaatsanwaltschaft ein*
220 *Sammelverfahren zuweisen kann.*
- 221 8. Um geeignete Staatsanwält_innen im Hinblick auf die Geschäftsverteilung bei

222 Großverfahren einzusetzen soll die Vorschrift des § 145 Gerichtsverfassungsgesetz
223 angewendet werden.

224 9. Aus- und Fortbildungsangebote für Richter_innen und die Aus- und Fortbildung für
225 Staatsanwält_innen und Justizvollzugsbedienstete sensibilisiert grundlegend für die
226 Gefahren des Rechtsradikalismus und Rechtsterrorismus. Wissenschaft und
227 Zivilgesellschaft werden dabei einbezogen.

228 10. Es wird gesetzlich geregelt, dass Asservate zu ungeklärten Verbrechen nicht vor der
229 gesetzlichen Verjährungsfrist vernichtet werden dürfen.

230

231 *Die SPD-Fraktion ergänzt: Der Generalbundesanwalt wird personell entsprechend ausgestattet.*

232

233 **Verfassungsschutz reformierbar?**

234

235 Der Verfassungsschutz baut auf einem gefährlichen Extremismusdogma auf. Er kann nach
236 bisherigen Erkenntnissen für eine Demokratie nicht ausreichend kontrolliert werden. Die
237 Abschaffung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der jeweiligen Landesbehörden ist
238 unser Ziel.

239

240 Eine Demokratie kann nur ohne Inlandsgeheimdienst voll und ganz realisiert werden. Einige
241 Kreise in der SPD hegen noch die Hoffnung, dass Reformschritte die Gefahren, die vom
242 Verfassungsschutz ausgehen, abgemildert oder gar ausgeschlossen werden können. Wir gehen
243 davon aus, dass am Ende des Prozesses seine Abschaffung stehen muss – gleichzeitig fordern
244 wir die Verantwortlichen dazu auf, schnellstens die von der SPD-Fraktion beschlossenen
245 Reformvorschläge umzusetzen. Der katastrophale Ist-Zustand muss dringend überwunden
246 werden. Deswegen schließen wir uns dem Sofortprogramm aller Fraktionen an und dem
247 Sondervotum der SPD-Fraktion. Im Umkehrschluss heißt das: wenn es nicht in kürzester Zeit
248 gelingt, Schritte zum radikalen Umbau oder Neuaufbau der Behörde einzuleiten, muss sich die
249 SPD zwangsläufig für eine Abschaffung einsetzen!

250

251 Die Fraktionen empfehlen gemeinsam:

252

253 1. Im Verfassungsschutzverbund vorliegende Informationen von länderübergreifender
254 Bedeutung werden sofort zentral zusammengeführt, gründlich ausgewertet und
255 bereitgestellt.

256 2. Die Vorschriften für die Übermittlung von Informationen der Nachrichtendienste an die
257 Strafverfolgungsbehörden werden sofort unter Achtung des Trennungsgebots
258 angewendet.

259 3. Es wird sofort ein Controlling für einen sorgsam und effektiven Umgang mit den
260 vorliegenden Informationen geben.

261 4. Es wird sofort Rechtsklarheit zu datenschutzrechtlicher Prüfung und Vernichtung von
262 Akten bei den Geheimdiensten geschaffen.

263 5. Auf dieser Grundlage werden sofort verständliche und handhabbare Vorschriften und
264 Dienstanweisungen zu Datenspeicherung und Aktenhaltung, Datenlöschung und
265 Aktenvernichtung geschaffen.

266 6. Die behördeninternen Datenschutzbeauftragten der Geheimdienste werden sofort bei der
267 Behördenleitung angesiedelt.

268 7. Der Verfassungsschutz wird sofort sensibilisiert für Gefahren, die von gruppenbezogener
269 Menschenfeindlichkeit als Gedankengut und rechten Strukturen ausgehen. Es wird einen
270 umfassenden Mentalitätswechsel geben und mehr Offenheit.

271 8. Zum Verfassungsschutz werden sofort die Ausbildungswege geöffnet, die Einstellung von
272 Quereinsteiger_innen, mehr Mitarbeiter_innenaustausch mit anderen Behörden auch
273 außerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesinnenministeriums. Es findet eine laufende
274 inhaltliche Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt.

275 9. Der Verfassungsschutz wird mit Vielfalt kompetent umgehen. Außerdem werden ab sofort
276 die Bemühungen verstärkt, Menschen verschiedener Herkunft einzustellen. Zum Leitbild
277 müssen interkulturelle Kompetenz, Diskursfähigkeit und Fehlerkultur zählen und in der
278 Aus- und Fortbildung entwickelt werden.

279 10. Die Geheimdienste müssen ab sofort systematisch und strukturell kontrolliert werden. Die
280 parlamentarischen Kontrollgremien brauchen eine dauerhafte und schlagfertige
281 Kontrollmöglichkeit und muss hierfür mit Personal- und Sachmitteln umfassend
282 ausgestattet werden.

28311. Die parlamentarischen Kontrollgremien müssen Angehörige aller involvierter Behörden
284 anzuhören, weswegen auch „sonstige Personen“ in § 5 Abs. 2 S. 1 Kontrollgremiengesetz
285 aufgenommen unverzüglich aufgenommen werden.

28612. Die Parlamentarischen Kontrollgremien der involvierten Länder und des Bundes tauschen
287 sich ab sofort aus, wenn deren Geheimdienste miteinander kooperieren.

28813. Es wird unverzüglich klare gesetzliche Regelungen für menschliche Quellen geben, auch
289 im Sprachgebrauch.

29014. Es wird unverzügliche klare Regeln für die Auswahl, Eignung und Anwerbung von
291 Vertrauensleuten (V-Leuten) geben und zur Regeln zur Beendigung der Zusammenarbeit.

29215. Es wird unverzügliche klare Regeln für die Dauer der Führung einer Quelle durch
293 Mitarbeiter_innen geben, sodass kein zu enges Verhältnis entsteht.

29416. Der Quellenschutz wird unverzüglich eingeschränkt, sodass Leib und Leben der Quelle
295 sowie anderer Personen, die Arbeitsfähigkeit der Verfassungsschutzbehörden und die
296 berechtigten Belange von Strafverfolgung und Gefahrenabwehr miteinander in Einklang
297 gebracht werden.

298

299 *Dieser Minimalkonsens wird durch folgende Maßnahmen der SPD ergänzt:*
300 *Die Analysefähigkeit über extrem rechte Aktivitäten des Verfassungsschutzes wird ausgebaut*
301 *durch Personalauswahl und -schulung und unter Einbezug wissenschaftlichen und*
302 *zivilgesellschaftlichen Sachverstands. Der Verfassungsschutz wird als Anlaufstelle für*
303 *Bürger_innen erkennbar.*

304

305 *Die für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständige Abteilung 2 wird in den nächsten*
306 *zwei Jahren vollständig nach Berlin verlegt mit einem strikten Freiwilligkeitsgebot, sodass ein*
307 *personeller Neuaufbau möglich wird.*

308

309 *Die Organisationsstruktur der gemeinsamen Abwehrzentren wird auf den Prüfstand gestellt.*
310 *Mindestens sollen sie an einen Ort verlegt werden.*

311

312 *Die föderale Aufgabenverteilung und die Landesämter für Verfassungsschutz bleiben bestehen.*
313 *Die Zentralstellenfunktion des Bundesverfassungsschutzes wird gestärkt. Die eigene Tätigkeit*
314 *des Bundesverfassungsschutzes in den Ländern wird ermöglicht, wenn Gewalt angewendet*
315 *oder Gewaltanwendung vorbereitet wird. Hierzu wird § 5 Abs. 2 Satz 2*
316 *Bundesverfassungsschutzgesetz ergänzt. Der Bundesverfassungsschutz soll in Einzelfällen die*
317 *Koordinierung der Informationsbeschaffung und die zentrale Auswertung an sich ziehen*
318 *können, § 5 Bundesverfassungsschutzgesetz wird ergänzt. Es wird eine verbindliche*
319 *Verpflichtung der Landesämter für Verfassungsschutz zur unverzüglichen*
320 *Informationsübermittlung an den Bundesverfassungsschutz in den gesetzlich vorgesehenen*
321 *Phänomenbereichen und bezogen auf die von ihnen selbst gesammelten Informationen,*
322 *Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen geben. Der Bundesverfassungsschutz soll eine zentrale*
323 *Auswertung aller Informationen mit Gewaltbezug der Landesämter an sich ziehen können.*

324

325 *Die Verfassungsschutzbehörden werden ihre Öffentlichkeitsarbeit in den Kommunen, Ländern*
326 *und im Bund verstärken und in den Dialog mit der Gesellschaft treten.*

327

328 *Dabei ist der Verfassungsschutz – so lange er noch existiert – verpflichtet seine Arbeit*
329 *transparent zu machen. Politische Bildungsarbeit durch den Verfassungsschutz lehnen wir*
330 *grundsätzlich ab.“*

331

332 *Die gesetzlichen Regelungen zur Aufbewahrung von Dateien werden umfassend novelliert,*
333 *sodass Rechtsklarheit besteht und die Vorschriften dem technischen Fortschritt (elektronische*
334 *Akten) angepasst werden.*

335

336 *Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und für Informationsfreiheit wird gegenüber den*
337 *Verfassungsschutzbehörden gestärkt. Er erhält Zugang zu allen Informationen, die für seine*
338 *Aufgabenerledigung nötig sind. Der Bundesbeauftragte wird personell und finanziell erheblich*
339 *besser ausgestattet (entsprechend seinen Aufgaben).*

340

341 *Das Parlamentarische Kontrollgremium der Geheimdienste wird ausreichend professionell mit*
342 *Personal- und Sachmitteln ausgestattet. In der Bundestagsverwaltung wird beim*
343 *Parlamentarischen Kontrollgremium ein Arbeitsstab mit leitende_r Beamt_in, mehreren*

344 *Abteilungen und hoch qualifizierten Mitarbeiter_innen eingerichtet, der nur den Weisungen des*
345 *Parlamentarischen Kontrollgremiums unterliegt.*

346

347 *Die Zusammenarbeit zwischen dem Parlamentarischen Kontrollgremium und dem*
348 *Bundesbeauftragten für den Datenschutz und für Informationsfreiheit wird verstärkt und die*
349 *Prüfrahmen werden aufeinander abgestimmt.*

350

351 *Einzelheiten zu Werbung und Führung von Vertrauensleuten (V-Leuten) verbleiben bei den*
352 *Landesbehörden und bleiben geheim. Es werden aber klare, verbindliche bundeseinheitliche*
353 *gesetzliche Standards hierzu geschaffen: einschlägige Vorstrafen oder laufende*
354 *Ermittlungsverfahren, die der Anwerbung entgegenstehen; Sicherstellung durch die*
355 *Landesämter, dass die staatlichen Gegenleistungen an die V-Leute nicht dazu genutzt werden*
356 *können, Zielsetzung oder Aktivitäten der beobachteten Organisationen bewusst zu steuern;*
357 *staatliche finanzielle Zuwendungen dürfen den beobachteten Phänomenbereich nicht weiter*
358 *stärken; bei der Personalauswahl für die V-Leute-Führung gilt das Vier-Augen-Prinzip; bei der*
359 *Einsatzdauer der V-Leute-Führer_innen gilt das Rotationsprinzip.*

360

361 *Es bedarf einer Genehmigungspflicht und ausführliche Begründungen für den Einsatz von V-*
362 *Leuten im Einzelfall, ggf. anonym. Die Prüfung findet unabhängig außerhalb der jeweiligen*
363 *Verfassungsschutzbehörde statt und sogar außerhalb der Exekutive. Dies geschieht in den*
364 *parlamentarischen Kontrollkommissionen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post-*
365 *und Fernmeldegeheimnisses (G-10-Kommisionen).*

366

367 *Der Bundesverfassungsschutz koordiniert und kontrolliert in der Fachprüfgruppe des*
368 *Bundesverfassungsschutzes bei vollständigem Überblick alle V-Leute, auch in den Ländern,*
369 *sodass ein genaues Bild der Zugangslage entspricht.*

370

371 **Zivilgesellschaft stärken und fördern**

372

373 *Alle Parteien sind sich einig dass spezialisierte Beratungsprojekte und zivilgesellschaftliches*
374 *Engagement gegen Rassismus und die extreme Rechte besser finanziert, verstetigt und*
375 *ausgebaut werden müssen. Die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen*
376 *Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus werden völlig neu geordnet. Dazu bedarf*
377 *es Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Finanzierungssicherheit wird auf*
378 *bundesgesetzlicher Basis gewährleistet. Es wird sicher gestellt, dass die Projekte zu*
379 *mindestens 50 Prozent aus Bundesmitteln gefördert werden. Die Ko-Finanzierungspflicht für*
380 *Modellprojekte und in der präventiven Bildungsarbeit wird überprüft.*

381

382 *Bei der organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung des Nachfolgeprogramms von*
383 *„Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ werden die Erfahrungen und Kompetenzen*
384 *zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte einbezogen, gleichberechtigt berücksichtigt und*
385 *auch die bisherigen Evaluationen berücksichtigt.*

386

387 *Die Förderung der Mobilen Beratung und der Opferberatung in freier Trägerschaft werden*
388 *verstetigt und auch auf alten Bundesländern erweitert. Es werden nicht staatliche*
389 *Beratungsangebote für Ausstiegswillige, regionale Netzbüros zur Beratung von Initiativen*
390 *im Arbeitsfeld sowie lokale Aktionspläne zur Förderung von lokalen Strategien der*
391 *Zivilgesellschaft gefördert. Es wird ein bundesweites unabhängiges Monitoring rechter,*
392 *rassistischer und antisemitischer Gewalttaten gefördert. Es wird einen Initiativfonds für spezielle*
393 *Ad-hoc-Initiativen vor Ort zur Unterstützung von gemeinsamen Interventionen mit regionalen*
394 *Strukturen und Netzwerken geben.*

395

396 *Die Optionen für die Finanzierung von mehrjährigen Erprobungsphasen von*
397 *sozialraumbezogenen und überregionalen Modellen in der Bildungs- und Beratungsarbeit*
398 *bleiben erhalten. Strategische Ansätze und Strukturen aus der Bildungsarbeit werden zu*
399 *ganzheitlichen Ansätzen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene weiterentwickelt.*

400

401 *Strukturen werden gesichert, die Multiplikator_innen spezifisch und zielgruppengenau*
402 *sensibilisieren und thematisch ausbilden, für Organisationen und Initiativen, die präventive*
403 *Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit machen.*

404

405 *Die SPD-Fraktion hat hierzu ein Sondervotum verfasst, dem wir uns anschließen:*
406 *Es werden strukturelle staatliche Programme gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt, die*
407 *das gesamtgesellschaftliche Problem des Rassismus wirksam bekämpfen, zurückdrängen (und*
408 *schließlich zerschlagen) sollen. Es setzt insbesondere beim institutionellen Rassismus in den*
409 *Sicherheitsbehörden und in den Schulen an. Die Bundeszentrale für politische Bildung wird*
410 *finanziell wieder ausreichend ausgestattet, um Informationen und Seminarangebote zur*
411 *Verfügung zu stellen und sich so am Kampf gegen Rechts zu beteiligen. Es wird ein*
412 *Forschungsauftrag zur Erforschung des Dunkelfeldes rechter und rassistischer Straftaten*
413 *vergeben, insbesondere um die Abweichung der „Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990“*
414 *in der polizeilichen Kriminalstatistik von der Liste der Todesopfer rechter Gewalt der Amadeu-*
415 *Antonio-Stiftung zu untersuchen sowie nicht einmal dort erfasste Straftaten. Die Finanzierung*
416 *der staatlichen Programme gegen Rechts muss bewährte und erprobte Arbeit sicherstellen. Es*
417 *bedarf eines zusätzlichen Fördertopfes für neuartige Projekte. Die dreijährige Finanzierung der*
418 *Projekte wird aufgehoben. Die Extremismusklausel wird abgeschafft. Die Jugendarbeit mit*
419 *rechts gesinnten Jugendlichen wird neu ausgerichtet, da das Konzept der akzeptierenden*
420 *Jugendarbeit in diesem Bereich gescheitert ist. Es muss daher schonungslos überarbeitet*
421 *werden. Es werden Fortbildungsprogramme für Pädagog_innen finanziert, die pädagogische*
422 *Leitlinien erarbeiten sollen (BIKnetz), zusätzlich sind langfristige Schulungsprojekte nötig. Künftig*
423 *werden zivilgesellschaftliche Alternativen für nicht rechte Jugendliche unterstützt. Außerdem*
424 *werden Programme finanziert, die den Einstieg in die rechte Szene verhindern. Nachgelagerte*
425 *Ausstiegsprogramme bleiben wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen Rechts.*

426

427 **Die Aufklärung muss weitergehen – weitere Konsequenzen müssen folgen**

428

429 Wir fordern die Aufklärung ungebremst fortzusetzen. Viele Expert_innen, die Türkische
430 Gemeinde in Deutschland und auch die Vertreter_innen der Nebenkläger_innen weisen immer
431 wieder auf die unzähligen offenen Fragen hin. Ein öffentliches Interesse besteht weiterhin. Es
432 kann nicht durch den NSU-Prozess in München, der nicht die Aufgabe hat, die Rolle der
433 Behörden zu untersuchen, oder den einzelnen Untersuchungsausschüssen, die sich auf
434 begrenzte Punkte spezialisiert haben, befriedigt werden. Der Bundestag ist mit einem neuen
435 Auftrag, der ungeklärte, offene Fragen behandelt und sich insbesondere mit den Lücken in den
436 Aussagen der Behördenvertreter_innen auseinandersetzt, in der neuen Legislaturperiode
437 gefragt.

438

439 Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die gesellschaftliche Debatte weitergeht.
440 Sie ist unverzichtbar. Denn die halbe Wahrheit ist nicht die Hälfte der Wahrheit!

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

Titel Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras
Braunschweig!

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Keine Eintracht mit Nazis! Solidarität mit Ultras Braunschweig!

1 Sport soll eigentlich Menschen verbinden und zusammenbringen, doch immer stärker wird
2 insbesondere der Fußball von Nazis missbraucht um in den Stadien ihr menschenverachtendes
3 Gedankengut zu verbreiten. Immer öfter werden bei Fußballspielen rechte Symbole gezeigt,
4 fallen rassistische, antisemitische und homophobe Äußerungen. Die Reaktion der Vereine ist
5 meist verhalten. Oft kommt es, wie im Fall der Ultras Braunschweig, zu einer bereits bekannten
6 Täter-Opfer umkehr. Linke Fans werden dafür verantwortlich gemacht, dass sie von Rechten
7 angegriffen werden. Das Projekt Fußball gegen Nazis der Amadeu Antonio Stiftung hat im
8 letzten Jahr 58 rechte Vorfälle in Stadien erfasst. Dies sind in der Regel nur Fälle, die es in die
9 Presse geschafft haben, meist auch nur aus den oberen Ligen. Sie zeigen aber ein Bild von
10 dem was wöchentlich auf den Fußballplätzen in diesem Land los ist.

11
12 Rechte treten als Gruppe auf, als organisierte Fans, beleidigen andere Fans und die Spieler,
13 zeigen offen ihre Gesinnung und greifen Menschen an. Dies passiert nicht nur im Stadion
14 sonder darüber hinaus auch oft im Umfeld und Zusammenhang mit An- und Abreise. Dass es
15 sich hierbei nicht um Einzelphänomene handelt, um Entgleisungen einiger Fans ist allseits
16 bekannt.

17
18
19
20 Viele Vereine tun sich schwer das Thema anzugehen. Im Stadion gäbe es keine rechten
21 Strukturen, man stelle einen Querschnitt durch die Bevölkerung dar, Politik gehöre nun mal
22 nicht ins Stadion und man sei ja gegen Rassismus sind nur einige Ausreden. Fakt ist, dass über
23 Lippenbekenntnisse hinaus oft nichts getan wird. Maßnahmen um Rechte und Rassisten aus
24 den Stadien zu verdrängen werden nicht getroffen. Die Arbeit von Antifaschisten und
25 Antifaschistinnen behindert.

26
27
28 Wir Jusos zeigen uns solidarisch mit den Ultras Braunschweig in ihrem Kampf gegen rechte
29 Fanstrukturen!

30
31 Nach dem Aufkommen der deutschen Ultrakultur um die Jahrtausendwende schwand teilweise
32 in vielen Stadien die Vormachtstellung rechter Fangruppen. In vielen Kurven versuchten Ultras
33 eine antifaschistische Fanszene aufzubauen. Zuletzt lässt sich jedoch erschreckend feststellen,
34 dass viele rechte Fangruppen ihren verlorenen Einfluss, besonders oft mittels Gewalt,
35 zurückerobern (wollen). Besonders tragisch war dies in Aachen. Die antifaschistische
36 Fangruppe um die Aachen Ultras musste sich sogar zum Selbstschutz auflösen. In Duisburg
37 wurden zuletzt antifaschistische Fans im Umfeld des Stadions äußerst brutal angegriffen.

38

39

40 In Braunschweig versuchen die Ultras seit Jahren rechte Fanstrukturen aufzuzeigen und
41 Lösungen zur Etablierung einer antifaschistischen Kurve zu entwickeln. Dabei stoßen sie auf
42 große Gegenwehr bei weiten Teilen der Braunschweiger Fanszene, im Verein und in der Politik.
43 Um so wichtiger ist Rückendeckung für die Ultras Braunschweig, die wir mit diesem Beschluss
44 ausdrücken möchten.

45

46 1. Vorläufiger Höhepunkt der rechts motivierten Übergriffe auf antifaschistische Eintrachtfans
47 am 20.09.2013

48

49 Beim Auswärtsspiel von Eintracht Braunschweig bei Borussia Mönchengladbach am 20.09.2013
50 wurden erneut antifaschistische Eintrachtfans, größtenteils aus den Reihen der Ultras
51 Braunschweig, angegriffen. Mittels Tritten, Schlägen und Beleidigungen wie „Antifa-Jude“ wurde
52 versucht der Gruppe deutlich zu machen, dass sie im Eintrachtblock nicht willkommen ist. Die
53 Ordner mussten einschreiten und brachten die bedrohten Eintrachtfans in einen anderen Block
54 um Schlimmeres zu verhindern. Auf dem Weg dahin wurden sie weiter verbal und körperlich
55 attackiert. Während des Spiels wurden sie blockübergreifend, gut sichtbar, weiter durch
56 faschistische Parolen und Gesten provoziert, unter anderem durch Zeigen des Hitlergrußes.

57

58 Nach dem Spiel versammelte sich eine Gruppe von gewaltbereiten Eintrachtfans, besonders
59 aus dem Hooligan und Ultralager, um die bekannt antifaschistische Gruppe erneut zu
60 attackieren. Nun musste selbst die Polizei eingreifen um die Gruppe der linken Eintrachtfans vor
61 anderen Eintrachtfans zu schützen.

62

63 Nach Aussage der Ultras Braunschweig ging dabei zu keinem Zeitpunkt Gewalt oder
64 Provokation von ihrer Gruppe aus.

65

66 Auszug aus der Pressemitteilung der Ultras Braunschweig vom 22.09.2013:

67

68 *„Wir fragen uns an dieser Stelle, was noch passieren muss, bis Verein, Fanprojekt und Polizei*
69 *ihren Umgang mit der rechten Hooliganszene ändern. Die Ereignisse fügen sich ein in die Reihe*
70 *zahlreicher Übergriffe auf unsere Gruppe in den letzten Jahren, bei welchen es immer um*
71 *Einschüchterung einer Gruppe geht, der mit ihrer antifaschistischen Grundhaltung kein Platz in*
72 *der Braunschweig Fanszene gegeben werden soll. Es sollen dadurch Werte verdrängt werden,*
73 *die einen demokratischen Grundkonsens in unserer Gesellschaft darstellen. Zahlreiche*
74 *Äußerungen an diesem Tag und auch die Tatsache, welche Gruppen bei den Angriffen*
75 *federführend gewesen sind, zeigen was für eine Motivation hinter diesen Übergriffen steht. Dass*
76 *maßgeblich Mitglieder der seitens Polizei und Verein als nicht mehr relevant geglaubten,*
77 *rechten Alt-Hooligangruppe Alte Kameraden als Rädelsführer agierten, zeigt auf, dass es eine*
78 *Lächerlichkeit darstellt, in Braunschweig nicht von rechten Hooliganstrukturen sprechen zu*
79 *wollen.*

80

81 *Auch die uns zugetragenen Informationen über die Umstände auf der Fahrt des Sonderzuges,*
82 *geben einen erschreckenden Einblick, wie es um die politische Gesinnung einiger*
83 *Gruppierungen steht. Gesänge wie „Erste Klasse, für die weiße Rasse“ und ähnliche Parolen,*
84 *werfen ebenfalls tiefe Abgründe auf.*

85

86 *Nur mit Glück gab es an diesem Tag keine schwerer Verletzten. Wir fragen uns: Muss es erst*
87 *soweit kommen, bis von symbolischen Aktionen und Lippenbekenntnissen Abstand genommen*
88 *und endlich gegen rechte Umtriebe vorgegangen wird?*

89

90 *Wir als Gruppe haben im Vorfeld mehrmals darauf hingewiesen, dass unsererseits kein*
91 *Interesse an gewalttätigen Auseinandersetzungen existiert. Wir beschränken uns lediglich auf*
92 *das Verteidigen unserer eigenen körperlichen Unversehrtheit. Dieses Vorgehen kann durch*
93 *Ordnungsdienst, Polizei und Fanprojekt bestätigt werden. Gleichzeitig haben wir uns zu jedem*
94 *Zeitpunkt sehr kooperativ verhalten, was ebenfalls durch den Ordnungsdienst bestätigt werden*
95 *kann.*

96

97 *Es stellt eine erschreckende Tatsache dar, dass in Braunschweig diejenigen einen Block*
98 *verlassen müssen, welche aufgrund ihrer antifaschistischen und antidiskriminierenden*
99 *Grundhaltung für einige ein Dorn im Auge sind. Es ist eine Bestätigung für rechte Gewalttäter,*

100 *wenn diese durch ihr Handeln und dauerhaftes Vorgehen gegen unsere Gruppe, solche*
101 *Ergebnisse erzielen.“*

102

103 Wir stellen erschrocken fest, dass sich seit 2012 leider trotz aller Lippenbekenntnisse kaum
104 etwas geändert hat, es sogar schlimmer geworden zu sein scheint. Die Tatsache, dass offen
105 rechtsradikale Personen weiter ungehindert ihre Vormachtsstellung in der Kurve erhalten
106 konnten und mit Duldung einer großen Gruppe linke Eintrachtfans aus dem Block verjagen
107 können, zeigt uns wie wichtig Unterstützung von vielen Seiten für die betroffenen Fans von
108 Ultras Braunschweig in ihrem Kampf für eine Eintracht ohne Nazis ist.

109

110 2. Vorläufiger Höhepunkt katastrophaler Vereinspolitik am 27.09.2013

111

112 Eine Woche nach dem Eklat in Mönchengladbach meldete sich der Verein Eintracht
113 Braunschweig mittels einer Bekanntmachung zu den Vorfällen und möglichen Konsequenzen zu
114 Wort.

115

116 Auf ihrer Webseite ließ der Verein verkünden, dass er null Toleranz bei Gewalt, Rassismus und
117 Rechtsextremismus fordere. Man wollte sich klar gegen rechtes Gedankengut positionieren und
118 fordere dies auch von allen Eintrachtfans. Als Konsequenz der Vorfälle rund um das Spiel in
119 Mönchengladbach werde man der Gruppe Ultras Braunschweig den Zutritt zu Spielen der
120 Eintracht verwehren. Dieses Verbot gilt für das Auftreten als Gruppe, nicht für Einzelpersonen.
121 Als Grund nannte der Verein nicht eingehaltene Absprachen, benannte diese jedoch nicht in
122 ihrer Stellungnahme.

123

124 **Für uns Jusos Braunschweig ist dieser Ausschluss ein Skandal und wir fordern dieses**
125 **Verbot umgehend aufzuheben!**

126

127 Wir kritisieren, dass als Konsequenz der rechts motivierten Attacken auf antifaschistische Fans
128 lediglich die antifaschistischen Fans, deren Anwesenheit allein als sog. „Provokation“ gilt, von
129 allen Eintrachtspielen ausgeschlossen werden. Dieser Weg mag wohl in der Ersten Liga in ihrer
130 langen Geschichte bisher einmalig sein.

131

132 Wir kritisieren, dass durch dieses Urteil die Täter der Übergriffe keinerlei Konsequenzen zu
133 befürchten haben. Der Verein setzt so ein klares Signal: Antifaschistisches Engagement wird als
134 Störfaktor kritisiert und letztendlich verhindert, rechte Fans müssen weniger bis gar keine
135 Sanktionen befürchten und man ebnet ihnen teilweise den Weg, in dem man ihre Kritiker als
136 Schuldige brandmarkt und als Gruppe aussperrt.

137

138 Wir kritisieren, dass in der Stellungnahme des Vereins keine Erwähnung der rechten Übergriffe
139 stattfindet. Für Leserinnen und Leser könnte sich so auch das Bild ergeben, dass Ultras allein
140 der Drahtzieher der Unruhen waren, ja sogar selbst rechtsradikal sein könnten.

141

142 Wir kritisieren, dass der Verein intransparente Gründe nennt. Wenn ein Verein eine Gruppe
143 öffentlich als Störfaktor stigmatisiert und deren Ausschluss mitteilt, erwarten wir auch, dass der
144 Grund hierfür deutlich genannt wird. Ein Verweis auf nicht eingehaltene Abmachungen reicht
145 uns nicht aus und öffnet den Raum für Spekulationen jeder Art.

146

147 Weiter schließen wir uns den Forderungen der Ultras Braunschweig an:

148

149 Fortsetzung und Ausweitung des eingeschlagenen Wegs gegen (rechten) Hooliganismus in
150 Braunschweig.

151

152 Schluss mit der Verharmlosung rechter Gewalt und eine klare Benennung der Täter und ihrer
153 Sympathisanten durch Verein und Fanprojekt. Es bringt nichts, immer wieder von nicht
154 vorhandenen Strukturen zu sprechen (Geschäftsführung Eintracht Braunschweig), aber
155 gleichzeitig die agierenden Gruppen wie Alte Kameraden, Fette Schweine und Exzess Boys
156 nicht beim Namen zu nennen.

157

158 Daher: Eine klare Distanzierung von diesen rechten Gruppierungen, wie sie auch bereits der
159 regionale Rechtsextremismus-Experte Reinhard Koch vor einiger Zeit gefordert hat.

160

161 Aufklärung der Eintracht-Fans über die Aktivitäten und Strukturen rechter Hooligans in
162 Braunschweig.

163

164 Schluss mit der Gleichsetzung von rechter Gewalt mit antifaschistischem und
165 antidiskriminierendem Engagement von couragierten Eintracht-Fans und der Gruppe Ultras
166 Braunschweig.

167

168 Ausweitung der Präventivarbeit durch das Fanprojekt und den Verein Eintracht Braunschweig.

169 Mehr finanzielle Mittel durch die zuständigen Institutionen und den Verein Eintracht

170 Braunschweig, um gegen Nazis bzw. Diskriminierung und Gewalt zu sensibilisieren.

171

172 Darüber hinaus zeigen wir uns solidarisch mit allen anderen antifaschistischen und
173 antirassistischen Fan-Gruppierungen die mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben.

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

E

Europa, Frieden & Internationales

E 1	Bundesvorstand Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014	65
E 7	Bayern TTIP – so nicht!	72
E 10	Hannover Kein Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr !	73
E 19	Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz Die Fesseln der	74

Titel Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform
für die Europawahlen 2014

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zeit für ein anderes Europa! - Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

1 Zeit für ein anderes Europa! – Unsere Plattform für die Europawahlen 2014

2

3 Am 25. Mai 2014 wird das Europäische Parlament zum achten Mal direkt gewählt. Diese Wahl
4 fällt in die wohl schwierigste Phase der Europäischen Integration seit ihren Anfängen in den
5 1950er Jahren. Die Krise der Staatsrefinanzierung im Euroraum, die aus der globalen Banken-
6 und Finanzkrise folgte, hat die wirtschaftliche und soziale Spaltung in der EU im Eiltempo
7 vertieft und das Vertrauen in die EU insgesamt erschüttert. Niemals zuvor stand die
8 Europäische Union vor einer solchen Bewährungsprobe. Die EU steht am Scheideweg.

9

10 Konservative Regierungen unter der Führung von Angela Merkel haben gemeinsam mit einer
11 konservativ-liberalen Europäischen Kommission, die sich auf eine rechte Mehrheit im
12 Europäischen Parlament stützt, ein verheerendes Austeritätsprogramm über Europa gebracht.
13 Sparzwang ist zum Fetisch geworden und mit dem Fiskalpakt sogar zwingendes
14 Verfassungsrecht. Die Folge waren und sind Rezession und Massenarbeitslosigkeit gerade in
15 Südeuropa.

16

17 Besonders verheerend ist die Situation für junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in
18 vielen Ländern ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Die Arbeitslosigkeit unter jungen
19 Menschen ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. In den Ländern der EU
20 herrscht eine Jugendarbeitslosigkeit von über 23 Prozent. Vor fünf Jahren lag Nord-Süd in der
21 Arbeitslosigkeit gleichauf, heute ergibt sich eine Spreizung von 7,5%. Die
22 Langzeitarbeitslosigkeit ist von 2009 bis 2012 von 3 auf 4,6% gestiegen. Derzeit gibt es in der
23 EU über 5,5 Millionen junge Menschen, die vergeblich versuchen eine Ausbildung zu finden
24 oder in ihr Berufsleben zu starten. Und dies sind nur diejenigen, die überhaupt nichts finden,
25 viele mehr stecken in Praktika, Werkverträgen und anderen Warteschleifen fest. Besonders
26 bedrückend ist die Situation in Spanien, Griechenland und Kroatien mit über 50 Prozent
27 Jugendarbeitslosigkeit. Aber auch in Italien, Zypern, Portugal und der Slowakei liegt die
28 Jugendarbeitslosigkeit bei über 30 Prozent. Damit fehlt einem Großteil unserer Generation eine
29 Perspektive für ihre Zukunft. Oft sind die jungen Arbeitssuchenden gut ausgebildet, hoch
30 motiviert und wollen mit viel Engagement in ihr Berufsleben starten, doch sie bekommen keine
31 Chance dazu. Europa droht eine verlorene Generation. Und damit droht auch das
32 Auseinanderfallen Europas.

33

34 Gerade in den Ländern des Südens und Ostens waren Vermögen und Besitz bereits zu Beginn
35 der Krise 2008 deutlich ungleicher verteilt als in skandinavischen Ländern und beispielsweise
36 Deutschland. Aber auch in westeuropäischen Ländern, die auf Kosten der anderen profitieren,
37 steigt die Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen. D.h. es ist nicht die komplette
38 Bevölkerung innerhalb dieser Staaten die von der Krise profitieren, sondern die Reichen in ganz

39 Europa auf dem Rücken der meisten Beschäftigten und der soziökonomisch Schwachen.

40

41 Es steht viel auf dem Spiel bei der Europawahl, gerade für junge Menschen. Vielleicht mehr als
42 je zuvor. Wir wissen auch, dass der Weg zurück ins nationalstaatliche Denken des 20.

43 Jahrhunderts kein Ausweg ist. Deswegen kämpfen wir für ein anderes Europa.

44

45 **1. Wir wollen ein Europa, das Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, und nicht verschärft!**

46

47 Wir brauchen eine Strategie für nachhaltigen Beschäftigungsaufbau in Europa. Dazu bedarf es
48 nachhaltiger Wachstumsimpulse, durch europaweite Investitionsprogramme. Dabei reichen
49 kurzfristige Strohfeuer nicht aus. Vielmehr müssen die Staaten ihre Ausgaben auf hohem
50 Niveau angleichen, etwa um damit Investitionen in Bildung, soziale Sicherung oder im Bereich
51 nachhaltiger Energie sicherstellen zu können. Dies ist aber gerade in den Krisenstaaten derzeit
52 nicht möglich, deswegen müssen Wachstumsimpulse auch von der europäischen Ebene
53 gemeinschaftlich organisiert werden.

54

55 Wir fordern

56

57

58

59 • Weg mit der Sparpolitik - her mit den nachhaltigen Investitionen: die EU- Staaten müssen
60 aus dem Würgegriff der Austerität befreit werden und Spielräume für Investitionen in
61 Infrastruktur und Bildung sowie für Konjunkturprogramme erhalten.

62 • einen **Europäischen Zukunftsfonds** ein, der unabhängig von nationalstaatlichen Quoten
63 und Interessen der einzelnen Regierungen Projekte und Maßnahmen in Europa fördert
64 und selber anschiebt. Dieser Zukunftsfonds soll dem europäischen Parlament unterstellt
65 werden und die zu beschließenden Ziele Verteilungskriterien und Organisation
66 selbstständig umsetzen. Vordringlich sind dabei Investitionen in die energetische
67 Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, energiesparende Maschinen und Anlagen,
68 grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte sowie moderne und Umwelt schonende
69 Mobilitätskonzepte. In gleichem Maße sind auch flächendeckende soziale
70 Dienstleistungen, der Ausbau von Kindergärten, Schulen, Hochschulen und
71 Forschungsinstituten ebenso wie Integrationsprojekte als Zukunftsaufgaben zu begreifen.
72 Ebenfalls mit Mitteln aus dem Europäischen Zukunftsfonds werden kleine und
73 mittelständische Betriebe, die ausbilden, finanziell gefördert. Außerdem werden
74 Gründungszuschüsse und steuerliche Anreize für Unternehmen-Neugründungen
75 gefördert.

76

77 • **Umsetzung und Erweiterung der europäischen Ausbildungsgarantie (Youth
78 Guarantee).** Die Ausbildungsgarantie soll zukünftig schon nach zwei und nicht erst nach
79 vier Monaten vergeblicher Suche greifen. Darüber hinaus sollte sie nicht nur den jungen
80 Menschen bis 24 Jahren, sondern allen bis zum dreißigsten Lebensjahr offen stehen. Die
81 Unterstützung durch die EU für die zuständigen Mitgliedsstaaten darf nicht durch weitere
82 Sparauflagen bedingt sein. Ziel der Programme muss es sein Jugendliche direkt in Arbeit
83 und qualifizierende Ausbildung zu bringen. Wenn dafür kein ausreichendes Angebot
84 geschaffen werden kann muss es darum gehen, ihre Qualifikation zu erhalten und
85 Weiterbildung anzubieten, dabei darf es aber nicht um bloße Beschäftigung gehen, um sie
86 aus den Statistiken streichen zu können. Jedes Angebot muss eine neue berufliche
87 Perspektive eröffnen. Des Weiteren bedarf es einer direkten Finanzierung von
88 Programmen für Schul-/AusbildungsabbrecherInnen.

89

90

91 **2. Wir wollen ein Europa, dass Arbeitsbedingungen verbessert und nicht verschlechtert**

92 In der Vergangenheit hat die EU häufig die Deregulierung des Arbeitsmarktes gefördert anstatt
93 Garant eines sozialen Europas zu sein. Das Binnenmarktsargument wurde häufig gegen
94 Arbeitnehmerrechte in Stellung gebracht und die Recht von Gewerkschaften beschränkt. Wir
95 wollen aber eine Europa, dass seine rechtlichen Möglichkeiten ausschöpft und die sozialen
96 Rechte und Rechte der Beschäftigten auf dem ganzen Kontinent verbessert.

97

98 Daher fordern wir:

99

100 • gleicher Lohn für gleiche Arbeit: die in Kapitel IV der Charts der Grundrechte der EU
101 festgelegten Rechte (Schutz vor ungerechtfertigter Entlassung, recht auf angemessene
102 Arbeitsbedingungen, Erhalt sozialer Unterstützung, Zugang zur Gesundheitsversorgung)
103 müssen für alle BürgerInnen innerhalb der EU uneingeschränkt durchgesetzt werden.
104 Gesetzliche Lücken, durch die etwa atypische Beschäftigung und Lohndumping möglich
105 sind, müssen geschlossen werden. Dabei muss innerhalb der EU der Grundsatz "gleicher
106 Lohn für gleiche Arbeit gelten! Außerdem müssen alle Menschen diskriminierungsfrei eine
107 Existenzsicherung erhalten. Dazu gehören auch existenzsichernde Mindestlöhne. Dabei
108 bleiben wir bei unserer Forderung , dass ein europäischer Mindestlohn kurzfristig 50 %
109 des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns und mittelfristig 60% des jeweiligen
110 nationalen Durchschnittslohns nicht unterschreiten.

111

112

113

114 • mehr Mitbestimmung wagen: die gemeinsamen Mitbestimmungsrechtes für
115 ArbeitnehmerInnen in Europa müssen gestärkt werden. Nur starke und unabhängige
116 Gewerkschaften und Betriebsräte verhindern, dass multinationale Konzern die
117 ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU gegeneinander ausspielen. Wir brauchen starke
118 europäische betriebliche Interessenvertretungen und setzen uns für die Stärkung des
119 sozialen Dialogs auf EU Ebene ein.

120

121

122 3. Wir wollen eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik in Europa

123

124 Einer der Geburtsfehler des Euro stellt die Beibehaltung der nationalen Wirtschaftspolitik dar.
125 Während keine Kompetenzen zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen seitens der
126 Europäischen Union vorhanden waren, konnten sich durch die Import- oder Exportorientierung
127 einzelner Staaten ein Ungleichgewicht in der Euro-Zone entwickeln, dass mittel- und langfristig
128 den Bestand der gemeinsame Währung gefährden würde. Die wettbewerbspolitische
129 Ausrichtung der EU macht auch vor den Steuersystemen der Mitgliedsstaaten nicht halt. Viele
130 EU-Länder haben sich einen Steuersenkungswettbewerb sondergleichen geliefert und
131 Steuerschlupflöcher geschaffen, um damit Investoren und Unternehmen anzuziehen, in der
132 Hoffnung, dass sie mit großen Investitionen davon profitieren können. Gleichzeitig wurde
133 zunehmend eine Politik der Ausgabenkürzung betrieben, so dass viele Staaten ihre Aufgaben,
134 wie Investitionen in Bildung, Infrastruktur, etc. nicht mehr nachkommen konnten. Immer wieder
135 wird hier die Entwicklung des durchschnittlichen Körperschaftssteuersatzes in der EU
136 thematisiert: dieser hat sich im Zeitraum von 1995 bis 2013 um ca. 13 % gesenkt – mit großen
137 Auswirkungen! Unternehmen haben sich – mit Unterstützung der EU Mitgliedsstaaten –immer
138 weiter bei der Finanzierung von essentiellen gesellschaftspolitischen Aufgaben aus der
139 Verantwortung gestohlen. Generell kann der Trend in der EU beobachtet werden, dass mobiles
140 Kapitel weitaus weniger besteuert wird, wie immobiles, also auch der Faktor Arbeit. Die
141 Konsequenzen dieser Entwicklungen bekommen wir immer weiter zu spüren und trifft das
142 Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen. Den öffentlichen Kassen fehlt hinten und vorne Geld
143 und auch die EU gerät zunehmend unter Finanzierungsdruck.

144

145 Steuern sind das zentrale Element, um den Staat und auch die Europäische Union
146 handlungsfähig zu machen. Die steuerpolitische Konkurrenz und Steuerschlupflöcher in einigen
147 Ländern der EU müssen ein Ende haben. Die unterschiedlichen Steuersysteme bedürfen einer
148 gemeinsamen Europäischen Koordinierung und brauchen einen klaren regulativen Rahmen.
149 Das Ziel für uns Jusos ist die Harmonisierung der Steuersysteme. Die EU soll eine
150 Gemeinschaft sein, in der nicht das „race-to-the-bottom-Prinzip“ sondern die Solidarität der
151 leitende Wert für das handeln der Mitgliedsstaaten ist.

152

153 Dazu fordern wir:

154

155 • Die Verlagerung der Kompetenzen im Rahmen der Wirtschaftspolitik an das Europäische
156 Parlament.

157 • Die Kompetenz des Europäischen Parlaments, Mindeststandards zu definieren, um
158 sowohl unverhältnismäßige Niedriglohnpolitik, als auch für den Binnenwettbewerb
159 schädliche Steuerpolitik zu verhindern.

160 • Die Bereitstellung von Mitteln zusätzlich zu den Strukturfonds, um:die Investitionen in

161 Forschung und Entwicklung in Höhe von 3% des BIP umzusetzen, die Qualifizierungs-
162 und Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den regionalen Bedürfnissen anpassen zu
163 können und im Falle regionaler Krisen durch Elemente wie ein Europäisches
164 Kurzarbeitergeld regionale Konjunkturpakete aufstellen zu können
165

- 166 • Den **Steuersenkungswettbewerb und Steuerschlupflöcher** in der EU müssen
167 konsequent geschlossen und bekämpft werden. Dazu gehört zunächst einmal, dass Arbeit
168 im Vergleich zu Kapital nicht stärker besteuert werden darf. Zusätzlich bedarf es
169 europaweiter Mindeststeuersätze

170
171 Begründung: Nur mit diesem Instrument können wir wirksam den
172 Steuersenkungswettbewerb schließen.

173

- 174 • Somit müssen Unternehmen wieder stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben
175 herangezogen werden! Deshalb bedarf es einer **einheitlichen Bemessungsgrundlage**
176 **für die Körperschaftssteuer.**

177

- 178 • Weiterhin setzen wir uns für eine **gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der**
179 **Vermögenssteuer** innerhalb der EU ein.

180

- 181 • Dass das **europäische Parlament durch direkte Steuern aus den Mitgliedsländern**
182 gestärkt wird. Zunächst muss die Finanztransaktionssteuer zu einer direkten
183 Einnahmequelle für den europäischen Haushalt werden, im zweiten Schritt müssen
184 weitere Steuern anteilig in den Haushalt der EU fließen, wie es bereits bei der
185 Mehrwertsteuer in Bruchteilen der Fall ist.

186

187 **3. Wir wollen ein Europa, das Privatisierungen verhindert!**

188

189 Ob Wasserversorgung, öffentlicher Personennahverkehr oder Krankenhäuser, immer öfter
190 bestimmen Richtlinien aus Brüssel wie die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger vor
191 Ort gestaltet wird. Dabei ist für uns klar: wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu
192 notwendigen Gütern und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben.

193

194 Deshalb fordern wir:

195

- 196 • den Schutz kommunaler Daseinsvorsorge durch europäisches Wettbewerbsrecht.

197

- 198 • eine bezahlbare und bedarfsgerechte **Grundversorgung** für alle Menschen

199

- 200 • regionale Strategien gegen Privatisierung und für **Rekommunalisierung**

201

- 202 • Anders als die Marktfreiheiten besitzen soziale Rechte bislang keinen Verfassungsrang.
203 Die Freiheiten stellen außerdem "hartes Recht" dar, während die Pflichten europarechtlich
204 gesehen nur "weiches Recht" darstellen. Das muss sich ändern. Marktfreiheiten dürfen in
205 den Vereinigten Staaten von Europa keinen höheren Rang einnehmen als soziale Regeln.

206

207

208 **4. Wir wollen ein demokratisches Europa, keine Troika-EU!**

209

210 In der Krise wurden nicht nur die Ökonomien Südeuropas durch Sparzwänge ruiniert, auch die
211 Demokratie selber kam unter die Räder. TechnokratInnen-Regierungen in einigen
212 Mitgliedsstaaten und ein absurder Machtzuwachs der undemokratischen Troika (EZB, IWF und
213 EU-Kommission) haben gewählte Volksvertretungen an den Rand gedrängt.

214

215 Wir fordern,

216

- 217 • Einen föderalen europäischen Bundesstaat, eine europäische Verfassung, die
218 europäische Staatsbürgerschaft.

219

- 220 • Die **Entmachtung der Troika**: Gewählte Parlamente und Regierungen müssen selber
221 entscheiden können, auch im Fall von Kreditgewährung

- 222 • eine **Parlamentarisierung der EU**: Das Europäische Parlament muss die vollen
 223 Gesetzgebungs- und Kontrollrechte haben. Wir möchten, dass die EU zu einem Zwei-
 224 Kammer-System umgebaut wird, in dem Vertreter der Mitgliedsstaaten die Länderkammer
 225 stellen. Bis es soweit ist wird das Prinzip der doppelten Mehrheit für alle Politikbereiche im
 226 Ministerrat eingeführt.
 227
- 228 • den Ausbau der Europäischen Kommission zu einer wahren **EU-Regierung**, die ohne
 229 Einfluss der Mitgliedsstaaten auf Basis der Ergebnisse der Europawahlen gebildet wird.
 230 Die EU-Kommission soll dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich sein. Zur
 231 Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Parlamentarier_innen fordern wir, dass das
 232 Europäische Parlament zukünftig nur an einem Standort tagt.
 233
- 234 • **Mitsprache der nationalen Parlamente** auch in Fragen der Europäischen Finanzpolitik.
 235 Ein Ende der Rettungspolitik der nationalen Regierungen unter Ausschluss der
 236 Parlamente.
 237
- 238 • Überführung des europäischen Lobbyistenregisters von der Freiwilligkeit zur
 239 Verpflichtung.
 240
- 241 • Wir fordern eine Vereinheitlichung des Wahlrechts zur Europawahl auf der Basis des
 242 Verhältniswahlrechts. Dies muss insbesondere eine einheitliche Festsetzung des
 243 Wahlalters auf 16 Jahre sowie eine einheitliche Sperrklausel für alle Mitgliedstaaten
 244 beinhalten. Bei allen Wahlen und Volksabstimmungen auf nationaler und europäischer
 245 Ebene haben die UnionsbürgerInnen in dem Mitgliedsstaat, in dem sie ihren festen
 246 Wohnsitz haben, das Recht, an Wahlen teilzunehmen.
 247
- 248 • Ein europäisches Parteigesetz muss geschaffen werden und demokratische
 249 innerparteiliche Mindestanforderungen beinhalten.
 250
- 251 • Weitere Maßnahmen, die einseitig auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, eine
 252 verstärkte Konkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten oder den weiteren Abbau des
 253 Sozialstaats zielen, wie z.B. der geplante Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz,
 254 lehnen wir daher ganz entschieden ab. Eine vertiefte europäische Intergration bedeutet für
 255 uns vor allem die Solidarität in Europa zu vertiefen, nicht die Konkurrenzordnung. Mehr
 256 Europa heißt für uns, mehr soziale Verantwortung.
 257
 258

259 5. Wir wollen ein Europa, das Banken in die Schranken weist!

260
 261 Milliarden von Steuergeldern wurden in den letzten fünf Jahren in die Rettung großer,
 262 "systemrelevanter" Banken investiert, noch mehr Geld steht als Garantie bereit. Zwar war die
 263 "Rettung" der Banken kurzfristig unvermeidbar, weil sonst ein noch härterer Wirtschaftseinbruch
 264 und Massenentlassungen gedroht hätten, aber die Neuordnung der Banken und der
 265 Finanzmärkte ist immer noch . Es muss endlich Schluss sein damit, dass Banken riskante
 266 Geschäfte zum Nutzen einiger reicher Anteilseigner durchführen, und die Mitgliedsstaaten mit
 267 öffentlichen Geldern für ein Scheitern von Banken haften.
 268

269 Deshalb fordern wir:

- 270
- 271 • Die Umsetzung der **Finanztransaktionssteuer** und ihre Ausweitung auf die gesamte EU.
 272
- 273 • Deutliche höhere Anforderungen an das **Eigenkapital** von Banken, damit diese selbst
 274 genügend Reserven für schlechte Zeiten haben.
 275
- 276 • Eine **europäische Bankenunion**, die ein einheitliches Bankenrecht und eine einheitliche
 277 Bankenaufsicht.
 278
- 279 • Ein **Trennbankensystem**, dass die Geschäft von Kunden- von Investitionsbanken
 280 entflechtet
 281
- 282 • Die **Einführung einer Europäischen Bankenabgabe**, bei der alle Banken in den

283 Rettungsmechanismus einzahlen, die auf dem europäischen Markt Handel treiben.

284

285 • Europaweites **Verbot der Spekulation** mit Nahrungsmitteln!

286

287 • Eine unbedingte erforderliche Maßnahme ist ein System wonach ein Teil der nationalen
288 Schulden im Rahmen eines europäischen Verbundsystems (sog. Eurobonds) begeben
289 und besichert werden.

290

291 • Die Einrichtung eines Fonds zur Tilgung der Altschulden für alle Mitgliedstaaten, der sich
292 über gemeinschaftlich begebene und gesicherte Anleihen finanziert, ist dabei vordringlich.

293

294 • Steuererhöhung für Wohlhabende sowie eine einmalige europäisch koordinierte
295 Vermögensabgabe für einen notwendigen Lastenausgleich.

296

297 • Reform der europäischen Zentralbank: Für eine Abkehr von einer allgemeinen Fixierung
298 auf die Inflationsvermeidung ist es höchste Zeit. Bei der Ausrichtung ihrer Zinspolitik soll
299 die EZB in Zukunft auch andere Zielgrößen – etwa Beschäftigung und nominelles
300 Wirtschaftswachstum – einbeziehen.

301

302

303 **6. Wir wollen ein Europa, das Flüchtlingen und Asylsuchenden hilft, und sie nicht**
304 **bekämpft!**

305

306 Viele Menschen sind bereits an den Außengrenzen Europas gestorben. Sie fliehen vor Krieg,
307 Hunger, Naturkatastrophen und vor Verfolgung. Die Antwort Europas und der Mehrheit der
308 konservative und neoliberal geführten Staaten ist die Abschreckung zu erhöhen und die
309 Festung Europa zu verstärken. Eine menschenverachtende Antwort. Wer an der Situation in
310 Lampedusa und der Menschen anderswo etwas ändern will, der muss dafür kämpfen, dass
311 Europas Asylpolitik humaner wird.

312

313 Wir fordern:

314

315 • Die **Abschaffung der Drittstaatenregelung** (Dublin III Verordnung und
316 Aufnahmeleitlinie)

317

318 • Den kontinuierlichen **Ausbau legaler Einwanderungsmöglichkeiten** in die EU auf
319 Grundlage eines gemeinsamen und einheitlichen europäischen Migrations- und
320 Einwanderungsansatzes, der nicht nur Hochqualifizierten (BlueCard) und Studierenden,
321 sondern auch weiteren Personengruppen ernsthafte Einwanderungsmöglichkeiten eröffnet.
322 Unser Ziel ist ein offenes Europa.

323

324 • **Legalisierung von momentan illegalisierten Migrant_innen** und die Straffreiheit von
325 der irregulären Einreise

326

327 • **Keine Kriminalisierung** von humanitären Helfenden. Insbesondere darf die Rettung
328 Schiffbrüchiger Flüchtlinge nicht länger kriminalisiert werden.

329

330 • Einheitliche Schutzstandards, Verfahren und Kriterien für die Aufnahme von Flüchtlingen,
331 die ein **hohes Schutzniveau** garantieren, massive Ausweitung der Anerkennung aller
332 Fluchtgründe

333

334 • FRONTEX ist von gestern! Wir fordern stattdessen eine neue europäische Agentur für
335 humanitären Flüchtlingsschutz, die in Not geratene sicher an Land bringt und die Stellung
336 von Asylanträgen unterstützt. Diese neugeschaffene Agentur muss demokratisch
337 legitimiert sein.

338

339 **7. Wir wollen ein Europa, dass junge Menschen stärkt.**

340

341 Gerade junge Menschen nutzen die Vorteile der Europäischen Integration wie die Freizügigkeit
342 am intensivsten. Im Moment nehmen viele junge Menschen die Freizügigkeit in der EU aber als
343 Notausgang, um nicht Teil einer arbeitslosen Generation zu werden. Damit leistet die

344 Freizügigkeit in der EU zwar volkswirtschaftlich einen kleinen Beitrag um die Krise abzumildern,
345 persönlich ist dies aber oft mit großen Härten verbunden. Wenn Menschen regelrecht flüchten
346 um einer darniederliegenden Ökonomie entkommen zu können, empfinden sie die Mobilität als
347 Bürde und profitieren zudem in geringerem Maße von ihrer Auslandserfahrung. Wir wollen
348 wieder erreichen, dass sich junge Menschen freiwillig, geplant und zielgerichtet zum Lernen und
349 Arbeiten in einem anderen Land niederlassen können. Und wir wollen aktive Jugendarbeit
350 stärken.

351

352 • Es muss weiterhin eine hinreichende **Finanzierung unabhängiger Jugendarbeit** auf
353 europäischer Ebene geben. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei Jugendverbände ein,
354 deren Arbeit auch unabhängig von projektbasierter Förderung sichergestellt sein muss.
355 Das europäische Jugendforum soll gestärkt und an politischen Prozessen enger beteiligt
356 werden.

357

358 • Um auch auf europäischer Ebene politische Bildung zu stärken, muss ein Ring politischer
359 Jugend auf europäischer Ebene geschaffen werden, der die Dachorganisationen und
360 europäischen Verbände der politischen Jugendorganisationen entsprechend Geld für ihre
361 europäische politische Bildungsarbeit zur Verfügung stellt. Politische Bildungsarbeit für
362 junge Menschen kann am ehesten durch die politischen Jugendorganisationen
363 gewährleistet werden und ist auch zur Schaffung einer europäischen demokratischen
364 Öffentlichkeit unabdingbar.

365

366

367 2014 wird zum ersten Mal ein Europäisches Parlament nach dem Vertrag von Lissabon
368 gewählt. Zum ersten Mal wird also die stärkste Fraktion im Parlament, und nicht die Mehrzahl
369 der Regierungen im Europäischen Rat, den und die KommissionspräsidentIn bestimmen. Mit
370 dem oder der gemeinsamen, europaweiten SpitzenkandidatIn des PES, der oder die durch ein
371 demokratisches Verfahren gewählt wurde, stellen wir auch unsere/n KandidatIn für diese
372 Position. Mit einem oder einer starken, aus Wahlen direkt hervorgegangene PräsidentIn der
373 Europäischen Kommission erwarten wir auch Bewegung in den Bereichen der europäischen
374 Politik, wo das Europäische Parlament noch wenige oder keine direkten Befugnisse hat. Die
375 Europawahl ist das zentrale Signal über die künftige Ausrichtung der EU.

376

377 Wir wollen ein sozialistisches und demokratisches Europa. Deswegen brauchen wir eine starke
378 SPD in einer starken SPE bei der Europawahl 2014. Wir werden um die Stimmen für und mit
379 der SPD, für und mit unseren europäischen Partnern, für und mit Martin Schulz kämpfen.

380

381 **Zeit für ein anderes Europa!**

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

Titel TTIP – so nicht!

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

TTIP – so nicht!

1 Derzeit wird das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und
2 der EU, kurz TTIP für Transatlantic Trade and Investment Partnership, verhandelt. Wir Jusos
3 verfolgen diese Verhandlungen sehr kritisch und sehen die folgenden Punkte als essentiell
4 wichtig:

- 5
- 6 • Die Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlamente und der
7 Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach Abschluss der
8 Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung des Abkommens dauerhafter
9 demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
 - 10 • Es werden keine Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge angetastet, Liberalisierung
11 oder Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere auch im öffentlichen
12 Beschaffungswesen, dürfen keinesfalls erleichtert oder ermöglicht werden, die Möglichkeit
13 Vergabekriterien festzulegen darf nicht eingeschränkt werden. Auch weitere
14 Deregulierungen des Finanzsektors dürfen nicht Bestandteil des Abkommens sein.
 - 15 • ArbeitnehmerInnenrechte müssen gewahrt bzw. ausgebaut werden.
 - 16 • Soziale und ökologische Zielsetzungen müssen gleichrangig neben wirtschaftlichen
17 Interessen berücksichtigt werden, EU-Standards im Arbeits-, Umwelt-, VerbraucherInnen-
18 und Gesundheitsschutz dürfen nicht preisgegeben werden.
 - 19 • Das Abkommen darf keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, insbesondere
20 wenn dadurch ArbeitnehmerInnenrechte oder staatliche Regulationsmöglichkeiten berührt
21 werden.
 - 22 • Das Vorsorgeprinzip behält seine uneingeschränkte Gültigkeit.
 - 23 • Das Patent- und Markenwesen darf nicht über den jetzigen europäischen Standard hinaus
24 verkompliziert werden. Die Kosten für Normung und entsprechende Zertifizierung müssen
25 begrenzt werden und sich im Zweifel am Unternehmensumsatz orientieren.
 - 26 • Demokratisch legitimierte Regeln und Entscheidungen von Bund, Ländern und
27 Gemeinden dürfen nicht den Interessen ausländischer InvestorInnen untergeordnet bzw.
28 von diesen eingeschränkt werden.

29
30 Da nach derzeitigem Stand alle diese Punkte nicht oder nur unzureichend in den
31 Verhandlungen berücksichtigt werden, sprechen wir Jusos uns gegen das geplante
32 transatlantische Handels- und Investitionsabkommen aus und fordern unsere
33 MandatsträgerInnen dazu auf, ihren Einfluss geltend zu machen und sich dafür einzusetzen, die
34 Verhandlungen zu beenden.

35 Sie dürfen erst wieder aufgenommen werden, wenn die oben genannten Punkte als
36 Handlungsbasis gelten.

37
38
39

Titel Kein Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr !

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

ein insat on a fdrohnen dur h die Bundes ehr !

- 1 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsabgeordneten dazu auf,
- 2
- 3 1. sich für die Ächtung und ein weltweites Verbot von Kampfdrohnen einzusetzen,
- 4 2. sich gegen die Anschaffung sowie den Einsatz von bewaffneten und kampffähigen
- 5 unbemannten Luftfahrzeugen (Kampfdrohnen), durch die Bundeswehr oder andere
- 6 deutsche staatliche Institutionen, sowie die damit bezweckte gezielte Tötung von
- 7 Menschen, im In- und Ausland strikt einzusetzen,
- 8 3. sich für die Schaffung von völkerrechtlich bindenden Grundlagen explizit für den Status
- 9 und den Einsatz dieser Waffen einzusetzen.
- 10 4. und sich dafür einzusetzen, dass der Einsatz von Spähdrohnen durch die Bundeswehr nur
- 11 in Kriegs- und äußeren Krisengebieten zulässig ist. Ein Einsatz im Inneren (insbesondere
- 12 bei Demonstrationen) hat zu unterbleiben, ausgenommen im Rahmen der Amtshilfe bei
- 13 Naturkatastrophen. Grundsätzlich bleiben wir bei der Auffassung, dass der
- 14 Katastrophenschutz in zivile Hände gehört. Auch darf der Katastrophenschutz nicht als
- 15 Vorwand für Rüstungsausgaben missbraucht werden.
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38

Titel Die Fesseln der

Antragsteller Hessen-Süd, Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Die esseln der

1
2 Unsere Welt ist immer noch eine solche der großen materiellen Unterschiede. Während auf der
3 einen Seite so viel Vermögen besteht, dass es in einem ganzen Leben nicht ausgegeben
4 werden kann, besitzen andere nicht einmal genug, um überhaupt überleben zu können.
5
6 Diese Unterschiede gibt es überall, sie gibt es aber insbesondere zwischen den ärmsten und
7 den reichsten Ländern unserer Welt. Alle Versuche seitens Politik, Privatpersonen oder
8 Organisationen haben auch nach Jahrzehnten daran nicht wirklich etwas ändern können. Die
9 Gründe wurzeln tiefer in unserem globalen wirtschaftlichen Gefüge, als dass einzelne Aktionen
10 dagegen etwas ausrichten könnten. Das sich gerade die ärmsten Länder nicht aus der Armut
11 befreien können, liegt in ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den großen Industrieländern.
12 Diese Abhängigkeit besteht kurzgefasst aus dem Zusammenspiel von verheißungsvollen
13 Krediten und Investitionen ausländischer Geldgeber*innen im Austausch mit internationalen
14 Verpflichtungen zu Marktliberalisierung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen mit
15 Wertschöpfung außerhalb des Landes, daraus resultierendem Abfluss des Reichtums,
16 Handelsabhängigkeiten und Schutzlosigkeit gegenüber den Schwankungen der globalen
17 Märkte, verstärkter Notwendigkeit von neuem Geld, welches wiederum nur durch Abbau des
18 Staates und weiterer Liberalisierung gewährt wird. Daraus entsteht eine Spirale aus
19 systematischer staatlicher Schwächung und Verschuldung, Verarmung der Gesellschaft und
20 Abhängigkeit von Fremdkapital. Schlechte soziale Bedingungen und Bildungsstandarts, Zerfall
21 staatlicher Gewalt und Rechtsstaatlichkeit, individuelle Bereicherung, Korruption und
22 Vetternwirtschaft liegen im Verantwortungsbereich von "Entwicklungsländern", haben ihre
23 Ursache aber gerade auch in den geschilderten globalen Zusammenhängen und werden von
24 ausländischen Investor*innen nicht nur nicht bekämpft sondern auch für eigene Interessen
25 genutzt. Aus dieser Armutsfalle kann sich ein Land nicht aus eigener Anstrengung heraus
26 befreien.
27
28 Ein solches wirtschaftliches System ist nicht nur ungerecht, es ist unmenschlich. Ein solches
29 wirtschaftliches System nennt sich Kapitalismus und muss überwunden werden. Eine der
30 zentralen Punkte ist dabei die Erlösung aus der Staatsverschuldung, welche staatliche
31 Handlungsunfähigkeit fixiert und neben den politischen Druckmitteln, Ausdruck der dauerhaften
32 wirtschaftlichen Drangsalierung ist.
33
34 Unsere Wirtschaftsgeschichte ist eine Geschichte der Ver- und Entschuldung
35
36 Seitdem Menschen mit anderen Menschen Handel treiben existieren auch Schulden. Waren
37 früher jedoch die Schuldner*innen meist Privatleute, entwickelten sich erst Anleihen von
38 öffentlichen Institutionen im weitesten Sinne und seit dem 18. Jahrhundert mit Entstehung von
39 Staaten im heutigen Sinne auch (national-)staatliche Verschuldung. Mit der längeren
40 Beständigkeit und größeren Wirtschaftskraft von Staaten ging ein vermehrtes Vertrauen der

41 Geldgeber*innen in die Zahlungsfähigkeit einher, sodass im Gegenzug eine immer größer
42 werdende Verschuldung möglich wurde. Dass die staatlichen Schulden auch tatsächlich immer
43 zurückgezahlt wurden ist jedoch eine Farce. Die Geschichte zeigt uns, dass staatliche
44 Zahlungsausfälle eine wiederkehrende Kontinuität darstellen. Allein seit 1980 ist die Hälfte aller
45 Länder weltweit schon einmal zahlungsunfähig gewesen, sprich die Gläubiger*innen waren
46 Abschreibungen ausgesetzt.

47

48 Wenn wir heute in Deutschland über die Verschuldung anderer Länder wettern vergessen wir
49 oft, dass auch die zeitgeschichtlich sehr junge Bundesrepublik Deutschland schon einmal von
50 einem erheblichen Schuldenerlass profitiert hat. So wurde am 27. Februar 1953 das „Londoner
51 Schuldenabkommen“ unterzeichnet. In diesem einigten sich die USA, England, Frankreich und
52 viele weitere Staaten darauf Deutschland circa 50% der Vor- und Nachkriegsschulden zu
53 erlassen. Die restlichen 50 % wurden zu für Deutschland günstigen Bedingungen
54 umgeschuldet. So sollte der Schuldendienst zum Beispiel durch eigens geschaffene
55 zinsgünstige Kredite und nicht durch die Aufnahme neuer Kredite getilgt werden. Es bestand die
56 Möglichkeit einer Aussetzung der Zahlungen für die Jahre, in denen Deutschland keine
57 Handelsbilanzüberschüsse erzielt. Auch wurden alle Ansprüche an die Bundesrepublik in einem
58 einheitlichem gemeinsamen Verfahren geregelt. Bei Streitigkeiten entschied ein eigens
59 geschaffener Schiedsgerichtshof.

60

61 Dieses Beispiel zeigt, wie auch langfristig erfolgreich einem Land aus der Verschuldung
62 geholfen werden kann, wenn der politische Wille dazu gegeben ist. Wird heutzutage über die
63 Staatsschuldenprobleme überschuldeter Länder beraten, so fehlen interessanterweise in den
64 Lösungsversuchen die ehemals gegenüber Deutschland zugestandenen Kriterien..

65

66 Die systemisch angelegte Schuldenfalle

67

68 Auch wenn es um die 2000er Jahre einige positive Entwicklungen zu verzeichnen gab, hat sich
69 seit der weltweiten Finanzkrise 2008 die Lage in den "Entwicklungsländern" wieder zugespitzt.
70 So stieg die gesamte Auslandsverschuldung von "Entwicklungsländern" laut Weltbank im Jahr
71 2010 um zwölf Prozent auf rund vier Billionen US-Dollar an.

72

73 Im aktuellen internationalen Schuldensystem gibt es vier Institutionen, denen eine zentrale
74 Handlungsrolle zu Teil wird.

75

76 Das ist zum ersten die Weltbank, bestehend aus der Internationalen Bank für Wiederaufbau und
77 Entwicklung (IBRD, 1944) und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA, 1960), deren
78 Kapitaleigner*innen ihre Mitgliedsstaaten sind. Neben einem Grundstock an Stimmen, errechnet
79 sich der restliche Stimmanteil am Kapitalanteil der Länder, der wiederum von der ökonomischen
80 Leistungsfähigkeit eines Staates abhängt. Das führt zur Tatsache, dass die USA den größten
81 Stimmenanteil haben und mit Europas Stimmanteil die Politik der Weltbank dominieren. Im
82 Mittelpunkt der Aufgaben steht offiziell die Armutsbekämpfung und die Steigerung des
83 Lebensstandards in "Entwicklungsländern", wozu je nach Überschuldungsrisiko Zuschüsse oder
84 Darlehen mit niedrigeren Zinsen als auf privaten Märkten vergeben werden. Dabei orientiert
85 sich die Weltbank vorrangig an ökonomischen Wachstumsraten und fördert oftmals sozial und
86 ökologisch fragwürdige Großprojekte.

87

88 Der IWF (Internationaler Währungsfond) entstand im Jahre 1944 und zählt heute 188
89 Mitgliedsstaaten, deren Stimmrecht sich ebenfalls am Kapitalanteil orientiert. Entsprechend
90 haben wenige Industrienationen eine Stimmenmehrheit. Die Kernaufgabe des IWF ist es, die
91 Zusammenarbeit in der Währungspolitik zu fördern, zur Stabilisierung von Wechselkursen
92 beizutragen und technische Hilfe zu leisten. Außerdem verfügt er über bestimmte Möglichkeiten
93 der Kreditvergabe, die an strenge Auflagen, die sogenannten Strukturanpassungsprogramme
94 (SAP), gebunden sind. SAPs sind außerdem Voraussetzung für einen Schuldenerlass im
95 Rahmen der Heavily Indebted Poor Countrys (HIPC)-Initiative. Diese haushalts-, finanz-,
96 handels-, und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben stellen weitreichende äußere Eingriffe in die
97 wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der "Entwicklungsländer" dar. Sie
98 untergraben damit die Handlungsfähigkeit der "Entwicklungsländer" und die
99 Einflussmöglichkeiten ihrer Bürger*innen. Ihre demokratische Legitimierung ist daher mehr als
100 fragwürdig. Vorgebliches Ziel ist es, eine wirtschaftliche Stabilisierung und eine Stärkung des
101 Wachstum über Privatisierungen, die Einbindung in den Weltmarkt und über ausländische

102 Direktinvestitionen zu erreichen. Dazu sollen Handelsschranken abgebaut werden und die
103 Märkte der Schuldnerstaaten für den Weltmarkt geöffnet werden. Die einheimischen Produkte
104 sind jedoch meist gegen diese großer internationaler Konzerne nicht wettbewerbsfähig. Hinzu
105 kommt, dass den "Entwicklungsländern" Subventionen und Unterstützung ihrer Wirtschaft
106 untersagt wird, während gerade im landwirtschaftlichen Bereich die Industrieländer selbst
107 massive Subventionierung und Protektionismus durchführen. Trotz niedrigerer Lohnstückkosten
108 sind dadurch paradoxerweise viele Landwirt*innen in den "Entwicklungsländern" nicht mehr in
109 der Lage ihre Ware zu auskömmlichen Preise zu verkaufen und das Land gerät in die
110 Abhängigkeit von Lebensmittelexporten und den stark schwankenden Preisen an den
111 internationalen Börsen. Profiteur*innen sind vorrangig große internationale Konzerne aus
112 Industrienationen. Weiterhin verlangen die Anpassungsprogramme heftige Einschnitte bei den
113 staatlichen Ausgaben. Durch diese Einschnitte fallen zum Beispiel staatliche Leistungen im
114 Gesundheits- und Bildungsbereich weg. Dies hat weitreichende Folgen für die untere, meist vor
115 den Maßnahmen schon arme Bevölkerungsschicht. Auch führen die SAPs im Punkto
116 Staatsverschuldung nicht zum Erfolg, da das Ziel möglichst viele Zinsen zurück zu zahlen mit
117 der Strategie verfolgt wird auf kurze Sicht möglichst viele Devisen zu erwirtschaften. Dabei wird
118 das Ziel der Nachhaltigkeit, auch in ökologischer Sicht, vollkommen außer Acht gelassen.

119
120 Zu den internationalen Organisationen gesellen sich zwei inoffizielle Akteure. Der Pariser Club
121 ist ein Zusammenschluss von Gläubigerstaaten und gründete sich 1956. Ziel des Clubs ist es,
122 mit in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Ländern koordinierte Verhandlungen über
123 Umschuldungen, also die Abbezahlung alter Kredite durch die Neuaufnahme von Krediten zu
124 besseren Konditionen, zu führen. So wird vor allem eine Gleichbehandlung der
125 Gläubigerstaaten untereinander garantiert. Teilweise Schuldenerlasse und Zahlungsaufschübe
126 betreffen dadurch alle Gläubigerstaaten in ähnlich hohem Maße. Außerdem soll die
127 Verhandlung für die Schuldnerländer erleichtert werden, da sie einfacher mit allen Staaten
128 kommunizieren können. Konkrete Umschuldungsverhandlungen oder Schuldenerlasse kommen
129 nur zustande, wenn ein entsprechendes Votum des IWF vorliegt und der Schuldnerstaat sich
130 mit dem IWF über die Konditionen verständigt hat.

131
132 Als privatwirtschaftliches Gegenstück gründete sich 1976 der Londoner Club, der heute aus ca.
133 1000 privaten Gläubigerbanken besteht und die selbe Zielsetzung verfolgt.

134
135 Sowohl der Pariser Club, als auch der Londoner Club, sind dabei Richter in eigener Sache: Es
136 besteht kein einheitliches internationales Verfahren und somit keine unabhängige und neutrale
137 Institution, ähnlich eines Gerichtes, das zwischen den Gläubigern und den Schuldnerstaaten
138 verhandelt. Somit ist wesentlicher Inhalt der Clubverhandlungen die Entscheidungsfindung
139 innerhalb der Gläubiger*innen. Die Schuldner*innen können das Angebot annehmen oder,
140 sofern es die Position erlaubt, nachverhandeln. Im Ergebnis ist es nur selten der Fall, dass sich
141 die Forderungen der Schuldnerstaaten in einem angemessenen Verhältnis wiederfinden.
142 Aufgrund des Machtungleichgewichtes zwischen den Verhandlungspartner*innen ist diese Art
143 der Entscheidungsfindung höchst zweifelhaft. Es bedarf dringend einer neutralen Instanz und
144 fester Spielregeln.

145
146 Die verschuldeten Länder sehen sich sowohl in Paris, als auch in London einer Institution
147 gegenüber, deren Handlungen überhaupt erst mit einer Entscheidung des IWFbeginnen. Es
148 besteht eine zwingende Verbindung zwischen IWF, dem Club of Paris und dem Club of
149 London.

150
151 Die Besonderheiten der staatlichen Verschuldung von "Entwicklungsländern"

152
153 Sowohl die Art, als auch die Folgen von staatlicher Verschuldung unterscheiden sich bei
154 Entwicklungs- und Industriestaaten in gewichtigen Punkten.

155
156 Im Gegensatz zu den westlichen Industrienationen sind die Entwicklungsstaaten oft nicht
157 innerstaatlich verschuldet, sondern ein Großteil der Gläubiger*innen sitzt im Ausland, da im
158 eigenen Land weniger Kapital vorhanden ist. Zudem werden die Kredite, die sie aufnehmen,
159 oftmals nicht in eigener Währung sondern ausschließlich in Fremdwährung gewährt. Die
160 Möglichkeit einer eigenen Entschuldung mithilfe eigener Fiskalpolitik ist somit nicht gegeben.
161 Sinkt der Wert der eigenen Währung im Verhältnis zur Fremdwährung führt dies automatisch zu
162 einer steigenden Verschuldung der betroffenen Staaten. Darüber hinaus bewirkt die

163 Verschuldung in Fremdwährung einen Exportzwang, da die betroffenen Länder die
164 Fremdwährung nur auf diesem Wege generieren können. Des Weiteren hat die Verschuldung
165 im Ausland zur Folge, dass die Zins und Tilgungszahlung im Gegensatz zu Industrienationen
166 der gesamten Volkswirtschaft verloren gehen.

167

168 Im Zuge von instabilen Machtverhältnissen und/ oder diktatorischen Regimen stellt sich die
169 Frage in wie fern einer Bevölkerung heute überhaupt Schulden völkerrechtlich zugerechnet
170 werden können. Wir glauben, dass Kredite, die ohne Anteilnahme der Bevölkerung und ohne
171 oder gegen ihr Interesse verwandt wurden und dies im Wissen der Gläubiger*innen geschah,
172 sogenannte illegitime Schulden, nicht anerkannt werden sollten.

173

174 Schlechte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Staaten trifft die Bevölkerung von
175 "Entwicklungsländern" meist deutlich stärker als in Industrienationen, da es kaum gute soziale
176 Sicherungssysteme gibt und das Überleben in vielen Fällen direkt von Unterstützungen seitens
177 des Staates oder durch Hilfsorganisationen abhängig ist.

178

179 Ein weiteres Problem ist die nicht ausreichende Datenlage über staatliche und insbesondere
180 private Verschuldung in "Entwicklungsländern". So gibt es zwar ausführliche Datenbanken der
181 Weltbank, doch fehlen selbst ihnen Zahlen teilweise oder komplett.

182

183 Wir brauchen eine konsequente Entschuldungs- und Aufbauoffensive!

184

185 Die bisher angewandten Instrumente haben ihren Zweck nicht erfüllt. Im Gegenteil, sie
186 generieren das, was sie zu bekämpfen vorgeben; Verschuldung, Abhängigkeit und Armut.

187

188 Demgegenüber muss es eine weltweite Entschuldungsoffensive geben, die flankiert von
189 weiteren Investitionsmaßnahmen zu einer langfristigen Verbesserung und Stabilisation der
190 Situation von "Entwicklungsländern" führt. Das Maß der Entschuldung eines Landes darf nicht
191 wie bisher einseitig von Gläubiger*innen und damit durch ihre Interessen an die
192 Rückzahlungsfähigkeit eines Landes definierte „volkswirtschaftliche Schuldentragfähigkeit“ des
193 "Entwicklungslandes" gekoppelt werden, sondern muss die Wahrung wirtschaftlicher, kultureller
194 und sozialer Menschenrechte effektiv ermöglichen bzw. hierfür die Voraussetzung bilden. Für
195 den genauen Umfang ist die länderspezifische Situation entscheidend. Komplette
196 Schuldenerlässe dürfen nicht ausgeschlossen werden. Hierbei müssen alle Gläubiger*innen,
197 das heißt internationale Finanzinstitutionen, staatliche und private Gläubiger*innen, konsequent
198 mit einbezogen werden. Zentral für uns ist, dass eine Entschuldung am Anfang einer
199 Entschuldungs- und Aufbauinitiative steht und nicht immer erst an deren Ende.

200

201 Für das zukünftige Schuldenmanagement müssen folgende Kriterien gelten:

202

203 Der Schuldendienst darf nicht durch Rückgriff auf die Reserven, das heißt den Verkauf
204 staatlichen Eigentums, finanziert werden. Möglichkeiten der Aussetzung des Schuldendienstes
205 sind vorzusehen. Der Export von Grundnahrungsmitteln darf zu keinen Versorgungsengpässen
206 der eigenen Bevölkerung führen. Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion muss
207 grundsätzlich von Liberalisierungsmaßnahmen ausgenommen werden können. Der
208 Schuldendienst darf soziale Investitionen sowie das Entwicklungspotential des entsprechenden
209 Landes nicht beeinträchtigen. Möglichkeiten zur Umschuldung noch ausstehender Kredite
210 müssen in Betracht gezogen werden.

211

212 Mit aus Entschuldung und Umschuldung freiwerdenden finanziellen Mitteln sollten
213 sozialstaatliche Rahmenbedingungen finanziert werden. Vielmehr müssen daraus
214 sozialstaatliche Rahmenbedingungen finanziert werden. Das bedeutet u.a. die Stärkung der
215 öffentlichen Gesundheitsversorgung, des öffentlichen Bildungswesen, der sozialen
216 Absicherungen und am Gemeinwohl orientierte Infrastrukturmaßnahmen. Kreditgeber*innen
217 dürfen nicht weiterhin an Korruptionsmaßnahmen mitwirken bzw sie dulden.

218

219 Ziel dieses Prozesses muss es sein eine erneute Abhängigkeit zu vermeiden und die
220 langfristige Sicherung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Menschenrechte zu
221 gewährleisten.

222

223 Neue Institutionen braucht die Welt!

224

225 In Anbetracht der hochgradig problematischen und für eine positive Entwicklung der Länder des
226 Südens kontraproduktiven Rolle der Weltbank und des IWFs sehen wir tiefgreifende Reformen
227 als unabdingbar an, soll eine Entschuldung und nachhaltige Entwicklung gelingen. Die bisherige
228 Politik, tief verschuldete Länder, die durch ihre schlechte finanzielle Lage auf Kredite des IWF
229 angewiesen waren, zu neoliberalen Reformen zu zwingen, hat in weiten Teilen der betroffenen
230 Regionen verbrannte Erde hinterlassen. Ein Schuldenabbau fand nicht statt, zumeist stieg der
231 Schuldenstand sogar an. Viele Entwicklungsziele liegen in weiter Ferne. Einige Ländern haben
232 sogar regressive Entwicklungen zu vermeiden. Natürlich hat all dies multiple Ursachen und
233 kann nicht allein dem IWF angelastet werden. Der IWF hat in seiner Bedeutung aber praktisch
234 eine Monopolstellung, so dass sein Einfluss nur schwer überschätzt werden kann. Die daher
235 notwendigen Reformen haben ein solches Ausmaß, dass ihre Umsetzung in den gewachsenen
236 und festgefahrenen Strukturen des IWF nicht realisierbar ist. Eine Auflösung des IWF und der
237 Aufbau eines multipolaren Systems aus potentiellen kreditgebenden Organisationen ist daher
238 die beste Alternative. Dafür sind bereits bestehende Ansätze, wie regionale
239 Entwicklungsbanken, auszubauen.

240

241 Grundlegend verändert werden muss zunächst die Entscheidungsfindung innerhalb der
242 Institutionen. Anstelle des bisherigen Stimmgewichts ausschließlich anhand der Beitragszahlen
243 soll eine angeglichenere demokratische Repräsentation der Mitglieder nach dem Prinzip "one
244 country, one Vote" treten – einem Übergewicht der Industrienationen wäre damit Vorschub
245 geleistet. Die Leitung sollte zwischen den verschiedenen Kontinenten alternieren – bisher waren
246 alle Direktor*innen des IWFs aus Europa und alle Präsidenten der Weltbank US-Amerikaner.

247

248 Neben der Koordinierung von Währungspolitik und Kreditvergabe steht insbesondere die
249 Kontrolle der Verwirklichung sozialer Entwicklungsziele.

250

251 Im Rahmen der UN sollten international einheitliche Regeln zum Umgang mit
252 zahlungsunfähigen Staaten entwickelt und verabschiedet werden. Dabei sollte es sich nicht um
253 starr anzuwendende Blaupausen handeln, sondern ein Grundgerüst, das je nach Fall angepasst
254 werden kann. Im Zuge eines solchen internationalen Staatsinsolvenzverfahrens sollen für jedes
255 hoch verschuldete Land Ent- und Umschuldung ermöglicht werden. Dabei müssen alle
256 Gläubiger*innen gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden.

257

258 Es ist ein ständiges internationales Schiedsgericht einzurichten, welches über Differenzen bei
259 der Vergabe oder Tilgung von Krediten entscheidet. Damit soll die Gleichheit der Parteien und
260 ein fairer Ausgleich zwischen ihnen gewährleistet werden. Vereinigungen, wie der Pariser oder
261 Londoner Club, können damit nicht mehr einseitig Bedingungen diktieren, sondern stellen eine
262 Streitpartei dar. Durch Besetzung und Finanzierung muss garantiert werden, dass das Gericht
263 ständig Unabhängigkeit wahrt. Das Schiedsgericht soll auch auf Antrag über die Illegitimität von
264 Schulden entscheiden. Hierbei soll eine gleiche Anzahl von Richter*innen von den
265 Gläubiger*innen und den Schuldner*innen benannt werden, aus deren Mitte dann eine weitere
266 unabhängige Richter*in gewählt wird. Das Gericht ist quotiert zu besetzen.

267

268 Analog zu vielen anderen internationalen Organisationen soll die UN eine unabhängige Instanz
269 zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Staaten und Finanzprodukten einrichten. Anders als
270 private Ratingagenturen würde sie nicht direkt für eine Bewertung bezahlt werden, sondern
271 indirekt über Beiträge der Mitgliedsstaaten. Die Entscheidung über die personelle
272 Zusammensetzung liegt bei den demokratischen Gremien der UN. Durch sie soll auch die
273 Datenlage über staatliche und private Verschuldung ausgebaut werden.

274

275 Wir brauchen einen internationalen Investitionsplan für "Entwicklungsländer"!

276

277 Die wirtschaftliche Grundlage der "Entwicklungsländer" entscheidet über die sozioökonomische
278 und nachhaltige Transformation der am meisten benachteiligten Länder unserer einen Welt.
279 Im Mittelpunkt stehen dabei die jungen und wachsenden Gesellschaften, deren
280 allgemeine Lebensbedingungen aus eigener Kraft verbessert und entfaltet werden
281 müssen, um die Nutzung ihrer sozialen, demokratischen, kulturellen und menschlichen
282 Rechte zu ermöglichen. Im Zusammenhang mit einem Entschuldungsprogramm, braucht es
283 gleichzeitig einen Mechanismus, der die Länder aus dem Teufelskreis der Verschuldung befreit
284 und vor einem erneuten Eintritt schützt.

285

286 Dazu bedarf es ein ambitioniertes und finanzstarkes Investitions-, Aufbau- und
287 Modernisierungsprogramm, das die Souveränität und Eigenständigkeit der
288 "Entwicklungsländer" achtet und fördert. Das Recht auf eine nachholende und aufholende
289 Entwicklung jener Länder, muss auf die Solidarität und gerechte Wohlstandsverteilung der
290 Weltgemeinschaft zielen. Viel mehr gilt es, regionale Wirtschaftsstrukturen und soziale
291 Wohlfahrtssysteme zu fördern und zu stärken und mit einem nachhaltigen, ökologischen
292 und Ressourcen schonenden Fortschritt ganzheitlich zu vernetzen.

293

294 Im Einzelnen bedeutet das Investitionen in Primär- Sekundär, universitärer und beruflicher
295 Bildung, Gesundheit, Ausbau von Forschung, Maßnahmen zur Verringerung der
296 Handelsabhängigkeit von "Entwicklungsländern", Aufbau transregionaler und
297 umweltverträglicher Infrastruktur- und Transportsysteme, Förderung von erneuerbaren Energie(-
298 netzen), Investitionen in die Informations- und Telekommunikationsindustrie, Stärkung von
299 genossenschaftlichen Unternehmen, Kooperativen und kleinbäuerlichen Strukturen,
300 Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und direkter Rohstoffverarbeitung zum Aufbau
301 industrieller Arbeitsplätze, höhere finanzielle Ausstattung von regionalen/ überregionalen
302 Entwicklungsbanken, Mikrokreditprogramm, insbesondere mit Zielgruppe Frauen, umfassende
303 Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Förderung innovativer Start-Ups und
304 Jungunternehmer*innen.

305

306 Folglich müssen Investitionen in öffentliche, soziale und private Dienstleistungen erfolgen,
307 um handlungsfähige Staatsstrukturen zu fördern und die Basis für wohlfahrtsstaatliche (Um-)
308 Verteilungs- und Verwaltungssysteme zu legen.

309

310 Gleichzeitig gilt es mit strengen und transparenten Vergabesystemen bei „Marshall-
311 Investitionen“ Unternehmen der "Entwicklungsländer" zu beteiligen und dadurch den
312 Technologietransfer in diese Staaten zu fördern.

313

314 Soziale Entwicklungsprogramme statt neoliberaler Strukturanpassungsprogramme!

315

316 Die von IWF und Weltbank initiierten Strukturanpassungsmaßnahmen lehnen wir entschieden
317 ab. Sie bewirken Marktöffnungen zum Vorteil weniger, führen zum Ausverkauf staatlicher
318 Handlungsspielräume, fördern eine Zuspitzung der Armutsspirale für die breite Masse, sowie
319 ökologische Verwerfungen und bilden somit einen Teil des Problems und nicht der Lösung!

320

321 Wir fordern daher die Ersetzung der Strukturanpassungsmaßnahmen durch
322 Entwicklungsmaßnahmen, die statt eines Abbaus den Ausbau von Sozialen
323 Sicherungssystemen vorsehen, die (Wieder-)Einführung eines progressiven Steuersystems,
324 den Ausbau von Bildung und das Verbot der Nutzung der Kredite für Rüstungsausgaben. Wir
325 begrüßen in diesem Zusammenhang das Umdenken beim IWF, wonach aktuell ein idealer
326 Spitzensteuersatz zwischen 55 und 70 % empfohlen wird.

327

328 Die sozialen Entwicklungsprogramme dürfen nicht zu einem Ausverkauf des Staates führen,
329 sprich dürfen nicht an Privatisierungs- und Ausbeutungskonzessionen geknüpft werden. Bei
330 jeder Kreditvergabe muss die soziale Situation des Landes zugrunde gelegt werden und in einer
331 Einzelfallentscheidung die Konditionen individuell vereinbart werden.

332

333 Zusammengefasst fordern wir daher:

334

335 • einen umfassenden weitreichenden Schuldenerlass für "Entwicklungsländer"

336

337 • die Umschuldung aller restlichen Kredite zu benannten neuen Konditionen und die
338 Ermöglichung der temporären Aussetzungen von Rückzahlungen

339

340 • eine Neujustierung der Schuldentragfähigkeitsanalyse

341

342 • die Umstrukturierung des Weltbank/ IWF Systems zu einem multipolaren demokratischen
343 System an Kreditgeber*innen

344

345 • die Schaffung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens

- 346 • die Einrichtung eines dauerhaften internationalen Schulden-Schiedsgerichts
347
348 • die Transformation der Strukturanpassungsprogramme in soziale
349 Entwicklungsprogramme
350
351 • eine unabhängige Instanz zur Datensammlung und Bewertung der Kreditwürdigkeit von
352 Staaten
353
354 • einen internationalen Investitionsplan für "Entwicklungsländer" als zweite Säule der
355 Entschuldungsoffensive
356
357 • die Durchführung von Entschuldungsmaßnahmen nur dann durchzuführen, wenn eine
358 nachhaltige Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik umgesetzt wird. Eine Bewertung der
359 Einhaltung dieser Kriterien obliegt dem einzurichtenden ständigen Schiedsgericht.
360

361
362 Die SPD als Partei der internationalen Solidarität muss darauf drängen, dass Bundesrepublik
363 und EU ihrer menschenrechtspolitischen Verantwortung gerecht werden und auf eine
364 Umsetzung des oben beschriebenen hinwirken. Dabei ist ein gemeinsames europäisches, statt
365 rein deutsches Vorgehen anzustreben.

366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

F

Feminismus, Gleichstellung & Gender

F 2	Berlin Trans*rechte sind Menschenrechte!	82
F 4	Baden-Württemberg Konservative Familienbilder aufbrechen - Moderne Familienpolitik gestalten!	91
F 6	Sachsen-Anhalt Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen	93

Titel Trans*rechte sind Menschenrechte!

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

ransrehte sind enshenrehte!

1 Geschlecht ist vielfältig, allerdings werden gesellschaftlich zurzeit nur zwei
2 Geschlechtsidentitäten anerkannt, Frau und Mann. Dabei wird das Geschlecht einer Person
3 schon bei der Geburt aufgrund von biologischen Merkmalen festgelegt. Die Person kann also
4 nicht mitentscheiden und eine Reevaluation (Neubeurteilung) geschieht nicht. Dieses Herstellen
5 einer Normalität des zweigeschlechtlichen Systems führt zum Ausschluss all derer, die nicht in
6 dieses System passen, weil ihre Geschlechtsidentität nicht mit dem Geschlecht
7 zusammenpasst, das ihnen bei Geburt zugeordnet wurde. Dieser Ausschluss geschieht sowohl
8 auf persönlicher als auch struktureller Ebene. Dabei ist es wichtig Trans*menschen nicht als
9 homogene Gruppe aufzufassen. In diesem Antrag werden deswegen verschiedene Identitäten
10 unter diesem Überbegriff zusammengefasst, weil sie ähnlichen Problemen und Diskriminierung
11 gegenüberstehen: Transsexuelle, Trans*gender, Agender, Genderless, Bigender, Polygender,
12 Drags, Crossdresser*innen und viele Identitäten mehr werden hier als trans*idente Menschen (=
13 Trans*menschen, Trans*idente, Trans*) verstanden. Dabei ist die Überschneidung mit anderen
14 Identitätskategorien allerdings nicht zu vernachlässigen und kann zu einer Verschlechterung der
15 gesellschaftlichen Position führen. Die SPD hat in ihrem Regierungsprogramm „Das Wir
16 entscheidet“ 2013 beschlossen, die Rechte und die Chancen trans*identer Menschen zu
17 verbessern. Dieser Antrag will das Thema Trans* als Querschnittsthema begreifen und greift
18 verschiedenste Politikfelder auf, in denen es die Situation von Trans*menschen zu beleuchten –
19 und zu verbessern – gilt.

20

21 **If the kids get diversified!**

22 Im Bildungssektor gibt es zahlreiche offensichtliche und versteckte Hürden und Probleme die
23 Trans*menschen begegnen. Dabei treten die meisten Schwierigkeiten und
24 Diskriminierungserfahrungen für Kinder und Jugendliche, die trans* sind, im System Schule auf.
25 Mobbing gehört an vielen Schulen zum Alltag, besonders sind davon LGBTIQ*-Schüler*innen
26 (Lesbians, Gays, Bisexuals, Trans*people, Intersexes, Queers, *diverse) betroffen. Je nach
27 Studie fühlen sich 65 bis 90 Prozent der Trans*personen in der Schule nicht sicher, was zum
28 Schwänzen der Schule führt und damit Trans*Kinder und -Jugendliche effektiv einem Teil ihres
29 ihnen zustehenden Bildungsangebotes beraubt. Schulen sind meist nicht gut genug vorbereitet
30 und ausgerüstet um Trans*kindern und -Jugendlichen einen sicheren Raum zum Lernen und
31 zur persönlichen Entwicklung zu bieten. Dazu ist es wichtig Lehrpersonal, Sozialarbeiter*innen,
32 Schulpsycholog*innen und Vertrauenslehrer*innen für einen respektvollen und nicht
33 vorurteilsbelasteten Umgang mit Trans*Schüler*innen zu schulen und das nicht erst, wenn
34 angebliche „Probleme“ mit einer*m Trans*Schüler*in auftreten. Ein wichtiger Teil dieser
35 Ausbildung muss sein die Geschlechtsidentität von Trans*Kindern und -Jugendlichen zu
36 respektieren und ihnen auch Zugang zu den dazugehörigen Räumen zu verschaffen oder bei
37 Bedarf müssen zusätzliche Räume geschaffen werden. Besonders im Bezug auf Umkleiden und
38 Toiletten sollte in allen Schulen zusätzlich geschlechtsneutrale Räume geschaffen werden.
39 Vertrauenslehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen tragen eine besonders hohe
40 Verantwortung beim Umgang mit Trans*Schüler*innen. Sie müssen zumindest in der Lage sein

41 Trans*Jugendliche an beratenden Fachstellen weiterzuleiten.

42

43 Wir fordern:

44

- 45 • In den Bildungsministerien der Länder soll eine öffentlich zugängliche Datenbank an
46 Beratungsstellen, Jugendgruppen u.ä. eingerichtet werden. Diese soll sowohl für
47 Schüler*innen, Lehr*innen und Eltern ein Beratungsangebot und eine erste Anlaufstelle
48 bieten. Es ist allerdings entscheidend Schüler*innen mit Trans*Identitäten nicht als die
49 „Ausnahmen“ darzustellen für die mensch im Sinne der Antidiskriminierung gewappnet
50 sein muss.
- 51 • Trans* muss als Thema Teil der Lehramtsausbildung werden und alle bereits arbeitenden
52 Lehrer*innen müssen dementsprechend nachgeschult werden.
- 53 • Es ist notwendig das Thema Trans* auch im Lehrplan zu verankern: es gilt sexuelle
54 Vielfalt im Sexualkundeunterricht zu thematisieren, aber Trans*Sein darf nicht als
55 sexuellen Praxis benannt (und dazu gemacht) werden.
- 56 • Die Vielfältigkeit von Geschlechtsidentitäten muss in einem dafür passenden Fach
57 thematisiert werden und das spätestens ab dem 7. Schuljahr, nach Möglichkeiten bereits
58 in den Grundschulen.
- 59 • In den Schulbüchern aller Fächer sollen zukünftig auch androgyne und explizite
60 Trans*Ccharaktere auftauchen, das ist aktuell laut einer GEW Studie überhaupt nicht der
61 Fall.
- 62 • In den Schulgebäuden sollen dort wo möglich, sowie bei Neu- und Umbauten Toiletten
63 und Umkleieräume für Trans*kinder und -jugendliche zur Verfügung gestellt werden.
64 Kurzfristig können bestehende Toilettenanlagen in All-Gender-Toiletten umgewidmet
65 werden.
- 66 • Vertrauenslehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen werden in Aus- und Fortbildung für
67 die Belange trans*identer Schüler*innen sensibilisiert.

68

69 **Trans*sein darf kein Armutsrisiko bleiben!**

70 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz schützt Trans*menschen grundsätzlich vor
71 Benachteiligung, allerdings entfaltet sich dieser Schutz kaum: Die Hälfte der Trans*menschen in
72 Deutschland macht Diskriminierungserfahrungen am Arbeitsplatz, der häufigste Ort ihrer
73 Diskriminierung.

74 Jeder dritte Trans*mensch wurde auf Ggrund des Geschlechts mindestens einmal nicht
75 eingestellt, selbst Arbeitsvermittlung wird häufig verweigert. Die Arbeitssuche wird in
76 Deutschland auch dadurch behindert, dass einigen Trans*menschen der Zugang zur
77 Dokumentenangleichung fehlt, sowie durch die Verfahrensdauer nach dem
78 Transsexuellengesetz. Bei mehr als jede*r dritten Trans*person bricht während dieser Verfahren
79 ein erheblicher Teil des Alltags weg, darunter auch Erwerbsarbeit. Die Einkommen von
80 Trans*menschen sind unterdurchschnittlich: 49 Prozent% der Trans*menschen in der
81 Europäischen Union verdienen unter 25.000 Euro jährlich (EU-Durchschnitt: 28.000 Euro), 37
82 Prozent% verdienen sogar weniger als 20.000 Euro. Trans*menschen verdienen sowohl im
83 Vergleich zu Männern und auch Frauen im Durchschnitt weniger. Dabei arbeiten sie oft unter
84 ihrer Qualifikation und sind in der Berufswahl eingeschränkt. Weniger als ein Drittel der
85 Trans*menschen in Europa geht einer Vollzeitbeschäftigung nach (Vergleich: Frauen 57
86 Prozent%, Männer 72 Prozent%).

87 Trans*menschen sind häufiger arbeitslos als die Gesamtbevölkerung, dabei betrifft es
88 Trans*people of Color nochmal stärker. Viele Trans*menschen kündigen aus Angst vor
89 Diskriminierung und insbesondere zu Beginn ihrer Transition ihr Arbeitsverhältnis und suchen
90 erst wieder Arbeit, wenn Dokumente angepasst sind, was aber oft mit sozialen Hürden
91 verbunden ist. Arbeitsplatzwechsel in diesem Zeitraum kommen vielfach vor. Trans*menschen
92 wird häufiger gekündigt (oder dies angedroht) als anderen, vor allem während der Transition.
93 Das Ausleben des eigenen Geschlechts bedeutet den Verzicht auf Karrierechancen.

94 Trans*menschen werden Fortbildungschancen und Beförderungen verweigert. Nicht erfüllbare
95 Geschlechter-Rollen-Erwartungen, Probleme beim Passing (erfolgreiches Angesehenwerden
96 als Angehörige*r des Geschlechts, mit dem mensch sich identifiziert), geschlechterstereotype
97 Kleidungsvorschriften, mangelnde Akzeptanz, geringes Selbstvertrauen, Depressivität, Stress,
98 Belastungen durch den Transitionsprozess, Diskriminierungserfahrungen oder Vermeiden von
99 neuen Arbeitsbereichen aus Angst vor Diskriminierung verschlechtern erheblich die
100 Karrierechancen von Trans*menschen. Etwa die Hälfte aller Trans*menschen sieht sich
101 dadurch benachteiligt.

102 Die Hälfte der Trans*menschen lebt ihr Geschlecht nicht immer öffentlich aus, insbesondere
103 wegen der Sorge der Diskriminierung am und der Sorge um den Arbeitsplatz. Trans*menschen
104 erfahren offene Ablehnung von ihren Kolleg_innen und Vorgesetzten oder zumindest keine
105 Anerkennung, davon ist jede*r fFünfte betroffen. Trans*gender, die sich nicht eindeutig einem
106 Geschlecht zuordnen können oder wollen, werden besonders ausgegrenzt.
107 Jede*r zweite bis dritte Trans*mensch hat Diskriminierung oder verbale, psychische, körperliche
108 uns sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz erfahren. Beschwerden von Trans*menschen auf
109 Ggrund von Diskriminierung wird häufig nicht nachgegangen. Das Vertrauen in Vorgesetzte,
110 Personalabteilungen, Kolleg_innen und Anlaufstellen ist daher gering. Bei den Gewerkschaften
111 ist wenig trans*spezifisches Wissen vorhanden.
112 Trans*menschen, die Sexarbeit leisten werden stark ausgeschlossen. Auch
113 Mehrfachdiskriminierungen führen zu besonders starken Ausschlüssen, bspw. im Zugang zum
114 Arbeitsmarkt oder zu medizinischer Versorgung. Bei Mehrfachdiskriminierungen erweisen sich
115 Konzepte wie Inklusion oder Diversity Management als wenig wirksam.

116

117 Wir fordern:

118

- 119 • Der Trans*-„Gender Pay Gap“ wird wirksam bekämpft. Hierzu wird die Forderung nach
120 gleichem Lohn für gleiche Arbeit endlich umgesetzt.
- 121 • Alle Trans*menschen erhalten einen Zugang zur Dokumenten- und Zeugnisanpassung.
- 122 • Meldebehörden müssen Trans*menschen informieren, die eine Geschlechts- oder
123 Namensänderung beantragen: über Anlaufstellen, Beratungen und Rechte und Umgang
124 am Arbeitsplatz. Diese Information wird aktenkundig vermerkt.
- 125 • Mitarbeiter_innen der Jobcenter werden für Belange trans*identer Menschen sensibilisiert
126 in Aus- und Fortbildung.
- 127 • Gewerkschaften und Arbeitgeber_innenverbände sollen Informationen zum Umgang mit
128 und zur Unterstützung von Trans*menschen anbieten. Gewerkschaften sollen
129 Anlaufstellen einrichten, dafür sind sie durch ein Bundesprogramm zu fördern.
- 130 • In Förderkataloge für Projekte, die Sexarbeiter_innen beraten und ihnen sonstige
131 Unterstützungsmaßnahmen anbieten, werden trans*spezifische Kriterien ergänzt.

132

133 **Trans*idente Menschen vor Gewalt schützen!**

134 Die EU-Kommission betont, dass alle EU-Länder Trans*menschen wirksam vor Verbrechen, die
135 aus gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit begangen werden, zu schützen müssen sind. Der
136 Bundesrat und die SPD-Bundestagsfraktion haben im Oktober 2012 vorgeschlagen, das
137 Kriterium gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die als Beweggründe von Täter_innen
138 bei der Strafzumessung aufzunehmen.

139 Gerade beim Kontakt mit der Polizei kann es für Trans*menschen zu unangenehmen
140 Situationen kommen. Das beginnt damit, dass sie vielleicht von den Polizist_innen nicht als die
141 Person auf ihrem Ausweis erkannt werden, da ihr Passing zu „gut“ oder zu „schlecht“ ist. Auch
142 kommt es häufig auf Ggrund dieses Unterschieds zu verbalen Übergriffen von Polizist_innen.
143 Weiterhin findet Polizeigewalt auch gegenüber Trans*menschen statt. Gruppenbezogene
144 Gewalt gegenüber Trans*menschen wird häufig nicht als solche erkannt: Gewalt gegen
145 Trans*frauen wird EU-weit häufig als Auseinandersetzung zwischen Männern vermerkt,
146 Trans*frauen werden häufig als Verursacherinnen* und nicht als Opfer angesehen.
147 Auch vor Gericht kommt es zur Nichtanerkennung und zu verbalen Übergriffen. Im Strafvollzug
148 haben Trans*menschen ein erhöhtes Risiko, Opfer körperlicher und auch sexualisierter Gewalt
149 zu werden, was jedoch aus Angst vor Retraumatisierungen selten angezeigt wird. Insbesondere
150 prekär lebende Trans*menschen geraten häufiger ins Visier der Strafverfolgung, was sie erneut
151 Gewalt im Strafvollzug aussetzt. In Deutschland gibt es mehrere Berichte darüber, dass
152 Trans*frauen in Männergefängnissen untergebracht werden.

153

154 Wir fordern:

155

- 156 • Das Kriterium gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Beweggründe von
157 Täter_innen bei der Strafzumessung (§ 46 Absatz 2 Satz 2 Strafgesetzbuch)
158 aufzunehmen, wird erneut als Gesetzesvorlage eingebracht.
- 159 • Der Umgang mit Trans*personen sollte Teil der Ausbildung von Sicherheitsfachkräften
160 und der Polizei sein.
- 161 • Für den Fall von Körperdurchsuchungen erhalten Durchsuchte ein Wahlrecht auf das
162 Geschlecht der*s Durchsuchende*n.

- 163 • Staatliche Organe sollen ihre Mitarbeiter*innen soweit schulen, dass diese transphob
- 164 motivierte Straftaten erkennen und entsprechend verfolgen, wenn sie auftreten, um damit
- 165 die Trans*community zu schützen. Dazu zählt auch, Opfer nicht zu Täter*innen zu
- 166 machen, sondern ihre Belange Ernst zu nehmen.
- 167 • Trans*menschen sind als Trans*menschen zu behandeln und nicht nach ihrem bei Geburt
- 168 zugeordnetem Geschlecht.
- 169 • Trans*menschen sollen das Wahlrecht bekommen, in einem zu ihrem Geschlecht
- 170 passenden Gefängnis untergebracht zu werden. (Trans*frauen sollen in
- 171 Frauengefängnissen untergebracht werden können, Trans*männer in
- 172 Männergefängnissen.) Hierfür sind im Strafvollzug alle notwendigen Bedingungen zu
- 173 schaffen, ggf. als Einzelfalllösung.
- 174 • Im Strafvollzug müssen Trans*Mmenschen als marginalisierte Gruppe besonderen Schutz
- 175 erfahren, Vollzugspersonal muss dafür ausgebildet und fortgebildet werden.
- 176 • Es werden im Bund und in allen Ländern unabhängige Untersuchungskommissionen für
- 177 Polizeigewalt und -versagen, die bei der Legislative (z.B. Parlamentspräsident*in)
- 178 angesiedelt werden. Sie werden besonders für Polizeigewalt gegenüber marginalisierten
- 179 Gruppen sensibilisiert.
- 180 • Beratungsangebote müssen ausgebaut werden.

181

182 **Für das Recht auf Geschlechtsidentität!**

183 Trans*menschen sind in Deutschland durch Gesetze geschützt (insb. Art. 3 Grundgesetz). Dies
 184 bedeutet jedoch weder, dass Trans*menschen keine Gewalt und Diskriminierung erfahren,
 185 noch, dass sie gleich gestellt sind. Mit dem Transsexuellengesetz (TSG) ist seit 1981 ein
 186 Sondergesetz in Kraft, das u.a. Fragen des Personenstands und Vornamen sowie der
 187 Transition regelt. Dieses Gesetz ist inzwischen durch den die Vorstellung von Geschlecht in der
 188 Gesellschaft und Forschung sowie durch höchstrichterliche Urteile überholt. (Seit 2005
 189 entfielen: die Ehelosigkeit, die Rückbenennung nach dem Geburtsvornamen bei Eheschließung,
 190 die Bedingung der geschlechtsangleichenden Operation und der Unfruchtbarkeit vor einer
 191 Personenstandsänderung. Das Gesetz wurde nicht immer geändert, aber viele Bestimmungen
 192 dürfen nicht mehr angewandt werden.)

193 Das Gesetz wird in seiner heutigen Fassung von Trans*menschen noch als äußerst
 194 diskriminierend wahrgenommen: Denn die Hürden zur Transition sind nachwievor hoch,
 195 erniedrigend und stehen dem Selbstbestimmungsrecht entgegen: ein Gerichtsverfahren samt
 196 zweier Gutachten von Sachverständigen sind zur Transition vonnöten. Identität zu
 197 diagnostizieren ist unmöglich und ist für Außenstehende nicht begutachtbar, weswegen die
 198 Gutachten auch ihren Zweck verfehlen. Die Kosten des Verfahrens (weit über 1000 Euro) sind
 199 darüber hinaus hoch. Zeugt eine gesetzlich anerkannte Trans*person ein Kind, wird ihr
 200 Vorname wieder durch den Geburtsnamen ersetzt etc. Außerdem erstreckt sich das
 201 Transsexuellengesetz eben auf Transsexuelle, wobei also Trans*gendern, die nicht den
 202 Diagnosekriterien entsprechen, der Zugang zu den Rechten des Transsexuellengesetzes
 203 verweigert wird. Insgesamt geht das Transsexuellengesetz davon aus, dass Trans*menschen
 204 vor Fehlentscheidungen geschützt werden sollen, was jedoch hier nicht Aufgabe der
 205 Gesetzgeberin ist. Aufgrund der zu erwartenden sozialen Folgen ist ein leichtfertiger Umgang
 206 unwahrscheinlich. Ebenso wenig muss die Gesellschaft vor Trans*menschen geschützt werden.
 207 Respektvolle und umfassende Trans*rechte waren lange Zeit eine utopische Vorstellung. Mit
 208 dem Beschluss des Geschlechtsidentitätsgesetz in Argentinien im Mai 2012 hat sich dies
 209 geändert. Dies Gesetz garantiert allen Menschen in Argentinien, ihre Geschlechtsidentität selbst
 210 zu bestimmen und frei zu entwickeln, Dokumentenänderungen sowie kostenlose medizinische
 211 Unterstützung. Die Utopie wurde in Argentinien vom Möglichen ins Wirkliche geholt und damit
 212 weltweit erkämpfbar und umsetzbar!

213 Das Trans*recht in Deutschland bedarf einer umfassende Überarbeitung. Der bundesweite
 214 Arbeitskreis TSG-Reform, ein Bündnis von LGBTIQ*Verbänden, hat folgende Vorschläge
 215 erarbeitet, denen wir uns anschließen.

216

217 Wir fordern:

218

- 219 • Das Transsexuellengesetz wird aufgehoben. Notwendige Regelungen werden in
- 220 bestehendes Recht integriert und so auf alle Trans*menschen und Intersexe ausgeweitet.
- 221 • Alle Regelungen gelten auch weiterhin für ausländische Staatsangehörige, deren
- 222 Herkunftsländer keine vergleich- und zumutbaren Regelungen haben.
- 223 • Das gerichtliche Verfahren zur Vornamens- und Personenstandsänderung wird

- 224 abgeschafft.
- 225 • Eine Begutachtung findet nicht statt.
- 226 • Medizinische Maßnahmen sind keine Voraussetzung für eine Vornamens- oder
- 227 Personenstandsänderung.
- 228 • Reproduktive Betätigung führt nicht zur Aberkennung des Vornamens oder
- 229 Personenstands.
- 230 • Altersgrenzen bestehen nachwievor nicht. Beschränkt Geschäftsfähige werden durch ihre
- 231 gesetzlichen Vertretung vertreten.
- 232 • Vornamen und Personenstand können auch mehrfach geändert werden.
- 233 • Vornamensänderungen werden als Verwaltungsakt von den Meldebehörden auf Antrag
- 234 vorgenommen, wenn die Person erklärt, sich einem anderen Geschlecht als bei Geburt
- 235 zugewiesen zuzugehören. Es können andersgeschlechtliche und geschlechtsneutrale
- 236 Namen eingetragen werden. Hierzu wird § 11 des Gesetzes über die Änderung von
- 237 Familiennamen und Vornamen ergänzt, sodass bei Trans*identität ein wichtiger Grund
- 238 vorliegt.
- 239 • Der geschlechtliche Personenstand wird als Verwaltungsakt von den Meldebehörden auf
- 240 Antrag geändert, wenn die Person erklärt, einem anderen Geschlecht als bei Geburt
- 241 zugewiesen zuzugehören. Es können weiblich“ und „männlich“ gewählt werden sowie
- 242 (analog zur Stellungnahme des Ethikrats zu Intersexualität) „anderes“ und keines. Ein
- 243 Mitspracherecht Dritter besteht nicht. Ehe und Lebenspartnerschaft bleiben unberührt,
- 244 werden auf Antrag aber in Lebenspartnerschaft oder Ehe umgewandelt. Die Regelungen
- 245 werden in das Personenstandsgesetz und die Personenstandsverordnung aufgenommen.
- 246 • Das Offenbarungsverbot aus dem Transsexuellengesetz wird ausgeweitet, sodass das
- 247 Offenbarungs- und Ausforschungsverbot wie jetzt auch bestehen bleibt, aber Angehörige
- 248 den ehemaligen Vornamen und Personenstand nur noch privat verwenden dürfen. Beide
- 249 Regeln werden in das Ordnungswidrigkeitengesetz aufgenommen und so sanktionierbar.
- 250 • Die Regeln zum Geburtseintrag bereits geborener Kinder werden unverändert in das
- 251 Personenstandsgesetz übernommen.

252

253 **Trans*Gesundheit verbessern!**

254 Der Europäische Gerichtshof und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben

255 Direktiven erteilt, dass Trans*menschen medizinische Versorgung erleichtert werden möge. Die

256 Umsetzung obliegt aber den Mitgliedsstaaten, sodass dies sehr unterschiedlich umgesetzt wird.

257 Trans*menschen sollen in Deutschland dadurch unterstützt werden, dass die Krankenkassen

258 die Kosten für Operationen, Hormonbehandlungen, Logopädie u.a. übernehmen. Trans*sein

259 wird durch die Weltgesundheitsorganisation als psychische Krankheit „Transsexualität“ oder

260 „Geschlechtsidentitätsstörung“ (Katalog ICD-10) angesehen. Das ist auch in Deutschland der

261 Fall. Damit Transitionskosten von den Kassen übernommen werden, gibt es zunächst ein

262 medizinisches Gutachten, außerdem muss ein Alltagstest vollzogen werden (Outing im Umfeld

263 und auf Arbeit). Dann besteht die Pflicht zur Psychotherapie. So wird die Entscheidungshoheit

264 über Trans*sein an die Medizin delegiert und als krankhaft abgestempelt. Trans*menschen wird

265 abgesprochen, eine mündige Entscheidung treffen zu können. Und sie werden zu

266 therapeutischen Maßnahmen gezwungen, die viele ablehnen oder nicht benötigen – nicht alle

267 Trans*menschen sind depressiv oder traumatisiert. Die Verfahrensdauer ist lang (bis mehrere

268 Jahre) und kostet die Betroffenen sehr viel Kraft. An diesen Hürden scheitern einige

269 Trans*menschen und diejenigen, die die diagnostischen Kriterien der Transsexualität nicht

270 erfüllen, haben keinen Zugang. Sie machen einen erheblichen Anteil aus. Durch die Nicht-

271 Transition entsteht jedoch ein krankheitswertiges Leiden, weswegen eine Kostenübernahme

272 durch Krankenkassen gerechtfertigt ist, ohne dass Trans*menschen selbst eine Krankheit ist.

273 Wir schließen uns dem Vorschlag des bundesweiten Arbeitskreises TSG-Reform hierzu an.

274 Trans*menschen sind darüber hinaus überdurchschnittlichen gesundheitlichen Belastungen

275 ausgesetzt. Drei Viertel leiden unter Depressionen und Isolation, zwei Drittel haben

276 Suizidgedanken, ein Drittel begeht im Erwachsenenalter einen Suizidversuch (Zahlen für EU).

277 Gründe hierfür liegen nicht im Trans*sein, sondern bei Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen,

278 psychischen und sexualisierten Gewalterfahrungen. Traumatisierungen führen dann zu

279 selbstschädigendem Verhalten wie Drogenmissbrauch, wodurch ungeschützter

280 Geschlechtsverkehr, HIV-Infektionen etc. begünstigt werden oder sich neuen Gewaltsituationen

281 ausgesetzt wird, insbesondere in der Sexarbeit. Trans*menschen sind überdurchschnittlich oft

282 dauerhaft gesundheitlich beeinträchtigt oder im Behindertenstatus. Ärzt_innen und

283 medizinisches Personal haben oft zu wenig wissen über Trans*sein, teilweise führt dies zu

284 falschen hausärztlichen und psychiatrischen Behandlungen. Viele Trans*menschen fühlen sich

285 durch ihre Ärzt_innen und medizinisches Personal diskriminiert. Transphobe Erfahrungen im
286 Gesundheitssektor erschweren es Trans*menschen bei Ärzt_innen und medizinisches
287 Personal Hilfe zu suchen. Ärzt_innen und medizinisches Personal werden häufig gewechselt.
288 Viele Trans*menschen und medizinisches Personal vermeiden Vorsorgeuntersuchungen. Fast
289 alle verbergen ihr Geschlecht.

290

291 Wir fordern:

292

- 293 • Trans*sein wird im ICD-Katalog weltweit gestrichen. Der Bundestag wird die
294 Bundesregierung zu einer entsprechenden Initiative verpflichten.
- 295 • Die Leistungspflicht der Krankenkassen bei Hormontherapie, geschlechtsangleichenden
296 Operationen und sonstigen Maßnahmen, z.B. Epilation (permanente Entfernung von
297 Körperhaaren), wird im Fünften Buch Sozialgesetzbuch (SGB V), 3. Kapitel [Leistungen
298 der Krankenversicherung] festgeschrieben. Bei Epilation etc. ist dazu kein ärztlicher
299 Vorbehalt nötig.
- 300 • Die Ausbildung und Sensibilisierung für MedizinerÄrzt_innen und medizinisches Personal
301 wird im Bezug auf Trans*menschen verbessert.

302

303 **Für ein breites Beratungsnetzwerk und informierte Ärzt_innen!**

304 Gewalt auf der Straße findet statt, was aus den normierten Vorstellungen von Geschlecht
305 resultiert. Dies hat Konsequenzen für die Betroffenen, aber auch gesamtgesellschaftliche
306 Auswirkungen: Gewalt führt zu einer Entsolidarisierung mit den und zur Ignoranz der
307 Betroffenen. Gleichzeitig ist sie ein Signal an andere Ausgegrenzte, sich nicht öffentlich zu
308 bekennen. Sozialer Rückhalt in der Familie und im Freundeskreis sind eine bedeutende
309 Bewältigungsstrategie für den Umgang mit Sexismus und anderer Diskriminierungsformen,
310 auch psychosoziale Angebote für Trans*menschen, insbesondere Trans*menschen of Color,
311 sind bedeutend. Dies stärkt die Selbstakzeptanz. Gleichzeitig bedeutet dies, dass
312 demokratischen Institutionen wenig vertraut wird, Probleme zu lösen. Beratungsstellen fehlen
313 vielfach in der Nähe zum Wohnort, insbesondere im ländlichen Raum. Es besteht eine hohe
314 Zufriedenheit mit zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten, teilweise gibt es jedoch nur
315 Beratungen für Homo- und Bisexuelle oder nur in deutscher Sprache. Teilweise werden
316 Beratungen nicht aufgesucht, weil Diskriminierungen dort erwartet werden oder
317 Diskriminierungserfahrungen gemacht wurden. Mehrfachdiskriminierung erschwert selbst den
318 Zugang zu Therapien, Beratungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen. Teilweise werden Teile
319 der Identität (z.B. Einwanderungsgeschichte) verschwiegen um Zugang zu erhalten, was erneut
320 belastend ist. Die Sensibilität dafür, dass Hilfesuchende mehrfache Zugehörigkeiten haben, und
321 die für Cissexismus, Heterosexismus und Rassismus fehlen oft (Heterosexismus ist ein
322 Sexismus, der Heterosexualität als Norm ansieht und diskriminiert Nicht-Heter*as; Cissexismus
323 sieht es als Norm an, nicht trans* zu sein und diskriminiert Trans*menschen / „cis“ ist das
324 Gegenteil von „trans“). Coming-outs sind ein gewichtiger Teil der Beratungen. Sie können
325 jedoch auch zu mehr Diskriminierung führen, da auffallende Personen sich in gefährlichen
326 Situationen schlechter zurückziehen können, wenn Rückzugsräume fehlen. Dies ist aber
327 flächendeckend der Fall. Für Menschen mit Mehrfachzugehörigkeiten ist das besonders
328 problematisch.

329

330 Wir fordern:

331

- 332 • Es werden Weiterbildungsmodule für Beschäftigte in der psychosozialen Beratung und für
333 Ärzt_innen und medizinisches Personal entwickelt und gefördert, die für diverse
334 Genderidentitäten, sexuelle Orientierungen und Mehrfachdiskriminierung sensibilisieren.
- 335 • Gewünscht wird ein vielfältigeres und flächendeckenderes Angebot an
336 Beratungseinrichtungen. Zugleich wird ein umfassenderes Beratungsangebot gewünscht,
337 dass auch Sozialberatung oder Migrationsberatung beinhaltet. Beratungsstellen sollten
338 gut erreichbar sein und kostenlos.
- 339 • Die Zentralität und die Inhalte der Coming-out-Strategie in der Beratung und der Therapie
340 werden überarbeitet, wozu es zunächst weiterer Forschungsbedarf.

341

342 **Forschen!**

343 Zwar hat in den letzten Jahren die Forschung in Genderstudies im deutschsprachigen Raum
344 zugenommen, allerdings gibt es immer noch nur kaum empirische Daten und Forschung zur
345 Situation von Trans*menschen und zahlreiche Forschungslücken. Es ist wichtig zielgerichtet in

346 diese Richtung zu forschen und v.a. diese Forschung zu fördern. Dabei ist auch kritisch zu
347 hinterfragen unter welchen Vorannahmen Forschung über Trans*menschen betrieben wird. Die
348 Annahme einer psychischen Krankheit darf hierbei nicht die Grundlage sein, vielmehr muss sich
349 mit den Lebensrealitäten von Trans*menschen und der Diskriminierung die sie erfahren
350 beschäftigt werden. Es fehlen international, aber auch in Deutschland, wissenschaftliche Daten
351 zu Lebensweisen und Bedürfnisse von Trans*menschen, auch außerhalb medizinischer
352 Kategorien. Darüber hinaus fehlen Daten zu psychischer und physischer Gewalt auf das Leben
353 von Trans*menschen. Es fehlen in Deutschland Daten zur Lohnungleichheit. Wir fordern, dass
354 diese Lücken geschlossen werden, hierzu soll das Bundesforschungsministerium ein
355 Forschungsprogramm initiieren.

356

357 **Trans*freundliche Europapolitik und trans*freundliches Asylrecht!**

358 Das Bundesverfassungsgericht hat 2006 klar gestellt, dass das Transsexuellengesetz auch auf
359 für nicht deutsche mit Aufenthaltstitel gilt, sofern in deren Herkunftsland vergleichbare und
360 zumutbare Rechte nicht vorhanden sind. Dies geht jedoch mit Diskriminierungen einher: In
361 Pässen werden lediglich Ergänzungsdokumenten beigefügt über die Namens- oder
362 Geschlechtsänderung, sodass das Trans*sein immer erkennbar bleibt. Trans*menschen sind
363 mit den Ausnahmen von Österreich und Frankreich in der Europäischen Union nicht als „soziale
364 Gruppe“ im Asylrecht anerkannt, auch wenn der Menschenrechtskommissar des Europarats
365 dies empfiehlt.

366 Die Europäische Union muss alle ihre Möglichkeiten nutzen, um die Situation von
367 Trans*menschen zu verbessern. Eine Bestandsaufnahme der Situation wurde bereits durch die
368 Studie EU LGBT Survey (2012) der European Union Fundamental Rights Agency begonnen.
369 Gerade bei der Aufnahme von neuen Mitgliedsstaaten dürfen Menschenrechtsaspekte nicht
370 vernachlässigt werden. Das heißt nicht, dass die Situation von Trans*menschen in der EU gut
371 wäre – ganz im Gegenteil – , auch hier muss die EU als struktureller Überbau ihre Möglichkeiten
372 nutzen um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen.

373

374 Wir fordern:

375

- 376 • Deutschland erkennt Geschlechtsidentität als geschlechtsspezifisches
- 377 Verfolgungsmerkmal an und anerkennt Trans*menschen so in Asylverfahren. Deutschland
- 378 setzt sich auf europäischer Ebene für eine dem entsprechende EU-weite Regelung ein.
- 379 • Die Europäische Kommission nutzt europäische Rechtsakte, um alle Mitgliedsstaaten zur
- 380 Implementierung von Trans*rechten, Schutz von Trans*menschen durch den Staat sowie
- 381 die Förderung von Trans*menschen zu verpflichten.
- 382 • Die Europäische Union achtet Trans*rechte in Beitrittsverhandlungen.

383

384 **Das Wir entscheidet!**

385 Wer eine trans*freundliche Gesellschaft will, muss auch selbst trans*freundliche Räume
386 schaffen. Die SPD muss damit anfangen, eine andere Gesellschaft beginnt auch in den eigenen
387 Strukturen. Die SPD, und als Jugendverband besonders die Jusos, können für trans*idente
388 Mitglieder eine große Rolle spielen bei Gewährwerdung, Coming-out oder Sich-Ausprobieren-
389 Wollen. Partei und Jugendverband sind für aktive Mitglieder schließlich eine wichtige
390 Bezugsgruppe sind.

391 Im Innenverhältnis der Mitglieder zur Partei muss für alle einzelnen ebenfalls das Recht auf
392 Geschlechtsidentität gelten. Zurzeit können Beitrittswillige der SPD gegenüber auf eine
393 Geschlechtsangabe verzichten, alternativ bestehen die Möglichkeiten „weiblich“ und „männlich“.
394 In den Gliederungen der Partei wird häufig ein pragmatischer Umgang gefunden. In der
395 Mitgliederverwaltung MAVIS werden nichtsdestotrotz eindeutige Geschlechter zugewiesen.
396 Einige Trans*personen berichten davon, dass in der MAVIS ihr Geschlecht nicht geändert
397 werden konnte. Viele Parteigeschäftsstellen sind unsicher im Umgang mit Trans*menschen, es
398 mangelt an Wissen. Daher werden Trans*menschen in der SPD auch unterschiedlich behandelt
399 in der Mitgliederverwaltung, aber auch bei der Postenbesetzung.

400

401 Wir fordern:

402

- 403 • Jedes Mitglied hat das Recht auf Entscheidung über die eigene Geschlechtsidentität.
- 404 • Eine Begutachtung findet nicht statt, es genügt die Willensbekundung des Mitglieds,
- 405 mindestens bis die Änderung des Personenstandes bei den Meldebehörden möglich ist.
- 406 Danach gilt die eingetragene Geschlechtsidentität.

- 407 • Wird kein Geschlecht beim Eintritt eingetragen, wird dies auch so in der MAVIS vermerkt.
408 • Neben den Angaben „weiblich“, „männlich“ und keines kann als vierte Möglichkeit
409 „anderes“ angegeben werden.
410 • Es werden die technischen Voraussetzungen geschaffen, dass der Geschlechtseintrag in
411 der MAVIS einfach geändert werden kann.
412 • Für die Geschäftsstellen der Partei wird ein Leitfaden zum Umgang mit Trans*menschen
413 in der Partei bereitgestellt.
414 • In der Verbandsschule findet eine Sensibilisierung statt (bspw. bei
415 Teamer*innenschulungen, Fortbildungen, beim Juso-Politdiplom, Traineeprogrammen
416 etc.)
417

418 Auch die Geschlechterquote (Frauenquote bei den Jusos) bei der Besetzung von Delegationen,
419 Ämtern und Mandaten wirkt sich auf Trans*menschen in der SPD aus. Die Quote ist und bleibt
420 ein notwendiges und gewichtiges Förderinstrument. Sie soll bewirken, dass in der Partei auf
421 Grund ihres Geschlechts Benachteiligte ihrer gesellschaftlichen Repräsentation entsprechend in
422 der Partei beteiligt werden. Damit unterstützt die Quote Frauen. Für Trans*personen birgt diese
423 jedoch Schwierigkeiten: So kann das Outing als (Trans*)Mann den Verlust des
424 Förderinstruments Quote bedeuten, ohne dass geschlechtliche Benachteiligung abnimmt.
425 (Trans*)Frauen müssen sich teilweise mit dem Stigma auseinandersetzen, dass sie lediglich
426 von der Quote „profitieren“ wollten. Nicht alle Trans*personen trauen sich ein Outing in der SPD
427 zu, trotzdem empfinden einige die regelmäßige Zuordnung zu dem Geschlecht, dem sie bei
428 Geburt zugeordnet wurden, als belastend. Trans*gender, deren Identität weder explizit männlich
429 noch weiblich ist, werden von der Quote faktisch nicht erfasst. Es bedarf daher praktikabler
430 Lösungen, die den Belangen von Trans*personen entgegen kommen, ohne dass die
431 Geschlechterquote aufhört, Frauen in der SPD zu fördern wie bislang. Gleichzeitig ist klar, dass
432 jene praktikable Lösungen nicht cis-Männern (Männer, die sich als männlich fühlen und deren
433 Leib von sich und anderen als männlich zugeordnet wird / „cis“ ist das Gegenteil von „trans““)
434 offen stehen dürfen. Doch ein leichtfertiger Umgang mit Trans*Outings Aufgrund ist
435 unwahrscheinlich wegen der zu erwartenden sozialen Folgen, denn auch innerhalb der Partei ist
436 Trans*sein nachwievor stigmatisiert.

437

438 Wir fordern:

439

- 440 • Die Geschlechterquote (bei den Jusos die Frauenquote) ist und bleibt ein notwendiges
441 Förderinstrument für Frauen in der Partei. Die Instrumente und Ressourcen zur
442 Frauenförderung bleiben selbstverständlich bestehen.
- 443 • Ein Bekenntniszwang zum Trans*sein besteht nicht.
- 444 • Es wird unter diesen Prämissen nach praktikablen Lösungen gesucht für den Umgang mit
445 Trans*personen in Bezug auf die Geschlechterquote. An der Lösungssuche werden
446 Trans*menschen beteiligt.
- 447 • Trans*menschen behalten bzw. erhalten das Wahlrecht, ob sie als Männer* oder Frauen*
448 „gezählt“ werden wollen (mindestens bis eine andere Lösung gefunden ist).

449

450 Ähnlich gestaltet sich die Frage nach dem Zugang zur Arbeitsgemeinschaft
451 Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und für Frauennetzungen. Transfrauen schlägt häufig
452 der Vorwurf entgegen, dass in Schutzräumen wie der ASF „Männer“ nicht erwünscht seien;
453 Gleichzeitig kann es passieren, dass cis-Frauen (Frauen, die sich als weiblich fühlen und deren
454 Leib von sich und anderen als weiblich zugeordnet wird / „cis“ ist das Gegenteil von „trans““) die
455 Schutzraumfunktion als eingeschränkt empfinden. Da Trans*frauen aber keine „Männer“ sind,
456 sondern Frauen, die diesen Schutzraum gleichermaßen benötigen, bedarf es kontinuierlicher
457 Aufklärungsarbeit. Nötigenfalls müssen in Ausnahmefällen All-Gender- und cis-Frauen-
458 Schutzräume getrennt angeboten werden.

459

460 Wir fordern:

461

- 462 • Über ein Wahlrecht für Trans*personen über die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft
463 Sozialdemokratischer Frauen entscheidet die ASF. Wir setzen uns gemeinsam mit
464 Transmenschen für eine Umsetzung in der ASF ein.
- 465 • Schutzräume müssen so konzipiert sein, dass sie allen von sexistischen Strukturen
466 Betroffenen den notwendigen Schutz geben. Dabei ist es selbstverständlich, dass diese
467 Räume cis-Männern nicht offen stehen, auch nicht zeitweise. Es ist wichtig, Räume für

468 Trans*personen zu schaffen und zu öffnen. So können bei Bedarf autonome
469 Frauenzusammenhänge von cis-Frauen für Trans*personen zugänglich gemacht werden.
470 In keinem Fall dürfen sich jedoch Frauen, egal ob cis oder trans*, in den eigenen
471 Rückzugs- und Schutzräumen unwohl oder beeinträchtigt fühlen.

- 472 • Zusätzlich zu trans*inklusiven Frauen*räumen sollte Trans*menschen innerhalb von
473 queeren Gruppen und im allgemeinen die Zeit und der Raum gegeben werden sich zu
474 organisieren. Bei den Jusos werden daher Möglichkeiten geschaffen, trans*idente
475 Mitglieder bundesweit miteinander zu vernetzen. (Dabei muss es sich nicht um autonome
476 Räume handeln.) Dies kann im Rahmen von bundesweiten Seminaren, Projekten u.ä.
477 geschehen.
- 478 • Autonome Räume und ihre Statements müssen stets Ernst genommen werden.
479

480 Ungelöst bleibt nachwievor die „Toilettenfrage“. Es gibt den Wunsch vieler Frauen, dass es nicht
481 ausschließlich geschlechtsneutrale Toiletten geben darf. In der herkömmlichen Aufteilung in
482 Frauen- und Männertoiletten finden Trans*menschen zunächst keine Berücksichtigung. Viele
483 Trans*personen wünschen sich jedoch klare Hinweise darauf, auf welcher Toilette sie
484 willkommen sind.

485

486 Wir fordern:

487

- 488 • Toiletten für Männer und Frauen bleiben auf unseren Veranstaltungen bestehen.
- 489 • Bei Großveranstaltungen soll es immer eine „dritte“, geschlechtsneutrale Toilette geben,
490 sofern es die Räumlichkeiten hergeben; sie kann sich auch in einem anderen Stockwerk
491 befinden, muss aber barrierefrei zugänglich sein.
- 492 • In allen anderen Fällen werden an einer oder beiden Toilette(n) ein Zettel angebracht, der
493 Trans*menschen (und ggf. andere) dort willkommen heißt (z.B. „+ Trans*“)
- 494 • Es wird angeregt, dass im Berliner Willy-Brandt-Haus eine geschlechtsneutrale Toilette
495 (unabhängig von allen weiteren) eingeführt wird.

496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506
507
508
509
510
511
512
513
514
515
516
517
518
519
520
521
522
523
524
525
526
527

Titel Konservative Familienbilder aufbrechen -
Moderne Familienpolitik gestalten!

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

onser*ati*o*e* a*li*en*bi*lder auf*re*u*hen* - oderne a*li*en*po*litik
gestalten!

- 1 Die Familienpolitik von Schwarz-Gelb ist eine einzige Katastrophe. Weder in Sachen
- 2 Gleichstellung von homosexuellen Paaren, der Einführung von verbindlichen Quoten, noch im
- 3 Bereich der Förderung von Kindern hat sich die aktuelle deutsche Regierung mit Ruhm
- 4 bekleckert.
- 5
- 6 Besitzstandswahrung und die Aufrechterhaltung skandalöser Ungleichheiten kennzeichnen die
- 7 schwarzgelbe Familienpolitik - wir Jusos wollen mit progressiven Forderungen zeigen, dass es
- 8 anders geht!
- 9
- 10 **LebenspartnerInnenschaft auch für Heteros!**
- 11
- 12 Das religiös geprägte und in der Realität häufig patriarchale Konstrukt der Ehe sagt immer
- 13 weniger Menschen zu, weshalb der Staat auch andere Lebensformen aktiv fördern muss, statt
- 14 als bisher nur die sogenannte Hausfrauenehe. Viele, vor allem junge, Menschen wollen nicht
- 15 heiraten. Wenn jedoch z.B. die Familienplanung Gestalt annimmt, sehen sich auch viele
- 16 heterosexuelle Paare "verpflichtet" eine festere Bindung einzugehen, auch um für den Fall der
- 17 Fälle die Verantwortung für das Kind oder die Kinder geklärt zu haben. Wir wollen Menschen
- 18 außerhalb der Ehe die Möglichkeit geben, füreinander einzustehen und sich umeinander zu
- 19 kümmern.
- 20
- 21 Moderne Familienpolitik bedeutet, die Individualität der Lebensentwürfe der Menschen zu
- 22 unterstützen und Formen zu schaffen, in denen Menschen die Verantwortung füreinander
- 23 übernehmen wollen, dies auch tun können. Denn momentan gibt es keine echte Wahlfreiheit,
- 24 von der die Konservativen so gerne behaupten, wir wollten sie z.B. den Frauen nehmen, weil
- 25 wir das Betreuungsgeld ablehnen. Menschen, aber überwiegend Frauen, die Karriere und Kind
- 26 vereinbaren wollen, bleiben bisher auf der Strecke, genauso wie Menschen, die in einer
- 27 Beziehung leben wollen, aber eben keiner Ehe, und dadurch steuerlich als Paare zweiter Klasse
- 28 gelten. Wir fordern daher neben der Öffnung der Ehe für Homosexuelle Paare auch die
- 29 Öffnung der LebenspartnerInnenschaft für gemischtgeschlechtliche Paare. So wollen wir
- 30 wirkliche Wahlfreiheit ab von gesellschaftlichen Wertkonstrukten und religiösen Institutionen
- 31 schaffen. Wir stehen für eine progressive Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen und
- 32 Lebensrealitäten der Menschen im 21. Jahrhundert orientiert. Unser langfristiges Ziel ist es
- 33 jedoch, die Ehe, als patriarchale Institution der Vergangenheit, zu überwinden.
- 34
- 35 **Kinderwünsche ermöglichen**
- 36
- 37 "Kinder brauchen Mutter und Vater" - das ist häufig eine Antwort auf die Frage, ob
- 38 homosexuelle Paare Kinder adoptieren sollen dürfen. Eine Tatsache ist jedoch, dass bereits

39 jetzt viele Kinder, aus den verschiedensten Gründen, nicht mit beiden Elternteilen aufwachsen.
40 Hier gilt für Heterosexuelle wie auch Homosexuelle, dass nicht die (hetero)sexuelle Orientierung
41 aus Menschen gute Eltern macht, sondern allein die Liebe zum und die Fürsorge fürs Kind!
42 Deshalb fordern wir endlich das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare
43 einzuführen. Gleichzeitig muss auch das Elterngeld auf homosexuelle Paare ausgeweitet
44 werden.

45

46 Auch vielen gemischtgeschlechtlichen Paaren bleibt es bisher verwehrt ein Kind zu bekommen.
47 Wir wollen daher die Ausweitung der finanziellen Förderung der Reproduktionsmedizin für alle
48 Paare.

49

50 **Sensibilisierung für gesellschaftliche Realitäten**

51

52 Für viele Menschen ist eine inklusive Gesellschaft ungewohnt. In unserem von Separation
53 geprägten Miteinander ist es daher von fundamentaler Bedeutung, dass alle Menschen für die
54 "neuen" gesellschaftlichen Realitäten und die Selbstverständlichkeit von öffentlichen
55 Homosexuellen Partnerschaften und vielfältige Lebensrealitäten sensibilisiert werden.

56

57 Insbesondere ErzieherInnen, LehrerInnen und allen anderen Tätigen im Bildungswesen sind
58 dabei gefordert unsere Kinder zur Toleranz zu erziehen. Aber z.B. auch Altenpflegepersonal
59 muss über die Bedürfnisse von Transgendern, Transsexuellen, Inter-Personen und
60 Homosexuellen Menschen Bescheid wissen und die persönliche Freiheit auch im Alter wahren.

61

62 **Familienformen außerhalb von Paarbeziehungen nicht benachteiligen**

63

64 Stärker noch als bei homosexuellen Paaren ist die die Akzeptanz von (Liebes-)Beziehungen
65 von mehr als zwei Personen zueinander (Polyamorie) bisher kaum spürbar thematisiert. Viele
66 Menschen empfinden es als "unmoralisch" mehr als eine Person zu lieben. Wir Jusos sagen:
67 Wenn erwachsene Menschen untereinander regeln, dass Sie eine Beziehung mit mehr als zwei
68 Personen eingehen, dann ist das ihr Recht. Auch hier gilt unser Grundsatz, dass wir Menschen
69 dabei unterstützen wollen füreinander einzustehen, wenn sie es wollen.

70

71 Neben polyamoren Beziehungen gibt es auch Menschen, die keine Liebesbeziehung
72 zueinander unterhalten, sich aber dennoch als Familie sehen. Das können die besten
73 FreundInnen sein oder auch eine ältere Dame und eine junge Frau, die sich gegenseitig
74 unterstützen. Wir können und wollen nicht definieren, was Familie ist. Daher wollen wir
75 Konzepte entwickeln, die auch all diesen Menschen ermöglichen, im Alltag wie im Ernstfall,
76 füreinander Verantwortung zu übernehmen und Familien zu sein. Eine Möglichkeit könnte eine
77 Art Familienvertrag sein, in dem die gegenseitigen Pflichten niedergelegt sind. Innerhalb
78 unseres Verbandes möchten wir uns über Möglichkeiten der Förderung verschiedener
79 Familienformen austauschen und damit Antworten auf die Lebensrealitäten vieler Menschen
80 geben.

81

82 Menschen sind individuell. Daher müssen sie unterstützt werden, ihre individuellen
83 Lebensentwürfe zu verwirklichen. Wir Jusos stehen an der Seite aller, die sich von
84 gesellschaftlichen Konventionen lösen wollen und fordern eine moderne und gerechte
85 Familienpolitik für alle Menschen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der die Diversität von
86 Menschen eine Selbstverständlichkeit ist. Unsere Vorschläge sind daher ein erster Schritt dazu
87 diese Diversität anzuerkennen.

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Titel Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Rezeptpflicht der "Pille danach" abschaffen

- 1 Wir Jusos fordern, dass Levonorgestrel in Deutschland rezeptfrei erhältlich sein sollen. Statt der
- 2 Verschreibungspflicht soll die Apothekenpflicht gelten.
- 3
- 4 Außerdem sollen Apotheker_innen im Rahmen des Selbstbedienungsverbots für
- 5 apothekenpflichtige Medikamente dazu verpflichtet werden, über die Risiken und
- 6 Nebenwirkungen sowie über medizinische Alternativen aufzuklären und eine nachträgliche
- 7 Untersuchung bei einem Gynäkologen bzw. einer Gynäkologin empfehlen. Der/die das
- 8 Medikament aushändigende Apotheker_in hat dabei seinen/ihren allgemeinen
- 9 Aufklärungspflichten bezüglich Risiken und Nebenwirkungen nachzukommen.
- 10 Neben der Forderung danach, postkoitale hormonelle Verhütungsmittel von der Rezeptpflicht zu
- 11 befreien, ist Aufklärung über die Wichtigkeit von Safer Sex als einziges Mittel zur Verhütung von
- 12 Geschlechtskrankheiten essenziell.
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40

G

Generationen, Rente, Soziales & Gesundheit

G 1	Nordrhein-Westfalen Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik	95
G 3	Weser-Ems Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten	98

Titel Impfschutz steigern, Kinder und Kranke
schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle
Gesundheitspolitik

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Impfschutz steigern, Kinder und Kranke schützen - vorsorgende und verantwortungsvolle Gesundheitspolitik

- 1 Der vorsorgende Politikansatz durchzieht als roter Faden all unsere Politikfelder. Vorsorgende
2 Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Kommunen und vieles mehr, um die Zahl der Menschen,
3 die nachsorgende Systeme nutzen müssen zu verringern. Das ist unser politischer Ansatz und
4 dafür erhalten Jusos und SPD große Zustimmung in der Bevölkerung. Der Satz „Kein Kind
5 zurücklassen“ steht exemplarisch dafür. Wir werden diesen Politikansatz in allen Bereichen
6 fortsetzen und wollen speziell dafür sorgen, dass die Schwächeren in der Gesellschaft davon
7 profitieren.
8
- 9 In der Gesundheitspolitik ist das nicht anders: Prävention statt Reaktion und Nachsorge sind
10 wichtig, um Menschenleben zu retten, Krankheiten einzudämmen und letztlich auch Kosten zu
11 sparen. Diese Strategie hilft speziell den Menschen, für die eine kostspielige Behandlung durch
12 sie selbst oder ihre Kassen nicht bezahlbar ist. Denn die Folgen einer teuren und
13 nachsorgenden Medizin sind gerade für diese Menschen dramatisch, was gesellschaftlich zu
14 massiv ungleichen Chancen, ausgehend vom Einkommen führt. Vor kurzem erst hat eine Studie
15 des renommierten Max-Planck-Institutes herausgefunden, dass die Lebenserwartung ärmerer
16 Menschen in der Bundesrepublik im Schnitt fünf Jahre kürzer ist, als die anderer Gruppen. Bei
17 einer ähnlichen Studie Mitte der 90er Jahre, war der Unterschied mit ungefähr drei Jahren noch
18 deutlich geringer. Die Schere zwischen Arm und Reich geht also auch hier weiter auseinander,
19 was wir für einen absolut unhaltbaren Zustand halten. Prävention im Gesundheitsbereich ist
20 also auch eine wichtige Gerechtigkeitsfrage und ebenso wichtig wie eine umfassende
21 Krankenversorgung und wie die Positionierung in anderen Bereichen, wie Arbeitsmarkt- und
22 Sozialpolitik. Alle diese Themen sind Kernbereiche sozialdemokratischer Politik.
23
- 24 Prävention darf sich aber nicht nur durch den Bereich der Vorsorgeuntersuchungen ziehen,
25 sondern bedeutet speziell auch einen guten und umfassenden Schutz der Bevölkerung vor
26 vermeidbaren Krankheiten, beispielsweise als umfassender Impfschutz für die Bevölkerung.
27 Durch verschiedene Impfprogramme konnten gefährliche Krankheiten bereits deutlich
28 eingedämmt oder sogar ausgerottet werden. Doch nach wie vor gibt es Krankheiten, welche die
29 Bevölkerung stark gefährden, wenn es nicht einen umfassenden Impfschutz gibt. Dazu zählen
30 beispielsweise Polio und vor allem Masern, aber auch scheinbar „harmlosere“ Beispiele, wie die
31 jährlich grassierende Influenza. Wenn der Impfschutz in der Bevölkerung abnimmt drohen
32 gefährliche Epidemien oder sogar Pandemien. Bei allen Krankheiten sind dann zuerst junge,
33 alte, bereits erkrankte Menschen betroffen.
34
- 35 Die Abdeckung von Impfungen in der Bevölkerung lässt deutlich nach. Das liegt daran, dass es
36 einige ausgemachte ImpfgegnerInnen gibt, die sich beispielsweise über das Internet
37 organisieren. Gerade in (West-) Deutschland gibt es ein hohes Potential an moderaten bis

38 radikalen ImpfgegnerInnen. Sie sind in der Regel hoch gebildet, eigentlich gutmeinend, oft
39 wohlhabend und weitestgehend im bürgerlichen Milieu verortet. Leider geht aber auch eine
40 antiwissenschaftliche und faktennegierende Haltung damit einher. Mit wissenschaftlich
41 unhaltbaren Schreckensgeschichten versuchen sie zu begründen, warum sie sich selbst und
42 ihre Kinder nicht impfen lassen und anderen von Impfungen abraten. Dabei ist klar, dass es
43 zwar bei Impfungen – wie bei jedem Medikament – zu Nebenwirkungen kommen kann, doch
44 sind diese klar erfasst und treten statistisch betrachtet sehr selten auf. Der Nutzen von
45 Impfungen, sowohl persönlich, wie auch gesellschaftlich überragt die Gefahr durch
46 Nebenwirkungen sehr deutlich. Dennoch muss dafür Sorge getragen werden, dass die
47 Bevölkerung über sämtliche Nebenwirkungen, sowie über “Zwei-Klassen”-Impfstoffe aufgeklärt
48 werden.

49

50 Es ist also problematisch, wenn in bestimmten Situationen eine nachgewiesene wirksame und
51 notwendige Therapie oder Vorsorge (wie Impfung) nicht erfolgt – zum objektivierbaren Schaden
52 der einzelnen betroffenen PatientInnen. Fahrlässig, gefährlich und unsozial wird es aber vor
53 allem dann, wenn durch Nichtimpfen von (beispielsweise) Kindern die Ausbreitung von
54 Krankheitserregern nicht gestoppt werden kann und andere Kinder (bis hin zum Tode) gefährdet
55 werden, die beispielsweise noch nicht, oder wegen anderen Krankheiten nicht geimpft werden
56 können. Diesem gefährdenden und unsozialen Verhalten muss entgegengewirkt werden, damit
57 Pandemien verhindert werden. Zudem müssen Menschen, denen ein eigener Impfschutz nicht
58 möglich ist, weil sie beispielsweise zu jung sind für eine Impfung, oder aufgrund von
59 Immundefekten besonders anfällig für Krankheiten sind, beziehungsweise eine nachgewiesene
60 Unverträglichkeit haben, trotzdem geschützt werden. Zudem gibt es Gruppen, die bedingt durch
61 ihr Alter oder eine Erkrankung ebenfalls dadurch in Gefahr geraten, dass sich gesunde
62 Menschen nicht impfen lassen. So müssen dann die schwächeren oder anfälligeren in der
63 Gesellschaft die Folgen derjenigen tragen, die aus scheinbarem und fälschlichem
64 Eigeninteresse auf einen Impfschutz verzichtet haben.

65

66 Andere Länder sind in punkto Impfschutz dabei deutlich weiter voran gekommen; so gab es
67 beispielsweise 2006 die Situation, dass südamerikanische Länder eine Reisewarnung für
68 Deutschland herausgaben, weil es hier rund 1200 Fälle von Masernerkrankungen im westlichen
69 Ruhrgebiet gab. Der Grund für diesen Ausbruch ist vor allem darin zu suchen, dass die
70 Impfabdeckung in der Bevölkerung nicht mehr flächendeckend genug ist, um einen Ausbruch
71 und eine Verbreitung zu verhindern. Die Gefahr für ähnliche oder auch noch deutlich
72 dramatischere Ausbrüche von Masern oder anderen Erkrankungen steigt stetig und die Folge
73 könnten viele tote Menschen sein. Zudem ist Deutschland durch den nicht flächendeckenden
74 Impfschutz ein großes Teil des Problems, wenn es um die globale Eradikation von
75 Infektionskrankheiten geht. Bei der Bekämpfung von Masern sind beispielsweise nicht die
76 südamerikanischen oder afrikanischen Staaten das Problem, welche die Eradikation der
77 Krankheit verhindern, sondern maßgeblich Deutschland, die französische Schweiz und
78 Frankreich.

79

80 Um den Impfschutz und weitere präventive Maßnahmen, sowie die Früherkennung und
81 Bekämpfung von Epidemien und Seuchen zu verbessern muss sich perspektivisch auch mit der
82 föderalen Zuständigkeit in diesen Bereichen, sowie der Zusammenarbeit auf europäischer
83 Ebene befasst werden. Denn die unterschiedlichen Regelungen in unterschiedlichen
84 Bundesländern und europäischen Staaten sorgen dafür, dass man im Zweifelsfall einem
85 Krankheitsausbruch immer einen Schritt hinterher ist, denn schließlich machen
86 Krankheitserreger nicht vor Grenzen halt. Doch diesen „großen Wurf“ kann dieser Antrag nicht
87 leisten, damit soll sich in weiteren Papieren beschäftigt werden.

88

89 Wir benötigen im Bereich des Impfschutzes neue Regelungen, mit jedem Tag steigt die
90 Wahrscheinlichkeit, dass eine Krankheit dadurch ausgelöst wird, dass sie sich durch fehlenden
91 Impfschutz in der Bevölkerung schneller verbreiten kann. Deshalb setzen wir uns für einen
92 umfassenden Schutz der Menschen ein. Aber wie können wir diesen erreichen? Eine
93 umfassende Impfpflicht in breiten Teilen der Bevölkerung wird immer wieder diskutiert, diese
94 ergibt aber nur für bestimmte Krankheitserreger Sinn.

95

96 Aber die Impfaufklärung muss deutlich ausgebaut werden. Durch Ärzte, in KiTas und
97 Grundschulen muss umfassend für nötige und sinnvolle Impfungen geworben werden, damit
98 junge Eltern, MitarbeiterInnen bestimmter Branchen und letztlich die gesamte Gesellschaft von

99 den Vorteilen notwendiger Impfungen überzeugt werden.
100
101 Zudem gab es früher an vielen Orten so genannte „Impfmobile“, die an verschiedenen
102 neuralgischen Punkten Impfungen und Impfaufklärung angeboten haben. Diese Mobile wurden
103 und werden aber zunehmend abgeschafft, was falsch ist und mittelfristig auch kein Geld spart,
104 sondern zusätzliche Kosten aufwirft. Daher plädieren wir für die Fortführung und Verbeiterung
105 des Angebotes der Impfmobile.
106
107 Außerdem muss es breit angelegte Impfkampagnen und Impfwerbung geben, welche
108 unabhängig von Pharmakonzernen erfolgen müssen, um die Prävention in der Bundesrepublik
109 zu verbessern. Ähnlich wie dies beispielsweise durch das Robert-Koch-Institut im
110 Zusammenhang mit dem Waschen und Desinfizieren der Hände, um die Verbreitung von
111 Krankheiten einzudämmen, passiert ist, brauchen wir auch beim Thema Impfungen breit
112 angelegte Aufklärungskampagnen. Hierfür wären auch die Bundeszentrale für gesundheitliche
113 Aufklärung (BZgA), sowie das Robert-Koch-Institut sinnvolle Träger.
114
115 Bestimmten Erregern (derzeit beispielsweise Masern) muss darüber hinaus offensiv
116 entgegengewirkt werden. Dies wird dadurch erreicht, dass bestimmte Arbeits- und
117 Risikogruppen breit geimpft werden, damit andere schutz- und pflegebedürftige Menschen
118 (Kinder, Alte, Kranke) nicht gefährdet werden. Bestimmte Impfungen müssen beispielsweise bei
119 Kindergartenkindern, Schulkindern, ErzieherInnen, ÄrztInnen, Kranken- und Pflegepersonal
120 vorgenommen werden. Der wirkende Impfschutz soll dabei Voraussetzung sein die
121 entsprechenden, für Krankheitsausbrüche besonders markanten Einrichtungen (KiTas, Schulen,
122 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, etc.) dauerhaft besuchen zu können.
123
124
125 Alle sinnvollen Impfungen, auch die jährliche Influenzaimpfung, Schutzimpfungen vor tropischen
126 Krankheiten für Reisende etc., müssen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkasse
127 aufgenommen werden. Es ist nicht vertretbar, dass ein umfassend präventiver Impfschutz hier
128 vom Portemonnaie des/der Einzelnen abhängt.
129 Wir fordern die Bundesregierung und Landesregierungen, sowie die GesundheitsministerInnen
130 auf, die oben genannten Maßnahmen umzusetzen und sich dafür einzusetzen, dass es
131 bundesweit ein besseres präventives Gesundheitswesen, eine bessere Früherkennung und
132 umfassende Maßnahmen für einen besseren Impfschutz gibt.
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159

Titel Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial gestalten

1 Günstiger Wohnraum ist in Deutschland seit einigen Jahren -besonders in Ballungszentren-
2 knapp geworden. Dies führt zu einem gesellschaftlichen Problem, das nicht nur Menschen
3 unterhalb der Armutsgrenze, sondern auch Studierende, SozialhilfeempfängerInnen und
4 Seniorinnen und Senioren belastet. Wir Jusos müssen uns dafür einsetzen, dass günstiger
5 Wohnraum bestehen und Wohnraum bezahlbar bleibt.

6

7 **Wir fordern:**

8

- 9 • Der Bund muss die jährlichen Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung
10 bis 2019 fortführen und diese finanziell besser ausstatten. Diese Städtebauförderung soll
11 unter dem Programm „Soziale Stadt“ verstärkt und verlässlich fortgeführt werden.
- 12 • Einen Investitionspakt für die Kommunen, der gemeinsam mit den Ländern beschlossen
13 wird.
- 14 • Kommunen, die keinen „Eigenanteilfond“ finanziell leisten können, bekommen die
15 Möglichkeit Bundesförderungen zu nutzen.
- 16 • Bei Neuvermietungen darf die Miete nicht mehr als 5 Prozent über der ortsüblichen
17 Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 10
18 Prozent in einem 5-Jahres-Zeitraum begrenzt werden.
- 19 • VermieterInnen dürfen bei Sanierungen max. 5 Prozent der Kosten pro Jahr auf die
20 MieterInnen umlegen- Der Bund soll effiziente Maßnahmen zur Sanierung finanziell
21 unterstützen, um MieterInnen vor Kostenexplosionen zu schützen.
- 22 • Wir fordern das BestellerInnen-Prinzip einzuführen. Wenn WohnungseigentümerInnen
23 eine/n MarklerIn bestellen, müssen sie ihn auch bezahlen. Damit ist eine Änderung im
24 Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung (WoVermRG) nötig.
- 25 • Ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnungsgenossenschaften, die bevorzugt
26 behandelt werden sollen. Dabei soll die CO2-Gebäude- und die energetische Sanierung
27 so ausgerichtet werden, dass dies möglichst vielen MieterInnen zugutekommt.
- 28 • Wohnungsgenossenschaften erstellen gemeinsam mit den Kommunen ein
29 „Mietenbündnis“, setzen sich für Mietbegrenzungen ein und festigen dies im deutschen
30 Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG).
- 31 • Wohnngenossenschaften, geben ihr Ziel hoher Erträge auf und stellen die erwirtschafteten
32 Erträge für neue Wohnungen/ kostengünstigere Wohnungen bereit.
- 33 • Keine spekulativ geplanten Leerstände mehr! Bei Objekten, die mehr als zwei Jahre leer
34 stehen, geht das Nutzungsrecht an die Kommune über.
- 35 • Die Einführung von gesetzlichen Mietspiegeln, welche von öffentlichen Trägern erhoben
36 werden, damit ein Mindestmaß an Transparenz auf dem Immobilienmarkt herrscht.
- 37 • Die Einführung der Fehlbelegungsabgabe mit Ausnahmeregelungen für Quartiere mit
38 besonderem Entwicklungsbedarf, um den Kommunen die Gegenfinanzierung zu

39 erleichtern.

40

41 **Menschen mit geringen Einkommen / Transfereinkommen**

42

43 Menschen mit geringen Einkommen und/oder Transfereinkommen sind besonders von dieser
44 Situation betroffen! Durch höhere Mieten können sich viele Menschen den Wohnraum in ihrem
45 gewohnten Umfeld nicht mehr leisten, obwohl ihre Mieten übernommen werden. Menschen, die
46 aufgrund von Betriebskündigungen ihre Arbeit verloren haben, werden genötigt ihre Wohnung
47 zu verlassen, weil sie als „nicht mehr angemessenen“ bewertet wird.

48

49 Daher fordern wir:

50

- 51 • Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird wieder eingeführt und darf nicht als
- 52 Einkommen angerechnet werden. Ein Sozialtarif für den Grundverbrauch von Gas und
- 53 Strom wird eingeführt.
- 54 • Das Mietkonzept für ALG 2 Empfängern wird erneuert, damit der tatsächliche Bedarf für
- 55 die „Kosten der Unterkunft“ bemessen werden kann.
- 56 • Menschen, die mit einem Transfereinkommen die Übernahme der realen Miete durch das
- 57 Jobcenter erhalten und daher die Streichung der Satzungsermächtigung und
- 58 insbesondere der Pauschalierungsoption.

59

60 **Studium**

61

62 Für viele Studierende ist die Wohnungssuche ein Alptraum. Die Wohnungen im Studentenwerk
63 sind schnell vergriffen und auch die Plätze in Wohngemeinschaften sind knapp und schnell
64 belegt. Gerade junge Menschen, die für ein Studium in eine andere Stadt ziehen, sind
65 besonders von begrenztem Wohnangebot betroffen.

66

67 **Daher fordern wir:**

68

- 69 • Die Studentenwerke müssen mehr Kapazitäten für kostengünstigen Wohnraum schaffen.
- 70 Dabei sollen die Hochschulen verstärkt auf Bundesförderungsmittel zugreifen können. Der
- 71 Wohnheimbau im Rahmen eines Hochschulpaktes 2020 soll durch ein Bund-Länder-
- 72 Programm finanziert werden.
- 73 • Eine forcierte Konversionspolitik. Durch die Nutzung alter Kasernen und ähnlicher Objekte
- 74 kann kostengünstiger Wohnraum geschaffen werden.
- 75 • Die Mieten für Wohnheimplätze bundesweit sind gleichbleibend niedrig zu halten. Dazu
- 76 verpflichten sich die Studierendenwerke.
- 77 • dass die Hochschulen gemeinsam mit den Kommunen Städtekonzepte entwerfen, wie
- 78 günstiger Wohnraum für junge Menschen geschaffen werden kann.
- 79 • Studierende sollen die Möglichkeit eines Heizkostenzuschusses erhalten.

80

81 **Ausbildung**

82

83 Junge Menschen, die eine Ausbildung absolvieren und durch ihre Erwerbsarbeit einen wichtigen
84 Beitrag in unserer Gesellschaft leisten, sollen die Möglichkeit bekommen einen eigenen
85 Haushalt führen zu können– und damit ein selbstbestimmtes Leben.

86

87 **Daher fordern wir:**

88

- 89 • Baugenossenschaften sollen für Auszubildende Wohnraum anbieten, der kostengünstig
- 90 und für die Auszubildende nachhaltig bezahlbar ist. Dabei soll der
- 91 Wohnberechtigungsschein (WBS) für die öffentlichen subventionierten Wohnungen
- 92 ausgeweitet werden.
- 93 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gilt für alle Auszubildende, die sich entscheiden
- 94 einen eigenen Haushalt zu führen. Diese Jugendlichen erhalten einen Anspruch auf den
- 95 Wohnberechtigungsschein (WBS).
- 96 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) steigt auf das gleiche Niveau wie das Bafög.
- 97 • Auszubildende sollen die Möglichkeit eines Heizkostenzuschusses erhalten.
- 98 • Bund und Länder sollen zur Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum und einer
- 99 ausreichenden sozialen Infrastruktur für Auszubildende die Gründung und den Betrieb von

100 Auszubildendenwerken finanziell unterstützen.

101

102 **RentnerInnen**

103

104 Viele Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sind von Altersarmut gefährdet und fühlen sich
105 nicht mehr in der Lage, dauerhaft die Miete zu bezahlen. Wir Jusos vertreten die Ansicht, dass
106 Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben sollen.

107

108 **Daher fordern wir:**

109

- 110 • Zuschüsse für einen altersgerechten Umbau von Wohnungen. Dabei sollen die
- 111 Zuschüsse der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für den Abbau von Barrieren bei
- 112 Wohnungen wieder eingeführt werden.
- 113 • Menschen mit einer Pflegestufe erhalten die Möglichkeit, weiterhin in ihren vertrauten
- 114 Wohnumfeld zu bleiben. Dies muss bis ins hohe Alter und mindestens bis zur Pflegestufe
- 115 2 garantiert werden.
- 116 • Für durch Altersarmut betroffene RentnerInnen wird ein Recht auf einen Sozialtarif für den
- 117 Grundverbrauch von Gas und Strom gestaltet.

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

N

Netzpolitik, Datenschutz, Inneres & Justiz

N 1	Bayern Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen	102
N 2	Berlin Konsequenzen aus dem NSA-Skandal	108
N 6	Sachsen Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten	112

Titel Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

1 Auch wenn fast eineinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen
2 Untergrunds“ noch viele Fragen offen sind, zeichnen die bisher bekanntgewordenen Fakten ein
3 verheerendes Bild der Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere der
4 Verfassungsschutzbehörden. Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse und -kommissionen,
5 Medienberichte und die Recherchen antifaschistischer Initiativen zeigen klar, dass es sich
6 hierbei nicht um eine unglückliche Verkettung von Zufällen/individuellem Versagen Einzelner
7 handelt, sondern dass die Probleme tiefer, in der Struktur und der ideologischen
8 Grundausrichtung der Sicherheitsbehörden liegen.

9

10 Auch wenn die schonungslose Aufarbeitung zum „Staatsversagen“ (Angela Merkel) noch nicht
11 abgeschlossen sind, ist ein Punkt doch schon klar: Ein „weiter so“ darf es nicht geben und eine
12 Belohnung der Sicherheitsbehörden mit zusätzlichen Befugnissen und Zuständigkeiten wäre
13 eine grundlegend falsche Antwort.

14

15 Hier muss zuerst eine umfassende und kritische Analyse und Aufarbeitung erfolgen, um
16 nüchtern bewerten zu können, mit welchen Bedrohungslagen für unsere Gesellschaft in Zukunft
17 zu rechnen ist und welche Behörden oder Institutionen mit welchen Methoden dafür einen guten
18 Schutz bieten könnten.

19

20 Die Verfassungsschutzämter jedenfalls haben eindeutig ihre Unfähigkeit bewiesen, den hohen
21 und auch selbstgestellten Ansprüchen als „Frühwarnsystem“ gerecht zu werden und sollten
22 daher grundlegend zur Disposition gestellt werden. Bei der öffentlichen Aufarbeitung des „NSU-
23 Komplexes“ haben sich die Verfassungsschutzbehörden und oft auch die sie kontrollierenden
24 Innenministerien bislang wenig kooperativ verhalten. Die Untersuchungsausschüsse und die
25 Justiz sind mit Aktenvernichtungen, Verweigerung von (umfassenden) Aussagegenehmigungen,
26 systematischen Erinnerungslücken, Schwärzung selbst geheim eingestufte Akten und der
27 insgesamt mangelnden Bereitstellung von Informationen konfrontiert. Unter Verweis auf das
28 „Staatswohl“ behindern sie die Aufklärung durch die Parlamente und legen so ein „autoritäres,
29 vordemokratisches Staatsverständnis“ (Hajo Funke) an den Tag. Wenn die
30 Verfassungsschutzbehörden ihren Selbsterhaltungstrieb über die von der Öffentlichkeit und den
31 Parlamenten eingeforderte schonungslose Aufarbeitung stellen, werden sie zu einer
32 Gefährdung für unsere Demokratie, dann haben sie ihre Existenzberechtigung endgültig
33 verspielt.

34

35 **Die historische Legende**

36

37 Schon der Begriff „Verfassungsschutz“ ist irreführend, handelt es sich doch um eine
38 euphemistische Bezeichnung für insgesamt 17 Inlandsgeheimdienste (16 Landes- und eine

39 Bundesbehörde), die sich als „Frühwarnsystem“ einer „wehrhaften Demokratie“ verstehen. Sie
40 wurden mit Zustimmung der Alliierten mit einer klaren antikommunistischen Ausrichtung
41 gegründet und boten auch vielen durch ihr Wirken in der NS-Zeit Vorbelasteten ein neues
42 Betätigungsfeld. Aussagen über den Einfluss wesentlich in der Polizei des Nationalsozialismus
43 geprägter Kriminalisten und Verfassungsschützer (es waren fast ausschließlich Männer) sind
44 bisher nur vereinzelt möglich. Die wissenschaftliche „Aufarbeitung“ durch unabhängige
45 Kommissionen hat gegenwärtig Konjunktur, sieht sich aber mit einer schwierigen Aktenlage und
46 Konflikten auf Grund der in den Behörden selbst oft als „abgehakt“ empfundenen
47 Frühgeschichte der Institutionen und damit einhergehender mangelnder Unterstützung
48 konfrontiert. Nicht nur aus heutiger Sicht mutet es absurd an, dass als „Lehre aus Weimar“
49 Institutionen zum Schutz der Demokratie geschaffen wurden, die maßgeblich von Funktionären
50 der nationalsozialistischen Diktatur mitgeprägt wurden. Weniger verwundert es allerdings, dass
51 diese Geheimdienste ein Geschichtsbild propagierten, das von der Totalitarismustheorie
52 geprägt wurde: Die Weimarer Republik sei letztlich von ihren Gegnern links wie rechts, KPD wie
53 NSDAP, gleichermaßen zu Fall gebracht worden. Die Kooperation breiter nationalkonservativer
54 Kreise mit den Nazis, die letztlich erst deren Machtübernahme ermöglicht hatte, wurde
55 zugunsten des antikommunistischen Konsenses des beginnenden Kalten Krieges, der vielen
56 aus der alten Elite einen Neuanfang ermöglichte, verdrängt. So konnten dann auch wieder alte
57 Nazis beruhigt gegen „kommunistische Umtriebe“ vorgehen.

58

59 Obwohl relativ wenig über die Arbeit der Verfassungsschutzämter in den letzten 60 Jahren
60 bekannt ist, sorgten sie doch für eine Vielzahl an Skandalen, die von zahlreichen Stasi-
61 Überläufern, der Bespitzelung kritischer JournalistInnen und PolitikerInnen,
62 AtomkraftgegnerInnen über einen Sprengstoffanschlag auf das Gefängnis in Celle („Aktion
63 Feuerzauber“/Celler Loch) bis hin zur Verstrickung V-Leuten in schwere Straftaten reichte. Das
64 Versagen dieser Behörden bei den Morden des NSU ist also nur der Höhepunkt einer langen
65 Reihe von fragwürdigen Aktionen. Erst aufgrund des katastrophalen Ausmaßes dieser
66 Mordserie findet nun endlich ein breiterer öffentlicher Diskurs über die Notwendigkeit und
67 Unantastbarkeit der Geheimdienste statt, wie er von vielen BürgerrechtlerInnen schon lange
68 eingefordert wurde.

69

70 **Charakter eines Geheimdienstes**

71

72 Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen, die nach eigenen Angaben den Großteil
73 ihrer Arbeit ausmacht, steht diesen Inlandsgeheimdiensten ein breites Spektrum an
74 nachrichtendienstlichen Instrumenten (z.B. Abhör- und Überwachungsmaßnahmen, V-Leute,
75 etc.) zur Verfügung. Zudem sind Informationen über ihre personelle Ausstattung, ihre
76 finanziellen Ressourcen, ihre Strukturen und die Richtlinien, die ihre Arbeit prägen, der
77 Öffentlichkeit nicht zugänglich.

78

79 Diese geheimen Methoden und Strukturen der Verfassungsschutzbehörden machen ihre
80 demokratische Kontrolle praktisch unmöglich, da in der Praxis selbst den ParlamentarierInnen in
81 den geheim tagenden Kontrollgremien Auskünfte und Akteneinsicht weitestgehend verwehrt
82 bleiben. Eine Bewertung der Arbeit dieser Behörden ist daher praktisch nicht möglich und somit
83 kann auch der Glaubensgrundsatz ihrer Notwendigkeit nicht angegriffen werden.

84

85 Die mangelnde Transparenz, die mangelhaften Kontrollmöglichkeiten und die stetige
86 Wiederholung des Glaubenssatzes ihrer Notwendigkeit ermöglichte es diesen Behörden ein
87 Eigenleben zu entwickeln, das oft sogar zu einer Konkurrenz mit anderen Sicherheitsbehörden
88 führte. Daher wäre es auch nicht ausreichend, lediglich einzelne Beamte oder die
89 Führungsriege auszutauschen, während die grundlegenden Strukturen unangetastet blieben.
90 Auch für die Annahme, dass unter Aufsicht eines sozialdemokratisch geführten
91 Innenministeriums die Situation grundlegend anders darstellen würde, sind keine Belege zu
92 finden. Ebenso wenig überzeugend sind Überlegungen der SPD-Bundestagsfraktion zu einem
93 Umzug der Geheimdienste nach Berlin, einem „Mentalitätswechsel“ mit besserer
94 Öffentlichkeitsarbeit und die Verpflichtung zu einem verbesserten Informationsaustausch. Diese
95 Schlussfolgerungen zeigen drastisch, dass die bisherige Analysetiefe nicht ausreichend ist.
96 Diese minimalen Reformen wären lediglich Augenwischerei zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

97

98 **„V-Leute“**

99

100 In den Untersuchungsausschüssen und den Medien, kommen immer wieder BeamtInnen der
101 Inlandsgeheimdienste und konservative PolitikerInnen zu Wort, die, behaupten dass ein
102 Verzicht auf V-Leute nicht möglich ist. Wirkliche Argumente für V-Leute bzw. Belege für den
103 Wert ihrer Arbeit bleiben diese „Sicherheits-“politikerInnen und „VerfassungsschützerInnen“
104 schuldig, denn es handelt sich auch hierbei um einen Glaubensgrundsatz, der weder belegbar
105 noch angreifbar ist .

106

107 Die Hintergründe der zahlreichen bislang im Umfeld des NSU bekannt gewordenen V-Leute, die
108 das „Trio“ und seine UnterstützerInnen quasi umzingelten, legen den Verdacht nahe, dass die
109 Bezahlung aktiver Nazis als V-Leute in der rechten Szene dem Kampf gegen die extreme
110 Rechte mehr schadet, als sie ihm nützt. Für Informationen zweifelhafter Qualität wurde erhaltenen
111 V-Leute Finanzmittel, Ausrüstung und Informationen, die es ihnen ermöglichten die rechte
112 Netzwerke und Organisationen mit staatlichen Mitteln auf- und auszubauen. In einigen Fällen
113 besteht der begründete Verdacht, dass die V-Leute sogar vor Strafverfolgung geschützt wurden.
114 Dies legt die Vermutung nahe, dass die V-Leute das Prinzip wohl teilweise besser durchschaut
115 haben als so einige BeamtInnen in den Geheimdiensten.

116

117 Der Einsatz von V-Leuten ist also grundsätzlich in Frage zu stellen und ebenso ist zu
118 überprüfen, ob die Notwendigkeit und Erfolgsaussicht dieser Methode in anderen
119 Sicherheitsbereichen nicht ebenfalls anzuzweifeln ist. Während der Einsatz von
120 Abhörmaßnahmen eine richterliche Genehmigung erfordert ist, ist dies beim Einsatz von V-
121 Leuten nicht der Fall. Grundsätzlich wäre eine umfassende unabhängige wissenschaftliche
122 Evaluation der Instrumente der verdeckten Ermittlung dringend erforderlich.

123

124 **Extremismustheorie/Diffamierung und Diskreditierung**

125

126 Die sogenannte „Extremismustheorie“ ist das dogmatische Leitbild der Inlandsgeheimdienste.
127 Sie wird über dem Verfassungsschutz nahestehende WissenschaftlerInnen und die eigene
128 Öffentlichkeitsarbeit offensiv nach „außen“ getragen. Mit dieser Unterstützung hielt diese
129 wissenschaftlich äußerst umstrittene Theorie Einzug in gesellschaftliche Debatten. Sie prägt die
130 Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes, der seine fachlichen Kenntnisse primär von den
131 Inlandsgeheimdiensten bezieht, bestimmt die Förderrichtlinien staatlicher und staatlich-
132 geförderter Programme gegen „Extremismus“ und findet Verbreitung in der politischen Bildung
133 und sogar in Schulen. Innerhalb der staatlichen Behörden findet bisher kein kritischer Diskurs
134 über diese Theorie statt, obwohl bis heute keine juristische Definition von „Extremismus“
135 vorliegt. Lediglich einige engagierte WissenschaftlerInnen und Teile der Zivilgesellschaft
136 versuchen mittlerweile vermehrt die Extremismustheorie zu kritisieren und alternative
137 theoretische Ansätze anzubieten. Gegen die staatliche Dominanz ist hier allerdings schwer
138 anzukommen. Ein neueres Element des Kampfes um Deutungshoheit ist die sogenannte
139 „Extremismus-Klausel“, oder auch euphemistisch „Demokratieerklärung“, die staatliche
140 Förderung letztlich davon abhängig macht, ob die geförderten Organisationen/Institutionen die
141 Extremismustheorie teilen. Zustimmung wird mit Förderung belohnt, Ablehnung führt zum
142 Entzug von finanzieller Förderung und somit oftmals zum Ende des Projekts. Die Debatte um
143 die Extremismus-Klausel führte allerdings erstmals seit langem wieder zu einer breit geführten
144 gesellschaftlichen Debatte um die Extremismustheorie.

145

146 Der Kampf um Deutungshoheit wird so weit geführt, dass zivilgesellschaftliche und
147 antifaschistische Initiativen als „linksextrem“ diffamiert werden und sich als Konsequenz im
148 Verfassungsschutzbericht wieder finden. Der Inlandsgeheimdienst besitzt hierbei eine große
149 Macht und nutzt sie auch entsprechend, um seine eigene Position zu verteidigen. Nimmt man
150 diesen Kampf gegen eine derartige „hoheitliche Verurteilung“ (Jürgen Seifert) auf sich, so
151 steht man vor einer langwierigen und aufwändigen juristischen Auseinandersetzung. Dies zeigte
152 sich in den letzten Jahren z.B. im Fall von a.i.d.a., der VVN/BdA, dem Publizisten Rolf Gössner,
153 den JungdemokratInnen oder sogar der Partei Die Linke.

154

155 Dabei muss gerade den zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen zugestanden
156 werden, dass sie trotz erheblich geringerer Ressourcen oftmals bessere Informationen und
157 analytische Tiefe bei der Betrachtung neonazistischer Entwicklungen haben, als der
158 Inlandsgeheimdienst. Sie tragen auch oft erheblich mehr zur Verteidigung demokratischer
159 Grundwerte bei als die Sicherheitsbehörden, mit erheblich weniger Ressourcen und ohne den
160 Rückgriff auf V-Leute oder nachrichtendienstliche Mittel. Dadurch wird die Deutungshoheit der

161 Sicherheitsbehörden direkt angegriffen und somit kommt es zu den beschriebenen
162 Verteidigungs- und Diffamierungskampagnen, die oft den politischen „Segen“ der jeweiligen
163 Innenministerien haben.

164

165 **Geheimdienste auf Expansionskurs**

166

167 Gerade nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die Zuständigkeiten insbesondere des
168 bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz erheblich ausgeweitet und es kam zu einer
169 Umverteilung von Personal innerhalb der Behörden. Die eigene Existenzberechtigung wurde
170 aber trotz des Wegfalls des „klassischen Feindbildes“ ebenso wenig in Frage gestellt, wie die
171 angewandten Methoden und ob eine neue Offenheit möglich wäre. Trotz der zeitweisen
172 Umverteilung der Personalstärke in den Verfassungsschutzämtern vom Arbeitsbereich
173 „Linksextremismus“ hin zu „Rechtsextremismus“, hat sich an der ideologischen Ausrichtung nie
174 etwas geändert. Dies zeigte sich auch in der Zusammenlegung der Abteilungen für „Links“- und
175 „Rechtsextremismus“ durch den damaligen Innenminister Schäuble zu einer gemeinsamen
176 „Extremismus-Abteilung“. Selbst in SPD-regierten Bundesländern kommt es aber leider nicht zu
177 einer Infragestellung der Extremismustheorie, nur die Umsetzung in der Praxis weicht dort in
178 Nuancen ab.

179

180 Bei der Umverteilung des Personals vom Beobachtungsgegenstand „Linksextremismus“ hin zu
181 „Rechtsextremismus“ hielt man zum einen an der ideologischen Ausrichtung, der
182 Extremismustheorie, fest. Folglich kam es, sichtbar in den Verfassungsschutzberichten, zu
183 einem „Aufrechnen“ der Gefahrenpotentiale und Straftaten, sogar die Seitenzahl wurde –
184 gewollt oder zufällig – möglichst gleich gehalten. Zum anderen wurde das Personal lediglich
185 umgeschichtet. Wer als vorher für die Erfassung „linksextremistischer“ Entwicklungen zuständig
186 war, sollte dies nun im Bereich „Rechtsextremismus“ tun. Im Sinne der Extremismustheorie ist
187 das nur naheliegend und konsequent, schließlich geht man in der praktischen Umsetzung
188 dieser Theorie von einer Gleichartigkeit dieser Phänomene aus. Ob dies allerdings in der Praxis
189 wirklich hilfreich war ist kritisch zu hinterfragen. Vielleicht erklärt das aber immer den Verweis
190 auf eine nicht vorhandene „Braune Armee Fraktion“, die sich in Struktur und Auftreten (z.B.
191 Bekennerschreiben) klar an der RAF orientierte. Andere Arten des Terrorismus waren diesen
192 MitarbeiterInnen wohl gar nicht vorstellbar und somit wurden auch Konzepte wie Blood&Honour,
193 Combat 18 und der „führerlose Widerstand“ nie umfänglich verstanden und analysiert. Dieser
194 blinde Fleck in der Gefahrenanalyse ist Teil der Erklärung für das Versagen der Dienste bei der
195 Aufklärung der neonazistische Mordserie des NSU.

196

197 Auch andere Beobachtungsbereiche wurden generiert, um die eigene Arbeit neu zu
198 legitimieren. Besonders frappant ist dies bei der Beobachtung der Organisierten Kriminalität, ein
199 Bereich, der vorher allein der Kriminalpolizei zugeordnet war, oder bei der Beobachtung von
200 Scientology und der Abwehr von Wirtschaftsspionage. Das stetige Suchen nach neuen
201 Feindbildern drückt sich in der Bewertung des sogenannten „Ausländerextremismus“ aus.
202 Hierbei handelt es sich ebenso wie beim Feld des „Islamismus“ um einen nur sehr schwach
203 definierten Beobachtungsbereich, der aber zu einer erheblichen Ausweitung der Aktivitäten der
204 Dienste geführt hat. Es ist zweifelhaft, ob der Inlandsgeheimdienst hier einen objektiven Blick
205 hat, allerdings kam es zu einer erheblichen Ausweitung der Überwachungselemente und –
206 methoden in Folge der Terroranschläge in New York, Madrid und London. Es liegt Verdacht
207 nahe, dass hier einfach lange bereitliegende „Wunschkataloge“ der Geheimdienste unkritisch
208 umgesetzt wurden.

209

210 Der bayerische Inlandsgeheimdienst war und ist hierbei Vorreiter und Vorbild für die aktuellen
211 Debatten zur Neuausrichtung der Geheimdienste, denn er hat einige dieser sogenannten
212 Reformen bereits hinter sich. Seine Öffentlichkeitsarbeit wird durch die sogenannte Bayerische
213 Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) in Schulen und zivilgesellschaftliche Bündnisse
214 getragen. Der Inlandsgeheimdienst übernimmt hier Bildungsaufgaben und versucht Einfluss auf
215 die Zivilgesellschaft zu nehmen, obwohl er hierfür keinen gesetzlichen Auftrag besitzt.

216

217 **Trennungsgebot**

218

219 Auch wenn es immer wieder gerade von konservativer Seite und aus „Sicherheitskreisen“ gerne
220 behauptet wird, besteht keine verfassungsrechtliche Verpflichtung zum Unterhalt von
221 Geheimdiensten zum Schutz der Verfassung. Das Grundgesetz spricht dem Bund lediglich die

222 Zuständigkeit für den grundlegenden Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu,
223 legt aber nicht die konkrete Form fest, in der dies zu erfolgen hat. Die rechtliche Grundlage für
224 die Einrichtung und Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der 16 Landesämter
225 bildet das Bundesverfassungsschutzgesetz, das mit einer entsprechenden Mehrheit durch den
226 Gesetzgeber geändert werden könnte.

227

228 In ihrem „Polizeibrief“ legten die West-Alliierten 1949 grundlegende Regeln für die
229 Sicherarchitektur der Bundesrepublik fest. Darin wurde der Bundesregierung zwar die
230 Einrichtung eines Inlandsnachrichtendienstes gestattet, jedoch zugleich untersagt, diesen mit
231 polizeilichen Befugnissen auszustatten, um die Entstehung einer neuen Gestapo/eines neuen
232 Reichssicherheitshauptamtes zu verhindern. Von VerteidigerInnen des Verfassungsschutzes
233 wird dieses „Trennungsgebot“ gerne angeführt, wenn die Existenzberechtigung der
234 Geheimdienste angezweifelt wird. Dann wird vor der Gefahr der Entstehung einer „neuen
235 Gestapo“ gewarnt, die mit der Abschaffung der Geheimdienste zwangsläufig verbunden wäre.
236 In der Praxis ist allerdings festzustellen, dass das Trennungsgebot von Polizei und
237 Geheimdiensten schon lange unterlaufen wird. Nicht zuletzt seit 2001 wurde die
238 Unterwanderung des Trennungsgebotes durch „gemeinsame Abwehrzentren“ und
239 „Verbunddateien“ auf nationaler wie europäischer Ebene regelrecht institutionalisiert.

240

241 Polizeilicher Staatsschutz und andere Polizeistellen verfügen seit Jahrzehnte über umfassende
242 Befugnisse zu verdeckten Ermittlungen und Abhörmaßnahmen. Ein Wegfall der
243 Inlandsgeheimdienste würde an diesem Sachverhalt erst einmal nichts ändern, aber auch nicht
244 das Trennungsgebot zu Fall bringen. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss klar auf
245 die Bereiche Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt sein. Natürlich ist es auch hier
246 sinnvoll, eine genaue Kontrolle einzufordern und eine gesellschaftliche Debatte über die
247 Notwendigkeit und demokratische und rechtstaatliche Kontrolle solcher Befugnisse zu führen.

248

249 **Auch „die anderen“ haben versagt – Zeit für eine grundlegende Debatte**

250

251 Gerade im Fall des NSU muss festgestellt werden, dass nicht nur der Verfassungsschutz,
252 sondern auch der Militärische Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des
253 Verfassungsschutzes für den Bereich der Bundeswehr erfüllen soll, der polizeiliche
254 Staatsschutz sowie die Staatsanwaltschaften versagt haben. Auch hier ist eine grundlegende
255 Debatte über Aufgaben, Befugnisse, Zusammenarbeit erforderlich. An einer grundsätzlichen
256 Debatte über die deutsche Sicherheitsarchitektur, auch im europäischen und internationalen
257 Rahmen führt also eigentlich kein Weg vorbei. Dennoch ist bereits eines jetzt klar: Einem
258 intransparenten und demokratisch nicht kontrollierbaren Geheimdienst darf der Schutz unserer
259 Verfassung nicht länger anvertraut werden. Die Inlandsgeheimdienste und ihre politische
260 Führung legen hier keinerlei Problembewusstsein an den Tag. Im Gegenzug für bestenfalls
261 kosmetische Reformen wollen sie mit weitergehenden Zuständigkeiten, erweiterten
262 Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen und mehr Kompetenzen belohnt werden. Es ist Zeit für
263 eine klare Zäsur – die Inlandsgeheimdienste müssen abgeschafft werden.

264

265 **Chance in der Katastrophe – Aufwertung der Zivilgesellschaft**

266

267 Obwohl es jetzt noch nicht möglich ist ein abschließendes Fazit über das Versagen und die
268 Neuordnung der Sicherheitsarchitektur zu ziehen, obwohl sich dies derzeit zahlreiche
269 PolitikerInnen und Beamte der betroffenen Behörden anmaßen, ist es doch von hoher
270 Bedeutung einen entscheidenden Punkt herauszustellen. Obschon die Zukunft der
271 Sicherheitsbehörden ungewiss ist und zu befürchten ist, dass sich aufgrund der aktuellen
272 Möglichkeiten die Spirale von Überwachung, Repression und Ausweitung der Kompetenzen für
273 nicht-kontrollierbare Institutionen fortsetzt, bleibt festzuhalten, dass die zivilgesellschaftlichen
274 und antifaschistischen Initiativen und Vereine im Bereich der Beobachtung der neonazistischen
275 Szene kompetenter sind als die Behörden, die diese Kompetenz für sich beanspruchen. Die
276 Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis und allgemein mit
277 antidemokratischen und antipluralistischen Einstellungen kann durch die Zivilgesellschaft viel
278 besser geleistet werden als durch geheime Beobachtung und Repression.

279

280 Repression ist das Ende einer Eskalationskette von zur Verfügung stehenden Möglichkeiten
281 und nicht deren Anfang. Der eigentliche Schutz der Demokratie geschieht also nicht in
282 geheimen und nicht-kontrollierbaren Kellern, sondern jeden Tag auf der Straße, an den

283 Stammtischen und in der Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus und Faschismus. Die
284 demokratische Praxis der aktiven Bürgerinnen und Bürger schützt den Kern der Demokratie und
285 sollte daher besonders gefördert und auch wertgeschätzt werden. Aus der oftmals verwendeten
286 Floskel „Zivilgesellschaft stärken“ sollte nun aus der Notwendigkeit heraus eine Tugend
287 gemacht werden. Die Zivilgesellschaft und auch die Wissenschaft sollte stärker in den Schutz
288 der Demokratie eingezogen werden, beispielsweise in Form eines „Demokratie-Instituts“. Dies
289 wäre die passende Antwort einer modernen und freiheitlichen Demokratie und nicht der
290 Rückgriff auf mehr geheime und undemokratische Methoden. Auch an dieser Stelle ist die Rolle
291 der derzeitigen Geheimdienste mindestens kontraproduktiv, wenn nicht sogar schädlich.

292

293 **Forderungen**

294

- 295 1. Der Verfassungsschutz muss in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Dies bedeutet
296 die Abwicklung der Inlandsgeheimdienste in Bund und Ländern.
- 297 2. Die Inlandsgeheimdienste stehen in einer Bringschuld: Sie müssen den
298 Untersuchungsausschüssen und der Justiz umfassenden Zugang zu ihren Akten und
299 Mitarbeitern einräumen, um eine Aufklärung des Staatsversagens im Fall NSU
300 zuzulassen.
- 301 3. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss auf den Bereich der Strafverfolgung und
302 Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Bei den jeweils zuständigen Parlamenten sollen
303 unabhängige „Staatsschutzbeauftragte“ eingerichtet werden, die unabhängig von den
304 internen Kontrollen der Polizei und Innenverwaltung die Arbeit des Staatsschutzes
305 überwachen und Beschwerden von BürgerInnen untersuchen.
- 306 4. Eine von den Sicherheitsbehörden unabhängige und international besetzte Kommission
307 soll von Bund und Ländern zusammen einberufen werden, um die Erfordernisse an eine
308 moderne und demokratische Sicherheitsarchitektur zu diskutieren. An der Arbeit der
309 Kommission sollen auch VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, aus der
310 Wissenschaft, DatenschützerInnen und BürgerrechtlerInnen einbezogen werden. In
311 diesem Rahmen muss auch eine grundlegende Evaluation des Einsatzes
312 nachrichtendienstlicher Mittel durch deutsche Sicherheitsbehörden erfolgen.
- 313 5. Die Sicherheitsbehörden müssen sich aus dem Bereich politische Bildung und der
314 wissenschaftlichen Forschung zurückziehen.
- 315 6. Zur wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen
316 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft sowie der
317 Entwicklung der extremen Rechten soll ein unabhängiges „Demokratie-Institut“
318 eingerichtet werden. Dieses Institut soll einen Beirat erhalten, in dem antifaschistische und
319 zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen vertreten sind.
- 320 7. Zur Sicherstellung einer langfristigen und projektungebundenen Förderung und Beratung
321 von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die extreme Rechte soll die Einrichtung
322 einer unabhängigen Stiftung erfolgen.
- 323 8. Wir anerkennen die – zum Teil schon länger abgeschlossene - Arbeit zahlreicher
324 wissenschaftlicher Kommissionen zur Frühgeschichte der bundesdeutschen
325 Sicherheitsbehörden und fordern, die gewonnenen Erkenntnisse in der Fort- und
326 Weiterbildung der jeweiligen Institutionen zum verpflichtenden Bestandteil zu erheben.
327 Insbesondere für die Landesämter für Verfassungsschutz sind solche Projekte noch
328 anzustoßen und mit eigenen Budgets auszustatten, die nicht aus den jeweiligen
329 Haushaltstiteln zu Finanzierung der Behörden stammen dürfen. Die Politik ist gefordert,
330 eine Überführung der während der jeweiligen Projektlaufzeiten erhobenen Akten und
331 Unterlagen in die zuständigen staatlichen Archive zu gewährleisten.

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

Titel Konsequenzen aus dem NSA-Skandal

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Konsequenzen aus dem NSA-Skandal

1 Die Debatte rund um die Enthüllungen von Edward Snowden hat eine Diskussion in Gang
2 gesetzt, die sich um drei tieferliegende Fragen dreht.

3

4 **Die erste Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger vor einem unbegrenzten**
5 **Zugriff des Staates geschützt werden?**

6

7 Der Staat muss gesetzlich genau definieren, welche Daten Behörden an ausländische Dienste
8 weitergeben dürfen. Dabei muss verhindert werden, dass der Grundrechtsschutz ausgehebelt
9 wird. Das bedeutet, dass der Datenschutzstandard auch im Ausland konsequent gewahrt
10 bleiben muss. Ist dies nicht möglich, so muss eine Datenweitergabe unterbleiben. Eine
11 Dreiecksweitergabe zwischen inländischer Polizei, ausländischen Diensten und inländischen
12 Geheimdiensten muss unterbunden werden. Dieser bricht zwei rechtstaatliche Prinzipien:

13

- 14 • Die Tätigkeit von Polizei und Geheimdienst soll getrennt sein
- 15 • Um den inländischen Geheimdienst besser kontrollieren und regulieren zu können, ist
16 dieser vom Auslandsgeheimdienst zu trennen.

17

18 Geheimdienste unterstehen Ministerinnen und Ministern, die durch Parlamente und
19 schlussendlich von den Wählerinnen und Wählern (dem Souverän) demokratisch legitimiert
20 wurden. Diese Kette der Legitimation kann aber nur funktionieren, wenn die Wählenden sich
21 über die Vorgänge in der Regierung informieren können. Die Geheimdienste haben sich als für
22 unseren demokratischen Anspruch nicht genügend kontrollierbar erwiesen.

23 Inlandsgeheimdienste sind in der Lage, diejenigen zu kontrollieren, die für die Kontrolle der
24 Inlandsgeheimdienste zuständig sind. In diesem Verhältnis kann der Geheimdienst die Kontrolle
25 gänzlich blockieren oder gar mit seiner Informationshoheit steuern. Somit sind sie nur durch
26 höchste Gefährdungen für den Bestand der Verfassungsorgane oder dem Leib und Leben der
27 Bevölkerung vorübergehend zu rechtfertigen. Deshalb streben wir eine gesellschaftspolitische
28 Entwicklung an, in deren Folge Geheimdienste nicht länger notwendig sind und abgeschafft
29 werden können. Solange Geheimdienste als notwendig erachtet werden, müssen sie besonders
30 starken Kontrollmechanismen ausgesetzt werden, damit kein „tiefer Staat“ oder „Staat im Staat“
31 abseits demokratischer Kontrolle entstehen kann. Deshalb sind die Kontrollbefugnisse des
32 parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) durch folgende Maßnahmen auszuweiten:

33

34 1. Jede und jeder Angehörige des parlamentarischen Kontrollgremiums soll das Recht
35 haben, alle bereits bestehenden oder neu hinzukommenden Kontrollbefugnisse des
36 Gremiums zu nutzen. Dies schließt ausdrücklich Sachverhalte ein, die als geheim
37 eingestuft sind. Nur eine 2/3-Mehrheit des Gremiums soll dies im Einzelfall unterbinden
38 können. Dadurch würde die unzweckmäßige Situation enden, dass die Regierung die
39 Aufklärung mit der Mehrheit im Ausschuss verhindern kann.

40 2. Aufgrund der zu großen Menge an Daten, die durch das Gremium untersucht werden

41 müssten, müssen Maßnahmen gefunden werden, um es effektiv und mit wichtigen
42 Informationen zu versorgen. Dazu soll jede Nachricht, die von den Geheimdiensten an
43 das Bundeskanzleramt gesendet wird, auch an das PKG als Institution und ständig
44 verfügbare Datenbank gesendet werden, auf die die Mitglieder des PKG permanenten
45 Zugriff haben. Dinge, die so wichtig sind, um sie an die oberste Aufsicht zu senden, sind
46 auch so wichtig, dass das PKG sie wissen muss, um seiner Kontrollfunktion
47 nachzukommen. Gleiches soll für Informationen gelten, die an das Ausland gesendet
48 werden.

49 3. Die Personalmittel der PKG oder ihrer Mitglieder sind aufzustocken. Da Abgeordnete
50 durch ihre Verschwiegenheitspflicht in der Regel keine öffentlichkeitswirksamen Vorteile
51 aus ihrer Arbeit im PKG ziehen, sollen sie für diese Arbeit in Form von unterstützendem
52 Personal entschädigt werden. Ein „Arbeitsstab“ der Bundestagsverwaltung muss
53 eingesetzt werden. Er untersteht ausschließlich dem PKG und ist vorrangig für
54 Prüfaufträge zuständig. Darüber hinaus werden den Mitgliedern des PKG zusätzliche
55 Personalmittel für eine Vollzeitstelle (wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in) zur Verfügung
56 gestellt.

57 4. Der PKG ist auf die Größe eines regulären Ausschusses des Deutschen Bundestages zu
58 vergrößern. Auf die Kontrolle der Nachrichtendienste hat sich in der Vergangenheit auch
59 die aktuelle Größe des PKG negativ ausgewirkt.

60 5. Die Rechte, die der Opposition laut der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestage
61 zugestanden werden, werden auch im PKG angewandt. Die Vorladung von
62 Sachverständigen und Zeugen darf nicht weiterhin durch die aktuell im PKG geltende
63 Mehrheitsentscheidung verhindert werden.

64

65 Bei allen Überwachungsmaßnahmen muss spätestens unmittelbar nach Abschluss der
66 Maßnahme eine Information aller Betroffenen erfolgen. Denn nur so lässt sich ein Bewusstsein
67 für die Gefahren der Überwachung erzielen und es wird die Möglichkeit eröffnet, gegen
68 mögliche Rechtsverstöße vorgehen zu können. Es sollen gesetzliche Fristen eingeführt werden,
69 nach denen die Zielperson und andere Betroffene informiert werden. Alle
70 Überwachungsmaßnahmen sowie die Datenweitergabe an andere Dienste ist unter einen
71 Richtervorbehalt zu stellen. Alle Genehmigungen sind auf einen Zeitraum von maximal wenigen
72 Monaten zu erteilen, jede Verlängerung einer Maßnahme muss gesondert beantragt und
73 begründet werden. Entscheidungen über die Genehmigung oder Verlängerung einer
74 Maßnahme sowie eine Datenweitergabe dürfen nicht von Einzelrichter*innen getroffen werden.
75 Der Richtervorbehalt muss dahingehend ausgestaltet werden, dass fachlich spezialisierte
76 Richter*innen eine fundierte Entscheidung treffen und der Richtervorbehalt nicht - wie bisher -
77 meist leerläuft in dem Richter*innen diese Entscheidung neneb ihren eientlichen Aufgaben
78 treffen, fachlich in die Materie nicht eingearbeitet sind und somit meist die Anträge der
79 Ermittlungsbehörden einfach "abgenickt" werden.

80

81 Der/die Bundesdatenschutzbeauftragte muss gestärkt werden. Auskünfte oder Akteneinsicht
82 dürfen zukünftig nicht verweigert werden können. Zudem soll ein regelmäßiger Bericht erstellt
83 werden, der die einzelnen Maßnahmenarten und deren Häufigkeit und Erfolgsquote listet.
84 Geheime Akten sollen je nach Geheimhaltungsstufe ein Veröffentlichungsdatum bekommen,
85 welches von der Geheimhaltungsstufe abhängt. Mehr als 30 Jahre darf hierbei keine Akte
86 geheim bleiben. Wer Zugriff auf die Akten bekommen soll, richtet sich nach
87 Datenschutzerwägungen und dem öffentlichen Interesse. Die Regeln hierfür müssen in einem
88 gesellschaftlichen Diskussionsprozess erst gefunden werden.

89

90 Die rechtliche Lage von Whistleblowern muss verbessert werden.

91

92 **Die zweite Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger vor unbegrenzter**
93 **Überwachung aus kommerziellen Interessen geschützt werden?**

94

95 In Zeiten von „Big Data“ werden alle zur Verfügung stehenden Daten ausgewertet: jeder Besuch
96 einer Website, jede Erwähnung einer Marke, jeder Ort, der besucht wird. Durch statistische
97 Analysen werden Zusammenhänge erstellt und Individuen identifiziert. Die Ergebnisse dieses
98 Prozesses werden uns die nächsten Jahre prägen und die Verselbständigung der Daten führt
99 dazu, dass dieser Prozess kaum noch umzukehren ist. Das erste Ziel ist deshalb die
100 Etablierung von staatlichen und internationalen Regeln für die Datenverarbeitung. International
101 muss vor allem das Marktortprinzip durchgesetzt werden, dass im Kern aussagt, dass die

102 Gesetze des Landes gelten, in dem der Kunde sitzt. Große Internetfirmen können sonst einen
103 Deregulierungswettbewerb erzwingen, da sie von überall aus arbeiten können. Wir setzen uns
104 für einen starken Datenschutz auf europäischer Ebene ein und nehmen das
105 Bundesdatenschutzgesetz als Grundlage für die Datenschutzgrundverordnung.

106

107 Solch eine Regelung nützt aber nur dann etwas, wenn national Regeln geschaffen werden, die
108 einen modernen Datenschutz wirksam durchsetzen können. Eine wichtige Erkenntnis der
109 Debatte über den Datenschutz ist das Prinzip der Datensparsamkeit und Zweckbestimmtheit.
110 Unternehmen ist nur erlaubt, die Daten zu speichern, die für ihren Dienst tatsächlich notwendig
111 sind. Dazu müssen aber die Nutzerinnen und Nutzer über die gespeicherten Daten informiert
112 werden. Die SPD soll sich deshalb dafür einsetzen, dass ein Datenbrief nach dem Modell des
113 Chaos Computer Club eingeführt wird. Wenn eine Firma, Behörde oder Institution
114 personenbezogene Daten über jemanden erhebt, speichert oder übermittelt, sollen Betroffene
115 regelmäßig über die über ihn/sie gespeicherten Daten informiert werden. Die Ausgestaltung des
116 Datenbriefes muss eine absolute Datensicherheit bieten. Das betrifft auch Daten, die über ihn
117 beispielsweise durch „Anreicherung“ mit anderen Datenquellen erzeugt werden, also Profile,
118 Scoring-Werte, Annahmen über Vorlieben, interne Kundenklassenzuordnungen und ähnliches.
119 Wenn zur Übermittlung des Datenbriefes eine Aggregation weiterer Daten erforderlich ist, darf
120 dieser nicht erstellt werden.

121

122 Eine weitere Diskussion, der sich in Zukunft zu stellen sein wird, ist die Ausweitung des
123 Diskriminierungsverbotes sowie die Sicherstellung des rechtsstaatlichen Prinzips der
124 Unschuldsvermutung. So ist es möglich, dass bereits verbotene Diskriminierung zum Beispiel
125 anhand von Geschlecht oder „Hautfarbe“, durch die Hintertür wieder ermöglicht werden, indem
126 zum Beispiel über die Wohnanschrift auf den sog. Migrationshintergrund geschlossen wird.
127 Darüber hinaus kann es zu neuen Formen von Diskriminierung kommen. Durch automatische
128 Systeme und Mustersuche können scheinbare Zusammenhänge in Daten gefunden werden,
129 von denen die Kundinnen und Kunden nicht einmal wissen. Andere Verhaltensmuster, wie die
130 Teilnahme an bestimmten Demonstrationen, könnten hingegen zu der Vorausberechnung einer
131 hohen Wahrscheinlichkeit für „gesellschaftsgefährdendes Verhalten“ führen und damit
132 Menschen unter Generalverdacht stellen. Das könnte zudem dazu führen, dass Menschen sich
133 weniger engagieren und die freie Meinungsäußerung von sich aus einschränken. Dies gefährdet
134 die Grundlage bürgerschaftlichen Engagements und unsere Demokratie. Dieser „statistische
135 Diskriminierung“ und damit Umkehrung der Unschuldsvermutung kann nur entgegengetreten
136 werden, wenn solche Scoring-Verfahren transparent sind, sodass gegen sachlich abseits der
137 statistischen Korrelation nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung vorgegangen werden kann. In
138 besonders wichtigen Bereichen wie der Kreditvergabe ist darüber hinaus die Regulierung und
139 Überwachung auf diesen Bereich auszuweiten.

140

141 **Die dritte Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger selbst schützen und können**
142 **sie dabei unterstützt werden?**

143

144 Die zynische Aussage von Hans-Peter Friedrich, dass jedeR sich selbst schützen und nicht auf
145 den Staat hoffen solle bleibt falsch. Solange in- und ausländische staatliche Organe massenhaft
146 überwachen und Angriffe auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
147 informationstechnischer Systeme (durch das BVerfG geschaffenes Grundrecht) und die
148 Telekommunikationsfreiheit durchführen, ist der Staat der richtige Adressat.

149

150 Richtig ist aber, dass der Staat den Selbstschutz aller verbessern kann. Maßnahmen dazu sind
151 folgende:

152

- 153 1. Die Förderung von freier Software muss verstärkt werden, da bei dieser Hintertüren durch
154 staatliche Dienste besser festgestellt und beseitigt werden können. Dazu gehören
155 Maßnahmen wie der Nutzung freier Software in öffentlichen Verwaltungen und gezielte
156 Forschungsförderung.
- 157 2. Die zuständigen Behörden dürfen auch auf dem Schwarzmarkt Zero-Day-Lücken und
158 zugehörige Ausspäherprogramme kaufen, um diese zu analysieren und den Markt sowie
159 den kriminellen Umgang mit dieser Technik verstehen zu können. So sollen Bürgerinnen
160 und Bürger effektiv geschützt werden. Der Einsatz dieser Technik gegen Bürgerinnen und
161 Bürger durch den Staat ist ausgeschlossen.
- 162 3. Die Rechtssituation von Menschen, die Sicherheitslücken in Programmen der

163 Öffentlichkeit unentgeltlich zugänglich machen müssen unabhängig davon, ob mit dem
164 Unternehmen zusammengearbeitet wurde oder nicht, verbessert werden.
165 Unternehmensinteressen müssen hinter dem Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit
166 zurückstehen.

167 4. Es muss sichergestellt werden, dass der sog. Hackerparagraf Forschung sowie
168 Entwicklung und Anwendung von Software, die zur Sicherheit von Computersystemen
169 beiträgt, nicht behindert.

170 5. Verschlüsselung soll gefördert werden, denn zu einem modernen Datenschutz gehört die
171 Sicherung der eigenen Daten. Dies soll an geeigneter Stelle in Lehrpläne und
172 Informationskampagnien aufgenommen werden. Gesetze, die Verschlüsselung verbieten
173 oder die Herausgabe von Passwörtern erzwingen, sind abzulehnen.

174 6. Es bedarf einer unabhängigen Stelle, welche die Bevölkerung über Datenschutz- und
175 Verschlüsselungsmaßnahmen informiert.

176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222

Titel Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag SPD

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Pfeffersprayeinsatz gegen Menschen verbieten

- 1 Der Pfefferspray gegen Menschen ist eigentlich verboten. Die internationale
2 Biowaffenkonvention aus dem Jahr 1972 untersagt den Einsatz in internationalen Konflikten.
3 Auf nationaler Ebene sind sogenannte Reizsprühstoffgeräte in Deutschland Waffen im Sinne
4 des Waffengesetzes. Die dafür erforderliche Zulassung des Wirkstoffs Oleoresin Capsicum ist in
5 Deutschland bislang nicht erfolgt und nur als „Tierabwehrsprays“ gekennzeichnete Produkte
6 dürfen im Moment in die Hand von Zivilisten gelangen.
7
8 Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden derzeit nur Vollzugsbeamte bei Behörden, die nicht
9 dem Waffengesetz unterworfen sind, wie zum Beispiel Polizeivollzugsbeamte. Diese dürfen
10 Pfefferspray auch zu dem Zweck führen, es als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt gegen
11 Menschen einzusetzen.
12
13 Vielmehr: Pfefferspray birgt auch einige tiefgreifende Gefahren, die es zu einem äußerst
14 gefährlich und im Ernstfall auch tödlichen Einsatzmittel machen.
15
16 Kerngesunde Menschen überstehen einen Pfeffersprayeinsatz zumindest langfristig ohne
17 negative gesundheitliche Folgen. Kurzfristige und sehr schmerzvolle Verletzungen an den
18 Augen und den Schleimhäuten sind zwar die Regel, allerdings verschwinden diese Symptome
19 zumindest nach einer adäquaten und schnellen Behandlung auch wieder.
20
21
22 Anders schaut es hingegen bei gesundheitlich vorbelasteten Menschen aus, die
23 selbstverständlich auch zu den Teilnehmenden von Demonstrationen und Kundgebungen
24 gehören: Wer unter einer Asthma-Krankheit leidet, bestimmte Allergien oder eine Herz-
25 Kreislauf-Schwäche hat, Psychopharmaka nehmen muss, oder dauerhaft Kokain bzw.
26 Amphetamine konsumiert, für den wird der Kontakt mit Pfefferspray zu einer ernsthaften
27 gesundheitlichen Gefahr. Allergische Schockreaktionen können die Folge sein, die
28 schlimmstenfalls auch zum Tode führen können. In Deutschland wurden schon mehrere
29 derartige Todesfälle dokumentiert, im US-amerikanischen Bundestaat Kalifornien summiert sich
30 die Zahl der Todesopfer seit 1993 auf 27.
31
32
33 Nicht ohne Grund sagt auch die Bundesregierung „Bei bestimmungsgemäßer Exposition von
34 gesunden Personen sind in der Regel keine bleibenden gesundheitlichen Schäden zu
35 erwarten.“ Für Personen mit gesundheitlicher Vorbelastung fällt die Antwort unter Umständen
36 anders aus. Dazu kommt noch die Tatsache, dass gerade auf Demonstrationen oft nicht die
37 nach einem Pfeffersprayeinsatz eigentlich notwendige und angeratene medizinische Betreuung
38 bereitgestellt werden kann. Der Pfeffersprayeinsatz birgt auch zusätzlich die Gefahr, auch die
39 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten selbst gesundheitlich massiv zu beeinträchtigen, wie
40 zahllose Vorkommnisse in der jüngeren Vergangenheit belegen.

41 Die Folge polizeilichen Handelns darf es nicht sein, durch derartige gefährliche Mittel willkürlich
42 Menschenleben in Gefahr zu bringen, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist dringend zu
43 beachten. Diese Gesundheitsgefährdung stellen einen eklatanten Widerspruch zur Bindung
44 polizeilicher Einsatzmaßnahmen an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dar.

45

46 Daher fordern wir alle Landesregierungen auf, den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei in
47 Zukunft grundsätzlich zu verbieten. Eine Alternative zu Pfefferspray, die weniger gefährlich ist,
48 muss gefunden werden. Bis dahin darf der Einsatz von Pfefferspray nur in Ausnahmefällen
49 erfolgen und ist nur zulässig, wenn kein milderes Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr
50 für Leib und Leben ist anwendbar ist. Jeder einzelne Einsatz ist zu protokollieren und bedarf
51 einer nachträglichen Prüfung.

52

53

54 Zugleich ist aber auch das Risiko (auch unverschuldet) in einen Pfeffersprayeinsatz zu
55 gelangen, in den letzten Jahren insgesamt gestiegen. Seitdem Pfefferspray zum Einsatz-
56 Repertoire der Polizei gehört (etwa seit der Jahrtausendwende) ist trotz des Fehlens einer
57 offiziellen Statistik von einer zunehmenden Verwendung auszugehen. Allein beim Einsatz
58 gegen die Castor-Transporte im November 2010 wurden 2200(!) Dosen Pfefferspray
59 verbraucht. Von einem Einsatz in einzelnen Notsituationen kann an dieser Stelle nicht mehr
60 gesprochen werden. Insbesondere bei Demonstrationen, ist zu beachten, dass der Einsatz von
61 Pfefferspray neben dem Recht auf körperliche Unversehrtheit auch das Recht auf
62 Versammlungsfreiheit berührt. Zur Abwehr einer Anwendung von Pfefferspray, muss der
63 jeweilige Gruppen - und/oder Zugführer den Einsatz explizit, mit Angabe von Zeit, Ort und
64 Begründung, freigeben. Dies muss er anschließend unverzüglich der Einsatzleitung mitteilen.
65 Dementsprechend muss künftig der Einsatz von Pfefferspray in der Aufarbeitung der
66 Demonstration nachträglich auf Rechtmäßigkeit geprüft werden.

67

68

69 Insbesondere mit Blick auf §5 UZwG Bln muss der erforderliche ärztliche Beistand gewährleistet
70 sein. Veranstalter von Demonstrationen sind verpflichtet, zu Beginn ihrer Veranstaltung auf die
71 gesundheitlichen Gefahren besonders für bestimmte Risikogruppen aufmerksam zu machen.
72 Anlaufpunkte zur notärztlichen Versorgung sofern vorhanden sind vorher bekanntzugeben.

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

S

Sonstiges

S 7	Schleswig-Holstein Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!	115
-----	---	-----

Titel Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Mehr Laizismus wagen! - Kirche, Staat und Religion endlich trennen!

- 1 Die Jusos fordern, um der Säkularisierung der Gesellschaft endlich Rechnung zu tragen, eine
- 2 konsequente Trennung von Staat, Kirche und Religion.
- 3
- 4 Dazu gehören für uns:
- 5
- 6 • Das Anbringen von religiösen Symbolen an öffentlichen Gebäuden und Schulen zu
- 7 verbieten.
- 8
- 9 • Die Mitgliedsbeiträge der Kirche werden nicht mehr durch den Staat erhoben
- 10 (Kirchensteuer).
- 11
- 12 • Der konfessionsgebundene Religionsunterricht soll durch ein konfessionsübergreifendes
- 13 Schulfach ersetzt werden. Das Fach soll Einblick in jede Religion geben und des Weiteren
- 14 demokratische Werte eines humanistischen Menschenbildes vermitteln. Der Artikel 7 des
- 15 Grundgesetzes muss dementsprechend geändert werden.
- 16
- 17 • Die Ewigkeitsklausel in Kirchenstaatsverträgen muss entfallen und Anpassungen an eine
- 18 säkularisierte Gesellschaft vorgenommen werden.
- 19
- 20 • Subventionen, die der Besoldung von Pfarrer*innen, Pastor*innen, Rabbiner*innen oder
- 21 einem/einer Imam/ Mourchida etc. dienen, müssen sukzessive entfallen. Ziel dieser
- 22 Maßnahmen ist es nicht, das religiöse Leben in Deutschland zum Ersterben zu bringen.
- 23
- 24 • Die so genannten „stillen Feiertage“ sind in allen Bundesländern nicht mehr als "still"
- 25 durchzuführen.
- 26
- 27 • Mitarbeiter*innen religiöser Einrichtungen sollen im Rahmen einer Angleichung des
- 28 kirchlichen Arbeitsrechtes die Möglichkeit zu streiken bekommen.
- 29
- 30 • Die Kirchen haben sich nach demselben Arbeitsrecht zu richten, das für alle anderen
- 31 Tendenzbetriebe in Deutschland gilt. Dafür sind die notwendigen Passagen im
- 32 Betriebsverfassungsgesetz (§118) und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (§9)
- 33 zu streichen. Ferner sind auch in kirchlichen Einrichtungen Mitarbeitervertretungen wie in
- 34 anderen Organisationen einzurichten, dafür ist §112 des Personalvertretungsgesetzes zu
- 35 streichen.
- 36
- 37 • Die Seelsorge soll von den Kirchen selbst organisiert wie finanziert werden. Bei
- 38 Auslandseinsätzen der Bundeswehr kann bei Bedarf eine Ausnahme gemacht werden.

- 39 • Ein Kirchenaustritt muss – solange er noch durch das Amt erfolgt – gebührenfrei sein.
40
- 41 • Langfristig ist es unser Ziel, die Trennung von Kirche und Staat gänzlich vollzogen zu
42 haben. Dies beinhaltet das Ende der staatlichen Bezuschussung von kirchlichen
43 Einrichtungen. Bis dahin müssen die Landes- und Bundesbezuschussungen deutlich
44 gekürzt werden.
45
- 46 • Der Rundfunkstaatsvertrag wird dahingehend überarbeitet, dass die Kostenerstattung
47 öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sowie privilegierte Sendezeiten der christlichen
48 sowie jüdischen Religionsgemeinschaften abgeschafft werden. Zudem sollen keine
49 Kirchenvertreter*innen in den Rundfunkräten eingebunden werden.
50
- 51 • Die Anerkennung eines laizistischen Arbeitskreises innerhalb der SPD analog zu den
52 organisierten Christ*innen in der Sozialdemokratie.
53
- 54 • Gleichberechtigung in Partei und Gesellschaft für Konfessionsfreie, Atheist*innen und
55 Agnostiker*innen.
56
- 57 • Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.
58
- 59 • Änderung des sog. Gotteslästerungsparagraphen im StGB in einen Paragraphen gegen
60 die Hetze gegen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen.
61
- 62 • In staatlich bezuschussten, kirchlichen Einrichtungen darf es keine religiöse
63 Diskriminierung geben.
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

W

Wirtschaft, Finanzmärkte & Kapitalismuskritik

W 1	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand Europäische Steuerpolitik	118
W 3	Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso - Bundesvorstand Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und vereinfachen	122

Titel Europäische Steuerpolitik

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Jusos -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Europäische Steuerpolitik

1 Nach den turbulenten Jahren 2010, 2011 und 2012 scheint es, als hätte die europäische Krise
2 ihren Tiefpunkt überwunden und es macht den Anschein, als würden sich die Verhältnisse
3 innerhalb der Euro-Zone und der Europäischen Union wieder etwas stabilisieren. Dass dieser
4 Eindruck täuscht, ist uns als JungsozialistInnen offensichtlich. Während sich in der deutschen
5 öffentlichen Krisen-Debatte die neoliberale Sichtweise durchsetzte, nach der die Euro-Krise vor
6 allem eine Staatsschuldenkrise sei, haben wir als progressiver Verband vehement darauf
7 verwiesen, dass wir bei der Krise in Europa vielmehr mit einer umfassenden Krise des
8 kapitalistischen Systems konfrontiert sind. Die Fokussierung der Maßnahmen auf den
9 Staatssektor geht an den Ursachen der Krise jedoch vorbei. Ursache für die Krise im Euroraum
10 ist nicht undisziplinierte Haushaltspolitik einiger Südstaaten, sondern ein Wettbewerb um billige
11 Produktionsbedingungen. Für eine nachhaltige Überwindung der Krise ist eine enge
12 Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik notwendig. Ziel muss es sein
13 Ungleichgewichte im Euroraum abzubauen und eine Konvergenz der Wettbewerbsbedingungen
14 herzustellen. Wir Jusos setzen uns weiterhin für die Umsetzung unserer Forderungen zur
15 Überwindung der Krise aus den letzten Jahren ein. Neben der Bekämpfung der Krisenursachen
16 hat für uns auch die Finanzierung der Sozialstaaten zentrale Bedeutung. Wir haben deshalb als
17 Jusos auf den letzten Bundeskongressen eine Reihe europapolitischer Forderungen formuliert,
18 die aus unserer Sicht weiterhin Bestand haben und die eigentlichen Krisensymptome besser
19 angehen würden, als dies die neoliberale, merkelische Austeritätspolitik tut.

20

21 Der Ansatz, nach der die Krise in der übermäßigen Verschuldung der Staaten zu suchen ist,
22 verlangt in der Folge eine Politik, die auf eine einseitige Haushaltskonsolidierung abzielt. Hierzu
23 werden neben Schuldenbremsen vor allem die Ausgaben in den Blick genommen. Verkürzt
24 gesagt, besteht die Austeritätspolitik darin durch Ausgabenkürzungen und harte soziale
25 Einschnitte angeblich marode Staatsfinanzen zu sanieren. Wer die Leittragenden einer solchen
26 Politik sind, wird in Griechenland, Spanien und den weiteren, am stärksten von der Krise
27 betroffenen, Staaten umso ersichtlicher. Deshalb erscheint es uns als JungsozialistInnen umso
28 wichtiger, den Blick verstärkt auch auf die Einnahmeseite der Staaten zu lenken. Hierbei lassen
29 sich langfristige steuerpolitische Trends innerhalb der Europäischen Union erkennen, die
30 deutlich machen, dass die Staaten Europas ein Einnahmenproblem haben.

31

32 Die Europäische Union orientiert sich im Bereich der Steuerpolitik an einen
33 wettbewerbsföderalen Grundgedanken, nachdem die nationalen Steuerpolitiken als
34 untereinander in Konkurrenz stehender Standortfaktor den Wettbewerb um „die beste Lösung“
35 begünstigen sollen. Diese Praxis hat dabei gezeigt, dass die bessere Lösung meist in einem
36 Senken von Steuersätzen lag, um potentiellen Investoren anzulocken. Das extremste und
37 bekannteste Beispiel für eine solche Politik ist Irland, das durch Senkung der
38 Körperschaftssteuer von 40% im Jahre 1995 auf heute 12,5% eine Reihe Unternehmen, vor

39 allem aus der Finanzwirtschaft, anlockte. Die fatalen Folgen einer solchen Standortpolitik
40 müssen seit der Finanzkrise nicht mehr weiter kommentiert werden. Dass Irland diesen Weg der
41 Unternehmensansiedlungsstrategie aber nicht alleine bestritten hat, wird deutlich, wenn man
42 sich die Entwicklung der Körperschaftssteuersätze für die gesamte Europäische Union vor
43 Augen führt. So hat im gesamten EU-Durchschnitt (EU-27) der Steuerwettbewerb zu einer
44 Reduzierung der Körperschaftssteuersätze von 1995 bis 2013 um 12,2 Prozentpunkte geführt.
45 Für den Durchschnitt der alten EU-15 ergibt sich sogar eine Reduzierung um 19,8
46 Prozentpunkte! Die Tendenz ist eindeutig. Der Anteil, den Unternehmen, in Form der
47 Körperschaftsteuer, zur Finanzierung des Gemeinwesens beisteuern, ist unter der Prämisse
48 des europäischen Wettbewerbsraumes immer weiter gesunken. Wir haben es hier mit einem
49 Steuerdumpingwettbewerb und einem race-to-the-bottom zu tun, der sich zwar in den letzten
50 Jahren etwas verlangsamt hat, der aber trotz Krise weiter voranschreitet (Im Vergleich zum
51 Vorjahr haben 2013 Slowenien, Schweden und Großbritannien die Körperschaftsteuer weiter
52 gesenkt).

53

54 Hinzu kommt der Trend, dass für die Finanzierung der Staatshaushalte der Faktor Arbeit im
55 Gegensatz zum Faktor Kapital immer stärker herangezogen wird. So hält bspw. der Ökonom
56 Jarass fest, dass 1980 die Summe der Steuern, die sich aus dem Faktor Arbeit ableiten lassen,
57 das Dreifache der Summe aus Kapitalsteuern ausmachte. 2003 hingegen war es schon das
58 Sechsfache! Verdeutlicht werden kann dies wiederum mit Zahlen von Eurostat, nach denen die
59 Steuerbelastung eines/einer alleinstehenden Arbeitnehmers/Arbeitnehmerin mit 67% des
60 Durchschnittseinkommens in den Jahren 2000 bis 2012 im Durchschnitt (EU-27) lediglich um
61 1,9 Prozentpunkte gesunken ist. Im Vergleichszeitraum ist die Körperschaftsteuer hingegen
62 um 8,7 Prozentpunkte im EU-27-Durchschnitt gesunken. Hinzu kommt, dass TopverdienerInnen
63 durch den Steuerwettbewerb innerhalb Europas weitaus stärker profitieren als
64 DurchschnittsverdienerInnen. So ist im gesamten EU-Durchschnitt der Spitzensteuersatz von
65 2000 bis 2013 um 5,9 Prozentpunkte gesunken, im Zeitraum 1995 bis 2013 gar um 8,6
66 Prozentpunkte.

67

68 Wir finden derzeit in der Europäischen Union ein Steuersystem vor, das im Bereich der direkten
69 Steuern weiterhin in starker nationalstaatlicher Autonomie verhaftet ist und deshalb regional
70 starke Unterschiede in der Besteuerung zur Folge hat. So stehen bspw. die Spitzensteuersätze
71 Frankreichs, Belgiens, Dänemarks und Schwedens, die derzeit bei über 50% liegen, in
72 Konkurrenz mit einem Spitzensteuersatz von lediglich 10% in Bulgarien. Und auch die Differenz
73 im Bereich der Körperschaftsteuer bspw. zwischen Frankreich (36,1%) und wiederum
74 Bulgarien und Zypern (jeweils 10%) ist groß. Dass solche eklatanten Unterschiede auf Dauer
75 nicht tragfähig für die öffentlichen Finanzen innerhalb Europas sind, ist offensichtlich. Dass es,
76 zumindest in Ansätzen, auch anders funktionieren kann, zeigt die Europäische Union im Bereich
77 der indirekten Steuern (Umsatz-/Mehrwertsteuern). Hier konnten sich die Mitgliedstaaten der
78 Europäischen Union auf Mindestsätze und zum Teil auch auf Höchstsätze einigen. So dürfen
79 sich bspw. die nationalen Mehrwertsteuersätze lediglich im Rahmen von 15 bis 25% befinden.
80 Andere Steuersätze sind europarechtlich ausgeschlossen. Wird im Bereich der indirekten
81 Verbrauchssteuern damit argumentiert, dass ein gemeinsamer europäischer Binnenmarkt
82 existiert, der eine Harmonisierung solcher Steuersätze erforderlich macht, gilt dies für die
83 Besteuerung von Kapital und Arbeit bisher nicht, obwohl auch hier die verfassten europäischen
84 Grundfreiheiten (Personenfreizügigkeit und Kapitalverkehrsfreiheit) eine verstärkte
85 Zusammenarbeit und Harmonisierung rechtfertigen würden!

86

87 Anders als die EU-Kommission, sehen wir als JungsozialistInnen deshalb und aufgrund der
88 langfristigen Entwicklungen einen dringenden Handlungsbedarf, um den entstandenen
89 Schieflagen entschieden entgegen zu wirken! Der Steuerwettbewerb, der in den letzten Jahren
90 zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt hat und der immer mehr dazu geführt, dass
91 immobiles Kapital immer stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben herangezogen wird,
92 muss ein Ende haben.

93

94 Wir brauchen eine stärkere Harmonisierung und vor allem Europäisierung der nationalen
95 Steuerpolitiken wenigstens in der Euro-Zone, wünschenswert für die gesamte Europäische
96 Union!

97

- 98 • Wir wollen die Steuersenkungsspirale nachhaltig schließen, damit wir die Einnahmeseite
99 der Staatshaushalte stärken sowie "mobiles" Kapital wieder stärker in die Verantwortung

- 100 zur Finanzierung gesellschaftlicher Ausgaben heran gezogen wird.
101
- 102 • Konkret gilt es deshalb In einem ersten Schritt sicher zu stellen, dass auf Ebene der
103 Europäischen Union eine obligatorische einheitliche Bemessungsgrundlage für die
104 Körperschaftssteuer geschaffen wird. Derzeit bestehen vielzählige Regelungen in den
105 einzelnen Mitgliedstaaten, die zur Folge haben, dass eine Reihe von Steuerschlupflöchern
106 existiert. Durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage werden die nationalstaatlichen
107 Steuersysteme europäisch vergleichbarer.
108
 - 109 • In einem zweiten Schritt gilt es zudem sicherzustellen, dass der Steuersenkungs-
110 wettbewerb effektiv gestoppt wird. Hierzu schlagen wir vor, auf Grundlage einer ein-
111 heitlichen Bemessungsgrundlage eine Mindestbesteuerung, wie bei den Verbrauchs-
112 steuern, auch für die Körperschaftssteuer einzuführen. Ziel eines solchen Schrittes soll
113 zudem die schrittweise Annäherung der unterschiedlichen Steuersätze auf ein
114 einheitliches und in der Höhe angemessenes Niveau sein. Wir Jusos lehnen einen
115 Standortwettkampf, der sich hauptsächlich anhand steuerpolitischer Rahmenbedingungen
116 orientiert, ab.
117
 - 118 • Ähnliches soll nach unserer Überzeugung auch für die Einkommensbesteuerung gelten.
119 Wir sind uns dessen bewusst, dass aufgrund der sehr unterschiedlichen Konzeptionen
120 von Einkommenssteuern und auch einkommensbezogenen Abgaben ein noch weiter aus-
121 differenziertes System in Europa vorherrscht, als dies im Bereich der Unternehmens-
122 besteuerung gilt. Wir fühlen uns als JungsozialistInnen aber auch dem Grundsatz
123 verpflichtet, dass in den europäischen Gesellschaften die Solidarität zwischen hohen und
124 niedrigen EinkommensbezieherInnen weiter Bestand haben muss. Deshalb gilt es auch
125 im Bereich der Einkommensbesteuerung Mindestsätze festzuschreiben und einen
126 Umverteilungsanspruch zwischen hohen und niedrigen Einkommen zu gewährleisten. Ziel
127 muss es dabei sein, in allen Mitgliedsstaaten der EU einen progressiven
128 Einkommenssteuertarif einzuführen, der einen echten Umverteilungseffekt aufweist.
129
 - 130 • Nicht nur bei der Unternehmensbesteuerung sehen wir einen drastischen Wettbewerb
131 zwischen den EU-Ländern, der meist zu einer Entlastung von mobilem Kapital führt,
132 sondern auch bei der Vermögensbesteuerung. Immer mehr Vermögen konzentriert sich in
133 der Europäischen Union in den Händen einiger Weniger. Insbesondere in Zeiten der Krise
134 benötigen wir eine solidarische Beteiligung von starken Schultern an der Bewältigung der
135 Krise. In einem ersten kurzfristigen Schritt schließen wir uns der Forderung der Gewerk-
136 schaften nach einer einmaligen Vermögensabgabe an. Langfristig fordern wir jedoch eine
137 Reform der Vermögenssteuern in der EU. Innerhalb der EU müssen klare Regeln bei der
138 Besteuerung von Vermögen gelten. Aktuell sind die Besteuerungsmodelle in der EU sehr
139 verschieden, so dass über eine Angleichung diskutiert werden muss. Darüber hinaus
140 müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, die Bekämpfung von
141 Steuerflucht und Korruption zu effektivieren. Im ersten Schritt gilt es die
142 zwischenstaatlichen Kooperationen der Finanzverwaltung zu intensivieren. Dadurch wird
143 die Steuerflucht in sog. Steueroasen von Seiten der EU erschwert und die effektive
144 Besteuerung erhöht.
145
 - 146 • Wir Jusos kämpfen darüber hinaus für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf
147 Ebene der gesamten Europäischen Union, die nicht nur ein bloßes Lippenbekenntnis
148 einzelner Staaten bleiben darf. Wir müssen in der derzeitigen Situation die Verursacher
149 der Krise heranziehen und den Handel mit Finanzprodukten (wie Aktien, Anleihen,
150 Derivaten, etc.) besteuern, so dass auch da mehr Geld für Bildung, Infrastruktur, etc. in
151 die Kassen gespült wird. Die jetzigen Absichten zur Einführung einer
152 Finanztransaktionssteuer nach dem Modell differenzierter Integration einzelner
153 integrationswilliger Staaten kann daher nur den Einstieg in eine gerechtere Besteuerung
154 des Finanzmarktes darstellen und muss zukünftig alle weiteren Mitglieder der
155 Europäischen Union mit einschließen!
156
 - 157 • Steuern sind auch eine Möglichkeit die Idee eines europäischen Staates weiter voran-
158 zutreiben. Deshalb fordern wir, dass das europäische Parlament durch direkte Steuern
159 aus den Mitgliedsländern gestärkt wird. Dies beinhaltet, dass die Finanztransaktionssteuer
160 zu einer direkten Einnahmequelle für den europäischen Haushalt wird und von allen

161 Staaten der europäischen Union umgesetzt wird. In einem zweiten Schritt müssen weitere
162 Steuern anteilig in den Haushalt der EU fließen, wie es bereits bei der Mehrwertsteuer in
163 Bruchteilen der Fall ist.

164

165 • Mit den Steuereinnahmen sollen in gemeinsame soziale, ökologische und ökonomische
166 Projekte fließen. Ein Projekt ist ein europäischer Währungsfond, der in wirtschaftlichen
167 Krisenzeiten bedingungslos Geld bereitstellt, wenn sich die Staaten vorher an
168 festzulegende Stabilitätskriterien gehalten haben.

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

Titel Genossenschaften stärken - Alternatives und
gemeinwohlorientiertes Wirtschaften gezielt fördern und
vereinfachen

Antragsteller Bundesverbandsprojekt Wirtschaft über Juso -
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Genossenschaften stärken - Alternatives und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften
gezielt fördern und vereinfachen

1 Die Landschaft der Unternehmensformen stellt sich, vor allem in Deutschland, als sehr
2 heterogen dar. Neben den im Allgemeinen bekannten Formen, wie Aktiengesellschaften
3 (AG'en), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH's) oder der Gesellschaft des
4 bürgerlichen Rechts (GbR) gibt es ein weiteres Modelle, welches jedoch in der Gesellschaft
5 weniger bekannt ist. Die Rede ist hier vom Modell der Genossenschaften. Trotz ihrer hohen
6 Mitgliederzahl von fast 21 Millionen Mitgliedern ist ihr Bekanntheitsgrad nur sehr gering, und das
7 obwohl die Vereinten Nationen das Jahr 2012 als „Internationales Jahr der Genossenschaften“
8 ausgerufen haben. Diese Tatsache ist Anlass genug sich mit den bestehenden
9 Rahmenbedingungen der Genossenschaften in Deutschland noch einmal intensiver und
10 tiefergehend auseinander zu setzen.

11
12 Genossenschaften stellen aus mehreren Perspektiven eine Alternative zu den vorherrschenden
13 traditionellen Wirtschaftsformen dar. Das Einsatzfeld von bereits existierenden
14 Genossenschaften erstreckt sich von Produktivgenossenschaften, über Einkaufs- und
15 Distributionsgenossenschaften bis hin zu Wohngenossenschaften. Alle haben jedoch eins
16 gemeinsam:

17
18 Sie sorgen dafür, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital zwar nicht gänzlich
19 aufgehoben, durch die Möglichkeit der Einbindung der Arbeiterinnen und Arbeiter in die
20 Entscheidungsprozesse des Unternehmens aber die Abschöpfung des Mehrwertes durch den
21 Kapitalisten nicht in einem Maß erfolgt, wie bei AG, GmbH usw. Durch die erhöhte Beteiligung
22 der Arbeiterinnen und Arbeiter an dem erwirtschafteten Mehrwert (als Mitglieder der
23 Genossenschaft), sowie der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen können
24 Genossenschaften eine Abmilderung der kapitalistischen Effekt bewirken und damit eine
25 Möglichkeit darstellen gerechteres Wirtschaften zu fördern.

26
27 Natürlich ist das Modell der Genossenschaften aus jungsozialistischer Sicht kein vollständig
28 perfektes. Vor allem die Tatsache, dass beispielsweise Kapitalgesellschaften als Mitglieder
29 einer Genossenschaft fungieren können, sowie die Möglichkeit Arbeiterinnen und Arbeiter nicht
30 an der Mitgliedschaft zu beteiligen zeigen die Schwächen dieser Unternehmensform. Diese
31 Schwächen sind jedoch größtenteils auf die kapitalistische Produktionsweise selbst
32 zurückzuführen. Denn solange der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Erzeugung
33 des Mehrprodukts und seiner Aneignung durch die Eigentümer der Produktionsmittel gegeben
34 ist, unterliegt die ökonomische Entwicklung infolge des Vorrangs der Profitinteressen dem Hang
35 zur Profitmaximierung. Die Wesensart der Genossenschaften, in der Arbeiterinnen und Arbeiter
36 sowohl Produzent*innen als auch Eigentümer*innen an Produktionsmitteln sein können, nutzt

37 den Widerspruch des Kapitalismus um seine Konsequenzen abzufangen und zu mildern. Aber
38 auch Genossenschaften sind nur Teil dieses Systems und können, wie oben bereits erwähnt,
39 die Widersprüche des Kapitalismus nicht beseitigen. Zumal sich die Art des Wirtschaftens und
40 damit die Beteiligung der Mitglieder in den unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten der
41 Genossenschaften durchaus unterscheidet.

42

43 Bei einer groben Eingruppierung der Genossenschaften in Produktions- und Distributions- und
44 Finanzgenossenschaften zeigen sich schnell einige formspezifische Unterschiede. Die Form
45 von Wirtschaften in Genossenschaften sollte in der Diskussion um wirtschaftspolitische
46 Alternativen zum aktuellen System durchaus mitgedacht werden und mehr in den Fokus rücken.

47

48 **Produktionsgenossenschaften**

49

50 Produktionsgenossenschaften stellen in diversen Wirtschaftsbereichen (z.B. Handwerk,
51 Landwirtschaft,...) eine Möglichkeit der Be- und Verarbeitung von Rohstoffen dar. Durch die
52 Beteiligung der Mitglieder an den wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und der daraus
53 resultierenden Möglichkeit der eigenbedarfsgesteuerten Produktionsweise steht die geleistete
54 Mehrarbeit den Arbeitnehmer*innen in nahezu uneingeschränktem Zustand zur Verfügung. Dies
55 hat zur Konsequenz, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, welcher in den
56 Kapitalgesellschaften in vielen Bereichen vorkommt, zwar nicht aufgehoben, aber zumindest in
57 nicht unerheblichem Maß abgeschwächt werden kann. Auch die Tatsache, dass die
58 genossenschaftliche Produktionsweise, bei richtiger Anwendung, den Arbeiterinnen und
59 Arbeitern einen nicht unerheblichen Anteil an Mitbestimmung ermöglicht und damit eine (Teil-
60)Herrschaft über die Produktionsmittel macht ist ein entscheidender Faktor.

61

62 **Distributionsgenossenschaften**

63

64 Im Gegensatz zu Produktionsgenossenschaften leisten Distributionsgenossenschaften keine
65 eigene Wertschöpfung im Sinne der Herstellung von Waren. Ihre Formen in denen sie auftreten
66 können vielfältig sein. Vor allem die Wohngenossenschaften konnten, aufgrund steigender
67 Mietpreise, in den vergangenen Wochen und Monaten erneut das öffentliche Interesse für sich
68 gewinnen.

69

70 Mit Hilfe dieser speziellen Form der Distributionsgenossenschaften ist es möglich,
71 gemeinsamen, kollektiven Wohnraum zu einem angemessenen Preis für die Mitglieder bereit zu
72 stellen. Aber auch andere Formen von Distributionsgenossenschaften wie beispielsweise
73 Einkaufsgenossenschaften, Futtermittelgenossenschaften, Dritte-Welt-Läden, Car-Sharing-
74 Genossenschaften usw. bieten, bei richtiger Ausgestaltung die Möglichkeit der Beteiligung der
75 Mitglieder am wirtschaftlichen Prozess des Unternehmens.

76

77 Gleichzeitig wird, gerade bei Distributionsgenossenschaften, auch der ökonomische Nutzen der
78 Mitglieder schnell deutlich. So besteht beispielsweise durch die kollektive Beschaffung von
79 Futtermittel in einer Futtermittelgenossenschaft die Möglichkeit Kosten zu sparen und damit
80 einen höheren Mehrwert zu erzielen, als wenn jedes Mitglied einzeln Futtermittel einkaufen
81 würde. Auch diese vorrangig ökonomisch sinnvolle Komponente einer Genossenschaft ist aus
82 sozialistischer Sicht positiv zu bewerten. Die Ausschaltung kapitalistischer Konkurrenz führt
83 hierbei direkt zu einer Wohlstandsmehrung denn so kann der größere Mehrwert in einer
84 Genossenschaft entsprechend dem Grundgedanken auch zu größeren Teilen an die Mitglieder
85 verteilt werden.

86

87 **Finanzgenossenschaften**

88

89 Das Tätigkeitsfeld von Finanzgenossenschaften beschränkt sich weitestgehend auf die
90 Finanzmärkte und die Verwaltung des investierten Kapitals der Mitglieder. Sie kann vor allem
91 helfen der lohnabhängigen Bevölkerung, sowie Kleinstkapitalisten Zugang zu Kapital in Form
92 von Krediten zu verschaffen. Finanzgenossenschaften haben sich vor allem in der Krise
93 gegenüber großen international tätigen Banken als sehr resistent erwiesen, da ihre Anlagen-
94 und Investitionspolitik nicht dem neoliberalen Trend gefolgt ist, sondern auch in die
95 Realwirtschaft, insbesondere dem Klein- und Mittelstand, investiert und entsprechende Kredite
96 vergeben wurden.

97

98 Alle hier benannten Formen von Genossenschaften haben aus sozialistischer Sicht sowohl
99 gemeinsame Stärken, als auch gemeinsame Schwächen. Ihre Ambivalenz ergibt sich aus der
100 Tatsache, dass sie als Unternehmensform im kapitalistischen System existieren und damit auch
101 allen kapitalistischen Gesetzen und Effekten unterworfen sind, sowie aus der Tatsache, dass
102 sie durch die verschiedenen, in ihnen enthaltenen, Instrumente die kapitalistischen Effekte
103 abmildern. Diese Ambivalenz ist unabhängig von der jeweiligen Ausdifferenzierung und hat zur
104 Folge, dass je nach Ausgestaltung der Genossenschaften die Milderung der kapitalistischen
105 Effekte von überhaupt nicht bis hin zu größtmöglich variiert. Vor allem die Möglichkeit der
106 juristischen Personen als Anteilseigner*innen oder die Verkümmern des
107 genossenschaftlichen Auftrags zur reinen Wahrung der Besitzstände zu nennen. Hier wären
108 beispielsweise Wohngenossenschaften zu nennen, deren selbst gesetzter Auftrag bei einer
109 Gründung die Schaffung von günstigem Wohnraum ist, welche aber nach wenigen Jahren nur
110 noch Wohnungen zu Preisen anbieten, die lediglich gut situierte Menschen bezahlen können.
111 Ab diesem Zeitpunkt wäre das ursprüngliche Ziel (Schaffung von günstigem Wohnraum) nicht
112 mehr erkennbar. Dies würde dann zum Ausschluss von Menschen führen, welche auf
113 günstigeren Wohnraum angewiesen sind und deren Situation verschlechtern. Diese, damit
114 verbundene Ausgrenzung sozial schwächerer Menschen, steht im Widerspruch zum
115 ursprünglichen Ziel.

116

117 Aus sozialistischer Sicht ist das Modell der Genossenschaften vor allem dann
118 unterstützenswert, wenn eine größtmögliche Abmilderung des undemokratischen und
119 kapitalistischen Profitstrebens erfolgt. Das bedeutet konkret, dass Mitglieder einer
120 Genossenschaft natürliche Personen sind, die Mitbestimmung das höchstmögliche Maß
121 erreicht, der Aufbau und die Vorgehensweise der Genossenschaften demokratisch erfolgt,
122 sowie das Handeln einer Genossenschaft stets am Gemeinwohl orientiert ist.
123 Genossenschaften, welche die oben genannten Merkmale ausweisen sind aus unserer Sicht zu
124 fördern und entsprechen unserem Modell einer ideal ausgestalteten Genossenschaft.

125

126 Gerade die oben genannten Vorteile sind Grund genug, das Modell der Genossenschaften
127 weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die oben benannten Schwächen, sowie die Hürden zur
128 Gründung von Genossenschaften müssen, soweit möglich, sukzessiv abgebaut und das Modell
129 der Genossenschaften gestärkt werden.

130

131 Unser Anspruch an eine moderne linke Unternehmenspolitik ist geprägt von einer Förderung
132 alternativer Eigentums- wie Wirtschaftsformen, der Steigerung der Mitbestimmung, sowie einer
133 Gemeinwohlorientierung der einzelnen Gesellschaftsformen. Die Genossenschaften können ein
134 Baustein in einem großen Gesamtkonstrukt sein und müssen deshalb aus unserer Sicht weiter
135 gefördert und ihre Attraktivität gesteigert werden. Wir sind uns dennoch bewusst, dass
136 Genossenschaften kein Allheilmittel sind und ihr Einsatz auch nicht auf allen Gebieten Sinn
137 ergibt, sondern durch kommunale, staatliche und private Eigentumsformen ergänzt werden
138 sollte.

139

140 Trotz öffentlichkeitswirksamen Entwicklungen wie beispielsweise der Schritt der Vereinten
141 Nationen das Jahr 2012 zum "Jahr der Genossenschaften" auszurufen, ist der
142 Bekanntheitsgrad von Genossenschaften eher gering. Vor allem ihr Name führt in der
143 Gesellschaft häufig zu einer ablehnenden Reaktion (Sozialismus ist zum Teil immer noch
144 negativ behaftet). Wir möchten Genossenschaften stärken und Vorurteile abbauen, den
145 Bekanntheitsgrad erhöhen und die Vorteile dieser Unternehmensform weiter in den Fokus
146 rücken.

147

148 **Deshalb fordern wir**

149

- 150 • öffentliche Informationsveranstaltungen durch Schulen, Hochschulen und die Bundes- wie
151 Landeszentralen für politische Bildung zur Stärkung des Bewusstseins gegenüber
152 Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsformen zu unterstützen
153
- 154 • die Aufnahme von Genossenschaften als Unternehmensform in die Lehrpläne beruflicher
155 Schulen
156
- 157 • den Ausbau von Beratungsangeboten zu Genossenschaften insbesondere durch die
158 Bundesagentur für Arbeit und die Kammern.

159 • den stärkeren Einbezug von Genossenschaften bei Unternehmensgründungsberatungen

160

161 • den Miteinbezug der Genossenschaften als Alternative zu Kapitalgesellschaften bei

162 Neugründungen von regionalen Unternehmen

163

164 Durch die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 wurden die

165 Genossenschaften zum Teil an die Kapitalgesellschaften angeglichen und außerdem die

166 Hürden zur Gründung von Genossenschaften zum Teil abgebaut. Dennoch gibt es noch einige

167 Hürden, welche bei Existenzgründungen durchaus als Hemmschwelle betrachtet werden

168 können. Aus unserer Sicht ist es deshalb zwingend notwendig, diese Hürden weiter abzubauen

169 und so die Attraktivität der Genossenschaften weiter auszubauen.

170

171 **Daher fordern wir**

172

173 • gezielte Reformen zur Erleichterung der Gründung von gemeinwohlorientierten

174 Genossenschaften, gerade in den bisher noch nicht so stark genossenschaftlich

175 organisierten Wirtschaftszweigen

176

177 • den Erhalt und die Stärkung der wichtigen Alleinstellungsmerkmale von

178 Genossenschaften in Richtung Allgemeinwohlorientierung, demokratische Mitbestimmung

179 und Partizipation der Mitglieder, Anteil an Produktionsmitteln u. Ä.

180

181 • die Einbindung von Genossenschaften in staatliche Förderungsprogramme und die

182 Gleichberechtigung an diesem Punkt mit allen anderen „traditionellen“, kapitalorientierten

183 Unternehmensformen

184

185 Auch im Bereich der Forschung zeigt sich noch ein erheblicher Nachholbedarf. Die größere

186 Bedeutung kommt vor allem Genossenschaften im regionalen Bereich zu. Im Nationalen und

187 Internationalen Bereich gibt es bis jetzt wenige Erfahrungen mit Genossenschaften. Dieser

188 Umstand stellt eine weitere Hemmschwelle für die Gründung vor allem von überregionalen

189 Genossenschaften dar.

190

191 Der Ausbau und die Förderung von Forschungsprojekten ist deshalb zwingend notwendig, wenn

192 Genossenschaften als Alternative auf Augenhöhe zu den „traditionellen“ Kapitalgesellschaften

193 wahrgenommen werden sollen.

194

195 **Wir fordern deshalb**

196

197 • den Ausbau und die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der

198 Genossenschaften und gemeinwohlorientierter alternativer Wirtschaftsformen, vor allem

199 im überregionalen Bereich

200

201 • die Evaluation bestehender genossenschaftlicher Projekte im regionalen und

202 überregionalen Bereich zur Bewertung ihrer Entwicklung

203

204 • die Durchführung von Studien und Schaffung von Modellprojekten im Bereich

205 genossenschaftlichen Wirtschaftens

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

Bundeskongress, 6.-8.12.2013

INI **Initiativanträge**

INI 2	Sachsen,Bayern, Berlin, Bremen,NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hannover, Weser-Ems, Braunschweig , Thüringen Zukunft gestalten geht anders!	127
INI 4	Bundesvorstand Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014 - Heraus zum 8. März!	132

Titel Zukunft gestalten geht anders!

Antragsteller Sachsen, Bayern, Berlin, Bremen, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hannover, Weser-Ems, Braunschweig, Thüringen

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Zukunft gestalten geht anders!

- 1
- 2 Wir Jusos sind bei dieser Bundestagswahl angetreten um gemeinsam mit der SPD einen
- 3 Politikwechsel einzuläuten. Unser Ziel war und ist: wir wollen das Leben für vieler Menschen
- 4 nachhaltig verbessern. Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, die Weichen für gute Arbeit
- 5 stellen, den Investitionsstau beseitigen und die gesellschaftliche Modernisierung voranbringen.
- 6
- 7 Die SPD hat das Wahlziel einer rot-grünen Mehrheit verfehlt, andere Optionen hatte die
- 8 Parteispitze vorher ausgeschlossen. Unter diesen Umständen haben wir Jusos uns ganz
- 9 bewusst den Koalitionsverhandlungen nicht prinzipiell verweigert. Sehr entschieden haben wir
- 10 gesagt, dass die Bedingung für einen Eintritt in jede Bundesregierung ein Politikwechsel sein
- 11 muss. Glaubwürdigkeit gerade bei jungen Menschen kann die SPD nur (zurück)erlangen, wenn
- 12 sie an ihren inhaltlichen Forderungen festhält.
- 13
- 14 Nach den Koalitionsverhandlungen mit CDU/CSU hat die Verhandlungsgruppe nun einen
- 15 Koalitionsvertrag erarbeitet, den der SPD-Parteivorstand den Mitgliedern zur Entscheidung
- 16 vorlegt und zur Annahme empfiehlt.
- 17
- 18 Mit dem Mitgliedervotum beschreiten wir als erste Partei einen historisch einmaligen Weg der
- 19 Demokratie und politischen Mitgestaltung. Dieser viel beachtete Prozess ist ein großer Schritt in
- 20 Richtung einer lebendigen, starken und zur Beteiligung einladenden Mitgliederpartei. Die
- 21 Letztentscheidung der Parteimitglieder ist mit Verantwortung verknüpft. Verantwortung, die wir
- 22 Jusos ernst nehmen. Wir setzten uns mit den inhaltlichen Ergebnissen ehrlich und konstruktiv
- 23 auseinander. Wir begrüßen und unterstützen die Debatten, die auf allen Ebenen der Partei
- 24 intensiv geführt werden.
- 25
- 26 Entscheidend für unsere Bewertung war für uns Jusos immer, welche inhaltlichen Punkte sich
- 27 mit der Union durchsetzen lassen. Für die Koalitionsverhandlungen hat sich die SPD auf dem
- 28 Parteikonvent mit dem Beschluss „Verantwortung für mehr soziale Gerechtigkeit“ einen klaren
- 29 Kompass gegeben. Viele von diesen Punkten konnten in den Verhandlungen durchgesetzt
- 30 werden. Unsere Verhandlungsgruppe hat an vielen Stellen gute Arbeit geleistet. Für ihre
- 31 couragierte Verhandlungsführung gilt den Verhandelnden unsere Anerkennung. Aus diesem
- 32 Grund ist ein Votum über den Vertrag kein Votum für oder gegen die Verhandelnden, sondern
- 33 für oder gegen den Eintritt in eine Bundesregierung mit einer historisch starken Union auf Basis
- 34 des vorliegenden Vertrags und der Erwartungen der Menschen an die SPD.
- 35
- 36 Bei dem wichtigen Thema Mieten konnten wir mit den veränderten Regelungen zur
- 37 Maklergebühr sowie der Mietpreisbremse wichtige Verhandlungserfolge erzielen. Auch die

38 Fortschritte im Bereich der Asylpolitik wie z.B. eine Arbeitserlaubnis nach drei Monaten, sowie
39 die Abschaffung der Optionspflicht bei der Doppelten Staatsbürgerschaft begrüßen wir sehr.
40 Allerdings enttäuscht, dass die Optionspflicht nur für bereits in Deutschland Geborene
41 abgeschafft wird. Auch im Bereich der Arbeitsmarktformen zeigt sich ein geteiltes Bild: Beim
42 Mindestlohn konnten wir uns im Kern mit unserer Forderung von 8,50 Euro – flächendeckend
43 und gesetzlich – durchsetzen. Trotz einiger Ausnahmen kann man dies als Erfolg verbuchen.
44 Das Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 bis 2018 wird den
45 Erfordernissen der Betroffenen allerdings nicht gerecht. Bei der Regulierung der Leiharbeit
46 konnten nur kleine Fortschritte erzielt werden. Die Einführung des Grundsatzes von „equal pay“
47 nach 9 Monaten geht in die richtige Richtung, reicht aber für einige Branchen insbesondere im
48 Dienstleistungssektor nicht aus, weil eine große Zahl von Leiharbeitskräften diese Anzahl gar
49 nicht erreicht. Im Bereich der Rente sind gerade die Erhöhung zur Zurechnungszeit bei der
50 Erwerbsminderungsrente sowie die Möglichkeit nach 45 Beitragsjahren bereits ab 63 Jahren
51 abschlagsfrei in Rente gehen zu können wichtige Bausteine im Kampf gegen Altersarmut.
52 Gleichzeitig gibt es die Rente mit 63 aber nur für eine Übergangszeit und den Zugang zur
53 ‚solidarischen Lebensleistungsrente‘ konnte die Union mit der Pflicht zur privaten Vorsorge für
54 die meisten Betroffenen versperren.

55
56 Uns ist klar, dass in einer Koalition das Wahlprogramm der SPD nicht zu 100% umgesetzt
57 werden kann. Dennoch fehlen aus Sicht der Jusos weitere wesentliche Punkte.

58

59

60

61 **ZukunftsGerecht!**

62

63 Wir haben uns im Bundestagswahlkampf nachdrücklich dafür eingesetzt, insbesondere über die
64 Steuerpolitik die zunehmend ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland
65 zu korrigieren. Wir haben klar gesagt, dass wir die BezieherInnen hoher Einkommen und die
66 BesitzerInnen großer Vermögen verstärkt zur Staatsfinanzierung heranziehen wollen. Damit
67 wollten wir die notwendigen Einnahmen erzielen, um über staatliche Investitionen vor allem in
68 Bildung, Infrastruktur und in den Kommunen auch mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen.

69

70 Im Koalitionsvertrag ist es nicht einmal im Ansatz gelungen, dieses Konzept umzusetzen. Zwar
71 wurden einige Investitionen in Bildung und Kommunen versprochen. Zum Beispiel sollen die
72 Länder zur Finanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen um sechs Milliarden Euro
73 entlastet werden, fünf Milliarden Euro sollen für öffentliche Infrastrukturprojekte bereitgestellt
74 werden. Das ist aber bei weitem nicht ausreichend, um die versäumten Investitionen der letzten
75 Jahre wettzumachen und die notwendigen zusätzlichen Investitionen zu realisieren. Außerdem
76 ist bei allen Projekten die Finanzierung ungeklärt. Sich, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, auf
77 eine günstige Entwicklung der Staatseinnahmen zu verlassen, ist blauäugig mit Blick auf die
78 Entwicklungen in der Weltwirtschaft, die eine gegenteilige Einnahmeentwicklung erwarten
79 lassen.

80

81 Von Anfang an hat die Union beim Thema Steuererhöhungen dicht gemacht. Für uns ist die
82 Maxime „viel versprechen, aber wegen ungeklärter Finanzierung nichts halten“ kein gangbarer
83 Weg. Steuererhöhungen sind kein Selbstzweck, sondern sie garantieren präventive Sozialpolitik
84 und Investitionen in die Zukunft. Gleichzeitig tragen sie zur Umverteilung bei und machen
85 unsere Gesellschaft damit gerechter.

86

87 Das Ziel, die Schere zwischen Arm und Reich zu verkleinern wird durch das Unterlassen einer
88 stärker umverteilenden Steuerpolitik nicht angegangen. Das Gegenteil wird Wirklichkeit: An
89 einigen Stellen werden ArbeitnehmerInnen deutlich stärker belastet. Die steigenden Kosten im
90 Gesundheitssystem etwa müssen einseitig von ArbeitnehmerInnenseite getragen werden. Auch
91 steigende Energiepreise belasten vor allem Geringverdienende.

92

93

94

95

96

97 **Ein anderes Europa!**

98

99 Die bisherige Krisenpolitik hat nicht zur Überwindung der Krise beigetragen, ganz im Gegenteil,
100 sie hat verheerende Auswirkungen für die betroffenen Länder und insbesondere für die dort
101 lebenden Menschen. Die einseitige Sparpolitik hat die Handlungsspielräume vieler Staaten
102 erheblich eingeschränkt. Es fehlen die Mittel um Wachstumsimpulse zu setzen und die
103 Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Die Kosten der Krise
104 werden auf die Schultern von ArbeitnehmerInnen, RenterInnen und Jugendlichen abgewälzt.

105

106 Den notwendigen Kurswechsel in Europa wird es mit diesem Koalitionsvertrag jedoch nicht
107 geben. Maßgeblich bleiben „Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit“ und eine „strikte,
108 nachhaltige Haushaltskonsolidierung“. Auch wenn Wachstumsimpulse und soziale
109 Ausgewogenheit erwähnt werden, so zieht sich der Duktus der Austerität, des deutschen
110 Spardiktats, durch den ganzen Text. Der Kurswechsel in Europa, auf den viele Menschen auf
111 dem ganzen Kontinent hoffen, bleibt aus. Vielmehr könnte die bisherige Strategie durch einen
112 Wettbewerbspakt („verbindliche Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene“) unter
113 Duldung der SPD komplett unumkehrbar gemacht werden.

114

115 Insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit tun Deutschland und Europa
116 bislang zu wenig. Dies wird sich auch mit einer schwarz-roten Bundesregierung nicht ändern.
117 Deutlich mehr Mittel wären notwendig um spürbare Verbesserungen für Länder mit horrenden
118 Jugendarbeitslosigkeitsquoten zu bringen. Ein Schuldentilgungsfonds oder ein ähnliches
119 Instrument, das die von der Banken- und Finanzkrise besonders hart betroffenen Eurostaaten
120 von ihren sehr hohen Zinslasten solidarisch entlasten könnte, ist nicht vorgesehen. Wir haben
121 stets eine solidarische Lösung der Krise gefordert. Der Vertrag hingegen lehnt jede Form der
122 Vergemeinschaftung von Staatsschulden ab. Nationale Budgetverantwortung und
123 supranationale, gemeinsame Haftung seien unvereinbar. Hier hat sich die Union durchgesetzt.

124

125 Die Abschottungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen setzt der Koalitionsvertrag fort. Was
126 „mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten“ konkret bedeuten soll ist unklar. Die
127 Drittstaatenregelung (Dublin II) soll offenbar nicht verändert werden. Außerdem werden die
128 Staaten des westlichen Balkans zu sicheren Drittstaaten erklärt, obwohl gerade Roma dort
129 diskriminiert werden. Durch diese Änderung drohen viele Abschiebungen, die vor dem
130 Hintergrund der dortigen innenpolitischen Situation nicht nur für Roma, sondern beispielsweise
131 auch für Homosexuelle und Obdachlose im Ernstfall lebensbedrohlich sein kann. Wir sind
132 überzeugt, dass politische Kompromissfindung spätestens dort an ihre Grenzen stößt, wo die
133 Auswirkungen Leib und Leben der Betroffenen bedrohen. Insofern wurde hier eine rote Linie
134 klar überschritten.

135

136

137

138 **Jugend braucht Zukunft!**

139

140 In unserem erfolgreichen Jugendwahlkampf haben wir uns für mehr Sicherheit und
141 Perspektiven für junge Menschen eingesetzt. Davon findet sich im Koalitionsvertrag wenig
142 wieder.

143

144 Insgesamt scheint der Koalitionsvertrag die zunehmend prekäre Situation gerade junger
145 Menschen aus den Augen verloren zu haben. Hier wird der fehlende moderne
146 Gesellschaftsentwurf besonders deutlich. Der Koalitionsvertrag gibt keine Antwort auf die
147 Fragen, die für junge Menschen zentral sind: Wie gelingt es, gleiche Bildungschancen für alle zu
148 realisieren? Wie gelingt jungen Menschen ein Start in das Erwerbsleben, der mit sicheren
149 Arbeitsplätzen verbunden ist? Wie gelingt es, Engagement für die Gesellschaft und Familie trotz
150 zunehmendem Leistungsdrucks und zunehmender Unsicherheit im Bildungssystem und der
151 Erwerbsarbeit zu ermöglichen? Wie passt sich die Gesellschaft an die vielfältigeren und offenen
152 Lebensentwürfe (nicht nur) junger Menschen an? Ohne Antworten auf diese Fragen und daraus
153 abgeleitetes politisches Handeln – wie es das Regierungsprogramm formuliert hat – ist aber
154 eine zunehmende Verschlechterung der Lebensverhältnisse (nicht nur) junger Menschen zu
155 erwarten, ein weiterer Trend zur Prekarisierung und ein Rückzug auf die Sicherung des eigenen
156 (Erwerbs-)Status zu Lasten gesellschaftlichen Engagements.

157

158

159 Die Maßnahmen im Bereich innere Sicherheit hat nichts mit einem modernen Staat und noch

160 weniger mit Bürgerrechten zu tun. Vielmehr werden Rechte durch den Ausbau von
161 gemeinsamen Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten, die Nutzung von genetischen
162 Untersuchungen Unverdächtiger oder etwa der Präzisierung der Quellen-
163 Telekommunikationsüberwachung eingeschränkt. Die Vorschläge im Koalitionsvertrag zur
164 Überwachung der Zivilgesellschaft untergraben das Vertrauen der Menschen diese Grundrechte
165 und damit in den demokratischen Rechtsstaat. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht,
166 insbesondere aus unserer gemeinsamen 150-jährigen Geschichte, dürfen diese Einschnitte in
167 diverse Grundrechte nicht zugelassen werden.

168

169 Zentral waren für uns Verbesserungen in Ausbildung und Studium sowie die Situation junger
170 Beschäftigter. Der Koalitionsvertrag bekennt sich zur Stärkung und Modernisierung der dualen
171 Ausbildung. Da viele junge Menschen jedoch nach wie vor keinen passenden Ausbildungsplatz
172 finden, reicht uns eine reine Zielformulierung zum Recht auf Ausbildung nicht aus. Auch die
173 Mindestauszubildendenvergütung wird mit keinem Satz erwähnt. Dabei ist es für Jugendliche
174 wichtig, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen.

175

176 Auch die finanzielle Situation von Studierenden wird durch den Koalitionsvertrag nicht
177 verbessert. Die dringend notwendige Reform des BAföG bleibt aus. Damit bleibt es weiterhin
178 gerade für junge Menschen aus finanziell schwierigen Verhältnissen besonders schwer an der
179 Universität zu bestehen. Im Gegenzug sollen sowohl Exzellenzinitiative als auch das
180 Deutschlandstipendium weiterfinanziert werden. Der Koalitionsvertrag setzt an dieser Stelle ein
181 klares Zeichen für Elitenförderung und Wettbewerb. Chancengleichheit und Breitenförderung
182 bleiben aber auf der Strecke. Auch zum Ausbau von Masterplätzen oder der sozialen
183 Infrastruktur an Hochschulen konnte kein Kompromiss herbeigeführt werden.

184

185 Unisichere berufliche Perspektiven erschweren vielen jungen Menschen die eigene
186 Lebensplanung. Dagegen haben wir uns im Wahlkampf stark gemacht. Die Abschaffung der
187 sachgrundlosen Befristung ist dabei ein wichtiger Baustein um die Lebenssituation junger
188 Menschen zu verbessern. Er wurde vom Parteikonvent zu Recht als „unverzichtbar“ für eine
189 Koalition eingestuft. Leider konnte auch diese Forderung nicht durchgesetzt werden. Damit
190 bleibt die berufliche Situation vieler junger Menschen weiterhin ungewiss.

191

192 Auch in gleichstellungspolitischen Fragen - sei es zwischen den Geschlechtern oder auch
193 zwischen Ehen und Lebenspartnerschaften - bleibt der Vertrag im Ungefähren. Das
194 Betreuungsgeld wird kaum noch ernsthaft diskutiert, unsere Vorstellung eines
195 Entgeltgleichheitsgesetzes konnten wir nicht durchsetzen und auch bei gleichen Rechten für
196 gleichgeschlechtliche Paare, so zum Beispiel bei Fragen des Adoptionsrechts, gibt es nur
197 anerkennende Worte, die in der politischen Praxis jedoch weitgehend folgenlos bleiben. Für
198 Frauen und nicht-heterosexuelle Partnerschaften bliebe auch zukünftig das
199 Bundesverfassungsgericht die wichtigste Interessenvertretung. Für eine Partei, die proaktiv
200 gesellschaftlichen Fortschritt organisieren will, ist das nicht akzeptabel.

201

202

203

204 Nicht zuletzt die in den Verhandlungen beendigte BAföG-Reform, das geplante
205 Ganztagschulprogramm, der Fortbestand des Kooperationsverbotes, sowie die zögerlichen
206 Schritte in der Gleichstellung stehen sinnbildlich für die Fantasielosigkeit, mit der eine Große
207 Koalition den Lebensrealitäten junger Menschen begegnen will. Gleichzeitig liegt uns nichts
208 ferner, als einem Generationenkonflikt das Wort zu reden.

209

210 **Fazit**

211

212 Fakt ist: die SPD hat in einigen Bereichen gute Verhandlungserfolge erzielt. Sie hat der Union
213 Kompromisse abgerungen, hinter die die Konservativen nicht wieder zurückfallen können. Fakt
214 ist aber auch: in vielen wichtigen Bereichen konnten wir gegen diese Union unsere Positionen
215 nicht durchsetzen. Es fehlt ein tragfähiges Finanzierungskonzept für notwendige
216 Zukunftsinvestitionen. Es fehlt die Vision eines anderen Europas. Es fehlen
217 Zukunftsperspektiven für junge Menschen. Wichtige Reformprojekte wie die Einführung einer
218 Bürgerversicherung werden nicht angegangen. Zukunft gestalten geht anders!

219

220 Der vorliegende Koalitionsvertrag zeigt, dass mit dieser Union kein Politikwechsel möglich ist.

221 Deshalb können wir ihm nicht zustimmen.

222

223 Für uns Jusos ist klar: egal wie der Mitgliederentscheid ausfällt, wir stehen der Entscheidung,
224 die die SPD-Mitglieder treffen. Wenn die Koalition zustande kommt, muss sich die SPD
225 Gedanken darüber machen, wie sie auf den verschiedenen Politikebenen ihren
226 Gestaltungsanspruch über die große Koalition hinaus verwirklichen kann. Dies gilt insbesondere
227 für die europäische Ebene. Wir Jusos werden, wenn diese Koalition zustande kommt, darum
228 kämpfen, dass auch junge Menschen von sozialdemokratischer Politik profitieren. Sollte die
229 Regierungsbildung scheitern, bleiben wir treibende Kraft in der Opposition. Kommt es zu
230 Neuwahlen, werden wir wieder in der ersten Reihe stehen und um Stimmen werben. Mehr noch:
231 Wir kämpfen um jedes Mitglied in unserer Partei und Bewegung.

232

233

234

235

236

237

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

Titel Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014
- Heraus zum 8. März!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wir unterstützen den Frauenkampftag 2014 - Heraus zum 8. März!

1

2 Der Internationale Frauen*kampftag steht für den Kampf für rechtliche, politische und wirtschaft-
3 liche Gleichstellung, ein selbstbestimmtes Leben, für das Recht auf körperliche Unversehrtheit,
4 sowie sexuelle Selbstbestimmung. Beim ersten Internationalen Frauentag 1911 wurden
5 Forderungen nach sozialer und politischer Gleichberechtigung auf die Straße getragen. Auch
6 über hundert Jahre später sind viele Forderungen immer noch aktuell. Wir stellen uns in eine
7 Reihe mit den feministischen Initiativen und Bewegungen und wollen versuchen eine
8 gemeinsame neue feministische Offensive zu organisieren!

9

10 Unser Ziel ist es, den 8. März zu (re)politisieren, Frauen untereinander zu solidarisieren
11 und eine Öffentlichkeit für unsere Anliegen und Forderungen zu schaffen. Hierfür hat sich ein
12 breites Bündnis gefunden. Denn wir wollen einen politischen und sichtbaren Frauen*kampftag
13 2014! Wir wollen einen Beitrag für eine neue feministische Handlungsfähigkeit leisten, von
14 unseren verschiedenen Erfahrungen lernen und an möglichen Punkten gemeinsam kämpfen -
15 Zusammen trotz aller Unterschiede und Differenzen und ohne diese Unterschiede zu
16 verschweigen.

17 Weil alle Frauen* von Diskriminierung betroffen sind. Weil wir gegen das alles nur ankommen,
18 wenn wir gemeinsam kämpfen. Wir wollen Solidarität unter Frauen* bestärken und die
19 Notwendigkeit aufzeigen, gegen diese Verhältnisse zusammen vorzugehen.

20

21

22

23 Wir rufen zu einer bundesweiten, kämpferischen Demonstration am 8.März 2014 in Berlin auf.
24 Frauen* und Alle, die sich solidarisch zeigen, sind eingeladen, die Demo so groß und bunt wie
25 möglich zu gestalten und in einem der diversen Blöcke mit unterschiedlichen Anliegen ihren
26 Protest auf die Straße zu tragen. Mit kreativen Aktionen rund um die Demonstration und
27 inhaltlichen Veranstaltungen im Vorfeld wollen wir unsere Kritik vielfältig und wahrnehmbar in
28 eine breite Öffentlichkeit tragen.

29

30 Feminismus ist weder überholt, noch unnötig. Er ist als emanzipatorisches Projekt für alle
31 unverzichtbar und aktuell. Deswegen:

32

33

34

35 **Heraus zum 8. März 2014!**

36

37 **Still lovin' feminism!**

38

Beschlussbuch Juso-Bundeskongress 2014

vom 5. bis 7. Dezember
in Bielefeld



#linksleben

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:



KoKoS

Das KonferenzKoordinationsSystem

KoKoS 2.3, © 2011 Fabian Parsch

Bundeskongress, 5.-7.12.2014

A Arbeit und Soziales

A 1	Perspektivprojekt Arbeit über Bundesvorstand	Sicherheit und Flexibilität – Eine echte Arbeitsversicherung	5
A 10	Bayern	Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent	18

B Bildung und Ausbildung

B 7	Weser-Ems	Frühkindliche Bildung -- jetzt erst Recht!!	29
-----	-----------	---	----

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 4	Hannover	Rassismus in der Medizin bekämpfen	30
-----	----------	------------------------------------	----

E Europa, Asyl- & Flüchtlingspolitik

E 1	Perspektivprojekt Europa über Bundesvorstand	Auf dem Weg zu Mehr - Unser Europa geht besser!	32
-----	--	---	----

F Frieden & Internationales

F 1	Bundesvorstand	Für eine linke Friedenspolitik	48
-----	----------------	--------------------------------	----

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 4	Hamburg	Gleichstellung bei Blut- und Blutplasmaspende sowie Knochenmark- und Organspende von hetero-, homo- und bisexuellen Männern	60
G 8	Sachsen-Anhalt	Geschichte verpflichtet: Rehabilitation und Entschädigung so genannter „175er“	61

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 1	Nordrhein-Westfalen	UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!	62
I 4	Hannover	Racial Profiling stoppen!	65
I 12	Rheinland-Pfalz	Änderung des § 177 Strafgesetzbuch - Sexuelle Nötigung - Vergewaltigung: Weil ein Ja Vorraussetzung ist	66
I 14	Sachsen	Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz	68

K Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 1	Braunschweig	Aktive Wohnungspolitik: Mehr als Mietpreisbremse	70
K 4	Nordrhein-Westfalen	Das Morgen schon Heute bewahren!	73

N Netzpolitik, Datenschutz & Digitales

N 1	Bundesvorstand	Die digitale Gesellschaft gestalten – frei und solidarisch!	77
-----	----------------	---	----

O Organisation & Partei

O 2	Thüringen, Sachsen	Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland	84
-----	--------------------	--	----

O 5	Bayern	Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden	87
-----	--------	--	----

P Pflege & Gesundheit

P 6	Nord-Niedersachsen	Jeder Menschen braucht mindestens einmal im Leben eine Hebamme – Sorgen wir dafür, dass es diese Hebammen auch weiterhin gibt!	89
-----	--------------------	--	----

P 8	Bremen	Für eine progressive Drogenpolitik	91
-----	--------	------------------------------------	----

P 9	Hessen-Süd	Drug-Checking muss straffrei werden. Für einen neuen Weg in der Drogenpolitik	92
-----	------------	---	----

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U 1	Perspektivprojekt „Transformation der Wirtschaftsweise“ über Juso-Bundesvorstand	Ziele, Strukturen und Transformationen für eine sozialistische Energiewende	93
-----	--	---	----

U 12	Nordrhein-Westfalen	Ein Ende des Plastikwahns	114
------	---------------------	---------------------------	-----

W Wirtschaft, Steuern & Finanzmärkte

W 1	Bundesvorstand	Für eine andere Freihandelspolitik – TTIP, CETA und TISA stoppen!	115
-----	----------------	---	-----

W 7	Baden-Württemberg	Friede den Hütten, Steuern den Palästen! – Für eine solidarische Steuerpolitik, die Arme entlastet, Kriminelle bestraft und Reiche zur Erfüllung ihrer Pflichten anhält	119
-----	-------------------	---	-----

W 13	Berlin	Fair-Fashion: Unternehmenshaftung statt CSR und Produktzertifizierung	125
------	--------	---	-----

INI Initiativanträge

INI 1	Hessen-Süd	Keine Bühne für sexualisierte Gewalt - Sexistische und menschenverachtende Seminare verhindern!	127
-------	------------	---	-----

INI 2	Baden-Württemberg	Junge Union muss sich entschuldigen	128
-------	-------------------	-------------------------------------	-----

INI 6	Bundesvorstand	Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!	129
-------	----------------	---	-----

INI 7	Bundesvorstand	Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!	132
-------	----------------	---	-----

INI 8	Berlin	„Gendern? Ja! Aber nicht in meinem Antrag.“	138
-------	--------	---	-----

Titel Sicherheit und Flexibilität – Eine echte
Arbeitsversicherung

Antragsteller Perspektivprojekt Arbeit über Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Sicherheit und Flexibilität – Eine echte Arbeitsversicherung

1 1. Analyse

2

3 1.1. Trends in der Arbeitswelt

4

5 Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Auf der einen Seite
6 ist der Arbeitsmarkt durchlässiger für Menschen mit verschiedenen beruflichen Werdegängen
7 geworden. Arbeit ist vielfältig und divers. Mehr Frauen partizipieren an Erwerbsarbeit. Auf der
8 anderen Seite, grade im Bereich der geringqualifizierten Beschäftigten nehmen prekäre
9 Beschäftigungsverhältnisse immer mehr zu. Im Zuge der zunehmenden Erosion des
10 Normalarbeitsverhältnisses und der Deregulierung des Arbeitsmarkts sind Sicherheiten verloren
11 gegangen und neue Beschäftigungsrisiken entstanden. Wir Jusos sehen diese Entwicklungen
12 mit Sorge. Seit Jahrzehnten ist der Sozialstaat auf dem Rückzug. Statt neuer Sicherheiten unter
13 veränderten Rahmenbedingungen ist die Unsicherheit gewachsen. Neben neu entstandenen
14 Chancen und Freiheiten im Berufsleben sehen wir heute aber auch einen fortwährenden
15 Konkurrenzkampf um die eigene Lebensgrundlage. Das Leitbild des eigenverantwortlichen
16 Arbeitnehmers, der als „Ich-AG“ selbst dafür verantwortlich ist, ständig seine ökonomische
17 Verwertbarkeit und Arbeitsmarkttauglichkeit zu optimieren oder eben zu scheitern, lässt viele
18 VerliererInnen zurück.

19

20 Gleichzeitig legen heute viele ArbeitnehmerInnen ihrem Lebensentwurf andere Prioritäten
21 zugrunde. Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und anderen Zielen mit dem
22 Beruf ist stärker geworden. Die eigene Verwirklichung neben dem Beruf nimmt mittlerweile
23 einen viel größeren Stellenwert ein, als es früher der Fall war. Damit gehen Wünsche nach
24 Auszeiten, beruflicher Um- und Neuorientierung und mehr Zeit für sich und andere ganz
25 allgemein einher.

26

27 Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit steht nach wie vor im Mittelpunkt unserer
28 Analyse. Das Verhältnis hat sich historisch verändert und verändert sich weiterhin. Mit der
29 Deregulierung der letzten Jahrzehnte ist Kapital auf den Finanzmärkten flexibler und globaler
30 geworden und hat sich gegenüber anderen Kapitalformen bedeutende Vorteile verschafft. Der
31 damit verbundene Druck auf Rendite ist auf den Produktionsfaktor Arbeit übergegangen und hat
32 viele neoliberale Reformen in Industrieländern angestoßen.

33

34 Zunehmende Individualisierung und Zersplitterung der Erwerbsbiographien, die an sich einen
35 Fortschritt gegenüber Fremdbestimmung und vorgezeichneten Bildungs- und
36 Erwerbsbiographien darstellt, für den die ArbeitnehmerInnenbewegung immer gekämpft hat,
37 haben grundlegende gesellschaftliche Solidaritäten, die auf der Vergleichbarkeit der
38 Erwerbsbiographien fußten, aufgelöst und zu einer Schwächung der Vertretung der
39 ArbeitnehmerInneninteressen beigetragen. Auch dadurch wurde die Machtverschiebung im
40 zentralen gesellschaftlichen Interessensgegensatz zwischen den EigentümerInnen der
41 Produktionsmittel und Produktivkräften zuungunsten der ArbeitnehmerInnen, der in den
42 vergangenen Jahrzehnten stattgefunden hat, erst möglich. Jetzt kommt es darauf an neue
43 gesellschaftliche Solidaritäten auf Grundlage der Verortung im Interessensgegensatz zu

44 organisieren und kollektive Absicherungsmechanismen und grundlegende
45 Arbeitsmarktregularien wieder zu erkämpfen.

46

47 In Deutschland hat die Agenda 2010 zur Unsicherheit der heutigen Arbeitswelt beigetragen. Die
48 Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I stellt weite Teile der ArbeitnehmerInnen
49 vor Existenzängste. Beim Verlust des Arbeitsplatzes bleiben in der Regel nur noch 12 Monate,
50 in denen die Lohnersatzleistung gezahlt wird. Wer innerhalb dieser Zeit keinen neuen Job
51 findet, rutscht in die Existenzsicherung und muss vorhandenes Vermögen aufbrauchen. Älteren
52 ArbeitnehmerInnen bleiben zumindest 18 Monate. Wer lange gearbeitet hat und in die
53 Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, kann heute nur für kurze Zeit auf die Solidarität der
54 Versicherungsgemeinschaft vertrauen.

55

56 Das Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und Vollzeit – war viele Jahre der Garant für einen
57 abgesicherten und planbaren Lebensentwurf. Heute arbeiten vielen Menschen in atypischer
58 Beschäftigung. 2010 hatten 10% der ArbeitnehmerInnen einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei
59 Neueinstellungen werden sogar über 40% nur befristet angestellt. Immer mehr greifen auch
60 kurzfristige Verträge um sich, die es den Menschen noch nicht einmal erlauben, die
61 Voraussetzungen für das Arbeitslosengeld I zu erfüllen, für das man 12 Monate am Stück
62 versicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein muss. Im selben Maße sind
63 Teilzeitbeschäftigungen angestiegen. Heute arbeitet mehr als jeder vierte nicht in Vollzeit.
64 Unterschieden werden muss an dieser Stelle zwischen den ArbeitnehmerInnen, die freiwillig auf
65 Arbeitszeit und Einkommen verzichten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und/oder
66 Freizeit sicherstellen wollen und den ArbeitnehmerInnen, die gezwungenermaßen auf
67 Arbeitszeit verzichten. Ein deutliches Gefälle zeigt sich zwischen den Geschlechtern, da es vor
68 allem Frauen sind, die Teilzeit arbeiten.

69

70 So positiv Teilzeitarbeit für den eigenen Lebensentwurf sein kann, dürfen wir nicht die Augen
71 davor verschließen, dass Befristung und vor allem Teilzeitarbeit die größten Risiken für
72 unterdurchschnittliche Entlohnung und prekäre Beschäftigung sind. In den heutigen
73 Sicherungssystemen sehen wir, dass Teilzeitbeschäftigung eine der größten Risiken für
74 Altersarmut darstellt. Vor allem die unterbrochenen Erwerbsbiografien von Frauen mit einem
75 hohen Anteil von Teilzeitarbeit führen zu wesentlich geringeren Ansprüchen an die gesetzliche
76 Rentenversicherung.

77

78 Leih- und Zeitarbeit haben zusätzlich Instrumente für ArbeitgeberInnen geschaffen, Lohnkosten
79 als variable Größe in betriebswirtschaftliche Berechnungen einfließen zu lassen. Beschäftigung
80 wird so zum Spielball von Renditeerwartungen und Sicherheit für ArbeitnehmerInnen zum
81 vermeidbaren Hindernis bei der Gestaltung von Unternehmen.

82

83 Nach vielen Jahren der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen muss sich die Diskussion
84 wieder auf die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses konzentrieren. Die Wiederherstellung
85 von Sicherheiten, die verloren gegangen sind, ist dabei nur ein Teil. Darüber hinaus müssen
86 Aspekte der Arbeitszeitverkürzung, der Umverteilung von Arbeitszeit, der Einbeziehung von
87 Care-Arbeit und die Integrierung von festen Weiterbildungszeiten im Erwerbsleben integraler
88 Bestandteil unserer Vorstellung von einem neuen Normalarbeitsverhältnis sein.

89

90 Nicht nur die Arbeitsverträge sind flexibilisiert worden, sondern auch die Arbeit an sich. Statt
91 Präsenzzeit im Betrieb geht der Trend zur Auflösung der räumlichen und zeitlichen Auflösung
92 des Arbeitsortes.. Technischer Fortschritt macht in vielen Bereichen ein Arbeiten von zu Hause
93 oder unterwegs möglich. An vielen Stellen kann sich diese Flexibilität positiv auf die
94 Vereinbarkeit von Familie, Freizeit oder anderen Lebenszielen mit dem Beruf auswirken. Die
95 Kehrseite jedoch ist der Trend zur vorausgesetzten ständigen Verfügbarkeit der
96 ArbeitnehmerInnen und damit die zunehmende Entgrenzung von Arbeit, die sich in den letzten
97 Jahren beobachten lässt. Die erwartete ständige Erreichbarkeit führt zu einer zusätzlichen
98 physischen und psychische Belastung der ArbeitnehmerInnen, zum Verschwinden von
99 Freiräumen und bedeutet die Unterordnung des ganzen Lebens unter die Zwänge der
100 Erwerbsarbeit.

101

102 Ständig entstehen in der heutigen Arbeitswelt neue Berufe. Betriebe schaffen neue
103 Tätigkeitsfelder und neue Aufgaben für die spezialisiertes Personal benötigt wird. Unter dem
104 Stichwort Shared Economy winken den Menschen neue Verdienstmöglichkeiten. Vielen

105 erscheint es heute erstrebenswert oder als einzige Möglichkeit den Schritt in die
106 Selbstständigkeit zu gehen und sich nicht auf Dauer an einen Arbeitgeber zu binden. Dies geht
107 bei den meisten aber einher mit einem massiven Verlust an sozialer Sicherheit. Wo Menschen
108 solosebstständig sind oder in kurzer Projekt- und Werkarbeit fallen sie durch das Netz der
109 Sozialversicherungen. Die lange Tradition der paritätischen Absicherung von ArbeitgeberInnen
110 und ArbeitnehmerInnen wird komplett an den/die Einzelne/n delegiert. Neben den direkten
111 Folgen für den/die ArbeitnehmerIn stehlen sich die ArbeitgeberInnen aus der
112 gesamtgesellschaftlichen Verantwortung.

113

114 Die Folgen der Unsicherheit erreichen immer stärker das Gesundheitswesen. Arbeitsbedingte
115 Erkrankungen sind auf dem Vormarsch. Rückenschmerzen, Burnout und andere stressbedingte
116 Beschwerden machen einen Großteil der Leiden breiter Bevölkerungsschichten aus. Immer
117 mehr Menschen klagen über die Anforderungen durch den Beruf. Historisch ist die
118 Errungenschaft, dass Arbeit heute kein unmittelbares Risiko für das Leben darstellt, wie es vor
119 100 Jahren noch der Fall war. Heute müssen wir aber Entwicklungen feststellen, die für viele
120 Menschen Arbeit wieder eine massive Einschränkung der Lebensqualität darstellen.

121

122 Weiterbildung ist ein entscheidender Beitrag um Arbeit zu sichern. Weiterbildung ist ein
123 wichtiger Weg um Arbeitslosigkeit vorzubeugen oder eine neue Arbeitsstelle zu finden. Die
124 Veränderung der Arbeitswelt in den letzten Jahren und Jahrzehnten haben die Ansprüche an
125 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändert. Die Anforderungen von Wirtschaft und
126 Unternehmen an Weiterbildung, Qualifikation, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität ihrer
127 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die eigenen Ansprüche an das eigene Erwerbsleben
128 sind gestiegen. Insbesondere die Inanspruchnahme von Weiterbildung und deren Finanzierung
129 sind sozial ungleich verteilt. Die Folge dessen ist, dass dort, wo Weiterbildung und Qualifikation
130 im Erwerbsleben eigentlich am dringendsten gebraucht werden, diese am wenigsten stattfinden.
131 Dieser Zustand lässt sich nur durch ein gesamtgesellschaftliches Modell des lebenslangen
132 Lernens im Rahmen einer Arbeitsversicherung anstelle einer Arbeitslosenversicherung
133 überwinden. Um praktikabel für Arbeitnehmer- und ArbeitgeberInnen zu sein, muss
134 Weiterbildung jedoch besser koordiniert und strukturiert werden.

135

136 Bei fast allen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich Licht und Schatten. Zwischen
137 positiven und negativen Effekten ist es ein schmaler Grat. Unser Ziel als Jugendverband der
138 SPD muss es sein, die negativen Effekte zurückzudrängen, Risiken zu minimieren,
139 Entwicklungen zu gestalten und bei allem die positiven Aspekte zu erhalten. Sozialdemokratisch
140 ist der Staat, der den BürgerInnen Aufstieg ermöglichen und Sicherheit vermitteln kann. Er
141 bietet in verschiedenen Situationen individuelle Antworten: Er ist Sprungbrett und
142 Sicherheitsnetz. Die Arbeitsversicherung wird nicht alle Probleme der Entwicklungen in der
143 Arbeitswelt lösen können. Aber sie kann für ein großes Stück mehr Sicherheit in einer unsicher
144 gewordenen Arbeitswelt bieten.

145

146 1.2. Wert der Arbeit

147

148 Arbeit ist mehr als eine variable Größe in einer volkswirtschaftlichen Bilanz. Arbeit als
149 Tauschwert schafft die Lebensgrundlage für die meisten Menschen und ist Quell
150 gesellschaftlicher Wertschöpfung. Ihre Bedeutung geht über diese Grundfunktion jedoch hinaus.

151

152 Denn ihre soziale Funktion und Bedeutung für den Einzelnen darf nicht vergessen werden.
153 Arbeit bestimmt die Lebensrealität der meisten Menschen und prägt ihren Alltag. Arbeit bietet
154 einen grundlegenden Identifikationsrahmen und schafft soziale Inklusion und Teilhabe. Viele
155 Menschen definieren sich über die Qualität und das Produkt ihrer Arbeit. Andererseits bewirkt
156 Arbeitslosigkeit für viele Menschen das komplette Gegenteil. Soziale und kulturelle Isolation ist
157 neben gesundheitlichen und psychischen Beschwerden eine Hauptfolge von Erwerbslosigkeit.
158 Aus sozialistischer Perspektive ist Arbeit deshalb als Quelle der Selbstverwirklichung und
159 produktiven Weiterentwicklung des Menschen anzusehen.

160

161 Um diesen positiven Funktionen im Leben der Menschen gerecht zu werden, müssen
162 bestimmte Anforderungen an die Art der Arbeit gestellt werden. Gute Arbeit qualifiziert sich für
163 uns dadurch, dass sie den Menschen ein auskömmliches Leben, sowie Planungssicherheit
164 ermöglicht. Weiterhin muss sie den Erwerbstätigen eine Gestaltungsfunktion über ihre eigenen
165 Arbeitsprozesse sowie die Kommunikation und den sozialen Austausch mit anderen Menschen

166 einschließen. Für uns ist der Mensch nicht ein winziges Zahnrad im Getriebe des
167 Produktionsprozesses, sondern steht mit seinen Wünschen und Bedürfnissen im Zentrum.

168

169 Es gibt verschiedene Arten von Arbeit. Neben der Erwerbsarbeit, der selbstständigen oder
170 abhängigen Beschäftigung, gibt es noch ehrenamtliche Arbeit sowie Reproduktionsarbeit. Auch
171 diese Arten von Arbeit sind im gesellschaftlichen Zusammenhang von entscheidender
172 Bedeutung und sind Teil unserer politischen Vorstellungen.

173

174 Erwerbsarbeit ist deshalb von zentraler politischer Bedeutung für uns, weil sie den
175 entscheidenden Ansatzpunkt für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit
176 bildet. Dies bedeutet nicht, jeden Menschen rein unter dem Gesichtspunkt seiner
177 ökonomischen Verwertbarkeit und Tauglichkeit im Arbeitsprozess zu beurteilen und die
178 Erwerbsarbeit als Totalität über alle anderen bestimmenden Elemente der menschlichen
179 Gesellschaft zu erheben. Solange aber ein Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, ist
180 die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Menschen in abhängiger Beschäftigung unser
181 zentrales Ziel. Nur so lässt sich die Lebensgrundlage der Menschen zum Positiven verbessern
182 und nur so kann ihnen ein selbstbestimmtes Leben zuteilwerden.

183

184 Deshalb können wir diese Gesellschaft nur verändern, wenn wir uns in die Tradition der
185 ArbeiterInnenbewegung stellen und unseren politischen Schwerpunkt darauf richten, die
186 Arbeitswelt weitreichend umzugestalten. Wir kämpfen für eine Demokratisierung der
187 Arbeitswelt, die Durchsetzung und Verteidigung von ArbeitnehmerInnenrechten sowie gute
188 Arbeitsbedingungen und Entlohnung für alle Beschäftigten. Sozial ist nicht, was Arbeit schafft,
189 sozial ist, was „Gute Arbeit“ durchsetzt! Für uns ist klar: es gibt ein Recht auf Arbeit für alle
190 Menschen. Deshalb bleibt Vollbeschäftigung durch gute Arbeit unser zentrales
191 arbeitsmarktpolitisches Ziel.

192

193 1.3. **Status quo der Arbeitslosenversicherung**

194

195 Die Arbeitslosenversicherung ist eine der großen Errungenschaften der
196 ArbeiterInnenbewegung, weil sie den Einzelnen absichert gegen das grundlegende
197 Beschäftigungsrisiko, die Arbeit – und damit die eigene Lebensgrundlage und die der Familie –
198 zu verlieren. Daneben hat sie volkswirtschaftlich positive Effekte durch die Stabilisierung der
199 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit. In späterer Zeit kam ihr
200 auch der Auftrag zu, durch Weiterbildung diesen Zeiten eine dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit
201 zu erhalten und die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, zu erhöhen.

202

203 Die Arbeitslosenversicherung ist eine Pflichtversicherung, da prinzipiell alle vom Risiko der
204 Arbeitslosigkeit betroffen sind und dieses Risiko gemeinsam absichern sollen. Zu dieser
205 solidarischen Absicherung gehört auch die Verantwortung von ArbeitgeberInnen, die für
206 gesamtgesellschaftliche Arbeitslosigkeit durch eigenes unternehmerisches Handeln
207 verantwortlich sind und die deshalb einen paritätischen Beitrag leisten müssen. Ausgenommen
208 sind Personengruppen, die nicht abhängig beschäftigt sind wie Selbstständige, welche sich im
209 Rahmen der „Freiwilligen Weiterversicherung gegen Arbeitslosigkeit“ versichern können, sowie
210 BeamtInnen und Personen, die das reguläre Renteneintrittsalter erreicht haben.

211

212 Während der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise übernahm die Arbeitslosenversicherung die
213 Aufgabe eines Wirtschaftsstabilisators. Durch Leistungen zum Verbleib in Beschäftigung wie
214 beispielsweise die Ausbezahlung von KurzarbeiterInnenlohn konnten
215 Beschäftigungsverhältnisse gehalten und Nachfrageeinbrüchen entgegen gewirkt werden.
216 Durch die massive Senkung des Beitragssatzes haben wir es momentan jedoch mit einer
217 Unterfinanzierung der Arbeitslosenversicherung zu tun. Der Beitragssatz betrug 2006 noch 6,5
218 %, während er heute nur noch bei 3% des beitragsfähigen Bruttoentgelts liegt. Die
219 Beitragsbemessungsgrenze, die festlegt, bis zu welcher Höhe das Einkommen zur Finanzierung
220 der Arbeitslosenversicherung herangezogen wird, liegt in den alten Bundesländern bei
221 monatlich 5950 Euro, in den neuen Bundesländern bei 5000 Euro. Damit verfügt das jetzige
222 System über keinerlei finanzielle Reserven oder alternative Einnahmequellen mehr, um
223 beschäftigungsfördernde Leistungen wie in der Vergangenheit anzubieten.

224

225 Momentan ist die Arbeitslosenunterstützung in zwei Leistungen gegliedert: Einerseits die
226 Einkommenssicherung (Arbeitslosengeld I) und die Grundsicherung (Arbeitslosengeld II).

227 Kinderlos erhält man 60 % des Bruttolohns, mit Kindern steigt der Betrag auf 67 %. Das
228 Arbeitslosengeld I wird jedoch nur 12 Monate gezahlt. Wer mehr als 24 Monate
229 versicherungspflichtig gearbeitet hat und älter als 50 Jahre ist erhält das ALG I unter gewissen
230 Voraussetzungen bis zu 18 Monate. Falls die ArbeitnehmerInnen bis zu diesem Zeitpunkt keine
231 Erwerbstätigkeit angenommen haben, wird ihnen Arbeitslosengeld II/Hartz IV gezahlt. Dieses
232 Geld wird aus Steuermitteln finanziert. Dazu muss aber unter bestimmten Bedingungen eigenes
233 Vermögen vorher verbraucht werden, um diese Existenzsicherung zu beziehen.

234

235 Mit den Hartz-Reformen ist es so zu einem Pfadwechsel in der Diskussion innerhalb der SPD
236 gekommen. Arbeitslosigkeit wurde als individuelles und weniger als gesellschaftliches Risiko
237 betrachtet. Die Pflicht, sich im Falle der Arbeitslosigkeit selbst zu helfen und Vermögenswerte
238 zu verbrauchen, trat in den Vordergrund und hat den Gedanken der kollektiven Sicherung der
239 Lebensleistung zurückgedrängt. Gleichzeitig wurde keine Antwort auf die zunehmenden
240 Risiken in die Erwerbslosigkeit abzusteuern gefunden, die sich durch eine steigende Tendenz zu
241 atypischen und prekären Arbeitsverhältnissen ergeben. Vor allem bestimmte Gruppen wie
242 Jugendliche und junge Erwachsene, die noch am Anfang ihrer Erwerbsbiografie stehen oder
243 Frauen mit Kurzfrist- und Teilzeitverträgen profitieren kaum vom jetzigen Aufbau der
244 Arbeitslosenversicherung.

245

246 2. Die Arbeitsversicherung

247

248 Für uns ist die Arbeitsversicherung als Bündelung aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
249 grundlegender Baustein einer aktiven und qualifizierungsorientierten Arbeitsmarkt- und
250 Beschäftigungspolitik.

251

252 Grundfunktion der Arbeitsversicherung ist zum einen die paritätisch finanzierte Absicherung
253 gegen die Risiken der Arbeitslosigkeit mit dem Ziel die, im Zuge des Wandel des Arbeitsmarkts
254 sowie der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses häufiger werdenden, Wechsel und Brüche in
255 der Erwerbsbiographie besser abzudecken und auf die individuelle Lebenssituation besser
256 anpassbar zu sein sowie flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente zu ermöglichen.

257

258 Auf der anderen Seite soll mit dem Umbau der Arbeitslosenversicherung zur
259 Arbeitsversicherung der Übergang zu einer echten qualifizierungsorientierten
260 Beschäftigungspolitik im Rahmen einer persönlichen Beratung vollzogen werden. Ziel muss es
261 sein die Voraussetzung für Lebenslanges Lernen zu schaffen und es zu ermöglichen, dass im
262 Laufe eines Erwerbslebens eine echte Weiterentwicklung der Qualifikationen oder auch
263 berufliche Umorientierung möglich wird.

264

265 2.1. Grundprinzipien der Arbeitsversicherung

266

267 Qualifizierung

268

269 Grundlegendes Prinzip der Arbeitsversicherung ist die Schwerpunktsetzung auf die
270 Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen und der Eröffnung echter Fort- und
271 Weiterbildungschancen. Nicht Vermittlungszahlen in teilweise fragwürdigen Kursangeboten,
272 sondern nachhaltige Qualifizierungsangebote sollen über den Erfolg der Vermittlung
273 entscheiden. Weiterbildungsangebote müssen überprüft und zertifiziert werden.

274

275 Gleichstellung

276

277 Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist ebenfalls essentieller
278 Schwerpunkt der Arbeit der Arbeitsversicherung. Es kann nicht sein, dass Frauen auf dem
279 Arbeitsmarkt nach wie vor deutlich benachteiligt werden und für gleichwertige Tätigkeiten
280 signifikant weniger verdienen. Neben allen notwendigen gesetzgeberischen Regularien greift
281 die Arbeitsversicherung hier aktiv fördernd mit gezielten Maßnahmen ein, um die
282 Erwerbsbeteiligung und Qualifizierung zu verbessern sowie eigenständige Absicherungen von
283 Frauen zu gewährleisten. Der Grundsatz der Gleichstellung durchzieht alle Leistungen der
284 Arbeitsversicherung. Die Leistungen im Bereich Familienzeit sowie Pflegezeiten erfolgen nur,
285 wenn eine Reduzierung der Arbeitszeit innerhalb der Partnerschaft von beiden Partnern
286 wahrgenommen wird.

287

288 **Individuelle Ansprache und Beratung**

289

290 Um den Anspruch der Arbeitsversicherung auf echte Fort- und Weiterbildungsangebote erfüllen
291 zu können bedarf es individueller Ansprache und Beratung. Individuell sollen Stärken und
292 Schwächen gemeinsam im Gespräch analysiert werden und gemeinsam eine
293 Weiterentwicklungsoption gefunden werden, die auf die individuellen Bedürfnisse und
294 Fähigkeiten zugeschnitten ist. Ziel ist die Verstetigung der Beratungs- und
295 Betreuungsleistungen, die nicht mehr ausschließlich projekt- oder kursbasiert, sondern
296 langfristig mit dem Ziel nachhaltiger Arbeitsmarktintegration erfolgen soll. Um dies zu erreichen,
297 müssen die der Geschäftsstellen der Arbeitsversicherung mit ausreichend Personal
298 ausgestattet werden.

299

300 **Zuständigkeiten**

301

302 Die Zuständigkeit für die Arbeitsversicherung soll teilweise bei den Kommunen liegen. Die
303 Verantwortung für die Unterstützung Arbeitsloser einschließlich der aktiven Arbeitsmarktpolitik
304 liegt bei den Kommunen, um die Nähe zu den Arbeitssuchenden zu gewährleisten, auf regionale
305 Spezifika des Arbeitsmarktes eingehen zu können und unmittelbaren Zugriff auf weitere
306 kommunale Leistungen des Sozialbereichs (u.a. Jugendhilfe, Wohnungsvermittlung und -
307 förderung, Leistungen nach SGB XII) zu gewährleisten. Für diesen Bereich werden bundesweit
308 einheitliche Standards definiert, innerhalb derer die Kommunen eigenständig agieren; die
309 Kosten einschließlich des notwendigen Verwaltungsaufwands werden den Kommunen durch die
310 Arbeitsversicherung erstattet. Alle anderen Bereiche der Arbeitsversicherung werden zentral
311 verantwortet und durch lokale Niederlassungen der AV durchgeführt.

312

313 **Paritätisch Grundfinanzierung, steuerliche Ergänzung**

314

315 Die Arbeitsversicherung soll auch zukünftig paritätisch zwischen ArbeitgeberIn und
316 ArbeitnehmerIn finanziert werden. Sozial- und Beschäftigungspolitisch sinnvolle Maßnahmen,
317 die über die reine Risikoabsicherung hinausgehen, können durch steuerliche Mittel unterstützt
318 werden. Weiterhin ist das Ziel eine Ausweitung des Personenkreises unter der Einbeziehung
319 von Selbständigen und BeamtenInnen, damit auch sie in die Qualifizierungsfunktion der
320 Arbeitsversicherung einbezogen werden.

321

322 **Struktureller Aufbau der Arbeitsversicherung**

323

324 Der Aufbau der Arbeitsversicherung besteht, aus vier Sparten, die unter einem gemeinsamen
325 Dach vereinigt werden. Das sind zum einen der Bereich Ausbildungsförderung im Rahmen
326 eines Ausbildungsfonds, der betriebliche Weiterbildungsfonds, die paritätisch finanzierte
327 Weiterbildungssparte, die aus einem Weiterbildungskonto für die persönliche berufliche
328 Weiterbildung besteht, auf dem kontinuierlich Weiterbildungspunkte angespart werden, sowie
329 die Versicherungsfunktion der Arbeitsversicherung.

330

331 **2.2. Ausgestaltung der Versicherungsfunktion der Arbeitsversicherung**

332

333 Das bisherige Arbeitslosengeld II wird in die Versicherungssäule der Arbeitsversicherung
334 integriert, allerdings weiterhin aus Steuermitteln finanziert. Die Arbeitsversicherung weist in ihrer
335 Versicherungsform damit künftig zwei Leistungsstufen auf. Sie dienen, im Falle von
336 Arbeitslosengeld I der Lebensstandartsicherung der Arbeitssuchenden und im Fall des
337 Arbeitslosengeldes II der Sicherstellung eines echten sozio-kulturellen Existenzminimums.
338 Bisherige weitere Leistungen wie Übergangs- oder Kurzarbeitergeld bleiben unverändert
339 erhalten und werden wie bisher nicht auf die Bezugsdauer ALG I angerechnet.

340

341 **Arbeitslosengeld I muss Lebensstandard für alle BeitragszahlerInnen sichern**

342

343 Wir wollen, dass Menschen, die aus Arbeit heraus arbeitslos werden, ihren Lebensstandard
344 sichern können. Das Arbeitslosengeld erfüllt diese Funktion inzwischen aber nur noch
345 unzureichend. Zu sehr ist es durch Kürzungsreformen ausgedünnt worden. Höhe und
346 Bezugsdauer wurden verringert und die Anwartschaftskriterien verschärft. Gepaart mit
347 Niedriglöhnen sorgt das dafür, dass mehr als jedeR fünfte Erwerbstätige aus dem Job direkt in
348 Hartz IV rutscht. Bei den LeiharbeiterInnen ist es jedeR Zweite. Dadurch verliert die

349 Arbeitslosenversicherung auch an Legitimation.

350

351 Um dieser Entwicklung zu begegnen, wollen wir die Schutzfunktion der

352 Arbeitslosenversicherung verbessern und gezielt dafür sorgen, dass bei niedrigen Löhnen und

353 geringem Stundenumfang die Zahlungen nicht so niedrig ausfallen, dass die Betroffenen

354 dennoch mit ALG II aufstocken müssen.

355

356 Deshalb fordern wir ein 'Mindestarbeitslosengeld'. Dieses muss höher liegen als der ALG-II-

357 Anspruch einer alleinstehenden Person unter Berücksichtigung eines Pauschalansatzes für die

358 Kosten der Unterkunft. Wird durch ein Arbeitseinkommen kein Arbeitslosengeld-I-Anspruch in

359 dieser Höhe erreicht, erhöhen sich die Arbeitgeberbeiträge so weit, bis die Höhe der geleisteten

360 Beiträge einen Anspruch in Höhe des Mindestarbeitslosengeldes generiert.

361

362 Regulär beträgt die Höhe des Arbeitslosengeldes I mindestens 70 % des

363 Bruttobemessungsentgelds, welches durchschnittlich in den vergangenen 12 Monaten erzielt

364 werden konnte. Sind in einem Haushalt Kinder vorhanden, für die der/die Arbeitsuchende oder

365 ihr nicht getrennt lebender LebenspartnerInnen Kindegeld erhält, so erhöht sich die Höhe des

366 Arbeitslosengeldes I.

367

368 **Bezugsdauer**

369

370 Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I richtet sich nach der Dauer der vorangegangenen

371 Beschäftigung. Allen ArbeitnehmerInnen stehen nach dem Verlust ihrer Arbeit feste 12 Monate

372 Bezugsdauer ALG I zu. Diese Bezugsdauer erhöht sich mit der Dauer des

373 Beschäftigungsverhältnisses und Lebensalter auf bis zu 24 Monate. Wenn diese feste

374 Bezugsdauer aufgrund von Arbeitslosigkeit angetastet werden musste, baut sich diese mit 1

375 Monat zusätzlicher Bezugsdauer ALG I je gearbeiteten Monat wieder auf.

376

377 Darüber hinaus können im Rahmen eines flexibel ansparbaren Bezugsdauerkontos, welches

378 ähnlich eines Langzeitarbeitszeitkontos wirkt, pro gearbeitetem Jahr ein Monat zusätzliche (bei

379 Teilzeit anteilig) Bezugsdauer ALG I angespart werden. Die angesparte Bezugsdauer des

380 Arbeitslosengeldes I kann für alle unter Ziehungsrechten definierten Verwendungszwecke

381 eingesetzt werden. Nach zwölf Jahren verfällt ein ungenutzter Monat.

382

383 **Ziehungsrechte**

384

385 *Arbeitslosigkeit*

386

387 Mit Hilfe der Arbeitsversicherung soll durch bessere Absicherung und kontinuierliche

388 Weiterbildung Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden. Sollte es dennoch zu Arbeitslosigkeit

389 kommen wird diese natürlich ebenfalls mit Hilfe der angesparten Ziehungsrechte abgesichert

390 werden können. In diesem Falle stehen Personen mindestens 70% ihres letzten Lohnes zu. Bei

391 Kindern erhöht sich dieses Prozentual.

392

393 *Reduzierung von Arbeitszeit*

394

395 Ziehungsrechte sollten auch zur generellen Reduzierung von Arbeitszeit im Sinne einer

396 Arbeitszeitverkürzung genutzt werden können. Dafür stehen den Versicherten 50% des

397 Gehaltes ihrer Ausfallzeiten zu.

398

399 *Sabbaticals*

400

401 Längere Auszeiten vom Beruf können ebenfalls mit Hilfe der Arbeitsversicherung organisiert

402 werden. Hierfür werden 50% des Lohnes fortgezahlt.

403

404 *Verlängerung von Carearbeitszeiten*

405

406 Angesparte Zeiten sollen auch zur Verlängerung von Carearbeit verwandt werden können. Nach

407 vorgegebenen Regelungen (z.B. Kinder unter 16 Jahre; Verwandte in bestimmter Pflegestufe)

408 können diese Zeiten dann zur Reduzierung bei gleichzeitiger Ausfallregelung von 70% genutzt

409 werden. Um dabei im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter zu handeln werden diese 70%

410 nur ausgezahlt, wenn der Partner ebenfalls seine Arbeitszeit im gleichen Umfang reduziert.

411

412 *Weiterbildung*

413

414 Angesparte flexible Bezugsdauer ALG I soll auch in Guthaben des Weiterbildungskontos der
415 Qualifizierungsfunktion der Arbeitsversicherung zur persönlichen beruflichen Weiterbildung
416 umgewandelt werden können. Umgekehrt ist aber eine verpflichtende Heranziehung von
417 angesparten Zeiten der persönlichen beruflichen Weiterbildung im Falle von Arbeitslosigkeit
418 nicht möglich.

419

420 *Flexible Übergänge in die Rente ermöglichen*

421

422 Mit dem angesparten flexiblen Bezugsdauer Guthaben sollen auch flexible Übergänge in Rente
423 und Altersteilzeit ermöglicht werden.

424

425 **Anspruchsdurchsetzung und Absprachen mit ArbeitgeberInnen**

426

427 Die Anspruchsdurchsetzung hängt davon ab, welchen Zweck „die Auszeit“ hat, und ob sie
428 komplett oder nur eine Reduzierung (=Teilzeit) zur Folge hat. Bei Teilzeit wegen Weiterbildung
429 kann sich an der Regelung zur Teilzeit orientiert werden. Das heißt, den ArbeitgeberInnen ist
430 drei Monate vor Beginn die Reduzierung der Arbeitszeit anzuzeigen. Wird voll ausgesetzt, muss
431 die Anzeige ebenfalls drei Monate vor Beginn geschehen. Ist die „Auszeit“ länger als zwei
432 Monate, verfrüht sich die Anzeigepflicht um zwei Wochen pro Monat der „Auszeit“. Nach der
433 „Auszeit“ ist der/die Beschäftigte wieder zu denselben Bedingungen auf einem gleichwertigen
434 Arbeitsplatz zu beschäftigen.

435

436 Bei Auszeit wegen Weiterbildung oder Sorgeverpflichtung können die ArbeitgeberInnen
437 (entgegen der Teilzeitregelung des TzBfG) die „Auszeit“ nur verweigern, wenn gewichtige
438 betriebliche Gründe entgegenstehen. Die Inanspruchnahme der Weiterbildungszeit soll dabei
439 mit den ArbeitgeberInnen abgesprochen werden, sodass für beide Seiten eine akzeptable
440 Lösung gefunden werden kann. Sabbaticals können durch (einfache) betriebliche Gründe
441 versagt werden.

442 In die weitere Ausgestaltung der Ziehungsrechte vor Ort sollen die Tarifparteien einbezogen
443 werden.

444

445 **2.3. Einfluss auf andere Sozialleistungen**

446

447 Neben dem Umbau der Arbeitslosenversicherung wird die Arbeitsversicherung einen Einfluss
448 auf weitere staatliche Leistungen haben.

449

450 Ökonomisch gesehen unterstützt die Arbeitsversicherung die Entwicklung der Produktivkräfte.
451 Es ist davon auszugehen, dass sie aufgrund ihrer Zielrichtung der Vereinbarkeit von Familie und
452 Beruf zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote führen wird. Somit wären staatliche
453 Subventionen wie das Ehegattensplitting, welches wir auch unter gleichstellungspolitischen
454 Gesichtspunkten ablehnen, obsolet. Ebenfalls wird eine weitere staatliche Förderung der
455 Altersteilzeit überflüssig, da selbstbestimmte Berufsaustrittsphasen und der Übergang in die
456 Rente fortan von der Arbeitsversicherung organisiert und gefördert werden. Im Gegensatz dazu
457 geht die Rentenversicherung nicht in der Arbeitsversicherung auf und ist somit weiterhin separat
458 zu betrachten.

459

460 Weiterhin soll die Arbeitsversicherung auch Phasen auffangen, in denen Eltern sich der
461 Erziehung ihrer Kinder widmen wollen. Damit aber keine Konkurrenzsituation zwischen Phasen
462 der Kindererziehung und Phasen bspw. der Weiterbildung entsteht, ist es wichtig parallele
463 Absicherungsinstrumente hierfür zu erhalten. Das Elterngeld sichert heute für einen bestimmten
464 Zeitraum das Einkommen, wenn Elternteile Erziehungszeiten nehmen wollen. Dies soll auch in
465 Zukunft möglich sein. Die höchstmögliche Zeitdauer kann aber erst bei einer vollständig
466 paritätischen Inanspruchnahme der Erziehungszeiten erzielt werden. Auch das Kindergeld hat
467 den Zweck, das Kinderwohl zu finanzieren und soll von den Erziehungsberechtigten auch nur
468 für ihre Kinder eingesetzt werden. Somit soll es unabhängig von der Arbeitsversicherung
469 bestehen bleiben. Langfristig wollen wir das Kindergeld aber in einer Kindergrundsicherung
470 umwandeln.

471

472 Ebenfalls bestehen bleiben sollen Instrumente, die bei der kurz- und langfristigen Pflege von
473 Angehörigen zum Tragen kommen, um bestimmte Zeit den Job verlassen zu können. Auch hier
474 ist es wichtig, nicht diejenigen schlechter zu stellen, die mit Pflegesituationen konfrontiert sind.
475 Unsere grundlegende Forderung bleibt allerdings, dass Pflege professionell erbracht werden
476 sollte.

477

478 **2.4. Einbeziehung des bisherigen SGB II**

479

480 **Qualifizierung für Menschen ohne Ansprüche aus der Arbeitsversicherung**

481

482 Auch Erwerbslosen ohne Ansprüche aus Beiträgen zur Arbeitsversicherung wollen wir
483 abschlussorientierte, nachhaltig wirksame Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen. Daher wollen
484 wir ihnen grundsätzlich den gleichen Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen gewähren wie
485 Anspruchsberechtigten, insofern dadurch unterwertige Beschäftigung vermieden werden oder
486 ein noch nicht bestehender Berufsabschluss nachgeholt werden kann. Da für diese
487 Personengruppe der Zugang erst bei bereits eingetretener Arbeitslosigkeit möglich ist und auch
488 die Geldleistung nicht das Niveau der Lebensstandardsicherung erreicht, bleibt die Legitimität
489 der Pflichtbeiträge gewahrt. Die Finanzierung von Weiterbildungsleistungen an Personen ohne
490 Ansprüche aus der Arbeitsversicherung erfolgt aus Steuermitteln des Bundes.

491

492 **Neuer Umgang mit Sanktionen und Sperrzeiten**

493

494 Die derzeitige kurzfristige Vermittlungslogik zeichnet sich neben dem Verzicht auf
495 abschlussbezogene Qualifizierungsangebote auch durch eine sanktionsbewehrte Pflicht zur
496 Aufnahme fast jedweder Beschäftigung sowie eine Steuerungslogik aus, die schnellstmögliche
497 Vermittlung weitgehend unabhängig von ihrer Qualität und Nachhaltigkeit positiv einstuft. Dieses
498 System hat seine Unfähigkeit bewiesen, die strukturelle Arbeitslosigkeit von drei Millionen
499 Menschen (zzgl. Millionen weiterer Unterbeschäftigter) zu überwinden und hat stattdessen den
500 Aufbau eines prekären Beschäftigungssektors begünstigt. Deshalb muss die Arbeitsvermittlung
501 langfristiger orientiert, inklusiver und effektiver werden.

502

503 Sanktionen und Sperrzeiten sind Bestandteil einer Vermittlungstätigkeit, die die Schuld an
504 Arbeitslosigkeit bei den Arbeitslosen sieht, die auf Druck zur Aufnahme unterwertiger
505 Beschäftigung abzielt und die das Vertrauensverhältnis von Erwerbsloser/m und
506 Vermittlungskraft untergräbt. Insbesondere Sanktionen verstoßen zudem gegen das Grundrecht
507 auf Existenzminimum und gefährden in geradezu abstruser Weise eine künftige, stabile
508 Erwerbsintegration sowie insbesondere die Entwicklung junger Menschen. Die demütigenden
509 Sondersanktionen für junge Menschen sind daher sofort abzuschaffen. Aber auch das weitere
510 Sanktions- und Sperrzeitenregime bedarf daher einer grundlegenden Überarbeitung.

511

512 Wir Jusos sprechen uns gegen Sanktionen und Sperrzeiten aus und wollen sie abschaffen. Die
513 Grundsicherung stellt ein Existenzminimum dar, das nicht gekürzt werden darf. Wir gehen
514 davon aus, dass kein Mensch gern arbeitslos ist und Menschen eine Perspektive suchen. Ein
515 wie auch immer geartetes Fehlverhalten hat deshalb immer Gründe und Ursachen, die
516 besprochen werden müssen. Eine Sanktionierung wird diese Umstände aber nie lösen können.
517 Darüber hinaus kann ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Arbeitssuchendem und
518 VermittlerInnen nur entstehen, wenn nicht das Machtmittel der Sanktion zwischen beiden Seiten
519 steht. Damit entsteht erst die Grundlage für eine ko-produzierte Dienstleistung wie (nachhaltige)
520 Erwerbsintegration.

521

522 Im Rahmen der heutigen Grundversorgung, soll einer arbeitsfähigen Person jede Arbeit bis auf
523 wenige Ausnahmen zumutbar sein. Lehnt ein/e Empfänger*in von Grundsicherung eine Arbeit
524 ab, die als zumutbar eingestuft wurde, drohen ihr die Sanktionsmaßnahmen. Unabhängig
525 davon, wie wir weiter mit diesen Instrumenten umgehen, müssen die Zumutbarkeitskriterien
526 entschärft und vereinheitlicht werden. Darüber hinaus muss es Arbeiten geben, die in unserer
527 Gesellschaft schlicht nicht als Vermittlungsangebote aufgenommen werden, weil sie in dieser
528 Form von niemand getätigt werden müssen sollen. So ist nicht verständlich, warum eine Arbeit
529 die 30% unter Tarif bezahlt wird, noch als zumutbar angesehen und von unseren Job Centern
530 vermittelt wird. Die hiermit verbundene Botschaft an die Wirtschaft, es sei in Ordnung, spürbar
531 unter Tarif zu zahlen, wollen und können wir nicht weiter tragen. Es muss vielmehr klar sein,

532 dass bestimmte Arbeitsverhältnisse zu bestimmten Bedingungen vom Staat nicht länger durch
533 Vermittlung nicht nur toleriert, sondern noch gefördert werden. Die Kriterien der Zumutbarkeit
534 und der Vermittlungstätigkeit müssen sich an einem respektvollen Umgang mit den Menschen
535 orientieren.

536

537 **Mit Weitsicht vermitteln**

538

539 Die gesamte Vermittlungslogik darf nicht länger darauf gerichtet sein, die Menschen um jeden
540 Preis aus der statistischen Arbeitslosigkeit zu heben um Fallzahlen zu verbessern. Daher muss
541 die aktuelle Praktik des 4-Phasen-Modells der Integrationsarbeit der Bundesagentur
542 grundsätzlich überdacht und an der Maxime der Bedarfsgerechtigkeit reformiert werden. Es
543 muss langfristiges Ziel sein, Personen in stabile Arbeitsverhältnisse mit vernünftigen
544 Einkommen zu vermitteln. Hierfür kann und soll von Qualifizierungsmaßnahmen und Coachings
545 Gebrauch gemacht werden, die den Arbeitssuchenden tatsächliche Perspektiven bieten - und
546 zwar in den Branchen, in denen sie auch arbeiten möchten - statt die Maßnahme zu verordnen,
547 in welcher zufällig ein Restplatz vorhanden ist. Am Ende sind zufriedene Beschäftigte mit
548 Einkommen, mit denen sie sich finanzieren können und stabilen Arbeitsverhältnissen für den
549 Staat günstiger als Menschen, die in Übergangsmaßnahme ohne Perspektive feststecken, oder
550 gar Aufstocken müssen.

551

552 Aus diesen Gründen halten wir auch die sog. 1€-Jobs für kein zielführendes Modell. Wir wollen
553 sie abschaffen zugunsten eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, dessen Angebote
554 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit gezielten Fördertreppen kombinieren.

555

556 Arbeitsvermittlung darf nicht blind sein für die Notwendigkeit, Chancengleichheit herzustellen.
557 Die örtlichen Instanzen der Arbeitsvermittlung können Ihren Beitrag zur Erwerbsintegration nur
558 erfolgreich leisten, wenn Sie dem Umstand Rechnung tragen, dass beträchtliche Teile der
559 Erwerbslosen zunächst Unterstützung bei der Bewältigung vielfältiger, teilweise multipler
560 persönlicher Herausforderungen benötigen. Die lokalen Arbeitsverwaltungen beziehen daher
561 die Bereitstellung und Vermittlung sozialer Dienstleistungen bspw. in der Erziehungs-, Schulden-
562 und Suchtberatung als natürlichen Bestandteil ihrer Angebotspalette, die Verbesserung
563 individueller sozialer Lagen als Bestandteil ihrer Erfolgsindikatoren ein.

564

565 **Rechtskrestrennung überwinden, Agenturen und Jobcentern zusammenführen, 566 Sozialarbeiter*innen integrieren:**

567

568

569 Die Arbeitsverwaltung setzt künftig bundesweit einheitlich Standards und Verwaltungsvorgaben
570 für die operative Tätigkeit. Innerhalb dieses Rahmens verantworten die Kommunen
571 selbstständig die Trägerschaft der örtlichen Arbeitsverwaltung. Dabei muss gewährleistet
572 bleiben, dass die Kommunen auf die jeweilige Situation vor Ort Rücksicht nehmen können,
573 insbesondere bei Mietobergrenzen oder vergleichbaren Regelungen. Mit dieser
574 Aufgabenzuweisung wird das Insiderwissen der Kommunen über die Situation vor Ort optimal
575 genutzt und die Einbeziehung der sozialen Dienstleistungen wird ermöglicht, während
576 einheitliche Statistik und Wissenstransfer wieder bundesweit stattfinden können.

577

578 Der Bund übernimmt die Leistungen des ALG II vollständig, also auch die Kosten der Unterkunft
579 (KdU). Damit fördern wir auch die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im
580 Bundesgebiet: Die KdU-Begleichung durch die Kommunen belastet Kommunen in schwieriger
581 wirtschaftlicher Lage stärker und ist historisch überholt.

582

583 Als internationalistischer Richtungsverband fordern wir ebenfalls den Ausbau
584 grenzüberschreitender Arbeitsvermittlung. Am Beispiel von EURES-T Oberrhein soll ein
585 europaweites Konzept der Arbeitsvermittlung angestrebt werden. Dies ist nicht nur eine
586 Stärkung der Arbeitssuchenden in Grenzregionen, sondern auch der Europäischen Union durch
587 Nutzung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit.

588

589 Für eine nachhaltige Durchsetzung einer verbesserten inklusiven Arbeitsweise müssen auch die
590 Organisationsstrukturen der Bundesagentur inklusiver ausgestaltet werden. Es ist daher
591 notwendig die Teilhabe der Sozialpartner*innen am operativen Geschäft der Bundesagentur auf
592 allen Ebenen zu stärken. Auf zentraler Leitungsebene müssen die Arbeitnehmer*innen- und

593 Arbeitgeber*innenverbände wieder beteiligt und in den Vorstand der Bundesagentur integriert
594 werden. Ein bloßes Mitwirken im Verwaltungsrat und die Ausführung von Kontroll- sowie
595 Beratungsfunktionen sind unzureichend. In dieser Logik sind auch die Geschäftsleitungen der
596 Regionaldirektionen, der Agenturen sowie der gemeinsamen Einrichtungen tripartitisch
597 umzugestalten.

598

599 **Arbeitslosengeld II reformieren: Wir machen „Weg mit Hartz IV“ konkret!**

600

601 Auch die Arbeitsversicherung kann nicht ohne eine Grundsicherung auskommen, die für jene
602 ohne Ansprüche aus Beiträgen das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich absichert. Hier
603 gilt es, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und EmpfängerInnen mehr Emanzipation zu
604 ermöglichen.

605

606 Ein soziokulturelles Existenzminimum hat sich aus unserer Sicht aus sozialen und kulturellen
607 Kriterien zu errechnen, nicht aus der Kassenlage. Künftig wollen wir daher eine Kommission,
608 zusammengesetzt aus Sozialverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft bilden, die jährlich
609 eine Anpassung des ALG II Satzes vorschlägt.

610

611 Für Menschen zwischen 18 und 25 Jahren soll ein eigener Anspruch entstehen. Für Unter-18-
612 Jährige ersetzt eine sozial gerecht gestaltete Kindergrundsicherung in der Höhe von 536 Euro
613 den Regelsatz, und wird nicht auf den Arbeitslosengeld-II-Anspruch der Eltern angerechnet.
614 Dieser Betrag soll dabei steuerrechtlich voll dem Einkommen der Eltern hinzugerechnet werden,
615 so dass für Spitzenverdiener eine Nettoleistung von rund 280 € verbleibt, Geringverdiener aber
616 vom vollen Betrag von 536 € profitieren.

617

618 Die Bedarfsgemeinschaft im SGB II wollen wir abschaffen. Die Grundsicherung ist ein
619 Instrument der individuellen, nicht der kollektiven Existenzsicherung. Die Würde eines
620 Menschen wird nicht darum weniger sicherungsbedürftig, weil ein anderer, wenn auch
621 nahestehender Mensch über Mittel verfügt und die betroffene Person daran teilhaben lässt. Die
622 Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft ist für uns daher, nicht zuletzt aus feministischer
623 Perspektive, ein Schritt der Emanzipation. Die Gefahr, dass es in Kombination mit der
624 Abschaffung von Sanktionen hierdurch zu Missbrauch kommen kann, halten wir aufgrund der
625 bleibenden Vermögensprüfung, dem bürokratischen Aufwand für die Antragstellung sowie der
626 weiterhin bestehenden Versorgungsgemeinschaft Ehe für überschaubar und sehen in ihr keine
627 ausreichende Legitimation, Politik zur Sicherung des Existenzminimums von Millionen
628 unverschuldet in Not geratener nicht an ihnen, sondern an der potenziellen Ausnutzung durch
629 wenige auszurichten.

630

631 Ein Zustand, in dem Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können und von
632 Grundsicherungsleistungen abhängig bleiben, ist für uns Juros nicht hinnehmbar. Unsere
633 Vorschläge zu Kindergrundsicherung, Mindest-Arbeitslosengeld und Abschaffung der
634 Bedarfsgemeinschaft sollen daher mit einer entschiedenen Bekämpfung prekärer Beschäftigung
635 sowie einem gesetzlichen Mindestlohn in entsprechender Höhe kombiniert werden, um
636 zahlreichen Menschen das Ende des ‚Aufstockens‘ zu ermöglichen.

637

638 Der Freibetrag fürs Schonvermögen muss eine deutliche Erhebung erfahren. Dies soll
639 insbesondere für bestimmte Produkte mit langer Laufzeit und eingeschränkter Verfügbarkeit
640 gelten, die sich nicht als Spekulationsprodukte eignen. Vermögenswerte für die Altersvorsorge
641 müssen komplett verschont werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, in welchem Umfang
642 künftig auch Tilgungsraten für selbstgenutztes Wohneigentum in den Kosten der Unterkunft
643 berücksichtigt werden können, ohne BesitzerInnen von Wohneigentum gegenüber MieterInnen
644 zu bevorteilen.

645

646 Schließlich ist für uns unabdingbar: Die Grundsicherung dient der Sicherung der Würde des
647 Menschen – nicht der Würde des Deutschen. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz
648 abschaffen und die Grundsicherung allen in der BRD lebenden Menschen zugänglich machen,
649 die sie benötigen. Die Kinder von Flüchtlingen wollen wir sowohl bezüglich der Leistungen als
650 auch der Zugangsrechte zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt gleichberechtigt einbeziehen.

651

652 **2.5. Finanzierung**

653

654 Die Finanzierung der Arbeitsversicherung soll auf eine gemeinsame solidarische Basis gestellt
655 werden, wobei die paritätische Finanzierung aller Maßnahmen von Seiten der
656 ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen erfolgt. Die bisherige Beitragsbemessungsgrenze für
657 gut verdienende ArbeitnehmerInnen, die zu einer Deckelung der Beiträge führen, wird
658 aufgehoben, weil sie de facto dazu führt, dass nicht das gesamte Einkommen bei der
659 solidarischen Finanzierung berücksichtigt wird.

660

661 Darüber hinaus kann in Krisenzeiten eine Steuerfinanzierung der Beitragsfinanzierung an die
662 Seite gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem politischen Ziel der Vollbeschäftigung kann
663 die Versicherung auf eine umfassende finanzielle Basis gestellt werden. Zusätzliche Mittel
664 werden auch durch mehr Regelarbeitsverhältnisse für Frauen und der Abschaffung prekärer
665 Beschäftigungsverhältnisse erreicht. Eine gesicherte Finanzierung muss somit im
666 Zusammenhang mit anderen politischen Maßnahmen stehen, da die Arbeitsversicherung als
667 Querschnittsinstrument mehrere politische Maßnahmen (Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik)
668 zusammenführt. Gleichzeitig schließen wir die Möglichkeit, die Beiträge anzuheben, um eine
669 solidarische Finanzierung der Arbeitsversicherung zu ermöglichen, nicht aus.

670

671 Alle Erwerbstätigen sollen in die Arbeitsversicherung einzahlen. Dies umfasst Selbstständige,
672 Beamten sowie BerufsständlerInnen. Gerade durch die Einführung der Arbeitsversicherung
673 sehen wir die Möglichkeit, bisher außen vorstehende Berufsgruppen wie Beamtinnen/Beamte
674 sowie Selbstständige an der solidarischen Finanzierung der Sozialsysteme zu beteiligen und
675 somit ihre finanzielle Basis zu erweitern. Da bei Beamten die Absicherung gegen
676 Arbeitslosigkeit unter Umständen nicht notwendig ist, kann über einen reduzierten Beitrag
677 nachgedacht werden.

678

679 Die bisherigen Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, die im Rahmen der bisherigen
680 aktiven Arbeitsmarktpolitik bestehen, werden in die Arbeitsversicherung integriert, sodass ein
681 Gesamtgefüge entsteht. Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen aber auch die
682 öffentliche Hand in der Pflicht, eine aktive Arbeitsmarktpolitik durchzuführen. Dies bedeutet für
683 uns, dass der Bund die aktive Arbeitsmarktpolitik dauerhaft zentral finanzieren muss, die in den
684 Kommunen vor Ort umgesetzt wird. Dies hat den Vorteil, dass vor Ort die Verhältnisse und
685 Bedürfnisse der Menschen besser gekannt werden, während nur der Bund aufgrund der
686 beschränkten finanziellen Möglichkeiten der Kommunen eine fortwährende aktive
687 Arbeitsmarktpolitik finanzieren kann.

688 Dabei soll insbesondere bei Selbstständigen darauf geachtet werden, die Beiträge angemessen
689 zu gestalten und nicht dem Verhandlungsgeschick des Einzelnen zu überlassen.

690

691 **2.6 Weiterbildung**

692

693 Für uns Jusos soll eine gute Arbeitsversicherung nicht nur Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern
694 Arbeit fördern, Weiterbildung organisieren und finanzieren, Auszeiten im Erwerbsleben für
695 Reproduktions- und Bildungsphasen absichern, Beschäftigungsfähigkeit durch Weiterbildung
696 und Qualifikation lebenslang erhalten und vor allem Aufstiegsmöglichkeiten ermöglichen.
697 Deshalb ist es für uns Jusos unerlässlich eine neue Weiterbildungsarchitektur im Rahmen der
698 Arbeitsversicherung zu schaffen.

699

700 Weiterbildung ist keine verschwendete Zeit. Lebenslanges Lernen ist für uns Jusos eine
701 Selbstverständlichkeit im sozialen-Leben sowie im Erwerbsleben. Weiterbildung und
702 Qualifikation eröffnen neue persönliche und berufliche Perspektiven. Lebenslanges Lernen darf
703 aber nicht nur eine schöne Floskel in politischen Sonntagsreden bleiben, sondern bedarf der
704 konkreten finanziellen Absicherung und Förderung.

705

706 **Weiterbildungskonto der persönlichen beruflichen Weiterbildung**

707

708 Im Rahmen Qualifizierungsfunktion der Arbeitsversicherung sollen so genannte
709 Weiterbildungskonten geschaffen werden. Diese sollen bei der Agentur für Arbeit eingerichtet
710 und geführt werden. Das Guthaben auf dem Weiterbildungskonto wird während der
711 Erwerbstätigkeit vergrößert und paritätisch zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen
712 finanziert. Hierbei sollen gesetzlich festgelegte Ansprüche auf Fort- und Weiterbildung greifen.
713 Erworbene Ansprüche werden auf dem Konto verbucht und können dann bei Bedarf in Lernzeit
714 oder Weiterbildung realisiert werden. Aber auch freiwillige Einzahlungen sollen möglich sein:

715

716 Durch die Übertragung von Zeitguthaben (z.B. Überstunden, Resturlaub) sowie durch die
717 Umwandlung von flexiblen Bezugsdauer Guthabens ALG I aus der Versicherungsfunktion der
718 Arbeitsversicherung kann das Konto gefüllt werden. Hierbei muss die entsprechende Vergütung
719 bei Weiterbildungsmaßnahmen zusätzlich vom Arbeitgeber getragen werden. Ebenso sind
720 Regelungen zu treffen in denen Erziehungszeiten von Kindern sowie ehrenamtliche Tätigkeiten
721 berücksichtigt werden. Eine Aufstockung des Kontos durch Einzahlung von Geldbeträgen soll
722 ebenso möglich sein.

723

724 Im Rahmen der bereits erwähnten Weiterbildungskonten müssen differenzierte Angebote für
725 den Erwerb von Zusatzqualifikationen entwickelt werden, welche auf eine vorhandene
726 Ausbildung oder ein Studium aufbauen. Dabei sind Module zur Spezialisierung, Modernisierung
727 und Umstellung notwendig. Eine Zertifizierung ist auf Grund einer europaweiten Anerkennung
728 unverzichtbar. Hierbei können Prüfungen und Zeugnisse von offiziellen Bildungseinrichtungen
729 (z.B. VHS, IHK) helfen eine einheitliche Qualitätssicherung zu erzielen.

730

731 Jede Weiterbildung von auszuwählenden Anbietern wie IHK, VHS, private Anbieter, ARGE, sei
732 es während Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit muss einer Qualitätsoffensive unterzogen
733 werden.

734

735 **Lernzeit und Erwerbslosigkeit**

736

737 Weiterbildungen und Umschulungen im während Zeiten der Erwerbslosigkeit müssen auch in
738 Zukunft für alle Betroffenen sichergestellt werden. Die beste Weiterbildungspolitik greift jedoch
739 bereits weit vor dem Eintritt der Erwerbslosigkeit. Dazu schaffen wir zentral geführte
740 Arbeitszeitkonten als Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie individuelle
741 Weiterbildungsansprüche innerhalb der Sozialversicherung, die zunächst durch die bislang in
742 den rein nachsorgenden und Missbrauch anfälligen Bildungsgutscheinen gebundenen
743 Finanzmitteln gespeist werden. Dabei muss das Bundesdatenschutzgesetz eingehalten werden,
744 besonders die Regulierungen zur Vorratsdatenspeicherung.

745

746 Wir werden die Arbeitgeberinnen und ArbeitgeberInnen jedoch nicht aus ihrer Verantwortung für
747 die bisherige betriebliche Weiterbildung und der Finanzierung entlassen. Mittelfristig soll die
748 Finanzierung und Organisation der Weiterbildung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wie
749 wir Jusos beschlossen haben, sollen Weiterbildungsfonds zur betrieblichen beruflichen
750 Weiterbildung entstehen, in die ArbeitgeberInnen einzahlen und betriebliche Weiterbildung
751 finanziert wird. In Anlehnung an das französische Modell würde so im Rahmen der
752 Arbeitsversicherung eine neue Weiterbildungsarchitektur mit einem Mix aus tariflichen und
753 gesetzlichen Maßnahmen entstehen.

754

755

756

757

758

759

760

761

762

763

764

765

766

767

768

769

770

771

772

773

Titel Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher,
transparent

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

Sexuelle Dienstleistungen - legal, sicher, transparent

1 Sexuelle Selbstbestimmung ist ebenso ein Grundrecht, wie sexuelle Bedürfnisse Teil der
2 Entfaltung der Persönlichkeit sind. Sexuelle Dienstleistungen waren und sind Teil unserer
3 Lebenswirklichkeit. Sie verbieten zu wollen ist nicht nur illusorisch, sondern ein Angriff auf das
4 Selbstbestimmungsrecht aller, die ihnen ohne Zwang nachgehen. Niemand soll aufgrund von
5 Gewalt oder Not gezwungen sein, dieser oder einer anderen Tätigkeit unfreiwillig nachzugehen.
6 Jene, die es tun, sollen nicht ungerechten Marktbedingungen oder unzureichenden
7 Arbeitsbedingungen ausgesetzt sein. Deshalb gilt es diese Dienstleistungen, wie jede andere
8 legal, sicher und transparent in unser Wirtschaftsgeschehen zu integrieren.

9

10 **Rechtlicher Status**

11

12 Sexuelle Dienstleistungen sind in Deutschland seit 1927 nicht mehr strafbar und seit dem Jahr
13 2002 nicht mehr sittenwidrig. Jedoch werden Anbieter_innen noch immer als potenziell kriminell
14 angesehen, weswegen etwa ein Werbeverbot nach §120 OWiG für diese Dienstleistungen
15 besteht.

16 2006 wurde die Zahl der Prostituierten in Frankfurt am Main auf 2000 geschätzt[1], was
17 hochgerechnet auf ganz Deutschland etwa 200.000 Personen ausmacht. Hiervon sind ca. 90 %
18 Frauen, 7 % Männer und 3 % Transsexuelle[2] und davon haben ca. 73 % eine nicht-deutsche
19 Staatsbürgerschaft. Durch Zuwanderung, insbesondere aus den neuen EU-Mitgliedsländern
20 und dem allgemeinen Wirtschaftsabschwung ist es zu einem Preisverfall dieser
21 Dienstleistungen gekommen. [3]

22 Landesregierungen oder von ihnen ermächtigte Behörden können nach Art. 297 EGStGB in
23 Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern für das gesamte Gemeindegebiet und in Gemeinden
24 über 20.000 Einwohner für Teile des Gebiets Sperrbezirke oder Sperrzeiten einrichten, um diese
25 Dienstleistungen zu unterbinden und wieder illegal zu machen. Da mit der Einführung eines
26 Sperrbezirks, die Anbieter_innen in die umliegenden Gebiete ausweichen, konzentriert sich die
27 Prostitution in abgelegenen Gebieten, was Oligopole begünstigt. So lebt der Großteil der
28 Bevölkerung in Deutschland in einem Gebiet, indem oder in dessen Nähe die Inanspruchnahme
29 sexueller Dienstleistungen unzulässig ist.[4] Allerdings muss die Kommune nachweisen, warum
30 im Gebiet durch sexuelle Dienstleistungen eine Gefahr für die Jugend ausgeht, da es „nicht
31 mehr zulässig sei, die Ausübung der Prostitution außerhalb ausgewiesener Toleranzzonen ohne
32 eine konkrete Bewertung daraus resultierender schädlicher Auswirkungen auf die
33 Nachbarschaft, insbesondere auf dort lebende Jugendliche und Kinder pauschal als Störung der
34 öffentlichen Sicherheit oder Ordnung einzustufen“ (VGH Kassel 1245/12). Diese Umkehrung der
35 Beweislast sollte aufgrund widersprechender Urteile anderer Verwaltungsgerichte (z. B. VG
36 Augsburg vom 11.09.2013 Aktenzeichen: Au 4 K 13.43) ausdrücklich gesetzlich fixiert werden.
37 Die Stadt Dortmund hat 2011 letztendlich ihr gesamtes Gebiet als Sperrbezirk deklariert, was
38 vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen im März 2013 für unzulässig erklärt wurde, da die Stadt
39 nach Schließung eines Straßenstrichs, Ausweichmöglichkeiten nicht hinreichend geprüft hatte.
40 Die Länder Berlin und Brandenburg verzichten in Deutschland komplett auf Sperrbezirke. In den
41 Ländern Sachsen-Anhalt (Burg) und Schleswig-Holstein_(Neumünster) wird hiervon kaum
42 Gebrauch gemacht.

43 Eine Sperrbezirksverordnung regelt jedoch nicht bauplanungsrechtlich, ob ein Gebäude

44 genehmigungsfähig ist. So kann gewerbsmäßige Prostitution nach der Sperrbezirksverordnung
45 zulässig, bauplanungsrechtlich aber unzulässig sein, denn die Regelungsbereiche des Bau- und
46 Ordnungsrechts sind getrennt. Das Bauplanungsrecht beurteilt nur die bodenrechtlichen
47 Spannungen, die durch die Nutzung von Gebäuden für die Ausübung von Prostitution entstehen
48 können und ist eigentlich kein Instrument zur Bekämpfung von Prostitution. Jedoch wird
49 mangels anderer rechtlicher Regulierungsmöglichkeiten sowohl von Behörden als auch von
50 betroffenen Nachbar_innen zunehmend das Baurecht als Mittel gegen Prostitution gebraucht.
51 Die Eingliederung der Sexarbeit in das wirtschaftliche System ist bisher kaum erfolgt. Nach dem
52 Prostitutionsgesetz können sexuelle Dienstleister_innen Entgelt einklagen und eine
53 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, die ein eingeschränktes Weisungsrecht
54 der_des Arbeitgeberin_Arbeitgebers beinhaltet. Dies bedeutet, dass Arbeitszeit, Ort und Preise
55 vorgegeben werden können. Jedoch ist die_der Beschäftigte nicht verpflichtet, tatsächlich
56 sexuelle Handlungen vorzunehmen oder an sich zu dulden (BGH 2 StR 186/03). Angestellte
57 Sexarbeiter_innen dürften aufgrund des Arbeitszeitgesetzes zudem nicht an Sonn- und
58 Feiertagen beschäftigt werden. Dieses Modell hat sich jedoch bisher kaum durchgesetzt,
59 lediglich einige Teilzeitprostituierte arbeiten nach Angaben von Ver.di in einer geringfügigen
60 Beschäftigung.[5] Trotzdem soll nach einem Beschluss des Bundesrates von 2011 eine
61 abhängige Beschäftigung in Prostitutionsstätten vermutet werden (Punkt 5 Bundesrat
62 drs.314/10).

63 Seit 2008 sind sexuelle Handlungen gegen Entgelt mit 16- bis 17-Jährigen nach §182 StGB
64 Abs. 2 verboten. Eine Vermittlung über Agenturen oder Bordelle ist für Personen unter 21
65 Jahren nach § 232 StGB Abs. 1 Satz 2 nicht möglich. 18- bis 20-Jährige können dem Gewerbe
66 nur in ihren eigenen Wohnungen bzw. Wohnwagen oder auf der Straße nachgehen. Wird eine
67 Beschäftigung von Menschen dieser Altersgruppe in einer Prostitutionsstätte von der Polizei
68 festgestellt, sind die Betroffenen Opfer von Menschenhandel, auch wenn weder Zwang noch
69 Gewalt vorliegen.

70 Neben der einheimischen Bevölkerung haben auch EU-Bürger_innen das Recht einer Tätigkeit
71 in Deutschland nachzugehen. Allerdings muss die Arbeitssuche nach drei Monaten
72 abgeschlossen sein, um nicht einer Ausreiseaufforderung nachkommen zu müssen; wechseln
73 sexuelle Dienstleister_innen aus anderen EU-Ländern nach spätestens drei Monaten den
74 Arbeitsort, können sie damit einer Erfassung der Behörden, was Steuer- und
75 Sozialversicherungszahlungen nach sich ziehen kann, entgehen.

76 Menschen außerhalb der EU können über § 21 AufenthG in Deutschland grundsätzlich eine
77 selbständige Tätigkeit aufnehmen. Da sexuelle Dienstleistungen keine freien Berufe im Sinne
78 des Einkommenssteuergesetzes sind, scheidet diese Möglichkeit über § 21 aus, ebenso eine
79 unselbstständige Tätigkeit nach der Beschäftigungsverordnung. Übrig bleibt die Illegalität oder
80 ein Aufenthaltstatus über Eheschließungen oder Familiennachzugsbestimmungen.

81

82 **Wir fordern deshalb:**

83

- 84 • Neufassung und Einschränkung des Werbeverbots in § 120 OWiG. Ordnungswidrig soll
85 nur noch handeln, wer Prostitutionsstätten in für die Allgemeinheit stark belästigender
86 Weise auffällig kennzeichnet bzw. beleuchtet oder wer in grob anstößiger Weise für
87 Prostitution öffentlich wirbt.
- 88 • Abschaffung der Sperrbezirksregelung nach Art. 297 EGStGB
- 89 • Einführung von Mindestvergütungssätzen auf sexuelle Dienstleistungen, um einem
90 existenzbedrohenden Preisverfall vorzubeugen.
- 91 • Neufassung und Einschränkung des § 297 EGStGB und Anpassung des § 184e STGB
92 dahingehend, dass ausdrücklich nur Sperrbezirke für Prostitutionsstätten und
93 Straßenprostitution ausgewiesen werden dürfen, wenn Tatsachen die Annahme
94 rechtfertigen, dass die Prostitution dort zu Missständen führt, etwa der Ort den
95 Sicherheitsinteressen der Prostituierten entgegen läuft. Für die verordneten Sperrbezirke
96 soll ein gesetzliches Verbot der Kontaktaufnahme von Kundinnen und Kunden mit
97 Personen, die Prostitution anbahnen oder ausüben zum Zweck der Inanspruchnahme von
98 sexuellen Dienstleistungen aufgenommen werden. Vom Verbot soll die Kontaktaufnahme
99 über Telekommunikationsmittel nicht erfasst werden.
- 100 • Ausdrückliche Regelung der Prostitution in der Baunutzungsverordnung (BauNVO) als
101 regelmäßig zulässige Bebauung im Misch-, Kern- und Gewerbegebiet.
- 102 • Einfügung eines Paragraphen in BauNVO, nachdem Prostitution in Wohngebieten nur
103 statthaft ist, wenn nicht mehr als 4 Sexarbeiter_innen sich eine Wohnung teilen und diese
104 Wohnungen nicht so eng bei einander liegen, dass dadurch nach BImSchG und TA Lärm

- 105 unzulässige Emissionen auftreten.
- 106 • Einfügung §10 Abs. 1 ArbZG (Sonn- und Feiertagsbeschäftigung) Punkt 5 „in
107 Prostitutionsstätten, wie Bordelle, BDSM Studios oder erotische Massagesalons“ die
108 bisherigen Punkte 5 bis 16 werden die Punkte 6 bis 17.
- 109 • Streichung § 232 Abs.1 Satz 2 StGB (Verbot Förderung Prostitution 18 - 20 Jähriger)
- 110 • Streichung § 55 Abs. 2 Nr. 3 AufenthG (Ausweisung wegen Gewerbsunzucht)

111

112 **Beschäftigungssituation**

113

114 Sexuelle Dienstleistungen umfassen das Mitwirken in pornographischen Filmen, die Prostitution
115 als Begleiter, in Prostitutionsstätten wie Bordellen, BDSM Studios oder erotischen
116 Massagesalons, Prostitution in privaten Wohnungen, Straßenprostitution und Sexualbegleitung
117 bei Menschen mit Beeinträchtigungen.

118 Sexarbeit gestaltet sich vielseitig. So arbeiten Escortbegleitungen generell nur in Teilzeit. Die
119 künstliche Verknappung und Differenzierung der Anbieter_innen führt umgekehrt zu hohen
120 Preisen (monopolistische Konkurrenz). Die hohen Anforderungen (Modelmaße, humanistische
121 Bildung, Jugend, o. Ä.) machen diese Beschäftigung nur für einen kleinen Teil von Menschen
122 möglich. In Bordellen mieten sich Personen in der Regel ein Zimmer (Laufhaus). Die
123 Tagessätze unterscheiden sich deutschlandweit stark. So sind in norddeutschen Kleinstädten 30
124 bis 50 € zu erwarten, während es in Großstädten vor allem in Süddeutschland zwischen 80 und
125 160 € sind. Das führt dazu, dass Teilzeit nicht möglich ist, die Zimmer teilweise nur
126 wochenweise gebucht werden und dann bis zur Erschöpfung gearbeitet wird. Hier ist der
127 Umsatz der_des Vermieterin_Vermieters sicher und unabhängig vom tatsächlichen Umsatz
128 der_des Dienstleisterin_Dienstleiters. Eine andere Form sind Betriebe, wo nur die Infrastruktur
129 zu Verfügung gestellt wird und die Prostituierten Eintritt (FKK bzw. Saunaclub) oder einen Anteil
130 pro gebuchtem Zimmer zahlen (Anbahnungsbar). Eine Beteiligung am Getränkeumsatz ist in
131 Letzterem verbreitet. Vermehrt treten neuerdings auch Pauschalsex- und Gruppensexangebote
132 auf, in denen sexuellen Dienstleister_innen eine feststehende Entlohnung garantiert wird,
133 wodurch der Konkurrenzdruck und Werbungsaufwand für die dort tätigen Personen entfällt.

134 Aufgrund der hohen Miet- bzw. Eintrittspreise in Laufhäusern/Saunaclubs oder einer fehlenden
135 Aufenthaltsgenehmigung weichen viele Dienstleister_innen auf Terminwohnungen oder die
136 Straße aus. Zwischen 2000 und 2012 wird geschätzt, dass der Anteil der in Prostitutionsstätten
137 tätigen Sexarbeiter_innen von 80 auf 65 % aller Beschäftigten zurückging, während er im
138 Bereich Escort/Wohnungsprostitution von 14 auf 26 % anstieg.[6] Daraus ergibt sich ein
139 Folgeproblem, da nun einerseits Reklame in einem Markt regionaler Werbeanbieter mit hoher
140 Marktmacht betrieben werden muss und andererseits baurechtlich ungeklärt ist, ab wann durch
141 eine Vornahme sexueller Handlungen gegen Entgelt in Wohnungen diese zu einem
142 bordellähnlichen Betrieb werden. Schließlich sind in reinen und allgemeinen Wohngebieten
143 diese Betriebe, wegen des erhöhten Störungspotentials nicht zulässig. Aber auch wenn der
144 Ausübung der Prostitution in einer Wohnung weder Sperrbezirke noch Baunutzungspläne
145 entgegenstehen, so begründet alleine das Vorhandensein von minderjährigen Personen in
146 einem zugehörigen Gebäude nach §184f StGB ein faktisches Tätigkeitsverbot.

147 Der Vollzug an Straßen geschieht entweder in nahegelegenen Stundenhotels/Wohnmobilen
148 oder im Fahrzeug der_des Kundin_Kunden. Die Gelegenheit sich zu duschen ist oft nicht
149 vorhanden und gerade in der kalten Jahreszeit ist das lange Stehen eine hohe Belastung für die
150 Betroffenen. Einige Kommunen stellen auch sogenannte „Verrichtungsboxen“ zur Verfügung mit
151 Notfallknöpfen, Bewachung und/oder sanitären Anlagen.

152 Ein Einstieg in die Sexarbeit erfolgt häufig über persönliche Kontakte oder Zeitungsannoncen.
153 Oft wird dies nur als vorübergehende Lebensphase angesehen. So haben ca. 73 % der
154 Sexarbeiter_innen vor in den nächsten 5 Jahren aus dem Gewerbe auszusteigen. Als
155 Hinderungsgrund wird ein Mangel an alternativen akzeptablen Ausbildungs- oder
156 Arbeitsmöglichkeiten, das Ziel Schulden abzubezahlen oder finanzielle Rücklagen zu bilden
157 genannt.[7] Insbesondere das Stigma dieser Berufsgruppe beeinträchtigt einen Umstieg. So
158 kommt eine Umfrage unter studentischen Sexarbeiter_innen in Berlin zu dem Schluss, dass vor
159 allem soziale Ausgrenzung als Problem gesehen wird, da es u. a. zu einem Doppelleben führt.
160 [8] Eine Umfrage mit einer Überrepräsentation von Straßenprostituierten (34 von 110) stellt fest,
161 dass 53 % der Sexarbeiter_innen selten oder nie Besuch von Verwandten oder Bekannten
162 bekommen (17 % Hauptstichprobe) und oft ihre Tätigkeit vor ihrem Lebenspartner_in geheim
163 halten. Im Vergleich zur Allgemeinheit geben zwei- bis dreimal soviel Sexarbeiterinnen an, sie
164 würden gute Freund_innen, eine enge Beziehung, Wärme und Geborgenheit oder Menschen
165 bei denen sie sich wohl fühlen vermissen. Insgesamt sind sie seit ihrem 16 Lebensjahr weit

166 häufiger von körperlicher Gewalt (87 zu 32 %) und sexueller Gewalt (59 zu 12 %) betroffen als
167 im Mittel der Frauen. Wobei der Anteil für Straßenprostituierte die jemals Opfer von
168 Prostitutionskunden wurden, höher als für andere Prostitutionsformen (62 zu 26 %) ist.
169 Allerdings ist auch die Anzeigebereitschaft für diese Delikte unter Sexarbeiter_innen höher als
170 in der Allgemeinbevölkerung (32 zu 10 % bei körperlicher Gewalt und 30 zu 5 % bei sexueller
171 Gewalt). Zudem ist aufgrund der belastenden Arbeitsbedingungen (Konkurrenzdruck, lange
172 Wartezeiten, Nacharbeit), der Anteil derjenigen, die fast täglich Alkohol konsumieren (19 % zu
173 7 %) und mehr als 20 Zigaretten pro Tag verbrauchen (27 % zu 4 %) höher.[9] Obwohl sie
174 häufiger körperlicher- und sexueller Gewalt ausgesetzt sind, lässt sich kein Zusammenhang von
175 Sexarbeit und psychischen Erkrankungen feststellen. Auch Indoor-Sexarbeit kann unter
176 schlechten Arbeitsbedingungen zusammen mit Stigmatisierung zu vergleichbaren Burnout-
177 Symptomen führen wie bei Krankenpfleger_innen.[10]

178 Eine Untersuchung von männlichen heterosexuellen Prostitutionskunden ergab, dass jene im
179 Mittel 7,2 verschiedene Prostituierte 15-mal im Jahr besuchen.[11] Auch wenn die meisten
180 Angebote von sexuellen Dienstleistungen auf heterosexuelle Männer zielen, von denen etwa 18
181 % als regelmäßige Prostitutionskunden gelten[12], existieren auf der Escortebene mehrere
182 Anbieter_innen für Frauen in Deutschland. Reisebüros empfehlen alleinstehenden Frauen
183 mittleren Alters zudem Aufenthalte in Jamaika, Kenia oder Indonesien, wo sich Männer
184 Touristinnen am Strand anbieten. Statt in Geld werden sie oft in Sachleistungen bezahlt.[13]

185 Bordelle für Frauen sind in Deutschland nicht bekannt. Eine Gründung in Neuseeland scheiterte
186 an der Rekrutierung von Personal in Buchhaltung und Rechtsvertretung.[14]

187 Die Preise für homosexuelle Männer bei Begleitagenturen liegen unter jenen für heterosexuelle
188 Männer oder Frauen. Statt auf Bordelle konzentriert sich das Geschäft für und von Männern auf
189 individuelle Verabredungen über das Internet und Bars, in denen nur die Infrastruktur von
190 der_dem Betreiberin_Betreiber bereitgestellt wird und die Gäste untereinander die Bedingungen
191 ausmachen. Etwa 5 % von ihnen haben in den letzten 12 Monaten berufsmäßig oder
192 gelegentlich sexuelle Dienstleistungen angeboten.[15] Der Markt für homosexuelle Frauen ist
193 noch zu klein, als dass es eigene Anbieter_innen für diese Gruppe gibt. In einigen
194 Escortagenturen und Terminwohnungen bieten bisexuelle Dienstleisterinnen sich an.

195 Sexuelles Verlangen ist ein menschliches Bedürfnis. Einige Beeinträchtigungen verhindern oder
196 erschweren Menschen diesem nachzugehen, was zu einer Einschränkung des Wohlbefindens
197 und der Bildung von Aggressionen führen kann und von Angehörigen oft nicht verstanden wird.
198 In Einrichtungen von betreutem Wohnen kommt es deswegen oft zu Belästigungen des
199 Personals durch die Bewohner_innen.[16] Neben der finanziellen Hürde und dem Problem der
200 Ausführung, wenn sich der Wohnsitz dieser Personen im Sperrbezirk befindet, sind Prostituierte
201 oft überfordert mit der besonderen Situation dieser Menschen. Weiterbildungen zur_zum
202 Sexualbegleiterin_Sexualbegleiter, die sich auf die sexuellen Bedürfnisse von Menschen mit
203 Beeinträchtigungen spezialisieren, gibt es nur vereinzelt.

204 Die Verdienste von Erotikdarsteller_innen sind nach der Zusammensetzung und den Praktiken
205 der Szene gestaffelt. Frauen beginnen in der Regel mit 22 Jahren und gingen in den 70er
206 Jahren im Durchschnitt 9 Jahre (Männer 12 Jahre) dieser Tätigkeit nach und 3 Jahre (Männer 4
207 Jahre) in den 2000er Jahren.[17] Der Verdienst der Männer in der Branche liegt um einiges
208 unter den Sätzen für Frauen, weshalb sie mehr Arbeitsgelegenheiten wahrnehmen. Dies
209 wiederum begünstigt den Missbrauch von Potenzmitteln. Nur einige wenige Darsteller_innen
210 haben einen Exklusivvertrag mit einer Firma. Sie arbeiten ausschließlich für das Unternehmen
211 und repräsentieren es für ca. 2000 € Brutto im Monat in der Öffentlichkeit durch Interviews,
212 Messen o.Ä. Diese kleine Gruppe prägt auch das Bild dieser Branche und lässt sie
213 insbesondere für junge Frauen attraktiv wirken. Es gibt keine Regelungen zur Verwendung von
214 Kondomen, noch eine Überprüfung der Arbeitsumgebung durch das Gesundheitsamt. Die
215 Darsteller_innen sind oft nebenberuflich tätig und oft noch in anderen erotischen
216 Arbeitsgelegenheiten aktiv. So bestehen Mischformen in denen Darsteller_innen Webcams
217 betreiben und dort auch Personen für den Geschlechtsverkehr auswählen, der dann als Film
218 verkauft wird. Aufgrund von Marktmacht bleiben 70 bis 75 % der Wertschöpfung hierbei bei den
219 Vertriebsportalen hängen.

220 Durch die Entdeckung von Penicillin und der Verbreitung von Kondomen ist die
221 Übertragungswahrscheinlichkeit und Inzidenz von Geschlechtskrankheiten in Deutschland stark
222 gesunken. Diesen Arbeitsschutz gilt es bei sexuellen Dienstleistungen ernst zu nehmen. So
223 ermöglicht das Infektionsschutzgesetz seit 2001 nach §19 eine kostenlose und anonyme
224 Testung auf Geschlechtskrankheiten mit begleitender Beratung. Insbesondere in
225 pornographischen Filmen kommen neben dem Schutz auch die Auswirkungen auf die Jugend
226 zum Tragen.

227

228 **Wir fordern deshalb:**

229

- 230 • Befassung des Bundeskartellamtes mit möglichem Missbrauch marktbeherrschender
- 231 Stellung im Bereich Onlinewerbung sexueller Dienstleistungen und Vertriebsportalen von
- 232 pornographischen Filmen/Webcams nach § 18 Absatz 4 GWB bezüglich §19 Absatz 2
- 233 Punkt 2 GWB (Überhöhte Entgelte)
- 234 • Streichung §184f StGB (sittliche Gefährdung der Jugend durch Prostitution)
- 235 • Einfügung des Merkmals „der Berufswahl“ als verbotener Diskriminierungsgrund in § 1
- 236 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
- 237 • Aufnahme von sechs Sitzungen pro Jahr mit einer_einem Sexualbegleiter_in in den
- 238 Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen bei Menschen mit anerkannten
- 239 Hemmnissen (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) ihre sexuellen Bedürfnisse zu
- 240 decken.
- 241 • Einführung der Kondompflicht in pornographischen Filmen, deren Drehort in Deutschland
- 242 liegt, durch entsprechende Anpassung der Hygieneverordnungen der Bundesländer. Die
- 243 Kontrolle der Arbeitsbedingungen soll durch das zuständige Gesundheitsamt erfolgen.
- 244 • Einfügung §36 IfSG (Einhaltung der Infektionshygiene) Punkt 8 „Drehorte
- 245 pornographischer Filme“
- 246 • Die Förderung von Projekten, die der Analyse der Beschäftigungssituation von
- 247 Sexarbeiter_innen dienen, da es in diesem Bereich ein Forschungsdefizit (insbesondere
- 248 im quantitativen Bereich) gibt.

249

250 **Integration in das Wirtschaftsleben**

251

252 Sexuelle Dienstleister sind überdurchschnittlich nicht oder privat krankenversichert und nur 13
253 % der hauptberuflichen Prostituierten unter ihrer tatsächlichen Beschäftigung versichert. Als
254 Gründe sind hier die fehlende Anonymität und die Angst nicht aufgenommen zu werden
255 genannt. [18] Die Beiträge für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung werden
256 auf Grundlage des monatlichen Gewinns zumindest aber der Mindestbemessungsgrenze (2014:
257 2073,15 €) berechnet. Daraus ergibt sich ein monatlicher Mindestbeitrag in Höhe von 321,43
258 Euro plus 42,51 € Pflegeversicherung (Härtefälle 242,63 € § 240 Abs. 4 SGB V). Eine
259 gesetzliche Versicherung kann an fehlenden oder nicht nachweisbaren Vorversicherungszeiten
260 nach § 9 SGB V scheitern. In der privaten Krankenversicherung werden Sexarbeiter_innen
261 unter Risikozuschlägen aufgenommen. Oft werden deshalb Angaben als „Hostess“ oder
262 „Mitarbeiter_in einer Künstleragentur“ gemacht. Dies bringt jedoch die Unsicherheit einer
263 Kündigung mit sich. Die Hälfte der hauptberuflich Tätigen verfügt zudem über keine
264 Altersvorsorge und von den übrigen betreiben 59 % ausschließlich private Vorsorge.[19] Obwohl
265 mit dem Wegfall der Sittenwidrigkeit der Tätigkeit eine Vermittlung von Arbeitslosen in die
266 Prostitution möglich geworden ist, wird sie von den Arbeitsagenturen weder aktiv noch passiv
267 verfolgt. Bei der Aufgabe einer Beschäftigung in der Prostitution wird dies ohne Prüfung als
268 wichtiger Grund für die Arbeitsaufgabe im Sinne des § 159 Abs.1 SGB III anerkannt, womit
269 keine Wartezeiten für Leistungen bestehen.

270 Seit der Entscheidung des Bundesfinanzhofs von 1964 sind Einnahmen aus Prostitution
271 einkommens- und umsatzsteuerpflichtig(GrS 1/64 S, BFHE 80, 73, BStBl III 1964, 500). Zur
272 Umsetzung dieser Pflicht ermächtigt ein interner Erlass der OFD Düsseldorf von 1966
273 Vermieter_innen, Steuervorauszahlungen von bei ihnen selbstständig arbeitenden Prostituierten
274 zu kassieren und an die Finanzbehörden weiterzuleiten. Diese Steuer nach dem so genannten
275 „Düsseldorfer Verfahren“ machte in sieben Bundesländern Schule und reicht heute von 5 bis 30
276 € pro Tag. Die Zahlung soll bei einer Steuererklärung der betreffenden Person mit der
277 tatsächlichen Steuerschuld verrechnet werden. Allerdings gestaltet sich der Nachweis
278 schwierig, da keine Rechnungen für diese Dienstleistungen ausgestellt werden, wodurch die
279 Vorauszahlung oft als tatsächliche Steuerschuld angenommen wird. Eine spätere Anmeldung
280 beim Finanzamt kann zu einer Steuerschätzung der vergangenen fünf Jahre führen, da oft keine
281 Quittungen für die anonymen Steuervorauszahlungen ausgegeben oder anerkannt werden. Die
282 Festlegung auf eine Berufsgruppe statt auf eine Person läuft § 162 AO zuwider, sowie § 85 AO
283 hinsichtlich der progressiven Besteuerung nach Leistungsfähigkeit. Der Bundesfinanzhof stellte
284 2013 zudem klar, dass auch eine Gewerbesteuerpflicht besteht (BFH GrS 1/12), obwohl
285 selbständige Prostituierte derzeit nicht in allen Bundesländern ein Gewerbe anmelden können.
286 Wenn sie es tun, machen sie ihre Identität im Gewerberegister öffentlich.

287 Der Bundesrechnungshof schätzte 2003 den Verlust von Einkommens- und Umsatzsteuern im

288 Prostitutionsgewerbe durch Schwarzarbeit auf jeweils 1 Mrd. €[20] und empfahl bei den
289 betroffenen Personen bundeseinheitlich Pauschalzahlungen zu erheben. Die Stadt Köln erhebt
290 seit 2004 eine Vergnügungssteuer, wonach zwischen Räumlichkeiten, die zum sexuellen
291 Vergnügen zur Verfügung gestellt werden und nach Fläche besteuert werden sowie dem
292 Angebot sexueller Handlungen gegen Entgelt außerhalb dieser Einrichtungen die für jede_n
293 Prostituierte_n und Tag besteuert werden, unterschieden wird. In Dortmund werden sowohl
294 Sexarbeiter_innen außerhalb als auch innerhalb von bereits veranlagten Prostitutionsstätten
295 besteuert.[21] Durch diese Belastung verbessert sich die Marktsituation für Straßenprostitution,
296 was eine Verlagerung des Gewerbes zur Folge haben kann.
297 Bordelle oder bordellähnliche Betriebe werden als z.B. gewerbliche Zimmervermietung zwar
298 angezeigt und müssen dem jeweiligen Bebauungsplan entsprechen, da aber keine
299 Erlaubnispflicht besteht, kann das Gewerbeamt bestimmte Standards nicht überprüfen. Eine
300 bloße Aufführung unter Überwachungsbedürftige Gewerbe nach § 38 GewO, wie von der
301 ehemaligen CDU/CSU/FDP Regierung angestrebt, reicht nicht aus, da die Standards dadurch
302 nicht definiert sind und der Willkür der jeweiligen Behörden bzw. Sachbearbeiter_innen
303 überlassen bleiben. [22] In Wien führte ein vergleichbares Vorgehen zum Schließen der
304 Mehrheit der Prostitutionsstätten, wodurch Sexarbeiter_innen auf andere Städte oder weniger
305 attraktive Arbeitsorte ausweichen mussten. Ein Polizeiregister, wie von der CDU/CSU
306 Bundestagsfraktion gefordert, verursacht zudem Ausweicheffekte ohne bestehende Probleme
307 anzugehen. [23]

308

309 **Wir fordern deshalb:**

310

- 311 • Gleichsetzung der Mindestbemessungsgrenze für Selbstständige in der gesetzlichen
312 Krankenversicherung mit dem Betrag für nicht in der Ausbildung befindliche
313 einkommenslose Personen im SGB V
- 314 • Aufnahme von Stellenangeboten für sexuelle Dienstleistungen in die Datenbank der
315 Bundesagentur für Arbeit. Eine Zumutbarkeit der Tätigkeit und eine aktive Vermittlung
316 sollen daraus nicht begründet sein
- 317 • Einstellung der Steuervorauszahlungen von Prostituierten, wie sie derzeit in sieben
318 Bundesländern durchgeführt werden
- 319 • Durchführung einer Steueramnestie für sexuelle Dienstleister_innen die sich erstmals
320 beim Finanzamt anmelden
- 321 • Einführung einer eigenen Wirtschaftskennzahl (WZ) für Prostitutionsstätten und
322 Vermittlungsagenturen sexueller Dienstleistungen (Begleitdienste/Pornographie) in die
323 Klassifikation der Wirtschaftszweige
- 324 Neuregelung des Betriebens von Prostitutionsstätten in der Gewerbeordnung. Eine
325 Prostitutionsstätte soll ein Betrieb sein indem sich 5 und mehr Personen aufhalten, die
326 entgeltliche sexuelle Dienstleistungen anbieten. Der Zugang zur Prostitutionsstätte soll so
327 ausgestaltet sein, dass der Schutz von Jugendlichen gewahrt bleibt (gesonderter Zugang
328 zum öffentlichen Straßenraum) und Anwohner_innen keinen unzumutbaren Belästigungen
329 ausgesetzt werden. Mietverträge für Arbeitsräume zwischen Betreiber_innen und
330 Prostituierten sollen unzulässig sein. Räume sollen nur von der_dem Kundin_Kunden
331 gebucht werden können und durch Rechnungen belegt werden. Diese Anforderungen
332 sollen von neuen Betrieben zu gewährleisten sein. Für bestehende Prostitutionsstätten
333 soll eine Übergangsfrist von 5 Jahren gelten.
- 334 • Regelung der „Vermittlung sexueller Dienstleistungen“ als Überwachungsbedürftiges
335 Gewerbe nach §38 GewO analog zur Heirats- und Partnervermittlung
- 336 • Weiterhin setzen wir uns aktiv für die Einführung der BürgerInnenversicherung zur
337 sozialen Absicherung, gerade auch von Prostituierten, ein.

338

339 **Kriminalität**

340

341 Oft werden sexuelle Dienstleistungen in der Öffentlichkeit mit Menschenhandel in Verbindung
342 gebracht.[24] Die Zahl der erfassten Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen
343 Ausbeutung ist in Deutschland von 926 im Jahr 2000 auf 612 im Jahr 2012 gesunken. Die
344 größten Opfergruppen kommen aus den Länder Bulgarien (155), Rumänien (128), Deutschland
345 (127), Ungarn (47), Polen (23) und Nigeria (13). 16 % sind minderjährig. 101 Opfer hielten sich
346 2012 illegal in Deutschland auf.[25] Jedoch stehen von den 46.382 verfolgten Straftaten gegen
347 sexuelle Selbstbestimmung in Deutschland 2012 nur 5,2 % in Verbindung mit sexuellen
348 Dienstleistungen. Davon sind 1439 auf die Verletzung von Sperrbezirksregelungen, 229 auf

349 Zuhälterei (StGB §181a) und 558 auf Menschenhandel (StGB §232, §233a) zurückzuführen.
350 Gleichzeitig sank der Anteil der organisierten Kriminalität in Zusammenhang mit dem
351 Nachtleben (Ausbeutung von Prostituierten, Zuhälterei, Menschenhandel, illegales Glücksspiel)
352 von 10,1 % (86 Gruppen) auf 3,9 % (22 Gruppen). Die Zahl der Verurteilten wegen Zuhälterei ist
353 zugleich von 162 (52 Frauen) im Jahr 2000 auf 21 (4 Frauen) im Jahr 2012 gefallen, die wegen
354 Menschenhandel von 148 (34 Frauen) auf 110 (24 Frauen) und Verurteilungen wegen
355 Ausbeutung von Prostituierten (StGB §180a) betrogen 2012 gerade zwei Personen.[26]
356 Häufig übernehmen Opferschutzorganisationen, die in Gegnerschaft zur Prostitution stehen die
357 Zeugenbetreuung für die Polizei. Da sie gleichfalls die Nebenklage organisieren und deren
358 Beteiligung weitgehend undokumentiert bleibe, ergäben sich daraus rechtsstaatliche Bedenken
359 im Strafprozess.[27] Zwei Stichproben von zusammen 140 Verfahren (25 Verurteilungen) mit
360 einem Anfangsverdacht Menschenhandel im Zeitraum 1999-2002 ergaben, dass 58 Verfahren
361 auf die Betroffenen selbst, jedoch nur 20 auf anlasslose polizeiliche Ermittlungen zurückgehen.
362 Zudem sagten 78 % der mutmaßlichen Opfer vor Gericht aus, überwiegend belastend und
363 wurden zu 96 % als glaubwürdig beurteilt. Polizeirazzien im Rotlichtmilieu decken oft nur
364 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht auf. Trotzdem stieg die Zahl der kontrollierten Objekte und
365 Personen in Deutschland bei Razzien im Zeitraum 2005-09 im Vergleich zu 2000-04 jeweils um
366 300 % auf etwa 4000 Personen jährlich. Zusammen mit Routinekontrollen werden jedes Jahr
367 ca. 1/4 aller Prostituierten von der Polizei kontrolliert.[28]
368 Eine Bestrafung der Kund_innen von Menschenhandelsopfern[29] wirkt wiederum der
369 Erfassung von Menschenhandel entgegen, da Informant_innen und Zeug_innen dadurch unter
370 dem Risiko stehen, sich selbst strafbar zu machen. Eine Nichtanzeige von Straftaten ist nach §
371 138 StGB Abs. 1 Punkt 6 bereits strafbar. Staatliche Mittel zur Bekämpfung von
372 Menschenhandel sollen nicht dazu missbraucht werden, Migrant_innen zu schikanieren, noch
373 sollen Opfer die staatlichen Behörden fürchten, weil sie unter Zwang Rechtsverletzungen
374 begangen haben oder abgeschoben werden könnten. Strategien, welche die Stigmatisierung
375 von Sexarbeiter_innen und Schutzzeihen verringern, fördern die Bereitschaft zur Offenbarung
376 und damit die Anzeigebereitschaft genauso wie ein respektvolles, geschultes Verhalten von
377 Polizist_innen. Wichtig ist hierbei auch eine Aufenthaltsregelung für mutmaßliche Opfer von
378 Menschenhandel, die das Bedrohungsszenario einer Ausweisung entschärft und die
379 Migrationsziele Arbeit, Verdienst oder Ausbildung erreichbar werden lässt.[30]

380

381 **Wir fordern deshalb:**

382

- 383 • Streichung der unbeschränkten Durchsuchungsmöglichkeiten der Polizei in Räumen in
384 denen Prostitution stattfindet nach § 104 Abs. 2 Var.7 StPO
- 385 • Abschaffung des sogenannten „Vermieterprivilegs“

386

387 Die Ausbeutung von Sexarbeiter*innen durch Wohnungsinhaber*innen, die horrende
388 Tagesmieten erheben und bewusst einer Arbeitgeber*innenfunktion nicht nachkommen,
389 darf nicht länger milder bestraft werden, als die Ausbeutung durch Zuhälter*innen. Alle
390 Formen der Ausbeutung von Sexarbeiter*innen, denen sich die Betroffenen nicht
391 entziehen können, sind in gleichem Umfang zu bestrafen. Dementsprechend muss das
392 Strafmaß von §180a Abs. 2 Nr. 2 StGB an das von §181a Abs. 1 Nr. 1 StGB angepasst
393 werden.

- 394 • Streichung der Identifikations- und Durchsuchungsermächtigungen der Polizei bezüglich
395 der Prostitution in den Landespolizeigesetzen z.B. in Bayern Art. 13 Abs. 1 b) und Art. 23
396 Abs. 3 Nr. 2 PAG
- 397 • Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, die ein Grundwissen über die Lage und
398 den Umgang mit Opfern von Menschenhandel allen Polizist_innen vermitteln und so dem
399 Eindruck einer Verbindung zu den Täter_innen entgegen wirken
- 400 • Die Betreuung von Zeug_innen in Menschenhandelsprozessen muss durch neutrale
401 Personen erfolgen
- 402 • Änderung § 25 Absatz 4 AufenthG dahingehend, dass Opfern von Menschenhandel in
403 Deutschland ein unbeschränktes Aufenthaltsrecht gewährt wird, unabhängig von ihrer
404 Bereitschaft vor Gericht auszusagen. Ein Nachzug von eigenen Kindern soll möglich
405 sein. Ihnen soll Entschädigung gewährt werden. Für eine Übergangszeit sollen sie
406 medizinische Versorgung, finanzielle Unterstützung, Dolmetscher_innendienste und
407 rechtlichen Beistand erhalten. Eine Straffreiheit bei Delikten in Zusammenhang mit ihrer
408 Abhängigkeitsbeziehung soll erfolgen sowie ein Zeugenverweigerungsrecht für sie
409 betreuende Personen gemäß § 53 StPO.

410

411 **Die Idee eines freien Berufes**

412

413 In Deutschland existieren derzeit 16 Einrichtungen, die im Bündnis der Fachberatungsstellen für
414 Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter e.V. zusammengeschlossen sind. Sie finanzieren sich aus
415 öffentlichen Mitteln und Spenden und sind in freier oder kirchlicher Trägerschaft organisiert. Ihre
416 Mitarbeiter_innen kommen aus den Bereichen der Sozialpädagogik, Rechtswissenschaft,
417 Psychologie und Sprachmittlung. Ihre Aufgaben umfassen die Beratung (Recht, Gesundheit,
418 Umstieg), Begleitung zu Ämtern, Vermittlung von Weiterbildungsangeboten/Therapien. Die
419 Projektförderung ist unsicher und regional unterschiedlich.

420 Anbieter_innen von sexuellen Dienstleistungen sollen sich, sofern sie keine Anstellung in
421 diesem Wirtschaftsbereich haben, beim Finanzamt als Selbständige für sexuelle
422 Dienstleistungen anmelden. Für die Zulassung soll jährlich ein Beitrag von zunächst 60 € an die
423 nach Landesrecht zuständige Sexarbeitskammer abgeführt werden. Bis zu ihrer Konstituierung
424 durch Wahlen wird ihre Funktion vom Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeiterinnen
425 und Sexarbeiter e.V. (bufas) wahrgenommen. Die Absicherung erfolgt über die
426 Künstlersozialversicherung, wo bereits heute Zahlungen von Film- und Fotoproduzenten
427 eingehen. Die Informationen zum Arbeitseinstieg sind in mehreren Sprachen und auch
428 gehörlosen oder blinden Menschen zugänglich zu machen. Die Agenturen/Prostitutionsstätten
429 haben nach einer Übergangszeit, die Mitgliedschaft in der Sexarbeitskammer abzufragen, bevor
430 sie einer_einem Anbieterin_Anbieter die Ausübung gestatten. Die Mitgliedschaft gilt zugleich als
431 erforderlicher Nachweis für die Beantragung eines Künstlernamens im Personalausweis nach
432 §9 Abs. 3 PAuswG. Vertreter_innen der jeweiligen Sexarbeitskammer haben während der
433 Öffnungszeiten Zugang zu Agenturen/Prostitutionsstätten. Personen, die nicht
434 Agenturen/Prostitutionsstätten nutzen und deren Einkünfte aus sexuellen Dienstleistungen unter
435 dem zu versteuerndem Einkommen liegen sind vom Beitrag befreit. Es ergeben sich folgende
436 Arbeitsmöglichkeiten:

437

438 **a) Arbeit als abhängig Beschäftigte_r**

439

440 Betreiber_innen von Prostitutionsstätten können Prostituierten Arbeitsverträge anbieten. Hierbei
441 legen sie Ort, Zeit, Preise für Dienstleistungen, Abrechnungsmodalitäten fest und zahlen einen
442 vereinbarten Lohn. Bei Pauschalsexangeboten entfallen die Preisvorgaben, hinzukommen
443 Regelungen ab einer bestimmten Anzahl von Kund_innen pro Arbeitsschicht früher zu gehen
444 oder einen Bonus gezahlt zu bekommen. Diese Arbeitsangebote sind in die Datenbank der
445 Agentur für Arbeit aufzunehmen. Eine aktive Vermittlung in diese Tätigkeit erfolgt aufgrund von
446 Zumutbarkeitskriterien jedoch nicht. Bei Kündigung sind von der/dem Beschäftigten keine
447 Fristen einzuhalten noch Wartezeiten für Leistungen nach dem SGB II oder III vorgesehen. Ab 5
448 angestellten Personen ist ein Betriebsrat zu wählen. Die Gewerkschaft Ver.di Fachbereich 13
449 Besondere Dienstleistungen ist für die überregionale Vertretung der Interessen zuständig.

450

451 **b) Arbeit als Subunternehmer_in**

452

453 Ein_e Unternehmer_in beantragt eine Prostitutionsstätte beim Gewerbeamt. Bei Erlaubnis
454 werden Personen für den Betrieb (z.B. Reinigung, Getränkeauschank, Buchhaltung,
455 Sprachmittlung, Sicherheit o. Ä.) angestellt. Freiberufliche Sexarbeiter_innen nutzen den Betrieb
456 zur Anbahnung mit möglichen Kund_innen. Nach Aushandlung der Leistungen wird ein Zimmer
457 gebucht und im Voraus bezahlt. Von diesem Geld behält der Betrieb einen anteiligen
458 Zimmerpreis ein. Leistungen an Sozialversicherungen sind dadurch dokumentiert und
459 Einkommen kann nachgewiesen werden. Pro Monat ist der_dem Sexarbeiter_in ein Nachweis
460 über das erhaltene Honorare mitzugeben. Prostitutionsstätten können so transparent verglichen
461 werden.

462

463 **c) Arbeit mit einer Agentur**

464

465 Die_Der Freiberufler_in kann mit einer Agentur zusammen arbeiten. Diese übernimmt die
466 Werbung, Vermittlung und Buchhaltung. Wird eine Person aus der Agenturkartei von
467 einer_einem Kundin_Kunden angefragt, wird sie informiert und Ort, Zeit sowie gewünschtes
468 Leistungsspektrum mitgeteilt. Bei der_dem Kundin_Kunden bestätigt sie den Auftrag und stellt
469 eine Rechnung mit der Angabe des Agenturnamens aus. Nach der Dienstleistung wird der
470 Betrag an die Agentur abgeführt, die ihre Vermittlungsgebühr und Mehrwertsteuer einbehält und

471 die Abgaben an die Künstlersozialkasse abführt. Pro Monat ist der_dem Sexarbeiter_in ein
472 Nachweis über die erhaltenen Honorare mitzugeben. Es steht den Agenturen frei sich auf
473 spezielle Dienste zu spezialisieren etwa Escortservice, Nacktfotographie, Pornographie,
474 Sexualbegleitung o. Ä. Für ausländische Dienstleister_innen, die oft auf der Durchreise sind,
475 sollen auch Prostitutionsstätten, Gästewohnungen und Dolmetscher_innen vermittelt werden.
476

477 **d) Arbeit als Sexualbegleiter_in**

478

479 Nach der Ausbildung zur_zum „Sexualbegleiter_in“ bei einem staatlich anerkannten Träger, ist
480 die Person freiberuflich tätig und kann persönlich oder über eine Agentur gebucht werden. Es
481 werden Vergütungssätze pro Stunde inklusive Anfahrtkosten festgesetzt,. Die Leistung wird für
482 sechs stündliche Sitzungen pro Jahr für Menschen, die eine anerkannte (MDK) Einschränkung
483 haben ihre sexuellen Grundbedürfnisse ohne Unterstützung zu decken, in den Leistungskatalog
484 der gesetzlichen Krankenversicherungen übernommen. Für Personen mit Vormund beantragt
485 dieser oder eine von ihm beauftragte Einrichtung die Leistung. Über die Zulassung als
486 freiberufliche_r Sexualbegleiter_in ist der_dem Kundin_Kunden bzw. Vormund oder
487 Stellvertreter_innen Auskunft zu geben. Es werden Rechnungen an die Krankenkassen
488 ausgestellt.
489

490 **e) Arbeit von Zuhause**

491

492 Zuletzt bleibt die Möglichkeit, selbständig zu Hause Kund_innen zu empfangen, zu besuchen
493 oder einen Straßenstrich zu nutzen. Diese Tätigkeit soll nicht erlaubnispflichtig sein, da sie
494 freiberuflich ist, sofern nicht mehr als vier Personen zusammen arbeiten. Über die Einnahmen
495 und berufsbedingte Ausgaben (z.B. Verhütungsmittel, Kleidung, Kosmetika ect.) ist Buch zu
496 führen. Sofern die Einnahmen aus diesem Beruf eine steuerpflichtige Tätigkeit begründen ist ein
497 Beitrag an die Sexarbeitskammer abzuführen.
498

499 **Wir fordern deshalb:**

500

- 501 • Einfügung „sexuelle Dienstleister“ in § 18 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 EStG (Klarstellung, dass
502 Prostitution ein Freier Beruf ist)
- 503 • Einfügung „sexuelle Dienstleister“ in § 6 GewO Abs 1 (Nichtanwendbarkeit)
- 504 • Einfügung von „Sexuelle Dienstleister_innen“ neben Künstler_innen und Publizist_innen
505 in §1 KSVG sowie Hinweis in Punkt 3 dass dies nur gilt, wenn keine abhängige
506 Beschäftigung in Zusammenhang mit der sexuellen Dienstleistung vorliegt.
- 507 • Definition in §2 KSVG dass Sexueller Dienstleister im Sinne des Gesetzes sein soll, wer
508 in pornographischen Filmen mitwirkt, sich als Begleiter, in Prostitutionsstätten, wie
509 Bordellen, BDSM Studios und erotischen Massagesalons, in privaten Wohnungen oder
510 auf der Straße prostituiert oder Sexualbegleitung bei Menschen mit Beeinträchtigungen
511 anbietet.
- 512 • Einfügung in §24 Punkt 10 KSVG das Prostitutionsstätten, wie Bordelle, BDSM Studios
513 oder erotische Massagesalons sowie Vermittlungsagenturen sexueller Dienstleistungen
514 Abgaben an die Künstlersozialkasse zu entrichten haben.
- 515 • Erweiterung des ProstG dahingehend, das Selbständige Anbieter sexueller
516 Dienstleistungen in der jeweils nach Landesrecht zuständigen Sexarbeitskammer
517 organisiert sein sollen
- 518 • Ausbau von Beratungsstellen für Wege in die Prostitution, die SexarbeiterInnen einen
519 sicheren Einstieg in die Prostitution ermöglichen und sie dabei begleiten.

520

521

522

523 [1] Philipp Thiee (Hg) „Menschen Handel- Wie der Sexmarkt strafrechtlich reguliert wird“
524 2008:168-169.

525

526 [2] European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion among Migrant Sex
527 Workers TAMPEP VIII Annex 4 National Reports Germany 2008:109.

528

529 [3] Der Unternehmerverband Erotikgewerbe Deutschland e.V. schätzt den Preisverfall von
530 sexuellen Dienstleistungen zwischen 2000-2012 ohne Inflation auf 23 %.

531 http://www.uegd.de/images/stories/pdfdateien/2012_uegd_daten_sexarbeitsbranche.pdf Die

532 Zeitschrift „The Economist“ (9.8.2014) konnte den Preisverfall empirisch (23,5 %), anhand von
533 190.000 Personen die zwischen 2006-2014 Online in 84 größeren Städten in 12 Ländern
534 sexuelle Dienstleistungen anboten, nachweisen. Neben einem Nachfragerückgang durch
535 Wirtschaftsflaute und veränderte soziale Werte wird ein Angebotsanstieg durch Migration und
536 die Auswirkungen des Internets als Ursache genannt. [http://www.economist.com/news/briefing/
537 21611074-how-new-technology-shaking-up-oldest-business-more-bang-your-buck](http://www.economist.com/news/briefing/21611074-how-new-technology-shaking-up-oldest-business-more-bang-your-buck).
538
539 [4] <http://www.sperrbezirk-deutschland.de/>
540
541 [5] Verdi Broschüre "Arbeitsplatz Prostitution" Bericht über die Ergebnisse der Feldstudie „Der
542 gesellschaftliche Wandel im Umgang mit Prostitution seit Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung
543 am 1.1.2002“ von Emilija Mitrovic, 2004:4.
544
545 [6] Straßenprostitution nahm dementsprechend von 6 auf 9 % zu
546 http://www.uegd.de/images/stories/pdf-dateien/2012_uegd_daten_sexarbeitsbranche.pdf. Auch
547 die Bayerische Landesregierung schätzt über die Landespolizeipräsidien die Zunahme von
548 Wohnungsprostitution in den letzten 10 Jahren für Augsburg und Mittelfranken auf 30 % bzw. 45
549 %. Landtagsdrucksache 17/636 vom 28.2.2014.
550
551 [7] Vertiefung spezifischer Fragestellungen zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes:
552 Ausstieg aus der Prostitution - Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsInstitut der
553 Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung der Evangelischen Fachhochschule (SoFFI K.)
554 2007:11 n=126.
555
556 [8] „Nebenjob Prostitution“ in Jahrespublikation des Studienkollegs zu Berlin 2010/11:79 n=120.
557
558 [9] Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative
559 Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland, Teilpopulation Prostituierte. bmfsfj
560 2003.
561
562 [10] The mental and physical health of female sex workers: a comparative study. Australian and
563 New Zealand Journal of Psychiatry 03/2001:75-80 sowie Ine Vanwesenbeeck Burnout Among
564 Female Indoor Sex Workers Archives of Sexual Behavior Dezember 2005:627-639 n=96.
565
566 [11] Wobei 63 % zwischen einer und fünf Sexarbeiterinnen pro Jahr aufsuchten. Altersgruppe
567 15-74 Jahre n=598 (492 Auskünfte) Dieter Kleiber/Doris Velten, Prostitutionskunden. Eine
568 Untersuchung über soziale und psychologische Charakteristika von Besuchern weiblicher
569 Prostituiertes in Zeiten von AIDS, BadenBaden 1994:126-127.
570
571 [12] Die Anzahl der weiblichen Sexarbeiterinnen für die alten Bundesländer wird aus Angaben
572 von 92 der 148 Gesundheitsämter auf 50.000 hochgerechnet. Bei 30 Kundenkontakten pro
573 Woche, 50 Arbeitswochen, 25 Kundenkontakten pro Kunde/Jahr und 17,5 Mio. Männern
574 zwischen 20 und 59 Jahren ergibt sich ein Anteil von 18 %. Markert, Stefanie. Studie zum
575 Risikoverhalten von Freiern. Neue Praxis Jg. 21 H. 5/6, 407-415 1991 n=354. Kleiber/Velten
576 verwenden den gleichen Prozentsatz. Sie schätzten die Anzahl von Kundenkontakten pro
577 Kunde und Jahr jedoch geringer ein (15), sowie die Kunden pro Woche (21). Sie erhöhen aber
578 die Altersspanne (20 bis 59 Jahre deckt nur 90,8 % der Nachfrage ab) und geben die Anzahl
579 der Sexarbeiterinnen mit 57.505 deswegen höher an.
580
581 [13] SRF Rundschau „Weiblicher Sex-Tourismus“ vom 18.5.2011.
582
583 [14] <http://www.stuff.co.nz/national/5163241/Pam-Corkery-gets-cold-feet-over-male-brothel>.
584
585 [15] Umfrage „Sexcheck06“ an der jedes siebte Mitglied der deutschsprachigen
586 Internetgemeinde planetromeo.com mitmachte. Auf der Nachfrageseite gaben 7 % an im letzten
587 12 Monaten Sexdienstleistungen in Anspruch genommen zu haben. Allerdings ist die Nachfrage
588 unter homosexuellen Männern weit stärker stigmatisiert als das Angebot.
589
590 [16] Epertise Sexuelle Assistenz für Frauen und Männer mit Behinderungen 2005, pro familia,
591 Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V.
592

593 [17]Eine Stichprobe in der IAFD ergab das 62 % der Erotikdarstellerinnen Analsex praktizieren
594 und 39 % DP. <http://jonmillward.com/blog/studies/deep-inside-a-study-of-10000-porn-stars/>.
595

596 [18] Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der
597 Rechtsverhältnisse der Prostituierten- Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsInstitut der
598 Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung der Evangelischen Fachhochschule (SoFFI
599 K.)2007:22-25 n=305.
600

601 [19]ebenda:26-27.
602

603 [20] Bundestagsdrucksache 15/2020 Seite 185-88. Wobei unklar ist wie hoch der Umsatz in der
604 Branche ist. So fallen nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2008 etwa Begleitdienste
605 unter WZ96.09 „Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen“,
606 während Bordelle häufig unter WZ68.2 „Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten
607 Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen“ eingeordnet werden.
608

609 [21] Satzung der Stadt Köln über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer Art
610 vom 14. Dezember 2007 sowie Vergnügungssteuersatzung der Stadt Dortmund für die
611 Einräumung der Gelegenheit zu sexuellen Vergnügungen
612
613 und das Angebot sexueller Handlungen vom 02.09.2010.
614

615 [22]Artikel 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung des Menschenhandels und
616 Überwachung von Prostitutionsstätten Bundestagsdrucksache 17/13706.
617

618 [23] „Eckpunkte zur Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel“ der CDU/CSU
619 Bundestagsfraktion vom 8.4.2014 und Final Report of the International Comparative Study of
620 Prostitution Policy: Austria and the Netherlands Wagenaar, Hendrik; Altink, Sietske;
621 Amesberger, Helga 2013
622 http://kks.verdus.nl/upload/documents/P31_prostitution_policy_report.pdf.
623

624 [24]Spiegel Titelgeschichte „Bordell Deutschland-Wie der Staat Frauenhandel und Prostitution
625 fördert“ Nr. 22/27.5.2013, ARD/BR „Verkaufte Kinderseelen- Zwangsprostitution in unserer
626 Nachbarschaft“ 22.7.2013, ZDF „Menschenhandel in Europa- Billig Nachschub für deutsche
627 Puffs“ 25.4.2012.
628

629 [25]BKA Bundeslagebild Menschenhandel 2012.
630

631 [26] Bundeslagebild Rotlichtkriminalität 2012 Unternehmerverband Erotikgewerbe Deutschland
632 e.V.
633

634 [27] Jochen Thielmann, Die Grenze des Opferschutzes. Anmerkungen zur Tätigkeit der
635 Opferschutzorganisation Solwodi in: Der Strafverteidiger, 2006:41-51.
636

637 [28][http://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/2012/10/Menschenhandel-Ein-Kartenhaus-](http://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/2012/10/Menschenhandel-Ein-Kartenhaus-bericht-zusammen.pdf)
638 [bericht-zusammen.pdf](http://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/2012/10/Menschenhandel-Ein-Kartenhaus-bericht-zusammen.pdf).
639

640 [29]Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90 die Grünen zum Entwurf eines Gesetzes zur
641 Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten
642 Bundestagsdrucksache 17/14227 vom 26.6.2013 sowie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und
643 SPD 2013-17.
644

645 [30] Helfferich, Cornelia; Kavemann, Barbara; Rabe, Heike Determinanten der
646 Aussagebereitschaft von Opfern des Menschenhandels zum Zweck sexueller Ausbeutung. Eine
647 qualitative Opferbefragung. Polizei + Forschung, Bd. 41, BKA2010:245-47 n=53.
648
649
650
651
652
653

Titel Frühkindliche Bildung -- jetzt erst Recht!!

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

Frühkindliche Bildung -- jetzt erst Recht!!

1 Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiges gesellschaftliches Thema. Umso wichtiger ist es
2 daher, dass wir die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten und Krippen sozial und gerecht
3 mitbegleiten.

4

5 Wir fordern daher:

6

- 7 • Für die Ausbildung zur ErzieherIn muss eine Ausbildungsvergütung geleistet werden.
8 Darüber hinaus sollte die Ausbildung im dualen Berufsschulsystem oder im Rahmen eines
9 Studiums mit angemessenen Praxisanteil stattfinden.
- 10 • Alle müssen nach gerechten Tarifverträgen bezahlt werden. Es gilt: Gleicher Lohn für
11 gleiche Arbeit in der frühkindlichen Bildung!
- 12 • Jede Kindergartengruppe braucht eine Drittkraft, um stärker pädagogisch arbeiten zu
13 können und das vorhandene Personal zu entlasten.
- 14 • ErzieherInnen brauchen bessere, bezahlbare Weiterbildungsmöglichkeiten und bessere
15 Aufstiegschancen.
- 16 • Durch die Schaffung unbefristeter Stellen soll die Jobsicherheit erhöht werden.
- 17 • Durch eine Image-Kampagne soll die Attraktivität des ErzieherInnen Berufes aufgezeigt
18 und im Zusammenwirken mit den vorangegangenen Maßnahmen weiter gesteigert
19 werden. Ziel muss es dabei sein, mehr Männer für diesen Beruf zu gewinnen. Außerdem
20 muss ein richtiges Bild vom Beruf der ErzieherInnen skizziert werden, Frühpädagogik ist
21 nicht einfach nur die Betreuung kleiner Kinder.
- 22 • Die Gründung von Betriebskindergärten und alternativen Versorgungsmodellen muss
23 gefördert werden. Ziel dabei ist insbesondere, Unternehmen an den Kosten für die
24 Kinderbetreuung zu beteiligen.
- 25 • Die Abschaffung des Betreuungsgeldes ist unumgänglich, damit Geld wirksam für die
26 frühkindliche Bildung ausgegeben werden kann.
- 27 • Ein Lebenslanges lernen vom Elementarbereich bis zur Erwachsenenbildung erfordert
28 funktionierende Schnittstellen. Es muss in diesem Zusammenhang gezielt an einer
29 verbesserten Zusammenarbeit von ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen gearbeitet
30 werden.
- 31 • Es braucht eine stärkere Beteiligung von Eltern in die Bildungsprozesse der Kinder.
- 32 • Der Bund und die Länder werden dazu verpflichtet für die finanzielle Sicherheit der
33 Kommunen zu sorgen, damit gute, kostenlose frühkindliche Bildung unabhängig von der
34 kommunalen Finanzlage vor Ort möglich ist.

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Titel Rassismus in der Medizin bekämpfen

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Rassismus in der Medizin bekämpfen

1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

2

3

4

5 Rassismus ist im medizinischen Alltag ein unausgesprochenes Alltagsproblem. Die Jusos
6 fordern die SPD-Abgeordneten dazu auf, die Behandlung dieser Thematik im Rahmen von
7 verpflichtenden regelmäßigen MitarbeiterInnenschulungen (Diversity-Trainings usw.)
8 einzurichten und die Aufnahme einer konsequenten Rassismus- Prävention in das Curriculum
9 aller medizinischen Ausbildungen aufzunehmen.

10

11 Auch für MitarbeiterInnen sollte es, ähnlich wie Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte,
12 eine Ansprechperson geben, an die man sich (auch anonym) wenden kann und über die auch
13 rechtliche Schritte oder Unterstützung durch Personal-/Betriebsräte eingeleitet werden können.

14

15

16 *In der medizinischen Versorgung und der Beschäftigung im medizinischen Bereich werden
17 Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit nicht-deutschem Pass aufgrund
18 rassistischer Einstellungen schlechter behandelt. Aus unserer Sicht werden latent rassistische*

19

20 *Einstellungen besonders deutlich in diskriminierenden Begriffen wie „Morbus Bosporus“ oder
21 „anatolischer Ganzkörperschmerz“ und sind sprachliche Beispiele dafür, dass sich Vor- urteile,
22 Schmähungen und einer bestimmten Bevölkerungsgruppen entgegengebrachte Haltung schon
23 in der inoffiziellen medizinischen Terminologie niederschlagen. In diesem Fall explizit gegen
24 Menschen aus dem kleinasiatischen Raum.*

25

26 *Das führt sowohl zu Diskriminierungen als auch unweigerlich zu einer Ungleichbehandlung
27 dieser Personengruppen, die in der Medizin ganz besonders schlimme Folgen haben kann.*

28

29 *Um im Beispiel zu bleiben: Das Vorurteil, dass Menschen aus dem südlichen Europa und
30 angrenzenden Asien Schmerzen übertrieben beschreiben, führt im Einzelfall zu krassen
31 Fehleinschätzungen, die für Wohl und Wehe dieser Patienten entscheidend sind. Dahin- gestellt
32 sei ob Menschen aus bestimmten Kulturkreisen eine unterschiedliche Schmerzwahrnehmung
33 haben, diese Frage ist nicht hinreichend geklärt oder erforscht. Selbst wenn dem aber so wäre,
34 müssten solche PatientInnen generell eine erhöhte Schmerzmittelbehandlung bekommen und
35 nicht eine niedrigere oder gar die komplette Verweigerung. Denn oberste Richtlinie in der
36 Schmerzbewertung bleibt in jedem Fall die individuelle Auskunft des Patienten anhand der
37 bekannten Schmerz-Scores, zum Beispiel der visuellen Analogskala. Medizinisches Personal
38 muss dann auf beschriebene Symptomatik korrekt und objektiv reagieren und im Zuge dessen
39 die korrekte Diagnostik und Therapie in die Wege leiten. Insbesondere ist die korrekt geführte
40 Anamnese maßgeblich für den weiteren Verlauf aller medizinischen Maßnahmen. Dass hierbei
41 rassistische Vorur- teile Einfluss auf diesen Verlauf nehmen, verurteilen wir und fordern ein
42 Umdenken auf ganzer Linie.*

43

44 *Im medizinischen Umfeld ist die korrekte Weitergabe von PatientInnenvorgeschichten und*

45 aktuellen Geschehnissen eine der wichtigsten Schnittstellen, da Entscheidungen für das weitere
46 Prozedere oft in Konferenzen mit mehreren EntscheidungsträgerInnen getroffen werden, bzw.
47 sich verschiedene MitarbeiterInnengruppen miteinander im regen Austausch über die
48 PatientInnen befinden und hierbei ein höchstes Maß an Objektivität und Verlässlichkeit
49 erforderlich ist. In diesen Situationen passiert der häufigste Informationsverlust und hier ist einer
50 der größten Quellen für Fehler in der Behandlung zu suchen. Aus diesem Grund spielt die
51 korrekte Übergabe und Terminologie in der Ausbildung für alle medizinischen Berufe zurecht
52 eine sehr wichtige Rolle.

53

54 Informationen über den Zustand der PatientInnen werden aber unweigerlich auch von den
55 Vorurteilen der MitarbeiterInnen gegen- über den PatientInnen gefärbt, weshalb sie in diesem
56 Umfeld umso gefährlicher sind.

57

58 Ebenso betrifft die Diskriminierung im medizinischen Umfeld auch das Personal. Besonders in
59 der Pflege, aber zunehmend auch in der ärztlichen Versorgung, sind die PatientInnen in
60 Deutschland in Zukunft auf Menschen mit Migrationshintergrund angewiesen. Sie sind schon
61 jetzt ein unverzichtbarer Teil der medizinischen Versorgung und brauchen des- halb eine/n
62 Beauftragte/n im Betrieb, der sich angesichts der stattfindenden Diskriminierung um ihre
63 Belange kümmert.

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

Titel Auf dem Weg zu Mehr - Unser Europa geht besser!

Antragsteller Perspektivprojekt Europa über Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Auf dem Weg zu Mehr - Unser Europa geht besser!

1) Unser Europa

2
3 Für uns Jusos ist die europäische Integration eine wichtige Errungenschaft, um in Europa
4 dauerhaft Frieden und einen Raum der gemeinsam anerkannten und verwirklichten
5 Grundrechte und Grundwerte zu schaffen. Als bisher einmaliges Friedens- und Werteprojekt
6 findet die Europäische Union kein historisches Vorbild. Gerade deshalb stellt sie und die
7 gesamte bisherige europäische Integrationsgeschichte einen wichtigen Beitrag zur
8 Demokratisierung der internationalen Beziehungen dar, als ein Beitrag zur Befriedung der
9 Staatenwelt durch demokratische Strukturen. Die europäische Einigung ist daher ein wichtiger
10 (Teil-)Schritt zum Zusammenwachsen aller Menschen unter der Vorstellung von "Einer Welt".
11 Deshalb stellt für uns die Europäische Union eben gerade auch einen wichtigen Schritt zu einer
12 effektiven Problemlösung dar. Vor allem im Bereich der "Außen- und Sicherheitspolitik" und in
13 der Auseinandersetzung mit dem kriselnden weltweiten Kapitalismus merken wir fortwährend,
14 dass die Kleinstaaterei keine adäquaten Antworten auf drängende Fragen in der Welt des 21.
15 Jahrhunderts liefern kann. Wir sind uns dabei durchaus bewusst, dass wir einige Aspekte in
16 diesem Antrag auch aus einer sehr "deutschen" Brille sehen und verstehen unsere
17 nachfolgenden Überlegungen deshalb ebenso als Auftrag, mit unseren europäischen aber auch
18 außereuropäischen PartnerInnen in Zukunft noch stärker in einen gemeinsamen Austausch
19 über unsere Visionen von Europa zu treten. Nur gemeinsam als JungsozialistInnen können wir
20 erfolgreich für ein anderes, demokratischeres, sozialeres und besseres Europa kämpfen!
21
22 Freizügigkeit ist für uns dabei eine der größten Errungenschaften Europas. Dass wir heute
23 innerhalb Europas keine militärisch bewachten Grenzen mehr kennen, um die in der
24 Vergangenheit in regelmäßigen Abständen Kriege geführt wurden, ist ein Privileg, das es zu
25 verteidigen gilt. Für uns JungsozialistInnen steht aber ganz explizit die Personenfreizügigkeit im
26 Mittelpunkt. Es geht um ein Europa der Menschen, nicht des Kapitals und der Waren (oder des
27 Konsums). Einschränkungen von Personenfreizügigkeit (wie zum Beispiel im Falle Kroatiens)
28 können wir deshalb nicht akzeptieren! Wir wollen, dass die Menschen in Europa in einen
29 Austausch kommen, sich kennen- und verstehen lernen, um gemeinsam an dem europäischen
30 Projekt zu arbeiten. Europa dahingegen mit Stacheldraht und Marineboot nach "außen" zu
31 verteidigen führt diese Vorstellungen jedoch ad absurdum und wir lehnen diese Praktiken klar
32 ab. Für uns ist klar, dass Europa ein Vorbild sein muss, sowohl als Überwindung von
33 Nationalstaatlichkeit im Inneren, wie auch als Friedensprojekt nach Außen. Eine "Festung
34 Europa" ist nicht mit unserem Verständnis der Europäischen Union vereinbar.
35
36 Europa ist auch ein Wohlstandsversprechen und das Versprechen zur Steigerung der
37 Lebensqualität überall in Europa. Für uns lässt sich Wohlstand allerdings nicht nur an
38 wirtschaftlichen Wachstumszahlen ablesen. Für uns heißt ein europäisches
39 Wohlfahrtsversprechen, dass die Politik sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht der
40 Wirtschaft auszurichten hat. Das europäische Projekt kann nur erfolgreich fortschreiten, wenn
41 wir es endlich schaffen die wirtschaftliche Integration durch eine stärkere politische und vor
42 allem auch soziale Integration zu erweitern. Europa muss das Versprechen geben, dass alle
43 Menschen in Europa vor den Auswüchsen des Kapitalismus geschützt werden. Europa darf kein

44 Handlanger des Kapitals sein, sondern muss noch stärker Anwältin der BürgerInnen werden.

45

46 Dabei ist eines klar: Europa ist divers und heterogen. Unser politischer Ansatz zielt dabei
47 allerdings nicht auf nationale Klischees und Vorurteile ab: Für uns gibt es in Europa keine
48 deutschen, französischen, polnischen oder ähnliche Interessen. Personenfreizügigkeit,
49 Wohlfahrtsversprechen und die Auseinandersetzung um unsere zukünftige Wirtschaftsweise
50 befördern andere Interessensgegensätze, die es auf europäischer Ebene auszutragen gilt. Wir
51 haben ein positives Bild von der europäischen Idee, erklären dabei aber keinesfalls die jetzige
52 Ausgestaltung. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist durch die europäische Einigung
53 nicht ausgehebelt, sondern nur verlagert, zum Teil sogar verstärkt worden. Europa ist (noch)
54 nicht das Paradies, das wir den Nationalstaaten überstülpen könnten. Wir müssen Europa die
55 richtige Richtung geben und hart hierfür arbeiten, wenn wir nicht erleben wollen, dass die
56 Europäische Union zu einer autoritären Akteurin wird, die die, in den blutigen
57 Demokratisierungs-, Emanzipations- und Sozialstaatskämpfen des 19. und 20. Jahrhunderts
58 erreichten Errungenschaften, für Geschichte erklärt. Deshalb ist es wichtig, sich kritisch mit dem
59 bisherigen Integrationsstand auseinander zu setzen.

60

61 **2) Das neoliberale Spielfeld der Anderen**

62

63 In einer solchen Auseinandersetzung müssen wir leider konstatieren, dass der europäische
64 Integrationsprozess in vielen Bereichen zu einem neoliberalen Spielfeld geworden ist.
65 Wirtschaftsintegration war der Ausgangspunkt für alle weiteren Integrationsschritte, und die
66 wirtschaftliche Integration spielt leider heute noch eine hervorgehobene Rolle. Die politische und
67 soziale Integration konnten noch keine äquivalente Stellung erreichen.

68

69 Der Neoliberalismus konnte in der Europäischen Union eine hegemoniale Stellung einnehmen.
70 Ihm gelang es auch weite Teile der europäischen Sozialdemokratie in einen neoliberalen
71 Konsens und somit in seine Hegemoniestrukturen einzubinden. Eine sozialistische
72 Politikalternative war nur noch in Ansätzen sichtbar. Der Utopie-Verlust der europäischen
73 SozialistInnen und SozialdemokratInnen hat mit dazu beigetragen, dass selbst zu einem
74 Zeitpunkt, wo das neoliberale Hegemonieprojekt zu bröckeln begann (Stichwort sog. Euro-
75 Krise), keine kohärente sozialdemokratische Antwort sichtbar war, die von einer Mehrheit der
76 Menschen in Europa für glaubwürdig befunden wurde. Wir brauchen deshalb mehr als dringend
77 eine neue sozialistische Perspektive für die Europäische Union, die die Auseinandersetzung mit
78 dem Neoliberalismus suchen muss und in einer solchen Auseinandersetzung eben auch
79 mehrheitsfähig wird.

80

81 Wir Jusos versuchen diesem Anspruch gerecht zu werden und verstehen uns dabei als
82 progressive PartnerInnen für eine solche neue Diskussion um eine „sozialistische Europa-
83 Vision“, dem wir mit diesem Antrag ebenfalls Rechnung tragen wollen. Dabei sind wir davon
84 überzeugt, dass sich eine solche Utopie sich an der Schnittstelle zu einem „Mehr“ an
85 europäischer Staatlichkeit verorten muss.

86

87 **3) Europa braucht mehr Staatlichkeit!**

88

89 Die Europäische Union ist für uns ein Beitrag zur Überwindung der Nationalstaatlichkeit. Der
90 Auseinandersetzung um Staat und Nation setzen wir allerdings unsere Vorstellung einer
91 sozialistischen Internationalen entgegen, die sich nicht in solchen konstruierten Semantiken wie
92 Nation oder Volk verliert. Wir verwehren uns deshalb auch der einfachen Formel die
93 europäische Politikebene lediglich mit bzw. nach dem Konzept eines bürgerlichen Staates
94 auszugestalten. Die Herausforderung europäischer Staatlichkeit ist die Weiterentwicklung und
95 Neudefinition von Staatlichkeit als notwendige Organisation des gesellschaftlichen
96 Zusammenlebens in einem pluralen und diversen Gemeinwesen. Nach unserem Verständnis
97 muss Staatlichkeit demokratische Beteiligung garantieren, als Regulationsinstanz für Schutz vor
98 einem ungezügelter Kapitalismus sorgen und durch seine Institutionen Grundrechte, Freiheit
99 und besonders auch soziale Rechte sichern.

100

101 In den folgenden drei Abschnitten wollen wir deshalb kurz Hinweise und fortwährend
102 weiterzuentwickelnde Ansätze für ein jungsozialistisches europäisches Staatsverständnis
103 skizzieren und uns dabei auch kritisch mit Subsidiarität als eine mögliche „Integrationsmethode“
104 befassen, bevor wir in den weiteren Punkten dieses Antrages erste „konkrete Utopien“

105 vorstellen wollen. anhand der Utopien wollen wir erste „konkrete Schritte“ vorschlagen, um
106 damit die Europäische Union in Richtung unserer Vision beginnend zu verändern.

107

108 a) Demokratische Staatsprinzipien

109 Die Politik der EU ist derzeit in Teilen zu sehr von Intransparenz und dem Wettbewerb der
110 Nationalstaaten geprägt. Für uns ist klar, so kann es nicht bleiben! Die EU muss mehr sein, als
111 ein Zusammenschluss einzelner Staaten. Dies bedeutet für uns, dass die Europäische Union
112 weiter demokratisiert werden muss. Die Europäische Union ist für uns nur als ein
113 supranationales demokratisches Gemeinwesen denkbar. Hierbei verwehren wir uns allerdings
114 der Umdeutung demokratischer Prinzipien, wie wir sie bspw. in manchen wissenschaftlichen
115 Governance-Ansätzen finden. Für uns heißt Demokratie Beteiligung der Menschen innerhalb
116 des politischen Prozesses. Nichts ist unpolitischer und undemokratischer, als politische
117 Prozesse lediglich anhand ihres generierten Outputs zu bemessen, egal wie dieser zustande
118 gekommen ist. In einer demokratischen Union müssen politische Standpunkte und Interessen
119 offen formuliert werden, bevor sie in die politischen Strukturen eingespeist werden. Eine
120 demokratische Europäische Union muss daher dafür Sorge tragen, dass ihre Strukturen sich so
121 verändern, dass die Menschen in Europa wieder zum Bezugspunkt werden, die über Wahlen
122 und andere Beteiligungsformate der Politik eine Richtung geben. In diesem Sinne sind wir
123 zudem sehr besorgt darüber, welche Demokratie-feindlichen Mechanismen sich in Zeiten der
124 „Krise“ noch verstärken konnten: Nicht nur die Stärkung der mitgliedstaatlichen Regierungen,
125 die im Rahmen der so genannten Euro-Rettung immer stärker in den Mittelpunkt der
126 europäischen Politikebene gerückt sind, sondern insbesondere auch die Etablierung neuer, von
127 demokratischer Legitimation losgelöster, Politik-Strukturen, wie der Troika, haben die
128 europäische Demokratie nachhaltig erschüttert. Auch die über die letzten Jahrzehnte etablierten
129 Agentur-Strukturen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen, obwohl sie als
130 handlungsmächtige Akteure innerhalb der Europäischen Union wirken (siehe bspw. Frontex),
131 entspricht nicht unseren Vorstellung einer demokratisch-ausgestalteten Union. Eine solche EU
132 ist nicht unsere EU. Wir kämpfen dafür, dass die Europäische Union nicht zu einem
133 „postdemokratischen“ Politikgebilde „eigener Art“ wird. Für uns gilt, dass die demokratischen
134 Errungenschaften, die in Europa über Jahrhunderte erkämpft werden mussten, auch auf
135 supranationaler Ebene fortgeführt werden müssen! Die Europäische Union braucht kein neues
136 „Demokratiekonzept“ á la Governance oder Exekutivföderalismus, sondern solche Strukturen,
137 die den bisherigen Demokratisierungserrungenschaften in den Mitgliedstaaten Rechnung trägt.

138

139 b) Sozialstaatlichkeit als europäisches Staatsprinzip

140 Seit jeher stellen wir SozialistInnen dem Kapitalismus und seinen Entwicklungen eine Idee
141 entgegen, deren Ziel es nicht ist, Kapital zu mehren, sondern allen Menschen ein gutes Leben
142 zu ermöglichen. Als eine wesentliche Ursache sozialer Ungleichheit, Spaltung und Abgrenzung
143 erkennen wir den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit: Dieser entsteht in den
144 Wertschöpfungsprozessen, an denen ArbeitnehmerInnen zwar durch ihre Arbeitskraft beteiligt ,
145 in die sie jedoch nicht durch Anteile an Produktionsmitteln oder demokratische Partizipation
146 eingebunden werden. Während also im Rahmen der so genannten „Wettbewerbsfähigkeit“
147 Rationalisierungen an Arbeitsprozessen beschlossen werden, sinken die Löhne,
148 ArbeitnehmerInnen haben kaum Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Dieser Widerspruch
149 zwischen der geleisteten Arbeit und dem Kapital kennzeichnet alle kapitalistischen Systeme und
150 äußert sich in unserer Gesellschaft ganz konkret in prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen.
151 Dies betrifft alle europäischen Staaten - deshalb kann die Antwort auf den Kapitalismus nur
152 sein, die Stimmen der Arbeitenden zu vereinen und gemeinsam für ein besseres Leben
153 einzustehen. Denn die Grenze verläuft nicht zwischen den Nationen, sie verläuft zwischen den
154 Klassen und eint die SozialistInnen aller europäischen Länder in ihrem Ziel, den Kapitalismus zu
155 überwinden.

156

157 Sozialer Ungleichheit stellen wir das Prinzip der Sozialstaatlichkeit entgegen. Wir stellen uns die
158 Frage nach Sozialstaatlichkeit und antworten angetrieben von unserer Idee von Europa: Die
159 wichtigste Aufgabe des Sozialstaates ist die Grundsicherung aller Menschen, die in Europa
160 leben. Der Ausgangspunkt eines Sozialstaates muss die soziale Gleichheit sein - gerade in
161 Zeiten, in denen sich der Widerspruch zwischen Vermögenden und prekär Beschäftigten,
162 working poors und - oft weibliche - im Alter Verarmenden verstärkt. Gerade mit Blick auf die
163 enormen Unterschiede zwischen Nord und Süd, West und Ost und auf das, was die Krise
164 hinterlassen hat, muss ein erster Schritt sein, durch europäische, staatliche Daseinsvorsorge
165 und BürgerInnenversicherungen für gleiche Standards in allen europäischen Staaten zu sorgen.

167 Diejenigen, die die Hoheit über Wirtschaftsprozesse und explizite Wertschöpfungsprozesse
168 haben, schlagen daraus ihren Profit - in keinem Fall werden sie diese Vorgänge also von sich
169 aus ändern. Jedoch kann der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital nur durch neue Abläufe
170 und eine neue Maxime des Wirtschaftens erreicht werden. Dies führt uns zu der Forderung
171 nach der Demokratisierung ökonomischer Abläufe und der Partizipation der ArbeitnehmerInnen.
172 Erst, wenn die Arbeitenden mitentscheiden können, werden sich die Standards in Betrieben und
173 auf dem Arbeitsmarkt verbessern, statt Humankapital wird wieder die soziale Gerechtigkeit im
174 Mittelpunkt stehen.

175

176 c) Subsidiarität als „kritische“ Integrationsmethode

177 In der politischen Diskussion um die europäische Integration stellt das Subsidiaritätsprinzip als
178 einer der zentralen Grundsätze der Europäischen Verträge einen entscheidenden
179 Kristallisationspunkt dar, an dem die Auseinandersetzung um die Ausübung von Kompetenzen
180 auf Ebene der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten die verschiedenen Verständnisse
181 von Staatlichkeit zu Tage fördert. Grundsätzlich soll durch das Subsidiaritätsprinzip in den
182 Bereichen, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union fallen, der
183 Vorrang der Mitgliedstaaten sichergestellt werden. Ein Tätigwerden der Union ist nur dann
184 legitim, wenn die Ziele einer Maßnahme von den Mitgliedsstaaten nicht ausreichend verwirklicht
185 werden können und sie „wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen“ von der Europäischen
186 Union „besser“ erreicht werden können. Nach der reinen Definition kann somit – je nach
187 Interpretation – sowohl „mehr“ als auch „weniger“ Europa durch die Einhaltung des
188 Subsidiaritätsgedanken möglich sein.

189

190 Hinter der Auseinandersetzung um das Subsidiaritätsprinzip verbirgt sich derzeit allzu oft ein
191 Abwehrkampf gegen eine vertiefte Integration und eine Vergemeinschaftung weiterer
192 Politikfelder durch Europa-KritikerInnen. Die Beharrungskräfte, die allenfalls am status quo
193 festhalten wollen, sind dabei sehr wirkmächtig. Unter dem Deckmantel des lediglich ordnenden
194 Prinzips wird eine Aufgabenverteilung nach den Prinzipien der Selbstbestimmung und
195 Selbstverantwortung vorgenommen. Im Vordergrund steht dabei die Selbstverantwortung, ein
196 Kriterium dessen Diktum vor allem in der kapitalistischen Gesellschaft dazu benutzt wird, die
197 Bewältigung der Folgen bestehender gesellschaftlicher Ungleichheiten der/dem Einzelnen zu
198 überbelassen. Übertragen auf die Europäische Union bedeutet dies, dass die Mitgliedsstaaten
199 nach der hier beschriebenen Lesart des Begriffs der Subsidiarität vor allem daran erinnert
200 werden sollen, ihre Probleme selbstständig zu lösen. Eine Lesart, die spätestens dann einen
201 Widerspruch erzeugt, wenn Anspruch und Anforderung an die Selbstverantwortung dazu
202 führen, dass Selbstbestimmung auf zentraler Ebene zwar gebilligt wird, allerdings das Erreichen
203 extern gesetzter Ziele als Erfolg selbstverantwortlicher politischer Steuerung verstanden wird
204 (wie z.B. die Maßnahmen im Rahmen der Bewältigung der Krise in Europa und deren
205 Überwachung durch Troika/EU-Kommission). Diesen Widerspruch gilt es aufzulösen.

206

207 Dem Prinzip der Subsidiarität wohnt nach unserer Auffassung im Kern ein weiteres Kriterium
208 inne – die Solidarität. Subsidiarität setzt gegenseitige Unterstützung – als Befähigung zur
209 Selbstverwaltung – sogar voraus. Solidarität verpflichtet den Staat zur Entwicklung eines
210 sozialen, finanziellen und wirtschaftlichen Leistungssystems, das Menschen unterstützt und
211 einen strukturellen Ausgleich zwischen den Ebenen herstellt. Dies bedeutet dann aber auch,
212 dass ihm hierzu die notwendigen Grundlagen zur Verfügung stehen müssen. Staat kann und
213 muss mehr als einen Beitrag zur Verfestigung der bürgerlichen Klasse und der bestehenden
214 Verhältnisse leisten. Im Zentrum unseres Verständnisses von Staatlichkeit steht die dadurch
215 vermittelte Möglichkeit einer politischen und sozialen Emanzipation der Menschen, die diesen
216 Staat tragen. Vor allem mit einem starken, demokratischen und handlungsfähigen Staat, können
217 wir Vermögen zugunsten der sozial Schwachen umverteilen, für die Zukunft investieren und
218 gemeinsame Lebensgrundlagen schaffen. Übertragen auf die Europäische Union führt dies
219 dazu, dass das gesellschaftliche Leben, das gesamte Gemeinwesen nicht immer stärker von
220 der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bzw. der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen
221 Mitgliedstaates abhängen darf. Die Europäische Union ist für uns nicht nur ein Beitrag zur
222 Überwindung der Nationalstaatlichkeit. Sie ist vor allem auch Vehikel, um eine politische und
223 soziale Gleichheit der Menschen zu verwirklichen, die in ihr leben.

224

225 Diese nach unserem Verständnis dem Subsidiaritätsbegriff zugrundeliegenden Komponenten
226 der Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, vor allem aber der Solidarität, stellen zentrale

227 Elemente eines kooperativen Föderalismus dar, durch den soziale und politische Teilhabe sowie
228 demokratische Einflussmöglichkeiten entstehen, der aber andererseits unterschiedliche Wege
229 der politischen Aufgabenerfüllung ermöglicht. In diesem Sinne kann das Prinzip der
230 Subsidiarität als politische Praxis eine Grundlage für einen europäischen Föderalismus in einem
231 zukünftigen Bundesstaat darstellen.

232

233 Ausgehend von unserer Analyse der bisherigen Integrationsleistungen und mit Blick auf unsere
234 Anforderungen an europäische Staatlichkeit, wollen wir nun unsere Vision einer Europäischen
235 Union, die sich den demokratischen, sozialstaatlichen und föderal-subsidiären Staatsprinzipien
236 verschreibt, weiter konkretisieren.

237

238 **4) Es lebe die europäische Republik**

239

240 Vereinigt in unserem Streben nach einem Europa aller Menschen, die auf diesem Kontinent
241 leben, definieren wir fünf Säulen, die als Grundprinzipien das europäische Haus tragen sollen.

242

243 Alle Macht geht von hier lebenden Menschen aus. Die Menschen Europas bestimmen in
244 Wahlen und Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip die Organe der Europäischen Union
245 und deren Gesetzgebung. Unser Europa ist ein demokratisch organisierter Staat.

246

247 Europa steht solidarisch mit allen, die der Hilfe bedürfen. Dieses kommt nur zu Stande, wenn
248 alle Menschen Hand in Hand miteinander leben und arbeiten und füreinander eintreten. Es gilt
249 das Prinzip, dass sich jede Person auch nach ihren/seinen materiellen Bedürfnissen frei
250 entfalten kann. Unser Europa ist ein sozialer Staat.

251

252 Jede Ebene der Demokratie und Verwaltung muss die Aufgaben übernehmen, in der sie die
253 meiste Kompetenz aufweist. In einem Gemeinwesen wie dem europäischen kann und darf es
254 weder zu einer Machtkonzentration auf ein Zentrum kommen, noch darf es zu einem kompletten
255 Hinabrollen der Kompetenzen auf die einzelnen Mitgliedstaaten und/oder ihrer
256 Untergliederungen kommen. Wir stehen für ein Europa der Selbst- und Mitbestimmung seiner
257 Menschen. Nichtsdestotrotz sind staatliche Kompetenzen auch in einem europäischen Zentrum
258 zu bündeln. Um dieses Institutions- und Kompetenzequilibrium nachhaltig zu sichern, kann die
259 Antwort nur im Föderalismus liegen. Daher sprechen wir uns für ein föderal organisiertes
260 Europa aus.

261

262 Um die friedliche Koexistenz in einem Gemeinwesen zu sichern, ist die Wahrung von Freiheiten
263 institutionell zu gewährleisten. Europa hat die Grund- und Menschenrechte zu achten und zu
264 verteidigen. Die Union garantiert und sichert das ungehinderte Funktionieren horizontaler wie
265 vertikaler Gewaltenteilung. Europa ist ein Rechtsstaat.

266

267 Aus der Tradition des Kampfes gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Tyrannei aus der
268 Zwischenkriegszeit, des zweiten Weltkriegs und seiner ideologischen NachfolgerInnen und
269 MitstreiterInnen steht Europa für uns vereint im Kampf gegen rechten Radikalismus,
270 Menschenfeindlichkeit und Verhetzung. Europa fußt daher auf dem Fundament des
271 Antifaschismus.

272

273 Aus der Definition der fünf Säulen unseres Selbstverständnisses heraus wollen wir Jusos die
274 Verfasstheit Europas nach folgenden Prämissen definieren:

275

276 **a) Politisches System/Institutionen**

277

278 **Verfassung**

279

280 Wir fordern einen Verfassungskonvent, in dem gewählte RepräsentantInnen der
281 Mitgliedsstaaten sowie VertreterInnen der Zivilgesellschaft organisiert sind, um über die
282 zukünftige demokratische Ausgestaltung der Europäischen Union zu diskutieren.

283

284 **Legislative**

285

286 Ohne veritable Legislative ist kein funktionierendes Staatsgebilde zu formieren. Daher muss das
287 Europäische Parlament zu einem vollwertigen Parlament mit allen parlamentarischen Rechten

288 aufgewertet werden. Insbesondere das Gesetzesinitiativ- und Haushaltsrecht sind für eine
289 Volksvertretung, die den Namen verdient, unerlässlich. Ein effektives und aktives Parlament,
290 das sich für die Interessen seiner BürgerInnen einsetzt, kann neues Vertrauen in das
291 Europäische Projekt herstellen.

292

293 Diese zweite Kammer wird den bisherigen MinisterInnenrat und den Europäischen Rat
294 ersetzen. Die 2. Kammer soll aus demokratisch legitimierten RepräsentatInnen bestehen. Beide
295 legislativen Kammern müssen in ihren Rechten und Pflichten gleichwertig sein. Gesetzesakte
296 dürfen nicht allein durch die Länderkammer beschlossen werden können. Entscheidungen mit
297 qualifizierter Mehrheit sind gegenüber dem Einstimmigkeitsprinzip auszuweiten.

298

299 Zusätzlich soll das direktdemokratische Element der europäischen BürgerInneninitiative
300 deutlicher definiert und als verbindliches Instrument gestärkt werden.

301

302 Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen bleiben als beratende
303 Gremien erhalten. Letzterer bekommt ein aufschiebendes Vetorecht bei Gesetzesentwürfen, die
304 speziell die Regionalpolitik betreffen. (*Konkretisierung des WSA und Einbau Kritik am AdR*)

305

306 **Exekutive**

307

308 Wir brauchen zukünftig eine vollwertige Exekutive in der Europäischen Union, der das
309 Parlament als institutioneller Gegenspieler gegenüber gestellt und die von ihm kontrolliert wird.
310 Wir wollen dabei die Exekutive so ausgestalten, dass sie nicht mehr als verlängerter Arm
311 nationaler Regierungen fungiert und eingesetzt wird, sondern über demokratischere Wege
312 gebildet wird. Der Prozess dahin muss demokratisch und transparent verlaufen und braucht
313 seine Zeit.

314

315 **Judikative**

316

317 Gleichzeitig ist eine Weiterentwicklung des europäischen Gerichtswesen notwendig. Das
318 Europäische Gericht muss gestärkt und der Europäische Gerichtshof zu einem
319 Verfassungsgericht ausgebaut werden. Einer vollwertigen Exekutive und Legislative ist eine
320 starke und funktionierende Judikative entgegenzustellen und mit dem Schutz von Demokratie,
321 Föderalismus, Sozialstaat, Rechtsstaat und antifaschistischem Selbstverständnis zu betrauen.
322 Auch hier muss der Prozess demokratisch und transparent verlaufen.

323

324 **b) Föderalismus**

325

326 Unser Europa soll föderal organisiert sein. Wesentliche Entscheidungsbefugnisse sollen an das
327 Parlament und die Regierung übertragen werden, um eine Politik zu ermöglichen, welche sich
328 für die Interessen aller EuropäerInnen einsetzt. Das Mitspracherecht der Länder wird über eine
329 zweite Kammer mit VertreterInnen der Mitgliedsstaaten ermöglicht. Des Weiteren sollen
330 Kompetenzen auf Ebene der Mitgliedsstaaten dort verbleiben, wo sie der Stärkung der
331 Demokratie und der Interessen der BürgerInnen am besten nutzen. Analog ist dies auf
332 kommunaler Ebene anzuwenden. Als Richtwert hierfür ziehen wir unser Verständnis des
333 Subsidiaritätsgedankens heran, da wir davon überzeugt sind, dass Föderalismus und
334 Subsidiarität sich wechselseitig bedingen

335

336 **c) Demokratie**

337

338 Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen. Das institutionelle Konstrukt der Union und
339 seiner Mitgliedsstaaten muss so gestaltet sein, dass Demokratie erlebbar auf allen Ebenen ist
340 und bleibt. Dies bedeutet neben der Organisation in Nichtstaatlichen Organisationen, sowie
341 Parteien und Gewerkschaften auf kommunaler, regionaler wie nationaler Ebene auch ein
342 funktionierendes, gerechtes europäisches Wahlrecht, sowie ein funktionierendes
343 Parteiensystem.

344

345 **d) Wahlrecht**

346

347 Wir fordern europaweite einheitliche Listen der Parteien für die Wahl des Europäischen
348 Parlaments. Somit wird in Zukunft jede Stimmen das gleiche Gewicht haben. Gleichzeitig muss

349 Deutschland als bislang größter Mitgliedsstaat der EU dafür Sorge tragen, dass kleinere
350 Mitgliedsstaaten und deren Angehörige weiter angemessen auf allen europäischen
351 Entscheidungsebenen repräsentiert sind. Um dem regionalen und föderalen Element bei
352 Wahlen Rechnung zu tragen, setzen wir uns auf Basis der Gleichgewichtung aller Stimmen für
353 eine Weiterentwicklung des Wahlsystems im europäischen Sinne zur Überwindung des
354 Nationalwahlgedankens ein. Ein möglicher Ansatz mag die Einrichtung transnationaler,
355 regionaler Mehrpersonenwahlkreise sein. Ebenso fordern wir die Abkoppelung des Wahlrechts
356 auf mitgliedstaatlicher und europäischer Ebene von Staatsbürgerschaft. Wir wollen, dass alle
357 Menschen, die sich mindestens seit drei Monaten dauerhaft an einem Wohnsitz innerhalb der
358 EU aufhalten und die die entsprechenden Wahlalter erreicht haben, in der Europäischen Union
359 das Wahlrecht zugesprochen bekommen. Grundlage jeder Diskussion über Partizipation in
360 Europa und die Aufwertung des europäischen Parlaments muss damit eine Vereinheitlichung
361 des Wahlrechts in Europa sein, die zum gleichen Gewicht jeder europäischen Stimme führt,
362 ganz gleich aus welcher Nation oder für welche Partei sie abgegeben wird.

363

364 Beim Wahlalter wollen wir eine möglichst große Partizipation der Menschen in Europa und
365 fordern daher ein aktives und passives Wahlalter ab 16 Jahren.

366

367 e) Öffentlichkeit

368

369 Europa braucht eine europäische Öffentlichkeit. Um diese zu schaffen, braucht es im politischen
370 Raum klarere und verständlichere Botschaften. Diese müssen sich in der Zukunft weniger um
371 die Frage drehen, welche Interessen eines Staates gegen die Interessen eines anderen Staates
372 stehen. Es bedarf deshalb unterschiedlicher Politikentwürfe, die dem*der Bürger*in klar
373 kommuniziert werden müssen.

374

375 Eine europäische Öffentlichkeit trägt zur Identitätsfindung bei, bringt die Menschen in einem
376 solidarischen Verständnis näher zueinander und trägt zur Überwindung nationalstaatlicher
377 Identitäten, als Grundprämisse für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, bei.

378

379 Um dem Öffentlichkeitsdefizit der Europäischen Union entgegen zu wirken, müssen
380 Entscheidungen transparenter werden, dafür brauchen wir europäische Leitmedien, denn nur so
381 kann ein Kompetenzzuwachs der europäischen Institutionen legitimiert werden. Durch
382 öffentliche Diskussionen können das Europäische Parlament und auch die Europäische
383 Regierung stärker politisiert werden.

384

385 Auf Seiten der Printmedien ist trotz des in ganz Europa umspannenden „Zeitungssterben“ eine
386 zunehmende Monopolisierung der Verlage zu beobachten. Ein Prozess, der sich gegenseitig
387 bedingt. Aber eine ungezügelter Konzentration könnte die Meinungsvielfalt stark einschränken.
388 Bildungsmöglichkeiten über politische Themen müssen für alle Menschen zugänglich sein. Aus
389 der Vernetzung nationaler Fernsehstationen entstand kein permanenter europäischer Sender.
390 Die zunehmende Verbreitung und Erstellung von Nachrichten im Internet und auf sozialen
391 Medien können dazu dienen, eine europäische Öffentlichkeit zu befördern, da in Echtzeit alle
392 EuropäerInnen die bereitgestellten Informationen produzieren, konsumieren und teilen können.
393 Diese Potentiale gilt es stärker zu nutzen, ohne dabei die Risiken zu missachten.

394

395 f) Sprachliche Vielfalt in Europa nutzen

396

397 Europa zeichnet sich durch eine Vielfalt an Kulturen und Sprachen aus, die es zu erhalten und
398 fördern gilt. Sie machen für viele Menschen einen Teil ihrer Identität aus. Dementsprechend
399 begrüßen wir zum einen die 1992 verabschiedete Europäische Charta der Regional- und
400 Minderheitensprachen und fordern die Ratifizierung und Umsetzung in allen europäischen
401 Staaten. Zum anderen halten wir an der Sprachpolitik der EU fest, die die Dreisprachigkeit aller
402 EuropäerInnen durch Sprachunterricht ab früher Kindheit nach der Formel „Muttersprache+2“
403 fördert. Wir sind überzeugt, dass der Fremdsprachenunterricht mit Eintritt in die Grundschule
404 beginnen sollte. Wir halten das Ziel einer Dreisprachigkeit für richtig, um die Kommunikation
405 aller EuropäerInnen miteinander zu fördern. Zudem müssen flächendeckend kostenlose
406 Sprachkurse angeboten werden, um den Menschen auch nach der Schulzeit das nachträgliche
407 Erlernen weiterer Sprache zu ermöglichen. Zur sprachlichen Vielfalt gehört auch, dass sich
408 diese unter anderem in der Verfügbarkeit von offiziellen Dokumenten in verschiedenen
409 Sprachen der Europäischen Union niederschlägt. Langfristig soll eine Diskussion über eine

410 Verkehrssprache für die Europäische Union angestoßen werden. Das Primärziel liegt hierbei auf
411 der Spracherlernung, damit die Verständigung in den kommenden Generationen verbessert
412 werden kann. Zudem fordern wir die Etablierung einer gemeinsamen europäischen
413 Gebärdensprache.
414 Gleichzeitig müssen offizielle Dokumente der EU weiterhin in allen Sprachen, die innerhalb der
415 EU gesprochen werden, zur Verfügung gestellt werden.

416

417 **g) Jugendvertretung**

418

419 Wir Jusos wollen eine Politik, die jungen Menschen barrierefreie Partizipationsmöglichkeiten auf
420 allen Ebenen bietet. Dazu gehören Vernetzung und Austausch sowie Förderung und
421 Unterstützung der konkreten Arbeit von Jugendorganisationen in ganz Europa. Das Forum
422 hierfür ist das Europäische Jugendforum, in dem wir Jusos und der Ring politischer Jugenden
423 (RPJ) durch das Deutsche Nationalkomitee für Internationale Jugendarbeit vertreten sind.
424 Aufgabe dieses Forums ist die Förderung demokratischer Jugendstrukturen, politischer Bildung
425 sowie die Vernetzung aller europäischen Jugendverbände. Wir Jusos werden uns verstärkt in
426 diesen Gremien engagieren und uns mit den VertreterInnen aller Jugendorganisationen der
427 Parteien aus allen Ländern Europas koordinieren. Genauso ist hier eine Vernetzung der
428 Gewerkschaftsjugenden und anderer politisch motivierter Jugendorganisationen herzustellen.
429 Das gemeinsam gesetzte Ziel soll sein, sich im Europäischen Jugendforum, der EU
430 Kommission für Jugend, für Fördermöglichkeiten speziell für die politischen Jugendverbände
431 einzusetzen. Außerdem soll weiter daran gearbeitet werden dass das Forum – anders als oft
432 umgesetzt – nicht nur einen Symbolcharakter erfüllt: Diese Jugendvertretung soll auch in
433 Abstimmungen des Europäischen Parlaments Gewichtung bekommen, sodass Kinder und
434 Jugendliche tatsächlich in politische Prozesse eingebunden und gehört werden.

435

436 **5) Europa verändern- hier und jetzt.**

437

438 Wir wollen ein demokratisches Europa, ein Europa der Menschen, ein Europa der Teilhabe und
439 der sozialen Sicherheit. Wie dieses aussehen soll haben wir gerade beschrieben. Wir wissen
440 aber auch, dass der Weg dorthin nicht einfach sein wird. Derzeit herrscht vieler Orts
441 Resignation oder gar Ablehnung gegenüber der Idee der europäischen Integration. Mit ersten
442 Veränderungen soll nun die Akzeptanz für Europa vergrößert und der Weg zu unserer Vision
443 von Europa beschritten werden. Unsere Vision wird nicht sofort Wirklichkeit werden. Zögern ist
444 hier der falsche Ansatz. Europa muss jetzt gelebt werden!

445

446 **a) Europäisches Parteiengesetz und –system**

447

448 Wir stehen für eine konsequente Demokratisierung des europäischen politischen Systems.
449 Daher setzen wir uns für einen gesetzlichen Rahmen ein, der die politischen Dachparteien aus
450 ihrem Status als eingetragene Vereine im luxemburgischen Vereinsregister zu anerkannten
451 politischen Akteuren auf supranationaler Ebene transformiert.

452

453 Es muss der rechtliche Rahmen geschaffen werden, damit sich Mitglieder der Parteien auch
454 außerhalb der Mandatsebene auf europäischem Niveau stärker engagieren können. Hierfür ist
455 Verbindlichkeit und die finanzielle Absicherung notwendig. Es muss sichergestellt werden, dass
456 politische Parteien auch auf kontinentaler Ebene ihren politischen Bildungs- und
457 Meinungsbildungsauftrag erfüllen können. Hierzu ist die Schaffung einer europäischen
458 Parteienmitgliedschaft aus unserer Sicht unabdingbar. Diese soll zunächst zusätzlich zur
459 nationalen Parteienmitgliedschaft eingeführt werden. Langfristig sollen allerdings Bedingungen
460 geschaffen werden, die letztere Mitgliedschaft zur Gänze ersetzt.

461

462 Im Rahmen eines europäischen Parteienregulierungsgesetzesvorhabens fordern wir folgerichtig
463 eine kontinentale Parteienfinanzierung, respektive einen europäischen Ring politischer Jugend
464 zur weitergehenden Finanzierung politischer Jugendbildungsarbeit und einem
465 institutionalisierten Dialog der beteiligten Parteienjugenden. Beides ist mit angemessenen
466 Mitteln auszustatten. Die Schaffung eines europäischen politischen Bewusstseins scheitert im
467 Moment auch an der unterdimensionierten finanziellen Ausstattung.

468

469 Ohne einen rechtlich abgesicherten Rahmen zur politische Beteiligung, sowie einer
470 angemessenen finanziellen Ausstattung, ist politische Mitbestimmung in Europa an sich

471 bestenfalls eingeschränkt möglich. Wie zentral für die Demokratisierung Europas die
472 Mitbestimmung der BürgerInnen ist, zeigten nicht zuletzt Initiativen wie Right2Water. Europa
473 wird in Zukunft stärker von seinen BürgerInnen gestaltet werden.

474

475 Auch auf betrieblicher Ebene müssen konkrete Schritte unternommen werden.

476

477 **b) Europäische Mitbestimmung**

478

479 Neben der Dimension des Parteiensystems, ist die gleichwertige Entwicklung der
480 Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen sicherzustellen. Während Lobby und Vernetzung
481 der ArbeitgeberInnenseite auf europäischer Ebene weit vorangeschritten ist, stecken die
482 Strukturen der ArbeitnehmerInnen vergleichsweise noch in den Kinderschuhen. Dieses
483 Ungleichgewicht in der Vertretung von Arbeit und Kapital in Europa gilt es zu beseitigen. Es ist
484 nötig, die Gewerkschaftsbewegung auch auf europäischer Ebene so zu stärken, dass sie den
485 Kampf für soziale Standards und Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche mittragen
486 können. Internationalen Betrieben müssen VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen
487 entgegenstehen, die Interessen der Belegschaften auch auf internationaler Ebene verteidigen
488 können. Die Bedingungen für gute Arbeit und guten Lohn dürfen nicht länger an nationalen
489 Grenzen halt machen. In bester Tradition der internationalen ArbeiterInnenbewegung stehen wir
490 uns für die Stärkung der organisierten ArbeiterInnen auch im 21. Jahrhundert auf internationaler
491 Ebene ein. Diese Strategie der einseitigen Stärkung der europäischen Gewerkschaften muss
492 durch konsequente Transparenz- und Anti-Korruptions-Maßnahmen auf europäischer Ebene
493 flankiert werden. Deswegen fordern wir die Einrichtung eines europäischen Lobbyregisters.

494

495 Daher fordern wir Jusos eine weiterführende Integration der europäischen
496 Gewerkschaftsbewegung auch als ersten logischen Schritt zur stärkeren Vernetzung und
497 Integration der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Bedingung dafür zu schaffen ist
498 Aufgabe sozialistischer und sozialdemokratischer Politik. Wir fordern ein europäisches
499 Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung in allen Mitgliedsstaaten. Die gleichberechtigte
500 Beteiligung europäischer BetriebsrätInnen am politischen Prozess zu ermöglichen ist
501 Zielsetzung unseres politischen Handelns. An europäischen Verhandlungstischen sind
502 Gewerkschaften als einer der maßgeblichen gesellschaftlichen AkteurInnen mindestens
503 gleichberechtigt mit den anderen PartnerInnen zu beteiligen. Um dieses sicherzustellen, ist ein
504 europäischer gesetzlicher Rahmen zu schaffen.

505

506 Neben unserer langfristigen Vision zur Wahl und Zusammensetzung des Parlaments muss das
507 Europäische Parlament auch kurzfristig gestärkt werden. Auch unabhängig von Änderungen der
508 Verträge müssen Maßnahmen zur stärkeren Politisierung des Europäischen Parlaments
509 ergriffen werden – etwa durch eine stärkere Bevorzugung von bei der Europawahl erfolgreichen
510 Parteien bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen und anderen Ämtern. Auch unabhängig
511 von Änderungen der Verträge müssen Maßnahmen zur stärkeren Politisierung des
512 Europäischen Parlaments ergriffen werden – etwa durch eine stärkere Bevorzugung von bei der
513 Europawahl erfolgreichen Parteien bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen und anderen
514 Ämtern. Ein großer Schritt zur Stärkung des Parlaments ist die die Wahl von einem der
515 Spitzenkandidaten der Europawahl zum Präsidenten der Europäischen Kommission. Den
516 ParlamentarierInnen ist es gelungen, Angriffe der Mitgliedstaaten auf das Votum der
517 Europawahl abzuwehren und den Mechanismus der SpitzenkandidatInnen für die
518 Europawahlen fest zu installieren.

519

520 **c) Wirtschaftliche Teilhabe**

521

522 Politische Teilhabe und wirtschaftliche Teilhabe gehen für uns Hand in Hand. Wir wollen ein
523 europäisches Recht auf Arbeit und Qualifizierung und die Einrichtung eines öffentlichen
524 Beschäftigungssektors für gesellschaftlich nachgefragte, aber marktwirtschaftlich nicht
525 ausreichend angebotene Güter um eine breite Teilhabe an der Wertschöpfung zu ermöglichen.

526

527 **d) Kultur und Bildung**

528

529 Ein vereintes Europa benötigt ein gemeinsames Verständnis, eingebettet in eine europäische
530 Öffentlichkeit. Um dieses herauszubilden, gar eine gemeinsame europäische Identität zu
531 schaffen sind einerseits Kulturerhalt und Kulturförderung von Bedeutung. Dabei ist an die

532 derzeitige Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) anzuknüpfen deren Zielvorstellungen
533 vom Europarat, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Auswärtigen Dienst
534 formuliert werden. Ende 2014 endet der EU-Arbeitsplan für Kultur, der Prioritäten und Ziele der
535 AKBP festlegt. Wir fordern eine weiterführende ähnliche Konzeption für eine gemeinsame
536 europäische Kulturpolitik, in der explizit auch der Schwerpunkt Jugend und Bildung einbezogen
537 werden.

538

539

540 Hierbei müssen gesamteuropäische Phänomene wie beispielweise Nationalismus und
541 Jugendarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt gestellt werden. Andererseits muss festgehalten
542 werden, dass gerade kulturelle Angebote und Programme in ihrer Konzeption und Ausführung
543 dafür anfällig sein können, Stereotype und Vorurteile zu reproduzieren statt sie aufzulösen. Um
544 dieser Ambivalenz entgegenwirken zu können, muss die EU ihre Mitgliedsländer zukünftig
545 intensiver dazu anhalten einen kritischeren Umgang mit dem „eigenen“ kulturellen Erbe und der
546 nationalen Perspektive auf historische Ereignisse anzugehen. Denn dort liegen auch immer
547 Anknüpfungspunkte für europakritische, rechtspopulistische, rechtsradikale und nationalistische
548 Kräfte. Für eben diese notwendige Reflexion muss Europa stärker als bisher im Bildungsbereich
549 verankert werden, denn beispielsweise der Geschichtsunterricht unterliegt immer noch einer
550 nationalstaatlichen Ausrichtung. Die Schaffung einer gesamteuropäischen Bildung ist daher
551 wünschenswert. Dazu müssen Austausche angeregt werden, welche die unterschiedlichen
552 Bildungsträger*innen der einzelnen Mitgliedsländer zusammenbringen, um so die
553 unterschiedlichen Perspektiven und Problemzugänge gleichberechtigt in einem
554 gemeinschaftlichen Konzept zu verankern.

555

556 Eine europäische Identität kann sich nachhaltig nur im Rahmen einer gemeinsamen
557 europäischen Erinnerungskultur entwickeln. Diese muss dort ihren Anfang nehmen, wo auch
558 die Gründung der heutigen Europäischen Union einen ihrer Ursprünge besitzt: Im Holocaust
559 und im Zweiten Weltkrieg. Nationale Geschichtsschreibung muss zunehmend durch eine
560 gesamteuropäische ersetzt werden. Außerdem ist stets darauf zu achten, Europa auch immer in
561 einem globalen Kontext, gleichberechtigt mit anderen internationalen Akteur*innen zu denken.

562

563 Bildungspolitik muss auf der europäischen Agenda viel weiter nach oben rutschen. Wir wollen,
564 dass alle Bildungs- und Berufsabschlüsse, die in einem EU-Mitgliedsländern erreicht wurden, in
565 allen anderen anerkannt werden. Das ermöglicht echte Freizügigkeit. Es braucht große,
566 gemeinschaftliche Bildungsprogramme und Initiativen.

567

568 Wir wünschen uns eine frühe und umfassende Sprachförderung für alle Kinder und
569 Jugendlichen in Europa, welche gleichzeitig europäische Integration fördert. Des Weiteren
570 fordern das verbindliche Recht auf Vermittlung der Muttersprache (n)/Erstsprache (n) für alle in
571 Europa lebenden Menschen ein. Diese Europäische Integration kann besonders durch
572 Begegnung stattfinden. Wir fordern deshalb eine dauerhafte, ausgebaute und starke beworbene
573 Förderung von Projekten wie Europaschulen und Austauschprogrammen. Das gilt besonders für
574 alle Teile von ERASMUS+, das keinesfalls wieder in Frage gestellt oder gar gekürzt werden
575 darf. Wir wollen ein Europa, in dem die Teilnahme an einem europäischen Begegnungserlebnis
576 in allen Lebensphasen möglich ist!

577

578 Weiterhin bedarf es einheitlichen Konzepten, die dafür sorgen, dass schulpflichtige Flüchtlinge
579 inklusiv beschult werden, wobei der besondere Förderbedarf bedacht werden muss. So soll
580 jeder schulpflichtige Flüchtling einen Schulplatz an einer Regelschule erhalten und somit eine
581 gute Chance auf gute Bildung und einen Schulabschluss bekommen.

582

583 Wir wollen den Anteil der Jugendlichen, welche keinen Bildungsabschluss erreichen unter 10%
584 senken.

585 Wir begrüßen die sehr gute Arbeit des Deutsch-Französischen und des Deutsch-Polnisch
586 Jugendwerks, die Jugendliche aus diesen drei Ländern zusammenbringen und unsere Vision
587 eines gemeinsamen europäischen Verständnisses fördern. Wir fordern daher, diese
588 Organisationen zu stärken, um noch mehr Jugendliche fördern zu können und vergleichbare
589 Initiativen zwischen anderen und mit anderen Ländern aufzubauen. Diese Jugendhilfswerke
590 können Vorbilder für die Einführung multilateraler Jugendwerke in Europa sein.

591

592 **e) Europäische Medien**

593

594 Berichterstattung zu europäischen Themen darf nicht länger ein Nischendasein in der
595 nationalen Funk- und Fernsehlandschaft führen. Gleichzeitig darf die Berichterstattung aber
596 nicht nur privaten Medienunternehmen überlassen werden, die teils zu sehr einseitiger
597 Berichterstattung neigen. Nur mit einem europäischen öffentlich-rechtlichen Funk- und
598 Fernsehsystem mit differenzierter und vielseitiger Berichterstattung kann die Öffentlichkeit
599 umfassend informiert werden.

600

601 Unsere Forderungen sind daher:

602

603 Ein mehrsprachiges und möglichst kulturell adaptiertes Angebot für ein breites europäisches
604 Publikum

605

606 Ein europäisches öffentlich-rechtliches Fernseh- und Rundfunksystem, welches von einem
607 Programmbeirat geleitet wird, der die in Ansätzen existierende europäische Zivilgesellschaft
608 abbildet. Zudem wird ein Bürger*innen-Beirat eingerichtet. Dieser Beirat berät das öffentlich-
609 rechtliche Fernseh- und Rundfunksystem aus Sicht der Endverbraucher*innen. Um eine breite
610 Vertretung von Interessen zu gewährleisten, wird dieser Beirat nicht nur quotiert besetzt,
611 sondern besteht auch aus Vertreter*innen aus allen Mitgliedsländern der europäischen Union.

612

613 Der Sender „EuroNews“ muss sein eigenen Aktivitäten ausweiten und sollte eigene
614 Vertretungen in allen europäischen Mitgliedsstaaten betreiben.

615

616 Neben der Informations- und Dokumentationspflicht sollte der Unterhaltungssektor als
617 niederschwelliger Zugang für die Vermittlung europäischer Werte nicht unterschätzt werden.

618

619 Die Einrichtung eines Kontrollsystems gegen Medienkonzentration auf EU-Ebene.

620

621 Des Weiteren muss ein gemeinsamer Presse- und Meinungsfreiheitsrat gegründet werden, der
622 die einzelnen Mitgliedsstaaten beaufsichtigt und entsprechende Einschränkungen an gezielter
623 Stelle ahnden kann.

624

625 Da das Internet ein wichtiges Medium für den Zugang und die Verbreitung von Informationen ist,
626 die allen Europäer*innen offen stehen sollte, fordern wir den Ausbau von Glasfasernetzen in
627 allen Teilen Europas, um möglichst allen Menschen einen privaten Internetanschluss bieten zu
628 können. Wir verwahren uns gegen jeglichen Versuch, die Netzneutralität einzuschränken, den
629 Zugang zum oder die Nutzung des Internets zu besteuern oder Inhalte im Internet zu zensieren.

630

631 **f) Gleichstellung**

632

633 Gleichstellung muss sich auf europäischer Ebene durch alle Politik- und Lebensbereiche
634 ziehen. Die EU muss sich zur Kernaufgabe machen, Chancengleichheit und Gleichbehandlung
635 in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten und jedwede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht
636 oder Sexualität zu unterbinden.

637

638 Wir wollen, dass eine europäische Quote in Höhe von 40% eingeführt wird – nicht nur in den
639 Aufsichtsräten, sondern in den gesamten Führungsebenen von Unternehmen. Die politischen
640 Institutionen der Europäischen Union müssen hierbei als Vorbild voran gehen und sich zügig die
641 Umsetzung der Quote in ihren eigenen Einrichtungen umsetzen. Ein Nichteinhalten der Quote
642 wird nicht nur durch naming and shaming, sondern durch Bußgelder und den Entzug von
643 staatlichen und europäischen Subventionen geahndet. Mangelnde Frauenförderung und closed
644 shops sind kein Kavaliärsdelikt. Eine zentrale Meldestelle soll Hinweise aus den Mitgliedstaaten
645 zu Quotenverstößen entgegennehmen, prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen einleiten
646 können.

647

648 Die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen, sowie Menschen, die sich diesen beiden
649 Geschlechterkategorien nicht zuordnen wollen, muss in allen EU-Ländern geschlossen werden.
650 Dabei darf die Schuld nicht bei Frauen* gesucht werden. Förderprogramme zur verstärkten
651 Erschließung neuer Berufsfelder sind wichtig – doch sie reichen nicht aus. Es bedarf einer
652 konsequenten Sichtbarmachung von Karrierehemmnissen, gläsernen Decken und weiteren
653 Ausschlussmechanismen, die Frauen* von vertikalen und horizontalen Ausschlüssen im

654 Berufsleben bewahren. Damit einher geht auch die europaweite Erhöhung der
655 Frauen*beschäftigungsquote um Abhängigkeiten zu verringern. Dies darf nicht weiterhin durch
656 den Ausbau von Niedriglohnsektoren und prekärer Beschäftigung erfolgen. Auch die
657 unterschiedlichen Zugänge zu Teil- und Vollzeitstellen müssen überwunden werden, zum
658 Beispiel indem die bestehende Teilzeitrichtlinie um ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit nach
659 einer familiär- oder krankheitsbedingten Reduzierung der Arbeitszeit erweitert wird und indem
660 auch in männlich geprägten Berufen eine Teilzeitkultur für alle Geschlechter gefördert wird. Wir
661 wollen in ganz Europa gute Arbeit unabhängig vom Geschlecht.

662

663 Regionale Projekte sind wichtige Unterstützer und Multiplikatoren der Gleichstellungspolitik.
664 Dies können Beratungsstellen für Opfer von sexualisierter und/oder häuslicher Gewalt, für
665 Sexarbeiter*innen, Unterstützung von sich selbstständig machenden Frauen*, Beratungsstellen
666 bei Trennung, Scheidung, Sorgerecht oder auch Frauen* und Mädchentreffs sein.

667

668 Sie benötigen Unterstützung, um ihre wichtigen Aufgaben in ihren Regionen durchzuführen.
669 Hier reichen bloße Worthülsen und Versprechungen nicht aus. Ein Europa, das Gleichstellung
670 ernst nimmt, muss mittels auskömmlicher finanzieller Förderung guten Projekten Vorschub
671 leisten.

672

673 Das am 01. August diesen Jahres in Kraft getretene Übereinkommen des Europarats zur
674 Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist ein wichtiger
675 Schritt, um Gleichstellung in den Verfassungen aller EU-Staaten umzusetzen und Hilfsangebote
676 einzurichten und zu verbessern. Nun kommt es darauf an, dass die Expertenkommission zur
677 Überwachung der Umsetzung nicht nur Best-Practice-Beispiele, sondern auch Missstände offen
678 kommuniziert.

679

680 Es geht Staaten und die EU nichts an, mit wem die Menschen ihr Leben oder ihr Bett teilen. Wir
681 wollen, dass die Ehe- und Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare europaweit
682 vereinheitlicht werden. Die EU darf auch hier kein legislativer Flickenteppich sein. Eine
683 gemeinsame Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare muss auch außerhalb einer Ehe für
684 gleichgeschlechtliche Paare erlaubt sein.

685

686 **g) Queeres Leben**

687

688 Die Debatte über LGBTIQ*-Rechte endet oft in der Forderung nach einer Ehe für alle.
689 Selbstverständlich fordern wir weiterhin eine Gleichstellung auf allen Ebenen – auch bei der
690 Institution Ehe. Dennoch sehen wir die Ehe nicht als eine erstrebenswerte Errungenschaft, die
691 das Leben aller Menschen beeinflusst. Das Argument der gleichgestellten Ehe wird oftmals
692 vorgeschoben. Vielmehr werden nicht-heteronormativ lebende Menschen im Alltag auf anderen
693 Ebenen diskriminiert, sind oft Bedrohung und Gewalt ausgesetzt und werden dennoch
694 unsichtbar gemacht.

695

696 Gerade deshalb gilt es, LGBTIQ*-Organisationen in Europa zu stärken und dort zu unterstützen,
697 wo die Kämpfe für Queer-Rechte auf Gewalt und Angsträume stoßen. Zur Sichtbarmachung der
698 täglichen Gewalt gegen Trans* und Inter* braucht es eine europäische Statistik, in der Übergriffe
699 aufgeführt werden, und über die Handlungsmöglichkeiten herausgefunden werden können.

700

701 Es gilt, den emanzipatorischen Kampf unterschiedlicher Gruppen, die unter patriarchaler
702 Unterdrückung leiden, zusammenzuführen, denn nur, wenn Solidarität uns eint, können wir für
703 uns alle die Freiheit erkämpfen. Freiheit bedeutet die absolute Gleichheit vor dem Gesetz und
704 gleiche Chancen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt – Freiheit bedeutet aber auch,
705 sich ohne Angst zu bewegen und ohne Angst queer zu leben.

706

707 Unsere Aufgabe ist es hier vor allem, die Forderungen der LGBTIQ*-Community ernst zu
708 nehmen und zu unterstützen, unseren politischen Einfluss zu nutzen und auf allen Ebenen für
709 eine Gleichstellung jenseits der Ehe und anderer bürgerlicher Kategorien einzustehen.

710

711 **h) Asyl- und Einwanderungspolitik**

712

713 Wir wollen keine Festung Europa! Die europäische Asylpolitik bedarf einer grundlegenden
714 Reform. Die Industriestaaten Europas dürfen sich ihrer humanitären Verantwortung nicht länger

715 entziehen.

716

717 Im aktuellen Sprachgebrauch der EU-Ebenen werden Asylsuchende als explizites
718 Sicherheitsrisiko eingestuft und Abwehrmaßnahmen im selben Maße priorisiert, wie
719 weggesehen wird, wenn Asylsuchende beim Versuch nach Europa zu gelangen ihr Leben
720 verlieren. Eine ungeheure humanitäre Katastrophe, der Tod und das Leid Tausender im
721 Mittelmeerraum wird vor der Illusion angeblicher Sicherheitspolitik hingegenommen.

722

723 Die europäische Union muss endlich den Leitsatz der Abschottung als notwendige
724 Sicherheitspolitik überwinden und beginnen Chancen und Ursachen von Migration zu erkennen.

725

726 Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der
727 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, (FRONTEX) muss zerschlagen werden und ihre
728 Verbrechen von einer unabhängigen Kommission strafrechtlich untersucht werden. Darüber
729 hinaus muss es endlich ein europaweit einheitliches Asylsystem geben. Die Voraussetzungen
730 zur Erlangung von Asyl dürfen nicht länger von den Mitgliedstaaten bestimmt werden und sich
731 innerhalb der Europäischen Union unterscheiden. Bei der Antragsstellung darf es keinen
732 Unterschied machen, in welchem Land die Menschen zum ersten Mal europäischen Boden
733 betreten.

734

735 Eine solche Agentur darf nicht die Rolle einer Grenzpolizei einnehmen. Wir fordern stattdessen
736 eine neue Institution, deren Hauptaufgabe der humanitäre Flüchtlingsschutz, bspw. durch
737 Seenotrettung, darstellt. Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das
738 Recht, einen Asylantrag zu stellen. Die sichere Ankunft in Europa muss gewährleistet werden.
739 Diese neue Institution kann in Organisationseinheit mit dem Europäischen Unterstützungsbüro
740 für Asylfragen agieren und als Erstanlaufstelle für Asylsuchende auf europäischen Boden
741 dienen sowie Unterstützung beim Einstieg ins Asylverfahren liefern. Sie muss ein komplett
742 öffentlicher Dienst, unter der Kontrolle des Europäischen Parlamentes und der Kommission
743 sein, transparent arbeiten und demokratisch legitimiert sein.

744

745 Die bestehende Drittstaatenregelung in der gegenwärtigen Form muss abgeschafft werden.
746 Insbesondere die Zuständigkeitsregelung im Art. 13, Abs. 1 in der Verordnung Nr.604/2013 des
747 europäischen Parlamentes und des Rates (Dublin III Verordnung) ist fern jeglicher solidarischer
748 Grundsätze der Europäischen Union. Nach diesem fällt die Zuständigkeit für eineN
749 DrittstaatsangehörigeN, welcheR einen Antrag auf internationalen Schutz stellt, jedoch die
750 Grenze des Mitgliedstaates bei der Einreise in die EU irregulär überschritten hat, in die
751 Zuständigkeit des jeweiligen Mitgliedsstaates. Daher müssen Staaten an den Außengrenzen
752 der Europäischen Union, wie Griechenland, Malta, Italien oder Spanien, die in räumlicher Nähe
753 zu Krisengebieten liegen und durch ihre Grenzlage von Flüchtlingen als erste europäische
754 Staaten betreten werden, die Hauptzuständigkeit für die AntragstellerInnen übernehmen.
755 Staaten ohne EU-Außengrenzen, wie Deutschland, fallen fast nie unter diese Regelung.

756

757 Eine Neuregelung/Reform des europäischen Asylrechts muss komplette Freizügigkeit der
758 AsylantragstellerInnen in alle EU-Staaten enthalten, unabhängig davon, welche Staatsgrenze
759 sie zuerst überschritten haben. Geflüchtete und Asylbewerber*innen können mit Eintritt in die
760 EU den europäischen Nah- und Fernverkehr frei und kostenlos nutzen, um in das von ihnen
761 selbstgewählte Land zu gelangen.

762

763 Die Mitgliedsstaaten müssen regelmäßig Kontingente für die dauerhafte Neuansiedlung von
764 Flüchtlingen bereitstellen („Resettlement“).

765

766 Die Rettung von Personen aus humanitären Krisensituationen durch die Ermöglichung der
767 irregulären Einreise in einen EU-Staat dürfen nicht länger als kriminell klassifiziert werden.

768

769 Die irreguläre Einreise muss straffrei werden und die momentan bereits in der Europäischen
770 Union lebenden MigrantInnen müssen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten.

771

772 Es müssen sichere Wege der Einreise von Geflüchteten z.B. zu Verwandten oder Bekannten in
773 EU-Staaten geschaffen werden.

774

775 **i) Die Festung einreißen**

776

777 Nicht nur direkte körperliche Gewalt im Herkunftsland, sondern auch rassistische oder
778 homophobe Diskriminierung und Ausgrenzung aus Institutionen oder einem Teil der
779 Bevölkerung heraus, können Gründe einer Flucht bzw. eines Asylantrags sein. Dies gilt es bei
780 einer Überarbeitung zu berücksichtigen.

781

782 Die Praxis der „sicheren Herkunftsstaaten“ gehört abgeschafft. Jeder Mensch, der in einen
783 europäischen Staat kommt, hat ein Recht darauf, dass sein Recht auf Asyl angemessen
784 überprüft wird. Veränderungen im Aufenthalts- und Asylrecht sind politisch hochbrisante
785 Themen. Ein hastiges Durchwinken durch den Bundestag –wie es bei der Einstufung von
786 Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten der Fall war- ist
787 ein politisch inakzeptables Verhalten, auch in der SPD-Bundestagsfraktion.

788

789 Vor diesem Hintergrund ist auch die Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-
790 Herzegowinas als sichere Herkunftsstaaten zurückzunehmen. Dort sind die Ausmaße
791 rassistischer Ausgrenzung, vor allem gegenüber Roma-Minderheiten, und homophober
792 Ausgrenzung und Diskriminierung erheblich und können lebens- sowie existenzgefährdend
793 sein.

794

795 **j) Einwanderungsprogramme**

796

797 Aufgrund von Krieg, Bürgerkrieg, Hunger, Armut, Klimawandel, Diskriminierung u.a. in der
798 gesamten Welt werden weiterhin viele Menschen nach Europa einwandern. Indem mehrere
799 europäische Länder in anderen Regionen Krieg führen, provozieren sie die Flucht aus anderen
800 Kontinenten. Die Öffnung besserer Möglichkeiten der Einwanderung ist Europas politische
801 Verpflichtung. Europa ist ein Einwanderungskontinent. Die europäischen Staaten müssen
802 diesen Umstand endlich anerkennen. Bereits aus ihrer weltpolitischen und ökonomischen
803 Situation heraus dürfen sie sich ihrer Verantwortung bezüglich Einwanderung nicht entziehen.
804 Uns geht es heute besser, weil es einigen Milliarden Menschen weltweit schlechter ging und
805 geht. Aus diesem Umstand erwächst eine Verantwortung zur Aufnahme derer, die aus
806 unhaltbaren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nach Europa fliehen. Die Aufnahme
807 dieser ersetzt selbstverständlich nicht Maßnahmen zur Beseitigung der hoffnungslosen Lage in
808 Afrika, der arabischen Welt, Asien und Lateinamerika. Zum Beispiel brauchen Menschen, die
809 Opfer von Menschenhandel wurden, mit Blick auf die Gefährdungen im Herkunftsland
810 dauerhaftes Bleiberecht, unabhängig von der Bereitschaft vor Gericht auszusagen. Nicht nur
811 Studierende und Hochqualifizierte dürfen Möglichkeiten zur legalen Einwanderung nach Europa
812 erhalten, solche müssen breiteren Personengruppen zugänglich gemacht werden. Dabei dürfen
813 demografische und ökonomische Erwägungen Europas keine Rolle spielen. Wir bekennen uns
814 zum globalen Recht auf Migration!

815

816 **k) Minderheitenschutz**

817

818 Die Europäische Union verfolgt bereits gute Ansätze in zum Minderheitenschutz in Europa. Wir
819 wollen jedoch darüber hinaus sowohl umfangreiche und effektive Antidiskriminierungsstrategien
820 für jede Minderheit in Europa, als auch echte Integration in alle gesellschaftlichen Teilbereiche.
821 Niemand soll auf Grund seiner Herkunft von gesellschaftlicher Teilhabe und gesellschaftlichen
822 Chancen ausgeschlossen sein! Wir glauben, dass Antidiskriminierung langfristig auch durch
823 kulturelle Förderung und Schutz von Kulturgütern europäischer Minderheiten eingedämmt
824 werden kann.

825

826 Minderheitenschutz braucht grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Daher fordern wir ein
827 europäisches Konzept zum Schutz von Minderheiten. Rassistische Gesetze in den
828 Mitgliedstaaten müssen aufgehoben werden. Ebenso ist konsequentes Sanktionieren von
829 Staaten notwendig, welche die Einführung und den Erhalt rassistischer Gesetze forcieren und
830 nichts gegen offensichtliche Diskriminierung von Minderheiten in ihrem Land unternehmen.
831 Über die Abschaffung diskriminierender Gesetze und Vorschriften hinaus ist es nötig, EU-weite
832 Vorgaben zu entwickeln, die zu einer härteren Bestrafung so genannter hate crimes führen.

833

834 Minderheiten bereichern die Vielfalt der Europäischen Union ungemein, sie brauchen unsere
835 kräftige und uneingeschränkte Unterstützung.

836

837 I) **VerbraucherInnenschutz**

838

839 Der VerbraucherInnenschutz stellt die Gesundheit und die Interessen der Menschen gegenüber
840 Unternehmen, aber auch gegenüber dem Staat in den Vordergrund. Er ist Baustein für ein
841 soziales Europa. Wir räumen der Lebensmittel- und Produktsicherheit einen besonders hohen
842 Stellenwert ein. Dabei bekennen wir uns zu gentechnikfreien Regionen und kämpfen gegen die
843 Produktion und Vermarktung von Fleisch, das von geklonten Tieren und ihren Nachkommen
844 stammt. Insbesondere die Monopolstellung einzelner Unternehmen wie z.B. Monsanto, die ihren
845 Gewinn durch Patentierung und Verkauf von Saat- Erbgut erzielen, sehen wir mit Besorgnis.
846 Denn dieses schadet nicht nur der Preisregulierung und den Ertragsflächen, sondern auch uns
847 – den Konsumenten. VerbraucherInnenschutz beschränkt sich aber nicht nur auf die
848 Gesundheit. Er dient auch zum Schutz vor der Übermacht und Willkür von Unternehmen und
849 staatlichen Einrichtungen. Seien es Fahrgastrechte, Gewährleistungsrechte oder der Zugang
850 zu Informationen. Eine Vereinheitlichung in ganz Europa schützt die Menschen überall
851 gleichermaßen.

852

853 Dabei sind ein Höchstmaß an Transparenz und ein ungehinderter Zugang zu allen
854 Produktinformationen für uns oberste Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische
855 Union mehrsprachige Internetportale anbietet, auf denen interessierte VerbraucherInnen
856 umfassende Informationen über Produkte erhalten.

857

858 m) **Youth Guarantee**

859

860 Die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas, insbesondere die hohe
861 Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern erzeugt Perspektivlosigkeit in einem
862 bisher ungekannten Ausmaß und untergräbt jegliche soziale und finanzielle Sicherheit der
863 jungen Generation. Sie kann der Europäischen Union dauerhaft schaden.

864

865 Die Empfehlung des Europäischen Rates an die EU-Mitgliedsstaaten zur Umsetzung der
866 Jugendgarantie ist ein erster Schritt zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

867

868 Die reine Empfehlung ist aber keine verbindliche Leitlinie und lässt den EU-Staaten großen
869 Interpretationsspielraum bei der Ausgestaltung. Dadurch wird sowohl die dringende Umsetzung
870 der Jugendgarantie verzögert als auch keinerlei Mindeststandards der Qualität festgelegt.

871

872 Wir fordern einen verbindlichen EU-Beschluss zur Umsetzung der Jugendgarantie in allen
873 Staaten Europas. Dieser muss qualitative Mindeststandards enthalten. Diese Mindeststandards
874 dürfen nicht hinter einer allgemeinen europäischen Ausbildungsgarantie zurückbleiben.

875

876 Bei der Umsetzung der Youth Guarantee in den Mitgliedsstaaten ist eine Einbeziehung der
877 gesellschaftlichen Jugendverbände und SozialpartnerInnen dringend geboten, um einen
878 ausreichenden Einfluss auf die Ausgestaltung sicherzustellen.

879

880 Gleichsam muss diese auch eine Ausweitung der Jugendgarantie bis zum 30. Lebensjahr
881 enthalten und bereits nach zwei statt wie bisher vier Monaten greifen. Die Lebensumstände und
882 beruflichen Orientierungsphasen bewirken, dass viele junge Menschen ihr Studium oder ihre
883 Ausbildung erst nach der Vollendung des 25. Lebensjahres abschließen. Diese jungen
884 Menschen haben die gleiche Unterstützung verdient, wie sie nach bisherigen Richtlinien unter
885 25 Jährigen zusteht.

886

887 Um eine flächendeckende hochwertige Jugendgarantie zu finanzieren, sind zudem die
888 bisherigen Mittel von 6 Milliarden Euro völlig unzureichend. Um eine angemessene
889 Finanzierung sicherzustellen sollte ein eigener europäischer Fond für die Jugendgarantie
890 geschaffen werden, welcher Mittel in angemessener Höhe langfristig sicherstellt.

891

892 Eine so ausgeweitete flächendeckende europäische Jugendgarantie würde die
893 Jugendarbeitslosigkeit in Europa effektiv langfristig bekämpfen und eindämmen.

894

895 n) **Europäischer Mindestlohn**

896

897 Ein europäischer Mindestlohn ist notwendig um Europa zu einer sozialen Union zu entwickeln,

898 in welcher faire Arbeit und gute Löhne herrschen.

899

900 Unser Ziel ist ein einheitlicher Mindestlohn für ganz Europa. Zum Erreichen dieses Ziels ist eine
901 Annäherung der Lebensstandards und Wirtschaftsniveaus in Europa notwendig.

902

903 Gegenwärtig verhindern die ökonomischen Unterschiede zwischen den verschiedenen
904 Regionen Europas und der nicht vorhandene politische Wille einen einheitlichen Mindestlohn.

905

906 Aufgrund dessen, wollen wir ein europäisches Mindestlohnsystem schaffen. Dafür sind
907 Mindestlöhne in allen Staaten Europas notwendig. Deshalb muss ein europäischer Mindestlohn
908 eingeführt werden, der einmalig auf 66% des jeweiligen Durchschnittslohns gesetzt wird. Der
909 Mindestlohn soll dann jährlich um die Summe der gesamtwirtschaftlichen
910 Produktivitätssteigerung (Produktivitätszuwachs) und die Preissteigerungsrate (Inflationsrate)
911 angepasst werden.

912

913 Die Umsetzung und Koordinierung des Mindestlohnsystems kann nur mit und über den
914 europäischen Gewerkschaftsverbund geschehen. Solange dieser ein autonomer
915 Zusammenschluss nationaler Gewerkschaften ist, bleibt nur die Möglichkeit einer offenen und
916 freiwilligen Koordination.

917

918 Am Ziel eines einheitlichen Mindestlohns müssen sich die neuen Tarife der Gewerkschaften,
919 sowie die europäische Wirtschaftspolitik orientieren. Nur dann kann Lohnentwicklung in die
920 richtige Richtung stattfinden.

921

922 **o) Angleichung der Lebensverhältnisse**

923

924 Auf lange Sicht kann ein politisches Zusammenwachsen unseres Kontinents nur dann
925 erfolgreich und irreversibel sein, wenn auch die tatsächlichen Lebensverhältnisse nach und
926 nach angeglichen werden. Eine Union, in der wir uns um die Umweltverträglichkeit unserer
927 Heizungen sorgen, während in Griechenland und Portugal offene Holzfeuer im Winter
928 unerhörten Luxus darstellen, ist keine Union, sondern die Ausbeutung der Schwachen durch die
929 Starken, der Wohlstand Einiger durch die Armut der Vielen. Deswegen brauchen wir nicht erst
930 langfristige Strukturen, die den Technologie- und Wissenstransfer zwischen Mitgliedsstaaten in
931 Schlüsselbereichen öffentlicher Daseinsvorsorge erlauben. Dazu gehören z.B.
932 Energieversorgung, Mobilität und Ressourceneffizienz, aber auch die digitale und
933 Bildungsinfrastruktur. Ziel muss eine wirkliche Union sein, in der kaum noch umverteilt werden
934 muss, weil realer Wohlstand etwa gleichverteilt erwirtschaftet wird.

935

936 **6) Unser Europa ist besser.**

937

938 Mit diesem Antrag haben wir die intensiven Diskussionen der vergangenen Monate und Jahre
939 innerhalb des Juso-Bundesverbandes zusammengeführt und unsere Visionen eines besseren,
940 sozialeren und gerechteren Europas beschrieben. Ein besseres Europa erreichen wir aber nicht
941 nur durchs Diskutieren und das Drehen kleiner Schrauben - es verlangt unserer aller Einsatz
942 auf allen Ebenen. Das betrifft die europäische Staatlichkeit genauso wie das konkrete Umsetzen
943 kurzfristiger Maßnahmen. Europa ist überall. Ohne Europa ist alles nichts. Wir haben unsere
944 Visionen beschrieben, wir sind uns aber bewusst, dass wir hier noch nicht in allen Bereichen
945 eine abschließende Antwort haben, diese gilt es im weiteren Prozess zu finden. Denn auch das
946 ist Europa: Europa ist im steten Wandel, wirft neue Fragen auf und verlangt Antworten, die wir
947 immer wieder neu finden müssen. Auch haben wir konkrete Maßnahmen beschrieben, die jetzt
948 umgesetzt werden müssen um Europa nach unseren sozialistischen Idealen zu gestalten.
949 Packen wir es an und machen Europa noch besser!

950

951 EuropäerInnen aller Länder, vereinigt Euch!

952

953

954

955

956

Titel Für eine linke Friedenspolitik

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Für eine linke Friedenspolitik

1 I. Neue Verantwortung links denken

2

3 Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 appellierten der Bundespräsident, die
4 Verteidigungsministerin und der Außenminister für mehr Verantwortung Deutschlands in der
5 Welt. Bereits zuvor kündigte Frank-Walter Steinmeier mit seinem Amtsantritt als Außenminister
6 eine „kritische Selbstprüfung“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik an. Institutioneller
7 Anknüpfungspunkt dieser Überprüfung ist der Prozess "Review 2014 – Außenpolitik Weiter
8 Denken" des Auswärtigen Amtes. Gleichzeitig zeigen die aktuellen Krisenherde Grenzen der
9 diplomatischen Friedenspolitik auf. Das Schicksal von Millionen Vertriebenen und der Kampf
10 einzelner Volksgruppen gegen die Übermacht religiöser Fanatisten sind ein dominierendes
11 Thema der Berichterstattung. Eine Verbesserung der Situation muss das Ziel jeglicher
12 politischer Bemühungen sein; doch schon die Verhinderung einer weiteren Eskalation scheint
13 derzeit außer Reichweite zu liegen. Die weitestgehend unkoordinierten diplomatischen und
14 militärischen Aktionen einzelner Nationen haben zu keinen Verbesserung geführt. Verstärkt ist
15 die Forderung nach einem konkreten, koordinierten und fokussierten Engagement gegen den
16 radikal unmenschlich agierenden IS zu vernehmen. Der Satz „Deutschland ist eigentlich zu
17 groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“ von Frank-Walter Steinmeier
18 zeigt außenpolitische Herausforderungen auf, auf die wir Jusos Antworten finden müssen. Wer
19 für Frieden und Demokratie in der Welt eintreten will, muss entsprechende Verantwortung
20 übernehmen.

21

22 Auch wenn mitunter an die Stelle von „deutschen Interessen“, die man durchsetzen wolle,
23 „europäische Interessen“ treten, geht es im Kern häufig um das militärische Durchsetzen
24 vornehmlich wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen.

25

26 Die neue Perspektive im Vergleich zu früheren Debatten vermag man jedoch erst auf den
27 zweiten Blick zu erkennen. Einige Beteiligte sind ersichtlich weniger darum bemüht, die
28 Grundlage der Forderung nach einem verstärkten globalen Engagement in der Beschreibung
29 einer sicherheitspolitischen Bedrohungslage zu suchen. Es ist zum Teil offen die Rede von den
30 Chancen, die Einsätze zur Stabilisierung ganzer Regionen für die deutsche Exportwirtschaft
31 böten. Mit großer Selbstverständlichkeit wird verkündet, dass Deutschland als
32 ressourcenarmes, exportorientiertes Land Rohstoffe, Märkte und Transportwege sichern und
33 seiner ambitionierten Rolle in der Welt gerecht werden müsse. Dem stellen wir uns entschieden
34 entgegen.

35

36 Wir Jusos sehen es als unsere Aufgabe, linke Antworten auf die Frage nach neuer
37 Verantwortung zu formulieren. Im Mittelpunkt steht für uns die einfache, aber nicht immer
38 selbstverständliche Feststellung, dass Außenpolitik im Kern Friedenspolitik sein muss. Zugleich
39 ist Außenpolitik immer auch Gesellschaftspolitik. Verantwortung heißt dabei für uns, den
40 Anspruch auf Gleichheit der Rechte aller Menschen als eine Grundlage für eine nachhaltige
41 Entwicklung und den Frieden nicht zu vernachlässigen. Gerade in der Außenpolitik müssen
42 Verhandlung, Zusammenarbeit und Diplomatie im Vordergrund stehen. Die Bedürfnisse der
43 Menschen sind dabei maßgebend. Frieden ist ohne ein gerechtes Wirtschafts- und
44 Finanzsystem, soziale Sicherung, der Gleichstellung der Geschlechter, gerechte

45 Arbeitsbeziehungen, umfassende Armutsüberwindung, Freiheit und Schutz der Umwelt nicht
46 denkbar. Denn Verantwortung bedeutet für uns vor allem, dass Entwicklungszusammenarbeit,
47 zivile Konfliktprävention und -ursachenbekämpfung die zentralen Instrumente der Außenpolitik
48 darstellen. Hiervon ausgehend entwickeln wir Grundsätze, Ziele und Mittel deutscher
49 Außenpolitik im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union. Hierbei
50 verstehen wir uns als antimilitaristischer Verband und wollen zugleich die Debatte um die
51 zukünftige außenpolitische Standortbestimmung der Sozialdemokratie vorantreiben.

52

53 Der Wille zur Übernahme von Verantwortung in der deutschen Außenpolitik ist in den
54 vergangenen zwei Jahrzehnten aller-dings nicht in dem Maße gewachsen, wie sich das
55 weltpolitische Gewicht Deutschlands gesteigert hat. Noch immer wird das Handeln im
56 internationalen Rahmen von einer Zurückhaltung geprägt. Die Geschichte hat gezeigt, dass
57 Passivität in Krisenzeiten nicht immer die richtige Antwort auf die Probleme ist. Dem Eingreifen
58 der Alliierten ist es zu verdanken, dass Europa heute ein Kontinent ist, der die längste
59 Friedensperiode seiner Geschichte erlebt.

60

61 **II. Friedenspolitische Krisen und Herausforderungen**

62

63 25 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, 20 Jahre nach dem Völkermord in Ruanda sind an
64 vielen Orten der Welt Menschen Konflikten, Krieg, Vertreibung oder Vernichtung ausgesetzt.
65 Hierbei stellen ZivilistInnen einen Großteil der Opfer dar. Häufig ist heute die Rede von einer
66 aus den Fugen geratenen Welt.

67

68 Wenige Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings herrscht Bürgerkrieg in Syrien, dem Irak
69 und anderen Teilen der Region. Insbesondere das Vordringen der Terrororganisation
70 sogenannter Islamischer Staat bedroht die Existenz etlicher Menschen in der Region.

71

72 Der sogenannte Islamische Staat ist zu einem Herrschaftsverband erwachsen, der derzeit je
73 etwa ein Drittel Syriens und des Irak kontrolliert. Über die dort lebenden etwa 8 Millionen
74 Menschen übt der IS quasistaatliche Funktionen aus.

75 Zusätzlich leiden die Syrer_innen unter dem systematischen und unmenschlichen Kampf des
76 Assad-Regimes gegen die eigene Bevölkerung.

77

78 Es hatte sich bereits in den letzten Jahren abgezeichnet, dass im Irak das Potential für neue
79 Gewaltkonflikte besteht. Jetzt ist der Bürgerkrieg neu ausgebrochen und mit dem in Syrien
80 verknüpft, der eigentlich vermeidbar gewesen wäre.

81

82 Auch jetzt, da sich der Konflikt aktuell entlädt, zeigt sich am Beispiel der Diskussion über
83 Luftschläge und Waffenlieferungen, dass die Linke keine einheitlichen Antworten auf diese
84 Situation hat. Die Frage von Krieg und Frieden ist damit relevanter denn je.

85

86 **III. Grundsätze linker Friedenspolitik**

87

88 **1. Friedenspolitisches Grundverständnis der Jusos:**

89

90 **a. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!**

91

92 Wir Jusos verstehen uns in der Tradition der sozialistischen internationalen Jugendbewegung
93 als antimilitaristischer Verband. Unser Ziel bleibt eine Welt, in der nationalstaatliche Armeen
94 nicht notwendig sind. Für uns ist daher ein Abrüstungsprozess erforderlich, der Bedrohung
95 durch Waffen aller Art weltweit minimiert und die Sicherheit aller Beteiligten gewährleistet.

96

97 Militarismus war einer der Grundpfeiler des deutschen Faschismus. Er hat Millionen von
98 Menschenleben gekostet und Europa in eine unvorstellbare Katastrophe gestürzt. Der Kern
99 unseres Selbstverständnisses lässt sich daher mit der Lehre zusammenfassen, die die
100 ArbeiterInnenbewegung aus der Katastrophe des 1. Weltkrieges zog und erneuert durch den
101 Buchenwaldschwur, den linken Grundkonsens nach dem Sieg über den deutschen Faschismus
102 1945 bildete: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ – und zwar genau in dieser
103 Reihenfolge.

104

105 **b. Wandel durch Annäherung**

106

107 Willy Brandt hat mit seiner Ostpolitik die Formel "*Wandel durch Annäherung*" geprägt.
108 Ausgehend hiervon setzen wir auf eine Außenpolitik, die auf wechselseitige Anerkennung und
109 die Schaffung einer umfassenden Friedensordnung gerichtet ist. In dieser Tradition sehen wir
110 unser Engagement im Willy Brandt Center Jerusalem gemeinsam mit unseren PartnerInnen
111 aus Israel und Palästina.

112

113 **c. Frieden kennt keine Grenzen**

114

115 Sozialistische Friedensbewegung darf nie an nationalstaatlichen Grenzen enden.
116 Unterdrückung, Ausbeutung und Armut müssen weltweit überwunden werden, denn Frieden
117 bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet immer die Durchsetzung und
118 Verwirklichung der Menschenrechte. Diese sind festgeschrieben durch die Allgemeine Erklärung
119 der Menschenrechte von 1948. Für uns Jusos sind politisch-individuelle und soziale
120 Menschenrechte gleichwertig und setzen einander voraus. Dabei müssen Widersprüche
121 überwunden werden. Freiheit darf nicht zur Freiheit auf Kosten der anderen werden und
122 Gleichheit nicht die freie Entfaltung der Verschiedenartigkeit von Menschen einschränken. Wer
123 Menschenrechte gegeneinander stellt, verantwortet Unterdrückung und Gewalt. Der Weg des
124 demokratischen Sozialismus im Sinne der Demokratisierung aller Lebensbereiche ist für Jusos
125 also zugleich immer auch der Weg zur Einlösung und Durchsetzung von Menschenrechten. Wir
126 wollen sie zu individuellen globalen sozialen Rechten entwickeln. Menschenrechte in diesem
127 Sinne stehen immer auch im Kontrast zur kapitalistischen Ordnung. Damit setzt ein mehr an
128 Menschenrechten immer auch ein weniger an Kapitalismus voraus.

129

130

131 **2. Friedenspolitik in der internationalen Gemeinschaft**

132

133 **a) Stärkung des Völkerrechts**

134

135 Wir wollen die Stärkung des Völkerrechts. Das Recht des Stärkeren muss durch die Stärke des
136 Rechts ersetzt werden. Unrecht muss dem Recht weichen. Hierbei sehen wir die Vereinten
137 Nationen (UN) als wesentliche Handlungsebene. Ihr kommt eine Schlüsselrolle für globale
138 Konfliktlösung zu.

139

140 Hierzu müssen die Strukturen der UN allerdings reformiert werden. Zum einen muss die
141 Handlungsfähigkeit ausgebaut werden und zum anderen ist eine Demokratisierung erforderlich.
142 Die UN-Vollversammlung muss als zentrales Organ für politische Entscheidungen mit
143 Bindungswirkung für die ganze Welt ausgebaut werden und auch in seinem Verhältnis zum
144 Sicherheitsrat gestärkt werden.

145

146

147

148 Auch der Sicherheitsrat bedarf einer dringenden Reform. Das derzeitige System des Vetorechts
149 ist undemokratisch und erlaubt es einem einzigen Staat, meist aus nationalen Interessen
150 heraus, das Handeln der gesamten Staatengemeinschaft zu blockieren und sie so zu lähmen.
151 Hier muss eine sinnvolle Neuregelung gefunden werden, die zum einen darauf abzielt, dass die
152 Entscheidungen des Sicherheitsrates von einer möglichst großen Anzahl an Staaten getragen
153 werden und zum anderen aber auch verhindert, dass ein Handeln der UNO durch einen
154 einzigen Staat unterbunden wird. Ob dies auf Basis von Abstimmungsmehrheiten,
155 Sperrminoritäten, Proporzentscheidungen oder anderen Systemen geschieht ist weiterhin
156 Gegenstand der Debatte.

157

158

159

160 Wählbar sind nur Länder, in denen laut Bericht der UN-Menschenrechtskommission in den letzten
161 10 Jahren keine groben Menschenrechtsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit
162 von Regierungsmitgliedern stattgefunden haben oder Regierungsmitglieder durch den ICC
163 verurteilt wurden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass diese Gerichtsbarkeit gegenüber allen
164 Staaten ausgeübt werden kann. Diese Einschränkung kann somit nur zum Tragen kommen,
165 wenn alle Staatenden ICC anerkannt haben.

166 Weiterhin müssen verbindliche Entscheidungen des Sicherheitsrates und solche der

167 Generalversammlung effektiver durchgesetzt werden. Die Umsetzung in den einzelnen Staaten
168 muss kontrollierbar und gegebenenfalls auch sanktionierbar sein. Hierzu bedarf es allerdings
169 auch einer Stärkung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen
170 Strafgerichtshofs (IStGH). Insbesondere muss hier eine unterschiedliche Behandlung der
171 Länder aufhören. Dass sich insbesondere Staaten wie die USA, Russland und China weigern
172 das Rom-Statut zu ratifizieren, hilft nicht bei der Schaffung eines international einheitlichen
173 Rechts.

174

175 Die Finanzierung der UN muss stets sichergestellt sein, um deren Unabhängigkeit zu wahren.
176 Hier sind insbesondere wirtschaftsstarke Mitgliedsstaaten in der Pflicht, ihre Finanzzusagen
177 zuverlässig und situationsunabhängig sicherzustellen.

178

179 *aa) Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung*

180

181 Die Schaffung einer internationalen Friedensordnung kann nicht ohne die Erämpfung globaler
182 sozialer Rechte erwirkt werden. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er ist nicht
183 denkbar ohne die Überwindung von Hunger und Armut. Deshalb ist Aufgabe der internationalen
184 Gemeinschaft die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung unter Überwindung von
185 Ausbeutung, Unterdrückung und Armut.

186

187 Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen werden bis 2015 überwiegend nicht
188 erreicht werden. Umso wichtiger ist es, den weltweiten Einsatz für Gerechtigkeit zu verstärken.
189 Hierbei müssen internationale Handelsabkommen grundlegend revidiert werden und
190 Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der internationale Währungsfonds (IWF)
191 und die Weltbank reformiert und auf soziale und ökologische Ziele, sowie die Stärkung der
192 Menschenrechte verpflichtet werden. Die Kompetenzen der internationalen Arbeitsorganisation
193 (ILO) müssen ausgebaut werden, um bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Die
194 ILO muss mit Sanktionsinstrumenten ausgestattet werden, die Handelsbeschränkungen
195 beinhalten können

196

197 Wir stellen dem neoliberalen Ansatz in Globalisierungsfragen, der auf Deregulierung und
198 Privatisierung setzt, einen solidarischen Gegenentwurf offensiv entgegen.

199

200 *bb) Abrüstung jetzt!*

201

202 Es muss Ziel der internationalen Staatengemeinschaft sein, Abrüstung voranzutreiben. Die
203 weltweite Verbreitung atomarer, biologischer und chemischer Waffen sind eine Bedrohung für
204 die Sicherheit und das Leben der Menschheit. Bestehende Abrüstungsabkommen sind
205 anzuwenden, zu stärken und auszubauen. Hierbei müssen Kontrollmechanismen und
206 Untersuchungsbefugnisse durch Behörden auf UN-Ebene ausgebaut werden.

207

208 Wir müssen eine Welt ohne Atomwaffen schaffen. Hierzu muss der Atomwaffensperrvertrag
209 endlich umgesetzt werden. Es muss ein klarer Zeitplan zur Abrüstung aller Atomwaffen
210 vereinbart werden. Gleiches gilt für andere Massenvernichtungswaffen. Das
211 Biowaffenabkommen der UN ist um Kontroll- und Sanktionsmechanismen zu erweitern und das
212 Chemiewaffenübereinkommen durchzusetzen.

213

214 Abrüstung muss den Abbau sowohl von Massenvernichtungs- als auch von konventionellen
215 Waffen zum Ziel haben. Insbesondere Klein- und Leichtwaffen stellen eine besondere
216 Bedrohung für zivile Bevölkerungen dar. Ihre Verbreitung muss begrenzt werden und die
217 Kennzeichnung und Nachverfolgbarkeit ist sicherzustellen. Auch weitere völkerrechtliche
218 Abkommen wie das VN-Waffenübereinkommen mit dem Ziel, den Einsatz bestimmter
219 konventioneller Waffen, die übermäßiges Leiden verursachen, zu beschränken und das 2010 in
220 Kraft getretene Übereinkommen über Streumunition, sowie das Ottawa-Übereinkommen zur
221 Ächtung von Antipersonenminen sind zu stärken.

222

223 Die Weltweite Verbreitung von Waffen bleibt eine Bedrohung für den Frieden. Sowohl die
224 Nichtverbreitung und Vernichtung von Massenvernichtungswaffen, als auch die die Begrenzung
225 des mit großen wirtschaftlichen Interessen verbundenen Handels mit Kleinwaffen bleiben
226 drängende Aufgabe. Unser langfristiges Ziel ist eine Welt ohne Waffen. Daneben müssen alle
227 Gewaltformen, die Menschenrechtsverletzungen darstellen, wie der Einsatz von Kindersoldaten,

228 sexualisierter Gewalt, Menschenhandel und Zwangsarbeit weltweit bekämpft werden.

229

230 **b) Internationale Schutzverantwortung**

231

232 *aa) Hintergrund*

233

234 1994 starben durch den Völkermord in Ruanda in wenigen Wochen mehr als 800.000

235 Menschen. 1995 starben tausende Menschen beim Massaker von Srebrenica. In beiden Fällen

236 bot die internationale Gemeinschaft den Betroffenen keinen Schutz.

237

238 Als Konsequenz arbeitete auf Initiative Kofi Anans die International Commission on Intervention

239 and State Sovereignty (ICISS) ein Konzept zum Umgang mit schwersten

240 Menschenrechtsverletzungen aus. Diese einigte sich auf das Prinzip der 'Responsibility to

241 Protect' – kurz R2P – der Schutzverantwortung, welches 2001 vorgestellt wurde und welchem

242 sich der UNO-Weltgipfel 2005 in geänderter Fassung verpflichtete. Den Kern bildet das

243 Problem, wann zum Schutze der Menschen von außen in einen Staat eingegriffen werden

244 sollte.

245

246 Die Wurzel der Legitimationsfigur R2P liegt jedoch bereits in einer Debatte der Zeit nach dem

247 Ende des Ost-West-Konflikts. Hier war es erstmals möglich, dem Friedensrecht der UN-Charta

248 wirkliche Geltung zu verschaffen und darüber hinaus eine stärker auf den Einzelnen gerichtete

249 Schutzordnung einzurichten.

250

251 Dazu wurde vor allem die "humanitäre Intervention", ein Vorläufer des R2P-Konzept, als eine

252 Begründung für eine Intervention in einen souveränen Staat herangezogen. Unter der

253 "humanitären Intervention" werden klassischerweise Schutzaktionen zugunsten des Lebens und

254 der Gesundheit der BürgerInnen eines Staates verstanden, der nicht in der Lage ist, seine

255 BürgerInnen selber zu schützen bzw. selbst massive Menschenrechtsverletzungen begeht.

256 Dieser Begriff wurde für die Bombardierung des Iraks 1992 und 1998 als Legitimation

257 herangezogen, obgleich die dazugehörige UN-Resolution solche militärische Gewalt nicht

258 vorsah.

259

260 Die "humanitäre Intervention" war somit auch ein Mittel um einen möglichen

261 völkerrechtswidrigen Bruch der Souveränität des Staats und die Anwendung von militärischer

262 Gewalt zu rechtfertigen. Dies hatte zur Folge, dass das Gewaltverbot der UN und der UN

263 Charta unterhöhlt wurde.

264

265 Auch diese Unzulänglichkeit war Grund für die Ablösung des Konzepts der "humanitären

266 Intervention" durch das Konzept der Schutzverantwortung und die Einschränkung

267 Interventionsmöglichkeiten auf extremen und außergewöhnlichen Fälle.

268

269 In seiner Resolution 1973 zu Libyen autorisierte der UN-Sicherheitsrat erstmals mittels R2P

270 einen militärischen Einsatz. Die Resolution 1973 wurde von dem UN-Generalsekretär Ban Ki-

271 Moon als "historic decision" bezeichnet. Libyen kann als Präzedenzfall für die Anwendung von

272 militärischer Gewalt über die Legitimationsfigur der R2P gesehen werden.

273

274 *bb) Inhalt des Konzepts*

275

276 Die Schutzverantwortung ruht auf drei Säulen. Die erste Säule beinhaltet die Verantwortung der

277 Staaten für die in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Menschen. Sie sind verpflichtet Maßnahmen zu

278 treffen, die Massengewalttaten bereits vor ihrer Entstehung verhindern sollen. Hierunter fallen

279 Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische

280 Säuberungen.

281

282 In der zweiten Säule geht es um die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für die

283 Unterstützung der Staaten bei der Wahrnehmung ihrer Schutzverantwortung durch in der Regel

284 zivile Maßnahmen.

285

286 Die dritte Säule ermöglicht im Falle eines Scheiterns aller anderen Bemühungen das Einsetzen

287 von Zwangsmaßnahmen wie Sanktionen, wenn Staaten ihre Schutzverantwortung nicht erfüllen.

288 Dabei ist eine militärische Intervention als letztes Mittel auf die Verhinderung und Beendigung

289 von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die
290 Menschlichkeit begrenzt. Hier erwächst nun eine Verantwortung der internationalen
291 Staatengemeinschaft. Das Prinzip der staatlichen Souveränität muss in diesen Fällen dem
292 neuen Prinzip der Verantwortung weichen. Die Nichteinhaltung der staatlichen Schutzpflicht
293 führt insoweit zu einem Verlust eigenstaatlicher Souveränität. Die Entscheidung über ein
294 Eingreifen obliegt jedoch dem Sicherheitsrat, dessen permanente Mitglieder angehalten sind im
295 Falle der Schutzverantwortung auf ihr Vetorecht zu verzichten.

296

297 Das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) bedarf der weiteren
298 Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Implementierung. Dabei gilt es vor allem
299 die präventive Säule der Schutzverantwortung international zu stärken. Wir Jusos setzen uns
300 deshalb ausdrücklich dafür ein, diesen Prozess zu befördern und zu unterstützen. In diesem
301 Sinne begreifen wir die Bundesrepublik als eine aktive Gestalterin internationaler Politik.
302 Deutsche Außenpolitik darf kein Selbstzweck sein. Deutschland muss Verantwortung
303 übernehmen, um die Welt friedlicher, sicherer, gerechter und solidarischer zu gestalten.

304

305 *cc) Solidarität heißt, Verantwortung füreinander zu übernehmen*

306

307 Diese Verantwortung muss vor allem als diplomatische Verantwortung verstanden werden. Wir
308 begreifen Diplomatie aber auch als Medium der Kritik und Bekundung von Interessen. Das
309 heißt, dass unser Verständnis von Außenpolitik ein wertgeleitetes ist; wir wollen uns auf der
310 ganzen Welt für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einsetzen. Es bedeutet für uns
311 jedoch nicht, dass wir Staaten unser Gesellschaftsmodell aufdrängen wollen. Wir wollen
312 stattdessen aktiv werben: Für eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft. Allerdings kann
313 es sein, dass bei massiven Verletzungen von Menschenrechten und dem Bruch internationaler
314 Verträge und Abkommen die Diplomatie nicht ausreicht, um unseren Ansprüchen gerecht zu
315 werden. Wir stehen daher auch dafür ein, dass sich Deutschland in solchen Fällen an
316 politischen und wirtschaftlichen Sanktionen beteiligt, um Druck auf solche Staaten auszuüben.

317

318 Gewalt und militärische Mittel sind für uns die Ultima Ratio. Aber obwohl wir versuchen, je- dem
319 Konflikt zuallererst friedlich zu begegnen, müssen wir die Existenz von Situationen an-
320 erkennen, in denen zivile Mittel der Krisenbewältigung an ihre Grenzen stoßen. Verbrechen
321 gegen die Menschlichkeit können Situationen sein, in denen diese letzte Möglichkeit in Betracht
322 gezogen werden muss. Ein militärischer Einsatz kann jedoch nie der Ersatz für politische
323 Konzepte zur Lösung von Konflikten sein. Er muss immer kritisch begleitet werden. Eine aktive
324 Sicherheits- und Außenpolitik schließt also den Einsatz von Streitkräften nicht grundsätzlich
325 aus. Wir wollen den Einsatz militärischer Mittel weder herbeisehnen, noch ihn im Ernstfall
326 ablehnen. Das Konzept der „Responsibility to Protect“, welches durch die Vereinten Nationen
327 erarbeitet wurde, sehen wir durch seine Vielschichtigkeit geeignet, ein Grundpfeiler deutscher
328 Außen-politik zu werden. Es ist in unseren Augen richtig, Staaten zuallererst selbst für ihre
329 Stabilität sorgen zu lassen, und erst im zweiten Schritt die internationale Gemeinschaft zum
330 Akteur zu machen. Die drei Pfeiler

331

332 • Responsibility to Prevent

333

334 • Responsibility to React und

335

336 • Responsibility to Rebuild

337

338 bilden eine verbindliche Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang mit Interventionen
339 jeglicher Art.

340

341 *dd) Für uns gilt: Vorrang für Zivil*

342

343 R2P beinhaltet die grundlegenden Pfeiler Prävention, Reaktion und Wiederaufbau. Das heißt,
344 dass die internationale Gemeinschaft in diesen drei Punkten Verantwortung übernehmen soll.

345

346 Das Konzept wird in der aktuellen politischen Debatte fast ausschließlich als
347 Begründungszusammenhang für Militäreinsätze als letztes Mittel zur Erfüllung der
348 Schutzverpflichtung gesehen. Aus Sicht der Jusos greift dieser Ansatz viel zu kurz. Im Gegenteil
349 wird gerade durch die Fokussierung auf militärische Einsätze die ungleich wichtigere Forderung

350 nach Prävention von Konflikten in den Hintergrund gedrängt.

351

352 Dort, wo Konflikte nicht durch Prävention vermieden werden, setzen wir als oberstes Ziel auf
353 eine Lösung durch Verhandlungen und Konflikttransformation. Es muss der Vorrang von
354 Diplomatie, (wirtschafts-) Sanktionen, Spannungsabbau, Gewaltverzicht und humanitärer Hilfe
355 gelten.

356

357 *ee) Kein Freibrief für Invasionen - Klare Bedingungen festlegen*

358

359 Besonders da innerhalb des R2P-Konzepts der Einsatz militärischer Mittel gegen souveräne
360 Staaten als ultima ratio legitimiert werden soll, bedarf die Festlegung der entsprechenden
361 Kriterien einer kritischen Überprüfung. Wir sehen die Gefahr, dass eine willkürliche
362 Entscheidung über das Vorliegen dieser Kriterien zu einem Freibrief für militärische
363 Interventionen aus anderen Motiven missbraucht werden könnte, etwa zur Sicherung von
364 Ressourcen und Handelswegen.

365

366 Wir schlagen daher eine spezielle, unabhängige Kommission unter dem Dach der Vereinten
367 Nationen vor, welche Informationen zu Konflikten sammelt und Berichte über das Vorliegen der
368 Voraussetzungen für die Schutzverantwortung vorlegt. Hierzu müssen spezifische Indikatoren
369 durch Strukturen der Vereinten Nationen entwickelt werden.

370

371 Die Stärkung der Zivilgesellschaft und Demokratieförderung als beispielhafte präventive
372 Maßnahmen der Friedenssicherung sind vor Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Eine
373 umfangreiche und mehrdimensionale Folgenabschätzung vor dem Ergreifen von
374 Zwangsmaßnahmen ist dabei zwingende Voraussetzung. Primär sind nicht-militärische
375 Zwangsmaßnahmen, wie Kontosperrungen oder Reiseverbote anzuwenden. Zwangsmaßnahmen,
376 die von der internationalen Staatengemeinschaft durchgeführt werden, um staatliche Akteure an
377 ihre Schutzpflicht zu binden müssen grundsätzlich immer zuerst nicht-militärischer Art zu sein.

378

379 Der Einsatz militärischer Mittel muss als letztes Mittel eine Einzelfallentscheidung im engen
380 Rahmen zur Verhinderung gravierendster Menschenrechtsverletzungen darstellen.

381

382 Wir sind davon überzeugt, dass Militäreinsätze allein keinen Frieden schaffen können.
383 Nachhaltiger Frieden kann nur durch präventive konfliktverhindernde Maßnahmen und die zivile
384 Aufarbeitung von entstandenen Konflikten geschaffen werden.

385

386 Auch bei der gewaltsamen Eskalation eines Konfliktes müssen im Sinne der R2P der Schutz
387 der Zivilbevölkerung und die Deeskalation des Konflikts oberstes Ziel einer jeden Intervention
388 sein. Zivile Peacekeeping Maßnahmen und polizeiliche Interventionen zum Schutz der
389 Bevölkerung sind dabei militärischen Einsätzen vorzuziehen.

390

391 *ff) Klare Entscheidungskompetenzen schaffen – nationale Alleingänge verhindern!*

392

393 Jedwedes militärische Eingreifen in bewaffnete Konflikte in einen souveränen Staat bedarf aus
394 Sicht der Jusos eines Mandats der UN. Keinesfalls dürfen nationale Alleingänge oder
395 "Koalitionen der Willigen" sich unter dem Label der R2P ein moralisches Recht zur Intervention
396 konstruieren. Ebenso müssen entsprechend bewaffnete und zivile Missionen unter dem
397 Oberbefehl der Vereinten Nationen stattfinden. Nur so ist eine glaubwürdige, von der
398 internationalen Gemeinschaft getragene Intervention zu legitimieren, welche im Sinne der
399 internationalen Schutzverantwortung ausschließlich den Schutz der allgemein gültigen
400 Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat.

401

402 Dies gilt aus unserer Sicht auch explizit für den Fall einer Blockade im UN Sicherheitsrat: R2P
403 muss hier streng als eine Erweiterung des Völkerrechts und eine Stärkung der Vereinten
404 Nationen interpretiert werden, und darf nicht dazu genutzt werden, das Konzept der
405 gegenseitigen Sicherheit mit dem Hinweis auf überlegene moralische Rechte der einen oder
406 anderen Nation auszuhebeln. Gerade der ausdrückliche Verzicht auf militärische Mittel im Falle
407 eines fehlenden UN Mandats stärkt den Aufbau ziviler Konfliktpräventions- und
408 Lösungskapazitäten. Erst wenn der einseitige Militärschlag ausgeschlossen wird, wird die
409 eigentlich viel wichtigere Verantwortung dieser Staaten für die zivile Friedenssicherung
410 nachhaltig vorangetrieben werden.

411

412 Zivile Aufgaben der Schutzverantwortung sollten auch von regionalen Organisationen wie EU,
413 AL oder AU für ihre Mitglieds- und Nachbarstaaten übernommen werden können. Das
414 militärische Primat verbleibt jedoch bei der UNO. Eine Umsetzungsmöglichkeit wäre ein
415 Verfahren, in dem regionale Organisationen der UNO einen Einsatzplan vorlegen, der ihrer
416 Zustimmung bedarf.

417

418 Anstelle der Beteiligung nationaler Streitkräfte an UN Blauhelmissionen sollte zudem die
419 Möglichkeit in Betracht gezogen werden, eine solche Eingreiftruppe direkt unter UN
420 Verantwortung aufzustellen. Hierbei wäre besonders auf die Ausbildung in polizeilichen Taktiken
421 zu achten, sprich solcher, die den Schutz von Menschenleben als oberstes Ziel haben - anstelle
422 der derzeitigen überwiegend militärischen Eingreiftruppen, welche zwar die Ausschaltung des
423 Gegners, aber eben nicht den Schutz der Zivilbevölkerung zum Ziel haben. Eine demokratische
424 Legitimierung eines Einsatzes muss in jedem Fall gewährleistet sein.

425

426 *gg) Verantwortung heißt auch Wiederaufbau*

427

428 Neben Prävention und Konflikttransformation sieht das R2P Konzept ausdrücklich die
429 Verantwortung der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau und die langfristige
430 Friedensförderung vor. Der begrenzte Erfolg bisheriger Peacekeeping-Operationen macht
431 umfassende und kontinuierliche Evaluierungen und Verbesserungen der verwendeten
432 Strategien notwendig. Die Jusos unterstützen diesen Anspruch der internationalen
433 Schutzverantwortung: Nur durch das langfristige, zivile Engagement für wirtschaftlichen
434 Wiederaufbau und die Schaffung stabiler öffentlicher Institutionen kann ein nachhaltiger Beitrag
435 der internationalen Gemeinschaft zur Lösung gewalttätiger Konflikte gewährleistet werden.

436

437 Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass mit kurzfristigen militärischen Interventionen bestenfalls
438 kurzfristige Waffenstillstände zu erreichen sind, niemals aber eine dauerhafte Friedenslösung.
439 Nur wenn - unterstützt durch die internationale Gemeinschaft - gerechte und gleichwertige
440 Lebensbedingungen und stabile, demokratische staatliche -, sowie zivile Institutionen in Konflikt-
441 und Krisenregionen geschaffen werden, kann ein Übergang von ruhenden Konflikten hin zu
442 einem friedlichen Zusammenleben aller beteiligten Konfliktparteien gelingen.

443

444 *hh) Friedenspolitik statt Invasionsmacht*

445

446 Aus Sicht der Jusos kann das Konzept der Schutzverantwortung der internationalen
447 Gemeinschaft eine sinnvolle Grundlage bieten, um das friedlich Zusammenleben der Völker
448 über die reine Abwesenheit von Krieg zwischen Nationalstaaten hinaus zu gewährleisten. Wir
449 bekennen uns daher ausdrücklich zur internationalen Verantwortung für die Geltung der
450 Menschenrechte und die Verhinderung von Völkermorden und Verbrechen gegen die
451 Menschlichkeit.

452

453 Allerdings greift aus unserer Sicht die reine Fokussierung der R2P auf das militärische
454 Eingreifen im Notfall zu kurz: Nur durch das langfristige, zivile Engagement in Konfliktregionen
455 und die Schaffung entsprechender Kapazitäten zur Konfliktmoderation und Deeskalation kann
456 die Menschenwürde jedes einzelnen Menschen nachhaltig gewährleistet werden.

457

458 Wir sind uns bewusst, dass auch das Konzept der R2P in einigen Entscheidungssituationen an
459 seine Grenzen stößt – etwa im Fall von Blockaden im UN-Sicherheitsrat.. Wir Jusos wollen uns
460 daher auch in Zukunft mit der Entwicklung von völkerrechtlichen Konzepten auseinandersetzen.

461

462 **3. Europäische Friedenspolitik**

463

464 Europa kommt dabei eine besondere Rolle zu. Das hat sich in den vergangenen Wochen und
465 Monaten immer wieder gezeigt. Die europäische Gemeinschaft muss geschlossen handeln und
466 gemeinsam für Lösungen einstehen. Krisen betreffen alle Mitgliedstaaten der EU
467 gleichermaßen. Besonders wichtig ist dabei, dass Frieden, Freiheit, Demokratie und soziale
468 Gerechtigkeit als Leitbild europäischer Außen- und Friedenspolitik etabliert sind. Deshalb
469 setzen wir uns auch dafür ein, dass die Rolle der EU in Friedensprozessen gestärkt wird.
470 Darüber hinaus unterstützen wir die Europäische Nachbarschaftspolitik zu den Staaten in
471 Osteuropa und des Mittelmeerraums.

472

473 Wir fordern eine kohärente europäische Außenpolitik, die nicht von einzelstaatlichen Interessen
474 dominiert wird, sondern die mit einer Stimme agiert und stets für Freiheit, Demokratie und
475 Menschenrechte einsteht.

476

477 Zu konsequenter Friedenspolitik in Europa gehört auch eine konsequente (Ab)rüstungspolitik. Die
478 europäischen Rüstungskonzerne EADS und BAE gehören zu den größten der Welt, noch immer
479 macht Rüstung mehr als 1 % des BIP von Deutschland, UK, Italien oder Frankreich aus.

480

481 Zwar stehen wir weiterhin für die Schaffung einer europäischen Friedenstruppe ein, jedoch ist
482 dieses nicht mit ausufernden Rüstungsexporten aus der EU in die Welt hinein zu vereinbaren.

483 Auch darf eine europäische Friedenstruppe nicht zur einer Militarisierung der EU führen - im
484 Gegenteil! Die Militarisierung Europas muss gestoppt werden.

485

486 Natürlich wird für bspw. friedenssichernde polizeiliche Einsätze unter UNO-Mandat ein gewisses
487 Maß an Bewaffnung benötigt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass künftige
488 Rüstungsproduktion auf den Eigenbedarf der EU-Mitglieder beschränkt werden.

489

490 Rüstungsbetriebe in Europa sind deswegen unter Aufsicht und in gemeinsamen Besitz der
491 europäischen Staaten zu bringen. So kann der "Eigenbedarf" der europäischen Friedenstruppen
492 gesichert werden.

493

494 **4. Außenpolitik als Friedenspolitik**

495

496 Außenpolitik muss sich an Werten und friedenspolitischen Grundsätzen orientieren. Nationale
497 wirtschaftliche Interessen und machtpolitische Ansprüche können nicht Handlungsgrundlage
498 sein. Auch außenpolitisch müssen die Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität im
499 Mittelpunkt stehen. Ziel muss die Gewährleistung von universellen Menschenrechten sein.

500

501 **a) Zivile Konfliktprävention statt militärische Intervention**

502

503 Nach unserer Überzeugung kann die Teilnahme an Militärinterventionen nur das letzte Mittel zur
504 Verhinderung gravierender Menschenrechtsverletzungen im Sinne des Prinzips der
505 Schutzverantwortung darstellen. Dies kann nur erfolgen, wenn sie durch ein völkerrechtlich
506 bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Deutsche Bundestag zustimmt
507 und sie mit einem umfassenden politischen Konzept der humanitären Hilfe und des
508 Wiederaufbaus verbunden sind. Konflikte und ihre Ursachen lassen sich militärisch nicht lösen.

509

510 Primäre Aufgaben sind die Bekämpfung von Konfliktursachen und die zivile
511 Konflikttransformation. Friedenspolitische Instrumente müssen hierbei in der Konfliktbearbeitung
512 präventiv, Frieden schaffend und nachsorgend eingesetzt werden. Durch den verstärkten
513 Einsatz ziviler Friedensbildungsmaßnahmen können Konflikte frühzeitig erkannt und bereits vor
514 einer gewalttätigen Eskalation moderiert werden. Hierzu ist dringend eine Stärkung des Zivilen
515 Friedensdienstes (ZFD) und des Zentrums für Internationale Konfliktforschung (ZIF) notwendig.
516 Die Gesamtförderung des Zivilen Friedensdienstes im Rahmen des Entwicklungsetats im
517 Zeitraum von 1999 bis 2013 betrug rund 256,6 Millionen Euro. Dies entspricht weniger als
518 einem Prozent des Verteidigungsetats allein des Jahres 2014. Die rund 214 Fachkräfte des
519 Zivilen Friedensdienstes in 34 Ländern bilden nur einen Bruchteil der sich zugleich im
520 Auslandseinsatz befindlichen SoldatInnen. Eine Prioritätensetzung auf zivile Konfliktprävention
521 muss zukünftig auch an Haushaltsmitteln und Personal erkennbar sein. Ziel muss das
522 langfristige und nachhaltige Engagement vor Ort sein, denn nur durch eine genaue Kenntnis der
523 örtlichen Gegebenheiten und der beteiligten Konfliktparteien ist eine sinnvolle Konfliktprävention
524 möglich. Darüber hinaus können so auch eine ständige Rückmeldung und eine umfassende
525 Information über die jeweilige Lage im Konfliktgebiet stattfinden. Als kritisch sehen wir
526 insbesondere auch die bisherige Finanzierungspraxis ziviler Friedensmaßnahmen an, welche
527 größtenteils über projektgebundene Mittel erfolgt.

528

529 Die dadurch entstehende Fokussierung der zivilen Friedensarbeit auf kurz- bis mittelfristige,
530 förderfähige Projekte widerspricht dem Ziel eines langfristigen Engagements vor Ort. Wir
531 fordern daher die verstärkte dauerhafte Förderung ziviler Friedensdienste. Zudem müssen auch
532 die Mittel der "klassischen Diplomatie", sprich der Botschaften und des Auswärtigen Amtes,

533 deutlich ausgebaut werden, um eine umfangreiche und frühzeitige Information über etwaige
534 Konflikte sicher zu stellen. Nur durch die langfristige Einbindung vor Ort und die nachhaltige
535 Pflege von Kontakten zu allen Konfliktparteien schon vor dem Ausbruch gewaltsamer
536 Auseinandersetzungen ist im Notfall eine umfassende Informationsbasis für etwaige
537 Entscheidungen zu gewährleisten. So kann eine frühzeitige Analyse und Bearbeitung von
538 Konflikten durch die Bundesregierung in Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag
539 gewährleistet werden.

540

541 **b) Entwicklungszusammenarbeit ist Konfliktprävention**

542

543 Entwicklungszusammenarbeit muss gemeinsam mit zivilen Friedensmaßnahmen stets im
544 Mittelpunkt der Friedenspolitik stehen. Sie kann ein Instrument zum Ausgleich sozialer
545 Ungerechtigkeiten. Entwicklungszusammenarbeit ist Prävention gegen Kriege und Konflikte. Im
546 Sinne des Empowerment Konzepts müssen beispielsweise soziale, ökonomische, rechtliche
547 und politische Institutionen in den Partnerländern unterstützt werden. Zu oft beruhen Ansätze
548 der Entwicklungszusammenarbeit bislang auf paternalistischen und eurozentristischen
549 Annahmen. Qualitative Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe mit lokalen Netzwerken
550 muss finanziell sichergestellt werden. Bisher erfüllt Deutschland seine internationale
551 Verpflichtung nicht, bis 2015 0,7% des BIP in Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre
552 Hilfe zu investieren (sog. ODA-Quote). Im Jahr 2013 lag der Anteil bei nur 0,38%. Das Ziel
553 muss umgehend erfüllt werden.

554

555 **c) Kein Geld für Menschenrechtsverletzungen**

556

557 Noch stärker als bisher muss eine konsequente Außenhandelspolitik Teil der
558 Schutzverantwortung sein. Handel und Kooperation mit Diktaturen und autoritären Regimen, die
559 Menschenrechtsverletzungen begehen müssen eingeschränkt und gegebenenfalls gänzlich
560 unterlassen werden. Auch wenn Staaten oder nicht-staatliche Organisationen nachweislich
561 Terrororganisationen finanzieren und unterstützen müssen diese Grundsätze gelten.

562

563 Klare Anforderung an Einhaltung und Schutz der Menschenrechte müssen Bestandteil und
564 Bedingung vor Verhandlungen und in Freihandelsabkommen sein.

565

566 **c) Abrüstung bei uns umsetzen!**

567

568 Deutsche Rüstungsexportpolitik hat einen wesentlichen Anteil an der weltweiten Verbreitung
569 von Waffen. Die Rüstungsindustrie stellt einen starken Wirtschaftsfaktor dar. Im Jahr 2013 war
570 Deutschland nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. In den
571 vergangenen Jahren wurden immer wieder Exporte von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete
572 wie Katar und Saudi Arabien genehmigt.

573

574 Hierin liegt ein Verstoß gegen die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung, wo "keine
575 Lieferung in Spannungsgebiete" erfolgt.

576

577 Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Staaten ohne demokratische Regierungsinstitutionen
578 oder in denen die Wahrung der Menschenrechte nicht gewährleistet ist, sind sofort zu beenden.
579 Dies gilt auch für Dual-Use-Güter, insbesondere auch für chemische Kampfstoffe & Technologie
580 im Bereich der IT- und Telekommunikationsüberwachung.

581

582 Die Lieferung von Waffen an nichtstaatliche Organisationen zur Abwendung von
583 Menschenrechtsverletzungen kann nur als ultima ratio und eingebunden in einen breiten
584 Zusammenhang humanitärer Maßnahmen erfolgen. Hierzu ist ein abgestimmtes Vorgehen auf
585 Ebene der Vereinten Nationen erforderlich. Die bloße Lieferung von Waffen, ohne vorherige und
586 begleitende zivile Strategien, wird der Anforderung an internationale Schutzverantwortung nicht
587 gerecht.

588

589 Ziel der Waffenexportkontrolle muss der schrittweise Abbau von Rüstungsexporten sein.

590 Konkret fordern wir:

591

- 592 • Die Transparenz und demokratische Kontrolle über deutsche Rüstungsexporte ist
593 auszubauen. Hierzu muss die Geheimhaltung der Beschlüsse des Bundessicherheitsrates

594 aufgehoben werden. Dessen Beschlüsse sind im Konsens zu entscheiden, um zu
595 verhindern, dass menschenrechtliche Erwägungen durch industriepolitische Interessen
596 überstimmt werden.

597 • Die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung sind in ein verbindliches
598 Rüstungsexportgesetz zu überführen. Außerdem ist eine sanktionsbewehrte
599 Endverbleibskontrolle für exportierte Rüstungsgüter vorzuschreiben. Dieses
600 Rüstungsexportgesetz soll folgende Regelungen enthalten:

601

602 1. Die Lieferung von Rüstungsgütern und -lizenzen in alle Länder ist an die Zustimmung
603 des Deutschen Bundestages gebunden.

604 2. Exporte von Rüstungsgütern und -lizenzen in Länder, in denen

605 Menschenrechtsverletzungen bekannt sind, sind untersagt. Exporte in Länder, in denen
606 bewaffnete Auseinandersetzungen drohen oder in denen der Rüstungsexport dazu
607 beitragen kann, bestehende Konflikte zu verschärfen, sind untersagt. Die Prüfung erfolgt
608 im Einzelfall. Die letztendliche Entscheidung trifft der Deutsche Bundestag.

609 • Der Bundestag muss seine Kontrollfunktion frühzeitiger und vollumfänglich durch
610 Informationen vor der Genehmigungserteilung wahrnehmen können. Der
611 Rüstungsexportbericht der Bundesregierung muss detaillierter gestaltet werden.

612 Informationen über Lizenzvergabe, Hermes-Bürgschaften und die spezifische
613 Empfängerin der Güter (z.B. Streitkräfte, Polizei, etc.) sind fortan darin aufzuführen.
614 Einzelne Exporte sollen außerdem (sicherheits-)politisch begründet werden.

615 • Die Entscheidung über Waffenexporte muss umgehend von der Regierung vollständig auf
616 das Parlament übertragen werden.

617 • Jegliche Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermes-Bürgschaften (= Bürgschaften
618 der BRD an Private, die in Krisenregionen investieren wollen) ist sofort zu beenden.

619 • Um die bisher oft bestehende langfristige Bindung an einmal beschlossene Waffen- und
620 Rüstungsexporte zu vermeiden, müssen auch die Verträge über den Munitions- und
621 Ersatzteilhandel entsprechend restriktiv ausgeführt werden. Noch bestehende Verträge
622 dürfen ohne Zustimmung des Bundestages nicht verlängert werden. Langfristig muss jede
623 Form der Waffenproduktion verboten werden. Die SPD muss sich konkret dem
624 strategischen Ziel der Transformation der Rüstungsindustrie widmen. Diese kann nur
625 Schritt für Schritt erfolgen. Auf dem Weg zu einem völligen Verbot der Rüstungsexporte,
626 muss die restriktive Handhabung der Exporte durchgesetzt werden. Langfristig muss das
627 Ziel sein, die Rüstungsindustrie vollständig zu überwinden. Höchste Priorität hat für uns,
628 dass im Zuge der Transformation weder Berufsperspektiven der ArbeitnehmerInnen noch
629 (betriebliche) soziale Errungenschaften zur Disposition stehen.

630 • Hiermit einhergehend muss die Bundesregierung auf Ebene der Vereinten Nationen auf
631 einen verbindlichen Zeitplan der weltweiten Abrüstungsstufen hinwirken.

632 • Mittel des Verteidigungshaushalts müssen schrittweise in Ausgaben für
633 Entwicklungszusammenarbeit umgewandelt werden.

634 • Zivilklauseln sollten von wissenschaftlichen Einrichtungen flächendeckend eingeführt und
635 konsequent umgesetzt werden.

636

637

638

639 **d) Asyl ist Menschenrecht!**

640

641 In besonderer Weise von Konflikten betroffen sind Menschen, die sich auf der Flucht befinden.
642 Diese müssen bei uns Schutz finden. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung von Flüchtlingen
643 als in der Genfer Flüchtlingskonvention verankertes Grundprinzip des humanitären Völkerrechts
644 muss umgesetzt werden. Dies kann nur hinreichend gewährleistet werden, wenn
645 Einschränkungen des Asylrechts, die seit dem Asylkompromiss von 1993 vorgenommen
646 wurden, wie die Regelungen zu sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten, aufgehoben werden.

647

648 **IV. Das ist unsere Friedenspolitik**

649

650 Jungsozialistische sowie auch Sozialdemokratische Außenpolitik bedeutet für uns immer
651 Friedenspolitik - sowohl aus einer deutschen, als auch aus einer europäischen Perspektive.
652 Friedenspolitik ist aber kein Zweck an sich, sie muss mit Leben gefüllt sein.

653

654 Sie mit Leben zu füllen bedeutet mehr als reine, ideologiebefreite Diplomatie, wie sie aktuell in

655 Deutschland und Europa vorherrschend ist. Die zu erkennenden Ansätze einer
656 sozialdemokratischen Friedenspolitik müssen stärker hervorgehoben und weiter ausgeprägt
657 werden. Wir treten für eine linke Friedenspolitik ein, die auf den Grundsätzen der Freiheit,
658 Gerechtigkeit und Solidarität fußt und stets eine internationalistische Perspektive einnimmt.
659 Hierbei fühlen wir uns der zivilen Konfliktprävention verpflichtet

660

661 Friedenspolitik bedeutet auch nicht nur das Reagieren auf entstehende oder bereits lothdernde
662 Konflikte. Vielmehr muss sie präventiv wirken. Sie bedeutet für uns, Verantwortung
663 wahrzunehmen. Unsere Verantwortung ist es für eine gerechte Weltordnung, für gleichen
664 Zugang zu Bildung, Kultur, Gesundheit, gute Arbeit und Zugang für Nahrung zu kämpfen,
665 unabhängig davon, ob Frieden und Wohlstand in Europa oder ausserhalb bedroht sind.

666

667 Wir tun dies als internationalistischer Jugend- und Richtungsverband solidarisch zusammen mit
668 unseren PartnerInnen in YES und IUSY.

669

670 Hoch die internationale Solidarität!

671

672

673

674

675

676

677

678

679

680

681

682

683

684

685

686

687

688

689

690

691

692

693

694

695

696

697

698

699

700

701

702

703

704

705

706

707

708

709

710

711

712

713

714

715

Titel Gleichstellung bei Blut- und Blutplasmaspende
sowie Knochenmark- und Organspende von hetero-, homo-
und bisexuellen Männern

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an

**Gleichstellung bei Blut- und Blutplasmaspende sowie
Knochenmark- und Organspende von hetero-, homo- und
bisexuellen Männern**

- 1 Alle Männer, gleich welcher sexuellen Orientierung, sind zur Blut- und Blutplasmaspende sowie
- 2 der Knochenmark- und Organspende zuzulassen. Die nur von Männern zu beantwortenden
- 3 Fragen nach einem gleichgeschlechtlichen Sexualkontakt sowie nach einem
- 4 Gefängnisaufenthalt müssen ersatzlos gestrichen werden. Auch die zurzeit diskutierte
- 5 Alternative, wie der Verzicht auf jeglichen Sexualverkehr innerhalb eines Jahres, ist abzulehnen.

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Titel Geschichte verpflichtet: Rehabilitierung und
Entschädigung so genannter „175er“

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag und SPD-Bundestagsfraktion

Geschichte verpflichtet: Rehabilitierung und Entschädigung so genannter „175er“

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, Initiative zu ergreifen zur gesetzlichen
- 2 Rehabilitierung, Entschädigung und Unterstützung von Verurteilten wegen einvernehmlicher
- 3 homosexueller Handlungen nach 1945 in beiden deutschen Staaten. Diejenigen, die Gefängnis-
- 4 oder Zuchthausstrafen zu verbüßen hatten, sind finanziell zu entschädigen. Dies gilt für Urteile
- 5 in beiden deutschen Staaten. Es darf außerdem nicht ignoriert werden, dass der besagte
- 6 Paragraph schon seit 1871 in unterschiedlicher Form existiert und er in der NS-Zeit nur
- 7 verschärft wurde. Auch den Reformen von 1969 und 1973 in der BRD und der Reform der 50er
- 8 Jahre in der DDR lag die Annahme zugrunde, dass Homosexualität eine Straftat sei. Daher
- 9 fordern wir eine umfassende Aufarbeitung des §175 und der gesprochenen Urteile.
- 10
- 11
- 12 In der Bundesrepublik Deutschland galt die von den Nationalsozialisten 1935 verschärfte
- 13 Gesetzgebung zur strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Handlungen (§ 175 und § 175a
- 14 StGB) bis zur Strafrechtsreform von 1969 weiterhin fort. Demnach waren sämtliche sexuelle
- 15 Handlungen, einschließlich erotisch interpretierbarer Annäherungen, unter Männern strafbar.
- 16
- 17 Bis zur endgültigen Abschaffung des § 175 StGB am 31. Mai 1994 bestanden unterschiedliche
- 18 strafrechtliche Schutzaltersgrenzen für homo- und heterosexuelle Handlungen. Dies mussten in
- 19 beiden Teilen Deutschlands tausende von Männern erfahren, die aufgrund ihrer Homosexualität
- 20 verurteilt worden sind: In der Bundesrepublik Deutschland lag die Zahl der Verurteilungen bis
- 21 zur Strafrechtsreform 1969 bei ca. 50.000. Die damalige DDR setzte – nach unsäglichen
- 22 homophoben Kampagnen zu Beginn der 1950er Jahre - die Strafverfolgung 1957 faktisch aus
- 23 und reformierte die Norm 1968 (durch Einführung von Schutzaltersgrenzen) und 1988/1989
- 24 (durch Abschaffung derselben). Während der Zeit des Nationalsozialismus saßen mindestens
- 25 10.000 mit einem „Rosa Winkel“ stigmatisierte Männer in Konzentrationslagern. Mehr als 5.000
- 26 von ihnen überlebten die so genannte Vorbeugehaft nicht.
- 27
- 28 Die Männer, die in der Zeit des Nationalsozialismus gemäß § 175 verurteilt worden sind, sind
- 29 gemäß NS-AufhGÄndG von 2002 rehabilitiert worden und haben Anspruch auf Entschädigung
- 30 aufgrund der verbüßten Strafe. Wurde die gleiche Person wegen der exakt gleichen „Tat“,
- 31 jedoch in den 1950er und/oder 1960er Jahren – oft als Folge von übler Nachrede, Denunziation
- 32 oder polizeilicher Repression (mittels gestellter Fallen) - bestraft, hat sie keinen Anspruch auf
- 33 Entschädigung. Diese Ungleichbehandlung muss, im Anschluss an die über den Bundesrat seit
- 34 Jahren in die Wege geleiteten Initiativen, endlich vom Tisch – so lange die Betroffenen noch
- 35 leben. Dies muss auch für alle gelten, die nach 1945 ihre Konzentrationslagerstrafen in
- 36 Zuchthäusern oder Gefängnissen weiter absitzen mussten. Das konservative Argument, Urteile
- 37 eines Rechtsstaates könnten nicht im Nachhinein für nichtig erklärt werden, überzeugt in keiner
- 38 Weise: Bei den Urteilen nach § 175 handelt es sich um Rechtsprechung, die a) an von den
- 39 Nationalsozialisten verschärftes Recht anknüpft und b) den reaktionären Moralvorstellungen der
- 40 Mehrheit der Bevölkerung in der jungen Bundesrepublik entsprechen mochte, aber nicht im
- 41 Einklang mit dem Geist des Grundgesetzes und den Menschenrechten steht.

Titel UMSTRUKTURIERUNG DER
NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

UMSTRUKTURIERUNG DER NACHRICHTENDIENSTE ERMÖGLICHEN!

1

2

3 Nach der Selbstenttarnung des neonazistischen Terrornetzwerks „Nationalsozialistischer
4 Untergrund“ (NSU) im November 2011 wurde offenkundig, dass diese Gruppierung mutmaßlich
5 zwischen 2000 und 2006 neun Kleinunternehmer mit Migrationshintergrund und 2007 eine
6 Polizistin ermordet hat sowie 1999 einen Sprengstoffanschlag in Nürnberg, 2001 einen
7 Sprengstoffanschlag in Köln, 2004 ein Nagelbomben-Attentat und zahlreiche Banküberfälle
8 begangen hat. Trotz zahlreicher Hinweise und rund 40 V-Leuten im Umfeld der Gruppierung ist
9 es den Sicherheitsbehörden und insbesondere den Verfassungsschutzämtern in Bund und
10 Ländern nicht gelungen einen neonazistischen Hintergrund bei den Taten festzustellen. Dies ist
11 nur der Gipfel einer lang anhaltenden Serie von Fehleinschätzungen und -entscheidungen, die
12 wohl nur noch als Versagen bezeichnet werden können. Eine umfassende Reform und
13 Neustrukturierung des deutschen Nachrichtendienstwesens ist daher angezeigt und
14 unausweichlich.

15

16 Wir bekräftigen unsere Beschlusslage aus dem Jahr 2013 und ersuchen den Jusos-
17 Bundesvorstand im folgenden Arbeitsjahr eine Arbeitsgruppe einzusetzen, in der sich
18 ExpertInnen aus den Landes- und Bezirksverbänden gezielt mit der Zukunft und Neuordnung
19 der Sicherheitsarchitektur in Bund und Ländern beschäftigen sollen. Mögliche Konsequenzen
20 aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden sollen angedacht und in den politischen Prozess
21 eingespeist werden.

22

23 Langfristig halten wir an der Forderung der Abschaffung der Verfassungsschutzämter in Bund
24 und Ländern fest. Weiterhin soll innerhalb der Arbeitsgruppe eine mögliche Fusion von MAD
25 (Militärischem Abschirmdienst) und BND (Bundesnachrichtendienst) geprüft und diskutiert
26 werden.

27

28 Kurzfristig fordern wir insbesondere:

29

30 **Abschaffung der Verdachtsberichterstattung in den Verfassungsschutzberichten**

31

32 Die bisherige Praxis der sogenannten Verfassungsschutzberichte, die durch die
33 Innenministerien erstellt werden, muss unverzüglich geändert werden. In dieser Form stellen sie
34 lediglich ein politisches Kampfinstrument der Regierung dar.

35 Aktuell ist es gängige Praxis in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern auch
36 Parteien und Organisationen zu erwähnen, gegen die lediglich der Verdacht der
37 Verfassungswidrigkeit besteht. Für Leserinnen und Leser ist oft nur schwer ersichtlich, dass es
38 sich nur um einen bloßen Verdacht handelt; in den Medien findet eine Differenzierung in der
39 Regel gar nicht statt. Diese Stigmatisierung stellt eine schwere faktische Sanktion dar, da die
40 Erwähnung im Bericht mit dem Aufruf gleichzusetzen ist, die erwähnte Partei oder Organisation
41 zu meiden. Insbesondere eine zu Unrecht erfolgte Erwähnung schränkt das Recht auf
42 Mitwirkung an politischer Willensbildung stark ein, zumal politische und gesellschaftliche
43 Isolierung quasi erwartet wird und gerade auf der Ebene der Bündnisarbeit nicht selten erfolgt.

44 Der Verfassungsschutzbericht kommt hiermit nicht seiner Aufgabe als Verfassungs-schutz durch
45 Aufklärung nach sondern verkommt zu einem modernen Pranger. Diese Praxis ist nicht länger
46 hinzunehmen. Wir fordern daher ein Verbot der Verdachtsberichterstattung.

47

48 **Kontrolle ermöglichen**

49

50 Bisher ist ein individueller Auskunftsanspruch gegen den Verfassungsschutz nur zulässig, wenn
51 ein Hinweis auf einen konkreten Sachverhalt und ein besonderes Interesse an der Auskunft
52 gegeben sind und keine Geheimhaltungsgründe entgegenstehen. Faktisch ist es somit
53 unmöglich zu erfahren, ob man zum jetzigen Zeitpunkt beobachtet wird und aus welchen
54 Gründen. Auch die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Beobachtung kann nur äußerst selten
55 und wenn überhaupt im Nachhinein fest-gestellt werden. Der oder die Beobachtete hat somit
56 keinerlei Möglichkeit sich den Vorwürfen zu stellen oder sich gar zu wehren, gegen
57 Maßnahmen, die ohne richterlichen Beschluss gegen ihn ergangen sind. Er wird somit
58 schlechter gestellt als jemand, gegen den wegen einer Straftat ermittelt wird.

59

60 Dies ist nicht tragbar und widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Daher ist
61 zu-nächst für Maßnahmen wie Bild- und Tonaufzeichnungen, Online-Durchsuchungen, Brief-
62 ,Post- und Telefonüberwachung und den Einsatz geheimer MitarbeiterInnen sowie ähnlich tief
63 eingreifender Maßnahmen die Genehmigung eines Richters einzuholen.

64

65 Des Weiteren ist der oder die Beobachtete unverzüglich über die Maßnahmen zu informieren,
66 sobald die Beobachtung beendet ist und keine Gefahr für die FDGO besteht. Will die
67 beobachtete Person die Rechtswidrigkeit der Maßnahme feststellen lassen, ist ihr und ihrem
68 Rechtsbeistand sowie dem Gericht umfassende Akteneinsicht zu gewähren. Auch dürfen
69 Geheimhaltungsinteressen nicht prinzipiell Vorrang gegenüber dem Strafverfahren haben,
70 dürfen vor allem ein faires und gerechtes Verfahren nicht unmöglich machen.

71 Weiterhin sind wir der Überzeugung, dass in einer demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit
72 bestehen muss, auch im Nachhinein die Arbeit der Geheimdienste in vollem Umfang zu
73 überprüfen. Daher fordern wir die vollständige Offenlegung der Akten der Inlandsgeheimdienste
74 nach 30 Jahren.

75

76 **Einstellung der gängigen V-Leute-Praxis**

77

78 Nach Angaben des Verfassungsschutzes erhält der Nachrichtendienst nur einen geringen Anteil
79 ihrer Informationen von geheimen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hierzu zählen auch die
80 sogenannten V-Leute.

81

82 Nicht nur die Geschehnisse rund um die Zwickauer Zelle haben gezeigt, dass diese Art der
83 geheimen Mitarbeiter rechtsstaatlich nicht länger tragbar ist und nie tragbar war.

84

85 Wenn V-Leute Bomben liefern und zu Straftaten anstiften, wenn mit dem vom
86 Verfassungsschutz gezahlten Geld rechtsextremistische Gruppen unterstützt werden, wenn ein
87 V-Mann ermordet wird und ein ordnungsgemäßer Strafprozess nicht möglich ist, da der
88 Verfassungsschutz Aussagegenehmigungen verweigert, Anwälte beobachten lässt und
89 Tatwaffen verschwinden lässt und wenn ein Verbot der NPD an den V-Leuten gescheitert ist,
90 sollte offenkundig sein, dass diese Methode nicht länger geduldet werden kann.

91

92 Den bisherigen V-Leuten ist daher kein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht zuzugestehen,
93 insofern sie als Zeuge während eines Strafverfahrens vernommen werden. Der
94 Verfassungsschutz darf eine Aussagegenehmigung nur in Fällen verweigern, in denen die
95 FDGO oder der Bestand von Bund und Ländern gefährdet sind. Wird eine Genehmigung nicht
96 erteilt, ist dies zu begründen.

97

98 Der Einsatz von V-Personen muss daher gesetzlich geregelt und streng rechtsstaatlich
99 reglementiert sein. Als V-Leute werden in der Regel diejenigen Personen ausgewählt, die bereit
100 sind ihr engeres soziales Umfeld für die Zahlung nicht geringer Geldmittel zu verraten, erwartet
101 aber im gleichen Maße von diesen die Wahrheit zu erfahren. Die Vorstellung verlässliche
102 Informationen aus derlei Quellen zu erhalten, ist als utopisch zu bezeichnen.

103

104 Der Einsatz von V-Personen ist daher langfristig kritisch zu überprüfen und abzustellen.

105

106 **Umfassende Aufarbeitung der Geschichte des Amtes**

107

108 Die Geschichte des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern macht mitunter fassungslos.
109 Trotz zahlreicher Affären und Pannen, die bereits mit der Entführung des ersten Präsidenten
110 des Bundesamtes Otto John begonnen haben, hat bisher keine umfassende kritische
111 Aufarbeitung der eigenen Geschichte stattgefunden. Das Bundesamt sowie die Landesämter
112 sollen daher einer umfassenden Nach-forschung unterzogen werden, in der sowohl die
113 Rekrutierung von ehemaligen SS- und SD-Angehörigen bis hin in die 70er Jahre als auch die
114 restliche Geschichte der Behörden untersucht und aufgearbeitet werden. Dies ist für eine
115 Neuordnung und zum Verständnis der bisher gemachten Fehler unabdingbar. Die Ergebnisse
116 sind außerdem der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um die Aufklärung zu gewährleisten.
117

118 **Ziel: Auflösung**

119

120 All dies können jedoch nur Teilschritte sein. Der Verfassungsschutz hat in seiner Geschichte
121 selbst bewiesen, dass er nicht in der Lage ist die freiheitlich demokratische Grundordnung zu
122 schützen und stattdessen mehr und mehr die Frage unterstrichen, wer denn nun die Verfassung
123 vor dem Verfassungsschutz schützt. Ziel kann es daher nur sein, den Verfassungsschutz
124 langfristig abzuschaffen, da-mit auch ein personeller Neuanfang gewährleistet sein kann.

125

126

127

128

129

130

131

132 [1] <http://verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder>

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Racial Profiling stoppen!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Racial Profiling stoppen!

1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Die Jusos verurteilen die polizeiliche Praxis des „racial Profiling“ scharf. Die rechtliche
4 Grundlage der Vorgehensweise in §22 Abs. 1a BPolG ist abzuändern: Die Passage „oder
5 grenzpolizeilicher Erfahrung“ ist zu streichen. Die Personenkontrolle soll künftig nur noch dann
6 zulässig sein, wenn konkrete Lagekenntnisse die- se rechtfertigen. Weiter fordern wir die
7 Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf, aktiv in den eigenen Organisationsstrukturen gegen die
8 polizeiliche Praxis des „racial Profiling“ vorzugehen.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Änderung des § 177 Strafgesetzbuch -
Sexuelle Nötigung - Vergewaltigung: Weil ein Ja
Vorraussetzung ist

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion

Änderung des § 177 Strafgesetzbuch - Sexuelle Nötigung - Vergewaltigung: Weil ein Ja Vorraussetzung ist

1 Wir Jusos fordern den Gesetzgeber auf, Betroffene von sexualisierter Gewalt durch einen
2 Rechtsanspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung während des Gerichtsverfahrens besser
3 als bisher zu schützen. Darüber hinaus fordern wir eine Reform des §177 StGB, denn jede nicht
4 einvernehmlich stattgefundene sexuelle Handlung muss strafbar sein. "No mean no" und nichts
5 anderes.

6
7 Der Umgang mit Betroffenen muss verbessert werden:

- 8
- 9 • Wesentlich dafür ist ein Rechtsanspruch für Betroffene auf psychosoziale
10 Prozessbegleitung, damit sie während des oft langwierigen Verfahrens Unterstützung
11 erhalten.
 - 12 • Der/ Die Richter*in ist verpflichtet das Opfer vor dem ersten Verhandlungstag auf die
13 Möglichkeiten der Vernehmung nach §§58a, b StPO hinzuweisen und ist an die
14 diesbezügliche Entscheidung gebunden. Die relevanten Paragraphen werden
15 entsprechend reformiert um einen umfassenden Schutz zu gewährleisten.
 - 16 • Auf Wunsch der Betroffenen sollte der Ausschluss der Öffentlichkeit aus dem Verfahren
17 immer möglich sein. Daher soll § 171b II GVG folgendermaßen geändert werden:
18
19 (2) Die Öffentlichkeit soll bei Verfahren wegen Straftaten gegen die die sexuelle
20 Selbstbestimmung (§§ 174 bis 184g des Strafgesetzbuchs) ausgeschlossen werden.
21 Darüber hinaus auch soweit in Verfahren wegen Straftaten gegen das Leben (§§ 211 bis
22 222 des Strafgesetzbuchs), wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225 des
23 Strafgesetzbuchs) oder wegen Straftaten gegen die persönliche Freiheit nach den §§ 232
24 bis 233a des Strafgesetzbuchs ein Zeuge unter 18 Jahren vernommen wird. Absatz 1
25 Satz 3 gilt entsprechend.
 - 26 • Die freie Wahl eines/einer staatlich anerkannten Dolmetschers/Dolmetscherin für
27 Betroffene.
 - 28 • Verpflichtende Fortbildungen für Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen bei
29 dem Umgang mit möglichen Opfern nach §177StGB.
 - 30 • Eine professionelle Prozessbegleitung für mögliche Opfer nach §177StGB von Anfang bis
31 Ende des Verfahrens.

32
33 Wir fordern weiter auf den § 177 StGB so zu reformieren:

- 34
- 35 • dass zukünftig die Person bestraft wird, die ohne Einverständnis der anderen Person
36 sexuelle Handlungen an ihr vornimmt. Ein bloßes "Nein heißt nein" hat sich in der Praxis
37 als ungenügend erwiesen. Oftmals können Betroffene keine Ablehnung formulieren oder
38 das Ausbleiben einer Ablehnung wird als Zustimmung gedeutet. Deshalb fordern wir die
39 Ablösung dieser Praxis durch konsensuelle sexuelle Handlungen, was mehr bedeutet als
40 die Abwesenheit einer Ablehnung. "Ja heißt ja" sollte die alte "Nein heißt nein" Praxis
41 ersetzen.

42

43 Weiter fordern wir auf Seiten der Opfer die flächendeckende Einrichtung von Möglichkeiten der
44 Anonymen Spurensicherung im Rahmen einer rechtsmedizinischen Ambulanz.

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Titel Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag der SPD

Abschaffung §16a Jugendgerichtsgesetz

1 Wir fordern, dass der Paragraph 16a des Jugendgerichtsgesetzes „Jugendarrest neben
2 Jugendstrafe“ abgeschafft wird.

3

4 **Begründung:**

5 Am 14. Juni 2012 führte der Deutsche Bundestag eine „Erweiterung der jugendgerichtlichen
6 Handlungsmöglichkeiten“ ein. Im neu eingeführten Paragraph 16a des JGG heißt es: „Wird die
7 Verhängung oder die Vollstreckung der Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt, so kann
8 abweichend von §13 Absatz 1 daneben Jugendarrest verhängt werden“.

9

10 Schon im Vorfeld der Bundestagsdebatte zu diesem Gesetzentwurf gingen zahlreiche
11 angesehene Pädagogen, Wissenschaftler und Juristen auf die Barrikaden. Aus juristischer Sicht
12 kam u.a. von Dr. Benjamin Krenberger starke Kritik vor allem im Hinblick auf eine äußerst vage
13 Gesetzesbegründung und fragwürdige Zielvorgaben. Zur Begründung und zu den Zielen des
14 Gesetzes heißt es im §16a: „1. dies unter Berücksichtigung der Belehrung über die
15 Bedeutung der Aussetzung zur Bewährung und unter Berücksichtigung der Möglichkeit
16 von Weisungen

17

18 und Auflagen geboten ist, um dem Jugendlichen seine Verantwortlichkeit für das
19 begangene Unrecht und die Folgen weiterer Straftaten zu verdeutlichen,

20

21 2. dies geboten ist, um den Jugendlichen zunächst für eine begrenzte Zeit aus einem
22 Lebensumfeld mit schädlichen Einflüssen herauszunehmen und durch die Behandlung im
23 Vollzug des Jugendarrests auf die Bewährungszeit vorzubereiten, oder

24

25 3. dies geboten ist, um im Vollzug des Jugendarrests eine nachdrücklichere
26 erzieherische Einwirkung auf

27

28 den Jugendlichen zu erreichen oder um dadurch bessere Erfolgsaussichten für eine
29 erzieherische Einwirkung in der Bewährungszeit zu schaffen.“

30

31 Es wird hieraus ebenfalls deutlich, dass Jugendarrest eine sogenannte „Kann-Vorschrift“ ist. Die
32 Entscheidung wie lange der Jugendarrest dauert liegt in der Hand des zuständigen Richters.
33 Jugendarrest kann neben einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe zwischen 1 und 4
34 Wochen dauern.

35

36 Auch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Rückfallquote nach mehrwöchigem
37 Jugendarrest beträgt laut Dr. Holger Nielhaus vom Landgericht Düsseldorf ca. 70%. Das
38 bedeutet, dass Bund und Länder jährlich Millionen dafür ausgeben um Jugendliche mittels des
39 „Warnschussarrest“ einzusperren, jedoch 7 von 10 Jugendlichen nach dem Arrest wieder
40 straffällig werden. Eine erfolgreiche Resozialisierung sieht wohl anders aus. Es ist und bleibt
41 aus unserer Sicht der falsche Weg, Jugendliche welche mit dem Gesetz in Konflikt kommen
42 einfach hinter Gitter zu setzen. Es gilt auch bei dieser Problematik, wie bei vielen anderen, die
43 Ursachen zu erkennen und bei ihnen anzusetzen. Gewaltverbrechen, Drogendelikte und
44 Diebstahl sind keine Taten aus purer Bosheit oder Dummheit. Es sind die natürlichen Folgen

45 aus Kinder- und Jugendarmut, Jugendarbeitslosigkeit und in vielen Städten auch an fehlendem
46 Verständnis und fehlenden Mitteln für erfolgreiche Integration. Diese Probleme müssen
47 behoben werden bevor über mehr Möglichkeiten im Jugendstrafrecht nachgedacht werden
48 kann. Die Mittel, welche die Länder aktuell in JVA´s stecken, sind bei mehr Jugendsozialarbeit,
49 Aufklärungsstellen und Streetworkern aus unserer Sicht deutlich besser angelegt.

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

Titel Aktive Wohnungspolitik: Mehr als Mietpreisbremse

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

Aktive Wohnungspolitik: Mehr als Mietpreisbremse

1 **Attraktive Städte - steigende Mieten**

2

3 In den vergangenen Jahrzehnten war eine Abwanderung der städtischen Bevölkerung aus der
4 Kernstadt in das städtische Umland in Deutschland zu beobachten. Seit einiger Zeit ist
5 allerdings auch ein gegenläufiger Trend „die Reurbanisierung“ zu beobachten. Großstädte
6 haben aufgrund der vielfältigen Freizeitmöglichkeiten und natürlich auch wegen des im
7 Vergleich zu ländlichen Gebieten höheren Angebots an Arbeitsplätzen an Attraktivität
8 gewonnen. Immer häufiger möchten also Menschen aus umliegenden Bezirken oder
9 Gemeinden in die Großstadt ziehen, da sich so lange Wege zur Arbeit vermeiden lassen und
10 das Angebot an Bildung und Kultur größer ist. Diese gestiegene Nachfrage nach Wohnungen in
11 zentralen Lagen größerer Städte führt jedoch auch zu steigenden Mieten.

12

13 Der gestiegenen Nachfrage steht jedoch kein steigendes Angebot gegenüber. Im Gegenteil
14 sorgt die häufige Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu einer
15 zusätzlichen Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Aber auch der demografische Wandel
16 spiegelt sich nur in unzureichendem Maße im Wohnungsangebot wider. Neben der allseits
17 bekannten Alterung der Gesellschaft hat die Zahl der Singlehaushalte in den vergangenen
18 Jahren spürbar zugenommen. Trotzdem ist das Angebot an kleineren Wohnungen zu begrenzt,
19 um den Bedarf zu decken. Besonders eklatant ist dieses Problem in Hochschulstädten, wo der
20 Bedarf an kleinen, preisgünstigen Wohnungen in Zentrumsnähe besonders hoch ist.

21

22 Beispielhaft für dieses bundesweite Phänomen ist die Wohnraumlage in der Stadt
23 Braunschweig. Zwar sind die Bestandsmieten, also die Mietpreise bestehender Mietverträge, im
24 Durchschnitt relativ niedrig. Auf der anderen Seite steigen die Angebotsmieten hingegen stark
25 an. Zusätzlich dazu werden in erster Linie Wohnviertel geschaffen, die besonders für
26 BesserverdienerInnen geeignet sind und mit luxuriösen Eigentumswohnungen in bester Lage
27 locken (Luxusghettoisierung).

28

29 **Soziale Entmischung und die gesellschaftlichen Folgen**

30

31 Stark steigende Mieten vor allem in Wohnvierteln mit bisher moderatem Mietpreisniveau
32 befördern die zunehmende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung. Zwar geschieht dies
33 weniger häufig bei einem bestehenden Mietvertrag. Aber wenn sich die Lebenssituation ändert
34 und die vorhandene Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, muss man oft
35 feststellen, dass die Angebotsmieten erheblich höher sind als der bisherige Mietpreis pro
36 Quadratmeter. Die Folge ist vielfach, dass man im heimischen Viertel keine bezahlbare
37 Wohnung mehr finden kann und somit gezwungen wird, die gewohnte Umgebung und damit
38 auch das soziale Umfeld zu verlassen. Es setzt also ein schleichender Prozess ein, während
39 dessen ein Wohnviertel mit heterogener sozialer Zusammensetzung, in dem auch Menschen
40 mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Wohnung finden konnten, zu einem Quartier mit
41 nahezu ausschließlich wohlhabenderer Bevölkerung wird.

42

43 Für eine Gesellschaft kann eine solche soziale Entmischung nicht gut sein. Ein verengter Blick

44 ausschließlich auf Menschen mit ähnlichen finanziellen Möglichkeiten oder ähnlichem
45 Bildungshintergrund leistet letztlich einer zunehmenden Entsolidarisierung Vorschub. Die
46 Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden darüber hinaus auch noch verstärkt, wenn
47 steigende Mieten in wirtschaftlich wachsenden Ballungsräumen und Großstädten dazu führen,
48 dass finanzschwache Menschen von den Möglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und
49 kultureller Sicht solcher Regionen ausgeschlossen werden. Auch wer dadurch nicht die
50 Möglichkeit hat, in der Nähe des Arbeitsplatzes oder der Hochschule zu leben und zum Pendeln
51 gezwungen ist, wird wertvoller Zeit für Familie, Freunde oder andere Aktivitäten beraubt.

52

53 **Den Wohnungsmarkt aktiv gestalten**

54

55 Mit der Mietpreisbremse – so der Vorsatz – soll eine ähnliche Begrenzung von Angebotsmieten
56 erreicht werden, wie es sie bei Bestandsmieten schon gibt. Das Ansinnen ist vollkommen richtig
57 und kann den Anstieg des allgemeinen Mietpreisniveaus bremsen. Eine Verdrängung von
58 Menschen aus ihrer gewohnten Umgebung im Fall eines Wohnungswechsels kann sie aber
59 nicht unbedingt verhindern. Wenn es für eine Wohnung mehrere Interessenten gibt, haben
60 Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten oder mit unsicheren Arbeitsverhältnissen in
61 aller Regel das Nachsehen gegenüber finanzkräftigeren, wirtschaftlich abgesicherten
62 BewerberInnen. Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt
63 lässt sich mit einer Mietpreisbremse nicht auflösen.

64

65 Durch die Einführung der Mietpreisbremse wurde immerhin signalisiert, dass man der
66 zunehmend angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt vieler Großstädte und
67 Ballungsräume nicht tatenlos gegenüberstehen will. Wenn sie allerdings tatsächlich eine
68 vorbeugende Wirkung haben soll, darf sie nicht bloß dort angewendet werden, wo
69 überproportionale Mietpreissteigerungen bereits stattgefunden haben. Eine bereits einsetzende
70 Verdrängung finanzschwacher MieterInnen und die resultierende soziale Entmischung lassen
71 sich durch eine Begrenzung der Mietsteigerungen kaum umkehren. Eine Mietpreisbremse, die
72 ihren Namen verdient, muss somit allgemeingültig sein.

73

74 Gleichzeitig müssen wir unser Augenmerk auf das wenig beachtete Phänomen der fehlerhaften
75 Wohnflächenangaben in Mietverträgen richten, welche nach Schätzungen des Deutschen
76 Mieterbundes etwa 2/3 aller Mietverträge betreffen. Dadurch werden auf der einen Seite die zu
77 zahlenden Kaltmieten beeinträchtigt, aber auch die flächenabhängigen Nebenkosten und
78 Mieterhöhungen, welche sich immer auf die im Vertrag angegebene Fläche beziehen. Es ist
79 also davon auszugehen, dass Millionen Mieterinnen und Mieter mehr für ihren Wohn- oder
80 Gewerberaum zahlen als dieser wert ist. Um die Rechte dieser Mieter*innen zu
81 stärken, fordern wir eine bundesweit einheitliche gesetzliche Grundlage zur Ermittlung von
82 Flächenangaben für Wohn- und Gewerberäume. Des Weiteren soll gesetzlich festgelegt
83 werden, dass die in den Mietverträgen angegebenen Flächenangaben nur um $2\% \leq 3\text{m}^2$ von
84 der Gesamtfläche abweichen dürfen. Andernfalls sollen die Mieter*innen einen Anspruch auf
85 Mietminderung, Rückzahlung eventuell zu viel gezahlter Mieten und eine Neuermittlung der
86 Wohnnebenkosten auf Grundlage der tatsächlich ermittelten Wohnfläche erhalten.

87

88 So sinnvoll gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen auch sind, so sind
89 sie doch kein Allheilmittel. Wir fordern eine aktive Rolle der Kommunen bei der Gestaltung des
90 Wohnungsmarktes vor Ort. Städte und Gemeinden müssen stadtplanerische Leitbilder
91 entwickeln, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen von Menschen orientieren, die auf
92 bezahlbaren und angemessenen Wohnraum angewiesen sind. Zudem muss auch die
93 veränderte Zusammensetzung und Lebensweise der Bevölkerung Berücksichtigung finden.
94 Eine Planungspolitik, welche die Entwicklung von Quartieren weitgehend jenen Akteuren
95 überlässt, die eine möglichst hohe Rendite erzielen müssen, kann nicht im Interesse sozial
96 durchmischter und somit vielfältiger und lebenswerter Städte sein. Die planungspolitischen
97 Instrumente, die das Baugesetzbuch bietet müssen zur Umsetzung einer sozialen Stadtplanung
98 offensiv angewendet werden.

99

100 Für die Umsetzung der Ziele einer sozialen Stadtplanung kommt den öffentlichen
101 Wohnungsbaugesellschaften - vor allem den kommunalen - eine Schlüsselrolle zu. Die
102 Privatisierungspolitik, die den Bestand an Wohnungen der öffentlichen Hand seit Beginn des
103 letzten Jahrzehnts spürbar reduziert hat, muss ein Ende haben. Im Gegenteil, wir brauchen eine
104 verstärkte Investitionstätigkeit im kommunalen Wohnungsbau, um den Bestand zu sichern,

105 vorhandenen Wohnraum an veränderte Bedürfnisse anzupassen und zusätzliches Angebot zu
106 schaffen.

107

108 Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kann allerdings nicht allein Aufgabe der öffentlichen
109 Hand sein. Die soziale Wohnraumförderung ermöglicht die Festlegung von Miet- und
110 Belegungsbindungen auch für Wohnungsbauprojekte in privater Trägerschaft. Die Tatsache,
111 dass die Zahl der sog. „gebundenen“ Wohnungen pro Jahr um etwa 100.000 zurückgeht, lässt
112 erkennen, dass dieser Bereich in den vergangenen Jahren zu sehr vernachlässigt wurde. Wir
113 setzen uns für eine Stärkung der sozialen Wohnraumförderung insbesondere im
114 Geschosswohnungsbau ein. Hierzu ist die Fortschreibung der Finanzmittel des Bundes an die
115 Länder nach dem Entflechtungsgesetz auch über das Jahr 2019 hinaus zwingend erforderlich.
116 Zudem dürfen diese Mittel keinesfalls zweckentfremdet werden. Eine Aufweichung der
117 Bestimmung solcher Finanzmittel zu investiven Zwecken beliebiger Art lehnen wir ab. Wir
118 fordern daher die Zweckbindung der Mittel für den Ausbau und die Verbesserung der
119 Infrastruktur und des kommunalen Verkehrs umgehend wieder festzuschreiben. Insbesondere
120 müssen kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften von der
121 anstehenden Neuausrichtung der Mittelzuweisungen durch den Bund profitieren. Darüber
122 hinaus bedarf es einer Aufstockung der Städtebauförderung durch den Bund, um die finanzielle
123 Lage der Kommunen auf eine stabilere Basis zu stellen.

124

125 Als weiterer Baustein für ein bedarfsgerechtes Angebot an bezahlbarem Wohnraum
126 insbesondere in Hochschulstädten fungieren die Studierendenwerke. Bund und Länder müssen
127 dafür Sorge tragen, die finanzielle Mittelausstattung der Studierendenwerke für die Schaffung
128 zusätzlichen Wohnraums für Studierende zu verbessern.

129

130 Nur eine Politik, die Mietsteigerungen gesetzliche Grenzen setzt, den Willen zur Gestaltung der
131 städtischen Wohnungslandschaft aufbringt und die finanziellen Möglichkeit zur Schaffung
132 zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums schafft, kann sicherstellen, dass auch finanzschwächere
133 Bevölkerungsschichten von den kulturellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und dem
134 Bildungsangebot der Großstädte und Ballungszentren profitieren können und einer
135 schleichenden sozialen Entmischung und somit Entsolidarisierung vorgebeugt wird.

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Das Morgen schon Heute bewahren!

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Das Morgen schon Heute bewahren!

1 Der erste Bundeshaushalt der Großen Koalition zeigt deutlich, dass die Interessen junger
2 Menschen und zukünftiger Generationen nie so stark durch finanzpolitische Entscheidungen
3 betroffen waren wie heute. Investitionen in Bildung, Infrastruktur und eine gleichberechtigte
4 Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben werden dem Interesse der Bundesregierung an einer
5 „schwarzen Null“[1] - als angeblich historisches Ereignis - untergeordnet.

6

7 Politik in Zeiten hoch verschuldeter Staatshaushalte und scheinbar wenig Möglichkeiten zur
8 Einflussnahme auf Ausgabepositionen kann sich nicht einfach am ökonomisch Sinnvollen oder
9 programmatisch Gewünschten orientieren. Politik muss nach dem politisch Machbaren
10 schauen. Das ist verstanden. Betrachten wir aber die zukünftigen wirtschafts- und
11 gesellschaftspolitischen Herausforderungen, so wird schnell klar, dass die Politik in Zukunft
12 mehr denn je vor großen Aufgaben stehen wird. Wir Jusos in Nordrhein-Westfalen treten mit
13 den Erfahrungen aus dem Schwerpunkt Generationengerechte Daseinsvorsorge dafür an, die
14 Interessen unserer und zukünftiger Generationen in der Landespolitik einzubringen und
15 durchzusetzen.

16

17 **Daseinsvorsorge - Unser Verständnis**

18

19 Wenn über Daseinsvorsorge gesprochen wird, ist es meistens nur ein Ausschnitt über den
20 diskutiert wird. Oft sind es die alltäglichen und gewohnten Dinge, die viele mit Daseinsvorsorge
21 verbinden, wie etwa die Versorgung mit Trinkwasser oder Strom. Selten wird über Kindergärten,
22 Bibliotheken, den öffentlichen Nahverkehr oder Beratungsstellen diskutiert. Manchmal rückt die
23 kulturelle Daseinsvorsorge in den Vordergrund, eher aber in Debatten über die Schließung von
24 Theatern oder Museen. Dies sind Bausteine, die exemplarisch für uns Jusos den Begriff der
25 Daseinsvorsorge beschreiben. Der Kerngedanke dahinter ist, dass alle notwendigen
26 öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern
27 und Leistungen, für eine Teilhabe aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung
28 vorhanden sind und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

29

30 Die Beantwortung der Frage, welche Güter und Dienstleistungen konkret vom Staat
31 bereitgestellt werden müssen, ist durchaus umstritten und unterliegt – wie damit auch die
32 Definition des Begriffes „Daseinsvorsorge“ selbst – dem gesellschaftlichen Wandel. Im Zuge der
33 Privatisierungswelle der neoliberal geprägten vergangenen Jahrzehnte, gehörten als Bestandteil
34 der Daseinsvorsorge immer mehr auch private Güter, die - zumindest prima facie - ohne
35 weiteres über den Markt bereitgestellt werden konnten, zum Gegenstand der Daseinsvorsorge.
36 Auch heute noch gibt es viele Bereiche der Daseinsvorsorge, in denen der Staat diese Güter
37 und Dienstleistungen nicht selbst produziert oder anbietet, sondern dafür sorgt, dass sie
38 verbilligt oder gar kostenlos abgegeben werden und der Staat die Differenz zwischen Kosten
39 und Erlös durch Steuermittel finanziert. Die Jusos lehnen ein solches Verständnis der
40 Daseinsvorsorge ab und nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele Städte und Gemeinden
41 immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der Daseinsvorsorge rekommunalisieren.
42 Nicht zuletzt die Erfahrungen in Berlin mit der Privatisierung der Winter- und Räumdienste
43 waren mahnende Beispiele des Scheiterns von Privatisierungsvorhaben. Davon ausgenommen
44 sind Freie Träger (z.B. Kirchen, ASB, AWO) und nicht-kommerzielle kulturelle Einrichtungen.

45

46 Daseinsvorsorge umfasst nach unserem Verständnis aber nicht nur eine politisch definierte
47 Grundversorgung mit Infrastrukturgütern und Infrastrukturdienstleistungen, die für alle
48 Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität
49 und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen sollen, sondern umschreibt auch die
50 staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten
51 Güter und Dienstleistungen als Grundversorgung. In diesem Verständnis beschreibt letztlich
52 auch das Grundgesetz das Ziel der Gleichheit der Lebensverhältnisse in unserem Land.

53

54 Als wesentliche Inhalte der Daseinsvorsorge gelten neben den „klassischen“ Bereichen“ für uns
55 unter anderem auch die Versorgung mit

56

57 - Internet und Telekommunikationsdienstleistungen,

58

59 - Informationen durch unabhängige Medien,

60

61 - Mobilität und Erreichbarkeit,

62

63 - nahen Pflege-, Kranken- und Rettungsdiensten,

64

65 - Familien-, Jugend-, Sozial und Suchtberatung,

66

67 - Wohnungsbau,

68

69 - behinderten- und altengereichte Wohnheime,

70

71 - Frauenhäuser, Jugendheime und betreutes Wohnen,

72

73 - Studenten- und Auszubildendenwohnheime,

74

75 - Wohnheime zur Aufnahme von Asylsuchenden in den ersten Tagen nach ihrer Ankunft,

76

77 - Bildungseinrichtungen im Ganzttag für alle Altersstufen und

78

79 - Kultur-, Sport, Erinnerungs- und Gedenkstätten.

80

81 Im 21. Jahrhundert muss Daseinsvorsorge bedeuten, für die künftigen Generationen
82 lebenswerte Bedingungen in den Kommunen zu gestalten und zu erhalten. Nachhaltigkeit muss
83 zum entscheidenden Kriterium für die Gestaltung der Daseinsvorsorge von Morgen werden. Die
84 Sparpolitik der heutigen Zeit darf letztlich nicht dazu führen, dass die Generation von heute von
85 der Substanz und dem Abbau der Infrastruktur zehrt und nachfolgende Generationen zwar
86 schuldenfrei jedoch ohne diese Infrastruktur sind und für Infrastruktur und Investitionen der
87 Vergangenheit, auf die sie später keinen Zugriff mehr haben, dennoch die Zinsdienste leisten
88 müssen.

89

90 **Schuldenbremse, Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit**

91

92 Die Sparpolitik, wie die der Schuldenbremse, ist abzulehnen. Mit der Preisgabe einer
93 eigenständigen Positionierung verzichtete die politische Elite auf ein notwendiges
94 Alleinstellungsmerkmal und flüchtet sich hinter große Begriffe, wie Generationenvertrag,
95 Generationengerechtigkeit und Ähnlichem. Eine derartige Politikkonzeption läuft Gefahr,
96 lediglich als Symbol der Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit wahrgenommen zu werden, wo
97 konkret bestehende Handlungsspielräume nicht genutzt werden. Diese bestehen aber und
98 müssen genutzt werden. Die Jusos fordern weiterhin die stärkere Besteuerung hoher Vermögen
99 und Einkommen zur Herstellung eines gerechten Lastenausgleichs.

100

101 In der Wachstumskrise der europäischen Staaten entbrennt nach der Bankenkrise nun eine
102 lebhafte Debatte über die Frage, wie Wachstum konkret gestaltet werden kann. Vertreten die
103 einen noch, dass die Krisenstaaten durch Reformen mit harten Einschnitten in soziale
104 Sicherungssysteme und staatliche Leistungen die Grundlagen für Wachstum schaffen müssen,
105 fordern immer mehr Experten die Abkehr von Stabilitätsvorgaben und dem Fiskalpakt, um durch

106 dann mögliche Investitionen Wachstum zu generieren. Für uns Jusos steht fest: Die Kommunen
107 haben im Rahmen der Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer nur eingeschränkte direkte
108 Einflussmöglichkeiten auf ihre Einnahmensituation, immer mehr sind sie auf Zuweisungen von
109 Land und Bund angewiesen. Zudem ist die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der
110 Kommunen hoch volatil, da sie starken konjunkturellen Schwankungen unterworfen ist. Daher
111 fordern wir im Sinne des Erhalts einer eigenständigen Finanzausstattung der Kommunen die
112 Verstärkung und Verbesserung der kommunalen Einnahmesituation durch die Erhöhung des
113 kommunalen Einkommensteueranteils sowie die Berücksichtigung der Lohnsumme bei der
114 Berechnung der Gewerbesteuer und somit die Schaffung einer echten kommunalen
115 Wertschöpfungsabgabe. Die von der Bundesregierung auferlegten Konjunkturprogramme I und
116 II haben gezeigt, dass es Situationen gibt, wo es sehr wohl sinnvoll ist Schulden aufzunehmen.
117 Für eine funktionierende Volkswirtschaft muss der Staat eine gute Infrastruktur zur Verfügung
118 stellen, aber auch die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge müssen gewährleistet
119 werden. Denn nicht die absolute Verschuldung des Staates ist letztlich ausschlaggebend,
120 sondern das Verhältnis dieser zum Wirtschaftswachstum und dem geschaffenen Vermögen.

121

122 Eine weitere zentrale Kernfrage war es, wie wir in unserem Land mit der strukturellen
123 Veränderung in unserem Wirtschaftssystem umgehen wollen. Eine funktionierende Wirtschaft ist
124 die Voraussetzung für einen funktionierenden Staat. Ein Leben gelingt nur dann, wenn alle
125 notwendigen Güter vorhanden sind und der Mensch in angemessenem Wohlstand lebt. Für uns
126 hat Wirtschaft deshalb eine dienende Funktion: Sie dient dem Staat im Haushalt. Sie dient der
127 Gemeinschaft zur Güterverteilung und sie dient den Menschen als Weg in den Wohlstand.
128 Zentrale Voraussetzung ist für uns die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen
129 Wohlstand. Wir möchten mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik unseren Zielen der
130 Verteilungsgerechtigkeit, Vollbeschäftigung und guter Arbeitsbedingungen für alle Menschen
131 näher kommen. Dabei setzen wir auf eine moderne Kombination aus Dienstleistungs-, Industrie-
132 und Landwirtschaftspolitik.

133

134 Als Teil unserer Gesellschaft ist die Wirtschaft aber auch deren Werten verpflichtet. Aus diesem
135 Grund betonen wir, dass nur eine soziale Form der Marktwirtschaft die größtmögliche Teilhabe
136 des Einzelnen am gesamtwirtschaftlichen Wohlstand sichert. Wir sehen hier den Staat in der
137 Pflicht. Er muss Grenzen ziehen und durch Ordnungspolitik ein Wirtschaftsleben gestalten, das
138 von den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bestimmt
139 wird. Insbesondere die Verantwortung und Verpflichtung der Unternehmen für und auf das
140 Allgemeinwohl muss Gegenstand eines kritischen Dialogs zur Unternehmensbesteuerung
141 werden. Steuersparmodelle durch Auslandsbeteiligungen von (Groß)Konzernen – ja sogar dem
142 VW-Konzern – dürfen nicht zum Sargnagel der Gewerbesteuereinnahmen von Städten und
143 Gemeinden werden. Wir fordern die SPD auf, hier für eine europäische Initiative zur europaweit
144 einheitlichen Unternehmensbesteuerung zu Gunsten der Kommunen zu sorgen. Hinzu kommen
145 problematische Regelungen im Bundesrecht, die es Unternehmen erlaubt, vorausbezahlte
146 Gewerbesteuern bis zu 5 Jahre zurückzufordern und zwar um 6% verzinst. Im gesamten
147 Bundesgebiet gibt es Kommunen, bei denen z.T. Rückzahlungen in Millionenhöhe anstehen.
148 Wir fordern eine Reform der gesetzlichen Regelungen, um Kommunen vor diesen finanziellen
149 Risiken zu schützen.

150

151 **Daseinsvorsorge konkret – Stadtentwicklung und Landesentwicklungsplan**

152

153 Eine der Kernfragen wird in den kommenden Jahren die Art und die Zielgerichtetheit von
154 Investitionen sein. Die heterogene Ausgestaltung der demografischen Entwicklung bedarf einer
155 Neujustierung der Investitionspolitik, insbesondere im Hinblick auf die soziale Infrastruktur und
156 die Stadtentwicklung. Festzuhalten ist, dass die Innenstadtlagen in den Städten und Gemeinden
157 in der Vergangenheit immer stärker unter Druck geraten sind. Durch Wegzug von
158 Einwohnerinnen und Einwohnern verursachte Kaufkraft-, Steuer- und Zuweisungsverluste
159 haben vereinzelt zu massiven Wohnungsleerständen und flächendeckend zu einem „trading
160 down“ des Einzelhandels in den Innenstadtlagen geführt. Zur Sicherung der Versorgung mit
161 Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum müssen
162 Genossenschaftsmodelle besonders gefördert werden.

163

164 **Stärkungspakt Stadtfinanzen 2.0**

165

166 Wir Jusos stellen uns der Debatte um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Wir Jusos

167 sind weiterhin der Auffassung, dass die Schuldenbremse dafür nicht das richtige Instrument ist.
168 Konkret muss sich die Debatte um die Ausgestaltung über Mehreinnahmen oder Einsparungen
169 im Sinne des präventiven Sozialstaats, nachhaltiger Bildungsinvestitionen und einer
170 auskömmlichen Finanzierung der Kommunen drehen. Den Solidaritätszuschlag in die
171 Gemeinschaftssteuern zu integrieren hätte zur Folge, die Kommunen an den Einnahmen des
172 Bundes über die Beteiligung an der Einkommenssteuer mit zusätzlichen Finanzmitteln
173 auszustatten. Damit ist letztlich aber noch nicht gewährleistet, dass bis zum Jahr 2019, die stark
174 vom Strukturwandel und Finanznöten betroffenen Kommunen weitere Hilfestellungen erhalten.
175 Die Übernahme der kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für
176 uns weiterhin eine zentrale Forderung. Die Solidarität der kommunalen Familie muss letztlich
177 soweit gehen, dass die Städte und Gemeinden nach Bedürftigkeit gefördert werden und nicht
178 ausgehend von ihrer geographischen Lage im Bundesgebiet.

179

180 Eine freie und gerechte Wirtschaft ist der Gemeinschaft verpflichtet. Damit aber jeder von der
181 Wirtschaft profitiert, darf ökonomischer Erfolg kein Selbstzweck sein. Nicht die Bereicherung
182 Einzelner, sondern die Befähigung Aller zu einem nachhaltigen Wohlstand auch der
183 kommenden Generationen ist für uns Sinn und Zweck allen wirtschaftlichen Handelns.

184

185 In unseren Augen ist dies ein Ausdruck ökonomischer Solidarität: Ein nachhaltiges Wirtschaften,
186 das auch ökologische und soziale Langzeitfolgen gemeinschaftsorientiert kalkuliert. So müssen
187 die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, nachhaltige wirtschaftliche und fiskalische
188 Erfolge in die Konsolidierungsbemühungen einrechnen zu dürfen. Wir Jusos fordern dazu die
189 Anpassung der landesgesetzlichen Vorgaben.

190

191 Zur Gewährleistung einer flächendeckenden Daseinsvorsorge müssen die Kommunen dazu in
192 die Lage versetzt werden. Keine Partei stand als kommunale Partei mehr an der Seite der
193 Kommunen als die SPD. An diese Tradition und dieses Verständnis erinnern wir und erneuern
194 unsere Forderung einer funktions- und aufgabengerechten Finanzausstattung der Städte und
195 Gemeinden. Das Konnexitätsprinzip ist in aller Konsequenz herzustellen und anzuwenden. Am
196 Beispiel der für uns unverzichtbaren Schulsozialarbeit zeigt sich, wie elementar eine
197 Abstimmung zwischen Land und Kommunen in dieser Frage ist.

198

199 Die Kommunen müssen auch künftig in die Lage versetzt werden, in wichtige
200 Kommunalentwicklungs- und Stadtregionalprojekte investieren zu können. "Stärken stärken"
201 heißt für uns Jusos primär "Kommunen stärken" und "Vorrang für die Kommunen" bedeutet,
202 dass vor allem die Infrastrukturpolitik auf eine Stärkung der Kommunen auszurichten ist. In
203 unserem Verständnis des Begriffs Daseinsvorsorge schließt der Begriff Infrastruktur
204 Bildungsinfrastruktur, soziale und medizinische Infrastruktur, kulturelle Infrastruktur, Sport- und
205 Freizeitinfrastruktur ausdrücklich mit ein.

206

207

208

209 [1] Gemeint ist nicht der Bundesfinanzminister

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

227

Titel Die digitale Gesellschaft gestalten – frei und solidarisch!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Die digitale Gesellschaft gestalten – frei und solidarisch!

1 Mehr als drei Viertel der EinwohnerInnen Deutschlands nutzten 2013 das Internet. In den
2 Altersgruppen bis 40 Jahre werden durchgängig NutzerInnenanteile von über 95% erreicht.
3 Damit ist klar, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) massive
4 Auswirkungen auf unser individuelles Leben und gesellschaftliches Zusammenleben haben. In
5 einigen Bereichen haben bereits tiefgreifende Umwälzungen stattgefunden und schreiten weiter
6 voran. Zuvorderst ist dies in der Telekommunikations- und Informationsbranche selbst spürbar.
7 Die Verbreitung des Mobilfunks und des Internets hat unsere Art und Weise zu kommunizieren
8 grundlegend verändert, zuletzt mit neuer Dynamik durch die Verbreitung von mobilen
9 internetfähigen Geräten und mobilem Onlinezugang. Kaum minder schwer sind die
10 Auswirkungen auf Informationsverbreitung und -aneignung sowie die Bereitstellung von Wissen
11 und kulturellen Gütern. In anderen Branchen und Bereichen erleben wir gerade den Beginn
12 einer zunehmenden Digitalisierung, so z.B. im Handel, wo Onlineversandhandel und
13 computergestützter Börsenhandel bereits für starke Umwälzungen sorgen, während große
14 Bereiche des klassischen Einzelhandels noch mit den neuen Herausforderungen der
15 Digitalisierung kämpfen. In wieder anderen Bereichen hält die Digitalisierung erst schleichend
16 Einzug und wir können bisher kaum ermessen, welche Veränderungen zukünftig auf uns
17 zukommen.

18
19 Fest steht, dass immer weitere gesellschaftliche Bereiche von der Digitalisierung erfasst und
20 verändert werden. Ziel jungsozialistischer Politik muss es sein, diese Veränderungen politisch
21 und gesellschaftlich zu gestalten. Das heißt zum einen, die Spielregeln und den politischen
22 Rahmen für das Netz selbst zu setzen und die Rolle von staatlichen und privaten Akteuren in
23 ihm zu definieren. Zum anderen geht es darum, die Auswirkungen der Digitalisierung auf
24 sämtliche Lebensbereiche umfassend zu betrachten: Wie ändert sich unsere Art zu Arbeiten
25 und Wirtschaften? Welche Auswirkungen ergeben sich für Bildung und Teilhabe, für den Staat
26 selbst und für nichtstaatliche Organisationen? Was bedeutet die Digitalisierung für Kultur und
27 Medien und die Struktur der demokratischen Öffentlichkeit? Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik in
28 einem umfassenden Sinn. Die politische Gestaltung des Netzes selbst ist ein wichtiger
29 Teilaspekt davon.

30
31 Wir Jusos stellen uns der Aufgabe der politischen Gestaltung der digitalen Welt. Wie gut es
32 gelingt, der Digitalisierung einen politischen Rahmen zu geben und ihre Potentiale zum
33 gesamtgesellschaftlichen Nutzen auszugestalten, wird maßgeblich darüber entscheiden, wie wir
34 in Zukunft leben. Deshalb haben wir die digitale Gesellschaft als zentralen Bestandteil in
35 unserer Kampagne #linksleben verankert. Gemeinsam werden wir in der Breite des Verbandes
36 diskutieren und Antworten geben, wie wir in 20 Jahren leben wollen und wie gesellschaftliche
37 und technische Veränderungen unseren Gesellschaftsentwurf beeinflussen. Die Wirkung der
38 Digitalisierung auf unsere Gesellschaft und unser Leben ist eine der zentralsten Leitfragen
39 unserer Kampagne, die wir intensiv diskutieren und deutlich sichtbar nach außen darstellen
40 werden. Es ist gut, dass sich auch die SPD den neuen Herausforderung in einem umfassenden
41 Programmprozess #digitalleben stellt. Unsere Generation ist die erste, die mit dem Internet
42 aufgewachsen ist, sie hat es maßgeblich mitgeprägt. Wir Jusos werden uns deshalb mit
43 unseren Positionen und Perspektiven intensiv in den SPD-Programmprozess einbringen.

44

45 **Ein offenes und freies Netz**

46

47 Die Grundlage für eine digitale Gesellschaft, die Fortschritt schafft und Teilhabe für alle
48 ermöglicht, ist ein offenes und freies Netz. Grund- und Bürgerrechte müssen im Internet
49 genauso selbstverständlich geschützt und durchgesetzt werden, wie in der analogen Welt.
50 Politik darf sich nicht darauf beschränken, die Interessen von Unternehmen und
51 Sicherheitsbehörden zu vertreten. Mehr noch, gewinnen einige Grundrechte eklatant an
52 Bedeutung und müssen daher besonders geschützt und an die Gegebenheiten der digitalen
53 Gesellschaft angepasst werden. Angesichts der exorbitant steigenden Anzahl und Vielfalt
54 verfügbarer personenbezogener Daten erlangt das Grundrecht auf Informationelle
55 Selbstbestimmung einen nie gekannten Stellenwert, gleiches gilt für das noch junge Grundrecht
56 auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme.

57

58 Technisch wird mit der Verbreitung internetfähiger mobiler Endgeräte eine nahezu lückenlose
59 ständige Überwachung jedes und jeder Einzelnen möglich. Umso wichtiger ist es, die
60 Unschuldsvermutung konsequent durchzusetzen. Wir stellen uns deshalb weiter gegen die
61 Vorratsdatenspeicherung, welche die Unschuldsvermutung aushebelt und einen
62 Generalverdacht des Staates gegenüber seinen BürgerInnen erhebt. Auch das Post- und
63 Fernmeldegeheimnis muss in der Praxis neu ausbuchstabiert werden, wenn statt des Öffnens
64 eines Briefes das Filtern von Mails reicht, um in privateste Lebenssphären vorzudringen. Die im
65 Zuge der Snowden-Enthüllungen offenbar gewordene Überwachung durch in- und ausländische
66 Geheimdienste ist nicht hinnehmbar und erschüttert die Demokratie in ihren Grundfesten. Wir
67 wollen keinen Staat, der seine BürgerInnen kontrolliert, sondern einen durch seine BürgerInnen
68 kontrollierten Staat. Die Aufklärung über die zur Anwendung gekommenen und noch
69 kommenden Geheimdienstpraktiken muss fortgesetzt und intensiviert werden. Es liegt im
70 Verantwortungsbereich des Staates, seine BürgerInnen gegen die Ausspähung durch
71 ausländische Dienste zu schützen. Auch die deutschen Geheimdienste haben sich als nach
72 demokratischen Standards nicht zu kontrollieren erwiesen. In ihrer jetzigen Struktur und
73 Befugnisfülle können sie nicht bestehen bleiben. Unverzüglich muss sichergestellt werden, dass
74 sie sich nicht am Ringtausch von Daten zur Umgehung nationaler Schutzrechte beteiligen und
75 dem Parlamentarischen Kontrollgremium durch eine Ausweitung seiner Kompetenzen und
76 organisatorischen Ressourcen eine umfassende Kontrolle ermöglicht wird.

77

78 Zu einem freien und offenen Netz gehört aber nicht nur die Freiheit von ausufernder
79 Überwachung, sondern auch die Freiheit von Zensur. Netzsperrern lehnen wir ab und bekennen
80 uns weiterhin zum Prinzip „Löschen statt Sperren“, welches bei strafrechtlicher Relevanz von
81 Inhalten zum Einsatz kommen soll. Um das Anbieten freier WLANs zu erleichtern, setzen wir
82 uns für die Abschaffung der Störerhaftung für Betreiber von WLAN-Hotspots ein. Die
83 Einrichtung öffentlicher und frei zugänglicher WLAN-Hotspots ist nötig, um jeder bzw. jedem
84 einen freien Zugang zum Internet zu ermöglichen.

85

86 Die Netzneutralität wollen wir gesetzlich festschreiben und auf europäischer Ebene verankern.
87 Wir verstehen darunter die Gleichbehandlung aller Daten, welche auch die Aufteilung in
88 Dienstklassen ausschließt. Die Datenanalyse mittels deep-package-inspection durch Provider
89 soll ebenfalls ausgeschlossen werden. Damit wäre nicht nur die Durchleuchtung von Kunden
90 durch ihren Internetdiensteanbieter unterbunden, sondern vor allem ein diskriminierungsfreier
91 Datentransport nach dem Best-Effort-Prinzip gewährleistet. Alle Sender, Empfänger,
92 Onlinedienste und Anwendungen sollen gleichberechtigten Zugang zu
93 Datenübertragungskapazitäten haben.

94

95 **Datenschutz stärken!**

96

97 Vielfältige neue Onlinedienste und -anwendungen helfen unseren Alltag zu strukturieren, über
98 große Entfernungen in Kontakt zu bleiben, bieten neue Zugänge zu Musik und Kultur und vieles
99 mehr. Oft kostenfrei oder zu Preisen, die deutlich unter denen vergleichbarer klassischer Offline-
100 Software liegen. Diese Entwicklung bietet große Chancen für die Verbeitung des
101 NutzerInnenkreises und ganz neue Dienste mit bisher ungekannten Funktionen. Gleichzeitig
102 geht damit die Ausweitung privater Datensammlungen einher. Dies wirft Fragen mit Blick auf die
103 Privatsphäre der NutzerInnen auf, die durch die Aggregation von Daten und Big Data noch
104 verstärkt werden. Die Analyse großer, anonymisierter Datenmengen bietet nicht nur neue

105 Chancen für die Wirtschaft, sondern kann auch Mehrwert im gesamtgesellschaftlichen Interesse
106 generieren. Gleichzeitig bergen z.B. Scoringverfahren das Risiko, gesetzlich verbotene Formen
107 der Diskriminierung durch die Hintertür wieder einzuführen, wenn u.a. über Wohnort, soziales
108 Netzwerk und bekannte Interessen statistisch auf einen Migrationshintergrund geschlossen
109 wird. Dies gilt es zu verhindern.

110

111 Wir wollen, dass die Privatsphäre der NutzerInnen auch im Netz geschützt bleibt. Dazu müssen
112 wir sicherstellen, dass NutzerInnen einfach und transparent einen Überblick darüber erlangen
113 können, welche Daten sie preisgeben und wie diese verarbeitet werden. Dazu gehört auch der
114 Umgang mit den Daten Dritter durch BürgerInnen und insbesondere Unternehmen. Wer trägt
115 dafür Sorge, dass diese Daten nicht missbraucht werden und wem gehören diese Daten
116 überhaupt? Auch technische Geräte vernetzen sich immer mehr. Fernseher, Kühlschränke,
117 Autos oder Glühbirnen werden mit einem Netzzugang ausgestattet. Smart Homes, Smart Meter
118 und vieles mehr werden zukünftig eine große Vielfalt neuer Möglichkeiten eröffnen. Aber wer
119 kümmert sich eigentlich darum, dass die Daten dieses "Internet der Dinge" nicht in falsche
120 Hände geraten oder gar manipuliert und missbraucht werden?

121

122 Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen lehnen wir im Grundsatz ab. Doch auch private
123 Videoüberwachung muss in Zukunft neu geregelt werden – nicht zuletzt weil private
124 videobasierte Aufnahmen mit dem Fortschreiten der Technik immer häufiger einen rechtlich
125 wirksamen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellen werden.

126

127 Die Souveränität über die eigenen Daten gehört in die Hände der BürgerInnen. Das heißt auch,
128 dass staatliche Institutionen BürgerInnen darüber informieren müssen, wie sie
129 personenbezogene Daten nutzen und beinhaltet auch ein Verbot der Weitergabe von
130 personenbezogenen Daten der Einwohnermeldeämter. Für private AnbieterInnen wollen wir
131 klare Regeln zur Datenerhebung und -verarbeitung, die sie auf Datensparsamkeit und
132 Datenvermeidung verpflichten. Dazu müssen wir auch diskutieren, welche Formen von
133 Datenschutz noch zeitgemäß und wie bestehende Regelungen zu überarbeiten sind.
134 Datenschutzregulierung wird allein auf nationaler Ebene nicht durchsetzbar sein. Die geplante
135 EU-Datenschutz-Grundverordnung muss deshalb hohe Schutzstandards gewährleisten und
136 zügig in Kraft gesetzt werden. Durch eine Verpflichtung auf das Marktortprinzip wollen wir
137 Datenschutzstandards auch gegenüber internationalen Anbietern durchsetzen. Klar ist deshalb
138 auch, dass internationale Abkommen, z.B. im Bereich des Freihandels wie TTIP und CETA,
139 europäischer Datenschutzstandards nicht umgehen oder unterminieren dürfen. Die Ratifizierung
140 muss u.a. davon abhängig gemacht werden, ob dieses Kriterium erfüllt ist.

141 Die SPD soll sich zudem dafür einsetzen, dass ein Datenbrief nach dem Modell des Chaos
142 Computer Club eingeführt wird.

143 Bei Datenschutz ist es wichtig, dass wir Jusos als linker Richtungsverband mit gutem Beispiel
144 voran gehen. Der Umgang mit personenbezogenen Daten muss transparent sein und den
145 Gesetzen des Datenschutzes entsprechen. Unsere Zusammenarbeit innerhalb des Verbandes
146 auf allen Ebenen dürfen wir nicht mithilfe datenschutzrechtliche fragwürdiger Dienste wie
147 Doodle, Google, Facebook, Whatsapp und Co. gestalten. Stattdessen müssen wir dem Verband
148 und seinen Gliederungen datenschutzrechtlich sichere Kommunikations- und
149 Kollaborationskanäle anbieten und diese auch nutzen. Dabei wollen wir uns nicht der sozialen
150 Medien als Mittel des Outreach verschließen, sondern uns besonders bei der verbandsinternen
151 Kommunikation und Kollaboration auf die Prinzipien des Datenschutzes berufen.

152

153 **Teilhabe für Alle!**

154

155 Das Internet schafft neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Partizipation.
156 Für viele, gerade junge Menschen, sind dies bereits heute gelebte Selbstverständlichkeiten.
157 Wir wollen daraus gesellschaftlichen Fortschritt generieren, der allen zugutekommt. Mit der
158 Verlagerung immer weiterer Teile des gesellschaftlichen und politischen Lebens ins Netz
159 entstehen aber auch neue Formen des Ausschlusses für all jene, die das Internet aus
160 verschiedensten Gründen kaum oder gar nicht nutzen können. Wir beobachten, dass
161 bestehende Formen von Ausgrenzung und gesellschaftliche Konfliktlinien durch das Netz nicht
162 automatisch nivelliert werden, sondern sich aus der analogen in die digitale Welt übertragen.
163 Wir werden deshalb die soziale Frage auch im Netz stellen. Wir wollen das Internet als
164 Instrument für mehr gesellschaftliche Teilhabe nutzen. Dazu muss die Teilhabe am Netz
165 sichergestellt und die digitale Kluft geschlossen werden.

166

167 Ohne Glasfaseranschluss ist die Teilhabe an der digitalen Welt schon heute nur sehr
168 eingeschränkt möglich. Dies wird sich weiter verschärfen. Ein Glasfaseranschluss wird zu einer
169 entscheidenden Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe. Dies wollen wir über ein Recht auf
170 einen Glasfaseranschluss absichern und verstehen die Versorgung mit einem
171 Glasfaseranschluss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche erschwingliche Preise
172 gewährleisten muss. Die grundgesetzlich verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse,
173 auch zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, lässt sich in der digitalen Gesellschaft nur
174 über die staatliche Sicherstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung wahren.
175 Massive staatliche Investitionen in den Netzausbau sind dazu nötig. Dadurch stellen wir
176 Wettbewerbsfähigkeit und Teilhabe auch in Zukunft sicher. Dabei spielt auch die Frage eine
177 Rolle, wie zentral oder dezentral diese Infrastruktur gestaltet sein soll. Mit zunehmender
178 Digitalisierung steigt auch die individuelle Abhängigkeit von verfügbarem Internet. Deswegen
179 müssen wir für die Wichtigkeit von Netzstabilität sensibilisiert sein und uns damit
180 auseinandersetzen, wie wir diese auch zu Spitzenzeiten sichern und Totalausfälle gänzlich
181 vermieden werden können.

182

183 Ein Netzanschluss allein gewährleistet aber noch keine Teilhabe an der digitalen Welt. Die
184 erforderlichen Endgeräte zur Interaktion im Netz werden ebenso benötigt. Gerade für
185 EmpfängerInnen von Transfereinkommen müssen die entsprechenden Anschaffungen möglich
186 sein. Es ist offensichtlich, dass der festgesetzte Regelbedarf zur „Nachrichtenübermittlung“ von
187 unter 35€ keine Teilhabe im umfassenden Sinn ermöglicht. Wir müssen Antworten darauf
188 finden, wie wir die notwendigen materiellen Voraussetzungen zur Teilhabe an der digitalen
189 Gesellschaft schaffen. Insbesondere Haushalten mit Kindern, die von staatlichen
190 Unterstützungsleistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts abhängig sind, muss die
191 Möglichkeit gegeben werden, eine technisch angemessene Infrastruktur zur Nutzung des
192 Internet anzuschaffen, auf einem aktuellen Stand zu halten und im Bedarfsfall zu ersetzen. Nur
193 so kann die gesellschaftliche Exklusion von EmpfängerInnen von staatlichen
194 Unterstützungsleistungen gestoppt werden, die massiv vom Zugang zu Informationen abhängt.

195

196 Teilhabe im Netz entscheidet sich auch an technischen Standards und der Zugänglichkeit von
197 Daten und Informationen. Technische Geräte müssen für die VerbraucherInnen vollumfänglich
198 nutzbar sein. Das heißt sowohl, dass Software der HerstellerInnen rückstandsfrei deinstalliert
199 werden kann, als auch, dass alternative Software auf dem eigenen Gerät installiert werden
200 kann, ohne dass die Garantie erlischt. Einschränkungen sowie sogenannte
201 Kontrollmöglichkeiten seitens der HerstellerInnen müssen für die VerbraucherInnen klar
202 erkennbar sein. Aber es muss auch überprüfbar sein, welche Daten eine Software nutzt und
203 weiterleitet. Wir setzen uns für offene Standards ein, welche die Interoperabilität von Daten
204 sicherstellen und damit auch künstliche Monopole, Abhängigkeiten und unnötige
205 Lizenzgebühren vermeiden. Open-Source-Software wollen wir fördern und ihre Verbreitung
206 durch den gezielten Einsatz in öffentlichen Behörden erweitern. Um in Zukunft einen sicheren
207 Umgang der ArbeitnehmerInnen und der privaten NutzerInnen mit Open-Source-Software zu
208 gewährleisten, müssen diese auch in Schulen und Hochschulen verpflichtend zum Einsatz
209 kommen. Öffentliche Daten wollen wir nach den Kriterien von Open Data zugänglich machen
210 und den Zugang zu öffentlich finanzierter Forschung nach Open-Access-Standards generell
211 ermöglichen. Wir müssen aber auch Wege finden, den alltäglichen Kontakt zwischen
212 BürgerInnen und Verwaltung über BürgerInnen-Online-Dienste und Webangebote zu
213 vereinfachen und über Open Government mehr Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Es gilt
214 darüber hinaus, die Frage zu beantworten, welche zusätzlichen Instrumente wir neben offenen
215 Standards brauchen, um die Marktmacht weniger privater AnbieterInnen zu begrenzen,
216 insbesondere in klassischen „winner-takes-all“-Märkten.

217

218 Auch innerhalb unseres Verbands wollen wir uns dieser Frage stellen und werden daher prüfen,
219 inwiefern wir eigene Dienste mit hohen Datenschutz-Standards für die Verbandsarbeit anbieten
220 können.

221

222 **Bildung für die digitale Welt**

223

224 Wir geben uns nicht der Illusion hin, gleiche Teilhabe im Netz ließe sich allein über technische
225 Maßnahmen oder die Angebotssteuerung verwirklichen. Insbesondere viele Ältere fühlen sich
226 für den Umgang mit Computern und Internet nicht ausreichend gerüstet. Angebote zur

227 Kompetenzvermittlung in der Fort- und Weiterbildung und der Erwachsenenbildung müssen
228 deshalb ausgeweitet werden. Trotz schrittweiser Angleichung in den letzten Jahren differiert die
229 NutzerInnenbasis aber nicht nur nach Alter, sondern auch nach Geschlecht, formaler Bildung
230 und sozioökonomischem Status nach wie vor erheblich. Noch eklatanter fallen die Unterschiede
231 mit Blick auf Nutzungsdauer, Nutzungsintensität und Nutzungsart aus. Aufgabe von Bildung in
232 der digitalen Welt ist es aber, allen BürgerInnen die notwendigen Kompetenzen zur souveränen
233 Nutzung digitaler Angebote und Werkzeuge zu vermitteln, unabhängig vom Elternhaus,
234 sozialem Umfeld, besuchter Schulform oder erlangtem formalen Bildungsgrad. Dies wollen wir
235 verwirklichen.

236

237 Gleichzeitig müssen wir diskutieren, wie sich die Inhalte von Bildung unter den Bedingungen
238 des digitalen Wandels verändern sollen. Stellen wir die Wissensvermittlung weiter klar in den
239 Vordergrund, oder legen wir einen verstärkten Fokus auf das Auffinden, Filtern und kritische
240 Bewerten zur Verfügung stehender Informationen? Sollen Programmiersprachen als zweite
241 Fremdsprache angeboten werden? Wie können die dafür erforderlichen Kompetenzen im
242 Rahmen der bereits bestehenden Fächer ausgestaltet und vermittelt werden? Wie integrieren
243 wir das Erlernen digitaler Kompetenzen in die bestehenden Bildungsangebote an Kindergärten,
244 Schulen, Hochschulen und in der Berufsausbildung?

245

246 Auch die Bildungslandschaft selbst steht erst am Beginn eines Digitalisierungsprozesses, der
247 politisch gestaltet werden muss. Digitalisierung kann zur Öffnung der Hochschulen beitragen.
248 Weltweit können Menschen von eLearning-Angeboten profitieren, für die die Entfernung zur
249 nächsten Hochschule zu groß ist, die aufgrund finanzieller Hürden kein Studium aufnehmen
250 können oder die zeitlichen Einschränkungen unterliegen, z.B. aufgrund von Kindererziehung
251 oder beruflichen Verpflichtungen. Aber wie verhindern wir dabei, dass die digitale Lehre zur
252 Vereinheitlichung und Standardisierung von Lehrinhalten führt und Ökonomisierungstendenzen
253 Vorschub leistet? Sollen Online-Kurse bestehende Lehrformen ersetzen, oder eine Ergänzung
254 zu Präsenzstudium und klassischen Lehrangeboten sein? Wir wollen Bildung durch den Einsatz
255 von Open Educational Resources demokratisieren und leichter zugänglich machen. Projekte zur
256 Förderung und Erstellung von Open Educational Resources sollen unterstützt werden. Dafür gilt
257 es, den notwendigen rechtlichen Rahmen zu schaffen. Investitionen in den Aufbau der
258 notwendigen digitalen Infrastruktur an Schulen und Hochschulen müssen auch finanziell
259 ermöglicht und abgesichert werden. Ebenso brauchen ErzieherInnen, LehrerInnen und
260 HochschullehrerInnen Angebote, um sich die notwendige Medienkompetenz anzueignen,
261 Fähigkeiten zu ihrer Vermittlung zu erlernen und neue pädagogische Konzepte zu nutzen, die
262 sich durch die Digitalisierung eröffnen. Auch hierfür müssen notwendige Veränderungen
263 beschrieben werden. Unter Berücksichtigung des heutigen Wissenstandes auf diesem
264 Forschungsgebiet soll ein zeitlicher Rahmen auch in die Planung der frühkindlichen Förderung
265 in Kindergärten miteinbezogen werden. Gewonnen praktische Erfahrungen sollen
266 wissenschaftlich begleitet werden und für die Zukunft eine studienbasierte Anpassung dieser
267 Medienkompetenzstärkung vorgenommen werden.

268

269 **Digitale Arbeitswelt**

270

271 Bereits heute ist in vielen Berufsfeldern ein Arbeiten ohne PC und Internetanschluss nicht mehr
272 vorstellbar. Unterschiedliche Tätigkeiten sind davon bisher unterschiedlich stark betroffen, die
273 fortschreitende Computerisierung und Automatisierung zeichnet sich jedoch in fast allen
274 Arbeitsbereichen deutlich ab. Sie bringt neue Chancen aber auch Herausforderungen mit sich,
275 auf die jungsozialistische und sozialdemokratische Politik Antworten finden muss. Homeoffice
276 und örtliche Flexibilität ermöglichen mehr Zeitsouveränität und die bessere Integration
277 beruflicher Pflichten in den Alltag und das Familienleben. Gleichzeitig befördern sie die
278 Entgrenzung der Arbeitswelt und verursachen Stress durch ständige Erreichbarkeit. Wir wollen,
279 dass ArbeitnehmerInnen die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen wahrnehmen können
280 ohne den Schutz vor Eingriffen des Arbeitgebers in ihr Privatleben zu verlieren. Es ist Aufgabe
281 von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften, hierfür gemeinsam geeignete Instrumente und
282 Maßnahmen aufzuzeigen. An ArbeitnehmerInnen werden aber auch am Arbeitsplatz neue
283 Anforderungen gestellt. Als Jusos legen wir einen Schwerpunkt auf die Frage, wie sich Aus- und
284 Weiterbildung in der digitalen Welt verändern müssen.

285

286 Mit der Digitalisierung erleben wir das Entstehen neuer Berufszweige und die Entwicklung neuer
287 Arbeitsformen. Formen der Soloselbstständigkeit und Mischung von selbstständiger Arbeit und

288 abhängiger Beschäftigung nehmen zu. Wir wollen ermöglichen, dass Berufstätige diese neuen
289 vor allem sozial abgesicherte Arbeitsformen selbstbestimmt und sozial abgesichert wahrnehmen
290 können, wenn sie das möchten. Neue Formen von Prekarität gilt es dabei, auch durch staatliche
291 Regulierung, zu vermeiden. Dafür müssen wir die politischen Voraussetzungen am Arbeitsmarkt
292 und in der Sozialversicherung schaffen. Viele ArbeitnehmerInnen entscheiden sich aber nach
293 wie vor aus guten Gründen für ein Normalarbeitsverhältnis, wenn sie die Chance dazu haben.
294 Wir müssen daher auch beantworten, wie wir klassische Arbeitsverhältnisse schützen und
295 verhindern, dass diese weiter unter Druck geraten. In einer zunehmend kleinteiligeren
296 Wirtschaft stehen wir zudem vor der Herausforderung, wie wir betriebliche Mitbestimmung und
297 Interessenvertretung außerhalb großer Unternehmen gewährleisten. Die Digitalisierung stellt
298 darüber hinaus neue Anforderungen an den Arbeitnehmerdatenschutz, denen wir auch politisch
299 gerecht werden müssen.

300

301 Neben neuen Berufsfeldern entstehen auch neue Produkte in Form von immateriellen Gütern
302 und digitalen Dienstleistungen. Auch dafür will der Rahmen politisch gestaltet werden. Den
303 Zugang zu und die Aneignung von kulturellen und anderer immaterieller Güter wollen wir über
304 angemessene Regelungen, die sich an Fair Use orientieren, absichern. Zugangsbeschränkende
305 Sonderregelungen wie das Leistungsschutzrecht für Presseverlage lehnen wir ab. Statt der
306 Stärkung von VerwerterInnen gilt es, faire Verdienstmöglichkeiten und gute Arbeit für
307 ErzeugerInnen immaterieller Werte abzusichern. Wir wollen deshalb neue Wege für das
308 Urheberrecht und die damit verbundenen Nutzungs- und Verwertungsrechte suchen, die einen
309 fairen Interessenausgleich zwischen NutzerInnen und ProduzentInnen ermöglichen und die
310 UrheberInnen gegenüber den VertreiberInnen (Verlage, Musiklabels, Filmstudios) stärken.
311 Rechtliche Regelungen, welche zur Existenzgrundlage einer überbordenden Abmahnindustrie
312 geworden sind, gilt es dagegen zu reformieren. Sie bieten keinen gesellschaftlichen Nutzen und
313 behindern Teilhabe im Netz.

314

315 **Voran, voran! Das digitale Leben gestalten.**

316

317 Wir Jusos wollen die digitale Gesellschaft frei und solidarisch gestalten. Wir wissen um die
318 enormen Chancen und wollen sie ergreifen. Schließlich nutzen viele von uns und in unserer
319 Generation bereits täglich die Möglichkeiten der digitalen Vernetzung privat, beruflich, politisch
320 und in der Bildung. Gleichzeitig verschließen wir nicht die Augen vor den bestehenden Risiken
321 und bevorstehenden Herausforderungen. Sie sind für uns ein noch größerer Ansporn, die
322 Digitalisierung politisch zu gestalten, statt einfach geschehen zu lassen. Deshalb werden wir
323 uns nach Kräften in den laufenden Programmprozess in der SPD einbringen und die benannten
324 Schwerpunkte im Verband vertiefend diskutieren.

325

326 Mit der Verbandsdebatte in Hamburg und mehreren Workshops zum Linkskongress in Erfurt
327 haben wir den Startschuss für eine weitere Vertiefung der Diskussion um die Digitalisierung bei
328 den Jusos gegeben. Im Rahmen der Zukunftswerkstätten zur Kampagne #linksleben werden wir
329 den mit der Digitalisierung verbunden Themen breiten Raum geben. Damit bieten wir allen
330 interessierten Jusos ein Forum, um die verschiedensten Aspekte der Digitalisierung und ihre
331 Auswirkungen in unterschiedlichsten Lebensbereichen intensiv zu erörtern und zu diskutieren
332 und sich gemeinsam auf die Suche nach neuen Antworten zu begeben. Mit Workshops beim
333 Sommercamp werden wir die Diskussion gemeinsam mit weiteren PartnerInnen fortsetzen. In
334 unserer Öffentlichkeitsarbeit und unseren Verbandspublikationen wird die digitale Gesellschaft
335 einer der Schwerpunkte sein. Unter anderem wollen wir mit einer Schwerpunktausgabe der
336 „Argumente“ die inhaltliche Auseinandersetzung bei den Jusos forcieren und vertiefen. In
337 unseren Perspektivprojekten stellen wir weiter Verbindungen zur Digitalisierung her und machen
338 uns an die gezielte Bearbeitung wichtiger Einzelaspekte, wo immer sich Zusammenhänge
339 zwischen den Projektschwerpunkten und den Herausforderungen der Digitalisierung ergeben.

340

341 Wir wollen das SPD-Programm für die digitale Gesellschaft wirksam mitgestalten. Deshalb
342 bringen wir unsere Perspektiven im Programmbeirat zur Digitalen Agenda ein und vertreten dort
343 die Sichtweisen und Positionen der Jusos. Veranstaltungen und andere
344 Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen des Programmprozesses wollen wir dafür nutzen, dass
345 sich so viele Jusos wie möglich in die Debatte einbringen können. Dazu wirken wir u.a. am
346 Barcamp #digitalleben intensiv mit. Mit einem thematischen Schwerpunktantrag werden wir uns
347 nach Abschluss der Diskussionen im Verband auf dem kommenden Bundeskongress für den
348 darauf folgenden Bundesparteitag positionieren, welcher das SPD-Programm für die digitale

349 Gesellschaft beschließen soll. Auch dort werden wir für jungsozialistische Positionen eintreten
350 und die Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen unserer Generation vertreten.

351

352

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

366

367

368

369

370

371

372

373

374

375

376

377

378

379

380

381

382

383

384

385

386

387

388

389

390

391

392

393

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

405

406

407

408

409

Titel Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland

Antragsteller Thüringen, Sachsen

Zur Weiterleitung an

Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland

1 Innerparteilicher Umgang mit der Alternative für Deutschland

2

3 Die Alternative für Deutschland (AfD) erlebt seit der Bundestagswahl 2013 einen ungeahnten
4 Aufstieg. Seit dem Einzug in das Europaparlament zu Beginn dieses Jahres hangelt sich die
5 Partei von Erfolg zu Erfolg und konnte sich in den Landesparlamenten in Brandenburg, Sachsen
6 und Thüringen teilweise an zweistelligen Ergebnissen berauschen. Dieser Trend macht sich
7 auch auf Bundesebene bemerkbar und zeigt wiederum, dass es sich um einen
8 ernstzunehmenden politischen Gegner handelt, der nicht einfach ignoriert werden kann.
9 Vielmehr bedarf es einer klaren Auseinandersetzung mit ebenjener.

10

11 In den Wahlprogrammen der AfD vermischen sich diskriminierende und menschenverachtende
12 Aussagen mit vermeintlich konservativen und liberalen Positionen. Keine klare Trennung gibt es
13 zwischen Parteiprogrammatik – soweit man davon schon sprechen kann – und Aussagen von
14 Spitzenfunktionär*innen. Umso schwerer ist eine eindeutige inhaltliche Auseinandersetzung.
15 Klar ist jedoch, dass Ignoranz keine adäquate Strategie im Umgang mit der AfD sein kann.
16 Gerade die SPD, die als Partei seit mehr als 150 Jahren für Werte wie Freiheit und Gleichheit
17 kämpft, braucht für den Umgang mit dieser Partei einen klaren Weg.

18

19 Rechtspopulistische Wölfe im bürgerlichen Schafspelz

20

21 Wurde die Afd anfangs vor allem durch ihren rigorosen wirtschaftspolitischen Kurs auf
22 europäischer Ebene wahrgenommen, änderte sich dies vor allem Dank der Besetzung weiterer
23 Themen. Mittlerweile wird die Partei von anerkannten Politikwissenschaftler*innen im
24 demokratischen Spektrum rechts von der CDU verortet – Die AfD ist zurzeit von massiven
25 Machtkämpfen verschiedener Interessensgruppen gezeichnet. Grob lassen sich drei Flügel
26 ausmachen: ein nationalliberal-marktextremistischer, ein nationalkonservativer sowie ein
27 neurechter-evangelikaler Flügel. Der neurechte Flügel ist seit dem Frühjahr stark im Aufwind. Er
28 ist hervorragend vernetzt mit der antifeministischen Kreisen und inhaltlich zum Teil
29 anschlussfähig in das neonazistische Milieu. Die Partei ist insgesamt von einem Eliten
30 absichernden Wohlstandschauvinismus geprägt.

31

32 Ohne Zweifel handelt es sich bei der AfD um eine Sammlung von Liberalen, Christ*innen,
33 Rechtspopulist*innen oder Ewiggestrigen. Erste Parteiaustritte, die der AfD genau dieses zu
34 lasten legen, untermauern die Vorwürfe ebenso, wie die Äußerung des stellvertretenden
35 Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel, dass es in der Tat Rechtaußen innerhalb der Partei gebe.
36 Analysen zufolge bestehe die AfD nicht nur aus ehemaligen Mitgliedern der Union, die sich
37 unzufrieden gegenüber der Sozialdemokratisierung der Partei zeigen und ihr konservatives
38 Wertverständnis verloren sehen; vielmehr scheint es auch als Sammelbecken ehemaliger
39 Mitglieder von Rechtsaußen-Parteien wie NDP, Republikaner oder der Pro-Parteien. Aber auch
40 ehemalige Mitglieder unserer Partei und anderer linker Parteien sind zur AfD gewechselt.

41

42 Hinzu kommt, dass die AfD trotz ihres scheinbar gemäßigt bürgerlichen Auftretens klar mit
43 rechten Äußerungen in der Öffentlichkeit auffällt. Sei es bei der Bekämpfung linker Positionen –

44 hier wird gerne diffamierend vom Gutmenschen gesprochen -, einer offensichtlichen
45 reaktionären Meinung zur gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft oder die Ablehnung der
46 Abtreibungsmöglichkeit für Frauen. Des Weiteren zieht die Partei eine diskriminierende Linie
47 zwischen guten und schlechten Einwanderer*innen – von der Europa-Politik ganz zu
48 schweigen.

49

50 Deutliche Unterschiede gab es zwischen den Wahlen zum deutschen Bundestag, dem
51 europäischen Parlament und den Landtagswahlkämpfen in Brandenburg, Sachsen und
52 Thüringen. Die AfD versuchte hier eine differenzierte Wähler*innenklientel zu erreichen. Mit der
53 Forderung nach Volksabstimmungen zum Bau von Moscheen, Debatten um vermeintlichen
54 Asylmissbrauch oder Ausländer*innenkriminalität wurden damit vor allem Themen
55 angesprochen, die sonst von der NPD besetzt wurden.

56

57 Allerdings – und das ist zentral – muss der Erfolg der AfD zweifelsohne anerkannt werden. Die
58 Partei schaffte es innerhalb kürzester Zeit, ein diffuses Wähler*innenbild für sich zu gewinnen.
59 Dabei geht sie ähnlich wie die NPD vor. Eine einfache binäre Weltanschauung mit klaren
60 Feind*innen und ein Schüren von Ängsten innerhalb der Bevölkerung mit eindeutigen
61 xenophoben Tendenzen.

62

63 Anders als es allerdings zunächst den Anschein macht und in den Medien zunächst dargestellt
64 wurde, ist die AfD nicht nur ein Problem der CDU. Dies lässt sich anhand der
65 Wähler*innenwanderungen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen nachzeichnen. Die nicht zu
66 unterschätzenden Zahlen sind ein Beleg dafür, dass der Erfolg der AfD alle Parteien des
67 demokratischen Spektrums betrifft. 19% der Wähler*innen, die beispielsweise mit ihrer
68 Erststimme in Thüringen eine*n Kandidat*in der Linkspartei stimmten, gaben ihre Zweitstimme
69 der AfD.

70

71 Gerade die Mischung aus Protestwähler*innentum und verfestigten rechtspopulistischen und
72 neokonservativen Einstellungen erfordert eine deutliche Auseinandersetzung mit der AfD.

73

74 **Klare Positionierung gegenüber der AfD - Von Sachsen lernen?**

75

76 Auch im Umgang mit der NPD taten sich die demokratischen Parteien lange schwer. Versuchten
77 es die Parteien nach dem relativen Erfolg der NPD auf Landes- und Kommunalebene mit
78 völliger Ignoranz, mussten sie sich eingestehen, dass ein solches Vorgehen kontraproduktiv
79 war. Angesichts dessen bildete sich im sächsischen Landtag eine Allianz des demokratischen
80 Spektrums, die es sich zum Ziel setzte, die Wähler*innenschaft der Partei ernst zu nehmen,
81 ohne die Partei aufzuwerten.

82

83 Diesen Weg sehen wir als unumgänglich an, denn insbesondere als Sozialdemokrat*innen sind
84 wir in der Verantwortung, die Ängste und Forderungen der Bevölkerung ernst zu nehmen und
85 rechtspopulistische Meinungsführer*innen als das zu demaskieren was sie sind:
86 menschenverachtende Demagog*innen.

87

88 Notwendig ist eine Mischung unterschiedlicher Maßnahmen und Aktivitäten. Deshalb fordern
89 wird:

90

91 Den Anstoß einer überparteilichen Allianz zum (parlamentarischen) Umgang mit der AfD. Dabei
92 wollen wir engagierte Initiativen und Verbände einbeziehen und auch solche Gruppen, die
93 negativ von den Äußerungen der AfD betroffen sind. Vom Erfolg der AfD profitiert keiner, am
94 wenigsten die Demokratie. Wir fordern deshalb alle Parteien auf, sich an dem Beispiel Sachsen
95 zu orientieren. Demokratie braucht keinen Populismus.

96

97 · Wir müssen konsequent auf menschenverachtende und demokratiefeindliche Äußerungen
98 hinweisen und im konsequenten Widerspruch dazu stehen. Banalisierung oder „Totschweigen“
99 sind keine adäquate Strategie im Umgang mit der AfD.

100

101 · Wir müssen aufklären sowie Forderungen und Parolen der AfD decodieren und die
102 rassistischen und sozialdarwinistischen Implikationen deutlich machen.

103

104 · Wir müssen die Sorgen und Ängste der Bürger*innen, die sich von der AfD angesprochen

105 fühlen, ernst nehmen, rechte Parolen dadurch aber nicht salonfähig machen, sondern neue
106 Lösungen aufzeigen. Wir brauchen eine konsequente Abgrenzung zu rechtspopulistischen
107 Forderungen.

108

109 Wir SozialistInnen müssen flächendeckend präsent sein, gerade dort, wo Menschen besonders
110 vom Abbau sozialstaatlicher Leistungen und von ökonomischer sowie sozialer Ausgrenzung
111 betroffen sind. Wir wollen Aktionen zur Förderung von Toleranz und demokratischem
112 Engagement unterstützen. Gerade in einigen ostdeutschen Bundesländern ist die SPD nach wie
113 vor nicht ausreichend etabliert.

114

115 · Die AfD nicht aufwerten. Die AfD lebt derzeit von ihrer Opferrolle, in der sie sich wie auch
116 die NPD wohlfühlt. Sie vermittelt ihren Wähler*innen, dass die etablierten Parteien sich nicht
117 mehr für die einfachen Probleme interessieren, sondern lediglich eigenen Interessen
118 nachgingen. Sie lässt außen vor, dass Politik ein komplexes System ist, das auch unpopuläre
119 Entscheidungen nach sich zieht. Widerlegen wir dieses einfache Bild der Politik. Die AfD muss
120 nun selbst Farbe bekennen und durch ihre Parlamentszugehörigkeit am politischen Betrieb
121 teilnehmen. Nehmen wir das als Chance sie inhaltlich zu demaskieren - für ein tolerantes und
122 weltoffenes Deutschland.

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden

Antragsteller Bayern

Zur Weiterleitung an SPD Bundesparteitag

Ausgewogene Ausführung von SPD-Mitgliederentscheiden

- 1 Mit dem Mitgliederentscheid zu dem Koalitionsvertrag mit der CDU /CSU hat die SPD erstmals
- 2 in der Geschichte das Votum der SPD-Basis über eine Regierungsbeteiligung eingeholt. Im
- 3 Rahmen dieses Mitgliederentscheids kam es zu regen Diskussionsprozessen. Dieser
- 4 Mitgliederentscheid kann somit durchaus als ein Gewinn für die innerparteiliche Demokratie und
- 5 für die Beteiligung der Basis gesehen werden.
- 6 Doch neben diesen positiven Aspekten gibt es auch einiges scharf zu kritisieren. So wurde vom
- 7 SPD-Parteivorstand eine massive parteiinterne Kampagne für die Zustimmung zur Großen
- 8 Koalition gefahren. Eine ausgewogene Darstellung des Für und Wider war nicht im geringstem
- 9 vorhanden. Tagtäglich wurde vom Parteivorstand E-Mails an die Mitglieder mit den
- 10 vermeintlichen Vorzügen des Koalitionsvertrages gesendet. In der Vorwärts-Ausgabe mit dem
- 11 Abdruck des Koalitionsvertrags fand man nur einseitige Artikel, die für die Zustimmung zur
- 12 Großen Koalition warben. Auf den Regionalkonferenzen gab es nur Redebeiträge auf dem
- 13 Podium von Parteivertreter*innen, die für den Koalitionsvertrag sich aussprachen. Des
- 14 Weiteren wurde eine ganzseitige Anzeige des SPD-Parteivorstands in der konservativen
- 15 Springer-Presse geschaltet. Höhepunkt dieser Kampagne war, dass mit den
- 16 Abstimmungsunterlagen nochmals ein Werbeschreiben des Parteivorstandes beigelegt wurde,
- 17 dass für ein „Ja“ zum Mitgliederentscheid warb. Somit wurde mit der ganzen Wucht des
- 18 Parteiapparates Stimmung für die Große Koalition gemacht. Kritische Stimmen konnte man auf
- 19 den offiziellen Kanälen der Partei vergeblich suchen.
- 20 Ein Mitgliederentscheid sollte jedoch eine Möglichkeit der Willensbildung der Mitglieder an der
- 21 Basis sein, die jedem Mitglied ermöglicht für sich die Für und Wider einer Zustimmung oder
- 22 Ablehnung abzuwägen. Dafür jedoch muss den Mitgliedern möglich sein innerhalb der Partei
- 23 eine offene Diskussion zu führen. Bei diesem Mitgliederentscheid war diese, wie gezeigt,
- 24 aufgrund der Einseitigkeit nicht möglich und es gab nur die offizielle Linie der Parteiführung.
- 25 Daher bedarf es für künftige Mitgliederentscheide klare Regeln, die garantieren, dass neben der
- 26 Linie des Parteivorstandes auch eine alternative Meinung ebenfalls in gleicher Weise ihre
- 27 Inhalte den Mitgliedern zugänglich gemacht werden.
- 28 Daher fordern wir, dass für eine ausgewogene Durchführung und Diskussion des
- 29 Mitgliederentscheides folgende verbindliche Regeln zu gelten zu haben:
- 30
- 31 1. Der Versand von Informationsmaterialien, sei es per Mail oder Brief, erfolgt über die
- 32 hauptamtlichen Einrichtungen der SPD. Hierbei ist eine ausgewogene Darstellung, also gleicher
- 33 Anteil für die Pro- und Kontra-Seite, einzuhalten.
- 34
- 35 2. Im Vorwärts sind während eines Mitgliederentscheids gleichen Raum für Artikel der beiden
- 36 Seiten einzuräumen
- 37
- 38 3. Auf den Regional- und örtlichen Konferenz sollen Befürworter*innen und Gegner*innen auf
- 39 dem Podium in gleichen Teilen mit gleichen Redeanteilen vertreten sein. Die weiteren
- 40 Redebeiträge sollen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden.
- 41
- 42 4. Bezahlte oder gespendete Werbung, die einseitig Position zu Gunsten einer Seite bezieht,
- 43 jenseits der Parteimedien ist nicht zulässig.

44

45 5. Bei der Verschickung der Abstimmungsunterlagen darf keine Empfehlung für ein
46 Abstimmungsverhalten enthalten sein. Die Unterlagen und ein etwaiges Begleitschreiben
47 müssen neutral gehalten sein.

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Jeder Menschen braucht mindestens einmal im Leben eine Hebamme – Sorgen wir dafür, dass es diese Hebammen auch weiterhin gibt!

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress

Jeder Menschen braucht mindestens einmal im Leben eine Hebamme – Sorgen wir dafür, dass es diese Hebammen auch weiterhin gibt!

- 1 Frauen haben ein Recht auf die freie Wahl des Geburtsortes. Das geht aber nicht ohne
- 2 freiberufliche Hebammen.
- 3
- 4 Mit ihrer Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Schwangerschaftsvorsorge. Sie sind aber
- 5 vor allem bei der Betreuung im Wochenbett und bei Rückbildungskursen für die Mütter da. Und
- 6 das in vielen Fällen freiberuflich neben ihrer Anstellung in Krankenhäusern. Das dürften sie bald
- 7 nicht mehr. Die Zukunft der Hebammen ist gefährdet. Die Beiträge zur Versicherung sind schon
- 8 jetzt kaum noch zu bezahlen. Und diese Versicherung wird in Zukunft nicht mehr angeboten.
- 9 Eine kleine Berufsgruppe, die es schon seit Jahrhunderten gibt bangt um ihre Existenz. Und die
- 10 Solidaritätsbekundungen wirken angesichts der vorgelegten Pläne wie hohle Phrasen.
- 11
- 12 Die Hebammen brauchen unsere Unterstützung. Helfen wir Ihnen, ihre Forderungen
- 13 durchzusetzen.
- 14
- 15 **Forderungen**
- 16
- 17 - Um die Probleme der Hebammen langfristig zu lösen und ihren Berufsstand zu sichern
- 18 müssen wir die Geburtshilfe zur öffentlichen Daseinsvorsorge zählen.
- 19
- 20 - Wir brauchen einen aus Steuermitteln, aus reduzierten Versicherungsbeiträgen der
- 21 Hebammen und aus Geldern der Krankenkassen finanzierten Fond für die berufliche
- 22 Haftpflichtversicherung der Hebammen, der ab Sommer 2016 private Versicherungsträger
- 23 ersetzt. Hierzu soll eine Haftpflichtversicherung geschaffen werden, welche eine Haftobergrenze
- 24 definiert. Darüber hinausgehende Schäden sollen durch einen staatlichen Haftungsfond
- 25 beglichen werden. Diese Maßnahme würde eine Prämienspirale nach oben durchbrechen. Das
- 26 aktuelle Umlagesystem der Haftpflichtkosten ist an Leistungspositionen geknüpft, d.h. die
- 27 Kosten werden pauschal pro Geburt umgelegt. Infolgedessen erhalten Hebammen, die weniger
- 28 Frauen entbinden als der Durchschnitt, keine ausreichende Kompensierung. Deshalb fordern
- 29 wir eine gesetzliche Grundlage für ein Umlagesystem der Haftpflichtkosten außerhalb der
- 30 Leistungspositionen.
- 31
- 32 - Beim sogenannten Regressverzicht ist die Hebammen nicht mehr für Zahlungen der
- 33 Renten- und Pflegeversicherung verantwortlich, wenn ihnen ein folgenschwerer Fehler
- 34 unterläuft; es sei denn sie handelt grob fahrlässig. Im Hinblick auf andere Berufsgruppen sehen
- 35 wir das kritisch und fordern stattdessen eine genauere Überprüfung der
- 36 Schadensersatzforderungen auf ihre Rechtmäßigkeit, Höhe und Verantwortlichkeit.
- 37
- 38 - Wir brauchen Maßnahmen zur Sicherstellung der Hebammen-Versorgungen im ländlichen
- 39 Raum (zum Beispiel finanzielle Anreize) und für einen erleichterten Berufseinstieg für junge,
- 40 freiberufliche Hebammen.
- 41

42 - Außerdem brauchen die Hebammen eine deutliche Verbesserung ihrer Vergütung. Egal
43 ob viele oder wenige Geburten, die sie begleiten; Hebammen mit Geburten, die sie abbrechen
44 und ins Krankenhaus begleiten müssen, sollen von ihrer Arbeit leben können. Hier wollen wir
45 eine deutliche Erhöhung von Pauschalen für Geburten selbst sowie ausreichende Erstattung
46 von Material, angemessene Zuschläge für Dienstleistungen wie 24h-Rufbereitschaft und einen
47 besseren Stundenlohn für alle Vor- und Nachsorgeleistungen.
48 Neben Vor-, Nachbereitung und Durchführung der Geburt übernehmen Hebammen auch eine
49 wichtige Rolle bei der Übermittlung von Wissen rund um die Erziehung von Babys. Da sich
50 ersteres an die Mutter richtet, wird leider auch das Wissen häufig in erster Line an die Mütter
51 vermittelt. Das drängt die Mutter schon von Anfang an in die Rolle der hauptverantwortlichen
52 Kindererzieherin. Wir Jusos sehen dieses Automatismus sehr kritisch und fordern alle
53 Hebammen auf, klar zu unterscheiden zwischen geburtsrelevanten Dingen und
54 erziehungsrelevanten Dingen. Erziehungsrelevante Dinge müssen sich gleichermaßen an alle
55 gesetzlichen Eltern richten, damit niemand aufgrund seines Geschlechts (bzw. der Rolle bei der
56 Zeugung) in eine spezifische Rolle gedrängt wird.

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Titel Für eine progressive Drogenpolitik

Antragsteller Bremen

Zur Weiterleitung an

Für eine progressive Drogenpolitik

1 Die Prohibition von Drogen ist gescheitert. Der illegale Konsum entzieht sich staatlicher,
2 medizinischer und sozialer Kontrolle. Anstatt KonsumentInnen von Drogen ein selbstbestimmtes
3 Leben mit gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen, werden diese kriminalisiert und werden
4 durch Verelendung der Betroffenen aufgrund der die entstehenden hohen Kosten zur
5 Beschaffung des Suchtstoffes an den sozialen Rand unserer Gesellschaft gedrängt. Durch eine
6 Legalisierung sinkt die Armutsgefahr durch Abhängigkeit und die Anzahl von Eigentumsdelikten
7 durch Beschaffungskriminalität. Auch wird der Schwarzmarkt zu großen Teilen trockengelegt
8 und der organisierten Kriminalität eine beträchtliche Einnahmequelle genommen. Von daher
9 fordern wir Jusos die Legalisierung sämtlicher Drogen.

10

11 Dabei muss insbesondere Cannabis frei zu erhalten sein. Der Verkauf muss jedoch staatlich
12 kontrolliert werden. Verkaufsbeschränkungen, wie eine Altersbeschränkung sollten beachtet
13 werden.

14

15 Die Freigabe weiterer Drogen muss ebenfalls staatlich kontrolliert erfolgen. Hierbei müssen
16 jedoch zunächst weitergehende Regulierungen als bei Cannabis zur Abgabe eingeführt werden.
17 Zur Umsetzung einer Legalisierung gibt es viele Konzepte, ein fertiges Konzept, wie eine
18 Legalisierung im Einzelnen umgesetzt werden kann, muss im Rahmen der Erstellung der
19 rechtlichen Grundlagen erfolgen. Eine wissenschaftliche Begleitung für die Erstellung eines
20 Konzeptes sowie der Umsetzung ist dabei unerlässlich. Insbesondere können hier Konzepte mit
21 Apotheken –oder rezeptpflichtige Abgaben in Betracht gezogen werden.

22

23 Zentrale Bestandteile einer angemessenen Drogenpolitik sind außerdem Aufklärung und
24 Prävention. Aus diesem Grund gilt es das Therapie- und Drogenberatungssystem auszubauen.
25 Denn nur ein finanziell solides System ist im Stande, effektiv und nachhaltig Suchterkrankten zu
26 helfen, Menschen vollumfassend über Drogen aufzuklären und ein kritisches Konsummuster
27 bereits frühzeitig vorzubeugen. Um die finanzielle Grundlage dafür zu schaffen, wollen wir
28 zweckgebundene Steuern auf alle staatlich veräußerten Drogen-Produkte erheben. So ist zu
29 gewährleisten, dass Aufklärungs- und Therapieangebote fortlaufend finanziert werden können.
30 Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass die Steuern keinen Profit erbringen, sondern lediglich
31 kostendeckend sind.

32

33 Der Bundesvorstand wird beauftragt im kommenden Jahr den Rahmen für die Erarbeitung eines
34 geeigneten Konzepts zu schaffen und dessen Erstellung zu begleiten.

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Drug-Checking muss straffrei werden. Für einen neuen Weg in der Drogenpolitik

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteikonvent, SPD Bundestagsfraktion

Drug-Checking muss straffrei werden. Für einen neuen Weg in der Drogenpolitik

1 Der Juso Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Wir fordern die Einführung und staatliche Förderung von Drug-Checking Angeboten in Städten,
4 Suchthilfeeinrichtungen, Diskotheken und auf Veranstaltungen wie Festivals, Open-Airs etc. in
5 Verbindung mit einem Umfassenden niedrigschwelligen Beratungsangebot und der
6 wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung dieser Projekte (Monitoring).

7

8 Wir fordern die Entkriminalisierung akzeptierender Drogenarbeit durch die Änderung des BtmG
9 § 29 sowie auf Länderebene die Zulassung von Drug-Checking durch Duldung der zuständigen
10 Staatsanwaltschaften oder betäubungsrechtliche Ausnahmeregelung durch das Bundesamt für
11 Arzneimittel u. Medizinprodukte um Apotheken Tests durchführen zu lassen, die keine Erlaubnis
12 nach BtMG benötigen.

13

14 Durch Akzeptanz, Niedrigschwelligkeit der Beratungsangebote und Suchtbegleitung soll ein
15 neuer Weg in der Drogenpolitik gegangen werden, der die Sicherung der Gesundheit der
16 Konsumenten und die Förderung der Drogenmündigkeit und die Entkriminalisierung der
17 Konsumenten im Fokus hat.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

Titel Ziele, Strukturen und Transformationen für eine sozialistische Energiewende

Antragsteller Perspektivprojekt „Transformation der Wirtschaftsweise“ über Juso-Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Ziele, Strukturen und Transformationen für eine sozialistische Energiewende

1 Die Energiewende ist ein zivilisatorisches Jahrhundertprojekt. Unser Anspruch ist ein kompletter
2 Wandel vom nuklear-fossilen in ein erneuerbares Energiezeitalter. Dieser Wandel ist eine
3 gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Unser Ziel bleibt, die Energieversorgung als zentraler Teil der
4 öffentliche Daseinsvorsorge wieder in staatliche Kontrolle zu überführen. Dabei wollen wir
5 Möglichkeiten erhalten, dass bei der Stromgewinnung auch Genossenschaften, Privathaushalte
6 und beschränkt auch kleinere Privatunternehmen eingebunden werden. Die Energiewende
7 bietet daher die Chance für eine Transformation unserer Wirtschaftsweise.

8
9 Für uns ist klar: Energiewende ist mehr als Stromversorgung. Wir wollen eine ganzheitliche
10 Energiewende, die alle Sektoren von Strom, über Wärme und Verkehr bis hin zur notwendigen
11 Infrastruktur in den Fokus nimmt und zusammendenkt. Dabei ist der Zugang zu Energie in allen
12 Bereichen auch eine soziale Frage: Wir wollen bezahlbare Energie und Mobilität für alle
13 Menschen. Klassenunterschiede dürfen durch die Energiewende und die Auswirkungen der
14 Klimaveränderungen nicht weiter verschärft werden.

15
16 Die Folgen des Klimawandels und die Verknappung von Ressourcen machen die Energiewende
17 zu einer politischen Notwendigkeit um Menschen und Tiere vor unabsehbaren Folgen zu
18 schützen. Dabei sind Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch: Wenn wir beides zusammen
19 denken, können wir langfristig das Klima schützen, intakte Ökosysteme sichern und
20 Produktions- und Industriestandorte erhalten und ausbauen.

21
22 *Um dies zu erreichen, wollen wir:*

- 23
- 24 • *deutschlandweit eine 50 prozentige Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis zum*
25 *Jahr 2020.*
 - 26 • *deutschlandweit eine 100 prozentige Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis*
27 *zum Jahr 2035.*
 - 28 • *weltweit eine 100 prozentige Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr*
29 *2050.*
 - 30 • *den deutschlandweiten Gebäudebestand bis 2050 nahezu klimaneutral ertüchtigen –*
31 *unter Beachtung der Auswirkungen auf die Mieten und den Neubau von Wohnungen –*
32 *und dafür die Sanierungsquote der energetischen Erneuerung deutlich (min.*
33 *2,5%/jährlich) erhöhen.*
 - 34 • *Güterverkehr durch lokale Produktionskreisläufe möglichst vermeiden, den Anteil des*
35 *Güterverkehrs auf der Schiene am Gesamtgüterverkehr bis 2050 verdoppeln und den*
36 *Gütertransport auf Binnenschiffen um 20 Prozent steigern.*
 - 37 • *die Emissionen von Treibhausgasen in Industrieländern um 80-95% bis 2050 senken.*

38
39
40
41 **Notwendigkeiten für eine ganzheitliche Energiewende**

42

43 Die Energiewende ist eine ökonomische und ökologische Notwendigkeit. Der vom Mensch
44 verursachte Klimawandel wird in vielen Regionen der Erde zu einer Verknappung von
45 Nahrungsmitteln und Wasser führen, die Ausbreitung von Seuchen und lebensgefährlichen
46 Krankheiten ermöglichen und bei weiter steigenden Meeresspiegel zu noch nie dagewesenen
47 Flüchtlingsbewegungen führen. Wichtige Ökosysteme für Tiere und Pflanzen stehen vor einem
48 Wandel, der nicht nur zum Aussterben vieler Tierarten führen kann, sondern auch die
49 Photosynthese von Kohlenstoffdioxid zu Sauerstoff einschränkt.

50

51 Gerade beim Klimawandel ist nationalstaatliches Denken dringend zu überwinden. Wir
52 bekennen uns zu dem Anspruch einer internationalistischen Klimapolitik. Das Kyoto-Protokoll
53 von 1997 hat wichtige Impulse und Instrumente für den weltweiten Klimaschutz aufgezeigt. Wir
54 fordern einen ambitionierten und weitreichenden Nachfolgevertrag bei der UN-Klimakonferenz
55 2015 in Paris. Dieser neuen Klimarahmenkonvention, die 2020 nach Ablauf des Kyoto-
56 Protokolls in Kraft treten wird, müssen sich alle 194 Mitgliedsstaaten anschließen. Klimaschutz
57 ist für uns dabei auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Um diese zu gewährleisten muss die
58 neue Konvention der Tatsache Rechnung tragen, dass die Staaten des globalen Nordens einen
59 Großteil der Emissionen verursacht haben, während die Länder des globalen Südens, die
60 bereits jetzt unter den Folgen der globalen Erwärmung leiden, am wenigsten dafür
61 verantwortlich sind.

62

63 Die Last der Verantwortung liegt vor allem auf den Industrieländern. Wir stehen zu dem Prinzip
64 gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortung, die das Handeln einzelner Ländern
65 nach ihren Fähigkeiten differenziert. Im Gegensatz zu den Industrieländern muss es den
66 Entwicklungs- und Schwellenländern zustehen zunächst die Grundbedürfnisse der Bevölkerung
67 zu erfüllen. Dabei müssen gewisse Emissionen in Kauf genommen werden. Dass dies auf einen
68 möglichst emissionsarmen Weg passiert, erfordert die volle finanzielle und technologische
69 Unterstützung der Industrieländer. Ein gerechtes Abkommen muss die Industrieländer in die
70 Pflicht nehmen, neben diesen finanziellen und technologischen Transferleistungen auch für eine
71 Unterstützung zur Anpassung an die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels zu
72 sorgen.

73

74 *Ziel jedes Abkommens muss es letztendlich sein, die Erderwärmung auf maximal 2°C*
75 *gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen.*

76

77 Dieses Zwei-Grad-Ziel ist dabei keine politische Standortbestimmung. Werden diese 2°C
78 überschritten, drohen katastrophale, unbeherrschbare Folgen für die gesamte Weltbevölkerung.
79 Die Zahl der Menschen, die von Trinkwasserknappheit betroffen sind, würde von derzeit ca.
80 300 Millionen auf 1-3 Milliarden ansteigen. Ungefähr der Hälfte der Menschheit würde ein
81 Mangel an sauberem Wasser drohen, während das Verbreitungsrisiko für Krankheiten
82 dramatisch ansteigen würde. Es ist davon auszugehen, dass ca. 150 -350 Millionen Menschen
83 dem ständigen Risiko von Malaria ausgesetzt sein würden.

84

85 Insbesondere fehlendes Trinkwasser und fehlende Nahrungsmittel stellen, zusätzlich zu
86 Flüchtlingsbewegungen durch einen Anstieg der Weltmeere, für die Zukunft die größte Gefahr
87 für gewaltsame Konflikte, Krisen und Kriege dar. Da die derzeitige Erderwärmung seit Beginn
88 der Industrialisierung (ca. 1850) um ca. 0,9° angestiegen ist und mit einem exponentiellen
89 weiteren Anstieg zu rechnen ist, bedarf es sofortigen Handelns.

90

91 *Wir wollen die Emission von Treibhausgasen in den Industrieländern bis 2050 um bis zu 80-*
92 *95% reduzieren. Weltweit muss die Treibhausgasemission um 50% gesenkt werden.*

93

94 Die grundsätzliche Notwendigkeit, für die Reduzierung des Klimawandels eine weltweite
95 Vereinbarung zu finden bedeutet aber nicht, dass nationalstaatliches Handeln oder Handeln
96 innerhalb regionaler Organisationen wie der EU unterbleiben sollte. Zumindest bis eine
97 weltweite Vereinbarung gefunden ist muss dezentral gehandelt werden. Auch deshalb ist die
98 Energiewende in Deutschland und möglichst auch in der EU für uns ein zentrales Projekt. Eine
99 Umsetzung kann nicht auf supranationale Vereinbarungen warten.

100

101 Die Energiewende ist auch zwingend notwendig, weil Rohstoffe, insbesondere Öl, zunehmend
102 knapp werden. Diese für die Energiegewinnung zu verfeuern vernichtet Werte, die für andere

103 Zwecke sinnvoller eingesetzt werden können. Daher ist es zwingend, den Rohstoffverbrauch für
104 die Energiegewinnung drastisch zu reduzieren, auch um eine dramatische Verteuerung bei den
105 Rohstoffen zu verhindern. Erneuerte Verfahren zur Rohstoffgewinnung wie die Nutzung von
106 Ölsänden oder chemisches Fracking zur Gewinnung von Erdgas sind mit erheblichen
107 Umweltrisiken verbunden und dürfen daher nicht verwendet werden, um die Verfügbarkeit der
108 Rohstoffe zu verlängern. Eine frühzeitige Umstellung auf eine ressourcenschonende
109 Energiegewinnung, Produktion und Nutzung wird Arbeitsplätze und Industriestandorte sichern.
110 Eine politische Aufgabe ist es daher, Bewusstsein für Einsparmöglichkeiten und Anreize für
111 Veränderungen im Energiekonsumverhalten zu schaffen. Unser Verständnis von Energiewende
112 verfolgt dient jedoch nicht einseitig dem Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.
113 Die Energiewende ist und bleibt ganzheitliches Leuchtturmprojekt für den sozial-ökologischen
114 Umbau der Gesellschaft, das soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und
115 wirtschaftliche Entwicklung verbindet. Gute Arbeit in der Region, Verteilung des Wohlstands
116 durch den Dezentralisierungsaspekt und die Schaffung nachhaltigen Wachstums sind nicht
117 Nebeneffekte der Energiewende, sondern müssen gerade in Abgrenzung zur Partei "Die
118 Grünen" oberstes Ziel einer sozialdemokratischen Energiewende sein. Der Umbau unserer
119 Volkswirtschaft hin zu einer Ökonomie, die gemeinwohlorientiert und im Interesse der
120 Gesamtgesellschaft unter Rücksichtnahme auf künftige Generationen produziert sind Ziele die
121 durch eine dezentralisierte Energiewende nach dem Vorbild Hermann Scheers erreicht werden
122 können.

123

124 *Der Erfolg der Energiewende hängt maßgeblich von einer gerechten Verteilung des*
125 *ökonomischen Wachstums und finanzieller Einsparpotentiale ab. Die Rahmenbedingungen und*
126 *Handlungskorridore müssen so geschaffen sein, dass staatliche und genossInnen- schaftliche*
127 *Akteure von der Transformation des Energiesektors profitieren. Die Energiewende darf nicht zu*
128 *weiterer Kapitalakkumulation für einzelne oligopol-agierende StromproduzentInnen und -*
129 *anbieterInnen führen.*

130

131 Neben der technischen Umsetzung der Energiewende bedarf es auch einem soziokulturellen
132 Paradigmenwechsel im Umgang. Fortschritt gelingt ausschließlich durch innovative Ideen, neue
133 Technologien und ausgiebige Forschung. Diese ist für die Energiewende von besonderer
134 Bedeutung und muss deshalb von Bund und Ländern unterstützt werden. Neben der
135 Grundlagenforschung müssen Innovationen der Industrie und den Endverbraucherinnen und
136 Endverbraucher nutzbar gemacht werden. Denn ohne Forschung keine Zukunft. Und keine
137 Forschung ohne die praktische Anwendung der Ergebnisse. Für uns ist klar, dass es einer
138 intensiven Auseinandersetzung im Bildungs- und Forschungsbereich bedarf. In der Jugend- und
139 Erwachsenenbildung soll das Thema Energie als Querschnittsthema behandelt werden. Im
140 Bildungsbereich stehen für uns vor allem das Wissen um den sparsamen Umgang mit Energie,
141 der Ressourcenschonung und der drohenden Folgen im Vordergrund. Wir unterstützen dabei
142 auch autarke Projekte, wie sie beispielsweise durch die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige
143 Entwicklung“ in den vergangenen Jahren schon angestoßen wurden.

144

145 Die stark wachsenden Studierendenzahlen in energietechnischen und –wirtschaftlichen
146 Studiengängen zeigen zudem, dass bereits heute großes Interesse an diesem Thema besteht
147 und vielerorts intensive Forschung betrieben wird. Diese gilt es weiter zu fördern und die
148 Kapazitäten auszubauen. Im Fokus sollen dabei vor allem Speichertechnologien, effiziente
149 Energiegewinnung auf regenerativer Grundlage, sowie sämtliche Bereiche liegen, die eine
150 energie- und ressourcenschonende Gestaltung der Wirtschaft und der beruflichen und privaten
151 Lebensführung ermöglichen.

152

153 Die Energiewende bewegt sich in Spannungslinien und Zielkonflikten, die nicht ignoriert werden
154 dürfen. Dazu gehört z.B., dass nicht jede Maßnahme, mit der Individuen ihren eigenen
155 Energiesaldo minimieren, auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist: So stehen sorgen z.B.
156 Passivhaussiedlungen unter Umständen zu einem insgesamt höheren Energieverbrauch als
157 eine Siedlung knapp über Passivhausstandard, bei der die benötigte restliche Energie durch ein
158 gemeinsames Blockheizkraftwerk mit Nahwärmeversorgung gewonnen wird. Eine extrem
159 dezentrale Stromproduktion z.B. durch Photovoltaikanlagen sorgt für hohen Steuerungsbedarf
160 in den Stromverteilnetzen und damit auch zu erheblichen Kosten und teilweise auch
161 Energieverlusten, die am Ende sogar zu einem höheren Energieverbrauch führen können.

162

163 Auch die soziale Dimension gilt es zu berücksichtigen: Steigende Energiepreise haben eine

164 negative Verteilungswirkung; ähnliches gilt, wenn durch energetische Optimierung zwar der
165 Energieverbrauch von Häusern gesenkt wird, die zusätzlichen Investitionskosten aber auf die
166 Miete umgelegt werden können (und teilweise auch müssen), was ebenfalls
167 Einkommensschwächere benachteiligt.

168

169 Und nicht zuletzt steht energetische Optimierung von Siedlungen auch im Widerspruch zu
170 anderen städtebaulichen Zielen: Eine strikte Ausrichtung von Gebäuden auf die Sonne, die
171 strikte Vorgaben mit Blick auf die Gebäudehöhen und Dachformen, der Verzicht auf hohe
172 Bäume etc. können zu wenig lebenswerten baulichen Monostrukturen führen.

173

174 Die Energiewende muss mit diesen und weiteren Zielkonflikten umgehen. Zielsetzung muss es
175 dabei sein, die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf regenerative Energiequellen
176 und die dafür sinnvolle Energieeinsparung so auszugestalten, dass negative Folgewirkungen
177 vermieden werden. Das kann auch an einigen Stellen Abstriche z.B. bei den Zielsetzungen der
178 Energieeinsparung bedeuten.

179

180 Zusätzlich bietet die Veränderung des Energiesektors die Möglichkeit diesen Wirtschaftsbereich
181 geschlechtergerecht umzuwandeln. In den meisten Industrieländern liegt der Frauenanteil in der
182 traditionellen Energiewirtschaft bei etwa 20% aller Beschäftigten, wobei ihr Anteil in
183 Managementpositionen unter 5% liegt. Wir wollen daher u.a. dafür Sorge tragen, dass in den
184 Vorständen, Aufsichtsräten und auch Belegschaften von Energieunternehmen, Stadtwerken und
185 Genossenschaften Frauen und Männer gleich vertreten sind.

186

187 Auch aufgrund der Einkommensunterschiede von Frauen und Männern kann das
188 gesellschaftliche Geschlechterverhältnis Folgen für die möglichen Beiträge von Frauen und
189 Männern zu einer nachhaltigen und erneuerbaren Energieversorgung haben. Dies bedeutet
190 besonders, dass bei finanziellen Instrumenten die unterschiedliche Verfügbarkeit von Geld
191 berücksichtigt werden muss. Die Forderung nach bezahlbarer und ökologischer Energie für alle
192 ist daher nicht nur eine Forderung sozialer Gerechtigkeit, sondern für uns auch eine
193 feministische Positionierung.

194

195 **Das EEG: Eine Weiterentwicklung ist nötig**

196

197 Unser Ziel, die Energieversorgung wieder in staatliche Verantwortung zu überführen hat eine
198 langfristige Perspektive. Da die Liberalisierung des Energiesektors EU-Recht ist, wird es lange
199 brauchen, eine Veränderung herbeizuführen. Die kurzfristige Umsetzungsstrategie der
200 Energiewende muss daher die privatwirtschaftliche Organisation des Energiebereichs
201 akzeptieren. Dabei wollen wir sie aber gleichzeitig so ausgestalten, dass bestehende Oligopole
202 beseitigt werden und die Entwicklung des Energiemarktes einer künftigen Verstaatlichung nicht
203 im Wege steht. Dazu setzen wir insbesondere auf Stadtwerke und Genossenschaften.

204

205 Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Einstieg in die Transformation der
206 Energielandschaft in Deutschland ermöglicht. Es löste im Jahr 2000 das
207 Stromeinspeisungsgesetz ab und garantierte erstmalig verlässliche planerische
208 Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb von Erneuerbaren-Energien-Anlagen. Diese
209 Planungssicherheit fußte auf zwei Bestandteilen: zum einen auf der festen Einspeisevergütung
210 für einen festgelegten Zeitraum, sowie kalkulierbarer Degression und zum anderen auf der
211 Abnahmegarantie, der vorrangigen Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien. Durch
212 dieses Anreizsystem wurden MarktteilnehmerInnen dazu motiviert, in erhöhtem Maße in
213 erneuerbare Energien zu investieren, wodurch privates Kapital mobilisiert und an den oligopolen
214 Verhältnissen im deutschen Energiesektor gerüttelt wurde.

215

216 Dies führte zu einer steigenden Nachfrage an Technologien, welche Strom aus
217 erneuerbaren Energien produzierten, als auch in Folge der steigenden Nachfrage zu
218 technischen Weiterentwicklungen und Effizienzsteigerungen der energieproduzierenden
219 Anlagen.

220

221 Wir begrüßen die Intention, energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb von
222 der EEG-Umlage zu befreien. Diese Entwicklung bildete die Grundlage für den massiven
223 Ausbau der Erneuerbaren-Energien-Kapazitäten und das wirtschaftliche Wachstum der
224 Branche, deren Unternehmen im Jahr 2000 noch 100.000 Angestellte beschäftigten und diese

225 MitarbeiterInnenzahl bis zum Jahr 2011 auf über 380.000 stiegen. In Folge politischer
226 Entscheidungen der früheren schwarz-gelben Bundesregierung, aber auch durch
227 unternehmerische Fehlentscheidungen insbesondere in der Solarbranche sank die Zahl der
228 Arbeitsplätze bis 2013 auf 371.400.

229

230 Infolge des starken Ausbaus haben die Erneuerbaren Energien mittlerweile einen Marktanteil
231 erreicht, der die Marktstrukturen stark verändert hat und die technische Leistungsfähigkeit der
232 bestehenden Stromversorgung ausreizt. Daher war es notwendig, den bisher weitgehend
233 unregelmäßigen Ausbau erneuerbarer Energien stärker auf die Marktintegration zu orientieren und
234 insbesondere Anreize dafür zu setzen, Investitionsentscheidungen unter Beachtung technischer
235 Restriktionen zu treffen. Gleichzeitig muss es auch eine Veränderung der Funktionsweise des
236 Strommarktes geben, der diese Anreize ebenfalls setzen muss.

237

238

239

240 Spätestens bei einer Stromerzeugung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien funktioniert
241 das Grenzkostenmodell des bestehenden Strommarktes nicht mehr; schon jetzt setzt es die
242 falschen Investitionsanreize. Die meisten EE-Anlagen weisen Grenzkosten von Null oder nahe
243 Null auf. Sie führen dadurch derzeit zu einem sinkenden und perspektivisch zu einem
244 Großhandelsstrompreis von Null. Investitionskosten sind dann nicht mehr refinanzierbar. Dieses
245 Problem stellt sich durch die stark gesunkenen Großhandelspreise bereits heute beim
246 bevorstehenden Erneuerungsprozess des deutschen Kraftwerksparks, wo nicht in die für eine
247 künftige regenerative Stromerzeugung verwendbaren Gaskraftwerke (power-to-gas, schnelle
248 An- und Abfahrbarkeit) investiert wird, sondern in unflexible und kaum auf erneuerbare
249 Energien umzurüstende Kohlekraftwerke. Hinzu kommt, dass Standortentscheidungen nicht nach
250 Notwendigkeiten im Stromnetz und Nähe zum Stromverbrauch, sondern fast ausschließlich
251 nach Brennstoffverfügbarkeit und -transportkosten getroffen wird.

252

253

254

255 Diese Entwicklungen treiben gemeinsam mit einer zu geringen Degression der Vergütungssätze
256 die Strompreise für private Haushalte und teilweise auch die Industrie in die Höhe: Die
257 zunehmende Differenz zwischen EEG-Vergütung und Großhandelspreis treibt die EEG-Umlage,
258 die sich aus dieser Differenz berechnet. Die fehlenden Standortanreize und die fehlenden
259 Anreize zur Investition in Technologien, die sich flexibel an den Lastverlauf anpassen können
260 führen zu einem großen Bedarf an Netzaus- und -umbau, der mit erheblichen Kosten verbunden
261 ist, sowie zu einem steigenden Bedarf an Regel- und Ausgleichsenergie. All diese
262 Entwicklungen verursachen hohe Kosten, die auf die EndkundInnen überwältigt werden – ob
263 über die EEG-Umlage, die Netznutzungsgebühren oder auch die tatsächlichen Strompreise.

264

265

266

267 Daher ist es zwingend notwendig, den Strommarkt umzugestalten. Dies bedeutet auch eine
268 Umgestaltung der EEG-Förderung. Grundsätzlich müssen Strommarktdesign und EEG so
269 gestaltet werden, dass sinnvolle Investitionsanreize (örtlich und bei der Orientierung am
270 Lastprofil) gesetzt werden, dass in Speichertechnologien und in für eine hundertprozentige EE-
271 Stromversorgung geeignete Technologien investiert wird und dass die teilweise bestehenden
272 erheblichen Überrenditen bei der EEG-Förderung beseitigt werden. Diese Überrenditen haben
273 dazu geführt, dass das EEG ungewollt auch zu einer Umverteilung von den privaten
274 StromverbraucherInnen hin zu Vermögenden geführt hat, die sich Investitionen in eigene
275 Stromerzeugungsanlagen oder Genossenschaften leisten können.

276

277 Wir fordern, Markttransparenzstellen auszubauen, sowie unsere Kartellbehörden mit
278 weitreichenderen Kompetenzen auszustatten, um die Entwicklung des Wettbewerbs auf den
279 Prüfstand zu stellen. So muss es Kartellbehörden möglich sein, gegenteilige Entwicklungen der
280 Endverbraucherpreise und der Preisentwicklung an der Strompreisbörse EEX in Leipzig zu
281 ahnden und wettbewerbsschädigenden, sittenwidrigen Entwicklungen entgegenzuwirken.

282

283 *Somit wirkt die EEG-Umlage als Umverteilungsmechanismus von Unten nach Oben. Die reine*
284 *Finanzierung der Energiewende über den Strompreis lehnen wir daher ab. Stattdessen wollen*
285 *wir die Einspeisevergütungen möglichst gering halten und wo notwendig durch -über den*

286 *progressiven Steuersatz finanzierte -Investitionsprämien ergänzen, um für eine gleichmäßigere*
287 *und solidarische Lastenverteilung der Energiewende zu sorgen.*

288

289 Eine Weiterentwicklung des EEG ist daher erforderlich. Diese darf jedoch nicht zu einer
290 Verlangsamung der Energiewende führen. Die Ziele der Energiewende und ihre Meilensteine
291 stehen für uns nicht zur Disposition.

292

293 **Unsere Kritik an der EEG-Novelle 2014 (EEG 2.0):**

294

295 Mit der EEG-Novelle hat die große Koalition unter Verantwortung von Sigmar Gabriel
296 grundsätzlich zurecht versucht, die beschriebenen Probleme anzugehen. Die Novelle leidet
297 aber unter zwei wesentlichen Problemen: Zum einen ist sie bisher nicht verbunden mit einer
298 Reform des Strommarktdesigns; nur beides zusammen kann aber tatsächlich zu einer
299 bezahlbareren und zuverlässigen Energieversorgung bei weiterem Ausbau der Erneuerbaren
300 führen. Zum zweiten überzieht die EEG-Novelle den Ansatz einer stärkeren Marktintegration der
301 Erneuerbaren und führt so zu Investitionsunsicherheiten, die den Ausbau der Erneuerbaren
302 hemmen können.

303

304 Dies gilt zum Beispiel für die Pflicht zur Direktvermarktung. Es ist grundsätzlich richtig,
305 BetreiberInnen großer EE-Anlagen in den Strommarkt zu integrieren und dazu zu zwingen,
306 ihren Strom selbst zu verkaufen, statt ihn gegen eine feste Vergütung an die
307 StromnetzbetreiberInnen abzugeben. Die Marktintegration setzt einen Anreiz, bei steuerbaren
308 Anlagen die Produktion vermehrt am Strombedarf auszurichten und so Überproduktion in
309 Schwachlaststunden zu vermeiden; ein ähnlicher Anreiz besteht, wenn (z.B. bei Wind)
310 technische Optimierungen möglich sind, die das nicht steuerbare Produktionsprofil näher an das
311 Lastprofil heranführen; bei regional differenzierten Strommärkten entstünde zusätzlich auch
312 noch ein Anreiz, EE-Anlagen dort zuzubauen, wo auch die Stromnachfrage hoch ist. Auch
313 besteht durch die Direktvermarktung eine bessere Planbarkeit der Stromproduktion, was den
314 Bedarf an Regel- und Ausgleichsenergie reduziert und damit die Kosten für die EndkundInnen
315 senkt.

316

317 Die EE-Novelle hat aber die Grenze, ab der die Pflicht zur Direktvermarktung besteht, viel zu
318 niedrig angesetzt. Sie zwingt damit auch AnlagenbetreiberInnen in die Direktvermarktung, die
319 zur Marktteilnahme kaum fähig sind bzw. für die das gemessen an ihren Umsätzen erhebliche
320 Mehrkosten und Risiken bedeutet. Für diese kleinen AnlagenbetreiberInnen (z.B.
321 BürgerInnengemeinschaften, kleine Stadtwerke) werden damit Investitionen hoch riskant und
322 wahrscheinlich unterbleiben. Ein wesentlicher Treiber der Energiewende wird so ausgeschaltet.
323 Die neue Ausgestaltung des EEG setzt einen Trend hin zu großen AnlagenbetreiberInnen, der
324 die durch den Erfolg des „alten“ EEG ausgelöste Entwicklung zu einer kleinteiligeren
325 Produktionsstruktur und zum Aufbrechen der Oligopole im Strommarkt konterkariert.

326

327 Ähnliches gilt für den sogenannten „atmenden Deckel“, die Festlegung fester Ausbaukorridore.
328 Grundsätzlich ist die Erkenntnis richtig, dass ein stark zunehmender Ausbau bei einer EE-
329 Technologie auf eine Überförderung hindeutet und damit eine Reduzierung der EE-Vergütung
330 für diese Technologie wahrscheinlich sinnvoll ist. Die konkrete Ausgestaltung des „atmenden
331 Deckels“ mit sehr schnell sinkender Vergütung bei Überschreitung des Ausbaukorridors sorgt
332 aber wiederum für eine erhebliche Investitionsunsicherheit, die vor allem für kleinere
333 InvestorInnen kaum zu tragen ist. Auch hier wird daher ein Trend zu größeren EE-Unternehmen
334 gesetzt.

335 Wir sprechen uns daher dafür aus, den „atmenden Deckel“ der Solarenergie jährlich
336 anzupassen und eine Anpassung der Gesamtfördersumme nicht an die produzierte Menge zu
337 koppeln, sondern auch die Produktionskosten zu berücksichtigen. Die Deckelung des Ausbaus
338 von Windenergie on-shore darf nicht dazu führen, dass ein Ausbau von Standorten, die zwar
339 wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig zu küstennahen Standorten sind, aber dennoch
340 kosteneffizient arbeiten, nicht mehr gefördert werden. Wir fordern daher, ein
341 Referenzertragsmodell so auszugestalten, dass die Förderung für weniger wirtschaftliche, aber
342 immer noch effiziente Standorte besser gestellt wird. Wir begrüßen ausdrücklich, dass künftig
343 die Erneuerung alter Windanlagen nicht als Zubau angerechnet wird und fordern diese
344 Regelung langfristig beizubehalten, um einen Anreiz für Investitionen in Effizienzsteigerungen
345 bestehender Anlagen zu schaffen.

346

347 Die EEG-Novelle beinhaltet, nicht zuletzt auf Druck der EU-Kommission, eine Erprobung von
348 Ausschreibungsmodellen. Solche Modelle haben sich bereits in anderen Staaten (u.a. dem
349 Vereinigten Königreich) als untauglich erwiesen, einen Ausbau Erneuerbarer Energien
350 herbeizuführen. Wir lehnen es daher ab, diese Erprobung tatsächlich umzusetzen und fordern
351 stattdessen, auf eine Abkehr der EU-Kommission von den Ausschreibungsmodellen
352 hinzuwirken.

353

354 Seit der Novelle des EEG werden auch Wirtschaftsbetriebe, die sich mit selbst produziertem
355 Strom versorgen (aus konventioneller wie aus erneuerbarer Produktion) mit einer (teilweisen)
356 EEG-Umlage belastet. Dieser Einbezug ist für große Anlagen, insbesondere bei konventioneller
357 Produktion sinnvoll, um Anreize zu vermeiden, bisher dem Netz zur Verfügung stehende
358 Anlagen zum Eigenverbrauch (insbesondere in der Industrie) umzuwidmen, um so die EEG-
359 Umlage zu sparen; dies würde zu einer erheblichen Ungleichbehandlung zwischen
360 Unternehmen mit und ohne eigene Anlagen führen. Die Bagatellgrenze, unterhalb der keine
361 EEG-Umlage verrechnet wird, ist aber viel zu niedrig angesetzt; sie sollte mindestens
362 verdoppelt werden. Damit besteht für Kleinanlagen (in der Regel Erneuerbare) weiter ein
363 sinnvoller Anreiz, nicht die EEG-Vergütung zu beziehen, sondern den produzierten Strom selbst
364 zu verbrauchen; für die EEG-Umlage ist dies mindestens neutral, wenn nicht sogar leicht
365 senkend.

366

367 Die Bereitstellung von Energie ist für uns ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie
368 darf nicht den kapitalistischen Marktmechanismen unterliegen, sondern muss gesellschaftlich
369 undsolidarisch organisiert sein. Mit der Einführung der Umlage für erneuerbare Energien hat die
370 rot grüne Bundesregierung gezeigt, wie wichtig staatliches Handeln für eine erfolgreiche
371 Wirtschaftspolitik ist. Sie hat einen Boom der ökologischen Energieerzeugung ausgelöst.
372 Dadurch hat sich der Strommarkt grundlegend geändert und ermöglicht so die Transformation
373 des gesamten Energiesektors.

374

375 Wir wollen die Oligopole in der Energiewirtschaft aufbrechen, die Öl- und Gaskartelle
376 zerschlagen und eine neue Strommarktordnung etablieren. Unser Anspruch ist eine dezentral
377 und lokale Energieversorgung, in denen regionale Strukturen den nötigen Strombedarf decken
378 und durchintelligente Netze Haushalte und Unternehmen bei Energieproduktion und -verbrauch
379 vernetzt und koordiniert werden. Eine derartige flächendeckende Energieproduktion macht eine
380 zentrale Steuerung und Planung durch einen einzelnen (staatlichen) Akteur kaum möglich bzw.
381 in erster Linie unnötig. Viel mehr brauchen wir eine Marktordnung, die die dezentrale
382 Stromproduktion reguliert, koordiniert und ermöglicht, sowie die nötige Infrastruktur bereitstellt
383 und Anreize für Energieeinsparungen setzt. Die zentralen Strukturen des Energiesektors,
384 insbesondere die Netzinfrastruktur, müssen in staatliche Hand.

385

386 *Unsere Anforderungen sind dabei folgende:*

387

- 388 • *Strom bleibt für Unternehmen und Haushalte bezahlbar. Die Kosten der Energiewende*
389 *werden solidarisch verteilt und Einsparungen in der Stromproduktion an die*
390 *EndkundInnen weitergegeben.*
- 391 • *Die Versorgungssicherheit ist gewährleistet und große Industrie- und Produktions-*
392 *standorte sind gesichert.*
- 393 • *Die Energieversorgung soll weitestgehend durch die öffentliche Hand erfolgen. Lokale*
394 *Stadtwerke sind für uns die HauptstromanbieterInnen und Contracting-PartnerInnen für*
395 *Privathaushalte und kleine und mittelständische Unternehmen.*
- 396 • *GenossInnenschaften, BürgerInnenprojekte und kleine PrivatinvestorInnen unterstützen*
397 *mit der Bereitstellung privaten Kapitals den dezentralen Ausbau und die Produktion*
398 *erneuerbarer Energien.*
- 399 • *Investitionen in erneuerbare Energien, Speicher, Netze und regelbare Energie werden*
400 *gestärkt. Die Refinanzierung dieser Anlagen ist sichergestellt.*
- 401 • *Die Förderung von fossilen und nuklearen Kraftwerken ist ausgeschlossen.*

402

403 **Die Strommarktordnung der Zukunft**

404

405 Solange die Stromversorgung privatwirtschaftlich organisiert ist, bewegt sie sich mit
406 Fortschreiten der Energiewende auf ein Dilemma zu: Auf Seite der EndverbraucherInnen ist
407 eine Berechnung je ‚verbrauchter‘ Stromeinheit sinnvoll, um einen Anreiz zu setzen, möglichst

408 wenig Strom zu verbrauchen. Auf der ProduzentInnenseite jedoch ist der Spot- und Terminmarkt
409 nach Grenzkostenprinzip dazu nicht mehr in der Lage: Da die Erneuerbaren in der Regel
410 Grenzkosten von Null aufweisen, stellen sich sehr niedrige Strompreise – langfristig sogar
411 Preise bei Null – ein. Die Investitionen in Produktionsstätten sind so nicht mehr zu refinanzieren,
412 Preissignale gibt es (kaum) noch. Eine Preisbildung in einem reinen Strom-Spotmarkt ist daher
413 nicht mehr möglich, es müssen zusätzliche Instrumente geschaffen werden. Diese werden
414 bereits für den jetzigen Übergangsprozess benötigt, auch um ausreichende Investitionssignale
415 in Speicherkapazitäten zu setzen.

416

417 **Struktur des Strommarktes**

418

419 Wir schlagen einen zweigeteilten Großhandelsmarkt für Strom vor: Einerseits soll es den
420 bisherigen Spot- und Terminmarkt weiterhin geben. Wie bisher auch wird über diesen die
421 gesamte benötigte Energiemenge gehandelt, entweder direkt (Direktvermarktung
422 konventioneller Energieträger oder über das EEG) oder indirekt (Weiterverkauf von EE-Strom
423 über die abnahmeverpflichteten NetzbetreiberInnen). Dieser Markt wird tendenziell an
424 Bedeutung verlieren.

425

426 Neben den bisherigen Großhandelsmarkt soll ein Kapazitätsmarkt treten. In diesem müssen die
427 StromlieferantInnen bzw. EnergieverbraucherInnen, die ihren Strom direkt aus dem Großhandel
428 beziehen, die zur Deckung der Nachfrage vorzuhaltende Kapazität ankaufen (wahrscheinlich
429 getrennt nach Grund-, Mittel- und Spitzenlastbedarf); dabei müssen möglich Produktionsausfälle
430 berücksichtigt werden. Der Kapazitätsmarkt schafft einen zuverlässigen Zahlungsstrom, mit
431 dem InvestorInnen in Stromproduktion oder Speichertechnologien ihre Investitionskosten
432 refinanzieren können. Zu prüfen ist, ob der Regelenergiemarkt in diesen Kapazitätsmarkt
433 integriert wird oder als eigenständiger dritter Marktbestandteil bestehen bleibt.

434

435 Zu prüfen ist auch, ob zum Setzen von Investitionsanreizen dafür, die Produktion und Verbrauch
436 räumlich enger zusammenzuführen und damit Netzausbau zu vermeiden, der
437 Großhandelsmarkt und der Kapazitätsmarkt in regionale Teilmärkte aufgesplittet werden, die
438 über Market Coupling verbunden sind (und möglichst auch mit den Strommärkten angrenzender
439 Staaten über Market-Coupling verbunden werden, wie dies bereits mit Frankreich der Fall ist
440 und sich vor allem für Nordpool anbietet).

441

442 **Eigentumsverhältnisse**

443

444 Die vier großen Energiekonzerne (RWE, E-On, Vattenfall und EnBW) werden mittelfristig
445 durch den Ausstieg aus Kohle- und Ölverstromung (ähnlich dem Atomausstieg) ihre aktuelle
446 Geschäftsgrundlage verlieren und drängen schon jetzt in die Strukturen eines dezentralen
447 Strommarktes. Wir fordern die Bevorzugung von staatlichen und genoss*innenschaftlichen
448 Modellen. Eine staatliche Übernahme der Kosten für Altlasten, insbesondere beim Atommüll,
449 lehnen wir ab.

450

451 *Für die zentralen Strukturen des Energiesektors drängen wir auf eine stärkere Rolle des*
452 *Staat. Wir wollen die Stromnetze verstaatlichen. Kapitalintensive Investitionen in*
453 *erneuerbare Energien, Speichermöglichkeiten und neue Gasturbinenkraftwerke sollen aus*
454 *staatlicher Hand getätigt bzw. unterstützt werden. Das staatliche Eigentum soll von einem*
455 *staatlichen Unternehmen gebündelt betrieben und instand gehalten werden. Auch die*
456 *Vermittlung zwischen Stromerzeugung und -abnahme wird von einem separaten staatlichen*
457 *Unternehmen übernommen.*

458

459 Jedoch kann und sollte die Energiewende flächendeckend nicht zentral von einem staatlichen
460 Großunternehmen umgesetzt werden. Deshalb muss weiter an der festen Einspeisevergütung
461 von regenerativem Strom für Stadtwerke, BürgerInnenprojekte und PrivatinvestorInnen
462 festgehalten werden. Damit werden das Investitionsrisiko kalkulierbar und eine dezentrale
463 Investition in erneuerbare Energien ermöglicht und gefördert.

464

465 Die Energieversorgung soll weitestgehend aus öffentlicher Hand, durch Stadtwerke und
466 öffentliche Konsortien geschehen. Die Kontrolle und Steuerung liegt bei demokratisch
467 gewählten Gremien und VertreterInnen. Den nötigen Finanzierungsspielraum für Stadtwerke
468 und Kommunen sehen wir in einem Rekommunalisierungsfond und einem bundesweiten Fond

469 zum Ausbau erneuerbarer Projekte und energetischer Sanierungen. Den großen vier
470 Energieoligopolisten muss es hingegen untersagt werden, sich an Stadtwerken zu beteiligen.
471

472 Da die Mitbestimmung bei EnergiegenossInnenschaften und BürgerInnenprojekten an
473 finanzielle Beteiligungen gebunden ist, bleibt ein Großteil der Bevölkerung von ihnen
474 ausgeschlossen. Gleichzeitig bieten sie aber die Chance dezentral und lokal privates Kapital
475 bereitzustellen und alternatives Wirtschaften zu ermöglichen. Hierbei gilt es zu beachten, dass
476 eine solche finanzielle Bürgerinnen- und Bürger-Beteiligung nicht zur Bereicherung
477 finanzstarker Bevölkerungsschichten auf Kosten der finanziell benachteiligten führt. Dies ist
478 unserem Anliegen der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz der Energiewende nicht dienlich.
479 Für eine sozialdemokratische Energiepolitik gilt auch, dass durch diese die Erträge aus der
480 Energieversorgung gerecht verteilt werden. Daher sehen wir in einer Mindestbeteiligung von
481 Kommunen in Höhe einer Sperrminorität eine Möglichkeit, Anschubkapital zu garantieren, die
482 Gründung neuer GenossInnenschaften und Projekten zu fördern und gleichzeitig die
483 Durchsetzung von Einzelinteressen zu verhindern.

484

485 **Preisstruktur und Netzentgelte**

486

487 Bei den Preisen für Strom-EndverbraucherInnen (und auch für andere Energieformen) soll es
488 grundsätzlich bei der Abrechnung nach Verbrauchseinheiten bleiben. Pauschaltarife setzen
489 keine ausreichenden Anreize, den Energieverbrauch zu minimieren. Es ist aber vorstellbar,
490 Tarife einzuführen, bei denen mit zunehmendem Verbrauch der Preis je Einheit steigt oder bei
491 denen bei Unterschreitung des Vorjahres-Energieverbrauchs (oder anderer Kennwerte) ein Teil
492 der Energiekosten zurückerstattet wird (Bonusmodelle). Dabei ist aber darauf zu achten, dass
493 die unterschiedlichen finanziellen wie technischen Möglichkeiten, den eigenen Stromverbrauch
494 zu reduzieren, berücksichtigt werden (z.B. Abhängigkeit von der Wohnsituation, vom
495 Einkommen abhängige Möglichkeiten zur Beschaffung energieeffizienterer Geräte etc.), so dass
496 keine sozial regressiven Folgewirkungen entstehen.

497

498 Für PrivatkonsumentInnen lehnen wir Tarife, die sich im Tagesverlauf an den Großhandelspreis
499 anpassen, ab. Wir wollen die Vertragsmodalitäten für StromkundInnen neu regeln. Momentan
500 können beispielsweise Haushalte mit geringem Einkommen und ALGII-Bezieherinnen und
501 Bezieher nicht wirksam am Preiswettbewerb der Energieproduzenten teilnehmen, da deren
502 Bonitätsprüfungen zumeist negativ ausfallen. Wir fordern, diese Prüfungen im Strommarkt bei
503 Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen auszusetzen und ggf. Garantien über die
504 Sozialleistungsträger auszugeben. Für einen solchen Tarif müssten umfangreich
505 Verbrauchsdaten erhoben werden, die Rückschlüsse auf den persönlichen Lebensstil zulassen,
506 was unter dem Aspekt des Datenschutzes höchst bedenklich ist. Dagegen zeigen Studien, dass
507 die Energieeinsparung und die Glättung der Lastkurve durch solche Tarife bei Privathaushalten
508 nur gering ausfallen. Für Unternehmen dagegen können solche Tarife einen sinnvollen Anreiz
509 setzen, betriebliche Produktionsprozesse an die Situation des Strommarktes anzupassen.

510

511 Die Entgelte für die Netznutzung, die die StromlieferantInnen oder DirektnutzerInnen für die
512 Nutzung der Infrastruktur bezahlen, werden grundsätzlich beibehalten. Derzeit gibt es allerdings
513 erhebliche regionale Unterschiede bei den Netznutzungsgebühren, die durch die
514 unterschiedliche Versorgungsdichte und den Investitionsbedarf zustande kommen. Wir fordern
515 daher einen Ausgleichsmechanismus, bei dem die von den NetzbetreiberInnen nicht zu
516 beeinflussenden Faktoren ausgeglichen werden, um annähernd einheitliche
517 Netznutzungsentgelte in Deutschland zu schaffen. Weiterhin sind die Netznutzungsentgelte so
518 zu gestalten, dass sie Betrieb, Instandhaltung, Effizienzsteigerung und den weiteren Ausbau der
519 Netze finanzieren. Dabei ist die Preisfestsetzung so vorzunehmen, dass kein Anreiz besteht,
520 durch Vernachlässigung von Instandhaltung Gewinne zu erzielen und die Kosten der
521 unterlassenen Instandhaltung später über höhere Netznutzungsentgelte auf die
522 EndverbraucherInnen zu überwälzen.

523

524 **Energieinfrastruktur zusammen denken**

525

526 Wesentlicher Grundpfeiler für den Erfolg der Energiewende ist eine Infrastruktur, welche die
527 Veränderungen des Energiesektors ermöglicht und unterstützt. Dabei dürfen die
528 unterschiedlichen Energiebedürfnisse wie Strom, Wärme und Mobilität nicht einzeln betrachtet,
529 sondern zusammengedacht werden.

530

531 *Unsere Ziele für eine funktionierende Energieinfrastruktur sind dabei folgende:*

532

533 • *Flächendeckend wollen wir die Versorgung von Haushalten, öffentlichen Einrichtungen,*
534 *kleinen und mittelständischen Betrieben aus erneuerbaren Energien dezentral*
535 *sicherstellen. Intelligente Netze sind dabei ein wesentlicher Bestandteil zur Koordinierung*
536 *und Effizienzsteigerung des Energiebedarfs.*

537 • *Der beste Mix aus erneuerbaren Energien bedenkt die regionalen und ökologischen*
538 *Umstände der Energiegewinnung, des Energietransports und -verbrauchs.*

539 • *Für Industriestandorte und energieintensive Unternehmen müssen die hohen*
540 *Strommengen weiterhin zur Verfügung stehen. Dafür sind Anreize notwendig, in*
541 *zusätzliche Produktionskapazität an Standorten mit hohem Energiebedarf zu investieren.*
542 *Daneben sind – in gegenüber den bisherigen Planungen reduziertem Umfang – auch*
543 *Offshore-Windparks und ein Netzausbau, auch durch Höchstspannungs-*
544 *Gleichstromübertragung („Stromtrassen“), notwendig.*

545 • *Jede eingesparte Energie ist die günstigste und ökologischste Energie: Wir wollen den*
546 *Fokus viel stärker auf Effizienzsteigerungen, energetische Sanierung und Erneuerung*
547 *sowie kurze Netzdistanzen legen.*

548 • *Die Schwankungen in der (lokalen) Stromproduktion und -nachfrage sind durch eine*
549 *sinnvolle Mischung aus flexibler Netzsteuerung und Stromspeicherung auszugleichen.*

550 • *Wir wollen die Vernetzung der europäischen Stromnetze vorantreiben. Damit soll nicht*
551 *ermöglicht werden, vermehrt konventionellen Strom nach Deutschland zu importieren.*
552 *Vielmehr wollen wir damit den Ausgleich zwischen Lastprofilen und Produktionsprofilen*
553 *der Erneuerbaren besser sicherstellen. Das europäische Stromnetz soll bis spätestens*
554 *2050 Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien transportieren.*

555

556 **Intelligente Netze**

557

558 Der Wandel von zentraler Energieerzeugung hin zu dezentraler Energieproduktion durch
559 kleinere Anlagen, erfordert eine deutlich komplexere Struktur. So speisen kleinere
560 Erzeugeranlagen im Gegensatz zu großen Kraftwerken auch direkt in das Niederspannungs-
561 und Mittelspannungsnetz ein. Zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität, der Laststeuerung und
562 der Spannungshaltung wollen wir daher intelligente Netze massiv ausbauen.

563

564 *Die Energiewende zieht ihre Kraft aus der bestmöglichen Nutzung regionaler Potentiale. Wir*
565 *fordern, sich dabei an der Nachfrage und den wirklichen NutzerInnenbedürfnissen zu*
566 *orientieren, um den effizientesten Weg zur Energieerzeugung, Netzschonung, der Vermeidung*
567 *von Speicheraufwand und des tatsächlich gebrauchten Angebots an Strom und Wärme zu*
568 *beschreiten. Wir wollen regionale Klimaschutzagenturen etablieren, in den beratende und*
569 *beteiligte Fachleute ohne wirtschaftliche Eigeninteressen die dezentralen Technologien in*
570 *intelligenten Netzen empfehlen und mitentwickeln. Auch BürgerInnen- initiativen, wie*
571 *„Bioenergiedörfer“ können Hilfestellung und Unterstützung bei der regionalen Umsetzung*
572 *bieten.*

573

574 Das Konzept eines intelligenten Stromnetzes, das sogenannte 'Smart Grid', beinhaltet die
575 Chance, durch die Analyse und (in)direkte Steuerung des Stromverbrauches über das Internet,
576 die Energiewende maßgeblich voranzutreiben. Das Smart Grid ermöglicht es den
577 Stromverbrauch teilweise zu verschieben, dadurch können Stromproduktionsspitzen von Wind
578 und Solarenergie aufgefangen, somit das Potential der Erneuerbaren Energien voll
579 ausgeschöpft und der Bedarf an Reservekraftwerken gesenkt werden. Darüber hinaus ergibt
580 sich über die Analyse der Stromverbrauchsdaten die Möglichkeit, energieineffiziente Geräte und
581 Vorgänge zu identifizieren und zu ersetzen, sowohl bei der Industrie, als auch bei den
582 Verbraucherinnen und Verbrauchern. Damit die Energiewende zum Erfolg wird, darf die
583 Unterstützung von Bund und Ländern für 'Smart Grid'-Projekte nicht abreißen, sondern muss
584 weiter ausgebaut werden! Des Weiteren macht die Steuerung und Analyse der
585 Stromverbrauchsdaten über das Internet einen flächendeckenden Internetausbau, sowie den
586 Einsatz intelligenter Stromzähler, sogenannter 'Smart Meter', notwendig. Wir wollen, dass Bund
587 und Länder die VerbraucherInnen und Kommunen in diesem Bereich umfassend unterstützen.
588 Das Sammeln und Weiterleiten der Stromverbrauchsdaten beinhaltet allerdings erhebliche
589 Datenschutzrisiken: Je nach Messgenauigkeit lassen solche Daten nicht nur detaillierte
590 Rückschlüsse auf die verwendeten elektronische Geräte, sondern auch auf das Verhalten der

591 Personen im jeweiligen Haushalt zu. Um einen Missbrauch dieser Daten zu verhindern müssen
592 die aktuellen Datenschutzgesetze auf ihre Wirksamkeit in diesen Bereichen geprüft, sowie
593 verbindliche Datenschutzstandards für das Smart Grid entwickelt und EU-weit umgesetzt
594 werden. Gleichzeitig fordern wir höchste Priorität für Datensicherheit, damit die durch Smart
595 Grids und Smart Home entstehenden Mengen an personenbezogenen Daten nicht in unbefugte
596 Hände gelangen. Die Forschung in diesem Bereich muss weiter unterstützt und ausgebaut
597 werden, auch damit das Smart Grid von der Bevölkerung als Teil der Energiewende akzeptiert
598 und nicht als Bedrohung wahrgenommen wird.

599

600 Darüber hinaus können energieintensive Unternehmen mit flexibler Produktion (bspw.
601 Aluminiumhütten) ihren Verbrauch an die aktuelle Verfügbarkeit von Strom anpassen. Bei
602 Stromspitzen wird die Produktion gesteigert und bei Stromknappheit gedrosselt. Diese
603 Dienstleistung der Möglichkeit zum Demand-Side-Management (Lastensteuerung) für
604 EnergieversorgerInnen wird entsprechend vergütet.

605

606 **Netzausbau**

607

608 Die Umstellung von der konventionellen auf regenerative Stromerzeugung sorgt für eine
609 veränderte Lokalisierung der Stromproduktion, die wiederum die Netztopographie verändert und
610 damit Investitionen in das Stromnetz zwingend notwendig macht. Unser Ziel, Investitionsanreize
611 so zu setzen, dass möglichst viel der EE-Produktionskapazität an den
612 Verbrauchsschwerpunkten entsteht, wird diesen Netzausbau zwar reduzieren, aber nicht
613 überflüssig machen: Die erheblichen Kostenvorteile, die z.B. die Windproduktion in Nord-
614 gegenüber Süddeutschland aufweist, sollten auch genutzt werden, um die Strompreise
615 bezahlbar zu halten. Daneben können nur eng vermaschte Netze den schnellen Ausgleich der
616 künftig stärker schwankenden Stromproduktion gewährleisten.

617

618 Wir unterstützen daher den deutschland-internen wie auch den europaweiten Ausbau der
619 Stromnetze, auch durch Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung. Dabei ist der Ausbau so
620 zu gestalten, dass die Eingriffe in die Natur möglichst begrenzt bleiben. Daher sprechen wir uns
621 dafür aus, die zusätzlichen ‚Stromtrassen‘ möglichst entlang bestehender Verkehrsstrassen zu
622 führen.

623

624 Die notwendigen Investitionen sollen grundsätzlich über die (künftig staatlichen)
625 NetzbetreiberInnen und damit die Netznutzungsentgelte refinanziert werden. Zusätzlich müssen
626 staatliche Mittel in den Netzausbau fließen, wenn eine Refinanzierung über die
627 Netznutzungsentgelte zu einem zu großen Anstieg der Energiepreise und damit zu
628 unerwünschten sozialen Folgewirkungen führen würde. Dafür ist auch ein europäischer Fonds
629 für die Investition in den transeuropäischen Netzausbau vorzusehen. Die Finanzierung des
630 Netzausbaus über öffentlich-private Partnerschaften oder vergleichbare
631 Finanzierungsstrukturen lehnen wir ab.

632

633 In der Europäischen Kommission gibt es Überlegungen zum Aufbau einer CO₂-
634 Transportinfrastruktur. Strategien der CO₂-Speicherung und des CO₂-Transports tragen jedoch
635 Gefahren von schwer kalkulierbaren Diffusionseffekten in sich, bei denen CO₂ aus den
636 abgeschlossenen Systemen in die Umwelt entweicht. Außerdem bedeutet ein Abfluss
637 finanzieller Mittel zugunsten von Projekten der CO₂-Speicherung und des CO₂-Transports eine
638 direkte Konkurrenz zu Projekten der Energiewende. Eine weitere Förderung der Pläne für eine
639 CO₂-Transportinfrastruktur lehnen wir daher ab. Ziel muss die CO₂-Vermeidung, nicht der CO₂-
640 Abschluss und/oder CO₂-Transport sein.

641

642 **Speichertechnologien**

643

644 Die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien ist deutlich volatiler und schwieriger
645 voraussagbar als die bisherige Stromproduktion aus konventionellen Energieträgern. Neben
646 ‚intelligenten‘ Stromnetzen muss daher mit Energiespeichern eine Möglichkeit geschaffen
647 werden, Überschüsse in der Stromproduktion zu speichern und bei einem Nachfrageüberschuss
648 wieder abzugeben. Damit wird die Versorgungssicherheit notwendige Produktionskapazität
649 erheblich reduziert, was Kosten minimiert.

650

651 Als Speicher werden derzeit vor allem Pumpspeicherkraftwerke genutzt, die als einzige

652 Technologie für den Masseneinsatz entwickelt ist. Daneben gibt es andere
653 Speichertechnologien wie Gas-Kompressions-Speicher. Diese bestehenden Technologien sind
654 allerdings mit erheblichen Problemen, bei Pumpspeicherkraftwerken insbesondere mit
655 umfangreichen Eingriffen in die Natur, verbunden. Daher können sie nur in begrenztem Umfang
656 ausgebaut werden. Andererseits bilden Pumpspeicherkraftwerke mit Wirkungsgraden von bis zu
657 80 Prozent und der Fähigkeit zur Schwarzstarttechnik (Anlauf ohne externe Stromzufuhr) einen
658 wichtigen Baustein für die Energiewende und die Versorgungssicherheit. Wir fordern daher, die
659 noch bestehenden, ökologisch verträglichen Möglichkeiten für Pumpspeicherkraftwerke zu
660 nutzen und auch neue Gestaltungsformen (z.B. unterirdische Pumpspeicherkraftwerke in
661 ehemaligen Bergwerken) zu entwickeln.

662

663 Großes Potential sehen wir in der Power-to-Gas-Technologie, bei der mit überschüssigem
664 Strom synthetisches Methan produziert wird, welches später wieder in Strom rückverwandelt
665 werden kann; auch eine Nutzung als Brennstoff für andere Verwendungszwecke
666 (Kraftfahrzeuge, Wärmegewinnung) ist möglich. Ein großer Vorteil von Power-to-gas liegt dabei
667 darin, dass die bestehende Infrastruktur des Gasnetzes für den Transport des synthetischen
668 Gases genutzt werden kann; Power-to-gas bietet daher eine der wenigen Technologien, bei
669 denen ein Transport der gespeicherten Energie zu geringen Kosten möglich ist. Auch die
670 bestehenden Gaskraftwerke können für die Rückverstromung (möglichst unter Einsatz von
671 KWK) genutzt werden.

672

673 **Energieeffizienz und energetische Erneuerung**

674

675 Eine gesparte Kilowattstunde ist die günstigste: Wir wollen Energieeffizienz und
676 Energieeinsparungen unterstützen und fördern. Bis 2020 können so deutschlandweit durch eine
677 Vielzahl von Effizienzmaßnahmen bis zu 68,3 Milliarden Kilowattstunden jährlich
678 eingespart werden, was die jährliche Leistung von ca. 10 Kernkraftwerken entspricht. Weltweit
679 kann bis 2050 laut der Internationalen Energieagentur der Energiebedarf der Welt durch
680 Effizienzsteigerungen bei Transport, Gebäuden und Produktionsverfahren um bis zu 33%
681 gesenkt werden.

682

683 *Wir wollen bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand unter Beachtung der*
684 *Auswirkungen auf die Mieten und den Neubau von Wohnungen. Dazu muss insbesondere der*
685 *Energieverbrauch in den Gebäuden gesenkt werden. Eine Verknüpfung des Strom- mit dem*
686 *Wärmemarkt sorgt für Synergien bei der Nutzung erneuerbarer Energien und*
687 *Effizienzpotentiale anheben.*

688

689 Wir wollen daher regelmäßig die Standards evaluieren und Sparpotentiale im Sinne von
690 Suffizienz (geringer Rohstoff- und Energieverbrauch) nutzen. Dies muss jedoch ganzheitlich
691 gedacht werden und Life-Cycle-Belastungen (Umweltauswirkungen während des gesamten
692 Produktions-, Nutzungs- und Entsorgungsprozesses von Produkten) berücksichtigen. Die
693 bisherige Förderpolitik bewirkt derzeit massive Fehlsteuerungen. Wir fordern diese zu beenden
694 und ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln. Dabei müssen dementsprechend vor allem
695 Produktionsprozesse in der Industrie sowie Heizungssysteme im Vordergrund stehen und dabei
696 auf verpflichtende Wärmeverbrauchsmessgeräte umgerüstet werden. Die Möglichkeit für
697 Privatpersonen, ihren Energieverbrauch zu reduzieren, wird wesentlich von ihrem Einkommen
698 bestimmt: Der Ersatz von Geräten mit hohem Stromverbrauch setzt entsprechendes
699 Einkommen oder Vermögen voraus. Wir wollen daher Möglichkeiten und Zuschussysteme
700 schaffen, die auch BezieherInnen niedriger Einkommen und insbesondere BezieherInnen von
701 Sozialleistungen die Beschaffung energieeffizienterer Geräte ermöglicht. Dies ist so zu
702 gestalten, dass auch unter einer Life-Cycle-Betrachtung die Geräteerneuerung eine
703 Energieeinsparung bedeutet..

704

705 Mit der energetischen Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden kann ein wesentlicher
706 Beitrag zur Energieeinsparung geleistet werden. Die derzeitige Sanierungsquote von 1-2
707 Prozent ist dabei jedoch viel zu gering.

708

709 *Zur energetischen Sanierung durch Dämmungen, Erneuerungen technischer Geräte,*
710 *Solarthermie- und Lüftungsanlagen von privaten Gebäuden fordern wir deutliche*
711 *Unterstützung über steuerlich-finanzierte Zuschüsse und günstige öffentliche Darlehen (bspw.*
712 *KfW-Programme). Wir wollen eine jährliche Sanierungsquote von mindestens 2,5% erreichen.*

713 *Der Mietpreis von Wohnungen darf bei einer energetischen Sanierung dabei nicht zu einem*
714 *Anstieg der Bruttomiete führen, um Umverteilungseffekte zu verhindern. Zur Sanierung*
715 *öffentlicher Gebäude soll neben einem Fond für Kommunen auch BürgerInnen Energiespar-*
716 *Contracting-Modelle unterstützt werden.*

717

718 Durch BürgerInnen und kommunal finanzierte Energieeffizienzmaßnahmen im öffentlichen
719 Gebäudebestand können die Energiekosten nachhaltig reduziert, der Gebäudestandard
720 verbessert und finanzielle Mittel für andere wichtige Investitionen liquidiert werden. Damit
721 können Kommunen auch einen Vorbildcharakter zur energetischen Erneuerung einnehmen.

722

723 Die Energiekosten binden in vielen Kommunen einen großen Teil der Haushaltsmittel, die
724 in anderen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Projekten fehlen. Um die Energiekosten
725 nachhaltig zu reduzieren, ist eine energetische Sanierung der öffentlichen Bestandsgebäude
726 notwendig. Viele Untersuchungen haben gezeigt, dass durch den Einsatz relativ geringer
727 Investitionen hohe Einsparungen erzielt werden können.

728

729 Als eine Art der Finanzierung der Sanierungsinvestitionen schlagen wir ein BürgerInnen-
730 Energiespar-Contracting nach dem Wuppertaler-Modell vor. Hierbei beteiligen sich die
731 BürgerInnen vor Ort mit geringen Summen (ab 50 Euro) an den Aufwendungen für die
732 Sanierung. Die Differenz aus den bisherigen Kosten für Energie und den neuen, reduzierten
733 Energiekosten stellen den Gewinn des Contracting-Modells dar. Dieser Gewinn wird zwischen
734 den BürgerInneninvestorInnen und der Kommune geteilt, indem die Kommune einen etwas
735 höheren Energiepreis als den tatsächlichen an die BürgerInneninvestorInnen zahlt. Der neue
736 Energiepreis ist geringer als der bisherige Energiepreis. Nach Ende der Vertragslaufzeit (z.B.
737 zehn Jahre) gehen alle Anlagen in den Besitz der Kommune.

738

739 Aufklärung über den tatsächlichen Energieverbrauch und über Einsparmöglichkeiten ist ein
740 wichtiger Weg, um den Energieverbrauch zu senken. Wir fordern deshalb, dass Kommunen
741 kostenfreie Energiesparberatungen zur Energiekostensenkung und damit zur
742 Energieeinsparung anbieten und bewerben. Ein gelungenes Beispiel hierfür ist das Projekt
743 „Stadt mit Energieeffizienz Stuttgart“.

744

745 Die Steigerung der Energieeffizienz ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die
746 staatlich deutlich stärker unterstützt werden muss und alle Bereiche von Unternehmen, Mobilität,
747 Haushalten und öffentlichen Gebäuden in den Fokus nehmen muss.

748

749 Die Reduzierung des Energieverbrauchs im Gebäudebestand bewegt sich vor allem bei den
750 Wohnungen in Zielkonflikten: Einerseits bieten die Sanierungen ein hohes Potential, den
751 Energieverbrauch von Gebäuden zu reduzieren und damit Energiekosten einzusparen;
752 Investitionen können darüber in vielen Fällen refinanziert werden. Bei Wohnungen setzt dies
753 allerdings ein Umlegen der Investitionskosten auf die Kaltmiete voraus; dem stehen zwar
754 sinkende Nebenkosten gegenüber, je nach vorherigem Energieverbrauch und Fähigkeiten, die
755 neuen technischen Möglichkeiten zur Energieeinsparung auch zu nutzen, können MieterInnen
756 trotzdem stärker belastet werden; dies betrifft vor allem BezieherInnen niedriger Einkommen
757 und von Sozialleistungen (hier insbesondere je nach Umgang mit den Kosten der Unterkunft).
758 Aus diesem Grund müssen die Umlagemöglichkeiten von Modernisierungskosten auf die Miete,
759 die derzeit mit dauerhaft 11 Prozent die MieterInnen belasten, gesenkt und zeitlich begrenzt
760 werden. Staatliche Fördermöglichkeiten können stattdessen beispielsweise über die
761 Wiedereinführung degressiver Abschreibungsmöglichkeiten erfolgen. Darüber hinaus binden die
762 Investitionen in Energieeinsparungen erhebliche Finanzmittel, die nicht für andere Investitionen
763 – insbesondere auch in den dringend notwendigen Bau neuer Wohnungen – zur Verfügung
764 stehen.

765

766 **Energieträger**

767

768 Nachhaltige Versorgungssicherheit sowie bezahlbare und saubere Energien können langfristig
769 nur auf Grundlage regenerativer Energien garantiert werden. Maßgeblich sind dabei Wind- und
770 Sonnenkraftwerke. Einspar- und Effizienzpotentiale können auf dem Weg zu 100%
771 erneuerbarer Energie zwar in großem Umfang entlastend wirken. Die Notwendigkeit eines
772 Umstiegs auf erneuerbare Energien und ein auf ihre Eigenschaften zugeschnittenes
773 Versorgungssystem bleibt allerdings auch für den Fall erfolgreicher Energieeffizienz- und

774 Einsparmaßnahmen bestehen.

775

776 Photovoltaik & Solarthermie

777 Die auf der Erdoberfläche auftreffende Sonnenenergiemenge ist zehntausendmal höher als der
778 Energiebedarf der gesamten Menschheit. Hier sind die größten Wachstumspotentiale für
779 erneuerbare Energien.

780

781 Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Photovoltaik insbesondere bei der Nutzung in und
782 an Gebäuden ein. Für den Einsatz der Photovoltaik in kommunalen Unternehmen und
783 Einrichtungen ist über die Bauleitplanung eine geeignete Ausrichtung und Nutzbarkeit von
784 Dachflächen sicherzustellen, soweit dies nicht erheblich mit anderen städtebaulichen Zielen
785 (z.B. Regulierung des Mikroklimas durch Bäume) kollidiert oder die Stabilität des örtlichen
786 Stromnetzes gefährdet. Der Einsatz von PV-Anlagen auf Freiflächen ist dagegen wegen
787 erheblicher Umwelteingriffe und verhältnismäßig geringer Kosteneffizienz derzeit nicht in
788 großem Umfang sinnvoll.

789

790 Zur Erzeugung von Wärme bilden Solarthermieanlagen auf Dachflächen eine flächendeckende
791 Möglichkeit zur Energie- und Kosteneinsparung im Wärmesektor.

792

793 Windenergie

794 Wir setzen uns insbesondere für den Ausbau der Windkraft an Land ein. Dazu brauchen die
795 einzelnen Kommunen mehr Freiheit bei der Freigabe von Flächen. Die Eingriffe für Menschen
796 (z.B. Schattenwurf) und Tiere (insbesondere von Vögeln) müssen dabei bedacht werden. Über
797 Windkraftanlagen kann die dringend notwendige Dezentralität erreicht werden.

798 Regionale Wertschöpfungsketten sorgen dafür, dass die positive Wirkung der Energiewende vor
799 Ort deutlich wird und schaffen Akzeptanz. Dabei ist es notwendig, durch Landes- und
800 Regionalplanung im Dialog mit den Kommunen die Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen,
801 ohne dass dies dann nachträglich durch die kommunale Planungshoheit unterlaufen werden
802 kann.

803

804 Offshore-Windenergie ist ein überregional bedeutsamer Wachstumsmarkt für Industrie und
805 Forschung geworden, der gleichzeitig die Möglichkeit bietet, große Mengen an Strom zu
806 erzeugen und so einen veritablen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Gerade Industrie- und
807 Produktionsstandorte sind auf diese zusätzliche erneuerbare Energie im Hochspannungsnetz
808 angewiesen. Dafür ist auch der Ausbau von Nord-Süd-Stromtrassen notwendig. Um die
809 Entstehung von Quasi-Oligopolen in der Offshore-Windenergie durch den hohen Innovations-
810 und Finanzierungsbedarf zu verhindern, müssen Konsortien aus dezentralen kommunalen
811 StromanbieterInnen unterstützt werden und die Verteilung von Windparkflächen rigoros
812 gesteuert werden.

813

814 Uns ist bewusst, dass Stromerzeugung immer mit einer Veränderung in die Umwelt einhergeht.
815 Es gilt jedoch, diesen möglichst zu minimieren, um größeren Schaden zu verhindern. Daher
816 muss besonders bei der Planung von Offshore-Windenergieanlagen darauf geachtet werden,
817 dass ein möglichst geringer Einfluss auf die lokale Tierwelt und speziell auf geschützte Tierarten
818 ausgeübt wird.

819

820 Wasserkraft

821 Wasserkraft bleibt gerade in Gebirgs- und Mittelgebirgsregionen eine wichtige Form
822 erneuerbarer Energien, dabei hat für uns die Versorgung der Menschen mit Trinkwasser aus
823 Talsperren Vorrang vor der Energiegewinnung.

824

825 Wir sprechen uns gegen die Errichtung neuer Staustufen zur Energiegewinnung aus.

826 Kraftwerke an Fließgewässern müssen umweltverträglich sein. An den Küsten der Nordsee
827 ließe sich die Energie der Gezeiten nutzen, doch zurzeit steht dies im Konflikt mit dem Schutz
828 des Weltnaturerbes Wattenmeer. Investitionen in entsprechende Forschung und Entwicklung
829 versprechen jedoch eingriffsarme, naturverträgliche Kraftwerke.

830

831 Biomasse

832 Wir unterstützen die vollständige Ausschöpfung verschließbarer Rest- und Abfallstoffe (z.B.
833 kleine Gülleanlagen, Abfallvergärungsanlagen) für die Biogasproduktion. Wir legen den Fokus
834 dabei auf die Verwendung von Abfallprodukten, die der Kreislaufwirtschaft nicht auf andere,

835 ressourcenschonende Weise wieder zugeführt werden können. Der Anbau von Biomasse ist
836 naturfreundlich zu gestalten und muss den Nachhaltigkeitsgrundsätzen entsprechen. Die
837 Chancen der Biogasproduktion zur Bereicherung der Agrarlandschaft sollten genutzt werden.
838 Dazu soll beider Förderung von Biomasse ein weiterer Ausbau des Maisanbaus vermieden und
839 der Zubau auf Reststoffverwertung und naturverträgliche Substrate ausgerichtet werden.
840

841 Wir lehnen eine Verdrängung von Nahrungsmittelanbau zugunsten von Biomasseerzeugung ab.
842 Der Anteil einer Fruchtart soll auf maximal 30% begrenzt werden. Wie fordern,
843 Grünlandumbruch und Gentechnik auszuschließen. In der Zukunft können Biokraftstoffe der 2.
844 und 3. Generation, deren Erzeugung nicht mehr in Konkurrenz zur menschlichen Ernährung
845 steht, eine belastbare Energiequelle werden. Solche können zum Beispiel in schnell
846 wachsenden Algenkulturen oder auch in Wildblumenmischungen liegen, die selbst bei wasser-
847 und nährstoffarmen Böden einen relativ hohen Energieertrag versprechen.
848

849 Zudem dürfen die Energieträger nicht aufgrund monokulturellem Anbaus auf andere Weise
850 negativ in das Ökosystem eingreifen. Dazu sind jedoch weitere Investitionen in die Forschung
851 von Nöten. Wir sind uns bewusst, dass Anbauflächen für Biomasse und Agrarkraftstoffe in den
852 globalen Verteilungskampf um Nahrungsmittel eingreifen. Daher sprechen wir uns für eine
853 globale Begrenzung der Anbauflächen zur Energiegewinnung aus, um die Spirale der
854 Hungersnöte weltweit nicht weiter nach oben zu treiben. Regionale und dezentrale
855 Agrarstoffnetzwerke können in ertragreichen Gebieten, in denen keine Konkurrenz zur
856 Nahrungsmittelproduktion besteht, jedoch vor Ort zur einer unabhängigen Energieversorgung
857 und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.
858

859 Für Biomasse ist ein sektorübergreifendes Instrument zu schaffen, etwa in Form eines
860 Biomasse-Einspeisegesetzes. Hierdurch könnte Bioenergie als begrenzter Energieträger
861 optimiert vornehmlich in dem Sektor verwendet werden, in dem es keine oder kaum Alternativen
862 zu konventionellen Energieträgern gibt. Altanlagen sollen Anreize zur Flexibilisierung und zur
863 Verringerung des Maisanteils erhalten. Neuanlagen sind von Anfang an auf den flexiblen Betrieb
864 auszurichten. Dazudienen die Flexibilitätsprämien und Vollbenutzungsstundenkontingente.
865 Anderweitige Regelungen und Instrumente für Biomasse (im EEG, EEWärmeG, BiokraftQuG)
866 sind bei Schaffung eines Biomasse-Einspeisegesetzes für Neuanlagen zu streichen.
867

868 Geothermie

869 Wir fordern die Förderung der geothermischen Energiegewinnung sowohl in thermischer als
870 auch elektrischer Hinsicht. Zu unterscheiden sind dafür im Allgemeinen die oberflächennahe
871 und die Tiefengeothermie. Das EEG sollte finanzielle Anreize (bspw. Zuschusszahlung) bieten,
872 dass private ImmobilienbesitzerInnen oberflächennahe Geothermie zur Wärmebereitstellung
873 nutzen. Zudem fordern wir die Förderung von Heiz- und Kühlungssystem im gewerblichen
874 Bereich (bspw. über Steuerentlastungen oder Förderungen).
875

876 Gerade in der strombetriebenen, oberflächennahen geothermischen Energiebereitstellung
877 mittels Erdwärmesonden sehen wir Potentiale, um in Zeiten erhöhten Stromaufkommens die
878 Netze zu entlasten und günstigen Strom dafür zu nutzen, Wärme für die Haushalte
879 bereitzustellen und über entsprechende Speichereinrichtungen (bspw. isolierte Wassertanks) zu
880 Bedarfszeiten abrufbar zu halten.
881

882 Für den Ausbau der geothermischen Stromerzeugung müssen verlässliche planerische
883 Rahmenbedingungen hergestellt werden. Öffentliche Stellen sollten für die Bohrung und
884 Erprobung eingesetzt und vom Bund entsprechend finanziert werden. Dazu soll den bisher in
885 diesem Bereich privat tätigen Firmen ein Angebot zur Mitarbeit unterbreitet und so ihr Know-
886 How für staatliches Handeln nutzbar gemacht werden. Entsprechende Forschungseinrichtungen
887 wollen wir fördern.
888

889 Konventionelle Energieträger

890 Braun- und Steinkohle sind die Energieträger mit dem höchsten CO₂-Ausstoß und damit ein
891 wesentlicher Verursacher des Klimawandels. Wir lehnen daher die Kohleverstromung und
892 den großflächigen Abbau ab. Bis 2035 wollen wir den vollkommenen Ausstieg aus der
893 Kohleverstromung umsetzen, wobei ältere Kohlekraftwerke mit veralteter Filtertechnologie
894 und geringeren Wirkungsgraden frühzeitig vom Netz genommen werden müssen. Durch einen
895 Sockelbergbau wollen wir die sichere und umweltverträgliche Versorgung mit Koks- und
896 Anthrazitkohle zur

896 Stahlverhüttung, sowie Forschungs- und Bildungsmöglichkeiten erhalten. Kernkraftwerke sind
897 wegen der bisher ungelösten Frage der Endlagerung der Brennstäbe und der zahlreichen
898 Zwischenfälle keine Option für irgendeine Form der Energiewende. Daher sollen die Kraftwerke
899 in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Ausstieg 2022 abgeschaltet
900 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass europa- und weltweit kein Neubau von Kernkraftwerken
901 stattfindet. Erdöl und Erdgas sind nur begrenzt vorhanden und deshalb nur mittelfristig von
902 Nutzen (Peak Oil). Die Forschung an Erdgasspeichern für die Speichertechnologie power-to-gas
903 wollen wir fördern, um auch kurz- und mittelfristig Energiespeicher auszubauen. Die zusätzliche
904 Erdgasförderung durch unkonventionellen Zugang in Gesteinsschichten (Fracking) ist für uns
905 keine Option.

906

907

908 **Wärme konsequent mitdenken.**

909

910 Die Energiewende beschränkt sich nicht auf die Stromerzeugung. Auch die Wärmeengewinnung
911 muss eine zentrale Rolle spielen. Der Wärmebedarf in Deutschland ist, in Kilowattstunden
912 gemessen, doppelt so hoch wie der Strombedarf und benötigt ca. 40% des Energieverbrauchs.
913 1/3 der deutschlandweiten CO₂-Emissionen entstehen im Gebäudebereich. Doch auch hier gibt
914 es keine Standardlösung. Standortbezogen müssen die jeweiligen Lösungsmöglichkeiten nach
915 lokalen Gegebenheiten abgewogen und nach höchstmöglicher Effizienz realisiert werden.

916

917 *Wir fordern den Ausbau von Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die sowohl kleinteilig,
918 in virtuellen Kraftwerken und in der Industrie den Strom- und Wärmebedarf bei deutlich
919 geringeren Schadstoffemissionen decken. Unser Ziel ist es einen möglichst geringen Anteil
920 herkömmlicher Energieträger zu nutzen. Öl- und Kohlenheizungen wollen wir mittelfristig
921 vermeiden.*

922

923 Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen haben ein enormes Potential, das genutzt werden
924 muss und zu einer massiven Steigerung der Nutzungsgrade führen wird. Dementsprechend
925 muss Schluss sein mit den Fehlanreizen, in denen EEG gegen Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
926 ausgespielt wird. Der auf diesem Weg erzeugte Strom sollte möglichst auch lokal verbraucht
927 werden um Netzstrukturen zu schonen. KWK-Anlagen sind darüber hinaus in größeren
928 Maßstäben auch Fernwärme-gesegnet und in Form von Blockheizkraftwerken mittels Nahwärme
929 (bspw. Gas, Pellets) exakt bedarfsorientiert und steuerbar. KWK-Anlagen sollen dabei so
930 gestaltet werden, dass die gewonnene Wärme gespeichert werden kann, um diese Anlagen
931 auch stromgeführt betreiben zu können.

932 Der energieeffiziente Betrieb von KWK-Anlagen setzt eine Mindestabnahme der gewonnenen
933 Wärme voraus. Daher muss in der Bauleitplanung die Möglichkeit geschaffen werden,
934 Anschlusspflicht an eine angebotene Nahwärmeversorgung vorzusehen und in diesem Fall
935 auch den Einbau von Solarthermie-Anlagen oder nachträgliche Wärmedämmung
936 auszuschließen. Dies kollidiert zwar mit individuellen Vorstellungen von energiesparendem
937 Verhalten, ist aber mit Blick auf einen möglichst niedrigen Gesamtenergieverbrauch notwendig.

938

939 Wir befürworten KWK-Contracting Modelle, da durch diese die Vorteile effizienter, nachhaltig
940 gewonnener Energien direkt an die VerbraucherInnen gegeben wird. Zudem gewährleistet
941 Contracting, dass Teilhabe an den Gewinnen der Energiewende auch denen gewährt wird,
942 die nicht zu dem reichsten Teil der Gesellschaft gehören oder eine übermäßige Fachexpertise
943 auf dem Gebiet haben.

944

945 Um die Erzeugung in gasbetriebenen KWK-Anlagen nicht nur effizient und netzentlastend,
946 sondern auch nachhaltig zu gestalten, muss verstärkt biologischer Abfall als Rohstoff zur
947 Gaserzeugung genutzt werden. Dieser Prozess bietet vor allem die Möglichkeit zur Einbindung
948 kommunaler Ebenen in die Energiewende, die häufig an den lokalen Abfallwirtschaftsbetrieben
949 beteiligt sind.

950

951 Die steuerliche Benachteiligung von kleinen Erzeugungsanlagen, die Teil von virtuellen
952 Kraftwerken sind, gegenüber Kleinanlagen, die isoliert für sich betrieben werden, müssen
953 beendet werden. Das Gesamtziel sollte ein insgesamt bedarfsorientiertes intelligentes Netz sein,
954 in dem auch Wärme entsprechend berücksichtigt wird. Dafür müssen Anreize und zentrale
955 Steuerungen gegeben werden, die das Ausgleichspotential von KWK-Technologie nutzbar
956 machen. Der Anreiz muss dabei mindestens dem monetären Effizienzverlust entsprechen, der

957 durch nur partiellen Einsatz generiert wird.

958

959 Die Produktion von Wärme aus Strom außerhalb von Spitzenerzeugungszeiten lehnen wir ab.
960 Selbst bei erneuerbaren Stromerzeugungspotentialen muss eine Ressourceneffizienz und CO₂
961 Lifecycleanalyse den Ausschlag zur Ausbaumaßnahme liefern.

962

963 Neben KWK-Anlagen fordern wir mehr Unterstützung für Wärmepumpen, geothermischer
964 Energiegewinnung und thermische Solarkollektoren.

965

966 *Zur Förderung nachhaltiger Wärmeherzeugung fordern wir die konsequente Umsetzung des*
967 *Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes (EEWärmeG), welches den flächendeckenden Ausbau*
968 *von effizienten und umweltschonenden Anlagen massiv unterstützen soll. Dabei gilt es die*
969 *Unterstützung für energetische Erneuerung und Sanierung durchweg mitzudenken. Nur die*
970 *konsequente und gemeinsame Umsetzung von Sanierung und Förderung neuer Anlagen,*
971 *macht die Energiewende im Wärmesektor und einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand*
972 *bis 2050 möglich.*

973

974 **Klimafreundlicher und integrierter Verkehr**

975

976 Der Verkehrssektor verantwortet derzeit einen Anteil von 20% der energiebedingten
977 Treibhausgasemissionen. Im Vergleich zu anderen Sektoren wurden im Verkehrsbereich die
978 Emissionen nur unterdurchschnittlich verringert. So sank der Ausstoß zwischen 1990 und 2012
979 um lediglich 5,5%. Berücksichtigt man den von Deutschland aus beginnenden Luft- und
980 Seeverkehr in den Berechnungen, stiegen die Emissionen gar um 2,5%. Mit einem Anteil von
981 über 40% der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen sind PKW derzeit eine wesentliche
982 Emissionsquelle. Erzielte Effizienzsteigerungen bei den Antriebstechnologien der Fahrzeuge,
983 wurden in den vergangenen Jahren durch den Anstieg der Verkehrsleistungen (insbesondere
984 Güterverkehr), nahezu kompensiert. Es existiert im Verkehr eine vollständige Abhängigkeit von
985 fossilen klimaschädlichen Energieträgern (über 90%).

986

987 *Wir fordern die deutliche Steigerung von regenerativen Antrieben und die Ausschöpfung der*
988 *Potenziale der Verkehrsvermeidung. und die Stärkung des Umweltverbunds. Der*
989 *Verkehrssektor muss ganzheitlich in die Strukturen und Ziele der Energiewende eingebunden*
990 *werden. Neben den gesetzlichen Steuerungsmöglichkeiten fordern wir deutlich stärkere*
991 *Effizienzziele und Forschungsschwerpunkt bei den ProduzentInnen von Verkehrsträgern*
992 *insbesondere in der Automobilindustrie.*

993

994 **Paradigmenwechsel der deutschen Verkehrspolitik**

995

996 Im Jahre 2013 wurden 71% des Güterverkehrs und 80% des motorisierten Individualverkehrs
997 auf der Straße geleistet. Soll der Verkehrssektor zukünftig einen stärkeren Beitrag zur
998 Energiewende leisten, bedarf es hier eines Paradigmenwechsels hin zu umweltfreundlichen
999 Verkehrsträgern.

1000

1001 *Zur Implementierung eines innovativen und klimafreundlichen Verkehrssektors bedarf es vor*
1002 *allem eine Verlagerung auf die umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Schiff. Unser*
1003 *Ziel ist ein Wechsel von mehrheitlichen Individual- zu einem öffentlichen Verkehr. Dabei ist die*
1004 *Bahn und der regionale ÖPNV elementarer Teil der staatlichen Daseinsvorsorge.*
1005 *Privatisierungen der Bahn und/oder des Schienennetzes lehnen wir ab.*

1006

1007 Eine attraktive und soziale Bus- und Bahnpreisgestaltung, sowie ein flächendeckendes Angebot
1008 ist die Basis von Individualverkehrsvermeidung. Direkte Konkurrenz zur Bahn darf keine
1009 überproportional staatlichen Vorteile genießen. Daher fordern wir die Umsetzung einer
1010 Kerosinbesteuerung auf Flugreisen und das Ende der steuerlichen Absetzbarkeit von
1011 Fahrzeugen mit mehr als 120 g/km CO₂-Ausstoß. Dieser Wert muss dabei je nach
1012 technologischem Fortschritt in den kommenden Jahren weiter gesenkt werden.

1013

1014 Der massive Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radwegenetzes zur
1015 Stärkung des Umweltverbundes kann nicht alleine über die Kommunen finanziert werden. Wir
1016 fordern daher die Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes über 2017/2019
1017 hinaus. Dabei müssen die Mittel deutlich erhöht, Erhaltungsinvestitionen mitaufgenommen und

1018 die Förderkriterien so angepasst werden, dass auch finanzschwächere Kommunen Investitionen
1019 in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur – vor allem auch schienengebunden – tragen können.
1020 Auch für den Ausbau des Radwegenetzes, auch zwischen Kommunen, sind ausreichende
1021 Fördermittel vorzusehen. Dagegen sollen die Fördermittel für Straßenbau außerhalb ländlicher
1022 Regionen und außer für Lärmschutzmaßnahmen zurückgeführt werden. Eine zukünftige
1023 Minderungsoption der CO₂-Emissionen von PKW liegt in der Elektrifizierung des Antriebs mit
1024 einem Einsatz von erneuerbaren Energien. Die Entwicklung von Carsharing-Modellen wollen wir
1025 weiter unterstützen.

1026

1027 Gleichzeitig soll die öffentliche Hand als „Early Adoptier“ für ausgereifte
1028 Nischentechnologien fungieren. Mit staatlicher Beschaffungspolitik kann der Einstieg von
1029 umweltfreundlichen Fahrzeugen (bspw. Wasserstoff-Brennstoffzellen-betriebene PKW) zur
1030 Marktdurchdringung bereitet werden. Rein batteriebasierte Elektrofahrzeuge haben zurzeit vor
1031 allem in der Kurzstreckenmobilität ein hohes Potential, das jedoch auf Basis der Life Cycle
1032 Emissionen bewertet werden muss. Hier kommen sowohl die Stärken der Antriebstechnologie
1033 und die hohen CO₂-Einsparungen (bei Nutzung regenerativen Stroms) im Vergleich zu
1034 herkömmlichen Antrieben zur Geltung. Da 90% aller Fahrten kürzer als 50 km sind, besteht
1035 schon heute eine hohe NutzerInnenaffinität. Im begrenzten Rahmen können Elektrofahrzeuge
1036 mit der richtigen Batterietechnik einen Beitrag zum Demand-Side-Management leisten.

1037

1038 *Neben dem Personenverkehr legen wir den Fokus auf den Umstieg des Güterverkehrs zu*
1039 *Gunsten von Schiene und Schiff. Dabei wollen wir Güterverkehr durch lokale*
1040 *Produktionskreisläufe möglichst vermeiden und den Anteil der Schiene am Gütertransport bis*
1041 *2050 mindestens verdoppeln. Aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens treten wir dafür ein,*
1042 *die auf der Schiene abgewickelte Transportleistung von aktuell 112 Mrd. Tkm um deutlich mehr*
1043 *als 100 Prozent zu steigern. In der Binnenschifffahrt sollen bis zur Mitte des Jahrhunderts*
1044 *zudem Kapazitätssteigerungen von mehr als einem Viertel (verglichen mit dem heutigen Wert)*
1045 *erfolgen.*

1046

1047 Die zukünftigen Bundesverkehrswegepläne setzen diese formulierten Prioritäten durch
1048 gezielte Investitionserweiterungen um. Es gilt hierbei das Bestandsnetz vornehmlich zu fördern
1049 und eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen.

1050

1051 Die Wende hin zu einem klimafreundlichen Verkehrssektor bietet nicht nur mehr Lebensqualität
1052 in den Städten, weniger Emission und Lärm, sondern sie bietet außerdem die Chance, neue
1053 Technologiefelder zu erschließen. Ein Zögern, ein Verzögern oder eine stückhafte Umsetzung
1054 der Energiewende im Verkehrssektor gefährdet die erfolgreiche Umsetzung der
1055 ganzheitlichen Energiewende. Deutschlands Rolle unter den Vorreitern wäre bei einem
1056 halbherzigen Angehen bedroht und würde langfristig zum Verlust von Innovationskraft und
1057 Arbeitsplätzen führen.

1058

1059 **Zugang zur Natur - ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis**

1060

1061 Wir begreifen Natur und Gesellschaft nicht als stofflichen und begrifflichen Gegensatz, ihre
1062 Beziehung ist für uns ein gesellschaftliches Naturverhältnis. Die Natur existiert zwar als
1063 stoffliche Umwelt, wurde und wird aber durch den Menschen jeweils konkret-historisch
1064 angeeignet und umgestaltet, wobei Produktions- und Konsumprozesse diesen Prozess
1065 strukturieren und kollektivesoziale Wahrnehmungen ihn ausdeuten.

1066

1067 Wer darüber entscheidet wie, zu welchem Zweck und zu wessen Nutzen Natur verbraucht
1068 und reproduziert wird, ist eine Frage von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und daher
1069 eine zentrale Machtfrage. Vor allem vor dem Hintergrund der Begrenztheit der Rohstoffe und
1070 "Deponien", welche den ökologischen Rahmen unserer Produktionsfähigkeit bilden, müssen
1071 diese Herrschaftsverhältnisse aufgebrochen werden. Der Verbrauch und die Mittel zur
1072 Reproduktion der Natur dürfen nicht mehr nur an das Gewinnstreben einiger Weniger gebunden
1073 sein.

1074

1075 Aktuell lässt sich eine zunehmende Verknappung zentraler fossiler Ressourcen beobachten. So
1076 ist zum Beispiel das Produktionsmaximum leicht verfügbaren Öls erreicht, was unsere fossil
1077 geprägte Gesellschaft massiv verändern wird. Die globalen und vor allem regionalen Engpässe
1078 werden zwangsläufig zu Preissteigerungen führen und globale sowie innergesellschaftliche

1079 Verteilungs- und Substitutionseffekte (Ersetzung durch andere Rohstoffe oder neue
1080 Technologien) erzeugen.

1081

1082 Wir müssen den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für alle gewährleisten und den
1083 kommenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen, um neben einer sauberen
1084 Umwelt auch genügend Rohstoffvorkommen zu hinterlassen, um Konflikte in der Zukunft zu
1085 vermeiden.

1086

1087 Doch um dies zu erreichen muss Wirtschaften neu definiert werden und in Gesellschaft und
1088 Natur eingebettet werden. Dazu bedarf es der Überwindung vom kapitalistischen
1089 Wirtschaftssystem.

1090

1091 **Fracking ist keine Lösung**

1092

1093 Will man kurzfristig negative Verteilungseffekte durch Rohstoffknappheit bremsen, so scheint
1094 ersteinmal die Optionen der "unkonventionellen" Förderung dieser Rohstoffe eine Möglichkeit.
1095 Eine Technologie in diesem Zusammenhang ist das Hydraulic Fracturing. Dabei wird ein
1096 Gemisch aus Chemikalien und Wasser unter Hochdruck in Bohrlöcher gepresst um Erdgas zu
1097 fördern. Das Erdgestein wird zersetzt (gefrackt) und das Gas, welches sich unter diesem
1098 Gestein befindet, wird frei und zusammen mit dem mit Chemikalien versetzten Wasser
1099 abgepumpt. Da im Gestein weitere Risse entstehen, kann das Gas auch in das Grundwasser
1100 gelangen.

1101

1102 Weil die Mengen der Chemikalien unter der Grenze des Bergrechts liegen, ist in Deutschland
1103 keine Umweltverträglichkeitsprüfung für Fracking nötig. Grund dafür ist das veraltete
1104 Bergrecht, dessen Änderung längst überfällig ist. Gegenwärtig bleibt Fracking nur in
1105 Trinkwasserschutzgebieten verboten.

1106

1107 Auch das sogenannte „Clean Fracking“, bei welchem mehrheitlich wasserlösliche Stoffe mit
1108 dem Wasser vermischt werden und das Wasser anschließend recycelt werden soll, ist für uns
1109 keine Alternative um Erdgas zu fördern. Nach der Filterung bleiben beispielsweise
1110 Quecksilber, Radium-226 aber auch krebserregende Kohlenwasserstoffe und weitere
1111 gesundheitsgefährdende Chemikalien beim Herauspumpen auf der Bodenoberfläche. Der
1112 Boden und auch das Grundwasser werden kontaminiert und damit nachhaltig geschädigt.

1113

1114 *Wir wollen keine Investitionen in unkonventionelle Fördertechnologien zur kurzfristigen (10*
1115 *Jahre) nationalen Rohstoffunabhängigkeit, welche die Energiewende und Effizienzsteigerung*
1116 *hinauszögern. Wir fordern ein komplettes Verbot von Fracking zur Erdgasförderung.*

1117

1118 **Keine Verdrängung von Nahrungsmittelanbau**

1119

1120 Eine andere Möglichkeit negative Verteilungseffekte abzufedern stellt die Substitution durch
1121 andere fossile und nicht-fossile (Treib-)Stoffe dar. Durch den Anbau von Agrarkraftstoffen und
1122 deren Subvention wird ein unnötiger Wettbewerb zwischen den Nutzpflanzen ausgelöst und
1123 verdrängen dort Nahrungsmittelpflanzen. Dadurch verteuert sich -zusätzlich zu den derzeitigen
1124 Spekulationen mit Nahrungsmitteln -der Preis der Nahrungsmittelpflanzen künstlich und trägt zu
1125 deren Verknappung bei.

1126

1127 Wenn nur noch auf Flächen angebaut werden darf, auf denen keine Nahrungsmittel oder
1128 bedrohte Pflanzenarten wachsen (bspw. Algen und Wildblumenmischungen) wird dieser
1129 Zusammenhang von Agrarkraftstoffanbau und Hungersnöten zerschlagen. So ließen sich
1130 dezentrale und regionale Agrarkraftstoffnetzwerke schaffen, die vor Ort für den
1131 Treibstoffhaushalt sorgen. In Entwicklungsländern könnten so Kleinbauern und
1132 Genossenschaften vor Ort gefördert werden.

1133

1134 *Wir fordern ein Verbot des Anbaus von Nutzpflanzen für Agrarkraftstoffe an Standorten, wo*
1135 *Nahrungsmittel wachsen, bedrohte Pflanzenarten existieren und die regionale Flora und Fauna*
1136 *bedroht wird. Die Forschung an Biokraftstoffen der 2. und 3. Generation wollen wir weiter*
1137 *fördern.*

1138

1139 **Umwelt schützen**

1140

1141 Neben der Ressourcenverknappung liegt ein Hauptproblem in der Erschöpfung der
1142 Tragfähigkeit der natürlichen Senken (Atmosphäre, Böden, Ozeane). Der Klimawandel, der
1143 Verlust an Biodiversität, die Übersäuerung der Meere und Stickstoffüberschüsse der Böden
1144 gefährden die Erdsystemprozesse und verändern sie dauerhaft. Die Reproduktionsfähigkeit des
1145 Erdsystems ist in bestimmten Dimensionen bereits heute irreversibel geschädigt. Die
1146 Energiewende muss dieser weiteren Belastung der Umwelt so weit wie möglich
1147 entgegenwirken.

1148

1149 **Atommüll**

1150 Mit dem Endlagersuchgesetz wurde faktisch ein nationales Konzept der unumkehrbaren, nicht-
1151 rückholbaren Endlagerung radioaktiver Abfälle beschlossen, welches suggeriert, dass die
1152 Atommüllfrage gelöst sei und dass es einen sicheren Verwahrorort für Atommüll gäbe. In
1153 Wirklichkeit geht es jedoch nur um die Frage, welcher Standort am wenigsten ungeeignet ist.

1154

1155

1156 *Die Endlagerung von Atommüll ist für uns keine Lösung. Vielmehr ergibt sich die Notwendigkeit*
1157 *eine Rückholung und Überwachung des Atommülls zukünftig zu gewährleisten.*

1158

1159 Nur so kann über die 40.000 Generationen, die von der Lagerung des Atommülls betroffen
1160 sein werden, dass Wissen über Atommüll und dessen Gefahren erhalten und Risiken (bspw.
1161 Wassereintrüben wie im Salzstollen ASSE II) vorgebeugt werden. Die Gefahr einer
1162 radioaktiven oder toxischen Verseuchung kann jedoch nie ganz ausgeschlossen werden,
1163 sodass immer berücksichtigt werden sollte, dass radioaktive oder toxische Abfälle mit dem
1164 Grundwasser in Berührung kommen könnten.

1165

1166 **CO₂-Abscheidung, Speicherung und Recycling**

1167 Alle Mechanismen, mit denen CO₂ recycelt werden kann, können nur kurzfristige Verbesserungen
1168 der Emissionsabgabe schaffen und dürfen nicht von der vorrangigen Aufgabe der Vermeidung
1169 ablenken.

1170

1171 *Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) lehnen wir ab. Sie trägt weder zur Reduzierung*
1172 *der Erzeugung von CO₂ bei, noch ist ein dauerhafter und sicherer Entzug aus der Atmosphäre*
1173 *gewährleistet.*

1174

1175 Auch rechtlich mögliche Forschungs- und Demonstrationsanlagen dürfen nicht errichtet oder
1176 gefördert werden. Auf europäischer Ebene soll auf ein entsprechendes Verbot und die
1177 Änderung des gegenwärtigen Kurses, der mit der RL 2009/31/EG über die geologische
1178 Speicherung von Kohlendioxid eingeschlagen wurde, hingewirkt werden. Die abgebrochenen
1179 Pilotprojekte (bspw. Schwarze Pumpe in Brandenburg) zeigen, dass in CCS kein sicheres,
1180 zukunftsfähiges (geschweige denn wirtschaftliches) Verfahren zu sehen ist.

1181

1182 Auch CCR, die Abscheidung und das Recycling von CO₂ (Wieder- und Weiterverwendung von
1183 Kohlenstoffdioxid) führt nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen zur
1184 Energiegewinnung, sondern verringert bestenfalls die Emission von CO₂ in die Atmosphäre und
1185 Verschleiern somit die Folgen fossiler Energieträger.

1186

1187 *Wir lehnen die Verwendung von CCR ab.*

1188

1189

1190 **Zertifikatshandel reformieren**

1191

1192 Statt Scheinlösungen zum Umgang mit CO₂ wollen wir Anreize zur Vermeidung von CO₂
1193 setzen und dazu auch marktorientierte Instrumente nutzen. Der Handel mit
1194 Emissionszertifikaten ist ein im Grunde funktionstüchtiges Mittel. Dies funktioniert jedoch nur,
1195 wenn die Zertifikate am Markt einengewissen Mindestpreis haben, Einsparbemühungen in der
1196 Vergangenheit nur zu einem bestimmten Teil und für einen bestimmten Zeitraum angerechnet
1197 werden und die Zertifikate angemessen verknappt werden. Nur auf diese Weise werden die
1198 Unternehmen dazu animiert, eigene Einsparbemühungen vorzunehmen die den CO₂-Ausstoß
1199 zu verringern.

1200

1201 Wir fordern einen CO2-Zertifikatehandel mit einer wirksamen Verknappung und Verteuerung
1202 der Zertifikate. Neben CO2 wollen wir europaweit und global auch weitere klimaschädliche
1203 Gase (z.B. Methan, Lachgas) in den Zertifikatshandel mit einbeziehen und den
1204 Anwendungsbereich auf weitere Bereiche (bspw. Güterverkehr) ausweiten.

1205

1206 Die ersten Schritte zur Einbeziehung des Flugverkehrs sind begrüßenswert und auszubauen.
1207 Zudem sollen die globalen Perspektiven des Emissionszertifikatehandels erweitert werden.
1208 Dabei wollen wir eine Ausweitung über die europäischen Grenzen hinweg und/oder
1209 Kooperationen mit anderen bereits bestehenden Handelssystemen (bspw. in China) anstreben.
1210 Die Bedeutung der etablierten flexiblen Mechanismen im Sinne des Kyoto-Protokolls,
1211 insbesondere der Clean Development Mechanisms (CDM) und Joint Implementations (JI) muss
1212 dabei hinsichtlich ihrer Bedeutung zur Förderung von Energieeffizienztechnologien und
1213 indirekter Hilfe in Entwicklungs- und Schwellenländern betrachtet werden, und sollte deshalb
1214 ausgebaut und gestärkt werden.

1215

1216 **Energiewende endlich gestalten**

1217

1218 Der Klimawandel wird die größte weltweite Herausforderung unserer Generation. Wir wollen
1219 mit einer ambitionierten und zielgerichteten Energiewende dessen Auswirkungen auf Menschen,
1220 Tiere und Natur reduzieren. Dabei hängt der Erfolg des Einschreitens von einem solidarischen
1221 und abgestimmten globalen Vorgehen ab. Wir setzen uns mit unseren sozialistischen
1222 PartnerInnenorganisationen für eine stringente Klimarahmenkonvention bei der Klimakonferenz
1223 2015 in Paris und für entschiedene Programme zur Europa- und weltweiten Energiewende ein.

1224

1225 Wir wollen die Veränderungen im Energiesektor nutzen um eine Transformation des
1226 Wirtschaftens zu ermöglichen und die öffentliche Daseinsvorsorge zurück in öffentliche
1227 demokratische Hand zu führen. Eine sozial gerechte Energiewende werden wir nur schaffen,
1228 wenn wir die Energieversorgung von der Kapitalakkumulation und wirtschaftlichen
1229 Einzelinteressen trennen. Für ein gutes linkes Leben gehen bei uns der Schutz der Umwelt, die
1230 Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und gesellschaftlicher Wohlstand Hand in Hand.
1231 Das ist unser Anspruch an eine sozialistische Energiewende.

1232

1233

1234

1235

1236

1237

1238

1239

1240

1241

1242

1243

1244

1245

1246

1247

1248

1249

1250

1251

1252

1253

1254

1255

1256

1257

1258

1259

1260

1261

Titel Ein Ende des Plastikwahns

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Ein Ende des Plastikwahns

1 Durch die übermäßige Produktion von Plastik verschmutzen die Menschen nicht nur Ozeane
2 und Wälder. Zunehmend vergiften wir damit unseren eigenen Körper. Denn Studien zeigen,
3 dass Kleinstmengen sich im menschlichen Körper absetzen. Dies geschieht sehr schnell durch
4 den ständigen Kontakt mit Plastikerzeugnissen. Auch Lebensmittel und Getränke in PET-
5 Flaschen weisen schnell eine Belastung auf. Der Mensch kann momentan diese Menge an
6 Plastik im Organismus noch ertragen. Anders sieht es zum Beispiel bei Fischen aus, die daran
7 zu Tausenden verenden. Sie werden vergiftet durch die verseuchte Nahrung die sie zu sich
8 nehmen und durch das Wasser, in dem sie leben.

9

10 Das ist ein unhaltbarer Zustand dem endlich entschlossen entgegen gegangen werden muss.

11

12 Daher fordern wir:

13

14 1. Ein Verbot für Plastiktüten im Einzelhandel!

15 2. Ein Verbot von Einwegpfandflaschen! Wir müssen wieder Alternativen ins Auge fassen
16 und diese Ressourcen besser verwenden als von der Wasserflasche zum Textil.

17 3. Ein Verbot von doppelt und dreifach Verpackungen im Handel!

18

19 Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf zu prüfen, ob im Einzelhandel auf Plastik
20 komplett verzichtet werden kann.

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Für eine andere Freihandelspolitik – TTIP,
CETA und TISA stoppen!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an Bundesparteitag und SPD-Abgeordnete in Bundestag und
Europaparlament

Für eine andere Freihandelspolitik – TTIP, CETA und TISA stoppen!

- 1 Mit den gerade stattfindenden Verhandlungen rund um eine Reihe neuer
- 2 Freihandelsabkommen, namentlich dem TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership)
- 3 mit den USA, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada und dem
- 4 plurilateralen TISA (Trade in Service Agreement), rückt die Debatte um Freihandel, nach den
- 5 großen Diskussionen in den 90er und 2000er Jahren rund um das GATT- (General Agreement
- 6 on Tariffs and Trade) und das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services),
- 7 erneut auf die politische Tagesordnung.
- 8
- 9 Wir Jusos wollen eine Wirtschaftsordnung, die durch faire Handelsbedingungen einen Beitrag
- 10 zur Einhegung internationaler Konflikte leistet, Frieden und Freiheit befördert, soziale
- 11 Entwicklungen anstößt sowie das Zusammenwachsen der unterschiedlichen Weltregionen
- 12 unterstützt und somit einen Beitrag zur Solidarisierung der Menschen leistet. Diesen
- 13 Anforderungen werden die jetzigen Verhandlungen von Freihandelsabkommen aber bei weitem
- 14 nicht gerecht! Vielmehr erleben wir derzeit eine neoliberale Freihandelspolitik nie gekanntes
- 15 Ausmaßes. In einer solchen neoliberalen Ausrichtung wird Freihandel als Instrument zur
- 16 weiteren Restrukturierung staatlicher Politikfelder und des staatlichen Regulierungseinflusses in
- 17 Bezug auf den wirtschaftlichen Ordnungsrahmen verstanden. Es ist also ein Programm, das im
- 18 Sinne der globalen KapitaleignerInnen den Primat des Kapitals mit seinen Prämissen der
- 19 Liberalisierung, Privatisierung, und Ökonomisierung fest in die Verfassungswirklichkeit der
- 20 beteiligten Volkswirtschaften und ihrer staatlichen Organisationen schreiben möchte. Die
- 21 Instrumentarien eines solchen politischen Programms umfassen dabei u.a. eine permanent-
- 22 fortschreitende Liberalisierungs- und Privatisierungsagenda, Schiedsgerichtsverfahren,
- 23 Stillstandsklauseln, Negativlisten und einiges mehr. Viele solcher Verfahren sind bereits in
- 24 Freihandelsabkommen verankert, die die Metropolen des Kapitalismus mit Staaten der
- 25 Peripherie abgeschlossen haben. Dies haben wir Jusos, anders als viele KritikerInnen, nicht
- 26 erst in dem Moment kritisiert, als solche Instrumente nun auch gegen die Metropolen selbst
- 27 angewendet werden sollen, sondern vielmehr schon an vielen Stellen deutlich gemacht, dass
- 28 ein solcher Freihandel nicht unseren Vorstellungen entspricht! Dabei muss Kritik an der
- 29 aktuellen Freihandelspolitik immer ein linkes, politisches Fundament haben und darf nicht durch
- 30 reine Panikmache getrieben werden. Um einen progressiven Beitrag zur demokratischen und
- 31 sozialen Gestaltung von Globalisierungsprozessen zu leisten, gilt es faire Handelsbeziehungen
- 32 zu initiieren, deren Erfolg sich nicht an scheinbar schier unendlichen Privatisierungsarien und
- 33 Gewinnbilanzen der großen Trans- und Multinationalen Konzerne misst, sondern den Maßstab
- 34 einer nachhaltigen Entwicklung in allen seinen Dimensionen (Soziales, Ökologie, Ökonomie,
- 35 politisch-gesellschaftliche Entwicklung) ansetzt. Von einer solchen Freihandelspolitik sind wir
- 36 derzeit mehr als weit entfernt. Die bisherigen Erkenntnisse aus den Verhandlungen von TTIP
- 37 (Verhandlungsmandat) und CETA (fertig verhandelter Vertragstext) lassen erkennen, dass in
- 38 intransparenten Verfahren eine Freihandelspolitik fokussiert wird, die unseren Ansprüchen nicht
- 39 genügen kann, sondern ganz im Gegenteil versucht unsere Demokratie noch stärker unter das
- 40 Joch des globalen Kapitalismus zu drängen. Leider wird die nötige Debatte um die
- 41 Handelsabkommen von einigen dazu genutzt Antiamerikanismus zu verbreiten. Wir Jusos

42 stellen uns entschieden gegen jeglichen Antiamerikanismus! Uns ist klar, dass unter den
43 Handelsabkommen die Schwachen in Amerika genauso leiden wie in Europa während die
44 Starken in Europa genauso profitieren werden wie die Starken in Amerika. Wie überall gilt auch
45 beim Welthandel: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Nationen sondern zwischen Arm
46 und Reich!

47

48 Für uns Jusos sind die Anforderungen an Freihandelsabkommen, egal ob TTIP, CETA oder
49 TISA, deshalb klar:

50

51 • Wir wollen keine automatisch-fortschreitende Privatisierungs- und Liberalisierungsagenda.
52 Für uns Jusos ist klar, dass wir unsere Gesellschaften nicht noch stärker unter das Diktat
53 des Marktes stellen wollen. Öffentliche Daseinsfürsorge hat in den europäischen
54 Gesellschaften einen hohen Stellenwert, den es zu erhalten und zu schützen gilt. Wir
55 verwehren uns deshalb dem Ansatz alle öffentlichen Dienstleistungen unter
56 Privatisierungsdruck zu stellen!

57

58 • Es dürfen auch keine Stillstands- und Einrastklauseln beschlossen werden. Dies ist der
59 eigentliche Kern einer permanent fortschreitenden Privatisierungs- und
60 Liberalisierungsagenda. Stillstandsklauseln sollen dabei bisherige Privatisierungen und
61 Liberalisierungen absichern und Einrastklauseln definieren, dass zukünftig nur ein Mehr
62 an Privatisierungen und Liberalisierungen vertragskonform wäre. Solche Instrumentarien
63 wirken entsprechend in der Folge zu weiteren Liberalisierungsschritten und sollen zudem
64 sicherstellen, dass einmal dem Markt übereigneten Dienstleistungen nicht wieder dem
65 Staat zufallen dürfen, selbst wenn wir ein Marktversagen diagnostizieren. Wir wollen kein
66 Primat des Marktes, sondern des Staates!

67

68 • Um diese Privilegien der MarktakteurInnen und KapitaleignerInnen auch juristisch
69 abzusichern, sind in den Verhandlungen derzeit explizit Investitionsschutzkapitel
70 vorgesehen. Für uns sind solche Investitionsschutzkapitel nicht verhandelbar! Wir wollen
71 keine Schiedsgerichtsverfahren (sog. ISDS: Investor-to-State-Dispute-Settlements), bei
72 denen außerhalb unseres Rechtsstaates Staaten und die Europäische Union von
73 KapitaleignerInnen verklagt werden können. Wir wollen keine einseitige Bevorzugung der
74 Kapitalinteressen und verwehren uns deshalb solcher Verfahren. Recht wird in den
75 verfassten Rechtsstaaten durch die juristischen Institutionen gesprochen und nicht durch
76 private Anwaltskanzleien!

77

78 • Im Bereich des VerbraucherInnen-Schutzes stehen wir klar für die Beibehaltung des
79 Vorsorgeprinzips, welches eine lange Regulationstradition innerhalb der Europäischen
80 Union hat. Wir stehen dazu, dass vor Markteinführung ProduzentInnen nachweisen
81 müssen, dass ihre Produkte den KonsumentInnen nicht schaden. Solche
82 Marktzugangsregularien gilt es weiter als europäischen Standard zu definieren.

83

84 • Außerdem sehen wir die starke Fokussierung auf die Kapitalinteressen sehr kritisch. Wir
85 treten entschieden dafür ein, dass wenn wir Freihandelsabkommen verhandeln, der
86 ArbeitnehmerInnen-Seite ein mindestens genauso großes Gewicht eingeräumt wird! Dass
87 wir beim TTIP zwischen den USA und der EU dabei lediglich über ILO-Kernarbeitsnormen
88 reden, die für uns eine absolute Mindestanforderung darstellen, ist beschämend und für
89 uns nicht tragbar.

90

91 • Insgesamt halten wir die bisherige demokratische und gesellschaftliche Beteiligung in den
92 Verhandlungen ebenfalls für untragbar. Transparenz für die WirtschaftslobbyistInnen aber
93 nicht für die AkteurInnen der Zivilgesellschaft und der demokratisch gewählten
94 Parlamente? Wir halten die hervorsteckende Einbindung der Wirtschaft in den
95 Verhandlungen für undemokratisch. Für uns sind Verhandlungen nur dann sinnvoll und
96 transparent, wenn sie neben der Wirtschaft auch andere gesellschaftliche und politische
97 Organisationen und Institutionen mit einbindet. Wir wollen transparente
98 Verhandlungsverfahren.

99

100 • Auch sind wir alarmiert, dass in den Verhandlungen zudem Fragen zukünftiger
101 Regulierungen eine Rolle spielen sollen. Hierbei bleibt offen, wie sich solche Verfahren
102 genau ausgestalten können, aber der Anspruch der Verhandlungen ist nicht nur die

103 Angleichung von Regulierungen und Standards des Status quo, sondern auch die
104 Etablierung von Mechanismen für zukünftige Regulierungen und Standardsetzungen.
105 Eine verstärkte Zusammenarbeit auf diesem Feld darf nicht heißen, dass demokratisch
106 gewählte Parlamente zukünftige Standardsetzungen und Regulierungen nur noch
107 „nachvollziehen“, die eigentlichen Aushandlungsprozesse allerdings in bi- oder plurilateral
108 vorgelagerten Abstimmungsrunden stattfinden, bei denen im extremsten Fall nicht einmal
109 ParlamentarierInnen beteiligt sind! Freihandelsabkommen dürfen keinen
110 Regulationsautomatismus schaffen, die unseren demokratischen Prinzipien unterlaufen!

111

- 112 • In einem solchen Sinne müssen geschlossene Abkommen auch ein Kapital über
113 Evaluationsmöglichkeiten getroffener Regelungen beinhalten, die die Möglichkeit bieten
114 Vertragsteile in Zukunft nachzubessern. Hierzu zählt für uns auch die Möglichkeit einer
115 Ausstiegsklausel. Wir wollen keine freihandelspolitischen Entscheidungen für die Ewigkeit
116 treffen, sondern sind davon überzeugt, dass wir in Zukunft auch zu anderen
117 Einschätzungen kommen können, denen solch getroffenen Abkommen dann im Wege
118 stehen könnten.

119

120 Da die geplanten Freihandelsabkommen unserer Meinung nach sowohl Kompetenzen der EU
121 als auch der Mitgliedstaaten berühren, somit gemischte Abkommen sind, fordern wir, dass für
122 eine Ratifizierung die Zustimmung aller nationalen Parlamente nötig ist. Außerdem muss die
123 Möglichkeit bestehen durch eine Europäische BürgerInneninitiative die Menschen in den
124 Prozess einzubeziehen.

125 Viele, bis annähernd alle, der hier aufgeführten Punkte finden in den derzeitig laufenden
126 Verhandlungen keine ausreichende Berücksichtigung. Vor allem nachdem, als ein wichtiger
127 „Teilerfolg“ der bisherigen öffentlichen Diskussionen und Proteste, nun endlich das TTIP-
128 Verhandlungsmandat öffentlich zugänglich ist, sind wir umso mehr besorgt, dass die
129 Verhandlungen nicht in unserem politischen Sinne gestaltet werden.

130

131 *Wir fordern daher den Abbruch der Verhandlungen zum TTIP, die erst wieder neu*
132 *aufgenommen werden dürfen, wenn ein deutlich verändertes Verhandlungsmandat vorliegt, das*
133 *unsere Positionen berücksichtigt und wirklich einen progressiven Beitrag zur*
134 *Globalisierungsgestaltung leisten kann! In diesem Sinne ist auch das CETA-Abkommen in*
135 *seiner jetzigen Form abzulehnen und die TISA-Verhandlungen ebenfalls abzubrechen.*

136

137 **Begleitung der SPD**

138

139 Auch die SPD ist besorgt über die bisherigen Verhandlungen und stellt mit dem
140 Parteikonventsbeschluss ebenfalls Positionen auf, die bei den Verhandlungen zu
141 berücksichtigen sind. Anders als wir, glaubt die SPD allerdings, dass man diese Positionen
142 innerhalb der laufenden Verhandlungen oder in Form von Nachverhandlungen (CETA) auf
143 Grundlage der bisherigen Verhandlungsmandate durchsetzen kann. Wir halten dies für sehr
144 optimistisch und wünschen der SPD hierbei viel Erfolg. Wir gehen aber nicht davon aus, dass
145 dieser Weg zu vielen qualitativen Veränderungen beitragen kann, schließlich sind die
146 Verhandlungsmandate beschlossen und somit für die Verhandlungen konstitutiv! Es fehlt auf
147 Seiten der SPD die klare Positionierung, dass die Verhandlungen auch scheitern können, wenn
148 die Bedingungen nicht erfüllt sind. Zu einer konsequenten Position gehört aber auch diese
149 Möglichkeit! Für uns bleibt deshalb der Auftrag die SPD kritisch zu begleiten, damit am Ende
150 kein fauler Kompromiss geschlossen wird, zumal der Konventsbeschluss keine harte
151 Formulierung umfasst, was in dem Falle passiert, wenn nicht alle aufgestellten Forderungen
152 berücksichtigt werden. Für uns ist klar: Kein Freihandelsabkommen abzuschließen ist besser,
153 als ein fauler Kompromiss, der zwar einzelne Punkte berücksichtigt, in seiner grundsätzlichen
154 Ausrichtung allerdings weiter im neoliberalen Ansatz verhaftet bleibt!

155

156 **Innverbandliches Arbeitsprogramm**

157

158 Um auch innerhalb unseres Verbands die Verhandlungen weiter kritisch und mit ausreichend
159 Schlagkraft zu begleiten, werden wir im Rahmen des Europa-Projektes des Juso-
160 Bundesverbandes innerhalb des Schwerpunktes für das nächste Jahr (Europäische
161 Außenpolitik) einen dezidierten Teilschwerpunkt auf die Europäische Außenhandels- und
162 Außenwirtschaftspolitik legen. Dies ist umso notwendiger, da die europäische Handlungspolitik
163 seit dem Lissabon-Vertrag in einer ausschließlichen Zuständigkeit der Unionsebene befindet.

164 Wir erhoffen uns deshalb in der Auseinandersetzung mit diesem Politikfeld auch weitere
165 Impulse für die Arbeit unserer europäischen Dachorganisation YES, die wir gemeinsam mit
166 unseren europäischen PartnerInnen diskutieren möchten, um so auch auf europäischer Ebene
167 sprach- und handlungsfähiger zu werden!

168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224

Titel Friede den Hütten, Steuern den Palästen! –
Für eine solidarische Steuerpolitik, die Arme entlastet,
Kriminelle bestraft und Reiche zur Erfüllung ihrer Pflichten
anhält

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Friede den Hütten, Steuern den Palästen! – Für eine solidarische Steuerpolitik, die Arme entlastet, Kriminelle bestraft und Reiche zur Erfüllung ihrer Pflichten anhält

1 **Einleitende Gedanken**

2

3 Für den Erhalt und den Ausbau eines gerechten Sozial- und Wohlfahrtsstaates, aber auch für
4 die Ausübung der übrigen staatlichen Kernaufgaben, ist die Erhebung von Steuern unerlässlich.
5 Es steht dabei außer Frage, dass eine Politik, die die steuerlichen Hauptlasten auf die Schultern
6 der schwächsten Glieder einer Gesellschaft überträgt, zutiefst ungerecht ist. Durch die
7 Einnahmen- und Ausgabenpolitik der vergangenen Jahrzehnte verfügten die öffentlichen
8 Haushalte nicht über ausreichend Mittel, um ihren breiten Aufgaben angemessen
9 nachzukommen, während große Vermögen und Spitzeneinkommen geschont und kleine und
10 mittlere Einkommen massiv belastet wurden. Deutschland leidet entgegen der medial und
11 öffentlich vorherrschenden Meinung nicht unter einem Ausgaben-, sondern einem gravierenden
12 Einnahmenproblem. Die Staatsausgaben beispielsweise sanken zwischen 1998 und 2008
13 preisbereinigt um durchschnittlich 0,2 Prozent im Jahr[1], die Beschäftigungszahlen des
14 öffentlichen Dienstes gehen beständig zurück[2] und der Investitionsbedarf wächst[3] (siehe
15 auch unten). Dagegen sind die kräftigen Steuersenkungen der letzten Jahrzehnte mitschuldig
16 an der miserablen Haushaltssituation und der sehr ungleichen Verteilung von Vermögen in
17 Deutschland, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat.[4] Die Steuerbelastung der
18 reichsten Menschen unseres Landes wurde bereits zu Zeiten der "geistig-moralischen" Wende
19 unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) beständig verringert, ein Trend der sich unter den
20 Regierungen Schröder und Merkel fortsetzte.[5] Dafür wurden die kleinen und mittleren
21 Einkommen beispielsweise über steigende Konsumsteuern unter Druck gesetzt. Verbunden mit
22 den Reallohnverlusten der letzten zwei Jahrzehnte hat sich die Lage für große Teile der
23 Bevölkerung spürbar verschlechtert, was massiv zu der schwachen Binnennachfrage beiträgt.
24 [6]

25

26 Besonders gut lässt sich diese Entwicklung an den jüngsten Zahlen zur Einkommens- und
27 Vermögensentwicklung nachvollziehen. Hierzulande gibt es ein betriebliches Vermögen von fünf
28 Billionen Euro und ein Privatvermögen von zehn Billionen Euro, was sich in den letzten Jahren
29 praktisch verdoppelt hat, wobei die Nutznießerinnen und Nutznießer in hohem Umfang die
30 obersten zehn Prozent waren. 1970 vereinte das oberste Dezil 44 % des Gesamtvermögens auf
31 sich, 2011 waren es 66 %. Ein Prozent der deutschen Bevölkerung vereint ein Viertel des
32 Privatvermögens auf sich, das heißt 800.000 Menschen besitzen 2,5 Billionen Euro. 60 % des
33 Privatvermögens sind ererbt. Im internationalen Vergleich besteuert Deutschland Erbschaften
34 und Vermögen gering bis sehr gering. Das durchschnittliche Vermögen lag 2007 bei 88.000
35 Euro, das Medianvermögen jedoch bei 15.000 Euro. Das liegt an der sehr ungleichen
36 Verteilung. Zwei Drittel der Bevölkerung besitzen gar kein oder nur ein geringes Vermögen. Es
37 ist also ein zunehmendes Auseinandergehen der Schere, nicht bloß zwischen Reich und Arm,
38 sondern zwischen Reich und dem Rest zu konstatieren.[7]

39

40 In der öffentlichen Debatte wird gerne auf die angeblich "sprudelnden Quellen" verwiesen, die in

41 den vergangenen Jahren immer neue Höchststände erreicht hätten und die erst einmal
42 vorrangig genutzt werden sollten, bevor man über "Reichensteuern" oder "Umverteilung"
43 nachdenke. "Der Staat" habe es ihrer Ansicht nach nicht vermocht, Schulden abzubauen und
44 den Haushalt ins Lot zu bringen. Fakt ist jedoch: Die Geschichte mit den sprudelnden
45 Steuerquellen gilt nur für die Betrachtung der *nominalen* Werte. Zieht man jedoch die
46 preisbereinigten Zahlen heran, ergibt sich, dass die gegenwärtigen Steuereinnahmen nur mäßig
47 über den Werten zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts liegen. Preisbereinigt lagen die
48 Steuereinnahmen 2011 mit 393 Milliarden Euro lediglich knapp über den Einnahmen des Jahres
49 2000 (384 Milliarden Euro) und sogar unter den Werten des Krisenjahres 2008.[8] Wären die
50 Steuereinnahmen jedoch in gleichem Maße weitergewachsen wie noch in den Spitzenjahren
51 der 1990er, stünden heute unweigerlich größere Spielräume zur Verwirklichung dringend
52 benötigter Leistungen zur Verfügung. Das Gerede von "sprudelnden Steuerquellen" ist also
53 blanker Unsinn.

54

55 Verschärft wird die gegenwärtige Situation durch einen stetig wachsenden Kapitalstrom, der
56 teilweise illegal, allzu häufig aber legal durch Steuerschlupflöcher, an den Finanzämtern vorbei
57 in sogenannte "Steuerparadiese" fließt. Die Ausnutzung von Niedrigsteuerländern beruht im
58 Wesentlichen auf der Nutzung unterschiedlicher nationaler Steuergesetzgebungen (Stichwort:
59 "Double Irish with a Dutch Sandwich"[9]), während legale Steuerschlupflöcher oft durch Eingriffe
60 in das Steuersystem entstehen, von denen sich der Staat eine Lenkungswirkung erhofft,
61 beispielhaft genannt seien an dieser Stelle die Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern
62 nach der Wiedervereinigung. Das ist zwar grundsätzlich legal, aber gesellschaftlich nicht
63 zwangsläufig wünschenswert oder gar legitim und mindestens zweifelhaft, wenn Briefkasten-
64 oder Scheinfirmen eingesetzt werden, um Kapital zu verstecken.

65

66 Nicht nur Großkonzerne beschäftigen deshalb ganze Heere von Steuerexpertinnen und
67 Steuerexperten, die die Gesetze nach potenziellen Schlupflöchern durchkämmen. Oftmals
68 bietet der Staat auch zahlreiche Privilegien und Subventionen an. Zudem helfen Banken und
69 Finanzdienstleisterinnen und Finanzdienstleister bei Steuervermeidung und -hinterziehung.
70 Beispiele für legale Steuerschlupflöcher sind unter anderem:

71

72 - Interne Verrechnungen zwischen verschiedenen Landesgesellschaften und
73 Tochterfirmen in Niedrigsteuerländern oder horrenden Lizenzgebühren, die es Unternehmen
74 ermöglichen Erträge zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften in Niedrigsteuerländer zu
75 verschieben. Bekannt hierfür sind unter anderem der US-Konzern Starbucks, aber auch
76 deutsche Vertreterinnen und Vertreter wie beispielsweise Fraport.[10]

77

78 - Verlustvortrag und -rücktrag: Unternehmen können frühere Verluste bei aktuellen und
79 zukünftigen Steuererklärungen angeben, um gegenwärtige Gewinne zu senken (Verlustvortrag)
80 und bei aktuellen Verlusten früher getätigte Steuerzahlungen zurückfordern (Verlustrücktrag).
81 Dies sind generell gute Möglichkeiten, gerade für mittelständische Betriebe in Krisenzeiten,
82 Arbeitsplätze und Investitionen zu sichern, aber sie werden gerade von Großkonzernen zur
83 Steuervermeidung ausgenutzt.

84

85 - Abschreibungsmöglichkeiten auf bestimmte Investitionen: staatlich gefördert, aber oft zu
86 Fehlsteuerungen führend und ausgenutzt, wie beispielsweise im deutschen Schiffsbau
87 geschehen oder für Investitionen in den ostdeutschen Bundesländern nach der
88 Wiedervereinigung.

89

90 - Die Möglichkeit zur Verlagerung des Wohn- oder Unternehmenssitzes, während
91 Lebensmittelpunkt oder Geschäftsaktivitäten oftmals nicht dort sind.

92

93 - Bargeldeinkünfte, die unverbucht kassiert werden und somit von der Steuer nicht zu
94 erfassen sind; sie stellen die Grenze zum und den Hauptbestandteil von Schwarzgeld und
95 Geldwäsche dar.

96

97 **Wir Jusos finden: Eine solche Politik ist nicht tragbar!**

98

99 Öffentliche Leistungen wie Bildung, die Infrastruktur oder die sozialen Sicherungssysteme sind
100 für alle da. Dauerhaft kann das Gemeinwesen diese jedoch nur bereitstellen, wenn alle, die
101 davon profitieren - natürliche wie juristische Personen - ihren gerechten Anteil dazu leisten. Es

102 zerbricht, wenn Privatpersonen und Unternehmen große Teile ihrer Einkünfte an der Steuer
103 vorbeischieben. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Tax Justice Network gehen
104 allein der Bundesrepublik **jährlich** bis zu **200 Milliarden Dollar (200.000.000.000 \$)** durch
105 Steuervermeidungsstrategien verloren. Ihren Schätzungen zufolge ruhen weltweit bis zu **32**
106 **Milliarden Dollar (32.000.000.000.000 \$)** in Niedrigsteuerrändern.[11] Hätte man vor, sämtliche
107 Staatsschulden der Euroländer und der Vereinigten Staaten über Nacht zu tilgen, könnte man
108 dieses Geld dazu verwenden und hätte noch einen Restbetrag übrig!

109

110 ***Wir Jusos finden: Wir müssen endlich handeln!***

111

112 Es gibt zahlreiche gute Gründe, für höhere Steuern auf hohe Einkommen, Gewinne und
113 Vermögen einzutreten und Steuerschlupflöcher hierzulande wie global zu schließen. So sehen
114 sich immer weniger Kommunen und Landkreise in der Lage, ihren Aufgaben nachzukommen
115 und notwendige Ausgaben zu tätigen. Es fehlt an Geld für kommunale Einrichtungen wie
116 Büchereien, Schwimmbäder und Theater, die Sanierung von Straßen und Gebäuden oder den
117 sozialen Wohnungsbau. Der Investitionsstau allein im Bereich des öffentlichen
118 Personennahverkehrs beläuft sich gegenwärtig auf mehr als hundert Milliarden Euro.[12] Rund
119 sechzig Milliarden Euro an Mehrausgaben wären notwendig, um den Notstand im
120 Bildungsbereich zu beheben.

121

122 Auch die Mehrheit der Bevölkerung hat diese Zustände satt. 77 % der Bundesbürgerinnen und
123 Bundesbürger befürworten Steuererhöhungen bei Gutverdienerinnen und Gutverdienern zur
124 Finanzierung zusätzlicher Bildungs- und Sozialausgaben.[13]

125

126 **Die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht länger gegen die**
127 **Kapital- und Standortinteressen ausgespielt werden. Wir Jusos treten daher ein für...**

128

129 **... ein hartes Vorgehen gegen Steuerbetrug im Inland!**

130

131 Die strafbefreiende Selbstanzeige - für alle Fälle oberhalb des Bagatellbereichs - muss
132 abgeschafft werden. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb gerade bei dieser Straftat eine
133 strafbefreiende Selbstanzeige möglich sein soll, während dies bei anderen Vermögensdelikten,
134 bei denen es um weit geringere Summen gehen kann, nicht möglich ist.

135

136 Steuerhinterziehung ab der Höhe von einer Million Euro muss zudem immer mit einer
137 Gefängnisstrafe verbunden sein, um die Abschreckungswirkung zu erhöhen. Wir fordern
138 zudem, dass neben den bereits bestehenden Sanktionen einer Steuerhinterziehung regelmäßig
139 auch eine Abschöpfung der gewonnenen Vermögensvorteile zugunsten des Staates angeordnet
140 werden muss.

141

142 Die Verjährungsfristen für Straftaten im Steuerrecht müssen auf den Prüfstand gestellt werden.
143 Künftig darf die Verjährungsfrist erst mit Abgabe einer Steuerklärung laufen.[14]

144

145 Um Steuerhinterziehungspraktiken entschieden zu bekämpfen, soll gegen Beraterinnen und
146 Berater von Banken bei nachgewiesenen Fällen strafrechtlich vorgegangen werden, bei
147 Hinweisen auf systematische Unterstützung von Steuerhinterziehung soll auch der Entzug der
148 Lizenz in Betracht gezogen werden. Dies forderte 2013 schon SPD-Kanzlerkandidat Peer
149 Steinbrück[15], denn Steuerhinterziehung und -vermeidung wären ohne die großflächige
150 Rückendeckung durch Banken und Finanzdienstleisterinnen und Finanzdienstleister unmöglich.

151

152 **... eine bessere und zentral koordinierte Steuerfahndung!**

153

154 Um mehr Druck auf Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher auszuüben und eine stärker
155 abschreckende Wirkung auf potenzielle Täterinnen und Täter zu erwirken, ist es unerlässlich,
156 die Steuerfahndung quantitativ wie qualitativ zu verbessern und auch grenzüberschreitende
157 Steuerkriminalität konsequenter zu verfolgen. Um hier eine konsequente Strafverfolgung zu
158 ermöglichen, muss die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessert
159 werden.

160

161 Die Kooperation zwischen den einzelnen Bundesländern, aber auch die grenzüberschreitende
162 Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerinnen und Partner zur Bekämpfung von

163 Steuerkriminalität und Geldwäsche ist mangelhaft; (Bundesländer-)grenzenüberschreitende
164 Fälle werden zu wenig verfolgt. Um den Austausch über Steuerkriminelle zu verbessern und
165 eine zielgerichtete Bekämpfung ihrer Aktivitäten zu ermöglichen, ist die Errichtung einer
166 zentralen Koordinationsstelle für Steuerfahndung und Geldwäsche unerlässlich. Die
167 Zusammenfassung der jeweiligen Landesbehörden lehnen wir ab, da dies hieße, die Vorteile
168 des föderalen Systems preiszugeben.

169

170 Die Ausgestaltung der Steuerverwaltung darf nicht als Standortvorteil im Wettbewerb zwischen
171 den Bundesländern politisch genutzt werden. Die Ausstattung der Steuerverwaltung und dabei
172 insbesondere die Wirtschaftsprüfung muss daher bundesweit so vereinheitlicht werden, dass
173 einzelne Bundesländer, wie beispielsweise Bayern, nicht durch mangelnde Kontrollen mit
174 geringer Steuererhebung werben können.

175

176 Transnational agierende europäische Unternehmen müssen genaue Informationen über Zahl,
177 Art und Niederlassungsort ihrer jeweiligen Tochtergesellschaften, sowie deren Steuerhöhe und
178 ausgewiesenen Gewinne den Behörden und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Wir
179 streben daher die Schaffung eines zentralen, einheitlichen und öffentlich zugänglichen
180 Registers für alle Rechtsformen mit begrenzter Haftung an.

181

182 **... einen weiteren Ankauf von Steuer-Datenträgern!**

183

184 Das Bundesverfassungsgericht stellte bereits 2010 fest, dass der Staat angekaufte Daten über
185 Steuersünderinnen und Steuersünder nutzen darf - auch wenn sie rechtswidrig erlangt wurden.
186 [16] Trotz seiner Erfolge (Steuereinnahmen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro bis 2014) ist der
187 Ankauf von Steuer-CDs und anderen Datenträgern jedoch maximal eine kurzfristige Lösung,
188 eine "Brückentechnologie" und kein Allheilmittel. Statt sich notgedrungen einzig auf ihn zu
189 verlassen, muss endlich die Verbesserung der Strafverfolgungsbehörden angepackt werden.
190 Wir schlagen vor, bis Ende der laufenden Legislaturperiode das Niveau von etwa 5000
191 bundesweit neu einzustellenden Kräften zu erreichen, wie bereits öffentlich diskutiert wurde. Ein
192 Stufenplan zum Ausbau ist von den zuständigen Ministerinnen und Minister zu erarbeiten. Die
193 Kosten für die neu einzustellenden Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder werden durch die
194 Mehreinnahmen aus den weiteren aufgeklärten Fällen amortisiert.

195

196 Gleichwohl ist es erforderlich, kurzfristig die Anreizsysteme zu verbessern, um mehr
197 Lieferantinnen und Lieferanten dazu zu bewegen, Schwarzgeldinformationen offen zu legen, bis
198 die wirksamen Methoden greifen können.

199

200 **... ein Vorantreiben der Forschung!**

201

202 Die sogenannten *Offshore-Leaks* haben gezeigt, dass die Steuerschlupflöcher noch viel größer
203 sind, als von vielen vermutet. Daher braucht es fundierte Studien über Steuerflucht, -
204 vermeidung, -wettbewerb et cetera, um auf Basis einer fundierten Grundlage weitere Schritte in
205 Angriff zu nehmen.

206

207 **... eine Harmonisierung des europäischen Steuersystems!**

208

209 Es ist an der Zeit zahlreiche Steuervergünstigungen und verdeckte Subventionen für
210 Unternehmen, die in den letzten Jahren eingeführt wurden, abzuschaffen und das Geld für
211 sinnvollere Dinge zu verwenden. Elemente wie beispielsweise Verlustvortrag und
212 Verlustrücktrag oder die verschiedenen Abschreibungsmöglichkeiten sind konsequent
213 europäisch zu harmonisieren. Wir wollen prüfen, wie künftig Missbrauch bei Verlustvortrag und
214 Verlustrücktrag vorgebeugt werden kann.

215

216 **... die Abschaffung der Abgeltungssteuer und wirksame Maßnahmen gegen
217 Gewinnverschiebungen!**

218

219 Die 2008 beschlossene Reform der Kapitalertragssteuer muss zügig rückgängig gemacht
220 werden. Leistungsloses Einkommen aus Vermögen darf nicht länger niedriger besteuert werden
221 als Einkommen aus Arbeit. Abgeltungssteuerpflichtige Kapitaleinkünfte sollen mit dem
222 individuellen Einkommenssteuersatz versteuert werden.

223

224 Um eine Verschiebung von Unternehmensgewinnen in Niedrigsteuerländer unattraktiv zu
225 machen, streben wir eine globale Harmonisierung des Unternehmenssteuerrechts an. Als
226 ersten Schritt fordern wir ein europäisches Mindestbesteuerungsabkommen, das unter anderem
227 Dividenden-, Zins-, und andere Gewinnversteuerungen beinhalten muss. Auf
228 Gewinnübertragung in außereuropäische Steuergebiete wollen wir Abschlagsteuern erheben
229 und Überweisungen in diese Gebiete mit Quellensteuern belegen.

230

231 **... die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung des**
232 **Spitzensteuersatzes!**

233

234 Wir Jusos machen uns dafür stark, die steuer- und finanzpolitischen Fehlentwicklungen der
235 vergangenen Jahre zu korrigieren. Deshalb treten wir auch unter der neuen Koalition für eine
236 Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein.

237

238 **...die Verbesserung des weltweiten Datenaustauschs!**

239

240 Steuerkriminalität ist ein Problem internationalen Ausmaßes. Der Kampf gegen sie erfordert
241 einen automatisierten Informationsaustausch zwischen allen steuererhebenden Ländern. Dies
242 betrifft nicht nur die EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch außereuropäische Industriestaaten und
243 Entwicklungs- und Schwellenländer. Deutsche Behörden müssen deshalb dazu verpflichtet
244 werden bei Verdachtsfällen von Steuerhinterziehung auch im Ausland tätig zu werden.

245

246 Ferner ist gegen unkooperative (Nicht-)EU-Staaten - Stichwort Schweiz - verschärft
247 vorzugehen. Generell gilt: Gegen Staaten, die Steuerflucht protegieren und Kooperation mit
248 ausländischen Strafverfolgungsbehörden verweigern, sind entsprechende
249 Sanktionsmaßnahmen einzuleiten. Finanzinstitute und Finanzdienstleisterinnen und -
250 dienstleister, besonders aus den europäischen Niedrigsteuerländern, müssen zur Herausgabe
251 von steuerrelevanten Informationen herangezogen werden können. Wie im Falle unkooperativer
252 Staaten, sind auch ihnen gegenüber im Falle einer Verweigerungshaltung
253 Sanktionsmaßnahmen, wie die Meldepflicht für Geschäfte mit diesen Staaten und/oder
254 Instituten, sowie gegebenenfalls das Aufheben handelspolitischer Vorteile einzuleiten.

255

256 **... verstärkten Kampf für die Finanztransaktionssteuer sowie weiterer Maßnahmen gegen**
257 **Steuerflucht in der Europäischen Union!**

258

259 Der Kampf für eine umfassende, alle EU-Mitgliedsländer betreffende Finanztransaktionssteuer
260 muss weitergehen. Der gegenwärtige Zustand mit der geplanten Einführung in lediglich zehn bis
261 elf der 28 Mitgliedsstaaten ist ungenügend. Um dem EU-weiten Steuerwettbewerb entgegen zu
262 treten, braucht die Union ferner eine Harmonisierung der Steuergesetzgebung, beispielsweise
263 gemeinsame Mindestunternehmenssteuersätze.

264

265

266

267 [1] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2011): In diesem Jahr 51 Milliarden
268 Euro Mindereinnahmen durch Steuersenkungen, im Internet abrufbar unter
269 http://www.boeckler.de/6755_37820.htm [Stand: 08.05.2014]

270

271 [2] Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, im
272 Internet abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61714/oeffentlicher-dienst> [Stand: 08.05.2014]; im Vergleich mit anderen
273 westlichen Industriestaaten ist Deutschland eines der Länder mit der niedrigsten
274 Beschäftigungsquote im Öffentlichen Dienst

275

276

277 [3] Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2013): Investitionsrückstand allein
278 2013 um 4,5 Milliarden gewachsen, im Internet abrufbar unter:
279 [http://www.pressebox.de/inaktiv/hans-boeckler-stiftung/IMK-Investitionsrueckstand-allein-2013-](http://www.pressebox.de/inaktiv/hans-boeckler-stiftung/IMK-Investitionsrueckstand-allein-2013-um-4-5-Milliarden-gewachsen/boxid/662768)
280 [um-4-5-Milliarden-gewachsen/boxid/662768](http://www.pressebox.de/inaktiv/hans-boeckler-stiftung/IMK-Investitionsrueckstand-allein-2013-um-4-5-Milliarden-gewachsen/boxid/662768) htm [Stand: 08.05.2014]

281

282 [4] Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Vermögensverteilung, im Internet abrufbar
283 unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung> [Stand: 08.05.2014]

284

285

286 [5] Hans Böckler Stiftung (2013): Bei Superreichen sinkt die Steuerbelastung, im Internet
287 abrufbar unter: [http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/themen_showpicture.htm?](http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/themen_showpicture.htm?id=43961&chunk=1)
288 [id=43961&chunk=1](http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/themen_showpicture.htm?id=43961&chunk=1) [Stand: 08.05.2014]

289

290 [6] Hans Böckler Stiftung (2012): Weniger Geld für Konsum, im Internet abrufbar unter:
291 http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/hbs_showpicture.htm?id=40853&chunk=2
292 sowie: Flassbeck-Economics (2014): Konsumkater in Deutschland - und das ganz ohne den von
293 der Presse erfundenen Konsumrausch vorher, im Internet abrufbar unter: [http://www.flassbeck-](http://www.flassbeck-economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-erfundenen-konsumrausch-vorher/)
294 [economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-](http://www.flassbeck-economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-erfundenen-konsumrausch-vorher/)
295 [erfundenen-konsumrausch-vorher/](http://www.flassbeck-economics.de/konsumkater-in-deutschland-und-das-ganz-ohne-den-von-der-presse-erfundenen-konsumrausch-vorher/) [beider Quellen Stand: 08.05.2014]

296

297 [7] Vergleiche hierzu unter anderem [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf)
298 [1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf) und die Antwort der SPD-Bundestagsfraktion vom 17.04.2013 auf den Armuts- und
299 Reichtumsbericht der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung, Drucksache 17/13102.

300

301 [8] Vergleiche hierzu die einschlägigen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts.

302

303 [9] Nach einer Aufstellung der Industrieländerorganisation OECD liegt hier der Steuersatz für
304 Unternehmen bei 12,5 Prozent. In Großbritannien sind es dagegen 24 Prozent, in Deutschland
305 sogar 30,2 Prozent (2012).

306

307 [10] Wirtschaftswoche (2013): Wie deutsche Städte von Steuerparadiesen profitieren, im
308 Internet abrufbar unter: [http://www.wiwo.de/politik/deutschland/Niedrigsteuerländernn-auch-](http://www.wiwo.de/politik/deutschland/Niedrigsteuerländernn-auch-frankfurt-trickst/9223654-2.html)
309 [frankfurt-trickst/9223654-2.html](http://www.wiwo.de/politik/deutschland/Niedrigsteuerländernn-auch-frankfurt-trickst/9223654-2.html) [Stand: 08.05.2014]

310

311 [11] vgl. hierzu die einschlägigen Berichte und Analysen des Tax Justice Network und
312 Tagesspiegel (2012): Studie: Superreiche verstecken immer mehr Geld, im Internet abrufbar
313 unter: [http://www.tagesspiegel.de/politik/32-billionen-dollar-in-steueroasen-studie-superreiche-](http://www.tagesspiegel.de/politik/32-billionen-dollar-in-steueroasen-studie-superreiche-verstecken-immer-mehr-geld/6907630.html)
314 [verstecken-immer-mehr-geld/6907630.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/32-billionen-dollar-in-steueroasen-studie-superreiche-verstecken-immer-mehr-geld/6907630.html) [Stand: 08.05.2014]

315

316 [12] Focus (2013): Schlaglöcher und Schul-Ruinen: Kommunen sparen sich kaputt, im Internet
317 abrufbar unter: [http://www.focus.de/finanzen/steuern/investitions-luecke-von-100-milliarden-euro-](http://www.focus.de/finanzen/steuern/investitions-luecke-von-100-milliarden-euro-schlagloecher-und-schul-ruinen-kommunen-sparen-sich-kaputt_aid_891744.html)
318 [schlagloecher-und-schul-ruinen-kommunen-sparen-sich-kaputt_aid_891744.html](http://www.focus.de/finanzen/steuern/investitions-luecke-von-100-milliarden-euro-schlagloecher-und-schul-ruinen-kommunen-sparen-sich-kaputt_aid_891744.html) [Stand:
319 08.05.2014]

320

321 [13] Frankfurter Rundschau (2013): Breite Mehrheit für höhere Steuern bei Gutverdienern, im
322 Internet abrufbar unter: [http://www.fr-online.de/politik/breite-mehrheit-fuer-hoehere-steuern-bei-](http://www.fr-online.de/politik/breite-mehrheit-fuer-hoehere-steuern-bei-gutverdienern,26577298,24294602.html)
323 [gutverdienern,26577298,24294602.html](http://www.fr-online.de/politik/breite-mehrheit-fuer-hoehere-steuern-bei-gutverdienern,26577298,24294602.html) [Stand: 08.05.2014]

324

325 [14] Braunschweiger Erklärung der SPD von Weil, Gabriel und Steinbrück vom 14.01.2013.

326

327 [15] SPIEGEL (2013): Geschäfte in Steueroasen: Steinbrück fördert härtere Strafen für Banken,
328 im Internet abrufbar unter: [http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/steueroasen-steinbrueck-](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/steueroasen-steinbrueck-fordert-haertere-strafen-fuer-banken-a-892557.html)
329 [fordert-haertere-strafen-fuer-banken-a-892557.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/steueroasen-steinbrueck-fordert-haertere-strafen-fuer-banken-a-892557.html). [Stand: 08.05.2014]

330

331 [16] Praxis Steuerstrafrecht (2011): Annahme des Anfangsverdachts aufgrund der Steuer-CD-
332 Verfassungsbeschwerde erfolglos, im Internet abrufbar unter:
333 [http://www.iww.de/pstr/archiv/steuerstrafverfahren-annahme-des-anfangsverdachts-aufgrund-](http://www.iww.de/pstr/archiv/steuerstrafverfahren-annahme-des-anfangsverdachts-aufgrund-der-steuer-cd--verfassungsbeschwerde-erfolglos-f9605)
334 [der-steuer-cd--verfassungsbeschwerde-erfolglos-f9605](http://www.iww.de/pstr/archiv/steuerstrafverfahren-annahme-des-anfangsverdachts-aufgrund-der-steuer-cd--verfassungsbeschwerde-erfolglos-f9605) [Stand: 08.05.2014]

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

Titel	Fair-Fashion: Unternehmenshaftung statt CSR und Produktzertifizierung
Antragsteller	Berlin
Zur Weiterleitung an	Bundesparteitag, Überweisung SPD-Bundestagsfraktion, Überweisung S&D-Fraktion

Fair-Fashion: Unternehmenshaftung statt CSR und Produktzertifizierung

- 1 Wir begrüßen die Initiative der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, und
2 dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, zur
3 Erarbeitung und Einführung eines Siegels für ökologische und soziale Standards in der
4 gesamten Lieferkette der Textilindustrie. Der Einsturz der Rana Plaza-Textilfabrik in
5 Bangladesch im April 2013, mit mehr als 1.100 Toten und mehr als 2.000 Verletzten, hat die
6 krassen Missstände in der Textilproduktion und die Notwendigkeit von Veränderungen erneut in
7 den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.
8
- 9 Eine freiwillige unternehmerische Selbstverpflichtung, wie bisher von Gerd Müller noch
10 angedacht, halten wir jedoch nicht für ausreichend. Diese Möglichkeit besteht bereits im
11 Rahmen von Corporate Social Responsibility-Maßnahmen (CSR-Maßnahmen) und einer
12 Vielzahl von Siegeln und Zertifikaten mit arbeitsrechtlichen und/oder sozialen Kriterien - diese
13 haben allerdings zu keinem Ende der systematischen ArbeiterInnenausbeutung in der
14 Textilindustrie geführt.
15
- 16 Wir fordern daher gesetzliche Maßnahmen, die Unternehmen wirklich zur Einhaltung sozialer
17 Mindeststandards entlang der ganzen Produktions- und Verkaufskette verpflichten – vom
18 Baumwollfeld bis zur Kasse.
- 19 Dass es neben einer Globalisierung der Geld- und Warenströme auch eine Globalisierung von
20 ArbeitnehmerInnen- und Menschenrechte im Feld der Wirtschaft geben muss, haben auch die
21 Vereinten Nationen erkannt. Der UN-Menschenrechtsrat hat im Juni 2011 die sog.
22 “UN- Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte” einstimmig verabschiedet. Sie stellen
23 einen globalen Mindeststandard für das Verhalten dar, welches heutzutage von allen
24 Regierungen und allen Unternehmen auf dem Gebiet Wirtschaft und Menschenrechte erwartet
25 wird. Hauptforderung an die Staaten ist es, Regulierungslücken zu schließen, welche sich bei
26 der Betrachtung der wirtschaftlichen Verflechtungen zeigen. Damit sind Regulierungslücken
27 etwa entlang der Lieferkette gemeint, wo zwar die meisten
28 wirtschaftsbezogenen Menschenrechtsverletzungen auftreten, die beauftragenden
29 Unternehmen in der Regel aber juristisch nicht zur Rechenschaft gezogen werden können und
30 es den Betroffenen an effektiven Klagemöglichkeiten fehlt. Die EU-Kommission hat im Zuge
31 dessen in ihrer CSR-Strategie kürzlich ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert, nationale
32 Aktionspläne auszuarbeiten, um die Maßnahmen der UN-Leitprinzipien umzusetzen. Bislang hat
33 sich die Deutsche Bundesregierung geweigert, einen solchen nationalen Aktionsplan zu
34 verfassen.
35
- 36 Unsere Hauptforderung ist deshalb die gesetzlich verpflichtende Einhaltung der
37 Kernarbeitsnormen für Unternehmen, wie sie von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)
38 in acht internationalen Übereinkommen vereinbart wurden. Diese umfassen u.a. die
39 Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Beseitigung der
40 Zwangsarbeit, das Verbot von Kinderarbeit, das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung
41 und Beruf und haben den Charakter von universellen Menschenrechten – und somit

42 Gültigkeitsanspruch in allen Ländern der Welt. Um diese sozialen Mindeststandards entlang der
43 ganzen Produktionskette gewährleisten zu können, fordern wir die Bundesregierung auf, den
44 von der EU-Kommission vorgesehenen nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte
45 unverzüglich anzufertigen. Bei der Anfertigung sollen Nichtregierungsorganisationen,
46 Gewerkschaften und andere interessierte zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen werden. Ein
47 solcher Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte sollte außerdem die Regulierung folgender
48 Punkte mindestens beinhalten:

49

50 **1. Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen:**

51 Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die es Unternehmen verbietet, ihre Textilwaren auf dem
52 deutschen und europäischen Markt anzubieten und ggf. dafür haftbar macht, wenn es bei der
53 Produktion zu einer Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen kommt – auch wenn dies in
54 Tochterunternehmen oder Zulieferbetrieben geschieht.

55

56 **2. Transparenzpflicht für Unternehmen:**

57 Um die Einhaltung auch wirklich überprüfen zu können, ist eine vollständige Offenlegung über
58 die an allen Produktionsschritten beteiligten Akteur*innen notwendig – von der
59 Rohstoffgewinnung bis zum fertigen Endprodukt. Nur wenn ersichtlich ist, welche
60 Zulieferer*innen in die Herstellung des Produkts involviert sind, kann wirklich faire Kleidung
61 garantiert werden.

62

63 **3. Staatliche Kontrolle der Offenlegung:**

64 Zur Überprüfung der Vollständigkeit/Richtigkeit der Unternehmensangaben braucht es zudem
65 eine unabhängige und öffentlich finanzierte Kontrollinstanz. Bei falscher Auskunft von
66 Unternehmensseite sind angemessene Strafzahlungen zu verhängen.

67

68 **4. Einheitliche Umweltstandards:**

69 Damit die Textilproduktion wirklich fair gestaltet werden kann, dürfen die umweltpolitischen
70 Kriterien nicht vernachlässigt werden. Dies bedeutet zum einen, dass keine
71 gesundheitsbelastenden Chemikalien, Farb- und/oder Hilfsmittel zum Einsatz kommen dürfen in
72 dem gesamten Produktionsprozess. Zum anderen fordern wir strenge Richtlinien und Kontrollen
73 bezüglich der Umweltverträglichkeit von Abwässern und Abluft, welche während der
74 Textilherstellung entstehen.

75

76 **5. Von regionaler zu globaler Verantwortung:**

77 Freiwillige Selbstverpflichtungen bezüglich Menschen- und Arbeitsrechten zeigen meist nur
78 geringe Wirkung, da die Unternehmen die sich daran halten, auf dem Textilmarkt oft weniger
79 wettbewerbsfähig sind. Deshalb braucht es auf lange Sicht nicht nur eine gesetzliche
80 Verpflichtung für Unternehmen auf nationalstaatlicher Ebene, sondern auch weltweit gültige und
81 verbindliche Regelungen, die effektiv einklagbar sind. Die Bundesregierung wird dazu
82 aufgefordert, sich hierfür einzusetzen.

83

84 Darüber hinaus setzen sich wir uns dafür ein, den Konsument*innen eine umfassendere
85 Informationsgrundlage über die einzelnen Produktionsschritte in der Textilindustrie zu
86 ermöglichen – denn nur so ist überhaupt solidarischer und verantwortungsbewusster Konsum
87 möglich. Dafür nötig sind neben einer weitreichenden Transparenz der Produktionskette auch
88 entsprechende (Weiter-)Bildungsangebote - von der verstärkten Einbindung des
89 Themenbereichs in die Lehrpläne an den Schulen bis zur Unterstützung von
90 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich Erwachsenenbildung tätig sind.

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Titel Keine Bühne für sexualisierte Gewalt -
Sexistische und menschenverachtende Seminare
verhindern!

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

Keine Bühne für sexualisierte Gewalt - Sexistische und menschenverachtende Seminare verhindern!

1 Die Jusos mögen beschließen:

2

3 Seit den 90er Jahren machen so genannte "Pick-Up Artists" - die nichts anderes sind als
4 kommerzielle Rape-Trainer - die Straßen der Welt noch unsicherer für Frauen als sie es
5 ohnehin schon sind. Sie basieren auf der sexistischen Annahme, dass Frauen Freiwild sind, die
6 es lediglich zu erbeuten gilt. Allein diese Rechtfertigung und Bewerbung von Belästigungen sind
7 untragbar. Doch manche Organisationen der "Szene" gehen noch weiter und überschreiten die
8 Grenze von verbalen zu körperlichen Übergriffen, so auch die Firma Real Social Dynamics
9 (RSD) und im besonderen Maße Julien Blanc.

10

11 Wir Jusos verurteilen jegliche Form von sexualisierter Gewalt. Die neue Vermarktung dieser
12 Gewalt durch die Firma RSD, insbesondere durch ihren Mitarbeiter Julien Blanc, sowie durch
13 vergleichbare Unternehmen, lehnen wir entschieden ab. In unserer Gesellschaft darf kein Platz
14 für Seminare sein, die zur Gewalt an Frauen aufrufen und Frauen ihrer Menschenwürde
15 berauben. Deshalb fordern wir:

16

17 1. ein Einreiseverbot für die RSD Redner in die Bundesrepublik Deutschland nach
18 australischem Vorbild und ein Verbot der Seminare dieser Firma

19

20 2. die Verantwortlichen - insbesondere Hotelbetreiber*innen - auf, der Firma RSD und
21 vergleichbaren Unternehmen keine Kapazitäten in Form von Räumlichkeiten für Seminare zur
22 Verfügung zu stellen

23

24 Zudem rufen wir alle Feminist*innen zum aktiven Protest gegen Julien Blanc, die Firma RSD
25 und die Machenschaften kommerzieller Rape-Trainer auf. Vom 14.11. - 15.11.2015 fand bereits
26 ein solches "Pick-Up"-Seminar in Berlin statt. Weitere sind vom 11.-13.12.2014 (München),
27 8.-10.1.2015 (Berlin), 6.-8.03.2015 (Frankfurt), 19.-21.03.2015 (München) und 7.-9.03.2015
28 (Hamburg) geplant. Hier müssen gerade wir als sozialistischer, feministischer Richtungsverband
29 unsere Aufgabe wahrnehmen und alles dafür tun, dass solch ein sexistisches und
30 menschenverachtendes Gesellschaftsbild in Deutschland und auf der gesamten Welt keinen
31 Platz findet.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

Titel Junge Union muss sich entschuldigen

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

Junge Union muss sich entschuldigen

1 Anlässlich der Wahl des Ministerpräsidenten von Thüringen haben Mitglieder der Jungen Union
2 Deutschlands am Mittwochabend vor dem Willy-Brandt-Haus gegen die Wahl Bodo Ramelows
3 demonstriert. Dabei haben sie durch Projektionen an die Fassade des Willy-Brandt-Hauses das
4 Andenken an sozialdemokratische Opfer des SED-Regimes für politische Zwecke missbraucht.

5

6 Wir verurteilen diese Entgleisung auf das schärfste. Der Respekt vor den Opfern des SED-
7 Regimes gebietet es, dass deren Andenken nicht für parteipolitische Spielchen
8 instrumentalisiert wird.

9

10 Deshalb fordern wir den Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Paul Ziemiak,
11 dazu auf, sich bei den Angehörigen der Opfer für diese beispiellose Entgleisung zu
12 entschuldigen.

13

14 Wir fordern die Junge Union Deutschlands ferner dazu auf, die lückenlose Aufklärung der
15 Blockpartei-Vergangenheit der Ost-CDU endlich voranzutreiben.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

Titel Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!

1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

2

3 Die Vermögensteuer ist tot. Es lebe die Vermögensteuer!

4

5 Als Sigmar Gabriel vor kurzem bekannte, er sei jahrelang Vorsitzender des Fanclubs für die
6 Vermögensteuer gewesen, glaube nun aber aus rechtlichen Gründen nicht mehr an eine
7 Umsetzung, wurde die 1997 ausgesetzte Steuer von vielen für tot erklärt. Sie haben sich zu früh
8 gefreut, finden wir Jusos und übernehmen gerne den Fanclub-Vorsitz von Sigmar. Denn bei der
9 Reaktivierung der Vermögensteuer geht es um eine Frage der Gerechtigkeit. Zu groß sind
10 mittlerweile die Investitionsbedarfe in Bildung und Infrastruktur, zu häufig wurde zuletzt dem
11 Jammern und Klagen Vermöglicher in Deutschland nachgegeben. Solch eine Politik kann sich
12 nur eine Gruppe leisten: Die Vermögenden selbst.

13

14 Verzicht auf Vermögensteuer ist Kapitulation vor den Verhältnissen

15

16 Angesichts der sich in der Bundesrepublik immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und
17 Reich kommt jedes Abrücken von der Vermögensteuer einer Kapitulation vor den herrschenden
18 Vermögensverhältnissen gleich. Dieser seit Jahren anwachsenden Spaltung in die wenigen
19 Vermögenden einerseits und andererseits die vielen Menschen ohne Vermögen, die
20 zunehmend von Überschuldung betroffen sind, kann die Sozialdemokratie niemals tatenlos
21 zusehen. Dabei wächst die Vermögenslücke entgegen landläufiger Annahmen primär nicht
22 aufgrund von Einkommens- und Einkommensteuerungerechtigkeiten – was freilich ein
23 zusätzlicher Katalysator ist –, sondern vorrangig aufgrund immer weiter wachsender Einkünfte
24 aus Vermögen. Diese Vermögen werden in der Bundesrepublik völlig unterdurchschnittlich
25 besteuert. Während im OECD-Durchschnitt der Anteil der vermögensbezogenen Steuern etwa
26 2% beträgt, liegt der Wert in Deutschland unter einem Prozent. Die Aussetzung der
27 Vermögensteuer trägt dazu ebenso bei wie die auf Betreiben der SPD gesenkte
28 Kapitalertragsteuer, Neuregelungen in der Erbschaftsteuer oder die längst noch nicht
29 eingeführte Finanztransaktionsteuer. Gleichzeitig liegt die Steuerbelastung von Unternehmens-
30 und Kapitaleinkommen in Deutschland nach Angaben der EU mit 22 Prozent um mehrere
31 Punkte unter dem EU-Durchschnitt.

32

33 Da die Vermögensteuer nur ausgesetzt nicht jedoch abgeschafft wurde, können die
34 Bundesländer von ihrem Steuerfindungsrecht kein Gebrauch machen. Zulässig sind hier nur
35 Steuern, die der Bund nicht in gleicher oder ähnlicher Form durch Gesetze erlassen hat. Durch
36 die Weigerung, eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung zur Erhebung der
37 Vermögensteuer zu erarbeiten, verzichtet die Bundesregierung also nicht nur auf massive
38 Erlöse und einen signifikanten Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, sondern verhindert
39 gleichzeitig auch noch eigeninitiativ erarbeitete Erhebungen durch die Länder. Dieser Umstand
40 kommt einer Totalverweigerung gleich, die wir nicht länger tolerieren wollen und können.

41

42 Schreckgespenst „Substanzbesteuerung“

43

44 Anders als vielfach vermutet oder gar behauptet wurde die Erhebung einer Vermögensteuer
45 durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1995 nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Grund
46 für die Aussetzung waren die unzureichende Berücksichtigung von Immobilienvermögen sowie
47 der sogenannte Halbteilungsgrundsatz. Letzteren hob das Gericht wenige Jahre später selbst
48 wieder auf, sodass Bemessung und Besteuerung des Immobilienvermögens die letzte Hürde
49 darstellen.

50

51 Seither haben sich Unternehmen und ihre Verbände, die Union, die INSM und andere in eine
52 beispiellose Kampagne aus Panikmache und Klassenkampf von oben verstiegen. Kern ihrer
53 „Argumentation“ ist, dass die Vermögensteuer Betriebsvermögen und somit die Substanz
54 insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen angreife. Dies vernichte Existenzen und
55 Arbeitsplätze, in die Unternehmen eigentlich gerne investieren würden.

56

57 Diese Argumentation kennen wir schon und leider findet sie auch in der SPD viel Widerhall. Mit
58 ihr wurde für die Senkung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer, gegen den
59 Mindestlohn, gegen die Finanztransaktionsteuer und die Reichensteuer gekämpft. Doch immer,
60 wenn dem Druck der Unternehmensverbände nachgegeben wurde, blieben die angekündigten
61 betrieblichen Investitionen weitgehend aus. Wichtige politische Kräfte fallen alle paar Jahre auf
62 diese Finte rein. Doch alle Beobachtungen zeigen: Investitionen in Arbeitsplätze nehmen nur zu,
63 wenn die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen steigt oder Investitions- und
64 Konjunkturprogramme die Wirtschaft antreiben. Hohe Betriebsgewinne auf der Kante zu haben
65 ist hingegen in den meisten Fällen keine Grundlage für relevante Investitionen.

66

67 Und auch die schrillen Warnungen vor einer Substanzbesteuerung von Unternehmen,
68 insbesondere in wirtschaftlich schwächeren Jahren, sind nicht neu. Doch was mit
69 Substanzbesteuerung umschrieben wird, ist in Wahrheit ein marktwirtschaftlicher Vorgang, wie
70 er normaler nicht sein könnte: Reichen die Nettogewinne zur Finanzierung von Investitionen
71 oder Abgaben nicht aus, müssen Kredite aufgenommen werden. Die hierbei anfallenden Zinsen
72 stellen Kosten dar, die in den folgenden Jahren den zu versteuernden Gewinn und somit auch
73 die Steuerlast mindern. Nicht zufällig zeichneten sich beispielsweise die 1960er bis 1980er
74 Jahre durch hohe Investitionen und Wachstumsraten aus. Was viele vergessen haben:
75 Seinerzeit waren die Unternehmenssteuern weit höher als heute. Eigentlich ein Ding der
76 Unmöglichkeit, glaubt man den Unkenrufen unserer Tage.

77

78 Umverteilung als Investitionsprogramm

79

80 Umverteilung ist kein Wachstums- oder Jobkiller, sondern das genaue Gegenteil. Denn was
81 gerne unterschlagen wird ist, dass nicht nur Unternehmen investiv tätig werden können. Wer
82 dringend Geld benötigt, gibt es auch zügig aus – das gilt für Personenhaushalte wie auch für
83 den Bund und seine Gebietskörperschaften. Investiert wird dort in Infrastruktur und somit auch
84 in Arbeitsplätze im Handwerk. Andere Investitionen fließend in Bildung, Sozialarbeit und
85 Gesundheit. Auch diese Mittel sorgen kurzfristig für Beschäftigung und kommen unserer
86 Gesellschaft gleichsam langfristig zugute. Doch während uns die skandinavischen Staaten
87 vormachen, wie sich mit einer höheren Steuer- und Abgabenquote ein leistungsfähiger
88 öffentlicher Sektor organisieren lässt, liegt diese Quote bei uns unter den Werten der 1970er
89 Jahre. Mit den bekannten und vielfach sichtbaren Folgen, die Unternehmen, Parteien und all die
90 anderen Vermögensteuer-VerweigererInnen gleichzeitig beklagen.

91

92 Deshalb fordern wir:

93

94 •Die Konsequente Verfolgung des vom SPD-Bundesparteitag beschlossenen Ziels der
95 Wiedereinführung der Vermögensteuer von allen Verantwortlichen der SPD.

96

97 •Die Einsetzung einer Kommission durch die SPD, in der FachpolitikerInnen unserer Partei,
98 GewerkschafterInnen und VertreterInnen von Verbänden und Gruppen wie „Umfairteilen“ an
99 einem wasserdichten Konzept zur Reaktivierung der Vermögensteuer arbeiten.

100

101 •Die Reaktivierung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 1%. Dabei sollen Freibeträge
102 (zwischen 500.000 € und 1 Million € bei individueller Besteuerung) berücksichtigt werden.
103 Gemeinsame Anlagen werden, soweit dies nicht anderweitig geregelt ist, nach dem hälftigen
104 Grundsatz geteilt. Gebrauchsvermögen wie Hausrat, selbstgenutztes Wohneigentum, Auto etc.

105 wird von der Steuer freigestellt.

106

107 •Betriebsvermögen kleiner und kleinster Unternehmen sollen ebenfalls durch auskömmliche
108 Freibeträge geschützt werden. Berechnungen der Gewerkschaft ver.di gehen davon aus, dass
109 bereits ein Freibetrag in Höhe von 2 Millionen Euro 98% der im Handelsregister erfassten 3,6
110 Millionen Unternehmen in der Bundesrepublik schützen würde. Denn Betriebsvermögen sind in
111 Deutschland häufig gar nicht in Unternehmen, sondern vielmehr in Form von Anteilen an
112 Aktiengesellschaften und GmbHs in Privatvermögen zu finden.

113

114 •Jede weitere Sonderbehandlung von Betriebsvermögen ist auszuschließen. Andernfalls könnte
115 die Rechtmäßigkeit der Erhebung der Steuer entfallen. Außerdem bietet der übermäßige Schutz
116 von Betriebsvermögen die Möglichkeit, privates Vermögen durch die in Deutschland recht
117 einfach mögliche Umwandlung in Betriebsvermögen der Vermögensbesteuerung zu entziehen.

118

119 •Beim Juso-Bundeskongresses 2010 haben wir im Rahmen des Antrags „Gerecht umverteilen.
120 Steuereinnahmen erhöhen – staatliche Aufgaben finanzieren.“ darüber hinaus Vorschläge zur
121 konkreten Ausgestaltung der Vermögensteuer sowie zu den Bewertungsverfahren unterbreitet.
122 Dieses halten wir weiterhin für richtig.

123

124 Wir fordern Sigmar Gabriel auf, sich weiterhin am Kampf um die Vermögensteuer zu beteiligen.
125 Als Vorsitzender der SPD ist er der Verteilungsgerechtigkeit qua Amt verpflichtet. In unserem
126 Fanclub Vermögensteuer ist deshalb immer ein Platz für ihn frei.

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!

1 Links leben! – Unsere Kampagne startet durch!

2

3 Wir Jusos geben uns nicht zufrieden mit einmal erarbeiteten Antworten. Wir wissen, dass die
4 Welt sich ununterbrochen verändert und wir deshalb immer wieder neue Antworten auf neue
5 Fragen finden müssen. Wir wollen die Zukunft gestalten, nur zuzuschauen reicht uns nicht. In
6 den letzten Jahren beobachten wir, dass unsere Gesellschaft vielfältiger und Lebensentwürfe
7 pluralistischer und individueller werden. Jungen Menschen ist es enorm wichtig, dass sie
8 selbstbestimmt entscheiden können, wie sie leben. Und, dass sie sich frei entfalten können –
9 ohne Zwänge und ohne Angst.

10

11 Die Digitalisierung schreitet weiter voran und verändert unsere Gesellschaft und das
12 Zusammenleben fundamental. Sie wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus; Chancen und Risiken
13 liegen oft nah beieinander. Wir wollen den Fortschritt als Chance begreifen. Deshalb müssen wir
14 diskutieren, wie wir in Zukunft leben wollen und den Wandel in unserem Sinne gestalten.

15

16 Wir Jusos sehen auch, dass die Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen
17 zunehmend individualisiert werden. Für viele, auch in der Linken, geht es darum was der oder
18 die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Das spiegelt sich zum Beispiel in der
19 Diskussion um strategischen Konsum wieder. Das neoliberale Dogma, Probleme seien am
20 besten individuell zu lösen, reicht weit hinein ins Bewusstsein vieler junger Leute. Im
21 Vordergrund steht zuallererst sich selbst und die eigene Leistung zu problematisieren, statt
22 gesellschaftliche Lösungen zu erkämpfen. Wer nichts erreicht, der/die hat sich nicht genug
23 angestrengt und ist selbst dran schuld – und bestimmt zu doof, zu dick oder einfach zu hässlich.
24 Erfolge wiederum sind stets der Erfolg des Einzelnen, gesellschaftliche
25 Unterstützungsleistungen werden nicht als solche erkannt.

26

27 Für uns ist klar: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Es reicht
28 deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen einzuräumen und auf
29 das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die Aufgabe
30 eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte gesellschaftliche
31 Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht werden können. Das
32 heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlich Ausgeschlossenen,
33 Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance auf ein
34 selbstbestimmtes Leben haben, Solidarität auch bei den ökologischen Herausforderungen,
35 denn auch hier müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Und Solidarität nicht
36 zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa und der ganzen Welt. Ein gutes
37 linkes Leben für jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die Überwindung
38 systematischer gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.

39

40 Der gesellschaftlichen Linken sowie unserer Partei fehlt ein konsistenter, linker, solidarischer
41 Gesellschaftsentwurf. Die zentrale Frage, die wir uns stellen müssen heißt: Was ist gutes Leben
42 – wenn gutes Leben für alle etwas anderes ist? Wie können wir den Begriff der Solidarität
43 wieder bedeutsam machen? Was ist unser Zukunftsentwurf für eine solidarische und

44 selbstbestimmte Gesellschaft?

45

46 **Unsere Kampagne linksleben**

47 Im gesellschaftlichen Mainstream und auch für viele junge Menschen scheint es einen
48 Widerspruch zu geben: Frei leben und entscheiden auf der einen Seite – Rücksicht nehmen und
49 solidarisch sein auf der anderen Seite. Für uns Jusos ist klar: Freiheit und Solidarität sind kein
50 Widerspruch, sondern können nur gemeinsam funktionieren. Deshalb wollen wir das nächste
51 Jahr mit euch gemeinsam diskutieren: Wie viel wir braucht das ich? Wie sieht ein gutes linkes
52 Leben für alle aus? Wie wollen wir in 20 Jahren zusammen leben?

53

54 Dafür möchten wir in verschiedenen Schritten mit euch diskutieren. Von Januar bis März
55 werden wir in 6 Zukunftswerkstätten, die überall im Land stattfinden die wichtigen Fragen der
56 Kampagne diskutieren und Thesen entwickeln. In einem Videowettbewerb im Frühjahr 2015
57 sind alle dazu aufgefordert, die für sie wichtigsten Thesen oder Trends zu porträtieren und
58 weiterzuentwickeln. Gleichzeitig wollen wir die Diskussion um ein gutes linkes Leben mit
59 unseren Bündnispartnern und Vorfeldorganisationen wie Falken, Gewerkschaften und anderen
60 Jugendverbänden führen. Deshalb machen wir im August 2015 ein großes Sommercamp. Dort
61 werden wir unsere Thesen offen mit PartnerInnen und linken Jugendverbänden diskutieren und
62 weiterentwickeln. Testimonials aus Politik, Sport, Journalismus und Kultur sollen unsere Debatte
63 im ganzen nächsten Jahr begleiten und uns einen Input geben, welche Fragen und
64 Anforderungen an ein gutes linkes Leben sie stellen. Alle Ergebnisse werden wir zu unserer
65 gesellschaftlichen Vision zusammenfügen und mit euch auf dem Bundeskongress im Herbst
66 2015 diskutieren und verabschieden.

67

68 Für ein erfolgreiches Gelingen der Kampagne gilt: es braucht euch alle! linksleben ist eine
69 Mitmach-Kampagne für die die Unterstützung aller Jusos wichtig ist. Landesverbände, Bezirke,
70 Unterbezirke und Arbeitskreise sind aufgefordert mitzumachen und sich einzubringen. Nehmt
71 zahlreich an den Zukunftswerkstätten teil und diskutiert die Thesen in euren Gliederungen, mit
72 Bündnispartnern, innerhalb der SPD. Entwickelt Ideen für unseren Videowettbewerb und
73 beteiligt euch an der bundesweiten Diskussion: wie kann ein gutes linkes Leben aussehen.

74

75 Uns interessieren vor allem Schnittstellen, Zusammenhänge; einzelne Bereiche können nicht
76 isoliert betrachtet werden, deshalb müssen wir unsere Diskussionen zusammenführen.

77

78 „Wie viel Wir braucht das Ich“: mit dieser Frage wollen wir die folgende Lebensbereiche
79 beleuchten.

80

81 Dabei fragen wir konkret: was möchtest du? Wie stellst du dir dein Leben in 20 Jahren vor?
82 Haben jedoch immer im Blick, dass ein gutes Leben für uns nur realisierbar ist, wenn es für alle
83 gut ist. Und das bedeutet, dass wir die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür
84 schaffen.

85

86 **Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?**

87 Auf der einen Seite wollen wir Wachstum und Wertschöpfung um gerechtigkeitsorientierte Politik
88 realisieren zu können. Auf der anderen Seite gilt es, die ökologische und soziale Blindheit des
89 Marktes zu bekämpfen. Für eine jungsozialistische Perspektive ist die Frage „wie wollen wir
90 wirtschaften?“ also zentral. Dabei wirtschaften Länder in einer globalisierten Welt nie
91 unabhängig voneinander. Der Kapitalismus ist krisenhaft. 2008 stürzte die globale
92 Weltwirtschaft in eine tiefe Krise – viele angebliche Wahrheiten wurden endlich auf den
93 Prüfstand gestellt. Die Wirtschaftskrise hat aber auch gezeigt: der Kapitalismus ist
94 widerstandsfähig, der Glaube an ihn scheint ungebrochen. Trotz Krise, Vermögensverlust und
95 Armut wurde am grundlegenden System nicht gerüttelt. Es braucht also andere Wege um unser
96 Wirtschaftssystem im Sinne des demokratischen Sozialismus um zu formen.

97 - Welche Güter wollen wir öffentlich und welche privat organisieren?

98 - Wie können wir die Wirtschaft und den Markt in einem sozialistischen Sinn umgestalten?

99 - Wie können wir Wirtschaftsdemokratie stärker vorantreiben und die sich daraus ergebenden
100 Fragen und Schwierigkeiten beantworten?

101 - Wie können Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt werden? Wie können wir dafür
102 sorgen, dass allen Menschen genügend Ressourcen zur Verfügung stehen – nicht nur denen
103 mit dickem Geldbeutel? Wie kann der Staat den Ressourcenverbrauch steuern/beeinflussen?

104 - Was bedeutet für uns Nachhaltigkeit? Wie gehen wir mit privaten und geschäftlichen

105 Partikularinteressen im Gegensatz zum Anspruch der Nachhaltigkeit um? Wie können wir die
106 Verantwortung für den globalen Umweltschutz gerecht verteilen?
107 - Wie können wir Folgen des kapitalistischen Systems abfedern? Oder wollen wir vorbeugen,
108 durch kommunale Wirtschaftssteuerung?
109 - Wie sieht eine intelligente Regulierung des Marktes aus, die verschiedene Interessen
110 berücksichtigt?

111

112 **Wie viel Arbeit braucht das Leben?**

113 Die Arbeit ist einem grundlegenden Wandel ausgesetzt. Das Normalarbeitsverhältnis hat
114 aufgrund von Deregulierung in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung
115 verloren, nur noch die Hälfte der Beschäftigten arbeitet in unbefristeten, gut entlohnenden,
116 sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen. Zwar gehen so viele Menschen wie noch nie einer
117 Erwerbsarbeit nach, der Anstieg ist jedoch vor allem auf zusätzliche Stellen Niedriglohnbereich
118 und Teilzeitstellen zurück zu führen. Von diesen Unsicherheiten sind besonders die
119 Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt betroffen: es sind vor allem Frauen, junge Menschen,
120 Niedrigqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund. Hinzu kommt der Megatrend der
121 Digitalisierung, der neue Arbeitsformen schafft und die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben
122 verschwimmen lässt. All diese Änderungen bergen Chancen und Risiken in sich, die wir als
123 Jusos begleiten müssen.

124 - Wie wollen Menschen eigentlich arbeiten? Wie kann ein neues Normalarbeitsverhältnis
125 aussehen? Wie können wir dieses politisch unterstützen?

126 - Wie können wir Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt besser gewährleisten und politisch
127 unterstützen?

128 - Wie können wir Stress auf dem Arbeitsmarkt regulieren? Was heißt in diesem Kontext „Zeit für
129 dich“ und stößt auch diese Maxime an Grenzen?

130 - Wie müssen Sozialversicherungen gestaltet sein, um bei größtmöglicher Individualität eine
131 solidarische Absicherung zu gewährleisten?

132 - Welche Chancen und Risiken birgt die von der Digitalisierung bestimmte Arbeitswelt 4.0?

133 - Wie können wir Aus- und Weiterbildung für alle organisieren? Und wollen das überhaupt alle
134 Menschen: lebenslang lernen?

135 - Wie kann Arbeit auch Spaß machen und zu den eigenen Wünschen passen?

136 - Welche Personengruppen müssen noch einbezogen werden, damit wir von einer echten
137 Solidargemeinschaft sprechen können? Und wie können wir dabei (Solo-)Selbständige besser
138 absichern?

139 - Wie sieht Wertschätzung in der Arbeitswelt aus? Was ist uns welche Arbeit wert?

140

141

142 **Wie viel Selbstbestimmung verträgt die Solidargemeinschaft?**

143 Solidarität in einer Gesellschaft bedeutet, dass die Mitglieder ein Gemeinschafts- und
144 gegenseitiges Verantwortungsgefühl empfinden, dass sich in einem für die Gemeinschaft
145 dienlichen Verhalten niederschlägt, unter Umständen auch gegen den eigenen kurzfristigen
146 Nutzen. Gesellschaftliche Solidarität ist das Fundament einer Demokratie, denn sie legt den
147 Grundstein für gerechte Lösungen im Interesse aller. Gleichzeitig sind die letzten 30 Jahre unter
148 der Hegemonie des Neoliberalismus von Entsolidarisierung, Konkurrenz und Eigensinn geprägt.
149 Dies fand seinen Ausdruck in Privatisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

150 Auch viele gesellschaftliche Protest- und Engagementformen haben sich entsolidarisiert. Sie
151 entzünden sich häufig an Einzelfragen. Daraus ergeben sich für uns Jusos viele Fragen:

152 - Was sollte eigenverantwortlich organisiert sein, und wofür ist die Gemeinschaft zuständig?
153 Stößt Eigenverantwortung an Grenzen und wenn ja, wo (Arbeit, Gesundheit, Umwelt, ...)?

154 - Welche Rolle spielt ehrenamtliches Engagement für gesellschaftliche Solidarität? Wie wollen
155 Menschen sich eigentlich engagieren? Und welche Arbeit sollte überhaupt ehrenamtlich
156 organisiert sein und wofür ist eigentlich der Staat zuständig?

157 - Wer oder was verändert Gesellschaft – kritischer Konsum, Boykott, Massenproteste oder doch
158 Parteien und die Parlamente? Was sind die Zukunftsformen gesellschaftlichen Engagements?

159 - Unter welchen Bedingungen bestimmen Kollektivinteressen über Individualinteressen und
160 wann anders herum?

161 - Wie überwinden wir die Verwertungslogik in unserem Denken und Handeln?

162 - Was passiert wenn Menschen ihre Eigenverantwortung nicht wahrnehmen – raus aus der
163 Solidargemeinschaft? Und welche Verantwortlichkeiten hat ein Mensch eigentlich der
164 Gemeinschaft gegenüber?

165

166 **Wie viel Neues braucht die Gesellschaft?**

167 Unsere Gesellschaft ist heute schon bunter und vielfältiger als die unserer Großeltern. Statt
168 Vater-Mutter-Kind gibt es Patchwork-Familien, Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften,
169 Alleinerziehende, betreute Wohngruppen für Menschen mit Behinderung. Betreute
170 Wohngruppen sowohl für ganz junge, als auch ganz alte Mitglieder unserer Gesellschaft
171 schaffen neue Formen des Zusammenlebens und für einander da sein. Familien wachsen aus
172 verschiedenen Kulturkreisen und Religionsgemeinschaften neu zusammen. Neue Lebens- und
173 Familienmodelle werden erprobt und weiterentwickelt. Frauenquote, Entgeltgleichheitsgesetz,
174 Aufbrechen von Rollenbildern und Stereotypen: Unsere Instrumente zur besseren
175 Gleichstellung von Männern und Frauen sind vielfältig. Trotzdem gibt es noch immer viele
176 drängende Fragen und Problemstellungen:

177 - Was muss sich noch verändern, damit wir in 20 Jahren nicht immer noch über die
178 Gleichstellung von Männern und Frauen sprechen?

179 - Wie können wir aus verschiedenen Kultur-Kreisen, mit verschiedenen Religionen tolerant und
180 weltoffen zusammen leben?

181 - Welche Lebensmodelle müssen wir noch mit bedenken? Gibt es auch Lebensmodell die nicht
182 in unser Werteverständnis passen? Und wie schaffen wir mehr Akzeptanz für unterschiedliche
183 Lebensentwürfe?

184 - Was müssen wir tun um Alleinerziehende besser zu unterstützen?

185 - Wie können wir eine wirklich inklusive Gesellschaft erreichen? Wie können wir sicherstellen
186 dass marginalisierte Gruppen wie Kinder oder Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe
187 Chancen bekommen?

188 - Wie müssen gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf diese veränderten Lebensmodelle
189 angepasst werden? Passen unsere sozialen Sicherungssysteme noch zu diesem neuen
190 Lebensformen? Und wenn nicht, wie können diese angepasst werden ohne neue
191 Diskriminierungselemente zu schaffen?

192 - Wie sieht Familie in Zukunft aus? Ist Blut immer noch dicker als Wasser?

193 - Welche Antwort geben wir auf antifeministische Theorien, laut derer die Überwindung
194 angeblicher Diskriminierungsmechanismen gegen Männer als Antithese zur Frauenpolitik
195 verwendet wird?

196 - Wie können wir eine feministische Politik anwenden, die sich mit alternativen
197 Männlichkeitsmodellen befasst, um schlussendlich hegemoniale Männlichkeit zu überwinden?

198

199

200 **Wie viel Kampf braucht die Welt?**

201 Mit der Globalisierung hat sich die soziale Spaltung sowohl innerhalb von Ländern als auch
202 zwischen ihnen vertieft. Einige Weltregionen verzeichnen kaum soziale und wirtschaftliche
203 Fortschritte, während in anderen der wirtschaftliche Fortschritt von prekären
204 Beschäftigungsverhältnissen und sozialen Krisen begleitet ist. Grenzüberschreitender
205 Wirtschaftsverkehr setzt nationale Sozialsysteme und Sozialnormen unter Druck. Das
206 Entstehen eines globalen Arbeitsmarktes verschärft den globalen Beschäftigungswettbewerb.
207 Und der technische Fortschritt droht viele Länder noch weiter abzuhängen. Gleichzeitig erleben
208 wir überall auf der Welt Krisen und Konflikte. Statt zwischenstaatlichen Kriegen treten immer
209 neue Formen asymmetrischer Konflikte in den Vordergrund. Wir wollen, dass alle Menschen frei
210 von Angst und Gewalt leben können. Unser Kampf ist deshalb international.

211 - Welche Rolle muss die Europäische Union bei der Gestaltung von Globalisierungsprozessen
212 einnehmen, welcher institutioneller Struktur bedarf sie hierfür und wie kann diese unserem
213 Demokratieverständnis genügen?

214 - Welche Antworten können wir auf die Krisen und Konflikte in der Welt geben und somit allen
215 Menschen ein friedliches Leben ermöglichen?

216 - Wie schaffen wir es, dass alle Menschen frei von Angst leben?

217 - Wie können wir solidarisch handeln? Ist Verzicht im Norden solidarisch? Oder Spenden – sei
218 es Geld oder Kleidung?

219 - Wie überwinden wir die gesellschaftliche Spaltung zwischen Nord und Süd? Welchen Beitrag
220 kann Freihandel leisten?

221 - Welchen Beitrag können wir zur Überwindung der weltweiten digitalen Spaltung („digital
222 divide“) leisten?

223 - Wie können wir die europäische Einigung voranbringen und in unserem Gusto gestalten?

224

225 **Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?**

226 Bildung verspricht sozialen Aufstieg und wird oftmals als Universallösung beschworen für viele

227 gesellschaftlichen Herausforderungen und Probleme, wie die Krise der Demokratie, die
228 Digitalisierung, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich oder auch die ökonomische
229 Wettbewerbsfähigkeit. Bildung sollte aus unserer Sicht jedoch vor allem eines leisten: Sie sollte
230 zum kritischen Denken befähigen. Denn Bildung ist für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher
231 Teilhabe und einem selbstbestimmten Leben. Auch hier stellen sich jedoch immer neue Fragen.
232 Lernen und Bildung erhalten neue Chancen im Zeitalter der Wissensexplosion. Überall auf der
233 Welt schaffen digitale Medien einen immer leichteren Zugang zu einer immer größer werdenden
234 Wissensmenge.

235 - Sollen alle das gleiche lernen? Wie weit geht die Spezialisierung in der Schule?

236 - Wie können flächendeckende Bildungsangebote gewährleistet werden?

237 - Was soll Bildung beinhalten und welche Ausrichtung soll sie haben?

238 - Was kann lebensbegleitendes Lernen beinhalten?

239 - Welche Möglichkeiten ergeben sich durch digitales Lernen? Wie verhindern wir den digital
240 divide in der Wissensgesellschaft?

241 - Welche Rolle haben Erziehungsberechtigte im Bildungsprozess?

242 - Muss Bildung institutionalisiert stattfinden?

243 - Soll es private Bildungsangebote geben?

244

245 **Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?**

246 Die aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ist eine unabdingbare
247 Grundlage einer emanzipatorischen Demokratie. Auch junge Menschen sollen ihr Leben
248 eigenverantwortlich gestalten und aktiv an der Veränderung von gesellschaftlichen
249 Verhältnissen mitwirken können. Das Internet bietet für Partizipation, Offenheit und Transparenz
250 neue Möglichkeiten. Dort findet mehr und mehr öffentliche Meinungsbildung statt.

251 Basisentscheide und direkte Demokratie scheinen auf dem Vormarsch zu sein. Wie genau wir in
252 Zukunft entscheiden wollen, werden wir diskutieren.

253 - Was bedeutet die Demokratisierung aller Lebensbereiche?

254 - Welche Machtstrukturen beeinflussen demokratische Entscheidungen?

255 - Wie soll Mitbestimmung in Zukunft aussehen? Online durch liquid feedback? Können dadurch
256 mehr Menschen beteiligt werden? Ist Teilhabe dann weniger selektiv?

257 - Wie stellen wir sicher, dass die Interessen aller Menschen berücksichtigt werden??

258 - Bis wohin wird gemeinschaftliche entschieden und ab wann kann ich selber sagen wo es lang
259 geht?

260 - Wie können wir die Leute für die Beteiligung an politischen Themen begeistern – über die „Not
261 in my Backyard“-Bewegung hinaus?

262 - Wie können Chancen und Lasten in einer älter werdenden Gesellschaft gerecht verteilt
263 werden?

264 - Wer entscheidet künftig in der politischen Debatte? Wie schaffen wir es, dass alle
265 Generationen gehört werden?

266

267 **Wie viel Freiräume braucht das Zusammenwohnen?**

268 Die Urbanisierung nimmt stetig zu. Zum ersten Mal in der Geschichte leben jetzt mehr
269 Menschen in der Stadt als auf dem Land. Städte werden immer mehr die kulturellen,
270 ökonomischen und kreativen Zentren. Gleichzeitig stellt der Wegzug insbesondere junger
271 Menschen die ländlichen Regionen vor immer neue Herausforderungen. Die Mobilität hat
272 zugenommen. Freunde in Paris oder Prag zu besuchen geht heute viel einfacher und günstiger
273 als vor zehn Jahren. Statt Auto für JedeN sind heute oftmals Car-sharing und Mitfahrzentralen
274 gefragt. Wie wir zukünftig zusammen leben wollen, wie sich Städte und Kommunen entwickeln
275 und wie wir uns fortbewegen, dabei sind jedoch noch viele Fragen offen.

276 - Welchen Stellenwert soll Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) haben? Und wie sieht er in 20
277 Jahren aus?

278 - Wie können wir den öffentlichen Raum für alle gesellschaftlichen Gruppen zurückerobern?

279 - Wem gehört eigentlich die Innenstadt – den Menschen die in der Stadt leben oder den
280 Unternehmen, die die Ladenzeilen mieten? Oder doch dne Anwohnern, die nachts irgendwann
281 schlafen wollen? Wie stellen wir sicher, dass alle Menschen Parks, Freiflächen und Plätze
282 genießen können?

283 - Wie kann Stadt in 20 Jahren aussehen? Wie wohnen wir dann? Und vor allem: wie bezahlen
284 wir dann die horrenden Mieten?

285 - Welchen Verkehrsmitteln gehört die Zukunft? Wie unterstützen wir umweltschonendere
286 Verkehrsmittel wie Fahrrad oder Car-sharing politisch?

287 - Wie kümmern wir uns um aussterbende Landstriche? Wie können wir die Fläche lebenswert

288 machen?

289 - Zieht es uns zurück in die Städte oder aufs Land? Wie muss dann Stadtentwicklung und
290 Straßenbau betrieben werden?

291 - Wie garantieren wir freien Zugang zu Medien? Wie können wir öffentliche Einrichtungen wie
292 Stadtbüchereien retten wenn Private nun über Flatrates digitale Bücher freigeben? Wie können
293 wir verhindern, dass bald Konzerne darüber entscheiden, welches Kulturgut frei zugänglich ist,
294 und welches verschlossen bleibt?

295

296 Los geht's!

297 Da haben wir uns sicherlich keine einfache Aufgabe vorgenommen – aber wenn es einfach
298 wäre könnten es auch andere machen. Die oben genannten Fragen drängen sich auf. Sich vor
299 diesen zu verschließen wäre lebensferne Politik. Neue gesellschaftliche Aufgaben brauchen
300 neue politische Antworten. Sich diesen veränderten Rahmenbedingungen immer wieder neu zu
301 stellen und im jungsozialistischen Sinne fortschrittlich zu beantworten ist die Aufgabe jeder
302 einzelnen Juso-Generation. Diese Aufgabe wird nun unsere sein, liebe Genossinnen und
303 Genossen, gehen wir sie an. Lasst uns mit freiem Geist und mutigem Herz die Politik der
304 Zukunft gestalten!

305

306

307

308

309

310

311

312

313

314

315

316

317

318

319

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

346

347

348

Titel „Gendern? Ja! Aber nicht in meinem Antrag.“

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

„Gendern? Ja! Aber nicht in meinem Antrag.“

- 1 Unsere Sprache ist geprägt von einem sexistischen und diskriminierenden Sprachgebrauch und
- 2 Begriffen: Frauen* werden sprachlich oft nur mitgemeint, untergeordnet, stereotypisiert und
- 3 abgewertet. Unsere Sprache und wie wir sie nutzen, ist somit ein maßgeblicher Faktor wie wir
- 4 uns und die Personen in unserem Umfeld wahrnehmen. Auf diese Weise werden
- 5 Geschlechtsidentitäten und -normen geprägt aber auch reproduziert.
- 6
- 7 Wir Jusos verstehen uns als feministischer Richtungsverband, der seine Grundsätze leben und
- 8 in die Tat umsetzen will. Die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in unseren Anträgen
- 9 und Debattenbeiträgen muss dabei selbstverständlicher Bestandteil unserer Diskussionskultur
- 10 sein. Daher verpflichten wir uns dazu, dass:
- 11
- 12 - Anträge zu Bundeskongress durchgehend in geschlechtergerechter Sprache vorliegen
- 13 müssen und
- 14
- 15 - Anträge, die dem Bundeskongress nicht in geschlechtergerechter Sprache vorliegen, solange
- 16 nicht beraten werden bis sie durch die AntragsstellerInnen in geschlechtergerechter Sprache
- 17 vorgelegt werden. Diesem Umgang verpflichten wir uns ab dem Jahr 2015. Notwendige
- 18 Verfahrensregelungen werden wir für künftige Bundeskongresse entsprechend anpassen.
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43

2015

BESCHLUSSBUCH

www.jusos.de

**BUNDESKONGRESS DER
JUNGSOZIALISTINNEN 2015**

Bremen, 27.-29.11.2015

Impressum

Herausgeber:

Jusos in der SPD
Willy-Brandt-Haus
10963 Berlin

**Für den Inhalt der Anträge sind die
jeweiligen Antragsteller verantwortlich.**

Satz und Layout:



KoKoS

Das KonferenzKoordinationsSystem
KoKoS 2.4, © 2015 Fabian Parsch

Bundeskongress, 27.-29.11.2015

A Arbeitsprogramm

A 1	Bundesvorstand	Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!	5
-----	----------------	--	---

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B 1	Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand	Andere Arbeitszeiten sind möglich!	18
B 7	Sachsen-Anhalt	Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer	22

D Demokratie, Partizipation & Kampf gegen Rechts

D 4	Hannover	Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?	23
D 14	Sachsen	Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! - Staatsbeleidigung ist keine Straftat	28

F Frieden & Internationales

F 3	Schleswig-Holstein	Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine- Krise	29
F 4	Berlin	Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma	34
F 10	Thüringen	Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten	48

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G 1	Nordrhein-Westfalen	Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung	50
G 3	Bayern	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen	53

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I 2	Hamburg	Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile	55
I 11	Mecklenburg- Vorpommern	Vermummungsverbot abschaffen!	56

K Kommunales, Mieten & öffentliche Daseinsvorsorge

K 6	Braunschweig	Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!	59
-----	--------------	--	----

L Links Leben			
L 1	Bundesvorstand	Links Leben!	62
M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik			
M 12	Saarland	Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik	76
N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales			
N 5	Nord-Niedersachsen	Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten	101
P Pflege, Gesundheit & Soziales			
P 10	Brandenburg	Widerspruchslösung in der Organspende einführen	102
R Rente, Generationen & Familie			
R 3	Hessen-Süd	Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik	103
U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit			
U 2	Rheinland-Pfalz	Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren	106
V Verkehr & Infrastruktur			
V 1	Nordrhein-Westfalen	Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität	107
W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik			
W 1	Projekt Transformation	Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! - der Wirtschaftsweise über Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen den Juso Bundesvorstand	118
W 2	Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand	Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik	132
W 17	Weser-Ems	Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land	140
INI Initiativanträge			
INI 2	Hannover	Nationalismus ist keine Alternative!	142
INI 3	Baden-Württemberg	Jusos: CDU-Bekennnis zum Grundgesetz erforderlich. Gegen die CDU-gewollte Integrationspflicht für Migrantinnen und Migranten	144

Titel Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Arbeitsprogramm 2015 - 2017 - Bewegt euch!

1 **Arbeitsprogramm 2015 – 2017**

2 **Bewegt euch!**

3

4 Eine Welt, in der alle Menschen frei und gleich sind und ihre Lebensträume verwirklichen
5 können, ist unser Ziel. Diese Welt ist gerecht und frei von Ausbeutung, Unterdrückung und
6 Diskriminierung. In dieser Welt haben alle dieselben Chancen, egal, welches Geschlecht sie
7 haben, egal, wo sie herkommen, egal, wo sie leben. Doch das ist nicht die Welt, in der wir
8 derzeit leben. Innerhalb kürzester Zeit vollziehen sich fundamentale Umwälzungen, deren
9 Auswirkungen weltweit spürbar sind. Durch die Ukraine-Krise ist Europa wieder konkret von
10 Krieg bedroht, die Umbrüche in der MENA-Region haben zum Krieg gegen die Bürger*innen in
11 Syrien sowie weiteren neuen Konfliktherden geführt, mörderische Organisationen wie der
12 sogenannte ‚IS‘, Al Shabab und Boko Haram bedrohen immer mehr Menschen. Die Finanz- und
13 Wirtschaftskrise, die nicht nur Griechenland fest im Griff hält, dauert an. Viele Entwicklungen
14 spielen in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit erst eine Rolle, wenn sie auch
15 unmittelbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben könnten. Beispiel dafür ist die Ebola-
16 Epidemie in Liberia, Guinea und Sierra Leone. Oder asiatische Produktionsstätten, in denen
17 Menschen unter unhaltbaren Zuständen als moderne SklavInnen für Konzerngewinne ihre
18 Gesundheit riskieren.. Die rasend schnelle Abfolge von immer neuen Entwicklungen lässt uns
19 kaum genügend Zeit, ernsthafte politische Antworten zu formulieren. Stattdessen treibt sie
20 PolitikerInnen in den reaktiven Krisenmodus, in dem niemals erneuert, sondern immer nur
21 repariert wird.

22

23 Ein ebenso prominentes, wie trauriges Beispiel dafür ist der aktuelle Umgang mit geflüchteten
24 Menschen und ihren Fluchtursachen. Ausgehend von globalen Ungerechtigkeiten, existentieller
25 Armut, Krieg und Unterdrückung sind Flucht- und Migrationsbewegungen die logische
26 Konsequenz. Und sie sind auch Ausdruck des dringenden Bedürfnisses nach einem Leben in
27 Sicherheit, Frieden sowie der gleichberechtigten Teilhabe am globalen Wohlstand. In Zeiten wie
28 diesen wird deutlicher denn je: Die Heilsversprechen des Kapitalismus kann dieser nicht
29 erfüllen.

30

31 Obwohl sich Millionen Menschen auf der Flucht befinden, kommt nur ein sehr kleiner Bruchteil
32 nach Europa und Deutschland. Mit dem Dublin-Abkommen und der damit einhergehenden
33 Drittstaaten-Regelung gelang es Deutschland über lange Zeit sich abzuschotten und andere
34 Länder, wie Italien und Griechenland, mit der Bewältigung der Aufgaben alleine zu lassen. Mit
35 dem kurzzeitigen und teilweisen Außerkraftsetzen des Dublin-Abkommens kommen Geflüchtete
36 nun auch nach Deutschland. Tausende Menschen engagieren sich deshalb zur Zeit freiwillig in
37 Initiativen, Hilfsorganisationen und Unterkünften für die Schutzsuchenden. Die bunten,
38 freundlichen Willkommensbilder dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nazis,
39 RassistInnen und die politische Rechte versuchen, aus der Not der Geflüchteten Kapital zu
40 schlagen. Den zuvor geschürten Ängsten und der Stimmungsmache gegenüber geflüchteten
41 Menschen folgen anschließend die passgenauen rechtspopulistischen Antworten der gleichen
42 Gruppen und Personen. Sogar unter dem Deckmantel des Schutzes der Frauenrechte und der
43 Gleichberechtigung, wird Stimmung gegen den Islam und die Schutzsuchenden geschürt. Zu
44 diesen Antworten gehört immer wieder die Forderung nach mehr Abschottung und einer

45 weiteren Einschränkung des Asylrechts. „Flüchtlingsströme“ sollen abgehalten, Obergrenzen
46 festgelegt und Zäune errichtet werden. Durch Abschreckung und Schikanen wird suggeriert
47 Flüchtlinge davon abbringen zu können, nach Deutschland zu kommen. Wo zuvor große Reden
48 über Werte, Moral und Menschenrechte gehalten wurden, bleiben im entscheidenden Moment
49 höchstens noch nationaler Chauvinismus und eine Portion Leitkultur übrig. Es bleibt nicht bei
50 verbaler Hetze. Täglich werden Unterkünfte angezündet, Geflüchtete angegriffen und
51 HelferInnen massiv bedroht. Bei diesem perfiden Spiel darf die SPD nicht den geringsten
52 Zweifel daran aufkommen lassen, auf welcher Seite sie steht. Gerade im Lichte dessen, dass
53 einige Regierungsmitglieder aus Reihen der CDU/CSU durch ähnliche Forderungen und
54 Äußerungen auf sich aufmerksam machten, um in der derzeitigen Situation am rechten Rand
55 der WählerInnenschaft um Stimmen zu buhlen.

56

57 Die reine Zustandsbeschreibung von Sorgen und Ängsten in der Bevölkerung ist dabei nicht
58 hilfreich, sondern irreführend. Gleichwohl wissen wir nicht erst seit den Mitte-Studien der
59 Friedrich-Ebert-Stiftung, dass aufgrund von Abstiegsängsten und –erfahrungen sowie sozialen
60 Unsicherheiten der Nährboden für rechte Parolen und rassistische Stimmung besonders
61 fruchtbar ist. Für eine sich als fortschrittlich und emanzipatorisch begreifende Bewegung wie die
62 Sozialdemokratie, folgt das politische Handeln aber niemals linear der Angst oder dem
63 Ressentiment. Stattdessen muss sie in der Lage sein, bestehende Ungerechtigkeiten zu
64 beseitigen, Hass und Gewalt entschieden entgegen zu treten, Ängsten und Ressentiments aber
65 einen eigenen solidarischen Gesellschaftsentwurf entgegenzustellen und dafür leidenschaftlich
66 zu werben. Dieses Werben ist der Kampf um gesellschaftliche Hegemonie und diese definieren
67 wir immer in dem was wird und niemals in dem was ist.

68

69 Diesen eigenständigen Gesellschaftsentwurf sind wir zuletzt nicht nur im Umgang mit
70 Geflüchteten schuldig geblieben. Das Versagen der europäischen Sozialdemokratie, keine
71 gemeinsamen Vorschläge für die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erarbeiten, *sowie*
72 *das Fehlen problemorientierter Lösungsvorschläge unsererseits*, ist in doppelter Hinsicht
73 verheerend. Konservative und neoliberale PolitikerInnen haben es geschafft die Krise in eine
74 Staatsschuldenkrise umzudeuten und durch die Austeritätspolitik viele europäische Staaten in
75 einen Teufelskreis aus Sparen, Abbau des Sozialstaats, Konjunkturerinbruch, sinkenden
76 Einnahmen, Schulden und Massenarbeitslosigkeit zu treiben. Die europäische Bevölkerung und
77 viele überzeugte EuropäerInnen verbinden die Europäische Union inzwischen nicht mehr mit
78 Frieden, Wohlstand und Wachstum, sondern lediglich mit Krise. Dies führt zu einer großen
79 Verunsicherung. Das Projekt Europa, das bislang unvollendet blieb, steht auf der Kippe. Und mit
80 ihm die europäische Sozialdemokratie. Verwickelt in Rückzugsgefechte und eingekeilt zwischen
81 neu entstehenden linken Bewegungen und Parteien auf der einen und den wachsenden
82 rechtspopulistischen und faschistischen Bewegungen auf der anderen Seite, schafft es die
83 Sozialdemokratie immer weniger, Überzeugungskraft zu entfalten. Die europäische
84 Sozialdemokratie *und auch wir selber müssen* endlich in die Offensive kommen. Das heißt
85 keineswegs, sich von der Europäischen Union abzuwenden. Es ist richtig die Europäische Idee
86 zu verteidigen. Das bedeutet aber nicht, dass wir die EU so lassen können, wie sie ist. Es ist
87 falsch, die EU kritiklos zu verteidigen. Vielmehr braucht es endlich einen stärkeren Fokus auf
88 die sozio-ökonomischen Grundlagen und die demokratischen Werte der europäischen
89 Gemeinschaft. Europa muss für die Menschen wieder zum Synonym für eine gerechtere
90 Zukunft werden. Und das wird es nur, wenn das Soziale Europa endlich mehr ist als ein
91 Schlagwort. Wir sind bereit, die Auseinandersetzung um den politischen Charakter Europas und
92 Europas Rolle in einer instabiler werdenden Welt aufzunehmen. Sich diesem längst
93 schwelenden Richtungsstreit zu verweigern wäre unpolitisch und somit unverantwortlich. Wir
94 wollen mehr. Wir wollen diese Gesellschaft bewegen. Wir wollen eine starke Bewegung sein
95 und rufen allen, die sich mit dem Status Quo nicht zufrieden geben, zu: Bewegt Euch mit uns!

96

97 **Mut und Visionen – Fehlanzeige**

98

99 Für das bescheidene Abschneiden der SPD bei der letzten Bundestagswahl gibt es mehrere
100 Gründe. Klar ist: Am Wahlprogramm und seinem wieder stärker gewordenen Fokus auf soziale
101 Gerechtigkeit lag es nicht. Das bestätigen die Umfragen. Aus unserer Sicht fehlte und fehlt vor
102 allem eine Gesamterzählung davon, welchen Gesellschaftsentwurf die SPD in den kommenden
103 Jahren verfolgt. Glaubwürdiges Personal an der Spitze ist ebenfalls notwendig. Es ist
104 entscheidend für Deutungshoheit und Wahlerfolge, eine gesellschaftliche und wirtschaftliche
105 Alternative deutlich zu machen und sich von anderen Parteien – insbesondere der Union –

106 abzugrenzen. Wählerinnen und Wähler müssen wissen, wofür es sich lohnt, wählen zu gehen.
107
108 Zwei Jahre nachdem die SPD auf Bundesebene in einer Großen Koalition regiert, hat sich an
109 dem Zutrauen der Bevölkerung in die SPD wenig gebessert. Politische Erfolge wie der
110 Mindestlohn, die Frauenquote, die Mietpreisbremse oder die Rente nach 45
111 Versicherungsjahren schaffen es bislang nur langsam wieder Glaubwürdigkeit und Vertrauen in
112 die SPD zu wecken. Das gilt insbesondere für Frauen, die sich weder von den Themen noch
113 vom Personal angesprochen fühlen. Themen-Hopping und Sprunghaftigkeit sind derweil Gift für
114 die SPD. Schwammige Positionen, die fast alle Menschen adressieren sollen, erreichen am
115 Ende des Tages niemanden. Vielmehr müssen wir in grundlegenden Fragen Haltung zeigen und
116 den Mut haben mit neuen Ideen auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Diese
117 Ideen müssen nicht immer gleich mehrheitsfähig sein. Wir müssen endlich wieder bereit sein
118 auch gegen Widerstände zu argumentieren um Mehrheiten für unsere Positionen zu erkämpfen.
119

120 Als Jusos haben wir uns deshalb in den letzten zwei Jahren aufgemacht mit unserer Kampagne
121 „Links leben“ neue Konzepte und Positionierungen zu entwickeln. Mit ihrer Perspektivdebatte
122 macht sich die SPD nun ebenfalls auf den Weg. Bislang schlägt sie dabei aber nicht die richtige
123 Richtung ein. Als Jusos sind wir deshalb mehr denn je gefragt. Wir müssen die Partei
124 wachrütteln, die SPD muss wieder Mut fassen zu ihren eigenen Ideen zu stehen und darf
125 keinesfalls vermeintlichen „Mitte“-Rezepten und konservativen Antworten hinterherlaufen.
126 Stattdessen sind mehr innerparteiliche Demokratie und offene Debatten über die großen
127 Herausforderungen angesagt. Die SPD muss zeigen, dass sie die Beteiligungspartei ist, die ihre
128 Mitglieder ernst nimmt. Die SPD muss zeigen, dass sie Antworten auf die Digitalisierung, den
129 grundlegenden Wandel in der Arbeitswelt und der Wirtschaft, die Migrationsgesellschaft und
130 globale Herausforderungen hat. Nicht nur, aber insbesondere jungen Menschen muss sie die
131 Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben erschließen, das mehr zu bieten hat als ein faires
132 Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Statt im Klein-Klein zu verharren gilt es Visionen zu
133 erarbeiten und in Bewegung zu bleiben. Frustration bei unseren Mitgliedern, Austritte und
134 Lethargie sind sonst vorprogrammiert. Die sinkende Bindewirkung auf ihre Mitglieder sollte der
135 SPD schon jetzt zu denken geben, da gibt es nichts schönzureden.

136 Wir sind davon überzeugt, dass eine Gesellschaftsanalyse vonnöten ist um politische Antworten
137 entwickeln zu können. Unserer Politischen Arbeit liegt die Annahme und das Wissen darüber
138 zugrunde, dass unsere Gesellschaft kapitalistisch strukturiert ist, was alle Lebensbereiche total
139 durchzieht. Zentraler Zweck der Produktion, der die Gesellschaft antreibt, ist die
140 Kapitalmehrung. Dazu ist Arbeit notwendig, sie wird so entlohnt, dass die Arbeitenden ihre
141 Reproduktionskosten decken können, und erzeugt einen Mehrwert. Kapitalist*innen können
142 diesen Mehrwert abschöpfen und den Arbeitenden vorenthalten. Die Produktionsmittel
143 konzentrieren sich infolgedessen zunehmend bei Wenigen. Im Kapitalismus stehen sich Kapital
144 und Arbeit widersprüchlich gegenüber. Wir wollen unsere Gesellschaftsanalyse dazu nutzen,
145 unsere Antworten zu schärfen und und als Bewegung zu stärken.

146
147 Wenn die SPD aufzeigt, wo sie hin möchte, wenn sie Deutungshoheit in der öffentlichen
148 Wahrnehmung zurückerlangt, muss sie auch aufzeigen, mit welcher Machtperspektive sie linke
149 Politik konkret umsetzen möchte. Mit der Union wird dies nicht gelingen. Rot-Rot-Grün bleibt
150 deshalb für uns die einzige absehbare Machtperspektive. Nur wenn die SPD-Spitze das endlich
151 erkennt und das Projekt R2G ernsthaft angeht, können wir auch die Menschen davon
152 überzeugen und beginnen, zweifelsohne bestehende Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Es
153 muss endlich Schluss sein mit der Dämonisierung solcher Koalitionen. Denn wer umstandslos
154 mit der CSU koalitiert sollte Vorsicht walten lassen, wenn es um die Beurteilung von Koalitions-
155 und Regierungsbeteiligung anderer Parteien geht.

156 157 **Jusos als treibende Kraft**

158
159 Doch auch wir Jusos müssen in Bewegung bleiben. Wir kämpfen für eine gerechte Welt, in der
160 jedeR gut leben kann und seine/ihre Träume verwirklichen kann. Wir kämpfen für eine
161 Gesellschaft der Freien und Gleichen. Wir kämpfen dafür, das kapitalistische System zu
162 überwinden. Wir stehen im engen Austausch mit unseren PartnerInnenorganisationen auf der
163 ganzen Welt und gehen auf die Straße gegen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und
164 jede Form der Menschenfeindlichkeit. Als eigenständiger linker Richtungsverband innerhalb der
165 SPD treiben wir die SPD von und nach links.

166

167 Wir haben es nach bleiern Jahren der Agenda-Politik zuletzt geschafft, an vielen Stellen die
168 Programmatik der SPD substantiell zu beeinflussen. Von der Steuergerechtigkeit über die
169 Ausbildungsgarantie bis zur Abschaffung der sogenannten Extremismusklausel – ohne die
170 Jusos wären die Positionen der SPD nicht so progressiv, wie sie es an vielen Stellen sind. In
171 den letzten Monaten geraten immer mehr programmatische Standpunkte jedoch wieder unter
172 Druck. Mit Scheinargumenten und Machtdemonstrationen werden Positionen geräumt, die einer
173 durch die Partei-Spitze angestrebten Ausrichtung der SPD auf die Mitte angeblick
174 entgegenstehen. Zu oft wird sich dabei hinter der Union versteckt, um die eigene Mutlosigkeit zu
175 kaschieren. Als Jusos dürfen wir dies keinesfalls durchgehen lassen. Es ist an uns, die
176 Zusammenarbeit mit linken Kräften innerhalb der SPD auszubauen. Und es ist
177 selbstverständlich, dass wir uns dabei auch Unterstützung außerhalb der SPD suchen.

178

179 Gerade treibt viele Jusos aber eine Frage besonders um. Viele engagieren sich in Initiativen für
180 Geflüchtete, geben Sprachkurse, organisieren Spendenaktionen und Fußballturniere, nehmen
181 die Menschen an Grenzen und Bahnhöfen in Empfang und helfen ihnen bei der Weiterfahrt oder
182 beteiligen sich an gemeinsamen Aktionen um sichere Fluchtwege zu errichten. Viele unserer
183 Mitglieder stellt das vor große Herausforderungen. Konkret helfen vor Ort gehört ebenso zu
184 unserer politischen Arbeit, wie unsere Forderungen gegenüber der SPD und der Politik zu
185 artikulieren. Die unterschiedlichen Aufgaben unter einen Hut zu bekommen ist dabei nicht
186 immer leicht. Für unsere Strukturen ist dies jedoch auch eine große Chance. Junge Menschen
187 politisiert die Situation der Geflüchteten. Jusos müssen vor Ort politische AnsprechpartnerInnen
188 und VermittlerInnen zwischen den Ehrenamtlichen, den politisch Verantwortlichen und natürlich
189 auch den Geflüchteten sein. Im Sinne der geflüchteten Menschen gilt es diese Funktion weiter
190 auszubauen, indem wir unsere Schnittstellenfunktion selbstbewusst nutzen.

191

192 Als feministischer Richtungsverband ist die tatsächliche Gleichstellung von Frauen unser
193 besonderes Anliegen. In der Gesellschaft, in der Politik und in der SPD sind Frauen immer noch
194 unterrepräsentiert. Männerklüngel und eine patriachale Gesellschaft verhindert oft den Aufstieg
195 von Frauen in Führungspositionen. Bei den Jusos übernehmen inzwischen immer mehr Frauen
196 – sei es im Kreisverband, im Unterbezirk oder auf Landesebene – auch in erster Reihe
197 Verantwortung für die Juso-Arbeit. Nachholbedarf haben wir insbesondere beim Anteil
198 weiblicher Mitglieder. Die Frauen, die wir in unserem Verband haben, müssen wir weiter fördern.
199 Als feministischer Verband geben wir uns erst zufrieden, wenn Frauen tatsächlich komplett
200 gleichgestellt sind. Das gilt für den Verband, wie für die Gesellschaft.

201 Als feministischer und progressiver Verband stehen für uns auch LGBTIQ-Interessen an
202 wichtiger Stelle. Frei zu lieben und zu leben, verstehen wir daher nicht nur als Floskel sondern
203 als Menschenrecht. Dies heißt für uns auch, dass wir aktiv in der Gesellschaft dafür eintreten,
204 überholte Geschlechter- und Rollenklischees zu bekämpfen und dafür einzutreten, dass sowohl
205 die gesetzliche Diskriminierung ein Ende hat als auch in den Köpfen der Menschen ein längst
206 überfälliges Umdenken einsetzt. Dies hört für uns nicht bei der Öffnung der Ehe oder neuen
207 Familienbildern auf. Wir als Verband müssen hierbei eine Vorbildrolle einnehmen und deutliche
208 Zeichen dafür setzen, dass Homo-, Bi- und Transphobie bei uns keinen Platz haben und
209 Menschen, die sich dem breiten LGBTIQ-Spektrum zugehörig fühlen, bei uns einen sicheren
210 Platz für ihre politische Aktivität vorfinden.

211

212 Für uns als Jusos sind deshalb folgende Themen zentral für die nächsten zwei Jahre:

213

214 **1. Grundrechte verteidigen - Migrationsgesellschaft leben**

215

216 Beinahe täglich sterben Menschen auf der Flucht nach Europa. Die Große Koalition reagiert auf
217 die steigende Anzahl an Schutzsuchenden mit Verschärfungen des Asylrechts,
218 Leistungskürzungen und Angstmacherei. Die Staaten Europas können sich nicht auf eine
219 gemeinsame Politik zum Schutz von Menschen und Menschenrechten einigen. Wir sind nicht
220 bereit, diese Politik mitzutragen. Grundrechte wie das Recht auf Asyl sind für uns unter keinen
221 Umständen verhandelbar. Mit BündnispartnerInnen innerhalb und außerhalb der SPD werden
222 wir uns jeder weiteren Verschärfung energisch und kreativ entgegenstellen. Das heißt auch und
223 insbesondere, unserer eigenen Partei durch internen wie externen Druck Beine zu machen.
224 Unsere Vision ist und bleibt das globale Recht auf Migration. In den kommenden zwei Jahren
225 möchten wir auch gemeinsam mit unseren internationalen PartnerInnen erörtern, wie der Weg
226 dahin gestaltet werden kann. Ein nicht an ökonomischen Kriterien orientiertes
227 Einwanderungsgesetz kann in der Zwischenzeit für viele Menschen ein wichtiges Instrument

228 sein. Die Union, aber auch Teile der SPD lassen uns jedoch daran zweifeln, inwiefern ein
229 solches Einwanderungsgesetz aktuell denkbar ist. Wir setzen uns daher zunächst für eine
230 Klärung innerhalb der SPD über den Inhalt eines solchen Gesetzes ein. Ein Gesetz für
231 Hochqualifizierten-Einwanderung wird unsere Zustimmung jedenfalls nicht finden.

232

233 Gemeinsam mit unseren europäischen PartnerInnenorganisationen kämpfen wir gegen das
234 Frontex-Regime, für sichere Fluchtrouten und für eine sichere und solidarische Aufnahme von
235 Refugees in Europa. Migration in und nach Europa ist für uns eine Normalität und
236 Selbstverständlichkeit. Das große Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass diese
237 Normalität in unserer Gesellschaft lebbar ist. Und trotzdem wissen wir, dass das nicht zu jeder
238 Zeit und an jedem Ort für alle gilt. Wir werden uns deshalb weiter mutig gegen den braunen
239 Mob stellen, der Geflüchtete und (vermeintliche) MigrantInnen bedroht und tötlich angreift. Und
240 wir werden weiter in Bündnissen aktiv sein, um "besorgten BürgerInnen" und
241 RechtspopulistInnen entgegen zu treten, die Refugees in ihren Rechten beschränken wollen
242 und an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln. Dennoch müssen wir auch die Tatsache
243 zur Kenntnis nehmen, dass auch unter den AnhängerInnen der AfD frühere
244 sozialdemokratische Wähler*innen waren. Hier gilt es auf der einen Seite deutliche Worte gegen
245 rechte Parolen zu finden aber auch auf der anderen Seite mit Aufklärungsarbeit unbegründete
246 Ängste zu nehmen und Vorurteile zu beseitigen. Dazu werden wir in einer Netzwerkstelle aktive
247 Jusos und ExpertInnen aus den Landesverbänden und Bezirken vernetzen, auf einer
248 Fachkonferenz die im Verband vorhandene Erfahrung und Expertise in die Breite tragen und
249 auch die UB-Vorsitzenden einbinden, u.a. mit einer Unterbezirksvorsitzendenkonferenz im Jahr
250 2016.

251

252 Viele Jusos bringen sich vor Ort intensiv bei der Unterstützung von Refugees ein. Auch diese
253 Erfahrungen wollen wir in die Vernetzung einbringen und Best-Practise-Beispiele von vor Ort
254 bekannt machen. Als Partnerin in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken wollen wir uns als
255 Jusos nicht nur ganz praktisch einbringen, sondern generieren politische Forderungen aus
256 unserem Alltagswissen. Im Rahmen der Doppelstrategie werden wir weiter als Scharnier wirken
257 und diese Forderungen in die SPD und die politische Arena tragen, und zwar vom Ortsbeirat bis
258 in die Bundestagsfraktion. Zur Unterstützung der Arbeit vor Ort werden wir neue Materialien in
259 den Bereichen Antifaschismus, Antirassismus, Kampf gegen Rechts und Geflüchtetenhilfe
260 erstellen und mit einem Handbuch, thematischen Kampagnen und einer Schwerpunktausgabe
261 der Argumente von Bundesebene begleiten.

262

263 **2. Feminismus voranbringen - Frauen stärken**

264

265 Sozialismus kann es ohne die Gleichstellung der Geschlechter nicht geben. *Nicht nur aber auch*
266 deshalb verstehen wir Jusos uns nicht nur als sozialistischer, sondern auch als feministischer
267 Richtungsverband. Ein grundlegendes Ziel unserer Politik ist, dass alle Menschen ein freies und
268 selbstbestimmtes Leben führen können. Stereotype Geschlechtervorstellungen und Rollenbilder
269 bestimmen nach wie vor das gesellschaftliche Zusammenleben. Ausdruck dessen ist unter
270 anderem die doppelte Vergesellschaftung von Frauen. Sie spiegelt sich in der ungleichen
271 Verteilung von Arbeitszeit, Chancen auf dem Arbeitsmarkt sowie Vermögen wider. Eine
272 eigenständige Existenzsicherung, insbesondere im Alter, ist vor diesem Hintergrund oftmals
273 nicht möglich. Für uns Jusos ist deshalb klar, dass wir uns im Rahmen der Diskussionen über
274 aktuelle Entwicklungstendenzen in der Arbeitswelt (Arbeit und Wirtschaft 4.0) auch mit
275 gleichstellungspolitischen Fragestellungen beschäftigen müssen. Die Gleichstellung auf dem
276 Arbeitsmarkt ist für die Gleichstellung der Geschlechter zentral. Der patriachalen
277 Gesellschaftsstruktur liegt im Kapitalismus die Kernfamilie als Standardmodell zugrunde. Es
278 sichert die Trennung der Produktions- und Reproduktionsarbeit, was die Reproduktionskosten
279 sinken lässt und das Lohnregime zugunsten der Kapitaleseite stärkt. Daher wollen wir uns über
280 Eckpunkte einer modernen, jungsozialistischen Familienpolitik verständigen, die den
281 heteronormativen Rahmen zeitgenössischer Debatten sprengt. Denn Familie bedeutet für uns
282 mehr als die klassische Mutter-Vater-Kinder-Kombination. Familie ist da, wo Menschen
283 füreinander Verantwortung übernehmen. Diesen Gedanken wollen wir im Rahmen einer
284 Kampagne aufgreifen.

285 Aber auch neue Debatten wie zum Beispiel das Verhältnis von Feminismus & Popkultur wollen
286 wir führen.

287

288 Unser Selbstverständnis als feministischer Richtungsverband verpflichtet uns, feministische

289 Themen im Sinne des „lila Fadens“ in die Verbandsarbeit zu integrieren.
290 Gleichstellungspolitische Fragestellungen und Inhalte sollen deshalb bei allen Projekten,
291 Seminaren, Veranstaltungen und Publikationen berücksichtigt werden. Zugleich gilt es, der
292 strukturellen Unterrepräsentation von Frauen in unserem Verband entgegenzuwirken. Wir
293 wollen, dass Frauen in unserem Verband entscheidende Akteurinnen und sichtbar sind. Mit
294 einem Frauen-Empowerment-Programm soll die Basis für eine intensivere Vernetzung und
295 Solidarität unter aktiven Frauen aus unserem Verband geschaffen werden. Über die gezielte
296 Auseinandersetzung mit der Situation von Frauen in der Gesellschaft, Politik und in unserem
297 Verband wird die Möglichkeit geboten, gemeinsame Strategien und Methoden zu entwickeln, die
298 bestehenden patriarchalen Strukturen in unserem Verband zu überkommen. Aus unserem
299 queerfeministischen und feministischen Selbstverständnis heraus ist für uns klar, dass sich nicht
300 die Frauen anpassen müssen, um in unseren Strukturen zu bestehen. Sondern wir brauchen
301 starke und empowerte Frauen, um diese Strukturen zu verändern. Weiterhin werden wir auf
302 jeder Bundesveranstaltung Vernetzungsmöglichkeiten anbieten, um uns besonders über
303 gezielte Fördermaßnahmen zur Gleichstellung in verschiedenen Landesverbänden und
304 Bezirken auszutauschen. Auch über Juso-Strukturen hinaus spielt Vernetzung von
305 Frauenstrukturen für uns eine wichtige Rolle. Wie in den letzten Jahren werden wir weiterhin
306 beim Frauenkampftag Flagge zeigen und die Rolle der Sozialdemokratie für die Gleichstellung
307 der Frau in den letzten 150 Jahren weiter ausfüllen.

308

309 **3. Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten**

310

311 Automatisierung und Digitalisierung verändern Arbeit und Leben rasant. Die digitale Revolution
312 und industrielle Veränderungen (Industrie 4.0) macht vor der Arbeitswelt nicht halt – sie schafft
313 neue Märkte, Produkte und Arbeitsweisen und lässt neue Ansprüche an die Arbeit entstehen.
314 Das bedeutet Chance und Risiko zugleich. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die
315 Möglichkeiten, die sich aus der Digitalisierung und Vernetzung ergeben für alle
316 ArbeitnehmerInnen realisierbar werden und zugleich erkämpfte Rechte verteidigen.

317

318 Megatrends wie Individualisierung und Feminisierung der Arbeit tragen dazu bei, dass
319 Menschen heute flexibler arbeiten wollen ohne sich dabei zwischen Zeitmanagement und
320 ständiger Verfügbarkeit aufreiben zu müssen. Arbeit und (Familien)Leben müssen miteinander
321 vereinbar sein, ArbeitnehmerInnen-Flexibilität ist hier das Stichwort. Neue Zeitmodelle müssen
322 gefunden werden, um den Ansprüchen an Arbeit 4.0 gerecht werden zu können. Auch sehen
323 wir: bisherige Beteiligungs- und Mitbestimmungsformen an Arbeitsgestaltung reichen nicht mehr
324 aus. Altgediente Strukturen sind oftmals zu langsam und nicht umfassend genug, für die
325 Anforderungen unserer Zeit. Wir wollen über moderne und solidarische Mitbestimmungskultur
326 sprechen und mit den Gewerkschaften Wirtschaftsdemokratie in die 4. Revolution übertragen.

327

328 Gleichzeitig sehen wir, welche Risiken die Digitalisierung auch mit sich bringen kann. Schon
329 heute hält die Entgrenzung von Arbeit in unser aller Alltag Einzug. Normalarbeitsverhältnis und
330 Tarifbeschäftigung sind zunehmend auf dem Rückzug, werkbasierte und befristete
331 Vertragsformen nehmen zu. Die Digitalisierung kann diese Entwicklung verstärken. Konzepte
332 der permanenten Verfügbarkeit und Beliebigkeit verteilter Arbeitskraft am digitalen Marktplatz
333 stellen kollektiv erkämpfte Rechte in Frage und bedrohen die Durchsetzungsfähigkeit der
334 ArbeitnehmerInnenschaft. Der Digitale Tagelöhner als ArbeitnehmerIn der Zukunft? Es braucht
335 klare Grenzen und Regelungen, um Menschen vor Ausbeutung und Selbstausbeutung zu
336 schützen. Wir sehen die Digitalisierung der Arbeitswelt auch als große Chance an, um durch
337 eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Arbeit,
338 Familie und Freizeit zu schaffen. Die Digitalisierung stellt auch höhere Anforderungen an
339 Qualifizierung und Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen. Das Erlernen des Umgangs mit
340 neuen elektronischen Geräten und technischen Entwicklungen muss innerhalb des
341 lebenslangen Lernens ohne Zwang möglich sein.

342

343 Die gesellschaftliche und mediale Behandlung des Themas zeigt: es herrscht große
344 Unsicherheit, was die besten Reaktionen, wie der beste Umgang mit dem Wandel aussehen
345 könnte. Weder Politik noch Wissenschaft, Gewerkschaften oder Arbeitgeber haben bisher
346 Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Wir Jusos wollen die Fragen im Rahmen
347 eines Perspektivprojekts aufgreifen und eine sozialistische Antwortalternative entwerfen.

348

349 **4. Stadt, Land, Struktur verändern**

350

351 In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns im Rahmen der Links Leben-Kampagne
352 ausführlich damit beschäftigt, was für uns Jusos zu einem guten linken Leben gehört. Dabei ist
353 klar geworden: Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, eine gesunde Infrastruktur, individuelle und
354 kollektive Freiräume sowie eine starke (Gegen-)Kultur sind wichtig, dürfen aber nicht nur für
355 diejenigen zur Verfügung stehen, die zufällig in einer Großstadt oder in der Nähe einer
356 Hochschule leben. Denn das gute linke Leben ist nur dann ein solches, *wenn die*
357 *Errungenschaften für alle Mitglieder der Gesellschaft gelten.*

358

359 Die räumliche Entwicklung ist in Deutschland jedoch zunehmend von Ungleichheiten bestimmt.
360 Während auf der einen Seite manche Regionen und Städte von starkem Zuzug und Wachstum
361 geprägt sind, bezahlbarer Wohnraum knapp wird und öffentliche Verkehrsinfrastruktur mit den
362 wachsenden PendlerInnenströmen überfordert ist, gibt es auf der anderen Seite ganze
363 Regionen, die mit Abwanderung und Überalterung zu kämpfen haben und in denen es schwierig
364 ist, öffentliche Daseinsvorsorge überhaupt aufrecht zu erhalten. Wie vor diesem Hintergrund der
365 Raumordnungsgrundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu gewährleisten sein
366 wird, ist eine der zentralen Fragen, die wir in den kommenden Jahren zu bewältigen haben
367 werden. Wie können wir gewährleisten, dass für jeden und jede – unabhängig ihres oder seines
368 Wohnortes - ein möglichst gutes Angebot öffentlicher Daseinsvorsorge bereitgestellt ist? Welche
369 Forderungen ergeben sich daraus für die Raumordnungspolitik und Landesentwicklung? Wie
370 können wir in den Ballungszentren gegen Verdrängung und soziale Entmischung angehen,
371 bezahlbaren Wohnraum erhalten und schaffen und mit den wachsenden Verkehrsströmen klar
372 kommen? Wie können wir Gender Mainstreaming in die Planung neuer Wohngebiete und der
373 Verkehrswegeplanung einbeziehen? Damit wollen wir uns im Perspektivprojekt „Stadt, Land,
374 Struktur“ auseinandersetzen. Hier soll auch Platz sein für sich logisch daraus ableitende
375 Fragen nach der künftigen Bedeutung von Ländern und Kommunen, die endlich wieder mehr
376 sein müssen als der politische Prellbock für den berechtigten Unmut vieler Menschen. Die
377 Verteilung staatlicher Einnahmen und damit einhergehend das Gewähren tatsächlicher
378 politischer Handlungsspielräume werden dabei integraler Bestandteil unserer Debatten sein.

379

380 Ebenso soll der Austausch der Wachstumszentren im Rahmen eines selbstorganisierten
381 „sozialistischen Großstädtenetzwerks“ /Metropolennetzwerks unterstützt werden.

382

383 **5. Global denken, global handeln**

384

385 Technologischer und gesellschaftlicher Wandel haben Krieg und Konflikte verändert. Man
386 spricht von asymmetrischen, sogenannten Neuen Kriegen und Konflikten. Ungleiche Zugänge
387 zu natürlichen Ressourcen, Armut, gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten,
388 staatliches Versagen, religiöser Fundamentalismus oder Unterdrückung sind nur einige der
389 Auslöser dieser neuen Kriege und Konflikte. Gerade auch die von der europäischen Union
390 verfolgte Freihandelspolitik verschärft Verteilungskonflikte in Ländern des globalen Südens und
391 befeuert so neue Kriege und Konflikte. Wir wollen uns damit beschäftigen, wie wir die Ursachen
392 solcher asymmetrischen Konflikte vorbeugen können. Wie muss eine
393 Entwicklungszusammenarbeit aussehen? Welche Rolle hat Handel in diesem Zusammenhang
394 zu spielen?

395

396 An vielen Orten der Welt sind so viele Menschen Konflikten, Krieg, Vertreibung und Vernichtung
397 ausgesetzt wie seit langer Zeit nicht mehr. Beispielhaft lassen sich die neuen Kriege am Agieren
398 der Terrororganisation „Islamischen Staat“ oder dem Assad-Regime in Syrien aufzeigen.
399 Weltweit befinden sich schätzungsweise 55 Millionen Menschen auf der Flucht vor Gewalt und
400 der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und nehmen dabei lebensbedrohliche Wege auf sich,
401 um ihr Menschenrecht auf Asyl zu erhalten. Die Überschneidung der vielfältigen
402 Migrationsursachen macht deutlich, dass die Genfer Flüchtlingskonvention an ihre Grenzen
403 stößt. Schon lange zeigt sich auch, dass nationalstaatliche Handlungsmöglichkeiten nicht
404 ausreichen, aktuelle Herausforderungen globaler Migrationsbewegungen zu bewältigen. Welche
405 Rolle können einzelne Staaten in solchen Situationen einnehmen? Was ist Aufgabe der
406 Staatengemeinschaft? Welche Handlungsoptionen bieten sich an? Wie gehen wir mit nicht
407 existierender Staatlichkeit in manchen Regionen um?

408 Im Nahen- und Mittleren Osten und Nordafrika haben arabischen Revolutionen zu einem

409 Ordnungszerfall geführt. Innerstaatliche Ordnungen sind zerbrochen, Allianzen wurden

410 aufgekündigt oder entstehen neu. Einige Staaten, wie Tunesien, durchlaufen hoffnungsvolle

411 Transformationsprozesse, während in anderen neue Konflikte und Kriege entstanden sind. Wie
412 können wir Jusos Genoss*innen und Partner*innen in ihren Transformationsprozessen
413 unterstützen? Was kann in der MENA-Region Fluchtursachen bekämpfen? Wie können neue
414 Allianzen, beispielsweise zwischen Israel und Jordanien, bestehende Konflikte lösen?

415

416 *Internationalismus hat Tradition - 20 Jahre Willy Brandt Center*

417

418 1996 wurde durch einen Vertrag zwischen der Labour Youth, der Schabibet Fatah und den
419 Jusos unser Kooperationsprojekt in Jerusalem das Willy Brand Center (WBC) ins Leben
420 gerufen. Wenig später schloss sich auch die Young Meretz diesem Projekt an. 20 Jahre nach
421 Gründung des WBC wollen wir einerseits zurückblicken und Erfolge betrachten, wir wollen uns
422 aber auch überlegen, wie die Zukunft für unser Friedensprojekt aussehen kann. Wie kann das
423 WBC der wachsenden Radikalisierung auf beiden Seiten begegnen? Was bedeutet das
424 Scheitern des Osloer Friedensprozesses für dessen Arbeit? Wie können in Zeiten von
425 Stagnation und Hoffnungslosigkeit neue Perspektiven und Strategien entwickelt werden? Wie
426 können und wollen wir Jusos unsere Rolle und Aktivitäten weiterentwickeln, um unsere
427 Partner*innen in Israel und Palästina zu unterstützen?

428

429 *Neue PartnerInnen gewinnen - unser Austauschprojekt Balkan Beats*

430

431 20 Jahre sind auch seit Srebrenica und seit dem Dayton-Abkommen vergangen. Doch was ist
432 eigentlich aktuell los auf dem Balkan? Wie gehen unseren PartnerInnenorganisationen mit dem
433 nationalistischen Rollback der letzten Jahre um? Wie werden die Migrationsbewegungen
434 beurteilt? Gibt es neue Bestrebungen für EU-Mitgliedschaften und was wurde eigentlich aus den
435 Förderungen der dortigen Wirtschaft? Diese und andere Fragen wollen wir in den nächsten zwei
436 Jahren mit unseren PartnerInnenorganisationen, mit denen wir auch auf YES-Ebene eng
437 verbunden sind, diskutieren.

438

439 Um einen besseren Austausch der internationalen Lands- und Bezirksprojekte mit unseren
440 PartnerInnenorganisationen zu fördern, werden wir eine Datenbank erstellen, die Kontaktdaten
441 für ReferentInnen zu internationalen Fragen, sowie zu unseren PartnerInnenorganisationen
442 bereitstellt. Um einen Austausch auch außerhalb des Projektes zu garantieren, findet der
443 Thementag Internationales weiterhin statt. Außerdem soll ein Newsletter die Landes und
444 Bezirksverbände über unsere Arbeit in YES und IUSY und die Diskussionen im Projekt
445 informieren.

446

447 **Arbeitsweise**

448

449 „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0 gestalten“, „Stadt, Land Struktur verändern“ und „Global denken,
450 Global handeln“ werden wir jeweils im Rahmen eines Perspektivprojekts bearbeiten.

451

452 Diese tagen dreimal jährlich für ein ganzes Wochenende. Diese Verbandswochenenden finden
453 im gesamten Bundesgebiet statt. Im Zuge des „lila Faden“ bearbeitet jedes Perspektivprojekt an
454 jedem Verbandswochenende mindestens einen Arbeitsblock ihres momentanen
455 Arbeitsschwerpunktes zu gleichstellungspolitischen Fragen. Die ebenfalls an jedem
456 Wochenende stattfindende Verbandsdebatte findet zu aktuellen politischen Fragestellungen
457 statt. Die Projekte arbeiten die vorhandenen Beschlusslagen der Jusos auf und entwickeln
458 diese weiter. Sie erarbeiten Beschlusslagen für den Bundeskongress. Sie greifen Diskussionen
459 innerhalb der Partei auf oder stoßen neue an. Sie greifen Debatten in den sozialen
460 Bewegungen auf und tragen diese in unseren Verband. Jeder Landesverband und Bezirk
461 entsendet eineN DelegierteN in jede dieser Projektgruppen. Der Bundesvorstand benennt des
462 Weiteren pro Projektgruppe zehn ExpertInnen, die dauerhaft in den Projekten mitarbeiten.
463 Dabei muss es sich um Personen handeln, die aufgrund ihrer bisherigen politischen Tätigkeit
464 einen substanziellen Beitrag zur Entwicklung des Projektes leisten können. Die
465 ExpertInnenposten werden zeitnah ausgeschrieben, alle interessierten Jusos können sich
466 bewerben.

467

468 **6. Verbandskommunikation stärken**

469

470 Die Jusos sind einer der größten politischen Jugendverbände. Unsere Mitglieder sind unser
471 Potential. Unsere Verbandsstrukturen sind historisch gewachsen. Die Ebenen – vom Ortsverein

472 über den Unterbezirk/Kreisverband, die Landesverbände und Bezirke bis zur Bundesebene
473 setzen jeweils eigene Ideen und Projekte um. Die Selbstständigkeit der einzelnen Gliederungen
474 ist wichtig für unsere Verbandskultur. Wir zeigen: es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, bei
475 den Jusos aktiv zu sein.

476

477 Um die Stärken, die in unseren Mitgliedern und den verschiedenen Organisationseinheiten
478 stecken zu nutzen, ist klare Kommunikation und die Weitergabe von Informationen essentiell.

479

480 Wichtig, für den Austausch zwischen Bundes- und Landesebene, sind die Sitzungen des
481 Bundesausschusses. Dort haben die Vertreterinnen und Vertreter der Länder und Bezirke die
482 Möglichkeit, uns von ihren Projekten und Schwerpunkten zu berichten. Das ist der Ort, wo wir
483 zwischen den Bundeskongressen wichtige Weichenstellungen für den gesamten Verband
484 besprechen. Wir werden auch zukünftig mindestens zwei Sitzungen pro Jahr einberufen.
485 Kooptierungen von Mitgliedern in den Juso-Bundesvorstand werden dem Bundesausschuss
486 vorgestellt.

487

488 Neben dem Bundesausschuss, spielt die Organisationspolitische Kommission eine wichtige
489 Rolle für die Umsetzung unserer politischen Projekte. Hauptamtliche und manchmal auch
490 Vorstände der Länder und Bezirke treffen sich dort einmal pro Jahr, um die anstehenden
491 Termine und Kampagnen zu besprechen, Planungen abzugleichen und gut laufende Projekte
492 auszutauschen. Um kontinuierlichen Austausch sicherzustellen, werden wir den Austausch
493 innerhalb der Organisationspolitischen Kommission durch regelmäßige, anlassbezogene
494 Telefonkonferenzen ergänzen.

495

496 Die Basis unserer Arbeit wird maßgeblich in den Unterbezirken und Kreisverbänden geleistet.
497 Deswegen wollen wir in den nächsten zwei Jahren insbesondere Unterbezirke und
498 Kreisverbände ansprechen und noch besser bei ihrer Arbeit unterstützen. Dazu werden wir
499 einmal jährlich eine Konferenz für die Vorsitzenden der Unterbezirke und Kreisverbände
500 organisieren. In diesem Rahmen werden wir die aktuellen Themen, wie zum Beispiel unser
501 antifaschistisches Engagement und die Herausforderungen der Migrationsgesellschaft,
502 kommunalpolitische Themen oder die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes und die
503 Kampagnenarbeit miteinander diskutieren. Zusätzlich werden wir die direkte Kommunikation mit
504 den UBs/KVs durch regelmäßige Mailings und Telefonkonferenzen verstärken, natürlich, ohne
505 die Landesverbände und Bezirke auszuschließen.

506

507 Immer häufiger werden wir aber auch von einfachen Mitgliedern angeschrieben, die gerne
508 regelmäßig über unsere Arbeit, unsere Veranstaltungen und Positionen auf dem Laufenden
509 gehalten werden wollen. Dazu werden wir weiterhin unseren Newsletter nutzen, der mindestens
510 einmal im Quartal verschickt wird. Darüber hinaus erarbeiten wir ein Konzept für eine neue
511 Juso-App. Mithilfe dieser App wollen wir unsere Mitglieder über laufende Kampagnen, aktuelle
512 Informationen und Termine auf dem Laufenden halten. Spontane bundesweite Aktionen werden
513 so leicht umsetzbar. Unser Ziel ist es, für 2017 ein funktionsfähiges und aktionsfähiges
514 Netzwerk aufzubauen, mit dem wir schnell auf aktuelle Entwicklungen reagieren und unmittelbar
515 den Verband mobilisieren können. Außerdem werden wir neue Wege der direkten
516 Kommunikation testen. Wir werden verstärkt insbesondere in sozialen Medien Interessierten
517 Fragen beantworten oder zu bestimmten Themen Rede und Antwort stehen (#FragdieJusos).
518 Darüber hinaus soll der Bundesvorstand gemeinsam mit der Bundesgeschäftsführung prüfen,
519 inwiefern eine digitale Beteiligungsplattform für die Beteiligung von Jusos aller Strukturen
520 sinnvoll ist.

521

522 **7. Bildungsprogramm verankern**

523

524 Die innerverbandliche Bildungsarbeit ist ein wichtiger Aspekt für uns Jusos, die im Idealfall
525 insbesondere auf den Ebenen vor Ort stattfindet. Angebote auf der Bundesebene dürfen
526 deshalb nicht in Konkurrenz zur Bildungsarbeit der Landes- und Bezirksverbände stehen,
527 sondern müssen diese sinnvoll ergänzen. Mit dem neu konzipierten Politdiplom konnten wir ein
528 bundesweites Bildungsangebot schaffen, welches diese Grundsätze berücksichtigt. Wir wollen
529 die Erfahrungen des ersten Durchgangs auswerten und das Politdiplom weiter verbessern, um
530 es für die Bezirks- und Landesverbände noch attraktiver zu gestalten. Insbesondere im Bereich
531 von eLearningangeboten, die im Rahmen des Politdiploms erprobt wurden, sehen wir zudem
532 Potenzial für die gesamte Bildungsarbeit unseres Verbandes.

533

534 Weiterhin wird ein Schwerpunkt im kommenden Geschäftsjahr die Ausrichtung des
535 Linkskongresses sein. Wir wollen mit dem Linkskongress eine breite Basis unseres Verbandes
536 ansprechen, sodass er auch als Teil unserer Bildungsarbeit zu werten ist. Daneben soll der
537 Linkskongress allerdings auch einen Raum zur vertieften inhaltlichen Arbeit bieten. Inhaltlich
538 wollen wir den Linkskongress zum Thema „Sozialistische Wirtschaftspolitik“ gestalten. Für den
539 Diskurs über Alternativen zum Kapitalismus gab es in den letzten Jahren neoliberaler
540 Hegemonie kaum einen Raum. War die gesellschaftliche Linke mit Wirtschaftskrisen
541 konfrontiert, gab es, wenn überhaupt, Antworten aus dem keynesianischen Lager. Eine
542 Infragestellung kapitalistischer Wirtschaftsordnung fand hingegen nicht statt. Dies lag auch an
543 der aktuellen Konzeptlosigkeit demokratischer SozialistInnen, der wir mit unserem Kongress
544 entgegen wirken und Raum für einen neuen Diskurs über demokratischen Sozialismus bieten
545 möchten. Wir wollen außerdem einen Gesprächskreis mit WirtschaftswissenschaftlerInnen
546 initiieren, in dem wir das Fundament für unsere Wirtschaftspolitik abseits des deutschen
547 Mainstreams legen und wissenschaftliche Erkenntnisse für unsere Arbeit nutzbar machen.
548 Darüber hinaus wollen wir uns mit der Generationengerechtigkeit im Rahmen der sozialen
549 Sicherungssysteme befassen.“

550

551 Um die Bezirks- und Landesverbände in ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen, wollen wir weiter
552 an der Aufstellung eines bundesweiten ReferentInnenpools arbeiten. Zudem wollen wir durch
553 ein Seminar-Wiki und die Schaffung einer Handreichung für die innerverbandliche
554 Bildungsarbeit, den ehrenamtlichen Strukturen in der Fläche Hilfsmittel und Tipps mit an die
555 Hand geben. So können wir unsere Mitglieder vor Ort bei der Organisation und Durchführung
556 von Bildungsangeboten unterstützen. In die Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen zur
557 Stärkung der innerverbandlichen Bildungsarbeit wollen wir zudem den Ehemaligenverein „Änder
558 was!“ mit einbinden. Gerade ehemalige Jusos sind prädestiniert dafür, ihre Erfahrungen und
559 Expertisen einzubringen und so an nachfolgende Juso-Generationen weiter zu geben. Diese
560 Ressource wollen wir stärker in unsere Bildungsarbeit integrieren.

561

562 **8. Für die Jugend kämpfen**

563

564 Wir Jusos wollen die gesellschaftliche Realität junger Menschen verändern, wir wollen ein gutes
565 Leben für alle Menschen und nicht nur für wenige. Mit unserer Kampagne „Links Leben“ und
566 dem dazugehörigen Jugend-Dialog haben wir Antworten auf die Herausforderungen einer
567 Solidargesellschaft im 21. Jahrhundert formuliert. Unsere Positionen bringen wir jetzt auf allen
568 Ebenen in die SPD ein und setzen somit wichtige Impulse für das Wahlprogramm der SPD zur
569 Bundestagswahl. Wir wollen wieder einen eigenständigen Jugendwahlkampf bei der
570 Bundestagswahl machen. Daher werden wir verbandsoffene Wahlwerkstätten in ganz
571 Deutschland veranstalten, um gemeinsam unsere Kampagne zu planen. Wie auch 2013, wollen
572 wir ein Netzwerk aus Juso-Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleitern bilden, die
573 Verantwortung in den Wahlkämpfen vor Ort tragen. Klar ist für uns, dass wir Jusos kein
574 Wahlkampfverein und auch keine Plakatiertruppe der SPD sind und dass ein Wahlerfolg der
575 SPD für uns auch kein Selbstzweck ist. Nur weil die SPD regiert geht es nicht automatisch
576 gerechter zu. Eine gerechte Gesellschaft erreichen wir nur wenn wir es schaffen Mehrheiten für
577 unsere Vorschläge zu organisieren. Junge Menschen sind nicht unpolitisch oder
578 politikverdrossen. Aber junge Menschen wollen, dass man sich konkret für ihre Interessen
579 einsetzt und sie wollen eine junge Ansprache. Die Themen des Wahlkampfes müssen sie in
580 ihrer Realität abholen und sie müssen wissen, dass sie als junge Generation auch repräsentiert
581 zu werden. Unser Ziel heißt daher 30 unter 35 ins Parlament. Für junge Menschen muss endlich
582 ein konkreter Gewinn für ihre Generation durch ein Kreuz bei der SPD erkennbar sein. Das ist
583 die Repräsentation der richtigen Inhalte und Personen.

584

585 Durch eigene Materialien wollen wir gerade junge Menschen ansprechen. Durch eine eigene
586 Schwerpunktsetzung ausgerichtet am Wahlprogramm der SPD und junge KandidatInnen wollen
587 wir sie in ihrer Realität abholen und ansprechen. Durch Aktionsvorschläge und eine Juso-
588 Wahlkampftour wollen wir Jusos vor Ort beim Wahlkampf unterstützen, denn wir wissen ein
589 gelungener Jugendwahlkampf entscheidet sich in den Unterbezirken. Daher wollen wir Ende
590 Mai einen großen Kongress veranstalten um unseren Wahlkampf zu eröffnen. In diesem
591 Rahmen soll auch eine Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden stattfinden. Nur
592 gemeinsam mit euch Allen kann uns ein erfolgreicher Wahlkampf gelingen.

593

594 **9. Bündnisarbeit voranbringen**

595

596 Viele junge Menschen sind in unterschiedlichen Organisationen und Bündnissen aktiv, teilen
597 aber dieselben Grundwerte wie wir. Das ist für uns der Ansatzpunkt und gleichzeitig die
598 Motivation unserer Bündnisarbeit, um mit den BündnispartnerInnen gemeinsam Projekte zu
599 erarbeiten. Unser Handeln und unsere Positionen werden wir in allen Arbeitsbereichen stets
600 übergreifend mit BündnispartnerInnen besprechen, dabei haben wir auch immer ein offenes Ohr
601 für deren Forderungen und Positionen. Wir sehen einen Gewinn darin uns nicht nur auf die
602 altbewährten und guten Kooperationen zu verlassen. Daher nutzen wir auch die
603 projektbezogene Arbeit, um neue und temporäre BündnispartnerInnen zu suchen, die sich zur
604 Erreichung unserer Ziele und zur Durchsetzung der Interessen von jungen Menschen anbieten.

605

606 Gerade bei thematischen Schwerpunkten wie z.B. bei der Arbeitsmarkt- und Flüchtlingspolitik,
607 aber auch bei der Gestaltung eines neuen Politikansatzes, müssen wir die Bündnisarbeit
608 nutzen, wie z.B. mit Gewerkschaftsjugend & JAVis bei der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik
609 oder Pro Asyl & Migrationsverbänden über Flüchtlingspolitik und Einbindung in die SPD. Die
610 Gewerkschaften sind für uns besonders wichtige Partner. Trotz aller Höhen und Tiefen zwischen
611 SPD und Gewerkschaften haben wir den engen Kontakt beibehalten. Der gegenseitige Respekt
612 aber vor allem ähnliche Positionen sind der Grund für unsere Partnerschaft. Das werden wir
613 auch in den nächsten Jahren weiterführen. 2016 werden wir gemeinsam mit der SPD und der
614 AfA einen Jugendgewerkschaftstag für junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter
615 ausrichten.

616

617 Die große Koalition kann von uns kein Wunsch oder langfristiges Ziel sein. Wir Jusos fordern
618 weiterhin eine Öffnung der SPD hin zu Rot-Rot-Grün. Wir werden deshalb weiterhin als
619 Jugendorganisationen gemeinsam daran arbeiten, linke Perspektiven in einem solchen
620 Regierungsbündnis vorzubereiten. Eine Koalition ist nicht immer nur ein Zusammenschluss von
621 Inhalten, sondern auch von Menschen und solch ein Projekt gehört sorgfältig vorbereitet.

622

623 Wir werden die Bündnisarbeit mit unseren natürlichen BündnispartnerInnen wie bei der
624 Gedenkstättenfahrt fortsetzen und uns dafür einsetzen, dass bei antifaschistischen oder
625 antikapitalistischen Demos viele Jusos mit an Bord sind und Jusos in der Organisation
626 mitwirken. Denn nur gemeinsam sind wir stark und können so die Gesellschaft verändern!

627

628 **10. Gutes tun und darüber reden**

629

630 **Kampagnenarbeit**

631

632 Wir Jusos sind ein starker Verband, wenn es um Kampagnen geht. „Links Leben“, „Wir ziehen´s
633 durch“ oder „Refugees Welcome!“ – Wir sind gut darin Themen, die uns bewegen, durch
634 Kampagnen nach außen zu tragen. Mit thematisch klar zugeschnittenen Kampagnen können
635 wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, (Neu-)Mitglieder zum mitmachen animieren und unsere
636 Positionen mit BündnispartnerInnen gemeinsam an die Öffentlichkeit bringen.

637

638 Das werden wir auch in den kommenden zwei Jahren weiter verfolgen. Auf Bundesebene
639 wollen wir euch in den nächsten zwei Jahren Kampagnenmaterial und Aktionsideen unter
640 anderem zu folgenden Themen zur Verfügung stellen.

641

642 *„Die offene Gesellschaft“*

643

644 Wir alle stehen vor einer der größten Herausforderungen seit dem Mauerfall vor 25 Jahren.
645 Viele Menschen suchen hier bei uns Zuflucht vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit. Unsere
646 Aufgabe ist es, die Menschen willkommen zu heißen und mit ihnen gemeinsam einen Platz bei
647 uns zu suchen. Das wird unsere Gesellschaft verändern. Wir freuen uns darauf. Neue Einflüsse,
648 individuelle Lebensentwürfe und Solidarität sind für uns kein Widerspruch. Als junge politisch
649 Aktive werden wir die Chance nutzen zu gestalten und dazu beizutragen, dass wir in 20 Jahren
650 in einer Gesellschaft wohnen, die um viele Einflüsse reicher ist und unserem Anspruch an ein
651 modernes, solidarisches Zusammenleben genügt. Das wollen wir mit unserer Kampagne
652 deutlich machen.

653

654 *„Die moderne Familie“*

655

656 „Vater-Mutter-Kind“ das Spiel gibt es schon ewig. Doch heute ist die klassische Rollenverteilung
657 bei den Kleinen nicht mehr aktuell. Die Variationsmöglichkeiten sind groß. Das eine Baby hat
658 zwei Mamas, der eine Papa zieht sein Kind alleine groß und wieder ein anderes Baby pendelt
659 zwischen zwei Familien hin und her. Und auch der Familienbegriff verändert sich insgesamt.
660 Familie ist heute da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das geht auch
661 zwischen Seniorinnen und Senioren. Wie diese Verantwortungsübernahme funktionieren kann –
662 auch jenseits vom Trauschein - wollen wir in einer Kampagne thematisieren.

663

664 *„Unsere Zukunft ist mehr wert!“*

665

666 Investitionen in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge blieben auf der Strecke.
667 Wir sagen „Unsere Zukunft ist mehr wert!“. Wer eine gute Zukunft für junge Menschen will muss
668 investieren. Wir brauchen endlich mehr Geld für den sozialen Sektor, mehr Geld für Kitas,
669 Schulen und Hochschulen, mehr Geld für Straßen- und Gebäudebau. Dafür wollen wir in der
670 SPD auf Bundesebene, in den Ländern und in den Kommunen werben.

671

672 **Materialien, Presse und Social Media**

673

674 Wir haben die richtigen Positionen und wir machen tolle Arbeit vor Ort. Es ist zentral, dass wir
675 das auch nach außen darstellen – online wie offline.

676

677 Auf dem Bundeskongress 2015 präsentieren wir das neue Corporate Design der Jusos. Wir
678 nehmen das zum Anlass, alle unsere Materialien zu überarbeiten und im neuen Design zu
679 produzieren. Das gilt für unsere Themenflyer, das Handbuch für die Arbeit mit Frauen im
680 Verband und natürlich auch für unsere Give-Aways. Dabei haben wir sowohl die
681 Landtagswahlkämpfe im Sinn als auch die reguläre Juso-Arbeit vor Ort.

682

683 Ein neues Corporate Design muss auch auf der Homepage sichtbar sein. Die Befragung von
684 Fokusgruppen haben ergeben, dass viele Leute zu allererst auf unsere Homepage gehen, um
685 uns kennen zu lernen. Umso wichtiger, dass wir diese öffentliche Seite komplett überarbeiten.
686 Leute, die sich über uns und unsere Positionen informieren wollen, sollen auf einen Blick sehen,
687 wofür wir stehen: für eine linke, progressive und solidarische Politik. Verständlich und präzise
688 auf den Punkt zu kommen. Mit unseren Argumenten überzeugen. Das erwarten Interessierte
689 von uns. Daran werden wir unsere Texte messen. Wenn wir die Homepage von Grund auf
690 erneuern, gehört dazu natürlich auch, endlich unsere Beschlüsse leichter zugänglich zu machen
691 und ein Beschluss-System einzuführen. Wichtig, nicht nur für Interessierte sondern auch für die
692 Arbeit vor Ort.

693

694 Die klassische Pressearbeit ist wichtig für uns. Wenn wir Jusos etwas verändern wollen,
695 müssen wir mit unseren Positionen in den Debatten der Leitmedien vorkommen. Dies ist uns
696 bisher gut gelungen. Ob mit den Kampagnen oder zu relevanten tagesaktuellen Entwicklungen,
697 Jusos sind mit einer Einschätzung vertreten. Wir setzen linke Akzente im öffentlichen Diskurs
698 und steigern unsere Bekanntheit. Dies verschafft uns Gewicht auch in der innerparteilichen
699 Auseinandersetzung.

700

701 Öffentlichkeitsarbeit hat sich über die Jahre verändert und wird weiterhin immer von
702 Veränderung geprägt sein. Längst haben Online-Medien und Social Media der gedruckten
703 Presse den Rang abgelassen. Facebook und Twitter zu bespielen ist gesetzt. Doch laufend
704 entstehen neue Portale, Netzwerke und Kommunikationsmodule, die von unterschiedlichen
705 Zielgruppen genutzt werden. Unser Ziel ist es, die neuen Möglichkeiten für unsere Arbeit zu
706 nutzen. Unser Anspruch ist es, junge Menschen dort zu erreichen, wo sie sich bewegen, zu
707 Themen, die sie interessieren. Offline wie online. Dies wird insbesondere in Hinblick auf den
708 Wahlkampf zentral sein. Dazu beraten wir uns regelmäßig mit Netzpolitikerinnen und
709 Netzpolitikern. Wir haben in den vergangenen Jahren einiges ausprobiert. Instagram und
710 Tumblr bieten die Möglichkeit, Politik auf eine andere Art und Weise darzustellen. Doch was ist
711 zum Beispiel mit Snapchat und Whatsapp? Können wir diese Apps auch für politische Arbeit
712 nutzen? Das Online-Team ist mittlerweile fester Bestandteil unserer Arbeit. Das wollen wir
713 beibehalten und für 2016 ein neues Team ausschreiben.

714

715 Aber auch für diejenigen, die weiterhin gerne Papier in der Hand halten, machen wir ein

716 Angebot. Unsere Argumente-Hefte bleiben der Ort, an dem wir wichtige Debatten ausführlich für
717 den Verband aufbereiten. Wir werden hierzu erneut eine Redaktionsgruppe ausschreiben. Wir
718 wollen im Argumente-Heft unterschiedliche Meinungen hören, weiterhin Gastbeiträge
719 einbeziehen und außerdem allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, nach Absprache mit der
720 Redaktion, Artikel einzureichen.
721
722 Die Ergebnisse unserer Arbeit werden wir einmal jährlich in einem gedruckten
723 Rechenschaftsbericht präsentieren.
724
725 **11. SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe unterstützen**
726
727 Die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe, ist eine Projektgruppe des
728 Bundesvorstands, diese wird von drei gleichberechtigten BundeskoordinatorInnen vertreten. Die
729 Bundeskoordination wird einmal pro Jahr auf dem Organisatorischem Bundeskongress der
730 Juso-SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe für jeweils ein Jahr gewählt. An den
731 Bundesvorstandssitzungen nimmt jeweils ein/e VertreterIn der Bundeskoordination der Juso-
732 SchülerInnen und Auszubildenden-Gruppe teil. Neben dem Wahlkongress findet auch einmal
733 jährlich ein Basiskongress statt, bei dem sich alle Mitglieder sowie InteressentInnen anmelden
734 können.
735
736 Seit 2010 vertreten die Juso-SchülerInnen und Auszubildenden ihre Zielgruppe innerhalb der
737 Jusos und der SPD. In den nächsten zwei Jahren werden sie sich mit dem Thema Ausbildung
738 beschäftigen. Hierfür werden sie Gespräche mit der DGB-Jugend aufnehmen und sich inhaltlich
739 austauschen.
740
741 Die These, die Jugend sei unpolitisch, hält sich hartnäckig. Die Juso-SchülerInnen und
742 Auszubildenden-Gruppe zeigt, dass dies nicht der Tatsache entspricht. Die SchülerInnen- und
743 Auszubildenden-Gruppe wird sich in diesem Jahr damit auseinandersetzen, wie sie noch
744 attraktiver für Junge Menschen werden kann.
745
746 Ein weiteres Thema wird sein, wie man die sexuelle Vielfalt am besten im Unterricht
747 thematisieren kann. Erst vor kurzem liefen Eltern in Baden-Württemberg Sturm, als die Grün-
748 Rote Landesregierung dieses Thema in den Unterricht aufnehmen wollte. Welche Ursachen
749 dies hat und welche Positionen wir daraus für uns folgern, wird in diesem Jahr gemeinsam mit
750 den Mitgliedern diskutiert.
751
752 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe will ihre Kommunikationswege ausbauen.
753 Neben den klassischen Aktivitäten im sozialen Netz, soll es regelmäßig einen Podcast geben, in
754 dem die aktuelle Arbeit vorgestellt wird.
755
756 Ebenfalls wird es regelmäßig Basis-Telefonkonferenzen geben um sich mit den Mitgliedern vor
757 Ort auszutauschen und schneller auf Wünsche reagieren zu können.
758
759 Die Juso-SchülerInnen- und Auszubildenden-Gruppe wird sich innerhalb der Jusos und der SPD
760 stärker vernetzen, z.B. mit den Juso-Hochschulgruppen und der AFB. Die Strukturen auf
761 Landes-, Bezirks- und Unterbezirksebene sollen ausgebaut werden. Eine starke SchülerInnen
762 und Auszubildenden Vertretung ist wichtig, um die konkreten Erfahrungen in die politische Arbeit
763 der Jusos einfließen zu lassen.
764 Der Juso Bundesvorstand begrüßt die gute und inhaltliche Aufstellung der SchülerInnen und
765 Auszubildenden. Er unterstützt sie bei ihren Belangen tatkräftig sowohl personell, inhaltlich und
766 strukturell.
767
768 **Bewegt euch!**
769
770 Wir haben viel vor in den nächsten zwei Jahren. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Freien
771 und Gleichen. Wir treten ein für den demokratischen Sozialismus. Diese Überzeugung ist unser
772 Antrieb - deshalb bleiben wir in Bewegung. Und wir bleiben nicht stehen, bevor sich nicht auch
773 diese Gesellschaft als Ganzes bewegt!
774
775

Titel Andere Arbeitszeiten sind möglich!

Antragsteller Projekt Zukunft der Arbeit über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Andere Arbeitszeiten sind möglich!

1 Arbeitszeit ist mehr als eine Rechengröße. Sie ist ein wesentliches und bestimmendes Element
2 in der Aushandlung der Arbeitsbedingungen zwischen ArbeitnehmerInnen und
3 ArbeitgeberInnen. Auf makroökonomischer Ebene entscheidet die Arbeitszeit über die
4 gesellschaftliche Teilhabe großer Teile der Bevölkerung. Auf individueller Ebene bestimmt sie zu
5 einem großen Teil über das Wohlbefinden und die Vereinbarkeit des Berufs mit anderen
6 persönlichen Zeitpräferenzen.

7

8 **Deregulierung, Entgrenzung, neue Formen der Arbeit und Wünsche**

9

10 Das gesellschaftliche Bedürfnis nach selbstbestimmter Flexibilität im beruflichen Umfeld und der
11 Wunsch nach einer besseren work-life-balance haben sich in den letzten 20 Jahren stetig
12 intensiviert. ArbeitnehmerInnen wünschen sich mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer
13 Arbeitszeit, die Anpassung an verschiedene Lebensphasen und ausreichend Freiräume für
14 Aktivitäten abseits des Arbeitsplatzes. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass sich mit der
15 Erwerbsbeteiligung von Frauen Wünsche und Anforderungen an die Arbeitswelt verändert
16 haben. Die Veränderungen gesellschaftlicher Normen haben dazu beigetragen, dass
17 Vereinbarkeitswünsche auch bei Männern stärker geworden sind. Der technologische Fortschritt
18 hat ein Arbeiten fernab des eigentlichen Arbeitsplatzes zu anderen Uhrzeiten erst ermöglicht.
19 Unterbrochene und verschlungene Erwerbsbiografien sind nicht mehr exotisch, sondern ein
20 wesentlicher Teil des Lebenswegs von vielen Menschen geworden.

21 Die immer wieder geforderte Flexibilisierung von Arbeitszeiten kann Chancen für mehr
22 selbstbestimmtes Arbeiten bieten, bedeutet in der aktuellen Situation insbesondere für
23 geringqualifizierte ArbeitnehmerInnen oftmals aber eine erzwungene Verschlechterung der
24 Arbeitsbedingungen.

25

26 Zu diesen Entwicklungen zählt aber auch der Rückzug des Normalarbeitsverhältnisses. Der
27 Anteil dieser Beschäftigten sank vom Jahr 1994 bis zum Jahr 2014 von 76% auf 68%, zeitgleich
28 stieg der Anteil der atypischen Beschäftigung von 14% auf 21% deutschlandweit an. Besonders
29 in Bereichen des personennahen Dienstleistungsgewerbes, wie dem Gastgewerbe oder der KFZ-
30 Reparatur, machten diesen Formen der Beschäftigung mit 71% einen Großteil aller
31 Beschäftigungsverhältnisse aus und stellen zunehmend eine Regel anstelle einer Ausnahme
32 dar.

33

34 Eine weitere Belastung im Bereich atypischer Beschäftigungen entsteht durch die starke
35 Ausweitung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit, von der mittlerweile mehr als die Hälfte
36 der Beschäftigten betroffen sind, während es 1991 38% betraf. Ebenfalls in diesen Bereich
37 gehören auch unbezahlte Überstunden, die oftmals schon längst die gesellschaftliche
38 Normalität darstellen. So leisten 40% der Beschäftigten mehr als fünf zusätzliche
39 Arbeitsstunden pro Woche, wodurch deutschlandweit jährlich über 1,1 Milliarden unbezahlte
40 Überstunden anfallen. Daher kann es auch nicht verwundern, dass viele ArbeitnehmerInnen
41 sich durch ihren Job in ihrer Gesundheit gefährdet sehen. Besonders ständiges Multitasking und
42 Termin- bzw. Leistungsdruck, aber auch der Verzicht auf gesetzlich vorgeschriebene Pausen
43 tragen dazu bei.

44

45 Zusätzlich zum Trend, der immer häufigeren atypischen Beschäftigungen, kommt die
46 zunehmende Entgrenzung der Arbeitsverhältnisse. Dieses Ausgreifen des Arbeitsalltags in das
47 Privatleben von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird dabei in hohem Maß durch
48 moderne Kommunikationsmedien ermöglicht. Die ständige Erreichbarkeit der
49 ArbeitnehmerInnen wird von ArbeitgeberInnen Seite genutzt, um anfallende Arbeiten in deren
50 Freizeit zu verschieben und ihre Leistung unentgeltlich weiter zu steigern. So geben mittlerweile
51 34% aller ArbeitnehmerInnen an, auch außerhalb der Arbeitszeit in häufigem Email- und
52 Telefonkontakt mit ihren Vorgesetzten zu stehen.

53

54 Während Vollzeitbeschäftigte beruflich immer stärker beansprucht werden, gibt es auch viele
55 ArbeitnehmerInnen, die nur in Teilzeit oder auf geringfügiger Basis Beschäftigung finden.
56 Besonders Frauen sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Obwohl der Anteil
57 von Frauen in einem Beschäftigungsverhältnis zugenommen hat, sank ihr Anteil an
58 gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumen. Die „1,5-Erwerbsvariante“, bei der Männer Vollzeit
59 arbeiten, aber Frauen nur einer Teilzeittätigkeit nachgehen, wird zunehmend zum
60 gesellschaftlichen Normalfall. Daraus entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, das Frauen z.B.
61 beim späteren Rentenbezug deutlich benachteiligt.

62

63 Diese ungleiche Verteilung von Arbeitszeit und Arbeitslast lässt nur einen Schluss zu: Wir
64 müssen stärker darauf setzen Arbeit als Grundbedürfnis der Menschen gerechter zu verteilen
65 und den Menschen auf diesem Weg gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das erneuerte
66 Normalarbeitsverhältnis und die damit verbundene Arbeitszeitverkürzung stehen dabei in
67 Tradition zu zentralen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Der arbeitsfreie
68 Sonntag, die 5-Tage-Woche oder später die 40-Stunden-Woche waren prägende Fortschritte
69 hin zu einer Humanisierung der Arbeitswelt und einer gerechteren Arbeitsverteilung.

70

71 **Das neue Normalarbeitsverhältnis**

72

73 Das Normalarbeitsverhältnis zeichnet sich durch eine tariflich gesicherte und abhängig
74 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus, die in Vollzeit und unbefristet ausgeführt wird.
75 Die Arbeit bei Leih- oder Zeitarbeitsfirmen ist vom Normalarbeitsverhältnis ausgenommen. Vor
76 dem Hintergrund der ungleichen Verteilung von Arbeit in unserer Gesellschaft, der strukturell
77 ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern sowie dem wachsenden und gesundheitlich
78 belastenden Arbeitsdruck vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen wir über eine
79 neue Ausgestaltung des Normalarbeitsverhältnisses und der Arbeitszeit nachdenken. Ein
80 erneuertes Normalarbeitsverhältnis kommt für uns aber nicht ohne die Sicherungselemente aus,
81 die in den vergangenen Jahrzehnten von den Beschäftigten hart erkämpft wurden.
82 Die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Thema Arbeitszeit ist häufig geprägt durch einen
83 Elitendiskurs um Lebensqualität, der nur für wenige ArbeitnehmerInnen zu realisieren ist. Wir
84 müssen die Debatte um Arbeitszeit, gemeinsam mit den Gewerkschaften, wieder zu einer
85 gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung um die gerechte Verteilung der vorhandenen
86 Arbeitsmenge machen, die alle Beschäftigten einbezieht.

87

88 Wir fordern, dass die durchschnittliche Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche abgesenkt
89 wird . Gleichzeitig muss zur Flankierung auch die zulässige Wochenarbeitszeit von derzeit 48
90 Stunden pro Woche auf 40 Stunden pro Woche sinken, die faktisch zulässige Ausweitung der
91 Arbeitszeit von derzeit 60 auf 50 Stunden pro Woche. Wir unterstützen die Gewerkschaften
92 auch in ihrem Kampf für einen Lohn- bzw. Gehaltsausgleich. Vor allem Alleinverdienende
93 müssen von ihrem Gehalt leben und eine Familie ernähren können.

94

95 Mit dieser neuen Form des Normalarbeitsverhältnisses wird der ungleichen Verteilung von
96 Arbeit in unserer Gesellschaft entgegengewirkt. Auch auf die massiv ungleiche Verteilung
97 zwischen den Geschlechtern hat die Arbeitszeitverkürzung positive Auswirkungen. Eine
98 Absenkung der Regelarbeitszeit hat auf makroökonomischer Ebene eine Verteilungswirkung
99 zugunsten von bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen oder unterrepräsentierten Gruppen.
100 Viele Menschen ohne Beschäftigung könnten wieder ins Arbeitsleben integriert werden. Auch
101 steigen die Chancen von Menschen, die bisher in atypischer Beschäftigung arbeiten, (wieder) in
102 eine Vollzeitbeschäftigung zu kommen, was vor allem Frauen betrifft. Gleichzeitig sinkt der
103 Abstand zu den nach wie vor meist männlichen bisherigen Vollzeitbeschäftigten. Außerdem
104 werden Rahmenbedingungen für individuelle Zeitgestaltungen bspw. zugunsten von
105 Kinderbetreuung, Pflege, ehrenamtlichen Engagement etc. verbessert.

106

107 **Flexibilisierung der Arbeitszeit**

108

109 Um Vereinbarkeiten zu schaffen ist aber nicht nur eine Absenkung der Regelarbeitszeit wichtig.
110 Eine Flexibilisierung von täglichen, wöchentlichen und monatlichen Arbeitszeiten schafft auch
111 kurzfristige Freiräume für individuelle Prioritäten, die sich Beschäftigte zunehmend wünschen.

112

113 Mit der Zeit haben sich deshalb viele Arten von flexiblen Arbeitszeitmodellen herausgebildet.
114 Neben Gleitzeit und flexibler Teilzeit, die der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen bekannt sind und
115 schon in Anspruch genommen werden können, gibt es auch Arbeitszeitmodelle wie die
116 Vertrauensarbeitszeit oder Telearbeit. Allerdings spielt bei der Anwendung von
117 Arbeitszeitmodellen auch Zwang (manchmal verdeckt durch angebliche Freiwilligkeit) eine
118 Rolle. Auf der anderen Seite sind diese Arbeitszeitmodelle für andere Beschäftigte ein Luxus,
119 auf den nicht alle zurückgreifen können bzw. den nicht jedeR Beschäftigte beanspruchen kann.

120

121 Flexible Arbeitszeitmodelle sind in vielen Branchen zu finden, aber größtenteils eher zum Vorteil
122 der Unternehmen, um die Abdeckung der Betriebszeit besser zu regeln. Dort, wo die
123 betriebliche Mitbestimmung stark ist, können die Beschäftigten mitreden und Betriebsräte
124 schädlichen Auswüchsen von flexibler Arbeitszeitgestaltung entgegenwirken. Wo dies gelingt,
125 sind Modelle der flexiblen Arbeitszeitgestaltung sowohl für ArbeitnehmerInnen als auch für
126 ArbeitgeberInnen von Vorteil. Risiken bestehen da, wo ArbeitgeberInnen das Instrument für sich
127 nutzen können, während ArbeitnehmerInnen durch das einseitig bestehende
128 Abhängigkeitsverhältnis kaum Gestaltungsrechte und -Spielraum bezüglich ihrer eigenen
129 Arbeitszeit haben. Dabei sind sie etwaigen negativen Folgen schutzlos ausgeliefert. Gerade die
130 Nichtdokumentierung der Arbeitszeit bietet den ArbeitgeberInnen die Möglichkeit die
131 Arbeitszeitmodelle auszunutzen und verleitet die ArbeitnehmerInnen zur Selbstausbeutung.

132

133 Bei unregulierter flexibler Arbeitszeit, die vor allem an den Bedürfnissen der unternehmerischen
134 Produktionsabläufe ausgerichtet ist, bestehen Gefahren für die Gesundheit der Beschäftigten.
135 Zu den gesundheitlichen Risiken flexibler Arbeitszeiten sind Symptome wie Stress, Depression,
136 Burn Out, Überbelastung und Leistungsdruck zu zählen. Aber auch Folgen wie unbezahlte
137 Überstunden, Wochenendarbeit, Mehrarbeit und der hohe Planungsaufwand und damit
138 verbundene mögliche Fehlplanungen dürfen nicht unerwähnt bleiben.

139

140 Für die Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodell fordern wir:

141

142 • Eine Arbeitsversicherung zur Absicherung längerer Auszeiten
143 Durch eine zu schaffende Arbeitsversicherung, muss es einen rechtlichen Anspruch
144 darauf geben, dass Menschen in bestimmten Lebenssituationen eine Auszeit von ihrer
145 Arbeit nehmen können. Die von der SPD diskutierte Familienzeit ist ein wichtiger erster
146 Schritt in die richtige Richtung. Mittelfristig fordern wir mit der Arbeitsversicherung jedoch
147 eine umfänglichere Absicherung, Aus- und Weiterbildung sowie von Auszeiten. Auch
148 Teilzeitregelungen für Bildung und Alter müssen durch die Arbeitsversicherung möglich
149 werden. Dazu wird über die Beschäftigung Zeitguthaben angespart. Gleichzeitig besteht
150 ein finanzieller Anspruch auf Absicherung während der reduzierten Arbeitszeiten.

151

152 • Zeitsouveränität
153 Die Flexibilität in den Arbeitszeitmodellen ist in vielen Branchen schon Gang und Gebe,
154 jedoch gibt es in einigen Berufen Arbeitnehmer*innen, die gerne in einem flexiblen
155 Arbeitszeitmodell arbeiten möchten, um sich ihre Zeit individueller einteilen können.
156 Hierfür müssen für alle arbeitenden Menschen die gleichen Rechte gelten.
157 Arbeitnehmer*innen in Betrieben mit Mitbestimmung, haben häufig bessere Chancen auf
158 flexible Arbeitszeitverhältnisse. Dort wo es bisher keine betrieblichen oder tariflichen
159 Regelungen gibt, muss es Anreize und Initiativen geben, die den Anspruch auf flexible
160 Arbeitszeiten ausweiten.

161

162 • Die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit
163 Vertrauensarbeitszeit wird häufig als besondere Auszeichnung oder Privileg
164 wahrgenommen. Die Vertrauensarbeitszeit suggeriert den Beschäftigten ein Maximum an
165 Zeitsouveränität, aber dies geht einher mit Verpflichtungen, die einem Werkvertrag
166 gleichkommen und häufig zu einem Mehr an Arbeitszeit jenseits der gesetzlichen

167 Regelung führt. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Vertrauensarbeitszeit, da bei
168 diesem Modell die Arbeitszeit nicht dokumentiert wird und dies schnell zu einer
169 Ausbeutung zu Lasten der Arbeitnehmer*innen führen kann.

170

171 • Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer*innen

172 Weiterhin fordern wir, dass aus den Gründen der Ablehnung der Vertrauensarbeitszeit und
173 der besseren Eigenkontrolle ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitszeit verpflichtend
174 dokumentieren müssen. Somit wird gewährleistet, dass gesetzliche Regelungen
175 eingehalten werden, Überstunden dokumentiert werden und Beschäftigten besseren
176 Überblick über ihre eigene geleistete Arbeitszeit haben. So kann einer möglichen
177 Ausbeutung entgegen gewirkt werden. Die genaue Ausgestaltung dieser
178 Arbeitszeitkonten kann tariflich und/oder betrieblich geregelt werden.

179

180 • Entgrenzung von Arbeitszeit

181 Für das Verwischen der Arbeitszeit mit Freizeit gibt es keine einfachen Lösungen. Da sich
182 die Arbeitszeitwünsche individuell darstellen, werden generelle Lösungen immer mit dem
183 Problem zu kämpfen haben, nur einen Teil von Beschäftigten zufrieden zu stellen. Wir
184 sind deshalb der Meinung, dass es klare Vereinbarungen auf betrieblicher und tariflicher
185 Ebene braucht, um negative Folgen einzugrenzen. Insbesondere muss ein betriebliches
186 Gesundheitsmanagement einen Fokus auf die Aufklärung der Beschäftigten legen und
187 negative Auswirkungen untersuchen. In keinem Fall darf die Entgrenzung zu einer
188 (unbezahlten) Arbeitszeiterhöhung durch die Hintertür führen.

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

201

202

203

204

205

206

207

208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

223

224

225

226

Titel Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer

Antragsteller Sachsen-Anhalt

Zur Weiterleitung an Young European Socialists (YES)

Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer

1 **Keine Quantifizierung des Alltags durch Arbeitgeber*innen oder Versicherer**

2

3 Diverse tragbare Geräte, angefangen von Smartphones, über Smartwatches, bis hin zu mit
4 Technik versehener Kleidung sind heute in der Lage Bewegungsabläufe, Schlafphasen und
5 Ernährung zu dokumentieren und zu analysieren.

6

7 Zum Schutz von Arbeitnehmer*innen und Versicherten möge sich die EU Kommission, sowie
8 die S&D Fraktion für ein Verbot der Erhebung, des Ankaufs und des Nutzens solcher Daten
9 seitens Versicherungen oder Arbeitgebern aussprechen. Hierdurch soll eine permanente
10 Überwachung des Alltags sowie die willkürliche Einteilung von Personen / Versicherten in
11 Risikogruppen wie in zum Beispiel „Raucher*innen verhindert werden.

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Titel Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des
Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Gedenken 70. Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus - wie muss es weitergehen?

1 Dieses Jahr jährt sich das Ende des 2. Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft
2 zum 70. Mal. Das Gedenken an diese Zeit ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit von politischen
3 und gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland.

4
5 Die deutsche Gesellschaft trägt bis heute Verantwortung für die Verbrechen des Naziregimes.
6 Daraus ergibt sich, dass der Antifaschismus zwar eine universelle, aber im Besonderen eine
7 deutsche Verpflichtung ist.

8
9 Die nationalsozialistischen Verbrechen sind durch keinen guten Willen, keine
10 Wiedergutmachung, keine Rückerstattung auszulöschen. Sie verjähren auch nicht mit der Zeit –
11 ein Schlussstrich ist nicht möglich. Die nationalsozialistische Vergangenheit ist da, und sie wird
12 immer bleiben. Wir dürfen daher nicht vergessen, dass es der deutsche Faschismus war, der
13 mordend und zerstörend durch Europa und Afrika gezogen ist. Die unfassbaren Schrecken an
14 Orten wie Auschwitz, Bergen-Belsen, Babi Yar, Warschau, Dachau und unzähligen weiteren
15 vergeben wir nicht.

16
17 Dass Auschwitz nie wieder sei, gehört dabei zu unserer grundlegenden Überzeugung und
18 Forderung. Diese Verbrechen dürfen sich niemals wiederholen. Für uns bleibt dies die zentrale
19 Lehre und Herausforderung unserer politischen Arbeit.

20
21 Gleichzeitig muss leider beobachtet werden, dass Gedenkkulturen in Deutschland sich teilweise
22 nicht mehr an dieser Frage ausrichtet. Eine positiv besetzte nationale Identität wird aus den
23 Ereignissen geschaffen, es wird dargestellt, dass die die deutsche Politik und Gesellschaft aus
24 diesen Ereignissen gelernt habe und deshalb besonders resistent gegen rechtes Gedankengut
25 sei.

26
27 Das finden wir nicht richtig. 70 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur müssen wir uns heute
28 Gedanken machen was wir von Gedenkkulturen erwarten, auch unter der Hinsicht, dass immer
29 weniger ZeitzeugInnen leben. Sinnvolle Gedenkkulturen können nicht nur mit politischen
30 Maßnahmen erreicht werden. Sie erfordert auch eine andere Debattenkultur, Selbstreflexion
31 und einen Mentalitätswandel in unserer Gesellschaft.
32 Aber auch 70 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz zeigen aktuelle politische Ereignisse, wie
33 wichtig es ist, das tagespolitische Geschehen in diesen historischen Kontext zu setzen und die
34 Verantwortung aus der Vergangenheit zu erkennen und wahrzunehmen. Gedenk- und
35 Erinnerungsarbeit muss genau dies berücksichtigen.

36
37 **Anforderungen an staatliche AkteurlInnen**

38
39 Die Bundesrepublik Deutschland trägt als Staat selbst eine umfassende Verantwortung. Daraus
40 leiten sich für seine RepräsentantInnen besondere Erwartungen und Pflichten ab. Der
41 Holocaust lässt sich weder vergeben, noch vergessen. Ein Gedenken muss immer die Opfer
42 und nicht Täter in den Mittelpunkt stellen.
43 Politische Verantwortung für das Gedenken darf sich allerdings nicht nur in Worten erschöpfen.

44 Gedenken erfordert oft große pädagogische Anstrengungen und natürlich auch entsprechende
45 Ausstattung z.B. der Gedenkstätten mit dauerhaften Personal- und Sachmitteln. Hier müssen
46 die politischen Akteure ihrer Verpflichtung mehr als bisher nachkommen und diese Ressourcen
47 zur Verfügung stellen.

48

49 **Sicherheit Israels gewährleisten**

50

51 Deutschland muss immer bedingungslos für das Existenzrecht Israels eintreten und streiten –
52 dies ist auch für uns Teil der deutschen Staatsräson. Er ist notwendiger Schutzraum – und als
53 solcher nach Jahrtausenden der Verfolgung auch heute mehr als notwendig.

54

55 **Gedenken aus TäterInnen- und nicht aus Opferperspektive**

56

57 Das politische Gedenken weitet den Opferkreis sehr weit aus. Der sogenannte Tag der
58 Befreiung am 8. Mai hat inzwischen eine Tendenz bekommen, dass alle Deutsche Opfer des
59 Faschismus waren und befreit wurden. Dies ist aus unserer Ansicht eine unzulässige Täter-
60 Opfer-Umkehr.

61

62 Wir fordern konkret: der 8. Mai muss einen neuen Stellenwert bekommen. Dies ist mit einem
63 bundesweiten beschäftigungsfreien Gedenktag möglich. Gleichzeitig muss eine kritische
64 gesellschaftliche Debatte geführt werden, über die Bedeutung dieses Gedenktages. Denn es
65 wurde nicht Deutschland vom Nationalsozialismus befreit, sondern die Welt vom
66 nationalsozialistischen Deutschland.

67

68 **Kein Deutschland als "Erinnerungs"-Weltmeister**

69

70 Für viele PolitikerInnen ist die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen eine Selbstverständlichkeit.
71 Das ist auf dem ersten Blick als positiv zu bewerten. Gleichzeitig wird dieses Gedenken in der
72 Selbstwahrnehmung teilweise als positive nationale Selbstidentifikation genutzt. Das lehnen wir
73 ab.

74

75 Eine positive Umdeutung der Gründe des Gedenkens darf es nicht geben. Gedacht werden
76 muss der Opfer des NS-Regimes, nicht der großen Fortschritte, die Deutschland vorgeblich seit
77 1945 gemacht hat.

78

79 **Bestehende Gedenkkultur überdenken**

80

81 Noch immer misst die Gedenkkultur mit zweierlei Maß. Wer zum Beispiel Stauffenberg allein
82 aufgrund des versuchten Attentats zum Volkshelden erhebt, verkennt dessen eigene
83 Verstrickungen in die Wehrmacht und die nationalsozialistische Politik. Es ist bekannt, dass sich
84 Stauffenberg offen zum Antisemitismus bekannt hat. Indem Heldenmythen geschaffen werden,
85 bei denen das äußere Auftreten als Nazi zugunsten eines vermeintlich guten Kerns wohlwollend
86 übergangen wird, relativiert die deutsche Schuld.

87

88 Das drückt sich auch darin aus, dass noch immer rund 100 Schulen in Deutschland nach
89 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Nazi-Verbrechern benannt sind. Historische Aufarbeitung
90 darf nicht mit einer unterschweligen Rehabilitierung von Nazis einhergehen.

91

92 **Antisemitismus ernstnehmen**

93

94 Ein historisch betrachtet unterschätzter Aspekt der nationalsozialistischen
95 Vernichtungsideologie ist der Antisemitismus. Mit Antisemitismus bezeichnet man rassistische
96 Stereotype, Ressentiments und Vorurteile über mobile ethnische Minderheiten, wie etwa Sinti und
97 Roma. Schätzungen zu Folge sind 500.000 Sinti und Roma durch die NationalsozialistInnen
98 ermordet worden, darunter mindestens 15.000 in Auschwitz-Birkenau. Bis heute sehen sich
99 Sinti und Roma erhebliche Diskriminierung in Europa ausgesetzt, auch durch den deutschen
100 Staat. Hier muss es ein klares Umdenken geben. Insbesondere hierbei sind die
101 Asylrechtsänderungen abzulehnen, die die Staaten Bosnien und Herzegowina, Serbien und
102 Mazedonien als sichere Drittländer definieren, da von dieser Änderung insbesondere Roma und
103 Sinti negativ betroffen sind. Darüber hinaus muss Antisemitismus seinen Platz in der
104 Gedenkpädagogik bekommen.

105

106 **Antisemitismus**

107

108 Alltägliche Ausgrenzung, Diffamierung, Beschimpfung, Boykottierung bis hin zu Bedrohung und
109 Gewalt ist fester Bestandteil des Erfahrungshorizonts von in Deutschland lebenden Jüd*innen.
110 Dabei ist Antisemitismus kein Randphänomen: 20 Prozent der deutschen Bevölkerung sind
111 latent antisemitisch eingestellt.

112

113 Antisemitismus muss getrennt von Rassismus betrachtet werden. Zwar gleichen sich
114 Antisemitismus und Rassismus in der Aufwertung der eigenen Person durch die Ausgrenzung
115 anderer. Besonders für den Antisemitismus ist aber die Funktion, mit ihm vermeintlich die Welt
116 erklären zu können.

117

118 **Veränderung der Gedenkpädagogik**

119

120 Wir brauchen eine Veränderungen der Gedenkpädagogik. Zu häufig ist der Geschichtsunterricht
121 an Schulen auf das Thema Nationalsozialismus beschränkt ohne historische Kontinuitäten und
122 geschichtliche Grundlagen in den Blick zu nehmen.

123

124 Das bedeutet konkret eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus
125 über ein Schuljahr hinaus, insbesondere unter der Frage der historischen Ursachen,
126 Auswirkungen und Weiterführung der nationalsozialistischen Ideologie in der Bundesrepublik
127 Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mindestens einen Besuch einer
128 Gedenkstätte mit ausreichender Vor- und Nachbereitung sehen wir als unerlässlich zur
129 Aufarbeitung des Themas an.

130 Eine weitere große Herausforderung beim Gedenken an die Verbrechen des Naziregimes stellt
131 die Tatsache dar, dass der Großteil der heute noch aktiven Zeitzeugen aufgrund ihres Alters in
132 wenigen Jahren für die Gedenkpädagogik nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

133

134 **Erinnern an die NS-Zeit in der multikulturellen Gesellschaft**

135 Gedenken und Erinnern wird in Deutschland im Grunde noch immer von der ethnisch und
136 ethisch homogenen Nation aus gedacht. Dass eine solche Erinnerungskultur in einem
137 Einwanderungsland wie Deutschland nicht mehr zeitgemäß sein kann und der
138 Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht mehr entspricht, liegt eigentlich auf der Hand. Eine
139 wichtige Aufgabe in unserer multikulturellen Gesellschaft wird es daher in Zukunft sein, neue
140 Wege der Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust zu finden, die diese als
141 integralen Teil der gemeinsamen Geschichte aller Menschen in Deutschland, gleich welcher
142 Herkunft, darstellen können. Dabei müssen wir anerkennen, dass in einem multikulturellen
143 Deutschland Menschen mit unterschiedlichen Wurzeln möglicherweise nicht durch familiäre
144 Narrative mit der NS-Geschichte vertraut und verbunden sind, weil die Geschichte des
145 Nationalsozialismus in ihren Herkunftsländern keine Rolle spielt, oder durch ganz andere
146 Geschichtsdiskurse –man beachte bspw. die Opferdiskurse ostmitteleuropäischer Staaten–
147 geprägt sind. Ihre Erfahrungen müssen angemessen in die Erinnerungskultur integriert
148 werden, ohne dabei aber den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder die Singularität des

149

150 Holocaust infrage zu stellen. Wir müssen also nach Möglichkeiten suchen, wie sich ein Erinnern
151 an NS-Zeit und Holocaust auch in der multikulturellen Gesellschaft realisieren lässt und für
152 diejenigen Anknüpfungspunkte und Zugang zur Erinnerung an die NS-Zeit geschaffen werden
153 können, für die diese nicht Teil der eigenen Familiengeschichte ist.

154

155 **Reparationszahlungen für Länder**

156

157 Wir sprechen uns für eine möglichst verbindliche juristische Klärung der Frage aus, inwieweit
158 etwaige Reparationszahlungen an die Kriegsgegner des Deutschen Reiches im Zweiten
159 Weltkrieg – insbesondere Griechenland und Polen – noch bestehen und nicht schon abgegolten
160 sind. Für den Fall des Bestehens fordern wir zügige Zahlungen.

161

162 Unabhängig von der emotional aufgeladenen Frage nach Reparationszahlungen sprechen wir
163 uns in diesem Zusammenhang auch dafür aus, dass Kulturgüter, die im Krieg erbeutet worden
164 sind, an die Herkunftsländer zurückzugeben sind. Bestehende Ansprüche anderer Staaten
165 gegen Deutschland sind ernst zu nehmen und bei der Rückgabe aktiv mitzuwirken,

166 beispielsweise mittels gründlicher Recherchen in Museen und Archiven.

167

168 **Reparationszahlungen für Einzelpersonen**

169

170 Bis heute sind viele Überlebende der Verbrechen des Nationalsozialismus und ihre Angehörigen
171 nicht entschädigt. Bis heute hat keine Entschädigung von Homosexuellen, Sinti und Roma,
172 Zwangssterilisierten und weiteren Opfern der sog. „Rassenhygiene“ stattgefunden. Der
173 deutsche Staat und deutsche Unternehmen haben sich darüber hinaus mit außergerichtlichen
174 Einigungen aus der Verantwortung gezogen.

175

176 Wir fordern deshalb die unverzügliche Entschädigung aller überlebenden Opfer des NS-
177 Regimes. Sollten noch-nicht-Entschädigte verstorben ist eine Entschädigung der nächsten
178 Verwandten erforderlich.

179

180 Insbesondere Unternehmen haben vom und im Nationalsozialismus profitiert und diesen
181 unterstützt, bspw. durch ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und antisemitisch
182 motivierten Enteignungen. Eine Trennung von privater Industrie und Staat im
183 Nationalsozialismus ist nicht möglich. Es ist zu begrüßen, dass sich bereits viele Unternehmen -
184 nach langem Zögern - zu einer Aufarbeitung ihrer Geschichte entschlossen haben. Eine solche
185 Aufarbeitung ist für uns Pflicht jeden Unternehmens. ZwangsarbeiterInnen waren lange Zeit
186 vom deutschen Entschädigungsrecht nicht berücksichtigt. Erst mit der Jahrtausendwende
187 konnten sie durch die Gründung einer Stiftung Entschädigungen erhalten - im Übrigen ohne
188 "Schuldeingeständnis" der Unternehmen.

189

190 **Aufarbeitung Verwaltung und Gerichte**

191

192 Gerade auch Justiz und Verwaltung leisteten einen fundamentalen Beitrag zur Stützung der NS-
193 Herrschaft. Die deutsche Justiz hat das nationalsozialistische System entscheidend geprägt. So
194 wurden Rechtsquellen im nationalsozialistischen Sinne ausgelegt und verändert. Beamte
195 gelangten nach dem Kriegsende vielfach wieder in den Staatsdienst, bspw. als Professoren für
196 Rechtswissenschaft, zurück. Für jedes Ministerium, jede Behörde und jedes Gericht fordern wir
197 eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung der Vergangenheit, falls noch nicht
198 geschehen.

199

200 **Weiterhin Prozesse gegen Verantwortliche**

201

202 Bis heute leben eine ganze Reihe von Verantwortlichen für die Verbrechen des NS-Regimes. Es
203 ist wichtig diese Menschen auch heute noch zur Verantwortung zu ziehen.

204

205 Zur Erinnerung des 70. Jahrestags der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz hat sich ein
206 breites Jugendbündnis gebildet, deren Teil wir waren. Außerdem dabei waren u.a. DGB-Jugend,
207 Naturfreundejugend Deutschlands, SJD – Die Falken, Grüne Jugend, DIDF, Österreichische
208 Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) und der israelische Gewerkschaftsbund sowie die
209 Gewerkschaftsjugend (Histadrut und HaNoar HaOved VeHaLomed).

210

211 Gemeinsam gab es eine große Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz mit insgesamt 1.000
212 Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im Fokus stand das Erinnern und Gedenken zum 70.
213 Jahrestag der Befreiung von Auschwitz. Wir haben uns über nationalsozialistische Ideologie, die
214 unvergleichbare Vernichtung Millionen von Menschen und nicht zuletzt über den Widerstand im
215 Nationalsozialismus fortgebildet und den Opfern der Shoah und des nationalsozialistischen
216 Terrors gedacht.

217

218 Diese Gedenk- und Erinnerungsarbeit wollen wir fortführen. Als jungsozialistischer Verband
219 tragen wir eine besondere Verantwortung im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.
220 Wir sehen Gedenken als zentrales Element unserer antifaschistischen Grundeinstellung.

221

222 **Historische Kontinuitäten, Aktuelle Formen von Rassismus, Antisemitismus, 223 Antiziganismus und Rechtsradikalismus, Ressentiments gegen Geflüchtete bekämpfen**

224

225 Nationalsozialistisches Gedankengut ist nicht auf den Zeitraum zwischen 1933 und 1945
226 beschränkt. Gedenkkultur muss deshalb die Frage der theoretisch-ideologischen Ursachen

227 sowie der historischen Kontinuitäten in den Blick nehmen.

228

229 Zur Gedenk- und Erinnerungspolitik gehört daher auch die kritische Reflexion zu der Frage, wie
230 Neonazis noch immer in Deutschland an vielen Orten ungehindert agieren können und wie der
231 Nationalsozialistische Untergrund (NSU) so frei agieren konnte. Seit 1990 starben über 180
232 Menschen aufgrund von rechter Gewalt. Insbesondere muss die Kontinuität
233 nationalsozialistischen Gedankengutes in Ermittlungsbehörden und Geheimdiensten in den
234 Blick genommen werden.

235

236 Für uns leitet sich daraus auch eine Pflicht zur Bekämpfung der aktuellen Auswüchse von
237 rechtem Gedankengut ab. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Rassismus, Antisemitismus
238 und Rechtsradikalismus noch sehr verbreitet sind. Das bedeutet wir dürfen nicht nachlassen in
239 unserem Kampf gegen diese Strukturen sei es auf der Straße bei Demonstrationen, Debatten
240 innerhalb der SPD und durch inhaltliche Veranstaltungen.

241

242 Die letzten Wochen haben uns noch einmal in besonderer Weise vor Augen geführt, wie
243 dramatisch die Situation von Geflüchteten an den Grenzen Europas, aber auch in Deutschland
244 ist. Brennende Unterkünfte und Angriffe auf Geflüchtete selbst sind ein eindeutiges Signal dafür,
245 dass hierzulande vieles ganz gewaltig schief läuft. Für uns ist es eine Frage der Haltung, wie wir
246 mit Geflüchteten umgehen – aber auch, wie wir denen begegnen, die Situation ausnutzen um
247 Hass und Rassismus zu schüren. Widerwärtig und feige sind die Leute, die sich gegen
248 Geflüchtete stellen. In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Menschen, die aus vermeintlicher
249 Sorge andere Menschen bedrohen.

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

276

277

278

279

280

281

282

283

284

285

286

287

Titel Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! -
Staatsbeleidigung ist keine Straftat

Antragsteller Sachsen

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Ey Deutschland du mieses Stück Scheiße! - Staatsbeleidigung ist keine Straftat

- 1 Ein demokratischer Staat muss Kritik – auch derbe Kritik – aushalten können, seine
- 2 Nationalsymbole sind keine Heiligtümer. Die §§ 90 ff. StGB sollten sich daher auch tatsächlich –
- 3 nicht nur dem Titel nach - auf die Bestrafung der „Gefährdung des demokratischen
- 4 Rechtsstaates“ beschränken. Wir fordern deshalb die ersatzlose Streichung des § 90 StGB
- 5 (Verunglimpfung des Bundespräsidenten) und die Streichung aller Tatbestandsmerkmale in §§
- 6 90a, 90 b StGB, die sich nicht auf Handlungen beziehen, die sich gegen die verfassungsmäßige
- 7 Ordnung und die Verfassungsgrundsätze richten.

8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Titel Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

Antragsteller Schleswig-Holstein

Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

Ostpolitik 3.0 – Sozialdemokratische Wege aus der Ukraine-Krise

1 "In Frieden zu leben erfordert nicht große Worte, sondern viele kleine Schritte."
2

3 - Egon Bahr
4

5 **1. Grundlagen einer sozialdemokratischen Außenpolitik für Osteuropa** 6

7 Die deutsche Außenpolitik im osteuropäischen Raum ist durch die zwei sozialdemokratischen
8 Ostpolitiken geprägt. Wandel durch Annäherung war das durch Willy Brandt und Egon Bahr in
9 den 1960er und 1970er Jahren geprägte Credo. Gewaltverzicht und Anerkennung der
10 europäischen Nachkriegsgrenzen waren die ersten Etappen auf dem Weg des
11 Zusammenwachsens. Ihren Kristallisationspunkt fand diese erfolgreiche Politik im Fall der
12 Mauer und der folgenden Wiedervereinigung.
13

14 Die zweite Phase sozialdemokratischer Ostpolitik nahm ihren Ausgang während der
15 Kanzlerschaft von Gerhard Schröder. Die zunächst von Deutschland initiierte
16 Modernisierungspartnerschaft mit Russland, die später von der EU aufgenommen wurde, führte
17 in eine neue Phase enger politischer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Ost und West.
18

19 In der aktuellen Phase der Konfrontation sind diese Politikansätze in die Jahre gekommen. Das
20 bedeutet keinesfalls ihr Scheitern, beweist aber die Notwendigkeit neuer Antworten vor dem
21 Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen. Die östlichen EU-Staaten sind heute wesentlich
22 einflussreicher, die Länder der Östlichen Partnerschaft^[1] sind von Objekten des Völkerrechts zu
23 eigenständigen Akteuren geworden und Russland hat wieder an außenpolitischer Stärke
24 gewonnen.
25

26 Die Kraft zur Formulierung eines neuen außenpolitischen Kurses in Osteuropa wird erneut nur
27 die Sozialdemokratie aufbringen können. Angesichts neuer Entwicklungen ist die Zeit reif für
28 eine dritte Ostpolitik, die eingebettet in die sozialdemokratische Tradition neue Wege geht.
29 Oberstes Ziel ist die Einrichtung einer europäischen Friedensordnung. Deshalb muss es sich
30 um eine europäische Politik handeln, die auf die ganze Region ausgerichtet ist und neben der
31 russischen Föderation auch die Länder der Östlichen Partnerschaft in den Blick nimmt.
32

33 Im Folgenden soll die Situation in Osteuropa mit Schwerpunkt auf den Konflikt in der Ukraine
34 analysiert werden. Er ist Hebel für Fortschritt. Ohne eine Klärung der Situation auf der Krim sind
35 die Spielräume für Entspannung zwischen Ost und West extrem begrenzt. Nach der Analyse
36 Russlands, der Ukraine und des Konflikts werden Maßnahmen für die kurze, mittlere und lange
37 Frist vorgeschlagen, die den Grundstein für eine neue Ostpolitik legen sollen.
38

39 **2. Russland – Der Putin-Konsens im Wandel** 40

41 Die 90er Jahre waren eine entscheidende Phase in der Entwicklung Russlands. Um das Land
42 zu verstehen, ist es entscheidend anzuerkennen, dass die Wahrnehmungen der Realität aus
43 europäischer und russischer Perspektive erhebliche Abweichungen aufweisen. Während also

44 die Jelzin-Zeit in Russland als Phase des wirtschaftlichen Niedergangs, der Korruption und des
45 Ausverkaufes staatlichen Eigentums verstanden wird, steht aus europäischer Sicht der Prozess
46 der Demokratisierung im Vordergrund.

47

48 Auch außenpolitisch wurde der Grundstein für andauernde Missverständnisse auf beiden Seiten
49 gelegt. Die aus europäischer Sicht dem Sicherheitsbedürfnis der baltischen Staaten und Polen
50 gerecht werdende NATO-Osterweiterung sorgte für Beunruhigung in Russland. Aus russischer
51 Perspektive wurde eine Einbindung des Landes – trotz des NATO-Russland-Rates[2] –
52 vermieden und Anerkennung für die strategischen Interessen Russlands versagt. Der Einsatz
53 der NATO im Jugoslawienkrieg erschien Russland als Angriff auf einen Verbündeten, ebenso
54 wie als Verstoß gegen geltendes Völkerrecht.

55

56 Im Jahr 1999 begann die erste Amtszeit Wladimir Putins und mit ihr eine neue Ära der
57 russischen Politik. Aus europäischer Sicht ist diese Zeit insbesondere durch den Abbau von
58 Freiheitsrechten und der Unterdrückung der politischen Opposition geprägt. In Russland
59 dominiert das Bild einer Phase des wirtschaftlichen Wachstums, in der Beschäftigung und
60 Löhne gleichermaßen angestiegen sind. Auf diese Weise gelang es, den sogenannten Putin-
61 Konsens zu etablieren, der zur anhaltenden Popularität des russischen Präsidenten
62 entscheidend beitrug. Offensichtlich bewerten große Teile der Bevölkerung bis heute den
63 wirtschaftlichen Fortschritt und die außenpolitische Stärke Russlands wichtiger, als den Erhalt
64 bürgerlicher Rechte.

65

66 Durch die Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten vor der dritten Amtszeit Putins, die
67 insbesondere durch fallende Rohstoffpreise ausgelöst wurde, begann dieses Konsens zu
68 bröckeln. Das auf dem wirtschaftlichen Erfolg basierende politische System funktionierte nicht
69 mehr reibungslos. Der Putin-Konsens geriet zunehmend unter Druck.

70

71 Putin reagierte auf diese Entwicklung mit der verstärkten Betonung eines russischen
72 Nationalgefühls. Der zunehmende Einsatz für vermeintliche und reale "russische" Interessen
73 auch jenseits der eigenen Staatsgrenzen ist eine direkte Folge dieser Entwicklung. Der Putin-
74 Konsens wurde auf diese Weise innerhalb der letzten Jahre wieder gestärkt. Trotz der
75 zunehmend existenziell bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung für große Teile der
76 Bevölkerung ist die Popularität Putins ungebrochen.

77

78 Diese Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund einer sich verändernden Weltordnung.
79 Russland reagiert auf eine Verschiebung des globalen Machtpotentials in den asiatischen Raum
80 mit einer Fokussierung der chinesisch-russischen Zusammenarbeit. Der aktuelle Konflikt
81 zwischen Russland und dem Westen beschleunigt diesen Prozess. Die Kooperation der BRICS-
82 Staaten[3] wird unter anderem dazu genutzt, auf Verschiebungen in den geopolitischen
83 Einflussverhältnissen hinzuwirken. Die gegenseitige Sanktionsspirale hat zu einem neuen
84 Tiefpunkt in den politischen Beziehungen zwischen Europa und Russland geführt.

85

86 **3. Die Ukraine - gefangen zwischen Europa und Russland**

87

88 Nach über einem Jahr Krieg in der Ukraine hat keine Seite des Konflikts ihre Ziele
89 vollumfänglich erreicht, was die Lage nicht nur labil, sondern auch gefährlich macht.
90 Stattdessen hat sich eine regelrechte Kriegswirtschaft entwickelt, die vom Konflikt lebt und
91 deshalb großes Interesse an seiner Fortführung hat. Eine erneute militärische Eskalation kann
92 somit – trotz der Fortschritte durch das Abkommen Minsk II[5] – nicht ausgeschlossen werden.

93

94 Die Ukraine ist unter der neu gewählten politischen Führung entschlossen, sich aus der
95 Hegemonie[6] Russlands zu lösen und einen eigenen Weg nach Westen zu gehen. Ihr
96 Kriegsziel ist die Wiederherstellung der Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet,
97 einschließlich der Kontrolle über die eigene Staatsgrenze im Donbass[7].

98

99 Die Separatisten hingegen wünschen einen eigenen Teilstaat im Osten der Ukraine, der sich
100 stark an der Russischen Föderation orientieren soll. Russlands Rolle ist noch komplexer. Klar ist
101 heute, dass die Separatisten mit Waffen, Material und Soldaten unterstützt worden sind. In
102 jüngster Zeit mehren sich allerdings die Anzeichen, dass auch die russische Administration auf
103 eine Einhaltung des Abkommens von Minsk drängt. Ihr Einfluss auf die Führung der
104 Separatisten scheint dabei begrenzt zu sein.

105

106 Die Regierung der Ukraine gerät zunehmend in eine schwierige Situation, da sie die
107 Vereinbarungen des Abkommens von Minsk – insbesondere den geforderten
108 Verfassungsprozess – Schritt für Schritt umsetzt. Weil die Zusagen der Gegenseite kaum oder
109 gar nicht eingehalten werden, gibt das nationalistischen Kräften im Westen der Ukraine Auftrieb,
110 die eine flächendeckende Wiederaufnahme militärischer Gewalt fordern.

111

112 Zum jetzigen Zeitpunkt spricht vieles dafür, dass der Krieg in der Ost-Ukraine mit geringerer
113 Intensität fortgeführt wird. Auf diese Art und Weise behält Russland Einfluss auf die instabile
114 Lage der Ukraine. Tatsächlich wäre aber die beiderseitige Einhaltung der
115 Waffenstillstandsvereinbarung Voraussetzung für eine Normalisierung der Lage und die
116 Grundlage dafür, dass der Verfassungsprozess mit größeren Autonomierechten für die
117 Regionen politische und gesellschaftliche Mehrheiten findet.

118

119

120 Unabhängig von einer politischen Bewertung ist vor diesem Hintergrund die Aufnahme der
121 Ukraine in die NATO derzeit unrealistisch. Die enge Zusammenarbeit mit der EU ist für uns auch
122 mit Blick auf eine längerfristige Aufnahmeperspektive der Ukraine weiterhin erstrebenswert. Das
123 Land ist nach wie vor wirtschaftlich und politisch abhängig von der russischen Föderation, weil
124 sie der wichtigste Handelspartner ist. Gleichzeitig forciert die Ukraine mit der Unterzeichnung
125 des Assoziierungsabkommens die eigene Westbindung. Die schwierige Lage der Ukraine
126 zwischen den Machtblöcken hat sich auf diese Weise verschärft.

127

128 Aktuell macht sich zudem die wirtschaftliche Abwärtsspirale in der Ukraine deutlich bemerkbar.
129 2014 ist das BIP[8] um 6,8% zurückgegangen, für 2015 werden erneut 6,8% prognostiziert. Die
130 Reallöhne werden in diesem Jahr voraussichtlich um 15% fallen; die Inflation wird für das Jahr
131 2015 gegenüber dem vorangegangenen Jahr auf 30% bis 35% veranschlagt. Des Weiteren lag
132 die Jugendarbeitslosigkeit bereits 2013 bei 17,8 % und ist seitdem deutlich angestiegen.
133 Fachleute erwarten erst 2016 eine leichte wirtschaftliche Erholung. Im Umkehrschluss bedeutet
134 dies, dass die Ukraine auf wirtschaftliche Unterstützung von außen angewiesen ist, um sozialen
135 Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Insgesamt sieht das Land einer
136 unsicheren Zukunft entgegen.

137

138 4. Kurzfristige Maßnahmen - Auf dem Weg zu Stabilität und Sicherheit

139

140 Vor allen anderen denkbaren Maßnahmen muss auf eine konsequente **Umsetzung des**
141 **Minsker Abkommens** hingewirkt werden. Ein **Ende der Gewalt** in der Ostukraine ist dringend
142 erforderlich, um Spielräume für politische Entspannung zu schaffen. Der **Status der Krim** muss
143 geklärt werden. Ausdrücklich ist damit **keine Akzeptanz des Völkerrechtsbruches** durch die
144 Russische Föderation verbunden.

145

146 Mit dem Fortschreiten des Friedensprozesses muss die **humanitäre Unterstützung** für die
147 besonders betroffenen Gebiete in der Ukraine einhergehen. Bedingung dafür ist eine
148 schrittweise **Entwaffnung paramilitärischer Gruppen[9]** und die Schaffung der
149 Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge in die umkämpfte Gebiete. Parallel muss der
150 **Verfassungsprozess** und eine weitreichende Unterstützung der Demokratisierung fortgeführt
151 werden, um den Regionen größere Autonomie und den Minderheiten in der Ukraine besseren
152 Schutz zu garantieren. Der Ukraine muss langfristig eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht
153 gestellt werden.

154

155 Es bedarf eine gegenseitige Abrüstung **in der Rhetorik** auf die man sich gemeinsam
156 verständigen muss. Keine der Seiten sollte eine militärische Lösung in Erwägung ziehen. Eine
157 **Verpflichtung zum Gewaltverzicht** sollte diese Haltung garantieren. Auf dieser Grundlage
158 können dann die **Sanktionen für Parlamentarier und Vertreter der Exekutive** beiderseitig
159 aufgehoben werden. Das ermöglicht eine Verstärkung des politischen und zivilgesellschaftlichen
160 Dialogs. Die Rückkehr Russlands in den Kreis der G7 wäre eine weitere Maßnahme zur
161 Normalisierung der Situation.

162

163 Das verlorene Vertrauen muss durch den Wiederaufbau vertrauensvoller Kanäle nach Russland
164 zurückgewonnen werden. Dabei sollten zunächst gegenseitige **Rote Linien** identifiziert werden,
165 um davon ausgehend **gemeinsame Interessen** zu definieren. Dies umfasst insbesondere

166 Energieversorgung, wirtschaftliche Kooperation, Rohstoffversorgung, Terrorismusbekämpfung,
167 den Klimawandel und die Stabilisierung der Situation im Nahen Osten. Gemeinsame Interessen
168 in diesem Bereich sollten zudem nicht leichtfertig aufgegeben werden, weil das die Eskalation
169 von Konflikten wahrscheinlicher macht.

170

171 Zügig sollte dann über einen gegenseitigen **Abbau der Sanktionen** verhandelt werden.
172 Insbesondere die Beschränkungen im Bereich der Nahrungsmittel sind eine große Belastung für
173 die russische Bevölkerung und leisten keinen Beitrag zur Lösung des Konflikts. Klar ist, dass
174 Sanktionen nur beiderseitig abgebaut werden können. Die Kritik an den Verstößen gegen das
175 Völkerrecht bleibt dadurch unberührt. Dennoch zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, dass die
176 Sanktionsspirale in eine Sackgasse führt. Vor diesem Hintergrund kann dann der Dialog über
177 den **Abbau von Visabeschränkungen** wieder aufgenommen werden. Verbunden wird dies mit
178 der Entwicklung eines **Jugendaustauschprogramms** zwischen der EU, den Staaten der
179 Östlichen Partnerschaft und Russland.

180

181 Die Europäische Union muss ihre Politik in Osteuropa grundsätzlich überdenken und
182 gemeinsam eine neue **Strategie formulieren**. Das eigene außenpolitische Handeln kann auf
183 diese Weise transparent gemacht werden. Die absolute Bindung von wirtschaftlicher und
184 finanzieller Unterstützung an die Mitgliedschaft in der EU muss überdacht werden. Zudem ist
185 ein strukturierter Dialog mit der Eurasischen Wirtschaftsunion notwendig. Erste
186 Rahmenbedingungen für ein **gemeinsames Freihandelsabkommen** sollten diskutiert werden.

187

188 5. Mittel- und langfristige Maßnahmen - Neue Entspannungspolitik

189

190 Eine starke Ukraine kann zu einem Mittler zwischen der Europäischen Union und Russland
191 werden. Dafür benötigt sie stabile politische Verhältnisse und eine verbesserte wirtschaftliche
192 Situation. Aus diesem Grund streben wir eine **Modernisierungspartnerschaft** mit der Ukraine
193 an. Diese umfasst gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Bereiche. Besonders im Fokus
194 stehen Kooperationen bei der **Bekämpfung von Korruption** und der **Wissenstransfer im**
195 **Bereich der beruflichen Ausbildung**. Der Wiederaufbau der zerstörten Regionen sollte
196 gemeinsam von Weltbank, EU, Russland und USA unterstützt werden.

197

198 Die Gründung der **NATO** im Jahr 1949 war die Antwort auf zunehmende Spannungen zwischen
199 den ehemaligen Alliierten des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs
200 haben sich eine zunehmende Zahl osteuropäischer Staaten der NATO angeschlossen; dies hat
201 auf Seiten Russlands zu erheblicher Sorge geführt.

202

203 Für eine gesamteuropäische Politik müssen gemeinsame Institutionen gestärkt werden. Dazu
204 gehören insbesondere die **OSZE** und der **Europarat**. Der OSZE-Vorsitz von Deutschland in
205 2016 ist dafür der richtige Ausgangspunkt. In einer großen gemeinsamen **Konferenz** sollte die
206 **Sicherheitsarchitektur für Europa** neu verhandelt werden. Diese muss sich an den
207 gemeinsam identifizierten Roten Linien und geteilten Interessen orientieren. Voraussetzung ist,
208 dass sich die EU **eigene Leitlinien zur Außen- und Sicherheitspolitik** gibt, um als
209 transparenter Akteur aufzutreten.

210

211 Das Verhältnis zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft muss neu geordnet werden. Es darf
212 keine Konkurrenz zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion forciert
213 werden. Wo keine Assoziierung möglich ist, sollten **individuelle Kooperationsabkommen**
214 geschlossen werden.

215

216 Eine sozialdemokratische Ostpolitik 3.0, die sich an diesen Rahmenbedingungen orientiert, legt
217 den Grundstein für eine **verlässliche Sicherheitsarchitektur** in Europa und schafft das
218 Fundament für gutes Wirtschaften in einem gemeinsamen Raum der Freiheit und des Rechts.
219 Die strategischen Interessen der EU und Russlands überschneiden sich in vielen wichtigen
220 Bereichen. In unserer globalisierten und multipolaren Welt[10] liegen in einer **engen**
221 **Kooperation** große Potenziale. Diese sollten vor dem Hintergrund aktueller politischer
222 Spannungen nicht leichtfertig preisgegeben werden. Die Losung „Wandel durch Annäherung“ ist
223 heute so aktuell wie vor 50 Jahren.

224

225

226

227 [1] Östliche Partnerschaft: Ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), das
228 die ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbajdschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und
229 Weißrussland näher an die europäische Union bringen soll, um den Weg für eine politische
230 Assoziierung zu ebnet.
231

232 [2] NATO-Russland-Rat: Gremium zur Verbesserung der Zusammenarbeit von NATO und
233 Russland in den Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Seit 2014 ist die
234 Zusammenarbeit aufgrund der Ukraine-Krise ausgesetzt.
235

236 [3] BRICS-Staaten: Vereinigung aufstrebender Schwellenländer, die aus Brasilien, Russland,
237 Indien, China und Südafrika besteht.
238

239 [4] Monopolare Weltordnung: Ein System bei dem ein einziger Staat weltweit aufgrund
240 wirtschaftlicher und militärischer Macht dominant ist. Dieser Zustand hat sich nach dem Zerfall
241 der Sowjetunion und dem Ende der damaligen Bipolaren Weltordnung eingestellt. Die USA sind
242 als einzige Supermacht übrig geblieben.
243

244 [5] Abkommen Minsk II: Vereinbarung zwischen Ukraine, Russland, Separatisten und OSZE, die
245 am 12. Februar 2015 auf Initiative Deutschland und Frankreich zustande kam und einen
246 Friedensplan für die Ukraine skizziert,
247

248 [6] Hegemonie: Vorherrschaft eines Staates.
249

250 [7] Donbass: Eine Region beiderseits der russisch-ukrainischen Grenze, in der sich Kohleabbau
251 und Industrie konzentrieren. Teile der Region sind Schauplatz des aktuellen Konflikts in der
252 Ukraine.
253

254 [8] Brutto-Inlands-Produkt: Der Gesamtwert aller Güter, die innerhalb eines Jahres in einer
255 Volkswirtschaft, nach Abzug von Vorleistungen, produziert wurde. Dabei handelt es sich um das
256 populärste Maß für Wirtschaftskraft.
257

258 [9] Paramilitärische Gruppen: Bezeichnung für Einheiten, die militärische Gewalt ausüben, aber
259 in keine regulären staatlichen Streitkräfte eingebunden sind.
260

261 [10] Multipolare Welt: Eine Ordnung in der drei oder mehr Staaten große wirtschaftliche und
262 militärische Macht auf sich fokussieren und keine eindeutige Vormachstellung erkennbar ist.
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287

Titel Entwicklung post-2015 - Von einer neuen
Agenda zu einem neuen Paradigma

Antragsteller Berlin

Zur Weiterleitung an

Entwicklung post-2015 - Von einer neuen Agenda zu einem neuen Paradigma

1 Bereits mit dem Antrag "Hoch die Internationale Solidarität", beschlossen auf dem
2 Bundeskongress 2011, definierten wir Jusos unsere grundlegende Positionierung dazu, wie eine
3 international solidarische Entwicklungszusammenarbeit für uns aussehen sollte. Wir stellten
4 fest, dass wir Entwicklung nicht als einen Begriff verstehen, dessen Erfolg sich am Wachstum
5 des Bruttoinlandsproduktes ablesen lässt. Entwicklung ist für uns auch kein linearer,
6 eindimensionaler Prozess, bei dem sich einzig und allein Länder des Globalen Südens mithilfe
7 des Globalen Nordens "entwickeln". Es ist vielmehr ein Interaktionsprozess, in dem sich die
8 Welt als Ganzes zu einem gleichen, freien und lebenswerten Ort für alle Menschen entwickelt.

9

10 **Für ein neues Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit**

11

12

13 Für uns Jusos gehört der Internationalismus zu unseren Grundwerten. Entsprechend kämpfen
14 wir für internationale Solidarität und Zusammenarbeit. Gerade deshalb stehen wir der heute
15 praktizierten Entwicklungszusammenarbeit kritisch gegenüber. Zwar wird der problematische
16 Begriff der Entwicklungs-, „Hilfe“ nicht mehr verwendet, doch hat sich bloß die Worthülse
17 verändert. Die dahinterstehenden Konzepte und Machtstrukturen bleiben hingegen
18 weitestgehend bestehen. Das gängige Konzept der Entwicklungszusammenarbeit basiert
19 weiterhin auf der Annahme, dass Länder des Globalen Nordens wohlwollen und aus
20 "Nächstenliebe" den Ländern des globalen Südens Gelder und Ressourcen zur Verfügung
21 stellen. Die Länder des globalen Südens werden entsprechend als hilfs- und
22 entwicklungsbedürftig und arm dargestellt. Ein Schuldenerlass der Länder des Globalen
23 Nordens für jene des globalen Südens gilt weiterhin als großzügige Wohltat.

24

25 **Die globale Ungleichheit - Die globale Klassengesellschaft**

26

27 Es existiert eine Weltgesellschaft, die eine starre Klassengesellschaft ist. In der Tradition der
28 Arbeiter*innenbewegung möchten wir sie beseitigen. Dazu verstehen wir uns als Teil einer
29 grenzüberschreitenden Bewegung. Wir bekämpfen jegliche soziale Ungleichheit - egal ob es
30 sich um quantitativ bedeutendere relative Armut in einem reichen Sozialstaat oder absolute
31 Armut in einem losen Staatsgebilde handelt. Sie steht unserem Ziel, der Emanzipation jedes
32 einzelnen Menschen, im Weg. Unsere Antwort lautet deshalb: eine globale Gerechtigkeitspolitik
33 und Internationale Solidarität. Beide Begriffe sind für uns zentral und
34 „Entwicklungszusammenarbeit“ kann sie nicht ersetzen. So steckt hinter dem Wandel von „Hilfe“
35 zu Zusammenarbeit zwar begrüßenswerterweise die Abkehr vom paternalistischen und
36 konservativen Gedanken der Almosen, jedoch wird dieser zunächst nur durch eine neoliberale
37 Deutung von Zusammenarbeit ersetzt. Statt passiv Hilfe zu empfangen steht nun die Aktivierung
38 und eben die Mit-Arbeit im Vordergrund. Dabei ist eine marktförmige Zusammenarbeit unter
39 kapitalistischer Verwertungslogik so falsch, wie folgerichtig. Dafür sehen wir in der
40 Globalisierung eine Chance eine solidarische Weltgesellschaft zu schaffen. Das 'Global Village'
41 darf allerdings dazu nicht den aktuellen Machtverhältnissen überlassen werden.

42

43 Dabei ist diese Debatte jedoch eine scheinheilige. Viele der strukturellen Nachteile der Länder

44 des globalen Südens sind der kolonialen Vergangenheit anzulasten. Die heutigen
45 „wohlwollenden“ Geldgeber, zumeist ehemaligen Kolonialmächte, wurden für ihre Verbrechen
46 und die durch sie verursachten sozialen, kulturellen und strukturellen Probleme nie zur
47 Rechenschaft gezogen. Etliche Völkermorde, wie etwa jener der Deutschen Kolonialtruppen an
48 den Herero, Nama, Damara und San in Namibia, werden bis heute nicht als solche anerkannt.
49 Neben dem heutigen Namibia geschah dies auch im heutigen Tansania (z.B. gegen den Maji-
50 Maji-Aufstand), Kamerun (z.B. mit der 'Pazifizierung' des Binnenlandes), in Togo (durch
51 Ausbeutung und Zerstörung ganzer Orte), im Südpazifik (z.B. mit der Niederschlagung des
52 Sokehs-Aufstand) oder in Kiautschou (z.B. mit der Gewalt gegen den "Boxeraufstand" /
53 Aufstand der Yihetuan). Grund dafür ist zumeist die Sorge vor Entschädigungsforderungen.
54 Diese könnten zwar lediglich symbolische Bedeutung haben, da das angetane Leid und die
55 Folgen für die Betroffenen nie aufgewogen werden können. Dennoch wäre diese Anerkennung
56 wichtig und auch für die Debatte über Entwicklungszusammenarbeit relevant. An allen Orten,
57 wo das Deutsche Reich als auch die anderen Kolonialmächte aktiv wurden, haben sie
58 Verbrechen begangen. Ein klares Schuldeingeständnis für diese Verbrechen ist nicht nur auf
59 einer persönlichen Ebene bedeutsam. Sondern dies würde auch bedeuten, dass die
60 ehemaligen Kolonialmächte endlich anerkennen müssen, dass sie die Hürden, welche den
61 Ländern des globalen Südens bis heute begeben, (mit)verursacht haben.

62

63 Neben den Entschädigungen für die begangenen Verbrechen muss die Debatte jedoch auch auf
64 einer strukturellen Ebene geführt werden, denn auch der Kolonialismus als solcher wirkt sich bis
65 heute negativ auf die Länder des Globalen Südens aus. Eines von vielen Beispielen sind die
66 aus der Kolonialzeit übrig gebliebenen, nicht nur wie alle Grenzen völlig willkürlich, sondern
67 auch fremdbestimmt gezogenen Staatsgrenzen, welche innerstaatlichen Konflikten Vorschub
68 leisten. Zudem fand eine schonungslose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, aber auch
69 der Bevölkerung der kolonialisierten Länder statt. Die koloniale Handelspolitik fußte auf einer
70 völligen Abhängigkeit der Länder des Globalen Südens von der Abnahme ihrer Primärprodukte
71 durch den globalen Norden. Die Konsequenzen sind bis heute spürbar: noch immer sind die
72 Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Globalen Südens sehr schwach. Der Globale
73 Norden hingegen profitiert von dieser Abhängigkeit weiterhin und verschärft sie sogar noch
74 zusätzlich mit einseitigen Handelsabkommen. Auch die fremdbestimmt eingeführten
75 Bildungssysteme und –Inhalte haben bis heute negative Folgen. Selbst das Basiswissen
76 orientiert sich bis heute an den Lehrinhalten des Globalen Nordens, welche in vielen Ländern
77 des Globalen Südens jedoch keinerlei Relevanz haben. Stattdessen verdrängte oder
78 marginalisierte das koloniale Bildungssystem indigene Sprachen und Kulturen – und damit
79 einen Reichtum, der kaum zu ersetzen sein wird.

80

81

82 All jene Erblasten aus der Kolonialzeit treffen allein die Länder des Globalen Südens. Dabei
83 wäre es eigentlich die Pflicht der Länder des Globalen Nordens, mindestens
84 Reparationszahlungen für den verursachten Schaden zu leisten. Wird heute von einer
85 „Verschuldung“ der Länder des Globalen Südens bei jenen des Globalen Nordens gesprochen,
86 so basiert dies auf einer schiefen Rechnung. Zieht man die Verbrechen und Spätfolgen der
87 Kolonialzeit mit ins Kalkül, so sind es tatsächlich die Länder des Globalen Nordens, welche bei
88 den Ländern des Globalen Südens tief in der Schuld stehen. Nur durch das beständige
89 Abstreiten und die Relativierung der Konsequenzen des eigenen Handelns entziehen sich die
90 ehemaligen Kolonialmächte den berechtigten Forderungen nach Entschädigungen und den
91 Reparationsforderungen. Dieser historische Kontext lässt nicht nur die Debatten über etwaige
92 Schulden, sondern auch jene über Entwicklungszusammenarbeit allgemein in einem anderen
93 Licht erscheinen, als der gängige öffentliche Diskurs.

94

95 Eine zentrale Ursache für Armut und Hunger sowie für die Begrenztheit der
96 "Entwicklungszusammenarbeit" ist identisch: der Kapitalismus. Die Geschichte des
97 Kolonialismus ist eng mit der Geschichte des Kapitalismus verwoben. Deshalb lassen sich die
98 Lebenssituation von Milliarden Menschen nicht allein über einen Schadensausgleich für den
99 Kolonialismus und seinen unmittelbaren Folgen dauerhaft, fundamental verbessern. Vielfach
100 reduziert sich auch sozialdemokratischen Politik darauf, einen verbesserten Marktzugang für die
101 ärmsten Erdteile als Lösung zu verkaufen. Der Kapitalismus ist darauf angewiesen,
102 'Verlierer*innen' zu produzieren. Erst Alternativen zu kapitalistischen Ausbeutungs-, Denk- und
103 Machtstrukturen würden Ungleichheit wirklich beseitigen können. Viele Formen der
104 "Entwicklungszusammenarbeit" unterbinden diese Alternativen aber, weil auch sie

105 kapitalistischen Paradigmen unterliegen.

106

107 Die lächerlich geringen Finanzmittel, die nun für Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt
108 werden, können nur als Hohn gegenüber den eigentlichen Forderungen wahrgenommen
109 werden. Noch immer geben Deutschland und der Großteil der OECD Staaten nicht einmal das
110 selbstgesteckte Minimum von 0,7% der BIPs für Entwicklungszusammenarbeit aus.
111 Für die wenigen Ressourcen die dennoch in die Entwicklungszusammenarbeit investiert
112 werden, scheint ein weiterer Rechtfertigungszwang zu herrschen. Insbesondere seit der
113 Amtszeit Dirk Niebels als Entwicklungsminister hat sich eine wirtschaftliche
114 "Rechtfertigungslogik" manifestiert. So werden Projekte und Kooperationen unter der Prämisse
115 bewertet und gefördert, dass auch die deutsche Wirtschaft von der
116 Entwicklungszusammenarbeit profitieren solle. Entwicklungszusammenarbeit und internationale
117 Solidarität werden entsprechend nicht als jener Selbstzweck gewertet, der sie eigentlich sein
118 sollten. Sinn und Zweck von Entwicklungszusammenarbeit darf aber eben nicht die heimische
119 Wirtschaftsförderung sein. Entwicklungszusammenarbeit bedarf keiner weiteren Legitimation.
120 Auch die entstandene "Entwicklungsindustrie", mit ihrem stetig wachsenden Netz an privaten
121 NGOs ist entsprechend kritisch zu betrachten. In vielen Fällen wird
122 Entwicklungszusammenarbeit als Arbeitsmarkt für qualifizierte und unqualifizierte Menschen
123 aus dem Globalen Norden genutzt, während Menschen vor Ort leer ausgehen und nicht von
124 Projekten und Stellen der NGOs profitieren. Es darf nicht Zweck der
125 Entwicklungszusammenarbeit sein, möglichst viele Arbeitsplätze im Globalen Norden zu
126 generieren.

127

128 In diesem Zusammenhang bedarf es auch einer kritischen Reflexion des Begriffs "Entwicklung"
129 und somit auch des Konzepts der "Modernisierung". Der theoretische Ansatz zur
130 „Modernisierung“ sieht eine Übernahme des Demokratie- und Industrialisierungsmodells des
131 Globalen Nordens als Anleitung für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung für den
132 Globalen Süden vor. Das ökonomische System der Staaten des Globalen Nordens wird dabei
133 als Richtlinie für diese "Modernisierung" angesehen. Anders ausgerichtete politische Systeme,
134 Ökonomien und kulturelle Praxen werden entsprechend als "unterentwickelt" und "primitiv"
135 herabgesetzt. Diesen Ansatz von "Entwicklung", der auf einem einseitig ausgerichteten Konzept
136 der "Modernisierung" basiert und eine Diskreditierung anderer Staaten und Ökonomien
137 bedeutet, lehnen wir ab. Die Implentierung eines Bewusstseins für globale Unterschiede und
138 der Notwendigkeit für eine weltweite, gerechte Entwicklung in der gesamteuropäischen
139 Bevölkerung, insbesondere in bildungsfernen Milieus, muss dabei aber Vorrang vor dieser
140 theoretischen Weiterentwicklung haben.

141

142 In unserem Verständnis von Entwicklung steht die Verwirklichung eines selbstbestimmten,
143 emanzipierten Lebens in Würde für alle Menschen weltweit an oberster Stelle. Für uns ist klar,
144 dass Entwicklungszusammenarbeit nicht aus wirtschaftlichem Kalkül oder aus einem
145 "schlechten Gewissen" heraus erfolgen kann, sondern aufgrund gelebter internationaler
146 Solidarität. Nur so kann die Zusammenarbeit tatsächlich auf Augenhöhe stattfinden und sich an
147 den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Grundlage ist der gemeinsame Kampf für eine
148 sozialistische, demokratische und feministische Welt und eine nachhaltige Sicherung der
149 Lebensgrundlage aller Menschen.

150

151

152 **Der Paradigmenwechsel muss bei den Rahmenbedingungen beginnen!**

153

154 Die "Entwicklungszusammenarbeit" wird - wenn auch häufig in gewandelten Formen - von
155 nationalstaatlichen Interessen gesteuert. So wird es nicht möglich sein, aus den Macht- und
156 Abhängigkeitsverhältnissen auszubrechen. Trotz Fortschritten in den Nachhaltigen
157 Entwicklungszielen (SDGs) muss der Rahmen der Entstehung der Entwicklungsziele
158 weiterentwickelt werden. Deshalb muss der Prozess fortgesetzt werden, der über die UN mit
159 dem Monterrey Consensus begann und mit der „Paris Declaration on Aid Effectiveness“
160 weiterging. Ihre fünf Prinzipien haben Bestand: Eigenverantwortung (Ownership),
161 Partner*innenausrichtung (Alignment), Harmonisierung (Harmonisation), ergebnisorientiertes
162 Management (Managing for Results), gegenseitige Rechenschaftspflicht (Accountability).
163 Allerdings können solche Selbstverpflichtungs-Prinzipien das Problem nicht beseitigen. Sie
164 könnten aber ein Ansatz sein, eine andere Richtung einzuschlagen.

165

166 **Die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) als Chance für einen**
167 **entwicklungspolitischen Paradigmenwechsel begreifen!**

168

169 Ergänzend zu unseren bereits vorhandenen Positionen gilt es in diesem, für die
170 Entwicklungszusammenarbeit wichtigem Jahr 2015 sich kritisch mit den vergangenen
171 Prozessen auseinanderzusetzen und weitere Schritte zu identifizieren. Denn in diesem Jahr
172 enden die Zielsetzungen der Millennium-Development-Goals der Vereinten Nationen. Ende der
173 1990er Jahre verabschiedet, sollten diese Ziele eine internationale Agenda zur weltweiten
174 Entwicklung definieren.

175

176 Die Mitglieder der VN setzten sich somit selbst Ziele und Verpflichtungen, zu deren Umsetzung
177 sie sich bekannten. Solche konkreten Zielsetzungen stellen einen Fortschritt gegenüber den
178 zuvor stets erfolglos ausgerufenen "Entwicklungsdekaden" da. Auch wenn die Zielsetzungen
179 nicht weitreichend genug waren, bieten sie zumindest die Möglichkeit den jeweiligen Fortschritt
180 zu überprüfen. Zudem war es für die Länder des Globalen Südens zumindest im begrenzten
181 Rahmen möglich, die entwicklungspolitische Zielsetzung der MDGs mit zu bestimmen.

182

183 Dennoch ist sowohl das Zustandekommen, als auch die Umsetzung der MDGs kritikwürdig. Ihre
184 Aushandlung und Umsetzung innerhalb der traditionellen Machtstrukturen von VN, IWF und
185 Weltbank ist prinzipiell für die Länder des Globalen Nordens von Vorteil. Entsprechend gelang
186 es auch nicht, über eine Selbstverpflichtung hinaus klare Zusagen zu vereinbaren. Dahingegen
187 wendeten sich von den acht definierten Zielen sieben an die Probleme der Länder des globalen
188 Südens. Diese Aufteilung suggeriert eine Rollenaufteilung, in welcher die Länder des Globalen
189 Nordens lediglich als passive Geldgeber auftreten. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist auf
190 dieser Grundlage auch nur schwer vorstellbar.

191

192 Im Jahr 2015 können wir nun Bilanz ziehen und müssen feststellen, dass nur eines der MDGs
193 tatsächlich erreicht wurde. Über den erreichten Fortschritt lässt sich hingegen streiten. So
194 lassen einige Indikatoren weiten Interpretationsspielraum zu. Zudem sagen bloße Zahlen nicht
195 ausreichend präzise Aussagen über die Wirksamkeit der Maßnahmen zu. Beispielsweise
196 bedeutet eine gestiegene Anzahl von Einschulungen noch nicht, dass mehr Kinder
197 alphabetisiert werden konnten, da die Qualität der Bildung nicht mit dokumentiert wurde.

198

199 Post-2015 Agenda neu definieren

200

201 Mit der Rio +20 Konferenz 2012 wurde beschlossen, die 2015 auslaufenden UN-
202 Millenniumsziele in einer post-2015 Agenda neu zu definieren. Diese neuen Ziele sollen alle drei
203 Dimensionen - ökonomisch, ökologisch und sozial - der nachhaltigen Entwicklung umfassen
204 und tradierte Nord-Süd- und Geber-Nehmer*innen Denkmuster aufbrechen. Für die
205 Neudefinition der UN-Entwicklungsziele hat die UN-Generalversammlung eine offene
206 Arbeitsgruppe eingerichtet (Open Working Group on Sustainable Development Goals). Diese
207 Arbeitsgruppe hat am 12. August 2014 ihren Bericht vorgestellt und insgesamt 17 Ziele
208 formuliert. Diese Ziele werden die Grundlage für die post-2015 Entwicklungsagenda darstellen.

209 Diese 17 Ziele lassen sich in 6 Clustern zusammenfassen:

- 210 1. Beendigung von Armut und Kampf gegen den Hunger
- 211 2. Gesundheit, Bildung/Wissen sowie Inklusion von Frauen und Mädchen
- 212 3. eine stärkere, inklusive und transformative Wirtschaft
- 213 4. Schutz von Ökosystemen
- 214 5. Sichere und friedliche Gesellschaften mit starken Institutionen
- 215 6. Globale Solidarität

216

217 Die Initiative einer Neudefinition der UN-Entwicklungsziele bewerten wir grundsätzlich positiv.
218 Gerade vor dem Hintergrund dessen, dass diese Zielformulierungen aus einem komplizierten
219 Aushandlungsprozess erwachsen sind, begrüßen wir, dass mit dem zentralen Konzept der
220 nachhaltigen Entwicklung die soziale und ökologische Dimensionen von Entwicklung
221 ebenbürtige Ziele neben der ökonomischen Entwicklung sind sowie eine allgemeine
222 Ausdifferenzierung der Ziele und Indikatoren. Insbesondere die Herausforderungen des
223 Klimawandels und die damit verbundenen Herausforderungen für nachhaltige Entwicklung
224 werden in den Zielen stärker betont. Wir begrüßen auch den formulierten
225 partner*innenschaftlichen Ansatz, der im Ziel 17 Erwähnung findet und den Anspruch erhebt,
226 die Dichotomie zwischen entwickelten Ländern und den sich entwickelnden Ländern zu

227 durchbrechen.

228

229 Allerdings sehen wir in einigen Zielformulierungen und Indikatoren die tradierte Dogmatik, die
230 auch Grundlage für die Millenniumsziele war. Zentraler Indikator für absolute Armut, und damit
231 einhergehend Armutsbeseitigung, bleibt weiterhin die 1,25 \$/Tag- Grenze. Zwar werden auch
232 andere Indikatoren ("nach nationalen Standards") herbeigezogen, allerdings ist für uns die
233 Armutsmessung anhand der 1,25\$-Grenze nicht hinnehmbar. Der Indikator gibt keine Auskunft
234 über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen und führt bisweilen zur Verharmlosung
235 des globalen Armutsausmaßes. Um vergleichende Armutforschung auf globaler Ebene
236 anstellen zu können und letztlich Armut effektiv zu beseitigen, bedarf es zukünftig die Abkehr
237 von unterschiedlichen Armutskonzepten für den Globalen Norden und den Globalen Süden. Da
238 sich die Konzeption und die Erfassung von Armut gegenseitig bedingen, sollte die
239 Armutsmessung im Kontext dieser Zielformulierungen auf Armutskonzepten aufbauen, anhand
240 derer sich Lebensstandards realistisch global miteinander vergleichen lassen.

241 Wir fordern eine Messung der Armutsbekämpfung an Hand relativer, nicht absoluter Armut.

242

243 Außerdem werden die Länder des globalen Nordens weiterhin nur in diesem letzten formulierten
244 Ziel direkt in die Pflicht genommen. Trotz der veränderten Rhetorik sehen wir hier ein klares
245 Zeichen dafür, dass der Fokus der UN-Entwicklungsziele weiterhin auf den Ländern des
246 Globalen Südens liegt. Das 0,7 %-Budget Ziel gilt weiterhin als die zentrale Größe, wohingegen
247 die Nachhaltigen Entwicklungsziele weiterhin lediglich auf freiwilliger Basis verfolgt werden.
248 Und selbst zur Einhaltung des 0,7 %-Ziels können sich die Länder des Globalen Nordens nicht
249 durchringen.

250

251 Die deutsche Bundesregierung stellt ihre Verhandlungsposition in Bezug auf die SDGs in einer
252 Unterrichtung an den Bundestag vom 12.12.2014 (BT Drucksache 18/3604) dar. Sie betont die
253 Bedeutung einer neuen Globalen Partner*innenschaft und das Prinzip der gemeinsamen
254 Verantwortung. Nach Auffassung der Bundesregierung ist "neben der Überlegung, was nach
255 2015 erreicht werden soll, [...] die Fragestellung, wie diese Ziele umgesetzt werden, von
256 entscheidender Bedeutung". In der Unterrichtung definiert die Bundesregierung zudem ihre
257 Beiträge zur Umsetzung der Post 2015 Agenda, den sie unter Anderem in der Beseitigung von
258 extremer Armut, dem Beitrag zum Erhalt von natürlichen Lebensgrundlagen, nachhaltigen
259 Konsum- und Produktionsmuster, einer kohärenteren Politik für menschenwürdige Arbeit und
260 der weltweiten Stärkung von Gesundheitssystemen sieht. Zudem erklärt sie den Willen, sich für
261 eine kohärentere EU-Agrar- und Handelspolitik einzusetzen sowie auf multilateraler Ebene
262 handelsverzerrende Subventionen abzubauen. Grundsätzlich begrüßen wir, dass sich die
263 Bundesregierung versucht, neben klassischen entwicklungspolitischen Instrumenten,
264 Entwicklungshemmnisse auf deutscher und europäischer Seite abzubauen. Sie muss sich
265 allerdings auch an diesem Anspruch messen lassen. Wer einen partner*innenschaftlichen
266 Ansatz wählt, der*die muss auch bereit sein, Entwicklung im eigenen Land zuzulassen, dazu
267 gehört auch, innerstaatliche Reformen zuzulassen, wenn dies im partner*innenschaftlichen
268 Prozess sich als notwendig für eine globale Entwicklung herausstellt. Die Bundesregierung
269 sollte in diesem Zusammenhang deswegen mehr Verantwortung übernehmen, auch in
270 Bereichen, die erst auf den zweiten Blick entwicklungspolitische Relevanz besitzen.

271

272 **Unser Ziel ist eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung**

273

274 Die neoliberale Politik des globalen Nordens, wie sie schon im Washington Consensus zum
275 Ausdruck kommt und über G7 / G8 und anderen internationalen Netzwerken vertreten wird,
276 widerspricht dem. Vielmehr wird Nachhaltigkeitspolitik nicht selten zu einer Interessenpolitik von
277 Industriestaaten, die über diesen Weg Folgekosten versuchen zu senken, aber nicht die
278 Probleme für die Hauptbetroffenen im globalen Süden beseitigen möchten. Eine globale
279 Gerechtigkeitspolitik muss deshalb über transnationale Institutionen umgesetzt werden. Unter
280 den bestehenden noch unzureichenden transnationalen Organisationen würde sich die UN nach
281 einer grundlegenden Reform am ehesten eignen.

282

283 Deshalb fordern wir:

284

285 1. dass die Zielformulierungen im weiteren Verhandlungsprozesse nicht weiter aufgeweicht
286 werden. 17 Ziele sind zwar eine deutliche Ausweitung gegenüber den vorherigen acht Zielen,
287 sie sind aber als Mindestmaß notwendig, um die Komplexität nachhaltiger Entwicklung

288 zumindest annähernd abbilden zu können.

289

290 2. dass die 1,25 \$-Grenze als Indikator nicht mehr verwendet wird, weder auf deutscher,
291 noch auf europäischer oder UN-Ebene, und durch ein geeigneteres Indikatorenset ersetzt wird.
292 Unserer Ansicht nach, ist der relative Armutsbegriff wesentlich brauchbarer, um einen
293 geeigneten Indikator zu entwickeln.

294

295 3. dass die Länder des Globalen Nordens stärker in die Verantwortung gezogen werden.
296 Wir fordern daher die nicht nur die Erfüllung des 0,7%-Zieles sowie darüber hinaus dessen
297 deutliche Erhöhung, sondern auch, dass der Globale Norden die Folgen des Kolonialismus und
298 der Industrialisierung für den Globalen Süden entsprechend eingesteht. Aus dieser Tatsache
299 entsteht eine Entschädigungs- und Reparationspflicht, die sich nicht nur in der Bereitstellung
300 von finanziellen Mitteln niederschlägt, sondern auch in der Pflicht, in möglichst vielen
301 Politikbereichen die entwicklungspolitischen Konsequenzen zu bedenken. Das gilt vor allem für
302 die Außenhandelspolitik, aber auch für die Außen- und Sicherheitspolitik, Industriepolitik,
303 Agrarpolitik und Umweltpolitik sowie weitere Politikfelder.

304

305 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf

306

307 1. dem formulierten Anspruch eines partner*innenschaftlichen Ansatzes und einer
308 gemeinsamen Verantwortung gerecht zu werden. Die Bundesrepublik muss darauf hinwirken,
309 Entwicklungshemmnisse in Deutschland und Europa abzubauen. Dazu gehört das Hinwirken
310 auf eine entwicklungsfördernde EU-Außenhandels- und Agrarpolitik, eine sozial und ökologisch
311 nachhaltige Ressourcenpolitik, der verstärkten Reduktion von Treibhausgasen, die Bekämpfung
312 von Steuerhinterziehung, auch im eigenen Land, und die Einführung einer
313 Finanztransaktionssteuer zum Abbau globaler Ungleichheiten sowie eine massive Aufstockung
314 der Entwicklungszusammenarbeitsetats. Darüber hinaus muss die Bundesregierung
315 sicherstellen, dass Entwicklungsgelder an staatlichen und nichtstaatlichen
316 Entwicklungsorganisation im Einklang mit den formulierten Zielen vergeben werden. Gerade –
317 aber nicht nur - die "Entwicklungsarbeit" kirchlicher Organisationen ist in diesem
318 Zusammenhang kritisch zu hinterfragen. Internationale NGOs können hierbei zum Teil eine gute
319 Ergänzung zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit sein.

320

321 2. dass der Völkermord an zehntausenden Herero, Nama, Damara und San von 1904 bis
322 1908 rückwirkend als solcher anerkannt wird und eine offizielle Bitte um Entschuldigung in die
323 Wege geleitet wird sowie im Dialog mit den namibischen Opferverbänden angemessene
324 Entschädigungszahlungen vereinbart werden. Für uns ist das Eingeständnis von kolonialer
325 Schuld ein elementarer Bestandteil einer erfolgreichen Entwicklungspolitik.

326

327

328 Die Ansätze und Ausrichtung deutscher Entwicklungspolitik haben sich in den vergangenen
329 Jahren mehrfach geändert und neu orientiert. Insbesondere in den letzten sechs Jahren hat sich
330 die politische Ausrichtung mehrmals gewandelt. Darüber hinaus gab es mit der Gründung der
331 GIZ 2011 eine grundlegende Umstrukturierung der zentralen Akteure* deutscher
332 Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit. Die Entwicklungen auf beiden Ebenen, der
333 politischen und der operativen, sehen wir an vielen Stellen als kritisch. Während sich
334 Deutschland zwar zu den MDGs und SDGs bekennt und vorgibt, Entwicklungszusammenarbeit
335 zunehmend mit Partner*innen auf Augenhöhe umsetzen zu wollen, lässt sich gleichzeitig
336 feststellen, dass bestimmte ökonomische und politische Interessen zunehmend Einfluss auf die
337 Entwicklungspolitik haben. Gerade die Ökonomisierungstendenzen widersprechen einer
338 werteorientierten Entwicklungszusammenarbeit. Von diesen Entwicklungen ist auch die GIZ als
339 zentrale Institution deutscher Entwicklungszusammenarbeit betroffen, weshalb hier Anspruch
340 und Wirklichkeit analysiert werden sollen und dementsprechend Forderungen zu Verbesserung
341 abgeleitet werden.

342

343

344 **Gegen eine Ökonomisierung der Entwicklungszusammenarbeit durch die GIZ**

345

346

347 Am 1. Januar wurde die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit)
348 gegründet. Unter der schwarz-gelben Koalition leitete Dirk Niebel die Zusammenlegung der

349 GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit), dem DED (Deutschen
350 Entwicklungsdienst) und Inwent (Internationalen Weiterbildungs- und Entwicklungs-GmbH) zur
351 GIZ ein. Zum Zeitpunkt der Gründung der GIZ sind 1.111 Entwicklungshelfer*innen, 698
352 einheimische Fachkräfte* und 821 Freiwillige* im Programm *weltwärts* mit der GIZ in 46
353 Partnerländern aktiv. Bezeichnend ist hier, dass mehr unqualifizierte Freiwillige* als
354 einheimische Fachkräfte aktiv sind. Mehr als vier Jahre nach ihrer Gründung, ist es Zeit für eine
355 Analyse der Zusammenlegung und der Arbeit der GIZ.

356

357 Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit

358

359 Durch die Zusammenlegung wurde auch das Aufgabenfeld der neuen GIZ im Vergleich zu ihren
360 Vorgängerorganisationen verändert. Dabei wurde auch die Organisationsform der staatlichen
361 Entwicklungszusammenarbeitsorganisation der Bundesrepublik Deutschland in ein
362 Unternehmen in Form einer GmbH geändert. In diesem Zusammenhang stellt nicht nur die
363 gewinnorientierte Unternehmensform an sich ein Problem dar, sondern auch zahlreichen Public-
364 Private-Partnerships der GIZ mit anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen. Der kommerzielle
365 Teil des Unternehmens ist nicht nur im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Ländern
366 des Globalen Südens aktiv, sondern auch in der Europäischen Union und Deutschland. Zu den
367 Kund*innen zählen neben Regierungen des Globalen Nordens und auch deutscher
368 Bundesländer auch zahlreiche privatwirtschaftliche Unternehmen. Mehr als ein Drittel des
369 Geschäftsvolumens (2011: 720 Mio. Euro) geht an die Privatwirtschaft. Dabei wurde auch der
370 Umsatz 2012 auf 2,1 Mrd. Euro erhöht, was laut Vorstandssprecherin Tanja Gönner zur
371 gewinnorientierten Neuausrichtung der GIZ dazugehöre. Neben klassischen Aufgaben der
372 Entwicklungszusammenarbeit, betätigt sich die GIZ auch immer mehr als Beraterfirma für
373 Unternehmen und Regierungen des Globalen Nordens. Dabei stehen ökonomische Interessen
374 im Vordergrund und nicht die Überwindung von globalen Ungleichheiten.

375

376 Mit dieser Neuausrichtung geht der eigentliche Charakter der Entwicklungszusammenarbeit
377 verloren und Aktivitäten der GIZ richten sich nach Rentabilitätskriterien. In der
378 Entwicklungszusammenarbeit darf es aber nicht um Rendite und privatwirtschaftliche Erfolge
379 deutscher und europäischer Unternehmen gehen. Ziel muss nach wie vor die Reduzierung von
380 globalen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sein, ebenso wie individuelle
381 Selbstverwirklichungschancen für alle Menschen weltweit. Solange sich die GIZ mit über einem
382 Drittel ihres Geschäftsvolumens in der Privatwirtschaft engagiert, fehlen die sowieso zu
383 knappen Ressourcen an anderen Stellen. Die GIZ muss wieder zu einer Einrichtung der
384 Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner*innen des Globalen Südens werden und
385 nicht zu einem Beratungsunternehmen für Unternehmen und Regierungen des Globalen
386 Nordens.

387

388 Eigene Ansprüche erfüllen – Gender Mainstreaming

389

390 Im ersten Vorstand der GIZ saßen ausschließlich Männer. Kein einziger der sieben
391 Vorstandsposten ging an eine Frau*. Gleichzeitig versteht die GIZ Gender Mainstreaming als
392 ein Element guter Regierungsführung und schreibt sich weltweite Frauenförderung auf die
393 Fahnen. Diese Haltung ist widersprüchlich und macht eigene Ansprüche unglaubwürdig. Erst
394 der zweite Vorstand wurde im Juli 2012 mit zwei Frauen bei nun fünf Mitgliedern besetzt. Immer
395 noch zu wenig. Der aktuelle Vorstand ist auf vier Mitglieder verkleinert worden. Davon sind zwei
396 Frauen*.

397

398 Keine zivil-militärischen Kooperationen

399

400 2013 begann die GIZ im Auftrag des BMZ in Afghanistan ihre erste zivil-militärische Kooperation
401 mit der Bundeswehr. Im 14. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung heißt es
402 dazu:

403

404 •

405 *„Gemeinsam mit dem Bundesministerium der Verteidigung hat das BMZ ein*
406 *Ausbildungsmodul zum zivilen und militärischen Zusammenwirken in fragilen Ländern*
407 *entwickelt und in einem Pilotprojekt eingeführt.“*

408

409 • *„Im Norden Afghanistans hat die Bundesregierung im Rahmen der zivil-militärischen*

410 *Zusammenarbeit mehrere Provinzentwicklungsfonds (PDF) für die drei nord-östlichen*
411 *Provinzen Badakhshan, Takhar und Kunduz aufgelegt.“*

412

413

414 Ziel der im Juni 2011 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit dem
415 Bundesverteidigungsministerium ist es, „bei friedensgestaltenden und stabilisierenden
416 Maßnahmen effizienter und nachhaltiger zusammenarbeiten“.

417

418 Bisher hat die GIZ für das Ressort Baumaßnahmen im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, in
419 Usbekistan und Afghanistan umgesetzt. Zudem unterstützt die GIZ das BMVg bei Trainings-
420 und Ausbildungsmaßnahmen und beteiligt sich an Konferenzen und fachlichen Dialogen.
421 Grundsätzlich hat für uns die zivile Entwicklungszusammenarbeit oberste Priorität. In einigen
422 Bereiche muss deshalb auch ganz gezielt auf eine militärische Zusammenarbeit verzichtet
423 werden. Allerdings sehen wir auch die Vorteile die die Zusammenarbeit der deutschen
424 Durchführungsorganisation mit der Bundeswehr, die alleinig einen friedenssichernden und
425 friedenswiederherstellenden Auftrag hat, bringen kann. Gerade in unsicheren Regionen ist es
426 teilweise unerlässlich und fundamental, dass die zivilen Projekte militärisch abgesichert werden.
427 Auch beim Aufbau einer staatlichen Sicherheitsinfrastruktur kann eine Kooperation mit der
428 Bundeswehr denkbar sein. Die wichtigste Partnerin der GIZ ist die KfW (Kreditanstalt für
429 Wiederaufbau). Sie muss in ihrer Geschäftspraxis dringend reformiert werden, um die
430 Kommerzialisierung der "Entwicklungszusammenarbeit" auszubremsen.

431

432 Daher fordern wir:

433

434 1.

435 Die Aufgabe der GIZ muss Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Partner*innen
436 des Globalen Südens sein. Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit
437 dürfen nicht für Beratungstätigkeiten für Unternehmen und Regierungen des globalen
438 Nordens verwendet werden.

439 2.

440 keine Kommerzialisierung der Entwicklungszusammenarbeit.
441 Entwicklungszusammenarbeit soll werte- und interessensbasierte Ziele verfolgen, die mit
442 den Partner*innen gemeinsam verhandelt worden sind. Die Bedürfnisse und Prioritäten
443 der Länder des globalen Südens und ihrer Bevölkerungen müssen dabei sehr viel stärker
444 als bisher die Verhandlungsergebnisse prägen. Das kurzfristige ökonomische Interesse
445 der Länder des globalen Nordens und insbesondere die Interessen deutscher
446 Unternehmen dürfen bei der Konzeption und Aushandlung entwicklungspolitischer
447 Programme keine Rolle spielen.

448 3.

449 die GIZ muss dieselben Anforderungen erfüllen, die sie von Partner*innen einfordert. Wer
450 von anderen Regierungen Gender Mainstreaming und Frauenförderungen erwartet, muss
451 dies auch im eigenen Unternehmen umsetzen. Patriarchale Strukturen in der GIZ und der
452 Entwicklungszusammenarbeit lehnen wir ab.

453 4.

454 keine zivil-militärischen Projekte der GIZ und deutscher Entwicklungszusammenarbeit.
455 Gelder und Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit dürfen nicht zur Unterstützung
456 militärischer Ziele und Projekte verwendet werden.

457

458 Für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik ist es unverzichtbar, alle Ebenen des politischen
459 Handelns einzubeziehen. So sind Kommunen des Globalen Nordens in die Verantwortung zu
460 nehmen. Solche Partner*innenschaften sind mit der Agenda 21 unter dem Motto „Global denken
461 - lokal handeln“ angestoßen worden und müssen verstärkt fortgeführt werden. Ehrenamtliches
462 Engagement muss in diesem Zusammenhang, gerade auf kommunaler Ebene, zukünftig
463 verstärkt, nicht zuletzt finanziell, gefördert werden.

464

465 Wir fordern die SPD und die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages auf, zu einem
466 Konzept der Entwicklungszusammenarbeit zu finden, dass auf den Werten der
467 Sozialdemokratie basiert. Solidarität, Freiheit, Gleichheit und Internationalismus müssen die
468 Kernelemente unserer Entwicklungspolitik sein, die Partner*innen auf Augenhöhe begegnet.

469

470

471 **Für eine kohärente und koordinierte europäische Entwicklungspolitik**

472

473

474 Bereits seit 1957, mit Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen
475 Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), hat sich Europa an entwicklungspolitischen Maßnahmen
476 beteiligt und hat in diesem Rahmen den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) eingerichtet.
477 Dieser finanziert Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der
478 mit der EWG assoziierten Kolonialgebiete und späteren AKP-Staaten. Auch aktuell beruft sich
479 die Europäische Union bei der Bekämpfung und der Beseitigung von Armut als eines ihrer
480 Kernanliegen der EU-Entwicklungspolitik, auf den damals geschlossenen Vertrag zur Gründung
481 der Europäischen Gemeinschaft (Art. 177 EGV).

482

483 Für das Jahr 2015 hat die EU das "Europäische Jahr für Entwicklung" ausgerufen. Mit Hinblick
484 auf die Neudefinition der UN-Entwicklungsziele im gleichen Jahr, will die EU einen stärkeren
485 öffentlichen Fokus auf Entwicklung richten. Den Europäischen Bürger*innen soll die „EU-
486 Entwicklungshilfe“ nähergebracht werden, das Bewusstsein für globale Zusammenhänge
487 geschärft und einzelnes Bürger*innenengagement gefördert werden. Diese Ziele sollen mithilfe
488 von Veranstaltungen und Aktionen in den Mitgliedsstaaten erreicht werden. In diesem Rahmen
489 geht auch die deutsche Entwicklungspolitik mit der „Zukunftscharta“ auf Tour und fördert im
490 (interaktiven) Veranstaltungsformat den Dialog zwischen Bürger*innen, Politik und Wirtschaft.

491

492 Neben den zentralen Zielen in der Öffentlichkeitsarbeit positioniert sich die EU auf der Website
493 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ interessanterweise auch folgendermaßen:

494

495 *„Es ist nicht nur gerecht, Entwicklungsländer beim Aufbau friedlicher und florierender
496 Gesellschaften zu unterstützen – die Welt wird dadurch sicherer und eröffnet Europa ein
497 besseres Wirtschafts- und Handelspotenzial.“*

498

499 Nicht nur, dass die EU mit dem Ausruf des Jahres für Entwicklung eine einseitig ausgerichtete
500 Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit fährt, so wird aus dem angeführten Zitat überaus deutlich,
501 welches die zentrale Ausrichtung der „EU-Entwicklungshilfe“ ist: die Förderung von stabilen
502 Handelspartner*innenschaften weltweit. Diese Vision von Entwicklungspolitik ist sehr eng
503 verknüpft mit dem von uns kritisierten westlichen Modernisierungskonzept. Anstatt sich ihrer
504 entscheidenden Rolle in der Kolonialzeit wirklich bewusst zu werden und kritisch die eigene
505 koloniale Vergangenheit aufzuarbeiten, bedient sich Europa noch immer der abwertenden
506 Modernisierungskonzeption mit der zentralen Ausrichtung auf Prosperität im eigenen
507 Wirtschaftsraum.

508

509 Dabei könnte der EU eine sehr entscheidende Rolle in der Entwicklungspolitik zuteilwerden: Die
510 Europäische Union kann durch eine eindeutige Koordinationsrolle einen erheblichen Beitrag für
511 den Erfolg und die Kohärenz staatlicher und europäischer Entwicklungspolitik leisten.
512 Überschneidungen innerhalb von Projekten der EU-Mitgliedsstaaten könnten somit vermieden
513 werden und Ressourcen nachhaltig gebündelt.

514

515 In Verbund von mitgliedsstaatlichen und unionalen Mitteln stellt die EU derzeit mehr als die
516 Hälfte der weltweiten öffentlichen Gelder zur Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.
517 Aufgrund ihrer erheblichen historischen Mitwirkung an den aktuell vorherrschenden globalen
518 Ungerechtigkeiten, ist dies dennoch nicht genügend Mittelbereitstellung. So hat die EU im Jahr
519 2013 insgesamt 56,2 Milliarden Euro an „Entwicklungshilfe“ ausgegeben, wobei die Mittel
520 hierbei aus dem EU-Haushalt und den Haushalten der EU-Länder gemeinsam stammen. Dies
521 entspricht lediglich 0,43 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU und ist somit noch weit
522 entfernt vom Minimalziel, diesen Anteil in 2015 auf 0,7% des BNE zu erhöhen.

523

524 **Entwicklungspolitik muss für sich stehen können!**

525

526 Mit dem „Europäischen Konsens“ von 2005 wurde das Prinzip der „Policy Coherence for
527 Development“ institutionalisiert und erweist sich seitdem als prägend für die EZ der EU. Das
528 Kohärenzkonzept strebt an, die Synergien zwischen verschiedenen Politikfeldern zu nutzen, in
529 diesem Fall also entwicklungspolitische Überlegungen in andere Bereiche einfließen zu lassen
530 und Zielkonflikte zu vermeiden. Soweit die lobenswerte Theorie – die Praxis stellt sich jedoch in
531 aller Regel umgekehrt dar: Entwicklungspolitik wird von übermächtigen Politikfeldern dominiert,

532 instrumentalisiert und schlimmstenfalls ausgehöhlt. Der Eindruck entsteht, Vergemeinschaftung
533 solle um ihrer selbst Willen erzwungen werden, anstatt sich an den tatsächlichen politischen
534 Erfordernissen zu orientieren: Die Interessen der Partnerinnen und Partner bleiben in einem
535 aufgeblähten EU-internen Abstimmungsprozess schnell auf der Strecke.

536

537 Deswegen muss die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, dass Entwicklungspolitik sehr wohl
538 auch für sich stehen kann und zu einem als gleichwertig anerkannten Politikfeld wird. Erst wenn
539 dies gewährleistet ist, kann ein Streben nach Kohärenz seinen ursprünglichen Zweck erfüllen.
540 Geschehen kann dies auf Ebene der europäischen Institutionen beispielsweise durch eine
541 massive Kompetenzaufwertung der für Entwicklungspolitik zuständigen Generaldirektion
542 DEVCO innerhalb der Kommission oder durch eine verstärkte Einbindung des entsprechenden
543 Parlamentsausschusses in Entscheidungsprozesse. Weiterhin ist eine umfassende Reflektion
544 und in Teilen Neudefinition des eigenen Selbstverständnisses unabdingbar. Wo Freihandel zur
545 Notwendigkeit erklärt wird, wo wirtschaftliche gegen politische oder gesellschaftliche Interessen
546 ausgespielt und ihnen gegenüber priorisiert werden, wird es – egal, wie die formalen Prozesse
547 ausgestaltet sind – keine Entwicklungspolitik geben, die diesen Namen verdient.

548

549 Dies gilt, in unterschiedlichem Maße, ebenso in den verschiedenen nationalen politischen
550 Systemen. In Deutschland bedeutet dies eine Stärkung und eine noch praktischere Ausrichtung
551 des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Seine
552 Verknüpfung mit den Durchführungsorganisationen muss weiter vorangetrieben, gleichzeitig
553 muss es noch eigenständiger in Abgrenzung etwa zum Auswärtigen Amt oder zum
554 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie agieren können. In einer Koalition, in der das
555 BMZ zum „Außenministerium der CSU“ (Horst Seehofer) erklärt wird, ist der Einsatz der SPD an
556 dieser Stelle besonders gefragt – und der Nachholbedarf groß.

557

558 Wir fordern:

559

560 • Umdenken! Gute Entwicklungspolitik beginnt in den (sozialdemokratischen) Köpfen, die
561 einseitige Freihandelsdoktrin ist hinter umfassendere Ansätze zurückzustellen.

562

563 • Entwicklungspolitik institutionell stärken! DG DEVCO und das Europäische Parlament
564 müssen aufgewertet, auf nationaler Ebene parallel gehandelt werden.

565

566

567 EU-Handelspolitik neu definieren

568

569 Neben den expliziten entwicklungspolitischen Instrumenten beeinflusst die EU die „Entwicklung“
570 der Länder des Globalen Südens insbesondere durch die vergemeinschaftete Handelspolitik.

571 Die letzten Jahre sahen einen massiven Anstieg an bilateralen und plurilateralen

572 Freihandelsabkommen, wohingegen auf multilateraler Ebene kein signifikantes

573 Handelsabkommen zustande gekommen ist. Die EU hat bereits oder ist im Begriff

574 Freihandelsabkommen mit nahezu allen großen Wirtschaftsräumen der Welt abzuschließen.

575 Gerade bei Ländern des Globalen Südens zeigt sich durch das politische Gewicht und die

576 Marktmacht der EU eine starke Asymmetrie in den Verhandlungen zuungunsten der Länder des
577 Globalen Südens.

578

579 Jene Asymmetrie spiegelt sich zudem in dem zentralen entwicklungspolitischen Instrument des
580 Allgemeinen Präferenzsystems (APS) wider. Mithilfe des APS werden Zollvorteile als

581 Anreizsysteme vergeben. Dies geschieht um Länder des Globalen Südens zum erwünschten
582 politischen bzw. wirtschaftlichen Verhalten zu veranlassen. Die Idee das APS als

583 entwicklungspolitisches Instrument zu nutzen, resultiert aus dem Anspruch, Verletzungen der
584 Menschenrechte beispielsweise in der Produktion von Waren mithilfe von Zollsanktionen

585 kontrollieren und somit bestrafen zu können. Der Europäische Markt verfügt über sehr große

586 globale Marktmacht, so dass die EU zumindest theoretisch mit dem Instrument der APS die

587 Möglichkeit hätte, Arbeitsrechts- und Umweltstandards nicht nur festzuschreiben sondern auch
588 durchzusetzen. Die gängige Analyse dieser theoretischen Idee kommt jedoch zu einer

589 abweichenden Erkenntnis: Soziale Standards werden zwar in den bilateralen Handelsverträgen
590 festgeschrieben, sie sind meist jedoch derart unpräzise formuliert und ohne die Vorsehung

591 realistischer Sanktionsmaßnahmen, so dass die EU bei Verstößen gegen Arbeitsstandards in
592 den Produzent*innenländern oftmals nicht eingreift.

593

594

595 Durch die EU-Handelspolitik wird eine einseitige Wirtschaftsausrichtung der Länder im Globalen
596 Süden zumeist auf wenig profitable Wirtschaftsbereiche (wie z.B. Textil- und
597 Bekleidungsindustrie), gefördert. Die einseitige Ausrichtung der Ökonomien im Globalen Süden
598 auf einen bzw. wenige industrielle Zweige trägt dazu bei, Ungleichverhältnisse auf sozialer,
599 politischer und wirtschaftlicher Ebene innerhalb der Länder, aber ebenso die strukturellen
600 Ungleichheiten im Nord-Süd-Gefälle zu stabilisieren, anstatt diese abzubauen und langfristig zu
601 beseitigen.

602

603 Die EU-Handelsabkommen spiegeln deshalb zuvorderst die wirtschaftlichen Interessen der EU
604 wieder in Hinblick auf Ressourcen und arbeitsintensive Produkte. Diese Abkommen stellen nicht
605 zuletzt ein massives Entwicklungshemmnis dar, das es den Ländern des Globalen Südens nicht
606 ermöglicht, entsprechend von den Abkommen zu profitieren. Sogar Studien der neoliberalen
607 Bertelsmannstiftung belegen bereits jetzt, dass die von der EU derzeit verhandelten bzw.
608 abgeschlossen verhandelten Freihandelsabkommen (TTIP/CETA), bei denen die größten
609 Freihandelszonen der Welt im Globalen Norden geschaffen werden sollen, mit
610 Wohlstandsverlusten in den meisten Ländern des Globalen Südens einhergehen werden:

611

612 *"Die großen Verlierer einer Eliminierung der Zölle sind Entwicklungsländer. Diese verlieren*
613 *durch den verstärkten Wettbewerb auf dem EU- oder US-Markt dramatisch an Marktanteilen.*
614 *Alternative Märkte mit ähnlichem Marktpotenzial sind geographisch relativ weit entfernt. Dies ist*
615 *vor allem für Länder in Nord- und Westafrika ein Problem."*

616

617 **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen stoppen bzw. rückgängig machen – die Vernichtung**
618 **von Entwicklungschancen darf nicht in Kauf genommen werden!**

619

620 Der rücksichtslose Export europäischer Standards zulasten von Entwicklungsländern durch die
621 so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz
622 EPAs) darf nicht weiter unkommentiert bleiben, sondern ein radikaler Kurswechsel ist geboten:
623 Die unter großem Druck seitens der EU zustande gekommenen EPAs oder Interims-EPAs
624 müssen mit sofortiger Wirkung ausgesetzt und unter völlig neuen Strukturen auf tatsächlicher
625 Augenhöhe neuverhandelt werden! Dafür muss zunächst die unsinnige regionale Zersplitterung
626 des Verhandlungspartners – der AKP-Gruppe (afrikanische, karibische und pazifische Staaten)
627 – aufgehoben werden. Nicht nur wurde dadurch die andere Partei massiv geschwächt, sondern
628 auch bestehende Integrationsprozesse unterlaufen.

629

630 Es handelt sich deshalb bei den EPAs nicht um Partnerschaftsabkommen unter EZ-
631 Gesichtspunkten, sondern um neoliberale Freihandelsabkommen mit schwerwiegenden Folgen
632 für fast alle Politikbereiche in den Partner*innenländern. Mag das bisherige Präferenzsystem
633 auch diverse Nebenwirkungen hervorgebracht haben, gefährdet eine zu plötzliche vollständige
634 „Normalisierung“ die Ökonomie und Entwicklung der Partner*innen. Deshalb muss die EU den
635 AKP-Staaten weiterhin individuelle Handelsprivilegien einräumen. Eine Marktöffnung kann nur
636 schrittweise und unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen. „Gute“ EPAs müssen strukturelle
637 Probleme wie z.B. Rohstoffabhängigkeit adressieren, statt europäische Investor*innen zu
638 schützen und staatliche Regulierungsmöglichkeiten zu unterwandern.

639

640 „Sozialdemokrat*innen“, die bei TTIP & Co. – wo eigene Standards potentiell gefährdet werden
641 – in den Widerstand einstimmen, das egoistische Ausspielen der europäischen Machtposition
642 gegenüber Entwicklungsländern aber kommentarlos hinnehmen, haben ihren Namen nicht
643 verdient. Da die SPD, die SPE und andere politische Player*innen diese Veränderungen nicht
644 im Alleingang bewerkstelligen können, ist es ihre Aufgabe, die Bürger*innen für diese Thematik
645 zu sensibilisieren und sie auf die drastischen Konsequenzen gegenwärtiger Politik aufmerksam
646 zu machen – damit ein breites gesellschaftliches Bündnis unsere Position stützen kann.

647

648 Wir fordern:

649

650 • EPAs sofort stoppen! Faire Neuverhandlungen müssen mit der AKP-Gruppe als Ganzes
651 geführt, aber individuelle Bedarfe aller Partner*innen berücksichtigt werden.

652

653 • Kein bedingungsloser Freihandel! Institutionelle Kompetenzverlagerungen müssen

654 revidiert, für den ideologischen Kurswechsel breite Öffentlichkeit hergestellt werden.

655

656 Die aktuelle EU-Handelspolitik untergräbt demzufolge entwicklungspolitische Ziele - der
657 Anspruch der Kohärenz rückt in weite Ferne.

658

659 Multinationale Konzerne spielen eine Schlüsselrolle im Verhältnis von globalen Norden zum
660 globalen Süden. Ihre Macht muss grenzüberschreitend eingedämmt werden. Vor allem müssen
661 Maßnahmen gegen Monopolbildung ergriffen werden. Minimalstandards - wie im Global
662 Compact vereinbart - reichen nicht.

663

664 Wir Jusos fordern daher:

665

666 1. Die marktradikale Handelspolitik der EU muss endlich ein Ende finden. Stattdessen sind
667 umfangreiche Reformen nötig, damit die EU-Handelspolitik dazu beitragen kann, strukturelle
668 Ungleichheiten zwischen den Ökonomien im Globalen Norden und Globalen Süden abzutragen
669 und nicht noch zu verschärfen. Sie soll darauf ausgerichtet sein, zusammen mit der
670 Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Wirtschaftsstrukturen und politische Selbstständigkeit
671 der Gesellschaften des Globalen Südens zu stärken.

672

673 2. Darüber hinaus benötigt die EU eine Neudefinition ihrer handelspolitischen Interessen.
674 Soziale und ökologische Nachhaltigkeit müssen als fundamentale Ziele der Handelspolitik
675 formuliert werden. Alle außenhandelspolitischen Maßnahmen müssen deswegen auf die
676 entwicklungspolitischen Folgen überprüft werden.

677

678 3. Wir fordern eine europäische Agrar- und Handelspolitik, die Entwicklungsländern eine
679 realistische Chance auf einen eigenen funktionierenden Agrarsektor bietet und damit sowohl die
680 Versorgungssicherheit im jeweiligen Land sicher stellt, als auch die Möglichkeit schafft,
681 effektiven wirtschaftlichen Nutzen für die eigene Volkswirtschaft zu ziehen.

682

683 4. Die EU muss sicherstellen, dass alle Mitgliedstaaten eine gemeinsame Strategie für die
684 europäische Entwicklungszusammenarbeit entwickeln und gemeinsam umsetzen. Dafür muss
685 die EU für eine einschlägige Verbesserung in der Koordination der
686 Entwicklungszusammenarbeit eintreten.

687

688 5. Um der EU- Entwicklungspolitik eine größere Relevanz zuteilwerden zu lassen, muss für
689 die derzeitig in der Außen- und Sicherheitspolitik eingebettete Entwicklungspolitik ein
690 eigenständiger Politikbereich geschaffen werden.

691

692 Eine koordinierte europäische "Entwicklungszusammenarbeit" ist für uns nur ein Zwischenschritt
693 zu einer transnationalen und weniger von nationalstaatlichen Interessen beeinflussten globalen
694 Gerechtigkeitspolitik. Schlussendlich müssen Staaten wie die Bundesrepublik finanzielle Mittel
695 bereitstellen, über die sie die Entscheidungsgewalt abgeben und an zu schaffende
696 demokratische Strukturen der Betroffenen übergeben. Diese Politik kann nur dann erfolgreich
697 sein, wenn sie sich nicht als Politik zwischen einzelnen Ländern versteht. Die Probleme des
698 globalen Südens werden nicht nur dort gelöst, sondern im wirklich globalen Maßstab. Deshalb
699 kämpfen wir für einen Paradigmenwechsel – für einen sozialistischen, nicht einen
700 kapitalistischen.

701

702 Für die Neuordnung des globalen Finanzmarktes und Währungssystems

703

704 Die Ordnung des globalen Handels ist nur eine Seite der Medaille. Ihr direktes Gegenstück sind
705 die Devisen-, Kredit- und Kapitalmärkte. Diese Seite wird zu selten beleuchtet, ist aber
706 spätestens seit den 1980er Jahren ein zur Handelspolitik gleichwertiger Einfluss auf den
707 globalen Kapitalismus. Nicht selten ist die Voraussetzung für "Hilfen" und "Zusammenarbeit",
708 dass ein Land sich den Finanzmärkten öffnen soll.

709

710 Direkt mit dem Handel verknüpft sind Spekulationen mit den Rohstoffen aus den Ländern des
711 globalen Südens. Durch exzessive Preisschwankungen kommt es zu Fehlinvestitionen und Not.
712 Ab deutlichsten wird dies im Falle von Nahrungsmittelspekulation, da die Nahrungsmittel sowohl
713 zur direkten Versorgung der Bevölkerung als auch als Einkommensquelle fungieren. Gerade
714 letzteres gilt jedoch auch für eine Reihe weiterer Rohstoffe und Agrarprodukte und darf nicht

715 allein auf Nahrungsmittel reduziert werden.

716

717 Die Abhängigkeit des globalen Südens ist auch durch die Unfähigkeit begründet, in eigener
718 Währung Kredite aufzunehmen und deshalb oft Devisenspekulationen hilflos ausgeliefert zu
719 sein. Selbst moderate Auslandsschulden sind durch diese Staaten dann nichtmehr zu tragen,
720 wenn ihre Währung in Folge einer Panik oder weltwirtschaftlichen Krise rasant abwertet. Eine
721 Vielzahl von Krisen wurden durch solch eine Entwicklung ausgelöst oder zumindest
722 entscheidend beschleunigt und traf auch vergleichsweise große Staaten: Mexiko, Süd-Ost-
723 Asien, Argentinien, Russland und auch die Eurokrise kann so gedeutet werden. Die globale
724 Finanzkrise hat ab 2007 auch viele afrikanische Staaten nach fast einem Jahrzehnt allgemein
725 positiverer ökonomischer Entwicklung in große Schwierigkeiten gebracht. Schätzungen gehen
726 von einem Zuwachs der Armut, gemessen an der 1,25\$-Marke, von mehr als zehn Millionen
727 Menschen gegenüber der Entwicklung ohne Krise aus. Transmissionsmechanismen sind im
728 Zusammenspiel aus Agrarspekulationen, dem Anstieg des Ölpreises und in direkten
729 Auswirkungen der Finanzkrise zu finden. Durch Abwertung der Währung wurden importierte
730 Inputs für den Agrarsektor (v.a. Dünger und Öl) so teuer, dass oft selbst die Bauern unter der
731 Entwicklung leiden mussten und an höheren Preisen für ihre Produkte nicht verdienen konnten.
732 Durch sich verschlechternde Staatseinnahmen und der höheren Last des Schuldendienstes
733 wurden staatliche Maßnahmen massiv eingeschränkt und somit dürften die Ärmsten der Welt
734 die Hauptlast in diesen Staaten getragen haben. Nicht nur der staatliche Schuldendienst wurde
735 teurer, auch die Privatwirtschaft ist häufig auf Kredite in Fremdwährungen angewiesen, deren
736 Verfügbarkeit sich stark einschränkte und so auch die heimische Wirtschaft weiter belastete.
737 Eine noch größere Auswirkung konnten gerade die staatlichen Regulierungen verhindern, die in
738 einigen Staaten als Folge der Asienkrise installiert wurden. Spezifisch für einige Staaten waren
739 schwere Auswirkungen durch das Versiegen der Transfers von Expats an Angehörige in den
740 Herkunftsstaaten. Dies trug direkt zur Verschärfung der Armut bei und verschlimmerte durch
741 weiter sinkende Nachfrage nach heimischer Währung auch über einen indirekten Kanal die
742 Situation.

743

744 Wie auch während der Eurokrise wurden in der Vergangenheit Währungskrisen häufig als
745 Druckmittel für politische Reformen im Sinne der Gläubiger genutzt. Sie sind ein zentrales
746 Instrument der Schock-Strategie, die einer Vielzahl von sozial und ökonomisch Falschen und
747 sonst auch undurchsetzbaren "Reformen" durchzusetzen, welche die Vorherrschaft der
748 Gläubiger im globalen Norden festigen. Unter der fehlgeleiteten Ex-Post-Konditionierung,
749 welche erst dann Hilfe in Aussicht stellt, wenn gewünschte Anpassungen erfolgt oder zumindest
750 vereinbart sind, wird außerdem wertvolle Zeit verschenkt, sodass die Krise weiter Fahrt
751 aufnehmen kann. Da oft Austeritätsprogramme an erster Stelle stehen, wird außerdem die Krise
752 weiter verschärft und so die Abhängigkeit von Geldströmen weiter vertieft.

753

754 Wir fordern daher:

755

756 1. Spekulationen mit sensiblen Rohstoffen, die für breite Bevölkerungsteile eine
757 Einnahmequelle darstellen und insbesondere Grundnahrungsmittel, müssen effektiv
758 eingegrenzt und scharfer Regulierung bis hin zum Verbot oder Preissetzung unterworfen
759 werden. Absicherungsgeschäfte gegen Preisschwankungen dürfen nicht zur Spekulation
760 missbraucht werden und sind nur mit tatsächlichen Produzenten abzuschließen. Großkonzerne
761 mit exzessiver Preissetzungsmacht auf diesen Märkten müssen zerschlagen werden.

762

763 2. Schnelle und direkte Hilfe durch regionale und internationale Organisationen im Falle
764 von Währungsturbolenzen. Dazu ist ein System von Ex-Ante-Konditionalitäten zu schaffen, in
765 dem jedes Land ein Recht auf Zugriff auf Währungsreserven hat, dass sich vor der Krise an
766 vereinbarte und faire Regeln gehalten hat.

767

768 3. Förderung des Aufbaus von regionalen Währungsfonds, welche Hilfe auch ohne
769 übergewichtiges Stimmrecht des Nordens leisten können.

770

771 4. Schaffung eines stabilen internationalen Währungssystems, welches an Stelle der privat
772 dominierten Währungsmärkte ein System setzt, welches durch Fundamentaldaten und richtige
773 Anreize getrieben wird. Eine Übermacht der Gläubiger lehnen wir ab. Wir fordern, dass die
774 Europäische Union sich - ganz im Sinne ihres eigenen Währungsprojektes - für eine solche
775 globale Austauschwährung in der Tradition des Vorschlages von John M. Keynes für den

776 Bancor einsetzt.

777

778 5. Für uns gilt; Multilateralität vor Plurilateralität. Bi-und plurilaterale Freihandelsabkommen
779 sind keine geeigneten Instrumente, um Außenhandelspolitik gerecht zu gestalten. Plurilaterale
780 Abkommen zwischen Ländern des Globalen Südens nehmen wir als vorübergehendes,
781 notwendiges Übel hin. Handelsabkommen müssen wieder auf multilateraler Ebene beschlossen
782 werden. Uns ist zwar bewusst, dass die WTO in der Vergangenheit ebenfalls keine Politik im
783 Sinne der Länder des Globalen Südens gemacht hat, strukturelle Ungleichheiten haben sich
784 aber im letzten Jahrzehnt zuungunsten des Globalen Nordens verschoben, sodass die
785 Organisation stärker in der Lage ist, einen Interessensausgleich herzustellen. Nichtsdestotrotz
786 fordern wir, dass die WTO weiter demokratisiert wird und dass strukturelle Benachteiligungen
787 für Länder des Globalen Südens weiter abgebaut werden. Zudem fordern wir, dass die WTO
788 handelsrelevante Themen, wie Umweltschutz und Sozialstandards zur Grundlage von
789 zukünftigen Handelsabkommen macht.

790

791 6. Die durch Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik der global agierenden
792 Finanzinstitutionen oktroyierten Schulden der Nehmerländer bedürfen einer dringenden
793 Revision und müssen gegebenenfalls durch Schuldenschnitte erlassen werden. Das Erlassen
794 von Schulden darf allerdings nicht an Bedingungen geknüpft werden, wie beispielsweise das
795 deregulieren von Arbeitsrecht oder Zollbeschränkungen.

796

797

798 **Outputorientierter arbeiten: Die Kriterien sind da – evaluiert sie richtig!**

799

800 Ergänzend ist festzuhalten, dass es an Kriterien und Zielmarken für „gute“ Entwicklungspolitik
801 nicht mangelt – ergebnisorientiert wie die MDGs, oder prozessorientiert wie die Grundsätze der
802 Paris Declaration, welche sich auf die Abstimmung zwischen Geber*innen und Partner*innen
803 unter Berücksichtigung von deren Interessen konzentrieren. Auch die EU hat sich längst
804 konkreten gemeinsamen Werten und Zielen verschrieben. Fast alle EZ betreibenden
805 Institutionen benennen konkrete Ziele für jedes einzelne Projekt. Wegweisend für den Erfolg
806 zukünftiger Maßnahmen wird es deshalb sein, das Netzwerk der Evaluation weiter auszubauen
807 und die großen Prinzipien wie eben diejenigen der Paris Declaration nicht als wünschenswerten
808 Idealzustand vor sich herzutragen, sondern die praktische EZ permanent daran zu messen und
809 nötigenfalls in Absprache neu auszurichten. Entwicklungspolitik ist nie eine Einbahnstraße.

810

811 Das Fazit ist eindeutig: Eine EU, die Entwicklungspolitik instrumentalisiert oder „mächtigeren“
812 Interessen unterordnet, macht nichts besser. Gleichwohl hat nur Europa als Ganzes die
813 Kapazitäten, um Entwicklungspolitik gemeinsam besser zu machen als die Summe seiner
814 Mitgliedstaaten es schafft – und um wirklich globale Effekte zu erzielen. Das geht aber nur mit
815 einer klaren Abkehr vom aktuell grassierenden blinden Vertrauen in den Freihandel. An der
816 Spitze dieser Reformen hat die Sozialdemokratie zu stehen: SPD, SPE, bewegt euch endlich!

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

833

834

835

836

Titel Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten

Antragsteller Thüringen

Zur Weiterleitung an Bundeskongress Jusos 2015

Völkermord an Herero, Nama, Damara und San vollständig aufarbeiten

1 Die Jusos setzen sich für eine vollständige Aufarbeitung des Völkermords während der
2 deutschen Kolonialherrschaft an den Herero, Nama, Damara und San im heutigen Namibia ein
3 und fordern eine lückenlose Aufklärung der Ereignisse von 1904 bis 1908. Des Weiteren fordern
4 wir die Rückführung aller sich in deutscher Hand befindlichen Gebeine, die Anerkennung der
5 Notwendigkeit von Reparationszahlungen und Entschädigungen sowie eine verpflichtende
6 Auseinandersetzung mit dem Genozid im Geschichtsunterricht an den Schulen.

7

8 Das deutsche Kaiserreich war keine Friedensmacht. Kolonialgebiete wurden militärisch erobert
9 und Widerstände der autochthonen Bevölkerung wurden mit militärischer Gewalt
10 niedergeschlagen. Höhepunkt des antikolonialen Widerstandes waren die
11 Auseinandersetzungen der Herero, Nama, Damara und San mit den Kolonialherrscher*innen in
12 „Deutsch-Südwest-Afrika“. Seit 1884 etablierte sich das Deutsche Reich als Kolonialmacht in
13 Südwestafrika und perfektionierte ein System der Abhängigkeit, dass dem mittelalterlichen
14 Feudalsystem mit seinem Schutz- und Treueverhältnis gleichkam. Deutsche Militäreliten
15 zwangen afrikanische Großleute zur Kollaboration und nötigten Tausende aus der autonomen
16 Rinderzucht in abhängige Lohnarbeit mit Deutschen. Ziel der Kolonialherrschaft war die
17 Errichtung eines auf Ordnung basierenden Musterstaates auf rassistischer Grundlage. Betrug
18 und Misshandlung von Afrikanerinnen und Afrikanern wurde nicht aufgeklärt oder verurteilt, ein
19 Schutz vor dem systeminhärenten Rassismus war nicht möglich; vielmehr lud das System zu
20 übergriffigem Verhalten ein.

21

22 Am 12. Januar 1904 kam es zum Widerstand durch die Herero, welcher mit
23 menschenverachtender Härte durch das deutsche Militär niedergeschlagen wurde. So riegelten
24 Schutztruppen die Omaheke-Wüste ab, in welche ca. 60.000 Herero geflohen waren, und ließen
25 die Wasserstellen besetzen. Fliehende sollten durch einen klar angeordneten „Schießbefehl“
26 vernichtet werden. Berichte über das Vorgehen der deutschen Kolonialherrscher*innen führten
27 bei den Nama zu einem Guerillakrieg, welcher vier Jahre andauern sollte. Um den Rückhalt aus
28 der Bevölkerung für diesen Krieg zu schwächen, wurden tausende Herero, Nama, Damara und
29 San in Konzentrationslager/Kriegsgefangenenlager, deportiert, wo sie Zwangsarbeit leisten
30 mussten und auf ihr Leben in der rassistischen Utopie der deutschen Eliten vorbereitet werden
31 sollten.

32

33 Bis heute büßen die Herero, Nama, Damara und die San für den Widerstand gegen die
34 deutsche Kolonialmacht. Sie sind in der Bevölkerung Namibias sozial wie auch zahlenmäßig
35 marginalisiert. Weiße Namibier deutscher Herkunft praktizieren noch immer eine Form des
36 Erinnerns an den militärischen Sieg der Kolonialarmee, das die Brutalität des Völkermordes
37 trivialisiert. Unter Reichskriegsflagge soll der gefallenen deutschen Soldaten gedacht werden.
38 Diese geschichtsvergessenen Versammlungen verurteilen wir. Ferner lagern in deutschen
39 Museen und Universitäten weiterhin menschliche Überreste aus Namibia, welche während des
40 Genozids zu rassenanthropologischen Untersuchungen nach Deutschland geschickt worden
41 sind. Bei Rückführungen werden namibische Vertreter*innen selten angemessen behandelt,
42 was 2011 deutlich wurde, als eine hochrangige Delegation bei einer Rückführung von 20
43 Totenschädeln von der Regierung weitestgehend ignoriert wurde. Die Anerkennung des

44 Genozids durch den Bundestag und die Bundesregierung, sowie die Leitlinie „Der
45 Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 bis 1908 war ein Kriegsverbrechen und Völkermord.“
46 sehen die Jusos als Schritt in die richtige Richtung an, jedoch sehen wir den Staat so mehr als
47 je zuvor in der Pflicht, mit den Zahlungen der dringend benötigten Repatations- und
48 Entschädigungsleistungen zu beginnen und auf eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem
49 ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts zu drängen.

50

51 Wir fordern außerdem die Anerkennung und Entschädigung der Völkermorde in anderen
52 deutschen Kolonien, z.B. im heutigen Tansania (u.a. gegen den Maji-Maji-Aufstand), Kamerun
53 (u.a. mit der ‚Pazifizierung‘ des Binnenlandes), in Togo (u.a. durch Ausbeutung und Zerstörung
54 ganzer Orte), im Südpazifik (u.a. mit der Niederschlagung des Sokehs-Aufstand) oder in
55 Kiautschou (u.a. mit der Gewalt gegen den "Boxeraufstand" / Aufstand der Yihetuan).

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Gender Mainstreaming in der Stadt- und
Regionalentwicklung

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Gender Mainstreaming in der Stadt- und Regionalentwicklung

1 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und haben als Ziel die Gleichstellung der
2 Geschlechter. Besonders in der Regionalentwicklung muss im Rahmen von Gender
3 Mainstreaming Gleichstellung als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Diese Aufgabe
4 richtet sich dabei nicht an einzelne, sondern betrifft alle gleichermaßen – sowohl Politik als auch
5 Verwaltung und die Gesellschaft. Vor allem ist eine Zusammenarbeit der Kommunen innerhalb
6 von Ballungsgebieten unabdingbar, um jede*n am gesellschaftlichen Leben partizipieren lassen
7 zu können.

8

9 Gender Mainstreaming dient der Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*.
10 Es bedeutet, in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen von Anfang an
11 Gleichstellungsaspekte unter der Prämisse, dass Frauen* und Männer* aufgrund ihrer sozialen
12 und kulturellen Geschlechterrollen (gender) in der Gesellschaft unterschiedliche
13 Lebensbedingungen und Chancen vorfinden und von gesellschaftlichen Prozessen und deren
14 Auswirkungen unterschiedlich betroffen sind, zu berücksichtigen und einzubeziehen.

15

16 Eine treibende Kraft für die Umsetzung von Gender Mainstreaming stellt die EU dar, welche
17 1997 im Amsterdamer Vertrag Gender Mainstreaming offiziell als verbindliche Richtlinie für alle
18 Mitgliedsstaaten zum Ziel der EU-Politik gemacht hat: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch
19 die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie
20 durch die Durchführung der in den Artikel 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und
21 Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft (...) die Gleichstellung von Männern und Frauen (...)
22 zu fördern.“ Weiter heißt es im Art. 3 des Amsterdamer Vertrags: „Bei allen in diesem Artikel
23 genannten Tätigkeiten wirkt die Gemeinschaft darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die
24 Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern.“

25

26 In Deutschland wurde durch die Novellierung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der
27 Bundesministerien durch einen Kabinettsbeschluss im Jahr 2000 Gender Mainstreaming
28 vorangetrieben, da alle Ressorts der Bundesregierung Gender Mainstreaming bei politischen,
29 normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesregierung zu berücksichtigen haben.

30

31 Auf dieser Grundlage ergeben sich für die Jusos folgende Forderungen:

32

33 Die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Teilhabemöglichkeiten, Sicherung des gleichen
34 Zugangs zu öffentlichen (Dienst-)Leistungen und der Gleichstellung und gleichen Verteilung von
35 Macht und Einfluss zwischen Frauen* und Männern*. Für uns sind die zentralen
36 Handlungsfelder geschlechtergerechter Regionalentwicklung Mobilität, Angsträume,
37 Siedlungsstruktur, öffentliche Verwaltung und die Finanzierung.

38

39 **Mobilität**

40

41 Mobilität muss unter dem Aspekt Geschlechtergerechtigkeit weiterentwickelt werden. Die
42 Teilhabe am öffentlichen Leben wird oftmals durch die Möglichkeiten der Mobilität bestimmt. Ob
43 öffentlicher Personennahverkehr, PKW, Fahrrad oder Fußgänger*innen. Der öffentliche

44 Personennahverkehr muss nicht nur gestärkt werden, sondern auch für eine
45 geschlechtergerechte Perspektive offen stehen. Es muss überprüft werden, ob der ÖPNV
46 gänzlich barrierefrei gestaltet ist. Bei Busfahrten in den Abend- und Nachstunden soll die
47 Möglichkeit bestehen zwischen Haltestellen zu stoppen um einen kürzeren Rückweg zu
48 ermöglichen. Die bisherigen freiwilligen Services einiger Verkehrsbetriebe soll durch eine
49 verbindliche Lösung ersetzt werden.

50

51 Insgesamt muss aber die Bereitstellung eines flächendeckenden ÖPNV-Angebots auch z.B. in
52 eher frequenzarmen Abend- und Nachtzeiten ein zentrales Ziel sein. Der Nahverkehr ist für uns
53 im Kern eine öffentliche Aufgabe, die auch dementsprechend staatlicherseits finanziert werden
54 muss. Dabei sollen selbstverständlich auch Modelle wie Anruflinientaxis, bei denen ein Taxi
55 nach einer zeitlich zumutbaren Vorbestellung zum selben Preis die Aufgabe einer ansonsten auf
56 gleicher Strecke verkehrenden Buslinie übernimmt, ausgebaut werden, sofern die Nachfrage für
57 normale Angebote nicht gegeben ist.

58

59 **Angsträume**

60

61 Das Thema Angsträume im Sinne des Gender Mainstreamings ist ein wesentlicher Punkt des
62 Gender Mainstreamings. Gerade nicht ausgeleuchtete Parkplätze, Seitenstraßen/-gassen oder
63 Bahnhöfe sowie Bushaltestellen sind sowohl für Frauen* und Männer* nachts ein Bereich der zu
64 Unwohlsein führt. Dunkle Plätze und Flächen müssen daher besser ausgeleuchtet werden.
65 Außerdem soll an Bahnhöfen und anderen zentralen Punkten des öffentlichen Raumes mehr
66 deeskalierendes Personal, für Fragen und Hilfestellungen zur Verfügung stehen. Des Weiteren
67 soll ein nächtlicher Telefondienst, der auf dem Weg nach Hause zum Zuhören bereit steht,
68 eingeführt werden. Diese Hotline soll kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Eine einfache,
69 maximal 5 stellige Zahlenabfolge soll in öffentlichen Verkehrsmitteln z.B. Bussen, U-Bahnen etc.
70 gut sichtbar in jedem Wagon plakatiert werden. Darüber hinaus muss eine flächendeckende
71 Information der Öffentlichkeit via Medien z.B. Zeitungsanzeigen, Flyer etc. über das
72 Telefondienstangebot gewährleistet werden.

73

74 **Siedlungsstruktur**

75

76 Die Siedlungs- und Raumentwicklung sollte folgende Punkte beachten: Der Ausdünnung und
77 der Zentralisierung der Infrastruktur und der Nachversorgung sollte entgegen gewirkt werden.
78 Die räumliche Verteilung und die Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen,
79 Kindertagesstätten und der Nahversorgung spielen dabei eine wichtige Rolle. Auch die
80 Wohnbebauungsplanung sollte stets unter der Berücksichtigung der Barrierefreiheit geschehen.
81 Bei allen baulichen Vorhaben und kommunalen Ausschreibungen soll der Aspekt des Gender
82 Mainstreamings berücksichtigt werden.

83

84 Die Belastung vieler innerstädtischer Bereiche aufgrund stark nachgefragter Parkplätze soll
85 durch integrierte Parkraumkonzepte der Kommunen reduziert werden. Dabei ist auf eine
86 ausgewogene Parkraumbewirtschaftung zu achten, die Bewohner*innen, Besucher*innen und
87 Beschäftigte ansässiger Unternehmen oder Einzelhändler*innen angemessen berücksichtigt.
88 Dabei sind verschiedene Konzepte denkbar, die in jedem Fall den Anwohner*innen und
89 anliegenden Händler*innen zugutekommen sollen. Je nach Bedarf sollen kostenlose oder
90 (gestaffelt) kostenpflichtige Anwohner*innenparkplätze geschaffen werden. Um integrierte
91 Konzepte nachhaltig wirksam zu machen, sind ein attraktives ÖPNV-Angebot in den
92 Wohnquartieren sowie eine angemessene Berücksichtigung von Stellplätzen für Carsharing-
93 Angebote zu beachten, um das Ausmaß des innerstädtischen Autoverkehrs zu verringern.

94

95 **Öffentliche Verwaltung**

96

97 Der Gender Mainstreaming soll ebenfalls innerhalb der kommunalen Verwaltungen
98 implementiert werden. Um dieses Ziel realisieren zu können, muss Gender Mainstreaming zur
99 Regelpraxis werden. Das bedeutet, dass alle Akteur*innen in und um die Verwaltung in allen
100 Sachgebieten, wie zum Beispiel Verkehr oder Arbeit, in allen Handlungsfeldern wie z.B.
101 Öffentlichkeitsarbeit oder Personal den Gender Mainstreaming-Ansatz mit einzubeziehen. Dies
102 beinhaltet, dass Gender Mainstreaming sowohl bei der Organisation der Verwaltung als auch
103 bei der fachlichen Arbeit Berücksichtigung findet. Dazu gehört für uns auch, dass deutlich mehr
104 Frauen* als bisher obere Verwaltungspositionen besetzen. Auf der politischen Ebene sind

105 Zielsetzungen unter dem Gender Mainstreaming-Ansatz notwendig, einerseits inhaltlich aber
106 auch im Bereich der Personalpolitik, wie zum Beispiel bei der strategischen Ausrichtung und
107 personellen Besetzung von städtischen Tochterunternehmen. Seitens der Verwaltungen ist auch
108 darauf zu achten, dass die Interessen von Frauen* im Rahmen von
109 Bürger*innenbeteiligungsprozessen wirklich ausreichend beachtet werden. Häufig finden z.B.
110 Diskussionen zu Stadtentwicklungsprozessen aus einer männlich geprägten
111 "Windschutzscheiben-Perspektive" statt, wohingegen die Interessen anderer Akteure weniger
112 Gehör finden.

113

114 **Finanzierung**

115

116 Da im europäischen Vertrag die Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*
117 festgelegt ist und vorangetrieben werden soll, stehen für solche Projekte auch Fördermittel im
118 Rahmen des Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Es soll sich darum bemüht werden, dass
119 diese Mittel in Zukunft auch aufgestockt werden. Innerhalb dessen lässt sich sowohl auf
120 Länderebene als auch auf Bundesebene die Gender Mainstreaming-Strategie verankern. Um
121 diesen Aspekt ganzheitlich aufgreifen zu können, müssen im Rahmen des ESF folgende Punkte
122 beachtet werden: Sozioökonomische Analyse, Zielsetzung, Planung und Operationalisierung,
123 Implementierung, Umsetzung, Begleitung und Evaluierung. Zu Beginn der Förderperiode 2007-
124 2013 des ESF wurde zusätzlich in Deutschland eine begleitende Gender-Mainstreaming
125 Beratungsstruktur auf Bundesebene für den ESF etabliert.

126

127 Zur Unterstützung der ESF-Fondsverwaltung gehört das Gender Budgeting. Beim Gender
128 Budgeting handelt es sich um einen gendergerechten Haushaltsplan, welcher zunächst aus der
129 Definition von Gleichstellungszielen besteht. Ziel ist es den bestehenden Haushalt, z. B. einer
130 Kommune, einer Behörde, einer Universität oder eines Landes, bestehend aus deren
131 Einnahmen und Ausgaben im Hinblick auf diese Gleichstellungsziele anzugleichen. Dabei
132 fordern wir die weitere Implementierung des Ansatzes auf allen politischen Ebenen bis hin zur
133 Kommune. Um genderbezogene Folgeabschätzungen, Wirkungsanalysen und Evaluationen in
134 den Haushaltskreislauf zu integrieren, bedarf es einer umfassenden Sensibilisierung und
135 Schulung der zuständigen Mitarbeiter*innen. Hierfür müssen die entsprechenden finanziellen,
136 zeitlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Gender
137 Mainstreaming-Strategie muss gerade in der Kommunen stärker eingebracht und finanziell
138 unterstützt werden, um somit das Konzept des Gender Budgeting zu fokussieren. Darüber
139 hinaus fordern wir nicht nur eine ernsthafte Anwendung von Gender Budgeting auf kommunaler,
140 sondern auch auf Bundesebene. Die Bundesregierung vernachlässigt die breite Umsetzung
141 einer geschlechtersensiblen Haushaltspolitik. Obwohl es eine umfangreiche Machbarkeitsstudie
142 gab, wird das Konzept nur punktuell in einigen Ministerien verwendet. Hier fordern wir ganz klar,
143 das Gender Budgeting nicht mehr als Nischen-Idee wahrgenommen wird, sondern breit und
144 politikfeldübergreifend im gesamten Bundeshaushalt zur Anwendung kommt.

145

146 Der Vorteil des Gender Mainstreaming-Konzepts liegt vor allem auch darin, dass es offen ist für
147 intersektionale Ansätze. In dem Geschlecht als Querschnittsthema in allen Politik- und
148 Entscheidungsprozessen mitgedacht wird, kann dies auch die Sichtbarmachung von anderen
149 Diskriminierungsformen fördern, die im Zusammenhang mit „Geschlecht“ stehen, wie z.B.
150 Religion, Ethnizität, Klasse oder körperliche Beeinträchtigung. Wir fordern daher, dass die
151 Umsetzung von Gender Mainstreaming auf den verschiedenen politischen Ebenen vor allem
152 auch aus einer intersektionalen Perspektive gestaltet und umgesetzt wird. Wir wollen tradierte
153 Rollenbilder aufbrechen und durch die Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming der Stadt-
154 und Regionalentwicklung für ein gleichberechtigteres und partizipatives Miteinander der
155 Gesellschaft beitragen.

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

Titel	Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen
Antragsteller	Bayern
Zur Weiterleitung an	Bundesparteitag

Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache – Für eine Verbesserung der Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen

1 Jede dritte Frau erlebt im Laufe ihres Lebens Gewalt. Die im März 2015 erschienene Erhebung
2 der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) macht deutlich, dass es an der Zeit
3 ist, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen, Maßnahmen gegen diese weit
4 verbreitete Gewalt ergreifen.

5

6 **Bessere Finanzierung der Frauenhäuser**

7

8 Eine Maßnahme, die Frauen unmittelbar Schutz bieten und es ihnen ermöglicht, aus einer
9 Gewaltsituation zu Hause - sei es, diese gehe von ihren Partnern oder von Familienangehörigen
10 aus - auszubrechen, sind Frauenhäuser. Nach einer Richtlinie der Europäischen Union muss
11 pro 7500 EinwohnerInnen ein Frauenhausplatz zur Verfügung stehen“ durch: “Gemäß Artikel 23
12 des 2011 geschlossenen Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von
13 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt hat sich Deutschland zur Einrichtung von
14 geeigneten, leicht zugänglichen Schutzunterkünften in ausreichender Zahl verpflichtet. Der
15 Europarat empfiehlt hierbei eine Platz in einer Schutzunterkunft pro 10.000 Einwohner*innen.
16 Davon sind wir in Deutschland aber weit entfernt.

17

18 Regelmäßig kann Frauen kein Platz im nächst gelegenen Frauenhaus angeboten werden,
19 sodass diese an ein anderes Frauenhaus weiterverwiesen werden müssen. Bezieht man dabei
20 mit ein, dass nur lediglich ca. 3% der von Gewalt betroffenen Frauen überhaupt Kontakt zum
21 Frauenhaus oder einer Einrichtung für Opferschutz aufsuchen, wird deutlich, wie wenig
22 Frauenhausplätze zur Verfügung stehen.

23

24 Für uns ist klar: Jeder Frau, die zu Hause Gewalt erfahren muss, muss zu jeder Zeit
25 wohnortnah ein Platz in einem Frauenhaus zur Verfügung stehen und die entsprechende
26 Betreuung zur Verfügung stehen! In Artikel 2 des Grundgesetzes ist das Recht auf körperliche
27 Unversehrtheit verankert. Wenn das zu Hause verwehrt wird, muss ein Schutzort zur Verfügung
28 stehen, an dem Hilfe abgerufen werden kann. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf
29 einen Frauenhausplatz. Hierfür ist eine bessere finanzielle Ausstattung von Frauenhäusern und
30 Beratungsstellen für Frauen in Not unbedingt erforderlich, damit auch die Rufbereitschaft in
31 Frauenhäusern erhöht werden kann.

32

33 Dabei ist klar: Finanzierungsmodelle wie das der Tagessatzfinanzierung lehnen wir strikt ab. Die
34 Finanzierung über Tagessätze wälzt die Kosten für den Frauenhausaufenthalt auf die einzelne
35 Frau ab und macht Gewalt gegen Frauen zu einem individuellen Problem. Gruppen wie
36 Auszubildende, Studentinnen oder erwachsene Schülerinnen und Frauen ohne gesicherten
37 Aufenthaltsstatus haben keinen Anspruch auf Leistungen wie Hartz IV und können sich somit
38 ohne Einkommen oder Vermögen den Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten. Hilfe für Frauen
39 in Notsituationen ist eine gesellschaftliche Aufgabe und darf nicht von der finanziellen
40 Situationen der einzelnen Frau abhängen.

41

42 Wir fordern deshalb neben einer Erhöhung der Landesmittel auch eine finanzielle Beteiligung
43 des Bundes an den Frauenhäusern, da die Kommunen mit ihrer Vielzahl an Aufgaben
44 unterstützt werden müssen.

45

46 **Barrierefreie Frauenhausplätze schaffen**

47

48 Die bessere Finanzierung der Frauenhäuser soll nicht nur die Anzahl der Plätze erhöhen, sie
49 soll auch dazu herangezogen werden, um Barrierefreiheit in den Frauenhäusern herzustellen.
50 Notwendig sind hier barrierefreie Bauten bzw. Nachbesserungen an bestehenden Bauten, mehr
51 Wohneinheiten mit eigenen Küchen, mehr abgetrennte Apartments für Frauen mit älteren
52 Söhnen, die oftmals nicht mehr in den Frauenhauszimmern mit untergebracht werden dürfen
53 (aus Rücksicht auf andere Bewohnerinnen, die sich aufgrund ihrer Gewalterfahrung durch junge
54 Männer bedroht fühlen könnten).

55

56 **Schutz für Asylbewerberinnen**

57

58 Eine besondere Situation besteht für Asylbewerberinnen, die in den Gemeinschaftsunterkünften
59 oder Erstaufnahmeeinrichtungen Gewalt erfahren. In diesen Einrichtungen müssen
60 Schutzräume für Frauen vorgehalten werden. Außerdem sind Ansprechpartnerinnen in den
61 Einrichtungen notwendig und Schulungen für das dort arbeitende Personal insgesamt für den
62 Umgang mit Menschen, die Gewalterfahrungen gemacht haben. Ebenso muss es ein
63 ausreichendes und unbürokratisches zu erreichendes Angebot an Plätzen für
64 Asylbewerberinnen in Frauenhäusern geben. Die Zuweisung, die im Zuge des Asylverfahrens
65 erfolgt, darf keinen Umzug in eine andere Stadt mit sich bringen, wenn dort keine
66 ausreichenden Schutzmöglichkeiten im Sinne der Asylbewerberinnen vorhanden sind.
67 Eventuelle Mehrkosten sind vom Bund zu tragen. Für Asylbewerberinnen, die aus
68 Frauenhäusern ausziehen, sind unbürokratische Lösungen zu erarbeiten, die es ihnen
69 ermöglicht, den Prozess der Verarbeitung ihrer Gewalterfahrung weiterzuführen und nicht zu
70 behindern.

71

72 **Flächendeckende Versorgung mit Mädchenhäusern**

73

74 Auch junge Mädchen sind bereits von Gewalt betroffen und oftmals in einer besonderen
75 Abhängigkeitssituation mit den Täter*innen. Dieser besonderen Situation können die
76 bestehenden Frauenhäuser nicht in vollem Umfang gerecht werden. Wir fordern daher die
77 flächendeckende Einrichtung von Mädchenhäusern, die einen Zufluchtsort für minderjährige
78 Mädchen bieten und deren Personal für diese besondere Situation ausgebildet ist.
79 Flächendeckend bedeutet dabei für uns, dass es jedem Mädchen bundesweit möglich ist ein
80 Mädchenhaus aufzusuchen, ohne auf ein Auto oder teure Verkehrsmittel zurückgreifen zu
81 müssen. Um Mädchen Hilfe anzubieten, fordern wir eine Bundesweite Präventionskampagne
82 sowie die finanzielle Unterstützung für Projekte in Form von Hilfetelefonen und Online
83 Beratungen. Genauso gibt es in jeder Stadt spezielle Notfallplätze vom Jugendamt, für akut
84 betroffene Mädchen. Diese gilt es bekannter zu machen. Diese Einrichtungen können junge
85 Mädchen beraten und gegebenenfalls in Verbindung mit dem Jugendamt das weitere Vorgehen
86 eruieren.

87

88 **Aktionsplan für sozialen Wohnungsbau**

89

90 Insbesondere die sehr schwierige Wohnungssuche zwingt viele Frauen in Frauenhäusern zu
91 bleiben, sie verlängert die Notsituation der Frauen. Wir fordern daher landesweite Aktionspläne
92 für sozialen Wohnungsbau. Dieser Aktionsplan würde auch anderen Bevölkerungsgruppen, die
93 auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind, zugutekommen.

94

95

96

97

98

99

100

101

102

Titel Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

Antragsteller Hamburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Mehr Rechtsstaat – Keine Vorurteile

- 1 Wir fordern,
- 2
- 3 1. Anlasslose Polizeikontrollen – wie etwa in den §§22 Abs. 1a, 23 Abs.1 Nr.3
- 4 Bundespolizeigesetz vorgesehen und um menschenrechtswidrige Diskriminierungen zu
- 5 verhindern, dürfen Personenkontrollen nur aufgrund spezifischer
- 6 Ermächtigungsgrundlagen erfolgen.
- 7 2. Die Einführung detaillierter Vorschriften zum Verbot von „Racial Profiling“ sowie eines
- 8 Verwertungsverbots eines aus Grundlage von „Racial Profiling“ erlangten Beweises.
- 9 3. Eine mündliche Begründungspflicht für Personenkontrollen gegenüber den Betroffenen,
- 10 nach der Beamt*innen den Betroffenen mitteilen müssen, auf Grund welcher konkreten
- 11 Anhaltspunkte die Personenkontrolle erfolgt und ergänzend eine behördeninterne
- 12 Rechenschafts- und Dokumentationspflicht für die kontrollierenden Beamt*innen
- 13 eingeführt werden.
- 14 4. Schulungen zu Kommunikationsstrategien und interkultureller Kompetenz sowie *Anti-*
- 15 *Bias*-Schulungen in die Aus- und Weiterbildung von PolizeibeamtInnen im Außendienst
- 16 aufgenommen werden.
- 17 5. die Einführung einer von der Polizei und Staatsanwaltschaft unabhängigen Ermittlungs-
- 18 und Kontrollinstanz. Diese soll immer dann Tätig werden, wenn ein Verdacht auf
- 19 diskriminierende Polizeimaßnahmen oder Polizeigewalt, besteht.
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44

Titel Vermummungsverbot abschaffen!

Antragsteller Mecklenburg-Vorpommern

Zur Weiterleitung an

Vermummungsverbot abschaffen!

1 **Vermummungsverbot abschaffen!**

2

3 Das letzte Jahr hat uns gezeigt, wie leicht gesellschaftliche Stimmungen kippen können, wie
4 unter der Oberfläche schwelender Rassismus ausbrechen kann und beginnt sich in politische
5 Vertretungen zu manifestieren. Es hat uns gezeigt wie Misstrauen und Vorurteile in Hass und
6 blanke Gewalt umschlagen können. PEGIDA, AfD und ihre Geistesverwandten hetzen gegen
7 alle, die nicht in ihre Vorstellung einer deutschen Volksgemeinschaft passen, seien es
8 Asylsuchende, People of Colour, LGBTIQ*-Menschen, (linke) Politiker*innen und Aktivist*innen,
9 Medienvertreter*innen oder andere.

10

11 **Vermummung als Selbstschutz**

12

13 In dieser Situation sind viele Menschen, auch viele Jusos, wöchentlich auf der Straße, um sich
14 für eine offene Gesellschaft und gegen den ausufernden Hass und Rassismus einzusetzen. Sie
15 kommen dabei nicht umhin sich erheblichen Gefahren auszusetzen. Übergriffe auf
16 Aktivist*innen, die sich für die Rechte von Asylsuchenden einsetzen, häufen sich. Körperliche
17 Angriffe, Verfolgungen, Vandalismus, Brand- und Bombenanschläge, Attentate, die
18 Hemmschwelle ist gesunken und die politische Rechte agiert immer aggressiver.
19 Neonazifotograph*innen fotografieren gezielt Aktivist*innen, Betroffene werden diffamiert und
20 persönlich bedroht, oft sogar mit dem Leben.

21

22 Betroffene, die in der Öffentlichkeit stehen, haben zum Teil die Möglichkeit eben diese als
23 Schutz zu nutzen. Betroffene, ohne diese Möglichkeit, sind daher angreifbarer.

24

25 Alle Teilnehmer*innen einer Demonstration haben jedoch das verfassungsmäßig garantierte
26 Recht am eigenen Bild sowie das Recht auf Gesundheit und Leben. Diese werden besonders
27 dann schwer eingeschränkt und gefährdet, wenn auf Nazi-Demonstrationen rechtsradikale
28 Photograph*innen Gegendemonstrant*innen fotografieren und die Polizei nicht fähig oder willens
29 ist, Aktivist*innen hiervon ausreichend zu schützen. In dieser Situation wirkt das Verbot der
30 Vermummung fatal. Menschen die ihre eigene Identität schützen wollen, um nicht ins
31 Fadenkreuz von Neonazis oder anderen Rechten zu geraten, werden kriminalisiert. Es bleibt
32 nur die Wahl zwischen der Gefahr rechter Übergriffe, oder sich bei Vermummung nach §17a
33 Versammlungsgesetz strafbar zu machen. Hier stellt das Vermummungsverbot dem
34 Grundrechtsschutz das Prinzip einer funktionsfähigen Strafverfolgung entgegen und trifft eine
35 schwerwiegende Entscheidung: Die Verfolgung von Einzeltäter*innen wird höher gewertet, als
36 der Schutz der Grundrechte und das Recht, die eigenen Rechte zu schützen, einer Vielzahl von
37 Menschen. Dies ist eine auf Dauer gesellschaftlich nicht tragbare Wertung.

38

39 **Legitime Motive für Vermummung**

40

41 Das Vermummungsverbot stellt alle Demonstrant*innen unter einen Generalverdacht und geht
42 davon aus, dass die Vermummung generell nur zur Vereitelung von Straftaten stattfindet. Dies
43 ist jedoch in den seltensten Fällen so. So wie auf Demonstrationen unterschiedliche Menschen
44 zusammenkommen, so sind auch die Motive der Vermummung plural und vielschichtig. Angst

45 vor Verfolgung durch den politischen Gegner insbesondere bei Anti Nazi-Aktionen,
46 Diskriminierung durch Arbeitgeber*innen, sozialen Sanktionen aus dem Familien- und
47 Freundeskreis oder der allgemeine Wunsch nach Anonymität sind besonders häufige und
48 vollkommen legitime Motive. Was jedoch legitim ist, sollte in einer gerechten Rechtsordnung
49 auch legal sein!

50

51 **Vermummungsverbot als Vorwand für Repression**

52

53 Wer sich verummmt, also in einer "Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf
54 ausgerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern" §17a (2) I VersG an einer
55 Versammlung teilnimmt, macht sich strafbar und gibt der Polizei die Möglichkeit der Repression.
56 Viele von uns konnten leider bereits erleben, wie unverhältnismäßige Polizeiaktionen mit dem
57 Verbot der Vermummung begründet wurden.

58

59 Doch nicht nur auf Demonstrationen wirken diese Nebeneffekte des Vermummungsverbotes,
60 bereits auf dem Weg zu einer Demonstrationen ist es nach §17a (2) I VersG verboten sich zu
61 verummten.

62

63 Als ob das schon nicht genug wäre, ist es sogar verboten: "(..)Gegenstände mit sich zu führen,
64 die geeignet sind und den Umständen nach dazu bestimmt sind, die Feststellung der Identität
65 zu verhindern."§17a (2) II VersG.

66

67 Die Formulierung geht allzu weit. Objektiv macht man sich schon strafbar, wenn man auf dem
68 Weg zu einer Demonstration im Winter einen Schal, der geeignet ist die Feststellung der
69 Identität zu verhindern, dabei hat. Die subjektive Auslegung des Tatbestandsmerkmals ob
70 Gegenstände den „Umständen nach dazu bestimmt sind“ eine Identitätsfeststellung zu
71 verhindern, wird zunächst der Polizei überlassen. Dieses ist jedoch derart unbestimmt, dass der
72 Polizei unnötige Repressionsmöglichkeiten eröffnet werden.

73

74 Es ist höchst zweifelhaft, ob es legitim ist Polizeibeamt*innen die Macht zu verleihen, den Willen
75 einer anderen Person bezüglich eines einfachen Kleidungsstückes auszulegen, bei dem kein
76 offensichtlicher Schutzwaffencharakter erkennbar ist.

77

78 **Vermummungsverbot wirkungslos**

79

80 Das Vermummungsverbot ist geschaffen wurden, um Demonstrant*innen daran zu hindern
81 Straftaten zu begehen und dabei die Feststellung ihrer Identität zu verhindern. Allerdings
82 verfehlt es nicht nur in der Realität, sondern bereits theoretisch seinen Sinn und Zweck.

83

84 Wer im Rahmen einer Demonstration willens ist Straftaten zu begehen, nimmt bereits das
85 Risiko der Strafverfolgung für eben diese Straftaten in Kauf. Es widerspricht jeglicher Logik
86 anzunehmen Menschen, die Straftaten begehen wollen, würden sich einem höheren Risiko der
87 strafrechtlichen Verfolgung aussetzen, indem sie sich dabei aufgrund eines Verbotes nicht
88 verummten. Bei einer möglichen Festnahme ist dann die Vermummung in der Regel nicht der
89 schwerste Rechtsbruch, welcher der Person angelastet wird.

90

91 Folglich ist klar, durch die Kriminalisierung der Vermummung wird sich niemand von Straftaten
92 abhalten lassen.

93

94 **Vermummungsverbot ist keine Selbstverständlichkeit!**

95

96 Historisch betrachtet ist das Vermummungsverbot eine ziemlich neue Regelung. Es wurde erst
97 am 28. Juni 1985 von einer schwarz-gelben Koalition unter der Führung Helmut Kohls in Kraft
98 gesetzt. Dies bedeutet, dass das Vermummungsverbot keine Selbstverständlichkeit ist. 36
99 Jahre lang gab es in der BRD ein Versammlungsrecht ohne Vermummungsverbot. In diesem
100 Zeitraum fallen eine Vielzahl besonders schwerer Auseinandersetzungen zwischen
101 verschiedenen Bewegungen und der Staatsgewalt. Diese konnten nachweislich auch ohne
102 Vermummungsverbot ohne Schäden an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelöst
103 werden.

104

105 **Vermummungsverbot als deutscher Sonderweg**

106

107 Weiterhin ist das Vermummungsverbot ein deutscher Sonderweg. In der Betrachtung
108 vergleichbarer Rechtsordnungen muss man feststellen, dass das Vermummungsverbot
109 außerhalb des deutschen Sprach- und Kulturkreises sowohl im europäischen Ausland als auch
110 darüber hinaus ist weitgehend unbekannt ist. Folglich ist ein Vermummungsverbot keine
111 immanente Voraussetzung für die Existenz eines stabilen, demokratischen Rechtsstaates.

112

113 Es zeigt sich: das Verbot der Vermummung auf Demonstrationen ist weder historisch betrachtet
114 noch im Vergleich mit anderen Rechtsordnungen notwendig, es schränkt die Grundrechte von
115 Demonstrant*innen ungerechtfertigt ein, verfehlt seinen Sinn und Zweck, ermöglicht jedoch
116 polizeiliche Repression und kriminalisiert Selbstschutz.

117

118 Daher:

119

120 Die Jusos fordern die Abschaffung des sogenannten Vermummungsverbot im deutschen
121 Versammlungsrecht. Wir fordern die §§ 17a Abs. 2, 27 Abs. 2 Nr. 2, Nr. 3c, 29 Abs. 1 Nr. 1a
122 Versammlungsgesetz außer Kraft zu setzen sowie alle etwaigen Parallelvorschriften in den
123 einzelnen Landesversammlungsgesetzen zu streichen.

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

Titel Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

Antragsteller Braunschweig

Zur Weiterleitung an

Wohnheimslotterie 9 aus 100? Für ausreichenden Wohnraum für Studierende, überall!

1 1. Wo wollen wir hin?

2

3 Wir JungsozialistInnen haben schon immer gefordert, dass Bildung und die Möglichkeit
4 Bildungsangebote wahrnehmen zu können nicht vom Inhalt des Geldbeutels abhängig sein darf.
5 Dies bezieht sich nicht nur auf die Gebührenfreiheit eines Studiums. Die Mietkosten zehren
6 einen Großteil des monatlichen Budgets der Studierenden auf. Wer ein Studium beginnen will,
7 soll sich nicht erst mit dem Mietspiegel des potentiellen Studienortes auseinandersetzen
8 müssen. Studierendenfreundliches Wohnen als faktische Voraussetzung für eine freie Wahl des
9 Studienorts ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und vom Staat zu gewährleisten.

10

11 Grundsätzliches Ziel muss es sein, die Studierendenwerke in die Lage zu versetzen, ein
12 ausreichendes Angebot an günstigem und zeitgemäßem Wohnraum für Studierende
13 bereitstellen zu können. Bei der Verteilung der verfügbaren Wohnplätze muss es andere
14 Kriterien als „Vitamin B“ und „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ geben. Eine gerechtere
15 Verteilung, die besondere soziale Umstände und Härten berücksichtigt, ist notwendig. Für den
16 Ausbau des Angebots an Wohnraum für Studierende gilt für uns das gleiche wie bei anderen
17 Aspekten der Planung des städtischen Raum: Leitbild ist die sozial gemischte Stadt.

18

19 2. Wie ist die Situation?

20

21 Aufschluss über das vorhandene Angebot an Wohnraum speziell für Studierende bietet die
22 jährliche Erhebung des Deutschen Studentenwerk e.V. (DSW). Dieses erfasst zum Stichtag
23 01.01. den öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende. Hierzu werden zum einen
24 Wohnheimplätze der Studierendenwerke mit Belegungs- und Mietbindung gezählt (im Einzelfall
25 auch solche, die ohne öffentliche Förderung errichtet wurden) als auch sonstiger Wohnraum,
26 der durch die Studierendenwerke für Studierende angemietet wurde. Darüber hinaus wird auch
27 der öffentlich geförderte Wohnraum für Studierende in privater Trägerschaft erhoben.

28

29 Die aktuellen Zahlen von 2014 weisen in ganz Deutschland rund 234.000 Wohnplätze für
30 Studierende aus. Bei etwa 2,7 Mio. Studierenden bedeutet dies, dass nicht einmal 10% ein
31 öffentlich geförderter Wohnplatz angeboten werden kann. Diese sog. Unterbringungsquote liegt
32 bei 9,5%. Ein Blick auf die Zahlen der vergangenen Jahre offenbart, dass wir am vorläufigen
33 Tiefpunkt einer negativen Entwicklung angelangt sind. Lag die Unterbringungsquote um die
34 Jahrtausendwende noch bei ca. 12%, ging sie seither konstant auf den heutigen Wert zurück.
35 Die absoluten Zahlen an vorhandenen Wohnplätzen lassen dies zunächst nicht vermuten. Seit
36 dem Jahr 2000 ist die Zahl an Wohnplätzen sogar um 13.000 (+7,1%) gestiegen. Dieses Plus
37 entsprach jedoch bei Weitem nicht dem Anstieg der Studierendenzahlen im selben Zeitraum
38 (+39,5%).

39

40 Neben den Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, lohnt ein Vergleich der Zahlen nach
41 Bundesländern. Hierbei treten zum Teil erhebliche regionale Unterschiede zu Tage. Besonders
42 die Stadtstaaten fallen mit äußerst geringen Unterbringungsquoten auf (Berlin: 5,7%, Bremen:
43 6,39%, Hamburg: 8,39%). Aber auch Hessen, das Saarland und Schleswig-Holstein liegen hier

44 mit Werten von unter 7,5% im unteren Bereich. Da sich in Bremen, dem Saarland und Sachsen
45 Anhalt aktuell weder Wohnheime im Bau befinden, noch Neubauten geplant sind, ist mit einer
46 weiteren Verschlechterung der Lage zu rechnen. Dabei ist anzumerken, dass gerade in den
47 Stadtstaaten mit ohnehin geringen Unterbringungsquoten ein meist ebenso angespannter
48 Mietwohnungsmarkt existiert. Mieten für Wohnungen unter 30qm liegen hier zwischen 15,23
49 €/qm (Hamburg) und 10,73 €/qm (Bremen). Dies stellt besonders Studierende mit einem
50 geringen Budget 25% der Studierenden verfügen nach der Sozialerhebung des DSW über
51 weniger als 680€ monatlich vor unbillige Härten.

52

53 Nur in einem Punkt jedoch liefert die Erhebung Aufschluss nicht nur über die Quantität sondern
54 auch über die Qualität des Angebots: Bei der Zahl der für RollstuhlfahrerInnen geeigneten
55 Wohnplätze. Diese wird bundesweit mit 1.481 angegeben. Somit sind gerade einmal 0,63% der
56 verfügbaren Wohnplätze baulich für die Benutzung durch RollstuhlfahrerInnen vorbereitet.

57

58 Wie bereits festgestellt, herrscht bei der Unterbringungsquote in den verschiedenen
59 Bundesländern eine recht heterogene Situation. Insbesondere in den Stadtstaaten mit ihrer
60 angespannten Wohnungslage verschärft sich die Situation für StudentInnen deutlich. Es ist vor
61 allem zu beobachten, dass die Versorgung mit Wohnplätzen mit der finanziellen Lage der
62 Länder korreliert. Wobei die Verschuldungsquote kein Grund ist und sein darf, dass in diesen
63 Bundesländern keine oder nicht ausreichend Wohnheimplätze geschaffen werden.

64

65 4. Was ist zu tun?

66

67 Um die Situation für Studierende auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern, fordern wir
68 JungsozialistInnen folgende Maßnahmen:

69

- 70 • Erhöhung und dauerhafte Bereitstellung der zweckgebundenen Finanzmittel für Neubau
71 und Sanierung von Studierendenwohnplätzen

72

73 Um das unzureichende Angebot an Wohnheimspätzen ausbauen zu können, führt kein Weg an
74 einer besseren finanziellen Ausstattung der Studierendenwerke vorbei. Hierbei ist auch der
75 Bund in der Pflicht, den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu
76 verwirklichen. Bei Neubauten und Renovierungen muss besonderes Augenmerk auf die
77 Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung gelegt werden.

78

- 79 • Erhöhung der Personalkosten der Studierendenwerke für die Koordinierung mehrerer
80 Bauten

81

82 Nicht selten können Bauvorhaben nur an einem Standort durchgeführt werden. Aufgrund der
83 derzeitigen Wohnheimsituation sollte eine flächendeckende Bebauung möglich sein und dafür
84 bedarf es an ausreichend Personal.

85

- 86 • Berücksichtigung der Belange der Studierendenwerke an Stadtplanungsprozessen vor Ort

87

88 Stadtentwicklung muss politisch gestaltet werden. Insbesondere an (Fach)Hochschulstandorten
89 ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch für Studierende ein übergeordnetes Ziel.
90 Deshalb sollen die Belange der Studierendenwerke als Träger studentischen Wohnens in der
91 städtebaulichen Rahmenplanung Berücksichtigung finden.

92

- 93 • Ausbau der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Studierendenwerken und kommunaler
94 und Wohnungswirtschaft (z.B. GenossInnenschaften)

95

96 Neuer Wohnraum entsteht nicht über Nacht. Zur Abdeckung von Bedarfsspitzen können
97 Kooperationen, die es Studierendenwerken ermöglichen, auf Wohnungen Dritter zurückgreifen
98 zu können, ein sinnvolles Mittel sein.

99

100 Wichtig ist jedoch, dass die Kooperationen zur Beschaffung studentischen Wohnraums nicht zur
101 Benachteiligung von anderen Wohnungssuchenden führen darf. Es ist sicherzustellen, dass
102 Wohnungsbau grundsätzlich für alle Menschen zur Verfügung gestellt werden kann. Diese
103 Modelle brauchen jedoch einen klaren Rahmen, der u.a. verhindert, dass leerstehender
104 Wohnraum subventioniert wird.

105 • Studentischen Wohnraum dauerhaft sichern
106
107 Einmal geschaffener studentischer Wohnraum muss von dauerhafter Natur sein und darf nicht
108 in späteren Jahren in einfache Mietverhältnisse (ohne Hochschulkontext) umgewandelt werden.
109 Lediglich die Studierendenwerke sichern den angebotenen Wohnraum Studierenden dauerhaft
110 zu.
111
112 • Leerstand nutzen
113
114 Darüber hinaus muss auch der Leerstand nutzbar gemacht werden. Insbesondere spekulativer
115 Leerstand ist zu bekämpfen.
116
117 • Darüber hinaus muss auch der Leerstand nutzbar gemacht werden. Insbesondere
118 spekulativer Leerstand ist zu bekämpfen.
119
120 Eine reine Vergabe von Wohnplätzen nach Warteliste und ohne Rücksicht auf finanzielle
121 Bedürftigkeit, die verbleibende Zeit für die Wohnungssuche oder die örtliche Herkunft des
122 Studierenden schafft Ungerechtigkeiten. Zum einen können sich viele Studierende außerhalb
123 der Studierendenwerke schlicht kein Zimmer oder gar eine eigene Wohnung leisten, zum
124 anderen ist der Zugang zu diesen für Studienanfänger aus dem Ausland oder von weit entfernt
125 innerhalb Deutschlands deutlich schwerer. Auch sind diejenigen benachteiligt, die aufgrund
126 eines schlechteren Notenschnittes ggf. erst durch das Nachrücken für ein Studium in der
127 jeweiligen Stadt zugelassen werden. Doch was tun? Schon jetzt sorgt oft ein Hauptwohnsitz bei
128 den Eltern in der Hochschulstadt zum Ausschluss von den dortigen Wohnplätzen. Doch ist es
129 gerecht, automatisch auf das Zimmer bei den Eltern angewiesen zu sein oder aber deutlich
130 mehr Geld für ein Zimmer zahlen zu müssen? Nein, das ist es nicht, sondern es wird von vorn
131 herein die mögliche Nachfrage kleiner gemacht. Es braucht daher endlich einen
132 Bedarfsgerechten Ausbau der von den Studierendenwerken zur Verfügung gestellten
133 Wohnplätze. Eine Absicherung über Kontingente muss bis dahin jedoch für ausländische
134 Studierende und soziale Härtefälle geschaffen werden.
135
136 • Mietobergrenzen einführen
137
138 Die Studierendenwerke orientieren sich vielerorts bereits an der BAföG-Wohnpauschale. Diese
139 muss jedoch überall als absolute Mietobergrenze (ab Oktober 2016 250 Euro) gelten.
140
141 • Bezahlbaren Wohnraum für alle gewährleisten
142
143 Gerade die aktuelle Situation von Geflüchteten zeigt einmal mehr die dringende Notwendigkeit,
144 neuen Wohnraum zu schaffen. Studierende sind bei weitem nicht die einzige von Wohnungsnot
145 betroffene Gruppe. Dabei ist für uns klar, dass von Wohnungsnot Betroffene nicht
146 gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Es braucht bezahlbaren Wohnraum für alle! Dies ist
147 ein gemeinsamer Kampf! Denn Wohnen und Mieten sind heute zu einer sozialen Frage eines
148 Großteils der Gesellschaft geworden.
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163

Titel Links Leben!

Antragsteller Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Links Leben!

1 Links Leben – Über lange Zeit war mehr oder weniger klar was das bedeutet: Mit Hammer und
2 Meißel unterm Arm, „Glück auf“ auf den Lippen und dem „Kapital“ unterm Kopfkissen machte
3 man sich auf zur Maloche, nach 8 Stunden harter körperlicher Arbeit entweder zum
4 Arbeitergesangsverein, auf den Bolzplatz oder in den Lesezirkel. Am Wochenende ging's zur
5 Demo oder auf die Scholle. Oder zumindest stellte man sich das gerne so vor. Später war es die
6 Studi-WG, Stricken während der Vorlesung, die Friedensdemo und die freie Liebe. Auch wenn
7 die plakativen Vorstellungen nie auf die Mehrheit der Jusos zugetroffen haben, eine Vorstellung
8 davon, wie ein „gutes linkes Leben“ auszusehen hatte gab es meistens. Und heute? So viele
9 Möglichkeiten stehen uns offen: von der selbstverwalteten Microbrewery über Sozialarbeit oder
10 in der öffentlichen Verwaltung Teil des politischen Systems werden – was davon ist wirklich
11 „links“, oder besser noch „am linkensten“? Müssen wir dafür VeganerInnen werden oder in
12 Erinnerung an unsere Wurzeln in der Arbeiterbewegung Feuerwehrmarmelade zum Frühstück
13 essen? Gründen wir eine möglichst große Familie um uns selbst zu verwirklichen und viele
14 SozialistInnen groß zu ziehen oder bleiben wir in Verweigerung der Gesamtgesellschaft besser
15 alleine um nicht aus Versehen Teil des Systems zu werden? Ist der eigene Bio-Hof in
16 Brandenburg die Lösung oder ist das nicht Zersiedelung der Landschaft? Und tragen wir
17 eigentlich zur Gentrifizierung bei? Ist die fortschreitende Digitalisierung ein Weg zu mehr
18 Selbstbestimmung und Flexibilität oder führt zu Entgrenzung und Stresssymptomen? Auf diese
19 und viele andere neue Fragen, können bisherige Richtschnüre für jungsozialistisches Handeln
20 nur bedingt Antworten geben – es hilft nichts, wir müssen sie uns selber suchen. Dazu haben
21 wir uns in den letzten zwei Jahren auf den Weg gemacht, um Leitlinien für jungsozialistische
22 Politik im 21. Jahrhundert zu suchen. Entwickelte und diskutierte Thesen können dabei nur
23 erste Aufschläge sein, für eine jungsozialistische Erzählung eines guten linken Lebens. In den
24 kommenden Jahren müssen wir diese weiterentwickeln, mit Leben füllen und immer wieder auf
25 den Prüfstand stellen. Denn klar ist: Wir Jusos geben uns nicht zufrieden mit einmal
26 erarbeiteten Antworten. Wir wissen, dass die Welt sich ununterbrochen verändert und wir
27 deshalb immer wieder neue Antworten auf neue Fragen finden müssen. Wir wollen die Zukunft
28 gestalten, nur zuzuschauen reicht uns nicht.

29

30 Das eine richtige Leben haben, werden und wollen wir nicht entwickeln. Wir können dabei nur
31 Leitthesen zur Orientierung diskutieren, die jedeR für sich selbst mit Leben füllen muss – und im
32 Zweifelsfall muss auch die Dialektik einer jungsozialistischen Einstellung in einer kapitalistischen
33 Gesellschaft ausgehalten werden. In den letzten Jahren beobachten wir, dass unsere
34 Gesellschaft vielfältiger, Lebensentwürfe pluralistischer und individueller werden. Dies ist eine
35 wichtige Leitlinie für unsere Diskussionen gewesen. Jungen Menschen ist es enorm wichtig,
36 dass sie selbstbestimmt entscheiden können, wie sie leben. Und, dass sie sich frei entfalten
37 können – ohne Zwänge und ohne Angst. Die Digitalisierung schreitet weiter voran und verändert
38 unsere Gesellschaft und das Zusammenleben fundamental. Sie wirkt sich auf alle
39 Lebensbereiche aus; Chancen und Risiken liegen oft nah beieinander.

40

41 Wir Jusos sehen auch, dass die Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Fragen
42 zunehmend individualisiert werden. Für viele, auch in der Linken, geht es darum was der oder
43 die Einzelne in seinem eigenen Leben verbessern kann. Das spiegelt sich zum Beispiel in der
44 Diskussion um strategischen Konsum wieder. Das neoliberale Dogma, Probleme seien am

45 besten individuell zu lösen, reicht weit hinein ins Bewusstsein vieler junger Leute. Im
46 Vordergrund steht zuallererst sich selbst und die eigene Leistung zu problematisieren, statt
47 gesellschaftliche Lösungen zu erkämpfen. Erfolge wiederum sind stets der Erfolg des
48 Einzelnen, gesellschaftliche Unterstützungsleistungen werden nicht als solche erkannt.
49

50 Für uns ist weiterhin klar: gesellschaftliche Machtverhältnisse prägen unsere Gesellschaft. Es
51 reicht deshalb nicht, nur jedem Einzelnen und jeder Einzelnen gleiche Chancen einzuräumen
52 und auf das Prinzip Eigenverantwortung zu setzen. Ein „gutes Leben“ kann niemals nur die
53 Aufgabe eines Individuums sein. Es ist und bleibt unsere Überzeugung, dass echte
54 gesellschaftliche Fortschritte und Gerechtigkeit nur durch den gemeinsamen Kampf erreicht
55 werden können. Das heißt Solidarität mit den weniger Begünstigten und gesellschaftlichen
56 Ausgeschlossenen, Solidarität bei der Verteilung der Arbeit, damit junge Menschen eine Chance
57 auf ein selbstbestimmtes Leben haben. Solidarität auch bei den ökologischen
58 Herausforderungen, denn auch hier müssen starke Schultern mehr tragen als schwache. Und
59 Solidarität nicht zuletzt mit den krisengebeutelten Menschen überall in Europa und der ganzen
60 Welt. Ein gutes linkes Leben für jedeN EinzelneN kann es nur in Solidarität und durch die
61 Überwindung systematischer gesellschaftlicher Ausschlussmechanismen geben.
62

63 Im gesellschaftlichen Mainstream und auch für viele junge Menschen scheint es einen
64 Widerspruch zu geben: Frei leben und entscheiden auf der einen Seite – Rücksicht nehmen und
65 solidarisch sein auf der anderen Seite. Für uns Jusos ist klar: Freiheit und Solidarität sind kein
66 Widerspruch, sondern können nur gemeinsam funktionieren. Deshalb haben wir uns die letzten
67 zwei Jahre aufgemacht und gemeinsam diskutiert: Wie viel wir braucht das ich? Wie sieht ein
68 gutes linkes Leben für alle aus? Wie wollen wir in 20 Jahren zusammen leben?
69

70 Diese Debatte haben wir nicht alleine geführt, sondern breit in den Verband getragen, in
71 Zukunftswerkstätten, auf dem Linkskongress sowie unserem Sommercamp haben wir mit euch
72 diskutiert, argumentiert und Themen aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Auch mit
73 unseren BündnispartnerInnen, wie den Gewerkschaften, Naturschutzverbänden oder anderen
74 Jugendparteien haben wir unsere Ideen rückgekoppelt und verschiedenen Meinungen
75 eingeholt.
76

77 In verschiedenen Themenblöcken von „Wie viel Gewissen braucht die Wirtschaft?“ und „Wie viel
78 Arbeit braucht das Leben?“ bis hin zu „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“ und „Wie
79 viel Freiräume braucht das Zusammenwohnen?“ haben wir Thesen entwickelt und Antworten
80 formuliert. Das sind unsere Ergebnisse:
81

82 **Thesen: Wieviel Gewissen braucht die Wirtschaft?**

83
84 1. Natürliche Monopole müssen in die öffentliche Daseinsvorsorge überführt werden
85

86 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sind für uns jene Güter und Dienstleistungen, die der
87 Mensch braucht, um leben zu können. Für die Bereitstellung dieser Güter und Dienstleistungen
88 ist der Staat verantwortlich. Darüber hinaus ist er auch für deren Organisation und
89 Ausgestaltung verantwortlich. Der Staat muss das Soziokulturelles Existenzminimum
90 sicherstellen. Dieses muss an linken Maßstäben ausgerichtet sein. Zu den Gütern der
91 öffentlichen Daseinsvorsorgen gehören für uns unter anderem die Bildung, die Infrastruktur, der
92 Energiesektor, der Gesundheitssektor und die öffentliche Sicherheit. Auch einige Güter, bei
93 denen es ein natürliches Monopol gibt, gehören in öffentliche Hand und zur öffentlichen
94 Daseinsvorsorge, um deren Bereitstellung trotz hoher Fixkosten für alle Menschen
95 sicherzustellen.
96

97 Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht ökonomisiert werden. Das bedeutet, dass
98 eine öffentliche Daseinsvorsorge nicht auf die Maximierung von Gewinnen ausgerichtet sein
99 darf, sondern sich am Wohl des Menschen ausrichten muss und nur sich selbst finanzieren darf.
100 Eine Privatisierung von Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge ist abzulehnen. Dort wo Güter
101 der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert wurden müssen sie wieder zurück in staatliche
102 Hand gebracht werden.
103

104 Güter und Dienstleistungen, sowie auch deren Produktion, die nicht zur öffentlichen
105 Daseinsvorsorge zählen oder kein natürliches Monopol darstellen bedürfen einer umfassenden

106 staatlichen Regulierung im Sinne des Wohles aller Menschen.

107

108 Eine privatwirtschaftliche Organisation bestimmter Güter, die gerade in der Zukunft zu Gütern
109 der öffentlichen Daseinsvorsorge werden könnten ist dann zu akzeptieren, wenn sie konsequent
110 an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und für alle gleichermaßen zugänglich ist. Dies
111 gilt bis zu dem Zeitpunkt an dem diese Güter ein natürliches Monopol darstellen.

112

113

114 2. Wir brauchen ein Wachstum nach neuen Paradigmen

115

116 Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern muss langfristig neue Handlungsspielräume für
117 Wohlfahrt eröffnen. Dazu bedarf es einem langfristig und keinem kurzfristig ausgerichteten
118 Wirtschaften.

119

120 Dies ist in einem System in dem Wohlstand und Wachstum an den harten Fakten des BIP
121 gemessen wird nicht möglich. Deshalb bedarf es einer Abkehr vom BIP, einer Neudefinition von
122 Wohlstand und einem Paradigmenwechsel des Wachstums. Vor allem soziale Aspekte, sowie
123 Aspekte der Effizienz, Effektivität und Nachhaltigkeit müssen zukünftig herangezogen werden
124 um Wachstum zu berechnen.

125

126 Aufgabe des Staates ist es daher einerseits neue Maßstäbe zur Berechnung von Wachstum
127 und Wohlstand zu setzen. Darüber hinaus muss der Staat durch Regulierung darauf hinwirken,
128 dass eine Langfristigkeit des Wirtschaftens Einzug ins Wirtschaftssystem erhält. Auch muss er
129 dies fördern und absichern. Eine Möglichkeit um einen finanziellen Spielraum für diese
130 Umgestaltung zu generieren könnte eine Ressourcenbesteuerung bzw. Sanktionierung für
131 Unternehmen unter bestimmten Konditionen bzw. bei der Nichteinhaltung von bestimmten
132 Konditionen sein.

133

134 3. Wir brauchen nachhaltiges Wirtschaften das natürliche Ressourcen schont und die Umwelt
135 schützt

136

137 Eine Langfristigkeit des Wirtschaftens bedeutet, dass Wirtschaften sozial ökonomisch,
138 ökologisch und kulturell nachhaltig sein muss. Ein langfristiges und somit auch nachhaltiges
139 Wirtschaften ist allerdings nicht durch einen erzwungenen Verzicht der Individuen möglich,
140 sondern nur durch einen technologischen Fortschritt, durch den Ressourcenschonung und
141 Umweltschutz gefördert werden können möglich, da es nur so zu einem ressourcenneutralen
142 Wachstum kommt.

143

144 Somit ist nachhaltiges Wirtschaften als ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen.
145 Dazu bedarf es einer staatlichen Regulierung unter anderem durch die Setzung von
146 ökologischen Standards, die aber auch soziale und kulturellen Aspekte zwingend integriert.

147

148 Wir setzen aufgrund einer ökologischen Verantwortung auf nachhaltiges Wachstum. Nur so
149 können wir jenseits der Energiewende unsere Umwelt schützen und erhalten, Ressourcen über
150 Generationen gerecht verteilen und somit Fortschritt und Wohlstand für die gegenwärtige und
151 zukünftige Generationen sicher stellen.

152

153

154

155 4. Wir brauchen eine stärkere Teilhabe von ArbeitnehmerInnen an

156 Unternehmensentscheidungen und eine Beteiligung an

157 Gewinnen

158

159 Erwerbsarbeit ist lohnabhängige Arbeit, die in Entfremdung und Ausbeutung Tauschwert
160 schafft. Zudem schafft Arbeit einen Gebrauchswert und die Menschen können sich durch sie
161 selbstverwirklichen. Arbeit hat somit einen Doppelcharakter. Im Kapitalismus fließen Gewinne
162 nicht an den ArbeitnehmerInnen, sondern an die Kapitaleseite. Wir wollen, dass diejenigen, die
163 ihre Arbeitskraft veräußern an den Gewinnen des durch sie erwirtschafteten Mehrwerts stärker
164 beteiligt werden. Ein Mittel dazu sind Gewinnausschüttungen.

165

166 Genossenschaften stellen eine Alternative zu den vorherrschenden traditionellen

167 Wirtschaftsformen dar. Sie ermöglichen der ArbeitnehmerInnenseite sich an unternehmerischen
168 Entscheidungen zu beteiligen. Dadurch können sie eine Abmilderung der kapitalistischen
169 Effekte fördern und somit den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital abschwächen. Aufgabe
170 des Staates ist es vor diesem Hintergrund Genossenschaften einen größeren
171 Handlungsspielraum (z.B. Ring der Genossenschaften) zu ermöglichen und Hürden zur
172 Überführung von Unternehmen in genossenschaftliche Wirtschaftsform abzubauen, sowie die
173 Neugründung von Genossenschaften zu fördern.

174

175 Neben Genossenschaften gehört zu einer Demokratisierung der Wirtschaft aber auch die
176 Stärkung der Betrieblichen Mitbestimmung. Diese soll auch auf operative und strukturelle
177 Unternehmensentscheidungen ausgedehnt werden, unabhängig von Betriebsgröße und
178 Rechtsform. Dies führt auch zu einer Stärkung der Gewerkschaften, da sie über die Betriebsräte
179 mehr Einflüsse auf die Unternehmen gewinnen.

180

181 5. Die EU braucht eine gemeinsame Steuer- und Fiskalpolitik

182

183 Die EU verkommt aktuell zu einem neoliberalen Konstrukt, welches wirtschaftliche Gewinne vor
184 die Würde des Menschen stellt. Der Fiskalpakt sowie die von Deutschland betriebene
185 Austeritätspolitik veranschaulicht dies exemplarisch. Eine gemeinsame Währung braucht auch
186 eine gemeinsame Steuer und Fiskalpolitik. Nur so kann garantiert werden, dass neben einer
187 Wirtschaftsunion auch eine Sozialunion etabliert werden kann. Säulen einer Sozialunion sind
188 nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Krise ein Staatsfinanzausgleich, ein europäischer
189 Mindestlohn ausgerichtet am nationalen Existenzminimum, eine europäische
190 Unternehmensbesteuerung, eine Angleichung der Steuersystemen und eine
191 Kompetenzverlagerung von bestimmten steuerlichen Kompetenzen von der nationalen auf die
192 europäische Ebene.

193

194 Ein globaler Markt birgt neben den Vorteilen des freien Handels auch zahlreiche damit
195 einhergehende Risiken. Statt Freihandel brauchen wir einen partnerschaftlich organisierten
196 sozialen Welthandel. Dieser bedarf soziale, demokratische, ökologische
197 menschenrechtsbezogene und nachhaltige Standards. Dazu brauchen wir eine Abkehr von
198 Bilateralen Handelsverträgen, die meist zuungunsten der schwächeren Handelsparteien
199 ausgestaltet sind sowie eine Neuausrichtung und Stärkung von WTO und IWF.

200

201 **Wie viel Teilhabe braucht die Demokratie?**

202

203 1. Materielle Sicherheit und Bildung sind Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe

204

205

206 Die Teilhabe einer jeden/eines jeden an unserer Gesellschaft und Demokratie ist ein hohes
207 soziales Gut, für welches wir Jusos seit jeher einstehen. Gesellschaftliche Teilhabe ist aber
208 durch vielerlei Dinge beeinflusst und determiniert. So bedarf es als Grundvoraussetzung einer
209 materiellen Absicherung jedes Individuums, um überhaupt am sozialen Leben der Gesellschaft
210 teilhaben zu können. Ein linkes Leben bedeutet für uns deshalb, dass durch gute Arbeit und
211 gerechte Entlohnung jeder/jedem eine materielle Basis zur Befriedigung ihrer/seiner
212 Lebensbedürfnisse geboten wird. Diese Basis gehört für uns durch die Solidargemeinschaft und
213 den Staat abgesichert, damit niemand vom Gesellschaftsleben exkludiert wird.

214

215 Neben der materiellen Absicherung, bedarf es im Sinne gleicher und freier Menschen, weitere
216 Grundvoraussetzungen, damit jede/jeder am sozialen und politischen Leben teilhaben kann.
217 Hierzu zählt zuvorderst, dass für uns alle Menschen das allgemeine und gleiche Recht auf
218 Partizipation haben! Nur auf einer solchen Grundlage kann eine gesellschaftliche Teilhabe aller
219 gelingen. Daneben bedarf es aber auch der individuellen Befähigung: Bildung ist auch hier der
220 Schlüssel zu einer erfolgreichen Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben sowie an
221 politischen Prozessen. Emanzipatorische Bildung hat dabei einen hohen Stellenwert, die jede
222 Einzelne/jeden Einzelnen zu mündigem, selbstdenkendem, reflektierendem und kritisch-
223 analysierendem Handeln befähigt, für eine gleichberechtigte Teilhabe aller darstellt.

224

225

226

227 2. Links leben heißt Demokratisierung aller Lebensbereiche

228

229 Für uns stellt die Demokratisierung aller Lebensbereiche die soziale Praxis zur Etablierung
230 eines demokratischen Sozialismus dar. Was sich träumerisch und sozialromantisch anhört, hat
231 für uns einen ganz realen Hintergrund. Für uns heißt Demokratie und Sozialismus, dass wir
232 nicht nur alle vier oder fünf Jahre über Vertretungskörperschaften abstimmen. Vielmehr handelt
233 es sich um einen aktiven Prozess, der sich in allen Lebensbereichen niederschlägt, bzw.
234 niederschlagen sollte. Wir sind davon überzeugt, dass ein grundsätzlicher Wandel in unserer
235 Wirtschaftsweise über eine Stärkung von Wirtschaftsdemokratie zu erreichen ist. Wir wollen,
236 dass die Belegschaften in den Betrieben stärker in die operativen Geschäftsbereiche
237 eingebunden sind und aktiver Part in der Gestaltung der Firmenpolitiken werden. Wirtschaften
238 ist für uns ein solidarischer Prozess. Links leben bedeutet daher, einen neuen Konsens über
239 den Stellenwert von Wirtschaften als solidarischen und demokratischen Prozess der
240 Bedürfnisbefriedigung einer gesamten Gesellschaft zu erreichen.

241

242 Die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses ist zentral für die Überwindung kapitalistischer
243 Strukturen, sie endet aber nicht dort. Für uns heißt dies praktisch, dass
244 Mitbestimmungsstrukturen in Schule oder Universität wieder gestärkt werden müssen, dass
245 Verfahren zur Beteiligung innerhalb politischer Prozesse ausgebaut werden und dass
246 letztendlich auch politische Parteien - insbesondere die sozialdemokratische - ihre Praxen
247 ändern müssen, um wieder verstärkt ein Ort des demokratischen Lebens und der
248 demokratischen Willensbildung in unserer Gesellschaft zu werden. Für uns ist hiermit aber
249 zugleich auch ein Bekenntnis zu repräsentativen Formen der Demokratie verbunden, da viele
250 Untersuchungen zeigen konnten, dass diese, im Vergleich zu direkten bzw. ergänzenden
251 Formen der Demokratie weniger sozial selektiv sind. Wir stehen zu einem Bekenntnis für die
252 direkte Beteiligung in Entscheidungsprozessen, wir glauben allerdings nicht, dass sich diese
253 zwangsläufig in einfachen Ja-oder-Nein-Entscheidung widerspiegeln kann. Politische Debatten
254 und Diskurse sind komplexer. Sie brauchen einen breiteren Diskussionsrahmen in unserer
255 Gesellschaft. Hierfür müssen durch eine fortschreitende Demokratisierung gesellschaftlicher
256 Strukturen Räume etabliert werden.

257

258 3. Den Kampf um mehr Demokratie in die Parteien tragen

259

260 Parteien haben den Auftrag, gesellschaftliche Stimmungen aufzunehmen, zu diskutieren und in
261 den parlamentarischen Prozess einzubringen. Die Mitglieder sind die tragende Säule einer
262 Partei, dies gilt insbesondere für die SPD, als Selbstorganisation politischer Subjekte, die sich
263 unter einem verbindenden Wertegerüst sammeln, für gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen und
264 sich gegen Benachteiligung und Ausbeutung Vieler durch die Wenigen stark machen.

265

266 Wollen wir für die Demokratisierung aller Lebensbereiche kämpfen, müssen wir diesen Kampf
267 auch in unserer Partei führen. Wir erleben eine zunehmende Zentralisierung und Zuspitzung
268 politischer Entscheidungen auf wenige Spitzenfunktionäre und -gremien. Parteipolitik muss aber
269 für das einzelne Mitglied erlebbarer sein – Diskussionen müssen offen geführt werden und
270 dürfen keinen vorfestgelegten Ausgang haben. Dies heißt auch, dass wir Politik entschleunigen
271 müssen. Abwägungsprozesse brauchen Zeit und reifliche Überlegungen, einen Austausch über
272 das Für und Wider. Hierfür braucht es geeignete Räume. Dazu zählt auch eine kollegiale und
273 faire Streitkultur. Nur wenn wir es schaffen, dass wieder mehr Menschen die Mitgliedschaft und
274 das Engagement in unserer Partei als eine persönliche Bereicherung empfinden, bei der man
275 zu der Überzeugung gelangt, selber Teil gesellschaftlichen Fortschritts und der Veränderung zu
276 sein, wird die SPD eine Zukunft haben.

277

278 4. Ohne handlungsfähige Kommunen stirbt die Demokratie

279

280 Teilhabe am gesellschaftlichen und sozialen Leben erfolgt direkt vor Ort in den Städten und
281 Kommunen, sie sind die Wiege politischer Partizipation. Deshalb halten wir es für notwendig,
282 dass der Weg zur stärkeren Demokratisierung gerade über die Schaffung von
283 Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen zu bestreiten ist. Wir wollen uns dafür einsetzen,
284 dass auf der lokalen Ebene ein offeneres und partizipativeres Demokratieverständnis erprobt
285 und praktiziert wird, welches Vorbild für die weiteren Ebenen werden kann. Auf der kommunalen
286 Ebene gibt es bereits heute weitreichendere Beteiligungsmöglichkeiten: So sind hier
287 UnionsbürgerInnenwahlberechtigt oder spezielle Beiräte (bspw. für Senioren, Jugendliche oder
288 Ausländerinnen und Ausländer), ermöglichen eine Einbindung weiterer AkteurInnen. Für uns

289 heißt inklusives Demokratieverständnis allerdings auch, dass die Beteiligungsrechte weiter
290 ausgebaut werden müssen. Nicht nur UnionsbürgerInnen sollen kommunales Wahlrecht
291 erhalten, sondern alle Menschen, die in der jeweiligen Kommune leben.

292

293 Das gilt natürlich auch für alle Menschen, die noch nicht 18 sind. Die Absenkung des Wahlalters
294 auf 16 Jahre, ist auf vielen Ebenen bereits umgesetzt. Es wird Zeit, dass dies auch auf
295 Bundesebene Standard wird. Viele Kommunen stehen allerdings zur Zeit stark unter Druck.
296 Kommunale Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Kommunen handlungsfähig sind. Die
297 finanzielle Lage in den meisten Landesteilen ist jedochmehr als miserabel. Wer die Kommunen
298 verelenden lässt, der lässt auch die Demokratie bereitwillig sterben. Die Verantwortung hierfür
299 liegt bisweilen nicht immer bei den Kommunen selbst, sondern bei der fehlenden finanziellen
300 Ausstattung durch die Länder und den Bund, die den Kommunen zwar zunehmend mehr
301 Aufgaben zuweisen, diese aber nicht ausreichend ausfinanzieren. Für "freiwillige Leistungen",
302 bleibt da meist kaum noch Spielraum, mit der Folge, dass Theater oder Schwimmbäder
303 geschlossen, Busverbindungen ausgedünnt oder Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten
304 erhöht werden. Dies ist kein Vorbild für eine lebendige Demokratie. Links leben heißt für uns
305 deshalb, dass wir handlungsfähige Kommunen brauchen, die vor Ort gesellschaftliche und
306 soziale Teilhabe ermöglichen, weil sie hierfür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung
307 haben.

308

309 **Thesen: „Wie viel Freiräume braucht das Zusammenleben?“**

310

311 1. Öffentlicher Raum ist Lebensraum! Wir haben ein Recht auf Stadt!

312

313 Gesellschaftliches Leben bedeutet Kunst, Kultur, Politik und vieles mehr. Jede und Jeder hat
314 das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe, nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht
315 mehrmals betont, dass JedeR ein Anrecht auf das kulturelle Existenzminimum hat. Für uns geht
316 es aber um mehr. Denn neben individueller Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen
317 Leben braucht es zugängliche Räume und Platz für Gemeinschaft. Wir erleben die zunehmende
318 Privatisierung vormals öffentlicher Räume und Räumlichkeiten und damit das entstehen immer
319 neuer Zugangshürden. Wir wollen, dass junge Menschen sich auch dann mit ihren FreundInnen
320 treffen können, wenn sie sich die Getränkepreise im Szeneclub oder in der Innenstadt kneipe
321 gerade nicht leisten können. Wir wollen, dass politische und kulturelle Veranstaltungen auch
322 dann stattfinden können, wenn sie nicht genug Gewinn für hohe Raummieten abwerfen. Linke
323 Stadtentwicklungspolitik muss Innenstädte und Quartiere zu attraktiven Orten des
324 Zusammenlebens machen und nicht zu Konsummeilen. Öffentlicher Raum muss barrierefrei
325 zugänglich sein, damit wirklich Platz für Alle ist. Wir wollen auch keine abgeschotteten
326 Nobelviertel und soziale Segregation in unseren Städten, sondern sozial durchmischte
327 Quartiere, die Angebote für alle bereithalten. Angemessener Wohnraum ist dabei ein
328 Grundrecht! Bezahlbares Wohnen in sozial gemischten Quartieren muss staatlich abgesichert
329 und alternative Wohnformen ermöglicht werden.

330 Des Weiteren müssen Angsträume abgebaut werden. Wir stehen für eine feministische
331 Stadtpolitik!

332

333 2. Seen und Parks gehören uns allen!

334

335 Seen und Parks sind öffentliche Orte der Naherholung und müssen zugänglich bleiben. Immer
336 öfter lässt sich dagegen beobachten, dass der Zugang zu Seeufern kaum mehr möglich ist, weil
337 sich alle Ufergrundstücke in Privatbesitz befinden. Wir sagen: Es kann nicht sein, dass es in
338 einer reichen Gesellschaft wie unserer nicht möglich ist, in einen See zu springen, ohne das
339 nötige Kleingeld mitzubringen. Gebiete der Naherholung müssen frei und kostenlos zugänglich
340 sein, sie gehören in öffentliches Eigentum.

341

342 3. Jugend braucht Freiräume!

343

344 Jugend braucht Freiräume, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Der Zugang zu Sport, Kunst
345 und Kultur muss gerade für junge Menschen kostengünstig und ohne Konsumzwang möglich
346 sein. Im ländlichen Raum bedeutet das vor allem, überhaupt Angebote zu schaffen oder solche
347 zu erhalten, die von der Schließung bedroht sind. Es darf keine weißen Flecken in der
348 Jugendarbeit geben, jede und jeder hat ein Recht auf Angebote zur Teilhabe und auf
349 Möglichkeit zur gemeinsamen Gestaltung der eigenen Freizeit – egal ob in der Metropole oder

350 auf dem platten Land. Die Formen der Jugendarbeit sind vielfältig und sollen es bleiben. Offen,
351 selbstverwaltet oder staatlich organisiert – alle diese Angebote haben ihre Berechtigung. Unser
352 Anspruch ist, dass Jugendliche selbst gestalten und mitbestimmen können und nicht über ihre
353 Köpfe entschieden wird, egal in welcher Form Jugendarbeit stattfindet. Es müssen deshalb die
354 Rahmenbedingungen geschaffen und hauptamtliche Begleitung sichergestellt werden, damit die
355 notwendigen Freiräume für ehrenamtliches Engagement eigenständige Angebotsgestaltung
356 durch Jugendliche geschaffen werden.

357

358 4. Freiräume brauchen Zeit!

359

360 Immer deutlicher wird: Immer mehr junge Menschen wollen sich nicht mehr zwischen beruflicher
361 Perspektive, Familienplanung und Freundschaften entscheiden. Gerade in der sog. „Rushhour
362 des Lebens“ prasseln unzählige Anforderungen auf uns und viele andere unserer Generation
363 ein. Wir wollen, dass Menschen eigenständig über die Gestaltung ihres Lebens bestimmen
364 können. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist Zeitsouveränität. Deshalb wollen wir in
365 Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für eine Verkürzung der Regelarbeitszeit und mehr
366 Flexibilität in der Gestaltung von Arbeitszeiten streiten. Es gilt, für eine neue Balance zwischen
367 Arbeit und Freizeit zu sorgen! Damit ermöglichen wir auch mehr gesellschaftliches Engagement
368 und schaffen die Rahmenbedingungen für ein Leben, in dem Familien- und Sorgearbeit,
369 Ehrenamt und Erwerbsarbeit miteinander im Einklang und nicht sich gegenseitig im Weg
370 stehen. Freiräume braucht es aber nicht erst mit dem Eintritt in Ausbildung und Erwerbsleben –
371 auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf unverzweckte Zeit, die sie selbst gestalten
372 können. Wir wollen, dass neben Ganztagsangeboten an der Schule – welche wir auch für
373 Vereine und Verbände öffnen wollen - noch Zeit für außerschulische Aktivitäten oder einfach nur
374 eigenständig gestaltbare Freizeit bleibt.

375

376 5. Teilhabe braucht Mobilität!

377

378 Whatsapp, Facebook, zahlreiche Möglichkeiten über Entfernung in Kontakt zu bleiben – viele
379 Dinge erleichtert der Digitale Wandel. Und dennoch bleibt es im Kern dabei: Nur wer dorthin
380 kommt, wo etwas passiert kann auch Teil sein und teilhaben. Gerade junge Menschen sind
381 deshalb auf nicht-individuelle Mobilität angewiesen. Für alle zugängliche und regelmäßige
382 ÖPNV-Angebote, die sich JederR leisten kann sind für uns deshalb eine Grundvoraussetzung
383 für gesellschaftliche Teilhabe. Unser Ziel ist ein kostenloser ÖPNV in Stadt und Land. So
384 reduzieren wir auch motorisierten Individualverkehr und schützen die Umwelt.

385

386 6. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind nicht verhandelbar!

387

388 Stadt und Land bieten unterschiedliche Vorzüge und Nachteile, die sich aufgrund der
389 verschiedenen strukturellen Bedingungen ergeben. Für uns ist jedoch klar, dass es in staatlicher
390 Verantwortung liegt, gleichwertige Lebensverhältnisse auch zwischen Stadt und Land zu
391 gewährleisten. Dazu müssen wir intelligente Konzepte entwickeln, wie Metropolen und
392 Oberzentren mit dem Umland in Verbindung stehen und gegenseitig voneinander profitieren
393 können. Nicht in allen von Abwanderung betroffenen Regionen wird sich der
394 Schrumpfungsprozess stoppen lassen. Das darf aber kein Grund für einen Rückzug des
395 Staates und eine Absage an politische Gestaltungsansprüche sein. Gerade hier braucht es
396 Konzepte und damit verbundene Investitionen, um auch schrumpfende Städte und Gemeinden
397 als lebenswerte Räume zu erhalten. Insbesondere die Digitalisierung bietet auch für den
398 ländlichen Raum enorme Potentiale, indem sie Sharing-Modelle ermöglicht und Dinge von
399 Daheim erledigt werden können, für die sonst weite Wege nötig werden. Deshalb setzen wir uns
400 für den flächendeckenden, sozialen, Breitbandausbau ein – egal ob in der Stadt oder auf dem
401 Land.

402

403 **Thesen: „Wie viel eigenen Kopf braucht die Bildung?“**

404

405 1. Bildung ist Erziehung zu Mündigkeit und kritischem Denken

406

407 Bildung ist die soziale, gesellschaftliche und ökonomische Frage unserer Zeit. Sie befähigt zu
408 demokratischer Teilhabe und sozialer Verantwortung, sie soll Chancen für alle eröffnen. Bildung
409 darf deshalb nicht kapitalistischen Prinzipien unterworfen sein. Sie soll sinnstiftend aber auch
410 Selbstzweck sein. Ziel ist nicht die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildungsinhalten. Bildung -

411 auch nonformale Bildung – ist vielmehr eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein
412 selbstbestimmtes Leben, für die Befähigung zur kritischen Auseinandersetzung mit
413 gesellschaftlichen Zuständen aber auch für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Obgleich
414 diese Chancengleichheit ein Bildungsziel ist, werden wir unser System des lebenslangen
415 Lernens niemals dem ökonomischen Druck zum Opfer fallen lassen.

416

417 Wir wollen demokratische Bildungsinstitutionen, die für alle Beteiligten individuelle Lernprozesse
418 ohne starre Vorgaben ermöglichen. Ziel unseres Bildungsideals ist deshalb nicht das
419 Auswendiglernen von Inhalten, sondern die Erziehung zur Mündigkeit und zum kritischen
420 Denken. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Menschen Chancen bietet – von
421 frühkindlicher bis Erwachsenenbildung.

422

423 In Bildungsinstitutionen soll die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zuständen und
424 Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist es, so die Steigerung der politischen
425 Partizipation zu erreichen. Eine progressive Bildungspolitik ist entscheidend für
426 Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und fördert die demokratische Entwicklung. Bildung in
427 dieser Form bedeutet ständige gesellschaftliche Selbstreflexion und ist Lebensgrundlage
428 menschlicher Gemeinschaft.

429

430 2. Ein inklusives Bildungssystem muss frei von Wettbewerbsgedanken allen offen stehen.

431

432 Das Bildungssystem ist heute ein Raum, in dem Menschen von Beginn an in verschiedene
433 Schubladen gesteckt und voneinander separiert werden. Das dreigliedrige Schulsystem trennt
434 SchülerInnen, bevor sie sich überhaupt richtig entwickeln können. Ein Studium an einer
435 Hochschule können sich nur die leisten, die finanziell unterstützt werden. Und längst nicht alle
436 Betriebe bilden aus. Wir setzen uns dafür ein, dass jedeR eine Chance und, wenn notwendig,
437 auch weitere Chancen bekommt.

438

439 Bildung ist aber nicht nur als Bringschuld der Politik an die BürgerInnen zu betrachten, sondern
440 als durch den Staat unterstützter – nicht gelenkter – Prozess, an dem alle Menschen
441 partizipieren. Der muss Staat die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen in der
442 Lage sind, Bildung zu erfahren, aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben, sich zu
443 bilden.

444

445 Wir wollen deshalb ein inklusives Bildungssystem, an dem alle partizipieren können, damit sie
446 auch an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Kein Mensch darf aufgrund einer
447 Beeinträchtigung und/oder chronischen Erkrankung, des Elternhauses, der finanziellen
448 Möglichkeiten oder einem besonderen Förderbedarf „aussortiert“ werden. Bildungsinstitutionen
449 müssen allen offen stehen – beispielsweise auch Geflüchteten. Unser inklusives
450 Bildungssystem beginnt mit einer Kindertagesstätte für alle und verhindert die Spaltung in
451 unterschiedliche Schulformen.

452

453 3. Die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen ist Voraussetzung der Demokratie.

454

455 Wir wollen, dass alle Menschen zum aktiven Leben demokratischer Teilhabe befähigt sind.
456 Partizipation an demokratischen Prozessen – von der Wahl bis zur Demonstration – ist Teil
457 unseres Bildungsziels. Wir begreifen Bildungsinstitutionen daher als Schulen der Demokratie.
458 Diese müssen ihrerseits aber auch demokratischen Strukturen unterliegen. Wir fordern daher
459 die Demokratisierung aller Bildungseinrichtungen. Das meint die gleichberechtigte
460 Mitbestimmung aller an den jeweiligen Institutionen beteiligten Menschen in
461 Selbstverwaltungsgremien. Mitbestimmung muss möglichst früh im Kindesalter beginnen und
462 stets altersgerecht ausgestaltet werden. Das Alter darf nicht als Ausrede für mangelnde
463 Beteiligung genutzt werden. Langfristig verlangen wir die Abschaffung unterschiedlicher
464 Statusgruppen, damit allen Beteiligten das gleiche Stimmgewicht eingeräumt wird.

465

466 Neben der paritätischen Mitwirkung aller Gruppen in Selbstverwaltungsgremien braucht es
467 starke autonome Vertretungen von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden, die auf
468 allen Ebenen gesetzlich verfasst sind. Um das Engagement in diesen Strukturen allen
469 gleichermaßen zu ermöglichen, muss es ausreichend Freiräume in Schule und Hochschule
470 geben. Die Vertretungen brauchen ein allgemeinpolitisches Mandat, damit sie die Interessen
471 ihrer Gruppen angemessen wahrnehmen können. Die konstruierte Trennung zwischen

472 Bildungs- und Allgemeinpolitik ist falsch. Bildungsinstitutionen sind Teil der Gesellschaft und
473 deshalb nicht von ihr getrennt zu betrachten.

474

475 Auch die Erziehung zum Antimilitarismus ist für uns Bildungsziel. Die Präsenz der Bundeswehr
476 in Bildungseinrichtungen zur Werbung lehnen wir ab. Diskussionen, bei denen SoldatInnen,
477 FriedenspädagogInnen und ExpertInnen kontrovers diskutieren, können dennoch sinnvoll sein –
478 denn die Mitglieder von Bildungsinstitutionen haben auch ein Recht auf Information und
479 Austausch. Die Veranstaltungen müssen freiwillig ausgestaltet und für alle interessierten
480 Menschen offen sein.

481

482 4. Die Bildungsfinanzierung ist staatliche Aufgabe – aber zum Teil auch Pflicht der
483 Privatwirtschaft.

484

485 Bildungsinstitutionen müssen vom Staat bedarfsgerecht ausfinanziert werden.
486 Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen aber auch Weiterbildungseinrichtungen und
487 Kulturinstitutionen zu unterhalten und zu fördern, ist allein staatliche Aufgabe. Eine
488 privatwirtschaftliche Einflussnahme auf Lern-, Lehr- und Forschungsinhalte lehnen wir ab. Doch
489 nur wenn der Staat die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens sichert, hat er selbst die Hoheit
490 über Bildungsinhalte. Das bedeutet auch, dass in religiösen Fragen Neutralität gelten muss.
491 Bildungsinhalte sollen frei von jeglicher Religion sein. Wir stehen für eine Bildung für Vielfalt und
492 fordern daher Ethiklehre statt Religionsunterricht. Religiöse Bildung und Ausbildung sind
493 Privatsache und nicht von staatlicher Seite zu subventionieren.

494

495 Schrankenlose Privatisierungen im Bildungsbereich, die die Verwertung kultureller Leistungen
496 voraussetzen, haben zum massiven Abbau öffentlicher Infrastruktur geführt. In diesem
497 staatlichen Handeln wird aber zugleich ein großes Dilemma des Neoliberalismus deutlich: Er
498 möchte einerseits die Ausgaben für die öffentliche Bildungspolitik möglichst gering halten, aber
499 andererseits zugleich Bildung, Wissenschaft und Forschung als Standortvorteile und
500 ökonomische Ressourcen nutzen. Dass diese Politik zum Scheitern verdammt ist, ist
501 offenkundig. Es muss bei der Bildung stets um die soziale Ebene als Teil von
502 Gesellschaftspolitik gehen.

503

504 Zugleich sehen wir die Wirtschaft aber in einer besonderen Verantwortung für die Finanzierung
505 der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Wir wollen eine solidarische Ausbildungsplatzumlage,
506 damit Betriebe, die nicht ausbilden, sich an den Kosten beteiligen. Die duale Ausbildung wollen
507 wir weiter stärken. Die Berufsschulen müssen besser ausgestattet werden. Die Qualität der
508 Ausbildung muss gestärkt werden. Diese Weiterbildung muss auch die Privatwirtschaft
509 mitfinanzieren. Der Staat und die Privatwirtschaft müssen gemeinsam ein Recht auf
510 Weiterbildung und Bildungsurlaub in einem angemessenen Umfang gewährleisten.

511

512 5. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein

513

514 Wir stehen ein für ein Bildungssystem für alle. Von der frühkindlichen Bildung bis zur
515 Hochschule und zur betrieblichen Weiterbildung verlangen wir die Kostenfreiheit von Bildung für
516 alle, um allen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe und zur Partizipation an
517 Bildung zu ermöglichen. Eine Unterschiedliche soziale Herkunft oder finanzielle Ungleichheiten
518 im Elternhaus dürfen keine Bedeutung haben. Wir wollen sie frühestmöglich abfangen. Für die
519 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangen wir staatliche, gebührenfreie
520 Kindertagesstätten. Es braucht einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung.

521

522 Auch das dreigliedrige Schulsystem ist falsch und ungerecht. Wir wollen eine integrierte
523 Gemeinschaftsschule für alle: eine Ganztagschule, die allen die gleichen Möglichkeiten gibt.
524 Jedem Kind müssen durch individuelle Betreuung Chancen und Entwicklungsperspektiven
525 gegeben werden. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für eine bessere Qualifizierung und
526 Weiterbildung des pädagogischen Personals ein. Wir wollen auch den Zugang zur Hochschule
527 für alle möglich machen. . Insbesondere muss allen ein Studium ermöglicht werden, indem
528 Studienplatzkapazitäten ausgebaut und Hürden beim Zugang abgebaut werden.

529

530 Wir lehnen jede Form von Bildungsgebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen
531 Gründen ab. Zugleich streiten wir für eine sozial gerechte Ausbildungsförderung, die
532 bedarfsgerecht ausgestaltet ist und allen Menschen unabhängig von ihren Eltern eine

533 Ausbildung oder Studium ermöglicht. Es darf niemals darum gehen, im Bildungsbereich eine
534 Gewinnmaximierung durch Sparen auch im Bereich der Ausbildungsfinanzierung zu betreiben.
535 Auch hier gilt: Bildung ist keine Ware.

536

537 6. Die Digitalisierung des Bildungsbereiches muss als Chance der Inklusion genutzt werden.
538

539 Die Digitalisierung des Bildungsbereiches sehen wir als Herausforderung, die wir gestalten
540 wollen. Wir betrachten sie vor allem als Chance für Inklusion. Diese wollen wir fördern.

541 Technische wie soziale Ursachen tragen jedoch heute dazu bei, dass nicht jeder
542 gleichermaßen an der digitalen Entwicklung teilhaben kann. Nur wenn nicht nur der Ausbau
543 technischer Infrastruktur sondern auch eine Stärkung der Medien- und Informationskompetenz
544 gelingt, können alle von den Potentialen der Digitalisierung profitieren. Wir verstehen
545 Medienkompetenz als Querschnittsaufgabe, die in allen Bildungseinrichtungen weiter in den
546 Mittelpunkt gerückt werden muss. Auf dem Weg dorthin braucht es ein eigenes Schulfach
547 „Computing“, um Medienkompetenz möglichst früh zu vermitteln.

548

549 Die Digitalisierung ermöglicht es, weltweite Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen. Doch die
550 kritische Auseinandersetzung mit anderen Menschen in Diskussionen und Debatten ist
551 essentieller Bestandteil unseres Bildungsideals. Die digitale Lehre darf daher nicht zur
552 Verdrängung des Präsenzlernens führen, sondern ist ganz im Sinne des blended learning als
553 eine Ergänzung einzusetzen, wo Lernprozesse dies sinnvoll zulassen. Doch erkennen wir auch
554 an, dass durch digitale Bildungsangebote sich Menschen weiterbilden können, die aufgrund der
555 Ort- und Zeitgebundenheit bisher keine Weiterbildung wahrnahmen. Diese Form der
556 Weiterbildung wollen wir unterstützen.

557

558 „Open Educational Resources (OER)“ können einen wesentlichen Beitrag zur inhaltlichen
559 Weiterentwicklung unseres Bildungssystems leisten. Frei zugängliche Lehr- und Lernmaterialien
560 die weitergegeben, weiterentwickelt und geteilt werden können, stärken vor allem die
561 Chancengleichheit. OERs sollten in unser Bildungssystem integriert und die didaktischen
562 Möglichkeiten mittels freier Lizenzen und Formate weiterentwickelt werden. Eine umfassende
563 technische Ausstattung und die Schaffung entsprechender Infrastrukturen sind notwendige
564 Voraussetzungen für den erfolgreichen Einsatz digitaler Medien in der Bildung. Beim Einsatz
565 mobiler Endgeräte muss aus sozialen Aspekten die Anschaffung einheitlicher Geräte durch die
566 Bildungsinstitution die Regel sein.

567

568 **Thesen: „Wie viel Neues braucht die Gesellschaft?“**

569

570 1. Tolerante und Diskriminierungsfreie Gesellschaft

571

572 Wir wollen in einer offenen, akzeptierenden und diskriminierungsfreien Gesellschaft leben. Noch
573 immer gehören jedoch Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und Frauenfeindlichkeit zu
574 unserem Alltag.. Alle Menschen sollen sich frei entfalten können, ohne dabei auf Grund ihres
575 Geschlechts, ihrer Religion, ihrer sexuellen Identität, ihrer Hautfarbe ausgegrenzt oder
576 schikaniert zu werden. Damit dies Realität wird, braucht es weiterhin demokratische Arbeit, um
577 Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt oder auf der Straße entgegen zu wirken. Dazu gehören
578 sowohl Antidiskriminierungsgesetze, als auch ein Entgeltgleichheitsgesetz, um endlich der
579 unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen entgegen zu wirken. Darüber hinaus
580 braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, damit Rassismus und Sexismus in den Köpfen der
581 Menschen wirksam bekämpft werden kann.

582

583 2. Alte Rollenmuster überwinden - Verantwortung übernehmen

584

585 Der Ehe- und Familienbegriff haben sich im Laufe der Zeit stark verändert. Immer öfters gibt es
586 Paare, die zusammenleben möchten, ohne dabei den Bund der Ehe eingehen zu wollen. Diese
587 Menschen lieben sich genauso wie verheiratete Paare. Wenn sie Kinder haben, übernehmen
588 sie genauso Verantwortung für diese. Wir Jusos wollen uns dafür einsetzen, dass alle
589 Menschen die Verantwortung für Kinder oder füreinander übernehmen, gleichberechtigt
590 nebeneinander stehen - Mit Trauschein oder ohne. Als Grundlage dazu könnten das Konzept
591 der PACs (pacte civil de solidarité) aus Frankreich sein. Darüber hinaus wollen wir die
592 LebenspartnerInnenschaft für alle ebenso öffnen wie die Ehe. Kinder brauchen Eltern, die sich
593 um sie kümmern, dabei ist es aber unerheblich, ob dies nun Vater und Vater, Mutter und Mutter

594 oder Vater und Mutter sind. Die Hauptsache ist, dass es den Kindern gut geht. Ein besonderes
595 Augenmerk muss auch auf Alleinerziehenden Eltern liegen. Eine modere Gesellschaft muss es
596 ihnen ermöglichen Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Mit alten Rollenmustern
597 brechen heißt für uns auch, das klassische Familienmodell mit einem männlichen
598 Hauptverdiener und einer weiblichen Reproduktionsarbeiterin zu überwinden. Männer und
599 Frauen sollen zu gleichen Teilen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit nachgehen. Dies sichert
600 Frauen über eigene, gut bezahlte Erwerbsarbeit langfristig und selbstständig ab und erlaubt
601 Männern, sich selbst in Haus- und Sorgearbeit zu verwirklichen. Dabei wollen wir außerdem
602 sicher stellen, dass sich Elternteile nicht aus ihrer Verantwortung stehlen, und dem anderen
603 Elternteil die alleinige finanzielle Belastung und Sorgearbeit überlässt.

604

605 3. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche gestalten anstatt nur zur verwalten

606

607 Der technische Fortschritt und die Digitalisierung aller Lebensbereiche haben in den
608 vergangenen Jahren immer größere Sprünge nach vorne gemacht. Dabei kann die Politik dies
609 nicht aufhalten, sondern allerhöchstens ausbremsen. Ziel jungsozialistischer Politik muss es
610 daher sein, diesen Fortschritt so zu gestalten, dass er dem Wohle aller Menschen dient.

611

612 Damit aber alle Menschen daran teilhaben können, muss unbedingt der Zugang zum Internet
613 als Grundrecht der Daseinsvorsorge definiert werden und die Vermittlung von Internet- und
614 Medienkompetenz bereits in den Kinderschuhen unterrichtet werden.

615

616 An weiten Teilen unserer Kommunikation und Internetnutzung haben große Konzerne teil und
617 sammeln dabei personenbezogene Daten. Wir müssen die Selbstbestimmung der Nutzer*innen
618 bei der Verwendung ihrer Daten durch Dritte sichern und den allgemeinen Datenschutz
619 ausbauen.

620

621 Auch auf unser Arbeitsleben hat die fortschreitende Digitalisierung großen Einfluss. Sie kann die
622 Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, aber auch zu ständiger Erreichbarkeit und
623 Überwachung führen. Sie beeinflusst ganze Berufsbranchen. Die Politik muss hier daher klare
624 Regeln zum Schutz der ArbeitnehmerInnen treffen.

625

626 4. Selbstbestimmte Gesellschaft - Cannabis legalisieren

627

628 Viele Menschen in Deutschland kiffen regelmäßig, daran ändern auch Verbote nichts. Die
629 allermeisten der KifferInnen in Deutschland konsumieren bewusst und verantwortungsvoll. Sie
630 schaden niemandem und doch werden sie wie Kriminelle behandelt. Damit muss Schluss sein!
631 Wir wollen, dass der Konsum von Cannabis, Anbau und Handel legal werden und jedeR selbst
632 bestimmen kann, ob sie kiffet oder es lässt.

633

634 5. Miteinander Entscheiden statt über Köpfe hinweg

635

636 Wir müssen die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen an politischen Entscheidungen
637 verbessern. Dies ist ein Schritt um einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

638

639 Besonders die Beteiligung junger Menschen muss ausgebaut werden. Heute entscheidet die
640 Politik über sie, aber oftmals nicht mit Ihnen. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf allen Ebenen soll
641 helfen, dass bei politischen Entscheidungsprozessen auch die Belange junger Menschen
642 stärker berücksichtigt werden. Junge Leute sind keinesfalls unpolitisch. Aber viele nervt
643 gewaltig, dass sie nicht mitbestimmen dürfen. Sie müssten schon in der Schule oder der
644 Ausbildung merken, dass sie Einfluss auf Entscheidungen haben. Dass sich konkret etwas
645 verändert, weil sie da sind und sich einbringen.

646

647 Parteien müssen einen Teil ihrer vorderen Listenplätze bei Wahlen für junge Menschen
648 reservieren. Junge Menschen sollten entsprechend dem Anteil ihrer Altersgruppen an der
649 Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sein.

650

651 **Wie viel Arbeit braucht das Leben?**

652

653 1. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Arbeit

654

655 Erwerbsarbeit bleibt für uns zentral. Sie sichert Menschen ein Auskommen und hat eine
656 wichtige Integrationsfunktion in die Gesellschaft. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Arbeit,
657 der es Menschen erlaubt, selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen zu können und die
658 integrativen Funktionen von Arbeit zu nutzen.

659

660 2. Arbeitszeit muss umverteilt werden

661

662 Viele Menschen arbeiten deutlich mehr als sie gerne würden – leisten große Zahlen an
663 Überstunden und haben kaum Zeit für ihre Familien, ihr soziales Umfeld oder zur individuellen
664 Entfaltung. Andere, insbesondere Frauen, können von ihrem Halbtagsjob nicht auf mehr
665 Stunden aufstocken oder finden gar nicht erst eine Arbeitsstelle. Deshalb wollen wir Arbeit
666 umverteilen! Menschen müssen mehr Zeit haben, sich um ihre Angehörigen zu kümmern, Zeit
667 mit ihrer Familie zu verbringen, Zeit für Ehrenamt und Muße. Wir brauchen ein neues
668 Normalarbeitsverhältnis, das von einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 30 Stunden
669 ausgeht. Darüber hinaus müssen auch andere Arbeitszeiten neben der Erwerbsarbeit (bspw.
670 Pflege- und Sorgearbeit) deutlich besser abgesichert werden. Dafür ist für uns die
671 Arbeitsversicherung das Mittel der Wahl.

672

673 3. Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz müssen radikal ausgeweitet werden

674

675 Wirtschaftsdemokratie, Teilhabe und Partizipation an Arbeits- und Produktionsstätten ist viel zu
676 lange in den Hintergrund der politischen Debatte getreten. Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist
677 der zentrale Angriffspunkt zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und der Verflüssigung der
678 Grenzen zwischen Arbeit und Kapital und bestes Instrument im Kampf für gute Arbeit. Neben
679 traditionellen Teilhabemöglichkeiten sollten wir gesellschaftlichen Wandel nutzen, und neue
680 Partizipationsmöglichkeiten diskutieren. Dabei brauchen wir mehr Verantwortung statt mehr
681 Verstaatlichung. Menschen wollen und sollen an ihren Arbeitsstätten teilhaben und mehr
682 Verantwortung übernehmen. Neben kollektiver Mitbestimmung brauchen wir auch mehr
683 individuelle Partizipationsmöglichkeiten. Dies entspricht einerseits dem Puls der Zeit und dem
684 Wunsch von vielen Menschen nach mehr direkter Teilhabe und individuellen Lösungen,
685 gleichzeitig können Gewerkschaften über eine Verabschiedung von der StellvertreterInnenpolitik
686 ArbeitnehmerInnen direkter einbinden.

687

688 4. Digitalisierung ist die Zukunft der Arbeit

689

690 Der Digitale Wandel hat die Arbeitswelt längst erreicht. Wir können und wollen diese nicht
691 aufhalten sondern gestalten. Dabei müssen Arbeits- und Aufgabenfelder natürlich unseren
692 Standards guter Arbeit entsprechen. Technischer Fortschritt kann z.B. dabei helfen, gefährliche
693 und unattraktive Arbeit zu reduzieren oder generelle Spielräume für Arbeitszeitverkürzungen
694 schaffen. Arbeit wird darüber hinaus flexibler, und kann sich damit mehr an die Bedürfnisse der
695 Menschen anpassen. Wichtig ist dabei, dass sich Flexibilität an den Bedürfnissen der
696 ArbeitnehmerInnen orientiert (nicht an denen, der ArbeitgeberInnen). Für die Gleichstellung der
697 Geschlechter sind flexiblere Arbeitszeiten eine wichtige Voraussetzung, um Frauen und
698 Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Damit dies gelingen kann und
699 möglichst viele Menschen von der Flexibilität profitieren, müssen neben den Menschen selbst
700 auch Gewerkschaften und Betriebsräte auf diese Herausforderung vorbereitet werden. Um die
701 Digitalisierung der Arbeitswelt kritisch und konstruktiv zu begleiten müssen Betriebsräte
702 zukünftig besser aus- und weitergebildet werden. Neben positiven Entwicklungen kann die
703 Digitalisierung durch technischen Fortschritt auch z.B. zu dem Wegfall bestimmter Arbeitsfelder
704 führen. Wir benötigen Kompensation und Alternativen, für Menschen deren bisherige
705 Aufgabenfelder davon betroffen sein können. Insgesamt muss die Digitalisierung der Arbeitswelt
706 zu einem Mehr an guter Arbeit für alle führen. Die Schaffung neuer atypischer Formen von
707 Arbeit, z.B. durch einen höheren Grad an Flexibilisierung, lehnen wir entschieden ab.

708

709 5. Menschen müssen sich während des ganzen Lebensverlaufs weiterbilden

710

711 Nicht nur aber auch auf Grund von Digitalisierung und ständigem Wandel der Arbeitswelt
712 müssen Menschen im Laufe ihres Lebens kontinuierlich weiterbilden. Die
713 Qualifikationsanforderungen für Arbeitsplätze steigen und verändern sich stetig, dem
714 entsprechend wollen wir Weiterbildung für alle Menschen ermöglichen und sie dabei, zeitlich
715 und monetär unterstützen. Die von uns beschriebene Arbeitsversicherung ist unser Garant für

716 die Ermöglichung einer dauerhaften und gut abgesicherten Weiterbildungs- und
717 Qualifizierungsphase.

718

719 6. Gleichstellung wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden

720

721 Die Gleichstellung zwischen Frau und Mann wird auf dem Arbeitsmarkt entschieden. Dafür
722 brauchen wir weiterhin jegliche Unterstützung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für
723 Frauen und die stetige Forderung und Förderung von Männern, mehr Familien- und Sorgearbeit
724 zu übernehmen. Unser Ziel ist es, so viel wie möglich Reproduktionsarbeit zu Erwerbsarbeit
725 machen und somit mehr und mehr unbezahlte Arbeit zu bezahlter zu machen und zu
726 vermarktlischen. Dies bedeutet natürlich nicht, sie allein der Willkür des freien Marktes zu
727 überlassen, sondern notwendige Tätigkeiten z.B. Kinder- oder Altenpflege staatlich zu
728 unterstützen. Damit muss für uns einher gehen, dass Sozialberufe finanziell deutlich
729 aufgewertet werden. Um die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt weiter zu fördern ist die
730 obligatorische Vaterschafts-Auszeit ein Instrument, das Männer (analog zum Mutterschutz)
731 zwischen 8 und 10 Wochen bei der Geburt eines Kindes vom Arbeitsplatz fern halten soll.
732 Obwohl der Gender Pay Gap längst nicht überwunden ist, sinkt dieser Dank verschiedener
733 politischer Maßnahmen zumindest ein wenig. Weiterhin massiv hoch sind Gender Income Gap
734 und Gender Pension Gap. Sowohl Vermögen als auch Rentenansprüche sind weiterhin massiv
735 ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Dagegen wollen wir sowohl mit den natürlichen
736 Mitteln des Arbeitsmarktes als auch geschlechterspezifischer Umverteilungsinstrumente
737 entgegen wirken.

738

739 **Wie viel Kampf braucht die Welt?**

740

741 1. Politik muss weltweit Voraussetzungen für Selbstentfaltung schaffen

742

743 Jeder Mensch ist täglich Kämpfen ausgesetzt. Diese können im kleinen, privaten Kreis
744 stattfinden oder sich über ganze Menschengruppen und Regionen ziehen.

745

746 Unser Kampf ist immer ein politischer, der sich vor allem auf Veränderungen im Sozialen und
747 Wirtschaftlichen bezieht. Wir führen ihn gegen Strukturen, die die Selbstentfaltung der
748 Menschen verhindern. Dieser Kampf endet nicht an nationalstaatlichen Grenzen. Wir führen ihn
749 international. Zum Internationalismus zählt für uns das Organisieren in großen, globalen
750 Netzwerken, die demokratisch agieren und das Wissen und die Fähigkeiten aller verbinden.
751 Ihnen werden die nötigen Kompetenzen und Mittel zur Verfügung gestellt, um Beschlüsse in
752 Handeln umzusetzen.

753

754 2. Demokratisierung aller Lebensbereiche durch die Europäische Union

755

756 Die Europäische Union ist ein erster Schritt zu einem internationaleren Kampf. Sie muss eine
757 Vorreiterrolle auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus übernehmen. Damit geht eine
758 umfassende Demokratisierung aller Politik- und Lebensbereiche einher. Auch muss sie eine
759 größere Rolle bei der Vermeidung und Bewältigung von Konflikten spielen. Um das zu
760 ermöglichen, müssen Ungleichheiten zwischen und in Gesellschaften abgebaut werden - nicht
761 nur in Europa, sondern weltweit. Auch spielt die EU eine herausragende Rolle, wenn es darum
762 geht, die Welt friedlicher zu machen. Ein erster Schritt dazu ist, dass nationale Armeen
763 abgeschafft und eine europäische Armee geschaffen wird. Das kann aber nur geschehen, wenn
764 linke, progressive Kräfte die Deutungshoheit über die EU erlangen und wir sie nach unseren
765 Idealen gestalten.

766

767 3. Entwicklungszusammenarbeit muss die Bedürfnisse der Menschen nach vorne stellen

768

769 Die globale Verteilungsungerechtigkeit ist allgegenwärtig. Die Spaltung zwischen dem globalen
770 Süden und dem Globalen Norden ist weder überwunden, noch zurückgegangen. Sie schreitet
771 aufgrund der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Produktionsweise immer weiter voran. Die
772 Bedürfnisse von Menschen geraten in den Hintergrund; Armut und Existenzängste prägen den
773 Alltag. Die Umwelt wird auf Kosten der schwächsten ausgebeutet. Ein selbstbestimmtes Leben
774 in Würde ist vielerorts nicht möglich.

775

776 Internationale Solidarität erfordert vor dem Hintergrund des Nord-Süd-Gefälles, den „Schutz“,

777 der Unterstützung der Menschen und somit auch der Umwelt. Dazu müssen Systeme die
778 Existenzängste erzeugen überwunden werden. Wir wollen Menschen dazu befähigen sich
779 selbständig zu verwirklichen. Daher muss Entwicklungszusammenarbeit so gestaltet sein, dass
780 die Bedürfnisse der Menschen an erster Stelle stehen und nicht die der Wirtschaft. Es kann uns
781 dabei nicht nur darum gehen die Folgen des Widerspruches zwischen Arbeit und Kapital im
782 globalen Norden abzufedern und die Folgen im globalen Süden zu vernachlässigen. In einer
783 globalisierten Welt muss auch der Arbeitskampf global geführt werden.

784

785 Globale Verteilungsgerechtigkeit sorgt für Sicherheit und bringt freie Entfaltungs- und
786 Entscheidungsmöglichkeiten für alle mit sich. Sie ist somit ein wichtiger Baustein für globalen
787 Frieden. Und eine unumgängliche Voraussetzung des demokratischen Sozialismus.

788

789 4. Konfliktmanagement muss langfristige Perspektiven schaffen und Präventionsarbeit
790 betreiben

791

792 Kriege und Konflikte finden oftmals nicht mehr zwischen zwei Staaten statt. Asymmetrische
793 Kriege und Konflikte treten immer mehr und mehr an deren Stelle. Die Gründe sind so
794 unterschiedlich wie die Konflikte. Ungleiche Zugänge, zu natürlichen Ressourcen, Armut,
795 gesellschaftliche Ungleichheit, unzureichende Freiheiten, staatliches Versagen oder
796 Unterdrückung sind nur einige der Auslöser dieser neuen Kriege und Konflikte.

797

798 Für asymmetrische Konflikte und Kriege kann es kein Allgemeinrezept geben. Es zeigt sich
799 aber, dass ein Konfliktmanagement, das nur auf Interventionen und kurzfristige Waffenruhe
800 ausgerichtet ist keine Lösung ist. Es gilt die Ursachen dieser Kriege und Konflikte zu
801 bekämpfen.

802

803 Präventionsarbeit und Konfliktmanagement stellen daher die wichtigste Säule unserer
804 Außenpolitik dar. Krieg und Krisen begegnen wir prinzipiell mit dem Vorrang nichtmilitärischer,
805 friedens- und vertrauensbildender Ansätze. Jedwedes Eingreifen in bewaffnete Konflikte in
806 souveränen Staaten bedarf aus Sicht der Jusos eines Mandats der UN. Keinesfalls dürfen
807 nationale Alleingänge oder "Koalitionen der Willigen" sich als moralisches Recht zur Intervention
808 konstruieren. Ebenso müssen entsprechend bewaffnete und zivile Missionen unter dem
809 Oberbefehl der Vereinten Nationen stattfinden. Nur so ist eine glaubwürdige, von der
810 internationalen Gemeinschaft getragene Intervention zu legitimieren, welche im Sinne der
811 internationalen Schutzverantwortung ausschließlich den Schutz der allgemein gültigen
812 Menschenrechte der betroffenen Bevölkerung zum Ziel hat. Wir sehen an dieser Stelle die
813 Weltgemeinschaft als Ganzes in der Verantwortung.

814

815 Damit diese langfristig ihrer Aufgabe gerecht werden kann müssen Funktionalität und Integrität
816 der UN, besonders des Sicherheitsrates verbessert werden. Was wir brauchen ist eine
817 Demokratisierung der UN. Es bedarf einer Abschaffung des Vetorechts, eine Besetzung des
818 Sicherheitsrates nach Proporz, eine zwingende Mandatierung.

819

820 **Links leben – dafür braucht es Bewegung!**

821

822 Links leben – das geht nicht von heute auf morgen. Gemeinsam haben wir in den letzten zwei
823 Jahren aber erste Ideen erarbeitet, wie jungsozialistisches Leben im 21. Jahrhundert aussehen
824 kann. Dabei ist immer klar: wir wollen, dass Jeder und Jede ihr Leben so leben kann, wie er
825 oder sie will. Wir wollen, dass Lebensträume keine Träume bleiben. Wir sind fest davon
826 überzeugt, dass das nicht alleine, sondern nur gemeinsam funktioniert. Freiheit, Gerechtigkeit
827 und Solidarität gehen dafür Hand in Hand.

828

829 An unseren Ideen werden wir weiter feilen – wir bleiben in Bewegung. Im Austausch mit jungen
830 Leuten, GewerkschafterInnen, Jugendverbänden, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und
831 vielen mehr gehen wir voran. Schritt für Schritt werden wir Verbündete für unsere Vorstellungen
832 suchen. Schritt für Schritt werden wir unsere Ideen auch in die SPD tragen. Denn auch die SPD
833 braucht endlich eine überzeugende Vorstellung davon, wie sie diese Gesellschaft gestalten will.
834 Dafür auf die Jugend zu hören ist immer die beste Idee!

835

836 Mit unseren Überzeugungen bringen wir diese Gesellschaft und diese Welt in Bewegung!
837 Gemeinsam sind wir stark! Los geht's!

Titel Die Architektur jungsozialistischer
Asylpolitik

Antragsteller Saarland

Zur Weiterleitung an

Die Architektur jungsozialistischer Asylpolitik

1 Auch heute, nach jahrelangem Massensterben im Mittelmeer und inmitten des Syrischen
2 Bürgerkrieges, erleben wir in Deutschland tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit
3 denjenigen, die ihre Flucht bis hierhin überlebt haben, der dem Mut, den Geflüchtete
4 aufgebracht, dem Leid, das sie auf ihrer Flucht erfahren haben, ja schlichtweg dem Menschsein
5 unwürdig ist. Die deutsche und auch die europäische Asylpolitik sind nach wie vor von der
6 Einstellung geprägt, dass es sich bei den Geflüchteten ganz überwiegend um solche handelt,
7 die keinen Schutz verdient hätten, die "nur" eine wirtschaftliche Besserstellung suchen. Daraus
8 leitet sich die primäre Zielsetzung der Abwehr und Abschottung ab. Doch selbst wer offiziell als
9 Geflüchteter anerkannt wurde, dem wird die realitätsferne Prämisse entgegengebracht, dass
10 man nur vorübergehend Asyl suche, bevor man in die Heimat zurückkehre. Verkannt wird, dass
11 eben diese Heimat in der Regel nicht länger existiert, sei es aufgrund ethnischer Säuberungen,
12 klimatischer Veränderungen oder ökonomischer Rahmenbedingungen. Die meisten Menschen,
13 die zu uns kommen, sind gekommen, um zu bleiben – nicht aus freiem Entschluss, sondern weil
14 sie ihre Heimat aus guten Gründen verlassen mussten. Diese Analyse muss auch
15 Konsequenzen für praktisches politisches Handeln haben. Wer zu uns kommt, muss an unserer
16 Gesellschaft teilhaben können – alles andere bedeutet nichts anderes als eine Rolle der
17 Geflüchteten als "Fremde" zu verfestigen.

18
19 Im Jahr 2001 verpflichteten sich die Staaten der Vereinten Nationen bis 2015 eine Reihe von
20 humanitären, sozialen und ökologischen Zielen, die sogenannten Millenniumsziele, zu erreichen.
21 Hierbei versprach Deutschland die Leistungen im Entwicklungsbereich auf 0,7% des
22 Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigern. Bisher ist allerdings lediglich eine geringe Erhöhung auf
23 0,4% umgesetzt worden, während beispielsweise die skandinavischen Länder mit nahezu 1%
24 des jeweiligen BIPs eine weitaus stärkere Steigerung vollbracht haben (Stand 2013). Nachdem
25 die MDGs nicht universell erreicht wurden, entwickelten die Vereinten Nationen eine neue
26 Entwicklungsagenda. Mit den Sustainable Development Goals wurde die Zahl der expliziten
27 Ziele erhöht und ein genaueres Monitoring ihrer Erreichung festgeschrieben.

28
29 Diese Thematik ist im Rahmen des zunehmenden Aufkommens von AsylbewerberInnen
30 insofern relevant, als dass viele Menschen ihre Heimatländer gar nicht verlassen würden, wenn
31 sie dort lebensermöglichende Bedingungen vorfinden würden. Daher fordern wir eine
32 konsequente Verfolgung der SDGs sowie die Einhaltung und perspektivische Erhöhung des
33 0,7% Zieles.

34
35 **Wir fordern sichere Wege nach Europa statt Abschottung**

36
37 Was feststeht ist, dass auch heute weiter gestorben wird. Geflüchtete, beispielsweise aus
38 Syrien, Eritrea, Afghanistan oder Somalia, stehen verzweifelt an Europas verschlossenen
39 Grenzen; vor ihnen die tödlichste Grenze der Welt, das Mittelmeer. Die 366 Toten im Herbst
40 2013 und 700 Toten im Februar 2015 von Lampedusa waren nur einige von vielen tausenden in
41 den letzten Jahren. Die Reaktion auf die Katastrophe von Lampedusa im Jahr 2013 war, dass
42 Italien die Mission "Mare Nostrum" ins Leben rief. Diese Rettungsmission war den EU-Ländern
43 mit 9 Mio. € pro Monat zu teuer und wurde infolge dessen 2014 eingestellt. Auf „Mare Nostrum“

44 folgte keine weitere humanitäre Mission. Die EU rief im November 2014 „Triton“ ins Leben, eine
45 unter dem Dach der EU-Grenzschutzagentur Frontex angesiedelte Mission. Ihr Ziel: Der reine
46 Grenzschutz! Natürlich muss und soll auch Triton Schiffbrüchige retten, aber eben nur noch in
47 der Nähe der italienischen Küsten. Im Mai 2015 wurde die Lücke im staatlichen
48 Rettungsbereich, die die Ersetzung von Mare Nostrum durch Triton gerissen hat, zunächst
49 durch einen improvisierten Rettungseinsatz vieler EU Länder geschlossen. Im Juni 2015 wurde
50 dieser Rettungseinsatz durch den EU-Militäreinsatz EUNAVFOR Med abgelöst. Auch hier ist der
51 Auftrag nicht die Seenotrettung, die sowieso für alle Schiffe verpflichtend ist, sondern zunächst
52 die Aufklärung und Überwachung der Schleppernetze, und später deren Bekämpfung.

53

54 Doch nur mit der Schaffung von legalen Fluchtwegen kann ein weiteres Ausweichen auf
55 lebensgefährliche Routen verhindert werden. Dafür brauchen wir gefahrenfreie und legale Wege
56 für Flüchtende nach Europa und dauerhaft laufende Programme zur menschenwürdigen
57 Geflüchtenaufnahme. Auch die Landesregierungen stehen hierbei in der Pflicht ihre
58 Möglichkeiten, insbesondere durch den Winterabschiebestopp und die Weiterführung der
59 Landesaufnahmeprogramme, zu nutzen. Menschen, die um ihr Leben fürchten müssen,
60 brauchen unseren Schutz!

61

62 Wir Jusos halten daher weiterhin an unserer Forderung nach einem globalen Recht auf
63 Migration und Bewegungsfreiheit fest. Menschen sollen selbst entscheiden können, wo sie
64 leben wollen. Grenzen müssen überwunden werden! Bis wir dieses Recht verwirklicht haben
65 fordern wir:

66

67 Allen Menschen, die in Notsituationen in der Bundesrepublik um Asyl bitten, sei es aufgrund von
68 politischer Verfolgung, Kriegen und Konflikten, systematischer Diskriminierung oder auch
69 wirtschaftlichem Elend, muss ein uneingeschränktes Bleiberecht eingeräumt werden. Dies
70 bedeutet insbesondere, dass das Bleiberecht nicht im Rahmen einer Verwertungslogik an das
71 wirtschaftliche Potenzial von Menschen geknüpft werden darf.

72

73 **1. Grenzen auf!**

74

75 Die Aussetzung des Schengener Abkommens und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen
76 durch die Bundesregierung ist ein Verrat an einer der größten Errungenschaften der EU: Der
77 Bewegungs- und Reisefreiheit über Ländergrenzen hinweg. Wir sehen unsere Idee von einem
78 solidarischen Europa existenziell bedroht. Das Schließen der Grenzen löst keine Probleme.
79 Geflüchtete, die nach Deutschland wollen, werden gezwungen auf illegale Wege
80 zurückzugreifen, um die Grenze zu überwinden, oder sich in die Gewalt von Schlepper*innen zu
81 begeben. Statt dem Druck der CSU von Rechtsaußen nachzugeben, sollte die Bundesregierung
82 ihre Kraft darauf verwenden die Kommunen und vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer zu
83 unterstützen. Wir fordern die sofortige Beendigung der Grenzkontrollen!

84

85 **2. Einführung des Botschaftsasyls**

86

87 Wir fordern die Einführung des Botschaftsasyls für die Bundesrepublik Deutschland und alle
88 weiteren Mitgliedsstaaten der EU. Die bisherige Rechtslage in Deutschland erlaubt es
89 Geflüchteten nicht, in den deutschen Botschaften der Herkunfts- oder Durchreisestaaten einen
90 Asylantrag zu stellen. Durch Botschaftsasyl wäre dies möglich; der Antrag würde in Deutschland
91 im regulären Verfahren vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach den Regeln
92 des Asylrechts geprüft werden. Die Antragsstellung muss nicht notwendigerweise in der
93 Botschaft im Herkunftsland erfolgen. Dies ist mangels Vertretung in einigen Gegenden ohnehin
94 nicht möglich und im akuten Fluchtfall kontraproduktiv. Flucht über Grenzen muss nach wie vor
95 möglich bleiben. Das Botschaftsasyl minimiert die Gefahren für die Betroffenen und senkt
96 gleichzeitig die Kosten für die Bundesrepublik Deutschland. Es ist nötig, dass die Erlangung des
97 Botschaftsasyls durch zeitnahe Termine und eine unverzügliche Bearbeitung gewährleistet wird.
98 Dabei ist darauf zu achten, dass ein Netz an Botschaften und Konsulaten besteht, dass für jede
99 und jeden erreichbar ist.

100

101 Die Bundesregierung hat über das bestehende Asylrecht hinaus die souveräne Möglichkeit
102 seine jährlich im Rahmen des Resettlement-Programms der UNHCR (Flüchtlingskommissariat
103 der Vereinten Nationen) zur Verfügung gestellten Plätze für Geflüchtete zu erhöhen.
104 Resettlement ermöglicht die Neuansiedlung von Geflüchteten in einem anderen als ihr

105 Aufnahmeland. Im Rahmen des deutschen Resettlement-Programms werden Geflüchtete
106 aufgenommen, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in Deutschland bekommen können.
107 Derzeit nimmt Deutschland jährlich nur 500 Menschen über das Resettlement-Programm auf.
108 Es muss den Geflüchteten nicht nur eine unbürokratische Einreise, sondern auch eine wirkliche
109 Sicherheit und Integrationschancen ermöglicht werden. Wir fordern daher:

110

- 111 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur Verfügung
112 gestellten Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms
- 113 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens: Das Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht
114 nach Bildungsstand, Herkunft oder Religionszugehörigkeit entschieden werden, sondern
115 je nach Notlage. Das Verfahren soll von der vor Ort in den Geflüchtetenlagern
116 funktionierenden Aufnahmestellen organisiert werden. Familienmitglieder der
117 Geflüchteten müssen automatisch auch an dem Programm eingebunden und bei der
118 Einreise die Familienzusammenführung beachtet werden. Zudem sollte unmittelbar nach
119 der Ankunft eine intensive Erstbetreuungsphase mit gesundheitlicher und psychologischer
120 Unterstützung stattfinden. Geflüchtete erhalten eine unbefristete
121 Aufenthaltsgenehmigung, eine Niederlassungserlaubnis und eine Anerkennung als
122 Geflüchtete nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Wie alle Geflüchteten erhalten diese
123 eine freie Wohnortwahl ohne Residenzpflicht. Kommunen stellen für sie ausreichende
124 Kontingente im öffentlichen Wohnungsbau bereit.

125

126 **3. Abschaffung des Flughafenverfahrens**

127

128 Wir fordern die Abschaffung des in Deutschland nach § 18a AsylVfG geltenden
129 Flughafenverfahrens. Dieses Verfahren findet zurzeit an den Flughäfen München, Frankfurt am
130 Main, Berlin und Düsseldorf statt. Auch die hier ankommenden Menschen haben das Recht auf
131 ein normales Asylverfahren. In dem Flughafen-Asylschnellverfahren können sich die
132 Asylsuchenden oft nur unzureichend auf die Befragungen durch die zuständigen Behörden
133 vorbereiten. Das führt zum Beispiel dazu, dass sie in der Eile nicht all ihre Fluchtgründe nennen,
134 die ihr Asylgesuch begründen würden. Die Folge kann die Ablehnung, trotz eines bestehenden
135 Asylanspruchs sein.

136

137 **4. Familiennachzug gewährleisten**

138

139 Wir fordern die bisher bestehenden Möglichkeiten zum Familiennachzug weiterhin zu
140 gewährleisten. Der Familiennachzug darf nicht ausgesetzt oder anderweitig beschränkt werden.
141 In vielen Fällen werden die jungen Männer einer Familie vorgeschickt, da sie die Strapazen
142 einer Flucht am ehesten einigermaßen überstehen. Nun den Familiennachzug aussetzen zu
143 wollen nur um die zynisch so genannten "Pulleffekte" zu verringern ist unmenschlich.

144

145 **5. Fähren statt Frontex – Menschenschutz statt Grenzschutz**

146

147 Anstatt das Retten hunderter Menschenleben auf die ohnehin geschwächten Anrainerstaaten
148 des Mittelmeeres abzuwälzen, sollten die EU-Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen
149 und eine dauerhafte humanitäre Mission zur Seenotrettung auflegen. Die strafrechtliche
150 Verfolgung von couragierten Seeleuten, die havarierten Geflüchteten zu Hilfe kommen, und
151 EUNAVFOR Med müssen endlich aufhören. Triton muss durch eine wirkliche
152 Seenotrettungsmission ersetzt werden, die speziell darauf angelegt ist Geflüchtete zu schützen.
153 Seenotrettung muss das oberste Gebot sein und die EU muss "mare nostrum" sofort reaktivieren
154 und finanzieren, damit ein angemessener Beitrag zum Schutz von Geflüchteten auf hoher See
155 geleistet werden kann. Alternativ rufen wir die EU dazu auf, ein vergleichbares
156 Seenotrettungsprogramm zu implementieren, mit welchem eine deutliche Erhöhung der
157 finanziellen und personellen Mittel einhergeht.

158

159 Ähnliche Beschlüsse der EU, wie der vom 17. Juni 2015, der die bestehenden Militäroperationen
160 in Mali und im Sudan in Grenzsicherungsmaßnahmen umwandelt, dürfen nicht umgesetzt
161 werden. Mit solchen völker- und europarechtlich höchst fragwürdigen Beschlüsse will die EU
162 Migrant_innen in den Transitstaaten abfangen und schon dort daran hindern in die EU
163 einzureisen. So wird verhindert dass eventuell Asylberechtigte überhaupt europäischen Boden
164 betreten können, was allerdings nach geltender Rechtslage notwendig ist, um einen Asylantrag
165 stellen zu können.

166

167 Eine Maßnahme, die in die gleiche Richtung zielt, ist die beschlossene verstärkte Kooperation
168 mit der Türkei hinsichtlich der Situation in Syrien und dem Irak. Es ist geplant die Türkei noch
169 stärker in den Grenzschutz der EU zu integrieren, damit Asylberechtigte nicht über die türkisch-
170 bulgarische oder türkisch-griechische Landgrenze auf europäischen Boden gelangen können.
171 Grund ist auch hier, dass die Voraussetzungen zur Stellung eines Asylantrags gar nicht erst
172 geschaffen werden sollen. Auch diese Maßnahme darf im Interesse der Flüchtenden nicht
173 umgesetzt werden. Kriegsflüchtlingen, wie aus Syrien und dem Irak, darf der Weg in die EU
174 nicht versperrt werden.

175 Das einzige konsequente Mittel um das Sterben vor den Toren und auf dem Weg nach Europa
176 zu stoppen ist sichere Fluchtwege einzurichten. Es muss sowohl aktiv dafür gesorgt werden
177 Europa sicher auf dem Landweg erreichen zu können als auch auf dem Seeweg. Ein System,
178 dass auf der einen Seite SchlepperInnen ablehnt und sich auf der anderen Seite abschottet,
179 lehnen wir ab.

180

181 **Wir fordern daher eine echte europäische Seenotrettungsmission einzuführen, die**
182 **speziell für das Retten von Asylsuchenden im Mittelmeer ausgestattet und ausgebildet**
183 **ist. Alle militärischen Abschreckungsmaßnahmen und Abschottungskoperationen mit**
184 **Drittstaaten müssen abgeschafft beziehungsweise eingestellt werden. Außerdem fordern**
185 **wir das aktive einrichten von sicheren Fluchtrouten nach Europa auf See und Land.**

186

187 **6. Teuer – Undemokratisch – Flüchtlingsbekämpfend: Gegen Eurosur!**

188

189 Wir lehnen das europaweite Grenzüberwachungs- und Informationsaustauschsystems, das
190 "European Border Surveillance System"(Eurosur) ab. Im Rahmen von Eurosur soll in jedem
191 Land der europäischen Union ein sogenanntes nationales Koordinierungszentrum errichtet
192 werden. Diese Koordinierungszentren sammeln die Informationen aller
193 Grenzüberwachungsbehörden (d.h. Zoll, Grenzschutz, Einwanderungsbehörde etc.) und weitere
194 Daten, die durch neu installierte Grenzüberwachungsinstrumente (Schiffssensoren, Drohnen,
195 Satellitenüberwachung etc.) erhoben werden, um sie in einem nationalen Lagebild
196 zusammenzufassen. Das nationale Lagebild soll in erster Linie als Informationsquelle für
197 Frontex, der europäischen Grenzschutzbehörde, dienen und unter anderem eine Einstufung des
198 Gefährdungspotenzials aller Ereignisse an den Grenzen beinhalten. Eurosur ist demnach ein
199 teures Datensammelprojekt, das allein der Geflüchtetenbekämpfung dient und ist demnach
200 abzuschaffen.

201

202 **7. Das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates**

203

204 Bislang regelt die Dublin-III-Verordnung, welcher Mitgliedsstaat in der EU für das Asylverfahren
205 eines Geflüchteten zuständig ist. Flüchtende können sich den Staat nicht selbst aussuchen,
206 sondern müssen ihren Antrag in demjenigen Staat stellen, in dem sie zum ersten Mal
207 europäischen Boden betreten haben. Dies sind regelmäßig die Staaten der EU- Außengrenzen
208 wie Bulgarien, Italien, Malta oder Griechenland. In der Praxis gilt das Dublin-System als
209 gescheitert, trotzdem wird von der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten daran festgehalten.

210

211 **Wir lehnen das ungerechte Dublin-System weiterhin ab.**

212

213 Auf europäischer Ebene wird ihm Rahmen eines Pilotprojekts die zeitweise Abkehr von den
214 Dublin-Regelungen zugunsten einer einmaligen quotierten Verteilung von Geflüchteten
215 diskutiert. Für die geplante EU-Quote wurden das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosenquote,
216 die Größe des Mitgliedsstaates und die bisherige Zahl der Asylbewerber_innen berücksichtigt.
217 Der Verteilungsschlüssel zielt darauf ab, dass jeder Mitgliedsstaat der EU gerecht an der
218 Aufnahme von Geflüchteten in Europa beteiligt wird. Der Schritt weg von einer einseitigen
219 Belastung einzelner Staaten ist zu begrüßen. Hier liegt aber auch das Problem dieses neuen
220 Ansatzes: Er berücksichtigt nur den Ausgleich zwischen den EU Mitgliedsstaaten und nicht das
221 Wohl der Geflüchteten. Humanitäre und individuelle Gesichtspunkte für eine
222 Geflüchtetenaufnahme werden außer Acht gelassen.

223

224 Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik müsste auch berücksichtigt werden, ob in den jeweiligen
225 Staaten schon gewachsene Communities aus den jeweiligen Herkunftsländern bestehen
226 beziehungsweise ob ein Netzwerk von Verwandten oder engen Bekannten besteht, die den

227 Flüchtenden die Ankunft enorm erleichtern können. Des Weiteren sollte beachtet werden, ob es
228 den Migrant_innen möglich sein wird in den jeweiligen Ländern Arbeitsplätze zu finden oder ob
229 es soziale Sicherungssysteme gibt, die ein Existenzminimum garantieren können. Teilweise liegt
230 die Wahl von Zielländern auch in der kolonialen Vergangenheit begründet. Untersuchungen
231 haben ergeben, dass in dieser Zeit entstandene Verbindungen betreffend Sprache, sozialen
232 Netzwerken und bestehende Handelsbeziehungen zwischen dem Herkunftsland und dem
233 Aufnahmestaat ein starkes Motiv für die Wahl des Mitgliedsstaates durch den Asylsuchenden
234 sein können. Diese Verantwortung aus ihrer Geschichte heraus müssen die betreffenden
235 Staaten annehmen.

236

237 Das Dublin System selbst, aber auch die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage, haben dazu
238 geführt, dass zahlreiche EU-Länder ihre Schutzstandards senken und einige überhaupt keine
239 Asylanträge mehr annehmen. In der Folge müssen Flüchtende in diesen Staaten systematisch
240 unter unmenschlichen Bedingungen leben. Diese gravierenden Unterschiede in den
241 europäischen Asylsystemen bestehen noch immer. Es wird wohl auch in naher Zukunft keine
242 einheitlichen Asylstandards in Europa geben und die Quote alleine wird dieses Problem nicht
243 lösen können. Eine wirklich gerechte Verteilung der Geflüchteten ist nur möglich, wenn die
244 Schutzstandards und Garantien des Asylverfahrens in den EU-Mitgliedsländern vergleichbar
245 sind. Wir fordern daher eine Harmonisierung und Angleichung nach oben. Die
246 Wahrscheinlichkeit als Geflüchtete anerkannt zu werden und die Einhaltung europäischer
247 Standards der Leistungen für Geflüchtete und damit auch ihre Chance auf Teilhabe am
248 gesellschaftlichen Leben und ganz allgemein auf ein menschenwürdiges Dasein darf nicht
249 davon abhängen in welchem EU-Land der Antrag gestellt wird.

250

251 Erhebliche Bedenken haben wir aktuell auch wegen dem latenten gesellschaftlichen
252 Rassismus, der in einigen EU-Ländern staatlich protegiert oder gar zum Motiv staatlicher
253 Handlungen wird. Solch ein Klima muss verhindert beziehungsweise bekämpft werden, damit
254 Geflüchtete sich nicht faktisch zur Weiterreise in einen anderen Mitgliedsstaat gezwungen
255 sehen. In einem solchen Klima würde die freie Wahl des Ziellandes für Länder einen Anreiz
256 setzen die Situation für Geflüchtete so weit zu verschlechtern, damit diese möglichst ein anderes
257 Land zur Einreise suchen. Solche rise-to-the-bottom- Effekte müssen vermieden und
258 stattdessen die solidarische Aufgabenteilung zwischen allen Länder klar im Mittelpunkt stehen.

259

260 Wir fordern daher kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welche alle EU-Länder an
261 der Aufnahme von Geflüchteten gerecht beteiligt. Die Aufnahmequote soll sich nach der Größe,
262 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Arbeitslosenzahlen und Bevölkerung jedes Landes richten.
263 Es muss außerdem gewährleistet sein, dass Geflüchtete Priorisierungen für Zielländer abgeben
264 dürfen. Dabei sollen Kriterien, wie Sprachkenntnisse, persönliche Bindungen an oder
265 Erfahrungen mit einem bestimmten Land zwingend in die Entscheidungsfindung mit einfließen.

266

267 Längerfristig fordern wir aber die freie Wahl des Mitgliedsstaates durch die Flüchtenden.

268

269 Mit diesem System könnten sich die betroffenen Menschen selbst aussuchen in welchem Staat
270 in der EU sie leben wollen. Natürlich würde dieses System nicht zu einer solch gerechten
271 Aufteilung der Geflüchteten zwischen den Mitgliedsstaaten führen wie das Quotensystem, aber
272 dafür könnte Abhilfe über finanzielle Ausgleichszahlungen für Mitgliedsstaaten geschaffen
273 werden, die unverhältnismäßig hoch in Anspruch genommen würden. Außerdem würden
274 unverhältnismäßige Belastungen weniger ins Gewicht fallen, weil die Asylsuchenden durch ihre
275 familiären und engen bekannschaftlichen Netzwerke aufgenommen und unterstützt würden.
276 Nur eine Berücksichtigung von individuellen Interessen der Geflüchteten respektiert diese als
277 Menschen

278

279 Ein weiterer Vorteil des Prinzips der freien Wahl des Mitgliedsstaates wäre die Legalisierung der
280 Binnenwanderung der Geflüchteten im Gegensatz zur jetzt vorherrschenden irregulären
281 Weiterwanderung innerhalb der EU. Die irreguläre Weiterwanderung in der Union ist inzwischen
282 Bestandteil der zwischen Flüchtenden und ihren Schleppern ausgehandelten Bedingungen. Das
283 geltende Dublinsystem, sowie das erwogene Quotensystem können wegen ungenügender
284 Berücksichtigung individueller, familiärer, sozialer und kultureller Interessen der Geflüchteten
285 eine Weiterwanderung nicht verhindern. Eine starre Verteilung auf beliebige Mitgliedsstaaten
286 würde dieses Phänomen eventuell noch verstärken, weil sie zum Teil größere Wege
287 zurücklegen müssten, um in das von ihnen favorisierte Land zu gelangen. Es würde ihnen

288 dadurch nur erschwert werden und sie wären schutzlos auf ihrem illegalen Weg durch Europa.
289 Ein Untertauchen nach der ersten Meldung wäre weiterhin üblich, um zu den aus der Heimat
290 bekannten sozialen Netzwerken in Europa zu gelangen. Eine geregelte Binnenwanderung in der
291 Union durch das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates würde den Schutz der
292 Asylsuchenden sicher stellen.

293

294 **Wir fordern kurzfristig die Einführung eines Quotensystems, welches alle EU- Länder an**
295 **der Aufnahme von Geflüchteten gerecht beteiligt. Es muss außerdem gewährleistet sein,**
296 **dass Geflüchtete Priorisierungen für Zielländer abgeben dürfen.**

297

298 **Langfristig fordern wir das Prinzip der freien Wahl des Mitgliedsstaates einzuführen.**

299

300 **8. „Sichere“ Drittstaaten**

301

302 Wir lehnen das Konzept der sicheren Drittstaaten ab. Niemand lässt grundlos sämtliche
303 sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen zurück und verlässt die Heimat. Mit dem
304 Instrument der Deklaration von sog. sicheren Drittstaaten, sollen Geflüchtete aus ebendiesen
305 Staaten von vornherein keine Möglichkeit erhalten ein Asylverfahren anzustreben. Am 19.
306 September 2014 wurde vom Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des geltenden
307 Asylrechts mit knapper Mehrheit verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur Kategorie der
308 sicheren Drittländer hinzugefügt: Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Als Ergebnis
309 des Asylgipfels vom September 2015, wurde nun auch beschlossen Albanien, Kosovo
310 und Montenegro als sichere Drittstaaten zu deklarieren.

311

312

313

314 Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten in
315 einem Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der gesetzlichen Vermutung aus, dass
316 in diesen Ländern keine politische Verfolgung vorliegt. Dementsprechend ist die prinzipielle
317 Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich.

318

319 Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht
320 wird. Betrachtet man gerade die neu hinzugefügten Staaten, so kann man sicherlich kaum von
321 sicheren Drittländern reden.

322

323 So ist die Freiheit der Medien nur begrenzt gegeben. Beispielhaft hierfür steht Mazedonien, das
324 auf dem Index zur Pressefreiheit 2014 von Reporter ohne Grenzen den 123. von 180 Plätzen
325 belegt und mittlerweile nur noch den Status eines halbfreien Staates inne hat. Repressionen
326 und Haftstrafen gegen regierungskritische Journalist_innen, kommen vermehrt vor.

327

328 Im Kosovo sind weiter NATO Truppen stationiert, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu
329 garantieren. Es ist wohl an Zynismus nicht zu überbieten, dass ein Land gleichzeitig durch
330 deutsche Truppen gesichert werden muss und als sicheres Herkunftsland deklariert wird.

331

332 Die Lebensrealität des LGBTI-Anteils der Bevölkerung ist in der Balkan-Region nach wie vor
333 unzumutbar. Kirchen, Organisationen, Parteien und z.T. Medien agitieren offen gegen
334 Meinungsfreiheit oder rufen zu Gewalt auf. Queere Vereine, Organisationen und
335 Veranstaltungen existieren nur unter massivem Polizeischutz und sind und bleiben Angriffsziel
336 konservativer, religiöser, nationalistischer und faschistischer Kräfte. Prides, so sie denn
337 zugelassen werden, sind ohne den Einsatz von polizeilichen Spezialeinsatzkommandos nicht
338 durchführbar. Der CSD 2014 in Belgrad konnte so zum Beispiel nur unter Einsatz von 7000
339 Polizist_innen „erfolgreich“ ohne Zwischenfall durchgeführt werden. Bosnien und Herzegowina,
340 Serbien und Mazedonien stellen in dieser Hinsicht allerdings, EU-Mitgliedsstaaten in der
341 Region eingeschlossen, keinen Sonderfall dar.

342

343 Eine Diskriminierung von Roma findet in allen Staaten des osteuropäischen Raumes, aber auch
344 in Westeuropa statt. Sie gehören bestenfalls zu BürgerInnen zweiter Klasse. Die ihnen durch
345 Vorurteile und Klischees zugeschriebene Lebensweise führt dazu, dass sie nur selten am
346 gesellschaftlichen Leben teilhaben dürfen oder können. Der Zugang zu Bildung, dem
347 Gesundheits- und Sozialsystem oder Arbeit wird Roma aktiv oder passiv staatlich verwehrt. Um
348 die Ausreise und Beantragung von Asylverfahren in anderen Staaten zu erschweren werden

349 ihnen oftmals Staatsbürgerschaft und/oder Ausweispapiere vorenthalten. Auch in diesem Fall
350 stellen Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien keine Sonderfälle dar.
351
352 Ein sicheres und repressionsfreies Leben ist für die Betroffenen aus den genannten Ländern
353 nur schwer bis nicht möglich. Die Situation in den nun durch den Bundestag als unbedenklich
354 einzustufenden Staaten Albanien, Montenegro und Kosovo ist äquivalent oder noch schwieriger.
355 In EU-Staaten, wie Ungarn oder Rumänien sind die Verhältnisse nur marginal besser. Eine
356 Deklaration als sichere Heimatstaaten ist als Verhöhnung der Situation dieser Menschen zu
357 betrachten und nicht akzeptabel.
358
359 Eine derartige systematische Diskriminierung begründet jedoch nach heutiger
360 deutscher Rechtslage keinen individuellen Asylanspruch. Es handelt sich schlicht nicht um
361 anerkannte Asylgründe, wobei nicht selten jedoch eine Rückführung in eben diese elenden
362 Verhältnisse nach Ablehnung des Asylantrages nicht stattfinden, weil eben Leben und
363 Gesundheit der Antragssteller_Innen nicht gewährleistet werden kann. Der Vollständigkeit
364 halber sei zudem darauf hingewiesen, dass auch Vertreter_Innen der albanischen Minderheit in
365 Mazedonien ernsthaft und zunehmend staatlich administrierten und geduldeten Repressionen
366 unterliegen.
367
368 Wo eine solche Behandlung eigener Minderheiten jedoch gängige und eben auch staatliche
369 Praxis ist, fällt es nicht schwer sich die Behandlung Einzelner auszumalen, die sich in
370 irgendeiner Art und Weise die Aufmerksamkeit oder gar den Unmut eines solchen Regimes und
371 seiner Organe zugezogen haben. Die Prüfung und Würdigung von individuellen Asylgründen
372 erfolgt im angestrebten „beschleunigten Asylverfahren“, nicht wie geboten und kann ihn diesem
373 auch nicht wie geboten erfolgen. Die Einzelfallprüfung wird dort zur Farce, wo ein Antrag initial
374 als „automatisch offensichtlich unbegründet“ eingestuft wird und es den, häufig ja recht
375 hilflosen, Antragssteller_innen auferlegt wird, das BAMF von diesem vorgefassten Urteil
376 abzubringen.
377 Dies zeigt sich auch in den Aufnahmequoten anderer EU-Länder. Die Schweiz und Finnland
378 zum Beispiel erkennen ca. 40% der Flüchtenden aus dem Kosovo als Asylberechtigte an, im
379 Fall von bosnischen Antragsteller_innen liegt die Anerkennungsquote in Frankreich und Belgien
380 bei ca. 20%. Die erheblich geringeren Aufnahmequoten in Deutschland zwischen 0,0 und 0,3%
381 werfen vor allem Fragen über das Asylsystem Deutschlands auf.
382 Diese Fragwürdigkeit wird gerade bei der Gruppe der Sinti und Roma, im deutschen Diskurs
383 häufig pauschal als „Armuts“- oder gar „Wirtschaftsflüchtlinge“ betitelt, besonders
384 augenscheinlich.
385 Bei der Gruppe der Sinti und Roma erreichen andere westeuropäische Staaten wie zum
386 Beispiel Frankreich oder die Schweiz zweistellige Anerkennungsquoten, ohne das einsichtig
387 wäre, in weit die dort Schutzsuchenden sich in irgendeiner signifikanten Art und Weise von
388 jenen Sinti und Roma unterscheiden sollten, die bei uns einen Asylantrag stellen. Wir setzen
389 uns daher für eine Anpassung (im Sinne einer Lockerung) der Anerkennungskriterien ein, um
390 mittelfristig einen gemeinsamen (zumindest west-) europäischen Schutzstandard herstellen zu
391 können.
392
393 Daher fordern wir, dass die Regelungen bzgl. der sicheren Drittstaaten abgeschafft wird.
394
395 Ein Schnellverfahren nur aufgrund der generellen Einstufung des Herkunftslands als "sicher"
396 steht im krassen Widerspruch mit der Garantie der Einzelfallbetrachtung und wirft damit auch
397 rechtliche Bedenken auf. Das Konzept „sicherer Drittstaat“ beinhaltet außerdem die Möglichkeit
398 eines Einreise- und Aufenthaltsverbot, das dauerhaft EU-weit gilt und damit verbundene
399 strafrechtliche Sanktionierung vorsieht. Außerdem wird durch das Konzept der sicheren
400 Herkunftsländer die Duldung von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken grundsätzlich
401 ausgeschlossen, wodurch grade junge Menschen zusätzlich diskriminiert werden. Dieses
402 Vorgehen ist schlicht unverhältnismäßig, und die Ausweitung einer solchen rein
403 diskriminierenden Praxis kann, wie die Äußerungen seitens CSU auch Leistungskürzungen und
404 Beschäftigungsverbote einzuführen, in Zukunft uferlos betrieben werden.
405 Daher fordern wir auch weiterhin, dass jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden muss und
406 eine Entscheidung über einen Asylantrag nicht von einer gesetzlichen Vermutung abhängen
407 darf. Gerade die Beispiele Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina u.a. machen deutlich,
408 dass der Begriff eines sicheren Drittstaats reine Illusion ist.
409

410 **Aus diesem Grund fordern wir die Abschaffung der Einstufung sicherer Drittstaaten.**

411

412 **9. Teilhabe von Geflüchteten**

413

414 Der einzige Unterschied zwischen dir, mir und einem Geflüchteten? Genau, wir haben einen
415 europäischen Pass. Keine besonders herausragende Eigenschaft und für die mit einem solchen
416 Pass Geborenen schon gar keine eigene Leistung. Es ist daher für uns schlichtweg
417 unmenschlich, dass Geflüchtete, Asylbewerber_innen und Geduldete nicht die gleichen Rechte,
418 wie wir haben. Wir wollen, dass allen die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft
419 möglich ist. Voraussetzung dafür ist die Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden
420 Menschen. Die Bereiche Unterbringung, Bildung, staatliche Leistungen und Arbeitsmarkt
421 bedürfen wichtiger Verbesserungen.

422

423 9.1 Unterbringung

424

425 Die Unterbringung von Geflüchteten wird in jedem Bundesland anders geregelt. Während in
426 Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 2013 zum Beispiel über 90% der Geflüchteten in
427 Wohnungen untergebracht wurden, sind es in Baden-Württemberg nur rund ein Drittel. Auch
428 wenn sich die Zahlen durch die ansteigenden Geflüchtetenzahlen mittlerweile verändern, zeigen
429 sie doch, dass die Unterbringung je nach Bundesland eigenen Grundsätzen folgt. Da aber die
430 Verteilung von Flüchtenden zufällig erfolgt, ist es ein Glücksspiel für den Geflüchteten wo er
431 oder sie nun landet.

432

433 Eine **bundesweite Umverteilung von minderjährigen Geflüchteten lehnen wir ab.** Jede
434 weitere Umsiedlung stellt für Geflüchtete eine extreme Belastung dar, da erneut das bekannte
435 Umfeld zwangsweise ins Unbekannte verlassen werden muss. Auf soziale Bindungen,
436 Wünsche oder Bedürfnisse wird dabei nicht eingegangen. Gerade Minderjährige stellen eine
437 besonders schutzbedürftige Gruppe dar. Traumatisierungen treten gehäuft auf. Auch flüchten
438 sie oft in Gruppen mit anderen Minderjährigen oder Jugendlichen, die die Funktion einer
439 Ersatzfamilie einnehmen. Diese einzig verbleibende Konstante durch die erneute Umverteilung
440 zu zerstören lehnen wir strikt ab.

441

442 **Wir fordern eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.**

443

444 Fundamental ist dabei, dass wir die zentralisierte Unterbringung in Lagern, abseits von der
445 Erstaufnahme, ablehnen. Der Aufenthalt in einer Erstaufnahmestelle ist auf die kürzest mögliche
446 Zeit zu beschränken. Deshalb lehnen wir, neben anderen Maßnahmen aus dem
447 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, die Ausweitung der maximalen Erstaufnahmezeit auf
448 Sechs Monate ab und fordern die Rückkehr zu einer höchstens 3-monatigen Verweildauer in
449 der Erstaufnahmestelle. Asylbewerber_innen sollten so schnell wie möglich in eine normale
450 Wohnung ziehen dürfen. Die Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir zu Willkommenszentren
451 entwickeln. Innerhalb von maximal drei Monaten können dort alle wichtigen
452 Verwaltungsmaßnahmen und erste Integrationsmöglichkeiten gebündelt werden. Eine Prüfung
453 der Qualifikation bereits in der Erstaufnahme ermöglicht die Einbeziehung der
454 Arbeitsmarktsituation in die Verteilung auf die Kommunen. Diese können sich aufgrund des
455 ausreichenden zeitlichen Vorlaufes optimal auf die Unterbringung vorbereiten. **Sogenannte**
456 **Gemeinschafts- und Sammelunterkünfte widersprechen unserem Verständnis von einer**
457 **angemessenen und menschenwürdigen Unterbringung Geflüchteter. Mittelfristig fordern**
458 **wird daher ihre Schließung; kurzfristig sehen wir sie aufgrund der hohen Belastung der**
459 **Kommunen als leider notwendiges Übel, das einer Unterbringung in Zelten o.ä. vor allem**
460 **im Winter vorzuziehen ist.**

461 Wir lehnen jedoch Gemeinschaftsunterkünfte nicht grundsätzlich ab. Vielmehr muss es endlich
462 bundesweit einheitliche Mindeststandards geben, die solche Unterkünfte gewährleisten müssen.
463 Selbstverständlich muss der Aufenthalt in einer solchen Einrichtung auf freiwilliger Basis
464 erfolgen. Wir erkennen jedoch an, dass gut geführte Gemeinschaftsunterkünfte oftmals eine
465 wichtige Stütze für geflüchtete Menschen in den ersten Wochen darstellen. Sie bieten den
466 Menschen, die dort wohnen eine erste Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu anderen
467 Geflüchteten in der Nähe ihres Wohnorts und zu Menschen, die schon länger an diesem Ort
468 leben. Sie bieten außerdem Raum, dass sich Menschen, die sich für und mit geflüchteten
469 Menschen engagieren wollen, organisieren können.

470

471 Wir fordern außerdem, dass Menschen, die einen Unterstützer_innenkreis für eine
472 Gemeinschaftsunterkunft gründen möchten, hierbei stärker unterstützt werden.
473 Unterstütz_innenkreise leisten viel, wo es an staatlicher Unterstützung fehlt. Ohne Blick auf
474 Herkunftsstaat und angebliche Bleibeperspektive wird hier Menschen unkompliziert geholfen, ob
475 beim Einkaufen, dem Spracherwerb oder der Suche nach einer Wohnung.
476
477 Damit Menschen der Umzug in eine Wohnung leichter gelingen kann, müssen dezentrale
478 Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir halten nichts davon, Menschen auf
479 Wohnungen zu verteilen, sondern möchten, dass sich diese selbst für eine Wohnung
480 entscheiden können, die ihren Wünschen entspricht.
481
482 In den Kommunen sollten Flüchtlingsunterkünfte in allen sozialen Quartieren eingerichtet
483 werden können. Insbesondere wohlhabendere Viertel sollen sich nicht durch den Einsatz ihrer
484 privilegierten Verhandlungsposition aus der Verantwortung ziehen können. Die Verwaltung hat
485 zudem dafür zu sorgen, dass die Anwohner*innen rechtzeitig informiert und sensibilisiert
486 werden, damit Ressentiments im Keime erstickt werden.
487
488 **Wir fordern, dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die**
489 **tatsächliche Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs-**
490 **und Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.**
491 **Die Mobilität wird darüber hinaus durch ein kostenloses „Soli-Ticket“ für den**
492 **kommunalen ÖPNV gewährleistet.**
493
494 All diese Maßnahmen setzen voraus, dass genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.
495 Durch jahrelange Reduzierung von Unterbringungskapazitäten waren die heute so oft von
496 Gemeinden und Ländern beklagten Schwierigkeiten bei der Unterbringungen absehbar und
497 hausgemacht. Die Unterbringung von Geflüchteten kann also nicht ohne die **Wiederaufnahme**
498 **des sozialen Wohnungsbaus** gedacht werden. Uns ist dabei wichtig, zu betonen, dass der
499 soziale Wohnungsbau schon seit langem hätte angegangen werden müssen. Die Forderung
500 nach Wiederaufnahme ist deshalb unabhängig von der Zahl der Geflüchteten. Die finanziellen
501 Auswirkungen dieser Maßnahme sind deshalb auch nicht auf die gestiegene Anzahl der
502 Geflüchteten zurückzuführen. Darüber hinaus soll **flexibler Wohnraum** geschaffen werden,
503 welcher die Gemeinden in die Lage versetzt, auch bei kurzfristigen Schwankungen der
504 Geflüchtetenzahlen Wohnraum zu schaffen, ohne das auf Notunterkünfte aus Zelten
505 zurückgegriffen werden muss oder Flüchtende gar auf der Straße verbleiben müssen.
506
507 Auch sind verstärkt zivilgesellschaftliche Unterstützung bei der Wohnungssuche oder Aufnahme
508 in WGs oder Privatwohnungen zu fördern und Gleichzeitig bürokratische Hürden abzubauen.
509 Dies ermöglicht Geflüchteten direkten sozialen Kontakt und erleichtert die Eingewöhnung in
510 einer unbekanntem Umgebung.
511
512 **Wir fordern außerdem die Einführung eines Übergangsmanagements.**
513
514 Einem jeden Geflüchteten ist zur Eingewöhnung Hilfestellung zu geben, das bezieht sich von
515 dem Kennenlernen der Umgebung, hin zu Einkaufsmöglichkeiten oder der Nutzung des
516 öffentlichen Nahverkehrs. Nur durch solche praktische Unterstützung ist ein selbstbestimmtes
517 Leben möglich.
518
519 Für Geflüchtete sind Internetzugänge, explizit auch in Form von WLAN-Netzwerken, essenziell
520 und teilweise überlebenswichtig. Über das Internet kann nicht nur Kontakt zu Familien,
521 Freund*innen und Bekannten gehalten werden. Die meisten Flüchtenden sind während und
522 nach ihrer Flucht ganz konkret auf das Internet angewiesen: um Fluchtrouten zu planen, sich
523 über Gefahren und Neuigkeiten auszutauschen oder Überweisungen durchzuführen. Das gilt
524 auch nach der Ankunft in Deutschland in Erstaufnahmelagern, Flüchtlingsheimen oder anderen
525 Unterbringungsformen. So kann ein Teil des Schriftverkehrs mit Behörden über E-Mail erledigt
526 werden, Informationen und Formulare in Bezug auf den Aufenthalt heruntergeladen werden
527 oder Übersetzungen im Internet gemacht werden. Darüber hinaus ist es auch ihr gutes Recht
528 Kontakte zu halten, mit Familienangehörigen zu sprechen oder aus dem Exil politisch aktiv und
529 vernetzt zu sein.
530
531 Daher fordern wir:

- 532 • flächendeckenden offenen WLAN-Zugang durch die Abschaffung der Störerhaftung auch
533 für nicht-gewerbliche Betreiber*innen ermöglichen
534 • Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber*innen zu schaffen, die ihre Netzzugänge für Dritte
535 öffnen
536 • auf Identifikations- oder Dokumentationspflichten für WLAN-Anbieter*innen zu verzichten
537 • die Errichtung von WLAN-Netzwerken in Flüchtlingsunterkünften zu unterstützen und zu
538 fördern
539

540 Wir begrüßen die Abschaffung der Residenzpflicht in einzelnen Bereichen. Dies ist aber bislang
541 nur Flickwerk. Da sich Geflüchtete sowieso regelmäßig an dem ihnen zugewiesenen Ort zu
542 melden haben, um bürokratische Verfahren durchzuführen, ist die Residenzpflicht reine
543 Schikane. **Deshalb fordern wir die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten**
544 **Bundesgebiet.**

545
546 **Wir fordern außerdem, dass Kommunen die Kosten der Unterbringung nicht mehr**
547 **pauschal sondern tatsächlich abrechnen** dürfen. Das Pauschalssystem kommt in den
548 Bundesländern zu sehr unterschiedlichen Sätzen pro Kopf, die wohl hauptsächlich auf
549 politischen Kompromissen, statt auf nachvollziehbaren, offengelegten und tatsächlichen
550 Bedarfen beruhen. Dies führt zu einem massiven Druck der Kommunen, Ausgaben zu senken –
551 im wahrsten Sinne des Wortes auf Kosten der Geflüchteten. Auf regional unterschiedliche
552 Bedingungen, wie Wohnungsmarkt oder Verkehrsanbindung und daraus entstehenden
553 Folgekosten, wird keinerlei Rücksicht genommen. Die gesamten Kosten die durch die
554 Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten anfallen sind durch den Bund und die Länder zu
555 tragen und sollten die ohnehin angespannten Haushalte der Kommunen nicht zusätzlich
556 belasten.

557
558 Bis heute gibt es nicht in allen Bundesländern Mindeststandards für die Unterbringung. Und
559 selbst dort wo sie existieren, sind diese oft windelweich. Es kann daher auch nicht der Schluss
560 gezogen werden, dass die Unterbringung überall dort schlecht ist, wo keine Standards bestehen
561 und dort gut, wo es solche auf dem Papier gibt. Wir kritisieren vielmehr, dass in Deutschland bis
562 heute gar keine Einigung über diese gefunden werden konnte – und dabei geht es um so
563 banales wie eine Toilette in jeder Wohnung. **Wir fordern daher die Schaffung von**
564 **Mindeststandards zur Unterbringung**, welche mindestens folgende Bereiche abdecken:
565 Mindestwohn- und Schlaffläche. Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen,
566 abgeschlossene Wohnbereiche, Sanitär- und Kochbereiche pro Person, Gemeinschaftsräume
567 und Freizeitmöglichkeiten.

568
569 Wir lehnen Abschiebehaft ab. Abschiebehaft ist eine Erleichterung des Aktes der Abschiebung
570 für die Behörden und dient u.a. auch der Abschreckungskultur. Aktuell kann bei einer
571 angeordneten „Abschiebung“ ein Geflüchteter bis zu 18 Monate in Haft genommen werden.
572 Vom EuGH wurde 2014 geurteilt, dass die deutschen Abschiebegefängnisse unrechtmäßig
573 sind. Gesetzlich soll ein milderes Mittel immer vorgezogen werden, um die Abschiebung
574 umzusetzen. Jede Inhaftierung der Bundespolizei oder Ausländerbehörde muss begründet sein,
575 um Willkür zu verhindern. Durch die letzten Gesetzesänderungen wurde zusätzlich der
576 Ausreisegewahrsam eingeführt und die Haftgründe praktisch auf jeden Asylbewerbenden
577 ausgeweitet. So reicht die Einreise über einen anderen EU-Staat oder die Zahlung von
578 erheblichen Summen an einen Schleuser zur Inhaftierung. Das sind aber praktisch nahezu die
579 einzigen Möglichkeiten überhaupt nach Deutschland zu kommen und diese Regelung
580 kriminalisiert Flucht damit insgesamt.

581
582 **Wir Jusos fordern, dass sowohl die Abschiebehaft, als auch der Ausreisegewahrsam**
583 **abgeschafft und werden.**

584 **Abschiebungen dürfen nicht ohne vorherige Ankündigung stattfinden.**

585

586 **Wir fordern also insgesamt bezüglich der Unterbringung:**

587

- 588 • die Rückkehr zu einer höchstens 3-monatigen Verweildauer in der Erstaufnahmestelle.
589 • Dass die Unterbringung dezentral aber eingebunden erfolgen muss, also die tatsächliche
590 Möglichkeit Einkäufe zu tätigen und medizinische Versorgung, Bildungs- und
591 Kulturangebote etc. wahrnehmen zu können bieten muss.
592 • Eine Harmonisierung der Unterbringungsstandards nach oben.

- 593 • Die Aufhebung der Residenzpflicht im gesamten Bundesgebiet.
594 • Dass die Kommunen, die Kosten der Unterbringung im tatsächlichen Wert abrechnen
595 dürfen.
596 • Die Schaffung von Mindeststandards bei der Unterbringung.
597 • Abschaffung der Abschiebehaft und des Ausreisegewahrsams
598 • Die separate und geschützte Unterbringung mit spezifischer Beratung für alleinreisende
599 Frauen und alleinerziehenden Frauen mit Kinder.
600 • Frauen dürfen während der Schwangerschaft oder kurz nach Geburt nicht auf andere
601 Erstaufnahmestellen umverteilt werden. Eine familiengerechte Unterbringung muss
602 gewährleistet sein.

603

604 Zur Reduzierung langfristiger Ungewissheit auf Seiten der AsylbewerberInnen und zur Senkung
605 von Unterbringungs- sowie Verwaltungskosten fordern wir eine schnellstmögliche
606 Entscheidungsfindung bei Asylverfahren. Hierzu ist eine personelle Aufstockung der
607 zuständigen behördlichen Stellen nötig. Es sind in diesem Bereich zwar schon Fortschritte zu
608 verzeichnen, jedoch dauert das durchschnittliche Verfahren in Deutschland noch immer mehr
609 als sieben Monate. In diesem Zeitraum darf der oder die AsylbewerberIn keiner Arbeit
610 nachgehen. Daher unterstützen wir das Ziel der Bundesregierung, die Verfahrensdauer auf drei
611 Monate zu verkürzen.

612

613

614

615 **9.1.1 Unbegleitete Minderjährige Geflüchtete – besonderer Schutz, besondere** 616 **Verantwortung**

617

618 Der Umgang mit in Deutschland ankommenden sogenannten Unbegleiteten Minderjährigen
619 Flüchtlingen (UMF) widerspricht den Regelungen und Schutzvereinbarungen der UN
620 Kinderrechtskonvention.

621

622 Von Aufnahme über Unterbringung und Betreuung ist die Situation von Flüchtlingskindern und
623 Jugendlichen desaströs und bedarf dringender Veränderung und gezielter politischer
624 Maßnahmen zur Verbesserung.

625

626

627 **Daher fordern wir Jusos endlich eine kindeswohlorientierte Praxis im Umgang mit den**
628 **minderjährigen Geflüchteten hinsichtlich der folgenden Kriterien:**

629

- 630 • Aufnahme und Registrierung

631

632

633 Unter-16-Jährige werden meist in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht und erhalten einen
634 Vormund. Die Vormundschaft ist hierbei entweder Amts- oder Privatvormundschaft. Diese
635 Vormundschaften verfügen einerseits selten über die Sachkenntnis zur Beratung bezgl. des
636 Aufenthalts- und Asylrechts, andererseits können Interessenskonflikte entstehen. **Daher müssen**
637 **Unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten eine unabhängige Beratung in asyl- und**
638 **aufenthaltsrechtlichen Fragen bereitgestellt werden.**

639

640 In vielen Bundesländern durchlaufen UMF ein sogenanntes "Clearingverfahren". Dabei soll
641 geklärt werden, welche Fluchtgründe vorliegen, wo noch Angehörige sind und welche
642 Perspektive es in Deutschland gibt.

643

644 **Hier besteht aus Sicht der Jusos die dringende Notwendigkeit entsprechende**
645 **beschleunigte Aufnahmeverfahren für minderjährige Geflüchtete getrennt von**
646 **allgemeinen Aufnahmestellen einzurichten, sowie eine Harmonisierung der Standards**
647 **zur Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen Geflüchteten herbeizuführen.** Die
648 Feststellung des Alters der Flüchtlinge muss unter behördlicher Kontrolle im Sinne des
649 Kindeswohls auf Basis psychologischer Gespräche erfolgen – Untersuchungen der
650 Geschlechtsorgane, wie beispielsweise in Hamburg, müssen als Praxis zur Altersfeststellung
651 bundesweit verboten werden.

652

- 653 • Unterbringung

654

655 Die derzeitige Unterbringung, Betreuung und Begleitung von UMF ist aus Sicht der Jusos
656 insbesondere für die 16- bis 18-Jährigen untragbar. Hier verstößt das Deutsche Asylrecht
657 grundlegend gegen die UN-Kinderrechtskonvention!

658

659 Daher fordern wir Jusos unter 16-Jährige möglichst familiär in kleinen betreuten Wohngruppen
660 oder Pflegefamilien unterzubringen, um den zumeist stark traumatisierten Kindern und
661 Jugendlichen schnellstmöglich ein stabiles und sicheres Umfeld zu bieten, das dem
662 Schutzbedürfnis gerecht wird.

663

664 Für die älteren ankommenden Jugendlichen ab 16 dürfen nicht mehr über Wochen gemeinsam
665 mit Erwachsenen in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und anschließend ebenso wie
666 diese in Sammelunterkünften untergebracht werden.

667

668

669 **Wir Jusos fordern die Einhaltung der seit 2010 vorbehaltlos ratifizierten**
670 **UNKinderrechtskonvention und daher eine getrennte Unterbringung von Jugendlichen,**
671 **auch über 16 Jahre, und Erwachsenen. Wir fordern, dass UMF über 16 ebenfalls sofort**
672 **nach ihrer Ankunft in kleinen betreuten Wohngemeinschaften oder sogar Pflegefamilien,**
673 **nach den Standards des Jugendhilferechts, untergebracht werden.**

674

675

676 • Begleitung und Betreuung

677

678 UMF bedürfen besonderer Begleitung, Betreuung und besonderem Schutz. Die Leistungen für
679 unbegleitete minderjährige Geflüchtete nach dem SGB VIII werden jedoch partiell durch
680 Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes v.a. im Bereich der Gesundheitsversorgung
681 eingeschränkt. Wir Jusos fordern eine umfassende und intensive persönliche gesundheitliche,
682 psychologische und soziale Begleitung der Kinder und Jugendlichen. Dafür braucht es
683 spezialisiertes Personal, das für jedes Kind und jeden Jugendlichen zur Verfügung steht. Die
684 Kindheit und Jugend der UMF ist durch Krieg, Gewalt und Flucht ruckartig unterbrochen
685 worden. Das bedeutet, dass Traumata aufgearbeitet werden müssen und die UMF
686 Unterstützung dabei brauchen, das Erlebte zu ver- bzw. aufzuarbeiten.

687

688

689

690 **Wir Jusos fordern daher mehr zu tun als diese Kinder und Jugendliche medizinisch zu**
691 **versorgen. Die psychische und soziale Begleitung sind als gleichwertig zu betrachten.**
692 **Auch Flüchtlingskinder haben ein Recht auf Kindheit.**

693

694

695 • Perspektiven

696

697 UMF haben in den meisten Fällen mehrere Jahre in Krieg, Gewalt und auf der Flucht gelebt.
698 Daher ist es aus Sicht der Jusos eine zwingende Notwendigkeit den Kindern und Jugendlichen
699 gemäß ihrer Begabungen und Wünsche unabhängig vom Alter Unterstützung zukommen zu
700 lassen. **Das bedeutet auch, dass an Schulen das Lehrpersonal geschult werden muss,**
701 **dass für UMF andere Zugangs- und Prüfungsvoraussetzungen gelten sowie**
702 **Klassenstufen über längere Zeiträume erreicht werden können.** Perspektiven aufzeigen
703 heißt auch hier eine individuelle Betreuung gewährleisten, die unabhängig von sprachlicher
704 Qualifikation mit dem Kind beziehungsweise Jugendlichen gemeinsam entscheidet, welche Art
705 der Bildung und Ausbildung angestrebt wird. Hier geht es um Mut machen, Chancen erkennen
706 und Förderung!

707

708 • Rechtliche Regelungen und Finanzen

709

710 Wir fordern eine kindeswohlorientierte Praxis. Das bedeutet im Sinne der Kinderrechte, dass
711 gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entschieden wird, welche Maßnahmen und
712 Angebote genutzt werden. Gleichzeitig bedeutet es jedoch auch, dass Kindern und
713 Jugendlichen besonderer Schutz und besondere Förderung zukommen muss.

714

715 Wir Jusos fordern zudem, dass keine Abschiebung von UMF möglich ist. UMF, die während
716 Krieg und Flucht von ihren Familien getrennt wurden oder Waisen sind, müssen
717 uneingeschränkten Aufenthalt bekommen. Dieser dauerhaft garantierte Aufenthalt darf auch mit
718 dem 18. Geburtstag nicht enden! Bisher ist es so, dass UMF nur geduldet werden und ihr
719 Asylverfahren meist erst zum 18. Geburtstag gekoppelt an bestimmte Kriterien, wie
720 beispielsweise der 6-jährige Schulbesuch, entschieden wird. Diese Praxis widerspricht unserer
721 Forderung nach einem dauerhaft sicherem Umfeld mit einer Zukunftsperspektive in Frieden für
722 die UMF.

723

724 **Wir fordern, dass die Begleitung und Betreuung von UMF Bundesangelegenheit wird und**
725 **eine deutliche Finanzierungssteigerung erwirkt wird.** Im Bundeshaushalt soll daher ein
726 eigener Titel für die Versorgung der UMF veranschlagt werden, um so Länder und Kommunen
727 zu entlasten sowie eine flächendeckende, einheitliche Finanzierung zu garantieren.

728

729 • Umdenken in der Verwaltung

730

731

732 **Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in den Verwaltungsstrukturen von Bund,**
733 **Ländern und Kommunen.** Dazu gehören Weiterbildungsmaßnahmen von
734 Behördenmitarbeiter_innen mit dem Ziel sie für den Umgang mit UMF zu schulen. Ebenso ist es
735 wichtig klare Regelungen zur Beachtung des Kindeswohls in Durchführungsverordnungen und
736 denen für die Ausländerbehörden verbindlichen Verwaltungsvorschriften zu den einschlägigen
737 Gesetzen zu schaffen. Außerdem ist eine kindgerechte personelle und finanziell ausreichende
738 Ausstattung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahrensberatungsstellen unabdingbar."

739

740 9.2 Bildung

741

742

743

744 Die Bildung von Geflüchteten, egal ob bei Kindern oder Erwachsenen sollte mit im Mittelpunkt
745 der Integration vor Ort stehen. Dazu zählen die frühkindliche Bildung, die Schule, der Erwerb
746 der Sprache oder auch Dinge wie zum Beispiel die Anerkennung von Bildungsabschlüssen für
747 den Zugang zum Arbeitsmarkt, beziehungsweise den Erwerb des Führerscheins.

748

749 • 9.2.1 Kindertagesstätten/ Kindergarten

750

751 In Deutschland sollte jedes Kleinkind, das mit seiner Familie nach Deutschland kommt ab dem
752 ersten Lebensjahr, das Anrecht auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung haben, genauso
753 wie jedes andere Kind in Deutschland. Dieses Anrecht sollte bestehen, sobald die Familie mit
754 dem Kind die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen kann. Erst ab dem Zeitpunkt kann größtenteils
755 gewährleistet werden, dass das Kind dauerhaft in einer Gruppe bleiben kann. Das Anrecht ist
756 sehr wichtig, damit die Kinder von Beginn an die Möglichkeit haben, gemeinsam mit anderen
757 Kindern und nicht abgeschottet in ihren Familien aufzuwachsen. Sie lernen andere Kinder
758 kennen und erlernen die deutsche Sprache durch Kontakt und Beziehung zu Gleichaltrigen. So
759 beginnt die Integration in die Gesellschaft vor Ort direkt. Um den Kindertagesstätten optimale
760 Bedingungen für alle Kinder zu schaffen, begrüßen wir Initiativen, wie die Einrichtung
761 sogenannter „Willkommenskitas“, welche mit Sensibilisierungs- und Qualifizierungsangeboten
762 einher gehen.

763

764 Um vermehrte Konkurrenz um Kita-Plätze zu vermeiden, **fordern wir die Aufstockung von**
765 **KiTa-Plätzen, damit es für alle Kinder die Möglichkeit auf einen solchen Platz gibt.** Auch
766 hier möchten wir unterstreichen, dass es schon vor dem Anstieg der Zahl der Geflüchteten
767 einen hohen Bedarf einer Aufstockung von KiTa-Plätzen gab.

768 Damit einher geht die Forderung nach deutlich mehr Personal. Der Betreuungsschlüssel ist jetzt
769 schon vieler Orts katastrophal. Mehr Kita Plätze funktionieren nur mit mehr qualifiziertem
770 Personal.

771

772 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung und finanziell bessere Entlohnung des KiTa-**
773 **Personals, damit trotz der Herausforderungen eine qualitativ hochwertige**
774 **Kinderbetreuung ermöglicht wird.**

775

776 Wir fordern außerdem eine konsequente Verbesserung der Ausbildung. Die Anforderungen
777 steigen aber die Ausbildung hängt zurück. Qualifizierte PädagogInnen brauchen für die Arbeit
778 mit geflüchteten Kinder und Jugendlichen Kompetenzen in interkultureller Pädagogik und
779 müssen Ansätze wie den Anti-Bias anwenden können.

780

781 9.2.2 Grundschulen/weiterführende Schulen

782

783 In Deutschland herrscht allgemeine Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen im
784 schulpflichtigen Alter. Aus diesem Grund gilt dieses Recht auch für Kinder und Jugendliche, die
785 als Geflüchtete nach Deutschland kommen. Allerdings ist dieses Recht in den Bundesländern
786 deutlich unterschiedlich ausgestaltet beziehungsweise noch gar nicht für Geflüchtete speziell
787 geregelt, wie in Bremen oder Schleswig Holstein. In diesen beiden Ländern besteht Schulpflicht
788 für Alle, die eine Wohnung in diesen Bundesländern haben, woraus dort die Schulpflicht für
789 Asylsuchende abgeleitet wird. So unterliegen Asylsuchende in den drei Bundesländern Berlin,
790 Hamburg und Saarland von Anfang an der Schulpflicht. In den sechs Ländern Brandenburg,
791 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland Pfalz
792 besteht die Schulpflicht, sobald ein_e Asylsuchende_r nicht mehr verpflichtet ist, in einer
793 Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen bzw. einer Gemeinde zugewiesen wurde. In Bayern und
794 Thüringen tritt die Schulpflicht drei Monate, in Baden-Württemberg sechs Monate nach Zuzug
795 ein. Sachsen und Sachsen-Anhalt normieren keine Schulpflicht, sondern lediglich ein
796 Schulbesuchsrecht. Dies bedeutet, dass in diesen Ländern keine Garantie darauf besteht, dass
797 diese Kinder tatsächlich beschult werden.

798

799 **Aus diesem Grund fordern wir, dass mindestens nach der Erstaufnahme, spätestens**
800 **nach 3 Monaten, für die Kinder und Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das**
801 **Recht darauf haben beschult zu werden.**

802

803 Dies ist ohne Kenntnisse der deutschen Sprache sehr schwierig und von Schulen wird oft der
804 Grund einer Kapazitätsauslastung vorgeschoben, um keine minderjährigen Geflüchteten
805 aufnehmen zu müssen.

806

807 **Wir fordern die Ausweitung der Sprachförderangebote an Schulen insbesondere der**
808 **"Sprachlernklassen"**

809

810 Sprache ist der Schlüssel für Bildungsteilhabe. Aus diesem Grund ist die Ausweitung der
811 Sprachförderangebote an allen Schulformen von großer Bedeutung. Diese Angebote sollen
812 individuell auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der geflüchteten Schülerinnen und
813 Schüler angepasst werden. So könnten Sprachlernklassen, Förderkurse Deutsch als
814 Zweitsprache, Förderunterricht in Fördergruppen, oder der Einsatz von Stunden nach speziellen
815 Sprachförderkonzepten gute Möglichkeiten der sprachlichen Förderung und Sicherstellung von
816 Bildungsteilhabe der Kinder und Jugendlichen sein. Bei all diesen Maßnahmen ist besonders
817 wichtig, dass diese inklusiv gedacht werden. Die geflüchteten Schülerinnen und Schüler sollen
818 stets die Möglichkeit haben am Regelunterricht teilzunehmen, damit diese
819 Sprachfördermaßnahmen nicht zur Separation dieser Lernenden führen kann.

820

821 Wir sind der festen Überzeugung das Sprache nicht nur durch schulischen Unterricht
822 (gesteuerter Spracherwerb) vermittelt wird. Vielmehr ist der ungesteuerte Spracherwerb durch
823 die Beteiligung an einer Sprachgemeinschaft mindestens gleichbedeutend. Dementsprechend
824 müssen auch die Voraussetzungen für eine solche Form des Spracherwerbs gegeben sein. Die
825 Beteiligung von Geflüchteten an außerunterrichtlichen Aktivitäten in der Schule, vielfältige
826 Betreuungsangebote sowie der Ausbau der Ganztagschule sind hierfür geeignete
827 Maßnahmen.

828

829 Innerhalb des gesteuerten Spracherwebs im Unterricht nehmen Sprachlernklassen eine
830 besondere Rolle ein. Sprachlernklassen sollten in Erreichbarkeit für alle an zentralen Schulen
831 geschaffen werden. Sie sollen das Erlernen der Sprache zusammen mit der Weiterbildung und
832 das „Mitkommen“ beim Stoff erleichtern. Hierbei gibt es in den Ländern unterschiedliche
833 Konzepte. In verschiedenen Bundesländern wird nach dem sogenannten niedersächsischen
834 Erlass mit dem Titel »Integration und Förderung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher
835 Herkunftssprache« eine Sprachlernklasse eingerichtet, wenn eine Schule von mindestens zehn
836 solcher Schüler_innen besucht wird. „Sprachlernklassen können auch jahrgangsübergreifend sein,

837 wobei maximal 16 Schüler_innen eine Sprachlernklasse besuchen können. Der Unterricht soll
838 auch fachbezogen und in enger Abstimmung mit dem Unterricht in den Regelklassen erteilt
839 werden;in ausgewählten Fächern sollen die Schüler_innen am Unterricht der künftigen
840 Regelklasse teilnehmen. Die Einrichtung von zentralen Sprachlernklassen im Sekundarbereich I
841 und II ist an zentralen Schulstandorten in einer Region auch jahrgangs- und
842 schulformübergreifend möglich. Der Besuch einer Sprachlernklasse dauert in der Regel ein
843 Jahr, kann aber entsprechend dem Stand der Deutschkenntnisse verkürzt werden. Bei
844 Schüler_innen der Jahrgänge 8 bis 10 kann die Besuchsdauer generell auf zwei Jahre
845 verlängert werden".

846

847 **In Sachen Schule fordern wir also insgesamt:**

848

- 849 • Dass mindestens nach der Erstaufnahme, spätestens nach 3 Monaten, für Kinder und
850 Jugendlichen eine Schulpflicht besteht, sie also das Recht darauf haben beschult zu
851 werden.
- 852 • Wir fordern die Ausweitung der Sprachförderangebote an Schulen insbesondere der
853 "Sprachlernklassen".
- 854 • Unabdingbar ist für uns auch die Forderung nach der stetigen Verbesserung des
855 Studiums. Zu diesem Zwecke sollten Integration und interkulturelles Arbeiten starker
856 Bestandteil des Lehramtstudiums werden.

857

858 · 9.2.3 Hochschule

859

860 Bisher wird der Hochschulbesuch von Geflüchteten durch verschiedene Regularien erschwert,
861 zum Teil sogar verhindert. Rechtliche und tatsächliche Hürden müssen daher umfassend
862 beseitigt werden. Internationale Abschlüsse müssen besser und zügiger anerkannt werden.
863 Eine verbesserte Anerkennungspraxis betrifft auch die Weiterführung eines bereits begonnenen
864 Studiums. Auch müssen kurzfristig kostenlose Gasthörer*innenschaften für Geflüchtete
865 ermöglicht werden. Das kann aber nur eine Zwischenlösung sein. Denn wir wollen die möglichst
866 schnelle Integration in den regulären Studienbetrieb. Deshalb muss auch die Möglichkeit
867 bestehen, Prüfungen abzulegen und ECTS-Punkte zu sammeln. Auch die individuelle
868 Studienfinanzierung muss gewährleistet werden. Wir fordern deshalb einen BAföG-Anspruch für
869 alle Studierende - unabhängig von Voraufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus! Beratung und
870 Betreuung an den Hochschulen müssen für Geflüchtete ausgebaut werden. Hier sehen wir auch
871 die Studierendenschaften in der Pflicht, die Inklusion von Geflüchteten durch Mentoring-
872 Programme zu unterstützen. Studienkollegs, die geflüchtete Menschen auf die Hochschulen
873 vorbereiten, müssen an allen Standorten massiv ausgebaut werden. Sprach- und
874 Vorbereitungskurse im Vorfeld eines Studiums müssen kostenlos sein.
875 Für Geflüchtete, die ihre Studien- oder Schulbesuch nicht nachweisen können, muss nach
876 einem fachlichen und sprachlichen Eignungsnachweis der Zugang zu Studiengängen
877 unbürokratisch ermöglicht werden. Vorreiterin in diesem Bereich ist die Universität des
878 Saarlandes, die im Bereich verschiedener MINT-Fächer dies vorsieht.

879

880 Wir sind überzeugt: Menschen, die sich in einer Ausbildung jeglicher Art befinden, sind das
881 größte und wichtigste Potenzial für die Zukunft einer Gesellschaft. Durch Einbindung in das
882 Bildungssystem erhalten Menschen nicht nur die Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben,
883 sie tun es auch bereits. Durch die Erfahrungen, die Zuwanderer aus anderen Kulturen
884 mitbringen, sind sie zudem eine Bereicherung für das deutsche Bildungssystem, die in dieser
885 Art und Weise niemals durch ein staatliches Angebot geleistet werden könnte. Hinzu kommt,
886 dass Personal und Finanzmittel der Schulen und Ausbildungsbetriebe verschwendet würden,
887 wenn Auszubildende plötzlich gezwungen sind, die Ausbildung abzubrechen. Es muss für beide
888 Seiten Planungssicherheit gewährleistet sein.

889

890 Deshalb fordern wir ein Abschiebeverbot für Menschen, die als SchülerInnen, Studierende oder
891 Auszubildende Teil des Bildungssystems sind, indem sie beispielsweise eine Schule besuchen,
892 eine Ausbildung machen oder an einer Hochschule eingeschrieben sind. Der Schul-, Berufs-
893 oder Studienabschluss in Deutschland muss zu einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis führen.

894

895 · 9.2.4 Sprachkurse

896

897 Der Erwerb der Sprache ist für die gesellschaftliche Teilhabe, die Weiterbildung, den Zugang

898 zum Arbeitsmarkt und im alltäglichen Leben unabdingbar.

899

900 Der Besuch eines sogenannten „Integrationskurses“ ist jedoch erst nach Gewährung von Asyl
901 möglich. Bis dahin ist der Zugang zu offiziellen Kursen nicht möglich. Dieser Zugang kann vor
902 der Anerkennung nur durch ESF-Kurse geschehen, die je nach Kurs allerdings bestimmte
903 Zugangsvoraussetzungen haben und mit einem hohem bürokratischen Aufwand im Vorhinein
904 beginnen. Dies stellt für Bildungsträger_innen einen enormen Verwaltungsmehraufwand dar.
905 Derzeitige Alternativen bieten oft ehrenamtlich geleitete Sprachförderkurse. Die Möglichkeit des
906 Besuches eines Sprachkurses ab dem Tag nach der Ankunft, ist wichtig, damit sich die
907 Menschen, auch wenn sie vielleicht nicht bleiben dürfen, in Deutschland einfinden können und
908 so erst die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass sie ihren Fall vorbringen und ihre
909 Rechte ausüben können. Dies muss auch in ländlichen Gebieten mit Mobilitätshemmnissen
910 garantiert werden.

911

912 **Deshalb fordern wir: Integrationskurse und Sprachkurse müssen für jede_n**
913 **Asylbewerber_innen vom ersten Tag an zugänglich sein.**

914

915 · 9.2.5 Führerschein und Mobilität

916

917 Geflüchteten muss ein Zugang zu kostengünstigen Ticketangeboten wie Sozialtickets für den
918 kommunalen ÖPNV gewährleistet werden.

919 Unabhängig vom Aufenthaltsstatus hat jeder Mensch in Deutschland außerdem theoretisch die
920 Möglichkeit einen Führerschein zu erwerben. Dies ist vor allem im Hinblick auf einen
921 Arbeitsplatz und die Mobilität auf dem Land sehr wichtig. In Deutschland kann der Führerschein
922 neben Deutsch auch in 11 weiteren Sprachen abgelegt werden. Diese sind: Englisch,
923 Französisch, Griechisch, Italienisch, Kroatisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch,
924 Spanisch und Türkisch. Viele Geflüchtete/Asylbewerber_innen kommen allerdings aus Ländern,
925 in denen zum Beispiel Arabisch Landessprache ist.

926

927 Mobilität ist für Geflüchtete von essentieller Bedeutung. Vieles können sie über den öffentlichen
928 Nahverkehr erreichen – ein Fahrrad ist aber genauso wichtig. Mittlerweile häufen sich allerdings
929 die Unfälle von Geflüchteten, die mit den Regeln des deutschen Straßenverkehrs nicht vertraut
930 sind, weshalb Verwaltungen zurückhaltender mit der Bereitstellung von Fahrrädern werden. Das
931 ist die falsche Konsequenz: Wir fordern deshalb, dass Geflüchtete direkt zu Beginn ihres
932 Aufenthaltes in Deutschland spätestens aber bei ihrer Zuweisung sowohl in der Nutzung des
933 ÖPNV als auch in den Regeln des Straßenverkehrsrechts für Fahrradfahrende von Seiten der
934 Verwaltung unterrichtet werden.

935

936 **Deswegen fordern wir zur Erleichterung des Erwerbs die Möglichkeit die theoretische**
937 **Führerscheinprüfung zusätzlich zu den elf anerkannten Sprachen auch auf weiteren**
938 **durchführen zu können.**

939

940 · 9.2.6 Anerkennung von Bildungsabschlüssen

941

942 Viele hier ankommende Menschen sind gut oder hoch gebildet. Auch wenn im Bereich
943 Anerkennung in letzter Zeit viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, können Kompetenzen
944 oft nicht anerkannt werden, beziehungsweise die Möglichkeiten zur Anerkennung werden durch
945 hohe bürokratische Hürden genommen. So kostet die formale Anerkennung, die für Feststellung
946 eines Bildungsabschlusses nötig ist, wie zum Beispiel die Übersetzung der Dokumente,
947 mehrere hundert Euro, die von den Menschen getragen werden müssen. Dieses Geld können
948 sie natürlich nicht selbst aufbringen, wodurch diese Anerkennung oft nicht möglich ist. Vielen ist
949 dieses Verfahren auch unbekannt so dass die Gefahr besteht, dass viele in den
950 Niedriglohnbereich „einsteigen“ und dort verhaftet bleiben. Die Anerkennung und Feststellung
951 eines Abschlusses ist für Menschen somit eine Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, der ihrer
952 Qualifikation entsprechend ist.

953

954 Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen, welche die Anerkennung non- und informeller
955 Kompetenzen ermöglichen. Über den tatsächlichen Nachweis von Kenntnissen in
956 Lernergebniseinheiten, können so auch Menschen, die praktische Kompetenzen haben ohne
957 jedoch je ein Zertifikat oder offiziellen Berufsabschluss erworben haben, diese auch zukünftig in
958 Deutschland ausüben.

959

960 Wir fordern, dass jede Stelle, die berechtigt ist, eine Berufsqualifikation anzuerkennen, auch ein
961 Verfahren anbietet, das bei Verlust von Dokumenten die Anerkennung der Qualifikation
962 ermöglicht (beispielsweise durch theoretische und/oder praktische Überprüfung der Kenntnisse
963 nach dem Modell der HWK & IHK). Auch wenn es bei nicht reglementierten Studienabschlüssen
964 kein Anerkennungsverfahren gibt, so muss es auch in diesem Bereich Menschen ohne
965 Dokumenten ermöglicht werden, einen gleichwertigen Abschluss bescheinigt zu bekommen,
966 denn die Fachkenntnis ist vorhanden – es fehlt nur der Nachweis. Aus diesem Grund soll für
967 nicht reglementierte Studienabschlüsse eine zuständige Stelle in jedem Bundesland eingerichtet
968 werden, um das „sonstige Verfahren“ anzuwenden. Hierfür bieten sich beispielsweise
969 Universitäten an, die eine umfassende Kenntnisprüfung abnehmen.

970

971 **Wir fordern daher, dass diese Anerkennung von Berufsabschlüssen, kostenlos ist. Wir**
972 **begrüßen außerdem die Möglichkeit durch Arbeitsproben, durch erleichterten Zugang zur**
973 **Ablegung von Abschlussprüfungen, der Einführung von Kenntnissprüfungen oder**
974 **ähnlichem bei Fehlen von Zeugnissen die Qualifikation anderweitig nachweisen zu**
975 **können.**

976

977 · 9.2.7 Zugang zu Sport- und Vereinswesen

978

979 Zu Teilhabe zählen auch die Bildung sozialer Kontakte und der Umgang mit Gleichaltrigen. Dies
980 geschieht vor allem beim Sport oder anderen Freizeitausgleich in Vereinen. Der Zugang dazu
981 ist meist mit Mitgliedsbeiträgen verbunden, die von den Geflüchteten selbst oft nicht getragen
982 werden kann. So bleibt vielen dieser Zugang verschlossen. Vielerorts ist es so, dass Vereine
983 einen kostenfreien Zugang von sich aus ermöglichen, jedoch sollte dieses Konzept des
984 kostenfreien Zugangs die Regel und nicht die Ausnahme sein.

985

986 Deswegen fordern wir die Finanzierung weitgreifender Integrationsprogramme für Vereine,
987 deren Mittel zur Integration von Geflüchteten in den Vereinsalltag zur Verfügung gestellt
988 werden. Sie sollen ermöglichen, dass Geflüchtete und ebenso Menschen in schwerer sozialer
989 Lage, die einen Mitgliedsbeitrag nicht zahlen können, trotzdem am Vereinsalltag teilnehmen
990 können. Natürlich kann kein Verein dazu gezwungen werden, und der Aufruf bezieht sich nicht
991 auf Vereine, bei denen nur die Rechtsform „Verein“ für eine quasi unternehmerische Tätigkeit
992 gewählt wurde und der Beitrag als Versicherung oder als Vorauszahlung zur eventuellen
993 Erbringung einer Dienstleistung oder Ähnlichem verbunden ist, wie etwa bei der Lohnsteuerhilfe
994 oder dem ADAC

995

996 **10. Teilhabe durch Arbeit!**

997

998 Wesentliches Medium gesellschaftlicher Teilhabe in Deutschland ist eine sinnvolle und
999 würdevolle Beschäftigung. Auch eine neue Heimat kann nur dort aufgebaut werden, wo die
1000 Möglichkeit geboten wird, seine Zeit in sinnvoller Interaktion mit anderen zu verwenden.
1001 Deswegen fordern wir Jusos:

1002

- 1003 • **Die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung; sie diskriminiert unnötig**
- 1004 **zwischen Asylbewerber_innen und Arbeitsinländer_innen und schafft Barrieren, wo**
- 1005 **es Hilfen im Zugang zum Arbeitsmarkt braucht.**
- 1006 • **Die komplette arbeitsrechtliche Gleichstellung von Asylbewerbenden mit**
- 1007 **Deutschen nach 3 Monaten.**

1008

1009 Perspektiven müssen jedoch nicht nur denjenigen eröffnet werden, die schon Qualifikationen
1010 mitbringen; auch und gerade jüngere Geflüchtete, denen häufig schon im Herkunftsland Schul-
1011 und/oder Ausbildung verwehrt blieben, brauchen eine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

1012

1013 · **Damit die Menschen eine Chance haben einen Ausbildungsplatz zu**
1014 **bekommen, fordern wir die Garantie einer Aufenthaltserlaubnis für die komplette**
1015 **Ausbildungszeit und die Dauer der darauffolgenden Weiterbeschäftigung bei Erhalt eines**
1016 **solchen Vertrages.** Auch muss den Personen danach Zeit eingeräumt werden eine
1017 Arbeitsstelle zu finden. Der Erhalt einer Ausbildungsstelle für eine_n Asylsuchende_n stellt
1018 allerdings momentan noch keine Garantie dar, in Deutschland bleiben zu dürfen. Aus dem
1019 Grund der Planungsunsicherheit verweigern sich viele Arbeitgeber_innen einem_r qualifizierten

1020 Asylsuchenden einen Ausbildungsplatz zu geben. Die aktuellen Gesetzesänderungen
1021 Auszubildende mit Duldungen abzuspeisen reichen nicht dazu aus, das Problem zu beheben.
1022

1023 · **Wir fordern die Subventionierung zusätzlicher**

1024 **betrieblicher Ausbildungsplätze für Geflüchtete.** Der schwierigste Schritt für junge
1025 Geflüchtete auf dem Weg in die deutsche Arbeitswelt ist der Erste - deswegen braucht es eine
1026 notfalls auch materielle Motivation gerade für kleinere und mittlere Betriebe, ihnen einen
1027 Ausbildungsvertrag anzubieten. Noch wichtiger ist darüber hinaus die Förderung des
1028 Übergangs vom Ausbildungs- in das Arbeitsverhältnis. Auch hier sind materielle Förderungen
1029 für sich engagierende Betriebe wichtig, um Teilhabe zu ermöglichen.

1030

1031 **Kein Abschluss ohne Anschluss**

1032

1033 Wir fordern eine Ausbildungsgarantie für alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben.
1034 Wo der Markt keine ausreichende Versorgung sicherstellt, sind Ausbildungsplätze öffentlich zu
1035 fördern. Davon profitieren Geflüchtete und deutsche Jugendliche mit Startschwierigkeiten
1036 gleichermaßen. Eine qualifizierte Berufsausbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Nur
1037 durch Arbeit können soziale und wirtschaftliche Teilhabe umfänglich gewährleistet werden.

1038

1039 · **Wir fordern die Vereinfachung des Hochschulzuganges für Geflüchtete. Dies**
1040 **beinhaltet eine schnelle und umfängliche Anerkennung von Schulabschlüssen und**
1041 **anderen Qualifikationen sowie den Ausbau englischsprachiger Kurse. Eine umfassende**
1042 **Betreuung während des Studiums ist essentiell für erfolgreiches Lernen.**

1043

1044 Einbindung in die Arbeitswelt setzt Einbindung in den akademischen Betrieb nicht nur häufig
1045 voraus - diese Einbindung in die Universitäten und Fachhochschulen kann auch helfen,
1046 Vorurteile abzubauen und gleichzeitig aufzeigen, dass denjenigen, die bei uns Asyl suchen,
1047 tatsächlich alle Türen offen stehen. Sprachliche und andere fachspezifische Qualifikationen
1048 müssen nachgewiesen, ihr Erwerb jedoch ermöglicht und gefördert werden.

1049

1050 · **Wir fordern die Schaffung eines solidarischen kommunalen Beschäftigungssektors, in**
1051 **dem auch eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Geflüchtete vorgehalten wird;** eine
1052 Sofortmaßnahme, die aus kommunaler Perspektive sofort realisiert werden kann, um direkt die
1053 Arbeit an kommunalen Aufgaben sozial sinnvoll zu verteilen.

1054

1055 Es müssen schnelle Möglichkeiten dafür geschaffen werden, dass Geflüchtete unbürokratisch
1056 andere Geflüchtete unterstützen können. Zum Beispiel dürfen medizinisch geschulte
1057 Geflüchtete nicht zur Untätigkeit verdammt sein, während dringend notwendige medizinische
1058 Versorgung für Geflüchtete fehlt.

1059

1060 **11. Leistungen/ Gesundheit:**

1061

1062 **Wir halten an unserer Forderung der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**
1063 **fest.**

1064

1065 Es kann nicht sein, dass es Menschen zweiter Klasse gibt, die noch unter dem
1066 Existenzminimum der Sozialleistungen gehalten werden.

1067

1068 Dadurch wäre auch gewährleistet, dass Asylbewerber_innen einen gleichwertigen **Zugang zur**
1069 **Gesundheitsversorgung** erhalten. Die Behandlung, die Asylsuchenden momentan zur
1070 Verfügung steht, bedarf unbedingt einer Änderung. So werden zwar akute Erkrankungen und
1071 Schmerzzustände versorgt und die Mittel zur Linderung der Schmerzen und Besserung der
1072 Krankheit werden auch zur Verfügung gestellt, doch die Betonung liegt bei dieser Leistung auf
1073 dem Wort „akut“. So werden chronische Erkrankungen höchstens im Falle eines akuten Notfalls
1074 behandelt.

1075

1076 Die Verpflegungssituation mit Essen und Getränken ist für Asylsuchende vor allem in zentralen
1077 Einrichtungen gesichert. Anders sieht es bei der gesundheitlichen Versorgung aus. Die
1078 ungenügende Untersuchung bei der Erstaufnahme begrenzt sich lediglich auf wenige
1079 Untersuchungsschritte und ist sowohl von wissenschaftlicher als auch von gesellschaftlicher
1080 Seite aus vielfach - und zurecht - starker Kritik ausgesetzt. Hieraus ergibt sich die Forderung

1081 nach einer Überarbeitung der Erstaufnahmeuntersuchung auch im Hinblick auf
1082 Schwangerschaften, Chronischen und Krebserkrankungen der Asylsuchenden. Will einE
1083 ErkrankteR Asylbewerberin oder Asylbewerber medizinische Hilfe erhalten, muss sie_er eine
1084 Krankenversicherung bzw. einen Personalausweis vorzeigen. Dies ist bei Menschen mit
1085 illegalem Aufenthalt natürlich nicht möglich. Die Ärztinnen und Ärzte des Krankhauses/der
1086 Arztpraxis sind aber hierzu gezwungen. Jenseits von Notfällen kann die Behandlung verweigert
1087 werden, bis die Kostenfrage geklärt ist. Zur ambulanten Versorgung müssen Patientinnen und
1088 Patienten beim Sozialamt einen Krankenschein beantragen. Für ein Land, das sich stets auf
1089 Menschenrechte beruft, ist es unhaltbar, dass sich ein Menschen durch eine bloße Meldung in
1090 die Gefahr begibt, abgeschoben zu werden.

1091

1092 Die Vergütung des zuständigen Haus- oder Zahnarztes läuft hierbei über die zuständige
1093 Verwaltung, das heißt man muss vor dem Besuch eines Arztes erst beim Amt die Erlaubnis
1094 einholen überhaupt zum Arzt gehen zu dürfen. Schwangere und Wöchnerinnen werden hierbei
1095 zum Glück umfassend versorgt. Übergangsweise fordern wir zumindest die Einführung einer
1096 Krankenkarte nach dem Bremer Modell durch die Bundesländer.

1097

1098 Eine Vielzahl von Geflüchteten ist aufgrund ihrer Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht
1099 traumatisiert. Dem steht aber nur ein geringes Angebot an qualifizierten Psycholog_innen
1100 gegenüber. **Wir fordern daher den Ausbau von Trauma-Zentren**, die sich gerade auf
1101 Geflüchtete und minderjährige Geflüchtete spezialisieren, so wie die sprachlichen
1102 Voraussetzungen einer erfolgreichen Therapie schaffen können. Der Zugang soll bereits
1103 Asylbewerber_innen ermöglicht werden.

1104 Viele Geflüchtete haben in ihrer Heimat schreckliche Dinge erlebt. Sie brauchen psychologische
1105 Betreuung, um das Erlebte hinter sich zu lassen und nicht allein gelassen zu werden. Wir
1106 fordern deshalb psychologische Betreuung für die Geflüchteten ab ihrer Ankunft in den
1107 Kommunen!

1108

1109 Wir halten die Abschaffung des Sachleistungsprinzips weiterhin für die einzig richtige Lösung.
1110 Es muss Geflüchteten allgemein ermöglicht werden ihre Einkäufe selbst zu erledigen. Die
1111 Verteilung von standardisierten Essenspaketen ist, und das wird so auch zugegeben, als reine
1112 Schikane gedacht. Sie verhindert Selbständigkeit, ermöglicht keine individuellen Wünsche oder
1113 Notwendigkeiten bei der Essensvergabe und ist darüber hinaus durch den Lager- und
1114 Personalaufwand auch deutlich teurer, als das Geldleistungsprinzip. Finanzielle Ressourcen, die
1115 an anderer Stelle dringend gebraucht werden.

1116

1117 Geflüchtete sollten außerdem sofort nach ihrer Ankunft die **Möglichkeit haben ein Konto zu**
1118 **eröffnen**. Elektronischer Zahlungsverkehr sollte jedem Menschen zur Verfügung stehen und ist
1119 oft auch Voraussetzung, um zum Beispiel Miete zu zahlen. Das Überfallrisiko auf Geflüchtete
1120 kann so außerdem gesenkt werden.

1121

1122 **Wir fordern somit in den Bereichen Gesundheit/Leistungen:**

1123

- 1124 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes das Asylbewerberleistungsgesetz
- 1125 besteht fordern wir die Einführung einer Gesundheitskarte
- 1126 • Einen gleichwertigen Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Asylbewerber_innen.
- 1127 • Die Abschaffung des Sachleistungsprinzips.
- 1128 • Die Bereitstellung eines/r Dolmetscher/in eine „Pflichtleistung“ des Staates sein muss.
- 1129 • Den Ausbau von Trauma-Zentren, die sich gerade auf Geflüchtete und minderjährige
- 1130 Geflüchtete spezialisieren.
- 1131 • Die Möglichkeit für Geflüchtete ein Konto zu eröffnen.

1132

1133 **12. Geflüchtete in unserer Gesellschaft**

1134

1135 Geflüchtete haben, zumindest anfänglich, kaum Möglichkeiten die Gesellschaft
1136 mitzubestimmen, in der sie angekommen sind. Aufnahme und Teilhabe von ihnen kann aber nur
1137 gelingen, wenn auch die Zivilgesellschaft eine offene und inklusive ist. Eine solche Gesellschaft
1138 wollen und müssen wir aktiv fördern und ständig einfordern.

1139

1140 Hierzu gehört vor allen Dingen, dass Geflüchtete von staatlicher Seite Unterstützung erhalten
1141 und nicht lange Wartezeiten bei jedweder benötigten Hilfe in Kauf nehmen müssen. Dies liegt

1142 vor allem an dem überforderten Verwaltungspersonal.
1143 Deshalb fordern wir: Zur Entlastung müssen auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene in
1144 den zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um
1145 zeitnah Anträge und Anfragen beantworten zu können. Gerade auch auf kommunaler Ebene
1146 können so die zahlreichen Ehrenamtlichen koordiniert sowie die Angebote zahlreicher
1147 Flüchtlingsinitiativen, -verbände und Selbstorganisationen präsentiert und bei Wunsch auf
1148 Seiten der Organisationen auch koordiniert werden. Für die Arbeitnehmer_innen, die in diesen
1149 Stellen arbeiten, sollen verpflichtend interkulturelle Trainings angeboten werden, damit die
1150 Hemmungen vor fremden Kulturen abgebaut und das Verständnis für die Menschen gesteigert
1151 wird. Außerdem soll gewährleistet sein, dass in den Verwaltungen jedes Angebot in den
1152 benötigten Sprachen vorhanden ist.
1153 Die Migrationsdienste vor Ort, welche oft den Wohlfahrtsverbänden, wie Caritas, AWO, IB etc.
1154 oder Kirchen angegliedert sind, müssen mit weiteren hauptamtlichen Stellen, die vom Bund
1155 bezahlt werden, aufzustocken. Dadurch kann eine gute Beratung der Geflüchteten in rechtlichen
1156 Fragen innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche ausgeweitet werden,
1157 damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen kostenfreien und nicht-
1158 staatlichen Beratung haben kann.
1159
1160 12.1 Geflüchtete sind bei uns willkommen
1161
1162 Asylrecht ist Menschenrecht. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in freiheitlichen und sozialen
1163 Strukturen zu leben. Wir brauchen daher ein unbürokratisches Asylverfahren, damit wir das
1164 Verfahren zu einer Willkommenskultur umwandeln. Zu dieser Willkommenskultur gehört für uns
1165 neben der Änderung im Umgang mit Geflüchteten auch die Einrichtung so genannter
1166 „Willkommensseminare“, auf denen den Geflüchteten und Asylsuchenden die notwendigen
1167 Grundlagen für ein kurzes oder auch längeres Leben in Deutschland vermittelt werden. Neben
1168 einer solchen „Willkommensseminaren“ ist ebenfalls die Reduktion bürokratischer
1169
1170 Abläufen im Zuge der Erstaufnahme in einer Landesaufnahmestelle und bei der weiteren
1171 Bearbeitung des Asylantrages von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört eine Entschlackung im
1172 bürokratischen Ablauf des Bundesamtes für Migration. Denn wir müssen die speziellen
1173 Umstände von Geflüchteten und Asylsuchenden akzeptieren und respektieren.
1174
1175 12.2 Ehrenamt stärken!
1176
1177 Seit vor ca. zwei Jahren die Vertreibung von Menschen, zum Beispiel durch den Krieg in Syrien
1178 und den IS, immer größer wurde, ist auch die Zahl der Ehrenamtlichen im Bereich Hilfe für
1179 Geflüchtete stark angestiegen. Viele Menschen engagieren sich vor allem vor Ort oft täglich für
1180 die Unterstützung dieser Menschen.
1181
1182 Dazu gehören auch so „banale“ Dinge, wie die Erklärung der Mülltrennung. Aber vor allem geht
1183 es darum die Menschen zu bestimmten Terminen zu den Ämtern zu fahren und dort auch zu
1184 begleiten, ihnen bei Arztbesuchen unterstützend zur Seite zu stehen, wie auch kulturelles
1185 Wissen und alltägliche Gepflogenheiten zu erklären, damit es nicht zu Missverständnissen
1186 kommt und die Teilhabe vor Ort gelingen kann. Dem Anliegen Kontakt zwischen Geflüchteten
1187 und „Einheimischen“ zu ermöglichen, tragen Bemühungen Rechnung, Begegnungscafés/
1188 Begegnungsstätten oder ähnliche Zentren zu schaffen. Hier können dann niedrig schwellig
1189 Kontakte zwischen Ortsansässigen und Geflüchteten aufgebaut, aufrechterhalten und
1190 ausgebaut werden und sie eröffnen oft zahlreiche weitere Möglichkeiten der gemeinsamen
1191 Freizeitgestaltung und Unterstützung.
1192
1193 Dies alles erfordert viel Zeit, Geduld und Aufopferungsbereitschaft und es verdient den
1194 allergrößten Respekt, was Ehrenamtliche leisten! Fest steht: das was der Staat bereitstellt,
1195 könnte nie auffangen, was durch Ehrenamt geleistet wird. Ehrenamtliches Engagement darf
1196 aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seinen Aufgaben zurückzieht.
1197
1198 Ehrenamtliche hingegen berichten von teilweise herabwürdigenden Umgang mit Geflüchteten,
1199 wenn sie unbegleitet in Ämtern Termine wahrnehmen. Ehrenamtliche übernehmen hier oft den
1200 Part des_r Fürsprechers_in und Vermittlers_in.
1201
1202 **Deshalb fordern wir die Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistung von Seiten des**

1203 **Staates!**

1204

1205 Das bedeutet, dass die Ehrenamtlichen in ihrer Arbeit als Hilfe für die Geflüchteten auf den
1206 Ämtern wahrgenommen werden sollen und nicht als Menschen, die dort nichts zu suchen
1207 haben. Die Steine, die ihnen in ihrer alltäglichen Arbeit in den Weg gelegt werden, sollen der
1208 Anerkennung der Arbeit und des Engagements weichen.

1209

1210 Dadurch können die Ehrenamtlichen unterstützt werden und die Beratung der Geflüchteten in
1211 rechtlichen Fragen innerhalb des Asylverfahrens oder zum Beispiel bei der Job-Suche, kann
1212 ausgeweitet werden, damit jeder und jede von ihnen die Möglichkeit zu einer solchen
1213 kostenfreien Beratung haben kann.

1214

1215 **Zu diesen Zwecken fordern wir die großflächige Aufstockung der hauptamtlichen Stellen
1216 mit Zuständigkeit für die Geflüchteten.**

1217

1218 Zum Ehrenamt gehört auch meist, dass sich die Ehrenamtlichen mit amtlichen Vorschriften und
1219 Formularen und Verordnung beschäftigen, wenn Geflüchtete Hilfe brauchen. Dies ist jedoch oft
1220 sehr schwer zu bewerkstelligen, da oft nicht klar ist, was gemeint ist oder das Formular sehr
1221 bürokratisch und mit Fachbegriffen gespickt ist.

1222

1223 **Deshalb fordern wir: Zu Unterstützung dafür müssen auf kommunaler Ebene in den
1224 zuständigen Verwaltungen flächendeckend ausreichend Stellen geschaffen werden, um
1225 die Ehrenamtlichen in diesen Punkten zu entlasten.** Diese Stellen sollen auch als

1226 Koordinierungsstellen und Ansprechstellen für die Ehrenamtlichen dienen.

1227 Den sich aufgrund der bereits lange vor der aktuellen Situation bestehenden angespannten
1228 Finanzlage in einer Haushaltsaufsicht durch übergeordnete Behörden befindlichen Kommunen
1229 soll von diesen Behörden die Möglichkeit eingeräumt werden, außerplanmäßig Personal für die
1230 Koordinierung und Umsetzung von Aufgaben der Unterbringung, Versorgung und Integration
1231 von Geflüchteten einzustellen.

1232

1233 **Wir fordern außerdem die Qualifizierung von Ehrenamtlichen.**

1234

1235 Denn auch hier gilt: nur gut gemeint, ist nicht gut gemacht. Oft können Missverständnisse,
1236 Fehler und Frustration vermieden werden, wenn die Ehrenamtlichen zum Beispiel über
1237 Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmen eines Ehrenamts informiert und verschiedene
1238 Dokumente und Verfahren erklärt werden, die jeder Geflüchtete braucht.

1239

1240 Geflüchtete bringen von ihrer Flucht und aus ihren Herkunftsländern oft schreckliche
1241 Erfahrungen mit, die dann auch Ehrenamtlichen in Gesprächen erzählt werden. Damit diese
1242 Bilder und übertragenen Ängste verarbeitet und eingeordnet werden können, brauchen
1243 Ehrenamtliche die Möglichkeit der Supervision.

1244

1245 **Wir fordern daher die Schaffung von Supervisions- und psychischen
1246 Betreuungsangeboten für Ehrenamtliche.**

1247

1248 **Zur besseren Koordinierung der zahlreichen Flüchtlingsinitiativen, -verbände und
1249 Selbstorganisationen fordern wir zentrale Koordinierungsstellen, welche die oben
1250 genannten Qualifizierungs- und Supervisionsangebote ermöglichen können.**

1251

1252 **Daneben fordern wir im Bereich Ehrenamt insgesamt:**

1253

- 1254 • eine Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen vom Staat.
- 1255 • Eine Aufstockung von hauptamtlichen Stellen mit der Zuständigkeit für Geflüchtete.
- 1256 • Stellen in kommunalen Verwaltungen zur Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen.
- 1257 • Sowie die Qualifizierung der Ehrenamtlichen.

1258

1259 12.3 Menschenfeindliche Umtriebe stoppen!

1260

1261 Neben wachsendem ehrenamtlichen Engagement nehmen leider aber auch die Aktivitäten
1262 gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte stark zu.

1263

1264 Dies reicht von „friedlichem Protest besorgter Anwohner“, die zum Beispiel im Februar 2014 im
1265 bayrischen Anzing plakatierten: "30 Männer an der Zahl wird im Wohngebiet zur Qual", bis hin
1266 zu Brandanschlägen, wie im niedersächsischen Tröglitz am 04.04.2015.
1267
1268 Während das Bundeskriminalamt bereits von 2012 auf 2013 einen Anstieg von Gewalt- und
1269 Propagandadelikten gegen Flüchtlingsunterkünfte von 24 auf 58, und damit um mehr als das
1270 Doppelte vermeldete, stieg diese Zahl 2014 um das Dreifach auf 162 rechtsextrem motivierte
1271 Angriffe auf Unterkünfte. Die Chronik der Antonio-Amadeu-Stiftung und Pro Asyl kommt allein
1272 für das Jahr 2014 zu auf 186 gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35
1273 Brandstiftungen, und 79 tätliche Übergriffe auf Einzelpersonen. Diese Zahlen sind mehr als
1274 alarmierend! Und sie sind wohl nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer wird wie immer
1275 deutlich höher liegen.
1276
1277 Auch wenn Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter der Statistik gelten, sind
1278 die Angriffe geographisch überall im Bund verteilt. Es ist also bei weitem kein „Ost“- oder reines
1279 „Land“-Problem. Rassismus sitzt eben tief in der Mitte der gesamten Gesellschaft.
1280
1281
1282
1283 Es ist offensichtlich, dass rassistische Gewalttaten auf Schutzsuchende in den vergangenen
1284 Wochen eine neue Dimension erreicht haben.
1285
1286 Der Rechtsstaat muss gegen rassistische Gewalttaten ein deutliches Signal setzen - nicht nur
1287 im Hinblick auf die konsequente Bestrafung der TäterInnen, sondern auch in Bezug auf die
1288 Opfer. Asylsuchende, sind als Opfer rechter Gewalt, in laufenden Gerichts- und
1289 Strafverfolgungsprozessen doppelt entrechtet. Es ist schlimm genug, dass die Bundesrepublik
1290 die Sicherheit hier Schutz suchender Menschen oft nicht gewährleisten kann. Hinzu kommt,
1291 dass die Opfer trotz ihrer Rolle als NebenklägerInnen oder Zeuginnen eines Prozesses
1292 dennoch abgeschoben werden können. Sie haben damit nicht nur die Folgen von Ausgrenzung
1293 und Hass hinzunehmen, sondern gegebenenfalls auch die drohende Abschiebung. Das ist vor
1294 dem Hintergrund der grassierenden Gewalt gegen Asylsuchende nicht länger hinnehmbar.
1295
1296 Daher fordern wir, dass die Opfer rassistischer Gewalttaten, soweit dies durch rechtskräftiges
1297 Urteil festgestellt, ein unbefristeten Aufenthaltstitel bekommen. Damit wird die Bundesrepublik
1298 nicht nur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den Opfern und ihrem sozialen
1299 Umfeld gerecht, sondern setzt auch ein klares politisches Signal an TäterInnen und
1300 Gesellschaft. Wir bieten den Betroffenen nach ihrer traumatischen Gewalterfahrung Sicherheit
1301 und Schutz an und signalisieren, dass sie nicht allein gelassen werden."
1302
1303
1304
1305 Die Grundlage für solche Aktionen ist in der öffentlichen Verbreitung von Rassismus und dem
1306 Schüren von Hass zu sehen. Rund 80 Proteste gegen bestehende oder geplante
1307 Flüchtlingsunterkünfte wurden von staatlicher Seite 2014 gezählt, die Antonio-Amadeu-Stiftung
1308 kommt auf 270. Rechte Gruppierungen und Parteien nutzen Sozialneid und Ängste von
1309 Menschen gezielt für ihre menschenfeindliche Propaganda aus. Dem muss man sich klar
1310 entgegenstellen!
1311
1312 **Wir rufen daher regelmäßig zum Gegenprotest auf und werden uns auch weiter öffentlich in**
1313 **aller Deutlichkeit mit Geflüchteten solidarisieren.** Proteste gegen Geflüchtete und
1314 Flüchtlingsunterkünfte müssen gesamtgesellschaftlich endlich klar als das erkannt werden was
1315 sie sind: die geistige Grundlage für gewaltsame Übergriffe auf Geflüchtete und Brandanschläge
1316 auf ihre Wohnungen.
1317
1318 Es müssen außerdem die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um
1319 fremdenfeindliche Proteste in unmittelbarer Nähe von Asylunterkünften zu untersagen. Diese
1320 haben massive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bewohner_innen und führen im
1321 schlimmsten Fall zu einem Rückfall in erlebte Traumata.
1322
1323 Die Einrichtungen, in denen Geflüchtete bis dahin untergebracht sind, müssen zu jedem
1324 Zeitpunkt ausreichend geschützt werden. Die sprunghaften Anstiege der Angriffszahlen auf

1325 Unterkünfte von Geflüchteten zeigen, dass der bisherige staatliche Schutz nicht ausreichend ist.
1326 Weiterhin erwarten wir von der Polizei, dass Angriffe auf Asylbewerber*innenunterkünfte
1327 gründlich aufgeklärt werden.

1328

1329 Wir wissen aber auch, dass dies allein nicht das Vorhandensein von Vorurteilen in der
1330 Gesellschaft beseitigt. Wir drängen daher auf die **frühzeitige und partizipative Beteiligung**
1331 **der Bevölkerung an geplanten Flüchtlingsunterkünften** durch die Gemeinden. Es hat sich
1332 gezeigt, dass sich durch Informationsschreiben, Bürger_innensprechstunden und ähnlichem die
1333 Anwohner_innen ernst genommen fühlen, Ängste und Vorurteile abgebaut werden und oftmals
1334 daraus Angebote entstehen, die Einrichtung und Geflüchtete zu unterstützen. Dies fördert nicht
1335 nur die Akzeptanz, sondern entzieht rassistischen Akteur_innen den Nährboden und kommt
1336 damit auch den Geflüchteten zu gute.

1337

1338 12.4. Keine Asylrechtsverschärfungen mit Stimmen der SPD!

1339

1340 Die SPD darf sich – egal ob in Regierungsbeteiligung oder nicht – nicht an Verschärfungen des
1341 Asylrechts beteiligen, auch wenn dafür Verbesserungen z.B. beim Bleiberecht „erkauft“ werden.
1342 Diese Verbesserungen sind Notwendigkeiten, für die zu streiten selbstverständlich ist. Sie sind
1343 aber nicht gegen andere Einschränkungen für Geflüchtete abwägbar. Die Sozialdemokratie darf
1344 sich nicht auf das Spiel einlassen, Geflüchtete in „echte“ und „falsche“ oder „gute“ und
1345 „schlechte“ einzuteilen.

1346

1347 Eine Flüchtlingspolitik die auf Abschreckung setzt und „Fehlanreize“ in den Zielländern zu
1348 Fluchtgründen erklärt, ist ein gefährlicher Irrweg.

1349

1350 Letztlich bedeutet Abschreckung, Menschen hier genauso schlecht oder noch schlechtere
1351 Lebensbedingungen zu bereiten als in ihren Herkunftsländern.

1352

1353 Bezogen auf die Grenzsicherung bedeutet Abschreckung, die Einreise mindestens so riskant zu
1354 machen, wie das Leben in den Herkunftsländern.

1355

1356 Diese Strategie ist zynisch und in ihrem Versuch, Zufluchtsuchende das Leben so unangenehm
1357 wie möglich zu machen, uferlos. Wir brauchen eine Lösung der momentanen Krise, die die
1358 tatsächlichen Fluchtgründe angeht und nicht die sozialen und humanitären Mindeststandards
1359 der Bundesrepublik zu Fluchtgründen erklärt und für Asylsuchende deshalb faktisch abschafft.

1360

1361 Wir brauchen somit in Deutschland und Europa eine menschliche Flüchtlingspolitik, die eine
1362 sichere und legale Einreise in die EU ermöglicht, die Unterbringung und Verteilung von
1363 Geflüchteten menschenwürdig und solidarisch organisiert, die Hilfsbereitschaft in der
1364 Gesellschaft tatkräftig unterstützt, um für eine solidarische Willkommenskultur zu sorgen, und
1365 sich aktiv gegen rechte Gewalt, rechten Terror und Populismus wendet. Geflüchtete sind keine
1366 Bedrohung. Sie sind Menschen. Das muss das Denken der Flüchtlingspolitik bestimmen. Es
1367 geht um Menschen.

1368

1369 **13. Fluchtursachen bekämpfen und internationale Hilfe verstärken**

1370

1371 Täglich machen sich Menschen aus Not und Elend, aus Verfolgung und Unterdrückung, aus
1372 Krieg und Leid auf. Sie wagen sich auf einen Weg, der meist ebenso gefährlich ist, wie ihre
1373 Heimat. Sie lassen ihre Angehörigen zurück, nur für die vage Hoffnung auf ein besseres und vor
1374 allem sicheres Leben. Viele von denen, die sich aufmachen, erreichen den Ort ihrer Hoffnung
1375 nie. Sie bleiben auf halber Strecke stecken, weil sie die SchlepperInnen nicht mehr bezahlen
1376 können. Sie geraten in die unmenschlichen Fänge von skrupellosen MenschenhändlerInnen.
1377 Sie werden unter den absurdesten Vorwürfen inhaftiert. Sie verhungern, verdursten, erfrieren
1378 und ertrinken zu vielen im Mittelmeer. Nochmal: Menschen fliehen nicht ohne Grund!

1379

1380 All das passiert, weil die Bedrohungen in den Herkunftsländern der Geflüchteten so viel
1381 schlimmer sind, dass sie all die Gefahren als hinnehmbar erscheinen lassen. Krieg, Hunger und
1382 Armut beherrschen das Leben vieler Menschen auf dieser Welt.

1383

1384 Für uns Jusos sind Forderungen nach einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten hier
1385 elementar. Darüberhinaus ist es uns genauso wichtig sich für gute Lebensstandards und die

1386 Einhaltung der Menschenrechte in Herkunftsländern einzusetzen. Niemand soll gezwungen
1387 sein, seine/ihre Heimat zu verlassen und eine lebensgefährliche Flucht auf sich nehmen zu
1388 müssen.

1389

1390 Daher fordern wir unsere politischen EntscheidungsträgerInnen auf, sich aktiv mit
1391 Fluchtursachen auseinanderzusetzen und diese zielgerecht und vor allem umgehend und
1392 umfassend zu bekämpfen. Strukturelle Ursachen sollen ebenso im Fokus liegen, wie
1393 kriegsrische Gefährdungen, wie derzeit der IS in Syrien und dem Irak. Alle internationalen
1394 AkteureInnen müssen umgehend Strategien zum gezielten Umgang mit derartigen
1395 Organisationen entwickeln und diese umsetzen.

1396

1397 Außerdem müssen die kurdischen Parteien zu unterstützen, die vielerorts die Versorgung von
1398 Geflüchteten übernommen haben, die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für eine
1399 optimale Betreuung der Geflüchteten brauchen.

1400

1401 Weitergehend ist es für uns nicht akzeptierbar, dass sich Regierungen aus ihren Verpflichtungen
1402 gegenüber internationalen Hilfsorganisationen mit dem Argument der Kosten für Geflüchtete im
1403 eigenen Land herauswinden. Dies erzeugt weiteres Leid und Elend unter den Opfern und macht
1404 den Hilfsorganisationen ihre Arbeit vor Ort unmöglich. Das finanzielle Ausbluten zum Beispiel
1405 der Refugeeecamps des UNHCRs im Nordirak ist ein Akt der Unmenschlichkeit

1406

1407 Wir fordern daher:

1408

- 1409 • Fluchtursachen müssen umgehend umfassend bekämpft werden
- 1410 • Refugeeecamps internationaler Hilfsorganisationen müssen ausfinanziert werden um ein
1411 Mindestmaß an Versorgung und Schutz zu gewährleisten
- 1412 • Es muss eine transnationale Strategie zur Bekämpfung des IS und anderer ähnlicher
1413 Gruppierungen entwickelt werden

1414

1415 **Fluchtursachen nachhaltig bekämpfen – Globale Ungleichheit begrenzen**

1416

1417 Teil jungsozialistischer Flüchtlingspolitik ist auch die Bekämpfung von Fluchtursachen. Nur ein
1418 Bruchteil der 60 Millionen, die aktuell auf der Flucht sind, hat die eigene Heimat freiwillig
1419 verlassen. Ziel unserer Politik muss – neben der humanitären Versorgung – muss deshalb eine
1420 umfassende Verbesserung der Situation in den Herkunftsländern sein, so dass keine weiteren
1421 Menschen fliehen müssen und diejenigen, die wollen, sicher zurückkehren können.

1422

1423 Notwendig sind dazu vier zentrale Maßnahmen.

1424

1425 1. **UNHCR, WFP und Afrika Fonds sind mit den dringend notwendigen finanziellen**
1426 **Mitteln auszustatten**, damit die Flüchtlingslager in der Türkei, Jordanien, dem Libanon und
1427 Ägypten unter menschenwürdigen Bedingungen betrieben werden können. Es ist ein Skandal,
1428 dass das UN-Flüchtlingshilfswerk die Kopfpauschale in den Lagern im Nahen Osten seit Anfang
1429 des Jahres fast halbieren musste und Menschen deshalb drohen zu verhungern. Viele
1430 Geflüchtete wollen ihre Region nicht verlassen. Das ist aber nur möglich, wenn sie zu
1431 angemessenen Bedingungen untergebracht werden.

1432

1433 2. **Mehr Bedeutung für das internationale Konfliktmanagement.** Formate wie die Wiener
1434 Syrien-Konferenz müssen eine wesentlich höhere Bedeutung erhalten. Sie können zu
1435 dauerhaften Frieden und Stabilität führen, was allein durch militärische Gewalt nicht erreicht
1436 werden kann. Auch der Friedensprozess in der Ukraine zeigt, dass ausdauernde
1437 Verhandlungen auf Augenhöhe zum Erfolg führen können. Es ist deshalb entscheidend, dass
1438 Europa, die Vereinigten Staaten, Russland und China in enger Kooperation mit den weltweiten
1439 Konflikten umgehen.

1440

1441 3. **Konsequente Bekämpfung von extremer Armut.** Das bedeutet die schrittweise
1442 Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs). Aber auch endlich die Gewährung
1443 fairer Handelsbedingungen und ein Ende der Ausbeutung ökonomisch schwacher Staaten. Es
1444 muss Schluss sein mit der kurzsichtigen europäischen Agrar- und Fischereipolitik, die Armut
1445 außerhalb Europas forciert und neue Ursachen für Konflikte und Flucht schafft.

1446

1447 4. **Verstärkte Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen.** Es braucht zusätzliche
1448 Investitionen in Küstenschutz und Wasseraufbereitung, um besonders gefährdete Regionen zu
1449 schützen. Erhebliche Teile der Welt werden langfristig nicht mehr zu guten Bedingungen
1450 bewohnbar sein. In diesen Bereichen sind Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel von
1451 den verursachenden Industriestaaten zu finanzieren. An den Orten wo Verlust & Schäden
1452 auftreten und somit unbewohnbar werden, müssen frühzeitig Resettlement-Programme
1453 gestartet werden. Das ermöglicht eine gerechte Verteilung der Menschen auf die
1454 Staatengemeinschaft und verhindert plötzliche, massive Fluchtbewegungen mit allen
1455 Problemen, die diese mit sich bringen.

1456

1457

1458

1459

1460

1461

1462

1463

1464

1465

1466

1467

1468

1469

1470

1471

1472

1473

1474

1475

1476

1477

1478

1479

1480

1481

1482

1483

1484

1485

1486

1487

1488

1489

1490

1491

1492

1493

1494

1495

1496

1497

1498

1499

1500

1501

1502

1503

1504

1505

1506

1507

Titel Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten

Antragsteller Nord-Niedersachsen

Zur Weiterleitung an

Ausbau von barrierefreien Inhalten bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten

- 1 Wir fordern, dass Menschen mit Behinderung, stärker als bisher mit Angeboten bei den
- 2 öffentlich-rechtlichen Medienanstalten angesprochen werden.
- 3 Inklusion, d.h. die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von
- 4 körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, kann nur gelingen, wenn man diese auf allen
- 5 Ebenen angeht. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit in den Medien.
- 6
- 7 Die Barrierefreiheit muss bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten um ein Vielfaches
- 8 erhöht werden, mit dem Ziel, langfristig alle Angebote der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten
- 9 barrierefrei zu gestalten.

10

11 Wir fordern:

12

- 13 • Alle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Ton- und Videoinhalte müssen mit
- 14 einer maschinenlesbareren Untertitelspur versehen sein
- 15 • Vorteile neuer Technologien nutzen und alle direkt von öffentlich-rechtlichen
- 16 Fernsehsendern produzierten oder in Auftrag gegebenen Inhalte mit Gebärdensprache
- 17 und Audiodeskription ausstatten

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

Titel Widerspruchslösung in der Organspende
einführen

Antragsteller Brandenburg

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Widerspruchslösung in der Organspende einführen

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
2 auch in Deutschland hinsichtlich der Organspende die Widerspruchslösung eingeführt wird. Die
3 Widerspruchslösung besagt: Hat der/die Verstorbene einer Organentnahme zu Lebzeiten nicht
4 ausdrücklich widersprochen, z.B. in einem Widerspruchsregister, so können Organe zur
5 Transplantation entnommen werden. Ein Widerspruchsrecht der Angehörigen kann diskutiert
6 werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür
7 einzusetzen, dass auch in Deutschland hinsichtlich der Organspende die Widerspruchslösung
8 einzuführen. Die Widerspruchslösung besagt: Hat der/die Verstorbene* einer Organentnahme
9 zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen, z:b. in einem Widerspruchsregister, so können
10 Organe zur Transplantation entnommen werden. Es soll eine zentrale Datenbank geschaffen
11 werden, in welcher die Entscheidung eines jeden/ einer jeden, ob und welche Organe
12 gespendet werden sollen, gespeichert ist.

13
14

15 Wir fordern die Aufklärung über Organspende im Kindesalter zu verstärken, indem wir
16 Kinderärzte dazu auffordern, dieses höchst sensible Thema im Rahmen der U6-
17 Vorsorgeuntersuchung mit den Eltern zu besprechen. Für Menschen, die im Laufe ihres Lebens
18 so schwer erkranken, dass es notwendig wird, einen Vormund zu bestellen, soll festgelegt
19 werden, dass die von ihnen getroffene Entscheidung bezüglich ihres Spendestatus im
20 Nachhinein nicht durch den Vormund revidiert werden darf. Die Speicherung der Entscheidung
21 soll entsprechend in einem dezentralen Widerspruchsregister bei den einzelnen Krankenkassen
22 erfolgen.

23 Der Status im Widerspruchsregister soll, von Aufklärungskampagnen flankiert, regelmäßig
24 durch die betreffende Krankenkasse mitgeteilt werden

25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Titel Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

Antragsteller Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an SPD-Bundesparteitag

Der solidarische Wohlfahrtsstaat: Für eine moderne Familien- und Elternpolitik

1 Familie im Wandel

2

3 Das vom Staat vorgegebene Familienbild wird den vielfältigen Problemlagen der Betroffenen
4 nicht gerecht. Fest steht, dass das Bild von Familie im Wandel und vielfältig ist. Zwar bildet das
5 klassische Familienmodell von heterosexueller Partnerschaft mit Kindern das häufigste Modell,
6 jedoch sinkt dessen Anteil gegenüber Alleinerziehenden, gleichgeschlechtlichen Paaren,
7 Patchworkfamilien und anderen Formen stetig. Einen einheitlichen Familienbegriff gibt es nicht.
8 Insbesondere junge Menschen sind offen für alternative Lebensformen, werden aber frühzeitig
9 in die traditionellen Lebensformen gepresst oder müssen sich durch nicht geplanter Elternschaft
10 oder plötzlicher Pflegepflichten komplett um-orientieren wegen der gesetzlichen
11 Rahmenbedingungen. Auch reagieren die Menschen pragmatisch auf die Lebensumstände und
12 versuchen im Rahmen der Möglichkeiten das Beste für sich und den Menschen ihrer Umgebung
13 heraus zu schlagen.

14

15 Soziales Dilemma

16

17 Wir stellen wir fest, dass durch staatliche steuer- und sozialrechtliche Regelungen(wie z.B.
18 durch das Ehegattensplitting) Menschen weiterhin in das klassische Familienbild gepresst
19 werden. In keinem anderen Politikfeld macht sich die konservative Prägung unseres
20 Wohlfahrtsstaates so bemerkbar wie in der Familien- und Elternpolitik. Insbesondere Frauen
21 sind von dieser verkrusteten Politik besonders schwer betroffen. Ehe und Kinderkriegen ist für
22 sie oftmals verbunden mit einem geringerem Einkommen und verminderten Aufstiegschancen
23 im Beruf. Daneben sorgt der demographische Wandel für einen erhöhten Pflegebedarf von
24 Angehörigen, was oftmals auch von Frauen übernommen werden muss. Der deutsche
25 Wohlfahrtsstaat wälzt somit seine Pflichten an Frauen ab. Diese haben dann ein erhöhtes
26 Risiko, von Altersarmut betroffen zu sein. Noch mal prekärer ist die Lage für die
27 alleinerziehenden Eltern, von denen der überwiegende Anteil auch Frauen ist. Diese befinden
28 sich meist im SGB II Bezug und haben trotz des Wunsches nach Erwerbsarbeit nicht die
29 Möglichkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem führt der Spardruck in den
30 Ländern und Kommunen zum Abbau von essentieller sozialer Infrastruktur wie
31 Ganztagsbetreuungsangeboten, Vereinsstrukturen, Musikschulen oder Bibliotheken. Daneben
32 steht der Ausbau von privaten Angeboten, die jedoch nur für eine geringe Anzahl von Eltern zur
33 Verfügung steht und hier auch wieder exklusive Prozesse verstärkt.

34

35 Vereinbarkeit von Familie

36

37 Familien erleben außerdem einen wachsenden Zeitstress bei der Vereinbarkeit von Beruf und
38 Familie. Die Wirtschaft reagiert auf die unterschiedliche Lebenssituation der Eltern, die nunmehr
39 zunehmend beide berufstätig sind, immer noch unzureichend und reflektiert zu wenig, dass
40 durch die gängigen Arbeitszeit- und Mobilitätsanforderungen das Zeitbudget für Familien immer
41 weiter verknappt wird. Ansätze der Wirtschaft für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und
42 Familie gibt es, sie sind aber unzureichend. Auch junge Eltern stehen vor ähnlichen
43 Rahmenbedingungen während ihres Studiums oder ihrer Ausbildung. Noch immer sind die

44 Ansätze für eine Ausbildung oder eines Studiums in Teilzeit weniger stark ausgeprägt. Daneben
45 verfügen Universitäten sowie Ausbildungsstätten über keine ausreichende Infrastruktur von
46 Betreuungseinrichtungen. Das erhöhte Zeitmanagement, der eigenständigen Betreuungssuche-
47 bzw. organisation und der Bewältigung von Studium und Ausbildung können nicht alle
48 bewältigen.

49

50 **Neue Trends**

51

52 Darüber hinaus lässt sich ein allgemeiner Trend der Verwirklichung in der Familie erkennen.
53 Immer weniger Menschen begreifen die aktive Familienschaft durch Partnerschaft oder durch
54 Elternschaft als einen karrieretechnischen Nachteil. Insbesondere Männer nehmen ihre
55 Vaterschaft immer positiver auf und wünschen sich wie Frauen eine bessere Vereinbarkeit von
56 Familie und Beruf.

57

58 Hier muss ein partnerschaftliches Lebensmodell verwirklicht werden, was jeden elterlichen Teil
59 gleichstellt. Die sich aus der Analyse ergebenden Problemstellungen lassen sich vielmals nur
60 durch verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen lösen. *Ein derartiges Familienverständnis*
61 *muss sich aber auch in konkreter sozialer Absicherung und der Rechtspraxis wiederfinden und*
62 *verankert werden. Deshalb fordern wir weiterhin die Abschaffung des Ehegattensplittings und*
63 *die rechtliche Anerkennung von mehr als zwei Elternteilen (wie beispielsweise kürzlich in*
64 *Argentinien geschehen).*

65

66 *Daher fordern wir unverzüglich eine Neuorientierung der Familienpolitik einzuleiten, die folgende*
67 *Punkte umfasst:*

68

69 • Für unser wohlfahrtsstaatliches Verständnis steht fest, dass Familie dort ist, wo Menschen
70 füreinander soziale Verantwortung übernehmen, unabhängig von Trauschein oder
71 sexueller Orientierung. In diesem Zusammenhang ist es nicht Aufgabe des Staates
72 bestimmte Lebensformen als gesellschaftliche Normalität vorauszusetzen.

73

74 • Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Studium zu stärken ist
75 wesentlicher Bestandteil einer sozialen und geschlechtergerechten Familien- und
76 Elternpolitik. Wir setzen uns für den Ausbau einer hochwertigen und beitragsfreien
77 Infrastruktur von Betreuung ein, die neben Angeboten für Kinder und Jugendliche die
78 Vereinbarkeit von Familie und Arbeit gewährleistet und den zeitlich entgrenzten
79 Arbeitszeitmodellen gerecht wird. Auch die Betriebskindergärten sollen weiter gefördert
80 werden.

81

82 • Insbesondere Ausbildungsbetriebe und Universitäten müssen im Rahmen der jeweiligen
83 Möglichkeiten entsprechende Betreuungsangebote für junge Eltern anbieten.

84

85 • Bei Teilzeitausbildung in Betrieben soll gesetzlich verankert werden, dass zukünftig nur
86 noch unter der Bedingung, dass zwingende betriebliche Gründe dem entgegenstehen,
87 Teilzeitausbildungen versagt werden können.

88

89 • Für die akademische Ausbildung muss gelten, dass die finanziellen Nöte von
90 Studierenden mit Kind und die entsprechenden Bafög-Sätze an die Lebenssituation der
91 Eltern angepasst werden. Hier muss der flexible Einsatz von Teilzeit- und Vollzeitstudium
92 ermöglicht werden.

93

94 • Wir begrüßen das Familienzeitmodell. Eltern sollen nach der Elternzeit für die Dauer von
95 3 Jahren ihre Arbeitszeit unter einem sozial gestaffeltem Lohnausgleich aus Steuermitteln
96 und unter arbeits- und sozialversicherungsrechtlicher Absicherung reduzieren können.
97 Weiterhin soll die von Manuela Schwesig eingebrachte 30 Stunden Woche für Eltern
98 eingeführt werden. Nichtsdestotrotz setzen wir uns weiterhin für eine
99 Arbeitszeitverkürzung in diesem Umfang für alle Arbeitnehmer*innen ein, unabhängig
100 davon, ob sie ‚Eltern‘ sind oder nicht

101

102 • Eine gebührenfreie, bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige Kinderganztagesbetreuung
103 inklusive einer kostenfreien, gesunden Essenversorgung, die den unterschiedlichen und
104 altersspezifischen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird, ist aufzubauen. Daneben setzen

- 105 wir uns für einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder ab einem Jahr ein.
106
- 107 • Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen
108 Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht werden.
109 Darüber hinaus sind im Rahmen von einer flächendeckenden Ganztagschule die Vereine
110 zu integrieren und ein Angebot von kostenloser Hausaufgabenbetreuung bereit zu
111 stellen. Das sogenannte Betreuungsgeld lehnen wir weiterhin ab und setzen uns für
112 sozialverträgliche Alternativen ein.
113
 - 114 • Die soziale Absicherung von Familien muss gewährleistet sein. Das Elterngeld muss
115 insgesamt ausgebaut werden und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV
116 angerechnet werden. Kindergeld und Kinderzuschlag sind zu einer bedarfsorientierten
117 Kindermindestsicherung weiterzuentwickeln.
118
 - 119 • Die Hartz-IV-Sätze müssen Verfassungsgerecht erhöht werden. Der Bedarf für Kinder und
120 Jugendliche muss eigenständig ermittelt werden und die Regelsätze sind entsprechend
121 anzuheben. Das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft ist zu überwinden. Viel mehr muss
122 vom Individualprinzip ausgegangen werden.
123
 - 124 • Alleinerziehende tragen ein hohes Maß an Verantwortung. Sie dürfen dabei nicht mehr
125 von Armut bedroht sein und verdienen daher eine besondere staatliche Unterstützung.
126 Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren
127 sowie gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können.
128
 - 129 • Der Bezug von Elterngeld soll für Alleinerziehende ausgebaut werden. Zudem ist der
130 staatliche Unterhaltsvorschuss von derzeit bis zu sechs Jahren zu entfristen. Er muss bis
131 zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes bereit stehen.
132
 - 133 • Wir setzen uns weiterhin für die volle gesetzliche Gleichstellung aller
134 Lebenspartner*innenschaftsmodelle ein. Daher setzen wir uns für ein gesetzliches
135 Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein.
136
 - 137 • Eine teilhabesichernde und humane Pflege im häuslichen Umfeld ist sicherzustellen. Die
138 Pflege durch Angehörige darf nicht dazu führen, dass insbesondere Frauen berufliche
139 Nachteile erhalten. Für Personen, die die Pflege dauerhaft übernehmen wollen, sind
140 Teilzeitmöglichkeiten und flexible Arbeitsorganisations- und Arbeitszeitregelungen zu
141 ermöglichen. Während der Pflegezeit erhalten abhängig Beschäftigte eine
142 beitragsfinanzierte Leistung, die den Lohn in Höhe des SGB I ersetzt.
 - 143 • Wir fordern eine Sensibilisierung für alle Erscheinungsformen von Familien beispielweise
144 im Schulunterricht.
145 •
 - 146 • Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Familien. Die Wohnungsknappheit sorgt für
147 Probleme für Familien, insbesondere in Städten.
 - 148 • Kindertagesstätten in freier Trägerschaft müssen unter staatlicher Aufsicht stehen und
149 klare Qualitätsstandards erfüllen. Kinderbetreuung stellt eine zentrale Aufgabe der
150 öffentlichen Daseinsvorsorge und damit Staatsaufgabe dar. Zu dem fordern wir eine
151 Erhöhung der Betreuungsqualität. Gründe für den Fachkräftemangel sind geringe
152 Vergütung, fehlende Zeit für Elternzusammenarbeit, ein hoher Krankenstand im Beruf
153 und fehlende Anerkennung. Diese müssen behoben werden. Eine Akademisierung des
154 ErzieherInnenberufs lehnen wir ab.
155
 - 156 • Wir wollen emanzipierte Mitglieder der Gesellschaft, die für sich selber sorgen können
157 und von ihrem_ ihrer Partner_in unabhängig sind. Die Orientierung an
158 Bedarfsgemeinschaft und damit an einem Haushaltsvorstand in der Sozialpolitik
159 verhindert aber dies gerade. Es ist zudem unverständlich weshalb unverheiratet
160 zusammen lebenden Partnern die steuerliche Privilegierung einer Ehe vorenthalten wird,
161 sie aber im Falle sozialer Härte finanziell einer Ehe gleichgestellt sind. Deshalb wollen wir
162 auf lange Sicht die Bedarfsgemeinschaft als grundsätzliche Regel abschaffen.
163
164
165

Titel Schluss mit Lebensmittelverschwendung -
Containern legalisieren

Antragsteller Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion, Bundesministerium für Justiz und
Verbraucherschutz

Schluss mit Lebensmittelverschwendung - Containern legalisieren

1 Die Jusos fordern, den Abfall aus Entsorgungscontainern von Supermärkten zwischen dem
2 Zeitpunkt seiner Entsorgung in Containern und der Abholung durch Entsorgungsunternehmen
3 als abgetretenes Eigentum im Sinne einer herrenlosen Sache zu erklären. Zudem muss der
4 Handel verpflichtet werden, einen ungehinderten Zugang zu nicht mehr verkaufsfähigen aber
5 noch genießbaren Lebensmitteln sicherzustellen. Wir fordern zudem, dass alle noch
6 brauchbaren Lebensmittel und Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, primär an einheitliche
7 und unabhängige kommunale Stellen, die durch den Staat finanziert werden an alle
8 Interessierten abgeben werden. Für den Verzehr geeignete Lebensmittel müssen
9 weitergegeben werden. Nicht mehr für den Verzehr geeignete Lebensmittel müssen
10 entsprechend verwertet werden, d.h. zur Energiegewinnung genutzt oder wenn nicht kosten-
11 und ressourceneffizient durchführbar kompostiert oder anderweitig in den Kreislauf
12 zurückgeführt werden.

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

Titel Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in
Mobilität

Antragsteller Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

Zukunft gibt's nicht für lau! - Investitionen in Mobilität

1 **ZUKUNFT gibt's nicht für lau! - Für eine zukunftssichere Mobilität**

2

3 Wir jungen Menschen wollen gute Startbedingungen für eine gute Zukunft. Wir wollen keine
4 verfallenden Straßen, keine kaputten Schulen oder geschlossenen Schwimmbäder – kurz: wir
5 wollen keinen kaputtgesparten Staat. Funktionierende öffentliche Einrichtungen sind für uns
6 junge Menschen wichtiger als ausgeglichene öffentliche Haushalte. Wir vererben der
7 kommenden Generationen nicht nur Kontostände, sondern auch unsere Infrastruktur, die als
8 Grundlage für unseren kommenden Wohlstand steht, unsere Umwelt, die als Grundlage für das
9 kommende Leben steht, unsere Daseinsvorsorge, die für die Teilhabe an der Gesellschaft und
10 Befriedigung der Grundbedürfnisse steht und unsere Bildung, die die Grundlage für ein gutes
11 Leben der kommenden Generationen sein wird. Für uns Jusos ist die Freiheit jeder Generation
12 durch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begrenzt. Für uns bedeutet
13 Generationensolidarität, dass die Grundlage für unsere Zukunft erhalten bleiben muss. Zum
14 Beispiel darf die Infrastruktur, die unsere und zukünftige Generationen für ein gutes Leben
15 brauchen, auch mit dem Verweis auf ausgeglichene Haushalte nicht immer weiter
16 heruntergewirtschaftet werden. Diese Generationensolidarität ist eine unserer zentralen
17 Forderungen, die wir uns nicht durch eine schwache „Generationsgerechtigkeits“-Definition, wie
18 sie von Konservativen vertreten wird, kaputt machen lassen. Für uns gilt es also, den
19 konservativen, zunächst moralisch vorgebrachten Verweis auf künftige Generationen für die
20 Begründung einer schwarzen NULL als das zu enttarnen, was es ist: neoliberale
21 Verteilungsinteressen in der Gegenwart.

22

23 Für uns ist klar, wir brauchen schon heute umfangreiche Investitionen, denn die Zukunft gibt es
24 nicht für lau!

25

26 **Ausgangslage**

27

28 In den Kommunen werden Schulen und Schwimmbäder geschlossen. In vielen Städten und
29 Kreisen mangelt es an den nötigsten Dingen. In den Medien häufen sich die Meldungen von
30 verfallender Infrastruktur. Gesperrte Autobahnbrücken und Stromausfälle sind nur zwei
31 Beispiele. Kurzum: In Deutschland droht der Infarkt. Dass Investitionen dringend nötig sind, ist
32 in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Sogar in konservativen Kreisen wird mittlerweile eifrig
33 über Investitionspakte schwadroniert. Aber warum solche Symbolhandlungen verpuffen werden
34 und woher die Misere stammt, zeigt eine Analyse der Situation.

35

36 In den 1960er und 1970er Jahren lag die öffentliche Investitionsquote in Deutschland noch
37 zwischen 4 und 5 Prozent des BIP. Mit diesen Investitionen konnte sich der Staat einen eigenen
38 „Kapitalstock“ aufbauen. Kapitalstock bedeutet hier Straßen, Brücken, Schulen, Hochschulen
39 etc., also alles, was im Endeffekt für alle da ist. Seit dieser Zeit wurden die öffentlichen
40 Investitionen immer weiter gekürzt und betragen im Jahr 2000 nur noch weniger als 2 Prozent
41 des BIP. Diese Investitionskürzungen führten schließlich im Jahr 2004 dazu, dass die
42 Nettoinvestitionen negativ wurden. Seit diesem Zeitpunkt sind die Abschreibungen also höher
43 als die Investitionen. Das heißt, seit dem verfällt unsere Infrastruktur; wir leben sozusagen nur

44 noch von der Substanz. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht „gottgegeben“ oder
45 „natürlich“, sondern auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Das Paradigma der
46 ausgeglichenen Haushaltsführung sorgt dafür, dass eine nachhaltige, langfristige
47 Haushaltsführung vernachlässigt wird. Kurzfristige Haushaltsoptimierung steht für viele
48 Kommunen im Vordergrund. Dass vernachlässigte Investitionen auf Dauer aber Mehrkosten
49 verursachen, wird in der Regel vernachlässigt. Drei Gründe sind darüber hinaus zentral für den
50 Rückgang der Investitionen:

51

52 (1) Steuersenkungen,

53

54 (2) finanzschwache Kommunen und

55

56 (3) Verabschiedung der Schuldenbremse

57

58 Steuersenkungen

59

60 Vor allem die Steuersenkungen seit 1998 führten dazu, dass der Staat weniger Einnahmen und
61 somit auch weniger Spielräume für Investitionen hat. Nach Berechnungen des Instituts für
62 Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) verzichtet die öffentliche Hand so auf einen
63 zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Allein im Jahr 2011 wären 51 Milliarden Euro mehr in die
64 Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen geflossen, würden noch die Steuergesetze von
65 1998 gelten.

66

67 Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte wurde besonders durch die folgenden
68 politischen Entscheidungen belastet: Senkung des Spitzensteuersatzes, Reform der Steuer auf
69 Kapitalerträge, Änderung der Erbschaftssteuer und Senkung der Unternehmenssteuer
70 verbunden mit vielen Steuerschlupflöchern. Die verlorenen Einnahmen durch diese
71 Steuergeschenke fehlen heute an vielen Stellen, denn zuerst wurde bei den Investitionen
72 gekürzt.

73

74 Finanzschwache Kommunen

75

76 Die Kommunen sind der größte Investor in Deutschland. Im Jahr 1970 war noch ein Drittel eines
77 kommunalen Haushaltes für Investitionen vorgesehen. Heute beträgt der Anteil gerade einmal
78 ein Zehntel. Die Gründe für diese tiefgreifende Veränderung? Bund und Länder haben die
79 gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben des Sozialstaats finanziell auf die Kommunen
80 abgeschoben. Plakativ beschrieben wurden die Investitionshaushalte der 1970er Jahre in
81 Sozialhaushalte verwandelt.

82

83 Kommunale Entlastungen führen direkt zu mehr öffentlichen Investitionen, denn die Kommunen
84 tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Ziel unserer Politik muss es sein, dass
85 kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden.

86

87 Dem enormen Investitionsstau stehen, für manche Kommunen nicht mehr zu bewältigende,
88 Schuldenberge gegenüber. Die beschriebenen Veränderungen führten dazu, dass Kommunen
89 das laufende Geschäft nur durch Kassenkredite, vergleichbar mit Dispotkrediten, finanzieren
90 konnten. Es knarzt und kracht an allen Stellen.

91

92 Die zuletzt von der Bundesregierung angekündigten Entlastungen sind der richtige Weg.
93 Wenngleich es sich bei den Entlastungen nur um einen Tropfen auf den heißen Stein handelt.
94 Die zugesagten 4,5 Milliarden Euro bis 2018 und die anschließenden jährlichen Entlastungen
95 von 5 Milliarden Euro treffen auf einen Investitionsstau von ca. 118 Milliarden Euro. Dies
96 bedeutet, dass der heutige Investitionsstau erst in 20 Jahren behoben sein wird. Den weiteren
97 Investitionsbedarf, der sich in diesem Zeitraum entwickeln wird, also den strukturellen
98 Investitionsbedarf haben wir damit aber noch lange nicht gedeckt.

99

100 Verabschiedung der Schuldenbremse

101

102 Seit 2011 ist auf Bundesebene die Schuldenbremse in Kraft. Sie nimmt dem Bund die
103 Möglichkeit Investitionen durch Schulden zu finanzieren. Der Politik ist dadurch ein wichtiges
104 Handlungsinstrument genommen worden, mit dem sie beispielsweise auf schwankende

105 Steuereinnahmen reagieren konnte. Die Folge sind wegbrechende öffentliche Investitionen.
106
107 Jahr für Jahr übersteigt die Produktion in Deutschland den gesamten inländischen Konsum
108 (privater Konsum, private Investitionen und Staatsausgaben). Diese jährliche Differenz
109 zwischen Konsum und Produktion wirkt sich aber nicht positiv aus, sondern wirkt im Gegenteil
110 destabilisierend auf andere Länder im Euroraum. Ziel jeder stabilisierenden Finanzpolitik ist der
111 Ausgleich zwischen der inländischen Produktion und den drei Komponenten Staatsausgaben,
112 privatem Konsum und Investitionen. Wegen der Schuldenbremse kann der Staat diese Lücke
113 jetzt nicht mehr schließen.
114
115 Jetzt, da sich die Bundesrepublik für historisch niedrige Zinsen refinanzieren könnte, wird die
116 absurde Tragik der Schuldenbremse besonders deutlich. Die Politik muss das buchstäblich
117 geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentliche Infrastruktur verfällt und
118 in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch falsche
119 Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also
120 ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum
121 wird zugunsten der schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für
122 den deutschen Staat war, sich Geld zu leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu,
123 dass Investitionen die ersten Ausgaben sind, die gekürzt werden.
124
125 **ZUKUNFT gibt es nicht für lau!**
126
127 Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die
128 Voraussetzungen für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen
129 Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine
130 verantwortungsvolle, gerechte Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,
131 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) erhöht werden. Mittelfristig
132 fordern wir die Rücknahme der Schuldenbremse. Kurzfristig soll der gesamte Spielraum der
133 aktuellen Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.
134
135 Außerdem fordern wir: Gerade bei so wichtigen Bereichen wie Sozialpolitik muss das Prinzip
136 gelten, wer eine Entscheidung trifft, muss auch die Last der Finanzierung übernehmen. Wir
137 fordern, dass kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden. Dies ist aber kein
138 Selbstzweck für die Kommunalpolitik. Diese zu stärken, heißt für uns, Demokratie auszubauen,
139 öffentliche Infrastruktur zu stärken und den Sozialstaat zu festigen.
140
141 Wir fordern aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern wollen konkret aufzeigen, wo investiert
142 werden soll. Wir Jusos kämpfen für den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Bildung und
143 den Ausbau unserer Daseinsvorsorge.
144
145 **Investitionen in Daseinsvorsorge**
146
147 Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist es, dass alle notwendigen Dienstleistungen und
148 Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe
149 aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Menschen zur
150 Verfügung stehen. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge sorgt der Staat dafür, dass Güter
151 und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge verbilligt oder gar kostenlos durch private
152 AnbieterInnen abgegeben werden. Die Differenz zwischen Kosten und Erlös wird vielfach durch
153 Steuermittel ausgeglichen. Wir lehnen dieses Verständnis der Daseinsvorsorge ab.
154
155 Die immer mal wieder diskutierten Vorschläge zur Finanzierung der öffentlichen
156 Daseinsvorsorge durch Öffentlichen-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) stehen unserem
157 Verständnis von Daseinsvorsorge entgegen. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele
158 Städte und Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der
159 Daseinsvorsorge rekommunalisieren.
160
161 **Investitionen in die Infrastruktur oder:**
162
163 **Volle Kraft voraus! Für eine zukunftssichere Mobilität**
164
165 Mobilität ist für uns ein Grundrecht. Wir setzen uns für eine moderne Mobilitätspolitik ein, die

166 allen Menschen mehr Freiheit zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse gibt. Jede und Jeder muss die
167 Möglichkeit haben, sein/ihr Leben und seinen/ihren Alltag mobil zu gestalten. Dabei ist es egal,
168 ob es sich um den Weg zur Arbeit oder um die Freizeitgestaltung handelt. Mobilität geht nur
169 sozial gerecht. Das heißt auch, die Lücken der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen zwischen
170 Stadt und Land müssen geschlossen werden. Mobilität stellt somit einen wesentlichen Baustein
171 dar um die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Für uns umfasst
172 Mobilität die Beförderung von Personen und den Transport von Gütern. Die
173 Verkehrsinfrastruktur hat besonders unter der Sparpolitik der letzten Jahre gelitten. Straßen,
174 Schienen und Brücken wurden regelrecht kaputt gespart. Wer diese Politik fortsetzt, erreicht
175 den totalen Verkehrsinfarkt, aber niemals ausgeglichene Haushalte. Die Reparaturkosten
176 aufgrund verzögerter Investitionen überstiegen meist den Aufwand für frühzeitige Investitionen
177 um ein vielfaches. Um den Kreislauf von steigendem Reparaturbedarf und verschobenen
178 Investitionen zu durchbrechen, muss jetzt dringen investiert werden!

179

180 **Der Weg zu einer guten Mobilität**

181

182 In den letzten Jahrzehnten hat sich die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen verändert. Die
183 Personenverkehrsleistung, also die vom Menschen in unterschiedlichen Verkehrsmitteln
184 zurückgelegten Entfernungen, nimmt in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich zu. In
185 den letzten 20 Jahren ist sie um 25 Prozent gestiegen. Das beliebteste Fortbewegungsmittel ist
186 dabei unangefochten das Automobil. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) spielt eine sehr
187 große Rolle, allerdings sehen statistische Erhebungen einen relevanten Rückgang des Autos,
188 gerade im innerstädtischen Verkehr. Der Anteil der Wege, die heutzutage durch motorisierten
189 Individualverkehr zurückgelegt werden, beträgt rund 60 Prozent. Für acht Prozent der Wege
190 werden öffentliche Verkehrsmittel genutzt, für zehn Prozent das Fahrrad. Weitere 23 Prozent
191 der Wege werden zu Fuß zurückgelegt. Hierbei gibt es einerseits Unterschiede zwischen
192 ländlichen und städtischen Regionen, dem Haushaltseinkommen, sowie dem Alter der
193 VerkehrsteilnehmerInnen.

194

195 Alter der VerkehrsteilnehmerInnen

196

197 Es lassen sich zwei entgegenlaufende Tendenzen für die Entwicklungen festhalten auf die es
198 unterschiedlich zu reagieren gilt. Auf der einen Seite, werden die Menschen zunehmend älter
199 und bleiben weiterhin aktiv und somit auch mobil. Entweder sie fahren mit ihren eigenen Autos
200 oder sie nutzen den ÖPNV- (öffentlichen Personennahverkehr) oder SPNV-Anbindung
201 (Schienenpersonennahverkehr).

202

203 Auf der anderen Seite nimmt der Anteil von jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung
204 deutlich ab. Anders als für Generationen vor uns, hat der Besitz eines eigenen PKWs im
205 urbanen Raum keinen so hohen emotionalen Stellenwert mehr. Junge Menschen setzen
206 häufiger auf eine integrative Nutzung von Mobilität.

207

208 Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen

209

210 In städtischen Regionen ist zu erwarten, dass Wege in Zukunft häufiger mit dem Fahrrad oder
211 dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden, wobei insbesondere die Fahrradnutzung
212 vielerorts steigen wird, wenn der Radverkehr entsprechend gefördert wird. Die Entwicklung in
213 ländlichen Regionen geht in dieselbe Richtung, wobei der Anstieg im Bereich der
214 Fahrradnutzung und der Nutzung des öffentlichen Verkehrs deutlich geringer ausfällt und auch
215 der Rückgang des motorisierten Individualverkehrs nicht in dem Ausmaß zu erwarten ist, wie in
216 städtischen Regionen.

217

218 Unterschiedliche NutzerInnen bei unterschiedlichen Haushaltseinkommen

219

220 Auch vom Einkommen der Menschen hängt ab, auf welche Mobilitätsangebote zugegriffen wird.
221 Je höher das Einkommen, desto größer der Wunsch nach individuellen Lösungen. Menschen
222 mit geringen oder gar keinem Einkommen, sind auf öffentliche Lösungen angewiesen. Somit
223 sind Investitionen in den Bereich des ÖPNVs auch immer als ein Umverteilungsaspekt zu
224 begreifen.

225

226 **Die Mobilität der Zukunft**

227

228 Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen resultieren auch unterschiedliche Ansprüche für
229 jedeN NutzerIn der öffentlichen Infrastruktur, sei es beim motorisierten Individualverkehr oder
230 beim Umweltverbund. Unser Ziel ist es, sozial gerechte und ökologische Projekte zu fördern und
231 damit die Weichen auf einen progressiven Weg zu stellen.

232

233 Klimafreundliche Mobilität

234

235 Umweltbelastungen senken die Lebensqualität von uns und zukünftigen Generationen. Um dies
236 zu entschärfen, ist eine klimafreundliche Verkehrsplanung unabdingbar. Gerade im städtischen
237 Bereich kann hinsichtlich des Umweltschutzes viel verbessert werden. Anstatt den
238 Individualverkehr weiter zu fördern und Stadtentwicklungen auf Autos auszulegen, müssen
239 Städte und Kommunen den Ausbau des ÖPNVs sowie der Rad- und Fußwege fördern. Des
240 Weiteren müssen auf bundespolitischer Ebene Wege gefunden werden den nicht zu
241 verhindernden Individualverkehr mit Verbrennungsmotor durch klimafreundlichen
242 Individualverkehr zu ersetzen. Den größten Hebel hierbei stellt die E-Mobilität, die in vielen
243 Ländern schon erfolgreich durch den Gesetzgeber gefördert wird. Deutschland droht auf diesem
244 Feld im Vergleich mit anderen Industrienationen den Anschluss zu verlieren. Wir unterstützen
245 daher die Initiativen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

246

247 Mobilität in der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik

248

249 Die Mobilitätsbedürfnisse einer Person werden durch ihre jeweiligen Lebenssituationen und die
250 entsprechenden Alltagsanforderungen geprägt. Männer sind immer noch häufiger voll
251 erwerbstätig, während Frauen eine Vielfalt von Aufgaben und Wegen miteinander kombinieren
252 müssen. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr ist überwiegend auf männliche
253 Pendler zu Standardarbeitsbeginn und –ende ausgelegt. In einem solchen Mobilitätsverständnis
254 spielen kurze Fahrzeit und Taktung zwischen Arbeitszentren die Hauptrolle. Es geht darum,
255 möglichst schnell und möglichst häufig eine große Raumüberwindung durchzuführen.
256 Querverbindungen zwischen einzelnen Quartieren und zeitliche Abdeckung am Abend und am
257 Wochenende treten zurück. Frauen haben aber nicht nur das Bedürfnis, schnell ihren
258 Arbeitsplatz zu erreichen, sondern sind häufig auch noch für Versorgungsaufgaben und
259 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig. In diesen Bereichen können ÖPNV-Systeme
260 durch die Dominanz des männlichen Pendlerverkehrs die Mobilitätsbedürfnisse von Frauen
261 nicht erfüllen. Infrastrukturangebote, wie medizinische Versorgung, Kinder- und Altenbetreuung
262 oder Einkaufsmöglichkeiten, müssen von Mobilitätskonzepten einbezogen werden.

263

264 In unserem feministischen Verständnis ist es natürlich unser Ziel, diese Ungleichheiten
265 zwischen Männer und Frauen zu beseitigen und geschlechtergebundene Rollenbilder zu
266 überwinden. Nichtsdestotrotz besteht jetzt Handlungsbedarf, dass auch Frauen im gleichen
267 Maß an Mobilität teilhaben können wie Männer. Damit rücken wir nicht davon ab, dass Frauen
268 genauso vollerwerbstätig sein können und Männer auch für Versorgungsaufgaben und die
269 Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig sind. Von einem Ausbau der
270 Mobilitätsdienstleistungen und einem integrativem Verständnis von Mobilität profitieren alle,
271 unabhängig vom Geschlecht.

272

273 Außerdem vernachlässigen Mobilitätskonzepte Sicherheits- und Wohlfühlaspekte. Erschließung
274 von Haltestellen, die Haltestellen an sich, Fahrzeuge und Verbindungen müssen so ausgebaut
275 sein, dass sich alle sicher fühlen. Unbelebte Haltestellen mit nicht funktionstüchtigen
276 Lichtanlagen in der Unterführung hindern an der Mobilitätsteilhabe. Wege und Haltestellen
277 müssen beleuchtet, Personen der Verkehrsbetriebe rund um die Uhr ansprechbar sein,
278 Fahrzeuge und Haltestellen müssen zu belebten Orten werden. Hierfür sind die
279 Verkehrsbetriebe aufgefordert einerseits ihr Image zu verbessern, andererseits Maßnahmen zu
280 ergreifen, die Haltestellen und Fahrzeuge belebter zu machen.

281 Mobilität und Siedlungs- bzw. Stadtentwicklung müssen immer gemeinsam gedacht werden.

282 Dichte, gemischte Strukturen sind der beste Weg, unnötigen Verkehr zu vermeiden.

283 Zersiedlungstendenzen im Bereich Wohnen und Gewerbeflächenausweisungen im

284 Außenbereich müssen daher verhindert werden. Stattdessen müssen funktional gemischt
285 Strukturen, die durch den öffentlichen Verkehr erschlossen sind, forciert werden.

286

287 Barrieren weiter abbauen

288

289 Für Menschen mit Handicaps ist es immer noch nicht alltäglich die Angebote des ÖPNV oder
290 des SPNV wahrzunehmen. Dort gilt es möglichst alle Barrieren abzubauen. Wir bewerten es
291 positiv, dass der Umbau zu barrierefreien Haltestellen voranschreitet, wenn auch noch nicht
292 flächendeckend. Kritisch ist es aber zu sehen, dass es immer noch Schienenfahrzeuge ohne
293 barrierefreien Einstieg gibt. Diese müssen schnellstens umgerüstet oder ausgetauscht werden.
294 Der Einstieg muss an allen Einstiegsstellen gewährleistet sein. Hierbei muss im Besonderen ein
295 Augenmerk auf die Angleichung der verschiedenen Gleishöhen im interkommunalen ÖPNV
296 gelegt werden. Die Aufteilungen in Bussen und Bahnen müssen stetig überprüft und überdacht
297 werden. Wir können uns gut vorstellen, dass ein Wegfall der ersten Klasse in Zügen, genügend
298 Platz schaffen würde um eine echte Barrierefreiheit zu gewährleisten.

299

300 Der öffentliche Personennahverkehr

301

302 Überfüllte Autobahnen und der belastende CO²-Ausstoß im Verkehr sind, wie beschrieben,
303 bekannte Probleme des motorisierten Individualverkehrs. So wahr diese Aussagen auch sind,
304 so wenig Alternativen gibt es vielerorts zum PKW-Verkehr. Der ÖPNV muss daher allgemein an
305 Attraktivität gewinnen. Eine Möglichkeit ist, den ÖPNV zur echten Konkurrenz zum Auto
306 auszubauen. Das wird vielerorts nur mit einer höheren Taktung gelingen. Für den
307 außerstädtischen Verkehr vor allem im ländlichen Raum fordern wir eine bessere Anbindung.
308 Uns ist bewusst, dass der Bedarf in ländlichen Regionen geringer ist, deswegen ist Mobilität
309 aber nicht unwichtiger. In ländlichen Regionen ist das ÖPNV-Netz meist dünner ausgebaut,
310 sodass die Menschen weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr setzen. Dies schließt
311 allerdings die Menschen aus, die sich entweder kein Auto leisten können oder keinen
312 Führerschein besitzen. Deswegen bedarf es hier besonderer Mobilitätskonzepte, die auf die
313 örtlichen Gegebenheiten angepasst sind. Sammelbusse, die auf Abruf kommen oder
314 Bedarfshaltestellen könnten vielerorts Abhilfe leisten. Auch sind Linientaxis oder öffentliche Car-
315 Sharing-Modelle eine Alternative. Ein ÖPNV-System ist nur so gut, wie auch die Anschluss- und
316 Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Verkehrsmitteln. Besonders wichtig ist, dass die
317 Fahrradmitnahme im ÖPNV verbessert und ausgebaut wird. Nur so kann darauf hingewirkt
318 werden, dass Menschen auf dem Weg hin zum oder weg vom ÖPNV nicht den motorisierten
319 Individualverkehr wählen. Wir fordern integrative Systeme, die Anschlüsse ermöglichen; egal,
320 ob die NutzerInnen danach das Fahrrad, den Zug, den Bus oder das Anruftaxi nehmen.

321

322 Um auch in den späteren Abendstunden sicher von einem Punkt zum anderen zu kommen,
323 bedarf es eines gut ausgebauten Nachtverkehrs.

324

325 Attraktivität gewinnt der ÖPNV auch, wenn er die Qualität und Kommunikation zu den
326 KundInnen verbessert, zum Beispiel durch Echtzeitauskünfte an Bahnhöfen oder öffentliches
327 Wi-Fi an Haltestellen und in Fahrzeugen. Attraktivität bedeutet aber auch, dass Bahnhöfe so
328 gestaltet sind, dass sich Menschen gerne dort aufhalten und bei Zugverspätungen
329 Sitzmöglichkeiten und gute Aufenthaltsmöglichkeiten vorfinden.

330

331 Schiene vor Straße auch im Fernverkehr

332

333 Die Verfügbarkeit und Abdeckung des Schienenfernverkehrs ist zumindest in den
334 Ballungsräumen gut ausgebaut. Hier gilt es in den Erhalt und in die Erneuerung von Strecken
335 und Fahrzeugflotten zu investieren. Der Plan der Deutschen Bahn weitere Bahnhöfe an das
336 Schienenfernverkehrsnetz anzuschließen muss zügig umgesetzt werden, damit nicht nur die
337 Ballungsräume gut miteinander vernetzt sind. Hierbei ist vor allem eine deutliche
338 Differenzierung zwischen dem ICE- und IC-Netz vorzunehmen. Während die Anbindung aller
339 Städte, die mehr als 100.000 EinwohnerInnen zählen, in das Fernverkehrsnetz der IC sinnvoll ist,
340 würde dieses Vorhaben das ICE-Netz weiter verlangsamen und so Fahrzeiten erhöhen. Im
341 Gegenteil, vor allem für das ICE-Netz ist eine deutliche Erhöhung der Geschwindigkeit nötig,
342 was ein grobmaschigeres Netz und teilweise eigene Trassen erfordert. Als Vorbild kann die
343 Schnellfahrstrecke zwischen Köln und Frankfurt am Main dienen. Die IC sind dann auch als
344 Zubringerinnen zu ICE-Bahnhöfen auszugestalten, was auch in der Tarifstruktur berücksichtigt
345 werden muss. Der Schienenfernverkehr ist für viele Menschen zu teuer. Zwar gibt es
346 Sparangebote oder Ermäßigungen, aber selbst damit entstehen häufig hohe Kosten. Dabei ist
347 oft unklar, wie sich die Preise zusammensetzen. Hier fordern wir die Deutsche Bahn auf,
348 Transparenz in ihre Angebote zu bringen und Ermäßigungen, wie günstigere Bahncards nicht

349 nur einzelnen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für junge Menschen unter 27
350 Jahren und Menschen ohne bzw. mit geringen Einkommen muss es unkomplizierte Angebote
351 geben, ähnlich wie die französische SNCF diese vorhält.

352

353 Außerdem muss es im Fernverkehr wieder einen besseren und gut ausgebauten
354 Nachtzugverkehr geben. Die Planungen zum Abbau des Nachtverkehrs lehnen wir ab und
355 fordern stattdessen in diesen zu investieren. Gerade im Hinblick auf den grenzüberschreitenden
356 Verkehr innerhalb Europas ist dies sehr wichtig. Für einen pünktlichen und reibungslosen
357 verlaufenden Schienenverkehr braucht es eine vernünftige Planung. Wir fordern deshalb einen
358 integralen Taktfahrplan und unterstützen somit die Initiative „Deutschland-Takt“.

359

360 Eine moderne Verkehrsplanung muss ebenfalls den grenzübergreifenden Schienenverkehr
361 berücksichtigen. Im Rahmen der Schaffung des gemeinsamen europäischen Eisenbahnraums
362 ist zwar eine Zunahme an Mehrländerverbindungen zu verzeichnen, allerdings beruht diese
363 Zunahme hauptsächlich auf neuen Angeboten im relativ teuren Hochgeschwindigkeits-
364 Fernverkehr (beispielsweise die Verbindung Köln-Paris). Günstigere grenzübergreifende
365 Nahverkehrs- und „InterCity“-Verbindungen (beispielsweise auf der Strecke Aachen-Brüssel)
366 werden nicht im selben Maße ausgebaut oder sogar durch profitablere
367 Hochgeschwindigkeitsangebote ersetzt. Dieser Trend muss gestoppt und der Ausbau von
368 kostengünstigen Angeboten im grenznahen Raum sowie im europäischen Fernverkehr
369 gefördert werden.

370

371 Aus unserer Haltung gegenüber dem Schienenfernverkehr, der Mobilität für Menschen aller
372 Einkommensklassen günstig bereitstellen muss, ergibt sich unsere Haltung gegenüber
373 Fernbussen. Der Markt für private Fernbuslinien muss stark reguliert werden, private
374 Fernbuslinien, die der Bahn im Fernverkehr auf den hochfrequentierten Strecken Konkurrenz
375 machen, würden die Bemühungen um die Schaffung eines sozialen Fernverkehrskonzepts
376 konterkarieren. Auf Strecken, für die sich Investitionen ins Schienennetz nicht lohnen oder die
377 Kapazitäten zu gering für eine wirtschaftliche Lösung über den Bahnverkehr sind, können
378 Fernbusse eine sinnvolle Lösung sein. Für den Betrieb sollen von staatlicher Seite zeitlich
379 begrenzte Lizenzen versteigert werden. Der Erwerb der Lizenzen muss an die Auflage
380 sozialverträglicher und stabiler Preise gebunden sein. Durch die Lizenzvergabe soll der Markt
381 kontrolliert und vermieden werden, dass die Fernbusse den Verkehrsverbänden oder der Bahn
382 Konkurrenz machen. Die Fernbusse müssen regelmäßig kontrolliert werden. Die Bestimmungen
383 zum Arbeitnehmer*innenschutz und die Sicherheitsauflagen für die Fahrzeuge sind einzuhalten.
384 Durch die Erhebung einer Maut sollen Fernbusunternehmen an den Kosten, die durch die
385 Abnutzung entstehen, beteiligt werden.
386 Zudem müssen die Fahrgastrechte, die derzeit im Schienenverkehr gelten, auch für den
387 Fernbus eingeführt werden. Des Weiteren müssen die Kontrollen der Fernbusse hinsichtlich der
388 Lenkzeiten deutlich erhöht werden.

389

390 •

391 Kommunen, in denen Fern- und Reisebusse Haltepunkte und (Dauer-) Parkplätze haben,
392 erhalten durch Änderung des Personenbeförderungsgesetzes die Möglichkeit zur
393 Erhebung von Benutzungsgebühren.

394 •

395 Stärkere Kontrolle der Lenk- und Pausenzeiten.

396 •

397 Angleichung der Fahrgastrechte, v.a. für Entschädigungszahlungen bei Verspätungen
398 oder Ausfällen, an die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr.

399 •

400 Einhaltung und Überprüfung der gesetzlich geregelten Barrierefreiheit ab 2016 bei neuen
401 Bussen und ab 2020 bei allen Bussen.

402

403 Kraftfahrzeuge und Car-Sharing-Modelle

404

405 Immer wieder wird deutlich, dass das Auto als individuelles Verkehrsmittel so schnell nicht
406 abgelöst ist. So findet aktuell Car-Sharing zunehmend Anklang in der Gesellschaft. Als Jusos
407 sollten wir weiterhin dafür eintreten, dass die Güter so verteilt werden, dass die Bürger*innen
408 sich nicht in eine Abhängigkeits- und Ausbeutungssituation von Großunternehmen begeben
409 müssen. Der Markt für Car-Sharing weist bereits jetzt oligopolistische Tendenzen auf und ist

410 zwischen Daimler (Car2Go), der Bahn (Flinkster) und BMW (DriveNow) aufgeteilt. Die geringen
411 Preise erklären sich durch die hohe Elastizität der Nachfrage und die geringe Marktmacht durch
412 die geringen Marktanteile am Gesamtmarkt für Automobilität und dadurch, dass die Anbieter
413 teilweise durch Daten bezahlt werden (BigData), die sie durch Tracking der Automobile erheben
414 und für andere Geschäftsfelder ihrer Großunternehmen nutzen. Diese Tendenz ist kritisch zu
415 betrachten. Mobilität kann unmöglich langfristig auf dem wettbewerbsorientierten Markt sozial
416 und umweltfreundlich bereitgestellt werden. Car-Sharing ist ein grundsätzlich gutes Konzept. Es
417 ist nicht mehr zeitgemäß, dass im urbanen Raum jeder allein ein Auto sein Eigentum nennt. Die
418 bisherigen dominierenden privaten Car-Sharing-Modelle sind aber keine gute Lösung. Deshalb
419 fordern wir eine Bereitstellung von Car-Sharing Angeboten durch die lokalen Verkehrsverbände.
420 Hierfür müssen die Verkehrsverbände, die sich nicht durch den Verkauf von Daten finanzieren
421 können, finanzielle Unterstützung aus Bundesmitteln erhalten. Auch in ländlichen Regionen
422 halten wir Car-Sharing-Modelle gerade für eine alternde Gesellschaft für sinnvoll. Daher
423 sprechen wir uns für die weitere Förderung von Carsharing-Konzepten aus. Insbesondere
424 hinsichtlich der allgemeinen Zugänglichkeit für alle Menschen. Strukturschwache Regionen
425 müssen sinnvoll berücksichtigt werden. Im Hinblick auf den demographischen Wandel und die
426 immer älter werdende Gesellschaft müssen neue Wege der Mobilität geschaffen werden.
427 Hierbei geht es im ländlichen Bereich weniger um die Nutzung eines gemieteten Autos, sondern
428 um die Schaffung eines Mitfahrgelegenheitensystems bzw. der gemeinschaftlichen Anschaffung
429 von Autos oder einer Art Auto-Patinnenschaft, bei der ältere Menschen ihr Auto an mobil nicht-
430 eingeschränkte Personen verleihen, dafür aber in ihrem Alltagsleben unterstützt werden.

431

432 Autofahren in der BRD ist immer noch verhältnismäßig kostengünstig, weshalb bisher wenige
433 Anreize bestehen, auf den Kauf eines eigenen Autos zu verzichten. Daher sollen sowohl im
434 städtischen als auch im ländlichen Raum unter anderem folgende Ansätze zur Reduzierung des
435 Autoverkehrs gefördert werden:

436

437 In städtischen Regionen sollen kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstädte entstehen, die
438 mit Gondel-Systemen anderer Verkehrsmittel angebunden (z.B. Parken und Reisen) werden
439 sollen. Dadurch ergibt sich eine bessere Kombinationsmöglichkeit unterschiedlicher
440 Verkehrsmittel.

441

442 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Instandhaltung der Autobahnen und die Schaffung von mehr
443 Parkplätzen für den LKW-Verkehr, um Ruhezeiten nicht auf Haltestreifen verbringen zu müssen.
444 Insgesamt gilt aber für das Straßennetz: Erhalten und Reparieren statt Ausbauen.

445

446 Fahrradwege fördern

447

448 Radfahren ist nicht nur die gesündeste Variante der Mobilität, sie gehört neben dem Fußweg
449 auch zu den umweltschonendsten. Trotzdem wirkt das Radfahren auf viele BürgerInnen nicht
450 attraktiv. Als Hauptgründe für die Nichtnutzung des Fahrrads als Alternativmodell zum
451 motorisierten Individualverkehr wird von Befragten angegeben, dass Fahrradfahren zu
452 gefährlich und zu unattraktiv sei. Besonders in städtischen Regionen fühlen sich potenzielle
453 NutzerInnen durch einen starken Autoverkehr, zu wenige Radwege, schlechte Beleuchtung und
454 unsinnige Radwegsysteme in ihrer Sicherheit als VerkehrsteilnehmerInnen eingeschränkt.
455 FahrradnutzerInnen sehen sich in heutigen Radverkehrssystemen nicht als gleichberechtigte
456 VerkehrsteilnehmerInnen. Wir fordern die Kommunen auf, das Radverkehrswesen endlich als
457 relevante Alternative für den motorisierten Individualverkehr und als gleichberechtigtes
458 Verkehrsmittel zu begreifen. Investitionen in Erhalt und Ausbau von Radwegen sowie in die
459 Sicherheit von RadfahrerInnen sind unabdingbar. Bei städtebaulichen Planungen müssen
460 Radverkehrssysteme immer mitgedacht werden, das schließt auch ausreichende Stellplätze auf
461 öffentlichen und privaten Grundstücken ein. Unattraktiv ist Fahrradfahren dann, wenn keine
462 oder zu wenige Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV oder im Schienenfernverkehr vorhanden sind
463 und Fahrradstellplätze nicht als sicher empfunden werden. Außerdem geben Befragte an, dass
464 sie eher zum Fahrrad greifen würden, wenn es mehr Reparaturmöglichkeiten, Wasch- und
465 Umkleidemöglichkeiten oder Boni für die Fahrradnutzung gäbe, zum Beispiel Gutscheine oder
466 Firmenräder der ArbeitgeberInnen.

467

468 Hier müssen die Verkehrsbetriebe einerseits an ihren Haltestellen sichere Abstellmöglichkeiten,
469 andererseits mehr Stellplätze und Sicherungsmöglichkeiten in ihrer Fahrzeugflotte schaffen.
470 Aufgabe der politischen EntscheidungsträgerInnen im Mobilitäts-, Infrastruktur-, Umwelt- und

471 Gesundheitsbereich ist eine Attraktivitätssteigerung des Fahrrads als alternatives
472 Fortbewegungsmittel. Wir brauchen zügig Kampagnen, die die breite Bevölkerung zum
473 Radfahren und eine Verhaltensänderung in Bezug auf das Fahrrad anregen. Solche
474 Kampagnen dürfen aber nicht nur potenzielle NutzerInnen des Fahrrads ansprechen, es muss
475 auch Aufklärungsarbeit bei NutzerInnen des PKW betrieben werden.
476

477 Des Weiteren fordern wir den Ausbau und die Schaffung von Radstationen, die oft an
478 Bahnhöfen zu finden sind. Der Vorteil liegt in der Kombination mit anderen Mobilitätsangeboten,
479 wie dem ÖPNV. Fahrräder können in Radstationen sicher geparkt werden. Außerdem ist ein
480 flächendeckender Ausbau der Bike-Sharing-Stationen nötig, um Kombinationsmöglichkeiten
481 (Rad – Bahn – Rad) zu schaffen. Ebenso wichtig ist eine Beachtung der unterschiedlichen
482 Anforderungen verschiedener Alters- und Gesellschaftsgruppen (z.B. E-Bikes, Lastenfahrräder,
483 Kindersitze etc.). Nicht unwesentlich ist, wie bereits angesprochen, die Mitnahmemöglichkeit,
484 z.B. im Zug oder Bus. Wir fordern eine kostenlose Mitnahme aller Fahrräder in den Zügen und
485 Bussen. Auch die Anschaffung von Fahrradanhängern für Busse ist eine Möglichkeit,
486 Attraktivität zu steigern.
487

488 Logistik
489

490 Jährlich wird der Niederrhein von knapp 200.000 Schiffen befahren. Dies entspricht im
491 Durchschnitt etwa 500 Schiffen am Tag. Der Rhein ist somit die verkehrsreichste Wasserstraße
492 Europas.
493

494 Jährlich werden in Deutschland über die Bundeswasserstraßen bis zu 240 Millionen Tonnen
495 Güter mit einer Transportleistung von 65 Milliarden Tonnen-Kilometer transportiert. Das sind fast
496 75 Prozent der Güterverkehrsleistung der Eisenbahnen bzw. rund circa 14 Millionen LKW-
497 Fahrten. Ferner werden im Binnenschiffsverkehr etwa 1,5 Millionen Container transportiert: Eine
498 Beförderungsmenge, die weitere 700.000 Lkw-Fahrten entspricht.
499

500 Damit die Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen
501 kann, braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige Wasserstraßen.
502 Investitionen sind daher unter Beachtung ökologischer Kriterien auf den Erhalt des vorhandenen
503 Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement (Abbau von
504 Wartezeiten an Schleusen, Anpassung der Fahrrinnenbreiten an Abflussdynamik) zu
505 konzentrieren. Beim Erhalt des Wasserstraßennetzes wollen wir allerdings überprüfen,
506 inwieweit diese Investitionen wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind. Bei einigen
507 Wasserstraßen (z.B. am Oberlauf der Elbe) ist das Transportaufkommen recht übersichtlich und
508 die für einen wirtschaftlichen Güterverkehr eigentlich notwendige Fahrrinntiefe ist aufgrund
509 des Klimawandels ohnehin kaum noch zuverlässig herstellbar. Die Binnenschifffahrt muss
510 gezielt bei der Modernisierung der Flotte und der Schiffstechnik unterstützt werden. Neben der
511 Binnenschifffahrt ist es für eine moderne Logistik besonders wichtig auf den Schienenverkehr zu
512 setzen. Die Güter kommen schnell und pünktlich an und sorgen auf Autobahnen nicht für
513 unnötige Staus. Besonders für den europäischen Transitverkehr bietet die Schiene eine sehr
514 gute Alternative zum LKW. Hier ist es besonders wichtig, dass auf gute Verladesysteme gesetzt
515 wird. Diese sollte die Politik unterstützen und nicht behindern.
516

517 Die Schnittstellen zwischen Wasser, Schiene und Straße müssen ausgebaut, Häfen zu
518 modernen Logistikzentren weiterentwickelt werden. Für SpediteurlInnen müssen Anreize gesetzt
519 werden, damit sie die Binnenschifffahrt überhaupt in die Planung ihrer Logistikketten
520 einbeziehen.
521

522 Die öffentliche Hand als Eigentümerin wichtiger Knotenpunkte wie Häfen, Güterbahnhöfe und
523 als Anbieterin von Gewerbefläche hat nicht nur die Aufgabe, eine bessere Infrastruktur für
524 SpediteurlInnen und ProduzentInnen zu sorgen. Gemeinsam mit den TarifpartnerInnen hat sie
525 dafür Sorge zu tragen, dass auch in der Logistikbranche der Grundsatz der „Guten Arbeit“
526 gelten soll. Leistungsgerechte Bezahlung und unter anderem die Einbehaltung von Fahrt- sowie
527 Pausenzeiten dürfen in dieser Branche nicht unbeachtet bleiben.
528

529 Kombinationsmöglichkeiten schaffen
530

531 Zu den Zukunftsherausforderungen unserer Verkehrsinfrastruktur gehört es, verschiedene

532 Verkehrsmittel miteinander zu vernetzen. Die komfortable Kombination aus Fahrradfahrt zum
533 Bahnhof, Bahnfahrt zur Arbeit und Einkaufen mit dem Car-Sharing-Auto sollte zur gängigen
534 Praxis werden.

535

536 Die öffentliche Hand hat dafür auf allen Ebenen Rahmenbedingungen zu setzen. Dafür sollte
537 eine hinreichende Anzahl von Carsharing-Stationen, Park and Ride-Parkplätzen,
538 Leihfahrradplätzen sowie gut gesicherten Fahrradparkplätzen an allen Bahnhöfen sichergestellt
539 werden. Dies geschieht durch entsprechende Rahmenplanung, öffentliche Angebote oder das
540 Ausschreiben von privaten Leistungen (des Carsharings, der Leihfahrräder etc.).

541

542 Darüber hinaus wird es immer notwendiger, dass die öffentliche Hand auf eine Vernetzung der
543 bisherigen Carsharing- und Fahrradleih-Angebote unterschiedlicher AnbieterInnen hinwirkt. Für
544 die/den NutzerIn sollte es (preislich und bürokratisch) keine Rolle spielen, welches
545 Unternehmen vor Ort den Service anbietet.

546

547 **Mobilität gibt's nicht für lau**

548

549 Die Jusos bekennen sich zum Schienenfernverkehr als Mobilitätskonzept Nummer Eins. Der
550 Schienenverkehr ermöglicht schnelle, komfortable und umweltfreundliche Mobilität. Damit ist der
551 Schienenverkehr essentieller Bestandteil der Infrastruktur und sollte von staatlicher Seite als Teil
552 der Daseinsvorsorge umfassend bereitgestellt werden. Die Deutsche Bahn gehört zu 100% dem
553 Staat, ist aber trotzdem kein typisches Staatsunternehmen, sondern ein Aktienunternehmen mit
554 dem Staat als einzigem Anteilseigner, das nach marktwirtschaftlichen, gewinnorientierten
555 Grundsätzen geführt wird. Gleichzeitig verfügt die Bahn weiterhin über das faktische Monopol
556 auf den Schienenverkehr. Wohingegen die Bahn der wichtigste und auf vielen Strecken der
557 einzige Nutzer des Schienennetzes ist, werden Ausbau und Instandhaltung weitgehend von
558 Subventionen des Bundes getragen. Derzeit wird im Bahnfernverkehr das Schlechteste aus
559 Privat- und Staatswirtschaft kombiniert. Der Bahnverkehr ist letztendlich ein Staatsmonopol, das
560 aber ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen betrieben wird, unangemessen
561 hohe Preise verlangt und gleichzeitig stark staatlich subventioniert wird. Das ist die schlechteste
562 aller Lösungen. Wir Jusos fordern deshalb, wenn staatlich, dann auch richtig. Die Privatisierung
563 der Bahn soll gestoppt werden. Die Bahn soll von einem Aktienunternehmen in ein öffentlich-
564 rechtliches Unternehmen umgewandelt werden und das gesetzliche Monopol auf den
565 Schienenfernverkehr erhalten. Die nicht den Schienenfernverkehr betreffenden Geschäftsfelder
566 der Bahn können in eine eigene Gesellschaft ausgegliedert werden, in Teil- oder Vollbesitz des
567 Staates. Die Bahn soll über Bundesmittel ausfinanziert werden, um kostenlosen oder zumindest
568 ausgesprochen kostengünstigen Fernverkehr für die Bürger*innen zu ermöglichen. Die hierfür
569 notwendigen Mittel sollen über zwei Kanäle generiert werden. Durch eine Anhebung der KfZ-
570 und Energiesteuer wird eine positive umweltpolitische Anreizwirkung erzielt, durch eine
571 Finanzierung durch eine Anhebung der Einkommenssteuer als zweitem Kanal werden die
572 Kosten nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip verteilt und die Sozialverträglichkeit garantiert.

573

574 Mit öffentlichem Personenverkehr lässt sich kein Geld verdienen. Zumindest nicht, wenn die
575 Kosten für die NutzerInnen in einem angemessenen Rahmen bleiben sollen. Kommunale
576 Verkehrsbetriebe werden üblicherweise durch Betriebe, wie zum Beispiel
577 Wohnbaugesellschaften oder Stadtwerke, querfinanziert, damit es für die kommunalen
578 Haushalte erschwinglich ist, ein gutes Angebot auf die Straße oder die Schiene zu bringen.

579

580 Vielerorts geht diese Querfinanzierung nicht mehr auf. Die gewinnstarken Betriebe haben mit
581 immer neuen Herausforderungen, wie mit der Energiewende, zu kämpfen. Für Kommunen wird
582 das Angebot immer teurer und nimmt einen immer größeren Teil des städtischen Haushalts ein.

583

584 Prinzipiell ist es erfreulich, dass auf dem Papier Städte und Kommunen mehr für ihren ÖPNV
585 ausgeben. Nur leider beinhalten diese Posten lediglich Verlustausgleiche und weniger
586 Investitionen in den Bestand oder in den Ausbau von Netzen. Die Kommunen können den
587 massiven Investitionsbedarf nicht mehr alleine stemmen und geraten durch die schlechte
588 Ausfinanzierung und die immer wachsenden Pflichtausgaben weiter unter Druck.

589

590 Das Land, den Bund und die EU auf sich an den Kosten zu beteiligen. Netze und Schienen
591 machen weder an Bezirks- noch an Landesgrenzen Halt. Investitionstöpfe dürfen nicht mehr nur
592 auf Neuinvestitionen ausgelegt werden, sondern müssen auch dazu genutzt werden, den

593 Bestand an Infrastruktur zu sanieren und zu modernisieren. Dazu gehört aber auch eine
594 gerechte Verteilung, der jetzt schon knapp bemessenen Bundesmittel. Vor allem in
595 Flächenländern dürfen nicht nur Fahrgastzahlen ausschlaggebend sein, sondern dort muss es
596 einen Flächenfaktor geben, der absichert, dass alle Teile des Landes vom ÖPNV profitieren. Die
597 bisherige Finanzierung von kommunalen Betrieben gerät massiv ins Wanken. Es braucht
598 langfristige neue Finanzierungskonzepte. Es muss umgehend einen Ersatz für das auslaufende
599 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz geben. Die zweckgebundenen Mittel müssen erhöht
600 werden, um Planungssicherheit zu gewährleisten und den bestehenden Sanierungsrückstau zu
601 bewältigen. JedeR profitiert von einem guten ÖPNV. Wir streben einen fahrscheinlosen und
602 kostenlosen steuerfinanzierten ÖPNV, an. Um den Kommunen Druck zu nehmen und ein
603 Ausspielen von Bussen und Bahnen gegenüber Theatern, Sportplätzen oder Schwimmbädern
604 zu vermeiden, darf der ÖPNV nicht länger als freiwillige Aufgabe der Kommunen bewertet
605 werden. Er gehört für uns zu den Pflichtaufgaben der Kommune.“ durch „wollen wir, dass v.a.
606 kleinere Kommunen in die Lage versetzt werden individuelle ÖPNV-Angebote anzubieten.
607

608 Nur wenn alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Mobilität haben, dann ist Mobilität
609 zukunftssicher. Also: volle Kraft voraus!

610

611 **Zukunftsinvestitionen - Unsere Forderungen:**

612

- 613 • Generationensolidarität muss das Ziel aller Zukunftsinvestitionen sein!
- 614 • Umverteilung durch Zukunftsinvestitionen mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit
- 615 • Mehreinnahmen möglich machen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer,
616 Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) und Steuerflucht
617 aktiv bekämpfen
- 618 • Schuldenbremse mittelfristig abschaffen und Spielräume schnellstmöglich nutzen
- 619 • Fokus der Investitionen MUSS auf den Kommunen liegen! Die Übernahme der
620 kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns weiterhin
621 eine zentrale Forderung.
- 622 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge,
623 nicht in Renditewünsche privater Hände, wie es bei ÖPP der Fall ist.
- 624 • Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft!

625

626

627

628

629

630

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645

646

647

648

649

650

651

652

653

Titel Die ökologischen Grenzen unseres Planeten
respektieren! - Wohlstand statt Wachstum in den Fokus
nehmen

Antragsteller Projekt Transformation der Wirtschaftsweise über den Juso
Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

**Die ökologischen Grenzen unseres Planeten respektieren! -
Wohlstand statt Wachstum in den Fokus nehmen**

1 Spätestens mit der 1972 vom Club of Rome veröffentlichten gleichnamigen Studie hat die
2 Diskussion zu den "Grenzen des Wachstums" breite Resonanz in Politik und Öffentlichkeit
3 gefunden. Wenngleich die Prognosefähigkeit komplexer Simulationen zur globalen Entwicklung
4 notwendigerweise begrenzt bleiben muss, können wir heute - über 40 Jahre nach erscheinen
5 der Studie - konstatieren, dass wesentliche Vorhersagen des verwendeten Standardmodells
6 eingetreten sind. Es besteht kein Zweifel, dass unsere aktuelle Form des Wirtschaftens die zur
7 Verfügung stehenden Umweltressourcen in vielen Dimensionen bereits heute massiv übernutzt.
8 Besonders deutlich wird dies mit Blick auf die Treibhausgasemissionen, den Verlust von
9 Biodiversität und den Stickstoffeintrag in die natürliche Senken. Diese Fakten zwingen uns, den
10 absoluten Ressourcenbedarf zu verringern und stellen die vorherrschende Form des
11 kapitalistischen Wirtschaftens grundsätzlich in Frage.

12

13 Gleichzeitig müssen wir konstatieren, dass nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung vom, auf
14 Kosten der Umwelt und zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung, produzierten Reichtum
15 profitiert. Dieser Teil der Weltbevölkerung lebt vornehmlich in den westlichen Industrienationen,
16 welche für den Großteil des globalen Ressourcenverbrauchs und der globalen
17 Umweltbelastungen verantwortlich sind. Es liegt folglich auf der Hand, dass wir auch künftig
18 materielles Wachstum benötigen werden, um der Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt zu
19 begegnen, bestehende Verteilungskonflikte politisch zu lösen und eine gerechtere
20 Wohlstandsverteilung zu erreichen. Für uns ist dabei jedoch klar, dass Wirtschaftswachstum
21 nicht gleichbedeutend mit Wohlstandsmehrung ist.

22 Um Fortschritt beurteilen zu können und bedürfnisangemessenes Wirtschaften zu ermöglichen,
23 bedarf es eines erweiterten Wohlstandsbegriffs, welcher die für Wohlstand und Lebensqualität
24 relevanten Dimensionen erfasst.

25

26 Als Jusos stellen wir uns der Frage, was Wohlstand zu Beginn des 21. Jahrhunderts bedeutet
27 und in welchem Verhältnis Wohlstand und Wirtschaftswachstum stehen. Davon sind
28 grundlegende Fragen über die Art und Weise unseres Wirtschaftens berührt, welche nach
29 gesamtgesellschaftlichen Antworten verlangen und Folgefragen mit Blick globale Gerechtigkeit
30 aufwerfen. Wir sind überzeugt, dass eine gleichmäßigere und damit gerechtere
31 Wohlstandsverteilung moralisch und politisch geboten ist. Sie ist aber auch deshalb eine
32 Notwendigkeit, weil es globale Entwicklung nur geben kann, wenn es gelingt, Verteilungs- und
33 Ressourcenkonflikte als Hauptgrund für Krieg und Bürgerkrieg durch eine gerechtere
34 Wohlstandsverteilung aufzulösen. Dies wird ohne grundlegende institutionelle Reformen des
35 strukturell ungerechten und krisenhaften internationalen Währungs- und Finanzsystem, welches
36 eine kontinuierliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung massiv behindert, nicht zu erreichen
37 sein. Für den somit umrissenen Themenkomplex soll der vorliegende Beschluss Denkanstöße
38 geben und politische Lösungsstrategien formulieren.

39

40 **Unser Begriff von Wohlstand**

41

42 Wenn wir Jusos über Wohlstand sprechen, dann sind wir uns darüber im Klaren, dass es im
43 Spiegel unterschiedlicher Lebens- und Gesellschaftsmodelle keine eindeutige und bis ins Detail
44 messbare Definition für diesen Begriff gibt. Aus der Zielperspektive ist Wohlstand das, was die
45 Menschen als Grundlage für die Verwirklichung eines guten Lebens aus ihrer individuellen
46 Perspektive und im gesellschaftlichen Kontext benötigen. Dabei spielen neben den objektiven
47 Lebensbedingungen auch die Verwirklichungschancen der Menschen eine besondere Rolle.

48

49 Zwischen den zahlreichen Wohlstandsdimensionen muss jede Gesellschaft und jeder Mensch
50 selbst eine Entscheidung treffen. Einen einheitlichen Wohlstandsbegriff kann es deshalb nicht
51 geben. So ist es beispielsweise möglich, dass sich Gesellschaften für geringere
52 Konsummöglichkeiten entscheiden, um mehr der verfügbaren Ressourcen für Kultur- und
53 Freizeitmöglichkeiten aufzuwenden.

54

55 Das über die Ausgestaltung von Wohlstand Gesellschaften und Individuen unterschiedlich
56 entscheiden können ist jedoch keine Rechtfertigungsgrundlage für die weltweite Ungleichheit.
57 Im Gegenteil: Bevor über Wohlstand überhaupt zu sprechen ist, müssen zunächst elementare
58 Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt sein. Dazu gehört Frieden, ausreichend Nahrung und
59 Trinkwasser und die Sicherstellung der weiteren existenziellen Lebensbedürfnisse ebenso wie
60 Meinungsfreiheit, Zugang zu Informationen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit,
61 Geschlechtergerechtigkeit und die Abwesenheit von Diskriminierung. Diese
62 Grundvoraussetzungen müssen garantiert sein, damit in einer Gesellschaft die Diskussion über
63 Wohlstand und wie er aussehen soll überhaupt ernsthaft geführt werden kann.

64

65 Es ist und bleibt unser Ziel, dass der Wohlstand global gerecht verteilt wird. Armut,
66 Perspektivlosigkeit und fehlende Freiheit zur Verwirklichung eines individuellen, glücklichen
67 Lebens sind für uns an jedem Ort der Welt von enormer politischer Bedeutung. Globale
68 Wohlstandsunterschiede führen zu einer gravierenden Ungerechtigkeit, die sich nicht zuletzt in
69 Verteilungskriegen oder unfreiwilligen Migrationsbewegungen ausdrückt. Dies ist auch Folge
70 eines Wohlstandsmodells in den Industriestaaten, das darauf beruht, sich unbegrenzt die dafür
71 notwendigen Ressourcen anzueignen und damit anderen Menschen den Zugang zu Wohlstand
72 zu verweigern.

73

74 Für uns Jusos lautet das Ziel, zukünftig gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die eine
75 Umverteilung des Wohlstandes nicht mehr notwendig machen, da realer Wohlstand bereits
76 gleichverteilt erwirtschaftet wird. Dies kann nur mit einem anderen Wirtschafts- und
77 Gesellschaftssystem gelingen, in dem über den Ressourceneinsatz grundsätzlich demokratisch
78 in der Gesellschaft entschieden wird.

79

80 Dimensionen von Wohlstand

81

82 Welche Bestandteile zur umfassenden Verwirklichung von Wohlstand gehören ist abhängig vom
83 jeweiligen Blickwinkel und der entsprechenden Lebenswirklichkeit. Trotz dieser
84 Kontextabhängigkeit des Begriffes lassen sich unterschiedliche Wohlstandsdimensionen
85 ermitteln. Eine nicht abschließende Liste von betroffenen Dimensionen ist:

86

- 87 • Arbeit
- 88 • Bildung
- 89 • Erhalt der Umwelt
- 90 • individuelle und gesellschaftliche Freiheit
- 91 • Geschlechtergerechtigkeit
- 92 • Gesundheit
- 93 • Konsummöglichkeiten
- 94 • Kultur- und Freizeitmöglichkeiten
- 95 • Mobilität
- 96 • politische und gesellschaftliche Stabilität
- 97 • Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld

98

99

100 Diese Aufzählung von Wohlstandsdimensionen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kann
101 nicht abschließend sein, sondern benennt für uns Jusos besonders wichtige Punkte. Dabei steht

102 heute vielfach nicht mehr nur die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen im Fokus, sondern
103 auch Aspekte immateriellen Wohlstands. Im politischen Prozess ist es die Aufgabe der
104 AkteurInnen, die unterschiedlichen Ziele, bei denen auch Zielkonflikte bestehen können,
105 miteinander in Ausgleich zu bringen und allen zu einer möglichst umfassenden Wirksamkeit zu
106 verhelfen.

107

108 Im Folgenden sollen die Dimensionen ausgeführt werden, die aus jungsozialistischer
109 Perspektive die Grundlage für individuellen Wohlstand in gesellschaftlichem Wohlstand bilden.
110 Dabei ist uns bewusst, dass sich unsere Wohlstandsdefinition natürlich einbetten muss in den
111 globalen Kontext und in die Aufgabe, den Ressourcenverbrauch der Industriestaaten erheblich
112 zu reduzieren, um allem Menschen weltweit den gleichen Zugang zu Wohlstand zu eröffnen und
113 die natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern.

114

115 **Rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung**

116 Eine solidarische und demokratische Gesellschaftsform, in der alle Menschen die gleichen
117 Rechte haben, ist ein grundlegender Faktor für ein Leben in Wohlstand und Gerechtigkeit. Um
118 den Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte auch durchzusetzen,
119 muss es einen funktionierenden, demokratischen Rechtsstaat geben. Die Demokratisierung
120 aller Lebensbereiche ermöglicht eine solidarische Verteilung der gesellschaftlichen Güter. Nur in
121 einer solchen Gesellschaft kann der notwendige Ausgleich zwischen solidarischem, am
122 Gemeinwohl orientiertem Verhalten und individueller Freiheit stattfinden.

123

124 **Freiheit und Sicherheit in einem ausgewogenen Verhältnis**

125 Freiheit und Sicherheit sind öffentliche Güter, deren Gewährleistung zu den wichtigsten
126 Aufgaben eines Staates gehört und nicht zu privat gehandelter Ware verkommen dürfen. Deren
127 Verwirklichung muss in einem ausgewogenen Verhältnis geschehen, in dem nicht zugunsten
128 des einen Gutes das andere zu sehr eingeschränkt wird. Gleichzeitig sind Sicherheit und
129 Freiheit keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig. Unter Sicherheit verstehen wir
130 die Garantie, dass es zu einer Gewährleistung von Grundrechten kommt. Freiheit umfasst
131 einerseits die formalen Freiheitsrechte wie im Wesentlichen Versammlungs-, Meinungs-,
132 Religions- und Bewegungsfreiheit. Sie ist aber auch materiell zu verstehen, d.h. es geht nicht
133 nur darum, Freiheitsrechte zu gewährleisten, sondern auch jeden Einzelnen/jede Einzelne in die
134 materielle Lage zu versetzen, diese Freiheitsrechte auch zu nutzen; dies stellt Anforderungen
135 an die verlässliche soziale Absicherung genauso wie an Zugänge bspw. zu Bildung und
136 Information. Sicherheit bedeutet, dass niemand um seine körperliche oder geistige
137 Unversehrtheit oder seine materiellen und sozialen Existenzgrundlagen fürchten muss und
138 Existenzgrundlagen dauerhaft für alle gewährleistet sind. Darüber hinaus ist die soziale
139 Sicherheit in Form der Absicherung des Lebensstandards, der über die bloße Existenzsicherung
140 hinaus geht, davon umfasst.

141

142 **Geschlechtergerechtigkeit**

143

144 Eine gerechte Gesellschaft garantiert die Gleichstellung aller Geschlechter unabhängig von
145 ihrer sexuellen Identität und Orientierung. Dies bedeutet die Gleichstellung aller Frauen. Das
146 heißt auch die Gleichstellung aller Transpersonen und nicht männlichen Geschlechter, die aller
147 Homo- und Bisexuellen und Queeren. Konkret bedeutet das die Beseitigung aller Armutsrisiken,
148 aller gläsernen Decken, aller verwehrtten Chancen – in der Erwerbsarbeit, der
149 Reproduktionsarbeit und der Freizeitgestaltung. Gleichstellung aller Geschlechter heißt, dass
150 alle Menschen ihr Leben frei und selbstbestimmt gestalten können und dasselbe Ergebnis
151 erreichen. Das Patriarchat, Cis- und Heteronormativität Gesellschafts- und sämtliche
152 Lebensverhältnisse sind eng verknüpft mit dem kapitalistischen System. Die Kernfamilie ist das
153 Standardmodell dieser Gesellschaft. Sie sichert die Trennung der Produktion von der
154 Reproduktion, was die Reproduktionskosten senkt. Hierdurch wird die Kapitalfraktion gestärkt
155 und die Unterdrückung von Frauen und allen, die den Geschlechternormen nicht entsprechen,
156 fest geschrieben – über Ausgrenzung und zu niedrige Löhne.- Wer die menschliche
157 Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.

158

159 **Gesunde Umwelt**

160 Eine gesunde, sich stets regenerierende Umwelt bietet Ressourcen für jeglichen
161 gesellschaftlichen Wohlstand. Sie schafft ein hochwertiges Lebensumfeld, in dem sich
162 Menschen erst wohlfühlen können. Sie hat zudem auch direkten Einfluss auf die menschliche

163 Gesundheit, deren Erhalt die Kernvoraussetzung ist, um Wohlstand überhaupt erwirtschaften
164 und schließlich genießen zu können. Die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen ist die
165 Voraussetzung für den Wohlstand zukünftiger Generationen.

166

167 **Bildung als geistige Existenzgrundlage**

168 Bildung soll zur selbstbestimmten Meinungs- und Entscheidungsfindung befähigen. Basis dafür
169 bildet eine weltweite Alphabetisierung. Grundlegende Bildung ist für uns eine Leistung, die von
170 staatlicher Seite kostenfrei und verpflichtend zur Verfügung zu stellen ist. Nur so können
171 Interessen, Talente und Potenziale aller Menschen gänzlich zutage treten und sich frei entfalten,
172 z.B. in Ausübung der Berufswahlfreiheit.

173 Ohne weitergehende Bildung, die sich auch in beruflicher (Weiter-)Bildung, Hochschulbildung,
174 Forschung und Entwicklung entfaltet, ist keine Innovation und kein Fortschritt möglich. Diese
175 sind aber für Wohlstand von elementarer Bedeutung, weshalb keine Zugangsbarrieren dazu
176 bestehen dürfen. Lebenslanges Lernen dient hierbei als Leitidee.

177

178 **Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld Angemessener Wohnraum**

179 Wohnraum ist der Schutzraum des Menschen vor Umwelteinflüssen und kann Freiraum für
180 individuelle Entfaltung sowie Rückzug bieten. Den individuellen aber auch kulturellen
181 Bedürfnissen sowie der Bedeutung des Wohnraums als Regenerationsnotwendigkeit soll
182 Rechnung getragen werden. Der Zugang dazu ist für alle, unabhängig vom materiellen Status,
183 zu gewährleisten. Zu gestalten ist dabei auch das Wohnumfeld als ein wesentlicher Ort des
184 sozialen Zusammenlebens, der Kommunikation und des Wohlergehens von Menschen.

185

186 **Gute Arbeit**

187 Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur für Wertschöpfung, gesamtgesellschaftlichen
188 Fortschritt und Wohlstand entscheidend, sondern auch das zentrale Element sozialer Teilhabe.
189 Ihre demokratische und partizipative Ausgestaltung ist für den gesellschaftlichen Wohlstand
190 unverzichtbar. Erwerbsarbeit muss immer in einem ausgewogenen Verhältnis zur
191 Reproduktionsarbeit stehen. Eine gewisse Zeitsouveränität sowie Freizeitphasen sind Ausdruck
192 von Lebensqualität.

193

194 **Gesundheitsversorgung**

195

196 Eine solidarische und flächendeckende Gesundheitsinfrastruktur muss dafür Sorge tragen, dass
197 die Gesundheit der Bevölkerung erhalten bleibt und damit die Möglichkeit besteht am
198 gesellschaftlichen Leben zu partizipieren. Die Prävention von Krankheiten steht dabei im
199 Vordergrund. Eine gute und solidarische Gesundheitsversorgung darf weder vom
200 wirtschaftlichen Status, noch vom Aufenthaltsstatus abhängen. Doch kann die moderne
201 Gesundheitsinfrastruktur viele Menschen nicht heilen. Sie hat die Aufgabe, diesen sterbenden
202 Menschen eine menschenwürdige Versorgung zu ermöglichen.

203

204 **Mobilität**

205 Ohne Fortbewegung sind nicht nur die individuelle Bewegungsfreiheit, sondern auch die
206 Möglichkeiten für Austausch und Fortschritt eingeschränkt. Selbstbestimmte Fortbewegung fußt
207 auf einem öffentlichen Personennah- und -fernverkehr sowie Rad- und Fußverkehr, schließt
208 aber auch motorisierten Individualverkehr nicht aus. Eine flächendeckende Versorgung mit
209 Mobilitätsangeboten für den in ein Verkehrsnetz integrierten Nahraum ist von staatlicher Seite
210 ohne materielle Hürden zur Verfügung zu stellen.

211

212 **Kultur- und Freizeitmöglichkeiten**

213 Ein wichtiger Teil von Wohlstand ist für uns, dass Menschen an kulturellen Angeboten teilhaben
214 und ihre Freizeit gestalten können. Dabei sind Angebote der sogenannten „Hochkultur“ wie der
215 „Subkultur“ genauso notwendig wie Angebote der Soziokultur, der Begegnung, aus dem Bereich
216 Sport etc. Alle diese Orte sind für das gesellschaftliche Miteinander unverzichtbar, damit
217 Menschen ihren soziokulturellen Bedürfnissen nachkommen können.

218

219 **Konsummöglichkeiten**

220 Zur individuellen Lebensgestaltung gehört eine angemessene Auswahl an Konsummöglichkeiten,
221 aus denen jedeR selbst nach seinen bzw. ihren Vorstellungen wählen kann. Dabei reicht die
222 Spanne weit von Kleidung, Wohnungseinrichtungen, Essen, Getränken, Büchern, Zeitschriften,
223 Filmen bis zu Urlaub oder technischen Geräten und Unterhaltungselektronik. Für die

224 Gesellschaft besteht der doppelte Auftrag einerseits für jedeN ein Einkommen zu gewährleisten,
225 dass eine bedarfsgerechte Teilhabe am Konsum ermöglicht als auch Konsumgüter in
226 ausreichender Zahl und Vielfalt zu produzieren.

227

228

229 **Unser Wachstumsbegriff**

230

231 Wachstum im ökonomischen Kontext wird in der Regel verstanden als Wachstum des
232 Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder des Bruttonationaleinkommens (BNE), vereinfacht also der
233 Waren und Dienstleistungen, die in einem Land hergestellt werden (BIP) oder des Einkommens,
234 dass von BewohnerInnen eines Landes erzielt wurde (BNE). Auch im Folgenden wird
235 Wachstum in diesem Sinne verwendet werden. Die in linken Kreisen teilweise vorkommenden
236 Versuche, den Begriff des „Wachstums“ umzudefinieren auf andere Wohlstandindikatoren ist ein
237 Versuch, die Debatte über den Wachstumsbegriff durch Umdefinition zu lösen, der in unseren
238 Augen nicht zielführend ist.

239

240 Wichtig ist hingegen: Die Produktion bzw. das Einkommen in einem Land ist nur ein Teil des
241 Wohlstands in einer Volkswirtschaft. Wie dargelegt gibt es zahlreiche weitere Aspekte des
242 Wohlstands. Wenn das Wachstum niedriger ausfällt oder gar negativ ist, heißt dies daher noch
243 nicht, dass der Wohlstand der Volkswirtschaft gesunken ist. Nur ein Beispiel: Entscheiden sich
244 viele in der Volkswirtschaft dafür, weniger (produktiv) arbeiten zu wollen, führt dies bei
245 konstanter Arbeitsproduktivität zu einem niedrigeren Produktionsvolumen; gleichzeitig ist aber
246 potentiell der „Wohlstand“ derjenigen gestiegen, die jetzt weniger arbeiten.

247

248 Ähnlich wie BIP (pro Kopf) oder BNE (pro Kopf) kein alleiniger Wohlstandsindikator sein
249 können, kann auch Wachstum kein Indikator dafür sein, ob der Wohlstand gewachsen ist. Daher
250 sind Wachstumszahlen zumindest für sich alleine auch kein Maßstab, mit dem sich der Erfolg
251 von Wirtschafts- und Sozialpolitik messen lässt. Möchte man dies tun, so sind weitere
252 Indikatoren heranzuziehen, die teilweise subjektiv sein werden.

253

254 Grundsätzlich ist Wachstum also ein neutraler Begriff. Ob es positiv oder negativ zu bewerten
255 ist, hängt davon ab, unter welchen Umständen es entsteht. Wirtschaftswachstum bietet aber die
256 besten Chancen für die gesellschaftliche und politische Durchsetzung von Umverteilung.
257 Deshalb halten wir Wachstum grundsätzlich für sinnvoll. Es darf aber nicht mit einem erhöhten
258 Verbrauch natürlicher Ressourcen und der damit einhergehenden Ausbeutung von Natur und
259 Umwelt verbunden sein.

260

261 **Wachstum und Ressourcenverbrauch steuern**

262

263 Ein Problem des klassischen Wachstumsbegriffs liegt darin, dass er üblicherweise nur auf die
264 Veränderung von zwei Produktionsfaktoren, Arbeit und Kapital, abstellt. Tatsächlich gibt es mit
265 den natürlichen Ressourcen aber noch einen dritten. Die traditionelle Wachstumspolitik, die
266 diese nicht mit beachtet hat, hat gesellschaftliche Verteilungskämpfe durch Wachstum gelöst
267 und dabei in Kauf genommen, die natürlichen Lebensgrundlagen immer weiter zu beschädigen.
268 Eine solche Politik ist nicht nachhaltig und damit nicht haltbar.

269

270 Umgekehrt gilt: Wachstum ist immer dann unproblematisch, wenn es mit gesteigerter
271 Ressourceneffizienz einhergeht. Sinkt der Bedarf an natürlichen Ressourcen für den gleichen
272 Output, so kann der entstandene Spielraum dafür genutzt werden, zusätzlichen Output zu
273 produzieren. Nur weil die Ressourcenproduktivität in den vergangenen Jahrhunderten
274 dramatisch gestiegen ist, ist es überhaupt gelungen, das traditionelle Wachstumsmodell so
275 lange aufrechtzuerhalten. Unter der Bedingung einer steigenden Ressourceneffizienz
276 funktioniert Wachstum auch weiterhin. Allerdings ist dabei für die Industriestaaten zu beachten,
277 dass sie derzeit die natürlichen Ressourcen massiv übernutzen, ein Teil eines weiteren Anstiegs
278 der Ressourceneffizienz also für eine Regeneration der natürlichen Lebensgrundlagen
279 verwendet werden muss und damit nicht für zusätzlichen Output zur Verfügung steht.

280

281 Daher muss zur Steuerung des Wachstums der maximal zulässige Ressourcenverbrauch
282 vorgegeben werden. Dabei ist ein Pfad zu schaffen, der die derzeitige Übernutzung der
283 Ressourcen über einen längeren Zeitraum auf das Niveau abbaut, in dem sich die Ressourcen
284 regenerieren. Die Industriestaaten müssen ihren Ressourcenverbrauch stark reduzieren, um

285 den so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen.
286 Als Instrument soll vorrangig auf Verbrauchsvorgaben u.ä. gesetzt werden. Eine Verteuerung
287 der Ressourcennutzung kommt nur dann in Frage, wenn das Ziel mit anderen Instrumenten
288 nicht sinnvoll zu erreichen ist.

289

290 Gibt es Wachstumsspielräume durch eine steigende Ressourceneffizienz, so ist es eine Frage
291 der gesellschaftlichen Zielvorstellungen, wie das dann grundsätzlich vorhandene
292 Wachstumspotential genutzt wird. Es kann dann für zusätzlichen Output verwendet werden,
293 aber auch für die Erhöhung weiterer Faktoren des gesellschaftlichen Wohlstands. Wofür, hängt
294 dabei von gesellschaftlichen Mehrheits- und damit Machtverhältnissen ab.

295

296 **Produktivitätszuwächse für gesellschaftlichen Fortschritt nutzen**

297

298 Sozialdemokratische Politik hat in den vergangenen Jahren deshalb so stark auf Wachstum
299 gesetzt, weil dies grundsätzlich gesellschaftliche Verteilungskämpfe im Kapitalismus erleichtert.
300 Durch Wachstum besteht die Möglichkeit den entstehenden Überschuss gerechter zu verteilen.
301 Dies bedeutet für uns auch, dass der strukturellen Benachteiligung von Frauen entgegengewirkt
302 werden muss.

303

304 Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, dass Kapital fortlaufend Rendite abwirft, die durch
305 Wiederanlage den Kapitalbestand vergrößert. In einer Welt ohne Produktivitätszuwächse ist
306 eine konstante Rendite dabei nur möglich, wenn die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit
307 sinken würde. Dieser Druck wird verringert, wenn es Wachstum entweder über
308 Produktivitätszuwächse gibt oder darüber, dass bei steigendem Kapitaleinsatz der
309 Arbeitsumfang konstant gehalten wird. Würde der gestiegene Kapital- durch einen geringeren
310 Arbeitseinsatz kompensiert, würde bei konstanten Stundenlöhnen die Kapitalrendite tendenziell
311 sinken.

312

313 Produktivitätszuwächse schaffen bei steigendem Kapitalbestand einen zusätzlichen Anstieg des
314 Outputs, der die Kapitalrendite tendenziell erhöht; umgekehrt sinkt der Druck auf die Löhne, weil
315 das insgesamt zu verteilende Einkommen größer wird. Dabei ist es eine Frage der
316 gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wie der Produktivitätszuwachs zwischen Arbeit und
317 Kapital verteilt wird. Es hat durchaus längere Phasen vor allem in der europäischen
318 Wirtschaftsgeschichte gegeben, in denen große Teile des durch Produktivitätswachstum
319 erzielten Zuwachses an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteilt worden ist, dabei nicht
320 unerheblich in Form von Arbeitszeitverkürzung mit (teilweisem) Lohnausgleich (Einführung der
321 5-Tage-Woche, Ausbau des Jahresurlaubs etc.). Damit verbunden war aber, vor allem in der
322 ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, auch die Verdrängung von Frauen aus der Erwerbsarbeit.

323

324 In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Machtverhältnisse deutlich zugunsten des
325 Kapitals verschoben; die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am erzielten Wachstum ist
326 zunehmend geringer ausgefallen. Tendenziell ist gleichzeitig das Arbeitsvolumen konstant
327 geblieben, allerdings einerseits durch Teilzeitarbeit insbesondere von Frauen und andererseits
328 Arbeitslosigkeit ungleicher verteilt worden.

329

330 Ein Verteilungskonflikt tritt insbesondere dann auf, wenn ein relativ hoher
331 Produktivitätsfortschritt auf einen schwachen Fortschritt der Ressourceneffizienz trifft. Ist der
332 Fortschritt der Ressourceneffizienz Null, besteht kein nachhaltiger Wachstumsspielraum. Gibt
333 es dann einen Produktivitätsfortschritt, heißt das, dass zwingend der Einsatz mindestens eines
334 der Produktionsfaktoren Arbeit oder Kapital reduziert werden muss und zwar ohne finanziellen
335 Ausgleich. Dies schafft erhebliche gesellschaftliche Konfliktpotentiale sowohl zwischen Arbeit
336 und Kapital als auch innerhalb des Faktors Arbeit, wenn dieser zurückgefahren wird – denn
337 dann stellt sich die Frage, ob dies über eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung erfolgen soll, über
338 Arbeitslosigkeit einiger Personen oder erneut über die Verdrängung von Frauen aus der
339 Erwerbsarbeit. Für uns kommt dabei nur die erste Alternative in Frage.

340

341 Allerdings sollte die Begrenzung des Wachstumspotentials durch die Ressourceneffizienz auch
342 kein Grund zu Wachstumspessimismus sein. Die Wirtschaftsgeschichte hat gezeigt, dass es ein
343 erstaunliches Innovationspotential dahingehend gibt, die Ressourceneffizienz zu steigern –
344 teilweise sogar so, dass diese Steigerung selbst Wachstumseffekte auslöst, wie z.B. bei der
345 Energiewende. Notwendig ist dafür allerdings ein Anreizsystem, das Innovationspotentiale bei

346 der Ressourceneffizienz hebt. Dies setzt klare rechtliche Regelungen voraus, die den
347 Ressourcenverbrauch begrenzen und damit gerade in einem kapitalistischen System Anreize
348 setzen, sich des dadurch ausgelösten Drucks durch eine bessere Ausnutzung dieses
349 maximalen Ressourcenpotentials zu entledigen.

350

351 Zusätzlich ist dabei zu beachten, dass innerhalb des kapitalistischen Systems dies nur dann
352 ohne massive negative gesellschaftliche Folgewirkungen funktioniert, wenn gleichzeitig
353 verhindert wird, dass der Druck durch die Beschränkung des Ressourcenverbrauchs statt in die
354 Innovation auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgelenkt wird. Dann würde es statt zu
355 einem effizienteren Ressourceneinsatz zu sinkenden Löhnen und damit zu einer Abwärtsspirale
356 kommen, weil die sinkenden Löhne ihrerseits einen Rückgang des Konsums und dann der
357 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zur Folge hätten, die dann wiederum den Druck auf das
358 Kapital, weitere Renditepotenziale zu erschließen, verschärft. Daher kann nachhaltiges
359 Wachstum mit einer Begrenzung des Ressourcenverbrauchs nur funktionieren, wenn innerhalb
360 des Kapitalismus das Machtverhältnis erheblich zugunsten der Arbeitnehmerinnen und
361 Arbeitnehmer verschoben wird – oder wenn der Kapitalismus durch ein System abgelöst wird,
362 das die Verwendung des Produktionsfaktors Kapital unter gesellschaftliche Kontrolle stellt.

363

364

365 **Globale Nachhaltigkeit und globales Wachstum**

366

367 In der heute vorherrschenden, weltweiten Verteilung von Ressourcen, Produktionsfaktoren und
368 Entwicklungspotentialen lassen sich massive Ungleichgewichte zwischen den zumeist
369 westlichen Industrienationen und sog. Entwicklungsländern feststellen. Während bei einigen
370 wenigen Ländern die Produktion von Waren in den letzten Jahrhunderten massiv zugenommen
371 und zu steigendem Wohlstand geführt hat, stagniert demgegenüber in anderen Ländern das
372 Produktivitäts- und Wohlstandsniveau. Technischer Fortschritt, insbesondere in den bereits
373 weiter entwickelten Ländern, hat diesen Zustand und die damit verbundene Ungleichheit noch
374 einmal verschärft. Produktivitätssteigerung ist, insbesondere in aufstrebenden
375 Industrienationen, noch immer mit einem steigenden Ressourcenverbrauch und einer
376 steigenden Ausbeutung von Umwelt und Natur verbunden.

377

378 Dabei hat die Umweltzerstörung bereits heute ein kritisches Level erreicht. Das Phänomen der
379 globalen Erwärmung, sowie die Verschmutzung von Umwelt und Natur sind Tatsachen, die sich
380 nicht wegdiskutieren lassen. Trotzdem sehen wir keinerlei Legitimation für eine globale
381 Ungleichverteilung von Wohlstand. Unser Ziel und unsere Aufgabe muss es sein, allen Länder -
382 ohne jede Einschränkung - die Entwicklung eines vergleichbaren Wohlstandsniveau zu
383 ermöglichen. Dafür sehen wir die Verantwortung vor allem bei den bereits entwickelten Staaten,
384 die ihr weiteres Wachstum nicht nur vom Ressourcenverbrauch entkoppeln, sondern diesen
385 auch reduzieren müssen. Darüber hinaus ist es ihre Pflicht, mit Technologietransfers materielles
386 Wachstum ohne zusätzlichen Ressourcenverbrauch in den sog. Entwicklungsländern zu
387 ermöglichen. Steigerungen der Produktivität dürfen nicht mehr mit einer Steigerung der
388 Ausbeutung von Natur und Umwelt einhergehen. Vielmehr ist es notwendig, dass sowohl
389 entwickelte, als auch sich in der Entwicklung befindliche Staaten den Weg der nachhaltigen
390 Produktivitätssteigerung beschreiten.

391

392 **Für uns ist Nachhaltigkeit sozialer Fortschritt plus Umweltverträglichkeit**

393

394

395 Wir definieren Nachhaltigkeit als das Festhalten an fortschrittlicher gesellschaftlicher
396 Veränderung – inklusive der Steigerung der sozialen Teilhabe – bei gleichzeitiger Rückführung
397 des Ressourcenverbrauchs (bis zum Ziel der vollständigen Einspeisung in Wertstoffkreisläufe)
398 und einer langfristig ausgelegten Wirtschaft, welche die erstgenannten Faktoren vereint. In
399 anderen Worten: Für uns sind gesellschaftliche Produktionsprozesse, die zu mehr
400 gesellschaftlichem Reichtum und neuen technischen Möglichkeiten führen, nur dann nachhaltig,
401 wenn sie ihre möglichen sozialen und ökologischen Folgeprobleme („Kosten“) internalisieren
402 und lösen können. Wenn gesellschaftliche Produktionsverhältnisse nicht in diesem Sinne
403 nachhaltig sind, müssen sie für uns überwunden oder reformiert werden.

404

405

406 Wie die Analyse aus sozialer Sicht zeigt, hat das bisherige kapitalistische Wachstum – mit

407 derzeit neoliberalen Antlitz – für ein Auseinanderklaffen des gesellschaftlichen Wohlstands und
408 große Armut gesorgt. Wir sagen hier: Schritte in Richtung Nachhaltigkeit kann es im
409 Kapitalismus nur geben, wenn den ureigenen Eigenschaften dieses Systems entgegengewirkt
410 wird, also wenn der Kapitalakkumulation bei den Besitzenden entgegengesteuert wird.

411

412

413 Gleiches gilt aus ökologischer Sicht: Die Steigerung von Produktionsergebnissen erfolgt in einer
414 rein kapitalistischen Ordnung auf Kosten der Natur, deren Rohstoffe verschwendet werden. Im
415 Gegensatz dazu streben wir eine nachhaltige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung an, in der
416 keine negativen Folgeprobleme für Mensch und Umwelt auftreten. Das heißt im Endeffekt, dass
417 keine Waren und Güter produziert werden dürfen, deren Folge- oder Weiterverwendung nicht
418 geklärt ist. Mittelfristig folgt hieraus, dass CO²- und andere Treibhausgase – genauso wie
419 Plastikverpackungen – im Produktionsprozess nur noch entstehen sollen, wenn sie
420 weiterverwendet werden und nicht fahrlässig dem globalen Ökosystem überlassen werden.
421 Dabei ist im Falle von Produkten und Stoffen am Ende der Wiederverwertungskette auch eine
422 energetische Nutzung in Betracht zu ziehen.

423

424

425 Unsere Nachhaltigkeit kann es nur mit demokratiekonformen Märkten und starker öffentlicher
426 Daseinsvorsorge geben. Märkte müssen in ihren Ergebnissen gesellschaftlichen und
427 ökologischen Zielen dienen. Allgemein heißt das: Die gesellschaftliche und ökologische
428 Fortentwicklung darf von Märkten nicht gefährdet werden.

429

430

431 **Wir setzen auf nachhaltiges Wachstum: als Synthese von sozialem und ökologischem**
432 **Wachstum**

433

434

435 Wie in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten 20 Jahren schon geschehen, lässt sich
436 wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch abkoppeln. An diese Entwicklung gilt es
437 aus ökologischer Sicht anzuschließen. Gleichzeitig hat die soziale Ungleichheit in unserer
438 Gesellschaft stark zugenommen. Diese Entwicklung ist nicht akzeptabel.

439

440

441 Für uns stehen soziale und ökologische Missstände in einem starken Zusammenhang. Denn in
442 der Bekämpfung von Beidem – der wachsenden sozialen Ungleichheit und der ökologischen
443 Selbstgefährdung der Gesellschaft – sehen wir die zentralen politischen Herausforderungen
444 unserer Zeit. Fortschritt – als eine Verbesserung dieser Missstände – kann es für uns nur
445 geben, wenn Wachstum immer gleichzeitig sozialen und ökologischen Zielen dient.

446

447

448 *I. Soziales Wachstum*

449

450

451 Die Globalisierung hat die Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen spätestens seit 1990
452 begünstigt. Allerdings führten diese größeren Möglichkeiten auch zu einer wachsenden
453 Ungleichheit: Das Einkommen wurde immer ungleicher verteilt; Verteilungsmächte stehen im
454 globalen Wettbewerb von Steuermächten und Produktionsstandorten, Arbeitskräfte können
455 günstiger beschafft werden. Des Weiteren ist deutlich geworden, dass deregulierte
456 Finanzmärkte sehr krisenanfällig sind.

457

458

459 Aus sozialer Sicht ist eine Verbesserung des ArbeitnehmerInnenschutzes unumgänglich. Auch
460 wenn die Arbeitslosigkeit in der BRD im europäischen Vergleich gering ist, sank die Zahl der
461 geleisteten Arbeitsstunden durch den Abbau von Arbeitszeitkonten sowie durch Kurzarbeit.
462 Auch bei uns sind es wenige Menschen, die vom bestehenden Wachstumsmodellen profitieren.
463 Deswegen benötigen wir eine Alternative zum aktuellen marktgesteuerten Wachstum.

464

465

466 Unser gesellschaftlicher Bedarf definiert sich nicht durch Kapitalerträge, sondern durch soziale
467 Belange. Das Recht auf Gute Arbeit und die Teilhabe an dem gesellschaftlichen Wohlstand sind

468 unsere Kernforderungen für soziales Wachstum. Unsere Forderungen umfassen daher unter
469 anderem:

470

471 • eine verringerte Wochenarbeitszeit,

472

473 • mehr gesetzlichen und tariflichen Urlaub,

474

475 • einen geschützten Lebensabend für Alle,

476

477 • Steigerung öffentlicher Daseinsvorsorge zur gesellschaftlichen Umverteilung

478

479 • eine komplette Neuorganisation von Arbeit und ein anderes Verständnis von dem, was wir
480 unter Arbeit verstehen

481

482 • einen Anstieg der Bezahlung für Arbeitnehmer*innen.

483

484

485 Gute Arbeit

486

487

488 Fairer Lohn und die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf sind für uns unabdingbar. Eine
489 weitere Kernforderung ist die Förderung des Mitbestimmungsrechts in Betrieben.

490 Vollbeschäftigung geht mit dieser Forderung einher.

491

492

493 Soziale Produktivität

494

495

496 Die Steigerung der Produktion darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen
497 werden (durch Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung etc.). Soziale Produktion ist die
498 Alternative. Sie erhöht den gesellschaftlichen Wohlstand und richtet sich an dem realen Bedarf
499 der Gesellschaft. Die Qualifizierung, Mitbestimmung und Teilhabe von MitarbeiterInnen bieten
500 hier Lösungswege. Die Rationalisierung von Material- und Energiekosten (durch
501 Wiederverwertungssysteme, geringen Energieverbrauch etc.) bieten weitere Ansatzpunkte.

502

503

504 *Investitionen durch die öffentliche Hand*

505

506

507 Soziale Investitionen schaffen Arbeitsplätze, steigern das Wachstum und die Produktivität – ein
508 positiver Kreislauf entsteht. Unter Sozialen Investitionen verstehen wir nicht nur die Schaffung
509 oder Instandhaltung von Infrastruktur, sondern auch die Investition in Bildung, Forschung und
510 Gesundheit. Soziale Investitionen sind der Kern des Sozialen Wachstums, sie ermöglichen
511 langfristig die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand.

512

513

514 *Öffentliche Investitionen und strukturelle Defizite*

515

516

517 Wenn der Staat für Bildung, Infrastruktur, Forschung, medizinische Versorgung und
518 gesellschaftliche Daseinsvorsorge mehr Geld in die Hand nimmt, als er aktuell einnimmt, dann
519 zahlt sich diese Investition zukünftig aus. Eine hochwertige, nutzenorientierte Steuerung
520 öffentlicher Ausgabenpolitik ist hierfür natürlich eine zentrale Voraussetzung. Wenn diese
521 Bedingung erfüllt ist, wird durch Zukunftsinvestitionen ein Mehrwert geschaffen, der die
522 Lebensbedingungen verbessert und sich auch finanziell auszahlt – weil nach Abzug der Kredite
523 mehr öffentlicher Bilanzwert vorhanden ist. Eine solche zukunftsorientierte Ausgabenpolitik wird
524 durch Schuldenbremsen, die Ideologie der „schwarzen Null“ und Niedrigsteuern für
525 TopverdienerInnen sowie ErbInnen behindert.

526

527

528 Was wir nicht wollen, ist, dass der Staat sein Geld ‚blind‘ zum Fenster herauswirft. Falsche

529 Subventionen (z.B. in Form von Steuervergünstigungen) für sozial- und umweltschädliche
530 Prozesse (wie Dienstwagen etc.) lehnen wir ab. Auch wollen wir keinen Staat, der durch seine
531 Pflichtaufgaben schon so überlastet ist, dass er dafür Schulden aufnehmen muss. Solche
532 strukturellen Defizite öffentlicher Haushalte finden ihren Ursprung vor allem darin, dass
533 gesellschaftliche Lasten nicht gerecht verteilt sind; also aktuell dadurch, dass Vermögende und
534 TopverdienerInnen einen unzureichenden Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

535

536

537 *II. Ökologisches Wachstum*

538

539

540 Ökologisches Wachstum muss alle Industrie- und Wirtschaftszweige erfassen. Betriebe werde
541 sich immer häufiger ihrer Verantwortung bewusst und versuchen, umweltschonend und
542 sozialverantwortungsvoll zu produzieren. Sei es durch Labeling, wie „cradle to cradle“ oder
543 FairTrade, oder durch eigene Corporate Social Responsibility-Programme (CSR), die ernst
544 gemeint sind und mehr darstellen als Greenwashing sind.

545

546

547 *Energiewende vorantreiben*

548

549

550 Ein wichtiger Bestandteil eines nachhaltigen Wachstums ist die Förderung der Energiewende.
551 Viele Technologien stecken noch in ihren Kinderschuhen und bedürfen einer weiteren Investition
552 und Forschung. Viele kleine Genossenschaften und Gruppierungen profitierten von der
553 Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetz. Bei der aktuellen Fassung existiert aber
554 Nachholbedarf. Die Energiewende ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt.

555

556

557 *Geplante Obsoleszenz stoppen*

558

559

560 Durch ein gesetzliches Verbot und effektive Rücknahmepflicht für HändlerInnen und
561 HerstellerInnen muss geplante Obsoleszenz gestoppt werden. Der Hintergrund ist folgender:
562 Um einen höheren Absatz von Produkten und eine künstliche Nachfrage zu generieren, wird
563 bisher innerhalb der Herstellung und der Vermarktung auf eine geplante Obsoleszenz gesetzt.
564 Das heißt, dass Produkte absichtlich mit einer geringeren Lebensdauer produziert werden.
565 KundInnen sollen so immer neuere Modelle des Produktes kaufen, da ihre alten Geräte den
566 Geist aufgegeben haben. Eine Folge davon ist, dass vor allem Elektronikartikel, wie Handys,
567 Smartphones, Computer oder Drucker technisch schnell verschleißen, wodurch unnötiger
568 Elektroschrott produziert wird, welcher zur Zeit unzureichend wiederverwertet wird.

569

570

571 *Effektivität und Effizienz: Wandel geht nicht ohne schöpferische Zerstörung*

572

573

574 Effizienz alleine reicht nicht: Es ist notwendig, aber zu wenig, schädliche Vorgänge zu
575 optimieren – indem man z.B. den Wirkungsgrad eines Verbrennungsmotors steigert. Viel mehr
576 brauchen wir eine schöpferische Zerstörung und Effektivität: Also die Schaffung von neuen
577 Strukturen, die keine Schadstoffe mehr entstehen lassen – indem Energien vollständig
578 erneuerbar produziert werden und alle Produktionsprozesse vollständig in lückenlose
579 Wertstoffkreisläufe eingebunden sind.

580

581

582 *Mindestanforderungen für ökologisches Wachstum*

583

584

585 Das ökologisches Wachstum muss vereinbar sein mit den Leitplanken des wissenschaftlichen
586 Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Der WBGU macht es zur
587 Bedingung, die Erderwärmung auf 2°C begrenzen, der Versauerung der Meere
588 entgegenzuwirken (pH-Wert Δ 0,2 Einheiten) – u.a. durch die Abkehr von fossilen und atomaren
589 Energiequellen bis zum Jahr 2070. Auch muss der Verlust der Biodiversität und Land- und

590 Bodendegradation gestoppt werden. Gestoppt werden muss die Nutzung von Quecksilber, die
591 Freisetzung von Plastikabfällen sowie die Verwendung von nicht rückgewinnbarem Phosphor.
592 An diesen Mindestanforderungen müssen sich alle gesellschaftlichen Prozesse messen lassen.

593

594

595 *III. Nachhaltiges Wachstum*

596

597

598 Für uns kann ein nachhaltiges Wachstum nur als Synthese aus ökologischen und sozialen
599 Wachstum existieren. Eine in die Zukunft gerichtete Gesellschaft und Ökonomie kann nur unter
600 diesen beschriebenen Bedingungen existieren und wachsen. Auf diese Art und Weise ist es
601 möglich Wohlstand zu erzeugen und zu erhalten.

602

603

604

605 Aktuell werden in Schwellen- und Entwicklungsländern ganze Bevölkerungsschichten von
606 Wachstum und Wohlstand ausgeschlossen und die soziale Ungleichheit wird trotz eines
607 Rückgangs der Armut nicht geringer. Damit alle Menschen von Wachstum und Wohlstand
608 profitieren können, müssen auch die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen
609 geschaffen werden. Besonders Weltbank und IWF bedürfen Reformen ihrer Funktionsweise.
610 Zudem bedarf es einer Neuordnung des globalen Finanzmarktes. Statt der Strategie des
611 neoliberalen Kapitalismus weiter zu folgen, brauchen wir eine Abkehr von steigenden
612 Profitraten, der Finanzialisierung der Rohstoffmärkte und einer vom gesamtgesellschaftlichem
613 Wohlstand entkoppelten Profitrate für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft.

614

615 **Unsere Vision einer nachhaltigen Weltbank**

616

617 Die Weltbank, welche nach dem Ende des zweiten Weltkrieges von der internationalen
618 Gemeinschaft gegründet wurde, um den zerstörten Ländern eine wirtschaftliche Entwicklung zu
619 ermöglichen, steht schon seit längerem in der Kritik aufgrund ihrer mageren Bilanz im Kampf
620 gegen Armut. Diese magere Bilanz ist aber nicht verwunderlich, da Kredite von Anfang an an
621 neoliberale Reformagenden geknüpft waren und sich diese Konditionalisierung der Darlehen
622 immer weiter verfestigte. Durch so genannten Strukturanpassungsprogramme wurden die
623 "Entwicklungsländer" gezwungen, neoliberale Reformen und Liberalisierungen durchzuführen.
624 So werden gigantische Infrastrukturprojekte ohne Rücksicht auf Umweltschäden finanziert,
625 Privatisierungen und Cash Crops forciert. Im Gegensatz zum eigentlichen Auftrag der Weltbank
626 hatten diese Maßnahmen eine Verschlimmerung von Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit
627 zur Folge. Inzwischen werden daher Poverty Reduction Strategy Papers verfolgt. Auch Fragen
628 der Nachhaltigkeit sollen in die Entscheidung über die Gewährung von Krediten einfließen.
629 Allerdings fällt die Nachhaltigkeit von Projekten nach wie vor finanziellen Erwägungen und
630 neoliberal motivierten Anforderungen zum Opfer. Die Weltbank muss, will sie Armut wirksam
631 bekämpfen, Staaten, welche sich in der Entwicklung befinden ein umweltschonendes
632 Wachstum ermöglichen, welches jedoch zeitgleich die Geschwindigkeit des
633 Produktivitätswachstums nicht übermäßig beeinträchtigt und dieses in Wohlstand für alle
634 umwandelt. Gerade Projekte bei denen umweltschonende Technologien eingesetzt werden
635 müssen forciert und geeignete Umwelt- und Nachhaltigkeitsstandards für alle Projekte etabliert
636 werden. Allerdings dürfen die Kosten für diese Weitergabe von umweltschonender Technologie
637 nicht zulasten der Länder gehen, die sich in der Entwicklung befinden. Gefördert werden
638 müssen Projekte, denen ein umweltschonendes Wachstumsmodell zugrunde liegt und in deren
639 Rahmen die Steigerung der Produktivität in den betroffenen Ländern nicht übermäßig
640 beeinträchtigt wird. Künftige Kredite der Weltbank sowie deren Erlass sollen deshalb die
641 Achtung von Menschenrechten – auch der sozialen – und die Förderung von Nachhaltigkeit
642 anstatt neoliberaler Reformen zur Bedingung haben. Die NachhaltigkeitsexpertInnen der
643 Weltbank sollen ein Vetorecht für Projekte, die diese Kriterien verletzen, besitzen. Dabei ist uns
644 wichtig, dass die Programme nicht, wie derzeit oftmals, der Erwirtschaftung von Rendite,
645 sondern der Förderung und dem Aufbau der lokalen Wirtschaft dienen.

646

647 **Neuordnung des globalen Finanzmarktes für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand**

648

649 Seit den 1980er Jahren kam es zu mehreren schweren Krisen des globalen Währungssystems.
650 In Mexiko, Süd-Ost-Asien, Argentinien, Russland und auch während der Eurokrise wurden

651 durch ein dysfunktionales Währungssystem die Gründe für die Krisen erst geschaffen oder
652 zumindest begünstigt und mit Eintritt der Krise verlängerten und vertieften die gleichen Faktoren
653 jene Krisen. Die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzmarkts und seine strukturellen
654 Ungleichgewichte sind ein massives Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung, die Angleichung
655 von Wohlstandsniveaus und die Etablierung von Nachhaltigkeitsstrategien. Dem kann nur mit
656 grundlegenden Reformen entgegengewirkt werden.

657

658 **IWF-Reform für nachhaltiges Wachstum**

659

660 Anpassungen der Stimmverteilungen im IWF wurden in der Vergangenheit mehrfach
661 vorgenommen. Dennoch sind die alten Industrienationen weiterhin überrepräsentiert. Dies
662 resultiert in Policy-Empfehlungen, die den Volkswirtschaften in anderen Regionen der Welt nicht
663 gerecht werden. Eine Anpassung der Stimmverteilung hin zu einer gerechteren Repräsentation
664 ist notwendig.

665

666 Die Programme des IWF waren und sind stets verknüpft mit Konditionalitäten, d.h. bestimmte
667 Bedingungen müssen von den unterstützten Ländern erfüllt werden, damit Kredite fließen
668 können. Bei diesen Bedingungen handelte es sich oftmals um neoliberale Reformvorgaben für
669 Privatisierungen, neoklassische Austeritätspolitik sowie Vorgaben zur Öffnung der Märkte
670 gegenüber Produkten aus den bereits etablierten Industrienationen. Diese Marktöffnungen
671 zerstörten allzu oft die Grundlage lokaler Produzenten. Die Policy-Empfehlungen des IWF sind
672 weiterhin zu stark auf solche sog. "Strukturreformen" ausgerichtet. Die Empfehlungen basieren
673 zu oft auf falschen oder unausgewogenen makroökonomischen Annahmen. Eine
674 Neuformulierung von Zielstellungen muss sich an Nachhaltigkeit, nachhaltigem Wachstum und
675 der Verringerung von Ungleichheit orientieren und antizyklische Investitionsimpulse endlich als
676 probates Mittel zur Intervention in ökonomischen Krisenphasen anerkennen. Zugleich könnten
677 Szenarios mit alternativen Konditionalitätsmodellen eine bessere Passgenauigkeit für Länder
678 ermöglichen, die der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedürfen. Diese Modelle
679 sollten nicht vorrangig auf die Unterstützung durch den IWF bauen, sondern insbesondere die
680 Optionen regionaler Währungsfonds in den Vordergrund stellen.

681

682 **Regionale Währungsfonds für emanzipierte Entwicklung nutzen**

683

684 Regionale Währungsfonds als Alternative oder vorrangige Ergänzung zum IWF-System können
685 nicht nur in der Wahl von Instrumenten und Policy-Empfehlungen den nicht-westlichen
686 Ökonomien gerecht werden, sondern auch Legitimitätsprobleme beheben. Dies gilt
687 insbesondere in Lateinamerika und Afrika, wo die Skepsis gegenüber dem IWF - auch aufgrund
688 tatsächlicher schlechter Erfahrungen - besonders hoch ist. Die Rolle des IWF als Lender of Last
689 Resort (Kreditgeber letzter Instanz) ist weiterhin notwendig, regionale Zusammenschlüsse
690 sollten aber dazu ermutigt werden, sich frei von diesem Konstrukt zu machen.

691 Lateinamerikanische Länder haben sich bereits im Rahmen regionaler Kooperation und der
692 Banco del Sur für ein no-conditionality-Modell der Kreditvergabe entschieden. Dabei werden im
693 Format eines regionalen Währungsfonds Kredite ohne Bedingungen an die einzahlenden
694 Mitglieder ermöglicht. Dieser Schritt ist auch eine Reaktion in Ablehnung der IWF-Programme
695 mit ihren in der Vergangenheit allzu oft neoliberalen Charakter. Als weitere Alternative zu den
696 bisherigen problematischen IWF-Programmen befürworten wir ex-ante-Konditionalitäten (d.h. im
697 Voraus definierte Auflagen, bei deren Einhaltung im Krisenfall ohne weitere Bedingungen Geld
698 zur Verfügung gestellt wird). Diese dürfen keinen neoliberalen Charakter haben oder
699 Austeritätspolitik beinhalten, sondern sich an Investitionen in Nachhaltigkeit orientieren.
700 Nachhaltigkeit ist dabei sowohl im Sinne der nachhaltigen Nutzung von Ressourcen, als auch
701 im Sinne von wirtschaftlicher Nachhaltigkeit gemeint. Erfüllt ein Land diese Bedingungen in den
702 Vorjahren einer finanziellen/wirtschaftlichen Notlage, so ist ein IWF-Kredit in diesem Modell
703 ohne zusätzliche Auflagen zu gewähren.

704

705 **Bancor als Reformoption**

706

707 Das internationale Währungssystem nach Ende des Systems fester Wechselkurse, welche an
708 den US-Dollar als Leitwährung gekoppelt waren (Bretton-Woods), ist auf ganzer Linie darin
709 gescheitert das einzulösen, was ein "freier Markt" für Devisen versprach. Angebot und
710 Nachfrage führten nicht zu Wechselkursen, die langfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen
711 bedeuteten. Tatsächlich verzeichneten einige Staaten dauerhafte Exportüberschüsse,

712 verbunden mit steigenden Forderungen gegenüber dem Ausland und spiegelbildlich andere
713 Staaten, deren Auslandsverschuldung durch Importüberschüsse über Jahre hinweg stieg. Diese
714 außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind hochproblematisch und ein Hindernis für globalen
715 Wohlstand.

716

717 Die steigende Bedeutung des Finanzsektors schuf zusätzliche und neuartige Probleme wie
718 spekulativen Währungshandel (sog. „Carry Trade“). Dabei leihen sich spekulationsgetriebene
719 AkteurlInnen in den Währungsräumen Geld, in denen die Zinsen aufgrund schwacher
720 Konjunktur niedrig sind und die Zentralbanken durch die Niedrigzinspolitik die Investitionen und
721 den Konsum stärken wollten. Dieses Geld setzten sie jedoch nicht dort ein, sondern tauschten
722 es gegen Anlagen in anderen Ländern mit höherem Zinsniveau und guter Konjunktur. Dies führt
723 zur tendenziellen Abwertung der Währung der Niedrigkonjunkturländer und einer Aufwertung
724 der Währung der Hochkonjunkturländer und erhöht somit den Spekulationsgewinn durch
725 Wechselkursgewinne. Dies ist nur ein Beispiel für eine Blasenbildung durch die „freien“
726 Wechselkurse. Hinzu kommen insbesondere bei kleinen Volkswirtschaften starke
727 Wechselkursschwankungen bei flexiblen oder spekulative Angriffe bei festen Wechselkursen.

728

729 Sowohl der Devisenmarkt als auch der internationale Handel folgten somit nicht den
730 neoklassischen Vorhersagen, sondern entwickelten sich krisenhaft und schädlich für die
731 Weltwirtschaft. Diese Krisen waren keine Unfälle, sondern systembedingt und trafen weltweit
732 vor allem die armen Länder und Schichten. Dieses gescheiterte Währungssystem muss durch
733 ein krisenfestes und gerechtes Währungssystem ersetzt werden.

734 Eine mögliche Option, um die Funktionsweise des internationalen Währungssystem auf eine
735 neue Grundlage zu stellen, ist für uns die Einführung eines „Bancor“, anknüpfend an Ideen von
736 Keynes und aufgegriffen sogar vom IWF im Jahr 2009. Der Welthandel würde dabei über die
737 Verrechnung einer Kunstwährung („Bancor“) betrieben. Die Staatengemeinschaft legt
738 Wechselkurse gegenüber dem Bancor sowie „natürliche“ Export- und Importüberschüsse
739 gemeinsam fest. Diese „natürlichen“ Überschüsse können z.B. anhand des Levels von Export-
740 und Importüberschüsse in den letzten 10 Jahren und in Relation zum BIP definiert werden. Im
741 Bancor-System führen Exportüberschüsse zu Bancor-Guthaben, Importüberschüsse zu
742 Defiziten. Überschreiten die Guthaben bzw. Defizite an den natürlichen Überschüssen
743 gemessene Grenzen, werden Strafzinsen fällig. Die Einnahmen fließen in die Aufgaben der
744 internationalen Gemeinschaft.

745

746 **Wohlstandmehrung und Nachhaltigkeit in Einklang bringen**

747

748 Als JungsozialistInnen stehen wir zu unserer Überzeugung, dass alles Wirtschaften im Dienste
749 des Menschen stehen muss. Statt der Maximierung von Profitraten und der Generierung von
750 Wirtschaftswachstum um jeden Preis muss deshalb die Erzeugung von Wohlstand Richtschnur
751 unseres ökonomischen Handelns sein. Um die mannigfaltigen menschlichen und
752 gesellschaftlichen Bedürfnisse zum Zweck der Ökonomie zu machen halten wir es für
753 unabdingbar, die Entscheidung über den Einsatz von Produktionsmitteln und Ressourcen unter
754 demokratische Kontrolle zu stellen. Auch unabhängig davon ist es notwendig, die synonyme
755 Verwendung von Wirtschaftswachstum und Wohlstandssteigerung zu durchbrechen und
756 politisches Handeln an einem breiten Set von Wohlstandsindikatoren statt am BIP-Wachstum zu
757 orientieren. Dazu sollen Wohlstandsindikatoren verwendet werden, welche in der Lage sind, die
758 aufgezeigten Wohlstandsdimensionen zu erfassen. Unser Ziel bleibt die gleiche Verteilung
759 gesellschaftlichen und individuellen Wohlstands, sowohl global als auch innerhalb von
760 Gesellschaften.

761

762 Eine Änderung unseres Wirtschaftens ist dringend notwendig. Naiv wäre es zu glauben, wir
763 könnten weiter machen wie bisher. Dies zeigen die bereits überschrittenen Grenzen der
764 Umweltbelastbarkeit unseres Planeten aufs deutlichste. Weiteres Wachstum kann es nur geben,
765 wenn es uns gelingt, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Dafür wollen wir die
766 politischen Rahmenbedingungen schaffen. Um die notwendige Reduktion des absoluten
767 Ressourcenverbrauchs zu realisieren, werden wir zudem Suffizienzmaßnahmen brauchen. Um
768 Wohlstand für Alle zu ermöglichen, ist die Umverteilung des vorhandenen Reichtums weit
769 wichtiger, als die Ausweitung von Produktionskapazitäten. Dennoch werden wir im globalen
770 Maßstab auch weiterhin materielles Wachstum brauchen, um aufholende Entwicklung zu
771 ermöglichen und den steigenden Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung gerecht zu
772 werden. Simple Degrowth-Modelle, die ebenfalls quantitatives (Nicht-)Wachstum zum

773 Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen statt Bedürfnisbefriedigung und
774 Wohlstandsmehrung in den Fokus zu nehmen, sind daher für uns keine substanzielle Antwort
775 auf die globalen Fragen zu Wachstum, Wohlstand und Entwicklung. Kritischer Konsum kann
776 aus unserer Sicht einen Beitrag zur Lösung globaler Nachhaltigkeitsfragen leisten,
777 gesamtgesellschaftliche Antworten und staatliches Handeln sowie internationale
778 Vereinbarungen jedoch nicht ersetzen.

779

780 Aufgrund ihres aktuellen und vergangenen Ressourcenverbrauchs und Schadstoffausstoß
781 tragen die zumeist westlichen Industriestaaten die Hauptverantwortung für die Erreichung der
782 notwendigen globalen Nachhaltigkeitsziele. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN und die
783 Ermöglichung aufholender Entwicklung dürfen deshalb nicht durch Maßnahmen zur Steigerung
784 von Nachhaltigkeit in Fragen gestellt werden. Die Einhaltung entwicklungspolitischer
785 Finanzausgaben und in einem zweiten Schritt der Erhöhung der Budgets für eine nachhaltige
786 Entwicklungspolitik auf Augenhöhe halten wir dazu für ebenso unabdingbar, wie
787 Technologietransfers zur ressourcenschonenden Entwicklung, einen Schuldenschnitt für
788 Entwicklungsländer und die beschriebenen Reformen des Weltwirtschafts- und Finanzsystems,
789 welche eine ausgeglichene globale Machtverteilung und mehr Stabilität gewährleisten
790 müssen.

791

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801

802

803

804

805

806

807

808

809

810

811

812

813

814

815

816

817

818

819

820

821

822

823

824

825

826

827

828

829

830

831

832

833

Titel Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

Antragsteller Projekt Zukunft Europas über den Juso Bundesvorstand

Zur Weiterleitung an

Fairhandel statt Freihandel – Für eine solidarische, gerechte und demokratische Handelspolitik

1 1. Die globalisierte Welt des Freihandels

2

3 Die Welt des 21. Jahrhunderts ist eine Welt der Globalisierung, eine Welt der internationalen
4 Verflechtung und, in Ansätzen, der transnationalen Vergesellschaftung. Dass dabei
5 Globalisierungsprozesse keine bloßen technisch-determinierten – und damit unpolitischen –
6 Fortschreitungen der Geschichte sind, bleibt Ausgangspunkt jedweder Analyse von
7 Globalisierung und kapitalistischer Weltwirtschaft. Alles andere wäre die Verschleierung der
8 Ideologie des transnationalen Kapitals und die Selbstgeißelung unter das Primat einer solchen
9 Ideologie. Im neoliberalen Globalisierungsprogramm und -diskurs nimmt indes das Konzept des
10 „Freihandels“ eine hegemoniale Stellung ein. Freihandel wird hierbei zu einer Doktrin, die
11 Globalisierungsprozesse fokussiert und somit zum Gestaltungsinstrument internationaler
12 Beziehungen wird.

13

14 1.1 Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts

15

16 Der Freihandel als Doktrin – verstanden als Lehre mit allgemeiner Gültigkeit – hat sich fest
17 eingeschrieben in den kapitalistischen Staaten der „westlichen Welt“. Die lange Geschichte des
18 Freihandelskonzepts und das Protegieren dieses durch die Regierungstätigkeiten entwickelt-
19 kapitalistischer Staaten führten in der Folge zu einer scheinbaren alternativlosen Losung für ein
20 größeres Handelsvolumen, für mehr Beschäftigung, höhere Unternehmensgewinne und somit
21 auch für eine Wohlstandssteigerung für alle durch die Ausweitung freien Handels. Dies ist der
22 allgemeine Lehrsatz von Freihandel, der auf Adam Smith zurückgeht und durch die Theorie des
23 komparativen Kostenvorteils von Ricardo erweitert wurde. Zielte die Freihandelsdoktrin in ihren
24 Anfängen insbesondere auf die Abschaffung der tarifären Handelsbeschränkungen, wandelt sie
25 sich in heutigen Zeiten zu einer Waffe im Kampf gegen Regulierungen der Wirtschaft durch
26 demokratische Politik. Sie beabsichtigt insofern den weiteren Steuerungsverlust des Staates
27 gegenüber wirtschaftlichen Entwicklungen, die in der Folge wiederum die Evidenz des Bildes
28 stützen, wonach Globalisierung ein technisch-fortschreitender Prozess sei, der losgelöst von
29 politischen Entscheidungen ist. Die Freihandelsdoktrin des 21. Jahrhunderts kämpft nicht mehr
30 gegen Zölle, sondern gegen demokratisch verfasste Steuerung durch die politische Form der
31 Gesellschaft – den Staat: Der Vorrang des Marktes, als besten und effizientesten Regulatoren,
32 trägt dabei die Überzeugung der FreihandelsbefürworterInnen.

33

34 Durch die Einbindung relevanter AkteurInnen außerhalb der transnationalen Kapitalfraktion über
35 die Zusicherung von mehr Wohlstand für alle, konnte die Freihandelsdoktrin eine hegemoniale
36 Stellung einnehmen. Zwar zeigt sich in den aktuellen Debatten über die Freihandelspolitik der
37 EU, dass die Hegemonie des Freihandelskonzepts zu bröckeln beginnt – so äußern u. a. die
38 Gewerkschaften zunehmend Kritik am Freihandelskurs –, ein solcher Wandel in der Mehrheit
39 innerhalb der politischen Institutionen bisher allerdings noch nicht vollzogen ist. Bei genauerer
40 Betrachtung mutet es zudem irritierend an, dass die Versprechung der Wohlfahrtssteigerung
41 durch Freihandel ein logischer Schluss sei. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Freihandel
42 immer dann zu einem Ziel erhoben wurde, wenn es um die Öffnung neuer Räume für die
43 Kapitalakkumulation ging. Die „heimischen Märkte“ hingegen betraf dies nur randständig oder

44 im positiven Sinne. Die westlichen Industrieländer bildeten in einem Zeitalter des
45 Protektionismus im Inneren ihre wirtschaftliche Stärke aus, nicht unter den Bedingungen des
46 Freihandels. Freihandel wurde somit zu einem Zeitpunkt zu einem Konzept der Marktöffnung,
47 an dem die inländische Industrie die Konkurrenz des Weltmarktes nicht mehr scheuen brauchte.
48 Eine solche Liberalisierungsagenda trug dazu bei, dass asymmetrische Handelsströme und -
49 beziehungen entstanden, die sich bis heute fortsetzen.

50

51 Das Aufkrotzen von Freihandel oblag dabei – nach dem Ende des Systemwettbewerbs –
52 der ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation. Ihr wurde die Neuordnung der
53 Handelsbeziehungen – unter dem Primat des Freihandels – in das Stammbuch geschrieben.
54 Die WTO hatte die Aufgabe, die so genannten Länder des „Staatssozialismus“ in den 90er
55 Jahren in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft zu integrieren und nebenbei auch die
56 Abhängigkeitsbeziehungen mit den zu entwickelnden Staaten der südlichen Welthälfte zu
57 reproduzieren. Gelang es der WTO am Anfang recht gut, die neoliberale Ideologie in Form der
58 Freihandelsdoktrin und ihrer Gehilfen des Regulationsrückbaus und der Schwächung
59 demokratischer Politik umzusetzen, ist die Strategie der Durchsetzung solcher Interessenslagen
60 über eine internationale Agentur mittlerweile als gescheitert erklärt. Die immer noch anhaltende
61 „Doha-Runde“, also die geplante nächste Stufe von Handelsliberalisierungen im Rahmen der
62 WTO, die 2001 begonnen hat und eigentlich 2005 abgeschlossen sein sollte, verdeutlicht, dass
63 der multilaterale Ansatz zur Durchsetzung der Freihandelsdoktrin vorerst gescheitert ist. Der
64 Widerstand, der sich gegen die WTO-Mechanismen artikuliert, erforderte eine neue Taktik der
65 Freihandels-IdeologInnen, mit denen wir uns heute in Form von bi- und plurilateralen
66 Verhandlungen über Freihandelsabkommen konfrontiert sehen. Hierbei spielt insbesondere die
67 Europäische Union eine herausragende Rolle.

68

69 **1.2 Die Europäische Union in der globalisierten Handelswelt**

70

71 Die Europäische Union ist in der globalisierten Welt selber zu einem Global Player geworden,
72 zu einer Anwältin und einem Zentrum der Freihandelsdoktrin. Dabei verortet sich die
73 Europäische Union, die mit dem Lissabon-Vertrag die alleinige Zuständigkeit für die
74 Gemeinsame Handelspolitik inne hat, in einer neoliberalen Ideologie, deren Handschrift u. a. die
75 Leitbilder von „Global Europe“ und „Europe 2020“ prägen. Demnach solle die Europäische
76 Union zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt werden, wie es in der Wachstumsstrategie
77 Europe 2020, der Nachfolgerin der Lissabon-Strategie, heißt. Hierdurch werden
78 innereuropäische Reform- und Restrukturierungsprozesse fokussiert, die mit tradierten
79 Errungenschaften der europäischen Wohlfahrtsstaaten brechen. Die im Inneren wirkenden
80 strategischen Neuausrichtungen werden nach außen durch flankierende Handelsstrategien
81 begleitet. Mit der Global Europe-Agenda von 2006 verabschiedete sich die EU dabei vom
82 multilateralen Liberalisierungsparadigma und fokussierte eine aktivistische Handelspolitik in
83 Form von bi- und plurilateralen Handelsabkommen. Der so vollzogene „Realismus“-Schwenk
84 umfasste dabei auch grundlegende Zielrichtungen bspw. im Bereich der
85 Entwicklungszusammenarbeit. So richtete sich der neue handelspolitische Ansatz der EU
86 insbesondere auch auf die Länder der kapitalistischen Peripherie. Eine Reihe von EPAs
87 (Economic Partnership Agreements) wurden mit AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) verhandelt
88 und abgeschlossen – unter massiven Druck der Europäischen Union. Die
89 entwicklungspolitische Ausrichtung der EU wird in Form der EPAs dem handelspolitischen
90 Interessen untergeordnet. Ungerechte Asymmetrien in den Handelsbeziehungen werden durch
91 die EPAs somit nicht beseitigt, sondern reproduziert und verfestigt. Dabei sind die AKP-
92 Abkommen, in Teilen, inhaltliches Vorbild für die Freihandelsverhandlungen, die sich derzeit
93 zwischen den entwickeltsten Ländern abspielen, wenn wir u. a. an Investitionsschutzregeln
94 denken. Dabei ziehen EPAs, TTIP & CETA durchaus an einem Strang: Die Festschreibung der
95 Dominanz des transnationalen Kapitals in den nördlichen Industriezentren gegenüber der
96 Peripherie auf der einen, wie die Restrukturierung politischer Regulationsoptionen im Inneren
97 und im internationalen Maßstab auf der anderen Seite. Im Namen des Freihandels findet
98 entsprechend eine neoliberale Umstrukturierung gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse
99 innerhalb der Europäischen Union statt, denen massive Kritik entgegengehalten werden muss.

100

101 **2. Unsere Antwort ist Fairhandel statt Freihandel**

102

103 Für uns JungsozialistInnen ist nicht der Handel zwischen Volkswirtschaften und Gesellschaften
104 der Ausgangspunkt von Kritik, sondern die Ausrichtung des derzeitigen Handelsregimes an den

105 Prämissen einer scheinbar alternativlosen Freihandelsdoktrin im Zeichen des Neoliberalismus.
106 Einer pseudo-unpolitischen Lesart von Globalisierungsprozessen verweigern wir uns. Wir sind
107 davon überzeugt, dass eine andere Welt- und Handelsordnung möglich ist, die sich an anderen
108 als den derzeit dominanten Prämissen orientiert und politisch erkämpft werden kann. Für uns
109 gestaltet sich eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und
110 Demokratie! Wir stehen für ein Konzept des Fairhandels, nicht des Freihandels.

111

112 **2.1 Für eine solidarische Handelspolitik**

113

114 Der Freihandelsdoktrin stellen wir eine faire und solidarische Handelspolitik gegenüber, die
115 Gesellschaften und Volkswirtschaften dazu befähigen soll, gleichberechtigten und solidarischen
116 Handel auf Augenhöhe zu betreiben. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf dem Verhältnis
117 zwischen Nord und Süd, entwickelten und der weniger entwickelten Ländern, zumal heute
118 immer noch annähernd 80% des gesamten Handelsvolumens innerhalb des Dreiecks Europa,
119 Nordamerika und der Asien-Pazifik-Region generiert wird.

120

121 Fairhandel hat für uns auch eine außen- und entwicklungspolitische Dimension. Daher müssen
122 wir die Handelsmechanismen grundsätzlich ändern, weg von einer kapitalistisch-
123 wirtschaftsorientierten Denkweise. Handel verstehen wir als Teil der
124 Entwicklungszusammenarbeit, als einen Transfer von demokratischen Strukturen. Dabei sind
125 Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu verorten. Diese kulturell-politische Dimension
126 von Handel ist zu stärken. Für einen fairen handelspolitischen Umgang mit den Ländern des
127 globalen Südens, beispielsweise der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), müssen wir bspw. die
128 von der Europäischen Union verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) auf den
129 Prüfstand stellen. Bei allen zukünftigen handelspolitischen Initiativen müssen zudem die von
130 den Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable
131 Development Goals, SDGs) Berücksichtigung finden. Sie bilden die Grundlage, um die
132 Asymmetrien im internationalen Handel nachhaltig zu überwinden.

133

134 Wir forcieren den Abbau des asymmetrischen Handelsregimes und besonders die damit
135 verbundene Nord-Süd-Problematik. Wir wollen weg von einem Wettbewerb der Regionen,
136 stattdessen streben wir eine solidarische Verteilung des Wohlstandes an. Wir müssen ungleiche
137 Bedingungen abbauen, die das asymmetrische Handelsregime weiter bedingen. So sind
138 beispielsweise Subventionen oder Schutzzölle in der europäischen Landwirtschaft zu nennen.
139 Andererseits müssen weniger entwickelte Länder die Möglichkeit bekommen, durch Zollschutz
140 von neuen Industrien oder Industriezweigen der Spezialisierungsfalle zu entkommen. Der
141 Abbau der Asymmetrien bedeutet auch, dass Handel ausbeutungsfrei geschieht und soziale
142 Belange von ArbeitnehmerInnen nicht nur im eigenen Land eine Rolle bei der Verhandlung von
143 ökonomischen Partnerschaften spielen müssen. Auch ökologische Belange müssen in diese
144 Gleichung mit aufgenommen werden und nachhaltige Konzepte in ökologischer und
145 ökonomischer Hinsicht entwickelt werden. Auch hier können die SDGs herangezogen werden.

146

147 In Bezug auf ArbeitnehmerInnenrechte und ökologischen Fragen muss zudem das Thema
148 „Fairtrade“ kritisch hinterfragt werden. Die Verbraucherzentrale Hamburg hatte bspw. 2013 32
149 fair gehandelte Produkte getestet – und die Hälfte der Marken durchfallen lassen
150 beziehungsweise als "intransparent" bewertet. Fairhandel ist deshalb nicht gleichzusetzen mit
151 dem Konzept und dem Label „Fairtrade“. Bei unserem ganzheitlichen Fairhandelskonzept geht
152 es um mehr, als um eine bloße Etikettierung von Waren und dem Erkaufen eines „reinen
153 Gewissens“ durch „Fairtrade“-Produkten („Fair-Washing“).

154

155 Diese solidarische Handelspolitik soll endlich zu einer Arbeit auf Augenhöhe zwischen den
156 Ländern und zu einer wahren win-win-Situation für alle PartnerInnen führen.

157

158 **2.2 Für eine gerechte Handelspolitik**

159

160 Die bisherige Handelspolitik reproduziert nicht nur zwischenstaatliche Ungleichheit sondern
161 ebenfalls gesellschaftliche Ungleichheiten im Inneren der HandelspartnerInnen. Eine gerechte
162 Handelspolitik muss solche gesellschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen und der
163 Reproduktion von Ungleichheit entgegenwirken. Es bedarf eines umfassenden
164 Handelskonzeptes, das sowohl ökologische als auch entwicklungspolitische Standards
165 festschreibt und klare Ziele formuliert. Denn eine faire und gerechte Handelspolitik, die ihren

166 Namen verdient, muss in der Lage sein die Situation einzelner gesellschaftlicher Gruppen
167 mitzudenken. Dafür müssen folgende Ansätze Kern eines handels- und entwicklungspolitischen
168 Gesamtkonzeptes darstellen:

169

170 a) Sozialverträgliche Handelspolitik

171

172 Eine gerechte Handelspolitik muss die Rechte der arbeitnehmenden Bevölkerung schützen und
173 ausbauen. Dabei müssen die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organization)
174 die Mindestgrundlage für internationale Zusammenarbeit darstellen. Die Handelspolitik kann an
175 dieser Stelle dazu genutzt werden, breite Mitbestimmungsrechte der ArbeitnehmerInnen sowohl
176 in andere industrialisierte Staaten als auch in die kapitalistische Peripherie zu verbreiten.

177

178 Aufgrund der internationalen Freihandelsdoktrin ist die innerstaatliche Spezialisierung und
179 Liberalisierung in vielen Teilen der Welt befördert worden. Diese Entwicklungen führten
180 zunehmend zu sozialpolitischen Einschränkungen, wie der Privatisierung von öffentlicher
181 Infrastruktur und der Einschränkung beziehungsweise der Aushebelung von
182 ArbeitnehmerInnenrechten. Diese Entwicklung trifft dabei insbesondere diejenigen, die bereits in
183 Armut leben oder von dieser akut bedroht sind. Das Profitmaximierungsvorhaben der globalen
184 Weltwirtschaft darf nicht länger auf dem Rücken dieser Bevölkerungsgruppen ausgetragen
185 werden. Vielmehr sind Anreizmodelle (z. B. in Form von Einfuhrerleichterungen) zu
186 implementieren, um internationale ArbeitnehmerInnenstandards zu verwirklichen. Dabei gilt es
187 zu fragen, an welchen Stellen ein freier Warenaustausch bedeutsamen Wirtschaftszweigen
188 innerhalb eines Landes schadet und welche Möglichkeiten es gibt, notwendige
189 Transformationsprozesse sozialverträglich zu gestalten. Solche Fragen müssen im Rahmen
190 einer auf sozialpolitische Aspekte fokussierten Zusammenarbeit zwischen den Handel
191 treibenden Ländern erörtert werden, denn der entwicklungspolitische Aspekt muss innerhalb
192 dieses Konzepts zentraler Bestandteil fairer Handelspolitik sein.

193 Darüber hinaus müssen Güter wie Wasser, Strom, Telekom, Personennah- und Fernverkehr,
194 Gesundheitsleistungen etc. für alle Menschen erschwinglich und zuverlässig bereitgestellt
195 werden. Dies muss regional von der öffentlichen Hand im Rahmen einer umfassenden
196 öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Deshalb sehen wir es als nicht sinnvoll an,
197 diese Güter per globaler Ausschreibung an den/die günstigste/n private/n AnbieterIn zu
198 vergeben. Gerechter Handel muss diese Grundannahme akzeptieren und die öffentliche
199 Daseinsvorsorge mindestens unangetastet lassen. Das Ziel sollte aber auch hier die Einführung
200 positiver Standards sein.

201

202 b) Feministische Handelspolitik

203

204 Es bedarf endlich einer Handels- und Entwicklungspolitik, die Aspekte der
205 Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt. Die handelspolitischen Programme müssen ihre
206 Ignoranz gegenüber Gender Aspekten überwinden und diese zum zentralen Prüfstein aller
207 Entscheidungen machen.

208

209 Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahre hat aufgrund von Spezialisierungsprozessen
210 Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitssituationen befördert. Dabei sind Frauen im besonderen
211 Maße von diesem Entwicklungstrend betroffen. Obwohl Frauen einen Großteil der weltweiten
212 Arbeit, in erster Linie in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion verrichten, sind
213 Armutsverhältnisse bei ihnen weltweit sehr viel verbreiteter als bei Männern. Um dieser
214 Situation entgegenzuwirken muss die Gleichstellung der Geschlechter zentraler Bestandteil der
215 handelspolitischen Ziele werden.

216

217 Darüber hinaus sind Privatisierungen ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Handelspolitik.
218 Die Liberalisierungs-Agenda, getrieben durch die WTO, offerierte der internationalen Wirtschaft
219 neue Absatzmärkte. Um eine faire und gleichstellungspolitische Handels- und
220 Entwicklungspolitik zu gestalten, ist es essenziell die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur,
221 insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu befördern. Insbesondere bei der
222 Privatisierung medizinischer Versorgung wären vor allem Frauen wesentlich betroffen.

223

224 c) Ökologisch-nachhaltige Handelspolitik

225

226 Zu lange haben die weltweiten Handelsbeziehungen internationale Nachhaltigkeits- und

227 Umweltziele konterkariert. Der zunehmende Welthandel führte zu erheblichen Mehrbelastungen
228 von Umwelt und Klima. Bereits 1992 wurde auf der Klimakonferenz in Rio de Janeiro
229 ökologische Nachhaltigkeit als eine der bedeutsamsten Zukunftsaufgaben formuliert und
230 konkrete Ziele benannt. Die Geschichte nahm aber bekanntlich einen anderen Verlauf. Noch
231 heute finden Nachhaltigkeitsaspekte auf dem globalen Markt kaum Beachtung. Bereits jetzt
232 sieht man erste Auswirkungen verfehlter Politik. Insbesondere die weniger industriell
233 entwickelten Länder leiden unter den Folgen einer weltweiten Ignoranz. Wetterextreme wie
234 Dürren bedrohen das Leben tausender Menschen.

235

236 Handel kann nur als fair gelten, wenn er die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt
237 berücksichtigt. Wir wollen, dass eine ökologisch-nachhaltige Vorgehensweise Leitlinie
238 internationaler Politik wird. Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaziele dürfen einem neoliberalen
239 Handelsparadigma nicht zum Opfer fallen. Dafür müssen konkretere Maßstäbe formuliert und
240 konsequent umgesetzt werden. Handelsvereinbarungen müssen auf ihre möglichen
241 Auswirkungen auf Mensch und Umwelt überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Nur
242 eine solche Politik kann sicherstellen, dass auch zukünftiger fairer Handel gesichert werden
243 kann.

244

245 d) Friedensorientierte Handelspolitik

246

247 Indem wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten von Staaten geschaffen werden, dient
248 sozialistische Handelspolitik als Instrument dauerhafter Friedenssicherung. Wir wollen
249 stattdessen eine Handelspolitik, die nicht kriegerische Konflikte zur Befriedigung von
250 Handelsinteressen in Kauf nimmt, sondern die Schaffung und Sicherung von Frieden als
251 explizite Zielgröße aufnimmt, die Konkurrenzinteressen überzuordnen ist.

252

253 **2.3 Für eine demokratische Handelspolitik**

254

255 Ausgangspunkt für eine demokratische Handelspolitik ist eine demokratische
256 Handelsarchitektur. Der Ansatz des Multilateralismus muss dabei im Zentrum einer solchen
257 Architektur stehen, denn nur wenn möglichst viele an der Gestaltung von Handelspolitik beteiligt
258 sind, kann den Grundsätzen der Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie ausreichend
259 Rechnung getragen werden. Zur Koordination und Demokratisierung der Handelspolitik bedarf
260 es einer internationalen Agentur für Handelsfragen, die anders als die WTO von den bisherigen
261 Prämissen der fortschreitenden Liberalisierungs- und Freihandelsagenda befreit werden muss.
262 Eine solche Handelsagentur sollte den Vereinten Nationen angegliedert sein, um dem
263 demokratischen Anspruch in Ansätzen gerecht zu werden. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg
264 sollte im Rahmen der UN eine eigenständige Organisation zur Regelung des globalen Handels
265 geschaffen werden. Die fertig entworfene International Trade Organisation ITO hätte klassische
266 UN-Ziele wie Entwicklung und Menschenrechte verfolgen und sogar Rohstoffpreise festlegen
267 dürfen. Gründe genug für ein Veto der USA: aus der ITO wurde nichts. Erst 1964 entstand auf
268 Drängen der armen Länder ein Teilersatz: Die UNCTAD (United Nations Conference on Trade
269 and Development) wurde als ständiges Organ der Generalversammlung der UN eingerichtet,
270 um den Süden besser gegen den übermächtigen Norden auf dem globalen Politikparkett zu
271 positionieren. Aber der Norden schloß nicht: Getrieben von Konzerninteressen setzten vor allem
272 die USA und die EU die Gründung einer Handelsorganisation außerhalb der UN durch, die sich
273 ausschließlich dem Ziel des Freihandels widmet, die WTO. Die UNCTAD gilt als Forum des
274 Südens, die WTO als Rammbock des Nordens, Erstere verfolgt einen umfassenden
275 Entwicklungsansatz, Letztere schwört auf Freihandel pur. Die UNCTAD muss die WTO ablösen,
276 zu einer vollwertigen UN-Organisation aufsteigen und gegenüber Weltbank, Währungsfonds
277 und den nationalen Regierungen aufgewertet werden. Eine gestärkte und erneuerte UNCTAD
278 könnte so Menschheitsziele wie Armutsbinderung, nachhaltige Entwicklung, Verwirklichung der
279 Menschenrechte und kulturelle Vielfalt in einem integrierten Ansatz verfolgen und globalen
280 Handel und Investitionen nur als Instrumente zur Erreichung dieser übergeordneten Ziele
281 nützen – anstatt sie zum Selbstzweck zu überhöhen wie die WTO. Wir sind uns bewusst, dass
282 Demokratie auf internationaler Ebene derzeit fast ausschließlich in Form intergouvernementaler
283 Zusammenarbeit gestaltet ist, auch in der UN. Langfristig sind die Vereinten Nationen und die
284 ihr angeschlossenen Agenturen, Institutionen und Foren allerdings einer weiteren
285 Demokratisierung zu unterziehen. Hierunter verstehen wir, dass nicht nur
286 RegierungsvertreterInnen in den Aushandlungsprozessen eingebunden sind, sondern auch die
287 ParlamentarierInnen aus den Mitgliedsländern einen größeren Einfluss auf die Arenen und die

288 Verhandlungsprozesse internationaler Politikgestaltung nehmen müssen.

289

290 Wie bereits angedeutet, muss eine neue Handelsagentur von dem neoliberalen Ballast befreit
291 werden, der die WTO durchdringt. In der derzeitigen Handelsarchitektur sind keine Alternativen
292 zur Freihandelsdoktrin und dem Liberalisierungsparadigma denkbar, da diese fest
293 eingeschrieben sind in die Statuen der Welthandelsorganisation und ihren politischen Leitlinien
294 und Mechanismen. Wollen wir ein demokratisches Handelsregime aufbauen, braucht es hierfür
295 ein Forum, bei dem keine inhaltlichen Vorfestlegungen die Diskussion über Handelspolitik
296 determinieren. Hierbei ist uns wichtig, dass Fairhandel, anders als Freihandel, auch heißt, dass
297 das Primat der Wirtschaft gebrochen wird und die internationalen Handelsbeziehungen wieder
298 stärker unter politischen Prämissen diskutiert werden. Handel hat dabei eine höchst politische
299 Funktion, trägt er doch dazu bei, dass Abhängigkeiten und kapitalistische Akkumulationsregime
300 reproduziert werden. Wie bereits in den vorangestellten Abschnitten aufgezeigt, sind dem
301 Handel immer auch Fragen der Solidarität und Gerechtigkeit impliziert, die es zu diskutieren gilt
302 und auf die politische Antworten gegeben werden müssen. Dies möchten wir an zwei Beispielen
303 deutlich machen: Zum einen ist die Integration von zu entwickelnden Staaten des globalen
304 Südens in die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit nicht über ein reines
305 Liberalisierungsprogramm möglich, will man entwicklungspolitische Ziele nicht vollkommen
306 außer Acht lassen. In den einleitenden Analysen haben wir hierauf bereits hingewiesen. Die
307 Europäische Union fokussiert einen solchen kombinierten entwicklungs- und handelspolitischen
308 Ansatz, der sich allerdings an reinen wirtschaftlichen Interessenlagen orientiert und damit die
309 entwicklungspolitischen den handelspolitischen Zielen unterordnet. Dies gilt es zu ändern. Ein
310 anderes Beispiel sind Streitbeilegungs- bzw. Schlichtungsverfahren im Zusammenhang mit
311 Investitionsschutzregeln. Sie werden dazu genutzt, um den Vorrang von Kapitalinteressen vor
312 das Gemeinwohl zu manifestieren und höhlen somit Errungenschaften der Rechtsstaatlichkeit
313 auf innerstaatlicher Ebene aus. In einer demokratischen Handelsarchitektur braucht es zwar
314 eine an rechtsstaatlichen Standards strukturierte Instanz, die demokratisch legitimiert ist und in
315 der über Streitigkeiten in Handelsfragen entschieden werden kann, deren
316 Entscheidungskriterien allerdings nicht einseitig privilegieren dürfen. Für die
317 FreihandelsideologInnen stellt die Schaffung von weitreichenden
318 Investitionsschutzvereinbarungen eine exklusive Möglichkeit dar, das unternehmerische Risiko
319 so weit wie möglich zu minimieren und somit Renditeansprüche zu verbiefen. Mit einer solchen
320 Strategie wird sogar mit Prinzipien der Marktwirtschaft gebrochen. Der kapitalistische
321 Akkumulationsprozess wird so auf eine neue Stufe erhoben. Staaten werden dazu verpflichtet,
322 Interessenlagen des transnationalen Kapitals in ihren politischen Entscheidungen zu
323 berücksichtigen, um nicht verklagt zu werden. Mit Engels gesprochen, nimmt so der
324 kapitalistische Staat noch stärker die Form eines ideellen Gesamtkapitalisten ein, mit der Folge,
325 dass hierdurch die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter in Richtung der
326 KapitaleignerInnen verschoben werden.

327

328 Demokratische Handelspolitik bedeutet zudem eine Abkehr vom Ansatz der negativen und
329 flachen Methode der Integration in den Weltmarkt. Wir halten einen solchen neoliberalen Ansatz
330 für höchst undemokratisch. Ein Handelsregime, welches sich einer demokratischen Steuerung
331 unterzieht, bedarf explizit auch regulatorischer und damit positiver Integrationsansätze. Dies ist
332 die Konsequenz aus der Forderung nach der stärkeren Thematisierung der politischen Aspekte
333 internationalen Handels. Stellt man die Vorstellung in den Mittelpunkt, dass
334 Handelsbeziehungen zu einer zunehmenden transnationalen Vergesellschaftung führen – also
335 zu einem Zusammenwachsen der verschiedenen Regionen der Erde unter dem Leitbild der
336 Weltgemeinschaft – befeuert der reine Marktansatz, also die Ideologie des Überlebens des
337 Stärkeren, das genaue Gegenteil. Einem ungezügelter Weltmarkt ist in diesem Sinne unser
338 Leitbild einer politisch und demokratisch gestalteten Globalisierung entgegen zu halten, unter
339 der wir auch unsere Vorstellungen des Fairhandels fassen.

340

341 **3. Europa als Vorbild – eine neue Handelspolitik für die Europäische Union**

342

343 Wir wollen mit dem wirtschaftlichen Primat in der Handelspolitik brechen. Für uns gestaltet sich
344 eine progressive Handelspolitik im Rahmen von Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie.
345 Fairhandel heißt für uns deshalb, dass ein internationales Handelsregime nur dann legitim sein
346 kann, wenn es sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert. Der
347 bisherige handelspolitische Diskurs ist durch eine rein technisch-undemokratische
348 Fortschreitungslogik strukturiert. Mit unseren Ausführungen wollen wir deutlich machen, dass

349 dies mitnichten angebracht ist. Es braucht die Rückführung politischer Fragestellungen in die
350 Arenen der internationalen Politikgestaltung, will man mit der neoliberalen Logik brechen. Hier
351 kann die Europäische Union vorangehen und zu einem Vorbild werden. Wir wollen, dass sich
352 die Handelspolitik der EU an Prämissen des Fairhandels orientiert und sich somit aus den
353 Fängen des neoliberalen Globalisierungsprogrammes löst. Hierzu fordern wir,

354

355 · dass unsere Idee von Fairhandel mit seinen starken außen- und entwicklungspolitischen
356 Komponenten Auswirkungen auf die Struktur und Inhalte bestehender Handelsabkommen der
357 Europäischen Union haben muss. So müssen bestehende Handelsabkommen überdacht
358 werden und in eine neue internationale handelspolitische Struktur überführt werden. Bei
359 jeglicher entwicklungspolitischer Initiative soll nicht die Generaldirektion TRADE die
360 Verhandlungen der EU-Kommission führen, sondern die Generaldirektion für Entwicklungspolitik
361 (DEVCO). Hierbei haben die SDGs Vorrang vor reinen wirtschaftspolitischen Erwägungen.
362 Hierdurch soll das asymmetrische Handelsregime eingedämmt werden. Die bisherigen EPAs
363 werden den Grundsätzen von Fairhandel nicht gerecht. Gerade im Bereich der europäischen
364 Agrarpolitik hätte die Europäische Union die Möglichkeit, entwicklungs- und handelspolitisch
365 neue Weichen zu stellen. Beispielsweise könnte durch Ausfuhrbeschränkungen von hoch-
366 subventionierten Agrarprodukten oder im besten Falle die Streichung solcher Subventionen ein
367 Beitrag zur Stärkung der Unabhängigkeit des Agrarsektors im globalen Süden geleistet werden.

368

369 · dass die Europäische Union sich für eine wertgebundene Handelspolitik auf
370 internationaler Ebene einsetzt. Menschenrechte, ArbeitnehmerInnenrechte, gender- und
371 umweltpolitische Aspekte müssen dabei die Leitlinien europäischen Handels sein. Die EU muss
372 hierzu die Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte nach Außen sowie nach Innen konsequent
373 vertreten. Konkret sollten diese Rechte als Voraussetzung für das Aufnehmen von
374 Handelsbeziehungen verstanden werden. Alternativ können auch im ersten Schritt zunächst
375 Anreizmodelle für kooperative HandelspartnerInnen entwickelt werden. Handelsvereinbarungen
376 sollten gemeinsam evaluiert und auf soziale und ökologische Auswirkungen überprüft werden.
377 Die Kernarbeitsnormen der ILO müssen eingefordert und die Privatisierung öffentlicher
378 Infrastruktur prinzipiell ausgeschlossen werden. An dieser Stelle ist eine enge Zusammenarbeit
379 und Beratung mit unterschiedlichen SozialpartnerInnen und Organisationen sinnvoll. Darüber
380 hinaus müssen die Auswirkungen auf gleichstellungspolitische Aspekte eine nachdrücklichere
381 Berücksichtigung finden. Durch die Einrichtung von verantwortlichen Foren soll Gender-
382 Mainstreaming konsequent verfolgt werden. Weiterhin müssen bindende Umwelt- und
383 Nachhaltigkeitskonzepte entwickelt und international verbreitet werden.

384

385 · dass die Europäische Union ihre Grundsatzdokumente zur Wirtschafts- und
386 Handelspolitik überarbeitet. Die Konzeptualisierung europäischer Handelspolitik im Rahmen der
387 Europe 2020- und der Globale Europe-Strategie widersprechen den Grundüberlegungen eines
388 solidarischen, gerechten und demokratischen Fairhandels. Die neoliberale Durchdringung der
389 geltenden europäischen Strategien führt in der Folge dazu, dass die Europäische Union zu
390 einer maßgeblichen Akteurin und Anwältin der Freihandelsdoktrin und des
391 Liberalisierungsparadigmas wurde. Auch die Fokussierung auf bi- und plurilaterale
392 Handelsabkommen führt zur weiteren Verschärfung von globaler Ungleichheit. Die Europäische
393 Union muss ihre Handelspolitik unter den Prämissen eines demokratischen Handelsregimes
394 neu definieren und zu einer Anwältin eines anderen Ansatzes in der internationalen
395 Handelspolitik werden. Die Europäische Union kann einen solchen Ansatz glaubwürdig
396 vertreten, da ihre eigene Geschichte nicht nur durch negative Integration geprägt ist, sondern
397 sich im europäischen Integrationsprozess eine Reihe von Regulationsinstanzen ausbilden
398 konnten, die einen Vorbildcharakter auch für Vergesellschaftungen im globalen Maßstab haben
399 können, auch wenn durch die strategischen Ansätze der letzten Jahre/Jahrzehnte die
400 innereuropäische Integrationsweise eine neoliberale Restrukturierung erfahren hat. Ein
401 Umdenken in den Außenhandelsbeziehungen muss entsprechend folgerichtig auch mit einem
402 Umdenken in den Innenbeziehungen innerhalb der EU und dem innereuropäischen
403 Regulationsansatz einhergehen. Das wirtschaftliche Gewicht der Europäischen Union ist in
404 einem solchen Sinne für eine progressive Handelspolitik fruchtbar zu machen. Es wäre daher
405 ebenso folgerichtig, dass die Europäische Union den multilateralen Politikansatzes wieder
406 präferiert. Die Verhandlungen im Rahmen von TTIP und CETA sollen – insbesondere unter den
407 gegebenen Verhandlungsmandaten - nicht weiter verfolgt werden.

408

409 Die Europäische Union hat die Möglichkeit, einen anderen handelspolitischen Ansatz in den

410 internationalen politischen Diskurs einzubringen und eine Alternative zur neoliberalen
411 Freihandelsdoktrin zu etablieren. Für ein solches Umdenken kämpfen wir als
412 JungsozialistInnen, zumal trotz der multiplen Krisenerscheinungen des globalen Kapitalismus
413 die neoliberale Restrukturierungsmaschinerie unaufhörlich weiter voranschreitet – zwar mit
414 weniger Rückhalt, dafür aber umso bestimmter. Die Euro-Krise hat dies noch einmal
415 eindrucksvoll unterstrichen. Gerade im Bereich der Handelspolitik führte diese zu einem noch
416 aggressiveren Schwenk auf eine aktionistische Freihandelspolitik im Zeichen des
417 Neoliberalismus. Wir müssen diese diskursive Formation durchbrechen, indem wir für
418 Alternativen kämpfen.

419

420

421

422

423

424

425

426

427

428

429

430

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

465

466

467

Titel Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche
zwischen Stadt und Land

Antragsteller Weser-Ems

Zur Weiterleitung an

Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land

1 **Moderne Wirtschaftspolitik in der Fläche zwischen Stadt und Land**

2

3 Moderne Wirtschaftspolitik sieht sich immer mehr mit den Herausforderungen sehr
4 unterschiedlicher Strukturbedingungen konfrontiert und muss daher neue Antworten auf
5 wirtschaftspolitische Fragen geben.

6

7 Wirtschaftspolitik stellt die Grundlage für die Existenz unseres Sozialstaates her, denn sie sorgt
8 für Beschäftigung und damit für finanzielle Freiheit und Sicherheit. An den Stellen, an denen
9 sich einseitige Verteilung zeigt, muss der Sozialstaat eingreifen und für eine gerechnete
10 Verteilung innerhalb der Gesellschaft sorgen. Nur so lässt sich dauerhaft der größtmögliche
11 Wohlstand für alle sichern und der Sozialstaat kann seine wirtschaftspolitisch relevanten
12 Aufgaben erfüllen.

13

14 Ohne ein flächendeckendes Bildungssystem, das weniger selektiv, sondern mehr am
15 Gemeinwohl orientiert ist, wird es nicht ausreichend Nachwuchs für eine hochspezialisierte
16 Industrie geben. Ländliche Regionen, die unter Bevölkerungsrückgang leiden, sind hier
17 besonders betroffen. Durch die Förderung von Eliteeinrichtungen und großen Universitäten
18 werden Mittel für kleinere Hochschulen knapper, was unmittelbar sozial benachteiligte
19 Studierende trifft, die zu großer Mobilität oft nicht in der Lage sind.

20

21 Der zu erwartende Produktivitätszuwachs durch die weitere Automatisierung des
22 produzierenden Gewerbes wird den Umbau zu einer Dienstleistungsgesellschaft erneut
23 entfachen, sodass mit einer zweiten Welle des Rückgangs von Industriebetrieben gerechnet
24 werden muss. Auch hier sind ländliche Regionen, in denen solche Betriebe oftmals der größte
25 Arbeitgeber sind, besonders hart betroffen. Nur wenn es gelingt Unternehmen entweder zu
26 halten oder eine entsprechende Anzahl kleiner Unternehmen vor Ort neu anzusiedeln, kann
27 diese Entwicklung entschärft werden. Daher sind gezielte Entwicklungskonzepte seitens des
28 Landes für solche Regionen zu erstellen, die auch die negativen Effekte lokal einseitiger
29 Förderung offenlegen.

30

31 Einzig und ein allein mit den entsprechenden Gewerbesteuererinnahmen lassen sich die
32 notwendigen Investitionen nicht realisieren. Zudem werden bei der Übertragung immer
33 größerer Haushaltsposten von Landesebene und Bundesebene zur kommunalen Ebene diese
34 negativen Aspekte verstärkt. Die notwendigen Investitionen in Infrastruktur sind daher auch
35 unterstützend über Entwicklungsprogramme abzusichern, sodass gute Standortbedingungen
36 nicht nur noch in den Ballungsräumen zu finden sind bzw. an den wenigen Großunternehmen
37 vor Ort hängen. Regionen mit hohen Gewerbesteuererinnahmen zahlen einen Teil dieser in
38 einen Solidaritätstopf ein, sofern sie diese Gelder nicht zur gezielten Förderung ihres Umlandes
39 einsetzen. Diese Einnahmen bilden die Grundlage für Förderprogramme, auf die sich innovative
40 Gemeinden, die eine bestimmte Volumengrenze nicht überschreiten, bewerben können.

41

42 All diese Maßnahmen stehen nicht im Gegensatz zu einer Förderung der Großstädte und
43 Ballungsräume sondern sind auch als eine solche zu verstehen. Die städtische Entwicklung

44 profitiert von einer besseren Entwicklung des Umlandes im Handel, den Dienstleistungen und
45 der Gastronomie. Intensiv genutzte kommunale Einrichtungen werden entlastet, was den
46 unmittelbaren Finanzierungsaufwand für die Kommunen bzw. deren Träger verringert und die
47 Versorgungsbedingungen stabilisiert.

48

49 Hierfür müssen Einwohnergrenzen gesenkt werden, für die kommunale Einrichtungen erhalten
50 werden. Nur so kann eine angemessene Versorgung zu einem bezahlbaren Preis gesichert
51 werden, wenn die Verarmung ganzer Landstriche abgewendet werden soll. In Zeiten, in denen
52 Investitionen nur noch mit erheblicher Subventionierung in wirtschaftlich schwächeren Regionen
53 gehalten werden können, setzen wir verstärkt auf genossenschaftliche Strukturen, um
54 notwendiges Kapital zu generieren.

55

56 Dies stellt zudem eine bedarfsgerechte Verwendung der Gelder sicher, weil in demokratischen
57 Strukturen auch die gesellschaftlichen Gruppen Mitspracherecht bekommen, die sonst von
58 Kapitalinteressen benachteiligt werden. Die Gründung solcher Genossenschaften sollte von
59 neu zu schaffenden regionalen Beratungsstellen unterstützt werden. Weitere Aufgabe dieser
60 Stelle kann die gezielte Förderung des selbstständigen Handwerks sein, das eine wichtige
61 Säule der ländlichen Wirtschaft stellt.

62

63 Gut gebildete Fachkräfte bleiben nur unter attraktiven Lebensbedingungen in der Region. Wir
64 stellen uns daher klar gegen spekulative Immobiliengeschäfte und wollen mit der Förderung von
65 preisgünstigem Wohnraum bereits früh den Verbleib gut ausgebildeter junger Menschen
66 sichern.

67

68 Nicht zuletzt müssen wir die Umwelt und die natürlichen Ressourcen als wichtigen
69 Wirtschaftsfaktor ernst nehmen. Durch neue Steuerungsinstrumente bei der Planung und
70 Genehmigung von Ausgleichsflächen können Freizeiträume neu geschaffen, bzw. ausgebaut
71 und erhalten werden. Tourismus und Landwirtschaft können, statt mit gegensätzlicher
72 Zielsetzung, in einem schlüssigen Konzept gemeinsam gedacht, die wirtschaftliche
73 Leistungsfähigkeit auch schwacher Regionen verbessern und sichern.

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Nationalismus ist keine Alternative!

Antragsteller Hannover

Zur Weiterleitung an

Nationalismus ist keine Alternative!

1
2 Während der Juso Bundeskongress in Bremen tagt, findet am 28. und 29. November 2015 in
3 Hannover der Bundesparteitag der selbsternannten Alternative für Deutschland statt.
4
5
6 Die AfD fällt seit ihrer Gründung 2013 durch nationalistische, chauvinistische und xenophobe
7 Äußerungen auf und steht in enger Beziehung zur islamophoben PEGIDA und deren Ablegern.
8 Jene Partei, deren Politik nach dem Absetzen des wirtschaftsliberalen Flügels nur noch von
9 hetzenden RechtspopulistInnen gestaltet wird, hält an diesem Wochenende ihren
10 Bundesparteitag in der niedersächsischen Landeshauptstadt ab.
11
12
13 Im Fokus des Parteitags sollen unter anderem Themen für das Wahlkampfjahr 2016 stehen. Für
14 die Landtagswahlen in Baden- Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen- Anhalt und
15 Mecklenburg- Vorpommern sowie für die Wahl des Abgeordnetenhauses in Berlin und die
16 Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen sind rechtspopulistische Wahlprogramme zu
17 erwarten, die angesichts der aktuellen Fluchtproblematik wohl Ressentiments gegen
18 Geflüchtete schüren und eine unmenschliche und vorurteilsbelastete Asyl- und
19 Einwanderungspolitik fordern werden.
20
21
22 Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sehen in der AfD eine Partei, die diffuse Ängste der
23 Bürgerinnen und Bürger aufgreift und diese nutzt, um ihre chauvinistischen und
24 ausländerInnenfeindlichen Ansichten in der Gesellschaft zu verbreiten. Für uns ist klar, die AfD
25 ist eine Partei, die zu unseren Werten der Toleranz und der kulturellen Vielfalt im absoluten
26 Gegensatz steht. Daher unterstützen wir das Bündnis „Es reicht! Nationalismus ist keine
27 Alternative. Bunt statt braun“, zu welchem sich die Hannoveraner Gesellschaft formiert hat. Das
28 Bündnis wird getragen von vielen hannöverschen und niedersächsischen Organisationen, die
29 der AfD und ihren Mitgliedern zeigen wollen: In Hannover ist kein Platz für rechtspopulistische
30 Hetze! Aus dem ganzen Bundesgebiet werden Antifaschistinnen und Antifaschisten erwartet,
31 um den Protest gegen die AfD zu unterstützen.
32 In einer Pressemitteilung bezeichnet Jens Wilharm, der stellvertretende AfD- Landesvorsitzende
33 aus Niedersachsens, alle Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen den AfD- Parteitag in
34 Hannover stellen als „Antidemokraten“ 1, so auch Hannovers Oberbürgermeister Stefan
35 Schostok, der bereits angekündigt hatte, auf der Kundgebung des Bündnisses sprechen zu
36 wollen. Wilharm wirft ihm und allen anderen Demonstrierenden vor, politisch Andersdenkende
37 zu diskriminieren, ihre Meinung nicht zuzulassen und somit antidemokratische Kultur
38 auszuüben.1
39
40
41 Für uns Jusos aber ist eben dieses Aufstehen gegen den Parteitag der nationalistischen AfD
42 der Ausdruck einer demokratischen Einstellung, die rechte Ideologien verachtet und ihnen
43 entschlossen entgegentritt. Wir sehen es als unsere antifaschistische Pflicht, gegen
44 homophobe, chauvinistische, ausländerInnenfeindliche und islamophobe Weltanschauungen

45 auf die Straße zu gehen. Daher solidarisieren wir uns mit allen Menschen, die an diesem
46 Wochenende der AfD zeigen, dass sie in Hannover und auch nirgendwo anders willkommen
47 ist. Wir unterstützen ausdrücklich den Aufruf des breiten Bündnisses und sind in Gedanken bei
48 unseren Genossinnen und Genossen vor Ort. Wir wünschen allen Menschen vor Ort
49 erfolgreiche Protestveranstaltungen und hoffen, dass sie der AfD an diesem Wochenende so
50 richtig die Laune verderben!

51

52 1[http://www.afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-](http://www.afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-pressemitteilungen-nds/1769-23-11-2015-afd-bundesparteitag-hannover-zeigt-ein-haessliches-gesicht)
53 [pressemitteilungen-nds/1769-23-11-2015-afd-bundesparteitag-hannover-zeigt-ein-haessliches-](http://www.afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-pressemitteilungen-nds/1769-23-11-2015-afd-bundesparteitag-hannover-zeigt-ein-haessliches-gesicht)
54 [gesicht](http://www.afd-niedersachsen.de/index.php/medienspiegel/afd-presse-und-medien/afd-pressemitteilungen-nds/1769-23-11-2015-afd-bundesparteitag-hannover-zeigt-ein-haessliches-gesicht)

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

Titel Jusos: CDU-Bekenntnis zum Grundgesetz
erforderlich. Gegen die CDU-gewollte Integrationspflicht für
Migrantinnen und Migranten

Antragsteller Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

Jusos: CDU-Bekenntnis zum Grundgesetz erforderlich. Gegen
die CDU-gewollte Integrationspflicht für Migrantinnen und
Migranten

- 1
- 2
- 3
- 4 Die Jusos weisen die von der CDU/CSU geforderte, sogenannte Integrationspflicht für
- 5 Migrantinnen und Migranten entschieden zurück. Laut einem Bericht des SPIEGEL verlangt die
- 6 stellvertretende CDU Vorsitzende Julia Klöckner, dass sich Migrantinnen und Migranten zu der
- 7 Gleichberechtigung von Mann und Frau, dem Vorrang der Verfassung vor der Scharia sowie zu
- 8 dem Existenzrecht Israels bekennen. Weiterhin heißt es, dass die Diskriminierung von
- 9 Homosexuellen und Andersgläubigen nicht als Ausdruck von religiöser Vielfalt akzeptiert
- 10 werden darf. Bei Nichteinhaltung sollen laut CDU/CSU Sozialleistungen gekürzt und der
- 11 Aufenthaltsstatus überprüft werden.
- 12
- 13 Die Aufforderung an Migrantinnen und Migranten unter Strafandrohung, sich zu diesen Werten
- 14 zu bekennen, impliziert den Vorwurf und pauschalen Generalverdacht, dass sich Migrantinnen
- 15 und Migranten diesen Werten, anders als Deutsche, nicht verpflichtet fühlen. Es entbehrt nicht
- 16 einer gewissen Ironie, dass sich ausgerechnet die CDU/CSU nun zur Vorkämpferin für
- 17 Gleichberechtigung und sexuelle Vielfalt stilisieren möchte und dies tut, indem sie erneut
- 18 pauschal gegen Menschen mit Migrationshintergrund agitiert und diese offensiv diskriminiert.
- 19 Wir Jusos kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen zur Gleichstellung von
- 20 Mann und Frau, zur Akzeptanz von sexueller Vielfalt, den Respekt vor Andersgläubigen sowie
- 21 zum Existenzrecht Israels bekennen. Asyl ist keine Frage der Weltanschauung, sondern ein
- 22 Menschenrecht. Alles andere fällt unter die Meinungsfreiheit, die in unserem Grundgesetz steht.
- 23 Zu diesem sollte sich die CDU endlich auch im Rahmen der jetzigen Herausforderungen
- 24 bekennen. Wir verurteilen diesen durchsichtigen Versuch von Julia Klöckner und der
- 25 CDU/CSU, progressive Werte für die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten zu
- 26 missbrauchen.
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41

Beschlussbuch



JUSOS

Farbe bekennen

Bundeskongress 2016



Inhaltsverzeichnis

A Leitanträge

A1	Bundesvorstand	Unsere Jugendwahlkampagne 2017	2
----	----------------	--------------------------------	---

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B1	Projektgruppe	Arbeitswelt(en) 4.0	8
B12	Bremen	Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohn- erhöhung auf 11,68€!	19
B13	Saar	Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!	20

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C1	Bayern	Das Berufsbildungsgesetz besser machen!	24
----	--------	---	----

D Demokratie & Partizipation

D7	Hamburg	Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!	32
----	---------	---	----

E Europa

E1	Nordrhein- Westfalen	Ein Europa mit Zukunft	34
E2	Sachsen	Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unter- stützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Er- doğan	40

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G4	Thüringen	Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* ver- bessern	43
G8	Hannover	Gelebter Feminismus	45
G11	Hessen-Nord	Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlech- ter auch in der Partei anerkennen	51
G13	Braunschweig	Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung	52

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I5	Hessen-Süd	Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!	55
----	------------	---	----

M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M1	Projektgruppe	Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen	61
M2	Nordrhein-Westfalen	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft	66
M4	Berlin	Geflüchtete*r ist kein Job	79

N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N1	Baden-Württemberg	Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital	85
N3	Brandenburg	Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube	93

O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O1	Projektgruppe , Land, Struktur verändern“ über Bundesvorstand	Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!	95
O4	Mecklenburg-Vorpommern	Wohnraum ist Menschenrecht!	112

P Pflege, Gesundheit & Soziales

P11	Rheinland-Pfalz	Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“	115
-----	-----------------	--	-----

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U3	Sachsen-Anhalt	Lebensmittelverschwendung entgegenreten	117
----	----------------	---	-----

W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

W1	Weser-Ems, Nord-Niedersachsen und Bremen	Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau	119
W3	Hessen-Süd	Steuern und Gerechtigkeit	123

Z Initiativanträge

Z1	Bundesvorstand	Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz	128
----	----------------	--	-----

A Leitanträge

A Leitanträge

A1	Bundesvorstand	Unsere Jugendwahlkampagne 2017	2
----	----------------	--------------------------------	---

A1

Titel Unsere Jugendwahlkampagne 2017

AntragstellerInnen Bundesvorstand

Unsere Jugendwahlkampagne 2017

1 Wir Jusos kämpfen für eine gerechte und offene Gesellschaft. Wir wollen, dass alle die Chance haben, das
2 aus ihrem Leben zu machen, was sie wollen. Wir wollen, dass niemand Angst haben muss und Lebensrisiken
3 abgesichert sind. Wir wollen, dass niemand diskriminiert wird. Wir wollen unser Bildungssystem und unsere
4 Infrastruktur fit für die Zukunft machen. Wir wollen Verantwortung für ein soziales Europa übernehmen und
5 globale Ungerechtigkeiten beseitigen. Und wir wollen, dass junge Menschen endlich mitbestimmen können,
6 welchen Weg unsere Gesellschaft einschlägt. Wir wollen, dass die Belange von jungen Menschen ernst genom-
7 men werden. Dafür kämpfen wir in und außerhalb der SPD. Und dafür treten wir auch bei der Bundestagswahl
8 2017 ein.

9 Als Jusos sind wir Teil der SPD und begleiten sie in kritischer Solidarität. Die letzten drei Regierungsjahre der
10 SPD als Juniorpartnerin in einer großen Koalition haben diese Solidarität vielfach strapaziert. Wir haben die
11 große Koalition von Beginn an abgelehnt, denn eine progressive Politik ist mit der CDU/CSU nicht möglich.
12 Zwar kann die SPD in der Regierungsbilanz einige Erfolge aufweisen: die Einführung des Mindestlohns, der
13 Rente mit 63, eine Frauenquote für Aufsichtsräte und die Reform des Sexualstrafrechts sind nur einige Bei-
14 spiele. Doch mussten wir ebenso erleben, wie die SPD Positionen durchgesetzt hat, die unseren jungsozia-
15 listischen Grundsätzen widersprechen, etwa bei den zahlreichen Verschärfungen und Einschränkungen des
16 Asylrechts, der Vorratsdatenspeicherung, der unsolidarischen Positionierung zur Finanz- und Wirtschaftskri-
17 se in Griechenland oder der Forcierung der europäischen Abschottungspolitik. Für uns ist klar: So wie in den
18 letzten 4 Jahren darf es nicht weitergehen. Wir müssen für einen Politikwechsel kämpfen und den erstarken-
19 den rechten Kräften eine überzeugende linke Politikalternative entgegensetzen. Eine solche Politikalternative
20 mit gesellschaftlicher und parlamentarischer Mehrheit kann es in Deutschland jedoch nur mit einer links po-
21 sitionierten und starken SPD geben. Daher machen wir uns dafür stark, dass die SPD glaubwürdig für soziale
22 Gerechtigkeit und eine liberale Gesellschaft eintritt und so ein gutes Wahlergebnis erhält. Davon werden wir
23 erst die SPD und anschließend auch die WählerInnen überzeugen. Wir vertreten die sozialdemokratischen Wer-
24 te von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nach außen und streiten in der SPD für unsere Vorstellungen
25 zu deren Umsetzung. Dieser Einsatz lohnt sich, denn gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten für
26 linke Politik gibt es nur mit einer starken SPD. Einer starken SPD, die nicht für Beliebigkeit, sondern für ein
27 glaubhaftes und glaubwürdiges Eintreten für soziale Gerechtigkeit und eine liberale Gesellschaft steht.

28 Trotz einiger erfolgreicher Projekte in der Großen Koalition verharrt die SPD im Umfragetief. Offensichtlich
29 trauen viele Menschen der SPD derzeit nicht zu, die gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land tatsäch-
30 lich substanziell zu verändern und ihre eigene Lebenssituation zu verbessern. Die SPD muss das verloreng-
31 gangene Vertrauen zurückgewinnen. Dazu braucht es jetzt mehr klare Haltung in der Großen Koalition und
32 ein erkennbares Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Dazu braucht es in den kommenden Monaten ein
33 linkes Wahlprogramm das aufzeigt, wie handfeste gesellschaftliche Veränderungen und mehr soziale Gerech-
34 tigkeit zu erreichen sind. Und dazu braucht es für 2017 eine Machtperspektive jenseits der Großen Koalition.
35 Geräuschloses Regieren in der Großen Koalition wird nicht reichen, um die Vision einer offeneren und gerech-
36 teren Gesellschaft stark zu machen. Die SPD muss deshalb jetzt die Weichen für einen echten Politikwechsel
37 stellen – und ihre Entscheidungen nach dem Wahltag an diesem Ziel messen lassen. Für uns ist deshalb klar:
38 **Rot-Rot-Grün vorantreiben – linke Mehrheiten 2017 nutzen.**

39 Wir Jusos werden diese klare Linie von unseren Regierungsmitgliedern und von unserer Fraktion weiter einfor-
40 dern und uns weiterhin aktiv in die Debatte um die Ausrichtung der SPD einbringen. Nachdem den Perspektiv-
41 AGs zur Erarbeitung des Wahlprogramms bereits Positionspapiere der Jusos vorliegen, werden wir auch

42 im weiteren Wahlprogrammprozess nachdrücklich für unsere Positionen streiten und diese auch beim Pro-
 43 grammparteitag einbringen. Für uns ist klar: Wir wollen zur nächsten Bundestagswahl einen **eigenständigen**
 44 **Jugendwahlkampf** auf Grundlage eines progressiven Programms für soziale Gerechtigkeit führen.

45 Mit unserer Jugendwahlkampagne 2017 verfolgen wir folgende Ziele:

- 46 • Wir wollen, dass die SPD bei den jungen Wählerinnen und Wählern die stärkste Kraft wird.
- 47 • Wir wollen unsere Themen nach vorne stellen und so zeigen, dass die SPD junge Menschen in den Blick
 48 nimmt.
- 49 • Wir wollen unsere eigene Kampagnenfähigkeit verbessern und neue Mitglieder für die Jusos und die
 50 SPD gewinnen.
- 51 • Wir wollen die Wahlbeteiligung bei den jungen WählerInnen steigern.
- 52 • Wir wollen verhindern, dass rechtspopulistische Parteien Zulauf bekommen.

53 Damit uns dies gelingt, ist es enorm wichtig, dass die SPD in ihrem Wahlprogramm auch Themen anspricht,
 54 die für junge Leute wichtig sind. Es braucht ein konkretes Angebot der SPD an junge Wählerinnen und Wähler,
 55 mit dem wir als Jusos auf unsere Zielgruppe zugehen können. Dazu zählen aus unserer Sicht:

- 56 • Wir wollen unsere Bildung und unsere Infrastruktur fit machen für die Zukunft. Wir brauchen mehr
 57 Geld, um Schulen besser auszustatten, mehr Lehrkräfte und Sozialpädagogen einzustellen, digitale
 58 Lehrmedien einzusetzen und ein besseres Lernumfeld zu schaffen. Wir wollen, dass Straßen, Brücken
 59 und das Schienennetz erneuert und gut ausgebaut werden. Wir wollen, dass die Netzinfrastruktur auf
 60 dem neuesten Stand ist. Kurzum: Wir finden, die Zukunft junger Menschen ist mehr wert. Sie gibt's
 61 nicht für lau! Deshalb braucht es eine **Zukunftsinvestitionsoffensive!**
- 62 • Um in die Zukunft investieren zu können und um die Schere zwischen arm und reich endlich wirksam
 63 zu schließen, setzen wir auf **mehr Steuergerechtigkeit**. Wir wollen die Abgeltungssteuer abschaffen,
 64 Kapital muss endlich wieder wie Arbeit besteuert werden. Wir wollen die Vermögenssteuer einführen,
 65 denn wer mehr als genug hat, der oder die kann zum Gemeinwohl auch mehr beitragen. Es gilt Steuer-
 66 vermeidung und – flucht konsequenter zu bekämpfen. Wir wollen den Spitzensteuersatz anheben und
 67 eine gerechte Ausgestaltung der Erbschaftssteuer. Vermögen und Chancen müssen endlich wieder ge-
 68 rechter verteilt sein.
- 69 • Wir finden: **Kein Kind, kein/e Jugendliche/r, kein junger Mensch darf arm sein**. Deshalb treten
 70 wir ein für die Kindergrundsicherung, für bedarfsorientiertes Kindergeld und für die Abschaffung al-
 71 ler ALGII-Sanktionen – einschließlich der verschärften Sanktionen für junge Menschen unter 25 Jahren.
- 72 • Wir wollen, dass junge Leute auf eigenen Beinen stehen können und einen guten Start in ihr Berufsle-
 73 ben haben. Jeder junge Mensch soll das Recht auf einen Ausbildungsplatz haben. Dafür müssen mehr
 74 Unternehmen ausbilden. Deshalb fordern wir die Ausbildungsplatzumlage. Die Ausbildungsqualität
 75 muss sich verbessern, Überstunden und ausbildungsfremde Tätigkeiten müssen der Vergangenheit
 76 angehören. Wir fordern eine **Mindestvergütung für Azubis** in Höhe des BAföG-Höchstsatzes. Schul-
 77 gelder müssen abgeschafft werden. Wir wollen mehr Planbarkeit und Sicherheit beim Berufseinstieg,
 78 deshalb muss die **sachgrundlose Befristung abgeschafft werden**. Die **Übernahme** nach der erfolg-
 79 reichen Ausbildung muss garantiert werden. Auch Fort- & Weiterbildungsmaßnahmen für unter 25-
 80 jährige ohne Berufsbildung müssen ausgebaut werden.
- 81 • Die Einführung des Mindestlohns in dieser Legislaturperiode ist ein großer Erfolg, die Erhöhung ein
 82 weiterer Schritt nach vorne. Damit der Mindestlohn aber wirklich gerecht ist, gilt es die noch bestehen-
 83 den Lücken zu schließen. Wir wollen daher die Ausnahmen für Minderjährige und Langzeitarbeitslose
 84 aufheben und mit dieser Forderung in die kommende Bundestagswahl ziehen. Für einen Mindestlohn
 85 ohne Hintertüren!
- 86 • Die Digitalisierung ist eines der großen Themen unserer Generation. Wir wollen die Digitalisierung als
 87 Querschnittsthema im Wahlkampf aufgreifen, denn der digitale Wandel lässt sich nicht aufhalten, nur
 88 gestalten. Wir wollen die sich ergebenden Chancen nutzen und flexiblere Arbeitszeitmodelle zur Verein-
 89 barkeit von Familie und Beruf fördern. Gleichzeitig muss sich die SPD den neuen Herausforderungen

- 90 stellen. Damit junge Leute auch in Zukunft abgesichert sind, müssen neue Arbeitsmodelle wie beispiels-
91 weise Crowdfunding sinnvoll in die sozialen Sicherungssysteme integriert werden.
- 92 Auch abseits der Arbeitsmarktpolitik gilt es die Digitalisierung in unserem Sinne zu prägen. Das Internet
93 gewinnt mehr und mehr an Bedeutung und daher muss es für alle zugänglich sein. Dazu gehört ne-
94 ben verbesserter Infrastruktur in Form eines flächendeckenden Breitbandausbaus auch der wichtige
95 Aspekt der Netzneutralität. Diese wollen wir national gesetzlich verankern, um die weitere Entstehung
96 sozialer Ungleichheiten im digitalen Leben zu verhindern.
- 97 • Wir stehen ein für ein Bildungssystem für alle. Wir stehen daher für eine gebührenfreie Bildung – von
98 der KiTa bis zur Hochschule, um allen die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu ermög-
99 lichen. Auch die Aufnahme eines Studiums darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Insbesondere Kinder
100 aus NichtakademikerInnen-Familien entscheiden sich häufig aus finanziellen Gründen gegen ein Stu-
101 dium. Hochschulen müssen jedoch für alle Menschen zugänglich sein, nicht nur für diejenigen, die es
102 sich leisten können. Deswegen fordern wir eine grundlegende Verbesserung der staatlichen Studien-
103 finanzierung. Es braucht endlich ein bedarfsdeckendes BAföG. Viele sind derzeit vom BAföG ausge-
104 schlossen, diese Restriktionen müssen fallen. Wir wollen ein alters- und elternunabhängiges BAföG für
105 alle.
 - 106 • Junge Menschen sollten sich eine eigene Wohnung leisten können. Deshalb wollen wir mehr **bezahl-**
107 **baren Wohnraum** Wir setzen uns außerdem für mehr Studi- und Azubi-Wohnheime ein.
 - 108 • Junge Menschen brauchen **mehr Freiräume und weniger Druck**. Sie brauchen Zeit, um mit Freunden
109 abzuhängen, sich ehrenamtlich zu engagieren, zu lernen und Hobbies nachzugehen. Deshalb wollen
110 wir Zeit- und Leistungsdruck in Schule und Hochschule verringern, in dem wir für SchülerInnen einen
111 freien Nachmittag schaffen und Studierenden mehr Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium eröffnen so-
112 wie Ehrenamt mehr wertschätzen. Wir wollen zur Unterstützung und Verstetigung der Jugendarbeit
113 und anderer zivilgesellschaftlicher Projekte die Finanzierung von Vollzeitstellen statt Werk- und Hono-
114 rarverträge durch Bundesförderprogramme.
 - 115 • Sich frei bewegen zu können und günstig von A nach B zu kommen, ist für junge Leute enorm wichtig.
116 Allerdings ist es gerade in ländlichen Regionen häufig Wunschdenken. Wir wollen den **ÖPNV deshalb**
117 **massiv ausbauen**. Wir brauchen mehr Anbindungen und häufigere Fahrzeiten – zur Entlastung der
118 Städte, insbesondere aber in ländlichen Regionen. Wir wollen überall kostengünstigen (z.B. durch An-
119 gebote von landesweiten Studi- und Azubitickets) und in Zukunft auch fahrscheinlosen Nahverkehr
120 durchsetzen.
 - 121 • Junge Familien müssen eintausend Sachen unter einen Hut bringen. Wir wollen, dass sie endlich besser
122 unterstützt werden. Deshalb braucht es einen Ausbau von Kita-Plätzen sowie eine bundesweit flächen-
123 deckende qualitativ hochwertige Betreuung. Gleichzeitig braucht es den Ausbau von Betreuungszeiten
124 da wo es nötig ist. Hierbei ist es wichtig, dass auf den Arbeitsschutz der Fachkräfte geachtet wird. Für
125 uns muss Bildung gebührenfrei sein, und zwar von der KiTa bis zur Hochschule, deshalb wollen wir
126 **KiTa-Gebühren abschaffen**. Wir sprechen uns für einen gebührenfreien Meister und eine Reform des
127 Meister-BAföG aus.
 - 128 • Wir wollen, dass niemand Diskriminierung erfahren muss oder benachteiligt wird. Deshalb kämpfen
129 wir **gegen Diskriminierung und für vollkommene Gleichstellung**. Wir wollen, dass Frauen die glei-
130 chen Chancen haben wie Männer, sei es in Schule, Ausbildung oder an der Hochschule. Wir wollen, dass
131 Frauen genauso viel verdienen wie ihre männlichen Kollegen und die gleichen Aufstiegschancen erhal-
132 ten. Wir wollen, dass es bei der Familienplanung partnerschaftlich zugeht und die Elternzeit aufgeteilt
133 wird. Wir finden, die Ehe muss endlich für alle möglich sein. Genauso wie das Partnerschaftsmodell.
134 Wir wollen das Adoptionsrecht uneingeschränkt für homosexuelle Paare. Wir wollen, dass niemand
135 schlechtere Chancen hat, einen Job zu bekommen, nur weil sein Name für den Chef nicht deutsch
136 klingt oder auf dem Bewerbungsbild die Frau ein Kopftuch trägt. Deshalb wollen wir anonyme Bewer-
137 bungsverfahren.
 - 138 • Viele junge Menschen fühlen sich heute ebenso als EuropäerInnen wie als BürgerInnen ihres Herkunfts-
139 staats. Die EU – die viele von uns als Selbstverständlichkeit erleben – steht jedoch vor großen Heraus-
140 forderungen. Zuletzt hat uns das Brexit-Votum klar vor Augen geführt, dass ein geeintes Europa bei

141 weitem keine Selbstverständlichkeit ist. Genauso klar ist aber auch geworden, dass die junge Generati-
 142 on mehr und nicht weniger Europa will. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Kampagne wird deshalb der
 143 Kampf für einen Politikwechsel für ein **solidarisches Europa**. Ein Europa, das Humanität nach innen
 144 und außen lebt und seine Werte nicht durch den in Kauf genommenen Tod von Flüchtenden an den
 145 Außengrenzen verrät. Ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, das mehr ist als ein gemeinsamer Bin-
 146 nenmarkt. Eine EU, die Schluss macht mit Austeritätspolitik und die Interessen aller ihrer BürgerInnen
 147 im Blick hat. Eine EU, die durch Investitionen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und
 148 Perspektiven für ihre junge Generation schafft.

149 • Politik geht alle an – auch Jugendliche. Wir werden uns Rahmen unserer Jugendwahlkampagne zusam-
 150 men mit der SPD für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre einsetzen. Diese Forderung könnte
 151 ErstwählerInnen stärker mobilisieren, Ansatzpunkt für eine Verbesserung der politischen Bildung sein
 152 und junge Menschen wieder deutlicher an die SPD binden.

153 Um all diese Forderungen glaubwürdig vertreten zu können, braucht es aber auch glaubhafte StreiterInnen
 154 für die Belange junger Menschen in der Spitze unserer Partei und junge Menschen als Direkt- und Listenkandi-
 155 datInnen für den Bundestag. Nur wenn wir auch unsere eigenen jungen Leute in der Partei sichtbar machen,
 156 machen wir klar, dass wir junge Menschen und ihre Belange ernst nehmen. Junge Abgeordnete darf man nicht
 157 länger mit der Lupe suchen müssen. **Unsere Juso-KandidatInnen werden wir deshalb mit aller Kraft auf
 158 ihrem Weg in die Parlamente unterstützen.** Es ist Zeit, dass die SPD ihr Image als Partei der alten, grauen
 159 Männer ablegt. Da ist viel mehr drin!

160 Und noch etwas wird zentral sein für unseren Juso-Wahlkampf: Das Erstarken der Rechten in Deutschland
 161 stellt uns vor eine Herausforderung, der wir mit aller Entschlossenheit entgegentreten. Wir werden den **Kampf
 162 gegen RechtspopulistInnen** im Bundestag mit ganzer Kraft führen und alle rechtspopulistischen Parteien po-
 163 litisch stellen. Die gegenwärtige Polarisierung der politischen Debatte in unserem Land ist für uns auch eine
 164 große Chance: Selten wurde so viel über Politik gesprochen. Die Mobilisierung der Rechten hat dabei offen-
 165 sichtlich auch zu einer Politisierung vieler junger Menschen geführt. Viele sehen wie vermeintliche Selbstver-
 166 ständlichkeiten jetzt von Reaktionären bedroht werden und wollen sich ihre Freiheiten nicht nehmen lassen.
 167 Umso entschiedener werden wir die **offene Gesellschaft** verteidigen. Wir werden eintreten für Willkommens-
 168 kultur statt Abschottung und für gleiche politische und soziale Rechte für alle.

169 Um junge Wählerinnen und Wähler von unseren Forderungen zu überzeugen, brauchen wir eine Kampa-
 170 gne, die am Puls der Zeit ist und innovative und spannende Aktionen bereithält. In die Erarbeitung dieser
 171 Kampagne wollen wir den kompletten Juso-Verband einbinden. Enge PartnerInnen sind dabei auch die Juso-
 172 Hochschulgruppen, mit denen wir die Kampagne gemeinsam planen und den Jugendwahlkampf durchführen.
 173 In enger Abstimmung mit den Landes- und Bezirksverbänden wollen wir unsere Kommunikationsstruktur und
 174 die zentrale Kampagnen-Plattform ausarbeiten. Wichtigste Ansprechpartner für die Wahlkampfzeit sind für
 175 uns die Unterbezirke und Kreisverbände. Sie sind diejenigen, die die Kampagne vor Ort stemmen müssen und
 176 zum Erfolg führen werden.

177 Konkret planen wir:

178 • **Wir gehen dahin, wo junge Leute sind.** Wir wollen mit dem Wahlkampf junge Menschen dort er-
 179 reichen, wo sie sich alltäglich aufhalten. Wir treffen junge Menschen auch auf dem Campus, auf dem
 180 Weg zur Arbeit oder in die Schule, im Schwimmbad, auf einem Konzert oder beim Fußball-Turnier. Dort
 181 können wir sie erreichen und wollen mit kreativer Ansprache auf unsere Inhalte aufmerksam machen.

182 • **Online-Wahlkampf:** Wir konzentrieren uns auf einen starken und fokussierten Online-Wahlkampf. Da-
 183 zu wird eine gemeinsame Landing-Page für den Jugendwahlkampf erstellt, auf der die gemeinsamen
 184 Aktivitäten der Jusos und Juso-Hochschulgruppen gesammelt und Links zu den jeweiligen Homepages
 185 zu finden sind. Außerdem werden die sozialen Netzwerke von uns in vielfältiger Weise bespielt. War
 186 Facebook das Netzwerk, wo junge Menschen sich noch vor Kurzem informiert haben, wird es mehr
 187 und mehr von Youtube abgelöst. Dort müssen wir ansetzen. Deshalb wollen wir einen Schwerpunkt
 188 auf die Produktion von guten Videos legen. Wir wollen überall dort präsent sein, wo junge Menschen
 189 aktiv sind. Uns unterstützt ein Online-Team für den Wahlkampf.

190 • **Jugendgewerkschaftskongress:** Die Gewerkschaften sind für uns enge Partnerinnen, wenn es dar-
 191 um geht, für die Belange von jungen Menschen und eine gerechtere Gesellschaft zu streiten. Deshalb

192 veranstalten wir gemeinsam mit der AfA einen Jugendgewerkschaftskongress, zu dem wir im Dezem-
193 ber junge BetriebsrätInnen, JugendvertreterInnen und Vertrauensleute sowie hauptamtliche Gewerk-
194 schaftssekretärInnen aus dem Jugendbereich, JugendbildungsreferentInnen sowie junge Mitglieder aus
195 SPD Betriebsgruppen einladen. Die Teilnehmenden sollen in den weiteren Wahlkampf und dessen Vor-
196 bereitungen eingebunden werden.

197 • **Jugendwahlkampfkonferenz:** Ein zentrales Element der Mobilisierung und Qualifizierung wird die Ju-
198 gendwahlkampfkonferenz im Frühjahr 2017 sein, an der die Vorsitzenden und Wahlkampfverantwor-
199 tlichen der Kreisverbände und Unterbezirke teilnehmen werden. Hier werden wir nicht nur die Meilen-
200 steine des Wahlkampfes vorstellen, sondern auch über das Wahlprogramm diskutieren, Aktionsideen
201 entwickeln und die WahlkämpferInnen qualifizieren.

202 • **Jugend-Campaign-Camp:** Unsere Mitglieder und Freiwillige wollen wir mit einem kulturell attraktiven
203 Jugend-Campaign-Camp, das wir gemeinsam mit der SPD im Sommer durchführen, vor Beginn der
204 heißen Wahlkampfphase für den Wahlkampf motivieren und schulen.

205 • **Qualifizierung:** Wir legen in der Kampagne einen großen Fokus auf die Qualifizierung der Wahlkämp-
206 ferInnen. Dazu soll es nicht nur Wahlkampfhandreichungen geben, sondern werden wir auch Online-
207 Angebote machen.

208 • **Europa-Event:** Ein weiteres großes mobilisierendes Ereignis vor dem Wahlkampf wird für uns Jusos
209 das Europa-Event in 2017 sein, das wir gemeinsam mit den Falken organisieren und zu dem wir viele
210 internationale Gäste erwarten. Hier wollen wir auch ein klares Zeichen für ein solidarisches Europa
211 setzen und den Wahlkampf in NRW unterstützen.

212 • **Festivaltour:** Mit einer Festivaltour erreichen wir auf effiziente Weise viele jungen Menschen, die wir
213 von unserer Kampagne überzeugen können. Mit coolen Festivalgimmicks im Gepäck werden wir im
214 Sommer von Festival zu Festival fahren und mit vielen potentiellen JungwählerInnen ins Gespräch kom-
215 men.

216 • **Schultour:** An Schulen erreichen wir viele ErstwählerInnen und MultiplikatorInnen. Wir wollen daher
217 die Jusos und KandidatInnen vor Ort bei der Begleitung der bundesweit stattfindenden und vom Bun-
218 destag finanzierten Juniorwahl unterstützen.

219 • **Sommertour/Schlussmobilisierung:** In der Schlussmobilisierung werden wir gemeinsam noch einmal
220 alles geben. Online und vor Ort werden wir mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch kommen und
221 sie von der SPD überzeugen. Wir wissen, dass die letzten Wochen vor der Wahl für die SPD sehr ent-
222 scheidend sind. Der Bundesvorstand wird in den letzten Wochen Gliederungen vor Ort im Wahlkampf
223 mit einer Sommertour unterstützen.

224 • **Mobile Action Group:** Für TV-Duelle, Demos vor dem KanzlerInnenamt und spontane Aktionen mit der
225 Parteispitze werden wir eine Berlin Action Group initiieren, die schnell und unkompliziert mit kreativen
226 Ideen und Tatendrang am Start ist. Damit die Action Group ihre Aktionen auch selbstständig dokumen-
227 tieren kann, werden wir einige Jusos im Low budget-Video Dreh schulen.

228 • **UnterstützerInnen-Netzwerk:** Für unsere Ziele und die Beteiligung an den Kampagnenbausteinen
229 wollen wir prominente Unterstützung gewinnen und ein Netzwerk mit gesellschaftlicher Strahlkraft
230 aufbauen. Dazu wollen wir u.a auf das Netzwerk der SPD zurückgreifen.

231 Dass wir erfolgreich Wahlkampf machen können, haben wir Jusos beim letzten Bundestagswahlkampf und bei
232 der Europawahl gezeigt. Lasst uns die nächsten Wochen und Monate nutzen, gemeinsam für die Belange von
233 jungen Menschen und einer wirklich gerechten und offenen Gesellschaft zu streiten! Lasst uns gemeinsam
234 anpacken und diesen Jugendwahlkampf rocken!

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B1	Projektgruppe	Arbeitswelt(en) 4.0	8
B12	Bremen	Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohn- erhöhung auf 11,68€!	19
B13	Saar	Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!	20

B1

Titel Arbeitswelt(en) 4.0

AntragstellerInnen Projektgruppe

Arbeitswelt(en) 4.0

1 1. Warum Arbeit 4.0?

2 Arbeit 4.0 ist in aller Munde. Nicht erst durch das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte
3 Grünbuch ist die politische Diskussion darüber entbrannt, wie sich Arbeit in einer zunehmend weiter digitalisierten
4 Welt verändert.

5 Wird von „Arbeit 4.0“ gesprochen, ist hiermit zuvorderst die bereits in Ansätzen vollzogene und weiter vor-
6 anschreitende Digitalisierung, Vernetzung und Robotisierung/Automatisierung im Bereich der Arbeit gemeint.
7 Daneben verstehen wir als Jusos unter Arbeit 4.0 aber zugleich mehr als die zunehmende Digitalisierung. Viel-
8 mehr sehen wir eine Reihe weiterer Trends, die entweder in einem engen Zusammenhang mit der Digitali-
9 sierung der Arbeit oder zumindest in einem Wechselverhältnis zueinander stehen: Mitbestimmung, Arbeits-
10 und Gesundheitsschutz, die berufliche Bildung und Weiterbildung der Zukunft, die Digitalisierung menschlich
11 gestalten und die immer größere werdende Bedeutung der Care-Arbeit.

12 Hierbei ist egal, wie lange welche Trends bereits wirken, wenn durch die Thematisierung im Rahmen von „Ar-
13 beit 4.0“ Bedingungen für eine soziale und arbeitnehmerInnenfreundliche Ausgestaltung der Arbeitswelten 4.0
14 geschaffen werden. Wir müssen zudem eine ungleichzeitige Entwicklung innerhalb der Arbeitswelt konstatie-
15 ren. Wir sprechen zudem von Arbeitswelten 4.0 im Plural, weil wir uns der ungleichen Entwicklungsstadien
16 in verschiedenen Sektoren, Branchen oder Berufsfeldern bewusst sind, die es bei der konkreten politischen
17 Ausgestaltung einer guten und sozial-gerechten Arbeitspolitik zu berücksichtigen gilt.

18 1. Wert der Arbeit & zunehmende Tendenz der Entfremdung

19 Jedwede kapitalistische Produktionsweise trägt den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und der gegen-
20 sätzlichen Aneignung des produzierten Mehrwertes in sich. Dies ändert sich auch nicht unter den Vorzeichen
21 der Arbeitswelt(en) 4.0, sondern nimmt in Zeiten von reinen digitalisierten Wertschöpfungsketten sogar ten-
22 denziell zu. Wir müssen diesen auf Marx zurückgehenden theoretischen Ansatz fortwährend ins Bewusstsein
23 rücken, um nicht Gefahr zu laufen, die substanziellen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise nicht
24 mehr in Frage zu stellen. Diese bestehen in Zeiten von Arbeit 4.0 gerade darin, ArbeitnehmerInnen reihenwei-
25 se zu sich selbstoptimierenden Solo-Selbstständigen zu stilisieren, die die Widersprüche der kapitalistischen
26 Produktionsweise scheinbar im Begriff sind aufzulösen, de facto aber abhängig beschäftigt sind.

27 In diesem Kontext wollen wir zudem davor warnen, ein Ende der Arbeit herauf zu beschwören, wie es zugleich
28 viele (neo-)liberale KapitalverfechterInnen, aber auch linke SchwärmerInnen gerne tun. In der Tat wird durch
29 die fortschreitende Digitalisierung und Technisierung ein Teil uns heute bekannter „Arbeit“ in Zukunft nicht
30 mehr zu verrichten sein. In mehreren – wenngleich jedoch umstrittenen – Studien werden Horrorszenarien
31 skizziert, die von einem massiven Arbeitsplatzabbau ausgehen. An wilden Spekulationen wollen wir uns aus-
32 drücklich nicht beteiligen. Jedoch sehen wir es als möglich an, dass Arbeitsplätze der Automatisierung zum
33 Opfer fallen werden und durch weitere Prozessoptimierung das Arbeitsvolumen spürbar zurückgehen wird.
34 Andererseits funktioniert der kapitalistische Verwertungsprozess gerade durch die Ausbeutung des Faktors
35 Arbeit. Er ist also bestimmend für die kapitalistische Form des Wirtschaftens. Wir sollten an dieser Stelle nicht
36 den ProphetInnen hinterhereilen, die uns eine kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsformation 4.0 ver-
37 sprechen, in der es keine Arbeit mehr geben werden, sondern vielmehr selbstbewusst darauf verweisen, dass
38 Arbeit auch unter den geänderten Vorzeichen zentral bleibt. Schlussendlich ist jedwede wirtschaftliche Tä-

39 tigkeit auf menschliches Handeln zurück zu führen. In einem so erweiterten Arbeitsverständnis gilt es, auch
 40 die ideologische Spaltung der Arbeit in „Kopf- und Handarbeit“ zu überwinden. Sie stellt eine künstliche Hier-
 41 archisierung der ArbeitnehmerInnenschaft dar. Die Veränderungen durch Arbeit 4.0 betreffen hingegen den
 42 gesamten Produktionsprozess und somit alle Arbeitnehmer-Innen. Wir Jusos werden uns im Rahmen des Per-
 43 spektivprojekts im nächsten Jahr weiter und eingehender mit den strukturellen Bedingungen und Veränderun-
 44 gen auf den gesamten Wirtschaftskreislauf befassen, die mit der vierten industriellen Revolution einhergehen.
 45 Im vorliegenden Antrag setzen wir einen Fokus auf die Arbeitswelt(en) als einen ersten Schritt zur kohärenten
 46 Analyse der kapitalistischen Produktionsweise 4.0.

47 So verwischen in den Arbeitswelten 4.0 die Grenzen zwischen Berufs- und Privatleben unter dem Druck von
 48 Flexibilisierung und Selbstoptimierung und führen damit zu neuen Prekaritäten und verschärften Entfrem-
 49 dungstendenzen. Entfremdete Arbeit führt lediglich zur materiellen Reproduktion des Individuums. Schon
 50 heute geben laut „DGB-Index Gute Arbeit“ über ein Drittel der Beschäftigten an, dass sie gar nicht oder nur
 51 im geringen Maße den Eindruck haben, dass ihre Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leistet.
 52 Hinzu kommt u.a., dass sich über die Hälfte der Beschäftigten von ihrer Arbeit oft bis sehr häufig gehetzt
 53 fühlen. Die Zunahme von Prekarität in den Arbeitswelten müssen wir seit langer Zeit beobachten – teilweise
 54 ist sie gar das Resultat politischer Entscheidungen. Wir sehen, dass Prekarität, wie auch im Folgenden noch
 55 genauer darzustellen ist, eines der zentralen Merkmale von Arbeit 4.0 sein könnte. Wir wollen mit unseren
 56 programmatischen Vorschlägen dieser Entwicklung entgegentreten.

57 1. Einbettung in Juso-Programmatik

58 Für uns Jusos war und ist das Thema Arbeit zentral, weil für uns Arbeit eines der bestimmenden Merkmale
 59 der Gesellschaftlichkeit des Menschen ist, sie Teilhabe sichern kann und als Form der Selbstverwirklichung
 60 Arbeit immer auch ein hohes Identitäts- und Sinnstiftungspotential für jede/n Einzelne/n bieten kann. In der
 61 Tradition einer ArbeiterInnenjugendorganisation gilt unser Augenmerk aber immer auch dem Schutz der Er-
 62 werbstätigen vor Ausbeutung und Gefahren durch Arbeit. Zum effektiveren Schutz vor Arbeitslosigkeit haben
 63 wir bspw. bereits 2014 den Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung beschlossen. Auch
 64 und gerade in Zeiten von Arbeit 4.0 bleibt diese Forderung zentral. Hinzu kommt, dass wir als Jusos uns für
 65 eine Arbeitszeitkürzung stark machen. Wir sehen, dass es Veränderungen im Arbeitsvolumen gibt, mit der eine
 66 Umverteilung der Arbeit einhergehen muss. Wir haben 2015 vorgeschlagen, die Wochenarbeitszeit auf 30 und
 67 die zulässige Wochenhöchstleistungszeit auf 40 Stunden zu begrenzen. Auch diese Forderung bleibt im Zeitalter
 68 von Arbeit 4.0 zentral. In Ergänzung zu diesen beiden Grundsatzbeschlüssen der letzten Jahre sehen wir uns
 69 in Zeiten von Arbeit 4.0 mit bereits angesprochenen weiteren Trends und Phänomenen konfrontiert, die einer
 70 politischen Bearbeitung und eine neue politische Programmatik bedürfen.

71 1. Trends der Arbeit 4.0

72 2. a) Mitbestimmung und wie wir in Arbeit 4.0 leben wollen

73 Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet für ArbeitnehmerInnenrechte Chancen, birgt aber auch Risiken. Die
 74 Beseitigung oder Abmilderung negativer Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt muss also Ziel
 75 unseres politischen Handelns sein.

76 Eine große Gefahr für die Mitbestimmung ist der mögliche Abbau kollektiver Mitbestimmungsrechte zugun-
 77 sten individueller Partizipationsrechte. Der Aufbau und der Erhalt kollektiver Mitbestimmungsorgane war in
 78 der Vergangenheit dadurch geprägt, dass die Beschäftigten gemeinsam an einem Ort in einem Betrieb arbei-
 79 teten und so ein Arbeitsumfeld teilten, welches sie auch gemeinsam gestalten wollten. In einer Arbeitswelt,
 80 die zunehmend räumlich entgrenzt ist, wird eine solche Interessenvertretung schwieriger. Gleichzeitig ködern
 81 Unternehmen die Beschäftigten mit der Illusion der Mitbestimmung durch Möglichkeiten des Feedbacks zu
 82 bestimmten Aspekten des Arbeitsumfeldes und der Arbeitsbedingungen. Oftmals wird den Beschäftigten so
 83 suggeriert, eine kollektive Mitbestimmungsebene sei nicht mehr notwendig, was sich letztlich in Verhandlun-
 84 gen zu Löhnen und Arbeitsbedingungen als großer Fehler herausstellt.

85 *Crowd-Working und andere Arten der abhängigen Selbständigkeit*

86 Als besonders große Herausforderung für Gewerkschaften und Mitbestimmungsorgane hat sich in dieser Hin-
 87 sicht das sogenannte Crowdworking herausgestellt. Bei diesem werden Aufgaben an die „Crowd“ abgegeben.
 88 Diese besteht vor allem aus Solo-Selbstständigen. Für Gewerkschaften sind diese Crowd-WorkerInnen eine
 89 anonyme, nicht an einen Betrieb angegliederte Masse, die bisher kaum oder gar nicht organisiert ist.

90 Das Kernproblem, das sich aus der Digitalisierung für die Mitbestimmung ergibt, lässt sich daraus gut ablei-
91 ten: Während in der Vergangenheit ein großer Teil der lohnabhängig Beschäftigten konzentriert in einzelnen
92 Betrieben gearbeitet hat, führte jede Entwicklungsstufe der Industrialisierung zu einer verstärkten Diversifi-
93 kation der Betriebsstätten und damit auch der Beschäftigten. Ein Betrieb als eine Gruppe von Leuten, die an
94 einem bestimmten Ort zusammenarbeiten, eröffnete den Beschäftigten in den ersten Phasen der Industriali-
95 sierung gute Möglichkeiten, sich zu organisieren. Die zunehmende Aufspaltung der Betriebe führt jedoch zu
96 einer immer weiter abnehmenden örtlichen Bindung, was in der Konsequenz ein schrumpfendes Gemein-
97 schaftsbewusstsein bedingt. Der Betriebsbegriff an und für sich ist ins Wanken geraten. Deshalb gilt es das
98 Betriebsverfassungsgesetz den neuen Herausforderungen anzupassen.

99 Wir fordern:

- 100 • Es muss gewährleistet sein, dass alle, die im Wertschöpfungsprozess eines Betriebes mitarbeiten, vom
101 Betriebsrat vertreten werden können. Hier müssen Lösungen gefunden werden, die sowohl Crowd-
102 WorkerInnen, Solo-Selbständige sowie Leiharbeitende und Werkvertragsbeschäftigte in dem Mitbe-
103 stimmungsprozess integrieren, z.B. durch virtuelle Abteilungen, damit ihnen die Möglichkeit gegeben
104 wird sich untereinander auszutauschen und an Betriebsversammlungen per Videoschleife teilzuneh-
105 men. Um die Mitbestimmung auch im Unternehmen der Zukunft zu gewährleisten, brauchen wir da-
106 her einen neuen Betriebsbegriff, der sicherstellt, dass auch neue Formen der Beschäftigung erfasst
107 werden.
- 108 • Dem Betriebsrat steht ein umfassendes Informationsrecht & Mitbestimmungsrecht zu.
- 109 • Anrechnung von Solo-Selbständigen auf MitarbeiterInnenzahl bei Vorgaben für Betriebsratsfreistel-
110 lung. Diese Freistellung ist explizit für die Betreuung von Solo-Selbständigen zu nutzen. Klar ist für uns
111 hierbei, dass selbständige Tätigkeiten mit gewissen Kriterien verbunden sind und diese nicht zur Ver-
112 drängung sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten oder zum Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten
113 führen dürfen.
- 114 • Der Betriebsrat muss den vom ArbeitsgeberIn angegebenen Bedarf von Crowd-WorkerInnen und an-
115 deren abhängig Selbständigen bestätigen und deren Einsatz mitbestimmen können.
- 116 • Solo-Selbständige und andere abhängige Selbständige dürfen nicht mehr als 10% der Beschäftigten
117 eines Unternehmens ausmachen. Klar ist für uns hierbei, dass selbständige Tätigkeiten mit gewissen
118 Kriterien verbunden sind und diese nicht zur Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten
119 oder zum Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten führen dürfen.
- 120 • Der Betriebsrat muss über die Vergabe von Aufträgen an Crowd-WorkerInnen und Solo-Selbständige
121 ein echtes Mitbestimmungsrecht erhalten und diese verweigern können.
- 122 • Gewerkschaften müssen in Form eines Verbandsklagerechts gegen Gesetzesverstöße am Arbeitsplatz
123 vorgehen können. Um zudem zu gewährleisten, dass Gewerkschaften auch CrowdworkerInnen oder
124 ähnliche Arbeitsmodelle der Zukunft erreichen, muss gewährleistet werden, dass die Gewerkschaften
125 wenn nötig auch hier einen digitalen Zugang zu diesen hat.
- 126 • Die Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen wie Hardware oder Software fällt unter
127 das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates. Um zu gewährleisten, dass der weite Anwendungsberich
128 dieses Rechtes nicht durch eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts aufgegeben
129 wird, soll dieser gesetzlich geregelt werden.

130 *Datenschutz*

131 Die zunehmende Digitalisierung erlaubt auch eine zunehmende Überwachung der ArbeitnehmerInnen. Denk-
132 bar sind zum Beispiel neben dem verstärkten Einsatz von Kamera- oder Ton-Überwachungsmaßnahmen auch
133 kleinteilige Aufzeichnungen der Arbeitsschritte und eine dadurch mögliche Analyse der Produktivität anhand
134 von beliebig ausgewählten Kennzahlen, die nicht repräsentativ oder ArbeitnehmerInnenfreundlich gestaltet
135 sein müssen. Insbesondere die Überwachung von Pausenräumen, aber auch von Privaträumen im Fall von
136 Telearbeit, ist schon jetzt in Einzelfällen zu beobachten. Auch können hohe Datenmengen zum Missbrauch
137 genauso wie zu Manipulationen verführen.

138 Deshalb fordern wir:

- 139 • Verbindliche gesetzliche Regelungen, die ArbeitnehmerInnenrechte im Sinne der informationellen
140 Selbstbestimmung müssen gestärkt, eine hohe Transparenzpflicht (Was wird wann wo von wem wie
141 lange gespeichert?) und niedrige erlaubte Grenzwerte festgelegt werden.
- 142 • Regelungen im Personalbereich zum Datenschutz innerhalb eines Betriebs müssen zustimmungs-
143 pflichtig für den Betriebsrat sein.
- 144 • Recht auf Widerspruch der ArbeitnehmerInnen zum Speichern von personenbezogenen Daten über
145 das für den Arbeitslauf zwingend notwendige hinaus.
- 146 • Um den Datenschutz sicherzustellen fordern wir Jusos daher die Schaffung eines Beschäftigtendaten-
147 schutzgesetzes, um zu gewährleisten, dass diese nicht zur Überwachung des/der ArbeitnehmerIn miss-
148 braucht werden.
- 149 • Ein Verbot von Kamera- und Tonüberwachungen, sofern sie nicht zur Absicherung des Betriebsgelän-
150 des dienen.

151 1. b) Arbeit- und Gesundheitsschutz

152 Die Veränderung der Arbeitswelt muss konsequenter Weise auch von sich verändernden Arbeitsschutzbe-
153 stimmungen begleitet werden. Für uns ist dabei entscheidend, dass das Schutzniveau ausgebaut werden
154 muss.

155 Permanente Verfügbarkeit, zunehmende Leistungsverdichtung und Entgrenzung sind einige der Faktoren, die
156 eine Zunahme der psychischen Erkrankungen der ArbeitnehmerInnen bewirken. Der BKK Dachverband ana-
157 lysierte, dass sich gegenüber 2003 die Zahl der psychischen Erkrankungen mehr als verdoppelt hat. Deshalb
158 ist es von enormer Bedeutung, dass auch psychische Erkrankungen in die Gefährdungsbeurteilung eines Ar-
159 beitsplatzes aufgelistet werden.

160 Arbeit 4.0 weicht mit Homeofficeoptionen Grenzen zwischen Freizeit und Arbeit auf, sodass Erholungszeiten
161 darunter schwinden könnten. Im Zuge der Digitalisierung und Vernetzung ist mit dem Rückgang des Arbeitsvo-
162 lumens zu rechnen. Für uns ist klar, dass es deswegen einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
163 bedarf. Allein eine Reduzierung der Arbeitszeit kann die negativen Folgen nicht kompensieren. Hierzu sind
164 verschiedene weitere Instrumentarien von Nöten.

165 *Arbeitszeit- und Entlohnungsmodelle*

166 In Zukunft wird Arbeit immer flexibler. Die eigenen Arbeitszeiten können weitgehend selbst festgelegt werden.
167 Während beispielsweise im Büro eine festgelegte Arbeitszeit erfüllt werden muss und bei Unter- und vor allem
168 auch Überschreitung von Vorgesetzten und KollegInnen sowie dem Betriebsrat kontrolliert werden kann, wird
169 diese Verantwortung im Home Office komplett auf die ArbeitnehmerInnen übertragen. Die Erfahrung zeigt,
170 dass dies vor allen Dingen zulasten der ArbeitnehmerInnen geht, die dank Diensthandy und – laptop ständig
171 erreichbar sind. Dieser in vielen Betrieben noch wenig regulierte Bereich ist eine zentrale Herausforderung
172 von Politik und Gewerkschaften in der digitalen Arbeitswelt.

173 Wir sind davon überzeugt, dass wir ein verbindliches Arbeitszeiterfassungssystem für alle ArbeitnehmerInnen
174 brauchen. Diese Gesetzesänderung kann die geschaffene Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit regulie-
175 ren. Darüber hinaus sehen wir ein Recht auf Tätigkeit mit festgelegten Zeitkontingenten im Büro mit festen
176 Bürotagen, damit die Entscheidung für das Home Office komplett freiwillig bleibt. Flexible Arbeitszeiten er-
177 fordern ein Recht auf Nicht-Erreichbarkeit. Dafür brauchen wir eine gesetzliche Verankerung. Das Recht auf
178 Nicht-Erreichbarkeit oder das Recht auf Nicht-Reaktion unter Einschluss eines Benachteiligungsverbot es ist
179 daher im Arbeitsschutzgesetz festzuschreiben. Im Zuge von Auftragsarbeit von (Solo-)Selbstständigen und
180 Crowdfunding braucht es bei der Entlohnung dieser Aufträge klare Vergütungsstrukturen, um vor prekärer
181 Entlohnung zu schützen. Flexible Arbeitszeitmodelle führen jedoch auch zu einer immer schwierigeren Ab-
182 grenzung von Arbeitsverhältnis und selbstständiger Dienstleistung. Aus dem Grund fordern wir Jusos die Wei-
183 terentwicklung der Kriterium zur Abgrenzung von Scheinselbstständigkeit, um eine rechtssichere Abgrenzung
184 in Zukunft zu ermöglichen. Gerade auch Crowdfunding sehen wir als neue Form der Dienstleistung, die neues
185 Missbrauchspotenzial birgt. Aus dem Grund muss Crowdfunding begrenzt werden.

186 Wir fordern daher:

- 187 • Der Betriebsrat muss ein vollständiges betrieblich veranlassenes Mitbestimmungsrecht bei Home Office
- 188 oder anderen Formen außerbetrieblicher Arbeitsplätze erhalten.
- 189 • Betriebsräte sind mitbestimmungspflichtig bei den Mindestbüroanwesenheitstagen
- 190 • Die Tarifparteien sollen in Tarifverträgen künftig Vereinbarungen über den Einsatz und die eventuelle
- 191 Vergütung von "Bring Your Own Device" regeln.
- 192 • Recht auf Angemessenheit des Zeitbedarfs für Arbeitspakete
- 193 • Der zeitliche Umfang einzelner Arbeitspakete muss vom Betriebsrat mitbestimmt werden.
- 194 • Für per Crowdfunding und andere Arten der abhängigen Selbständigkeit beschäftigte selbstständiger
- 195 Auftragsarbeiten gilt eine Mindestentlohnung nach branchenüblichen und/oder allgemeinverbindlichen
- 196 Tarifvertrag zusätzlich eines Flexizuschlags in Höhe von 10 Prozent.
- 197 • Die maximalgültige Tagesarbeitszeit nach dem Arbeitszeitgesetz darf nicht überschritten werden. E-
- 198 Mail-Konten etc. sind nach Erreichen der maximalen Tagesarbeitszeit automatisch zusperren. In Be-
- 199 triebsvereinbarungen können abweichende Regelungen vereinbart werden.
- 200 • Wir sprechen uns für die Regulierung durch Betriebsvereinbarungen zu Kontenmodellen, Langzeitkon-
- 201 ten und flexiblen Schichtsystemen aus, weiterhin müssen Arbeitsleistungen in der Freizeit sowie Dienst-
- 202 reisen vollständig als Arbeitszeit angesehen werden. Flexible Arbeitszeitkonten brauchen dabei einen
- 203 Insolvenzschutz
- 204 • Zu unserem Verständnis von guten Arbeitsplätzen gehört für uns ein Rechtsanspruch auf Aufstockung-
- 205 oder Reduzierung der Arbeitszeit.
- 206 • Wir fordern weiterhin, dass die durchschnittliche Regelarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche abgesenkt
- 207 wird. Gleichzeitig muss zur Flankierung auch die zulässige Wochenarbeitszeit von derzeit 48 Stunden
- 208 pro Woche auf 40 Stunden pro Woche sinken, die faktisch zulässige Ausweitung der Arbeitszeit von
- 209 derzeit 60 auf 50 Stunden pro Woche. Vor allem Alleinverdienende müssen von ihrem Gehalt gut leben
- 210 und eine Familie ernähren können.
- 211 • Wir fordern schnellstmöglich ein Bundesprogramm unter der Leitung des Bundesministeriums für Ar-
- 212 beit und Soziales, das Projekte und Konzepte fördert, die mit den neuen Möglichkeiten der Digitalisie-
- 213 rung die Wochenarbeitszeit schnell und effektiv kürzen.
- 214 Homeworking darf nicht dazu führen, dass die Ergonomie vernachlässigt wird. Die Einhaltung der geltenden
- 215 Arbeitsschutz- und Gesundheitsstandards muss auch hier gewährleistet werden. Ferner muss sichergestellt
- 216 werden, dass die Versicherung der ArbeitnehmerInnen auch außerhalb des Betriebes gilt. Aufgrund der man-
- 217 gelnden Grenze zwischen Arbeits- und Wohnraum muss die rechtliche Einordnung von Arbeitsunfällen im Ho-
- 218 meoffice endlich eindeutig und zugunsten der ArbeitnehmerInnen geregelt werden. Wir fordern außerdem,
- 219 dass die verwendeten Arbeitsmittel im Homeworking komplett vom ArbeitgeberInnen bereitgestellt werden.
- 220 Homeworking soll in Kooperation mit dem Betriebsrat geregelt werden.
- 221 Im europäischen Vergleich haben ArbeitgeberInnen in Deutschland bei einer unvollständigen Gefährdungsbe-
- 222 urteilung im Zweifel nur geringe Sanktionen zu tragen, so dass der Anreiz für die ArbeitgeberInnen nicht vor-
- 223 handen ist. Wir fordern entschieden härtere Sanktionen gegen unvollständige Gefährdungsbeschreibungen.
- 224 Die Umsetzung der gegenwärtigen Gesetze ist ungenügend. Wir fordern daher die Einhaltung des geltenden
- 225 Arbeitsrechts ein
- 226 Wir erachten eine verpflichtende Qualifizierung und Sensibilisierung der ArbeitnehmerInnen im Bereich des
- 227 Arbeits- und Gesundheitsschutzes als sehr grundlegend. Die speziellen Kurse sollen regelmäßig während der
- 228 Arbeitszeit von dem/der ArbeitgeberIn unter Mitbestimmung des Betriebsrates organisiert werden. Auch eine
- 229 Freistellung für externe Angebote muss gewährleistet werden.
- 230 **1. c) Digitalisierung menschlich statt männlich gestalten**
- 231 Digitalisierung der Arbeit bringt Produktivitätssteigerungen und Wachstumspotenziale mit. Hierbei ist es un-
- 232 sere Aufgabe als JungsozialistInnen, für eine solidarische und gerechte Verteilung dieser Gewinne zu kämpfen,

233 sodass alle Menschen vom digitalen Wandel profitieren können. Gleichzeitig wird durch die fortlaufende Pro-
234 zessautomatisierung der Bedarf an menschlichem Arbeitsvolumen sukzessive abnehmen, da diese mit Systeme-
235 men künstlicher Intelligenz konkurrieren.

236 Von dieser Entwicklung sind auch Berufsfelder betroffen, die momentan mehrheitlich von Frauen ausgeübt
237 werden. Durch die Digitalisierung entwickeln sich daher auch neue Berufsfelder und Chancen für Frauen. Es
238 bleibt dabei: es ist Zeit, endlich überall die geschlechtergerechte Equal Pay zu realisieren.

239 *Können Frauen vom Wandel in der Arbeitswelt profitieren?*

240 Die digitale Welt eröffnet in einer Weise Freiheit, Mobilität und Flexibilität. Werte die viele Frauen unserer
241 Generation bei der Wahl ihres Arbeitsplatzes beeinflussen. Frauen sind oft vergleichbar oder sogar besser
242 qualifiziert. Sie verfügen über gleichwertige Fach- und Führungskompetenzen.

243 Auch wenn sich die Arbeitswelt verändert, unsere feministischen Grundforderungen bleiben bestehen: Frauen
244 sollen den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Es müssen mehr Frauen in Führungspositionen kommen
245 und dafür benötigen Unternehmen eine verbindliche Frauenquote von mindestens 40%, wobei die geschlech-
246 terparitätische Besetzung das Ziel bleibt und mittels Sanktionen, in finanzieller Form oder durch das Nicht-
247 besetzen von Stühlen, durchgesetzt wird. Diese Regelungen sollen ab dem mittleren Management bis in die
248 obersten Führungsebenen von Vorstand und Aufsichtsrat durchgesetzt werden. Frauen sollen nicht in pre-
249 kären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen. Am Ende des Erwerbslebens sollen Frauen auf ihrem
250 Rentenbescheid einen Betrag sehen, von dem sie sich ein gutes Leben leisten können.

251 Und weil sich die Arbeitswelt ändert, ergeben sich neue feministische Forderungen, die wir versuchen müssen
252 zu erkämpfen:

253 *Homeoffice: mehr Risiko statt Chance?*

254 Die Flexibilisierung von Arbeit kommt schillernd daher mit Begriffen wie „cloud working“, „Homeoffice“ oder
255 „Telearbeit“. Es wird oftmals behauptet, dass Homeoffice gerade für Frauen immense Chancen bietet, die
256 Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu meistern. Doch das ist ein Trugschluss!

257 Homeoffice für Frauen darf nicht mit der Begründung gefordert werden, dass dadurch die Vereinbarkeit von
258 Familie und Beruf für Frauen erleichtert würde. Denn diese Argumentation impliziert den Stereotyp, dass aus-
259 schließlich Frauen für die Reproduktionsarbeit (kochen, putzen, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen) ver-
260 antwortlich seien und reproduziert diesen nicht nur, sondern verstärkt den Stereotyp sogar. Wir dürfen nicht
261 fordern, dass Frauen diese Vereinbarung besser gelingt. Wir fordern, dass mehr Frauen in Normalarbeitsver-
262 hältnissen arbeiten. Die Entkopplung von Arbeitszeit und Arbeitsort muss zur Konsequenz haben, dass die
263 Arbeitszeit partnerschaftlich und paritätisch verteilt wird. Diese partnerschaftliche Aufteilung familiärer Auf-
264 gaben muss sich auch in Elternzeitregelungen und Arbeitszeitmodellen widerspiegeln.

265 Homeoffice birgt aber auch die Gefahr der Unsichtbarkeit. In der Regel wird in der Arbeitswelt nicht ausschließ-
266 lich Fleiß und gute Arbeit belohnt, sondern Präsenz und Netzwerken. Frauen kommunizieren ihre Leistungen
267 bisher ohnehin weniger selbstbewusst als ihre männlichen Kollegen und auch beim informellen Networking
268 sind sie weniger präsent. Mehr Homeoffice könnte diese Tendenzen noch verstärken.

269 Dort, wo Beförderungsentscheidungen getroffen werden, muss stattdessen die Sichtbarkeit von Frauen ge-
270 zielt erhöht werden und die Besetzung von leitenden Positionen muss nach transparenten Kriterien erfolgen.
271 Darüber hinaus bleiben die Förderung von Mentoring, Frauennetzwerken und gezielten Weiterbildungsange-
272 boten, zusätzlich zu verbindlichen Geschlechterquoten, wichtige Strategien zur Förderung von Frauen in Füh-
273 rungspositionen. Bei aller kritischer Auseinandersetzung mit den Konsequenzen und Problemen verschließen
274 wir uns dem Thema Home-Office nicht. Wir fordern aber, dass die Position der ArbeitnehmerInnen bei Home-
275 Office zu stärken und sehen die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung. Der/Die ArbeitnehmerIn soll die
276 Möglichkeit bekommen, Home-Office zu beantragen. Sollte die/der ArbeitgeberIn dem Antrag widersprechen,
277 so muss die/der Arbeitgeber_in beweisen, dass Home-Office unvereinbar mit dem betrieblichen Ablauf ist. Es
278 müssen für die Betriebe zudem Anreize geschaffen werden, die oben skizzierten negativen Effekte von Home-
279 Office durch Veränderungen der Betriebsorganisation zu minimieren – damit für ArbeitnehmerInnen ohne
280 Nachteile das Instrument von Home-Office zur Verfügung steht und ein Schritt in Richtung echter Vereinbar-
281 keit von Familie und Beruf möglich wird – für Frauen und Männer

282 *Mit digital literacy Frauenteilhabe sicherstellen*

283 Wie in vielen Bereichen ist auch im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel der Arbeitswelt >Bildung< ein
 284 Schlüssel zur gerechten Teilhabe. Hier besteht bisweilen eine *gender gap* hinsichtlich dem Zugang zu Technolo-
 285 gie wie auch dem fachbezogenen Know-how, welcher von genderspezifischen Stereotypen manifestiert wird.
 286 Diese Lücke muss durch gezielte Bildungsangebote geschlossen werden. Denkbar sind sowohl die Anpassung
 287 des Informatikunterrichts in der Schule, zusätzliche Schulungen für die Vermittlung von gängigen Program-
 288 miersprachen, Softwarekenntnissen und Medienkompetenz für Mädchen, um die Unterschiede in den „hard
 289 skills“ zu beseitigen wie darüber hinaus berufsbegleitende, kostenfreie Seminarangebote speziell für berufst-
 290 tätige Frauen, die ihre digitalen Kenntnisse stärken sollen.

291 1. d) Care-Arbeit Wert schätzen

292 Im Zuge des Wandels der Arbeitswelt halten wir es für notwendig, Care-Arbeit, deren Bedarf im Rahmen des
 293 demographischen Wandels steigen wird, im erhöhten Maße in reguläre Erwerbsarbeitsverhältnisse zu über-
 294 führen.

295 Care-Arbeit ist bereits jetzt Teil der kapitalistischen Verwertungskette, diesen Fakt lehnen wir grundsätzlich ab,
 296 halten es aber für einen gesellschaftlichen Fortschritt, wenn Reproduktionsarbeit, die bereits geleistet wird,
 297 aber trotz ihrer gesellschaftlich enormen Bedeutung nicht vergütet wird, angemessene Entlohnung erhält. Sie
 298 wird zurzeit mehrheitlich von Frauen geleistet und trägt damit zur Ungleichbehandlung und Diskriminierung
 299 auf dem Arbeitsmarkt bei. Eine Überführung dieser Arbeit in Erwerbsverhältnisse würde in diesen Kontext
 300 eine Umverteilung der Produktionsgewinne in Bereiche bedeuten, in denen zurzeit zum „Null-Tarif“ gearbeitet
 301 wird und somit einen Beitrag zur Beseitigung der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben leisten.

302 Auch im Kontext der bereits beschriebenen, stetig sinkenden pro-Kopf Arbeitszeit, welche möglicherweise
 303 durch die Entwicklungen der „Arbeit 4.0“ einer zusätzlichen Degression unterliegen könnte, stellt die Über-
 304 führung von Care- in Erwerbsarbeit in adäquates Mittel dar, um dieser Entwicklung Impulse zu Schaffung von
 305 Arbeitsplätzen entgegenzusetzen.

306 Bei jeder Debatte über die Überführung der Care-Arbeit ist für uns klar, dass die Bedingungen, in denen die-
 307 se geleistet wird, grundlegend verbessert werden müssen. Wer Care-Arbeit leistet, muss von der Gesellschaft
 308 dafür die gebührende Wertschätzung erhalten. Dies bedeutet in erster Linie gute Löhne, von denen sich je-
 309 de/r ein gutes Leben leisten kann, eine qualitativ hochwertige Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen. Wir
 310 erwarten, dass auch in diesem Arbeitsbereich der technologische Fortschritt Hilfestellung zur körperlichen Ent-
 311 lastung von ArbeitnehmerInnen sein kann. Klar ist jedoch, dass der soziale Charakter von personenbezogenen
 312 Dienstleistungen nicht durch – zumal für uns in diesem Bereich auch ethisch fragwürdige – Maschinisierungen
 313 ersetzt werden kann, sondern im Gegenteil die Automatisierung Freiräume schaffen kann, um diese Kompo-
 314 nente zu intensivieren.

315 In folgenden Bereichen sehen wir konkrete Möglichkeiten diese Transformation zu leisten:

316 • Kinderbetreuung

317 Im Bereich der Kinderbetreuung halten wir in diesem Kontext eine Kindertagesstättenpflicht ab dem 3. Lebens-
 318 jahr für zielführend. Für uns bleibt der Ausbau der vorhandenen Plätze in Kindertageseinrichtungen zudem
 319 von enormer Bedeutung. Gleichzeitig fordern wir einen besseren Betreuungsschlüssel und die Beitragsfreiheit
 320 für Eltern. Durch die Flexibilisierung der Arbeitswelt ist ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuung
 321 über die Randzeiten hinaus notwendig, deswegen brauchen wir Kindertagesstätten und Tagespflegeangebote
 322 mit 24/7 Öffnungszeiten, dort wo es notwendig ist. Hierbei ist es unbedingt notwendig, dass der Staat ge-
 323 meinsam mit den Gewerkschaften auf einen umfassenden Schutz der ArbeitnehmerInnen drängt. Die Träger
 324 müssen bei längeren Öffnungszeiten auch neue Arbeitszeitmodelle einführen.

325 Weiterhin müssen wir Wege finden, die zu einer paritätischen Aufteilung der Elternzeit zwischen beiden El-
 326 ternteilen führen. Hierfür können Anreizmechanismen eine angemessene Methode sein.

327 • Kranken- und Altenpflege

328 Im Bereich der Kranken- und Altenpflege sind bereits wesentliche Teile der Care-Arbeit in die Erwerbsar-
 329 beit überführt. Eine Ausweitung kann hier gelingen, indem Lücken im bisherigen Pflegesystem geschlossen
 330 werden, indem Ansprüche ausgeweitet werden. Weiterhin müssen Angebote zur haushaltsnahen, persönli-
 331 chen und menschlichen Betreuung geschaffen werden. Die ideale Pflege ist für uns dezentral, aber versor-
 332 gungsnah. Dafür braucht es Modelle, in den begleitetes aber selbstbestimmtes Leben im Alter möglich ist wie

333 SeniorInnen-WGs. Solche Modelle werden sich in Zukunft durch den technischen Fortschritt einfacher um-
334 setzen lassen. Auch in der Frühphase der Pflegebedürftigkeit müssen Familien durch ausreichende Angebote
335 professionell unterstützt werden.

336 Im Bereich der Krankenpflege sehen wir ebenso großes Potenzial zur Verbesserung. Wir schlagen vor, dass die
337 Krankenbetreuung stärker dezentralisiert und durch einen höheren Personaleinsatz näher zu den Menschen
338 gebracht wird. Hierbei schlagen wir Konzepte wie das der lokal organisierten Pflegeeinheit (LOPE) vor, die in
339 Quartieren die Aufgabe einer präventiven und unterstützenden Krankenpflege sowie gesundheitsberatenden
340 Kraft wahrnimmt.

341 • Haushalt

342 In der täglichen Hausarbeit sind viele Bereiche noch nicht annähernd vom Begriff der Erwerbsarbeit erfasst.
343 Auch hier halten wir es für nötig, Bereiche der Reproduktionsarbeit in die Erwerbsarbeit zu überführen. Hierfür
344 schlagen wir vor, dass Haushalte mit entsprechendem Bedarf wie einer betreuungsbedürftigen Person Unter-
345 stützung in Form des Anspruchs auf eine Haushaltshilfskraft erhalten, die einzelne Aufgaben (Putzen, Kochen,
346 Einkaufen) in einem zeitlich begrenzten, von der Betreuungsbedürftigkeit abhängigen Rahmen übernehmen
347 kann. Diese Haushaltshilfskräfte sollen keine Solo-Selbständigen sein, sondern sozial-abgesicherte Arbeitneh-
348 merInnen. Im Optimalfall werden sie nicht durch die Familien selbst angestellt, sondern als Dienstleistung
349 durch größere lokal-organisierte Einheiten angeboten. Nur so kann es gelingen, große Teile der Care-Arbeit
350 aus dem Bereich von illegalen Arbeitsverhältnissen zu befreien.

351 1. e) Berufliche Bildung in der Zukunft

352 Qualifizierung wird in der digitalisierten Arbeitswelt ein immer entscheidenderer Faktor. Die Anforderungen
353 an die berufliche Bildung haben sich in den letzten Jahrzehnten bereits stark verändert und werden dies – mit
354 erhöhtem Tempo – auch weiterhin tun. Es gilt hier, die gesetzlichen Regelungen dieser Entwicklung anzupas-
355 sen.

356 *Duales Studium*

357 Der Trend zur Akademisierung schlägt sich auch in der beruflichen Bildung nieder: An der Schnittstelle von
358 Hochschulen und Betrieben hat sich in den letzten Jahren sehr das duale Studium als „hybrides“ Studien-
359 format stark etabliert. Allerdings bildet sich die zunehmende Verzahnung von akademischer und beruflicher
360 Bildung nicht in den gesetzlichen Regelungen ab. Das bedeutet, dass es Gesetzeslücken gibt, die es Unterneh-
361 men ermöglichen, dual Studierende zu beschäftigen, ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen,
362 die Ausbeutung verhindern und Ausbildungsqualität sichern. Hier besteht schon jetzt dringender Handlungs-
363 bedarf. Der Tendenz, dass duale Studiengänge auf Unternehmensinteressen ausgerichtet werden und das
364 Studium so weiter ökonomisiert wird, muss entgegengewirkt werden. Die Curricula müssen von unabhängi-
365 gen Hochschulgremien ohne Unternehmensbeteiligung aufgestellt und die Kosten für private Hochschulen im
366 Verhältnis zum Einkommen begrenzt werden. Ein auskömmlicher Lebensunterhalt muss gesichert sein. Wir
367 stehen natürlich weiterhin zu unserer Forderung, dass Bildung jeglicher Art kostenfrei sein muss. Eine bessere
368 Studienförderung – insbesondere ein besseres Bafög-System – und Teilzeitstudiengänge für parallele prakti-
369 sche Tätigkeiten müssen her, um den Weg in reguläre Studiengänge zu erleichtern. Ein Klassensystem der
370 Hochschulen, wo das duale Studium unten angesiedelt ist, muss verhindert werden.

371 In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssiche-
372 rung dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzli-
373 che Schutzbestimmungen, die für die duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht. Für
374 die dual Studierenden ergeben sich daraus zahlreiche Probleme: Vertragliche Bindungsklauseln über das Stu-
375 dium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Freistellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von
376 gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb und einer gesetzlichen Festlegung, dass es eine
377 Vergütung geben muss.

378 Um die Qualität dieses immer mehr erstarkenden Ausbildungsformats zu gewährleisten, müssen Ausbildung
379 und Studium verzahnt und die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums
380 abgestimmt werden. Dieses erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung
381 der Qualität. Deshalb fordern wir, Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule ins Be-
382 rufsbildungsgesetz aufzunehmen, sowie Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbil-
383 dungspersonals, eine Bestimmung zur Ausbildungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsver-

384 trages zwischen Studierenden und Betrieb. Die Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen
385 gen sowie einen angemessenen Zeitraum zur Vorbereitung der Prüfungen und Studienzeiten, sowie Freizeit,
386 Ehrenamt und Erholung (5 Werktage), muss ebenfalls verankert werden.

387 *Gute Ausbildung braucht Zeit*

388 Wie bereits auf dem Bundeskongress 2013 beschlossen, lehnen wir eine grundsätzliche Verkürzung der Aus-
389 bildungsdauer sowie eine Modularisierung der Ausbildung ab. Diese Forderung unterstreichen wir vor dem
390 Hintergrund der Entwicklung zur Arbeit 4.0:

391 Die Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen, damit einher geht eine deutliche Verschlech-
392 terung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Eine zu enge Spezialisierung bereits in der Aus-
393 bildung würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, sondern
394 eher verringern. Wir wollen an dem System vielseitiger und umfassender Ausbildungsberufe festhalten und
395 den Auszubildenden so größtmögliche Vielseitigkeit und umfassende berufliche Bildung in ihrem Berufsfeld
396 bieten.

397 *Neue Rollen der AusbilderInnen*

398 Der/die AusbilderIn war traditionell zuständig für die betriebliche Unterweisung, die Durchführung von Lehr-
399 gängen und simulierten Projekten in Lehrwerkstätten. Ihre Aufgaben sind heute andere. Bezeichnungen wie
400 Lehrbegleiter, Coach oder Trainer signalisieren den Rollenwechsel – in der Erstausbildung, aber auch in der
401 Weiterbildung. Dazu kommt, dass sich AusbilderInnen heute oft zusätzlich um dual Studierende im Betrieb
402 und um SchülerpraktikantInnen kümmern müssen. Das betriebliche Bildungspersonal soll Lernen ermögli-
403 chen, anstatt zu unterweisen, zu belehren oder zu instruieren. Fehler können Lehrchancen sei und werden
404 daher wenn möglich zugelassen und für das Lernen genutzt und nicht von vorne herein verhindert.

405 Es werden Arbeitsaufgaben und Lernaufträge ausgewählt, die alternative Vorgehensweisen und Lösungen er-
406 möglichen. AusbilderInnen verzichten weitgehend auf instruierende oder einführende Belehrungen. Sie zei-
407 gen stattdessen die Möglichkeiten, an Informationen zu kommen und Lösungshilfen zu beschaffen. Der/die
408 AusbilderIn stehen jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Sie geben Hilfestellungen, die sich auf den Arbeits-
409 prozess, seine Inhalte sowie sein Umfeld beziehen und keine rein fachliche Unterweisung darstellen.

410 Die Rolle der AusbilderInnen hat sich in den vergangenen Jahren in einem Ausmaß verändert, welches ei-
411 ne genauere Definition der persönlichen Eignung von AusbilderInnen im Berufsbildungsgesetz notwendig
412 macht:

413 Die Einhaltung einheitlicher berufspädagogischer Standards für die Ausbildung der AusbilderInnen sowie die
414 verbindliche Voraussetzung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) für hauptamtliche AusbilderInnen muss
415 festgeschrieben werden. Diese muss modernisiert werden und um methodisch-didaktische und jugendpsy-
416 chologische Kompetenzen erweitert werden. Zudem muss eine Weiterqualifizierungsverpflichtung inklusive
417 Freistellung für die AusbilderInnen festgeschrieben werden, so dass sie den digitalen Wandel komplett be-
418 gleiten können. Um eine ausreichende Betreuung der einzelnen Auszubildenden zu garantieren, muss ein
419 Betreuungsschlüssel von 1:8 rechtsverbindlich festgeschrieben werden.

420 **1. f) Weiterbildung und Qualifizierung**

421 Die Digitalisierung erfordert für uns als JungsozialistInnen eine Qualifizierungsoffensive. Durch den techni-
422 schen Fortschritt bekommen berufliche und persönliche Weiterbildung noch mehr Bedeutung, sowohl für die
423 individuelle Qualifizierung, als auch für den notwendigen Wissensfortschritt im technischen Bereich.

424 Arbeit wird in der Zukunft verstärkt mit nicht-routinierten Tätigkeiten verbunden sein. Die Berufsbilder wer-
425 den sich verändern. Soziale, kommunikative, kreative und analytische Kompetenzen werden dabei stark an
426 Bedeutung gewinnen. Der erwartende Strukturwandel im Zuge von Arbeit 4.0 erhöht grundlegend die Anfor-
427 derungen an Qualifikation, Flexibilität und Mobilität der ArbeitnehmerInnen, was zu einer noch ausgeprägte-
428 ren Weiterbildungskultur führen wird.

429 ArbeitgeberInnen und der Gesetzgeber sind aufgrund der dynamischen und sehr schnellen Entwicklungen
430 im Zuge von Arbeit 4.0 dazu verpflichtet, Fachkräftesicherung und eine sehr gute Weiterbildungsqualität zu
431 gewährleisten. Gleichzeitig schützt ein funktionierendes System des lebenslangen Lernens auch vor Arbeitslo-
432 sigkeit und bietet Arbeitssuchenden die Chance, künftig wieder aktiv am Erwerbsleben teilzunehmen.

433 Weiterbildung ist ein zentraler Schlüssel für die erfolgreiche Gestaltung von Arbeit 4.0. Dazu müssen folgende
434 Grundlagen geschaffen werden:

- 435 1. einen Rechtsanspruch auf Qualifizierungsberatung und Weiterbildung mit finanzieller Förderung,
- 436 2. die Rolle der öffentlichen Hand als staatlichen Weiterbildungsträger und ein einheitliches Weiterbil-
437 dungssystems etablieren,
- 438 3. die Finanzierung über den von uns bereits geforderten Weiterbildungsfonds sicherstellen,
- 439 4. die Zugangsfreiheit für alle ArbeitnehmerInnen gewährleisten,
- 440 5. der Ausbau des MeisterInnen-BAFöGs und die Einführung eines MeisterInnenbonus, um im Sinne von
441 kostenfreier Bildung die Gebühren für den/die MeisterIn und den/die TechnikerIn abzuschaffen,
- 442 6. Regelungen in Tarifverträgen begrüßen wir ausdrücklich.

443 Wir fordern deshalb ein bundesweit einheitliches Weiterbildungssystem. Dieses muss den Anforderungen der
444 Digitalisierung inhaltlich sowie methodisch Rechnung tragen. Dazu gehört für uns unter anderem die Anpas-
445 sung an technologische und digitale Innovationen, Material in ansprechender Optik und didaktischer Darstel-
446 lung sowie die Schulung im Umgang Informationstechnologien und Big Data. Zur Qualitätssicherung fordern
447 wir eine einheitliche Zertifizierung von BildungsträgerInnen mit regelmäßigen Qualitätskontrollen.

448 Doch ein gutes Weiterbildungssystem allein löst die strukturellen Probleme in der Arbeitsmarktpolitik nicht.
449 Vielmehr halten wir darum auch an unseren Forderungen zur Reform der Arbeitslosenversicherung zur Ar-
450 beitsversicherung fest.

451 Hinsichtlich der Arbeitswelt 4.0 beruht unsere Vorstellung des Weiterbildungssystems auf drei Eckpfei-
452 lern:

453 1. Betriebliche Weiterbildung

454 Um den ArbeitnehmerInnen Zukunftsperspektiven zu geben und ihre Fachkompetenzen zu erweitern, fordern
455 wir branchenspezifisches digitales Lernen, das modular, flexibel und virtuell den ArbeitnehmerInnen zur Ver-
456 fügung steht. Im Vordergrund steht hier die berufsbezogene Weiterbildung von ArbeitnehmerInnen für ihr
457 spezifisches Tätigkeitsfeld und die Erweiterung der notwendigen Kompetenzen, um neue Aufgaben wahrneh-
458 men zu können. Diese erfordert ein verstärktes Engagement der ArbeitnehmerInnen, um im eigenen Interesse
459 den Fachkräftebedarf von morgen zu sichern und eine echte Weiterbildungskultur zwischen BildungsträgerIn-
460 nen, ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zu unterstützen. Weiterbildungsangebote bleiben Angebote
461 und keine Pflichten, sie dürfen nicht zu Druck- und Stressempfindung bei ArbeitnehmerInnen führen. Nach un-
462 serer Vorstellung der kostenfreien Bildung, darf die Weiterbildung nicht zur privaten Kostenbeteiligung führen
463 oder in Selbstbehalt resultieren. Die ArbeitgeberInnen sollen dazu gesetzlich verpflichtet sein, innerbetrieb-
464 liche Weiterbildung jedem/jeder ArbeitnehmerIn fünf Tage pro Jahr anzubieten.

465 1. Persönliche berufliche Weiterbildung

466 Digitale Weiterbildungsangebote und Qualifizierungsanforderungen stellen vielversprechende Chancen für
467 alle ArbeitnehmerInnen dar. Viele wollen Ihre Erwerbsfähigkeit wieder herstellen, erhalten oder ausbauen.
468 Berufsbegleitendes Studieren, digitale Kursportale und die Öffnung der Hochschulen für Berufstätige ohne
469 akademischen Abschluss sind die Voraussetzungen dafür. Menschen mit mindestens dreijähriger, abgeschlos-
470 sener Berufsausbildung müssen einen Hochschulzugang erhalten. Ebenso ist es wichtig, dass ausländische
471 Abschlüsse anerkannt werden. Insbesondere zur Aneignung von beruflichen, aber nicht unmittelbar arbeits-
472 platzbezogenen Fortbildungsansprüchen muss dieser Eckpfeiler gleichermaßen für ArbeitnehmerInnen ge-
473 stärkt und zugänglich gemacht werden. Im Zuge dessen soll jede/r ein Recht auf Bildungsteilzeit mit vollem
474 Lohnausgleich sowie, wenn nach den betrieblichen Gegebenheiten möglich, die Rückkehr in den Betrieb in
475 einen höherwertigen Job haben.

476 Zugleich führt der berufliche Lebensweg immer seltener nur durch ein Unternehmen und diesen neuen An-
477 forderungen muss ebenso Rechnung getragen werden.

478 III. Persönliche allgemeine Weiterbildung

479 Neben der Weiterbildung zur Karriereentwicklung innerhalb des Betriebes und der persönlichen beruflichen
480 Weiterbildung ist es sehr wichtig, dass auch die persönliche Entfaltung von staatlicher Seite unterstützt wird.
481 Denn erweiterte Softskills, die man sich aneignen kann und die den eigenen Horizont erweitern, sind im
482 Zuge der Digitalisierung sehr wichtig. Hierfür sind insbesondere die freien BildungsträgerInnen und Volks-
483 hochschulen in der Verantwortung, entsprechende Angebote zu schaffen. Öffentliche Förderung muss daher
484 auch an die Bedingung geknüpft werden, dass entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten wer-
485 den. Hierfür muss es bundesweit einen Bildungsurlaub für alle ArbeitnehmerInnen in Höhe von 10 Tagen
486 geben.

487 Das Gleichgewicht der individuellen Entwicklung durch Weiterbildung und der beruflichen Qualifikation bleibt
488 für uns ein Grundsatz in der Weiterbildungspolitik. Nur im gegenseitigen Bewusstsein über Herausforderun-
489 gen und Chancen für die Entwicklung von Arbeit 4.0 kann dieser Aufbruch für ein neues Weiterbildungssystem,
490 das den Herausforderungen der Digitalisierung begegnet, gelingen.

491 1. Fazit

492 Zusammengefasst ist festzustellen, dass die Digitalisierung die Arbeitswelt einschneidend und umfassend ver-
493 ändern wird. Dabei stehen wir als progressiver Verband aber dem technischen Fortschritt allgemein und auch
494 in der Arbeitswelt positiv gegenüber. Die Digitalisierung kann eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten für viele
495 Probleme und Herausforderungen, vor denen wir stehen, bieten. Die neuen technischen Möglichkeiten bieten
496 die Chance, physische und psychische Belastungsfaktoren weiter zu reduzieren und so die Arbeits- und Be-
497 schäftigungsfähigkeit der Menschen zu fördern. Gleichzeitig besteht aber das Risiko, dass die Digitalisierung
498 zu Arbeitsplatzverlusten, einer Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen und einer Einschränkung der Mitbe-
499 stimmung führt.

500 Wir JungsozialistInnen wollen es nicht dem Markt überlassen, welche Wirkungen und Auswirkungen die Digita-
501 lisierung hat. Unser Ziel ist eine politische Gestaltung des Prozesses, und nicht lediglich ein begleitendes oder
502 gar reaktives Handeln. Die Mitbestimmung muss gestärkt und die ersten Weichen schon während der Ausbil-
503 dung gestellt werden. Darüber hinaus muss Bildung zu einem der Schlüssel gemacht werden, um der Bevölke-
504 rung digitale Teilhabe als Voraussetzung zur wirtschaftlichen und sozialen Integration zu ermöglichen.

B12

Titel	Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohnerhöhung auf 11,68€!
AntragstellerInnen	Bremen

Mindestlohn muss nachhaltig vor Armut schützen! Mindestlohnerhöhung auf 11,68€!

- 1 Das Mindestlohniveau muss so erhöht werden, dass es nach 35 Beitragsjahren zu einem Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung führt.
- 2

B13

Titel Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!

AntragstellerInnen Saar

Werkverträge beschränken – Missbrauch stoppen!

1 **Ausbau der Informationsrechte für die betriebliche Interessenvertretung**

2 Das Betriebsverfassungsgesetz muss möglichst rasch dahingehend geändert werden, dass der Arbeitgeber
3 den Betriebsrat vor dem Einsatz von Leih- und Werksvertragsfirmen über den geplanten Einsatz, Umfang und
4 Dauer der Beschäftigung sowie über die Auswirkungen auf die Stammbeslegschaft vollumfänglich informieren
5 muss.

6 **Ausbau der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung**

7 Die betriebliche Interessenvertretung muss das Recht erhalten, die Beauftragung von Fremdfirmen – Leihar-
8 beit und Werkverträge – auf dem Werksgelände zu verweigern, wenn die Interessen der eigenen Belegschaft
9 unmittelbar berührt sind, beispielsweise wenn die Besorgnis besteht, dass durch die Vergabe ein Arbeitsplatz-
10 abbau und Entlassungen drohen oder Lohnstandards unterlaufen werden.

11 **Beweislast anders verteilen**

12 Die Darlegungs- und Beweislast liegt nach der gegenwärtigen Rechtslage bei dem ArbeitnehmerInnen, die
13 geltend machen müssen, dass ein Missbrauch von Leiharbeit und Werkvertrag vorliegt. Der Arbeitskreis for-
14 dert, dass bei einer glaubhaften Darlegung von Missbrauch die Beweislast auf den Arbeitgeber übergeht, der
15 nachweisen muss, dass er sich rechtskonform verhält.

16 **Verbandsklagerecht, Erweiterung der Kontrollen und Sanktionen**

17 Es muss für die im Betrieb vertretene Gewerkschaft ein Verbandsklagerecht gegen den Missbrauch von Leih-
18 arbeit und Werkverträgen geben. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die Zollfahndung und die Sozialversi-
19 cherungsträger müssen personell deutlich verstärkt und in die Lage versetzt werden, beim Missbrauch von
20 Leiharbeit und Werkverträgen rasch und wirkungsvoll einschreiten zu können. Dazu gehört auch eine wirksa-
21 me Überprüfungsmöglichkeit von angeblichen Leiharbeits- und Werkverträgen. Der Missbrauch von Leiharbeit
22 und Werkverträgen muss in jedem Einzelfall mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro und dem Ausschluss
23 von öffentlichen Aufträgen, im Wiederholungsfall mit Freiheitsentzug bestraft werden.

24 Bei nachweislichem Missbrauch entsteht ein reguläres Arbeitsverhältnis. Wenn festgestellt wird, dass ein miss-
25 bräuchlicher Leiharbeits- oder Werkvertrag vorliegt, muss dies zur Folge haben, dass ein Arbeitsverhältnis
26 zwischen dem Auftraggeber und dem Beschäftigten entsteht. Das wiederum hat zur Folge, dass rückwirkend
27 das entsprechende Entgelt inklusive der Sozialversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber nachentrichtet werden
28 muss.

29 **Schutz für ausländische ArbeitnehmerInnen verbessern**

30 Der grenzüberschreitende Arbeitskräfteeinsatz ist besonders missbrauchsanfällig und schwer zu überwachen.
31 Hier muss die Europäische Union ihr Regelwerk für grenzüberschreitenden Arbeitseinsatz verbessern, Kontrol-
32 len erleichtern und fälschungssichere Bescheinigungen einführen, es müssen schriftliche Lohnabrechnungen
33 vorgelegt und Löhne ausschließlich bargeldlos ausgezahlt werden, der Krankenversicherungsschutz muss ge-
34 währleistet und nachgewiesen werden. Mobile ArbeitnehmerInnen benötigen Anlauf- und Beratungsstellen,
35 die sie bei Problemen wirkungsvoll unterstützen.

36 **Kettenverträge eingrenzen**

37 Es kommt häufig vor, dass ein Subunternehmer den Auftrag gar nicht selbst ausführt, sondern ihn weitergibt
 38 an einen Dritten, der dann oft weitere Subunternehmen beteiligt. Dieses Vorgehen folgt nicht immer einer wirt-
 39 schaftlichen Logik, sondern dient nur dazu, die Verantwortung zu verschleiern und die Löhne zu drücken. Vor
 40 allem dann, wenn die weiteren Subunternehmer ihren Sitz im Ausland haben. Die Jusos Saar schlagen vor, die
 41 Subunternehmerketten auf zwei Subunternehmer zu begrenzen und zu verlangen, dass die Subunternehmen
 42 wenigstens einen Teil des Auftrages selbst ausführen müssen.

43 **Unterbindung und Verfolgung von Scheinselbstständigkeit**

44 Mit den sogenannten Hartz-Gesetzen wurde auch die Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und
 45 Selbstständigkeit dereguliert. Hierdurch sollte die Existenzgründung erleichtert werden. Doch es hat sich ge-
 46 zeigt, dass viele Auftraggeber dies missbrauchen, um sich der Verantwortung für das Arbeitsverhältnis zu ent-
 47 ziehen. Tatsächlich sind die Selbstständigen vielfach scheinselbstständig. Durch die Beschäftigung von Schein-
 48 selbstständigen werden betriebliche und sozialrechtliche Risiken auf diese verlagert und Schutzbestimmungen
 49 für die ArbeitnehmerInnen unterlaufen. Wir schlagen deshalb vor, die Kriterien für die Abgrenzung von Selbst-
 50 ständigen und Scheinselbstständigen zu präzisieren und zu ergänzen. Im Wesentlichen sollte zum alten Recht
 51 vor 2002 zurückgekehrt werden.

52 **Definition von Werkverträgen**

53 Grundlage für den Abschluss eines Werkvertrages sind die §§ 631 ff BGB. Davon abzugrenzen ist der Dienst-
 54 bzw. Arbeitsvertrag, der in den §§ 611 ff BGB geregelt ist.

55 Der Werkvertrag ist ein entgeltlicher, gegenseitiger Vertrag, durch die/den AuftragnehmerIn zur Herstellung
 56 eines individuellen Werkes, die/der AuftraggeberIn zur Zahlung der vereinbarten Vergütung (Werklohn) ver-
 57 pflichtet ist. Die/der WerkvertragsnehmerIn (WVN) schuldet also keine Tätigkeit, sondern ein bestimmtes Ar-
 58 beitsergebnis. Entscheidend für das Vorliegen eines Werkvertrages ist die Herbeiführung eines bestimmten
 59 Erfolges, d.h. dass durch die Arbeitsleistung der Werkvertragsnehmerin/des Werkvertragsnehmers das verein-
 60 barte Werk geschaffen wird. Dies kann ein körperliches Arbeitsprodukt sein, z.B. Herstellung einer Sache aus
 61 Materialien des Bestellers oder die Herbeiführung eines unkörperlichen Arbeitsergebnisses, z.B. Erstellung
 62 eines Gutachtens.

63 Kennzeichnend für das Vorliegen eines Werkvertrages sind folgende Voraussetzungen

- 64 • Die/der AuftragnehmerIn trägt das Risiko und haftet bei Nichterfüllung,
- 65 • Die/der AuftragnehmerIn erbringt keine typischen Arbeitsleistungen der Auftraggeberin/des Auftrag-
 66 gebers,
- 67 • Die Aufgabe wurde in der Vergangenheit nicht im Rahmen eines Dienstvertrages erfüllt,
- 68 • Die Vergütung richtet sich ausschließlich nach dem Ergebnis des erbrachten Werkes (Stücklohn, Pau-
 69 schalonorar) und nicht nach Stundensätzen.

70 **Schutz von Stammebelegschaften – Beschränkung von Werkverträgen**

71 Der Anteil der Stammebelegschaften in den Betrieben ist durch die Deregulierung und Flexibilisierung des Ar-
 72 beitsmarktes stark zurückgegangen. Um die sozialversicherungspflichtigen Stammarbeitsplätze dauerhaft zu
 73 schützen fordert der Arbeitskreis die Beschränkung der Beschäftigung von Werkvertragskräften auf höchstens
 74 15% der Gesamtbeschäftigten eines Unternehmens. Klein und Kleinstbetriebe sollen nach Einzelfallprüfung
 75 von der Quotenregelung ausgenommen werden können.

76 **Gleiches Geld, gleiche Behandlung**

77 Es gilt sicher zu stellen, dass FremdarbeitnehmerInnen bereits ab dem ersten Tag ihres Beschäftigungsverhält-
 78 nisses für die gleiche Arbeit das gleiche Entgelt erhalten wie Beschäftigte der Stammebelegschaft des gleichen
 79 Unternehmens. Zudem ist zu garantieren, dass diesen Arbeitnehmer von Drittunternehmen die gleichen Ar-
 80 beitsbedingungen zu teil werden wie der Stammebelegschaft. (Equal-Pay, bzw. Equal-Treatment Prinzip)

81 Forderung:

82 Zentrales Ziel der Jusos muss die Durchsetzung der Forderung „Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen
 83 Ort“ sein. Um den Missbrauch von Werkverträgen effektiv zu bekämpfen und „Gute Arbeit“, menschenwürdige

84 Arbeitsbedingungen und gute Löhne durchzusetzen, fordern die Jusos Saar:

- 85 • **Ausbau der Informationsrechte für die betriebliche Interessenvertretung**
- 86 • **Ausbau der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung**
- 87 • **Beweislast bei Missbrauch vom Werkvertrag durch Arbeitgeber**
- 88 • **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften, sowie die Erweiterung der Kontrollen und Sanktionen**
- 89 • **Besseren Schutz Ausländische ArbeitnehmerInnen**
- 90 • **Begrenzung von Kettenverträgen auf maximal zwei Subunternehmer**
- 91 • **Unterbindung und konsequente Verfolgung von Scheinselbstständigkeit**
- 92 • **Die Einführung einer genauen Definition von Werkverträgen auf gesetzlicher Grundlage**
- 93 • **Schutz von Stammebelegschaften – Beschränkung von Personen in Werkverträgen auf maximal**
- 94 **15% der Gesamtbelegschaft**
- 95 • **Wir fordern für FremdarbeitnehmerInnen einen Equal Pay plus 10% ab dem ersten Tag.**

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C1	Bayern	Das Berufsbildungsgesetz besser machen!	24
----	--------	---	----

C1

Titel Das Berufsbildungsgesetz besser machen!

AntragstellerInnen Bayern

Das Berufsbildungsgesetz besser machen!

1 Im Koalitionsvertrag ist eine Evaluierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vereinbart: „Wir wollen die duale
2 Ausbildung stärken und modernisieren. Wir werden das Berufsbildungsgesetz evaluieren und Anpassungen
3 prüfen, insbesondere in Hinblick auf die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität
4 und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamtes in den Prü-
5 fungsgremien.“

6 Laut ursprünglichem Zeitplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hätte dieser Evaluations-
7 prozess Ende 2015 abgeschlossen sein sollen, so dass eventuelle Gesetzesänderungen noch 2016 verabschie-
8 det werden können. Dieser konnte nicht eingehalten werden. Damit die notwendige Novellierung des BBiG in
9 dieser Legislaturperiode noch gelingt, gilt es nun den Prozess voranzutreiben – gemeinsam mit den Gewerk-
10 schaftsjugendlichen.

11 Wir Jusos haben zur Berufsbildung gute Beschlusslagen. Diese gilt es nun mit Nachdruck in den Evaluations-
12 prozess einzubringen, um zusätzliche, in der Diskussion stehende Aspekte zu erweitern und auf eine Reform
13 des Berufsbildungsgesetzes zu fokussieren.

14 Das Berufsbildungsgesetz von 1969 ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von ArbeitnehmerInnen,
15 ArbeitgeberInnen und des Staates für die Berufliche Bildung in Deutschland. Schon damals ein Kompromiss
16 fehlen darin wesentliche Elemente wie die Finanzierung und das Recht auf Ausbildung. Zuständigkeiten und
17 Geltungsbereich wurden allzu pragmatisch festgelegt.

18 Wir fordern daher, dass die gewöhnliche Ausbildungsdauer mindestens drei Jahre beträgt. Weiter fordern wir
19 Regeln dafür, welche Qualifikation nach welcher Ausbildungszeit in welchem Beruf erreicht ist. Entsprechen-
20 de Regeln sollen auch für Auszubildende ausgeschrieben werden, die durch einen Ausbildungsplatzwechsel,
21 herausragende Leistungen während der Ausbildung oder die Anrechnung einer Einstiegsqualifizierung, be-
22 ruflicher Vorbildung, oder eines allgemeinbildenden Schulabschlusses ihre Ausbildungszeit verkürzen oder
23 vor Ablauf ihrer Ausbildungszeit zur Abschlussprüfung zugelassen werden. Die größeren Herausforderungen
24 wurden nicht angegangen, diese gilt es nun endlich anzunehmen.

25 Ausbildung garantieren!

26 Eine Ausbildungsgarantie muss im BBiG verankert werden. Die Jusos fordern die Einführung des gesetzlichen
27 Anspruchs auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu
28 absolvieren. Diese Ausbildungsgarantie für alle ausbildungswilligen Jugendlichen die keinen Ausbildungsplatz
29 finden konnten soll spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gelten. Bei der
30 Berufswahl sind die Berufswünsche und die Möglichkeiten der Mobilität der Jugendlichen maßgeblich.

31 Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, wird eine Ausbildung an einer be-
32 rufsbildenden Schule oder bei einem außerbetrieblichen Bildungsträger für die gesamte mindestens dreijähri-
33 ge Ausbildungsdauer garantiert. Ein Anteil von mindestens 50 % betrieblicher Praxis muss dabei gesichert sein.
34 Außerdem ist zu jedem Zeitpunkt ein Übergang in eine betriebliche Ausbildung anzustreben. Die absolvierte
35 Ausbildungszeit ist dabei anzurechnen. Außerbetriebliche Auszubildende müssen eine Ausbildungsvergütung
36 entsprechend der orts- und branchenüblichen tariflichen Regelung erhalten. Die Betriebe müssen die Finan-
37 zierung dieser zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten durch eine Umlagefinanzierung sicherstellen.

38 Ein BBiG für alle!

39 Zahlreiche berufliche Ausbildungsgänge und vergleichbare neue Ausbildungsstrukturen werden nicht nach
40 dem BBiG geregelt. Im Ergebnis führt das in vielen Ausbildungen oftmals zu unklaren Rechtsverhältnissen
41 oder schlechteren Ausbildungsbedingungen. Daher fordern wir die Ausweitung des BBiG zu einem einheitli-
42 chen Ausbildungsgesetz, das gleiche Qualitätsstandards für alle Ausbildungsberufe sicherstellt. Dazu gehören
43 z. B. die Gesundheits- und Pflegeberufe sowie ErzieherInnen. Ebenso muss das BBiG für alle betrieblichen
44 Ausbildungsphasen von schulischen Ausbildungsgängen gelten. Ausgenommen sind derzeit Meisterprüfun-
45 gen. Die Meisterprüfung im Handwerk ist in der Handwerksordnung (HwO) geregelt und unterliegt nicht dem
46 Geltungsbereich des BBiG. Meisterprüfungsverordnungen werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und
47 Energie im Einvernehmen mit dem Ministerium für Bildung und Forschung erlassen. Sie werden nicht unter
48 der Federführung des Bundesinstituts für Berufsbildung erarbeitet und nicht den Gremien des BBiG vorge-
49 legt. Diese Ausklammerung der Meisterprüfungen aus der regulären Ausbildungsgesetzgebung führt zu einer
50 stark arbeitgeberfreundlichen und arbeitnehmernachteiligen Prüfungsordnung. Um dies zu beheben, sollen
51 die Normen des BBiG in die Regelungen zur Meisterprüfung einfließen unter Einbeziehung und Kontrolle des
52 Bundesinstitut für Berufsbildung. Im Zuge dieser Umbildung sollen auch die anderen Regelungen der Hand-
53 werksordnung (HwO) mit dem BBiG harmonisiert werden.

54 Duales Studium ins BBiG!

55 An der Schnittstelle von Hochschulen und Betrieben hat sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich das duale
56 Studium als „hybrides“ Studienformat etabliert. Allerdings bildet sich die zunehmende Verzahnung von akade-
57 mischer und beruflicher Bildung nicht in gesetzlichen Regelungen ab. Das bedeutet, dass es Gesetzeslücken
58 gibt, die es Unternehmen ermöglichen, dual Studierende zu beschäftigen, ohne dass entsprechende Schutz-
59 bestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungsqualität sichern sollen. Hier besteht drin-
60 gender Handlungsbedarf.

61 In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssiche-
62 rung dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzli-
63 che Schutzbestimmungen, die für die duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht. Für
64 die dual Studierenden ergeben sich daraus zahlreiche Probleme: vertragliche Bindungsklauseln über das Stu-
65 dium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Freistellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von
66 gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb und einer gesetzlichen Festlegung, dass es ei-
67 ne Vergütung geben muss. Um die Qualität dieses Ausbildungsformats zu gewährleisten, müssen Ausbildung
68 und Studium verzahnt und die betrieblichen Ausbildungsbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums
69 abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung der
70 Qualität. Deshalb fordern wir, Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule ins BBiG auf-
71 zunehmen, sowie Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbildungspersonals, eine Be-
72 stimmung zur Ausbildungsvergütung sowie zur Ausgestaltung des Ausbildungsvertrages zwischen Studieren-
73 dem und Betrieb. Die Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie einen Tag zur Vor-
74 bereitung der Prüfungen und Studienzeiten muss ebenfalls im BBiG verankert werden. Die Kombination von
75 Studium und Berufsausbildung soll Praxisnähe und Hochschulstudium zeitsparend miteinander verbinden.
76 Leider wird zu wenig über die Kehrseiten gesprochen: Private Hochschulträger und verschiedene Formen des
77 Dualen Studiums (z.B. Studium mit Praxisphasen, Studium mit integrierter Berufsausbildung oder Studiums
78 mit externer IHK-Prüfung) sorgen für erhebliche Probleme. Wird der erworbene Bachelor-Abschluss an staat-
79 lichen Hochschulen als Grundlage für ein Masterstudium anerkannt? Wie wird das zusätzliche Lernpensum
80 für das Studium im Bezug zur Arbeitszeit gewertet? Was passiert, wenn am Ende kein Universitätsabschluss
81 erworben wird und die betriebliche Ausbildung nur durch Praxisphasen gewährleistet werden sollte?

82 An dieser Stelle wird klar, dass auch das Duale Studium Einzug in das Berufsbildungsgesetz finden muss. Stu-
83 dienzeiten müssen als Arbeitszeiten anerkannt werden. Vertragsstrafen aufgrund des Verlassens des Unter-
84 nehmens nach dem Studium gehören abgeschafft. Und vor allem: Hochschulbildung muss staatlich kontrol-
85 liert werden! Hier müssen klare Anforderungen an Hochschulträger definiert werden. Zudem soll das Duale
86 Studium im Regelfall an einer staatlichen Hochschule absolviert werden. Hierzu bedarf es vielerorts einer No-
87 vellierung der Hochschulgesetze. Mehr Sein, weniger Schein!

88 Gute Ausbildung braucht Zeit!

89 Junge Menschen brauchen nicht nur einen Ausbildungsplatz, sondern auch eine qualifizierte und gute Aus-
90 bildung. Eine gute Ausbildung zu einem verantwortungsvollen Facharbeiter oder einer Facharbeiterin dauert

91 mindestens drei Jahre. Eine zweijährige "billigere" Schmalspur-Ausbildung, wie sie viele ArbeitgeberInnen und
92 das Wirtschaftsministerium anstreben, kann das nicht leisten und bietet darüber hinaus kaum berufliche Ent-
93 wicklungsperspektiven. Denn eine qualifizierte Ausbildung bildet nicht nur die Basis für eine interessantere
94 und abwechslungsreichere Tätigkeit. Gut qualifizierte Ausgebildete werden auch deutlich seltener erwerbslos
95 als gering Qualifizierte. Eine „Kurzausbildung“ sorgt nicht für die erforderliche umfassende Kompetenzvermitt-
96 lung.

97 Eine sehr spezialisierte und nur auf einige Tätigkeiten fokussierte zweijährige Berufsausbildung beeinträchtigt
98 die Flexibilität und Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems und mindert seine Attraktivität und Qualität. Die
99 Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen, damit einher geht eine deutliche Verschlechterung
100 der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte. Eine zu enge Spezialisierung bereits in der Ausbildung
101 würde daher die Anpassung an neue Anforderungen und lebenslanges Lernen nicht fördern, sondern eher
102 verringern. Eine grundsätzliche Verkürzung der Ausbildungsdauer von dreieinhalb auf drei Jahre und eine
103 vermehrte Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen lehnen wir daher ab.

104 Die BBiG-Reform 2005 hat zudem für die Regelung des Verhältnisses von zweijährigen und drei- bzw. dreiein-
105 halbjährigen Ausbildungsberufen eine eklatante Regelungslücke hinterlassen. Es hat

106 a) ein Anrechnungsmodell (Zweijährige werden auf Dreijährige angerechnet) und

107 b) ein Ausstiegsmodell (der/die Auszubildende kann nach zwei Jahren aus einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen
108 Ausbildungsverhältnis aussteigen) zugelassen.

109 Wir fordern daher, dass Ausbildungsverträge nur in mindestens dreijährigen Ausbildungsberufen abgeschlos-
110 sen werden dürfen und eine verbindliche Regelung darüber, welche Qualifikation nach welcher Ausbildungs-
111 zeit in welchen Beruf erreicht ist. Ausnahmeregelungen zur Verkürzung der Ausbildungszeit sollen für Aus-
112 zubildende gelten, die durch einen entsprechenden Ausbildungsplatzwechsel, regelmäßiges Übertreffen der
113 Ausbildungsziele oder die Anrechnung einer Einstiegsqualifizierung, beruflicher Vorbildung, oder eines allge-
114 meinbildenden Schulabschlusses ihre Ausbildungszeit verkürzen oder vor Ablauf ihrer Ausbildungszeit zur
115 Abschlussprüfung zugelassen werden. Dies darf aber nicht zu einer Modularisierung führen. Wir stehen zum
116 Berufsprinzip und lehnen eine Aufgabe des Systems geschlossener Berufsbilder zugunsten einer Modulari-
117 sierung der beruflichen Ausbildung ab. Um jungen Erwachsenen zu ermöglichen, Ausbildung und Familie mit-
118 einander vereinbaren zu können, soll die Ausbildung in Teilzeit in § 8 BBiG als Rechtsanspruch ausgestaltet
119 werden. Darüber hinaus muss die Verlängerung der Ausbildungszeit unproblematisch möglich werden und es
120 müssen Ausstiegsmodelle mit gesetzlichem Rückkehranspruch geschaffen werden.

121 Sichere Perspektiven durch unbefristete Übernahme!

122 Eine sichere Perspektive ist gerade für junge Menschen sowohl beim Übergang von Schule in Ausbildung als
123 auch beim Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben wichtig. Die Jusos fordern daher eine unbefristete
124 Übernahmegarantie für alle Auszubildende. Nicht nur für die Unternehmensbindung, sondern insbesondere
125 auch für den Erwerb von praktischer Berufserfahrung für den ehemaligen Auszubildenden ist dies entschei-
126 dend.

127 Umfragen zeigen, dass nicht einmal die Hälfte der Jugendlichen im Jahr vor ihrem Berufsabschluss eine feste
128 Übernahmezusage und Perspektive im ihrem Ausbildungsbetrieb hat. Ein Drittel der Jugendlichen hat kurz vor
129 Ihrem Berufsabschluss noch schlicht keine Informationen darüber ob sie übernommen werden oder nicht.
130 Diese Unsicherheit darf jungen Menschen nicht weiter zugemutet werden. Deshalb muss § 24 BBiG analog
131 zum § 78a Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) erweitert werden und die dreimonatige Ankündigungsfrist bei
132 beabsichtigter Nicht-Übernahme auf alle Auszubildenden ausgeweitet werden.

133 Mindestausbildungsvergütung

134 § 17 BBiG schreibt eine angemessene Vergütung für die Ausbildung vor. Nach der Rechtsprechung darf die ein-
135 zelvertraglich geregelte Ausbildungsvergütung nicht niedriger als 80% der üblichen tariflichen Ausbildungsver-
136 gütung sein. In reinen Ausbildungsbetrieben sind weitergehende Abweichungen zulässig. Das hat schwerwie-
137 gende Folgen. 27 % der Auszubildenden müssen neben der Ausbildung noch einem weiteren Arbeitsverhältnis
138 nachgehen um sich ihre Ausbildung finanzieren zu können.

139 Es kann nicht sein, dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen, so
140 wenig verdienen, dass die sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Die Ausbildungsvergütung muss

141 Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen
142 Facetten ermöglichen. Daher fordern wir die Einführung einer längst fälligen, gesetzlichen, flächendeckenden
143 Mindestausbildungsvergütung mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-BAFÖG-Satzes. Gleich-
144 zeitig halten wir an der geltenden Rechtsprechung fest, nach der 80% der tariflichen Ausbildungsvergütung
145 Minimum ist, solange sie über der Mindestausbildungsvergütung liegt.

146 Ausbildungsqualität sichern!

147 Ausbildungsqualität lässt sich am besten durch die Mitbestimmung starker Jugend- und Auszubildendenver-
148 tretungen sichern. Doch auch in Betrieben, in denen es keine Jugend- und Auszubildendenvertretung und kei-
149 nen Betriebs-/Personalrat gibt – zum Beispiel in kleinen Betrieben auf Grund zu geringer Beschäftigtenzahlen
150 – muss die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen kontrolliert werden.

151 Gewerbeaufsichtsämter, die über die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen wachen sollten, sind unterbe-
152 setzt und überfordert und die, für die Überwachung der Ausbildungsqualität zuständigen Berufskammern
153 sind oft wenig geneigt bei Verstößen gegen die Ausbildungsordnung oder schlicht schlechten Ausbildungs-
154 bedingungen gegen die Unternehmen durchzugreifen, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen auch die Arbeit der
155 Berufskammern finanzieren.

156 Erfahrungen zeigen, dass es für die betroffenen Auszubildenden häufig sehr schwierig ist wirkliche Verbesse-
157 rungen über die eigentlich zuständigen Berufskammern durchzusetzen. Es mangelt hier an klaren Vorgaben.
158 Dies liegt auch daran, dass die Formulierungen in § 79 des BBiG, der sich mit dem Berufsbildungsausschuss
159 beschäftigt, bisher relativ unverbindlich sind. Sie müssen erweitert werden.

160 Berufsbildungsausschüsse brauchen ein Anhörungsrecht, zudem muss es eine feste Verankerung eines Unter-
161 ausschusses zur Ausbildungsqualität geben. In den Kammern muss die Personalausstattung so gestaltet sein,
162 dass die AusbildungsberaterInnen auch tatsächlich regelmäßige Kontrollen mindestens einmal jährlich in den
163 Ausbildungsbetrieben durchführen können. Ihre Aufgaben müssen konkretisiert und gestärkt werden.

164 Die bisherige Regelung sieht vor, dass AusbildungsberaterInnen regelmäßig im Berufsbildungsausschuss ei-
165 nen Bericht abgeben müssen. Die Doppelfunktion der Kammern verhindert aber im Konfliktfall die Durch-
166 setzung von Qualitätsansprüchen in der Berufsausbildung, da diese sich mitunter gegen die Interessen der
167 eigenen Mitglieder richten. Daher müssen im Bereich der Überwachung der Ausbildungsqualität unmissver-
168 ständliche und klar definierte Standards und Kriterien bestehen, die im Zweifel durch Klagemöglichkeiten al-
169 ler Bänke in den Berufsbildungsausschüssen kontrolliert werden können. Um die notwendigen qualitativen
170 Voraussetzungen im Ausbildungsbetrieb zu gewährleisten, fordern wir eine deutlichere Formulierung in § 27
171 (Eignung der Ausbildungsstätte), die die fachliche Ausstattung und zeitgemäße Ausbildungsmaterialien in der
172 Ausbildungsstätte sicherstellt.

173 Ein betrieblicher Ausbildungsplan muss rechtsverbindlich vorgeschrieben sein und mit dem Ausbildungsver-
174 trag ausgehändigt werden. Hierzu bedarf es einer eindeutigeren Formulierung in § 11 (Vertragsniederschrift)
175 Absatz 1 Nr.1. So kann die Ausbildung vorausschauend geplant werden. In § 5 (Ausbildungsordnung) soll dar-
176 über hinausgehend klargestellt werden, dass Abweichungen vom Ausbildungsrahmenplan nicht gestattet sind.
177 Damit der Auszubildende und der die AusbilderIn einen Überblick über die bereits vermittelten Lerninhalte hat,
178 ist entsprechend § 5 Absatz 2 Nr. 7 in mittlerweile fast Ausbildungsordnungen folgender Passus enthalten: „Die
179 Auszubildenden haben einen schriftlichen Ausbildungsnachweis zu führen. Ihnen ist Gelegenheit allen zu ge-
180 ben, den schriftlichen Ausbildungsnachweis während der Ausbildungszeit zu führen. Die Auszubildenden haben
181 den schriftlichen Ausbildungsnachweis regelmäßig durchzusehen.“ Dieser muss ins BBiG aufgenommen wer-
182 den. Die mittlerweile gängige Praxis in den auszubildenden Unternehmen der Industrie und des Handwerks hat
183 sich bewährt und sollte für alle Ausbildungsberufe ein rechtlich fest verankerter Bestandteil werden.

184 Rolle der AusbilderInnen definieren!

185 Der/die AusbilderIn war traditionell zuständig für die betriebliche Unterweisung, die Durchführung von Lehr-
186 gängen und simulierten Projekten in Lehrwerkstätten. Ihre Aufgaben sind heute andere. Bezeichnungen wie
187 Lernbegleiter, Coach oder Trainer signalisieren den Rollenwechsel – in der Erstausbildung, aber auch in der
188 Weiterbildung. Dazu kommt, dass sich AusbilderInnen heute oft zusätzlich um dual Studierende im Betrieb
189 und um SchülerpraktikantInnen kümmern müssen. Das betriebliche Bildungspersonal soll Lernen ermögli-
190 chen, anstatt zu unterweisen, zu belehren oder zu instruieren. Fehler können Lernchancen sein und werden
191 daher wenn möglich zugelassen und für das Lernen genutzt und nicht von vorne herein verhindert. Es werden

192 Arbeitsaufgaben und Lernaufträge ausgewählt, die alternative Vorgehensweisen und Lösungen ermöglichen.
193 AusbilderInnen verzichten weitgehend auf instruierende oder einführende Belehrungen. Sie zeigen stattdes-
194 sen die Möglichkeiten, an Informationen zu kommen und Lösungshilfen zu beschaffen. Der/die AusbilderIn
195 stehen jederzeit für Rückfragen zur Verfügung. Sie geben Hilfestellungen, die sich auf den Arbeitsprozess, sei-
196 ne Inhalte sowie sein Umfeld beziehen und keine rein fachliche Unterweisung darstellen.

197 § 29 BBiG (Persönliche Eignung) soll die persönliche Eignung des Ausbildungspersonals regeln. Faktisch werden
198 lediglich formale Ausschlussgründe benannt. Die Rolle der AusbilderInnen hat sich in den vergangenen Jahren
199 in einem Ausmaß verändert, welches eine genauere Definition in § 29 notwendig macht: die Einhaltung einheit-
200 licher berufspädagogischer Standards für die Ausbildung der AusbilderInnen sowie die verbindliche Vorausset-
201 zung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) für hauptamtliche AusbilderInnen muss festgeschrieben wer-
202 den. Diese muss modernisiert werden und um methodisch-didaktische und jugendpsychologische Kompeten-
203 zen erweitert werden. Zudem muss in den §29 eine Weiterqualifizierungsverpflichtung inklusive Freistellung
204 für die AusbilderInnen aufgenommen werden. Um eine ausreichende Betreuung der einzelnen Auszubilden-
205 den zu garantieren muss ein Betreuungsschlüssel von 1:8 rechtsverbindlich festgeschrieben werden. Die Be-
206 rufsschule ist der „staatliche Arm“ der dualen Berufsausbildung. Hier sollen Auszubildende die theoretischen
207 Fertigkeiten für ihren Berufsabschluss erlernen. Gleichzeitig ermöglicht sie das Erreichen der Fachhochschul-
208 reife sowie des Abiturs mit bestimmten Schwerpunkten. Außerdem besuchen SchülerInnen die Berufsschule,
209 die sich beispielsweise im Berufsgrundschuljahr befinden oder eine vollschulische Assistenzausbildung absol-
210 vieren. Die Schulordnung der Berufsschulen ist in die Jahre gekommen. Elemente der Berufsbildung wie das
211 Duale Studium werden in ihr gar nicht dargestellt. Die Einführung von Verbundklassen für Verbundstudieren-
212 de wird durch die Landesschulordnung quasi ausgeschlossen. Eine grundlegende Reform der Schulordnung
213 für Berufsschulen ist dringend erforderlich. Verstärkt muss an den Berufsschulen auch die Situation junger
214 Azubis in Betrieb und Gesellschaft betrachtet werden. Die angehenden FacharbeiterInnen sollen nicht nur
215 wissen, wie sie ihren Beruf korrekt auszuüben haben. Auch grundlegende politische Kenntnisse und Grund-
216 züge der Politischen Ökonomie gehören in die Berufsschul-Lehrpläne! Außerdem soll dafür Sorge getragen
217 werden, dass auch den Gewerkschaften der Zugang zum Berufsschulunterricht zum Beispiel im Rahmen der
218 bekannten „Berufsschultouren“ barrierefrei ermöglicht wird.

219 Gute Weiterbildung!

220 Die Qualitätssicherung muss für den Bereich der Bildungsmaßnahmen und – anbieterInnen weiterentwickelt
221 werden. Anknüpfungspunkte bieten die bereits bestehenden Bestimmungen im Aufstiegsfortbildungsförde-
222 rungsgesetz (AFBG – „Meister-BaföG“). Eine Förderung ist abhängig von einer Mindeststundenanzahl der Bil-
223 dungsmaßnahme. Das Verfahren für den Bereich der öffentlich geförderten Maßnahmen richtet sich nach
224 dem Sozialgesetzbuch (SGB), bei dem verpflichtend einzuhaltende Standards (Zertifizierung) für Bildungsan-
225 bieter und Maßnahmen vorgeschrieben sind.

226 Wir fordern deshalb Qualitätsdimensionen im BBiG zu verankern: Es müssen verbindliche Qualitätsanforde-
227 rungen für die Lernprozessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch die Verankerung eines Fort-
228 bildungsrahmenplanes, analog zu den Rahmenplänen in der beruflichen Ausbildung. Bildungsanbieter in der
229 beruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qualitätssicherungssystem verpflichtend anwen-
230 den. Ebenso soll qualifiziertes Personal nachgewiesen werden. Ein Beratungsangebot zum Fortbildungsziel,
231 über Prüfungsstruktur, Prüfungsablauf, Prüfungsmethoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prü-
232 fung muss vom Bildungsanbieter sichergestellt werden.

233 Das BBiG enthält einen Paragraphen zur Umschulungsprüfungsregelung (§ 59). Zum weit überwiegenden Teil
234 wird im Umschulungsbereich in anerkannten Ausbildungsberufen qualifiziert. Diese Praxis ist nach Aussage
235 aller ausbildenden Einrichtungen der richtige Weg. Dementsprechend muss der Paragraph 59 ersatzlos gestri-
236 chen werden.

237 Es gibt nur sehr wenige regional entwickelte Berufsprofile mit relevanten Absolventenzahlen. Für einen Einstig
238 ins Berufsleben sind diese wenigen nicht bundeseinheitlichen Abschlüsse nur bedingt geeignet und auch nur
239 regional bekannt. Für einen dauerhaften Verbleib im Beschäftigungssystem und für die notwendige räumliche
240 Flexibilität der Beschäftigten bei der Arbeitssuche sind solche Abschlüsse ein falscher Weg. Beschäftigte mit
241 nur regional bekannten Berufsbezeichnungen sind von Personalverantwortlichen in Unternehmen nur mit
242 einem unzumutbaren Aufwand zu verorten und werden daher fast immer bei einem Bewerbungsprozess nicht
243 in die engere Auswahl kommen. Auch der Trend, weniger Berufe anstatt mehr zu schaffen, wird hiermit unnötig

244 aufgeweicht.

245 Zeit zum Lernen!

246 Gemäß § 15 (Freistellung) haben Ausbildende die Auszubildenden für die Teilnahme am Berufsschulunterricht
247 freizustellen, und nach § 19 (Fortzahlung der Vergütung) Absatz 1 ist für diesen Zeitraum die Ausbildungsvergü-
248 tung fortzuzahlen. Bei der Frage der Anrechnung von Berufsschulzeiten bei Auszubildenden auf die Arbeitszeit
249 wird bisher zwischen volljährigen und minderjährigen Auszubildenden unterschieden.

250 Wir fordern eine einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter, die über die
251 Bestimmungen des § 9 (Berufsschule) Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) hinausgeht. Die Berufsschulzeit
252 muss für alle Auszubildenden inklusive der Pausenzeit vollständig auf die betriebliche Arbeitszeit angerech-
253 net werden. Der Weg vom Betrieb zur Berufsschule und zurück muss auf die Arbeitszeit angerechnet werden.
254 Die Rückkehrpflicht nach der Berufsschule in den Betrieb muss abgeschafft werden. Dabei soll ein Berufs-
255 schultag, unabhängig von seinem Umfang, grundsätzlich als voller Arbeitstag berücksichtigt werden, um eine
256 Benachteiligung der Auszubildenden zu verhindern, deren Berufsschulzeit sich nicht mit der Ausbildungszeit
257 überschneidet bzw. um einen Missbrauch vor gezielter Vermeidung der Überschneidungszeiten durch Schicht-
258 dienste abzuwenden. Berufsschulwochen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit berücksich-
259 tigt werden. Reisekosten und Spesen sind bei Berufsschulbesuchen und überbetrieblichen Ausbildungsmaß-
260 nahmen, die eine auswärtige Übernachtung erfordern, gemäß Bundesreisekostengesetz (BRKG) direkt vom
261 Arbeitgeber zu vergüten.

262 Damit Auszubildende genügend Zeit haben, um sich auf ihre Prüfung vorbereiten zu können fordern wir eine
263 entsprechende Ergänzung des § 15, dass Auszubildende fünf Tage Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung
264 bzw. gestreckten Prüfung bekommen. Analog dazu müssen auch dual Studierende für ihre abschlussnotenre-
265 levanten Prüfungen angemessen freigestellt werden.

266 Kostenfreie Bildung garantieren!

267 Wir fordern eine eindeutige Verankerung der Schulgeld- und Lernmittelfreiheit im BBiG. Um klarzustellen, dass
268 die Berufsausbildung für die Auszubildenden und dual Studierenden kostenfrei stattfindet, erfordert es eine
269 Ergänzung in § 14 (Berufsausbildung). Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten müs-
270 sen vom Ausbildungsbetrieb bzw. vom Ausbildungsträger getragen werden. Dazu gehören Ausbildungsmittel,
271 Dienstkleidungsstücke, Schutzausrüstung, Fachliteratur, Unterkunftskosten beim Blockunterricht, eventuell
272 anfallende Schulgelder ebenso wie die anfallenden Fahrtkosten für den Weg vom Wohnort zu den Ausbil-
273 dungsstätten und der Berufs- bzw. (Fach-)Hochschule.

274 • Deshalb fordern wir zusammengefasst:

275 • Ausbildungsgarantie: gesetzlicher Anspruch auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung
276 oder staatliche Garantie zur Ausbildung an berufsbildenden Schule oder außerbetrieblichen Bildungs-
277 träger

278 • BBiG muss flächendeckend Geltung in allen Ausbildungen haben

279 • Duales Studium ins BBiG aufnehmen: gesetzliche Regelungen für das verzahnte Studium schaffen

280 • keine Verkürzung der Ausbildungszeit

281 • keine Modularisierung der beruflichen Ausbildung, Beibehaltung des Systems des Berufsprinzips

282 • unbefristete Übernahmegarantie für alle Auszubildende

283 • Einführung einer flächendeckenden Mindestausbildungsvergütung mindestens gemäß des -
284 BAFÖG-Satzes

285 • Ausbildungsqualität durch Stärkung des Berufsbildungsausschuss sichern

286 • Definition der Rolle von AusbilderInnen gemäß berufspädagogischer Standards und Voraussetzung der
287 Ausbildereignungsverordnung (AEVO)

288 • Gute Weiterbildung ermöglichen: verbindliche Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung

- 289 • einheitliche Regelung für alle Auszubildenden unabhängig von ihrem Alter zu Freistellung und Lohn-
- 290 fortzahlung während der Berufsschulzeit
- 291 • Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung bzw. gestreckten Prüfung für Auszubildende und dual Stu-
- 292 dierende
- 293 • Kostenfreie Bildung: Schulgeld- und Lernmittelfreiheit ins BBiG
- 294 • einen Anspruch auf Ausbildung in Teilzeit
- 295 • eine Einschränkung von Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit

D Demokratie & Partizipation

D Demokratie & Partizipation

D7	Hamburg	Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!	32
----	---------	---	----

D7

Titel Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!
AntragstellerInnen Hamburg

Das Wahlrecht ab 16 muss Wahlkampfthema werden!

- 1 Der Juso-Bundesvorstand wird aufgefordert, die Absenkung des Wahlalters auf 16 und damit einhergehend
- 2 Maßnahmen zur Politisierung von Erstwähler*innen zu einem der Kernpunkte des Jugendwahlkampfes für die
- 3 nächste Bundestagswahl zu machen und innerparteilich dafür zu werben, dass die SPD diese Forderung im
- 4 Wahlkampf aktiv unterstützt.

E Europa

E Europa

E1	Nordrhein-Westfalen	Ein Europa mit Zukunft	34
E2	Sachsen	Neuorientierung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan	40

E1

Titel Ein Europa mit Zukunft

AntragstellerInnen Nordrhein-Westfalen

Ein Europa mit Zukunft

1 Am 23. Juni 2016 hat eine Mehrheit der britischen WählerInnen für einen Austritt des Vereinigten Königreichs
2 aus der Europäischen Union gestimmt. Das Ergebnis war ein Schock und hat bei vielen Bestürzung ausgelöst.
3 Bis zuletzt hatte man gehofft, dass es nicht soweit kommen würde. Im Anschluss an die Abstimmung haben
4 antieuropäische Kräfte innerhalb und außerhalb der EU das Ergebnis als Fanal gefeiert und den baldigen Un-
5 tergang der Staatengemeinschaft prophezeit. Zugleich haben die proeuropäischen Kräfte den Einzelfallcha-
6 rakter der Entscheidung betont und überrascht Reformen gefordert, um die EU trotz Brexit zu stärken und
7 den Menschen näher zu bringen. Es schien so, als ob die euroskeptische Haltung vieler BürgerInnen für vie-
8 le einer Überraschung gleich kam. Dabei war nicht nur im Vorherein und nur in Großbritannien klar, dass
9 es eine Entfremdung zwischen dem europäischen Projekt und den Menschen in Europa gibt. Die Ablehnung
10 der europäischen Verfassung durch die Referenden 2005 war das erste große Signal, dass die Entfremdung
11 bereits fortgeschritten war. Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in vielen Ländern sowie breite Renatio-
12 nalisierungsbestrebungen gingen über Jahre hinweg einher mit verstärktem antieuropäischem Denken. Ver-
13 stärkt durch die Krise, in deren Zuge einseitiges Management zu Lasten der Menschen auch den Aufstieg
14 antieuropäischer Bewegungen zur Linken beförderte, sitzen die AntieuropäerInnen in fast allen europäischen
15 Parlamenten und stehen in einigen Mitgliedsstaaten vor dem Sprung in die Büros der Staats- und Regierung-
16 chiefs, so zum Beispiel in Österreich und Frankreich. In Ungarn oder Polen lenken sie bereits die Geschicke des
17 Staates. Gleichzeitig ist der Brexit ein Signal für die kaum wahrnehmbaren Vorteile, die die EU mit sich bringt.
18 Die Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt und die damit verbundenen Arbeitsstellen werden in den kom-
19 menden Jahren deutlich spürbar. Ein Aspekt, der die jungen BürgerInnen nicht überzeugen konnte sich am
20 Referendum zu beteiligen. Denn auch wenn die Mehrheit der jungen Bevölkerung für einen Verbleib votierte,
21 gingen viele aufgrund von Unsicherheit erst gar nicht zur Wahl. Ein Gewinn für die PopulistInnen, die mit ihrer
22 verlogenen antieuropäischen Haltung klar im Vorteil lagen.

23 Doch der Erfolg der antieuropäischen und autoritären Rechten ist nicht im luftleeren Raum entstanden. Vie-
24 le Menschen verbinden die europäische Idee nicht mehr mit einem Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen,
25 sondern mit ökonomischer Unsicherheit und Abstiegsängsten. Bereits vor der Krise hat sich die Kluft zwischen
26 arm und reich immer weiter aufgetan, die Globalisierung hat neben Gewinnerregionen auch Verliererregio-
27 nen erzeugt. Die Liberalisierungspolitik der späten 90er und der 00er Jahre hat oft ihr übriges dazu getan,
28 den internationalen Wettbewerb auf den Rücken der ArbeitnehmerInnen zu verlagern. Die Krise hat die Si-
29 tuation weiter verschärft, noch verstärkt durch die menschenfeindliche Austeritätspolitik. Die schwache, teils
30 rückläufige, wirtschaftliche Entwicklung, grassierende Arbeitslosigkeit, Abstiegsängste und fehlende öffentli-
31 che Investitionen, dazu eine Rettungspolitik auf dem Rücken der Menschen, dazu Zwangsräumungen und ar-
32 beitnehmerfeindliche Reformen, transnationaler Terrorismus und die außenpolitische Entwicklung, kreieren
33 ein Klima, in dem es für viele undenkbar scheint, dass mehr Europa die Lösung der vielfältigen Probleme ist –
34 scheint Europa doch Dank Freihandel, Liberalisierung, Austeritätspolitik und Unvermögen die Sicherheit ihrer
35 BürgerInnen zu garantieren als Wurzel aller schlechten Entwicklungen.

36 Diese Entwicklungen betreffen manche Gesellschaftsgruppen mehr als andere. Ländliche Gebiete sind stärker
37 in Mitleidenschaft gezogen, ärmere und bildungsferne Menschen eher gefährdet. Besonders betrifft es aber
38 junge Menschen, deren Entwicklung, deren berufliche und private Zukunft, bedroht, behindert oder zerstört
39 ist. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist weit höher als im Durchschnitt, die Möglichkeit eigenständig
40 und selbstbestimmt zu leben bei vielen nicht vorhanden. Wir erleben die erste Generation, die weder Krieg
41 noch eisernen Vorhang erleben musste – aber auch die erste Generation, der es wirtschaftlich nicht besser

42 geht als ihren Eltern. Die junge Generation ist entscheidend für Europas Zukunft und Europa entscheidend für
 43 die Zukunft der jungen Generation. Europa kann es sich nicht leisten eine verlorene Generation zu generieren,
 44 eine Generation, die sich von Europa abwendet, statt Europa gemeinsam weiter zu bauen. Die Antwort dar-
 45 auf muss sein, dass wir besonders für junge Menschen neue Aufstiegshoffnungen und Perspektiven bieten.
 46 Das funktioniert aber nicht, wenn staatliche Strukturen im allgemeinen Spardruck zunehmend handlungsun-
 47 fähig werden. Wir brauchen aktive Staaten, die bereit sind, wirtschaftliche Innovationen zu ermöglichen und
 48 Gerechtigkeit zu organisieren. Nur mit der Überwindung der marktradikalen Dogmatik wird es möglich sein,
 49 neue pro-europäische Dynamiken zu wecken. Wir brauchen ein Europa, das mutig in seine zukünftigen Gene-
 50 rationen investiert. Denn auch hier gilt: Europas Zukunft gibt es nicht für lau.

51 Bei der Neugestaltung Europas kommt der europäischen Sozialdemokratie eine natürliche Führungsrolle zu.
 52 Die Sozialdemokratie stand immer für Fortschritt und gemeinsamen Wohlstand und wird an der Einlösung die-
 53 ses Versprechens gemessen. Die in der SPE vereinigten Parteien haben wiederholt Lösungsansätze auf den
 54 Tisch gelegt – jedoch kaum etwas umgesetzt. Teilweise liegt das an der fehlenden Mehrheit in den Institutio-
 55 nen, teilweise an der selbst gewählten großen Kooperation mit der EVP, oft aber auch an der fehlenden Durch-
 56 setzungskraft in Europas Hauptstädten. Es ist höchste Zeit, dass die europäische Sozialdemokratie sich ihrer
 57 Rolle besinnt und Europa gemeinsam wieder zu einem Europa der Menschen macht. Dazu müssen unsere
 58 Parteien ihre nationalen Interessen zurückstellen und bedingungslos an einem Strang ziehen. Die Lösungs-
 59 vorschläge wurden bereits gemeinsam ausgearbeitet und müssen nun endlich umgesetzt werden. Besonders
 60 hervorzuheben sind dabei die Forderungen aus dem Programm zur Europawahl 2014, die als Blaupause für
 61 die nEUordnung gelten können.

62 **Europäischer Jugendplan**

63 Kürzlich haben SPE und YES gemeinsam den Europäischen Jugendplan veröffentlicht. Die Beweggründe sind
 64 simpel: Jugendarbeitslosigkeit und die soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen sind die größten
 65 Herausforderungen, vor denen Europa steht. Jeder fünfte Jugendliche in Europa ist arbeitslos, jedes vierte
 66 Kind lebt in Armut oder ist von Armut bedroht. Dieser Zustand ist unakzeptabel! Wir unterstützen daher den
 67 von SPE und YES entwickelten Europäischen Jugendplan, der beschäftigungs-, bildungs-, kultur- und kinder-
 68 politische Maßnahmen umfasst. Wir rufen die SPD und ihre VertreterInnen in Parlamenten und Regierungen
 69 dazu auf, die anstehende Halbzeitbewertung des EU-Budgets dazu zu nutzen, ausreichend Mittel zur effektiven
 70 Umsetzung des Jugendplans bereitzustellen. Während wir einen Kurswechsel der gesamtwirtschaftlichen Aus-
 71 richtung in Europa fordern, bietet der Europäische Jugendplan wichtige Maßnahmen, um die drängendsten
 72 Probleme der Jugend Europas schnell und konkret anzugehen:

73 – *Beschäftigung: eine permanente und erweiterte Jugendgarantie*

74 Wir fordern, dass die Europäische Jugendgarantie ein permanentes Instrument der europäischen Arbeits-
 75 marktpolitik wird. Dabei ist unbedingt darauf zu achten, dass die Angebote der Jugendgarantie hohe Quali-
 76 tätsstandards erfüllen. Es müssen finanzielle Mittel für die Zeit nach 2016 bereitgestellt werden. Bis 2020 wer-
 77 den mindestens weitere 20 Milliarden Euro im Rahmen der Europäischen Jugendinitiative benötigt. Zugang
 78 zur Jugendgarantie muss für Jugendliche bis zum 30. Lebensjahr möglich sein.

79 – *Bildung: ein erweitertes Erasmus+ für SchülerInnen in weiterführenden Schulen und Auszubildende*

80 Reisen bildet. Und Reisen baut Vorurteile über andere Länder, Menschen und Kulturen ab. Wir fordern ein
 81 „Erasmus für alle“, ein Erasmus-Programm, dass Erasmus+ auch für SchülerInnen weiterführender Schulen
 82 und Auszubildende zugänglich wird. Das Erasmus-Programm muss daher finanziell besser ausgestattet wer-
 83 den. Zugleich muss die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen europaweit verbessert wer-
 84 den.

85 – *Kultur: Europäische Kulturschecks für Jugendliche für einfacheren Zugang zu Kultur*

86 Befassung mit Kultur – der eigenen, sowie der Kultur anderer Länder und Regionen – fördert Kreativität, kri-
 87 tisches Denken und Verständnis für die Komplexität der modernen Welt – eben jene Fertigkeiten, welche für
 88 die demokratische Teilhabe unabdingbar sind. Durch die Einführung von Kulturschecks für Europas Jugend –
 89 von EU-Mittel ko-finanzierte Gutscheine zum freien Gebrauch der Jugendlichen für kulturelle Aktivitäten ihrer
 90 Wahl – soll der Zugang der Jugend zur Kultur vereinfacht werden.

91 – *Kinderarmut: Die Kinderrechte auf Gesundheitsvor- und fürsorge, Bildung, Betreuung, Wohnen und Ernährung*

92 *sicherstellen*

93 Die Zukunftschancen junger Erwachsener werden zum Großteil im Kindesalter vorbestimmt. Die Kinderar-
 94 mutsrate in Europa ist skandalös hoch. Armut im Kindesalter setzt sich somit oft im Jugend- und Erwachse-
 95 nenalter fort. Um Chancengerechtigkeit (Chancengleichheit?) von Kleinauf zu schaffen, fordern wir die Schaf-
 96 fung einer „Kindergarantie“. Europäische Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut sollen dafür in einem Fond
 97 gebündelt und um zusätzliche Mittel aufgestockt werden. Die Kindergarantie soll Programme finanzieren, die
 98 jedem in Armut lebendem oder von Armut bedrohtem Kind freien Zugang zu Gesundheitsvor- und fürsorge,
 99 Bildung, Betreuung, einer guten Wohnung und Ernährung garantieren.

100 Die Jusos stehen vollkommen hinter dem Europäischen Jugendplan und unterstützen dessen Umsetzung. Den-
 101 noch greift der Pact for the Youth zu kurz. Die Arbeitsplatzgarantie alleine schafft keine Stellen oder verbessert
 102 die wirtschaftliche Lage, mit Kulturschecks alleine schafft man kein europäisches Bewusstsein. Die Probleme
 103 sind tiefgehender, die nötigen Lösungen weitreichender. Die NRW Jusos fordern die Umsetzung aller gemach-
 104 ten Reformvorschläge, wie z.B. im Wahlprogramm 2014 beschrieben. Insbesondere müssen folgende Bereiche
 105 angegangen werden.

106

107 **1. Ein Europa der Chancen**

108 Ein grundlegendes Problem ist der Vertrauensverlust, ausgelöst durch Unsicherheit und fehlende Chancen. Es
 109 muss Europa gelingen, wieder allen die Möglichkeit zu geben, sich privat und beruflich voll zu entfalten und
 110 weiter zu entwickeln. Dass dazu ein offener Arbeitsmarkt und ausreichend Stellen grundlegend sind, ist klar.
 111 Dazu muss aber das Prinzip der Gewinnmaximierung dem der Vorsorge weichen. Statt Menschen in Wettbe-
 112 werb zueinander zu zwingen und den Arbeitsmarkt einseitig an den Interessen der Unternehmen auszurich-
 113 ten, müssen wir die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Darum muss es auch bei der
 114 Begegnung der aktuellen und zukünftiger Krisen gehen. Dass die Krisenreaktion auf den Rücken der Menschen
 115 ausgetragen werden, dass Menschen durch die Krisenbekämpfung ihre Zukunft verlieren kann und darf nicht
 116 sein. Die Austeritätspolitik muss ein Ende finden. Aber nicht nur bezüglich des Arbeitsmarktes, sondern in al-
 117 len Bereichen muss Zukunft aktiv gestaltet werden, um allen alle Chancen zu ermöglichen – ohne Rücksicht
 118 auf Herkunft oder Elternhaus. Die Staaten Europas müssen in öffentliche Infrastruktur investieren, um Mobi-
 119 lität zur Chance zu machen, öffentliche Versorgung mit Energie und Wasser sicherzustellen, Bildung für alle
 120 bedingungslos zu ermöglichen, ein gesundes Leben zu sichern und Kultur zum Massenprodukt zu machen.
 121 Nur dann bietet die Zukunft Chancen, nur dann kann Europa sich entwickeln.

122 Wir fordern:

- 123 • Einen echten europäischen Arbeitsmarkt, der sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet
- 124 • Die Aufkündigung des europäischen Fiskalpakts
- 125 • Die Schaffung eines auf Investitionen beruhenden Regionalentwicklungsplans für Südosteuropa
- 126 • Die Verwirklichung des Pact for Growth, eines Marshallplans für Europa
- 127 • Staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Gesundheitssystem und vieles mehr
- 128 • Eine echte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik
- 129 • Die Schaffung von Euro-Bonds

130

131 **2. Ein Europa der Fairness**

132 Europa benötigt eine Neuregelung des Bankenwesens. Dies bedarf einer gesamteuropäischen Lösung. Das
 133 letzte Jahrzehnt hat deutlich gemacht, dass Europa nicht einmal in dem offensichtlichsten Teil des Systems
 134 funktioniert. EU Mitgliedsstaaten gehen finanziell zu Grunde, während andere mitteleuropäische Länder zu-
 135 gucken oder gar existenzentscheidende Urteile fällen, ohne dabei an die sozialen Folgen zu denken.

136 Unabhängig von den politischen Gegebenheiten muss eine Vertretung der Interessen von ArbeitnehmerInnen
 137 sichergestellt werden. Auch das gewerkschaftliche Spektrum findet sich im internationalen Kontext wieder,

138 spätestens wird dies in der Öffentlichkeit seit dem Diskurs um Freihandelsabkommen und den Einschränkungen für ArbeitnehmerInnen sichtbar. Unternehmen handeln global, die Lobby rund um ArbeitgeberInnen wächst stetig. Hier gilt es die europäischen Gewerkschaften zu stärken und VertreterInnen als gesellschaftliche VertreterInnen in soziale, gesellschaftliche und gewerkschaftliche Prozesse auf europäischer Ebene einzubinden.

143 Wir fordern:

- 144 • Die gesetzliche Umsetzung des VerursacherInnenprinzips
- 145 • Die Regulierung des Bankensektors
- 146 • Die Einführung der Finanztransaktionssteuer
- 147 • Gemeinsame Untergrenzen für Unternehmenssteuern in der EU
- 148 • Ein europäisches Programm gegen Steuerflucht
- 149 • Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für Großunternehmen
- 150 • Die europaweite Absicherung von ArbeitnehmerInnenrechten
- 151 • Maßnahmen, die in den Ländern mit exzessiven Leistungsbilanzüberschüssen die Binnennachfrage stimulieren

153

154 **3. Ein Europa der Gleichheit**

155 Europa ist nicht gleich Europa, das macht sich besonders im Bereich der Bildung bemerkbar. Auch wenn Bologna für europaweit anerkannte Bildungsabschlüsse sorgen soll, so besteht nicht für jede*n die Chance auf dem Arbeitsmarkt, sei der Abschluss noch so gut. Eine Entwicklung, die wir NRW Jusos mit Schrecken verfolgen und vergebens auf die europäische Ausbildungsgarantie bauen. Eine Jugendarbeitslosenquote von bis zu 60 Prozent in den südlichen Ländern muss bekämpft, Perspektiven geschaffen werden.

160 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Umverteilung. Noch immer ist die Spaltung zwischen Arm und Reich zu groß. Menschen mit geringem bis gar keinem Einkommen muss ein sicheres Leben und eine menschenwürdige Versorgung zugesichert werden. Das bezieht sich nicht nur auf das tägliche Leben, sondern auch auf das Gesundheitswesen. Europa muss eine Absicherung für Krankheit, Vorsorge und ein menschenwürdiges Lebensende schaffen.

165 Gleichheit bedeutet nicht nur Chancen für EuropäerInnen. Zugezogene Menschen und explizit geflüchtete Menschen müssen in unser Leben integriert werden. Staaten, die an das Mittelmeer grenzen, müssen bürokratisch und unbürokratisch entlastet werden. Für uns NRW Jusos kann ein soziales Europa nur funktionieren, wenn sich die Länder gleichermaßen an der Bewältigung des Zuzuges beteiligen, nicht ausgrenzen und den Menschen die Chance geben sich am sozialen Leben zu beteiligen. Für uns zählt zu einer gelungenen Integration auch die volle Anerkennung der Bildungsabschlüsse.

171

172 **4. Ein Europa der Menschen**

173 In der Diskussion um Europa wird oft der fehlende demokratische Charakter des aktuellen Systems angegriffen. Wahr ist, dass dem Parlament das Initiativrecht fehlt und es entscheidenden Verbesserungsbedarf im Gesetzgebungsprozess gibt. Das System EU ist jedoch in der Entwicklung begriffen und muss progressiv weiter gestaltet werden. Wahr ist auch, dass der für Deutschland typische Stimmengleichheitsgrundsatz zu Gunsten eines Sitzminimums zur Sicherstellung der breiten Interessensvertretung weit ausgelegt wird. Klar ist, dass es unterschiedlichste Traditionen gibt, die sich nicht einfach wegwischen lassen. Sie müssen durch einen modernen Föderalismus vereint werden. Der Eindruck, dass diese Dinge falsch sind, drängt sich vor allem aus drei Gründen auf. Zum ersten weil das Vertrauen in eine Politik für die Menschen abhandengekommen ist. Um Vertrauen in die Struktur zurückzugewinnen, müssen die Interessen und Nöte der BürgerInnen wieder in den Vordergrund gestellt werden. Um das zu erreichen ist zum Beispiel die Sozialunion unabdingbar. Zum zweiten ist das Misstrauen in die Eliten groß, weil die Möglichkeit der Beteiligung begrenzt ist. Durch fehlende Direkt-Wahlkreise ist das Verhältnis zwischen MandatsträgerInnen und WählerInnen weniger nah als auf

185 nationaler Ebene. Das zeigt sich gerade in der gesellschaftlichen Diskussion über kontroverse Themen wie Gly-
186 phosat und TTIP. Um dem entgegen zu wirken müssen einerseits Parteien ihre Mittlerfunktion wieder besser
187 wahrnehmen, zum anderen aber andere Beteiligungsmöglichkeiten besser ausgebaut werden. Verbindungs-
188 büros der Kommission müssen öffentlicher agieren, Konsultationen einfacher gestaltet und allen zugänglich
189 gemacht, die Möglichkeit der BürgerInneninitiative ausgebaut werden, die Rolle von Organisationen der Zivil-
190 gesellschaft zentraler verankert sein und die Einbindung von 'Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss'
191 und 'Ausschuss der Regionen' endlich ernstgenommen werden. Zugleich ist es aber notwendig die Dekretpo-
192 litik des Rates und vor allem die Hegemonialstellung Deutschlands zu beenden, um Politik durch Menschen
193 für Menschen überhaupt zu ermöglichen. Zu guter Letzt fehlt es an Transparenz und Verantwortung. Das
194 europäische System ist komplex und muss immer und immer wieder erklärt werden. Dabei ist es besonders
195 wenig hilfreich, wenn auch sozialdemokratische Ministerinnen in Streitfragen wie der Glyphosatzulassung den
196 Anschein erwecken, Brüssel oder die Kommission würde willkürlich Entscheidungen gegen das öffentliche In-
197 teresse treffen. Stattdessen müssen EntscheidungsträgerInnen Verantwortung für ihre Rolle im europäischen
198 politischen Prozess übernehmen und komplexe Strukturen erklären. Natürlich gibt es strukturelle Defizite,
199 insbesondere bei Durchführungsrechtsakten, zu denen Entscheidungen zumeist im Hinterzimmer getroffen
200 werden. Diese Defizite müssen diskutiert und abgebaut werden. Zudem gibt es tatsächlich und gefühlt Trans-
201parenzdefizite im Bereich der Interessensvertretung, die durch eine neue Transparenzinitiative gelöst werden
202 müssen.

203 Es ist vor allem dem Einsatz der sozialdemokratischen Parteien in Europa zu verdanken, dass bei der Euro-
204 pawahl 2014 erstmals gesamteuropäische SpitzenkandidatInnen angetreten sind. Das war ein wichtiger Mei-
205 lenstein zur Demokratisierung der EU-Kommission. Diese bei der Wahl 2014 eher inoffiziell durchgesetzte
206 Regelung muss fest ins europäische Recht gegossen werden.

207 Wir fordern:

- 208 • Die Überarbeitung des Wahlrechts für das Europäische Parlament in der Bundesrepublik mit der Schaf-
209 fung von Direktwahlkreisen
- 210 • Das Initiativrecht für das europäische Parlament
- 211 • Eine neue föderalistische Idee für die Zukunft Europas
- 212 • Den Ausbau der Kommunikationsstruktur der Kommission
- 213 • Den Ausbau der konsultativen Beteiligung von BürgerInnen
- 214 • Die Stärkung der europäischen BürgerInneninitiative
- 215 • Die Einführung zivilgesellschaftlicher Beratungsgremien parallel zu Wirtschaftsgremien für bestimmte
216 Politikbereiche
- 217 • Die Stärkung der Rolle von EWSA und AdR
- 218 • Die Stärkung der Rolle des Parlaments bei Rechtsakten
- 219 • Ein verpflichtendes Transparenzregister mit weitreichenden Informationen und den Ausschluss von
220 AkteurInnen im Falle der Nichteinhaltung
- 221 • Die Institutionalisierung und Demokratisierung des Euro-Raums

222

223 **5. Ein Europa der Rechte**

224 Letztendlich muss es aber immer auch um mehr gehen, als um Chancen und Strukturen. Die EU ist eine Werte-
225 gemeinschaft mit gemeinsamen Rechtstraditionen. Das Rechtsstaatsprinzip muss immer, überall und auf allen
226 Ebenen gelten. Kein Staat darf seinen BürgerInnen den Anspruch auf universal gültige Grundrechte verwehren.
227 Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und das Recht auf die Ausübung des eigenen Glaubens muss allen gewährt
228 sein. Kein Terroranschlag rechtfertigt die Einschränkung der Grundrechte für ganze Bevölkerungsgruppen.
229 Insgesamt und überhaupt müssen die Rechte, die Grundlage für die Aufnahme in die EU sind, dauerhaft ge-
230 währt werden. Dazu gehören die Kopenhagenkriterien bezüglich der Rechte für ethnische Minderheiten, wie

231 gleiche Rechte für alle, gleich ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Die EU muss hier befähigt
232 higt sein, die Rechte auch nach der Aufnahme von Staaten durchzusetzen und im Zweifelsfall weitreichende
233 Sanktionen zu verhängen.

234 Wir fordern:

- 235 • Die Rechtsstaatsgarantie in und für alle Mitgliedsstaaten der EU
- 236 • Die uneingeschränkte Gewährleistung aller Grundrechte
- 237 • Die Durchsetzung von Minderheitenrechten analog zu den Kopenhagenkriterien
- 238 • Die Gewährleistung der Gleichberechtigung Menschen jeglicher sexueller Orientierung oder Identität
- 239 • Eindeutige Sanktionskompetenzen für die EU

240

241 Um Europa wieder mit seinen Menschen zusammen zu bringen gibt es viel zu tun. Unser Forderungskatalog
242 lässt sich auch stetig erweitern. Aber es ist Zeit, es nicht mehr bei Forderungen zu belassen. Es ist endgültig
243 Zeit anzupacken und das gilt für alle. Alleine kann die Sozialdemokratie Europa nicht verändern. Aber ohne
244 die Sozialdemokratie driftet Europa ganz sicher noch weiter ab. Noch weniger kann die SPD Europa alleine
245 verändern. Aber ohne die SPD besteht wenig Hoffnung. Es gilt jetzt offen für unsere Ideale zu streiten und ohne
246 Vorurteile Verbündete zu gewinnen, dabei darf uns keine große Koalition in Berlin oder große Kooperation in
247 Brüssel abhalten. Wir haben nur diese Chance.

248 Hoch die internationale Solidarität!

E2

Titel	Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan
AntragstellerInnen	Sachsen

Neuausrichtung sozialdemokratischer Türkei-Politik – Unterstützung der progressiven Zivilgesellschaft statt Kuschen vor Erdoğan

- 1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:
- 2 Im Angesicht kriegsbedingter Fluchtbewegung war die Zusammenarbeit mit Mittelmeerranrainernstaaten wie-
- 3 derholt Mittel der Wahl, um Menschen auf der Flucht davon abzuhalten, die Küsten Europas zu errei-
- 4 chen.
- 5 Auch der „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei hat vor allem das Ziel, die Balkanroute zu schließen. Das europäische
- 6 Asylverfahren soll de facto in die Türkei ausgelagert werden. Einzig erkennbarer „Erfolg“ dieser Maßnahme ist
- 7 durch die verfehlte EU-Politik bedingte, wieder verstärkte Verlagerung der Nutzung der gefährlichen Flucht auf
- 8 die zentrale Mittelmeerroute über Italien, die bereits wieder zu zahlreichen Todesfällen geführt hat. Diejenigen
- 9 Geflüchteten, die dennoch den Weg über die Ägäis suchen und in einem der sogenannten „Hotspots“ landen,
- 10 müssen oft unter menschenunwürdigen Bedingungen leben.
- 11 Die türkische Regierung unter Präsident Erdoğan will mit dem Abkommen vornehmlich innenpolitisch Punkte
- 12 sammeln, indem sie im Gegenzug Visaerleichterungen für türkische BürgerInnen einfordert, die in die Euro-
- 13 päische Union einreisen wollen. Zudem wird „der Westen“, der sich zum Teil kritisch zur immer autoritäreren
- 14 Entwicklung in der Türkei äußert, als Buhmann verwendet, um innenpolitische Konflikte zu externalisieren.
- 15 Dennoch versuchen die europäischen Regierungen, allen voran die Bundesregierung, vieles in ihrer Macht
- 16 stehende, um das Flüchtlingsabkommen nicht zu gefährden und den Gesprächsfaden nach Ankara nicht ab-
- 17 reißen zu lassen.
- 18 Dabei hat Erdoğan bereits mehrfach bewiesen, dass er weder ein Freund der Grund- und Menschenrechte,
- 19 noch ein vertrauenswürdiger Verhandlungspartner, noch ein stabilisierender Faktor in der Region ist. Schon
- 20 seit Jahren lässt er vermeintliche oder tatsächliche Oppositionelle wahlweise wegen Terrorismus(unterstüt-
- 21 zung) oder Beleidigung verfolgen, seien es nun Gezi-DemonstrantInnen, Linke, KurdInnen, JournalistInnen,
- 22 unliebsame Militärs oder religiöse Minderheiten. Das Scheidungsrecht von Frauen, das Recht auf Verhütungs-
- 23 mittel und Abtreibung lehnt er ab. Den Südosten seines Landes hat er, nach anfänglichen Friedensbemühun-
- 24 gen, in einen militärischen Ausnahmezustand geführt, bis hin zur Belagerung ganzer Städte. Den Bürgerkrieg
- 25 im Nachbarland Syrien hat er durch anfängliches gewähren lassen von IS-Terroristen in der Türkei und eigene
- 26 Waffenlieferungen mit befeuert. Eine der EU zugesagte Änderung der Anti-Terror-Gesetze will er nicht mehr
- 27 umsetzen.
- 28 Spätestens seit dem Putschversuch am 15. Juli hat die türkische Regierung jede noch vorhandene Zurück-
- 29 haltung abgelegt. Hunderttausende Menschen aus allen Berufen und Schichten fielen in kürzester Zeit einer
- 30 Säuberungswelle zum Opfer, wurden verhaftet, entlassen oder suspendiert. Angeblich am Putsch beteiligte
- 31 Personen wurden mit schweren Verletzungen im Fernsehen vorgeführt, was einen Verstoß gegen das Folter-
- 32 verbot zumindest nahelegt.
- 33 In vielen bekannt gewordenen Fällen von Verfolgung wurde die Gelegenheit genutzt, um weitere kritische
- 34 Stimmen auszuschalten. Viele davon, wie die Zeitung Cumhuriyet, hatten bereits vor der Gülen-Bewegung

35 gewarnt, als diese noch mit Erdoğan verbündet war. Jetzt wird ihnen Propaganda für oder gar Mitgliedschaft
36 in ebenjener vorgeworfen.

37 Diese Liste ließe sich noch weiter ausführen, soll aber letztendlich nur verdeutlichen, dass von den Anfangs in
38 Erdoğan gesetzten Hoffnungen auf eine weitere Modernisierung des Landes und eine Annäherung an Europa
39 nichts mehr übrig geblieben ist. Der zuletzt von der EU-Kommission veröffentlichte Fortschrittsbericht zu den
40 Beitrittsverhandlungen bescheinigt der Türkei ein bewusstes wegbewegen von Europa.

41 Gleichzeitig haben wir es mit einer Opposition zu tun, die nicht nur unter der Repression durch die Regierung
42 zu leiden hat, sondern sich auch selbst im Weg steht. Die sozialdemokratische CHP und die linken Kurdenpartei
43 HDP sind in sich heterogen. In beiden Parteien gibt es progressive Kräfte, welche offensiv für die republikanische
44 Demokratie, individuelle Freiheit und Minderheitenschutz kämpfen. Gleichzeitig lassen sich regressive
45 Tendenzen feststellen, wie die Unterstützung dubioser Strafverfahren gegen Oppositionelle durch einzelne
46 CHP-Abgeordnete sowie die halbherzigen Distanzierungen vom Terrorismus einiger HDP-PolitikerInnen zeig-
47 en. Die HDP ist darüber hinaus eine junge Partei, deren Entwicklung noch nicht abzusehen ist. Im Umgang
48 müssen diese Unterschiede berücksichtigt, das heißt die progressiven Kräfte gestärkt werden.

49 Die Situation ist also verfahren. Während sich Erdoğan und die AKP für uns nicht als Verhandlungspartner
50 anbieten, benötigt die Oppositionsbewegung Impulse und langfristige Solidarität von außen.

51 Deshalb fordern wir:

52

53 · Die Aufhebung des Flüchtlingsrücknahmeabkommens mit der Türkei

54 · Die Prüfung jeglicher weiterer Zusammenarbeit mit der aktuellen türkischen Regierung und ihrem Staats-
55 präsidenten Erdogan und stattdessen eine verstärkte Zusammenarbeit mit progressiven und liberalen Kräf-
56 ten

57 · Die Anstrengung einer Staatenbeschwerde nach Art. 33 EMRK um eventuelle Verstöße gegen das Folter-
58 verbot untersuchen zu können

59 · Einen aktiven Austausch mit der deutschen und europäischen Sozialdemokratie mit den beiden assozi-
60 ierten SPE-Mitgliedern CHP und HDP, sowie anderen progressiven Institutionen in der Türkei

61 · Jugendaustauschprojekte der Jusos mit Jugendverbänden, die unsere Werte und Ziele teilen, darunter
62 auch die Jugendverbände o.g. Parteien

63 · Die Unvereinbarkeit einer SPD-Mitgliedschaft mit einer Mitgliedschaft bei der Union Europäisch-
64 Türkischer Demokraten (UETD)

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G4	Thüringen	Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* verbessern	43
G8	Hannover	Gelebter Feminismus	45
G11	Hessen-Nord	Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen	51
G13	Braunschweig	Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung	52

G4

Titel	Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* verbessern
AntragstellerInnen	Thüringen

Medizinische Versorgung von chronisch kranken Frauen* verbessern

- 1 Die Jusos verstehen sich als progressiver, inklusiver und feministischer Jugendverband. Unser Ziel ist es nicht
2 nur, ungerechte und diskriminierende Strukturen aufzudecken, sondern auch aktiv an ihrer Überwindung zu
3 arbeiten.
- 4 Ein Ziel unserer Arbeit ist es, alle Menschen gleichberechtigt an der Gesellschaft und ihren Strukturen teilhaben
5 zu lassen. Wir kämpfen dabei besonders um und für diejenigen, die von dem neoliberalen und patriarchalen
6 System durch mehrfache Diskriminierung ausgeschlossen werden.
- 7 Arbeitswelt und Gesellschaft werden momentan von einem Gesundheitswahn beherrscht. Leistungseliten ge-
8 ben mit ihrer Besessenheit ein Pensum im Wettbewerb der Gesundheit vor, dass von kranken Menschen nicht
9 geleistet werden kann. Als ManagerIn gehört es zum guten Ton, mindestens einen Marathon pro Jahr zu lau-
10 fen. Oftmals gilt: Wer krank ist, ist selbst schuld, hat sich falsch verhalten, sich nicht genug bemüht. In diesem
11 Klima führt das Outing als chronisch kranke Person zu Stigmatisierung und oftmals zu negativen beruflichen
12 Konsequenzen.
- 13 Frauen* werden nicht nur im Arbeitsalltag und auf der Straße diskriminiert, sondern auch im Gesundheits-
14 system. Liest man Artikel in medizinischen Fachzeitschriften, so fällt auf, dass folgenden Phrasen in fast je-
15 der Veröffentlichung über Krankheiten, die Frauen* betreffen, vorkommen: sehr häufig, Ursache unbekannt,
16 nicht heilbar. Die Forschung anbezüglich dieser Krankheiten ist unterfinanziert, stockt oder ist gar nicht vor-
17 handen.
- 18 Laut Robert-Koch-Institut bezeichnen sich 42% der Frauen* als chronisch krank. Krankheiten wie Endome-
19 triose, vaginaler Kandidose, Menorrhagie, polyzystisches Ovarsyndrom oder Myome treten häufig auf, die
20 Ursachen sind meist unbekannt oder können nur vermutet werden, eine langfristige Heilung konnte noch
21 nicht gefunden werden. Die meisten dieser Krankheiten lösen chronische Schmerzen aus, alle schränken die
22 Lebensqualität deutlich ein. Kommen weitere Autoimmunerkrankungen wie Fibromyalgie oder Lupus hinzu,
23 welche achtmal mehr Frauen* als Männer* betreffen, sowie das chronische Erschöpfungssyndrom oder An-
24 ämien, welche auch mehr Frauen* als Männer betreffen, so leben mehr als 25% aller Menschen mit Uterus
25 weltweit mit chronischen Schmerzen und/oder chronischer Müdigkeit.
- 26 Chronische Schmerzen werden vor allem von Frauen* erfahren, jedoch werden sie von medizinischen Profes-
27 sionellen weniger häufig ernst genommen oder behandelt. Ihnen wird zu verstehen gegeben, dass Schmerzen
28 auszuhalten seien, da sie zum Leben als Frau* dazugehören würden. Viele chronisch kranke Frauen* müs-
29 sen jahrelange Odysseen von SpezialistIn zu SpezialistIn erleiden, um eine Diagnose zu erhalten. Erschwe-
30 rend kommt hinzu, dass die meisten Medikamente nicht an Menschen mit Uterus getestet werden, bevor sie
31 auf den Markt kommen. Auch wenn die Gesetzeslage dazu in vielen Ländern als ausreichend erscheint, kann
32 sie von der Mehrheit von Pharmaunternehmen durch andere Regulierungsstandards umgangen werden. Ei-
33 ne Folge daraus ist, dass schwangere Menschen kaum Medikamente verschrieben bekommen (einschließlich
34 Medikamente bei psychischen Erkrankungen), da die Folgen für den Fötus nicht abschätzbar sind. Um den
35 Spagat zwischen der Gesundheit der Schwangeren und dem Schutz des ungeborenen Lebens zu lösen, muss
36 die weltweite Forschung in diesem Bereich beispielsweise durch den Einsatz von Multi-Organ-Chips zur Simu-
37 lation eines menschlichen Körpers intensiviert werden. Chronisch Kranke werden zusätzlich stark durch das

38 herrschende Wirtschaftssystem diskriminiert. Durch ihre Erkrankungen können sie häufig keine vollen Stellen
39 annehmen, weisen viele Krankheitstage vor oder finden aufgrund ihrer Bedürfnisse keine passende Anstel-
40 lung. Weiterhin fällt es vielen Frauen* schwer, mit ihren meist männlichen Vorgesetzten über ihre Krankheit
41 zu sprechen, da nur wenige ein ausreichendes Verständnis für „Frauenkrankheiten“ aufbringen können. Ohne
42 ausreichende Kommunikation kommt es bei gehäuften krankheitsbedingten Ausfällen jedoch oft zu verringerten
43 Karriere- und Aufstiegschancen, sowie bei jüngeren Erkrankten zwangsweise zu Rückschlägen in Schule
44 und Ausbildung, da chronische Erkrankungen bei Fehltagen keinen Sonderstatus einnehmen. Dadurch kann
45 es zu Finanzierungsproblemen von oftmals kostspieligen

46 Medikamenten, Behandlungsmethoden und/oder medizinischen Hilfsmitteln kommen, sodass Betroffene
47 nicht das volle Potenzial der möglichen Lebensqualität ausschöpfen können.

48 Forderungen:

49 Die Jusos stehen kritisch zu der vorherrschenden Leistungs,- und Verwertungslogik des kapitalistischen Sys-
50 tems, sehen aber bis zu dessen Überwindung die Notwendigkeit, Menschen zu unterstützen, welche dieser
51 Logik entgegen ihrer eigentlichen Möglichkeiten aus gesellschaftlichem Zwang folgen müssen.

52 Darum fordern wir:

- 53 • eine verpflichtende Sensibilisierung von ÄrztInnen und ArbeitgeberInnen bezüglich „frauen*typischer“
54 Krankheiten durch Weiterbildungen,
- 55 • eine öffentlich finanzierte unabhängige Beratungs- und Beschwerdestelle für Betroffene,
- 56 • mehr finanzielle Hilfen für die Erforschung der genannten Erkrankungen,
- 57 • die Erweiterung des Leistungskatalogs der Krankenkassen um erfolgreiche Therapien für chronisch
58 Kranke,
- 59 • eine gerechte Gesundheitsreform unter besonderer Berücksichtigung der Anliegen chronisch kranker
60 Frauen*,
- 61 • eine gesicherte staatliche Finanzierung von Hilfsmitteln und Medikamenten für chronisch Kranke,
- 62 • den Anspruch auf eine freie Einteilung der Pausenzeiten für alle Arbeitnehmenden, um eine stigmati-
63 sierungsfreie Arbeitsweise für chronisch Kranke zu ermöglichen, solange dies der betriebliche Ablauf
64 erlaubt,
- 65 • betriebliche Arbeitszeiten-Monitoringprogramme, welche Arbeitszeiten an die Bedürfnisse der Be-
66 schäftigten anpasst,
- 67 • wir behalten unsere Forderung nach einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei.

68 Die Jusos setzen sich das Ziel, die Bedürfnisse von chronisch kranken Menschen in der Veranstaltungsplanung
69 mitzudenken und ausreichend Pausen, kurze Wege und eine angemessene gesundheitliche Versorgungslage
70 zur Verfügung zu stellen.



Titel Gelebter Feminismus

AntragstellerInnen Hannover

Gelebter Feminismus

1 Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft ist von einem hierarchischen Verhältnis zwi-
2 schen den Geschlechtern geprägt. Dies äußert sich konkret in der strukturellen Unterordnung von Frauen*
3 gegenüber Männern* in vielen Lebensbereichen. Diese Unterordnung wird häufig als „natürliche“ biologische
4 und kulturelle Gesellschaftsordnung erklärt. Gleichzeitig wird Frauen* im Patriarchat die Verantwortung für
5 Reproduktionsarbeit zugeschrieben. Dieses führt zu einer ungerechten Machtverteilung in der Gesellschaft, in
6 welcher die zentralen Machtpositionen von Männern* dominiert werden.

7 Macht bedeutet die Möglichkeit der Einflussnahme auf bestimmte Prozesse. Je mehr Macht jemand hat, des-
8 to stärker kann diese Person in Prozesse eingreifen und sie bestimmen. Durch Macht kann aber auch das
9 Verhalten von Menschen beeinflusst werden. Macht existiert somit auch jenseits von Posten und Positionen.
10 Gerade diese Macht, die unabhängig von Posten und Positionen besteht, ist besonders schwer zu erkennen,
11 zu definieren und gerecht zu verteilen.

12 Über die biologistischen und kulturalistischen Begründungen für die Ungleichbehandlung von Männern* und
13 Frauen*, gibt es allerdings auch weitere Mechanismen, die patriarchale Strukturen fördern. Konkrete Beispiele
14 dafür sind, auch sexuell konnotierte Bemerkungen und Sprüche über das Aussehen von Frauen*, eine Reduk-
15 tion auf körperliche Merkmale und das Nicht-Ernstnehmen aufgrund des Frau*-Seins. In diesem Verhalten
16 manifestieren sich patriarchale Strukturen.

17 Die SPD und die Jusos haben eine großartige feministische Tradition. Wesentliche frauen*politische Fortschrit-
18 te in Deutschland und Europa sind auf Initiative und Streben der Sozialdemokratie zu Stande gekommen. Das
19 Frauen*wahlrecht (1918), Berufswahlfreiheit (1977) und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf
20 sind nur manche von diesen Fortschritten. Sowohl gesellschaftlicher Fortschritt, als auch frauenpolitische Po-
21 sitionen innerhalb der Partei wurden maßgeblich von unseren sozialistischen Vorkämpferinnen errungen. Im
22 Jahr 2016 haben viele Frauen* es zu wichtigen Positionen wie Ministerpräsidentinnen*, Bundesministerinnen*
23 und Staatssekretärinnen* gebracht. Trotzdem lässt sich natürlich auch die SPD nicht völlig loslösen von den
24 diskriminierenden Strukturen in unserer Gesellschaft.

25 In unseren eigenen Strukturen sind wir noch weit davon entfernt gleichgestellt zu sein. Der strukturelle Se-
26 xismus zeigt sich am deutlichsten in den nach wie vor häufig männlich* dominierten Vorständen und ins-
27 be26sondere Vorsitzendenposten. Folglich prägen die gesellschaftlichen Strukturen, die SexistInnen schützen
28 auch die Sozialdemokratie und die Jusos. Männer* stützen und schützen sich regelmäßig bei ihrem Fortkom-
29 men in der Partei, vor allem gegenüber den Ambitionen von Frauen*, aber auch bei Vorwürfen von Sexismus
30 und Diskriminierung.

31 Diesen Strukturen ist es geschuldet, dass regelmäßig TäterInnen sexistischen oder übergriffigen Verhaltens
32 in Positionen mit deutlich mehr Macht sind als ihre Betroffenen. TäterInnen haben in der Regel mehr Macht
33 als Betroffene von Sexismus und Diskriminierung. Sexistische Übergriffe und sexualisierte Gewalt stellen die
34 absolute Machtausübung im Patriarchat dar.

35 40

36 Innerhalb unserer Strukturen gibt es erhebliche Hürden in der Bekämpfung sexistischer Vorfälle. In der
37 Vergangenheit mussten wir immer wieder systematische Verdeckungsstrategien und -handlungen beobach-
38 ten.

39 Sexistisches Verhalten beinhaltet jede Verhaltensweise gegenüber Personen und Personengruppen mit sexu-
 40 ellem oder sexualisiertem Bezug, die seitens der Betroffenen unerwünscht ist, die Personen aufgrund ihres
 41 Geschlechts herabwürdigt und/oder eine Nichtakzeptanz von Frauen und Männern als gleichwertige Diskus-
 42 sionspartnerInnen zur Konsequenz hat. Dazu gehören vor allem:

43 -anzügliche und sexuell herabsetzende Bemerkungen gegenüber der betroffenen Person

44 -sexistische Sprüche und Witze

45 -Fixierung sexuell relevanter Körperteile, Hinterherpfeifen

46 -unerwünschte Telefonanrufe/Briefe/E-Mails/SMS/Chatnachrichten/Privatnachrichten in sozialen Medien mit
 47 zumindest latent sexuellen oder sexualisierten Bezug

48 -Vorzeigen, Aufhängen oder Auflegen von sexistischer Pornographie

49 -unerwünschte Körperkontakte und wiederholt aufdringliches Verhalten

50 -zweideutige meist unerwünschte Einladungen

51 -Annäherungsversuche, die mit Versprechen von Vorteilen oder Androhen von Nachteilen einhergehen und
 52 das Ausnutzen von Vertrauenspositionen in diesem Zusammenhang

53 -Erpressen oder Erzwingen sexueller Beziehungen

54 -Körperliche Übergriffe, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung

55 **Konkret zeigt sich das wie folgt:**

56 **1.** Sexismus ist ein Ergebnis von patriarchalen Strukturen und findet unabhängig von Amt oder Mandat, statt
 57 und wird von diesen Strukturen begünstigt, die in sich ein Machtgefälle hervorbringen. Das Inne-haben einer
 58 Position potenziert diese Macht zusätzlich. Die patriarchalen Machtstrukturen und insbesondere Machtgefäl-
 59 le zugunsten von Männern* sorgen immer wieder dafür, dass sexistische Vorfälle und übergriffiges Verhalten
 60 nicht thematisiert werden. Gleichzeitig sind es gerade diese Machtstrukturen, die Sexismus in Verband und
 61 Partei ermöglichen, indem Menschen, die Macht haben, ihre Position ausnutzen. Gerade exponierte Posi-
 62 tionen, die in der Regel mit besonders viel politischem Einfluss einhergehen, führen dazu, dass TäterInnen sich
 63 besonders gut schützen können. Mit Einfluss wird dadurch Schweigen erkaufte.

64 **2.** In Fällen, in welchen eine Thematisierung von Sexismus und sexistischen Vorfällen stattfindet, passiert dies
 65 allzu häufig nur, um der Debatte um den konkreten Vorfall ein Ende zu setzen.

66 **3.** Betroffene sexistischer Vorfälle und Übergriffe werden deutlich später und zögerlicher wieder in die Ver-
 67 bandsstrukturen integriert als die jeweiligen TäterInnen. Oft erfahren überhaupt nur die Betroffenen, die ei-
 68 nen solchen

69 **4.** Gerade wo Sexismus innerhalb unseres Verbands aufgedeckt und angesprochen wird, dienen leider häufig
 70 politische Intrige und Machtkalkül als Erklärung gegenüber den erhobenen Vorwürfen. Anstatt einer kritischen
 71 Reflexion des angeprangerten Verhaltens und einer Aufarbeitung des Vorfalls wird der/die TäterIn verteidigt
 72 vor dem vermeintlichen Angriff auf seine politische Position. Die Thematisierung von Sexismus gerät damit in
 73 den Verruf einer politischen Waffe.

74 **5.** Wenn innerhalb der Jusos Sexismus und übergriffiges Verhalten deutlich häufiger Thema sind als in der
 75 Partei, ist das keineswegs ein Zeichen dafür, dass nur die Jusos ein Sexismus-Problem hätten. Es ist vielmehr
 76 Ausdruck unseres feministischen Grundsatzes, dass wir uns kontinuierlich – wenn auch noch viel zu selten –
 77 bemühen Sexismus aufzudecken. Während die Partei in der Aufarbeitung von Sexismus noch deutlich grö-
 78 ßeren Nachholbedarf hat, wird dieser leider ausgeblendet und stattdessen das Problem sexistischer Vorfälle
 79 allein bei den Jusos verortet. Weil sexistische Diskriminierung und sexualisierte Gewalt juristisch nicht immer
 80 strafbar sind können sie auch in Schiedsverfahren innerhalb der Partei nur unter erheblichen Schwierigkei-
 81 ten verfolgt werden. Ein Problem ist auch, dass eine nötige Sensibilisierung in diesem Gremium unzureichend
 82 vorhanden ist. Das verstärkt die Erfahrung fehlender Unterstützung..

83 Typischerweise wird Feminismus innerhalb unseres Verbandes und vielmehr noch innerhalb unsere Partei
 84 als „Frauen*thema“ verstanden, von dem Männer* wenig verstehen würden und sich noch weniger damit
 85 auseinander zu setzen brauchen. Damit gerät die Verwirklichung von Feminismus als themenübergreifendes

86 Anliegen oft in den Hintergrund. Ein konkretes Beispiel ist die fehlende allgemeinpolitische Betrachtung femi-
87 nistischer Anliegen. Feministisch geprägte Anträge zu verschiedenen inhaltlichen Bereichen, wie etwa Arbeits-
88 oder Gesundheitspolitik, werden nur unter dem feministischen Hintergrund betrachtet und nicht unter den
89 fachpolitischen Forderungen diskutiert.

90 Eine nach wie vor vorherrschende stereotype Erwartungshaltung an das jeweilige Geschlecht lässt sich auch
91 in der Wahrnehmung von Menschen bei ihrer politischen Arbeit feststellen. Als typisch männlich* konotierte
92 Verhaltensweisen werden bei Männern* meistens respektiert und sogar honoriert. Zeigen dagegen Frauen*
93 ein solches Verhalten oder eignen sie sich die gleichen Verhaltensmuster an, um gegenüber ihren männlichen*
94 Peers nicht zurückzustehen, wird ihr Gebaren schnell als dominant oder zickig abgetan.

95 Wir sind trotz allem Bemühen um Emanzipation auch Produkte unserer Gesellschaft. Die gesellschaftliche
96 Sozialisierung von Frauen* führt regelmäßig zu Unsicherheiten im Streben der Frauen* nach Selbstverwirk-
97 lichung. Um Gleichberechtigung zu verwirklichen, brauchen wir daher andere Maßnahmen und Werkzeuge
98 um Frauen* zu ermöglichen, ihr Potential auszuschöpfen. Viel zu selten erhalten Frauen* Unterstützung, Be-
99 stärkung und Zuspruch, wenn sie Verantwortung in unserer Partei und unserem Verband übernehmen. Wo
100 Männer* sich vor allem untereinander stützen, fehlt den Frauen* dieser Rückhalt oftmals.

101 Anstelle von Unterstützung wird auf Frauen* gerade in der Partei eher Druck ausgeübt: Angesichts der ge-
102 ringeren Zahl aktiver Frauen* und verpflichtender Quoten kommt es vor, dass von Frauen* erwartet wird,
103 ihnen angetragene Ämter 101unabhängig von persönlichem Interesse und individueller Leistungsfähigkeit zu
104 übernehmen. Die Einführung und Einhaltung der Quotenregelung stellen uns immer wieder vor große Her-
105 ausforderungen und Widersprüche. Frauen* erfahren oft Doppelt- und Mehrfachbelastungen, denn oft über-
106 nehmen sie vermehrt undankbare, arbeitsaufwendige und nach außen eher „unsichtbare“ Aufgaben. Diese
107 Widersprüche sind für uns nicht vollständig aufzulösen. Die Quote ist für uns nach wie vor ein Instrument,
108 um die Repräsentation von Frauen zu gewährleisten. Dabei darf die Quote nicht als universales Werkzeug
109 betrachtet werden, welches die ungleiche Verteilung von Funktionen und Mitgestaltungsmöglichkeiten allei-
110 ne abschaffen wird. Strukturelle Machtgefälle in der Arbeitsaufteilung und Mehrfachbelastungen müssen wir
111 im Blick behalten und uns dafür einsetzen, dass Frauen* vermehrt in Spitzenpositionen kommen, da diese
112 nicht von Quotenregelungen reglementiert sind. Außerdem muss es uns gelingen, dass mehr Frauen* in un-
113 sere Strukturen eingebunden und aktiv werden, sodass auch die Umsetzung der Quotierung ohne Belastung
114 einzelner Frauen* möglich ist.

115 Als feministischer Richtungsverband kann diese Situation für uns nicht akzeptabel sein. In der gesamten Ge-
116 schichte der Sozialdemokratie und der gesamten sozialistischen Bewegung war die Bekämpfung patriarchaler
117 Machtstrukturen immer ein zentrales Anliegen. Es darf uns daher nicht egal sein, wenn diese Machtstrukturen
118 innerhalb unserer Partei und unseres Verbandes reproduziert werden.

119 **Unsere Forderungen:**

120 Die derzeitige Situation ist für uns nicht mehr hinnehmbar. Als feministischer Richtungsverband werden wir
121 konkret bei der Bekämpfung von Sexismus.

122 **Konsequentes Verhalten**

123 **1. Sexistische Vorfälle thematisieren. Frühzeitig. Offen. Konsequent.**

124 Ein zentraler Bestandteil stellt für uns die Benennung von sexistischen Vorfällen dar. Wir sehen es in unserer
125 politischen Verantwortung, uns mit sexistischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Wir lehnen es ab, irgendwel-
126 che Vorfälle unter den Teppich zu kehren. Für uns ist klar: sexistisches Verhalten bleibt immer ungesühnt wenn
127 es nicht ans Licht gebracht wird. Die Entscheidung, ob ein sexistischer Vorfall öffentlich thematisiert wird, muss
128 natürlich zu jeder Zeit und vorbehaltlos bei der betroffenen Person liegen.

129 **2. Bewusstsein schaffen.**

130 Wir wollen ein Bewusstsein, was sexistische Grenzüberschreitungen sind, was sie darstellen und was sie be-
131 deuten, schaffen. Nur FunktionsträgerInnen, die Sexismus und sexistische Verhaltensweisen erkennen, kön-
132 nen auch dagegen vorgehen. Alle Gremien sollten einen Teil ihrer politischen Arbeit dazu aufwenden, dieses
133 Bewusstsein zu schaffen. Jeder Form von Sexismus muss mit couragierten Handeln entgegengetreten werden,
134 insbesondere von Menschen in Funktionen

135 **3. Feminismus geht uns alle an!**

136 Feminismus muss ein Thema für alle im Verband sein. Dies gilt umso mehr für die Menschen, die Verant-
 137 wortung in unserem Verband tragen. Feminismus darf dabei kein Thema sein, dass nur Frauen* betrifft. Die
 138 Überwindung des Patriarchats kann nur durch gemeinsame Anstrengung erreicht werden. Von echter Gleich-
 139 berechtigung profitiert die gesamte Gesellschaft, sie führt zu besserem sozialem Ausgleich, ökonomischem
 140 Erfolg und mehr individueller Freiheit. Deshalb brauchen wir auch und gerade von Männern* nicht nur Lip-
 141 penbekenntnisse zu feministischen Forderungen, sondern echte Feministen*. Feminismus betrifft alle.

142 **4. Null-Toleranz.**

143 Als FeministInnen machen wir uns für eine Null-Toleranz-Grenze in der SPD und bei den Jusos stark was sexistische
 144 Vorfälle angeht.

145 **Verhalten bei Vorfällen sexualisierter Gewalt**

146 Sexualisierte Gewalt ist ein Problem in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es immer wieder erhebliche Pro-
 147 bleme im Umgang mit konkreten Fällen. Als politischer Verband müssen wir aber die Grundlagen politischen
 148 Handelns schaffen im Umgang mit solchen Vorfällen.

149 **1. Unsere Vorstellung vom Umgang mit sexualisierter Gewalt- unsere Diskussion zum Ansatz der Defi- 150 nitionsmacht**

151 142

152

153 Die Betroffenen von übergriffigem Verhalten können nur selbst definieren, wann für sie eine Grenzüberschrei-
 154 tung erreicht ist. Neben den durch die patriarchale Gesellschaft im Diskurs als Norm der Definition erklärten
 155 und im Strafgesetzbuch abgebildeten Formen sexualisierter Gewalt gibt es viele weitere Grenzüberschreitun-
 156 gen. Diese Grenzüberschreitungen, die z.B. durch unerwünschten Körperkontakt oder anzügliche Äußerungen
 157 geschehen sollten auch ernst genommen werden. Vorfälle Kleinzureden oder gar Betroffene unter Generalver-
 158 dacht falscher Anschuldigungen und Übertreibung zu stellen, lehnen wir ab. Das jeweilige subjektive Erleben
 159 von Betroffenen muss ernst genommen werden.

160

161 Feministische Diskurse und Praxen waren zuletzt durch eine Auseinandersetzung um das Konzept der Defi-
 162 nitionsmacht geprägt. Dieses Konzept wurde entwickelt, um den Kriterien der bürgerlichen Rechtsprechung
 163 etwas entgegenzusetzen, die vielmals nicht in der Lage ist, die Erfahrungen der Betroffenen sexualisierter Ge-
 164 walt hinreichend zu berücksichtigen.

165

166 Definitionsmacht ist das Recht von Betroffenen sexualisierter Gewalt zu definieren, was sexualisierte Gewalt
 167 ist. Das subjektive Erleben ist ausschlaggebend.

168

169 In der Praxis zeigte sich vielmals, dass durch den kompletten Verzicht auf objektive Kriterien ein Angebot von
 170 individueller Unterstützung kaum möglich ist und insbesondere der Begriff der sexuellen Nötigung und der
 171 Vergewaltigung entleert und relativiert werden können, was ein nicht wünschenswerter Effekt ist. Aus unserer
 172 Sicht muss es nicht darum gehen, dem Geschehenen einen Namen zu geben, sondern vielmehr individuelle
 173 Hilfen und Maßnahmen zu geben. Die Unterstützung für die Betroffenen steht für uns an erster Stelle.

174

175 Für uns als feministischen Richtungsverband ist es also klar, dass hierdurch gesellschaftliche Debatten über
 176 sexualisierte Gewalt nicht obsolet wird. Im Gegenteil: Wir werden weiter darüber diskutieren, durch welche
 177 Verhaltensweise die Grenzen der Privats- und Intimsphäre von einzelnen Personen überschritten werden kön-
 178 nen.“

179

180 **2. Freiräume schaffen und schützen.**

181 Um Betroffenen von sexualisierter Gewalt auch weiterhin Beteiligungsmöglichkeiten zu geben, müssen für
182 diese Freiräume geschaffen und geschützt werden. Betroffene dürfen nicht gezwungen sein, sich aus ihrer
183 politischen Arbeit zurückzuziehen, um ein Aufeinandertreffen mit dem TäterInnen zu umgehen.

184 **3. Beratung wahrnehmen.**

185 Um das Defizit der Partei im Umgang mit genannten Vorfällen zu beheben, sollte die Partei auch externe
186 professionelle Beratung dazu in Anspruch nehmen. Die Partei braucht ein Konzept für den Umgang mit patri-
187 archaler Gewalt und muss vor allem ihre FunktionärInnen dazu schulen.

188 **4. TäterInnen aus Funktionen entfernen.**

189 Durch die fortwährende Konfrontation der Betroffenen sexualisierter Gewalt mit ihren TäterInnen und damit
190 auch den Vorfällen wird Erlebtes wieder hervorgerufen und haben diese oft keine Wahl als sich aus ihrem po-
191 litischem Umfeld zurückzuziehen um dem zu entgehen. Wenn erforderlich müssen wir partei- und verbands-
192 interne Strukturen auch dazu nutzen, TäterInnen aus ihren Funktionen zu entfernen um dem bestehenden
193 Machtgefälle entgegen zu wirken und deutlich zu machen, dass unsere Werte niemals und unter keinen Um-
194 ständen mit sexistischem Denken und der Ausübung patriarchaler Gewalt vereinbar sind.

195 **Strukturen verändern**

196 156Gleichzeitig muss auch jenseits von einzelnen Situationen dafür Sorge getragen werden, dass unsere Struk-
197 turen sich dahingehend verändern, dass Frauen* empowered werden und Unterstützung erfahren
198 zu können.

199 **1. Support your local girlgang.**

200 163

201 Frauen*solidarität ist für uns zentraler Bestandteil von Frauen*vernetzung und feministischer Politik. Wir
202 wollen Strukturen aufbrechen in denen Frauen* sich in Situationen wiederfinden in denen sie sich durch
203 patriarchale Wirkmechanismen in Konkurrenz gesetzt sehen. Selbstverständlich ist für uns aber auch, dass
204 ein Streben nach der Überwindung des Patriarchats eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller Geschlechter
205 ist.

206

207 **2. Empowerment von Frauen*.**

208 Wir müssen Frauen* in unserem Verband und unserer Partei gezielt stärken. Damit wollen wir ihnen nicht
209 nur die Fähigkeiten zu höheren Positionen und verantwortungsvolleren Aufgaben an die Hand geben, son-
210 dern sie vor allem dazu ermutigen, diese Aufgaben auch anzustreben und damit ihr Potential auszuschöpfen.
211 Empowerment muss daher Aufgabe der Vorstände und insbesondere der Vorsitzenden sein. Es sollte un-
212 abdingbares Qualitätsmerkmal für eine/n Vorsitzenden sein, aktiv Frauen*-Empowerment zu betreiben und
213 damit Frauen* zu fördern und zu bestärken. Eine weitere Hürde für Frauen* stellt ihr immer noch höherer
214 Anteil an Care-Arbeit dar. Deshalb gehört für uns zum Abbau von Hindernissen für die politische Beteiligung
215 von Frauen* auch ein familienfreundliches Umfeld einschließlich einer Kinderbetreuung ab einer gewissen
216 Veranstaltungsgröße.“

217 **3. Awareness Teams und -konzept.**

218 Um Sexismus effektiv entgegenzuwirken, um sexistisches Verhalten aufzuzeigen und zu bekämpfen, brauchen
219 wir ein Awareness-Konzept. Es muss für sämtliche größeren Veranstaltungsformen Awareness-Teams geben,
220 die nicht nur besonders aufmerksam für Sexismen jeder Art sind, sondern auch als AnsprechpartnerInnen
221 dienen und bei Vorfällen reagieren. Wir fordern, die Schiedskommissionen auch in Fällen sexueller und se-
222 xualisierter Gewalt konsequent anzurufen. Darüber hinaus sollte eine dauerhafte Struktur zur Ansprache ge-
223 nannter Vorfälle ermöglicht werden.

224 **4. Lila Faden bei Veranstaltungen, Quotierung bei ReferentInnen und Grußwörtern.**

225 Feminismus betrifft alle Bereiche unseres Lebens, das muss sich auch in unserer konkreten politischen Ar-
226 beit widerspiegeln. Das Thema muss sich deshalb als lila Faden durch die Veranstaltungen ziehen. Gleichzeitig

227 gehört dazu auch eine Quotierung sämtlicher ReferentInnen und GrußwortrednerInnen auf unseren Veran-
228 staltungen.

229 **5. Sexismus kampagnenmäßig bekämpfen.**

230 192Hier könnte die Kampagne „Deine Stimme für Vernunft“ als Vorbild dienen. Wo eine Anti-Rassismus-
231 Kampagne möglich war, muss auch eine Anti-Sexismus-Kampagne folgen.

G11

Titel	Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen
AntragstellerInnen	Hessen-Nord

Schluss mit dem Schwarz-Weiß-Denken – Vielfalt der Geschlechter auch in der Partei anerkennen

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 In der Mitgliederverwaltung der SPD ist es jedoch immer noch so, dass ein Geschlecht in Form einer Zuschreibung in „männlich“ oder „weiblich“ eingetragen wird. Die SPD sollte Möglichkeiten schaffen, dass sich alle
- 3 Menschen in ihr wiederfinden können.
- 4
- 5 Wir fordern deshalb, die MAVIS auf diskriminierende Strukturen zu überprüfen und die bereits bestehende
- 6 Möglichkeit der Eintragung abseits von „männlich“ und „weiblich“ zu nutzen. Den Geschäftsstellen wird ein
- 7 Leitfaden bereitgestellt. Gleichzeitig muss erhält der JUSOS und in der SPD ein Prozess gestartet werden um
- 8 Konsequenzen dieser Regelung auf gleichstellungspolitische Instrumente zu thematisieren. Außerdem for-
- 9 dern wir, dass auch bei der Anmeldung zu Veranstaltungen eine solche Eintragung abseits von „männlich“
- 10 und „weiblich“ ermöglicht wird.10

11

G13

Titel	Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung
AntragstellerInnen	Braunschweig

Weltweites Verbot weiblicher Genitalverstümmelung

1 Stoppt die Gewalt...stoppt die Folter...stoppt diesen Wahnsinn

2 In rund 30 Staaten der Erde werden auch heute noch jedes Jahr etwa 3 Millionen Mädchen und Frauen (meist
3 schon im Kindesalter) an ihren Genitalien verstümmelt. Weltweit sind vermutlich mehr als 200 Millionen Frauen
4 betroffen; die Dunkelziffer ist wahrscheinlich doppelt so hoch. Anerkannte Studien gibt es für den Sub-Sahara-
5 raum, Ägypten und Irak aber auch im Nahen Osten und Südostasien werden Frauen verstümmelt. In Somalia
6 beträgt die Rate betroffener Frauen annähernd 98%. Der Eingriff wird meist unsteril und unter unzureichen-
7 der Hygiene und ohne Betäubung durchgeführt. Mit Messern, Rasierklingen, Glasscherben oder Deckeln von
8 Metalldosen(selten werden medizinische Instrumente wie Skalpelle benutzt) werden(je nach Variante der Be-
9 schneidung) die Klitoris, sowie komplett oder teilweise die inneren und äußeren Schamlippen entfernt, ausge-
10 schält oder gekürzt. Die UN unterscheidet, je nach Region, 3 Varianten der Beschneidung: 1. es wird nur die
11 Klitoris entfernt, 2. Es werden Klitoris und innere sowie zum Teil die äußeren Schamlippen entfernt, 3. die so-
12 genannte „pharaonische Beschneidung“(Infibulation) - > komplette Entfernung der äußeren Geschlechtssteile
13 und anschließendes Zuziehen der Scheide mit Nylonfäden oder Zusammenknüpfen mit Dornen bis auf eine
14 winzige Öffnung für Urin und Menstruationsblut. Im Laufe ihres Lebens werden die zugenähten Frauen im-
15 mer wieder aufgeschnitten und wiederzugenäht, um den Geschlechtsverkehr nach der Eheschließung sowie
16 Geburten möglich zu machen. Jeder einzelne dieser Eingriffe kann dabei aufgrund des Hygienemangel und
17 daraus resultierenden Infektionen tödlich sein. Die betroffenen Frauen erleiden dabei multiple physische und
18 psychische Traumata, die ihr ganzes Leben anhalten können.

19 Seit 2013 ist weibliche Genitalverstümmelung als eigener Straftatbestand im StGB aufgenommen und ver-
20 jährt erst mit dem 41. Geburtstag der Betroffenen; seit 2014 ist es in die Katalog der Auslandsstraftaten auf-
21 genommen. Dennoch werden immernoch Verstümmelungen der Genitalien von Mädchen und Frauen zur
22 angeblichen Kontrolle ihrer Sexualität vorgenommen. Bei den Frauen wird jegliches Empfindungsvermögen
23 24 mit Verstümmelung der Nervenenden ihres Geschlechts zerstört, was in den praktizierenden Regionen ei-
24 nen hohen Wert hat, da die Schmerzen die Tugend und Enthaltensamkeit der Frauen sicherstellen sollen. Die
25 Beschneidung soll des weiteren die weibliche Reinheit aufrecht erhalten, ohne die ein Leben innerhalb der
26 jeweiligen Gemeinschaft nahezu unmöglich gemacht wird. Unbeschnittene Frauen haben meist keine Zukunft
27 weil sie keinen Ehemann finden und im schlimmsten Fall von der Gemeinschaft verstoßen werden, da die-
28 se sie als unrein betrachten. Auch in Deutschland leben etwa 19 000 Frauen mit verstümmelten Genitalien
29 und schätzungsweise 4000 Mädchen sind in Gefahr Opfer von Genitalverstümmelung zu werden (European
30 Institute for Gender Equality). Aufklärung, das Einbeziehen von Menschen, vor allem Frauen aus denen von
31 Genitalverstümmelung betroffen MigrantInnen-Communities und direkter Zugang zu medizinischer Hilfe sind
32 Schlüssel zur Bekämpfung von

33 weiblicher Genitalverstümmelung in Deutschland.

34 Der Kampf gegen die weibliche Genitalverstümmelung ist ein Kampf gegen tief verankerte Traditionen, un-
35 menschliche religiöse Praktiken und gegen ein von Männern dominiertes Frauenbild. Es ist ein Kampf gegen
36 die Gewalt an Frauen, gegen Folter und gegen Unterdrückung. Es muss ein weitreichender Aufklärungs- und
37 Bildungsprozess stattfinden sowie betroffenen Frauen hierzulande Hilfe, Zuflucht und medizinische Versor-
38 gung geboten werden.

39 Wir Jusos fordern deshalb:

- 40 • Darauf hinzuwirken, weibliche Genitalverstümmlung weltweit durch internationale Bündnisarbeit, eine
- 41 Schaffung einheitlicher weltweiter Verbote sowie wirksamer Sanktionen zu verbieten
- 42 • medizinische und psychologische Betreuung betroffener Frauen und Mädchen
- 43 • Genitalverstümmlung als geschlechtsspezifischen Asylgrund anzuerkennen und gefährdeten Frauen
- 44 ein uneingeschränktes Bleiberecht zu erstatten
- 45 • Wiederherstellungsoperationen sollen als Kassenleistung ohne Zuzahlung gelten
- 46 • Bereitstellung von Geldern für Aufklärungs- und Bildungsprojekte in Deutschland und in Regionen mit
- 47 hoher Akzeptanz von Genitalverstümmelung
- 48 • bessere Aufklärung von Personen aus Risikogruppen
- 49 • Hilfsangebote in Deutschland aufzuzeigen, um hier lebenden Frauen und Mädchen, die eine Genital-
- 50 verstümmelung haben, ihre Möglichkeiten und Rechte aufzuzeigen
- 51 • Schaffung von flächendeckende und kompetente Beratungsstellen für Frauen

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

15	Hessen-Süd	Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!	55
----	------------	---	----

15

Titel Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!

AntragstellerInnen Hessen-Süd

Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!

1 Wir Jusos kämpfen für eine weltoffene, liberale und solidarische Gesellschaft. Dennoch ist uns bewusst, dass
 2 diesem auch ein anderes Bild gegenübersteht. Vor allem konservative sowie rechtspopulistische Stimmen se-
 3 hen die (öffentliche) Sicherheit immer mehr gefährdet und äußern Forderungen, die einer Law-and-Order-
 4 Logik folgen, um die Sicherheit wiederherzustellen. Dabei wird vorrangig die Polizei als verlängerter Arm für
 5 die Durchsetzung von „Recht und Ordnung“ betrachtet und in vielen Fällen ein Generalverdacht für bestimm-
 6 te gesellschaftliche Gruppen ausgesprochen. Anstelle von Individuen auszugehen, werden FeindInnenbilder
 7 konstruiert, denen mit voller Härte und oftmals unreflektiert entgegen getreten wird. Als Resultat ist vielerorts
 8 eine Einschränkung der Menschenrechte zugunsten der vermeintlichen öffentlichen Sicherheit zu beobachten.
 9 Zwar dient die Polizei als Exekutive zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und soll so Menschenrechte
 10 schützen, doch verstoßen die Sicherheitskräfte selber zunehmend in hohem Maße gegen diese. Die Instru-
 11 mentalisierung der Einsatzkräfte gegen politische GegnerInnen verletzt nicht nur demokratische Prinzipien,
 12 sondern führt in der öffentlichen Darstellung zudem zu Stigmatisierungen gesellschaftlicher Gruppen. Anstatt
 13 auf deeskalierende Maßnahmen, wird auf repressives Agieren gesetzt, wodurch nicht zuletzt die Hemmschwel-
 14 le innerhalb der Polizei zu Übergriffen steigt. Die Forderungen nach mehr Polizei ist daher keine Lösung für
 15 die Verbesserung des Sicherheitsgefühls – im Gegenteil. Erst eine progressive, auf ein solidarisches Mitein-
 16 ander ausgerichtete Polizei, die vor allem geschichts-politische Bildung erfahren hat sowie deeskalierende
 17 Handlungsweisen kennt, ist ein richtiger Schritt zur Verbesserung. Wir Jusos setzen uns dafür ein, politische
 18 Reformen anzustoßen und das Feld der inneren Sicherheit nicht konservativen Kräften zu überlassen. Wir set-
 19 zen uns außerdem für Reformen ein, die die Polizei demokratischer gestalten sodass diese eine solidarische
 20 Gesellschaft unterstützt und nicht bekämpft!

21 **Ausbildung als Grundstein**

22 Um von PolizistInnen erwarten zu können, dass sie ausnahmslos die Menschenrechte achten und verteidigen,
 23 ist es fundamental, dass die AnwärtlerInnen eine gute Ausbildung erhalten. Grundbestandteil darf dabei nicht
 24 nur das abstrakte Erklären von Menschenrechten sein. Es ist vielmehr wichtig den AnwärtlerInnen konkret
 25 beizubringen wie sie in welcher Situation mit ihrem Handeln Menschenrechte achten und schützen.

26 Daneben müssen beispielsweise Kampfsportausbildungen, bei denen gelehrt wird als erstes in das Gesicht
 27 des Gegenübers zu schlagen der Vergangenheit angehören. Ein zentraler Aspekt muss dabei die kommunika-
 28 tive Kompetenz, insbesondere auf Mediation ausgerichtete Konfliktlösungsstrategien, in der Ausbildung sein.
 29 Daneben sollen die Einsatzkräfte auch befähigt werden, sich selbst im Notfall zu verteidigen. Daher sprechen
 30 wir uns für eine Fokussierung auf Selbstverteidigung anstatt konfrontative Kampfsportarten als Teil der Aus-
 31 bildung aus.

32 Damit PolizistInnen angemessen ausgebildet werden und ihre Verantwortung für eine weltoffene und freie
 33 Gesellschaft übernehmen können, bedarf es einer Neuausrichtung der Ausbildung sowie permanenter Wei-
 34 terbildungsangebote.

35 Deshalb fordern wir:

- 36 • Mehr Investitionen in die Ausbildung von PolizeianwärtlerInnen
- 37 • Eine intensive, konkrete Menschenrechtsbildung in der Polizeiausbildung und jährlichen Fortbildungen
- 38 • Unterrichtsreihen innerhalb der Ausbildung, die sich mit dem Thema „Rassismus sowie „Rechtsextre-

39 mismus“ beschäftigen und in Zusammenarbeit mit Verbänden/Institutionen, die sich mit politischer
40 Bildungsarbeit gegen diese einsetzt.

41 • AusbilderInnen die speziell für die Polizeiausbildung geschult sind und selbst eine Menschenrechtsaus-
42 bildung erfahren haben

43 • Einen Fokus auf die Schulung von Deeskalationstechniken

44 • Das Ende von Sparversionen der Polizeiausbildung, wie bei der Wachpolizei

45 • Die Zusammenarbeit mit Kulturvereinen und Initiativen um bei Polizistinnen und Polizisten ein dif-
46 ferenziertes Bild zu entwickeln.

47 **Unabhängige Ermittlung ermöglichen**

48 Zu einer demokratischen Kontrolle der Polizei gehören unabhängige Ermittlungsverfahren im Falle einer An-
49 zeige oder des Verdachts von Straftaten durch PolizistInnen. Ermittlungen werden zwar von den zuständigen
50 Staatsanwaltschaften geleitet. Diese sind jedoch eng mit den betroffenen Polizeistellen verzahnt. Die Dienst-
51 stellen übernehmen dabei den Großteil der Ermittlungsarbeit für die Staatsanwaltschaft; KollegInnen ermitteln
52 gegen KollegInnen. Ermittlungen gegen PolizistInnen laufen daher oft schleppend und oberflächlich; zu Ankla-
53 gen kommt es nur in Ausnahmefällen. Polizeiliche Misshandlungen und Straftaten bleiben so oftmals ohne
54 Konsequenzen. Gegenanzeigen seitens der Polizei laufen dagegen in der Regel schnell und gründlich.

55 Eine Institution, die maßgebend für einen Rechtsstaat ist, darf von diesem nicht ausgeschlossen werden.

56 Deshalb fordern wir:

57 • Von der Polizei unabhängige Ermittlungs- und Beschwerdestellen für Anzeigen oder Hinweise gegen
58 PolizistInnen nach Hamburger Vorbild

59 • Dass Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen, die Straftaten im Dienst begangen haben sollen, nicht
60 mehr von der Staatsanwaltschaft eingestellt werden können.

61 • Dass nur noch RichterInnen Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen führen dürfen.

62 **Racial/Ethnic Profiling stoppen**

63 Wir lehnen verdachtsunabhängige Kontrollen ab. Außerdem verurteilen wir sämtliche Fahndungsmuster, die
64 auf rassistischen Ansätzen beruhen. Die Polizei muss in ihrer Funktion für eine diskriminierungsfreie Arbeit
65 stehen und Fälle von Diskriminierung oder Rassismus transparent und konsequent aufklären.

66 Deshalb fordern wir:

67 • Umfassende unabhängige Studien zu Racial/Ethnic Profiling zu erheben und Gegenmaßnahmen daraus
68 abzuleiten

69 • Ein Quittungssystem für kontrollierte Menschen, bei dem der Grund der Kontrolle angegeben werden
70 muss und die Option für die Kontrollierten besteht, ihre Religion, Hautfarbe oder sonstige Merkmale
71 freiwillig anzugeben, um o.g. Statistiken zu ermöglichen

72 • Die Anerkennung von rassistischen Fahndungsmustern als Problem in Deutschland von Politik, der
73 Polizei und ihren Gewerkschaften

74 • Dem Entgegenwirken von rassistischen Fahndungsmustern durch gezieltes Fördern von Awareness
75 innerhalb der polizeilichen Ausbildung sowie regelmäßige verpflichtende Workshops zu diesem Thema
76 im späteren Verlauf des Berufs.

77 • Rassismus in Aus- und Weiterbildung entgegenzuwirken

78 • Unabhängige Beschwerdestellen für Betroffene

79 • Die Abschaffung von § 22 Abs. 1a BPolG und vergleichbaren Rechtsnormen auf Länderebene

80 **Misshandlungen verhindern**

81 In Gewahrsam ist jeder Mensch möglichen Misshandlungen schutzlos ausgeliefert. Wir gehen davon aus, dass
 82 Misshandlungen in Polizeigewahrsam die absolute Ausnahme sind, dennoch ist auch jeder Einzelfall zu verhin-
 83 dern. Daneben entsprechen die Räumlichkeiten für Gewahrsamnahmen, insbesondere bei Großdemonstra-
 84 tionen, nicht immer menschenrechtlichen Standards. Die Polizei hat, gerade durch das entstandene Macht-
 85 gefälle im Rahmen von Inhaftierungen, eine besondere Verpflichtung hinsichtlich der Unversehrtheit der in
 86 Gewahrsam genommenen Menschen. Eine Nichtbeachtung dieser, insbesondere von Misshandlungen, leh-
 87 nen wir entschieden ab!

88 Deshalb fordern wir:

- 89 • Kameraüberwachung in Gewahrsamstellen, die den o.g. Ermittlungs- und Beschwerdestellen unverän-
 90 dert zu Verfügung stehen müssen
- 91 • Menschenrechtliche Standards für Gefangenensammelstellen (bei Demonstrationen etc.). Diese müs-
 92 sen beheizt und sauber sein, ein Mindestmaß an Platz bieten, daneben kostenlose Toiletten, Trinkwas-
 93 ser, Tageslicht und bei längeren Aufenthalten Verpflegung und Duschen bieten
- 94 • Inhaftierte müssen umgehend in der Lage sein einen Rechtsbeistand, Angehörige oder medizinische
 95 Hilfe per Telefon zu erreichen
- 96 • Inhaftierte sind umgehend über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und schnellstmöglich richterlich
 97 Anzuhören
- 98 • Bei Gefangenensammelstellen ist PressevertreterInnen, Abgeordneten, StaatsanwältInnen, Strafvertei-
 99 digerInnen und RichterInnen jederzeit Zugang zu gewähren. PressevertreterInnen ist nach vorheriger
 100 Anmeldung Zugang zu Gefangenensammelstellen zu gewähren, sofern die allgemeine Gefahrenlage
 101 es zulässt. Die Berichterstattung wird angelehnt an die Vorlagen von GerichtsreporterInnen und unter
 102 Wahrung der Persönlichkeitsrechte.
- 103 • Sollten die Standards nicht eingehalten werden können, sind Gefangene unverzüglich zu verlegen oder
 104 zu entlassen

105 **Versammlungsrecht schützen**

106 Das Versammlungsrecht ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Ausübung der Meinungsfreiheit und
 107 damit Maß für eine funktionierende Demokratie. Die Polizei hat dabei die Aufgabe Versammlungen als Men-
 108 schenrecht zu schützen und diese nicht durch Eingriffe einzuschränken.

109 Deshalb fordern wir:

- 110 • Die Offenlegung der polizeilichen Gefahrenanalysen von Versammlungen nach ihrer Durchführung
- 111 • Einen Fokus auf Deeskalationstechniken während Aus- und Fortbildung bei der Polizei
- 112 • Einen intensiveren Einsatz von polizeilichen Communicator-Gruppen, die deeskalativ wirken und einen
 113 ständigen Dialog mit DemonstrantInnen, Presse, BürgerInnen und der Polizei führen
- 114 • Kooperationen mit den VeranstalterInnen, um Gefahren und Konflikten im Vorfeld abzuwenden
- 115 • Die Einführung eines unabhängigen DemonstrationsbeobachterInnen-Status, der im Vorfeld von der
 116 Polizei, auch auf Vorschlag des Veranstalters, an Personen vergeben werden kann. Personen mit die-
 117 sem Status sollen sich frei jederzeit frei in der Versammlung und zwischen den Einsatzkräften bewegen
 118 können
- 119 • Die sofortige richterliche Überprüfung auf die Rechtmäßigkeit von freiheitsentziehenden Maßnahmen,
 120 wie dem sog. Polizeikessel
- 121 • Verdachtslose Vorkontrollen, die friedlichen DemonstrantInnen davon abhalten an der Versammlung
 122 teilzunehmen, zu verbieten
- 123 • Den Einsatz von chemischen Reizstoffen bei Demonstrationen zu verbieten, da diese häufig für Kollektiv-
 124 maßnahmen missbraucht werden
- 125 • Sitzblockaden müssen endlich entkriminalisiert werden.

126 **Kennzeichnungspflicht endlich umsetzen**

127 Im Jahr 2008 wurde beispielsweise in Hessen die Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen in Form eines Na-
 128 mensschildes eingeführt. Für geschlossene Einsätze gilt diese Pflicht allerdings nicht. Daneben machen vie-
 129 le PolizistInnen ihre Kennzeichnung unkenntlich indem sie beispielsweise etwas in ihre Brusttasche stecken
 130 und damit die Kennzeichnung verdecken. Gerade bei behelmteten Einheiten ist es damit unmöglich polizeiliche
 131 Straftaten zu ahnden, die Hemmschwelle solche zu begehen sinkt. Auch wenn es sich hierbei um Ausnahmen
 132 handelt, müssen diese so gut es geht verhindert werden.

133 Deshalb fordern wir:

- 134 • Die konsequente Umsetzung der Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen. Diese kann auch in Form ei-
 135 ner anonymisierten Kombination von Nummern und Buchstaben erfolgen, die zufällig generiert sind
 136 und rotieren und muss zurück verfolgbar sein. Dies muss auch für Einsätze von Sicherheitskräften aus
 137 anderen Bundesgebieten gelten, die beispielsweise bei Demonstrationen als Unterstützung angefor-
 138 dert werden.
- 139 • Mehr als eine Kennzeichnung bei Einsatzkräften während Demonstrationen. Diese ist auf der Brust,
 140 dem Helm und dem Rücken zu tragen.

141 **Dialog statt Aufrüstung**

142 Statt einer fortschreitenden Aufrüstung der Polizei mit Sturmgewehren und Maschinenpistolen fordern wir
 143 Jusos:

- 144 • Eine Verbesserung der Ausbildung hinsichtlich deeskalierender Dialogtechniken
- 145 • Keine Bewaffnung während des Bürodienstes
- 146 • Ein Verbot, die Dienstwaffen außerhalb der Dienstzeiten zu tragen
- 147 • Keine Schusswaffen in erster Reihe bei Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen
- 148 • Eine stetige Kontrolle und ggf. eine Verbesserung der Schutzausrüstung im Streifendienst

149 Außerdem wollen wir mit unseren PartnerInnen bei den Gewerkschaften über weitere Möglichkeiten zur Re-
 150 duzierung von Schusswaffen im Polizeidienst diskutieren.

151 **Gute Arbeit würdigen**

152 Voraussetzung unsere Forderungen umzusetzen sind kompetente und zuverlässige Menschen, die bei der
 153 Polizei ihren Dienst leisten. Der Beruf verlangt ein hohes Maß an ethischen und moralischen Grundsätzen,
 154 Belastbarkeit sowie sozialer als auch kommunikativer Kompetenz. Die Anerkennung dafür nimmt in den letz-
 155 ten Jahren immer weiter ab. Der Polizeidienst muss aber weiterhin attraktiv bleiben für Menschen, die seinen
 156 Ansprüchen gerecht werden.

157 Wir zeigen uns solidarisch mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im DGB. Die Deutsche Polizeigewerkschaft
 158 (DPolG) ist unseren Augen reaktionär, rechtspopulistischen und rassistisch! Sie ist für uns daher untragbar, sie
 159 widerspricht dem Gedanken der gewerkschaftlichen Idee. Wir als Jusos lehne jede Zusammenarbeit mit der
 160 DPolG ab.

161 Daher fordern wir zur Unterstützung der GdP eine Abkehr vor dem jahrelang betriebenen Sparkurs, der bei der
 162 Polizei betrieben wurde. PolizistInnen müssen wieder gerecht entlohnt und zeitlich entlastet werden

163 **Polizeiliche Fortbildung stärken**

164 Polizisten sprechen von ihrem Beruf gerne als „Erfahrungsberuf“. Bis ein/e PolizistIn alle Standardsituationen
 165 polizeilichen Handelns erfahren und Handlungssicherheit erlangt hat, vergehen oft mehrere Jahre.

166 Gleichzeitig kommen PolizistInnen häufig in körperlich, vor allem aber auch seelisch belastende Situationen.
 167 Positive wie negative Erfahrungen werden im polizeilichen Alltag im engen Kollegenkreis – der sog. Dienstgrup-
 168 pe – besprochen. Es entstehen enge, oftmals fast familiäre Bindungen – und es entsteht eine Gruppendynamik.
 169 In den meisten Fällen sorgt diese Gruppendynamik dafür, dass Dienstgruppen effizient und handlungssicher
 170 vorgehen. Allerdings können sich beispielsweise rassistische Vorurteile, Mobbing oder überzogene Gewaltan-
 171 wendung verstärken, wenn diese Erfahrungen nicht aufgearbeitet werden.

172 Um negativen Effekten der Gruppendynamik entgegen zu wirken, muss die polizeiliche Fortbildung gestärkt
173 werden. Wir fordern die Polizeibehörden dazu auf, ihre Dienstgruppen jährlich zur Teilnahme an einer mehrtä-
174 gigen Schulung zu verpflichten. Hierbei sollen Pflichtbestandteile, wie z.B. die jährliche Schusswaffenschulung
175 und die Unterweisungen zu relevanten Gesetzesnovellen einfließen. Für uns Jusos ist klar, dass die Anwen-
176 dung deeskalierender Einsatztaktiken in solchen Schulungen regelmäßig trainiert werden muss. Weiter soll
177 in Wahlbestandteilen auf die Bedürfnisse und Fragen der Dienstgruppen eingegangen werden. Diese Schu-
178 lungen sollen sozialpädagogisch begleitet werden. Im Rahmen einer Supervision wird auf sich abzeichnende
179 Probleme in der Gruppendynamik eingegangen. So wirken Fortbildungen auch als ein Frühwarnsystem für
180 sich abzeichnende Probleme auf der operativen Ebene.

M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M1	Projektgruppe	Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen	61
M2	Nordrhein-Westfalen	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft	66
M4	Berlin	Geflüchtete*r ist kein Job	79

M1

Titel	Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen
AntragstellerInnen	Projektgruppe

Unser Anspruch: Das Recht zu bleiben – Das Recht sich zu bewegen

1 Flucht und Flüchtende im 21. Jahrhundert

2 Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Seit dem zweiten Weltkrieg gab es keine größere Bewe-
3 gung von Flüchtenden. Nie haben sich mehr Menschen in Folge von Kriegen, Konflikten, sich wirtschaftlich oder
4 auch klimatisch wandelnden Bedingungen, die ihre Heimat zerstören, gezwungen gesehen diese zu verlassen
5 und sich auf einen lebensgefährlichen Weg mit der Hoffnung auf ein besseres Leben zu machen.

6 Flucht und Migration prägen also wie keine andere gesellschaftliche Veränderung das 21. Jahrhundert. Umso
7 wichtiger ist es sie ins Zentrum unserer globalen Gerechtigkeitspolitik zu rücken. Es gilt Antworten auf die viel-
8 fältigen Ursachen und Gründe von Flucht und Migration zu geben und einen möglichst umfangreichen Schutz
9 für Menschen zu schaffen. Sowohl die persönlichen Schutzrechte von Geflüchteten, wie auch der dafür erforderliche
10 Rechtsstatus als Flüchtling sind in der Genfer Flüchtlingskonvention und den ihr anhängenden Pro-
11 totkollen definiert. Gerade für die Fluchtbewegungen des 21. Jahrhunderts stellt diese jedoch eine besondere
12 Herausforderung dar. Geflüchtete, die Europa heute erreichen, stellen nur einen geringen Teil der global
13 vertriebene Menschen dar. Die meisten sind innerhalb ihrer Heimatländern selbst oder in die angrenzenden
14 Nachbarstaaten geflohen

15 Nicht alle dieser Menschen haben daher den Rechtsstatus als Flüchtling, denn laut der Genfer Flüchtlingskon-
16 vention sind nur Personen, die sich außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen,
17 sowie Staatenlose die sich deshalb außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates befinden, Flüchtling. Hin-
18 zu kommt noch, dass nicht jeder individuelle Grund und erst recht nicht die dahinterstehenden Ursachen auf-
19 grund derer Menschen ihre Heimat verlassen müssen laut UN Flüchtlingskonvention anerkannt sind. Weder
20 Kriege, noch Konflikte, sich wirtschaftlich oder auch klimatisch wandelnden Bedingungen gelten als hinreichen-
21 de Ursache zur Begründung eines Flüchtlingsstatus. Vielmehr kommt es auf die spezifischen Fluchtgründen an,
22 die sich fallweise auch aus den Fluchtursachen ergeben können. Flüchtlinge im Sinne der Konvention sind nur
23 Menschen, die aufgrund ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten
24 sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden.

25 Viele Menschen, die ihre Heimat verlassen haben fallen somit aus dem Raster der UN Flüchtlingskonvention
26 und genießen somit auch keinen Rechtsschutz. Sei es weil sie sich aufgrund von „falschen“ Gründen dafür ent-
27 scheiden mussten ihre Heimat zu verlassen oder sie sogenannte Binnenflüchtende sind. Für uns Jusos ist die
28 Auseinandersetzung mit Flucht und Migration zentraler Bestandteil unseres Kampfes für ein gutes Leben für
29 alle. Wir haben dabei einen doppelten Anspruch. Wir wollen das Recht zu bleiben sichern. Das heißt Lebensbe-
30 dingungen vor Ort zu verbessern und Fluchtursachen zu bekämpfen Langfristiges Ziel bleibt für uns das Recht
31 auf globale Bewegungsfreiheit. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Wohlstand

32 Statt langfristige Lösungen zu entwickeln, zielen europäische Diskurse zur Bekämpfung von Fluchtursachen
33 darauf ab, Migration zu verhindern, statt sie zu gestalten. Klar ist: Zentrale Ursachen von Konflikten und die
34 Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen sind viel zu komplex, um sie mit schnellen Lösungen nach-
35 haltig anzugehen. Die Handlungsoptionen europäischer AkteurInnen enden nicht an den EU-Außengrenzen.
36 Die Bekämpfung von Fluchtursachen verstehen wir als Teil einer globalen Gerechtigkeitspolitik. Auf den rech-
37 ten Diskurs der Fluchtursachenbekämpfung als Migrationsverhinderung müssen wir einen alternativen Dis-

38 kurs entwickeln. Dazu ist Verständnis über die historische, politische sowie ökonomische Mitverantwortung
 39 Deutschlands und Europas bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und erzwungener Migration von zentra-
 40 ler Bedeutung. **Handlungsfelder für nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen sind für uns dabei vor
 41 allen Dingen die Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik. 2011 und 2015 haben wir umfang-
 42 reiche Beschluslagen erarbeitet. Dieser Antrag soll diese weder wiederholen noch ersetzen, sondern
 43 unsere zentralen Forderungen in den Kontext der Debatte um die Bekämpfung von Fluchtursachen
 44 setzen.**

45 Fluchtursachen und Fluchtgründe

46 Ein Zustand oder ein Ereignis gilt dann als Ursache, wenn durch ihn eine Wirkung herbeigeführt wird (A->B), Es
 47 besteht somit Kausalität. Ein Grund ist ein Element rationaler Überlegungen oder Begründungen. Eine Flucht-
 48 ursache ist demzufolge dann ein Zustand oder ein Ereignis(Dürre) wenn durch ihn eine Wirkung herbeigeführt
 49 wird (Dürre -> Ernteausfall+Hunger). Die Wirkung die die Fluchtursache entfaltet kann auch den Fluchtgrund
 50 darstellen (Hunger), muss dies aber nicht, da auch Fluchtursachen als Wirkung eine Fluchtursachen nach sich
 51 ziehen können, sozusagen sekundäre und primäre Fluchtursachen (Klimawandel-> Dürre).

52 Die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen sind vielfältig und viele Menschen sehen sich aufgrund
 53 anderer Gründe als den in der UN Flüchtlingskonvention festgelegten Gründen – der Verfolgung aufgrund
 54 ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder
 55 ihrer politischen Überzeugung – dazu gezwungen ihre Heimat zu verlassen-

56 Ein großer Teil der Geflohenen haben durch eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben ihre Heimat ver-
 57 lassen. Diesen einfach nachvollziehbaren Gründen für eine Flucht, liegen jedoch multikausale Ursachen zu
 58 Grunde.

59 Der Fokus von Maßnahmen darf daher nicht nur die Bekämpfung von direkten Ursachen von internen Konflik-
 60 ten oder anderen menschengemachten Krisen sein. Auch die Lösung von sowohl tiefverwurzelten und lang-
 61 fristigen Ursachen, welche die Bevölkerung einer Gefährdung aussetzen könnten, müssen in Blick genommen
 62 werden. Hierbei stellen sich aktuell als besondere Herausforderung die Begegnung der Ursachen für Staats-
 63 zerfall oder Konflikte um Ressourcen. Dies beinhaltet zudem präventiv die Schaffung einer effektiven Durch-
 64 setzung von Menschenrechten, die gerade in außerordentlichen Fällen einer kriegerischen Handlung nicht an
 65 Beachtung verlieren dürfen.

66 Auch die hinter den individuellen Fluchtgründen stehenden primären Fluchtursachen sind mannigfaltig. Sie
 67 alle lassen sich aber zumeist im Kern auf drei sekundäre Fluchtursachen zurückführen, die sich gegenseitig,
 68 sowie auch primäre Fluchtursachen verstärken können.

69 1. Wirtschaftsbedingte Fluchtursachen

70 2. Umweltbedingte Fluchtursachen

71 3. Unser Fokus liegt darauf auf den Fluchtursachen, den Fluchtgründen, die bisher nicht ausreichend
 72 durch die Genfer Flüchtlingskonvention berücksichtigt werden

73 Wirtschaftsbedingte Fluchtursachen

74 Wirtschaftsbedingte Fluchtgründe haben wirtschaftsbedingte Fluchtursachen. Die wirtschaftsbedingten
 75 Fluchtursachen sind primär von der weltweiten Verteilung von Ressourcen, Produktionsfaktoren, Entwick-
 76 lungspotenzialen und der bestehenden Handelsstruktur bedingt. Doch hinter all diesen primären Fluchtur-
 77 sachen steht der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Während bei einigen wenigen Ländern die Pro-
 78 duktion von Waren in den letzten Jahrhunderten massiv zugenommen und zu steigendem Wohlstand geführt
 79 hat, stagniert demgegenüber in anderen Ländern das Produktivitäts- und Wohlstandsniveau. Der technische
 80 Fortschritt, wie er vom globalen Norden genutzt und weiterentwickelt wird und wie er auch nicht allen glei-
 81 chermaßen zur Verfügung steht, hat diesen Zustand und die damit verbundene Ungleichheit noch einmal
 82 verschärft.

83 Die anhaltende Ausbeutung des Globalen Südens durch den Globalen Norden ist das Grundmuster der welt-
 84 weiten Ordnung. An der ungerechten Verteilung der vorhandenen Ressourcen hat sich seit kolonialer Herr-
 85 schaft nichts geändert. Daher sind Armut und Hunger eine Folge einer internationalen neoliberalen Wirt-
 86 schaftspolitik im Kapitalismus. Das drückt sich beispielsweise in einer ungerechten Handelspolitik, nicht nach-

87 haltigen Entwicklungszusammenarbeit, in Korruption, dem Handel mit Grundnahrungsmittel und Wasser so-
88 wie der daraus resultierenden Ressourcenverknappung mit einem für viele Menschen eingeschränkten Zu-
89 gang aus. Ferner stellen das bestehende soziale Gefüge und klimatische wie auch umweltbedingte Verände-
90 rungen negative Einflussfaktoren dar. Diese daraus resultierende Armut stellt ein sich selbst reproduzierende
91 soziale Lage dar. Instabile Wirtschaft, instabiler Staat und fehlende Daseinsvorsorge sowie kaum Bildungs-
92 zugang und medizinische Versorgung verfestigen diese Zustand, dass ein Großteil der Bevölkerung in Armut
93 leben muss. Die schlechten Arbeitsbedingungen – vorwiegend durch transnationale Unternehmen des Globa-
94 len Nordens, aber auch der lokalen ArbeitgeberInnen – verhindern ein sicheres Auskommen und Perspekti-
95 ven auf eine bessere Zukunft. Die durch die Lebensbedingungen wachsende Perspektivlosigkeit für viele treibt
96 Menschen auf eine lebensbedrohliche Flucht, in der Hoffnung auf gesicherte Lebensgrundlage.

97 Gerade die fehlende staatliche Fürsorge, die sich in einem Abbau von Bildung und medizinischer Versorgung
98 ausdrückt und gesellschaftliche, wie wirtschaftliche Entwicklung hindert, führen zu einem Abbau von Mög-
99 lichkeiten besserer arbeitsmarktpolitischer Mechanismen. Dies führt unweigerlich zu schlechten Arbeitsbe-
100 dingungen, hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Perspektivlosigkeit. Aus dieser Perspektivlosigkeit wächst
101 der Wunsch nach einem besseren Leben, welches oftmals nur in anderen Regionen durch Flucht für möglich
102 gehalten wird. Ein weiteres Problem von finanziell schwachen Regionen ist ein gewisser Braindrain, bei dem
103 die „Bildungselite“ das Land verlassen kann und nationale Entwicklungschancen hemmen.

104 Wir sind überzeugt, dass eine gleichmäßigere und damit gerechte Wohlstandsverteilung moralisch und poli-
105 tisch geboten ist. Sie ist aber auch deshalb eine Notwendigkeit, weil es globale Entwicklung nur geben kann,
106 wenn es gelingt, Verteilungs- und Ressourcenkonflikte als Ursache für Krieg und Bürgerkrieg durch eine ge-
107 rechtere Wohlstandsverteilung aufzulösen. Diese stellen für viele Menschen ebenso wie Armut und Hunger
108 wirtschaftsbedingte Fluchtgründe dar.

109 Umweltbedingte Fluchtursachen

110 Fluchtgründe haben verschiedene umweltbedingte Fluchtursachen – sowohl von Menschen verursachte als
111 auch natürliche. Jedes Jahr werden Millionen von Menschen aufgrund von Dürren, tropischen Stürmen, Über-
112 schwemmungen, Erdbeben, Starkregen und anderer Extremwetterereignisse dazu gezwungen, ihre Unter-
113 künfte und ihre Heimat zu verlassen. Man kann davon ausgehen, dass viele dieser Fluchtursachen durch den
114 menschengemachten Klimawandel in Zukunft sowohl in ihrer Häufigkeit als auch in ihren Auswirkungen ver-
115 stärkt werden. Dies wird bereits bestehende Stressoren in Gebieten, die besonders gefährdet sind, verstärken
116 und vor allem Länder des globalen Südens treffen, die bereits jetzt besonderen Bedarf an Anpassungsmaß-
117 nahmen besitzen.

118 Umweltbedingte Fluchtbewegungen resultieren in erster Linie aus Umweltkatastrophen und dem Klimawan-
119 del. Während erstere unmittelbar zur oft spontanen Flucht führen, ist letzterer für uns Jusos keine eigenständ-
120 ige Fluchtgrund. Vielmehr verstärkt der Klimawandel bestehende Fluchtursachen. Zwar gibt es wenige Fälle,
121 in denen der Klimawandel tatsächlich zur erzwungenen Migration führt. Dazu gehören die Gefährdung fla-
122 cher Meeresinseln und lokale Rekordhitzen. Durch den Klimawandel bedingte ökologische Veränderungen
123 führen aber nicht automatisch zu mehr Fluchtbewegungen. Technische Entwicklungen und Anpassungsmaß-
124 nahmen können den Einfluss von Extremwetterereignissen und den Verlust von Lebensgrundlagen in der
125 Regel kompensieren. Auch wenn für uns die Bekämpfung des Klimawandels ein zentrales Ziel internationaler
126 Politik ist, erkennen wir an, dass in vielen klimatischen Umfeldern gelebt werden kann. So führt beispiels-
127 weise Desertifikation nicht notwendigerweise zu Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Flucht. Vielmehr sind
128 die materiellen Verhältnisse und Ungerechtigkeiten ausschlaggebend: Gerade in versandeten Gebieten sind
129 soziale Sicherungssysteme, Strukturen zur gerechten Verteilung von Vermögen im lokalen und globalen Kon-
130 text sowie ein effektiver Wissens- und Technologietransfer notwendig. Ihr Fehlen ist im Widerspruch zwischen
131 Kapital und Arbeit begründet. Die Auflösung dieses Widerspruchs verhindert Fluchtursachen auch unter den
132 Bedingungen des Klimawandels. Jenseits der grundsätzlichen Analyse, verbunden mit einer unerschütterli-
133 chen Hoffnung auf eine bessere Welt, erkennen wir zweitens an, dass der Klimawandel im globalen Kapita-
134 lismus ein Problem darstellt. Die bereits beschriebenen Fluchtursachen werden durch ihn massiv verstärkt.
135 Ohne Verteilungsgerechtigkeit und ohne Sozialisierung von Produktivgütern führt er direkt zur Verelendung
136 und letztlich zur Flucht. Darüber hinaus erhöht der Klimawandel die Wahrscheinlichkeit von Extremwetterer-
137 eignissen und Umweltkatastrophen. Auch jene Fluchtursachen werden somit verstärkt. Um Fluchtursachen
138 in Bezug auf den Klimawandel zu bekämpfen, braucht es daher eine progressive Doppelstrategie: Einerseits
139 muss mit dem Klimawandel ein wichtiger Multiplikator von Fluchtursachen bekämpft werden. Andererseits

140 verstärkt er die Notwendigkeit der Überwindung des globalen Kapitalismus. Uns ist bewusst, dass der Kampf
141 gegen Fluchtursachen als zentrales Element von globaler Gerechtigkeitspolitik ein langfristiges Projekt ist, das
142 Recht zu bleiben anzuerkennen. Wollen wir aber auch das Recht zu bewegen anerkennen.

143 Geschlechtsbedingte Fluchtursachen

144 Geschlecht ist ein zentraler gesellschaftlicher Platzanweiser und beeinflusst alle Lebensbereiche. Auch die die
145 Auseinandersetzung mit Fluchtursachen kommt nicht ohne einen Blick auf bestehende Geschlechterverhält-
146 nisse aus. Laut der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR waren 2015 knapp die Hälfte aller geflüchteten Perso-
147 nen weltweit Frauen*. Aufgrund finanziell begrenzter Mittel aber auch von Care-Pflichten befinden sich ge-
148 flüchtete Frauen oftmals auf Binnenflucht oder auf Flucht in benachbarten Staaten. Genauso wie Männer*
149 fliehen Frauen* fliehen auf Grund von Armut, Krieg, Folter, staatlicher Repression oder anderen Menschen-
150 rechtsverletzungen.. Das Geschlecht oder die sexuelle Orientierung kann dabei als verstärkender Faktor be-
151 stehender Fluchtursachen verstanden werden, beispielsweise bei näherer Betrachtung der Flucht aufgrund
152 von Armut. Während Frauen einen Großteil der Arbeitskraft stellen, und oftmals für den Familienunterhalt
153 sorgen, erhalten sie jedoch nur ein zehntel des Welteinkommens und ein hundertstel des Welteigentums und
154 sind also überproportional von Armut betroffen..

155 Die geschlechterspezifischen Ursachen sind beispielsweise: Genitalverstümmelung, Vergewaltigung (im Rah-
156 men von Bürgerkriegen und anderen Konflikten), Steinigung, Ehrenmorde, Zwangsprostitution, Zwangsab-
157 treibung oder Zwangsverheiratung. Frauen und LGBTQI*, erfahren strukturelle Diskriminierung in allen Le-
158 bensabschnitten und sind daher verwundbarer bei unvorhergesehenen Katastrophen, aber auch allgemein
159 ökonomisch, sozial und politisch schlechter gestellt.

160 Geschlechtsspezifische Verfolgung ist als Fluchtgrund einzustufen und muss als solcher stärker in den Vor-
161 dergrund gerückt werden. Sexualisierte Gewalt und sexistische Diskriminierung richtet sich spezifisch gegen
162 Menschen, die einer bestimmten sozialer Gruppe angehörig sind und können damit nach der Genfer Flücht-
163 lingskonvention als Geflüchtete berücksichtigt werden. In der Praxis gestellter Asylanträge wurden jedoch be-
164 nannte geschlechtsspezifische Fluchtgründe oftmals aufgrund fehlender Zielgerichtetheit der Verfolgung ab-
165 gelehnt. Rechtssicherheit schafft dabei eine Erweiterung der in den Genfer Flüchtlingskonventionen genann-
166 ten Fluchtgründe um die Verfolgung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung.

167 Aus diesen drei Analyseschritten ergibt sich : Die Genfer Flüchtlingskonvention um die Fluchtgründe Armut,
168 Hunger und geschlechtsspezifische Verfolgung auszuweiten, ist unsere kurzfristige Antwort auf die zuneh-
169 menden Fluchtgründe. Weiterhin fordern wir, dass Binnenflüchtlinge denselben Schutz genießen wie Geflüch-
170 tete nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Mittelfristig muss es eine globale Gerechtigkeitspolitik geben, wo-
171 für wir in einer unmittelbaren Verantwortung, als Teil des Globalen Nordens stehen. Deren Schwerpunkte müs-
172 sen u.a. die Entwicklungszusammenarbeit, Handelspolitik, Umweltpolitik und Geschlechterpolitik sein.

173 Entwicklungszusammenarbeit

174 Bereits 2011 und 2015 haben wir beschlossen und gefordert, dass wir eine eigenständige und vor allem neue
175 Form der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wollen. An der zentralen Forderung, dass Entwicklungszusam-
176 menarbeit ein eigenständiges Politikfeld sein muss und mindestens 0,7 Prozent des BIP jährlich in den Etat
177 der EZ fließen halten wir fest. Dabei können die 0,7 Prozent jedoch nur ein Anfang sein. Einen besonderen
178 Fokus möchten wir dabei auf die zunehmende Problematik der klima- und umweltbedingten Flucht legen. Wir
179 fordern, dass Gelder der EZ nicht in den Katastrophenschutz fließen, sondern der nachhaltigen Prävention
180 klimabedingter Flucht dienen müssen. Hier gilt wie an vielen anderen Stellen: Entwicklungszusammenarbeit
181 darf nicht Symptombekämpfung sein, sondern muss die Ursachen bekämpfen.

182 Die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands und der EU muss auf europäischer Ebene harmonisiert wer-
183 den, um gemeinsam höhere Wirkungen zu erreichen und kohärente Strategien umsetzen zu können. National-
184 staatliche Entwicklungszusammenarbeit die vor allem nationalen Eigeninteressen dienst, darf es nicht geben.
185 Dazu muss die Entwicklungspolitik auch institutionell gestärkt werden Die DG DEVCO und das Europäische
186 Parlament müssen aufgewertet und auf nationaler Ebene parallel gehandelt werden.

187 Gendermainstreaming und ein Fokus auf die besondere Rolle von Frauen* müssen sowohl bei der Analyse, als
188 auch bei den Zielen und deren Umsetzung eine besondere Rolle spielen. Frauen* sind in den meisten Fällen
189 mehrfach von Armut, Ungerechtigkeiten, Auswirkungen von Klimawandel und patriarchalen Strukturen betrof-
190 fen und bedürfen daher besonderer Unterstützung. Gleichzeitig kommt ihnen in vielen Fällen eine zentrale

191 Rolle in der Umsetzung von EZ-Projekten zu und es können sich neue Wege und Ansätze ergeben.

192 Wir Jusos fordern daher:

- 193 1. eine neue und eigenständige Form der Entwicklungszusammenarbeit.
- 194 2. mindestens 0,7 Prozent des BIP jährlich in den Etat der Entwicklungszusammenarbeit zu investieren.
- 195 3. einen Fokus auf die Problematik der klima- und umweltbedingten Flucht verstärken.
- 196 4. Gelder der EZ dürfen nicht nicht in den Katastrophenschutz fließen, sondern müssen der nachhaltigen
197 Prävention klimabedingter Flucht dienen.
- 198 5. Die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands und der EU muss auf europäischer Ebene harmoni-
199 siert werden.
- 200 6. Die DG DEVCO und das Europäische Parlament müssen aufgewertet werden.
- 201 7. Gendermainstreaming und ein Fokus auf die besondere Rolle von Frauen* müssen sowohl bei der
202 Analyse, als auch bei den Zielen und deren Umsetzung eine besondere Rolle spielen

203 Handelspolitik

204 Fluchtursachenbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit bleiben reine Symptombekämpfung, solange
205 nicht ein Handelspolitisches Umdenken stattfindet. Die aktuelle Weltwirtschaft, eingebettet in das kapitalisti-
206 sche System, wird immer Ungerechtigkeiten, arm und reich und eine Gefälle zwischen dem globalen Norden
207 und Süden produzieren. Um die Ursachen für Flucht effektiv bekämpfen zu können, halten wir an unserem
208 Ziel, der Überwindung des Kapitalismus, fest. Bis dieses Ziel erreicht ist, sind Grundlegende Reformen der
209 globalen Wirtschaft und der globalen Handelspolitik notwendig.

210 Wir Jusos fordern daher:

- 211 1. eine globale multilaterale Handelsarchitektur, die Ungleichgewichte zwischen dem globalen Norden
212 und dem globalen Süden überwindet.
- 213 2. eine Reform und Demokratisierung der internationalen Finanz- und Handelsorganisationen.
- 214 3. umfassende Einschränkung des Export von Rüstungsgütern.
- 215 4. grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards müssen innerhalb dieser globalen Handelsarchi-
216 tektur Anwendung finden.
- 217 5. Fairer Handel statt Freihandel.
- 218 6. EPAs (Economic Partnership Agreements) sofort stoppen! Faire Neuverhandlungen müssen mit der
219 AKP-Gruppe als Ganzes geführt, aber individuelle Bedarfe aller PartnerInnen berücksichtigt werden.

220 Wir Jusos fordern daher:

- 221 1. Hunger, Klimakatastrophen und Armut als Fluchtgrund in die UN Flüchtlingskonvention aufzunehmen.
- 222 2. Krieg und Menschenrechtsverletzungen als Fluchtgrund in die UN Flüchtlingskonvention aufzunehmen.
- 223 3. Binnenflüchtende den vollen Schutz eines Flüchtlings zukommen zu lassen.

M2

Titel	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft
AntragstellerInnen	Nordrhein-Westfalen

Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft

- 1 Terrorismus, Kriege, bittere Armut, Klimawandel: Die Welt des frühen 21. Jahrhunderts ist eine Welt voll
2 unüberschaubarer Krisen. Als Folge dieser Krisen befinden sich mehr als 60 Millionen Menschen auf der
3 Flucht. Und ein Ende ist nicht in Sicht: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass globale Migrations-
4 bewegungen langfristig anhalten werden.
- 5 Gleichzeitig erleben wir in unserer Wohlstandsgesellschaft eine gegenläufige Entwicklung. Der demografische
6 Wandel führt dazu, dass dem Arbeitsmarkt mittelfristig Fachkräfte fehlen werden und es gerade im ländlichen
7 Raum immer schwieriger wird, Strukturen aufrecht zu erhalten. Begleitet wird diese Entwicklung von einem
8 sozialen Auseinanderbrechen der Gesellschaft und – seit der einschneidenden neoliberalen Politik seit den
9 1980er Jahren – teil- und schrittweisen Rückzug des Staates aus seinen Kernaufgaben.
- 10 Wenn die Gesellschaft es also schafft, Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nach Deutschland
11 kommen, zu integrieren, ist das nicht nur die Erfüllung unserer menschlichen Pflicht – schon gar nicht ist es
12 eine barmherzige Geste, die mit der Arroganz der oben stehenden vollzogen wird – , sondern eine Chance für
13 die gesamte Gesellschaft.
- 14 Damit das gelingen kann, ist eine progressive staatliche Integrationspolitik notwendig. Derzeit wirkt der Staat
15 an vielen Stellen überfordert und handelt in vielen Integrationsbelangen eher improvisierend als geplant. Wir
16 wollen Strukturen schaffen, die ohne Improvisation Integration für alle Menschen ermöglicht, die durch Ein-
17 wanderung zu uns gelangen. Bedenkt man, dass nicht alle geflüchteten Menschen dauerhaft in Deutschland
18 bleiben wollen, brauchen wir Integrationsstrukturen für mehr als eine Million einwandernde Menschen im
19 Jahr. Das heißt natürlich nicht, dass das Asylrecht auf eine Million Menschen begrenzt wird. Das Asylrecht muss
20 ein unangetastetes individuelles Recht bleiben. Sollte also durch stärkere Fluchtbewegungen die Zahl der Ein-
21 wanderInnen steigen, müssen schon vorbereitete Strukturen vorhanden sein. Wir wollen Strukturen schaffen,
22 die unabhängig von der Zahl und des Bleibewillens der Geflüchteten funktionieren können. Wir können nicht
23 länger zusehen, wie der Staat soweit kaputt gespart wird, dass eine staatlich koordinierte Integrationspolitik
24 nur mit Improvisation möglich ist. Um die Improvisation zu vermeiden, muss sich der Staat zu der Inklusi-
25 on der Geflüchteten in der Gesellschaft uneingeschränkt bekennen. Aufgrund der verschiedenen Absichten
26 der Regierungsparteien in der Großen Koalition, was mit den Geflüchteten langfristig passieren sollte, wurden
27 viele Maßnahmen nicht konsequent durchgesetzt. Die CDU/CSU hat in ihrer Politik darauf gesetzt, dass die Ge-
28 flüchteten bald in ihre Heimat zurückkehren können und deshalb nicht in die Gesellschaft integriert werden
29 müssten. Mit dieser Agenda wurden jegliche Anstrengungen unterbunden, die eine erfolgreiche Inklusion er-
30 zielten. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der ohne Improvisation mehr als einer Million Menschen
31 im Jahr Integrationsstrukturen bietet.
- 32 Die politisch Konservativen diskutieren das Thema Integration als selbstständige Aufgabe von Eingewander-
33 ten. Das konservative Integrationsdogma lautet „Anpassung sonst Strafe“. Dieses Motto hilft vielleicht um an
34 Stammtischen Stimmung zu machen, der vor uns liegenden Aufgabe wird es nicht gerecht. Funktionierende
35 Integration hat drei Dimensionen: Da in unserer Gesellschaft Anerkennung und sozialer Aufstieg nach wie vor
36 in erster Linie über die Erwerbstätigkeit generiert werden, ist die Herstellung einer materiellen Aufstiegs- und
37 Teilhabeperspektive zentraler Bestandteil gelingender Integration. Die zweite Dimension ist die institutionelle

38 Anerkennung. Wer anerkannter Teil einer demokratischen Gesellschaft sein will, braucht ein politisches Mit-
39 sprache und-gestaltungsrecht. Als dritte Dimension ist ebenfalls die Anerkennung individueller Identität und
40 die Akzeptanz kollektiver Identitäten und Symbolik im engen sozialen Umfeld von wesentlicher Bedeutung.
41 Diese drei Dimensionen bilden die Grundlage, auf der wir in diesem Antrag politische Forderungen als Rah-
42 menbedingung funktionierender Integration entwickeln wollen.

43 Schlüssel in allen drei Dimensionen ist die Sprache. Nur wer sich verständigen kann, hat die Chance auf wirt-
44 schaftlichen und sozialen Aufstieg, auf politische Mitgestaltung und auf Kontakt im engen sozialen Umfeld.
45 Um Integration zu stärken, muss der Spracherwerb im Zentrum stehen.

46 Um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der be-
47 reit ist, in die Zukunft der Gesellschaft zu investieren. Die konservative Politik der Schwarzen Null schwächt die
48 Wirtschaft und lässt die Gesellschaft zunehmend auseinanderbrechen. Gerade mit Blick auf die anstehende
49 Transformation in eine digital-technisierte Wirtschaft und den damit verbundenen sozialen Risiken brauchen
50 wir Innovation und Wachstum. Und der Blick in die Geschichte zeigt: Immer, wenn technologische Innovation
51 zu wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat, hatte ein aktiver Staat die Finger im Spiel. Halten wir weiter an den
52 konservativen Dogmen von Schwarzen Nullen, Schuldenbremsen und Austerität fest, vererben wir den kom-
53 menden Generationen wenig Spielraum für innovative wirtschaftliche Ideen, eine marode Infrastruktur, einen
54 handlungsunfähigen Sozialstaat und Kommunen, die nur noch verwalten und nicht mehr gestalten.

55 Das betrifft auch die Integration: Nur mit massiven staatlichen Investitionen ist diese große Aufgabe möglich.
56 Aber diese Investitionen sind kein zum Fenster rausgeworfenes Geld, sondern die Grundlage dafür, dass wir ei-
57 ne zukunftsfähige Gesellschaft mitgestalten. Klar ist aber auch: Die Herausforderungen sind in ganz Europa zu
58 groß, als dass sie allein von Nationalstaaten gelöst werden könnten. Deshalb ist der Vorstoß des italienischen
59 Regierungschefs Matteo Renzi, europäische Integrations-Anleihen einzuführen, unterstützenswert.

60 In den Debatten um Flucht und Integration wird zumeist wie selbstverständlich von einer Gruppe junger Män-
61 ner ausgegangen, die ihre Familien zurückgelassen haben und nach Europa geflüchtet sind. Dass Frauen ein
62 Drittel aller geflüchteten Menschen ausmachen wird sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in
63 Maßnahmen der Unterbringung und Integration meist vergessen. Frauenspezifische Problemen der Flucht –
64 wie sexualisierte Gewalt und damit einhergehend fehlende Schutzräume in Unterbringungssituationen – wird
65 wenig Beachtung gezollt. Dies gilt auch für die Gruppe der geflüchteten Menschen mit LSBTTI*-Hintergrund
66 und ihr Bedarf an besonderen Schutzräumen und Ansprechpersonen. Darüber hinaus werden auch geflüch-
67 tete Männer aufgrund der ihnen zugeschriebenen Geschlechterrolle täglich mit rassistischen Vorurteilen kon-
68 frontiert, was ebenfalls ein genderspezifisches Problem der Flucht darstellt. Sie müssen in allen Bereichen der
69 Integration querschnittartig mitgedacht werden.

70 Wir fordern:

- 71 • Die Gesundheitskarte muss endlich allen Geflüchteten zur Verfügung stehen, um vor allem Frauen, die
72 sexualisierte Gewalt erfahren haben, den Zugang zu ärztlichen Untersuchungen zu erleichtern.
- 73 • Die EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33), die im Juli 2013 in Kraft getreten ist, soll diesen Frauen einen be-
74 sonderen Schutz zusichern. Um für diese Frauen aber auch wirklich bundesweit auf Basis einer Rechts-
75 grundlage besseren Schutz zu gewährleisten, muss sie endlich in nationalstaatliches Recht umgesetzt
76 werden.

77 Für das Chaos in der Organisation der Asylpolitik ist unter anderem das fehlende Einwanderungsgesetz ver-
78 antwortlich. Die Einwanderungsregeln der Bundesrepublik sind zu komplex, sodass viele Einwanderungswil-
79 lige 73den Weg über das Asylrecht versuchen. Dort abgelehnt, werden sie abgeschoben, statt einen ande-
80 ren Einwanderungsprozess zuzulassen. Deshalb ist ein Einwanderungsgesetz, das Einwanderung abseits des
81 Asylrechts ermöglicht und ordnet, längst überfällig. Dieses Einwanderungsgesetz darf allerdings kein Eliten-
82 Programm werden, das nur Einwanderung für Spitzenfachkräfte ermöglicht.

83 **Ohne gerechtere Asylpolitik gibt es keine Integration**

84 Damit die Integration geflüchteter Menschen gelingen kann, bedarf es zunächst einer gerechteren europäi-
85 schen Asylpolitik. Die abgeschottete Festung Europa ist der Grund, dass laut IOM Global Report in den letzten
86 20 Jahren mehr als 60 000 Menschen an den europäischen Außengrenzen gestorben sind. Damit ist die Grenze
87 Europas die gefährlichste und tödlichste Grenze der Welt. Diese Abschottung muss beendet werden.

88 Wir fordern:

- 89 • Die bereits bestehenden Möglichkeiten der legalen Einreise in die Europäische Union wie der Familiennachzug müssen ausgebaut und neue Möglichkeiten, wie die Vergabe humanitärer Visa, müssen
90 geschaffen werden. Außerdem fordern wir, dass Geflüchtete Visum an allen Botschaften der Mitglied-
91 staaten der Europäischen Union beantragen können. Hierzu müssen die Kapazitäten der Botschaften
92 je nach Nachfrage vergrößert werden. Die jeweiligen Einreisezentren der Botschaften müssen die An-
93 tragsstellerInnen über ihre Möglichkeiten in den Ländern informieren und bei der Wohnungs- und Job-
94 suche Unterstützung anbieten.
- 96 • Auch eine unentgeltliche und uneigennützig Fluchthilfe darf nicht weiter unter das Verbrechen des
97 "Schleusens" gefasst werden. Wir brauchen eine umfassende Entkriminalisierung.
- 98 • Mit der Deklaration immer weiterer „sicherer Herkunftsstaaten“ versucht die Bundesregierung Men-
99 schen aus Herkunftsstaaten mit geringerer Asyl- Anerkennungsquote den Zugang zu Asyl nahezu un-
100 möglich zu machen. Das Asylrecht muss ein individuelles Recht bleiben. Das Prinzip der „sicheren Her-
101 kunftsstaaten“ ist abzuschaffen, ebenso der Ansatz der Europäischen Kommission zur einheitlichen
102 Einstufung der Mitgliedsstaaten der EU als sichere Herkunftsstaaten.
- 103 • Eine europäische Seenotrettung, die, gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten finanziert und vom Eu-
104 ropäischen Parlament legitimiert, nicht nur direkt vor der europäischen Küste, sondern im gesamten
105 Mittelmeer gekenterte Menschen aufammelt, muss geschaffen werden.
- 106 • Das seit März 2016 bestehende Abkommen zwischen der EU und der Türkei zur Rückführung von Ge-
107 flüchteten stellt keine menschenwürdige Lösung dar. Das Abkommen muss aufgekündigt und der Tür-
108 kei der Status als „sicherer Drittstaat“ aberkannt werden.
- 109 • Das Dublin-Abkommen ist gescheitert. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von geflüchteten Men-
110 schen in der gesamten Europäischen Union. Das Hin- und Herschieben von geflüchteten Menschen
111 zwischen den EU-Staaten ist menschenunwürdig und widerspricht dem Gedanken eines gemeinsa-
112 men europäischen Schutzraums für Asylsuchende. Bei der Verteilung ist der Willen der AntragsstellerIn
113 maßgeblich zu beachten.
- 114 • Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Die riesigen Geflüchteten-Unterkünfte in den syrischen An-
115 rainerstaaten sind stark unterfinanziert. Ein erster Schritt wäre es, diese Unterkünfte mit ausreichend
116 Ressourcen auszustatten und so die Menschen zu unterstützen, die auf eine schnelle Rückkehr nach
117 Syrien hoffen. Dazu gehören Schulen für alle Kinder, gesundheitliche Versorgung für alle und mit ge-
118 meinsamen Standards ausgestattete Unterkünfte. Die UNHCR, die vor Ort für die Versorgung der Un-
119 terkünfte verantwortlich ist, muss mit finanziellen Mitteln zu unterstützt werden. Mittelfristig dürfen
120 sich Deutschland und die EU aber nicht darauf ausruhen, diese Unterkünfte zu unterstützen – in der
121 Hoffnung, dass dann keine Menschen mehr nach Europa fliehen. Wichtigstes Instrument ist, die euro-
122 päische Entwicklungspolitik auszubauen. In Deutschland ist der Anteil an Entwicklungsausgaben zwar
123 gestiegen, aber nur, weil Ausgaben für geflüchtete Menschen in Deutschland mit eingerechnet wurden.
124 Diese Schönrechnerei muss unterbunden und ausreichend Geld für nachhaltige Entwicklungspolitik
125 bereitgestellt werden. Wenn Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit nur in Verknüpfung mit einem
126 Abschiebeabkommen bereitgestellt werden, ist das höchst zynisch. Solche Abkommen etwa mit nord-
127 afrikanischen Ländern oder Afghanistan, wo die Sicherheits- und Menschenrechtslage schwierig ist,
128 müssen beendet werden.
- 129 • Wer Integration will, der kann nicht gleichzeitig eine "Kultur der Abschiebung" fordern. Trotzdem wer-
130 den vor allem Möglichkeiten diskutiert, wie die Bleibeperspektive geflüchteter Menschen zum Beispiel
131 durch sichere Herkunftsländer und schnellere Prüfungsverfahren verschlechtert werden kann. Wir wol-
132 len uns aber nicht am Wettbewerb der nackten Abschiebezahlen beteiligen, sondern die Einzelfallprü-
133 fung für jede/n Schutzsuchende/n stärken. Denn oftmals ist die genaue Menschenrechtslage in den
134 Herkunftsländern der Menschen ungewiss: Verfolgung von LGBTTIAQ*, Frauen*, religiösen und eth-
135 nischen Minderheiten, sowie die politische Verfolgung Andersdenkender ist oft nur schwierig einzu-
136 schätzen. Häufig sind es Menschen, die hier seit Jahren in einem festen sozialen Umfeld leben, den
137 dann der Aufenthaltsstatus entzogen wird, weil sie volljährig geworden sind oder sich der Status ihres
138 Landes geändert hat. Das bedeutet die jahrelange Integrationsarbeit ohne Not zu zerstören. Diese Pra-

139 xis kann bei den Betroffenen nicht folgenlos bleiben. So führt eine Abschiebung oft auch zu schweren
 140 psychischen Problemen bis hin zum – dokumentierten – Suizid. Wir schlagen deshalb vor, dass zur Prü-
 141 fung eines Abschiebeantrags auch der bereits bewältigte Integrationsprozess, sowie das soziale Umfeld
 142 des Geflüchteten herangezogen wird. Gescheiterte Asylverfahren führen Menschen in die Illegalität
 143 und damit in soziale Notlagen, wie Obdachlosigkeit oder Schwarzarbeit. Wir wollen außerdem, dass
 144 die Praxis der Abschiebehaft gestoppt wird. Der Freiheitsentzug von Asylsuchenden ist qualitativ und
 145 quantitativ unverhältnismäßig. Qualitativ wird die Praxis der Abschiebehaft von Menschenrechtsorga-
 146 nisationen seit Jahren kritisiert. Da die Abschiebehaft rechtlich nicht als Strafe gilt, haben unzulässig
 147 in Haft Genommene kein Recht auf Schadensersatz. Dabei ist die Fehleinschätzung bei Asylverfahren
 148 besonders hoch. Es reicht ein bloßer Verdacht, dass sich der Geflüchtete der Abschiebung widerset-
 149 zen könnte. Die in Haft Genommenen müssen auch ihre eigenen Haftkosten selbst tragen. Bei einer
 150 durchschnittlichen Haftzeit von drei Monaten kommen so Kosten von über 30.000 Euro zusammen.
 151 Quantitativ ist Abschiebehaft unverhältnismäßig, da z.B. das einzige Abschiebegefängnis NRW in Bü-
 152 ren tatsächlich nur einhundert Menschen Platz bietet. Für diese rechtlichen "Härtefälle" müssen sich
 153 auch andere Lösungen finden. Deshalb können und sollten wir gänzlich auf Abschiebehaft verzichten.
 154 Das Abschiebegefängnis in Büren darf nicht ausgebaut, sondern muss schnellstmöglich geschlossen
 155 werden. Abschiebung an sich lehnen wir weiterhin ab.

156 **Unbegleitete minderjährige Geflüchtete – ein ganz besonderer Schutz**

157 Eine ganz besondere Herausforderung stellt die Betreuung und die Integration von unbegleiteten minderjäh-
 158 rigen Geflüchteten dar. Viele von ihnen wissen nicht, was aus ihren Eltern und ihrer Familie geworden ist, weil
 159 sie entweder alleine auf die Flucht geschickt wurden oder sich während der Flucht aus den Augen verloren ha-
 160 ben. Wenn es nicht von Anfang an gelingt, Traumata von der Flucht zu behandeln und eine Perspektive in die
 161 Gesellschaft zu eröffnen, schafft man sehenden Auges eine neue Generation dauerhaft Ausgegrenzter.

162 Wir fordern:

- 163 • Integration findet für Minderjährige in erster Linie in der Schule statt. Der Zugang zur Schule muss
 164 schneller und vor allem unabhängig vom Aufenthaltsstatus erfolgen. Deshalb fordern wir die Auswei-
 165 tung der Schulpflicht auf schulpflichtige Geflüchtete ab dem ersten Tag in der Erstaufnahme.
- 166 • In riesigen Massenunterkünften kann der besondere Schutz, den Kinder und Jugendliche ohne Kontakt
 167 zur eigenen Familie brauchen, schnell unter die Räder geraten. Deshalb sind gerade für unbegleitete
 168 minderjährige Geflüchtete kleinere Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte zu bevorzugen.
 169 Wir fordern, dass für jede/n unbegleitete/n minderjährige/n Geflüchtete/n eine zugeordnete Sozialar-
 170 beiterIn als Betreuungsperson zur Verfügung gestellt wird.
- 171 • Besonders unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind nach der Flucht auf psychologische Betreuung
 172 angewiesen. Darauf haben sie bislang kein grundsätzliches Recht. Das muss sich ändern. Gerade was
 173 die medizinische Versorgung betrifft, sind unbegleitete minderjährige Geflüchtete gegenüber gesetz-
 174 lich krankenversicherten Kindern erheblich schlechter gestellt. In medizinischen Fragen sollte nicht der
 175 Aufenthaltstitel, sondern das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.
- 176 • Die Aussetzung des Familiennachzugs auch bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ist schlicht-
 177 weg unmenschlich. Diese Aussetzung muss zurückgenommen werden.
- 178 • Die meisten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten haben kein rechtmäßiges Aufenthaltsrecht
 179 und sind in Deutschland nur geduldet. Um nicht in ständiger Angst vor Abschiebungen zu leben, müs-
 180 sen sie schnell einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Um dabei in den komplizierten Fragen des
 181 Asylrechts nicht allein gelassen zu werden, muss ihnen eine ErgänzungspflegerIn (z.B. eine Rechtsan-
 182 wältIn) zur Verfügung gestellt werden, sofern der Vormund nicht in der Lage ist, das Mündel in dieser
 183 Angelegenheit zu vertreten. Um das Kindeswohl auch rechtlich in den Mittelpunkt zu stellen, muss auch
 184 klar sein: Solange das Aufenthaltsrecht nicht geklärt ist, gilt das Jugendhilferecht vor den Asylgesetzge-
 185 bungen.
- 186 • Die Zusammenführung von auf der Flucht getrennten Familien ist elementar. Deshalb muss die Ver-
 187 netzung der Träger von Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften mit den Suchdiensten der
 188 Hilfsorganisationen verbessert und von der Politik mehr unterstützt werden.

189 • Zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter steht noch immer zu wenig Geld zur Verfüg-
190 gung. Hier müssen die Bundesmittel aufgestockt werden.

191 • Es gibt gute Projekte, in denen Familien unbegleitete minderjährige Geflüchtete bei sich aufnehmen.
192 Das ist weder für die Familien noch für die geflüchteten Kinder eine einfache Angelegenheit und erforder-
193 tert viel Empathie auf beiden Seiten. Aber in solchen Projekten steckt ein großes Integrationspotenzial.
194 Deshalb braucht es eine angemessene materielle und finanzielle Förderung solcher Projekte.

195

196 **Aktive Arbeitsmarktpolitik – gute Qualifikation und Arbeit für alle!**

197 Eine fortschrittliche Einwanderungsgesellschaft muss allen Menschen eine Perspektive bieten. Der Anspruch
198 der Sozialdemokratie muss dabei sein, Absteigsängste bei der arbeitnehmenden Mittelschicht auszuräumen;
199 Langzeitarbeitslosen endlich neue Perspektiven zu bieten; und jungen Menschen sowie EinwanderInnen flexi-
200 ble Einstiege zu ermöglichen – vor allem in Aus- und Weiterbildungsprogramme. Es gibt bereits vielfältige er-
201 folgsversprechende Ansätze. Schluss sein muss jedoch mit der politischen Mangelverwaltung, die sich gerade
202 in den politisch „langen bleiernen Jahren“ der schwarzen-gelben Bundesregierungen unter Helmut Kohl durch-
203 gesetzt hat. Politik und Wirtschaft müssen endlich klotzen, statt kleckern! Wir brauchen massive Zukunftsin-
204 vestitionen, um allen Menschen in unserer wohlhabenden, technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft eine
205 Perspektive zu geben. Umfangreiche, kostenintensive Programme zur Berufsbildung und Arbeitsmarktintegra-
206 tion sind dabei alles andere als illusorisch, sondern aus volkswirtschaftlicher Sicht die beste, weil rentabelste
207 Investition, die möglich ist.

208 Wir fordern:

209 • Schluss mit dem Dogma des bedingungslosen Sparens. Wir brauchen ein Arbeitsmarkt-
210 Investitionspaket.

211 • Die betriebliche Mitbestimmung bei Einstellungen und Ausbildungen muss stärker wahrgenommen
212 und gesetzlich ausgebaut werden: Solidarische Initiativen der Beschäftigten, die EinwanderInnen oder
213 Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in Ausbildung und Beruf geben wollen, sind ein guter Weg. Klar ist:
214 Wenn Menschen neu auf unserem Arbeitsmarkt sind – oder seit Längerem nicht arbeiten konnten – ,
215 dann ist ihre Integration in Ausbildung und Beruf aufwändiger. Unternehmen wollen – kapitalistischer
216 Logik folgend – diesen Mehraufwand und entsprechende Mehrkosten vermeiden. Umso entschiedener
217 müssen wir dafür streiten, dass Unternehmen gesellschaftlich stärker in die Verantwortung genommen
218 werden, wenn es um Ausbildung und Arbeitsmarktintegration geht.

219 • Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, haben mit dem Konzept eines Integrationsjahres (für
220 EinwanderInnen und Langzeitarbeitslose) bereits ein tarifpolitisches Ausrufezeichen gesetzt. Solche
221 Ansätze gilt es auf allen Ebenen zu unterstützen (gesetzlich; durch Ausweitung bestehender Förder-
222 programme etc.).

223 • Eine Förderung (und falls notwendig: Verpflichtung) betrieblicher Integrationsarbeit sollte durch öf-
224 fentliche Fortbildungsprogramme gewährleistet werden.

225 • Insbesondere junge Mädchen aus geflüchteten Familien müssen gezielt gefördert und durch Coaching-
226 Programme mit der Vielfalt des deutschen Arbeitsmarktes vertraut gemacht werden. Auch in Program-
227 men wie dem Girls Day oder Förderprogrammen für Frauen in MINT-Fächern (Mathe, Informatik, Na-
228 turwissenschaft, Technik) sollen sie Einblicke in Berufsfelder bekommen, zu denen der Zugang sonst
229 erschwert ist.

230 • Der aktuell verfolgte Ansatz der schnellstmöglichen Erfassung von schulischen und beruflichen Kennt-
231 nissen ist richtig. Die Anfänge, die mit den Integration Points in NRW geschaffen wurden, müssen
232 schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt werden. Zentral ist, dass das Arbeits- und Bildungspro-
233 filing von Fachleuten durchgeführt wird. Alle Menschen, die zu uns kommen, müssen dabei gleich
234 behandelt werden. Eine Bestenauslese ist ebenso inakzeptabel wie die Qualifikationserfassung durch
235 Nicht-Fachleute. Im Zusammenhang mit der Erfassung beruflicher und schulischer Qualifizierung muss
236 eine vereinfachte Anerkennung (von Abschlüssen etc.) erfolgen – damit allen EinwanderInnen zielge-
237 richtete Angebote gemacht werden können.

- 238 • Wir brauchen konkrete Schritte, um schnellstmöglich eine flächendeckende Ausbildungsumlage durch-
 239 zusetzen: Seit Jahren sind die angebotenen Ausbildungsplätze rückläufig – sogar in vielen wirtschaft-
 240 lich erfolgreichen Regionen. Gleichzeitig klagen Unternehmensverbände und Betriebe abstrakt über
 241 angeblichen „Fachkräftemangel“. Tatsächlich werden wirtschaftliches Wachstum in Boom-Branchen
 242 sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten zu einem hohen
 243 Arbeits- und Fachkräftebedarf führen. In der aktuellen Situation tun die Unternehmen aber alles an-
 244 dere, als sich für ihren zukünftigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu rüsten. Sie akkumulieren
 245 lieber kurzfristige Gewinne als für die Zukunft gute Ausbildungsplätze und Weiterbildungsstrukturen
 246 zu schaffen. Weil die kapitalistische Akkumulationslogik – in eigentlich selbstzerstörerischer Manier
 247 – Zukunftsinvestitionen systematisch vermeidet, müssen gewerkschaftlicher Arbeitskampf und poli-
 248 tische Initiativen der Sozialdemokratie eine gesellschaftlich verantwortliche Lösung erstreiten: Durch
 249 die schrittweise Einführung regionaler Ausbildungsumlagen, die alle Betriebe in die organisatorische
 250 und finanzielle Verantwortung für die vor Ort gesellschaftlich notwendigen Ausbildungsplätze zwingen,
 251 kann bei der Berufsausbildung das Gemeinwohl gegenüber kurzfristigen Profitinteressen die Ober-
 252 hand behalten.
- 253 • Wir müssen Kapazitäten massiv ausweiten: Eine Einwanderungsgesellschaft kann sich keine Behörden
 254 leisten, die häufig mehr als ein Jahr brauchen, um Menschen einen Aufenthaltsstatus zu gewähren,
 255 der ihnen ermöglicht, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Deswegen müssen im Bundesamt für
 256 Migration und Flüchtlinge (BAMF), in den Landes- und kommunalen Behörden sowie Arbeitsagenturen
 257 und Jobcentern viele neue Stellen geschaffen werden, um Menschen schnell zu versorgen: mit Doku-
 258 menten, zielgerichteten Informationen, zugeteilten Sprach- und Integrationskursen.
- 259 • Unserer wohlhabenden Gesellschaft ist es absolut unwürdig, aktuell mehr als einer Million Langzeitar-
 260beitslosen keine Perspektive anzubieten. Weil die Steuerungsfähigkeit des allgemeinen Arbeitsmarktes
 261 gerade in einem offenen Einwanderungsland nicht ausreichen wird, um den beruflich aktuell ausge-
 262 schlossenen Menschen eine Perspektive zu bieten, brauchen wir endlich einen sozialen Arbeitsmarkt.
 263 Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene muss die Politik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft –
 264 mit Gewerkschaften, NGOs, gemeinnützigen Unternehmen, Vereinen etc. – gesellschaftliche Arbeitsfel-
 265 der definieren, in denen wertvolle Arbeit vom Markt nicht geleistet werden kann. Um diese Aufgaben zu
 266 erfüllen, müssen würdige soziale Arbeitsplätze geschaffen werden, die Menschen einen Neustart mit
 267 Perspektiven ermöglichen. Entsprechende Konzepte müssen schnellstens erarbeitet werden. Finanzi-
 268 elle Mittel sind von öffentlichen Programmen zu gewährleisten.
- 269 • Eine demografisch tendenziell schrumpfende Wohlstandsgesellschaft kann sich keine jungen Men-
 270schen leisten oder wünschen, die keinen guten Platz im Arbeitsleben finden oder im Bildungssystem
 271 keine Chance sehen. Neben den zu schaffenden regionalen Ausbildungsumlagen, deren Schritt-für-
 272 Schritt-Realisierung etwas Zeit braucht, muss die öffentliche Hand schnelle Zusatzangebote ermögli-
 273 chen, um den Weg in selbstbestimmte Berufstätigkeit zu unterstützen.256

274 **Bildung als Menschenrecht verwirklichen – Systeme öffnen und flexibilisieren!**

275 Für alle Menschen führt der Weg in ein selbstbestimmtes Leben über Bildung. Ein demokratisches
 276 Einwanderungsland muss dem Menschenrecht daher höchste Priorität geben. Es geht um Allgemein-
 277 wie Fachwissen, die Selbstverwirklichung der Menschen und ein tieferes Bewusstsein einer demokra-
 278 tischen Gesellschaft. Dass Bildung dabei auch die Arbeitstätigkeit in einer hochprofessionalisierten,
 279 durchrationalisierten Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht, ist nur eine Teilfunktion der Bildung.

280 Strukturell gilt für das gesamte Bildungssystem, was für den Teilbereich der beruflichen Bildung be-
 281 reits ausgeführt wurde: Ein offenes Einwanderungsland muss die dauerhaft vorgehaltenen Kapazitäten
 282 massiv ausbauen.

283 Wir fordern:

- 284 – Der Trend, Schulen zu schließen und LehrerInnenstellen höchstens auf unterem Niveau zu stabi-
 285 lisieren, muss umgekehrt werden. Die Einstellung neuer LehrerInnen und pädagogischer sowie
 286 verwalterischer Fachkräfte darf nicht an leeren Kassen scheitern. Deswegen muss das Koope-
 287 rationsverbot in der Bildungspolitik schnellstmöglich aufgehoben werden, damit der Bund Geld
 288 für Stellen zur Verfügung stellen kann.

- 289 – Das Erlernen von Sprache ist elementar. Deshalb müssen auch die Schulen nachrüsten: Deutsch
290 als Zweit-/Fremdsprache muss zu einer echten Lehramtsbefähigung aufgewertet und als Spezia-
291 lisierung im Masterstudiengang für LehramtsanwärterInnen oder als Weiterbildungsmöglichkeit
292 für LehrerInnen, die bereits Sprachvermittlungskompetenzen besitzen angeboten werden.
- 293 – . Außerdem müssen Schulen die durchgängige Sprachbildung als verpflichtenden Bestandteil
294 aller Fächer ansehen.
- 295 – Mehr Lehr- und andere Fachkräfte werden sowohl an allgemeinbildenden, berufsbildenden und
296 Volkshochschulen gebraucht. Wichtig ist, dass politisch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Ar-
297 beit“ von Anfang an Gültigkeit besitzt: Es ist nicht hinnehmbar, wenn die fachqualifizierte Sprach-
298 vermittlung durch prekäre Beschäftigung gewährleistet wird.
- 299 – Die in den Schulen eingerichteten Willkommensklassen für geflüchtete Kinder und Jugendliche
300 müssen auf die individuellen Erfahrungen, die die SchülerInnen von der Flucht mitbringen, ein-
301 gehen können und dürfen deshalb eine maximale Größe von 12 SchülerInnen haben.
- 302 – Die kommunalen Erfahrungen zeigen: Gerade EinwanderInnen, die vor Krieg, Not und Elend ge-
303 flohen sind, finden bei uns meistens ein längerfristigeres Zuhause – auch dann, wenn ihnen offi-
304 ziell kein dauerhafter Aufenthaltstitel gewährt wurde. Deswegen dürfen Fragen des Status- bzw.
305 Aufenthaltstitels nicht mehr darüber entscheiden, wer bei uns Zugang zu Bildung und Arbeit
306 bekommt. Die wichtigste Schlussfolgerung: Alle EinwanderInnen müssen von Anfang an einen
307 Rechtsanspruch auf deutschen Sprachunterricht haben. Das heißt auch: Alle AsylbewerberInnen
308 müssen das Recht auf einen Integrationskurs vor der Anerkennung haben, da die Zeit von der
309 Ankunft in Deutschland bis zur ihrer Anerkennung sinnvoll gestaltet werden muss. Wenn die
310 Perspektivlosigkeit erst einsetzt, ist es schwierig die Menschen wieder zu motivieren. Durch den
311 schnelleren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sind die Menschen sechs bzw. neun Mo-
312 nate beschäftigt und können in der Zeit die deutsche Sprache zu erlernen, damit im Anschluss
313 ein aufbauender Kurs besucht werden kann. Jedoch fehlen Kurse, die über einen B1 Abschluss
314 hinaus gehen. Ausbildungen und ein Studium kann erst bei einem Sprachniveau von B2 / C1
315 begonnen werden. Je früher die Menschen die Chance bekommen die Sprache zu erlernen, des-
316 to schneller können sie nach ihrer Anerkennung in den Arbeitsmarkt integriert werden. So lässt
317 sich vermeiden, dass EinwanderInnen, die fachlich mehr können aber die deutsche Sprache nicht
318 beherrschen, als Hilfskräfte eingesetzt werden.
- 319 – Die Vernetzung zwischen den Kommunen und den Sprach- und IntegrationskursanbieterInnen
320 muss verbessert werden. Die Integrationskurse dürfen nur von PädagogInnen durchgeführt wer-
321 den, sodass die Qualität der Kurse mehr oder weniger gleich ist. Es müssen jedoch allgemeine
322 Standards für Lehrkräfte für alle anderen Kurse erstellt werden.
- 323 – Gerade jungen Menschen, die zu uns kommen, müssen wir mehr Bildungschancen und flexible
324 Einstiege ermöglichen. Um Bildungsabschlüsse nachzuholen und an Hochschulen einen Einstieg
325 zu finden, müssen sie einen einfachen Zugang zum BAföG-System bekommen. Darüber hinaus
326 braucht es eine Vereinfachung bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse auch oh-
327 ne Nachweise. An Hochschulen und Berufsschulen müssen zudem flexible Einstiegsprogramme
328 für Neuankömmlinge geschaffen werden. An Berufsschulen fängt dies damit an, dass Geflüch-
329 tete zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr bundesweit eine gesetzliche Zugangsberechtigung
330 brauchen. An Hochschulen soll ein modularisiertes, teils anrechenbares Zusatzprogramm zur
331 Sprachvermittlung und Institutionenlehre angeboten werden.
- 332 – Bildungspolitik beginnt in der Kindertagesstätte. Wir brauchen Investitionen in frühkindliche Bil-
333 dung. Dafür brauchen wir ein Bundesprogramm zur Schaffung neuer Kita-Plätze und zur Einstel-
334 lung weiterer ErzieherInnen. Für ErzieherInnen müssen Weiterbildungsangebote zur interkultu-
335 rellen Kompetenzen und zum Umgang mit traumatisierten Kindern geschaffen werden.
- 336 – Weiterhin müssen wir auch spezielle Bildungsangebote für ältere Geflüchtete und auch Alpha-
337 betInnen schaffen, die ihren Bedürfnissen angepasst sind. Denn nur so gelingt es diesen Men-
338 schen eine neue Chance zu bieten.
- 339

340 **Teilhabe gibt es nur vor Ort – Starke Kommunen statt Privatisierungen kommunaler Aufgaben**
 341 **an das Ehrenamt!**

342 Praktisch ist Teilhabe ein Thema des nahen sozialen Umfelds. Deshalb ist auch keine politische Ebene
 343 so wichtig wie die Kommune. Von der Erstunterkunft bis zur strategischen Stadtplanung haben die
 344 Kommunen die Möglichkeit, Ghettoisierung und Parallelgesellschaften zu verhindern. Über den Bau
 345 und die Unterhaltung von Schulen und die kommunale Wirtschaftsförderung wird in den Kommunen
 346 mitentschieden, ob EinwanderInnen eine Aufstiegsperspektive finden. Und in den Kommunen wird das
 347 Ehrenamt koordiniert.

348 Über die ehrenamtliche Arbeit entstehen persönliche Kontakte und Freundschaften, die den Schlüssel
 349 zur Integration der Geflüchteten darstellen. Wo wäre ist man besser integriert, als in Mitte von Freun-
 350 dInnen? Im gesamten Bundesgebiet haben sich im vergangenen Jahr Freiwillige um Hilfsorganisationen
 351 oder autonom organisiert. Sie haben ein Netz an Hilfsangeboten geschaffen, das von der Begleitung
 352 bei Behördengängen über Kleiderkammern und Sprachkurse, bis hin zu Fahrdiensten und Sozialbera-
 353 tung reicht. Der Hauptteil der ehrenamtlich Tätigen investiert dabei fünf bis zehn Wochenstunden in
 354 die Arbeit mit Geflüchteten.

355 Diese Hilfsbereitschaft ist beispielhaft und bewundernswert, allerdings darf vor dem Hintergrund die-
 356 ser positiven Entwicklung die Rolle des Staates nicht vernachlässigt werden. Es ist aus unserer Sicht
 357 Kernaufgabe des Staates, Migrationsbewegungen zu steuern und zu integrieren. Fehlende Strukturen,
 358 undurchsichtige bürokratische Hürden und lange Wartezeiten, welche die Notwendigkeit einer so gro-
 359 ßen zivilgesellschaftlichen Unterstützung erst erforderlich gemacht haben, dürfen nicht als billige Lö-
 360 sung dienen. Ehrenamtliche Strukturen können nicht der kostenlose Ersatz für staatliche Integrations-
 361 maßnahmen sein. Die urstaatlichen Aufgaben der Integrationspolitik dürfen nicht privatisiert werden.
 362 Stattdessen muss der Staat durch die Schaffung von hauptamtlichen Stellen die ehrenamtliche Struktur
 363 stützen. Denn aus sozialdemokratischer Sicht bedeutet die Unterstützung des Ehrenamtes gleichzeitig
 364 eine Stärkung des Ehrenamtes.

365 Wir fordern:

366 – Gute Arbeit vor Ort gibt es nur in starken Kommunen. Damit die Kommunen ihre Integrations-
 367 arbeit leisten können, brauchen sie finanziellen Spielraum. Deshalb müssen Bund und Länder
 368 die Kommunen kostendeckend bei dieser Aufgabe unterstützen.³⁴⁷

369 * Ehrenamtlichkeit darf nicht Hauptamtlichkeit ersetzen. Wir wollen einen starken Staat, der
 370 seine Aufgaben nicht privatisiert oder in ehrenamtliche Hände gibt. Trotzdem ist die ehren-
 371 amtliche Geflüchtetenhilfe ein wichtiger Baustein im Integrationsprozess. Doch statt Per-
 372 sonen wollen wir Projekte fördern, denn Ehrenamtlichkeit ist auf gute Bedingungen ange-
 373 wiesen. Deshalb wollen wir auch keine Sozialgeschenke für Ehrenamtliche, die das Ehren-
 374 amt in der Geflüchtetenhilfe einseitig honorieren, sondern breit die finanzielle Ausstattung
 375 der einzelnen Projekte stärken. Ehrenamtliche Hilfe ist nicht bezahlbar. Die Bedingungen,
 376 unter der sie stattfinden muss, aber schon. Gerade im Bereich des Versicherungsschutzes
 377 von ehrenamtlichen Kräften muss mehr Aufklärung und Hilfe von staatlicher Seite betrie-
 378 ben werden. Oft sind die bürokratischen Hürden hier sehr hoch, sodass interessante und
 379 wichtige Projekte bürgerlichen Engagements scheitern.

380 * Wir wollen Verwaltungsstrukturen schaffen, die ehrenamtliche Arbeit vernetzen und aus-
 381 bauen. Über EhrenamtskoordinatorInnen und QuartiersmanagerInnen sollen unter demo-
 382 kratischer Mitwirkung der BürgerInnen soziale Strukturen im Stadtteil wiederbelebt wer-
 383 den. Die oder der EhrenamtskoordinatorIn soll einen Budgetrahmen für Miniprojekte ver-
 384 walten und für ehrenamtliche Arbeit ansprechbar sein, um Projekte zu vernetzen oder in
 385 rechtlichen Fragen weiterhelfen zu können. Damit die Arbeit aber auch vor Ort im Stadtteil
 386 ankommt, sind QuartiersmanagerInnen notwendig, die als eine Verwaltungsaußenstelle im
 387 Stadtteil agieren. Sie sollen die Bewohnerschaft im Quartier vernetzen und unterschiedliche
 388 Interessengruppen und lokale AkteurInnen im Mitwirkungsprozess einbinden. Durch Orte
 389 der Begegnung kann so ein Miteinander besonders in problematischen Stadtteilen entste-
 390 hen, wo andere Sozialsstrukturen, wie beispielsweise Vereine oder Kirchen, weggebrochen
 391 sind. Durch wechselnde, mobile Angebote sollen zudem die Beteiligungshemmschwelle

- 392 möglichst niedrig gehalten werden. Um die Kommunen bei der Finanzierung solcher Stel-
393 len nicht alleine zu lassen, werden ein Länderprogramme zur Unterstützung benötigt.
- 394 * Gerade in den Kommunen stoßen viele Öffentlich Bedienstete an ihreBelastungsgrenze.
395 Kommunale Verwaltungen dürfen bei immer mehr Aufgaben personell nicht mehr an der
396 Unterkante besetzt sein. Starke Kommunen gibt es nur mit einer Stärkung des Öffentlichen
397 Dienstes. Es muss eine ausreichende Betreuung und Hilfestellung für AsylbewerberInnen
398 sichergestellt werden. Diese kann nur geleistet werden, wenn das Verhältnis eine Sozial-
399 arbeiterIn / eine Verwaltungsfachkraft für 60 AsylbewerberInnen nicht überschreitet.
- 400 * Vereine aus Kultur und Sport leisten eine hervorragende Integrationsarbeit. Unterstützun-
401 gen wie die unbürokratische Einmalförderung über 500 Euro des Landes NRW an Sport-
402 vereine, die Projekte mit Geflüchteten initiieren, haben die Vereine darin unterstützt, Start-
403 gelder zu finanzieren oder die sportliche Erstausrüstung bereit zu stellen. Solche Unter-
404 stützungen gilt es fortzuführen und auszubauen.
- 405 * Die Aufgabe der Integration wird essentiell von der Frage der Unterbringung bestimmt.
406 Zentrale Unterbringung in Massenunterkünften fördert die Exklusion von Geflüchteten,
407 da nahezu keine Kontakte zur ansässigen Bevölkerung bestehen. Dabei ist aber auch zu
408 beachten, dass der Kontakt zu anderen Geflüchteten für die Bewältigung von Traumata,
409 aber auch des Alltags förderlich sein kann. Dazu müssen Rahmenbedingungen geschaffen
410 werden um den Begegnungen und Austausch unter Geflüchteten einen entsprechenden
411 Raum zu bieten.
- 412 * Wer dezentrale Unterbringung fordert, muss dann aber konsequenterweise auch Mobilität
413 garantieren. Wir brauchen einen ÖPNV, der auch außerhalb der Zentren für eine gute Mo-
414 bilität sorgt und der für Geflüchtete über vergünstigte Angebote wie Sozialtickets attraktiv
415 wird.
- 416 * Frauen machen ein Drittel aller Geflüchteten aus und trotzdem gibt es für sie in vielen
417 Unterbringungen weder Rückzugsräume noch getrennte Sanitäreanlagen. Gerade für Frau-
418 en, die schon auf der Flucht sexualisierte Gewalt erfahren haben, sich vor Ort in Situati-
419 onen befinden, die Schutzräume verlangen oder für Frauen, die zum Stillen ihrer Säuglinge
420 Ruhe brauchen, sind diese Verhältnisse unzumutbar. Gewaltschutzkonzepte wie zum Bei-
421 spiel das des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sollen in allen Erstaufnahmeeinrichtun-
422 gen eingerichtet werden. Die Positionierung gegen Gewalt soll nicht nur im Leitfaden der
423 Unterkunft verankert und damit für alle BewohnerInnen verpflichtend sein, sondern auch
424 MitarbeiterInnen sollen für genderspezifische Probleme wie sexualisierte Gewalt und Dis-
425 kriminierung sensibilisiert werden. Des Weiteren bedarf es eines flächendeckenden und
426 sichtbaren Beratungsangebotes für Frauen, das Themen wie sexualisierte Gewalt, aber
427 auch Arbeitssuche, Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf behan-
428 delt.
- 429 * Sexuelle Orientierungen und queere Identitäten können ein Fluchtgrund sein. Viele les-
430 bisch, schwule, bisexuelle, transsexueller, transgender oder intersexuelle Menschen wer-
431 den in ihren Heimatländern deshalb verfolgt und suchen jetzt Schutz. Aber auch für sie
432 fehlt es in Unterkünften an Schutzräumen, sensibilisierten Personal und Beratung. Auch in
433 Unterkünften in Deutschland kommt es durch Personal zu Diskriminierung oder durch ho-
434 mophobe Einstellungen der DolmetscherInnen zu verhindertem Asyl. Für Geflüchtete mit
435 LSBTTI*-Hintergrund müssen ebenfalls Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen etabliert
436 werden.
- 437 * Ein Wohnsitzauflage löst das Problem von Ghettoisierung nicht. Im Gegenteil: Menschen
438 in strukturschwache Regionen abzuschieben generiert erst recht Perspektivlosigkeit und
439 schafft Desintegration und Parallelgesellschaften. Stattdessen wird ein gezieltes Investiti-
440 onsprogramm in kleinere und mittlere Kommunen zur Schaffung von Arbeits- und Integra-
441 tionsangeboten benötigt, damit besonders diese Kommunen für EinwanderInnen attraktiv
442 werden.

443

444

Für eine neue Ära des Sozialen Wohnungsbaus

445

446

447

448

Die erfolgreiche Geschichte des öffentlichen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik hat ein jähes Ende gefunden, als in den 1980er Jahren mit dem neoliberalen Wandel der Wirtschaftspolitik die erfolgreichen Programme aus ideologischen Gründen eingestellt wurden. Heute spüren wir die Folgen: Bis 2020 müssen jährlich zirka

449

450

451

140 000 Wohnungen gebaut werden, um der steigenden Nachfrage nach Wohnraum vor allem in Ballungs- und Universitätszentren zu begegnen. Davon sind 80 000 Sozialwohnungen und 60 000 Wohneinheiten im „bezahlbaren Preissegment“ zu bauen.

452

453

454

455

456

457

458

459

460

461

462

463

464

Dabei gibt es jedoch starke Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen je nachdem ob unterm Strich mehr Menschen zu- oder wegziehen. Folglich gibt es nicht eine einheitliche Lösung, die für alle passt. Idealerweise sollte die öffentliche Hand deshalb ein mehr als ausreichendes Angebot vorhalten und Leerstand als Puffer nicht kritisch gesehen werden. Jedenfalls erscheint dieser nicht so kritisch, wie die akute Wohnungsnot oder Kaufkraftverluste bei ArbeitnehmerInnen infolge rasant steigender Immobilienpreise. Wichtig ist die Erschließung neuen Baulands und vor allem die Verhinderung von Schweinezyklen, also Zeitverzögerungen bei der Anpassung des Angebots an den Markt. Der Mangel an sozialem Wohnraum ist vor allem aus dem Grund entstanden, weil die öffentliche Hand in den letzten 30 Jahren dazu tendierte, sich prozyklisch zu verhalten, also die Marktentwicklungen zu duplizieren. Sie hat in Krisenzeiten zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung kommunale Wohnungen verkauft, als die Preise im Keller waren. Nun, wo die Mietpreise in die Höhe geschossen sind, rückt die Rekommunalisierung der Wohnungswirtschaft wieder auf die Tagesordnung.

465

466

467

468

469

470

471

472

473

474

475

476

477

478

479

480

481

Freie Wohnungsmärkte verhalten sich aufgrund des Zustroms von spekulativem Kapital stark prozyklisch. Sobald an einem bestimmten Ort steigende reale Nachfrage prognostiziert wird, tritt ein spekulativer Herdentrieb ein. Kapital fließt zu und auf einen Schlag wird eine große Anzahl an Luxuswohnungen in Auftrag gegeben, weil diese Projekte die größte Profitmarge versprechen. Die Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnbestand kommt in dieser Phase zu kurz. Deshalb muss die öffentliche Hand im Bereich des sozialen Wohnungsbau wieder handlungsfähig werden. Ein wichtiger Indikator ist hierbei, ob es bei einem gegebenen Angebot und einer gegebenen Nachfrage für AntragstellerInnen möglich ist, in angemessener Zeit eine Wohnung anmieten zu können. Der entscheidende Vorteil von Antragsfristen als Gleichgewichtsindikator anstatt Preisen liegt in folgendem Zusammenhang begründet: Wenn der Staat Wohnraumangebot und Wohnraumnachfrage ausgleichen soll, dann fällt so die Rolle der Spekulationskasse der AnlegerInnen weg. Oder mit anderen Worten: Steigende Nachfrage zieht kein spekulatives Kapital an, weil Wohnungen in der staatlichen Wohnraumverwaltung nicht mit Geld erworben werden, sondern per Antragsstellung. Nicht mehr die Preisentwicklung ist der Indikator dafür, ob Angebot und Nachfrage in einem Gleichgewicht zueinander stehen, sondern die Frist zwischen Antragsstellung und Antragsbewilligung.

482

Wir fordern:

483

484

485

486

487

488

489

* Die Privatisierung öffentlicher Wohnungssubstanz zur kurzfristigen Bausubstanz ist zu vermeiden. Mittelfristig muss auch eine Rekommunalisierung von Wohnungseigentum das Ziel sein. Instrumente sind öffentliche Wohnungsgesellschaften. Auch im sozialen Wohnungsbau gilt, dass soziale Teilhabe am besten gegen steigende Mieten schützt. Deshalb unterstützen wir insbesondere genossenschaftliche Wohnungsbaumodelle. Bei der Erweiterung des sozialen Wohnungsbestandes ist auf Barrierefreiheit und demografiefeste Baussubstanz zu achten.

490

491

* In Bedarfsregionen sind Mittel und Wege zu berücksichtigen, wie auch neues Land erschlossen werden kann.

492

* Mittels geeigneter Indikatorenmodelle ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in

493 verschiedenen Regionen zu prüfen. Hier ist nicht etwa nur die ortsübliche Miete oder der
 494 Grundstückpreis ein Thema, sondern es müssen auch Tests durchgeführt werden, ob es
 495 für Menschen in prekären Situationen möglich ist, an bezahlbarem Wohnraum zu kommen.
 496 Geeignete Indikatorenmodelle können zum Beispiel auf Antragsfristen basieren, die mittels
 497 Testanmietungen ermittelt werden.

498 * Puffer: Grundsätzlich gilt ein Richtwert, dass – regional differenziert – 30 Prozent der neu-
 499 gebauten Wohnungen im 5-Jahresmittel dem öffentlichen sozialen Wohnungsbau zuge-
 500 rechnet werden müssen.

501

502 **Wehrhafte Demokratie – Keinen Meter den Rechten!**

503 Integration heißt, einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Dafür brauchen
 504 wir eine neue Diskussion über die Werte unserer demokratischen Gesellschaft. Das betrifft nicht
 505 nur Menschen, die neu zu uns kommen, sondern vor allem auch viele Menschen, die schon lange
 506 hier leben.

507 Die Demokratie war seit Bestehen der Bundesrepublik wohl noch nie in einer solchennGefahr
 508 wie heute: Rechte Meinungen verfassungs sich immer weiter in der Mitte der Gesellschaft, rechte
 509 Gewalt gehört mehr und mehr zur Tagesordnung und eine rechte Partei wird in den Parlamen-
 510 ten immer einflussreicher. Statt Diskussionen über „sichere Herkunftsländer“ brauchen wir eine
 511 Diskussion über Deutschland als sicheres Ankunftsland.

512 Für uns ist klar: Sozialdemokratische Politik wird sich von der Zunahme rechter Meinungen nicht
 513 erpressen lassen. Wir stehen klar zu einer liberalen, offenen und multikulturellen Gesellschaft
 514 und wir werden kein Stück zurückweichen von unserer Haltung zu einem vereinten und friedli-
 515 chen Europa. Wir werden für die Demokratie kämpfen.

516 Das bedeutet auch Menschen, die den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzuge-
 517 winnen. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer den Glauben an die Demokratie ver-
 518 loren haben, zurückzugewinnen, heißt aber ausdrücklich nicht, sich in die Arenen der Rechten
 519 zu begeben. Es gibt keine berechtigten Ängste vor Überfremdung. Wer sich so auf die Sprache
 520 und Narrative der Rechten einlässt, stärkt sie damit nur.

521 Stattdessen brauchen wir eine eigene Vision einer starken und offenen Integrationsgesell-
 522 schaft, eine Erneuerung des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens. Der Dreiklang unse-
 523 res Kampfes gegen Rechts lautet: Investitionen in Aufstiegsperspektiven, Demokratie lernen be-
 524 deutet Demokratie zu leben und keinen Platz für menschenfeindliche Thesen.

525 Wir fordern:

526 * Zu guter Schulpolitik gehört guter Demokratieunterricht. Oft mangelt es bei den Schüle-
 527 rInnen und späteren Erwachsenen an Grundkenntnissen über das demokratische System,
 528 weil Politik- oder Sozialwissenschaftsunterricht oft als erstes gekürzt oder fachfremd un-
 529 terrichtet werden.

530 * Die Erziehung zur mündigen BürgerIn und nicht die Vorbereitung auf die eigene wirtschaft-
 531 liche Verwertbarkeit muss das Kernziel schulischer Bildung sein.

532 * Demokratiekompetenz muss fächerübergreifend gefördert werden. Wirtschaftsunterricht
 533 beispielsweise darf nicht normative Diskussionen vernachlässigen und die eigene wirt-
 534 schaftliche Situation alternativlos erscheinen lassen.

535 * Die antirassistische und antisexistische Wertevermittlung sollte dabei ebenso im Fokus
 536 stehen, wie eine Vermittlung demokratischer Praxis inner- und außerhalb des Unterrich-
 537 tes.502

538 · Demokratie lernen heißt in erster Linie, Demokratie anzuwenden. Partizipation
 539 von SchülerInnen an Entscheidungen der Schule muss eine Leitlinie aller Schulen
 540 sein. Deshalb ist eine konsequente Umsetzung der Drittelparität unerlässlich, um

- 541 SchülerInnen-Vertretungen das Mitbestimmungsrecht der SchülerInnen an Schulen
542 institutionell zu verankern.
- 543 · Gendersensible Wertevermittlung muss für unsere gesamte Gesellschaft verstärkt
544 werden. Durch sexistische Werbung in Medien oder abwertende Sprüche auf dem
545 Schulhof, in denen Frauen lediglich ein Objekt darstellen, wird Heranwachsenden
546 ein Frauenbild vermittelt, das eindimensional, abwertend und alle andere als gleich-
547 gestellt ist. Für eine gendersensible und emanzipative Wertevermittlung muss das
548 Bildungssystem eine tragende Rolle spielen.
- 549 · Es braucht dringend eine Reform des Wahlrechtes um möglichst viele Menschen an
550 demokratischen Prozessen zu beteiligen. Wer in Deutschland lebt, der sollte auch
551 mitbestimmen dürfen und erhält somit das passive und aktive Wahlrecht sowohl auf
552 kommunaler Ebene, als auch auf Landes- und Bundesebene. Außerdem treten wir
553 für eine Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre ein, damit diejeni-
554 gen früh mit ihren demokratischen Rechten und Pflichten in Berührung kommen, die
555 später mit politischen Entscheidungen leben müssen.
- 556 · Nirgendwo ist unsere demokratische Gesellschaft so lebendig und erfahrbar wie in
557 der Vereinslandschaft. Sie bilden den wirksamsten Schutz gegen antidemokratische
558 Strukturen. Der Staat darf sich dabei aber nicht aus seiner Verantwortung verabschie-
559 den: Es war wichtig, dass die Bundesfördermittel im Programm „Demokratie leben“
560 für kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus verdoppelt wur-
561 den, aber es braucht dort auch eine langfristige Finanzierungsperspektive. Die Eta-
562 blierung von demokratischen Netzwerken vor Ort dauert Jahre und darf nicht dem
563 Wohlgefallen wechselnder Regierungskonstellationen ausgesetzt werden. Dazu wird
564 eine Bundesstiftung zur Demokratieförderung eingeführt.
- 565 · Besonders stark tritt der öffentliche Hass in sozialen Netzwerken zu Tage. In Pos-
566 tings, Kommentaren oder Blog-Beiträgen werden vermehrt Menschen oder Men-
567 schengruppen angegriffen, beleidigt oder bedroht. Dieser unregulierte Hass tritt
568 nicht mehr nur in eher geschlossenen Räumen wie Foren oder Online-Chats auf, son-
569 dern auch in aller Öffentlichkeit auf Twitter oder den Pinnwänden bei Facebook. Die
570 gefühlte Anonymität der einzelnen TeilnehmerInnen führt zu einer vollkommenen
571 Entgrenzung des Hasses und jegliche Hemmungen fallen. Der Hass wird jedoch nicht
572 mehr nur unter Pseudonymen geteilt, sondern immer mehr unter den Klarnamen
573 der jeweils Beteiligten. Diskussionen werden durch einen fehlenden direkten Kontakt
574 zum Gegenüber entmenschlicht und entgrenzt. Die Hass-Postings übertreten hierbei
575 häufig die Grenzen der Meinungsfreiheit. Straftatbestände der Beleidigung, Volksver-
576 hetzung oder gar das Anstiften zu Straftaten sind anzutreffen. Obwohl hier eine kla-
577 re Verletzung von geltendem Recht auftritt, unternehmen die Betreiber der Portale,
578 etwa Facebook oder Twitter, nichts gegen diese Vorkommnisse. Die Unternehmen
579 ziehen sich häufig hinter der Argumentation zurück, dass die Beiträge in ihrem Her-
580 kunftsland (den USA) nicht illegal sind. Auch nach einer Meldung der Postings durch
581 Nutzer wird nichts unternommen. Das rechtliche Mittel der Anzeige ist bei der Masse
582 der Gesetzesverstöße mühselig und langwierig. Im Internet gelten die gleichen Geset-
583 ze wie in der analogen Welt. Soziale Netzwerke sind mit öffentlichen Räumen gleich-
584 zusetzen. De facto sind Äußerungen, die auf diesem Plattformen getätigt werden,
585 mit Äußerungen in der analogen Öffentlichkeit gleich. Aus diesem Grund müssen sie
586 auch gleich und konsequent verfolgt werden. In der Öffentlichkeit muss ein Bewusst-
587 sein dafür geschaffen werden, dass es auch in sozialen Netzwerken eine Grenze zwi-
588 schen Meinungsäußerungen und Straftaten gibt. Ein leichteres Anzeigen von online
589 begangenen Straftaten kann hierbei ein erstes Schritt sein. Es müssen aber auch die
590 Betreiber der Netzwerke verstärkt in die Pflicht genommen werden. Sie müssen dazu
591 gedrängt werden, dass bei Meldungen oder Löschanträgen das nationale Recht be-
592 achtet wird. Ein Zurückziehen hinter das nationale Recht des Herkunftslandes darf
593 hierbei keine Ausrede mehr sein. Eine Lösung kann es nur europäisch geben.

594 · Dem Problem des Rechtsterrorismus wird zu wenig Beachtung geschenkt. Es braucht
595 einen handlungsfähigen demokratischen Staat, der aus den rechtsterroristischen
596 Verbrechen der letzten Jahre gelernt hat. Rechter Terror muss als solcher benannt
597 und konsequent geahndet werden, wofür eine enge Zusammenarbeit der ermittelnden
598 Behörden erforderlich ist. Dabei muss eine strenge demokratische, transparente
599 und unabhängige Kontrolle gewährleistet sein. Auftretende Fälle von Rassismus
600 und Menschenfeindlichkeit innerhalb der Behörden müssen ebenfalls demokratisch,
601 transparent und unabhängig untersucht und sanktioniert werden können. Die vor
602 uns liegenden Aufgaben sind groß und die politischen Debatten, die wir darüber führen
603 müssen, werden schwierig. Aber es ist umso wichtiger: Die Zukunft Deutschlands
604 und die Zukunft Europas darf nicht die Abschottung sein. Wir wollen eine offene, eine
605 mutige, eine gerechte und eine zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb werden wir
606 kämpfen: Für eine gute Zukunft statt Grenzen.

M4

Titel Geflüchtete*r ist kein Job

AntragstellerInnen Berlin

Geflüchtete*r ist kein Job

1 In der heutigen Gesellschaft spielt Erwerbsarbeit eine zentrale Rolle. Um aktiv am gesellschaftlichen Leben
2 teilhaben zu können, ist daher ein einfacher Einstieg in den Berufs- und Ausbildungsmarkt unabdingbar. Doch
3 insbesondere für Geflüchtete bestehen hier zu hohe Hürden, obwohl gerade ihnen mit besonderer Dringlich-
4 keit der Arbeitsalltag zugänglich gemacht werden muss. Dies ist nicht nur durch den erleichterten Erwerb von
5 Sprachfähigkeiten und sozialer Kontakte innerhalb eines Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnisses be-
6 dingt. Nur wer die Möglichkeit hat, am Arbeitsleben teilzuhaben, hat die Chance ein selbstbestimmtes Leben
7 zu führen. Der Aufbau von zusätzlichen Hürden oder gar ein generelles Verbot, Erwerbsarbeit nachzugehen,
8 bedeuten daher tiefe Einschnitte in das Leben Betroffener, die nicht hinnehmbar sind. Gerade jungen Men-
9 schen wird aufgrund von mangelndem politischen Willen ein Einstieg in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt
10 erschwert oder unmöglich gemacht. Auch das Asylpaket II hat die Probleme nicht behoben, sondern vielfach
11 noch verstärkt. So wurden durch die bisherigen Maßnahmen wichtige Bausteine der persönlichen Entwicklung
12 verwehrt und Perspektiven genommen.

13 Das Hauptproblem für einen Arbeitsmarktzugang ist ein ungeklärter Aufenthaltsstatus.

14 *Finanz- und Rechtsunsicherheit beseitigen*

15 Noch immer gibt es viel zu wenig Ausbildungsplätze für Geflüchtete. Hauptursache hierfür ist nicht nur der
16 teils mangelnde Wille der Unternehmen Geflüchteten einen Ausbildungsplatz anzubieten. Vielmehr liegt die
17 Ursache, laut Aussage einiger Unternehmen, in dem enorm hohen Aufwand, der mit der Einrichtung eines
18 Ausbildungsplatzes für Geflüchtete einhergeht. Dieser wirkt oftmals abschreckend und trägt zu dem noch
19 eher zurückhaltenden Engagement der Unternehmen bei. Die meisten UnternehmerInnen fühlen sich schlecht
20 über die erforderlichen Bedingungen, Geflüchteten einen Ausbildungsplatz zu bieten, beraten. Aber auch die
21 Geflüchteten selbst haben nur wenige Möglichkeiten, sich über Ausbildungsplätze und ihre Rechte innerhalb
22 der Ausbildung zu informieren.

23 Handlungsbedarf besteht nicht nur bei der Aufklärung der Rechtslage gegenüber den potenziellen Ausbil-
24 dungsunternehmen sowie in und außerhalb der Ausbildung, sondern auch im Blick darauf, dass Geflüchtete
25 zwei Rechtskreisen zugeordnet sind. Für Asylsuchende und Geduldete gelten die Bestimmungen des SGB III
26 in der Zuständigkeit der Arbeitsagenturen, während für Geflüchtete mit positiver Anerkennung des Asylge-
27 suchts das SGB II im Zuständigkeitsbereich der kommunalen Jobcenter gilt. Wenn die Geflüchteten somit einen
28 positiven Bescheid erhalten, kommt es zu einem Wechsel der Rechtskreise, was zum Abbruch von Förder-
29 maßnahmen, wie der Ausbildungsplatzförderung, führen kann. Zudem werden durch den Wechsel erneute
30 bürokratische Hürden aufgebaut, die eine erfolgreiche Integration sowohl in den Ausbildungs- als auch in
31 den Arbeitsmarkt weiter erschweren. Wir fordern daher Behördenbremsen endlich abzubauen, indem eine
32 zentrale Anlaufstelle für rechtliche Aufklärung und Betreuung einzurichten ist. Diese soll in Anlehnung an das
33 Modell der Jugendberufsagenturen als zentrale Servicestelle für Geflüchtete und (Ausbildungs-) Unternehmen
34 gestaltet sein.

35 Zudem ist die Begrenzung der Ausbildungsförderung auf 2018 für Geflüchtete mit BÜMA/Aufenthaltsgestat-
36 tung oder mit dem Status der Duldung eine integrationspolitische Fehlentscheidung. Grundsätzlich lehnen wir
37 das Konzept der Duldung und der damit einhergehenden Probleme ab. Laut dem Integrationsgesetz kann bis
38 Ende 2018 die sogenannte Berufsbildungsbeihilfe beantragt werden, jedoch gibt es keine Rechtssicherheit die
39 über den besagten Zeitraum hinausgeht. Den Unternehmen und Ausbildungsuchenden wird mit der 3+2 Re-
40 gelung, die besagt, dass Geflüchtete für die 3 Jahre Ausbildung und weitere 2 Jahre in dem Unternehmen nicht

41 abgeschoben werden können, mehr Rechtssicherheit gewährt. Jedoch wird durch die begrenzte Förderung
42 die Entscheidung, eine Ausbildung anzufangen, noch unattraktiver. Viele Geflüchtete haben ganze Familien zu
43 versorgen und sehen somit ihre finanzielle Absicherung als wichtigstes Ziel an.

44 Daher fordern wir eine bessere Aufklärung durch die zu gründende zentrale Servicestelle über rechtliche Si-
45 cherheiten und finanzielle Möglichkeiten (Finanzierungsmodelle), die besonderen Wert auf die gezielte Ver-
46 mittlung von Ausbildungsplätzen legt. Wir fordern, dass finanzielle Förderung nicht nur für Fachkräfte bereit-
47 gestellt werden und rechtssicher über den gesamten Ausbildungszeitraum hinweg eine finanzielle und soziale
48 Absicherung ermöglichen. Wir sehen aber auch die Unternehmen in der Pflicht sich aktiver an der Schaffung
49 von Ausbildungsplätzen zu beteiligen.

50 Wir fordern, dass Geflüchteten reale zukunftsgerichtete Perspektiven im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gebo-
51 ten werden, die über das Jahr 2018 hinausgehen. Maßnahmen können nicht auf Grundlage der Legislatur-
52 perioden der Bundesregierung zeitlich begrenzt werden, um mögliche Verlängerungen von Maßnahmen auf
53 nachfolgende Regierungen zu verlagern. Wir fordern, dass die Erleichterung der Zugänge für den Ausbildungs-
54 und Arbeitsmarkt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht als Wahlkampfeslogan verstanden wird. Daher
55 setzen wir uns auch weiterhin für eine Ausbildungsplatzabgabe (Ausbildungsumlage) ein, die bereits seit dem
56 Kölner Parteitag von 1996 Beschlusslage der SPD ist, jedoch nachwievor keine Anwendung in den deutschen
57 Unternehmen findet.

58 *Kinderbetreuung für Auszubildende ermöglichen*

59 Eine weitere Maßnahme sehen wir in der konsequenten Umsetzung einer angemessenen Kinderbetreuung
60 auch für Geflüchtete, die sich für eine Ausbildung oder Studium entscheiden. Diese wird im Integrationsge-
61 setz zwar für sogenannte Integrationskurse berücksichtigt, findet aber bisher in den Ausbildungsmaßnahmen
62 keine Erwähnung. Somit werden insbesondere Alleinerziehende und geflüchtete Frauen*, denen aufgrund
63 geschlechterstereotypischer Rollenbilder Reproduktionsarbeit grundsätzlich zugeschrieben wird, bei der Öff-
64 nung der Ausbildungsplätze benachteiligt. Eine Förderung der Kinderbetreuung insbesondere für Geflüchtete
65 in Ausbildung und Studium sehen wir als essentiell an, um eine gleichberechtigte Inklusion aller Geflüchteter
66 zu ermöglichen. Dabei soll die Kinder- und Jugendbetreuung für alle minderjährigen Geflüchteten offenste-
67 hen.

68 *Angebot der Sprachkurse ausbauen und fachspezifisch erweitern*

69 Um in einem deutschsprachigen Betrieb arbeiten zu können, ist es notwendig über ein gewisses Sprachni-
70 veau zu verfügen. Insbesondere berufsqualifizierende Sprachkurse, die ihren Fokus auf die Vermittlung des
71 im jeweiligen Berufsfeld benötigten Vokabulars richten, sind daher notwendig. Bisher ist das Angebot fachspe-
72 zifischer Sprachkurse jedoch deutlich geringer als die Nachfrage nach ihnen. Wer keinen solchen Sprachkurs
73 besuchen kann, hat jedoch kaum eine Möglichkeit, Arbeit als Fachkraft zu finden. Daher fordern wir, dass das
74 Sprachkursangebot des BAMF ausgeweitet wird. Ferner müssen Möglichkeiten, einen Sprachkurs parallel zur
75 Ausbildung besuchen zu können, erarbeitet und bestehende Modelle weiter ausgebaut werden. Unternehmen
76 müssen die Teilnahmemöglichkeiten an den Sprachkursen sicherstellen. Überstunden dürfen nicht anfallen,
77 um kein Hindernis für die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen zu sein. Eine durch das Asylpaket II
78 eingeführte finanzielle Eigenbeteiligung an Sprachkursen lehnen wir ebenso wie Sanktionen bei Nichtteilnah-
79 me ab.

80 *Anerkennung von Abschlüssen entbürokratisieren und beschleunigen*

81 Menschen, die vor ihrer Flucht bereits in einem Beruf gearbeitet haben, sollten die Möglichkeit bekommen,
82 auch nach ihrer Flucht in diesem Bereich Arbeit zu finden. Allerdings ist die Anerkennung von im Ausland
83 gemachten Abschlüssen noch immer mit zahlreichen Problemen verbunden. Gerade Geflüchtete haben häu-
84 fig nicht alle hierzu benötigten Papiere vorliegen und selbst wenn, ist die Anerkennung von Abschlüssen mit
85 hohem bürokratischen Aufwand verbunden.

86 Die Anforderungen nach Original Zeugnissen von Geflüchteten aus Kriegsgebieten sind vollkommen unrealis-
87 tisch. Dadurch ist eine Anerkennung von Abschlüssen an den Universitäten oder Ausbildungsbetrieben oftmals
88 sehr langwierig, wenn nicht unmöglich. Daher sollen zukünftig auch Fotos und Fotokopien von Abschlüssen
89 und Qualifikationen als Anerkennungsgrundlage genutzt werden können.

90 Die Anerkennung und die Nachweise von Abschlüssen müssen zukünftig möglichst einfach und unbürokra-

91 tisch möglich sein. Geflüchtete, deren Abschlüsse nicht anerkannt werden, sollten nicht den gesamten Ausbil-
92 dungsprozess wiederholen müssen, sondern lediglich den Nachweis erbringen, dass sie die im Ausbildungs-
93 prozess vermittelten Fähigkeiten beherrschen. Laut des BMBF, gibt es nun die Möglichkeit die Prüfungen in
94 handwerklichen Ausbildungen bei den Handwerkskammern und Ausbildungen aus dem Bereich der gewerbli-
95 chen Wirtschaft bei den Industrie- und Handelskammer abzulegen. In einem mehrtägigen Test wird das Wissen
96 des/der Geflüchteten getestet, um so seine/ihre Abschlüsse nachzuweisen. Bestandteil dieser so genannten
97 Qualifikationsanalyse sind beispielsweise ein Fachgespräch oder eine Probearbeit in einem Betrieb durch den
98 die Kompetenzen praktisch nachgewiesen werden sollen.

99 Wir unterstützen die Möglichkeit bereits vorhandene Qualifikationen erneut nachweisen zu können, sehen
100 jedoch bei dem vorliegende Konzept noch Lücken, die es zu schließen gilt. Zwar können durch diese so ge-
101 nannten Tests handwerkliche Berufe nachgewiesen werden, andere Berufsgruppen lassen sich mit dieser Me-
102 thode jedoch schwer testen. Desweiteren erfolgt die Qualifikationsanalyse in deutsch und die Kosten für die
103 Analyse, wie auch eine/n DolmetscherIn müssen vorher beantragt werden. Zudem obliegt die Anerkennung
104 von Berufsabschlüssen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen. So regelt das Anerkennungsgesetz des Bun-
105 des nicht die Berufe, für die die Länder zuständig sind, wie zum Beispiel Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen,
106 Ingenieure und Architekten. Für diese Berufe wird die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse durch
107 Ländergesetze geregelt. Erneut werden hier große bürokratische Hürden aufgebaut, die eine Anerkennung
108 von Abschlüssen enorm erschweren.

109 Wir sehen die Länderkompetenz zur Anerkennung von ausländischen Ausbildungs- und Berufsabschlüssen
110 (die so genannten Länder-Anerkennungsgesetze) als sehr kritisch. Diese bieten, wie bereits bei den Länder-
111 Ausnahmen der Vorrangprüfung, große Spielräume für Benachteiligungen und Verletzungen des Gleichheits-
112 prinzipis, dass allen die gleichen Chancen auf Anerkennung ihrer Abschlüsse gewähren sollte. Wir fordern da-
113 her, dass die Tests länderübergreifend vereinheitlicht werden. Dazu sollen der Deutsche Industrie- und Han-
114 delskammertag (Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern) und der Zentralverband des Deut-
115 schen Handwerks gemeinsam mit Berufsschulen, Gewerkschaften und weiteren Akteuren auf dem Gebiet
116 der beruflichen Ausbildung angeregt werden, einheitliche Tests und Standards zu konzipieren und über die
117 Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern umzusetzen.

118 Weiterhin fordern wir, dass nicht nur bereits geleistet Abschlüsse anerkannt, sondern auch Angebote für Nach-
119 qualifikationen geschaffen werden, um so mit gerechte Zukunftschancen zu ermöglichen. In Bezug auf die in
120 deutsch stattfindende Qualifikationsanalyse fordern wir auch, dass Geflüchteten die Möglichkeit gegeben wird,
121 den Test zur Anerkennung der vorhandenen Berufsabschlüsse bei Bedarf zu wiederholen.

122 *Bessere Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote anbieten*

123 Es gibt bereits verschiedene Projekte der Bundesagentur für Arbeit, die auf dem Modellprojekt "Early Inter-
124 vention" aufbauen. Ziel des Projektes war es, Geflüchteten bereits während des laufenden Asylverfahrens bei
125 der Abschlussanerkennung zu helfen, sowie die Geflüchteten in Arbeitsförderungsmaßnahmen einzubeziehen
126 und entsprechend ihrer beruflichen Potenziale in den regulären Arbeitsmarkt und in Ausbildungsmöglichkei-
127 ten zu vermitteln. Eines davon ist das Projekt „Perspektiven für Flüchtlinge“ (PerF), das Geflüchteten einen
128 frühzeitigen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen soll. Parallel dazu soll berufsbezogener Sprachunterricht
129 erfolgen. Dies ist ein Fortschritt und eine gute Entwicklung die Inklusion in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt
130 zu beschleunigen und ein besseres Vermittlungs- und Qualifizierungsangebot anzubieten. Jedoch sind die bis-
131 her geschaffenen berufsbezogenen Sprachangebote bei weitem noch nicht genug, um dem vorhandenen Be-
132 darf gerecht zu werden. Die Projekte sind bisher auf ein minimales Volumen ausgelegt. Für 2016 ist gerade
133 mal eine Kapazität von 6.000 bis 6.500 TeilnehmerInnen vorgesehen, was nicht im entferntesten die Zahl der
134 benötigten Stellen abdeckt.

135 Zudem müssen für alle Geflüchteten gleichermaßen die Möglichkeiten der Abschlussanerkennung sowie der
136 Arbeitsförderungsmaßnahmen gelten. Die minimalen Volumen der angebotenen Projekte macht eine faire,
137 gerechte und solidarische Unterstützung unmöglich. Auch hier gilt: alle müssen gleichen Zugang zu den Ange-
138 boten haben, ansonsten wird das soziale Ungleichgewicht nur weiter verschärft und wir verpassen die Chance,
139 den Menschen eine gute Perspektive auf dem Arbeitsmarkt ohne jegliche sozialrechtliche Benachteiligung zu
140 ermöglichen. Daher fordern wir den sofortigen Ausbau der Anerkennungs- und Arbeitsförderungsmaßnah-
141 men und berufsbezogenen Sprachkursen. Dabei mindern wir mit unserer Forderung keineswegs die Bedeu-
142 tung von allgemeinen Sprachkursen ab.

143 *Vorrangprüfung konsequent abschaffen*

144 Geflüchtete werden häufig in Jobs gedrängt, die sie persönlich nicht für sich gewählt hätten. Einer der Ursachen
145 hierfür war in der Vergangenheit vor allem die Vorrangprüfung. Wir konzentrieren uns in diesem Abschnitt auf
146 die Problematik der Vorrangprüfung, wissen jedoch aus persönlichen Erfahrungen mit Geflüchteten, dass wei-
147 tere Faktoren eine Rolle spielen. So trägt beispielsweise auch die Nicht-Anerkennung von Berufsabschlüssen
148 und die Wohnsitzauflage, wie auch Residenzpflicht dazu bei, Geflüchteten den Zugang zu den qualitativ guten
149 Ausbildungsplätzen mit Perspektive zu erschweren.

150 Die Vorrangprüfung besagt, dass Personen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung ein Arbeitsverhältnis nur
151 antreten dürfen, wenn die Arbeitsagentur diesem ausdrücklich zustimmt. Im Regelfall geschieht dies nur, wenn
152 nachgewiesen wurde, dass es keine Bewerbungen von EU-BürgerInnen gibt, die für den betreffenden Job ge-
153 eignet wären. Einige Berufe sind von dieser Regelung ausgenommen, beispielsweise Kranken- und Altenpflege.
154 Dieses Vorgehen verurteilen wir. Wer in Deutschland Arbeit sucht, soll die Möglichkeit dazu bekommen- und
155 zwar unabhängig davon, ob er/sie eine Aufenthaltserlaubnis, eine Duldung oder die deutsche StaatsbürgerIn-
156 nenschaft besitzt.

157 Mit dem Integrationsgesetz wurde die Vorrangprüfung befristet für drei Jahre bei

158 Asylbewerberinnen und -bewerbern sowie geduldeten Geflüchteten ausgesetzt. Jedoch können die Bundes-
159 länder selbst bestimmen, in welchen Regionen die Regelung zum Tragen kommt, um Spannungen in Regionen
160 mit hoher Arbeitslosigkeit zu verhindern. Das wiederum nutzten sowohl CDU/CSU gesteuerte Bundesländern
161 wie Bayern, als auch im Wahlkampf befindenden Länder wie Mecklenburg-Vorpommern, um ein Aussetzen
162 der Vorrangprüfung zu verhindern.

163 Das immer wieder aufkommende Argument der Vermeidung von Spannungen zwischen Geflüchteten und
164 Langzeitarbeitslosen, vor allem in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, ist nachweislich ein Scheinargument.
165 ExpertInnen haben wiederholt bestätigt, dass sich die angesprochenen Gruppen vorwiegend nicht in den
166 gleichen Berufsgruppen wiederfinden würden. Besonders dann nicht, wenn Geflüchtete durch bessere und
167 schnellere Anerkennung ihrer bereits erlernten Qualifikationen in ihre Ursprungsberufe zurückkehren kön-
168 nen. Zudem wäre selbst bei einer Überschneidung der Berufsgruppen das Gleichheitsprinzip durchzusetzen.
169 Jede/r BewerberIn – egal welcher Staatsangehörigkeit – muss die gleiche Chance erhalten, sich im Bewerbungs-
170 prozess aufgrund seiner/ihrer Qualifikationen durchzusetzen. Die Argumentation des "Wettbewerbs" zwischen
171 Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten halten wir daher für Augenwischerei, die für rechte Argumentationen
172 rassistische und diskriminierende Grundlage gegen Geflüchtete liefert.

173 Daher fordern wir, dass die Vorrangprüfung endgültig – ohne jegliche zeitliche Begrenzungen oder Ausnahmen
174 der Bundesländer – Deutschlandweit abgeschafft wird. Denn sie widerspricht sämtlichen jungsozialistischen
175 Grundsätzen!

176 *Wohnsitzauflage und Residenzpflicht müssen abgeschafft werden*

177 Wir halten weiterhin an unserem Grundsatz fest, die Wohnsitzauflage wie auch die Vorrangprüfung komplett
178 abzuschaffen. Die angebotenen Ausnahmen führen auch weiterhin noch zu einem herum geschachere, bei
179 dem Geflüchtete nur verlieren können, denn kein/e ArbeitgeberIn wird monatelang auf den Abschluss des
180 Vorgangs und damit der Genehmigung des Wohnsitzwechsels warten.

181 Ebenso machen wir erneut deutlich, dass wir die Residenzpflicht wie die Wohnsitzauflage verurteilen und ihre
182 sofortige Abschaffung fordern.

183 Durch die Möglichkeit, jederzeit abgeschoben werden zu können, leben viele Geflüchtete in großer Unsicher-
184 heit. Dies wirkt sich auch auf ihren Arbeitsalltag aus. Wir Jusos fordern nach wie vor, dass generell niemand
185 abgeschoben wird. Insbesondere aus festen Arbeitsverhältnissen sollte in keinem Fall abgeschoben werden
186 können. Dies ist ein erster, wichtiger Schritt, um Sicherheit für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen zu
187 schaffen.

188 **Zusammengefasst möchten wir die folgenden Forderungen hervorheben, die den Zugang zum**
189 **Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Geflüchtete erleichtern sollen:**

190 *Finanz- und Rechtsunsicherheit beseitigen:*

191 • Wir fordern Behördenbremsen endlich abzubauen und eine bessere Aufklärung über rechtliche Sicher-
192 heiten und finanzielle Möglichkeiten, sowie Förderungen, indem eine zentrale Anlaufstelle für rechtli-
193 che Aufklärung und Betreuung eingerichtet wird. Diese soll in Anlehnung an das Modell der Jugend-
194 berufsagenturen als zentrale Servicestelle für Geflüchtete und (Ausbildungs-)Unternehmen gestaltet
195 sein.

196 • Wir fordern Unternehmen auf sich ihrer Verantwortung zu stellen und sich aktiv an der Schaffung von
197 Ausbildungsplätzen zu beteiligen.

198 • Wir fordern, dass Geflüchteten reale zukunftsgerichtete Perspektiven im Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
199 geboten werden, die über das Jahr 2018 hinausgehen.

200 *Kinderbetreuung für Auszubildende ermöglichen:*

201 • Wir fordern eine angemessenen Kinderbetreuung für alle Auszubildenden unabhängig ihrer Staatsan-
202 gehörigkeit, da wir diese als essentiell ansehen, um eine gleichberechtigte Inklusion aller, insbesondere
203 von Geflüchteten, zu ermöglichen.

204 *Angebot der Sprachkurse ausbauen und fachspezifisch erweitern, sowie bessere Vermittlungs- und Qualifizierungs-*
205 *angebote anbieten*

206 • Wir fordern dass das Sprachkursangebot des BAMF sowohl von der Anzahl der Sprachkurse her, als
207 auch von der Art der Kurse weiter ausgeweitet wird. Die Möglichkeiten einen Sprachkurs parallel zur
208 Ausbildung besuchen zu können, müssen für alle Ausbildungswege ermöglicht und bestehende Model-
209 le weiter ausgebaut werden. In der Ausbildung sollte die Sprachkurse dabei idealerweise im Rahmen
210 des Berufsschulbesuchs stattfinden.

211 *Anerkennung von Abschlüssen entbürokratisieren und beschleunigen:*

212 • Wir fordern einen einheitlichen Test im Gegensatz zu der aktuellen länderspezifischen Qualifikations-
213 analyse, der möglichst vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag, dem Zentralverband des
214 Deutschen Handwerks und weiteren ausbildungspolitischen AkteurInnen länderübergreifend entwi-
215 ckelt und durchgesetzt wird und so dem einheitlichen Nachweis von Ausbildungs- und Berufsabschlüs-
216 sen dient. In Bezug auf die in Deutsch stattfindende Qualifikationsanalyse fordern wir auch, dass Ge-
217 flüchteten die Möglichkeit gegeben wird, den Test zur Anerkennung der vorhandenen Berufsabschlüs-
218 se bei Bedarf zu wiederholen.

219 • Weiterhin fordern wir, dass nicht nur bereits geleistet Abschlüsse anerkannt, sondern auch Angebote
220 für Nachqualifikationen geschaffen werden, um so mit gerechte Zukunftschancen zu ermöglichen.

221 *Vorrangprüfung konsequent abschaffen:*

222 • Wir halten weiterhin an unserem Grundsatz fest, die Wohnsitzauflage wie auch die Vorrangprüfung
223 komplett abzuschaffen.

224 • Wir fordern ein bedingungsloses Bleiberecht für alle Geflüchteten.

N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N1	Baden-Württemberg	Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital	85
N3	Brandenburg	Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube	93

N1

Titel Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital

AntragstellerInnen Baden-Württemberg

Sozial 4.0 – Unsere Zukunft: frei, gerecht und digital

1 Unsere Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur befinden sich in einem globalen und tiefgreifenden Um-
2 bruch: Die digitale Revolution hat unser Leben in kürzester Zeit tiefgreifend verändert. Dabei gelingt es der
3 Politik aktuell nicht, diesen rasanten Prozess zu steuern. Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisie-
4 rung aller Lebensbereiche liegen dabei oft nah beieinander.

5 Die Realität ist den nötigen, tiefgreifenden Reformprozessen voraus. Wir Jusos haben den Anspruch, die Digi-
6 talisierung politisch zu gestalten. Wir wollen Antworten darauf geben, wie unser Verständnis einer gerechten,
7 freien und solidarischen Gesellschaft im digitalen Zeitalter aussieht. Dabei ist die Politik in der Pflicht, Regeln
8 und Gesetze zu schaffen, damit durch das Internet nicht das Recht des/der Stärkeren Einzug erhält

9 Es braucht eine neue Ordnung, die den Schutz von BürgerInnenrechten und der Freiheit jedes/jeder Einzelnen
10 auch in Zeiten von großflächiger Datenerhebung gewährleistet. Der Wandel der Arbeitswelt geht mit konkreten
11 Chancen und Risiken für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen einher und auch die Art und Weise unseres
12 Wirtschaftens steht mit der Vernetzung und Industrie 4.0 vor tiefgreifenden Veränderungen. Es muss gelingen,
13 die Menschen bei dieser Entwicklung nicht außen vor zu lassen und durch Bildung und Vorbereitung für die
14 digitale Welt zu wappnen. Hierfür wollen wir Jusos unsere Antworten geben, mit denen wir diesen politischen
15 Prozess gestalten können.

16 Dabei wissen wir: Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik, ob bei BürgerInnenrechten, der Arbeit, Wirtschaft oder
17 Bildung – verschiedenste Reformen müssen in Gang gesetzt werden, um ein Leben in Freiheit und Gerechtig-
18 keit zu ermöglichen.

19 **BürgerInnenrechte und Demokratie 4.0**

20 Für uns Jusos ist klar: Mit der Digitalisierung haben sich die Anforderungen an unsere grundlegenden Rech-
21 te und Freiheiten verändert. Wir Jusos stehen für eine vernetzte Gesellschaft, in der unveräußerliche Rechte
22 die Teilhabe für alle Menschen gewährleisten werden müssen. Deshalb sprechen wir Jusos uns für einen un-
23 einschränkbareren Rechtsanspruch auf Internetzugang aus. Jeder Mensch muss die Hoheit über seine eigenen
24 Daten beibehalten und hat einen Anspruch auf Datensouveränität. Dabei ist unser Anspruch als Jusos, die
25 Selbstbestimmtheit und Freiheit auch in Zeiten von Algorithmen zur NutzerInnenanalyse und zielgerichteten
26 Verhaltensvorhersage zu gewährleisten. Wir stehen für ein Internet, in dem Meinungsfreiheit und -pluralität
27 genauso gewährleistet werden wie der Schutz vor Hass, Hetze und Beleidigung und die konsequente Strafver-
28 folgung von im Besonderen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder Internetkriminalität.

29 Mit der Digitalisierung entstehen neue Herausforderungen, für eine gerechte Teilhabe an der digitalen
30 Wertschöpfung zu sorgen und gleichzeitig das Netz als neutralen Raum zu verstehen, in dem ein Kräftegleich-
31 gewicht zwischen den einzelnen AkteurInnen gewährleistet sein muss und kein Recht des Stärkeren vorherr-
32 schen darf.

33 Zu einer gerechten Gesellschaft gehört für uns Jusos allerdings auch das Recht darauf, zwischen digitaler und
34 analoger Welt zu wählen. Deshalb muss die Teilhabe an unserer Gesellschaft, am Arbeitsleben und der Kultur
35 auch weiterhin den Menschen offen stehen, die an der digitalen Gesellschaft nicht teilhaben können oder
36 wollen.

37 **Meine Daten gehören mir – Datensouveränität gewährleisten**

38 Für uns Jusos ist klar: Jeder Mensch hat das Recht über seine persönlichen Daten selbst zu bestimmen. Die
39 Daten gehören nicht dem Unternehmen, das diese sammelt, sondern dem Verbraucher oder der Verbrau-
40 cherin.

41 Deswegen treten wir für das Recht jedes Verbrauchers und jeder Verbraucherin ein, auf Wunsch alle erhobe-
42 nen personenbezogenen Daten in einem offenen, standardisierten Format bei einem Anbieter herunterzula-
43 den und bei Bedarf vollständig löschen zu lassen. Damit wird nicht nur ein AnbieterInnenwechsel erleichtert,
44 sondern auch die Privatsphäre gestärkt.

45 Wir sprechen uns für eine gesetzliche Regelung aus, die gewährleistet, dass NutzerInnen über das Speichern,
46 Verwenden, Verarbeiten sowie die Art und Weise des Umfangs leicht verständlich und vollständig informiert
47 werden müssen. Daher fordern wir Jusos, dass alle NutzerInnen regelmäßig vom Unternehmen, das die Daten
48 sammelt, einen Datenbrief, optional in Papierform, erhalten. Für uns ist klar: Die Kosten für einen Datenbrief
49 dürfen nicht auf die NutzerInnen abgewälzt werden.

50 Wir fordern außerdem, dass erhobene Daten mit Personenbezug einer strengen Zweckbindung unterliegen.
51 Das bedeutet, dass ausschließlich Daten mit expliziter Zustimmung der NutzerInnen für den genannten Zweck
52 genutzt werden dürfen. Sie dürfen nur nach Zustimmung an Dritte weitergeleitet werden. Es dürfen keine Da-
53 ten ohne Zustimmung erhoben werden. Jegliche personenbezogenen Daten, die ohne Zustimmung erhoben
54 werden, müssen vernichtet werden und dürfen nicht genutzt werden.

55 Um zu gewährleisten, dass Daten mit Personenbezug nicht dauerhaft verfügbar sind, fordern wir ein gesetzlich
56 verankertes Recht auf Vergessenwerden. Personenbezogene Daten sollen sich automatisch nach drei Mona-
57 ten löschen – außer der Nutzer wünscht es anders. Dieser Mechanismus soll jedoch, wie alle anderen Privat-
58 sphäreinstellungen nicht erst vom Nutzer eingestellt, sondern schon als Grundeinstellung nach dem Privacy-
59 by-Default-Prinzip bestehen. Das Privacy-by-Design-Prinzip soll für InternetdienstleisterInnen zur Pflicht wer-
60 den. Daher begrüßen wir die aktuellen Entwicklungen bezüglich der Datenschutzgrundverordnung.

61 Ein Recht auf Vergessenwerden darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, Meinungsfreiheit im Internet ein-
62 zuschränken – hier gilt es einen Ausgleich zwischen Persönlichkeitsrecht und Recht auf freie Meinungsäuße-
63 rung zu finden. In Streitfällen sollen Gerichte über Löschungen entscheiden, anstatt, wie bisher, die jeweiligen
64 Unternehmen.

65 Das Sammeln und Auswerten von Daten nimmt für Unternehmen einen immer höheren wirtschaftlichen Wert
66 ein. Die durch die NutzerInnengemeinschaft erzeugten Daten kommen in teils unverhältnismäßigem Ausmaß
67 den Unternehmen zugute, während VerbraucherInnen und die Öffentlichkeit nicht ausreichend profitieren.
68 Das Sammeln von Daten bringt auch für die Unternehmen eine große Verantwortung mit sich. Wir wollen des-
69 wegen Daten sammelnde Unternehmen dazu verpflichten, jährlich zu veröffentlichen, wie sie für den Schutz
70 der Daten der VerbraucherInnen Sorge tragen.

71 Für uns Jusos stellen personenunabhängige Daten allerdings ein Allgemeingut dar, ihre Nutzung darf der Öff-
72 fentlichkeit nicht vorenthalten werden. Deshalb sprechen wir Jusos uns für eine rechtlich bindende Verpflich-
73 tung aus, anonymisierte NutzerInnendaten nach einer angemessenen Zeit der Allgemeinheit für private wie
74 wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, ohne dass entsprechende Zugangsbarrieren einen Zugriff
75 erschweren. Dieses Open Data-Prinzip soll für Unternehmen wie Behörden gleichermaßen gelten.

76 **Staatliche Aufgabe: Datenschutz statt Datenmissbrauch**

77 Auch der Staat sammelt immer mehr Daten über seine BürgerInnen. Wir Jusos sind uns bewusst, dass dies
78 zu einem gewissen Anteil auch gerechtfertigt ist, um bestmöglich das Zusammenleben zu regeln und Abläufe
79 effizient gestalten zu können. Doch sind es insbesondere diese Daten, die den BürgerInnen gehören. Eine
80 ökonomische Nutzung personenbezogener Daten durch den Staat lehnen wir daher ab.

81 Insbesondere höchstpersönliche Daten sind für uns Jusos besonders schützenswert. Pauschale Einschränkun-
82 gen und Eingriffe in die persönlichen Sphären dürfen deshalb niemals flächendeckend und pauschal erfolgen,
83 sondern müssen Ausnahmen unter strengen Auflagen bleiben. Hierbei müssen insbesondere die Grundrechte
84 wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gewahrt werden.

85 Wir Jusos wissen: Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit. Deswegen lehnen wir Überwachung, au-
86 ßer im begründeten Verdachtsfall, ab. Staatlicher Überwachung stehen wir kritisch gegenüber. Deshalb lehnen

87 wir die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung auch weiterhin ab und sprechen uns für eine Abschaf-
88 fung der Speicherpflicht und für eine Höchstspeicherfrist von Verbindungsdaten aus. Niemals darf ein Nach-
89 richtendienst oder Verfassungsschutz unbeschränkt auf die akkumulierten Daten zugreifen können.

90 Außerdem fordern wir eine Aufwertung der Datenschutzbeauftragten in Land und Bund gegenüber öffentli-
91 chen Einrichtungen und den Sicherheitsbehörden, um Kontrolle zu üben und die Öffentlichkeit informiert zu
92 halten.

93 128

94 Ein starker Schutz für Whistleblower, also Personen, die Missbrauch aufdecken und damit häufig ein hohes
95 persönliches Risiko eingehen, kann hier ein ähnlich mächtiges Instrument sein.

96 **Globale Digitalisierung – Das Netz endet nicht an der Grenze**

97 Das Internet endet nicht an Landesgrenzen. Damit entstehen neue Herausforderungen für die Politik, globale
98 Lösungen für Fragen des Datenschutzes, den Schutz des Urheberrechts aber auch für die Vermeidung von
99 Internetkriminalität und staatlich lancierten Cyberangriffen zu finden.

100 Wir Jusos sprechen uns daher für eine umfassende bilaterale und multilaterale Verhandlungsagenda der Eu-
101 ropäischen Union aus, die flächendeckende, verbindliche Datenschutzabkommen zum Ziel haben soll. Um
102 transparente Kriterien für bi- oder multilateralen Datenaustausch zu definieren, soll ein offizieller Anforde-
103 rungskatalog der Bundesrepublik definiert und durchgesetzt werden. Für uns ist dabei klar: Wenn grundle-
104 gende Standards in Bezug auf Datenschutz von höchstpersönlichen Daten von BürgerInnen vor Staaten und
105 Unternehmen nicht gewährleistet sind, müssen auch Abkommen, beispielsweise im Bereich des freien Han-
106 dels, auf den Prüfstand gestellt werden. Datenschutzabkommen dürfen dabei nicht aus ökonomischen oder
107 außenpolitischen Erwägungen verhandelt werden. Auch der Zugang zum Internet muss international für alle
108 Menschen zugänglich sein. Um diese internationale Gleichberechtigung zu erreichen fordern wir daher, dass
109 der Ausbau des Internets, sowie die Verteilung internetfähiger Geräte durch internationale Entwicklungspro-
110 jekte von Deutschland und der EU unterstützt bzw. gefördert werden.

111 Langfristig muss eine internationale digitale Grundrechtscharta das Ziel sein, in der sich Staaten auf grundle-
112 gende Freiheiten, Datenschutz und Ablehnung von Zensur verständigen.

113 Für einen uneingeschränkten Zugang zum Internet, sollte es verboten werden, Inhalte auf ein Land zu redu-
114 zieren und so deutsche BürgerInnen im Ausland und BürgerInnen andere Länder von diesen Inhalten auszu-
115 schließen.

116 **Digitalisierung in Europa**

117 Auch auf europäischer Ebene gilt es, einheitliche Regeln für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu
118 formulieren. Die Novellierung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung halten wir Jusos für einen
119 längst überfälligen Schritt, um persönliche Daten von EU-BürgerInnen besser zu schützen und das massenhaf-
120 te Sammeln dieser einzuschränken. Wir setzen uns jedoch für eine weitere Verschärfung dieser ein. Auch auf
121 europäischer Ebene muss eine Datensouveränität für jeden BürgerIn gewährleistet werden und ein umfassen-
122 des Auskunftsrecht für alle NutzerInnen bestehen. Deshalb soll auch auf europäischer Ebene die Einführung
123 eines Datenbriefs geprüft werden.

124 Die durch die EU verhandelten Datentransfers sensibler Daten, wie etwa Fluggastdaten zu Staaten der so-
125 genannten „Five Eyes“, lehnen wir ab, solange ein Eingriff in Grundrechte europäischer BürgerInnen durch
126 Geheimdienste dieser Staaten nicht glaubwürdig ausgeschlossen werden können. Dabei ist für uns klar: Da-
127 tenaustausch muss strengen Kriterien unterliegen und darf zu keiner anlasslosen Massenüberwachung füh-
128 ren.

129 Das zwischen den USA und der EU verhandelte Abkommen „Privacy Shield“ halten wir aktuell für unzureichend.
130 Erst wenn sichergestellt werden kann, dass das Datenschutzniveau in den USA unseren Mindestansprüchen
131 genügt, kann ein derartiges Abkommen in Kraft treten. Für EU-BürgerInnen muss es einen effektiven Rechts-
132 schutz für Beschwerden gegenüber Geheimdiensten und Unternehmen geben, die diese strengen Kriterien
133 nicht einhalten.

134 **Demokratie online – direkter, transparenter, verständlicher**

135 Auch vor Ort sehen wir die Digitalisierung als große Chance, jedem Bürger und jeder Bürgerin den Zugang zu
136 Informationen einfacher zu ermöglichen und mehr Transparenz für politische Entscheidungen zu erreichen.
137 Außerdem bietet sie die Möglichkeit, mehr Menschen in den politischen Prozess miteinzubeziehen. Für uns ist
138 dabei jedoch klar: Demokratische Standards müssen auch im digitalen Zeitalter eingehalten werden.

139 **Smart Grid – Energiepolitische Zukunft gestalten**

140 Auch die Energiewende kann von der Digitalisierung nicht ausgenommen werden. Wir Jusos sprechen uns für
141 eine Stärkung von intelligenten Stromnetzen, den sogenannten „Smart Grid“, aus, gleichwohl erkennen wir,
142 dass damit auch Risiken und Nachteile für VerbraucherInnen einhergehen können. Nichts desto trotz bietet
143 ein Smart Grid auch gewaltige Chance, die Energiewende intelligent zu gestalten.

144 So ist es möglich, über ein Smart Meter intelligente Endgeräte anzusteuern damit diese dann laufen, wenn der
145 Strom günstig ist, oder das Netz dies zulässt. Insbesondere im Bezug einer erwarteten stärkeren Verbreitung
146 von Elektroautos und anderen Elektromobilen wird man an gesteuerten Ladesäulen nicht umhin kommen,
147 wenn der Netzausbau im Niederspannungsnetz Verhältnismäßig bleiben soll. Langfristig ist zu hinterfragen,
148 ob persönliche Kraftfahrzeuge überhaupt eine Zukunft haben.

149 Eine dezentrale Energieversorgung macht auch eine Dezentrale Datenerhebung unerlässlich. Wichtig ist hier-
150 bei, dass die gesammelten Informationen Sicher Sind. Sicher im Sinne, der Ausfallsicheren Übertragung, als
151 auch Sicher vor dem Zugriff unbefugter. Um die Gefahr, aus Informationen über den Stromverbrauch Rück-
152 schlüsse auf den Alltag der VerbraucherInnen schließen zu können müssen Persönliche Daten so weit es geht
153 anonymisiert und gesammelt übertragen werden.

154 **Privatsphäre schützen**

155 Durch intelligente Messsysteme können teils sehr detaillierte Rückschlüsse über das Verhalten der Konsumen-
156 tInnen gezogen werden. Gleichwohl sind sie Voraussetzung für einen wirkungsvollen Ausbau von Smart Grid.
157 Die Nutzung der Daten darf daher nur unter strengen Auflagen und anonymisiert erfolgen. Außerdem muss
158 geprüft werden, ob ausschließlich gebündelte Datensätze mehrerer VerbraucherInnen übertragen werden
159 können, in denen Daten von mehreren Haushalten über eine kurze Zeitspanne oder Daten eines einzelnen
160 Haushalts über eine größere Zeitspanne zusammengefasst werden.

161 **Forschung als Investition**

162 Wir begrüßen die verschiedenen Initiativen des Landes, wie beispielsweise das Förderprogramm „Smart Grids-
163 Forschung – digital vernetzt“, um in die weitere Erforschung der Potenziale und konkreten Umsetzungsmög-
164 lichkeiten des Smart Grids zu investieren. Besonders in sicherheitssensiblen Bereichen ist eine genaue tech-
165 nische Kenntnis von großer Bedeutung, um die Gefahr von Systemausfällen zu minimieren. Wir Jusos unter-
166 stützen die Idee des Smart Grid. Gleichwohl muss ausführlich geprüft werden, ob eine Einführung intelligenter
167 Messsysteme in Deutschland mit einem verhältnismäßigen Mehrwert verbunden ist. Erst wenn dieser Mehr-
168 wert sichergestellt ist und der Datenschutz flächendeckend gewährleistet werden kann, halten wir die Aus-
169 breitung intelligenter Messsysteme für sinnvoll.

170 Bisherige Regelungen verpflichten Haushalte erst ab einem Jahresverbrauch von mehr als 6000 kWh zu einem
171 Einbau intelligenter Messsysteme. Nach Planungen der Bundesregierung soll der Ausbau dieser aber weiter
172 vorangetrieben werden. Wenn ein Nutzen des Ausbaus der Systeme erkennbar ist, begrüßen wir zwar deren
173 Verbreitung, für uns ist aber klar, dass die finanzielle Belastung dabei nicht einseitig bei MieterInnen landen
174 darf. Selbst wenn sich ein Einbau rechnet, müssen private VerbraucherInnen ein Widerspruchsrecht, auch
175 beim sogenannten „optionalen Einbau“, haben.

176 **Smart Cities fördern**

177 Die digitale Revolution wird auch die Städte der Zukunft nachhaltig prägen. Seien es Verkehrsdaten oder an sta-
178 tistische Daten angepasste Polizeistrategien; die Smart City ist längst keine Utopie mehr. Wir Jusos sehen viele
179 dieser Entwicklungen als sehr positiv an. Die Smart City ist eine Vision, deren Umsetzung auch finanziell deut-
180 lich stärker gefördert werden muss. Wir wollen den Wandel der Städte konstruktiv begleiten; ein besonderes
181 Augenmerk soll dabei jedoch auch auf der Privatsphäre der BürgerInnen liegen. Da die Smart City Dreh- und
182 Angelpunkt der Digitalisierung sein wird, fordern wir die verstärkte Unterstützung von Modellstädten durch
183 den Bund, dabei dürfen jedoch auch ländliche Regionen nicht außen vor bleiben. Ein integraler Bestandteil von
184 „Smart City“ ist die effiziente, emissionsarme und kostengünstige Mobilität. Dies betrifft sowohl den individual,

185 als auch den öffentlichen Verkehr. Der Individualverkehr kann durch den Einsatz von intelligenten Systemen
186 gezielt gesteuert werden, wodurch Verkehrsprobleme ohne den Neubau von Straßen beseitigt werden kön-
187 nen indem die bestehende Infrastruktur effizienter genutzt wird. In den letzten Jahren wurde die Aufstellung
188 von Verkehrsleitsystemen und den Umbau von Ampelanlagen mit verkehrsabhängiger Steuerung in Angriff
189 genommen, dies begrüßen wir ausdrücklich. Dennoch müssen weitere Schritte unternommen werden. Dabei
190 gilt zu prüfen, in wie weit private Navigationssysteme miteingeschlossen werden können, da diese einer effi-
191 zienten Verkehrssteuerung durch individuell vorteilhafte Wegeberechnungen entgegenwirken. Wir erkennen
192 die Chancen, die durch eine Digitalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs entstehen, diesen indivi-
193 dueller zu gestalten. Durch eine anonyme Datenerhebung können die bisherigen Systeme an die Bedürfnisse
194 angepasst werden. Darüber hinaus erlaubt sie die Möglichkeit, spontane, bedarfsgerechte Verkehrsangebote
195 bereitzustellen, wie zum Beispiel zusätzliche Busse oder Bahnen und auf der anderen Seite auch unnötige
196 Leerfahrten zu vermeiden. Diese Maßnahme sorgt für eine höhere Attraktivität des ÖPNV und sorgt gleichzei-
197 tig für eine höhere Effizienz bei gleichzeitigen Kostenersparnissen. Langfristig verspricht auch die Einbindung
198 von selbstfahrenden Automobilen in den ÖPNV eine signifikante Attraktivitäts- und Effizienzsteigerung des
199 öffentlichen Verkehrs – durch diese kann zum Beispiel der Weg vom Zuhause zum Bahnhof zeiteffizient be-
200 werkstelligt werden ohne dass dazu ein eigenes Auto benötigt wird. Wir fordern, diese Technologie als Teil des
201 öffentlichen Verkehrs zu betrachten und nicht als Spielzeug für Besserverdienende. Durch die Bereitstellung
202 einer Informationsinfrastruktur kann die Verknüpfung von individuellem und öffentlichem Personenverkehr
203 erleichtert werden, was insbesondere die Verkehrssituation den Städten entspannt. Bei allen Maßnahmen
204 dürfen der Datenschutz und die individuellen Rechte der BürgerInnen nicht vernachlässigt werden. Da per-
205 sonenbezogene Mobilitätsdaten einer besonderen Sensibilität unterliegen, ist zu gewährleisten, dass diese
206 anonym und zweckgebunden genutzt werden. Eine Nutzung der Daten für kommerzielle Zweitverwertung
207 oder Strafverfolgung lehnen wir entschieden ab. Die Digitalisierung wird die Mobilität aller Menschen massiv
208 beeinflussen, es liegt an uns dazu beizutragen, dass die Kosten dafür gerecht verteilt werden.

209 Der Fortschritt muss im ganzen Land ankommen! Ziel ist es, durch intelligente Abläufe Ressourcen und Kosten
210 einzusparen. Die frei werdenden Mittel sollen dem Allgemeinwohl zu Gute kommen. Im Sinne der nachhaltigen
211 Entwicklung wollen wir dabei insbesondere die Gebühren des ÖPNV weiter absenken und langfristig abschaf-
212 fen sowie dessen Ausbau stärker fördern.

213 **Neue Regeln braucht das Netz**

214 Viele Bestimmungen und Gesetze, die unser Zusammenleben, unser Handeln und unsere Art und Wirtschaft-
215 tens bislang geregelt haben, können die mit der Digitalisierung einhergehenden neuen Anforderungen nicht
216 mehr erfüllen. Wir Jusos erkennen, dass es neuer Regeln bedarf, um auch in Zeiten der Digitalisierung unser
217 Zusammenleben gerecht zu gestalten

218 **Netzneutralität bewahren**

219 Einige Telekommunikationsunternehmen versuchen durch die schrittweise Abschaffung der Netzneutralität
220 ihre Profite zu erweitern. Damit brechen sie mit einem der Grundprinzipien des Internets – auf Kosten der
221 EndnutzerInnen. Die Netzneutralität stellt sicher, dass jedes Datenpaket gleich behandelt und somit gleich
222 schnell weitergeleitet wird. Die Abschaffung der Netzneutralität würde nicht nur zu einer Steigerung der Prei-
223 se für die EndnutzerInnen führen, sondern auch großen Unternehmen einen massiven Wettbewerbsvorteil
224 verschaffen. Deshalb halten wir auch in Zukunft am Prinzip der Netzneutralität fest und wollen diese national
225 wie europäisch gesetzlich verankern.

226 **Urheberrecht**

227 Unser heutiges Urheberrecht ist nicht mehr zeitgemäß für das 21. Jahrhundert und muss weiterentwickelt
228 werden. Forderungen nach der Abschaffung des Urheberrechts stellen wir uns als Jusos dabei entschieden
229 entgegen. Die Forderung nach der Abschaffung löst keine Probleme und gefährdet vielmehr den notwendi-
230 gen Schutz von geistigem Eigentum. Ein neues Urheberrecht muss vielmehr das "Recht auf Remix", also das
231 Recht auf Weiterentwicklung von fremdem geistigem Eigentum als grundlegende Voraussetzung für Kunst und
232 Meinungsfreiheit gesetzlich verankern und zugleich den Schutz geistigen Eigentums berücksichtigen.

233 Darüber hinaus halten wir Creative-Commons-Lizenzen, durch die NutzerInnen sofort erkennen können, unter
234 welchen Bedingungen sie geistiges Material nutzen oder weiterverändern können, für eine sinnvolle Weiter-
235 entwicklung des Urheberrechts und setzen uns als Jusos deswegen für eine weitere

236 Stärkung des Systems der CC-Lizenzen ein. Das Urheberrecht ist jedoch nur so stark, wie es bekannt ist. Daher
237 fordern wir eine Aufklärungskampagne des Justizministeriums und die Verknüpfung des Urheberrechts in der
238 schulischen Bildung. Verantwortungsbewusstes Surfen muss erklärt werden!

239 **Verhinderung von Monopolisierung**

240 Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Monopolen und Oligopolen, für die es einer politischen
241 Antwort bedarf. Wir Jusos sprechen uns dafür aus, in Zeiten datenintensiver großer Unternehmen die euro-
242 päischen und deutschen Kartellbehörden zu stärken. Immer höhere Markteintrittsbarrieren für neue Markt-
243 teilnehmerInnen verhindern, dass Unternehmen wie Microsoft, Google, Facebook, Amazon oder Alibaba sich
244 einem ernstzunehmenden Wettbewerb aussetzen müssen. Es muss möglich sein, notfalls durch Zerschlagung
245 einzelner Unternehmen zu verhindern, dass VerbraucherInnen keine Ausweichmöglichkeiten für die Nutzung
246 bestimmter Produkte mehr haben. Das Sammeln von Daten in sozialen Netzwerken und die Platzierung eige-
247 ner Produkte auf anderer Ebene mit den akkumulierten Daten ist Wettbewerbsverzerrung im äußersten Maße
248 und muss verboten werden. Mit der Einführung des Open Data-Prinzips kann der Entwicklung einer Daten-
249 Monopolbildung entgegnet werden können. Durch eine internationale Vernetzung zwischen unterschiedlichen
250 Kartellbehörden muss gewährleistet werden, dass auch solche Konzerne an Monopolbildungen gehindert wer-
251 den, die durch undurchsichtige Strukturen und Niederlassungsstrategien nationale Regelungen umgehen wol-
252 len. Gerade datenintensive, digitale Unternehmen sind hierfür anfälliger als ProduzentInnen herkömmlicher
253 Güter.

254 **Ausschluss individualisierter Preispolitik**

255 Mit der Digitalisierung haben sich völlig neue Möglichkeiten zur Preisdifferenzierung ergeben. Durch die Ana-
256 lyse von Surfverhalten und Nutzungsdaten versuchen Online-Shop-BetreiberInnen die individuelle Zahlungsbereitschaft eines jeden Kunden oder jeder Kundin möglichst genau kalkulieren zu können und bieten den
257 potenziellen KundInnen dementsprechend individualisierte Preise an. Während diese Idee unter der Prämisse
258 „Arme zahlen weniger, Reiche mehr“ zunächst nach einem sehr gerechten Modell klingt, stellt sich jedoch das
259 Gegenteil heraus: Die Kriterien, nach denen die Einteilung erfolgt, sind häufig auch Wohnort oder vorheriges
260 Konsumverhalten. Wir sind als Jusos der Überzeugung, dass der Preis, der für ein Produkt gezahlt wird, nicht
261 davon abhängen darf, in welchem Stadtviertel ein Mensch wohnt oder zu welcher Tageszeit er ein Produkt
262 bestellt. Wir sprechen uns daher ausdrücklich gegen jegliche Form der Preisdiskriminierung aus und fordern,
263 einen Ausschluss individualisierter Preispolitik gesetzlich zu verankern, insbesondere bei Onlineshops und
264 Versicherungen. Ein Missbrauch von Tracking und wearables mit dem Ziel der individualisierten Preispolitik
265 muss ausgeschlossen werden.
266

267 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass Versicherungen keine personenbezogenen Daten, die durch individuelle
268 Dokumentation des Alltages von Versicherten gewonnen werden, erfassen und nutzen dürfen. Dies beinhaltet
269 insbesondere das Verbot von individuellen Versicherungstarifen die auf der Analyse von Daten beruhen.
270 Dies soll dem Schutz der Privatsphäre dienen. Ausgenommen von dieser Regelung sind freiwillige Versiche-
271 rungen.

272 **Starker VerbraucherInnenschutz**

273 Datenschutzbelange der VerbraucherInnen haben infolge der stark wachsenden Nutzung digitaler
274 Dienste einen besonderen Stellenwert erlangt. Mangelnde Befugnisse der Datenschutzbehörden bei der Sper-
275 rung, Löschung oder Vernichtung von Daten und die quantitativ wie qualitativ hinter dem Anstieg an Daten-
276 erhebungen und -verarbeitungen zurückfallende Fortentwicklung der Rechtsprechung machen deutlich, dass
277 wir eine Novellierung der Klagebefugnis in Bezug auf Regelungen des VerbraucherInnendatenschutzes brau-
278 chen. Deshalb fordern wir die Erweiterung der Unterlassungsklage bei VerbraucherInnenrechts- und anderen
279 Verstößen auf datenschutzrechtliche Normen, um VerbraucherInnenverbänden ein Instrument an die Hand
280 zu geben, VerbraucherInnen vor der unzulässigen Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung ihrer perso-
281 nenbezogenen Daten durch Unternehmen zu schützen.

282 **Schutz von Unternehmen vor Cyberkriminalität**

283 Beim Thema des Umgangs mit Daten ist es uns aber nicht nur ein Anliegen, die individuellen Daten besser zu
284 schützen, auch Daten von Unternehmen sind ständigen Angriffen ausgesetzt. Allein in den beiden Jahren 2013
285 und 2014 entstand deutschen Unternehmen dabei ein Schaden von über 54 Milliarden Euro durch Cyberan-

286 griffe, sei es aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität oder durch gezielte Angriffe von ausländischen
287 Geheimdiensten. Wenn wir aber eine größere digitale Vernetzung in unseren Betrieben herstellen wollen, et-
288 wa durch das Zukunftsprojekt Industrie 4.0, werden in Zukunft noch mehr sensible Daten anfallen, die wir
289 besser schützen müssen.

290 Die Schaffung eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrum war dabei ein erster wichtiger Schritt, dieses muss aber
291 dringend zu einer eigenständigen Behörde entwickelt werden und deutlich mehr Ressourcen erhalten. Auch
292 Meldepflichten bei Cyberangriffen müssen dringend ausgebaut werden, wir fordern, dass jedes Unterneh-
293 men mit über 250 Mitarbeitern bei Cyberangriffen zur anonymen Meldung an das Bundesamt für Information
294 und Sicherheit verpflichtet wird. Langfristig wollen wir die Herausforderungen aber gemeinsam mit unseren
295 europäischen Partnern angehen und die Kompetenzen in eine Agentur der EU verlagern. Zur effizienten Auf-
296 klärung von Cyber-Kriminalität müssen darüber hinaus Schwerpunktsstaatsanwaltschaften eingerichtet wer-
297 den.

298 **Digitale Bildung**

299 Ein erfolgreicher Übergang der Gesellschaft ins digitale Zeitalter kann nur gelingen, wenn den Menschen durch
300 Bildung der Umgang mit digitalen Angeboten vermittelt wird. Dafür bedarf es umfassender Investitionen in
301 den Bildungs- und Weiterbildungssektor. Unser Ziel als Jusos ist es, dass junge Menschen lernen, die digitale
302 Welt der Zukunft mitzugestalten und nicht nur als KonsumentInnen wahrzunehmen. Digitale Bildung muss
303 fest in der Schule verankert werden. Aus diesem Grund fordern wir einen Schwerpunkt auf Informatik und
304 Medienkompetenz in den MINT-Fächern der 9./10.Klassen zu legen, um ein grundlegendes Verständnis für
305 die technischen Grundlagen der digitalen Welt (Datenschutz, Funktionsweise des Internet und insbesondere
306 Social Media, Grundlagen des Programmierens, etc.) zu schaffen.

307 **Digitale Bildung fest verankern**

308 Darüber hinaus müssen sämtliche Fächer digitalisiert werden. Inhaltlich muss die digitale Schule der Zukunft
309 das Thema Medienkompetenz aufgreifen. Dabei geht es uns nicht nur darum, SchülerInnen im sicheren und
310 bewussten Umgang mit digitalen Medien zu schulen, sondern auch die Grundlagen für das Verstehen digitaler
311 Kommunikation zu vermitteln: Deshalb ist eine Beschäftigung mit den Basics der Rechnerarchitektur, Informa-
312 tik und der Netzwerktechnologie unerlässlich. Erst auf dieser Grundlage lassen sich die Dynamiken, Chancen
313 und Risiken der digitalisierten Welt richtig begreifen.

314 Deswegen muss Medienkompetenz fest und umfassend als Querschnittsaufgabe in den Bildungsplan veran-
315 kert werden. Dennoch erschöpft sich die Digitalisierung nicht beim Informatik- und Medienkompetenzunter-
316 richt. Fachinhalte aller Fächer müssen auf das digitale Zeitalter hin ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass im
317 Kunstunterricht Bildbearbeitung, im Physikunterricht Computersimulation und im Deutschunterricht die Ana-
318 lyse von digitalen Medien auf dem Lehrplan stehen müssen. Die Bildungs- und Lehrpläne müssen vor diesem
319 Hintergrund ständig aktualisiert und überarbeitet werden.

320 **Ausstattung verbessern**

321 Auch hinsichtlich der Arbeitsmedien und Lehrmethoden brauchen wir eine Digitalisierung. Wir fordern daher
322 eine umfassende Aufrüstung der technischen Ausstattung von Schulen. Mobile Endgeräte sowie Tablets ge-
323 hören für uns ebenso dazu wie leistungsfähige PCs, Software und 3D-Drucker. Der Einsatz von Soft- und Hard-
324 ware darf jedoch nicht finanziell an die SchülerInnen gebunden sein bzw. von der finanziellen Situation dieser
325 abhängig sein. Im Sinne der Gleichberechtigung müssen alle SchülerInnen Soft- und Hardware von der Schule
326 bereitgestellt bekommen. Durch eigene Anschaffung dieser darf kein Vorteil entstehen. Da die Anschaffung
327 der digitalen Ausstattung die kommunalen Schulträger finanziell überfordern würde, sind Kooperationen mit
328 den Ländern und dem Bund zu schließen. Die jeweils zuständigen Ministerien auf Landes- und Bundesebene
329 sollen Investitionsprogramme aufsetzen.

330 Smartboards und Beamer sind in vielen Schulen bereits jetzt Standard, den es auszubauen gilt. Um einen
331 sachgerechten und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen, braucht es eine professionel-
332 le IT-Infrastruktur und entsprechende Wartung. Wir fordern daher, dass Schulen schulübergreifend mit IT-
333 Administratoren sowie funktionsfähigen und sicheren internen Netzwerken, die regelmäßig gewartet werden,
334 ausgestattet werden.

335 Für uns Jusos ist dabei auch klar, dass sich Schulen bei der Ausstattung mit aktueller Software und Hardware

336 nicht von einem Anbieter oder einer Anbieterin abhängig machen dürfen. Die Schulen sollen hierbei vorrangig
337 Open-Source-Lösungen einsetzen und auf die Vernetzbarkeit der Produkte achten. Nur wenn es keine prak-
338 tikablere Lösung aus dem Open-Source-Bereich gibt sollen proprietäre Lösungen eingesetzt werden dürfen.
339 AnbieterInnen von IT-Lösungen und Verlage sind wichtige PartnerInnen bei der Digitalisierung der Bildung
340 und können Bildungsinnovationen entwickeln, die die öffentliche Hand nicht sinnvoll ersetzen kann. Dennoch
341 haben geschlossene Systeme eines einzelnen Anbieters an Schulen keinen Platz. Vielmehr ist auf die Vielfalt
342 der Angebote zu achten.

343 612

344 **Weiterbildung und Forschung fördern**

345 Eine Schule, die mit digitalen Arbeitsgeräten ausgestattet ist, bringt noch keinen Lernerfolg, solange Lehrkräfte
346 nicht dazu befähigt werden, diese auch zielgerichtet einzusetzen. Deshalb muss bereits bei der LehrerInnenbil-
347 dung auf mehr Digitalisierung gesetzt werden. Um die Lehrkraft auf dem aktuellen Stand der Digitalisierung zu
348 halten, müssen ebenso entsprechende Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Für uns Jusos steht nicht
349 nur das schulische Lernen und die Erstausbildung im Fokus der Digitalisierung, wir sehen Bildung als eine
350 lebenslanges Aufgabe an, die sowohl von ArbeitgeberInnenseite, aber auch von staatlicher Seite im Rahmen
351 der Arbeitsversicherung unterstützt werden muss. Deshalb fordern wir auch im Bereich der Erwachsenenbil-
352 dung und Weiterbildung eine digitale Bildungsoffensive, um ArbeitnehmerInnen, Arbeitssuchenden aber auch
353 RentnerInnen einen selbstbestimmten Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen.

354 Wir fordern darüber hinaus umfassende Investitionen in Forschung zur digitalen Bildung, damit nützliche päd-
355 agogische Konzepte und deren Umsetzung von der Forschung beleuchtet werden können.

356

N3

Titel	Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube
AntragstellerInnen	Brandenburg

Kennzeichnungspflicht für Produktplatzierungen auf Youtube

- 1 2Die Jusos setzen sich dafür ein, dass verpflichtende Regelungen zur Kennzeichnung von Werbeinhalten für in
2 Deutschland zur Verfügung gestellte Videos für Online-Videoportale und Livestreams sowie andere Influencer-
3 Inhalte wie Blogs oder Vblogs geschaffen werden, um insbesondere minderjährige ZuschauerInnen, die oft den
4 überwiegenden Teil der ZuschauerInnen ausmachen, klar und deutlich auf die Werbefunktion von häufig als
5 unabhängig wahrgenommenen Videos hinzuweisen.
- 6 Die Jusos fordern daher:
- 7 • Da §58, Rundfunkstaatsvertrag zur Regelung von gewerblichen Produktplatzierungen auf Youtube nur
8 begrenzte, tatsächliche Regelungswirkung besitzt, muss dieser um eine Definition einer ausreichenden
9 Kennzeichnung ergänzt werden. Diese muss für alle potentiellen ZuschauerInnen eindeutig erkennbar
10 sein.
 - 11 • Des Weiteren ist das Gesetz bezüglich der sogenannten Produktionshilfen zu ändern. Produktionshil-
12 fen sind Produkte für die YoutuberInnen keine finanzielle Zuwendung erhalten, diese jedoch gezielt für
13 Werbezwecke geschenkt bekommen. Bisher müssen Produktionshilfen erst kenntlich gemacht werden,
14 wenn diese mehr als 1 % der Produktionskosten oder 1000,- Euro ausmachen. Diese Grenze ist auf 50,-
15 Euro zu senken. Auch hier ist eine verpflichtende Definition für eine eindeutig erkennbare Kennzeich-
16 nung zu finden.
 - 17 • Des Weiteren ist ein Gesetz zu schaffen das vorschreibt, sogenannte „Affiliate Links“ (Links zu den Pro-
18 dukten in der Infobox) als Werbung zu kennzeichnen, da es sich hierbei um eine klare Kaufempfehlung
19 handelt.“

O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O1	Projektgruppe , Land, Struktur verändern“ über Bundesvorstand	Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!	95
O4	Mecklenburg- Vorpommern	Wohnraum ist Menschenrecht!	112

O1

Titel	Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!
AntragstellerInnen	Projektgruppe , Land, Struktur verändern“ über Bundesvorstand

Stadt, Land, Struktur verändern. Das gute Leben für alle verwirklichen!

- 1 Mit dem Beschluss unseres aktuellen Bundesarbeitsprogramms im Rahmen des Bundeskongresses 2015 haben wir Jusos uns für ein Perspektivprojekt "Stadt, Land, Struktur verändern" ausgesprochen. Wir sind überzeugt, damit eine maßgebliche Frage der Zukunft unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Blick genommen zu haben: Wie sollen ländliche und urbane Räume künftig politisch gestaltet werden, um sie zu gleichwertig guten Lebensorten entwickeln zu können? Dabei begreifen wir uns als entschiedene politische FürsprecherInnen beider Lebensräume. Jungsozialistische Strukturpolitik verfolgt den Anspruch, diese Räume im Sinne unserer Ideale zu gestalten und nicht etwa, Partei für einen zu ergreifen.
- 8 Wir Jusos haben hohe und auch gerechtfertigte Ansprüche an ein gutes Leben, das selbstverständlich allen möglich sein muss. Gute Bildung und Arbeit, die Gleichberechtigung aller, der Zugang zu öffentlicher Daseinsvorsorge, zu Kultur und echten Freiräumen zum Beispiel. Oder auch ein diskriminierungsfreies Zusammenleben, die Absicherung im Falle von Erwerbslosigkeit oder Krankheit, die Sicherung des Lebensstandards im Alter sowie Möglichkeiten echter politischer Partizipation für alle. Diese Ansprüche sind unteilbare Ansprüche, sie sollen jedem Menschen zustehen. Und das bedeutet neben vielen anderen Aspekten eben auch, dass die Wahl des Wohnortes keinen Einfluss darauf haben darf, ob diese Ansprüche verwirklicht werden können.
- 15 Stadt und Land sind in gesellschaftliche Großtrends eingebettet und können nicht getrennt von ihnen betrachtet werden. Migration beispielsweise hat unsere Gesellschaft seit Jahrzehnten zu einem vielfältigeren Ort mit vielschichtigeren Potenzialen und Bedürfnissen gemacht. Bereits heute sind 20% der in der Bundesrepublik lebenden Menschen selbst zugewandert oder haben mindestens einen Elternteil, der nicht in Deutschland geboren ist. Gleichzeitig macht der demographische Wandel mit seinen lange Zeit sinkenden Geburtenraten vielen Regionen zu schaffen. Auch wenn dieser Trend freilich nicht für jede Stadt und jedes Dorf gilt, leben wir in einer Zeit wachsender Städte und schrumpfender Dörfer. Mit neuen Herausforderungen für Wohnen und Bauen, Mobilität und Daseinsvorsorge sowie Demokratie und Teilhabe sowohl in ländlichen als auch in urbanen Räumen. Digitalisierung hat nicht nur unsere Kommunikation dynamisiert, sondern bietet auch zahlreiche andere Potenziale. Klimawandel und Energiewende wollen vor Ort organisiert sein. Gleichzeitig sind Lohnunterschiede und massiv ungerechte Vermögensverteilung zu beklagen und herrscht vielerorts noch immer eine neoliberale Deutungshoheit, die Privatisierungen und sonstigen "Verschlankungen" des Staates das Wort redet.
- 28 Diese und viele andere Faktoren beeinflussen das Leben in der Großstadt, auf dem Dorf und in allen Formen des Zusammenlebens dazwischen – und das jeweils ganz individuell. Unser Anspruch ist deshalb nicht, individuell maßgeschneiderte Lösungsansätze zu präsentieren, die der einzelnen Lebenswelt in jeder Facette gerecht werden. Unser Anspruch ist vielmehr die Manifestierung des Anspruches auf wirklich gleichwertige – gute – Lebensverhältnisse. Und dessen Unterfütterung mit konkreten politischen Vorschlägen, deren Umsetzung wir vorantreiben wollen, damit alle schon morgen links leben können.

34 Recht auf Stadt! Für Alle.

35 Wir erheben das Recht auf Stadt für alle! Dieses Recht ist universell. Es formuliert ein Recht auf Zugang, Teil-
36 habe, Mitgestaltung und Aneignung von urbanen Räumen und Ressourcen. Es ist damit auch ein Recht auf
37 individuelle und kollektive Selbstbestimmung.

38 Das Recht auf Stadt zielt auf im Ursprung urbane Qualitäten, die im Zusammentreffen, in der Begegnung, im
39 gemeinsamen Gestalten von Neuem und in der Möglichkeit zu Differenz und individuellen Lebensentwürfen
40 jenseits tradierter Normen liegen. Hier heben sich Zwänge und Normalitäten auf und schaffen Platz für Unvor-
41 hergesehenes und Unkonventionelles. Unser Recht auf Stadt steht aber auch für ein gesamtgesellschaftliches
42 Anrecht auf diese Qualitäten. Es ist deshalb kein Exklusivrecht für StadtbewohnerInnen, sondern formuliert
43 einen Anspruch für alle, unabhängig vom Wohnort. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten
44 Bundesgebiet bleibt für uns unverhandelbar! Dies meint auch gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und
45 Land. Ein gutes Leben auf dem Land ebenso, wie ein gutes Leben in der Stadt.

46 Jeder Mensch soll Zugang zu den Einrichtungen und Qualitäten der städtischen Gesellschaft haben. Bildungs-
47 und Kultureinrichtungen gehören dazu genauso, wie z.B. Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung und Frei-
48 zeitgestaltung. Es geht uns aber auch um Freiräume und Gemeingüter jenseits kapitalistischer Verwertungslo-
49 gik, die individuell und kollektiv genutzt, gestaltet und angeeignet werden können. Selbstbestimmung bedeutet
50 für uns individuelle Entscheidungsfreiheit *und* Zugang zu politischen Debatten und Mitsprache über künftige
51 Entwicklungen. Mit anderen Worten: Rechte in der Stadt *und* Rechte an der Stadt.

52 Städtische Räume sind, ebenso wie ländliche Räume, nicht einfach gegeben, sondern Produkt gesellschaftli-
53 cher Einflüsse und politischer Entscheidungen. Sie werden durch gesellschaftliche Machtverhältnisse geformt,
54 verändert und reproduziert. Der schöpferische Überschuss des Urbanen, die Kreativität und Diversität seiner
55 BewohnerInnen, sind dem städtischen Raum ebenso eingeschrieben wie Geschlechterverhältnisse und andere
56 Herrschaftsverhältnisse. Gerade wegen dieser unterschiedlichen und widersprüchlichen Einschreibungen er-
57 geben sich vielfältige Anknüpfungspunkte und mögliche Entwicklungspfade. Diese wollen wir gestalten.

58 Unsere heutigen Städte und Orte sind zum überwiegenden Teil nicht barrierefrei. Sie sind daher nicht behin-
59 dertengerecht. Und genauso wenig werden sie den Anforderungen anderer gesellschaftlicher Gruppen ge-
60 recht: Sie drängen Frauen, LSBTTIQ*, Minderheiten, aber z.B. auch Kinder und Jugendliche mit ihren Bedürf-
61 nisse an den Rand. Wir erleben, dass vormals öffentliche Räume privatisiert und so dem gesellschaftlichen
62 Zugriff entzogen werden. Wir leben in Städten, die den motorisierten Individualverkehr über alle anderen Mo-
63 bilitätsformen bevorzugen. Wir sind damit konfrontiert, dass städtische Plätze bewusst unattraktiv gestaltet
64 werden, um vermeintliche Störungen durch Jugendliche oder andere gesellschaftliche Randgruppen zu un-
65 terbinden. Wir sehen uns einer zunehmenden Versicherheitlichung demokratischer Räume gegenüber, die
66 selbige bedroht. Diese und andere Praxen schließen Menschen aus, die nicht in die gängigen Kategorien von
67 vermeintlicher gesellschaftlicher Normalität passen. „Anders sein“ führt folglich zu Diskriminierungen, wäh-
68 rend die, die dem Ideal entsprechen, Privilegien genießen.

69 Dagegen wollen wir städtische und ländliche Räume setzen, die alle BewohnerInnen und NutzerInnen zu glei-
70 chen Teilen am Zugang und an der Gestaltung von Arbeit, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Erholung, öffentli-
71 chem Raum und Wohnraum beteiligen. Allen Menschen steht das Recht auf individuelle Lebensentwürfe und
72 das Ausleben ihrer Persönlichkeit zu. Wir wollen den Stadtraum nach gesellschaftlichen Bedürfnissen umge-
73 stalten und neue öffentliche Räume schaffen. Wir wollen Spielplätze für Kinder, Freizeitorte für Jugendliche
74 und frei zugängliche Räume und Orte für gesellschaftliches Miteinander. Unsere Stadt ist eine Stadt der kur-
75 zen Wege. Sie zeichnet sich aus durch Zugänglichkeit, Funktionsvernetzung, Verkehrsentschleunigung, eine
76 höhere Sicherheit und die Erleichterung reproduktiver Arbeit. Unsere Stadt ist deswegen auch eine queerfe-
77 ministische Stadt, die sich abkehrt von patriarchal-heterosexuellen Strukturen.

78 Allein die Veränderung des äußerlichen, oberflächlichen Raums wird dabei freilich nicht zur Änderung ge-
79 gesellschaftlicher Strukturen ausreichen. Doch der Zugang zu Wissen, urbaner Infrastruktur und Orten des Zu-
80 sammentreffens schafft wichtige Voraussetzungen für gesellschaftliche und politische Teilhabe und damit für
81 gesellschaftliche Veränderung. Mit dem Recht auf Stadt kämpfen wir deshalb an der Seite vieler AktivistInnen,
82 BürgerInnen und Initiativen für eine inklusive Stadt, für eine Stadt für Alle.

83 Finanzausstattung der Kommunen verbessern

84 Um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, die Kommunen zur Einlösung des Rechts auf Stadt für
85 ihre EinwohnerInnen erbringen müssen, braucht es eine Vielzahl von Rahmenbedingungen, die nur gesamt-
86 staatlich zu gewährleisten sind. In allererster Linie sind aber handlungsfähige Kommunen die Grundvorausset-
87 zung für kommunale Demokratie und die Selbstbestimmung lokaler Gemeinwesen. Handlungsfähige Städte
88 und Gemeinden wiederum brauchen nicht nur die notwendigen Entscheidungskompetenzen, sondern sind
89 vor allem auf eine ausreichende Finanzausstattung angewiesen.

90 Während sich die Kommunen aber in den vergangenen Jahren wachsenden Aufgaben und Herausforderungen
91 gegenüber sehen, bleibt die finanzielle Ausstattung bisher hinter den Anforderungen zurück. Obwohl funktio-
92 nierende Kommunen für politische Planbarkeit dringend auf die Verstetigung des Steueraufkommens ange-
93 wiesen sind, ist insbesondere die Gewerbesteuer als ihre Hauptsteuereinnahmequelle in heutiger Form hoch-
94 gradig volatil und den Schwankungen der wirtschaftlichen Situation der jeweiligen Unternehmen im Stadtge-
95 biet ausgeliefert.

96 Wir fordern daher die Rückkehr zur Dreigliedrigkeit der Gewerbebesteuerung, die neben der Umsatzbesteue-
97 rung auch wieder eine Besteuerung des Unternehmenskapitals und der Lohnsumme enthalten soll und damit
98 die Weiterentwicklung der Gewerbebesteuerung zur echten kommunalen Wertschöpfungssteuer. Ferner soll
99 die Gewerbesteuer so reformiert werden dass, „freie Berufe“ einbezogen werden und es für Unternehmen
100 nicht mehr möglich ist, Verluste im Ausland mit den Gewinnen vor Ort zu verrechnen. Über lokal anpassbare
101 Hebesätze der unterschiedlichen Gewerbesteuerarten können damit auch passgenauer individuelle steue-
102 rungspolitische Ziele verfolgt werden. Zur Zeit bestehen durch unterschiedliche kommunale Hebesätze diver-
103 se Konkurrenzsituationen zwischen einzelnen Kommunen. Um der Verlockung des niedrigsten Steuersatzes
104 unter den Kommunen Einhalt zu gebieten, sollen sich benachbarte Städte und Gemeinden, innerhalb eines
105 Landkreises und auch über Landkreis- und Landesgrenzen hinweg, gemeinsam auf verbindliche Korridore für
106 die Besteuerung konsensual einigen.

107 Weiterhin wollen wir die Grundsteuer zu einer echten, flächennutzungsbezogenen Grundeigentumsabgabe
108 mit kommunalen Hebesätzen nach Nutzungsart weiterentwickeln, die zusätzliche steuerungspolitische Ansät-
109 ze bezogen auf die Art der baulichen Nutzung von Grundstücken ermöglicht. Dazu bedarf es der Abschaffung
110 der Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf die Mieten und einer Neuregelung der Bewertungsproblema-
111 tik.

112 Der Einkommens- und Umsatzsteueranteil der Kommunen muss ausgeweitet werden, um sie unabhängiger
113 von der direkten wirtschaftlichen Lage der Unternehmen im Stadtgebiet zu machen. Um die Gleichwertigkeit
114 der Lebensverhältnisse auch auf kommunaler Ebene zu gewährleisten, braucht es zudem nicht nur einen funk-
115 tionierenden kommunalen Finanzausgleich auf Länderebene. Wir fordern, dass die kommunale Finanzkraft
116 bei der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems stärker als bisher Beachtung findet. Er-
117 gänzend soll ein Bundesfonds „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingerichtet werden, um Kommunen mit
118 besonderem Finanzbedarf (z.B. durch Strukturwandel und Struktur Anpassung) zielgerichtet von Bundesebe-
119 ne zu unterstützen.

120 Wohnen, wo Du willst!

121 Das Ziel jungsozialistischer Wohnungspolitik ist, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an
122 Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur zu ermöglichen. Und zwar unabhängig davon, ob man auf dem Land oder
123 in der Stadt lebt. Das gelingt allerdings nur, wenn die unterschiedlichen Lebensentwürfe, sozio-ökonomischen
124 Voraussetzungen und individuellen Bedürfnisse der Menschen bei der Planung, Weiterentwicklung und Ge-
125 staltung von Wohnraum berücksichtigt werden. Gerade marginalisierte und finanziell benachteiligte Gruppen
126 haben erfahren müssen, dass attraktiver Wohnraum sowie das Wohnen in kulturell ansprechenden und zen-
127 tralen Gegenden in den vergangenen Jahren zu Luxusgütern geworden sind. Der sozialräumlichen Spaltung,
128 die sich an vielen Orten abzeichnet, wollen wir mit bezahlbarem, bedarfsgerechten, Ressourcen schonenden
129 und inklusiven Wohnangeboten und folgendes weiteren Punkten entgegenwirken.

130 Wohnen in der Stadt

131 Ein bezahlbares Dach über dem Kopf, das genug Raum darunter bietet, um bedarfsgerecht leben zu können,
132 ist für uns ein Grundrecht. Aber gerade in städtischen Ballungsgebieten ist kostengünstiger Wohnraum meis-
133 tens eine Mangelware. Deshalb kommt es darauf an, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neue, für alle
134 Menschen erschwingliche Wohnungen zu bauen. Hiermit und der Weiterentwicklung des 1999 aufgelegten
135 Programms „Soziale Stadt“ wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass die soziale Spaltung in Städten und zw-
136 ischen privilegierten und marginalisierten Stadtvierteln sukzessive abgebaut wird. Denn: Die Stadt ist für alle
137 da.

138 Die “Stadt für alle” ist durch die Vielfalt und die Verschiedenheit der Menschen geprägt, die in ihr wohnen und
139 arbeiten. Unser Ziel ist der Erhalt und die Schaffung einer ausgewogenen Mischung zwischen den verschie-
140 denen Einkommensgruppen, sozialen und kulturellen Hintergründen und der Vielfalt der Lebenssituationen
141 und Lebensentwürfe, die die Stadt prägen. Wir wollen die gemeinsame Stadt für eine vielfältige Stadtgesell-
142 schaft.

143 “Soziale Stadt” und Quartiersmanagement weiterentwickeln

144 Im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes hat sich das Programm “Soziale Stadt” vielerorts als geeig-
145 netes Mittel erwiesen, um das noch stärkere Auseinanderdriften armer und reicher Stadtteile wenigstens zu
146 bremsen. Die von der SPD gegen Widerstände durchgesetzte Erhöhung der Mittel im Rahmen der letzten bei-
147 den Doppelhaushalte waren dabei ein notwendiger, aber bei weitem noch nicht ausreichender Schritt.

148 “Soziale Stadt” ist für Quartiere vorgesehen, in denen Erwerbslosigkeit, Bildungsarmut, soziale Konflikte
149 und/oder die Vernachlässigung des öffentlichen Raumes virulent sind. Neben der zu geringen finanziellen
150 Ausstattung scheitern viele Kommunen derzeit an ihren qua Definition zu kleinen Quartieren, die deshalb
151 nicht anspruchsberechtigt sind, Mittel aus dem Programm abrufen zu dürfen. Andere Quartiere, die bereits
152 Teil des Programms und insbesondere in wachsenden Metropolen zu finden sind, klagen über eine unge-
153 wollte Beschleunigung von Gentrifizierungseffekten im Rahmen der Arbeit von Quartiersmanagements. Beide
154 Phänomene rufen nach einer stärkeren individuellen Anpassung der Förderung sowie der in ihrem Rahmen
155 vereinbarten Maßnahmen, um lokale Besonderheiten zu berücksichtigen und vor Ort entwickelte politische
156 Strategien nicht zu konterkarieren.

157 Die Mietpreisbremse verschärfen, Zweckentfremdung stoppen

158 Die Einführung der Mietpreisbremse war als politisches Signal ein Meilenstein, dessen konkrete Implementie-
159 rung vor Ort jedoch mitunter stark zu wünschen übrig lässt. Die Beweislast einseitig den MieterInnen zuzuwei-
160 sen hat sich aufgrund nachvollziehbarer Abhängigkeiten gegenüber den VermieterInnen als praktisch wenig
161 taugliches Modell erwiesen. Wir schließen uns daher den Forderungen der meisten MieterInnenvereine an,
162 wonach VermieterInnen verpflichtet werden sollen vor Vertragsabschluss die zuvor erhobene Miete unauf-
163 gefordert zu benennen. Auch etwaige Modernisierungskosten sind verpflichtend und detailliert anzugeben.
164 Gegebenenfalls zu viel gezahlte Miete muss, nebst einem Bußgeld, zurückgezahlt werden. Mittelfristig muss
165 die Mietpreisbremse bundesweit flächendeckend eingeführt werden. Mieten, die die Vergleichsmieten um
166 mehr als 20% übersteigen, sind dabei grundsätzlich als Ordnungswidrigkeit zu ahnden. Dabei müssen Mög-
167 lichkeiten für Kleinvermieter geschaffen werden, diese Regelungen mit einem möglichst geringen Aufwand
168 umzusetzen.

169 Für Städte und Regionen mit besonders angespanntem Wohnungsmarkt braucht es ein entschiedenes Eingrei-
170 fen des Gesetzgebers, um Zweckentfremdungen von Wohnraum zu verhindern. Bestehende Erfahrungen mit
171 der Zurückdrängung von Ferienwohnungen und anderer gewerblicher Nutzung zeigen, dass dies ein proba-
172 tes Mittel ist. Gleichzeitig konnten noch keine erfolgreichen und rechtlich wasserdichten Lösungen gefunden
173 werden, um spekulativen Leerstand per Gesetz anzugreifen. Der neuen Bundesregierung wird die Aufgabe
174 zukommen, sich zügig um eine effektive Lösungsfindung verdient zu machen.

175 Mietspiegel weiterentwickeln

176 Das Instrument des Mietspiegels muss geschärft und zu einem realistischen Indikator realer ortsüblicher Mie-
177 ten weiterentwickelt werden. Da bisher in den Mietspiegel nur die Neuvermietungen der letzten vier Jahre
178 einbezogen werden, liegt dieser bisher häufig über den realen Bestandsmieten im Quartier und kann zu Preis-
179 steigerungen beitragen, anstatt sie wirksam zu begrenzen. Daher fordern wir die Einbeziehung von Bestands-
180 mieten in die Berechnung des Mietspiegels, sowie die Ausweitung des Berechnungszeitraums auf zehn Jah-
181 re.

182 Erhaltungssatzungen stärken

183 Erhaltungssatzungen nach §§172 Baugesetzbuch sind ein wichtiges kommunales planungsrechtliches Instru-
184 ment um vorhandene Sozialstrukturen in einem Gebiet zu schützen. In den Erhaltungssatzungsgebieten kann
185 die Stadt Luxussanierungen und – sofern durch das Bundeslang freigeschalten – Umwandlung von Miet- in Ei-
186 gentumswohnungen verhindern, sowie bei allen Verkäufen von Miethäusern ein kommunales Vorkaufsrecht
187 ausüben. Wir fordern die baurechtliche Stärkung der Milieuschutzsatzungen nach § 172 BauGB, der Durch-
188 setzungsmöglichkeiten von Umwandlungsvorbehalten und die explizite rechtliche Verankerung kommuna-
189 ler Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften als Nutznießer der „Ausübung des kommunalen Vor-
190 kaufsrechts zu Gunsten dritter“ nach §27a BauGB.

191 Sozialgerechte Bodenordnung

192 Die Abschöpfung von Planwertzuwächsen für die Schaffung sozialer und technischer Infrastruktur, sowie
193 bezahlbaren, sozial geförderten Wohnraums muss explizit als Einsatzmöglichkeit von städtebaulichen Ver-
194 trägen nach §11 BauGB verankert werden. Unser Ziel ist es bei allen Neubauprojekten auf angespannten
195 Wohnungsmärkten eine feste Quote sozial gefördertem Wohnungsbau durchzusetzen (Beispiel Münchner Mi-
196 schung).

197 Um auch in Gebieten mit vorrangiger Innenentwicklung und dominierender Nachverdichtungstätigkeit den
198 Erhalt einer sozialen Mischung und bezahlbaren Wohnraums durchsetzen zu können bedarf es auch einer
199 baugesetzlichen Rechtsschärfung, die ein kommunales Planungsbedürfnis bei der Bebauung in Gebieten mit
200 bestehenden Baurechten nach §34 BauGB auf Basis entstehender sozialer Spannungen begründbar macht
201 und damit erst den Einsatz Städtebaulicher Verträge erst ermöglicht.

202 Trotz der Bedeutung aller baurechtlichen Instrumente zum Erhalt sozial gemischter Städte bleibt klar, dass
203 sie nur in der Lage sind bestehende Entmischungsprozesse zu dämpfen und zu verzögern. Langfristig kann
204 nur die Schaffung eines echten öffentlichen und gemeinschaftlichen Gegengewichts zum privaten, rein ge-
205 winnorientierten Wohnungsmarkt den dauerhaften Erhalt bezahlbaren Wohnraums und sozial gemischter
206 Stadtstrukturen sicherstellen. Deshalb Bedarf es der Förderung öffentlichen sozialen Wohnungsbaus sowie
207 von Wohnungsbaugenossenschaften.

208 Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit

209 Die in den 1990er Jahren abgeschaffte Wohnungsgemeinnützigkeit soll in neuer, mit europäischem Recht ver-
210 einbarer Form wiedereingeführt werden. So soll ein gemeinnütziger Sektor auf dem Wohnungsmarkt geför-
211 dert werden um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften,
212 Baugenossenschaften oder Bauvereine sollen als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt werden
213 können und im Gegenzug für eine dauerhafte Schaffung von bezahlbarem, sozial gebundenem Wohnraum für
214 ihre gemeinnützige Tätigkeit von Grunderwerbs-, Gewerbe- sowie Körperschaftssteuer befreit sein. Entschei-
215 dend sollen dabei insbesondere Bindungsdauern sein.

216 201

217 Förderung sozialer Wohnungsbau

218 Der Anteil öffentlichen sozialen Wohnungsbaus ist im Vergleich viel zu gering und die Privaten bauen fast
219 ausschließlich in höherpreisigen Marktsegmenten neu. Sogenannte Sickereffekte, die von Konservativen bei
220 diesem Thema immer angeführt werden, gibt es in der Praxis nicht. Auch wenn auch die Schaffung von hoch-
221 preisigem Wohnraum als eine Ausweitung des Angebots an Wohnungen verstanden werden kann, führt dies in
222 der Regel nicht zu sinkenden Mietpreisen. Daran sieht man, dass es sich beim Wohnungsmarkt nicht um einen
223 normalen Markt im herkömmlichen Sinne handelt. Die geringe Elastizität der Nachfrage birgt hier immer die
224 Gefahr, dass es in großem Umfang zu Marktineffizienzen kommt. Diesen muss im Interesse der MieterInnen
225 durch die Schaffung und Ausweitung eines dem privaten Wohnungsmarkt entzogenen und als Gegengewicht
226 wirkenden Marktsegments entschieden begegnet werden.

227 Da der Bedarf im Bereich der Sozialwohnungen am größten ist und private InvestorInnen diesen Bedarf nur
228 unzureichend abdecken, muss der Staat hier endlich – etwa nach Vorbild des Wiener Modells – kräftig inves-
229 tieren. Der Bund muss die Kommunen dabei unterstützen, Wohnungsbestand auszubauen und Baugrund
230 größtenteils (wieder) in städtischen Besitz zu bringen. Wo Liegenschaften des Bundesvermögens als Kon-
231 versionsflächen abgestoßen werden sollen, dürfe diese nicht zum Höchstpreis an private verkauft werden
232 sondern müssen den Kommunen zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau preislimitiert angeboten wer-
233 den. Das heißt, es muss Schluss sein mit der Privatisierung des Wohnungsmarktes. Stattdessen brauchen wir
234 eine Rekommunalisierungs-Offensive. Es ist wichtig, dass hierbei jede Kommune individuell anhand ihrer Be-
235 völkerungsstruktur den Bedarf ermittelt und individuell Lösungsansätze findet, um den Bedürfnissen gerecht
236 zu werden. Daher fordern wir, dass Kommunen verpflichtet werden, nach der rechtlichen Umsetzung und
237 im weiteren Verlauf alle fünf Jahre ein Handlungskonzept bzw. Masterplan bezüglich der wohnbaupolitischen
238 Ausrichtung zu erstellen.

239 Die Qualität des Wohnraums sollte sich zuerst an den Bedürfnissen der BewohnerInnen orientieren und darf
240 nicht der „marktüblichen“ Beschaffenheit von Wohnraum hinterherhinken. Wir wollen gute Wohnbedingun-
241 gen für Alle! Ein Grundsatz, der gerade in Zeiten der schwarzen Null wichtig ist. Sozialer Wohnungsbau darf
242 nicht dort entstehen, wo freifinanzierte Wohnungen aufgrund hoher Lärm- oder Luftschadstoffbelastungen
243 gar nicht erst entstehen würden. Umweltbelastungen durch Lärm und Schadstoffe gehören in der heutigen
244 Großstadt zu den größten gesundheitlichen Herausforderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass jede/r nach
245 gleichen gesetzlichen Maßstäben ein Recht auf gesunden Wohnraum hat.

246 Mehr Wohnungen für junge Menschen in Bildung und Ausbildung

247 Viele Hochschulstandorte durchleben einen grundlegenden Wachstumsprozess. Durch diesen und das man-
248 gelnde staatliche Engagement beim sozialen Wohnungsbau ist studentisches Wohnen in Groß- und Hochschul-
249 städten in den letzten Jahren wesentlich teurer geworden und stellt die Betroffenen vor enorme Herausfor-
250 derungen: Probleme bei der Suche nach einer adäquaten und kostengünstigen Wohnung, große räumliche
251 Distanzen zur Hochschule, stetig steigende Mietpreise. Letztere führen dazu, dass Studierende mittlerweile
252 mehr als 40% ihres Monatsbudgets für das Gut „Wohnen“ ausgeben müssen und somit ein selbstbestimmtes
253 und unabhängiges Studium in weite Ferne rückt. Trotz dieser Situation stagniert das Angebot an staatlich ge-
254 förderten Studierendenwohnheimen. Deshalb sind wir der Überzeugung: Ein Ausbau von Wohnheimplätzen
255 als Teil einer generellen Ausweitung staatlicher Aktivitäten auf dem Wohnungsmarkt ist zwingend notwen-
256 dig! Gerade öffentlich geförderte Wohnungen sind eine adäquate Möglichkeit um preisgebundenen und/oder
257 mietgeminderten Wohnraum zu schaffen. Hier ist es wichtig gerade mehr Single-Wohnungen zu schaffen, die
258 trotz ihrer kleineren Größe genug Privatsphäre bieten. Darüber hinaus ist auch WG-taugliche Beschaffenheit
259 für Studierende eine Notwendigkeit, worauf Kommunen verstärkt achten müssen. Eine weitere wichtige Rolle
260 spielt auch das Studierendenleben. Hierbei muss neben der räumlichen Nähe von Studierenden auch genug
261 Platz für Entfaltung in Form öffentlicher Plätze geschaffen werden. Außerdem hat sich der Mietpreis für stu-
262 dentischen Wohnraum ausschließlich an die BAföG-Wohnpauschale in Höhe von 224 Euro zu richten.

263 Neben Studierenden stehen aber auch Auszubildende vor großen Herausforderungen bei der Wohnungssu-
264 che. Dabei soll zunächst ein Trugschluss aufgelöst werden: Dass Azubis genug verdienen, um sich gleich eine
265 eigene Wohnung leisten zu können, ist nämlich ein weit verbreiteter Irrtum. Häufig erschweren Bürgschaf-
266 ten, Kautionen oder Sicherheiten die Suche nach den ersten eigenen vier Wänden. Deshalb treten wir für die

267 Schaffung und Förderung von kommunalen Ausbildungswohnzentren ein, die, ähnlich wie Studierendenhei-
268 me, Auszubildenden und jungen Beschäftigten günstigen Wohnraum in Verbindung mit Gemeinschaftsein-
269 richtungen bieten. Gleichzeitig fordern wir Unternehmen auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, und Auszu-
270 bildendenwohnheime zu schaffen. Dabei ist eine gute Kooperation von Seiten der Kommune von Nöten. Hier
271 ist insbesondere auch ein Augenmerk auf die Bedürfnisse von Auszubildenden mit Kind zu richten.

272 Wir wollen nicht, dass Auszubildende und Studierende gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb fordern
273 wir allgemein eine Ausweitung des Angebots an günstigem Wohnraum, der dem Bedarf dieser Gruppen ent-
274 spricht, d.h. vor allem Single-Wohnungen und WG-Zimmer. Da für uns der Grundsatz der sozialen Durchmi-
275 schung maßgebend ist, muss diese unter Einbeziehung anderer sozialer Gruppen geschehen, wie jungen Fa-
276 milien, Menschen mit Behinderung, Geflüchteten oder SeniorInnen.

277 **Wohnen auf dem Land**

278 **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse**

279 Für uns Jusos bleibt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land ein maßgebliches und zu
280 verwirklichendes Ziel der Raumordnungspolitik. Trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen wollen wir al-
281 len Menschen den unkomplizierten Zugang zu öffentlichen Ressourcen gewährleisten und ein gutes Leben
282 ermöglichen. Dieser Grundsatz muss aber aus jungsozialistischer Sicht unteretzt werden, damit er mehr als
283 eine Floskel ist. Für uns ist offensichtlich, dass öffentliche Infrastruktur in den vergangenen Jahrzehnten vor al-
284 lem in ländlichen Gebieten unter angeblichen Effizienz Gesichtspunkten abgebaut wurde und vielfach nur noch
285 die unmittelbaren Grundbedürfnisse befriedigen kann. Trotz aller zu beobachtenden Abwanderungstenden-
286 zen wird selbst der periphere ländliche Raum der Bundesrepublik auch in Zukunft der Wohn- und Lebensort
287 von vielen Millionen Menschen sein.

288 **Innen- vor Außenentwicklung**

289 Bei der baulichen Entwicklung des ländlichen Raumes gelten für uns feste Grundsätze, die eine gesteuerte und
290 nachhaltige Entwicklung prägen müssen. Der Innenentwicklung ist auch im ländlichen Raum Vorrang vor der
291 Außenentwicklung zu gewähren. Wir wollen die vorhandenen baulichen Strukturen in den Ortskernen erhalten
292 und neuen Nutzungen zuzuführen. Dafür fordern wir die Schaffung und Ausweitung von Förderprogramme
293 für Innenentwicklung der Dörfer sowie die Sanierung von Immobilien. Die Ausweisung neuer Baugebiete zur
294 Förderung der Eigentumsbildung hat für uns nur eine nachgeordnete Bedeutung. In Einzelfällen kann dies
295 zwar sinnvoll sein, jedoch sind die aus den letzten Jahrzehnten resultierenden raumplanerischen und ökolo-
296 gischen Probleme in weiten Teilen Deutschlands unübersehbar.

297 **Abgestimmte Regionalentwicklung**

298 Um diese Fehlentwicklungen in Zukunft zu verhindern wollen wir Jusos eine wirklich abgestimmte und verbind-
299 liche Regionalplanung etablieren, die klar definiert, in welchem Maße bauliche Neu- und Weiterentwicklungen
300 stattfinden. Hierfür sollen Regionale Planungsverbände und interkommunale Zusammenarbeit gestärkt und
301 gezielt gefördert werden. Grundlage für eine abgestimmte Regionalplanung ist ein abgestimmtes Zentren-
302 konzept. Verschiedene Orte haben unterschiedliche Aufgabenzuschritte, die wiederum die notwendige bauli-
303 che Entwicklungen definieren. Die Regionalplanung soll zu einer gesamtgesellschaftlichen und selbstverständ-
304 lich demokratisch legitimierten Aufgabe weiterentwickelt werden. Interkommunale Zusammenarbeit muss die
305 teilweise schädliche Konkurrenz zwischen verschiedenen Gemeinden ablösen.

306 **Soziale Durchmischung**

307 Bei der Weiterentwicklung ländlicher Strukturen wollen wir die soziale Durchmischung in all ihren Dimensio-
308 nen stärker verankern. Ökonomisch stärkere und schwächer Personen, alte und junge Menschen, Frauen und

309 Männer sollten sich wiederfinden. Bei der Revitalisierung und Erneuerung von Ortskernen soll dieser Aspekt
310 durch entsprechende Initiativen (Angebote für Jugendliche, Mehrgenerationenprojekte etc.) einen besonderen
311 Stellenwert erhalten.

312 **Gegensteuern und Anpassungsstrategien**

313 Die schon skizzierten Trends, also insbesondere die zunehmende Verstädterung der Bundesrepublik und mas-
314 siver Zuzug von jungen Menschen in die Großstädte, sind mittlerweile recht stabil. Der ländliche Raum kann
315 durch eine an der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse orientierten Politik wieder attraktiver werden. Al-
316 lerdings werden wir die globalen Trends kaum umkehren können. Daher wird die Anpassung an sinkende
317 Bevölkerungszahlen stellenweise nicht zu vermeiden sein. Trotzdem bleibt für uns die Aufrechterhaltung der
318 öffentlichen Daseinsvorsorge weiterhin zentral. Aktives Gegensteuern und die Anpassung an sich ändernde
319 Gegebenheiten sollten immer Hand in Hand gehen. Das bedeutet planvolle Konzentration auf der einen, aber
320 eben auch Investition in Infrastruktur, auf der anderen Seite.

321 **Leerstandsmanagement**

322 Vor allem auf dem Land, aber auch in Städten in eher peripheren Räumen entwickelt sich der Leerstand von
323 Wohnungen und Geschäften und ganzen Häusern zu einem Problem, dass die Kommunen in ihrem funktiona-
324 len Zusammenhalt bedroht. Dies ist der Beginn einer Abwertungsspirale. Denn je mehr Leerstand und Verfall
325 der aufgegebenen Objekte, umso mehr potenzielle MieterInnen oder InvestorInnen werden abgeschreckt und
326 Verfallstendenzen verfestigen sich. Grund für den Leerstand ist die Abwanderung aus peripheren Räumen, im
327 Bereich der Ladenlokale unter anderem auch die Schwächung des Einzelhandels durch den zunehmenden
328 Internethandel. Dieser Leerstand der Innenstädte und im ländlichen Raum kann als Problem gesehen werden
329 – oder als Chance auf Veränderung! Politik und Verwaltung sind aufgefordert die Ansiedlung von jungen, krea-
330 tiven Projekten, Start-Ups und kulturellen Angeboten durch die Schaffung eines kommunalen Leerstandsma-
331 nagement zu fördern. Die bürokratischen und finanziellen Hürden bei der (Zwischen-)Nutzung – insbesondere
332 bezogen auf städtische Liegenschaften – sind so niedrig wie möglich zu halten. Im Bereich der Wohnungen lie-
333 gen die Gründe für den Leerstand zum einen im demographischen Wandel, zum anderen aber bleiben oft
334 ganze Wohnblocks ungenutzt, weil dies für EigentümerInnen profitabler ist als eine komplette Sanierung, Frei-
335 machung oder Neubau.

336 In großen Städten findet sich teils ein von finanziellen Einzelinteressen geprägter Leerstand: Lokalitäten, die
337 nicht zu einem erwarteten Mietniveau auf den Markt gebracht werden können, werden lieber leer stehen
338 gelassen, als sie "unter Wert" zu vermieten.

339 Abgesehen vom beschriebenen Leerstand in Ladenlokalen zeigt sich auch ein gewollter Leerstand von Wohn-
340 flächen. Hier ist politisch einzuschreiten, wenn ein hohes öffentliches Interesse an der Umsetzung der ange-
341 dachten Nutzung als Wohnraum besteht. Denn die Bekämpfung vom Leerstand ist nicht nur ein gesellschaftli-
342 ches Anliegen. Immobilien verkommen zu lassen oder Grundstücke brachliegen zu lassen verstößt gegen das
343 Grundgesetz. Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes: „(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich
344 dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Hier darf Politik nicht einfach nur zuschauen. Eigentum verpflichtet,
345 egal wo!

346 Eine Möglichkeit diesen Entwicklungen entgegenzutreten liegt für uns Jusos in einem kommunalen Leerstands-
347 management. Dieses besteht aus der laufende Kartierung von leerstehenden Immobilien, die Analyse und
348 Einordnung der Ursachen für den jeweiligen Leerstand sowie der Erfassung von Leerstandsrisiken. Im nächs-
349 ten Schritt müssen mit den betreffenden AkteurInnen auf Basis des bestehenden oder potenziellen Bedarfs
350 zukünftige Nutzungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Das kommunale Leerstandsmanagement tritt hier als
351 Vermittlerin von Angebot und Nachfrage auf. Bei der Katalogisierung des vorhandenen Leerstands sind Poli-
352 tik und Verwaltung in mehrfacher Hinsicht gefragt: Es müssen vorhandenen Kataster zur Verfügung gestellt
353 und ausgeschöpft werden; die Stadt muss Bereitschaft dazu zeigen, städtische Liegenschaften zur Verfügung
354 zu stellen. Zudem sollen bestehende Kooperationen im Immobilienmanagement ausgebaut werden, sodass
355 Eigentümer der Gebäude und Freiflächen (Privatpersonen, Firmen, Erbgemeinschaften, Banken, Immobili-
356 engesellschaften) an einen Tisch gebracht werden können. Auch Zwischennutzungskonzepte sollen verwirk-

357 licht werden um gemeinnützigen, (sozio-)kulturellen, gemeinschaftlichen Initiativen aber auch Gewerbe- und
 358 Büroraum befristet kostengünstigen Raum zu Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Häuser in bewohn-
 359 barem Zustand zu halten. Auf dem Dorf könnten leerstehende Häuser übergangsweise auch als BürgerIn-
 360 nenhäuser oder gemeinschaftlich geführte Dorfläden genutzt werden und so auch zur Belebung des Dorfes
 361 beitragen.

362 Die Wandlung der Stadtzentren von reinen Einkaufs- und Dienstleistungszentren hin zu lebendigen, kulturell
 363 aufgewerteten Gegenden geht mit einer veränderten Wahrnehmung der Innenstadt als öffentlichen Lebens-
 364 raum einher. Sie induziert ein Mehr an sozialer Kontrolle, eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls und potentiell
 365 auch einen Rückgang von Vandalismus und öffentlichem Zerfall. Ein gut geplantes und umgesetztes Leer-
 366 standsmanagement kann frühere Versäumnisse in Stadtplanung aufarbeiten sowie Trostlosigkeit und Lücken
 367 in der Stadtgestaltung bekämpfen.

368 Je nach Organisation der Stadtverwaltung sowie den genauen Zielen des lokalen Leerstandsmanagements
 369 kann die Aufgabe beispielsweise im Stadtmarketing, in der kommunalen Wirtschaftsförderung oder den Stadt-
 370 entwicklungsorganen angesiedelt sein

371

372 **Besetzung legalisieren!**

373 Immer wieder wird Leerstand so lange ungenutzt gelassen, bis es von Menschen besetzt wird. In der Regel
 374 folgen dann Räumungsklagen und die Immobilie bleibt weiterhin ungenutzt. Im besten Fall hat die Besetzung
 375 eine solche öffentliche Diskussion angeregt, dass der oder die EigentümerIn unter Druck gesetzt wurde. Wir
 376 fordern daher die Legalisierung der Nutzung von länger bestehendem Leerstand auch ohne explizite Einwil-
 377 ligung des Eigentümers bzw. der Eigentümerin. Dabei muss die Immobilie vorher einen längeren Zeitraum
 378 ungenutzt gewesen sein und dem Eigentümer / der Eigentümerin darf kein finanzieller Schaden entstehen,
 379 laufende Kosten und Reparaturen müssen also von den NutzerInnen gezahlt werden. Wenn der Eigentümer
 380 oder die Eigentümerin eine beabsichtigte Weiternutzung nachweisen kann, kann den BewohnerInnen binnen
 381 einer Frist gekündigt werden. Dabei wollen wir uns an bestehende europäische Modelle anlehnen.

382 **Investitionen in Infrastruktur**

383 Um dem Leerstand auf dem Land offensiv entgegenzusteuern, bedarf es einer Strategie für Investitionen in
 384 Infrastruktur, um Wohnen auch im ländlichen Raum wieder attraktiver zu machen. Technische Infrastruktur
 385 für Vernetzung und Digitalisierung aber auch die Investition in Mobilität können geeignet sein die traditionellen
 386 Nachteile des ländlichen Raumes aufzuheben, und es ermöglichen, dass seine Stärken zum tragen kommen
 387 können.

388 Zur Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bedarf es Investitionen in Infrastruktur und Mobi-
 389 lität. Mit ausreichend schnellem Internet und Ausbau der Breitbandversorgung können sich auch gewerbliche
 390 Nutzungen im ländlichen Raum ansiedeln. In Kombination mit neuen Konzepten im Bereich der E-Mobilität
 391 soll der bestehende ÖPNV weiterentwickelt werden und so auch den BewohnerInnen in ländlicheren Gebie-
 392 ten Zentralität im weiteren Sinne garantieren. Das Pendeln vom Dorf in näher gelegene Städte könnte so
 393 attraktiver werden und gleichzeitig die Umweltverschmutzung reduzieren.

394 **Für gerechtes Wohnen fordern wir:**

- 395 • **Wir wollen guten und bezahlbaren Wohnraum für alle. Jede/r soll in der Lage sein, sich frei zu**
 396 **entscheiden, wo und wie er oder sie lebe möchte. Egal ob Stadt oder Land.**
- 397 • **Aufstockung und erfahrungsbasierte Weiterentwicklung des Programms "Soziale Stadt" im Rah-**
 398 **men der Städtebauförderung.**
- 399 • **Schärfung und Anwendung vorhandener wohnungspolitischer Instrumente, wie der Mietpreis-**
 400 **bremse, des Mietpreisspiegels und Milieuschutz- und Zweckentfremdungssatzungen.**

- 401 • **Schaffen von neuem, preisgebundenem und/oder mietgemindertem Wohnraum durch öffent-**
- 402 **lich geförderten sozialen Wohnungsbau. Außerdem Ausweitung zielgruppenspezifischer Wohn-**
- 403 **angebote für Studierende und Auszubildende (Singlewohnungen, WG-taugliche Wohnungen,**
- 404 **Studierenden- und Auszubildendenwohnheime).**
- 405 • **Sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten bedarf es eines intelligenten Leerstandsma-**
- 406 **agements, der Investitionen in Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung sowie einer abge-**
- 407 **stimmten Regionalplanung und Raumordnungspolitik.**

408 **Mobilität als Schlüssel zur Daseinsvorsorge**

409 Ziel staatlichen Handelns muss es sein, jedem Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht und sozialer Schicht
 410 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Folglich ist dies auch der Anspruch an die Mobilität. Sie
 411 ist ein Grundrecht und zwingende Voraussetzung dafür, dass nicht der Wohnort eines Menschen darüber
 412 entscheidet, ob ihm oder ihr wirklich alle Wege offen stehen. Mobilität ist öffentliche Daseinsvorsorge und als
 413 solche, wie alle anderen Elemente der Daseinsvorsorge auch, ein öffentliches Gut. Der diskriminierungsfreie
 414 Zugang zu Mobilität, zu Energie- und Wasserversorgung, zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur, Sport und
 415 vielem mehr ist nicht weniger als der Schlüssel zu den zentralen Errungenschaften unserer Gesellschaft. Ob
 416 wir eine gerechte Gesellschaft sind, das hängt wesentlich an der Frage, ob dieser Zugang wirklich allen offen
 417 steht.

418 Insbesondere der ländliche Raum, der vielerorts seit Jahren aus Gründen der Demographie, insbesondere
 419 aber auch aus Gründen der politischen Phantasielosigkeit durch einen Abbau verschiedener Formen der In-
 420 frastruktur gekennzeichnet ist, braucht schlüssige Mobilitätskonzepte als Türöffner für zukunftsfähige und
 421 inklusive Gesellschaftsentwürfe. Die Gewährleistung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung, die Abde-
 422 ckung wesentlicher Bildungsbedürfnisse oder auch die Bereitstellung vielfältiger kultureller Angebote werden
 423 allein schon haushalterisch vielerorts zu echten Herausforderungen oder sind es bereits. Mobilität allein ver-
 424 mag keine Klammer zu sein, die all diese Probleme unmittelbar lösen kann. Doch keines der Probleme wird
 425 ohne schlüssige Mobilitätskonzepte zu lösen sein.

426 Mobilität hat die Aufgabe, subjektiv oder objektiv lange, vielleicht gar unüberwindbare Wege für Menschen
 427 kurz zu machen. Eine Mobilität, die unseren jungsozialistischen Ansprüchen gerecht wird, macht Räume kom-
 428 pakter und lässt verschiedene Infrastrukturen im Sinne einer bestmöglichen Nutzbarkeit ineinander greifen
 429 – beispielsweise durch die bewusste Implementierung von Verkehrsknotenpunkten an Orten der sozial oder
 430 kulturell relevanten Orten. Kurz: Mobilität ist der Zugang zu unabdingbaren Angeboten der Gesellschaft und
 431 des Sozialstaates, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht vor der Haustür einer oder eines jeden
 432 angeboten werden können.

433 **Städtische Mobilität**

434 **Mobilität schafft Hierarchien**

435 Um 1900 konnte der öffentliche Straßenraum noch vielfach unreguliert und frei genutzt werden, da vornehm-
 436 lich langsame Fahrzeuge auf den Straßen unterwegs waren. Mit der Zunahme des Autoverkehrs kam es auch
 437 vermehrt zu Unfällen, die dieser unter den „normalen“, gegebenen Bedingungen produzierte. Dies machte
 438 eine strengere Regulierung notwendig. Doch anstatt die Freiheit des Einzelnen zu sichern, wurde das Auto
 439 im Straßenverkehr privilegiert. Die Menschen sollten sich, bspw. durch die systematische Verkehrserziehung,
 440 schneller an die Motorisierung anpassen. Dieser Prozess bedeutete, dass sich der oder die Schwächere der
 441 oder dem Stärkeren anzupassen hatte. Das Automobil eroberte gewissermaßen den öffentlichen Raum ‚Stra-
 442 ße‘. Die übrigen StraßenbenutzerInnen wurden an den Rand gedrängt und ihr Verhalten durch die Reglemen-
 443 tierungen stark eingeschränkt. Dadurch büßte die Straße ihre Funktion als eigentlicher Lebensraum ein und
 444 wurde zum reinen Transitraum.

445 Und trotz der Omnipräsenz des Autos in den Städten beträgt der Anteil des Autoverkehrs an den Gesamt-
 446 verkehrsleistungen weniger als die Hälfte. Denn der größte Teil der Strecken in der Stadt wird immer noch

447 per Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß zurückgelegt, da die alltägliche Mobilität darin be-
448 steht nur kurze Distanzen zu überwinden. Dieses Verhältnis spiegelt sich nicht in der Verkehrsinfrastruktur
449 wider.

450 Seit den 1960er Jahren wird das Auto in der Planung der Stadt und der Straßenräume privilegiert. Durch die
451 Planung für das Auto manifestieren sich Machtstrukturen. Männlicher Verkehr und weiblicher Verkehr, wohl-
452 habend und arm. Zusätzlich schadet das Auto fortwährend der Umwelt.

453 **Den MIV in seine Schranken weisen**

454 Die Sozialdemokratie muss sich den alten, aber auch den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts für
455 Mobilität in urbanen Räumen stellen. Einerseits steigt der private und wirtschaftliche Verkehr weiterhin an,
456 was zu einer Verknappung von öffentlichen Flächen führt und andererseits steigt mit zunehmender Mobili-
457 tät die Belastungen der Umwelt. Beide Komponenten erfordern ein Umdenken in der urbanen Mobilität. Der
458 öffentliche Raum in unseren Städten ist zumeist so gestaltet, dass er dem Auto, als stärkstem Verkehrsteilneh-
459 mer, ein Maximum an Rechten einräumt. Für das Auto wurden die Straßen gebaut, auf denen es zum größten
460 Teil uneingeschränkt Vorfahrt hat. Andere Verkehrsteilnehmer werden buchstäblich an den Rand gedrängt.
461 Wer am Straßenverkehr teilnehmen will, muss sich der Straßenverkehrsordnung unterordnen, die diese Ver-
462 hältnisse zementiert. Ziel muss es sein diesen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Zentraler Punkt ist die
463 Stärkung des Umweltverbundes in Kern- und Innenstädten gegenüber dem bisher dominierenden motorisier-
464 ten Individualverkehr (MIV). Rückgrat des Umweltverbundes ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV).
465 Diesen gilt es – in Einklang mit den lokalen Voraussetzungen und Bedürfnissen – auszubauen und darauf zu
466 achten, die Konnektivität zu anderen Mobilitätsformen des Umweltverbundes, also Fuß- und Radverkehr, als
467 auch Bike- und Carsharing zu verbessern. Die Konnektivität ist wesentlich, um den Umweltverbund langfristig
468 zu stärken. Dies umfasst einen optimalen Übergang zwischen den einzelnen Mobilitätsformen des Umwelt-
469 verbundes durch zu verbessernde Mobilitätsstationen als auch ein gemeinsames Abrechnungssystem. Auch
470 ein Umstieg vom MIV mittels Park & Ride muss in den peripheren Stadtlagen verstärkt werden. Um dies zu
471 ermöglichen bedarf es mehr finanzieller Unterstützung von Bund und Ländern, die eine urbane Mobilitäts-
472 transformation langfristig ermöglichen müssen.

473 **Mobilität(en) der Zukunft politisch forcieren**

474 Weiterhin muss es zu einem Umdenken in der Planung von Mobilität kommen. Mobilitätsbedürfnissen wer-
475 den durch die Fortbewegungsform gestillt, die opportun erscheint. Folglich wird die Mobilitätsform gewählt,
476 die am einfachsten zu realisieren ist. Wichtige Größen sind hierbei der Zeit- und Kostenaufwand. Diese kann
477 der Staat beeinflussen. Ermöglicht wird dies nicht nur durch den Ausbau des ÖPNV und die Verstärkung der
478 Konnektivität zwischen den Mobilitätsformen des Umweltverbundes, sondern durch die Stärkung aller Mobi-
479 litätsformen des Umweltverbundes. Somit müssen verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen, Fußgänger-
480 zonen, Car- und Bikesharingstationen ausgebaut werden. Es gilt die bestehende Bevorzugung des MIV hin zu
481 einer stärkeren Gleichberechtigung der unterschiedlichen Mobilitätsformen voran zu bringen. Dies ist ohne
482 einen mobilitätspolitischen Kulturkampf leistbar.

483 Insbesondere ist aber bei der Förderung neuer Mobilitätsformen und vernetzter Intermodalität nicht aus dem
484 Blick zu verlieren, dass nicht alle in unserer Gesellschaft einen Zugang zu den digitalen Kommunikationsmitteln
485 besitzen, die viele der neuen Formen der geteilten Mobilität erst ermöglichen. Wir müssen verhindern, dass
486 diese „digitale Spaltung“ zu sozialer Benachteiligung führt, Teilhabe am öffentlichen Leben verhindert und
487 Erscheinungsformen der Mobilitätsarmut befördert.

488 Neben der Stärkung des Umweltverbundes müssen negative Auswirkungen des MIV, wie Luftverschmutzung,
489 Lärm und Flächenverbrauch, reduziert werden. Mögliche Mittel sind hierbei Temporeduktion, der Ausbau von
490 Umweltzonen oder die Schaffung von Mautbereichen. Eine effizientere Parkraumbewirtschaftung, die den
491 Wert einer innerstädtischen Parkfläche voll einpreist, als auch modernere Stellplatzsatzungen, die die Poten-
492 tiale von Fahrrad und Sharingsystemen beachten, sind wichtige Stellgrößen, die es zu ändern gilt. Ziel ist es
493 Durchgangsverkehr des MIV umzuleiten und Pendlerströme des MIV mit Mobilitätsformen des Umweltverbun-

494 des zu substituieren. Anliegerverkehr soll weiterhin möglich sein, sollte jedoch stärker kontrolliert werden, um
 495 nicht bloße Scheinregelung zu sein.

496 **Ländliche Mobilität**

497 **Mobilität als Schicksalsfrage der (peripher) ländlichen Räume**

498 Auch ländliche Räume stehen vor Herausforderungen, die allgemeine Trends schaffen. Eine geringe Gebur-
 499 tenrate und das negative Wanderungssaldo führen in peripheren Räumen zu einer Reduktion der Bevölke-
 500 rungsdichte. Zugleich steigt der Anteil der nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerung. Bedingt wird dies unter
 501 anderem durch geburtenstarke Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in das Rentenalter eintreten, als auch
 502 durch die steigende Lebenserwartung. Eine weitere Herausforderung, die damit einher geht, ist eine stärker-
 503 re Konzentration der Bevölkerung und der öffentlichen Daseinsvorsorge in Unter- und Mittelzentren. Diesen
 504 Herausforderungen gilt es für eine zukünftige Mobilität in der ländlichen Peripherie Rechnung zu tragen, die
 505 den eingangs gestellten Zielen Rechnung trägt.

506 Folglich verfolgt öffentliche Mobilität das Ziel, alle Menschen zu befähigen, ihr Leben frei und selbstbestimmt
 507 gestalten zu können und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Gerade eine schrumpfende und alternden
 508 Bevölkerung bedarf neuer öffentlicher Mobilitätskonzepte. Oftmals sind die Nahverkehrspläne und damit der
 509 ÖPNV primär auf den SchülerInnenverkehr ausgerichtet. Da wir Jusos uneingeschränkt hinter der Forderung
 510 "kostenfreie Bildung" stehen, diese jedoch durch indirekte Kosten immer wieder umgangen wird, ist ein weite-
 511 rer Schritt in diese Richtung die direkte finanzielle Beteiligung des Bundes an der kostenfreien SchülerInnen-
 512 und Azubibeförderung. Ein sinkender Anteil an SchülerInnen an der Gesamtbevölkerung wird bei Beibehal-
 513 tung

514 437des bisherigen ÖPNV zu weiteren Ineffizienzen führen. Hauptproblem stellen die individuellen Mobilitäts-
 515 bedürfnisse dar, die schwer mit einem starren ÖPNV zu vereinbaren sind. Es gilt, neue Konzepte zu entwickeln,
 516 die die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt rücken, die aus sozialen und körperlichen Gründen
 517 nicht auf den MIV zurückgreifen können und daher auf ein staatliches Angebot angewiesen sind. Ziel muss es
 518 sein, diesen den Zugang zur öffentlichen Daseinsvorsorge, die sich immer mehr auf die Unter- und Mittelzen-
 519 tren zurückzieht, zu ermöglichen. Bund und Länder müssen die peripheren Landkreise und Kommunen dabei
 520 unterstützen, neue öffentliche Mobilitätskonzepte zu entwickeln und dabei auch über starre Zuständigkeits-
 521 grenzen hinaus zu denken.

522 **Ohne Mobilität keine Daseinsvorsorge – und vice versa**

523 Schlüsselemente eines modernen ÖPNV müssen flexiblere Angebote, wie z.B. Anruf-Sammel-Taxi (AST) sein.
 524 Auch muss in betracht gezogen werden, wie bisheriger MIV als Hybrid fungieren und ÖPNV-Leistungen so-
 525 mit ergänzen kann. Hier gilt es, technische Infrastruktur bereit zu stellen, die Landkreise und Kommunen nur
 526 schwer allein zur verfügung stellen können. Konkret ist der Bund gefordert, Schlüsselemente zu finanzie-
 527 ren. Dies sind öffentliche Mobilitätskonzepte, die Bereitstellung von Angebotsplattformen für AST und MIV-
 528 Mitnahme. Zudem muss, und das scheint die Schlüsselfrage für die Zukunftsfähigkeit der Infrastruktur im
 529 ländlichen Raum zu sein, die sonstige öffentliche Daseinsvorsorge intelligent an den ÖPNV angebunden sein.
 530 Ein Schwimmbad oder eine Stadtbibliothek, die nicht oder nur unzureichend an den ÖPNV angebunden ist,
 531 muss der Vergangenheit angehören. Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentliche Mobilität müssen gemein-
 532 sam gedacht, geplant und verzahnt werden.

533 **Unsere Forderungen für einen ÖPNV, der Sozialräume stärkt:**

- 534 • **Stärkung des ökologischen und nachhaltigen ÖPNV und Entlastungen der verdichteten Wohn-**
 535 **quartiere vom MIV.**

- 536 • **Förderung und qualitative Evaluierung neuer und weitgehend unerprobter Mobilitätsformen,**
- 537 **ihres intelligenten Managements und ihrer Teilhabemöglichkeiten (Anruf-Sammel-Taxis, Kombi-**
- 538 **Funktions-Busse, lokale Sharing-Modelle u.ä.).**
- 539 • **Die zweckgebundene und bedarfsgerechte Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bun-**
- 540 **des, bei der kein Bundesland und Stadtstaat zum Status quo benachteiligt wird**
- 541 • **Finanzielle Beteiligung des Bundes an der kostenfreien SchülerInnen- und Azubibeförderung**
- 542 • **Die Förderung zielgruppenspezifischer Ticketangebote (z.B. SchülerInnen-, Azubi-, Sozial- oder**
- 543 **Jobtickets), um die betreffenden Gruppen zu mobilisieren und gleichzeitig eine zusätzliche Nach-**
- 544 **frage für den ÖPNV zu generieren.**
- 545 • **Die Auswahl, Förderung und wissenschaftliche Begleitung von Modellregionen, in denen fahr-**
- 546 **scheinloser ÖPNV praxisnah erprobt werden kann mit dem Ziel, solche Angebote flächende-**
- 547 **ckend zu etablieren.**
- 548 • **Die Etablierung eines festen Angebotes aus den Bundesministerien für Verkehr und Bauen, um**
- 549 **Landkreisen bei der Erarbeitung eines individuellen, inklusiven und zukunftsgerichteten Kon-**
- 550 **zepts für eine kombinierte Raum-, Mobilitäts- und Daseinsvorsorge-Strategie zu unterstützen.**
- 551 •

552 **Mehr Demokratie und Teilhabe verwirklichen**

553 Für uns Jusos ist "Mehr Demokratie wagen" bis heute eines der Leitmotive und Antrieb unseres politischen
 554 Wirkens. Beteiligung, Teilhabe, Mitwirkung und Vertretung sind daher wichtige Prinzipien, die wir für alle Bür-
 555 gerInnen auf allen politischen Ebenen verwirklicht sehen wollen. Wir wissen, dass Partizipation an Vorausset-
 556 zungen und Ressourcen wie Zeit, Geld, Wissen und Fähigkeiten geknüpft ist. Deshalb wollen wir Vorausset-
 557 zungen schaffen, zur Beteiligung befähigen und Partizipationshürden abbauen. Selbstwirksamkeitserfahrun-
 558 gen sind das beste Mittel gegen Politikverdrossenheit und antidemokratische Einstellungen. Sie lassen sich
 559 am besten vor Ort realisieren. Den eigenen Kiez, die eigene Nachbarschaft, Stadt oder Dorf mitzugestalten
 560 schafft unmittelbare Veränderungen im eigenen Lebensumfeld. Bürgerschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten
 561 auf kommunaler Ebene sind daher zentral für unserer Demokratie.

562 Dennoch verschließen wir unsere Augen nicht davor, dass Beteiligungsinstrumente Menschen mit unter-
 563 schiedlichen Voraussetzungen sehr unterschiedliche reale Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidun-
 564 gen eröffnen. Bei aller sozialen Selektivität, die wir auch bei Wahlen beobachten müssen, bleiben sie doch
 565 auf allen Ebenen das wichtigste und breitenwirksamste Beteiligungselement unserer Demokratie. Keine an-
 566 dere Partizipationsform wird durch annähernd so viele Menschen genutzt und kann vergleichbar gut unter-
 567 schiedliche Interessen und Perspektiven in den politischen Prozess einspeisen. Repräsentativ-demokratische
 568 Verfahren sowie Entscheidungshoheiten von Parlamenten und Räten wollen wir deshalb durch direkte Betei-
 569 ligungsmöglichkeiten ergänzen, nicht ersetzen.

570 **Beteiligung organisieren**

571 Gerade auch strukturpolitische Maßnahmen und Veränderungsprozesse in Stadt und Land können nicht oh-
 572 ne die angemessene Beteiligung der BürgerInnen erfolgen. Ihre Mitnahme ist Grundlage für die Akzeptanz
 573 politischer Entscheidungen und Identifikation mit der lokalen Gemeinschaft. Um jedem Menschen ein selbst-
 574 bestimmtes Leben zu ermöglichen, müssen im urbanen und ländlichen Raum vermehrt Möglichkeiten ge-
 575 schaffen werden, die eigene Lebensrealität und die Entwicklung der Gesellschaft und des gegenwärtigen und
 576 zukünftigen Lebensraums mit zu gestalten. Dabei soll für die Bedarfe aller Menschen Sichtbarkeit geschaffen
 577 werden, um sie in die Umsetzung einzubeziehen. Hierzu gilt es vor allem die Beteiligung von Frauen und LSBT-
 578 TIQ* sicherzustellen und gezielt zu fördern, damit Gender-Mainstreaming in der Regional- und Stadtplanung
 579 konsequent umgesetzt werden kann.

580 Bereits heute bestehen zahlreiche Möglichkeiten zur Beteiligung, sie sind jedoch oft bürokratisch, kompliziert
581 und zu wenig an den Bedürfnissen von BürgerInnen orientiert. Um niedrigschwellige und breite BürgerInnen-
582 beteiligung zu organisieren, reicht die Bekanntmachung eines Bebauungsplans im Amtsblatt und dessen Ausle-
583 gung in einem Seitenzimmer des Rathauses nicht aus. Deshalb wollen wir die frühzeitige, voraussetzungsarme
584 und bürger- statt verwaltungsorientierte Einbeziehung von möglichst allen EinwohnerInnen an Planungspro-
585 zessen auf kommunaler Ebene flächendeckend sicherstellen. Deshalb wollen wir, dass Beteiligung offen ist,
586 indem Anliegen, Bedürfnisse und Ideen z.B. auf Bürgerversammlungen, Bürgerforen oder Zukunftswerkstät-
587 ten eingebracht werden können. Dabei setzen wir auf projektbezogene Beteiligung, die in zeitlich begrenztem
588 Rahmen zu klar abgesteckten Themen erfolgt und dadurch Möglichkeiten schafft, sich auch kurzfristig und
589 punktuell entsprechend der eigenen Interessen und Ressourcen einzubringen. Um ein Grundsatzproblem ge-
590 lingender Beteiligung möglichst vieler Menschen zu lösen, sollen öffentliche Sitzungsunterlagen kommunaler
591 Gremien im Internet (bspw. in Form von Ratsinformationssystemen) zugänglich gemacht werden. Des Weiteren
592 sollen die zuständigen Landesregierungen den Kommunen Musterexemplare von Transparenzsatzungen
593 zur Verfügung stellen.

594 Gelingende Beteiligung setzt Transparenz von Abläufen und Verfahren ebenso voraus, wie über Handlungss-
595 spielräume und Grenzen von Entscheidungsmöglichkeiten. Um diese zu erweitern, müssen Kommunen über
596 entsprechende Ressourcen verfügen. Das bedeutet zum einen, durch eine angemessene Finanzausstattung
597 der Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen, die über die Erfüllung von Pflichtaufgaben substan-
598 ziell hinausgehen und dadurch reale Entscheidungsmacht in die Hände von kommunalen Parlamenten und
599 BürgerInnen legen. Zum anderen kann auch verwaltungsseitig Beteiligung nicht nebenbei organisiert werden.
600 Es braucht die notwendigen Ressourcen, um zentrale AnsprechpartnerInnen für Bürgeranliegen zu etablieren
601 und Personalstrukturen zur Organisation von Beteiligungsprozessen zu schaffen.

602 Die gebotene Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung kann und soll die Arbeit kommunaler Räte und Parla-
603 mente nicht ersetzen, sondern sie ergänzen und unterstützen. Starke Kommunalparlamente sind dazu ebenso
604 notwendig wie reale Möglichkeiten zur Beteiligung an Kommunalpolitik. Gerade auch hier müssen strukturelle
605 und gesellschaftliche Hemmnisse abgebaut werden, die Frauen* an einer effektiven Selbstrepräsentation hin-
606 dern, weil auf ihnen in besonderer Weise zusätzliche Kosten für Kinderbetreuung und Mobilität lasten, wenn
607 sie ehrenamtlich tätig sind. Arbeitsweise, Sitzungszeiten, Arbeitsbelastung im Ehrenamt und weitere Rahmen-
608 bedingungen müssen daher so gestaltet sein, dass sie Vereinbarkeit mit Beruf und Familie ermöglichen. Dies
609 ist im Interesse aller kommunalpolitisch Engagierten, gleichzeitig aber auch ein wichtiger Beitrag zu mehr Ge-
610 schlechtergerechtigkeit in der lokalen Demokratie.

611 **Moderne Verwaltung und Digitalisierung voranbringen**

612 Die Digitalisierung von Verwaltungsstrukturen bietet gewaltige Potentiale, Verwaltungsabläufe effizienter und
613 bürgernäher zu gestalten, Ressourcen zu sparen und Prozesse für Verwaltungende sowie für BürgerInnen zu ver-
614 einfachen und zu demokratisieren. Dazu müssen flächendeckend Formen der E-Governance entwickelt und
615 eingeführt werden. Leichter verfügbare Informationen und entfallende Wege bieten Vorteile für alle. Beson-
616 ders profitieren könnten jedoch ländliche Räume mit weiten Wegen und Menschen mit Mobilitätseinschrän-
617 kungen durch körperliche Behinderung, Krankheit, Alter oder knappe finanzielle Ressourcen.

618 Die notwendigen Anstrengungen zum Verwaltungsumbau sind von den Kommunen allein nicht zu bewälti-
619 gen. Wir fordern daher, dass der Bund verbindliche und handhabbare Standards schafft – z.B. bei der elek-
620 tronischen Signatur – und offene Softwarelösungen für die digitale Verwaltung voranbringt, die auch für die
621 Kommunen nutzbar sind. Ein Bundesprogramm Digitale Verwaltung soll die flächendeckende technische Aus-
622 stattung von Behörden sowie die notwendige Weiterbildung und Schulung der VerwaltungsmitarbeiterInnen
623 sicherstellen. Mit der Einführung verbundene Herausforderungen wie die effektive Sicherstellung des Daten-
624 schutzes und wirksame Maßnahmen zum schließen des digital divide – sowohl zwischen jung und alt als auch
625 zwischen reich und arm – sollen dabei zwingend Beachtung finden.

626 Eine moderne Verwaltung muss jedoch nicht nur mit dem technischen Wandel Schritt halten, sie muss sich
627 auch gesellschaftlichen Veränderungen stellen und ihnen offen begegnen. Gleichstellung innerhalb von Ver-
628 waltungsstrukturen ist deshalb ebenso notwendig, wie die effektive Berücksichtigung gleichstellungspoliti-
629 scher Belange aller Art und die Unterbindung jeglicher Diskriminierung. An vielen Stellen braucht es dafür

630 einen umfassenden Kulturwandel, der mit Einzelmaßnahmen eingeleitet und angestoßen werden kann. Wir
631 fordern daher den flächendeckenden Einsatz anonymisierter Bewerbungen, die Stärkung interkultureller Kom-
632 petenz in der Verwaltung durch Fortbildungsmaßnahmen, den Ausbau und die bedarfsgerechte Ausstattung
633 entsprechender Beauftragtenstellen, erhöhte Investitionen in Barrierefreiheit sowie verpflichtende und stan-
634 dardisierte Verfahren zur Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten im Verwaltungshandeln.

635 **Ehrenamt fördern**

636 Das Ehrenamt bietet für viele Menschen in Deutschland einen Ort zur Selbstverwirklichung und zur Gestal-
637 tung des eigenen gesellschaftlichen Umfelds. Es schafft nicht nur Orte des Teilhabens und Teilseins im ge-
638 meinsamen Handeln, sondern trägt in fast allen gesellschaftlichen Bereichen Aufgaben und Angebote, die
639 entscheidend für die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden sind und zu einem solidarischen Mitein-
640 ander beitragen. Dies gilt für Stadt und Land gleichermaßen, ist aber in Regionen mit geringer Angebotsdichte
641 besonders zentral.

642 Wir wollen deshalb ehrenamtliches Engagement stärker fördern und unterstützen. Dies bedeutet für uns zual-
643 lerererst, dass Ehrenamt nicht zum Lückenfüller für einen Rückzug des Staates werden darf. Zentrale Aufgaben
644 der öffentlichen Daseinsvorsorge sind durch den Staat zu erbringen und gute Rahmenbedingungen für ehren-
645 amtliches Engagement durch ihn zu gewährleisten. Langfristiges und selbstorganisiertes Engagement braucht
646 Unterstützung in Form von Personal zur Koordination, Räumen und Sachmitteln, die über Regelstrukturen und
647 gezielte Förderprogramme gesichert werden müssen. Wo nötig, sollen ehrenamtliche Aufgabengebiete durch
648 hauptamtliche AkteurInnen unterstützt werden.

649 Ausschlaggebend für eine gute Basis ehrenamtlichen Engagements sind auch Orte der Begegnung, die Anlauf-
650 punkte zum Austausch und Räume für gemeinsame Arbeit sind. Es braucht Treffpunkte, die generationsüber-
651 greifend und multikulturell funktionieren und unabhängig von Einkommen und Bildung für alle gleicherma-
652 ßen zugänglich sind. Um solche Gemeinschaftsorte zu stärken, sollen BürgerInnenhäuser und Stadtteilzentren
653 möglichst flächendeckend etabliert und aufrechterhalten werden. In Dörfern können auch ehrenamtlich und
654 gemeinnützig betriebene Cafés oder Tante-Emma-Läden Anlauf- und Treffpunkte schaffen. Wir setzen uns
655 deshalb dafür ein, dass die Schaffung und Unterstützung von Begegnungsorten in die Förderprogramme von
656 Bund und Ländern bedarfsgerecht einbezogen wird.

657 Darüber hinaus gilt es, an den unmittelbaren Bedarfen von Engagierten anzusetzen, um sie in ihrer Arbeit ab-
658 zusichern, anzuerkennen und zu unterstützen. Wir wollen deshalb die gesetzliche Unfallversicherung über die
659 derzeit erfassten Formen freiwilligen Engagements hinaus ausdehnen und für alle Ehrenamtlichen umfassen-
660 den Versicherungsschutz gewährleisten. Mit dem Modell der Ehrenamtskarte sollen intensiv und langfristig
661 tätigen Ehrenamtlichen Vergünstigungen ermöglicht werden. Vor Ort wollen wir uns für die Schaffung von Mi-
662 krofonds stark machen, die schnell und unbürokratisch geringe Geldsummen für Kleinprojekte zur Verfügung
663 stellen.

664 **Demokratie verteidigen, Zivilgesellschaft stärken**

665 Die Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind eine ge-
666 samtgesellschaftliche Daueraufgabe. Sie kann nicht gelingen, ohne klare Haltung und aktives demokratisches
667 Agieren staatlicher VerantwortungsträgerInnen. Gleichermäßen unerlässlich sind aber eine starke und unab-
668 hängige Zivilgesellschaft, die durch entsprechende Unterstützungsstrukturen begleitet wird. Angesichts der
669 enormen Herausforderungen setzen wir uns für eine Ausweitung des Bundesprogramms "Demokratie le-
670 ben!" auf eigener gesetzlicher Grundlage ein, welche die dauerhafte, mehrjährige sowie institutionelle Förde-
671 rung wichtiger Strukturprojekte insbesondere in den Bereichen Mobile Beratung und Opferberatung sicher-
672 stellt.

673 Angebote der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung wollen wir massiv ausweiten und stärker in Schu-
674 le und Berufsschule verankern. Wissen über Demokratie und Partizipationsmöglichkeiten ist aber nur eine
675 der Voraussetzungen für aktive politische Teilhabe. Demokratische Aushandlungsprozesse, Beteiligung und
676 gemeinsame Entscheidungsfindung müssen auch praktisch erlernt und erfahrbar gemacht werden. Deshalb

677 wollen wir die demokratische Beteiligung in Bildungseinrichtungen vertiefen und das Wahlalter auf 16 Jahre
678 absenken.

679 **Kinder und Jugendliche ernst nehmen**

680 Kinder und Jugendliche sind an allen sie betreffenden Entscheidungen angemessen und altersgerecht zu be-
681 teiligen. Selbstbestimmung, Gestaltungsmacht und praktische Selbsterfahrung sind der Grundstein für aktive
682 Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen und für zukünftiges Engagement. Um die Rechte von Kindern und
683 Jugendlichen zu stärken wollen wir sie im Grundgesetz verankern.

684 Kinder- und jugendfreundliche Kommunen lassen sich nur gestalten, wenn junge Menschen ihre Ideen artiku-
685 lieren können, mitentscheiden dürfen und ihre Perspektive in planerische Prozesse einbezogen wird. Wir spre-
686 chen uns daher für die Einrichtung von Kinder- und Jugendbüros aus, die entsprechende Beteiligungsprozesse
687 organisieren und eine Schnittstelle zu Politik und Verwaltung schaffen. In Kinder- und Jugendparlamenten se-
688 hen wir ebenfalls eine ergänzende Möglichkeit zum politischen Ausprobieren und zur inhaltlichen Beteiligung
689 junger Menschen, wenn ihre Ergebnisse realen Einfluss auf politische Entscheidungen erlangen und nicht zu
690 Scheinbeteiligung führen.

691 Jugend braucht Freiräume zur selbstbestimmten Gestaltung. Dies setzt eine materielle Absicherung voraus, die
692 wir in Form einer Kindergrundsicherung gewährleisten wollen. Ebenso wesentlich ist ein ausreichendes Maß
693 an selbst gestaltbarer Freizeit, die frei von schulischen und anderweitigen Verpflichtungen zur Verfügung ste-
694 hen muss. Und es braucht Orte und Möglichkeiten, gemeinsam mit anderen aktiv zu werden. Deshalb wollen
695 wir Jugend- und Jugendverbandsarbeit flächendeckend absichern und selbstverwaltete Jugendzentren stärker
696 fördern. Aus den genannten Gründen ist es deshalb für uns von essentieller Wichtigkeit, dass Stadt- sowie
697 Kreisjugendringe ausreichend ausfinanziert sind. Oft lässt diese Unterstützung auch in wohlhabenden Kom-
698 munen mehr als zu wünschen übrig. Wir setzen uns für eine verbindliche Quote für Jugendarbeit in den kom-
699 munalen Haushalten ein.

700 **Für mehr Demokratie und Teilhabe in Stadt und Land fordern wir:**

- 701 • **zentrale AnsprechpartnerInnen für Bürgeranliegen und zur Organisation von Beteiligungspro-**
702 **zessen in den Kommunalverwaltungen**
- 703 • **verbindliche und handhabbare Standards für E-Government sowie vom Bund bereitgestellte of-**
704 **ffene Softwarelösungen für die digitale Verwaltung**
- 705 • **ein Bundesprogramm Digitale Verwaltung für die flächendeckende technische Ausstattung von**
706 **Behörden sowie die notwendige Weiterbildung und Schulung der VerwaltungsmitarbeiterInnen**
- 707 • **den flächendeckenden Einsatz anonymisierter Bewerbungen, die Stärkung interkultureller**
708 **Kompetenz in der Verwaltung durch Fortbildungsmaßnahmen sowie verpflichtende und stan-**
709 **dardisierte Verfahren zur Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten im Verwaltungshan-**
710 **deln**
- 711 • **Unterstützung in Form von Personal zur Koordination, Räumen und Sachmitteln für langfristiges**
712 **und selbstorganisiertes ehrenamtliches Engagement**
- 713 • **dass die Schaffung und Unterstützung von Begegnungsorten in die Förderprogramme von Bund**
714 **und Ländern bedarfsgerecht einbezogen wird**
- 715 • **die gesetzliche Unfallversicherung über die derzeit erfassten Formen freiwilligen Engagements**
716 **hinaus auszudehnen und für alle Ehrenamtlichen umfassenden Versicherungsschutz zu gewähr-**
717 **leisten**
- 718 • **die Ausweitung des Bundesprogramms "Demokratie leben!" auf eigener gesetzlicher Grundlage,**
719 **welche die dauerhafte, mehrjährige sowie institutionelle Förderung wichtiger Strukturprojekte**
720 **sicherstellt**

- 721 • **die Absenkung des Mindestwahlalters auf höchstens 16 Jahre für alle Wahlen**
- 722 • **Kinderrechte ins Grundgesetz**
- 723 • **die Einrichtung von Kinder- und Jugendbüros, welche Beteiligungsprozesse organisieren und ei-**
- 724 **ne Schnittstelle zu Politik und Verwaltung schaffen**
- 725 • **die Jugend- und Jugendverbandsarbeit flächendeckend abzusichern und selbstverwaltete Ju-**
- 726 **gendzentren stärker zu fördern**

O4

Titel Wohnraum ist Menschenrecht!

AntragstellerInnen Mecklenburg-Vorpommern

Wohnraum ist Menschenrecht!

1 *Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:*

2 **Bekämpfung von Wohnungslosigkeit als politische Aufgabe begreifen!**

3 Wir Jusos sind der festen Auffassung, dass jeder Mensch ein Recht darauf hat in einer eigenen Wohnung zu
4 leben. Wir sind der Überzeugung das Wohnungslosigkeit einschließlich Obdachlosigkeit, ungesichertem oder
5 ungenügendem Wohnen gesamtgesellschaftliche Phänomene sind, die in erster Linie nicht auf dem individu-
6 ellen Versagen einzelner basieren, sondern durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen und das Versagen der
7 sozialen Marktwirtschaft begründet sind. Wir fordern, die Themen Wohnungs- und insbesondere Obdachlo-
8 sigkeit als politische Probleme zu begreifen, welche es zu lösen gilt.

9 Um die genauen Ursachen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit in der Breite begreifbar und bekämpfbar zu
10 machen, fordern wir deshalb eine bundesweite, einheitliche und vergleichbare Obdach- und Wohnungslo-
11 senstatistik.

12 **Ein Recht auf Wohnraum!**

13 Die Gründe für Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind vielfältig und lassen sich für das Individuum nicht ver-
14 allgemeinern. Es lassen sich jedoch Tendenzen und Ereignisse beschreiben, die sich häufig in den Biographi-
15 en von Betroffenen finden. Ein wiederkehrender Aspekt sind einschneidende Umstände, wie eine Scheidung,
16 häusliche Gewalt oder psychische Erkrankungen. Im Rahmen dessen kommt es zum Verlust des sozialen Um-
17 feldes und damit von sozialen Sicherungen. Eine Folge und Ursache davon ist oftmals der Verlust der Arbeit.
18 Wenn dadurch Mietschulden entstehen und es zu Wohnungsräumungen kommt, ist der Weg in die Wohnungs-
19 und Obdachlosigkeit vorgezeichnet.

20 Der Weg aus dieser Situation ist sehr schwierig, da die Gesellschaft die Betroffenen stigmatisiert. Betroffene
21 haben Probleme einen neuen Vermieter zu finden, da sie keine Arbeit haben, und Probleme eine neue Arbeit
22 zu finden, da sie keinen festen Wohnsitz haben. Darüber hinaus können sie die Erwartungen in ein gepflegtes
23 Erscheinungsbild aufgrund fehlender Hygienemöglichkeiten nicht erfüllen. Das Ergebnis einer solch ausweg-
24 losen Situation kann die Ausbildung oder Verstärkung von bereits bestehenden Drogenabhängigkeiten sein.
25 Dies führt zu noch größeren Akzeptanzproblemen. Weiterhin stellen wir fest, dass unsere Gesellschaft derzeit
26 zwar Institute kennt, die dem Schutz von bereits errungenen Wohnraum dienen (z.B. Art. 13, 14 GG), es je-
27 doch an Instituten mangelt, Wohnraum jenen zugänglich zu machen, die diesen nicht mehr haben. Wir sind
28 der Auffassung, dass wir uns als Gesellschaft in die Pflicht nehmen müssen, Wohnungs- und insbesondere
29 Obdachlosigkeit zu verhindern. Der Grundsatz muss lauten: „Ein einziger Mensch der auf der Straße leben
30 muss, ist einer zu viel.“ Grundsätzlich hat zwar jeder Mensch einen Anspruch auf seiner Menschenwürde ent-
31 sprechenden Wohnraum im Rahmen des bestehenden Sozialsystems, allerdings zeigt die Realität, dass dieses
32 immer wieder Lücken aufweist.

33 Deswegen fordern wir den Art. 13 Grundgesetz, um ein ausdrückliches Grundrecht auf angemessenen Wohn-
34 raum für jeden Menschen zu erweitern. Ziel dieser Erweiterung soll nicht nur die Klarstellung bereits bestehen-
35 der Grundrechte sein, sondern dazu führen, dass die absolute und flächendeckende Verhinderung und Über-
36 windung von Wohnungs- und insbesondere Obdachlosigkeit Staatsziel wird. Es muss die Pflicht des Staates
37 sein Betroffene von Wohnungslosigkeit aktiv aus ihren Notsituationen zu befreien. Hierfür müssen flächende-
38 ckend staatliche Stellen geschaffen werden, die in enger Zusammenarbeit mit den bereits agierenden Trägern
39 privater Wohlfahrt diese Aufgabe übernehmen. Dies staatlichen Stellen sollen neben Sofortmaßnahmen, wie

40 der Linderung des Leides der Obdachlosigkeit und dem Bereitstellen von Notunterkünften, aktive Sozialbera-
41 tung leisten und gezielt auf die Wohnungs- und insbesondere Obdachlosen in den einzelnen Kommunen zu
42 gehen, um diesen Hilfe zur Befreiung aus den individuellen Notsituationen anzubieten. Die Sozialarbeit ist für
43 uns, neben der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, ein zentraler Bestandteil der Hilfe, da auch so der
44 Teufelskreis der Obdachlosigkeit durchbrochen werden kann.

45 **Wohnungslosigkeit vorbeugen**

46 Neben der Bekämpfung bereits existierender Wohnungslosigkeit, braucht es ein staatliches Handeln, welches
47 zukünftiger Wohnungslosigkeit aktiv vorbeugt.

48 Dieses umfasst unter anderem die großflächige Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mittels staatlicher
49 Wohnungsbauprogramme. Derzeit fehlt es bundesweit ca. an 2,7 Millionen Kleinwohnungen (1-3 Zimmer).
50 Grund hierfür liegt in erster Linie in einem jahrelangen Investitionsstau in Verbindung mit der Veräußerung
51 staatlicher und kommunaler Wohnungen an private Investoren. Diese Tendenzen gilt es endgültig zu beenden.
52 Wir Jusos fordern ein groß angelegtes staatliches Wohnungsbauprogramm mit einem massiven Aufwuchs von
53 Sozialwohnungen. Der Ausbau der Wohnungen soll mit staatlichen Wohnungsbaugesellschaften vorgenom-
54 men werden. Außerdem müssen weitere Maßnahmen gegen die Verdrängung von MieterInnen unternom-
55 men werden. Denn gerade in den Großstädten, aber auch in mittleren Städten sollen beispielsweise nicht noch
56 mehr Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden oder Luxussanierungen vorgenommen
57 werden. Deshalb gehören Milieuschutzgebiete in Städten und Ballungszentren massiv ausgeweitet und die
58 gesetzliche Mietpreisbremse endlich nachgebessert.. Ein weiteres Mittel zur Prävention von Wohnungslosig-
59 keit sehen wir in der gezielten Förderung von Alternativen Wohnformen wie z.B. durch die Legalisierung von
60 Wohnungsbesetzungen in leerstehenden kommunalen Gebäuden in Form von „Verwaltungsabkommen“ oder
61 Ähnlichem.

62 **Obdachlosigkeit durch verhinderte Migration**

63 Weiterhin muss beim Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit der Zusammenhang von verhinderter Migrati-
64 on und Obdachlosigkeit klar benannt werden. Die restriktiven Einwanderungshemmnisse der Bundesrepublik
65 Deutschland und der Europäischen Union, sowie die immer weitere Beschneidung des Asylrechts treiben un-
66 zählige Menschen systemisch in die Obdachlosigkeit. Es ist nicht nur beinahe unmöglich für Schutzsuchende
67 auf legalen Weg in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen, sondern das Damoklesschwert der drohen-
68 den Abschiebung, Sprachschwellen und gesamtgesellschaftlicher Rassismus verhindern, dass Menschen, die
69 aus purer Verzweiflung „illegal“ eingereist sind, mit menschenwürdigen Wohnraum versorgt werden. Diese
70 Form der Obdachlosigkeit ist langfristig durch die Durchsetzung eines liberalen Einwanderungsrechtes über-
71 windbar.

72 Kurzfristig fordern wir staatliche Institutionen, die sich um die Versorgung von Obdach- und Wohnungslosen
73 mit Migrationshintergrund kümmern ohne die Namen und Identitäten der Personen an die für die Abschie-
74 bungen zuständigen Behörden weiterzuleiten.

75 **Obdachlosigkeit von LGBTTIAQ*-Jugendlichen**

76 Studien zufolge sind in den USA 40% der jugendlichen Obdachlosen nicht heterosexuell. Auch in Deutschland
77 ist die sexuelle Orientierung immer noch ein Grund, warum Jugendliche obdachlos sind. Jugendliche werden
78 nach ihrem Coming-Out zuhause rausgeschmissen und müssen fortan auf der Straße leben oder sie entschei-
79 den sich aufgrund von Diskriminierung und Mobbing Zuhause, in der Schule oder anderswo dafür von Zuhause
80 fortzugehen. Wir fordern deshalb die Einrichtung von staatlichen Stellen, die sich speziell um die Betreuung
81 von LGBTTIAQ*-Jugendlichen kümmern.

82

P Pflege, Gesundheit & Soziales

P Pflege, Gesundheit & Soziales

P11	Rheinland-Pfalz	Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“	115
-----	-----------------	--	-----

P11

Titel	Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“
AntragstellerInnen	Rheinland-Pfalz

Menstruation ain't free. Menstruieren ist kein Luxus: Für die Abschaffung der „Tampon-Steuer!“

- 1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments auf, sich dafür einzusetzen,
2 dass die EU-Mitgliedsstaaten sich verpflichten, den Steuersatz für Menstruationsprodukte zu senken. Unser
3 ausdrückliches Ziel ist jedoch dafür zu kämpfen, dass menstruierenden Personen der diskriminierungs- und
4 kostenfreie Erwerb notwendiger Hygieneartikel ermöglicht wird und diese Artikel in Einrichtungen für Frau-
5 en* (z.B. Frauen*häuser) und an öffentlichen Orten (Toiletten) kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Darüber
6 hinaus soll die Europäische Union die Anschaffung von Menstruationstassen und Menstruationsunterwäsche
7 subventionieren. Wir fordern die SPD-Fraktion im Bundestag auf, die Mehrwertsteuer auf notwendige Hygie-
8 neartikel auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von aktuell 7% zu senken. Dabei soll sichergestellt werden,
9 dass die Preisnachlässe wirklich bei den VerbraucherInnen ankommen und nicht durch Preiszuwächse niveli-
10 liert werden.
- 11 Desweiteren fordern wir die Schaffung eines Verbandsklagerechts für VerbraucherInnenschutzorganisationen
12 zur Eindämmung ungerechtfertigter Preisaufschläge für inhaltlich im wesentlichen identischen, aber unter-
13 schiedlich „gegenderten“ Produkten des/der gleichen HerstellerIn, sowie ein Verbot von nicht begründbaren
14 Preisaufschlägen auf Produkte für Frauen*, für die es ein ähnliches Männerprodukt gibt.

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U3	Sachsen-Anhalt	Lebensmittelverschwendung entgegenreten	117
----	----------------	---	-----

U3

Titel Lebensmittelverschwendung entgegenreten
AntragstellerInnen Sachsen-Anhalt

Lebensmittelverschwendung entgegenreten

- 1 1. Dass wir Jusos uns für ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung nach dem Vorbild Frankreichs und
2 Italiens engagieren: Demnach werden Supermärkte ab einer Verkaufsfläche von 400 Quadratmetern
3 verpflichtet, noch genießbare Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, an Wohltätigkeitsorgani-
4 sationen zu spenden. Die Prüfpflicht soll dabei nicht bei den Wohltätigkeitsorganisationen liegen. Diese
5 sollen möglichst über kommunale Gremien bezuschusst werden, um die Verteilung an bedürftige Men-
6 schen organisatorisch zu gewährleisten. Ist das Weitergeben von Lebensmitteln nicht möglich, sollen
7 diese möglicherweise verdorbenen Lebensmittel kompostiert oder als Tiernahrung weiterverwendet
8 werden.
- 9 2. Dass wir die SPD auffordern, einen Aktionsplan oder eine Strategie gegen Lebensmittelverschwendung
10 zu entwickeln, die das Ziel verfolgt, bis spätestens 2030 die Verschwendung in Deutschland massiv zu
11 reduzieren. Hierbei sind feste Zielvorgaben für die einzelnen Bereiche der Wertschöpfungskette zu
12 geben und die Unternehmen im Sinne einer „guten fachlichen Praxis“ zu sensibilisieren
- 13 3. Dass wir die SPD auffordern, sich in der Bundesregierung für eine groß angelegte Kampagne einzuset-
14 zen, die in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Bedeutung dieser Problematik schafft. Mit jedem
15 weggeworfenen Lebensmittel gehen eine Menge wertvoller Ressourcen verloren. Daher sollten The-
16 men wie planvolles Einkaufen, die Beachtung von Lagerungshinweisen, die Möglichkeiten von Food-
17 sharing und ein Abkoppeln vom Mindesthaltbarkeitsdatum in den Vordergrund gerückt werden.
- 18 Alle diese Forderungen sollen auch Einzug in das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 erhal-
19 ten.

W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

W Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

W1	Weser-Ems, Nord-Niedersachsen und Bremen	Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer Umbau	Sozial-ökologischer und ökonomischer	119
W3	Hessen-Süd	Steuern und Gerechtigkeit		123

W1

Titel	Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau
AntragstellerInnen	Weser-Ems, Nord-Niedersachsen und Bremen

Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau

1 **Maritime Wirtschaft: Sozial-ökologischer und ökonomischer Umbau**

2 Die maritime Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zu Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Deutschland.
3 Der Transport von Waren und Gütern über den Schiffsverkehr ist Voraussetzung für weltweiten Handel. Nicht
4 nur die Bundesländer mit direkter Küstenanbindung profitieren von der Schifffahrt. Auch die Bundesländer
5 mit großer Industrieproduktion sind auf eine leistungsfähige maritime Wirtschaft angewiesen. Gewässer sind
6 dabei nicht nur als Orte maritimer Wirtschaft, sondern auch als Lebensräume verschiedenster Ökosysteme
7 und Bestandteil unserer eigenen Lebenswelt anzusehen. Im Zusammenhang mit dem Umweltschutz und der
8 Bekämpfung der Folgen des Klimawandels ist für uns ein Ausbau der Vereinbarkeit von Naturschonung und
9 wirtschaftlicher Nutzung unabdingbar. Der Verschmutzung von Meeren, Flüssen und Seen durch Schifffahrt
10 und Industrie muss auf allen Ebenen aktiv entgegengetreten werden und bestehende Maßnahmen und Kon-
11 trollen effektiver gestaltet werden.

12 Die maritime Wirtschaft hat für küstennahe Regionen eine besonders herausgehobene Bedeutung. Sie ist
13 dort nicht nur elementarer Bestandteil des Wirtschaftslebens, sondern ist durch die verschiedenen durch sie
14 generierten Möglichkeiten von Erwerbsarbeit von gesellschaftskonstituierender Bedeutung. Allerdings steht
15 fest, dass die maritime Wirtschaft nun schon seit mehreren Jahrzehnten in einer tiefgreifenden Krise steckt.
16 Immer neue Insolvenzen bedeutender Unternehmen, fehlende Investitionen in entsprechende Infrastruktur,
17 fehlerhafte Umstrukturierungen der maritimen Wirtschaftsordnung, der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und
18 immer schlechter werdende Arbeitsbedingungen sind Ausdruck dieser Entwicklung.

19 Ihre Ursache liegt in einer neoliberalen Wirtschaftsordnung, die zu einem globalen und zerstörerischen Wett-
20 bewerb zwischen den maritimen Wirtschaftsstandorten und vor allem den dort beschäftigten Menschen führt.
21 Für uns Jusos ist es deshalb von herausragender Bedeutung auch im Kontext maritimer Wirtschaftssteuerung
22 unsere Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten und das Ziel ihrer Überwindung im
23 Blick zu behalten.

24 Dabei müssen die Zukunftschancen der Energiewende, Green-Shipping und der E-Mobilität aufgegriffen wer-
25 den. Die Industrie 4.0 wird auch die maritime Wirtschaft stark verändern. Diese Zukunft müssen wir gemein-
26 sam als Bundesländer und als Bund innerhalb von Europa gestalten.

27 Dieses Positionspapier soll daher unsere Forderungen aufgreifen und innerhalb der Sozialdemokratie, Bünd-
28 nispartnerInnen und der Gesellschaft diskutiert werden.

29 Infrastruktur von Häfen und Binnenschifffahrt

30 Die Hafeninfrastruktur ist das Herz der maritimen Wirtschaft. Eine wachstumsfreundliche Politik ist für uns un-
31 erlässlich, um die Entwicklung der Beschäftigungszahlen der maritimen Wirtschaft positiv zu gestalten und die
32 ehemalige Arbeitsplatzvielfalt, die die Hafenwirtschaft in der Vergangenheit ausgezeichnet hat, wiederherzu-
33 stellen. Soll sie jedoch nur der Profitmaximierung der Eigentümer dienen, gilt es dies durch entsprechende
34 politische Maßnahmen zu unterbinden. Diese zukünftige Entwicklung muss nach qualitativen Standards erfol-
35 gen. Gemeinsam mit allen Beteiligten müssen in Zukunft Konzepte zur sozialen und ökologischen Transforma-
36 tion der Hafenwirtschaft erfolgen. Ziel muss es sein eine zukunftsfähige und bedarfsgerechte Hafenlandschaft

37 zu erzeugen, deren Stärke nicht in reiner Größe sondern in hochwertiger Qualität liegt.

38 Die Hafeninfrastuktur muss ihre wichtige Rolle für die Volkswirtschaft wahrnehmen können und gleichzeitig
39 ihrer sozialpolitischen Verantwortung gerecht werden. Damit dies gelingen kann, fordern wir:

40 • die Länder bei der Finanzierung der Hafeninfrastuktur und der Bedeutung der Häfen durch die Ge-
41 währung befristeter Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen zu unterstützen und damit
42 eine Investitionsoffensive zu starten

43 • Weiterentwicklung des Hafenkonzeptes. Wichtige Knotenpunkte wie der Nord-Ostseekanal müssen da-
44 bei besonders berücksichtigt werden

45 • Hafenhinterlandanbindungen müssen zukünftig beim (Bundesverkehrs)Wegeplan priorisiert und stär-
46 ker bedacht werden

47 • ein Ausbau von bereits vorhandener Infrastruktur im Bereich der Maritimen Wirtschaft muss Konzep-
48 ten folgen, die sozial-ökologische und ökonomische Kriterien berücksichtigen und gemeinsam mit den
49 umliegenden Regionen abgestimmt werden

50 Damit auch die Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen kann,
51 braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige Wasserstraßen. Investitionen sind daher unter
52 Beachtung ökologischer Kriterien und der Veränderungen im Zuge des Klimawandels auf den Erhalt des vor-
53 handenen Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement auszurichten. Damit
54 dies gelingen kann, fordern wir:

55 • Abbau von Wartezeiten an Schleusen und die Anpassung der Fahrrinnenbreiten an die Abflusssdynamik

56 • Binnenschifffahrt gezielt bei der Modernisierung in der Flotte und der Schiffstechnik zu unterstütz-
57 ten. Hierbei ist es unerlässlich, dass es Ausnahmen für Traditionsschiffe und historische Wasserfahr-
58 zeuge gibt, die überwiegend ehrenamtlich in Vereinen oder von privaten Liebhabern betrieben werden
59 und einige touristische Bedeutung haben.

60 • Modernisierung der Binnenhäfen und individuelle Ausbauoptionen bemessen am Volumen der umge-
61 schlagenen Tonnage.

62 • In die Planung von Binnenschifffahrten sollen die betroffenen Logistikfirmen einbezogen werden, um
63 eine Effizienzsteigerung im Sinne eines ressourcenschonenden Transportwesens zu erzielen.

64 • eine Abwälzung der Kosten für Bundeswasserstraßen auf die Länder sowie eine Aufteilung in Bundes-
65 wasserstraßen „erster“ oder „zweiter“ Klasse mit hauptsächlich industrieller oder touristischer Nutzung
66 lehnen wir ab.“

67 „die Einführung einer Maut für Freizeitschiffer auf Bundeswasserstraßen lehnen wir ab.

68 ARBEIT(SBEDINGUNGEN) IN DER MARITIME

69 Die Arbeitsbedingungen für Menschen im Bereich der Maritimen Wirtschaft haben für uns einen hohen Stel-
70 lenwert. Im Zuge der Krise der maritimen Wirtschaft sind die dortigen Arbeitsbedingungen unter massiven
71 Druck der kapitalistischen Verwertungslogik geraten. Löhne und die Qualität der Arbeitsplätze sind seit Jahren
72 Hauptpunkte von Einsparmaßnahmen. Wir brauchen deshalb ein breites politisches und zivilgesellschaftliches
73 Bündnis zum Schutz und zur Stärkung von Tarifbindung in der maritimen Wirtschaft. Politik und Gewerkschaf-
74 ten müssen Hand in Hand arbeiten und darauf hinwirken, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und sie dort
75 schützen, wo sie bereits verwirklicht sind. Auch im Bereich der maritimen Wirtschaft müssen atypische Be-
76 schäftigungsformen eingedämmt und Normalarbeitsverhältnisse gestärkt werden. Es darf nicht sein, dass z.B.
77 langjährige WerftarbeiterInnen nach einem InvestorInnenwechsel erst entlassen werden, um anschließend
78 in atypischer Beschäftigungsform mit geringerem Lohn, schlechteren Arbeitsbedingungen und gelockerten
79 Kündigungsschutz wiederingestellt zu werden. Wenn wir jungen Menschen eine Perspektive vor Ort und in
80 der maritimen Wirtschaft geben wollen, müssen wir Maßnahmen für einen Mehrwert im maritimen Arbeiten
81 ergreifen. Daher fordern wir:

82 • Das „Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung in der Seeschifffahrt“ weiterzuführen. Jungen Men-
83 schen eine Perspektiven geben und Beschäftigung vor Ort sichern.

- 84 • Die bestehenden Initiativen der Hafengebtreiber, des VDR und des DSLV zu unterstützen um junge Frau-
85 en für die Seeschifffahrt zu motivieren und hier Perspektiven zu schaffen.
- 86 • eine „Agenda zu Möglichkeiten der Fortentwicklung der Beschäftigung in den Häfen“ gemeinsam mit
87 den SozialpartnerInnen, den HafengebtreiberInnen, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbän-
88 den. zu entwickeln. Dabei muss auch evaluiert werden, inwieweit eine Förderung des Strukturwandels
89 nötig ist
- 90 • die Schiffsbesetzungsverordnung muss gemeinsam mit den Gewerkschaften erarbeitet werden, damit
91 sich die Ausbildung stärker darauf fokussieren kann.
- 92 • internationale ArbeiterInnen-Rechte und internationale (Austausch-)Kooperationen müssen mit Hilfe
93 der Vereinten Nationen vorangebracht werden
- 94 • Europaweite Auskunft über nationale Heuerstellen
- 95 • Angleichung der Ausbildung innerhalb der EU
 - 96 – STCW lässt zu viel Spielraum
 - 97 – In der Ausbildung soll es mehr Informationen über ArbeitnehmerInnenrechte geben
 - 98 – Idee: Trennung der Ausbildung von Deck und Maschine
- 99 • Der aktuelle Trend zur Ausflagung inländischer Schiffe muss gestoppt um umgekehrt werden, so dass
100 wieder mehr Schiffe eingeflaggt werden. Damit Menschen, die sich dazu entscheiden zur See zufah-
101 ren, endlich wieder eine faire Chance besitzen einen Platz an Bord zu bekommen und dass auch wie-
102 der deutsche ArbeitnehmerInnen-Rechte gelten und das Lohndumping und das Unterwandern von
103 ArbeitnehmerInnen-Rechten in der Schifffahrt eingedämmt werden kann

104 Industriestandort der maritimen Wirtschaft

105 Der Industriestandort für die Verarbeitung und Bebauung im Bereich des Schiffsbaus nimmt für uns einen be-
106 sonderen Stellenwert ein. Gute Arbeit und faire Bezahlung in der Metall- und Industriebranche sind auch auf-
107 grund der Tradition in der Sozialdemokratie ein wichtiger Baustein. Gemeinsam wollen wir dabei helfen, dass
108 die Produktion langfristig in Deutschland bleibt. Dafür sind auch Transformationsprozesse notwendig. Um
109 Werften nachhaltig zukunftsfähig zu erhalten, halten wir uns als Jusos an das Prinzip: Ein Standort, eine Werft.
110 Jede Werft muss von sich aus fähig sein, einen vollständigen Produktionsablauf an dessen Ende ein taugliches
111 Schiff oder Wasserfahrzeug steht, zu gewährleisten. Entwicklungen zu einer arbeitsteiligen Werftenlandschaft,
112 in denen einzelne Standorte nur noch einzelne Teile produzieren und die zur Abhängigkeit der einzelnen Werft
113 von der Einbindungen in einen großen Konzernkomplex führen, lehnen wir entschieden ab. Selbstverständlich
114 sind jedoch standortübergreifende Werftkooperationen dort zu fördern, wo sie die Auslastung beider Stand-
115 orte verbessern.

116 Massenfertigung wird es in Deutschland aufgrund des gewachsenen Kostendrucks nicht mehr durchgängig ge-
117 ben können. Die Produktion muss sich stärker in spezialisierte Bereiche entwickeln. Daher wollen wir:

- 118 • Gemeinsam mit der IMO eine Internationale Konferenz mit allen Beteiligten im Schiffsbau etablieren
- 119 • Innovationsförderung im Schiffbau
- 120 • Überwasserschiffbau als Schlüsselindustrie anzuerkennen
- 121 • Tarifbindung von Werkvertragsunternehmen durchsetzen. Die Mitbestimmung und Sozialpartner-
122 schaft achten. Besonders in der Fertigung beim Schiffbau.

123 Diese Krise der Werftindustrie muss von uns Jusos im Lichte unserer sozialistischen Gesellschaftsanalyse be-
124 antwortet werden. Dies bedeutet, dass wir es für notwendig halten, die grundsätzliche Situation der Eigen-
125 tumsverhältnisse auch im Bereich der Werften kritisch zu hinterfragen. Anstatt Werften in Millionenhöhe zu
126 subventionieren, halten wir es für sinnvoller, dass Bund und Länder zur Unterstützung der Werften als Schlüs-
127 selindustrie Mit- und soweit notwendig auch Hauptanteilseigner der Werften werden. So kann eine politische
128 Steuerung der Werftpolitik unter dem Gesichtspunkt grundsätzlicher sozial- und arbeitsmarktpolitischer Er-
129 wägungen gelingen. Weiterhin ist im Rahmen dieser Überlegung die Demokratisierung der Werften und die
130 Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Belegschaften für uns ein zentrales Mittel, um den MitarbeiterInnen

131 der Werften die Möglichkeit zu geben, selbst Einfluss auf die strategische Ausrichtung ihrer Werft zu neh-
132 men.

133 Maritime Wirtschaft in den Ebenen: Land, Bund und Europa

134 Die maritime Wirtschaft wird in unterschiedliche Ebenen diskutiert und behandelt. So unterschiedlich wie die
135 Ebenen sind auch die Interessen der AkteurInnen. Damit die maritime Wirtschaft dauerhaft gesichert werden
136 kann, müssen die unterschiedlichen Ebenen besser zusammenarbeiten. Daher fordern wir:

137 • den Grundgedanken „Kooperation statt Konkurrenz“ stärker in der Hafenvirtschaft zu verfolgen. Ge-
138 meinsam soll evaluiert werden, wie eine Spezialisierung der Häfen möglich ist und wie eine gerechte
139 Verteilung von Geschäftsfeldern im Rahmen von Häfenkooperation gelingen kann

140 • bessere Bund-Länder-Koordination. Dies kann durch die Beibehaltung der Maritimen Konferenz gelin-
141 gen. Ein Hafenkonzept muss finanziell vom Bund unterstützt werden. Die Hafenlast darf nicht alleine
142 vom Norden getragen werden. Der Bund steht in der Pflicht für die bundesweit wichtige Infrastruktur
143 zu sorgen

144 • Bindung von Förderung an unseren Standard guter Arbeit

145 • für die Kooperationsperspektive in Europa brauchen wir neue Umweltauflagen für EU-Häfen.
146 Nachhaltige und sozial-ökologische Häfen müssen in Europa bessergestellt werden. Außerdem darf
147 keine europäische Ausschreibung ohne faire Wettbewerbsbedingungen stattfinden

148 Zukunftschancen: Elektromobilität, Offshore und Industrie 4.0

149 Im Sinne unserer Prinzipien einer sozialistischen Friedenspolitik müssen wir auch rüstungsbezogenen Teile der
150 maritimen Wirtschaft einer kritischen Prüfung unterziehen. Dabei streben wir eine schrittweise Konversion
151 der Rüstungsarbeitsplätze hin zu zivilen Nutzen an, die jedoch auf die strukturellen Gegebenheiten an den
152 jeweiligen Standorten Rücksicht nimmt. Langfristig muss auch die maritime Wirtschaft ihren Beitrag zu einer
153 friedlichen und entwaffneten Welt leisten. Die alternativen Antriebe sind auch in der Maritimen Wirtschaft nicht
154 mehr wegzudenken. Sie bieten große Zukunftschancen, eine elektronische (Binnen-)Schifffahrt zu gestalten.
155 Wir brauchen die Elektromobilität daher auch in der politischen und wirtschaftlichen Debatte. Wir müssen
156 diese Zukunftschance nutzen, um Wachstum, Arbeit und Wohlstand zu generieren. Wir fordern daher:

157 • Forschung und Entwicklung für die Elektromobilität nicht nur auf den Straßenverkehr zu beschränken.

158 • Die Bestrebungen der Hafenbetreiber an die veränderten Umweltauflagen (am Kai müssen See-
159 schiffe durch externen elektrischen Strom betrieben werden) müssen unterstützt werden, dafür muss
160 entsprechende Infrastruktur bereitgestellt werden.

161 • Unterstützung vom Aufbau und Entwicklung von Batteriefabriken. Durch Finanzierung über staatliche
162 Banken oder Anschubfinanzierungen

163 Offshore-Wind ist eine Zukunftschance für unsere Volkswirtschaft. Sie bringen Arbeit und Wohlstand. Es liegt
164 an uns, diese Chance zu ergreifen und auszubauen. Daher wollen wir:

165 • den technologischen Vorsprung durch Forschung und Entwicklung weiter voranbringen. Dazu zählen
166 die Referenzprojekte von Industrie und Politik

167 • einen Masterplan für den Netzausbau im Bereich der Offshore-Energie vorantreiben

168 • Zukunftsideen wie Offshore-Windparks als Tankstellen auf den Meeren vorantreiben und politisch un-
169 terstützen. Damit wir die Verknüpfung von Elektromobilität und Offshore-Windparks in der Maritimen
170 Wirtschaft schaffen.

W3

Titel Steuern und Gerechtigkeit

AntragstellerInnen Hessen-Süd

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Steuern und Gerechtigkeit

1 Für uns sind Steuern eines der wichtigsten Instrumente um eine gerechte Chancengesellschaft durchzusetzen.
 2 Dabei tragen Steuern einerseits zu einer gerechten Finanzierung des Gemeinwesens bei. Dazu gehört die sozia-
 3 le Infrastruktur wie Schulen und andere Bildungsstätten, die Gesundheitsversorgung, öffentlicher Sicherheit,
 4 öffentliche Netzinfrastruktur wie Telekommunikationsleitungen oder Straßen und das Vorhalten von Sozial-
 5 leistungen. Steuern können aber auch als Anreiz für ein politisch gewünschtes Verhalten dienen und haben
 6 insoweit erhebliche Lenkungswirkung, oft ohne die einschneidende Wirkung von Geboten und Verboten. Der
 7 Erfolg progressiver Reformansätze hängt ganz maßgeblich davon ab, zu vereinfachen, mehr Sozialstaatlichkeit
 8 zu erreichen, mittlere Einkommen zu entlasten und die stetige Reproduktion von Vermögensungleichheit zu
 9 bremsen. Zahlreiche Mängel des deutschen Steuersystems sind gerade darauf zurückzuführen, dass ihm eine
 10 einheitliche Idee fehlt. Vielmehr ist es ein Kompromiss aus verschiedenen teilweise gegensätzlichen (gesell-
 11 schaftspolitischen) Prinzipien wie dem Äquivalenzprinzip („Wer gesellschaftliche Kosten verursacht, zahlt die
 12 Steuer“) oder dem Leistungsfähigkeitsprinzip („Starke Schultern können mehr tragen“), aus unterschiedlichen
 13 steuerpolitischen Denkschulen (direkte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt derjenige, der die Steuer
 14 zahlt, indirekte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt nicht derjenige, der die Steuer zahlt), aus individuel-
 15 len Sonderinteressen, Einzelfallregelungen und vereinzelt Veränderungen nach jedem Regierungswechsel.
 16 Steuerpolitische Reformen können nur gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich versammeln, wenn die politi-
 17 sche Idee statt der technischen Lösung im Vordergrund steht.

18 Im Einzelnen sind uns folgende Eckpunkte wichtig. Sie sind als neue Grundausrichtung des Steuersystems,
 19 nicht als abschließende Aufzählung zu verstehen: Die einseitige Entlastung von hohem Einkommen und die
 20 Ungleichbehandlung von Kapitaleinkommen halten wir für einen politischen Irrweg. Der Glaube das man
 21 nur hohe Einkommen entlasten müsse um das allgemeine Wachstum zu stimulieren ist nicht nur widerlegt,
 22 sondern die Reformen die darauf basierten haben zudem die soziale Ungerechtigkeit verschärft und gefährden
 23 so den sozialen Frieden. Das gilt nicht nur, aber auch, für Deutschland.

24 Das deutsche Steuersystem muss reformiert werden. Es muss sozial gerechter gestaltet werden. Einerseits
 25 muss es den Anforderungen des Leistungsfähigkeitsprinzips (darunter Einzelfallgerechtigkeit) genügen, aber
 26 gleichzeitig auch vereinfacht werden. Das Leistungsfähigkeitsprinzip beschreibt zwei Gerechtigkeitsebenen, ei-
 27 nerseits sollen Menschen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gleich besteuert werden (horizontale
 28 Gerechtigkeit) und andererseits Menschen mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit unterschied-
 29 lich besteuert werden (vertikale Gerechtigkeit).

30 Daher fordern wir:

31 Ein Steuersystem muss dem Gerechtigkeitsempfinden der breiten Masse der Bevölkerung gerecht werden,
 32 die Finanzierung des Staates sicherstellen und gleichzeitig vereinfacht werden. Kernelemente eines solchen
 33 Steuersystems sind:

34 1. Eine Einkommensteuer als Hauptsäule des Steuersystems

35 a) Keine Differenzierung nach Einkommensarten, der Steuersatz steigt mit dem Einkommen pro-
 36 gressiv an

- 37 b) Absenken der Umsatzsteuer und Kompensation über Anhebung des Spitzensatzes auf über 50
- 38 %
- 39 c) Der Steuerfreibetrag wird beibehalten
- 40 d) Abzugsmöglichkeiten für Kinder, pflegebedürftige Verwandte und andere besondere Belastun-
- 41 gen
- 42 e) Berücksichtigung von Werbungskosten
- 43 f) Abschaffung des sog. „Ehegatten-Splittings“
- 44 g) deutliche Milderung / Abschaffung der kalten Progression

45 1. **Eine Erbschaftsteuer (und Schenkungsteuer) zur Umverteilung, die ein Auseinanderklaffen der**

46 **Schere zwischen Arm und Reich verhindert**

- 47 a) Höchsterbschaften in Höhe von 1 Mio. EUR durch 100 % Steuersatz ab einem Freibetrag von 1
- 48 Mio. EUR für nahe Angehörige; die Höhe des Vermögens wird im Erbfall ermittelt; die Erbschafts-
- 49 steuer fällt auch auf vererbten Grundbesitz an
- 50 b) Differenzierung nach Familiengrad
- 51 c) Unternehmen soll die Wahl zwischen zwei Alternativen gelassen werden:
 - 52 i. Die Möglichkeit für kleine bis mittelständische Familienbetriebe, eine anfallende Steuerlast
 - 53 in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu entrichten. Dabei ist der Zins für
 - 54 Staatsanleihen zu Grunde zu legen.
 - 55 ii. Der Staat erhält eine stille Beteiligung am Unternehmen in Höhe der Steuerlast. Als stiller
 - 56 Teilhaber erhält er eine Beteiligung an der Gewinnausschüttung. Die Erben können den
 - 57 Staat über die Zeit entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ausbezahlen und da-
 - 58 mit wieder Volleigentümer werden.

59 1. **Indirekte Steuern hauptsächlich als Lenkungssteuern**

- 60 a) Eine echte Emissionsteuer auf europäischer Ebene, die zwar an den Energieträgern anknüpft, die
- 61 aber vorrangig deren negativen Umweltauswirkungen betrachtet (alternativ: ausreichend ver-
- 62 knappte Umweltzertifikate)
- 63 b) Eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer
- 64 c) Ferner: Alkohol- und Tabakbesteuerung
- 65 d) die Abschaffung / Absenkung der Umsatzsteuer und aller weiteren nicht positiv in einem ent-
- 66 sprechenden Gesetz ausgenommen Verbrauchssteuern

67 **Mithin gibt es drei Ziele bei der Steuererhebung:**

- 68 1. Das Einnahmeziel: Die vom Staat benötigten Einnahmen erzielen
- 69 2. Das (Um-)Verteilungsziel: Gesellschaftliche Umverteilung (von oben nach unten)
- 70 3. Das Lenkungsziel: Durch Steuern gewünschtes Verhalten hervorrufen, volkswirtschaftliche Kosten be-
- 71 rücksichtigen u.ä.

72 Diese Ziele sind mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem Einfachheitsziel zu verknüpfen. Ein reformiertes

73 Steuersystem soll stärker an direkten Steuern ausgerichtet sein.

74 **Direkte Steuern als Hauptsäule für Staatseinnahmen und Umverteilung**

75 Hauptsäule des Steuersystems soll die Einkommensteuer bilden. Sie dient sowohl als Haupteinnahmequelle

76 des Staates und kann gleichzeitig wesentlich zur Umverteilung beitragen. Dazu muss die Einkommensteuer

77 progressiv gestaltet sein, der Spitzensteuersatz muss deutlich erhöht werden (auf über 50 %). Weiterhin sollen

78 alle Formen des Einkommens – gemäß des Prinzips der horizontalen Gerechtigkeit – gleich besteuert werden.

79 Es darf keine Bevorzugung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen geben. Sie soll in Zukunft

80 nicht mehr in Form von Stufentarifen dargestellt werden, sondern individuelle Steuersätze sollen zu Grunde

81 gelegt werden. Dies gelingt, indem die großen Sprünge des jetzigen Stufenmodells durch einen kontinuierlich
82 mit dem Einkommen ansteigenden Tarif ersetzt werden. Dadurch wird die kalte Progression zwar nicht gänz-
83 lich abgeschafft, in ihrer Wirkung allerdings um ein Vielfaches gedämpft. Abschließend abgeschafft werden
84 kann die kalte Progression durch eine regelmäßige bzw. kontinuierliche Anpassung (Anhebung) des Grundfrei-
85 betrags und der darüber anfallenden Steuersätze. Eine automatische Anpassung kann beispielsweise durch
86 eine Indexierung erfolgen, in der die Einkommensteuersätze an die Inflation gekoppelt und so automatisch
87 angepasst werden.

88 Die Einkommensteuer soll auch auf ausgeschüttete Gewinne von Unternehmen anfallen. Zugrunde gelegt wird
89 dabei der individuelle Steuersatz der Gewinnempfänger. Werden die Gewinne im Unternehmen belassen, also
90 nicht ausgeschüttet, fällt eine proportionale Steuer an – die Körperschaftsteuer – mit einem pauschalen Steu-
91 ersatz von 15%. Bei Ausschüttung von Gewinnen ist die Körperschaftsteuer anrechenbar. Investitionen von
92 Unternehmen werden dadurch nicht beeinflusst. Aus Nachfrageperspektive investieren Unternehmen solan-
93 ge die Rendite gewinnbringend und höher ist als bei alternativen Anlageformen.

94 Für Privathaushalte gilt: Das Ehegatte-Splitting ist abzuschaffen. Es begünstigt die „traditionelle Ehe“ im Ver-
95 gleich zu anderen Formen von Partnerschaften und ist damit nicht mehr zeitgemäß. Weiterhin begünstigt sie
96 innerhalb von Ehen eine ungleiche Einkommenserzielung und fördert damit die veralteten Rollen des „arbei-
97 tenden Mannes“ und der „kinderhütenden Hausfrau“. Der Gedanke der horizontalen Gerechtigkeit, der die
98 Ehe zweier Personen als wirtschaftliche Einheit und sie daher ins Verhältnis setzt zu zwei Alleinstehenden mit
99 jeweils der Hälfte des Einkommens, kann diese Nachteile nicht wettmachen. Vielmehr handelt es sich dabei
100 um eine Progressionskappung. Ein gesellschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Gewinn durch die Begünsti-
101 gung der Ehe ist nicht vorhanden. Wichtiger sind hier Abzugsmöglichkeiten für Kinder in Form von Kinderfrei-
102 beträgen bzw. Kindergeld o.ä.

103 Ebenso müssen Kosten, die zur Erzielung des Einkommens anfallen, (in gewissem Maße) abzugsfähig bleiben.
104 Weiterhin muss sie einen Freibetrag enthalten, der steuerfrei bleibt (Grundfreibetrag). Daneben braucht es
105 noch eine Erbschaftsteuer. Diese dient vor allem gesellschaftlicher Umverteilung. Sie soll vor diesem Hinter-
106 grund verhindern, dass Vermögen und Reichtum stetig reproduziert und immer stärker auf wenige Menschen
107 konzentriert werden. In einer Chancengesellschaft sollen Menschen unabhängig von der Leistung von Eltern,
108 Großeltern die gleiche Möglichkeit auf sozialen Aufstieg haben. Die Freibeträge können wie bislang nach Fa-
109 miliengrad differenziert werden, für nahe Angehörige können Freibeträge von 1 Mio. Euro umgesetzt werden
110 und das Umverteilungsziel dennoch erreicht werden. Dazu muss der Steuersatz nach Freibeträgen bei 100
111 % liegen. Werden Einkommensteuer und Erbschaftsteuer wie beschrieben umgesetzt, entfällt eine Vermö-
112 gensteuer. Sie ist ohnehin in der Umsetzbarkeit aufgrund des Aufwandes einer Erbschaftsteuer unterlegen.
113 Die Freibeträge sollen in dieser Form auch ohne Ausnahme für Familienbetriebe gelten. Ihnen wird jedoch
114 die Möglichkeit eröffnet, eine anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu
115 entrichten, dabei ist der Zins für Staatsanleihen zu Grunde zu legen. Die Erbschaftsteuer greift auch bei Schen-
116 kungen.

117 **Indirekte Steuern als Lenkungssteuern**

118 Indirekte Steuern können zwar dem Einnahmeziel dienen, nicht aber dem Umverteilungsziel von Steuern. Die
119 Umsatzsteuer belastet im Gegenteil über alle Maßen die unteren Einkommensschichten. Die Umsatzsteuer
120 soll in mehreren Stufen abgebaut werden und die Einnahmen durch das höhere Aufkommen aus der Erb-
121 schaftsteuer und der Einkommenssteuer kompensiert werden. Gemessen am verfügbaren Einkommen wer-
122 den einkommensschwächere Haushalte benachteiligt. Indirekte Steuern sind daher v.a. aus Lenkungszwecken
123 zu nutzen. Lenkungssteuern verfolgen hauptsächlich das Lenkungsziel, Einnahme- und Verteilungsziel sind
124 nachrangig. In diesem Rahmen sind Tabak- und Alkoholsteuern einzuordnen – volkswirtschaftliche Kosten
125 werden darüber internalisiert, negative externe Effekte anhand von speziellen Konsumsteuern im Preis der
126 jeweiligen Güter abgebildet. Ähnliches gilt für Umweltbelastungen durch Emissionen. Alternativ zu Energie-
127 oder Emissionssteuern können hier aber auch Umweltzertifikate genutzt werden. In diesem Fall sind diese
128 Zertifikate natürlich von politischer Seite entsprechend so stark zu verknappten, dass ihr Marktpreis tatsäch-
129 lich die volkswirtschaftlichen Kosten beinhaltet.

130 Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, was passiert, wenn Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Um
131 Spekulationen an Finanzmärkten zu reduzieren und Finanzmärkte wieder stärker auf den Bereich Investitio-
132 nen in die Realwirtschaft auszurichten, bedarf ein modernes Steuersystem einer Finanzmarkttransaktions-

133 steuer.

134 Ein modernes Steuersystem kann nicht auf nationaler Ebene gestaltet werden. Das Steuersystem ist daher
135 langfristig europaweit zu vereinheitlichen bzw. europäisch umzusetzen. Die hier angesprochene Struktur kann
136 auch als Grundlage für eine einheitliche bzw. gemeinsame europäische Besteuerung dienen. Insbesondere gilt
137 die europäische Vereinheitlichung aber auch jetzt schon für den Bereich der Emissionssteuern bzw. Umwelt-
138 zertifikate einerseits und andererseits für die Finanzmarkttransaktionssteuer. Weiterhin sind innereuropäi-
139 sche Steuer-Schlupflöcher zu schließen.

140 Sollen sich Gesellschaften nicht mehr gegenseitig im Steuerwettbewerb unterbieten, müssen Barrieren fallen
141 Nationale Grenzen dürfen nicht die Grenzen der Solidarität sein. Über die nächsten Jahrzehnte wird man daher
142 nicht an der Frage vorbei kommen, wie ein Steuersystem über die Grenze der EU hinaus international gestaltet
143 werden kann. Auch dafür können Grundsätze des hier beschriebenen Steuersystems genutzt werden.

Z Initiativanträge

Z Initiativanträge

Z1	Bundeschvorstand	Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz	128
----	------------------	--	-----

Z1

Titel	Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz
AntragstellerInnen	Bundesvorstand

Resolution: Für ein globales Recht auf Migration und ein gerechtes Einwanderungsgesetz

1 Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihrem Entwurf eines Einwanderungsgesetzes vom 07.11.2016 konkrete
 2 Vorschläge für mehr und einfachere Einwanderungsmöglichkeiten in die Bundesrepublik vorgelegt. Die damit
 3 angestoßene Debatte eröffnet die Möglichkeit für linke Impulse und eine positive Perspektive auf Zuwande-
 4 rung. Es gilt, verloren gegangene Diskurshoheit in der Auseinandersetzung um die offene Gesellschaft zu-
 5 rückzuerlangen und reale Veränderungen zu erwirken. Deshalb kämpfen wir als Jusos für ein progressives
 6 Einwanderungsrecht. Wir werden uns mit klaren Positionen in die innerparteiliche Diskussion einbringen und
 7 die gesellschaftliche Debatte offensiv führen. Wir wollen ein Einwanderungsgesetz als klares Bekenntnis zur
 8 offenen Gesellschaft.

9 **Für ein globales Recht auf Migration**

10 Ins Zentrum unserer Überlegungen und politischen Forderungen für ein Einwanderungsgesetz stellen wir
 11 Menschen, nicht ökonomische Erwägungen. Ein Einwanderungsgesetz, das sich an den Interessen der deut-
 12 schen Wirtschaft orientiert, lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt ein globales Recht auf Migration, das verwirklicht,
 13 was in der EU bereits gilt: Freizügigkeit. Wer nach Deutschland kommen will, um sich hier ein Leben aufzubauen,
 14 soll diese Möglichkeit bekommen. Dazu wird mehr notwendig sein, als das Einreißen aller Grenzen. Denn
 15 weder ist die Infrastruktur in potentiellen Zielregionen auf einen voraussetzungsfreien Zuzug vorbereitet, noch
 16 wäre es verantwortbar, einen massiven Braindrain in wahrscheinlichen Abwanderungsregionen zuzulassen,
 17 der ihre Entwicklungschancen auf Jahrzehnte zunichte macht und damit die Menschen vor Ort ihrer Perspekti-
 18 ven beraubt. Nichtsdestoweniger ist eine Welt offener Grenzen für uns nicht ferne Utopie, sondern konkretes
 19 Ziel. Noch vor wenig mehr als 25 Jahren konnte man sich innerhalb der Stadtgrenzen von Berlin nicht frei
 20 bewegen. Heute genießen EU-BürgerInnen Reisefreiheit in der gesamten EU. Es gibt für uns keine guten Grün-
 21 de zu glauben, dass die europäischen Freizügigkeitsregelungen nicht auch global zu verwirklichen sind. Dafür
 22 wollen wir Schritt für Schritt vorangehen.

23 **Globale Ungerechtigkeit bekämpfen**

24 Globale Ungerechtigkeit – die ungleiche Verteilung von materiellen und immateriellen Ressourcen sowie Ent-
 25 wicklungschancen und Lebensperspektiven – erzwingt tausendfach Migration jenseits anerkannter Flucht-
 26 gründe. Es liegt zuvorderst in der Verantwortung der ökonomisch stärksten Staaten, dieser globalen Unge-
 27 rechtigkeit ein Ende zu bereiten, denn sie verfügen über die notwendigen Machtressourcen und profitieren
 28 bisher von den existierenden Ungleichgewichten. Das Ziel kann nicht weniger sein als eine Welt, die Ressour-
 29 cen gerecht verteilt und in der erzwungene Migration der Vergangenheit angehört. Denn auch das gehört zum
 30 Recht auf freie Wohnortwahl: Nicht zum Fortzug gezwungen zu sein. Internationale Friedenspolitik und eine
 31 gerechte Handelspolitik, die die Interessen aller Beteiligten wahrt statt Machtgefälle auszunutzen, ist dafür
 32 ebenso unabdingbar, wie die längst überfällig Verwirklichung des 0,7%-Ziels in der Entwicklungszusammen-
 33 arbeit, welches auch Deutschland Jahr für Jahr verfehlt. Ein Einwanderungsgesetz kann die globalen Gerech-
 34 tigungsfragen nicht lösen, es kann sie aber ebenso wenig ignorieren. Offenheit für die Welt gibt es nicht ohne
 35 Verantwortung für die Welt.

36 **Asyl ist Menschenrecht**

37 Wir bekennen uns vollumfänglich zum Recht auf Asyl. Es darf in keiner Weise durch ein Einwanderungsgesetz

38 in Frage gestellt oder eingeschränkt werden. Wer fliehen muss, soll Schutz finden! Wir wenden uns gegen die
39 Festung Europa und fordern die umfassende Anerkennung von Fluchtgründen, sichere und legale Fluchtrou-
40 ten, sowie die Einhaltung des Non-Refoulement-Gebots. Geflüchtete sollen in Deutschland diskriminierungsfrei
41 und mit sicherer Bleibeperspektive leben können, angemessen unterstützt werden und umfassende Möglich-
42 keiten gesellschaftlicher Teilhabe erhalten. Dazu gehört auch das Recht auf Familiennachzug. Wir weisen die
43 erfolgten Asylrechtsverschärfungen zurück und halten an unseren Forderungen nach einer Ausweitung und
44 Verbesserung des Asylrechts fest. Wir verlangen die Wiederherstellung eines menschenwürdigen Rechts auf
45 Asyl!

46 **Einwanderungsgesetz gerecht gestalten**

47 Jede/r fünfte EinwohnerIn Deutschlands hat selbst Migrationserfahrung oder mindestens einen Elternteil, der
48 nach Deutschland zugewandert ist. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Daran kann es keinen Zweifel ge-
49 ben. Dennoch erleben EinwanderInnen und Menschen mit familiären Wurzeln im Ausland strukturelle Nach-
50 teile. Und nichtsdestotrotz bietet Deutschland Nicht-EU-BürgerInnen bis heute kaum Chancen auf legale Zu-
51 wanderung. Das wollen wir ändern.

52 Für unsere Idee eines globalen Rechts auf Migration gibt es derzeit keine politischen Mehrheiten, das nehmen
53 wir zur Kenntnis. Dies ändert nichts an unserer politischen Zielvorstellung, die wir aus unseren Grundwerten
54 und Überzeugungen ableiten und weiterverfolgen. Doch auch kurzfristig, im Hier und Jetzt, gilt es Gelegenhei-
55 ten zu nutzen, um mehr Menschen die Chance auf ein besseres Leben zu ermöglichen. Eine solche Gelegenheit
56 ist jetzt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat das Diskussionsfenster einen Spalt weit geöffnet. Ziel jungsozialisti-
57 scher Politik muss es nun sein, das Schließen dieses Fensters zu verhindern und es stattdessen Stück für Stück
58 weiter zu öffnen. Wer das globale Recht auf Migration erreichen will, muss jetzt in die Debatte intervenie-
59 ren.

60 Ein progressives Einwanderungsgesetz kann mehr Menschen als bisher dringend benötigte und sehnlich ge-
61 wünschte Chancen auf ein gutes Leben in Deutschland eröffnen. Die restriktiven und unübersichtlichen be-
62 stehenden Regelungen verhindern Einwanderung nach Deutschland bisher eher, als dass sie sie ermöglichen.
63 Ein neues Einwanderungsgesetz soll die Möglichkeiten, beispielsweise zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland
64 zu kommen, deutlich ausweiten und dafür transparente und gerechte Regelungen schaffen. Unser Anspruch
65 an das Gesetz ist, dass es gleichzeitig MigrantInnen in Deutschland mehr Chancen eröffnet und in den Her-
66 kunftsregionen neue Perspektiven befördert. Unterm Strich würden davon auch Gesellschaft in Deutschland
67 profitieren.

68 **Lebenslagen berücksichtigen – mehr als Punkte für den Arbeitsmarkt**

69 Punktesysteme sind nicht geeignet, um adäquate Regeln für Einwanderung zu setzen. Unser Politikansatz ori-
70 entiert sich am Individuum. Punktesysteme, so ausgeklügelt und gut gemeint sie auch sein mögen, können
71 die individuelle Situation und die sozialen Verhältnisse einzelner Menschen jedoch niemals adäquat abbilden.
72 Deshalb wird ein Punktesystem, das sich – wie im Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion – an den Bedarfen
73 der deutschen Wirtschaft und Arbeitsmarkterwägungen orientiert, unsere Zustimmung nicht finden. Solange
74 zahlenmäßige Begrenzungen für Zuwanderung gelten, wäre stattdessen eine Einzelfallprüfung anhand der
75 persönlichen Lebenslage notwendig.

76 Unabhängig vom Auswahlmodus fordern wir, humanitäre und soziale Rahmenbedingungen zu berücksichti-
77 gen. Ebenso ist für uns unabdingbar, gleiche Chancen auf Zuwanderung für alle Geschlechter durch eine Quo-
78 tenregelung im Einwanderungsgesetz zu verankern. An Qualifikationsmerkmalen orientierte Kriterien bilden
79 nicht nur unterschiedliche Bildungschancen nach sozialer Lage und geografischer Herkunft nicht ab, sondern
80 werden angesichts des weitverbreiteten schlechteren Bildungszugangs von Frauen auch zu einem massiven
81 Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern führen. Wir fordern die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion
82 auf, in überarbeiteten Entwürfen zum Einwanderungsgesetz allen Menschen einen diskriminierungsfreien Zu-
83 gang zum Einwanderungssystem zu ermöglichen und auch Menschen Zuwanderungschancen zu eröffnen,
84 welche die Anforderungen eines Punktesystems nicht erfüllen.

85 Kleinteilige Nützlichkeitsabwägungen halten wir in einer von Ungleichheiten durchzogenen Welt für zynisch.
86 Sollte sich diese Vorgehensweise in einem ersten Schritt durchsetzen, so erwarten wir von der Sozialdemo-
87 kratie mindestens eine humanitäre Kompensation in Form einer voraussetzungslosen Greencard-Lotterie,

88 über die wenigstens die Hälfte der jährlichen Einwanderung ermöglicht wird. Der Zugang zum Online-
89 Bewerbungssystem ist dazu ohne Einschränkungen zu gewährleisten.

90 **Bildungszuwanderung erleichtern, Qualifizierung ermöglichen**

91 Wir wollen, dass junge Menschen aus aller Welt einfacheren Zugang zu Bildung und Ausbildung in Deutsch-
92 land erhalten. Und wir wollen, dass deutsche Unternehmen und Universitäten ihren Beitrag zur Deckung des
93 zukünftigen Fachkräftebedarfs leisten, statt in ihren Herkunftsregionen dringend benötigte Fachkräfte abzu-
94 werben. Mit dem Einwanderungsgesetz soll deshalb ein staatliches, kostenfreies und bundesweit einheitliches
95 Online-Bewerbungssystem für das Auslandsstudium in Deutschland eingeführt und auch BewerberInnen um
96 einen Ausbildungsplatz Zugang zu einem Bewerbungssystem geschaffen werden. Damit diese Zugänge nicht
97 nur auf dem Papier existieren, wird es notwendig sein, die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse und
98 Hochschulzugangsberechtigungen zu vereinfachen und verbessern. Das Einwanderungsgesetz soll außerdem
99 sicherstellen, dass der Abschluss eines Studiums oder einer Ausbildung eine dauerhafte Aufenthalts- und Nie-
100 derlassungserlaubnis begründet. Die bisherige Frist von sechs Monaten für die Jobsuche muss fallen.

101 Für alle EinwanderInnen – unabhängig davon, ob sie zur Berufsaufnahme, zum Studium oder für eine Aus-
102 bildung nach Deutschland kommen wollen – soll es nach Möglichkeit Unterstützungsangebote wie Beratung,
103 Sprachkurse und Qualifizierungsmaßnahmen in den Herkunftsländern geben. Zusätzlich sollen Möglichkei-
104 ten geschaffen werden, fehlende Qualifikationen in Deutschland zu erwerben oder zertifizieren zu lassen so-
105 wie Abschlüsse nachzuholen, ohne dass dies an hohen finanziellen Hürden scheitert. Wer nach Deutschland
106 kommt, soll auch während Phasen der Bildung und Qualifizierung oder zeitweisen Arbeitslosigkeit nicht unter
107 dem kulturellen Existenzminimum leben müssen und daher regulären Anspruch auf staatliche Leistungen wie
108 BAFöG oder Grundsicherung erhalten. Für freiwillige Sprach- und Integrationskurse wollen wir einen Rechts-
109 anspruch schaffen.

110 Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss dringend verbessert werden. Die im Entwurf der SPD-
111 Bundestagsfraktion vorgesehene Möglichkeit, Berufsqualifikation auch über den Europäischen Qualifikations-
112 rahmen (EQR) feststellen zu lassen, begrüßen wir ausdrücklich. In diesem Zusammenhang wollen wir sicherge-
113 stellt wissen, dass auch Berufserfahrung, informell erworbene Kenntnisse und Wissen aus Fort- und Weiterbil-
114 dung realistische Aussichten auf die Feststellung und Zertifizierung von Qualifikationsniveaus eröffnen.

115 **Mehr als ein Aufenthaltstitel – Einwanderung und Ankommen gestalten**

116 Einwanderung bedeutet mehr als die Erteilung eines Aufenthaltstitels. Im Gegensatz zum Punktesystem lohnt
117 sich hier tatsächlich ein Blick nach Kanada, wo zahlreiche Programme und Maßnahmen die Möglichkeiten zur
118 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe erleichtern. Auch in einem deutschen Einwanderungsgesetz
119 wollen wir deshalb Brücken-, Patenschafts- und Mentoringprogramme verankern. ArbeitgeberInnen, die von
120 Zuwanderung profitieren, wollen wir bei der Bereitstellung und Finanzierung entsprechender Angebote in die
121 Pflicht nehmen. Entsprechende Vorschläge fehlen bisher leider im SPD-Entwurf für das Einwanderungsge-
122 setz.

123 Lohndumping muss das Einwanderungsgesetz effektiv ausschließen. Ausländische ArbeitnehmerInnen sind
124 keine ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse. Aufenthaltstitel sollen auch deshalb nicht länger an ein bestehendes
125 Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis geknüpft werden, damit ArbeitnehmerInnen nicht durch die Prekarität
126 ihrer Bleibeperspektive auf dem Arbeitsmarkt erpressbar werden.

127 Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Familie gilt universell. Es steht für uns deshalb außer Frage, dass
128 EinwanderInnen ein umfassendes Recht auf Familiennachzug bzw. das Mitbringen von Familie – unabhängig
129 von der Familienform – gewährt werden muss. Wer in Deutschland lebt, soll das mit seiner Familie gemein-
130 sam tun können. Anders kann eine inklusive Einwanderungsgesellschaft nicht gelingen. Der gleichberechtigte
131 und diskriminierungsfreie Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheit ist allen Menschen in Deutsch-
132 land unabhängig vom Aufenthaltsstatus zu gewährleisten. Bestehende Beschränkungen wollen wir beseitigen
133 und auch mitreisende Familienmitglieder rechtlich gleichstellen. Dies bedeutet für uns auch, eigenständige
134 Aufenthaltstitel für Familienangehörige zu erteilen und diese nicht länger aneinander zu koppeln.

135 **Dauerhafte Perspektiven schaffen**

136 Mit einem neuen Einwanderungsgesetz muss gelten, dass wer nach Deutschland kommt, dauerhafte Perspek-
137 tiven für sein Leben und zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe erhält. Dazu wollen wir die den Zu-

138 gang zur Einbürgerung erleichtern und von der wirtschaftlichen Lage der AntragstellerInnen entkoppeln. Die
139 bestehende Frist von acht Jahren dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland wollen wir deutlich reduzieren und
140 Mehrfachstaatsbürgerschaften generell zulassen. Wer in Deutschland geboren wird, soll ohne weitere Voraus-
141 setzungen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

142 In einer Demokratie gilt für uns das All-Affected-Principle: Wer von politischen Entscheidungen betroffen ist,
143 hat auch ein Recht an selbigen beteiligt zu werden. Wer in Deutschland lebt, soll deshalb nach drei Monaten
144 das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen erhalten und an Abstimmungen teilnehmen dürfen.

145 Dauerhafte Perspektiven dürfen nicht davon abhängen, mit welchem Status jemand nach Deutschland ein-
146 gereist ist. Trotz grundsätzlicher Trennung von Asyl- und Einwanderungsrecht, halten wir es deshalb für un-
147 abdingbar, Übergänge aus dem Asylverfahren in das Einwanderungsverfahren zu schaffen. Es ist schlicht wi-
148 dersinnig, in Deutschland lebende Menschen, die die Bedingungen des Einwanderungsgesetzes erfüllen, im
149 Asylverfahren zu halten oder gar abzuschieben und damit ihrer Lebensperspektive in Deutschland zu berau-
150 ben.

151 Um dauerhafte Perspektiven in einer kulturell heterogenen Einwanderungsgesellschaft zu eröffnen, sind ei-
152 ne Vielzahl weiterer Maßnahmen nötig, die mit einer Öffnung der Einwanderungsmöglichkeiten durch das
153 Einwanderungsgesetz einhergehen sollten. Für uns gehören dazu z.B. der Einsatz von anonymisierten Bewer-
154 bungen für mehr Chancengleichheit, der Aufbau von interkultureller Kompetenz in Verwaltung und staatlichen
155 Einrichtungen sowie ein inklusives Bildungssystem mit gleichen Entwicklungschancen für alle.

156 **Herkunftsländer als Partner auf Augenhöhe behandeln**

157 Ein Einwanderungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland kann und darf sich nicht auf die Auswirkungen
158 in Deutschland beschränken. Es muss ebenso die Effekte in den Herkunftsregionen in den Blick nehmen und
159 verantwortliche Lösungen dafür bereitstellen. Dafür gilt es Regelungen zu treffen, die eine massive Abwande-
160 rung in einzelnen Herkunftsländern vermeiden, Brain-Drain verhindern und örtliche Entwicklungspotenziale
161 nicht durch die Abwerbung aus Mangelberufen zerstören. Insbesondere Hauptherkunftsländer sollen durch
162 feste Kooperationsvereinbarungen mit Schwerpunkt im Bildungsbereich, für den Verlust qualifizierter Arbeits-
163 kräfte kompensiert und beim Aufbau neuer Entwicklungsperspektiven unterstützt werden.

164 Zu einem partnerschaftlichen und verantwortungsvollen Umgang gehört ebenso, mit dem Einwanderungsge-
165 setz Bedingungen zu schaffen, die einen Brain-Gain durch Rückwanderung ermöglichen. Dazu muss im Gesetz
166 verankert werden, dass einmal erworbene Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse in Deutschland nicht verloren
167 gehen, wenn EinwanderInnen – auch für längere Zeitperioden – in ihr Heimatland zurückkehren. Geschaffen
168 werden muss zudem eine Portabilität von Renten- und Sozialversicherungsansprüchen. Erworbene Ansprü-
169 che dürfen auch dann nicht verloren gehen, wenn Menschen ihren Wohnort dauerhaft aus Deutschland weg
170 verlegen, z.B. um in ihr Herkunftsland zurückzukehren.

171 **Seit an Seit für ein progressives Einwanderungsgesetz**

172 Gemeinsam mit der SPD wollen wir für ein progressives Einwanderungsgesetz und Freizügigkeit streiten. Da-
173 bei sind wir fest davon überzeugt, dass ein Gesetz, für das der Mensch statt ökonomischer Erwägungen den
174 Ausgangspunkt bildet, nicht nur gerechter, sondern auch attraktiver für ZuwanderInnen und gewinnbringen-
175 der für unsere Gesellschaft ist. Wir rufen der SPD zu: nur Mut! Es gibt in Deutschland eine gesellschaftliche
176 Mehrheit für die offene Gesellschaft und für ein klares Bekenntnis zu Einwanderung und Vielfalt. Der durch
177 rechte Stimmungsmache entstandenen Verunsicherung begegnen wir nicht durch Verzagtheit. Mit einer po-
178 sitiven Erzählung von Solidarität und Offenheit geben wir Orientierung. Mit progressiver Positionierung und
179 klarem Kurs gewinnen wir Vertrauen und vollbringen, was längst überfällig ist: Die politische Gestaltung der
180 Einwanderungsgesellschaft in Deutschland.

#hoertdiesignale



JUSOS

Hört die Signale!
Bundeskongress 2017

Beschlussbuch

24. - 26. November
Saarbrücken

Inhaltsverzeichnis

A Arbeitsprogramm

A1	Bundesvorstand	Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017-2019	2
----	----------------	---	---

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B1	Braunschweig	Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!	20
B3	Bayern	Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen	24

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C7	Bayern	Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!	29
C16	Sachsen-Anhalt	Abschaffung des Hausberufungsverbots	32
C19	JSAG über Bundesvorstand	Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen	33

F Frieden & Internationales

F4	Rheinland-Pfalz	Verstaatlichung der Rüstungsproduktion	35
----	-----------------	--	----

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G5	Sachsen	Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten	39
G9	Hannover	Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar	41

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I1	Nordrhein-Westfalen	G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie	44
I5	Weser-Ems	Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien	47

J Jugendpolitik

J1	Nord-Niedersachsen	Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligendienstleistende	50
----	--------------------	---	----

M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M5	Berlin	Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!	52
----	--------	--	----

O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O3	Baden- Württemberg	Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!	58
O6	Bremen	Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!	62

P Pflege, Gesundheit & Soziales

P1	Brandenburg	Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assis- tierten Suizids	65
----	-------------	--	----

R Rente, Generationen & Familie

R3	Hessen-Süd	Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung	68
----	------------	---	----

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U1	Thüringen	Voll geladen! – Mobilität von morgen	74
----	-----------	--------------------------------------	----

X Organisationspolitik

X7	Hamburg	Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!	84
----	---------	--	----

Z Initiativanträge

Z1	Projektgruppe „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0“ über Bundesvorstand	Kapitalismus 4.0: Same shit, different number	86
Z2		Hört die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen	99
Z3		#nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD	106
Z4	Thüringen, Bundesvorstand, NRW, Sachsen, Bayern, Berlin, Hessen-Süd	Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!	109
Z5	Hessen-Nord	Resolution – Für eine Reform	110

A Arbeitsprogramm

A Arbeitsprogramm

A1	Bundeschau	Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017-2019	2
----	------------	---	---

A1

Titel	Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017- 2019
AntragstellerInnen	Bundесvorstand

Hört die Signale! – Bundesarbeitsprogramm der Jusos 2017-2019

1 **Prolog – Wir Jusos**

2 Wir Jusos richten unser politisches Handeln nach den Maßstäben von Freiheit, Gleichheit und Solidarität aus.
3 Die Politik, für die wir kämpfen, ist demokratisch und sozialistisch. Doch der Weg in die Gesellschaft der Freien
4 und Gleichen ist noch ein langer, in Deutschland. Deshalb kämpfen wir nicht allein. Wir sind Teil der gesell-
5 schaftlichen Linken in Deutschland und der SPD in kritischer Solidarität verbunden. Aus der langen Geschichte
6 unserer Organisation wissen wir, dass ohne die Sozialdemokratie kaum Fortschritt möglich ist. Dieses Potenzial
7 zu entfalten, indem wir linke Politik- und Gesellschaftsentwürfe spektren-, strömungs- und wo nötig auch par-
8 teiübergreifend entwickeln und durchsetzen, ist integraler Bestandteil unseres politischen Handelns.

9 **Die Welt, in der wir leben wollen**

10 Wir wollen die gerechte Gesellschaft. Sie verbindet sozialen und ökonomischen Fortschritt mit der freien Ent-
11 wicklung und Entfaltung aller auf Basis ökonomischer Sicherheit. Die Überwindung kapitalistischer Produkti-
12 onsverhältnisse sowie die Humanisierung der Erwerbsarbeit sind für das Erreichen dieser Ziele zentral. Pa-
13 triarchat, Zwang, Ausbeutung, Unterdrückung und jede Form der Menschenfeindlichkeit bedeuten Unfreiheit.
14 Unfreiheit steht der gerechten Gesellschaft entgegen und ist mit ihr unvereinbar. In der gerechten Gesellschaft
15 ist gleiche Teilhabe an Wohlstand und gleicher Zugang zu gesellschaftlicher Macht gewährleistet; Geschlecht,
16 Herkunft, soziale Stellung und individuelle Vorlieben spielen dabei keine Rolle. Die gerechte Gesellschaft steht
17 allen offen. Als Internationalist*innen streben wir sie nicht aus egoistischen Motiven an. Unsere gerechte Ge-
18 sellschaft kennt keine Grenzen. Dieses Streben hin zu einer solchen Gesellschaft ist der Demokratische Sozia-
19 lismus.

20 **Einleitung**

21 **Die Welt, in der wir leben**

22 Die Welt, in der wir leben, ist weiterhin geprägt von Ungleichheit, Armut und Konflikten. Sie wandelt sich rasant,
23 doch vielerorts erkennbar nicht zum Wohle eines Großteils der Bevölkerung. Weltweit befinden sich Millionen
24 Menschen auf der Flucht. Hunger und Epidemien sind noch immer weit verbreitet, Kinderarbeit und andere
25 Ausbeutung an der Tagesordnung. Kriege und asymmetrische Konflikte sowie Terror werden von der interna-
26 tionalen Gemeinschaft nahezu phlegmatisch hingenommen, solange sie sich nicht auf dem Boden westlicher
27 Industrienationen abspielen. In Libyen und Teilen des Nahen und Mittleren Ostens sind infolgedessen faktisch
28 rechtsfreie Räume entstanden, in denen Tag für Tag nach archaischem Muster das Recht des Stärkeren über
29 menschliche Schicksale entscheidet. Die Folgen des Klimawandels und der Raubbau an der Natur vernichten
30 derweil Lebensgrundlagen und mit ihnen Existenzen. Protektionismus nach innen sowie Außenhandelsüber-
31 schüsse bilden derweil in Deutschland und anderen Industrienationen eine für den globalen Handel toxische
32 Mischung. Abschottung – erst ökonomisch, später dann militärisch – sowie Ausbeutung und massenhafte Er-
33 werbslosigkeit sind wesentliche Folgen, die wir beobachten können.

34 Die zahlreichen und insbesondere im globalen Süden davon betroffenen Menschen bedürfen der dringenden
35 Hilfe der gesamten Welt. Doch ihnen stehen in den reichen Industrienationen des globalen Nordens wachsen-
36 de politische Strömungen entgegen, deren rassistisches und nationalistisches Geschäft darin besteht, ihren

37 Wähler*innen zu vermitteln, es würde der ganzen Welt geholfen – nur ihnen nicht. Dieser unsere Zeit prägen-
38 de Antagonismus ist Kern des zu beklagenden Rechtsrucks. Doch Chauvinismen vermögen die Welt nicht zum
39 Besseren zu verändern – weder im Norden, noch im Süden.

40 **Für eine starke, geeinte Linke**

41 In diesen Zeiten, in denen sich neue Entwicklungen und grundlegende Umwälzungen in immer schnellerer Fol-
42 ge vollziehen und von vielen Menschen kaum noch nachvollzogen werden können, braucht es eine politische
43 Linke, die ohne Hass und Angst Interpretationen und Lösungen anbietet. Eine Linke, die begrifflich macht,
44 dass Teilhabe am globalen Wohlstand, Frieden und Sicherheit allen zustehen und nur dann Wirklichkeit wer-
45 den, wenn sie ihre Wut nicht gegeneinander, sondern vielmehr gegen die Ursachen dieser Zustände richten.
46 Eine Linke, die bereit ist nicht mehr nur Symptome, sondern endlich auch wieder die Ursachen eklatanter Un-
47 gerechtigkeiten zu erkennen und zu beheben. Eine Linke, die sich wieder über die offensichtlichen Missstände
48 unserer Gesellschaft empört und Lösungsansätze bereitstellt. Eine Linke, die an der Seite von Gewerkschaften,
49 Sozialen Bewegungen und Betroffenen gegen Armut, Ausbeutung, Demütigung und Verwertungslogik kämpft.
50 Eine Linke, die den gegenwärtigen Klassenkampf von oben mutig annimmt und den Widerstand gegen ihn or-
51 ganisiert und anführt.

52 Eine solche Linke muss sich drei zentralen Aufgaben stellen.

- 53 • Sie muss ihre weitgehend deskriptive Sicht auf die Verhältnisse erweitern und wieder bereit sein, neue
54 gesellschaftliche Mehrheiten im Diskurs zu erkämpfen. Wenn der Zeitgeist rechts ist, dann kann die
55 Antwort nicht die Orientierung am Zeitgeist sein, sondern immer nur seine Änderung.
- 56 • Sie muss neben der Zivilisierung der Verhältnisse nach den Maßstäben ihrer Grundwerte auch willens
57 und in der Lage sein, einen eigenständigen und positiven Entwurf der Zukunft zu zeichnen. Die Sozial-
58 demokratie ist eine zukunftsbejahende Bewegung. Ihre Erzählung fußte immer auf der Idee, dass die
59 Zukunft etwas Besseres bringen würde, als das Hier und Jetzt. Real existierende Zukunftsängste sind
60 nicht etwa ein Grund, diesen Anspruch aufzugeben, sondern vielmehr die Verpflichtung, die eigenen
61 Anstrengungen zu intensivieren.
- 62 • Sie muss sich international besser organisieren. Die Sozialdemokratie ist vielerorts in der Defensive,
63 mancherorts sogar nahezu pulverisiert. Dieser Umstand muss uns beschäftigen und zum Handeln
64 drängen. In einer Welt, die geprägt ist von globalen Ungerechtigkeitsstrukturen, sind die politischen
65 Antworten notwendigerweise international zu geben. Niederlagen und Orientierungslosigkeiten unse-
66 rer Schwesterparteien sowie die Fragmentierung unserer einstmaligen starken internationalen Zusam-
67 menschlüsse sind daher auch unsere Niederlagen. Die deutsche Sozialdemokratie muss ein existenzi-
68 elles Interesse an der Stärkung ihrer globalen Familie haben.

69 **Die Sozialdemokratie**

70 **Eine anhaltende Krise**

71 Doch die SPD selbst ist im Herbst 2017 in besorgniserregender Verfassung. Seit 1998 hat sie 15 Jahre lang in un-
72 terschiedlichen Konstellationen die Bundesregierung gestellt. Während annähernd desselben Zeitraumes hat
73 sich die Wähler*innenschaft der SPD halbiert. Zugleich hat sie ca. 300.000 Mitglieder eingebüßt. Die SPD hat
74 massive Wähler*innenabwanderungen zu verzeichnen. In manchen Regionen Deutschlands, insbesondere im
75 Osten und Süden, hat die SPD derzeit nicht einmal mehr die Aussicht, zweitstärkste Kraft zu werden, sondern
76 rangiert weit abgeschlagen hinter CDU/CSU und AfD. In sechs von 16 Bundesländern hat die SPD überhaupt
77 kein Direktmandat gewinnen können, in vieren jeweils nur eines. Zwar gibt es einen Unterschied zwischen
78 verschiedenen Regionen, jedoch kann die schiere Dimension dieses politischen Niedergangs niemanden kalt
79 lassen, der oder die es mit der Sozialdemokratie gut meint. Die Trendwende einzuleiten genießt nun oberste
80 Priorität. Außerdem ergeben sich auch organisationspolitische Herausforderungen von exorbitanter Tragwei-
81 te, die uns Jusos mit betreffen.

82 Besorgniserregend ist derweil die Verankerung der SPD in den unterschiedlichen Wähler*innengruppen. Ihre
83 Wahlergebnisse ähneln sich quer durch alle Milieus, Altersgruppen und Berufsstände, relevante Abweichun-
84 gen sind kaum feststellbar. Was auf den ersten Blick nach Stärke durch Vielfalt ausschauen mag, ist bei näherer
85 Betrachtung Teil des Problems: Wer alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen (wenig) anspricht, dem mangelt
86 es erkennbar an Profil. Offenkundig fühlt sich kein bestimmtes Klientel oder Milieu in besonderer Weise von

87 der Sozialdemokratie vertreten. Auch über Milieugrenzen hinaus vermag die SPD nicht zu überzeugen. Für eine
88 Programmpartei ist dies ein unhaltbarer Zustand.

89 **Es ist Zeit für einen neuen Gesellschaftsentwurf**

90 Als ein ausschlaggebender Grund kann die anhaltend mangelnde inhaltliche Polarisierung zwischen den po-
91 litischen Lagern angesehen werden. Die Wahlprogramme von Union und SPD wurden in der Bevölkerung
92 als kaum unterscheidbar wahrgenommen. Die Wahl zwischen SPD und Union ließ sich vielfach nicht anhand
93 politischer Lagerzugehörigkeit, sondern höchstens an einzelnen Sachfragen festmachen. Der Effekt der man-
94 gelnden Polarisierung wurde zudem durch die absehbar möglichen Regierungskonstellationen verstärkt. Mit
95 dem erneuten faktischen Ausschluss einer rot-rot-grünen Koalition war die Große Koalition zuletzt für die SPD
96 die einzige realistische Option, an der Regierung beteiligt zu sein. Es war daher im Wahlkampf schwer vermit-
97 telbar, dass sich die SPD nach der Wahl von der Union abgrenzen und eine progressive Regierungskoalition
98 würde bilden können. Diese mangelnden Optionen einer Regierung jenseits der Großen Koalition prägen die
99 Bundestagswahlkämpfe seit 2009 und haben stark zum Eindruck beigetragen, dass die SPD keine ernsthafte
100 Option für ein linkes Regierungsprojekt darstellen könne.

101 Der Höhenflug der SPD im Frühjahr 2017 gründete sich auf der Annahme, dass neues Personal in Verbin-
102 dung mit einer zumindest vermuteten politischen Kurskorrektur ein Politikangebot bilden würden, welches er
103 wert sein könnte mit einem stärkeren politischen Mandat ausgestattet zu werden. Stattdessen wurde die SPD
104 am 24. September aber – wie auch schon bei vorangegangenen Wahlen – hauptsächlich ihrer Sachlösungs-
105 kompetenz wegen gewählt. Die politischen Instrumente und Forderungen im Wahlprogramm der SPD stießen
106 ganz überwiegend auf Zustimmung. Doch auch wenn deutlich war, dass eine Mehrheit der SPD-Wähler*innen
107 die meisten politischen Forderungen der SPD für richtig hielt, konnten paradoxerweise zugleich vier aus fünf
108 von ihnen nicht sagen, wie die von der SPD geforderte soziale Gerechtigkeit grundsätzlich zu verstehen sei.
109 Dieser widersprüchliche Befund führt zu der Folgerung, dass es der SPD nicht an politischen Lösungsvorschlä-
110 gen für Einzelprobleme, sondern an einem politischen Gesamtkonzept mangelt. Der letzte mehr oder weniger
111 umfassende Gesellschaftsentwurf, den die SPD präsentieren konnte, war das rot-grüne Regierungsprojekt von
112 1998-2005, das im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 weitgehend seine Entsprechung gefun-
113 den hat und welches heute insbesondere mit der sich am neoliberalen Zeitgeist orientierenden Agenda-Politik
114 verknüpft wird. Seit 2005 sind es vor allem Veränderungen jener Agenda-Politik, mit denen sich die SPD her-
115 vorgetan hat; die innerparteiliche Diskussion dreht sich dabei meist – ob positiv Bezug nehmend oder in Kritik
116 distanzierend – um diesen Teil des rot-grünen Erbes.

117 Dabei ist die Zeit reif, einen neuen Gesellschaftsentwurf zu präsentieren. Weltweit finden tiefgreifende Um-
118 brüche und gesellschaftliche Umwälzungen statt. Diese Umbrüche werden von vielen Menschen wahrgenom-
119 men. Sie führen häufig zu Verunsicherungen und wecken bei Menschen das Bedürfnis, sich an Bekanntem,
120 Bestehendem festzuhalten. Gleichzeitig bieten diese gesellschaftlichen Umwälzungen – und vor allem die ih-
121 nen zugrundeliegenden Fortschritte, die die Menschheit heute macht – die Möglichkeit, unsere Gesellschaft
122 in einem grundlegenden Sinne zu verändern und fortschrittlicher, das heißt freier und gerechter zu gestal-
123 ten.

124 **Utopie statt Demoskopie**

125 Es wäre an der Sozialdemokratie, den Gesellschaftsentwurf für ein überfälliges, umfassendes und neues Fort-
126 schrittsprojekt zu formulieren. Die Sozialdemokratie war stets der politische Nährboden für jeden umfassen-
127 den gesellschaftlichen Fortschritt – sie ist die Partei des Fortschritts. Als solche streitet sie zugleich für die Ge-
128 rechtigkeit. Sie vertritt die Interessen derjenigen, die unter den bestehenden Verhältnissen keine Gerechtigkeit
129 erfahren und den besagten Fortschritt somit als individuelle oder kollektive Bedrohung erleben. Sie streitet für
130 all diejenigen, die ihr Potenzial nicht vollständig ausleben können. Sie streitet für die Menschen, die nicht er-
131 halten, was ihnen zusteht. Sie streitet für diejenigen, die unter diesen Verhältnissen leiden oder unfrei in ihnen
132 sind. Doch die Versöhnung von Fortschritt und Gerechtigkeit unter eben diesen Prämissen würde vorausset-
133 zen, dass die SPD wieder spürbar parteiisch agiert. Eine Neuauflage dessen, was in der Sozialdemokratie lange
134 Zeit als Klassenstandpunkt firmierte, ist folglich dringend angezeigt. Es geht um die unmissverständliche Posi-
135 tionierung an der Seite der abhängig Beschäftigten, der Marginalisierten und der solidarischen Mehrheit. Ohne
136 die deutlich vernehmbare Skandalisierung herrschender Ungerechtigkeiten wird dies nicht gelingen.

137 Dafür muss auch ein für alle Mal Schluss sein mit demoskopiegetriebenen Politikansätzen. Verschärfungen
138 des Asylrechts, der Verzicht auf substanzielle Vermögensbesteuerung oder auch eine restriktivere Innen- und

139 Sicherheitspolitik sind beispielhafte Eckpfeiler einer Politik, die ihren emanzipatorischen Anspruch portions-
140 weise über Bord wirft. Geben wir den Anspruch auf, Stimmungen in unserem Sinne zu verändern und laufen
141 wir ihnen stattdessen hinterher, so verwirren wir mittelfristig unsere Daseinsberechtigung als progressive po-
142 litische Kraft. Außerdem verspielen wir so die Chance, potenzielle Bündnispartner*innen von Gewerkschaften
143 bis zur organisierten Zivilgesellschaft eng an uns zu binden, die auf verlässliche politische Partner*innen drin-
144 gend angewiesen sind.

145 **Jugendverband im Spannungsverhältnis**

146 Wir Jusos blicken zwiespältig auf das Wahljahr 2017 zurück. Der Zäsur des historisch schlechten Wahlergeb-
147 nisses, das auch vor der jungen Zielgruppe keineswegs Halt gemacht hat, stehen tausende neue Mitglieder
148 gegenüber, die Tatendrang sowie Begeisterung versprühen und unseren Verband dabei wachsen lassen. Ein
149 weiterer Lichtblick 2017 war die Landtagswahl in Niedersachsen, bei welcher die Niedersachsen-SPD eine be-
150 eindruckende Aufholjagd einlegte und das beste Ergebnis seit 1998 einholte. Das Regierungsprogramm der
151 SPD hat durch die Jusos zahlreiche substanzielle Verbesserungen erfahren. Mit unserer Kampagne „#gerech-
152 tist“ haben wir erneut den Jugendwahlkampf der SPD verantwortet und dabei neue Akzente setzen können.
153 Ob draußen oder im Netz – unsere Zielgruppe haben wir dort erreicht, wo sie Alltag und Freizeit verbringt.
154 Dabei kamen Millionen Kontakte zustande, die den politischen Diskurs spürbar belebt haben. Vielerorts ha-
155 ben die Jusos den örtlichen Wahlkampf ganz oder zumindest teilweise getragen. Dabei konnten und können
156 sie häufig nur auf unzureichende Kapazitäten in der Hauptamtlichkeit, auf geringe oder gar keine finanziellen
157 Ressourcen sowie auf eine oftmals sehr überschaubare politische Einflussosphäre zurückgreifen. Aufwand, An-
158 erkennung und politischer Einfluss der Jusos stehen vom Unterbezirk bis zum Juso-Bundesverband nicht selten
159 in keinem angemessenen Verhältnis zueinander. Dieser Umstand macht uns wütend. Er schadet letzten Endes
160 der SPD, ihrer Kampagnenfähigkeit und Glaubwürdigkeit massiv. Ein Neuaufstellungsprozess darf daher für
161 uns nicht nur auf Personalfragen und mehr junge Menschen und insbesondere Frauen in Führungspositionen
162 gerichtet, sondern muss sich auch mit den strukturellen Defiziten innerhalb unserer Partei auseinandersetzen.
163 Gemeinsam wollen wir für eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Jusos bundesweit streiten.
164 Nicht zuletzt die finanzielle Anerkennung unserer Arbeit macht es uns möglich in den kommenden Jahren wei-
165 terhin eine Säule der SPD, ein politischer Jugendverband und eine Anlaufstelle für junge Menschen zu sein,
166 die sich politisch engagieren wollen. Jeder Unterbezirk hat einen Anspruch auf eine eigenständig verwaltetes
167 Budget.

168 Die Ergebnisse der Jungwähler*innen sowie zahlreiche Rückmeldungen zu unserer Kampagne fordern uns zu
169 einer gründlichen Analyse heraus. Diese Herausforderung wollen wir annehmen und aus den Erfahrungen
170 Schlüsse für die künftige politische Arbeit ziehen. Die Forderung nach einer gründlichen Bestandaufnahme
171 und vorbehaltlosen Analyse adressieren wir selbstverständlich auch an uns selbst.

172 **Keine Zukunft ohne uns**

173 Bereits jetzt ist unser Verband spürbar kampagnenfähiger, digitaler und besser vernetzt als noch vor zwei
174 Jahren. Nicht besser geworden ist jedoch die politische Vertretung in geschäftsführenden Vorständen und
175 Parlamenten, wo die SPD nicht selten unter faktischem Ausschluss der Jusos politisch debattiert. Gegen diese
176 Umstände helfen erfahrungsgemäß keine bloßen Appelle, deshalb werden wir verbindliche Lösungen einfor-
177 dern.

178 Umso entschiedener unterstreichen wir unseren Anspruch als mit über 70 000 Mitgliedern größter linker Ju-
179 gendverband in Deutschland. Wir arbeiten mit dem Anspruch, linker Richtungsverband zu sein. Wir streben
180 die Gesellschaft der Freien und Gleichen an und bemühen uns um die Überwindung des kapitalistischen Sys-
181 tems und seiner alles durchdringenden Verwertungslogik. Die Ideen des Sozialismus, Feminismus und Inter-
182 nationalismus sollen gleichermaßen unser Denken und Handeln prägen. Dem Antifaschismus sind wir aus
183 Überzeugung verpflichtet. Unser politisches Tun ist darauf ausgerichtet, Partei und Gesellschaft gleicherma-
184 ßen zu verändern und dabei eine treibende Mittlerfunktion einzunehmen. Kollektiv wie auch individuell ist
185 diese Doppelstrategie maßgeblich für die Wahl unserer politischen Mittel.

186 Wir sind Teil der Parteilinken innerhalb der SPD und suchen dort die aktive Zusammenarbeit mit allen pro-
187 gressiven Akteur*innen. Mit Sorge betrachten wir jedoch die zunehmende Fragmentierung der linken Kräfte
188 innerhalb der SPD und bemühen uns nachdrücklich, diese zu beheben. Dabei arbeiten wir sachorientiert und
189 konstruktiv. Als größter manifester Teil der Parteilinken erheben wir darüber hinaus den Anspruch, Verant-
190 wortung für und in unserer Partei zu übernehmen.

191 Gemeinsam stärker – der Doppelstrategie verpflichtet

192 Politische Kämpfe führen und gewinnen wir nicht alleine. Die Arbeit mit Partner*innen und in Bündnissen ist
193 deshalb seit jeher integraler Bestandteil unserer politischen Praxis. Am stärksten sind wir dabei immer dann,
194 wenn wir es schaffen unsere angestrebte Scharnierfunktion zwischen SPD und gesellschaftlichen Gruppen
195 mit Leben füllen zu können. Doch Bündnisarbeit ist für uns noch mehr. Ob mit Gewerkschaftsjugenden, den
196 Verbänden der Arbeiter*innenjugendbewegung, unseren internationalen Partner*innenorganisationen oder
197 auch linken Parteiorganisationen sowie mit verschiedensten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
198 außerparlamentarische sowie linksradikale Gruppen – wir setzen auf kontinuierlichen und anlassunabhän-
199 gigen Austausch miteinander. Wir wollen dabei gemeinsame Interessen herausarbeiten, Projekte definieren
200 und diese gemeinsam angehen. Klar ist dabei aber auch, dass wir unsere Standards in der Bündnisarbeit nicht
201 aufgeben. Wer unsere Grundwerte verletzt, kann niemals Partner*in sein.

202 Mitarbeit in Bündnissen und mit Partner*innen bedeuten für uns immer auch aktive Mitarbeit. Wir sind nach-
203 drücklich bemüht keine Mitarbeit zuzusagen, wenn diese im weiteren Verlauf nicht auch mit Leben gefüllt wer-
204 den kann. Die Gewinnung der SPD für die punktuelle Mitarbeit in großen zivilgesellschaftlichen Bündnissen
205 streben wir an, weil diese Form der zivilgesellschaftlichen Verankerung bislang leider nur eine stark unterge-
206 ordnete Rolle gespielt hat. Bundesweite Bündnisse in denen wir aktiv sind, müssen wir stärker in den Verband
207 tragen und in die SPD. Auch wenn die SPD in vielen Bündnissen aus teils nicht nachvollziehbaren Gründen
208 nicht vertreten ist, müssen wir sie hier immer wieder auf die Wichtigkeit organisationsübergreifender Bünd-
209 nisse aufmerksam machen und zumindest einen regen Informationsfluss gewährleisten. Nur so können wir für
210 zentrale Ereignisse nicht nur die Genoss*innen aus den Reihen der Jusos sondern auch aus den Reihen der
211 Mutterpartei mobilisieren. Zur Sicherung einer kontinuierlichen Arbeit müssen wir uns in Bündnissen besser
212 personell aufstellen. Hier ist in erster Linie Bundesvorstand in der Pflicht mindestens eine*n Vertreter*in zu
213 entsenden, aber auch die Landesverbände, die Arbeit des Bundesvorstands in den Bündnissen praktisch zu
214 unterstützen. Wir müssen unsere bundesweiten Bündnisse stärker in der Basis verankern, indem wir Mitmach-
215 möglichkeiten auf allen Ebenen aufzeigen. Für längerfristige Bündnisse müssen wir uns eine Strategie geben,
216 die sowohl die Kontinuität der Mitarbeit sicherstellt als auch für uns unsere Rolle in den Bündnissen und was
217 unser Ziel bei der jeweiligen Bündnisarbeit ist definiert.

218 Unsere Arbeitsschwerpunkte**219 1. Kampagne 2018: Everything now – Die Zukunft Europas gestalten**

220 Europa steht 2019 vor einer Schicksalswahl. Die unterschiedlichen Krisen seit 2007 – seien es die wirtschaftli-
221 chen und politischen Auswirkungen des Platzens der Immobilienblase in den USA, die Rückkehr des Kriegs in
222 Europa (Ukraine), der Brexit und seine Folgen oder die Herausforderungen der globalen Fluchtbewegungen
223 – haben das Fundament der politischen Zusammenarbeit nachhaltig erodieren lassen. In vielen Staaten der
224 Europäischen Union sind in den vergangenen Jahren zudem autoritäre, rassistische und demokratiefeindliche
225 Bewegungen erstarkt, die den Nachkriegskonsens der schrittweisen europäischen Integration in Frage stellen
226 und eine Rückkehr des Nationalen fordern. Dabei hält die EU insbesondere gegenüber der jungen Generation
227 ihre Versprechen nicht. Das liegt insbesondere an der tiefen Verankerung eines neoliberalen Dogmas in den
228 EU-Verträgen, das wir aufbrechen müssen, wenn wir ein soziales Europa erreichen wollen. Noch immer sind
229 3,7 Millionen junge Menschen unter 25 arbeitslos. Es verwundert nicht, dass besonders in Griechenland, wo
230 eine Jugendarbeitslosigkeit von 45% Prozent herrscht, fast 31% der jungen Griech*innen für einen Austritt aus
231 der EU plädieren. Insgesamt 37% der jungen Menschen in Europa vermissen zudem konkrete politische Ziele
232 und Pläne der EU. Hier muss endlich etwas geschehen, denn die Zukunft unserer Generation liegt genau hier,
233 in Europa!

234 Die Sozialdemokratie hat über ein Bekenntnis zu einem offenen und freien Europa hinaus allerdings keine
235 angemessenen Antworten auf diese Entwicklungsprozesse gefunden. Europa wird zwar oftmals als Zukunfts-
236 thema von Funktionär*innen benannt, jedoch fristet es im Alltag der Partei- und Verbandsarbeit ein Schatten-
237 dasein. Diesen Widerspruch wollen wir im Jahr 2018 auflösen, indem wir die Zukunft des europäischen Projekts
238 in den Mittelpunkt unseres Verbandes stellen und ins Zentrum unserer Partei rücken werden. Ebenfalls muss
239 der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung Europa als Friedensprojekt 100 Jahre nach dem Ende des
240 Ersten Weltkrieges hat und wie ein friedvolles Zusammenleben der europäischen Völker auch in den nächsten
241 100 Jahren garantiert werden kann.

242 Im Rahmen einer Schwerpunktkampagne, die letzten Endes in den Jugendwahlkampf 2019 münden soll, wollen

243 wir uns mit den zentralen politischen Herausforderungen auf europäischer Ebene beschäftigen. Zum einen
 244 sollen dabei unsere Beschlusslagen und die Ergebnisse von unserm Kongress „Europe: turn left“ aufgearbeitet
 245 und in die Breite des Verbandes sowie der

246 Zum anderen wollen wir aktuelle europapolitische Fragestellungen, auf die wir noch keine Antworten haben,
 247 auf unsere Agenda setzen. Themen, die dabei eine wesentliche Rolle einnehmen werden, sind:

- 248 • *Europa als Motor für mehr Gerechtigkeit* (z.B. Konzept einer europäischen Bürgerversicherung; Aufbau
 249 einer politischen Sozial- und Fiskalunion; Verständigung auf gemeinsame europäische Steuerpolitik;
 250 Durchsetzung von europaweiten Arbeitnehmer*innenrechten; Bekämpfung von sozialer Ungleichheit
 251 und der gesellschaftlichen Spaltung im europäischen Kontext)
- 252 • *Europas Rolle in der Welt* (z.B. globale Durchsetzung von Sozial- und Klimastandards; Friedens- und Ent-
 253 wicklungspolitik; Umgang mit der Militarisierung der Außenpolitik im Allgemeinen und der europäi-
 254 schen in Besonderem)
- 255 • *Europäische Migrationsgesellschaft* (z.B. Leitbilddiskussion zur europäischen Migrationsgesellschaft; so-
 256 zialdemokratische Vorstellungen für eine humane Flüchtlingspolitik; Festung Europa)
- 257 • *Europäisierung des feministischen und antifaschistischen/-rassistischen Kampfes* (z.B. linke Handlungsstra-
 258 tegien gegen autoritäre Bewegungen und Regierungen; Verteidigung von und der Kampf für mehr
 259 Frauenrechte in Europa; europäische Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren; Antworten auf
 260 die Identitätskrise der europäischen Linken)
- 261 • *Demokratisierung der Europäischen Union* (z.B. Reform der europäischen Institutionen; europäischer Fö-
 262 deralismus; Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft)

263 **Wie wir arbeiten wollen**

264 Unsere Schwerpunktkampagne im Jahr 2018 soll unter Einbezug des gesamten Verbandes erarbeitet und
 265 durchgeführt werden. Hierfür spielen die Unterbezirke und Kreisverbände eine entscheidende Rolle. Ihnen
 266 wollen wir es erleichtern an die Arbeit der Bundesebene anzuknüpfen, Themenschwerpunkte zu erarbeiten
 267 und bei Interesse in diesem Rahmen Aktionen durchführen zu können. Gleichzeitig möchten wir gemeinsam
 268 mit den Kreis- und Unterbezirksverbänden anhand konkreter Projekte Europa wieder für die junge Generation
 269 sichtbar machen. Wichtige Meilensteine werden dabei die Verbandswochenenden im Jahr 2018 sein, die dazu
 270 dienen sollen, (1) den Verband mit unseren europapolitischen Positionen vertraut zu machen, neue Positionen
 271 zu entwickeln und diese in einem vom Bundesvorstand aufzustellenden Forderungskatalog zur Europawahl
 272 zusammenzufassen, (2) den Verband in der Breite kampagnenfähig zu machen und (3) durch offenere Mit-
 273 machstrukturen neue Mitglieder für die Arbeit des Bundesverbandes zu gewinnen. Darüber hinaus planen
 274 wir 2018 einen Europakongress. Wir wollen unsere Arbeit aber auch über unseren Verband und unsere Par-
 275 teistrukturen hinaustragen. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit unseren etablierten Bündnispartner*innen
 276 ebenso entscheidend wie die Suche nach neuen Mitstreiter*innen sowie das permanente Bemühen unsere
 277 Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen.

278 Ein wesentliches Ziel der Kampagne ist die breite Erarbeitung jugendpolitischer Forderungen zur Europawahl
 279 2019, die wir anschließend gemeinsam mit YES und unseren europäischen Partner*innen nach außen tragen
 280 wollen und auf dem Bundeskongress 2018 in Form einer Jugendwahlkampagne beschließen werden. Zudem
 281 müssen auch im Europaparlament mehr junge Menschen vertreten sein. Wir werden intensiv dafür streiten,
 282 dass auch junge Menschen die Chance auf einen Einzug in das Parlament erhalten und unsere jungen Kan-
 283 didat*innen besonders unterstützen. Ob Europa als Garant für Frieden eine Zukunft hat oder ins nationale
 284 Klein-Klein abdriftet, ist heute noch nicht ausgemacht. Wir Jusos wollen in den nächsten Monaten eine neue
 285 Erzählung für das europäische Projekt ausarbeiten, die die Begeisterung für Europa bei jungen Menschen
 286 wieder entflammt. Besonders wichtig ist es uns, dass unser Kampf für eine solidarische und demokratische
 287 Europäische Union nicht mit der Wahl 2019 endet. Wir nehmen es uns weiterhin zur Aufgabe, uns kontinuier-
 288 lich für unsere Idee eines vereinten Europas zu engagieren und einzustehen.

289 **1. Arbeitsgruppen 2019 und fortwährende Schwerpunkte**

290 **1. 50 Jahre Juso-Linkswende – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft**

291 In der Geschichte der Jusos markiert die Linkswende im Jahr 1969 eine herausragende Wegmarke. Die Abkehr
292 vom braven Parteinachwuchs und die politische Entscheidung für einen eigenständigen linken Richtungsver-
293 band bildeten die maßgebliche Grundlage für die weitere Entwicklung des Verbandes, den wir heute vorfinden
294 und gemeinsam gestalten. Die Linkswende markierte den Bruch mit der einseitigen Bindung an die SPD. Getra-
295 gen auch von zahlreichen 68er*innen nahm man von der bis dato nahezu bedingungslosen Loyalität Abstand
296 und begann, grundlegende Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu diskutieren. Dieser
297 Anspruch trägt bis heute als Stützpfeiler unseren Verband. Wir nehmen auch weiterhin für uns in Anspruch,
298 Politikentwürfe zu formulieren, die über die tagespolitische Dimension hinausreichen. Utopien sind notwen-
299 diger Bestandteil unseres Diskurses.

300 Die kommenden zwei Jahre wollen wir nutzen, um einerseits die historische Dimension der Juso-Linkswende
301 näher zu beleuchten, (Dis-)Kontinuitäten herauszuarbeiten und nicht zuletzt mit einer jungsozialistischen Ma-
302 nifestation den Blick auf die nächsten 50 Jahre zu werfen, in denen ein starker jungsozialistischer Verband
303 und seine kritische Solidarität zur Sozialdemokratie gebraucht werden. Bis zum Juso-Bundeskongress 2019
304 wollen wir – zehn Jahre nach dem letzten Grundlagenpapier der Jusos – eine zeitgemäße Interpretation der
305 Perspektive bieten, mit der Jusos heute auf Kapitalismus und Patriarchat, auf Staat und Nation, auf globale
306 Ungerechtigkeit und lokale Kämpfe sowie vieles mehr schauen.

307

308 Arbeitsweise

309 Wir wollen die Arbeiten am Linkswende-Jubiläum bereits im Jahr 2018 beginnen. Dies geschieht einerseits
310 durch die Ermunterung unserer Gliederungen, sich vorbereitend auf 2019 mit ihrer lokalen Juso-Historie so-
311 wie mit möglichen Bestandteilen eines Juso-Grundsatzpapiers zu befassen. Andererseits werden wir zu die-
312 sem Zweck eine Steuerungsgruppe einsetzen, die neben Mitgliedern des Juso-Bundesvorstands auch weitere
313 personelle Expertise aus den vergangenen Dekaden der Juso-Geschichte umfassen wird. Die Steuerungsgrup-
314 pe trägt in enger Abstimmung mit dem gesamten Juso-Bundesvorstand die Verantwortung für die historische
315 Aufarbeitung sowie für die Konkretisierung der Arbeitsplanung für 2019. Auch das Archiv der Sozialen Demo-
316 kratie und andere Institutionen sind mögliche Partner*innen. Wegmarken im Jahr 2019 werden ein politischer
317 Festakt an historischer Stelle in München sowie Vorbereitung und Beschlussfassung der geplanten Manifes-
318 tation sein. Der Festakt wird gleichzeitig die Möglichkeit der verbandsöffentlichen Diskussion über zentrale
319 Thesen der Manifestation bieten.

320 Eine zentrale Rolle bei der Erarbeitung der Manifestation soll auch eine erweiterte Arbeitsgruppe im Jahr 2019
321 spielen. Nach dem Prinzip der freien Ausschreibung wollen wir dort eine vom Bundesvorstand geleitete Grup-
322 pe einsetzen, die den Manifestationsprozess eng begleitet und die zwingend notwendige Rückkopplung in die
323 Breite des Verbandes sicherstellt. Wir werden Synergien nutzen und sicherstellen, dass wesentliche Ergebnisse
324 der Projektgruppen „Sozialismus“, „Feminismus“ und „Innenpolitik“ auch den Weg in die Manifestation finden
325 werden. Enger Austausch zwischen all diesen Arbeitsgruppen ist dringend geboten.

326 **1. 100 Jahre Frauenwahlrecht und immer noch gilt: Wir brauchen Feminismus!**

327 Nach über hundert Jahren Kampf war es 1918 endlich soweit: Auch Frauen konnten in Deutschland ihre Stim-
328 me abgeben! Als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung spricht die Sozialdemokratin Marie Juchacz
329 und stellt zu Recht fest: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frau-
330 en gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ Weitere hundert Jahre sind 2018 seit
331 diesem historischen Tag vergangen. Für uns stellt sich auch heute noch diese alte Frage: Was wird uns heute
332 eigentlich noch immer zu Unrecht vorenthalten? Im neu gewählten Bundestag werden mit 31 Prozent so we-
333 nig Frauen vertreten sein wie seit 19 Jahren nicht mehr. Wir erleben derzeit einen gesellschaftlichen Rollback,
334 der sich nicht zuletzt im Erstarken der völkischen, rassistischen und patriarchalen AFD zeigt, der unsere Ge-
335 sellschaft zurück in die 50er Jahre katapultieren soll. Dieser Rollback zeigt: Gesellschaftlicher Fortschritt, ein
336 Mehr an Gleichberechtigung schreibt sich nicht automatisch fort, sondern muss immer gelebt, verteidigt und
337 erkämpft werden!

338 Wir wollen dieses historische Datum der Einführung des Frauenwahlrechts zum Anlass nehmen, uns mit der
339 Situation von Frauen in der politischen Landschaft auseinander zu setzen. Es ist aber nicht das einzige Jubilä-
340 um im kommenden Jahr, was wir als feministischer Richtungsverband feiern wollen: Seit 30 Jahren gibt es in
341 unseren Parteigliederungen die Frauenquote. Wie „weiblich“ ist Politik heute? Was haben wir bisher erreicht?

342 Welche Herausforderungen stehen noch vor uns? Im Rahmen eines Feminismuskongresses werden diese und
343 andere feministischen Fragestellungen einen prominenten Platz in unserer Verbandsarbeit einnehmen. Dabei
344 darf auch der kritische Blick in unsere eigenen Verbands- und vor allem Parteistrukturen nicht fehlen. Der Kon-
345 gress wendet sich an den gesamten Verband, soll aber auch einen Part exklusiv für Frauen* anbieten.

346 Wir kämpfen für ein gutes und freies Leben für alle. Daher sind wir Feminist*innen und wollen auch die Ju-
347 sos als feministischen Verband in Theorie und Praxis weiterentwickeln. Doch was bedeutet jungsozialistischer
348 Feminismus heute eigentlich? Mit und für wen führen wir feministische Kämpfe, welche Identitäten und Le-
349 bensrealitäten müssen einbezogen werden und worum geht es „dem“ Feminismus eigentlich? Wir wollen in
350 den nächsten zwei Jahren in einer Arbeitsgruppe – im engen Austausch mit unseren feministischen Bündnis-
351 partner*innen – einen modernen, jungsozialistischen Feminismusbegriff entwickeln. Dabei wollen wir uns mit
352 aktuellen feministischen Theorien auf der Höhe der Zeit befassen. Um unserem Anspruch eines Feminismus
353 für alle gerecht zu werden, werden wir diese (queer-)feministische Diskursräume immer wieder auch für die
354 Breite unseres Verbandes öffnen. Dies bedeutet auch, dass wir unseren „lila Faden“ im Verband evaluieren und
355 auf ein neues Level heben müssen. Das bedeutet, dass wir unser gesamtes politisches Handeln stets auch mit
356 einer feministischen Brille betrachten werden.

357 **We can do it – unsere feministische Praxis**

358 Patriarchale Strukturen in der Gesellschaft machen auch vor unserer eigenen Verbandsrealität nicht halt:
359 Wir wollen, dass Frauen in unserem Verband entscheidende Akteurinnen sind und maßgeblich Einfluss
360 auf unsere Arbeit haben. Dazu wollen wir das bestehende Awareness-Konzept fortführen und weiterent-
361 wickeln. Deshalb wollen wir gemeinsam ihre Unterrepräsentation beheben und Sexismus bekämpfen. Mit
362 dem Frauenempowerment-Programm haben wir im vergangenen Jahr Frauen in feministischen Strategien
363 und Handlungsoptionen für die politische Arbeit geschult und miteinander vernetzt. Dieses erfolgreiche Pro-
364 gramm wollen wir weiter fortführen. Darüber hinaus sollen Räume zur Frauenvernetzung, insbesondere auch
365 zwischen den Funktionärinnen aus den Landesverbänden und Bezirken, sowie mit den Teilnehmer*innen des
366 Empowerment-Programms, geschaffen werden. Die Frauenvernetzung soll möglichst autonom ihre Schwer-
367 punkte selbst setzen und vom Bundesverband begleitet, sowie mit den nötigen Ressourcen unterstützt wer-
368 den. Zusätzlich wollen wir auch die internationale Frauenvernetzung stärken und YES und IUSY Networks
369 (Queer/ Feminism) verstärkt nutzen. Langfristig wollen wir eine generationsübergreifende Frauenvernetzung
370 und -solidarität erreichen.

371 Auch wenn wir jeden Tag für eine feministischere und freiere Gesellschaft streiten, wollen wir ein Augenmerk
372 auf bestimmte Ereignisse legen und an diesen Tagen gezielt eine Öffentlichkeit und für die aktuellen Proble-
373 me im patriarchalen System erzeugen. Dazu zählen für uns der Internationale Frauenkampftag, der Equal Pay
374 Day und der internationale Tag gegen Gewalt gegen Frauen. Aber auch die Proteste gegen die Demonstrationen
375 der sogenannten Lebensschützer*innen wie sie beispielsweise in Annaberg-Buchholz und Berlin jährlich
376 stattfinden. Im Bezug auf den internationalen Frauenkampftag sehen wir unsere Arbeit im Frauenkampftags-
377 bündnis weiterhin als einen zentralen Pfeiler unserer feministischen Praxis an. Hier wollen wir in den kommen
378 Jahren auf eine starke und kontinuierliche Arbeit setzen. Auch bundesweit wollen wir als Jusos zu der Großde-
379 monstration in Berlin mobilisieren. Im Bezug auf die Demonstrationen gegen die sogenannten Lebensschüt-
380 zer*innen wollen wir von Bundesebene aus die Anstrengungen der jeweiligen Landesverbände und Bündnisse
381 vor Ort solidarisch unterstützen und die Genoss*innen überregional mobilisieren.

382 Der Equal Pay Day und der Internationale Tag gegen Gewalt gegen Frauen legen einen Fokus auf zwei große
383 und Teils wenig beachtete Probleme im Kampf für Gleichstellung und den Schutz von Frauen. Beide Tage sind
384 in den letzten Jahren mehr in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Dennoch ist es für uns als Jusos wichtig uns
385 hier aktiv einzubringen und die Forderungen auf die Straße und an die Menschen zu bringen. Dazu wollen wir
386 auf dezentrale Aktionen vor Ort setzen um möglichst viele Menschen zu erreichen und für das Problem zu sen-
387 sibilisieren. Ein Aktionsleitfaden kann den Genoss*innen vor Ort anhand von einigen Beispielen Anregungen
388 gibt, wie sie das Thema mit Aktionen an dem Tag setzen können.

389

390 **We can't keep quiet: Kampagnenarbeit**

391 Ziel unserer Politik ist, dass alle Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten in unserer Gesellschaft haben,
392 ohne dass ihnen ihre Herkunft, Klasse, aber eben auch das Geschlecht im Weg stehen. In der Gestaltung des

393 partner*innenschaftlichen Zusammenlebens sehen wir ein zentrales Handlungsfeld, um Diskriminierungs-
394 muster in unserer Gesellschaft nachhaltig bekämpfen zu können. Wir wollen eine Kampagne entwickeln, die
395 unsere Forderungen nach einer Politik, die neue Formen des Zusammenlebens fördert und Diskriminierun-
396 gen abbaut, in den Fokus stellt. Dafür wollen wir uns in einer Arbeitsgruppe zunächst darauf verständigen, wie
397 eine moderne, jungsozialistische Politik in diesem Bereich aussehen sollte. Anschließend wollen wir die Er-
398 gebnisse mit einer Kampagne auch über unseren Verband hinaus bekannt machen und um gesellschaftliche
399 Mehrheiten werben.

400 **1. Die Zeit ist reif: Das Projekt Sozialismus**

401 Unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Und uns Sozialist*innen stellt sich wieder einmal die geschicht-
402 liche Frage: Sozialismus oder Barbarei – gelingt es uns, die geschichtlichen Entwicklungen richtig einzuschätzen
403 und den Fortschritt zum Sozialismus zu entwickeln, oder werden die reaktionären Antworten auf die gegen-
404 wärtigen Umbrüche die Oberhand gewinnen?

405 Das stellt uns vor zwei konkrete Fragen, die wir im Verband diskutieren und beantworten möchten: welche
406 Entwicklungen machen wir in der Gegenwart als wesentlich aus und welche Schlussfolgerungen ziehen wir
407 daraus für unsere jungsozialistische Strategie?

408 **Keine revolutionäre Bewegung ohne revolutionäre Theorie**

409 Als Sozialist*innen ist es unser Anspruch, unsere Gesellschaft bewusst zu gestalten. Aber nur wer die Gegen-
410 wart begreift, kann Zukunft gestalten. In den vergangenen zwei Jahren haben wir uns unter den Oberbegriffen
411 „Arbeit 4.0“ und „Wirtschaft 4.0“ intensiv mit dem Wandel der Arbeitswelt auseinandergesetzt. Wir haben Ant-
412 worten darauf formuliert, wie die negativen Auswirkungen dieses Wandels auf die Beschäftigten abgemildert
413 und wie er im Sinne der Menschen gestaltet werden kann. Aufbauend auf einer grundlegenden Analyse der
414 gegenwärtigen Ausdrucksformen des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit wollen wir uns nun damit aus-
415 einandersetzen, welche grundlegende Bedeutung der Wandel der Arbeitswelt für unsere Gegenwart hat und
416 welche weiteren wesentlichen Veränderungen unserer Gesellschaft wir derzeit beobachten können, wie bspw.
417 die Entwicklung neuer produktiver Kräfte und das Aufbrechen neuer gesellschaftlicher Widersprüche.

418 Bei der Betrachtung der kapitalistischen Verhältnisse der Gegenwart ist das Hauptaugenmerk vor allem auf
419 zwei Aspekte zu legen: Was sind besonders problematische gegenwärtige Entwicklungen auf der einen Seite?
420 Und welche neuen (bislang kapitalismusimmanenten) Entwicklungen gibt es auf der anderen Seite, die wir
421 möglicherweise für uns und den Fortschritt zum Sozialismus nutzbar machen könnten? Wir wollen untersu-
422 chen, ob und welche Auswirkungen die jüngsten Entwicklungen auf die Verschiebung von Machtverhältnissen
423 unter den gegenwärtigen Bedingungen haben. Dabei ist insbesondere zu untersuchen, ob die aktuellen Ent-
424 wicklungen zu einer stärkeren Machtkonzentration auf Seiten des Kapitals führen. Wir werden uns auch mit
425 aktuellen Verteilungsfragen beschäftigen und uns fragen, welche Möglichkeiten zur Umverteilung des gesell-
426 schaftlichen Reichtums es schon innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse gibt.

427 Schließlich und vor allem wird es darum gehen, Perspektiven auf den Sozialismus zu entwickeln. Wir wollen
428 der Frage nachgehen, inwiefern die gegenwärtigen Entwicklungen über den Kapitalismus hinausweisen, ob sie
429 Perspektiven auf den Sozialismus eröffnen – und welche Konzepte zu ihm führen. Dabei werden wir uns auch
430 intensiv mit unserer Vorstellung vom Sozialismus beschäftigen und sie gegebenenfalls aktualisieren. Dafür
431 werden wir uns mit aktuellen sozialistischen Konzepten auseinandersetzen und neue entwickeln. Dabei wird
432 auch die Betrachtung aktueller sozialistischer Projekte weltweit eine Rolle spielen. Wir werden uns zum einen
433 die Frage stellen, ob sie realistisch sind, aber auch die, welche Wege zum Sozialismus wir für erstrebenswert
434 halten. Schließlich werden wir uns auch die Frage stellen müssen, wie Arbeit im Sozialismus zu organisieren
435 und wie der gesellschaftliche Reichtum zu verteilen sein wird. Dazu gehört auch, dass wir uns im Jubiläumsjahr
436 2018 mit dem Leben und dem Wirken von Karl Marx intensiv beschäftigen sowie inhaltlich auseinandersetzen.
437 Was bleibt 200 Jahre nach der Geburt des weltbekannten Begründers des Marxismus? Wie kann Kapitalismus-
438 kritik für uns aussehen, welche Lehren ziehen wir für das 21. Jahrhundert aus den Werken von Karl Marx und
439 wie sehen unsere Antworten auf die heutigen sozialen Missstände aus?

440 **Arbeitsweise**

441 Das Projekt Sozialismus wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit, in dem über einen längeren Zeitraum zum The-
442 ma gearbeitet wird. Das Projekt wird von einer Arbeitsgruppe vorbereitet und organisiert. Die Arbeitsgrup-
443 pe holt sich regelmäßig Expertise von außerhalb ein. Um Diskursräume im Verband zu schaffen, sollen auch

444 Zwischenstände der Arbeit z.B. auf den Verbandswochenenden und mit den Landesverbänden und Bezirken
445 diskutiert werden; Ziel ist dabei eine verbandsweite Debatte unter Einbeziehung möglichst vieler Genoss*in-
446 nen.

447 Ziel des Projektes ist die Fortentwicklung und Verbreitung unserer sozialistischen Theorie. Die Ergebnisse sol-
448 len daher in geeigneter Form dokumentiert und veröffentlicht werden. Auch für das Projekt Sozialismus wer-
449 den wir ein geeignetes Debattenformat bereitstellen, in dem unsere sozialistische Theorie des 21. Jahrhunderts
450 mit (prominenten) Gastbeiträgen sowie Perspektiven aus unserem Verband diskutiert und fortentwickelt wer-
451 den kann. Dies kann auch über geeignete Plattformen im Internet, wie beispielsweise die Online-Argumente,
452 erfolgen. Im Karl-Marx-Jubiläumsjahr soll im Rahmen einer Veranstaltung eine inhaltliche Auseinandersetzung
453 mit marxistischer, sozialistischer und materialistischer Theorie stattfinden. Eine solche Veranstaltung soll für
454 die breite Basis des Verbandes dazu dienen, sich mit den Arbeiten des Vordenkers aus Trier zu beschäftigen
455 sowie deren Bedeutungen für uns als progressiven Jugendverband zu erarbeiten. Hierzu soll auch geprüft
456 werden, ob eine Einbindung bzw. Kooperation mit Bündnispartner*innen möglich ist.

457 Anschließend an den Prozess der theoretischen Arbeit sollen dessen Ergebnisse in einer breiter angelegten
458 Bildungskampagne in den Verband getragen und diskutiert werden. Dabei sollen die Ergebnisse des Theorie-
459 Prozesses in den Untergliederungen, insb. auf Landesverbands- und Bezirks-Ebene diskutiert werden, um
460 unsere aktuelle sozialistische Theorie noch breiter in die Untergliederungen und in die Öffentlichkeit zu tra-
461 gen. Dazu wird im Projekt Sozialismus ein Musterseminar erarbeitet, das den Untergliederungen, insb. auf
462 Landesverbands- und Bezirks-Ebene, zur Bildungsarbeit vor Ort angeboten wird.

463 Die sozialistische Gesellschaftsanalyse der Jusos war Grundlage für die Linkswende und ist seitdem zentra-
464 ler theoretischer und politischer Bezugspunkt unseres politischen Wirkens. Insbesondere in Hinleitung auf
465 den Schwerpunkt Linkswende soll die Debatte um die Grundlagen sozialistischer Gesellschaftsanalyse und
466 aktueller Sozialismusedwürfe deshalb breit im Verband diskutiert werden und eine zentrale Stellung beim
467 „Linkswendekongress“ einnehmen.

468 1. **Raus aus der Defensive: Linke Sicherheitspolitik und Bürger*innenrechte**

469 Wir erleben, dass Fragen der sogenannten inneren Sicherheit in den letzten Jahren immer mehr an Bedeu-
470 tung in der gesellschaftlichen Debatte gewinnen. Nach Jahren von Einsparungen im öffentlichen Dienst gibt es
471 kaum einen Wahlkampf mehr, in dem nicht die Schaffung von mehr Stellen in Polizei und Justiz zentrale Dis-
472 kussionspunkte sind. Auch der Ruf nach härteren Strafen und mehr Kompetenzen für Ermittlungsbehörden
473 ist deutlich zu vernehmen: Der starke Staat soll „Sicherheit“ mit harter Hand durchsetzen

474 Diese Stärkung des Sicherheitsapparates steht in einem Spannungsfeld zur Sicherung von Bürger*innenrech-
475 ten und darüber hinaus in einem Spannungsverhältnis zu einem ganzheitlichen Verständnis von Sicherheit
476 auch aus sozialer Sicht. Deutlich zu merken ist dies – um nur einige Beispiele zu nennen – bei der stetigen
477 Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder bei der „Begleitung“ linker Demonstrationen
478 durch Polizei und Versammlungsbehörden. Auch die Forderung von Rechts nach einer Obergrenze für die
479 Aufnahme von Geflüchteten gehört in diese Reihe: Der Nationalstaat soll „die Grenzen sichern“, indem er das
480 individuelle Grund- und Menschenrecht auf Asyl schleift. Wir wollen diesem rein repressiven Sicherheitsbegriff
481 etwas entgegensetzen. Dafür müssen wir uns die Frage stellen, wie eine „linke Sicherheitspolitik“ aussehen
482 muss: Welchen Zweck erfüllt Strafe jetzt und welchen soll und muss sie erfüllen? Wie wirken Strafjustiz und
483 Gefängnisse auf Opfer, Täter*innen und Gesellschaft? Gibt es Alternativen zum Einsatz von Strafe? Welche Rol-
484 le spielen Sicherheitsbehörden in der Praxis und wie kann man hier regulierend eingreifen? Dabei muss auch
485 beachtet werden, wie sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung auf die Sicherheitsfrage auswirkt: Wessen
486 Interessen vertritt der Staat gerade und wessen Sicherheit gewährleistet er? Leider wirkte sozialdemokratische
487 Innenpolitik in den letzten Jahren zu oft getrieben von tagespolitischen Debatten und dem Druck rechter und
488 konservativer law-and-order-Rhetorik. Wir sind überzeugt, dass die SPD bei innerer Sicherheit und Bürger*in-
489 nenrechten nur aus der Defensive kommen kann, wenn sie ihre Politik an einem eigenen und konsistenten
490 Leitbild orientiert.

491 Dabei gilt es auch, den Blick darauf zu richten, dass gesellschaftliche Unterdrückungsstrukturen Auswirkungen
492 auf die Praxis der Sicherheit in diesem Staat haben. Rassismus beispielsweise ist ein gesamtgesellschaftliches
493 Problem und damit auch innerhalb von Sicherheitsbehörden vorhanden. Wer keine weiße Hautfarbe hat, wird
494 sowohl bei der Einreise, als auch im Land deutlich öfter angehalten und intensiver kontrolliert, als mutmaßli-
495 che Einheimische. Dies führt zur Betrachtung von Sicherheit auch als Gerechtigkeits- und Verteilungsproblem.

496 Dabei sollte man das Sicherheitssystem von innen betrachten (Wer sitzt für welche Delikte wie lange und wie
497 oft im Gefängnis?), aber auch die Anforderungen der Gesellschaft an Sicherheit von außen (Gibt es einen Zu-
498 sammenhang von ökonomischer Ungerechtigkeit und dem Zugang zu Sicherheit? Welche Funktion erfüllt der
499 Sozialstaat für die Sicherheit einer Gesellschaft?) in den Blick nehmen. Darüber hinaus werden wir uns mit der
500 Frage eines aktuellen und linken Staatsverständnisses aus jungsozialistischer Perspektive befassen.

501 Wir werden in den nächsten zwei Jahren ein klares Konzept von linker Sicherheitspolitik vorlegen, dass unsere
502 Vorstellung einer gerechten und offenen Gesellschaft entspricht. Wir werden in der SPD die Debatte um eine
503 eigenständige sozialdemokratische Innen- und Sicherheitspolitik forcieren und wollen mit unseren Impulsen
504 dafür sorgen, dass die SPD als selbstbewusste und handlungsstarke Partei der Bürger*innenrechte auftritt,
505 statt kleinlaute Rückzugsgefechte gegen zunehmende Überwachung und Repression zu führen.

506 **1. Hoch die internationale Solidarität – Internationale Arbeit bei den Jusos**

507 Unsere internationale Arbeit ist Kernstück unserer Identität als sozialistischer, feministischer und internationa-
508 listischer Richtungsverband, denn der Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und die Überwindung des
509 Kapitalismus endet nicht an Grenzen, sondern ist international. Unsere programmatischen, friedens-, handels-
510 und entwicklungspolitische Grundlagen wurden in den letzten drei Jahren sehr breit diskutiert, erweitert und
511 bilden eine gute Grundlage, um internationale Entwicklungen mit einem klaren Kompass zu diskutieren. Unser
512 Internationalismus ist aber nicht nur programmatisch, sondern auch praktisch: Wir wollen die nächsten zwei
513 Jahre dafür nutzen, unsere internationale Arbeit projektorientiert weiterzuentwickeln und so bi- und multila-
514 terale Beziehungen zu weltweiten Partner*innen und in unsere internationalen Dachverbände zu stärken. Wir
515 Jusos sind ein kampagnenstarker Verband, das haben wir in den letzten Jahren unter Beweis gestellt. Die Er-
516 fahrungen wollen wir noch stärker in unsere internationalen Dachverbände einbringen. Beginnen wollen wir
517 damit bei der von YES ins Leben gerufenen Kampagne gegen Steuerflucht und Steuervermeidung von Groß-
518 unternehmen. Weiterhin streben wir einen europaweiten Kongress an, in dem wir gemeinsam mit anderen
519 parteilichen Jugendorganisationen unter Einbezug der Zivilgesellschaft über unsere Vision einer Verfassung
520 für ein vereinigtes Europa diskutieren. Gerade wir als internationalistischer Richtungsverband kämpfen seit
521 geraumer Zeit für eine vertiefte europäische Integration. Hierfür braucht es eine Verfassung, die die Kompe-
522 tenzen und Zuständigkeiten und besonders die Grundrechte für die EU-Bürger*innen klar regelt.

523 Ein wichtiger Bestandteil unserer internationalen Arbeit sind die zahlreichen Delegationsreisen der Landes-
524 und Bezirksverbände. Die Erfahrungen, die dort gemacht werden sollen noch stärker als bisher dem gesamten
525 Verband zugutekommen. Außerdem soll bei den Maßnahmen verstärkt der Aspekt des Austausches Beach-
526 tung finden.

527 **Partner*innen für den Frieden – Visionen für das Willy-Brandt-Center**

528 1996 wurde durch einen Vertrag zwischen Young Labour, der Schabibeh Fatah und den Jusos unser Koope-
529 rationsprojekt in Jerusalem das Willy Brandt Center (WBC) ins Leben gerufen. Wenig später schloss sich auch
530 die Young Meretz diesem Projekt an. Gegründet in den Zeiten des mittlerweile als gescheitert angesehenen
531 Osloer Friedensprozess, ist die Ausgangslage heute eine andere: Wachsende Radikalisierung auf beiden Sei-
532 ten, Stagnation und Hoffnungslosigkeit lähmen die Arbeit an Perspektiven eines friedlichen Zusammenlebens
533 in der Region. Unser Prinzip der doppelten Solidarität mit progressiven Kräften in Israel und Palästina bleibt
534 gerade deshalb aktuell wie nie. Gemeinsam mit unseren Partner*innen vor Ort wollen wir in einem Visions-
535 prozess unsere Zusammenarbeit und die Zukunft des Willy Brandt Centers vor diesen Herausforderungen
536 weiterentwickeln. In den vergangenen Jahren hat sich das Format einer jährlich stattfindenden Frauendelega-
537 tion bewährt, ein Frauennetzwerk ausgehend von den Teilnehmerinnen der vergangenen Delegationen soll
538 aufgebaut werden.

539 **Neue Partner*innen gewinnen – unser Austauschprojekt Balkan Beats**

540 Trotz laufender Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union lebt der Südosten Europas in der europäi-
541 schen Tagespolitik ein Schattendasein. Über 20 Jahre nach den Zerfallskriegen, dem Völkermord von Srebre-
542 nica, dem Dayton-Abkommen und den mit ihm beginnenden Transformationsprozessen, haben die Staaten
543 des Balkans immer noch mit dessen Folgen zu kämpfen. Wirtschaftliche Stagnation, Armut, hohe Jugendar-
544 beitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, aber auch ein nationalistischer Rollback, die prekäre Situation nationa-
545 ler Minderheiten und andauernde Korruption prägen die politischen Landschaften. In bi- und multilateralen
546 Aktivitäten in der Region und bei uns, wollen wir den Austausch mit unseren Partner*innen in der Region in-

547 tensivieren, über die gesellschaftlichen Herausforderungen diskutieren, unsere gemeinsame Visionen für eine
548 soziale Zukunft Europas entwickeln und eine langfristige Partnerschaft etablieren.

549 **Über den Tellerrand hinaus – unsere globale Vernetzung**

550 Unsere Stärke und auch unser Alleinstellungsmerkmal war es immer, auch über unsere sozialistischen Dach-
551 verbände hinaus Kontakte zu Parteijugenden aufzubauen. So gab es immer wieder Kontakt zur Kommunistischen
552 Jugend in China oder in den vergangenen Jahren zur Jugendorganisation der PT in Brasilien. Dieses
553 Netzwerk wollen wir ausweiten und in den kommenden zwei Jahren Kontakte zur Kommunistischen Jugend
554 Kubas aufbauen. Hierbei empfinden wir es als unsere Aufgabe, kritisch und konstruktiv im Einklang mit un-
555 serem Verständnis unveräußerlicher Menschenrechte und unseren demokratischen Grundprinzipien in einen
556 möglichen Austausch zu gehen und diese zum unverrückbaren Standard möglicher politischer Kooperationen
557 zu machen. Es muss unser Anspruch sein, Transformationsprozesse zu erkennen und aus einer progressiven
558 Perspektive zu begleiten. Durch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit einzelnen Themenbereichen, wie der
559 Arbeitsmarkt- oder der Bildungspolitik, wollen wir ausloten, ob eine politische Zusammenarbeit möglich und
560 auch für beide Seiten nachhaltig sein kann.

561 **Internationalistische Praxis leben und lernen – Unser Bildungsprogramm**

562 Mit unserem breiten Netzwerk in unseren internationalen Dachverbänden YES und IUSY haben wir nicht nur
563 das Glück, Internationalismus zu leben, sondern auch ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen poli-
564 tischen Jugendverbänden. Trotz der großen zeitlichen und finanziellen Ressourcen, die diese Vernetzung in
565 Anspruch nimmt, geben unsere aktuellen Strukturen nicht dem gesamten Verband den angemessenen Zu-
566 gang zu diesen Netzwerken. In den letzten Jahren haben wir zudem erlebt, dass der Transfer von Wissen an
567 nachfolgende Juso-Generationen nicht immer gewährleistet ist. Wir wollen deswegen unsere internationa-
568 le Arbeit professionalisieren und Mitglieder unseres Verbandes für die internationale Juso-Arbeit, aber auch
569 darüber hinaus, ausbilden. Zudem wollen wir neue Tools entwickeln bzw. integrieren die uns helfen unsere
570 internationale Arbeit sichtbar zu machen und somit auch zur Partizipation anzuregen.

571

572 **Leitlinien unserer Arbeit**

573

574 **Bildungsarbeit**

575 Bildungsarbeit ist für uns auf allen Ebenen eine nicht wegzudenkende Säule der Juso-Arbeit. Auf Bundesebene
576 wollen wir die Bildungsarbeit vor Ort unterstützen und die der Landesverbände und Bezirke sinnvoll ergän-
577 zen. Mit unseren Seminaren und Großveranstaltungen machen wir dem Verband ein breites Diskussions- und
578 (Weiter-)Bildungsangebot. In den vergangenen zwei Jahren haben wir das Frauen-Empowerment eingeführt
579 und unser Politikdiplom reformiert. Unsere Großveranstaltungen, wie z.B. die Unterbezirks- und Kreisvorsit-
580 zendenkonferenzen und den Linkskongress, haben wir modernisiert und auch aus didaktischer Sicht weiter-
581 entwickelt.

582 Das Frauen-Empowerment-Programm soll im Anschluss an die autonome Frauenvernetzung und die geplante
583 thematische Großveranstaltung zum Jubiläum von Quote und Frauenwahlrecht Anfang 2019 neu aufgelegt
584 werden. Bei der Entwicklung des Programms wollen wir die Erfahrungen aus dem letzten Programm nutzen.
585 In verschiedenen Modulen zur inhaltlichen und methodischen Qualifizierung werden die Teilnehmerinnen
586 feministische Strategien und Ansätze für ihre politische Arbeit erarbeiten. Ziel sind aber auch die Vernetzung
587 und gegenseitige Stärkung für die Arbeit in Verband und Partei.

588 Das Politikdiplom nimmt einen zentralen Stellenwert in unserer Nachwuchsförderung für Funktionär*innen
589 ein. Wir stellen einen dezidiert politischen Anspruch an das Politikdiplom. Die Teilnehmer*innen sollen in ih-
590 rer jungsozialistischen Orientierung gestärkt werden und die Möglichkeit erhalten, diese weiterzuentwickeln
591 und zu diskutieren. Sie sollen neben diesem Wissen auch für ihre Arbeit relevante Soft Skills und politische
592 Kompetenzen durch professionelle Trainer*innen vermittelt bekommen. Uns ist wichtig, dass die Teilnahme
593 am Programm die Arbeit in den Landes- und Bezirksverbänden nicht verhindert, sondern unterstützt.

594 Unsere Bildungsarbeit findet aber auch auf unseren Großveranstaltungen statt. Wir wollen auch möglichst
595 viele Neumitglieder und neue Funktionär*innen für die Großveranstaltungen in den kommenden zwei Jahren

596 begeistern. Das stellt uns vor organisatorische Herausforderungen, soll sich vor allem aber auch in der Aus-
597 gestaltung des Programms niederschlagen: große politische Diskussionen, bedarfsgerechte Weiterbildungs-
598 möglichkeiten, kampagnenorientiertes Arbeiten und kulturelle Attraktivität sollen dabei immer zusammen-
599 kommen. Nach wie vor setzen wir auch bei den Großveranstaltungen auf die Expertise der vielen ehemaligen
600 Jusos.

601 Vor Ort sind viele Jusos in den Unterbezirken und Kreisen aktiv. Wir wollen sie dabei bestmöglich unterstüt-
602 zen. Nicht alle von ihnen können an unseren Bildungsveranstaltungen auf Bundesebene teilnehmen. Daher
603 wollen wir das „Handbuch für die Juso-Arbeit“ neu auflegen und ins digitale Zeitalter überführen. Die Anfor-
604 derungen dafür wollen wir auf der nächsten Unterbezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz erarbeiten. Das
605 „digitale Handbuch“ soll der Ort für alle Fragen im Juso-Alltag und zugleich eine sich ständig weiterentwickeln-
606 de Service-Plattform werden.

607 Ergänzend dazu sollen die ARGUMENTE online weitergeführt werden. Mitgliedern wie Funktionär*innen wird
608 hier ein zeitgemäßes Debattenformat nicht nur für die politische Information, sondern auch Diskussion gebo-
609 ten. Dieses soll mit unserer Homepage und Social Media verzahnt werden.

610 **Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit**

611 Mit unseren Kampagnen wollen wir den Diskurs in Partei und Gesellschaft beeinflussen. Wir wollen viele jun-
612 ge Leute mit unseren Themen erreichen, von unseren Forderungen überzeugen und sie für unsere Arbeit
613 gewinnen.

614 In den kommenden zwei Jahren werden wir unsere Kampagnenarbeit weiter ausbauen und an aktuelle Ent-
615 wicklungen, vor allem online, aber auch hinsichtlich der Wahlkampfverfahren mit neuen kreativen Aktionen,
616 anpassen. Dass das auf fruchtbaren Boden fällt, haben tausende Jusos in allen AGn, Unterbezirken, Kreisen,
617 Landesverbänden und Bezirken mit einer starken Performance in der Jugendwahlkampagne bewiesen.

618 Zukünftig sollen die Schwerpunktthemen unserer Kampagnen noch stärker auf allen Kanälen bespielt werden:
619 auf der Straße und online. Auf unseren Veranstaltungen wollen wir die anstehenden Kampagnen entwickeln,
620 diskutieren und für deren Durchführung qualifizieren.

621 Wir wollen junge Menschen dort abholen, wo sie sich aufhalten. Immer mehr Jugendliche nutzen Social-Media-
622 Kanäle sowohl als Kommunikations- als auch Informationsquelle. Nach Schulunterricht und Fernsehen sind
623 soziale Netzwerke einer der Orte, an dem sie am häufigsten mit politischen Themen in Berührung kommen.
624 Wir wollen auf Facebook, Twitter, Instagram, Youtube und WhatsApp den Dialog mit jungen Menschen su-
625 chen, Identifikationsangebote schaffen und Politik zugänglich machen. Der Social Media-Kongress in diesem
626 Jahr war nicht nur sehr gut besucht, sondern auch sehr produktiv. An ein solches Format möchten wir in den
627 kommenden zwei Jahren gerne anknüpfen und für die Kampagnenarbeit online qualifizieren.

628 Kampagnen sollen auch medial Resonanz finden. Dafür bespielen wir nicht nur die Bundespresse, sondern
629 wollen die Gliederungen vor Ort auch bei deren Pressearbeit, z. B. durch Leitfäden im Handbuch oder Seminare
630 auf unseren Veranstaltungen, unterstützen.

631 Im letzten Jahr haben wir gute Erfahrungen mit der Bereitstellung von Aktionspaketen für Unterbezirke und
632 Kreise gemacht. Diese umfangreichen Materialpakete wollen wir den Unterbezirken im Rahmen der Kampa-
633 gnen der nächsten zwei Jahre wieder kostenlos zur Verfügung stellen.

634 Darüber hinaus werden wir möglichst kostengünstige Werbeartikel und Print-Materialien im neuen Corpo-
635 rate Design im kommenden Jahr auflegen und sie allen verfügbar machen. Ein professioneller Auftritt aller
636 Gliederungen ist das Ziel. Daher möchten wir alle Gliederungen bei der Anwendung des Corporate Designs
637 unterstützen. Hierzu erstellen wir Vorlagen für die sozialen Netzwerke, Flyer, aber auch nach Möglichkeit zur
638 Erstellung von Homepages.

639 Unsere neue Homepage www.jusos.de ist nach wie vor für interessierte junge Menschen der erste Anlauf-
640 punkt. Diese wollen wir weiter ausbauen und eng mit dem Beschlussssystem und der neuen ARGUMENTE-
641 Plattform verzahnen.

642 Die Unterstützung der nach der Bundestagswahl schwach aufgestellten Regionen und Unterbezirke wie Kreise
643 ist uns bei der Kampagnenarbeit ein besonderes Anliegen. Hierzu werden wir zeitnah nach dem Bundeskon-
644 gress einen Workshop durchführen. Gute Öffentlichkeitsarbeit muss auch das Ziel haben, durch sie Mitglie-

645 der zu gewinnen. Kampagnen und regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit sollen deswegen auch unter besonderer
646 Berücksichtigung des Ziels der Mitgliedergewinnung organisiert werden. Für örtliche Funktionär*innen und
647 sonstige Aktive sollen Kompetenzseminare zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliedergewinnung an-
648 geboten werden.

649 **Verbandskommunikation**

650 Über 70.000 Mitglieder, davon über 10.000 Neumitglieder, hunderte Funktionär*innen vor Ort – sie alle wollen
651 wir erreichen und für Juso-Arbeit (noch mehr) begeistern und dabei bestmöglich unterstützen. Erfolgreiche
652 Kampagnen erfordern ebenso wie die tägliche Arbeit auf allen Ebenen in unserem großen Verband verlässliche
653 Kommunikation mit Funktionär*innen und (Neu-)Mitgliedern. Um die Arbeit weiter zu verbessern, werden wir
654 die Vernetzung von Gliederungen, die ähnliche strukturelle Bedingungen haben, anstoßen und unterstützen.
655 Dies betrifft insbesondere das Großstädte-Netzwerk und die Ostverbände.

656 Die ständigen Innovationen im Bereich Social Media, die großen Potentiale der Digitalisierung und die Erfah-
657 rungen aus dem Bundestagswahlkampf wollen wir daher zur Weiterentwicklung unserer verbandsinternen
658 wie auch der externen Kommunikation in den kommenden zwei Jahren nutzen. Mit dem „digitalen Handbuch“
659 schaffen wir einen verlässlichen Ort für die Information von Funktionär*innen auf allen Ebenen. Darüber hin-
660 aus werden wir mit gezielten Kampagnen-Mailings und einem PushKanal für Smartphones auf Aktionen online
661 und auf der Straße aufmerksam machen sowie für unsere Bildungsangebote und Veranstaltungen werben. Ziel
662 für 2018 ist es, gemeinsam mit den beteiligten Akteur*innen eine einheitliche Kommunikationsstrategie für
663 den Verband zu entwickeln, die allen in ihrer alltäglichen Arbeit nutzt und uns gut auf das Wahlkampfsjahr 2019
664 vorbereitet.

665 Die vielen Neumitglieder sollen nicht nur über eine zeitnahe Ansprache nach dem Eintritt, sondern auch über
666 die Social-Media-Kanäle schnell in Kontakt mit uns treten können, damit sie möglichst alle ihren Weg zu uns
667 Jusos finden.

668 Im Bundestagswahlkampf hat sich wieder eindrucksvoll gezeigt: Unsere Jusos vor Ort sind mit wenigen Res-
669 sourcen kampagnenfähiger als so mancher SPD-Unterbezirk. Wir haben mit der direkten Kommunikation mit
670 den Unterbezirken und Kreisen nur sehr gute Erfahrungen gemacht. Diese Kommunikation wollen wir – ins-
671 besondere in Hinblick auf die Europawahl – ausbauen. Dafür wollen wir auch das erfolgreiche Format der
672 Vorsitzendenkonferenzen jährlich fortführen. Diese Konferenzen sind für uns auch eine gute Möglichkeit, um
673 Impulse und Feedback aus den Unterbezirken und Kreisen zu erhalten. Zwischendurch soll die Kommunikation
674 über neue innovative Formate, wie z.B. Web-Konferenzen, ergänzt werden. Die Landes- und Bezirksvorstände
675 bleiben natürlich unsere ersten Ansprechpartner.

676 Zwischen den Bundeskongressen soll der Bundesausschuss mindestens zweimal jährlich tagen. Die Sitzungen
677 sollen möglichst an Veranstaltungen gekoppelt werden, sodass der Zeitaufwand für die Delegierten gesenkt
678 wird. Die hauptamtlichen Jusos (in Vertretung auch einige Vorstandsmitglieder) der Landesverbände und Be-
679 zirke kommen mindestens einmal jährlich zur OrgaKomm zusammen. Hier ist der Ort, an dem wir unsere Jah-
680 resplanungen synchronisieren, organisatorische Planungen für Veranstaltungen, Kampagnen und den Bun-
681 deskongress besprechen, den Raum für den Austausch über die Arbeit in den Verbänden schaffen, aber auch
682 gezielte Weiterbildungsangebote mit Kolleg*innen vom Parteivorstand für die Hauptamtlichen durchführen.
683 Es hat sich im letzten Jahr bewährt, die OrgaKomm zweitägig durchzuführen, um möglichst viele Bedürfnisse
684 der Teilnehmenden abzudecken. Zudem soll auch der Austausch mit den Landesverbänden und -bezirken mit
685 der neuen Möglichkeit der Web-Konferenzen in seiner Frequenz erhöht werden.

686 **Encore**

687 **Die Schüler*innen- und Auszubildenden-Gruppe**

688 Die Juso-Schüler*innen und Auszubildenden-Gruppe (JSAG) bleibt eine wichtige Projektgruppe des Bundes-
689 vorstands. Sie wird von drei gleichberechtigten Bundeskoordinator*innen vertreten wovon ein*e Vertreter*in
690 ein*e Ausbildungsvertrende*r ist. Die Bundeskoordination wird einmal pro Jahr auf dem organisatorischen
691 Bundeskongress der Juso-Schüler*innen und Auszubildenden-Gruppe für jeweils ein Jahr gewählt. Aus den
692 Reihen der Bundeskoordination wird eine*n Vertreter*in den Juso-Bundesvorstand kooptiert.

693 Jährlich findet in Verbindung mit dem organisatorischen Bundeskongress der JSAG-Basiskongress statt, bei
694 dem sich alle Mitglieder sowie Interessent*innen anmelden können. Der Basiskongress dient der internen

695 Bildungsarbeit. In verschiedenen Formaten werden thematische Schwerpunkte diskutiert.

696 Für die JSAG bleibt die Frage nach einer gerechten Schule essentiell. So sollten Schwächen und Stärken in-
697 dividuell gefördert werden. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern, von der Herkunft,
698 Geschlecht oder sexueller Orientierung abhängig sein.

699 Im Zeitalter der Digitalisierung will die JSAG der Frage nach einer modernen Schule nachgehen. Der Umgang
700 mit mobilen Endgeräten im Unterricht, die Nutzung neuer Medien sowie die Nutzung von Smartphones soll
701 diskutiert werden.

702 Darüber hinaus möchte die JSAG sich für eine gute Ausbildung einsetzen. Dabei bleiben Forderungen, wie
703 die Mindestausbildungsvergütung oder die Übernahmegarantie hochaktuell. Die JSAG möchte deswegen den
704 Kontakt zu den Gewerkschaftsjugendlichen intensivieren.

705 Die Juso-Schüler*innen- und Auszubildenden-Gruppe will weiterhin in den sozialen Medien, wie Facebook und
706 Instagram präsent sein. Zudem wird die JSAG sich auf einer Unterseite auf der Webseite der Jusos in der SPD
707 präsentieren. Die Bundeskoordinierung der JSAG wird regelmäßig Basis-Telefonkonferenzen mit den Landes-
708 verbänden einberufen, um sich besser auszutauschen und schneller auf Wünsche reagieren zu können. Die
709 Arbeit der JSAG wird vom Bundesbüro begleitet.

710 **Jugend-Politik-Betrieb – Unsere Arbeitnehmer*innenvernetzung**

711 Im Rahmen der Arbeitnehmer*innen-Initiative haben wir zusammen mit der AfA den Kongress Jugend-Politik-
712 Betrieb vorbereitet und durchgeführt. Dort hatten junge Gewerkschafter*innen die Möglichkeiten mit der SPD
713 in den inhaltlichen Dialog zu kommen, um gerade die drängenden Probleme und Themen zu benennen. Zu-
714 dem konnten wir sie aber auch motivieren sich mehr in unseren politischen Strukturen zu engagieren.

715 Es hat sich gezeigt, dass es ein sehr wichtiges Vernetzungsprojekt ist, daher wollen wir den Dialog mit den Ju-
716 gendgewerkschaften, auch im Sinne unserer Doppelstrategie, weiter ausbauen. Denkbar ist dabei einen wei-
717 teren Kongress zu veranstalten. Als eine weitere, konsequente Möglichkeit soll die Gründung eines Jugendge-
718 werkschaftsrates geprüft werden.

719 Innerhalb der SPD sind die Jusos die Interessenvertretung junger Menschen. Als Jugend- und Richtungsverband
720 ist es daher selbstverständlich, dass wir auch die Interessen junger Beschäftigter und Auszubildender vertreten
721 wollen. Deswegen müssen wir unsere Bemühungen auch auf Nachhaltigkeit überprüfen. Keinesfalls ist dabei
722 hinzunehmen, dass andere Arbeitsgemeinschaften der SPD ihr Kompetenzfeld in unserem Bereich finden. Die
723 Interessen aller jungen Menschen finden unter dem Dach der Jusos ihr Zuhause.

724 Im Jahr 2018 wird der Acht-Stunden-Tag 100 Jahre alt. Während zum Beispiel die IG Metall im nächsten Jahr
725 mit der Forderung nach besseren Arbeitszeiten in die Tarifauseinandersetzung gehen wird, schießen Unter-
726 nehmenverbände, CDU und FDP den Acht-Stunden-Tag sturmreif, manche wollen das Arbeitszeitgesetz ganz
727 abschaffen. Wir wollen uns im Rahmen dieser Kooperation zum 100. Geburtstag des Acht-Stunden-Tags en-
728 gagieren. Eine Rückkehr ins Kaiserreich beim Thema Arbeitszeit darf es nicht geben.

729 **Gegen die reaktionäre Bewegung – Antifa!**

730 Wo immer sich gesellschaftlicher Fortschritt bemerkbar macht, feiert die Reaktion ihr makabres Stelldichein. In
731 den (post-)industriellen Ländern haben Rechtspopulist*innen, Rassist*innen und Faschist*innen in den ver-
732 gangenen Jahren beängstigende Erfolge gefeiert, und weltweit sind reaktionäre Bewegungen auf dem Vor-
733 marsch. Nach der Gründung der AfD hat sich schnell herausgestellt, dass Rechte, Rassist*innen und Reaktio-
734 näre hier ein Sammelbecken gefunden haben, um sich zu organisieren. Mit dem politischen Machtgewinn ist
735 die AfD immer weiter nach Rechts gerückt, wie man auf ihren letzten Bundesparteitagen, nicht zuletzt wieder
736 in Köln, beobachten konnte. Auch wenn es nicht das erste Mal ist, dass Rassist*innen, Rechte und Nazis im
737 Bundestag sitzen, hat es eine derart erfolgreiche Partei seit der Befreiung vom Faschismus nicht mehr gege-
738 ben. Die AfD ist in allen Landtagen und im Bundestag vertreten, teilweise als zweit- oder drittstärkste Kraft.
739 In manchen Bundesländern läuft sie der SPD den Rang ab, stärker als unsere potentiellen Regierungspart-
740 ner*innen wie die Linke und die Grünen ist sie auch. Dies stellt einen tiefen Einschnitt in unsere Gesellschaft
741 dar.

742 Wir Jusos engagieren uns seit je in antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen – und diese Bünd-
743 nisse sind heute wichtiger denn je. Wir werden uns auch in den kommenden Jahren in Bündnisse im Kampf

744 gegen Nationalismus, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Misogynie, Homophobie und
745 andere reaktionäre Tendenzen einbringen. Wir werden uns weiter mit unseren emanzipatorischen Bündnis-
746 partner*innen vernetzen und neue Bündnisse gegen die gesellschaftliche Reaktion schmieden. Im Jahr 2015
747 haben wir das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, in dem wir gemeinsam mit Bündnispartner*innen gegen
748 die AfD und andere Rassist*innen kämpfen, mitgegründet und seine Arbeit der letzten zwei Jahre wesentlich
749 mitgestaltet. Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag wird die Arbeit dieses Bündnisses noch wichtiger. Daher
750 werden wir dieses Bündnis auch weiter begleiten, seine Arbeit verstetigen und noch weiter in unsere Unterglie-
751 derungen tragen. Dabei wollen wir insbesondere für eine Mitarbeit in den lokalen Strukturen und Bündnis-
752 sen von „Aufstehen gegen Rassismus“ und jenen, die sich „Aufstehen gegen Rassismus“ angeschlossen haben
753 werben. Wie werden weiterhin Teamer*innenfortbildungen für die Stammtischkämpfer*innen-Seminare an-
754 bieten, um dadurch das Bündnis zu stärken und die Unterbezirke und Landesverbände dabei zu unterstützen
755 selbst diese Rhetorik- und Empowermenttrainings für ihre Mitglieder aber auch Bündnispartner*innen und
756 Interessierte anzubieten. Ebenso wollen wir die in der antifaschistischen Arbeit aktiven Jusos noch weiter ver-
757 netzen und den gegenseitigen Austausch fördern.

758 Antisemitismus ist gesamtgesellschaftlich verbreitet und muss von uns sichtbar gemacht werden und gegen
759 ihn klare Positionen bezogen werden. Die Annahme, dass wer Antifaschist sei, kein Antisemit sein kann, ist
760 schlichtweg falsch. Linker Antisemitismus ist kein Widerspruch, sondern die Realität, die sich auch bei den
761 Jusos wiederfindet. Dabei kommt der moderne Antisemitismus nicht mehr mit „klassischen“ Klischees über
762 den Weg, sondern über die „Kritik“ an Israel.

763 Seit Jahren verliert der „klassische“ Antisemitismus an Zustimmung in der Gesellschaft, wobei hingegen der
764 israelbezogene Antisemitismus zunimmt und zu den zentralen Formen des modernen Antisemitismus ge-
765 hört.

766 Antisemitische und Antizionistische Äußerungen werden häufig stehen gelassen oder gezielt überhört. Wir
767 müssen diesem Trend aktiv entgegenwirken und dürfen antisemitische Äußerungen nicht stehen lassen, son-
768 dern müssen diese gezielt benennen, auch in unseren eigenen Strukturen.

769 Einen wichtigen Punkt der antifaschistischen Arbeit stellt für uns auch die Gedenk- und Erinnerungsarbeit an
770 die Shoa dar. Solidarität ist eines der wichtigsten Werkzeuge antifaschistischer Arbeit. Antifa ist eine breite
771 Bewegung und nicht in der Form denkbar ohne die verschiedenen Ansätze unterschiedlicher Gruppen von
772 Demo-Organisation über Recherchearbeit bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams. Wir stehen deswegen
773 auch solidarisch an der Seite unserer Bündnispartner*innen von der radikalen Linken und verweigern uns
774 der Diffamierung unterschiedlicher Antifa Gruppen bspw. durch die Extremismustheorie, die allzu oft auch
775 von Vertreter*innen unserer Partei bedient wird. Die Extremismustheorie versucht die Ideologie einer „guten“
776 und „demokratischen“ Mitte unter dem Label eines vermeintlichen Pragmatismus zu verkaufen mit dem Ziel
777 menschenverachtende Einstellung genau dort zu relativieren. Wir widersprechen dem Entschieden und ma-
778 chen klar: Wir sind alle Antifa und bekämpfen rassistisches, antisemitisches oder sexistisches Gedankengut
779 überall dort, wo es vorkommt! Wir lassen uns nicht spalten! Gemeinsam mit Bündnispartner*innen wollen
780 wir der Opfer gedenken und die Erinnerung aufrechterhalten. Ein Vorbild kann hier die gemeinsam mit unse-
781 ren Bündnispartner*innen durchgeführte Gedenkstättenfahrt „Dass Auschwitz nie wieder sei“ aus dem Jahr
782 2015 sein. Darüber hinaus wollen wir uns intensiv mit der Frage beschäftigen, wie sich Erinnern und Geden-
783 ken gestalten lässt, wenn es keine Überlebenden mehr gibt, die von der Barbarei berichten können, die ihnen
784 angetan wurde. Hierzu wollen wir Konzepte erarbeiten, damit auch weiterhin gewährleistet ist, dass es kein
785 Vergessen geben darf.

786 **Venceremos!**

787 Erneut sind die Bedingungen, unter denen wir unsere politischen Kämpfe zu organisieren haben, keine einfa-
788 chen. Der gesellschaftliche Rechtsruck ist weit vorangeschritten – nicht nur in Deutschland, sondern darüber
789 hinaus. Sozialistische Antworten darauf sind in der Defensive. Die Sozialdemokratie hadert angesichts desas-
790 tröser Wahlergebnisse vielerorts mit ihrer politischen Rolle und sucht die Antwort in teils autoritären und
791 antiemanzipatorischen Politikentwürfen. Diesen falschen und existenziell gefährlichen Reflexen wollen und
792 werden wir Jusos nicht erliegen.

793 Unsere Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Neue und
794 alte Verbündete im Kampf um sie zu finden bleibt unsere fortwährende Aufgabe. Tausende neue Mitglieder
795 stärken uns in dieser Auseinandersetzung den Rücken. Mit ihnen an unserer Seite solidarisieren wir uns mit

796 denjenigen, die unmittelbar vom neoliberalen Konsens, von Sozialchauvinismus und Rassismus dem Patri-
797 chat, Armut und Ausbeutung, Betroffene der Deregulierung des Arbeitsmarktes und prekärer Beschäftigung,
798 von nationalen Egoismen, von Krieg und Terror, von Klimawandel und immer neuer Menschenfeindlichkeit be-
799 troffen sind. Und denjenigen, die diesen ebenso einfachen wie falschen Antworten erlegen sind, denen rufen
800 wir zu: "Kehrt um! **Und hört die Signale!**"

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B Beschäftigung & Gute Arbeit

B1	Braunschweig	Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!	20
B3	Bayern	Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen	24

B1

Titel	Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!
AntragstellerInnen	Braunschweig

Konsequenzen aus dem Abgasskandal: Solidarität mit den Beschäftigten, Transparenz gewährleisten und VW Gesetz sichern!

1 1. Was ist passiert?

2 Auslöser der sogenannten Abgasaffäre rund um Volkswagen ist ein am 18. September 2015 öffentlich be-
3 kanntgemachter Vorgang, bei dem die Volkswagen AG eine illegale Abschaltvorrichtung in der Motorsteuerung
4 ihrer Diesel-Fahrzeuge verwendete, um die US-amerikanischen Abgasnormen zu umgehen. Die Aufdeckung
5 geschah durch die Notice of Violation der US-Amerikanischen Umweltbehörde EPA. Laut der Volkswagen
6 AG ist die genutzte Software in weltweit etwa elf Millionen Fahrzeugen im Einsatz. Betroffen sind laut dem
7 deutschen Bundesverkehrsministerium auch in Europazugelassene Autos sowie Fahrzeuge von des gesamten
8 Konzerns. Europaweit kam es durch den Dieselskandal zu einer erheblichen Mehrbelastung mit gesundheits-
9 schädlicher Luftverschmutzung. Diese Überschreitungen sind zugleich einer der Hauptgründe, weshalb einige
10 Staaten wie Deutschland, Frankreich und Österreich die international vereinbarten nationalen Stickoxidgrenz-
11 werte nicht einhalten können. Durch die überhöhten Schadstoffemissionen der VW-Modelle sowie daraus re-
12 sultierenden Gesundheitsschäden ergaben sich im Zeitraum 2009– 2015 allein in Europa und den USA Kosten
13 in Höhe von 39 Mrd. US-Dollar, der Großteil davon in Europa. Die ursprüngliche VW-Abgasaffäre war Auslöser
14 einer weitreichenden Krise in der Automobilindustrie. Es wurde aufgedeckt, dass insgesamt ein Drittel der
15 im Schwerlastverkehr und mehr als die Hälfte der für leichte Transportzwecke eingesetzten Dieselfahrzeuge
16 die jeweilig geltenden Grenzwerte, überschreiten. Es ist bewiesen, dass die Hersteller viele Jahre vor Bekannt-
17 werden des Skandals die Maßnahmen anordneten oder von diesen wussten. Politische und wissenschaftliche
18 Gremien, Regierungsstellen und Interessenverbände hatten ebenfalls Jahre vor dem Bekanntwerden auf die
19 Unregelmäßigkeiten hingewiesen und vor ihren Folgen gewarnt.

20

21 Die politische Reaktion auf diesen Skandal war zunächst von Zurückhaltung geprägt. Die Aufgabe der politi-
22 schen Akteure ist es jedoch im Sinne der VerbraucherInnen und Beschäftigten besonnen und sachorientiert
23 Aufklärung zu betreiben. Insbesondere im Wahlkampf war jedoch zu beobachten, dass die Situation des Un-
24 ternehmens entweder für Inszenierungen (z.B Dieseltipfel) oder populistische Debatten (z.B Linder und das
25 VW Gesetz) genutzt wurde. Eines ist ganz klar: Die Sicherheit zehntausender Arbeitsplätze darf nicht zum Spiel-
26 ball politischer Parteien im Wahlkampf werden. Die Sicherheit dieser zu riskieren, um daraus Schlagzeilen zu
27 generieren, empfinden wir als verantwortungslos. Es müssen unternehmerische sowie politische Konsequen-
28 zen aus dieser Krise gezogen werden. Die Debatte darf jedoch nicht auf dem Rücken der Beschäftigten von
29 Volkswagen ausgetragen werden.

30 2. Wie muss es weiter gehen?

31 Solidarität mit dem Kampf der Beschäftigten und der Gewerkschaften

32 Die Unterstützung und Solidarität während und in Folge der Krise muss den Beschäftigten des VW-Konzerns
33 gelten. Unter den Fehlern des Managements darf nicht die Belegschaft leiden. Die Sicherung aller Arbeitsplätze

34 muss das erklärte Ziel der SPD im Umgang mit Volkswagen sein. Insbesondere prekär Beschäftigte sind der-
 35 zeit durch die Einsparungen betroffen. Ein weiteres Ziel im weiteren Umgang mit Volkswagen muss sein, die
 36 Konsequenzen bei den Verursachern der Krise zu ziehen und eine vollumfängliche Transparenz herzustellen ,
 37 die das Umgehen von gesetzlichen (Umwelt-)Vorschriften verhindert und gesellschaftlichen Schaden zukünftig
 38 abwendet.

39 Im Umgang mit zukünftigen politischen Fragen bezüglich der Situation des Volkswagenkonzerns muss eines
 40 ganz klar sein: Wir verstehen die Gewerkschaften als den natürlichen Partner der Sozialdemokratie. Vor diesem
 41 Hintergrund sollen alle politischen Entscheidungen das Resultat eines Abstimmungsprozesses dieser beiden
 42 Partner sein. So können wir sicherstellen, dass die Stimme der Beschäftigten in allen relevanten Fragen Gehör
 43 verschafft wird.

44 • **Arbeitsplatzsicherung für alle ArbeitnehmerInnen**

45 Die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Automobilindustrie machen gute Arbeit. Der Dieselskandal darf nicht
 46 auf Kosten der Belegschaften ausgetragen werden. Wir brauchen eine Arbeitsplatzsicherung für alle Arbeit-
 47 nehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu brauchen wir auch ein Bekenntnis für die Menschen, die derzeit von
 48 Leiharbeit betroffen sind . Jede Kollegin und jeder Kollege in der Automobilindustrie hat unsere Solidarität.
 49 Der Arbeitsplatzverlust muss verhindert werden, hinter jedem Arbeitsplatz steht ein Leben. Daher fordern
 50 wir:

51 • Staatliche Hilfen für notleidende Unternehmen aus Bundes- oder Landesmitteln halten wir grundsätz-
 52 lich für eine mögliche Option, solange die Gelder den Arbeitnehmer*innen zugute kommen, die Un-
 53 ternehmen umfassende Mitwirkungspflichten akzeptieren und Gehaltskürzungen zunächst bei Mana-
 54 ger*innen vorgenommen werden und nicht bei der einfachen Belegschaft

55 • die sofortige Beendigung der unterschiedlichen Behandlung von Leiharbeiter*innen, die in Folge der
 56 Konzernkrise leichtfertig gekündigt werden. Im Falle des nachweislichen Missbrauchs der Leiharbeit
 57 fordern wir, dass Leiharbeiter*innen ein Recht zum Eintritt in ein reguläres Arbeitsverhältnis zusteht.
 58 Konsequenterweise hat das rückwirkend zur Folge, dass das entsprechende Entgelt inklusive der So-
 59 zialversicherungsbeiträge von VW nachentrichtet werden müssen. Dieser Grundsatz gegenüber den
 60 Missbrauch von Leiharbeit gilt unverändert für die Beschäftigten der Zulieferer im Verhältnis zu ihren
 61 Arbeitgeber*innen*.

62 • Die Landesregierungen muss gemeinsam mit der Bundesregierung solche Möglichkeiten im Vorfeld
 63 prüfen und im engen Austausch mit den Betrieben und Unternehmen bleiben.

64 • **Arbeitszeitverkürzung**

65 Um die Beschäftigungssicherung zu gewährleisten, muss das Mittel der Arbeitszeitverkürzung stärker in den
 66 Fokus gerückt werden. Die Produktivitätssteigerungen der letzten 10 Jahre sind letztendlich der durch die Be-
 67 schäftigten geleistete Mehrproduktion anzurechnen. Dennoch wurden sie nicht in dem Ausmaß an den Pro-
 68 duktivitätsgewinnen beteiligt, wie es ihnen zugestanden hätte. Deswegen fordern wir:

69 – Wir fordern eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die Beschäftigten an den Produktivi-
 70 tätsteigerungen der vergangenen Jahre zu beteiligen

71 – die Wochenarbeitszeit auf 30 und die zulässige Wochenhöchstleistungszeit auf 40 Stunden zu begrenzen ist.
 72 Sozialdemokratische Akteur*innen müssen dafür gemeinsam mit den Gewerkschaften die notwendigen Rah-
 73 menbedingungen schaffen, damit die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erfolgt.“

74 – Wir müssen an der Seite der ArbeiterInnen stehen und es darf dabei nicht zu einer geringeren Entlohnung
 75 kommen, damit die Beschäftigten weiterhin Planungssicherheit haben

76 • **Altersteilzeit**

77 Die Betriebe und Unternehmen müssen die tariflich, geregelten Altersteilzeiten nutzen, um einen gleitenden
 78 Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen und gleichzeitig jüngeren Beschäftigten eine Perspektive zu bie-
 79 ten.

80 • **Ausbildung muss weiter fester Bestandteil bleiben**

81 Wir brauchen weiterhin einen Ausbildungspakt, um junge Menschen aus und in den Regionen eine Perspektive
82 zu geben. Die junge Generation ist die Zukunft der Regionen und der Gesellschaft. Daher fordern wir:

83 – Die Firmen in der Automobilindustrie müssen auch weiterhin junge Menschen ausbilden und Qualifizierung
84 anbieten.

85 –Die Bundes- und Landesregierungen müssen diesen Prozess mit begleiten und sich aktiv dafür einsetzen
86

87 • **(Weiter)Qualifizierung stärken**

88 Digitalisierung, Elektromobilität und Arbeit 4.0 sind die große Herausforderung in der Zukunft. Wir müssen die
89 Beschäftigten in der (Weiter-)Qualifizierung fordern und fördern. Daher fordern wir:

90 – Die Landesregierungen sollen gemeinsam mit der Bundesregierung und den Gewerkschaften einen Weiter-
91 qualifizierungspakt für die Beschäftigten entwickeln, um Alle für die Herausforderung in der Zukunft bereit zu
92 machen.

93 **Umgang mit Bonuszahlungen**

94 Im Zuge der Bonuszahlungen wurde die Ungleichbehandlung zwischen der Managementebene und den ein-
95 fach Beschäftigten ganz deutlich. So wurde nur bei den einfach Beschäftigten auf das Auszahlen der Bonuszah-
96 lungen verzichtet bzw. Es wurde nur eine Anerkennungsprämie geleistet, die weniger als 50% der Vergange-
97 nen Jahre entsprach.

98 Während die ArbeitnehmerInnen um die Zukunft ihres Beschäftigungsverhältnis bangen mussten, hat die
99 Managementebene saftige Bonuszahlungen ausgezahlt bekommen. Eines ist ganz klar: Die Krise bei Volks-
100 wagen ist das Resultat von Fehlern auf der Managementebene. Wir fordern, dass vor diesem Hintergrund
101 auch dort die Konsequenzen zu tragen sind. Bis die Situation bei Volkswagen sich nicht stabilisiert hat fordern
102 wir die Vorstandmitglieder auf, auf ihre Bonuszahlungen zu verzichten und die Politik diese Forderungen als
103 Verhandlungsbaukasten in den politischen Umgang mit Volkswagen zu integrieren.

104 Zusätzlich fordern wir, dass endlich Schluss mit unverhältnismäßigen Bonuszahlungen in den Verträgen ist.
105 Die Bonuszahlungen der Werksarbeiter richten sich nach dem operativen Gewinn, dies soll zukünftig für alle
106 Neuverträge gelten. Wir fordern, dass die geringste ausgezahlte Bonuszahlung einen gewissen festgelegten
107 Prozentsatz der höchsten ausgezahlten Bonuszahlung betragen muss. So wollen wir sicherstellen, dass der
108 unverhältnismäßigen Kluft zwischen den Bonuszahlungen Einhalt geboten wird. Die höchste Gesamtvergü-
109 tung darf das 12-fache der niedrigsten Gesamtvergütung nicht überschreiten. Diese soll anhand nachhaltiger
110 Kriterien verteilt werden. Langfristig fordern wir jedoch von dem System der variablen Entgeltbestandteile
111 wegzukommen und in feste Bestandteile zu Gunsten der Arbeitnehmer*innen umzuwandeln.

112 **VW Gesetz ist nicht verhandelbar**

113 73 Doch was passt den Freien Demokraten nicht in ihr neoliberales Weltbild? Das VW-Gesetz besagt, dass kein
114 Aktionär mehr als 20 Prozent der Stimmrechte ausüben kann, auch wenn er mehr Anteile besitzt. Das Ziel
115 des Gesetzes ist es, Einfluss auf den Autobauer zu behalten, da das Land Niedersachsen mit seinem Anteil von
116 20,2 Prozent eine Sperrminorität, also ein Vetorecht in allen wichtigen Entscheidungen, besitzt. Das Gesetz
117 verankert dank seiner Sperrminorität den Einfluss der öffentlichen Hand im Konzern und stellt damit sicher,
118 dass zentrale Entscheidungen nicht nur von Managern, sondern auch von gewählten Volksvertretern gefällt
119 werden müssen. Dazu gehört natürlich auch die Entscheidung über den Erhalt zehntausender Arbeitsplätze,
120 mit guten Arbeitsbedingungen, in der Region. Wer also das VW-Gesetz in Frage stellt, riskiert den notwendigen
121 Einfluss der öffentlichen Hand in solch entscheidenden Fragen.

122 Dieser Einfluss der öffentlichen Hand darf aber keinesfalls dazu führen, dass er alleine unter dem Gesichts-
123 punkt marktwirtschaftlicher Erwägungen stattzufinden hat. Gerade das VW-Gesetz und das Engagement des
124 Landes Niedersachsen erfordern, dass mit besonderer Verantwortung gehandelt wird. Ein staatliches Engage-
125 ment erscheint grotesk, wenn ein Unternehmen mit Staatsbeteiligung wie VW nach dem Beispiel internationa-
126 ler Konzerne wie Apple oder Starbucks Steuerschlupflöcher mit Tochterfirmen ausnutzt. Wir sind der Tradition
127 des VW-Gesetzes verpflichtet. Deswegen ist es nur dadurch zu schützen, indem in das Unternehmen wieder
128 herausgehobene moralische Erwägungen bei der wirtschaftlichen Zielsetzung Bedeutung finden.

129 Staatliche Mitbestimmung und die Macht von Betriebsrat und Gewerkschaft haben einen historischen Grund.
130 Zum Aufbau der heutigen VW-Werke in Wolfsburg nutzten die Nazis beschlagnahmte Mittel der 1933 verbo-
131 tenen freien Gewerkschaften. Insofern trägt der Kampf um die Mitbestimmung im Volkswagen-Konzern nicht
132 nur wirtschaftsdemokratische, sondern auch antifaschistische Aspekte.

133 Investitionen in nachhaltige Technologien

134 Langfristig müssen insbesondere mobilitäts- und umweltpolitische Konsequenzen aus dem Abgasskandal ge-
135 zogen werden. Zu lange sind Investitionen in neue, nachhaltigere Technologien sowie die Erforschung der
136 Weiterentwicklung von bisherigen Technologien vernachlässigt worden. Dazu gehört insbesondere der Aus-
137 bau der Infrastruktur von Elektromobilität sowie der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Es sollen
138 politische Mechanismen entwickelt werden, welche die Automolindustrie dazu verpflichten in diese nachhalti-
139 gen Technologien zu investieren. Dabei schliessen wir eine staatliche Subventionierung der Automobilindus-
140 trie durch den Staat jedoch aus. Darüber hinaus soll das Engagement zur Förderung von E-Autos deutlich
141 intensiviert werden.

B3

Titel Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen

AntragstellerInnen Bayern

Pflegeberufe stärken und zukunftsfähig machen

1 In Anbetracht der historischen Entwicklung ist es nicht weiter verwunderlich, wie der Beruf, der seit Novellie-
2 rung des KrPflG 2004 die Bezeichnung „Gesundheits-und KrankenpflegerIn“ trägt, in der Gesellschaft wahr-
3 genommen wird: als ärztlicher Assistenzberuf, der eine gewisse Leidensbereitschaft, Aufopferung und Für-
4 sorglichkeit vereint und darüber hinaus mit qualifikations- und arbeitsunangemessener Bezahlung abgestraft
5 wird. Dies geschieht auch aus dem historischen Grundgedanken der Fürsorge: Bevor Frauen am Arbeitsmarkt
6 partizipieren und Lohn für ihre Arbeit einfordern konnten, blieb ihnen neben Erziehung und Hauswirtschaft
7 nur die Fürsorge. Berufe der Fürsorge und Reproduktion sind seit jeher diejenigen Berufe, die zur vermeintlich
8 natürlichen Rolle der Frau in der Gesellschaft gehörten und daher über Jahrhunderte nicht bezahlt waren: Sie
9 leisteten die Arbeit, die zur Erschaffung und zum Erhalt der Gesellschaft notwendig sind. Lange wurden diese
10 Leistungen nicht unter dem Begriff der Arbeit subsumiert. Erst durch den Zugang zu Bildung und die Errich-
11 tung von Hauswirtschaftsschulen für Frauen konnten sie Bezahlungen erkämpfen. Die niedrige Entlohnung der
12 Pflegeberufe resultieren aus dieser Historie und markieren bis heute wirkende patriarchale Strukturen.

13 Erst nach dem zweiten Weltkrieg wurde in Westdeutschland 1957 die Krankenpflegeausbildung als 2-jährige
14 Ausbildung mit einem anschließenden Anerkennungsjahr gesetzlich festgeschrieben.

15 1985 kam es zu einer entscheidenden Entwicklung in der Ausbildung der Krankenpflege: die Einführung des
16 Pflegeprozesses und die Abkehr von der Einteilung in Grund- und Behandlungspflege im Pflegeberufegesetz.
17 Die Überwindung dieser, bereits damals von PflegewissenschaftlerInnen abgelehnten, Einteilung konnte je-
18 doch bis heute nicht gelingen, da diese Begriffe nach wie vor in den Sozialgesetzbüchern V und XI definiert
19 sind. Die Vorstellung der Höherwertigkeit der Behandlungspflege ist nach wie vor im öffentlichen Bewusstsein
20 verankert, so ist die Anerkennung für technische, arztnahe Pfl egetätigkeiten höher als die der Grundpflege,
21 denn „Pflegen kann jede(r)“ – das ist falsch. Laienpflege, also die meist von Angehörigen durchgeführte Pflege
22 kommt ohne fachliche Qualifikation aus, wobei für pflegende Angehörige von den Pflegekassen zunehmend
23 Pflegekurse angeboten werden. Professionelle Pflege fördert und erhält Gesundheit, beugt gesundheits-
24 lichen Schäden vor und unterstützt Menschen in der Behandlung und im Umgang mit Auswirkungen von
25 Krankheiten und deren Therapien. Dies mit dem Ziel, für betreute Menschen die bestmöglichen Behandlungs-
26 und Betreuungsergebnisse sowie die bestmögliche Lebensqualität in allen Phasen des Lebens bis zum Tod zu
27 erreichen.[4]

28 Seit den 90er Jahren gewinnt die Akademisierung des Pflegeberufes zunehmend an Bedeutung.

29 Dabei geht es keinesfalls darum, die 3-jährige duale Ausbildung abzulösen oder die studierten Pflegekräfte
30 weg vom PatientInnenbett zu bekommen. Auch geht es nicht darum, weitere ärztliche Aufgaben zu überneh-
31 men. Ziel ist es vielmehr, durch einen Prozentsatz von ca. 10% studierten Pflegekräften eigenständige pfe-
32 gerische Forschung und die Umsetzung pflegefachlicher Erkenntnisse voranzutreiben. Studierte Pflegekräfte
33 sind, sollen und wollen keine HilfsärztInnen sein, dennoch ist diese Entwicklung für die Emanzipation vor dem
34 ärztlichen Beruf hilfreich.

35 Die Pflege hat mittlerweile eine solide wissenschaftliche Basis, die in den letzten Jahrzehnten immer breitge-
36 fächerter wurde. Die deutschsprachigen Länder sind zunehmend dabei den Vorsprung der angelsächsischen
37 Länder in der Pflegewissenschaft aufzuholen. Die Krankenpflegeausbildung gehört zu den anspruchsvollsten
38 Ausbildungen der nichtakademischen Berufe.

39 Es ist an der Zeit, Pflegekräften vorbehaltene Tätigkeiten per Gesetzestext zu normieren neben den schon vor-

40 handenen (§4 im neuen Pflegeberufgesetz). Dies würde dazu führen, dass beispielsweise die Pflegeplanung
41 als Bestandteil des Pflegeprozesses in Krankenhäusern umgesetzt werden müsste. Hierfür müssten Pflege-
42 rische Tätigkeiten differenziert betrachtet werden können und ein Unterschied zu den ärztlichen Tätigkeiten
43 sowohl öffentlich als auch professionell dargestellt werden. Daran orientiert könnte die Erhebung pflegeri-
44 schen Versorgungsbedarfes, umgerechnet in Zeitfaktoren, die Argumentationsgrundlage für die Pflegekräfte-
45 PatientInnen-Schlüssel liefern. Dies würde, anders als ein gesetzlich verallgemeinerter Betreuungsschlüssel,
46 die Betreuungsintensität unterschiedlicher Fachbereiche abbilden.

47 Ein zentrales Problem der Pflegeberufe ist der Fachkräftemangel. Dieser wird sich weiter verschärfen, je äl-
48 ter die Bevölkerung wird. Bis zum Jahr 2050 wird mit einem Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Menschen in
49 Deutschland um 88% gerechnet.[5] Das gesellschaftliche Ansehen des Berufes ist hoch, trotzdem ist es schwie-
50 rig, Nachwuchs zu gewinnen. Auch die Verweildauer im Beruf nach Abschluss der Ausbildung ist ein Problem:
51 nur durchschnittlich sieben Jahren bleibt eine Pflegekraft im Ausbildungsberuf.

52 Der am 22. Juni 2017 im Bundestag beschlossene und vom Bundesrat ebenfalls angenommene Reform der
53 Pflegeberufe beinhaltet eine grundlegende Neuerung: die Generalistik. „Das Pflegeberufgesetz löst ab dem 1.
54 Januar 2020 das Altenpflegegesetz und das Krankenpflegegesetz ab. Ziel ist es, die Ausbildung zur Pflegefach-
55 kraft zu modernisieren, attraktiver zu machen und den Berufsbereich der Pflege insgesamt aufzuwerten.“ So
56 steht es auf der Homepage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das Pflegebe-
57 rufgesetz ist eine Mogelpackung. In den beiden ersten Ausbildungsjahren sollen die drei Schwerpunkte der
58 Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege grundlegend vermittelt werden, es ist jedoch schon während der
59 ersten beiden Ausbildungsjahre ein Vertiefungseinsatz vorgesehen. Die Spezialisierung findet im dritten Aus-
60 bildungsjahr statt und sieht die drei Vertiefungsmöglichkeiten zur Pflegefachfrau oder zum Pflegefachmann,
61 zur*zum Gesundheits- und KinderkrankenpflegerIn oder zum*zur AltenpflegerIn vor. Lediglich die Pflegefach-
62 männer und Frauen können in allen Bereichen tätig sein. Gesundheit- und KinderkrankenpflegerInnen sind
63 europaweit genauso wie AltenpflegerInnen, nicht anerkannt und müssen erneut eine Ausbildung im Ausland
64 ablegen. Dementsprechend sind in den ersten beiden Ausbildungsjahren schon praktische Einsätze in allen
65 drei Bereichen vorgesehen. Die ersten Schwierigkeiten in der Umsetzung sind bereits absehbar, da es na-
66 turgemäß erheblich weniger Kinderkliniken als Altenpflegeeinrichtungen gibt. Damit kann die angepriesene
67 Verbesserung der Praxisanleitung niemals umgesetzt werden. Das neue Pflegeberufgesetz findet auch an
68 dieser Stelle schwammige Formulierungen:

69 7 Pflegeberufgesetz, Durchführung der praktischen Ausbildung (2) Die
70 Pflichteinsätze in den speziellen Bereichen der pädiatrischen Versorgung und der allgemein-, geronto-, kinder-
71 oder jugendpsychiatrischen Versorgung sowie weitere Einsätze können auch in anderen, zur Vermittlung der
72 Ausbildungsinhalte geeigneten Einrichtungen durchgeführt werden.

73 Welche Einrichtungen geeignet sind, soll wiederum landesrechtlich geregelt werden. Die Verantwortung liegt
74 aber im neuen Gesetz bei den TrägerInnen. Dies bedeutet das in Zukunft eventuell auch Einrichtungen über
75 den Einsatz der Auszubildenden entscheiden können. Was eine vielfältige und somit gut fundierte Ausbildung
76 verhindern könnte. Um nach dreijähriger Ausbildung praktisch arbeiten zu können und um Verantwortung
77 für Patientinnen und Patienten, Bewohnerinnen und Bewohner übernehmen zu können, muss gewährleistet
78 werden, dass während der Ausbildung zu sammelnde praktische Kompetenzen in dem Bereich erworben wer-
79 den, für dessen Arbeitsfeld der Berufsabschluss letztlich qualifiziert. Ein erfreulicher Aspekt ist an dieser Stelle
80 die Tatsache, dass 10% Anleitungszeit in Praxiseinsätzen für alle Auszubildenden gesetzlich garantiert werden
81 soll. Sichergestellt werden kann diese Praxisanleitung allerdings nur, wenn ausreichend PraxisanleiterInnen
82 vorhanden sind. Um das zu garantieren muss gesetzlich definiert werden, wie der Betreuungsschlüssel von
83 Auszubildenden und PraxisanleiterInnen festgelegt werden kann.

84 Auch die Qualifikation der LehrerInnen in den Berufsschulen wird abgesenkt:

85 9 Pflegeberufgesetz, Mindestanforderungen an Pflegeschulen

86 (3) Die Länder können durch Landesrecht das Nähere zu den Mindestanforderungen nach Absatz 1 bestimmen
87 und weitere Anforderungen festlegen. Sie können für die Lehrkräfte für die Durchführung des theoretischen
88 Unterrichts nach Absatz 1 Nummer 2 zulassen, dass die erforderliche Hochschulausbildung nicht oder nur für
89 einen Teil der Lehrkräfte auf Master- oder vergleichbarem Niveau vorliegen muss.[6]

90 Hier wird die Chance verpasst, einheitliche Standards für das gesamte Bundesgebiet zu garantieren. Stattdes-

91 sen wird, mit der zweiten Änderung der Berufsbezeichnung in 20 Jahren, Verwirrung gestiftet. Auch werden die
92 Berufsschulen in der Entwicklung neuer Lehrpläne alleine gelassen. Sie sollen Lehrpläne eigenverantwortlich
93 erstellen. Das heißt, die Abschlüsse sind von Schule zu Schule, von Bundesland zu Bundesland, unterschiedlich.
94 Es kann mit Recht bezweifelt werden, dass einheitliche Standards allein durch eine gemeinsame Prüfungsver-
95 ordnung garantiert werden können.

96 Die Stärkung des Pflegeberufes muss auch abseits rechtlicher Grundlagen in der gesellschaftlichen Wahrneh-
97 mung gestärkt werden. JedeR PflegendeR kennt es: sobald im Bekanntenkreis der Beruf zur Sprache kommt,
98 hagelt es mitleidige Blicke: schlechte Bezahlung, anstrengender Schichtdienst, Blut, Ausscheidung und Siech-
99 tum, Menschen herumwuchten, Rückenprobleme, Personalmangel, Überstunden. Das ist es meist, was von
100 den alle Jahre wiederkehrenden gesellschaftspolitischen Diskussionen hängen bleibt. Dabei ist im Bewusstsein
101 nicht einmal die seit 2004 geltende Berufsbezeichnung Gesundheits- und KrankenpflegerIn angekommen. Für
102 die meisten Patientinnen und Patienten sind die versorgenden Pflegekräfte nach wie vor „die Schwester“ oder
103 „der Pfleger“. Das wird durch die einleitend dargestellte Berufsentwicklung auf dem Stand seiner kirchlich ge-
104prägten Genese zementiert. Wir brauchen dringend eine Bundeskampagne, die die Arbeit als das darstellt, was
105 sie ist: das Verhandeln gesundheitlicher und persönlicher Krisen; ein geschulter Blick für etwaige Risiken, eine
106 breite fachliche Wissen das situationsangemessen und eine verständliche Ebene findend mit PatientInnen
107 und BewohnerInnen in Beratung, Anleitung oder Schulung vermittelt werden kann; hohe Organisationskom-
108 petenz; Handlungsfähigkeit in Notfallsituationen; die Beobachtungsfähigkeit von Auswirkungen pflegerischer
109 oder auch medizinischer Maßnahmen; um nur einige Beispiele genannt zu haben.

110 Um all diesen Tätigkeiten im Berufsalltag gerecht zu werden, brauch es vor allem eines: Zeit. Durch die Öko-
111 nomisierung des Gesundheitswesens wird dies unmöglich gemacht. Vor allem in Krankenhäusern können
112 Pflegeleistungen in der DRG[7]-Systematik nur über den Prozedurenschlüssel „hochaufwendige Pflege“ abge-
113 rechnet werden. Hochaufwendig ist daran allerdings vor allem auf die Pflegedokumentation. Pflege generiert
114 durch ihre Arbeit keinen finanziellen Mehrwert für die Kliniken, kein Wunder also, dass an dieser Stelle gerne
115 Personal eingesperrt wird.

116 Es muss ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Pflege vollzogen werden. Die Gesundheit der Menschen
117 muss an erster Stelle stehen und nicht der Profit der ArbeitgeberInnen. Dafür braucht es entsprechende Rah-
118 menbedingungen.

119 Forderungen:

120 – Zum eigenverantwortlichen Arbeiten gehören auch Vorbehaltsaufgaben im rechtlichen Sinne. Diese
121 Vorbehaltsaufgaben müssen sowohl im Krankenpflegegesetz als auch im SGB V gesetzlich verankert werden.
122 Die im neuen Pflegeberufsgesetz in § 4 Vorbehaltene Tätigkeiten aufgeführten Aufgaben gehen nicht weit
123 genug. Die in § 5 Ausbildungsziel (3) 1. a)-g) sollen zusätzlich als vorbehaltene Tätigkeiten gelten. Es soll eine
124 Fachkommission eingerichtet werden, welche die konkreten praktischen Aufgaben daraus ableitet.

125 Weitergehend muss definiert werden, welche Aufgaben an KrankenpflegehelferInnen und sich in Ausbildung
126 befindenden Gesundheits- und KrankenpflegerInnen delegiert werden können. Dadurch wird die berufliche
127 Handlungskompetenz erhöht und das berufliche Selbstverständnis und die Wahrnehmung in der Öffentlich-
128 keit gestärkt.

129 – Pflegekräfte über das Studium an Hochschulen und Universitäten zu bringen ist nur sinnvoll, wenn
130 ausreichend Fördergelder seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden um an neuen Erkenntnissen zu
131 forschen. Deswegen fordern wir eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel an die Länder, welche zweckge-
132 bunden zur Forschungsförderung im Pflegebereich einzusetzen sind.

133 – Die Einteilung in Grund- und Behandlungspflege muss aus den Sozialgesetzbüchern gestrichen wer-
134 den und durch zeitgemäße, pflegewissenschaftlich aktuelle Definitionen ersetzt werden, die die Komplexität
135 pflegerischen Handelns abbilden.

136 122– Wir setzen uns ein für eine deutliche Erhöhung der Löhne für Beschäftigte im Pflegeberuf.

137 Gleichzeitig soll darauf geachtet werden, dass damit keine Reduktion der Arbeitsplätze einhergeht. Hierfür
138 müssen sich sowohl Gewerkschaften, als auch die Arbeitgeberseiten aus Bund und Ländern einsetzen. Auch
139 fordern wir die Erhöhung des bundesweiten geltenden Pflegemindestlohns auf 12,50€.

- 140 – Des Weiteren ist die Verringerung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden unumgänglich, um ausrei-
141 chend Freizeitausgleich zu gewährleisten.
- 142 – Um den Aufbau von Überstunden durch Einspringen aus dem geplanten Frei zu verhindern, hilft nur das
143 Einrichten eines Springerpools, mit KollegInnen, die für Rufbereitschaft bezahlt werden und notfalls kurzfris-
144 tige Personalausfälle kompensieren können. Dazu muss es eine bindende gesetzliche Regelung geben
- 145 – Es soll eine Kommission eingerichtet werden, die gemeinsam mit beruflichen InteressensvertreterIn-
146 nen, VertreterInnen der Berufsschulen und pflegepädagogischen ExpertInnen Vorschläge für einen bundes-
147 weiten Lehrplan entwickelt.
- 148 – Um bundesweit einheitliche Standards der Pflegeausbildung zu gewährleisten, müssen auch bundes-
149 einheitliche Regelungen für die Ausbildung gelten. Ein Problem am Pflegeberufegesetz ist es, dass oftmals
150 ohne große Rahmenvorgaben Angelegenheiten an die Länder weiterdelegiert werden.
- 151 – In Ausbildungseinrichtungen müssen 20% der Pflegenden PraxisanleiterInnen sein, um Praxisanleitung
152 aller Auszubildenden sicherstellen zu können.
- 153 – Wir fordern ein bundesweites Gesetz, welches das Ziel hat, die gesellschaftliche Wahrnehmung des
154 Berufes zu verbessern.
- 155 [1] Höppner 2004, S.23
- 156 [2] Stationsleitung, Pflegedienstleitung, Pflegedirektion
- 157 [3] Es gab keine weiblichen Ärzte zu dieser Zeit, daher nicht gegendert
- 158 [4] Im Rahmen des Projektes "Zukunft Medizin Schweiz" entwickelte Definition Professioneller Pflege
- 159 [5] Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 2, 2010
- 160 [6] Referentenentwurf Bundesgesundheits- und -familienministerium
- 161 [7] Diagnosis related groups

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

C7	Bayern	Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!	29
C16	Sachsen-Anhalt	Abschaffung des Hausberufungsverbots	32
C19	JSAG über Bundesvorstand	Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen	33

C7

Titel Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!
AntragstellerInnen Bayern

Endlich Rechtssicherheit für Dual Studierende schaffen!

- 1 Das Duale Studium existiert seit den 1970er Jahren. Eine gesetzliche Regelung dazu existiert noch immer nicht.
2 Trotzdem hat sich das Angebot an Dualen Studiengängen sowie die Anzahl der Dual Studierenden hat sich in
3 den letzten Jahren rasant erhöht. Es muss hier endlich Rechtssicherheit geschaffen werden!
- 4
- 5 Im Oktober 2014 studierten knapp 95.000 Studierende in einem Dualen Studium, davon knapp 50 Prozent
6 in sogenannten praxisintegrierenden und 39,3 Prozent in sogenannten ausbildungsintegrierenden Dualen
7 Studiengängen. Im Zeitverlauf wird deutlich, dass sich das Verhältnis zwischen ausbildungsintegrierten und
8 praxisintegrierten Formaten verschoben hat und dieser Trend fortlaufend ist. Anfangs dominierte das aus-
9 bildungsintegrierte Format, inzwischen das praxisintegrierte Duale Studium. Gelten bis zur Abschlussprüfung
10 der Ausbildung im ausbildungsintegrierten Dualen Studium zumindest noch die Regelungen des Berufsbil-
11 dungsgesetzes, gibt es für die praxisintegrierten Dualen Studiengänge keinerlei gesetzliche Grundlage.
- 12
- 13 Offenkundig ergeben sich hier eine Reihe von ungelösten bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Das
14 bedeutet, dass es Gesetzeslücken gibt, die es Unternehmen ermöglichen, Dual Studierende zu beschäftigen,
15 ohne dass entsprechende Schutzbestimmungen greifen, die Ausbeutung verhindern und Ausbildungs- und
16 Studienqualität sichern sollen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.
- 17 In der Regel gibt es zwischen Hochschulen und Betrieben Kooperationsvereinbarungen zur Qualitätssiche-
18 rung Dualer Studiengänge. Dies führt zu einer vielfältigen Ausgestaltung der betrieblichen Anteile – gesetzliche
19 Schutzbestimmungen, die für die Duale Ausbildung selbstverständlich sind, greifen demnach nicht.
- 20
- 21 Weder der rechtliche Status Dual Studierender ist nicht klar und nicht einmal das , noch das Studienformat ist
22 klar definiert. Bisher darf alles „Duales Studium“ genannt werden. Studienformate, die Praxisphasen beinhal-
23 ten, die keine studienrelevanten Inhalte vermitteln bzw. in der
- 24 Praxis vertiefen, bei denen der Betrieb also keine explizite Lernortfunktion hat und auch keine curriculare und
25 organisatorische Verzahnung der PartnerInnen gegeben ist, sind nicht als „Dual“ zu bezeichnen. Es handelt
26 sich in diesen Fällen um ein berufs- oder praxisbegleitendes Studium oder um eine Werkstudierendentätig-
27 keit. Damit ein Studium als „Dual“ bezeichnet und akkreditiert werden kann, muss im Studiengangkonzept
28 erkennbar sein, welche Ausbildungsleistungen von welchem/r PartnerIn mit dem Ziel erbracht werden sollen,
29 dass die Studierenden das Studien- bzw. Ausbildungsziel erreichen können. Das heißt, sowohl die Hochschule
30 als auch der*die Praxispartner*in müssen explizit Lernort sein und ihre Ausbildungsleistung klar umreißen.
31 Die konkreten Inhalte und Zuständigkeiten sind im Studiengangkonzept zu dokumentieren.
- 32
- 33 Die inhaltliche Verzahnung der Lernorte soll auch durch die Anerkennung der Praxisphasen als Studienleis-
34 tung (ausgedrückt in Punkten des European Credit Transfer and Accumulation System – ECTS-Creditpoints)
35 formalisiert sein.
- 36

37 Varianten des Dualen Studiums, die den Studierenden suggerieren, sie würden ein ausbildungsintegriertes
38 Modell studieren, ohne dass sie einen Ausbildungsvertrag bekommen und stattdessen auf die sogenannte „Ex-
39 ternenprüfung“ nach § 45 BBiG verwiesen werden, lehnen wir – wie der DGB und seine Einzelgewerkschaften –
40 ausdrücklich ab. Die KultusministerInnenkonferenz wird aufgefordert, diese Praxis im Rahmen der länderge-
41 meinsamen Strukturvorgaben zu unterbinden. Der Akkreditierungsrat wird aufgefordert, seine Vorgaben zu
42 den Studiengängen mit besonderem Profilanspruch durch klare Regeln und Kriterien zu konkretisieren.

43 Um die Qualität des Dualen Studiums zu gewährleisten, müssen Ausbildungs- oder Praxisphasen und Studi-
44 um verzahnt und die betrieblichen Ausbildungs- bzw Praxisbedingungen mit den Erfordernissen des Studiums
45 abgestimmt werden. Dies erfordert zusätzliche Abstimmungsinstrumente und Maßnahmen zur Sicherung der
46 Qualität. Die Einrichtung gemeinsamer Entwicklungs-, Koordinierungs- und Abstimmungsgremien zwischen
47 den PartnerInnen Dualer Studiengänge soll verbindlich vorgegeben werden. Diese Gremien sollen die Akteu-
48 rInnen der hochschulischen und der betrieblichen Seite auf Augenhöhe zusammenführen und gleichberech-
49 tigt Studierendenvertretungen als auch ArbeitnehmerInnenvertretungen und Jugend- und Auszubildenden-
50 vertretungen beteiligen.

51

52 Duale Studienangebote dürfen nicht zu betriebsspezifisch gestaltet sein. Die AbsolventInnen müssen über ein
53 breites wissenschaftlich und praktisch fundiertes Kompetenzprofil verfügen.

54

55 Für die Dual Studierenden ergeben sich aus dem Fehlen einer gesetzlichen Grundlage zahlreiche weitere Pro-
56 bleme: vertragliche Bindungsklauseln über das Studium hinaus, Rückzahlungspflichten, Probleme bei der Frei-
57 stellung für Prüfungen und Seminare, Fehlen von gesetzlichen Mindeststandards für die Betreuung im Betrieb
58 und einer gesetzlichen Festlegung, dass es eine Vergütung geben muss.

59

60 Eine Reihe von Betriebs- und Dienstvereinbarungen sowie (Haus-)Tarifverträgen belegen, dass zur umfassen-
61 den Sicherung der Qualität Dualer Studiengänge auch weitergehende Regelungen notwendig und sinnvoll
62 sind. Um diese für alle Dual Studierenden zu garantieren, insbesondere auch für jene, die in nichttarifge-
63 bundenen Betrieben ohne Interessenvertretung beschäftigt sind, braucht es dringend gesetzliche Regeln-
64 gen.

65

66 Deshalb fordern wir:

67

- 68 · Eine bundeseinheitliche gesetzliche Definition des Dualen Studiums;
- 69 · Gesetzliche Regelungen zur Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Hochschule;
- 70 · Nur akkreditierte Studiengänge dürfen Grundlage eines Dualen Studiums sein;
- 71 · Die Formulierung von Mindestanforderungen hinsichtlich der systematischen Verzahnung der Lernorte so-
72 wie der erforderlichen Breite und Tiefe der zu vermittelnden Qualifikationen. Dabei ist sicherzustellen, dass
73 Studiengänge nicht zu spezifisch auf die Anforderungen des Dualen Praxispartners und kurzfristige Arbeits-
74 marktanforderungen ausgerichtet werden und Wissenschaftlichkeit sowie Reflexivität gesichert sind;
- 75 · Die Regelung von Mindestanforderungen bezogen auf die Aufgaben und die erforderliche Qualität der Leis-
76 tungserbringung durch die Dualen PartnerInnen;
- 77 · eine gesetzliche Festschreibung der Anforderungen der Eignung der Ausbildungsstätte und des Ausbil-
78 dungspersonals;
- 79 · Mindeststandards für die Arbeitsplatzgestaltung;
- 80 · Praxisphasen des Dualen Studiums sind im Berufsbildungsgesetz zu regeln;
- 81 · Analog zum Berufsausbildungsvertrag hat der Betrieb mit dem*der Studierenden einen Vertrag zu schlie-
82 ßen;

- 83 · Die Studien- und Lernorte müssen von Beginn an schriftlich festgelegt werden;
- 84 · Dual Studierende müssen ein Recht auf eine Vergütung erhalten, diese muss mindestens der Mindestaus-
85 bildungsvergütung (also dem BAföG Höchstsatz) oder wenn sie höher liegen, den branchenüblichen Ausbil-
86 dungsvergütungen entsprechen;
- 87 · Garantierte, volle Lehr- und Lernmittelfreiheit inklusive der Übernahme aller Studiengebühren sowie Se-
88 mesterbeiträge durch den ausbildenden Betrieb;
- 89 · Eine unbefristete Übernahmegarantie;
- 90 · Eine starke gesetzliche Beschränkung von Rückzahlklauseln sowie ein Bindeklauselverbot sowohl während
91 als auch nach Abschluss der Ausbildung;
- 92 · Die Studienzzeit inklusive Zeiten an der Hochschule, angemessener Lernzeiten und das Schreiben der Ab-
93 schlussarbeit muss voll als Arbeitszeit angerechnet werden;
- 94 · Analog des Ausbildungsrahmenplans muss auch für die betrieblichen Phasen des Dualen Studiums ein
95 Rahmenplan vorgegeben werden, der die zu vermittelnden Kenntnisse und Fertigkeiten festlegt;
- 96 · Eine garantierte Freistellung für Vorlesungen, Seminare, Laborpraxis, Prüfungen sowie drei Tage zur Vor-
97 bereitung der Prüfungen und Studienzeiten;

C16

Titel	Abschaffung des Hausberufungsverbots
AntragstellerInnen	Sachsen-Anhalt

Abschaffung des Hausberufungsverbots

- 1 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Die Praxis des Hausberufungsverbots, die eine langfristige Karriereplanung an einem Hochschulstandort aus-
- 3 schließt, verstößt gegen den Art. 33 GG (demnach hat „jeder Deutsche [...] nach seiner Eignung, Befähigung
- 4 und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte“). Insbesondere Frauen und Mütter aber
- 5 auch Väter entscheiden sich aufgrund dieser Hürde oft gegen eine Fernberufung und einen Karriereaufstieg,
- 6 was unserem sozialdemokratischen Ziel der Chancengleichheit widerspricht.
- 7 Daher setzen die Jusos sich für die Möglichkeit von Hausberufungen außerhalb von Ausnahmeklauseln ein.
- 8 Wobei für uns klar ist, dass jede vakante Professur öffentlich ausgeschrieben werden muss. Innerhalb dieses
- 9 Bewerbungsprozesses sollen dann alle BewerberInnen, egal ob bei der berufenden Hochschule angestellt oder
- 10 extern, gleichberechtigte Chancen haben.

C19

Titel	Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen
AntragstellerInnen	JSAG über Bundesvorstand

Ausbau von WLAN an allen öffentlichen Schulen

- 1 An allen öffentlichen Schulen soll es WLAN mit ausreichender Datenkapazität geben. Auf dieses sollen alle
- 2 Schüler*Innen und Lehrer*Innen einer Schule zugreifen können.
- 3 Die SPD soll sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass verstärkt finanzielle Mittel für den Ausbau digitaler
- 4 Infrastruktur an öffentlichen Schulen und anderen Bildungseinrichtungen bereitgestellt werden. Dadurch soll
- 5 vor allen Dingen das WLAN Netz weit ausgebaut werden.
- 6 **Begründung**
- 7 Im Zuge der Digitalisierung wird die Nutzung von Smartphones zwecks Rechercharbeiten und Ähnlichem
- 8 immer häufiger in den Unterricht mit eingebunden. Dadurch kommt es jedoch immer wieder zu Benachteil-
- 9 gungen von manchen Schüler*Innen. Denn nicht alle haben die gleichen Konditionen bei der Internetbenut-
- 10 zung auf Grund von unterschiedlicher Datenkapazität, dessen Höhe oftmals auch vom Geldbeutel der Eltern
- 11 abhängig ist.
- 12 Zudem sollte es allen Schüler*Innen möglich sein, innerhalb von Pausen oder Freistunden, Rechercharbeiten
- 13 innerhalb der Schule tätigen zu können.

F Frieden & Internationales

F Frieden & Internationales

F4	Rheinland-Pfalz	Verstaatlichung der Rüstungsproduktion	35
----	-----------------	--	----

F4

Titel Verstaatlichung der Rüstungsproduktion

AntragstellerInnen Rheinland-Pfalz

Verstaatlichung der Rüstungsproduktion

- 1 1. Neuregelung der Rüstungsproduktion
- 2 1. Verstaatlichung aller deutschen Rüstungsunternehmen
- 3 2. Verbot privater Rüstungsproduktion und Rüstungsentwicklung in Deutschland
- 4 3. Wir wirken daraufhin, dass nach der Verstaatlichung der deutschen Rüstungsproduktion eine euro-
- 5 päische Ausschreibung nicht mehr notwendig ist
- 6 4. Intensivierung der Integration europäischer (EU) Rüstungsproduktion mit dem langfristigen Ziel einer
- 7 gemeinsamen Rüstungsindustrie parallel zur Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Armee
- 8 5. Programm zur Sicherung der Arbeitsplätze – primär durch Umwandlung in zivile Industrie insoweit,
- 9 dass der neuen (vermutlich deutlich geringeren) Auslastung Rechnung getragen wird
- 10 6. Die Verstaatlichung der Rüstungsproduktion geschieht unter anderem mit dem Ziel einer allgemeinen
- 11 Abrüstung Deutschlands, Europas und der Welt. Dazu ist dieser Antrag auch nur ein erster Schritt.
- 12 2. Neuregelung des Verkaufs von Rüstungsgütern
- 13 • Verkauf deutscher Rüstungsgüter nur an NATO- oder EU-Mitglieder, sowie an Israel und die Schweiz
- 14 auf Beschluss eines gemeinsamen Ausschusses aus den Mitgliedern des Bundessicherheitsrates und
- 15 der gleichen Anzahl an Mitgliedern von Mitgliedern des Bundestages
- 16 • Verkauf in Ausnahmefällen an nicht NATO- oder EU-Mitglieder auf Beschluss des Bundestages
- 17 • Verkauf in jedem Falle nur dann, wenn ersichtlich ist, dass der KäuferIn sich zu den Prinzipien der De-
- 18 mokratie und des Rechtsstaats und der Achtung der Menschenrechte und internationalen Völkerrecht
- 19 nicht nur bekennt, sondern dies auch effektiv umsetzt.
- 20 • Der Export von Kleinwaffen ist generell untersagt
- 21 •
- 22 • Um eine verbindliche gesetzliche Grundlage für den Export von Rüstungsgütern zu schaffen, fordern
- 23 wir ein eigenständiges Waffenkontrollgesetz. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den
- 24 Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ sind hierfür in ein eigenständiges Gesetz um-
- 25 zuwandeln. Alle bisher geltenden gesetzlichen Regelungen (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen,
- 26 Außenwirtschaftsverordnung etc.) sind in das Waffenkontrollgesetz zu integrieren.
- 27 1. Dieses Waffenkontrollgesetz hat dabei folgende Regelungen zu enthalten:
- 28 2. Die Lieferung von Rüstungsgütern und – lizenzen in alle Länder ist an die Zustimmung des Deut-
- 29 schen Bundestages mit 2/3 Mehrheit gebunden.
- 30 3. Exporte von Rüstungsgütern und -lizenzen in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen
- 31 bekannt sind, sind untersagt. Exporte in Länder, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen
- 32 drohen oder in denen der Rüstungsexport dazu beitragen kann, bestehende Konflikte zu ver-
- 33 schärfen, sind untersagt. Die Prüfung erfolgt im Einzelfall. Die letztendliche Entscheidung trifft
- 34 der Deutsche Bundestag.

35 4. Deutschland wirkt auf EU-Ebene auf eine Regelung zur restriktiveren Waffenexportkontrolle hin.
36 Auf UN-Ebene wirkt Deutschland auf einen Waffenkontrollvertrag hin, der alle Länder zur restriktiven
37 Waffenexportkontrolle verpflichtet. Auch vor dem Zustandekommen eines solchen Vertrages unterwirft sich
38 Deutschland unilateral stärkeren Restriktionen für die eigenen Rüstungsexporte.
39

40 5. Um die bisher oft bestehende langfristige Bindung an einmal beschlossene Waffen- und Rüstungsexporte zu vermeiden,
41 müssen auch die Verträge über den Munitions- und Ersatzteilhandel entsprechend restriktiv ausgeführt werden. Noch bestehende Verträge dürfen ohne Zustimmung
42 des Bundestages nicht verlängert werden
43

44 Unter „Rüstungsgütern“ verstehen wir dabei alle Güter, welche geeignet sind, in einem Krieg oder bewaffneten
45 Konflikt als Waffe zum Einsatz gebracht zu werden, also sowohl, aber nicht nur, Kleinwaffen als auch Großgerät,
46 sowie deren Konstruktionspläne und Bauteile.

47 Wir Jusos bekennen uns zum Primat der friedlichen Konfliktlösung. Wir erkennen dennoch ob der sicherheitspolitischen
48 Lage und unserer Schutzverantwortung als Teil der Gemeinschaft aller Menschen an, dass in bestimmten Situationen der Einsatz
49 bewaffneter Streitkräfte notwendig sein kann. Als Gesellschaft tragen wir daher die Verantwortung dafür, dass die SoldatInnen,
50 welche vom Bundestag – und damit letzten Endes von uns – in den Einsatz geschickt werden, angemessen ausgerüstet sind,
51 wenn sie unter dem Einsatz ihres Lebens ihren Auftrag wahrnehmen.
52

53 1. Neuregelung der Rüstungsproduktion

54 Wir sind überzeugt, dass es verantwortungslos ist, die Herstellung von Kriegswaffen und Kriegsgerät privaten
55 Firmen zu überlassen, welche notwendigerweise profitorientiert handeln müssen. Diese Profitorientierung
56 ist durch das kapitalistische System gegeben, für diesen Fall aber in ganz besonderer Weise abzulehnen: Der
57 Markt für Rüstungsgüter sind die bewaffneten Konflikte in der Welt. Die Produktion nach der Nachfrage dieses
58 Marktes ist damit unter anderem massiv durch Kriegstreiberei, Unterdrückung von Menschen durch Unrechtsregime
59 und Massenmorde beeinflusst. VertreterInnen der privaten Rüstungsindustrie haben notwendigerweise ein wirtschaftliches
60 Interesse an Kriegen in der Welt. Die Produktion von Rüstungsgütern, mit denen weltweit getötet wird, richtet sich
61 damit ausdrücklich nicht nach einer demokratisch festgelegten Verhältnismäßigkeit (z.B. durch einen Parlamentsbeschluss),
62 die auf die Bedürfnisse der eigenen demokratisch kontrollierten Streitkräfte schaut, sondern nach dem Streben nach
63 Profitmaximierung weniger UnternehmerInnen. In Art. 26 GG („Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit
64 Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“) zeigt sich bereits, dass das
65 Grundgesetz zumindest eine strenge Kontrolle der Rüstungsproduktion befürwortet. Wir müssen aber noch einen Schritt
66 weitergehen: Private und damit nicht demokratisch kontrollierte Rüstungsproduktion gehört beendet und verboten!
67

68 Wir erkennen, dass ein ständiger technologischer Wettlauf zwischen Waffenwirkung und Schutz vor eben jener
69 besteht und halten es daher für notwendig, bei der Beschaffung von Rüstungsgütern auf (meist zeitraubende) Ausschreibungen
70 zu verzichten, um unserer Verantwortung gegenüber den Soldaten gerecht zu werden und eine angemessene Ausrüstung,
71 welche sich soweit wie möglich auf dem Stand der Technik befindet, zu gewährleisten. Im Falle einer Verstaatlichung der
72 Rüstungsindustrie wären Ausschreibungen zudem höchst unzumutbar.
73

74 Im Sinne der europäischen Integration, ferner im Sinne einer Weiterführung der Integration der für die Kriegführung
75 wichtigen Industrien, außerdem mit den Zielen der finanziellen Einsparungen und der Steigerung der Effizienz und
76 des technologischen Fortschritts streben wir langfristig eine gemeinsame europäische Rüstungsindustrie an. Diese soll
77 die Staaten der Europäischen Union langfristig unabhängig von Rüstungseinkäufen bei privaten Rüstungsunternehmen
78 machen, um private Rüstungsproduktion auch außerhalb der EU einzudämmen. Uns ist bewusst, dass diese nicht von
79 heute auf morgen umgesetzt werden kann, sondern vielmehr eines langsamen, aber stetigen Prozesses der Integration
80 bedarf, welcher parallel zur Integration der europäischen Streitkräfte mit dem Ziel einer europäischen Armee verlaufen
81 sollte. Eine gemeinsame Rüstungsindustrie könnte der Integration in diesem Sinne zudem förderlich sein.
82

83 2. Neuregelung des Verkaufs von Rüstungsgütern

84 Zuständig für die Genehmigung von Rüstungsexporten ist der Bundessicherheitsrat (BSR). In der Praxis hat
85 sich jedoch gezeigt, dass dieser nur dann entscheidet, wenn es vorher Meinungsverschiedenheiten zwischen

86 den einzelnen Ministerien gab und das Kabinett keinen einstimmigen Beschluss fassen konnte. Wir fordern,
87 Rüstungsexporte nicht als nebensächlich zu behandeln, sondern in jedem Falle im Bundessicherheitsrat zu
88 beraten.

89 Vor allem kommt es uns jedoch darauf an, den Verkauf von Rüstungsgütern an solche Staaten, welche die
90 Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats und die Achtung der Menschenrechte verletzen, endlich und
91 sofort zu stoppen. Wir weisen ausdrücklich auf die dringende Notwendigkeit hin, auch BündnispartnerInnen
92 dieser Prüfung zu unterziehen.

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G Gleichstellung, Feminismus & Gender

G5	Sachsen	Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten	39
G9	Hannover	Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar	41

G5

Titel Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten
AntragstellerInnen Sachsen

Queer ist keine Krankheit! Konversionstherapie verbieten

- 1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:
 2 Wir fordern, dass die Durchführung aller Maßnahmen, die darauf abzielen eine
 3 Veränderung der sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität oder Orientierung hervorzurufen, verboten
 4 und unter strafrechtliche Ver-
 5 folgung gestellt werden.
 6 Sollte bei Minderjährigen eine solche Maßnahme durchgeführt, vorbereitet, geplant
 7 oder wissentlich geduldet werden, fordern wir, dass die Personen, in deren Obhut oder Fürsorge sich
 8 die
 9 Minderjährigen befinden, strafrechtlich verfolgt werden. Auch die Verbreitung von Aussagen oder Medi-
 10 en,
 11 die die Möglichkeit einer Therapie sexueller und/oder geschlechtlicher Identitäten oder Orientierungen sug-
 12 gerieren, vor allem im Kontext
 13 eines professionellen Vertrauensverhältnisses, sollen unter Strafe gestellt werden.
 14 Außerdem fordern wir die Ärztekammer auf, ÄrztInnen, die Konversionstherapien durchführen oder wissent-
 15 lich vermitteln, die Approbation zu entziehen
 16 Die Klassifizierungen für Therapien ICD-10 F66.0 und F66.1 sollen bereits nach der 5ten Therapie Stunde über-
 17 prüft werden und nicht mehr nach der 25sten. Krankenkassen sind verpflichtet diese Überprüfung vorzuneh-
 18 men.
 19 F66.0
 20 Sexuelle Reifungskrise
 21 Info:
 22 Die betroffene Person leidet unter einer Unsicherheit hinsichtlich ihrer Geschlechtsidentität oder sexuel-
 23 len
 24 Orientierung, mit Ängsten oder Depressionen. Meist kommt dies bei Heranwachsenden vor, die sich hinsicht-
 25 lich ihrer homo-, hetero- oder bisexuellen Orientierung nicht sicher sind; oder bei Menschen, die nach ei-
 26 ner
 27 Zeit scheinbar stabiler sexueller Orientierung, oftmals in einer lange dauernden Beziehung, die Erfahrung ma-
 28 chen, dass sich ihre sexuelle Orientierung ändert.
 29 F66.1
 30 Ichdystone Sexualorientierung
 31 Info:

- 32 Die Geschlechtsidentität oder sexuelle Ausrichtung (heterosexuell, homosexuell, bisexuell oder präpubertär)
33 ist eindeutig, aber die betroffene Person hat den Wunsch, dass diese wegen begleitender psychischer oder
34 Verhaltensstörungen anders wäre und unterzieht sich möglicherweise einer Behandlung, um diese zu än-
35 dern.
- 36 Als Konversionstherapie verstehen wir die Maßnahme gezielt die Sexualität der PatientInnen zu verändern,
37 Therapien bei denen TherapeutInnen die PatientInnen unterstützen sich selbst über ihre Gefühle klar zu wer-
38 den gehören nicht dazu. Es sollen weitere Maßnahmen erarbeitet werden diesen Unterschied überprüfbar zu
39 machen.



Titel	Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*men- schen ist unantastbar
AntragstellerInnen	Hannover

Neufassung des TSG: Auch die Würde von Trans*menschen ist unantastbar

- 1 Transidente Menschen waren in unserer Gesellschaft seit jeher massiven Diskriminierungen ausgesetzt. Dis-
 2 kriminierung nicht nur aufgrund fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz, sondern auch aufgrund von staat-
 3 lichen Vorgaben, welche ein zweigeschlechtliches System bedingen. In beiderlei Hinsicht mögen inzwischen
 4 Fortschritte erzielt sein, dennoch stellen wir fest, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für transidente
 5 Menschen nach wie vor in keiner Weise einem diskriminierungsfreien und menschenwürdigen Umgang ent-
 6 sprechen. Die Gesetzeslage hat sich hier seit den 80er Jahren kaum weiterentwickelt.
- 7 In der Bundesrepublik Deutschland gilt seit dem 01. Januar 1981 das Gesetz über die Änderung der Vornamen
 8 und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz — TSG) . Viele
 9 der Interessenorganisationen transidenter und intersexueller Menschen, so auch die Deutsche Gesellschaft
 10 für Transidentität und Intersexualität e.V., fordern seit langem eine Novellierung des TSG. Das Bundesverfas-
 11 sungsgericht hat bereits in zahlreichen Urteilen festgestellt, dass das TSG in wesentlichen Punkten gegen das
 12 Grundgesetz verstößt und diskriminierend ist.
- 13 Wir solidarisieren uns mit dem Kampf transidenter und intersexueller Menschen und schließen uns ihrer For-
 14 derung nach einer Neuregelung an.
- 15 Alle Fortschritte, die in Bezug auf das Gesetz errungen wurden, mussten gerichtlich von Antragsteller*innen
 16 durchgekämpft werden. So wurde zum Beispiel die Altersbeschränkung, dass eine antragsstellende Person 25
 17 Jahre oder älter sein muss, vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Auch die Sterilisation als Voraussetzung
 18 zur Personenstandsänderung, ein unhaltbarer und menschenverachtender Paragraph, wurde 2011 zum Glück
 19 gekippt.
- 20 Bis heute ist es jedoch so, dass wenn nach der Bestandskraft der Vornamensänderung ein Kind geboren oder
 21 als eigenes anerkannt wird, diese unwirksam wird.
- 22 Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Urteilen immer wieder eine Neuregelung gefordert und Vorgaben
 23 zur vorläufigen Anwendung gemacht.
- 24 Wenn Trans*menschen den schwierigen Schritt des Outings beschreiten, sind diese aufgrund der derzeitigen
 25 gesetzlichen Regelungen, aber nach wie vor einer amtlich legitimierten Alltagsdiskriminierung ausgesetzt. Wol-
 26 len Trans*menschen Vornamen und/oder den Personenstand (bspw. von „männlich“ zu „weiblich“) abändern,
 27 so müssen diese einen Antrag an das für das Personenstandsregister zuständige Amtsgericht (in der Regi-
 28 on Hannover: Amtsgericht Celle) stellen und dem Gericht mittels zwei psychologischer Gutachten sowie im
 29 Rahmen einer gerichtlichen Verhandlung nachweisen, dass die vom Gesetz bestimmten Voraussetzungen für
 30 die Anerkennung gegeben sind. Die Gutachter*innen werden hierbei vom Gericht bestimmt. Im Rahmen der
 31 Gutachtenerstellung kommen bundesweit Gutachter*innen unterschiedlichster fachlicher Qualifikation zum
 32 Einsatz.
- 33 Im Rahmen der Gutachtenerstellung werden regelmäßig auch solche Angaben erhoben, welche in den intims-
 34 ten Bereich der grundgesetzlich geschützten persönlichen Lebensführung (insbesondere die eigene Sexua-
 35 lität) erhoben und entsprechend an das Gericht weitergegeben. So gibt es immer wieder Berichte darüber,

36 dass nach Häufigkeit und Art der sexuellen Interaktion gefragt wird oder auch die Namen der bisherigen Ge-
37 schlechtspartner*innen abgefragt werden. Die eigentlich selbstverständliche ärztliche Schweigepflicht entfällt
38 hierbei vollumfänglich.

39 Die Kosten des reinen gerichtlichen Verfahrens belaufen sich in der Regel auf rund 1.200,00 Euro bis 1.600,00
40 Euro. Schwerwiegender ist, dass die Verfahrensdauer – in Abhängigkeit vom bearbeitenden Gericht – regelmä-
41 ßig zwischen sechs und zwölf Monaten andauert. Legt man hierbei zu Grunde, dass sinnvollerweise grundsätz-
42 lich vor Antragstellung ein „Praxistest“ in Form des Lebens in der Gegengeschlechtlichen Rolle stattfindet, der
43 Therapeutisch regelmäßig verlangt wird, bedeutet dies, dass Trans*menschen eine längere Zeit mit „falschen“
44 Ausweispapieren leben müssen.

45 In Abhängigkeit von der Professionalität der handelnden öffentlichen Stellen kann dieses zu Unannehmlich-
46 keiten führen, welche durchaus diskriminierende Züge annehmen können.

47 Weiterhin ist vor der amtlichen Änderung die Neuausstellung von Zeugnissen nicht möglich. Dies stellt einen
48 Nachteil für die Wettbewerbsfähigkeit von Trans*menschen dar.

49 Auch im Alltag kann es zu Irritationen und Zwangsoutings kommen, dieses beispielsweise dann, wenn eine Mo-
50 natsfahrkarte für den öffentlichen Personennahverkehr (wie z.B. das Jobticket) auf den Geburtsnamen ausge-
51 stellt ist. Wenn auf diesem eine „Mareike“ eingetragen ist, dem*der Kontrolleur*in aber ein maskuliner „Mike“
52 gegenüber sitzt, der sich auch nur mittels Ausweises von Mareike ausweisen kann, ist nicht nur Verwirrung
53 angesagt, sondern auch durchaus für die Aufmerksamkeit der halben Straßenbahn gesorgt.

54 Wir halten die derzeitige Regelung für nicht hinnehmbar und völlig veraltet.

55 Wir fordern daher folgende Regelungen:

- 56 • Das Transsexuellengesetz muss aufgehoben und durch eine Neuregelung ersetzt werden, die der Men-
57 schenwürde der Trans* gerecht wird. Die Neuregelung darf nicht erneut in einem diskriminierenden
58 Sondergesetz ergehen, sondern muss in das allgemeine Familienrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches
59 integriert werden. Dabei muss beachtet werden, dass für die Änderungen von Vornamen und Perso-
60 nenstand ausschließlich jenes Geschlecht maßgeblich sein darf, mit dem sich die Person identifiziert.
- 61 • Die Namens- und Personenstandsänderung muss ohne Einholung von Gutachten alleine durch die
62 eindeutige Erklärung eines Menschen bei dem zuständigen Standesamt bzw. dessen Aufsichtsbehörde
63 möglich sein. Dies muss für Minderjährige ab 14 Jahren auch ohne Zustimmung der Eltern möglich
64 sein. Minderjährige unter 14 Jahren benötigen grundsätzlich die Zustimmung der Eltern. Die fehlende
65 Zustimmung kann jedoch durch das zuständige Familiengericht ersetzt werden.
- 66 • Sowohl die medizinische als auch die juristische Geschlechtsangleichung müssen in jedem Fall kosten-
67 frei sein.
- 68 • Geschlechtsangleichende Operationen dürfen nur bei wirksamer Einwilligung der Person erfolgen, an
69 welcher diese durchgeführt werden. Um ungewollte Veränderungen am eigenen Körper insbesondere
70 durch Einsetzen der Pubertät verhindern zu können, müssen medizinische Maßnahmen jedoch auch
71 Minderjährigen offen stehen, selbst gegen den Willen der Eltern.
- 72 • Trans* ist keine Krankheit, sondern eine Ausprägung der geschlechtlichen Identität. Die Weltgesund-
73 heitsorganisation muss daher Trans* von der Liste der psychischen Krankheiten streichen. Trotzdem
74 müssen die Krankenkassen weiterhin für die notwendigen Behandlungen aufkommen.
- 75 • Das Angebot für psychologische Therapie muss Trans*menschen kostenlos und barrierefrei zur Verfü-
76 gung gestellt werden.
- 77 • Die Eingehung einer Ehe ist komplett unabhängig von geschlechtlichen Anforderungen zu gestalten
78 und muss für zwei Menschen egal welchen Geschlechts offen stehen.
- 79 • Der behördliche Aufwand für Ausweisdokumente für die „Übergangsphase“ sollte deutlich verringert
80 werden, sodass es Menschen ohne binäre geschlechtliche Identifikation möglich ist, den Alltag zu be-
81 streiten und nicht ausgegrenzt zu werden. Auch die Verlängerung eines solchen Ausweises sollte für
82 jeden und jede möglich sein, ähnlich wie beim Personalausweis.

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

I Inneres, Justiz & Verbraucherschutz

11	Nordrhein-Westfalen	G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie	44
15	Weser-Ems	Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien	47

11

Titel G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie

AntragstellerInnen Nordrhein-Westfalen

G20 – Aufarbeitung auf ganzer Linie

1 08.07.2017. Irgendwo kurz vor Hamburg. 44 Falken aus NRW sind auf dem Weg zu einer angemeldeten Kund-
2 gebung gegen den G20-Gipfel. Polizeikräfte ziehen den Bus aus dem Verkehr, fahren ihn zu einer „Gefange-
3 nensammelstelle“ in Hamburg-Harburg. Die zum Teil minderjährigen Jugendlichen werden über Stunden ohne
4 Angaben von Gründen festgehalten, Anrufe bei AnwältInnen werden untersagt. Einige müssen sich ausziehen,
5 werden abgetastet. Gegen Mittag wurden die Festgenommenen freigelassen. Es handele sich um einen Irrtum,
6 ein anderer Bus sollte abgefangen werden. GenossInnen klagen nun gegen die Hamburger Polizei. Wir Jusos
7 sprechen den Falken unsere Solidarität aus.

8 Ein Einzelfall? Leider nein. Rund um den G20-Gipfel in Hamburg fanden zum Teil massive Grundrechtsein-
9 schränkungen von BürgerInnen durch Polizistinnen und Polizisten statt. Die massiven Eingriffe durch den
10 Staat in die Grundrechte der BürgerInnen lässt sich auch in den letzten Jahren bei vielen ähnlichen Fällen
11 beobachten. Schon vor dem G20 Gipfel in Hamburg wurde immer wieder faktisch Grundrecht durch den Staat
12 suspendiert. Hier seien u.a. die sogenannten Gefahrenzonen in Hamburg oder die Demonstrationsverbote
13 rum das Gebiet des G7 auf Schloss Elmau 2015 genannt.

14 Fraglich war bereits die Ortswahl. Wäre die Wahl auf eine ländliche Region gefallen, hätten sich die AktuerInnen
15 wohl den Vorwurf der Abschottung gefallen lassen müssen.

16 13In einigen Kreisen wurde die Wahl der Messehallen als reinste Provokation gesehen, da diesen direkt an die
17 Schanze grenzen.

18 Der Einsatzleiter während des gesamten Gipfels war Hartmut Dudde, bei weitem kein unbeschriebenes Blatt:
19 Duddes Karriere bei der Polizei wurde vom rechtspopulistischen damaligen Innensenator Roland Schill for-
20 ciert. Er hat die „Hamburger Linie“ maßgeblich mitbegründet – eine Polizeitaktik, die unter dem Vorwand gül-
21 tiges Recht hart durchzusetzen immer wieder Grund- und Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat.
22 So haben bereits mehrfach Gerichte das Verhalten der Hamburger Polizei gegenüber Demonstrationen im
23 Nachhinein für rechtswidrig erklärt und auch die BeamtInnen selbst haben schon mehrfach die Haltung Dud-
24 des und anderer PolizeifunktionärInnen Hamburgs (davon viele auch von Schill gefördert) beklagt. Im Sommer
25 2014 verweigerte eine ganze Polizeieinheit den Befehl Geflüchtete, die mit einem Sitzstreik auf den Treppen-
26 stufen des Rathauses auf ihre Situation aufmerksam machten, mit roher Gewalt herunterzuschubsen. Auch
27 schon im Vorfeld und während der G20 Proteste konnte man sehen, dass Dudde seine „Hamburger Linie“ voll
28 beibehalten wollte.

29 Da wurden gerichtlich genehmigte Protestcamps schon Tage vorher geräumt oder gar nicht erst zugelassen.
30 Da wurde eine genehmigte Demonstration nach wenigen Metern gewaltsam aufgelöst. Aufgelöst wurden auch
31 friedliche Sitzblockaden, um ein DiplomatInnenauto passieren zu lassen. Da wurden JournalistInnen an ih-
32 rer Arbeit gehindert, weil sie „auf Listen standen“ oder weil der Presseausweis „schlecht zu sehen“ war. Da
33 stürmten plötzlich schwer bewaffnete Sondereinsatzkräfte ins Schanzenviertel, indem die Polizei zuvor über
34 Stunden die Krawalle gewähren ließ. YouTube und Co. zeigen uns, welche Gewaltpotentiale dort freigesetzt
35 wurden, sowohl durch staatliche Kräfte als auch durch selbstorganisierte Gruppen.

36 Zur Wahrheit gehört, dass auf einen großen Teil der friedlichen, bunten, kreativen ProtestlerInnen, die berech-
37 tigte Kritik an G20 auf die Straße brachten, ein Sammelsurium von GewalttäterInnen und RandaliererInnen
38 kommt, deren „Aktionsformen“ dem Protest gegen G20 stark geschadet haben. Gewalt gegen PolizistInnen ist
39 für uns kein Mittel des legitimen Protestes. Brennende PKW oder geplünderte Geschäfte dominierten die Be-

40 richterstattung, nicht die wichtige Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen, die in diesen Tagen in Hamburg
41 verwaltet wurden. Nicht die Tatsache, dass sich VertreterInnen der „wichtigsten Industrie- und Schwellenlän-
42 der“ innerhalb von drei Tagen mal eben über Wohl und Wehe der Welt unterhalten. Und wo wir schon bei
43 Dominanz der Berichterstattung sind: Dass „die Gewalttäter“ alles „Linke“ waren, wusste schnell jede Postille
44 im ganzen Land und verbreitete dies an prominenter Stelle. Deutlich weniger mediale Beachtung erfuhr die
45 Beobachtung von ExpertInnen, AnwohnerInnen und auch der Polizei, dass es sich insbesondere bei den Plün-
46 derungen aber auch bei den Krawallen zu einem erheblichen Teil nicht um politisch organisierte Personen
47 gehandelt hat. So heißt es in einem offenen Brief, der von verschiedenen Gewerbetreibenden der Schanze
48 – darunter Juweliere, Spielzeugläden, Buchhandlungen u.Ä. – unterzeichnet wurde: „Zum Höhepunkt dieser
49 Auseinandersetzung soll in der Nacht von Freitag und Samstag nun ein „Schwarzer Block“ in unserem Stadtteil
50 gewütet haben. Dies können wir aus eigener Beobachtung nicht bestätigen, die [...] beklagten Schäden sind
51 nur zu einem kleinen Teil auf diese Menschen zurückzuführen. Der weit größere Teil waren erlebnishungrige
52 Jugendliche sowie Voyeure und Partyvolk, denen wir eher auf dem Schlagermove, beim Fußballspiel oder
53 Bushido-Konzert über den Weg laufen würden als auf einer linksradikalen Demo. Es waren betrunkene junge
54 Männer, die wir auf dem Baugerüst sahen, die mit Flaschen warfen.“

55 Laut Aussagen von JournalistInnen waren außerdem Rechtsradikale an den Randalen beteiligt. Für diese Ver-
56 mutung gibt es nach wie vor keinen fundierten Beweis, so dass wir an dieser Stelle klarstellen möchten, dass
57 es lediglich eine journalistische Behauptung ist.

58 Wir müssen aber auch über andere Dinge sprechen. Zum Beispiel, dass auf der einen Seite demonstrierende
59 BürgerInnen standen, die aus den unterschiedlichsten Motiven in den unterschiedlichsten Formen „Protest“
60 ausgeübt haben. Ja, zum Teil leider gewalttätig, und ja, natürlich muss mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen al-
61 le vorgegangen werden, die in diesen Tagen und Nächten Straftaten begangen haben. Auf der anderen Seite
62 aber, standen RepräsentantInnen unseres demokratischen Rechtsstaates. Sie traten im Auftrag von Sicherheit
63 und Ordnung dem Bürger/der Bürgerin entgegen. Und da liegt der Hund begraben. Sie besitzen keinen Persil-
64 schein für jegliche Handlungen, für Gewaltanwendungen, für Grundrechtsverletzungen. Als JungsozialistInnen
65 ist es uns ein Grundanliegen, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit durchzusetzen.
66 Wenn diese Grundrechte durch ordnungsrechtliche Maßnahmen eingeschränkt werden, zum Teil soweit, dass
67 sie gar nicht mehr auslebbar sind, dann läuft etwas grundlegend falsch. Und noch falscher läuft etwas, wenn
68 GenossInnen ganz vorne mit dabei sind, bei vorschnellen Schuldzuweisungen an die „Linken“, gar von „Links-
69 terrorismus“ sprechen und Bullshit-Bingo spielen mit „Fußfesseln für linke Gefährder“ oder „lebenslangem
70 Demoverbot“. Hierbei ist vor allem die Aussage von Olaf Scholz „Polizeigewalt hat es nicht gegeben“ haltlos
71 und ein Schlag ins Gesicht aller Opfer. Denn eine unserer – sozialdemokratischer, linker – Grundüberzeugung
72 ist es auch, schwierige Situationen mit kühlem Kopf und guten Argumenten aufzuarbeiten und dabei immer
73 den Rechtsstaat zu wahren.

74 Besser steht es uns also, wenn wir die Tage rund um den G20 Gipfel besonnen analysieren, komplexe Antwor-
75 ten auf die komplexe Situation finden, debattieren und dann Konsequenzen ziehen anstatt reflexartig Schul-
76 dige zu suchen und verkürzte Kritik zu üben. Für uns SozialdemokratInnen ist freilich bei jeder Diskussion
77 unumstößlich, dass wir unverhältnismäßige Einschränkungen der Grundrechte nicht hinnehmen, egal ob es
78 um Einschränkung der Pressefreiheit oder um die Ausübung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit geht.
79 Wir dürfen aber auch nicht über jedes Stöckchen springen, dass uns hingehalten wird. Die Linke als Gesamtheit
80 muss sich genauso wenig von Gewalttaten in Hamburg distanzieren, wie sich AutofahrerInnen als Gesamtheit
81 von illegalen Autorennen distanzieren müssen. Bei aller Solidarität mit linken Gruppen in der Gesellschaft, blei-
82 ben die Aktionsformen der Menschen, die sich der „Linken“ zuordnen eine Entscheidung der Individuen, die
83 diese ausüben. Für uns ist linker Protest nicht von Gewalt geprägt. Wir lassen uns nicht von konservativen Kräf-
84 ten definieren, was Links ist und haben deshalb keine Veranlassung, uns von „den Hamburger Ereignissen“ zu
85 distanzieren. Was wir als JungsozialistInnen aber tun müssen, ist, uns solidarisch auf die Seite der Geschädig-
86 ten zu stellen. Das sind auch, aber nicht nur Menschen, deren Autos in Flammen aufgingen. Das sind auch die
87 Menschen, die Opfer von Polizeigewalt geworden sind. Das sind auch die autonomen (jugend-)zentren, deren
88 Arbeit für Demokratie und eine bessere Welt unter die Räder der Krawalle gekommen ist. Das sind auch die
89 PolizeibeamtenInnen, die durch die Proteste verletzt worden sind.

90 Aufarbeitung geht nur, wenn wir tatsächlich aufarbeiten. Wenn jegliche Kritik an Polizeieinsätzen als „Dolch-
91 stoß für den Rücken der Deutschen,“ betitelt wird, wird das nicht funktionieren. **Deshalb fordern wir:**

92 • nicht die wichtige und berechtigte Kritik an dem G20-Gipfel aus den Augen zu verlieren

- 93 • Untersuchungsausschüsse sowohl in der Hamburger Bürgerschaft, als auch im Deutschen Bundestag.
94 Diese sollen sowohl die Polizeistrategie und deren Ziele, als auch konkretes Vorgehen von BeamtInnen
95 während des Einsatzes untersuchen. Ebenso müssen sich die Ausschüsse damit auseinandersetzen, in
96 wie weit innerhalb der dafür zuständigen Polizeigremien eine solche Aufklärung bisher stattgefunden
97 hat. Falls das noch nicht geschehen ist, sind die Gründe hierfür zu untersuchen.
- 98 • Bestehende Möglichkeiten der Deeskalation im Rahmen des Versammlungsrechts konsequent zu nut-
99 zen und das Versammlungsrecht dahingehend zu prüfen, ob mehr Raum für Deeskalation geschaffen
100 werden kann. Ein Aufschlag wurde nach G20 gemacht als vorgeschlagen wurde, den Tatbestand des
101 Vermummungsverbotens von einer Straftat in eine Ordnungswidrigkeit umzuwandeln, sodass Polizis-
102 tInnen einen Ermessensspielraum haben, inwiefern sie Verstöße im Einzelfall ahnden.
- 103 • Die Polizeikennzeichnung in allen Polizeieinheiten einzuführen und unabhängige Stellen zu schaffen,
104 z.B. nach Vorbild des rheinland-pfälzischen Landespolizeibeauftragte die automatisch bei Anzeigen
105 gegen PolizistInnen ermitteln.
- 106 • eine lückenlose Aufklärung aller zur Anzeige gebrachten Sachverhalte
- 107 • eine lückenlose Aufklärung der Räumung des Protestcamps
- 108 • im Notfall nicht davor zu scheuen auch personelle Konsequenzen zu ziehen
- 109 • Konsequenzen aus der Einschränkung der Pressefreiheit zu ziehen, so etwas darf nie wieder vorkom-
110 men
- 111 •

15

Titel	Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien
AntragstellerInnen	Weser-Ems

Keine geheime Datensammlung mehr – 5 Punkte für den Umgang mit Verbunddateien

- 1 1. Aktueller Umgang mit Verbunddateien
- 2 Die Polizei kann rechtmäßig erlangte personenbezogene Daten in Akten oder Dateien speichern verändern
3 und nutzen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu einer zeitlich befristeten Dokumentation oder zur Vor-
4 gangsverwaltung erforderlich ist. GewalttäterInnendateien sind Teil des eingerichteten polizeilichen Informati-
5 onssystems und werden beim Bundeskriminalamt als so genannte Verbunddateien geführt. Bundesweite Ver-
6 bunddateien existieren in Deutschland für verschiedene Bereiche. Unter anderem die sog. "Datei-Gewalttäter
7 Sport" und auch die "Datei Gewalttäter Links". Vorrangig zur Prävention, jedoch auch als Mittel der Repression,
8 werden in ihnen personenbezogene Daten gespeichert, die in den Augen der PolizeibeamtInnen als „auffällig“
9 gelten. Erfasst werden dabei nicht nur beweisbare Umstände wie Namen, Adressen u. ä., sondern auch Mei-
10 nungsäußerungen, Beurteilungen und Werturteile werden gespeichert. Neben der Datei „Gewalttäter Sport“
11 existieren in zahlreichen Bundesländern „Arbeitsdateien Szenekundige Beamte“ (SKB-Dateien), die als Hilfs-
12 mittel für die Beurteilung der Gefährdungslage bei Fußballspielen in Bezug auf das zu erwartende Fanverhal-
13 ten, das Auftreten sowie die Zusammensetzung der Fanggruppierungen und ihr Verhältnis zur gegnerischen
14 Fanszene dienen soll. Bei den „SKB – Dateien“ handelt es sich nicht um eine vom BKA geführte Verbunddatei,
15 sondern um in eigener Verantwortung durch die Landespolizeibehörden auf nur ihr zugänglichen Rechensys-
16 temen geführte Dateien.
- 17 1. Unsere Sichtweise von Verbunddateien
- 18 Für uns Jusos stellt eine derartige Erfassung in sog. Verbunddateien einen schwerwiegenden Eingriff in das
19 Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Für uns ist klar, klar, dass der polizeiliche Umgang mit perso-
20 nenbezogenen Daten kein schlicht hoheitliches Handeln ist, sondern einen rechtfertigungsbedürftigen Eingriff
21 in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt. Wir fordern daher:
- 22 – dass weitere Maßnahmen wie Aufenthalts- und Betretungsverbote oder Meldeauflagen auf Grundlage einer
23 solchen Eintragung sofort gestoppt werden
- 24 – eine bundesweite Regelung zur proaktiven Benachrichtigungspflicht, die gemeinsam mit den Ländern erar-
25 beitet werden soll und eine umfangreiche gerichtliche Überprüfung der Dateien und Daten.
- 26 – dass die aufgeführten Personen nicht öffentlich als GewalttäterInnen bezeichnet werden, wenn sich kei-
27 ne Gewalttat nachweisen lässt. Auch nicht, dass die Person in individualisierbarer Weise öffentlich bekannt
28 wird.
- 29 – der Stopp einer uferlosen Eintragungspraktik für „politisch motivierte Kriminalität links“, weil die rechtlichen
30 Voraussetzungen für eine Speicherung fehlen
- 31 – dass Personen, die eine Demonstration anmelden nicht grundsätzlich in die Verbunddateien aufgenommen
32 werden dürfen
- 33 1. Herausforderungen und Rahmenbedingungen für Verbunddateien

34 Eine transparente und gesetzlich eingeschränkte Datenverwendung ist für die Rechtsstaatlichkeit polizeilicher
35 Gefahrenabwehr von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Obgleich die Verwendung und Speicherung der
36 Daten unzweifelhaft einen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung darstellt, wird den BürgerInnen
37 dieser Eingriff häufig nicht so gewahrt werden, wie klassische Eingriffsmaßnahmen, gegen die sich BürgerInnen
38 leicht vor den Verwaltungsgerichten zur Wehr setzen können. Damit BürgerInnen überhaupt von dem
39 Eingriff Kenntnis erlangen, ist eine Mitwirkung der jeweiligen Behörde notwendig. Die geringen Hürden, die
40 vor einer Eintragung stehen und die hohe Rate an Fehleintragungen sind rechtlich bedenklich, da Eintragun-
41 gen in Verbunddateien im Rahmen der automatisierten Datenverarbeitung mit den Inhalten weiterer Dateien
42 verknüpft werden können. Deshalb fordern wir:

43 – Diese Erforderlichkeit einer Eintragung in eine Verbunddatei soll nur dann gelten, wenn es zu einer Verur-
44 teilung wegen einer Gewalttat gekommen ist. Die Eintragung darf nicht aufgrund eines Generalverdachts
45 geschehen

46 – es muss eine öffentlich einsehbare Datenverordnung, Verfahrensbeschreibung oder Errichtungsanordnung
47 geben.

48 – auch die personenbezogenen Daten von gespeicherten Personen sind zu löschen, wenn die Speicherung zur
49 polizeilichen Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Dies zählt für uns, wenn der Betroffene freigespro-
50 chen oder das gegen ihn geführte Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist. Wenn dieser die Tat nicht oder
51 nicht rechtswidrig begangen hat

52 1. Grundsätzlicher Umgang mit Verbunddateien

53 Eine Registrierung in dieser Datei birgt für den Betroffenen eine konkrete Gefahr der sozialen Abstempelung
54 und Etikettierung. Gerade auch junge Menschen werden dadurch stigmatisiert, wenn diese z.B. eine Demons-
55 tration angemeldet haben oder sich aktiv für unsere Gesellschaft einsetzen. Deshalb fordern wir:

56 – dass eine Datenerhebung und -verwendung unter der Beachtung äußerster Vorsicht und Restriktion erfol-
57 gen muss

58 – für den/die einzelneN BürgerIn muss es ersichtlich sein, welche die Person betreffenden Daten aus welchem
59 Anlass und in welcher Datei gespeichert werden und wer diese Dateien einsehen kann

60 – Eintragungen in Verbunddateien, die im Rahmen der automatischen Datenverarbeitung mit den Inhalten wei-
61 terer Dateien verknüpft werden, müssen offen gelegt werden. Dies ist uns wichtig, weil dadurch der mit der Da-
62 tenerfassung einhergehende Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung vertieft wird.

63 5. Forderung zur Rechtsgrundlage der Verbunddateien

64 Rechtsgrundlagen und Verwaltungsanordnungen für polizeiliche Datensammlungen sind in der Regel: un-
65 bestimmte Rechtsbegriffe, weiterer Maßstäbe für die Gefahrprognosen und eine Vielzahl von Anlasstatsa-
66 chen.

67 Aufgrund derartiger Rechtsgrundlagen werden betroffene Personen in sog. Verbunddateien eingetragen. Ins-
68 besondere bei der Datei Gewalttäter Sport werden- anders als die Bezeichnung vermuten ließe- in der Mehr-
69 zahl keine Gewalttäter eingetragen. Dies ist eine direkte Folge der derzeitigen Eintragungspraxis.

70 Wir fordern daher:

71 – Aufnahme des Rechts auf informelle Selbstbestimmung in das Grundgesetz, sodass die "Befugnis des Einzel-
72 nen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachver-
73 halte offenbart werden" verfassungsrechtlich geschützt ist.

J Jugendpolitik

J Jugendpolitik

J1	Nord- Niedersachsen	Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligen- dienstleistende	50
----	------------------------	--	----

J1

Titel	Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligendienstleistende
AntragstellerInnen	Nord-Niedersachsen

Kostenerstattung für den Arbeitsweg für Jugendfreiwilligendienstleistende

- 1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen, dass die Kosten für den Arbeitsweg von Jugendfreiwilligendienstleistende erstattet werden. Die Kosten die dadurch anfallen sollen vom Bund übernommen werden.
- 2
- 3

M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M Migration, Integration, Asyl- & Flüchtlingspolitik

M5	Berlin	Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!	52
----	--------	--	----

M5

Titel Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!

AntragstellerInnen Berlin

Sichere Fluchtrouten statt Festung Europa!

1 In Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Leben eines jeden Menschen ver-
2 brieft: „Das Recht jedes Menschen auf Leben wird gesetzlich geschützt.“ Wenn ein Recht auf Leben ernst-
3 genommen wird, so muss dies auch beinhalten, dass Menschen vor lebensbedrohlichen Situationen in ein
4 sicheres Land fliehen können, ohne für diese Flucht mit ihrem Leben zu bezahlen. Ein Recht auf Leben muss
5 folglich ein Recht auf sichere Flucht vor Bedrohung beinhalten.

6 Leider müssen wir feststellen, dass sich die Europäische Union von diesem Anspruch zunehmend entfernt.
7 Satt ein sicherer Zufluchtsort für Flüchtende zu sein, rüstet die Europäische Union ihre Außengrenzen immer
8 stärker zu tödlichen Festungsmauern. Allein von Januar bis Juli 2017 sind mindestens 2500 Menschen bei ihrer
9 versuchten Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Rund 300.000 Menschen wagten die lebensgefährli-
10 che Überfahrt laut UN-Angaben im Jahr 2016. Dabei stünde eine Vielzahl von Mitteln und Wegen zur Verfügung,
11 um dies zu vermeiden. Jeder Mensch, der sich bei seiner Flucht nach Europa in Lebensgefahr begeben muss, straft
12 den Anspruch der Europäischen Union, Wertegemeinschaft und Vorbild für Grund- und Menschenrechte zu
13 sein, Lügen.

14 Die Europäische Union und die Bundesrepublik Deutschland versuchen die europäischen Außengrenzen wei-
15 ter vom Mittelmeer weg in die Sahara zu verlegen, um die Migration auf den europäischen Kontinent wei-
16 ter zu erschweren. Unter dem Vorwand der Terrorismus- und Schlepperbekämpfung werden Grenzanlagen
17 ausgebaut und der Grenzschutz militarisiert. Dazu schrecken die EU-Staaten nicht vor einer Kooperation mit
18 Diktaturen zurück. Schon heute ist der Weg durch die Wüste ähnlich gefährlich wie der darauffolgende Weg
19 über das Meer. Sie ist schon heute ein vergessener Friedhof – allerdings werden die Leichen nicht angespült
20 und NGOs können die nordafrikanischen Staaten kaum bewegen, weil weder Sicherheit noch rechtsstaatlicher
21 Schutz vor Willkür garantiert ist.

22 Derweil machen sich die Europäischen Regierungschef*innen einen schlanken Fuß: Anstatt den innereuropäi-
23 sche Streit um die Aufnahme von Flüchtenden unter den Mitgliedländern zu lösen und den rassistischen Refle-
24 xen in den Mitgliedsländern mutig entgegenzutreten, verlagern sie ihre „Problemlösung“ nach Außen.

25 Wir müssen erleben, wie Zäune errichtet und mit Waffengewalt verteidigt werden, Deals mit Despoten ge-
26 macht und Flüchtende in Internierungscamps von marodierenden Verbrechern zurückgeschoben werden.
27 Anstatt flüchtende Menschen zu schützen, werden die Europäischen Grenzen vor dem Übertritt durch Flücht-
28 tende „geschützt“. Auch die deutsche Bundesregierung nimmt dies nicht nur billigend in Kauf, sondern betei-
29 ligt sich aktiv an Deals mit Erdoğan und der libyschen Küstenwache. Dabei werden sehenden Auges massive
30 Menschenrechtsverletzungen und zahllose Todesfälle in Kauf genommen.

31 Über Parteien hinweg kommt sowohl aus Deutschland als auch aus anderen Ländern der EU immer wieder die
32 Forderung zur Bekämpfung von sogenannten Fluchtursachen. Gemeint sind hier eine ganze Bandbreite von
33 Maßnahmen, die sich wahlweise auf die ‚Bekämpfung‘ von Armut und kriegerischen Konflikten oder Direkt-
34 maßnahmen in sogenannten Drittstaaten zur Verhinderung von Fluchtmöglichkeiten richten. Diese Form von
35 aktionistischem Handeln lehnen wir ab. Als internationalistischer Jugendverband erkennen wir an, dass Men-
36 schen solange von ihren Heimatländern flüchten werden, wie globale Ungleichheiten, sowohl in ökonomischer
37 Hinsicht als auch in Belangen der körperlichen Unversehrtheit sowie der gesellschaftlichen und politischen
38 Teilhabe, in dem Ausmaß existieren, wie es heute der Fall ist. Mit ein wenig Entwicklungszusammenarbeit und
39 Hochrüstung der Grenzen in Drittstaaten ist es deshalb nicht getan. Deutschland und die Europäische Union
40 insgesamt tragen zu einem erheblichen Teil zur Verstärkung von globalen Ungleichheiten durch asymmetri-

41 sche Handelspolitik, Waffenexporte und teils imperialistische Außenpolitik bei. Die Flucht bietet deshalb für
 42 viele Menschen eine wesentlich konkretere Perspektive, ihre Lebensumstände zu verbessern – und in letz-
 43 ter Konsequenz ihr Leben zu retten – als vage Zusagen der Entwicklungszusammenarbeit, die mithin einzig
 44 auf das Erschließen von neuen Märkten ausgerichtet sind. Bestünde tatsächlich ein ernst gemeintes Interesse
 45 an der Bekämpfung von Fluchtursachen durch die Europäische Union – und nicht an der Bekämpfung von
 46 Flucht – , müssten Maßnahmen in viel stärkerem Ausmaß auf die Bekämpfung von globalen Ungleichheiten
 47 ausgerichtet sein.

48 Die Europäische Union hat im Mittelmeer eine Militärmission („Sofia“) zur „Bekämpfung von Schlepperkrimi-
 49 nialität“ ins Leben gerufen. Anstatt eine Seenotrettungsmission zur Rettung von Menschen auf dem Mittelmeer
 50 zu finanzieren, kreuzen nun Kriegsschiffe vor der libyschen Küste, um den Schleppern ihr Geschäft zu erschwe-
 51 ren. Die frühere Mission ‘Mare Nostrum’ war eine Seenotrettungsmission, die zumindest ein Mindestmaß an
 52 Hilfe gewährte – auch wenn sie ebenfalls bereits Ansätze der aktuellen Fehlentwicklung enthielt. Dabei läge der
 53 Schlüssel, um das Geschäftsmodell der Schlepper zu unterbinden, in der Hand der Europäischen Union selbst:
 54 Die Schlepper können nur so lange Geld mit der tödlichen Mittelmeerüberfahrt verdienen, wie es keine legalen
 55 Wege zur Flucht nach Europa gibt. Offenbar besteht bei den Regierungschef*innen derzeit eine höhere Bereit-
 56 schaft, Geld für unsinnige Militäraktionen aufzuwenden, als dieses Geld in die Rettung von Menschenleben,
 57 humanitäre Visa und Integrationsmaßnahmen zu investieren.

58 Für uns ist klar, dass internationale Solidarität und die Durchsetzung des Rechtes auf Leben nicht an den
 59 Europäischen Außengrenzen aufhören dürfen. Egal aus welchem Grund oder von welchem Ort ein Mensch
 60 flieht, niemand darf dafür mit seinem Leben bezahlen. Der gefährlichen Spirale zwischen Hochrüstung der
 61 Grenzen und immer gefährlicheren Fluchtrouten muss endlich ein Ende gemacht werden. Unser Ziel ist, dass
 62 alle Menschen dort leben können, wo sie wollen. Als Sofortmaßnahmen für sichere Fluchtrouten fordern wir
 63 jedoch von der deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union:

64 1. Sichere Fluchtwege Schaffen: Vergabe humanitärer Visa

65 Kein Mensch müsste sich auf ein Schlauchboot zur Mittelmeerüberfahrt begeben, wenn die sichere Flucht lega-
 66 lisiert wäre. Beispielsweise ist eine Einreise per Flugzeug sicher und deutlich billiger, jedoch nach EU-Richtlinie
 67 2001/51/EG nicht legal: Fluggesellschaften haften demnach, wenn Passagiere im Zielland wegen fehlender
 68 Papiere abgewiesen werden. Das Unternehmen muss eine Strafe zahlen, den Rückflug organisieren und für
 69 Unterkunft und Verpflegung bis zur Rückreise aufkommen. Entsprechend werden Personen ohne Visum nicht
 70 transportiert.

71 Wir fordern daher:

- 72 • Es muss eine humanitäre Visafreiheit eingeführt werden. Jeder Grenzübertritt – ob auf dem Land-, See-
 73 und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu stellen, muss legalisiert sein. Diese
 74 Regelung muss die Durchreise einschließen.
- 75 • Die Bereitstellung humanitärer Visa (nach dem Beispiel Italiens) zur legalen Einreise und zur Übernahme
 76 der Reisekosten in die Europäische Union. Bis zum Zeitpunkt einer Einigung muss die deutsche Bun-
 77 desregierung eine entsprechend hohe Anzahl für die Einreise nach Deutschland zur Verfügung stellen
 78 und den sicheren Transport in die Europäische Union organisieren und finanzieren.
- 79 • Die humanitären Visa sind gebührenfrei und unbürokratisch in den Botschaften und Konsulaten zu
 80 gewähren. Dafür müssen die nötigen personellen Aufstockungen in den Botschaften so schnell wie
 81 möglich umgesetzt werden, um die Wartezeiten zu minimieren.
- 82 • Die Familienzusammenführung von geflüchteten Personen ist umgehend wieder aufzunehmen und
 83 ebenfalls schnell und unbürokratisch über die Vergabe humanitärer Visa zu ermöglichen.
- 84 • Die EU-Richtlinie 2001/51/EG muss ersatzlos gestrichen werden.

85 1. Libysche Folter-Camps schließen

86 Der UNO-Koordinator für Libyen, Martin Kobler, beschreibt die Situation in den Libyschen Camps als “furcht-
 87 bar, entsetzlich und grauenhaft“. Die Menschen sind unterernährt, willkürlicher Gewalt ausgesetzt und auf
 88 engstem Raum zusammengepfercht. Es wird von systematischen Erschießungen berichtet. Viele dieser Camps

89 werden „privat“ von Milizen betrieben. Schätzungen zufolge hat die libyschen Regierung nicht mehr als 30 Pro-
90 zent des libyschen Territoriums unter Kontrolle.

91 Wir fordern daher:

- 92 • Alle Menschen, die sich in libyschen Camps befinden, sind umgehend in sichere Camps umzusiedeln.
93 Eine Rückführung flüchtender Menschen nach Libyen darf keine Option sein.
- 94 • Die Menschenrechtsverbrechen in den Camps sind vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Men-
95 schenrechte anzuklagen.
- 96 • Jegliche Unterstützung der Europäischen Union, die in die Hände der autonomen Milizen gelangen
97 könnte, beispielsweise über die libyschen Küstenwache, ist sofort einzustellen

98 1. Flüchtlingscamps nach UN-Standards

99 Die finanzielle Ausstattung von UN Organisationen zur Hilfe und Unterbringung für Geflüchtete muss sofort
100 verbessert werden. UNHCR und das World Food Program sind immer wieder genötigt, die grundlegenden
101 Standards in den Camps zu senken, die Essensrationen zu kürzen und können im Winter nicht sicher vor dem
102 Erfrieren schützen. Solche Umstände sind unverantwortbar.

103 Daher bekräftigen wir erneut unsere bereits bestehenden Forderungen:

- 104 • Solange die europäische Union ihren Pflichten nicht zu genüge nachkommt, muss die Bundesregierung
105 alle notwendigen Finanzmittel bereitstellen, um die humanitären Standards in den Flüchtlingscamps zu
106 gewährleisten.
- 107 • eine drastische und dauerhafte Erhöhung der durch die Bundesregierung zur Verfügung gestellten
108 Plätze im Rahmen des Resettlement-Programms
- 109 • eine Reform des Resettlement-Verfahrens: Das Resettlement-Auswahlverfahren darf nicht nach Bil-
110 dungsstand, Herkunft oder Religionszugehörigkeit entschieden werden, sondern je nach Notlage.
- 111 • unmittelbar nach der Ankunft sollte eine intensive Erstbetreuungsphase mit gesundheitlicher und psy-
112 chologischer Unterstützung stattfinden.
- 113 • Die Geflüchtetenunterbringungen auf dem europäischen Festland müssen ebenfalls dringend verbes-
114 sert werden. Vielfach erfüllen sie selbst nicht humanitäre Mindeststandards.

115 1. Europäische Seenotrettung

116 Wir fordern:

- 117 • Die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX muss unverzüglich abgeschafft werden. Es steht für
118 die menschenrechtswidrige und militarisierte Grenzabschottung der EU. Da die Agentur zudem nicht
119 demokratisch kontrolliert werden kann, bleibt nur die gänzliche Auflösung.
- 120 • die Wiedereinsetzung einer Europäische Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der Mission „Mare
121 Nostrum“ mit zusätzlichen Mitteln und Finanzen. Diese können durch eine Umwidmung der Mission
122 „Sofia“ zur Verfügung gestellt werden. Es ist Aufgabe der Europäischen Union sicherzustellen, dass
123 ihre Außengrenzen nicht zum Massengrab werden. In der derzeitigen Situation ist dies nur mit einer
124 staatlich organisierten Seenotrettung möglich.
- 125 • Die Staaten mit südlicher EU-Außengrenze können die Integration von tausenden Geflüchteten nicht
126 alleine schultern. Die aus Seenot geretteten Flüchtenden müssen virtuell auf alle Mitgliedsstaaten der
127 Europäischen Union nach einem festen Schlüssel solidarisch verteilt werden. Wenn ein Staat weniger
128 Geflüchtete aufnimmt, als er müsste, muss er an diejenigen Staaten, die mehr Geflüchtete aufneh-
129 men, als der Schlüssel besagt, zahlen und hat mit zusätzlichen Sanktionen der Europäischen Union
130 zurechnen. Diese Regelung kann auch durch die partielle Streichung von EU-Geldern an diesen Staat
131 durchgesetzt werden. Die Verpflichtung zu den oben genannten Ausgleichszahlungen bleibt weiter-
132 hin bestehen. Außerdem müssen für Unterbringung, Betreuung und Asylverfahren Mindeststandards
133 gelten, von denen einige EU-weit, andere Mitgliedslandspezifisch sein müssen.

- 134 • Eine Rückführung von Menschen in nicht-sichere Staaten muss ausgeschlossen werden. Das Non-
135 Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt.

136 1. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden

137 Die sogenannte „Flüchtlingsdeal“ mit der Türkei, sowie informelle Abkommen mit anderen Mittelmeer-
138 Anreinerstaaten über die gewaltsame Zurückhaltung von flüchtenden Menschen sind umgehend aufzukün-
139 digen. Sie sind aus moralischen und humanitären Gründen nicht zu rechtfertigen, widersprechen internatio-
140 nalem Recht und machen die Europäische Union politisch erpressbar.

141 1. Die Kriminalisierung humanitärer Hilfe stoppen

142 Seitdem die europäische Seenotrettungsmission beendet wurde, haben es sich gut ein Dutzend Nicht-
143 Regierungs-Organisationen (NGOs) zur Aufgabe gemacht, die Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu
144 retten. Rund 40 Prozent der Rettungen im Mittelmeer wurden in den letzten 1,5 Jahren von privaten Helfer*in-
145 nen durchgeführt. Dass diese eigentlich staatliche Verantwortung auf Laien und NGOs abgewälzt wird, ist an
146 sich bereits Grund für Kritik. In den letzten Monaten wurde die humanitäre Hilfe auf dem Mittelmeer jedoch
147 regelrecht kriminalisiert. Von rechten Bewegungen in Italien, Österreich und Deutschland ausgehend wurden
148 absurde Anschuldigungen erhoben, die NGOs würden mit Schleppern kooperieren und Schleuser-Tätigkeiten
149 durchführen. Ohne jegliche Beweise und trotz massiver Dementi seitens der NGOs wiederholte der deutsche
150 Innenminister Thomas de Maizière ähnliche Anschuldigungen und die Italienische Regierung nötigte den NGOs
151 einen „Code of Conduct“ auf, der ihre Arbeit massiv einzuschränken droht. Als die libyschen Küstenwache ein-
152 seitig eine 70-90 Seemeilen große „Search-and-Rescue-Zone“ vor ihrer Küste ausrief, und somit internationale
153 Hoheitsgewässer annektierte, erfolgte von der Europäischen Union keinerlei Reaktion – obgleich die EU den
154 Aufbau der libyschen Küstenwache finanziert und unterstützt. Die Seenotrettungs-NGOs sehen sich seither
155 massiven Übergriffen und Bedrohungen durch die libysche Küstenwache ausgesetzt, viele haben ihre Ret-
156 tungsaktivitäten vorerst eingestellt oder stark eingeschränkt. Die nun fehlenden Rettungskapazitäten wurden
157 von staatlicher Seite jedoch nicht ersetzt, sodass die Situation vor der libyschen Küste für die Flüchtenden nun
158 noch gefährlicher ist als zuvor.

159 Daher fordern wir:

- 160 • Ein Ende der Kriminalisierung von humanitärer Hilfe auf dem Mittelmeer durch die Bundesregierung
161 und insbesondere das Innenministerium
- 162 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die libysche Küstenwache ih-
163 re Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die einseitig erklärte „Search- and – Rescue- Zone“
164 aufgibt.
- 165 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierende NGOs durch die Europäische Union und Deut-
166 sche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Per-
167 sonal an Bord zu nehmen.
- 168 • Nach der Umsetzung dieser Sofortmaßnahmen muss die Europäische Union und die Bundesrepublik
169 Deutschland damit beginnen, die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für alle Menschen zu realisie-
170 ren. Es kann unter keinen Umständen gerechtfertigt sein, dass ein Teil der Menschheit ihr Leben riskie-
171 ren muss, um Grenzen zu überwinden, während ein privilegierter Teil genauso wie Waren und Kapital
172 sich grenzenlos bewegen kann. Eine Welt ohne Grenzen ist möglich.

173 1. Internationale Solidarität ermöglichen statt Flucht bekämpfen

174 Die Europäische Union gemeinsam mit den 28 Mitgliedstaaten trägt nach Eigenangaben mehr als 50 Pro-
175 zent der weltweiten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit. Globale Ungleichheiten als zentrale Ursache für
176 Fluchtbewegungen konnten bisher allerdings nicht wirksam eingedämmt werden. Seit der Verstärkung von
177 Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 hat die Europäische Union zusätzliche budgetäre Mittel in die Hand ge-
178 nommen, um den sogenannten Grenzschutz in den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten zu verstärken. Zu-
179 sätzlich wurden über die längerfristigen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit hinaus verstärkt Mittel für
180 Nord-und Westafrika bereitgestellt, die die ‚Fluchtursachen‘ bekämpfen sollen. Entwicklungszusammenarbeit
181 muss sich stärker an Maßgaben internationaler Solidarität messen lassen, damit sie ihre intendierte oder vor-
182 geschobene Wirkung erzielen. Sofortmaßnahmen sind nur dann hilfreich, wenn sie akute humanitäre Krisen
183 bekämpfen und somit Flucht zu einer Option anstatt zu einer lebenserhaltenden Notwendigkeit macht.

184 Deshalb fordern wir:

185 • Einen ehrlichen Umgang in der Diskussion um die Bekämpfung von Fluchtursachen. Gerade die SPD
186 muss als Partei der internationalen Solidarität (gem. Hamburger Programm) stärker die Wechselwir-
187 kung zwischen dem deutschen Engagement im Ausland und Fluchtbewegungen in die Europäische
188 Union thematisieren. Aktionistische Konzepte der SPD zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Zeiten
189 hoher Flüchtlingsbewegung müssen allgemeinen Konzepten der Bekämpfung von globalen Ungleich-
190 heiten weichen.

191 Die Anerkennung der Flucht als legitimes Mittel zur Verbesserung der individuellen Lebenssituation. Fluchtbe-
192 wegungen werden zuvörderst durch globale Ungleichheiten ausgelöst. Die Ermöglichung von Flucht ist daher
193 oft das schnellste und effektivste Mittel internationaler Solidarität, unabhängig davon, ob sich die individuelle
194 Fluchtmotivation aus kriegerischen Konflikten, Verwehrung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, Verlet-
195 zung der körperlichen Unversehrtheit oder ökonomischen Erwägungen speist.

O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

O3	Baden- Württemberg	Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!	58
O6	Bremen	Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!	62

O3

Titel Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!
AntragstellerInnen Baden-Württemberg

Wohnraum – Woher nehmen, wenn nicht stehlen!

- 1 Angesichts des Mangels an bezahlbaren Mietwohnungen ist es dringend notwendig, neuen Wohnraum zu
2 schaffen. Zwar gibt es in einzelnen Regionen nach wie vor einen beträchtlichen Wohnungsleerstand. Da wir
3 aber jedem Menschen grundsätzlich das Recht zugestehen wollen, seinen Wohnort selber zu wählen, muss vor
4 allem in Gebieten mit angespanntem Mietwohnungsmarkt der Mangel an Mietwohnraum auf allen Ebenen
5 eingedämmt werden. Zusätzlich zur Bezahlbarkeit von neu geschaffenenem Wohnbau, müssen diese auch
6 qualitativ hochwertig sein. Neubauten sollten daher sowohl äußerlich architektonisch anspruchsvoll sein, als
7 auch in der Innenaustattung den jetzigen und zukünftigen Stand mehr als entsprechen.
- 8 Mit Flächenmangel umgehen
- 9 Insbesondere in vielen Städten sind bezahlbare Mietwohnungen knapp. Hier ist häufig der Mangel an bebau-
10 baren Flächen ein noch größeres Problem als die fehlende Finanzierung. Ziel muss es also sein, vorhandene
11 Flächen effizient zu nutzen und preisgünstigen Wohnraum als preiswerten Wohnraum zu erhalten. Um neuen
12 Raum zu schaffen, der für Mietwohnungen genutzt werden kann, sind kreative Lösungen unabdingbar!
- 13 Durch eine intelligente Innenentwicklung können tote Flächen, wie Bundesautobahnen oder Bundesstraßen
14 verwendet werden. Indem diese Straßen nicht mehr Städte zerschneiden, sondern in Tunnellage gebracht
15 werden, entstehen Flächen nicht nur auf, sondern auch in direkter Umgebung der ehemals oberflächlich lau-
16 fenden Trasse, die für Wohnungsbau genutzt werden kann.
- 17 Wir sprechen uns für eine Nachverdichtung aus, die das kommunale Klima beachtet, aber einer Bebauung von
18 Naherholungsbereichen entgegenwirkt. So soll der Ausbau von Flachdächern (sogenanntes „Topping“), der
19 Bau von Wohnungen auf innerstädtischen Brachen, aber auch unkonventionelle Wohnarten, wie z.B. schmale
20 Häuser oder der von „tiny houses“, also Kleinsthäusern, gefördert werden, ohne dass es zu einer Beeinträch-
21 tigung der Frischluftkorridore in dichtbesiedelten Vierteln kommt. Die konkreten Entscheidungen hierzu sind
22 am sinnvollsten auf der kommunalpolitischen Ebene zu treffen.
- 23 Um festzustellen, wo hier weitere Potentiale zur Schaffung von günstigem Wohnraum sind, fordern wir die
24 SPD-Fraktion im Bundestag dazu auf
- 25 • sich für die Schaffung eines Fördertopfes zur Unterstützung von Projekten für unkonventionellen Wohnraum
26 einzusetzen.
- 27 • sich verstärkt für Tunnellösungen bei Neu- und Ausbauten einzusetzen, um an jenen Stellen Flächen zur
28 Innenentwicklung bereitstellen zu können
- 29 • sich für die Förderung von Nachverdichtung, wie z.B. „Topping“ bei Beachtung des kommunalen Klimas ein-
30 zusetzen.
- 31 Ferner ist die Regelung, dass für jede Wohneinheit eine bestimmte Zahl von Parkplätzen vorhanden sein
32 muss, aus unserer Sicht in Großstädten überholt. Die Kommunen sollten hier die Freiheiten nutzen, die sie
33 durch erneuerte Landesbauordnungen erhalten haben und den Stellplatzschlüssel mit Zielrichtung auf kos-
34 tengünstigeres Bauen so niedrig wie möglich ansetzen. Um Flächen zu sparen, sollten vermehrt Konzepte für
35 Quartiersgaragen umgesetzt werden. Ebenfalls mindern wollen wir ineffiziente Flächennutzungen. In vielen
36 Städten wachsen Gewerbe- und Wohngebiete zusammen. Flächen, die vormals als Gewerbegebiet genutzt
37 wurden, könnten so zu attraktiven Wohnlagen werden, wenn sie nicht schon gewerblich bebaut wären. In den
38 Kommunen

- 39 • soll geprüft werden, wo durch die Umwandlung von Gewerbe- in Wohn- oder Mischgebiete Flächen für den-
40 Wohnungsbau gewonnen werden können. Selbstverständlich bleibt für uns das Leitbild der durchmischten
41 Stadt, die Wohnen und Arbeiten vereint und so auch Raum für Gewerbe, Industrie und Freiräume bietet, hand-
42 lungsleitend.
- 43 • sollen gegebenenfalls entsprechende Flächen erworben oder ein Nutzungsrecht erlangt werden. Hier können
44 beispielsweise Parkhäuser statt Parkplätzen gebaut werden, wobei das Land ein Parkhaus finanzieren und im
45 Gegenzug die Kommune das Nutzungsrecht für gewonnene Flächen erhalten kann und mittelfristig sollen
46 Parkplätze durch neue Mobilitätskonzepte überflüssig gemacht werden.
- 47 • sollen vorhandene Flächennutzungspläne überprüft und gegebenenfalls an neue Gegebenheiten angepasst
48 werden
- 49 Egal wie der vorhandene Platz in Städten genutzt wird – in jedem Fall ist er endlich. So lange es einen akuten
50 Mangel an gefördertem Mietwohnraum gibt, muss die Eindämmung dieses Mangels bei der Bebauung von
51 Flächen oberste Priorität haben. Für die kommunale Ebene fordern wir deswegen, dass Attraktive Rahmenbe-
52 dingungen für den Umzug in kleinere Wohnungen schaffen
- 53 Bodenspekulation wirksam bekämpfen!
- 54 *„Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind
55 für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“* (Verfassung des Freistaates Bayern, Art. 161 Abs. 2)
- 56 Nicht nur in der bayerischen Verfassung, sondern auch in weiteren Landesverfassungen ist die Sozialpflichtig-
57 keit des Eigentums an Grund und Boden festgehalten. Dennoch spielt sie aktuell keine Rolle. Im gegenwärtigen
58 System wird, wie so häufig, versucht Verteilungsprobleme über den Markt, anstatt über staatliche Steuerung
59 und Planung zu regeln. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis von Gütern. Diesem Gedanken liegt aber
60 die Annahme zu Grunde, dass Güter vermehrbar (oder ersetzbar) sind. Für Baugrundstücke, insbesondere im
61 innerstädtischen Bereich, gilt das jedoch nicht. Gleichzeitig sind sie ein in höchstem Maße existentielles und
62 lebensbestimmendes Gut. Umso verwunderlicher ist es, dass Grundstücke heute gehandelt werden wie be-
63 liebige reproduzierbare Güter. In München (sowie vielen weiteren Großstädten) ist Baugrund die wertvollste
64 Ressource, denn BesitzerInnen halten Baugrundstücke zurück, verknappen das Angebot, befeuern den Man-
65 gel an Wohnraum und treiben die Preise in die Höhe. Gewinn macht, wer den längeren Atem hat, denn der
66 Wert eines Grundstücks steigt allein mit der Zeit. Der/Die Eigentümer*in trägt in diesem Falle nichts zur Wert-
67 steigerung bei, sondern profitiert rein von dem aus Steuergeldern finanzierten infrastrukturellen Umfeld des
68 Gebäudes.
- 69 Bereits Anfang/Mitte der 70er Jahre wurde das Problem bei den Jusos und in der SPD erkannt und disku-
70 tiert. Ziel war es die Spekulation mit Grundstücken durch Besteuerung wirksam zu bekämpfen. An diese Dis-
71 kussion wollen wir anknüpfen, denn wir brauchen eine Bodenrechtsreform um Bodenspekulationen einzu-
72 dämmen. Gewinne von GrundstückseigentümerInnen durch leistungslose Wertsteigerung des Bodens sollen
73 künftig über eine Bodenwertzuwachssteuer abgeschöpft werden. Wir brauchen darüber hinaus eine grund-
74 sätzliche Debatte über mögliche Veränderungen der Eigentumsrechte an Grund und Boden, im Zuge derer
75 auch alternative Konzepte wie beispielsweise das eines Bodenfonds diskutiert werden.
- 76 Viele Wohnungen in deutschen Städten werden, gemessen an ihrer Kapazität, nicht effizient bewohnt. Durch
77 demografische Effekte werden große Wohnungen, die lange Zeit als Heimat für Familien genutzt wurden, nach
78 einigen Jahren oft nur noch von Einzelpersonen genutzt. Wenn in einer familieneigneten Wohnung durch
79 den Wegzug von Kindern oder den Tod eines Menschen eine Wohnung untergenutzt ist, so ist den Hinterblie-
80 benen daraus kein Vorwurf zu machen. Es soll natürlich niemand aus seiner Wohnung oder gar seinem Umfeld
81 verdrängt werden! Es ist aber denkbar, dass viele Menschen bereit wären, eine große Wohnung zu Gunsten
82 einer geeigneten kleineren aufzugeben. Voraussetzung ist hier das Vorhandensein geeigneter Wohnungen im
83 gleichen Quartier. Insbesondere hinderlich ist oft, dass für eine kleinere, geeignete Wohnung eine genauso
84 hohe oder gar höhere Miete fällig würde. Um dem Abhilfe zu schaffen, fordern wir
- 85 • vorhandene Flächen so zu nutzen, dass der Wohnungsbedarf dem Quartier angepasst ist. Quartiere müssen
86 so entwickelt werden, dass Wohneinheiten für alle Lebensphasen vorhanden sind!
- 87 • Eine Strategie zu entwickeln, die den Wohnungstausch ohne Mietpreiserhöhung ermöglicht

88 Um letzteres zu ermöglichen, ist insbesondere ein Programm zur Förderung von freiwilligen Umzügen zu erar-
89 beiten. Auch ein Recht auf den Tausch von Mietverträgen soll geprüft und falls möglich etabliert werden.

90 Wohnen und öffentliche Infrastruktur vernetzt denken

91 Eng miteinander zusammen hängen für die Themen Wohnen und öffentliche Infrastruktur. Während in Bal-
92 lungsräumen günstiger Wohnraum selten geworden ist, ist in deren Peripherie die Lage oft besser. Hinderlich
93 ist hier oft das schlechte Angebot von öffentlicher Infrastruktur, wie Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, Schulen,
94 KiTas, Senioreneinrichtungen oder ärztlicher Versorgung. Die Zusammenarbeit der betroffenen Kommunen
95 muss noch enger werden. Um einerseits die Infrastruktur von Peripheriegemeinden zu verbessern und an-
96 dererseits den Wohnungsmarkt in Städten zu entlasten und die Zusammenarbeit der Kommunen zu fördern,
97 fordern wir

98 – eine Erhöhung der ÖPNV Förderung durch Bund und Länder

99 – den Ausbau von Radwegenetze

100 – in Bebauungspläne Bildungseinrichtungen mit zu bedenken

101 – eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung

102 die Entwicklung von Metropolregionen sowie regionale Zusammenschlüsse, in denen der Wandel des regio-
103 nalen Wohnungsmarktes gemeinsam diskutiert und koordiniert werden kann.

104 • fordern wir die Landtagsfraktion dazu auf, die Förderung des ÖPNV (und Radverkehr) durch das Land an
105 die

106 Kommunen zu erhöhen

107 • fordern wir die Entwicklung von Metropolregionen, in denen der Wandel des regionalen Wohnungsmark-
108 tes

109 gemeinsam diskutiert und koordiniert werden kann.

110 Durchsetzen der Mietpreisbremse

111 Die Einführung der Mietpreisbremse war ein erster richtiger Schritt, bedarf aber umfassender Nachbearbei-
112 tung. So muss das Instrument des Mietspiegels, an welchem sich die ortsübliche Vergleichsmiete orientiert,
113 dahingehend weiterentwickelt werden, dass auch Bestandsmieten Berücksichtigung finden. Weiter muss der
114 Berechnungszeitraum ausgedehnt werden. Wir wollen dass die Mietpreisbremse auch für Neubauten gilt.
115 Da neuerdings viele Wohnungen möbliert angeboten werden, um die Mietpreisbremse zu umgehen, müssen
116 Möglichkeiten gefunden werden, diese und ähnliche Schlupflöcher, wie beispielsweise auch hohe Ablösesum-
117 men, zu beseitigen.

118 Damit die Mietpreisbremse greift, kann es nötig sein konsequent Mietverträge zu überprüfen und gegebenen-
119 falls Verstöße zu ahnden. Leider haben insbesondere Menschen, die auf preisgünstigen Mietwohnraumange-
120 wiesen sind, nicht die Möglichkeit sich gegen Verstöße zu wehren. Wir fordern deswegen

121 • Die Schaffung von Stellen, an denen Berechtigte MieterInnen kostenlos zu Mietverträgen beraten werden
122 können Die Kommunen sollen dabei jeweils entscheiden können, welche Träger für die Anlaufstellen geeignet
123 sind.

124 • Die Finanzierung übernehmen die Länder

125 • Die VermieterInnen müssen bei Neuvermietung künftig den vorherigen Mietpreis angeben, so dass für Mie-
126 terInnen sogleich erkennbar ist, ob die Bremse eingehalten wird. Ferner sind Verstöße gegen die Mietpreis-
127 bremse mit Bußgeld zu belegen.

128 Im Fall eines festgestellten Verstoßes fordern wir

129 • dass MieterInnen seit Vertragsabschluss zu viel gezahlte Miete zurück fordern können. Günstige Mietwoh-
130 nungen langfristig fördern und erhalten

131 Derzeitige Wohnraumförderungsprogramme sind oft auf die Förderung von Preisgebundenen Mietwoh-
132 nungen für 10, 15 oder 25 Jahre ausgelegt. Das führt dazu, dass Investoren Wohnungsbau finanzieren und die

- 133 Gebäude nach Ablauf der Preisbindung verkaufen. Sofort steigen in der Folge die Mieten. Um langfristig
134 preis-
- 135 gebundene Mietwohnungen zu erhalten, fordern wir
- 136 • Den Wiedereinstieg in die Wohngemeinnützigkeit. Hierbei sollen Wohnungsunternehmen, die langfristig
137 preisgebundene Wohnungen bauen und erhalten einerseits durch steuerliche Privilegien und andererseits
138 durch ein privilegiertes Nutzungsrecht öffentlicher Grundstücke bevorteilt werden.
- 139 • Kommunale Wohnungsgesellschaften mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten. Diese sind in der
140 Lage, individuelle Wohnungsbedarfe flexibel abzudecken.
- 141 Notwendige Bedingungen für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit soll unter anderem die Ver-
142 pflichtung sein, für langfristig geförderten Mietwohnraum zu sorgen. Weiterhin fordern wir ein um-
143 fassendes Mitbestimmungsrecht für MieterInnen, strikt kostenorientierte Mietpreisgrenzen, transparente
144 Wohnungsvergabever-
- 145 fahren und Engagement in den Quartieren, in Form von Quartiersbüros o.ä. Finanzierung
- 146 Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, die Mittel für den Wohnungsbau in den nächsten Jahren
147 zu erhöhen. Wo in den Ländern ein großer Bedarf an gefördertem Wohnraum erkannt wird, sollte dies vom
148 Bund unterstützt werden.
- 149 In kommunalen Bebauungspläne wird eine 30 Prozent Quote für öffentlich geförderten Wohnraum geschaf-
150 fen.

O6

Titel Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!
AntragstellerInnen Bremen

Bewohner*innen- und Mieter*innenräte einrichten!

- 1 Wir fordern, dass die Möglichkeit für BewohnerInnen eines Mehrparteienhauses besteht BewohnerInnenräte
 2 bilden und die MieterInnen des/der gleichen VermieterIn MieterInnenräte bilden, die jeweils ein umfassendes
 3 Mitspracherecht haben.
- 4 Wir wollen nicht, dass die EigentümerInnenversammlung abgeschafft wird. Das wäre sowohl organisatorisch
 5 und rechtlich unmöglich als auch entgegen der Idee dieses Antrags, da die Zahlungspflicht für das Haus betref-
 6 fende Maßnahmen bei den EigentümerInnen und nicht den MieterInnen liegt.
- 7 Zudem fordern wir, dass die Kommunen sich für die Vernetzung der BewohnerInnen-/MieterInnenräte
 8 einsetzen. Hierfür soll eine Stelle geschaffen werden, die als Vermittlung zwischen Kommunen und den
 9 BewohnerInnen-/MieterInnenräten koordinierend vermittelt.
- 10 Es folgt eine Auflistung möglicher Aufgaben solcher Räte, die nicht als abschließend anzusehen ist:
- 11 *BewohnerInnenräte:*
- 12 • sollen Putzpläne, Hausordnung, Nutzungsregelungen von Gemeinschaftsflächen etc. selbstständig auf-
 - 13 stellen und ändern können. Grundsätzliche Kriterien hierzu können von den EigentümerInnen vorge-
 - 14 geben werden.
 - 15 • sollen bei Sanierungsarbeiten, welche eine Erhöhung des Wohnungsstandards und nicht dem Erhalt
 - 16 der Bausubstanz bzw. der allgemeinen Erhaltung des Hauses dienen, ein Beteiligungsrecht erhalten
- 17 *MieterInnenräte:*
- 18 • sollen geplanten Mieterhöhungen zustimmen müssen.
 - 19 • sollen als AnsprechpartnerInnen und VermittlerInnen bei Streitigkeiten zwischen einzelnen MieterIn-
 - 20 nen und dem/der VermieterIn dienen.
- 21 sollen eventuell entstehenden Mieterhöhungen in Folge von Luxussanierungen zustimmen müssen
- 22 BewohnerInnenräte sollen für die BewohnerInnen eines Hauses eingerichtet werden. Dazu gehören natürlich
 23 auch EigentümerInnen, sofern sie im betreffenden Haus leben.
- 24 MieterInnenräte sollen für die MieterInnen des/der gleichen VermieterIn eingerichtet werden, sobald ein/e
 25 VermieterIn mehr als 5 Wohnungen in einer Kommune hat oder gewerblich vermietet. Bei der Einrichtung
 26 von MieterInnenräte muss für jeden Rat geprüft werden, ob es, gerade bei großen VermieterInnen, wie z.B.
 27 bei Vonovia, sinnvoll ist, kleinteilige Räte einzurichten, die durch ein Delegationsprinzip auf höheren Ebenen
 28 agieren können.
- 29 Für uns Jusos ist aber selbstverständlich, dass die Einrichtung der MieterInnen- und BewohnerInnenräte nicht
 30 das letzte Wort im Bereich Wohnen und Wohnraum sind. Wir fordern weiterhin die stetige und bedarfsgerech-
 31 te Erhöhung des Wohnraums, bis dieser für alle Menschen verfügbar ist.
- 32 Es reicht aber nicht aus, wenn der Wohnraum zur Verfügung steht, sondern die Menschen müssen ihn sich
 33 auch leisten können. Das ist aber nicht immer der Fall, sondern häufig stehen Gebäude leer, weil die Eigen-
 34 tümerInnen keine MieterInnen finden, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Dabei können die Eigentüme-
 35 rInnen aber größtenteils nicht frei handeln, sondern sind Teil des wirtschaftlichen Systems, welches sie dazu

36 zwingt, aus einem Wert den größtmöglichen Profit heraus zu holen, so auch aus dem Wert Wohnraum. Da-
37 durch können sie beispielsweise gar nicht unter einem bestimmten Preis vermieten oder nicht an bestimmte
38 in ihren Augen nicht zuverlässige MieterInnen. Die Misere ist also nicht nur die Schuld der EigentümerInnen
39 sondern auch die der Gesellschaft und deshalb ist es auch die Pflicht der Gesellschaft, daran etwas zu ändern
40 und allen Menschen Wohnraum zu organisieren.

41 Uns Jusos ist dabei insgesamt der strukturelle Unterschied zwischen urbanen Ballungszentren und ländlichen
42 Gebieten sowie das damit einhergehende direkte Verhältnis der problematischen Wohnungs- bzw. Wohnraum-
43 entwicklung bewusst. Viele Menschen zieht es heutzutage aus verschiedensten Gründen in Großstädte, was
44 neben ländlichem Leerstand dazu führt, dass in räumlich-begrenzten Metropolregionen die Nachfrage nach
45 geeignetem Wohnraum steigt. Was in den ländlichen Regionen größtenteils vorhanden ist, wird in Städten zur
46 Mangelware und in vielen Fällen wegen der gesteigerten Nachfrage zum Spekulationsobjekt: Wohnraum. Wir
47 Jusos lehnen jegliche Profitmaximierung mit Wohnraum ab. Der kapitalistischen Verwertungslogik mit und das
48 Ausnutzen von Grundbedürfnissen wie dem Wohnen stellen wir uns entgegen. In dieser Hinsicht müssen wir
49 aber auch differenzieren zwischen denjenigen, die Wohnraum besitzen, um damit Profit zu erzielen und den-
50 jenigen, die ihr privates Eigentum zur Eigennutzung verwenden. Wir sind uns bewusst, dass sich Vermögen
51 vermehrt in Immobilien konzentriert, da diese Anlage als krisenfest gilt. Und da sich das Kapital am Markt na-
52 hezu immer den bestmöglichen Ausgleich zwischen Verlustrisiko und maximalem Gewinn sucht, sind Immo-
53 bilien naturgemäß beliebte Investitionsoptionen. Vielfach kommt es vor diesem Hintergrund zur Spekulation mit
54 Wohnraum, welche wir entschieden ablehnen! Ein veritables Mittel, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken
55 ist u.a. der Soziale Wohnungsbau in den Kommunen und Stadtteilzentren. Wir wollen diesen weiterhin bedarfs-
56 gerecht und nachhaltig stärken, um eine soziale Mischung in den vielen Quartieren zu gewährleisten. Durch
57 landeseigene, öffentliche Wohnungsbaugesellschaften bzw. Wohnungsbaugenossenschaften können de-
58 mokratische Entscheidungsprozesse für MieterInnen ermöglicht werden. So liegt ein Großteil des gesamten
59 Vermögens in Deutschland in Immobilien, was schon alleine deshalb nicht verwundern darf, weil Immobilien-
60 vermögen als krisenfest gilt: „Wohnraum brauchen die Menschen immer“. Und da sich das Kapital am Markt
61 nahezu immer den bestmöglichen Ausgleich zwischen Verlustrisiko und maximalem Gewinn sucht, sind Im-
62 mobilien naturgemäß beliebte Investitionsoptionen. Wenn also die ungerechte Verteilung von Vermögen in
63 Deutschland angegangen werden soll, so muss auch die Frage nach dem Eigentum an Immobilien gestellt
64 werden.

65 Jeder Mensch hat Grundbedürfnisse und muss diese zum Überleben befriedigen. Dazu zählt für uns Jusos
66 auch der Wohnraum, denn ohne ein Dach über dem Kopf ist der Mensch ständig Gefahren ausgesetzt und
67 kann nur schwerlich überleben. Aber der Mensch braucht nicht nur irgendein Dach über dem Kopf, sondern
68 ein solches, welches ihn auch in seiner Würde nicht verletzt. Deshalb erkennen wir das Recht auf Wohnraum
69 auch als Menschenrecht an. In der langen Frist ist es nicht haltbar, dass Mietshäuser wie Produktionsmittel
70 unter kapitalistischer Profitmaxime vermietet und durch den Markt allokiert werden. Wohnen als Grundrecht
71 verträgt sich nicht mit der Vorstellung von Wohnimmobilien als Anlage- und Spekulationsobjekten. Deswe-
72 gen sprechen wir uns für Eigentumsverhältnisse aus, die den Widerspruch zwischen EigentümerInnen und
73 BewohnerInnen versuchen aufzulösen. Dazu gehören zum Beispiel genossenschaftliche Wohnprojekte, so-
74 wie sozialer Wohnungsbau, der in öffentlicher TrägerInnenschaft demokratischer Kontrolle unterliegt. Nur
75 so kann nachhaltig gewährleistet werden, dass die individuellen Bedürfnisse der BewohnerInnen befriedigt
76 werden sowohl wenn es um die Bereitstellung von Wohnraum, als auch wenn es um die Ausgestaltung des
77 Wohnverhältnisses im konkreten Fall geht.

P Pflege, Gesundheit & Soziales

P Pflege, Gesundheit & Soziales

P1	Brandenburg	Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assis- tierten Suizids	65
----	-------------	--	----

P1

Titel	Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assistierte Suizids
AntragstellerInnen	Brandenburg

Selbstbestimmtes Sterben – für eine klare Regelung des Assistierte Suizids

- 1 Die Jusos und die SPD setzen sich für eine klarere Regelung des assistierten Suizids ein. Deswegen werden
2 sie
- 3 aufgefordert, sich für eine Evaluation und Überarbeitung des §217 StGB n.F. (geschäftsmäßige Förderung
4 der
- 5 Selbsttötung) einzusetzen und des §216 StGB. Bei der Überarbeitung ist besonders das Tatbestandsmerkmal
6 der Geschäftsmä-
- 7 ßigkeit zu überarbeiten und auf das „Recht auf Sterben“ aus Art. 2 II i.V.m. Art. 2 I, 1 I GG einzugehen.
8 Auch
- 9 soll eine genauere Betrachtung von Vereinen wie dem Schweizer „Dignitas e.V.“ erfolgen, entsprechen-
10 de
- 11 Vereine sind von Unternehmen, die assistierten Suizid als Dienstleistung anbieten, zu unterscheiden. Ziel
12 des
- 13 Reformprozesses soll es sein, den aktuellen §217 StGB n.F. klarer zu regeln, sowie die aktive Sterbehilfe und
14 den assistierten Suizid unter bestimmten Voraussetzungen bei der Durchführung durch eine*n Arzt*Ärztin zu
15 legalisieren.
- 16 Zudem sollte im Gesetzgebungsverfahren auf Einwilligungsmöglichkeiten durch Patientenverfügungen einge-
17 gangen werden.
- 18 Der bei der aktiven Sterbehilfe bislang zur Anwendung kommende § 216 StGB (Tötung auf Verlangen) ist zu
19 ergänzen, so dass unter folgenden Bedingungen keine Rechtswidrigkeit vorliegt:
- 20 • Die Sterbehilfe wird von einem/einer Arzt/Ärztin durchgeführt.
- 21 • Die Lebensbeendigung erfolgt fachgerecht und mit der gebotenen Sorgfalt.
- 22 • Die um Sterbehilfe bittende Person hat das 18. Lebensjahr vollendet. Eine Sterbehilfe nach Beendigung
23 des 14. Lebensjahres ist möglich, wenn beide begutachtenden Arzt*innen eine ausreichende geistige
24 Reife für diesen Entschluss feststellen und beide Eltern diesem zustimmen. Bei Unklarheit über die
25 Zurechnungs- und Urteilsfähigkeit des*der Minderjährigen ist ein psychologisches Gutachten einzuho-
26 len.
- 27 Desweiteren muss sich der/die Arzt/Ärztin zusammen mit dem/der PatientIn über folgende Punkte versi-
28 chern:
- 29 • dass der Wunsch nach Lebensbeendigung freiwillig und nach reiflicher Überlegung getroffen wurde.
- 30 • dass der Zustand des/der PatientIn nach ihrer gemeinsamen Überzeugung aussichtslos und unerträglich
31 lich ist.

32 • dass der/die PatientIn von ihm/ihr über seinen/ihren Zustand und medizinische Prognose aufgeklärt
33 wurde.

34 • dass er/sie zusammen mit dem/der PatientIn zu keiner anderen annehmbaren Lösung für dessen/de-
35 ren Situation kommt. Zu diesen Kriterien verfasst der/die behandelnde Arzt/Ärztin eine schriftliche
36 Stellungnahme. Außerdem ist ein weiterer unabhängiger Arzt oder eine weitere unabhängige Ärztin
37 zu konsultieren, der/die sich ebenfalls der obenstehenden Punkte versichert und eine schriftliche Stel-
38 lungnahme abgegeben hat.

39 Zwischen dem ersten Gespräch mit dem/der behandelnden Arzt/Ärztin, bei dem ein mündlicher Antrag auf
40 Sterbehilfe gestellt wurde, und der Lebensbeendigung muss eine mindestens einmonatige Wartezeit be-
41 stehen, um die Dauerhaftigkeit des Sterbewunsches zu bestätigen. Nach dem ersten mündlichen Antrag
42 des/der PatientIn muss zusätzlich ein schriftlicher Antrag verfasst werden. In diesem hat der/die PatientIn sei-
43 nen/ihren Sterbewunsch selbst schriftlich aufzusetzen und im Beisein zweier Zeuginnen zu unterschrieben. Ist
44 er oder sie dazu nicht in der Lage, kann der Wunsch durch eine Person seiner/ihrer Wahl, die kein materielles
45 Interesse am Tod des/der PatientIn hat, im Beisein des Arztes oder der Ärztin und zwei weiterer Zeuginnen
46 niedergelegt werden.

47 Um sicherzustellen, dass der die PatientIn den Wunsch nach Lebensbeendigung frei und selbstbestimmt ge-
48 fasst hat, sind PatientInnen, bei denen nach psychologisch-fachlichem Urteil eine mangelnde Urteils- und Ein-
49 willigungsfähigkeit im Sinne des PsychKG oder gleichwertiger Rechtsnormen vorliegt von der Möglichkeit der
50 aktiven Sterbehilfe auszuschließen. Besteht bei dem/der Arzt Ärztin nach den ausführlichen Gesprächen im
51 Vorfeld der Lebensbeendigung Unklarheit über die psychische Gesundheit des/der PatientIn, ist die Meinung
52 eines/einer PsychologIn zu Rate zu ziehen. Ferner muss sichergestellt sein, dass der/die PatientIn bis zum
53 letzten Moment vor der lebensbeendenden Maßnahme die Möglichkeit hat, von seinem Vorhaben Abstand
54 zu nehmen. Deshalb ist der/die behandelnde Arzt/Ärztin in der Pflicht, sich direkt vor der lebensbeenden-
55 den Maßnahme über den Sterbewunsch des/der PatientIn nochmals zu vergewissern. Nach der Lebensbe-
56 endigung ist die Sterbehilfe von dem/der behandelnden Arzt/Ärztin einer noch zu benennenden staatlichen
57 Stelle zu melden, zum Beispiel dem zuständigen Gesundheitsamt. Dort hat eine Kommission die Einhaltung
58 der oben genannten Voraussetzungen zu überprüfen. Dafür sind insbesondere der schriftliche Antrag des/der
59 PatientIn, die Stellungnahmen der ÄrztInnen, ein Bericht des ausführenden Arztes oder der ausführenden Ärz-
60 tin sowie alle weiteren für die Überprüfung notwendigen Dokumente einzureichen. Sollte die Kommission zu
61 dem Schluss kommen, dass die Lebensbeendigung nicht mit absoluter Sicherheit entsprechend aller gesetz-
62 lichen Voraussetzung erfolgt ist, ist die Meldung zur weiteren Untersuchung an die Staatsanwaltschaft weiter
63 zu reichen. Wurden alle Sorgfaltskriterien eingehalten ist der Strafausschließungsgrund gegeben und der/die
64 behandelnde Arzt/Ärztin nicht strafbar.

65 Die Kommissionen werden regional von den jeweiligen Landesgesundheitsministerien eingesetzt. Ein abschlie-
66 ßendes Urteil über die Einhaltung der Voraussetzungen hat innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens zu
67 erfolgen. Bei Zweifeln über die Einhaltung ist zunächst der/die Arzt/Ärztin zu informieren und bezüglich der
68 zu Zweifeln Anlass gebenden Aspekte zu befragen. Sollten auch nach dem Kontakt mit dem/der die Sterbehil-
69 fe ausführenden Arzt/Ärztin noch Zweifel bestehen, wird die Meldung an die Staatsanwaltschaft weitergege-
70 ben.

71 Die Kommissionen setzen sich aus JuristInnen, ÄrztInnen und EthikerInnen zusammen. Sie tagen regelmäßig,
72 um eine zügige Entscheidung zu gewährleisten. Durch die gesetzlichen Regelungen wird sichergestellt, dass
73 ÄrztInnen, die eine Lebensbeendigung nach den oben genannten Vorgaben oder einen assistierten Suizid
74 durchführen, keinerlei Konsequenzen aus ihrem Handeln zu befürchten haben.

75 Jedoch ist kein Arzt und keine Ärztin dazu verpflichtet, Sterbehilfe zu leisten. Die Erfüllung der Bitte eines/einer
76 PatientIn nach Sterbehilfe muss freiwillig erfüllt werden.

77 Die Lebensbeendigung kann zudem an einem von den PatientInnen frei zu wählenden Ort erfolgen, also zum
78 Beispiel auch zu Hause.

79 Zusätzlich ist die palliativmedizinische Versorgung so auszubauen, dass der Wunsch nach Lebensbeendigung
80 nicht auf Grund mangelnder medizinischer Versorgung entsteht und tatsächlich alle medizinischen Möglich-
81 keiten ausgeschöpft werden, das individuelle Leiden einer Person so weit wie möglich zu lindern.

R Rente, Generationen & Familie

R Rente, Generationen & Familie

R3	Hessen-Süd	Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung	68
----	------------	--	----

R3

Titel	Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung
AntragstellerInnen	Hessen-Süd

Keine Generationenfrage – Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung

1 Gute Löhne und auskömmliche Renten sind zwei Seiten einer Medaille. Die Beschäftigten, die den Wohlstand
 2 unserer Gesellschaft erarbeiten, verdienen ihren fairen Anteil. Das gilt im Erwerbsleben aber auch im Ruhe-
 3 stand. Lohn- und Rentenentwicklung schaffen Verunsicherung und zehren am Gerechtigkeitsempfinden der
 4 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade in diesen unsicheren Zeiten muss das Signal ausgehen: Der
 5 Sozialstaat ist handlungsfähig, der Generationenvertrag gilt, die Rente funktioniert.

6 Besonders gefährlich ist es, dass spätestens seit dem Brexit im öffentlichen Diskurs wieder häufiger der Begriff
 7 „Generationengerechtigkeit“ instrumentalisiert wird. Mit diesem Begriff wollen uns die Neoliberalen und die
 8 politische Rechte auf subtile Weise einen Interessenkonflikt zwischen den Jungen und den Alten einreden. Da
 9 passt es ins Bild, dass die jüngsten politischen Erdbeben von Brexit bis Donald Trumps Wahl zum US Präsi-
 10 denten mehrheitlich auf die Stimmen der älteren Menschen zurückgehen. Und so wird die (Un-)Logik bis zur
 11 uns bewegenden Frage auskömmlicher Renten gespannt. Die Jungen sollen sich – so die Forderung – gegen
 12 die Klientelpolitik der Alten erheben. Das ist bequem, weil es schwarz und weiß ist, weil es von den eigent-
 13 lichen Ursachen von Altersarmut und von den wichtigen gesellschaftlichen Interessenkonflikten ablenkt. Es
 14 überrascht also niemanden, dass der Begriff „Generationengerechtigkeit“ ausgerechnet in einer Zeit häufiger
 15 fällt, in dem „postfaktisch“ zum Wort des Jahres erklärt wird. Gerade jetzt brauchen wir den Schulterchluss
 16 zwischen den Generationen.

17 Denn am Ende geht es bei der Schaffung auskömmlicher Renten nicht um Partikularinteressen. Es geht um
 18 Respekt und Anerkennung für Lebensleistungen. Zentrale Herausforderung einer gerechten Rentenreform
 19 muss es sein, Altersarmut infolge atypischer Beschäftigung, Unterbrechungszeiten im Beruf oder Niedriglöh-
 20 nen zu verhindern und den Lebensstandard von Normalverdienern wirksam abzusichern. Wer sein Leben lang
 21 hart gearbeitet hat, hat ein Recht darauf, seinen Lebensstandard zu halten. Davon werden die heute Jungen
 22 sogar am stärksten profitieren. Die Bekämpfung von Altersarmut ist konstitutiver Eckpfeiler einer Erwerbsge-
 23 sellschaft.

24 **Zahl der Beitragszahlenden erhöhen**

25 Die Altersstruktur des gesetzlichen Rentenversicherungssystems ist ein Problem. Immer weniger Beitragszah-
 26 lenden standen zuletzt immer mehr Rentnerinnen und Rentner gegenüber. Ein Umlageversicherungssystem
 27 verträgt eine solche Entwicklung nicht auf Dauer. Immer weniger Beitragszahlende müssen dann nämlich im-
 28 mer größere Summen aufbringen, die auf der Bezugsseite an die Rentnerinnen und Rentner ausgeschüttet
 29 werden. Das führt ohne strukturelle Veränderungen notgedrungen zu schrittweisen Erhöhungen der Beitrags-
 30 sätze. Dabei tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon jetzt die Hauptlast bei der Finanzierung
 31 unseres Sozialstaates. Eine Politik im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann eine Erhö-
 32 hung der Sozialabgaben nicht wollen. Im Gegenteil müssen wir sogar Spielräume für Entlastungen der Arbeit-
 33 nehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen.

34 Dazu braucht es einerseits die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt um die problematische
 35 Altersstruktur der Rentenversicherung zu stabilisieren. Gleichzeitig heißt nachhaltige Rentenpolitik aber auch,
 36 den Menschen berufliche Teilhabe zu ermöglichen, die aus eigener Kraft nicht mehr in Erwerbsarbeit kommen.
 37 Die Förderung von Beschäftigung ist daher mittelbar auch ein Instrument um Altersarmut zu verhindern. Ge-

38 rade für Langzeitarbeitslose muss daher in größerem Umfang (Nach-)Qualifizierung und auch öffentliche Be-
 39 schäftigung geschaffen werden. Andererseits muss gerade die politische Linke auch mit der Mär aufräumen,
 40 dass die Rente nur aus den Fugen geraten sei, weil Menschen älter werden. Die Strukturprobleme der ge-
 41 setzlichen Rentenversicherung liegen an anderer Stelle: Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse nimmt ab.
 42 Und abhängige Beschäftigung spielt insgesamt eine immer geringere Rolle für Wachstum und Wohlstands-
 43 entwicklung. Gleichzeitig ist das System der Sozialversicherungen ausschließlich auf abhängige Beschäftigung
 44 zugeschnitten. Deswegen braucht es für eine gesunde Grundstruktur auch einen zeitgemäßen Umbau der
 45 gesetzlichen Rentenversicherung in eine solidarische Versicherung für alle Erwerbstätigen und alle Arten von
 46 Einkünften. Eine Versicherung für alle, in die auch Beamtinnen und Beamte, Selbstständige, Freiberuflerin-
 47 nen und Freiberufler und Unternehmerinnen und Unternehmer einzahlen, erhöht die Summe der umlagefä-
 48 higen Beiträge nachhaltig. Vor allem erfasst sie aber auch die vielen Menschen, die teils Millioneneinkünfte
 49 aus Kapitalerträgen beziehen, bei der Steuer privilegiert werden und dennoch keinen Cent in die sozialen Si-
 50 cherungssysteme einzahlen. Eine zentrale Gerechtigkeitslücke unseres Sozialstaates würde dadurch geschlos-
 51 sen.

52 Das heißt im Ergebnis:

- 53 • Zugewanderte sollen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.
- 54 • Langzeitarbeitslosen soll stärker als bisher geholfen werden, in Beschäftigung zu kommen. Dazu ge-
 55 hört Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung, aber auch die Schaffung von öffentlicher Beschäf-
 56 tigung.
- 57 • Das Strukturproblem der Rentenversicherung ist nicht die alternde Gesellschaft sondern die einseitige
 58 Fokussierung auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 59 • Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen bei den Sozialabgaben nicht stärker belastet werden.
- 60 • Ein gerechtes Rentenversicherungskonzept muss berücksichtigen, dass immer mehr Wohlstand von
 61 immer weniger Menschen erarbeitet wird (Bsp.: Finanzsektor)
- 62 • Wir wollen eine solidarische Rentenversicherung für jeden, die alle Einkommensarten erfasst.

63 **Prekäre Beschäftigung eindämmen**

64 Prekäre Beschäftigung ist die größte Hürde für eine auskömmliche Rente von Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
 65 nehmern. Wer im Erwerbsleben von Minijobs und Werkverträgen (über-)leben muss, dem bleibt im Alter nicht
 66 mehr genug. Das gilt auch für Menschen, die trotz Arbeit am Ende des Monats aufstocken müssen. Das ist so-
 67 wohl volkswirtschaftlich hoch problematisch, weil im Alter Sozialleistungen nötig werden und die Ausbeutung
 68 der Betroffenen dadurch auch noch mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird. Viel mehr verletzt es aber
 69 die Würde der Betroffenen, wenn sie trotz Beschäftigung im Alter nicht von der eigenen Rente leben können.
 70 Geschäftsmodelle, die systematisch auf Ausbeutung und mangelnde soziale Absicherung fußen, dürfen nicht
 71 legal bleiben. Hier muss der Staat konsequent gegen Scheinselbstständigkeit vorgehen und die Kontrollen
 72 im Niedriglohnbereich erhöhen um sicherzustellen, dass geltendes Recht nicht flächendeckend unterlaufen
 73 wird. Im Niedriglohnbereich verbreitete Schwarzarbeit bedeutet, dass die Beschäftigten um ihre soziale Absi-
 74 cherung gebracht werden. Andererseits muss der Staat aber seiner eigenen Vorbildfunktion gerecht werden,
 75 indem er atypische Beschäftigung im öffentlichen Dienst abbaut. Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet die öf-
 76 fentliche Hand beispielsweise im Lehrerdienst auf befristete Beschäftigung und Kettenverträge setzt, um auf
 77 dem Rücken der Beschäftigten in den Sommerferien Gehälter und Sozialabgaben einzusparen.

78 Das heißt im Ergebnis:

- 79 • Scheinselbstständigkeit und andere Ausbeutungsmodelle sollen verboten werden.
- 80 • Die Kontrollen im Niedriglohnbereich sollen erhöht werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
 81 mer nicht um ihre Rentenbeiträge geprellt werden.
- 82 • Der öffentliche Dienst soll seiner Vorbildfunktion gerecht werden und befristete Beschäftigung soweit
 83 wie möglich in unbefristete Beschäftigung umwandeln.

84 **Mehr Lohngerechtigkeit schaffen**

85 Gute Renten brauchen gute Löhne. Lohnzurückhaltung ist eine Gefahr für das Ziel auskömmlicher Renten, weil
 86 das System darauf ausgelegt ist, dass Wachstum über höhere Löhne und höhere Beiträge auch den Rentnerin-
 87 nen und Rentnern zugute kommt. Den Beschäftigten steht ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unterneh-
 88 men zu. Dafür sollten wir uns einsetzen und den Gewerkschaften den Rücken stärken. Das gilt in besonderem
 89 Maße bei der Aufwertung von Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden (z.B. Sozialberufe). Wir
 90 wollen nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Klar ist,
 91 dass Löhne mit Ausnahme des gesetzlichen Mindestlohns, der steigen muss, nicht politisch festgelegt werden.
 92 Aus gutem Grund werden Arbeitsbedingungen grundsätzlich zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt. Die
 93 Tarifautonomie gilt. Schwindende Tarifbindung, eine rückläufige Quote für allgemeinverbindlich erklärte Ta-
 94 rifverträge, die Benachteiligung von Frauen bei der Bezahlung und andere gesetzliche Lücken zeigen aber: Es
 95 gibt dennoch politischen Handlungsbedarf. Diesen sollte die SPD auch wahrnehmen. Insbesondere gehört die
 96 Benachteiligung von Leih- und Zeitarbeit bei der Bezahlung und damit auch bei der Rente abgeschafft. Bes-
 97 sere Löhne können aber auch gefördert werden, indem der Staat mit seiner enormen Investitionskraft sozial
 98 verantwortlich umgeht. Öffentliche Leistungen sollten nicht grundsätzlich an den billigsten Anbieter verge-
 99 ben werden. Allein durch ein Umdenken in der Vergabepaxis der öffentlichen Hand kann Lohngerechtigkeit
 100 gefördert werden ohne die Tarifautonomie zu verletzen.

101 Das heißt im Ergebnis:

- 102 • Die SPD soll zusammen mit den Gewerkschaften prüfen, ob und inwieweit schwindende Tarifbindung
- 103 durch Ausweitungen von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen erreicht werden können.
- 104 • Sozialberufe sollen aufgewertet werden.
- 105 • Die Benachteiligung bei Leih- und Zeitarbeit bei den Arbeitsbedingungen (vor allem Bezahlung) soll
- 106 aufgehoben werden. Grundsätzlich sollen alle Beschäftigten in einem Betrieb sollen für die gleiche
- 107 Tätigkeit zu den gleichen Bedingungen beschäftigt und gleich bezahlt werden, die Flexibilität des Leih-
- 108 arbeiters muss sich für diesen jedoch in Form eines monetären Flexibilitätsbonus lohnen.
- 109 • Frauen sollen für gleiche und gleichwertige Tätigkeiten den gleichen Lohn erhalten.
- 110 • Der Mindestlohn soll steigen.
- 111 • Der Staat soll bei der öffentlichen Auftragsvergabe nur an sozial verantwortlich agierende Unterneh-
- 112 men vergeben. Das Prinzip des billigsten Anbieters soll aufgehoben werden

113 **Keine beitragsfremden Leistungen aus Beiträgen**

114 Die gesetzliche Rentenversicherung ist keine ausschließliche Versicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
 115 nehmer. Längst ist die gesetzliche Rentenversicherung zur einem Vorsorgeinstrument für Viele geworden, die
 116 sich an ihrer Finanzierung nicht mit Beiträgen beteiligt haben. Die jüngst eingeführte "Mütterrente" ist nur ein
 117 Beispiel dafür. Für solche versicherungsfremden Leistungen gibt der Bund jährlich pauschal Steuerzuschüs-
 118 se in die Rentenversicherung. Im Grundsatz sollte allerdings gelten: Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben –
 119 wie die Absicherung von Menschen, die wegen häuslicher Arbeit oder Pflegearbeit von Angehörigen keiner
 120 Erwerbsarbeit nachgehen – sollten von allen solidarisch finanziert werden.

121 Das heißt im Ergebnis: Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben, die im Rahmen der Rentenversicherung geleistet
 122 werden, sollen vollumfänglich aus Steuermitteln finanziert werden. Die notwendige Erhöhung der Steuerzu-
 123 schüsse ist hierfür zu gewährleisten.

124 Deswegen sollten solche versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenversicherung und auch einer künf-
 125 tig zu schaffenden Erwerbstätigenversicherung herausgelöst werden.

126 Das heißt im Ergebnis:

- 127 • Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben sollen durch Steuern finanziert werden.
- 128 • Ansprüche aus der Rentenversicherung sollen nur erworben werden, wenn zuvor auch Beiträge gezahlt
- 129 worden sind.

130 **Solidarprinzip stärken, Umverteilung innerhalb der Rentenversicherung erhöhen**

131 Als klassische Sozialversicherung sieht die Rentenversicherung grundsätzlich keinen Umverteilungseffekt von
 132 oben nach unten vor. Diese Idee mag noch in der Gründungszeit nachvollziehbar gewesen sein. Heute führt
 133 die krasse Einkommensspreizung bei gleichzeitig großen Unterschieden in der durchschnittlichen Lebenser-
 134 wartung zu einer faktischen Umverteilung der Renten von unten nach oben. Hochbezahlte Büroangestellte
 135 leben statistisch länger als Menschen, die körperlicher Arbeit nachgehen, und bekommen weit höhere Ren-
 136 ten. Ohne eingebauten Umverteilungseffekt geht das Sozialversicherungsprinzip daher vor allem auf Kosten
 137 der unteren Lohngruppen, weil diese nicht nur in der Höhe der Rentenbezüge sondern bei niedrigerer Lebens-
 138 erwartung auch in der zeitlichen Dauer der Bezüge weniger von ihren eigenen Beiträgen profitieren. Dieser
 139 Missstand muss korrigiert werden. Stellschrauben sind auf der Beitragsseite eine Aufhebung der Beitragsbe-
 140 messungsgrenze. Diese verhindert, dass für Einkünfte oberhalb von 76.200 EUR im Westen und 68.400 EUR im
 141 Osten Beiträge entrichtet werden. Weil sich die Reichen mit geringeren Anteilen an der Finanzierung der Ren-
 142 tenversicherung beteiligen, sind die Beitragssätze für alle anderen entsprechend hoch. Das muss sich ändern.
 143 Auf der Bezugsseite braucht es eine Deckelung der Höchstrenten nach Schweizer Vorbild. In der Kombination
 144 hätte dies im oberen Bereich zur Folge, dass die Rente nicht jeden Lebensstandard der Topverdienerinnen und
 145 Topverdiener sondern einen auskömmlichen Lebensstandard für alle absichert. Für die große Mehrheit der
 146 Menschen könnten durch die frei werdenden Mittel die Renten steigen. Die Beitragssätze könnten für alle sin-
 147 ken[1]. Gerade für niedrige und mittlere Einkommen hieße das massive Entlastungen. Von den Maßnahmen
 148 werden aber auch niedrige und mittlere Renten am stärksten profitieren. Ein solcher Mechanismus ist um-
 149 so notwendiger, wenn durch den Umbau der Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung auch
 150 Selbstständige, Freiberufler und Unternehmer einbezogen werden sollen, die ebenfalls tendenziell Aussicht
 151 auf vergleichsweise hohe Renten haben. Ein solcher Umverteilungseffekt verstößt dabei entgegen vieler Be-
 152 hauptungen nicht gegen das sog. Äquivalenzprinzip, wonach sich Beiträge und Bezüge gegenseitig bedingen
 153 sollen. Denn: Das Äquivalenzprinzip gilt nicht absolut. Der Grundsatz, wonach nur Bezüge erhält, wer auch
 154 Beiträge gezahlt hat, bliebe erhalten. Die Bezüge stiegen auch weiterhin mit den Beiträgen. Topverdienerin-
 155 nen und Topverdiener würden durch die Deckelung von sehr hohen Renten geringfügig beeinträchtigt. Zur
 156 Bekämpfung von Altersarmut als Massenphänomen wäre das jedoch geboten.

157 Das heißt im Ergebnis:

- 158 • Eine gerechte Rentenversicherung braucht künftig mehr Umverteilung.
- 159 • Die Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen und die Höchstrenten nach Schweizer Vorbild gedeckelt
 160 werden (degressives Rentenversicherungsmodell). Die Rentenversicherung soll nicht den Lebensstan-
 161 dard der Topverdienerinnen und Topverdiener absichern, sondern einen auskömmlichen Lebensstan-
 162 dard für alle.

163 Die Beitragssätze sollen für alle sinken, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen und mitt-
 164 leren Einkünften entlastet werden.

165 **Solidarische Mindestrente einführen**

166 Diese Maßnahmen garantieren nicht in jedem Fall eine auskömmliche Rente. Brüche in der Erwerbsbiographie,
 167 atypische Beschäftigung, lange Beschäftigungszeiten zu niedrigen Löhnen würden auch trotz der genannten
 168 Maßnahmen zu niedrigen Rentenbezügen führen. Deswegen ist die Abwärtsspirale nach unten abzugrenzen.
 169 Wer 35 Jahre Beiträge gezahlt hat oder für häusliche Familien- und Pflegearbeit gleichrangige Zeiten ange-
 170 rechnet bekommen sollte, muss Anspruch auf eine gesetzliche Mindestrente haben, die sich in der Höhe von
 171 Sozialleistungen abhebt. Die Wertschätzung für Rentnerinnen und Rentern ist und bleibt die Kehrseite der
 172 Wertschätzung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für die Mindestrente könnte der Staat die Mittel
 173 mobilisieren, die er bisher für unwirksame kapitalgedeckte private Vorsorge vorhält. Insbesondere soll die
 174 Riesterrete auslaufen.

- 175 • Die Abwärtsspirale muss nach unten abgegrenzt werden.
- 176 • Wer 35 Jahre mit Beiträgen in die Rentenversicherung eingezahlt hat oder entsprechende Anrechnungs-
 177 zeiten hat, sollte Anspruch auf eine solidarische Mindestrente nach Renteneintritt haben, die sich der
 178 Höhe nach von Sozialleistungen abhebt.

179 Eine solidarische, gerechte und krisensichere Alterssicherung ist möglich. Sie ist im Interesse der Jungen wie Al-
 180 ten. Sie muss dabei mehr Beschäftigung wirksam fördern, die Veränderungen der Arbeitswelt berücksichtigen,

181 alle Einkommensmodelle erfassen um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten und Altersarmut
182 trotz Arbeit nach unten abgrenzen.

183 [1] Trotz Aufhebung der Bemessungsgrenze würde im Westen die Beitragsbelastung bis zu einem Jahresein-
184 kommen von 125.000 EUR nicht steigen, wenn die Beitragssätze von 9,35 Prozentpunkten auf 5,7 Prozent-
185 punkte sinken. Bei dieser Annahme läge der Beitragssatz immer noch oberhalb des Niveaus der gesetzlichen
186 Rentenversicherung in der Schweiz.

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

U1	Thüringen	Voll geladen! – Mobilität von morgen	74
----	-----------	--------------------------------------	----

U1

Titel Voll geladen! – Mobilität von morgen

AntragstellerInnen Thüringen

Voll geladen! – Mobilität von morgen

1 Die Jusos erkennen den unbedingten Bedarf nach einer Wende im gesellschaftlichen und globalen Mobilitäts-
2 verhalten der Menschen. Wir setzen uns dafür ein, unsere Lebensqualität zu verbessern und die eine gesunde
3 Umwelt zu erhalten. Dafür werden wir die Elektromobilität und andere alternative Antriebe und Brennstof-
4 fe bei allen Verkehrsträgern gezielt vorantreiben. Als Verband, der sich dem nachhaltigen Denken verpflichtet
5 hat, müssen wir die Mobilität als essentielles Segment des menschlichen Zusammenlebens zukunfts- bzw. um-
6 weltorientiert und unseren Ansprüchen gerecht werdend weiterentwickeln. Das gesamte Mobilitätsverhalten
7 des Menschen und die Denkweisen sind dabei zu überdenken und globalen Nachhaltigkeitszielen sowie ei-
8 ner sozialen Ausgewogenheit entsprechend auszurichten. Nicht erst im 21. Jahrhundert offenbaren sich dem
9 Menschen, die von ihm verursachten Umweltbelastungen und -verschmutzungen. Teils irreparable Auswirkun-
10 gen und Schäden beeinflussen Menschen, Tiere, Vegetation und letztlich das gesamte Natur- und Ökosystem
11 weltweit. Von Jahr zu Jahr und von Jahr zu Jahr wird der Kampf gegen die Klimaerwärmung drängender. Der
12 Verkehrs- und Mobilitätssektor zählt zu den größten Verursachern von Umweltverschmutzung überhaupt: In
13 Europa werden allein hier fast ein Viertel aller Emissionen generiert. Im Gegensatz zu nahezu allen anderen
14 Sektoren konnte der umweltschädliche Ausstoß seit 1990 nicht reduziert werden und stieg zuletzt wieder an.
15 Wenn die EU ihre eigenen Klimaziele bis 2050 erreichen will, muss es schnellstmöglich zu einem Umdenken
16 in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kommen, sodass diesem Problem entschieden entgegengewirkt wer-
17 den kann. Die Elektromobilität bietet hierfür die vielversprechende Lösungsmöglichkeiten, daher müssen die
18 notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt werden – politisch, regulatorisch, technisch und wirtschaftlich. Die
19 Umsetzung muss gesamtgesellschaftlicher Natur erfolgen und sowohl Straße, Schiene, Luft und Wasser betref-
20 fen. Gleichzeitig darf der soziale Aspekt beim Thema Mobilität nicht außer Acht gelassen werden. So müssen
21 die Ziele und Maßnahmen sozialverträglich angegangen und umgesetzt werden. Uns ist klar, dass Teilhabe
22 an Mobilität für jedeN möglich sein muss. Daher sind Schnellschüsse, die gravierende Änderungen von heute
23 auf morgen herbeiführen wollen nicht in unserem Sinn. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen, Pri-
24 vilegierte dürfen nicht in der Position sein, durch ihre Stellung in moralische Überlegenheit zu gelangen. Wir
25 sehen deshalb gerade in alternativen Verkehrskonzepten Chancen die Mobilität sozialer, effizienter und um-
26 weltfreundlicher zu gestalten – aber nur wenn alle Aspekte aufeinander abgestimmt zusammenwirken.

27 **1. Elektromobilität als Komponente der Energiewende**

28 Zunächst ist festzustellen, dass noch viel getan werden muss. Sowohl bei der Entwicklung der Elektromobi-
29 lität als auch bei der Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Elektromobilität ohne En-
30 ergiewende ist jedoch nur unzureichend, da sie essentiell für die Erfüllung der Nachhaltigkeitsstandards ist.
31 Dennoch ist klar, dass elektrische Antriebe leise sind und sie stoßen lokal keine Schadstoffe aus. Allerdings
32 darf ihr „Treibstoff“, der Strom, nicht außer Acht gelassen werden. Der bisher übliche Strommix enthält noch
33 immer großen Zulauf aus Braunkohle und Steinkohle sowie Erdgas und Kernenergie, wenngleich der Anteil an
34 erneuerbarer Stromerzeugung steigt. Solange jedoch der Anteil an fossilen Energieträgern solche Ausmaße
35 beibehält, würde die Elektrifizierung der herkömmlichen Mobilität keine signifikante Verringerung der generel-
36 len Schadstoffbelastung nach sich ziehen. Ein Ausbau der Elektromobilität der nicht durch massive zusätzliche
37 und zweckgebundene Investitionen in die erneuerbare Stromerzeugung für den Transportsektor verbunden
38 ist, wird laut einer Studie des Ökoninstitut sogar zum Anstieg der Kohleverstromung führen. Es wäre vorrangig
39 lokal eine Verringerung der Schadstoffbelastung in stark befahrenen Gegenden zu spüren. Daher muss es ganz
40 klar das übergeordnete Ziel sein, die Energiewende vollumfänglich durchzuführen und die Energieproduktion
41 zu dekarbonisieren. Letztlich sollten 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien generiert werden.

42 Um das zu ermöglichen, müssen infrastrukturelle Großmaßnahmen geleistet und technische Probleme ge-
43 löst werden – beides funktioniert nur, wenn jetzt investiert wird. Je länger wir warten, desto teurer werden
44 die Folgen für die künftigen Generationen. Besonders die Speicherung von Strom bringt Schwierigkeiten mit
45 sich, auch hier könnte Elektromobilität und die Nutzung von Power2Fueltechnologien Abhilfe leisten. Mit den
46 Akkumulatoren kann sie die schwankende Zufuhr von Strom in ihren Spitzen abfangen werden, so dass sie
47 als mobile Energiespeicher dienen können. Ausgediente alte Batterien könnten zudem als Secondhand-Akkus
48 zu neuem Leben kommen. Letztlich ist aber nicht nur die Umwandlung der Energiequellen auf nachhaltige
49 Standards wichtig, gleichzeitig müssen Möglichkeiten der Stromeinsparung in den Vordergrund gerückt wer-
50 den. Nur das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und nicht-fossilen ‚Kraftstoffen‘ ist
51 im Endeffekt ökologisch, nachhaltig und zukunftsträchtig. Zudem muss dafür gesorgt werden, dass die Wert-
52 schöpfungskette zur Herstellung der Akkus nachhaltig ausgestaltet ist.

53 **2. ÖPNV statt MIV – in Stadt und Land**

54 Während es in vielen Städten einen vergleichsweise gut ausgebauten ÖPNV gibt, wird er in anderen Kom-
55 munen finanziell ausgetrocknet und zurückgefahren, mancherorts – gerade auf dem Land – stellt sich die
56 Problematik noch schwieriger dar. Die Elektromobilität und andere alternative Antriebsformen kann hier An-
57 knüpfungspunkte zu bereits bestehenden Verkehrsangeboten nutzen und darüber hinaus weiterentwickelt
58 werden.

59 **Ausgangslage**

60 Der öffentliche Nahverkehr steht immer in Konkurrenz zum motorisierten Individualverkehr, kann jedoch im
61 direkten Vergleich schon jetzt deutliche Vorteile für sich verbuchen: Bei allen Antriebsarten ist der öffentliche
62 Verkehr energieeffizienter und umweltschonender, das gilt für den Bus gegenüber dem PKW sowie für den E-
63 Bus gegenüber dem E-PKW. Gleiches gilt auch für Anrufsammeltaxen und Rufbusse, die gerade im ländlichen
64 Raum eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellen. Die Belastung durch Straßenlärm, die
65 Unfallgefährdung, der große Flächenverbrauch und die fehlenden Kapazitätsmöglichkeiten des motorisierten
66 Individualverkehrs sind nur einige Argumente für den öffentlichen Verkehr. Elektromobilität existiert im Nah-
67 verkehr bereits seit über einem Jahrhundert in Form von Straßenbahnen, S-Bahnen und U-Bahnen, später
68 kamen noch Oberleitungsbusse hinzu – sodass heute bis zu zwei Drittel der ÖPNV-Leistungen (Personen je
69 Kilometer) in Deutschland elektrisch betrieben werden. In den letzten Jahren wurden zudem ÖPNV-Systeme
70 auf Kraftstoffe aus durch in Power2Fuel-Anlagen aus überschüssiger Elektrizität erzeugten Kraftstoffen und
71 lokal erzeugte Biokraftstoffe, etwas aus der städtischen Biomüllsammlung, umgestellt.

72 **Ziel des Nahverkehrs**

73 Das vorrangige Ziel einer nachhaltigen Mobilitätsstadtplanung muss ein Nahverkehrskonzept sein, dass res-
74 sourcenschonend, umweltfreundlich, fortschrittlich und allumfassend ist. FußgängerInnen- und RadfahrerIn-
75 nenzonen müssen mit dem öffentlichen Verkehr und Bike + Ride bzw. Park + Ride zu einem vernetzten System
76 mit nahtlosen Übergängen verbunden werden. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs muss gesenkt
77 werden, dafür muss u.a. der elektrifizierte ÖPNV mit Straßen-, S- und U-Bahn sowie Elektrobussen ergänzt
78 durch Anrufsammeltaxen, Rufbusse, sowie weitere Modellkonzepte zur Neugestaltung des ÖPNVs Mobilitäts-
79 denken und Handeln erhalten, so müssen die Möglichkeiten von Leihfahrrädern und Leih elektroautos erörtert
80 und ausgeschöpft werden. Auch die ländlichen Strukturen können und sollen vom Umstieg auf die Elektromob-
81 ilität profitieren. Ziel muss hier eine effizientere Abdeckung und bessere Mobilitätsvoraussetzung für die
82 dünnere Besiedlung und die disperse Nachfragestruktur außerhalb der Städte sein. In diesem Zusammen-
83 hang wird die soziale Komponente unabdingbar, denn die Menschen müssen sich den ÖPNV auch leisten
84 können. Die Möglichkeit weitestgehend kostengünstig im Nahverkehr unterwegs zu sein, gilt dahingehend
85 als Argument für die Nutzung und als Hauptumsetzungskriterium gleichermaßen. So sind Sozialtickets bzw.
86 SchülerInnen-, Azubi- und Studierendentickets nur einige exemplarische Ausgestaltungsideen. Langfristig ver-
87 folgen wir dabei das Ziel eines fahrscheinlosen ÖPNV – denn schon jetzt hängt es vom Einkommen der Men-
88 schen ab, auf welches Mobilitätsangebot sie zugreifen. Je niedriger das Einkommen, desto eher ist man auf
89 öffentliche Lösungen angewiesen – daher sind Investitionen in einen nachhaltigen ÖPNV immer als Umvertei-
90 lungsaspekt zu begreifen.

91 **Umsetzung**

92 Die Erweiterung der Bahnnetze und des Busverkehrs, idealerweise mit Elektrobussen oder Bussen die emis-

93 sionsfreie Kraftstoffe nutzen, hat im innerstädtischen Nahverkehr Priorität. Hier kann die nötige Kapazität
 94 erreicht werden, um genügend Menschen zu transportieren. Dabei ist eine Ausfinanzierung des ÖPNV mit zu-
 95 sätzlichen Mitteln unabdingbar. Auch die Möglichkeit von extra Fahrspuren für Busse sollte bedarfsgerecht
 96 in Betracht gezogen werden. Um die mit herkömmlichen Kraftstoffen betriebenen PKWs mit Verbrennungs-
 97 motoren aus den Stadtzentren bzw. zentrumsnahen Stadtteilen fern zu halten, sollten Umweltqualitätszonen
 98 eingerichtet werden, die von diesen Autos nicht befahren werden dürfen. Das Ziel einer sozialen und ökologi-
 99 schen Stadt kann dagegen nicht mit Übervorteilung und zu großen Anreizen für Elektroautos erreicht werden:
 100 Weder die Subventionierung von Elektro-PKWs noch die Befreiung von der Kfz-Steuer oder spezielle Parkplätze
 101 sind daher in diesem Zusammenhang langfristig sinnvoll. 96Da der Zugang zum ÖPNV und allen Verkehrsan-
 102 bindungen noch ausbaufähig ist und um mehr Menschen daran zu beteiligen, müssen zusätzlich gemeinsame
 103 Informationsplattformen entstehen. Erst wenn der ÖPNV für alle attraktiv gestaltet und intelligent verknüpft
 104 ist, verliert das eigene Auto an Attraktivität. Schnelle Verbindungen, bezahlbare Preise und ein guter Service
 105 müssen dabei im Vordergrund stehen. Die Mobilität im ländlichen Raum sorgt für schwierigere Umsetzungs-
 106 möglichkeiten. Das Zusammenspiel von öffentlichem Verkehr und neuen Antriebsformen ist trotzdem mög-
 107 lich. Die Anbindungen mit S-Bahnen und Bussen mit Elektromotoren oder emissionsfreien Kraftstoffen muss
 108 ausgebaut werden. Durch die Nutzung von Biokraftstoffen oder Kraftstoffen aus Power2 Fuelanlagen wird der
 109 Reichweiteproblematik von Elektrobussen im ländlichen Raum begegnet. Bike + Ride und Park + Ride sollten
 110 systematisch in die Verkehrsplanung einbezogen werden.

111 **Unsere Forderungen:**

112 • Wir fordern die komplette Umstrukturierung des Nahverkehrs. Wir müssen wegkommen vom motorisierten
 113 Individualverkehr, der unsere Städte verstopft und die Umwelt belastet. Stattdessen muss der ÖPNV allum-
 114 fassend ausgestaltet werden und weitestgehend elektrifiziert werden. Bis dahin sollen Umweltqualitätszonen
 115 eingerichtet werden.

116 • Es braucht ein allgemeines Umdenken, das Prinzip „Nutzen statt Besitzen“ sollte unsere Handlungsmaxime
 117 sein.

118 • Der moderne ÖPNV muss E-Mobilität und die Nutzung alternativer Technologien auf Straße und Schiene ein-
 119 binden: E-Busse, Oberleitungsbusse, ÖPNV-Systeme, die emissionsfreie Treibstoffe, etwa Biogas oder solche
 120 aus Power2Fuelanlagen verwenden, Straßenbahnen und S-Bahnen, sowie weitere Modellkonzepte zur Neu-
 121 gestaltung des ÖPNVs sollen die Menschen der Stadt und auf dem Land von A nach B bringen.

122 • Der ÖPNV muss ausfinanziert sein, um eine gute Taktung und eine bessere Anbindung zu realisieren. Gleich-
 123 zeitig müssen nahtlose Anschlussmöglichkeiten installiert werden, insbesondere Bike&Ride und Park&Ri-
 124 de.

125 • Es darf nicht zu einer innerstädtischen Übervorteilung für E-Autos kommen – der ÖPNV hat Vorrang.

126 • Die soziale Komponente darf nicht vernachlässigt werden: Je niedriger das Einkommen, desto eher ist man
 127 auf öffentliche Lösungen angewiesen – daher sind Investitionen in einen nachhaltigen ÖPNV immer als Umver-
 128 teilungsaspekt zu begreifen. Zugang zu Mobilität muss für all möglich sein. Daher fordern wir die kurzfristige
 129 Ausweitung von Sozialtickets (Azubi-, SchülerInnen-, StudentInnentickets). Langfristig verfolgen wir das Ziel
 130 eines fahrscheinlosen ÖPNV.

131 **3. Schiene vor Straße**

132 Allorts wird die Elektromobilität als Projekt der Zukunft angepriesen – zurecht. Oft wird dabei allerdings
 133 vernachlässigt, dass der Eisenbahn-Verkehr auf Schienen schon eine lange Tradition in diesem Spektrum der
 134 Mobilität aufzuweisen hat.

135 **Ist-Zustand**

136 Die Elektromobilität auf der Schiene ist ein funktionierendes System. Die Elektrifizierung ist hier am weites-
 137 ten fortgeschritten. In Deutschland wird der Personen- und Güterverkehr auf der Schiene nur noch zu zehn
 138 Prozent mit Verbrennungsmotoren mit konventionellen Kraftstoffen befördert. Dieser Rest resultiert aus den
 139 verbliebenen Dieselseln, an denen die Schienen nicht mit Oberleitungen ausgestattet wurden. Die Eisen-
 140 bahn ist je Kilometer um circa 70 Prozent umweltschonender als der PKW-Verkehr. Im Vergleich ist die Bahn
 141 auch deutlich energieeffizienter.

142 Ausbau

143 Das Stichwort Investitionen greift hier vollumfänglich. Die restlichen, nicht elektrifizierten Strecken müssen
144 mit Oberleitungen ausgestattet werden. Hierbei gilt es, nicht nur die vom Bundesverkehrswegeplan bevor-
145 zugten Hauptstrecken zu modernisieren, sondern auch die vielen wichtigen Nahverkehrslinien. Ziel muss es
146 sein, eine Elektrifizierung von 100 Prozent zu erreichen,- nicht jedoch ohne auch hier die nötigen zweckge-
147 bundenen Investitionen in zusätzliche erneuerbare Stromerzeugungskapazität zu tätigen. Außerdem muss die
148 Verlagerung großer Verkehrsanteile in Richtung Schiene auf die Agenda. Ein modernes und nachhaltiges Mobi-
149 litätskonzept sieht einen Rückgang des Individual- und Autoverkehrs vor und begünstigt die Schiene. Deshalb
150 muss mehr und mehr der Güterverkehr auf die Eisenbahn umgelagert und auch der Personenfernverkehr
151 erweitert werden. Das wiederum kann nur durch Investitionen in ein größeres und besseres Schienennetz ge-
152 schehen. Es braucht mehr Strecken und Zweigleisigkeit, um das größere Verkehrsaufkommen bewältigen zu
153 können. So sollten grundsätzlich alle Städte über 50.000 EinwohnerInnen an das IC-Netz angebunden werden
154 und differenziert davon muss auch das ICE-Netz ausgebaut werden. Zusätzlich müssen neue Güterbahnhöfe
155 entstehen bzw. bestehende ausgebaut werden und die Abtrennung ganzer Ortschaften vom Schienenverkehr
156 muss rückgängig gemacht werden. Zudem beanspruchen Bahnanlagen und Gleise nur einen Bruchteil der
157 Fläche für den Verkehr und sind damit deutlich umweltschonender als die für den Straßenverkehr erforder-
158 lichen Straßen und Parkplätze. Für viele Menschen ist der Schienenfernverkehr momentan zu teuer. Da wir
159 ein Umdenken fordern, weg vom motorisierten Individualverkehr, müssen Angebote geschaffen werden. Die
160 Menschen, die es sich nicht leisten können, dauerhaft auf das Auto zu verzichten und bspw. ICE zu fahren,
161 würden sonst von der Teilhabe an Mobilität ausgegrenzt. Dahingehend müssen kurzfristig Tarifstrukturen im
162 Fernverkehr entstehen, die Menschen ohne oder mit geringem Einkommen begünstigen.

163 Technik und Überholung

164 Da bei Elektromobilität viele zu allererst an PKWs denken, fließt in diese Entwicklung auch das allermeiste Geld.
165 Dieser Gedankengang muss aufgebrochen werden, es braucht insbesondere eine Modernisierung der Eisen-
166 bahntechnik. Die Anlagen in Deutschland sind teilweise veraltet und neuere nachhaltigere Technologie stünde
167 zur Verfügung. Beispielsweise können durch moderne Systems wie bei der Rückspeisung von Bremsenergie
168 schätzungsweise bis zu zehn Prozent Energie eingespart werden. Auch Fahrassistenzsysteme helfen zusätz-
169 lich beim effizienteren Fahren. Zwar gibt es inzwischen auch angestoßene Projekte für Akku-Elektrobetrieb
170 und Wasserstoffbetrieb, allerdings sollten diese Entwicklungen nicht vordergründig verfolgt werden. Die Aus-
171 stattung der Strecken mit Oberleitungen ist zwar nicht billig, aber deutlich nachhaltiger als diese Formen der
172 Elektromobilität.

173 Unsere Forderungen:

174 • Wir fordern die Verlagerung großer Verkehrsanteile des Güter- und Personenverkehrs von der Straße auf die
175 elektrifizierte Schiene.

176 • Für uns ist der Ausbau der Schieneninfrastruktur unabdingbar: Wir brauchen Mehrspurigkeit der Strecken,
177 mehr und größere Züge, moderne Güterbahnhöfe und Anbindungen an Industriegebiete.

178 • Der ländliche Raum darf nicht vom Schienennetz abgekoppelt sein. Wir fordern die Anbindung kleinerer
179 Städte und Ortschaften.

180 • Alle Ausbauschritte müssen mit einer Modernisierung einhergehen: Wir streben 100% Elektrifizierung an
181 und wollen die Fahrzeugflotte sukzessive überholen lassen. Dabei bevorzugen wir Varianten, die ohne
182 Akkubetrieb auskommen.

183 • Ähnlich zum Umdenken bezüglich des ÖPNVs fordern wir auch hier die Ausweitung sozialverträglicher An-
184 gebote. Es braucht ein Tarifsysteem, das den Zugang für alle ermöglicht und nicht die Privilegierten bevor-
185 zugt.

186 4. Umdenken in der Luftfahrt

187 Während eine moderne Mobilität wie die Elektromobilität und die Nutzung alternativer Kraftstoffe auf der
188 Straße bzw. auf der Schiene und über Oberleitungen – zumindest theoretisch – relativ fortgeschritten scheint,
189 ist sie im Flugverkehr quasi noch nicht existent. Dabei (f)liegt hier eines der Hauptprobleme einer nachhaltigen
190 Mobilität in der globalisierten Welt.

191 Umweltproblematik

192 Die Zeiten, in denen Flugzeuge nur für reiche Menschen und Geschäftsreisende zur Verfügung standen sind
193 vorbei. Durch fallende Preise eröffnen sich breiteren Gesellschaftsschichten die Möglichkeit, die Welt kennen-
194 zulernen. Als internationalistischer Verband begrüßen wir diese Entwicklung. Doch dieser Boom im Flugver-
195 kehr führt ebenfalls zu einem massiven Anstieg an umweltschädlichen Emissionen. Allein in Deutschland ha-
196 ben sich die Emissionen seit 1990 verdoppelt und ein Ende dieser anhaltend wachsenden Umweltverschmut-
197 zung ist nicht in Sicht. Durch das Verbrennen des Flugzeug-Treibstoffs Kerosin werden Wasserdampf, Koh-
198 lenstoffdioxid und Stickoxide freigesetzt – besonders problematisch ist dabei nicht nur die extreme Menge,
199 sondern auch die Höhe, in der die Stoffe ausgesetzt werden. Der Treibhauseffekt wird dadurch deutlich spür-
200 bar verstärkt: Der Flugverkehr allein hat wohl einen Anteil von fünf Prozent an der globalen Erwärmung. So
201 liegt der CO₂-Ausstoß bei einem Urlaubsflug von Frankfurt in die Dominikanische Republik pro Person bei 2,8
202 Tonnen. Für das Erreichen, der für den Kampf gegen den Klimawandel elementar wichtiger Pariser Klimaziele,
203 dürfte ein Mensch jedoch jährlich nur drei Tonnen CO₂ verursachen.

204 Entwicklung und Forschung

205 Um nun im Flugverkehr auf Elektromobilität umzurüsten, müssen Probleme bewältigt werden, die auf dem
206 Boden in dieser Form nicht auftreten. Flugzeuge müssen insbesondere im Startprozess enormen Schub leisten
207 und im weiteren Verlauf große Massen in erhöhter Geschwindigkeit über weite Strecken transportieren.

208 Zusätzlich begrenzen für den Flugverkehr ungleich wichtigere Probleme mit Stromspeichertechnologien, z.B.
209 der Masse von Speichern, und die Energiedichte, die Nutzbarkeit von Elektrizität im Flugverkehr. Hier bietet
210 insbesondere der Umweg über Power2Fueltechnologien eine Lösung. Die Nutzung erneuerbarer Elektrizität
211 zur Erzeugung hochkalorischer Brennstoffe ist seit langem erforscht und fortgeschritten. Neuentwicklungen
212 im Bereich der Elektrodenbeschichtungen mit günstigeren Katalysatoren senken auch die Preise. Die resultie-
213 renden Brennstoffe, z.B. Wasserstoff oder auch flüssige Kraftstoffe, lassen sich mit bestehenden Technologi-
214 en speichern und schaffen in umgerüsteten Turbinen die entsprechende Schubleistung. Darüber hinaus sind
215 gerade für den regionalen Flugverkehr Hybridlösungen möglich, die Solarzellen, Stromrückgewinnungstech-
216 nologien oder andere Quellen nutzen. Der Einsatz von Solarzellen auf den Tragflächen oder die Stromrückge-
217 winnung über Generatoren im Sinkflug sollten weiter erforscht werden. Die finanzielle Förderung muss dabei
218 sowohl national als auch europäisch bzw. international erfolgen, um die gesamte Branche zum Umdenken zu
219 bewegen. Die Finanzierung der Forschungsideen könnte zumindest teilweise über eine Kerosinsteuer gesche-
220 hen, die europaweit erhoben werden muss. Um einen weiteren Anreiz für die Forschung zu setzen, sollte die
221 Luftverkehrssteuer für Elektroflugzeuge abgeschafft werden.

222 **Anwendung** spielen. Hier sind die Entfernungen nicht so groß wie auf Langstreckenflügen und die Reichweite
223 den Systemen angemessen. Beispielsweise sollten Elektroflugzeuge im innereuropäischen Regionalflugver-
224 kehr die kerosingespeisten Maschinen ablösen, so dass man beispielsweise emissionsarm von Berlin nach
225 Mallorca fliegen könnte. Durch das hohe Drehmoment der Elektroflugzeuge reichen auch schon kleinste Start-
226 und Landebahnen aus – damit würden allein in Deutschland 250 Flughäfen in Frage kommen. Allerdings müs-
227 sen die Flughäfen infrastrukturell an die Anforderungen von Elektromobilität und die Nutzung alternativer Kraft-
228 stoffe angepasst werden.

229 Unsere Forderungen:

230 • Wir fordern massive Investitionen in den Ausbau und die Forschung für eine Weiterentwicklung der Luft-
231 fahrt. Elektromobilität und alternative Treibstoffe sollte Einzug in den fliegenden Güter- und Personenverkehr
232 erhalten. Dabei müssen innovative Ideen vorangetrieben und umgesetzt werden.

233 • Als Anreize für den Umstieg in der Luftfahrt fordern wir eine europäische Kerosinsteuer und die Aussetzung
234 der Luftverkehrssteuer für Elektro- bzw. Hybridflugzeuge auf Langstreckenflügen. Die anfallenden Gelder kön-
235 nen gleichzeitig in die Forschung investiert werden.

236 • Der Luftverkehr ist ein weltweites Netz, deshalb fordern wir ein koordiniertes europäisches und internationa-
237 les Vorgehen bei Investitionsprogrammen. Außerdem fordern wir die Prüfung in wie weit auch ein elektrisch
238 und autonom gesteuerter und zumindest technisch umsetzbarer Kommunal-Flug-Verkehr mit Hilfe sogenann-
239 ter Elektro-Multikopter zu einer Entlastung im Straßenverkehr großer Städte führen kann. Dies soll zusätzlich
240 zum konventionellen ÖPNV und vor allem im Bereich des Gütertransports Anwendung finden.

241 5. Alternative Antriebsformen ja, aber...

242 Beim Thema Mobilität denken viele Menschen zunächst an die Straße, das Auto oder den LKW. Betrachtet
243 man das derzeit gängige Mobilitätsverhalten, verwundert das auch nicht. So gelten PKWs für viele immer
244 noch als Statussymbol, aber in jedem Fall als einzig flexibilisierender Mobilitätsanker, der es ermöglicht, je-
245 derzeit von A nach B zu gelangen. In einem nachhaltigen Mobilitätskonzept steht das Elektroauto und Autos
246 mit alternativen Kraftstoffen allerdings bewusst nicht an erster Stelle. Ein 1:1-Umstieg von fossil zu nachhaltig
247 angetriebenem Individualverkehr ist weder nachhaltig noch zielführend. Die vorrangegangenen Abschnitte
248 dieses Mobilitätskonzeptes zeigen deutlich die besseren Alternativen auf. Auch wenn viele Menschen noch
249 auf das Auto angewiesen sind, müssen die erwähnten Ausweichmöglichkeiten im ÖPNV und im Schienenver-
250 kehr ausgebaut werden, damit der Umweltgedanke mit dem sozialen Gedanken einhergeht. In Städten muss
251 in urbanen Gegenden die Bedeutung des Autos als Fortbewegungsmittel zugunsten eines stärkeren ÖPNV und
252 Fahrrädern deutlich abnehmen. Nichtsdestotrotz sind alternative Lösungen auch hier erforderlich.

253 Ist-Zustand:

254 Derzeit fahren allein über 45 Mio. zugelassene PKW nur auf Deutschlands Straßen. Und diese verursachen
255 zusammen mit den ebenso konventionell angetriebenen LKWs und Bussen u.a. Kohlenstoffdioxid, Kohlen-
256 stoffmonoxid, Stickoxide und Feinstaub, was besonders in Städten und Ballungsgebieten zu enormen Um-
257 weltbelastungen und gesundheitsschädlichen Folgen führt. Außerdem beansprucht die gesamte Verkehrs-
258 infrastruktur, besonders im dicht besiedelten Europa, eine beachtliche Fläche: Schon fünf Prozent der Fläche
259 Deutschlands sind demnach mit Straßen belegt und aus dem normalen Ökokreislauf dauerhaft ausgeschlos-
260 sen. Nicht zuletzt verursacht der Verkehr auf der Straße enormen Lärm und andauernde Hintergrundgeräu-
261 sche, die sich negativ auf Mensch und Umwelt auswirken. Elektromobilität wurde viel zu lang nur halbherzig
262 in Erwägung gezogen, gerade von den deutschen Automobilkonzernen. Weltweit gab es 2016 erst circa 1,3
263 Mio. Elektroautos, führend sind asiatische Konzerne sowie ein amerikanisches Unternehmen. Die Marktantei-
264 le sind dementsprechend gering, so sind in Deutschland und den USA nicht mal ein Prozent elektrifiziert. Auch
265 die ersten zaghaften Versuche mit einzelnen Modellen ändern nichts an der Tatsache, dass Elektromobilität
266 in Deutschland ein Nischendasein führt. Und dass, obwohl die Bundesregierung ursprünglich die Zielsetzung
267 verfolgte, im Jahr 2020 eine Million und 2030 sechs Millionen Elektroautos auf den Straßen zu haben. Aktuelle
268 Studien gehen zwar in der Markt-Entwicklung der Elektromobilität davon aus, dass sie ähnlich der Ausbrei-
269 tung von Digitalkameras und Flachbildschirmen mit einem Tipping-Point verläuft, aber dieser Punkt ist noch
270 nicht absehbar. Auch die Hybrid-Modelle, die vielfach entwickelt wurden und werden, sind zumeist wenig um-
271 weltschonender, da sie nach wenigen Kilometern auf die konventionellen Antriebsstränge wechseln, wobei
272 der Nachhaltigkeitsaspekt schnell verpufft. Wir können nicht länger warten, ein Eingreifen ist jetzt notwendig!
273 Die Elektrofahrzeuge, die momentan auf dem Markt sind, können trotz ihrer zugegebenermaßen begrenzten
274 Reichweite theoretisch bereits über 80 Prozent aller Fahrtstrecken absolvieren. Lediglich die Langstrecken wer-
275 den nicht ohne Zwischenladen erreicht. Außerdem sind die Akkumulatoren relativ langlebig und können nach
276 100.000 km noch immer circa 80 Prozent ihrer Anfangskapazität abrufen. Grundsätzlich sind Elektroautos also
277 durchaus marktreif, allein ihr hoher Preis, die zu geringe Ladeinfrastruktur und die fehlende Produktpalette
278 sprechen gegen einen Durchbruch auf dem Fahrzeugmarkt. Neben der Forschung und Weiterentwicklung der
279 Technologie müssen deshalb die Anschaffungskosten für die NutzerInnen drastisch gesenkt werden, damit
280 Elektroautos keine Luxusgüter bleiben, sondern einer viel größeren Anzahl an Menschen die Möglichkeit ge-
281 geben wird, persönlich auf Elektromobilität umzusteigen.

282 Vorteile:

283 Bei Nutzung 100% erneuerbarer Elektrizität oder 100% erneuerbarer Kraftstoffe reduzieren sich die ausgesto-
284 ßenen umweltschädlichen Emissionen durch den Verzicht auf Verbrennungsmotoren mit fossilen Brennstof-
285 fen gen Null. Durch den Einsatz von Elektromotoren ergeben sich aber noch zahlreiche andere Vorteile. Die
286 einfache Bauweise der Elektromotoren und die geringere Anzahl an Komponenten im Antriebssystem verän-
287 dert zunächst das Packaging: Die Motoren- und Kühlertechnik sind kleiner, alles kann dezentral montiert und
288 die Fahrzeuge können crash-sicherer ausgestaltet werden. Zudem entfällt der Ölwechsel und die Schaltung
289 vereinfacht sich. Da sich die Motoren auch für den Generatorbetrieb eignen, kann durch Rückwandlung von ki-
290 netischer in elektrische Energie durch eine Nutzbremse bis zu 30 Prozent der Energie zurückgeholt werden. Bei
291 Autos, die alternative Kraftstoffe nutzen, ist diese rückgewonnene Energie in Zukunft im Hybridbetrieb zu nutzen.
292 Der tank-to-wheel-Wirkungsgrad von Elektroantrieben liegt mit 65 bis 80 Prozent letztlich deutlich über Otto-
293 und Dieselmotoren mit 35 bzw. 45 Prozent. Im Gesamtvergleich, d.h. der primärenergetischen Gegenüberstel-

294 lung (Dwell-to-Wheel) schneiden Elektroautos aber zur Zeit auf Grund des Strommixes noch schlechter ab als
295 herkömmlich betriebene Autos. Der Verschleiß ist geringer als bei konventionellen Antrieben, sodass weniger
296 Servicedienste notwendig sind und teure Reparaturen seltener durchgeführt werden müssen. Auch der Lärm
297 beschränkt sich fast ausschließlich auf die Reibungsgeräusche der Reifen. Insgesamt wird der Fahrkomfort
298 deutlich gesteigert, da der vibrationsärmere Antrieb einerseits leiser ist – sowohl innen als auch außen – und
299 andererseits, weil der Innenraum durch die strukturellen Änderungen effektiver genutzt werden kann.

300 **Forschungsperspektiven**

301 Die bereits gegebenen Möglichkeiten der Elektromobilität reichen allerdings bei weitem nicht aus. Es muss
302 dringend Geld in die Forschung investiert werden, ansonsten rückt die Umstrukturierung der Mobilität in die
303 Ferne. Allerdings führen einige Entwicklungen nicht zwingend zu einer Umweltschonung, wenn der Ökologief-
304 aktor nicht gezielt gefordert und gefördert wird. An einigen Punkten muss weiterhin geforscht und gearbeitet
305 werden: Die Akkumulatoren benötigen höhere Energiedichten und müssen größere Reichweiten ermöglichen.
306 Gleichzeitig muss auch die Zyklenzahl und damit das Lebensalter gesteigert werden, damit die Akkus nicht all-
307 zu schnell auszutauschen sind. Extrem wichtig wird es sein, mittelfristig ressourcenschonendere Alternativen
308 zu den dominierenden Lithium-NCM-Zellen zu entwickeln, bei denen neben Lithium, die raren Elemente Ni-
309 ckel, Kobalt und Mangan zum Einsatz kommen. Die ebenso verwendeten Lithium-Eisenphosphat-Zellen, sind
310 zwar ressourcen-schonender, weisen dafür allerdings eine deutlich geringere Energiedichte auf. Es gilt also,
311 auf diesem Gebiet in die Forschung zu investieren. Wichtig ist hier jedoch, dass die seltenen Erden nach wie
312 vor unter miserablen Umständen größtenteils in Entwicklungsländern zu katastrophalen Umweltbedingungen
313 abgebaut werden. Die Menschen dort bekommen für ihre harte Arbeit nur einen Hungerlohn, da die multi-
314 nationalen Unternehmen oftmals mit den lokalen Regierungen Pachtverträge über mehrere Jahrzehnte abge-
315 schlossen haben und die Gewinne aus dem Verkauf der Ressourcen in Form von Dividenden an Aktienbesitzer
316 ausgezahlt werden bzw. nicht in die lokale Infrastruktur investiert werden, reproduziert sich der postkoloniale
317 Ressourcenraub. Als SozialistInnen dürfen wir das nicht hinnehmen! Wir fordern die Europäische Union auf,
318 die Vergabe von Krediten an die lokale Bevölkerung zu fördern und die Nötigung von Entwicklungsländern mit
319 Freihandelsabkommen sofort zu unterbinden.. Als SozialistInnen dürfen wir das nicht hinnehmen! Genauso
320 wie wir uns für eine Modernisierung der Mobilität einsetzen, müssen wir darauf dringen, die Arbeitsbedin-
321 gungen für die Menschen vor Ort zu verbessern. Wer die harte Arbeit verrichten, für die andere ihr modernes
322 Leben führen können, muss auch dafür entlohnt werden. Aus postkolonialistischer Sicht müssen wir auch be-
323 sonders die Ressourcenausbeutung kritisieren und uns entschieden dagegenstellen. Stattdessen sollten wir
324 den Lithium-Abbau in Deutschland (Erzgebirge) besonders fördern. Auch die Möglichkeiten der Energierück-
325 gewinnung über Rekuperationselemente und der Energie-Einsparung über effiziente Assistenzsysteme sind
326 auszuweiten. Zusätzlich sollte über moderne Batteriemangement-Systeme ein effizienter Energie-Verbrauch
327 gewährleistet werden. Auch die Ladetechniken sollten verbessert werden, um marktfähiger zu werden. Ideen
328 wie das induktive Laden und Umsetzungsmöglichkeiten mit kürzeren Ladezeiten müssen prioritär vorange-
329 bracht werden, um die Ausbreitung der Elektro-Mobilität zu fördern. Problematisch ist bei der Entwicklung
330 von Elektroautos, dass die Industrie ihre Leichtbauweise vorwiegend mit Aluminium verarbeitet. Der Abbau
331 zerstört sehr häufig Regenwaldgebiete, ist sehr umweltschädlich und verschlechtert dadurch die Öko-Bilanz.
332 Die Entwicklung muss deshalb Abstand von Aluminium nehmen. Alternativ sollte an Carbonfasern geforscht
333 werden, die eine deutlich bessere Öko-Bilanz aufweisen und ebenso als Leichtbau-Elemente genutzt werden
334 können. Zugleich müssen Anstrengungen unternommen werden, um P2F-Technologien weiter zu fördern,
335 um deren Effizienz zu steigern und die Kompatibilität mit den gebräuchlichen Antrieben weiter zu verbes-
336 sern.

337 **Lade- und Ladeinfrastruktur**

338 Einer der wichtigsten Punkte bei der weiteren Verbreitung der Elektromobilität auf der Straße ist eine umfas-
339 ssende Ladeinfrastruktur. Hier liegt eines der großen Probleme, das viele InteressentInnen von Elektroautos
340 abschreckt. Zwar ist die Reichweite der Elektroantriebe teilweise bereits passabel, aber die Möglichkeit, ohne
341 größere Hürden und Zeitverluste „nachzutanken“ wie es herkömmliche Kraftstoffautos mit dem ausgebauten
342 Tankstellensystem nutzen können, gibt es bisher nicht. Zu einer umfassenden Ladeinfrastruktur können so-
343 wohl private als auch öffentliche Ladestellen gehören. Dabei bietet es sich an, öffentliche Schnellladeplätze
344 vor allem innerstädtisch bzw. auf dem Land anzubieten und den privaten Sektor beim Ausbau von Stromtank-
345 stellen an Autobahnen und Fernverkehrsstraßen zu unterstützen. Günstige Bedingungen dafür finden sich auf
346 Park-, Rast- und Stellplätzen oder in Garagen. Voraussetzung müssen einheitliche Standards sein, die es er-

347 möglichen, jedes Auto an jeder Tankstelle anzuschließen. Gleichzeitig gilt es auch einen einheitlichen Standard
348 zur Bezahlung an Elektrotankstellen einzuführen, der den aktuellen Flickenteppich ersetzt. Hier soll primär auf
349 schon vorhandene Möglichkeiten wie EC- und Kreditkarten gesetzt werden. Außerdem müssen die Ladebe-
350 dingungen am Wohnort und am Arbeitsplatz verbessert werden, bisher lassen Heim-Steckplätze nur lange
351 Ladezeiten zu, hier sollte über Adapter oder bessere Anschlüsse ausgeglichen werden. Gleichzeitig sollten die
352 Möglichkeiten des Induktionsladens eingeplant werden. Generell muss eine Entwicklung hin zu Supercharge-
353 Systemen erfolgen. Die bisherigen Umsetzungen erlauben schnelles Laden in 40 Minuten auf 80 Prozent, die
354 Forschung geht aber davon aus, dass Ladezeiten zukünftig auf bis zu fünf Minuten gedrosselt werden können.
355 Damit würde der Nachteil des zusätzlichen Zeitaufwandes nahezu entfallen. Zugleich kann das bestehende
356 Tankstellennetz auf treibstoffe durch P2F umgestellt und so praktikabel weitergenutzt werden

357 **Umsetzungsmöglichkeiten**

358 Die Umsetzungsmöglichkeiten für Autos sind bereits umrissen. Als Bestandteil des gesamten Mobilitätssys-
359 tems sollte das Auto Teile seiner dominanten Stellung und Bedeutung an den ÖPNV und den Schienenverkehr
360 verlieren, da es ökologisch widersinnig ist, den gesamten Autoverkehr lediglich auf Elektroantrieb umzustel-
361 len, ohne die Vorteile anderer Mobilitätsmöglichkeiten anzuwenden. Nichtsdestotrotz wird der motorisierte
362 Individualverkehr kurzfristig nicht verschwinden und sollte daher elektrifiziert werden. Sinnvollerweise muss
363 die öffentliche Seite vorbildhaft voranschreiten und sollte den gesamten Bundesfuhrpark dekarbonisieren.
364 Zudem muss in öffentlichen Ausschreibungen die alternative Mobilität gefordert werden. Eine zusätzliche und
365 experimentell realisierte Umsetzungsmöglichkeit stellen alternative Antriebsformen und Kraftstoffe bei Taxis
366 dar – diese Konzepte sollten gefördert werden. Die Anwendung beschränkt sich natürlich nicht nur auf PKWs.
367 Ein wichtiges Mobilitätselement stellen strombetriebene und mit alternativen Kraftstoffen betriebene Busse
368 dar. Diese sind insbesondere für den ÖPNV relevant. Umrüstungen von Autos mit Verbrennungsmotor auf
369 einen Elektroantrieb sind unpraktisch, aufwendig und zu teuer, als dass sie sinnvoll wären. Auch Range Ex-
370 tender, die die Elektroantriebe unterstützen sind keine nachhaltige Alternative und würden den guten Ansatz
371 des Elektroautos verwischen. Handwerksbetrieben und Unternehmen welche auf Transportfahrzeuge ange-
372 wiesen sind, muss so schnell wie möglich der Umstieg auf Elektrofahrzeuge ermöglicht werden. Daher muss
373 die Ausweitung von Leistungsstarken und günstigen E-Transportern erfolgen.

374 **Anreize**

375 Um mehr Autos mit alternativen Antriebsmodellen und infolgedessen weniger konventionell betriebene Fahr-
376 zeuge auf die Straße zu bekommen, müssen klare Anreize geschaffen werden. Letztlich reichen freiwilli-
377 ge Selbstverpflichtungen der Branche nicht aus, um die Marktabdeckung der Elektro-Autos und die P2F-
378 Kapazitäten zu steigern, das zeigen bei allem Fortschritt die aktuellen Entwicklungen. Es führt kein Weg an
379 einer staatlichen Regulierung vorbei. Zu allererst muss die Ladeinfrastruktur konsequent aufgebaut werden,
380 um den Menschen die Skepsis bezüglich der Reichweite von Elektroautos zu nehmen. Des Weiteren kann eine
381 Ausbreitung von Elektromobilität und anderen perspektivisch emissionsfreien Technologien vor allem durch
382 langfristig geplante Regelungen bewirkt werden. So sollte es perspektivisch zu einem Verbot der Zulassung
383 von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren, die fossile Energieträger nutzen, kommen. Nur dann sehen sich
384 Automobilkonzerne verpflichtet, ihre Forschung und Produktion gänzlich zukunftsorientiert zu gestalten. Zeit-
385 nah müssen allerdings bereits Quoten eingeführt werden, die den Markt in Richtung Elektromobilität lenken.
386 Nicht außer Acht gelassen werden, darf die Tatsache, dass sich aufgrund der größeren Anschaffungskosten
387 momentan vorwiegend Personen mit höherem Einkommen Elektro-Autos leisten können. Deshalb müssen
388 zusätzlich zu den allgemeinen Anreizen auch Erleichterungen für NutzerInnen mit niedrigem Einkommen ge-
389 staltet werden. Die bisherigen Reglementierungen reichen dabei nicht aus und führen in ihrer Umsetzung nicht
390 zum Erfolg. Gleichzeitig gehört das Dieselpriwilieg aufgehoben und die Besteuerung der Kraftstoffe künftig an-
391 hand ihres tatsächlichen Schadstoffausstoßes orientiert. Die derzeit gezahlte Kaufprämie ist dagegen nicht nur
392 ein Ladenhüter, sie ist bei den momentanen Preisen auch viel zu gering, um einen wirklichen Anreiz für weite
393 Bevölkerungsschichten darzustellen. Geht man allerdings davon aus, dass der Ölpreis künftig wieder steigen
394 wird und die Kosten für die immer größere Modellauswahl an Elektroautos stärker sinken, kann eine Prämie
395 in Höhe von bis zu 5.000 Euro für Geringverdienende mit entsprechendem Bedarf sinnvoll werden. Letztlich
396 müssen auch verpflichtende Garantien für die eingebauten Akkus gegeben werden, um den Nutzer*innen die
397 Vorbehalte gegenüber der Haltbarkeit ihrer Energiespeicher zu nehmen.

398 **Unsere Forderungen:**

- 399 • Wir fordern kurzfristig eine deutliche Erhöhung des Marktanteils von Elektro-Autos bei zeitgleicher zusätzlicher und nutzungsgebundenem Ausbau erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten, unsere Fernziel ist es, ohne fossil betriebene Autos auszukommen. Gleichzeitig wollen wir den Anteil des motorisierten Individualverkehrs deutlich reduzieren. Daher lehnen wir einen schlichten 1-1-Umstieg auf perspektivisch emissionsfreie Autos ab.
- 404 • Insbesondere setzen wir uns für den flächendeckenden Aufbau einer Lade- bzw. Schnellladeinfrastruktur ein, damit die Marktdurchdringung schneller erreicht wird. Dazu soll der Bund einen Standard möglichst europäisch definieren und zentral Mittel für den Ausbau und für Planerstellen der Länder bereitstellen.
- 407 • Es müssen Investitionen in Forschung getätigt werden, damit die Elektromobilität den hohen Ansprüchen der modernen Mobilität besser entsprechen kann: bessere Reichweite, schnellere Ladezyklen, umweltfreundlichere Herstellung und günstigere Herstellung. Ähnlich dem Ansatz der SPD für Forschung allgemein soll ein fester Prozentsatz des BIP allein in nachhaltige Mobilitätsforschungsprojekte investiert werden. Parallel müssen Mittel zum Ausbau und der weiteren Erforschung von P2H-Technologien bereit gestellt werden.
- 412 • Die momentan gezahlte E-Prämie ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, um allen Menschen den Zugang zur E-Mobilität zu schaffen – erst wenn sich die Preise durch Investitionen und größere Produktionen auf einem niedrigeren Niveau befinden, sollten Prämien für Einkommensschwache gezahlt werden. Weitere Steuervergünstigungen für GeringverdienerInnen sollten ebenfalls in Betracht gezogen werden.
- 416 • Die Produktion von Elektroautos und elektronischen Antrieben aller Verkehrsträger muss umweltfreundlich und sozialverträglich ausgestaltet sein, sowohl in den Abbauregionen der Rohstoffe, als auch während der industriellen Produktion aller benötigten Bestandteile. Der Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß bei der Produktion elektronischer Antriebstechniken muss gesenkt werden, um die umweltbezogenen Vorteile, die durch den Betrieb von Elektromotoren erzielt werden, nicht durch eine ökologisch und sozial nachteilige Herstellungsweise wieder zu reduzieren. Um dies entgegen Monopolen und Oligopolen von Ländern sicherzustellen, die nicht alle Ilo-Kernarbeitsnormen ratifiziert haben, soll eine Kooperation mit Quellenländern für Rohstoffe wie z.B. seltene Erden eingegangen werden. Diese soll einer fairen Handelspolitik folgen, sowie entwicklungspolitische Komponenten enthalten. Langfristig wird damit eine Kontrolle der Rohstoffeinfuhren über eine Identitätsprüfung durchführbar sein, die strafrechtliche Konsequenzen für Unternehmen und Privatpersonen zur Folge haben könnten. Die Jusos bekräftigen die Einführung verbindlicher internationaler Regelungen und Schaffung einer entsprechenden Kontrollinstanz. Das gilt ebenso für P2F-Technologien und gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch andere alternative Antriebskonzepte, neben dem Elektromotor, vor allem in der aktuell beginnenden Transformationsphase, eine klare Daseinsberechtigung als auch – Notwendigkeit haben. Auch diese Konzepte wollen wir daher ergänzend fordern und fördern.
- 431 Die Arbeit aller Beteiligten am Herstellungsprozess aller für die Elektromobilität notwendiger Mittel muss fair vergütet sein. Gute Arbeitsbedingungen vor allem in den Abbaugebieten der für die Batterien notwendigen Ressourcen müssen garantiert werden, um das Wohl der ArbeiterInnen zu schützen und zugleich die Umwelt zu schonen. Deswegen sollen nur fair produzierte Batterien staatlich subventioniert werden

X Organisationspolitik

X Organisationspolitik

X7	Hamburg	Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!	84
----	---------	---	----

X7

Titel	Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!
AntragstellerInnen	Hamburg

Schluss mit willkürlichen Kooptierungen – Juso- Bundesvorstand demokratisieren!

- 1 Der Juso-Bundeskongress fordert den Juso-Bundesvorstand auf, neben Vertreter*innen der Juso-Schüler*innen, der Juso-Hochschulgruppen und von IUSY und YES hinaus nur unter den folgenden Voraussetzungen
- 2 Kooptierungen in den Juso-Bundesvorstand vorzunehmen:
- 3
- 4 1. Die Kooptierung ist auf der Website der Jusos zu veröffentlichen.
- 5 2. Die Landesverbände sind vom Bundesvorstand über die erfolgte Kooptierung per E-Mail zu informie-
- 6 ren.
- 7 3. Bei den oben genannten Informationsvorgängen ist eine Begründung für die Kooptierung und die Funktion
- 8 der kooptierten Person anzugeben.

Z Initiativanträge

Z Initiativanträge

Z1	Projektgruppe „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0“ über Bundesvorstand	Kapitalismus 4.0: Same shit, different number	86
Z2		Hört die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen	99
Z3		#nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD	106
Z4	Thüringen, Bundesvorstand, NRW, Sachsen, Bayern, Berlin, Hessen-Süd	Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!	109
Z5	Hessen-Nord	Resolution – Für eine Reform	110

Z1

Titel	Kapitalismus 4.0: Same shit, different number
AntragstellerInnen	Projektgruppe „Arbeit 4.0 und Wirtschaft 4.0“ über Bundesvorstand

Kapitalismus 4.0: Same shit, different number

1 Die Welt verändert sich unübersehbar. Sie ist im Wandel, wie schon so häufig. Der aktuelle Wandel wird land-
 2 auf, landab unter dem Schlagwort „4.0“ diskutiert. Kern dieses Wandels ist der Wandel der Arbeitswelt, der sich
 3 auch maßgeblich in der Digitalisierung ausdrückt. Die Digitalisierung wird häufig als sogenannter Megatrend
 4 bezeichnet und wird viele Bereiche des alltäglichen Lebens umfassen und verändern. Wir reden mittlerweile
 5 wie selbstverständlich von Arbeit 4.0, Industrie 4.0 oder Wirtschaft 4.0, doch die tiefgreifenden strukturellen
 6 Veränderungen der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftswelt bleiben dabei trotzdem meist im Ungewissen. Die
 7 4.0-Debatte stellt somit eine politische und diskursiv umkämpfte Herausforderung dar und bietet damit zu-
 8 gleich aber auch eine Chance zum politischen Fortschritt. Wir Jusos sind uns dieser Verantwortung bewusst
 9 und wollen die Debatte nutzen, um unsere Sichtweise auf die Veränderungsprozesse darzustellen und hier-
 10 aus Schlüsse zu ziehen, die den politischen Wandel und Fortschritt in Richtung einer emanzipatorischen und
 11 gerechten Gesellschaft voranbringt.

12 Kapitalismus 4.0 bleibt Kapitalismus!

13 Zur Realität des Wandlungsprozesses gehört für uns, dass auch eine in Teilen transformierte, sich als 4.0-
 14 Wirtschaft darstellende Produktionsweise eine zutiefst kapitalistische bleibt. Der Widerspruch zwischen Kapi-
 15 tal und Arbeit bleibt bestehen, wie weitere dem Kapitalismus innewohnende Ausbeutungsverhältnisse. Der
 16 unter der 4.0-Diskussion gefasste Wandel vollzieht sich bislang unter kapitalistischen Voraussetzungen und
 17 stellt sich somit als eine neue Gestalt des Kapitalismus dar, der zum Teil alte Widersprüche aufbricht, zugleich
 18 aber neue Abhängigkeiten schaffen wird, wie das Beispiel „Home-Office“ zeigt. So ist die Überwindung des
 19 Gegensatzes zwischen Arbeit und Familie einerseits einer neuen Form der Entgrenzung der Arbeitszeit gegen-
 20 über zu stellen. Eine Einordnung der sich derzeit vollziehenden Veränderungen und die politische Bewertung
 21 solcher Prozesse bedarf deshalb der vorangestellten Analyse der aktuellen Gesellschaftsformation und ihrer
 22 wirtschaftlichen Struktur- und Kontextbedingungen. Nur wenn wir den gesamten Wirtschaftsprozess im Ge-
 23 samten verstehen, können wir ihn auch im progressiven Sinne verändern.

24 Technisch-industrielle Revolutionen im Kapitalismus

25 In der Wirtschaftsgeschichte werden technische Weiterentwicklungen gerne als „industrielle Revolutionen“
 26 bezeichnet. Inwiefern sich eine solche Begriffswahl für die mit ihnen beschriebenen Veränderungsprozesse
 27 wirklich eignet, soll hier nicht abschließend geklärt werden, zumindest aber darauf verwiesen werden, dass es
 28 sich im eigentlichen Sinne eher um längerfristige Evolutionen handelt. Drei solcher Evolutionsschübe werden
 29 in der Historie des modernen Kapitalismus beschrieben: Die technische Industrialisierung Mitte des 18. Jahr-
 30 hunderts, die Elektrifizierung der Produktion und die weitere Etablierung von Massenproduktionsprozessen
 31 seit dem 19. Jahrhundert und die beginnende Rationalisierung und Automatisierung durch aufkommende IT
 32 und Elektronik-Technologie im 20. Jahrhundert.

33 An solche Entwicklungen anschließend, wird unter Digitalisierung ein vierter Evolutionsschritt beschrieben,
 34 der ebenso wie die vorherigen Entwicklungsstadien die Produktionsverhältnisse nachhaltig verändern wird.
 35 Dies stellt die technische Seite der Veränderungen dar, welche auch wir Jusos als positiv bewerten. Der Blick
 36 nur auf die technische Seite vernachlässigt aber allzu oft die menschliche Seite des Fortschritts. Es sind noch
 37 immer die Menschen, die den Fortschritt in der Produktivität hervorbringt, auch wenn UnternehmerInnen
 38 ein Interesse daran haben, die wichtige Rolle ihrer Beschäftigten in den Produktivitätsentwicklungen zu un-
 39 terschlagen. Wir sind auch davon überzeugt, dass durch den technischen Fortschritt und insbesondere die

40 Digitalisierung Wertschöpfungsprozesse nachhaltiger gestaltet, Arbeitsprozesse stärker humanisiert, indem
41 schwere und gefährliche Arbeiten nicht mehr von Menschen durchgeführt werden müssen und durch zuneh-
42 mende Automatisierung im Einklang mit Arbeitszeitverkürzungen neue Lebensperspektiven eröffnet werden
43 können. Dies kann die positive Seite der Veränderungen darstellen, deren Erreichung unser Ziel ist. Damit
44 positive Effekte nicht ins Gegenteil verkehrt werden, bedarf es zugleich einer politischen Absicherung.

45 Insbesondere zum Bereich der Arbeitswelten 4.0 haben wir bereits auf dem letzten Bundeskongress einen
46 umfassenden Antrag beschlossen, der genau einem solchen Anspruch verpflichtet war. Unser Fokus in die-
47 sem Jahr liegt auf der übergeordneten Ebene, also den grundsätzlichen Bedingungen eines neuen „digitalen“
48 Akkumulationsregimes, der Organisation des Wirtschaftslebens unter digitalen Vorzeichen, und seiner not-
49 wendigen Regulation durch politische Maßnahmen.

50 Vom Fordismus zur wettbewerbsstaatlichen Regulationsweise

51 In der Politischen Ökonomie werden Regulationsmodi zur polit-ökonomischen Einordnung kapitalistischer
52 Produktionsphasen beschrieben. Dabei lässt sich historisch zwischen dem vorindustriellen Kapitalismus, dem
53 Manchester-Kapitalismus, dem Fordismus und dem Post-Fordismus unterscheiden. Jede dieser Phasen ist ge-
54 kennzeichnet von einem spezifischen Modus der Akkumulation und Regulation.

55 Prägend für unser heutiges Regulationsverständnis ist immer noch der Bezug auf die Phase des Fordismus,
56 der zugleich als eine Phase des „gezügelmten“ Kapitalismus auch heute noch für viele SozialdemokratInnen ein
57 Regulationsleitbild und die Referenzgröße darstellt. Der Fordismus war geprägt von starken Gewerkschaften,
58 die in Zeiten von Massenproduktion und -konsum durch sozialpolitische Kämpfe ein breites Feld sozialer Absi-
59 cherungen erreichen konnten. Es herrschte ein spezifischer Interessensausgleich zwischen Kapital und Arbeit,
60 auch wenn dieser die innerkapitalistischen Widersprüche nur vordergründig überspielen konnte. Durch die
61 Stellung des Staates als wichtigen wirtschaftspolitischen Akteur und Regulator kann der Fordismus als Phase
62 keynesianisch-kooperativer Regulation in Form einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gekoppelt
63 mit einer starken Sozialpartnerschaft gelten.

64 Mit den Krisenerscheinungen der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde der Fordismus sukzessive durch ei-
65 ne neue Regulationsform ersetzt, welche unter Post-Fordismus gefasst wird. Kennzeichnend hierfür ist der
66 Umschwung zu einem wettbewerbsstaatlichen Regulationsmodus, der im Zeichen des aufkommenden Neo-
67 liberalismus steht. Im Zentrum der Veränderungen standen auf wirtschaftspolitischer Seite die Öffnung der
68 Kapital- und Finanzmärkte (und mit ihr verbunden die sog. Finanzialisierung weitreichender gesellschaftlicher
69 Funktionsbereiche) und somit die Wandlung der auf Massenkonsum und Massenproduktion ausgerichteten
70 Akkumulationsstrategie des Fordismus zugunsten eines finanzmarktdominierten Kapitalismus. Auf sozialpo-
71 litischer und regulatorischer Seite ging der Post-Fordismus mit der Lockerung sozial- und arbeitsmarktpoli-
72 tischer Standards einher, die zu einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen
73 geführt hat. All dies im Sinne des neoliberalen Dogmas der Liberalisierung, Privatisierung und Ökonomisie-
74 rung und seines Leitbilds des „starken Marktes“. Marktbasierter Regulation wurde jener staatlichen Regulation
75 vorgezogen, die noch das Bild des Fordismus prägte.

76 Eingebunden sind die Entwicklungen des Post-Fordismus dabei in starke inter-, trans- und insbesondere in
77 Europa auch supranationale Struktur(veränderung)en. So ist es auch ein Resultat der Eingebundenheit in den
78 europäischen Integrationsprozess, der die Entwicklungen hin zum wettbewerbsstaatlichen Regulationsmodus
79 beschleunigte. Durch den negativen, auf marktschaffende Integration zielenden Entwicklungspfad wurde bei
80 gleichzeitig nur randständig umgesetzter positiver, regulationsschaffender Integrationsschritte eine Dynamik
81 geschaffen, die die post-fordistischen Entwicklungen begünstigte. Das Leitbild der Wettbewerbsstaatlichkeit
82 (s. bspw. Lissabon-Strategie, Europe 2020 oder Global Europe u. ä.) wurde tief in die mitgliedstaatlichen Re-
83 gulationszusammenhänge eingeschrieben. Dieses regulatorischen Zusammenhangs müssen wir uns bewusst
84 sein, wenn wir die nun anstehenden Strukturveränderungen für eine progressive Politik zur Überwindung
85 herrschender Paradigmen nutzen wollen.

86 Auf dem Weg zum Digitalismus?

87 Die Digitalisierung des Wirtschaftens schreitet weiter voran. Automatisierung und neue Produktionstechno-
88 logien verändern den Industriesektor in den nächsten Jahren und Jahrzehnten strukturell. Diese Entwicklung
89 wird auch vor dem Dienstleistungssektor nicht haltmachen. Wir sehen also sich verändernde Akkumulations-
90 bedingungen, auf die wir mit neuen bzw. angepassten Formen der Regulation politisch reagieren müssen. Da-

91 bei bieten die aktuellen Entwicklungen zugleich die Möglichkeit, mit Fehlern der Vergangenheit, insbesondere
92 des Post-Fordismus aufzuräumen. Wir sehen die 4.0-Entwicklungen deshalb als Chance für einen neuen digi-
93 talen Regulationsmodus, den wir nachfolgend an einigen Beispielen konkret beschreiben wollen. Als progres-
94 sive Kraft wollen wir unseren Beitrag zur neuen Regulationsphase des Digitalismus leisten, die nach unserer
95 Überzeugung auf einer starken europäischen Säule fußen muss, um die fehlgeleiteten Strukturen des postfor-
96 distischen, finanzmarkt-dominierten Kapitalismus effektiv überwinden zu können. Darüber hinaus wollen wir
97 Potentiale diskutieren und nutzen, die über die bestehende kapitalistische Wirtschaftsstruktur hinausweisen
98 können.

99 1. Wachstum 4.0

100 Unsere Produktionsweise, also die Erstellung von Gütern und Dienstleistungen, ist bisher untrennbar mit der
101 Vernichtung endlicher, natürlicher Ressourcen verbunden. Das Wachstum, also die Steigerung der Produkti-
102 on, der letzten Jahrzehnte und Jahrhunderte war untrennbar verbunden mit einer Steigerung des Ressour-
103 cenverbrauchs. Unsere Lebensgrundlage, die natürlichen Ressourcen der Erde, ist mittlerweile in einem fast
104 lebensbedrohlichen Ausmaß verbraucht. War es in der Vergangenheit üblich gesellschaftliche Verteilungsfra-
105 gen durch anhaltendes, auf steigende Ressourcennutzung basiertes Wachstum zu verschleiern, so stellt sich
106 nun mit Blick auf die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde[1] die Frage, welche Rolle Wachstum in der
107 Wirtschaft 4.0 und in darüber hinausgehenden Zukunftsformen wirtschaftlichen Handelns einnehmen soll
108 und kann.

109 Zur Beantwortung dieser Frage stehen sich zwei Ansätze gegenüber. Auf der einen Seite besteht die Idee
110 durch technologischen Fortschritt die bereits existierende relative Entkopplung von Ressourcenverbrauch und
111 Wachstum zu einer absoluten Entkopplung dieser Faktoren fortzuführen und dadurch nachhaltiges Wachs-
112 tum zu generieren. Auf der anderen Seite steht die Auffassung, dass ein gesellschaftlicher und systematischer
113 Umschwung allen wirtschaftlichen Handelns im Sinne einer Postwachstumsökonomie die notwendige Konse-
114 quenz darstellt.

115 Für uns Jusos ist dabei klar, dass es nicht zielführend ist an dieser Stelle eine schwarz/weiß-Debatte zu führen,
116 sondern im Sinne einer kritischen Reflexion beide Ansätze in einen jungsozialistischen Lösungsweg einzubezie-
117 hen. So ist es auf der einen Seite richtig, dass sich gerade im Prozess hin zum Digitalismus in einem kaum vor-
118 stellbaren Maße Innovationskräfte entfalten werden, welche zur fortschreitenden Entkopplung von Wachstum
119 und Ressourcenverbrauch genutzt werden müssen. Es muss Aufgabe linker und zukunftsorientierter Politik
120 sein an dieser Stelle anzusetzen. Hierfür gilt es im Zuge einer aktiven Wissenschaftspolitik Rahmenbedingun-
121 gen für die Entwicklungen entsprechender Technologien zu schaffen sowie wirtschaftliche Anreize und Förde-
122 rungen, aber auch gesetzliche Verpflichtungen zur Verwendung dieser im Wirtschaftsleben zu setzen. Auf der
123 anderen Seite kann es aus unserer Sicht jedoch nicht richtig sein, sich auf die vollständige Entkopplung durch
124 technologischen Fortschritts zu verlassen, da jeder technologische Fortschritt immer mit nur schwer prognos-
125 tizierbaren Reboundeffekten verbunden ist. Deswegen ist es auch richtig alte Wachstumsmuster kritisch zu
126 hinterfragen und neu zu denken. Auch wenn eine vollständige Absage an jegliche Formen von Wachstum zum
127 derzeitigen Zeitpunkt illusionär erscheint, lässt sich feststellen, dass die derzeitige Art des Wirtschaftens an
128 vielen Stellen gesellschaftlichen und ökologischen Schaden verursacht.

129 Beispielhaft hierfür ist, dass unser kapitalistisches, auf Wettbewerb und Wachstum basierendes Wirtschaftss-
130 ystem weder in der Lage ist, die reproduktiven Kräfte der Natur noch menschliche Reproduktionsarbeit als
131 Wert abzubilden. Auf Ebene der natürlichen Reproduktionsprozesse können hierdurch Externalitäten nicht
132 in die Preisbildung der Ware einbezogen werden. Somit werden ökologische Schäden, die bei der Produkti-
133 on einer Ware entstehen, zum einen nicht als Kosten der Unternehmen kapitalisiert und zum anderen der
134 Gesellschaft aufgebürdet.

135 Auf Ebene menschlicher Reproduktionsarbeit führt die mangelnde Abbildung durch die ungleiche Verteilung
136 von Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern zu einer Benachteiligung von weiblich sozialisierten In-
137 dividuen im wirtschaftlichen Alltag und einer Verfestigung bereits bestehender geschlechtsspezifischer Diskri-
138 minierungsmuster.

139 Selbiges gilt für Steigerungen des BIP, die auf Grund stagnierender Reallöhne über die Verschuldung breiter
140 Bevölkerungsschichten oder Außenhandelsüberschüsse finanziert werden und somit zur Verarmung dieser
141 Gruppen und gleichzeitiger Entstehung gesellschaftlich höchst gefährlicher Finanzblasen führen.

142 Für uns ist jedoch klar, dass die Kritik solcher veralteten Wirtschaftsweisen nur im gesamtgesellschaftlichen
143 und politischen Kontext zu langfristigen und nachhaltigen Lösungen führen kann. Zwar gilt es Rahmenbedin-
144 gungen zu schaffen, die die Ausübung ökologischer und alternativer Lebensstile ermöglichen, aber auch im
145 Kapitalismus 4.0 wird der vermeintliche Ausstieg aus den vorherrschenden Produktionsbedingungen immer
146 nur einer kleinen Gruppe privilegierter Individuen möglich sein. Für den Großteil der Weltbevölkerung hinge-
147 gen bleibt die Frage wirtschaftlichen Wachstums eng verknüpft mit der Frage dauerhafter Wohlstandssteige-
148 rungen. Eine dauerhafte Lösung dieses Konflikts zwischen Ressourcenverbrauch und dem Bedürfnis großer
149 Teile der Weltbevölkerung, ihren Wohlstand zu steigern, ist nur auf politischem Wege möglich.

150 Deswegen ist für uns Jusos ist klar, dass die Produktivitätsgewinne, die durch Wirtschaft 4.0 erwirtschaftet
151 werden, im Sinne einer Steigerung gesellschaftlichen Wohlstands verwendet werden müssen. Wohlstand setzt
152 sich in diesem Zusammenhang für uns, wie wir bereits im Jahr 2015 beschlossen haben, aus folgenden nicht
153 abschließenden Faktoren zusammen:

- 154 • Arbeit
- 155 • Bildung
- 156 • Erhalt der Umwelt
- 157 • individuelle und gesellschaftliche Freiheit
- 158 • Geschlechtergerechtigkeit
- 159 • Gesundheit
- 160 • Konsummöglichkeiten
- 161 • Kultur- und Freizeitmöglichkeiten
- 162 • Mobilität
- 163 • politische und gesellschaftliche Stabilität
- 164 • Wohnraum und das damit verbundene Lebensumfeld

165 Für uns Jusos steht weiterhin fest, dass die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde eine absolute Haltelinie
166 wirtschaftlichen Handelns darstellen. Es ist die Aufgabe einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik sicherzu-
167 stellen, dass zukünftiges Wirtschaften nur innerhalb dieser Grenzen stattfindet. Hierfür bedarf es klarer und
168 strikt kontrollierter Begrenzungen des Ressourcenverbrauchs bei der Produktion von Waren und dem Darbie-
169 ten von Dienstleistungen. Auch Modelle zur Kapitalisierung ökologischer Externalitäten in den Unternehmen
170 (wie z.B. CO2-Zertifikate) kommen hierbei in Frage, sofern diese die tatsächlichen ökologischen Schäden in der
171 Unternehmensbilanz realistisch abbilden.

172 Zusammenfassend darf ein Wachstum 4.0 somit nur ein Wachstum sein, das weder auf einer fortschreitenden
173 Ausbeutung des Produktionsfaktors Arbeit noch auf einer Ressourcennutzung über die ökologischen Belas-
174 tungsgrenzen der Erde hinaus basiert und welches zum Zwecke der Steigerung des globalen Wohlstands dient,
175 soweit dieses nicht bereits durch Produktivitätssteigerungen ausreichend erhöht wird. Dies wird aber in einem
176 kapitalistischen Wirtschaftsmodell nicht möglich sein. Auch deswegen gilt es dieses durch den demokratischen
177 Sozialismus zu ersetzen.

178 1. **Plattform- & Share-Economy**

179 In den letzten Jahrzehnten haben sich neue Formen des Arbeitens und Wirtschaftens entwickelt. Im Zuge
180 der weltweit einfacheren Vernetzungsmöglichkeiten entwickeln sich digitale Plattformen, auf denen sowohl
181 Dienstleistungen als auch Waren angeboten werden. Die Bereitstellung der Produktionsmittel ebenso wie das
182 unternehmerische Risiko werden dabei so weit wie möglich auf die Beschäftigten abgewälzt. Solche Formen
183 des Wirtschaftens werden auch unter den Begriffen Plattform- oder Sharing Economy diskutiert.

184 Sharing Economy ist nicht gleich Teilen. Teilen ist für uns eine nicht-gewerbliche Transaktion, die in der volks-
185 wirtschaftlichen Gesamtbilanz nicht abgebildet wird. „Teilen“ gegen Bezahlung in der Sharing Economy hinge-
186 gen ermöglicht die Nutzung von Gütern oder Dienstleistungen, die insbesondere GeringverdienerInnen und

187 Nichterwerbstätige aufgrund der hohen Anschaffungskosten ansonsten nicht erwerben können. Dadurch ent-
188 stehen aber ein höheres Abhängigkeitsverhältnis und eine geringere ökonomische Absicherung auf Seiten der
189 NutzerInnen und (teilweise) den Bereitsteller*innen.

190 Es ist nicht neu, dass Menschen privat und (un-) kommerziell Güter oder Arbeit teilen. Neu ist aber, dass die-
191 ses „Teilen“ über Plattformen über das Netz vermittelt werden kann und mit einem kommerziellen Interesse
192 betrieben wird.

193 Der so genannte Plattform-Kapitalismus fügt der klassischen Struktur von Angebot und Nachfrage eine dritte
194 Komponente, die Plattform, bei. Diese Plattform bildet eine vermittelnde Schnittstelle zwischen AnbieterInnen
195 und KundInnen. Daher resultiert auch eine zusätzliche Entfremdung dieser.

196 Plattformen erlangen durch zwei wesentliche Effekte eine starke marktbeherrschende Position bis hin zu voll-
197 ständigen Monopolstellungen. Ihre fast ausschließlich digitalen Strukturen haben zur Folge, dass die Kosten
198 für Plattformen von ihrer Reichweite nahezu unabhängig sind, somit ist es möglich, eine breite Masse kosten-
199 günstig zu erreichen.

200 Eine hohe Zahl von NutzerInnen dieser Plattform macht sie zusätzlich attraktiv. AnbieterInnen erreichen mehr
201 potentielle KundInnen.

202 Dadurch kommt es zu massiven Verschiebungen der Machtverhältnisse. Da die Plattformen große Verhand-
203 lungsmacht besitzen, können sie Bedingungen, Qualitätsstandards und Preise diktieren.

204 Neben dem Angebot von Gütern und Dienstleistungen wird auf Plattformen auch Arbeitskraft angeboten. Auf-
205 träge werden auf Plattformen ausgeschrieben, welche von scheinbar Selbstständigen ausgeführt werden kön-
206 nen. Arbeitsrechtliche Standards werden somit umgangen. Es wird Wettbewerb um das beste Angebot ge-
207 schaffen. Das Unternehmensrisiko wird nicht von den Plattformen getragen. Diese neuen Formen der Be-
208 schäftigung bringen neue Herausforderungen und bedürfen einer Anpassung der modernen Sicherungssys-
209 teme und der Haftung.

210 Gig-Working

211 Gig-Work bezeichnet orts- und personengebundene Dienstleistungen, die über Online-Plattformen vermittelt
212 werden. Bezahlt wird der einzelne Gig – die einzelne Arbeitsleistung. Dabei handelt es sich beispielsweise
213 um Reinigungs- und Lieferdienste, Handwerksleistungen, Gastgewerbe oder Personenbeförderungen. Die Tä-
214 tigkeiten sind an sich nicht neu, dafür aber die Vermittlung über Plattformen und ihre Auswirkungen. Diese
215 können sich positiv gestalten, zum Beispiel durch eine Eindämmung des Schwarzmarktes, wo früher unter
216 der Hand vermittelt wurde und jetzt öffentliche Plattformen genutzt werden. Auf der anderen Seite entstehen
217 neue Probleme.

218 Aufgrund des hohen Körper- und Materialeinsatzes sind die individuellen Risiken für die Gig-WorkerInnen
219 noch höher als bei Cloud- und Crowd-Work, wo Arbeitsunfälle, Verkehrsunfälle, Übergriffe, Diebstähle und
220 Sachbeschädigung keine Rolle spielen. Genannte Risiken tragen die Anbieter*innen dieser Dienstleistungen
221 als scheinbar selbstständige zumeist selbst. Diesen erhöhten Risiken soll durch Identifizierung der Dienst-
222 leisterInnen und VerbraucherInnen, sowie durch ein Bewertungssystem entgegengewirkt werden. Dies bringt
223 wiederum mit sich, dass hochsensible persönliche Daten gesammelt werden und ständige Überwachung, zum
224 Beispiel durch Auswertung von Bewegungsprofilen möglich wird. Das ist ein großer Unterschied zu den Cloud-
225 und Crowd-WorkerInnen.

226 Lösungsvorschläge müssen sich an den branchenspezifischen Herausforderungen orientieren. Wo Dienstleis-
227 tungen persönlichen Kapitaleinsatz, beispielsweise in Form eines Autos oder von Werkzeug, erfordern, sind die
228 Plattformen genossenschaftlich zu organisieren. Rechtsfreie Räume sind zu regulieren und Gig-WorkerInnen
229 besser abzusichern. Der Begriff der Scheinselbstständigkeit ist auszuweiten und den neuen Bedingungen an-
230 zupassen. So reicht es nicht mehr aus, allein die Anzahl der AuftraggeberInnen als Kriterium zugrunde zu legen.
231 Gig-WorkerInnen, die ihre Aufträge ausschließlich über eine Plattform beziehen, sind ebenfalls scheinselfst-
232 ständig. Plattformen müssen in diesen Fällen dazu verpflichtet werden, diese Gig-WorkerInnen festanzustellen
233 und damit das unternehmerische Risiko zu tragen.

234 Weiterhin ist je nach Gewerbe zu überprüfen, ob bestehende Gesetze und Verordnungen auch auf die neuen
235 Plattformen anzuwenden oder gegebenenfalls anzupassen sind. Dies gilt zum Beispiel für Gesundheits- und
236 Hygieneverordnungen ebenso wie für Beförderungslizenzen. Das Format des Gigworking betrifft zudem viele

237 Frauen und kann als Chance wahrgenommen werden. Dies gilt es zu berücksichtigen und in alle Überlegungen
238 einzubeziehen.

239 Cloudworking

240 Unter Cloudworking verstehen wir die ortsunabhängige, durch digitale Plattformen vermittelte Arbeit. Sie
241 zeichnet sich dadurch aus, dass sie im Gegensatz zum Gigworking an jedem Ort auf der Erde verrichtet werden
242 kann. Dabei wird weiterhin differenziert zwischen dem personengebunden Freelancing und dem personen-
243 ungebundenen Crowdworking. In den unterschiedlichen Bereichen stellen sich unterschiedliche Herausforde-
244 rungen, die es einzeln zu betrachten gibt.

245 Freelancing ist ein sehr heterogener Bereich, der in erster Linie hochspezialisierte und zeitintensive Tätigkei-
246 ten für wechselnde AuftraggeberInnen umfasst. Der Begriff umfasst Tätigkeiten, die einer klassischen Selbst-
247 ständigkeit inkl. Soloselbstständigkeit entsprechen. Besonders im Bereich der Soloselbstständigkeit besteht
248 aufgrund der Struktur der Auftragsvergabe über digitale Plattformen ein sehr hohes Potential für soziale Ver-
249 werfungen. Problematisch wird es insbesondere dann, wenn das Geschäftsmodell klassische Beschäftigungs-
250 verhältnisse ersetzt und Selbstständige hauptsächlich für eineN AuftraggeberIn wiederkehrende Aufgaben
251 erfüllen. Hier wird das unternehmerische Risiko durch die Plattform auf die effektiv abhängig Beschäftigten
252 verlagert.

253 Gleichzeitig gibt es im Dreiecksverhältnis auf stark konzentrierten, oligopolistischen Märkten zwischen Auf-
254 traggeberInnen und AuftragnehmerInnen sowie der Plattform ein stark asymmetrisches Machtgefälle zugun-
255 sten der Plattform. Die vermittelnden Unternehmen bürden die Vermittlungsgebühren mehrheitlich den Auf-
256 tragnehmerInnen auf. Dies ist deshalb möglich, weil diese in einem stärkeren Abhängigkeitsverhältnis stehen
257 als die AuftraggeberInnen. Aus demselben Grund ist es dem Unternehmen möglich, repressive Maßnahmen
258 zur Kontrolle der Arbeitsleistung einzufordern. Die AuftragnehmerInnen müssen detaillierte Arbeitsprotokolle
259 vorweisen. So wird beispielsweise im digitalen Bereich regelmäßig ihr Desktop auf Arbeitsfortschritte doku-
260 mentiert, zum Teil wird sogar durch Zugriff auf die WebCam die Präsenz der AuftragnehmerInnen minütlich
261 kontrolliert.

262 Die zweite Erscheinungsform, das sogenannte Crowdworking, lässt sich wiederum in zwei verschiedene Aus-
263 prägungsformen unterscheiden. Beim „Microtasking“ werden Arbeitsprozesse in Klein- und Kleinstteile geglie-
264 dert, bis nur noch simpelste Arbeitsaufträge verbleiben, die zur Erledigung an eine Vielzahl an Auftragnehme-
265 rInnen übergeben werden. Für diese ist dann im Regelfall nur noch schwer ersichtlich, in welcher Beziehung ihr
266 Beitrag zur Fertigstellung des Endprodukts steht. Microtasking ist in hohem Maße internationalisiert und wird
267 häufig in Niedriglohnländer ausgelagert. Bewertungssysteme und Ranglisten fördern die Konkurrenz zwischen
268 den Solo-Selbstständigen und sollen so ihre Leistung steigern und die Preise drücken. Da jederzeit ein gro-
269 ßes Maß an potentiellen AuftragnehmerInnen zur Verfügung steht und es keiner besonderen Qualifizierung
270 bedarf, entsteht so ein Heer aus sozial nicht abgesicherten, digitalen TagelöhnerInnen. CrowdworkerInnen
271 bewegen sich in der Regel am unteren Ende der Lohnskala. Die Motivation der CrowdworkerInnen an Selbst-
272 organisation zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen ist aufgrund des Systems gering ausgeprägt. Für eine
273 Gruppe ist Crowdworking lediglich eine Nebentätigkeit, für die es sich nicht lohnt sich zu organisieren, für
274 die andere Gruppe ist es eine Haupttätigkeit, die durch stärkere Regulierung potentiell bedroht sein könnte.
275 Darüber hinaus wirkt der starke Konkurrenzdruck unter den Solo-Selbstständigen entsolidarisierend.

276 Im Unterschied zum Freelancing besteht keine Prozesskontrolle, die CrowdworkerInnen im Bereich Microtas-
277 king bleiben anonym, lediglich das fertige Gewerk ist entscheidend. CrowdworkerInnen werden als Teil einer
278 komplexen Maschine, als „Humans as a Service“ betrachtet. Die Crowd als solches wird als „letzte Meile der Au-
279 tomatisierung“ bezeichnet. Alle CrowdworkerInnen unterliegen einem dauerhaften Leistungsdruck. Der über-
280 wiegende Teil ihrer Arbeitsplätze könnte zukünftig einfach wegrationalisiert bzw. von intelligenten, digitalen
281 Systemen ersetzt werden.

282 Die zweite Ausprägung des Crowdworkings ist der sogenannte „Kreativwettbewerb“. Anders als beim Microtas-
283 king suchen die AuftraggeberInnen hier die bestmögliche Lösung für ein umfangreicheres und komplexeres
284 Problem. Das Prinzip des Kreativwettbewerbs basiert auf der Ausschreibung einer zu erledigenden Aufgabe,
285 die dann von verschiedenen AuftragnehmerInnen gleichzeitig anhand eigener Lösungswege bearbeitet wird.
286 Der/die AuftragnehmerIn wählt am Ende aus allen eingereichten Lösungsvorschläge aus und vergütet nur die
287 aus seiner Sicht beste Lösung. Alle anderen erarbeiteten Vorschläge werden nicht vergütet. Auch Crowdwor-
288 kerInnen, die sich am Kreativwettbewerb beteiligen, bewegen sich häufig am unteren Ende des Lohngefüges.

289 Teilweise wird bis zu 50% des gezahlten Entgeltes von den Plattformen als Vermittlungsgebühr einbehalten.
 290 Darüber hinaus wird das gesamte unternehmerische Risiko auf sie abgewälzt. Die Methode des Kreativwettbe-
 291 werbs ist insbesondere dann problematisch, wenn von Seiten der AuftraggeberInnen systematisch Aufgaben
 292 auf Crowds ausgelagert werden. Ehemals gut gesicherte und fair entlohnte Arbeitsverhältnisse werden zur
 293 Risikobeschäftigung. Auch hier ist es wieder die vermittelnde Plattform, die über die Beschäftigungsbedingun-
 294 gen bestimmt und diese zu Ungunsten der AuftragnehmerInnen verschiebt.

295 Um die problematischen Folgen, die aus der Beschäftigung von CloudworkerInnen erwachsen, abzumildern,
 296 schlagen wir folgende Maßnahmen vor.

- 297 • CloudworkerInnen am Arbeitsplatz zu überwachen ist gesetzlich zu verbieten
- 298 • Es gilt das Prinzip: Wer bestellt, zahlt. Die Gebühren sind von den AuftraggeberInnen zu bezahlen.
- 299 • Offenlegung der Algorithmen zur Bewertung der CloudworkerInnen
- 300 • Eine transparente Gebührenstruktur.
- 301 • Die Plattformunternehmen müssen für ihre AuftragnehmerInnen jeweils eine Sozialkostenpauschale
 302 bezahlen, die der sozialen Absicherung der AuftragnehmerInnen dient. Durch Offenlegung der Ge-
 303 schäftszahlen an eine staatliche Stelle wird dies gewährleistet.
- 304 • Festsetzung einer Mindestvergütung von KreativwettbewerbberInnen, die die Ausschreibungskriterien
 305 erfüllen in Höhe von 30 % des Auftragswertes.
- 306 • Einführung eines Güte-Siegels für Cloud- und insbesondere Crowdworking-Plattformen, aus dem her-
 307 vorgeht, wie sich die Arbeitsbedingungen und die Entlohnungsstruktur gestalten
- 308 • Anpassung der ILO und der ILO-Arbeits- und Sozialstandards an die weltweiten Entwicklungen im Rah-
 309 men der Digitalisierung zum Schutz der CloudworkerInnen.
- 310 • Die Schaffung eines Online-Entsendegesetzes, welches – ähnlich wie die EU-Entsenderichtlinie die Min-
 311 deststandards für Beschäftigte festlegt, die Zeitweise in einem anderen Betrieb im Ausland mitarbeiten
 312 – die Verbesserung die Arbeitsstandards von Cloudworker*innen regelt. Das Online-Entsendegesetz
 313 muss sicherstellen, dass gleichwertige Arbeit am gleichen Ort auch gleich entlohnt wird. Die Kontrol-
 314 le muss den Staaten obliegen, in denen die Arbeit ausgeschrieben wird. Plattformen müssen zudem
 315 verpflichtet werden, sich an Arbeitsmaterial zu beteiligen.“

316 **III. Steuer- und Sozialstaat 4.0**

317 Die Auswirkungen der Digitalisierung im Kapitalismus 4.0 erfordern auch im Steuer- und Sozialsystem jung-
 318 sozialistische Antworten. Wir fordern, dass zukünftig Daten, die durch Unternehmen durch das Angebot ver-
 319 meintlich kostenfreier Dienstleistungen und Waren erworben und wie eine alternative Währung verwendet
 320 werden, versteuert werden. So müssen durch den Gesetzgeber Regelungen geschaffen werden, die klarstellen,
 321 dass derart erworbene Daten, in der Unternehmensbilanz als Wirtschaftsgut des betrieblichen Vermögens, al-
 322 so gewinnerhöhend, aufzuführen sind und derartige Austauschverhältnisse von Dienstleistungen oder Waren
 323 gegen Daten umsatzsteuerlich als sonstige Leistungen zu versteuern sind. Weiterhin ist auch eine generelle
 324 Besteuerung gewerblichen Datenabrufs denkbar.

325 Die Digitalisierung führt zugleich zu einem zunehmenden Steuerwettbewerb, da Produktionsprozesse digital-
 326 vernetzt und damit zum Teil ortsungebundener stattfinden können. Bereits heute erleben wir einen maßlo-
 327 sen Steuerwettbewerb, der selbst in der Europäischen Union skurrile Formen annimmt. Wir Jusos fordern
 328 daher die europäische Steuerunion zur Beendigung des Steuerwettbewerbs innerhalb der EU. Die Steuerunion
 329 zielt darauf, gemeinsame Bemessungsgrundlagen für die Unternehmensbesteuerung und die Angleichung der
 330 Steuersätze zu schaffen. Wir wollen die Steuerflucht in Europa verhindern, indem wir gemeinsame europäi-
 331 sche Institutionen schaffen. Wir sehen die europäische Steuerunion als Auftakt für eine globale Koordination
 332 zur effektiven Verhinderung von Steuerdumping und -flucht.

333 Neben den speziellen steuerpolitischen Herausforderungen der Digitalisierung sehen wir Jusos in der aktuel-
 334 len Diskussion auch die Chance, bisherige steuerpolitische Forderungen zu bekräftigen. Insbesondere um die
 335 Fehlentwicklungen der post-fordistischen Ära zu beheben. Hierzu zählen für uns insbesondere das Bekenntnis
 336 zur Vermögens- und Erbschaftssteuer und der Forderung nach einer Darüber hinaus fordern wir eine weitere

337 Staffelung und Erhöhung der Steuersätze bei höheren Einkommen unter bestmöglicher Berücksichtigung der
338 kalten Progression.

339 Wahrscheinlich stärker als das Steuersystem steht der Sozialstaat vor spezifischen Digitalisierungsherausfor-
340 derungen. Bereits im letztjährigen Antrag zu den Arbeitswelten 4.0 und mit dem Antrag zur Arbeitsversiche-
341 rung von 2014 haben wir deshalb wichtige und richtungsweisende sozialpolitische Forderungen beschlos-
342 sen. Hierüber hinaus denken wir, dass wir im Kontext des Digitalismus über eine neue Art der Finanzierung
343 der Sozialversicherungssysteme nachdenken müssen. So stehen wir vor der Herausforderung bspw. Solo-
344 Selbstständige und Click-WorkerInnen angemessen in die Sozialsysteme zu integrieren und andererseits den
345 Faktor Arbeit zu entlasten. Wir sprechen uns explizit gegen das Modell einer stärkeren Steuerfinanzierung der
346 Sozialversicherungen aus. Wir fordern stattdessen, den Arbeitgeberanteil der Sozialversicherung in Zukunft
347 an der Bruttowertschöpfung des entsprechenden Unternehmens zu berechnen, um die Finanzierungsbasis
348 der Sozialversicherungen zu verbreitern, den Faktor Arbeit zu entlasten und übermäßigen Rationalisierungs-
349 tendenzen vorzubeugen. Die Arbeitnehmeranteile sollen nach wie vor am Einkommen des Versicherten be-
350 rechnet werden. Die Umstellung des Systems auf eine solche Bruttowertschöpfungsabgabe wird zwar im Kern
351 die paritätische Finanzierung des Sozialversicherungssystems auflösen, aber im Endeffekt die Finanzierungs-
352 last zugunsten der ArbeitnehmerInnen verschieben. Besonders im arbeitsintensiven Dienstleistungsbereich,
353 in welchem im besonderen Maße Menschen weiblicher Sozialisierung tätig sind, wird dies zu erheblichen Ent-
354 lastungen führen. Bei der Bruttowertschöpfungsabgabe ist darauf zu achten, dass Unternehmen die Mög-
355 lichkeit genommen wird, ihre Wertschöpfung über internationale Konzernstrukturen und Lizenzenhandeln
356 künstlich kleinzurechnen. Die Paradise Papers haben gezeigt, dass sich internationale Konzerne in extrem
357 wettbewerbsverzerrender Weise der nationalen Steuergesetzgebung entziehen. Die Bruttowertschöpfung der
358 Unternehmen soll deswegen an der weltweiten Bruttowertschöpfung des Gesamtkonzerns gemessen werden,
359 die anhand der nationalen Umsatzzahlen heruntergebrochen wird. Somit kann gewährleistet werden, dass die
360 Steuern auch da gezahlt werden, wo die Gewinne anfallen. Bezüglich der konzernweiten Bruttowertschöpfung
361 soll die Konzerne eine Offenlegungspflicht treffen. Kommen die Unternehmen dieser Pflicht nicht nach, soll
362 die Bruttowertschöpfung geschätzt und die Unternehmen mit zusätzlichen Strafzahlungen sanktioniert wer-
363 den.

364 Der Sozialstaat 4.0 ist in unserer Vorstellung ein System der BürgerInnenversicherungen. Zur Entlastung der
365 ArbeitnehmerInnen wollen wir die Beitragsbemessungsgrenzen abschaffen. Durch die breitere Finanzierungs-
366 basis können die Arbeitnehmerbeiträge gesenkt und somit kleinere und mittlere Einkommen entlastet wer-
367 den. Flankiert wird das BürgerInnenversicherungsmodell durch eine sanktionsfreie Grundsicherung.

368 Die BürgerInnenversicherung in der Rente muss durch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze insge-
369 samt zu einer Erhöhung des Rentenniveaus führen. Wir Jusos setzen auf eine Mindestrente zur Sicherung im
370 Alter für alle und eine nur noch degressiv steigende Rente für höhere Einkommen. Flächendeckende Betriebs-
371 renten sind für uns keine gleichwertige Antwort auf die rentenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit.
372 Wir lehnen sie nicht grundsätzlich ab, sind aber der Überzeugung, dass sie nur einzelnen ArbeitnehmerInnen
373 wirkliche Vorteile bietet.

374 Aufgrund der dargestellten Vorschläge zur Ausgestaltung des Sozialstaats 4.0 sind wir davon überzeugt, dass
375 soziale Sicherung über das BürgerInnenversicherungsmodell besser verwirklicht werden kann, als über ein
376 bedingungsloses Grundeinkommen. Das BGE verwehrt den paritätischen Einbezug der Kapitaleseite zur Fi-
377 nanzierung und verteilt somit Lasten unsolidarischer und ungerechter. Zugleich verhindert es ein höheres
378 Absicherungsniveau der ArbeitnehmerInnen durch die persönlich erworbenen Ansprüche, welche durch den
379 Einbezug weiterer Kriterien (bspw. Anerkennung von Betreuungszeiten, Pflegezeiten etc.) ein zusätzliches so-
380 zialpolitisches Instrumentarium darstellen.

381 **IV. Wirtschaftsdemokratie im digitalen Zeitalter – Solidarität 4.0!**

382 Die Vorstellung einer Gesellschaft, in der auch Entscheidungen über die Produktion und die Verteilung des
383 gesellschaftlichen Reichtums demokratisch getroffen werden, war schon immer ein prägendes Element der
384 sozialistischen ArbeiterInnenbewegung und der Sozialdemokratie.

385 In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es Ideen der Wirtschaftsdemokratie aus den Gewerkschafts-
386 bewegungen, die die Demokratie im Wirtschaftsleben schrittweise erkämpfen wollten. Erfolge dieses Stre-
387 bens waren nicht zuletzt die Einführung des Betriebsratengesetzes 1920, das Montanmitbestimmungsgesetz

388 1951 und das Betriebsverfassungsgesetz 1952, deren Durchsetzung jeweils in Krisen- und Umbruchsituatio-
389 nen gelang.

390 Trotz einiger Erfolge sind Konzepte und Begriffe der Wirtschaftsdemokratie in der zweiten Hälfte des 20.
391 Jahrhunderts – im Lichte des wirtschaftlichen Aufschwungs, der verklärenden Fassade der „Sozialen Markt-
392 wirtschaft“ sowie gewerkschaftlicher (Organisierungs-)Starke – in den Hintergrund gerückt. „Mitbestimmung“
393 war der neue gewerkschaftspolitische Leitbegriff. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der mitbestimmungs-
394 politischen Defensive der letzten Jahrzehnte, die stark mit neoliberaler Hegemonie und geschwachten Gewerk-
395 schaften einherging, wird es Zeit für einen Neustart von Konzepten der Wirtschaftsdemokratie. Denn die reine
396 Verwaltung des Status Quo hat den negativen Tendenzen von Postdemokratie (abnehmender Wahlbeteili-
397 gung, geringer empfundener Repräsentation durch das politische System) und Neoliberalismus (Deregulie-
398 rung, Privatisierung, Vermarktlichung) zu wenig entgegenzusetzen. Wir müssen in Zeiten der Digitalisierung
399 und Dezentralisierung mit neuen Konzepten der demokratischen und sozialistischen Organisation der Wirt-
400 schaft in die Offensive gehen. Die Bedingungen dafür sind heute grundlegend anders als z.B. in den 1920ern.
401 Im Wesentlichen: „Mittelstandische“ Unternehmen (500-2000 Beschäftigte) haben gegenüber Großkonzernen
402 wieder proportional an Gewicht gewonnen; die kollektive Repräsentation der Menschen durch Großorgani-
403 sationen hat im Verhältnis abgenommen; aber Automatisierung und Digitalisierung, also cyberphysische Sys-
404 teme der Mensch-Maschine- & Maschine-Maschine-Kommunikation, bieten viele neue Möglichkeiten demo-
405 kratischer Gestaltung. Wenn es durch politische, gewerkschaftliche und betriebliche Gestaltung gelingt, neue
406 Digitalisierungsschube menschenzentriert komplementär zu gestalten, werden die betrieblichen Hierarchien
407 abgeflacht – und die Angewiesenheit des Unternehmens auf die*den Einzelnen wird gestärkt. Auf diese Weise
408 wächst die Verhandlungsmacht der Arbeit gegenüber dem Kapital.

409 Heutige Wirtschaftsdemokratie muss also besonders auf die Stärkung der Mitbestimmung in Unterneh-
410 men und Verwaltungen setzen. So lässt sich die Selbstbestimmung und Teilhabe der Menschen am Arbeits-
411 platz effektiv gestalten. Zusätzlich müssen neue gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden, die eine star-
412kere, z.B. paritatische Beteiligung der Beschäftigten an der Geschäftsführung zur Disposition stellen. Kurzum:
413 Politisch müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Beschäftigte und Gewerkschaften die
414 Macht- und Eigentumsfragen neu stellen können!

415 Von einer wirklich demokratischen Gesellschaft sind wir jedoch weit entfernt. Zahlreiche Beschäftigte werden
416 in ihren Möglichkeiten zur Arbeitnehmer*innenmitbestimmung beschnitten indem Betriebsratsgründungen
417 rechtswidrig verhindert werden und massiv Union-Busting betrieben wird. So arbeiten beispielsweise in Ost-
418 deutschland nur 33,9 Prozent der Beschäftigten in einem Unternehmen mit Betriebsrat (in den westdeutschen
419 Bundesländern sind es lediglich 42,7 Prozent). Doch auch in Betrieben mit Betriebsrat ist Mitbestimmung heu-
420 te defizitär. Zudem besteht eine Aufspaltung in eine Parallelstruktur von unternehmerischen und sozialen
421 Fragen. Der Betriebsrat wird nur bei sozialen Fragen angehört oder beteiligt, hat aber kein umfassendes Mit-
422 bestimmungsrecht bei unternehmerischen Entscheidungen und auch keinen weitreichenden Einfluss auf den
423 Produktionsprozess und die Unternehmensstrategie. Beim Aufsichtsrat herrscht vermeintliche Parität, aber
424 faktisch haben die KapitaleignerInnen durch die Doppelstimme der Aufsichtsratsvorsitzenden die Entschei-
425 dungsgewalt. Im Ergebnis sind die Beschäftigten durch die derzeitigen Mitbestimmungsstrukturen nur in ge-
426 ringem Maße in die maßgeblichen Entscheidungen im Betrieb einbezogen.

427 Schon immer haben KapitaleignerInnen einen großen Einfluss durch ihre Produktionsmittel und Betriebe auf
428 gesellschaftliche Verhältnisse, soziale und demokratische Strukturen sowie die Lebenswirklichkeit der Men-
429 schen gehabt. In den letzten Jahren hat sich dieser Einfluss zugespitzt und ausgeweitet. Global agierende Un-
430 ternehmen nehmen nicht mehr nur beschränkt Einfluss auf gesellschaftliche und nationalstaatliche Verhält-
431 nisse, sondern auch auf die unmittelbare Lebenswirklichkeit der Menschen weltweit. Unternehmen stellen
432 Kommunikationsplattformen bereit, über die wir tagtäglich miteinander kommunizieren und beeinflussen da-
433 durch unmittelbar unser persönliches Miteinander. Anhäufung von Eigentum bei wenigen KapitaleignerInnen
434 führt zu einer Konzentration von Macht. Gleichzeitig erleben wir, dass die Beschäftigten in viel größerem Maß
435 als früher den Produktionsprozess gestalten und unternehmerische Funktionen ausüben. In Gruppen oder
436 Teams organisierte Beschäftigte treffen innerhalb ihres Zuständigkeitsrahmens unternehmerische Entschei-
437 dungen, die ihnen in den früheren, fordistischen Produktionsformen von UnternehmerInnen vorgegeben wor-
438 den wären. Die Beschäftigten haben so gelernt, demokratisch in Gruppen unternehmerische Entscheidungen
439 zu treffen und sich somit grundsätzlich in die Lage versetzt, die Unternehmensleitung zu übernehmen. Den Ka-
440 pitaleignerInnen und ManagerInnen kommt hierbei hauptsächlich noch die Rolle zu, die Rahmenbedingungen

441 für die Entscheidungen im Produktionsprozess zu setzen und ihr Profitinteresse durchzusetzen.

442 Wenngleich in einem gewissen Rahmen Entscheidungen auf Beschäftigte übertragen werden, behalten die
443 KapitaleignerInnen die Entscheidungsgewalt über den Produktionsprozess kraft ihres Eigentums an Produk-
444 tionsmitteln. Das Risiko dieser unternehmerischen Entscheidungen wälzen sie jedoch auf die Beschäftigten
445 ab, indem diesen die Verantwortung übertragen wird, Profit zu erarbeiten und Zielvorgaben zu erreichen. Bei
446 Verfehlung der Ziele oder wirtschaftlicher Schiefelage treffen die Folgen ausschließlich die Beschäftigten. Ob-
447 wohl diese keinerlei Beteiligung am Profit haben, tragen sie das volle Risiko des Unternehmens. Bestimmte
448 KapitaleignerInnen propagieren eine Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmen mittels "Share Holder
449 Value". Dadurch sollen die Beschäftigten – so die Behauptung – am Profit und an unternehmerischen Ent-
450 scheidungen beteiligt werden. Da es sich dabei jedoch um minimalste Anteile handelt, findet keine wirkliche
451 Beteiligung statt und es entsteht kein tatsächlicher Mehrwert für die Beschäftigten, da die Gewinnbeteiligung
452 häufig gegen den Lohn aufgerechnet wird. Das Prinzip dient somit nur der Entkräftung des Vorwurfs der Nicht-
453 beteiligung von Beschäftigten und der Identifizierung der Beschäftigten mit dem Unternehmen, wodurch diese
454 zu mehr Anstrengung animiert werden. Ziel solcher und anderer Maßnahmen ist es, die Beschäftigten aus un-
455 ternehmerischen Entscheidungen weitest möglich herauszuhalten und eine demokratische Organisation von
456 Unternehmen zu torpedieren.

457 Global agierende Unternehmen haben die Möglichkeit über Niederlassungen in verschiedenen Ländern natio-
458 nales Mitbestimmungsrecht zu umgehen. Für Unternehmen mit Sitz im Ausland und Niederlassungen in der
459 BRD greift das deutsche Mitbestimmungsrecht nicht in vollem Maße, z.B. bezüglich der Informationspflicht. Be-
460 triebsräte in deutschen Niederlassungen haben keinerlei Einfluss auf Unternehmensentscheidungen, die den
461 Gesamtkonzern betreffend im Ausland getroffen werden. Auch Unternehmen mit Sitz in der BRD umgehen
462 bei Niederlassungen im Ausland das deutsche Mitbestimmungsrecht.

463 Außerdem wird es immer leichter, die Unternehmensmitbestimmung gänzlich zu vermeiden – sowohl auf
464 deutscher als auch europäischer Ebene. Viele Unternehmen nutzen die Rechtsform der Europäischen Akti-
465 engesellschaft (SE) oder eine ausländische Rechtsform wie die britische Limited, um die Mitbestimmung im
466 Aufsichtsrat zu umgehen.

467 Unsere Antwort: Demokratische und sozialistische Organisation der Wirtschaft!

468 Wir Jusos kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der jedeR teilhaben kann. Wir wollen die Arbeitneh-
469 merInnen innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt stärken. Dazu bedarf es einer echten Wirtschaftsdemokra-
470 tie / demokratischen Organisation der Wirtschaft. Unternehmen brauchen transparente Entscheidungsstruk-
471 turen und Partizipationsmöglichkeiten. So sollen die Betriebs- und Personalräte nicht nur über die sozialen
472 Fragen entscheiden, sondern auch alle betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen in einem de-
473 mokratischen Prozess treffen. Die Managementaufgaben sollen auf demokratisch legitimierte Gremien der
474 Beschäftigten übertragen werden welche in jedem Betrieb verpflichtend einzusetzen sind. Diesen Gremien
475 kommen Entscheidungen über alle die Belange des Unternehmens betreffenden Entscheidungen zu: Fragen
476 der Arbeitsorganisation, der Gehälter, soziale und unternehmerische Entscheidungen. Schon jetzt haben die
477 Beschäftigten sich die Fähigkeit erarbeitet, in Gruppen und Teams unternehmerische Entscheidungen zu tref-
478 fen und so die Leitung des Betriebes zu übernehmen. Bislang können sie diese neue Fähigkeit aber nur be-
479 schränkt ausüben, tragen aber als Belegschaft das volle unternehmerische Risiko. Nur dann, wenn die Beleg-
480 schaft über die alleinige Entscheidungsmacht am Unternehmen verfügt, kann auch das Unternehmensrisiko
481 von der Gesellschaft getragen werden. Wir streben daher die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, einen
482 demokratisch gesteuerten Produktionsprozess und die Schaffung gemeinwirtschaftlich organisierter Unter-
483 nehmen an.

484 Gewerkschaften sind mehr als nur Interessenvertretungen von ArbeitnehmerInnen, sie sind AkteurInnen in
485 einem sozialen Gefüge. Innerhalb eines Unternehmens, dessen Produktionsmittel der Allgemeinheit zuste-
486 hen und dessen maßgebliche Entscheidungen durch die Belegschaft in demokratischen Prozessen getroffen
487 werden, kommt den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zu. Sie thematisieren, bei den unternehmensinter-
488 nen Entscheidungen gesamtgesellschaftliche Belange – allgemeinpolitische Themen wie Frauen-, LGBTIQ- und
489 ökologische Fragen oder die Solidarität aller Beschäftigten und bringen sie als Entscheidungsfaktoren einzu-
490 bringen.

491 Gewerkschaften können gemeinsam mit Frauen-, LGBTIQ-, Menschenrechtsorganisationen und weiteren
492 NGOs als Demokratisierungsmotoren innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus fungieren. Die

493 Einführung des politischen Streikrechts ist daher unabdingbar. Wir wollen zudem die Rechte der Gewerkschaften
494 stärken. Deshalb treten wir für ein wir Verbandsklagerechts ein. Somit wird der Druck auf die Unterneh-
495 men, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, erhöht.

496 Für uns sind die Entwicklung neuer produktiver Kräfte und deren Ausdruck in (wirtschaftlicher und gesell-
497 schaftlicher) Digitalisierung und Automatisierung kein Selbstzweck, sondern ein effektiv nutzbares Mittel, um
498 Menschen in ihrer Selbstbestimmung, ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken. Die Ar-
499 beitswelt steht für uns im Zentrum des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses. Gerade hier braucht es ei-
500 ne bewussten Gestaltung des Wandels, insbesondere durch politische Regulation, gestärkte Gewerkschaften
501 und gestaltungsfähige Betriebs-/Personalrat*innen. Wenn diese Gestaltung scheitert, werden Digitalisierungs-
502 prozesse nicht alle Menschen emanzipieren, sondern neue Ausbeutungs- und Entfremdungsprozesse stut-
503 zen.

504 Demokratischer Sozialismus fußt wesentlich darauf, Wirtschaftsdemokratie zu realisieren, also eine demokra-
505 tische und sozialistische Organisation der Wirtschaft zu schaffen. Wenn die soziale Spaltung und die Unter-
506 teilung in Arbeitstatige und Eigentümer*innen der Produktionsmittel aufgehoben wird, entscheiden wir ge-
507 meinsam über alle uns betreffenden Angelegenheiten. Die Beschränkung der Demokratie auf die politische
508 Sphäre wird aufgehoben. Die Ermüdungserscheinungen unserer Demokratie, der Eindruck vieler Menschen,
509 bei entscheidenden gesellschaftlichen Fragen keine Entscheidungsgewalt zu haben, können von neuer Demo-
510 kratieeuphorie abgelöst werden. Für diese Zielrichtung bietet die Entwicklung unserer Produktivkräfte (deren
511 Ausdruck wir auch im digitalen Bereich sehen) neue Gestaltungschancen. Diese Möglichkeiten müssen wir
512 schnellstmöglich ergreifen – sonst drohen regressive, anti-emanzipatorische Entwicklungen (wie ein neues
513 Dienstleistungsproletariat).

514 Reformen sind angesichts der Herausforderungen, vor denen Betriebs- und PersonalrätInnen sowie Aufsichts-
515 rätInnen stehen, dringend notwendig. Deshalb fordern wir zur Ergänzung unserer langfristigen Forderungen
516 die folgenden Punkte kurzfristig umzusetzen:

517 Digitalisierung nur mit Mitbestimmung 4.0

518 Die Digitalisierung der Wirtschaft hat einen grundlegenden Wandel der Arbeitswelt zur Folge und bedeutet
519 vor allem für ArbeitnehmerInnen Veränderungen. Hierzu wurde von uns im letzten Jahr ein Beschluss zu Ar-
520 beit 4.0 gefasst. Nichtsdestotrotz fordern wir aufgrund dieser Veränderungen eine Mitbestimmung bei allen
521 Weiterbildungsmaßnahmen, bei der Datenerhebung und – verarbeitung und den Schutz und Förderung von
522 individuellen Gestaltungsmöglichkeiten. Sowie die Änderung des Unterrichtsrechts in wirtschaftlichen An-
523 gelegenheiten und bei Betriebsänderungen in ein Mitbestimmungsrecht.

524 Ein demokratischer und investierender Staat im Zentrum einer sozialistischen Wirtschaftsordnung

525 Auf dem Weg zur Wirtschaftsdemokratie kommt es im öffentlichen Sektor darauf an, dass die neoliberalen
526 Glaubenssätze von Privatisierung, Vermarktlichung und Deregulierung überwunden werden. Überall dort,
527 wo (Infra-)Strukturen monopolistisch sind oder sein müssen (wie beim Stromnetz oder Schienenverkehr),
528 müssen Betriebe im ersten Schritt wieder in öffentlichen Besitz übergehen. Und entgegen der neoliberalen
529 Logik, dass sich alle gesellschaftlichen Bereiche an gewinnorientierten „Benchmarks“ richten konnten, muss si-
530 chergestellt werden, sie die Menschen im Auge haben muss, statt einer Marktlogik unterworfen zu sein.

531 Zudem waren entgegen der kapitalistischen Erzählungen die wenigsten technologischen Großleistungen der
532 letzten Jahrzehnte (ob Internet, Smartphone, Windkraft- oder Solaranlagen) von marktgetriebener Innovation
533 bestimmt. In der Regel waren es gesellschaftliche Ziele, für die Staaten großangelegte Forschungs- und Ent-
534 wicklungsprogramme auflegten. Diese teuren, von wenig unmittelbaren Erfolgsaussichten bestimmten Ent-
535 wicklungsprozesse wurden häufig von privatwirtschaftlichen Unternehmen durchgeführt, aber immer staat-
536 lich finanziert, weil Marktprozesse solche echte Risikofinanzierung kaum gewährleisten.

537 Mitbestimmung bei der Personalplanung und beim Outsourcing

538 Wir fordern auch die Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung ausgeweitet werden. Insbesondere bei
539 den §§ 92 und 92a BetrVG ist eine erzwingbare Mitbestimmung mit Initiativrecht vorzusehen.

540 Mitbestimmung bei Änderungen im Arbeitsablauf

541 • 91 BetrVG verfolgt das Ziel, dem Betriebsrat ein Mittel in die Hand zu geben, um die Beschäftigten vor ei-
542 ner nicht-menschengerechten Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen nachhaltig zu schützen. Der ge-
543 setzlichen Systematik nach ergänzt § 91 den vorhergehenden § 90, der dem Betriebsrat Unterrichts-
544 und Beratungsrechte zu diesen Regelungsgegenständen einräumt. Sollte der Arbeitgeber eine Verän-
545 derung planen, die die Beschäftigten in erheblichem Maße belastet, so hat der Betriebsrat gemäß § 91
546 ein ergänzendes Mitbestimmungsrecht, um angemessene Maßnahmen zur Verringerung oder Beseiti-
547 gung der Belastung zu verlangen.

548 Die Praxis zeigt jedoch, dass dieses Ziel durch den geltenden § 91 BetrVG wegen seiner hohen gesetzlichen An-
549 forderungen nicht ansatzweise erreicht werden kann. Notwendig ist eine Neufassung, die eine niederschwelli-
550 ge Anwendung des Mitbestimmungsrechts zulässt und damit dem Zweck dieser Bestimmung – dem Schutz des
551 einzelnen Beschäftigten vor einer menschenunwürdigen Umgestaltung seiner Arbeitsumgebung – nachhaltig
552 Wirkung verschafft. Entsprechendes gilt für das Bundespersonalvertretungsgesetz.

553 Konzernbetriebsrat bei Unternehmenssitz im Ausland einrichten

554 Der gesetzgeberische Zweck eines Konzernbetriebsrats besteht darin, in Angelegenheiten deutscher Unter-
555 nehmen mitzuwirken, die über die Zuständigkeit der Gesamtbetriebsräte bzw. der örtlichen Betriebsräte hin-
556 ausgehen. Es gilt daher – entgegen der einschränkenden Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu dieser
557 Problematik – eindeutig klarzustellen, dass die Errichtung eines Konzernbetriebsrats auch dann möglich ist,
558 wenn der Sitz des herrschenden Unternehmens nicht in Deutschland liegt und auch keine andere Leitungse-
559 ebene existiert, welche die Belange der deutschen Konzernunternehmen zu verantworten hat.

560 Internationale Mitbestimmung

561 Die Europäische Aktiengesellschaft darf nicht zur Vermeidung von Mitbestimmung missbraucht werden. Bei al-
562 lem begreifen wir unseren Kampf für Wirtschaftsdemokratie nicht als eine regional oder staatlich eingegrenzte
563 Aufgabe. Es gilt zu verhindern, dass die Kombination aus technologischem und gesellschaftlichem Fortschritt
564 nur in einzelnen Staaten vollzogen wird, in denen die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen
565 Bedingungen günstig liegen. Die Mitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) wird zwischen
566 Arbeitnehmer- und Unternehmensseite verhandelt (Richtlinie 2001/86/EG vom 10.11.2001), wobei eine Auf-
567 fangregelung das bestehende Mitbestimmungsniveau schützen soll. Das Resultat ist eine europäisierte Form
568 der Mitbestimmung durch eine europäische Besetzung des Aufsichts- oder Verwaltungsrats und durch Bildung
569 eines europäischen SE-Betriebsrats. Hierdurch lernen Belegschaften auch die Mitbestimmungskultur anderer
570 Länder kennen. Deutsche Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter haben die Chance, in ausländischen Gre-
571 mien beteiligt zu werden. Umgekehrt beteiligen sich Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland in vormals
572 deutschen Aufsichtsräten. Dafür stehen Beispiele wie BP, Allianz oder MAN.

573 Neuverhandlung der Mitbestimmung in einer SE

574 Die Europäische Aktiengesellschaft bietet die Möglichkeit zum sogenannten „Einfrieren“ eines mitbestim-
575 mungsfreien oder lediglich drittelmitbestimmten Zustandes. Es gibt eine Reihe von Unternehmen, die zum
576 Zeitpunkt der Umwandlung in eine SE weniger als 2.000 Beschäftigte haben. Sie stehen sehr oft kurz vor der
577 Schwelle zur paritätischen Mitbestimmung. Es findet sich auch eine bedeutsame Anzahl von Rechtsformwech-
578 seln mit etwas weniger als 500 Beschäftigten und damit kurz vor dem Erreichen des Schwellenwertes des
579 Drittelbeteiligungsgesetzes. In vielen dieser Fälle muss vermutet werden, dass die Wahl der Rechtsform SE
580 erfolgt ist, um den mitbestimmungsfreien Zustand auch bei einem weiteren Anwachsen der Mitarbeiterzahl
581 „einzufrieren“. Deswegen muss im SE-Beteiligungsgesetz klargestellt werden, dass Mitbestimmung in einer SE
582 neu verhandelt werden muss, wenn die Zahl der Beschäftigten in Deutschland über den Schwellenwert der
583 deutschen Mitbestimmungsgesetze steigt.

584 Mitbestimmungsgesetze müssen auch für Unternehmen ausländischer Rechtsformen gelten, die in Deutsch-
585 land operativ tätig sind. Wir fordern deshalb eine Richtlinie zur Einführung einer neuen und integrierten Archi-
586 tektur für die ArbeitnehmerInnenbeteiligung in den europäischen Gesellschaftsformen. Diese Richtlinie sollte
587 hohe Standards zu Unterrichtung und Anhörung setzen und Mindeststandards zur Mitbestimmung in Unter-
588 nehmen europäischen Rechts wie der Europäischen Aktiengesellschaft oder der Europäischen Genossenschaft
589 oder bei grenzüberschreitender Verschmelzung sowie aller weiterer aus der Anwendung europäischen Gesell-
590 schaftsrechts resultierenden Gesellschaftsformen einführen. Diese Mindeststandards der Unternehmensmit-
591 bestimmung würden die Lücken und Schlupflöcher europaweit beseitigen und man könnte wirksame Anreize

592 gegen eine missbräuchliche Nutzung europäischer Rechtsformen zur Vermeidung der deutschen Unterneh-
593 mensmitbestimmung setzen. Dabei ist selbstverständlich zu beachten, dass diese Mindeststandards der Ein-
594 führung weitergehender Mitbestimmungsregelungen im Rahmen der oben erläuterten Verhandlungslösung
595 (mit Auffanglösung) nicht entgegenstehen dürfen. Bestandteil der Richtlinie sollte auch der „Mitbestimmungs-
596 Escalator“ sein.

597 Das heißt perspektivisch setzen wir uns dafür ein, das Vorher-Nachher-Prinzip durch europaweit gelten-
598 de Schwellenwerte für die Mitbestimmung in Unternehmen mit europäischer Rechtsform zu ersetzen. Die-
599 se Schwellenwerte sollen dynamisch aufgebaut sein, so dass das durch sie abgesicherte Niveau an Mitbe-
600 stimmung bei einer wachsenden Anzahl von Beschäftigten ansteigt. Diese dynamischen Schwellenwerte wer-
601 den derzeit unter dem Begriff des „Mitbestimmungs-Escalators“ (der „Mitbestimmungs-Rolltreppe“) erarbei-
602 tet. Wenn die Verhandlungen über die Mitbestimmung z.B. in einer SE scheitern, soll der „Mitbestimmungs-
603 Escalator“ das Mitbestimmungsniveau im Rahmen der Auffanglösung definieren. Bei der Ausgestaltung des
604 „Mitbestimmungs-Escalators“ muss sichergestellt sein, dass die gemäß der gewerkschaftlichen Forderungen
605 überarbeiteten deutschen Schwellenwerte der Unternehmensmitbestimmung berücksichtigt

606 Drittelbeteiligungsgesetz verbessern

607 Ebenso muss die Lücke im Drittelbeteiligungsgesetz geschlossen werden. Nach dem Mitbestimmungsgesetz
608 „gelten für die Anwendung des Gesetzes auf herrschende Unternehmen die ArbeitnehmerInnen der Konzern-
609 unternehmen als ArbeitnehmerInnen des herrschenden Unternehmens“ (§5 MitbestG). Für die Schwelle von
610 mehr als 2.000 ArbeitnehmerInnen werden somit die Beschäftigten von Tochter- und Enkelgesellschaften auch
611 im faktischen Konzern mitgezählt. Im Drittelbeteiligungsgesetz gilt diese Konzernzurechnung bzgl. des Schwel-
612 lenwerts von 500 ArbeitnehmerInnen dagegen nicht, sofern kein Beherrschungsvertrag besteht.

613 Weiterhin ist es notwendig, die Anwendung des Drittelbeteiligungsgesetzes zu verbessern. Aktuelle For-
614 schungsergebnisse belegen, dass nur ein Teil der eigentlich vom Drittelbeteiligungsgesetz erfassten Unter-
615 nehmen tatsächlich über einen mitbestimmten Aufsichtsrat verfügt. Diese Praxis ist schlicht und ergreifend
616 illegal. Es kann nicht angehen, dass die Umsetzung gesetzlich verbriefter Beteiligungsrechte der Beschäftigten
617 ins Belieben der Unternehmensleitung oder der Eigentümer gestellt wird. Die Politik ist daher aufgefordert,
618 durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass das Drittelbeteiligungsgesetz auch tatsächlich angewendet
619 wird.

620 Wirtschaft 4.0 gestalten und Kapitalismus überwinden

621 In den vorangestellten Teilaspekten eines neuen Regulationsmodus im Zeitalter von Wirtschaft 4.0 haben wir
622 Jusos deutlich gemacht, wie die ökonomischen Wandlungsprozesse politisch dazu genutzt werden müssen,
623 die Arbeits- und Lebenswelt sozial gerechter zu gestalten. Wir haben den Anspruch und die Forderung, dass
624 die 4.0-Diskussion zu merklichen Verbesserungen für die Menschen führen muss. Dies ist jeglicher Anspruch
625 jungsozialistischer und sozialdemokratischer Politik. Zugleich sehen wir allerdings, dass auch ein veränderter
626 Regulationsmodus die innerkapitalistischen Widersprüche – analog zum Fordismus – nur in Teilen einhegen,
627 aber nicht überwinden wird. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass unser gemeinsames Ziel weiterhin darin
628 besteht, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse dauerhaft zu überwinden!

629 [1] Wie z.B. Klima, Ozeanversauerung, Ozonschicht, Stickstoff- und Phosphorkreislauf, Süßwasserverbrauch,
630 Abholzung und Landnutzung, Biodiversität, atmosphärische Partikelverschmutzung und Verschmutzung
631 durch Chemikalien

Z2

Titel Hörst die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen

AntragstellerInnen

Hörst die Signale! – Die SPD für das 21. Jahrhundert neu aufstellen

1 Wir haben die Bundestagswahl krachend verloren. Das Wahlergebnis ist eine historische Niederlage, an der
2 es nichts schönzureden gibt. Zum dritten Mal in Folge bleibt die SPD weit hinter den eigenen Erwartungen und
3 Ansprüchen, aber auch hinter ihrem Potenzial zurück. Das Ergebnis ist eine Zäsur für die Sozialdemokratie.
4 Ein „Weiter so“ kann es nicht geben. Es ist Zeit zur Aufarbeitung. Die SPD steht vor der Wahl, ob sie einen
5 grundlegenden Neubeginn einleitet, oder sehenden Auges den eigenen Untergang riskiert. Wir wollen eine
6 konsequente Neuausrichtung und Neuaufstellung der SPD. Sie ist zwingend notwendig.

7

8 Mit der Bundestagswahl ist die Große Koalition abgewählt. Was an mangelnder Polarisierung zwischen den
9 Volksparteien und sichtbaren Alternativen zur Verwaltung des status quo über Jahre gefehlt hat, war für die
10 SPD in wenigen Wochen Kampagne nicht aufzuholen. Offensichtliche Fehler in der Kampagne müssen den-
11 noch benannt werden: Die erneut viel zu späte und im Hinterzimmer vollzogene Entscheidung über die Kanz-
12 lerkandidatur und die deshalb schlecht vorbereitete und zu spät in Fahrt gekommene Kampagne. Die intrans-
13 parente und zu keinem Zeitpunkt durch ein Votum der Partei legitimierte Ernennung von Hubertus Heil zum
14 Generalsekretär, welche besonders nach der verlorenen Wahl 2009 und dem Ausscheiden zweier Frauen,
15 Hannelore Kraft und Katarina Barley, aus dem Parteivorstand unverständlich ist. Die viel zu lange Zurück-
16 haltung im Bundestagswahlkampf im falschen Glauben an landespolitisch schon gewonnene Wahlkämpfe in
17 den Bundesländern. Mangelnde Zuspitzung auf konkret greifbare Kernthemen und -forderungen bei gleich-
18 zeitiger Vernachlässigung der europäischen Dimension, die gerade die Sozialdemokratie ins Zentrum hätte
19 stellen müssen. Mit der rhetorischen Distanzierung von möglichen Regierungsoptionen unter Beteiligung der
20 LINKEN und dem öffentlichen Flirt führender SozialdemokratInnen mit einer möglichen Ampelkoalition nach
21 der Saarlandwahl war die durch Martin Schulz und seine Botschaft „Mehr Gerechtigkeit“ entfachte Eupho-
22 rie endgültig erloschen. Der sich daraus ergebende Eindruck einer SPD, die links blinkt, aber einschneidende
23 Veränderungen zum bisherigen Regierungskurs scheut, wurde durch die prominent gesetzte Rede Gerhard
24 Schröders zum Bundesparteitag nachhaltig verschärft. Die intransparente und zu keinem Zeitpunkt durch ein
25 Votum der Partei legitimierte Ernennung von Hubertus Heil zum Generalsekretär, welche besonders nach der
26 verlorenen Wahl 2009 und dem Ausscheiden zweier Frauen, Hannelore Kraft und Katarina Barley, aus dem
27 Parteivorstand unverständlich ist.

28

29 Das Wahlprogramm bot eine ganze Reihe von Maßnahmen und Instrumenten für soziale Korrekturen sowie
30 konkrete, jedoch kleinteilige Verbesserungen im Vierjahreshorizont. Obwohl sich die SPD in größter Geschlos-
31 senheit hinter Programm und Kandidat versammelte, müssen wir feststellen: Das war nicht genug. Unserem
32 Programm fehlten eine geschlossene Erzählung und die Vision für eine bessere Gesellschaft. Es fehlten Mut
33 und Wille zu Veränderung. Trotz des zentralen Kampagnenslogans „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ gaben 80 Pro-
34 zent der Befragten und immer noch zwei Drittel der SPD-WählerInnen in Nachwahlbefragungen an, die SPD
35 sage nicht genau, was sie mit sozialer Gerechtigkeit meint. Diese verheerenden Zahlen machen in aller Klar-
36 heit deutlich, dass die SPD weit mehr als ein Vermittlungsproblem hat. Der Gang in die Opposition war unter
37 diesen Voraussetzungen eine richtige und zwingende Entscheidung. Er ist die notwendige Bedingung für eine
38 Neuaufstellung der deutschen Sozialdemokratie, wird aber von allein keine Verbesserung bewirken.

39

40 Der eklatante Mangel an einem wahrnehmbaren eigenen Profil zeigt sich auch in der WählerInnenwanderung
41 und den Stimmergebnissen in den einzelnen WählerInnengruppen. Die SPD verliert in alle Richtungen deutlich
42 und in etwa gleicher Größenordnung jeweils zwischen 380.000 und 470.000 WählerInnen an LINKE, Grüne, AfD
43 und FDP. Während die Union bei den Frauen sechs Prozentpunkte besser abschneidet als unter Männern, gibt
44 es bei uns kaum einen Unterschied. Unter ArbeitnehmerInnen rettet sich die SPD gerade so noch über den
45 Schnitt (23 Prozent bei ArbeiterInnen, 20 Prozent bei Angestellten), unter jungen WählerInnen bis 24 Jahre –
46 wo die SPD in der Geschichte der Bundesrepublik traditionell eine Stärke besaß – schneiden wir sogar einen
47 Prozentpunkt unterdurchschnittlich ab. Lediglich in der Altersgruppe 60+ kann sich die SPD etwas über ihren
48 Durchschnitt abheben und erzielt dort bei Männern mit 25 Prozent ihr stärkstes Ergebnis. Offensichtlich wird
49 die SPD in ihrer aktuellen Verfassung von niemandem mehr in besonderer Weise als Interessenvertretung
50 wahrgenommen, auch nicht von ihrer traditionellen Kernklientel.

51

52 Mit diesem Ergebnis müssen wir konstatieren, dass wir seit 1998 die Hälfte unserer Wählerinnen und Wähler
53 verloren haben. Zudem haben uns im gleichen Zeitraum über 40 Prozent der Mitglieder den Rücken gekehrt
54 oder sind durch eine strukturelle Überalterung der Partei verstorben. Die notwendige Analyse darf deshalb
55 nicht bei der Auswertung der jüngsten Regierungsbeteiligung und Wahlkampagne stehenbleiben, sondern
56 muss Grundsätzliches in den Blick nehmen. Wir können es uns nicht leisten, dass die erneut angekündigte
57 schonungslose Analyse wie 2009 und 2013 ein Lippenbekenntnis bleibt. Sonst droht der deutschen Sozial-
58 demokratie das gleiche Schicksal wie ihren einst stolzen Schwesterparteien in Frankreich, Griechenland und
59 den Niederlanden. Der langfristige Niedergang der SPD ist erkennbar dem Vertrauensverlust in Folge der rot-
60 grünen Agenda-Reformen geschuldet. Antworteten 1998 auf die Frage, welche Partei am ehesten sozial ge-
61 recht sei noch 54 Prozent der Befragten SPD, sind es heute nur noch 38 Prozent. An dieser Realität können
62 wir nicht vorbei. Dabei geht es weder um Selbstkasteiung, noch um die Klärung persönlicher Schuldantei-
63 le an Entscheidungen der Vergangenheit. Sehr wohl aber braucht die SPD jetzt den Mut zu einer ehrlichen
64 und selbstkritischen Aufarbeitung der Ergebnisse und Folgen der eigenen Politik. Das Agenda-Schisma kann
65 und wird nicht durch einen politischen Kniefall beseitigt werden, wohl aber durch eine tätige, vernehmbare
66 und spürbare Abkehr vom mit ihr verbundenen Politikentwurf. Die notwendigen Diskussionen müssen wir
67 gemeinsam und in gegenseitigem Respekt führen. Rücksicht auf Eitelkeiten und verletzten Stolz kann sich die
68 SPD jedoch nicht länger leisten. Die deutsche Sozialdemokratie muss sich in allererster Linie inhaltlich neu
69 aufstellen – und das sehr grundsätzlich. Eine Abkehr von fehlgeleiteten Konzepten der Vergangenheit und ein
70 radikaler Bruch mit der programmatischen Grundausrichtung der letzten 20 Jahre sind dafür unausweichlich.
71 Mit der programmatischen Neuaufstellung müssen ein personeller und organisatorischer Neubeginn einher-
72 gehen.

73

74 **Ein neues Grundsatzprogramm für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts**

75

76 Die Debatte um eine grundsätzliche programmatische Neuausrichtung der deutschen Sozialdemokratie lässt
77 sich nicht im Feuilleton oder auf Facebook führen, sondern allenfalls begleiten. Sie muss in der SPD geführt
78 werden und braucht sowohl einen Rahmen als auch ein Ziel. Dem 2007 unter dem Eindruck der Agenda-
79 Reformen und vor der Weltwirtschaftskrise verabschiedeten Hamburger Programm fehlen wichtige Perspekti-
80 ven auf das Scheitern der neoliberalen Globalisierung und vor allem auf den grundlegenden gesellschaftlichen
81 Wandel in Folge der sich rasant beschleunigenden Digitalisierung. Es ist deshalb jetzt der richtige Zeitpunkt,
82 um in der SPD eine breite Debatte über ein neues Grundsatzprogramm zu führen und neu darüber zu debat-
83 tieren, was die Idee des demokratischen Sozialismus für uns heißt. Nicht um grundsätzlich die Frequenz zu
84 erhöhen, in der wir neue Grundsatzprogramme schreiben, sondern weil genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist,
85 die Aufstellung der Sozialdemokratie für die Zukunft zu debattieren. Wer Grundsätzliches zu klären hat, darf
86 sich nicht wegducken oder in kleinem Karo verlieren. Die SPD muss sich entscheiden, für wen sie im Kern Politik
87 macht und welche gesellschaftlichen Konflikte sie dafür bereit ist auszutragen. Die SPD kann begeistern, wenn
88 sie der zentrale Ort der Diskussion darüber ist, was linke Politik im 21. Jahrhundert bedeutet. Ergreifen wir die
89 Chance zur offenen Debatte um die Positionierung und Grundausrichtung unserer Partei unter Einbeziehung
90 aller Genossinnen und Genossen und im Dialog mit der Vielzahl an FreundInnen und BündnispartnerInnen

91 überall in der Gesellschaft, die sich eine starke SPD als Partnerin wünschen, allen voran den Gewerkschaften.
92 Schreiben wir gemeinsam ein Grundsatzprogramm für die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts!

93

94 **Mut zur Aufarbeitung**

95

96 Der Neoliberalismus ist gescheitert. Und mit ihm der Versuch, das Konzept der sogenannten ‚Neuen Mitte‘
97 zum Modell für den Dritten Weg der Sozialdemokratie erfolgreich zu etablieren. Die unter dem Druck und in
98 mangelnder Abgrenzung zu einem neoliberalen Zeitgeist von SPD und Grünen während der Kanzlerschaft
99 Gerhard Schröders vorangetriebenen Wirtschafts- und Sozialreformen haben die Marktlogik auf weite gesell-
100 schaftliche Bereiche ausgedehnt, staatliche Schutz- und Handlungsmacht beschnitten und damit breite ge-
101 sellschaftliche Schichten unmittelbaren ökonomischen Zwängen in ganz neuer Qualität ausgeliefert. Folgen
102 waren unter anderem die Entstehung eines gigantischen Niedriglohnssektors und eine vielfache Verschlech-
103 terung sozialer Absicherung, Reallohnverluste sowie gesellschaftliche und individuelle Prekarisierung mit der
104 damit einhergehenden Verunsicherung bis tief in die Mittelschicht hinein.

105

106 Spätestens mit der Finanzkrise von 2007 und der sich anschließenden Weltwirtschaftskrise ist das Scheitern
107 neoliberaler Politik in globalem Maßstab dokumentiert. Nicht nur haben sich ihre Verheißungen nicht erfüllt,
108 die dahinterstehende Wirtschaftstheorie vermochte auch weder die Krise angemessen zu erklären, noch wirt-
109 schaftspolitische Instrumente zu ihrer Bewältigung bereitzustellen. Nichtsdestoweniger ist es der deutschen
110 und europäischen Sozialdemokratie in der Folge nicht im Ansatz gelungen, grundlegende politische Alterna-
111 tiven zum neoliberalen Mainstream zu formulieren oder gar eine gegenhegemoniale Erzählung zu etablie-
112 ren. Zudem ist es auch nicht gelungen, Europa als wichtigstes Wahlkampfthema zu etablieren. Obwohl der
113 Bundeskanzlerkandidat Martin Schulz, als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments wie kein*e an-
114 dere*r deutsche*r Politiker*in für ein gemeinsames und beständiges Europa steht, ist das Thema völlig in
115 den Hintergrund geraten. Stattdessen hat sich die SPD mit einer Rolle als sozialer Reparaturbetrieb in der
116 marktkonformen Demokratie zufriedengegeben, in der sie die gravierendsten Auswirkungen der auch noch
117 in wesentlichen Teilen eigenen Politik einhegt. Dies wurde weitverbreitet als ein „Wählt uns, mit uns wird es
118 langsamer schlechter“ wahrgenommen und konnte entsprechend wenig überzeugen. Eine demoskopiegetrie-
119 bene Politik des kleineren Übels wird in dieser Situation weder den politischen Herausforderungen gerecht,
120 noch kann sie eine Schubumkehr für die Sozialdemokratie bewirken. Eine Partei, die bei niemandem mehr
121 aneckt, überzeugt auch niemanden mehr. Eine Partei, die sich nicht mehr traut als Interessenvertretung ih-
122 rer KernwählerInnenschaft aufzutreten, weil sie um Sympathiebewertungen bangt, degradiert sich selbst zur
123 zweiten oder dritten Option statt WählerInnenstimmen zu gewinnen. Eine SPD hingegen, die aus der Oppo-
124 sition heraus echte Alternativen für eine progressive, solidarische und linke Politik stark macht und wieder
125 gesellschaftliche Debatten prägt statt Stimmungen hinterherzulaufen, die braucht es jetzt dringender denn je.
126 Die Herausforderung, der sich die SPD jetzt mit aller Kraft stellen muss liegt darin, eine neue sozialdemokra-
127 tische Erzählung anzubieten, die Orientierung bei der Deutung des Zeitgeschehens liefert und Identifikation
128 ermöglicht. Es gilt, Zukunftsthemen und gesellschaftlichen Fortschritt mit Gerechtigkeit und Teilhabe für al-
129 le zu verbinden, dadurch Ängste vor Veränderung zu nehmen und neue Hoffnung und Begeisterung für die
130 Möglichkeit einer anderen, besseren Gesellschaft zu schaffen. Dazu wird es mehr Mut und mehr Radikalität
131 brauchen. Strategische Anbiederung an völkisch motivierte AfD-WählerInnen mit autoritären Gelüsten oder
132 Versuche, die bessere CDU zu werden, wären Mühlensteine um den Hals der SPD bei der Formulierung einer
133 eigenständigen und wieder erkennbaren sozialdemokratischen Position.

134

135 **Zukunftsfragen stellen – Fortschritt gestalten**

136

137 Mit der Kernbotschaft „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ ist die SPD inhaltlich richtig aufgestellt. Die Sozialdemokra-
138 tie war aber immer auch das Zuhause des unerschütterlichen Glaubens an eine bessere Zukunft und Bewe-
139 gung des Fortschritts. Erfolg wird die SPD nur haben, wenn sie auch heute wieder Partei des Fortschritts wird.
140 Dazu muss sie viel stärker als zuletzt die zentralen Zukunftsfragen in den Fokus rücken, als linke Volkspartei

141 wieder zu dem Ort der Debatte um die richtigen Antworten auf die Fragen der Zeit werden und mit mutigen
142 Impulsen den politischen Diskurs prägen. Die SPD darf sich auf ihre Erfahrungen berufen und soll sich auf
143 ihre Wurzeln beziehen. Denn schon einmal war es die Sozialdemokratie, die einem fundamentalen wirtschaft-
144 lichen Wandel gesellschaftlichen Fortschritt abgepresst und die Humanisierung der Lebenswelt erkämpft hat.
145 Nichtsdestoweniger müssen wir tunlichst der Versuchung widerstehen, Lösungen der Vergangenheit als Ant-
146 worten der Zukunft zu verkaufen. Ein Zurück zum nationalstaatlich eingehetzten Klassenkompromiss der 60er
147 und 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts wird nicht gelingen. Auf die großen Megatrends, die sich bereits
148 jetzt spürbar auf das Leben der Menschen auswirken, hat die SPD bislang keine erkennbare, fortschrittliche
149 Antwort formuliert. Klimawandel, demografischer Wandel, Globalisierung, ein Auseinanderfallen der Gesell-
150 schaft und die Digitalisierung erfordern aber klare Antworten, damit die Menschen der SPD zutrauen, die
151 richtigen Lösungen anzubieten.

152

153 Die sich exponentiell beschleunigende und alle Lebensbereiche erfassende Digitalisierung ist ohne jeden Zwei-
154 fel das zentrale Gestaltungsfeld einer in die Zukunft gerichteten Politik. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich und
155 kaum ein Politikfeld werden davon unberührt bleiben. Umfassende Antworten wird es deshalb nicht von heu-
156 te auf morgen geben. Das zentrale Kampffeld der Sozialdemokratie lässt sich aber klar benennen: Ihr muss es
157 zuallererst darum gehen, den Wandel der Arbeitswelt zu gestalten und den digitalen Kapitalismus unter den
158 Primat demokratischer Politik zu stellen. Die vordringlichste Aufgabe der SPD besteht darin, technischen Fort-
159 schritt zu gesellschaftlichem Fortschritt zu machen. ArbeiterInnen, Angestellte und Soloselbstständige sollen
160 von den Möglichkeiten zur flexibleren Arbeitsorganisation profitieren statt sich ihnen anpassen zu müssen.
161 VerbraucherInnen sollen von neuen Diensten profitieren, statt ihnen ausgeliefert zu sein. Im Kern geht dar-
162 um, alle Menschen zur selbstbestimmten Nutzbarmachung der gewaltigen Potentiale der Digitalisierung zu
163 ermächtigen. Das wird nicht gelingen ohne die starke Gewerkschaften und die ordnende Hand des Staates bei
164 der Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnissen, ohne einen starken Staats als organisierte
165 BürgerInnenmacht gegen globale Digitalkonzerne und ohne starke Sozialsysteme in staatlicher Verantwor-
166 tung, die den neuen Entwicklungen gerecht werden.

167

168 Unsere Gesellschaft ist den in den vergangenen Jahrzehnten vielfältiger geworden. Vielfältiger an Herkunft, an
169 Konfessionen und Lebensentwürfen. Das bereichert unser Zusammenleben und hat unser Land weltoffener
170 gemacht. Während sich diese Entwicklung absehbar fortsetzen wird, nehmen die Versuche von rechts massiv
171 zu, Spaltungslinien zwischen Ethnien und Glaubensgemeinschaften zu treiben und neue Keile zwischen Men-
172 schen zu treiben. Nationalistische Gelüste und Chauvinismus fordern den demokratischen Konsens ernsthaft
173 heraus. Es ist an der SPD, diesen Strömungen mit aller Macht entgegenzutreten. Notwendig sind dafür linke
174 Antworten und glaubwürdige Konzepte zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft statt anbiederndes law
175 and order. Lässt sich die SPD auf die Diskursverschiebungen von rechts ein, verlieren alle: Zuerst jene Men-
176 schen in Deutschland, die Ziel der Angriffe von rechts sind, anschließend die solidarische Mehrheit im Land
177 und schlussendlich die SPD. Sozialdemokratische Politik wird stets alle Menschen und ihre Bedürfnisse glei-
178 chermaßen in den Fokus nehmen, sich an die Seite der Schwachen und Entrechteten stellen und entschieden
179 gegen jede Form von Diskriminierung kämpfen. Die größere Vielfalt unsere modernen Gesellschaften besteht
180 jedoch nicht nur in einer Vielfalt von Herkunft und Glaubensbekenntnissen, so vor allem auch in einer In-
181 dividualisierung von Lebensentwürfen. Auch hier ist die SPD gefordert, mit neuen politischen Konzepten die
182 individuelle Lebensgestaltung von BürgerInnen zu ermöglichen und zu unterstützen. Ein Beispiel von vielen ist
183 das Schaffen eines verlässlichen rechtlichen Rahmens für alle Formen von Familie und Partnerschaft. Gleichzei-
184 tig braucht es sozialdemokratische Antworten auf die spürbar präsenter werdenden Fragen vieler Menschen,
185 was eine immer individualisiertere und ausdifferenziertere Gesellschaft im Inneren noch zusammenhält. Un-
186 sere Antwort auf den Rechtsruck der Gesellschaft und den Vertrauensverlust der Demokratie muss also immer
187 eine doppelte sein: Zum einen gilt es klare Haltung zu zeigen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Es
188 gibt keine berechtigten Sorgen vor „Überfremdung“ und deshalb kann man solche auch nicht „ernst nehmen“.
189 Wir werden uns beim Versuch, Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen, niemals in die Arenen der
190 Rechten begeben. Auf der anderen Seite brauchen wir auch Investitionen in den Zusammenhalt der Gesell-
191 schaft. Auch die Demokratie gibt es nicht für lau. Wir brauchen wirtschaftliche Dynamiken, in denen wieder
192 mehr Menschen von Aufstieghoffnungen statt von Abstiegsängsten angetrieben werden.

193

194 All diese Fragen lassen sich im 21. Jahrhundert nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene regeln. Dies geht
195 einher mit einem auch bei den BürgerInnen wahrgenommen Verlust an politischer Steuerungsfähigkeit, auf
196 den in Teilen mit Rufen nach autoritären Maßnahmen reagiert wird. Die SPD wird dem nur etwas entgegenzu-
197 setzen haben, wenn sie sich und ihren WählerInnen noch viel stärker zumutet, was ohnehin alle längst wissen:
198 Wirksame politische Lösungen sind heute nur noch europäisch und global denkbar. Die SPD mit ihrer einzig-
199 artigen Tradition als Europapartei muss heute wieder vorangehen, mutige Entwürfe für einen europäischen
200 Konvent zur Vertiefung und Gestaltung der EU machen und mit aller Entschlossenheit alle Angriffe der politi-
201 schen Konkurrenz auf die Solidarität zwischen den Menschen Europas zurückweisen. Grundlegend muss dabei
202 für die SPD die Stärkung der europäischen Demokratie und der europäischen demokratischen Öffentlichkeit
203 sein. Das heißt selbstverständlich, dass Spitzenkandidat*innenprinzip und den gemeinsamen europäischen
204 Wahlkampf auch dann mit allen Mitteln zu unterstützen, wenn kein Deutscher Kommissionspräsident werden
205 kann. Zu den manchmal verdrängten und dennoch allen bewussten Wahrheiten gehört ebenso, dass es kein
206 grenzenloses Wirtschaftswachstum geben kann, die globalen Ressourcen hoffnungslos übernutzt werden und
207 der Klimawandel zu schnellem politischen Eingreifen zwingt; dass Fragen von Frieden und Abrüstung, Flucht
208 und Migration, Hunger und Armut eng miteinander verbunden sind und die Lösung oder zumindest Linderung
209 globaler Krisensymptome moralisch geboten und durch unser Handeln beeinflussbar ist. Als internationalis-
210 tische Bewegung muss sich die Sozialdemokratie diesen Herausforderungen mit neuer Konsequenz stellen.
211 Sie wird dies aber auch um der eigenen Wahlerfolge willen tun müssen. Gerechtigkeit lässt sich nicht national
212 begrenzen. Nur wenn die SPD dies auch in ihrer Programmatik und in ihrem politischen Handeln mit aller
213 Konsequenz vertritt und nach außen trägt, wird sie neue Glaubwürdigkeit gewinnen. Drückt sie sich um diese
214 manchmal unangenehmen Fragen und beantwortet diese Zusammenhänge nicht mit eigenen Politikentwür-
215 fen, steht sie blank gegenüber den populistischen VereinfacherInnen von rechts, die in die Leerstelle nur allzu
216 gern mit beschränkten nationalistischen Antworten stoßen.

217

218 **OppositionsführerInnenschaft annehmen – konsequente Alternativen forcieren**

219

220 So notwendig inhaltliche Klärungsprozesse und die programmatische Neuausrichtung der SPD sind, dürfen
221 wir uns über eines nicht täuschen: Den meisten Menschen begegnet Politik in der Praxis, nicht in Papieren.
222 Als Oppositionsführerin muss die SPD deshalb vom ersten Tag an energisch in politische und gesellschaftli-
223 che Debatten intervenieren. Es gilt, die Brücke zu schlagen zwischen einer konsistenten Gesamterzählung auf
224 Basis unserer Grundwerte und konkreten Vorschlägen für zentrale Politikfelder. Dabei müssen wir nicht nur
225 stärker als zuletzt die entscheidenden Zukunftsfragen aufwerfen, sondern sie auch mit konkreten Impulsen
226 und Instrumenten untersetzen. Nur dann können wir transportieren, was die SPD unter sozialer Gerechtigkeit
227 versteht.

228

229 ***Gerecht ist: Daseinsvorsorge wiederbeleben, vor Ort Vertrauen erkämpfen***

230

231 Will die SPD Vertrauen zurückgewinnen, muss sie mit aller Macht für einen Staat eintreten, der die Märkte in
232 ihre Schranken weist und als Anwalt der BürgerInnen zur Durchsetzung der Interessen einer breiten Bevölke-
233 rungsmehrheit willens und in der Lage ist. Dafür braucht es eine Politik die im Konflikt zwischen Kapital und
234 Arbeit parteiisch ist. Parteiisch für die ArbeiterInnenklasse und wieder einen Klassenstandpunkt herausbildet
235 und vertritt. Dazu muss sich die SPD gegen die ideologiegetriebene Selbstgeißelung der Politik in Form der
236 Schwarzen Null wenden und darauf drängen, dass nicht explizite Schulden in den Staatshaushalten zulasten
237 nötiger Investitionen in Infrastruktur und Bildung auf Kosten der kommenden Generation abgebaut und damit
238 implizite Schulden aufgebaut werden. Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik muss stattdessen die Frage
239 sein, welche Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge der Staat für die BürgerInnen erbringen soll. Die SPD
240 muss sich wieder zum starken Staat bekennen und diesem Bekenntnis Taten folgen lassen, allem voran durch
241 den Ausbau und Wiederaufbau von öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Dazu gehört untrennbar
242 eine massive finanzielle Stärkung der Kommunen. Denn hier sind die Auswirkungen auf die Lebensqualität als
243 erstes spürbar, hier können Menschen direkt gestalten. Der Niedergang von Dörfern und Gemeinden hinge-
244 gen erzeugt ein Gefühl, mancherorts auch eine Realität des Abgehängtseins. Personalabbau im öffentlichen

245 Dienst macht den Staat vielerorts faktisch unansprechbar und mangelnde kommunale Handlungsspielräume
246 entleeren die Demokratie. Nur wenn sie ihren KommunalpolitikerInnen die Fesseln löst, wird die SPD vor Ort
247 beweisen können, dass sie liefert, was sie verspricht. Die Kohärenz zwischen den langen Linien sozialdemo-
248 kratischer Politik und konkretem Handeln vor Ort ist der Schlüssel um neues Vertrauen aufzubauen. Dazu
249 muss sich die SPD als Kraft begreifen, die im Lokalen mit – statt für – die Menschen in den Kommunen und
250 Quartieren Verbesserungen erkämpft und diese Kämpfe in einer progressiven Bewegung verbindet.

251

252 ***Gerecht ist: Die Verteilungsfrage neu stellen***

253

254 Für die Glaubwürdigkeit der SPD wird außerdem zentral sein, dass sie ernsthafte und glaubwürdige Konzepte
255 vorlegt, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Wir müssen die Partei der gleichen Chan-
256 cen und der gleichen Teilhabe sein, niemals dürfen wir als Partei der Besitzstandswahrung wahrgenommen
257 werden. In Angriff nehmen müssen wir dafür zuvorderst die enorme Ungleichverteilung von Vermögen, die in
258 Deutschland und noch stärker im globalen Maßstab über Lebenschancen oder Perspektivlosigkeit, über Zu-
259 gang zur Gesellschaft oder Ausgrenzung, über Gesundheit oder mangelnde Krankheitsvorsorge, über Macht
260 oder Ohnmacht entscheidet. An einer wirksamen Vermögenssteuer sowie einer gerechten Erbschaftssteuer
261 ohne den bestehenden Ausnahmen-Wildwuchs werden dabei ebenso wenig Wege vorbei führen, wie an ei-
262 ner Finanztransaktionssteuer und einer Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik. Doch damit nicht
263 genug. Wir bekennen uns klar zur Doppelstrategie und nehmen die öffentlichen Äußerungen der Parteifüh-
264 rung, die von mehr Kapitalismuskritik spricht, zur Kenntnis. Wir sind gespannt, was auf diese Ankündigungen
265 folgt. Denn eines ist klar. In Sonntagsreden „die Googles und Facebooks dieser Welt“ [sic!] zu kritisieren, ist für
266 uns keine fundierte sondern eine verkürzte Kapitalismuskritik. Wir hingegen geben uns nicht damit zufrieden,
267 einzelne Akteur*innen herauszuheben, sondern trauen uns, die Systemfrage zu stellen. Uns geht es weiterhin
268 um emanzipatorische und progressive Alternativen zum Kapitalismus.

269

270 ***Gerecht ist: soziale Sicherheit für alle garantieren***

271

272 Stellen müssen wir uns außerdem dem Befund, dass die Volksparteien kaum noch in die prekären Gesell-
273 schaftsmilieus eindringen. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung wählten hier 58 Prozent der BürgerIn-
274 nen die AfD oder blieben der Wahl gleich ganz fern. Es ist ohne Zweifel eine der Kernaufgaben der SPD, Politik
275 für diese Menschen zu machen, unabhängig davon ob sie am Ende die SPD wählen oder nicht.

276 Daran wollen wir anknüpfen, um diese Menschen wieder zu vertreten und ihr Vertrauen bzw. ihre Stimmen
277 zurückzugewinnen.

278 Neben gerechten Bildungschancen und gleicher Teilhabe an einer ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge
279 gehört dazu die Beseitigung der gängelnden Sanktionspraxis in der Grundsicherung. Bei der Zukunft der so-
280 zialen Sicherung darf sich die SPD Unklarheiten und Zweifel an ihrem Gestaltungswillen nicht länger erlauben.
281 So klar 2013 war, dass sich die SPD ohne Mindestlohn an keiner Regierung beteiligt, so klar muss sein: Die SPD
282 macht Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin. Mit ihr kommt die paritätische Bürgerversicherung bei Krankheit
283 und Pflege mit guter Versorgung für alle, auch wenn dafür Beitragsbemessungsgrenzen aufgehoben werden
284 müssen. Mit der SPD gibt es eine den Lebensstandard sichernde und armutsfeste staatliche Rente, auch wenn
285 private Versicherer dagegen sturmlaufen oder eine Höchstrente dafür eingeführt werden muss. Nicht zuletzt
286 muss sich die SPD bewusst werden, dass Wohnen längst wieder zu einer entscheidenden sozialen Frage ge-
287 worden ist. Die galoppierende Urbanisierung wird weltweit einer der bestimmenden Trends der kommenden
288 Jahrzehnte bleiben und auch in Deutschland schon heute erkennbare Verwerfungen weiter zuspitzen. Die So-
289 zialdemokratie hat darauf schon einmal eine Antwort gefunden. Sie muss darauf auch heute eine Antwort
290 geben. Der Markt wird es nicht richten.

291

292 ***Gerecht wird's nur, wenn Inhalte und Strategie eine Einheit bilden***

293

294 Wiederholt musste die SPD bei Wahlgängen auf Landes- und Bundesebene feststellen, dass die Aussicht auf
295 eine Beteiligung als Juniorpartner an einer Großen Koalition verheerende Demobilisierungseffekte in der ei-
296 genen WählerInnenschaft bewirkte. Klare Forderungen und Konzepte der SPD werden nur dann auf Resonanz
297 stoßen, wenn die BürgerInnen eine realistische Umsetzungsperspektive erkennen können – Große Koaliti-
298 onen bieten diese Perspektiven nicht. Die SPD muss sich deshalb in der Parteienlandschaft und darüber hinaus
299 strategisch entsprechend ihrer inhaltlichen Ausrichtung als linke Volkspartei positionieren. Sie muss:

300

- 301 • gesellschaftliche Bündnisse schmieden – allen voran mit den Gewerkschaften
- 302 • an der Bündnisfähigkeit des „linken Lagers“ arbeiten – mit dem Anspruch, dieses zu führen

Z3

Titel #nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD

AntragstellerInnen

#nogroko – Für eine inhaltlich klare und glaubwürdige SPD

- 1 Die Wählerinnen und Wähler haben die Große Koalition mit der Bundestagswahl vom 24. September krachend
2 abgewählt. Ein Minus von 13,7 Prozentpunkten für die vorherigen Koalitionsparteien sind ein an Deutlichkeit
3 schwer zu übertreffendes Votum gegen ein „weiter so“.
- 4 Die Absage der SPD an eine Fortsetzung der Großen Koalition noch am Wahltag war deshalb zwingend und
5 richtig. Die Entscheidung, auch nach dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen bei dieser Haltung zu bleiben,
6 ist konsequent und findet die klare Unterstützung der Jusos. Martin Schulz hat im Wahlkampf ausgeschlossen,
7 die SPD als Juniorpartner in eine weitere Große Koalition unter Angela Merkel zu führen. Wir haben seit der
8 Wahl betont, dass eine Neuauflage der Großen Koalition ausgeschlossen ist. Ohne Hintertür. Dabei muss es
9 bleiben. Weil die inhaltlichen Schnittmengen mit der Union nach vier Jahren Koalition aufgebraucht und keine
10 gemeinsamen politischen Projekte in Sicht sind. Weil mit der Union mehr Gerechtigkeit weder in Deutschland,
11 noch in Europa, noch global zu verwirklichen ist. Und weil der Preis für ein Umkippen die eigene Glaubwürdig-
12 keit wäre.
- 13 Die Verantwortung für die gescheiterte Regierungsbildung tragen die Verhandlungspartner CDU, CSU, FDP und
14 Bündnis 90/Die Grünen. FDP und Grüne sind mit dem Anspruch zur Bundestagswahl angetreten, die Große Ko-
15 alition abzulösen und haben dafür um Stimmen geworben. Die Unionsparteien wollten nach erklärtem Willen
16 ebenfalls keine Fortsetzung der Großen Koalition. Die WählerInnen haben ihnen in Kenntnis dieser Position das
17 Mandat zur Bildung einer neuen Regierung erteilt. An diesem Auftrag sind Union, FDP und Grüne auf ganzer
18 Linie gescheitert. Der Versuch, die Verantwortung für das eigene Scheitern auf Dritte abzuschieben, ist billig
19 und erkennbar von dem Interesse geleitet, vom eigenen Versagen abzulenken. Den gescheiterten Jamaika-
20 SondiererInnen steht es offen, ihre Verhandlungen wieder aufzunehmen oder – in welcher Konstellation auch
21 immer – eine Minderheitsregierung zu bilden. Das Grundgesetz eröffnet diese Möglichkeit ausdrücklich. We-
22 der befindet sich die Bundesrepublik in einer Verfassungskrise, welche nur durch eine Regierungsbeteiligung
23 der SPD zu lösen wäre, noch ist es nach dem Scheitern der Mitte-Rechts-Parteien Aufgabe der SPD, Mehrheiten
24 für bürgerliche Politik zu liefern.
- 25 Appelle, wonach die SPD nur in der Regierung ihrer vermeintlichen staatspolitischen Verantwortung gerecht
26 werden könne, weisen wir zurück. In der parlamentarischen Demokratie ist es sehr wohl möglich und sogar
27 explizit vorgesehen, der eigenen Verantwortung im Parlament gerecht zu werden, ohne in die Exekutive ein-
28 zutreten. Die SPD hat mit ihrer deutlichen Haltung in der Koalitionsfrage gegenüber den WählerInnen ihr Wort
29 gegeben und für klare Verhältnisse gesorgt. Als größte Oppositionsfraktion trüge sie im Bundestag Verantwor-
30 tung für unsere Demokratie. Diese Aufgabe ist nach der vergangenen Wahl wichtiger denn je, um nicht der
31 rechten Sammlungspartei AfD die Oppositions- und Wortführerschaft zu überlassen. Es wäre auch vor die-
32 sem Hintergrund falsch, die Große Koalition zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik über eine
33 Legislatur hinaus auszudehnen. Das Modell Große Koalition, das bereits in Österreich eine weitgehende Läh-
34 mung der Parteienlandschaft verursacht hat, darf keine Dauereinrichtung werden. Eine stärkere Polarisierung
35 zwischen den Volksparteien ist das dringliche Gebot der Stunde!
- 36 Kommt es doch noch zur Bildung einer Jamaika-Koalition oder bildet sich aus den Reihen der SondiererInnen
37 eine Minderheitsregierung, ist die Aufgabe der SPD klar: Als Oppositionsführerin muss sie der Mitte-Rechts-
38 Mehrheit im Parlament klare linke Alternativen entgegenstellen, das inhaltliche Profil der Sozialdemokratie

39 durch programmatische Weiterentwicklung und neue Konzepte schärfen und an strategischen Machtoptionen für andere Mehrheiten arbeiten. Etwaige Verhandlungsangebote einer möglichen Minderheitsregierung
40 muss die SPD auf Grundlage einer klaren inhaltlichen Ausrichtung als linke Volkspartei beantworten. Jeder
41 und jedem muss klar sein, dass wir angesichts der politischen Situation Entscheidungen nicht nach Kassenlage oder der Sorge um persönliche Perspektiven treffen können. Die anstehenden Entscheidungen haben
42 weitreichende und existentielle Dimensionen für die Sozialdemokratie. Es muss zu jeder Zeit gelten: Die SPD
43 scheut Neuwahlen nicht und ist bereit, den BürgerInnen eine Neubewertung der Lage zu ermöglichen. Scheitern die Mitte-Rechts-Parteien auch an der Bildung einer Minderheitsregierung, fordern wir die SPD auf, offensiv in die dann anstehende Wahlauseinandersetzung zu ziehen. Der begonnene Erneuerungsprozess der
44 SPD hat bereits jetzt die notwendigen Erkenntnisse geliefert, um mutiger, zugespitzter und klarer abgegrenzt vom ehemaligen Koalitionspartner CDU/CSU den Wahlkampf zu führen.

50 Unabhängig vom Ausgang weiterer Sondierungen muss die SPD schnellstmöglich inhaltliche Konsequenzen aus den mit der verlorenen Bundestagswahl verbundenen Erkenntnissen ziehen. Tut sie dies nicht, wird sie weder zu erfolgreicher Oppositionspolitik, noch zu einem erfolgreichen Wahlkampf und erst recht nicht zum Zurückgewinnen verloren gegangenen Vertrauens in der Lage sein. Für uns Jusos bedeutet das insbesondere, dass folgende Grundsätze unverrückbare Eckpfeiler unserer Politik sein müssen:

- 55 • Die Verteilungsfrage neu stellen und mit tatsächlich wirksamen Konzepten dafür sorgen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich zügig und spürbar schließt. Dazu muss die SPD vordringlich die zunehmende Vermögensungleichheit angreifen. Auch die Abkehr von der Agendapolitik und ein Ende der Hartz-IV-Sanktionen sind für dieses Ziel unerlässlich.
- 59 • Eine Steuerpolitik, die für Gerechtigkeit sorgt und deutlich mehr Investitionen in die Öffentliche Daseinsvorsorge möglich macht. Die SPD muss unmissverständlich klar machen: Es ist Schluss mit Privat vor Staat.
- 62 • Eine offensive Positionierung für ein offenes, soziales und demokratisches Europa. Das setzt insbesondere das Entstehen für ein Ende der Austeritätspolitik und Vorschläge für weitere Integrationsschritte voraus.
- 65 • Zeitgemäße Konzepte zur Gestaltung der gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich bspw. in der Globalisierung, dem Wandel der Arbeitswelt sowie der Digitalisierung in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Wirtschaft und Arbeit ausdrücken. Dazu gehören insbesondere Antworten zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, besonders vordringlich konkrete Vorschläge für eine Arbeitsversicherung.
- 69 • Eine Gleichstellungspolitik, die Diskriminierung und Abhängigkeiten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wie auch im Alltag tatkräftig bekämpft, Sorgearbeit gerechter verteilt und Entgeltgleichheit herstellt.
- 71 • Eine echte BürgerInnenversicherung für Gesundheit und Pflege, welche die Mehr-Klassen-Medizin beendet und hohe Standards für alle sichert.
- 73 • Eine gesetzliche Rentenversicherung, in die ausnahmslos alle einzahlen, die den Lebensstandard sichern und Altersarmut effektiv verhindert.
- 75 • Das klare Bekenntnis zu einer Zuwanderungsgesellschaft, die nach humanitären Prinzipien handelt, das Recht auf Asyl schützt und niedrigschwellige Möglichkeiten zur Arbeitsmigration eröffnet. Sowie linke Antworten, die auf dieser Basis für gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer sich zunehmend individualisierenden Einwanderungsgesellschaft sorgen.
- 79 • Konkrete Ansatzpunkte für eine sozialökologische Wende, die unser Wirtschaften mit der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen in Einklang bringt, die Umwelt schützt und die dafür notwendigen Anstrengungen solidarisch schultert.
- 82 • Konsequente Friedenspolitik mit strengsten Kriterien für Waffenexporte und eine Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik, welche nachhaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht und globaler Ungleichheit entgegenwirkt.

85 Wir Jusos stellen klar: Wir sind jederzeit bereit und vorbereitet, an der Seite einer linken Volkspartei SPD einen Bundestagswahlkampf für mehr Gerechtigkeit, fortschrittliche Gesellschaftspolitik, linke Antworten auf zentrale Zukunftsfragen, europäischen Zusammenhalt und internationale Solidarität zu führen. Die zentralen

88 Schlüsse aus der verlorenen Bundestagswahl 2017 müssen dabei zwingend Berücksichtigung finden. Sie lau-
89 ten: Mehr Zuspitzung, mehr Mut zu echten Veränderungen, mehr Polarisierung zwischen den Volksparteien.
90 Wir sind darüber hinaus überzeugt, dass die SPD nur dann die nötige Glaubwürdigkeit für ihre inhaltlichen
91 Forderungen erlangen wird, wenn sie offensiv für Mehrheiten jenseits der Union wirbt und zielgerichtet auf
92 eine rot-rot-grüne Machtoption hinarbeitet. Darauf müssen und werden wir bestehen.

93 Voraussetzung für eine in Zukunft wieder erfolgreiche Sozialdemokratie ist und bleibt die inhaltliche, perso-
94 nelle und organisatorische Neuaufstellung der SPD. Die Neuaufstellung der SPD ist im Lichte der aktuellen
95 politischen Entwicklungen keineswegs obsolet. Im Gegenteil hat sich ihre Dringlichkeit in den vergangenen
96 Tagen nochmals zugespitzt. Wir Jusos werden auch gegen innerparteiliche Widerstände für eine grundsätzli-
97 che Erneuerung der SPD kämpfen, denn die Zukunft der Sozialdemokratie ist zu wichtig, um sie kurzfristigen
98 politischen Erwägungen zu opfern. Wir rufen alle SozialdemokratInnen auf, sich am Erneuerungsprozess der
99 SPD zu beteiligen, damit wir in diesen hoch politisierten Zeiten die zentralen gesellschaftlichen Konflikte mit
100 und im Sinne der solidarischen Mehrheit führen und entscheiden können!

Z4

Titel	Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!
AntragstellerInnen	Thüringen, Bundesvorstand, NRW, Sachsen, Bayern, Berlin, Hessen-Süd

Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten!

- 1 Die reine Profitgier von Unternehmen erreicht neue Dimensionen. Die Schließung der Unternehmensstand-
2 orte von Siemens deutschland- und europaweit und der massive Stellenabbau trifft die Beschäftigten, deren
3 Familien und ganze Regionen zutiefst. Trotz Milliardengewinne des Konzerns sollen ca. 6900 Stellen abgebaut
4 werden. Alleine davon in Deutschland ca. 3300. Aber nicht nur ganze Standorte in Deutschland sollen geschlos-
5 sen werden: Siemens plant europaweite Schließungen. Der Stellenabbau wird von der Unternehmensführung
6 als alternativlos dargestellt, anstatt, wie von den Betriebsräten gefordert, gemeinsam mit den Betriebsräten
7 und den Gewerkschaften an langfristigen Alternativen und innovativen Standortkonzepten arbeitet.
- 8 Die Art und Weise der Informationspolitik ist für uns nicht akzeptabel. Dass die Beschäftigten über die Medien
9 über die Entscheidungen der Unternehmensführung erfahren haben, ist verantwortungslos. Der Plan der Un-
10 ternehmensführung, das Radolfzell-II-Abkommens aufzukündigen, würde zu unter anderem betriebsbeding-
11 ten Kündigungen führen sowie die dadurch errungene Informationspflicht der Standortleitung gegenüber den
12 Betriebsräten beschnitten. Ein derartiges Handeln lehnen wir auf das Schärfste ab.
- 13 Wir fordern:
- 14 • Dass es nicht zu Schließungen oder den Verkauf von Standorten kommt.
 - 15 • Dass die Bundesregierung sowie Landesregierungen sich klar auf die Seite der Beschäftigten stellen.
 - 16 • Dass Politik, Gewerkschaften und ArbeiterInnen sich gemeinsam solidarisieren und den Kampf gegen
17 die Politik der Profitmaximierung auf Kosten der Menschen führen.
- 18 Dass Großkonzerne bei einem wirtschaftlichen Aufschwung reihenweise Betriebe schließen, auslagern oder
19 verkaufen wollen, ist Ausdruck eines wirtschaftlichen Systems, in dem private UnternehmerInnen sich um rei-
20 ne Profitmaximierung scheren, die Gewinne privatisieren und Risiken und etwaige Verluste der Allgemeinheit
21 aufbürden.

Z5

Titel Resolution – Für eine Reform

AntragstellerInnen Hessen-Nord

Resolution – Für eine Reform

- 1 Am 24. November 2017 wurde die Gynäkologin Kristina Hänel vor dem Amtsgericht Gießen zu einer Geldstrafe
2 von 6.000 Euro verurteilt, weil sie auf ihrer Homepage ein Informationsangebot über Schwangerschaftsabbrü-
3 che unterbreitete, welches laut Anklage illegale Werbung darstelle.
- 4 Grundlage dieser Entscheidung war der §219a StGB (Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft). Die
5 Vorsitzende Richterin begründete das Urteil damit, dass der Gesetzgeber nicht wolle, „dass über den Schwan-
6 gerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit diskutiert“ werde, als sei dieser „eine normale Sache“. [1]
- 7 Diese Begründung entbindet uns jedoch nicht über das Thema zu sprechen. Wir müssen darüber diskutieren,
8 wie Menschen ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung auch bei Schwangerschaftskonflikten wahrnehmen
9 können und über Möglichkeiten und Folgen informiert werden. Deshalb fordern wir die Abschaffung des §219a
10 und die Überwindung der derzeitigen Gesetzeslage (insb. der Paragraphen 218, 219 und 219b), die die betrof-
11 fenen Frauen* und Ärzt*innen kriminalisiert und stigmatisiert. Wir fordern eine progressive Reform im Sinne
12 der Rechte der Frauen*.
- 13 Solidarität mit Kristina Hänel!
- 14 [1] [http://www.spiegel.de/panorama/justiz/aerztin-kristina-haenel-muss-strafe-wegen-werbung-fuer-
abtreibung-zahlen-a-1180165.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/aerztin-kristina-haenel-muss-strafe-wegen-werbung-fuer-
15 abtreibung-zahlen-a-1180165.html), abgerufen am 24.11.2017.